4° Eph. pol. 59 (1849,4-6

<36602164350013

<36602164350013

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

Bayeriſche Staatsbibliothek München

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 91. Frankfurt a. M., Sonntag 1. April. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Die Schlacht bei Novara.
Die Stimmung in Preußen.
Deutſchland. Frankfurt (Der Meßverkehr. Die Frankfurt-Kaſſeler Eiſenbahn. Ein Kurier aus dem Hauptquartier Radetzky's.) Wien (Der Gemeinderath. Der Oberbefehl in Ungarn. Details über die Einnahme von Hermannſtadt. Der Eindruck der Siege in Italien. Vom Kriegsſchauplatz in Ungarn. Neue Urtheile über politiſche Verbrechen. Der Lloyd über die Ereigniſſe in der Paulskirche. Der Kaiſer von Oeſterreich in Warſchau nicht Großherzog von Krakau. Eine Adreſſe der Wiener Bürgerſchaft um Rückkehr des Kaiſers.) Trieſt (Admiral Dahlerup.) Berlin (Stellung Preußens nach Innen und nach Außen. Der Miniſter des Auswärtigen. Der König.) Stettin (Ein neues Schiff der deutſchen Kriegsmarine.) München (Die Selbſtergänzung der Akademie.) Gießen (Bairiſche Truppen auf dem Marſche nach Schleswig.) Sigmaringen (Das Kontingent nach Schleswig beſtimmt.) Schleswig (Stimmung. Die Sendung Stedmann's nach Alſen)
Großbritannien. London (Macaulay's politiſche Schwanenrede. Verlängerung des Waffenſtillſtandes mit Dänemark und Ausſetzung der däniſchen Blokade.)
Frankreich. Paris (Der Eindruck der italieniſchen Nachrichten. Proudhon's Prozeß. Die Maiangeklagten. Huber. Die Miniſter Louis Philippe's als Kandidaten.)
Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Aus der ungariſchen Armee. Herr Schlöffel, junior.)
Italien. (Neuigkeiten vom Kriegsſchauplatz.) Toskana (Verſuche, ein Heer zu bilden.) Rom (Vertagung der Conſtituante.) Venedig Unternehmung gegen Trieſt.) Sicilien (Die Kammern wollen das Ultimatum annehmen.) Parma (Abdankung des Herzogs.)
Rußland. Petersburg (Nachrichten aus den Donaufürſtenthümern.)

31. März.

Der italieniſche Krieg iſt beendet. Die Piemonteſen ſind auf's Haupt geſchlagen, Karl Albert hat abgedankt, ſein Sohn hat perſönlich einen Waffenſtillſtand mit dem Sieger unterhandelt, Sardinien wird die Koſten des vor- und diesjährigen Krieges tragen müſſen, und die Herrſchaft Oeſterreichs in Italien iſt geſicherter als ſie lange war. Das ſind die Ergebniſſe eines dreitägigen Feldzuges.

Als Radetzky die erſte Nachricht von der Aufkündigung des Waffenſtillſtandes erhielt, erklärte er, er werde gerad' auf Turin marſchiren. Man wollte im ſardiniſchen Lager nicht glauben, daß es mit dieſer Aeußerung ſo unbedingt ernſt gemeint ſei, und wirklich ſchienen die erſten Schritte des alten Feldherrn nicht darauf zu deuten. Die Sammlung aller Streitkräfte zwiſchen Pavia und Lodi ließ darauf ſchließen, daß die Oeſterreicher zunächſt ſich auf der Defenſive halten würden. Darnach richtete der piemonteſiſche General die Aufſtellung ſeiner Truppen mehr für den Angriff als die Vertheidigung ein. Die äußerſte Linke ſtand am Lago Maggiore, um über die Bergſtraße in den Norden der Lombardei einzudringen, die äußerſte Rechte an der Grenze der Herzogthümer Parma und Piacenza bis nach Sarzana hinunter, um den Toskanern die Hand zu reichen. Die Hauptmaſſe ſtand in einzelnen Diviſionen zwiſchen Novara und Voghera, um auf den verſchiedenen Straßen, die über den Teſſin führen, zugleich vorrücken zu können. Rechnet man nun auch die beiden äußerſten abgeſonderten Korps ab, ſo nahm die Piemonteſiſche Armee doch immer eine Linie von vielleicht 12 deutſchen Meilen ein. Die ſo große Ausdehnung ihrer Linie hat ihr ſchon einmal im vorigen Jahre am Mincio geſchadet; ſie iſt ihr auch diesmal verhängnißvoll geworden. Denn Radetzky hat Wort gehalten.

Er hat früh am Morgen des 20. März, nachdem ihm die aus Verona erwartete Diviſion des Generals Cavriani zugezogen war, ſeine Defenſivſtellung verlaſſen, iſt mit ſeiner ganzen Macht auf den Teſſin losgegangen, und hat den Uebergang erzwungen. Trotz der unglücklichen Aufſtellung der Piemonteſen wäre ihm vielleicht das Manöver nicht gelungen, hätte ihn nicht der Verrath oder die Ungeſchicklichkeit des Generals Romarino unterſtützt. Chrzanowski hatte ſeine Diviſionen zugleich mit Rückſicht darauf aufgeſtellt, daß alle Uebergänge über den Teſſin gedeckt wären. Jedes einzelne Corps war wenigſtens ſtark genug, den Feind ſolange aufzuhalten, bis die anderen hinzugekommen wären. Romarino hatte ſeinen Poſten bei Vigevano, und ſollte den Teſſin zwiſchen dieſer Stadt und Pavia vertheidigen. An der Stelle, wo die Oeſterreicher zuerſt erſchienen, ſtand ein Bataillon von 600 Lombarden. Es vertheidigte den Uebergang fünf lange Stunden. So oft auch eine öſterreichiſche Kolonne im Sturmſchritt den Fluß überſchreiten wollte, immer trieben die Lombarden ſie zurück. Aber immer mehr Oeſterreicher rückten nach, eines ihrer Korps nach dem andern traf ein, und Romarino ſchickte keine Verſtärkung. Das Bataillon zog ſich zuletzt in die Stadt Vigevano zurück; Romarino hatte ſie bereits verlaſſen; es mußte ſich einer anderen piemonteſiſchen Abtheilung anſchließen. Der Uebergang aber war offen, Radetzky zog mit allen ſeinen Truppen über den Teſſin. Noch denſelben Tag drang er bis Golasco vor, das ſchon 1¼ Meilen vom Teſſin entfernt liegt. So hatte er die feindliche Linie durchbrochen und war mitten zwiſchen ihre Corps eingedrungen. Er war nun aber in Gefahr, auf allen Seiten von den Feinden angegriffen, von ſeiner Rückzugslinie abgeſchnitten, und mitten im feindlichen Lande erdrückt zu werden. Sobald Chrzanowski den Uebergang der Oeſterreicher zwiſchen Vigevano und Pavia erfahren hatte, zog er alle ſeine Diviſionen nach dieſem Punkte hin. Auch das Corps, welches bereits unter der Anführung Karl Albert's bei Buffallora auf das linke Ufer des Teſſin übergegangen war, kehrte auf das rechte zurück, und zog das Ufer entlang Vigevano zu. Romarino ward ſeines Kommando's entſetzt und vor ein Kriegsgericht geſtellt.

Radetzky dagegen mußte der Vereinigung der piemonteſiſchen Streitkräfte zuvorzukommen ſuchen. Er ging deshalb früh am 21. den von Norden anrückenden Corps entgegen. Während er nur eine Seitenkolonne rechts auf der Straße nach Vigevano aufſtellte, warf er ſich mit der ganzen Hauptmacht links auf Mortara und Gambolo. Die Diviſion des Generals Bès, deſſen Poſten hier war, hatte die erſten Stunden den Angriff der Oeſterreicher ganz allein auszuhalten; erſt nach und nach traf General Durando von Valenza, und der Herzog von Savoyen von Caſale ein. Gleichzeitig ſtieß Karl Albert auf die bei Vigevano aufgeſtellte Abtheilung. Bei Vigevano waren die Piemonteſen im Vortheil; bei Mortara und Gambolo aber wurden ſie geſchlagen. Sie hatten, ehe ſie zum Kampf kamen, einen Marſch von vier, fünf Stunden zu machen; und mußten wie ſie gerade anlangten,

eine Abtheilung nach der andern, ins Feuer, ſo daß ihre Bewegungen nicht nach einem beſtimmten Plan geregelt werden konnten. Dieſe Nachtheile vermochte keine noch ſo große Tapferkeit auszugleichen; die Oeſterreicher, durch keinen Marſch vor dem Treffen erſchöpft, alle Theile im Zuſammenhang operirend, und noch dazu an Zahl weit überlegen, nahmen ſowohl Gambolo als Mortara, machten damit die bei Vigevano erlittene Schlappe unſchädlich, und zwangen die Piemonteſen, ſich mit großem Verluſt zurückzuziehen.

Es handelte ſich jetzt darum, ob Chrzanowski ſeine Macht bei Novara ſammeln, oder ſich nach Vercelli hinter die Seſia zurückziehen würde, um durch dieſen Fluß geſchützt, die Ankunft aller Seitenkorps und der Reſerve abzuwarten. Beide Städte, Novara und Vercelli, liegen in nordweſtlicher Richtung einige Meilen von Mortara entfert, Novara mehr rechts, Vercelli mehr links. Radetzki leitete nun die Verfolgung des geſchlagenen Feindes ſo, daß er ſich mit gleicher Leichtigkeit nach Novara und nach Vercelli wenden konnte, und daß er für den Fall, daß die Piemonteſen nach Novara gingen, ihnen ihre Rückzuglinie, welche über Vercelli führen mußte, abſchnitt. Der General d'Aspre und der Erzherzog Albrecht, der Sohn des alten Erzherzogs Karl, des Siegers bei Aspern, rückten mit dem 2. Armeekorps auf Novara vor. Es folgte ihnen das 3. und das Reſervekorps; das 4. und 1. bewegten ſich in paralleler Richtung nach Vercelli zu, auf die Rückzugslinie des Feindes. Es war am 23. um 11 Uhr Vormittags, als das 2. Armeekorps bei Olenzo (auf der Straße nach Novara) auf die Piemonteſen ſtieß. Dieſelben entfalteten anfänglich nur eine kleine Streitmacht um die Oeſterreicher glauben zu machen, ſie hätten nur eine Nachhut vor ſich, welche den Rückzug des Gros decken ſollte. Erzherzog Albrecht dachte ſie deshalb mit einer einzigen Diviſion zu werfen. Es zeigte ſich aber bald, daß es das ganze piemonteſiſche Heer war. Es entſpann ſich ein hartnäckiger Kampf; von beiden Seiten wurde mit gleichem Muth gefochten. Das dritte öſterreichiſche Armeekorps und das Reſervekorps langten gerade zu rechter Zeit, um 4 Uhr, auf dem Kampfplatz ein; das 1. und 4. Korps wendeten ſich von ihrem Wege rechts ab und fielen den Piemonteſen in die Flanke. Sie ſperrten zugleich die Straße nach Vercelli. Die Piemonteſen, ſo umgangen und auf allen Seiten angegriffen, konnten ſich nicht länger halten, und da ihnen ihre natürliche Rückzugslinie verlegt war, mußten ſie ſich nördlich in die Berge, von denen die Seſia herabfließt, nach Biella und Borgomanero werfen. Bei ihrem Rückzug durch Novara gerieth die Stadt in Brand. Ihr Heer ſcheint ſich auf der Flucht völlig aufgelöſt zu haben, ſo daß Karl Albert verzweifelte, Radetzki längeren Widerſtand leiſten zu können. Noch in derſelben Nacht ſtellte er eine Urkunde aus, worin er zu Gunſten ſeines älteſten Sohnes, des Prinzen von Savoyen abdankt, und verließ das Heer um ſich nach Frankreich zu begeben.

Die Einzelnheiten der Schlacht ſind noch nicht bekannt. Der Feigheit der Piemonteſen iſt der unglückliche Ausgang keinesfalls zuzuſchreiben: die öſterreichiſchen Bulletins ſelbſt erkennen ihre Tapferkeit an. Der Prinz von Savoyen hat perſönlich die glänzendſten Beweiſe von Muth abgelegt. Er war an der Spitze eines Regiments Lanciers, als ein Corps ungariſcher Huſaren ſich näherte. Sie ſchienen die Piemonteſen nicht angreifen, ſondern zu ihnen übergehen zu wollen. Als ſie aber dicht an ſie herangekommen waren, ſchoſſen ſie plötzlich ihre Piſtolen auf ſie ab. Der Prinz von Savoyen greift nun auch ſeinerſeits an, und nimmt ihren Oberſt mit eigner Hand gefangen. Gleiche Proben von Muth gab auf der öſterreichiſchen Seite der Erzherzog Albrecht. Nach der Länge des Kampfes und der Menge der Truppen, welche einander gegenüber ſtanden, muß der Verluſt an Todten ſehr bedeutend ſein.

Am Morgen des 24. begaben ſich der ſardiniſche Miniſter Cadorno und der ſardiniſche General Caſati ins öſterreichiſche Hauptquartier, und baten um einen Waffenſtillſtand. Der neue König von Sardinien erſchien bald darauf ſelbſt, und es gelang ihm, einen Waffenſtillſtand zu erhalten. Darf man den Gerüchten, welche über die Bedingungen deſſelben umgehen — denn amtlich ſind dieſelben noch nicht bekannt gemacht — trauen, ſo würde Radetzky zwar von weiterm Vordringen abgeſtanden ſein, dagegen die Auslieferung der Feſtung Aleſſandria und die Räumung des Landſtrichs bis zur Seſia ſeitens der Piemonteſen verlangt haben. Was man von der Höhe der Kriegskoſten, welche der König von Sardinien zu zahlen übernommen habe, und von den Pfändern, die Oeſterreich bis zur Zahlung in Beſitz nehmen würde, ſpricht, verdient keinen Glauben, denn dergleichen Beſtimmungen gehören in die Friedens- aber nicht in die Waffenſtillſtandsbedingungen. Der Friede wird wohl durch Frankreich und England vermittelt werden; Sardinien hat die Geſandten beider Mächte bereits wieder darum angegangen.

In ſeinen Beſitzungen wird Sardinien nicht gekürzt werden; ſelbſt eine dauernde Beſetzung des Landes oder eines Theils deſſelben wird ſchwerlich ſtattfinden. Frankreich iſt viel zu eiferſüchtig auf die öſterreichiſche Macht in Italien, um in eine Vergrößerung des öſterreichiſchen Beſitzſtandes, auch nur in eine zeitweiſe, zu willigen. Es würde wenigſtens auch ſeinerſeits einen Theil von Sardinien beſetzen wollen, und ohne daß Frankreich Savoyen erhält, wird Oeſterreich nicht die Lomellina bekommen. England aber wird das Eine und das Andere zu verhüten wiſſen. Wenn aber danach eine äußerliche Machtvermehrung Oeſterreichs kaum eintreten möchte, ſo werden die Folgen des Feldzugs ſich doch in einer völligen Veränderung der italieniſchen Zuſtände bemerkbar machen.

Toskana und der Kirchenſtaat werden bald wieder unter ihre alten Herren zurückgekehrt ſein. Umſonſt haben die Regierungen dort verſucht ein Heer aufzuſtellen: umſonſt hat Guerazzi in ſeinen Proklamationen gerufen: keine Phraſen, keine Schwüre und Gelübde mehr, Thaten! es iſt dennoch bei den Phraſen geblieben. Dutzende von Bataillonen wurden täglich auf dem Papier geſchaffen, überall wurden Konſkriptionsliſten ausgelegt, aber von den Tauſenden, welche das Wort: Unabhängigkeit Italien's im Munde führten, iſt Keiner zu rechter Zeit bei den Fahnen Karl Alberts eingetroffen. Man trieb den Eifer für die Waffen zwar ſo weit, daß man ſich mit Federhut und Degen ſchlafen legte; ſie aber auch gegen die Oeſterreicher zu gebrauchen, eilte man nicht. Man wird ſich jetzt zwar rühmen, es auch allein mit Oeſterreich aufnehmen zu wollen; man wird aber vielleicht, noch ehe die Oeſterreicher ihre bereits mit Frankreich verabredet geweſenen Intervention jetzt auch wirlich ausführen, die alten Staatsformen wiederherſtellen. Möglich, daß vorher noch die revolutionäre Bewegung einen letzten Aufſchwung nimmt, und die Republik durch die äußerſten Gewaltmittel und durch die Herrſchaft der extremſten Parteien ſich gleichſam feſter zu ſtellen verſucht; es wäre dies doch nur das letzte Aufflackern der verlöſchenden Flamme. Das Uebermaß, zu dem ſich die italieniſche Bewegung hat fortreißen laſſen, richtet ſie zu Grunde. Mit der Herrſchaft der Exaltirten haben ſich die wohlhabenden Klaſſen des Volks und mit ihnen die Ruhe und Ordnung aus dem Staatsleben zurückgezogen. Vergebens haben die Führer die größtmögliche Mäßigung bewieſen; nach und nach wäre es ihnen wohl gelungen, wie es in Frankreich geſchehen iſt, das Vertrauen zur neuen Staatsform herzuſtellen; hätte nur nicht die Bewegung, die ſie aufzuhalten ſuchten, in dem Kriege gegen Oeſterreich immer neuen Anſtoß erhalten! So aber wollte das Geld nicht in den Verkehr zurückkehren, und keine andere Kräfte, als die ihres eigenen Anhangs, ſtanden der Regierung zu Gebote. So wenig ſich aber aus Straßenhelden ein Heer bilden läßt, wie ſich jetzt gezeigt hat, ſo wenig laſſen ſich aus ihren Beiträgen die Koſten einer Regierung decken. Ein Zuſtand, wie er jetzt in Florenz und Rom herrſcht, wäre auch ohne fremde Intervention auf die Dauer nicht haltbar.

Werden aber der Papſt und der Großherzog von Toskana durch Oeſterreich in ihre Staaten zurückgeführt, ſo werden ſie ſich auch den Einflüſſen der öſterreichiſchen Politik nicht entziehen können; und da Neapel ſchon jetzt, Sardinien aber von nun an unter der Einwirkung dieſer ſelben Politik ſteht, ſo werden ſämmtliche italieniſchen Regierungen wieder, wie ſie es geweſen ſind, Oeſterreichs treue Schildknappen werden.

Oeſterreich wird aber wenig Freude an dieſer Wiederherſtellung ſeiner alten Oberherrlichkeit haben; ſeine Laſten wachſen mit der Ausdehnung ſeiner Herrſchaft; das Heer in Italien wird im Frieden ſtärker ſein müſſen, als es jetzt im Kriege war; die unnatürliche Unterdrückung des italieniſchen Nationalgefühls läßt das Land zu keiner wahren Ruhe kommen; und während die Ungarn und Slawen offen an dem Beſtand der Monarchie reißen, werden die Italiener ſie heimlich untergraben. Oeſterreich wird im gegenwärtigen Augenblick mächtiger erſcheinen, es wird ſein Haupt wieder höher erheben. Aber ſeine Lebenskraft iſt nicht gemehrt ſondern geſchwächt. Wie der Kranke, je mehr Anſtrengungen er aufwendet, ſein Leiden zu unterdrücken, um ſo

ſchneller die Kräfte, mit denen er ſein Leben noch erhält, aufzehrt, ſo wird auch Oeſterreich, je mehr Siege es über ſeine Völker erficht, um ſo ſchneller zu Grunde gehen.

Wie in den letzten Tagen Aller Augen in Berlin nach Frankfurt gerichtet waren, ſo wenden ſich jetzt hier unſere Blicke nach Berlin, wohin die Reichsgeſandten reiſen, um an den König eine Frage zu ſtellen, wie ſie im Laufe der Jahrhunderte nur Einmal an einen Sterblichen gerichtet wird. Wir zweifeln nicht daran, daß ein Hohenzollern dem Ruf der Weltgeſchichte zu folgen den Muth haben wird. Eine Bürgſchaft neben vielen anderen iſt uns die Stimmung des preußiſchen Volkes, wie es ſich in der letzten Zeit auf mannigfache Weiſe ausgeſprochen hat. Ueber das Verwerfen des Welcker'ſchen Antrages herrſchte ſelbſt in demokratiſchen Kreiſen Entrüſtung. Die beiden Kammern haben ſich ſo eben entſchieden dafür ausgeſprochen, daß Preußen den deutſchen Bundesſtaat in's Leben rufen ſolle, und in der Preſſe, ſowohl in der Hauptſtadt, als in der ebenbürtigen Preſſe der Provinzen, herrſcht allmäig eine immer größere Uebereinſtimmung. Mit Spannung achtet man hier auf den erſten Eindruck der Nachrichten in Berlin und iſt begierig, wie ſie ſich jetzt, nach beſchloſſener Verfaſſung, die Blätter über das Kaiſerthum ausſprechen werden. Bei der Neuen Preußiſchen Zeitung und ähnlichen Blättern wußte man im Voraus, daß ſie Verwahrung gegen die hieſigen Beſchlüſſe einlegen würden. Ihre Aufſätze, die einen etwas abgeſtumpften Geſchmack vorausſetzen, werden von dem hieſigen öſterreichiſchen Blatte, der Frankfurter Zeitung, eifrig nachgedruckt. Die Partei, welche von jener Zeitung vertreten wird, zählt zwar manche einflußreiche Perſonen, bei Hof, im Heer und unter den Beamten, zu ihren Anhängern; aber im Volke bildet ſie eine kleine Minderheit. Man legt daher auf ihre Ausfälle gegen die hieſige Verſammlung und deren beſte Männer kein großes Gewicht. Noch weniger Gewicht legt man auf die konſtitutionelle Zeitung. Dieſe vertritt gar keine namhafte Partei, ſondern nur die Anſichten eines bekannten nüchternen Staatsmannes. Die Anſichten desſelben über die Umgeſtaltung Deutſchlands ſind in unſerm Blatte ſeiner Zeit ausführlich gewürdigt, und es iſt wohl hinlänglich nachgewieſen, daß ſie nichts weniger ſind, als nüchtern, ſondern vielmehr ſo unpraktiſch, ſo abentheuerlich wie möglich. Eine Einigung Deutſchlands, wie ſie in Frankfurt erſtrebt wird, iſt in jenem nüchternem Blatte ein beſtändiger Gegenſtand des Hohnes. Eigenthümlich iſt dabei, daß es ſich gegen die hieſigen Beſtrebungen immer auf die Nation beruft. „Die Frankfurter Nationalverſammlung, ſagt es, begründet ihre Gewalt durch die Nationalſouverainetät. Nun wohl, ſo trete ſie vor die Nation, ſtelle ihr die Lage vor, in welche die gefaßten Beſchlüſſe Deutſchland verſetzen, und iſt dann die öffentliche Stimme entſchieden für ſie — wohlan, ſo unterwerfen wir uns, und kämpfen getreulich mit, komme daraus, was da wolle.“ Als ob die hieſige Verſammlung in einem unterirdiſchen Conclave arbeite und nicht vor die Nation trete, als ob die Nation ſeit einem Jahre etwas anderes thäte, als alle dieſe Fragen auf das Sorgfältigſte zu erörtern! Die Annahme des Wahlrechtes ohne alle Beſchränkung, wogegen das Blatt beſonders ankämpft, konnte es für das Werk der „hohen Parlamentsherren“, denen es Neigung zur Pöbelherrſchaft Schuld giebt, nicht günſtiger ſtimmen. Die Zeitung beharrt in der jüngſten Nummer auf ihrem Standpunkte läßt aber doch, wenn wir uns nicht irren, einige Neigung blicken, ſich der vollendeten Thatſache zu fügen. So viel von dieſem Blatte, welches die Verwerfung des Welcker'ſchen Antrages wie einen Triumph feierte.

Die Deutſche Reform hat für die deutſche Einheit ſtets mit anerkennungswerther Wärme geeifert. Einen deſto peinlicheren Eindruck hat in Frankfurt folgender Artikel gemacht.

„Berlin, 29. März. Die erbkaiſerliche Partei iſt durchgedrungen, aber um welchen Preis! Die neugegründete Gewalt iſt beinahe ſo ſchwach, als die frühere Kaiſermacht ſeit dem weſtphäliſchen Frieden war; nicht einmal gegen Abänderungen der Verfaſſung ſoll das Reichsoberhaupt ein abſolutes Veto haben. Freilich nicht die fürſtlichen Obrigkeiten ſchränken die Oberhoheiten ein, wie damals, ſondern die Repräſentation des Reichs in Staatenhaus und Volkshaus. Das Recht der deutſchen Fürſten iſt nahezu vernichtet; der Reichsrath, der, aus ihren Bevollmächtigten zuſammengeſetzt, an der Reichsregierung theilnehmen ſollte, iſt ganz beſeitigt. Und vollends das eigentlich volksthümliche Recht der Wahl iſt ſchonungslos der Demagogie preisgegeben — die Pſeudodemokraten ſind auf der geheimen Abſtimmung beſtanden. Und doch iſt ein Gewaltiges geſchehen, das aus den Annalen der Geſchichte nie wieder zu tilgen iſt: Die Nation hat in ihrer geſetzlichen Vertretung auf geſetzlichem Wege den Retter Deutſchlands bezeichnet. Wie kann König Friedrich Wilhelm dieſe Sendung erfüllen? Nicht indem er ablehnt, wohl aber, indem er Bedingungen vorſchreibt. Hierauf war von jeher alle Welt gefaßt; nach dem jetzigen Ausfall wird es von Allen erwartet werden, von der Demokratie in der Hoffnung, daß Verwirrung daraus entſtehe, von allen Freunden des Vaterlandes in der Zuverſicht, daß nun endlich Deutſchland eine Ordnung und Obrigkeit erhalte. Die kaiſerliche Partei zu Frankfurt hat den Beſchluß ohne Zweifel nur in der Erwartung gefaßt, daß dieſe Bedingungen erfüllt werden; und ſie werden es: denn der Widerſtand der Linken wird ohnmächtig, ſobald die Oeſterreicher die Paulskirche verlaſſen. Gott erleuchte die Räthe des Königs. Schmerzlich bewegt blicken wir zurück auf das vorige Jahr; am heutigen Tage erhielt Alfred v. Auerswald vom Könige den Auftrag, ein Kabinet zu bilden und Kamphauſen wurde Miniſterpräſident — Kamphauſen ſtatt Brandenburg — Auerswald ſtatt Manteuffel! und ſtatt des Grafen Arnim — der Freiherr Heinrich v. Arnim.“

Dieſer Artikel beruht, auf das gelindeſte geſagt, auf einer nicht hinlänglichen Kenntniß der hieſigen Verhältniſſe und trifft ſeltſam zuſammen mit der Erklärung, welche „viele öſterreichiſche Abgeordnete“ ſo eben öffentlich abgegeben haben. Dieſe Erklärung iſt beachtenswerth. Die öſterreichiſchen Abgeordneten müſſen harte Worte hören, und geben harte Worte zurück. Aber das alte Wort: Es gibt keine Kraft gleich der Wahrheit! ſcheint ſich dennoch auch bei ihnen geltend zu machen. Aus jener Erklärung blickt die Ueberzeugung hervor, daß ſie als Oeſterreichiſche Abgeordnete allerdings bei dem deutſchen Verfaſſungswerk nichts mehr drein zu reden hätten. „Aber, ſagen ſie, das Verfaſſungswerk iſt noch nicht beendet. Bei dem Unglaublichen, fahren ſie fort, das jene Herren uns erleben ließen, müſſen wir auf alle Eventualitäten, wir müſſen darauf gefaßt ſein, alle in Berlin mißliebigen Beſtimmungen der Verfaſſung, unter irgend einem Vorwande, ausgemerzt zu ſehen, wenn durch die Entfernung der öſterreichiſchen Abgeordneten der Phalanx der Kleindeutſch-Erbkaiſerlichen ein Uebergewicht erlangt, gegen welches jedes Ankämpfen unſerer bisherigen übrigen Meinungsgenoſſen im Voraus zur wirkungsloſen Ohnmacht verurtheilt wäre.“ Wir wollen uns für heute alles Urtheils über jenen Artikel der Deutſchen Reform enthalten, welcher die erbkaiſerliche Partei in einem nachtheiligen Lichte erſcheinen laſſen könnte, wenn ſie dabei betheiligt wäre. Zum Beweiſe, wie fremd ſie dieſer Auffaſſung iſt, theilen wir den Eingang der heutigen Parlamentskorreſpondenz mit:

„Wenn Preußens König und Volk, heißt es dort, mehrfach und noch in letzter Zeit ausdrücklich erklärt haben, für Deutſchlands Einheit und Größe die nöthigen Opfer nicht ſcheuen zu wollen, ſo iſt es jetzt an beiden, dies gegebene Wort einzulöſen. Denn mit dem Ausſpruche und der Wahl der Nationalverſammlung iſt zunächſt nur der legitime Wille der Nation verkündet: ihn durchzuſetzen iſt zunächſt und zumeiſt die Aufgabe der außerhalb der Nat.-Verſ. liegenden Kräfte. Den neu erwählten Kaiſer anlangend, ſo wiſſen wir alle, welche Bedenken ihn ſeither abgehalten haben, irgend einen Schritt zu thun, welcher den Schein der Uſurpation herbeiziehen könnte. Wir fordern nun nicht, daß er ſogleich alle dieſe Bedenken als durch den Entſchluß der Nat.-Verſ. beſeitigt anſehe: wohl aber glauben wir, fordern zu dürfen, daß er in großer Zeit und bei großer Gefahr auch das große Vertrauen zum deutſchen Volke und deren Einzelfürſten habe, daß beide, wenn auch zum Theil durch den neulichen Beſchluß befremdet, war durch mannichfach erregte Antipathie demſelben nicht zugeneigt, doch früher oder ſpäter das Richtige des eingeſchlagenen Wegs erkennen und in der Erblichkeit des fürſtlichen Oberhaupts nicht eine Verminderung der eigenen Würde und Selbſtſtändigkeit, ſondern eine nothwendige Bedingung der ferneren Exiſtenz ſehen. Wir fordern ferner, daß, wenn einzelne Beſtimmungen der neuen Verfaſſung Anſtoß erregen, Preußens Herrſcher dieſen Anſtoß minder veranſchlage, als die Gefahr des Vaterlandes, das ohne eine raſch und kräftig einigende Hand nicht länger beſtehen kann.“

Endlich theilt uns ein berühmtes Mitglied jener Partei folgende Entgegnung zur Veröffentlichung mit:

An Michel Jämmerling.

Mit Zeitungen anzubinden, iſt eine gefährliche Fehde. Sie haben die Macht, wenigſtens im eigenen Blatt, das letzte Wort zu behalten. Es ſei darum gewagt. Es gilt Nummer 214 der Deutſchen Reform, wegen der Mittheilung, der Beſternten unter „Berlin, 29. März." Der Schreiber ſcheint ſoeben erſt gewiſſe Hörſäle verlaſſen zu haben, und um ſeine mühſam eingelernten Heftſätze nicht zu vergeſſen, ſich in Zeitungen Erinnerungsblätter einlegen zu wollen. Mag er es, nur rühre er nicht an Deutſchlands Einheit, die nur im Erbkaiſerthum ihren Hort hat.

Ihm iſt die neugeſchaffene Kaiſermacht ſo ſchwach, als die frühere ſeit dem weſtphäliſchen Frieden geweſen. Das iſt ein hinkender Urtelsſpruch. Der weſtphäliſche Friede gab die Einheit des Volkes der Landeshoheit Preis, und die jetzige Verfaſſung verwahrt nun künftig, das lange vermißte Reichskleinod der Einheit im deutſchen Volkshauſe. Das macht den volklichen Kaiſer ſtark, ſtärker wie je der churfürſtliche ſein konnte.

Vernichtet iſt nicht das Recht der Fürſten, es iſt nur geregelt und über Willkür erhaben. Der Schmutz, den der Eroberer bei der Fremdherrſchaft anwarf, iſt von den Kronen ohne Beſchädigung entfernt worden. Das Staatenhaus, was zur Hälfte die Regierungen, zur Hälfte die Ständeverſammlungen beſchicken, iſt ſtark genug, gegen den Schwang zu halten.

Thöricht iſt der Jammer, um das abſolute Veto, um ein weſenlos Nichts, was gerade ſo in Wirklichkeit kommen kann, als eine Schachtel voll egyptiſcher Finſterniß, die man nicht öffnet, nur unter den heiligen Rippen und Kinkerlitzen vorzeigt. In England, wo das abſchlägliche Nein geſetzlich iſt, hat man es in 150 Jahren nicht zur Anwendung gebracht. Das aufſchiebliche Nein iſt anwendbarer und darum ausreichend. In einigen Jahren klärt ſich die Meinung. Die Eintagsleute kommen bald um ihre Geltung. Die Preſſe, vom vorkoſtenden Schriftſchauer erlöſet, wird Wunderdinge vollbringen. Wühler vom Maulwerk werden als Maulwürfe ſich bald verbergen müſſen. Und wäre etwas wahrhaft volkmäßig, volkgerecht und zeitwürdig, das vermag kein abſolutes Veto aus der Welt zu bringen, ſo wenig es den Machthabern Altroms mit dem Chriſtenthume gelungen.

Und beim Wahlgeſetz vollends iſt gar keine Gefahr. Das Volk, die denkende und fühlende Menge, kennt bald ſeine Männer, und verachtet die Scheinfreunde. Und wenn es ſie nicht kennt, ſo iſt es Schuldigkeit der Beſſern, auch der ſich höherer Bildung Rühmenden, ſich nicht einſeitig abzuſchließen, ſich belehrend, tröſtend, ermunternd unter die Leute zu miſchen. Das Volk verſteht unter gemein leutſelig. Die Vornehmen die ſich was vorweg nehmen unter gemein, was ſich nicht aufthut.

Die Sinnfluth iſt vorüber, geht nun freudig aus der alten Arche, worin ihr zum Sonderleben eingeferchtwaret und ermuthiget euch zu einem echten volklichen Gemeinleben.

F. L. Jahn.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 31. März. Die erſte Meßwoche geht mit dem heutigen Tage zu Ende und es iſt erfreulich, melden zu dürfen, daß die Engrosgeſchäfte weit beſſere Reſultate lieferten, als man erwarten konnte. Es iſt aber dabei zu erwähnen, daß es namentlich die Kaiſerwahl iſt, welche das Geſchäftsleben in allen Zweigen wieder zu beleben beginnt und daß dies auch für den Kleinhandel unſerer Meſſe der Fall zu ſein ſcheint, dafür ſpricht der Umſtand, daß raſch alle Meßſtände und zwar zu theilweiſe hohen Preiſen von Kleinverkäufern gemiethet wurden.

*** **Frankfurt**, 31. März. Man vernimmt mit Vergnügen, daß noch im Laufe dieſes Sommers die Frankfurt-Kaſſeler Eiſenbahn von hier bis nach Friedberg, ja im Laufe dieſes Jahrs bis nach Gießen in fahrbaren Zuſtand verſetzt und dem öffentlichen Dienſte übergeben werden ſolle. Zu dieſem Zwecke ſollen die Stationshäuſer, Einſteighallen ꝛc. einſtweilen aus Brettern erbaut werden. Wenn dem, wie man aus guter Quelle erfährt, ſo iſt, ſo muß es befremden, daß auf dem, allerdings nur kleinen Frankfurter Gebiete, die Eiſenbahnarbeiten noch nicht begonnen haben.

Frankfurt, 31. März. So eben iſt ein Kourier des Feldmarſchalls Grafen Radetzky, aus deſſen Hauptquartier Novara am 25. März abgegangen, hier eingetroffen, welcher Sr. kaiſerl. Hoheit dem Erzherzog Reichsverweſer die Beſtätigung der bereits aus den geſtrigen und heutigen Blättern bekannten glänzenden Siege der kaiſerlich öſterreichiſchen Armee in Piemont und des als beendigt zu betrachtenden fünftägigen Feldzuges überbrachte. (O. P. Z.)

* **Wien**, 26. März. Zwei neue k. k. öſterreichiſche Urtheile über „politiſche" Verbrecher: ſie ſind werth, der Sammlung angereiht zu werden, die wir vor Kurzem von ſolchen Urtheilen anzulegen begonnen haben. „Aloys Leithe aus Wien, 54 Jahre alt, Goldarbeiter, wurde von dem Kriegsrechte wegen aufrühreriſcher Reden und beleidigender Ausdrücke gegen das k. k. Militär, die er ſich im trunkenen Zuſtande erlaubte, und wegen Aufbewahrung von allerdings unbrauchbaren Waffen zu ſiebenmonatlichem Profoßen-Arreſte in Eiſen verurtheilt, dieſes Urtheil jedoch in Anbetracht ſeines ſonſtigen loyalen Lebenswandels, und da er die unbrauchbaren Waffen nicht aus böſem Vorſatze verheimlichte, auf zweimonatlichen Profoßen-Arreſt in Eiſen gemildert. Franz Szor von Wien, 31 Jahre alt, Privatbeamter, wurde von dem Kriegsgerichte wegen aufreizender Reden gegen Militärs, gegen die beſtehende Regierungsform und wegen ſchmählicher Ausdrücke über Oeſterreich, in einem Buſchenſchank zu Hernals in der laut ausgeſprochenen Meinung: Beim Weine könne man reden was man wolle, zu achtmonatlichem Profoßen-Arreſt in Eiſen verurtheilt."

△ **Wien**. 27. März. Im Gemeinderathe wurde der Antrag geſtellt, den Redakteur des „Hans Jürgel" vor dem Preßgerichte zu belangen, wegen eines fulminanten Artikels, in welchem er die Wirkſamkeit derſelben in den Oktobertagen mit ſeinem gegenwärtigen Thun zuſammenſtellt und zum Gegenſtande ſeines niedrigen Witzes macht; auf einen Gegenantrag jedoch, daß das Blatt zu niederträchtig und noch etwas mehr ſei, ging man mit Stimmeneinhelligkeit zur Tagesordnung über. Dies war einer der ſeltenen Fälle, in welchem unſer Gemeinderath richtigen Takt bewies und ſeine Haltung fand bei dieſer Gelegenheit große Billigung im Publikum. Feldzeugmeiſter Welden dürfte in den nächſten Tagen nach Ungarn abgehen, jedoch nur um die Operationen gegen Komorn zu leiten, welche Feſtung alſo officiell noch nicht genommen iſt. Fürſt Windiſchgrätz iſt nach Ollmütz berufen und die Gerüchte über ſeine Ernennung zum Oberſthofmeiſter erneuern ſich dadurch. Auch ſcheint es ſich zu beſtätigen, daß Banus Jellacic den Oberbefehl über die ungariſche Armee erhalten wird oder ſchon erhielt — was von vielen Seiten und namentlich bei der ungariſchen Armee Bedauern hervorruft, daß man den erprobten Muth und die vielſeitigen ſtrategiſchen Kenntniſſe des Feldzeugmeiſters Welden nicht für einen weiteren Wirkungskreis in Ungarn verwandte. Vorgeſtern ging ein Schiff mit Munition nach Komorn ab, und heute folgt ein zweites. Die Einzelnheiten, welche wir von der Einnahme Hermannſtadts durch Bem erhalten, ſind ſchaudererregend. Man glaubt ſich durch die Berichte von dort in die Zeit der Hunnen oder — in die Wiener Oktobertage verſetzt! Die Ruſſen ließen 800 Mann Todte auf dem Platze. Alle Aerarial- und öffentlichen Gebäude wurden beſchoſſen und angezündet, dann die unglückliche Stadt nach einer vorhergegangenen ungeheuern Brandſchatzung durch viele Stunden geplündert. Den Flüchtigen ſetzte man nach und holte noch ungefähr 80 Wagen voll derſelben ein, welche meiſtens niedergemacht oder zurückgebracht und ausgeraubt wurden. Feldzeugmeiſter Puchner und General Malachovski (an der oberen Seite bei Biſtritz) wurden vollkommen getäuſcht. Erſterer hatte ganz die Spur einer Armee von wenigſtens 12—16,000 Mann verloren, während Letzterer ſich ſchnell ohne bekannte Urſache (wir hier in Wien begreifen wenigſtens noch nicht warum) in die Bukowina zurückzog. Die Nachrichten aus Italien haben die ganze Stadt mit feurigem Jubel erfüllt, von dem man weder ſagen kann, daß er gerecht, noch daß er von der Polizei angeordnet iſt. Man ruft ſich auf den Straßen zu, man läuft zu den Freunden, um der erſte zu ſein, der die Nachricht verkünden kann. Nicht eben ſo günſtig lauten die Nachrichten aus Ungarn — es hat ſich ſogar heute das Gerücht verbreitet, eine große Anzahl Truppen, welche in Schleppſchiffen auf der Donau transportirt wurden, ſeien in corpore von den Ungarn gefangen genommen worden: wir wollen hoffen, daß es ſich nicht beſtätigt.

* **Wien**, 27. März. Die Vorfälle in der Paulskirche geben dem „Lloyd" zu einem leitenden Artikel Anlaß, worin die Hoffnung ausgeſprochen wird, daß ſämmtliche Regierungen Deutſchlands, Oeſterreich und Preußen an der Spitze zu einer Verſtän-

digung in Bezug auf die künftige Organiſirung des Reiches gelangen und vereint die Iniative ergreifen werden, um die deutſche Verfaſſung mit der Paulskirche zu vereinbaren. Es läßt ſich begreifen, daß die wenigen öſterreichiſchen Deputirten, welche es mit ihrer politiſchen Geſinnung für unvereinbar hielten, einem preußiſchen Kaiſerthum entgegen zu treten, ihre Abfertigung erhalten. Der öſterreichiſche Korreſpondent hebt es hervor, daß die Warſchauer Zeitung bei Anführung der Titel des Kaiſers von Oeſterreich jenen eines Großherzogs von Krakau überall wegläßt. Dieſer Tage wird eine vom hieſigen Bürgerſtande zur Unterſchrift vorbereitete Adreſſe aufliegen, worin der Kaiſer gebeten wird, nach Wien zurückzukehren, wenn es auch nicht angemeſſen befunden würde, den Belagerungszuſtand aufzuheben.

Trieſt, 24. März. Der neu ernannte Vize-Admiral Dahlerup iſt bereits auf dem Kriegsdampfboote Trieſte nach Pola abgereiſt, um unſere dort ſtationirte Flotte zu inſpiziren. Nach ſeiner Rückkehr aus Pola ſoll er wieder nach Wien gehen, um dem Miniſterium ſein Gutachten und ſeinen Plan für die zu reorganiſirende Flotte vorzulegen.

= **Berlin**, 29. März. Welche grenzenloſe Schmach es dem Auslande gegenüber wäre, wenn die im Jahre 1815 an den Fürſten geſcheiterte deutſche Einheit im Jahre 1849 von den Vertretern des deutſchen Volkes vernichtet würde, mögen Sie auch aus Folgendem erſehen. Der nordamerikaniſche Geſandte am hieſigen Hofe, Einer der wenigen von den hier reſidirenden fremden Diplomaten, der Herz und Glauben für die Sache der deutſchen Einheit hat, iſt von ſeinem Gouvernement zum Geſandten bei der deutſchen Centralgewalt in Frankfurt in der Weiſe ernannt, daß er nicht mehr wie bisher in Frankfurt und Berlin zugleich, ſondern lediglich und ausſchließlich bei der Centralgewalt in Frankfurt akkreditirt ſein und hier durch einen Nachfolger, Mr. Hannegan förmlich, erſetzt werden wird. Was mag nun wohl Amerika ſagen, wenn es von der Welcker'ſchen That hören wird und von der Unempfänglichkeit der Paulskirche für dieſe That. Wenn ich an meine preußiſche Landsleute in der Paulskirche denke, die auch mit heroſtratiſchem Muthe jene That vernichten halfen, ſo blutet mir das Herz. Nicht meiner Partei wegen, denn die hat unendlich gewonnen, als durch die Abſtimmung ſeiner Vertreter auf der dortigen Linken durch das mit Oeſterreich und Rom kokettirende, den nüchternſten Paſſimismus nicht verhehlende Treiben, der hieſigen Linken gelegentlich der Adreßdebatte über die deutſche Frage, dem preußiſchen Volke die Augen aufgingen. Aber Deutſchlands wegen, jener Partei ſelbſt wegen, mußte jeder Vaterlandsfreund von Schmerz durchdrungen ſein, da er auch im Lager, gegenüber einen an Edelſinn ebenbürtigen Gegner zu erblicken wünſcht. Ein Blatt mit ſchwarzem Trauerrande, die Namen derjenigea Preußen enthaltend, welche gegen Welcker's Antrag geſtimmt haben, geht iu Tauſenden von Exemplaren durch die Stadt. So wird denn ihr trauriger Nachruhm lange dauern.

Heute bringt uns die Deutſche Reform, die in der letzten Zeit oft in begeiſterter Weiſe das Echo der deutſchen Sache in Preußen war, eine angeblich telegraphiſche Nachricht, welcher zufolge bei der Wahl des erblichen Oberhauptes unſer König gewählt ſei, indem 290 einſtimmig dafür votirt, 245 der Abſtimmung ſich enthalten hätten. So erfreulich dieſe Kunde klingt, ſind wir mißtrauiſch gegen Frankfurter Nachrichten geworden. Dann kann es noch heißen: Ende gut, Alles gut. Denn iſt auch hier das Vertrauen auf die Schaffungsfähigkeit der dortigen Verſammlung ſelbſt bei ihren hieſigen Anhängern mächtig abgekühlt, ſo wird doch immerhin der Eindruck jener Kunde ein ſehr erfreulicher und aufrichtender ſein. Und die Bereitwilligkeit zur Annahme? — auch dieſe wird durch die vorjüngſten dortigen Ereigniſſe nicht eben ſehr erſehnt ſein. Aber das Schimpfen und Grollen der Neuen Preußiſchen Zeitung läßt auch in dieſer Hinſicht das Beſte hoffen. Man iſt hier ziemlich allgemein der Anſicht, daß wenn jene oben berichtete Nachricht ſich beſtätigt, darin eine glückliche Löſung der dentſchen Verhältniſſe gefunden ſein würde. Auch behaupten Kundige, daß wenn nur erſt die vollendete Thatſache da ſei, die meiſten der von Oeſterreich, Rußland und Frankreich gefürchteten Schwierigkeiten in ein Nichts zerfließen, England ſich geradezu zu uns ſtellen würde. Aus der Haltung des in dieſer Beziehung ſehr verſchloſſenen engliſchen Geſandten läßt ſich dieſes freilich nicht folgern; aber er iſt bekanntlich Tory und gehört nicht der Partei Lord Palmerſton's an. Es iſt aber in letzter Zeit öfter hervorgetreten, wie die Tory-Partei ſich mehr an Oeſterreich, die Whigs mehr an Preußen anzulehen ſuchen. Nun iſt ja aber in England glücklicher Weiſe in dieſem Argenblicke ein Whigs-Regiment, und Frankreich, für uns noch viel glücklicher, vollauf mit ſich beſchäftigt. Die viel berührre ruſſiſche Note exiſtirt wahrſcheinlich gar nicht; hierher iſt wenigſtens eine ſolche nicht gelangt, wie der Miniſter des Aeußeren dies kategoriſch in der zweiten Kammer ausgeſprochen hat. In der geſtrigen Sitzung der erſten Kammer nannte er unſer Verhältniß zu Rußland ein durchaus gutes. Was die deutſch-königlichen Feinde des einheitlichen Bundesſtaates anlangt, ſo möchte der König von Hannover der hartnäckigſte ſein, aber doch ſeinem, ihm im Allgemeinen ſehr fernſtehenden deutſchen Volke, nicht widerſtehen können. Stüve wird zwiſchen beiden diesmal zu vermitteln ſuchen: ewig Schade, daß dieſer begabte Mann die ihm vom Geſchick gebotene große Aufgabe, Leiter der einheitlichen Bewegung im nichtpreußiſchen Norden zu ſein, zurückgewieſen und ſich nunmehr, ſowohl Frankfurt als den hannöveriſchen Ständen gegenüber, in eine ganz ſchiefe Poſition hat drängen laſſen, faſt lediglich auf die Partei ſich ſtützend, die er bis zum vorigen Jahre mit ſeltener Zähigkeit bekämpft hat. Der regierende König von Sachſen ſelbſt ſoll, entgegen ſeiner Umgebung, wie man hier wiſſen will, dem preußiſchen Erbkaiſerthum nicht abgeneigt ſein und die ſächſiſchen Kammern werden ihre kühnen Wünſche betreffs der republikaniſchen Spitze ſehr herabſtimmen, wenn ſie in dieſen Tagen erfahren werden — eine gute Lehre für die deutſchen Partikulariſten und Kleinſtaaten — daß ihre vereinten, mit großer Majorität beſchloſſenen Anträge, nicht mal im Stande ſind, den Herrn von Könneritz von Ollmütz zurückzuholen. Baiern mag ſich ſchlimmſten Falls vor der Hand abſondern.

So konnte ſich das Unerwartetſte ereignen und die Konſtituirung des erbkaiſerlich deutſchen Bundesſtaates in feierlichſter Weiſe vor ſich gehen, wenn nicht der däniſche Krieg neue Verwicklungen mit ſich bringt. Unterrichtete aber meinen, daß die Beſchließung des preußiſchen Erbkaiſerthums in der Mainſtadt die däniſche Regierung mehr zum Frieden ſtimmen würde, als eine verlorene Schlacht der ſchleswig'ſchen Grenze.

Auch die Verhandlungen mit Oeſterreich werden dornig ſein; wenigſtens wird Oeſterreich ſie uns erſchweren. Hier aber, deſſen können Sie ſich verſichert halten, wird man im Gagern'ſchen Sinne vorgehen und trotz des nicht eben freundſchaftlichen Benehmens des Herrn von Schmerling, des einſt von Allen verlaſſenen und nur noch von Heinrich Gagern Freund Genannten, mit Langmuth ein gutes Verhältniß zwiſchen dem Oſt- und Weſtreiche zu erſtreben ſuchen. Der hochherzigen Hoffnung Gagern's, daß Schmerling *) bei dieſem europäiſchen Friedenswerk uns hilfreiche Hand leiſten werde, geben wir hier zwar nicht Raum, erwarten aber von der nüchternen Einſicht der öſterreichiſchen Regierung, daß ſie vorziehen wird, einen treuen Freund ſich zu erwerben, als die lange Reihe ihrer Feinde zu vermehren. Die milde, edle Perſönlichkeit, die auf Preußens Thron ſitzt, wird ihr dazu weſentlich beitragen.

Und der auswärtige Miniſter, Graf Arnim? Die Note vom 10. März war allerdings ein faux pas, eine Ungeſchickthеit der Form nach. Graf Arnim iſt ein geborner Berliner und Sie wiſſen, daß die Berliner gar feine Leute ſind und viel Kourtoiſſie haben. Dazu war er, irre ich nicht, länger denn 30 Jahre hindurch Geſandter in Paris, der Hauptſtadt der Galanterie. Allerdings hat Michel in ſeiner derben Weiſe die Note falſch verſtanden und es iſt das gut. Denn man wird fortan deutlicher werden. Ungeſchicktheiten haben auch andere begangen; mehr wie ungeſchickt war es, wenn der wackere Welcker als badiſcher Bevollmächtigter den Prinzipien ſeiner Regierung lange entgegen handelte. Daß jener Mann zu Metternich'ſcher Zeit Geſandter in Wien geweſen, daraus kann man doch wahrlich nicht viel folgern: denn nicht Graf Arnim machte unſere Politik in Wien, ſondern Herr v. Kanitz machte ſehr bewußt ſie hier. Es ſcheint das momentane Lieblingsthema unſerer Preſſe, gegen Graf Arnim zu Felde zu ziehen, aber bis auf die allzu galante Faſſung der gedachten Note liegt nichts gegen ihn, der perſönlich ein durchaus ehrenhafter Charakter iſt, vor, während viel mehr in der Adreßdebatte über die deutſche Frage, er mit klarer feſter Stimme her-

---

*) Hr. v. Schmerling kehrt nach der Frankfurter Zeitung nach Wien zurück, um ſeine frühere Stelle als Apellationsgerichtsrath wieder anzunehmen.

verhob, daß Preußen in Frankfurt ein Volkshaus wolle und in dieſem Punkte entſchieden von Oeſterreich abweiche *).

Bald wird die Entſcheidungsſtunde ſchlagen. Alſo wiederum die Frage: Annehmen oder Ablehnen? Heinrich Simon beantwortete ſie vor zwei Jahren mit Nein, der Vereinigte Landtag mit Ja. Gott wird den frommen Sinn des Königs lenken. Als vor Jahresfriſt die Geſchicke über die Hohenzollern zuſammenzubrechen ſchienen, feſſelte dieſen König nicht die Luſt am Herrſchen an den Thron. Des Königs Bleiben ging aus der rein chriſtlichen Anſchauung hervor, daß Bleiben Pflicht ſei. So wird er auch, das vertrauen wir, die Kaiſerkrone, nach welcher nie er ehrgeizig die Hände ausgeſtreckt hat, in Demuth gegen Gott, im Vertrauen auf das deutſche Volk, annehmen und Deutſchlands Geſchicke werden ſich erfüllen. Gott wird mit Deutſchland ſein, auch in der zwölften Stunde!

Stettin, 27. März. Einem uns mitgetheilten Privatſchreiben aus New-York vom 6. März c. entnehmen wir folgende Notizen: „Der für Rechnung des deutſchen Reichs zu 250,000 Dollars angekaufte früher amerikaniſche Steamer „United States" wird jetzt hier mit Kanonen ꝛc. ausgerüſtet und ſoll gegen Ende des Monats, wie es heißt, nach der Nordſee abgehen, um den deutſchen Schiffen Schutz zu gewähren, falls die Dänen ſich erkühnen ſollten, auf deutſche Schiffe wieder Jagd zu machen und die Häfen zu blokiren. (Oſtſ. Z.)

0 **München**, 29. März. Am geſtrigen Stiftungsfeſte der Akademie der Wiſſenſchaft wurde derſelben durch das Kultusminiſterium das Recht zurückgegeben, ſeine Mitglieder ohne fremdes Zuthun ſelbſt zu wählen. Bekanntlich war dieſes Recht durch eine Abel'ſche Verordnung im Jahre 1841 theilweiſe aufgehoben worden, indem damals verfügt wurde, daß ein Theil der neuen Mitglieder aus der freien Wahl der Akademiker hervorgehen ſolle, während andere durch königliche Ernennung mit dieſem wiſſenſchaftlichen Ehrenamt bekleidet wurden. Die Krone hatte alljährlich von dieſem Rechte Gebrauch gemacht und dabei beſonders den Ultramontanismus wohl bedacht. In den verſchiedenen Miniſterien, beſonders in denen der Juſtiz und des Innern, werden mit allem Eifer die Geſetzentwürfe vorbereitet, welche die durch die Einführung der Grundrechte nothwendig werdenden Verfaſſungsabänderungen bezwecken; ja, man ſpricht ſogar von der Vorlage einer umgeſtalteten, neuen Verfaſſungsurkunde ſelbſt, was allerdings das Einfachſte wäre. Bei Wiedereröffnung des Landtags, die, wenn in Nymphenburg nicht anders beſchloſſen wird, für jetzt noch immer auf den 10. April feſtgeſetzt iſt, wird das Geſammtminiſterium den Kammern ein Programm vorlegen, worin es unter andern nur die Verantwortlichkeit für, alles das zu übernehmen erklärt, was unter ſeiner Verwaltung geſchieht, hingegen für alles früher Geſchehene die Verantwortlichkeit ablehnt. Man iſt beſonders darauf geſpannt, wie es das Miniſterium mit der Kammer der Reichsräthe zu halten gedenkt; im vorigen Jahre wäre es leicht geweſen, dieſelbe zu veranlaſſen, ſich ſelbſt die ſeidene Schnur umzulegen, aber heuer? Man darf auf heftigen und zähen Widerſtand gefaßt ſein. Nicht unwahrſcheinlich iſt es, daß dieſer Kammer nur noch die einzige Vorlage eines Wahlgeſetzes gemacht werde, und daß ſie nach Annahme deſſelben ſofort aufgelöſt würde, um der neuen Platz zu machen. Wenn ſie aber ſich nicht fügt?

♉ **Gießen**, 30. März. Geſtern traf das nach Schleswig beſtimmte 5. baieriſche Dragonerregiment, 900 Pferde ſtark, in hieſiger Stadt ein. Der Obriſt dieſes Korps iſt der bekannte geiſtreiche Touriſt, Karl v. Heilbronn, Verfaſſer der „Cartons aus der Reiſemappe eines deutſchen Touriſten" und „Morgenland und Abendland". Heute Morgen ſetzte das Regiment ſeinen Marſch weiter fort; es gedenkt den Kriegsſchauplatz noch zeitig genug zu erreichen und will zu dieſem Zwecke von Hildesheim aus die Eiſenbahn benutzen.

Sigmaringen, 28. März. Unerwartet iſt der Befehl dahier eingelaufen, daß ſich das Hohenzollern-Lichtenſtein'ſche Bataillon zum Marſch nach Schleswig-Holſtein innerhalb 14 Tagen bereit zu halten habe. (Schw. M.)

Schleswig, 28. März. Der Reichs-Kommiſſär Stedmann begab ſich am 26. d. dem Vernehmen nach nach Alſen, was hier einiges Aufſehen erweckte. Die Veranlaſſung war ein Schreiben des preußiſchen Geſandten in Kopenhagen über eine beiläufige Mittheilung des däniſchen Staatsminiſters Grafen v. Moltke, wegen Geneigtheit des däniſchen Kabinetes, die Waffenruhe bis zum 10. oder 15. k. M. eintreten zu laſſen unter gewiſſen Vorausſetzungen. Der Reichs-Kommiſſär iſt zurückgekehrt, während der außerordentliche Reichs-Kommiſſär, Dr. Souchey, die Statthalterſchaft eingeſetzt und die Landesverſammlung ihre Zuſtimmung ertheilt hat. Die Waffenruhe ſoll drei Tage dauern, dann ſollen vier ungewiſſe Tage folgen. Allein die eine Bedingung, daß die gemeinſame Regierung, die ſogenannte inſurrectionelle, bleibe, iſt ſchon unmöglich geworden, die zweite iſt ebenſo unmöglich, denn die Reichstruppen haben die Eider überſchritten und brennen vor Begierde, ſich mit den Dänen zu ſchlagen. (H. B.)

Schleswig, 29. März. Wir leben in einem verzweiflungsvollen Zuſtande, der uns erdrückt. Nicht der Krieg iſt die Urſache deſſelben, ſondern die Furcht vor dem ſchimpflichen Frieden, mit dem man uns immer und immer wieder bedroht. (S.-H. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 29. März. Als politiſche Schwanenrede verdienen die ſchönen Worte, welche Macaulay in Gegenwart von vielleicht 4000 Glasgowern an den Lord Provoſt der Stadt zum Dank für das ihm ertheilte Ehrenbürgerrecht richtete, wohl eine Erwähnung. Macaulay ſagte nach einigen einleitenden Worten: „Mein politiſches Leben, Mylord, iſt geſchloſſen. Die Gefühle, welche die natürliche Folge des Ehrgeizes und Wetteifers ſind und von denen nicht berührt geweſen zu ſein ich keineswegs mir einbilde, haben Zeit gehabt, ſich abzukühlen. Ich ſchaue jetzt auf die Ereigniſſe, an denen ich Theil nahm, ſo ruhig wie, denke ich, auf die Ereigniſſe eines vergangenen Jahrhunderts. Ich glaube, daß ich über meine eigene Laufbahn ſo parteilos urtheilen kann, wie über die Laufbahn eines Andern. Große Irrthümer und Verſehen gebe ich zu, aber nichts was mit einer redlichen Abſicht und geiſtigen Unabhängigkeit unverträglich wäre. (Großer Beifall.) Dieſes Zeugniß ſtellt mir mein Gewiſſen aus, daß ich als Ehrenmann die Wohlfahrt und die Größe meines Vaterlandes wünſche, daß meine Laufbahn, gut oder ſchlecht, nie durch ſelbſtſüchtige oder ſchmutzige Beweggründe beſtimmt war, und daß in verwirrten Zeitläufen, unter mancherlei Wechſelfällen des Glücks, in und außer der Gewalt, populär oder unpopulär, ich ſtets Einer Klaſſe von politiſchen Anſichten und Einer Klaſſe von Freunden angehangen habe. Ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln, daß dieſe Freunde gut gewählt und daß dieſe Anſichten in der Hauptſache richtig waren. Mit Vergnügen gedenk' ich deſſen, daß ich an einigen Reformen Theil nahm, durch welche große Mißbräuche abgeſchafft und große Anläſſe zum Mißvergnügen beſeitigt wurden (Großer Beifall). Aber mit Vergnügen bin ich auch deſſen eingedenk, daß ich mich nie dazu hergab, die Rolle eines Demagogen zu ſpielen. Die Ereigniſſe, welche jüngſt die Geſtalt Europa's veränderten, haben mich in meiner Ueberzeugung von dem, was die öffentliche Pflicht fordert, nur noch befeſtigt. Dieſe Ereigniſſe enthalten gewichtige Lehren ſowohl für die Herrſcher als für die Beherrſchten. Die große Lehre, welche ſie verkündigen iſt die, daß Tyrannei und Anarchie untrennbar mit einander verbunden ſind, daß jede der andern Mutter und jede der andern Tochter iſt. Die große Lehre, welche ſie verkündigen, iſt, daß alte Einrichtungen keinen ärgern Todfeind haben, als den blinden Anhänger des Alten, welcher ſich nicht dazu verſtehen will, ſie einem neuen Zuſtand der Geſellſchaft anzupaſſen. Eben ſo deutlich verkündigen ſie die Lehre, daß die Herrſchaft des Pöbels ohne langen Weg oder Umweg zur Herrſchaft des Schwertes führt. Ich preiſe Gott, daß unſer Vaterland dieſen Irrthümern nicht zur Beute geworden iſt. Diejenigen Staatsmänner, welche vor achtzehn Jahren vorſchlugen, auf dieſe große Stadt und ihr gleichende Städte politiſche Gerechtſame zu übertragen, welche damals Flecken mit wenigen Dutzenden von Einwohnern oder alten Mauern ohne alle Bevölkerung gehörten — dieſe Staatsmänner und ich ſelbſt unter ihnen ſind Anarchiſten und Revolutionäre genannt worden. Aber mögen ſie doch jetzt ſagen, ob wir nicht die wahren und unerſchütterlichen Freunde der Ordnung geweſen ſind? (Beifall). Wir ſind nicht nur die Freunde der Freiheit, ſondern auch die Freunde der Ordnung. So hat ja auch die Regierung, unter Beihilfe aller ehrenhaften und gut denkenden Männern, jene Maraudeure niedergeſchlagen, welche alle menſchliche Geſell-

*) Sit divus, modo ne sit vivus! Wie dringend man in Frankfurt wünſcht, wenigſtens den Grafen Arnim aus dem Miniſterium treten zu ſehen, geht ſchon aus dem oft und auch heute wieder verbreiteten Gerüchte ſeiner Entlaſſung hervor.

ſchaft zu oberſt und zu unterſt zu, kehren wünſchen und das war ein unſchätzbarer Dienſt nicht nur für die Sache der Ordnung, ſondern auch für die Sache der Freiheit (Beifall). Doch ich will jetzt nur die Empfindungen eines Privatmanns ausſprechen. Ich habe die Staatsgeſchäfte aufgegeben. Ich habe ſie aufgegeben, ohne ein Nachgefühl von Groll, ohne ein Nachgefühl von Bedauern und ich habe mich einer Beſchäftigung gewidmet, welche meiner Gemüthsart und meinem Geſchmacke beſſer zuſagt." Der Redner ſchloß dann mit der Bemerkung, daß er auch jetzt, als bloßer Geſchichtsſchreiber, im Stande ſein werde, das Volk zu belehren und aufzuklären, namentlich aber, ſchloß Macaulay, „ihm Liebe und Ehrfurcht für jene edeln und freien Inſtitutionen einzuflößen, welchen Großbritannien ſeine Größe, wie jene Stellung verdankt, von der es, wie ich hoffe, nicht ſo bald herabſteigen wird." (Beifall).

Die „Times" theilt in ihrer geſtrigen Nro. ein aus dem k. preußiſchen Vicekonſulat zu London an den preußiſchen Vicekonſul zu Glasgow gerichtetes Schreiben vom 23. März mit, worin letzterer davon in Kenntniß geſetzt wird, daß nach einer dem Ritter Bunſen aus Berlin zugegangenen Depeſche die Centralgewalt von Deutſchland und die Regierung von Dänemark über die Verlängerung des Waffenſtillſtandes bis zum 15. April übereingekommen ſind, und daß Dänemark, obſchon es die angekündigte Blokade nicht offiziell zurücknimmt, ſeine Abſicht erklärt hat, dieſe Blokade nicht vor dem 15. April in Kraft treten zu laſſen.

Frankreich.

* **Paris**, 29. März. In der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung, auf deren Tagesordnung die Diskuſſion des Budgets für das Miniſterium des Ackerbaues und des Handels ſteht, fanden ſich dennoch die Repräſentanten zahlreicher als gewöhnlich auf ihren Bänken ein; denn man erwartete Interpellationen über die italieniſchen Angelegenheiten. Die Debatte über das Budget ward eröffnet und die von der Kommiſſion vorgeſchlagenen Reduktionen wurden, wie bei den vorhergehenden Budgets, genehmigt, mit Ausnahme der Reduktionen, welche die Ackerbauſchulen treffen ſollen. Die Interpellationen fanden nicht ſtatt und Jules Favre kündigte an, daß dieſelben in Folge einer Mittheilung des Miniſteriums in dem Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten auf morgen verſchoben worden ſeien. Alle Journale machen heute begreiflicher Weiſe die aus Italien eingetroffenen wichtigen Nachrichten zum Gegenſtand ihrer Beſprechung, die einen, um zu beweiſen, daß Frankreich nichts thun könne und auch nichts zu thun brauche, da Oeſterreich nicht daran denke, durch eine Beſitznahme von Piemont die Verträge von 1815 zu verletzen, die andern, um die Regierung zu ſofortigem Einſchreiten und wenigſtens zur Beſetzung von Savoyen, bis die Oeſterreicher Piemont geräumt haben, aufzufordern. Die Abſichten der Regierung ſind indeſſen bekannt und wenn einige Journale die (bereits offiziell widerlegte) Mittheilung brachten, daß in einem geſtern abgehaltenen Miniſterrathe 5 Miniſter ſich für und 4 nebſt dem Präſidenten der Republik ſich gegen jede Intervention erklärt haben, ſo war darin offenbar nur die Zahl der **für** eine Intervention ſtimmenden Miniſter übertrieben. Aller Augen ſind daher auf die Nationalverſammlung gerichtet, welche verfaſſungsmäßig allein das Recht hat, über Krieg und Frieden zu entſcheiden und die konſervativen Journale ſprechen nicht ohne eine gewiſſe Aengſtlichkeit von der geſtern ſtattgehabten außerordentlichen und faſt ganz unregelmäßigen Sitzung des Ausſchuſſes für die auswärtigen Angelegenheiten unter ſeinem Präſidenten, dem früheren Miniſter Cavaignac's, Jules Baſtide. Von den 36 Mitgliedern, welche ſich eingefunden hatten, gehörten 20 der Interventionspartei an, und dieſe Majorität entſchied gegen die übrigen 16, welche der Regierung ganz freies Spiel zu laſſen wünſchten, daß des Abends um 9 Uhr eine zweite Sitzung ſtattfinden und der Miniſter des Aeußern eingeladen werden ſollte, ſich in den Schooß des Ausſchuſſes zu begeben. Was das Reſultat der in der Nationalverſammlung morgen zu erwartenden Interpellationen über die italieniſchen Angelegenheit ſein wird, iſt nicht vorauszuſehen; was die Abſichten der Regierung ſind, geht aus einer Aeußerung der halboffiziellen Patrie hervor, wonach Frankreich jetzt nur auf diplomatiſchem Wege thätig ſein könne, um weiteres und größeres Unglück zu verhüten.

Außer den beiden geſtern mitgetheilten telegraphiſchen Depeſchen iſt noch eine dritte, datirt Toulon, den 28. März., 7 Uhr Morgens eingetroffen, wonach zwei piemonteſiſche Generäle in der Schlacht bei Novara gefallen ſind.

Geſtern wurde der Prozeß Proudhons, als Direkteurs des Journals le Peuple, und des Gérents des Blattes, Duchêne, wegen zweier von Proudhon verfaßten Artikel vom 26. und 27. Januar unter den Titeln: „Der Krieg" und „der Präſident der Republik iſt verantwortlich," vor dem Aſſiſenhof verhandelt. Die Anklage lautet 1) auf Anreizung zum Haß und zur Verachtung der Regierung der Republik; 2) auf Angriffe gegen die Verfaſſung; 3) auf Angriffe gegen die Rechte und das Anſehen, welche der Präſident der Republik, dem das franzöſiſche Volk die ausübende Gewalt übertragen hat, verfaſſungsmäßig beſitzt; 4) auf Störung des öffentlichen Friedens durch Aufreizung der Staatsbürger gegen einander. Nach einer kurzen Vertheidigung durch den Advokaten Madier de Montjau, den man faſt bei allen Prozeſſen der rothen Republikaner und Sozialiſten auftreten ſieht, und nach einigen perſönlichen Bemerkungen Proudhons ziehen ſich die Geſchwornen zurück und erklären die Angeklagten mit 8 Stimmen gegen 4 der drei erſten Vergehen ſchuldig. Der vierte Anklagepunkt wird beſeitigt. Der Gerichtshof verurtheilt demzufolge Duchêne zu 1 Jahr Gefängniß und 1000 Fr. Geldbuße, Proudhon zu 3 Jahren Gefängniß und 3000 Fr. Geldbuße und verordnet die Vernichtung der mit Beſchlag belegten Nummern und die Bekanntmachung des Urtheils auf Koſten der Angeklagten. Die revolutionären Journale und ſelbſt der National und die Preſſe ſind einmüthig darin, die über Proudhon verhängte Strafe übertrieben ſtreng zu finden. Proudhon ſelbſt triumphirt in dem heutigen Peuple, weil er aus dem Verhältniß der Anzahl derjenigen Stimmen, die ihn für ſchuldig erklärt haben, zu dem der übrigen Stimmen ſchließen zu können glaubt, daß bereits ein Drittheil der Bewohner des Departements der Seine, aus denen die Jury durch das Loos gezogen und dann durch Ausſchließung der dem Staatsanwalt und den Angeklagten mißliebigen Elemente konſtituirt worden ſei, der ſozialiſtiſchen Partei angehöre.

In dem Proceß zu Bourges hat jetzt der Generaladvokat de Royer ſeine Anklage gegen die dritte Kategorie der Angeſchuldigten, gegen Borme, Thomas, Villain und Courtais entwickelt. Hierauf haben die Vertheidigungen begonnen und zwar zuerſt die Blanqui's durch den Advokaten Maublanc, welcher zu beweiſen ſucht, daß Blanqui am 15. Mai nicht mehr gethan habe, als die meiſten der abgehörten Zeugen, indem er mit den Abgeordneten der Klubs in den Sitzungsſaal der Nationalverſammlung eintrat, als bereits die Menge vor ihm gewaltſam eingedrungen war, und daß ſeine Worte nur den Zweck hatten, das Volk zu beruhigen. Albert und Barbes erklärten beide, daß ſie ſich nicht vertheidigen wollten. Der Advokat Baud ergreift hierauf im Intereſſe Sobrier's das Wort. Man glaubt, daß der Prozeß nächſten Montag oder Dienſtag beendigt ſein wird. Es ſind vage Gerüchte verbreitet, als ob die ſocialiſtiſche Partei zu Bourges einen Schlag zur Befreiung der Gefangenen beabſichtige. So viel iſt gewiß, daß die Regierung neuerdings wieder ernſtliche Vorſichtsmaßregeln in Bourges ergriffen hat.

Huber, einer der abweſenden Maiangeklagten, auf dem in Folge der Ausſage eines Polizeibeamten der Verdacht ruhte, ein geheimer Agent und Verräther geweſen zu ſein, erbietet ſich in einem, allen Journalen mitgetheilten Schreiben, ſich zu ſtellen, um ſeine Unſchuld zu beweiſen und verlangt, wenn ſeine Freunde dies nicht billigen ſollten, die Zuſammenſetzung eines Ehrengerichtes von Demokraten und Socialiſten, um ſein Benehmen zu unterſuchen.

Die Preſſe, obſchon mit dem Verein der Rue de Poitiers und ſeinem Leiter, Hrn. Thiers, in ſtetem Kriege ſtehend, kündigt heute unter der Aufſchrift: „Diskutirt und verfolget nicht!" an, daß ſie für die, durch jenen Verein unternommene Verbreitung anti-ſocialiſtiſcher Schriften 1000 Fr. unterzeichne.

Außer Guizot und Duchatel wird noch ein anderer der Miniſter Louis Philippe's, Hr. Hebert, der bekannte Erfinder der „moraliſchen Mitſchuld" als Kandidat zur legislativen Nationalverſammlung, auftreten und zwar, wie Guizot, in der Normandie.

Stand der Renten: 3pCt.: 55; 5pCt.: 86, 30; Bankaktien: 2340.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Peſth, 24. März, Schlöffel, der preußiſche Student, der bei allen unruhigen Auftritten im vorigen Jahre zu Berlin figurirte, und zu einer ſechsmonatlichen Gefängnißſtrafe auf der Citadelle von Magdeburg verurtheilt war, von wo er aber entwich, ſoll ſich nun in Ungarn befinden und unter der Armee des Ge-

neral Bem dienen. (Wie reimt ſich das zu den Nachrichten, welche ihn vor wenigen Tagen neben ſeinem Herrn Vater in der Volksverſammlung zu Bingen auftreten ließen?) (Spiegel.)

Italien.

Einzelnheiten aus der Schlacht bei Novara ſind noch wenige bekannt. Man ſagt, die Piemonteſen hätten drei Generäle verloren, darunter Paſſa l'Aqua, der eines ruhmvollen Todes geſtorben ſei; dem Herzog von Savoyen, Kommandant der Reſervediviſion (jetzigem König) ſeien 2 Pferde unter dem Leibe erſchoſſen, er ſelbſt am Arme verwundet worden. Keinem Zweifel unterliege, daß einzelne ſavoyiſche Regimenter, namentlich Reſerve ſich geweigert hätten, ſich zu ſchlagen. Faſt alle ſeien in Auflöſung begriffen, Arona mit Fliehenden angefüllt. (Basl. Ztg.)

Toskana. Die Erneuerung der Feindſeligkeiten durch Piemont gegen Oeſterreich hat hier nur eine geringe Bewegung hervorgerufen. Die toskaniſche Regierung hat ſich verbindlich gemacht, ein Kontingent von 12000 Mann zur Armee Karl Alberts zu ſchicken. Dies iſt der Gegenſtand aller Unterhaltungen; aber man fragt ſich lachend, wo Toskana dieſe 12,000 Soldaten nehmen ſoll, die berufen ſind, für die Sache der italieniſchen Unabhängigkeit zu ſiegen oder zu ſterben. Nirgends iſt Begeiſterung für die Erhebung vorhanden wie doch noch voriges Jahr zu dieſer Zeit. Indeſſen macht die Regierung furchtbare Anſtrengungen, um das Volk aus ſeiner Trägheit aufzurütteln. Sie mobiliſirt auf offizielle Art die Nationalgarde: die Cadres bilden ſich; aber die Nationalgarde iſt entſchloſſen, ihren Heerd nicht zu verlaſſen. Jeden Tag erläßt man einen Aufruf an die Freiwilligen und es ſtellen ſich nur wenige übelberüchtigte Subjekte, angelockt durch den Köder eines hohen Soldes. Die Armee fährt fort auseinanderzulaufen; von Disziplin iſt keine Rede. (Basl. Ztg.)

* **Rom,** 17. März. Als beim Beginn der geſtrigen Sitzung der Konſtituirenden Mazzini von den Opfern ſprach, die der Krieg verlange, fiel von der Tribüne der Damen ein Regen von Ohrringen und andern Koſtbarkeiten als Opfer für das Vaterland.

So eben erfahren wir, daß die Konſtituirende ſich ſelbſt vertagt und dem Triumvirat alle nothwendigen Vollmachten übergeben hat.

* **Venedig,** 16. März. Die kleine Flottille von Venedig iſt zu der ſardiniſchen Flotte geſtoßen. Es heißt, daß beide eine Expedition gegen Trieſt unternommen haben. Zu gleicher Zeit ſchickt ſich der General Pepe zu einer Expedition zu Lande an.

Sizilien. Nach in Bern eingetroffenen Privatbriefen aus Neapel vom 16. d. wären die ſizilianiſchen Anſtände beigelegt, indem die beiden ſizilianiſchen Kammern die vom König von Neapel feſtgeſtellten bekannten Bedingungen angenommen und ſich unterworfen hätten. Der Pöbel habe in Palermo ſich dagegen auflehnen wollen, ſei aber durch einige Demonſtrationen von Seite der franzöſiſchen und engliſchen Schiffe im Hafen daſelbſt in Reſpekt erhalten worden. (Basl. Ztg.)

* **Parma.** Der Herzog hat zu Gunſten ſeines Sohnes abgedankt. Baron Ward, ein Stallmeiſter Sr. königlichen Hoheit brachte am 27. März die Urkunde darüber, dem ſich gegenwärtig in England aufhaltenden Erbprinzen.

Rußland.

St. Petersburg, 21. März. Der „Ruſſiſche Invalide" enthält Nachrichten aus den Donaufürſtenthümern. Es wird geſagt, daß die ruſſiſchen Truppen den beſtimmten Befehl hatten, nicht über die öſterreichiſche Grenze zu gehen, wenn ſie nicht von den öſterreichiſchen Militärbehörden in Anſpruch genommen würden, auch dann nur unter der Bedingung, daß ſie ſich ſogleich wieder in die Fürſtenthümer zurückbegäben, ſobald die den ſiebenbürgiſchen Städten drohende Gefahr beſeitigt ſein werde. Nachdem nun die Einwohner von Hermannſtadt und Kronſtadt ſchon mehrmals den Oberbefehlshaber in den Donaufürſtenthümern um Schutz erſucht hatten, wurde ſolcher auch dringend durch ein Schreiben des Feldmarſchall-Lieutenants Fersmann aus Hermannſtadt vom 25. Januar und eines des öſterreichiſchen Kommandeurs in Kronſtadt, General v. Schürler, unter demſelben Datum gefordert. (Dieſe Schreiben werden vollſtändig mitgetheilt.) Demzufolge rückte der ruſſiſche Generalmajor v. Engelhardt am 31. Januar in Siebenbürgen ein und beſetzte am 1. Februar Kronſtadt. Ueber die Zahl der eingerückten Truppen wird Nichts geſagt.

Redacteur: H. **Kruſe.**

[150] Philipp Sauer, ledig, von Doſſenheim, deſſen Aufenthaltsort unbekannt iſt, wird aufgefordert, zur Erbtheilung ſeines am 14. Dezember 1848 verſtorbenen Vaters Schmiedemeiſter Adam Sauer von Doſſenheim binnen 3 Monaten zu erſcheinen oder ſich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu laſſen, widrigenfalls die Erbſchaft lediglich denjenigen zugetheilt werden wird, welchen ſie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben geweſen wäre.

Heidelberg am 30. März 1849.

Großh Land-Amtsreviſorat:

Bittmann.

Federer, Notar.

[151] Bei **Georg Wigand** in Leipzig iſt ſo eben erſchienen:

Geſchichte des deutſchen Reiches und Volkes bis auf unſere Tage. Von Ludwig Flathe.

Motto: Des Vaterlands Größe, des Vaterlands Glück
O, ſchafft es, o bringt es dem Volke zurück.

Mit 30 Bildniſſen folgender Männer:

Karl d. Große; Otto d. Gr.; Heinrich III.; Heinrich IV.; Heinrich V.; Friedrich I.; Heinrich der Löwe; Friedrich II.; Rudolph I.; Friedrich mit der gebiſſenen Wange; Ludwig der Baier; Huß; Maximilian I.; Kopernikus; Karl V.; Friedrich der Weiſe; Luther; Melanchthon; Moritz von Sachſen; Maximilian II.; Ferdinand II.; Wallenſtein; Tilly; Ferdinand III.; Ulrich v. Hutten; Albrecht Dürer; Leibnitz; Friedrich Wilhelm, der große Kurfürſt; Friedrich der Große; Joſeph II.; Gellert; Juſtus Möſer; Johann Winckelmann; Herder; Arndt; Leſſing; Mozart. Erzherzog Karl; Goethe; Schiller; Andreas Hofer; Blucher; Th. Körner; Friedrich Wilhelm, Herzog von Braunſchweig-Oels; Karl Maria von Weber; Alexander v. Humboldt; Heinrich v. Gagern; Uhland; Cornelius; Erzherzog Johann.

Taſchenformat 20 Bogen in Umſchl. broſch. 15 Sgr.

[50] Bei uns iſt erſchienen:

Fünf Bücher

deutſcher

Lieder und Gedichte.

Von A. von Haller bis auf die neueſte Zeit.

Eine

Muſterſammlung

mit Rückſicht auf den Gebrauch in Schulen.

Herausgegeben

von

Guſtav Schwab.

Dritte neu vermehrte Auflage.

Fein gebunden. 51 Bogen in 8°. Preis 1⅓ Thaler.

Auch bei dieſer dritten Auflage iſt an der Anlage und Anordnung des Buches ſo wie an dem Inhalte nichts verändert worden, doch iſt der Herausgeber bemüht geweſen, die Sammlung bis auf die neueſte Zeit fortzuführen. Er hat ſich aber hierbei, gemäß ſeiner Aufgabe, wo möglich Muſterhaftes auszuwählen, darauf beſchränken dürfen, von den ſeit dem Erſcheinen der zweiten Auflage in Deutſchland neu aufgetretenen Dichtern nur dasjenige aufzunehmen, wovon er überzeugt war, daß es auch eine ſpätere Zeit noch gern und mit Anerkennung in dieſer Sammlung finden würde. Ungeachtet der ſtärkern Bogenzahl und der koſtſpieligeren Ausſtattung des Buches iſt der Preis derſelbe geblieben, und die Sammlung wird daher auf den Beifall, der ihr bisher in ſo reichem Maße zu Theil geworden, auch fernerhin Anſpruch machen dürfen.

Leipzig. Weidmann'ſche Buchhandlung.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreifpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 92. **Frankfurt a. M.,** Montag 2. April. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Das erbliche Kaiſerthum und der König von Preußen.

Deutſchland. Frankfurt (Die Abſtimmung der National-Verſammlung vom 21. und 27. März.) Wien (Miniſterrath über Ungarn. Wallenſtein's Lager und Radetzky. Seelenmeſſe für Latour. Ein freiwilliges Scharfſchützenkorps. Das neue Handelsſyſtem. Vom Kriegsſchauplatz in Ungarn. Die Ungarn in Anmarſch auf Peſth.) Berlin (Sitzung der erſten Kammer. Die Adreſſe der zweiten Kammer. Die Stadtverordneten erſuchen den König, die Kaiſerkrone anzunehmen. Die Aufnahme der Kaiſerwahl im Allgemeinen.) Köln (Die Reichsgeſandtſchaft.) München (Vertagung der Kammern.) Stuttgart (Die Kaiſerwahl und die Parteien. Eine Verkehrsbeſchränkung in St. Gallen.) Freiburg (Die Verurtheilung von Struve und Blind.) Mannheim (Eine Kaiſerfeier in Ausſicht. Scharfſchützen nach Schleswig.) Meiningen (Die Feier der Kaiſerwahl.) Schleswig (Die Statthalterſchaft.) Hamburg (Eine weitere Verlängerung des Waffenſtillſtandes.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über die italieniſche Frage. Konzentration der Alpenarmee. Karl Albert nach Portugal. Das Journal der Sand. Die Kandidatur Guizot's. Der Maiprozeß.)

Italien. Aus Oberitalien (Bedingungen des Waffenſtillſtandes.)

Dänemark. Kopenhagen (Abreiſe des Kriegsminiſters zur Armee. Die Blokade.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht).

Frankfurt 1. April.

Eure Frankfurter ſchwarzgelbe Herbſtzeitung, zerbricht ſich ihren überalpiſchen Schlangenkopf, mit dem Räthſel von Annehmen und Ablehnen. Eine wahre ochſenſchaftliche Zweifelgröße! Die Sache ſteht einfach ſo: Der erwählte Kaiſer kann Ja ſagen, aber zum Nein hat er nicht Fug noch Recht. Wäre die Wahl auf eine Friſt einiger Jahre, oder auf Lebensdauer, ſo wäre ſie rein perſönlich. Niemand würde dem Erwählten verdenken, wenn er kurz abbräche: „Eine große Würde, eine gefährliche Würde, ich bedanke mich." Dagegen wären auch beide Kammern des Preußenſtaates. Aber die Sache ſteht nunmehr anders. Durch die Erblichkeit iſt das Preußenvolk geſichert, daß es nicht für augenblicklichen Herrſcherglanz Gut und Blut zu opfern hat, wie vormals Sachſen bei Polen. Die Erblichkeit hebt die Selbſtentſcheidung des Königs auf. Sie iſt Landesfrage dadurch geworden, und zugleich Hohenzollern'ſche Hausfrage. Ein Einzelner darf als Geſchlechtshaupt doch den Nachkommen, den Mitbeerbten nichts vergeben. Er iſt nur Verwalter und Nutznießer ſeines Stammgutes. Und iſt er dazu nicht mit Leibeserben geſegnet, ſo wird dadurch ſein Recht um ſo beſchränkter. Da hört ſein eigener Wille auf. Seine beſondere Meinung darf dann noch weniger mit dem Vortheile und Wohle des Landes und Hauſes in Widerſpruch gerathen.

F. L. Jahn.

---

* Die Herren Heinrich Simon und Max Simon haben uns um die Mittheilung folgender Erklärung erſucht:

„**Frankfurt**, 30. März. Der Umſtand, daß am 21. März der Welcker'ſche Antrag Seitens der deutſchen Nationalverſammlung mit wenigen Stimmen verworfen, und am 27. März die Wahl eines deutſchen Kaiſers mit wenigen Stimmen beſchloſſen worden, hat der Abſtimmung derjenigen Abgeordneten der linken Seite des Hauſes, welche dieſe veränderte Entſcheidung herbeigeführt haben, eine beſondere und mehr als perſönliche Bedeutung beigelegt und in den öffentlichen Blättern über die Motive dieſer Abſtimmungen die mannichfachſten Urtheile in entgegengeſetzter Richtung hervorgerufen. Die Debatte über den Welcker'ſchen Antrag wurde geſchloſſen, ehe die Reihe der eingeſchriebenen Redner an die Unterzeichneten gekommen; wir gaben deshalb mit mehreren zur Zeit nicht anweſenden Abgeordneten bereits am 21. März nach der erſtgedachten Abſtimmung eine Erklärung zu Protokoll (ſtenograph. Bericht Nr. 191 S. 5918), der wir für unſere Perſonen gegenwärtig Einiges hinzufügen. Die vielen öffentlichen Blätter, die uns in der heftigſten Art angegriffen haben, — mannichfach thatſächliche Unwahrheiten laufen dabei unter, — werden uns die Gerechtigkeit nicht verſagen, denſelben Leſern das Folgende mitzutheilen.

Unter ſchwierigeren Verhältniſſen hat nie ein Volk ſeine Einheit und Freiheit zu erringen geſucht, als jetzt das deutſche, und dieſe Schwierigkeiten liegen in erſterer Beziehung, ſelbſt abgeſehen von dem Partikularismus der einzelnen Stämme, zunächſt in dem Beſtehen der beiden Großſtaaten. Nur in dem Momente großen Schwunges des ganzen Volkes war die ſofortige vollſtändige Erreichung des Zieles möglich. Dies hob nicht die Pflicht auf, dieſe Einheit, bis die letzte Ausſicht geſchwunden, als eine ſofort zu erringende anzuſtreben, aber dieſer letzte Moment trat ein und es galt, für das übrige Deutſchland einen Entſchluß faſſen oder auf lange Zeit verzichten auf Einheit und Freiheit. Für die nächſte Zeit ſchwand jede Ausſicht, Oeſterreich in den Bundesſtaat eintreten zu ſehen. Wir ſehen ab von dem zeitigen Geiſte der Nationalverſammlung. Der Abſolutismus hat in Oeſterreich geſiegt, und das öſterr. Volk ſchweigt zu ſeiner oktroyirten Verfaſſung, die Oeſterreich von Deutſchland trennt, wie die Preußen zu der ihrigen ſchwiegen; die öſterr. Note aber, welche unter dem 13. März dieſe oktroyirte Verfaſſung begleitete, trat für uns entſcheidend hinzu. Sie erklärt offen Deutſchlands Einheits-Mittelpunkt, das Volkshaus, für unmöglich. Wenige Momente weiter und die bereits gedrohte Vereinigung Oeſterreichs mit einem Miniſterium Brandenburg oktroyirte Deutſchland eine Verfaſſung, wie ſie Berlin und Wien bereits erfahren. Die Schmach durfte nicht über Deutſchland kommen, daß ſeine aus freier Volkswahl hervorgegangene Vertretung nicht die Kraft gehabt, Deutſchland eine Verfaſſung zu ſchaffen; die Schmach nicht, daß ſeine Volksvertretung den unwiederbringlichen Moment verſäumt, dem deutſchen Volke eine freiſinnige Verfaſſung, ein freiſinniges Wahlgeſetz als die Handhabe für die Geſtaltung der Zukunft zu geben

und es war vor Allem dem Volke die ungeheure moraliſche Niederlage der unmittelbar bevorſtehenden Oktroyirung Seitens der Fürſten zu erſparen. Hierzu traten die drohenden Unwetter von außen: Rußland mit Oeſterreich geeinigt, um die Freiheit niederzudrücken; der däniſche Krieg vor der Thür, in Frankreich Verhältniſſe, die eher auf Rheinlandgelüſte als auf eventuelle Hülfe rechnen laſſen. Unter ſolchen Umſtänden erſchien der Abſchluß einer Verfaſſung, die ſofort wirkliches Leben hätte, als eine Nothwendigkeit, als ein Akt der Selbſterhaltung. Nur mit Preußen an der Spitze war dies möglich. Die beſonderen Verhältniſſe Preußens traten unterſtützend hinzu, deſſen unbedingte Hingebung, ſowie das Aufgehen des ſpezifiſchen Preußenthums in Deutſchland in anderer Art nicht zu erwarten, während gleichzeitig dem in Preußen und folgeweiſe in Deutſchland von Neuem drohenden Abſolutismus nur dadurch dauernd vorgebeugt, die Freiheit Deutſchlands nur dadurch gerettet wird, wenn die Geſammtkraft Deutſchlands in einem freien deutſchen Volkshauſe repräſentirt iſt.

Unſere politiſchen Freunde verwarfen dieſen Weg um Oeſterreichs willen; es vereinigte ſich aus dieſem Grunde der größte Theil der linken Seite des Hauſes mit den Oeſterreichern und beſtimmte ſich ſchließlich, unter Zurückziehung ihrer früheren, die Exekutive betreffenden Anträge, für ein Direktorium aus ſieben Fürſten. Ueber die allſeitigen Nachtheile dieſer Regierungsſpitze, die beiläufig auch die Konſervirung des Partikularismus in ſich ſchloß, waren alle Parteien einig; aber das hoben wir hervor, daß deſſen alleiniger Zweck, Deutſchland zu einigen, ein völlig verfehlter. Oeſterreich trat unter den jetzigen Verhältniſſen keinenfalls der deutſchen Verfaſſung bei und Preußen der jetzigen, von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung, mit einem Direktorium an der Spitze, zweifellos auch nicht. Die Gründe ſind einfach. Die Verfaſſung mediatiſirt mehr oder weniger die einzelnen deutſchen Staaten, ſofern ſie ihnen in allen weſentlichen Punkten die Souveränetät nimmt, in Beziehung auf Heer, auswärtige und die wichtigſten inneren Verhältniſſe. Oeſterreich hätte das zur Noth in Betreff ſeiner deutſchen Provinzen zugeben können, weil es mit ſeinen 20 Millionen Nichtdeutſchen Das blieb, was es war, europäiſche Großmacht, Preußen dagegen mit ſeinen weſentlich nur deutſchen Provinzen hörte vollſtändig auf, Großmacht zu ſein, und das preußiſche Volksbewußtſein würde das unter ſolchen Verhältniſſen nie zugegeben haben. Preußen und Oeſterreich gingen alſo auf ein Direktorium nicht ein, und die Idee eines Direktoriums war uns daher gleich bedeutend mit einer Vernichtung der beſchloſſenen deutſchen Verfaſſung, des Volkshauſes, des Wahlgeſetzes, es war uns gleichbedeutend mit dem alten Staatenbunde, mit dem alten, vielleicht noch verſchlechterten Bundestage. Das wollten wir nicht. Einen anderen Weg wußte uns aber keiner unſerer politiſchen Freunde anzugeben. Allerdings ſind die Einwendungen gegen einen deutſchen Kaiſer bedeutend. Wir verkennen in erſter Linie nicht die Schwierigkeit für die deutſchöſterreichiſchen Lande, ſich ſeiner Zeit dem öſterreichiſchen Volksbewußtſein zuwider, anzuſchließen. Aber dieſe Schwierigkeit war entgegengeſetzten Falles rückſichtlich Preußens von der gleichen Größe. Die 7 Millionen deutſche Oeſterreicher werden, ſobald ſie, was nicht ausbleiben kann, gegenüber den mehr als 20 Millionen Nichtdeutſchen durch ein Abhängigkeitsverhältniß bedroht, zu Deutſchland mit Nothwendigkeit gedrängt werden, und es wird bei dem nicht ausbleibenden Zerfall der öſterreichiſchen Monarchie im eigenen Vortheil unſerer öſterreichiſchen Brüder ſein, ein feſtes, ſchutzgebendes Deutſchland bereits vorzufinden.

„Aber ein erblicher Kaiſer widerſpricht an ſich den erſten Begriffen der Demokratie!“ Wir ſehen davon ab, daß der drohende ruſſiſche und öſterreichiſche Despotismus auch nicht viel Demokratie verſpricht; wir geſtehen vielmehr jenen Grund, — wenn gleich die Demokratie nicht ausſchließlich in der Republik ihren Boden findet, ihren Schwerpunkt überdies mehr in den Grundlagen, als in der Spitze des Staates hat, — wir geſtehen dieſen Einwand Denen zu, welche ſofort die Republik in Deutſchland einführen wollen. Uns aber lag an ſich die Berechtigung einen Kaiſer zu wählen, in dem deutlich ausgeſprochenen Willen des deutſchen Volkes. In keiner der Revolutionen, die im März des vorigen Jahres durch alle deutſche Lande gingen, beſeitigte das Volk eine der 34 Dynaſtien; wir nehmen an, und die deutſche Preſſe unterſtützt dieſe Anſicht, daß das Volk Das, was es im Momente der Revolution nicht gewollt, auch jetzt in ſeiner großen Majorität nicht wolle: daß ein Kaiſer ſomit dieſelbe Berechtigung habe, wie 34 andere Fürſten, und daß ein Kaiſer von Volkes Gnaden demokratiſcher ſei, als jeder der 34 Fürſten von Gottes Gnaden. Die linke Seite des Hauſes, mit Einſchluß der äußerſten Linken, hatte überdies durch ihren Antrag auf ein Erbdirektorium von ſieben Fürſten bereits thatſächlich ihre Anſicht dahin ausgeſprochen, daß es nicht das Oberhaupt über fürſtliche Häupter durch andere fürſtliche Häupter ſei, was ſie für undemokratiſch halte. Dee Umſtand ändert nichts, daß nach jenem Vorſchlage ſieben Fürſten, nach dieſem Einer an die Spitze treten ſollte, da eine neue Dynaſtie hier ſo wenig, wie dort geſchaffen, in beiden Fällen vielmehr nur der Titel und die Funktionen beſtehender Dynaſtien geändert wurden.

So ſahen wir und mehrere unſerer Freunde die Verhältniſſe an. Wir ſowohl, als Jene, haben über dieſelben mit unſeren politiſchen Freunden ausführlich berathen, und dieſe Anſichten ſowohl in dem Klub Weſtendhall als in den Sitzungen der vereinigten Linken des Weiteren ausgeſprochen und vertheidigt.

Wir ſprachen es aber gleichzeitig eben ſo beſtimmt aus, daß wir bei aller Anerkennung dieſer faktiſchen Verhältniſſe uns nie entſchließen würden, für den Welcker'ſchen Antrag zu ſtimmen, wenn dieſes den Preis deutſcher Volksehre in ſich ſchlöſſe, und es geſchah das nach unſerm Dafürhalten, wenn wir die erſte Frage der Nationalität verneinten, wenn wir, die Mandatare des ganzen deutſchen Volkes, die Theilung Deutſchlands, die wir momentan faktiſch zu verhindern ohnmächtig ſind, auch von Rechtswegen, wie es der Kommiſſionsantrag that, in Betreff Oeſterreichs ausſprachen. Wir verlangten mithin, daß die deutſche Verfaſſung an ihrer Spitze die Beſtimmung enthalte, das deutſche Reich beſtehe aus dem Gebiete des bisherigen deutſchen Bundes.

Wir verlangten ferner, daß in zwei der wichtigſten Fragen der Volksfreiheit, in Betreff des abſoluten Veto und in Betreff des Wahlrechts, die freiſinnigen Beſtimmungen, wie ſie die Nationalverſammlung bereits in erſter Leſung der Verfaſſung getroffen, entweder aufrecht erhalten, und nicht, wie es in willkürlicher Weiſe im Welcker'ſchen Antrage geſchah, wieder beſeitigt würden, oder daß über ſolche Fragen, von denen die erſte bereits zu Gunſten der Volksſouveränetät entſchieden war, die zweite die wahrhaft freie Ausübung des erſten politiſchen Rechts ſicherte, mindeſtens nicht in Bauſch und Bogen mit noch wichtigeren Fragen abgeſtimmt und dadurch, in Verbindung mit dem momentanen Drange der Zeitverhältniſſe, Gewiſſenszwang ausgeübt werde. Wir verlangten alſo eventuell beſondere Abſtimmung der Nationalverſammlung über dieſe Freiheitsfragen. Wir hatten endlich und vor Allem gegründete Beſorgniß, uns unbedingt einer großen Partei anzuſchließen, deren politiſcher Richtung wir nicht nur gegenüber ſtanden, ſondern von der wir auch befürchten mußten, daß der erſte gemeinſchaftliche Schritt uns zu Abänderungen der Verfaſſung zu Ungunſten der Volksfreiheit führen würde, ſofern die Annahme der Kaiſerkrone an derartige Bedingungen geknüpft werden ſollte, Abänderungen, die wir alsdann mit unſerer kleinen Stimmenzahl zu verhindern nicht im Stande ſein konnten, und wir verlangten daher von einer die Majorität ſichernden Anzahl von Mitgliedern jener Partei die Erklärung, daß ſie ſich nach definitiver Feſtſtellung der Verfaſſung zu irgend weſentlichen Abänderungen derſelben nicht herbeilaſſen würde. Unter dieſen Bedingungen, aber auch nur unter dieſen, erklärten wir uns mit unſeren politiſchen Freunden bereit, für den Kommiſſionsantrag zu ſtimmen.

Die Weidenbuſchpartei iſt auf dieſe ihr vorgeſchlagene Vereinigung in den Tagen vom 16. bis 21. März nicht eingegangen. Nachdem am 21. März der Kommiſſionsantrag mit 31 Stimmen gefallen war, erfolgte die zweite Leſung der Verfaſſung durch Abſtimmung über deren einzelne Paragraphen. Durch Annahme des Minoritätserachtens von Schüler, Wigard und H. Simon wurde im §. 1 die Integrität des Bundesſtaatsgebietes mit Einſchluß der deutſch-öſterreichiſchen Provinzen von Rechtswegen und verfaſſungsmäßig ausgeſprochen, und nachdem dieſer erſte Grund unſerer Abſtimmung vom 21. beſeitigt war, ging nun auch die Weidenbuſchpartei auf Unterhandlungen mit uns und unſeren Freunden ein. Sie gab uns in Folge derſelben am 26. März eine ſchriftliche Erklärung, welche wörtlich lautet: „Zur Beſeitigung möglicher Zweifel erklären die unterzeichneten Mitglieder der Nationalverſammlung, daß ſie die Verfaſſung, wie ſolche von der Nationalverſammlung beſchloſſen werden wird, für dergeſtalt endgültig anerkennen, daß ſie für irgend weſentliche Abän-

Digitized by Google

derungen derſelben oder irgend erhebliche weitere Zugeſtändniſſe, von welcher Seite dieſelben etwa auch verlangt werden ſollten, nicht ſtimmen werden." Dieſe Erklärung iſt von etwa 80 Abgeordneten, unter denen bedeutende Mitglieder der rechten Seite und des Centrums, unterzeichnet, insbeſondere auch von dem zeitigen interimiſtiſchen Miniſterpräſidenten Heinrich v. Gagern und dem interimiſtiſchen Juſtizminiſter Rob. Mohl. Wir nahmen nunmehr an, davor nach Möglichkeit geſichert zu ſein, daß ein Handeln um die deutſche Kaiſerkrone und ein demnächſtiges Nachgeben Seitens der Nationalverſammlung auf Bedingungen, die gegen unſere politiſche Ueberzeugung, nicht ſtattfinden werde.

Außerdem gaben 114 Mitglieder derſelben Partei uns die ſchriftliche Erklärung, für das ſuſpenſive Veto und das Wahlgeſetz, wie dies in erſter Leſung von der Nationalverſammlung angenommen worden, ſtimmen zu wollen.

Auf dieſe Weiſe waren die Hinderniſſe beſeitigt, die unſere Abſtimmung v. 21. März herbeigeführt und wir haben nunmehr unſeren oben entwickelten Anſichten gemäß am 27. und 28. März für das erbliche Kaiſerthum in der preußiſchen Dynaſtie geſtimmt.

Sollte die Entſcheidung der Nationalverſammlung dem deutſchen Volke widerſtreben, ſo hat dies nunmehr die Mittel, ſich auf verfaſſungsmäßigem Wege auch die Spitze ſeiner Verfaſſung nach ſeinem Willen zu geſtalten; es hat durch ein freieſtes Wahlgeſetz die Macht, ſeinen wahren Willen auszuſprechen und kein abſolutes Veto hindert den ernſten, andauernden Willen, zur Geltung zu kommen.

Uns bürgt unſer Bewußtſein, daß wir richtig gehandelt, ſofern dieſes Handeln aus reinem Willen für das Beſte unſeres Vaterlandes und aus reiflichſter Ueberzeugung entſprang, und der Troſt in dieſen ſchweren Tagen bei dem Gedanken an die laſtende Verantwortung, ſowie demnächſt bei der Trennung von lieben Freunden war jedem von uns das Lutherwort: Ich kann nicht Anders! — war die Anſicht: daß es die erſte Pflicht des Mannes, den Muth der Ueberzeugung zu haben und ſomit dieſe Ueberzeugung auszuzuſprechen und geltend zu machen. Denen aber, welche das Handeln nach dem Erfolge beurtheilen, ſtellen wir das Reſultat zuſammen, in der ſichern Erwartung freilich, daß es auf der einen Seite ein gutes, auf der andern ein ſchlechtes genannt werden wird.

Die Veränderungen, welche bei der zweiten Leſung der Verfaſſung im Verhältniß zu dem Welcker'ſchen Antrage und dem darauf bezüglichen Kommiſſionsgutachten, ſomit direkt oder indirekt durch unſere Beihilfe eingetreten, ſind folgende:

1) Die deutſche Nationalverſammlung bietet, ſelbſt im Sinne einer bedeutenden Zahl ihrer Mitglieder vom Centrum, die deutſche Kaiſerkrone der preußiſchen Krone nur unter der Bedingung, daß dieſe die beſchloſſene Verfaſſung, eine der freieſten, die ſich je ein Volk gegeben, unverändert annimmt.

2) Die Verfaſſung gilt dem ganzen Deutſchland; das deutſche Volk hat die Gründung ſeiner Verfaſſung nicht mit der Schmach begonnen, die deutſchen Lande verfaſſungsmäßig zu zerreißen.

3) Das abſolute Veto iſt gefallen und dadurch die Volksſouveränität als oberſtes Geſetz anerkannt.

4) Die mündliche Abſtimmung zu Protokoll iſt gefallen und dadurch erſt der wahrhaft freie Volkswille bei den Wahlen geſichert.

5) Das Inſtitut des Reichsraths, welches den Partikularismus von vornherein in die Verfaſſung impfte, iſt beſeitigt."

Deutſchland.

Wien, 27. März. Die vielfachen Gerüchte, daß die Ungarn abermals im Anmarſche auf Peſth ſeien und bereits bei Gyöngyös, alſo dießſeits der Theiß ſtünden, werden heute, aber ohne weitere Details, im Abendblatt des Lloyd beſtätigt.

△ **Wien**, 28. März. Die noch hier anweſenden Miniſter Stadion, Bruck ꝛc. ſind von dem Miniſter-Präſidenten nach Ollmütz berufen worden, um einem Miniſterrathe über die ungariſchen Angelegenheiten beizuwohnen. Man vermuthet, daß auch die obere Leitung der Armee dabei zur Sprache kommen wird. Das Publikum fand ſich geſtern Abend beſonders zahlreich im Burgtheater ein, wo man Wallenſteins Lager gab. Alle Stellen, welche ſich entfernt auf Radetzki beziehen ließen, von glücklicher Führung ꝛc. ſprechen, wurden ſtürmiſch beklatſcht. Heute früh fand die Seelenmeſſe für den Grafen Latour ſtatt, welche Regierungsrath Weiß, der Redakteur des „Hans Jörgel" in der Kirche am Hof, auf demſelben Platze, wo der unglückliche Graf ermordet wurde, angeordnet hatte. Alle Militärbehörden und Staabsoffiziere waren dabei gegenwärtig und die Kirche war ſo voll, daß viele Perſonen ohnmächtig und halb erdrückt hinaus getragen wurden. Der von der jüdiſchen Religion übergetretene katholiſche Prediger Veit hielt eine Gedächtnißrede und das requiem von Mozart ſchloß würdig die Todtenfeier, welche einen ſchneidenden Kontraſt bildete mit dem gewöhnlichen Thun und Treiben des „Hans Jörgel," da man ſonſt nur an triviale Späße von ihm gewohnt iſt; und um des heilgen Ernſtes der Sache willen hätten wir gewünſcht, daß die Feierlichkeit ſelbſt von keinem Spaßmacher ausgegangen wäre. Feldzeugmeiſter Welden ſchreibt heute eine Werbung zu einem freiwilligen Scharfſchützencorps aus, welche ganz eigne und wie es ſcheint ſehr praktiſche Anordnungen enthält. Er ſagt darin, daß bedeutende Geldmittel, theils von der Regierung, theils von Privaten zu dieſem Zwecke vorliegen und verſpricht ein Handgeld von 10 fl. C. M. Die Bewaffnung beſteht aus Gewehren, langem Haubajonet und Stock, um als Speer zu dienen. Die Uniform ſoll weit und bequem ſein. Statt des gewöhnlichen Kamaſchendienſtes werden die Scharfſchützen hauptſächlich Turn- und Schießübungen machen und nur in gedeckten Terrains, in Thälern, Wäldern, bei Felſen, Brücken ꝛc. angewendet werden. Die Werbung enthält alles, was einen jungen kräftigen Mann reizen und anlocken kann und ſchon heute als am erſten Tage haben ſich viele Kriegsluſtige gemeldet.

* **Wien**, 28. März. Das Programm der neuen unter den Auſpizien des Handelsminiſteriums erſcheinenden Zeitſchrift „Auſtria" kann gewiſſermaßen als deſſen eigenes betrachtet werden. Es geht daraus hervor, daß es im ernſtlichen Streben liegt, nicht nur den eigenen innern Markt zu Gunſten der inländiſchen Induſtrie möglichſt zu kräftigen, ſondern auch den Verkehr auf der Donau von Ulm bis zur Sulina-Mündung — jusqu'à la mer oder dans la mer? — neu zu bilden. Ferner ſoll der öſterreichiſche Seehandel mit beſonderer Rückſicht auf Trieſt geweckt werden und in Beziehung auf Deutſchland eine baldige Annäherung rückſichtlich der Zoll- und Münzfrage erfolgen. Ein kräftiges Schutzzollſyſtem iſt beſtimmt, an die Stelle des Prohibitivſyſtems zu treten.

Ein Bülletin vom ungariſchen Kriegsſchauplatze wird noch heute erwartet. General Bem ſoll vom G. F. L. Puchner einerſeits und von den Ruſſen anderſeits geſchlagen worden ſein, ohne daß es zu einer Vereinigung der abgeſondert operirenden Corps gekommen wäre. Briefe aus Siebenbürgen melden, daß man daſelbſt dem Einmarſche von 60,000 Ruſſen entgegenſehe. Man wollte wiſſen, daß Kaiſer Nicolaus in einem beſondern Maniſeſte die Nothwendigkeit dargethan habe, zur Sicherung ſeiner eigenen Länder ſich der polniſchen Propaganda entgegen zu ſtellen, welche zugleich die Bezwingung der ungariſchen Inſurgenten ſeinem Bundesgenoſſen, dem Kaiſer von Oeſterreich erſchwere. Ein Theil ſollte bereits die Grenze überſchritten haben.

✕ **Berlin**, 30. März. Die heutige Sitzung der erſten Kammer begann mit einer getäuſchten Erwartung. Der Präſident ſagte nämlich: „Von dem Abgeordneten Haym in der deutſchen Nationalverſammlung iſt eine Mittheilung eingegangen (allgemeine Spannung; Ruf: ſtill, ſtill!) Dieſelbe enthält einen Kommiſſionsbericht zu einer allgemeinen deutſchen Gewerbeordnung, mit dem Erſuchen, ſie den Abtheilungen zuzuweiſen" (laute, theils ernſte, theils heitere Aeußerungen der Enttäuſchung.) Die nun folgende Verhandlung war von geringem Intereſſe. Auf der Tagesordnung ſtand ein Antrag von Tepper: die von der Kommiſſion vorgelegte Geſchäftsordnung, ohne Diskuſſion über die einzelnen Paragraphen, ſofort anzunehmen und die Kommiſſion während der Dauer der Sitzungsperiode fortbeſtehen zu laſſen zur Prüfung der einlaufenden Verbeſſerungsanträge. Wachler ſtellte dazu das Amendement: „An dieſe Kommiſſion ſind alle Verbeſſerungsvorſchläge ohne vorherige Einbringung an die Kammer zu verweiſen. Die Kommiſſion hat darüber zunächſt nach 14 Tagen, ſpäter von 4 zu 4 Wochen Bericht zu erſtatten." Nach kurzer Debatte wurden Antrag und Amendement genehmigt. Die Miniſterbänke waren leer; der Miniſterpräſident hatte die ſchrift-

liche Anzeige gemacht, daß die Miniſter heute beim Empfang der Deputation, welche die Adreſſe der zweiten Kammer Sr. Maj. überreichen werde, zugegen ſein müßten. Graf Dyhrn hatte einen Antrag zur Geſchäftsordnung eingereicht. Er unterließ für heute die Begründung, weil er leere Stühle vor ſich ſehe und gewohnt ſei, ſeinen Gegnern in's Geſicht zu ſehen. Auch ſei zwiſchen die Ausarbeitung ſeines Antrags und die gegenwärtige Stunde eine Nachricht gefallen, nach welcher er als Deutſcher und Preuße den Moment nicht für geeignet halte zu einer weitläufigen Begründung: dieſe werde ihre Zeit ſchon finden (Bravo). Die nächſte Sitzung wird Montag den 2. April ſtattfinden. Man iſt hier aufs höchſte geſpannt, wie der König ſich gegen die Deputation der Nationalverſammlung ausſprechen wird, die am Montag hier eintreffen ſoll. Man erwartet, daß er den großen Ruf, der an ihn ergangen, zwar unter Bedingungen annehmen, aber daß er ihn annehmen wird. Hoffentlich beſtehen dieſe Bedingungen nur in der Zuſtimmung der Fürſten, nicht in Aenderungen an der Reichsverfaſſung. Damit würde Alles, was wir erreicht zu haben glaubten, wieder in Frage geſtellt!

* **Berlin**, 30. März.*) Die zweite Kammer hat ihre Adreſſe dem Könige überreicht, der in ſeiner Antwort nur im Allgemeinen von der ſchöneren Zukunft unſeres theuren Vaterlandes ſprach.

Die Stadtverordneten haben *einſtimmig* folgende Adreſſe beſchloſſen:

„Majeſtät!

Die deutſche Nationalverſammlung zu Frankfurt a. M. hat Allerhöchſt Ihnen die deutſche Kaiſerkrone angetragen. Mit hoher Freude haben wir, die Vertreter der Haupt- und Reſidenzſtadt Eurer Majeſtät, dies große Ereigniß begrüßt. Die Einheit unſeres deutſchen Vaterlandes, die von den Beſten angeſtrebt, für die ſchon unſere Väter gekämpft, ſie ſoll jetzt nach langen Zeiten der Spaltung zur Wahrheit werden.

Majeſtät!

Das deutſche Volk hofft auf Sie, es erwartet, daß durch eine ſtarke Hand die Geſchicke Deutſchlands im Innern und nach Außen gewährleiſtet werden. Entziehen Höchſt Sie dieſem Berufe Sich nicht. Wahren Ew. Majeſtät die deutſche Einheit, ſo weit ſie erreichbar!

Heil Ihnen, dem deutſchen Oberhaupte.

Berlin, den 29. März 1819.

Stadtverordnete zu Berlin."

Der Magiſtrat wird ſich (vergl. die Beilage) dieſer Adreſſe anſchließen. Die Miniſter und die vornehmen Kreiſe ſind wenig geneigt für die Kaiſerwürde.

Dagegen ſollen von Seiten der beiden Kammern Adreſſen zu erwarten ſtehen, in welchen Se. Majeſtät um die Annahme der Kaiſerkrone gebeten werden. Man verſichert, daß die Majoritäten beider Häuſer ſich ſchon hierüber geeinigt haben. Der König ſelbſt ſoll die Nachricht nicht ohne frohe Bewegung aufgenommen haben, und Alles was deutſch geſinnt war, erklärt ſich auch für das Kaiſerthum.

** **Berlin**, 30. März. Ich müßte lügen, wenn ich ſagen wollte, daß mich die große Kunde von der Stadt der Wahl mit Freuden erfüllt hat. Nein, dieſes Feilſchen und Markten der Linken in der Paulskirche, die ja jetzt einen recht guten Handel gemacht hat, iſt ſo empörend, daß alle Freude durch den Gedanken daran verbittert wird. Dann jene elenden Diplomaten von Oeſterreich und Hannover, dieſe Schmerling und Bothmer, welche den Demagogen Speichel leckten! Tröſtlich iſt, daß Herr v. Bothmer in Hannover hoffentlich nicht wagen wird, die Augen aufzuſchlagen; denn einem ſolchen Machiavellismus iſt ein Charakter wie Stüve Feind und der Sinn des hannöveriſchen Volks iſt jetzt weltkundig. Aber mit tiefem Ernſt erfüllt die weltgeſchichtliche Entſcheidung. Zwar mit ſchwerer Zunge, doch ausgeſprochen iſt das ungemeine Wort. Ich zögere nicht zu ſagen: *Die Deutſchen haben einen Kaiſer*, Deutſchland iſt ja ein Reich, *wir haben ein Vaterland.*

Wie wird die Nachricht hier aufgenommen? Trennen Sie nicht ſpeziſiſch preußiſch von deutſch; Trezlin in der zweiten Kammer ſagte mit Recht, ſtockpreußiſch iſt grunddeutſch! Aber eine Scheidelinie zeigt ſich, die lange nicht ſo ſichtbar geweſen iſt. Ich möchte ſagen, die der *deutſchen* und der *franzöſiſchen, ausländiſchen Erziehung.* Es gab bekanntlich Zeiten, wo die letztere tief in den Mittelſtand hineinreichte, das Patriziat ganz einbegriff, beinahe den ganzen Beamtenſtand, das geſammte Militär; dagegen jetzt reicht die erſtere bis in die oberſten Kreiſe der Geſellſchaft; das Königshaus iſt wohl völlig und mit Ausnahme weniger Glieder von ihr durchdrungen; weit weniger die Umgebungen; der größte Theil der vornehmen Familien huldigt dem deutſchen Geiſte. Soweit die *klaſſiſche deutſche Literatur* und was mit ihr im Zuſammenhange ſteht, die deutſche Kultur reicht, ſoweit bricht ſich das Gefühl der Nothwendigkeit durch, die Kaiſerkrone müſſe angenommen werden, wenn auch nicht ohne Bedingungen. Dagegen diejenigen ariſtokratiſchen Kliquen, in denen deutſche Bildung die Ausländerei noch nicht hat verdrängen können, ſind jetzt in einer nie dageweſenen Aufregung gegen das Kaiſerthum. Man hört recht vornehme Perſonen — — *ſchimpfen!* Es iſt nichts Seltenes, daß die Reichsverſammlung als „Bummlergeſellſchaft" von ſehr zarten Lippen titulirt wird.

Alſo in dieſen Regionen, wohin die deutſche Bildung noch nicht gedrungen, iſt man darüber vollkommen einig, daß der König dieſe ſogenannte Krone nicht annehmen darf.

Dagegen je weiter und tiefer ſich unſere klaſſiſche Literatur und das geiſtige Leben, welches aus den Werken unſerer Göthe, Schiller, Schleiermacher ſpricht, verbreitet hat, um ſo gewiſſer iſt, daß die kläglichen Beſchlüſſe, welche die Linke zu Wege gebracht hat, kein Hinderniß ſein dürfen, die erbliche Kaiſerkrone anzunehmen.

Es wird unvergeſſen bleiben, daß Magiſtrat und Stadtverordnete von Berlin mit Einſtimmigkeit dem Könige an das Herz legen, die deutſche Krone ſich auf das Haupt zu ſetzen. Droht nicht der Kommune Berlin möglicherweiſe große Benachtheiligung von dieſer Aenderung der Dinge? Dieſelbe, welche jenen Hofadel jetzt in Harniſch verſetzt! Die Väter der Stadt aber erheben ſich für das deutſche Kaiſerthum.

Und das ſcheint mir entſcheidend, daß gerade der Kern der Bevölkerung dieſer vaterländiſchen Idee gewonnen iſt.

Parl. Korr. **Berlin**, 31. März. Die deutſche Frage tritt in eine neue Phaſe der Entwicklung. Berlin ermannt ſich zu unſerer Freude, indem es ſich aus dem wirren Treiben der Demokratie erhebt und an die Spitze der Meinung des Landes ſtellt. Heinrich von Gagern iſt das Ehrenbürgerrecht zuerkannt, glänzend wird dadurch die Schuld unſerer 40 ſchwarzgelben Abgeordneten geſühnt und abgelehnt. Die große Deputation von Frankfurt ſoll mit ausgezeichneten Ehren empfangen werden, auch darin liegt ein feiner Takt; den Bürgern der Hauptſtadt geziemt es, im Namen der Nation die Anerkennung für das Vertrauen auszuſprechen. Auch den dritten Schritt finden wir wohlgethan, daß Seine Majeſtät gebeten werden, die deutſche Krone anzunehmen. Das Volk ſieht ein, daß Deutſchland am Vorabend von Sein und Nichtſein ſteht und kleinliche Bedenken dem großen Intereſſe der Nation weichen müſſen. Zum dritten Mal ſchlägt der Herold an die Königsburg der Hohenzollern und er wird nicht wiederkehren, wenn die Antwort fehlt.

Berlin, 31. März. Die deutſche Reform ſagt: Auch wir wünſchen Aenderungen der Reichsverfaſſung, aber verlangen zuvörderſt, daß Preußen dem Ruf aus Frankfurt Folge leiſte und die Fürſten auffordere, ſich mit ihm zu verſtändigen. Die Mehrzahl hat ſich ſchon früher günſtig ausgeſprochen, die übrigen werden folgen, weil ſie folgen müſſen. Wenn die Deputation aus Frankfurt vor unſeren König tritt, ſo kann er ihr nur ſagen, daß er die vom Volke angetragene Krone annehmen werde, falls die Fürſten einwilligen. Er kann weder mehr, noch darf er weniger ſagen. Dieſe Antwort werden ſeine Rathgeber ihm anempfehlen müſſen, — bis auf Einen.

⊙ **Köln**, 30. März Abends 7 Uhr. Sie wünſchen Mittheilungen über die Reiſe der Reichsgeſandtſchaft; ich will ſie Ihnen getreulich machen. Auf den erſten Stationen unſerer Reiſe, in Bieberich und im Rheingau, ſchien man noch gar Nichts von derſelben zu wiſſen, was ſich ſpäter daraus erklärte, daß der vorausgeſandte Quartiermacher nur um wenige Stunden vor uns voraus war und ſeine Tour zu Lande durch Naſſau hatte nehmen müſſen. In Rüdesheim ſahen wir die erſten Zeichen des Bekannt- und Willkommenſeins unſerer Sendung in der Geſtalt wehender ſchwarz-roth-goldner Flaggen und wiederholter Salutſchüſſe, womit wir im Vorüberfahren begrüßt wurden. Von da an ſalutirten uns

*) Dieſe und einige folgende wichtige Nachrichten ſind unſern ſtädtiſchen Leſern bereits durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

auch ſämmtliche uns begegnende Dampfſchiffe mit Schüſſen, aufgezogenen Flaggen, Hutſchwenken und Hurrahrufen der Mannſchaft. Bingen verhielt ſich ſchweigend; dagegen winkte uns in Bacharach die Menge mit wehenden Tüchern zu, und in Kaub war ein reges Leben; Freudenſchüſſe erdröhnten aus der Stadt und von der Burg herab, während zahlreiche Flaggen die deutſchen und naſſauiſchen Farben zeigten. Aehnlich ging es in Oberweſel und St. Goar, an welchem letztern Orte die Jugend, in Reihen aufgeſtellt, mit lautem Hurrah uns begrüßte. Auch von der Marburg herab hallte Schuß auf Schuß ins Thal. In Koblenz hatten ſich die Hotels längs dem Fluſſe hin mit ſchwarzroth-goldenen Fahnen bedeckt, auch vom Ehrenbreitſtein wehte eine ſolche neben der preußiſchen. Als wir durch die Schiffbrücke hindurchfuhren, wurden wir von einem dichtgedrängten Haufen preußiſcher Soldaten mit wiederholtem Zuruf begrüßt. Am Landungsplatze fanden wir eine zahlreiche Menſchenmenge, meiſt den untern Ständen angehörend, und auch einzelne Gruppen von Militär. Aus letzteren kamen mehrere Offiziere auf unſer Schiff, welches anhielt, um Kohlen einzunehmen. Die Zuſchauermenge am Ufer dagegen verharrte ſtumm und theilnahmlos; nur bei der Abfahrt begrüßten uns abermals von der Brücke aus, wo eine Anzahl von Herren und Damen ſich aufgeſtellt hatte, freudige Zurufe und wehende Tücher. Um ſo wärmer war der Empfang in Neuwied. Die ganze Stadt, ſo wie ſämmtliche am Ufer liegende Schiffe und Kähne waren über und über mit bunten Fahnen bedeckt. Freudenſchüſſe ertönten bei unſerem Nahen und folgten uns noch lange nach, und ein an der Landungsbrücke aufgeſtelltes Muſik-Korps ſpielte eine vaterländiſche Weiſe. Auch in Bonn drängte ſich eine froh bewegte Menge an's Ufer, aus der viele Einzelne, namentlich Freunde unſres Arndt und Dahlmann, dieſen und der ganzen Deputation ihre lebhaften Segenswünſche für die hochwichtige Sendung zuriefen. Als wir uns endlich dem alten Köln näherten, tönten uns auch hier Schüſſe entgegen, und der Hafen bot, im Schmuck bunter Fahnen, ein ganz anmuthiges Bild. Auch fehlte es nicht an zahlreicher Zuſchauerſchaft. Zu einem förmlichen Empfange der Deputation ſchien man indeß nicht vorbereitet, denn einen Mangel an Geneigtheit dazu möchte ich nicht vorausſetzen, da ich dem Glauben ſchenke, was ein Kölner Bürger, der ehemals ſelbſt Mitglied der Frankfurter Verſammlung war, uns mittheilte: daß die Vernünftigen in Köln durchaus die Richtigkeit des von der Nationalverſammlung gefaßten Beſchluſſes einſahen und demſelben beiſtimmten, daß nur die Ultramontanen ſammt dem von ihnen beeinflußten Theil der Bevölkernng, ſo wie die enragirten Demokraten darüber unzufrieden wären.

Die Deputation wird morgen frühe ihre Reiſe fortſetzen, wahrſcheinlich nicht, wie früher der Plan war, über Elberfeld, vielmehr direkt nach Dortmund, da, eingezogenen Erkundigungen nach, auf jenem Wege das Ziel ihres zweiten Reiſetages, Bückeburg, ſchwerlich zu erreichen ſein möchte.

‚ **Köln**, 31. März. „Halt faß am Rich, do kölſchen Boor ꝛc.", dieſen alten Spruch führte noch Franz Raveaux an. Und welche Schmach gegen Kaiſer und Reich mußten wir geſtern Abend erleben. Geſtern Nachmittag gegen 5 Uhr war mit dem, der Kölniſchen Geſellſchaft gehörigen Dampfſchiffe „Göthe" die große Deputation der Frankfurter Nationalverſammlung eingetroffen. Die im Hafen liegenden Schiffe, ſo wie die Gaſthöfe am Rhein hatten ſich mit den deutſchen Flaggen geſchmückt und von den am jenſeitigen Ufer liegenden Schiffen erdröhnte der Donner der Böller. Eine große Menſchenmenge war dieſſeits am Ufer aufgeſtellt, während auf der Landungsbrücke des Dampfſchiffes der Oberbürgermeiſter, mehrere Gemeinderäthe u. ſ. w. ſich verſammelt hatten und die Deputation bei ihrer Landung freundlich begrüßten. Als aber die Herren Deputirten an's Land ſtiegen, gelang es ihnen erſt nach einiger Mühe, ſich durch das Gedränge hindurchzuwinden, wo ihnen durch die Sendlinge des demokratiſchen Vereins eben kein freundlicher Empfang zu Theil wurde. Sie fuhren nach ihrem Abſteigequartier, dem „Hotel Diſch". Im Laufe des Nachmittags noch beſuchten die meiſten den Dom und bewunderten die Fortſchritte an dieſem Rieſenbau. Der Bürgerverein hatte den Deputirten eine herrliche Serenade zugedacht — aber die Demokraten hatten es anders beſchloſſen. Während die Deputation des Bürgervereins ꝛc. ſich bei den Mitgliedern der Nationalverſammlung befand und auf die Anrede des Herrn Fay zuerſt E. M. Arndt, ſodann Herr Rieſſer beredte Worte erwidert hatten, kamen draußen Maſſen der Demokraten von ihrem Vereinslokale herangezogen, wo ſie förmlich zu einem empörenden Attentate gegen die Deputirten, unſere Gäſte, aufgehetzt worden waren, und ließen hier die gräulichſte Katzenmuſik erſchallen. Es war ein unermeßliches, gellendes Pfeifen, Brüllen und Schimpfen; es war ein Toben, welches ſich ſogar bis zum Fenſtereinwerfen ſteigerte. Man hörte auch Hochs auf Hecker! Viel Muth ſchien die Bande für ihre Republik nicht einzuſetzen gewillt, denn als eine Poſten-Ablöſung von nur vier Mann zufällig nahte, ſtob der Pöbel auf eine wahrhaft erheiternde Weiſe auseinander. Eine kleine Abtheilung Militär ſäuberte dann nach einiger Zeit die Straße. Heute Morgen fuhren die Herren Deputirten mit einem Extrazuge, welchen die Direktion der Köln-Mindner Eiſenbahngeſellſchaft mit anerkennenswerther Bereitwilligkeit zur Verfügung ſtellte, nach ihrer Beſtimmung weiter.

München, 30. März. Der Termin zum Wiederzuſammentritt der vertagten Kammern iſt bis zum 21. April des Jahres verlängert worden. (D. k. Z.)

** **Stuttgart**, 31. März. Wenn ich in meinem letzten Briefe ſchrieb, daß der Abſchluß der deutſchen Verfaſſung und die Kaiſerwahl bei uns auch von ſolchen, welche ſich darüber wenig freuen, Anerkennung und Unterwerfung finden werde, ſo iſt eine Beſtätigung hiervon heute mitzutheilen. Es iſt die Erklärung unſerer Nachbarſtadt Eßlingen. Dort beſteht einer der thätigſten und einflußreichſten unſerer ſämmtlichen politiſchen Vereine, von des Reichstagsabg. Wurm Erſatzmann, Fabrikant Mayer, geleitet. Gleich am Abend des 29. März, der uns die frankfurter Kunde gebracht, fand in Eßlingen eine von Einwohnern aller Anſichten beſuchte Verſammlung Statt, und dieſe beſchloß eine Erklärung, welche namentlich ſagt: „Obgleich wir in unſern politiſchen Anſichten unter uns ſehr verſchieden ſind und obgleich Manchen unter uns die heutige Nachricht nicht als ein freudiges Ereigniß erſcheint, ſo waren wir doch ſeit dem Zuſammentritt der Nationalverſammlung ſtets darin einig, daß dieſelbe mit der Souveränität des deutſchen Volks bekleidet ſei, und daß es ihr einzig und allein zuſtehe, die Verfaſſung für Deutſchland zu geben, ohne ſich mit den Regierungen der einzelnen Staaten vereinbaren zu müſſen. Getreu dieſem von uns jederzeit ausgeſprochenen Grundſatze anerkennen wir auch die letzten Beſchlüſſe der Nationalverſammlung als für uns verbindliche, und unterwerfen uns allen ihren geſetzlichen Folgen." Das Gleiche mag im hieſigen Volksverein der leitende Gedanke geweſen ſein. Der Redakteur des Beobachters wollte dort eine Remonſtration, indem die „Nationalverſammlung durch die Kaiſerwahl ihre Befugniß überſchritten habe." Allein ſein Antrag blieb in glänzender Minorität. Freilich die äußerſte Linke ſperrt ſich: ſchon behandelt die Ulmer Schnellpoſt den Abg. Schoder als Ueberläufer, als „einen Gegner des demokratiſchen Prinzips mehr." Bedenklicher noch iſt ein anderer Gegner: die Ultramontanen mit ihrem Hauptquartier in Oberſchwaben. So meint bereits das Organ dieſer Seite, das ultramontane deutſche Volksblatt, es könne noch auf dem geſetzlichen Wege gewirkt werden und fordert zu einem Petionenſturm an die Regierung auf: der Abgeordnete Gfrörer wird wohl nicht ermangeln, ſeine Thätigkeit hierzu aufzubieten. Aber es ſpricht das Blatt auch von ſeiner „Entrüſtung", von der Annahme des Königs von Preußen als einem „offenen Aufruf zum Bürgerkrieg"! Hier zu beruhigen ſind die maßloſen Aufrufe des hieſigen vaterländiſchen Vereins, welche unſere Katholiken beharrlich vor den Kopf ſtoßen, am allerwenigſten geeignet.

Viel Aufſehen und Bekümmerniß unter den Gewerbtreibenden unſerer Grenzſtädte macht eine Verfügung des großen Raths in St. Gallen, welche ausländiſchen Handwerkern das Feilbieten und Verkaufen verarbeiteter Handwerksartikel niederlegt. Die Regierung iſt bereits bedacht, Abhilfe dieſes Mißſtandes auf diplomatiſchem Wege zu erlangen.

* **Freiburg**, 30. März. In der heutigen Sitzung erfolgte die Verurtheilung Guſtav Struve's und Karl Blind's. Die Sitzung begann um halb zwölf Uhr; eine Stunde darauf zogen ſich die Geſchwornen in ihr Berathungszimmer zurück, erſchienen nach dreiſtündiger Berathung wieder in dem Sitzungsſaal und erklärten zuvörderſt in allen Fragen, welche die Aprilereigniſſe betrafen, Struve für nicht ſchuldig, weil ſie „in Folge der Revolution" geſchehen. Die Fragen in Betreff der Septemberereigniſſe beantworteten ſie zum Theil mit „ſchuldig", aber mit Beiſätzen, als „mit mildernden Umſtänden" oder „ohne Vorbedacht" u. ſ. w. Der Präſident erklärte und bewies, nach ſtattgehabter Berathung,

daß die Beiſätze in dieſem Falle nicht zuläſſig ſeien, worauf die Geſchwornen wieder abtraten und hierauf entſchiedene, auf „Schuldig" lautende Antworten gaben. Nach einſtündiger Berathung verurtheilte nun der Gerichtshof, auf Antrag des Staatsanwalts, G. Struve und K. Blind, jeben zu einer Zuchthausſtrafe von acht Jahren oder vielmehr dem entſprechend zu fünf Jahren vier Monaten Einzelhaft und zur Tragung der Prozeßkoſten. Die Angeklagten, namentlich Struve, hörten ihr Urtheil mit Faſſung und Würde, das Publikum benahm ſich im Ganzen anſtändig. Brentano erklärte, das Rechtsmittel der Nichtigkeitserklärung ergreifen zu wollen.

△ **Mannheim**, 31. März. Man beabſichtigt hier, wenn der König von Preußen die Annahme der Wahl erklärt, eine Illumination der Stadt zu veranſtalten. Die Stimmung iſt durch die Entſcheidung in Frankfurt eine beſſere geworden. Morgen werden Scharfſchützen zu dem badiſchen Bataillone nach Schleswig Holſtein geſchickt. Die Infanterieabtheilungen haben durch die Einführung der Scharfſchützen an Kampftüchtigkeit ſehr gewonnen.

* **Meiningen**, 30. März. Das war ein heller Jubel nach manchem trüben Tag! Der Alp, den man manchesmal ſeit Jahresfriſt drückend empfand, war zuletzt zum laſtenden Steine geworden, unter dem man nicht länger athmen konnte. Und als er uns nun geſtern Abend abenommen wurde, als wir wußten, daß unſre beiden Abgeordneten ihr Wort auch zu Kaiſer und Reich gegeben haben, da erklangen alle Glocken, die Freudenſchüſſe und die Muſik, die die Straßen durchzog, wurden von dem unendlich wiederholten Jubelruf der nachſtrömenden Menge übertönt; theilweiſe war die Stadt erleuchtet, und bis tief in die Nacht ſaßen deutſche Männer voll inniger Herzensfreude laut jubendl beiſammen; in manches Auge traten heute Freudenthränen, dem gerade 8 Tage früher Thränen des Kummers nahe waren. Wohl warnten einige ſorgliche Gemüther, ſich der Freude nicht eher hinzugeben, als bis auch das Wort der Annahme geſprochen ſei; aber wer möchte es glauben, daß heute ſich ein Deutſcher Fürſt dem Rufe entziehen könnte, den Deutſchland an ihn richtet? Das Große aber, das was gefeiert, augenblicklich gefeiert werden mußte, das iſt die That der Nationalverſammlung, die ſelbſteigne Entſcheidung des Volkes durch die Stimme ſeiner Vertreter; Wort für Wort dieſelbe Verfaſſung, wie ſie jetzt angenommen iſt, von allen Fürſten Deutſchlands oktroyirt, ſie wäre ein todtgebornes Kind, ein Nichts; aber daß ſie von der Paulskirche ausgeht, das gibt ihr Leben und Kraft. Darum mußte der Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung zuerſt und vor allen Dingen gefeiert werden! — Als die Glocken unvermuthet erklangen und das Volk zuſammenſtrömte, hörte ich Jemanden fragen: wer iſt denn geſtorben? Ein Naheſtehender rief ihm zu: Die Republik!

NC **Schleswig**, 29. März. Die neue Statthalterſchaft iſt noch nicht complet. Man hört den Gedanken vielfach ausſprechen, daß die Politik den Eintritt eines deutſchen Fürſten in die Statthalterſchaft anrathe. Dabei hört man jetzt den Prinzen Eduard von Altenburg nennen. Als Schleswig-Holſteiner ſcheinen nur Theodor Olshauſen oder Bargum in Betracht zu kommen; jener iſt aber in der Landesverſammlung ſchwerlich durchzubringen, und dieſer auf dem Präſidentenſtuhle der Verſammlung kaum zu entbehren.

* **Hamburg**, 29. März. Der däniſche General von Bülow hat ſich zu einer Waffenruhe bis zum 15. April bereit erklärt.

Frankreich.

* **Paris**, 30. März. Wie wird ſich die Nationalverſammlung den italieniſchen Ereigniſſen gegenüber verhalten? Dieſe Frage, von deren Entſcheidung der Kriegs- oder Friedenszuſtand Europa's abhängt, iſt zwar noch nicht definitiv gelöſt, aber doch ſo weit vorgerückt, daß es nicht mehr zweifelhaft ſein kann, wie ſie gelöſt werden wird. Der Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten hat heute bis zu dem Augenblick der Kammereröffnung gearbeitet. Geſtern hat er ſeine Berathungen bis tief in die Nacht fortgeſetzt. Es handelte ſich um die Maßregeln, welche Frankreich in Folge der Beſetzung Piemonts durch die Oeſterreicher zu ergreifen habe. Sieben Abgeordnete, die der Bergpartei oder der gemäßigten Linken angehören, die Hrn. Guichard, Emmanuel Arago, Guſtave de Beaumont, Jules Favre, Joly, Burignier und Bixio drückten dem Miniſter des Aeußern ihre Anſicht aus, daß Frankreich ſofort die Alpenübergänge und Genua beſetzen müſſe. Emmanuel Arago beſtand beſonders auf der Anſicht, Genua oder Chambery zu beſetzen. Hr. Mole glaubte, daß dieſe Rathſchläge nur zum Kriege führen können. Der Krieg würde gegen den Willen der Regierung entbrennen; ein Vorpoſtengefecht würde dazu hinreichen. Allein das Heil der Republik beruhte auf dem Frieden. Hr. Mole hob ferner hervor, daß die wahre Gefahr von Seiten Rußlands drohe, das ſeine Truppen hinter denen Oeſterreichs ſtehen habe. Sei der Krieg einmal begonnen, ſo werde allgemeiner Brand entſtehen. Hr. Morhern fragte hierauf den Miniſter des Aeußern, ob die Flucht Karl Alberts nicht vorausberechnet und das Reſultat eines innigen Einvernehmens (entente cordiale) zwiſchen dieſem Fürſten, den Kaiſern von Oeſterreich und Rußland und dem König von Preußen geweſen ſei. Dieſe Frage fand keinen Anklang bei den übrigen Mitgliedern der Kommiſſion und wurde mit Stillſchweigen übergangen. Der Miniſter des Aeußern ſucht darzuthun, daß es ſich in dieſem Augenblik nur von Piemont und nicht von den Republiken Rom und Toskana handele, wie Herr Joly behauptet hatte. Im Juni ſei die ganze italieniſche Preſſe einſtimmig in ihren Angriffen gegen die franzöſiſche Regierung geweſen, der man das Vorhaben zuſchrieb, in Italien zu interveniren. Seitdem und beſonders nach der Niederlage der piemonteſiſchen Armee habe ſich dieſe Sprache geändert; allein die Umſtände haben ſich auch geändert und was Frankreich damals gekonnt hätte, könne es heute nicht mehr. Auch dieſe Erklärung fand nicht unbedingten Beifall der Mehrheit des Ausſchuſſes. Die Minderheit, Hr. Mole an der Spitze, zog ſich geſtern um Mitternacht zurück. Die zurückgebliebenen Mitglieder übertrugen hierauf den Hrn. Guſtav de Beaumont, Jules Favre und Bixio die Redaktion eines der Nationalverſammlung vorzulegenden Beſchluſſes. Derſelbe iſt in folgenden Ausdrücken abgefaßt:

„Die Nationalverſammlung, über die beiden größten ihr anvertrauten Intereſſen, der Würde Frankreichs und der Erhaltung des Friedens auf dem Grunde der Achtung der Nationalitäten, wachend; der in der Sitzung vom 28. März von dem Hrn. Miniſterpräſidenten gegebenen Erklärung beipflichtend und im übrigen voll Vertrauen in die Regierung des Präſidenten der Republik; erklärt, daß wenn die vollziehende Gewalt, um die Integrität des piemonteſiſchen Gebiets beſſer zu ſichern und die Intereſſen und die Ehre Frankreichs beſſer zu wahren, es für nöthig halten ſollte, die Unterhandlungen durch die theilweiſe und zeitweiſe Beſetzung irgend eines Punktes von Oberitalien zu unterſtützen, dieſelbe in der Nationalverſammlung den aufrichtigſten und vollſtändigſten Beiſtand finden würde."

Dieſer Vorſchlag, der in der Kommiſſion mit 24 Stimmen gegen 14 angenommen worden war, wurde der Nationalverſammlung von Herrn Bixio in einer etwas banalen Rede vorgelegt: „Das Königreich Piemont, das einzige Bollwerk Italiens, iſt in Feindeshänden. Die Frage iſt jetzt nicht mehr eine italieniſche, ſondern eine franzöſiſche. In allen Zeiten wurde das Ueberſchreiten des Teſſin's durch die Kaiſerlichen von der franzöſiſchen Diplomatie für eben ſo wichtig als der Uebergang über den Var gehalten. Wir müſſen nicht bloß für den Frieden diplomatiſch unterhandeln, ſondern die bedrohten Punkte militäriſch beſetzen und ſo unſern Worten mehr Gewicht verſchaffen. Seit dreißig Jahren hat Frankreich gegenüber von Europa hinlängliche Beweiſe von ſeinem Wunſche den Frieden zu erhalten, gegeben, um mit den Waffen in der Hand (avec l'appareil de la guerre) vom Frieden ſprechen zu können. Wir haben daſſelbe Recht in Piemont zu interveniren, wie die Ruſſen in Siebenbürgen." Schließlich verlieſt Bixio den Beſchluß des Ausſchuſſes. Mole. „Dieſer eben vorgeleſene Bericht kann nicht als das Werk des Ausſchuſſes betrachtet werden, denn man hat gar nicht hierüber deliberirt." Guſtave de Beaumont. „Man muß in dem Vortrage des Herrn Bixio den begleitenden Bericht, über den allerdings nicht deliberirt wurde, von dem durch den Ausſchuß gefaßten Beſchluſſe unterſcheiden." Clement Thomas: „Die heilige Sache Italiens darf nicht in die Hände einer Kommiſſion gegeben werden. Ich fordere den Miniſter des Auswärtigen auf, uns die größtmöglichſten Aufklärungen über den Stand der Dinge in Italien zu geben; die Verſammlung wird, wann ſie dieſe Aufklärungen erhalten hat, wiſſen, was ihr zu thun übrig bleibt." Drouyn de l'Huys: „Folgendes ſind die neueſten Depeſchen aus Turin vom 25. März. Unſer Geſandter ſchreibt: In der Ungewißheit über die Plane des Feindes hat ſich der Stadtrath von Turin an den franzöſiſchen und den engliſchen Geſandten gewendet, damit ſie den Marſchall Radetzky abhalten möchten, Turin zu beſetzen. Mein Kollege und ich haben geantwortet, daß wir einen ſolchen Auftrag nur im

Namen einer regelmäßigen Regierung unternehmen könnten. Der Prinz von Crignan (der Reichsverweſer) hat hierauf den Miniſterrath verſammelt und mit deſſen Vollmacht verſehen, begaben wir uns in das Lager des Marſchalls Radetzky, um ihn von der Beſetzung Turin's abzuhalten. Wir überlaſſen dem neuen Könige, der bereits mit dem Marſchall Radetzky Unterhandlungen angeknüpft hat, die Sorge über Wiederherſtellung des Friedens direkt zu unterhandeln. Das Volk in Turin und Piemont verlangt übrigens nur den Frieden und die Ruhe; nirgends bemerkt man einen energiſch ausgeſprochenen Willen zum Widerſtand". (Lebhafte Unterbrechung). Ich begreiſe dieſe Unterbrechung nicht, ſagt der Miniſter, ich theile Ihnen die Meinung eines offiziellen Agenten mit, der ſeit dem Februar vorigen Jahres auf ſeinem Poſten in Turin iſt und die Verhältniſſe genau kennen muß. Ich beendige die Mittheilung des Briefes mit dem Poſtſkriptum des Geſandtſchaftsſekretärs, da der Geſandte ſelbſt bereits ins Hauptquartier abgegangen war: „Die Abdankung Karl Alberts wird offiziell angekündigt. Der neue König Viktor Emmanuel hat einen Waffenſtillſtand von Radetzky erlangt". Die Oeſterreicher werden die Seſia nicht überſchreiten; Aleſſandria wird zur Hälfte von Oeſterreichern zur Hälfte von Piemonteſern beſetzt; (eine Stimme links, das iſt eine Verrätherei!) die lombardiſchen Freiſchaaren müſſen ſogleich aufgelöſt werden, eine allgemeine Amneſtie wird bewilligt. Der Marſchall Radetzky iſt bereit, alsbald aufs öſterreichiſche Gebiet zurückzukehren und verlangt ſogar die Beſatzung von Aleſſandria nur ſo lange bis die piemonteſiſche Armee auf den Friedensfuß zurückgeführt ſein wird. Dieſe letztern Nachrichten werden uns durch einen Brief des Geſandten vom 27. März 6 Uhr Morgens eine Stunde nach ſeiner Rückkehr von der Armee in Novara mitgetheilt. Eine telegraphiſche Depeſche von demſelben Tage ſagt: „Der neue König hat heute eine Heerſchau über die Nationalgarde abgehalten und wurde mit großer Begeiſterung empfangen." Nun kennen Sie, fährt der Miniſter fort, die Thatſachen in allen Einzelnheiten; Sie kennen auch die ſchon mehrmals ausgeſprochene Abſicht der Regierung, die Integrität des piemonteſiſchen Gebiets und die Würde ſowie das Intereſſe Frankreichs zu wahren. Die Regierung nimmt daher mit Dankbarkeit die von Hrn. Birio vorgeſchlagene Tagesordnung an. Ich muß aber hinzufügen, daß die öſterreichiſche Regierung uns die beruhigendſten Verſicherungen über ihre friedlichen und gemäßigten Abſichten hat zukommen laſſen. Der Fürſt Schwarzenberg äußerte am 16. März in einer Unterhaltung gegen unſeren Geſandten, daß Oeſterreich dem König von Sardinien keinen Zoll breit ſeines Reiches entreißen wolle, und bereit ſei, den vermittelnden Mächten alle Bürgſchaft hierüber zu liefern. Oeſterreich verlange blos die Bezahlung der Kriegskoſten, und begnüge ſich mit dem durch die Verträge von 1815 ihm zugeſtandenen Länderbeſitz und wünſche ſehnlich die Wiederherſtellung des Friedens. Dieß, meine Herren, ſind die uns gemachten Verſprechungen; ſollten aber dieſelben durch die Ereigniſſe Lügen geſtraft werden, ſo werden wir die Integrität Piemonts zu ſchützen wiſſen." Billault verlangt zu wiſſen, ob die früheren Vermittlungs-Unterhandlungen, von denen man ſo viel Lärmen gemacht habe, auf die Grundlage der Integrität Piemonts oder der Trennung der Lombardei von Oeſterreich ſtattgefunden hätten. So lange Oeſterreich mit den Verlegenheiten im Innern beſchäftigt war, hat es ſich nie entſchieden ausgeſprochen, ſeitdem die Dinge eine günſtigere Wendung genommen haben, hat ſich dieſe Sprache geändert. Zum Beweis für ſeine Behauptungen lieſt der Redner zwei von der Times kürzlich mitgetheilte Depeſchen, aus denen hervorgehe, daß die Unterhandlungen in Brüſſel nur auf den Grundlagen der Verträge von Wien haben ſtattfinden ſollen. Der Redner drückt ſeinen größten Unwillen über dieſe Politik aus, und verlangt, daß das unentſchiedene Benehmen der Regierung nach Außen endlich einem entſchloſſenen und kräftigen Auftreten Platz mache. Drouy de l'Huy's: „Das Alles iſt nur eine Politik der Phantaſie. Das Manifeſt des Hr. Lamartine verſpricht der italieniſchen Nationalität Beiſtand, allein das Manifeſt macht einen Unterſchied zwiſchen unabhängigen und nicht unabhängigen Staaten; es erkennt die Gebietsgrenzen der Verträge von Wien an, und ſpricht bloß von Abänderungen auf gütlichem Wege. In verſchiedenen Debatten wurde dieſe Politik durch billigenden Tagesordnungen ſanktionirt. Karl Albert, als Sieger, wies die Hilfe Frankreichs zurück; nachdem er mehrere Niederlagen erlitten, rief er dieſelbe wieder an: General Cavaignac antwortete mit dem Anerbieten diplomatiſchen Beiſtandes. Was war die Baſis der Unterhandlungen? Die Unabhängigkeit der Lombardei; eine beſondere Regierung für Venedig und billige Theilung der Staatsſchuld wurden von Oeſterreich zur Zeit des Glücks der italieniſchen Waffen als Grundlagen vorgeſchlagen, aber überall zurückgewieſen; ſeitdem hat ſich Oeſterreichs Sprache mit dem Siege ändern müſſen. Die Unterhandlungen rückten langſam vorwärts. Oeſterreich beſchwerte ſich, daß Piemont ganz Italien aufreize; Piemont ſtellte übertriebene Forderungen auf. Die franzöſiſche Regierung hatte keine Verpflichtung, dieſe Forderungen zu unterſtützen. Sie hatte Karl Albert vielmehr erklärt, daß ſie ihm niemals mit den Waffen beiſtehen würde. Der Miniſter geht dann auf die von Billault angeführten Aktenſtücke der Times über, und ſtellt deren Authenticität in Abrede. Buvignier unterbricht ihn, als ob er dieſe Angaben bezweifele; der Miniſter erſucht ihn, in ſein Büreau zu kommen und ſich perſönlich zu überzeugen. Frankreich hat niemals eingewilligt, das Datum 1818 den Verträgen von 1815 beizuſetzen. Schließlich kommt der Miniſter auf die römiſche Frage. Sie gebietet die Berückſichtigung eines dreifachen Intereſſe: des europäiſchen Friedens; des religiöſen Intereſſes, dem ganz Frankreich ergeben iſt, und endlich des Intereſſes der Freiheit, welches die Regierung nicht vergeſſen wird. Ledru Rollin gibt, um die Politik des Miniſteriums zu beleuchten, eine ſehr pikante Zuſammenſtellung der Reden der Herren Barrot und Thiers von 1818 und in den Jahren 48 und 49. Die von Birio vorgeſchlagene, und vom Miniſterium angenommene motivirte Tagesordnung wird von Flocon heftig bekämpft, und ſtatt ihrer eine andere vorgeſchlagen, welche, mit klaren Worten, auf die Erklärung vom 24. Mai hinweiſend, die Regierung auffordert, die zur Befreiung Italiens nöthigen Maßregeln zu ergreifen. Baraguay d'Hilliers verlangt die einfache Tagesordnung. Sie wird mit 442 gegen 327 Stimmen verworfen. Thiers verlangt das Wort; die Sitzung wird aber wegen der vorgerückten Zeit vertagt.

Trotz des zu erwartenden Beſchluſſes der Nationalverſammlung rüſtet ſich die Regierung für alle Fälle. Eine geſtern von hier abgegangene telegraphiſche Depeſche beſiehlt die Concentration der Alpenarmee an der piemonteſiſchen Grenze.

Man verſichert übrigens, daß Karl Albert ſich nicht nach Frankreich, wie es zuerſt hieß, ſondern nach Portugal zurückziehen wird. Die Mitglieder der Bergpartei, welche die bekannte Adreſſe an die römiſche Conſtituirende unterzeichnet haben, ſind mit dem römiſchen Bürgerrecht beſchenkt worden. Die beiden Bevollmächtigten der römiſchen Republik Pietro Beltrami und Pescantini haben denſelben eine Antwortsadreſſe überreicht.

Das Journal „la vraie republique", in welchem die bekannte Georges Sand ihre ſocialiſtiſchen Ideen entwickelte und welches während des Belagerungszuſtandes unterdrückt wurde, erſcheint jetzt wieder.

Die Gazette de France verſichert, daß der Maire von Liſieur den Wahlausſchuß der Rue de Poitiers über die Kandidatur Guizots um Rath befragt habe. Thiers ſoll in dem Wahlausſchuß ſehr heftig gegen dieſe Kandidatur aufgetreten ſein, die er als einen Skandal bezeichnete. Zuletzt wurde der weiſe Beſchluß gefaßt, ſich jedes Ausſpruches über dieſe Angelegenheit zu enthalten. Der Prozeß der Maiangeklagten iſt bis zur Vertheidigung von Raspail, Quentin und Larger gediehen. Flotte will nicht vertheidigt ſein. Raspail, der nach ſeinem Vertheidiger ſelbſt das Wort ergreift, behauptet, daß allerdings ein Komplott beſtanden habe, allein die wahrhaft Schuldigen nicht auf der Bank der Angeklagten ſitzen. Man habe die Demonſtration vom 15. Mai abſichtlich von ihrem urſprünglichen Ziele abgelenkt, um die republikaniſche Partei zu verderben. Uebrigens habe er nur dann an dem weiteren Verlauf der Ereigniſſe Theil genommen, als die Nationalverſammlung und die Regierung ſich ſelbſt aufgegeben zu haben ſchienen und viele andere Perſonen, die nicht angeklagt ſeien, haben daſſelbe gethan wie er.

Stand der Renten: 5 pCt. 88. 30; 3 pCt. 56. 40; Bankaktien 2380.

Italien.

* Aus Ober-Italien. Die Bedingungen des Waffenſtillſtandes zwiſchen Oeſterreich und Sardinien ſind folgende: die Oeſterreicher beſetzen mit 20,000 Mann das linke Ufer der Seſia bis zum Teſſin, ferner die Stadt Aleſſandria, und theilen ſich mit den ſardiniſchen Truppen in die Beſetzung der dortigen Feſtung. Das piemonteſiſche Heer wird auf den Friedensfuß geſtellt, und Admiral Albini kehrt mit der

№ 92. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 2. April 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Eine Oktroyirung der Steuern. Der Stand der Dinge in Urgaen. Die neuen Kaſſenanweiſungen. Der ehemalige Miniſter Schwarzer im Stockhaus.) Berlin (Die Erklärung des Miniſteriums über die Frankfurter Beſchlüſſe. Die zweite Kammer. Abeeſſe des Magiſtcats an den König auf Anlaß der Kaiſerwahl. Die Stimmung am Hofe. Vorbereitungen zum Empfang der Deputation. Diplomatiſcher und fürſtlicher Verkehr. Eine Deputation von Beaunſchweig an den König.) Düſſeldorf (Die Reichsgeſandtſchaft.) Elberfeld (Adreſſe an den König um Annahme der Kaiſerwürde.) München (Die Kaiſeewahl und die Stimmung gegen Preußen und Oeſtereeich.) Dresden (Die Könneritz'ſche Angelegenheit.) Altenburg (Die Mediatiſieungsfrage.) Hamburg (Die Bewegungen der Reichsteuppen.) Lübeck (Küſtenvertheidigung.)

Großbritannien. London (Interpellation im Oberhauſe wegen dee Schlacht bei Novara. Theaterbrand.)

Italien. Aus Oberitalien (Geneeal La Marmora. Tagesbefehl Radetzky's. Der Tag nach der Schlacht.) Turin (Erſte Aufregung. Proklamation Victor Emanuel's.) Florenz (Feier der Eröffnung der Conſtituante.) Rom (Guter Fortgang der Zwangsanleihe. Rüſtungen.) Neapel (Verſchwörungen. General Filangieri.)

Dänemark. Kopenhagen (Der König. Proklamation des Kriegsminiſtees an die Schleswiger.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 2. April.)

Deutſchland.

** **Wien,** 29. März. Das Miniſterium hat die Steuern für das zweite Semeſter des Verwaltungsjahres 1849 nun auch aus eigener Machtvollkommenheit ausgeſchrieben und dadurch abermals einen Eingriff in das wichtigſte konſtitutionelle Recht gewagt. Sie können ſich denken, daß dieſe neue Willkürmaßregel nicht den günſtigſten Eindruck auf den größeren Theil der hieſigen Bevölkerung ausübte. Geſtern verbreitete ſich das Gerücht, daß heute die Amneſtie für politiſche Vergehen verkündigt werden ſollte, was aber bis jetzt noch keine offizielle Beſtätigung erhielt. Man ſprach auch, daß es in der ernſtlichen Abſicht des Miniſteriums liege, mit den Ungarn zu unterhandeln. Die Nachrichten von den Erfolgen unſerer Armee lauten durchaus nicht günſtig, die Ungarn ſollen bedeutende Vortheile errungen haben, während die kaiſerlichen Truppen empfindliche Verluſte erleiden, was zum Theile der Ungeſchicklichkeit des Feldmarſchalls zugeſchrieben wird, durch deſſen Anordnungen, denen oft ein unedles Rachegefühl zu Grund liegt, Tauſende unnütz dem Schwerte preisgegeben werden, wie denn aus ähnlichem Grunde das ganze Bataillon Richter, welches in den Oktobertagen ſich nach Ungarn zu marſchiren weigerte, aufgerieben worden ſein ſoll. Seine Finanzanordnungen in Betreff der ungariſchen Banknoten ſind hier zum Geſpötte der Kinder geworden, und ſelbſt die miniſteriellen Organe waren angewieſen, Oppoſition gegen ihn zu machen. Es heißt daher auch mit ziemlicher Gewißheit, daß Windiſchgrätz abberufen und Jellacic oder Welden mit dem Oberkommando in Ungarn betraut werden ſoll. Das Miniſterium des Innern hat ſich in einer Note an den Gemeinderath gewendet, worin es denſelben auffordert, ſich die Verbreitung der neu kreirten 3pCt. Kaſſenanweiſungen angelegen ſein zu laſſen und die Verfügung zu treffen, daß dieſelben ſowohl bei allen Stadtkaſſen und auch dahin zu wirken, daß ſie bei den Privaten unter einander wie die Banknoten angenommen werden mögen! Bis jetzt ſcheinen dieſe Kaſſenanweiſungen nicht ſonderlich geſucht zu werden.

* **Wien,** 29. März. Der Exminiſter Schwarzer, Redakteur der verbotenen allgemeinen öſterreichiſchen Zeitung iſt zu einem 48ſtündigen Stockhausarreſt verurtheilt worden.

AZC **Berlin,** 30. März. Das Magiſtratskollegium hat ſich auch heute wieder ſchon in aller Frühe verſammelt, um über den Beitritt zur Adreſſe der Stadtverordneten an den König, die deutſche Oberhauptsfrage betreffend, zu beſchließen. Der Magiſtrat trug Bedenken, den geforderten Anſchluß auszuſprechen, indem die Adreſſe die Annahme der Kaiſerkrone unbedingt verlange, ohne, was die Majorität des Magiſtratkollegiums für nöthig erachtete, dem eigenen Urtheil des Königs über die Schwierigkeit der Zeitverhältniſſe und einer daraus entſpringenden modifizirten Entſchließung irgend einen Spielraum zu geſtatten. Der Magiſtrat beſchloß daher, eine eigene Adreſſe zu erlaſſen und gab derſelben nach mehrſtündiger Debatte folgende Faſſung:

„Königliche Majeſtät! Die Kunde von den bedeutungsvollen Beſchlüſſen der deutſchen Nationalverſammlung macht es uns, dem Magiſtrate Ew. königlichen Majeſtät Reſidenzſtadt, zur unabweislichen Pflicht, in einem Augenblicke von unberechenbarer geſchichtlicher Wichtigkeit mit unſeren Wünſchen und Hoffnungen an die Stufen des Thrones zu treten. Der inhaltſchwere Augenblick, in welchem die Frucht jahrhundertlanger Kämpfe zur Zeitigung gelangen ſoll, iſt gekommen; die edlen Stämme Deutſchlands vereinen ſich in dem Gedanken eines großen, einigen Vaterlandes und an Ew. Majeſtät iſt der weltgeſchichtliche Ruf ergangen, dieſen Gedanken zur That reifen zu laſſen. Wir verkennen nicht, daß große Bedenken ſich der Entſchließung Ew. Majeſtät entgegenſtellen könnten; aber wir vertrauen auch, daß dieſer Entſchluß Ew. Majeſtät dadurch erleichtert werden wird, daß der Patriotismus der deutſchen Fürſten und Stämme die Hinderniſſe beſeitigt, welche der Begründung ſelbſt eines ſtarken, engeren Bundesſtaates und der Geſtaltung einer lebenskräftigen Organiſation deſſelben, gegenwärtig noch entgegenzuſtehen ſcheinen. Preußens Aufgabe iſt es allerwege geweſen, ſich einzuſetzen für die heiligſten Güter des deutſchen Volkes; die preußiſche Nation wird auch jetzt Ew. Majeſtät zujauchzen bei den Schritten, die Sie als deutſcher Fürſt für deutſche Kraft und Einheit thun werden."

Dieſe Adreſſe geht noch heute Abend an den König nach Charlottenburg ab. Aus Charlottenburg ſelbſt lauten die neuern Nachrichten über die wichtige Frage mit unſeren geſtrigen Andeutungen übereinſtimmend. Die Wahl ſelbſt hat dort ſichtliche Befriedigung erregt, die Annahme derſelben dürfte aber wohl von der Zuſtimmung der Fürſten abhängig gemacht werden, wenigſtens iſt eine einflußreiche Partei in dieſem Sinne ſehr thätig. Auch ſoll, wie wir ſchon früher einmal mittheilten, der König eventuell die Abſicht haben, nicht den Titel eines deutſchen Kaiſers, ſondern eines deutſchen Schirmherrn anzunehmen. Mehrere hieſige Einwohner wollten die Kaiſerwahl mit Illumination feiern, doch hat der General v. Wrangel ihre deßfallſigen Geſuche abgelehnt.

Berlin, 30. März. Abends. Mit der hannoverſchen Regierung herrſcht ein ungemein lebhafter Notenwechſel. Heute Abend iſt der Herzog von Koburg mit einem Gefolge von fünf Perſonen hier angekommen und wird dem Vernehmen nach ſchon morgen dem Könige ſich vorſtellen. Man ſpricht davon, der Herzog von Braunſchweig werde ebenfalls erwartet. (D. R. Z.)

***Berlin,** 31. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte der Miniſter-Präſident: „Meine Herren! Es ſind in den jüngſten Tagen Beſchlüſſe von hoher Wichtigkeit für die Zukunft Deutſchlands, Preußens und des Hauſes Hohenzollern gefaßt worden. Die in dem Staats-Anzeiger enthaltenen Nachrichten ſind authentiſch; doch ſind der Regierung noch keine amtlichen Eröffnungen zugegangen. Es braucht nicht erwähnt zu werden, daß die Regierung den Weg gehen wird, den ſie ſchon längſt vorgezeichnet hat und der ſich gewiß des Beifalls der hohen Kammern zu erfreuen haben wird. Es braucht ferner nicht erwähnt zu werden, daß, ſobald die offizielle Benachrichtigung eingegangen, den Kammern die nöthigen Mittheilungen werden gemacht werden. „v. Unruh ſtellt den dringlichen Antrag: „Eine Adreſſe an des Königs Maj. zu richten und denſelben zu bitten, die ihm von der verfaſſunggebenden Verſammlung zu Frankfurt übertragene deutſche Kaiſerkrone anzunehmen, ſowie ſofort eine Commiſſion von 21 Mitgliedern zum Entwurf einer ſolchen Adreſſe zu wählen." Die Dringlichkeit des Antrages wird nur von 111 Mitgliedern anerkannt, während ſich nach dem Geſchäftsreglement 120 Abgeordnete für die Dringlichkeit erheben müſſen. Hierauf wird ein dringlicher Antrag von v. Vincke verleſen: „Eine Commiſſion zu ernennen, welche eine Adreſſe an des Königs Majeſtät zu entwerfen hat, um darin die Gefühle und Erwartungen der Kammer in Bezug auf die zu Frankfurt ſtattgehabte Wahl Sr. Majeſtät zum Oberhaupte Deutſchlands auszudrücken." Die Dringlichkeit dieſes Antrages wird mehr als hinreichend anerkannt und nach einer kurzen Diskuſſion über die Auslegung des Geſchäfts-Reglements, an welcher ſich Waldeck, v. Vincke und v. Berg betheiligen, entſcheidet die Kammer, daß die für den v. Vincke'ſchen Antrag reglementsmäßig niederzuſetzende Commiſſion gleichzeitig die Adreſſe anzufertigen habe.

Konſt. Korreſp. **Berlin,** 31. März. Die am Montag Mittag aus Frankfurt hier eintreffende Deputation wird in würdiger Weiſe von der Stadt empfangen und bewirthet werden. Die Wohnungen für dieſelbe ſind bereits in Meinhardts Hotel, in der Stadt Petersburg und im Hotel du Nord eingerichtet. Auch Deputationen aus nähern und entfernteren Städten werden mehrfach erwartet. Ueber die Annahme oder Nichtannahme der

Kaiſerwürde circuliren die verſchiedenſten Verſionen. So viel geht aus allen hervor, daß die Annahme an die Zuſtimmung der Fürſten geknüpft werden wird. Daß dieſe ausbleiben wird, glauben wir nicht, wenigſtens das nördliche Deutſchland wird in dieſer Beziehung einig ſein. Die Hannoverſche Regierung iſt die einzige, deren Zuſtimmung hier und da bezweifelt wird. Doch hat das Hannoverſche Volk ſeinen Willen kund gegeben, denn von den 24 Abgeordneten desſelben haben 17 für Friedrich Wilhelm IV. geſtimmt.

Lith. Korr. **Berlin**, 31. März. Von Braunſchweig iſt eine Deputation der dortigen Kammer hier angetroffen, um Se. Majeſtät um die Annahme der deutſchen Kaiſerkrone im Namen Braunſchweigs zu bitten. Die Erlaubniß zur Unterſuchung gegen den Abgeordneten Jong wegen Beleidigung des Magiſtrats iſt von der Kammer verweigert worden.

* **Düſſeldorf**, 1. April. Mit großem Jubel wurde die Reichsgeſandtſchaft hier empfangen.

Elberfeld, 30. März. Der Gemeinderath von Elberfeld hat eine Adreſſe an den König beſchloſſen, und den gerade in Berlin anweſenden Oberbürgermeiſter von Carnap erſucht, ſie ihm perſönlich zu überreichen. Dieſelbe ſpricht den Wunſch aus, daß der König die deutſche Kaiſerwürde annehmen möge.

≃ **München**, 30. März. Kaum darf man es wagen in dieſer Zeit, wo die ehernen Schläge des deutſchen Geſchickes zu Frankfurt fallen, auch von kleinen Zeichen und Vorfällen der Einzelſtaaten zu ſprechen. Die volle Rathloſigkeit auf die Frage: Und was nun weiter? nachdem die Abſtimmung gegen den Welckerſchen Antrag entſchieden hatte, öffnete erſt Vielen hier die Augen darüber, daß mit jenem Abweis, daß mit dem Rücktritt des Miniſteriums Gagern, jetzt die ganze Fortentwicklung und Geſtaltung des Vaterlandes, die beſtehende bürgerliche Geſellſchaft, ihre Bildung und Schönheit in Frage geſtellt ſei, wenn nicht wenigſtens ein Kompromiß gefunden werde. Dazu findet man nun in der Annahme des Kaiſerthums, minder in der ſchwachen Mehrheit für das Erbkaiſerthum, wenigſtens den Weg angebahnt, und ſo ſind dieſe Beſchlüſſe jetzt von weit größern Kreiſen freudig aufgenommen worden, als man im erſten Augenblicke nach Ankunft der Nachricht von der Verwerfung des Welckerſchen Antrags hoffen durfte. Denn wenn auch, wie einer Ihrer hieſigen Berichterſtatter ſagt, allerdings jene Nachricht eine tiefe Trauer bei denen erregte, welche, weil ſie es vollehrlich meinen, das Nöthigſte gethan wiſſen wollen, ſo muß ich doch auch auf der damals gemachten Angabe beharren, daß gewiſſe Parteien die Zeit der höchſten Spannung eifrigſt benutzt hatten, um alle Antipathieen gegen Preußen wieder wachzurufen. Auch jetzt noch, wo wieder die Frage naht, wem nun ſchließlich das Erbkaiſerthum zu Theil werden ſoll, auch jetzt noch ſträubt ſich die Stimmung vielfach gegen Preußen. Aber ſie iſt auch keineswegs mehr entſchieden für Oeſterreich. Die reaktionäre Verfügungswuth geht dort zu raſchen Schrittes vor, als daß man nicht dahinter die Hand des weißen Zaaren und das politiſche Teſtament Metternichs, ausgeführt von ſeiner Schule, erblickte. Dazu kommt noch, daß die ultramontan reaktionäre Partei Baierns ſelber die von Oeſterreich gebotenen Handhaben zu haſtig ergreift, zu jubelnd dem rückwärtsſchreitenden Nachbar zujauchzt, zu ſtürmiſch auf unſer büreaukratiſches Miniſterium mit Adreſſen und Journalartikeln vordringt, damit es dem Beiſpiel Oeſterreichs folge, daß ferner unſere miniſterielle Preſſe zu eifrig Oeſterreichs Handeln vertheidigt und die reaktionären Stimmen Baierns zu freudig begrüßt, als daß nicht ſelbſt die große, nur dunkeln Inſtinkten folgende Maſſe, plötzlich zurückſtutzte vor einem öſterreichiſch-deutſchen Kaiſerthum. Nun tröſten ſich die Entſcheidungsſcheuen damit, daß der Beſchluß der Reichsverſammlung allein noch das Kaiſerthum nicht herſtelle; aber auch die Hoffnungsarmen geſtehen zu: es bahnt doch den Weg an zu endlicher Feſtſtellung der deutſchen Angelegenheiten; und wenn auch Preußen auf den Schild gehoben wird, ſo iſt doch wenigſtens ein Weg gefunden. So ſprechen alſo diejenigen, welche nicht auf unſern Standpunkten ſtehen. Sie erkennen, es iſt ſchon viel gewonnen, mehr als man noch vor Kurzem hoffen durfte. Indeſſen hat auch zu ſolchem Erfolge ſpeziell in München und Altbaiern das Gerücht nicht wenig beigetragen, daß ein Wahlgeſetz oktroyirt und die zweite Kammer aufgelöſt werden ſolle. Feſt glaubt Niemand mehr recht eigentlich daran, aber etwas von der Beſorgniß iſt dennoch hängen geblieben.

0 **München**, 30. März. An allen Straßenecken ſteht die Menge, verwundert über die Plakate, welche die Anzeige bringen von der Erwählung und Ausrufung Friedrich Wilhelms IV. zum Kaiſer der Deutſchen. Man bemerkt weder Spuren von Freude, noch von Mißſtimmung beim Volke, während die Weißblauen und Ultramontanen wüthen, und die liberalen Fraktionen aller Schattirungen ihre Freude nicht verhehlen. In Nymphenburg ſcheint man dieſen Ausgang nicht erwartet zu haben, denn noch geſtern wurde gegen die nunmehr vollendete Verfaſſung Graf Bray, der bisherige Portefeuilleverweſer der auswärtigen Angelegenheiten zum baieriſchen Geſandten in Berlin ernannt, und Lerchenfeld-Köfering mit dieſem Miniſterium betraut. Auch die Vertagung des Landtags um weitere acht Tage iſt ein Beweis, daß der König nicht an eine ſo ſchnelle Einigung der Nationalverſammlung glaubte: denn als Grund dieſer Vertagung führt das Regierungsblatt ausdrücklich den dermaligen Zuſtand der Berathung der deutſchen Verfaſſung auf.

** **Dresden**, 31. März. Wenn es ſich um deutſche Dinge handelte, war der ſächſiſche Landtag (wir geſtehen es in tiefſter Beſchämung) überall leichter zu finden, als auf der Bahn der Ehre; deß ſind der 20. Januar und der 17. März (die Verhandlungen über die deutſche Oberhauptsfrage und über die Theilnahme des ſächſiſchen Heeres am däniſchen Kriege) die unrühmlichen Zeugen. Mit deſto größerer Genugthuung ſehen wir aber auch die Kammern in einer andern Frage ernſt und entſchieden den richtigen Pfad verfolgen, den ſie am 8. Februar betreten haben. In geheimer Sitzung iſt vor einigen Tagen die Könneritzſche Angelegenheit behandelt worden. Die Regierung hat zwei Noten des Fürſten Schwarzenberg vorgelegt, welche ſie allerdings aus guten Gründen der Oeffentlichkeit vorenthält. Das Kabinet von Ollmütz iſt nicht geſonnen, dem Königreiche Sachſen die Abberufung des Herrn v. Könneritz zu geſtatten; es warnt vor dieſem Schritte in jener beleidigenden und drohenden Sprache, welche nur ein ohnmächtiger Einzelſtaat, aber nicht ein integrirender Theil des deutſchen Reiches dulden darf. Oeſterreich will des Organes nicht beraubt ſein, welches ihm eben jetzt unentbehrlich iſt, um den kleinen abhängigen Nachbarſtaat zur Theilnahme an ſeinen ränkevollen Plänen gegen die deutſche Verfaſſung umzuſtimmen. Es hieße der ſächſiſchen Volksvertretung eine Intelligenz zumuthen, welche zu beanſpruchen ſie nicht berechtigt iſt, wollte man annehmen, daß ſie dieſes verderbliche Spiel durchſchaute; ſie ſieht in Könneritz Nichts, als den heimtückiſchen Feind ihres Blum und einen unnützen Verzehrer von 8000 Thalern. Dennoch muß man von ihr anerkennen, daß ſie ſich durch die Drohungen des Fürſten Schwarzenberg nicht einſchüchtern läßt. Beide Kammern hatten Deputationen ernannt, um ihren Beſchluß auf Abberufung des Geſandten noch einmal in Erwägung zu ziehen; dieſe Deputationen haben ſich von den Miniſtern alle nöthigen Eröffnungen machen laſſen, und werden in den nächſten Tagen wiederum in geheimer Sitzung den Kammern Bericht erſtatten. Sie werden den Kammern anrathen, bei ihrem Beſchluſſe zu beharren.

Altenburg, 30. März. Die Mediatiſirungsfrage hat für jetzt hier ihr Ende erreicht. Die Landſchaft trat in der heutigen Sitzung dem Kommiſſionsantrage, dieſe Frage als beſeitigt zu betrachten, faſt ohne alle Debatte einſtimmig bei. (D. A. Z.)

Hamburg, 29. März. Die in dieſen Tagen hier angekommenen ſächſiſchen Truppen ſind ſämmtlich über Altona mit der Eiſenbahn nach dem Norden abgegangen. Heute Morgen traf von Harburg aus ein Bataillon vom 15. preußiſchen Infanterie-Regiment hier ein, daſſelbe wird morgen nach Altona befördert werden. Der übrige Theil dieſes Regiments, ſo wie das 10. Infanterie-Regiment, werden, wie es heißt, morgen hier eintreffen. (H. C.)

Lübeck, 28. März. In heutiger Sitzung des Bürger-Ausſchuſſes theilten die Senats-Kommiſſarien mit, daß vom Reichs-Kriegsminiſterium der Auftrag eingegangen ſei, zum Schutz der Küſte 150 Mann Infanterie nach Travemünde zu ſenden. (L. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 29. März. Geſtern fragte im Oberhauſe Lord Brougham an, ob die Regierung über den Sieg Radetzky's und die Thronentſagung Karl Alberts Nachricht erhalten habe. Wenn dies ſich beſtätige, ſo habe es der Vorſehung gefallen, Europa mit einem Ereigniß zu beglücken, welches kein Menſch vorherſehen noch hoffen gekonnt. Auch habe er gehört, daß England und Frankreich beſchloſſen hätten, dazwiſchen zu treten, um die Integrität Piemonts zu wahren, nachdem doch Marſchall Radetzky und der Kaiſer von Oeſterreich erklärt hätten, es ſei nicht ihre

Abſicht, das piemonteſiſche Gebiet zu ſchmälern. Er könne an Englands und Frankreichs Einmiſchung nicht glauben; dies würde wie eine Satyre auf dieſe beiden Mächte und wie ein Libell auf Oeſterreich ausſehen. Marquis von Lansdowne erwiderte: man könne an dem Siege Radetzky's und an der Abdankung des Königs von Sardinien nicht zweifeln, dieſe Nachrichten ſeien durch den elektriſchen Telegraphen gemeldet worden. Er ſei nicht im Stande auf Einzelnheiten einzugehen, da man noch nichts Genaueres wiſſe, ſtimme aber mit ſeinem edlen Freunde darin überein, daß man ſich über dieſe ſchnelle Entſcheidung nur freuen dürfe. Auf eine zweite Frage Aberdeens antwortete Marquis von Lansdowne, daß die auf Norditalien bezüglichen Aktenſtücke dem Hauſe bald vorgelegt werden würden. Die Nachricht von Radetzky's Sieg bei Novara verdrängt jedes andere Intereſſe. Die Konſols ſtiegen ſofort auf 9 Pf.

Das Olympic Theater brannte geſtern Nachmittag zwiſchen fünf und ſieben Uhr in raſender Schnelle ab. Die Entzündung einiger Vorhänge verurſachte dieſen Brand.

Italien.

*Aus Oberitalien. Die Schlacht bei Novara hat den Krieg beendet. Daran kann kein Zweifel ſein. Alle die Gerüchte, General La Marmora habe die Flüchtigen geſammelt und ſei noch einmal gegen die Oeſterreicher gerückt, alle die Erzählungen von Kanonendonner in Vareſe u. a. O. am 27. verdienen keinen Glauben. La Marmora iſt mit 5000 Mann in Parma angekommen, und hat die „tapfern Parmeſaner" zum Widerſtand aufgefordert, darauf werden ſich aber ſeine Thaten beſchränken. Radetzky hat am 25. einen etwas prahleriſchen Tagesbefehl an ſeine Soldaten erlaſſen, worin er, nachdem er die Ereigniſſe des Feldzuges kurz zuſammengefaßt hat, ſagt: „Soldaten Ihr habt Euer Wort rühmlichſt gelöſt! Die Geſchichte wird Euch den Ruhm nicht ſtreitig machen, daß es keine tapferere, keine treuere Armee giebt, als die, deren Oberbefehl mein Kaiſer und Herr mir anvertraute. Soldaten! im Namen des Kaiſers und Vaterlandes danke ich Euch für euere tapfern Thaten". Eine lebendige Schilderung der Auftritte einen Tag nach der Schlacht gibt ein Brief der Allg. Ztg., aus dem Hauptquartier Novara vom 25. März, bei dem man aber nicht vergeſſen darf, daß er von einem Oeſterreicher geſchrieben iſt: Als wir nach der Schlacht wieder in unſere Quartiere zurückgegangen waren, erſchienen zwei ſardiniſche Parlamentäre, der General Coſſato vom Generalſtab und der bekannte Cadorno, Miniſter des Innern. Dieſelben wurden vom Feldmarſchalllieutenant Heß empfangen, der ihnen würdig aber deutlich zu verſtehen gab, wie wenig das frühere Benehmen des Königs und ſeiner Regierung im Stande ſei, Oeſterreich, das ſtets offen und ehrlich verfahren, Vertrauen einzuflößen, und daß man an Friedensunterhandlungen nur vermittelſt der kräftigſten Garantien denken könne. Nachdem dieſe Herren ſich entfernt und neue Ordonnanzoffiziere und Eſtafetten gekommen und gegangen, brach das Hauptquartier, den Feldmarſchall Radetzky an der Spitze, gegen Novara auf. Bald erreichten wir wieder das Schlachtfeld vom geſtrigen Tage. Heute hell und glänzend von der Sonne beſtrahlt, zeigten ſich deutlich die ſchrecklichen Verwüſtungen, die namentlich die ſchweren 16pfündigen Batterien der Piemonteſen angerichtet. Fußdicke Bäume waren wie Halme geknickt, breite und tiefe Furchen hatten die Granaten in die aufkeimenden Saaten geriſſen, Wegſteine und maſſive Garteneinfaſſungen lagen zerſchmettert umher, jubelnde Lerchen die rechts und links emporſtiegen, ſchienen den armen Gefallenen, die zeriſſen und blutend den ewigen Schlaf ſchlieſen, von einer fröhlichen Auferſtehung zu ſingen. Ein Schlachtfeld iſt ein entſetzlicher Anblick, namentlich aber am Tage nach der Schlacht, wo alles kalt und ſtarr umherliegt und wo man nicht zerſtreut iſt durch das Rollen des Geſchützes, den Hurrahruf der Angreifenden, das Ziſchen der Raketen und Pfeifen der Kugeln. Vorbei, vorbei! — Bald erreichten wir Bikokka, ein Dorf, wo der Kampf geſtern am heftigſten gewüthet. Von hier an waren die Truppen längs der Chauſſee aufgeſtellt und man kann ſich keinen Begriff machen von dem Jubelruf mit dem der greiſe Marſchall empfangen wurde. Vivat, Evviva und Eljen tönten durcheinander und dazu ſpielten die Muſikbanden ernſt und feierlich die Volkshymne: „Gott erhalte ꝛc." An den Straßen ſtanden die Einwohner und ſchwenkten ihre Hüte. Ich muß hier bemerken, daß es auffallend war, wie freundlich ſich die Phyſiognomien der Leute geſtalteten, ſowie wir die Lombardei verließen und in Piemont einrückten; gern und willig gaben ſie was ſie hatten, und man muß es unſern Truppen rühmend nachſagen, daß, mit wenigen unbedeutenden Ausnahmen, von Plünderung nichts gehört wurde; ja ich habe nun geſehen, wie unſere Leute in Feindesland ihre wenigen Kreuzer gern für das hingaben, was ſie von den Einwohnern verlangt. In Novara war die ganze Stadt mit weißen Fahnen geziert und von allen Balkonen winkten uns die Frauen und Mädchen freundlich entgegen; auch hier waren alle Straßen mit langen Linien öſterreichiſchen Militärs beſetzt und die Viva's und die Feldmuſik dröhnten kräftig in den engen Gaſſen. Wir ritten durch die Stadt gen Vignale, einen kleinen Ort, wo die höchſt merkwürdige Zuſammenkunft zwiſchen unſerm Feldmarſchall und dem König ſtattfinden ſollte. Doch es war nicht die Spada d'Italia die dorthin kommen wollte, ſondern der Herzog von Savoyen, der nunmehrige König von Sardinien. Bis bei Vignale ſtanden unſere Truppen auf der Straße; manches Bataillon erſchien ſtark gelichtet; manches Regiment, das vorgeſtern noch eine große Strecke bedeckte, war klein zuſammengedrängt; doch die Uebriggebliebenen geſund und wohlgemuth, und wo zufällig nur ein Einzelner ſtand, ſchwenkte er die Mütze und ſchrie ſein Vivat, ſo laut er konnte. Rührend war dies bei den armen Verwundeten zu ſehen, die auf Tragbahren und Wagen, noch elend zugerichtet, bei uns vorbeigeführt wurden. So wie ſie den alten Feldmarſchall erblickten, ließ ſich ein ſchwaches Vivat, ein dumpfes Eljen hören, und die geſunde Hand hob ſich zur Begrüßung in die Höhe. Wir haben viele Leute verloren — ſehr viele ſind verwundet, und wer ſich eine Idee von den braven öſterreichiſchen Offizieren machen will, der höre, daß unter 10 bis 12 Bleſſirten ein Offizier iſt. Doch genug von dieſen ernſten Bildern. Bald erreichten wir Vignale, und nachdem der Feldmarſchall, umgeben von ſeinem zahlreichen und glänzenden Gefolge, in der Mitte des Ortes eine Zeitlang gewartet, kam der König von Sardinien im vollen Gallopp mit ſeinem Gefolge angeſprengt. Ich könnte nicht ſagen, daß dieſer junge König etwas Imponirendes oder nur etwas Würdiges in ſeinem Aeußern hätte; er iſt klein, rollt ſeine Augen auf eine ſonderbare Art umher, und trägt einen ungeheuern hellblonden Schnurr- und Knebelbart. Sein Anzug war ganz phantaſtiſch: er hatte eine Art reichverſchnürten polniſchen Rock an, einen eben ſolchen Dollman wie ihn die Huſaren führen, und auf dem Kopfe, ſtark auf's rechte Ohr geſetzt, eine Feldmütze mit rother Einfaſſung; in ſeinem Gefolge waren unter andern eben ſo phantaſtiſch aufgeputzten unbekannten Größen, die beiden Generale la Marmora, wovon der eine der Chef und Errichter des Korps der Bergaglieri (Scharfſchützen, die beſten piemonteſiſchen Truppen) — er erhielt bei Goito im vorigen Feldzug einen Schuß durch die Backen — und der andere iſt derjenige, der ſich beſtändig ein Vergnügen daraus macht, alles nur erdenkliche Böſe und Unwürdige über die öſterreichiſche Armee zu ſchreiben. Der König küßte den Feldmarſchall, das Gefolge grüßte uns, mit welchen Gefühlen kann man ſich denken; alsdann ritten der König, der Feldmarſchall und Feldmarſchalllieutenant Heß in den Hof eines naheliegenden Hauſes, wo nach viertägigem Feldzug über den Frieden unterhandelt wurde. Es war ein großer hiſtoriſcher Moment; die drei Männer ſtanden in der Mitte des Hofes beiſammen, und in einem weiten Kreiſe um ſie herum Sereſchaner in ihren rothen reichverzierten Koſtümen. Einer meiner hieſigen Bekannten, ein junger Graf S. von Kaiſer-Huſaren, der dem König entgegengeſchickt worden, um ihm anzuzeigen, daß ihn der Feldmarſchall erwarte, erzählte mir, Se. Majeſtät ſei im vollen Gallopp aus einem Bauernhofe ihm entgegengeſprengt und habe unter anderm geſagt: „Nun, in Mortara habt ihr mir ſechs Pferde genommen, wie ich in meinem Leben keine mehr bekomme, es iſt ein Schwarzbrauner darunter, warnen Sie den, der ihn bekommt, er überſchlägt ſich gern." Eines dieſer Pferde nun, ein prachtvoller Rappe, ritt der Stallmeiſter des Feldmarſchalls im Gefolge, und als ihn der König bemerkte, gab der alte Herr ihn Sr. Maj. mit der größten Liebenswürdigkeit zurück. Die Unterhandlungen dauerten faſt vier Stunden und wie man hört, wurden ſie auf den Grund der Ihnen geſtern mitgetheilten ſchweren Bedingungen geführt und, wie es ſcheint, ein Frieden abgeſchloſſen, wenigſtens erging, nachdem der König mit ſeinem Gefolge ſich im Galopp entfernt, an alle Armeekorps der Befehl nicht mehr vorzurücken, ſondern in ihren Stellungen zu verbleiben. Obgleich die Straße nach Novara mit zahlreichen Kolonnen, Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Wagen aller Art bedeckt war

ritten wir ſehr ſcharf nach der Stadt zurück, voran die Sereſchaner und Stabsdragoner mit flatternden Mänteln. Am Himmel hatte ſich ein Gewitter zuſammengezogen, die Blitze leuchteten, die Wahrzeichen rechts und links qualmten und flammten hoch empor, die Soldaten ſchrien jubelnde Hoch, die Lunten der Artilleriſten glühten wie Leuchtkäfer durch die Nacht, die Pferde ſprangen und ſcheuten — es war ein wilder Ritt.

* Die Nachrichten aus **Turin** lauten noch ſehr widerſprechend. Die erſten Wirkungen der Niederlage ſcheinen ein Aufwallen der Verzweiflung geweſen zu ſein. Die Deputirtenkammer erklärte ſich in Permanenz; der Gemeinderath ebenſo. Der Senat verſammelte ſich, und nach einer ſtürmiſchen Sitzung, worin davon die Rede war, das Miniſterium in Anklageſtand zu verſetzen, erklärte er ſich ebenfalls in Permanenz mit geheimer Sitzung. Die Nationalgarde ſtellte ſich unter die Waffen. Die Deputirten Brufferio und Dellanoce, Führer der radikalen Partei, verließen Turin. Der Sekretär des Generals Romarino, Namens Peſle wurde verhaftet. Dann aber muß Alles zur Ruhe und Beſonnenheit zurückgekehrt ſein. Victor Emanuel erließ unter dem 27. März folgende Proklamation: „Bürger! Traurige Ereigniſſe und der Wille meines ſehr ehrenwerthen Vaters, berufen mich vor der Zeit auf den Thron meiner Ahnen. Die Verhältniſſe, unter welchen ich die Zügel der Regierung ergreife, ſind derartig, daß ich ohne die wirkſamſte Beihilfe Aller die Krone nicht übernehmen könnte. Mein einziger Wunſch iſt das Heil des Geſammtvaterlandes! Die Geſchicke der Völker ſind in Gottes Hand. Der Menſch muß ſich unterwerfen, und dieſer Pflicht haben wir uns nicht entzogen. Jetzt muß unſer Beſtreben ſein, die Ehre ſowie den öffentlichen Wohlſtand zu erhalten und zu beſchützen, die Wunden zu ſchließen und unſere konſtitutionellen Einrichtungen zu befeſtigen. Zu dieſem großen Werke rufe ich alle meine Völker auf und in Erwiderung meiner feierlichen Hingebung erwarte ich von der Nation Beiſtand, Hilfe und Vertrauen!" Nach Depeſchen der franzöſiſchen Regierung hat er bereits eine Revue der Nationalgarde abgehalten, und iſt freundlich aufgenommen worden. Vielleicht löſt er die Kammern auf.

Florenz, 25 März. Heute wurde die Conſtituante eröffnet. Der Tag ſollte feſtlich begangen werden; für den Morgen ordnete ein Programm ein kirchliches Hochamt an, dann wollte man ſich in dem Saal der Deputirten verſammeln, die proviſoriſche Regierung mit einer feierlichen Anſprache die Kammern eröffnen, und Nachts ſollte die ganze Stadt beleuchtet werden. Es iſt nicht unmöglich, daß mitten im Jubel die Nachricht von der Schlacht bei Novara nach Florenz gekommen iſt. (Allg. Ztg.)

* **Rom**, 19. März. Die Zwangsanleihe realiſirt ſich; 21 Familien haben allein für 310,000 Skudi dazu beigetragen. Man erwartet die Ankunft des Oberſten Rilliet Conſtant, der jedoch die Stelle eines Kriegsminiſters nicht angenommen hat und bereits nach Amerika unterwegs iſt. Die Kriegsrüſtungen werden auf das thätigſte betrieben.

Den 21. März. 14 weitere Bataillone der Nationalgarde ſind mobiliſirt. Die Truppen haben Befehl erhalten, nach dem Po zu marſchiren. Der römiſche „Moniteur" enthält eine Verordnung, wodurch die Päſſe, Viſas und Legaliſationen ſämmtlicher päpſtlicher Nuntien für ungültig erklärt werden.

Neapel. Am 20. d. wurde der Deputirte Silvio Sparenta verhaftet und nach S. Elmo gebracht. Ebenſo hat man an 60 junge Leute feſtgenommen, welche beſchloſſen hatten Dienſte bei der römiſchen Republik zu nehmen. Ein ähnliches Komplott wurde unter den Schweizertruppen entdeckt. 600 Schweizer, wie ſich die Alba ſchreiben läßt, wollten ſich eines Schiffes im Hafen von Neapel bemächtigen und in die Romagna oder nach Toskana entfliehen; allein die Verſchwörung wurde entdeckt und 20 Rädelsführer füſillirt. Es ſoll dies böſes Blut in den Schweizerregimentern gegeben haben. Der König dringt jetzt auf Beginn des Krieges gegen Sicilien. Filangieri ſoll aber keine Luſt haben die Feindſeligkeiten aufzunehmen. Gegenwärtig iſt er krank, oder, wenn man dem Corriere Livorneſe glauben will, ſtellt er ſich krank. (Allg. Ztg.)

Dänemark.

Kopenhagen, 27. März. Der Kriegsminiſter hat heute nachſtehende Proklamation erlaſſen: „Schleswigſche Krieger! In dem Augenblicke, da das Schwert gezogen wird, zur Entſcheidung, ob es einer aufrühreriſchen Partei mit Hülfe fremder Unterdrücker gelingen ſolle, Recht und Pflicht zu verhöhnen und das uralte Band, welches Schleswig an Dänemark knüpft, zu zerreißen, wendet Euer König Sich nochmals an Euch. Ueberzeugt, daß Ihr nur durch falſche Vorſpiegelungen und bethörende Verſprechungen verleitet worden, für einige Zeit den Gehorſam zu verſagen, den Ihr Eurem angeſtammten, Euch wohlgeſinnten Könige ſchuldig ſeid, bietet Er Euch nochmals Gelegenheit, von einem Kampfe abzuſtehen, der in jedem Falle Verderben über Euch und Euer Land bringen muß. In ſeiner Nachſicht und Milde verſpricht der König jedem Soldaten, der, eingedenk ſeiner Pflicht, die Reihen der Aufrührer verläßt und unter ſeinen rechtmäßigen Fürſten zum Gehorſam zurückkehrt, völlige Amneſtie; er ſoll, inſofern er ſolches wünſcht, in ſeine Heimath entlaſſen und nicht wieder zum Kriegsdienſte einberufen werden. Ebenſo ſoll jeder Unteroffizier, der bereits vor dem Ausbruche des Aufruhrs in königl. Dienſten geſtanden, auf Verlangen den Abſchied erhalten, und zwar mit der Penſion, auf welche er zur Zeit dieſes Ausbruches, mit Rückſicht auf Grad und Dienſtalter, Anſpruch hatte. Unteroffizieren, welche ſpäter in das Heer der Aufrührer eingetreten, wird völlige Amneſtie und Befreiung vom ferneren Kriegsdienſte zugeſichert. Soldaten! legt die Waffen nieder! laßt ab von dem verbrecheriſchen Kampfe gegen Ehre und Recht, zaudert nicht zum Gehorſam, zur Pflicht zurückzukehren! Euer König giebt Euch hier einen wiederholten Beweis, wie ſehr das Glück aller Seiner Unterthanen Ihm am Herzen liegt! Kopenhagen im Kriegsminiſterium, den 27. März 1849. C. F. Hanſen, Generalmajor und Kriegsminiſter." (Auffallend iſt die offenbar abſichtliche Diſtinktion zwiſchen ſchleswigſchen und holſteiniſchen „Inſurgenten.") (H. K.)

Kopenhagen, 28. März. Der König war am 24. auf Alſen und begab ſich ſelbigen Tages über Faaborg nach Fridericia. Den Offizieren äußerte er, daß, wenn am 3. April keine befriedigende Antwort von London gekommen, keine Stunde mit dem Einrücken in Schleswig geſäumt werden ſolle. (B. H.)

NC **Kopenhagen**, 29. März. Nachdem geſtern Vormittag die Nachricht eingelaufen, daß die Deutſchen auf dem Düppelberge ſtänden, wurde ein Staatsrath gehalten, in welchem beſchloſſen wurde, daß der Kriegsminiſter ſich ſchleunigſt zur Armee auf Alſen zu begeben habe, um die Kriegsorganiſationen zu leiten, an deren unverzüglichem Beginn man jetzt nicht mehr zweifelt. Der General Hanſen reiſte darauf in Begleitung des vielfach von der Volkspreſſe wegen der Hoptruper Affaire angefeindeten Generals v. d. Lönburg, den er ſich zum geheimen Kriegsrathe erkoren, mit einem Extra-Eiſenbahnzuge über Land nach Sonderburg ab.

Die wenigen Getreuen, welche die Herzogthümer noch in däniſchen Dienſten zählen mögen, werden nach dem ausdrücklichen Willen des Königs nicht entlaſſen werden.

Man erwartet heute die Bekanntmachung wegen der Blokade der deutſchen Häfen oder beſſer der Elbe-, Weſer- und Odermündungen, denn weiter wird ſie ſich, der maritimen Kräfte halber, nicht füglich erſtrecken können.

Rußland.

Lith. Korr. Von der polniſchen Grenze, 28. März. Aus guter und zuverläſſiger Quelle wird Folgendes mitgetheilt: Bei der Einnahme von Hermannſtadt ſind ſehr viele ruſſiſche Soldaten zu Bem übergegangen; ſie verſicherten, daß in ihrer Armee ein Geiſt der Unzufriedenheit herrſche, wie er noch nie dageweſen. Die ruſſiſchen Soldaten haben wenig Luſt gezeigt, ſich mit den Ungarn zu ſchlagen und dies ſoll auch die Veranlaſſung ſein, warum die Führer die Offenſive nicht ergreifen wollen, obgleich ſie mit den Oeſterreichern vereinigt, ſogar an Zahl überlegen ſind.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 2. April.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. $75\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. $39\frac{7}{8}$; Bank-Aktien fl. 1176; fl. 500. Looſe 126; fl. 250. Looſe 79; Badiſche fl. 35. Looſe $27\frac{7}{8}$; Heſſ. $27\frac{5}{8}$; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe 70; Polniſche fl. 500 Looſe $74\frac{1}{4}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn 33; Berbach $72\frac{3}{4}$; Köln-Minden $75\frac{3}{4}$; 3pCt. inländ. Spanier $22\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würt. 94; 5pCt. Bad. $95\frac{7}{8}$; 5pCt. Naſſ. $99\frac{1}{2}$; Belg. $82\frac{5}{8}$; Integ. $49\frac{1}{2}$.

Die Börſe war heute ſehr animirt. Für alle Gattungen zeigten ſich Käufer zu beſſern Courſen. Nur Fried.-Wilh. Nordbahn wurden, wegen der Berliner niedrigen Notiz zu weichenden Courſen abgegeben.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 93. Frankfurt a. M., Dienſtag 3. April. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Preußen.

Deutſchland. Wien (Gerüchte einer Amneſtie für Truppen und Offiziere der ungariſchen Armee.) Prag (Ein Beſchluß der Slovanska Lipa.) Berlin (Die Poſt und die Zeitungen. Die Deputirten mit der Antwort-Adreſſe der zweiten Kammer. Die Kommiſſion zur Abfaſſung der Adreſſe. Die Stellung zu Rußland.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Die Stimmung.) Braunſchweig (Die Kaiſerwahl und die Reichsgeſandtſchaft. Truppen nach Schleswig.) Oldenburg (Aufforderung zum Dienſte in der Kriegsmarine. Ein Obſervationskorps an der Elbe.) Kiel (Arbeiterunruhen. Die Bewegungen der däniſchen Schiffe.) Eckernförde (Ein Landungsverſuch der Dänen.) Apenrade (Ausweiſungen. Eine däniſche Korvette. von der Tann.) Schleswig (Flüchtlinge. Ein hanſeatiſcher Vorpoſten.) Hamburg (Neue Reichstruppen.)

Großbritannien. London (Weitere Erklärungen des Marquis v. Landsdowne über die ſardiniſche Angelegenheit. Verhandlungen über die iriſche Hülfsarmenſteuer im Unterhauſe. Peel's Plan zur Abhülfe der iriſchen Nothſtände.)

Frankreich. Paris (Cavaignac's und Thier's Reden über die italieniſche Frage. Raspail's Beſchuldigungen gegen Marraſt. Marraſt's Lage. Die Truppen im Lager von Grenoble gehen an die Gränze.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Kundgebungen der magyariſchen Partei. Die Konflikte mit den Serben geſchlichtet.) Semlin (Nicht räſonnirt!) Krakau (Die polniſche Emigration.)

Italien. Aus Oberitalien (Piemonteſiſche Berichte über die Schlacht von Novara und das Benehmen Karl Albert's.) Turin (Die Kammer und das Miniſterium. Huldigung der Garniſon. Karl Albert nach der Schweiz.) Chambery (Erbitterung des Volkes.)

Oſtindien. (Ein Sieg der Engländer über die Sikhs.)

Nachſchrift.

2. April.

Seit Preußen 1813 im Kampfe gegen die franzöſiſchen Unterdrücker voranging, hat der Gedanke, daß die deutſchen Angelegenheiten nur unter Preußens Leitung gedeihen könnten, niemals geſchlummert. Zwar ward Preußens Antheil an dem Kampfpreiſe geſchmälert. Das ihm in Wien angewieſene Gebiet war kleiner, als was es ehedem ſchon beſeſſen, und nicht ohne Abſicht war es ſo zerſetzt und auseinander geriſſen, daß ſeine Kraft dadurch geſchwächt erſchien. Allein gerade dadurch ward Preußen genöthigt, ſeine Intereſſen mit denen der dazwiſchen- und umherliegenden Staaten zu verbinden und ſich durch das übrige Deutſchland zu ergänzen. Freilich wagte es ſich nur an die Spitze der materiellen Intereſſen zu ſtellen. Es wagte Oeſterreich gegenüber nicht ſelbſtſtändig aufzutreten. Das verſteht Metternich beſſer! hieß es unter der vorigen Regierung in Berlin, und wie Preußen als fünfte Großmacht nur das fünfte Rad am Wagen war, ſo traute es ſich ſelbſt nach 1840 nicht, die für Deutſchlands Einheit als nothwendig erkannten Schritte gegen Oeſterreich durchzuſetzen. Ohne Kühnheit hätte es auch die ihm mehrmals in den Jahren 1815, 1830 und 1840 ſich darbietende Gelegenheit, ſich an die Spitze der deutſchen Bewegung zu ſtellen, nicht ergreifen können. So lange zwei Großmächte im deutſchen Fürſtenrathe ſaßen, war an eine einheitliche Leitung der deutſchen Politik überhaupt nicht zu denken. Erſt das vorige Jahr hat jenes Hinderniß, das man in Deutſchland ein- für allemal die Schwierigkeit ſchlechtweg nennen könnte, wie in England die iriſche Noth, bedeutend erleichtert. Der neu erwachte Drang der Völker nach ſtaatlichem Leben zwang Oeſterreich, ſich zu entſcheiden, ob es einen heimiſchen feſten Staat oder die unmittelbare Theilnahme an den deutſchen Angelegenheiten vorzöge. Es hat ſich für den erſteren entſchieden und die Leitung der deutſchen Angelegenheiten Preußen überlaſſen. Die Schwierigkeiten, welche ſich Preußens Erhebung noch entgegenſtellen, ſind größtentheils von ihm ſelbſt ausgegangen.

Die Stellung, welche Preußen dem Verfaſſungswerke und der vorläufigen Reichsgewalt gegenüber angenommen hat, iſt bei dem mächtigſten, noch am meiſten auf ſich ſelbſt ruhenden deutſchen Staate leicht zu begreifen. Die preußiſche Regierung hat ſich wiederholt in dem Sinne ausgeſprochen, daß ſie ſich das Recht der Zuſtimmung bei den hier gefaßten Entſchlüſſen zwar formell vorbehalten müſſe, materiell aber dieſen Beſchlüſſen ſich ſo viel irgend möglich aufs bereitwilligſte fügen werde. Die Politik war einfach und klar; wäre ſie nur immer folgerecht durchgeführt worden. Bei manchen ſonſtigen Gelegenheiten hat Preußen das Reich unterſtützt; bei einer der wichtigſten, bei Einführung der Grundrechte, hat es das Reich im Stiche gelaſſen. Politik ebenſowohl wie Patriotismus geboten, den kleineren Staaten mit einem Beiſpiel des Gehorſams voranzugehen, und Preußen könnte unbeſorgter, wie faſt irgend ein anderer Staat, die Grundrechte in Kraft ſetzen oder vielmehr verkünden; denn in Kraft beſtehen ſie dort meiſtens ſchon. Preußens Beiſpiel liefert den beſten Gegenbeweis gegen die meiſten Bedenklichkeiten, welche dawider erhoben werden. Und dennoch ſind ſie bis auf die heutige Stunde nicht eingeführt. Der hauptſächlichſte Grund, welcher für dieſes Benehmen angegeben wird, iſt ein befremdlicher. Die Abſchaffung der Todesſtrafe ſoll der religiöſen Geſinnung einer hohen Perſon nicht entſprechen. Wir achten die religiöſe Ueberzeugung als das heiligſte, das individuellſte, was der Menſch beſitzt. Aber eben deshalb darf ſie nicht einer ganzen Nation aufgedrungen werden. Wir würden an jenen Grund auch gar nicht glauben, wenn uns nur ein anderer zur Hand wäre für jenes Unterlaſſen einer politiſchen Pflicht. Jetzt gibt Preußen ſeinen Widerſachern die ſchönſte Gelegenheit. „Seht Ihr! heißt es, Oeſterreich verſchreit man, weil die deutſchen Grundrechte dort zu den verbotenen Schriften gehören. Aber von Preußen ſchweigt man. Macht Preußen es beſſer? Tritt Preußen nicht in Oeſterreichs Fußſtapfen? Und dann redet man noch von Preußens Deutſchheit?“ Was können wir ſolchen Beſchuldigungen entgegenſetzen, als beſchämtes Schweigen oder höchſtens die Verſicherung, die Schuld läge nicht an dem preußiſchen Volke, welches im Begriffe ſei, durch ſeine Vertreter auf Veröffentlichung der Grundrechte zu dringen, ſondern am Miniſterium Manteuffel, welches das Wort des preußiſchen Bevollmächtigten einzulöſen verabſäumt habe.

Ja, das Miniſterium Manteuffel! Deſſen hartnäckige Fortdauer iſt ein anderes Hinderniß, welches Preußen ſich ſelbſt in den Weg gelegt hat. Wir werden in der Allgemeinen Zeitung beſchuldigt, die dort aufgezählte Reihe der Fehler dieſes Miniſteriums abſichtlich verſchwiegen oder beſchönigt zu haben. Seltſamer Weiſe hat man uns in Berlin umgekehrt der Feindſeligkeit gegen

jenes Miniſterium beſchuldigt. Wie uns dünkt, haben wir eben aus der Theilnahme, welche wir Preußen wie jedem andern Theile des theuren Vaterlandes ſchenken, die Fehler jenes Miniſteriums weder verſchwiegen noch beſchönigt.

Wir haben fortwährend bedauert, daß jenes auf außergewöhnliche Weiſe gebildete Miniſterium länger im Amte blieb, als die Nothwendigkeit erforderte. Die Folgen davon für das innere Staatsleben haben wir oft genug erörtert. Wir kommen darauf nicht zurück. Aber wenn wir fortwährend auf den Rücktritt eines Miniſteriums drangen, das im Amte blieb, obgleich oder gar weil Reichsverſammlung und Reichsgewalt deſſen Rücktritt wünſchten, ſo trieb uns noch eine andere Sorge, als die für Preußen. Wir dachten an Deutſchland. Wenn es bedenklich war, daß in Preußen die Vertreter einer äußerſten Partei den Staat regierten und das Ergebniß einer ſolchen Umwälzung, wie ſie das vorige Jahr ſah, kein anderes war, als daß die Regierung nach der Revolution einer Partei anvertraut wurde, denen die alte Regierung — zu freiſinnig war, ſo bedauerten wir dies noch mehr der großen deutſchen Sache wegen. In dem Augenblicke, wo es galt, Preußen an die Spitze der deutſchen Angelegenheiten zu bringen, war dieſes Land durch eine Regierung vertreten, welche ihre abſolutiſtiſche Gewöhnung nicht zu verläugnen wußte. Was war den Widerſachern leichter, als Preußen zu verwechſeln mit dieſem Miniſterium? Seine ganze Thätigkeit war eine unerſchöpfliche Fundgrube für diejenigen, welche gegen Preußen eiferten, und wenn ein Reichstagsabgeordneter nicht ohne Mühe aus einem preußiſchen Zuchthauſe abgeholt wurde, ſo darf man es unverzeihlich, aber doch nicht unbegreiflich finden, daß er hier gegen Preußen Stimmen warb. Und was man am wenigſten bei jenem Miniſterium vorausſetzen durfte, war eine deutſche Geſinnung. Denn die Meinungsgenoſſen jener Männer legten ja fortwährend ihre Verachtung für die hieſige Verſammlung an den Tag. Mühſam mußte jenen Miniſtern jedes Zugeſtändniß für Deutſchlands Wünſche abgerungen werden, und der unter ihnen noch am meiſten Herz für die deutſche Sache hatte, Graf Bülow, ward kürzlich gar noch durch einen Freund Metternichs erſetzt. Und das in einem Augenblick, wo es vor allen Dingen galt, endlich einmal Feſtigkeit gegen Oeſterreich zu zeigen. Wir ſprachen ſogleich, als wir von jener Ernennung, hörten unſere lebhaften Beſorgniſſe aus, und nur zu bald erfüllten ſie ſich. Triumphirend verkündigte die öſterreichiſche Partei, die preußiſche Regierung habe ſich durch die Note vom 10. März ganz einverſtanden mit den öſterreichiſchen Planen gezeigt, die auf ein Directorium ohne Volkshaus hinauslaufen. Wir beeilten uns jene Note zur Oeffentlichkeit zu bringen, und ſo weit es anging, dem niederſchlagenden Eindrucke zuvor zu kommen, welchen jene Nachricht hervorbringen mußte. Wir zeigten, daß wenigſtens das nicht in jener Note lag, was die Gegner daraus machen wollten. Aber wir vermochten nichts weiter für jene Note anzuführen, als daß ſie eine nichtsſagende Höflichkeit ſei. Das führte nachher Graf Arnim ſelbſt dafür an; aber Herr v. Vincke bemerkte mit Recht, daß jetzt nicht Zeit ſei zu einer nichtsſagenden Politik. Wenn irgend etwas geeignet war, um den Uebelſtand, daß gerade jetzt dieſes Miniſterium Preußens Geſchicke lenkt, in ein helles Licht zu ſetzen, ſo war es dieſes unſelige Aktenſtück. Zum Theil die nämlichen Blätter, welche früher ſo kurzſichtig waren, uns Vorwürfe zu machen, daß wir in dieſer verhängnißvollen Zeit in Preußen ein Miniſterium am Ruder wünſchten, welches mehr mit unſern Wünſchen und den Wünſchen der Nation übereinſtimmte, wiederholen jetzt am heftigſten, was wir längſt geſagt haben. Unter den Organen der öffentlichen Meinung in Preußen herrſcht jetzt in dieſem Punkte große Einſtimmigkeit. „Wann werden wir endlich von dem Miniſterium Manteuffel erlöſt! „ruft die Kölniſche Zeitung und auch die Conſtitutionelle Zeitung bricht in ihrer jüngſten Nummer heftig aus gegen das Miniſterium.

Aber das Miniſterium trägt die Schuld, daß es noch im Amte iſt, nicht allein. Zum Theil ſind die Kammern ſchuld, welche dem Miniſterium gegenüber noch keine Stellung zu gewinnen wußten. Zwar mußte auch die gemäßigte Rechte bald inne werden und ſagt es auch unverholen, daß ſie nicht miniſteriell ſei. Gerade nach der Eröffnung der Kammern zeigte es ſich recht deutlich, wie ſehr Recht diejenigen hatten, welche wünſchten, das Miniſterium möge vorher zurückgetreten ſein. Denn was am meiſten zu wünſchen war, was Vincke am Schluſſe ſeiner Rede ſo paſſend hervorhob: „Verſöhnung auf dem Boden der Verfaſſung," ward dadurch am meiſten erſchwert, daß jene Männer noch am Miniſtertiſche ſaßen, in denen die Linke nicht blos ihre Verfolger, ſondern, auch ihre Sieger erblickte. Die Parteien, die einen Augenblick den Athem innehielten, erneuerten bald das Schauſpiel der alten Streitigkeiten, da diejenigen, welche darin die Hauptrolle geſpielt, ſo zu ſagen fortwährend auf der Bühne waren. Schon Waldeck's Rede über den Belagerungszuſtand war kochender Haß gegen die Miniſter. Es ließ ſich an, als ob die jetzige Verſammlung der aufgelöſten gliche, von denen ein Engländer als die Summe ſeiner Beobachtungen bemerkte: Dieſe Herren ſcheinen mir nicht zu Geſetzgebern geboren! Es zeigte ſich ferner, daß das jetzige Miniſterium auch in der Hinſicht kein parlamentariſches iſt, daß die meiſten Mitglieder des Miniſteriums nicht im Stande ſind, ihre Maßregeln in der Verſammlung mit Glück zu vertheidigen. Endlich bewieſen die Vorlagen des Miniſteriums über das Verſammlungs- und Vereinigungsrecht, daß es — beim beſten Willen, wie wir vorausſetzen wollen — nicht im Stande iſt, ſich in die zur Herrſchaft gelangten Grundſätze der neuen Zeit zu finden. Trotz alledem hat die Verſammlung noch nichts gethan, was zum Sturze der Miniſter führen könnte. Wir kennen wohl die Gründe. Die Rechte wünſchte vor allen Dingen die Verfaſſung vom 5. Dezember unter Dach und Fach zu bringen. Das iſt nun geſchehen. Feierlich haben beide Kammern die Giltigkeit der Verfaſſung anerkannt. Auch die letzte Förmlichkeit iſt erfüllt. Denn es iſt windig, wenn die Linke noch eine Ausrede verſucht und ſagt: „Eine Adreſſe iſt kein Geſetz, die Verfaſſung iſt alſo noch nicht geſetzlich anerkannt!" Es erinnert uns wahrlich an die Diplomaten, welche einen Unterſchied machen wollen, zwiſchen dem was ſie ſchriftlich und dem was ſie mündlich ſagen. Sous forme verbale ſcheint bei ihnen das Lügen erlaubt. Die Kammer iſt eine moraliſche Perſon. Sie kann ſich nicht ſelbſt widerſprechen. Und gerade den Demokraten möchten wir rathen, doch ja die Verfaſſung anzuerkennen, und nicht zu ſagen, ſie ſäßen in der Kammer auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes. Denn kommt die Vereinbarung über die Reviſion nicht zu Stande, ſo ſind ſie dann ganz auf dem Trockenen; im Gegentheil haben ſie wenigſtens die oktroyirte Verfaſſung, die am 5. Dez. demokratiſcher ausfallen mußte, als jetzt der Fall ſein möchte. Die Verfaſſung iſt anerkannt, und es fällt jetzt der letzte Grund weg, um eine äußerſte Partei am Ruder zu laſſen. Wir hoffen bald ein gemäßigtes deutſchgeſinntes Miniſterium in Preußen an der Spitze zu erblicken.

Wäre es doch jetzt ſchon da, wo der König ſich über die Annahme der Kaiſerwürde erklären muß. Daß der König ſie nicht unbedingt ablehnen kann, leidet keinen Zweifel. Es fragt ſich nur, ob er ſie unter Bedingungen annimmt, oder vielmehr unter welchen Bedingungen. Denn daß der König die Zuſtimmung der übrigen Fürſten vorausſetzen wird, darüber darf man kaum zweifeln, ebenſowenig aber auch wohl, daß dieſe Zuſtimmung erfolgen werde. Etwas ganz Anderes iſt es, wenn der König die Reichsoberhauptwürde nicht annehmen wollte, ohne Aenderungen in der Verfaſſung zu bedingen. Das iſt blos ein anderes Wort dafür, die Würde auszuſchlagen. Denn nur mit der äußerſten Anſtrengung iſt es möglich geweſen, die Parteien zu dieſer Verfaſſung zu vereinigen. Weſentliche Veränderungen in der Verfaſſung vorzunehmen, iſt nicht mehr möglich. Weſentliche Abänderungen zu bedingen, heißt ſie verwerfen und Alles wiederum in namenloſe Verwirrung ſtürzen. Zu unſerer Freude ſpricht ſich die allgemeine Stimmung in Preußen immer allgemeiner für Annehmen aus. Dem Beiſpiel der Stadtbehörden von Berlin beginnen ſchon die anderen Städte zu folgen und die Mehrheit ſcheint in beiden Kammern dafür geſichert. Hr. v. Vincke und ſeine Freunde können in Berlin nicht anders ſtimmen, wie ſie in Frankfurt geſtimmt haben würden, und die gemäßigte Linke iſt noch unbedingter für die Annahme. In der Preſſe ſtimmt ſelbſt die ſtockpreußiſche Partei einen etwas gemäßigteren Ton an. Die Deutſche Reform, die in ihrem vorletzten Blatte Aenderungen in der Verfaſſung für nothwendig hielt, hat in der letzten Nummer, upon second thoughts, dieſen Gedanken, der alle unſere Hoffnungen wieder in Frage ſtellen würde, zu unſerer Genugthuung fallen laſſen. Keine der Parteien, in welche Deutſchland geſpalten iſt, darf beanſpruchen, in der Verfaſſung einen vollſtändigen Sieg zu feiern. Auch unſere Fürſten nicht. In der Hauptſache haben wir geſiegt; nach heißer Anſtrengung iſt es uns gelungen, die monarchiſche Regierungsform in Deutſchland vollſtändig durchzukämpfen. Jetzt iſt es an der Zeit für die Fürſten, zugleich mit uns jene Opfer dem Ganzen zu bringen, zu welchen ſie ſich ſo oft bereit erklärt haben. Der König von Preußen wird und kann jetzt nicht anders

ſprechen, als im vorigen Jahre zu den Bürgern ſeiner Hauptſtadt: „Es iſt keine Uſurpation von mir, wenn ich mich zur Rettung der deutſchen Einheit und Freiheit berufen fühle. Ich ſchwöre zu Gott, daß ich keinen deutſchen Fürſten vom Throne ſtoßen will, aber Deutſchlands Einheit und Freiheit will ich ſchützen, ſie muß geſchirmt werden durch deutſche Treue auf den Grundlagen einer aufrichtigen konſtitutionellen deutſchen Verfaſſung.“

Wohlan! Wohlauf! Erhebe Dich, deutſches Herz, und laß Deine Hoffnungen ſchwellen mit den Knoſpen des Frühlings!

Deutſchland.

Wien, 28. März. Ueber Ungarn ſcheint die Regierung neue Beſchlüſſe gefaßt zu haben. Einer derſelben ſoll die wiederholte Aufforderung ſein, die Waffen nieder zu legen, nebſt der Zuſage der vollen Strafloſigkeit (Amneſtie) für alle jene Truppen und Offiziere, die zum Gehorſam zurückkehren. (Oſtd. Z.)

Prag, 29. März. Schon früher hatte die Slovanska lipa beſchloſſen, eine Petition an den Kaiſer auszuarbeiten, es möge ſeine Majeſtät die Charte, wie ſie vom Reichstag zu Kremſier ansgearbeitet wurde, für die Völker Oeſterreichs oktroyiren, und die Charte vom 4. März zurücknehmen. Herr Fr. Hawlicek war mit der Ausarbeitung dieſer Petition beauftragt, und er bearbeitete ſie in dem Sinne, daß daraus drei Petitionspunkte wurden, nämlich: a) es möge Seine Majeſtät der Kaiſer geruhen das Miniſterium Schwarzenburg-Stadion zu entlaſſen, b) alle von ihnen erlaſſenen Geſetze annulliren, c) die vom Reichstag ausgearbeitete Charte oktroyiren, nnd jene vom 4. März zurücknehmen. In ihrer heutigen Sitzung hat die Lipa alle dieſe Petitionspunkte angenommen.

Dazu bemerkt indeß das Konſt. Blatt aus Böhmen: „Dieſe Beſchlüſſe mag man recht kühn nennen, vernünftig ſind ſie nicht. Vernünftig kann man ein politiſches Streben nur dann nennen, wenn es ſich etwas Erreichbares zum Ziele ſteckt. Entweder glaubt die Slovanská lipa, daß dieſer Petition Folge geleiſtet wird, und dann zeigt ſie, daß ſie den Stand der Dinge nicht kennt, nicht zu beurtheilen weiß, oder ſie glaubt es nicht, und dann iſt es thöricht, eine Forderung zu ſtellen, von deren Abweiſung man im Voraus überzeugt ſein muß. In einem wie im andern Falle hat die Slovanska lipa durch dieſe Beſchlüſſe nur ihre politiſche Unfähigkeit bewieſen. Die Reaktion, beſonders eine mit ſolcher Energie auftretende, beſiegt man nicht, indem man ihr ſelbſt Waffen in die Hand gibt, und das hat die Slovanska lipa jetzt gethan. Vielleicht auch wollte die Slovanska lipa nichts anderes, als mit Eclat vom Schauplatz ihrer politiſchen Thätigkeit abtreten, aber es gibt ein Pathos, welches das Gegentheil vom tragiſch Ergreifenden iſt.

Berlin. Das Amtsblatt des königlichen Poſtdepartements enthält nachſtehende dankenswerthe Verfügung:

Bei dem General-Poſtamte ſind in neuerer Zeit viel häufiger als ſonſt Beſchwerden der Zeitungs-Abonnenten über den verſpäteten Empfang oder das völlige Ausbleiben der von ihnen durch die Poſt zu beziehenden Zeitungen eingegangen. Die Unterſuchung dieſer Beſchwerden hat ergeben, daß die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten zum Theil durch Hinderniſſe, welche die Witterungsverhältniſſe während der Wintermonate dem regelmäßigen Poſtenlaufe entgegenſtellen, theils durch die von Seiten der Redaktionen zu ſpät oder unvollſtändig erfolgte Einlieferung der Zeitungen und durch andere der Poſtverwaltung fremde Urſachen, zum großen Theile aber auch durch die von Poſtbeamten begangenen Verſehen herbeigeführt worden ſind. Wenn ſich auch nicht verkennen läßt, daß bei dem außerordentlichen Umfange, welchen der Zeitungsverkehr durch die jetzigen Zeitverhältniſſe gewonnen hat, einzelne Verſehen kaum vermieden werden können, ſo liefern doch viele Thatſachen den Beweis, daß den Zeitungsgeſchäften im Allgemeinen nicht die gehörige Aufmerkſamkeit und Sorgfalt gewidmet wird, zu welcher die Poſtbeamten eben in der ſo ſehr geſteigerten Wichtigkeit und Bedeutung dieſes Geſchäftszweiges eine dringende Aufforderung finden ſollten. An alle Poſtbeamten ergeht daher die Mahnung, auf die Zeitungsgeſchäfte, namentlich auf die rechtzeitige Beſtellung, pünktliche Abſendung und richtige Spedition der Zeitungen von nun an die äußerſte Sorgfalt zu verwenden. Jeder Poſtanſtalt mache ich ausdrücklich zur Pflicht, in allen Fällen, in welchen eine Zeitung nicht rechtzeitig eintrifft, ſofort der Urſache durch Rückfragen nachzuforſchen und wenn ſich ergibt, daß eine Poſtanſtalt die Unregelmäßigkeit verſchuldet, dies dem General-Poſtamte unmittelbar anzuzeigen. Alle ferneren Verabſäumungen werden nach Maßgabe der Umſtände gerügt werden. Den Poſtinſpektoren empfehle ich dringend, den Betrieb der Zeitungsgeſchäfte in ihren Bezirken unausgeſetzt im Auge zu behalten und überall, wo es erforderlich iſt, ſolche Anordnungen zu treffen, welche geeignet ſind, Ordnung und Regelmäßigkeit in dieſem Dienſtzweige herzuſtellen und auf die Dauer zu ſichern. Berlin, den 22. März 1849. Der General-Poſtmeiſter. v. Schaper.

Berlin, 30. März. Se. Majeſtät haben die Adreſſe der zweiten Kammer von einer Deputation derſelben unter Vortritt des Präſidenten Grabow heute Vormittag um 11 Uhr im Ritterſaale des hieſigen königlichen Schloſſes in Gegenwart des Staats-Miniſteriums entgegenzunehmen geruht. Die Adreſſe, welche von dem Präſidenten Grabow verleſen wurde, lautete folgendermaßen:

„Königliche Majeſtät!

Durchdrungen von dem Verlangen nach der Wiederkehr eines öffentlichen Rechtszuſtandes, hat das preußiſche Volk die Feſtſtellung deſſelben durch die Verfaſſung vom 5. Dezember v. J. dankbar erkannt. Auf Grund derſelben zum erſtenmale verſammelt, werden die Mitglieder der zweiten Kammer voll Ehrfurcht und Treue gegen Ew. Königliche Majeſtät und feſtſtehend auf dem Boden der konſtitutionellen Monarchie ſich der Reviſion dieſer Verfaſſung, — des nunmehr gültigen Grundgeſetzes des preußiſchen Staates, auf dem im Artikel 112 daſelbſt vorgezeichneten Wege mit dem, dieſer großen Aufgabe entſprechenden Eifer unterziehen. Die in Beziehung auf den über die Hauptſtadt verhängten Belagerungszuſtand uns gemachten Vorlagen, werden wir mit gewiſſenhaftem Ernſte prüfen, und uns dabei von der Ueberzeugung leiten laſſen, daß wahre Freiheit nicht ohne geſetzliche Ordnung beſtehen kann. In Betreff des außerhalb der Stadt Berlin über einzelne Orte und Kreiſe verhängten Belagerungszuſtandes ſehen wir einer weiteren Mittheilung Ew. Königlichen Majeſtät Regierung entgegen. Schon jetzt können wir nicht umhin, dem väterlichen Herzen Ew. Majeſtät, das ſich ſtets milde und gütig erwieſen hat, die dringende Bitte nahe zu legen, daß für alle ſeit dem 18. März v. J. begangenen politiſchen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung gewährt werden möge. Ew. Majeſtät wolle überzeugt ſein, daß durch den Gebrauch dieſes edelſten Vorrechts der Krone die beſtehenden bürgerlichen Zerwürfniſſe am ſicherſten geſchlichtet und die Thränen vieler tief bekümmerten Familien getrocknet werden können. Die in Ausſicht geſtellten organiſchen Geſetze werden wir, dem dringenden Bedürfniß der Zeit gemäß, mit angeſtrengter Thätigkeit berathen und über unſere Zuſtimmung zu denſelben, ſo wie zu den vorläufig erlaſſenen Verordnungen, uns entſcheiden. Die Ordnung der Gemeindeverhältniſſe, die zeitgemäße Geſtaltung des Unterrichtsweſens, namentlich aber die Geſetze, deren ſchleunigſter Erlaß zur Erhaltung und Förderung der materiellen Wohlfahrt, insbeſondere zur Regelung der ländlichen und Gewerbeverhältniſſe, wie zur Hebung der arbeitenden Klaſſen ſo wünſchenswerth und nothwendig iſt, werden wir ohne Verzug in Betracht ziehen. Mit gleicher Sorgfalt werden wir die uns behufs einer gerechten Vertheilung der Staatslaſten vorzulegenden Steuergeſetze, ſo wie den Staatshaushaltsetat für die Jahre 1849 und 1850 und den Rechenſchaftsbericht über die freiwillige Anleihe und die Ausgabe von Darlehnsſcheinen, prüfen. Freudig erkennen auch wir, daß Preußens Heer in Tagen des Kampfes ſeinen Kriegsruhm, in ſchwereren Prüfungen ſeine Treue bewährt hat. Erfüllt von dem lebhaften Wunſche einer innigeren Vereinigung der deutſchen Staaten, ſind wir dem Beſtreben Ew. königlichen Majeſtät Regierung das große Ziel ihrer Verbindung zu einem Bundesſtaate zu erreichen, mit freudiger Anerkennung gefolgt. Preußen wird die hierzu nöthigen Opfer nicht zu ſcheuen haben, weil ſeine Stärke ſtets eine weſentliche Bedingung der Stärke Deutſchlands ſeyn wird. Wir hoffen, daß der Weg der Verſtändigung aller deutſchen Regierungen mit der deutſchen Nationalverſammlung zu einem erwünſchten Ziele führen werde. Sollten einzelne Mitglieder des deutſchen Bundes wegen der eigenthümlichen Zuſammenſetzung ihres Gebietes oder aus anderen Gründen ſich dem Bundesſtaate für jetzt nicht anſchließen, ſo wird es, wie wir zuverſichtlich erwarten, Ew. königlichen Majeſtät Regierung dennoch gelingen, unbeſchadet fortdauernder Bundesgemeinſchaft aller deutſchen Staaten, die Bildung des engeren Bundesſtaates innerhalb derſelben zu erreichen. Wir wünſchen aufrichtig, daß die Aufkündigung des Waffenſtillſtandes ſeitens der Krone Dänemark keine Störung des Friedens herbeiführe, deſſen Erhaltung die freundſchaftlichen Verhältniſſe Ew. königlichen Majeſtät Regierung zu den übrigen auswärtigen Staaten verheißen. Sollte jener Wunſch aber wider Verhoffen nicht in Erfüllung gehen, ſo werden wir, wo es die Ehre Deutſchlands und Preußens gilt, Ew. königlichen Majeſtät Regierung in deren Wahrung auf das Kräftigſte zu unterſtützen bereit ſein. Innig beklagen wir den Verluſt, welchen das königliche Haus, wie das Vatecland, durch den frühen Hintritt eines tapferen und hochherzigen Prinzen erlitten, der den alten Ruhm der Hohenzollern auch unter fernen Zonen bewährt hat.

Königliche Majeſtät!

Wir haben unſere Wirkſamkeit in dem Bewußtſein begonnen, daß es jetzt mehr als je gelte, voll von Hingebung für die große Sache, der wir uns widmen, dazu mitzuwirken: daß das von ſchweren Stürmen bewegte leidende Vaterland der Segnungen der Freiheit theilhaftig werde, welche ein Volk nur genießen kann, wenn Gottesfurcht, wenn Achtung vor dem Geſetze, wenn Gerechtigkeit und Gemeinſinn die Träger ſeines öffentlichen Lebens ſind. Möge die Vorſehung, welche die Herzen der Könige, wie die Geſchicke der Völker lenkt, Ew. königlichen Majeſtät und den Vertretern des Volkes Ihren Beiſtand verleihen, daß es uns, wie unſeren Vätern, welche in guten wie in böſen Tagen feſt zuſammenhielten mit ihren Fürſten, gelinge, auf jenen Grundlagen die Zukunft Preußens und mit ihm Deutſchlands unerſchütterlich zu begründen.“

Se. Majeſtät erwiederten hierauf folgende Worte:

Meine Herren!

„Ich ſage der zweiten Kammer für die Mir überreichte Adreſſe Meinen aufrichtigen Dank. Gern erkenne Ich in dem Inhalte derſelben eine Gewähr dafür, daß die zweite Kammer die hohe Aufgabe, zu welcher ſie in dieſer ernſten Zeit berufen iſt, in ihrer vollen Bedeutung erkannt hat und daß ſie mit Treue und patriotiſchem Eifer danach ſtreben wird, dieſe Aufgabe auf eine für das Land wahrhaft gedeihliche Weiſe zu löſen. Möge der göttliche Segen ihre Wirkſamkeit begleiten! Dann wird das große Werk, an welchem die zweite Kammer mitarbeitet, wohl gelingen. Dann werden die Hoffnungen auf eine ſchönere Zukunft unſeres theuren Vaterlandes in Erfüllung gehen. (Pr. St.-A.)

Berlin, 30. März. Heute Vormittag 11 Uhr empfing Sr. Maj. der König, in Gegenwart des Staatsminiſteriums, die Deputation der zweiten Kammer, welche die Antwort auf die Thronrede überbrachte. Präſident Grabow verlas ſie und betonte namentlich den die deutſche Frage betreffenden Paſſus. Der König entgegnete darauf freundliche Worte und unterhielt ſich mit den einzelnen Mitgliedern der Deputation. Den Abgeordneten der Linken Paſtor Schellenberg erinnerte er daran, Gott zu geben, was Gottes iſt, und dem Könige, was des Königes iſt. Denſelben Abgeordneten redete er nach einer Weile wieder an und fragte ihn, ob er keine Antwort auf die vorige Anſprache habe. Die Antwort des ehrenwerthen Abgeordneten iſt uns unbekannt. (D. A.)

Berlin, 30. März. Die neuliche Erklärung Arnim's in der erſten Kammer in Betreff der Verhältniſſe Preußens zu Rußland erregte hier bedeutendes Aufſehen; die Aeußerung, daß das Verhältniß zu Rußland ein ungetrübtes ſei, fand eben nicht viel Beifall; um ſo mehr iſt es daher auffallend, daß Graf Arnim jene Aeußerung in der Kammer that, von der es ſich vorausſehen ließ, daß ſie eben keinen großen Anklang finden würde, während der Herr Miniſter des Auswärtigen neuerdings in einem Privatgeſpräch meinte, „unſere Stellung zu Rußland iſt jetzt der Art, daß es leicht dahin kommen kann, daß die diplomatiſchen Verhandlungen aufhören und das Petersburger Kabinet durch einen Kampf zu einer anderen Stellung Deutſchland gegenüber wird gezwungen werden müſſen." Uebrigens ſind uns von ſehr wohl unterrichteter Seite detaillirte Mittheilungen über die Truppenbewegungen an der ruſſiſchen Grenze zugegangen, wonach dieſe keineswegs ſo ganz unverfängliche alljährlich ſich wiederholende Exerzierübungen zu ſein ſcheinen. Indem wir uns Genaueres vorbehalten, bemerken wir nur, daß bei Powazki ſeit dem Ende der Statthalterſchaft des Großfürſten Konſtantin und bei Majkom (in der Nähe von Warſchau) ſeit dem Jahre 1834 kein Uebungslager in der Weiſe und der Ausdehnung des dießjährigen Statt gefunden hat. (Aach. Z.)

△ **Berlin**, 31. März. Beim Beginn der heutigen Sitzung der zweiten Kammer verlas der Präſident Grabow die Antwort, welche der König auf die ihm überreichte Adreſſe gegeben hat. Die Verſammlung beſchloß ſie ganz in's Protokoll aufzunehmen. Dann folgte die bereits in der geſtrigen Beilage erwähnte Scene. Nun kamen die Interpellationen, zuerſt eine Interpellation des Abgeordneten v. Möller an den Miniſter des Innern: ob er von einem Erlaß der Regierung zu Minden Kenntniß habe, ob er derſelben billige und wo nicht, welche Maßregeln er dagegen zu ergreifen denke? Der Erlaß betrifft das Verſammlungsrecht. Die Regierung zu Minden will, daß die Unterbehörden den Verſammlungen nicht durch Darbietung von Gemeindelokalen oder ſonſt Vorſchub leiſten.

Der Interpellant hebt noch beſonders hervor, daß jener Erlaß es eine Ungehörtheit nenne, daß Verſammlungen im Namen des Volks Beſchlüſſe faſſen oder Wünſche ausſprechen.

Der Miniſter des Innern antwortet: Er ſei zwar noch nicht in der Lage geweſen, über dieſen Erlaß die Regierung in Minden zu hören, dennoch glaube er die erforderlichen Aufſchlüſſe geben zu können. In vielen Gegenden ſei das Verſammlungsrecht falſch aufgefaßt worden, indem man, auf daſſelbe geſtützt, Rechte, die den Gemeindebehörden zuſtehen, zu uſurpiren ſuche. Verſammlungen ſeien nie verboten worden, wohl aber habe er veranlaßt, daß Verſammlungen nicht im Namen der Gemeinden abgehalten und Namens der Behörden Beſchlüſſe gefaßt werden. Er billige daher den Erlaß allerdings.

Dann eine Interpellation des Abgeordneten Pope über die Ausführung der von der National-Verſammlung zu Gunſten der Invaliden gefaßten Beſchlüſſe. Der Interpellant ſchließt ſeine Begründung der Interpellation, wobei der bekannte verhungerte Invalide eine Hauptrolle ſpielt, mit den Kraftworten:

Der Staat iſt weniger dankbar als das Volk, als das Volk in ſeinem Sinne. Der Staat iſt reich genug, um zu verhindern, daß die in ſeinem Dienſte verarmten Krieger betteln. Min. v. Strothe gab folgende bündige Erklärung: Nach den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung erſchien eine Kabinetsordre, welche dieſelben ergiebigen Bekanntmachungen genehmigte, und an alle Regierungen und Polizeibehörden, welche eine möglichſt ſchleunige Ermittlung veranlaßten. Die beſchloſſene Klaſſenſteuerbefreiung iſt verfügt, die Verzichtleiſtungen auf Invalidenanſprüche ſind für nicht geſchehen erklärt. Zum Beweiſe der Berechtigung auf Invalidenunterſtützung iſt der Nachweis der Dürftigkeit und der Invalidität für genügend erklärt und jede Erleichterung bei Führung dieſes Nachweiſes zugelaſſen worden. Wolle die Kammer übrigens die ausreichende Unterſtützung aller Krieger als Prinzip aufnehmen und dazu die nöthigen Gelder bewilligen, ſo werde er der Erſte ſein, der im Namen aller preußiſchen Veteranen der Verſammlung ſeinen wärmſten Dank ausſprechen werde. Bis jetzt würden 32,000 Invaliden unterſtützt, und ſein Vorgänger im Amte habe darin eine dankenswerthe Thätigkeit entwickelt. Uebrigens ſei die Auflöſung der Invalidenkompagnien im Werke, da die Erfahrung gelehrt habe, daß die Invaliden in ihrer Heimath beſſer zu leben im Stande ſeien, als an den Garniſonsorten.

Einen lebhaften Streit ruft der Bericht hervor, welchen der Abgeordnete Reuter Namens des Centralausſchuſſes über den Antrag des Staatsanwalts Sethe erſtattet, die gegen den Abgeordneten Jung wegen Beleidigung des Magiſtrats zu Berlin einzuleitende Unterſuchung zu genehmigen. Der Ausſchuß trägt darauf an: die Genehmigung nicht zu ertheilen. Martens und Andere beantragen: die Unterſuchung eröffnen zu laſſen. Faſt die ganze Rechte unterſtützt dieſen Antrag. Martens beruft ſich darauf, daß die Verfaſſung die Eröffnung einer Unterſuchung gegen Abgeordnete von der Genehmigung der Kammer abhängig mache, um dem Partei-Intereſſe nicht allzu weiten Spielraum zu geben nicht aber um den Abgeordneten ein Privilegium zu ertheilen. Er ſtelle den Beruf eines Abgeordneten ſehr hoch, aber noch höher ſtehe das Anſehen des Geſetzes. Den Grund, daß durch Vernehmung von Abgeordneten Verſäumniſſe herbeigeführt werden, hält er nicht für ſtichhaltig, da ja Abgeordnete aus Privatrückſichten öfter den Beſuch der Abtheilungen unterlaſſen. (Murren). v. Liſiecki erklärt den Martens'ſchen Antrag formell für unzuläſſig und reglementswidrig.

Stein kennt weder die Angriffe, die der Berliner Magiſtrat gegen die Nationalverſammlung geſchleudert hat, noch auch die dadurch provocirte Entgegnung des Abgeordneten Jung, welche zu dem Prozeß Anlaß gegeben hat. Aber er hält es für unangemeſſen, daß ein Abgeordneter durch Termine u. dgl. den Sitzungen entzogen werde. Die Rechte habe ohnedies kein Intereſſe daran, der Minorität eine Stimme zu entziehen, ſie ſei ja ihrer Majorität ſo ſicher. Das Privilegium, von dem man öfter geſprochen habe, ſei nicht ein Privilegium der Abgeordneten, ſondern ein Recht des Volkes.

v. Berg gehört derſelben Abtheilung an, der auch Martens angehört und behauptet, dieſer habe ſeine Erfahrungen weder während ſeiner kurzen Anweſenheit, noch während ſeiner längeren Abweſenheit in Frankfurt machen können. (Heiterkeit).

Die Majorität iſt für Nichtgenehmigung der Unterſuchung, mit der Majorität ſtimmten auch die Miniſter v. d. Heydt und v. Manteuffel. Der Berichterſtatter Reuter verlieſt dann den Bericht des Centralausſchuſſes über den Antrag des Unterſuchungsrichters v. Bülow, die Genehmigung zur Einleitung einer Unterſuchung gegen den Abgeordneten Arntz (in der Steuerverweigerungsſache) zu ertheilen. Der Ausſchuß iſt auch hier gegen die Genehmigung. Arntz ſelbſt hat darauf angetragen, die Einleitung der Unterſuchung, ſo weit ſie ihn betreffe, zu genehmigen. Die Kommiſſion ſtellt anheim, über dieſen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

v. Berg ſpricht für den Antrag von Arntz. Es handle ſich nicht darum, den Abgeordneten Arntz einer Unterſuchung zu entziehen, die ſchon ſeit Monaten das Land mit leerem Lärm erfülle; es handle ſich darum, die Kompetenz der Kammer feſtzuſtellen. Dürfen die Mitglieder ohne Genehmigung einer Vorunterſuchung unterworfen werden? Die einzelnen Mitglieder ſind ſo wenig befugt, darüber zu entſcheiden, indem ſie den Vorladungen Folge leiſten, als die Unterſuchungsrichter, indem ſie die Vorladungen erlaſſen.

Die Kammer geht auf die gelehrte Streitfrage nicht ein, ſondern zur Tagesordnung über.

Berlin, 31. März. Die 21 Mitglieder, welche die Kommiſſion zur Abfaſſung einer Adreſſe (aus Veranlaſſung der Wahl des Königs zum Deutſchen Kaiſer) bilden ſollen, ſind bereits gewählt. Die Kommiſſion wird ihre Arbeit noch heute Abend erledigen, der Entwurf in dieſer Nacht gedruckt, morgen früh unter die Abgeordneten vertheilt werden und übermorgen in öffentlicher Sitzung zur Berathung kommen. Die Kommiſſion beſteht aus folgenden Mitgliedern: v. Vincke, Ludwig (Neiſſe), Pope, Berends, Schramm, Elsner, v. Merckel, Müller (Siegen), Urlichs, Menzel, Daubert, Dann, Grün, Ziegler, Graf Arnim, v. Unruh, Mitthaus, v. Auerswald, Lenſing, Ulrich, von denen 11 der Rechten, 10 den verſchiedenen Färbungen der Linken angehören. (D. P. Z.)

÷ **Stuttgart**, 29. März. Die außerordentlich freiſinnige Faſſung des von der Regierung vorgelegten Geſetzentwurfs über die Abänderung der Gemeindeordnung beſchleunigt die Debatte weſentlich: es iſt wenig hinzuzuſetzen und wenig auszumerzen; von einer Diskuſſion iſt kaum die Rede. Ich kann mich im Ganzen darauf beſchränken, die Grundzüge der weiteren Beſtimmungen der neuen Gemeindeordnung, mit Ausſchluß jedoch der inneren Oeconomie der Sitzungen, der Abſtimmungen u. ſ. w. der Gemeindevertretung, welche nur für die zunächſt betheiligten Kreiſe ein Intereſſe haben, zuſammenzuſtellen und mit den früheren Beſtimmungen zu vergleichen. Eine Beſtätigung der Wahlen der Gemeinderathsmitglieder durch die Staatsbehörde, den Oberamtmann, findet hinfort nicht mehr ſtatt, weil, wie die Motive des Geſetzentwurfs ſich ausdrücken, deren Bedeutung zweifelhaft war. Angefochten werden kann eine Wahl nur innerhalb 8 Tagen nach dem Bekanntwerden des Ergebniſſes der Abſtimmung, nach Ablauf dieſer Friſt nur noch wegen geſetzlicher Mängel in der Perſon des Gewählten, die in der Zwiſchenzeit vorgenommenen Handlungen von Gemeinderathgliedern werden aber durch ihren ſpätern Ausſchluß nicht ungültig. Die erbetene Entlaſſung aus dem Gemeinderath iſt zu ertheilen, wenn inzwiſchen ein geſetzlicher Befreiungsgrund eingetreten iſt oder wenn Gemeinderath und Bürgerausſchuß dieſelbe befürworten. Bisher fehlte es an einer geſetzlichen Norm für ſolche Fälle. Der gezwungene Rücktritt findet ſtatt, wenn der Betreffende eine der Eigenſchaften verliert, welche zur Wählbarkeit erforderlich ſind; außerdem aber treten die allgemeinen geſetzlichen Beſtimmungen über die Entlaſſung öffentlicher Beamten auch hier in Anwendung. Mitten in der kurzen Debatte, welche der letzte Punkt hervorrief, war es, daß das Reſultat der Kaiſerwahl in Frankfurt durch ein Extrablatt des Schwäbiſchen Merkurs der Verſammlung bekannt wurde. Die Aufregung war ſo groß, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde ausgeſetzt werden mußte, und ſelbſt als dieſelbe wieder aufgenommen wurde, fand freilich der Antrag des Abg. Süskind, über die noch reſtirenden Artikel des Geſetzentwurfs ohne weitere Berathung abzuſtimmen, keine Unterſtützung und es bemerkte der Abg. Veiel ſehr richtig, daß die Wahl des Kaiſers kein Grund ſein könne, ein ſo wichtiges Geſetz anders zu behandeln, als alle übrigen, es ließ ſich aber die Aufmerkſamkeit der Kammer nicht mehr feſſeln und der Sache nach konnte man den Antrag Süskinds als genehmigt betrachten. Ich faſſe den Reſt der Sitzung kurz zuſammen. Die Abſtimmung im Gemeinderath geſchieht mündlich, wenn nicht für einzelne Fälle die geheime Abſtimmung ausdrücklich beſchloſſen wird, die bei Wahlen immer ſtattfinden muß. Zur Verwaltung einzelner Geſchäftszweige können in größeren Gemeinden nach dem örtlichen Bedürfniß Abtheilungen von wenigſtens fünf Mitgliedern gebildet werden, welche ſtatt des Gemeinderaths die betreffenden Geſchäfte beſorgen. Die Verhandlungen des Gemeinderathes ſind öffentlich, ſofern nicht dieſe Oeffentlichkeit für den Staat, die Gemeinde oder Einzelne nachtheilig ſein könnte. Die Oeffentlichkeit iſt alſo jetzt als Regel vorgeſchrieben, während es bisher ſtreitig war, ob der Gemeinderath auch nur befugt ſei, ſeine Sitzungen öffentlich zu halten. Die Anſtellung von Gemeindebeamten bedarf der Mitwirkung der Staatsbehörden hinfort nicht mehr, ſie findet aber in der Regel nur noch auf eine beſtimmte Zeitdauer ſtatt und bei einer Anſtellung auf Lebenszeit iſt die Zuſtimmung des Bürgerausſchuſſes nöthig. Etwas, was einer Debatte ähnlich ſah, veranlaßte ſchließlich den Artikel des Geſetzentwurfes, welcher den Mitgliedern des Gemeinderaths, freilich keinen Gehalt, aber neben der Perſonalfreiheit und den hergebrachten Gebühren für einzelne Verrichtungen auch die herkömmlichen Ehrenvorzüge zuſpricht. Die Commiſſion erklärte, ſie habe ſich vergebens bemüht, zu erforſchen, welcher Art dieſe „herkömmlichen Ehrenvorzüge" ſeien, wenn man nicht vielleicht beſondere Kirchenſitze, Vorgang bei Prozeſſionen, das Recht Kokarden zu tragen und ein Gewehr zu halten und ähnliche Anachronismen darunter verſtehe, und die Kammer war vernünftig genug, dieſen ganzen Paſſus herauszunehmen. Der Abg. Eggmann aber gab, „weil die Katholiken auf ſolche Ehrenvorzüge ſehr viel hielten," in majorem Dei gloriam eine ausdrückliche Verwahrung gegen dieſen Beſchluß zu Protokoll.

Stuttgart, 31. März. Es ſcheint, daß ſich die Linke noch eher mit der Kaiſerwahl verſöhnen wird als die Reaktions-Partei und die Ultramontanen. In Eßlingen vereinigte ſich der demokratiſche Verein, deſſen Führer K. Mayer noch kürzlich in einer Flugſchrift dem Volke geſagt hatte, der Kaiſer, den man machen wolle, wäre kein Kaiſer von Gottes, ſondern von Teufels Gnaden, auf Antrag deſſelben Führers, mit dem monarchiſch-konſtitutionellen Volksverein zu einer gemeinſchaftlichen Erklärung, worin ſie ihre Unterwerfung unter den neueſten Beſchluß der Nationalverſammlung ausſprechen. Dagegen ſtellt das hieſige Volksblatt, das Organ der ultramontanen Partei, ein Bündniß der Katholiken mit den Anarchiſten in Ausſicht und prophezeit ſchreckliche Dinge, wovon offener Bürgerkrieg noch das geringſte Uebel wäre. Der Redakteur des konſervativen Hofblattes der Laterne nimmt mit einem Schmähartikel über die Kaiſerwahl von ſeinen Leſern Abſchied. Die Malcontenten der Kammer hatten Berathungen, was ſie gegenüber dem Beſchluß der Nationalverſammlung thun ſollen. Einer der heftigſten Gegner des preußiſchen Erbkaiſerthums iſt Wolfgang Menzel, der früher ganz preußiſch geſinnt war, aber ſich nun in eine leidenſchaftliche Oppoſition verrannt hat. Römer ſoll über die neuliche Erklärung des vaterländiſchen Vereins gegen die Verwerfung des Welcker'ſchen Antrags — ein meiſterhaftes Aktenſtück aus der Feder Guſtav Pfizers — bitter böſe ſein und ſich rüſten, um auch dem vaterländiſchen Verein den Fehdehandſchuh hinzuwerfen.

Braunſchweig, 31. März. Schon geſtern hatte ſich eine Deputation des Landesausſchuſſes nach Blankenburg zum Herzoge begeben, um dieſen zu bitten, die Wünſche des Landes, daß der König von Preußen die angebotene Kaiſerkrone annehme, durch das Gewicht ſeines Fürſtlichen Wortes zu unterſtützen. Die Deputation hat von dem Herzog die Antwort erhalten, ſie wiſſe wie er immer über dieſen Gegendand gedacht und ſich erklärt habe. Er freue ſich, daß in Frankfurt endlich dieſe Entſcheidung gewonnen ſei und werde alles Angemeſſene thun, um den König von Preußen zur Annahme der ihm übertragenen Würde zu beſtimmen. Die Deputation hat ſich darauf nach Oſchersleben begeben, wo ſich mit ihr weitere Abgeordnete des Landtags vereinigten, um mit ihr zuſammen ihren Weg nach Berlin fortzuſetzen. (Sie iſt dort bekanntlich ſchon angekommen). Geſtern Abend iſt hier der Befehl eingetroffen, einen Theil unſerer Truppen für Schleswig-Holſtein mobil zu machen. Wie wir hören, werden 1600 Mann Infanterie und 300 Mann Kavallerie in Kurzem jenem Befehle Folge leiſten. (D. R. Z.)

Braunſchweig, 31. März. Heute hatte ſich eine zahlreiche Menge von Bürgern auf dem Bahnhofe eingefunden, um die Deputation der Reichsverſammlung feſtlich zu empfangen. Halle und Saal waren feſtlich geſchmückt, der Stadtrath war verſammelt, mehrere Bürger waren bis Lehrte gefahren, um die Reichsabgeordneten dort zu begrüßen. Als der Mittagszug ankam, erfuhren wir durch einige Mitglieder der Reichsverſammlung, daß die Deputation heute in Hannover übernachtet, wohin ſie von den ſtädtiſchen Behörden eine Einladung erhalten hat. Morgen Mittag trifft ſie hier ein, und iſt eines feſtlichen Empfanges gewiß. (D. R. Z.)

Oldenburg, 29. März. Unſer Staatsminiſterium fordert diejenigen ſeefahrenden jungen Leute des Großherzogthums, welche, wenn auch noch wehrpflichtig, doch den dieſſeitigen Truppenkorps nicht bereits einverleibt, geneigt ſind auf der deutſchen Kriegsmarine in Dienſt zu treten, auf, ſich dieſerhalb bei dem Reichskommiſſarius, Fregattenkapitän Brommy in Bremerhaven zu melden. (W. Z.)

Oldenburg, 30. März. In Folge eines Befehls der Reichsgewalt in Frankfurt iſt auf der heutigen Parade die Ordre gegeben, unſere Truppen marſchfertig zu halten. Das erſte, dritte und vierte Bataillon — 2400 Mann — und 8 Geſchütze, ſollen mobil gehalten werden, um auf die erſte Nachricht an die Elbe marſchiren zu können, um dort vorläufig ein Obſervationskorps zu bilden. Zur Einberufung der Mannſchaft ſind heute ſchon Dragoner nach allen Theilen des Landes abgegangen. (W. Z.)

Kiel, 28. März. Im adlichen Gute Farve (Farve gehört dem Grafen Reventlow) ſind unter den Tagelöhnern ernſthafte Unruhen ausgebrochen, jedoch durch Hinſendung einer Compagnie bereits gedämpft worden.

Von däniſchen Schiffen iſt vor unſerem Hafen nichts zu ſehen; laut Schifferberichten iſt aber geſtern eine bedeutende Flottille nach Alſen zu geſegelt. (H. C.)

Apenrade, 29. März. Dieſer Tage trafen in Apenrade mehrere aus Alſen verwieſene ſonderburger Einwohner ein; in ihrem Verweiſungsdekret war nicht das geringſte Motiv angegeben. Die Kommandantur von Apenrade hat ihrerſeits eine Anzahl däniſch geſinnter und mit dem Feinde in verdächtiger oder überwieſener Verbindung ſtehender Einwohner aus der Stadt verwieſen und nach Norden konſignirt. Eine däniſche Korvette von 20 Kanonen iſt vorgeſtern auf der Rhede angekommen; ſie machte ſich das Vergnügen, einige hundert Schüſſe blind zu feuern. Der Oberſtlieutenant v. Zaſtrow hat gehörige Anſtalten gegen eine ernſtere Wiederholung dieſer Spiele getroffen. In einigen Tagen wird der Oberſtlieutenant v. d. Tann hier und in Hadersleben erwartet. (O. H. Z.)

Schleswig, 29. März, Nachts. So eben geht dem Vernehmen nach per Eſtafette die Meldung ein, daß unſere Batterien bei Eckernförde 6 Schüſſe gethan, um einen Landungsverſuch feindlicher Fahrzeuge abzuhalten. Es ſcheint demnach ein Angriff beabſichtigt zu werden. (N. C.)

Schleswig, 29. März. Abends. Aus Hadersleben treffen hier ſchon zahlreiche Flüchtlinge ein, und man hört heute, daß morgen die hier ſtark aufgehäuften Truppen nach Norden marſchiren werden, um der Vorhut und der ſchleswig-holſteiniſchen Armee den Rücken zu decken. Aus Hadersleben bringen die Flüchtlinge die Kunde mit, daß der äußerſte Vorpoſten hanſeatiſcher Kavallerie (1 Mann) verſchwunden ſei — auf welche Weiſe iſt noch unbekannt. (W. Z.)

Hamburg, 30. März. Heute Abend gegen 6 Uhr langten mit dem Bahnzuge von Berlin 3000 Mann K. ſächſiſcher Infanterie an, welchen Quartiere in hieſiger Stadt angewieſen wurden. Dieſe Truppen werden ſchon morgen unſere Stadt wieder verlaſſen und mit einem Extrazuge von Altona nach Rendsburg abgehen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 31. März. Im Hauſe der Lords kündigte geſtern der Marquis v. Lansdowne an, daß die vierzehntägigen Oſterferien des Hauſes nächſten Dienſtag beginnen würden. Hierauf drückte er ſein Bedauern aus, daß er noch nicht im Stande ſei, zu beſtimmen, ob die auf die Vorgänge in Norditalien bezüglichen Aktenſtücke noch vor Oſtern dem Hauſe vorgelegt werden könnten, indem Verhandlungen von größter Wichtigkeit über dieſe Angelegenheiten eben noch im Gange ſeien. Der Redner ſetzte ſodann das Haus davon in Kenntniß, daß zwiſchen Oeſterreich und Sardinien ein vorläufiger Waffenſtillſtand geſchloſſen worden ſei, wornach die Beſetzung des Herzogthums Savoyen durch die Oeſterreicher aufhöre, die wichtigen Grenzfeſtungen dagegen durch öſterreich. und piemonteſ. Truppen gemeinſam beſetzt werden ſollen, und daß von beiden Seiten Bevollmächtigte ernannt worden ſeien, mit dem Auftrage, die Bedingungen zu einem definitiven Frieden feſtzuſtellen. Graf von Aberdeen fragte: ob er aus dieſer Mittheilung entnehmen dürfe, daß an den eingeleiteten Unterhandlungen auch der britiſche Geſandte theilnehme? Wäre dieß nicht der Fall, ſo könnten die jetzt zwiſchen Oeſterreich und Sardinien ſtattfindenden Unterhandlungen kein Grund ſein, um die Mittheilung derjenigen Aktenſtücken, bei welchen Großbritannien betheiligt ſei, noch weiter auszuſetzen. Graf Aberdeen bemerkte weiter: „Ich bin im höchſten Grade erfreut zu erfahren, daß, nach den heut empfangenen telegraphiſchen Nachrichten, ein Waffenſtillſtand geſchloſſen iſt und ich erkenne darin einen abermaligen Beweis des großmüthigen Verfahrens Radetzky's, welcher durch ſeine letzten glänzenden Erfolge alle jene Erwartungen erfüllte, welche ich in Betreff ſeiner ausdrücken zu dürfen glaubte." Marquis von Lansdowne erklärte, daß er nicht wiſſe, ob Großbritannien bei den jetzt ſchwebenden Unterhandlungen betheiligt ſei, da die telegraphiſchen Nachrichten hierüber nichts enthielten. Sollten die Friedensverhandlungen allein zwiſchen Oeſterreich und Sardinien gepflogen werden und Großbritannien an ihnen nicht betheiligt ſein, ſo ſtehe auch der unverzüglichen Mittheilung der auf Norditalien bezüglichen Aktenſtücke nichts im Wege.

Die Verhandlungen im Unterhauſe betrafen namentlich die zweite Leſung der Bill für die iriſche Hilfsarmenſteuer. Hr. Napier hielt eine wirkungsreiche Rede dagegen und kritiſirte den bekannten Plan Sir R. Peels, wonach die verſchuldeten Güter im Weſten und Süden Irlands von ihren Schulden entlaſtet und dadurch reiche Kapitaliſten zu ihrem Ankauf ermuthigt werden ſollen. Sir R. Peel vertheidigte und detaillirte hierauf ſeinen Plan und hob von neuem hervor, daß derſelbe nur auf dem Wege einer Regierungskommiſſion ins Werk gerichtet werden könne, deren Auftrag es zugleich ſein müſſe, die Nothſtände Irlands an Ort und Stelle zu ermitteln und zu ihrer Abhilfe die nöthigen Vorſchläge zu machen. Auf Hrn. Brights Antrag wurde die Verhandlung abermals vertagt.

Die Konſols ſtiegen geſtern bereits auf $92\frac{1}{4}$, gingen aber in Folge eines Gerüchts über den unſicheren Stand der däniſchen Frage wieder auf $92\frac{1}{8}$ zurück.

Frankreich.

* **Paris**, 31. März. Die fortgeſetzte Verhandlung über die Italieniſche Frage ſollte heute mit der Rede von Thiers beginnen. Thiers trat ſeine Stelle aber an Cavaignac ab, der einige Aufklärungen über mehrere geſtern gefallene Aeußerungen zu geben wünſchte.

Wenn die Politik der proviſoriſchen Regierung, äußerte er, ſo geweſen wäre, wie Hrn. Ledru Rollin ſie geſtern bezeichnet hat, ſo würde ich gern den Unterſchied zwiſchen der von mir und meinem Vorgänger befolgte Politik zugeſtehen, aber dem iſt nicht ſo. Das Manifeſt des Hrn. Lamartin will aber nicht den Krieg, und ich als der Agent der mir von der Nationalverſammlung übereinſtimmend vorgezeichneten Politik, habe in allen meinen Handlungen das Prinzip des Friedens befolgt, bei dem die Freiheit gedeihen kann. Das von mir befolgte Syſtem gründete ſich auf drei Punke: Verbindung mit den andern europäiſchen Staaten, Erhaltung des Friedens, ſo lange dieß mit der Nationalehre verträglich, im Hintergrunde die Möglichkeit eines Kriegs, wenn unſern gemäßigten Vorſchlägen kein Gehör gegeben würde. Die Sprache, die wir deßhalb an England richteten, lautete: der Krieg kann aus allen dieſen Wirren entſtehen, helft uns denſelben zu vermeiden, und an Oeſterreich: nehmt Euch in Acht, durch zu harte Bedingungen nicht einen furchtbaren Verzweiflungs- und National-Eitelkeitskrieg hervorzurufen. Wenn das jetzige Miniſterium einmal die Zeit gekommen glaubt, die diplomatiſchen Dokumente vorzulegen, ſo wird die Wahrheit meiner Behauptung dargethan werden. Für jetzt liegt mir blos daran feſt zu ſagen, daß das von mir präſidirte Miniſterium Alles gethan hat, um den Frieden zu erhalten, aber zu gleicher Zeit der uns nachfolgenden Regierung vollkommen freie Hand ließ, den Krieg zu eröffnen, wenn dieſelbe ihn bei ſpäteren Ereigniſſen für nöthig halten ſollte. Thiers: Ich nehme Theil an dieſer Debatte, um von allen Seiten der Verſammlung eine aufrichtige Erklärung deſſen was man will, hervorzurufen. Was mich betrifft, glaubt man etwa, daß, weil ich gegen die Räumung von Ankona geſtimmt habe, ich für eine Politik ſtimmen werde, die, wenn ſie aufrichtig iſt, geradezu den Krieg herbeiführen muß? Muß ich heute demokratiſcher Republikaner ſein, weil ich früher der Oppoſition angehörte? Für den Augenblick iſt Italien unterlegen; hoffen wir, daß dies nicht für immer der Fall ſein wird; aber ſei dem, wie ihm wolle, Frankreich hat ſtets erklärt, daß es Piemont die Verantwortlichkeit aller möglichen Folgen, die aus einem Bruche des Waffenſtillſtandes entſtehen könnten, überlaſſe. Das will nicht heißen, daß Frankreich ſich gleichgültig gegen das Schickſal Italiens zeigen ſoll. Aber mit welchen Mitteln kann es ſeine Theilnahme bezeigen? Wir haben eine dreifache Politik; die eine will ſogleich das Heer in Marſch geſetzt wiſſen; die zweite will unterhandeln; die dritte endlich (ſich zum Berge wendend)

will ſich das Anſehen geben, als ob ſie etwas thäte, und thut nichts. Dieſe Politik iſt die abſcheulichſte. Gibt es ein Mitel, Oeſterreich auf diplomatiſchem Wege die Lombardei und Venedig zu entreißen? Meine Gegner ſelbſt müſſen mit Nein antworten. Alſo bliebe Nichts als der Krieg. Ich erkläre offen, daß ich für mein Land nichts von einem Kriege befürchte, aber was ich vor Allem befürchte, iſt, dieſen Krieg leichtſinnig zu unternehmen, ohne die Mittel hiezu hinlänglich vorbereitet zu haben. Und iſt denn unſer Intereſſe in Italien bedeutend genug, um einen Krieg zu unternehmen? Oeſterreich allein wäre ſchon ein gefährlicher Feind, denn im Jahr 1800 bedurfte es der beiden großen Siege von Marengo und Hohenlinden, um es niederzuwerfen. Aber der Krieg mit Oeſterreich wird den Krieg mit dem ganzen Kontinent zur Folge haben, denn Rußland hat erklärt, daß es in dieſem Falle einſchreiten würde. Man verläßt ſich auf die Allianz der Völker; allerdings darf man die Größe dieſes Elements nicht mißkennen; aber ich muß auf das Beiſpiel der Ungarn verweiſen, welche gegen die für ihre Unabhängigkeit kämpfenden Italiener fechten. Und iſt nicht der größere Theil der Bevölkerung Europas ſehr unwillig über die Unruhen, welche ſeit einem Jahre Alles in Frage ſtellen? Wir würden alſo nur die Minoritäten für uns haben. Ich frage nun meine Gegner, deren hochherzige Geſinnungen ich nicht in Frage ſtelle, lohnt es ſich der Mühe, einen Krieg mit ganz Europa zu unternehmen? wofür? für kein anderes Intereſſe als für Erhaltung unſerer haute influence in Italien. Der Redner ſucht nun zu beweiſen, daß ſeit der Februarrevolution keine andere Politik im Grunde befolgt wurde, als die Vermeidung des Kriegs, und während das Manifeſt die Verträge von 1815 dem Rechte nach als abgeſchafft erklärt habe, laſſe es dieſelben der That nach beſtehen, was gewiß weder würdig noch aufrichtig ſei. Was enthalten denn dieſe Verträge? Grundſätze, welche ein edler Fürſt (Kaiſer Alexander) vertheidigt hatte, Achtung der Nationalitäten, Freiheit der Meere u. ſ. w. und Euer Manifeſt ſoll Alles dies abſchaffen wollen? Niemand in Europa hat je im Ernſte an daſſelbe geglaubt. Hierauf unterſucht der Redner, ob der Stand der Armee einen Krieg zu unternehmen erlaubt hätte. Nach der Februarrevolution hoffte ich, daß die proviſoriſche Regierung, welche kein Geld mehr für Eiſenbahnen auszugeben hatte, um die Majorität in der Kammer zufrieden zu finden, ſich damit beſchäftigen werde, das Heer beſſer zu organiſiren; ſie hat es nicht gethan. Die Alpenarmee beſtand im Mai aus 21,000 Mann; kann man damit an den Etſch gehen? Und man bot Euch die Befreiung Italiens an. Freilaſſung der Lombardei, Selbſtſtändigkeit Venedigs unter einem öſterreichiſchen Prinzen, wie Toskana; iſt das nicht die Freiheit Italiens? Ihr aber habt dieſe Bedingungen zurückgewieſen. Und wollt ihr jetzt? Zu Gunſten einiger lächerlicher Anarchiſten interveniren? Oder Nizza, oder Chambery beſetzen, in dem Augenblick, wo Savoyen von Sardinien abfallen und ſich Frankreich anſchließen will? Das wäre der Anfang der Eroberung; Oeſterreich wäre wohl zufrieden damit. Alle Staaten ſind jetzt in einer ſchiefen Lage. Oeſterreich triumphirt, aber die Ruſſen ſind in ſeinen Staaten; England iſt ruhig, aber die Ruſſen ſtehen an der Donau. Rußland allein iſt ruhig und mächtig. Will ein Staat ſtark nach Außen ſein, muß er die Unordnung im Innern unterdrücken. Ich wiederhole, es wäre unpolitiſch und unſinnig, ſich wegen einer Frage des Einfluſſes in einen europäiſchen Krieg zu ſtürzen. Der Eindruck der Thiers'ſchen Rede war ſo ſtark, daß die Sitzung ſuspendirt werden mußte.

Einen intereſſanten Abſchnitt des Prozeſſes zu Bourges bildet die Selbſtvertheidigung des Angeklagten Raſpail, dem es durch ſeine hinreißende Beredſamkeit mehrere Male gelang, die größte Rührung unter den Zuhörern und Zuhörerinnen zu erregen. Beſonders als er mit erhobener Stimme und einem großen Anſchein von Wahrhaftigkeit ſeine Unſchuld betheuerte und darauf hinwies, wie er eine zehnmonatliche, harte Gefangenſchaft ausgehalten und ſelbſt ſeine leidende Frau ohne Hülfe habe laſſen müſſen, und wie er doch nicht das Volk, was ihm ein leichtes geweſen ſein würde, zu einer gewaltſamen Befreiung aufgerufen habe, weil er das Volk nicht opfern und die Republik, die das Werk und die Hoffnung des Volkes ſei, nicht in Gefahr bringen wollte, da füllten ſich die Augen vieler Anweſenden mit Thränen. Raſpail's Beſchuldigungen gegen Marraſt und deſſen Partei ſind ſehr gravirend. Marraſt ſoll mit Huber, den jetzt die Ausſage eines Polizeibeamten als einen handwerksmäßigen agent provocateur (Aufwiegler) erſcheinen läßt, und mehreren anderen Individuen, welche alle noch am 15. Mai ſelbſt ſofort nach ihrer Verhaftung unbegreiflicher Weiſe wieder freigelaſſen wurden, und ſich jetzt, wie Huber im Auslande befinden, im Einverſtändniß gehandelt haben! Die ſozialiſtiſchen Demokraten ſollten zum Beſten der „Marquis der Republik" (ſo wird Marraſt häufig bezeichnet) in ein Attentat verwickelt und geſtürzt werden. Marraſt hat es abgelehnt, auf dieſe Anſchuldigungen vor dem Gerichtshof zu Bourges zu antworten, und es glaubt auch Niemand daran, daß Huber, wie er es ankündigte, ſich ſtellen wird, ſo daß weitere Aufklärungen über den geheimen Urſprung des Attentats vom 15. Mai erſt in der Folge zu erwarten ſind.

Für Marraſt aber möchte leicht die nächſte Folge dieſer Enthüllungen die ſein, daß er ſeinen Präſidentenſitz verliert. Um dem zu Hülfe zu kommen, ſoll die konſervative Partei die Abſicht haben, bei der bevorſtehenden Präſidentenwahl ihre Stimmen dem General de Lamoricière zu geben. Lamoricière gehört zur Linken; ſein Auftreten aber bei dem neulichen parlamentariſchen Rebellionsverſuch aus Veranlaſſung des Geſetzes gegen die Clubs hat nicht wenig dazu beigetragen, ihn bei der Partei Rue de Poitiers wieder in Gunſt zu bringen.

Die in der Nähe von Grenobl cantonirenden Truppen unter den Befehlen des Generals de Luzy, der in den Junitagen Kommandant des Hotel de Ville zu Paris war, haben Befehl erhalten an die Grenze vorzurücken, und dem National zufolge wären geſtern mittelſt telegraphiſcher Depeſche nach Toulon der Befehl abgegangen, die dort bereit gehaltene Diviſion nach Civita Vecchia einzuſchiffen.

Stand der Rente: 3 pCt. 56, 25; 5 pCt. 88, 25; Bankaktien 2390.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Peſth. Nach dem „Peſther Kourier" ſind die zwiſchen den Patriarchen und Ruckawina beſtandenen Uneinigkeiten zu Gunſten des Erſten allerhöchſten Ortes gelöſt worden.

Peſth, 26. März. Die geheimen Malkontenten der Hauptſtadt werden immer verwegener. Am Tage kauft man dreifarbige Zeuge; im Verlaufe der vergangenen Nächte wurden Plakate in ungariſcher Sprache in den Gaſſen, namentlich in der Hantvanergaſſe verſtreut. Dieſe Plakate ſind von dem Debrecziner Polizeiminiſter Madarasz unterſchrieben, ermahnen die Bürgerſchaft bei ihrer lobenswerthen Gleichgültigkeit zu verharren, verſprechen baldigen Einzug der Inſurgenten und ſchärfen vorzugsweiſe ein, auf mehrere ausdrücklich benannte hochgeſtellte Perſonen ein wachſames Auge zu haben, und nöthigenfalls ihre Flucht zu verhindern. Auf das Thor eines Hauſes, darin ein kroatiſcher, ſehr achtbarer Fiskal wohnt, wurde in ungariſcher Sprache „Wohnung eines Landesverräthers" geſchrieben. Auch das Gerücht einer Pacifikation iſt aufgetaucht, und wollte man bereits Miſchkolcz als den Sitz des Friedenskongreſſes bezeichnen. Das Regenwetter hält noch immer an, die Straßen werden immer grundloſer, die Poſt kommt täglich ſpäter und auch die kriegeriſchen Operationen müſſen vor der Hand beſchränkt werden. (K. Bl. a. B.)

Semlin, 21. März. Der General F.-M.-L. B. **Rukavina** hat im Banate den **Befehl** erlaſſen, daß ſich Niemand getraue, über politiſche Angelegenheiten öffentlich zu raiſonniren, und insbeſondere die Reichsverfaſſung zu bekritteln. Die etwaigen Uebertreter dieſes Befehls werden das erſte Mal mit Geldſtrafe, — das zweite Mal mit Gefängniß, und das dritte Mal mit Standrecht bedroht. (Ll.)

Krakau, 21. März. Eine Deputation der polniſchen Emigranten, welche um fernere Geſtattung des Aufenthaltes bat, erhielt vom Miniſter des Innern, Grafen Stadion, folgende Antwort: „Meine Herren! Am 15. d. übergaben Sie mir die Bitte, es möge den polniſchen Emigrirten, die ſich in Krakau befinden, der fernere Aufenthalt daſelbſt geſtattet werden. Ich mache Ihnen bekannt, daß dem Krakauer Gubernial-Präſidium ſchon früher aufgegeben wurde, den durch Alter oder Krankheit zur weiteren Reiſe unfähigen Perſonen den Aufenthalt in Krakau in ſo lange zu geſtatten, als ſie ſich tadellos betragen würden. Mit Rückſicht auf Ihre Bitte erlaube ich den Emigranten, auch außerhalb Galizien und Krakau in dem öſterreichiſchen Kaiſerſtaate zu wohnen, wenn ſie als Bürgſchaft ihres guten Benehmens eine Kaution von 1000 fl. K.-M. erlegen. Dieſe Kaution, die entweder baar oder in Papieren erlegt werden kann, ſoll aber verfallen, wenn ſich die betreffenden Perſonen einer wie immer gearteten politiſchen Agitation ſchuldig machen". (Oeſterr. C.)

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die amerikaniſchen Marineoffiziere für die deutſche Flotte. Der Kurfürſt von Heſſen angekommen. Publikation der Wechſelordnung.) Wien (Komorn. Die Serben. Endlicher †. Die italieniſche und ungariſche Armee. Die ſüdſlaviſchen Zuſtände. Das Preßgeſetz. Die Ruſſen in Siebenbürgen. Niederlage Bem's. Die Befeſtigungen um Wien. Eine Deputation von Grätz an die beiden Kaiſer. Gensd'armerie. Die Prager Univerſität. Die neue politiſche Eintheilung von Nieder-Oeſterreich. Miniſterialkommiſſäre für die Eiſenbahnen. Die Verurtheilung Schwarzer's.) Berlin (Die Preſſe, die Kammern, das Miniſterium und die Kaiſerfrage. Graf Arnim-Boitzenburg. Günſtige Stimmung unter der Bevölkerung. Eine Adreſſe an Radetzky. Deputationen für die Annahme der Kaiſerwürde. Die Vorbereitungen zum Empfange der Reichsgeſandtſchaft. Demokratenkongreß. Freiligrath.) Dresden (Verhaftung.) Hannover (Die Reichsgeſandtſchaft.) Mannheim (Die Deputirtenwahl nicht zu Stande gekommen. Weiterer Austritt von Deputirten. Dienſtzeichen beim Militär. Die Cadres nicht mehr verſtärkt.) Darmſtadt (Die Regierung und die Centralgewalt. Verſammlung vaterländiſcher Vereine.) Wiesbaden (Der Geſetzentwurf über die Schwurgerichte angenommen.) Ems (Die Kaiſerwahl.) Lübeck (General Orholm mit Depeſchen an den König von Dänemark.)

Frankreich. Paris (Die Reden Ledru Rollin's und Odillon Barrot's in der italieniſchen Frage.)

Italien. Turin (Die Friedensbedingungen. Miniſterium Pinelli. Aus der Lombardei (Brescia im Aufſtand. Bulletin der Todten. Quartiere der Oeſterreicher.) Rom (Die Truppen marſchiren an die Gränze.) Neapel (Annehmen oder Ablehnen? Die Furcht vor der Republik. Der Segen des Pabſtes.)

Schweden u. Norwegen. (Betheiligung von Offizieren am däniſchen Kriege.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 3. April.)

Deutſchland.

Frankfurt, 28. März. Commodore Parker hat es entſchieden abgelehnt, die ihm von uns zugedachte Miſſion zu übernehmen. Weder er noch die erwarteten 40 amerikaniſchen Marine-Offiziere werden kommen. (B. H.)

Frankfurt, 3. April. Se. k. Hoheit der Kurfürſt von Heſſen iſt geſtern hier eingetroffen und im ruſſiſchen Hofe abgeſtiegen. (O. P. Z.)

□ **Frankfurt,** 3. April. Die heute ausgegebene Nummer des Amtsblattes publizirt die allgemeine deutſche Wechſelordnung ſammt dem von der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt beſchloſſenen Einführungsgeſetz in der von der Deutſchen Zeitung bereits mitgetheilten Faſſung. Beide Geſetze werden mit dem 1. Mai d. J. in Kraft treten.

△ **Wien,** 29. März. Offiziere, welche vom Cernirungskorps vor Komorn kommen, machen eine traurige Beſchreibung von dem Zuſtande unſerer Truppen, welche nun ſeit Wochen in Schnee und Regen bivouaquiren. Die Stadt ſoll wirklich beinahe ganz in Aſche gelegt ſein durch die wiederholten Beſchießſungen, aber die Feſtung ſelbſt kann ſich noch lange halten, wenn ſie nur einigermaßen gut vertheidigt wird. Man wird nun ſogar die Geſchütze vom ſchwerſten Kaliber, welche ſeit undenklichen Zeiten im hieſigen Zeughaushofe liegen, mobil machen und dahin bringen. Görgey hat die Theiß überſchritten und an zwei Orten die Linien unſerer Truppen durchbrochen, in Loronez und Balaſſa Gyarmath, gegen die Bergſtädte und Komorn ſich die Straße ſichernd. Er ſcheint die Abſicht zu haben, Komorn Munition, Truppen und Lebensmittel zuzuführen. G. Ramberg konnte ihn nicht aufhalten, aber Feldmarſchalllieutnant Schlick ſoll ihn verfolgen. Auch bei Nöros wurde Ban Jellacic zu einem Gefecht genöthigt, da die Inſurgenten auch dort durchbrechen wollten. Das Reſultat kennen wir noch nicht. Dembinski ſteht bei Gyöngjös. In Peſth ſelbſt ſind alle Truppen konſignirt und in der Nähe kam es auf mehreren Punkten zu Gefechten. Bis jetzt war das Terrain vor Komorn ſo überſchwemmt, daß die Laufgräben, welche unſere Truppen angelegt hatten, unbrauchbar waren. Es wird nichts übrig bleiben, wenn der „gutgeſinnte Theil" in der Feſtung es nicht durchſetzt, ſie zu übergeben, als eine Breſche zu ſchießen und ſie mit Sturm zu nehmen. Beides ſoll aber ſeine ungeheuren Schwierigkeiten haben, da Komorn auf eine Art befeſtigt iſt, daß man es beinahe für uneinnehmbar erklärt. Aber unſern Batterien widerſteht am Ende nichts: ſie haben Ausdauer. Knicanin hat von dem Kaiſer das Großkreuz des Leopoldordens erhalten und drei andere Serben ſind mit dem Orden der eiſernen Krone belohnt worden. Die Forderungen der ſerbiſchen Nation ſollen größtentheils bewilligt werden und zum Theil ſchon bewilligt ſein. Namentlich iſt ihnen eine von den Ungarn getrennte Adminiſtration verſprochen. Heute Nacht entriß uns der Tod einen unſrer ausgezeichnetſten Gelehrten, der Profeſſor Endlicher. Er ſtarb plötzlich an einem Extravaſat im Kopfe ohne vorhergegangenes Unwohlſein. Ein für uns und die Wiſſenſchaft unerſetzlicher Verluſt. Er hatte in dem letzten Jahre alle Wechſelfälle des öffentlichen Lebens ertragen. Von der Volksgunſt getragen, mußte er alle Stufen des Falls und der Verleumdung durchlaufen, wobei in Allem ſich der edle männliche Keim, der ihn auszeichnete, bewährte. Wenn es dem guten Zwecke galt, ſtand er nie an, für Andere — die es unverzeihlicherweiſe annahmen — mit ſeinem Namen einzuſtehen. Möge er ſanft im Schoße der Erde unter Blumen ruhn, die er ſo ſorgſam pflegte, ſo lange er lebte.

△ **Wien,** 30. März. Der geſtern Nachmittag um 4 Uhr mittelſt Kourier eingetroffene Bericht des Feldmarſchalls Radetzki über die Schlacht bei Novara wurde hier mit dem lebhafteſten Jubel begrüßt. Die Druckerei war förmlich belagert, Einer entriß das Bülletin dem Andern, man konnte nicht ſchnell genug drucken. Die Tapferkeit unſerer Armee hat ſich wieder glänzend bewährt, denn ſie fand an den Piemonteſen einen ebenbürtigen Feind, das beweiſen die 3000 — 4000 Todte, welche ſie auf dem Schlachtfeld ließen. Wir bedauern das unglückliche Italien, weil es nun den Grundpfeiler der Centraliſation, nach der es wie Deutſchland ringt, verloren hat, doch können wir nicht umhin uns dieſes neuen Sieges zu freuen, denn ſo bunt unſere Armee auch zuſammengewürfelt iſt, ſo iſt doch das Grundprinzip derſelben deutſch und der Sieg bei Novara iſt ein deutſcher Sieg. Auch aus den Berichten Radetzki's leuchtet uns deutſche Klarheit und Genauigkeit entgegen und es ſcheint nicht nur, daß unſere tapferſten Arme, unſere zur Kriegführung fähigſten Köpfe, ſondern auch unſere geſchickteſten Federn bei der Armee in Italien ſind, und der Kontraſt, der in jeder dieſer Beziehungen zwiſchen der Armee in Italien und der in Ungarn ſtatt findet, muß ſchmerzlich auffallen, wenn man die Armeeberichte aus Italien mit jenen aus Ungarn vergleicht. Die Armee in Ungarn ſcheint dies ſelbſt zu fühlen und der Ruf nach der Führung Welden's wird dort immer allgemeiner. Uebrigens wird der Sieg von Novara auch einen Rückſchlag auf die Hoffnungen der Ungarn zur Folge haben. Komorn ſoll ſeine Unterwerfung angeboten haben, wenn man der Beſatzung Amneſtie garantirt, aber Fürſt Windiſchgrätz, der vor Allem konſequent ſein will, hat ſie zwar für die Gemeinen zugeſagt, aber für alle Offiziere abgeſchlagen. Sie ſollen mit oder ohne Uebergabe dem Kriegsrechte verfallen. Die Antwort der Feſtung auf dieſe Antwort war Kanonendonner von den Wällen und auch unſere Truppen erneuerten die Beſchießung, welche beinahe ohne Unterbrechung fortdauert. Bem ſcheint durch die ruſſiſche Verſtärkung in die Wallachei gedrängt worden zu ſein; man vermuthet aber, daß er auf einem anderen Wege wieder ſuchen wird, ſich mit dem ungariſchen Hauptheer zu vereinigen. Unſer Geſammtminiſterium iſt ſeit geſtern wieder hier und ſehr angelegentlich mit den ſüdſlawiſchen Zuſtänden beſchäftigt, welche täglich mehr den Charakter der Unzufriedenheit annehmen, ſo wie die Sprache der ſüdſlawiſchen Journale zuweilen ſchon eine drohende genannt werden kann. Was das neue Preßgeſetz betrifft, ſo glaubt man nicht, daß es für Wien während des Ausnahmszuſtandes Geltung erhalten wird, da die Preſſe keine der Erleichterungen, die daſſelbe gewähren könnte, genießt, wie das Beiſpiel des Redakteurs Schwarzer beweiſt, der nicht durch ein Preßgericht, ſondern durch die Central-Unterſuchungskommiſſion zum Stockhausarreſt verurtheilt wurde. Die Redakteure wollen deshalb auch die Kaution nicht ſtellen, ehe der Belagerungszuſtand aufgehoben.

** **Wien,** 30 März. Der Civil- und Militär-Gouverneur F.-Z.-M. Welden iſt heute nach Komorn abgereiſt, um den Angriff auf die Feſtung mit allem Nachdrucke zu eröffnen. Es verlautet hier auch, daß 30,000 Ruſſen in Siebenbürgen eingerückt ſein ſollen, die den General Bem gänzlich aufs Haupt geſchlagen hätten, ſo daß er ſich gezwungen ſah, ſich in die Wallachei zu werfen. Fünf ſeiner Oberoffiziere ſollen gehängt worden ſein. Der Bau der Fort's und Befeſtigungswerke um Wien herum ſoll in der nächſten Zukunft in Angriff genommen werden. Wir erinnern uns dabei unwillkürlich an die Befeſtigung von Paris, die unmittelbar dem Sturze der Julidynaſtie vorherging.

* **Wien,** 30. März. Vom Grätzer Gemeinderath ging eine Deputation an den regierenden Kaiſer nach Ollmütz ab, um den Dank für die verliehene Reichsverfaſſung darzubringen, und zugleich nach Prag an Kaiſer Ferdinand, um ihn zu bitten, ſeinen Aufenthalt in Grätz zu nehmen. Die Errichtung der Gensdarmerie für ganz Oeſterreich iſt definitiv beſchloſſen und es ſoll

dabei mit beſonderer Umſicht vorgegangen werden. Die Prager Univerſität iſt für ſelbſtſtändig erklärt und die daſelbſt graduirten Doktoren, Chirurgen, Geburtshelfer und Apotheker können in Wien die Praxis ausüben, ohne ſich, wie früher, an der hieſigen Hochſchule dem Repetitionsakte unterziehen zu müſſen. Die politiſche Eintheilung Niederöſterreichs iſt bereits vollendet. Jeder Kreis enthält ſechs Amtshauptmannſchaften. Die Provinz zerfällt in zwei Kreisregierungen. Ober- und Niederöſterreich ſammt Salzburg haben einen gemeinſamen Statthalter. In dem heutigen Wiener Amtsblatt wird die Aufſtellung eigener Miniſterialkommiſſäre zur Ueberwachung der Sicherheit und Regelmäßigkeit auf den Eiſenbahnen angeordnet. Die Gründe zur Verurtheilung des Exminiſters und Exredakteurs v. Schwarzer zu 48ſtündigem Stockhausarreſte werden nun von der Militäruntersuchungskommiſſion amtlich bekannt gegeben. Die gedachte Ahndung trifft ihn als verantwortlichen Redakteur wegen der Nachläſſigkeit in der Revidirung einiger Aufſätze, namentlich jenes vom 18. März, benannt: „Der Wahrheit eine Gaſſe“ und „Wochenkourier.“

△ **Berlin**, 1. April. Wie ſoll ich Ihnen die freudige Spannung ſchildern, welche hier alle Gemüther beherſcht! Das Erfreulichſte dabei iſt, daß unſere kleinlichen Parteiſtreitigkeiten für den Augenblick untergehen in der allgemeinen Begeiſterung. Daß der König die angebotene Kaiſerkrone annehmen ſolle, darüber wird die Stimmung mit jeder Stunde einiger. Selbſt die Neue Preußiſche Zeitung, die ſo eben noch auf das heftigſte ſchimpfte über die mit Koth und Blut beſudelte Krone von Goldpapier, welche man einem Könige von Gottes Gnaden anzubieten wage, ſpannt jetzt gelindere Saiten auf. Wir wollen auch ein einiges Deutſchland, beginnt ihr geſtriger Artikel, wir möchten gern einen deutſchen Kaiſer, aber wir wollen keine Einheit, die mit Bürgerkrieg beginnt. Die Voſſiſche und die Speneriſche Zeitung enthalten ſich wie billig in ſo wichtigen Dingen eine eigene Meinung zu haben.*) Die Speneriſche Zeitung bemerkt: „Es handelt ſich in dem vorliegenden Falle um nichts Geringes, um Angelegenheiten, bei denen das bloße patriotiſche Gefühl für Preußen oder für Deutſchland nicht ausreicht, es kommt auf die weiſe Berechnung und die kluge Vorausſicht des Staatsmannes an, um alle Eventualitäten in der Art abzuwägen, daß man der Erreichung ſeines hohen Zieles auch ſicher iſt. Jemehr nun hierbei die ganze Perſon Sr. Majeſtät von der Entſcheidung des Frankfurter Antrages betroffen wird, um ſo weniger halten wir es für geeignet, ſeinen Entſchließungen hierin vorzugreifen; denn“ — Ja, nun rathen Sie einmal den Grund, weshalb die Speneriſche Zeitung, um mit ihren eigenen Worten zu reden, die größte Zurückhaltung zugleich mit der tiefſten Erwägung einer Begebenheit empfiehlt, die man nicht ernſt genug auffaſſen kann, und es nicht angemeſſen findet, ſich darüber zu äußern. Warum verſtummt ſie? Rathen Sie! Doch Sie werden es nimmermehr errathen, was hinter jenem „denn“ folgt. „Denn — der König ſoll ja des ganzen Reiches Haupt und Spitze bilden!“ Die Nationalzeitung, das Organ der gemäßigten Linken, welche entſchieden für die Annahme ſpricht, bemerkt hierzu: „Wir meinen aber, es ſei gut, wenn die Stimme des Landes bei Zeiten ſich hören läßt, daß ſie lauter töne, als allerlei Einflüſterungen und zaghafte Bedenklichkeiten. Die Entſchließung, die der König zu faſſen hat, faßt er nicht blos für ſeine Perſon, ſondern als König von Preußen. Das Volk iſt nahe, ſehr nahe dabei betheiligt und es ſollte ſchweigen — bis es vielleicht „zu ſpät“ iſt?“ Die Stimme des Landes läßt ſich allerdings auch ſchon laut genug vernehmen. Die ſtädtiſchen Behörden haben ſich an die Spitze der Bewegung geſtellt, und bereits treffen Deputationen aus anderen Städten, preußiſchen, wie nicht preußiſchen hier ein, um dem König den Wunſch des Vaterlandes an's Herz zu legen. Die Mitglieder der beiden Kammern ſind eifrig mit den Berathungen über die dem König zu überreichende Adreſſe beſchäftigt. Es handelt ſich dabei mehr um die Form; in der Hauptſache iſt die große Mehrheit einig. Im Ausſchuſſe der zweiten Kammer wurden geſtern drei Entwürfe vorgelegt. Der Entwurf von Auerswald, welcher der deutſchen Sache begeiſtert ergeben iſt, ward nur mit zwölf Stimmen gegen zehn verworfen, und der Unruh'ſche angenommen. Am wenigſten Beifall erhielt der des Grafen Arnim-Boytzenburg. Dieſer, der Preußen eigentlich ſchon hinlänglich in Deutſchland aufgegangen glaubt, nachdem die Provinz Preußen zu Deutſchland geſchlagen, forderte Sr. Majeſtät auf, die Kaiſerkrone anzunehmen, nachdem eine Verſtändigung mit den deutſchen Fürſten erfolgt und g e w i ſ ſ e a n d e r e H i n d e r n i ſ ſ e hinweggeräumt wären. Dieſe anderen Hinderniſſe ſind bekanntlich das ſuſpenſive Veto und andere mißliebige Beſtimmungen der Verfaſſung. Wenn der König Bedingungen ſtellen wollte, gewiſſe Beſtimmungen aus der Verfaſſung zu ſtreichen, ſo muß man doch dabei ſich vorher fragen, ob es der gegenwärtigen Reichsverſammlung möglich ſein wird, dies zu bewerkſtelligen. Nach Allem, was wir hören, iſt ſie dazu keineswegs im Stande. Wir können es daher nur billigen, wenn die Deutſche Reform davon zurückgekommen iſt, ſolche Aenderungen in der Verfaſſung als Conditio sine qua non aufzuſtellen. Es ſcheint uns ſehr vernünftig, daß ſie jetzt vorſchlägt, eine Reviſion der Verfaſſung einem künftigen Reichstage vorzubehalten. Der Graf Arnim wird für ſeinen glatten doppelzüngigen Vorſchlag keine funfzig Stimmen auf der äußerſten Rechte kapern. Daß der König ſchon in Folge der ihm als preußiſchen Landesherrn obliegenden Pflichten gewiſſe Bedingungen ſtellen wird, iſt gar nicht anders zu erwarten, eben ſo, daß er auf freier Zuſtimmung der Fürſten beſtehen wird. Solche Bedingungen laſſen ſich erfüllen. Die Reichsgeſandtſchaft ſoll hier mit großem Pompe eingeholt werden, und Alles Mögliche ihr zu Ehren geſchehen. Der Berliner Spießbürger, was man kaum denken ſollte, iſt ganz für das Kaiſerthum. Dazu trägt namentlich die Hoffnung bei, mit der er ſich ſchmeichelt, der König werde ſich ausbedingen, daß Berlin ſeine Reſidenz bleibe. Und wenn es auch nicht ſein ſollte, ſo brauchten die Berliner nicht bange zu ſein. Washington iſt der Sitz der amerikaniſchen Regierung und ein kleines Neſt im Vergleich mit New-York und Philadelphia. Von ſonſtigen Tagesneuigkeiten, daß geſtern Abend eine Wahlmännerverſammlung, vor welcher Waldeck ſprechen wollte, auseinander getrieben, hier und da verbotene Waffen weggenommen und dergleichen, lehnt es ſich jetzt nicht zu reden. Die Eine Angelegenheit beſchäftigt Alle. Die Stimmung bei Hofe ſoll der deutſchen Sache günſtig ſein. Ja, man will wiſſen, die Annahme ſei ſchon im Miniſterrathe beſchloſſen, und die günſtige Gelegenheit der Kaiſerwahl ſolle auch zu der längſt wünſchenswerthen Amneſtie benutzt werden. Daran, daß der König den Kaiſertitel annehmen werde, darf wohl ſehr gezweifelt werden. Aber ſo viel iſt gewiß, die Gegner der deutſchen Einheit unterliegen. Man kann das an ihrer kleinlauten Sprache abnehmen. Die Conſtitutionelle Zeitung, welche bei Verkündigung der Verwerfung des Welcker'ſchen Antrages von fetter Schrift ſtrotzte, wie ſie denn überhaupt, vielleicht im Bewußtſein ihrer Magerkeit, eine große Vorliebe für fette Schrift hat, tritt jetzt mit der ganzen Behutſamkeit eines praktiſchen Staatsmannes und mit der Skepſis eines ſpekulirenden Philoſophen auf. Sie räth, ehe man ſich in Berlin entſcheide, erſt die Volksſtimme in München, Dresden, Leipzig, Stuttgart, Mannheim und Hannover zu hören. Man wird unwillkürlich an das hieſige Volkslied: „Geh' du voran!“ erinnert. Aber Berlin hat doch offenbar die größten Stiefel an.

Berlin. Von hier aus iſt eine in kameradſchaftlichem Tone abgefaßte Anerkennungsadreſſe mit der Unterſchrift des Prinzen von Preußen und der ſämmtlichen Offiziere des Gardekorps an den öſterreichiſchen Feldmarſchall Radetzky abgegangen. (C. Z.)

Berlin, 1. April. Mehrere in- und ausländiſche Deputationen ſind bereits hier eingetroffen, die den König zur Wahl eines deutſchen Kaiſers beglückwünſchen und bitten wollen, daß derſelbe dieſe Wahl nicht ablehnen möge. Ueber den Empfang der morgen (den 2. April) von Magdeburg aus Frankfurt a. M. hier ankommenden Deputation der deutſchen Nationalverſammlung Seitens der ſtädtiſchen Behörden iſt vorläufig Folgendes beſtimmt: Die beiden Magiſtratsmitglieder, Hohlfelder und Duncker, begrüßen gedachte Deputation heute (den 1. April) Abend in Magdeburg und begleiten ſolche mit einem Extra-Eiſenbahnzuge nach Berlin. Auf dem Eiſenbahnhof wird dieſelbe von Magiſtrats- und Stadtverordneten-Mitgliedern feierlich empfangen und von dort dann in 17 offenen Galla-Wagen durch die Leipziger- und Wilhelmsſtraße, die Linden entlang nach ihren für ſie unter den Linden bereits eingerichteten Wohnungen gefahren werden. Ein Theil der Tribüne im Opernhauſe, wo Feſtſtücke während des Hierſeins der Frankfurter Deputation zur Aufführung kommen ſollen, wird für dieſe hochverehrten Gäſte auch eingerichtet werden. In Hamburg iſt ein großer Kongreß von den Demokraten Norddeutſchlands. (C. Z.)

*) Wir bemerken, daß die Spener'ſche Zeitung in der deutſchen Frage früher ſehr anerkennungswerthe Artikel gebracht hat.

Digitized by Google

P. C. **Berlin**, 1. April. Der fliegende Buchhandel beſchäftigt ſich mit dem Vertrieb eines Gedichtes von Freiligrath: „Das deutſche Parlament" betitelt. Wir glauben, daß der Dichter ſeiner rothen Partei keinen böſeren Schaden zufügen konnte, als durch eine ſo maßloſe Sprache des wüthendſten Sansculotismus! Während die tolle Muſe den Mann ohne geſunden Menſchenverſtand am 23. Januar in Glückſtadt begeiſterte, hatte ſein ſogenanntes „Parlamentsgeſchmeiß" einen weit geſunderen Einfall, indem es die Reichsverfaſſung annahm und einen Kaiſer wählte. Wir rathen demnach Herrn Freiligrath an, einiges Eis auf ſein erhitztes Gehirn zu legen, damit dem Vaterlande ein ſo arg mißbrauchtes Talent erhalten bleibe. Wahrlich, es iſt ein ſaures Brod, Volksdichter in ſolchem Genre zu ſein!

A **Dresden**, 1. April. Geſtern gegen Abend wurde auf der Brühl'ſchen Terraſſe der aus der Wiener Oktoberrevolution bekannte Hr. Chaiſes (hier gewöhnlich Dr. Chaiſé genannt) verhaftet. Er iſt der Ausſtellung falſcher Wechſel beſchuldigt. Obgleich ihm hierher der üble Ruf eines ſittenloſen Menſchen (vor Jahren iſt er zu Peſth Inhaber eines Bordells geweſen) folgte, ſtand er dennoch wegen ſeiner Geſinnungstüchtigkeit bei den entſchieden Freiſinnigen in großen Ehren und das hieſige Organ der Demokratie verſuchte ſogar noch vorige Woche ihn gegen die Beſchuldigungen der Grenzboten und der Deutſchen Blätter, daß er während des Wiener Aufſtands öffentliche Gelder veruntreut habe, in Schutz zu nehmen.

Hannover, 1. April. Schon gegen 6 Uhr Abends wälzten ſich die Volksmaſſen dem Eiſenbahnhofe zu. Die große Halle war bald mit Reiſenden angefüllt. Auf dem Bahnhofe ſelbſt war die zahlreich erſchienene Bürgerwehr unters Gewehr getreten, und die ſchwarz-roth-goldenen Fahnen flatterten leiſe in den lauen Märzlüften. Als gegen 8 Uhr der ſehnlich erwartete Zug ankam, erſchallte ein brauſendes Hurrah, ein Hoch und abermals Hoch, das nicht enden wollte. Die Deputation ward auf dem Bahnhofe durch eine Rede des Bürgergenerals Holſcher empfangen, die von dem Reichsabgeordneten Bauer in herzlicher Weiſe erwiedert wurde. Fortwährender Jubel der Volksmaſſen. Dann begab ſich die Frankfurter Deputation zu ihrem Nachtquartier, dem britiſchen Hotel an der Calenberger Straße. Die Bürgerwehr und das jubelnde Volk folgten ihr. Es ſind unſere Vertreter, es ſind unſere Brüder und Freunde, riefen hundert und aber hundert Stimmen einander zu. Vor dem britiſchen Hotel umringte die immer größer werdende Schaar des Volkes und die Bürgerwehr die aus den Wägen ſteigenden deutſchen Abgeordneten. Präſident Simſon ſprach herrliche, zündende Worte zu dem lautlos horchenden Volke vom einigen freien deutſchen Vaterlande, von der großen Miſſion, welche der Deputation zu Theil geworden. Als er geendet, ſtieg ein unendlicher Jubel zum Himmel empor. Nun begab ſich die Deputation in den feſtlich geſchmückten Saal. Als darauf eben der alte würdige Lang I. aus Verden, welcher in unſerer Mitte erſchienen war, an der Tafel der Deputation ein herzliches Willkommen brachte, ihre weltgeſchichtliche Miſſion erwähnte, von der Nationalverſammlung redete, deren erſter Präſident er geweſen, erſchien unter den Fenſtern des Hotels ein glänzender Fackelzug, und mit ihm noch Tauſende von neuen Ankömmlingen. Die ſämmtlichen Vereine unſerer Stadt: der Volksverein, der neue vaterländiſche, der alte vaterländiſche Verein, der Arbeiterverein, der ſtädtiſche Verein, die Egeſtorff'ſchen Arbeiter ꝛc. waren in einem großartigen Zuge erſchienen, um der Frankfurter Deputation ihre Huldigung darzubringen. Nun redete zuerſt Rieſſer zum verſammelten Volke. Das große, freie und jetzt hoffentlich bald einige Deutſchland war der Gegenſtand ſeiner ſehr gelungenen Anrede. Er dankte zugleich für den begeiſterten Empfang in Hannover und brachte ſchließlich Deutſchland ein Hoch. Rauſchender jubelnder Beifall. Nun ſpielte die Muſik Arndt's: „Was iſt des Deutſchen Vaterland" und Tauſende von glühenden, hochſchlagenden Herzen ſangen dies ewig ſchöne Lied. Wie ſoll ich aber nun den Jubel ſchildern, der ausbrach, als der greiſe Sänger dieſes Liedes vor das Fenſter trat und zu den Verſammelten redete? Es iſt mir nicht möglich. Er hatte kaum geſagt: Als ich das eben geſungene Lied dichtete — — da konnte er in dem Jubelrufe des Volkes nicht weiter reden. Endlich konnte er noch Worte ſagen von dem edelſten Volke der Erde, von dem deutſchen Volke, und von den tapferen Cheruskern, deren Nachkommen die braven Hannoveraner. — Schließlich redete dann noch einer der Lieblinge des hannover'ſchen Volkes, Freudentheil von Stade. Er ſchloß mit den Worten: Deutſchland über Alles. Das Volk ſpendete ſeinem Lieblinge den herzlichſten Beifall. Dann ſpielte die Muſik: Schleswig-Holſtein meerumſchlungen", und das Volk brachte Lebehochs den „Grundrechten", „dem Präſidenten Simſon", „der Deputation," „dem Abgeordneten Freudentheil". Im Saale war inzwiſchen eine Deputation der oben erwähnten Vereine erſchienen, welche den einen Abgeordneten unſerer Reſidenz, Hrn. Gödeke, zum Sprecher ernannt hatte. Er begrüßte in wenigen Worten die Deputation, worauf Beſeler erwiederte, der ſchließlich dem Reiche und dem Kaiſer ein Hoch brachte. An der Tafel darauf noch viele Toaſte. Wachsmuth von Hannover: Heinrich Gagern! Biedermann von Leipzig: den deutſchen Volksvertretungen, namentlich der zweiten hannover'ſchen Kammer, die in der deutſchen Frage ſo muthig und kräftig gehandelt, Lang I., Freudentheil ꝛc. Grävenhorſt von Lüneburg: dem Präſidenten Simſon! Holſcher von Hannover: Arndt! Arndt: dem deutſchen Geiſte! Gödeke: Dahlmann! Dahlmann: dem Gelingen der Miſſion! Soiron: der Bruderliebe aller deutſchen Volksſtämme! Cohen von Hannover: der Reichsverſammlung und dem Wahlgeſetze ꝛc. — Es waren herrliche ſchöne Augenblicke, die wir verlebten! — Von Braunſchweig war eine Deputation erſchienen, um die Frankfurter Deputation ſchon hier zu begrüßen. Heute 9 Uhr ſind die Frankfurter weiter gereiſt und werden ſie in Magdeburg übernachten. (D.-P.-Z.)

△ **Mannheim**, 2. April. Heute ſollte die Deputirtenwahl ſtattfinden; allein es fanden ſich von 79 Wahlmännern nur 43 ein; eigentlich als Opponenten gegen die Wahl ſind indeß nur 23 zu betrachten, indem 2 ihren Wohnſitz veränderten (Hecker und Mathy), 2 in gerichtlicher Unterſuchung ſtehen (Struve ꝛc.) und 8 wegen Krankheit nicht erſcheinen konnten. Wie man verſichert, ſollen noch 5 bis 6 Abgeordnete ſich beſtimmt dahin ausgeſprochen haben, daß ſie austreten würden. Man nannte uns darunter außer Itzſtein, Metz, Chriſt, Welte ꝛc. auch den weiteren Abgeordneten unſerer Stadt, Sachs. Der Deutſch-Katholizismus gewinnt hier ſehr an Boden. Die Predigten des Pfarrers Krebs ſind ſehr beſucht und auch ein Theil des Militärs beſucht ſie ſehr häufig. Bei der badiſchen Infanterie iſt die Schärpe als Dienſtzeichen vereinfacht worden, bei der Reiterei und Artillerie fiel ſie ganz weg. — Ein ſoeben erſchienener Kriegsminiſterialerlaß beſtimmt, daß mit der Vermehrung der Cadres nun eingehalten werden ſolle.

▽ **Darmſtadt**, 2. April. Während hämiſche Inſinuationen hieſiger demokratiſcher Lokalblätter unverblümt genug zu verſtehen geben, daß man „höchſten Orts" oder dergl. nicht mehr der deutſchen Kaiſeridee zuneige, weil man dadurch ſeine Souveränetät gefährdet glaube, gab man dort heute wieder dem Publikum thatſächlich den Beweis, wie aufrichtig man der Centralgewalt anhängt. Das heutige Regierungsblatt enthält nämlich eine vom Großherzog unterzeichnete und von Jaup gegengezeichnete „Verordnung, die Verkündigung der Reichsgeſetze betr.," vom 31. v. M., im Weſentlichen des Inhalts: Daß die bisher im Reichsgeſetzblatt verkündeten Reichsgeſetze nach Art. 3 des Reichsgeſetzes vom 27. Sept. v. J. und nach der im Auftrag des Großherzogs verkündigten Miniſterialbekanntmachung vom 18. Oktober v. J. im großherzoglichen Regierungsblatte, auch ohne jedesmalige beſondere Verkündigung in letzterem, verbindende Kraft für das Großherzogthum erlangt hätten. Die Stände hätten dieß mit dem Großherzog unbedingt anerkannt und dabei an die Staatsregierung das Erſuchen gerichtet, die Reichsgeſetze namentlich zum Zwecke größerer Verbreitung ihrer Kenntniß zugleich durch das Regierungsblatt verkündigen zu laſſen. Dieſem Erſuchen iſt nun vom Großherzoge, unbeſchadet des Art. 3 im Reichsgeſetze vom 27. Sept. v. J., willfahrt worden. Geſtern fand, vom vaterländiſchen Verein in Bensheim angeregt, eine Verſammlung vaterländiſcher Vereine, beſonders auch vom Lande, in Auerbach an der Bergſtraße Statt.

Wiesbaden, 31. März. So eben verlaſſen wir die 94. Sitzung unſerer Abgeordnetenkammer und können dem Lande und allen Freunden der Schwurgerichte die freudige Nachricht mittheilen, daß endlich nach langen und heftigen Debatten über den nach langen und ſchweren Geburtswehen zur Welt gekommenen ſtändiſchen Entwurf, der Regierungsentwurf, mit wenigen unerheblichen Abänderungen, durch unſere Kammer mit 28 Stimmen gegen 3 Stimmen (Siebert, Lang und Gödecke) angenommen worden iſt. Wir ſind mit den Ergebniſſen im Ganzen zufrieden und wollen

№ 93. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 3. April 1849.

Ueberſicht.

Adreſſe der erſten und zweiten Kammer an den König von Preußen.

Die Reiſe der Reichsgeſandtſchaft.

Deutſchland. München (Das preußiſche Erbkaiſerthum.) Leipzig (Die Kammern und das Land. Emanzipation der Juden in Leipzig.) Aus Baden (Die Stimmung des Landes über die Kammerauflöſung.) Gerlachsheim (Die Eindrücke der Kaiſerwahl.) Darmſtadt (Adreſſe an die Nationalverſammlung und an Gagern.) Von der heſſiſch-preußiſchen Gränze (Eine Adreſſe nach Berlin.)

Frankreich. Paris (Ein neuer Apoſtel. Die Stellung des Miniſteriums. Die Vertagung der Nationalverſammlung. Das Wahlkomite der Rue Poitiers. Die Republique den Soldaten verboten.

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Aus der ungariſchen Armee.) Lemberg (Fremdenpolizei mittelſt Kriegsrecht.)

Griechenland. (Griechenland und die Türkei.)

Deutſchland.

Frankfurt, Auf telegraphiſchem Wege iſt folgende Nachricht aus Berlin hier eingetroffen:

Adreſſe der erſten Kammer, einſtimmig angenommen in der Sitzung vom 2. April:

Königliche Majeſtät!

Den Wünſchen und ahnungsvollen Erwartungen, welche wir noch in jüngſter Zeit über Deutſchlands neue Geſtaltung und den Beruf Preußens, dazu in beſonderer Weiſe mitzuwirken, vor Euer Majeſtät ausgeſprochen haben, ſind mit raſchem Schritte entſcheidende Ereigniſſe gefolgt. Die zu Frankfurt a. M. verſammelten Vertreter der deutſchen Nation haben Friedrich Wilhelm den Vierten, König von Preußen, wir ſagen mit erhebendem Gefühl unſeren König, zum erblichen Kaiſer der Deutſchen feierlich gewählt. Dieſe Botſchaft hat uns auf das Tiefſte ergriffen. Wir ſehen durch dieſe Wahl, welche das Haus Hohenzollern zur Oberleitung unſeres deutſchen Vaterlandes berufen, das Vertrauen beſiegelt, welches ſich Preußen und ſein König im Streben und Kämpfen für Deutſchlands Intereſſen und Ehre errungen haben. Auch wir wünſchen und vertrauen, daß Euer Majeſtät ſich der Erfüllung der Hoffnungen der Nation nicht entziehen und in Ihre ſtarke Hand die Leitung der Geſchicke des Vaterlandes nehmen werden. Wir erkennen die Schwierigkeit der Fragen, die dabei zur Erwägung kommen. Die Verſtändigung mit anderen deutſchen Regierungen, der Inhalt mehrer in die Reichsverfaſſung aufgenommenen Beſtimmungen, die Anforderungen und Opfer, welche für Preußen aus dieſer neuen Stellung erwachſen können, wiegen in der Waagſchale der Entſcheidung, deren das deutſche Volk ſehnſüchtig harrt. Wir vertrauen jedoch, daß es der Weisheit Eurer Majeſtät und Ihrer Hingebung an die Sache der deutſchen Einheit gelingen werde, dieſe Schwierigkeiten zu überwinden und in Uebereinſtimmung mit der deutſchen Nationalverſammlung und mit den deutſchen Regierungen eine Centralmacht zu begründen, die ſtark genug ſei, eben ſo ſehr nach Außen hin Deutſchland mit Recht und Würde zu wahren, als im Innern die Gerechtigkeit, Ordnung und geſetzliche Freiheit zu ſchirmen und zu befeſtigen.

Königliche Majeſtät! Es treffen Bewegungen und Ereigniſſe in außerordentlicher Weiſe zuſammen, womit ſich der Beginn neuer großer Epochen kund giebt. Die Fügung, wodurch Eurer Majeſtät zur Eröffnung einer ſolchen der Beruf wird, bringt vorzüglich eine ſchwere Bürde und Verantwortlichkeit mit ſich. Das Gefühl derſelben erhöht den Ernſt der Stunde der Entſcheidung. Um ſo mehr iſt es an uns, hier die Zuverſicht auszuſprechen, daß unſer Volk ſeinem Könige mit vollſter Kraft und Begeiſterung in Allem zur Seite ſtehen werde, was Derſelbe zur Ausführung der zu übernehmenden großen Pflichten zum Heile Deutſchlands für nothwendig erkennen wird. Berlin, den 2. April 1819.

Ferner iſt folgende Nachricht hier eingetroffen:

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer iſt das nachſtehende Amendement zu dem Adreßentwurfe der Kommiſſion mit 156 gegen 151 Stimmen angenommen worden:

„Königliche Majeſtät!

Noch ſind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preußiſchen Volkes vor dem Throne Euer Majeſtät ihre Hoffnung für die Zukunft Deutſchlands ausſprachen, und ſchon iſt durch die dringenden Ereigniſſe der entſcheidende Augenblick gekommen, von welchem Deutſchlands Geſchick ſeine Löſung erwartet. Es iſt das Vertrauen der Vertreter des deutſchen Volkes, welches Euer Majeſtät zu der glorreichen Aufgabe beruft, das erſte Oberhaupt des wieder erſtandenen Deutſchlands zu ſein und mit ſtarker Hand die Leitung der Geſchicke des Vaterlandes zu übernehmen. Wir verkennen nicht den Ernſt der Stunde, das ſchwere Gewicht unabweisbarer Erwägungen. Im Angeſichte aber der unberechenbaren Gefahren, wenn inmitten des in allen ſeinen Fugen erſchütterten Kontinents Deutſchland ohne lenkende Hand den ſtreitenden Bewegungen der Zeit überlaſſen bleibt, vertrauen wir Euer Majeſtät Weisheit und Hingebung für die Sache des Vaterlandes, daß Sie den rechten Weg erkennen und alle Schwierigkeiten überwinden werden. Wir legen ehrfurchtsvoll die Bitte an Ew. Majeſtät königliches Herz: Sich dem Rufe der deutſchen Nationalverſammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutſchen Volkes erfüllen zu wollen.

Berlin, den 2. April 1849.

(gez.) v. Vinke. Menzel. Ulrich. Ulrichs.
Lenſing. Wiethaus.

C **Hannover,** 31. März. In bedeutend gehobenerer Stimmung ſchreibe ich Ihnen heute als geſtern. Wenn der erſte Tag unſrer Reiſe, den Rhein entlang, Manches zu wünſchen übrig ließ rückſichtlich der uns entgegenkommenden Theilnahme der Bevölkerung, ſo hat der zweite nicht allein dieſen Mangel vollſtändig ausgeglichen, ſondern eine ſolche Summe freudiger und wahrhaft erhebender Begegniſſe über uns ausgeſchüttet, daß wir uns dadurch ſchon vollkommen befriedigt fühlen könnten, auch wenn nicht dieſe Bewegung der begeiſtertſten Theilnahme, die uns heut auf ihren Wogen von Ort zu Ort getragen hat, allem Anſchein nach fort und fort noch im Wachſen begriffen wäre.

Doch, ich muß zuerſt noch einen Vorgang vom erſten Tage nachholen, der nach zwei, freilich ſehr entgegengeſetzten Seiten hin, die Betheiligung Kölns an unſerer Sendung uns manifeſtirte. Als wir daſelbſt in unſerem Hotel abgeſtiegen waren, ward uns angezeigt, daß eine Deputation des Bürgervereins uns noch begrüßen werde. Dieſelbe kam auch, aber ihr voraus ging, oder vielmehr es begleitete ſie bis ans Hotel und ſuchte ihren Eintritt zu uns zu verhindern ein lärmender Haufe, dem Anſchein nach meiſt aus Gaſſenbuben und Leuten des gemeinſten Schlages beſtehend, der dann vor unſern Fenſtern eine förmliche, gut und lange unterhaltene Katzenmuſik, mit allerhand Schimpfworten untermiſcht, anſtellte. Wohl eine gute Viertelſtunde dauerte dieſer wüſte Lärmen fort, bis endlich Militär anrückte, um die Ruhe herzuſtellen und die Abgeordneten der deutſchen National-Verſammlung vor den Beleidigungen des ſouveränen Volks zu ſchützen. Nach hergeſtellter Ruhe trat endlich die Deputation zu uns ein und begrüßte uns in herzlichen, das aufrichtigſte Intereſſe an unſrer hohen Sendung athmenden Worten, welche unſrerſeits durch die Herren Arndt, Rieſſer und Beſeler erwiedert wurden, da der Präſident, der ſchon auf der Reiſe unwohl war, ſich ſofort hatte zurückziehen müſſen.

Ich kehre von jenem ſchmerzlichen Intermezzo — ſchmerzlich, nicht weil es uns betroffen, ſondern weil es die Rohheit der leicht verführbaren Maſſe und die noch größere Rohheit derer, die ſie zu ſo Etwas verführen, auf bedauerliche Weiſe enthüllt — von jenem Skandale, den ein Kölner Bürger treffend den Todesſchrei der Partei nannte, die mit dieſem letzten ohnmächtigen Mittel einer politiſchen Strömung, welche ſie vernichten muß, ſich entgegenwerfen will; ich kehre doppelt gern davon zurück zu der Schilderung der lauten, allgemeinen, ebenſo ungekünſtelten als herzlichen Theilnahme der Bevölkerung der Gegenden, die wir heute mit dem Dampfwagenzuge von Köln hierher durchflogen ſind. Einzelnes aufzuzählen, verſagt ſich mir die Zeit. Sie werden ja auch wohl aus den einzelnen Orten Berichte über unſern Empfang erhalten; ich nenne daher nur als die Orte, wo dieſer Empfang der glänzendſte und erhebendſte war, — mit dem Bemerken jedoch, daß auch die kleinern, die kleinſten Orte mit dieſen größern an reger Theilnahme wetteiferten — Düſſeldorf, Dortmund, Bielefeld,. Minden, Bückeburg, vor Allem aber Hannover, wo ein wahrhaft endloſer Jubel uns empfing und in allen nur möglichen Geſtalten feſtlicher

Kundgebung, Aufſtellung der geſammten Bürgerwehr, zahlloſen Vivats der Menge, die alle Plätze und Straßen erfüllte, durch die wir fuhren, Fackelzug und Deputation uns von unſerer Ankunft bis ſpät in die Nacht hinein umgab. Von Braunſchweig erwartete uns hier ebenfalls eine Deputation, die uns nach Braunſchweig begleiten wird. Eine andere Deputation iſt bereits von Braunſchweig nach Berlin abgegangen, um den König zur Annahme zu bewegen.

⚌ **München**, 31. März. Es war geſtern Vormittags gegen 11 Uhr, als die frankfurter Poſten und Zeitungen ankamen, und bereits vor 12 Uhr konnte man es an der Phyſiognomie der Stadt erkennen, daß dieſe von einer wichtigen Nachricht bewegt ſei. Ueberall Gruppen von eifrig ſprechenden Männern vor den Thüren der öffentlichen Orte; hier und da auch jene Leute, welche ſonſt ganz unbekümmert um die Weltgeſchichte ihr Tagewerk abthun, in eifrigem Geſpräch; bedenkliche, verdutzte Geſichter, wenig eigentlich freudiger Ausdruck. Das deutſche Erbkaiſerthum im Hauſe Hohenzollern war alſo nun doch eine Thatſache! In den Leſekabinetten, welche übrigens hier noch meiſtentheils den ſtillen Styl von 1847 haben, war natürlich bis zum ſpäten Nachmittag zu keinem frankfurter Blatt zu gelangen. Aber an den Mittagstafeln wurden dagegen auch die näheren Umſtände der Wahl ſchon bekannt. Wahres mit Falſchem vermiſcht, je nach der Partei, deren Vertreter erzählte. Am ergötzlichſten erſchien eine Offiziertafel, deren Mitglieder faſt durchſchnittlich den Hofkreiſen angehören. Die Wahl ſelbſt wurde dort mit jener ſouverainen Geringſchätzung der Nationalverſammlung aufgefaßt, welche empörend ſein könnte, wenn ſie nicht zum Bedauern lächerlich wäre. Ein Coup de main, rien de plus, klang's einmal in dem beliebten halbfranzöſiſchen Salonjargon, welcher als Zeichen der hoffähigen Vornehmheit hier noch keineswegs erſtorben iſt. Und in dieſem mit ſtillem, verſtändigem Beifallnicken aufgenommenen Worte lag doch der volle Beweis der politiſchen Bildungshöhe dieſer Leute. Faſt noch komiſcher als jene affektirte Geringſchätzung des Beſchluſſes war jedoch der Eifer, womit man ſich auf die immer wiederkehrende Erwähnung der 248 Nichtſtimmenden warf. Und beiläufig fand man, der König von Preußen werde ſeiner Ehre etwas vergeben, wenn er überhaupt und irgendwie auf den Antrag der Reichsverſammlung eingehe. Auch brauche er jetzt Oeſterreich mit ſeinem Heere gegen die drohenden Ruſſen zu nöthig, (hört: Oeſterreich gegen Rußland!) um ſelbſt dann die Kaiſerkrone anzunehmen, wenn die ſich ihm anſchließenden Staaten ihre Beiſtimmung gäben. Ein kecker Lieutenant war es endlich, welcher das unbequeme Geſpräch auf die ſardiniſchen Erfolge Oeſterreichs und damit in ein bequemes Fahrwaſſer lenkte, wo man wieder mit den alten oftgebrauchten Phraſen von Heereskraft, Ruhe, Ordnung, Halt der Monarchie ꝛc. tapfer zu ſegeln vermochte. Verzeihen Sie die Ausführung dieſer Tiſchgeſpräche; indeſſen ſcheinen ſie mir charakteriſtiſch; man lernt die Leute am Beſten kennen, wenn man ſie reden hört. So auch am Nachmittag, nachdem man an einigen Straßenecken rieſenhafte Plakate mit den Worten erblickt hatte: „Deutſches Volk! Die Nationalverſammlung hat am Mittwoch, 28. März, Nachmittag 3/4 auf 3 Uhr den König von Preußen Friedrich Wilhelm IV. zum Kaiſer der Deutſchen gewählt.“ Da ſaßen in einem Kaffeehauſe Männer der ſtrengkatholiſchen Partei beiſammen, und ſprachen's ziemlich laut, da ſie die Aufmerkſamkeit der Ab- und Zugehenden gewahrten, wie es jetzt offenbar ſei, daß durch die preußiſche Kaiſerpartei der Katholiziſmus vom Proteſtantiſmus beherrſcht werden ſolle. Das ſei ja ſchon klar aus den Abſtimmungen der Baiern. Die für Friedrich Wilhelm geſtimmt hätten, ſeien ſämmtlich Proteſtanten. In denjenigen Kreiſen endlich, welche um jeden Preis einen vollen Bankerott der Reichsverſammlung nachweiſen möchten, ward auf Inkonſequenz zwiſchen dem Abweis des Welckerſchen Antrags und der jetzigen Wahl hingewieſen. Natürlich blieben die abändernden und bedingenden Nebenumſtände beider Beſchlüſſe unberührt. Obgleich ich Ihnen wohl auch freudigere Symptome melden könnte, ſo muß ich doch geſtehen, daß ſich dieſe nur auf engere Kreiſe beſchränken. Im Allgemeinen lebt die ſtille Hoffnung in Altbaiern, der König von Preußen werde höchſtens eine Reichsſtatthalterſchaft übernehmen. Alſo wieder ein Proviſorium, und dies lieber als die feſte Entſcheidung. Eine offizielle Aeußerung über das Ereigniß iſt natürlich noch weder erfolgt, noch bekannt. Indeſſen weiß man, daß das Miniſterium bereits auf den Fall vorbereitet war. Es ſoll nun daſſelbe ein Manifeſt beabſichtigen, worin es ſich überhaupt über die Behandlung ſeiner Anträge zu Frankfurt ausſpricht, und nach der bisherigen Haltung Baierns zu urtheilen, iſt natürlich eine herbe Kritik zu erwarten. Auch ſoll indeſſen in dieſem Manifeſte hervorgehoben werden, wie Baiern ſpeziell der öſterreichiſchen Erklärung gegenüber, an einem Volkshauſe neben dem Staatenhauſe feſtgehalten habe. Die Rede für Lerchenfeld, Reichsſtatthalterſchaft und gegen den Erbkaiſer in der heutigen Allgemeinen Zeitung, deren Chiffer über den Verfaſſer keinen Zweifel läßt, gibt endlich die Ueberzeugung des einen Redakteurs. Man fand ſie hier ſowohl in den beiſtimmenden als in den gegneriſchen Kreiſen zu unentſchieden, um irgend wirkſam zu ſein. Und vor Allem: ſie kam zu ſpät. Die That iſt geſchehen, wir müſſen nun auch den Muth haben ihren Konſequenzen entgegenzuſehen. Wär's ſelbſt ein Krieg — nun wohl, ſo wird er doch der unſeligen Schwankung und Unentſchiedenheit aller Verhältniſſe, der allmählich immer mehr um ſich greifenden Nervenlähmung des geſammten deutſchen Lebens, ein Ende machen. Darauf waren wir vorbereitet, daß das neue deutſche Reich ſein Leben nicht hinter den geſchloſſenen Pforten des Janustempels werde einleiten können.

*** **Leipzig**, 30. März. Wir haben ſeit Mittwoch Ausſicht, es werde innerhalb unſrer Kammer ſelbſt etwas verſtändiger werden. Der Antrag des Herrn Tzſchirner und Genoſſen, den Rücktritt des zeitweiligen Miniſteriums zu verlangen, hat in das Lager der „entſchieden Freiſinnigen“ Zwietracht gebracht. Die Herren haben ſich gegenſeitig ſo ſchlimme Dinge vorgeworfen, ſind ſo leidenſchaftlich, um einen milden Ausdruck zu gebrauchen, gegeneinander geworden, daß ein Bruch kaum zu vermeiden ſein dürfte. Dadurch kann vielleicht das Miniſterium eine ziemlich ſtarke Stütze erhalten. Im Lande wird die Stimmung auch von Tag zu Tage aufgeregter gegen die dermaligen Vertreter des Volkes und oft zwar in Gegenden, wo man es am wenigſten erwarten ſollte. So hat vorgeſtern der Bürgerverein in Freiberg, wo bekanntlich der Volksheld Erbe kürzlich erſt für Frankfurt gewählt wurde, eine ſehr entſchiedene Mißtrauens-Adreſſe an die ſächſiſchen Kammern erlaſſen; ein Beiſpiel, das ſchnelle Nachfolge finden wird. Freilich wird der Präſident der 2. Kammer dieſe und ähnliche Adreſſen wieder mit dem Namen „Schandſchriften“ belegen, indeß ſelbſt ihm wird es auf die Dauer ſchwerlich gelingen, das Sprüchwort „vox populi, vox Dei“ unwahr zu machen. Unſere Stadtverordneten haben am Mittwoch im Hinblick auf die Grundrechte des deutſchen Volkes einſtimmig beſchloſſen, daß fortan Iſraeliten, die das Bürgerrecht in unſerer Stadt nachſuchen, nicht mehr einer beſondern Dispenſation ihres Glaubens wegen bedürfen.

△ **Aus Baden**, Ende März. Die Kammer iſt wieder beiſammen und in beſchlußfähiger Zahl beiſammen: der förmliche Austritt einiger, das Ausbleiben mit oder ohne Urlaub anderer Mitglieder der radikalen Partei hat, trotzdem auch die gleichzeitigen Sitzungen der Nationalverſammlung in Frankfurt der badiſchen Volksvertretung manche Kräfte entziehen, den gehofften Erfolg nicht gehabt. Nur wenige Bezirke haben ſich geweigert, die nöthigen Erſatzwahlen vorzunehmen, ſelbſt in Mannheim wird vielleicht doch noch an Brentano's Stelle neu gewählt werden; beſonders bezeichnend aber iſt ein Vorgang, der ſich in dieſer Beziehung im Oberlande, dem eigentlichen Heerde der revolutionären Bewegungen der letzten Zeit, zugetragen. Der Abgeordnete Kiefer, der Geſinnungsgenoſſe Brentano's und v. Itzſtein's, hatte ſich an ſeinen Wahlbezirk Kenzingen mit der ſchriftlichen Anfrage gewandt, ob er ferner in der Kammer bleiben oder austreten ſolle; ſtatt der erwarteten freudigen Zuſtimmung zu dem patriotiſchen Schritte des Austrittes erhielt er von der Majorität der Wahlmänner wörtlich die folgende Antwort: Es werde von ihnen die Anſicht einer gewiſſen Minorität des Landes, welche ſich in Bittſchriften für eine Kammerauflöſung ausgeſprochen habe, nicht getheilt; durch neue Wahlen und Wahlumtriebe müſſe vollends alles Vertrauen zu Grunde gehen; ſie ſeien mit dem bisherigen Verfahren der Kammermehrheit im Allgemeinen zufrieden und müßten wünſchen, der Abgeordnete ihres Wahlbezirks möge für die Dauer des Landtags ſein Mandat beibehalten, und durch Thätigkeit und wechſelſeitige Verſtändigung gegenſeitiges Vertrauen und dadurch das ſittliche und materielle Wohl des Vaterlandes begründen und fördern helfen; ſollten jedoch ihre Wünſche in dieſer Hinſicht der politiſchen Richtung des Herrn Abgeordneten ſo ent-

gegentreten, daß dabei ſeine Ueberzeugung verletzt werde, ſo möge er ſein Mandat niederlegen, damit der Bezirk durch eine ſchleunige Wahl verhindern könne, bei den jetzigen wichtigen Verhandlungen in der zweiten Kammer nicht vertreten zu ſein. So die Majorität der Wahlmänner; die Minorität ließ, weil ſie die oben ausgedrückte Zufriedenheit mit dem Wirken der Kammer nicht theilte, eine beſondere Antwoet abgehen; dieſe Antwort lautete aber dahin, daß man entſchieden gegen eine Auflöſung der Kammer proteſtire, und daß der Herr Abgeordnete, wenn er in dieſer Hinſicht nicht derſelben Anſicht und nicht entſchloſſen ſei, nach Kräften zur Wiederkehr der Ruhe und Ordnung beizutragen, austreten möge, damit ſofort eine neue Wahl veranſtaltet werden könne.

So denkt und ſpricht man in dem aufgeregteſten Theile des Landes. Jeder fühlt allmälig, daß der Sieg jener wahnſinnigen Partei, welche die verbrecheriſch-lächerlichen Attentate des vorigen Jahres gewagt, nicht die Freiheit erringen oder gewährleiſten, wohl aber die Geſellſchaft und die Grundlagen der Geſellſchaft vernichten würde. Die Sprache der Organe der Partei läßt keinen Zweifel darüber, daß man zu Gunſten derer, welche ſie das „Volk" nennt, abzurechnen und gründlich abzurechnen gedenkt mit dem Beſtehenden und ſeinen Vertheidigern. „Laßt ſie machen" — ſagt die Mannheimer Abendzeitung, nachdem ſie die entſetzliche Nachricht mitgetheilt, daß die Regierung ſich nicht geſcheut, das hinterlaſſene Vermögen eines flüchtigen Freiſchärlers mit Beſchlag zu belegen — laßt ſie machen! Der Tag der Abrechnung naht heran! Seid nur zufrieden, ihr, die ihr leidet und Opfer bringet für die heilige Sache des Volks: das Volk wird euch nicht im Stiche laſſen. Wir haben keinen Rechtszuſtand mehr, der Stärkere iſt Meiſter, nur die Republik kann uns retten." Retten, ja, retten vor der Ahndung der beleidigten Geſetze.

⊙ **Gerlachsheim**, im Taubergrunde, den 30. März. Die geſtern Nachmittag hier angelangte Nachricht von der Wahl des erblichen Kaiſers der Deutſchen wurde hier mit großem Jubel aufgenommen und Abends durch Kanonendonner und Muſik gefeiert. Auch von auswärts hörten wir den ganzen Nachmittag Kanonendonner, ein Beweis, daß das Volk einverſtanden iſt mit der That der Nationalverſammlung, obgleich unſer Abgeordneter Damm von Tauberbiſchofsheim gegen die Erblichkeit geſtimmt und bei der Wahl des Kaiſers ſich der Abſtimmung enthalten hat.

△ **Darmſtadt,** 31. März. Die Ereigniſſe der letzten Woche hatten die Veranlaſſung zu einer außerordentlichen Verſammlung unſers hieſigen vaterländiſchen Vereins gegeben, welche geſtern Abend Statt fand. Die vorgelegten Entwürfe von Adreſſen an die deutſche Nationalverſammlung und den Präſidenten des Reichsminiſteriums wurde längere Zeit und theilweiſe lebhaft berathen. In dem erſten entfernte die Verſammlung mit anſehnlicher Mehrheit eine Stelle, welche mit ſcharfen Ausdrücken auf das unverweilte Austreten der Oeſterreicher aus der Nationalverſammlung drang und entſchied ſich dagegen für eine mildere. Im Uebrigen adoptirte die Verſammlung die Vorſchläge des Ausſchuſſes hinſichtlich beider Adreſſen. Sie lauten:

1) „Hohe Nationalverſammlung! Als vor wenigen Tagen die Kunde von der Niederlage erſcholl, welche der Welcker'ſche Antrag bei den Vertretern des deutſchen Volkes erlitten hatte, da trauerten die Freunde des Vaterlandes um die neue ſchwere Wunde, welche der Macht und Einheit deſſelben geſchlagen worden. Vernichtet glaubten wir wiederum das große Werk, um deſſen Errichtung die geſammte Nation ſo lange vergeblich gerungen, vernichtet durch jene Oeſterreicher, welche leider bis jetzt den rechten Weg der Einigung mit dem geſammten deutſchen Vaterlande und ſeinen unabweisbaren Intereſſen nicht gefunden haben, vernichtet durch jene Ultramontanen, deren finſtere Macht die Größe der Nation der Kirche zu opfern trachtete, vernichtet durch jene Partikulariſten, deren politiſche Engherzigkeit die Größe der Zeit nicht zu faſſen vermochte, vernichtet endlich durch jenen Theil der Linken, der für die Gefahr des Vaterlandes nur Spott und Hohn zu haben ſchien. Wir fürchteten aufs Neue, das deutſche Volk jener Schmach und Zerriſſenheit preißgegeben zu ſehen, deren Erinnerung uns mit Zorn und Scham erfüllt. Wohl unſerem Volke! daß dieſe Furcht eine eitle geweſen, daß in der letzten entſcheidenden Stunde der Genius des Vaterlandes ſichtbarlich über ſeinen Vertretern gewaltet! Das geſammte Verfaſſungswerk iſt dem deutſchen Volke verkündet, Friedrich Wilhelm der Vierte von den Vertretern der Nation durch freie Wahl zum Kaiſer der Deutſchen erwählt worden und ſomit das Banner erhoben, welches das Vaterland zur Größe und Freiheit führen ſoll! Wir, die wir, ſo viel an unſerer Kraft lag, für die Erhebung dieſes Banners gewirkt und geſtrebt haben, wir werden ihm hohen und freudigen Muthes folgen, und nicht raſten noch ruhen, bis es auf dem Tempel der deutſchen Freiheit und Einheit aufgepflanzt iſt, der Nation ein ſichtbares Zeichen ihrer Auferſtehung! „Die Nationalverſammlung ſpricht das feſte Vertrauen aus, daß die Fürſten und Volksſtämme Deutſchlands großherzig und patriotiſch in Uebereinſtimmung mit der Nationalverſammlung die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beſchlüſſe mit aller Kraft fördern werden." Uns drängt es, in dieſen Tagen der ernſten Freude über einen großen Sieg der Nationalverſammlung die heilige Verſicherung zu geben, daß dies Vertrauen, ſo viel an uns iſt, nicht getäuſcht werden wird! Wir ſtehen feſt und unerſchütterlich zu ihr mit dem theuer gewordenen Rufe: „Gott mit Deutſchland und ſeinem neuerwählten Kaiſer!"

2) „An den Präſidenten des Reichsminiſteriums. Unſer Jubel über die letzte entſcheidende Wendung der Dinge verwandelt ſich Ihnen gegenüber, hochverehrter Mann, in das Gefühl des wärmſten Dankes für den großartigen Antheil, welchen Sie an dieſer glücklichen Vollendung nahmen. Sie haben ſchon im Anfang des verfloſſenen Jahres in der hieſigen Kammer den Plan geltend gemacht, welcher jetzt ſiegreich aus dem parlamentariſchen Kampf hervorgegangen iſt. Sie haben ſchon im Februar v. J. ausgeſprochen: „Deutſchland bedarf einer einheitlichen monarchiſchen Führung, die ſich, um ſtark zu ſein, auf den Beirath des Volkes ſtützen muß." Sie haben am 24. März 1848 in unſrer Kammer die Anſicht verfochten, daß die Krone Preußen berufen ſei, an der Spitze Deutſchlands zu ſtehen. Sie haben es damals ſchon geſagt: „Oeſterreich iſt darauf angewieſen, ſich ſelbſt zu konſtituiren. Wir aber können bis dahin nicht die Hände in den Schooß legen. Wir müſſen voranſchreiten zur Konſtituirung Deutſchlands, Oeſterreich überlaſſend, künftig ſeine Stelle darin ſelbſt zu finden." Sie haben als Präſident des Reichsminiſteriums ſich um die Neugeſtaltung Deutſchlands unermeßliche Verdienſte erworben. Sie haben der Nation Vertrauen auf eine glückliche Löſung eingeflößt, durch die energiſche Politik, mit welcher Sie der öſterreichiſchen Intrigue entgegentraten, durch jenes großartige Wort: „Die Hoffnung, wo ſie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen ſei, den ſtarken Bundesſtaat mit dauerhafter, einheitlicher, oberſter Gewalt in der Geburt zu erſticken und durch ein Surrogat zu erſetzen, das dem alten Bundestag mehr oder weniger ähnelt, dieſe Hoffnung wird zu Schanden werden." Dieſe Hoffnung iſt zu Schanden geworden, der Bundesſtaat iſt gegründet und Deutſchland wird eine einheitliche monarchiſche Führung haben. Noch iſt die deutſche Verfaſſung nicht verwirklicht, noch die Krone nicht angenommen, noch iſt nicht jede Gefahr beſeitigt. Aber wie auch die Geſchicke Deutſchlands fallen — Ihr Name wird von den Patrioten Deutſchlands immer nur mit Stolz und Dank genannt werden."

* Wir haben die vorſtehende Adreſſe, als den erſten Ausdruck der Stimmung vorausſichtlich der überwiegenden Mehrheit des deutſchen Volkes über die **That** der Nationalverſammlung vollſtändig mitgetheilt: wir werden uns für die Zukunft meiſtens darauf beſchränken müſſen, die eingehenden Adreſſen einfach zu conſtatiren. Schon ſind uns weitere Adreſſen, aus Mannheim vom neuen vaterländiſchen Verein und abermals aus Darmſtadt vom konſtitutionell-monarchiſchen Verein zugeſandt worden.

* **Von der Heſſiſch-Preußiſchen Grenze.** Aus Biedenkopf im Großherzogthum Heſſen und aus Laasphe im Kreiſe Wittgenſtein (Weſtphalen) iſt am 30. März eine Adreſſe an den König von Preußen abgegangen, von welcher wir hier den Schluß mittheilen: „Nicht wollen wir in den ungemeſſen Jubel, der heute unſere Bruſt durchzieht, den lähmenden Gedanken fallen laſſen, daß Ew. Majeſtät durch den Drang der Umſtände Sich bewogen ſehen könnten, die von dem Volke dargebotene Krone abzulehnen. Nein ſie iſt ſchon Ihr eigen, ſie iſt das Erbe des Hauſes Hohenzollern, das Attribut ſeines ſtolzen Wahrzeichens, ſeines Adlers, der aus dem Schwabenlande ſonnenaufwärts ſeinen kühnen Flug genommen und nun von den brandenden Küſten des Meeres, ſeinem welthiſtoriſchen, weltgeſtaltendem Verhängniß folgend, heimwärts zu ſeiner Wiege kehren muß, ſie iſt das zukunftreiche Erbe, überkommen von den Hohenſtaufen, jenem heldengleichen Geſchlechte, welches unſterblich im dankbaren Gedächtniſſe des Volkes fortlebt, deſſen tragiſcher Hingang eine Welt voll Trümmer, eine Zukunft voll Zerriſſenheit, Schmach und Elend, aber auch die ſehnſuchtsvolle Hoffnung auf ein neues, rettendes, hohenſtaufiſches Geſchlecht zurückließ. Der Finger des ewig waltenden Schickſals weiſt unabwendbar darauf hin, daß ſie gekommen iſt, die neue Zeit und das neue Geſchlecht: darum, bei den Rieſenſchatten jener Hohenſtaufen, bei dem Schatten jenes Friedrichs, den ſeine Welt den Großen, ſein Volk aber den Einzigen nannte, beſchwören wir Ew. Majeſtät: Geben Sie dem deutſchen Volke ſeinen Kaiſer!"

Frankreich.

0 **Paris**, 26. März. Wieder iſt ein neuer weltbeglückender Apoſtel auferſtanden. Er kündigt ſich zwar nicht durch Wunder, wohl aber durch rothe Anſchlagzettel an, welche ſeit einigen Stunden an allen Straßenecken erſchienen ſind. Ein Herr Bociſſe begehrt von den Volksrepräſendanten das Recht, drei Stunden zu ihnen zu ſprechen, um ihnen den Schlüſſel zum Räthſel des Soziatismus mitzutheilen. Er behauptet das Geheimniß gefunden zu haben, den Pauperismus vollends auszurotten. Sollten Sie an der Wahrheit ſeiner Behauptung zweifeln, ſo kann ich Ihnen nicht mehr ſagen, als daß Herr Bociſſe verſpricht, daß ſich bereits in drei Monaten kein Armer mehr in ganz Frankreich befinden wird, wenn man auf ihn hört. Da aber die Kammer dem Fou-

rieriſten Conſiderant, der doch ziemlich bekannt und ein Mitglied derſelben iſt, zu gleichem Zwecke ebenfalls G.hör verweigert hat, ſo dürfte dieſer große Unbekannte bald wieder aufhören, die Augen der zerſtreuten Pariſer auf ſich zu ziehen.

0 **Paris**, 28. März. In einigen Tagen ſollte die dritte Leſung des Geſetzes gegen die Klubs ſtattfinden. Obgleich die Manifeſtation der Mitglieder der Linken und des Berges ebenſowenig wie ihre Proteſtation im Volke einen lebhaften Eindruck hervorgebracht haben, verſichert man doch heute in den Coutoirs der Kammer, daß das Miniſterium ſeinen ungeſchickten Geſetzentwurf aufgeben werde. Leon Faucher und Odilon Barrot ſollen aus Furcht vor den möglichen Folgen ihrer ohnedies ſehr großen Unpopularität plötzlich zur Einſicht gekommen ſein, daß ihnen das Geſetz Dufaure's hinreichende Waffen liefert, um die Wahlen für die neue Kammer eben ſo gut wie die des zehnten Dezembers, zu überwachen. Das Volk und ſein Verhalten ſcheinen jedoch auf dieſe miniſterielle Nachgiebigkeit bei weitem keinen ſo großen Einfluß geübt zu haben, als die Abſtimmungen der Repräſentanten. Das Miniſterium iſt in der That in einer höchſt ſchwierigen Lage. Es wird in den für die nächſte Zukunft des Landes ſo einflußreichen Verhandlungen über das Budget der öffentlichen Arbeiten von Artikel zu Artikel geſchlagen. Der Berichterſtatter Stourm, der Unüberwindliche, wie ihn das Charivari heute bereits nennt, hat ſo viele Reduktionen vorgeſchlagen und durch die Stimmen der Linken und der perſönlichen Feinde der Miniſter zum Geſetz erhoben, daß ſich das Miniſterium durch die Unmöglichkeit, die von ihm vorgeſchlagenen öffentlichen Arbeiten auszuführen, nur ſehr wenigen Gemeinden gefällig erweiſen kann, und überdies noch bald Hunderttauſende von Arbeitern, die es nützlich beſchäftigen wollte, koſtſpielig ernähren müßte. Stourm, der durch ſeine frühere Stellung als Direktor der Eiſenbahn von Paris nach Lyon und durch ſeine faſt ausſchließlich induſtrielle Thätigkeit gewiß in der Lage iſt, einerſeits den Nutzen der öffentlichen Arbeiten, anderſeits das Elend der arbeitenden Klaſſen zu kennen, geht in ſeiner Oppoſition gegen das Miniſterium, die, wenn ich wohl unterrichtet bin, eigentlich mehr dem Miniſter der öffentlichen Arbeiten perſönlich gilt, offenbar weiter, als es das Wohl des Landes erlaubt. Wie die Verhandlungen bisher gingen, würde Frankreich ſich wegen übermäßigen Erſparungen in Schulden ſtürzen müſſen, denn der Miniſter des Innern könnte unmöglich aus ſeinem gewöhnlichen Unterſtützungsfond allen brodlos werdenden Arbeitern wirkſam unter die Arme greifen. Sowohl dieſe Betrachtungen, als auch die Thatſache des geringen Eifers, mit welchem ſich die Repräſentanten, je näher der Tag der neuen Wahlen kömmt, in die Kammer begeben(?), ſollen die Miniſter zur Ueberzeugung gebracht haben, daß eine Prorogirung der Conſtituante das Heilſamſte wäre. Wollte ſich die Kammer hiezu herbeilaſſen, ſo würde ihr das Gouvernement dafür das Geſetz gegen die Klubbs opfern. Das Miniſterium hofft, daß ſich die meiſten Mitglieder der Kammer aus dem Wunſche, ihre Kandidatur für die neuen Wahlen perſönlich betreiben zu können, leicht zu einer Vertagung bis zum Mai bewegen laſſen dürften; es ſcheint erkannt zu haben, daß die Volksvertreter ſich eifriger mit ihren perſönlichen Intereſſen, als mit denen der Republik beſchäftigen würden, uud glaubt zugleich der Stimmung des Landes ſo ſehr gewiß zu ſein, daß es dieſe Bewerbungen doch nicht zu fürchten habe. Es will die Herren nicht abhalten, Paris zu verlaſſen, es will ſein Geſetz gegen die Klubs aufgeben, aber nur unter der Bedingung, wenn ſich die Konſtituante des Votums über das Büdget des Jahres 1849 enthalten will. In dieſem Sinne haben, wie ich Sie aus ſicherer Quelle benachrichtigen kann, bereits mehrere Unterredungen mit den bedeutendſten Mitgliedern aller Parteien ſtattgefunden. Doch glaube ich nicht, daß ſich die äußerſte Linke das perfide Vergnügen rauben laſſen wird, dem Gouvernement neue Hinderniſſe in den Weg zu werfen. Der Verein der Rue de Poitiers iſt bereits etwas eingeſchüchtert; in den meiſten Departements hat man ſich ſchon gegen den bloßen Gedanken geſträubt, die von ihm vorgeſchlagenen Kandidaten zu erwählen. Thiers hat nun ſogleich eine andere Taktik ergriffen: während die Rue de Poitiers früher die Wahlen leiten wollte, verkündigt ſie jetzt allgemein, ſie wolle blos einige Kandidaten mit ihrem Einfluſſe unterſtützen. Sie ſtellt keine öffentlichen Empfehlungsbriefe für ihre Begünſtigten mehr aus; die Zuſchriften des Sekretariats des Wahlkomite's der Rue de Poitiers lauten jetzt blos in dem Sinne, der Kandidat könne verſichert ſein, daß das Komite ſehr erfreut ſein würde, wenn ſich das Komite des Departements, an das ſich der Kandidat zu wenden geſonnen iſt, über ihn bei dem Komite der Rue de Poitiers erkundigen würde. Zwei ſolche Briefe, welche das Format von Aktenſtücken haben, ſah ich heute; ſie trugen die Unterſchriften: Thiers, Mole, und Berryer. Die napoleoniſtiſchen Mitglieder des Vereines unterzeichnen nicht; ſie fühlen, daß ſie in dieſem Komite bloße Figuranten ſind. Das Leſen der Zeitung „La republique" iſt den Soldaten ſeit heute eben ſo ſtrenge unterſagt, wie „Le Peuple". Der Redakteur dieſes Blattes ſteht in dieſem Augenblicke vor der Jury, wo er ſich über die allzuheſtigen Folgerungen, die er aus der im §. 86 der Konſtitution feſtgeſetzten Verantwortlichkeit des Präſidenten der Republik gezogen hat, vertheidigen ſoll.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Peſth, 24. März. Nach einer Mittheilung in der heutigen Peſther Zeitung fand kürzlich in Debreczin zur Feier des angeblichen Sieges bei Kapolna eine großartige Feierlichkeit ſtatt, zu der ſich ſämmtliche Inſurgentengeneräle einfanden und wobei eine Verleihung des neugeſtifteten ungariſchen Ordens ſtattfand. Es iſt dieß eine Art croix d'honneur, das ſogenannte Ludwig Koſſuthkreuz, das Generäle in Brillanten, Stabsoffiziere in Gold und Subalternoffiziere in Silber gefaßt, auf der Bruſt tragen. Die Mißhelligkeiten zwiſchen Görgey und Dembinski ſollen beigelegt worden ſein und die Verſöhnungsſcene hinter Szolnok in Török Szent Miklos ſtattgefunden haben, wobei Koſſuth die Rolle des Vermittlers ſpielte. Erſterer behielt das Oberkommando über ſämmtliche Inſurgentenheere, dagegen ward Dembinski Chef des ungariſchen Generalquartiermeiſterſtabes und muß der Feldzug ſtreng nach den Operationsplänen geführt werden, die er vorzeichnet. Den Oberbefehl über Dembinski's Korps führt der ehemalige öſterreichiſche Stabsoffizier nnd nunmehrige General Vetter; vor Arad kommandirt ein Franzoſe, Namens Duchatel.

Lemberg. Laut Kundmachung des k. k. Militär-Stadtkommando iſt der Aufenthalt eines jeden, nicht nach Lemberg zuſtändigen Fremden, an die Bedingungen des Beſitzes eines ordnungsmäßigen, bei der Stadthauptmannſchaft zu hinterlegenden Paſſes und einer von der Sicherheitsbehörde einzuholenden Aufenthaltsbewilligung geknüpft. Wer dieſe Bedingungen nicht einzuhalten im Stande iſt, wird 48 Stuuden nach Veröff.ntlichung der Kundmachung, ſo wie er im Bereiche der Hauptſtadt betreten wird, dem kriegsrechtlichen Verfahren unterzogen.

Griechenland.

Athen, im März. Der alte ſchöne Traum von Griechenlands Ruhm und Größe taucht hier friſcher und jugendlicher auf als je. Die Pforte, heißt es, ſoll an Rußland den Krieg erklären, ſobald der Sultan von ſeiner Reiſe nach Ismit zurückgekehrt iſt. Maurokordatos und Metaras werden an die Spitze einer Nationalerhebung treten, die Theſſalien, Epirus und Macedonien für das ſchöne Hellas wieder erobern wird. Trikupis, von dem man glaubt, daß er nichts thut, ohne den König um ſeine Wohlmeinung zu befragen, hat neulich eine Rede gehalten bei der Leichenfeier des alten Notaras, der mehr als hundert Jahre geſehen, und jene Revolution mit erlebt hatte, die Katharina die Große hervorgerufen und zu Grunde gehen ließ, und jene Revolution mitgekämpft, welche die Einigung der Griechen hervorgerufen und die zu glücklichem Ende gedieh. Trikupis ſprach dann in ſeiner Rede vom Könige, der Stütze des Landes, aber er ſprach auch von der Vergrößerung des Reichs. Und in Patras erſchien neulich nach dem amtlichen Berichte eines griechiſchen Schiffskommandanten ein feuriges Zeichen am Himmel, das Kreuz Konſtantins, des Erbauers von Konſtantinopel, von fünf goldnen Sternen umgeben, und ein anderes Himmelszeichen ſchwebte wenige Tage darnach ober dem Thronſaale des Königs. Und ein griechiſcher Geiſtlicher brachte vor Kurzem ein Kreuz in die Sophienmoſchee, als er ging, einen Glaubensbruder, der dort von einem Gerüſte herab ſich todtgefallen, zum Grabe zu begleiten. Das Kreuz in der Sophienmoſchee! nach einer alten Weiſſagung das Vorzeichen des Falles osmaniſcher Macht! (D. R.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

Nº 94. Frankfurt a. M., Mittwoch 4. April. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Die Gefahren der Kaiſerwürde.

Deutſchland. Frankfurt (Ein Antrag des Hotel Schröder. Der Meßverkehr und die Börſe. Erklärung Schoders an ſeine Wähler.) Wien (Dringende Bitte, Geld in Empfang zu nehmen. Fortſetzung des Verhältniſſes politiſcher Verbrecher.) Berlin (Herr v. Manteuffel hält den Magiſtrat vor Ablendung der Adreſſe zurück. Der Preßprozeß der Voſſiſchen Zeitung. Die Staatsſchrift. Eine ſozialiſtiſch-republikaniſche Verſchwörung. Die Reform und Herr v. Manteuffel.) Poſen (Gerüchte von der Kaiſerwahl. Rutheniſches Schützenbataillon in Lemberg. Die berliner Demokratie an die polniſche in Paris.) Stralſund (Der Däholm zum Kriegshafen beſtimmt. Küſtenvertheidigung.) Magdeburg (Arbeiterunruhen ausgebrochen.) Aachen (Die Berliner „Konſtitutionelle Zeitung". Das Miniſterium. Mirbach.) München (Die Kaiſerwahl und eine Miſſion des Freiherrn von Cloſen.) Stuttgart (Geſetze.) Hügel †. Die Demokratie und das preußiſche Kaiſerthum. Kammerverhandlungen.) Hannover (Nochmals die Reichsgeſandtſchaft.) Raſtatt (Struve und Blind eingetroffen.) Gotha (Der Eid auf die Verfaſſung. Die Abreiſe des Herzogs.) Braunſchweig (Die Reichsgeſandtſchaft.) Wiesbaden (Der Johannisberg.)

Großbritannien. London (Eine kleine Schlappe der Regierung im Unterhauſe. Cholera- und Hungerſterben in Irland. Eine iriſche Legion für den Pabſt im Werke. Neues Antidot gegen die Cholera.)

Frankreich. Paris (Herr Thiers und die italieniſche Frage. Der Kabinetsrath. Proudhon flieht. Die Börſe und der Charivari.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Eine kroatiſch-ſlavoniſch-ſerbiſche Deputation.) Vinkovce (Die Aufregung in Semlin.)

Italien. (Gerüchte von einer Republik in Genua) Turin (Anklagen gegen das Miniſterium. Dankbarkeit gegen Karl Albert.) Neapel (Die vermittelnden Admiräle.)

Schweiz. Bern (Verbot der Werbungen für Sizilien. Ausweiſung von Heinzen und Lommel. Freiburg und Luzern unterſagen die Werbungen für Neapel.) Zürich (Zürcheriſche Zuſtände. Theilnahmloſigkeit bei den Stadtrathswahlen. Veruntreuung von Beamten. Veränderungen im Regierungsorganismus. Aufhebung der Militärkapitulationen. Die Bundesverſammlung.)

Rußland. Von der polniſchen Gränze (Die Geiſtlichkeit und die Politik. Ruſſiſches Maaß und Gewicht in Polen. Die Univerſität Dorpat.)

Griechenland. Athen (Veränderungen im Miniſterium. Die Regierungspolizei. Eine Räuberbande in der Hauptſtadt.)

Amerika. Hayti (Niederlage der gegen den ſpaniſchen Theil abgeſchickten Truppen. Ausrüſtung eines neuen Kriegszugs.) Jamaika (Die zweite Kammer will keine Gelder mehr bewilligen.) Mexiko (Politiſche Windſtille. Unſicherheit der Straßen. Finanznoth. Paredes verläßt Mexiko. Der neue Tarif.)

3. April.

Die Gefahren, welche mit der Annahme der Kaiſerwürde verbunden ſind, wollen wir nicht abläugnen. Aber ſie werden in der That denn doch mitunter überſchätzt. Man gibt ſich das Anſehn, einen deutſchen Bürgerkrieg und als Zugabe einen Krieg mit halb Europa zu befürchten, wenn der König von Preußen die Kaiſerkrone annehme. Werfen wir einen Blick auf dieſe angeblichen Gefahren.

Zuerſt auf die innern. Woher ſollte der Bürgerkrieg kommen? Die Reichsverſammlung iſt für ganz Deutſchland beſchloſſen; aber darüber herrſcht eine ausgeſprochene oder ſtillſchweigende Uebereinſtimmung, daß der neue Bundesſtaat nur auf dem Wege der preußiſchen Note vom 23. Jan. ins Leben gerufen werden ſolle. Kein Staat wird mit Gewalt gezwungen werden, in den Bundesſtaat einzutreten. Und doch iſt uns um den Bundesſtaat nicht bange. Die kleineren Staaten, von Oeſterreich bereits zum Verſchlingen verurtheilt, ſchließen ſich an Preußen wie an ihre einzige Rettung an. Aber die vier Königreiche und ihre Hofpolitik, die vier Kardinaluntugenden von Deutſchland? Irren wir nicht, ſo wird es bei ihnen doch nicht ganz ohne Gewalt abgehn. Die Volksſtimme wird eine ſanfte Gewalt ausüben. Und in konſtitutionellen Staaten, ſollte man denken, wird der Volkswille den Ausſchlag geben. Die Nachrichten, welche wir in den letzten Tagen aus Würtemberg brachten, beweiſen hinlänglich, daß man im Vaterlande der Hohenzollern, wie in dem mit Preußen ſeit dem Zollverein ſo vielfach zuſammengewachſenen Sachſen die Nachricht von der Errichtung des Kaiſerthums weit günſtiger aufgenommen hat, als zu erwarten. Ganz unzweideutig hat ſich Hannover ausgeſprochen. Dies Land, in welchem Abneigung gegen Preußen ſo vorherrſchend war, hat klar und deutlich die Lage des Vaterlandes eingeſehen; der ſtürmiſche Jubel, mit welchem die Reichsgeſandten aufgenommen wurden, leiſtet dafür Bürge, daß Hannover ſeine Regierung abermals nöthigen wird, eine deutſche Politik zu verfolgen. Und mit Hannover iſt das vielverſpottete Kleindeutſchland fertig. Ein hieſiges Blatt hat den artigen Einfall gehabt, eine kleine Karte von Kleindeutſchland zu geben, in welchem es ſchwarz gezeichnet und die redlich vergrößerten öſterreichiſchen Provinzen weiß gelaſſen ſind. Das iſt ihrer Meinung nach das Ergebniß der ſchwarzweißen Politik. Nun, wir wollen auf den Scherz eingehen. Sie mögen ſogar nach Baiern abziehn. Die baieriſche Regierung wird ſicherlich verſuchen, um dem Bundesſtaat herumzukommen und feſtzuhalten an den ſieben Kurfürſten ohne Kaiſer. Die Baiern kehren doch vielleicht bald zu ihrem alten Wahlſpruch zurück: „Beſſer bairiſch ſterben, als öſterreichiſch verderben!" Auch Würtemberg, das ſich doch zu fügen verſprochen, auch Sachſen, deſſen König doch mit dem preußiſchen Könige Abrede getroffen, mag einen Augenblick den auf die Dauer nicht haltbaren Verſuch machen, außerhalb des deutſchen Bundesſtaates zu verbleiben. Nichts deſto weniger bleibt ein in ſich gerundeter Staat übrig, der von der franzöſiſchen bis zur ruſſiſchen Grenze zwei Meere umſpannt, der durch Gleichartigkeit des Stammes, der Sitte, der Bildung einer der mächtigſten Europa's iſt, den Norden und Süden, den Oſten und Weſten Europa's auseinander hält und dazu berufen iſt, ein entſcheidendes Wort in der Weltgeſchichte zu ſprechen. Es hat eine Zukunft dieſſeits und jenſeits des Oceans, ſein ſchönſter Beruf aber iſt es, den Kern abzugeben, um den die abgeriſſenen oder ſich ſelbſt abreißenden Theile Deutſchlands ſich wieder anſetzen werden. Die deutſchen Staaten werden nicht beeinträchtigt; die mehr als dreißig Staaten, die ſich mit Preußen vereinigen, thun nichts, als wozu ſie ihr gutes Recht ſogar aus der Bundesakte von 1815 nachweiſen können.

Noch weniger kann durch die Reichsverfaſſung ein Bürgerkrieg aus Parteiwuth veranlaßt werden. Gerade die Fehler, welche ſie in unſern Augen hat, ſind Vorzüge in den Augen Anderer. Alle Parteien, die äußerſten ausgenommen, ſind mit der Reichsverfaſſung ausgeſöhnt. Die Linke hat ſich, wie in Schoder's Erklärung deutlich ausgeſprochen wird, der Mehrheit ehrlich gefügt.

Die ungemäßigten Parteien beſitzen jetzt keine Macht. Woher ſoll der Bürgerkrieg kommen?

Aber der Krieg von Außen! Zunächſt Oeſterreich, das trotzig erklärt hat, den Bundesſtaat nicht geſtatten zu wollen. So viel wir wiſſen, haben wir den Bundesſtaat nur eben deßhalb gegründet, um uns nicht ferner von der Wiener Hofkanzlei Befehle geben zu laſſen. Das ſchlechte Deutſch, in welchem ſie geſchrieben ſind, iſt uns nun einmal zuwider! Und Oeſterreich iſt nicht im Stande, ſeinen Befehlen Nachdruck zu geben. Man täuſche ſich nicht über die Bedeutung ſeiner Siege in Italien. Es kann dort keinen Mann entbehren. Die habsburgiſche Politik iſt leider dem Beiſpiel und der der Lehre Rudolphs von Habsburg gänzlich ungetreu geworden. Dieſer nannte Welſchland eine Löwenhöhle, in welche viele Spuren hinein, aber keine hinausführen und hielt ſich weislich dieſſeits der Alpen. Oeſterreich verſchwendet Menſchen und Mittel mit der Siſyphusarbeit, in Italien die Legitimität aufrecht zu erhalten. Es wäre intereſſant, nachzurechnen, wie vielmal der Herzog von Modena bereits durch öſterreichiſche Hilfe in ſeine Staaten zurückgeführt und wieder verjagt iſt. Wir wollen indeß hier über die ſogenannte höhere Politik nicht rechten, welche Oeſterreich dort auf dieſe Weiſe raſtlos beſchäftigt. Die verfügbaren Streitkräfte Oeſterreichs werden durch den Frieden mit Sardinien nicht vermehrt werden, denn ſchon fordern die Staaten des mittleren Italiens die öſterreichiſche Dazwiſchenkunft. Und in Ungarn wird der Krieg immer bedenklicher. Die öſterreichiſchen Heere haben mit der erwachenden Eiferſucht der ſlawiſchen Stämme und außerdem mit Krankheit und Noth zu kämpfen. Weit entfernte Heere gegen Deutſchland aufbieten zu können, muß Oeſterreich Rußlands Hilfe gegen ſeine eigenen Unterthanen in Anſpruch nehmen.

Rußland, das iſt freilich der Popanz, mit welchem man uns zu ſchrecken ſucht. Alle Welt kennt die drohenden Noten, mit welchen Rußland mit Krieg gedroht hat, im Falle der König von Preußen die Kaiſerkrone annehme; nur — was zur Beruhigung dienen mag, der Preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten kennt dieſe Noten nicht. Aber geſetzt auch, Rußland drohe, ſo wird es ſich doch ſehr beſinnen, dieſe Drohungen auszuführen. Ihm ſelbſt drohen von einer nähern Berührung mit dem revolutionären Europa die größten Gefahren, und die ruſſiſche Regierung iſt ſich dieſer Gefahren ſehr wohl bewußt. An den Folgen des Kriegszuges nach der Seine hat es länger als ein Jahrzehend zu tragen gehabt. Damals hatten die neuen Ideen nur die höheren Stände angeſteckt, eine neue Invaſion in das gebildete Europa drohte noch mit ganz andern Gefahren. Rußland iſt unüberwindlich gegen Angriffe, aber es ſelbſt vermag, mit Polen im Rücken, wenig im Angriffe. Schon die Truppenzahl, welche wir entgegen zuſetzen hätten, würde ſehr überlegen ſein. Außerdem ſind die Gewölbe auf der Peter-Pauls Inſel ziemlich leer und Papierrubel gelten im Auslande nichts.

Aber auch die anderen Mächte ſollen gegen uns ſein. Was heißt das? Wenn man von der augenblicklichen Stimmung der Machthaber und der Maſſen ſpricht, ſo iſt Frankreich keineswegs geneigt, die Pläne von 1829 wieder aufzunehmen. Die öffentliche Meinung in Frankreich ſpricht ſich faſt einſtimmig dahin aus, daß, wenn Rußland in Preußen einfalle, man dem übermächtigen Reiche entgegentreten müßte.

Auf England darf der Czar vollends nicht rechnen. England hat ſich laut verwahrt gegen den Bruch der Verträge hinſichtlich Krakaus. Es beſchwert ſich fortwährend über die widerrechtliche Beſetzung der Donaufürſtenthümer. Wenn Rußland vollends Lord Palmerſtons diplomatiſches Meiſterſtück, die Arrangements von 1841 zerſtören, und die Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen wollte, um Oeſterreich in Italien die Hand zu reichen, ſo würde der Engliſche Miniſter der Auswärtigen ſeine alte Energie zu beweiſen Gelegenheit haben. Denn ihm iſt nicht unbekannt, was Rußland mit Oeſterreich wegen der Türkei im Schilde führt.

Mit den Gefahren beim Annehmen der Kaiſerkrone hat es alſo bei näherer Unterſuchung nicht ſo viel zu bedeuten. Ueberdieß würde ein auswärtiger, offenbar von Seite der Fremden ganz unbefugter Krieg, die deutſche Einheit nicht hindern, ſondern befördern.

Dagegen ſind die Gefahren beim Ablehnen der Reichsoberhauptwürde groß und unabſehlich.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 3. April. Wie es heißt, ſoll in der morgen ſtatt findenden Sitzung der Nationalverſammlung von Seiten der ſogenannten großdeutſchen ultramontanen Partei der Antrag geſtellt werden, den Erzherzog Johann zu erſuchen, die Würde eines Reichsverweſers nicht eher niederzulegen, bis die Reichsgewalt in definitive Hände übergegangen iſt. Wenn dieſer Antrag wirklich eingebracht wird, wird derſelbe gewiß einſtimmig angenommen, denn es iſt ja der Wunſch Aller, daß der allverehrte Erzherzog Johann ſeine hohe Miſſion nicht eher erfüllt erkennt.

*** **Frankfurt**, 3. April. Der allgemeine Verkehr unſerer Meſſe begann geſtern und zwar unter günſtigen Auſpicien. Alle Buden ſind beſetzt und viele wurden noch kurz vor dem Anfange der Meſſe zu hohen Preiſen vermiethet. Die Hoffnung der Kleinverkäufer auf einen ſtarken Zuſpruch wird gewiß nicht getäuſcht, denn das allgemeine Vertrauen hat ſich ſeit dem 27. März auch in commerzieller Beziehung ſehr gehoben. Aus dieſem Grunde lieferte auch der, im Weſentlichen beendigte Großhandel der Meſſe ſo günſtige Reſultate, daß die vereinsländiſchen Fabrikate durchſchnittlich um 8—10 pCt. geſtiegen waren, in manchen Artikeln die Vorräthe nicht ausreichten und die Fabrikanten anſehnliche Beſtellungen mit nach Hauſe nahmen. Ebenſo iſt mit Sicherheit zu erwarten, daß der, erſt am 10. d. beginnende Meßlederhandel die Fabrikanten ſehr befriedigen werde, was ſchon aus dem bedeutenden Aufſchlage der Rehhäute zu entnehmen iſt. Man hofft, daß die Leipziger Frühjahrsmeſſe auch günſtig ausfallen werde, wiewohl der Krieg in Ungarn und der unſichere Zuſtand im Orient auf den Meßverkehr Leipzigs nur nachtheilig wirken können. Bei dieſer Gelegenheit erlaube ich mir einige Worte über den Umſchwung zu ſagen, den unſere Börſe in den letztern Tagen genommen. Es iſt nicht zu leugnen, daß die Schlacht von Novara und der (wenigſtens vorerſt) ſo ſchnell hergeſtellte Frieden zwiſchen Oeſterreich und Sardinien den öſterreichiſchen Fonds einen mächtigen Impuls zum Steigen an allen Hauptbörſen gaben. Dieſer kann aber nur dann nachhaltig ſein, wenn ſich die Dinge in Italien wieder conſolidiren — wozu noch gar keine Ausſicht vorhanden iſt — Oeſterreich den Ungarn, die offenbar jetzt im Vortheile ſind, einen ehrenhaften und den Wünſchen der Ungarn für ihre politiſche Selbſtſtändigkeit entſprechenden Frieden bietet und endlich Oeſterreich zu Deutſchland in ein aufrichtiges inniges ſtaatliches Verhältniß tritt, das Oeſterreich vor allen Dingen beſtimmt, einem Regierungsſyſteme zu entſagen, das ein Metternich'ſches im modernen Gewande genannt werden darf. Wenn dieſe Hoffnungen erfüllt ſind, dann erſt kann das Vertrauen auf Oeſterreichs zerrüttete Finanzen wieder feſtern Fuß faſſen. Bis jetzt äußert es ſich in Börſenlaunen.

Frankfurt, 29. März. Der Abg. Adolph Schoder erläßt im Schw. Merkur an die Wähler des 6. Wahlbezirks des würtemb. Neckarkreiſes die folgende Erklärung: Das erbliche deutſche Kaiſerthum iſt geſchaffen. Ich habe aus den in meinem letzten Berichte angegebenen Gründen gegen daſſelbe geſtimmt. Nachdem aber die Mehrheit ſich für daſſelbe entſchieden hatte, erachtete ich es für meine Pflicht, an der Wahl Theil zu nehmen, welche natürlich auf keinen anderrn der regierenden Fürſten fallen konnte, als auf den König von Preußen, nicht wegen ſeiner Perſönlichkeit, ſondern wegen der Macht, welche er vertritt. Ich habe zu allen Zeiten den Grundſatz aufgeſtellt und vertheidigt, daß die Nationalverſammlung einzig und allein die Verfaſſung feſtzuſtellen habe; darunter verſtand ich nicht blos, daß ſich die Fürſten zu unterwerfen haben, ſondern auch das Volk. Will aber der Abgeordnete dieſe Forderung ſtellen, ſo muß er zugleich ſelbſt mit gutem Beiſpiele vorangehen und ſich, wenn er in der Minderheit ſich befindet, gleichfalls den Beſchlüſſen der Mehrheit unterwerfen. Darum habe ich, abweichend von einem großen Theile meiner politiſchen Freunde, an der Wahl Theil genommen, nachdem die Mehrheit beſchloſſen hatte, daß ein regierender Fürſt erblich an die Spitze Deutſchlands zu ſtellen ſei.

* **Wien**. Schon im Dezember vorigen Jahres wurde vom Reichsminiſterium der Finanzen in Frankfurt eine Summe zum ungefähren Betrage von 4350 fl., die von mehreren Deutſchen in New-York zuſammengebracht war, dem hieſigen Gemeinderath zur Vertheilung an die in den Märztagen v. J. Verwundeten und die Wittwen und Waiſen der damals Gefallenen übermittelt. Nichts kann charakteriſtiſcher für die hieſigen Zuſtände ſein, als daß faſt Niemand ſich meldet, einen Antheil an dieſer Unterſtützung in Anſpruch zu nehmen: es iſt das Unglaubliche geſchehen, daß der Gemeinderath jetzt, nach beinahe 4 Monaten, zum zweiten Male eine Aufforderung ergehen läßt, jenes Geld im Empfang zu nehmen. Freilich, wer eine ſolche Unterſtützung beanſprucht, geſteht damit ſeine Betheiligung am Kampfe ein, und

die Militärunterſuchungskommiſſion iſt noch in voller Arbeit und möchte ihre Unterſuchungen auch auf dergleichen Verbrechen ausdehnen.

Wien, 29. März. Die Zahl der „politiſchen Verbrechen" iſt abermals durch drei gräßliche Unthaten vermehrt worden, aber gottlob hat auch diesmal das Geſetz die Schuldigen ereilt. Die offizielle Zeitung berichtet wie folgt: Joſeph Salfizky, Buchdruckergehülfe, und Anton Furch, Schneidergeſelle, beide überwieſen, unter ſchmähenden Ausfällen gegen die öſterreichiſche Verfaſſung aufreizende Reden geführt zu haben, und Philipp Schneider, Stiefelputzer, überwieſen und geſtändig, in Gegenwart mehrerer Menſchen am Stubenthore auf eine Aergerniß erregende Weiſe den Inhalt des 24. Armeebulletins für eine Lüge erklärt zu haben, wurden unter Berückſichtigung ihrer theilweiſen Berauſchung Salfizky zu 6, Furch zu 5 und Schneider zu 2 monatlichem Stockhausarreſte in Eiſen vom Kriegsgerichte einſtimmig verurtheilt, die Strafe des Erſteren aber aus Anlaß ſeines von ſämmtlichen Wiener Buchdruckergehülfen in einem überreichten Bittgeſuche angerühmten bisherigen guten Verhaltens vom Herrn Civil- und Militärgouverneur auf 4 Monate herabgeſetzt.

Berlin, 31. März. Herr von Manteuffel ſoll ſich geſtern mit dem Bürgermeiſter Naunyn in Kommunikation geſetzt und denſelben beſtimmt haben, die vom Magiſtrat beſchloſſene Adreſſe bis auf Weiteres noch zurück zu halten. In der That iſt dieſelbe auch bis jetzt noch nicht abgegangen. Der Beſitzer der voſſiſchen Zeitung, Juſtizrath Leſſing, iſt als Verbreiter der berüchtigten „Enthüllungen" in einem der gegen ihn angeſtellten Injurienprozeſſe kürzlich zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden. Herr Leſſing wird nunmehr an die höhere Inſtanz gehen und ſeinen Rekurs an diejenigen Perſonen nehmen, welche die Pamphlete ſeiner Zeitung zu weiterer Verbreitung übergeben haben. Das hier kürzlich auch im Buchhandel erſchienene, früher vielfach abſchriftlich in Privatkreiſen verbreitete Memorandum über des Fürſten Schwarzenberg Note an Herrn von Schmerling vom 4. Februar 1849, wird vielfach als eine offizielle Staatsſchrift betrachtet. Man ſchreibt dieſelbe bald Herrn Kamphauſen, bald dem Ritter Bunſen zu. Das Memorandum enthält übrigens nichts Neues, daſſelbe beſchränkt ſich auf eine klare Darlegung der bekannten und hier wie in Frankfurt oft ausgeführten Anſichten über die Stellung Oeſterreichs gegenüber dem deutſchen Verfaſſungswerke aus dem Geſichtspunkte des Gagernſchen Programms. (Nach. Z.)

Berlin, 1. April. Die Behörden ſollen in dieſen Tagen einer hier beſtehenden geheimen Verbindung, welche ſozialiſtiſch-republikaniſche Tendenzen verfolge, auf die Spur gekommen ſein. Es ſind bereits Verhaftungen vorgenommen und hierauf bezügliche Papiere dem Gerichte überliefert worden, als da ſind Statuten des Vereins, die Liſte der Mitglieder deſſelben u. ſ. w. Der Ausbruch der Revolution ſoll auf den 5. d. M. feſtgeſetzt geweſen ſein. Die Sache wird jetzt noch ſo geheim gehalten, daß nichts Näheres davon verlautet. Es haben geſtern Konferenzen zwiſchen dem Regierungsrath Lüdemann von der Polizei, dem Staatsanwalt und dem Unterſuchungsrichter, Kriminal-Gerichts-Rath Schlötke, ſtattgefunden. Der Letztere hat heute bereits in dieſer Sache verhandelt, und iſt auch außerhalb der Gerichtsſtätte mit Beſchlagnahme von Papieren, die er ſelbſt geleitet, beſchäftigt geweſen. (Nat. Z.)

Lith. Korr. **Berlin**. Arnold Ruge hat auf ſein durch verſchiedene Zeitungen veröffentliches Schreiben an den Miniſter v. Manteuffel in Betreff des Wiedererſcheinens der „Reform" den Beſcheid erhalten, daß der Regierung nicht zugemuthet werden könne, ein Blatt von ſo antigouvernementaler Tendenz während der Dauer des Belagerungszuſtandes zu dulden. Die „Reform" wird demnach ſo wenig als die „Zeitungshalle," mit dem heutigen Tage wegen mangelnder Lokalitäten für die Druckerei auch in Neuſtadt-Eberswalde zu erſcheinen aufhören muß, vor Aufhebung des Belagerungszuſtandes wieder ausgegeben werden können.

⁑ **Poſen**, 30. März. Geſtern Abend brachten einige aus Berlin zurückkehrende hieſige Einwohner die Nachricht, daß man in der Reſidenz von einer telegraphiſchen Depeſche ſpreche, nach welcher unſer König zum Kaiſer der Deutſchen gewählt worden ſei. Die Sage geht wie ein Lauffeuer durch die Stadt, findet aber meiſt Ungläubige, da man nach dem kläglichen Fall der Welcker'ſchen Motion die Nationalverſammlung in Frankfurt durch die Oeſterreicher für vollkommen ruinirt hält. Die Hoffnungen unſerer Polen auf Italien ſind noch im Steigen, und polniſche Briefe aus jenem Lande ſtellen eine Revolution der Lombardei im Rücken der Oeſterreicher als ſicher in Ausſicht. In Galizien erwartet man immer noch einen Einfall Bem's. Die Nachrichten vom 24. März aus Lemberg beſagen, daß das vom Kaiſer den Ruthenen bewilligte Bataillon rutheniſcher Schützen in Nationaltracht, ganz nach Art der ſteyeriſchen Schützen, freiwillig zuſammentritt. Der Kriegsminiſter leitet die Organiſation dieſer neuen Nationalwaffe durch den kommandirenden General Galiziens.

Wiewohl die Kriegsgerüchte an der ruſſiſchen Grenze aufgehört haben und man feſt glaubt, daß das Ungewitter ſich über den Donaufürſtenthümern entladen wird, ſo ſpricht man doch von einem Einrücken mecklenburgiſcher Reichstruppen in unſere Provinz an die Stelle unſerer Landwehren, welche 3000 Mann ſtark bereits am 29. durch die Eiſenbahn an den Ort ihrer Beſtimmung in Holſtein angelangt ſind.

Der Pariſer „Demokrata Polski" veröffentlicht folgendes merkwürdige Aktenſtück des Berliner demokratiſchen Centralkomite's an die polniſche demokratiſche Centraliſation in Paris: „Brüder! Man hat Euch im Namen der Gewalt und Willkür lange geſchmäht. Nicht nur die Könige, leider auch die auserwählten Vertreter deutſcher Nation haben ein trauriges Schandmal dadurch auf Deutſchland geworfen, daß ſie Hand anlegten, um Polen nochmals zu zerfleiſchen. In Poſen hat man mit dem Syſtem begonnen, welches ſpäter die Freiheit des deutſchen Volkes vernichten ſollte. *Polen und Deutſchland ſind demſelben Schickſal erlegen, ſie ſind auf gleiche Weiſe unterjocht*, ſie ſchmachten nach Freiheit, denn die Ketten des Abſolutismus laſten auf ihnen."

„Polniſche Brüder! Ihr habt das Streben der Könige und Ariſtokraten aller Gattungen erkannt! Ihr habt die Nothwendigkeit der Solidarität unter den Völkern beim Erkämpfen der Freiheit aufs Trefflichſte gewürdigt. Die Liebe zu derſelben hat Euch auf die Barrikaden Wiens und Berlins, auf die Schlachtfelder Italiens und Ungarns gerufen!"

„Polniſche Brüder! ohne Freiheit giebt es keine Anerkennung der Nationalität, nur in der Freiheit muß ſie gefunden werden. Es gilt daher vor Allem, die Grundſteine der Demokratie zu legen, dann bedürfen die Nationalitäten keiner Sicherſtellung."

„Dieſe Wahrheit haben die deutſchen Demokraten erkannt, das beweiſt die Haltung der demokratiſchen Partei im Frankfurter Parlament und noch nachdrücklicher die der Demokraten in der Berliner Nationalverſammlung! Die deutſche Demokratie trägt heißes Verlangen nach einer Wiederherſtellung Polens, aber eines demokratiſchen Polens, und deßhalb rufen wir aus vollem Herzen:

„Es lebe das befreite, wiedererweckte Polen!"

„Polniſche Brüder!" Die Idee der Solidarität der Menſchheit, welche die Freiheit will, durchglüht uns, wir reichen Euch die Hand im Namen der deutſchen Demokratie. Gruß und Bruderkuß! Berlin, den 24. Februar 1849. Das Centralkomite der deutſchen Demokratie: K. d'Eſter, Doktor der Medizin. E. *Reichenbach*, Ex-Graf. A. *Hexamer*, Doktor der Medizin.

Der „Demokrata Polski" macht dazu die Bemerkung: „Das iſt Alles ſehr ſchön, wir erinnern aber doch daran, das Struve und Hecker in ihre deutſche demokratiſche Republik Poſen und Böhmen einverleiben wollten!"

⊙ **Stralſund**, 30. März. Unſerm Hafen gegenüber liegt eine kleine Inſel, der Danholm, ſo genannt wegen eines Sieges, welchen die Stralſunder einmal über die däniſche Flotte bei dem Holm erfochten. Die Inſel iſt ſeit Jahrhunderten Eigenthum der Stadt. Jetzt ſteht die Regierung in Unterhandlung, die Inſel käuflich zu erwerben, um daſelbſt einen Kriegshafen anzulegen, zu welchem der Ort in der Meerenge zwiſchen Pommern und Rügen allerdings günſtig gelegen iſt. Wir ſind hier nicht ohne Beſorgniß, daß die Dänen uns einen Beſuch abzuſtatten gedenken. Haben ſie doch gedroht, eine preußiſche Seeſtadt zu bombardiren. Indeſſen machen wir uns auf ihren Empfang bereit. An der Küſte werden Schanzen aufgeworfen und ein Landwehrregiment iſt nach Rügen beordert. Der Bau unſeres zweiten Kanonenbootes ſoll endlich beginnen.

Magdeburg, 31. März. In der benachbarten Stadt Burg, wo ſich bekanntlich ſehr große Tuchfabriken befinden, ſind Arbeiterunruhen ausgebrochen, die ihren Grund in geforderter Erhöhung des Wochenlohnes haben. Da das zu Burg garniſonirende Militär nicht hinreichend erſcheint, weitere tumultuariſche Scenen zu verhüten, ſo iſt von hier heute Morgen eine Kompagnie des 32. Regiments auf der Eiſenbahn dorthin abgegangen.?

Aachen, 26. März. Die Berliner konſtitutionelle Zeitung, auf welche man hier als unter den Auſpicien Hanſemanns erſcheinend, ſehr geſpannt war, hat unſere Erwartungen ſehr getäuſcht. Sie vertritt freilich die heutigen Anſichten unſeres früheren Mitbürgers, was ſchon aus der Haltung zu ſchließen iſt, die Hanſemann in der erſten Kammer einnimmt, wüßte man nicht aus guter Quelle, daß der Hauptredakteur des Blattes ſeine Selbſtſtändigkeit dabei ganz aufgegeben hat. Mindeſtens hätte man ſich von der Gewandtheit deſſelben eines beſſern verſehen. So viel ſteht aber feſt, daß dieſer ſich den Umſtänden zu akkomodiren wiſſende Scheinkonſtitutionalismus keine Sympathien findet, und daß die rheiniſchen Aktionäre der Zeitung ihre voreilige Theilnahme bereuen, indem ſie von der eingeſchlagenen Richtung weder moraliſche noch materielle Erfolge zu erwarten haben. Wie gemäßigt auch durchgängig die Stimmung unſerer Bürgerſchaft iſt, ſo iſt ſie doch entſchieden feind den Tendenzen eines Miniſteriums, welches das konſtitutionelle Prinzip in einer Weiſe auffaßt, die zu Madrid Brauch ſein mag. Unſere politiſchen Vereine erklären ſich mit gleicher Entſchiedenheit gegen das beabſichtigte Klub- und Preßgeſetz, welche die in der Verfaſſung verbürgten Rechte rein illuſoriſch machen, und uns faſt die Zeiten vor dem 18. März v. J. zurückwünſchen laſſen. Von einem Miniſterium, welches unter der Freiheit ein polizeiliches Bevormundungsſyſtem verſteht, und dadurch die Willkür des Belagerungszuſtandes erſetzen will, hat man ſich des ſchlimmſten zu verſehen, und darum halten wir es für die erſte Pflicht der Kammer, nach Votirung der Adreſſe ein Miniſterium zum Rücktritt zu zwingen, das ſeinen Dienſt gethan und dem Lande jetzt nur noch gefährlich werden kann. Unſer Regierungskollegium hat ſeit Kurzem eine Bereicherung erfahren. Der Regierungsrath v. Mirbach, welcher bei den Düſſeldorfer Wirren, beſonders aber bei der Suſpenſionsfrage von ſechs Regierungsmitgliedern, eine nicht vergeſſene Rolle ſpielte, iſt als Abtheilungsdirigent an die hieſige Regierung verſetzt worden. Wahrſcheinlich geſchah es nicht abſichtslos, daß man gerade dieſe Perſönlichkeit dem Regierungspräſidenten Kühlwetter zur Seite ſtellte, der dem Miniſterium Manteuffel wohl zu liberal erſcheinen mag. (Allg. Z.)

München, 31. März. Geſtern, eine halbe Stunde nach der eingetroffenen Nachricht der deutſchen Kaiſerwahl reiſte Freiherr von Cloſen, im Auftrage des Königs an den koburger Hof ab, um von dort aus ſeine Miſſion weiter nach Norddeutſchland fortzuſetzen. (H. Z.)

-:- **Stuttgart**, 30. März. Morgen wird die Kammer ihre letzte Sitzung vor Oſtern halten. Obgleich von manchen Seiten der Wunſch ausgeſprochen wurde, noch wenigſtens einige Sitzungen auszuharren, um noch, bevor man auseinandergehe, von dem Inhalte des Wahlgeſetzes und des Geſetzentwurfs über die Dekkungsmittel des Deficits vorläufige Kenntniß nehmen zu können, drang doch die gegentheilige Anſicht durch, welche beſonders der Abgeordnete Plotz verfocht, der nach einer halbjährigen Abweſenheit „ſeine Familie einmal wieder ſehen wollte" und auch wahrſcheinlich ſeinen Keller, in welchem am Ende der bewußte „dreihundertjährige Tiger" ſeitdem gewüthet hat. Die Berathung ging dann auf einen der wichtigſten Abſchnitte der neuen Gemeindeordnung über, die Erweiterung des Beſteuerungsrechtes der Gemeinde- und Amtskörperſchaften. Die Kommiſſion hat ſich hier zu einer traurigen Ungerechtigkeit verleiten laſſen. Während nämlich der Geſetzentwurf die Beſtimmung enthält, daß zu den umzulegenden direkten Gemeindeſteuern, nach einem ſpäter feſtzuſetzenden Maßſtabe, vom 1. Juli 1849 auch die Kapitalien, Beſoldungen Penſionen und das in der direkten Staatsſteuer den Beſoldungen und Penſionen gleichgeſtellte ſonſtige Einkommen beizutragen haben, ſtellte die Kommiſſion, „um den Gemeinden die ihnen zugedachte Erleichterung nicht länger zu entziehen", den Antrag, den Einführungstermin in Beziehung auf alle eben bezeichneten Steuerquellen ſchon mit dem 1. Juli 1848 zu beginnen. Vergebens führte Staatsrath Duvernoy aus, daß, auch wenn die Steuern auf Grund der frühern Kataſtrirung nicht bereits erhoben wären, es ſich nimmer rechtfertigen laſſen würde, die Kapitaliſten und Beſoldeten rückwärts der Beſteuerung zu unterwerfen, während denſelben nicht die gleichen Rechte, wie den übrigen Steuerpflichtigen gewährt und ſie namentlich vom Wahlrechte ausgeſchloſſen geweſen ſeien; vergebens wieß Kanzler von Wächter nach, daß der Vergleich mit der Staatsſteuer hier nicht maßgebend ſein könne, da dieſe nur bis zum letzten Juni 1848 verabſchiedet geweſen und Jedermann ſich auf eine Erhöhung derſelben hätte gefaßt machen müſſen. Die Kammer war ungleich mehr von der Ausſicht erbaut, welche die Prozente der ſeither verſchonten Kapitalien] und Gehälten ihr eröffneten und war deßhalb vollkommen einverſtanden mit dem wenigſtens in dieſem Fall wirklich beiſpielloſen Argumente des Abgeordneten Seeger, daß, wenn die Rechtslehrer ſelbſt im Privatrechte ausnahmsweiſe eine rückwirkende Kraft geſtatteten, eine ſolche im öffentlichen Rechte ganz unbedenklich erſcheinen müſſe. Mit 49 gegen 30 Stimmen trat ſie dem Antrage der Kommiſſion bei und ſanktionirte damit eine Maßregel, welche in dieſer Weiſe dem Geſetze der Billigkeit wie der Gerechtigkeit Hohn ſpricht. Möge ſich die Folge eines ſolchen Beginnens nicht fühlbar machen! Wohl mit Recht warnte Wächter: „Auf dem Rechtsboden ſtehen wir und müſſen wir ſtehen. Zerſtören wir den Rechtsboden, ſo zerſtören wir die Grundlagen des Staats!" Aber freilich, der Abgeordnete Schnitzer entgegnete darauf: „Wenn der Herr Kanzler der Univerſität hierher gekommen iſt, um ſeine Vorleſungen über den Rechtsboden fortzuſetzen, ſo wird er ſich überzeugt haben, daß er an uns ſehr ungelehrige Schüler findet." Zugleich eine Probe von der Würde der Debatten!

× **Stuttgart**, 3. April. Das Regierungsblatt publizirt heute die Geſetze über Erhöhung der Streitmacht bis zur Höhe von 2 pCt. der Bevölkerung und über die Aufhebung der bisherigen Befreiung der Standesherrn vom Militärdienſte und der Stellvertretung im Heere. Das erſte Geſetz beruft ſich auf den desfalſigen Beſchluß der Nationalverſammlung, das zweite auf die betreffende Beſtimmung der Grundrechte. In Kirchheim iſt am 30. v. M. der Staatsminiſter Generallieutenant a. D. Freiherr v. Hügel geſtorben.

-:- **Stuttgart**, 3. April. Die Demokratie iſt augenſcheinlich überraſcht durch die Ereigniſſe in Frankfurt: ſie fürchtet ſich nach dieſer oder jener Seite zu kompromittiren und wird einſtweilen die Taktik beobachten, gar Nichts zu thun. Der Landesausſchuß hat ſo eben den Volksvereinen die Parole gegeben. „Der Landesausſchuß" — heißt es in dieſem Aktenſtück — iſt der Anſicht, daß das preußiſche Erbkaiſerthum eine vollendete Thatſache ſein, d. h. daß die bedingte oder unbedingte Annahme oder Ablehnung der Wahl entſchieden ſein müſſe, bevor es uns zukomme, in dieſer das Geſchick des Vaterlandes entſcheidenden Frage eine entſchiedene Kundgebung zu verſuchen. Nie war Beſonnenheit und reifliche Ueberlegung mehr am Platze als hier. Die Volksvereine werden hierüber mit uns einverſtanden ſein und deßhalb unſern Wunſch berückſichtigen, jede Meinungsäußerung vorerſt noch zurückzuhalten." Um die wahre Bedeutung dieſes Aktenſtücks zu würdigen, muß man indeß wiſſen, daß ein Antrag vorlag, eine Erklärung zu erlaſſen, deren weſentlicher Inhalt in den Worten ſich wiederfindet: „Wir haben den Grundſatz der Souveränetät der Nationalverſammlung zu oft ausgeſprochen, als daß wir uns jetzt nicht demſelben unterwerfen ſollten. Mit ſträubendem Gefühl und mit blutendem Herzen unterwerfen wir uns auch in dieſem Falle dem durch den Willen der Mehrzahl ausgeſprochenen Geſetze. Wir proteſtiren gegen alle Mitſchuld an dem Werke, das gegen den Sinn und Willen des Volkes zu Frankfurt abgeſchloſſen worden iſt, wir haben, ſo lange es in der Ausarbeitung war, unſere Stimme laut gegen die monarchiſche Reichsform erhoben, aber wir anerkennen den Kaiſer und die von der ſouveränen Nationalverſammlung vollzogene Wahl." Dieſer Antrag wurde verworfen, und dadurch erhält, wie geſagt, die obige Erklärung erſt ihre rechte Bedeutung.

× **Hannover**, 1. April. Wir erhalten nachträglich noch Berichte über den glänzenden und begeiſterten Empfang der Parlaments-Deputation in Hannover, denen wir freilich neue Details keine weiter entnehmen können. Als die Deputation in die Wagen ſtieg, die ſie vom Bahnhofe zur Stadt führen ſollten, präſentirte die Bürgerwehr und eine Ehrenwache derſelben ſtand vor dem Hotel, bis der Braunſchweiger Zug die Gäſte aufnahm. „Was unſer Miniſterium Stüve denkt — ſo ſchließt einer der Berichterſtatter — iſt allenfalls aus der Abſtimmung von Detmold und v. Bothmer zu errathen, geäußert hat es ſich noch nicht; ſoviel glauben wir aber behaupten zu können, das hannoverſche Volk hat ſeine Antipathien gegen Preußen vergeſſen, und wird feſt halten am Kaiſer und Reich!"

Raſtatt, 2. April. Mit dem Bahnzug, der um 12 Uhr Mittags aus dem Oberland hier ankommt, ſind heute die Ver-

urtheilten Struve und Blind unter Bewachung einer Abtheilung des 2. Infanterieregiments hier eingetroffen, und wurden vom Bahnhof aus in zwei Wagen mit angemeſſener Bedeckung nach der Baſtion 30 gebracht, wo ſie vor ihrer Verurtheilung geſeſſen. Der hieſige Aufenthalt wird nur bis zur Entſcheidung des Oberhofgerichts über das von dem Vertheidiger Brentano ergriffene Rechtsmittel der Kaſſation dauern. (K. Z.)

Gotha, 30. März. Der Herzog hat am geſtrigen Abend, wo er die Abgeordneten des Landes zur Tafel eingeladen hatte, in Gegenwart derſelben den Eid auf die Verfaſſung, den er ſchriftlich abgegeben, mündlich wiederholt. Die Behörden der Stadt nahmen feierlichen Abſchied von demſelben und dankten ihm für den ſchnellen Vollzug der Verfaſſung. Am heutigen Morgen iſt nun der Herzog nach Schleswig abgereiſt. Die Bürgerwehr der Stadt und der Umgegend hatte ſich mit klingendem Spiel und wehenden Fahnen auf dem Bahnhofe verſammelt. Zu ihnen geſellten ſich die ſämmtlichen Abgeordneten und es tönte dem Landesfürſten, den ſeine Gemahlin bis Halle begleitet, unter herzlichem Lebewohl ein tauſendſtimmiges Vivat nach. (D. A. Z.)

Braunſchweig, 31. März. Es klingt nicht gut, ſich ſelbſt zu rühmen, allein das muß ich doch von unſerer Stadt und unſerem Lande ſagen, daß man ſchwerlich in irgend einem anderen deutſchen Lande ſo einſtimmig gut kaiſerlich iſt, als hier. Die Nachricht von der endlich vollendeten Wahl, wenn ſie auch keine friſche, enthuſiaſtiſche That war, hat hier doch die größte Freude erregt, und man hofft von dem Könige von Preußen, daß er, des Berufes ſeines Landes eingedenk, die Wahl annehmen wird. Von hier aus iſt ſogleich alles geſchehen, was man nach den Umſtänden für Pflicht halten konnte. Geſtern iſt in Folge eines von dem ſtändiſchen und den hier anweſenden Abgeordneten gefaßten Beſchluſſes eine Deputation von drei Abgeordneten nach Blankenburg abgegangen, um unſeren dort reſidirenden Herzog zu bitten, er möge ſeinen Einfluß anwenden, um den König von Preußen zur Annahme zu bewegen. Im Falle einer günſtigen Aufnahme wird dieſe Deputation mit fünf anderen Mitgliedern, die ſie heute in Aſchersleben erwarten, nach Berlin gehen, um Namens des Landes den König um die Annahme zu bitten. Heute war vom frühen Morgen an alles in froher Bewegung, die große Deputation aus Frankfurt wurde erwartet. Der Bahnhof war mit Fahnen und Laubwerk geſchmückt, eine Deputation des Magiſtrats, der Stadtverordneten, ein Mittagseſſen und Muſik harrten ihrer und eine große Volksmenge war herbeigeſtrömt. Da ging die Nachricht ein, daß die Deputation auf Bitten der hannover'ſchen Bürgerſchaft ſich entſchloſſen habe, die Nacht dort zuzubringen und erſt morgen Vormittag hier einzutreffen. Sie wird hier zu Mittag eſſen, dann von hier nach Magdeburg reiſen, die Nacht daſelbſt zubringen und erſt Montag weiter nach Berlin reiſen. (K. Z.)

□**Wiesbaden**, Ende März. Ich weiß nicht, ob Sie ſich noch der Eroberung des Johannisbergs erinnern? Das Volk war ſouverain geworden und der erſte Akt ſeiner Souverainität war gegen das Beſitzthum deſſen gerichtet, in welchem es den Hauptträger des geſtürzten Syſtems haßte: in langem bewaffneten Zuge erſtürmte es das Schloß, das Niemand vertheidigte, und den berühmten Keller, deſſen wohl verſiegelte Schätze in die Gurgeln der durſtigen Eroberer floſſen. Doch hatte der erſte Siegesjubel bald ein Ende. Schon wenige Tage nachher ſetzte ſich die naſſauiſche Regierung in Beſitz, wie ſie in dem ſpäteren Notenwechſel mit Oeſterreich erklärte, „blos zum Schutze des Johannisbergs gegen Exzeſſe des Volkes". Aber l'appetit vient en mangeant. Man entdeckte, was man bisher nicht hatte wiſſen wollen oder wirklich vergeſſen hatte, daß der Beſitztitel des Fürſten ſich anfechten laſſe, man entdeckte außerdem, daß die Gelegenheit jedenfalls günſtig ſei, eine Summe von 70,000 Gulden einzutreiben, auf welche ſich die rückſtändigen Steuern des Johannisbergs beliefen, und ſo hat denn endlich die Abgeordnetenkammer die Angelegenheit in ihre Hände genommen und ſich einſtimmig dahin entſchieden, den Rechtsanſpruch an den Johannisberg vor der Hand blos zu wahren und darüber ſpäter eine ſchiedsrichterliche Behörde entſcheiden, jene Steuerſchuld aber ſchon jetzt in Anforderung bringen und im Weigerungsfalle den Zwangsweg eintreten zu laſſen. Auf welcher Seite auch das Recht ſein mag, es macht gewiß nicht den beſten Eindruck, daß man erſt gegen einen geſtürzten Mann ſo tapfer iſt.

Großbritannien.

* **London**, 31. März. Aus den Parlamentsverhandlungen der letzten Tage iſt noch nachträglich anzuführen, daß in der vorgeſtrigen Unterhausſitzung die Regierung eine kleine Schlappe erlitt. Hr. Reynolds beantragte in dieſer Sitzung, daß ein beſonderer Ausſchuß ernannt werden möge, um die Umſtände zu unterſuchen und darüber zu berichten, welche an dem Bankerot einer der Dubliner Sparkaſſen Schuld geweſen. Hr. H. Herbert ſtellte den Zuſatzantrag, die Unterſuchung auch auf die bankerotten Sparkaſſen von Tralee und Killarney, wie auf die von Auchterarder in Schottland auszudehnen. Obſchon der Schatzkanzler ſich ſowohl dem Antrag des Hrn. Reynolds wie dem Amendement des Hrn. Herbert widerſetzte, erklärte das Haus mit 7 Stimmen Mehrheit, daß das Amendement dem urſprünglichen Antrage einverleibt würde, und nahm ſodann den geſammten Antrag mit 3 Stimmen Mehrheit an. Dieſer wiederholte Sieg über die Regierung veranlaßte die Freunde und Befürworter der Maßregel zu lauten Beifallsäußerungen. Eine ſo willfährige, fügſame und unbedingt gehorchende Majorität, wie die bekannte Guizot'ſche, beſitzt das engliſche Kabinet im Unterhauſe überhaupt nicht und es iſt dieß vielleicht ein Glück für das Kabinet ſelbſt, jedenfalls aber für das Land.

Während das Haus der Gemeinen mit großer Hartnäckigkeit für oder gegen die von der Regierung vorgeſchlagene iriſche Hilfsarmenſteuer Partei nimmt und die Debatte von einem Tage zum andern verſchleppt wird, macht das Hungerſterben in den nothleidenden Bezirken Irlands die betrübendſten Fortſchritte, namentlich in der Provinz Connaught und hier wieder am meiſten in der Grafſchaft Mayo. Ein durchaus glaubwürdiger Gentleman in Newport, Namens Hilles, zählt in einem Privatſchreiben eine furchtbare Menge von Todesfällen aus Nahrungsmangel auf und verſichert, daß in dieſem Bezirk im Laufe des Aprils mindeſtens 1000 Menſchen umkommen müßten, da viele von denen, welche auf den Unterſtützungsliſten ſtänden, täglich nur wenig Unzen gelbes Mehl erhielten. „Gleich elend", heißt es in der „Times", iſt der Zuſtand von Connemara, wo, nach der Bezeichnung eines katholiſchen Geiſtlichen, die Gegend ausſieht, als wäre ſie von irgend einem mächtigen Feind verwüſtet. Verzweiflung ſpricht aus jedem Geſichte, die Gewerbe jeglicher Art ſtehen ſtill, die Felder liegen brach und Jeder ſchaut mit ſehnſüchtigen Blicken nach Amerika." Die Cholera, die, während ſie in England und Schottland ganz zu erlöſchen ſcheint, im Süden Irlands ausgebrochen iſt, wird hier muthmaßlich eine furchtbare Ernte halten. In Limerick waren bis zum 28. März an dieſer Seuche bereits 800 Menſchen geſtorben.

Während die Irländer, wie man ſieht, nicht im Stande ſind, ſich ſelbſt zu helfen, beſchäftigen ſie ſich um ſo mehr mit der Noth des Papſtes im fernen Gaeta. Einige Herren aus Irland haben ihm in der That nichts weniger als eine aus 10,000 Irländern beſtehende Leibwacht angeboten, die in wenigen Wochen zu ſeinen Dienſten bereit ſein würde. Der Papſt hat ihnen geantwortet, daß er aus gewiſſen Rückſichten dieſes Anerbieten für jetzt ausſchlagen müſſe, was ihm um ſo mehr leid thue, da er ſich, wie ihm wohl bekannt, auf die Treue und Anhänglichkeit des iriſchen Volkes feſter als auf die Treue jedes andern verlaſſen könne; indeß dürften Umſtände eintreten, welche ihm das Anerbieten einer ſolchen iriſchen Legion ſpäter annehmbar machen könnten.

Der „Medical Times" zufolge hat man auf dem Olympusgebirge in Kleinaſien eine Pflanze entdeckt, deren Gebrauch ſich gegen die Cholera im höchſten Grade wirkſam bewieſen hat. Ihr botaniſcher Name iſt unbekannt, die Landesbewohner nennen ſie Zhorabia. Stengel und Blätter gleichen denen des Thymian, die Blüthen denen des Lavendels.

Frankreich.

* **Paris**, 1. April. Das Thema aller heutigen Journale iſt die Rede des Hrn. Thiers und die durch ſie herbeigeführte Entſcheidung der Nationalverſammlung in der italieniſchen Frage. Die Frage, ob Krieg oder Frieden, ſagt das Journal des Debats, iſt offen geſtellt worden, und die Verſammlung hat laut entſchieden, daß ſie den Frieden vorziehe. Hrn. Thiers Rede war ein Meiſterſtück an Klarheit in der Auseinanderſetzung, Feinheit in der Erwiederung, Schärfe in den Ausfällen. Aber der Redner muß heute ſeinen Triumpf theuer bezahlen, mit all den Spötte-

reien, denen ihn die Erinnerung an ſeine frühere Politik ausſetzt. Er, der ſich früher in den Gedanken an die kriegeriſche Politik der Revolutions- und Kaiſerzeit berauſchte, der ſich in die dreifarbige Fahne wickelte, und aus ihr hervor ſeinen Zorn über die Verträge von 1815 ergoß, er iſt jetzt der Prophet des Friedens, ſein eigner Widerſacher, das Organ der Seele Guizots! Und dabei haben ihn dennoch ſeine militäriſchen Gelüſte nicht verlaſſen. Er will nicht den Krieg, wie er verſichert und wie man ihm glauben kann, aber er will wenigſtens die Parade. Eines hätte ihn mit der Revolution ausſöhnen können, ſagte er, wenn die proviſoriſche Regierung die Armee vermehrt und reorganiſirt hätte. Wir geſtehen in Demuth, ſagt das Journal des Debats dazu, nach unſerer Meinung hatte die proviſoriſche Regierung Anderes, als das Heer zu organiſiren.

Was wird aber jetzt die Regierung thun? Die von Birio vorgeſchlagene, von ihr unterſtützte und von der Verſammlung genehmigte Tagesordnung legt ihr, wenn ſie ihr auch juriſtiſch freie Hand läßt, wenigſtens die moraliſche Verpflichtung auf, einen Punkt Italiens zu beſetzen. Glücklicherweiſe ſind die Schwierigkeiten, die aus einer Beſetzung eines Punktes in Oberitalien entſtanden wären, mit dem Worte Ober ſelbſt fortgefallen; und ſo wird ſich wohl im übrigen Italien ein Punkt finden, deſſen Beſetzung bei den andern Mächten keinen Widerſtand findet. Wahrſcheinlich iſt der Kirchenſtaat dazu auserſehen, einen ſolchen Punkt herzugeben. Wenigſtens hat heute Morgen das Kabinet unter dem Vorſitz Louis Bonaparte's und unter Zuziehung der Herrn Molé und Thiers eine Berathung gehalten, um ſich über das Verfahren zu vereinigen, welches man den Schweſter-Republiken Rom und Toskana gegenüber einzuhalten hätte, und es iſt nicht unmöglich, daß dabei die Unternehmung nach Civitavecchia endgültig beſchloſſen worden iſt.

Nun aber zu einem andern Ereigniß, das nicht unwichtiger iſt, als die geſtrige Sitzung: Proudhon iſt geflohen! Er will nicht den griechiſchen Narren ſpielen und lieber als dem ungerechten Urtheilsſpruche ſeiner Mitbürger, die kein Verſtändniß für ſeine Lehren haben, ſich zu unterwerfen, geht er nach London und begründet dort ein ſozialiſtiſches Journal. Seine Freunde ſind unglücklich. Sie hatten gehofft, aus ſeinem Martyrium die Gelegenheit zu den ſchönſten Lobpreiſungen des Sozialismus zu ziehen; und ſiehe da, der Heiland verſchmäht das Martyrium! Die Götter gehen davon, ſagt Dupin. Schade iſt nur, daß die großartige Sammlung, welche das Komite der Rue Poitiers veranſtaltet hat, um die Lehren Proudhon's zu bekämpfen, und welche in den erſten beiden Tagen, wenn wir nicht irren, 100,000 Fr. eingebracht hat, daß dieſe Sammlung ſo gleichſam um ihren Zweck betrogen iſt. Der Feind iſt fort! Wozu noch die Waffen?

An der heutigen Sonntagsbörſe, die bekanntlich in der Paſſage de l'Opera abgehalten wird, ſind nur wenig Geſchäfte gemacht worden; doch blieb die Rente feſt. Wenn man ſich erinnert, daß die Kourſe bei jedem den Italienern günſtigen Gerücht fielen, und ſtiegen bei jeder Nachricht von den Erfolgen der Oeſterreicher (Der Charivari ſtellt deßhalb mit der Unterſchrift: **la hausse et la baisse**, Radetzky und Karl Albert dar, wie ſie auf einem Schwebebalken (Italie), der auf der Spitze eines Hauſes (bourse) ruht, auf und ab balanciren, jeder in der einen Hand ein Schwert, in der andern ſein Manifeſt, und ſich gegenſeitig mit gräulichen Grimaſſen drohend) ſo wird man ſich nicht wundern, wenn jetzt, wo das öſterreichiſche Glück geſichert iſt, auch die hausse feſt bleibt. Die 5 pCt. eröffnete 88,50 und ſchlos 89.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Agram, 27. März. Dieſer Tage iſt eine Deputation auf ihrer Reiſe nach Wien hier eingetroffen. Es waren nämlich noch vor dem Erſcheinen der oktroyirten Reichsverfaſſung einige Vertrauensmänner der ſerbiſchen Nation vom Miniſterium berufen. Da mittlerweile die Reichsverfaſſung erſchien, ſo wurde dieſe Deputation vom Patriarchen und dem dirigirenden ſerbiſchen Komite angewieſen, mit dem Banalrathe und dem großen Landtagsausſchuß hier ſich ins Einvernehmen zu ſetzen, und um Beigabe einer kroatiſch-ſlawoniſchen Deputation anzuhalten, welche die Realiſirung der gemeinſchaftlichen Wünſche und Forderungen hohenorts betreiben ſoll. In der geſtern abgehaltenen vereinten Sitzung des Banalrathes und des Landtagsausſchuſſes wurde nun beſchloſſen, daß ſich der ſerbiſchen auch eine kroatiſch-ſlawoniſche Deputatation anzuſchließen habe, welche die Beſtätigung der Landtagsbeſchlüſſe des Jahres 1848 als derjenigen Bedingungen, unter welchen die kroatiſch-ſlawoniſch-ſerbiſche Nation gegen die magyariſchen Separations-Tendenzen zu den Waffen gegriffen hat — anzuſuchen hat. Dieſe vereinte Deputation geht morgen von hier ab. Sie wollen in der Hauptſache die Einheit der kroatiſch-ſlawoniſch ſerbiſchen Nation in der Provinzialgeſetzgebung, dann Adminiſtration unter der Banal- (bei den Serben Wojwoden-) Würde, unter dem allgemeinen öſterreichiſchen Miniſterium des Krieges, der Finanzen, des Handels und des Auswärtigen mit Aufrechthaltung der militäriſchen Organiſirung des Landes als Schutzwehr der Monarchie an der türkiſchen Grenze, jedoch nach dem Prinzipe der Truppenſtellung zu auswärtigen Zwecken in demſelben Verhältniſſe wie die andern Provinzen als Kontingent nach der Seelenzahl. (Agr. Z.)

Vinkouvce, 24. März. Reiſende brachten uns heute die Nachricht, daß in Semlin eine außerordentliche Aufregung herrſche. Straßenzüge in ungariſchem Koſtüm, ungariſche Freiheitslieder, Eljens und Zivio's dem Koſſuth erſchallen in der Stadt. (Südſl. Z.)

Italien.

* In Paris war 1. April das Gerücht verbreitet, daß die Republik in Genua ausgerufen worden ſei, und daß die Piemonteſiſche Diviſſion unter dem General Lamarmora 15,000 Mann ſtark, welche am 23. ſich in Parma befand, die Richtung nach Ferrara eingeſchlagen habe. Unſere direkten Nachrichten aus Italien melden nichts davon.

* **Turin**, 29. März. Die geſtrige Sitzung der Deputirten-Kammer bot einen der rührenden Auftritte, die je in parlamentariſchen Verſammlungen ſtattgefunden haben. Die erſte Nachricht von der Niederlage bei Novara verſetzte Alles in Wuth; man ſprach nur vom kräftigeren Wiederbeginn des Kampfes, man ſchob Alles dem Waffenſtillſtand in die Schuh. Ohne ihn, glaubte man, wäre Radetzki der Verlorene geweſen. Radetzki, rief der Abgeordnete Toſti, iſt ſchon einmal durch einen Waffenſtillſtand gerettet worden, er iſt es jetzt wieder! Die Regierung hat ihre Schuldigkeit nicht gethan? Dann aber, als die Ab- Abdankung Karl Alberts bekannt wurde, als man die edlen Worte erfuhr, die ihm der Schmerz um die Vereitelung ſeiner theuerſten Hoffnungen ausgepreßt hatte, da ſchmolz aller Zorn, Thränen traten in Vieler Augen, und derſelbe Toſti, der erſt ſeiner Wuth nicht Worte finden konnte, ſagte jetzt von Karl Albert: „wenn ich mich umſchaue unter den Männern Italiens, ſo finde ich überall nichts als Kleinlichkeit; nur Ein großes und edles Geſicht erhebt ſich aus der Menge, es iſt (und dabei deutete der Redner auf das im Saale aufgehängte Porträt) Karl Albert“. Ehre Karl Albert, dem Kämpfer Italiens! rief es von allen Seiten, und Keiner war, den nicht Dankbarkeit und Verehrung für den Mann erfüllte. Der von Allen, die an der Spitze italieniſcher Staaten geſtanden haben, es am aufrichtigſten mit der italieniſchen Unabhängigkeit gemeint hat!

Ein Seitenſtück bot die heutige Sitzung. Schon die Verkündigung der Namen der neuen Miniſter (wir haben ſie geſtern bereits mitgetheilt) erregte Unwillen; als aber die Bedingungen des Waffenſtillſtandes bekannt gemacht wurden, da konnte man kein Maß mehr. Schmach über dieſen Waffenſtillſtand! Nieder die Miniſter! rief man und Lanza und Toſti überboten ſich in heftigen Anklagen gegen die Regierung, welche durch abſichtliche Vernachläſſigung des Heeres, Alles verdorben hätte. Pinelli konnte gar nicht zu Worte kommen. Auf den Vorſchlag Ravina's erklärte die Kammer es für Hochverrath, wenn das Miniſterium Oeſterreich in Aleſſandria einrücken ließ, oder die Flotte zurückriefe. Es wurde demſelben bis zum Abend (wo eine zweite Sitzung gehalten werden ſoll) Friſt gegeben, um ſich über den Waffenſtillſtand zu erklären und ſich zu rechtfertigen. Dann kam man wieder auf Karl Albert zurück. Man genehmigte den ſchon geſtern gemachten Vorſchlag, ihm ein Monument zu errichten, und beſchloß eine in wahrhaft edlen Ausdrücken abgefaßte Adreſſe. (Wir theilen ſie morgen nebſt einigen Einzelheiten der heutigen Verhandlung mit.)

* **Neapel**. Die Regierung iſt ergrimmt über das Verfahren des franzöſiſchen und engliſchen Admirals. Obgleich die ſicilianiſche Regierung unzweideutig ihre Abſicht, das Ultimatum nicht anzunehmen, ausgeſprochen hat, bleiben die Admiräle trotz ihres Verſprechens in den ſicilianiſchen Gewäſſern. Der Fürſt von Satriano hat deßhalb eine ſehr ſcharfe Adreſſe an ſie erlaſſen. Herr von Rayneval und Hr. Temple wollen jetzt ſelbſt nach Palermo gehen. (Wir komen morgen darauf zurück.)

* **Mailand.** Die Gazzetta di Milano vom 28. bringt den Text des Waffenſtillſtandes vom 26. März. Folgendes iſt der Hauptinhalt: 1) Der König von Sardinien gibt die beſtimmte und feierliche Zuſicherung, daß er ſich beeilen werde, Frieden zu ſchließen. 2) Er wird ſobald möglich die aus Lombarden, Ungarn und Polen, öſterreichiſchen Unterthanen, beſtehenden Korps auflöſen, ſich vorbehaltend einige Offiziere aus jenen Korps in ſeiner Armee zu behalten. Den betreffenden Militärs, die in ihr Land zurückkehren, wird von Radetzky volle Amneſtie zugeſichert. 3) Der König geſtattet während des Waffenſtillſtandes die Okkupation mit 20,000 M. des Landes bis an die Seſia, 3000 Oeſterreicher beſetzen gemeinſchaftlich mit 3000 Piemonteſen die Stadt und Feſtung Aleſſandria. Das Wort Sr. Majeſtät iſt Bürge für die Sicherheit dieſer Truppen des Kaiſers. Dieſe Truppen werden auf Koſten der ſardiniſchen Regierung verpflegt. Der König von Sardinien räumt das Gebiet von Piacenza, Modena und Toscana. 4) Da die Oeſterreicher erſt in 3 bis 4 Tagen in Aleſſandria einrücken können, ſo garantirt der König von Sardinien deren ordentlichen Einzug in dieſe Feſtung. 5) Die ſämmtliche ſardiniſche Flotte verläßt binnen 14 Tagen das adriatiſche Meer. Der König ruft alle ſeine Truppen und Unterthanen durch den beſtimmteſten Befehl aus Venedig zurück. 6) Der König verſpricht, ſeine Armee in kürzeſter Zeit auf den Friedensfuß zu reduciren. 7) Da der König von Sardinien das Recht des Krieges und Friedens hat, ſo ſieht er aus dieſem Grunde dieſen Waffenſtillſtand für unverletzlich an, (das heißt er bedarf keiner Genehmigung der Kammer). 8) Der König wird unverzüglich einen Bevollmächtigten in eine gemeinſam zu beſtimmende Stadt ſenden, um den Frieden zu unterhandeln. 9) Der Friede wird nach gegenſeitiger Convenienz abgeſchloſſen werden, der Marſchall wird ſeinen Hof unverzüglich von dem ernſten Wunſche des Königs nach Frieden unterrichten. 10) Der Waffenſtillſtand gilt für die Dauer der Friedensverhandlung, im Fall des Abbrechens derſelben ſoll er auf 10 Tage gekündigt werden. 11) Die Kriegsgefangenen werden unverzüglich durch beide Theile zurückgegeben. 12) Die kaiſerlichen Truppen ſtellen ihre Bewegungen ein, die welche die Seſia überſchritten haben, ziehen ſich wieder hinter dieſelbe zurück. Unterzeichnet: Radetzky, Viktor Emanuel, und Chrzanowsky.

Am 29. März iſt Feldmarſchall Radetzky in **Mailand** eingezogen mit 2 Brigaden und ſeinen Trophäen. Die durch den gewaltigen Stoß hervorgebrachte Aufregung der Geiſter iſt noch immer ſehr groß. Viele wollen nicht an das Geſchehene glauben, ſelbſt in Mailand gibt es Leute, die die Rückkehr Radetzky's für einen Rückzug halten. Aus dieſer Stimmung entſtehen abentheuerliche Gerüchte, welche namentlich im Teſſin herumgeboten und von manchen Schweizerblättern begierig aufgenommen werden. Namentlich ſind die Berner Blätter unermüdlich, die handgreiflichſten Widerſprüche und Erdichtungen zu verbreiten. (Basl. Z.)

Schweiz.

☽ **Bern**, 1. April. Der Bundesrath hat mit Kreisſchreiben an die Kantonsregierungen die Werbungen für Sizilien verboten und die Ausweiſung der deutſchen Flüchtlinge Heinzen und Lommel aus dem Gebiet der Eidgenoſſenſchaft beſchloſſen. Bekanntlich iſt durch deutſche und ſchweizeriſche Zeitungen die Nachricht gegangen, es habe Becker, Präſident des Vereins „Hilf dir" und naturaliſirter Bernburger, mit den Abgeordneten der ſiciliſchen Regierung einen Vertrag abgeſchloſſen, laut welchem er ſich verpflichtet, eine deutſch-helvetiſche Legion zu ſtellen, welche aus drei Bataillonen Infanterie, drei Kompanieen Scharfſchützen und zwei Kompanien Artillerie, größtentheils unter dem ſchweizeriſchen Militär geworben, beſtehen ſoll. Die Legion wurde von Becker ſelbſt befehligt. Zwei andere deutſche Flüchtlinge, K. Heinzen und Lommel, würden bei der beabſichtigten Expedition höhere Offiziersſtellen begleiten. Obgleich dieſe Legion, wie verſichert wird, auf ſardiniſchem Gebiet gebildet werden, und daſelbſt ihr Werbedepot haben ſoll, ſo trägt nach des Bundesraths Anſicht Beckers Vertrag, wenn er wirklich exiſtirt, dennoch alle Merkmale einer militäriſchen Kapitulation an ſich, wie ſolche von der Bundesverfaſſung unterſagt werden. Dazu komme noch, daß dieſe Kapitulation für die Schweiz Handelsvortheile und für die Legionärs Militärgrade, Beförderung, Gehalte, Sold und Penſionen ſtipulirt, ſowie auch die Zuſicherung des ſiziliſchen und italieniſchen Bürgerrechts enthält. Hierdurch aber hätten ſich Becker und Konſorten Befugniſſe angemaßt, welche ihnen nicht zuſtehen, und geben dadurch die Veranlaſſung, daß die Bürger irregeführt und zum Glauben verleitet würden, es habe dieſe Kapitalation einen geſetzlichen, einigermaßen amtlichen Charakter und biete eine Garantie für die in derſelben gegenſeitig eingegangenen Verſprechungen dar. Da der Bundesrath aus glaubwürdigen Quellen die Beſtätigung dieſer Thatſachen enthält, ſo fordert er die Kantonsregierungen auf, ihre ernſteſte Aufmerkſamkeit auf dieſe Kapitulation und die Bildung einer Legion zu lenken, welches beides mit der Verfaſſung und den Geſetzen des Bundes in direktem Widerſpruch ſteht, mit der Neutralität der Schweiz unverträglich und geeignet iſt, ihre völkerrechtlichen Verhältniſſe zu gefährden. Alle Kantonsregierungen werden darum eingeladen, jede Werbung für die deutſch-helvetiſche Legion, wie Becker wirklich eine ſolche zu bilden ſucht, oder Werbungen für irgend eine andere Legion dieſer Art zu verhindern, überall, wo eine ſolche Werbung verſucht werden ſollte, einzuſchreiten und die Dawiderhandelnden den beſtehenden Geſetzen gemäß beſtrafen zu laſſen. Die Ausweiſung Heinzens motivirt der Bundesrath damit, daß derſelbe bezeichnet ſei, bei der erwähnten Expedition unter dem Oberkommando von Becker eine höhere Offiziersſtelle zu bekleiden und zur Abſchließung einer verfaſſungswidrigen Kapitulation behilflich zu ſein. Außerdem aber habe Heinzen, obwohl er ſchon aus den meiſten Kantonen wegen ſeiner propagandiſtiſchen Thätigkeit ausgewieſen ſei, ſich bisher nicht ruhig verhalten, ſondern als Hauptredakteur der „Revolution" Grundſätze verbreitet, welche auf Umſturz der geſellſchaftlichen und politiſchen Ordnung abzielen. Gegen Lommel ſoll die Ausweiſung erſt dann erfolgen, wenn die Kantonsregierung ſichere Nachricht erhalten, daß derſelbe ſich wirklich an dem Becker'ſchen Unternehmen betheilige. Der Geſandte der römiſchen Republik, de Boni, warnt das Publikum, ſich von dem päpſtlichen Nuntius keine Päſſe viſiren zu laſſen, da die republikaniſche Regierung in Rom dieſe Viſa nicht anerkenne. Die Regierungen von Freiburg und Luzern haben die Werbungen für Neapel unterſagt, bis der Transport der Rekruten durch die Lombardei wieder ſicher ſei.

\+ **Zürich**, 31. März. Eine immerhin etwas mißliche Erſcheinung iſt die erſtaunliche Theilnahmloſigkeit unſerer Bevölkerung, wenn es ſich um Wahlen in die höchſte eidgenöſſiſche Behörde, in den Nationalrath, handelt. Ja! wenn irgend ein Dorfwächter zu wählen oder gar eine der ſehr ambiirten Waibelſtellen neu zu beſetzen wäre, da hätte ſicherlich ein Jeder Zeit und Muße genug dazu gefunden; bei einer Nationalrathswahl bleibt man lieber hinter dem warmen Ofen ſitzen, oder zieht es vor, in der Kneipe ſein Schöppli zu leeren. Am letzten Sonntag wählte der zweite zürcheriſche Wahlkreis den Alt-R.-R. Eßlinger in die bezeichnete Behörde und zwar erſchienen von 15,300 ſtimmberechtigten Bürgern nur 481 in den Wahlverſammlungen. Hr. Eßlinger lehnte die Annahme „aus Geſundheitsrückſichten" ab, die patriotiſchen 481 ſind alſo obendrein um ihre Mühe geprellt; wie Viele werden nun wohl an dem auf übermorgen über 8 Tage neu angeſetzten Wahltage erſcheinen? Ueberhaupt hält es immer ſchwerer bei uns, geeignete Männer für jene Stelle zu finden; zu den „Advokaten", zu denen im weiteren Sinne auch die Staats- und Gerichtsmänner gehören, die das Unglück gehabt haben, juriſtiſche Studien zu machen, hat der Bauer und Geſchäftsmann kein rechtes Zutrauen, er nimmt ungern zu ihnen nur dann ſeine Zuflucht, wenn er keine andere Wahl mehr hat; Induſtrielle, Aerzte, Geiſtliche, Lehrer wären in geeigneter Qualifikation vorhanden, aber die haben ihrem Berufe zu leben; entſchließen ſie ſich einmal zur Annahme, ſo kann man ſicher ſein, daß nach einem Vierteljahre wieder eine Demiſſion in Ausſicht ſteht; anderweitige unabhängige Perſonen, welche die nöthige Bildung und zugleich das Zutrauen ihrer Mitbürger beſitzen, ſind äußerſt ſpärlich geſäet; was bleibt uns alſo übrig als nolentes volentes zu den mißbeliebigen „Advokaten" zurückzukehren und ein ſolcher wird auch wahrſcheinlich am nächſten Wahltage den Sieg davontragen. Der Kanton Zürich hat ſeit einigen Jahren mehrere unangenehme Erfahrungen hinſichtlich der Rechtlichkeit ſeiner Beamten gemacht: vor einiger Zeit entdeckte man beim Tode eines Notariatsbeamten, daß durch die Betrügereien und Veruntreuungen deſſelben das Hypothekenweſen ſeines ganzen Bezirks in Konfuſion gerathen ſei; jetzt ereignet ſich wieder derſelbe Fall: der Gemeindspräſident Honegger von Dürnten verreiſt an einem ſchönen Morgen nach Amerika, nachdem es ihm durch die Fahrläſſigkeit der vorgeſetzten Behörden möglich geworden, von dem Gemeindsgute und dem deponirten Vermögen der Waiſen einen ſehr beträchtlichen Antheil an ſich zu bringen. Das Kriminalgericht ſetzte darauf den geſammten Gemeinderath und den Bezirksrath in Anklagezuſtand, und legte Beſchlag auf deren

№ 94. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** **4. April 1849.**

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 4. April. Die Anſprache des Königs von Preußen an die Deputation der deutſchen Reichsverſammlung.) Berlin (Verhandlungen der erſten und zweiten Kammer. Der Empfang der Reichsgeſandtſchaft.) Magdeburg (Die Reiſe der Reichsgeſandtſchaft.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 4. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 6. April.

Tagesordnung der 198. öffentl. Sitzung.

Berathung des vom Abgeordneten Bock, Namens des Wehrausſchuſſes erſtatteten Berichts über zwei Petitionen aus Lübeck, betreffend Befreiung der Seeleute vom Wehrdienſte im Landheere.

Es iſt um 9 Uhr Vormittags noch ſehr leer im Hauſe. Erſt ſpäter beleben ſich die Räume und natürlich bildet die geſtern auf telegraphiſchem Wege von Berlin eingetroffene Antwort des Königs auf die Kaiſerbotſchaft den Gegenſtand der allgemeinſten Nachfrage und Mittheilung. Der Eindruck des königlichen Beſcheids iſt verſchiedenartig, je nach den Hoffnungen, die ein Jeder gehegt. Doch hatten wohl auch die Vorſichtigſten unter den Freunden und Förderern der Erbkaiſeridee auf eine herzhaftere und mehr unmittelbare Annahme rechnen zu dürfen geglaubt. Die Oeſterreicher ſcheinen die Antwort des Königs als einen Sieg in ihrem Sinne zu betrachten. — Vicepräſident Hr. Kirchgeßner eröffnet die Sitzung 9¾ Uhr. Die Miniſterbänke ſind wieder vollſtändig beſetzt. Hr. Kirchgeßner verlieſt die folgende, an ihn gelangte telegraphiſche Depeſche:

„Die Deputation der Reichs-Verſammlung an den Vicepräſidenten Hrn. Kirchgeßner:

Die Deputation iſt nach empfangener Antwort Sr. Maj. des Königs ſofort in Berathung über das, was in Folge derſelben ihr zu thun obliege. Sie wird über das Ergebniß dieſer Berathung ſpäteſtens morgen berichten. Die Deputation iſt ſich ihrer Pflicht und Verantwortlichkeit gegen ihre Vollmachtgeber vollſtändig bewußt.

Berlin, den 3. April 1849."

Ihren Austritt aus der Nationalverſammlung haben angemeldet die Herren Rothe aus Berlin, Ambroſch aus Schleſien, Dröge aus Bremen, Weißenborn aus Eiſenach. Eingetreten dagegen ſind und werden verſchiedenen Abtheilungen zugewieſen: Hr. Barth aus Bregenz, Hr. Meier aus Bremen (für Herrn Dröge), Hr. Szabel aus Ollmütz (neue Wahl!) Hr. v. Wrochem-Glau (zum Erſatz von Ambroſch), Hr. Krzyzanowski (für Hr. Liebelt) aus dem Poſen'ſchen, Hr. Moſing aus Wien für Hrn. Prinzinger aus St. Pölten.

Von Flottenbeiträgen ſind folgende eingegangen: 35 Gulden aus Imgenbruch und 904 Gulden aus Mittelfranken durch den Abgeordneten Hrn. Krafft aus Nürnberg.

Eine Reklamation des Hrn. v. Bally erregt die Heiterkeit des Hauſes. Sie richtet ſich gegen die ſtenographiſchen Berichte, die mitgetheilt haben: Hr. v. Bally habe bei der Kaiſerwahl „nicht geſtimmt". Hr. v. Bally hat aber nur „nicht gewählt".

Hr. Kreuzberg von Prag wendet ſich an das Reichsminiſterium mit der Anrufung: wie es das durch den Wiederausbruch des italieniſchen Kriegs gefährdete deutſche Intereſſe wahrnehmen und welche Maßregeln namentlich es ergreifen wolle zum etwa nöthigen Schutze der tiroliſchen und trieſtiner Landesgrenzen?

Hr. v. Gagern erwiedert ſofort darauf, daß die Ereigniſſe die Interpellation des Hrn. Kreuzberg bereits vollſtändig beantwortet haben, (beiſtimmender Zuruf) dagegen eröffnet er unter dem Hört! Hört! der Verſammlung über den Stand des däniſch-deutſchen Kriegs: „Die Friedensverhandlungen ſeien von Seiten der vermittelnden Macht auch dann noch fortgeführt worden, nachdem die deutſche Centralgewalt die zur Abwehr der däniſchen Angriffe erforderliche Truppenmacht wieder habe in die Stellungen einrücken laſſen, welche Artikel II des Malmöer Vertrags bedingt. Aber dieſen Friedensverhandlungen ſetzten ſich geſteigerte Anſprüche Dänemarks entgegen, und ſie hatten keinen andern Erfolg, als daß am 25. v. M. dem Reichsminiſterium neue Vorſchläge zum Abſchluſſe von Friedenspräliminarien aus Kopenhagen mit dem Bemerken zugegangen waren, daß die däniſche Regierung, um die Antwort abwarten zu können, die Feindſeligkeiten zu Lande und zur See nicht vor dem 3. April beginnen laſſen werde, falls dem Marſche der deutſchen Truppen Einhalt geſchähe. Auf letztere Bedingung konnte bei der Kürze der Friſt ſo wenig eingegangen werden, als auf die Vorſchläge ſelbſt, in welchen die Forderungen Dänemarks weiter gehen, als in andern früheren. Jener Termin iſt nun abgelaufen; der Krieg kann wieder beginnen, vielleicht haben die Feindſeligkeiten in dieſem Augenblicke ſchon begonnen.

Da aber die däniſche Regierung fortwährend verſichert, daß ungeachtet der Kündigung des Waffenſtillſtandes die Erneuerung der Feindſeligkeiten nicht in ihrer Abſicht liege, ſo wird nicht der bloße Ablauf des Waffenſtillſtandes, ſondern erſt ein wirklicher Angriff Dänemarks die Entſcheidung der Waffen hervorrufen. Die proviſoriſche Centralgewalt hat ihr Beſtreben auf die Erzielung eines für beide ſtreitenden Theile billigen, die konſtatirten Rechte vermittelnden Friedens gerichtet; ſie hat im letzten Augenblicke noch Europa ein Pfand ihrer Friedensliebe dadurch dargebracht, daß der Befehlshaber des deutſchen Operationskorps, als welcher der königlich preußiſche Generallieutenant v. Prittwitz ernannt iſt, die Weiſung erhalten hat, ſeinerſeits nicht anzugreifen, ſondern in der Vertheidigungsſtellung zu verharren, ſolang kein Angriff von Seiten Dänemarks erfolgt. Die in Folge des Vertrags von Malmöe eingeſetzte gemeinſame Regierung der Herzogthümer hat ihr Amt niedergelegt, nachdem mit Ablauf dieſes Vertrags ihre Vollmacht erloſchen war. Es iſt daher von Seiten der proviſoriſchen Centralgewalt, welcher die Sorge für die vorläufige Verwaltung der Herzogthümer obliegt, eine Statthalterſchaft eingeſetzt worden, welcher die Ausübung ſämmtlicher Regierungsrechte bis zum Abſchluſſe eines Friedens, mit Vorbehalt der Rechte des Landesherrn, unter Zuſtimmung der ſchleswig-holſtein'ſchen Landesverſammlung übertragen worden iſt." (Bravo!)

Der Antrag des Hrn. v. Buttel aus Oldenburg, den heute von ihm erſtatteten Bericht des Prioritäts- und Petitionsausſchuſſes über die im Herzogthume Anhalt-Bernburg vorhandenen Mißſtände ſofort in Berathung zu ziehen, wird dem Anrathen des Reichsminiſterpräſidenten gemäß als ein dringlicher „nicht" erkannt.

Der Namens des Wehrausſchuſſes von dem Abgeordneten Hrn. Bock erſtattete Bericht und ſomit der Gegenſtand der heutigen Tagesordnung erledigt ſich nach einer kurzen Debatte, an der ſich die Hrn. Stavenhagen, v. Peucker und Bock betheiligen, durch die Erhebung nachfolgen Antrags zum Beſchluſſe:

„Die bezüglichen beiden Petitionen dem Reichsminiſterium mit dem Erſuchen zuzufertigen, die Regierungen der Küſtenſtaaten zu veranlaſſen, daß ſchleunigſt die erforderlichen Anordnungen getroffen werden, um den Seeleuten, ſo weit thunlich die Ableiſtung ihrer Wehrpflicht im Seedienſt zu geſtatten, zugleich aber die Regierungen zu erſuchen, das Erforderliche über das Beſtehen ſolcher Anordnungen, behufs Beruhigung der Seeleute, zur Kenntniß derſelben zu bringen."

Eine Anrufung des Hrn. Grävell betrifft die Renitenz einzelner Regierungen gegen die Zahlungsleiſtungen für die Kriegsflotte, ſowie die dagegen zu ergreifenden Maßregeln. Hr. Dröge erwiedert ſofort im Namen des Marineausſchuſſes mit einer ausführlichen Darſtellung darauf. In der Hauptſache beantragt der Ausſchuß: „Die Verſammlung wolle ihn ermächtigen, die Interpellation des Abgeordneten Grävell an das Reichsminiſterium der Finanzen zur geeigneten Berückſichtigung zu überweiſen," wobei der Ausſchuß nicht unterlaſſen kann, ſeinerſeits dem gelegentlich des Vortrags des Hr. Reichsfinanzminiſters in der Verſammlung ſich kundgegebenen Ausdruck des Unwillens über das nicht zu rechtfertigende Renitenzverfahren einzelner Staaten in Entrichtung ihrer Flottenbeiträge ſich anzuſchließen, und indem er die zuverſichtliche Hoffnung ausſpricht, daß das Reichsminiſterium bei der drohenden Gefahr des Wiederausbruchs des Krieges Alles, ſelbſt wenn nöthig unter Anwendung der ſchärfſten Maßregeln, aufbieten werde, die Säumigen zur ſofortigen Zahlung zu bringen.

Endlich kommt noch ein dringlicher Antrag der Hrn. Hoffbauer, Ludwig Simon u. Gen. aus Nordhauſen zur Mittheilung: wornach die Nationalverſammlung ſofort über die Antwort des Königs von Preußen in Berathung treten und der Berliner Deputation ihren darüber gefaßten Beſchluß zugehen laſſen ſoll.

Die Begründung der Dringlichkeit wird jedoch den Antragſtellern verſagt und ſomit iſt auch dem Gegenſtande ſelbſt die Dringlichkeit abgeſprochen. Der Hoffbauer'ſche Antrag ſoll demnach dem Ausſchußwege zugewieſen werden. Ueber die Frage jedoch, welchem Ausſchuſſe der Antrag zur Berichterſtattung zu übergeben ſein würde, entſpinnt ſich eine längere Debatte, in deren Verfolg Hr. Vogt von Gießen vorſchlägt, den bereits früher gewünſchten „Oktroyirungsausſchuß" zur Behandlung des Gegenſtandes niederzuſetzen. (Beifall von der Linken.) Hr. Heckſcher iſt der Meinung, daß die Sache vor den Verfaſſungsausſchuß gehöre. Hr. Schlöffel dagegen beantragt in Betracht der bedenklichen Lage der Nationalverſammlung die Wahl eines — „Vollziehungsausſchuſſes". Hr. v. Beckerath weiſt darauf hin, daß die Verſammlung noch ohne eine amtliche Mittheilung von der Antwort des Königs von Preußen und alſo ohne Vorlagen ſei. Man ſolle daher die Sache indeſſen auf ſich beruhen laſſen. Hr. Nauwerck aber behauptet: nicht blos das Erbkaiſerthum, jetzt ſei auch in Wirklichkeit das Vaterland in Gefahr. Die Sache müſſe alſo ſofort in Berathung gezogen werden. Obſchon hier die Debatte geſchloſſen wird, ſo iſt doch dieſer Abſchluß nur ein formeller. Denn nun bildet die Frageſtellung den Gegenſtand einer eben ſo unfruchtbaren Erörterung, bis Herr Hoffbauer unter dem Beifalle des Hauſes ſeinen Antrag zurückzieht.

Hr. Raveaux ſtellt hierauf den dringlichen Antrag: In Erwägung, daß ſie den Zweck ihrer Sendung erfüllt habe, die Kaiſerdeputation durch telegraphiſche Weiſung aus Berlin zurück zu berufen. 191 gegen 163 Stimmen (durch Zettel) lehnen jedoch auch die Dringlichkeit dieſes Antrags ab.

Hr. Simon von Trier fragt bei dem Reichsminiſterium an, ob daſſelbe in einer telegraphiſchen Depeſche die von dem Könige von Preußen der Deputation ertheilte Antwort erhalten habe und ob es zu deren Kundgebung bereit ſei. Reichsminiſterpräſident Herr Heinr. v. Gagern: „Nein, das Miniſterium hat keine ſolche Depeſche erhalten."

Auch über den Tag der nächſten Sitzung und die Tagesordnung derſelben erſpart ſich das Haus die Debatte nicht. Herr Waitz bemerkt dem Verlangen auf eine morgende Sitzung entgegen: daß er die dringende Lage des Vaterlandes nicht verkenne. Aber er glaube nicht, daß dieſelbe verbeſſert werde durch Sitzungen wie die heutige. Hr. Nauwerck fordert die Bernburger Angelegenheit auf die morgende Tagesordnung. Hr. Baſſermann: die dreiunddreißig Mitglieder des Hauſes, die ſich in Berlin befinden, ſind im Auftrage der Verſammlung abweſend. Es wäre nicht loyal, ihre Abweſenheit zu mißbrauchen. Selbſt den Anſchein, als werde dieſe Abweſenheit zum Durchſetzen gewiſſer Maßregeln benutzt, iſt zu vermeiden. Nach dem Schluſſe der Diskuſſion hierüber vertagt das Haus ſeine ferneren Sitzungen bis Mittwoch nach dem Feſte (11. April).

Wir ſind aber dadurch noch nicht beim Schluſſe. Denn Hr. Ludwig Simon interpellirt das Reichsminiſterium „dringend": ob demſelben nicht „auf irgend einem offiziellen Wege" Kenntniß von der Antwort des Königs von Preußen zugekommen ſei.

Hr. v. Gagern bejaht, daß er nicht auf offiziellem zwar, wohl aber auf vertraulichem Wege durch den königl. preuß. Bevollmächtigten Kenntniß davon erhalten. Auch Hr. v. Maifeld hat eine dringende Interpellation in Vorrath, zieht ſie jedoch zurück.

Als Gegenſtand der nächſten Tagesordnung — nachdem noch Hr. Venedey die heutige Sitzung als eine troſtloſe bezeichnet, dabei aber die Verſicherung ausgeſprochen hat, daß ein Jeder im Hauſe, der die Verfaſſung unterſchrieben habe, auch männlich dafür einſtehen werde — wird ſodann der Bericht des Abgeordneten v. Dieskau über eine die Aufhebung der Spielbanken betreffende Petition und der Buttel'ſche Bericht über die Bernburger Angelegenheit geſetzt.

***Frankfurt**, 4. April. (Morgens.)*) Auf telegraphiſchem Wege iſt folgende Nachricht aus Berlin eingetroffen:

Se. Majeſtät der König hat heute um 11 Uhr auf dem Schloſſe die Deputation der deutſchen National-Verſammlung empfangen und auf die Anrede derſelben Folgendes erwiedert:

„Meine Herren! Die Botſchaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen ſind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt, und auf die heiligen, unantaſtbaren Pflichten, welche mir, als dem Könige meines Volkes und als einem der mächtigſten deutſchen Fürſten obliegen; ſolch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß.

In dem Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung, welchen Sie, meine Herren, mir überbringen, erkenne ich die Stimmen der Vertreter des deutſchen Volkes. Dieſer Ruf gibt mir ein Anrecht, deſſen Werth ich zu ſchätzen weiß. Er fordert, wenn ich ihm folge, unermeßliche Opfer von mir. Er legt mir die ſchwerſten Pflichten auf. Die deutſche Nationalverſammlung hat auf mich vor allen gezählt, wo es gilt, Deutſchlands Einheit und Preußens Kraft zu gründen. Ich ehre Ihr Vertrauen, ſprechen Sie meinen Dank darüber aus. Ich bin bereit, durch die That zu beweiſen, daß die Männer ſich nicht geirrt haben, welche ihre Zuverſicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinſamen deutſchen Vaterlande ſtützen. Aber, meine Herrn, ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutſchen Volkes nicht entſprechen, ich würde Deutſchlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Verſicherungen, ohne das freie Einverſtändniß der gekrönten Häupter, der Fürſten und freien Staaten Deutſchlands, eine Entſchließung faſſen, welche für ſie und für die von ihnen regierten deutſchen Stämme die entſchiedenſten Folgen haben müßte. An den Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten wird es daher jetzt ſein, in gemeinſamer Berathung zu prüfen, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, ob die mir übertragenen Rechte mich in den Stand ſetzen wüeden, mit ſtarker Hand, wie ein ſolcher (?) *) es von mir fordert, die Geſchicke des großen deutſchen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen ſeiner Völker zu erfüllen. Deſſen aber möge Deutſchland gewiß ſein und das, meine Herren, verkündigen Sie in allen ſeinen Gauen, bedarf es des Preußiſchen Schildes und Schwertes gegen äußere oder innere Feinde, ſo werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen. Ich werde dann getroſt den Weg meines Hauſes und Volkes gehen, den Weg der deutſchen Treue. Berlin, 3. April 1849.

X **Berlin**, 2. April. Die erſte Kammer beſchloß heute auf den Antrag Bergmann's, über die von der deutſchen Nationalverſammlung zuletzt gefaßten Beſchlüſſe eine Adreſſe an den König richten und durch eine aus den Abtheilungen gewählte Kommiſſion ſogleich ausarbeiten zu laſſen. Die Kommiſſion wurde gebildet aus den Abgeordneten Kühne, Graf Bülow, Bergmann, Graf Alvensleben, Hanſemann, Graf Kanitz, Walter, Leue, von Wittgenſtein, Eichmann. Nach 12 Uhr wurde die von ihr verfaßte Adreſſe**) verleſen. Nach der Verleſung erhob ſich der Miniſterpräſident und ſagte: „Meine Herren! Durch die neueſten Beſchlüſſe der deutſchen Nationalverſammlung iſt die deutſche Frage in ein neues Stadium getreten. Das Miniſterium hält es für ſeine Pflicht, den Weg zu bezeichnen, den es fernerhin einzuhalten gedenkt. Es hat zu wiederholtenmalen ſeinen Standpunkt als den der entſchiedenſten Hingebung an Deutſchlands Einheit und Freiheit, aber auch der gewiſſenhafteſten Achtung vor den Rechten der einzelnen Regierungen bezeichnet. Durch den letzten Frankfurter Beſchluß iſt das Ziel weſentlich näher gerückt. Die Regierung wird alles aufbieten, daß dieſes Ziel ganz erreicht werde; ſie wird allerdings daran feſthalten, daß jener Beſchluß nur für diejenigen deutſchen Regierungen und Fürſten gültig ſei, welche demſelben aus freier Wahl beiſtimmen; ſie wird aber nicht nachlaſſen, auf die völlige Erreichung des Zieles hinzuarbeiten". Beifall der Verſammlung. Es war dem Abgeordneten Stahl vorbehalten, in die ſchöne Stimmung dieſes Moments einen Mißton zu bringen. Sperling hatte zum fünften Satz der Adreſſe ein Amendement geſtellt. Der Referent Walter erklärte, das Amendement beruhe auf dem Mißverſtändniß, als ob die Aufzählung der Schwierigkeiten eine Abmahnung bezwecke; die Meinung ſei aber vielmehr, es möchten dieſe Schwierigkeiten nicht als Hinderniſſe angeſehen werden. Hierauf zog Sperling das Amendement zurück. Stahl eilte nun auf die Tribüne, um zu erklären, daß die Interpretation des Referenten eine reine Privaterklärung ſei, und daß jeder Abgeordnete das Recht habe, die Adreſſe auf ſeine Weiſe auszulegen. Er wolle dies zur Motivirung ſeiner Abſtimmung ſagen. Lautes

*) Dieſe Nachricht iſt unſern ſtädtiſchen Leſern bereits heute durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

*) Hier fehlt ein Wort in der Depeſche.
**) Iſt bereits geſtern mitgetheilt.

Murren auf beiden Seiten. Der Präſident bemerkte, der Berichterſtatter ſei berechtigt, auf die Amendements einzugehen, und es ſei anzunehmen, daß er im Sinne der Kommiſſion interpretirt habe. Stahl wollte etwas erwiedern, aber die Verſammlung ließ ihn nicht mehr zu Worte kommen. Die Adreſſe der Kommiſſion wurde mit allen Stimmen gegen 3 (worunter die Gerlachs!) angenommen und die Verſammlung beauftragte den Präſidenten mit der Ueberſendung derſelben. Die Deputation der Nationalverſammlung kam heute nach halb ſechs Uhr mit einem Extrazug auf dem Potsdamer Bahnhof an und wurde von Magiſtrat und Stadtverordneten feierlich empfangen. Der Bahnhof und die Straßen, durch welche der Zug gehen ſollte, waren gedrängt voll Menſchen, welche die Vertreter des deutſchen Volks mit donnernden Lebehochrufen begrüßten.

△ **Berlin**, 2. April. Die zweite Kammer hielt heute Kaiſerſitzung. Es kamen folgende drei Entwürfe für die dem Könige zu überreichende Adreſſe zur Berathung. Zuerſt der Entwurf der Kommiſſion (der Unruh'ſche). Er lautet:

„Königliche Majeſtät!

Die deutſche Nationalverſammlung hat durch ihre letzten Beſchlüſſe das Werk der Einigung und Kräftigung Deutſchlands ſeiner Vollendung entgegengeführt.

Dieſelbe hat in Verfolg ihrer Beſchlüſſe Eure königliche Majeſtät zu der glorreichen Aufgabe erkoren, das erſte Oberhaupt des wiedererſtandenen Deutſchlands zu ſein.

Die zweite Kammer legt die dringende Bitte ehrfurchtsvoll an Ew. königlichen Majeſtät königliches Herz, die Erwartung der deutſchen Nationalverſammlung und die Hoffnungen des durch dieſelbe vertreten deutſchen Volkes zu erfüllen.

Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche ſich der Erreichung dieſes großen Zieles entgegenſtellen; aber Ew. Majeſtät Weisheit, ſowie die Thatkraft der deutſchen Volksſtämme und die Liebe derſelben zu ihrem Vaterlande wird Ew. Majeſtät zuſtimmenden Entſchluß mit Erfolg krönen."

Sodann der Entwurf des Grafen Arnim-Boytzenburg und Genoſſen (Kleiſt, Bismark, Keller, Griesheim u. ſ. w.):

„Königliche Majeſtät!

Noch ſind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preußiſchen Volkes vor dem Throne Ew. königlichen Majeſtät ihre Hoffnungen für die Zukunft Deutſchlands ausſprachen, und ſchon iſt der entſcheidende Augenblick gekommen, von welchem Deutſchlands Geſchick ſeine Löſung erwartet.

Im Angeſichte der unberechenbaren Gefahren, welche dem weiteren, wie dem engeren Vaterlande drohen, inmitten des in allen ſeinen Fugen erſchütterten Kontinents, Deutſchland ohne eine lenkende Hand, ohne einen Mittelpunkt des Geſammtwillens der einzelnen Regierungen den ſtürmenden Zeitbewegungen zu überlaſſen, geben die Mitglieder der zweiten Kammer ehrfurchtsvoll ihrer Hoffnung Worte, daß zur Vermeidung deſſen Ew. königliche Majeſtät Sich Ihrem Berufe nicht entziehen möchten.

Wir verkennen die große Schwierigkeit nicht, welche deſſen Erfüllung in Verbindung mit dem feſten Hinblicke auf das Ziel der Erhaltung deutſcher Einigkeit, wie der Gewinnung deutſcher Einheit bietet.

„Ew. Königliche Majeſtät Weisheit und Hingebung für dieſe große Sache wird den richtigen Weg zu finden wiſſen. Unſere Zuverſicht beruht auf dem Bewußtſein, daß Ew. Königliche Majeſtät dieſen Beruf nur in der Weiſe übernehmen werden, welche mit der Pflicht auch die Kraft zu ihrer Erfüllung gibt, niemals aber um des höheren Glanzes Ihrer Krone willen davon ablaſſen werden, durch den Schutz und die Achtung jedes Rechts den Wahlſpruch der Könige Preußens auch hier zu bethätigen."

Der Vinckeſche Entwurf endlich lautet:

„Königliche Majeſtät!

„Noch ſind die Worte kaum verhallt, mit denen die Vertreter des preußiſchen Volkes vor dem Throne Ew. Majeſtät ihre Hoffnungen für die Zukunft Deutſchlands ausſprachen, und ſchon iſt durch die drängenden Ereigniſſe der entſcheidende Augenblick gekommen, von welchem Deutſchlands Geſchick ſeine Löſung erwartet.

„Es iſt das Vertrauen der Vertreter des deutſchen Volkes, welches Ew. Majeſtät zu der glorreichen Aufgabe beruft, das erſte Oberhaupt des wiedererſtandenen Deutſchlands zu ſein und mit ſtarker Hand die Leitung der Geſchicke des Vaterlandes zu übernehmen.

„Wir verkennen nicht den Ernſt der Stunde, nicht das ſchwere Gewicht der unabweisbaren Erwägung. Im Angeſichte aber der unberechenbaren Gefahren, wenn inmitten des in allen ſeinen Fugen erſchütterten Kontinents Deutſchland ohne lenkende Hand den ſtürmenden Bewegungen der Zeit überlaſſen bleibt, vertrauen wir Ew. Majeſtät Weisheit und Hingebung für die Sache des Vaterlandes, daß Sie den rechten Weg erkennen und alle Schwierigkeiten überwinden werden.

„Wir legen ehrfurchtsvoll die dringende Bitte an Ew. königl. Majeſtät königliches Herz:

„Sich dem Rufe der deutſchen Nationalverſammlung nicht entziehen und die Hoffnungen und Erwartungen des deutſchen Volkes erfüllen zu wollen."

Berlin, 1. April 1849.

v. Vincke, Menzel, Urlichs, Ulrich, Lenſing, Wiethaus.

Zuerſt erhob ſich das Haupt der preußiſchen Ariſtokratie, Graf Arnim-Boytzenburg, um ſeinen Entwurf zu vertheidigen, von dem man im beſten Falle, wie von der Note ſeines Namensvetters ſagen muß, daß deſſen Politik nichts ſage, und es jetzt nicht Zeit ſei zu einer nichtsſagenden Politik. Er begann, wie Diplomaten gewöhnlich thun, mit einer Empfehlung der Offenheit und vollen Wahrheit. Er ſprach von dem Geiſte, der Preußen groß gemacht. Es iſt dies der Geiſt der Unabhängigkeit, der Gerechtigkeit, der Liebe zur deutſchen Einheit und Einigkeit; es iſt dies derſelbe Geiſt, der, als im vorigen Jahre das ſouveräne Volk Preußen auf's Neue in Feſſeln zu ſchlagen drohte, auch dieſe Feſſeln ſprengte. (Murren zur Linken.) Wenn Sie, meine Herren, meine Anſicht nicht theilen, ſo erinnere ich Sie daran, daß Manche von Ihnen im vorigen Jahre nach Frankfurt gegangen und daß ſie dort gewiß wahrgenommen, mit welchem Gefühle man damals die Idee aufnahm: Preußen ſolle an die Spitze Deutſchlands treten.

Ich frage Sie, ob wohl damals an Beſchlüſſe zu denken war, wie ſie jetzt in Frankfurt gefaßt worden? Seit jener Zeit aber iſt an die Stelle der ſouverainen Volksgewalt die Souverainetät der verfaſſungsmäßigen konſtitutionellen Monarchie getreten, und Preußen hat gezeigt, daß es ſeine Aufgabe erkannt hat.

Preußens Herrſcher darf ſich jetzt dem großen Berufe nicht entziehen, weil ſonſt Deutſchland auseinanderzufallen droht.

Was die verſchiedenen Adreßentwürfe betrifft, ſo erkläre ich mich entſchieden gegen den der Kommiſſion. Er ſagt offen, daß er auf dem Boden der Volksſouveränetät ſteht und daß die Frankfurter Nationalverſammlung allein berechtigt ſei, die Verfaſſung feſtzuſtellen. Ich mag auf die Konſequenzen nicht hinweiſen, die es haben könnte, wenn wir den Kommiſſionsentwurf annehmen. Was den Entwurf des Abgeordneten von Vincke und Genoſſen anlangt, ſo glaube ich, mich nicht zu täuſchen, wenn ich annehme, daß wir in unſeren Gefühlen und Erwartungen übereinſtimmen; an der Spitze des Entwurfs ſteht ja ein Mann, welcher ſtets in Frankfurt den Grundſatz verfochten: daß das deutſche Verfaſſungswerk von der Nationalverſammlung zu Stande gebracht werden ſoll zwiſchen Volk und Fürſten. Dieſer Mann wird auch jetzt nicht von jenem Grundſatze laſſen. Es iſt nur fraglich, ob wir unſere Gefühle und Erwartungen in der Adreſſe näher bezeichnen ſollen. Eine ſolche genauere Bezeichnung könnte leicht als Mißtrauen gelten, meint der edle Graf. Aber wozu iſt dann die Volksvertretung, als um in wichtigen Dingen dem Fürſten die Meinung des Volkes kund zu geben. Und wann thut es dem Könige von Preußen mehr noth, zu wiſſen, wie die Mehrheit des Volkes bei einer Sache denke, wobei es das nächſte Intereſſe hat? Eine ſchöne Stütze, die, wenn man ſich anlehnen will, wie geſchmeidiges Rohr nachgiebt. Der Graf ſchloß mit den Worten. Dixi et animam salvavi. Nach ihm gab der Miniſterpräſident, Graf Brandenburg, folgende Erklärung ab: Ich will den Weg näher bezeichnen, den die Regierung zu gehen gedenkt. Die Regierung hat ſtets den Standpunkt der Hingebung an die Sache der deutſchen Einheit und Einigkeit, aber auch den der gewiſſenhaften Achtung der Rechte der deutſchen Regierungen eingenommen. Nachdem das große Werk um einen neuen Schritt weiter geführt worden, wird die Regierung Alles aufbieten, daß das Ziel ganz erreicht werde; ſie hält aber die letzten Frankfurter Beſchlüſſe nur für diejenigen Regierungen für verbindlich, welche ihre freie Zuſtimmung dazu geben, und wird nichts unverſucht laſſen, eine Einigung unter den Fürſten zu Stande zu bringen. (Beifall rechts, Ziſchen links.)

№ 94. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 4. April 1849.

Ueberſicht.

Zum Sammeln. Von F. L. Jahn.
Die alten und die neuen Landſtände in den reuſſiſchen Fürſtenthümern.
Deutſchland. Frankfurt (Aleſſandria und das piemonteſiſche Mailand.) Berlin (Berlin's Zuſtände.) München (Das beabſichtigte Manifeſt der Regierung. Die Neue Münchener Zeitung und der Hof zu Nymphenburg.)
Frankreich. Paris (Die Politik der Regierung gegen Italien. Aus einem Paulus iſt ein Saulus geworden.)
Rußland. Von der ruſſiſchen Gränze (Die ruſſiſchen Finanzen und Rüſtungen. Eine ruſſiſche Circulardepeſche.)
China. Kanton (Die Schwierigkeiten wegen Oeffnung der innern Stadt. Der deutſche Handel mit China.)

Zum Sammeln.

Wir leſen in den alten hebräiſchen Geſchichten, (2. Samuel. 2, v. 26. 28.), wie bei einem Bürgerkriege der eine Führer ſeinem Gegner zuruft: „Soll denn das Schwert ohne Ende freſſen? Weißt Du nicht, daß hernach möchte mehr Jammers werden?“ worauf der Angeredete die Poſaune blaſen ließ, „daß alles Volk ſtillſtand und auch nicht mehr ſtritt.“ Wie mit dem Zaubertone des Alterthums haben wir das Wort: „Zur Verſtändigung“ aus dem Frankfurter Journale vernommen. Und da es eine Friedensbotſchaft verkündet, glauben wir löblich und recht zu handeln, ſolche Oelblätter ſo ſchnell und ſo weit wir können zu verbreiten. Es lautet:

„Zur Verſtändigung. Von einem Parlamentsglied.

Frankfurt, 31. März. Können die Worte: „das ganze Deutſchland ſoll es ſein, ſo weit die deutſche Zunge klingt und Gott im Himmel Lieder ſingt“, können dieſe Worte jetzt auch nur einen ſchmerzlichen Wiederhall in dem Gemüthe des Patrioten zurücklaſſen, müſſen wir beklagen, die herrlichen, freiheitsbegeiſterten Stämme der deutſch-öſterreichiſchen Provinzen bald aus unſerer Mitte ſcheiden zu ſehen; werden die materiellen Intereſſen auch empfindlich verletzt und wird die Ausſicht geraubt, den Bevölkerungsüberfluß, anſtatt ihn nach Amerika fortziehen und außer Verbindung mit dem Vaterlande kommen zu laſſen, denſelben in Ungarn, in Siebenbürgen und bis zu den Sulina-Mündungen hin anzuſiedeln, ihn ſo im Anſchluſſe zu erhalten und die phyſiſche und geiſtige Macht des Reiches dadurch in einem hohen Grade zu ſteigern: ſo müſſen nunmehr doch auch die Mitglieder der Linken in der Nationalverſammlung ohne Ausnahme aus voller Seele wünſchen, daß die von ihnen unterzeichnete Verfaſſung, wie ſie beſchloſſen worden, aus- und durchgeführt werde; ſie müſſen wünſchen, daß der König von Preußen die ihm angetragene Würde annehme, wenn ſie ſelbſt auch im J. 1849 für die Vererbung einer Gewalt nicht ſtimmen zu können glaubten, ſich indeß jeder Oppoſition gegen die einzig mögliche Perſon enthielten; ſie müſſen wünſchen, daß die Volksſtämme wie die Fürſten ſich der neuen Gewalt anſchließen; ſich ihr aufrichtig unterwerfen, ſie gegen jeden Angriff, woher er auch komme, mit Gut und Blut vertheidigen wollen. Alle partikulariſtiſchen Neigungen, alle Abneigungen müſſen ſchweigen, alle Sonderbeſtrebungen müſſen fallen. Wir, die wir auf der entſchiedenſten Seite der Linken ſtehen, und zu einem, Preußen ſeither wahrlich nicht ſehr freundlichen Volksſtamme gehören, wir würden es tief beklagen, wenn Mitglieder der Linken ſich auch jetzt noch in Sonderbeſtrebungen halten, wenn ſie bei ihren Volksſtämmen nicht Alles aufbieten wollten, um dieſe mit der neuen Ordnung der Dinge zu verſöhnen, um durch das Volk die dynaſtiſchen Intereſſen zu brechen, ſo fern dieſe ſich in Widerſtreit ſetzen wollten. Mögen unſere Freunde bedenken, daß ein größeres Unglück über unſer, der Vereinigung nahe ſtehendes, Vaterland nicht kommen könnte, als wenn die Zwietracht in den Stämmen erhalten und geſchürt, als wenn die große Sache zu einem lang dauernden Bürgerkriege und zur noch größeren Zerſplitterung getrieben, wir ſo dem Hohnlachen und dem Spotte der unſerer Vereinigung abholden fremden Nationen und Regierungen anheim fallen würden. Mögen unſere Freunde weiter erwägen, daß es unſerer unwürdig ſein, daß es die alte Wunde wieder aufreißen würde, an der unſer Volk ſo oft geblutet, wenn der eine oder der andere Volksſtamm ſich mit der Regierung zu Olmütz, die uns keineswegs gleichbedeutend iſt mit unſeren deutſch-öſterreichiſchen Brüdern (ſomit indirekte mit den freiheitsfeindlichen Beſtrebungen des hinterliſtigen Petersburger Kabinets), gegen die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Vereinigung unter ein erbliches Oberhaupt verſchwören wollte. Wir richten dieſe Worte hauptſächlich an unſere Freunde, die zu einer Beſprechung in Heidelberg zuſammentreten werden. Möge die edelſte Tugend, ſeine perſönlichen Gefühle und Neigungen der Nothwendigkeit für das Ganze unterzuordnen, ſie allein beſeelen! Möge unſer Beſtreben fortan nur darauf gerichtet ſein, das herrliche Gebäude, deſſen Grundpfeiler wir aufgerichtet, in dem entſprechenden Geiſte weiter auszubauen. Gelingt uns dieſes, dann werden unſere öſterreichiſchen Brüder wieder zu uns kommen und nicht darnach fragen, ob ein erbliches oder nichterbliches Oberhaupt über dem Ganzen ſteht. Niemals ſoll das Schickſal dieſer Brüder uns gleichgültig ſein und unſer Recht auf Vereinigung mit ihnen bleibt unverſehrt.“

Von der Beſprechung in Heidelberg iſt uns zwar noch nichts bekannt. Wenn ſie aber in ſolchem verſöhnlichen Geiſte, in ſolcher Vertragſamkeit ſtatt findet, ſo werden die Deutſchen Oſtern und die Deutſchen Pfingſten nahe an einander rücken, vielleicht ganz und gar zu Einem Feſte vereinen. Auch wir wollen das Unſrige thun und wie Ueberſchrift meldet „Zum Sammeln“ rufen.

Die alten und die neuen Landſtände in den reußiſchen Fürſtenthümern.

††† In einem Konflikte, den in den Landen Reuß jüngerer Linie die alten und neuen Landſtände unter einander haben, wird in dieſer Zeit wahrſcheinlich zum erſten Male der Artikel VIII. des Einführungsgeſetzes der Grundrechte: „Abänderungen der Grundverfaſſung einzelner deutſcher Staaten, welche durch die Abſchaffung der Standesvorrechte nothwendig werden, ſollen innerhalb 6 Monaten durch die gegenwärtigen Organe der Landesgeſetzgebung nach folgenden Beſtimmungen herbeigeführt werden:“ in Anwendung kommen und zwar der Paſſus b) lautend: Wenn in Staaten, wo zwei Kammern beſtehen, dieſer Weg a) keine Vereinigung herbeiführen ſollte, ſo treten dieſe zuſammen, um in einer Verſammlung durch einfache Stimmenmehrheit die Beſchlüſſe zu faſſen. — Ohne Revolution und ohne Forderung ſicherten nämlich im März vorigen Jahres die Fürſten Reuß jüngerer Linie ihrem Volke die Errungenſchaften der Freiheit und Gleichberechtigung zu, die andern Orts oft erkämpft werden mußten. Um ſie zu erfüllen ließ die Regierung ein Grundgeſetz und ein Wahlgeſetz nach den Bedürfniſſen der Zeit entwerfen, und berief eine Verſammlung, welche mit der Regierung dieſe Geſetze gemeinſam vereinbaren ſollte. Eigentlich und nach Art. VIII. jener Einführungsgeſetze oder da ſolche noch nicht da waren, nach Artikel 56 der Wiener Schlußakte hätten lediglich und allein geſetzmäßig die zu allen Zeiten und auch damals in Wirkſamkeit ſtehenden Landſtände zuſammenberufen werden müſſen, und mit dieſen wäre das Verfaſſungswerk zu beſchließen geweſen. Die Regierung war jedoch viel freiſinniger, ſie rief unter Zuſtimmung der alten Landſtände ſchon durch eine Verordnung vom 22. April 26 aus unbeſchränkten Urwahlen hervorgegangene Vertreter zu dieſer Berathung zuſammen, und die alten Landſtände begnügten ſich damit ihrerſeits, nur 5 Vertreter bei dieſer Berathung zu beanſpruchen und nicht insgeſammt daran Theil nehmen zu wollen. Dieſe 31 Mitglieder ſollten nach jener Verordnung berufen ſein, die neue Verfaſſung mit der Regierung zu vereinbaren. Das förmliche Wahlausſchreiben dazu geſchah am 21. Juni; man ſprach ſich zwar ſchon damals in einzelnen Vereinen gegen die Zulaſſung der 5 Deputirten aus, jedoch geſchahen durch die geſammte Einwohnerſchaft die Wahlen, und durch dieſe Ausübung die Anerkennung des Landes, daß es die Verſammlung als eine den Bedürfniſſen entſprechende betrachtete. Was das Volk im Ganzen nicht gewollt hatte, das thaten nun die 26 Vertreter. Gleich in ihrer erſten Sitzung, am 3. Oktober, dekretirten ſie den Ausſchluß der 5 Deputirten der alten Landſtände, und indem ſie ſo einen Theil des Geſetzes, durch deſſen ganzes Beſtehen ſie allein die Befugniß zu wirken hatten, aufhoben, machten ſie die Anforderung, die vorliegende Verfaſſung unbeſchränkt und rückſichtslos berathen und feſtſtellen zu können. Sie verleugneten ihren Urſprung und riſſen die Macht der Geſetzgebung und Regierung an ſich. Die 5 Deputirten ſchieden und verwahrten ihre Rechte im Namen der

Landſchaft. Vergeblich wandte ſich die Landſchaft an den Reichskommiſſär von Mühlenfels, und forderte endlich die Regierung auf, ob ſie den Willen und die Kraft habe, die geſetzmäßigen Stände in Schutz zu nehmen. Die bei den 26 geforderte Anerkennung der alten Landſchaft durch die Regierung hatte zur Folge, daß die 26 am 8. Dezember die ehemalige Ritter- und Landſchaftliche Verfaſſung und Vertretung für aufgehoben, null und nichtig erklärten. Da die 26 noch keine neue Verfaſſung berathen hatten, ſo ſchwebten alſo die Reußiſchen Lande geſetzlos auf dem deutſchen Boden, wäre die Regierung nunmehr nicht energiſch eingeſchritten und hätte jenen Beſchluß nicht verworfen. Die Verſammlung der 26 wurde vertagt. Die alten Landſtände traten zuſammen, und bei der neuen Einberufung der 26 erklärten ſie, geſtützt auf die Regierung, daß ſowohl die bis jetzt berathene Verfaſſung in Frage ſtehe als auch jeder fernere Beſchluß, der ohne ihre Theilnahme zu Stande komme. Die Regierung machte den Vermittelungsvorſchlag, daß die durch das Geſetz vom 22. April 1848 berufene Verſammlung ein Wahlgeſetz berathen, die Vereinbarung der Verfaſſung dagegen der nach dieſem neuen Wahlgeſetze einzuberufenden Landesverſammlung überlaſſen möge; auch dieſer wurde von den 26 Vertretern abgelehnt, und alle Theile fanden ſich endlich bereit, ſich einer Entſcheidung des Reichsminiſteriums zu unterwerfen. In Mecklenburg ſind ähnliche Zerwürfniſſe zwiſchen den ganz ariſtokratiſchen alten mit den ganz demokratiſchen neuen Landſtänden zu erwarten.

Deutſchland.

00 **Frankfurt**, 3. April. Aleſſandria mit ſeinem Gebiet, dem piemonteſiſchen Herzogthum Mailand zwiſchen Teſſin und Seſia und ſüdlich vom Po bis an die Grenzen von Genua und Montferrat, iſt ein alter Zankapfel zwiſchen den „Tedeschi", deren Fahne, wenn gleich vorübergehend, jetzt von ihren Wällen weht, und den Italienern. Die Stadt wurde 1168 nach der Erbauung Mailands durch den Rothbart von vertriebenen Mailändern an dem Zuſammenfluß der Bormida und des Tanaro, zuerſt aus Lehm und Stroh (daher della Paglia), erbaut und nach des Kaiſers Gegner, Papſt Alexander III., Aleſſandria genannt. 1707 erhielt der König Viktor Amadeus II. als Preis ſeines Beitritts zu Oeſterreich im ſpaniſchen Erbfolgekrieg, dieſen Theil des Habsburgiſchen Herzogthums Mailand und 1802 ließ Napoleon mit dem Aufwand von 12 Millionen Gulden die durch ihre Lage ſtarke Feſtung umbauen, zum Hauptbollwerk gegen Oeſterreich. Die Stadt iſt ſchön und weitläufig erbaut, volkreich (36,000 Einwohner), und lebhaften Handel treibend.

Berlin. Wie gründlich zerrüttet die häuslichen Verhältniſſe in Berlin ſind, ſieht man am Deutlichſten, wenn man die Verſteigerungen beſucht, in denen täglich Hausgeräth jeder Art, ſo wie Uhren, Ringe und andere Koſtbarkeiten verkauft werden. Alle dieſe Gegenſtände ſind nämlich hier zu unglaublich niedrigen Preiſen zu haben. Einer meiner Freunde hat ſich vor einigen Tagen Hausgeräth angeſchafft, das neu über 1000 Thaler koſtete und für welches er, obgleich es faſt noch ganz neu iſt, 220 Thaler gezahlt hat! Die hieſigen Leihämter haben in der letzten Zeit bedeutende Verluſte erlitten, weil ſie die ihnen verfallenen Pfänder für weit weniger Geld verkaufen mußten, als ſie darauf geliehen hatten. Das Auffallendſte hierbei iſt, daß neben dieſen Verſteigerungen gebrauchter Sachen auch die neuen Hausgeräths noch immer fortbeſtehen. Es giebt nämlich eine Anzahl Menſchen hier, deren Geſchäft darin beſteht, daß ſie unaufhörlich Verſteigerungen von Hausgeräth abhalten, welches ihnen von hieſigen Handwerkern zu dieſem Behuf überlaſſen wird. Die Preiſe, welche hier gezahlt werden, ſind natürlich faſt eben ſo niedrig als die in jener andern Art von Verſteigerungen; die meiſten dieſer Hausgeräthe haben ihre Verfertiger ſelbſt jedenfalls mehr gekoſtet, als jetzt für ſie gelöſt wird. Daß nun dennoch ſich fortwährend Handwerker finden, welche zu ſolchen Preiſen Hausgeräth liefern, iſt ein Beweis, daß dieſe Handwerker ſich noch immer in einer verzweiflungsvollen Lage befinden. (L. Z.)

≃ **München**, 2. April. Die Regierung beabſichtige ein Manifeſt, ſchrieb ich Ihnen neulich, worin ſie ſich über die Behandlung ihrer Vorſchläge hinſichtlich der Reichsverfaſſung kritiſch ausſprechen und zugleich ein beſonderes Gewicht auf den Umſtand legen werde, daß ſie Oeſterreich gegenüber am Volkshaus feſtgehalten habe. Was aber der Schlußſatz des Manifeſtes ſein werde, ob „trotzdem" eine Anerkennung von Kaiſer und Reich, oder „deshalb" ein Proteſt gegen Beides, weiß man heute noch eben ſo wenig als damals. Das Gerücht bringt beide Lesarten, indeſſen deuten die halboffiziellen Vorzeichen allerdings ziemlich deutlich auf Abweis. Zwar iſt die N. Münchener Zeitung noch partikulariſtiſcher als der Hof, und noch miniſterieller als das Miniſterium; aber man kann doch kaum annehmen, daß dieſelbe, Artikel, wie jenen „die Wahl eines Erbkaiſers" in einer Außerordentlichen Beilage, wenngleich am 1. April, bringen werde, falls ſie ſich nicht bewußt wäre, damit in den Bray'ſchen und noch höhern Regionen einen freundlichen Blick und ein huldvolles Beifallslächeln zu erobern. In dieſem Aufſatz heißt es unter Anderen: „es verſteht ſich ganz von ſelbſt, daß Baiern eine Verfaſſung nicht anerkennen wird, durch welche es aus dem Centrum Deutſchlands zu einer Grenzprovinz von Kleindeutſchland geſtempelt wird. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß Baiern auch eine Wahl nicht anerkennen wird, durch welche über Baiern, wie über eine eroberte Provinz verfügt, ſein altes, freies, den Hohenzollern nicht unterthäniges Königshaus zu erblichen Vaſallen eines preußiſchen erblichen Oberherrn herabgewürdigt, die baieriſchen Völker zu erblicher Erniedrigung unter die preußiſchen Stämme (— baieriſche Völker und preußiſche Stämme! —) verdammt, und ganz Süddeutſchland zerriſſen und dem nordiſchen Einfluſſe erblich unterworfen werden ſoll." Soviel Worte, ſoviel ihrer Unwahrheit bewußte Falſchheiten. Ferner noch dieſelben alten, längſt in ihrer Haltloſigkeit dargelegten Partikulariſtenphraſen, hinter denen doch nichts, auch gar nichts lauert, als der Aerger darüber, daß die Kaiſerkrone nicht dem Wittelsbacher Haus aufs Dach geſetzt wird. Freilich, zerriſſen wird Süddeutſchland, denn Baden und Würtemberg haben, ſich in ehrlichem deutſchen Sinne anders entſchieden, denn Baiern. Aber wer zerreißt Süddeutſchland — Baiern ſelber in ſeiner partikulariſtiſchen Tendenz, in ſeinem Anlehnen an das undeutſche Oeſterreich und deſſen jungmetternich'ſche Politik der Spaltung der Völker zum ſogenannten Frommen der Dynaſtie. Doch ich vergeſſe, daß ich nicht widerlegen wollte, wo jedes Wort zu viel, ſondern nur andeuten, auf welche zu erwartende Erklärung Baierns die N. Münchn. Z. vorbereitet. Sie meint in dieſem Artikel weiter: „Noch iſt die Aufgabe Baierns die der Vermittlung." Sie erkennen, der Ausſpruch kommt aus einem Nymphenburger Salon. In der Mitte des vorigen Monats gab ich Ihnen einige flüchtige Skizzen der Hofgeſpräche. Dort finden Sie daſſelbe Wort als neueſte Entdeckung der baieriſchen Halbdiplomaten, gerad daſſelbe Wort — nur ſchade, daß man's um drei bis vier Monate zu ſpät erfand. Die Zeit mit ihren Ereigniſſen hatte nicht auf das Schwanken und Hinhorchen der baieriſch — — deutſchen Diplomatie gewartet. Und da dieſe Diplomatie endlich aus den Wirrungen, in welche ſie ſich ſelbſt mit ihrem Stehenbleiben geſtürzt, die rechte Aufgabe herausgefunden zu haben meinte, war die Aufgabe ſchon längſt überholt. Aber welcher Art denkt ſich nun die „Neue Münchner Zeitung" dieſe „Vermittlung?" „Damit dieſelbe wirkſam ſei darf von Anfang an kein Zweifel darüber ſein, daß Baiern, ſowie es dem öſterreichiſchen Kabinet gegenüber die Nothwendigkeit und das Recht einer Volksvertretung neben dem Staatenhaus zu vertreten berufen iſt, die neueſten Beſchlüſſe der Frankfurter Verſammlung in keiner Beziehung als giltig anſehe". So ſpricht die weiſe miniſterielle Zeitung. Alſo beginnt die Vermittlung damit, der einen Partei alles Recht abzuſprechen und der andern gegenüber eine Anſicht zu „vertreten", d. h. ſich einigermaßen zu ſperren gegen deren Nichtanerkennung und ſie nachher „um höherer Rückſichten willen" langſam zuzugeſtehen, zögernd darein einzuſtimmen. Aber nein, die N. M. Z. iſt billig, ſie verwirft die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung nicht abſolut: nein, ſie ſieht nur die „neueſten in keiner Beziehung als giltig" an.

Sie müſſen nämlich wiſſen, man ſchwankt in Nymphenburg gegenwärtig einigermaßen herüber nach Seiten der Anerkennung der Grundrechte. Alſo muß der halboffizielle Artikelſchreiber eine Hinterthür offen laſſen. Was gefällt, wird acceptirt, was mißfällt, desavouirt. Das nennt man folgerichtige Politik in unſern „engern Kreiſen." Der ganze Aufſatz könnte indeſſen einfach und unbefangen als eine ungeſchickt ſtark ausgedrückte Privatanſicht des „Baieriſchen Staatsanzeigers" hingenommen werden, wenn derſelbe nicht ſchließlich die unmittelbare und flehendliche Bitte an die Regierung richtete, durch „eine baldige und offene offizielle Erklärung" in dieſem Sinne die niedergedrückten Partikulariſten- und Ultramontangemüther aufzurichten aus zähneklappernder oder auch zähneknirſchender Kümmerniß. Es handelt ſich alſo um das Seelenheil. Da dürfen wir gewiß

Digitized by Google

nicht lang auf Erfüllung der Bitte warten. Und ſollte dieſe Bitte doch noch nicht vollkommen ihren Zweck erfüllen, ſo werden ja der monarchiſch-konſtitutionelle und andere Vereine bald auch einige Adreſſen dieſes Styls zuſammengebracht haben. Die Blätter dieſer Parteien machen ſchon vorläufig Chorus mit der N. Münchener Zeitung.

Frankreich.

○ **Paris**, 30. März. Radetzky's ausgezeichnetes Feldherrntalent war den Franzoſen zu bekannt, als daß ſie erſt nothwendig gehabt hätten, ſich an das ſchwerwiegende Lob, das ihm Napoleon geſpendet hat, zu erinnern, um von vornherein des Ausgangs des Kriegs zwiſchen Oeſterreich und Sardinien gewiß zu ſein. Nur die beiſpielloſe Raſchheit, mit der der greiſe Feldherr einen Hauptſchlag auszuführen wußte, hat ſie in Erſtaunen verſetzt. Frankreich wird ſich indeß nach der Schlacht von Novara eben ſo ruhig verhalten, als nach der von Kuſtozza. Im Komite der auswärtigen Angelegenheiten fanden ſich freilich einige heftige Sprecher, welche die Beſetzung dieſer oder jener Stadt vorſchlugen, aber Molé dämpfte ihre Aufregung bald durch ſein Evangelium des Friedens. Die ſchriftliche Erklärung, welche das Komite dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten geſtern zukommen ließ, liefert davon den Beweis. Das Komite erlaubt ſich keine entſchiedene Sprache, es begnügt ſich mit der Verſicherung einer thätigen Unterſtützung des Miniſteriums, falls daſſelbe einen oder den andern Punkt von Oberitalien zu beſetzen für gut finden ſollte. Doch muß ich hinzufügen, daß dieſe von Guſtav von Beaumont, Jules Favre und Bririo verfaßte Zuſchrift an Drouin de Lhuys anfänglich in einer weit entſchloſſeneren Sprache abgefaßt war und erſt auf die Nachricht hin, das öſterreichiſche Kabinet habe das Gouvernement bereits verſichert, daß es von ſeinen Erfolgen keine größeren Vortheile, als die eines ehrenvollen Friedens ziehen wolle, die angegebene Form erhalten hat. Das Miniſterium weiß zu gut, daß die Republik nicht erſt die Integrität Sardiniens zu garantiren braucht; es baut auf die kluge Mäßigung Oeſterreichs und auf die friedfertige Majorität in der Kammer. Thiers, der ſonſt ſo kriegeriſch Geſinnte, iſt hierin ganz und gar derſelben Anſicht. Er äußerte ſich in dem Salon eines ſeiner vertrauten Freunde aus der Zeit ſeiner Oppoſition gegen Guizot: „Gut, hätten ſich die Verhältniſſe anders geſtaltet, ſo hätten wir kaum Mittel gefunden, der Nothwendigkeit einer bewaffneten Intervention zu entgehen." Worauf ein anderer Volksvertreter, den wir früher in den Spalten des Nationals ſo oft die Lärmkanone löſen hörten, hinzufügte, ſeine Freunde wären ſehr in ihn gedrungen, ſich mit Jules Favre in der Interpellation des Miniſteriums zu vereinigen, und er habe ſie nur mit der bündigen Erklärung abfertigen können: er wolle ſich nicht bei ſeinen Wählern ſchaden. Dieſer Mann war freilich bereits durch zwei volle Tage der Miniſter des Präſidenten der Republik, und hofft es bei nächſter Gelegenheit wieder zu werden. Wenn man jedoch bedenkt, daß die Anhänger des Vereins der Rue de Poitiers und die Bonapartiſten vereint bereits die Majorität in der Kammer bilden, ſo bleibt die Entſcheidung der Kammer keinem Zweifel unterworfen.

Paris. Das „Düſſeldorfer Journal" verbürgt ſich für die Wahrheit folgender Notizen über Heinrich Heine: „Heine iſt fromm geworden; der frivole Spötter der Religion hat beten gelernt. Noch mehr, er hat ſelbſt ein Gebet- oder Geſangbuch geſchrieben. Er ſelbſt ſcheute ſich, davon zu ſprechen, aber ſeine Gattin verrieth es und ſagte, daß dieſes Buch ſehr ſchöne und fromme Stellen enthalte. Hat er ja doch auch früher das ſchöne fromme Gedicht: „Die Wallfahrt nach Kevelaer," geſchrieben, ohne an ſeine eigenen frommen Ergüſſe zu glauben! Oft, wenn ich zu ihm kam, erzählt unſer Berichterſtatter, fing er an zu jammern und zu bereuen, wie er doch ein ſo großer Sünder geweſen ſei, und jetzt von dem Herrn geſtraft würde. Gleich hinterdrein aber verfiel er wieder in ſeine bekannte Laune und ſagte: Wo die Geſundheit aufhört, wo das Geld aufhört und wo das Lieben aufhört, da fängt das Chriſtenthum an. „Wenn ich nur ein paar Schritte gehen könnte," klagte er dann, „meinetwegen mit Krücken, ich ginge in die Kirche. Freilich wenn ich ohne Krücken gehen könnte, würde ich nicht in die Kirche gehen, ſondern vermuthlich in den Jardin Mabille!"

Rußland.

Von der ruſſiſchen Grenze, 21. März. Die Peter-Paulsfeſtung iſt bekanntlich das Schatzhaus des Zarenreiches, in welchem die Gold- und Silberſäcke ſtehen, die dem Papiergelde, mit welchem das Land überſchwemmt iſt, als Sicherheit dienen. Von Zeit zu Zeit melden die Petersburger Zeitungen dem ſtaunenden Volke von den neuen Millionen, welche in die Feſtung transportirt worden ſeien; die letzte Ankündigung der Art erfolgte im Herbſte v. J., wo 4½ Mill. Rubel in Silberwaaren und Goldmünzen nach Peter-Paul gebracht wurden. Damals blieben in der kaiſerlichen Kreditexpedition noch über 5 Millionen baar zurück, ſeitdem ſind aber an dieſe Behörde ſo bedeutende Anſprüche gemacht worden, daß kürzlich aus dem Gewölbe der Feſtung, — zum zweiten Male ſeit dem Sommer v. J. — und zwar 5 Millionen wieder entnommen wurden. Dadurch iſt der vorhandene Baarſchatz auf 102½ Millionen gefallen. Mit dieſem ſcheinbaren Reichthume Rußlands iſt es inzwiſchen nicht weit her. Ein wohlunterrichteter Mann gibt uns darüber bemerkenswerthe Aufſchlüſſe. Als im Jahre 1847 Rußland ſo großmüthig dem Auslande ſeine edlen Metalle ſchickte, begann alsbald das Silber aus dem inländiſchen Verkehr zu ſchwinden. Im Falle eines Krieges würde die ganze ungeheure Papier-Cirkulation ſich zu den Metall-Kaſſen drängen und dann würde ſich zeigen, daß Rußland für ſeine Schulden keine Bürgſchaft beſitzt. Die ſibiriſchen Bergwerke geben bei gewiſſenloſer Verwaltung einen ſehr unbedeutenden Ertrag, und was den Reichsſchatz in Peter-Paul anlangt, ſo glaubt in Rußland Niemand an deſſen Exiſtenz. Unſer Gewährsmann ſagt: Ich habe in Moskau und Petersburg mehrere angeſehene und keineswegs regierungsfeindliche Männer in Betreff jener myſtiſchen Millionen gefragt; man gab mir die Antwort: Papier möge wohl da ſein, aber kein Geld. Als ich nun einwandte, daß ja bei den jährlichen Umzügen aus der Feſtung in die Münze und umgekehrt, Männer des Handelsſtandes herbeigezogen worden wären, damit ſie ſich mit eigenen Augen vom Vorhandenſein des Geldes überzeugten, entgegnete man mir: „Ja, man hat uns einen oder zwei Säcke geöffnet, was aber in den übrigen war, wiſſen wir nicht." Das iſt ein Unglück für die Regierung und ſo rächt ſich der Mangel an Wahrheit und Offenheit im Verwaltungsſyſtem.

Die ruſſiſchen Rüſtungen werden in der letzten Zeit auf eine großartige Weiſe betrieben; alles Militär im ganzen Reiche wird auf den Kriegsfuß geſtellt. Die Gährung auf mehreren Punkten wird immer bedenklicher und es werden die ungeheueren Rüſtungen wohl mehr dem inneren als dem äußeren Feinde zu gelten haben. (Oſtſee-Ztg.)

Folgendes ſind die Worte der Cirkulardepeſche des kaiſerlich-ruſſiſchen Miniſteriums an alle ſeine Repräſentanten im Auslande vom 23. Februar:

„Da die Nachricht von dem Einmarſch unſerer Truppen in Siebenbürgen zu falſchen Auslegungen Veranlaſſung geben kann, ſo erhalten Sie hierüber folgende Aufklärungen. Es iſt allgemein bekannt, welche Gräuelthaten von den ungariſchen Inſurgenten in Siebenbürgen begangen worden ſind, welche unter der Anführung des flüchtigen Polen Bem von der öſterreichiſchen Armee in neueſter Zeit dahin zurückgedrängt worden ſind. Der Schreck, welcher durch ſolche empörende Ausſchweifungen in der ganzen Umgegend von Hermannſtadt und Kronſtadt verbreitet worden war, und der augenblickliche Mangel an Streitkräften, der die öſterreichiſchen Generale außer Stand ſetzte, die Einwohner dieſer beiden Städte, die ſo zu ſagen unſern Vorpoſten vor Augen liegen, vor Brand und Plünderung zu ſchützen, hatte die genannten Einwohner vermocht, durch das Organ ihrer vorgeſetzten Behörden den kommandirenden General unſerer Truppen um Beiſtand zu bitten. Die öſterreichiſchen Generale ihrerſeits hatten in derſelben Abſicht zu erfahren gewünſcht, in wie weit ſie, im Fall ſie es bedürften, auf eine Verſtärkung von unſerer Seite rechnen könnten. Dem General Lüders, der darüber dem Kaiſer Bericht erſtattet hatte, wurde auf Befehl Seiner Majeſtät geantwortet, daß in dem Fall, wenn die Städte Kronſtadt und Hermannſtadt ernſtlich von einem Einfall der ungariſchen Inſurgenten bedroht wären, und wenn die öſterreichiſche Regierung für den Augenblick die Mittel nicht beſäße, ſie gegen ſo großes Unglück zu ſchützen, er ermächtigt ſei, ein hinreichendes Truppenkorps in dieſe beiden Städte zu werfen, daß er dies aber nur im Fall einer unvermeidlichen Nothwendigkeit thun ſolle, und nicht anders, als auf das ausdrückliche Erſuchen der vorgeſetzten öſterreichiſchen Militärbehörde. Als nun nach erhaltener eventueller Ermächtigung die Gefahr, welche den beiden Städten drohte, dringender geworden war in Folge eines Vortheils, den die Inſurgenten bei Mediaſch errungen hatten, und als die dringenden Bitten der Einwohner jener Städte an unſern kommandirenden General ſich wiederholten, begleitet

von einer Aufforderung in aller Form der Generale Puchner und Schurter, da glaubte General Lüders nicht länger Wünſche unerhört laſſen zu dürfen, die ihm auf ſolche Weiſe ausgedrückt waren. Er ließ alſo demgemäß die beiden Städte mit Truppenabtheilungen beſetzen, deren Zahl und Waffengattung von den öſterreichiſchen Generalen vorher beſtimmt worden war. Die Ankunft dieſer Truppen wurde von den Bewohnern mit den lebhafteſten Freudenbezeugungen gefeiert, vorzüglich aber von der deutſchen Bevölkerung dieſer Städte, denen mit Recht vor der rohen Grauſamkeit der Szekler bangte. Unſere Soldaten wurden mit offenen Armen empfangen, man kam ihnen mit Brod und Salz entgegen und eine Menge deutſcher und walachiſcher Familien, welche im Begriff ſtanden über die Grenze zu fliehen, beeilten ſich in ihre Heimath zurückzukehren, nachdem ſie jetzt Leben und Eigenthum geſichert ſahen. So iſt der einfache Thatbeſtand in ſeiner nackten Wahrheit! Sie werden daraus erſehen, daß der Kaiſer, indem er den Einmarſch einiger Truppen nach Siebenbürgen erlaubte, einzig und allein aus Gründen der Menſchlichkeit hierzu bewogen wurde, ja, daß es ſich hier um nichts anders handeln konnte als um eine lokale Maßregel, die weit entfernt iſt mit der bewaffneten Intervention in die innern Angelegenheiten des öſterreichiſchen Kaiſerſtaats etwas gemein zu haben. Dieſer iſt zu mächtig, wie er es in der neueſten Zeit ruhmwürdig durch die Energie bewieſen hat, mit der er nacheinander vier Inſurrektionen unterdrückt hat, als daß er in Siebenbürgen einer materiellen Hilfe von unſerer Seite bedürfen ſollte. Jetzt ſchon Herr in Ungarn, wird die Rebellenherrſchaft in kurzer Zeit ihr Ende erreichen, und wenn es auch Bem durch die Unzulänglichkeit der öſterreichiſchen Streitkräfte gelungen wäre, Hermannſtadt und Kronſtadt einzunehmen: ſo hätte dieſe Beſetzung doch nur momentan ſein können, ohne dadurch die Inſurrektion von dem gänzlichen Fall zu retten, der ihrer wartet. So kurz aber auch eine ſolche Okkupation gewährt hätte: ſie wäre hinreichend geweſen, dem Mord und der Plünderung dieſe blühenden Städte preis zu geben und dieſes ſchreckliche Unglück eben haben wir in der Uebereinſtimmung mit den öſterreichiſchen Behörden vermeiden wollen. Das allein war der Zweck des Einmarſches unſerer Truppen und eben daher verſteht es ſich von ſelbſt, daß die Beſetzung der beiden Städte durch ſie nur temporär ſein kann. Unſere Generale haben bereits den Befehl erhalten, ſie ungeſäumt zu räumen und zurück über die Grenze zu gehen, ſobald die Gefahr vorüber iſt, in der ſie ſchwebten. In dieſem Sinn haben Sie auf die Anfragen zu antworten, die man etwa an Sie richten könnte über ein vorübergehendes Ereigniß, welches durchaus die politiſche Wichtigkeit nicht hat, die vielleicht böſer Wille damit in Verbindung bringen möchte."

China.

Canton, 2. Febr. Mit großer Spannung ſieht man hier dem Ablauf des Termins (im April) entgegen, der dem chineſiſchen von dem engliſchen Gouvernement zur Vorbereitung der Bewohner der Stadt **Canton** für den Einlaß der Fremden in die Stadt gegeben worden iſt. Sû, der Nachfolger von Ki-ying, hat bereits der Hongkong-Regierung angezeigt, daß er das Volk nicht in dem Maße in der Gewalt habe, um den Fremden den Eingang in die Stadt zu geſtatten, wenigſtens könne er keinerlei Verantwortung für etwa daraus entſtehende üble Folgen übernehmen. So aufrichtig dieſe Erklärung auch ſein mag, ſo wenig wird ſie doch die Engländer befriedigen. Die Frage über **Oeffnung der Stadt Canton** iſt aber auch viel wichtiger, als ſie zu ſein ſcheint, indem der Haß und Uebermuth des Canton-Volkes gegen die Fremden ſich hauptſächlich auf das Vorrecht gründet, in der Stadt allein zu wohnen, während die letzteren zu den Füßen des himmliſchen Volkes in der Vorſtadt bleiben müſſen. Dieſer Gedanke nährt die Verachtung der Chineſen, welche ſie von Kind auf gegen alle Ausländer eingeſogen haben, weßhalb es wichtig iſt, jene Idee zu brechen. Auch die Möglichkeit, die Mandarine in ihren Geſchäftslokalen aufſuchen zu können, würde manchen ausweichenden ſchriftlichen Antworten ein Ziel ſetzen, und die ganze Stellung der Fremden verändern. Es bleibt ungewiß, ob die engliſche Regierung auf ihrer Forderung beſtehen, oder andern Rückſichten den Vorzug geben wird, jedenfalls rüſten ſich die Chineſen zu einem harten Widerſtande. Die Briten ziehen eine ziemlich bedeutende Flotte zuſammen, die Amerikaner erwarten bis zu der Zeit auch ein Linienſchiff, zwei Fregatten und eine Kriegsbrigg, und die Franzoſen behalten zum Schutz ihrer Landsleute eine Korvette hier. Wir Deutſche werden uns, in dermaliger Ermangelung von Kriegsſchiffen zu unſerem Schutze, wahrſcheinlich den neutral bleibenden Amerikanern anſchließen können. Dieſelben haben in neuerer Zeit einen neuen Bevollmächtigten, Mr. Davis hier ſtationirt, welcher, ſo wie die amerikaniſchen Konſuln in China überhaupt, kürzlich durch den Beſchluß des Kongreſſes in Waſhington bedeutende polizeiliche Gewalt über die hieſigen Unterthanen der vereinigten Staaten hat, denn die Beſtrafung durch chineſiſche Behörden würde die Nation, zu welcher der Beſtrafte gehört, in den Augen der Chineſen ſehr herunterſetzen. Die kleine Anzahl Deutſcher, welche gegenwärtig ſich hier aufhält, bedarf vor der Hand keiner ſolchen außerordentlichen Maßregeln. In Kanton leben nämlich 13, in Hongkong 15 und in Shanghae 5 Deutſche, und rein deutſche Geſchäfts-Etabliſſements ſind augenblicklich nur vier in China.

Der deutſche Handelsverkehr iſt im verfloſſenen Jahr nicht beſonders lebhaft hier geweſen, weil die politiſchen Verhältniſſe in Europa und die weite Entfernung die Unternehmungen nach Deutſchland zu unſicher machten. Nur drei Schiffe ſind hier direkt von Deutſchland eingegangen, und zwar zwei hamburger und ein ſchleswigſches. Die Ausfuhr nach Deutſchland in direkter Fahrt wurde durch ein preußiſches, ein hamburger und ein engliſches Schiff vermittelt, welche zuſammen 390,868 Pfd. Thee ausführten. Ueberhaupt iſt zu bedauern, daß der Konſumo von chineſiſchen Ausfuhr-Artikeln in Deutſchland ſo geringe iſt. Von Thee dürften zwei oder drei direkte Ladungen hinreichen, und deshalb ſtellen ſich in der Regel die Theepreiſe in England billiger, als bei der Lieferung von hier aus nach Deutſchland.

Beſſer ſtellen ſich die Ausſichten für die Einfuhr deutſcher Waaren nach China, und bei fortgeſetzter Thätigkeit der hieſigen deutſchen Häuſer wird derſelbe noch mehr Ausdehnung gewinnen, obgleich Deutſchland in dem Hauptartikel der Einfuhr, billige ordinäre Baumwollenzeuge, weder mit England noch mit den Vereinigten Staaten konkurriren kann. Dagegen würden deutſche Wollenwaaren guten Abſatz finden, wenn die Fabrikanten ſich nur gewöhnen wollten, die Waaren nach Vorſchrift zu liefern und reell in Maß und Aufmachung zu ſein. Während bei engliſchen Waaren dieſe Klagen niemals vorkommen, ſind ſie bei Deutſchen faſt Regel, wodurch der Abſatz ſehr erſchwert wird. Leinen- und Seidenwaaren haben gar keine Ausſicht auf Abſatz. Druckwaaren, namentlich türkiſch-rothe Schweizerwaaren werden in guten und neuen Muſtern vortheilhaft einzuführen ſein, dagegen hat türkiſchroth Garn, ſelbſt bei wiederholten Verſuchen wenig Glück gemacht. Mit ſchleſiſchem Zink waren die Geſchäfte mäßig. Bergiſche und märkiſche Eiſenwaaren ſind hier mehrfach einzuführen verſucht worden, blieben aber ohne beſonderen Erfolg; auch der Markt von Singapore und Manila hat ſich dafür verſchlechtert. Iſerlohner Waaren ſind, bis auf einige Kleinigkeiten, nicht geſucht und die Suhler und Solinger Waffen ſind von den belgiſchen ziemlich verdrängt worden, auch iſt der Abſatz hiervon überhaupt nur unbedeutend. Dagegen könnte von oſtpreußiſchem Bauholze mehr hergeſandt werden und ſeitdem Hongkong zu einer regelmäßigen Station für Wallfiſchfänger gemacht worden iſt, haben die zur Proviantirung dieſer Schiffe erforderlichen Gegenſtände, geſalzenes Fleiſch, trockene Hülſenfrüchte, Graupen und eine Menge gewöhnlich von ſchleswig-holſteiniſchen Schiffen ausgeführte Artikel viel Nachfrage hier gefunden. Beſonders können denjenigen Schiffen, welche frachtſuchend hierher fahren, dieſe, ſo wie alle Arten zur Schiffsausrüſtung erforderliche Artikel, auch Pech und Theer, als Ladung empfohlen werden.

Mehrere deutſche Schiffe haben lohnende Beſchäftigung zwiſchen Singapore, Manila und der Oſtküſte von China gefunden und dürfte dies dazu anregen, daß künftig die deutſchen Schiffe in größerer Anzahl die hieſigen Gewäſſer beſuchen. An guter Beſchäftigung wird es um ſo weniger fehlen, als ihnen durch die zu erwartende Aufhebung der Navigationsgeſetze für die Beſitzungen der oſtindiſchen Kompagnie auch der Beſuch dieſer offen ſteht. Beſonders Schiffen mittelmäßiger Größe, von 250 bis 300 Tonnen, wird günſtige Ausſicht zu eröffnen ſein, da ſie zu Reiſen nach der Küſte von China oder nach den Südſeeinſeln und der Weſtküſte von Amerika meiſt den engliſchen Schiffen vorgezogen werden. (D. R.)

Redacteur: H. **Kruſe**.

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — **Druck** von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 95. Frankfurt a. M., Donnerſtag 5. April. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Die Antwort des Königs von Preußen.

Deutſchland. Frankfurt (Die amtliche Ausgabe der Reichsverfaſſung. Die Weidenbuſchpartei. Die ſchleswig'ſchen Abgeordneten. Erklärung des Herrn v. Radowitz) Wien (Bem's Korps gefangen. Bem ſelbſt an der Spitze der ungar. Armee dieſſeits der Theiß. Die Ruſſen in Siebenbürgen. Statiſtik der Stimmung in Ungarn. Komorn.) Botzen (Das Land und die Geiſtlichkeit.) Berlin (Keine Fehde gegen Baſel. Hr. Mammen. Erklärung des Hrn. von Radowitz. Eine Telegraphen-Verbindung zwiſchen Berlin und Wien. Die Anſicht der Rhein. Volkshalle von den Schwierigkeiten der Kaiſerfrage. Der Empfang der Deputation in Berlin.) Stutgart (Die Gemeindeordnung. Die Vertagung der Kammern.) Darmſtadt (Die Verſammlung der konſtitutionellen Vereine in Auerbach) Schleswig-Holſtein (Der Stand der Reichstruppen.)

Großbritannien. London (Die Zeitungspreſſe über Karl Albert und die Lage Italiens.)

Frankreich. Paris (Das Budget des Innern. Herr Berenger. Die Börſe.)

Spanien. Madrid (Die diplomatiſchen Beziehungen. Cabrera.) Barcelona (Die Eiſenbahn zu Barcelona und Matura.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Das Verbrechen der Erleuchtung.) Peſth (Friedensvorſchläge von Koſſuth. Neue Verſtärkungen für die Armee.) Cernowic (Fernere Organiſation des Landſturms.) Semlin (Die Stimmung der Serben.)

Italien. Turin (Das Miniſterium und die Kammer. Adreſſe an Karl Albert. Die Sitzung der Deputirtenkammer vom 28. Gioberti, Miniſter.) Novara (Karl Albert und Graf Thurn.) Mailand (Rückkehr Radetzky's. Venedig (Glücklicher Ausfall. Unglückliche Landung.) Rom (Konferenzen über die Herſtellung des päbſtlichen Regimenes. Die Geſandtſchaft des Volks. Die Willkür der Provinzial-Behörden.) Neapel (Die Note des Fürſten Satriano und Herrn von Ravenvals Antwort.)

Oſtindien. (Lord Gough's Sieg über die Sikhs bei Gudſchrat.)

Nachſchrift.

4. April.

Der Antwort, welche der König von Preußen der Reichsgeſandtſchaft ertheilt hat, iſt etwas unter unſerrn Wünſchen geblieben; aber wir müſſen bekennen, nicht viel unter unſrrn Erwartungen. Der König von Preußen hat die ihm angebotene Würde eines erblichen Reichsoberhauptes nicht abgelehnt, und wie hätte er dies auch thun können? Er hat nicht einmal den damit verbundenen Titel eines Kaiſers der Deutſchen zurückgewieſen. Der König hat ſeine Bereitwilligkeit erklärt, die Würde anzunehmen; aber nicht ohne alle Bedingungen; und das wird ebenfalls kein Beſonnener erwartet haben. Es fragt ſich nur, welcher Art dieſe Bedingungen ſind, erfüllbare oder unerfüllbare. Zu den erfüllbaren rechnen wir alle übrigen, zu den unerfüllbaren das Verlangen, es ſolle jetzt in dieſem Augenblicke in der eben vollendeten Verfaſſung weſentliche Stücke abgeändert werden. Wer das verlangt, der darf ſich über die Tragweite ſeiner Forderungen keine Täuſchung machen. Er verlangt wenigſtens von der jetzigen Verſammlung etwas Unmögliches. Es iſt gut ſagen: „Die Stellung der Nationalverſammlung iſt nach der Kaiſerwahl dieſelbe wie vor ihr; ſie hat nirgends ausgeſprochen, bei dem Buchſtaben ihrer Beſchlüſſe beharren zu wollen; ſie würde ſonſt der Nation gegenüber in die bedenkliche Stellung gerathen, mit ihrer Machtvollkommenheit die Bildung des Bundesſtaats für die willigen Glieder zu erſchweren, ohne doch den Zutritt der widerſtrebenden erzwingen zu können. Eine Reviſion der Verfaſſungsbeſchlüſſe widerſpricht nicht dem bisherigen Standpunkte der National-Verſammlung."

Das Alles iſt gut ſagen, wenn Jeder, der eine auch nur oberflächliche Kenntniß von dem Stande der Parteien innerhalb der Verſammlung hat, ſehr wohl weiß, daß wenigſtens in weſentlichen Punkten eine Aenderung durchaus nicht mehr zu erzielen iſt. Wir wollen darüber einen mit anerkennungswerther Mäßigung vom Standpunkt der Linken geſchriebenen Aufſatz im Frankfurter Journal reden laſſen:

„Berliner Blätter melden, daß der König von Preußen die ihm von der Nationalverſammlung übertragene Kaiſerwürde zwar annehmen werde, jedoch nur unter Bedingungen; zu dieſen gehörten namentlich die Zuſtimmung der deutſchen Fürſten und die Verwandlung des ſuspenſiven Veto in ein abſolutes.

Wir würden es für ein großes Unglück halten, wenn der König in der That dieſe Bedingungen ſtellen und auf ihnen beharren ſollte.' Denn das würde den kaum gewonnenen inneren Frieden wieder in Frage ſtellen und Deutſchland in jene ſchwankenden, unſicheren Zuſtände zurückwerfen, deren Aufhören die ganze Nation ſo ſehnlichſt gewünſcht, und weßhalb ſie den letzten Beſchluß der Nationalverſammlung im Ganzen mit ſo viel Befriedigung aufgenommen hat. In der That haben ſich faſt alle politiſchen Parteien damit zufrieden gezeigt. Die Linke wenigſtens hat erklärt, daß ſie entſchieden an der einmal feſtgeſtellten Verfaſſung halten und für ſie kämpfen werde, trotzdem, daß ſie in der Frage über das Oberhaupt unterlegen. Die lange ſich bekämpfenden Parteien hatten endlich ein Endziel gefunden, in welchem ſie ſich vereinigen konnten. Die eine Partei hatte den preußiſchen Erbkaiſer durchgeſetzt; die andere hatte Konzeſſionen in Bezug auf Freiheitsfragen erlangt. Es iſt ſicher, daß ohne die letzteren der Erbkaiſer nicht durchgegangen wäre, aber mit denſelben kann man ſich zufrieden geben.

Dieſer Friede der Parteien, die endliche Löſung des Verfaſſungswerkes, wäre nun auf einmal wieder in Frage geſtellt, wenn der König die Annahme der Krone an die oben erwähnten Bedingungen knüpfen wollte. Denn auf ein Eingehen von Seite der Nationalverſammlung wäre nicht zu rechnen. Im Gegentheile wir glauben annehmen zu dürfen, daß die in Bezug auf das Erbkaiſerthum zuſammengekommene Majorität ſich ſofort wieder ſpalten, und daß die entſchiedene Mehrheit ſich auf die Seite Derer ſtellen würde, welche auf den einmal gefaßten Beſchlüſſen beharren wollen. Hat ja doch die Nationalverſammlung, nachdem ſie die Anträge der Regierungen gebührend in Erwägung gezogen, die Endgültigkeit der Verfaſſung bereits beſchloſſen und dieſelbe durch einen feierlichen Akt, durch Unterſchrift aller ihrer Mitglieder, feſtgeſtellt. Haben ſich ja außerdem eine nicht geringe Anzahl von Mitgliedern der preußiſchen Partei durch beſondere Unterſchriften verbindlich gemacht, an der Verfaſſung feſtzuhalten und gegen jeden Verſuch einer etwaigen Veränderung von Seite der Regierungen Widerſtand zu leiſten. Wenn wir nicht ganz den Glauben an die Ehrenhaftigkeit der rechten Seite des Hauſes aufgeben ſollen, ſo können und dürfen wir nicht annehmen, daß

dieſe Männer ihr Wort brechen werden. Alſo die Nationalverſammlung wird und kann auf ähnliche Bedingungen, wie ſie der König von Preußen zu ſtellen beabſichtigen ſoll, nicht eingehen.“

So ſpricht ſich die gemäßigte Linke aus, und die parlamentariſche Korreſpondenz der kaiſerlichen Partei bemerkt ſo eben: „Wir ſtehen durch unſere letzten Beſchlüſſe mit der Linken inſoweit auf weſentlich gleichem Boden, als wir mit ihr die Verpflichtung zur Durchführung unſerer Verfaſſung anerkannt haben.“ Wer alſo die Verfaſſung in weſentlichen Punkten umgeändert wiſſen will, der verlangt das Unmögliche. Oder vielmehr er verlangt die Ungültigkeit der ganzen Verfaſſung, die Schließung des Reichstages, die Oktroyirung einer neuen Verfaſſung durch die Fürſten. Es giebt keinen andern Ausweg. In einem Artikel der D.-P.-Z., welcher mit den ſonſtigen Artikeln dieſes Blattes über die Reichsverfaſſung im Widerſpruch ſteht, wird zwar ein Ausweg angedeutet. „Es ergiebt ſich, heißt es dort, aus der Parteiſtellung der Abgeordneten derjenigen Staaten, die wahrſcheinlich allein in den Bundesſtaat eintreten werden, daß die Mehrheit derſelben in den wichtigſten Beſtimmungen die Verfaſſung nicht billigt, ſondern nur überſtimmt oder zur Nachgiebigket gezwungen worden iſt. Sobald die ablehnende Erklärung der betreffenden Regierungen erfolgt iſt, ſo wird ſich ergeben, daß die Verfaſſung den Anſichten der Mehrheit des Volkes und ſeiner Vertreter nicht entſpricht, ſondern durch fremden Einfluß entſtellt worden iſt. Zur Hebung dieſes Uebelſtandes kann nicht auf den in der Verfaſſung vorgeſchriebenen Weg der Abänderung hingewieſen werden, denn eben die rechtliche Giltigkeit dieſer poſitiven Beſtimmungen wird angefochten.“

Allein ſchon aus der obigen Darſtellung erhellt hinlänglich die moraliſche Unmöglichkeit, daß ein Theil der Verſammlung ſich losreiße, als rechtliche Fortſetzung der verfaſſunggebenden Verſammlung betrachte, und ihre Erbſchaft cum beneficio legis et inventarii antrete. Formell iſt dies Verfahren ſehr zweifelhaft, was aber vollends praktiſch daraus werden ſoll, wenn auf dieſe Weiſe alles, was nach unſäglicher Mühe zu Stande gekommen, wieder in Frage geſtellt und die Nation um ihren Jubel betrogen würde, das wollen wir, ſeiner Unerfreulichkeit wegen, nicht weiter erörtern. Es bedarf nicht vielen Scharfſinns, um zu ſpüren, daß ein ſolcher Weg zu nichts anderes führen könnte, als zu einer Verſtändigung unter den Regierungen. Es gibt freilich Politiker, welche durch jüngſte Erfahrungen in dem Glauben beſtärkt ſind, daß dergleichen Unternehmungen ungefährlich ſind, und die überhaupt nur die organiſirte Staatsmacht als politiſche Größen in Anſchlag zu bringen geneigt ſind. Doch haben wir ſeit dem Februar 1848 auch Erfahrungen anderer Art gemacht, Rechnungsfehler, die irgendwo ſtecken müſſen, wenn Louis Philippe ſie auch nirgends zu finden vermag.

Wir können, was wir oben zu begründen verſuchten, nicht beſſer zuſammenfaſſen, als in die Worte des Freiherrn von Vincke: „Der Rath, den wir Sr. Majeſtät ertheilen wollen, beſteht einfach darin: Ohne Zögern und Zaudern den hohen Beruf anzunehmen unter Vorausſetzung der Zuſtimmung der deutſchen Regierungen. Für die deutſche, wie für die preußiſche Verfaſſung ſoll eine Reviſion ſtatt finden; aber wir dürfen dieſer Reviſion hier nicht vorgreifen. Der Augenblick iſt ſo ernſt, daß wir jetzt nicht um Worte und Paragraphen mäkeln dürfen.“ So ſprach Hr. von Vincke und erhob ſich in dem Augenblick von einem Parteihaupte zu einem Haupte aller Parteien; denn alle Parteien bekennen es offen oder im Stillen, daß der König, wie er es ſelbſt in ſeiner Antwort ſagt, nicht mit Verletzung ſeiner früheren, ausdrücklichen und feierlichen Verſicherungen ohne das freie Einverſtändniß der gekrönten Häupter, der Fürſten und freien Staaten Deutſchlands ſeine Entſchließung faſſen werde. Selbſt der oben erwähnte Aufſatz fährt nach der angeführten Stelle fort: „Wenn der König ja die Zuſtimmung der Regierungen für nothwendig erachtet u. ſ. w.“ Alle Welt giebt zu, daß der neue Bundesſtaat ohne Blutvergießen, ohne Zwang auf dem Wege der preußiſchen Note vom 23. Januar zu Stande kommen ſolle. Vincke, der gewiß an Vereinbarungstheorien, Eifer für beſchränktes Wahlrecht und unbeſchränktes Veto Niemand hinter ſich zurückläßt, ſprach hier als der Mann des Momentes, als ein Mann, der bei den höchſten Entſchlüſſen das Größte ergreift und das Kleinere fahren läßt, als der Mann aller Parteien. „Der Finke hat wieder geſchlagen! rief neulich ſelbſt ein preußiſcher Demokrat, als Vincke dem Grafen Arnim ſagte, was das preußiſche Volk von ihm denke; nun iſt alles wieder gut!“ O, daß dieſer Mann in dieſem Augenblicke an der verantwortlichen Stelle geſtanden, wohin unſere lauten Wünſche ihn ſo oft riefen — die Antwort des Königs von Preußen wäre etwas Anders ausgefallen! Doch auch ſo ſcheint ſie uns weder das Frohlocken der Feinde der deutſchen Einheit, noch die gedrückte Stimmung zu rechtfertigen, welche unter einigen unſerer Freunde herrſcht.

Die Antwort des Königs verräth in jedem Worte, daß er es ſelbſt iſt, der ſeinem gewiß mit Zuziehung der verantwortlichen Räthe der Krone gefaßten Entſchluſſe die Worte lieh. Sie ſind getragen von jenem Schwunge der Begeiſterung, von jenem Sinn für das Hohe und Edele, welcher auf den geiſtvollen König wie ein Anhauch von den Lippen der Mutter gekommen iſt. Wir wollen nicht ſo nüchtern ſein, und mäkeln, als habe der König die Frage vielleicht etwas zu perſönlich aufgefaßt. Im Gegentheil, wir freuen uns ihn wieder aufgerichtet zu ſehen in jener Begeiſterung, die allein zu einer großen That befähigt. Wir wollen daher die einzelnen Worte nicht ſo genau wägen und prüfen, wie wir ſonſt wohl bei öffentlichen Aktenſtücken zu thun uns verpflichtet hielten. Der Sinn und Geiſt der Antwort, wie wir ſie aufgefaßt haben, iſt folgender:

Der König erklärt ſich freudig bereit, die Reichsverfaſſung anzuerkennen, und die Reichsoberhauptswürde zu übernehmen. Er erkennt die Reichsverſammlung als den einer der hierüber paciſcirenden Theile an, als den andern aber ſich ſelbſt und den übrigen Fürſten. Er will nicht entſcheiden, ob die Berückſichtigung, welche die Wünſche der Regierung bei der zweiten Leſung der Verfaſſung erhalten haben, den Regierungen eine ausreichende dünken wird. Er hält ihre ausdrückliche Zuſtimmung für nothwendig. Er hält es für zweckdienlich, daß die Regierungen der einzelnen Staaten hierüber gemeinſame Berathung pflegen und deutet leider auch an, daß einzelne Beſtimmungen der Verfaſſung z. B. das bedingte Veto, den Wünſchen der übrigen Regierungen nicht entſprechen möchten. Aber er ſelbſt wenigſtens äußert im Namen Preußens kein einziges ſolches Bedenken.

Materiell iſt alſo noch nicht das geringſte abgelehnt. Es liegt in der Natur der Sache, daß bei der gemeinſamen Berathung der Regierungen die Auffaſſung Preußens einen vorwiegenden Einfluß üben wird. Es gereicht daher die Weiſe zur Beruhigung, wie der Miniſterpräſident ſich in beiden Kammern über die Anſicht der preußiſchen Regierung ausgeſprochen hat: „Ich will den Weg näher bezeichnen, den die Regierung zu gehen gedenkt. Die Regierung hat ſtets den Standpunkt der Hingebung an die Sache der deutſchen Einheit und Einigkeit, aber auch den der gewiſſenhaften Achtung der Rechte der deutſchen Regierungen eingenommen. Nachdem das große Werk um einen neuen Schritt weiter geführt worden, wird die Regierung Alles aufbieten, daß das Ziel ganz erreicht werde; ſie hält aber die letzten Frankfurter Beſchlüſſe nur für diejenigen Regierungen für verbindlich, welche ihre freie Zuſtimmung dazu geben, und wird nichts unverſucht laſſen, eine Einigung unter den Fürſten zu Stande zu bringen.“

Gott gebe, daß die Fürſten ſich ſchleunig einigen und auf die rechte Weiſe. Sonſt möchte mehr auf dem Spiele ſtehen als die Reichsverfaſſung.

Deutſchland.

× **Frankfurt**, 3. April. Eine in der Frankfurter Sitzung vom 3. April abgedruckte Erklärung des Herrn Abgeordneten von Bothmer und Genoſſen erklärt unter vielen andern unrichtigen Behauptungen auch die, daß die Schleswiger Deputirten bei der Frage über die Erblichkeit den Ausſchlag gegeben hätten. Die Erklärung will aber nicht prüfen, ob ſie das durften oder nicht, die Frankfurter Zeitung läßt den Paſſus aber mit geſperrter Schrift drucken. Wir ſind der Meinung, daß die von der Nationalverſammlung als legitim anerkannten Deputirten Schleswigs ſo gut hier wie bei jeder andern Frage den Ausſchlag geben durften; bemerken aber, daß ſie es nicht gethan haben. Für die Erblichkeit ſtimmten von den Abgeordneten aus Schleswig: Esmarch, Francke, Michelſen, gegen dieſelbe Gülich. Wenn man dieſe Stimmen in Abzug brächte, würde alſo die Majorität um zwei geringer ſein. Mit den meiſten anderen Behauptungen in dieſer Erklärung verhält es ſich ziemlich auf dieſelbe Weiſe.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 4. April. Die Erfahrungen der heutigen Sitzung haben übrigens die Weidenbuſch-Partei auf's

Neue zum engſten Zuſammenhalten ermahnt. Die nie unterbrochene Kontinuität ihrer Zuſammenkünfte wird auch ferner, während der jetzt abermals eingetretenen Ferien, aufrecht erhalten werden; vor Allem aber ſind wir eifrig bemüht, unſer Lager, vielfach dezimirt wie es iſt, zu vervollſtändigen, und wir erlaſſen auch auf dieſem Wege die dringende Aufforderung an alle die Unſrigen, nicht durch Abweſenheit die heute nur kaum vermiedene Gefahr zu vergrößern. Daß neulich ein rettender Entſchluß gefaßt wurde, ſchließt nicht aus, daß noch einmal ein verderbender gefaßt werden kann. Mögen Alle eingedenk ſein, daß noch immer das Vaterland in Gefahr iſt!"

Frankfurt, 4. April. Soeben iſt in „amtlicher Ausgabe" und in der am 29. März. d. J. von der deutſchen Reichsverſammlung beſchloſſenen Form „die Verfaſſung des deutſchen Reichs" bei C. Krebs-Schmitt dahier im Druck erſchienen. Der Eingang lautet demnach: „Die deutſche verfaſſunggebende Nationalverſammlung hat beſchloſſen und verkündigt als Reichsverfaſſung:" folgt der Wortlaut der Verfaſſung, am Schluß „zur Beurkundung" unterzeichnet von 366 Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung. Bei der Kaiſerwahl waren 538 Abgeordnete in der Paulskirche anweſend. Mithin haben mindeſtens 172 Abgeordnete die Reichsverfaſſung nicht unterzeichnet; unter ihnen die weitaus überwiegende Mehrzahl der Oeſterreicher, Hrn. v. Schmerling an der Spitze. Im übrigen finden wir in den Unterſchriften, welche die Reichsverfaſſung als endgiltig uns verkündigt, alle Parteien und Fraktionen der Reichsverſammlung von der äußerſten Rechten bis zu der äußerſten Linken ſchon durch ihre bekannten Führer vertreten. Als die prägnanteſten heben wir die Namen v. Radowitz, Gfrörer, Karl Vogt und Ludwig Simon hervor.
(D. P. Z.)

Frankfurt, 4. April. Die Deutſche Zeitung und nach ihr einige andere Blätter haben mich unter denjenigen Sachſen aufgeführt, welche für das erbliche Kaiſerthum geſtimmt haben. Ich habe gegen das erbliche Kaiſerthum geſtimmt und bei der Kaiſerwahl mich der Wahl enthalten. Mammen aus Plauen.

Frankfurt, 4. April. „Die Unterzeichneten haben an dem Wahlakte Theil genommen, weil ſie dafür halten, daß, nachdem gegen ihre Anſicht die Nationalverſammlung den Beſchluß hierzu gefaßt hat, ſie ſich ihres Stimmrechts nicht begeben dürften. Treu der Ueberzeugung, die ſie vom Beginne der Verfaſſungsarbeit an geleitet hat, erklären ſie jedoch im Angeſichte der Nation, daß ſie der Verſammlung nicht das Recht zuerkennen, die Verfaſſung des Reichs endgültig zu beſchließen und deſſen Krone zu vergeben, ſondern daß die Reichsbeſtändigkeit dieſer Handlungen von der freien Zuſtimmung der deutſchen Regierungen abhängig iſt. Sie legen dieſe ausdrückliche Verwahrung in das Protokoll der heutigen Sitzung nieder, damit zu keiner Zeit ein Zweifel darüber obwalte, daß jedes gute Recht der Regierung nicht ohne Vertretung in der Nationalverſammlung geblieben ſei."

v. Radowitz. Naumann. v. Treskow. Deetz. Merck. von Schrötter. v. Wedemeyer. Grävell. Schulze von Potsdam. v. Boddien. Schlüter. v. Selaſinsky. Oertel. Kutzen. v. Selchow.

Wien, 30. März. Bem's Korps ſoll in Siebenbürgen von allen Seiten durch die Ruſſen und den F. Z. M. Puchner gedrängt, ſich in die Walachei geworfen haben, und daſelbſt entwaffnet und gefangen worden ſein. Bem ſelbſt ſoll ſich zur magyariſchen Armee an der Theiß begeben haben. Ernſte Gerüchte verkünden für die nächſten Tage wichtige Entſcheidungen. Die Magyaren haben die Theiß überſchritten und ſollen unter Anführung Bems agreſſiv zu Werke gehen. Ihre Zahl ſoll groß, größer als die der unſerigen ſein. Aller Augen ſind jetzt nach Komorn gerichtet, wohin Feldzeugmeiſter Welden heutemorgen in Perſon mit einer Elite von Offizieren ſich begeben hat. (Oſtd. P.)

* **Wien**, 31. März. Es iſt gewiß, daß die Ruſſen durch den Torzburger und Rothenthurmer Paß in 2 Kolonnen, 40000 Mann ſtark in Siebenbürgen eingerückt ſind. General Freitag führt das Kommando. Dreißig ungariſche Komitate haben bereits Huldigungsadreſſen an den Kaiſer geſandt; 6 haben den Koſſuthſchen Landesvertheidigungsausſchuß nie anerkannt und 16 Komitate halten es noch mit den Inſurgenten. Aus Comorn erfährt man, daß das Bombardement der Feſtung Tag und Nacht nur mit geringen Unterbrechungen fortgeſetzt wird. Ein weiteres Reſultat iſt bis jetzt noch nicht bekannt geworden.

Olmütz, 29. März. Hier verbreitete ſich das Gerücht, daß die ganze Beſatzung, namentlich die Kanoniere nach Ungarn abmarſchiren, und daß die nöthigen Poſten in der Stadt die Garden, die Feſtungspoſten aber die Ruſſen verſehen werden. Man bringt damit die Abreiſe mehrerer Prinzen und Prinzeſſinen und die Vorbereitungen in Schönbrunn für den kaiſerlichen Hof in nahe Verbindung. (C. Bl. a. B.)

○ **Botzen**, 24. März. Auch unſre Tiroler regen ſich zur Vertheidigung der ſüddeutſchen Grenze. Ein ſehr entglühtes deutſches Bewußtſein, überſchäumende Begeiſterung für Deutſchlands Einheit dürfen Sie freilich hinter dieſen Bewegungen nicht ſuchen. Vor der Hand ſind die anſehnliche Löhnung und das luſtige Feldleben, die anziehendſten Lockſtimmen geweſen. Von den Geiſtlichen mindeſtens ging diesmal kein Aufgeboth aus. Noch unlängſt wurden uns die öſterreichiſchen Grundrechte mit der Gleichberechtigung aller geſetzlich anerkannten Bekenntniſſe und ihrer freien Kultusübung verkündigt, wogegen unſer Klerus vor 10 Monaten ſich das Volk in Maſſe (mit 125,000 Unterſchriften) erheben ließ. Trotz dem und trotz des Mangels klerikaler Begeiſterung ziehen nun unſere Leute zur Unterſtützung eines Throns ins Feld, der ſo fluchwürdigen Indifferentismus durch Geſetze ſanktionirt, ziehen ſie ins Feld, obgleich es nicht an geiſtlichen Stimmen fehlt, die auf die Verfaſſer unſerer Konſtitution den Bannfluch herunter rufen, wie denn in gleicher Weiſe der Dechant von Kaſſelruth jüngſt das Geſetz über Zehntablöſung geradezu als „Kirchendiebſtahl und Gottesraub" bezeichnete. Wir ſind denn doch ein klein wenig vorwärts gekommen, wenn ſolche Aufreizungen nicht mehr die gewünſchte Wirkung thun.

+ **Berlin**, 2. April. Nach ſtundenlangem vergeblichen Harren hatten wir endlich die Freude, die Frankfurter Deputation ankommen zu ſehen. Um 3 Uhr ſollte ſie eintreffen, und iſt erſt um 6 Uhr eingetroffen. Die unendliche Menge von Menſchen nnd Wagen, welche ſich zu ihrem Empfang verſammelt hatte, war durch die Ungeduld und einen inzwiſchen eingetretenen Regen ſchon bedeutend gelichtet worden; aber der Jubelruf, mit denen die Abgeordneten bei ihrem Erſcheinen begrüßt wurden, und der ſich fortpflanzend und wiederholend Schritt für Schritt wuchs, als ſich langſam ihr Wagen durch die Menge fortbewegte, dieſer Jubelruf war noch immer ſtark genug, um auch das kälteſte Herz zu erwärmen!

△ **Berlin**, 2. April. Die deutſchgeſinnten Parteien der beiden Kammern hatten den Plan gefaßt, einen großartigen Zug zum König zu unternehmen, um durch ihr moraliſches Gewicht die Frankfurter Deputation zu unterſtützen. In der erſten Kammer waren Rechte und Linke einig, in der zweiten wollte die Linke noch nicht. Hr. Baumſtark erſchien deshalb geſtern mit zwei andern Mitgliedern der erſten Kammer und einigen Abgeordneten aus Stadt London (dem Sitzungslokale der Rechten) in der Converſationshalle, um Rückſprache mit der Linken zu nehmen. Dieſe ſtellte aber die Bedingung, daß die Adreſſe ohne weitere Rede überreicht würde, eine Bedingung, der die Majorität nicht willfahren zu können glaubte.

Die ganze Mühe war indeß umſonſt: Den Präſidenten beider Kammern iſt heute Seitens des Miniſteriums als der Wunſch des Königs angedeutet worden, daß die Adreſſe nicht durch eine Deputation perſönlich überreicht werden möge. Die Präſidenten haben deshalb nach der ihnen zuſtehenden Befugniß einen andern Modus der Abſendung gewählt.

Die heut erfolgte Wahl des Hrn. Grabow zum Präſidenten der 2. Kammer mit 171 Stimmen gegen 157 (die auf Hrn. v. Unruh fielen) war geſtern noch nicht geſichert, ein Theil der Rechten beſtand noch geſtern Mittag heftig darauf, Hrn. v. Auerswald zum Präſidenten zu wählen und erſt geſtern Abend kam die Einigung der Rechten auf Hrn. Grabow zu Stande, eine Einigung, die nur 6 Stimmen über die abſolute Majorität aufbrachte.

Bei den hieſigen Gerichten iſt die Organiſation nominell ſeit geſtern eingetreten. Erkennbar iſt dieſelbe indeß nur darin, daß die Gerichte einen Theil der früher zu ihrer Kompetenz gehörig geweſenen Geſchäfte jetzt unerledigt laſſen müſſen. In Folge deſſen iſt bei dem Oberappellationsſenat des Kammergerichts ſchon ſeit Wochen die Anſetzung von Terminen unterblieben. Ein großer Theil der Beamten iſt wegen ſeiner Zukunft beſorgt; die Auflöſung der Gerichte iſt eingetreten, ohne daß ſie bis jetzt neue Vocationen oder eine Gewißheit für ihre Wiederanſtellung erhalten hätten. Die Verwirrung iſt namenlos.

** **Berlin**, 2. April. Gibt es in Preußen noch eine Verſöhnung der Parteien, wahrlich dann wird ſie jetzt gefeiert werden, da ſich das Sternbild der deutſchen Krone ſtrahlend niederläßt auf das Haupt unſrer Könige. Faſt ſcheint es, als ſollte Deutſchlands ſich erfüllendes Geſchick uns Heilung bringen. Sie ſchrieben neulich, die Deputation reiſte nicht zu dem armen Grafen von Habsburg, der vor Freude ſeine Fehde gegen Baſel aufgab. Sie dachten nicht an unſre unblutig blutigen Parteienkämpfe. Wir geben ſie auf — die Linke möge in ſich gehen oder nicht; wir laſſen die „Fehde gegen Baſel". Unſere Rechte hat tapfer gefochten; ſie hat die Anerkennung der Verfaſſung ſchließlich doch noch (ſtatt der ſchwachen Majorität von 11 und 17 Stimmen) mit 41 Stimmen Mehrheit durchgeſetzt; ſie hat ſo bewirkt, daß die Krone von Hohenzollern intakt aus dem von der frühern Verſammlung von Anfang an geſuchten Konflikt hervorgegangen iſt; aller revolutionäre Makel iſt durch die Vertreter des Volks, die theils von den Steuerbelaſteten (zur erſten Kammer), theils aus allgemeinem Wahlrecht gewählt ſind, von dem Purpur Preußens getilgt. Die Kammern haben den König alſo hoch auf den Schild emporgehoben; es reicht keine Verleumdung mehr hinauf zu ihm. Aber nun ruhe die Fehde der Parteien! Die Boten der deutſchen Nation weilen ſchon zwiſchen Magdeburg und Berlin; jetzt begrüßt ſie vielleicht das kleine freie Volk von Anhalt, deſſen askaniſche Fürſten den Hohenzollern die Wege bahnten im Norden — alſo keine Fehde gegen Baſel, — ehe die Geſandten des erſten deutſchen Parlaments erſcheinen, eilen wir hinüber von der Rechten zur Linken und rufen herüber von der Linken zur Rechten —

„Auf laßt uns ſein ein einig Volk von Brüdern!" Wollte die himmliſche Frühlingsluft, welche in dieſen Tagen ſommerliche Gluth über unſere nordiſche Stadt verbreitete, doch wieder ſächeln, wollte der Himmel ſich doch klar und blau wölben, daß die Brüder aus dem Süden ſich auch äußerlich nicht fremd fühlen, daß unſer Schoder und Federer und wie die theuern Namen heißen, denen wir von ganzer Seele das „Willkommen" zurufen, doch erklärlich finden, wie die ſchwäbiſchen Hohenzollern ſich hier in der Mark heimiſch fühlen mochten!

Aber vor Allen gegrüßt ſei der greiſe Sänger unſers auferſtehenden Deutſchlands, Ernſt Moritz Arndt, der bis in unſre Tage tief hinein gegen Fremdherrſchaft, gegen Napoleon und neuerdings gegen das Haus Lorraine im Lande der Hanaken geeifert hat.

Wer hätte je gedacht, daß ein Vers von Göthe noch berühmter werden könnte durch irgend welchen Sterblichen? Und er iſt es geworden. Er wird mit güldenen Lettern fortan allenthalben prangen; wie auf den Häuſern unſerer Vorfahren das alte: „Friede ſei dein Eingang, Freude ſei dein Ausgang," ſo wird auf dem Palaſt des deutſchen Reichstages zu Frankfurt am Main zu leſen ſein: „Nicht dem Deutſchen geziemt es, die fürchterliche Bewegung" —

Eduard Simſon hat unſerm Göthe wahrlich die herzliche Theilnahme vergolten, welche dieſer dem Jüngling ſchenkte. Und ſchön iſt's, daß ſo gleichſam zwei Zeitalter, die Periode der Kunſtvollendung und die politiſche Epoche zum Kranz gebunden ſind durch den ſinnigen Führer des deutſchen Parlaments. Wie in einer Eichenkrone die blühende Roſe, ſo lacht aus dem erhabenen Akt der Verkündigung des erſten Kaiſers die Erinnerung, daß wir in der Poeſie längſt die Stufe der Klaſſizität erſtiegen haben, daß unſere Meiſter denen aller Zonen und Zeitalter ebenbürtig zur Seite ſtehen, wie jetzt unſere Kaiſer den Königen und Kaiſern des Erdballs zur Seite treten ſollen!

Lachen Sie über die Kleingeiſter, aber hier wird ſchon geſtritten, wie der Kaiſer heißen wird! ob Friedrich, ob Friedrich Wilhelm? Sie haben vielleicht vergeſſen, daß man in Preußen 1840 ſehr unzufrieden war, als der König aus falſcher Beſcheidenheit ſich nicht nach dem großen Friedrich, zu deſſen Säkularfeier er den Thron beſtieg, „Friedrich III." nannte. Denn der König heißt „Friedrich" und als Kronprinz wurde er immer Prinz Friedrich genannt; ſo nannte ihn ſeine unvergeßliche Mutter und Alle, die ihm nahe ſtanden. Alſo erhalten wir wiederum einen Kaiſer Friedrich? Natürlich einen „Friedrich den Erſten" als Kaiſer der Deutſchen! Dann wäre bei Gott die Sage erfüllt: „Friedrich I. wäre wiedererſtanden! — — Das Wort Friedrich Wilhelm dagegen erinnert an Ludwig Philipp, der als erſter König der Franzoſen zu dem altfranzöſiſchen Louis den Philippe hinzubrachte. Sie ſehen aus dieſem Streit um des Kaiſers Bart, daß wir den Kaiſer ſchon als vollendete Thatſache betrachten.

Hier ſtimmt auch Alles überein; die Stadtverordneten, der Magiſtrat ſind vorangegangen. Die zweite Kammer folgt heute. In die Adreßkommiſſion ſind ſcheinbar abſichtlich ſehr Viele von der Linken gewählt.

Berlin, 2. April. Seit kurzer Zeit weilt der k. k. öſterreichiſche Miniſterialrath Dr. jur. Becher in unſerer Stadt, um über die Verbindung der Telegraphen-Linien mit den dieſſeitigen Behörden zu unterhandeln. Wir vernehmen mit Vergnügen, daß eine Uebereinkunft bereits dem Abſchluſſe nahe iſt, nach welcher die Telegraphenverbindung von Wien über Oderberg und Breslau nach Berlin in kürzeſter Zeit in Gang kommen wird. Von Berlin gehen die Telegraphenzüge auf der einen Seite nach Hamburg, auf der andern nach Köln und Brüſſel (Paris), auf der dritten über Halle Erfurt, Eiſenach nach Frankfurt a. M. Oeſterreicher Seits wird dann noch Sorge getragen werden, die Telegraphenverbindung von Nürnberg, Callembach, Hof über Leipzig, Dresden und Prag herzuſtellen. Deutſchland wird dadurch in den Beſitz der großartigſten Telegraphenverbindung auf dem Continent von Europa geſetzt. Es liegt in der Abſicht beider Regierungen, die Telegraphenverbindung auch dem Publikum zur Benutzung zu geſtatten. Ueber die anzuſetzenden Gebühren, die nöthigen Vorſichtsmaaßregeln u. ſ. w. ſoll erſt ſpäter eine Uebereinkunft getroffen werden, wenn Erfahrungen darüber gemacht ſind. (C. Z.)

Berlin. Die Rheiniſche Volkshalle läßt ſich von hier folgende ſinnreiche Entdeckung ſchreiben: Eine der Hauptſchwierigkeiten bei der Frage, ob der König die ihm angetragene Würde als Kaiſer der Deutſchen annehmen oder ablehnen ſolle, bietet ſich, wie uns aus guter Quelle zugeht, in der Feſtſtellung der Civilliſte dar, weil durch eine von ſämmtlichen Staaten Deutſchlands aufzubringende Civilliſte des Kaiſers die durch die Volksvertretung beſchränkten Etats der einzelnen Fürſten der Sache nach die frühere Höhe erreichen würden. Ob alle Intereſſenten zu einer ſolchen Civilliſte ihre Beiſteuer ohne Klauſeln entrichten werden, iſt allerdings eine Frage, die bei dem obſchwebenden Dilemma einen großen Einfluß ausüben dürfte.

÷ **Stuttgart**, 31. März. Die Kammer hat ihre Sitzungen für die nächſte Zeit beendet und Herr Platz iſt in dieſem Augenblick ſchon auf dem Wege nach ſeiner Familie und nach ſeinem Keller. Ob inzwiſchen das lange und ſehnſüchtig erwartete Wahlgeſetz endlich fertig wird, ſteht zu erwarten. Es ſcheint daſſelbe, je nach der verſchiedenen Geſtaltung der äußeren Verhältniſſe, bereits viele Phaſen durchlaufen zu haben und wird vielleicht, bis zu ſeinem definitiven Abſchluß, noch manche Phaſen durchlaufen müſſen: Römer, dem die einſtweilige Vertagung der deutſchen Nationalverſammlung ohnehin wieder eine längere Muſe geſtattet, iſt hierher berufen und ſeine Ankunft wird wohl auch in dieſer Beziehung entſcheidend ſein. Was man aber während der Vakanz ſicher zu erwarten hat, iſt eine Mittheilung der Regierung „in Poſtangelegenheiten", d. h. um deutlicher zu ſprechen, als es die betreffende Eröffnung des Kammerpräſidenten gethan, eine Mittheilung über die Auflöſung des Poſtvertrages mit dem fürſtlichen Hauſe Thurn und Taxis: dieſelbe wird ſofort der vereinigten Juſtizgeſetzgebungs- und Finanzkommiſſion überwieſen werden.

In der heutigen Sitzung iſt übrigens die Berathung des Geſetzentwurfs über Abänderungen der Gemeindeordnung und ſpeziell der Erweiterung des Beſteuerungsrechts der Gemeinden zu Ende geführt, ohne daß dieſe Berathung noch irgend hervorragende Momente böte. Ich begnüge mich, die Reſultate kurz zuſammenzufaſſen. Die Kapitalien- und Einkommensſteuer wird in der Gemeinde entrichtet, in welcher der Steuerpflichtige im Beginn des Steuerjahres ſeinen Wohnſitz hat; hat Jemand ein doppeltes Domizil, ſo theilen ſich die Gemeinden zu gleichen Theilen in die Steuer; wohnt er abwechſelnd im Inlande und im Auslande, ſo zahlt er nur die halbe Steuer. Ein Antrag des Freiherrn v. Varnbüler, daß die Kapitalienſteuer nicht der Gemeinde zugeſprochen werde, in welcher der Kapitaliſt wohne, ſondern derjenigen, in welcher das Kapital angelegt oder verhypothekirt ſei, fiel, obgleich ihm die richtige Erwägung zu Grunde liegt, daß ſonſt die größeren Städte den geſammten Vortheil von der neuen Beſteuerung ziehen würden, auf die Bemerkung von der Miniſterbank aus zu Boden, daß damit das ganze Prinzip

Digitized by Google

des Geſetzes umgeſtoßen werde, welches darauf beruhe, daß die Kapitalſteuer an die Gemeinden eine Ausgleichung ſei für die Theilnahme an den Einrichtungen dieſer Gemeinden. Als Grundlage für die Steuererhebung der Gemeinden dient die Aufnahme für die Kapitalien- und Einkommenſteuer des Staates; in Beziehung auf die Befreiung von der Gemeindeſteuer gelten dieſelben Grundſätze, welche bei der Staatsſteuer zur Anwendung kommen; die Einführung einer Verbrauchſteuer endlich zu Gunſten einezelner Gemeinden kann nur im Wege der Geſetzgebung geſchehen. Der ganze Geſetzentwurf wurde ſchließlich mit 65 gegen 8 Stimmen angenommen. Die nächſte Sitzung findet am 11. April Statt.

☽ **Darmſtadt**, 2. April. Das immer fühlbarer werdende Bedürfniß, den Beſtrebungen der demokratiſchen Vereine, welche das ganze Land mit einem Netze zu überziehen ſuchen, im Sinne wahrer und vernünftiger Freiheit entgegen zu treten, veranlaßte geſtern zu Auerbach an der Bergſtraße eine größere Verſammlung der vaterländiſchen oder konſtitutionellen Vereine der Umgegend, zu welcher ſich auch ſehr zahlreich Mitglieder von hier eingefunden hatten. Eine Reihe von Rednern trat im Geiſte geſetzlicher Ordnung und Freiheit auf, für welche zu wirken, die zu ſchaffen, zu ſchützen und vertheidigen mit Wort, Schrift und That zunächſt Zweck dieſer Vereine ſei. Oft werde die beſſere Bürgerſchaft, welche bei weitem noch die Mehrzahl, von einer kecken Minderzahl terroriſirt. Wahre Aufklärung des Volkes durch konſtitutionelle Vereine beuge am beſten dem Mißbrauche des Vereinsweſens von anderer Seite vor und erzeuge einen heilſamen Umſchwung in der öffentlichen Meinung, wie uns erſt in den jüngſten Tagen das Beiſpiel des benachbarten B..den lehre. Vor allem gelte es, ſeine Aufmerkſamkeit und Thätigkeit den Wahlen zu widmen, den Wahlen in die Gemeinde- und Bezirksräthe, in die Ständekammern und das Parlament. Tüchtige und ſchon bewährte Männer ſolle man wählen, nicht ſolche, deren ganzes Verdienſt darin beſtehe, umherzureiſen und mit frechen Worten für die Anarchie zu arbeiten. Schon der Name der vaterländiſchen Vereine bezeichne ihren Zweck: Vereinigung aller deutſchen Staaten zu einem Bundesſtaate unter ſtarker Centralgewalt; Recht und Freiheit nach innen und außen. Dieſe werde aber nur erlangt durch Achtung vor dem Geſetze, durch unbedingte Unterwerfung unter den Ausſpruch der Mehrheit, wie ſich dieſe in den geſetzlichen Organen äußere. Dieß ſei die eigentliche Volksſouveränetät, die unwiderſtehliche Macht des Volkes, nicht aber der blinde Willen der Maſſen, eine vielköpfige Tyrannei, ſchlimmer als einzelne Tyrannen. Man belegte dieß durch Hinblicke auf Amerika, auf Belgien, England und Norwegen, auf Frankreich, auf unſere eigenen Zuſtände. Man hob die errungenen Freiheiten empor und das Wirken der Männer, denen man ſie verdanke, und welche die Feinde wahrer Freiheit vergebens zu ſchwächen, in den Augen der Nation herabzuſetzen ſuchten, wie man es an dieſem Orte ſelbſt erſt vor kurzem an dem edlen Vertreter dieſes Bezirkes, Heinrich v. Gagern, verſucht, dem heute ein lange anhaltendes donnerndes Hoch erſchallte. Auch der neuen Reichsverfaſſung und dem Kaiſer der Deutſchen brachte man ein lautes und herzliches dreifaches Hoch! Man forderte mit Begeiſterung und unter lebhaftem Enthuſiasmus auf, feſtzuhalten an den Männern, die man als wacker erkannt, als edle und rüſtige Kämpfer für des Vaterlandes Freiheit und Größe, ſie nicht in den Staub treten zu laſſen von frecher Gemeinheit. Der gutgeſinnten Bürger ſeien ſehr viele; es gelte nur, daß ſie mit derſelben Rührigkeit zuſammenträten und feſt an einander hielten wie die Gegner; daß ſie Ordnung und geſetzliche Freiheit mit demſelben Eifer ſtützten, wie ſie jene untergrüben, und bald würden Ruhe und Vertrauen und mit ihnen Glück und Wohlſtand der Bürger, die jetzt ſo ſehr gefährdet, wiederkehren. Man beſchloß darum überall mit Eifer konſtitutionelle Vereine zu gründen und mit gemeinſamen Kräften in dieſem Sinne zu wirken, auch öfter ſich zu ſolch edlem Geſammtſtreben zu verſammeln.

Schleswig-Holſtein. Nach einer Korreſpondenz eines ſächſiſchen Offiziers in Holſtein iſt der jetzige Stand der Reichstruppen folgender: Erſte Diviſion: Schleswig-Holſteiner (über 20,000) unter General Bonin, in und bei Flensburg bis zur Königsau. Zweite Diviſion: Baiern, Würtemberger, Badener und die thüringiſchen Truppen unter den bairiſchen Generalen Prinz Eduard von Sachſen-Altenburg und Spangenberg, in und bei Schleswig. Dritte Diviſion: Hannoveraner und Sachſen untee General Wyncken, in und bei Rendsburg. Vierte Diviſion, Preußen, in und bei Neumünſter. Sämmtliche Truppen unter dem Oberkommando des Generals von Prittwitz. (L. Tgbl.)

Großbritannien.

* **London**, 1. April. Eigenthümlich iſt die verſchiedene Anſicht, in welche ſich die engliſche Preſſe über den König Karl Albert ſpaltet. Während das halb toryſtiſch-peelitiſche „Morning Chronicle" den durch eigene Schuld verunglückten Fürſten als einen Ausbund von Treuloſigkeit und Schlechtigkeit darſtellt, nimmt ſich die halbdemokratiſche „Daily News" deſſelben als eines aufrichtigen italieniſchen Patrioten an. Das M. Chronicle macht unter andern darauf aufmerkſam, daß der März für Karl Albert von jeher etwas Verhängnißvolles gehabt. „Am 14. März 1821," ſagt das Chronicle, „ſchwur der Prinz von Cariginano in ſeiner Eigenſchaft als Regent und als Leiter einer revolutionären Junta der pſeudo-liberalen Verfaſſung von 1812 den Eid den Treue, ernannte neue Miniſter, nahm die italieniſchen Farben an. Aber am 21. März verrieth Karl Albert ſeine Gefährten und floh nächtlicher Weile aus der Hauptſtadt Piemonts nach Modena, wo man ihn nicht aufnahm, ſo daß er ſich genöthigt ſah, ſich nach Florenz wegzuſtehlen, belaſtet mit den Verwünſchungen derer, die er zu Grunde gerichtet und verrathen hatte. Am 23. März vorigen Jahres zog er zuerſt ſein entehrtes Schwert gegen einen in Verlegenheit gebrachten und ihm ſein Vertrauen ſchenkenden Verbündeten, und in den Tagen vom 21. bis 23. März d. J. wurden ſeine Truppen auf ſeinem eigenen Gebiete durch Marſchall Radetzky aufs Haupt geſchlagen." Das Morning Chronicle erinnert ferner daran, daß Karl Albert's Präzeptor von ihm vorausgeſagt, Piemont werde zu Grunde gehen, wenn der Prinz mit unumſchränkter Macht auf dem Throne nachfolge, und hebt endlich als einen charakteriſtiſchen Umſtand hervor, daß einer ſeiner Generale, Romarino, ſich diesmal eben ſo feig und verrätheriſch benommen, wie ſchon im Jahre 1831 in Polen, wo er von Krukowiecki den Auftrag erhalten habe, das rechte Ufer der Weichſel gegen Paskiewicz zu decken. Er habe aber damals die Weichſel in derſelben Weiſe bloßgeſtellt, wie jetzt den Teſſin.

Dagegen ſagt Daily News: „Karl Albert hat niemals darauf Anſpruch gemacht, Feldherr zu ſein (?), aber als Fürſt berechtigt ihn ſein Benehmen, wenn auch nicht Bewunderung, mindeſtens doch Achtung zu finden. Bei zwei Gelegenheiten hat er ſich großen Entſchlüſſen gewachſen gezeigt. Sein Ruhm und ſein Unglück zu gleicher Zeit iſt, daß er als ein italieniſcher, nicht als ein ſardiniſcher Herrſcher fühlte und daß er auf den Ruf des ganzen Landes jeden Skrupel bei Seite warf, daß er ſeine Krone aufs Spiel ſetzte und ſein Leben für die Unabhängigkeit Italiens in die Schanze ſchlug. Hätte jeder Italiener ein ſo aufrichtiges Herz, einen ſo tapfern Entſchluß, ein ſo williges Schwert in Bereitſchaft gehabt, und einem ſo freiſinnigen Vorhaben nachgeſtrebt, wie Karl Albert, ſo brauchte die Halbinſel jetzt nicht Hand und Fuß dem Auslande zum Feſſeln entgegenſtrecken."

Daily News, wie wir hierbei bemerken, vertritt aufs Entſchiedenſte die Nationalpolitik gegenüber der toryſtiſchen Politik des bloßen Vertrages; dieſe Zeitung macht die Unabhängigkeit, Einheit und Kraft der Völker zur erſten Bedingung, weil ſie weiß, daß ein unabhängiges, in ſich einiges und kräftiges Volk auch die Freiheit zu erringen und zu vertheidigen wiſſen wird; ſie nimmt mithin auch entſchieden Partei für das preußiſche Erbkaiſerthum, worin ſie, ganz im Gegenſatz zur Times und zum M. Chronicle, das einzig wahre Heil für Deutſchland erblickt; ſie ſprach über die Verwerfung des Welcker'ſchen Antrags ihr tiefſtes Bedauern, ihre größte Beſorgniß aus, und wie ſie Karl Albert wegen ſeines tapfern Entſchluſſes, für die Unabhängigkeit Italiens das Schwert zu ziehen, lobt und preiſt, ſo wird ſie jedenfalls jetzt ihr ſchmerzliches Bedauern darüber nicht verhehlen, daß der viel günſtiger geſtellte König von Preußen den Entſchluß, deſſen ſich alle wahren Patrioten von ihm verſahen, zu faſſen noch nicht über ſich vermocht hat. Uebrigens weiſt „Daily News" darauf hin, wie Südeuropa jetzt ganz von den Schickſalen der nördlichen Staaten abhängig ſei, ſo Portugal und Spanien von England und zum Theil von Frankreich, Italien von Frankreich und namentlich Deutſchland, deſſen einheitliche Geſtaltung auch diejenige Italiens zur Folge haben werde, die Türkei und Griechenland endlich von Rußland. Die Südſtaaten würden ſich dieſen Druck nie oder ſobald nicht entziehen können.

Die „Times" triumphirt über den Erfolg der öſterreichiſchen Waffen gewiſſermaßen als ihren eigenen. Sie hat ihn allerdings vorausgeſehen und vorausgeſagt, ſie hat namentlich die Ernennug Chezanowski's getadelt, indem dieſe nicht verfehlen könnte, Spaltungen und Eiferſüchteleien unter den ſardiniſchen Generalen zu erregen und die Oberleitung dadurch zu lähmen. Die Times gibt zu, daß der Feldzug für die italieniſchen Waffen nicht gar ſo kläglich ablaufen konnte, wenn die prahlſüchtigen Republikaner von Rom und Florenz den Muth gehabt hätten, eine ernſtliche Diverſion zu machen. „Statt deſſen", ſagt die „Times", „hören wir von großen Banden römiſcher und toskaniſcher Freiwilligen, die ſtolz einherſchreiten im Schmucke glänzender Schärpen und deren Kehlen heiſer ſind vom Singen patriotiſcher Lieder, die aber ſtets ſchmählich ausriſſen, wenn ſie in einer Entfernung von 50 Meilen einen Feind witterten, der an Zahl weit ſchwächer war." An der Möglichkeit, daß ein ſolches Volk ſelbſtſtändig ſein könne, meint die „Times", müſſe man verzweifeln. In einiger Verlegenheit mag ſich jetzt das Organ Palmerſton's, der „Globe" befinden, welches noch jüngſt der ſardiniſchen Regierung als der weiſeſten in Italien, das Wort redete. Gerade die Diplomatie iſt nur zu geneigt, die Menſchen und Maßregeln nach dem Erfolge abzuſchätzen.

Der „Sun" bemerkt: „Man fürchtet, daß die Feindſeligkeiten zwiſchen Dänemark und Deutſchland faſt unverzüglich wieder beginnen werden. Der König von Dänemark weigert ſich, die ihm von der deutſchen Centralgewalt vorgeſchlagenen Bedingungen anzunehmen, während ſich die Centralgewalt ihrerſeits weigert, auf Lord Palmerſtons Projekt einzugehn."

An der geſtrigen Börſe ſchwankten die Kurſe hin und her, denn während die Nachrichten aus Italien Vertrauen einflößten, waren doch wieder Bedenklichkeiten über den Erfolg der deutſchen Kaiſerwahl rege.

Frankreich.

* **Paris**, 2. April. Die Nationalverſammlung beſchäftigte ſich heute mit dem Budget des Innern. Die Verhandlung wurde nur bei Gelegenheit eines Streites über einige kürzlich vorgenommenen Ernennungen zu Präfekten lebhaft. Die Mehrheit war Herrn Leon Faucher heute nicht günſtig. Die Verhandlung endete damit, daß in geheimer Abſtimmung mit 363 gegen 350 Stimmen der Bericht noch einmal an den Ausſchuß zurückgewieſen wurde.

Aus Bourges erwartet man jetzt täglich die Entſcheidung zu hören. Huber, der ſich nachträglich geſtellt hat, wird ſcherlich noch gehört werden. Man glaubt, daß die Jury das Schuldig ausſprechen wird. Viel Stoff zum Spott gibt die Schwäche des Präſidenten, der den Airs der Angeklagten gegenüber ſeine Würde nicht recht aufrecht zu erhalten weiß. Die Opinion publique meint deshalb: Es ſei Hoffnung vorhanden, daß der Präſident und der Generalprokurator freigeſprochen werden würden. Und neulich kam ein Brief an Hrn. Bérenger (den Präſidenten des Kaſſationshofes und jetzt des Nationalgerichtshofes) mit der Aufſchrift: Hrn. Bérenger, Präſidenten des Kaſſationshofes, für Hrn. Blanqui, Präſidenten des Nationalgerichshofes.

Die Börſe war heute ſehr bewegt. Die Kourſe wichen zuerſt um dann höher zu ſteigen, als ſie geſtern ſchloſſen. Die 3 pCt. ſchloß 56. 74, die 5 pCt. 88. 90, Bankaktien 2400.

Spanien.

* **Madrid**, 16. März. Die Verwirrungen in Italien ſind für Spanien ein glückliches Ereigniß, Sie geben ihm Gelegenheit, ſich nach langer Zeit wieder einmal in europäiſche Fragen zu miſchen. Die Regierung iſt deßhalb nicht wenig ſtolz auf ihre Verbindungen mit Frankreich und Oeſterreich. Dazu kommt, daß auch die Beziehungen zu England wieder hergeſtellt zu werden im Begriff ſtehen. Wenigſtens erzählt man ſich ſchon die Phraſen der beiderſeitigen Botſchafter, welche die beiden Regierungen unter Frankreichs Vermittlung als Zeichen der Verſöhnung hinzunehmen übereingekommen ſind. Und um das Glück voll zu machen, ſtehen auch die Dinge in Catalonien beſſer als je. Der Carliſtiſche General Joaquin Elio hat die Soldaten und Offiziere unter ſeinem Kommando des Eides gegen ihn entbunden, und Cabrera wäre neulich um ein Haarbreit dem abtrünnigen Carliſtenchef Pons, der Oel-Sepp genannt, in die Hände gefallen. Von einer überlegenen Streitmacht unter Pons verfolgt, brauchte Cabrera, der ſich noch von ſeinen Wunden ſchwach fühlt, ein Finte, die er früher mehrmals mit Erfolg angewandt. Er trennte ſich plötzlich von ſeinem Hauptkorps, und zog ſich mit einer kleinen Bedeckung durch eine Schlucht in das abgelegene Dorf Sellent zurück, während das Gros ſeinen ſcheinbaren Rückzug in Schnellſchritt fortſetzte. Pep del Oli merkte aber die Finte, und begegnete ihr mit einer Gegenliſt. Er ſetzte die Verfolgung des carliſtiſchen Hauptkorps ſcheinbar mit großem Eifer bis Abend fort; ſobald es aber dunkelte, wandte er ſich, und gelangte auf einem großen Umwege ſo heimlich nach Sellent, daß er während der Nacht ſämmtliche acht Zugänge des Orts beſetzen konnte. Cabrera hat während er ſchläft immer ein geſatteltes Pferd in Bereitſchaft ſtehen, und ſo war er raſch im Sattel, ſobald ſeine Pikets die Nähe des Feindes entdeckten. Mit Hülfe der Dunkelheit und mit ſeiner Geiſtesgegenwart gelang es ihm zwei von Pons Kompagnien in Kolliſion zu bringen, und in der Verwirrung entkam er mit nur vier ſeiner Gefährten auf ſchnellen Roſſen mitten durch die Kriſtinos. Sein Lager, ſein Gepäck und ſeine Papiere aber wurden dem Feind zur Beute.

* **Barzelona**. Die 25 engliſche Meilen lange Eiſenbahn zwiſchen Barcelona und Maturo, die einze welche Spanien bis jetzt beſitzt, wirkt Wunder. Wiewohl erſt im Oktober v. J. eröffnet, wirft ſie bereits 8½ pCt. Gewinn ab. Am Aſchermittwoch, wo das Volk in den ſpaniſchen Städten aufs Land geht um „den Karneval zu begraben", führte der letzte Zug 1200 Paſſagiere. Die Katalonier bilden ſich nicht wenig auf dieſen Schienenweg ein; die Wahrheit iſt aber: die Bahn iſt, bis auf die Taglöhnerarbeit, eine engliſche Schöpfung, und auch das Kapital wurde größtentheils von Engländern vorgeſchoſſen. Die Bahn iſt gut, aber eine ſpaniſche Verwaltung würde ſie zu Grunde richten.

Oeſterreichiſche Monarchie.

* **Krakau**, 27. März. Die oktroyirte Verfaſſung beginnt bereits ihre Segnungen zu entfalten; wer ſeine Fenſter beleuchtet ohne Auftrag „höheren Orts", verfällt einer Strafe von 300 poln. Gulden. Es fehlt bloß noch die Verfügung, daß wer ſeine Fenſter im Auftrag „höheren Orts" beleuchtet, gleichfalls in Strafe genommen wird.

Peſth, 25. März. Dem „Figyelmező" zufolge hätte Koſſuth 12 Friedenspunkte nach Ollmütz geſandt, unter denen ſich auch der befinden ſoll, daß Ungarn 200 Millionen Staatsſchulden übernehmen würde. — In der Umgebung von Peſth, im Umkreiſe von einigen Meilen, patrouilliren mehrere Kavallerieabtheilungen, welche das Verproviantiren der Stadt ermöglichen. (Preßb. Z.)

Peſth, 27. März. Vorgeſtern Abends trafen 5 Batterien und ein Kanonierbataillon von Wien kommend, in Ofen ein. Ein Beweis, daß die k. k. Armee fortwährend Verſtärkungen an ſich zieht. (Peſth. Ztg.)

Cernowic. (Bukowina.) Das hierortige Kreisamt hat ſich beſtimmt gefunden, den Landſturm nun auch im Serether Thale, im Cernowicer Bezirke und ſelbſt bis an die beſſarabiſche Grenze hin zu organiſiren. (C. Bl. a. B.)

Semlin, 28. März. Die Serb. Nov. berichten: „So eben erhielten wir aus Siſſek eine Privatnachricht vom 18. d. M., daß das Oguliner Regiment die neue Verfaſſungsurkunde zerriſſen und verbrannt habe, die ſich mit der Freiheit der Militärgrenze ein kühnes Spiel erlaubt, indem ſie auch jetzt noch ſich des Grenzen als eines Schildes deutſcher Glorie und Größe bedienen will. Das 5. Liccaner Bataillon wollte dem Militärbefehl, nach Italien zu ziehen, nicht Folge leiſten, ſondern prügelte vielmehr, wie der Brief ſagt, ſeinen Kommandanten durch. Auch hier in Pancova und Mitrowic äußerte ſich große Unzufriedenheit mit der oktroyirten Verfaſſung und es ſcheint, daß verſchiedene Zwiſtigkeiten unter Nation bevorſtehen, während Eintracht gegen den gemeinſamen Feind Noth thäte. Alles iſt gereizt, und Gott weiß, wer im Stande ſein wird, den Frieden lange zu erhalten."

Italien.

* **Turin**, 28. März. Die Kammer muß aufgelöſt werden, wenn dieſes Miniſterium fortregieren ſoll; die beiden geſtrigen Sitzungen haben den unheilbaren Widerſpruch zwiſchen ihnen zur

Genüge gezeigt. Die Kammer will Fortſetzung des Krieges, ſie hat dem Miniſterium befohlen, das Heer unter die Mauern Aleſſandria's zu führen, das Vaterland in Gefahr zu erklären, und alle ſtreitfähigen Männer nach Genua zu berufen. Das Miniſterium dagegen iſt unter dem Druck der Radetzki'ſchen Siege gerade zur Abſchließung des Friedens berufen worden. Die Adreſſe der Kammer an Karl Albert lautet im Weſentlichen: Sire, mitten in der Trauer des Vaterlandes kommen die Abgeordneten des ſardiniſchen Volks, im Namen von ganz Italien ſich einer heiligen Schuld zu entledigen. Wir begreifen Sire, Ihren tiefen Schmerz, wir achten den Entſchluß, den Sie gefaßt haben. Aber wenn die Irrthümer des Schickſals und der Menſchen in Ihnen die Entmuthigung großer und edler Seelen hervorgerufen haben, ſo haben ſie doch gewiß nicht den Glauben an die Sache in Ihnen ausgelöſcht, zu deren Kämpfer Sie ſich gemacht haben, und deren edelſter Märtyrer Sie jetzt geworden ſind. Dieſe Sache wird größer, heiliger durch Ihr Märtyrerthum ſelbſt; er liefert uns neue Beweiſe, daß ihr Triumpf die größten Opfer fordert. Für dieſe Sache, Sire, wird Ihr Name, geheiligt durch den Ruhm und das Unglück, ſtets ein Wahrzeichen und eine Stütze ſein. Nein, Sir, Sie können dadurch, daß Sie ſich den Blicken Ihres Volkes entziehen, nicht in ſeiner Bewunderung, in ſeiner Dankbarkeit, in ſeiner Liebe verbleiben. Sie werden mit uns leben in dieſer Verfaſſung, in der Sie Ihre Rechte mit den unſern brüderlich verſchmolzen haben; Sie werden ſtets in unſerem und der Nachwelt Gedächtniß leben, als ein einziges und nachahmungswerthes Beiſpiel eines Königs, der, Bürger und Soldat, in der Schule der neuen Zeit erzogen, und von ihrem Geiſt durchdrungen. Mögen die ſchmerzlichen Erinnerungen Ihnen leicht werden und die glorreichen Ihnen in Ihrer Zurückgezogenheit folgen. Wir aber können bezeugen, daß Ihnen ſtets die Gefühle der Dankbarkeit, der Ehrfurcht und Zuneigung gehören werden, ſowohl des ſardiniſchen Volks, als all der andern unglücklichen Völker, die Sie wieder zu Italienern machen wollten, denen der Name Karl Albert ſtets das glorreiche Symbol unvergänglicher Hoffnungen ſein wird.

* **Turin**, 29. März. Die geſtrige Sitzung der Deputirtenkammern war nicht ganz ſo ſtürmiſch, wie die früheren, obgleich immer noch heftig genug. Zuerſt wurde die Antwort verleſen, welche der neue König auf die an ihn erlaſſene Adreſſe gegeben hatte. Sie ſprach ſich rühmend über die Tapferkeit der Armee aus, und ſtellte eine günſtigere Aenderung der Bedingungen des Waffenſtillſtandes in Ausſicht. Dieſelbe Hoffnung gab dann der Miniſter Pinelli von der Tribüne aus, und erklärte zugleich, daß das Miniſterium, wenn Oeſterreich keine Aenderungen bewilligen wollte, abtreten würde. Der Abgeordnete Lanza ließ es demnach nicht an Anklagen gegen das Miniſterium fehlen, und benutzte diesmal zum Stoff derſelben die Herbeiziehung mehrerer Regimenter nach Turin. Die beiden Miniſter Da Bormida und Criſtiani haben ſich dann auch durch den übeln Empfang, der ihnen in der Kammer geworden, bewegen laſſen, ſofort wieder abzutreten. An ihre Stelle treten della Rocca und Margherita. Endlich ſind zur Vervollſtändigung des Kabinets zu Miniſtern ernannt worden Vincento Gioberti und Galvagno.

Die „Basl. Ztg." ſchreibt aus Turin: Am 29. beſchwor Viktor Emanuel die Verfaſſung, die Verſammlung leiſtete ihm hierauf den Eid der Treue und wurde ſodann vertagt. Der kriegeriſchen Stimmung der Deputirtenkammer gegenüber ſoll beim Senat und dem Volk keine Kriegsluſt, vielmehr große Ermüdung herrſchen.

In Paris liefen auch am 2. April noch die beunruhigendſten Gerüchte über die Erklärung der Republik in Genua, über den Anſchluß der Deputirtenkammer an die Republikaner u. dgl. um, ohne daß jedoch irgend eine Gewähr für dieſe Nachrichten vorhanden war. Karl Albert ſoll nun doch im ſüdlichen Frankreich angekommen ſein.

Hauptquartier Novara, 27. März. Geſtern hatten wir auch ſchon etwas europäiſche Diplomatie hier; die Herren wittern Morgenluſt — die HH. Bois le Comte und Abercromby — Frankreich und England — kamen an, um mit dem alten Marſchall „im Auftrag der ſardiniſchen Regierung" das Wohl und Wehe Piemonts in die Hand zu nehmen. Radetzky ließ ihnen ſagen, daß der Waffenſtillſtand abgeſchloſſen ſei, daß er mit ihnen in amtlicher Eigenſchaft durchaus nichts zu thun habe, ſie aber privatim wohl gern empfangen würde. So kamen ſie denn zu dem greiſen Helden und mit ihnen der Podeſta von Turin, um — die Stadt im Fall der Beſetzung ſeiner Gnade zu empfehlen. In der Nacht des 23., nach der Schlacht bei Novara, befand ſich der Kommandant des vierten Armeekorps, Graf Thurn, in einem kleinen Landhauſe, einige Miglien von der Stadt entfernt. Es war gegen 1 Uhr, als eine Berline vorfährt, aus welcher ein langer hagerer Mann ſteigt, das ernſte düſtere Geſicht von einer erſchreckenden Bläſſe bedeckt. Er wünſcht den Kommandanten des vierten Korps zu ſprechen, und ſagt ihm, er ſei der piemonteſiſche Oberſt, Graf Brab, der heute den Dienſt verlaſſen und nach Nizza gehen wolle. Die Armee, fährt er fort, iſt von Euch vollſtändig geſchlagen und befindet ſich in vollkommener Auflöſung, ja in offenbarer Meuterei gegen die Offiziere, welche der Plünderung Einhalt zu thun bemüht ſind. Auf die Frage Graf Thurns, ob die Stadt befeſtigt ſei, antwortete der Oberſt: nein, die Baſteien ſind ſchon längſt abgetragen, neue Schanzen ſind nicht errichtet, und die Citadelle hat gar keine Befeſtigung mehr. Darauf bittet er, frei paſſiren zu dürfen, und da Graf Thurn, der ihm in der kalten Nacht — der Regen goß in Strömen herab — eine Taſſe Kaffee anbietet, die der Fremde dankbar annimmt, läßt ihn ziehen. Ein junger Mann, der draußen gewartet, ſetzt ſich ebenfalls in den Wagen, und ſo ſchnell die Pferde laufen können, fahren ſie davon; es war Karl Albert, der König. So verließ er das Heer, nachdem er abgedankt; der junge Mann war wahrſcheinlich der Herzog von Genua! Uebermorgen früh verläßt das Hauptquartier Novara und kehrt nach Mailand zurück. (Allg.Z.)

Mailand, 30. März. Feldmarſchall Radetzky iſt am 29. wieder hier eingetroffen. Ein Befehl des Gouverneurs von Mailand, Graf v. Wimpfen verordnet, daß, um die Ruhe in der Hauptſtadt zu ſichern, alle fremden Perſonen, welche nicht im Beſitz von Ausweisſchriften ſind und ſich über ihren Aufenthalt nicht zu rechtfertigen vermögen, feſtgenommen und an die vom Feldmarſchall beſtimmten Orte transportirt werden. (N. Z. Z.)

* **Venedig**. Die Beſatzung war in der letzten Zeit ſehr thätig. Am 22. machte ſie einen Ausfall, am 24. eine Landung an der Küſte von Iſtrien. Das erſtere ſcheint glücklicher als das zweite abgelaufen zu ſein. Ein Korps von 6000 Mann unter der Anführung des Generals Pepe rückte von Chioggia aus gegen die Oeſterreicher vor und trieb ſie bis Creſpino am Po, zwei Meilen von Venedig zurück. Die Landung geſchah nur mit 1000 Mann bei Cenche. Man befeſtigte ſich in einer ſehr vortheilhaften Stellung. Bald aber griffen die Oeſterreicher ſie an und vertrieben ſie nach einem kurzen Kampfe. Der Rückzug der Venetianer artete bald in wilde Flucht nach ihren Schiffen aus, wobei viele ihre Gewehre ꝛc. in die Kanäle warfen. Ihr Verluſt iſt nicht genau bekannt; einige Todte blieben auf dem Kampfplatze; 20 bis 30 ertranken beim Umſchlagen eines Schiffes, die Verwundeten, worunter ſich der die Expedition befehligende Obriſt Noara befinden ſoll, nahmen ſie mit. Oeſterreichiſcherſeits blieben 2 Todte und 2 wurden ſchwer verwundet.

* Wir entnehmen der „Allg. Zeitung" folgende Nachrichten aus Rom:

Rom, 18. März. Am 13. d. haben die diplomatiſchen Konferenzen in Gaeta zuverläſſig begonnen. Nicht ohne Grund glaubt man, daß die Konferenzen ſowohl die Regierungsform als auch die Art der Inſtitutionen, welche man den Bewohnern des Kirchenſtaats gewähren will, zum Gegenſtand ihrer Berathung machen werden. Zwei Meinungen ſollen ſich dabei geltend machen: einige wollen die Wiedereinſetzung der Regierungsform, wie ſie zuerſt nach der Verfaſſung beſtand, nämlich die Staatskonſulta etwa mit dem Recht der Steuergenehmigung; die andern wollen nur das von den fünf Großmächten beſtätigte Memorandum von 1831 als Baſis der neuen päpſtlichen Regierung anerkennen. Geſtern wurden auf Geheiß des Exekutiv-Komite's eine Maſſe, dem päpſtlichen Haushalt gehörige Silbergeſchirre von ſeltener Arbeit, im Ganzen 6000 Skudi an Werth, in die Münze geſchafft, um Scheidemünze daraus zu prägen. Marcheſe Sacchetti hat als Haushofmeiſter Sr. Heiligkeit proteſtirt. Heute beginnen die Municipal-Wahlen. Lorenzo Valerio, Bevollmächtigter von Sardinien, iſt in Rom eingetroffen und verlangt von der römiſchen Regierung als Unterſtützung zum öſterreichiſchen Krieg 10,000 Skudi täglich, 20 Kanonen und 25,000 Mann. (!) Außer den

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Herling †. Die Eindrücke der Antwore des Königs von Preußen an die Reichsdeputation.) Wien (Die Kaiſerwahl und Oeſterreich. Das Geſchenk einer Verfaſſung für Deutſchland. Windiſchgrätz und die Lage der Dinge in Ungarn. Die Niederlage Bem's beſtätige ſich nichr. Erzherzog Wilhelm.) Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer. Die Reichsgeſandtſchaft. Die Audienz beim Könige. Vincke's Antrag. Die Maulwürfe. Die preußiſchen Kammern.) Stettin (Die Amazone.) München (Staatsrathsſitzung. Eine Proteſtation gegen die Kaiſerwahl erwartet.) Freiburg (Preßprozeß.) Gotha (Die Vereinigung von Koburg und Gotha.) Schleswig (Die Statthalterſchaft. Das Kriegsgeſetz. Der Dunkelarreſt.) Hamburg (Die konſtituirende Verſammlung und weiland Herr Schlöffel. Der Herzog von Koburg und die Reichstruppen. Droyſen.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Die Siſtirung der Kriegsoperationen an der Theiß.)

Italien. Turin (Auflöſung der Kammer.) Mailand (Ablieferung der Waffen.) Palermo (Neuer Kampf.) Neapel (Die Vermittlung.)

Dänemark. Kopenhagen (Der Kriegsminiſter und ſeine Vollmacht. Der König. Der Reichstag.)

Donaufürſtenthümer. Jaſſy (Die Ruſſen. Paskewitſch erwartet.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 5. April.)

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt** 2. April. In der Nacht auf den 1. April ſtarb dahier Prof. S. H. A. Herling in ſeinem 68. Jahre. Nach 40jähriger Wirkſamkeit am Gymnaſium als Lehrer der Mathematik und des deutſchen Styls war er zu Anfang vorigen Jahres in Ruheſtand verſetzt worden. Er hat das große Verdienſt, dem Unterrichte in der Mutterſprache zuerſt eine wiſſenſchaftliche Begründung gegeben und dadurch dieſen Unterricht aus ſeiner ſchmählich untergeordneten Stellung zu einem Hauptbildungsmittel erhoben zu haben. Seine verſchiednen Werke, grammatiſche ſowie ſtyliſtiſche, haben den von ihm eingeſchlagenen Lehrgang weithin verbreitet und andre Gelehrte, z. B. Becker, zu neuen glücklichen Forſchungen auf demſelben Gebiete angeregt. Sein Name und Geiſt wird in ſeinen Werken fortleben; ſeine liebenswürdige, kindlichreine, für alles Edle begeiſterte Perſönlichkeit aber wird ſich in den Herzen der zahlreichen Schüler und Freunde das wärmſte Andenken erhalten.

⁂ **Frankfurt,** 5. April. Einer der Hauptführer der Linken, deſſen Humor unerſchütterlich iſt, ſcherzte geſtern in der Paulskirche: „Das oktroyirte Röcklein ſteht uns recht gut.“ Ja der leitende Gedanke in der Beurtheilung der Antwort des Königs von Preußen auf die Anrede der Deputation der Reichsverſammlung iſt kein anderer, als: die deutſchen Fürſten wollen dem deutſchen Reiche eine oktroyirte Verfaſſung geben. Bevor ich indeſſen dieſe Lebensfrage der deutſchen Reichsverſammlung — vielleicht Deutſchlands! — weiter berühre, erlaube ich mir den Eindruck zu ſchildern, welchen die königliche Antwort auf die Parteien der Paulskirche geſtern machte. Die beſchlußfähige Zahl der Mitglieder ſtellte ſich erſt ſpät ein, dennoch hatten viele Mitglieder noch keine Kenntniß von der königlichen Antwort gehabt. Es bildeten ſich bald viele Gruppen und die Depeſche wurde lebhaft beſprochen. Die Oeſterreicher und Ultramontanen — die ſogenannten Großdeutſchen dieſer Kategorien — triumphirten und ſahen ſchon ihren Waizen blühen. Die erbkaiſerliche, die wahrhaft deutſche Partei, konnte den gerechten Schmerz einer, wenigſtens bis jetzt noch, getäuſchten Hoffnung nicht verbergen. Die Linke grollte. Sie hatte ſich ja in der Annahme der geſammten Verfaſſung dem erblichen Kaiſer unterworfen und war und iſt noch entſchloſſen, die Verfaſſung zur Wahrheit werden zu laſſen. Die Linke wollte deshalb auch die Verſammlung drängen, ſofort die königliche Antwort in Berathung zu nehmen und einen der Deputation in Berlin zur Richtſchnur dienenden Beſchluß zu faſſen. Dieſes wäre aber ein großer Mißgriff geweſen, nicht ſowohl in materieller, als in formeller Hinſicht. Man durfte nicht überſehen, daß der Vorſitzende der Reichsverſammlung, Kirchgeßner, wohl das kurze telegraphiſche Schreiben der Deputation in Berlin, aber nicht die königliche Antwort ſelbſt mittheilte. Weder dem Reichsminiſterium, noch dem Präſidium der Reichsverſammlung war die königliche Antwort offiziell zugekommen; es konnte dieſelbe alſo auch nicht der Reichsverſammlung mitgetheilt und mithin von derſelben vorerſt in keine Berathung genommen werden. Begreiflich iſt es aber, daß die Gemüther in der geſtrigen Sitzung der Reichsverſammlung in einem erregten und gereizten Zuſtand waren und dadurch Scenen eintraten, welche dieſe Sitzung zu einer unerquicklichen und dem Vaterlande wenig frommenden machten. Einen Schleier über ſie! Ich erlaube mir nun die Frage, ob die Antwort des Königs von Preußen zu der Unterſtellung berechtigt, daß die deutſchen Fürſten die Reichsverfaſſung oktroyiren wollen, zu prüfen. Vorerſt iſt dieſe Abſicht nicht offen, wenigſtens nicht klar ausgeſprochen und ſie wurde nur deßhalb ſo raſch unterſtützt, weil der Schmerling'ſche Mund neulich ſo unbedacht Oktroyirungsgelüſte verrieth. Der König von Preußen hat die erbliche deutſche Kaiſerkrone nicht angenommen und nicht abgelehnt. Er will ſich zuvor mit den deutſchen Fürſten benehmen, was die Reichsverſammlung, wenn ſie es auch könnte, nicht hindern dürfte, ſondern was ihr nur erwünſcht ſein muß. Wenn aber die in Ausſicht geſtellte Vereinbarung der deutſchen Fürſten nicht allein der Zuſtimmung zu dem von der Reichsverſammlung gewählten Oberhaupte gelten ſollte, wenn damit eine, namentlich weſentliche, Aenderung der Verfaſſung beabſichtigt würde, ſo kann es nicht zweifelhaft ſein, welchen Weg die Repräſentation des geſammten deutſchen Volkes, die Reichsverſammlung einzuſchlagen hat. Sie muß unerſchütterlich bei der von ihr endgültig geſchaffenen Reichsverfaſſung ſtehen bleiben. Sie hat nicht nöthig, wie ein Mitglied der äußerſten Linken geſtern beantragte, einen Vollziehungsausſchuß für die Verfaſſung zu wählen, er iſt ſchon vorhanden: in dem deutſchen Volke! — Der Himmel möge die Herzen der deutſchen Fürſten erleuchten und ihnen und dem deutſchen Volke nicht Prüfungen bereiten, deren Folgen außer dem Geſichtskreiſe aller menſchlichen Berechnung liegen!

△ **Wien.** 31. März. Die letzten Abſtimmungen in Frankfurt hatten die Stocköſterreicher ſchon ziemlich verdutzt gemacht, aber als heute der preußiſche Staatsanzeiger die telegraphiſche Nachricht der vollendeten Kaiſerwahl brachte, da trat im erſten Augenblick eine förmliche Paralyſirung ein und nur wenige „Großdeutſche“ hatten den Muth, in Lachen und Spott das verlorne Gleichgewicht wieder zu ſuchen und auszuklügeln, warum Preußen die Krone nicht annehmen und Oeſterreich es nicht dulden könne! Aber die Deutſchfühlenden und Deutſchdenkenden in Oeſterreich, obgleich ſie gezwungen ſind, außerhalb des gezogenen Kreiſes zu ſtehn, ſie rufen ein freudiges Glückauf, geliebtes Vaterland, und Ehre denen, die ſelbſt, wo ſie nicht zum großen Werke mitwirken wollten, doch zu ehrenhaft waren, daſſelbe zu ſtören. Oeſterreichs deutſche Lande werden früh oder ſpät, trotz allem, was ſich entgegen ſtemmen könnte, ſich mit den getrennten Brüdern wieder vereinen: darüber können wir nicht im Zweifel ſein, wenn wir ermeſſen, was uns geboten wird und wohin wir gedrängt werden.

△ **Wien,** 1. April. General Wohlgemuth, einer der tüchtigſten Generale der italieniſchen Armee, hat die Friedensbedingungen nach Ollmütz überbracht und geſtern Abend ging auch das Geſammtminiſterium dahin ab, um nochmals über Ungarn, Italien ꝛc. zu berathen. Von vielen Seiten wird behauptet, daß auch eine für Deutſchland in petto gehaltene Verfaſſung nochmals in Ollmütz zur Sprache kommen ſoll und eines unſerer kleinen und naſeweiſen Blätter knüpft an die Kaiſerwahl in Frankfurt die Bemerkung: „Frankfurt dürfte der zweite Theil von Kremſier ſein;“ aber hoffentlich wird es „zu ſpät“ dazu ſein, denn diesmal haben ſich die ſonſt ſo hyperklugen Diplomaten „zu früh“ verrathen. Fürſt Windiſchgrätz iſt ſchon ſeit mehreren Tagen nach Ollmütz beſchieden und der Glaube wird immer allgemeiner, daß ſeine Berufung als eine Einleitung zu einer Aenderung im Ober-Kommando der ungariſchen Armee zu betrachten ſei; der Hof iſt jedenfalls in Bezug auf den Fürſten in großer Verlegenheit; man glaubt ihm ſo viel Dank ſchuldig zu ſein, daß man ihn nicht verletzen will und auf der andern Seite befriedigen die Operationen in Ungarn in keiner Beziehung. Die Nachrichten über die Hinausdrängung Bems aus Herrmannſtadt und Siebenbürgen in die Wallachei, die auch alle unſere Zeitungen brachten, waren voreilig, wie ich auf das Beſtimmteſte durch direkte Nachrichten weiß. Bems Schaaren ſtehn noch feſt in Siebenbürgen, doch ſoll er ſelbſt an die Theiß geeilt ſein, um einem Kriegsrathe der Ungarn beizuwohnen. Görgey hat in der Gegend von Gödöllö ein ganzes Bataillon (1000 M.) kaiſerliche Truppen gefangen genommen. Alle Reſervekorps ſind nach Peſth zurückgezogen worden „wegen des ſchlechten Wetters und der zu befürchtenden Krankheiten durch das lange Bivouaquiren.“ Geſtern kam Erzherzog Wilhelm, der jüngſte Sohn des verewigten Helden Erzherzog Karl hier an. Seine Anweſenheit macht in ſo ferne Aufſehen, als er das erſte Mitglied der k. Familie iſt, welches ſeit den Oktobertagen Wien beſucht.

C **Berlin**, 2. April. So ſind wir denn glücklich am Ziel unſerer wichtigen Reiſe angelangt. Ich ſage: glücklich, inſofern die fortgeſetzte und bis zum letzten Augenblick geſteigerte unendliche Theilnahme und Begeiſterung, die uns von allen Seiten umgab, nicht blos eine gute Vorbedeutung, ſondern mehr als das, eine wirkliche Bürgſchaft des glücklichen Erfolgs unſerer Sendung zu nennen ſein dürfte. Die kurze Tour, die wir heute zurückgelegt, war nicht minder reich an Zeichen ſolcher Theilnahme, als die vorhergehenden. Wir wollten eigentlich erſt um 12 Uhr von Magdeburg aufbrechen, und es waren uns in dieſer Vorausſicht für den Morgen noch verſchiedene Feſtzüge von Vereinen zugedacht. Allein eine Deputation von Potsdam lud uns ein, dort zu Mittag zu eſſen, und ſo verließen wir Magdeburg ſchon um 10 Uhr. In Burg, Gentin und Brandenburg wartete unſerer abermals feſtlicher Empfang, der feſtlichſte am letztgedachten Orte, wo neben der Bürgerwehr und dem Magiſtrate auch die Gewerke mit ihren Fahnen uns begrüßten. In Potsdam fanden wir den geſammten Magiſtrat und die Stadtverordneten verſammelt, und nach gegenſeitigen Begrüßungen und Anreden wurden wir in den feſtlich geſchmückten Saal des Bahnhofs geführt, wo wir in Geſellſchaft unſerer freundlichen Feſtgeber, unter dem Zudrange einer großen Menge von Zuſchauern und Zuſchauerinnen, ein Diner einnahmen, und nicht die geringſte Würze dieſes Mahles war es, als mehrere unſerer Frankfurter Kollegen, welche zugleich Mitglieder der preußiſchen Kammern ſind, unerwartet zu uns hereintraten, und durch Mittheilung der Adreſſen der beiden Kammern (welche ja wohl ſchon in Frankfurt bekannt ſein werden) die Verſammlung in die größte Freude verſetzten. Um 5 Uhr fuhren wir in einem ſchön geſchmückten Extrazuge nach Berlin ab. Hier angekommen, wurden wir auf dem Bahnhofe von dem Oberbürgermeiſter Berlins im Namen der Stadt, und von Deputationen der beiden Kammern feierlich empfangen und ſodann in unſer Hotel geleitet. Eine unabſehbare Menſchenmenge füllte den Platz vor dem Bahnhofe und erſtreckte ſich weithin durch die Straßen, auf welchen wir fuhren, Hurrahs, Hüte- und Tücherſchwenken begleitete uns allerwärts. Für heute Abend ſind wir von den Mitgliedern der beiden Kammern zu einer Reunion bei Mielentz eingeladen. Morgen um 12 Uhr wird der König die Deputation empfangen und zwar im großen Ritterſaale in Gegenwart der ganzen königlichen Familie.

Berlin, 3. April. Die in Folge der Wahl des Reichsoberhaupts für Deutſchland abgeordnete Deputation der deutſchen Nationalverſammlung in Frankfurt a. M., welche geſtern Nachmittag hier eingetroffen war, iſt von Sr. Majeſtät dem Könige heute Mittag um 12 Uhr im Ritterſaale des königlichen Schloſſes im Beiſein des Prinzen des königlichen Hauſes und des Staatsminiſteriums empfangen worden. Nachdem der Präſident des Staatsminiſteriums, Graf von Brandenburg, die Deputation eingeführt hatte, hielt der Präſident der deutſchen Nationalverſammlung, Simſon, folgende Anrede:

„Die verfaſſunggebende deutſche National-Verſammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinſtimmenden Willen der Fürſten und Volksſtämme Deutſchlands berufen, das Werk der deutſchen Verfaſſung zu Stande zu bringen, hat am Mittwoch, den 28. März des Jahres 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Leſung beſchloſſenen deutſchen Reichs-Verfaſſung, die in derſelben begründete erbliche Kaiſerwürde auf Se. königliche Majeſtät von Preußen übertragen. Sie hat dabei das feſte Vertrauen ausgeſprochen, daß die Fürſten und Volksſtämme Deutſchlands großherzig und patriotiſch in Uebereinſtimmung mit der National-Verſammlung die Verwirklichung dieſer von ihr gefaßten Beſchlüſſe mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beſchluß gefaßt, den erwählten Kaiſer durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf Ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfaſſung annehmen zu wollen. In der Vollziehung dieſes Auftrags ſtehen vor Ew. Majeſtät der Präſident der Reichs-Verſammlung und 32 ihrer Mitglieder, in der ehrfurchtsvollen Zuverſicht, daß Ew. Majeſtät geruhen werden, die begeiſterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Ew. Majeſtät als den Schirm und Schutz ſeiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen geſegneten Entſchluß zu glücklicher Erfüllung zu führen.“ (Die Antwort des Königs haben wir bereits geſtern mitgetheilt: das in der telegraphiſchen Depeſche fehlende Wort iſt „Beruf“.)

Se. Majeſtät geruhten hierauf, Sich durch den Präſidenten Simſon die einzelnen Mitglieder der Deputation vorſtellen zu laſſen und Sich mit denſelben längere Zeit zu unterhalten. Die Deputation iſt von Sr. Majeſtät zum Diner heute Mittag in Charlottenburg eingeladen. (Pr. St.-A.)

** **Berlin**, 3. April. Wir ſind in unausſprechlicher Aufregung. Der Perſönlichkeit des Königs mag ſeine Antwort zur Ehre gereichen; aber ſie kann Deutſchland zum Verderben gereichen. Was heißt das, die Fürſten ſollen die Reichsverfaſſung prüfen? Das ſteht im Widerſpruch mit der Note vom 23. Jan., die Verſtändigung vindizirt das letzte Wort der Reichsverſammlung. Es iſt geſprochen. Daß der König etwa zögert, den Titel eher zu führen, als bis ihm die zuſtimmenden Erklärungen der Fürſten eingegangen, iſt gerechtfertigt. Die deutſchen Fürſten in ihrer Herzenshärtigkeit und Trägheit erſchweren dem König den Entſchluß.. 28 Staaten waren ſchon einig! Warum eilen denn die Fürſten und die Repräſentanten der Freiſtädte nicht ohne Verzug nach Berlin?! Warum konnte der König nicht, umgeben von den deutſchen Großherzögen von Mecklenburg, Baden, Heſſen, Oldenburg, Weimar, von den Herzögen von Braunſchweig, Naſſau, den Fürſten aus Thüringen ꝛc. die Boten der Nation empfangen? Jetzt läßt man ihn allein, ſchweigt, zaudert, als hoffte man ein „Nein.“ Es iſt als ob die Herrn Träger der Kronen nicht aus Vaterlandsliebe, ſondern in der bloßen Furcht gehandelt haben; ſind das Deutſche?! Und wenn ſie nicht ſelbſt kommen, warum ſenden ſie nicht ihre Prinzen, die ſo raſch nach Ollmütz gereiſt ſind?! O Vaterland, Vaterland, du biſt blutarm! Hier läßt die undeutſche Brut, welche ihre Kuckuckseier in des Adlers Horſt widernatürlich legen darf, die letzten Minen ſpringen. Es wäre zum Lachen, wenn es nicht ſo ernſt wäre. Am Hofe ſind viele und gewichtige Stimmen für das unbedingte Annehmen. Doch es drängen ſich an den Hof der feilen Kreaturen, der verrotteten Köpfe, der Amphibien genug, welche gegen die Rettung des Vaterlandes konſpiriren. Bis auf welche Kleinigkeiten das undeutſche Geſindel ſeine Wuth ausläßt und ſeine Fäden hinſpinnt, das lehren einige übrigens harmloſe Beiſpiele. Noch ungefähr eine Stunde vor Ankunft der Kaiſerdeputation wurde deliberirt, ob Staatsgallawagen derſelben an den Bahnhof entgegenzuſenden wären; vielleicht iſt noch nach ihrer Ankunft unterhandelt; mittlerweile ſtellte die Stadt die erforderlichen Gallawagen! Ferner das Repertoir der k. Bühne ſetzte für heute ein großes und natürlich fades Ballet an, worin Lucile Grahn aus London tanzen ſollte. Schon Ende voriger Woche bemühen ſich Stadtbehörden, Kammermitglieder, Privatperſonen um eine angemeſſnere Vorſtellung. Herr v. Küſtner ſetzt entgegen, daß eine neue Oper einſtudirt werde, daß Frau Köſter dadurch beſchäftigt ſei und ohne Frau Köſter eine begehrte klaſſiſche Oper nicht gegeben werden könne. Frau Köſter gab dem Intendanten ein Dementi, ſtellte ihr geſammtes Repertoir, mit Ausnahme der ohnehin geſchmackloſen Jüdin von Halevy, zur Dispoſition, alſo: Fidelio, Alceſte u. ſ. w. Man kommt überein Don Juan von Mozart zu wählen, der hier mit den Originalrezitativen gegeben wird. Herr v. Küſtner iſt damit einverſtanden. Doch die Aenderung des Repertoirs wird nicht angezeigt; vergebens wartet man darauf. Endlich erklärt der Intendant, ihm ſei verboten das Repertoir zu ändern. Daß hiervon der König nichts weiß, daß dieſer ſich gar nicht darum kümmert, iſt gewiß. So unterbleibt auch für morgen die große Aufführung eines klaſſiſchen Dramas. Wir hatten gehofft, den Schiller'ſchen Tell, der im Opernhauſe mit unnachahmlicher Pracht und vorzüglich beſetzt in Szene zu gehen pflegt, wobei die erſten Künſtler die kleinſten Rollen übernehmen, unſern Gäſten vorzuführen. Umſonſt! Alles ſcheitert an den Maulwürfen, die uns jede Freude vergällen. Noch Eins: den deutſchen Abgeordneten war angeordnet, im Opernhauſe 50 Plätze (für Begleiter) zu reſerviren, da man die größte Loge des Hauſes, welche ſich am meiſten dazu eignet, ihnen vielleicht nicht anbieten wollte, weil ſie gewöhnlich von den Kammerherrn und dem übrigen Hofgeſinde benützt wird; Herr von Küſtner behauptet ſich verhört zu haben und reſervirt 25!! — Nun mögen ſie ſehen, wo ſie unterkommen. Das heißt, die Herrn werden es hoffentlich nicht merken; denn es ſind augenblicklich weitere 25 Plätze gefordert; doch es iſt ſchon damit erreicht, daß das Enſemble geſtört wird und das Publikum nicht auf den erſten Blick weiß, wo die Vertreter der Nation Platz genommen. Es haben ſich die erſten Sänger der Oper verabredet, im Koſtüm dem Ballet beizuwohnen, damit, wenn das Vaterlandslied begehrt wird, ſie hervortreten und es mitanſtimmen können. Zu der „Tochter der Banditen“ paßt es ſo ſchon nicht. Vielleicht verbietet Hr. von Küſtner indeß auch dieſe Demonſtration! Die Deputation dinirt heute beim König in Charlottenburg. Ich würde Ihnen rathen, ſich auf Entſchlüſſe vorzubereiten, welche der Verzweiflung vorbeugen ſollten, wenn nicht die Kammern wären! Ich hab' es Ihnen vorhergeſagt — dies ſind die ſtarken Wurzeln unſerer Kraft! Die That der Reichsverſammlung wird durch Preußens Vertreter zum glücklichen Ende

geführt werden. Unſer König iſt in gewiſſer Weiſe wie Herr Römer. Er iſt der beſte Patriot — im Dienſte des Vaterlandes. Die kühne Initiative hat er am 21. März 1848 ergriffen und iſt nicht verſtanden. Jetzt muß er emporgehoben ſein. Wie Römer ſich der Nationalverſammlung unterwerfen will, ohne ſelbſt etwas in ihr zu thun, um das Heil zu bringen, ſo will der König dem Ruf der Fürſten gern folgen und freudig auch dem Ruf der Nation, aber er macht ſich abhängig — ſich und uns! Aber das muß und wird anders werden.

Die zweite Kammer wird endlich der erſten ſich würdig zur Seite ſtellen. Vincke's, Arnims, Marten's, Beughem's Antrag auf nochmalige Adreſſe, da die von den Miniſtern angerathne Antwort im Widerſpruch mit dem Anruf beider Kammern an den Thron ſtehe, iſt unſer Troſt, unſer Anker. Man erzählt eben Folgendes, was im Umlauf iſt: Wenn es mit rechten Dingen zugeht, ſo muß morgen entweder Graf Arnim oder das ganze Miniſterium ſeine Entlaſſung nehmen und Vincke den Auftrag erhalten, ein neues Kabinet zu bilden. Doch uns liegt an einem Miniſterwechſel nichts. Nur an der Sache. Der König ſage mit lauter Stimme: Ja, ich folge dem Ruf der Nation. Ich rechne mit Zuverſicht auf den Patriotismus der deutſchen Könige und Fürſten. Unſere Kammern werden uns retten!

** **Berlin**, 3. April. Von Wrangel ſagen wir jetzt — „der Knabe Karl fängt an, uns fürchterlich zu werden“; dieſe entſetzliche Pedanterie, die deutſchen Fahnen zu verbieten trotz des Fürworts der Miniſter! Welch ein andrer Empfang wär' es geweſen, wenn die Gewerke mit ihren Emblemen hätten entgegenziehen dürfen, wenn aus allen Fenſtern die Fahnen geweht hätten! Bei Hrn. v. Wrangel ſoll dies übrigens als Unparteilichkeit gelten, weil er am 18. März den Demokraten die Umzüge und Fahnen verboten hat; er irrt ſich aber darin, daß dies ein lediglich konſervatives Parteifeſt geworden wäre — denn der edlere Theil der Demokratie iſt vollſtändig kaiſerlich! Indeſſen war, ſoweit Wrangels Ruthe nicht reichte, der Empfang der Boten deutſcher Nation ſehr herzlich und feierlich. Die frohen Menſchen drängten ſich ſchon zur Zeit, wenn der gewöhnliche Zug anlangt, nach dem feſtlich dekorirten Bahnhof. Magiſtrat und Stadtverordnete harrten dort; bald erſchienen die Vicepräſidenten beider Kammern mit zahlreichen Abgeordneten. Endlich um 6 Uhr langte der Extrazug an, mit welchem die Abgeordneten des Parlaments einzogen. Die Lokomotive war mit dreifarbigen Fahnen, mit Buchsbaum, Lebensbaum u. ſ. w. umkleidet. Donnernde Hochs empfingen den Zug. Die Reden von Naunyn (Magiſtrat), Wittgenſtein (für die erſte Kammer: vom Rheinland) und namentlich Auerswald (für die zweite Kammer: Altpreußen) werden Sie ſchon mitgetheilt haben, nebſt Simſons herzlicher würdiger Antwort. Auf jede Rede folgten nicht enden wollende Hoch's. In reichgallonirten offnen Wagen, welche die Stadt den Reichsgeſandten zur Verfügung ſtellte, unter lautem wiederholtem Jubelruf (im 2ten Wagen Arndt und Soiron) fuhren die Kronenträger in die Hauptſtadt des Erkornen ein, und zwar durch das Brandenburger Thor, von dem herab die Siegesgöttin ſie begrüßte. Der Abend ſah die Reichsgeſandten im geſelligen Verein mit den Abgeordneten beider Kammern. Eine ihnen zugedachte Serenade ſcheiterte abermals an der Einſprache Wrangel's. Hier ſind jetzt nach und nach alle Stimmen darüber einig, daß der König ohne Bedingungen annehmen und die Zuſtimmung der Fürſten vorausſetzen ſoll. Ich ſage: „nach und nach.“ Das Verwerfen des Welcker'ſchen Antrags war ein zu harter Schlag! Wir mußten uns erſt davon erholen und Athem ſchöpfen. So rechtfertigt ſich auch Michel Jämmerling, den der Vater Jahn ſchwer verkannt hat; ich verſichere Sie, das iſt eine treue Seele und nicht erſt ſeit Welcker erbkaiſerlich geſinnt.

** **Berlin**, 3. April Abends. Eben erhalte ich den Staatsanzeiger. Die Rede des Königs an den Präſidenten der verfaſſunggebenden Verſammlung iſt nicht genau ſo, wie ſie von Mund zu Mund getragen wurde. Der Antrag der zweiten Kammer iſt dennoch nicht entbehrlich und ſehr zur rechten Zeit! Aber das muß ich meinem eben abgeſandten Briefe nachſenden: die Perſönlichkeit des Königs ſteht wenigſtens nach dieſer Rede in einem Glanze der Reinheit, der treueſten, aufopfernſten Hingebung da, daß bei Gott unſer Deutſchland auf dieſen Kaiſer ſtolz ſein kann. O, daß er im Vaterlande ſo ſyſtematiſch verläſtert iſt! Aber die deutſchen Fürſten, welche den Kaiſer in dieſe arge Nothlage durch ihr herzloſes Schweigen verſetzen, ihnen ſollte die Schamröthe ins Angeſicht ſteigen! Nach dieſer Rede müſſen doch die Könige das Schweigen endlich brechen. Der Paſſus über Prüfung der endgültig beſchloſſenen Verfaſſung durch die Regierungen iſt ſehr am unpaſſenden Orte; eine ausgeſprochene Zuverſicht auf Beiſtimmung wäre gerechtfertigt geweſen. Erwarten wir, was die Kammern beſchließen — und durchſetzen! Gott mit Deutſchland und ſeinem erkornen Kaiſer! Eine Adreſſe von Stettin verheißt auch Bereitwilligkeit zu jedem Opfer für das Vaterland!

△ **Berlin**, 3. April. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer ſchleppte ſich ohne Intereſſe hin, bis um 3¾ Uhr ..... ein dringlicher Antrag von v. Arnim, v. Vincke, Martens und v. Beughem verleſen und einſtimmig als dringlich anerkannt wird, welcher dahin lautet:

„In Erwägung, daß die Antwort, welche die Miniſter Sr. Majeſtät dem Könige angerathen und welche an die Deputirten der Frankfurter National-Verſammlung ertheilt worden iſt, mit den von der hohen Kammer in der geſtrigen Adreſſe ausgeſprochenen Anſichten nicht im Einklange ſteht und daß das deutſche Vaterland den größten Gefahren ausgeſetzt iſt, eine Kommiſſion zu ernennen, welche mit Bezug auf dieſe Antwort eine Adreſſe an Se. Majeſtät zu entwerfen hat, worin die Anſicht der Kammer über die jetzige Lage des Landes ausgeſprochen wird.“

Dieſer Antrag wird einſtimmig angenommen und ſogleich zur Ernennung der Kommiſſion geſchritten.

Stettin, 2. April. Heute früh um acht Uhr ging die „Amazone“ mit 6 Kanonenböten nach Swinemünde ab. Die Flotille wurde von drei Dampfern geſchleppt. (Oſtſee-Z.)

* **München**, 2. April. Der „Allg. Z.“ zufolge fand an dieſem Tage eine Staatsrathsſitzung ſtatt, in welcher die Kaiſerwahl zu Frankfurt und die Haltung der baieriſchen Regierung dem deutſchen Kaiſerthum gegenüber zur Berathung kam. Jedenfalls dürfe man, heißt es weiter, in den nächſten Tagen einer auf dieſe Frage eingehenden königl. Proklamation, wenn nicht gar einer feierlichen Proteſtation gegen die deutſche Kaiſerwahl entgegenſehen.

* **Freiburg**, 3. April. Wie die N. Freib. Ztg. meldet, ſtand an dieſem Tage der verantwortliche Redakteur der „Oberrheiniſchen Zeitung“, D. Schreiber, wegen zwei Anklagen des großherzoglichen Staatsanwalts vor Gericht. Die eine bezog ſich auf einen Aufſatz mit der Ueberſchrift: „Robert Blum. Eine Mitternachtsrede ꝛc.,“ worin der Staatsanwalt grobe Beleidigungen gegen den Reichsverweſer und das Reichsminiſterium fand und deswegen, mit Genehmigung des großherzogl. Juſtizminiſteriums, eine Anklage wegen Ehrenkränkung erhoben und auf 8 Wochen Gefängniß angetragen hatte. Die zweite Klage betraf einen Korreſpondenzartikel aus Freiburg vom 3. Novbr. und die darin liegende Beleidigung des Kaiſers Ferdinand von Oeſterreich. Auch hier hatte der Staatsanwalt die Anklage wegen Ehrenkränkung mit Genehmigung des großherzogl. Juſtizminiſteriums erhoben und auf eine gleiche Strafe angetragen. Die Vertheidigung des Angeklagten führte in beiden Fällen Brentano. Die erſte Anklage wurde vom großherzogl. Hofgerichte verworfen, in der zweiten Anklage dagegen der Angeſchuldigte zu 4 Wochen bürgerlichem Gefängniß und in die Koſten verurtheilt.

Gotha, 30. März. Der Herzog hat an die Abgeordnetenverſammlung den dringenden Antrag geſtellt, daß ſie nun endlich, nachdem die von ihr geſtellte Bedingung (Vollziehung des Staatsgrundgeſetzes) erfüllt worden ſei, die einleitenden Schritte zur Vereinigung der Herzogthümer Koburg und Gotha vornehmen möge. Die Abgeordnetenverſammlung erklärt ſich bereit dazu, und werden nun, während ihrer Vertagung, ſechs Mitglieder derſelben mit einer Kommiſſion der Stände zu Koburg hier zuſammentreten, um im Beiſein herzogl. Kommiſſare das Vereinigungswerk, mit vorbehaltlicher Genehmigung der beiderſeitigen Abgeordnetenverſammlungen, in Angriff zu nehmen. Dem Vorſchlage des Herzogs gemäß ſoll unſer neues Staatsgrundgeſetz auch auf Koburg ausgedehnt werden. (D. a. Z.)

× **Schleswig**, 1. April. Graf Reventlow und Beſeler haben der Landesverſammlung angezeigt, daß die Erwählung eines dritten Mitgliedes der Statthalterſchaft auf Schwierigkeiten geſtoßen ſei, weßhalb ſie bis weiter allein die Geſchäfte führen müßten. In der Landesverſammlung ward das Kriegsgeſetz berathen. Das Kriegsdepartement war der Annahme des Entwurfes ſo ſicher geweſen, daß es denſelben bereits als Geſetz hatte drucken und vertheilen laſſen. Aber ſiehe da! Die Landesverſammlung ſtrich aus

Ueberſicht.

Die drei Arnim's.
Eine Stimme über die Antwort des Königs von Preußen.
Deutſchland. Brünn (Die Beamten in der periodiſchen Preſſe.) Aus Schleſien (Die Regierung und die katholiſche Kirche.) München (Das beabſichtigte Manifeſt der Regierung. Die Neue Münchener Zeitung und der Hof zu Nymphenburg. Aufhebung einer Konfiskation. Karte der politiſchen Färbung Baierns.) Nürnberg (Die Stimmung in Franken über das preußiſche Kaiſerthum.) Leipzig (Leipzig und die Reichsgeſandtſchaft.)
Frankreich. Paris (Die Verhandlung über die penſionirten Präfekten. Rede von Thiers über die Intervention in Italien. L. N. Bonaparte's Einladung an Karl Albert. Kandidaten zum Staatsrath. Cholera. Gefängnißſtatiſtik. Geſuch um Anerkennung der mittelitalieniſchen Republik. Die Oeſterreicher in der Romagna und in Toskana eingerückt.)

Die drei Arnim's.*)

♂ Aus Norddeutſchland, zu Anfang Aprils. Die unerquickliche Note vom 10. März, welche die in allen deutſchen Herzen freudig widerhallende Interpellation des mannhaften Grafen Dyhrn hervorgerufen hat, lenkt unwillkührlich Aller Blicke auf den dermaligen Vertreter der auswärtigen Politik Preußens, den Grafen v. Arnim. Der edle Graf wird es unter dieſen Umſtänden nicht befremdlich finden, wenn wir ſeine Perſönlichkeit einer nähern Betrachtung unterziehen. Weil aber kurz nach einander, und zum Theil nebeneinander Arnims als Miniſter in die Geſchicke Preußens und Deutſchlands eingegriffen haben, ſo mögen die beiden Exminiſter v. Arnim ihrem Vetter, dem dermaligen Miniſter, in unſerm Artikel Geſellſchaft leiſten. Zur beſſern Orientirung wollen wir jedoch vorläufig bemerken, daß dieſe, viele ausgezeichnete Perſönlichkeiten**) umſchließende Familie ſehr zahlreich iſt, daß in dem preußiſchen Adreßkalender von 1848 allein 17 im Hof- und Staatsdienſt ſtehende Glieder derſelben aufgeführt ſind, daß die ganze Familie aus der Uckermark ſtammt, wo ſie Gut an Gut beſitzt. Dies erklärt eine in dortiger Gegend umgehende Sage daher, daß der Sack, in welchem der Teufel die Arnims durch die Luft geführt habe, gerade über der Uckermark geplatzt ſei. Auf dieſe Arnims ſpielt G. Herwegh ohne Zweifel an, wenn er in ſeinem berühmten Gedicht an den König von „Uckermärker Granden“ redet. Als den erſten und bedeutendſten unter dieſen „Granden“ laſſen wir auftreten den Grafen Adolph Heinrich v. Arnim auf Boytzenburg. Seine Mutter, eine geborne Gräfin Wallmoden-Gimborn, war in erſter Ehe vermählt an Baron Lichtenſtein in Franken, in zweiter an den Grafen v. Arnim, in dritter an einen franzöſiſchen Marquis in der Gegend von Dijon. Er iſt der jüngere von zwei Brüdern (48—49 Jahre alt), verheirathet mit einer Gräfin Schulenburg, hat beim Verloſen der ſehr bedeutenden Familiengüter das große Loos gezogen und beſitzt dadurch ein jährliches Einkommen von mindeſtens 80,000 Thlr., während der ältere Bruder kleinere Güter beſitzt und Schloßhauptmann in Berlin iſt. Ungeachtet ſeines Reichthums hat Graf Adolph v. Arnim-Boytzenburg die Staatskarrière ſammt allen dazu gehörigen Examen in ſtrengſter und zugleich ausgezeichnetſter Weiſe durchgemacht. Nachdem er ſeine Studien in Göttingen vollendet, und von der Pike auf als Auskultator, Referendar, Aſſeſſor gedient, wurde er Landrath in der Uckermark. Er machte nun die ſ. g. Landrathskarrière, die einzige Hinterthür, durch welche die Ariſtokratie die um das preußiſche Beamtenthum gezogenen ſiebenfachen Schranken überſpringen kann, und wurde dann 1833 Chef der Regierung in Stralſund, ſpäter in Aachen, in jener bewegten Zeit, wo die beginnenden Konflikte mit der katholiſchen Kirche ihm Gelegenheit gaben, ſein taktvolles verſöhnendes Verhalten in Mitten der leidenſchaftlich aufgeregten Parteien glänzend zu bewähren. Hierauf wurde er Präſident der ſogenannten „Muſterregierung“ in Merſeburg, wo lauter muſterhafte Leute von altem Adel ſtanden, dann auf kurze Zeit Chef der Generalkommiſſion für die bäuerlichen Verhältniſſe in Berlin, und ſeit 1840 Oberpräſident in Poſen. Mit ihm begann das mildere Syſtem, wodurch mancher gerechten Klage der Polen abgeholfen, aber auch übertriebene Hoffnungen auf nationale Wiedergeburt erregt wurden, deren Fehlſchlagen ihm ſpäter nur herben Undank eingetragen hat. Von Poſen aus wurde der talentvolle Staatsmann im Anfange der Vierziger Jahre zum Miniſterium des Innern berufen. Als Miniſter hat er einen ausgezeichneten Scharfblick bewährt, inſofern er über Preußens Zukunft ſchon damals vollkommen klar ſah und dem Könige in dieſer Beziehung ſehr dringliche Vorſtellungen machte, worauf derſelbe jedoch damals noch nicht eingehen mochte. Dieſes damalige Widerſtreben der Hofpartei gegen das vom Miniſter vertretene konſtitutionelle Bedürfniß Preußens ſcheint die eigentliche Urſache ſeines Abgangs geweſen zu ſein, nicht aber die Ausweiſung von Itzſtein's und Hecker's, die er wohl nur aus Großmuth auf ſich genommen, während ſie eigentlich dem Grafen Stolberg als damaligem nächſten Rathgeber des Königs zur Laſt fallen mag. Bis zur Zuſammenberufung des erſten vereinigten Landtags lebte der edle Graf auf ſeinen Gütern. Seine ſtändiſche Thätigkeit in dieſer ausgezeichneten Verſammlung, wo er entſchieden für die Periodicität ſprach, iſt bekannt. Miniſter wurde er aufs Neue in der Schreckensnacht des 18. März, jedoch nur auf 8 Tage. Er trat zurück, weil er — obgleich Mitunterzeichner der Proklamation vom 21. — mit dem unbedingten Aufgehen Preußens in Deutſchland keineswegs einverſtanden war. Er hat ſich in ſeiner im Auguſt 1848 erſchienenen Broſchüre „Die Deutſche Centralgewalt und Preußen“ offen hierüber ausgeſprochen. Er war (nach S. 46) der Anſicht, „daß der, welcher ein ſolches Programm aufſtellte, (der neuernannte Miniſter des Auswärtigen Baron von Arnim) auch an die Spitze des Kabinets treten müßte, um deſſen conſequente Durchführung ſichern zu können.“ Zum Mitglied der deutſchen Nationalverſammlung erwählt, legte er ſein Mandat nach kurzer Zeit nieder, weil er ſich mit der Souveränetätserklärung und dem Idealismus der Verſammlung nicht befreunden konnte, und zog ſich wieder auf ſeine Güter zurück. Er iſt durch ſeine ganze Stellung in eine ariſtokratiſche Richtung gewieſen, ein zäher Tory, daher auch Mitglied des „Junkerparlaments“, iſt aber gleichwohl ein Mann der Reform. That er doch als Miniſter den berühmten Ausſpruch: „Man muß den Volkswünſchen immer um einen Schritt voraus ſein!“ Er iſt ein Mann von vornehmen, aber einnehmenden Formen, ſehr human und darum überall, wo er in amtlicher Wirkſamkeit geſtanden, beliebt, namentlich in Aachen. Durch die Oppoſition in der Grundſteuer und in der deutſchen Frage, iſt er zu weit nach rechts verſchlagen, und in die unbehagliche Stellung einer Oppoſition gegen die Richtung der Zeit gerathen. Er iſt ein ſtrenger Ariſtokrat, aber ein ſolcher, wie man ſie wünſcht, um die Gattung würdig repräſentirt zu ſehen.

Eine ſtärker prononcirte deutſche Geſinnung und Energie beſitzt der ſchon erwähnte Vetter des Vorigen, Freiherr Heinr. Alex. von Arnim, was er während ſeines kurzen Miniſteriums durch die raſche Eröffnung des Dänenkriegs und die Unterdrückung des Poſener Aufſtands hinlänglich dargethan hat. Dennoch dürften ſeinem im deutſchen Intereſſe wünſchenswerthen Wiedereintritt in's Miniſterium aus andern Gründen unüberſteigliche Hinderniſſe entgegenſtehen. Er ſtammt aus dem Hauſe Suckow gleichfalls in der Uckermark, iſt der jüngſte von 13 Brüdern und ſteht in den Fünfziger-Jahren. Sein Vater war ein ſehr leidenſchaftlicher Mann, der ſeine Kinder mit großer Härte behandelte und mit ſeiner ſanften Frau, einer geb. Gräfin Solms-Sonnenwalde aus der Lauſitz, in ſehr unglücklicher Ehe lebte; ſeine Brüder ſind, als Erben des unglücklichen Temperamentes des Vaters, zum Theil gewaltſam durch eigne Hand geſtorben. Er beſuchte das Pädagogium zu Halle, machte noch halb Knabe die Freiheitskriege mit, ließ ſich ein Pferd unter dem Leibe erſchießen und erhielt eine Wunde in den Fuß, weßwegen er noch jetzt etwas hinkt. Nachher ſtudirte er in Heidelberg, wo er ſeine ſpätere Gemahlin, die ſchöne und geiſtreiche Tochter des vormaligen holländiſchen Geſandten am würtemberger Hofe, Baron Strick von Linſchotten, kennen lernte. 1822 trat er in den Staatsdienſt. Während jedoch der erſtgenannte Arnim ſich allen Staatsprüfungen in ſtreng-

*) Wir leben im Zeitalter der Oeffentlichkeit, und Männer, deren Perſönlichkeit von ſo bedeutendem Einfluß auf das allgemeine Wohl iſt, dürfen ſich nicht beklagen, wenn ſie zum Gegenſtande der Beſprechung gemacht werden. Wenn ſich Jemand in ſeinem Bildniß nicht getroffen fühlt, ſo hat er ja vielfach Gelegenheit, das Original an's Licht zu ſtellen.

**) Im 30jährigen Kriege gab es den berühmten Feldmarſchall Hans von Arnim (damals noch Arnheimb) in vieler Heeren Dienſten; Achim von Arnim, der verſtorbene Gemahl der Bettina, ſtammte aus dem Hauſe Beerwalde in der Uckermark; der Oberſchenk und vormalige Theater-Intendant, der ſ. g. Pitt-Arnim, iſt Verfaſſer der „Flüchtigen Bemerkungen eines flüchtig Reiſenden“ und lebt noch; der vormalige Polizei-Präſident von Berlin, Heinr. von Arnim, hat in der Cholerazeit durch ſeine Energie ſich verdient gemacht, und wohnt auf ſeinem Gute Gerswalde.

ſter Form unterzogen, hat dieſer ſich gerühmt, nie ein Examen gemacht zu haben: wie dieß mit den preußiſchen Geſetzen zu vereinigen geweſen iſt, muß Ref. dahin geſtellt ſein laſſen. Jedenfalls hat der Freiherr beſſere Proben ſeines Geiſtes und ſeiner Tüchtigkeit gegeben, als im Examen abgelegt werden können. In den Jahren 1822—23 lebte der Baron als Geſandtſchafts-Attache in der Schweiz, dann als Legationsſekretär in München, Kopenhagen, Neapel. Hier wurde er nach dem Tode des Grafen Flemming interimiſtiſcher Geſchäftsträger. In Neapel bereits verheirathet, verlor er einen Sohn und ſcheint damals in die ihn ſpäter charakteriſirende orthodoxe Richtung gekommen zu ſein. Dort iſt ihm eine merkwürdige Bekehrung eines Katholiken gelungen. Vict. Amad. Huber, Sohn der Thereſe Huber, der bekannte getreueſte Schildknappe der Legitimität, auf Cotta'ſche Rechnung in Spanien, England und Italien reiſend, lebte damals in Neapel, brachte einige Wochen mit dem Freiherrn v. Arnim auf Capri zu und wurde von dieſem für das proteſtantiſche Chriſtenthum gewonnen. In dieſe Zeit fällt die Reiſe des jetzigen Königs, damaligen Kronprinzen von Preußen nach Italien, wobei Arnim als Cicerone diente, ein glänzendes Feſt auf dem Veſuv gab und dem Kronprinzen ſehr nahe trat. Nachdem Graf Voß zum Geſandten in Neapel ernannt war, wurde der Baron von Arnim als wirklicher Geſchäftsträger in Darmſtadt angeſtellt, wo er wieder einen Sohn verlor und durch ſeine Todesanzeige Aufſehen erregte. Von da kam er 1834 als wirklicher vortragender Legationsrath ins Miniſterium des Auswärtigen; doch war ſeine Thätigkeit nur von kurzer Dauer, weil er ſich in Folge eines Rangſtreites mit einem Kollegen, Hrn. v. Lecoc, mit dem Miniſter Ancillon überwarf. In dieſe Zeit einer freiwilligen Muße fallen ſeine theologiſchen Studien und ſein Verkehr mit der „Wilhelmsſtraße". In dem berühmten Buche eines berühmten Mitgliedes dieſes auserleſenen Zirkels, in den „Geſprächen aus der Gegenwart" des Hrn. v. Radowitz figurirt er unter dem Namen „Arnburg", Radowitz ſelbſt unter dem Namen „Waldheim". Der verſtorbene König liebte ihn nicht und hielt ihn fern; der jetzige König aber, welcher ſeit dem Zuſammentreffen in Italien ſehr für ihn geſtimmt war, zog ihn hervor und ernannte ihn zum Geſandten in Brüſſel, wo er ſich in Förderung der deutſchen Intereſſen ſehr tüchtig gezeigt hat. Ihm hauptſächlich verdankt man den für Deutſchland ſehr wichtigen Handelsvertrag von 1844; auch hat er eine deutſch-proteſtantiſche Kirche in Brüſſel ſtiften helfen. Als persona grata vertauſchte er bald darauf ſeinen Geſandtſchaftspoſten zu Brüſſel mit der noch wichtigeren und angenehmeren Stellung als Botſchafter zu Paris, nicht gerade zur Freude ſeines Vorgängers, des jetzigen Miniſters v. Arnim. Vor dieſer Verſetzung hatte er mit ſeiner Frau eine Reiſe nach Paris und London gemacht und bei Bunſen gewohnt, mit welchem er auf ſehr vertrautem Fuße ſteht. Zu Anfang ſeines Aufenthalts in Paris ſtarb ſeine treffliche Gattin und hinterließ ihm eine einzige Tochter

Durch ſeine Vermittlung iſt Haſſenpflug, den er in Norderney kennen gelernt hatte, erſt nach Sigmaringen, dann nach Luxemburg, endlich nach Preußen gekommen; ja man gedachte denſelben ſogar für die 16. Kurie an den Bundestag zu bringen, aber der Plan ſcheiterte an Waldeck's Widerſpruch — von Holzhauſen erhielt dieſe Stelle. Bis zum Frühjahr 1848 hat der edle Freiherr, wie alle Mitglieder des „Zirkels der Wilhelmsſtraße", in dem Ruf einer abſolutiſtiſch-pietiſtiſchen Geſinnung geſtanden. Dieſe Geſinnung ſcheint jedoch durch die Märzereigniſſe des vorigen Jahres einen harten Stoß, ja, einen völligen Umſchwung erlitten zu haben. Er war, wie oben bemerkt, in der Schreckensnacht des 18. März mit dem Grafen von Arnim-Boitzenburg im Schloſſe. Dieſer wurde Miniſterpräſident, zog ſeinen Vetter den Freiherrn als auswärtigen Miniſter mit in's Miniſterium, räumte aber dieſem bald darauf das Feld. Unter ihm und Camphauſen wurden darauf die Wahlen mit allgemeinem Stimmrecht ausgeſchrieben, volle Religionsfreiheit verkündigt und auf ſeine Veranlaſſung der ſchwarz-roth-goldne Umzug gehalten. Nach kurzer, aber kräftiger Amtsführung trat er mit Camphauſen zurück, als Berends die ausdrückliche Anerkennung der Revolution forderte. Arnim zog ſich mit Wartegeld nach Neuwied zurück; man glaubt daß er bei ſeinem gewiß gerechtfertigten Ehrgeiz und Thatendrang auf eine Miniſterſtelle in Frankfurt gerechnet habe. Seine Form wird als ſehr entſchieden geſchildert; Thatſache iſt, daß er in ſeinem Büreau und bei ſeinen Kollegen durch ſtrenges Regiment Unzufriedenheit erregt hat. Man erzählt, daß König Leopold, anſpielend auf die bekannte Feinheit des Arnim-Boitzenburg einſt ſcherzend geäußert habe: mir hat man „den Groben" geſchickt! In Folge ſeiner brüsken Form ſoll das frühere intime Verhältniß zum König als gänzlich gelöſt zu betrachten und der edle Freiherr als Miniſter für Preußen leider nicht leicht möglich ſein. Daß er nicht in eine der preußiſchen Kammern gewählt worden, iſt zu beklagen. Er hätte jedenfalls das Vertrauen der Wähler zehnmal eher verdient, als Hr. v. Canitz, der dienſtfertige Helfer beim hannoverſchen Verfaſſungsumſturz; welcher trotz dieſer politiſchen Todſünde mit ſeinem reinen (!) politiſchen Gewiſſen bereit iſt, „in einem gläſernen Hauſe zu wohnen." Der Freiherr von Arnim hat auch mehrere anonyme Broſchüren geſchrieben, in Brüſſel im Jahr 1844: ein „handelspolitiſches Teſtament", welches ſich auf die preußiſch-belgiſchen Handelsverhältniſſe bezieht; in ſeiner jetzigen Muße: „Frankfurt und Berlin" und „über die Mediatiſirungsfrage." Er will die kleineren Fürſten zwar nicht mediatiſiren, wohl aber reorganiſiren. Wir aber wollen, eingedenk des Widerſtands, den die deutſchen Rheinbundskönige den deutſchen Einheitsbeſtrebungen entgegenſetzen, die „Kleinen" als Kitt und Mörtel der deutſchen Einheit lieber fortbeſtehen laſſen.

Wir kommen endlich zum Dritten im Bunde, zu dem jetzigen Miniſter des Auswärtigen, Graf Heinrich Friedrich v. Arnim-Heinrichsdorf. Er iſt ein hoher Fünfziger, ſtammt nicht unmittelbar aus der Uckermark, wie die übrigen Arnim's, ſondern aus Preußen, und iſt ſeit der Huldigung (1840) in den Grafenſtand erhoben, wie ſein Vorgänger Heinr. Alex. v. Arnim bei derſelben Gelegenheit zum Freiherrn gemacht wurde. Er ſtand als Legationsſekretär in Stockholm, ſpäter in gleicher Eigenſchaft in Paris. Nach der Juli-Revolution war er der erſte preußiſche Geſandte in Brüſſel und kam darauf als Geſandter nach Paris, bis er durch ſeinen Vetter abgelöſt wurde. Für die geſelligen Wünſche ſeiner Landsleute zeigte er ſich hier ſehr wenig zugänglich. Daß er ſich ſehr ungern von Paris trennte, wird Niemanden befremden, der da weiß, daß mit dieſer Stelle ein Gehalt von 100,000 Fr. und noch 10,000 Fr. Bureaukoſten, ſowie ein prächtiges Geſandſchaftshotel entre cour et jardin an der Seine verbunden iſt, welches ſich der Herr Graf erſt kurz vorher nach ſeinen Wünſchen hatte ausbauen laſſen. In der That wird dieſer Geſandſchaftspoſten von der geſammten preußiſchen Diplomatie als die angenehmſte Stelle angeſehen. War nun ſchon die Abberufung von Paris dem Grafen Arnim ſehr unwillkommen, ſo war ihm die Verſetzung auf den glatten Boden nach Wien, wo ſich die preußiſchen Diplomaten nie wohl und häuslich gefühlt haben, doppelt unangenehm. Nicht einmal die Seelenverwandtſchaft mit Metternich, deſſen gelehriger Freund er war, konnte ihm den Aufenthalt in Wien verſüßen; denn bald kamen die Märzſtürme und in deren Gefolge der Sturz des „Doyen". Er reiſte dem Wiener Hofe nach Innsbruck nach und nahm bald darauf ſeinen Abſchied. Er iſt weit ruhiger als der Freiherr von Arnim, aber ſehr bequem und ohne Energie. Bisher ſtand er in dem Rufe eines tüchtigen Geſchäftsmannes, ſeitdem er ſich aber durch die Note vom 10. März ein ſo klägliches testim. paupertatis et inertiae ausgeſtellt und die Streiche des Grafen Dyhrn wie des Freihrn. v. Vincke ſo ungeſchickt parirt hat, dürfte auch dieſes Lob ein ſehr zweifelhaftes geworden ſein. Nicht weniger zweifelhaft muß der Scharfblick des Mannes erſcheinen, wenn er auf die Interpellation wegen der Stellung Preußens zu Rußland die Antwort gibt: „Sollte wider Erwarten eine Störung der friedlichen Verhältniſſe eintreten, ſo wird Preußens treffliches Heer die Kraft geben, jedem feindlichen Andrange zu widerſtehen." Wie will der edle Graf denn das treffliche Heer in Schleſien und den übrigen Grenz-Provinzen zuſammenziehen, wenn es den Ruſſen über Nacht beliebte, die Grenze zu überſchreiten?! Würde Frankreich ein preußiſches Heer ſo nahe an ſeiner Grenze dulden, ohne entſprechende Gegendemonſtration? Völlig unzweifelhaft iſt dagegen ſeine grenzenloſe Indolenz und Bequemlichkeit, die er aus dem dolce far niente des alten Diplomatenlebens in ſeine Miniſterlaufbahn mit herübergebracht haben ſcheint. Er iſt unverheirathet und ein alter Egoiſt. Sein Wahlſpruch iſt: après moi le déluge. Seine Anſtellung entſprang allerdings aus einer unter den jetzigen Umſtänden ſehr tadelnswerthen übertriebenen Rückſichtnahme gegen Oeſterreich. Genug: Er iſt ſeiner hohen Stellung und der großen Zeit in keiner Weiſe gewachſen. „Fort muß er, ſeine Uhr iſt abgelaufen!" — Möge

es der König ſtatt mit den „ukermärker Granden“ nun einmal mit einem heſſiſchen oder weſtphäliſchen Granden, mit Gagern oder mit dem Freiherr v. Vincke verſuchen! — Ein Mann von ſolchem Charakter nnd ſolcher Geſinnung iſt für Preußen und Deutſchland jetzt ein Bedürfniß.

Eine Stimme über die Antwort des Königs von Preußen.

Die Antwort des Königs von Preußen wird von den Gegnern für eine Ablehnung ausgegeben, und hat auch Manchen in der kaiſerlichen Partei ein ſchweres Herz gemacht. Wir räumen folgendem Aufſatze eines ausgezeichneten Parlamentsgliedes aus den Reihen der Kaiſerlichen eine Stelle ein, bemerken indeß, daß wir nicht ganz ſo ſchwarz ſehen. Wenn man die Rede des Königs und die Rede des Miniſterpräſidenten zuſammenhält, ſo kann man ſchwerlich zu einem anderen Ergebniß kommen, als daß der Bundesſtaat mit einem Reichsoberhaupte in Berlin eine beſchloſſene Sache ſei, und da Oeſterreich ſich faktiſch und ausdrücklich von dem Bundesſtaate losgeſagt hat, ſo leidet es wohl keinen Zweifel, daß Preußen von jetzt an ſeinen eigenen Weg gehen will. Der Aufſatz lautet:

Der König von Preußen iſt ein konſtitutioneller König. In dem wichtigſten Augenblicke ſeines Lebens — in einem Augenblicke, an welchem nicht allein die Zukunft ſeines Hauſes und die Zukunft Preußens, ſondern das Geſchick Deutſchlands hängt — konnte und durfte er nicht unberathen vor die Sendboten der deutſchen Reichsverſammlung hintreten. Seine Rede vom 3. April iſt die Handlung ſeiner verantwortlichen Miniſter.

Somit muß uns erlaubt ſein, zu geſtehn, daß wir von der politiſchen Brauchbarkeit des bisherigen Miniſteriums (deſſen Lobredner wir eben nie geweſen), doch immer noch einen etwas beſſeren Begriff gehabt, als er uns nach Anſicht der Bedingungen bleiben konnte, welche das Miniſterium geglaubt hat, in die Rede vom 3. April legen zu dürfen. Wir wollen Nichts ſagen von der erforderten Zuſtimmung der „Fürſten und freien Staaten“ zu der Wahl. Wir kennen ſehr wohl den Schleier, welchen man bemüht geweſen iſt, über den Urſprung der proviſoriſchen Centralgewalt zu werfen. „Es mußte,“ ſagt ein offenherziger Mitwirkender bei dem Spiel, „es mußte um jeden Preis der Faden des verfaſſungsmäßigen Weges für die legale Entſtehung der proviſoriſchen Centralgewalt feſtgehalten werden.“ Ließ man doch ſelbſt den Reichsverweſer unterm 13. Juli 1848 an den König von Hannover ſchreiben: nach der an ihn gelangten Verſicherung, daß ſämmtliche deutſche Fürſten den gleichen Wunſch hegen, habe er keinen Augenblick gezögert, der Aufforderung zu entſprechen. Mag denn das Gewebe einer harmloſen Dichtung ſich wiederholen — harmlos, wenn das Stück raſch ſpielt und nicht viel Federleſens gemacht wird.

Aber die gemeinſame Berathung, in welcher die Regierungen die Verfaſſung prüfen ſollen, ob ſie dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt, und ob dem Kaiſer auch genugſame Rechte übertragen ſeien! Iſt es wirklich die Meinung des Miniſteriums Manteuffel, daß die einzelnen Regierungen ſich dazu hergeben ſollen, wie man zu reden pflegt, die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen? Welche Dynaſtie ſoll wohl einfältig genug ſein, ihre Popularität daran zu ſetzen, daß ſie auf die Ausmerzung einer Beſtimmung dringe, die den Herren in Berlin mißliebig ſein mag? Und ein Kongreß der Regierungen! Will man denn mit aller Gewalt die Erinnerung an die Einladung zum verunglückten Potsdamer Kongreß vom vorigen Frühjahr wieder heraufbeſchwören? Will man ſich ſelber eine gleich ſchmerzliche Täuſchung bereiten? Soll es wiederum heißen, wir haben Euch gepfiffen und Ihr habt nicht getanzt? Der ſchneidende Ton iſt noch nicht ganz verklungen, mit welchem Baiern — Baiern gerade — den Vorſchlag aufnahm. Am 12. März v. J. hieß es in einer Depeſche des auswärtigen Miniſteriums in München an den Grafen Lurburg: „Und nun in dem Momente verjüngten Nationalgefühls und allerwärts drohender Gefahr ſollte etwas noch viel Schlimmeres als der heimliche Bundestag, es ſollte ein Diplomatenkongreß, Seitenſtück der Kongreſſe von Aachen, von Karlsbad, von Verona, von Wien (1834) auftreten? — Giebt es ein Mittel, die Nationalſtimmung bis auf die Höhe der Exploſion zu ſteigern, — ſo iſt dieſes Mittel in einer derartigen Demonſtration zu finden.“

Man ſieht, wir ſtellen uns nicht auf den Standpunkt des „einzig und allein“, wie das Vorparlament ihn beliebte, nicht auf den Standpunkt des Endgültig-Beſchließens kraft der Souveränetät der Nation. Wir reden nicht einmal von den Hoffnungen der Nation — das Thema wäre zu bitter — ſondern wir ſind es ganz zufrieden, heute den preußiſchen Standpunkt feſtzuhalten. Wenn nun vom Bundesſtaat ohne Oeſterreich kein Wort verlautbart — wie will das Miniſterium dieſen Rückſchritt, der Note vom 23. Januar gegenüber, entſchuldigen? Iſt's eine Fortſetzung der Politik vom 10. März? Iſt's das Unterpfand des wiederhergeſtellten Einvernehmens? Mit andern Worten, der ſchweigenden Unterordnung? Uns gemahnt es an die gute alte Zeit und wie Hr. v. Uſedom vom hochſeligen Herrn treuherzig berichtet: „ſich und ſeine eigenen Staatsmänner hielt der König in Fragen der europäiſchen Politik kaum für kompetent; in allen Dingen mußte Wien gefragt werden; dort verſtehe man das am beſten und eitle Sonderpolitik ſolle Preußen nicht wahren.“ Dann möge man lieber den leibhaftigen Metternich aus Brighton herbeiholen, damit er als praeceptor Borussiae ſeine Mentorsrolle auf's Neue beginne! Wir aber müßten über das preußiſche Selbſtgefühl uns gröblich getäuſcht haben, wenn die preußiſchen Kammern auch nur eine Stunde länger ein Miniſterium dulden könnten, das nicht einmal durch ein offenes Wort den Schein zu meiden verſtand, als ſollte Preußen aufs Neue von Oeſterreich ſich in's Schlepptau nehmen laſſen!

Deutſchland.

Brünn, 28. März. Den Beamten des hieſigen Guberniums iſt nachſtehender Miniſterialerlaß kund gegeben worden:

„Es iſt der Fall vorgekommen, daß ein Beamter gegen eine Verfügung ſeiner vorgeſetzten Behörde, durch welche er ſich gekränkt fand — nicht nur eine Beſchwerde überreichte, ſondern dieſe Beſchwerde auch zugleich im Wege der periodiſchen Preſſe veroffentlichte. Den Beamten, welche ſich durch eine dienſtliche Verfügung beſchwert glauben, iſt ein vollkommen genügendes Mittel der Vertheidigung durch die geſtattete Anbringung ihrer Klagen und Beſchwerden im ordentlichen Dienſtwege bei den höheren und höchſten Behörden gewährt. Alle Bande der Disziplin würden gelöſet und die wichtigſten Nachtheile für die Geſchäftsbehandlung und die Erhaltung der Ordnung im Dienſte wären zu beſorgen, wenn die Regierungsbeamten es ſich beikommen ließen, ihre aus dem Dienſtverbande entſpringenden Beziehungen durch die Preſſe zu veröffentlichen, und das Publikum zum Schiedsgerichte zwiſchen ihnen und ihren Vorgeſetzten aufzufordern. Ein ſolcher Vorgang kann durchaus nicht geduldet werden. Zufolge des von dem Miniſterrathe gefaßten Beſchluſſes iſt jede Uebertretung dieſes Verbotes als ein Dienſtvergehen zu behandeln und es iſt gegen den Schuldigen vorſchriftsmäßig vorzugehen.“

Aus Schleſien. Von 1810 an und im Laufe der folgenden Jahre waren in Schleſien die unbeſetzt gebliebenen Pfarrſtellen bis gegen 80 geſtiegen; es war Niemand da, der das Pfarrgut für ſich auf Grund eines Rechtstitels in Anſpruch nahm, und die Regierung zog es als herrenloſes Gut ein. Nachdem ſich nun das Bedürfniß zur Errichtung neuer Pfarrſyſteme in neuerer Zeit herausgeſtellt hatte, trat die fürſtbiſchöfliche Curie in Breslau deshalb mit der Regierung in Unterhandlung. Dieſe wurde von dem trefflichen Diepenbrock mit ſo viel Ruhe und Würde geführt, daß eine Verſtändigung auf Grund vorgenommener Abſchätzung ohne alle Zwiſchenfälle zu Stande kam, und vor einigen Tagen hat die Regierung Anweiſung zur Empfangnahme von 120,000 Thlr. gegeben. Die Briefe, welche Diepenbrock in dieſer Angelegenheit nach Berlin geſchrieben, ſind voll von der Genugthuung über die Gerechtigkeit der Regierung; und wenn irgend Etwas, ſo iſt dieſe Maßregel im Stande, von ihren Abſichten gegen die katholiſche Kirche das beſte Zeugniß abzulegen. (D. P. Z.)

München, 1. April. Die vor mehreren Tagen durch die Polizei erfolgte Konfiskation eines Flugblattes: „Sündenſpiegel der Monarchie“ wurde durch Beſchluß des Stadtgerichtes wieder aufgehoben. Von J. Knorr iſt eine „Karte der politiſchen Färbung Baierns“ erſchienen, auf welcher die Kreiſe und Bezirke durch verſchiedene Farben nach der hervorragendſten politiſchen Geſinnung ihrer Bewohner, insbeſondere ihrer Abgeordneten zur 2. Kammer, bezeichnet ſind. (N. K.)

0 **München**, 2. April. Die Ernennung des Grafen Bray als Geſandter nach Berlin iſt wahrſcheinlich in Folge der Nachrichten aus Frankfurt ſiſtirt worden und wird, wenn der Zorn des Hofblattes, welches geſtern in zwei wüthenden Artikeln ſeine Galle ausließ, vom Hofe getheilt wird, wohl nicht ſobald zur Ausführung kommen. Die zweitägige Pauſe, welche zwiſchen der Ankunft der Nachricht von der Kaiſerwahl und der Mittheilung dieſer Herzensergüſſe der Neuen Münchnerin in der Mitte liegt, läßt vermuthen, daß das Blatt nicht auf eigene Gefahr allein dieſes raſende Aufruhrgeſchrei gegen die frankfurter „Vorſchläge“,

wie es die Verfaſſung, Geſetze und Beſchlüſſe zu nennen beliebt, erhoben hat. „Völker, Fürſten und Regierungen kommen nun an die Reihe des Sprechens,“ meint das Hofblatt, indem es zum erſtenmale den Völkern den Vorrang vor den Fürſten einräumt und in ſeinem Aerger vergißt, daß die Völker eben durch ihre Abgeordnete dieſe Beſchlüſſe gefaßt, daß die Fürſten ein ganzes Jahr lang Zeit zu ihren Vorſchlägen gehabt haben und daß die Regierungen neben dieſen beiden doch nicht wohl ein drittes ſein können. Der Zorn macht für den Augenblick muthig, darum wollen wir es nicht gar zu hoch anſchlagen, wenn der Verfaſſer droht, „die wichtigen Fragen, die nun entſchieden werden, müſſen, wenn es Noth thut, mit dem Schwerte entſchieden werden.“ Wenn der Zorn ſich gelegt haben wird, wird auch die Beſinnung und die Erkenntniß der Machtloſigkeit zurückkehren: denn zugegeben, daß ſich der König von Baiern in einem Kampfe gegen die deutſchen Brüder auf das Heer verlaſſen könnte, (was übrigens noch ſehr zweifelhaft iſt) ſo iſt es doch gewiß, daß er nicht 10,000 Mann zu dieſem Zwecke aus dem Lande ziehen laſſen darf, ohne daß ſich ganze Provinzen erheben würden. Iſt doch ſelbſt hier die Meinung getheilt, und die ganze freiſinnige Partei, ſelbſt die entſchiedenſten demokratiſchen Blätter ſind unbedingt für Unterwerfung unter die Frankfurter Beſchlüſſe, unter das deutſche Kaiſerthum. Die Erinnerung an Heinrich IV. deſſen Entthronung dem Hauſe Wittelsbach den baieriſchen Herzogſtuhl verſchafft hat, warnt vor der Erneuerung des Kampfes der Welfen gegen die Ghibellinen. Der Kampf würde kurz ſein, denn keine mächtige Kirche ſteht heute dem Welfen mehr zur Seite: und was wäre das Ende? — Wenn das Hofblatt die Beſchlüſſe einen Hohn gegen die Freiheit nennt, weil alle Freiheit auf der Theilnahme an Staats- und Regierungsgewalten beruhe und hinzufügt, daß der neugewählte Kaiſer abſolut regiere, — ſo ſcheint es die Freiheit der Fürſten allein im Auge zu haben; — denn die Theilnahme an den Staatsgewalten, welche dem geſammten Volke durch das Volkshaus, den einzelnen Staaten durch das Staatenhaus geſtattet iſt, kann es doch nicht überſehen haben. Den Abſolutismus des deutſchen Kaiſers aber, wie er von der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung geſchaffen wurde, ließen wir uns gerne auf unſern Einzelſtaat übertragen: wie ſollte man aber die baieriſche Staatsform nennen, wenn dieſe kaiſerliche abſolut genannt werden dürfte? Es müßte wahrlich erſt ein neues Wort dafür erfunden werden. Schwer beklagt es die Müncheuerin, daß unter andern zu erwarten ſteht, daß nun preußiſche Reichsmilitärinſpektoren nach Baiern kommen werden, — wie probat wäre es aber geweſen, wenn dies nicht nur in der Zukunft, ſondern auch früher ſchon geſchehen wäre, wo das Volk in dreißigjähriger Friedenszeit über zweihundert Millionen Gulden für den Militäretat bezahlte, indeß nur ſo wenig dafür verwendet wurde? Das Heer war vollzählig auf dem Papier, und nicht zum vierten Theile in der Wirklichkeit, und es fehlte an Allem, als der Bund auf die Ausrüſtung der Armee drang. Selbſt die Kriegskaſſe, die ſo viel verſchlungen hatte, war leer — wäre es nicht damals beſſer geweſen, es hätten Reichsinſpektoren den Stand der Dinge von Zeit zu Zeit unterſucht?

Nürnberg, 31. März. Die Stimmung des Volkes in Franken iſt für das preußiſche Kaiſerthum; ſie will die Einheit, eine kräftige Einheit des Vaterlandes mit Hintanſetzung aller anderen Rückſichten. Auch das ſüdliche Bayern ſieht nach den letzten Schritten Oeſterreichs ein, daß für die Einheit kein anderer Weg iſt, als den König von Preußen an die Spitze zu ſtellen — wird unſere Regierung, ohne ſich einer kräftigen Unterſtützung im Volke bewußt zu ſein, gegen Preußen ſich erklären, ſich mit Oeſterreich etwa zu einer Proteſtation durch die Waffen verbinden? Wir können und wollen das nicht glauben, vielmehr wünſchen und erwarten, daß unſere Dynaſtie dem deutſchen Vaterland das nothwendige Opfer willig bringe! Die Folgen eines bewaffneten Einſchreitens wären unabſehbar! (O.P.Z.)

* **Leipzig**, 2. April. Von Seiten des Vicebürgermeiſters Koch waren der Stadtrath und die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung zuſammenberufen, um über den Antrag Beſchluß zu faſſen, die Reichsgeſandtſchaft auf ihrer Durchreiſe nach Berlin in Magdeburg durch eine Leipziger Deputation zu begrüßen. Der Antrag wurde mit 43 gegen 14 Stimmen abgelehnt, oder, wie ein Berichterſtatter der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ ſich ausdrückt, „es wurde die Deputation an eine Deputation der 290 Mitglieder der Nationalverſammlung nicht beliebt.“ Der Paſſus würde Herrn Tzſchirner Ehre machen.

Frankreich.

* **Paris** 2. April. Das Kapitel des Budgets des Innern, welches heute zu einer kleinen Niederlage des Miniſteriums Anlaß gab, betrifft die Penſionskaſſe. Es handelte ſich um die Penſionirung von 18 Präfekten, welchen nach der Februarrevolution eine Penſion unter dem Vorwand von Krankheit oder Gebrechlichkeit zugeſtanden worden iſt. Lherbette erklärt dieſes Verfahren für höchſt unmoraliſch und verlangt, daß man den ganzen verlangten Kredit verweigere. Biard der Berichterſtatter, bemerkt, daß 3 dieſer als gebrechlich ausgegebenen Präfekten wieder angeſtellt ſeien. Charras ſchlägt vor, eine Unterſuchungskommiſſion von 15 Repräſentanten zu ernennen, um über die nähern Umſtände dieſer Mißbräuche Bericht zu erſtatten. Dufaure vertheidigt das Miniſterium, welches nach der fehlerhaften Geſetzgebung über Penſionirung der Staatsdiener nicht anders habe handeln können und für falſche Zeugniſſe der Doktoren nicht verantwortlich ſein könne. Jenard hofft, daß der Miniſter, welcher jetzt vollkommne Kenntniß von den begangenen Mißbräuchen habe, der öffentlichen Moral Genüge leiſten werde. Taſchereau bemerkt, unter der proviſoriſchen Regierung wurde ein Unterpräfekt nach nur 3 monatlicher Dienſtzeit mit 2400 Franken penſionirt. Flocon ſieht in der Wiederanſtellung von drei dieſer Präfekten, welche ſich weigerten, der Republik zu dienen und um eine Penſion erhalten zu können, eine Krankheit fälſchlich vorſchützten, einen neuen Beweis der Kontrerevolution, welche der Miniſter Faucher und ſeine Kollegen im Schilde führen. Leon Faucher verſichert, er thäte was in ſeinen Kräften ſtehe, um eine neue Revolution unmöglich zu machen, wenn aber etwas eine Kontrerevolution herbeiführen könnte, ſo wäre es der Wiedereintritt des Herrn Flocon ins Miniſterium. Er würde übrigens gewiß die drei fraglichen Präfekten nicht wieder angeſtellt haben, wenn er ſie eines falſchen Zeugniſſes fähig hielte. Jules Favre ſchlägt eine motivirte Tagesordnung vor folgenden Inhalts: „Die Verſammlung, indem ſie ſich vorbehält, die einzelnen Umſtände der bewilligten Penſionen näher zu unterſuchen, ſpricht ihren Tadel über die Wiederanſtellung von Staatsdienern aus, welche Krankheitshalber penſionirt worden waren.“ Odilon Barrot widerſetzt ſich dem Ausdruck des Tadels und verlangt vorherige Unterſuchung des Falls. Rouy Carbonet ſchlägt folgende Tagesordnung vor: „Da die Verſammlung über Vorfälle, die ſie nur unvollkommen kennt, kein Urtheil fällen kann, ſo weiſt ſie die Sache der Budgetskommiſſion zur nochmaligen Prüfung zu.“ Dieſe Tagesordnung wird mit 363 gegen 350 Stimmen angenommen.

†† **Paris**, 2. April. Herr Thiers pocht etwas zu viel auf ſeinen veralteten Ruhm und ſeine zu hoch angeſchlagene Intelligenz. Er glaubt ſchon mit dem ironiſchen Lächeln ſeines Mundes ſeine verachteten Gegner aus dem Felde zu ſchlagen und läßt ſich deshalb in ſeiner plötzlichen Friedensliebe wohl etwas zu weit gehen. Die ruſſiſche Regierung allein verwirklicht ihm alſo das Ideal der Ordnung, welches er ſo andächtig verehrt? Herr Guizot kämpft mit ſeinem letzten Buche gegen die Idolatrie der Demokratie; gibt es nicht auch eine Idolatrie de l'ordre? Mit dieſem Worte, das täglich tauſendmal in den Regierungsblättern wiederholt wird, wird vielleicht ein viel ſchädlicherer Mißbrauch getrieben, als von den rouges enragés je mit der Demokratie getrieben worden. Der Präſident hat ſeinen Geheimkourier Herrn v. Perſigny an Karl Albert mit der Einladung geſchickt, nach Paris zu kommen. Unter den von einem Komite der Aſſemblee vorgeſchlagenen Kandidaten zum Staatsrathe findet man wenig bekannte Namen; Bethmont, Boulay, Joſeph, Dufour, Thierry, Verninhac, Vivien ſind darunter. Die Cholera geht langſam vorwärts, gewöhnlich ſtirbt die Hälfte der Kranken; bis geſtern waren in den 14 Spitälern von Paris 623 Cholerakranke aufgenommen worden, wovon 317 ſtarben. Heute kamen gegen 80 Kranke dazu. In den 14 Gefängniſſen des Departements der Seine befanden ſich am 1. April 5177 Arreſtanten, worunter 411 Freudenmädchen. Dem Präſidenten Bonaparte wurde von den envoyés der römiſchen Republik das dringende Anſuchen geſtellt, die Republik Mittelitaliens anzuerkennen und die öſterreichiſche Intervention zu verhindern. Der Miniſter des Innern antwortete auf dies Geſuch mit dem Verbot, an Volontairs Päſſe nach Italien auszuſtellen, und ließ Waffenſendungen ſiſtiren. Dem Miniſterium kam die telegraphiſche Nachricht zu, daß die Oeſterreicher in die Romagna und in Toskana einmarſchirt ſind.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 96. **Frankfurt a. M., Freitag 6. April.** **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann, Ernſt Moritz Arndt, Häuſſer, Wilhelm Beſeler, Droyſen, Paul Pfizer u. ſ. w., redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt früh Morgens, die Beilagen des Nachmittags. Die erſte Beilage bringt die Verhandlungen des Parlaments früher als jedes andere Blatt in überſichtlicher Darſtellung. Die zweite Beilage iſt vorzugsweiſe der Beſprechung der Tagesfragen gewidmet.

Preis: Vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. April bis 1. Juli werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Ueberſicht.

Frankreichs italieniſche Politik.

Deutſchland. Frankfurt (Neue Note von Ollmütz. Die Reichsgeſandtſchaft. Die abweſenden Abgeordneten. Der Bericht des Frankfurter Verfaſſungsausſchuſſes. Volksverſammlung in Heidelberg. Volksverſammlungen beabſichtigt.) Wien (Endlicher †.) Berlin (Die Audienz der Deputation. Der König von Hannover.) Naumburg (Zwei Berichtigungen.) München (Erklärung der baieriſchen Regierung.) Nürnberg (Kongreß baieriſcher Arbeiter.) Stuttgart (Das neue Wahlgeſetz. Die Aufhebung des Poſtvertrags. Die Errichtung einer Staatsbank.) Dresden (Die Kammer fordert eine neue dreijährige Budgetvorlage.) Darmſtadt (Das Wahlgeſetz und die Kammern.) Koburg (Feier der Kaiſerwahl in Koburg und Hildburghauſen.) Altenburg (Die preußiſchen Reichstruppen.) Schwerin (Der Eindruck der Kaiſerwahl.) Aus Schleswig-Holſtein (Die Londoner Friedenskonferenzen.) Schleswig (Beginn des Krieges und der Blokade nach dem 3. April.) Altona (Bewegungen der Truppen.)

Großbritannien. London (Die Times über Palmerſton's Verhalten gegen den öſterreichiſchen Geſandten und die ſardiniſche Regierung. Aberdeen im Oberhauſe gegen die Politik der Regierung in der ſardiniſch-öſterreichiſchen Frage. Erklärung Palmerſton's über das angebliche Verlangen Rußlands wegen der Dardanellendurchfahrt.)

Frankreich. Paris (Deutſche Kaiſerwahl vom Conſtitutionnel beurtheilt. Leon Faucher angeklagt. Das Gehalt Changarnier's als Kommandant der National-Garde geſtrichen. Niederlagen des Miniſteriums. Die italieniſche Frage. Urtheil über die Maiangeklagten.)

Italien. Turin (Schwur des Königs. Auflöſung der Kammer. Oeſterreichiſcher Bundesplan. Karl Albert.) Palermo (Die Stimmung des Volks.)

Rußland. Kaliſch (Zuſtände und militäriſche Bewegungen.)

---

5. April.

Als Louis Napoleon Bonaparte nach ſeiner Wahl zum Präſidenten der franzöſiſchen Republik ſeine Miniſter aus der antirepublikaniſchen Partei nahm, glaubten die altrepublikaniſch Geſinnten, welche die Nationalverſammlung beherrſchten, darin nur ein zeitweiliges Nachgeben gegen die augenblickliche Stimmung des Volkes zu erkennen. Sie widerſetzen ſich nicht und hofften, in Kurzem wieder die Gewalt in Händen zu haben. Als ſich aber die Erfüllung dieſer Hoffnung von Woche zu Woche hinzog, und die Männer, welche ſich als die Träger oder vielmehr als die Herrſcher der Republik anſahen, noch immer keine Aufforderung zur Uebernahme der Portefeuilles erhielten, da entſtanden Reibungen über Reibungen zwiſchen der Nationalverſammlung und dem Miniſterium und zuletzt — am 29. Januar — kam man bis zum Entblößen des Schwertes. Der beſſere Geiſt überwog indeß auf beiden Seiten; man machte ſich gegenſeitige Zugeſtändniſſe, ſchloß eine Art Abkommen, und ſeitdem gehen Miniſterium und Nationalverſammlung brüderlich Arm in Arm zuſammen. Man muß dabei natürlich von den kleinen Gegenſätzen abſehen, die ſich auch jetzt noch erhalten haben, von den Nebenfragen, wo nicht das allgemeine politiſche Intereſſe, ſondern das perſönliche entſcheidet; in allen Hauptfragen aber herrſcht vollkommene Einigkeit. So vor Allem in der auswärtigen Politik, in der Frage, welche jetzt die nächſte Zukunft nicht blos Frankreichs, ſondern Europas in ſich ſchließt, in der Frage, wie ſich Frankreich den öſterreichiſchen Siegen in Italien gegenüber verhalten ſoll.

Frankreichs auswärtige Politik hat ſeit der Februarrevolution keine weſentliche Aenderung erfahren. Das bekannte Lamartine'ſche Manifeſt ſchimmerte zwar im Glanze der alten Revolutionspolitik; aber es war nur ein kaltes Licht, kein verſengendes Feuer! Verbreitung der in Frankreich zur Herrſchaft gekommenen Grundſätze — aber auf dem Wege friedlicher Propaganda! Unterſtützung der Völker in ihrem Kampfe für Freiheit und Nationalität — aber, wie Lamartine es mündlich in ſeinen Antworten an die italieniſche und polniſche Deputation erläuterte, mit frommen Wünſchen und Segnungen, vielleicht auch mit geheimen Gold- und Waffenſendungen, aber nicht durch offene Bündniſſe! Verwerfung der aus Fürſtenwillkühr mit Mißachtung der Völker hervorgegangenen Wiener Verträge, — aber Anerkennung des auf ihnen beruhenden beſtehenden Zuſtandes! So erreichte Lamartine einen doppelten Zweck, er befriedigte mit klingenden Phraſen die Eitelkeit der Franzoſen, die eine große, weltumfaſſende und beſchützende Politik wenigſtens im Munde führen wollen, und er erhielt durch die Mäßigung in ſeinen Handlungen das gute Einvernehmen mit den übrigen Mächten und damit für die Republik die Möglichkeit ihrer Exiſtenz.

Die Nationalverſammlung ging auf demſelben Wege weiter. Brüderlichkeit gegen Deutſchland, Wiederherſtellung Polens, Befreiung Italiens verkündete ſie am 24. Mai als die leitenden Gedanken ihrer Politik; weder aber haben ſich die Deutſchen einer beſonderen Unterſtützung in ihren Einheitsbeſtrebungen von den Franzoſen zu erfreuen gehabt; noch hat die franzöſiſche Regierung irgend etwas Anderes für die Polen gethan, als einige freundſchaftliche Noten an die Polen beſitzenden Mächte gerichtet, worin um möglichſte Berückſichtigung der polniſchen Nationalität gebeten wird; noch endlich haben die Italiener in ihren Freiheitskämpfen irgend wirkſame Hilfe von Frankreich aus erhalten. Für das letztere hat die franzöſiſche Regierung allerdings eine genügende Entſchuldigung: Italia farà da se (Italien wird allein fertig werden) hieß es von den Alpen bis zur Meerenge von Reggio, und es fehlte nicht viel, daß der als Verräther behandelt wurde, der die franzöſiſche Hilfe auch nur wünſchte. Seit dem Auguſt freilich ſtehen die Sachen anders; da hätten die Italiener gern ein franzöſiſches Heer über die Alpen rücken ſehen. Aber Frankreich rührte ſich nicht. Es wollte jetzt auf diplomatiſchem Wege die Befreiung Italiens durchſetzen, denn die Befreiung Italiens blieb immer noch wie, Baſtide, der Miniſter Cavaignac's, auf alle Interpellationen verſicherte, der leitende Gedanke der franzöſiſchen Politik, und die Baſis, auf der Frankreich in die Kongreßverhandlungen eintreten würde. Glücklicherweiſe ſind die Kongreßverhandlungen gar nicht einmal eröffnet worden, ſonſt wäre die Verſchiedenheit der Baſen, von denen Frankreich und Oeſterreich ausgehen zu wollen erklärt hatten, zu ſchneidend an den Tag gekommen ſein. Karl Albert ſtürzte ſich trotz aller Bemühungen der in die Ferne blickenden und alle für ſie entſtehenden Verwick-

lungen vorausſehenden franzöſiſchen Regierung von Neuem in den Kampf. Er wurde geſchlagen, die Oeſterreicher beſetzten Piemont.

Jetzt mußte es zur Entſcheidung kommen: war es Frankreich Ernſt mit den Phraſen? oder ſollten es wirklich nur Phraſen ſein? Es galt eigentlich ſchon gar nicht mehr der bloßen Phantaſiepolitik wie Droui de Lhuys ſie bezeichnete, welche alle Völker ſelig machen will, es galt eigentlich ſchon ſehr ernſthaften, reellen, von jeher als ſolchen anerkannten Franzöſiſchen Intereſſen. Die Politik Europa's, man mag ſagen was man will, beruht doch immer noch auf der Theorie des Gleichgewichts. Vier oder fünf große Mächte bewachen ſich gegenſeitig, und laſſen keiner von ihnen die ihr angewieſenen Grenzen der Macht überſchreiten. Die Macht eines Staates beruht aber nicht blos auf dem Umfang ſeines materiellen Gebietes, ſondern auch auf der Ausdehnung ſeines moraliſchen Einfluſſes. Alſo auch der Einfluß auf die kleineren Länder muß zwiſchen den Großmächten ausgeglichen werden. So ſollte in Italien ſich der Franzöſiſche und Oeſterreichiſche Einfluß das Gegengewicht halten. War nun der Franzöſiſche Einfluß in Italien durch die Revolutionen geſtiegen, ſo ſank er um ſo tiefer durch Oeſterreichs Siege, ja er mußte völlig verſchwinden mit der Beſetzung Sardiniens durch Oeſterreich, denn Sardinien, als der naturgemäße Bundesgenoſſe Frankreichs in Italien, iſt auch die Hauptſtütze ſeines Einfluſſes. Deßhalb ſagt ſelbſt die hyperkonſervative und ſtreng friedliebende „Revue des deux Mondes": „Dieſe Beſetzung, ſelbſt beſchränkt und zeitweilig, wenn ſie auch nicht gerade eine Beleidigung für uns iſt, bleibt doch immer ein Grund des Mißtrauens." Hier verſchmolz ſich alſo das Intereſſe Frankreichs mit der Politik der Revolution, und die Politik der Revolution wurde doch nicht befolgt.

Man hat Louis Philipp einen fortwährenden Vorwurf aus ſeiner Politik des „Friedens um jeden Preis" gemacht, man hat ihn geſchmäht, er gebe das Anſehen Frankreichs im Auslande ſeinen Einfluß und ſein Gewicht Preis, um den Frieden zu retten — und jetzt entwickelt Thiers, ſein unermüdlicher Gegner, ſelbſt, daß man um eine Frage der haute influence nicht einen europäiſchen Krieg wagen dürfe; die Republik wird wie die Monarchie ruhig zuſehen, daß Oeſterreich ganz Italien unterwirft, und höchſtens ein zweites Ancona beſetzen. Und das wollen nicht blos die Gemäßigten in der Regierung, das wollen auch die Republikaner in der Nationalverſammlung. Der Ausſchuß für die auswärtigen Angelegenheiten hatte aus freien Stücken ein Vertrauensvotum an das Miniſterium vorgeſchlagen, worin ſtillſchweigend gebilligt wurde, daß die Regierung den diplomatiſchen Weg zur Rettung Sardiniens eingeſchlagen habe, und ihr nur für den Fall der Noth das bewaffnete Einſchreiten empfohlen wurde. Vergebens verſuchte Flocon die Verſammlung zur Erneuerung ihrer Erklärung vom 24. Mai zu bewegen; jetzt, wo aus der Phraſe Ernſt werden könnte, verwarf ſie auch die Phraſe, und hielt ſich an die Tagesordnung des Ausſchuſſes.

Frankreich hat damit eine Bürgſchaft gegeben, daß es ſeinerſeits den europäiſchen Frieden nicht gefährden wird. Die Republik hat bewieſen, daß ſie nach Außen ebenſo konſervativ zu ſein verſteht, wie die Monarchie. Es wird darauf ankommen, wenn ſie ſich befeſtigen will, ob ſie auch im Innern das Maß zu halten vermag.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 5. April. Wie man vernimmt, iſt eine neue Note von Ollmütz eingetroffen, worin das dortige Miniſterium erklärt habe, es werde ſich Oeſterreich aus Deutſchland nicht heraus dekretiren laſſen. Zugleich wird von unterrichtetem Munde verſichert, daß zwiſchen Berlin und Ollmütz fortwährend das beſte Einvernehmen herrſche.

*** **Frankfurt**, 5. April. Das Gerücht, daß die Deputationen der Reichsverſammlung heute von Berlin ein neues telegraphiſches Schreiben hierher geſendet habe, beſtätigt ſich in ſofern, als die Deputation anfrug, wann die nächſte Sitzung der Nationalverſammlung ſei und was darin auf die Tagesordnung komme. Wenn ſie erfährt, daß eventuell ihr Bericht auf die nächſte Tagesordnung geſetzt worden, ſo dürfte ſie ſich wohl beeilen, hierher zurück zu kehren, da ohne dieß ihre Hauptmiſſion in Berlin erfüllt iſt. Die Antwort des Königs von Preußen iſt dem Präſidio der Nationalverſammlung bis zu dieſem Augenblick noch nicht mitgetheilt worden.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 5. April. Die nächſte Sitzung der konſtituirenden Nationalverſammlung iſt auf den 11. d. M. hinausgeſchoben, trotz der Mühe, welche ſich eine äußerſte Partei des Hauſes gab, den keineswegs nach allen Seiten hin günſtigen Eindruck der Antwort des Königs von Preußen zur Erlangung fortlaufender Sitzungen und möglichſt extremer Beſchlüſſe zu benutzen. Wagte ſie es doch, bei der durch Abweſenheit ſo vieler weſentlich veränderten Zuſammenſetzung des Hauſes, die Einſetzung eines Vollziehungsausſchuſſes vorzuſchlagen. Der 11. d. Mts. wird jedenfalls ein Tag heftigen Kampfes ſein, an welchem ſich die Parteien von Neuem meſſen werden; ohne Verletzung ſeiner heiligen Pflicht darf an demſelben kein Streiter fehlen. Mögen das Die bedenken, welche in Privatangelegenheiten von hier abweſend ſind, oder welche gar nur ihrem Vergnügen folgen; der üble Eindruck, den die Abweſenheit ſo vieler, ſelbſt ſolcher, die erſt ſeit einigen Wochen Mitglieder der Nationalverſammlung ſind, bereits gemacht hat, läßt ſich nicht ableugnen.

□ **Frankfurt**, 5. April. Sie haben die Grundzüge der neuen Verfaſſung für den Freiſtaat Frankfurt, welche jetzt ſofort nach den Oſterfeiertagen zur Berathung in öffentlicher Sitzung gelangen wird, bereits mitgetheilt: ich gebe Ihnen im Folgenden die Einleitungs- und Schlußworte des Berichtes, mit welchen der Verfaſſungsausſchuß die Vorlage der Verfaſſung ſelbſt begleitet hat. „Wir gingen — bemerkt der Ausſchußbericht — bei dieſem Entwurf davon aus, daß nicht eine Umbildung der alten Zuſtände, die ſich überlebt haben, genügen könne, ſondern die Verfaſſung nach ganz neuen Grundſätzen, den Grundſätzen der Volkshoheit und Volksvertretung, errichtet werden müſſe." Aus dem Entwurf wird Ihnen klar geworden ſein, daß der Ausſchuß dieſe Aufgabe in ihrem ganzen Umfange gelöſt und daß er gründlich aufgeräumt hat in unſerm kleinen Gemeinweſen. „Wir hoffen — ſagt der Bericht am Schluſſe — dieſem Entwurfe werde das Zeugniß nicht verſagt werden, daß er die Freiheitsrechte der Staatsbürger möglichſt zu ſchützen und zu verwirklichen ſucht, daß er der geſetzlichen Ordnung alle Bürgſchaften gewähre, daß er dem Staatsorganismus die lange vermißten Eigenſchaften der Natürlichkeit und leichten Beweglichkeit gebe und, daß er jeder ferneren Entwickelung des Staatslebens eine breite Bahn eröffne." Es wäre anmaßend, gegenüber dieſem beſcheidenen Ausſpruche des Ausſchuſſes über ſeine eigenen Leiſtungen, anderer Meinung zu ſein. Ob übrigens die neugeſtaltete Verfaſſung, wie der Ausſchuß gleichfalls überzeugt iſt, beitragen wird „zu der großen, für Alle gemeinſchaftlichen Aufgabe, zu der Vervollkommnung des Menſchengeſchlechts," wiſſen wir nicht: es ſcheint uns vielmehr dieſe Ueberzeugung etwas ſehr überſchwänglich zu ſein; aber das wiſſen wir, daß wir ſchon zufrieden ſind, wenn ſie nur beiträgt zu der kleineren Aufgabe, die unſerem Freiſtaate geſtattet iſt, mit einſtweiliger Beiſeiteſetzung des Menſchengeſchlechts im Allgemeinen zuerſt die Freiheit und das Wohl ſeiner eigenen Bürger zu ſichern und daß ſie das thut, wollen wir wünſchen und hoffen.

⊙ **Frankfurt**, 5. April. Zur vorläufigen Beſprechung wegen einer am Oſtermontag in Heidelberg ſtatt zu findenden großen Volksverſammlung begaben ſich heute viel Mitglieder der Linken dorthin.

*** **Frankfurt**, 5. April. Man ſpricht von verſchiedenen Volksverſammlungen, welche an den Oſterfeiertagen außer dem Verbotsrayon unſerer Stadt abgehalten werden ſollen. Keiner Frage unterliegt es, daß dabei namentlich die gegenwärtige Kriſis der deutſchen Reichsverfaſſung beſprochen werden wird.

Wien, 31. März. Heute Nachmittag fand das Leichenbegängniß Stephan Endlicher's ſtatt. Endlicher war es bekanntlich, der im vorigen Jahre dem Kaiſer Ferdinand die deutſche Fahne überreichte und die Betheiligung Oeſterreichs bei dem deutſchen Parlamente mit der ihm eigenthümlichen Beharrlichkeit betrieb. Er war es, der die erſte Deputation, die ſich zu dem Fünfziger-Ausſchuß begab, anführte. Und an demſelben Tage, wo die Nachricht in Wien eintrifft, daß Oeſterreich thatſächlich von Deutſchland abgeſchnitten iſt, an demſelben Tag wird Stephan Endlicher in's Grab gelegt! (Oſtd. P.)

Lith. Korr. **Berlin**, 3. April. Es iſt von Hannover eine Note eingetroffen, welche im Allgemeinen die Nothwendigkeit eines Reichsoberhauptes anerkennt, über die Wahl Sr. Majeſtät zum Kaiſer ſich aber nicht äußert. Von München fehlt ſogar noch eine definitive Erklärung über die Nothwendigkeit eines Reichsoberhauptes. Es iſt aufgefallen, daß der König von Hannover bei der

Durchreiſe der Frankfurter Deputation ſich öffentlich in öſterreichiſcher Uniform zeigte.

Berlin, 3. April. Die königlichen Entſchließungen in Betreff des Empfanges der Reichsdeputation ſind geſtern Abend ſpät noch geändert worden. Geſtern war der König nach Freienwalde gefahren, von wo er aber nicht nach Potsdam, ſondern nach Berlin zurückkehrte und gleich darauf einem Miniſterrath beim Grafen Brandenburg präſidirte. Zur ſelben Zeit erfuhr man, der König werde die Reichsdeputation ſchon heute Mittag um 12 Uhr empfangen. In wie fern darauf die Freienwalder Fahrt eingewirkt hat, über deren Zweck und Ziel die abenteuerlichſten Gerüchte cirkuliren, müſſen wir dahin geſtellt ſein laſſen; offiziell iſt nur bekannt, daß der König die noch immer in Freienwalde befindliche Tochter des Prinzen Karl zu ihrem Geburtsfeſte beſucht hat. Die Miniſter waren heute Morgen abermals verſammelt, um die vom König zu ertheilende Antwort definitiv feſtzuſtellen, und begaben ſich darauf etwas nach 11 Uhr zum Könige. Die Nachricht von dem Empfang der Reichsdeputation zog ſchon früh ein ziemlich zahlreiches Publikum vor dem Schloß zuſammen, welches indeſſen nur den gebildeteren Ständen angehörte. Gegen halb zwölf Uhr erſchienen die Equipagen der Reichsabgeordneten, in welchen ſie von ihren Hotels nach dem Schloſſe fuhren. Sie waren hofmäßig in ſchwarze Fracks mit weißen Halsbinden gekleidet. Das Publikum hatte Spalier gebildet, um ſie durchfahren zu laſſen, und grüßte ſie achtungsvoll durch Entblößen des Hauptes. Dazwiſchen erſchienen die Equipagen der königlichen Prinzen, welche ſämmtlich Gallauniformen trugen. Im Innern des Schloſſes hatten die Garde du Korps und die Krongarde in Paradekleidung Spalier gebildet, durch welches die Abgeordneten nach dem Ritterſaal geführt wurden. Hier empfing der König die Deputation, von ſämmtlichen Prinzen, Miniſtern und einer glänzenden Suite umgeben. Der äußere Eindruck ſoll impoſant und prächtig geweſen ſein. Der ganze Akt dauerte etwa eine Stunde. Die Anrede des Präſidenten an den König und die Antwort Sr. Maj. iſt wiederholt und nach dem offiziellen Bericht mitgetheilt und unſeren Leſern bekannt.

Die geänderte Dispoſition in der Audienz hat andere Veränderungen in der Aufnahme der Deputirten nach ſich gezogen. Heute Mittag um 3 Uhr ſind ſie nach Charlottenburg eingeladen, um an der königlichen Tafel zugleich der Königin und den Prinzeſſinnen vorgeſtellt zu werden. Am Abend ſind ſie in der Oper. Morgen veranſtalten die beiden Kammern ihnen ein Diner bei Milentz. Am Donnerſtag oder nächſter Tage ſoll ein großartiges Zweckeſſen aller Stände bei Kroll ſtattfinden, wozu heute ein Feſtkomite, beſtehend aus Mitgliedern der ſtädtiſchen Behörden und hieſigen Einwohnern, zuſammengetreten. Auch geſtern Abend waren mancherlei Feſtlichkeiten im Einzelnen veranſtaltet. Die Abgeordneten Arndt und Simſon erhielten Ständchen im Hotel du Nord, welches 350 Stimmen eines Sängerbundes darbrachten, der kurz vorher bei Kroll ein Konzert veranſtaltet hatte. Ergreifend wurde Arndts Lied: „Was iſt des Deutſchen Vaterland?“ geſungen und mußte wiederholt werden. Bewegt erſchien der Gefeierte am Fenſter und hielt eine Anrede über die Geſinnungstüchtigkeit des Geiſtes und die Keuſchheit des Leibes, welches beides die deutſche Jugend ziere und ſie gleich ihm zu einem kräftigen Greiſenalter führen werde. Auch Simſon ſprach und unter Hochrufen auf die deutſche Freiheit und Einheit trennte ſich der Sängerchor. Die Feier ereignete ſich auf dem Hof des Hotels, da der General Wrangel auf der Straße alle Feſtlichkeiten verboten und einem andern Verein die Erlaubniß zu einer ähnlichen Ehrendemonſtration verſagt hatte. Andere Empfangsfeierlichkeiten fanden im Milentzhotel ſtatt, welche indeß lediglich von der rechten Seite beider Kammern veranſtaltet waren. Die Oppoſitionsdeputirten hatten ſich wie gewöhnlich in der Konverſationshalle verſammelt. Adreſſen, welche den König von Preußen angehen, die deutſche Kaiſerkrone anzunehmen, ſind ferner eingegangen aus Bielefeld, Barmen, Görlitz, Weimar. Aus Kurheſſen und ſüddeutſchen Staaten werden Deputationen erwartet, welche in gleicher Richtung wirken wollen; andere Deputationen ſind bereits eingetroffen. (A. Z. C.)

* **Naumburg**. In unſerm Blatte Nr. 75 befindet ſich ein Artikel vom 12. März aus Naumburg, in welchem von einer angeblichen Verurtheilung der Herren Leiſter, Litfas und Dr. Keil die Rede iſt. Dieſe Nachricht iſt, wie uns von den geehrten Herren ſelbſt mitgetheilt wird, völlig falſch. Sie ſind auch nicht einmal in Unterſuchung gezogen. Wir haben gegen jene Herren unſer lebhaftes Bedauern auszuſprechen, daß unſer Blatt zur Verbreitung dieſer, wie es ſcheint böswilligen Verläumdung mißbraucht worden iſt. Der ehrenwerthe Abgeordnete, welcher uns die Nachricht mittheilte, iſt ſelbſt hintergangen. Wir benutzen dieſe Gelegenheit, um den Artikel △ Gotha, 28. März, in der zweiten Beilage Nr. 90, zu desavouiren. Er iſt durch ein Verſehen wider Wiſſen und Willen des Redakteurs aufgenommen. Uns iſt bereits eine Entgegnung darauf zugegangen; aber das Produkt ſcheint uns einer Widerlegung nicht zu bedürfen.

München, 3. April. Unſere Regierung hat, wie ich aus ſicherer Quelle berichten kann, ihren Entſchluß in der Oberhauptsfrage gefaßt, und denſelben bereits der preußiſchen Regierung bekannt gegeben. Von dem Grundſatze ausgehend, daß die Nationalverſammlung berufen war, eine Verfaſſung für ganz Deutſchland zu entwerfen, nicht aber befugt geweſen ſei, Kaiſer zu machen, hat ſich die baieriſche Regierung ohne Rückhalt gegen die Frankfurter Beſchlüſſe erklärt, und zwar genau in dem Sinne einiger in der „Neuen Münchener Zeitung“ unlängſt erſchienenen halbamtlichen Darlegungen. (Frankf. J.)

* **Nürnberg**, 3. April. Der Nürnb. Korreſp. bringt längere Berichte über die Berathungen eines Kongreſſes baieriſcher Arbeiter, welcher den 2 April 4 Uhr Nachmittags im Bamberger Hofe eröffnet wurde. Die Verſammlung nahm an dieſem Tage §. 6 des Programms faſt einſtimmig an; er lautet: „Wir fordern freien Gewerbsbetrieb, der nur an die Erlernung der Geſchäfte geknüpft und zu dem Jeder berechtigt iſt, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat.“ Die Verhandlungen am zweiten Tage betrafen zumeiſt die in allen Städten vorzunehmende Bildung von Arbeitervereinen und deren Statuten, wie die Verhältniſſe dieſer Vereine zu ihrem Vorort in München.

-:- **Stuttgart**, 3. April. So eben iſt vom Miniſterium dem Kammerpräſidium der Entwurf des neuen Wahlgeſetzes mitgetheilt, oder, um den ganzen offiziellen Titel zu geben, der „Geſetzentwurf, betreffend die Einberufung einer Verſammlung von Volksvertretern zur Berathung einer Reviſion der Verfaſſung.“ Ich enthalte mich vorerſt jedes Urtheils und gebe Ihnen einſtweilen nur die Grundzüge des ſehr voluminöſen Geſetzes, welches erlaſſen iſt „in Vollziehung des deutſchen Reichsgeſetzes betreffend die Einführung der Grundrechte des deutſchen Volkes und in Gemäßheit der den getreuen Ständen bei Eröffnung des gegenwärtigen Landtags ertheilten Zuſicherung.“ Die Verſammlung iſt berufen „zum Zweck der Verabſchiedung derjenigen Abänderungen der Verfaſſung, welche in Folge der Abſchaffung der Standesvorrechte und anderer Beſtimmungen der deutſchen Reichsverfaſſung nothwendig werden, oder ſich ſonſt als zweckmäßig erwieſen haben,“ und „die Zuſtändigkeit der Verſammlung beſchränkt ſich auf die von der Regierung vorgeſchlagenen Abänderungen der Verfaſſung.“ Die Verſammlung hat alſo das Recht der Initiative nicht; ſie iſt keine konſtituirende Verſammlung. Wenn vor Feſtſtellung der neuen Verfaſſung dringende Staatsgeſchäfte, bei welchen die Zuſtimmung des Landtags erforderlich iſt, zu erledigen ſind, ſo hat die Zuſtimmung des einſtweiligen fortbeſtehenden größeren ſtändiſchen Ausſchuſſes zu den Regierungsmaßregeln dieſelbe rechtliche Wirkung, wie wenn ſie von der Ständeverſammlung ſelbſt ertheilt worden wäre. Die Verſammlung beſteht aus 96 zu Einer Kammer vereinigten Abgeordneten; je zwei zu einem Wahlbezirk zuſammengelegte Oberamtsbezirke wählen drei Abgeordnete. Das Wahlrecht betreffend, ſo iſt vor allen Dingen das aktive Wahlrecht an einen Cenſus geknüpft, das paſſive aber nicht. Wählbar zum Abgeordneten nemlich iſt jeder würtembergiſche Staatsbürger, welcher das dreißigſte Lebensjahr zurückgelegt und im Lande oder in einem andern deutſchen Staate ſeinen Wohnſitz hat, wahlberechtigt aber nur, wenn derſelbe im Lande wohnt und zu der direkten Staatsſteuer aus Grundeigenthum, Gewerben, Kapitalien oder Beſoldungen im vorhergegangenen Finanzjahre beigetragen hat und zugleich im laufenden Finanzjahr noch beiträgt. Die Wahl iſt eine direkte, wird durch geheime Abſtimmung vollzogen und beginnt gleichzeitig, genau 45 Tage nach dem Erſcheinen des Geſetzes im Regierungsblatt, in ſämmtlichen Wahlbezirken. Staatsbeamte — die berufene Urlaubsverweigerungsfrage iſt mit dieſer Beſtimmung erledigt — bedürfen zum Eintritt in die Ständeverſammlung keines Urlaubs, haben jedoch die Koſten des Amtsverweſers zu beſtreiten. Jeder Abgeordnete vertritt nicht ſeinen einzelnen Wahlbezirk, ſondern das ganze

Digitized by Google

Land und es kann ihm keine bindende Inſtruktion ertheilt werden. Die Verſammlung beſchließt über Annahme der Abänderungen der Verfaſſung mit einfacher Stimmenmehrheit in drei wiederholten Abſtimmungen, die mindeſtens drei Tage auseinander liegen. Beim Eintritt in die Verſammlung endlich ſchwört jedes Mitglied den folgenden Eid: „Ich ſchwöre als Mitglied der zur Reviſion der Verfaſſung berufenen Verſammlung das Wohl des Königs und des Vaterlandes gewiſſenhaft zu wahren und ohne alle Nebenrückſichten nach freier eigener Ueberzeugung mitzuwirken zu einer der deutſchen Reichsverfaſſung und den Grundrechten des deutſchen Volkes entſprechenden Aenderung der Landesverfaſſung." Wer ſich der unbedingten Ableiſtung dieſes Eides weigert, verzichtet auf ſeine Stelle als Abgeordneter.

Stuttgart, 4. April. Bei dem Präſidium der Kammer der Abgeordneten wird eine Regierungsvorlage, betreffend die Aufhebung des Poſterblehenvertrags, eingebracht werden. Dem Vernehmen nach würde darnach der Staat das nuzbare Eigenthum der Poſt vom 20. Mai an wieder zurücknehmen und den Fürſten v. Thurn und Taxis mit einer Jahresrente entſchädigen. Endlich ſoll noch vor der Zuſammenkunft der Stände eine Vorlage über die Errichtung einer Staatsbank, wobei ſich Privaten betheiligen können, zur Deckung des Ausfalls bei der Staatshauptkaſſe und zur Unterſtützung der Gewerbe zu erwarten ſein. (Schw. M.)

A **Dresden**, 3. April. Die Budgetangelegenheit iſt nun endlich dahin gediehen, wo ſie bei Beginn des Landtags ſtand; d. h. die zweite Kammer hat heute einſtimmig erklärt, daß ſie in eine verfaſſungsmäßige Prüfung der ihr durch die Staatsregierung unterm 17. Jan. zugefertigte Budgetvorlage für das Jahr 1849 gar nicht eingehen wolle. Zwar gaben der Finanzausſchuß und mit ihm faſt alle Redner zu, daß es zur Zeit, wo ſo umfaſſende Aenderungen im Gerichtsweſen und in der Verwaltung im Werke ſind, wo die Einnahme des Staats aus dem Poſtweſen, den Flußzöllen und vielen andern Zweigen, großen, kaum zu überſchlagenden Veränderungen unterworfen ſein werden, ganz ſchwierig, einen Finanzplan auf die nächſten drei Jahre zu entwerfen; zwar hob der Finanzausſchuß ausdrücklich hervor, daß die Aufſtellung einjähriger Haushaltpläne namentlich in „demokratiſchen" Staaten rationell und wünſchenswerth ſei, aber die Kammer war dennoch in ihrer Totalität nicht geneigt, in dieſer Angelegenheit von der Vorſchrift der Verfaſſungsurkunde abzuweichen, welche in §. 98 mit runden Worten die Vorlage des dreijährigen Budgets vorſchreibt. Zudem hatte der Bericht des Finanzausſchuſſes eine Unzahl allgemeiner Bemerkungen über die in Zukunft wünſchenswerthe Anordnung des Staatshaushaltsplanes gemacht, welche der Finanzminiſter in einer ſehr artigen Kritik in ſorgfältige Erwägung zu ziehen verſprach; er wies jedoch die Kammer auch darauf hin, daß es der Formen für Budgetvorlagen gar mancherlei gebe und daß über die von der ſächſiſchen Regierung gewählte von Sachverſtändigen bisher kein ganz ungünſtiges Urtheil laut geworden ſei. Auch zur Vorlage eines Finanzplanes für die Jahre 1849—1851, ſo wie zu dem erbetenen Verzeichniß des geſammten Staatsvermögens erklärt er ſich bereit, ohne die Schwierigkeiten um den nöthigen Zeitaufwand zu verhehlen, der daraus dem Finanzminiſterium erwachſe.

△ **Darmſtadt**, 4. April. In der heutigen Sitzung unſerer zweiten Kammer beſchäftigte ſie ſich mit dem aus der erſten Kammer zurückgekommenen Wahlgeſetz. Es hatte dort mehrere bedeutende Umwandlungen in ariſtokratiſchem Sinne erfahren; namentlich einen ſtarken Cenſus durch ordentliche direkte Steuer (200 fl.) oder anſehnliches Jahreseinkommen (1500 fl.) für die paſſive Wahlberechtigung zur erſten Kammer; einen Cenſus von 6 fl. ordentlicher direkter Steuer für die aktive Wahlberechtigung zur zweiten Kammer, während die Beſchlüſſe der zweiten Kammer von Beiden gar nichts wußten. Endlich hatte der von der zweiten Kammer geſchaffene Cenſus für die aktive Wahlberechtigung zur erſten Kammer in der erſten Kammer einen erſchwerenden Zuſatz erhalten. Gegen alle dieſe Beſchlüſſe der erſten Kammer hatte der Ausſchuß der zweiten Kammer ſich erklärt und ſie fielen bei der Abſtimmung in derſelben (Diskuſſion hatte auf den Vorſchlag des Abgeordneten Löhner und vermöge Kammerbeſchluſſes keine Statt) regelmäßig einſtimmig durch. Ein ähnliches Schickſal hatten die Bemühungen einzelner Abgeordneten, die Beſchlüſſe der erſten Kammer in Form von Amendements aber milder zu reproduziren. So die Anträge der Abgeordneten Krug und Rabenau II., welche 100 reſp. 75 fl. als Minimum der Steuerverpflichtung für die paſſive Wahlberechtigung zur erſten Kammer feſtgeſetzt haben wollen, und des Abgeordneten v. Grolman, welcher ſtatt der von der erſten Kammer beſchloſſenen 6 fl. ordentliche direkte Steuer im Jahr als Erforderniß der Wahlberechtigung zur zweiten Kammer, nachdem dieſe mit 35 gegen 10 Stimmen abgelehnt war, 3 fl. ſolcher Steuer als Erforderniß vorſchlug. Doch hatte die Stimmenzahl ſich hierbei auf eine dem Vorſchlage ſchon günſtigere Weiſe erhöht, indem, bei vom Abgeordneten Cretzſchmar (die linke Seite fühlte ſich alſo ihres Erfolges nicht ſicher) verlangter namentlicher Abſtimmung, nur 29 gegen das Grolman'ſche Amendement und 16 Stimmen für daſſelbe waren. Es iſt alſo ſehr wahrſcheinlich, daß wenn die beiden Kammern, wie vorausſichtlich, über das Wahlgeſetz ſich nicht einigen, und beide Kammern, in Folge des Einführungs-Geſetzes zu den Grundrechten, dann in Gemeinſchaft über die ſtreitigen Punkte abſtimmen, namentlich der letztgedachte derjenige ſein könnte, welcher bedeutende Chancen der Annahme im Sinne des Konſervatismus hätte. Sollte aber gar die erſte Kammer ausdrückliche Anſtrengungen machen und noch eine Anzahl Standesherren an ſich ziehen, ſo hätte ſie in Verbindung mit dem konſervativen Theil der zweiten Kammer, der ſtärker iſt, als jene Abſtimmungen annehmen laſſen, noch günſtigere Ausſichten für das Durchſetzen ihrer Plane. Doch wünſchen wir dies nicht. Die Abneigung gegen das eine Wahlgeſetz würde dadurch ſehr ſtark werden und, welche Anſicht man von der allgemeinen Stimmfreiheit habe, es muß manches neu und wieder erprobt werden, ehe eine Theorie mit dem Anſpruche auf Geltung und Anerkennung allein hervortreten kann. Der Präſident verkündigte im Laufe der Sitzung, daß die erſte Kammer heute über 8 Tage die neue proviſoriſche Geſchäfts-Ordnung berathen werde. Auch wieder ſehr langſam! Abg. Lehne mahnte ernſtlich, an die ablaufende Steuerverwilligung zu denken und Abgeordneter Steinherr meinte, daß eine vierte Prorogation des alten Finanzgeſetzes durch die jetzige Kammer unmöglich ſei. Indeſſen tritt dieſe ſchwerlich ein. Denn längſtens bis Pfingſten kann man die Auflöſung des Landtags mit Gewißheit annehmen und dann darf die Regierung aus eigener Machtvollkommenheit die Fortdauer des alten Finanzgeſetzes auf 6 Monate beſchließen. Die zweite Kammer hat ihre Sitzungen bis zum 23. April ausgeſetzt.

In **Koburg** hat man die Wahl des deutſchen Kaiſers durch 101 Kanonenſchüſſe, Läuten aller Glocken und das Rauſchen der deutſchen Fahnen verkündigt. In Hildburghauſen hat man Hoſianna gerufen. (Bamb. Tgbl.)

Altenburg, 30. März. Den bei uns eingezogenen preußiſchen Reichstruppen iſt keinerlei Quartierverweigerung geworden, ja ſie erfreuen ſich der beſonderen Gunſt unſerer Republikaner, weil ſie einen Maueranſchlag des Märzvereins, die zu Freiberg erfolgte Wahl des hieſigen, ſteckbrieflich verfolgten Adv. Erbe in die Nationalverſammlung betreffend, unangefochten gelaſſen haben, während bekanntlich einzelne ſächſiſche Soldaten unſerer Straßeneckenliteratur gegenüber in mißverſtandenem Dienſteifer nicht immer dieſelbe Toleranz bewieſen. — Die deutſche Kaiſerwahl wird hier aller Orten lebhaft beſprochen; von der konſtitutionellen Partei unſeres Landes iſt die Wahl Preußens mit warmer Begeiſterung begrüßt worden. (Nürnb. Korr.)

Schwerin, 31. März. Die Nachricht von der in Frankfurt geſchehenen Wahl des Königs von Preußen zum Kaiſer von Deutſchland hat hier faſt allgemein die lebhafteſte Freude erregt. Man iſt durchdrungen davon, daß dieſe Wahl das einzige Rettungsmittel für Deutſchland blieb, wenn dieſes nicht eine Beute innerer Anarchie oder äußerer Feinde werden wollte, und freut ſich, daß die Frankfurter Nationalverſammlung endlich auch zu dieſer Einſicht gekommen iſt. Auch unſer junger Großherzog, von dem man mit Wahrheit ſagen kann, daß er den Geiſt der Zeit richtig erfaßt hat, iſt über dieſe Erwählung ungemein erfreut und ſehr gern bereit, Alles, was in ſeinen Kräften liegt, aufzubieten, um das Anſehen der kaiſerlichen Macht hier zu fördern. Nur unſere Adelsariſtokratie iſt über dieſe Wahl unzufrieden. Sie hofft, der König von Preußen werde die Kaiſerkrone nicht annehmen und Alles ganz ſo, wie es vor dem März war, zurückkehren, ja, das konſtitutionelle Prinzip überhaupt in Deutſchland vertilgt werden. Schelten dieſe Menſchen doch jetzt unſern Großherzog einen „Demokraten", da dieſer mit Aufrichtigkeit vernunftgemäßen Reformen den Weg anzubahnen ſucht. Gleich unzufrie-

den mit dieſer Wahl ſind auch unſere Ultra-Radikalen, die gar gern ſo recht anarchiſche Zuſtände in Mecklenburg, ja in ganz Deutſchland heraufbeſchwören möchten und nun mit Recht fürchten, daß eine kräftige Kaiſergewalt ſolchen Gelüſten ein feſtes Ziel ſtecken werde. (C. Z.)

Aus Schleswig-Holſtein, 31. März. Wir erfahren von wohlunterrichteter Seite, daß Ritter **Bunſen** bei den Friedens-Konferenzen in London gegenüber den ruſſiſchen, däniſchen und engliſchen Unterhändlern und diplomatiſchen Geſchäftsträgern eine energiſche, von deutſcher Geſinnung durchglühte Sprache geführt, und wenn er Anfangs die Sonderkonſtituirung eines Staates Schleswig als Grundlage zu den Friedensunterhandlungen aufgeſtellt, ſo ſoll ihm der ſtaatsrechtliche, geſchichtlich begründete Punkt der Zuſammengehörigkeit von Holſtein und Schleswig immer mehr eingeleuchtet haben, je mehr ſich die däniſchen und ruſſiſchen Unterhändler von der beſtimmten Bunſen'ſchen Baſis entfernten und den Gedanken einer ſtaatlichen Selbſtſtändigkeit des Herzogthums Schleswig umgekehrt in einen Inkorporationsplan Schleswigs in die däniſchen Erblande zu verwandeln ſtrebten. Der däniſche Geſandte am Hofe v. St. James, Graf **Reventlow**, zeigte ſich weniger zähe bei der Feſtſtellung der Friedenspräliminarien, denen man deutſcherſeits entgegen kommen könnte, als ſein Kollege, der Flügel-Adjutant und Vertraute des däniſchen Königs, General-Major **Oxholm**, welcher letztere neben ſeiner diplomatiſchen Gewandtheit und Glätte einen glühenden Haß gegen alles Deutſche im Buſen trägt, und in dieſer Beziehung ganz auf dem bekannten fanatiſchen Standpunkt des ehemaligen ſogenannten Kaſino-Miniſteriums ſteht. Dieſe Thatſache dürfte genügen, um zu zeigen, in welchem Lichte dieſer däniſche diplomatiſche Sendbote die ſchleswig'ſche Frage betrachtet. ein Mann, der im Rathe des däniſchen Königs zu vielen wichtigen Staatsfragen herbeigezogen wird, wo ſeine Stimme nicht ſelten den Ausſchlag gibt. (D. R.)

Schleswig, 1. April. Der däniſche Geſandte Graf v. Reventlow in London hat dem Bevollmächtigten der Centralgewalt, Hrn. Ritter Dr. Bunſen, die Anzeige gemacht, daß am 3. d. M. die Blockade von Seiten Dänemarks eintreten, die Waffenruhe aufgehoben werde. In Folge deſſen werden alſo die Feindſeligkeiten um wenige Tage wieder beginnen. Mit jener geſtern oder heute eingetroffenen Nachricht ſtimmt die Antwort des Departementschefs der auswärtigen Angelegenheiten überein, welche er geſtern Abend in der Landesverſammlung auf die von dem Abgeordneten Dr. Heiberg geſtellte Interpellation ertheilte: Daß, obwohl er ſonſt die Geheimnißkrämerei nicht liebe, er doch Befehl habe, ſich über die Friedensbaſis nicht zu äußern. In Betreff des Bevollmächtigten wären die nöthigen Schritte bei der Centralgewalt geſchehen; die Sache ſei noch nicht zum Abſchluß gekommen. Im Uebrigen fänden gegenwärtig keine Friedensunterhandlungen ſtatt. Der Abgeordnete Heiberg bemerkte darauf: Nach dieſer Mittheilung ſei alſo der Frieden ſchon abgeſchloſſen, oder der Krieg ſtehe nahe bevor. Der Departementschef antwortete hierauf: Er glaube allerdings, daß der Krieg nach der Waffenruhe bevorſtehe. (Hamb. Korr.)

Altona, 2. April. Mit dem morgenden Tage wird eine Wendung der Dinge eintreten. Aus dem Norden bringen wir in Erfahrung, daß unſere Truppen weiter hinauf gerückt und daß von Alſen aus fortwährend Truppen nach dem Feſtlande verſchifft werden. Am Sonnabend ſoll ſich die Macht der in Jütland befindlichen däniſchen Truppen auf 6000 (?) Mann belaufen haben. Der General v. Bonin hat eine ſehr weiſe Maßregel getroffen. Derſelbe hat nämlich ſämmtliche Wagen, deren er nur habhaft werden konnte, requirirt und auf einen Punkt konzentrirt, damit, falls die Dänen auch eine Landung verſuchen möchten, es denſelben nicht gelingt, raſch vorwärts zu dringen. Unſere Küſten ſind, wie die Berichte aus allen Gegenden der Herzogthümer ergeben, ſehr ſtark armirt und es möchte daher wohl anzunehmen ſein, daß jeder Landungsverſuch der Dänen mißglücken werde. Wir hören, daß die wichtigſten Punkte, wo eine Landung möglich, und den Dänen nutzbringend wäre, mit 84pfündigen Kanonen verſehen ſind, deren Zahl ſich bereits auf 62 belaufen ſoll. Heute ſind die geſtern in Hamburg angekommenen 2000 Mann Preußen weiter befördert; ferner eine ſächſiſche Batterie, ſowie einzelne ſonſtige Truppenabtheilungen; dann eine preußiſche Zwölfpfünderbatterie. Dieſen Nachmittag kam hier eine ſächſiſche Pionierabtheilung an, nebſt den Munitionswagen. Morgen wird ein Bataillon vom 12. preußiſchen Infanterieregiment erwartet. Auch wird das in Münſter garniſonirende Huſarenregiment in dieſen Tagen hier eintreffen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 2. April. Die „Times" enthält neuerdings eine Betrachtung über den Sieg Radetzky's und ſeine politiſchen Folgen, deren einleitende Worte in mehr als einer Beziehung Erwähnung verdienen; ſie lauten: „Kein auswärtiges in den mannigfaltigen und erſtaunenswürdigen Annalen der paar letzten Monate verzeichnetes Ereigniß iſt bei uns zu Lande mit herzlicherer und allgemeinerer Freude aufgenommen worden, als der glorreiche Sieg des Marſchalls Radetzky über das piemonteſiſche Heer. Er befriedigte unſer Gerechtigkeitsgefühl, indem durch ihn eine treuloſe Invaſion ihre Züchtigung und das Völkerrecht ſeine Sühne fand; er befriedigte unſere nationale Sympathieen für einen alten und treuen Verbündeten, und er befeſtigte unſere Hoffnung, daß die ſchnelle Beendigung des Feldzuges ſich als die Grundlage eines dauernden Friedens bewähren werde. Eine Ausnahme abgerechnet, die zu abſonderlich iſt, um mehr als eine bloße Anſpielung zu verdienen, hat der öſterreichiſche Geſandte in London von der Königin von England wie von Jedermann, welcher den Namen eines britiſchen Staatsmannes verdient, die herzlichſten Glückwünſche empfangen, und Graf Colloredo hat ſich lange genug in England aufgehalten, um zu entdecken, daß die Sprache des Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten nicht der Art iſt, um zugleich die Anſichten des engliſchen Volks und ſeiner königlichen Herrin über auswärtige Angelegenheiten auszudrücken. Im Vergleich zu unſerer nationalen Gleichgiltigkeit oder Zurückhaltung kann die Aufnahme, welche dieſe Nachricht unter den Briten gefunden hat, als der beſte Kommentar zu der Politik dienen, welche die Höfe von St. James und Wien zu entfremden drohte; und wir zweifeln nicht, daß ſie auch in dieſem Sinne von ganz Europa gedeutet werden wird."

Aus dieſer Stelle ſcheint hervorzugehen, daß Lord Palmerſton, im Widerſpruch mit der Königin und den britiſchen Staatsmännern außer ihm, es unterlaſſen hat, dem öſterreichiſchen Geſandten für den von Radetzky errungenen Sieg ſeine Freude zu bezeugen. Auch möge daran erinnert werden, daß das Organ Palmerſton's, der „Globe", zu einer Zeit, wo bereits in Turin auf die Eröffnung des Feldzugs gegen Oeſterreich geſonnen wurde, der ſardiniſchen Regierung dadurch zu ſchmeicheln wußte, daß ſie in Betreff politiſcher Klugheit und Freiſinnigkeit über alle übrigen italieniſchen Regierungen erhoben und ihnen als Muſter empfohlen wurde. Das ſah faſt wie eine Ermunterung für die ſardiniſche Regierung aus, auf dem betretenen feindſeligen Wege gegen Oeſterreich fortzufahren. Es könnte faſt Wunder nehmen, wenn Palmerſton, bei aller Gewandtheit, den gegen ihn geſponnenen, weit ausgedehnten Intriguen auf die Dauer zu widerſtehen im Stande ſein ſollte. Die in letzter Zeit immer herbere Sprache der Times gegen ihn iſt bezeichnend genug, und namentlich ſchlau die Art, womit dieſe Zeitung immer wieder zu verſtehen gibt, daß ſeine Politik mit den Wünſchen und Anſichten der Königin ſowohl wie mit denen des Volks nicht im Einklang ſtehe. Der Schlag von Novara könnte möglicherweiſe auch ein empfindlicher Schlag für die Palmerſton'ſche Politik ſein. Würde Palmerſton aus dem Sattel gehoben, ſo iſt freilich noch gar ſehr zu zweifeln, ob die deutſchen Einheitsintereſſen an ſeinem Nachfolger einen wärmeren Befürworter und Unterſtützer haben würden, da im Gegentheil, je weiter nach der toryſtiſchen Seite hin, die Zeitungspreſſe immer entſchiedener für den alten Beſtand der Dinge Partei nimmt und eher Zerſetzung als Einigung Deutſchlands will.

In demſelben Artikel der „Times" kommt noch folgende Stelle vor: „eine franzöſiſche Expedition, welche zu dem eingeſtandenen Zwecke, das öſterreichiſche Heer einzuſchüchtern, nach der Küſte Italiens abgeſandt werden ſollte, würde nur einen Umſchlag der glücklicherweiſe noch zwiſchen Frankreich und England beſtehenden Freundſchaftsverhältniſſe in Kälte und Argwohn zur Folge haben, während die Beziehungen Frankreichs zu Rußland in Feindſeligkeiten und die zu Oeſterreich in Krieg ausarten würden."

* **London**, 3. April. Im Oberhauſe richtete geſtern Lord **Brougham** an den Marquis von Lansdowne die Frage, ob der polniſche General (Chrzanowſki), welcher zuletzt die Rolle eines Oberbefehlshabers der ſardiniſchen Truppen geſpielt, für dieſen Poſten von der britiſchen Regierung empfohlen worden ſei? Der

Marquis von Lansdowne erwiederte, weder das fragliche Individuum mit dem für ihn unausſprechbaren Namen, noch ſonſt ein Pole, noch irgend ein anderer Fremde ſei von den Miniſtern für einen ſolchen Poſten empfohlen worden. Graf Aberdeen bemerkte: daß ein ſolches Gerücht ſich im Publikum verbreitet habe, könne bei der von der britiſchen Regierung für Sardinien gezeigten Parteilichkeit nicht auffallen. Was er einzig ſagen könne, ſei, daß noch kein Ereigniß in England mit einer ſo einmüthigen Freude begrüßt worden ſei, als die Strafe, welche dieſe aus Treuloſigkeit und Ehrgeiz gemiſchte ſardiniſche Invaſion ſo raſch ereilt habe. Er hoffe nur, daß die britiſche Regierung die Sachen laſſen würde, wie ſie jetzt ſtänden, ohne durch einen weiteren Einmiſchungsverſuch den Krieg verlängern zu wollen. Möge die franzöſiſche Regierung ſich einmiſchen, ſo viel ſie wolle, für England aber ſei ein ſolcher Gedanke viel zu monſtrös, als daß er ernſtlich gehegt werden könne; oder die britiſche Regierung müßte denn der wüſten Anſicht Lamartine's ſein, daß die Verträge von 1815 für England nicht mehr zu Recht beſtünden. Der Marquis von Lansdowne ſuchte den Vorwurf abzuwehren, daß die engliſche Regierung für Sardinien Partei ergriffen, und bat Lord Aberdeen, doch bis dahin zu warten, wo die betreffenden Aktenſtücke dem Hauſe vorgelegt würden (womit übrigens die Regierung in etwas auffallender Weiſe zögert.) Lord Aberdeen wiederholte hierauf ſeine gegen die Regierung gerichtete Anklage „ungerechtfertigter Parteilichkeit für Sardinien und gegen Oeſterreich," und ging ſchließlich ſogar ſo weit, zu behaupten, daß genau genommen, Sardinien dadurch, daß es die mit England eingegangenen Verträge gebrochen, letzterem hinlänglichen Anlaß zum Kriege gegeben habe. Dieſer „Unterhaltung" ging eine andere über die von der Regierung unterſtützten polniſchen Flüchtlinge in England voraus, indem Lord Eglintoun mit Bezugnahme auf eine frühere Debatte, die Erklärung abgab, daß es zwar unter den Polen Manche gebe, für welche er die höchſte Bewunderung hege, daß ſie aber im Allgemeinen ruheſtöreriſche und kein Geſetz achtende Leute ſeien.

Im Unterhauſe richtete Hr. Urquhart, Lord Palmerſtons „Stechfliege", an dieſen eine Anfrage wegen einer Erklärung, welche der franzöſiſche Miniſter in Betreff der ſardiniſchen Angelegenheit abgegeben, worauf Palmerſton ſehr natürlich antwortete: daß er als britiſcher Miniſter über eine von einem franzöſiſchen Miniſter abgegebene Erklärung Hrn. Urquhart nicht Rede und Antwort zu ſtehen habe; und Palmerſton knüpfte hieran die Bemerkung, daß, ſeines Wiſſens, Oeſterreich ſich nach keiner Vergrößerung auf Koſten Piemonts gelüſten laſſe. Hr. Anſtey ſtellte eine Frage mit Bezug auf das Gerücht, daß die ruſſiſche Regierung die mit Drohungen verbundene Forderung, einer Flotte den Durchgang durch die Dardanellen zu geſtatten, an die Pforte gerichtet habe. Palmerſton antwortete: „Die Regierung hat den beſten Grund zu glauben, daß die ruſſiſche Regierung nicht um die Erlaubniß nachgeſucht hat, eine ruſſiſche Flotte aus dem ſchwarzen Meere nach dem mittelländiſchen paſſiren zu laſſen." (Hört, hört!) In derſelben Sitzung wurde die Debatte über die iriſche Hilfsarmenſteuer nach lebhafter Debatte abermals vertagt.

Frankreich.

†† **Paris**, 1. April. Nach den erſchütternden Ereigniſſen, welche die letzten Tage von Italien brachten, traf uns vorgeſtern die Nachricht von der Kaiſerwahl zu Frankfurt. Wir wollen das Ankämpfen des reaktionären Konſtitutional gegen Deutſchlands Einheit als eine Bürgſchaft für das feſte Fortbeſtehen des Volkswillens der Mehrheit in dem Reiche der Deutſchen um ſo lieber anerkennen, als Hr. Thiers noch vor drei Tagen die Kaiſerwahl ein Revolutionsreſultat nannte, welches zur Schwäche oder Lächerlichkeit führen müſſe.

†† **Paris**, 3. April. Nach der ſtürmiſchen Kammerverhandlung von geſtern Abend konnte man ſich mit Recht fragen: Kann der Miniſter des Innern nach dieſen Inſulten noch Miniſter bleiben? Es war an den Tag gekommen, daß Leon Faucher achtzehn geſunden und kräftigen Präfekten, welche der Republik nicht dienen wollten und am 24. Februar insgeſammt plötzlich erkrankten, auf falſche Krankheitszeugniſſe hin die normalen Penſionen bewilligte, die nach dem Geſetze nur 60jährigen, ganz unfähigen und 30 Dienſtjahre zählenden Beamten gegeben werden dürfen. Noch dazu ſtellte Leon Faucher hinterher drei von dieſen für immer ärztlich dienſtunfähig erklärten penſionirten Präfekten wieder als Präfekten an. Einer davon war erſt 41 Jahre alt. Dufaure iſt jedoch bei der Penſionirung der republikſcheuen Präfekten mitbetheiligt. Die Vertheidigung Faucher's und Dufaure's war armenſünderhaft und erregte Mitleiden. Dieſem Gefühle folgte auch die Aſſemblee in der Verwerfung des Flocon'ſchen Antrags. Die Unterſuchung der Art und Weiſe, wie die Penſionen verabfolgt wurden, iſt der Budgetkommiſſion übertragen.

* **Paris**, 3. April. Die Niederlage, welche das Miniſterium geſtern bei der Berathung des IV. Kapitels des Budgets des Innern erlitten hat, hat ſich heute beim V. wiederholt. Die Leidenſchaftlichkeit der Angriffe ſteigert ſich, die Perſönlichkeiten werden immer mehr und immer bitterer. Im Entwurf des Miniſteriums waren für das Perſonal der Nationalgarde 162,000 Frs. angeſetzt, die Kommiſſion ſchlug eine Verringerung um 65,000 Frs. vor, Ledru-Rollin und de Ludre verlangten, daß das ganze Gehalt von Changarnier (welches er als Kommandant der Nationalgarde bezieht, er iſt bekanntlich zugleich General in der Linie) geſtrichen würde, und nahmen dabei Gelegenheit, das Unkonſtitutionelle, welches in dieſer Kumulation der Aemter liegt, hervorzuheben. Ich frage die Regierung, ſagte Ludre, will ſie endlich oder will ſie nicht in den Weg der Geſetzlichkeit zurückkehren? Leon Faucher wußte keine andere Entſchuldigung, als daß die Umſtände dieſe Stellung des Generals Changarnier nöthig machten. Ledru Rollin erinnerte daran, daß, als er zum erſtenmal wegen dieſes Gegenſtandes interpellirt, man ihm antwortete, die Maßregel ſei nur vorübergehend. Dieſer unerhörte Zuſtand müſſe geregelt werden, entweder müſſe die Verſammlung ein Geſetz deshalb erlaſſen, oder die Kredite verweigern. Leon Faucher kommt darauf zurück, daß eine vorübergehende Maßregel nicht geſetzlich zu ſein brauche. Wie? rief Cremieux, träumen wir oder nicht? Sind wir in einer Republik oder nicht? Sagt nicht die Verfaſſung, daß der Präſident nicht das Recht hat, die Geſetze zu ſuspendiren? Vergebens beſchwert ſich Leon Faucher über dieſen Krieg, den man der Regierung mache; mit 361 gegen 301 Stimmen wird das Gehalt des Generals Changarnier geſtrichen. Von den übrigen Punkten des heute berathenen Theils des Budgets erregte nur ein Poſten von 25,000 Frank lebhaftere Verhandlungen, welche „für die moraliſche und politiſche Beaufſichtigung der Theater" angeſetzt war. Nach zwei zweifelhaften Abſtimmungen wird der Poſten geſtrichen. Proudhon war heute nicht in der Sitzung anweſend. Der Präſident verlas ein Geſuch auf 1 monatlichen Urlaub von ihm.

Die Niederlagen, welche das Miniſterium geſtern und heute erlitten hat, ſind ſtarke Beiträge zu ſeinem Sturz. Auch die Italieniſchen Angelegenheiten werden ihm wahrſcheinlich noch einen harten Stoß geben. Von Oeſterreich iſt eine Note gekommen, die ſich ſehr billigend über ſein Verhalten ausſpricht. Der Berg wird ſich dieſen Stoff zu neuen Angriffen nicht entziehen laſſen. Der heftige Widerwille, welchen die Turiner Kammer gegen die Beſetzung Aleſſandrias durch die Oeſterreicher ausſpricht (eine Beſetzung, von der Radetzki dennoch ſchwerlich Abſtand nehmen wird) möchte in der hieſigen Nationalverſammlung einen Wiederhall finden, der ſich in neuen heftigeren Interpellationen Luft macht. Es hieß Anfangs, Changarnier wolle aus Veranlaſſung des heutigen Votums ſeine Entlaſſung nehmen; er hat aber vielmehr verſichert, bleiben zu wollen.

In Bourges iſt das Urtheil über die Mai-Angeklagten gefällt: Barbes und Albert ſind zur Deportation, Blanqui zu 10 Jahre Haft, Sobrier zu 7, Raspail zu 6, Flotte und Quentin zu 5 Jahren verurtheilt; die Uebrigen ſind freigeſprochen.

Die Courſe ſind heute wieder geſtiegen; die 3pCt. ſchloß 56. 80; die 5pCt. 88. 70; Bankaktien 2405.

Jatlien.

* **Turin**, 30. März. Die Kammer verſammelte ſich geſtern Morgen um 10 Uhr in geheimer Sitzung, um die Vorbereitungen zu neuem Kriege zu berathen, denn ſie beſteht auf Fortſetzung des Krieges, obgleich Victor Emmanuel der an ihn abgeſchickten Deputation geantwortet haben ſoll: Finden Sie einen Soldaten, der bereit iſt zu fechten, ſo will ich der Zweite ſein! Um 1 Uhr wurde die geheime Sitzung unterbrochen; beide Kammern vereinigten ſich, den Schwur des Königs in Empfang zu nehmen. „In Gegenwart Gottes", lautete der Schwur, „ſchwöre ich, die Verfaſſung ehrlich zu beobachten, die königliche Gewalt nur in Uebereinſtimmung der Geſetze auszuüben, Jedem volle Ge-

Digitized by Google

rechtigkeit widerfahren zu laſſen und überall nur das Intereſſe, die Wohlfahrt und die Ehre der Nation vor Augen zu haben. Nachdem der König dann drei Exemplare der Schwurformel unterzeichnet hatte, wendete er ſich an die Kammern mit den Worten: Als ich die Zügel des Staates unter Umſtänden ergriffen, deren Schwere und Bitterkeit Niemand ſo tief fühlt, als ich, habe ich ſchon meine Abſichten ausgeſprochen. Die Befeſtigung der konſtitutionellen Inſtitutionen, das Heil und die Ehre des Vaterlandes werden der ſtete Gegenſtand meiner Gedanken ſein: ich rechne dabei auf die Hülfe der göttlichen Vorſehung und Ihrem Beiſtand. Tief durchdrungen von der Schwere meiner Pflichten, habe ich vor Ihnen den Schwur geleiſtet, der mein ganzes Leben umfaßt.“ Hierauf leiſteten auch die Deputirten und Senatoren den Eid der Treue, und der König entfernte ſich unter den Lebehochs der Verſammlung. Pinella aber forderte die Deputirtenkammer auf, ihre Sitzung wieder aufzunehmen, und verlas nun das Vertagungsdekret, dem (wie bereits gemeldet) heute die Auflöſung folgte.

Gioberti genießt das ganze Vertrauen des Königs; er iſt heute mit geheimen Aufträgen nach Paris abgegangen.

Die Friedensbedingungen, welche Oeſterreich vorzuſchlagen und Victor Emanuel anzunehmen nicht abgeneigt ſein ſoll, umfaſſen nach ſonſt glaubwürdigen Berichten einen vollſtändigen Plan zur Konſtituirung eines italieniſchen Bundes unter dem Protektorat Oeſtreichs. Der Sitz des Bundes ſoll in Mailand ſein, die Stimmen folgendermaßen vertheilt werden: Lombardei und Venedig (das eine beſondere Verwaltung und Verfaſſung bekommen ſoll) 10 Stimmen, Neapel 10, Piemont 10, Rom 6, Toskana 3, Modena 2. Man möchte jedoch gut thun, dieſe Nachrichten nur mit Vorſicht aufzunehmen.

Genua iſt in großer Aufregung. Der General La Marmora iſt mit ſeinen 8000 Mann hingeſchickt worden. In Nizza und Chambery iſt Alles ruhig geblieben.

* Karl Albert iſt, wie nun feſtgeſtellt worden, wirklich in Frankreich. Am 26. war er in Nizza, am 27. in Cannes. Hier wie überall auf ſeiner ganzen Reiſe, iſt er aufs wärmſte empfangen worden. Die Nachricht, daß er von der franzöſiſchen Regierung ein Dampfboot verlangt habe, um nach Portugal zu gehen, wird wiederholt.

* **Palermo**, 19. März. Es iſt unmöglich, ſich einen Begriff von dem lärmenden Enthuſiasmus zu machen, welcher ſeit mehreren Tagen bei Gelegenheit der Erbauung der Verſchanzungen hier herrſcht, welche vom Meer an bis an den Berg St. Ciro gezogen werden. Jeden Morgen ziehen tauſende aller Klaſſen, Männer und Weiber in Begleitung vieler Muſik-Banden, und mit Körben, Schaufeln und Hacken verſehen, durch die Stadt und begeben ſich auf die angewieſenen Stellen. Geſtern arbeiteten mehr als 40,000 Menſchen, worunter die erſten Damen der Stadt mit ihren Töchtern, die Mönche und Pfaffen alle, dann kam der Kardinal mit ſeinem ganzen Kapitel, las Meſſe, ſegnete die Arbeit, und arbeitete dann ſelbſt. Wenn die Begeiſterung ſo fortdauert, ſo kann die Schanze in 20 Tagen ganz fertig ſein, dann ſoll eine zweite auf der anderen Seite der Stadt erbaut werden, ſo daß dann ganz Palermo umringt und befeſtigt ſein wird. Ob nun dieſe Arbeit, welche ungeheuer viel Schaden anrichtet, von Nutzen ſein wird, iſt ſehr zweifelhaft, die Linien ſind ſo ausgedehnt, daß die Vertheidigung jeder wenigſtens 20,000 Mann erfordern wird. Von einer friedlichen Abmachung kann keine Rede mehr ſein, wenn auch die Regierung ſie wünſchte; ſie ſelbſt hat das Volk ſo aufgewiegelt und raſend gemacht, daß ſie ſeiner nicht mehr Meiſter werden kann; und Wehe dem, der von Frieden ſprechen würde. Das Ultimatum iſt nicht angeſchlagen worden, von den Unterredungen der Miniſter mit den Admiralen iſt auch Nichts bekannt, ebenſo wenig weiß man, ob der Waffenſtillſtand aufgekündigt worden iſt. Im Parlament haben keine Sitzungen mehr ſtatt, die Mitglieder der beiden Kammern arbeiten den ganzen Tag an den Verſchanzungen, ſo daß die Miniſter keine Rechenſchaft mehr über ihr Verfahren abzulegen brauchen. Allem Anſchein nach ſuchen ſie ſo viel wie möglich Zeit zu gewinnen.

20. März. Geſtern haben die beiden Admiräle den Waffenſtillſtand aufgekündigt, ſo daß mit dem 29. d. die Feindſeligkeiten beginnen werden. Heute iſt das franzöſiſche Kriegsdampfſchiff von ſeiner Küſtenreiſe zurückgekommen, wo es überall das Ultimatum bekannt gemacht hat. Da ſeine Reiſe und der Zweck derſelben aber ſchon durch den Telegraph angezeigt worden war, ſo hat man Zeit gehabt, das Volk ſo zu ſtimmen, daß die Friedensvorſchläge überall zurückgewieſen worden ſind. — Die Verſchanzungsarbeiten werden mit dem nämlichen Enthuſiasmus fortgetrieben. Die hieſigen Damen ſind der Komödie noch nicht ſatt und erſcheinen jeden Tag mit ihren Töchtern an Ort und Stelle und arbeiten, am meiſten zeichnen ſich die Herzoginnen von Monteleone, und von Gualtieri aus. Da die Kaſſen ſchon wieder leer ſind, ſo iſt eine neue Steuer von 6 Tari auf den Kopf ohne Ausnahme, erhoben werden. Außerdem wird der Finanzminiſter dem Parlament in der nächſten Sitzung eine zweite gezwungene Anleihe vorſchlagen.

22. März. Das Poſtdampfſchiff, welches ſeit ſchon 4 Tagen erwartet iſt, iſt noch nicht angekommen. Wie ich höre, werden die beiden Flotten in wenigen Tagen verreiſen. Hier ſollen blos ein franzöſiſches Linienſchiff und ein engliſcher Dämpfer bleiben, um im Fall der Noth die Unterthanen beider Nationen am Bord zu empfangen. Dieſe Abreiſe wird hier einen traurigen Eindruck hervorbringen, indem Viele noch Hülfe von den zwei Mächten erwarten. Der Enthuſiasmus iſt bereits ſchon bedeutend geſunken, ſeit der Waffenſtillſtand aufgekündigt iſt. Ich habe erfahren, daß nach Catania Befehle ertheilt worden ſind, nicht zu warten, bis der Feind angreift, ſondern gleich nach dem 29. d. nach Meſſina vorzurücken. Die Squadri fangen an anzukommen, geſtern ſind ſchon mehr als 2000 Mann angelangt. Von dieſen unangenehmen und gefährlichen Gäſten ſind 20,000 Mann erwartet, welche mit der circa 8000 Mann ſtarken Nationalgarde die Stadt vertheidigen ſollen. Die regulären Truppen ſind, wie ich Ihnen ſchrieb, alle nach Catania abgegangen, wohin ſich ihr Oberbefehlshaber, General Mieroslawsky, vorgeſtern begeben hat. Dieſelben mögen 7 bis 8000 Mann ſtark ſein, worunter 8 bis 900 Fremde, 250 Mann Kavallerie und 10 Stück Artillerie. Mit dieſer Armee ſollen ſich noch die Freiwilligen und die Nationalgarde der ganzen Inſel, mit Ausnahme der Provinz von Palermo, vereinigen.

Rußland.

Kaliſch, 27 März. Glaubwürdige Reiſende, welche ſo eben aus Petersburg hier angekommen ſind, haben die Nachricht mitgebracht, daß man dort allgemein an eine Schilderhebung in Mitteleuropa zur Jahresfeier der Märzrevolution geglaubt hat. Für dieſe Eventualität hat der Kaiſer wohl auch in Bezug auf ſeine Reſidenzſtadt einige Beſorgniſſe gehegt, denn die getroffenen Maßregeln bezeugen zur Genüge, daß er eine Nachahmung der Revolutionsausbrüche in St. Petersburg nicht außer die Möglichkeit ſetzte. Schon ſeit längerer Zeit ließ er Truppen aus entfernten Gegenden heranziehen, und dieſelben wurden in die umliegenden Dörfer und k. Luſtſchlöſſer gelegt, und zwar in der Art, daß beim Herannahen der Märztage die Stadt im wahren Sinne des Wortes gänzlich cernirt war. Ferner wurden die Fremden um dieſe Zeit mit einer wahrhaft peinlichen Aengſtlichkeit überwacht, und viele derſelben wurden von der Polizei ohne weitere Motivirung der Gründe ausgewieſen. Kaufleute, welche auf der Oſtſee angekommen waren, und ſich ausweiſen konnten, daß ſie nur Handelsangelegenheiten zum Zwecke haben, mußten wochenlang in Kronſtadt liegen bleiben, bis ſie den nachgeſuchten Einlaß in die Stadt erhielten. Damit der Kaiſer aber ſeinen Petersburgern zeige, daß er die Macht beſitze, einen etwaigen Aufſtand unterdrücken zu können, improviſirte er eine große Truppenmuſterung. Wohl über 45,000 Mann, die Garden mit gerechnet, waren auf dem geräumigen Iſaakplatz in Parade aufgeſtellt. Hiernach beſtätigt ſich alſo die von mehreren Zeitungen mitgetheilte Nachricht, daß bereits die Garden aus Petersburg ausmarſchirt ſeien, keineswegs. Wohl aber werden die entbehrlich gewordenen Truppen der Petersburger Cernirungsarmee in langſamen Märſchen ſich nach dem Süden bewegen. Unſere Gewährsmänner haben auf ihrer Reiſe vielfache mobile Kolonnen angetroffen, aber über die Stärke der im Königreich Polen liegenden Truppen konnten ſie keine Gewißheit erlangen. Außer dem Fürſten Galitzin reſidiren gegenwärtig in Kaliſch noch zwei Generäle, welche zuſammen mit dem ſüdwärts an der öſterreichiſchen Grenze ſtehenden Fürſten Stanislaus Jablonovski die Truppen an der Grenze kommandiren. (K. Bl. a. B.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

[157] **Oeffentliche Vorladung.**

In Sachen
Moſes Gutmann in Merchingen, Klägers
gegen
Andreas Knaus, ledig, in Roſenberg, Beklagten
Forderung betreffend.

hat Kläger vorgetrogen, daß er dem Beklagten am 26. Oktober 1845 80 fl. und am 18. Januar 1846 28 fl. baar dargeliehen habe; dieſer habe ihm hierüber an genannten Tagen Schuld-Urkunden ausgeſtellt, und darin die Verzinſung des Kapitals mit 5 % vom Tage des Darleihens an verſprochen. Der Kläger ſtellt, unter Vorlage von Abſchriften genannter Urkunden, im Wege des Erekutiv-Prozeſſes das Begehren, am Schluſſe der Verhandlung zu erkennen:

Der Beklagte ſeie ſchuldig, dem Kläger innerhalb 14 Tagen die eingeklagten Forderungen ad 80 fl. nebſt 5 % Zins vom 26. Oktober 1845 und 28 fl. nebſt 5 % Zins vom 18. Januar 1846 bei Erekutions-Vermeiden zu bezahlen und die Koſten des Streits zu tragen.

Abſchriften der Schuld-Urkunden:

Endesunterſchr'ebener Andreas Knaus von Roſenberg heute Schuldig geworden an Moſes Gutmann von Mechingen an baares gelehntes Geld dieſe reine Summe von achtzig Gulden ſage 80 fl. und verſpreche ſolches zu bezahlen mit 5 % Zins nach Verlangen dem Gutmann welches beſcheint den richtigen Empfang als Schuldner

So geſchehen in Merchingen den 26. Oktober 1845 Andreas Knaus bekennt den richtigen Empfang mit achtzig Gulden als Schuldner

---

Andreas Knaus Berner heute erholten Andreas Knaus von Moſes Gutmann von Merchingen an baares Geld zwanzig acht Gulden und verſpreche mit 5 % Zins wie auch obiger achtz'g Gulden nebſt Zins nach Verlangen zu bezahlen welches Geld ich zu meiner Heirathgeſchäfte gebrauch haben thuhe beſcheint als Schuldner den richtigen Empfang Merchingen den 18. Januar 1846. bekent mit 28 Gulden Andreas Knaus.

Beſchluß:

Da der Beklagte ſich von Hauſe geflüchtet hat, und ſein gegenwärtiger Aufenthaltsort zur Zeit unbekannt iſt, ſo wird er in Gemäßheit des § 272, No. 3 der Prozeß-Ordnung öffentlich vorgeladen, und ihm aufgegeben, in der auf Freitag den 27. April d. J. Vormittags 8 Uhr angeordneten Tagfahrt auf dießſeitiger Kanzlei zu erſcheinen, um ſich über die zu produzirenden Urkunden zu erklären, und die in dieſer Prozeß-Art zuläſſigen Einreden vorzutragen, widrigens jene für anerkannt gehalten und er mit dieſen ausgeſchloſſen würde.

Adelsheim, den 9. März 1849.

Großh. Bad. Bezirks-Amt:
Weber.

vdt. Walz.

---

[119][3] **Bekanntmachung.**

Die der verehelichten Sophie Gerſtenhauer, geb. Apel, zu Heilsberg gehörigen zuſammen auf 2800 Rthlr. gewürderten Immobilien in Dorf und Flur Heilsberg, beſtehend in einer Hofraithe, nebſt Zubehör und 6¼ Acker, 16 Ruth. Artland, Wieſe und Weg auf den Teichen, ſollen einer ausgeklagten Schuld wegen

den dreißigſten Juni d. J.

öffentlich an den Meiſtbietenden verkauft werden.

Unter Hinweiſung auf das am Amtsbrett aushängende, die nähere Beſchreibung der fraglichen Immobilien und die Verkaufsbedingungen enthaltende Subhaſtationspatent werden Kaufluſtige hierdurch eingeladen, an dem genannten Tage, Vormittags 10 Uhr, im Gemeindehauſe zu Heilsberg, vor unterzeichnetem Patrimonialamte zu erſcheinen, ihre Gebote zu thun und ſodann der auktionsmäßigen Verſteigerung, hierauf aber des Zuſchlags an den Meiſtbietenden gewärtig zu ſein.

Remda, am 22. Februar 1848.

Großh. S. acad. Patrimonialamt:
A. Schulze.

---

[89][1a]

Nachricht

für

Auswanderer nach Nord-Amerika.

General-Agentur

der

Fahrgelegenheit zwiſchen Havre und New-York & New-Orleans.

Ich benachrichtige hierdurch alle ſolche Auswanderer, welche meine Fahrgelegenheiten zwiſchen Havre und New-York & New-Orleans benutzen wollen, daß ſie ihre Einſchreibungen bei meinen, am Fuße dieſer Bekanntmachung verzeichneten Herren Agenten vornehmen können, bei welchen auch das Nähere über die Bedingungen, zu welchen ich Auswanderer annehme, zu erfahren iſt.

Die Fahrten zwiſchen Havre und New-York geſchehen regelmäßig das ganze Jahr hindurch, und zwar alle 10 Tage; ebenſo die Fahrten nach New-Orleans in den Monaten März, April, Mai und während der Herbſtmonate.

Sämmtliche Schiffe ſind dem Publikum, ſowohl der Sicherheit ihrer Abfahrten, als auch ihrer innern bequemen Einrichtung wegen ganz beſonders zu empfehlen.

Von Mannheim und allen unterhalb liegenden Rheinhäfen aus werden die bei mir eingeſchriebenen Paſſagiere von einem meiner Kondukteure bis Havre begleitet, der ihnen überall, wo es nöthig ſein ſollte, mit Rath und That an die Hand gehen wird.

Die Reiſe geht entweder mit dem Dampfboote bis Köln und von da mit der Eiſenbahn über Paris nach Havre, oder per Dampfboot über Rotterdam nach dieſem Seehafen.

Die Ueberfahrtszeit von Mannheim oder Mainz bis New-York kann durchſchnittlich auf 30 à 35 Tage, und jene für New-Orleans auf 40 à 45 Tage angenommen werden.

Gegen Bezahlung einer kleinen Aſſekuranzprämie wird das Reiſegepäck von den rheiniſchen Häfen aus bis Havre und auf Verlangen auch bis nach den Vereinigten Staaten verſichert.

Mainz, im Januar 1849.

Der General-Agent
Washington Finlay.

Nähere Auskunft ertheilen meine Agenten, die Herren:

Hermann Fries in Heidelberg, B. Schweig in Karlsruhe, J. B. Engelhard in Bruchſal, F. J. Steinruck in Achern, Th. Paravicini in Bretten, Max Eiſig in Oeſtringen, Wilhelm Bouginé in Freiburg, J. von Runkel in Wertheim, D. J. Herkert in Buchen und G. Claaſen in Mannheim.

---

[80][3] Bei uns iſt erſchienen:

Fünf Bücher

deutſcher

Lieder und Gedichte.

Von A. von Haller bis auf die neueſte Zeit.

Eine

Muſterſammlung

mit Rückſicht auf den Gebrauch in Schulen.

Herausgegeben

von

Guſtav Schwab.

Dritte neu vermehrte Auflage.

Fein gebunden. 51 Bogen in 8°. Preis 1⅓ Thaler.

Auch bei dieſer dritten Auflage iſt an der Anlage und Anordnung des Buches ſo wie an dem Inhalte nichts verändert worden, doch iſt der Herausgeber bemüht geweſen, die Sammlung bis auf die neueſte Zeit fortzuführen. Er hat ſich aber hierbei, gemäß ſeiner Aufgabe, wo möglich Muſterhaftes auszuwählen, darauf beſchränken dürfen, von den ſeit dem Erſcheinen der zweiten Auflage in Deutſchland neu aufgetretenen Dichtern nur dasjenige aufzunehmen, wovon er überzeugt war, daß es auch eine ſpätere Zeit noch gern und mit Anerkennung in dieſer Sammlung finden würde. Ungeachtet der ſtärkern Bogenzahl und der koſtſpieligeren Ausſtattung des Buches iſt der Preis derſelbe geblieben, und die Sammlung wird daher auf den Beifall, der ihr bisher in ſo reichem Maße zu Theil geworden, auch fernerhin Anſpruch machen dürfen.

Leipzig. **Weidmann'ſche Buchhandlung.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 97. Frankfurt a. M., Samſtag 7. April. **1849.**

Ueberſicht.

Das deutſche Volk und die deutſchen Fürſten.

Deutſchland. Frankfurt (Die Erklärung der Reichsgeſandtſchaft an das preußiſche Staatsminiſterium und die Antwort des Staatsminiſteriums. Die Reichsgeſandtſchaft von Berlin abgereiſt. Die Feindſeligkeiten in Schleswig haben begonnen. Amerikaniſche Flottenoffiziere.) Wien (Welden und Komorn. Das goldene Vließ für Radetzky. Die Südſlaven. Die deutſche Kaiſerwahl und Oeſterreich.) Innsbruck (Kaiſer Ferdinand erwartet.) Berlin (Ein Rundſchreiben der Regierung in der Oberhauptsfrage. Der Prinz von Preußen. Die Reichsgeſandtſchaft. Die erſte Kammer. Ein „unwahrer Burſch“. Wer wälzt uns den Stein von des Grabes Thür?) München (Stimmung und Anſichten über die Kaiſerwahl. Parteimanöver.) Annaberg (Der vormalige Miniſter Braun zum Abgeordneten in Frankfurt gewählt.) Mannheim (Urwähler-Verſammlung.) Meiningen (Der Erbprinz nach Schleswig-Holſtein. Der Landtag.) Altenburg (Die Landſchaft und der Reichstagsabgeordnete.) Schleswig (Die Landesverſammlung und das preußiſche Kaiſerthum.) Hamburg (Neueſtes vom Kriegsſchauplatze.)

Großbritannien. London (Die Zeitungspreſſe über die deutſche Kaiſerfrage.)

Frankreich. Paris (Die National-Verſammlung dem Miniſterium wieder günſtig. Gioberti in Paris. Anzeige des Handelsminiſters wegen der ſizilianiſchen Blokade. Die Geſchwornen von Bourges. Die Cholera. Die Subſkription für Changarnier. Die Regierung ſchickt Kriegsſchiffe nach dem Bosphorus.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Ein ungariſches Komite.)

Italien. Turin (Auflöſung der Kammer. Das neue Syſtem. Zuſtand von Genua.) Mailand (Die inſurgirten Städte.) Florenz (Guerazzi, Diktator.) Rom (Raben von Zucchi. Ausgrabungen.)

Schweiz. Bern (Note des Bundesraths an den römiſchen Geſandten. Streit zwiſchen der Berner Regierung und dem Bundesrath.)

---

7. April.

Wir hofften, Deutſchland ſolle zu Oſtern ſeine Auferſtehung feiern; ſtatt deſſen haben wir nur einen Schmerzensfreitag gehabt. Wir haben unſern Leſern ſchon geſtern auf einem beſonderen Blatte das Schreiben des preußiſchen Miniſteriums an die bei den deutſchen Regierungen beglaubigten preußiſchen Geſandten und das Schreiben mitgetheilt, welches die Mitglieder der Reichsgeſandtſchaft an eben jenes Miniſterium gerichtet haben. Die Lage der Dinge hat ſich nach den heutigen Nachrichten nicht verändert. Die erſte Kammer hat ſich, um keinen Entſchluß faſſen zu dürfen, bis zum 11. April vertagt. Die zweite Kammer hat ſich ebenfalls zu keinem Entſchluſſe einigen können. Die deutſche Reichsgeſandtſchaft iſt ſang- und klanglos von Berlin zurückgereiſt. Uns bleiben für heute nur wenige Augenblicke, um, jetzt, wo, um Vinckes Worte in ſeinem letzten Antrage zu gebrauchen, das Zuſtandekommen des deutſchen Verfaſſungswerkes auf eine ferne und ungewiſſe Zukunft verſchoben, und Deutſchland wie Preußen der bedenklichſten Lage entgegengeführt iſt, die Lage des Vaterlandes und die Pflichten, welche ſie auferlegt, uns deutlich zu machen.

Die Antwort, welche der König von Preußen der Reichsgeſandtſchaft ertheilte, ließ mehr als eine Deutung zu. Dem Jubel unſerer Gegner gegenüber, glaubten wir ein Anrecht auf die günſtigſte uns vorbehalten zu dürfen. Ja, wir waren berechtigt, vorauszuſetzen, daß die Rede des Königs keine ander Deutung zulaſſe, als die Erklärung, welche der Miniſterpräſident noch ſo eben in beiden Kammern abgegeben. „Die preußiſche Regierung, hatte er geſagt, hält die letzten Frankfurter Beſchlüſſe nur für diejenigen Regierungen verbindlich, welche ihre freie Zuſtimmung dazu geben.“ Alſo doch verbindlich, alſo doch gültig. Wenn daher der König in der bedenklichſten Stelle ſeiner Rede ſagte: „An den Regierungen der einzelnen Staaten wird es daher jetzt ſein, in gemeinſamer Berathung zu prüfen, ob die Verfaſſung dem Einzelnen, wie dem Ganzen frommt und die mir zugedachten Rechte mich in den Stand ſetzen werden, mit ſtarker Hand, wie ein ſolcher Beruf es von mir fordert, die Geſchicke des deutſchen Vaterlandes zu leiten und die Hoffnungen ſeiner Völker zu erfüllen,“ ſo ließ das wenigſtens die Deutung zu, als ob nur von einer Berathung der Fürſten darüber geredet ſei, ob ſie einem Bundesſtaate nach der Verfaſſung, wie ſie jetzt beſchloſſen, zutreten wollten. Ja der Zuſatz des Miniſters, die preußiſche Regierung werde nichts unverſucht laſſen, um eine Einigung unter den Fürſten herbei zu führen, ließ eine Auslegung als möglich erſcheinen, daß die preußiſche Regierung jene Berathung nur als Mittel betrachte, den Beitritt der einzelnen Staaten möglichſt raſch zu vermitteln. Aber unſere Vorausſetzung der Uebereinſtimmung zwiſchen der vorhergehenden amtlichen Erklärung und der Rede des Königs iſt bitter getäuſcht worden.

Wir beklagten in der Rede des Königs mehr als einen Ausdruck, der wenigſtens ſo gedeutet werden konnte, als ſolle jetzt ein Kongreß der Regierungen zur „Prüfung der Verfaſſung“ zuſammenberufen, deren Verbindlichkeit mithin wieder in Abrede geſtellt werden. Wir wieſen nach, daß eine Umänderung der Reichsverfaſſung von der gegenwärtigen Reichsverſammlung weder zu erwarten, noch zu verlangen ſei. Wenn die Regierungen daher auf ſolchem Wege vorſchritten, ſo hieße das nicht anders, als ſie erklärten die Reichsverfaſſung für ungültig, ſie ſchlöſſen den Reichstag, ſie verſuchten — ein ſehr gefährlicher Verſuch — dem deutſchen Volke eine Verfaſſung zu geben, welche keine andere Grundlage hat, als das Tel est notre plaisir!

Leider iſt eingetreten, was die Feinde der deutſchen Einheit wünſchten. „Die Circular-Note der königl. preuß. Regierung, ſagt die Conſtitutionelle Zeitung, welche die Miniſter geſtern in beiden Kammern vortrugen, beſagt deutlich, was aus der königlichen Antwort an die Frankfurter Deputation errathen werden mußte.“

Ja freilich, was kann deutlicher ſein, als die folgende Stelle:

„Ew .... wollen daher an die ... Regierung die dringende Aufforderung richten, ohne Verzug beſondere Bevollmächtigte nach Frankfurt zu ſenden, welche über folgende Punkte bindende Erklärungen abzugeben autoriſirt ſind:

1) Ueber den Beitritt zum Bundesſtaat und die Bedingungen, unter welchen derſelbe erfolgen ſoll;

2) Ueber die Stellung, welche die Regierungen zu der Nationalverſammlung und deren Beſchlüſſen einzunehmen gedenken, mit der Maßgabe, daß unverzüglich die Vereinbarung über die Verfaſſung erfolge;

3) Ueber das Verhältniß zu denjenigen Staaten, welche dieſem Bundesſtaate beizutreten Anſtand nehmen, wobei es wünſchenswerth erſcheint, daß die neue Geſtaltung den noch beſtehenden Bundesverhältniſſen angepaßt werde.“

Damit iſt der Weg der Note vom 23. Januar offen verlaſſen. Jene Note beabſichtigte, dem Streit über die Vereinbarung die Spitze abzubrechen, eine vorhergehende Verſtändigung herbeizuführen, um die Gefahren, um nicht zu ſagen die Unmöglichkeit einer ſpäteren Vereinbarung zu vermeiden. Statt deſſen hat das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel, dem jene Note wider Willen abgerungen war, es vorgezogen, ſelbſt in der eilften Stunde den Grundſatz der Vereinbarung aufs ſchroffſte hervorzukehren, ja, in der Oberhauptsfrage ſoll der deutſchen Reichsverſammlung auch nicht einmal die Initiative mehr zuſtehen! Graf Arnim ſagt, daß Sr. Majeſtät bereit ſind, auf den Antrag der deutſchen Regierungen und unter Zuſtimmung der deutſchen Reichsverſammlung die proviſoriſche Leitung der Reichsgewalt zu übernehmen.

Das iſt die Frucht des Miniſteriums Manteuffel! Als wir unabläſſig darauf drangen, daß ein Miniſterium, welches nicht die aufgeklärte Mehrheit des Volkes, ſondern eine ſchwache Minderheit, eine äußerſte Partei vertrete, die abſolutiſtiſch handeln werde, ſelbſt ohne es zu wiſſen, weiche, wenn wir Angeſichts der gefährlichen Lage Preußens und Deutſchlands immer auf das Eine drangen, was Noth that, wie hat man uns verkannt und verläſtert! Jetzt endlich, da man das Uebel hat, erkennt man es. Doch uns beſchäftigen andere Gedanken, als dieſe kleinliche Genugthuung. Es gilt das Vaterland zu retten. Die Nation hat, von ihren Fürſten,

wie es ſcheint verlaſſen, keine andere Rettung als ſich ſelbſt. Aber ſie braucht auch an ſich ſelbſt nicht zu verzweifeln.

Wenn es ſich jemals glänzend gezeigt hat, daß das preußiſche Volk in ſeiner großen Mehrheit eine ganz andere Geſinnung hegt, als das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel, ſo iſt es jetzt. Selbſt in den am meiſten royaliſtiſchen Gegenden des Königreiches wünſcht man lebhaft, der König möge ohne Zaudern, unverzagt, die ihm angebotene Würde annehmen. Im Wupperthale wehen die deutſchen Fahnen, und da, wo der Märker das Eiſen reckt, nennt man den König ſchon mit dem kaiſerlichen Namen. Preußen iſt ein konſtitutioneller Staat. Was heißt das anders, als das Volk ſoll nach ſeinem eigenen Willen und nicht nach der Laune eines Einzelnen oder den Einflüſterungen ſchlechter Rathgeber regiert werden? Weg mit dem Miniſterium Manteuffel! ruft jetzt einſtimmig die ganze Preſſe, die konſtitutionelle ſo gut, wie die demokratiſche, von Aachen bis Königsberg aus Einem Munde. Längſt war es die Pflicht der Kammern an die unverweilte Entfernung des Miniſteriums zu denken, ſelbſt wenn es ſich auch nicht ſo unfähig gezeigt hätte, wie es vor den Kammern geſchehen iſt. Jetzt, da es ſich auch, trotz aller früherer Redensarten ſeiner Anhänger, ganz undeutſch gezeigt hat, iſt ſein augenblicklicher Sturz eine gebieteriſche Pflicht, welche den Kammern obliegt. Die erſte Kammer iſt zwar mattherzig genug geweſen, um das Volk in den Tagen ohne Vertretung zu laſſen, wo es einer Vertretung am meiſten bedurfte. Aber beide Kammern ſind am 11. April zuſammen. Das iſt die äußerſte Friſt, welches jenem verhaßten elenden Miniſterium geſtellt iſt. Das iſt glücklicher Weiſe noch vor dem Zuſammentritt des neuen Bundestages. Bis dahin, ſo Gott will, hat Preußen eine andere Politik.

An demſelben Tage ſind die Stände von Hannover vertagt. Das brave Volk von Hannover hat, wie die Dinge ſtehen, eine der wichtigſten und gefährlichſten Stellen in dem heißen Kampfe für Deutſchlands Einheit. Es wird ſeine Pflicht erfüllen. Es wird Hannover nicht die Schmach erleben laſſen, ſich auf dem neuen Kongreſſe durch einen Mann vertreten zu ſehen, der heute feierliche Verwahrung gegen das aufſchiebende Veto einlegt, und morgen dafür ſtimmt, bloß um die Wünſche ſeiner Landsleute und die deutſche Verfaſſung zu Grunde zu richten.

Wir zählen auf die Vertreter des Volkes nah und fern. Ihr Männer von Baden, wahrt eure alte Ehre, immer die erſten zu ſein, wo es die deutſche Freiheit gilt und die deutſche Einheit! Ihr Männer von Kaſſel wißt, was die gute alte Zeit bedeute; thut das Eure, daß ſie nicht wiederkehrt! Ihr von Darmſtadt, zeigt Euch der Ehre werth, daß ihr den Baumeiſter des Domes der Einheit hergegeben habt! Nah und fern, thut Eure Pflicht, ihr deutſchen Männer, und Ihr werdet nach Eurem eigenen Willen regiert werden, nicht nach Fürſtenwillkür. Vor allem aber ſteht zu Eurer Nationalverſammlung. Sie wird Euch das Beiſpiel geben. Innerhalb der Paulskirche gibt es jetzt unter allen deutſchen Vertretern hoffentlich nur noch eine Partei. Es iſt kein Einziger im Hauſe, der nicht manches in der Verfaſſung abgeändert wünſchte. Aber jeder weiß, daß dieſe Verſammlung dieſe Verfaſſung nicht wieder antaſten kann und darf. Die Verſammlung ſteht und fällt mit ihrer Verfaſſung.

Zuletzt ein Wort an Euch, Ihr deutſchen Fürſten. Ihr ſeid in Gefahr, nicht wir und unſer Werk. Die deutſche Einheit kommt zu Stande, ganz gewiß, ja, ſie iſt eigentlich ſchon zu Stande. Ihr würdet das einzige Hinderniß ſein. Laſſet das nicht geſchehen. Wir, die große gebildete Mehrheit des Volkes, hofften und hoffen, daß das große Werk durch Euch nicht gehindert, ſondern gefördert werde. Wir haben uns gewiſſermaßen dafür verbürgt. Laſſet unſere Bürgſchaft nicht zu Schanden werden; wir würden den Spott davon tragen, aber Ihr den Schaden. Wenn Ihr mit Gewalt das hier beſchloſſene Werk vereiteln wollt, ſo vermögt ihr das vielleicht für den Augenblick. Aber gleichzeitig wird im Herzen des deutſchen Volkes ein Entſchluß reifen, deſſen Ausführung keine menſchliche Liſt noch Macht wird abwenden können. Zwiſchen den deutſchen Fürſten und dem deutſchen Volke iſt der Unterſchied, daß letzteres nicht untergehen kann.

Deutſchland.

***Frankfurt**, 6. April.*) Ein Mitglied der Reichsgeſandtſchaft in Berlin ſendet uns den Text der von den Mitgliedern der Reichsgeſandtſchaft am 4. April Mittag 2 Uhr dem Staatsminiſterium überreichten Erklärung:

„Die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung hatte die unterzeichnete Deputation beauftragt, Sr. Majeſtät den König zur Annahme der in der deutſchen Reichsverſammlung begründeten, auf Sr. Majeſtät übertragenen erblichen Kaiſerwürde ehrfurchtsvoll einzuladen.

Sr. Majeſtät der König hat, nach den in der Audienz vom geſtrigen Tage der Deputation gemachten Eröffnungen dieſer ehrfurchtsvollen Einladung keine Folge zu geben dürfen geglaubt und ſich bewogen gefunden, die Ablehnung derſelben durch die zur öffentlichen Kenntniß gebrachten Gründe näher zu motiviren.

Die deutſche Reichsverſammlung hatte am 28. März zur Vollziehung eines Theiles der Verfaſſung, der Wahl des Reichsoberhauptes, nicht anders als nach Verkündigung der ganzen von ihr beſchloſſenen Reichsverfaſſung ſchreiten können; die Uebertragung der erſt in der Verfaſſung begründeten erblichen Kaiſerwürde auf einen der regierenden deutſchen Fürſten ſetzte das Zurechtbeſtehen der Verfaſſung an ſich voraus.

Die Erklärung Sr. Majeſtät des Königs ſieht dagegen die gedachte Verfaſſung in keiner Weiſe als ein bereits geſchloſſenes, auch nur für einen größeren oder kleineren Theil von Deutſchland bereits verbindliches Ganze an.

Sie bezeichnet nicht einmal, gleich der am 2. April von dem Herrn Miniſterpräſidenten der hieſigen Kammer gemachten Eröffnung die Verfaſſung, als für die deutſchen Staaten giltig und verbindlich, deren Regierungen derſelben aus freien Stücken zuſtimmen möchten. Sie erkennt den einzelnen Regierungen nicht blos, wie jene Eröffnung, das Recht zu, die Verfaſſung als ein Ganzes anzunehmen und dadurch dem neuen Bundesſtaate beizutreten oder abzulehnen und ſich dadurch von dem neuen Bundesſtaate auszuſchließen. Indem die Erklärung Sr. Majeſtät ſich über dieſen Punkt vielmehr folgendergeſtalt ausſpricht: („An den Regierungen ꝛc." bis „erfüllen." Siehe Antwort des Königs in der Beilage zu Nr. 94.), macht ſie aus der von der deutſchen Reichsverſammlung verkündigten Verfaſſung einen, der gemeinſamen Berathung der deutſchen Regierungen, alſo auch deren Beſchlußfaſſung durch Majoritäten oder Minoritäten zu unterſtellenden Entwurf.

Es iſt nicht die Aufgabe der Deputation, die Richtigkeit der von dieſer Auffaſſung ſo durchaus verſchiedenen der Reichsverſammlung in allen ihren Fraktionen aus ſtaatsrechtlichen oder andern Gründen zu vertreten. Aber dem Mißverſtändniß, welches der Deputation in Betreff der königl. Erklärung in überraſchender Weiſe mehrfach entgegengetreten iſt, als ob mit der in derſelben enthaltenen Anſchauung des in Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſungswerkes eine Annahme oder auch nur eine Nichtablehnung der ſeitens der Reichsverſammlung an die Maj. gerichteten Einladung irgendwie zu vereinigen wären, dieſem Mißverſtändniß hat ſie ſich, zur Vermeidung fernerer Irrungen, ohne Aufſchub und vor ihrer Rückkehr nach Frankfurt entgegenzutreten für verpflichtet gehalten. Die Einladung, auf Grundlage der Reichsverfaſſung die auf Ihn gefallene Wahl anzunehmen, mußte in dem Augenblicke als von dem Könige abgelehnt angeſehen werden, in welchem Se. Maj. Ihre Willensmeinung dahin zu erkennen gaben, daß die von der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung in zweimaliger Leſung beſchloſſene Verfaſſung überall noch keine rechtliche Exiſtenz und Verbindlichkeit habe, einer ſolchen vielmehr erſt durch gemeinſame Beſchlußnahme der deutſchen Regierungen theilhaftig werden könnte. Unter dieſer Vorausſetzung wäre die Verfaſſung zwar wohl die Grundlage fernerer Berathungen der Regierungen, aber unmöglich die der geſetzlichen Gewalt eines Reichsoberhauptes abzugeben im Stande.

Berlin, 4. April 1849. (Folgen die Unterſchriften.)

Die „Deutſche Reform" theilt das folgende Antwortſchreiben des Staatsminiſteriums mit:

„Das von der Deputation der Nationalverſammlung an uns gerichtete ſehr geehrte Schreiben vom geſtrigen Tage haben wir erhalten. Die Deputation wird, wie wir nicht zweifeln, mit uns die Anſicht theilen, daß wir uns nicht in der Lage befinden, über den Inhalt dieſes Schreibens mit Wohlderſelben in nähere Verhandlung zu treten, vielmehr diejenigen Beſchlüſſe abzuwarten haben, zu denen ſich die deutſche Nationalverſammlung in Folge der der Deputation derſelben von Sr. Majeſtät dem Könige ertheilten Antwort etwa bewogen finden möchte.

*) Dieſe Nachricht iſt unſern ſtädtiſchen Leſern bereits heute durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

Schließlich benützen wir gern die Gelegenheit, der Deputation hierbei Abſchrift des an die dieſſeitigen diplomatiſchen Agenten bei den deutſchen Regierungen in Verfolg jener Antwort Seiner Majeſtät gerichteten Erlaſſes ganz ergebenſt mitzutheilen.

Berlin, den 5. April 1849.

Folgen die Unterſchriften der Miniſter.

Frankfurt, 6. April. Nach heute eingetroffener telegraphiſcher Nachricht iſt es am 3. im Sundewitt'ſchen bereits zu ernſthaften Vortreffen zwiſchen den Reichstruppen und den Dänen gekommen. Eine Schlacht ſteht zu erwarten. (Vergl. unten Hamburg.) (O.P.Z.)

♈ **Frankfurt**, 7. April. Dem Vernehmen nach iſt an die Stelle des Kommodore Parker, der bekanntlich die ihm zugedachte Miſſion abgelehnt hat, der gleichfalls der amerikaniſchen Marine angehörende Kommodore Parry für den Oberbefehl der deutſchen Flotte gewonnen und iſt auch eine Anzahl anderer Flottenoffiziere der vereinigten Staaten bereit, in deutſche Dienſte überzutreten.

△ **Wien**, 1. April. Feldzeugmeiſter Welden iſt heute von Komorn (Vergl. unten Komorn) zurückgekommen: die Feſtung wird ſeit zwei Tagen ununterbrochen mit allen ſeit Wochen zu dieſem Zwecke dahin gebrachten Belagerungsgeſchützen jeden Kalibers beſchoſſen. Die Sturmleitern ſind gebaut, und ſollen, ſobald die erſte Breſche gelegt iſt, in Anwendung gebracht werden. Erzherzog Wilhelm überbringt Radetzky das goldene Vließ, ein Fall, der noch nicht vorgekommen, da der Feldherr im ererbten Adel nicht auf der Stufe ſteht, um regelrecht mit irgend einem Trödel von einem Dutzend hieſiger Familien, bei denen das Pergament in der höchſten Perfektion gefunden wird, konkurriren zu können! Daß der Erzherzog ſeinem Bruder nach des Feldherrn Wunſch, den Maria Thereſien-Orden überbringt, glaube ich Ihnen ſchon geſtern geſagt zu haben. Agramer Blätter ſind heute ganz roſig geſtimmt, da die Regierung alle Beſchlüſſe ihrer Landtage anerkannt habe, und alſo die neue Verfaſſung nur, wo ſie nicht mit dieſen in Konflikt gerathe, verbindlich ſei. Es iſt viel da heraus zu leſen, und man iſt ziemlich geſpannt, ob und welche Antwort das Miniſterium geben wird.

△ **Wien**, 2. April. Unſer Miniſterium kann ſich noch kaum von ſeiner wirklich koloſſalen Ueberraſchung über die Abſtimmung des 28. in der Paulskirche erholen. Es hat ſich in den „ſtillen Frieden" der Feſtung Ollmütz zurückgezogen und thut nun das, womit es hätte beginnen ſollen, um ohne Niederlage den Grundſätzen ſeines Programmes vom November v. J. gerecht zu werden: es kontremandirt die mit der Haſt eines Treibjagens angeordneten Neuwahlen für Frankfurt und veranlaßt die bereits gewählten Abgeordneten privatim, ſich mit einer Ausführung ihres Mandats nicht weiter zu inkommodiren, da die deutſche Reichs-Verſammlung, zwar ſpät, aber zu ihrem eigenen Ruhm und Deutſchlands Heile gerade noch früh genug, begriffen hat, daß die Völkerbeglückungstheorie unſeres Miniſteriums und ſeine „Vorſchwebungen" Deutſchland nichts anderes zu bieten haben, als den alten Bundestag, mit welchem es daſſelbe wieder väterlich führen und lenken will, und zwar, weil es von deſſen Unmündigkeit die tiefe Ueberzeugung hegt, ohne Volksvertretung. Aber die Paulskirche hat ſich wider alles Erwarten aufgerafft und den „kühnen Griff" gethan, der die Ruhe im Innern und die Kraft nach Außen ſichert. Die einzige Antwort, welche Frankfurt auf die Vorſchläge der öſterreichiſchen Miniſter geben konnte, iſt endlich gegeben, und mit ihr fällt uns ein Alp von Beſorgniß für Deutſchland von der Seele. Die Kaiſerwahl iſt die Antwort, welche nicht nur Deutſchlands Freiheit, ſondern auch die der öſterreichiſchen Völker ſichert! Umſonſt ſucht man in hohen Kreiſen ſich über die Tragweite der Beſchlüſſe „der Frankfurter Plebejer" zu täuſchen und ſich auf die Worte Friedrich Wilhelms zu berufen, daß er nur „ſtaatsrechtlich und im Einverſtändniſſe mit den Regierungen" vorgehen wolle und könne; umſonſt. Denn auch unter ihnen gibt es erfahrene Diplomaten, welche jetzt ſchon hell ſehend genug ſind, um zu begreifen, daß jene 28 Regierungen, welche die Kollektiverklärung gaben, auch jetzt ſich den allgemeinen Wünſchen fügen werden und daß die übrigen deutſchen Regierungen nicht weniger thun können, als die Erklärung abgeben, daß ſie geſonnen ſind, ſich der Majorität anzuſchließen. Aber in Ollmütz ſelbſt hat man noch die feſte Ueberzeugung, daß das große Werk an der Eiferſucht der deutſchen Stämme ſcheitern wird; man will dem ſprechenden Beweiſe zum Trotz nicht ſehen, daß am 28. März nicht Preußen, nicht Baiern ꝛc. ſondern vor allem Deutſche ſtimmten. Von dem deutſchen Oeſterreich erwarte das einige Deutſchland keinen lauten Jubel, denn die Wehmuth mäßigt ihn, mit der wir uns ſagen, daß wir ausgeſchloſſen ſind, nicht durch unſre, nicht durch Eure Schuld; aber wer behauptet, daß wir uns nicht mit und für die Brüder freuen, der hat die ſtillen Händedrücke nicht geſehen, mit denen ſich die deutſchen Oeſterreicher begrüßten nach der erſten Nachricht der Kaiſerwahl, der hat nicht wie ich ernſte Männer geſehen, denen unwillkürlich die Thränen über die Wangen rollten, als ſie heute früh in den Frankfurter Blättern laſen, wie man dem deutſchen Kaiſer ein tauſendſtimmiges „Hoch" brachte, in das die Glocken der alten freien Reichsſtadt feierlich einſtimmten.

Innsbruck, 26. März. Heute traf hier die zuverläßige Nachricht ein, daß Ihre Majeſtäten der Kaiſer Ferdinand und die Kaiſerin Maria Anna Anfangs Juni d. J. (nach dem Frohnleichnamsfeſte) Sich nach Innsbruck begeben, und daſelbſt bis zum Spätherbſte verweilen werden. (Bl. a. T.)

Berlin, 3. April. Man verſichert, daß der Prinz von Preußen in Bezug auf die deutſche Frage viel entſchiedener ſein ſoll, als der König, und daß er eine günſtigere Antwort binnen wenigen Tagen in Ausſicht geſtellt hat. (D. R.)

Einige Mitglieder der Deputation waren heute Mittag nach ihrer Audienz nahe daran, wieder abzureiſen; Hr. v. Vincke hielt ſie aber zurück. (B. H.)

⊙ **Berlin**, 4. April. In der um 4½ Uhr Nachmittags beginnenden Sitzung der zweiten Kammer gab der Miniſterpräſident Graf Brandenburg folgende Erklärung ab:

„Die Regierung Sr. Maj. hält es für angemeſſen, der Kammer das mitzutheilen, was in Folge der Antwort Sr. Maj. an die Frankfurter Deputation geſchehen iſt. — Das Miniſterium hat an alle Königl. Geſandten, welche bei den deutſchen Regierungen accreditirt ſind, eine Erklärung ergehen laſſen, des Inhalts:

„Die Rede Sr. Maj. an die Deputation der deutſchen Reichsverſammlung bedarf keiner weitern Auslegung. Während ſie auf der einen Seite die Bereitwilligkeit Sr. Maj., an die Spitze der deutſchen Angelegenheiten zu treten erklärt, haben Se. Maj. auf der andern Seite daran feſtgehalten, daß die angetragene Wahl nur im Wege der Vereinbarung, nur durch das freie Einverſtändniß der Regierungen zur vollen Rechtsgültigkeit gelangen kann.

Um ſelbſt den Schein eines indirekten Zwanges zu vermeiden, iſt die Wahl auch nicht, wie von mehreren Seiten erwartet wurde, unter dem Vorbehalt einer nachträglichen Zuſtimmung angenommen worden.

Je größer die Zurückhaltung und Gewiſſenhaftigkeit der Regierung iſt, um ſo mehr iſt ſich dieſelbe auch der Verpflichtung bewußt, die Geſchicke Deutſchlands einem befriedigenden Ziele entgegenzuführen. Sie hält ſich jetzt, für ebenſo berechtigt als verpflichtet, ein offenes Wort an die übrigen Regierungen zu richten.

In Betracht, daß der Reichsverweſer die Entſchließung gefaßt hat, die ihm übertragene Gewalt niederzulegen, und in Betracht der großen Gefahren, welche Deutſchland hieraus erwachſen können, ſind Se. Majeſtät bereit, auf den Antrag der deutſchen Regierungen und unter Zuſtimmung der deutſchen Reichsverſammlung die proviſoriſche Leitung der Reichsgewalt zu übernehmen.

Eingedenk der Anſprüche, welche ſeine Stellung in Deutſchland ihm gibt, ſind Se. Majeſtät bereit und entſchloſſen, an die Spitze eines deutſchen Bundesſtaates zu treten, welcher ſich aus denjenigen Staaten bildet, die ſich für einen freiwilligen Beitritt entſcheiden.

Die Formen dieſes Bundesſtaats werden weſentlich davon abhängen, wie viele und welche Staaten ſich demſelben anſchließen werden. Die Ausführung jedoch der gefaßten Beſchlüſſe darf hierdurch nicht aufgehalten werden.

Ew.... wollen daher an die ... Regierung die dringende Aufforderung richten, ohne Verzug beſondere Bevollmächtigte nach Frankfurt zu ſenden, welche über folgende Punkte bindende Erklärungen abzugeben autoriſirt ſind:

1) Ueber den Beitritt zum Bundesſtaat und die Bedingungen, unter welchen derſelbe erfolgen ſoll;

2) Ueber die Stellung, welche die Regierungen zu der Nationalverſammlung und deren Beſchlüſſen einzunehmen gedenken, mit der Maßgabe, daß unverzüglich die Vereinbarung über die Verfaſſung erfolge;

3) über das Verhältniß zu denjenigen Staaten, welche dieſem Bundesſtaate beizutreten Anſtand nehmen, wobei es wünſchenswerth erſcheint, daß die neue Geſtaltung den noch beſtehenden Bundesverhältniſſen angepaßt werde;

Die Regierung Sr. Majeſtät wird in längſtens acht Tagen

einen Bevollmächtigten nach Frankfurt ſenden, und gibt ſich der Hoffnung hin, daß die übrigen Regierungen mit gleicher Bereitwilligkeit ohne Verzug ihre Erklärungen abgeben werden."

„Wir ſind hiernach, fügt der Miniſterpräſident hinzu, der Ueberzeugung, daß wir binnen längſtens vierzehn Tagen eine definitive Erklärung abzugeben im Stande ſein werden." (Schwaches Bravo an der äußerſten Rechten, heftiges Ziſchen zur Linken.)

Die zweite Kammer beſchloß am folgenden Tage, am Gründonnerſtage, Mittags wieder zuſammen zu kommen.

Auch die erſte Kammer hat heute Nachmittag 4 Uhr eine außerordentliche Sitzung gehabt, zu welcher die Miniſter durch telegraphiſche Depeſche von Potsdam aus aufgefordert hatten. Die vorſtehende Note iſt dort ebenfalls mitgetheilt; dann hat Graf Dyhrn eine Sitzung auf morgen beantragt; die Rechte hat ſich jedoch entfernt, ſo daß die Verſammlung nicht beſchlußfähig geblieben iſt!

✕ **Berlin**, 4. April. Die heutige Sitzung der erſten Kammer war vorzugsweiſe der Lebensfrage Deutſchlands gewidmet; aber das Ergebniß der Verhandlung war ein anderes, als man erwartete. Der Kriegsminiſter theilte der Verſammlung die Antwort des Königs an die Deputation der Nationalverſammlung mit, um dann fortzufahren: „Das Miniſterium nimmt in dieſer Stunde Anſtand, ſich darüber ſchon zu äußern, was in Folge der Antwort Sr. Majeſtät geſchehen muß und geſchehen wird. Es kann jedoch die Verſicherung geben, daß es auf Grund der Circularnoten vom 23. Januar und 16. Februar, auf Grund der darauf ſich beziehenden Erklärungen des Conſeilspräſidenten, durchdrungen von der Bedeutung des Moments ungeſäumt handeln wird; daß es aber zugleich, mit Hinſicht auf die in der Adreſſe dieſer hohen Kammer enthaltene Andeutung, welche auf die vorhandenen Schwierigkeiten aufmerkſam macht, mit derjenigen Beſonnenheit handeln zu müſſen glaubt, welche die Rückſicht auf die Wohlfahrt Preußens und die darauf geſtützte Einheit Deutſchlands erfordert. (Schwaches Bravo rechts.) Nachdem hierauf drei Anträge in die Abtheilungen gewieſen und einer (auf Anſtellung der nöthigen Zahl katholiſcher Geiſtlichen bei den preußiſchen Heeres-Abtheilungen!) als dringlich erkannt worden war, verlas der Schriftführer den dringenden Antrag von Kuh, Graf Dyhrn und 24 andern Abgeordneten: „eine Kommiſſion zu ernennen, welche die durch die Antwort Sr. Maj. des Königs an die Deputation der Frankfurter Reichsverſammlung herbeigeführte Lage der Dinge in Erwägung ziehe, eventuell eine Adreſſe an des Königs Majeſtät entwerfe, um eine anderweite, mit den Wünſchen der Kammer übereinſtimmende Entſchließung Sr. Maj. herbeizuführen." Die Dringlichkeit wurde mit großer Mehrheit angenommen. Der Vicepräſident v. Wittgenſtein forderte die Abtheilungen auf, ſogleich nach dem Schluß der Sitzung die Kommiſſion zu wählen, damit dieſe am heutigen Nachmittag zuſammentreten könne; die nächſte Sitzung beraumte er aber wegen der Feiertage, und weil mehrere Mitglieder ſchon abgereiſt ſeien, auf Mittwoch den 11. d. M. an! Bracht erklärt hierauf: es ſei nicht zu verantworten, wenn ſie in dieſem wichtigen Moment ſich trennten. Die Mitglieder, welche verreiſt ſeien, möchten nicht diejenigen ſein, deren Abweſenheit am meiſten zu bedauern ſei, denn ſonſt würden ſie mehr Pflichtgefühl gehabt haben. Graf Dyhrn: „Der Antrag iſt ſo dringlich, daß wir keinen Moment zaudern dürfen, auf ihn einzugehen. Wir können die Sitzungen in ſolchen Stunden halten, wo Niemand in Erfüllung ſeiner kirchlichen Pflichten gehindert ſein wird. Das öſterliche Gefühl kann durch eine ernſte heilige Arbeit nicht geſtört werden, und für uns gibt es jetzt nichts Heiligeres, als für die Ehre Preußens und Deutſchlands zu ſorgen." Aehnlich ſprachen Hermann, Fiſcher, Milde. Der erſte, der ſich für den Vorſchlag des Präſidenten erklärt, iſt Hanſemann. Es ſeien hier gründliche Erwägungen nöthig und dazu müſſe man Zeit haben. Die Kommiſſion müſſe die deutſche Verfaſſung genau durchſehen (Unterbrechung, Lachen). Dieſe Verfaſſung ſei in ihrem Zuſammenhange nicht publizirt und es wäre zu wünſchen, daß der Kommiſſion ein vollſtändiges Exemplar derſelben vorgelegt würde. Die Verſammlung dürfe nicht blind in eine ſo wichtige Verhandlung hineingehen (Bravo rechts). Graf Itzenplitz meint, die deutſche Angelegenheit wäre bei den Miniſtern in guten Händen (Oh! Lachen); man müſſe ihnen nur Zeit laſſen, ihre Pläne auszuführen! Gerlach: „Wir müſſen erſt die Wirkung abwarten, welche die gerechten und weiſen Worte des Königs unfehlbar hervorbringen werden" (Gelächter). Saegert: „Das proteſtantiſche Preußen hat das ganze katholiſche Deutſchland gegen ſich". Graf Dyhrn und Kuh ſuchen mit ferneren Gründen die Nothwendigkeit ſchleuniger Berathung zu beweiſen; ein Abgeordneter ſagt: „Die Verhandlung auf Mittwoch vertagen, heißt den Antrag, den man als dringlich anerkannt hat annulliren." Alles umſonſt Die Verſammlung entſcheidet ſich für die Vertagung. Unter den Zuſtimmenden iſt auch Roſenkranz und nicht wenige von der Linken!

** **Berlin**, 4. April, Abends. Die Partei der Neuen Preußiſchen Zeitung, welche das Landwehrkreuz auf der Stirn trägt, iſt zwar zu verachten, doch die Zeiten ſind zu ernſt, zu bedeutſam, als daß es gerathen wäre, auch den geringſten Feind mit bloßer Verachtung abzufinden. Und dann regt ſich doch etwas in uns, das aller Ueberlegung ſpottet, das Menſchliche, und abermals, wir müßten heucheln, wenn wir nicht ehrlich bekennen wollten, daß die raffinirte, die ſchändlige Sophiſtik, mit welcher die Kreuzzeitung die Kaiſerfrage behandelt, uns das Blut ſtromweis ins Antlitz treibt. Am Anfang jeden Monats bringt dieſes Blatt eine nicht immer talentlos geſchriebene Rundſchau, deren beleuchtete ich ſchon einmal eine. Man ſchreibt ſie dem Präſidenten v. Gerlach zu, der als Mitglied der erſten Kammer neulich durch den Muth, koloſſale Dummheiten von der Rednerbühne zu ſagen, auch die am wenigſten Geſcheidten in ſprachlöſes Erſtaunen verſetzte, der ferner am 2. April mit einem Polen und einem rheiniſchen Demokraten der dritte im Bunde war, welcher gegen die ganze Kammer und gegen die Adreſſe in Betreff der Annahme der Kaiſerkrone ſtimmte. Dieſer Präſident v. Gerlach gehörte zu der Klique in der Wilhelmsſtraße. Es war eine Zeit letzthin, wo er ſo oft ſeinem Poſten in Magdeburg deſertirte, um ſich dem Könige aufzudrängen, daß an den Juſtizminiſter, ſeinen Vorgeſetzten, von höchſt achtbarer Seite der Antrag erging, er möge doch dem Herrn Vagabunden anweiſen, auf ſeinem Poſten zu bleiben und nicht bloß zu beten, ſondern auch zu arbeiten. Alſo dieſem Herrn v. Gerlach werden die ſaubern Rundſchauen zugeſchrieben. Vor Kurzem hat der Zuſchauer der Neuen Preußiſchen Zeitung, welcher ſeine Spione Waldeck und Anderen bis ins Haus ſendet, Familiengeſchichten ans Licht zieht, ſo weit geht, zu erzählen, daß einer der Demokraten ſich erhängt, daß ſeine Tochter ihn abgeſchnitten habe, dieſes Feuilleton, welches von einem ganz konſiszirten Subjekt redigirt zu werden ſcheint (von dem mehrfache Verſuche gemacht ſind, ſich der Regierung aufzudringen, natürlich für Geld!), berichtet, daß „öſterreichiſche Dukaten" an Demokraten verſchiedener Bildungsſtufen vertheilt wären. Wir möchten wohl wiſſen, nicht ob dies ſich ſo verhält, ſondern ob nicht außer der Demokratie noch andere Regionen mit öſterreichiſchen Dukaten verſehen ſind! Die N. P. Z. fordert jetzt den König auf, die Wege ſeines Vaters zu wandeln, mit Oeſterreich und Rußland zuſammen zu halten. Ich empfehle Ihnen die in der Beilage zu No. 78 der N. Pr. Z. enthaltene Rundſchau; machen Sie einen kurzen Auszug für Ihre zweite Beilage. Ich hebe nur Eine, freilich die frechſte, ſchamloſeſte Stelle hervor; die Deputation der Reichsverſammlung hätte eigentlich eine „ungnädige" Antwort „verdient", wegen der „Dreiſtigkeit" des Antrags! Das Gericht der Mitwelt über die Partei jener ſchandbaren Zeitung findet ſich in Eckermann's Geſprächen mit Göthe, Bd. 3, S. 261; dort iſt ein Brief Alexanders v. Humboldt, des ſteten Begleiters unſeres Königs, mitgetheilt, der über die letzten Augenblicke des edlen Großherzogs von Weimar, Karl Auguſt's handelt. „Auf einmal ging er (Karl Auguſt) deſultoriſch in religiöſe Geſpräche über. Er klagte über den einreißenden Pietismus und den Zuſammenhang dieſer Schwärmerei mit politiſchen Tendenzen nach Abſolutismus und Niederſchlagen aller freiern Geiſtesregungen. Dazu ſind es unwahre Burſche, rief er aus, die ſich dadurch den Fürſten angenehm zu machen glauben, um Stellen und Bänder zu erhalten! Mit der poetiſchen Vorliebe zum Mittelalter haben ſie ſich eingeſchlichen". Soweit der Großvater der Prinzeſſin von Preußen. Den „unwahren Burſchen," um mit Karl Auguſt zu reden, welcher die Rundſchau der N. Pr. Z. geſchrieben hat, welcher dort den kriechenden Schmeichler des öſterreichiſchen Kaiſers Franz Joſeph abgibt, dieſen „unwahren Burſchen" wird das Gericht Gottes nicht verfehlen.

** **Berlin**, 4. April. (Abends, ſpäter.) Die erſte Kammer vertagt ſich bis Mittwoch, den 11. April — Archimedes und ſeine Figuren! O welche Schlaffheit, welcher Mangel an Männern!

Vergaßen alle die fürchterliche Lehre des: „Zu ſpät!" Und Hanſemann (ich muß lachen, trotz der tiefſten Indignation, über dieſen trunkenen „Nüchternen", dieſen ſtaatsmänniſchen Epicier) fordert, daß die Reichsverfaſſung von einer Kommiſſion geprüft werde; ſein alter, verlachter, verworfener Antrag! Er erſtickt nun einmal an ſeiner nüchternen Staatsweisheit. Er muß ſeinen Senf dazu hergeben, ſeinen Senf nach dem Gaſtmahl! Es iſt ſeine fixe Idee, er iſt zum Narren darüber geworden, der weiſe Daniel! Doch vergeſſen wir den kindiſchen Alten! Die erſte Kammer vertagt ſich wegen der Feiertage. O mein Vaterland, die Herren wollen beten und du magſt darüber zu Grunde gehen; vielleicht beten ſie für Deutſchland, für Deutſchlands Auferſtehung? es iſt aber auferſtanden und ſie kennen es nicht. Wollten ſie doch ihre Hand in ſeine Wundenmale legen. — Nein, nein, ſie werden beten! — Und die zweite Kammer? Parteien, nichts als Parteien; der Simon'ſche Schachergeiſt waltet dort. Souveränetät oder Verſtändigung? und über Sein und Nichtſein Deutſchlands verlangt die äußerſte Linke die Tagesordnung. Mir iſt jeder Antrag recht; gleichviel ob Vincke's, ob Kirchmann's. In dieſer Todesnoth gefällt mir der von Kirchmann noch beſſer, ob ich auch weiß, daß er von Kirchmann eitel Lüge iſt und nur die Partei darin den Schleichhändler ſpielt. Doch haben nicht Gänſe das Kapitol gerettet? — Wer wälzt uns den Stein von des Grabes Thür?

A **München,** 4. April. „Annehmen oder ablehnen?" war die Frage, welche vor zwei Jahren das preußiſche Volk zu beantworten hatte, und deren Entſcheidung das Intereſſe von ganz Deutſchland erregte: annehmen oder ablehnen iſt auch heute wieder die inhaltsſchwere Frage, welche abermals in Preußen, aber dießmal nicht vom Volke, ſondern von deſſen Fürſten zu beantworten iſt. Und die Entſcheidung, welche erfolgen wird, ſie wird wiederhallen nicht nur in allen Gauen des deutſchen Vaterlandes, ſondern auch weit über unſere Grenzen hinaus, ſie wird ein Gewicht in die Wagſchale legen für die Geſtaltung der deutſchen Geſchichte. Mit der größten Spannung und dem ungetheilteſten Intereſſe hat deßhalb auch hier Jeder, der Antheil nimmt an dem Geſchicke des Vaterlandes, den Weg der Deputation der Nationalverſammlung verfolgt, und Alles harrt mit Begierde der Entſcheidung, welche derſelben zu Theil werden wird. Je nach den verſchiedenen Parteien ſind natürlich auch die Hoffnungen und Wünſche, welche man in dieſer Beziehung hegt, ſehr verſchieden: aber ſo viel iſt gewiß, daß ſeit den letzten entſcheidenden Erklärungen von Seite Oeſterreichs die Partei derer, welche mit der jetzigen Majorität der Nationalverſammlung übereinſtimmen, ſich bedeutend vergrößert hat, und daß jetzt Manche aufrichtig wünſchen, es möge der König von Preußen die Kaiſerwürde annehmen, welche dieß noch vor Kurzem für das größte Unglück gehalten hätten. Daß unter dieſen Verhältniſſen die Partei des Hofes, welche mit den Ultramontanen hierin das gleiche Ziel verfolgt, alle Minen ſpringen läßt, um die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu bearbeiten, verſteht ſich von ſelbſt. So iſt es Thatſache, daß in den jüngſten Tagen erſt ein paar Blätter eigens für dieſen Zweck gewonnen wurden, ſo werden ungeſtört an den Straßenecken Flugblätter: „Rückblicke auf Friedrich Wilhelm von Preußen" „Einiges aus dem Leben des neuen deutſchen Kaiſers" u. ſ. w. verkauft — wirklich alle Grenzen überſchreitend iſt aber die Sprache der von der baieriſchen Staatskaſſe bezahlten „Neuen Münchner Zeitung", des Organs unſerer Regierumg. Was ſoll man ſagen, wenn man in derſelben Stellen lieſt, wie z. B. folgende: „Der Spaß wird ernſthaft oder der Ernſt wird ſpaßhaft. Die Beſchlüſſe Frankfurts ſind ein Hohn gegen die Freiheit. So viel iſt gewiß, wer jetzt noch von einer unbedingten Unterwerfung unter die Frankfurter Beſchlüſſe ſprechen kann, iſt entweder unzurechnungsfähig, oder er handelt gegen das eigene Land in einer Weiſe, für welche die Qualifikation nicht ſchwer zu finden ſein dürfte." Stellt man dergleichen Aeußerungen mit denen anderer Blätter, wie z. B. des Volksboten, des Organs der ultramontanen Partei zuſammen, wo unter Anderem zu leſen war: „Die Würfel ſind geworfen — der kühne Griff iſt geſchehen, Oeſterreich, Baiern, Würtemberg, Sachſen, Hannover ins Geſicht geſchlagen. Aber im baieriſchen Volke lebt noch die alte Kraft, die ihr verachtet, weil ihr ſie nicht kennt. Der baieriſche Löwe iſt heute noch ſo furchtbar wie vor Alters, und ihr 290 Kaiſermacher werdet ihn nimmer zähmen" — ſo iſt unſchwer zu errathen, daß es auf nichts weniger abgeſehen iſt, als an die Gewalt der Waffen, an die Furie des Bürgerkrieges zu appelliren. Wird ja ſogar von der Hofpartei offen erzählt: der König habe erklärt, er werde ſich nimmermehr dem König von Preußen als deutſchen Kaiſer unterwerfen, ſondern ſich eher an die Spitze ſeines Heeres und des Volkes ſtellen. Auch eine eigne königliche Proklamation in dieſem Sinne war angekündigt, deren Erſcheinen jedoch, wie man vernimmt, dadurch unmöglich gemacht wurde, daß die Miniſter ſich weigerten, die Verantwortlichkeit hiefür zu übernehmen. Wenn indeſſen König Friedrich Wilhelm die ihm von den Vertretern des deutſchen Volkes angetragene Kaiſerwürde annimmt, und die übrigen deutſchen Fürſten ſich demſelben unterwerfen, ſo wird ſich wohl auch die baieriſche Regierung zweimal bedenken, ehe ſie den Weg des offenen Widerſtandes betritt, denn leicht könnte ſich jene Partei, welche jetzt fortwährend zu beweiſen verſucht, daß mit der Wahl des Königs von Preußen zugleich auch die Trennung von Nord- und Süddeutſchland ausgeſprochen ſei, überzeugen, daß von dem Augenblicke an, da Baiern von dem übrigen Deutſchland losgetrennt werden ſollte, auch eine Trennung der neueren baieriſchen Provinzen von den älteren durchaus nicht zu den Unmöglichkeiten gehören würde. Darum darf man wohl nicht blos in die patriotiſchen Geſinnungen, ſondern ſelbſt in die Klugheit der baieriſchen Regierung das Vertrauen ſetzen, ſie werde nicht auf einen ſo zweifelhaften Wurf Alles auf's Spiel ſetzen.

Annaberg, 2. April. Bei der heute hier für den 16. ſächſiſchen Wahlbezirk ſtattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zur Reichsverſammlung in Frankfurt wurden Dr. Braun in Plauen, vormaliger Staatsminiſter, zum Abgeordneten, und der Mathematikus Schubert allhier zum Stellvertreter gewählt. (L. Z.)

△ **Mannheim,** 6. April. Von Seiten der Demokraten war geſtern eine Urwählerverſammlung ausgeſchrieben, in welcher ſich gegen 400 Menſchen einfanden. Mehrere Redner, unter ihnen Advokat Eller, hielten Vorträge und es wurden die Beſchlüſſe gefaßt: Die Wahlmänner dürften bei den Erſatzwahlen nicht mehr wählen, die noch in der Kammer befindlichen Deputirten ſollten zum ſofortigen Austritt aufgefordert werden und endlich ſei auf eine konſtituirende Verſammlung zu dringen.

♂ **Meiningen,** 4. April. Heute früh iſt der Erbprinz nach Schleswig-Holſtein abgegangen, um ſich dort unſerm Bataillon, welches unter den vorgeſchobenſten Truppen ſteht, anzuſchließen. Auf unſerm Landtage iſt heute nach zweitägiger Debatte, in welcher von einzelnen Abgeordneten verwunderliche Dinge und Einfälle zum Beſten gegeben wurden, über die Civilliſte und die ſeit Jahren fortgeſchleppte Domänenfrage entſchieden oder wenigſtens abgeſtimmt worden. Eine freilich noch aus dem April v. J. ſtammende Regierungsvorlage erklärte ſämmtliche Domänen für Staatsgut; doch ſollte ein Theil derſelben, der den jährlichen Nettoertrag von 75,000 fl. ſichere, als Familienfideikommiß für den Mannsſtamm der herzogl. Familie ausgeſchieden werden, und dieſe Summe von der am 13. März v. J. auf 225,000 fl. feſtgeſtellten Civilliſte abgerechnet, dieſe ſelbſt aber nach einer ſpäteren Regierungsvorlage auf 185,000 fl. herabgeſetzt werden. Der Finanzausſchuß verwarf dieſe ganze Propoſition und ſtellte einen Gegenentwurf, nach welchem alle Domänen Staatsgut werden, alle Naturalleiſtungen aus denſelben an den Hof aufhören, die Civilliſte auf 150,000 fl. baares Geld herabgeſetzt wird und nur im Falle der Mediatiſirung Domänen im Kapitalwerthe von 2 Millionen fl. als Familienfideikommiß an den Mannsſtamm der herzogl. Familie übergehen. Dieſer Entwurf mit verſchiedenen einengenden Zuſatzbeſtimmungen wurde mit 22 gegen 3 Stimmen angenommen. Da der Ausſchuß in der heutigen, zur Abſtimmung beſtimmten Sitzung noch mehrere Aenderungen ſeiner früheren Anträge einbrachte, ſo verlangte das Miniſterium, daß über dieſe die Diskuſſion nochmals eröffnet werde; der Präſident jedoch, welcher nicht wie der wackere Simſon an „fanatiſcher Unparteilichkeit" leidet, glaubte ſolches nicht zulaſſen zu können, und das Miniſterium beruhigte ſich dabei um ſo leichter, da ein Kammermitglied, welches ſich durch beſondere Rührigkeit, nach mancher Leute Meinung ſogar auch durch beſondere Einſicht auszeichnet, noch vor Beginn der Abſtimmung äußerte, dieſelbe werde doch wohl keine endgültige ſein, da das Miniſterium nach derſelben wahrſcheinlich anderweitige Vorſchläge machen werde. Ueberhaupt, was die vorgeſchlagene Verſchmelzung Thüringens und Sachſens betrifft, ſo würde dieſelbe durch den dortigen und hieſigen Landtag nicht erſchwert werden, ihre beiderſeitigen Majoritäten vielmehr vortrefflich zu einander paſſen.

Altenburg, 3. April. Unſere Landſchaft wird ſich morgen auf mehrere Monate vertagen. Als ein charakteriſtiſches Zeichen ihrer Majorität iſt zu berichten, daß dieſelbe unſerm Reichstagsabgeordneten Fritzſche von Roda deshalb ein Mißtrauensvotum überſchickt hat, weil er gegen den Antrag des Abgeordneten Welcker geſtimmt. (D. A. Z.)

Schleswig, 3. April. In der geſtrigen Abendſitzung der Landesverſammlung wurde von dem Paſtor Wolf auf die Beſtellung eines Ausſchuſſes angetragen mit der Aufgabe, „in Erwägung zu ziehen, welche Schritte von der Verſammlung zu thun ſeien in Veranlaſſung der Erwählung des Königs von Preußen zum Kaiſer der Deutſchen." Der ſofort beſchloſſene und erwählte Ausſchuß ſtellte nun in der heutigen Sitzung bei mündlicher Berichterſtattung (Berichterſtatter Dr. Lorentzen) folgende Anträge: „Die ſchleswig-holſteiniſche Landesverſammlung ſpricht ihre Freude aus über die Vollendung des deutſchen Verfaſſungswerkes durch die deutſche Nationalverſammlung und über die Erwählung des Königs von Preußen zum erblichen Kaiſer der Deutſchen; die Landesverſammlung ſpricht ihre Hoffnung aus, daß der König die durch den Ruf der deutſchen Nation ihm angetragene hohe Würde zum Heile des Vaterlandes annehmen werde; die Landesverſammlung beſchließt, eine aus dem Präſidenten der Verſammlung und vier aus ihrer Mitte zu erwählenden Mitgliedern beſtehende Deputation nach Berlin abzuordnen, um Sr. Majeſtät dem König v. Preußen die Gefühle des Landes auszuſprechen." Dieſe Anträge wurden einſtimmig angenommen. Von Ertheilung eines ſpezielleren Auftrags an die Deputation glaubte man abſtehen zu müſſen, da man nicht wiſſen könne, wie bei Ankunft der Deputation in Berlin dort die Sachlage ſein werde. Die ſofort erwählte Deputation beſteht außer dem Präſidenten aus folgenden vier Abgeordneten: Profeſſor Falck, Landdroſt Rathgen, Dr. Steindorff und Hofbeſitzer Lorenzen von Kjelſtrup (in Nordſchleswig). Die Deputation wird ſchon in der Nacht abreiſen. (B. H.)

Hamburg, 4. April. Folgende Nachricht iſt im Laufe der heutigen Börſe hier eingetroffen:

„Rendsburg, 3. April. Die Dänen ſind von Alſen herübergekommen und haben die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen angegriffen, welche ſich in die Linie zurückzogen. Die Dänen haben Gravenſtein beſetzt; ebenſo ſind ſie von Norden her in Schleswig eingerückt und ſtehen 2 Meilen von Hadersleben.

Apenrade, 3. April. Die Blokade unſeres Hafens durch die Najade heute gehörig notifizirt. Bei Aller ſoll ein Gefecht mit den Dänen ſtattgefunden haben.

Kiel, 3 April. Unſer Hafen iſt ebenfalls blockirt. Ob die Elbe auch blockirt iſt, ſcheint noch ungewiß zu ſein, däniſche Kriegsſchiffe ſind bei Helgoland geſehen worden. Auch ſagte man, daß mehrere der Hamburger Kavallerie bei einem Vorpoſtengefechte bleſſirt und gefangen worden wären. Dies ſcheint jedoch nur blinder Lärm zu ſein." (D. R.)

Großbritannien.

* **London,** 3. April. Die Anſichten der engliſchen Blätter über das preußiſche Erbkaiſerthum laſſen ſich je nach ihrem politiſchen Standpunkt denken. Die „Times" iſt gewohnt, dem König von Preußen unter der Hülle der Freundſchaft wohlmeinend zu rathen, die deutſche Krone um Himmelswillen nicht anzunehmen, ſie droht ihm mit dem Zorn ſeines Schwagers, des Czaaren von Rußland, mit einem ruſſiſch-franzöſiſch-öſterreichiſchem Bündniß, mit dem Grimm der deutſchen Radikalen und mit der Kälte Englands. Das „Morn. Chronicle" pflegt ihn bei der ſpezifiſch preußiſchen Ehre zu faſſen und ihm zu beweiſen, daß er das Reich Friedrichs des Großen zu einer bloßen Provinz Deutſchlands zu erniedrigen und einen in ſeinen Händen befindlichen Schatz für ein ungewiſſes Luſtbild dahinzugeben im Begriff ſtehe.

Daſſelbe „Morning Chronicle" verglich vor kurzem die deutſche Kaiſerkrone mit einem „übergoldeten Gebäck aus ſchönſtem Lebkuchenteig" (!), und nannte die Verwerfung des Welckerſchen Antrags ſowohl für den König von Preußen, als für die Frankfurter Verſammlung ein Glück, für jenen, weil er dadurch der Verlegenheit überhoben ſei, das allerdings ſchmeichelhafte Anerbieten auszuſchlagen, für dieſe, weil ſie dadurch der Demüthigung entgangen, eine abſchlägliche Antwort hinnehmen zu müſſen. Die Schlußperiode des eben erwähnten Aufſatzes: „Die Einheit Deutſchlands beruht und wird immer auf der Kraft Preußens beruhen", iſt freilich an ſich richtig, nur verſteht das Morning Chronicle dieſe „Kraft Preußens" in möglichſt partikulariſtiſchem Sinne. Was das „Morning Chronicle" zu der auf den König von Preußen nun wirklich gefallenen Wahl ſagen wird, werden wir demnächſt zu unſerer Freude erleben. Die heutige „Times" bringt bereits einige kurze Aeußerungen über die auf Friedrich Wilhelm IV. gefallene Wahl zum deutſchen Reichsoberhaupt. Sie ſagt: „Die kleineren deutſchen Staaten können ihre innere Ruhe und ſelbſt ihre geſellſchaftliche Exiſtenz nur durch die Unterſtützung aufrecht erhalten, welche die Centralgewalt ihnen angedeihen läßt. In der Perſon des Erzherzogs Johann wurde das Haus Oeſterreich zuerſt erwählt, die Geſchäfte des Bundes zu leiten, und wir ſehen, bei dem bevorſtehenden Rücktritt dieſes Fürſten, keinen Grund, daß die Aufgabe der Bundesregierung proviſoriſch nicht vom Könige von Preußen oder einem Mitgliede ſeiner Familie übernommen werden ſollte."

Aber weiter ſchreckt die Großmutter Times die deutſchen Kinder mit dieſem Friedrich Wilhelm, wie vor alter Zeit die römiſchen Mütter und Großmütter ihre Kinder oder Enkelinnen mit dem bekannten Hannibal ante portas zur Ordnung und zur Vernunft zu bringen pflegten. Ums Himmelswillen nicht, ſagt die Times, greiſe der König von Preußen nach dem deutſchen Kaiſerſcepter, es wäre dieß eine That, welche in Deutſchland eine furchtbare Erſchütterung (!) hervorrufen würde. Aber proviſoriſch, darauf kommt die Times wieder zurück, möge er die Funktion eines Reichsverweſers übernehmen; im Gegentheil: „In kräftigeren Händen als diejenigen des Erzherzogs Johann wird die Anarchie, welche noch in Sachſen und Würtemberg (!) beſteht, unterdrückt, die Verfaſſung Deutſchlands auf der Grundlage der Bundesakte von 1815 eingerichtet und der Friede von Nordeuropa aufrecht erhalten werden." So die „Times", die hier die intimeren Gedanken gewiſſer Herren und ihrer diplomatiſchen Diener zu verrathen ſcheint, wenn ſie die Verfaſſung Deutſchlands auf die Baſis der Bundesakte von 1815 zurückzuführen empfiehlt. Von Seiten Preußens ſcheint man ja ſchon, wenn nicht Alles täuſcht, ganz im Sinne dieſes Artikels handeln zu wollen, wie aus der Erklärung Brandenburgs und aus des Königs eigenen an die Frankfurter Abordnung gerichteten Worten hervorzugehen ſcheint.

Hoffen wir aber mit Vertrauen, daß man in Berlin doch noch die wahre Lage der Dinge im richtigen Sinne erkennen, auf- und erfaſſen und danach handeln wird; und erinnern wir hier an einen frühern Artikel der „Daily News", einer Zeitung, welche die Bedürfniſſe der andern Länder nicht mit dem eigennützigen Maßſtabe der engliſchen Bedürfniſſe und Vortheile mißt, ſondern überall dem Einheitsſtreben und dem Selbſtentwickelungsgange der Völker das Wort redet. Daily News ſang ein wahres Trauerlied bei der Kunde, daß der Welcker'ſche Antrag von der Frankfurter Verſammlung verworfen worden. Nachdem dieſe Zeitung die Beſchlüſſe des Wiener Kongreſſes auf's ſchärfſte kritiſirt und unter andern geäußert, die Eintheilung Europa's auf dem Wiener Kongreß ſchiene nicht von Staatsmännern, ſondern von Generalquartiermeiſtern gemacht, kommt ſie auf die Stellung Oeſterreichs zu ſprechen. Oeſterreich, ſagt ſie, beſtehe nur noch aus einer Armee, und wenn es ſich ſelbſt überlebe und ſeine auseinanderfallenden Glieder wieder zuſammen zu bringen im Stande ſei, ſo werde es nichts weiter ſein können, als ein bloßes ſlawiſches Außenwerk an der großen Feſtung des ruſſiſchen Despotismus. Nicht in den Verträgen von 1815 ſollten die Konſervativen Englands die Kraft drr europäiſchen Mittelmacht ſuchen, nicht auf Oeſterreich, nicht auf Slavonien, nicht auf Preußen ſollten ſie ihr Vertrauen ſetzen, ſondern auf den deutſchen Genius Stein's, der ſich auf Gagern verpflanzt habe. Wenn Preußen in dieſem deutſchen Sinne nicht an die Spitze Deutſchlands trete, müſſe der ſchönſte, urſprünglichſte Theil Deutſchlands wieder unter die Flügel ſeiner kleinen Fürſten kriechen, ohne die Möglichkeit einer Freiheit und einer Verfaſſung, ohne die Größe und Würde eines Vaterlandes. In Verſen, in Romanen, in den Kathedervorträgen eines Profeſſors möge ein ſolches Deutſchland beſtehen, aber in der Wirklichkeit, in dem Gleichgewicht der Staaten, in der Staatsmannskunſt, in den Erinnerungen der Völker und Politiker beſtehe ein ſolches Deutſchland nicht, oder etwa wie Polen und Italien, nur als ein Spitzname und eine Schmach, als ein verächtliches, bemitleidenswürdiges und lächerliches Ding.

Frankreich.

* **Paris,** 4. April. Die heutige Sitzung war dem Miniſterium günſtiger als die beiden letzten; man ſieht, es war mit der

Oppoſtion nicht ſo ernſt gemeint. Nach Annahme mehrer Geſetzesentwürfe von blos lokalem Intereſſe wird zur Fortſetzung der Berathung über das Budget des Miniſteriums des Innern geſchritten. Beim Kapitel „Unterſtützung hülfloſer Franzoſen im Auslande" wird die vorgeſchlagene Reduktion auf die Bemerkungen des Miniſters verworfen. Daſſelbe findet bei dem Kapitel „Unterſtützung politiſcher Flüchtlinge" ſtatt; die Regierung verlangt 1,600,000 Franken, die Kommiſſion ſchlägt eine Verminderung von 160,000 Franken vor. Die Reduktion wird verworfen. Das Kapitel 27: „Unterſtützung politiſch Verurtheilter" 500,000 Fr. wird ohne Weiteres angenommen, ebenſo das Kapitel 28, das für die Kämpfer vom Juli 1830, und vom Februar 1848 ſowie für die Waiſen der im Juniaufſtand von 1832 Gefallenen eine Unterſtützung von 150,000 Franken auswirft. Beim 31. Kapitel „die Kanzleikoſten der Präfekten und Unterpräfekten" erhebt ſich eine etwas längere Diskuſſion zwiſchen mehreren Vertretern und dem Miniſter, aber auch hier wird der Antrag der Kommiſſion verworfen; die nachfolgenden Kapitel bis zum 42. und letzten, wobei die Kommiſſion keine Verminderung vorgeſchlagen hatte, werden faſt ohne Diskuſſion angenommen.

Mit 644 gegen 3 Stimmen wird ſchließlich das Budget des Miniſteriums des Innern in ſeiner Geſammtheit angenommen. Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde unterbrochen, während welcher in dem Bureau die zweite Abſtimmung zur Vicepräſidentenwahl (die erſte war für ungültig erklärt worden, weil nicht die geſetzliche Anzahl von Vertretern daran Theil genommen hatte) vorgenommen wird. Um fünf Uhr wird die Sitzung wieder auf einen Augenblick aufgenommen zur Abſtimmung über einige Lokal-Geſetze. Die Verſammlung entſcheidet, daß am Charfreitag keine Sitzung ſtatthabe, und nach einer abermaligen Unterbrechung von ¾ Stunden verlieſt der Präſident folgendes Reſultat der Vicepräſidentenwahl: die ſechs Kandidaten welche die meiſten Stimmen erhalten haben ſind: Lamoricière 451; Goudchaux 375; Havin 367; Corbon 355; Billault 365; Grevy 319; (ſämmtliche 6 Vicepräſidenten ſind wie bekannt Mitglieder der Linken) zu Sekretären wurden wieder erwählt: Piau und Degeorges.

Heute Morgen ſtand in allen Journalen die Nachricht von der Ankunft Karl Alberts in Paris; ſie hat ſich jedoch als irrig erwieſen. Nachrichten aus dem Süden zufolge, hat Karl Albert die Richtung nach Pau an der ſpaniſchen Grenze eingeſchlagen.

Gioberti iſt in Paris angekommen. Heute Morgen hat auch bereits ein Miniſter-Konſeil ſtattgefunden, dem er und der öſterreichiſche und der engliſche Geſandte beiwohnten. Man wurde ſehr bald einig über die Grundlagen dee zu eröffnenden Konferenzen zur definitiven Regulirung der italieniſchen Angelegenheiten. Unter denſelben erwähnen wir die Errichtung eines allgemeinen italieniſchen Staatenbundes und die Wiedereinſetzung des Papſtes durch die Oeſterreicher. (Wir verweiſen auf die geſtern unter Turin gegebenen Nachrichten.)

Der heutige „Moniteur" veröffentlicht ein Rundſchreiben des Handelsminiſters an die Handelskammern der vorzüglichſten Häfen von Frankreich, worin angezeigt wird, daß die Blokade des Meerbuſens von Palermo durch die neapolitaniſche Flotte von den erſten Tagen des April an beginnen wird. Die neapolitaniſchen Kreuzer haben zugleich den Befehl erhalten, die ganze ſicilianiſche Küſte auf das ſtrengſte zu überwachen, um die Einfuhr von Waffen und Munition durchaus zu verhindern.

Die zwei erſten der 28, den Geſchworenen des Nationalgerichtshofes zu Bourges vorgelegten Fragen, welche den Thatbeſtand conſtatiren ſollen, lauten folgendermaßen:

1) Hat im Mai 1848 ein Attentat zur Veränderung oder zum Umſturz der Regierung ſtattgefunden?

2. Hat im Mai 1818 ein Attentat ſtattgefunden zu dem Zweck, den Bürgerkrieg zu erregen, indem die Bürger gegeneinander in Waffen gebracht wurden?

Beide Fragen wurden mit Ja beantwortet. Die übrigen Fragen betraſen die Schuld der einzelnen Angeklagten: Degré, Larger, Bormes, Thomas, Courtais und Villain wurden für nicht ſchuldig erklärt und ſofort in Freiheit geſetzt; Albert, Barbès, Blanqui und Sobrier für ſchuldig, Blanqui und Sobrier in beiden Punkten mit mildernden Umſtänden (weil dieſe beiden ſich nicht auf dem Hotel de Ville als Regierung einſetzten); Raspail, Flotte und Quentin für ſchuldig blos im erſten Punkte. Albert und Barbès ſind demgemäß zur Deportation (d. h. da vor der Hand noch kein Deportationsort exiſtirt, zur Einſperrung auf dem Mont Saint-Michel), Blanqui zu 10 Jahren, Sobrier zu 7 Jahren, Raspail zu 6 Jahren, Flotte und Quentin zu 5 Jahren Gefängnißſtrafe verurtheilt worden. Die 6 flüchtigen Maiangeklagten, worunter Louis Blanc und Cauſſidière, ſind per contumaciam zur Deportation verurtheilt.

Außer ihren gerichtlichen Geſchäften haben die Geſchworenen des Staatsgerichtshofes zu Bourges, die bekanntlich aus den großen Räthen aller Departements genommen ſind, faſt tägliche Zuſammenkünfte gehalten, um ſich über den in Bezug auf die politiſche Zukunft Frankreichs einzuſchlagenden Weg zu verſtändigen. 72 von den urſprünglichen 80 Geſchworenen haben den Beſchluß gefaßt, vorläufig im Sinne der Aufrechthaltung der gegenwärtigen Verfaſſung zu wirken, da jeder Verſuch zur Einführung der Monarchie bei den widerſtreitenden Intereſſen der drei monarchiſchen Parteien, der Legitimiſten, der Orleaniſten und der Imperialiſten, nur zum Vortheil der rothen Republik ausſchlagen könne, im übrigen aber günſtigere Zeiten abzuwarten. Mit dieſer Verabredung ſind die 72 Geſchworenen in ihre Departements abgereiſt, um dort die Wahlen demgemäß zu leiten.

Die Cholera ſcheint beſonders unter den Mitgliedern der Nationalverſammlung große Fortſchritte zu machen. Eins derſelben, Bln de Bourdon, iſt bekanntlich bereits daran geſtorben. Gegenwärtig liegen der Abt Fayet, Biſchof von Orleans, die Herren Hamard, Teulon und Breymard, ſämmtlich Volksvertreter, gefährlich krank daran darnieder.

Die Börſenmänner und die konſervativen Journale beabſichtigen die Eröffnung einer Subſkription, um dem General Changarnier die von der Nationalverſammlung ihm geſtern entzogenen 50,000 Fr. ſeines Gehalts zu erſetzen. Changarnier zeigt aber an, daß er die Subſkription nicht annehmen werde.

Die franzöſiſche Regierung hat auf Verlangen ihres Geſandten in Konſtantinopel beſchloſſen, mehrere Kriegsſchiffe in den Bosporus zu ſchicken, um in Gemeinſchaft mit einem engliſchen Geſchwader die Dardanellen zu überwachen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Peſth, 30. März. Es ſcheint hier ein geheimes Komite zu beſtehen, welches mit der debrecziner revolutionären Regierung in Verbindung iſt. Es werden nämlich täglich eine Menge gedruckter Plakate in ungariſcher Sprache auf allen Straßen gefunden, welche theils Kriegsbulletins der debrecziner Regierung, theils aber auch Befehle und Verordnungen derſelben enthalten. Die Einnahme von Herrmannſtadt durch Bem war hier durch ſolche Plakate bereits am 22. März bekannt. Es iſt der Polizei noch immer nicht gelungen, dieſen geheimen Depeſchendepots auf die Spur zu kommen. (Allg. Z.)

Jatlien.

* **Turin**, 31. März. Die Auflöſung der Kammer wird in dem Bericht der Miniſter an den König mit der Nothwendigkeit begründet, bei den völlig veränderten Zuſtände, in welche die Ereigniſſe Sardinien geführt hätten, einen friſchen Ausdruck des Volkswillens zu hören. Der Termin, an dem die neue Kammer zuſammentreten ſoll, iſt übrigens noch nicht angegeben.

Daß der König eine neue Richtung der Politik einſchlagen will, beweiſt die Wahl Gioberti's zum Miniſter. Mit den Anſichten deſſelben reimt es ſich ſehr wohl, was man von dem Vergleich erzählt, über den Radetzky und der neue König Victor Emmanuel ſich verſtändigt hätten. Eine definitive Ordnung der italieniſchen Angelegenheiten ſoll vermittelſt eines Bundes zwiſchen allen italieniſchen Staaten eintreten. Der König von Piemont würde allen Anſprüchen auf die Lombardei entſagen, dagegen aber die Herzogthümer Parma und Piacenza erhalten. Zugleich würde Piemont vermittelſt eines Schutz- und Trutzbündniſſes ſich der Politik Oeſterreichs gegen das übrige Italien, im Vereine mit dem König von Neapel anſchließen und namentlich zur Wiederherſtellung der monarchiſchen Verfaſſung in Rom und Toscana mitwirken.

Die Deputirtenkammer wird ſich fügen. Hier und da hieß es, daß ſie in dieſem Falle die Abſicht habe, ihren Sitz nach Genua zu verlegen und in dieſer, durch ihren demokratiſchen Geiſt und ihre republikaniſchen Tendenzen ſich auszeichnenden Stadt fortzutagen. Aber es wird nicht dazu kommen. Die Kriegspartei wirft dem Verrath der Ariſtokraten, welche in den Tagen des Kampfes die Armee durch falſche Gerüchte von republikaniſchen

№ 97. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 7. April 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Der Hochverrathsprozeß gegen Fiſchhof. Proklamation Welden's an die Beſatzung von Komorn. Sina, Vice-Gouverneur der Nationalbank. Ein Schmähgedicht von Grillparzer auf den Reichstag. Die Rüſtungen in der Türkei. Die Wahlen nach Frankfurt widerrufen. Die Abgeordneten zurückberufen. Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Ungünſtige Nachrichten aus Ungarn. Militäriſch-Polizeiliches. Radetzky. Die Grätzer Nationalgarde.) Berlin (Das Rundſchreiben der Regierung in der erſten Kammer. Das Kaiſerthum und Preußen.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Siebenbürgen (Die Erfolge der Ungarn in Siebenbürgen.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

Wien 31. März. Ueber den Hochverrathsprozeß gegen Dr. Fiſchhof beim hieſigen Kriminalgerichte erfährt man, daß der Hauptbeweis gegen ihn in einem Chiffrebrief beſtehen ſoll, den er noch als Miniſterialrath auf ſeiner Dienſtreiſe durch Galizien wegen Einrichtung von Choleraſpitälern an Bem geſchrieben hat und worin er den Sieger von Oſtrolenka für kommende Fälle nach Wien einladet, um dort der Volksſache ſeinen tapfern Arm zu leihen. Wenn Dies wahr iſt, ſo dürſte Fiſchhof verloren ſein, denn es würfe zugleich ein grelles Schlaglicht auf die geheime Geſchichte der lange vorbereiteten Oktoberrevolution. Man wird ſich erinnern, daß nach jener Niederlage Bem's bei Stolzenburg die Equipage deſſelben mit ſeinen geheimen Papieren erbeutet wurde, und ſchon damals verlautete davon, es ſeien darin Chiffreſchriften von großer Wichtigkeit gefunden worden, die über die Zwecke und Führer der Oktoberrevolution ein helles Licht verbreiten. Fiſchhof iſt gerade der Mann unſerer Revolution, welcher den merkwürdigſten Glückswechſel erfahren hat, vom unbekannten Spitalarzt mit 250 Fl. Gehalt ſchwang er ſich raſch zum Führer der Aula und ſpäter zum Präſidenten des Sicherheitsausſchuſſes empor. Doblhoff berief ihn als Miniſterialrath ins Sanitätsdepartement, während ihn die Vorſtadt Matzleinsdorf zum Reichstagsdeputirten erwählte. Im Beſitz von Einfluß, Anſehen und einem regelmäßigen Einkommen von 700 Fl. per Monat, ſtürzte ihn plötzlich das Schickſal in eine einſame Zelle des Kriminalgerichts hinab, wo er einem traurigen Loos entgegenſieht. (Brsl. Z.)

△ **Wien**, 2. April. Welden hat an die Beſatzung Komorns folgende Proklamation erlaſſen: „Se. Majeſtät Franz Joſeph I. hat nach Beſteigung des Thrones dem Königreich Ungarn Gleichberechtigung mit den übrigen k. k. Reichen und den reumüthig Zurückkehrenden Verzeihung zugeſagt; dieſen Grundſatz befolgte auch der Oberfeldherr Fürſt Windiſchgrätz, als er mit ſeiner ſiegreichen Armee bis zur Theiß vordrang und nach der Einnahme Kaſchaus und Tokays Niemand zur Verantwortung zog, welcher ſich dem Geſetze unterwarf. Nur auf die Verräther, die ihrem elenden Ehrgeiz zu Liebe ihr eigenes ſchönes Vaterland noch jetzt verwüſten und dieſem gottloſen Bürgerkriege auf alle mögliche Weiſe Vorſchub leiſten, nur jenen iſt Tod und Verderbniß zugeſagt. Dem zu Folge gebe ich noch 12 Stunden Friſt, um daß ein Jeder zu den k. k. Fahnen zurückkehren kann. Mit Verlauf dieſer Friſt werde ich aber die Zerſtörung Komorns ſo lange fortſetzen, als ich noch einen braven Soldaten und meine Kanonen noch Schießbedarf haben. Gott wird helfen! Vor Komorn, d. 30. März 1849. Oberbefehlshaber Welden, F.-Z.-M."

* **Wien**, 2. April. Baron Sina iſt zum Vizegouverneur der öſterreichiſchen Nationalbank ernannt worden. Die Südſlaviſchen Blätter bringen die Nachricht, der Dichter Grillparzer habe ein Pendant zum Gedicht an Radetzky in einem Schmähgedicht auf den Reichstag verfaßt. Die Rüſtungen in der Türkei werden immer bedenklicher, man beſorgt, daß dabei magyariſch-ſerbiſche Umtriebe ſtattfinden.

* **Wien**, 3. April. Alle Wahlen nach Frankfurt ſind widerrufen und unſere Abgeordneten ſind von dort abberufen. Doch wird nach einem leitenden Artikel im heutigen „Lloyd" wohl Frankfurt, nicht aber Deutſchland damit aufgegeben. Der Handelsminiſter iſt nach Verona abgereiſt, um die Friedensverhandlungen mit Sardinien zu leiten. Gouverneur Welden iſt von Komorn mit der unliebſamen Nachricht zurückgekommen, daß an eine Einnahme der Feſtung durch Sturm vorerſt nicht zu denken ſei. Das Bombardement währt fort. Wie man erfährt, hat General Dembinski mit einem Armeekorps die Donau paſſirt und bedroht Weißenburg, welches auf der geraden Straße nach Ofen liegt. Der von mehreren Zeitungen gegebenen Nachricht, daß ein Einmarſch der ruſſiſchen Truppen in Gallizien bevorſtehe, wird auf das Beſtimmteſte widerſprochen. Der öſterreichiſche Konſul in Belgrad, Mayerhofer, iſt vorgeſtern Nachts nach Ollmütz hier durchgereiſt, er ſoll der Ueberbringer niederſchlagender Nachrichten ſein. Von Seite der Militär-Stadtkommandantur iſt die in Leipzig erſcheinende Zeitſchrift „der Leuchtthurm" hier verboten worden. Bei der vor zwei Tagen im Weichbilde Wiens vorgenommenen allgemeinen Streifung wurden 127 ausweisloſe und bedenkliche Individuen, ſämmtlich der unterſten Volksklaſſe angehörig, verhaftet. Der verſtorbene Endlicher hat ſehr beträchtliche Schulden, man ſagt fl. 200,000 K.-M. zurückgelaſſen. Die Deputation des hieſigen Gemeinderaths, die das Ehrenbürgerrecht dem Feldmarſchall Radetzky überbrachte, iſt von ihm in außerordentlicher Weiſe empfangen worden. Sie war ihm bis Novara nachgereiſt und traf um Mitternacht dort ein. Der greiſe Feldmarſchall empfing ſie trotz ſeiner Ermüdung ſogleich, umarmte einige mit großer Wärme und beherbergte ſie in ſeiner eigenen Wohnung. Ein Miniſterialerlaß an das Grätzer Nationalgardekommando ſpricht die Drohung aus, Grätz in Belagerungszuſtand zu erklären, ſobald die Garde ſich noch einmal an einem Volkskravall betheiligt oder durch ihre paſſive Haltung einen ſolchen gewähren läßt.

⁂ **Berlin**, 5. April. Die erſte Kammer wurde geſtern um 4 Uhr Nachmittags nochmals zuſammenberufen, um den Miniſter des Auswärtigen die neueſte Cirkularnote verleſen zu hören. Dann ſtellte Graf Dyhrn den Antrag, daß die nächſte Sitzung morgen ſein ſolle. Der Vicepräſident von Wittgenſtein verweigerte jedoch die Debatte auf Grund der Geſchäftsordnung und ein Theil der Mitglieder verließ den Saal, um die Verſammlung — beſchlußunfähig zu machen. Man ſchritt zum Namensaufruf und dieſer ergab die Anweſenheit von nur 77 Mitgliedern. Die nächſte Sitzung wird alſo am 11. d. ſtattfinden. In Folge der geſtrigen Sitzungen iſt der Ruhm der erſten Kammer, deutſcher zu ſein als die zweite, dahin. Wie es mit dieſem Ruhme ſtand, konnte man aber hier zu Ort ſchon früher ſehen. Deutſchgeſinnt ohne Weiteres iſt nicht einmal die ganze Linke; die Rechte, mit wenigen Ausnahmen, geht auch in dieſer Frage mit der Regierung. Nachdem übrigens die Regierung ihre Anſichten in der Cirkularnote kundgegeben hat, wünſcht man hier dringend, daß ſich die deutſche Nationalverſammlung im Unmuth darüber nicht zu einem übereilten Beſchluſſe hinreißen laſſe. Man hofft, daß die übrigen deutſchen Regierungen die Wahl der Nationalverſammlung beſtätigen werden (man will darüber ſchon Nachrichten haben!) und daß der König, wenn dieſe Gewiſſensſache erledigt iſt, dem an ihn ergangenen Rufe mit ganzem Herzen folgen werde. Schon jetzt ſoll er mit dem Gedanken der Kaiſerwürde viel vertrauter geworden ſein, wozu, wie man verſichert, der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen weſentlich beigetragen haben. Nur den Muth und die Geduld und die erprobte ſtaatsmänniſche Haltung nicht verloren, dann wird noch Alles zu gutem Ende gehen!

** **Berlin**, 5. April. Wir feiern heute den glorreichen Frieden von Baſel; er kann nicht würdiger begangen werden: die Boten der deutſchen Nation ſind ſanglos, klanglos davongezogen. Wir ſchwenken die Tücher, wir ſchwenken die Hüte, ſie zogen in die Weite. Jetzt kommen die Zeiten des Rheinbundes und unſre Bußtage von Jena und Tilſit. Die deutſchen Fürſten hohnlachen; ſie haben ja nur Unterlaſſungsſünden begangen. Der erkorene Kaiſer, der zwar nicht alle Herrſchergaben, doch ſo viele edle echtmenſchliche Eigenſchaften in ſich vereinigt, will nichts — uſurpiren; wahrlich Friedrich der Große heißt der „Einzige"! Die Miniſter —? ob ich es verantworten kann, daß ich meine Geißel wegwarf um das Bischen „Verfaſſung", um dieſen Schemen von Konſtitution, freilich in antirevolutionärer, treuer Abſicht? Sie ſind nicht unehrlich; wenigſtens nicht Alle. Der Fehler iſt ein Gehirnfehler. Aber ihre Fehltritte ſtürzen Deutſchland ins Verderben. Wir werden regiert, wie zur Zeit des Vorgängers des großen Kurfürſten Friedrich Wilhelm. Aber unſre Kammern ſind verſammelt! Die erſte Kammer, der hohe Senat vertagt ſich bis zum 11. April; die hochedlen Senatoren müſſen den Feiertag heiligen, ſie müſſen beten; Deutſchlands Todtenmeſſe wird began-

gen werden; derſelbe Heinrich v. Wittgenſtein, der die ſchöne Anrede an die Kaiſerboten auf dem Bahnhof hielt, gab den ſchmählichen Vertagungsrath. Die zweite Kammer hält eben Sitzung; aber ich kenne ſchon die zahlloſen Anträge auf — Tagesordnung. Die einfache iſt zwar verworfen; doch jede einzige der motivirten beſteht aus lauter hohlen Worten mit Ausnahme der von Waldeck proponirten, welcher nicht Deutſchland, ſondern die Revolution obenan ſtellt. Die Kammer zerfällt in ihre Atome. Auch hier iſt ein Gehirnfehler mit im Spiel. Die Herren begreifen den Unterſchied von Vereinbarung und „Verſtändigung" nicht. Das Wort „Verſtändigung" prangt in der Adreſſe; daß damit der Rechtsſtreit um Souveränetät und Vereinbarung *gebannt*, daß damit das letzte entſcheidende Wort dem Parlament zuerkannt, daß dieſes letzte, entſcheidende Wort von der Reichsverſammlung geſprochen iſt; ferner daß die geſtrige Note des Grafen Arnim die Vereinbarung in der Strenge der Form „auf die Spitze treibt" und die „nachträgliche Negative" ergreift, was die Note vom 23. Januar ſo bitter tadelte, daß die Regierung an der von ihr erfundenen Politik (d. h. von Camphauſen und Bunſen, nicht von dieſen *Automaten*) einen Treubruch begangen und zum gehorſamen Diener von Ollmütz geworden, — davon läßt ſich die hohe Volkskammer nichts träumen. Die einzigen Anträge, die mir zuſagten, ſind die meiner politiſchen Gegner Rodbertus und Kirchmann. Man kann wahrhaftig heute mit keiner Partei durch dick und dünn gehen; ich wünſche Rodbertus, der Egoiſt, behauptete das Feld.

Eigentlich kann es mir Alles gleichgültig ſein. Die Miniſter rücken nicht von ihren Stühlen. Sie bewaffnen die Revolution, um wieder einmal zu retten. Mich rührt jetzt nur Eins: *Was wird in der Paulskirche geſchehen?*

O Ihr Vertreter meiner Nation. Scheert Euch nicht um die Ultimate hirnloſer Kabinette. Vergeßt der ſechzehn Millionen Deutſcher nicht, welche die Kaiſerkrone auf Grund der unveränderten Reichsverfaſſung *angenommen haben*.

An der Reichsverfaſſung, wie ſie iſt, hängt unſer Heil. Aber ein untrennbarer Theil derſelben iſt die Uebertragung des Kaiſerthums auf Preußen. Sie iſt nicht auf Zeit geſchehen, nicht an eine Perſönlichkeit geknüpft. Das Kaiſerthum iſt erblich. Der König von Preußen *iſt* bereits Kaiſer der Deutſchen. Seit dem 28. März ſind der Prinz von Preußen und ſein Sohn Friedrich auf Grund der Reichsverfaſſung Erben der deutſchen Krone, deutſche Thronfolger. Hier iſt von Ablehnen keine Rede. Doch da der erkorne Kaiſer durch Gewiſſensſkrupel, worin ſchlechte Rathgeber ihn beſtärkt haben, wovon ſogar die Vertreter ſeines Volks ihn zu befreien nicht die Weisheit und die Kraft hatten, ſich zurückhalten läßt, Reichsverfaſſung und Wahl anzunehmen, ſo iſt es an der Reichsverſammlung und der proviſoriſchen Centralgewalt, die beſtehenden Hinderniſſe hinwegzuräumen. Dieſe Hinderniſſe beſtehen an den deutſchen Höfen. Sie ſind durch die Centralgewalt aufzufordern, daß ſie förmlich und feierlich die Kaiſerwahl und die beſchloſſene Reichsverfaſſung anerkennen. Halten wir feſt am Kaiſerthum, am erblichen Kaiſerthum, deſſen Träger das Land Friedrichs des Großen iſt. Uns unſerem Volke gilt es als vollendete Thatſache.

△ **Berlin**, 5. April. Ehe die zweite Kammer heute zu der Berathung des Kaiſerantrages kam, wurde die vielfach angeregte Frage wegen der Juſtizorganiſation durch die Annahme folgender Tagesordnung erledigt, welche nicht undeutlich ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium enthält: „Die Kammer, indem ſie ſich ausdrücklich dagegen verwahrt, daß die Verordnungen vom 2. und 3. Januar 1849 ohne Zuſtimmung der Volksvertretung erlaſſen werden konnten und indem ſie das Staatsminiſterium für allen aus dieſem verfaſſungswidrigen Verfahren entſtehenden Schaden für verantwortlich erklärt, geht in Betracht des Umſtandes, daß eine Siſtirung der bereits weit vorgeſchrittenen Ausführung der gedachten Verordnungen zu neuen Verwicklungen führen würde, über den Antrag des Abgeordneten Parriſius und Genoſſen vom 9. März c. zur Tagesordnung über." Die Verhandlung über die Kaiſerfrage war nicht erfreulich. Schon Vorgänge in der Kommiſſion, welche zur Abfaſſung der von Vincke vorgeſchlagenen Adreſſe niedergeſetzt war, ließen einen unglücklichen Ausgang erwarten. Im Bericht der Kommiſſion heißt es: Die Kommiſſion hat den Antrag einſtimmig als dringlich anerkannt, und die Mehrheit hat ſich aus den in demſelben entwickelten Motiven für die Entwerfung einer Sr. Majeſtät dem Könige einzureichenden Adreſſe entſchieden. *Ueber die Faſſung dieſer Adreſſe konnte indeß eine Einigung in der Kommiſſion nicht erzielt werden.* Zuerſt wurde von dem Referenten (Vincke) der nachſtehende Entwurf vorgelegt:

Königliche Majeſtät!

Die Antwort, welche Ew. Majeſtät den Abgeordneten der Deutſchen Nationalverſammlung zu ertheilen geruht haben, hat uns tief erſchüttert. Angeſichts der dringenden Gefahren, welche von Innen und Außen der Neugeſtaltung des Deutſchen Vaterlandes drohen, hatten wir die Anſicht auszuſprechen uns geſtattet, daß Ew. Majeſtät dem von den Vertretern des deutſchen Volkes ergangenen Rufe ſich nicht entziehen wollen. Soll aber, wie wir mit Schmerz vernommen, die auch nur vorläufige Annahme dieſes Rufes von dem ferneren Reſultate der gemeinſamen Berathung der deutſchen Regierungen abhängig gemacht werden, ſo wird — wir dürfen das nicht verſchweigen — eine ſo lange Verzögerung des hochwichtigen Werkes vielleicht das Werk ſelbſt gefährden und zerſtören. Wir wiederholen daher nochmals in Ehrfurcht die dringende Bitte:

Ew. Majeſtät wollen die oft bewährte deutſche Geſinnung aufs Neue beſtätigen und — unter Vorausſetzung der Zuſtimmung der betreffenden deutſchen Regierungen — die Würde eines Oberhauptes des deutſchen Bundesſtaates ohne Zögerung übernehmen.

Bei der Abſtimmung entſchied ſich die Kommiſſion mit 12 gegen 10 Stimmen für die Verwerfung dieſer Faſſung. Sodann legte der Abgeordnete v. Kirchmann den nachfolgenden Adreßentwurf vor:

Königliche Majeſtät!

Die verantwortlichen Räthe der Krone haben uns die Antwort mitgetheilt, welche Ew. Majeſtät der Deputation der deutſchen Nationalverſammlung auf die Botſchaft wegen Ew. Majeſtät Wahl zum deutſchen Kaiſer ertheilt haben. Ew. Majeſtät haben darnach die Annahme der Wahl von dem Einverſtändniß mit den gekrönten Häuptern und freien Städten Deutſchlands und von den Erwägungen der Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten über die deutſche Verfaſſung abhängig gemacht. Erſchüttert von dem Gedanken an die Gefahren ſolcher Ew. Majeſtät von Ihren verantwortlichen Miniſtern angerathenen Grundſätze, und erfüllt von der Größe und dem Ernſte des Augenblicks, nahen wir, die Vertreter eines großen deutſchen Volksſtammes, nochmals Ew. Majeſtät. Mögen Ew. Majeſtät nicht zögern, mögen Ew. Majeſtät die Wahl jetzt annehmen, und auf Grund der beſchloſſenen Verfaſſung den Kaiſerthron Deutſchlands beſteigen. Ein kühnes und entſchloſſenes Ja, es wird durch ganz Deutſchland wiederhallen, ein ſolches Ja wird dem deutſchen Volke die Bürgſchaft ſein, daß ſein Kaiſer die volle Einheit, die ganze Freiheit und die wahre Ordnung von ganz Deutſchland pflegen und ſchirmen werde. Die Frage iſt groß, laſſen Ew. Majeſtät groß auch die Antwort ſein.

Auch für dieſe Faſſung entſchied ſich indeß nur eine Minderheit von 10 gegen 12 Stimmen. Die Kommiſſion ſieht ſich daher außer Stande, einen beſtimmten Antrag zu ſtellen, und muß es der hohen Kammer anheim ſtellen, ob und welche Anträge aus ihrem Schooße hervor gehen ſollen.

Zahlloſe Verbeſſerungsanträge waren dazu eingegangen, Tagesordnungen aller Art. Vincke ſelbſt hatte (für ſeinen eigenen Antrag) eine Tagesordnung vorgeſchlagen. Sie lautet:

In Erwägung:

1) daß die von der Regierung Sr. Maj. des Königs beſchloſſene Ablehnung der von der deutſchen National-Verſammlung Sr. Maj. angetragenen Würde eines Oberhauptes des deutſchen Reiches das Zuſtandekommen des deutſchen Verfaſſungswerkes auf eine ferne und ungewiſſe Zukunft verſchiebt, und Deutſchland wie Preußen der bedenklichſten Lage entgegenzuführen droht,
2) daß aber, nachdem einmal durch die der Kammer mitgetheilte Cirkularnote vom 3. d. M. die Erklärungen der einzelnen deutſchen Regierungen, mit Anberaumung einer Friſt von 14 Tagen erfordert ſind, der Ablauf dieſes Zeitraums zuvörderſt abgewartet werden muß, um die durch dieſe Note jenen Regierungen gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten nicht zu verletzen,

geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten von Vincke und Genoſſen für jetzt zur Tagesordnung über.

Die Tagesordnung der äußerſten Rechten ſchließt:

In Erwägung,

daß die der Deputation in feierlichſter Form verkündete

Entſchließung unbeſtritten im Bereiche der konſtitutionellen, durch die Zuſtimmung der Kammern nicht bedingten Rechte der Krone liegt, — daß eine Remonſtration gegen dieſelbe in Form einer Adreſſe an des Königs Majeſtät der konſtitutionellen Stellung der Kammer nicht gemäß iſt;

In Erwägung endlich,

daß auch der von der Regierung bezeichnete Weg, zu einer definitiven und dauernden Feſtſtellung der kaiſerlichen Macht zu führen geeignet iſt, —

geht die Kammer über den Antrag zur Tagesordnung.

Die Tagesordnung der äußerſten Linken lautet:

In Erwägung,

daß die Einheit der deutſchen Volksſtämme nur dann einen Werth hat, wenn zugleich die in der Revolution erkämpfte Freiheit zur vollen Geltung gelangt; daß eine ſolche deutſche Einheit bei der freiheitsfeindlichen Politik, welche das gegenwärtige Miniſterium ſowohl in der deutſchen Angelegenheit, als beſonders in den Angelegenheiten Preußens bisher befolgt hat, durchaus nicht zu erwarten ſteht; daß endlich unter dieſen Umſtänden eine neue Adreſſe an die Krone keinen günſtigen Erfolg verſpricht, als die früher beſchloſſenen, —

geht die Kammer über den Antrag zur Tagesordnung über.

Von Möller und Genoſſen hatten auf einfache Tagesordnung angetragen; über dieſen Antrag wird zuerſt verhandelt. Graf Schwerin ſpricht dafür, obgleich er ſelbſt eine motivirte Tagesordnung mitunterſchrieben hat. Die Erklärungen des Miniſterpräſidenten haben ihn vollkommen befriedigt. Der Standpunkt der Revolution ſei nicht der ſeinige, dagegen brauche er ſich nicht zu verwahren (Heiterkeit). Er erforſche die Thatſachen nach ihrer innern Berechtigung, er erkenne mit Freuden Thatſachen an, und dieſen Standpunkt nehme auch das Miniſterium in der Note vom 23. Januar ein, und habe ihn in ſeiner geſtern mitgetheilten Note feſtgehalten.

Moritz bemerkte, derſelbe Mann, der vor ihm auf der Tribüne geſtanden, habe den Rath gegeben, am 21. März die deutſche Fahne in Berlin aufzuſtecken (Schwerin: das können wir heute noch.) Ja, wir können es heute noch, wenn es der General Wrangel erlaubt. Wollen wir zur einfachen Tagesordnung übergehen, dann ahmen wir das traurige Spiel nach, welches bei dem Einzuge der Deputirten in Berlin ſtattgefunden hat. Wir müſſen nicht die Muſik auf dem Hofe machen, wir wollen einen lauten Schrei erheben, damit Deutſchland erkenne, daß wir ein deutſches Volk vertreten.

Die einfache Tagesordnung wird verworfen; die Verhandlung geht weiter. v. Vincke bemerkt gegen den Ulrich'ſchen Antrag, den der äußerſten Rechten, es ſei unkonſtitutionell einen offiziellen Akt der Krone als eine perſönliche Handlung des Königs zu bezeichnen. Er hält die Politik des Miniſteriums für eine entſchieden verwerfliche, und der Weg, welchen die neuſte Note einſchlage, ſei nicht eine Verbeſſerung, ſondern eine Verſchlimmerung. Es ſei nur darauf abgeſehen, die Sache zu vertagen, die Vereinbarung der Verfaſſung, die als Bedingung hingeſtellt ſei, ſei nur der Anfang des Endes. Die Würde des Staates, der Glaube an völkerrechtliche Treue ſei kompromittirt. Doch beſtehe er nicht auf ſeinem Adreßentwurf, um die Krone nicht eines Wortbruchs zu zeihen. Er halte es für nothwendig, daß man nunmehr die den Regierungen geſtellte Friſt abwarte. Dahin ziele ſeine motivirte Tagesordnung, die zugleich ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium ausſpreche.

Löher nennt die Cirkularnote die vollſte Nichtanerkennung der deutſchen Nationalverſammlung, die vollſtändige Rehabilitirung der abſoluten Herrſchermacht, die ausbündigſte Verleugnung der Revolution. An der Volksvertretung ſei es jetzt, die Regierung auf die Bahn hinzudrängen, auf welcher die wieder erſtarkte Macht des Abſolutismus Widerſtand finde.

Waldeck erinnert daran, daß, als zuerſt die Aufforderung zu einer Adreſſe in der deutſchen Frage an die Verſammlung erging, er und ſeine Freunde gegen eine ſolche Aufforderung geſprochen habe. Das Miniſterium könne den Panzer der Reaktion, in den es gehüllt ſei, nicht mehr abweiſen, und man müſſe Niemanden zu etwas auffordern, was er nicht thun könne. Die rechte Seite des Hauſes iſt enttäuſcht worden durch die Antwort der Regierung an die Frankfurter Deputation. Sie gerieth in Bewegung, ſie durchbrach die Schranken des Reglements. Wir ſind nicht enttäuſcht, wir ſind um keine Hoffnung ärmer geworden. Und nun ergoß er ſich über dieſe Fürſten mit ihrem Schergenheer", über die Niederdrückung der Preſſe, über den Bund mit Rußland, und alle die Dinge, welche die Linke ſo gern beſpricht. v. Kirchmann bringt die Adreſſe, welche er in der Kommiſſion vorgeſchlagen hatte, als Amendement ein. Gegen die Tagesordnungen wendet er ein, daß ſie nur negativ ſeien; man müſſe beſtimmt ausſprechen, welche Politik man einzuſchlagen wünſche. Hr. v. Vincke fürchte die Ehre Preußens durch eine Adreſſe zu kompromittiren, aber er habe nie gehört, daß eine ſolche Auslaſſung der Volksvertretung gegen das Miniſterium die Ehre des Landes kompromittirt habe, ſie habe einfach nur den Rücktritt des Miniſteriums zur Folge.

Der Miniſter v. d. Heydt erwiedert: Ueber die Oppoſition, die das Miniſterium gegen die Maßregeln erfahren hat, welche es ſeit Auflöſung der Nationalverſammlung ergriffen hat, durfte ſich das Miniſterium nicht täuſchen. Aber gegen die Auffaſſung, als habe das Miniſterium dem Könige eine Ablehnung auf den an ihn ergangenen Ruf angerathen, müſſe ſich das Miniſterium verwahren. Im Gegentheil habe das Miniſterium dem Könige gerathen, die Anträge der Nationalverſammlung ſo weit anzunehmen, als er aus eigenem Rechte dazu befugt ſei. Ein Hinausſchieben werde nicht beabſichtigt. Ueber die Oberhauptsfrage wie über die Verfaſſungsfrage werde nach 14 Tagen die Regierung es an einer definitiven Erklärung nicht fehlen laſſen.

Grün meint, es handle ſich nicht um das Vaterland und die Einheit, ſondern um die Freiheit und die Volksrechte. Die Einheit ſei die unklare Faſſung der Wünſche des Volkes, ſie ſolle jetzt hineingeriſſen werden in den Strudel der Anarchie, die er für Anarchie erklären müſſe. Ein vormärzlicher Miniſter habe von einer ſogenannten Märzrevolution geſprochen, er habe aber nicht bedacht, wie wenig es ihn ehre, daß er vor etwas Sogenanntem flüchtig geworden ſei. Der Redner apoſtrophirt das Miniſterium perſönlich, um darzuthun, daß die Verfaſſung ein übertünchtes Grab ſei, an der das Volk nichts Handgreifliches habe, als den Belagerungszuſtand. Er äußert ſeine Neugierde, wie das Miniſterium ſich gegen das Mißtrauensvotum, das es geſtern bei der Juſtizorganiſation erhalten habe, verhalten werde.

v. Berg beginnt: Das Miniſterium ſehe heute in ſeinen bisherigen Freunden Gegner, er wolle als Gegner es vertheidigen. (Heiterkeit.) Das Miniſterium habe den Weg, den die Note vom 23. Jan. andeute, nicht verlaſſen. Die rechte Seite habe dieſen Weg damals gebilligt. Sie hielt dieſe Politik für offen und ehrlich, und wenn Hr. v. Vincke das jetzt beſtreite, ſo ſei dies eben eine Folge des Fehlers, den er damals gemacht habe. Die Oppoſition könne dem Miniſterium kein Mißtrauensvotum geben, ſie habe dies bereits vor ſeinem Eintritt gethan, es habe nichts gefruchtet. Das Miniſterium ſitze noch an ſeiner Stelle, obſchon es erſt geſtern wieder ein Mißtrauensvotum erhalten habe. Der Redner erklärt ſich gegen ſämmtliche Anträge, auch gegen die Waldeck'ſche Tagesordnung. Er hatte im Lauf ſeiner Rede ſeine Uebereinſtimmung mit der Erklärung der Reichstagsdeputation ausgeſprochen und hatte behauptet, das Miniſterium habe dieſelbe ſchon vor dem Erlaß der Cirkularnote gehabt.

Das veranlaßte den Miniſter v. Manteuffel, dem Redner, der zu allgemeiner Ueberraſchung als Vertheidiger des Miniſteriums aufgetreten ſei (Heiterkeit), zu erwiedern, daß das Miniſterium nicht der Meinung ſei, in dem Schreiben der Frankfurter Deputation habe ſich die deutſche Nationalverſammlung ausgeſprochen; das habe eben nur die Deputation gethan. Das Schreiben ſei dem Miniſterium Nachmittags 3 Uhr zugekommen, als die Cirkularnote bereits abgegangen geweſen. Daß in der Antwort, zu welcher das Miniſterium der Krone gerathen, eine Ablehnung liege, könne nicht eingeräumt werden. Die Krone habe ſo weit den Antrag der deutſchen Nationalverſammlung acceptirt, als ſie die Nationalverſammlung zu einem Antrage berechtigt gehalten. Den Grundſatz, daß die Verſammlung die Verfaſſung endgiltig und ſouverän zu beſchließen berechtigt geweſen, wolle er nicht erörtern, und ununterſucht laſſen, ob derſelbe richtig ſei oder nicht. Aber das Miniſterium habe nach ſeiner Ueberzeugung gehandelt, und wenn der geehrte Referent der Krone ein deutſcheres Miniſterium wünſche, ſo wünſche gerade er (der Redner) ihm das allerdeutſcheſte. Niemand mehr als er ſelbſt habe bedauert, daß dem Könige nicht zu einem reinen einfachen Ja der Rath habe ertheilt werden können, aber er ſei auch überzeugt, daß kein Weg deutſcher ſein könne, als der der Ehre und der Treue.

d'Eſter wiederholt die ſchon mehrfach vorgekommenen Angriffe auf das Miniſterium. Es ſei hier die Frage, ob man ein Miniſterium der offenen Gewalt ſtürzen wolle, um eine Regierung des Schein-Conſtitutionalismus an die Stelle zu ſetzen. Seine Meinung ſei: Lieber den Wolf, der reißt, als den Fuchs, der gleißt. (Beifall)

Nachdem noch ein unbekannter Redner für die Vincke'ſche Adreſſe, die ebenfalls als Verbeſſerungsantrag eingebracht worden war, geſprochen, und Ulrich eine perſönliche Bemerkung gemacht hatte, beſteigt v. Bodelſchwingh die Tribüne: Ein Redner habe geſagt, ein vormärzlicher Miniſter habe von einer ſogenannten Revolution geſprochen. Dieſe Aeußerung könne ſich nur auf ihn beziehen. Er wiederhole ſie, wenn er dieſelbe früher gemacht haben ſollte. Es ſei ein Straßenkampf geweſen, der Stadt und Land entehrt habe.

Bei dieſen Worten entſteht ein furchtbarer Tumult. Die geſammte Linke ſpringt auf. Viele Abgeordnete ſtürzen auf die Tribüne zu. Man ruft: herunter! herunter! Verräther! Der Tumult ſteigert ſich, weil der Redner auf der Tribüne bleibt. Endlich eilt Graf Schwerin auf die Tribüne und beſtimmt Bodelſchwingh dieſelbe zu verlaſſen.

Der Präſident — der zweite Vicepräſident Lenſing hatte inzwiſchen den Vorſitz übernommen — bedeckt ſich. Die Sitzung iſt damit nach dem Geſchäftsreglement auf 1 Stunde vertagt.

Es war 5¼ Uhr geweſen; um 6¼ Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Die Bänke der linken Seite ſind völlig leer. Lenſing iſt auf dem Präſidentenſtuhl. v. Bodelſchwingh erklärt, er ſei nicht geflohen, wie der Redner, der ihn angegriffen, geſagt habe, er habe ſeine Entlaſſung lange vor jener ſogenannten Revolution von Sr. Majeſtät erhalten, aus Gründen, die der geehrte Redner vielleicht ſelbſt als ehrenwerthe würde gelten laſſen. Er ſei nicht feige geflohen, er werde vielleicht noch Gelegenheit haben, in den Reihen der Armee, die von dieſer Tribüne herab heut ſo vielfach geſchmäht worden, zu zeigen, daß er Muth beſitze. (Es macht einen komiſchen Eindruck, dem ſich auch die Miniſter nicht zu entziehen vermögen, als der Redner ſich eifrig geſtikulirend an die leeren Bänke wendet.)

Nach einer Erklärung von Berends kehrt die Linke wieder in den Saal zurück. v. Bodelſchwingh will das Wort wieder nehmen. Neuer Tumult. Man ruft endlich: zur Tagesordnung! und Vincke erhält das Schlußwort.

Er verwahrt ſich gegen den Vorwurf der Inkonſequenz, gegen die Meinung, als habe er einen Zwang mit Waffengewalt gegen die renitirenden Staaten im Sinne gehabt. Der einzige zuläßige Zwang ſei der Zwang der öffentlichen Meinung, dem Alle unterworfen ſeien. (Beifall). Gerade der mächtigſte Monarch Deutſchlands müſſe den Anfang machen, er müſſe allen andern Staaten mit dem Wort der Annahme ein Beiſpiel geben. Gehe der Fürſt, welchem die Kaiſerwürde angetragen iſt, nicht auf das Anerbieten ein, ſo ſei die Nat.-Verſ. in ihrem Recht, wenn ſie zurücktrete. Es habe dazu nicht des provocirenden Schreibens bedurft, welches die Regierung an die Deputation erlaſſen habe. Man ſei auf dem beſten Wege, die Sympathien des Volkes zu verſcherzen. Die engliſche Dynaſtie ſtehe gerade deßhalb ſo feſt, weil die Könige auf dem Schilde des Volkes, durch Beſchluß des Parlamentes, auf den Thron gehoben wurden. (Ziſchen rechts, Bravo links). Gerade die Gegner der Frankfurter Verfaſſung, der Erhebung Sr. Maj. auf den Thron, frohlocken über die dilatoriſche Erklärung des Miniſteriums, ſei es aus konfeſſionellen Rückſichten oder aus ultraliberalen, oder aus öſterreichiſchen oder ruſſiſchen. Er ſchließt, indem er an jenes Wort erinnert: die beſte Politik ſei immer die kühnſte. Bei der Abſtimmung wird zuerſt die Waldeck'ſche Tagesordnung verworfen, ebenſo einige andere Amendements. Bei der Vincke'ſchen Tagesordnung beantragt die äußerſte Rechte Namensaufruf, findet jedoch nicht die genügende Unterſtützung. Für dieſe Tagesordnung erheben ſich etwa fünfzehn Mitglieder. Für die Ulrich'ſche erhebt ſich faſt Niemand (bei der Frage nach der Unterſtützung waren v. Manteuffel und v. d. Heydt aufgeſtanden), für die Menzel'ſche (in Erwägung der geſtern vom Miniſterpräſidenten mitgetheilten Cirkularnote geht die Kammer über den Bericht der Kommiſſion für den v. Vincke'ſchen Antrag und über alle dazu geſtellten Amendements zur Tagesordnung über) ein großer Theil der Rechten, doch nicht die Majorität.

Die Frage: ob überhaupt eine Adreſſe zu erlaſſen, wird darauf von der Majorität verneint. Es erhoben ſich dagegen die äußerſte Linke, ein Theil der Rechten und die Miniſter von Manteuffel und v. d. Heydt. Der Präſident ſetzt die nächſte Sitzung auf nächſten Donnerſtag, den 12. April, an.

Lith. Koreſp. **Berlin**, 5. April. Die Frankfurter Deputirten hatten geglaubt daß Se. Majeſtät (bei einem Kabinet Manteuffel!) die Krone ohne Weiteres aus ihren Händen annehmen würden. Dieſer Glaube fand aber am Dienſtag durch die Antwort des Königs einen derben Niederſchlag und die Deputirten, die am Montag noch von den beſten Hoffnungen beſeelt waren, wurden am Dienſtag ſehr kleinlaut; man war jetzt einigermaßen klar geworden und ſetzte wenig Hoffnung auf das Wort des Prinzen von Preußen, man möge die Antwort des Königs nicht als eine definitive anſehen. Die definitive Antwort, die Circularnote, erſchien und jetzt blieb den Herren nichts übrig als nach Frankfurt zurückzureiſen und den Kondolenzbeſuch des General v. Wrangel zu empfangen, der ihnen ſein Beileid bezeugte und ſeine Ohnmacht bedauerte, durch ſeinen Einfluß ihren Anträgen Geltung zu verſchaffen. Am Dienſtag Abend erſchienen die Reichs-Deputirten nach 7 Uhr im Opernhauſe, wo die Ranglogen zu beiden Seiten der großen Hofloge für ſie reſervirt waren. Der gefüllte Saal empfing ſie mit donnerndem Jubelruf, in welches der Orcheſtertuſch einſtimmte, und von allen Seiten wurde Arndts deutſches Vaterland gefordert. Der Vorhang flog auf und man erblickte das geſammte männliche Opernperſonal im Halbkreiſe aufgeſtellt, bereit dem Wunſche nachzukommen. Das deutſche Volkslied wurde a's vollſtöniges Quartett vorgetragen, worauf man dem Dichter, Ernſt Moritz Arndt ein dreifaches Lebehoch brachte. Leider war der Dichter nicht anweſend. Nach der Oper begaben ſich die Frankfurter Abgeordneten zu einer Soirée beim Prinzen von Preußen.

Am Mittwoch Abend hatte bei Mielentz noch eine Zuſammenkunft mit Mitglieder beider Kammern ſtatt. Die Stimmung war trübe. Die Dekorationen des Saales, die deutſchen Fahnen und die lorbeerbekränzte Büſte des Königs erinnerten an das Feſtmahl, das unterbleiben mußte. Donnerſtag Mittag um 1 Uhr reiſte die Deputation ab.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Siebenbürgen. Soeben erhalten wir aus zuverläſſiger Quelle die verzweiflungsvolle Nachricht, daß alle Berichte vom Einrücken der Ruſſen, von Vernichtung Bem's und ſeiner Horden erfunden waren. Puchner, 15 Stunden zu ſpät vor dem brennenden Hermannſtadt anlangend, wendete ſich ſogleich mit ſeinem Korps nach Kronſtadt, der letzten von den Rebellen noch unbeſetzten ſächſiſchen Stadt. Abgeſchnitten von den großen Munitionsvorräthen in Hermannſtadt — körperlich krank und erſchöpft, geiſtig niedergebeugt durch die erſchütternde Hilfsloſigkeit ſeiner Lage, hat Puchner das Kommando niedergelegt und ſich in die Wallachei begeben. Die Feldmarſchallieutenants Pfersmann und und Gedeon und Generalmajor Schurtter hatten ſich in die Wallachei zurückgezogen; bei der Truppe ſelbſt war nur Generalmajor Kalliani. Die Ruſſen in Kronſtadt hatten nur Munition auf einen Tag und erklärten, dieſe gegen den Feind verſchießen, dann aber ſich in die Wallachei zurückziehen zu wollen. Ihr Gepäck war bereits dahin abgegangen. Bem hatte alſo ſchon faſt das ganze Land im Beſitze und ſchickte ſich eben an, Kronſtadt zu beſetzen, den letzten Ort, wo die kaiſerliche Fahne weht. (Ll.)

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 7. April.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 76⅞; 2½pCt. Metall. 40¾; Bank-Aktien fl. 1194; fl. 500. Looſe 127; fl. 250. Looſe 79¾; Badiſche fl. 35. Looſe 28; Heſſ. 27½; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe 70⅜; Polniſche fl. 500 Looſe 74⅛; Friedr. Wilh.-Nordbahn 32⅛; Berbach 73; Köln-Minden 76; 3 pCt. inländ. Spanier 22⅝; 4½ pCt. Würt. 79; 5pCt. Bad. 95⅞; 5pCt. Naſſ. 99⅞; Belg. 83; Integ. 49⅝.

Bei ſehr geringem Umſatz wurden öſterreichiſche Fonds und Eiſenbahnaktien billiger abgegeben; dagegen waren ſüddeutſche Obligationen zu beſſern Kourſen gefragt.

Nachſchrift.

: **Frankfurt**, 7. April. Hr. Camphauſen, preußiſcher Bevollmächtigter bei der Centralgewalt, iſt durch den electriſchen Telegraphen nach Berlin berufen und bereits heute Morgen dahin abgereiſt. — Ritter Bunſen hat ſeine Stelle als Reichsgeſandter in London niedergelegt.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen $2\frac{1}{2}$ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 98. Frankfurt a. M., Sonntag 8. April. 1849.

Ueberſicht.

Preußen und der Reichstag.

Würtemberg ſonſt und jetzt.

Deutſchland. Frankfurt (Telegraphiſche Nachrichten aus Schleswig. Der Eindruck der Vorgänge in Berlin. Der Fürſtenkongreß.) Wien (Die Friedensbedingungen Sardiniens ſollen verworfen ſein.) Prag (Preßprozeſſe.) Berlin (Antheil der Miniſter an der Antwort des Königs. Die Stimmung der Deputation. Die Aeußerungen des Königs zu einzelnen Mitgliedern der Deputation. Die Thätigkeit der Kammer. Der Auftritt im Vorſaal der erſten Kammer. Herr Wagner und Herr von Mauſchwitz. Hr. von Küſtner und die Deputation.) Von der preußiſch-ruſſiſchen Gränze (Die Ruſſen.) Aus der Pfalz (Die Kaiſerwahl.) Erlangen (Adreſſe an den König um Anerkennung der Kaiſerwahl.) Stuttgart (Die Stimmung über die Kaiſerwahl. Die Deckungsmittel des Defizits.) Kiel, Schleswig, Flensburg (Die militäriſchen Operationen. Das Gefecht bei Gravenſtein. Die Inſtruktionen des Obergenerals. Die Statthalterſchaft und die Landesverſammlung.) Bremen (Beſchluß der Bürgerſchaft in Betreff des preußiſchen Kaiſerthums.) Hamburg (Der Präſident der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung nach Berlin. Truppenbewegungen.) Cuxhaven (Ein däniſches Kriegsdampfboot.)

Großbritannien. London (Das Unterhaus für, der Ausſchuß des Oberhauſes gegen die iriſche Hülfsarmenſteuer. Die Times über die däniſche Frage und die Erneuerung der Feindſeligkeiten. Angriff Hrn. Hume's auf die Kolonialverwaltung. Vierzehntägige Oſterferien des Parlaments.)

Frankreich. Paris (Das Budget des öffentlichen Unterrichts angenommen. Die Cholera. Die italieniſchen Flüchtlinge. Die Intervention in Italien.)

Spanien. Madrid (Die Königin und ihre Schweſter erhielten den Thereſien-Orden. Der Tenoriſt und der Kammerherr.)

Italien Aus Sardinien (Unruhen in Genua und in Savoyen.) Florenz (Guerazzi's Proklamation.) Rom (Interpellationen wegen der Kriegsrüſtungen.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Weſtſee-Inſeln beſetzt. General Fabvier.)

Türkei. Konſtantinopel (Die Ruſſen und die Durchfahrt durch die Dardanellen.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Empfang der auswärtigen Geſandten bei dem neuen Präſidenten. Eine vielbeſprochene Geſandtenernennung für Berlin. Das Gerücht von einem Aufſtande in Kanada. Erwachende Oppoſition gegen die Verwaltung.) Venezuela (Mehrere Provinzen im Aufſtande gegen die Regierung. Siege der Paeziſten.)

---

7. April.

Schon Weihnachten hofften wir, das deutſche Verfaſſungswerk ſei ſeiner glücklichen Vollendung nahe und durften es hoffen; denn Oeſterreich hatte damals ja erklärt, es wolle uns unſer Werk in Frieden ſchaffen laſſen. Doch es hat wieder einmal geheißen: Grüne Weihnachten, weiße Oſtern! Die Verfaſſung iſt fertig; aber wird ſie ins Leben treten? Oeſterreich droht und Preußen zagt. Doch das iſt noch ein zu milder Ausdruck. Preußen iſt in den Händen von Menſchen, denen unſer ganzes Werk hier ſtets ein Widerwillen und ein Spott geweſen iſt. Graf Brandenburg ſagte vor Uebernahme ſeines Poſtens, er verſtehe nichts von Politik und hat es glänzend bewieſen. Heute ſagt er, die Verfaſſung ſei gültig und verbindlich, und Tags darauf hört er zu, wie der König das Gegentheil ſagt. Er kennt als konſtitutioneller Miniſter ſeine Pflicht: er muß gehorchen. Herr von Manteuffel, welcher nach der Revolution, oder wie Hr. von Bodelſchwingh ſagt, nach dem Stadt und Land entehrenden Straßenkampfe, ſeine Entlaſſung nehmen wollte, weil ihm ſchon die Preußiſche Regierung von ehedem zu freiſinnig war, dieſe ausgetrocknete Beamtenſeele, wie ſollte ſie hinanreichen zu einem Werke der Begeiſterung? Graf Arnim, den ein weltberühmter Mann la plus grande bête Allemande, qui existe en France nannte, den wir noch ſo eben, aus wahrheitsliebender Feder in ſeiner ganzen Blöße dargeſtellt haben, dieſer Menſch, la plus grande bête Allemande, qui existe en Allemagne, ſoll Deutſchlands Geſchicke entſcheiden? Kann man auch Feigen leſen von Dornen? Wir ſprechen nicht aus perſönlichem Widerwillen, und gönnen jenen Miniſtern ihre noch ſo ſehr von den unſrigen abweichenden Abſichten. Aber wir erwarten, daß die preußiſchen Kammern, vor Allem die erſte, wenn ſie ſich in der öffentlichen Meinung wieder aufrichten will, ſich ermannen und nicht länger dulden werden, daß Preußen von Männern regiert wird, deren Thun und Treiben von der ganzen öffentlichen Meinung in Preußen verurtheilt iſt. Die jetzige Wirthſchaft in Preußen iſt überhaupt der Art, um das ganze konſtitutionelle Syſtem in üblen Ruf zu bringen. Die Kammern müſſen auf Entfernung des Miniſteriums Manteuffel dringen und der König, wenn er nicht offen mit der konſtitutionellen Verfaſſung brechen will, muß in ihre Entlaſſung willigen und ein neues Miniſterium bilden. Denn ihm blieben, wenn er das Miniſterium dennoch ſtützen wollte, nur zwei Auswege. Entweder Auflöſung der Kammern und neue Wahlen. Aber dieſer Ausweg verbietet ſich ſelbſt; denn Jeder weiß, wie die neuen Wahlen nach den jüngſten Erfahrungen ausfallen müßten. Oder der König müßte ſich auf das Heer ſtützen, das ganze Land in Belagerungszuſtand erklären und ſich vom Grafen Stroganoff ruſſiſche Hilfstruppen ausbedingen. Dann wäre es ja erreicht! Dann könnte der Kurfürſt von Brandenburg wie ſonſt ſagen: In omnibus uti Austria! Wir glauben gewiß nicht, daß es der preußiſche Hof zu dieſem Aeußerſten wird kommen laſſen. Aber es iſt gut, ſich die Folgen einer möglichen Handlungsweiſe im Voraus klar zu machen. Was aber die Folgen eines ruſſiſch öſterreichiſchen Bündniſſes ſein würden, darüber wollen wir nur den ſonſt ſo milden *** Verfaſſer der Kölniſchen Zeitung reden laſſen. „Ehe wir mit dem Oſten koſakiſch werden, ſagt er, eher verſuchen wir es im Weſten mit der Republik! Gutwillig laſſen wir die Reaktion nicht ſiegen!“

Inzwiſchen jubeln die Feinde der deutſchen Einheit über die Thaten des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel. „Aus der Erklärung des Grafen Brandenburg vom 4. April,“ ſagt die heute Abend erſcheinende Frankfurter Zeitung, „geht hervor, daß Preußen nicht nur die Kaiſerkrone ablehnt, ſondern auch, daß es von der in Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung völlig Umgang nimmt.“ Das iſt offenbar Uebertreibung. Zwar begegnen wir hier ſchon wieder manchem lächelnden Diplomatengeſicht, das in der Vorfreude des neuen Bundestages ſchwelgt und ausſieht, als habe es eben Graf Arnims Note geleſen oder eine neue Ollmützer Note, worin Oeſterreich, wahrſcheinlich auf Baierns „Vermittlung“, das deutſche Volk nun dennoch mit einem Volkshauſe begnadigt, welches bisher für unverträglich mit den beſtehenden Verhältniſſen erklärt ward. Wir wollen von dieſem Volkshauſe nur ſagen, daß die dorthin reiſenden Abgeordneten unter allen Umſtänden wohl thun würden, ihre Wohnungen in Frankfurt nur auf 14tägige Kündigung zu miethen. Aber wir glauben dennoch nicht, daß der neue Bundestag ſchon ſo nahe ſei. Die Times meinte nach Verwerfung des Welcker'ſchen Antrages zwar höchſt naiv, nun ginge Alles gut bei uns und wir hätten Ausſicht, Deutſchlands Verfaſſung bald auf Grundlage der Bundesakte von 1815 eingerichtet zu ſehen. Aber was weiß die Times von uns und unſern Verhältniſſen? Soviel wir wiſſen, iſt durch Preußens Schwäche die Reichsverfaſſung zwar gefährdet, aber nur dadurch gefährdet, daß ſie wieder auf unbeſtimmte Zeit den Ränken ihrer Gegner ausgeſetzt iſt. Wir hören von manchen Plänen des Hrn. Heckſcher und anderer Widerſacher, um in der Paulskirche die Verfaſſung zu Grunde zu richten. Aber ſo viel wir wiſſen, haben dieſe Pläne nicht die geringſte Ausſicht auf Erfolg. Verſöhnung auf dem Boden der Verfaſſung wie Hr. v. Vincke in Berlin ſagte, das iſt jetzt in Frankfurt die Loſung aller Parteien, welche es ehrlich meinen mit der deutſchen Einheit. „Die kaiſerliche Partei,“ ſchreibt die heutige parlamentariſche Korreſpondenz, „kann ohne ihrem Anſehen und ohne der deutſchen Sache zu ſchaden, nicht zugeben, daß auch nur ein Wort in der, dem Volke bereits übergebenen Verfaſſung geſtrichen oder zugeſetzt werde.“ Und auch die Linke hat laut erklärt, daß ſie es ehrlich meine mit der einmal beſchloſſenen Verfaſſung, und davon nicht wanken und nicht weichen werde, ſo ſehr ſie ſich früher dem erblichen Kaiſerthum widerſetzt habe. Der Reichstag kann alſo nicht anders geſprengt werden, als durch offene Gewalt und

die wird früher oder ſpäter auf ihren Urheber zurückfallen. Jene lächelnden Diplomaten dürfen nicht hoffen, das Spiel werde hier ſo leicht ſein, wie in Brandenburg. Das Beiſpiel der aufgelöſten preußiſchen Nationalverſammlung liegt vor uns. Der Reichstag wird ſich zu keiner Uebereilung hinreißen laſſen, durch welche er das Zutrauen des Volkes verſcherzt. Er wird die beſonnene Haltung, die Mäßigung bewahren, welche ſeinen moraliſchen Sieg verbürgen.

Möge Gott die Herzen aller deutſchen Fürſten lenken, daß ſie es vorziehen, ſich auf ihr eigenes treues Volk zu ſtützen, nicht auf Gewalt und auf den Czaren von Rußland. Denn es gibt ein ruſſiſches Sprichwort: „Gott iſt hoch und der Czar iſt weit!"

Das Miniſterium Manteuffel würde wohlgethan haben, wenn es ſich in den Akten des Wiener Kongreſſes ein Bischen hätte umſehen wollen, um daraus zu lernen, wie man damals (als die Stimme der Nation nicht gehört und die Regierungen allein gefragt wurden) über die Nothwendigkeit der Zuſtimmung einer einzelnen Regierung zum Werk der Bundesverfaſſung dachte.

Jedes Kind weiß, daß man Anfangs Alles im kleinen Komite der Königshöfe abmachen wollte, unter welchen noch dazu Sachſen (weil es zur Zeit ſich in limbo befand) nicht vertreten war. Es lag die ſchöne Idee zu Grunde, die vor acht Wochen etwa von Oeſterreich als eine nagelneue Erfindung wieder aufgebracht worden. Aber die Sache wollte nicht recht vorwärts gehen; Baiern und Würtemberg waren gar zu widerſpenſtig. Die Konferenzen wurden abgebrochen; Würtemberg ließ durch Hrn. v. Winzingerode am 16. Nov. 1814 erklären: ſo lange die Territorialfragen nicht geordnet, und die theilnehmenden Mitglieder des Bundes nicht genau bekannt ſeien (das Seitenſtück zu der heutigen Frage nach dem Beitritt Oeſterreichs!), ſo lange hielt der König es unverträglich mit ſeinen Pflichten gegen ſeinen Staat und ſein Haus, ſich auf weitere Erklärungen einzulaſſen oder durch beſtimmte Verſprechungen ſich zu binden. Darauf erfolgte von Seiten Metternichs und Hardenbergs unterm 22. Nov. 1814 eine ſcharfe Antwort. Niemals könne zugegeben werden, daß es im freien Willen eines deutſchen Staates ſtehe, dem Bunde beizutreten oder ſich demſelben zu entziehen; ebenſowenig könne es anderer Vortheile bedürfen, als derjenigen, welche aus dem Bundesverhältniß für die geſammte deutſche Nation hervorgehen würden, um einen Staat zu den Entſagungen und Opfern zu beſtimmen, welche das Geſammtwohl erheiſche. Sodann wird der Zweck bezeichnet, für welchen die Völker die Waffen ergriffen, und aus dem europäiſchen wie aus dem deutſchen Geſichtspunkt der Schluß abgeleitet, es dürfe nicht darein gewilligt werden, daß ein deutſcher Staat ſich von dem Bunde ausſchließe und ſich demnach in Widerſpruch mit dem Geſammtwohl ſetze, noch dürfe man indirekt es verſtatten, daß die Mittel zurückgewieſen werden, die allein zum Ziele führen könnten.

Der König von Würtemberg reiſte am 26. Dezember im Verdruß von Wien ab; ſein Miniſter mußte fortfahren, Himmel und Erde zu bewegen. Eine ruſſiſche Note vom 31. Januar 1815, in Antwort auf eine übergebene Druckſchrift, brachte ihm eine ſehr verſtändliche Weiſung über die Gefahren einer Spaltung und die Wichtigkeit einer Mitwirkung aller deutſchen Staaten zum Verfaſſungswerk. Dieſe Mitwirkung Aller erhielt durch die nächſten Ereigniſſe erſt ihren vollen Sinn. Die Vertreter ſämmtlicher Fürſten und freien Städte, mit Ausnahme der Königshöfe — diejenigen alſo die damals wie heute den Kern der Einheitspartei ausmachten — erwirkten endlich, als man ihrer Kriegshülfe gegen Bonaparte bedurfte, Sitz und Stimme bei den im Mai wieder aufgenommenen Konferenzen. Baiern war ſehr ſchwierig; Baden war bereit zu thun, was Würtemberg und Baiern thun würden; Würtemberg ſchloß ſich beharrlich aus, es wollte nicht mitſpielen. Als darauf nicht die mindeſte Rückſicht genommen ward, fand Würtemberg ſich an; es wollte gern am 8. Juni noch unterzeichnen; aber es kam zu ſpät; die Ausfertigungen waren ſchon gemacht. Am 10. reichten die würtembergiſchen Miniſter eine Erklärung ein, die ſie für eine Beitrittserklärung ausgeben wollten; da ſie aber nur auf die 11 erſten Artikel der Bundesakte ſich erſtreckte, ſo ward ſie nicht angenommen. Baden ließ ſich warnen, und legte ſich am 26. Juli zum Ziel. Am 1. September endlich, mit einer nichtsſagenden, eigenſinnigen Unterſcheidung zwiſchen den 11 erſten und den folgenden Theilen der Bundesakte, welche letztere zwar nicht nach dem Pariſer Frieden erforderlich, aber doch mit den würtembergiſcher Seits ausgeſprochenen Grundſätzen vereinbarlich ſeien, erklärte Würtemberg ſeinen unbedingten und vollkommenen Beitritt.

Uns dünkt, es kann nicht ſchaden, einem oder dem andern Kabinete heute den Spiegel eines ſo fruchtloſen Eigenwillens vorzuhalten. Die Gründe zu entwickeln, aus welchen wir einer Wiederholung ähnlicher Verſuche der Abſonderung einen ebenſowenig ruhmvollen Rückzug mit Zuverſicht vorherſagen, findet ſich wohl eheſtens eine Gelegenheit. Wir können aber dieſe Zeilen nicht ſchließen, ohne es hervorzuheben, daß dies Mal Würtemberg den andern Königshöfen mit gutem Beiſpiel vorangegangen iſt, indem es im Voraus erklärt hat, es werde den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung ſich unterwerfen; eine Erklärung, die Hrn. Römer, man mag von ſeinen ſonſtigen politiſchen Anſchauungen urtheilen, wie man will, ſtets zur Ehre gereichen und ſeiner Heimath eine Beſchämung, wie die von 1815, erſparen wird.

Deutſchland.

Frankfurt, 7. April. Die O.-P.-A.-Z. enthält in ihrem amtlichen Theil Folgendes: Nach einer geſtern Abend beim Reichsminiſterium eingegangenen telegraphiſchen Depeſche ſind am 3. d. M. gegen Mittag die Feindſeligkeiten durch einen Angriff der von Alſen aus vordringenden däniſchen Truppen gegen die in der Gegend von Gravenſtein aufgeſtellten Vorpoſten eröffnet worden. Nachdem ſich das Gros des dieſſeitigen Operationskorps demzufolge ſofort bei Flensburg konzentrirt hat, iſt nach einer heute Morgen hier eingegangenen zweiten telegraphiſchen Depeſche das gedachte in Sundewitt erſchienene däniſche Korps in der Stärke von ungefähr 15 Bataillonen auf allen Punkten in der Richtung nach Sonderburg und Duepel wieder zurückgegangen. Gleichzeitig mit dem Angriff von Alſen rückte von der jütiſchen Grenze aus ein däniſches Korps, anſcheinend 8 Bataillone und 12 Schwadronen ſtark, vor, welchem die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion Bonin, deren Vortruppen jenſeits Apenrade ſtehen, entgegengehen und ſeine Vereinigung mit dem von Alſen vordringenden Korps verhindern wird. Das Hauptquartier des Höchſtkommandirenden, General von Prittwitz, war am 4. d. M. in Flensburg.

*** **Frankfurt**, 7. April. In der letztern Sitzung der Nationalverſammlung vom 4. d. wurde bekanntlich von Raveaux der Antrag geſtellt, es ſolle die Deputation der Nationalverſammlung ſofort aus Berlin zurückberufen werden. Der Antragſteller hatte wohl keine andere Abſicht, als die Nationalverſammlung ſolle ausſprechen, die Deputation habe ihre Miſſion in Berlin erfüllt und nichts weiter dort zu thun. Aus einer weiter greifenden Abſicht unterſtützten die ſchwarzgelbe Partei und ihr Anhang dieſen Antrag. Sie wollte die Deputation aus Berlin entfernt haben, weil ſie beſorgte, dieſelbe wühle in Berlin für das Erbkaiſerthum. Aus der Erklärung aber, welche die Deputation am 4. d., Nachmittags 4 Uhr dem preußiſchen Staatsminiſterium in Betreff der königl. Antwort übergab, geht hervor, daß ſie recht wohl gewußt, was weiter ihres Amtes war. Sie hat ſich vielleicht in ihrer Erklärung zu raſch dahin ausgeſprochen, der König von Preußen habe die erbliche Kaiſerwürde abgelehnt. Aber darin erfüllte ſie vollkommen ihre Pflicht, daß ſie ſich gegen die in der königlichen Antwort ausgeſprochene Unterſtellung verwahrte, es enthalte die von der Reichsverſammlung endgiltig angenommene Verfaſſung nur Vorlagen zur ferneren Berathung der Regierungen. Dieſer Proteſt, und ein ſolcher iſt dieſe Verwahrung, wird zuverläſſig die Billigung der Reichsverſammlung erhalten, denn hätte die Deputation dazu geſchwiegen, ſo würde dies als eine ſtillſchweigende Anerkennung der in der königlichen Antwort gemachten Unterſtellung zu betrachten geweſen ſein. Noch iſt aber hervorzuheben, daß wenige Stunden darauf, nachdem die Deputation dem Staatsminiſter ihre Erklärung überreicht hatte, der Miniſter in der zweiten Kammer die königliche Antwort in einer Weiſe motivirte, die zwar nicht befriedigen kann, von welcher aber immerhin anerkannt werden muß, daß ſie auf den Grundgedanken des Beſchluſſes der Reichsverſammlung eingeht, die Verſtändigung anzubahnen trachtet.

*** **Frankfurt**, 7. April. In wie weit es gegründet iſt, mag dahin geſtellt bleiben, allein behauptet wird, es werde bereits für den hier abzuhaltenden Fürſtenkongreß ein entſprechendes Lokal in Ausſicht genommen und man nennt bereits die Namen fürſtlicher Perſonen, welche hier erwartet werden. Mit Beſtimmtheit wird behauptet, daß der Kongreß hier raſch zuſammentreten ſoll, um in Verſtändigung mit der Reichsverſammlung Deutſchland eine definitive Reichsgewalt zu ſchaffen.

Wien, 2. April. Wie verlautet, hat man hier die vom König Karl Albert angebotenen Friedensbedingungen zurückgewieſen, und der Herr Miniſter Bruck iſt nach dem Hauptquartier des Feldmarſchalls abgereiſt, um die von den Miniſtern beantragten Bedingniſſe zu überbringen. Dem König wird eine Friſt von 24 Stunden geſtellt, nach Verlauf welcher die Operationen ſogleich wieder beginnen ſollen. (Preſſe.)

Prag, 3. April. Gegen alle diejenigen Journale, welche den Aufruf der italieniſch-ſlaviſchen società in Turin an die Slaven mitgetheilt haben, iſt vom Staatsanwalt der Prozeß beim Preßgerichte anhängig gemacht und die Klage von dieſem angenommen worden. (C. Bl. a. B.)

> **Berlin**, 5. April. Man erzählte ſich geſtern, die Antwort des Königs an die Deputation ſei gar nicht von den Miniſtern ausgegangen. Die Miniſter hätten eine andere, eine mindeſtens in der Hauptſache zuſagende Antwort entworfen gehabt; aber der König hätte in der entſcheidenden Stunde aus ſich ſelber geredet. Herr von Vincke ſoll mit der königlichen Antwort, wie ſie von den Miniſtern entworfen war, vollkommen befriedigt geweſen ſein; wie er dann die vom Könige wirklich gegebene Antwort gehört habe, ſoll er aufs lebhafteſte gerufen haben: „Das iſt ja das gerade Gegentheil!“ Uns ſcheint die ganze Erzählung nicht recht glaublich. Allerdings iſt die Antwort des Königs in einem grellen Widerſpruche mit den Erklärungen, welche die Miniſter vorher abgegeben haben, aber in einem eben ſo grellen Widerſpruche ſind dieſe Erklärungen mit der Circularnote, welche die Miniſter nachher unterſchrieben haben. Nimmt man gar noch die Haltung dazu, welche die Miniſter in der heutigen Sitzung gezeigt haben, ſo kann kein Zweifel ſein, daß ſie mit der Antwort des Königs einverſtanden ſind. Als die Frankfurter Deputation vom Schloſſe zurückkam, blieb ſie einige Zeit verſammelt. Zuerſt ſoll ſie beabſichtigt haben, auf der Stelle nach Frankfurt zurückzukehren, obwohl ſie nach Charlottenburg zur königl. Tafel geladen war. Dann aber ſiegte die ruhigere Ueberlegung, daß eine genauere Verſtändigung mit den hieſigen Kammern und einzelnen hochſtehenden Perſonen, von deren Entſchließungen jetzt ſehr viel abhängt, durchaus nothwendig ſei. Man fuhr alſo nach Charlottenburg hinaus zu dem Königsmahle. Selten haben wohl ſo viele ſolche Männer in ſo düſterem Schweigen neben einander geſeſſen. Nur das nothdürftigſte Geſpräch, kein Toaſt. Auch der übrigen Feſtlichkeiten, welche der Deputation bereitet waren, konnte ſie nicht froh werden. Die gedrückte Stimmung machte ſich zu ſehr geltend.

△ **Berlin**, 5. April. Sie wiſſen ja, der Berliner iſt ſtets bei der Hand, auch bei den ernſteſten Dingen ſich mit allerhand Nebenſächlichem zu zerſtreuen. Die Wendung, welche die Kaiſerſache genommen hat, hat hier gewiß Alle ernſthaft und tief erſchüttert; die Unterhaltung aber beſchäftigt ſich ſchon weniger mit der amtlichen Erklärung der Krone, als mit den Privatäußerungen, welche der König zu Einzelnen gethan hat, oder gethan haben ſoll — denn wer möchte hier die Wahrheit verbürgen? Was ſoll man aber auch von jener amtlichen Erklärung ſagen? Man iſt über die Auslegung, welche ihr zu geben iſt, von Anfang an in allen Kreiſen vollkommen einig geweſen. Niemand zweifelt daran, daß die Antwort eine Ablehnung der Kaiſerkrone aus der Hand der Volksvertretung iſt, und daß der Mangel der Unumwundenheit in dieſer Ablehnung nur einen Ausweg für den Fall offen halten ſoll, daß die gekrönten Häupter, die Fürſten und die freien Städte, den zurückgewieſenen Antrag der Nation wieder aufnehmen möchten. Wie viel Stoff zu allerhand Kommentaren liefern dagegen Aeußerungen des Königs, wie die zu Herrn Raumer und Beſeler? Hr. v. Raumer wird bei Hofe noch immer nur als der Rebell aus der Akademie der Wiſſenſchaften angeſehen, und mit Bezug darauf ſoll ihm der König geſagt haben: Was Sie mir bringen, bringen Sie mir auch wohl nicht ſehr gerne? Bei Beſeler ſoll ſich der König nach dem Bruder des Profeſſors, dem bekannten Mitgliede der ſchleswig-holſteiniſchen Regierung, erkundigt haben. Dabei ſoll die Aeußerung gefallen ſein: über den König von Dänemark ſeien ſehr falſche Gerüchte verbreitet worden, der König meine es mit ſeinen Unterthanen ſehr gut. „Ich muß Ihnen geſtehen, er hat meine ganze Achtung gewonnen.“ Dem Abg. Pannier aus Deſſau ſoll die Bemerkung zu Theil geworden ſein: „Nun Sie werden mit mir wohl übereinſtimmen: gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ Hony soit qui mal y pense.

Unſere Kammern ſind auch außer ihren öffentlichen Sitzungen ſehr thätig. Viele der wichtigſten Geſetzvorlagen ſind bereits in den Ausſchüſſen berathen, auch die famoſen Geſetze, von denen das Miniſterium die Aufhebung des Belagerungs-Zuſtandes abhängig gemacht wiſſen will. Der Central-Ausſchuß über den Waldeck'ſchen Antrag ſcheint freilich anderer Meinung zu ſein, denn er hat ſich mit 4 gegen 3 Stimmen für ſofortige Aufhebung des Belagerungszuſtandes entſchieden. Kommiſſär der Regierung war bei den Verhandlungen dieſes Ausſchuſſes der Miniſterial-Direktor Herr v. Puttkammer. Auch will die Rechte mehrere bereits im vorigen Jahre eingeführte Reformgeſetze nochmals in Frage ſtellen; ſo will ſie bei Gelegenheit der Berathung der Gemeindeordnung eine Reviſion und Beſchränkung des Jagdgeſetzes beantragen. Schon jetzt iſt von den Abgeordneten Wehmer und Pruß der Antrag auf Wiedereinführung der bisherigen jagdpolizeilichen Verordnungen über die Schon- und Hegezeit geſtellt worden.

Vor Allem aber laſſen Sie mich den Vorfall erzählen, der ſich geſtern bei der Nachmittagsſitzung im Vorſaal der erſten Kammer ereignet hat, und der vielleicht ein Unicum in der Geſchichte der Parlamente iſt. Um eine Beſchlußnahme über den Kuh'ſchen Adreß-Antrag in der Kaiſerfrage zu hintertreiben, entfernte ſich ein großer Theil der Rechten aus dem Sitzungsſaal und begab ſich in den Nebenſaal. Einige Mitglieder der Oppoſition folgten ihnen, um ſie zur Rückkehr zu bewegen. Der Juſtizkommiſſär Fiſcher, Abgeordneter für Breslau, hatte indeß ſeine Vorſtellungen kaum begonnen, als Graf York ihn bei der Bruſt faßte, ihn zurückſtieß und den Handſchuh geballt ihm in's Geſicht ſchleuderte. Sofort regnete es Zornesworte. Bis auf die Tribünen an der entgegengeſetzten Seite des Sitzungs-Saales drangen die Rufe. „Jungenſtreiche!“ war von Allem, was die Ohren des erſtaunten Publikums vernahmen, der am wenigſten unparlamentariſche Ausdruck. Endlich legte ſich der Lärm, die Herren kehrten aber nicht wieder und die Sitzung mußte, weil keine beſchlußfähige Anzahl da war, geſchloſſen werden.

Iſt es doch, als ob unſere Politiker an den amerikaniſchen Sitten beſonders Gefallen fänden! Ich erinnere an das Rencontre zwiſchen dem Redakteur der Neuen Preuß. Ztg., Aſſeſſor Wagner, und dem Baron von Mauſchwitz, welches für beide Theile zu einem ſchmerzlichen Ausgang geführt hat, — Hr. Wagner iſt erheblich verwundet und ſein Gegner in Haft. Der Baron v. Mauſchwitz war wiederholt in der N. Pr. Ztg. als der Erfinder des bekannten „Mord- und Brandplanes“, der im November in Ausführung gebracht werden ſollte, bezeichnet worden. Er begab ſich zu Hrn. Wagner in Offiziersuniform und ſah ſich, als dieſer ihm die verlangte Genugthuung verweigerte, zu einer körperlichen Züchtigung veranlaßt, bei der nur zu bedauern iſt, daß ſie das Maaß auf eine für Hrn. v. M. ſelbſt nachtheilige Weiſe überſchritt.

Die Rückſichtsloſigkeit oder vielmehr die abſichtliche Unhöflichkeit des Herrn v. Küſtner gegen die Reichstagsdeputation, der er kaum die befohlenen Plätze einräumte, eine würdige Vorſtellung zu geben aber geradezu verweigerte, hat die Aufmerkſamkeit des Publikums wieder auf dieſen würdigen Beamten gelenkt, der ſchon früher ſo viel von ſich hat ſprechen machen. Man will bemerkt haben, daß als die Wogen der Revolution gedämmt waren, Herr v. Küſtner in ſeinen Kreiſen rückſichtslos die Wege des alten Abſolutismus wieder eingeſchlagen hat. Mehreren Mitgliedern der königlichen Bühne ſoll er wegen ihrer gefährlichen Geſinnung gekündigt haben, und das ſoll auch der Grund ſein, weshalb — visum teneatis amici — Berlin die Zierde der Bühne, Fräulein Unzelmann, verliert.

Von der preußiſch-ruſſiſchen Grenze, im März. Im vorigen Jahre wurden alle möglichen Gerüchte von dem Anmarſche der Ruſſen verbreitet und ſie kamen nicht. In dieſem Jahre kann die Sache wirklich ernſt werden. Ein ruſſiſcher General erhielt vor wenigen Tagen den Befehl, unſere Grenze genau zu inſpiziren, und mehrere höhere Offiziere äußerten, daß ſie die Ordre erwarteten, über die Grenze zu marſchiren. Außer den großen Truppenhäufungen neben der Grenze, wird ein Armeekorps direkt von Moskau hierher detachirt, und iſt dieſes Armeekorps nur noch 30 Meilen von ſeinem Beſtimmungsorte entfernt. In Roſſein, 8 Meilen von der Grenze, befindet ſich der Generalſtab. Der ruſſiſche General hat außerdem den Auftrag, das Terrain dieſſeits der ruſſiſchen Grenzen genau in Kenntniß zu nehmen, und namentlich erkundigte er ſich nach den Wohnſitzen der preußiſchen Edelleute. Es ſtehen längs der Grenze gegenwärtig 150,000 Mann, und die Ingenieure haben Ordre erhalten, Lager abzuſtecken. (E. a. M.)

† **Aus der Pfalz**, 4. April. Wie überall, ſo hat auch in der Pfalz die Wahl des Königs von Preußen zum deutſchen Erbkaiſer die verſchiedenſte Stimmung hervorgerufen. Die Demokraten benutzen die Lokalpreſſe, welche in ihren Dienſten ſteht, um das Volk gegen den Beſchluß der Reichs.-Verſ. vom 28. März aufzureitzen. Die unſinnigſten Schreckbilder werden ihm vorgemalt und ihm Dinge zu glauben zugemuthet, die jeder Menſch von geſunder Vernunft lächerlich und abgeſchmackt finden muß. Beſonders ſucht man ihm vorzurechnen, daß aus der Wahl des Königs von Preußen zum deutſchen Erbkaiſer nichts Anderes als Bürgerkrieg folgen könne. Der Abgeordnete Kolb, der gefeierte Märzbürgermeiſter von Speier, ſtimmt in dieſen Chorus kräftig mit ein. Neulich erzählte er mit großer Emphaſe ſeinen Pfälzern in ſeiner Zeitung: er habe in Frankfurt während des Glockengeläutes am 28. März auf der Straße einen baieriſchen Soldaten von den nach Schleswig beſtimmten Truppen getroffen, der ihn gefragt, was dieſes Läuten zu bedeuten habe. Als er es erfahren, habe er ganz bedenklich erwiedert: dann geht es auch zum Schießen. Merkwürdig iſt beſonders, wie ſehr hier religiöſe und politiſche Intereſſen in einander greifen. Es haben ſich ſeit dem vorigen Jahre etwa 10 — 12 freie Gemeinden gebildet, in denen ſich die mit den bisherigen kirchlichen Zuſtänden unzufriedenen Katholiken und Proteſtanten zu einem neuen kirchlichen Bau brüderlich die Hand gereicht haben. Sie haben ſchon manches kräftige Wort gegen Papſt- und Pfaffenthum ausgehen laſſen, und da ſie bei unſern Lokalblättern in außerordentlicher Gunſt ſtehen, ſo üben ſie auf die öffentliche Meinung immerhin einen nicht geringen Einfluß. Am Palmſonntag iſt ſelbſt in Speier, wo man es lange nicht für möglich gehalten hatte, unter den Augen des Biſchofs in einer proteſtantiſchen Kirche Gottesdienſt der freien Gemeinde gehalten worden, wobei der Redner, der Reichstagsabgeordnete Schmidt von Löwenberg, der ſich in Kaiſerslautern hat engagiren laſſen, mit großem Beifall vernommen wurde. In Hinſicht auf die Kaiſerwahl ſind dieſe freien Gemeinden jedoch die eifrigſten Gehülfen der Ultramontanen. Ihr religiöſer Radikalismus iſt zugleich weſentlich politiſcher Natur, und indem ſie das „Reich Gottes“ in nichts Anderem erkennen, als in der „totalen Gleichheit aller Menſchen“, in der ſocialen Republik und aus Chriſtus einen „demokratiſch-ſocialiſtiſchen Philoſophen“ machen, ſo ſind ſie ſchon dadurch mit entſchiedener Feindſchaft gegen Alles erfüllt, was die gegenwärtige Bewegung wieder zu einem geordneten Gange führt und den gänzlichen Umſturz aller Verhältniſſe verhütet. Eben darum ſäumen ſie nicht, den König von Preußen als einen Begünſtiger des Pietismus und Muckerthums in jeder erdenklichen Weiſe darzuſtellen.

Ungeachtet dieſes Treibens iſt es doch eine unbeſtreitbare Thatſache, daß der nicht geringe, ſolide und intelligente Theil unſeres Volkes in den Städten und auf dem Lande mit lebhafter Freude die Wahl des deutſchen Kaiſers begrüßt hat. Vorzüglich wiſſen unſere Weinbauern es nur zu gut, daß eine engere Verbindung mit Preußen ihnen keinen Schaden bringt und frühere Erfahrung hat ſie gelehrt, daß eine Sonderſtellung Baierns zum deutſchen Reiche für ſie die unberechenbarſten Nachtheile hat. An eine ernſtliche Oppoſition des pfälzer Volkes gegen jene Wahl iſt, ſo ſehr die Demokraten und Ultramontanen darauf hinarbeiten, nicht zu denken.

00 **Erlangen**, 5. April. Der Senat unſerer Univerſität hat heute eine Adreſſe an den König abgehen laſſen, in welcher derſelbe gebeten wird, dem mit der Wahl des Kaiſers vollendeten Werke der deutſchen Reichsverfaſſung ſeine Anerkennung nicht zu verſagen. Von einer dieſen Abend Statt findenden öffentlichen Verſammlung, in welcher unſer Reichstagsabgeordneter Bürgermeiſter Dr. Lammers über die jüngſten Frankfurter Entſcheidungen Bericht erſtatten will, läßt ſich erwarten, daß ſie eine Adreſſe gleichen Inhalts beſchließen wird. Es iſt hohe Zeit, daß ſich zu Tag gebe, wie wenig die allgemeine Geſinnung hier zu Lande mit den Zeitungen Nürnbergs, geſchweige Münchens, übereinſtimmt.

× **Stuttgart**, 6. April. Unſer König hatte ſich, wie ich aus guter Quelle weiß, wenn auch mit Reſignation, doch zur Unterwerfung unter die Frankfurter Beſchlüſſe entſchloſſen. Die Laterne, von deren Redaktion Dingelſtedt zurückgetreten iſt, hat in Dr. Röſe einen neuen Redakteur bekommen, der in einem Leitartikel des neueſten Blattes zur Anerkennung der Kaiſerwahl ermahnt. Der Beobachter dagegen fährt fort über das Erbkaiſerthum und den König von Preußen höhnende Ausfälle zu machen und der Wiederkehr des Vertrauens und der Ordnung nach Kräften entgegenzuarbeiten. Die Partei der Volksvereine hat neueſtens wieder einen Sieg errungen, indem ein Mitglied des Landesausſchuſſes, Regierungsrath Hölder zum Abgeordneten des Oberamtes Stuttgart gewählt wurde. Obgleich die Mehrzahl der Wähler konſervativ geſinnt iſt, kam dieſes Ergebniß heraus, weil Staatsrath Düvernoy, welchen der vaterländiſche Verein in Stuttgart empfohlen hatte, die Wahl nicht annehmen wollte, und Hölders Gegenkandidat, Direktor v. Pabſt in Hohenheim vom vaterländiſchen Verein nicht empfohlen werden konnte, weil er kein ſonderliches Vertrauen zu deſſen politiſcher Freiſinnigkeit hegen zu dürfen glaubte. Das radikale und zugleich ultramontane „deutſche Volksblatt“ fährt fort zu Sturmpetitionen gegen die Anerkennung des Erbkaiſerthums aufzufordern, und in Oberſchwaben iſt die katholiſche Geiſtlichkeit ſehr eifrig, die konfeſſionelle Eiferſucht aufzuſtacheln; ſtellt es dem Volk als ein Aeußerſtes von Gottloſigkeit dar, daß man nun vollends einen proteſtantiſchen Kaiſer gemacht habe. Die Ulmer Kronik, das Organ der oberſchwäbiſchen Ariſtokratie, — die übrigens aus Mangel an Abonnenten nächſtens aufhören wird — proteſtirt ebenfalls eifrig gegen den preußiſchen Erbkaiſer. Das Erſcheinen des chriſtlichen Volksblattes, „die neue Zeit,“ wird einige Verzögerung erleiden, da der beſtellte Redakteur ſich nicht mit dem ihm zur Seite ſtehenden Redaktionskomite zu vertragen wußte und nun erſt ein anderer Redakteur geſucht werden muß. Die früher projektirte und vielbeſprochene würtembergiſche Staatszeitung wird wohl gar nicht zu Stande kommen, da es ſowohl an einem Redakteur und Mitarbeiter, als an Geldmitteln dazu fehlt. Die Laterne wird wohl in Zukunft das Organ der Regierung ſein.

÷ **Stuttgart**, 6. April. Dem Kammerpräſidium ſind von der Regierung zwei wichtige Geſetzentwürfe übergeben worden und hat damit die Ungewißheit über die Deckungsmittel des Deficits ihr Ende erreicht: die Deckung deſſelben ſoll zum Theil durch eine Anleihe, zum Theil durch eine Staatsbank beſchafft werden. Die Anleihe iſt zu einem Betrage von 2½ bis 3 Millionen Gulden und zu einem Zinsfuß von 4½ bis 5 pCt. in Ausſicht genommen und es iſt in ähnlicher Weiſe, wie es in Baden geſchehen, ein ſucceſſiver Abſatz der Staatsſchuldſcheine nach Bedarf vorausgeſetzt. Die Bank, unter dem Namen „würtembergiſche Bank“ hat im Allgemeinen den Zweck, die Flüſſigmachung eines beſtimmten Theiles der Ausſtände der Grundſtocksverwaltung des Staats zu beſchleunigen, die Verwendung derſelben ſowohl zur Unterſtützung der Staatskaſſe und der erwerbenden Volksthätigkeit, als auch zur Verminderung der Staatsſchuld zu vermitteln, auch etwaige Aufträge der Staatsfinanz- und Staatsſchuldenverwaltung, die in den Kreis des gewöhnlichen Bankgeſchäfts gehören, zu beſorgen. Als Einnahmen werden der Bank zugewieſen namentlich die Aktivpoſten der Grundſtocksverwaltung, zum Betrage, mit einigen kleineren Poſten, von 3 Millionen Gulden. Die Bank iſt ermächtigt, Noten im 24½ Guldenfuße nicht unter 5 fl. bis zum Betrage von 3 Millionen Gulden auszugeben. Von dieſer Summe iſt die Hälfte, ſoweit ſich dazu Gelegenheit ergibt, auf Vorſchüſſe ausſchließlich zum Betriebe der induſtriellen und landwirthſchaftlichen Gewerbe zu verwenden, das Uebrige aber der Staatsſchuldenzahlungskaſſe, welche zu deſſen Annahme ermächtigt wird, als unverzinsliches Darlehen, zum Zweck der Beſtreitung von Staatsbedürfniſſen zu überlaſſen. Die Einnahmen der Bank, ſo weit ſie nicht zu Erfüllung von Verbindlichkeiten derſelben nöthig ſind, werden bis zum Betrage des dritten Theiles der im Umlaufe befindlichen Noten in baarem Gelde aufbewahrt, Einlagen des Staats über dieſen Betrag hinaus aber zum Einkauf würtembergiſcher Staatspapiere verwendet. Die Bank iſt ermächtigt, in Geſchäftsverbindungen mit laufender Rechnung zu treten, durch welche der Umlauf der Noten, der Einkauf von Staatspapieren und andere ihrer Aufgabe entſprechende Operationen vermittelt werden. Wer an die Bank 500 fl. baar oder in Noten bezahlt, erlangt dadurch bei derſelben je ein mit 5 pCt. vom erſten Tage des Monats an, in welchem die Einzahlung geſchieht, verzinsliches Guthaben und zugleich damit das Recht, falls binnen zwei Jahren durch einen Akt der Geſetzgebung eine Betheiligung von Privaten, als Aktionären der Bank, zugelaſſen, oder eine neue Bankkonzeſſion an Privaten ertheilt werden ſollte, für den Betrag jenes Guthabens ſich als Aktionär bei der beſtehenden, beziehungsweiſe neu zu errichtenden Bank zu betheiligen. Die Geſammtſumme

ſolcher Einzahlungen von Privaten, welche die Bank in gleicher Weiſe der Staatsſchuldenzahlungskaſſe anleihen und dieſe annehmen darf, ſoll zwei Millionen Gulden nicht überſteigen, und wird ſammt Zinſen den Einzahlenden vom Staate garantirt. Die Banknoten werden von allen Kaſſen des Staates, ſowie von den Steuererhebkaſſen im Nennwerth an Zahlungsſtatt angenommen. Bei jeder Zahlung einer direkten und indirekten Steuer im Belaufe von 15 fl. und darüber muß von den Steuerpflichtigen für den dritten Theil die Zahlung in Noten geleiſtet, oder dafür ein Aufgeld von 2 Proc. (6 kr. von 5 fl.) zugelegt werden. Der jeweilige Inhaber von Banknoten wird als deren rechtmäßiger Eigenthümer angeſehen. Die Regierung kann eine allgemeine Einlöſung der Banknoten gegen baares Geld oder andere, von den im Umlaufe befindlichen leicht zu unterſcheidende Banknoten verfügen. Im Falle der Aufhebung der Bank ſind die noch im Umlaufe befindlichen Noten von der Bank oder der Staatskaſſe gegen baares Geld einzulöſen. Dieß die weſentlichſten Beſtimmungen der beiden wichtigen Geſetze. Ich füge nur noch hinzu, daß das Deficit, wie ſich daſſelbe durch die Nachträge zum Entwurf des Hauptfinanzetats von 1848 — 49 herausſtellt, ſich auf die Summe von beinahe 3½ Millionen Gulden beläuft; dazu kommt indeß am Ende des Etatsjahres noch eine Erhöhung des Betriebskapitals um 1 Million. Das ganze Defizit beträgt alſo 4½ Millionen Gulden.

Kiel, 3. April. Die Blokade unſeres Hafens iſt heute durch einen däniſchen Offizier in Friedrichsort angezeigt worden, und ſchon ſind mehrere Schiffe, welche noch hinausſegeln wollten, zurückgewieſen. Man will von Friedrichsort aus drei Kriegsſchiffe, darunter ein Dampfſchiff, geſehen haben, ein viertes ſoll ſignaliſirt ſein. Der furchtbare Sturm, welcher heute herrſcht, läßt nichts recht Gewiſſes erſehen. Nach einigen Nachrichten will Bonin heute in Jütland einrücken, doch halten wir dies Gerücht noch für verfrüht, wie gern wir auch daran glauben möchten. Mehrere ſächſiſche Bataillone haben ein Lager bei Gottorf (zwiſchen dem Kieler und Eckernförder Meerbuſen) bezogen, um das ſüdöſtliche Schleswig vor Landungen zu ſichern; wie es heißt, wird der Herzog von Koburg-Gotha dort kommandiren.

Schleswig, 3. April. Wie man hört, ſoll die preußiſche Landwehr vorläufig zum Beſetzen der Feſtung Rendsburg beſtimmt ſein. Schleswig liegt voll von Hannoveranern, Infanterie und Artillerie. Die Bayern ſind heute morgen nordswärts abgegangen, der Herzog von Koburg-Gotha mit einem Theile der thüringiſchen Brigade nach Eckernförde, wo er ſein Hauptquartier hat.

Flensburg, 3. April. Auch der Prinz von Sachſen-Altenburg hat hier geſtern ſein Hauptquartier genommen und ebenfalls iſt der Neffe des Königs von Sachſen hier eingetroffen. Unſer Hafen, auf welchen wir bisher mit einiger Beſorgniß hinſahen, iſt und wird jetzt gut beſetzt und bewacht, und da die vielen guten Freunde der Dänen hieſelbſt endlich des Harrens überdrüſſig geworden ſind, haben unſere Artilleriſten die Anſtalten zu deren Empfange übernommen, ihre Garküche eingerichtet, woraus der Däne noch ſowohl die reſtirenden Aepfelkuchen als Oſtereier beziehen kann. An der Nordſeite von Alſen liegt, wie wir vernehmen, eine Anzahl kleiner Handelsſchiffe, die wohl für den Fall einer Retirade von Alſen disponibel gehalten werden.

— Abends. Die Dänen ſind herüber. Dieſen Morgen und theilweiſe wohl ſchon in der vorigen Nacht ſind ſie über den Alſener Sund gekommen, und unſer 3. Jägerkorps, 2. Infanterie-Bataillon und ſchleswig-holſteiniſche Artillerie ſind mit ihnen in einem lebhaften Gefecht geweſen, welches ſich erſt wenig jenſeit Atzüll (½ Stunde von Gravenſtein, in der Landſchaft Sundewitt, an deren Weſtgrenze belegen) entſpann. Plangemäß hatten ſich die Deutſchen über Gravenſtein hinaus zurückgezogen, und die Dänen haben dieſen Ort beſetzt. Auch wurde die Schanze zu Alſsnoer, zwiſchen Gravenſtein und Rinkenis, von ihnen genommen, aber ohne das Geſchütz. Von einigen ſchleswig-holſteiniſchen Kanonen, die auf einer Koppel zwiſchen Gravenſtein und Atzbüll ſtanden, wurde mit bedeutender Wirkung beſonders auf däniſche Dragoner geſchoſſen, welche durch das Feuer derſelben in große Unordnung geriethen. Eine Korvette, welche am Beſchießen jener Schanze Theil nahm, hat verſchiedene Schüſſe erhalten. Es ſind hier circa 20 Verwundete von dort gebracht worden. Mehrere andere ſchleswig-holſteiniſche Infanterie-Bataillons und zwei unſerer Jäger-Korps, die in jener Gegend ſtehen, kamen nicht mit ins Gefecht. Es dürfte ſchwerlich gelingen, die Dänen dahin zu ziehen, wo man ſie beſſer faſſen kann, als in der Halbinſel Sundewitt. Man meint, daß dieſelben ſich förderſamſt wieder zurückziehen werden. Die Angaben über die Anzahl, in welcher ſie herüber gekommen, ſind ſehr verſchieden (von 6000 bis 10,000 Mann.) (Oſtſee-Telegraph.)

Flensburg, 3. April. Heute iſt hier ſachſen-altenburgiſche und heſſiſche Infanterie angelangt und einquartirt, ſachſen-weimarſche Infanterie nebſt mehren Kanonen nach Glücksburg durchmarſchirt, um dort an die Stelle würtembergiſcher Infanterie und heſſen-darmſtädtiſcher Artillerie zu treten. Das würtembergiſche Bataillon und die heſſen-darmſtädtiſche Batterie gehen morgen von hier nach Norden, die Badener haben dieſen Morgen Flensburg verlaſſen. General Bonin hat heute ſein Hauptquartier von hier nach Seegaard verlegt. (Oſtſee-Telegr.)

Kiel, 4. April. Aus ſicherſter Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß General v. Prittwitz die beſtimmteſte Ordre hat, den Krieg in nachdrücklichſter Weiſe zu führen, auch nach ſeinem Ermeſſen in Jütland einzurücken. (H. C.)

Schleswig, 4. April. In der heutigen Sitzung der Landesverſammlung wurde J. Olshauſen das nachfolgende Schreiben der Statthalterſchaft verleſen, das auf Viele einen Anfangs ſtillen, dann befremdenden Zweifel und Nachdenken erweckenden Eindruck machte:

„Mit der Feſtſtellung des Staatsgrundgeſetzes v. 15. Sept. v. J war die hauptſächliche Aufgabe der kanſtituirenden ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung gelöſt. Nach Adlauf der Malmöer Waffenſtillſtandskanvention ſtehen nunmehr durchgreifende Veränderungen der Geſetzgebung der Herzogthümer bevor. Es kann im Allgemeinin nur für angemeſſen und dem Staatsgrundgeſetz entſprechend erachtet werden, daß die verfaſſungsmäßige Theilnahme der Volksvertretung an den zu erlaſſenden neuen Geſetzen von einer in Gemößheit der ſtaatsgrundgeſetzlichen Beſtimmungen und des Wahlgeſetzes vom 20. Okt. v. J., welches von dem Wahlgeſetze vom 13. Juli v. J. nicht unweſentlich abweicht, zuſammengeſetzten Landesverſammlung ausgeübt werde. Die Statthalterſchaft hat daher die Ausſchreibung von Wahlen zu einer ſolchen Verſammlung in Bedacht genammen. Sie glaubt ſich des Einverſtändniſſes der kanſtituirenden Landesverſammlung mit dieſer Maßregel verſichert halten zu dürfen, hat indeſſen, bevor ſie zur Ausſchreibung neuer Wahlen ſchreitet, nicht unterlaſſen wollen, auf einen Zweifel aufmerkſam zu machen, der aus den Artikeln 85, 155 und 156 des Staatsgrundgeſetzes dawider erhoben werden könnte, ob eine neu gewählte Landesverſammlung wider Willen der kanſtituirenden und var dem 1. Nov. d. J. werde zuſammentreten dürfen. Im Art. 156 iſt beſtimmt, daß die konſtituirende Landesverſammlung nicht wider ihren Willen aufgelöſet werden könne. Nach Art. 155 ſoll dieſelbe bis zum Zuſammenteeten der erſten ordentlichen Landesverſammlung beſtehen bleiben. Und nach Art. 85 tritt die Landesverſammlung an einem beſtimmten Tage des Jahres, nämlich am 1. (oder ausnahmsweiſe am 2.) Nav. zum ordentlichen Landtage zuſammen. Der hiernach mögliche Zweifel iſt der Statthalterſchafe unbegründet erſchienen. Ihres Erachtens bezieht ſich die angezagene Beſtimmung des Art. 156, zuſammengehalten mit dem varhergehenden Art. 155 und auf die Zeit bis zum Zuſammentritte einer ordentlichen Landesverſammlung und wird durch das obengenannte Beiwort im Art. 155 eben nur der in den verſchiedenen Wahlgeſetzen beeuhende Gegenſatz zur veefaſſunggebenden Verſamm ung ausgedrückt, während daſſelbe Beiwort im Art. 85 in einem ganz anderen Sinne, nämlich auf das Datum des Zuſammentretens der Verſammlung bezüglich gebraucht iſt. Die Statthalterſchaft erſucht den Herrn Präſidenten der Landesverſammlung dieſes Schreiben gefälligſt zur Kunde der Verſammlung bringen zu wollen. Gattorff, den 3. April 1849. Statthalterſchaft der Herzogthümer Schleswig-Holſtein. Reventlow. Beſeler. Harbow.“

Zur Prüfung dieſe Schreibens wurde ſofort ein Ausſchuß niedergeſetzt und darauf vertagte ſich die Verſammlung bis zum 16., um zunächſt dieſen Ausſchußbericht ſowie das Referat ihrer nach Berlin entſandten Deputation entgegenzunehmen. (H. C.)

Bremen, 5. März. Die Bürgerſchaft hat in ihrer geſtrigen Verſammlung, in demſelben Augenblick, wo die Antwort des Königs von Preußen ihr bekannt wurde, mit folgendem beinahe einſtimmig gefaßten Beſchluß den Senat aufgefordert, zur Verwirklichung von der Reichsverſammlung gefaßten Beſchlüſſe das Seinige beizutragen. Dieſer Antrag der Bürgerſchaft an den Senat lautet:

„Veranlaßt durch die in ihrer heutigen Verſammlung ihr bekanne gewordene Erklärung des Königs von Preußen auf den Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung, durch welchen die in der Reichsverfaſſung begründete erbliche Kaiſerwürde auf dieſen Fürſten übertragen wird, und durchdrungen von der Nothwendigkeit, daß dieſer Beſchluß der Nationalverſammlung in allen deutſchen Stämmen und Staaten als der Ausdruck des Nationalwillens ſeinen Widerhall finde, damit deſſen Verwirklichung beſchleunigt und auf Grund der Reichsverfaſſung die Freiheit, Einheit und Macht des deutſchen Vaterlandes bald und dauernd gefeſtigt werde, hat die Bürgerſchaft das von der deutſchen Nationalverſammlung ſelbſt ausgeſprochene Vertrauen, ſa viel an ihr iſt, rechtfertigend, unverweilt zu dem Beſchluſſe ſich vereinigt:

„„Den Senat aufzufordern, ſich geeigneten Orts Namens des Bremiſchen Freiſtaats vollkommen einverſtanden zu erklären, daß der König von Preußen dem an ihn durch Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung ergangenen Rufe folge und auf Grund der Reichsverfaſſung die erbliche deutſche Kaiſerkrone annehme.““ (Weſer-Ztg.)

Hamburg, 4. April. Heute traf der Präſident der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung, Hr. Bargum, von Schleswig hier ein. Derſelbe begiebt ſich, wie wir hören, nach Berlin, um Namens der Landesverſammlung dem Könige von Preußen die Bitte an's Herz zu legen, daß derſelbe die ihm von der Nationalverſammlung ertheilte Kaiſerkrone annehmen möge. Der Truppendurchmarſch iſt hier ſeit einigen Tagen außerordentlich rege. Geſtern Abend kam mit dem Berliner Bahnzuge das Füſilier-Bataillon des 19ten Landwehr-Regiments aus Poſen hier an; heute Nachmittag ein Bataillon des 12ten preußiſchen Infanterie-Regiments. Letzteres marſchirte ohne Aufenthalt durch unſere Stadt und iſt ſofort über Altona mit dem Eiſenbahnzuge nach Rendsburg abgegangen. Heute Abend brachte uns der Bahnzug das dritte Bataillon von demſelben Regimente. (H. C.)

Cuxhaven, 4. April. Das deutſche Kriegs-Dampfboot Hamburg, nach der Weſer beſtimmt, iſt dieſen Morgen von hier in die See gegangen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London,** 4. April. In der geſtrigen Unterhausſitzung ging nach unendlich langen Verhandlungen die Leſung der Bill für Erhebung einer Hilfsarmenſteuer in Irland mit einer Mehrheit von 55 Stimmen (193 gegen 138) durch. Man kann die Maßregel indeß in dieſer Form faſt ſo gut als beſeitigt erachten, da der zur Prüfung der iriſchen Armengeſetze ernannte Ausſchuß des Oberhauſes, auf den Vorſchlag des Lords Monteagle, ſeine Meinung dahin abgegeben hat, daß dieſe Maßregel zugleich parteiiſch und unzweckmäßig, wie zur Unterſtützung der nothleidenden Bezirke nicht genügend ſei. Es iſt das Schickſal aller bedeutſamern von den Miniſtern vorgeſchlagenen Maßregeln, daß ſie an dem zähen Widerſtand des Oberhauſes zu ſcheitern pflegen. Der Ausſchuß hat jedoch verſprochen, etwas Anderes an Stelle der von ihm mißbilligten außerordentlichen Hilfsarmenſteuer zu ſetzen.

Die „Times" von vorgeſtern bringt einen Artikel über die däniſche Frage, worin ſie zum erſten Mal anerkennt, daß wenigſtens in letzter Zeit die deutſchen Regierungen ſich in dieſer Frage mäßig benommen und zu allen billigen Zugeſtändniſſen bereit erklärt hätten. „Palmerſton," ſagt die Times, „machte den Vorſchlag, daß das Herzogthum Schleswig weder deutſch noch däniſch, ſondern unabhängig und mit der Krone Dänemark nur durch das, was man ein politiſches Band nennt, verknüpft ſein ſolle. Keine geringere Autorität als Graf Neſſelrode ſelbſt rieth ihm, daß die zwiſchen den Schweſterkronen Schweden und Norwegen beſtehenden Verhältniſſe für die zwiſchen Dänemark und Schleswig einzurichtenden zum Muſter genommen würden. Die deutſchen Regierungen und ihre Bevollmächtigten zeigten ſich bereit, auf dieſe Bedingungen einzugehen. Aber je größeren Eifer die deutſchen Bevollmächtigten für den Abſchluß des Friedens zeigten, deſto gleichgültiger benahmen ſich die Dänen. Der Waffenſtillſtand wurde endlich gekündigt, und es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß in dieſem ſelben Augenblick die Feindſeligkeiten mit einem neuen Angriff der Dänen auf das Herzogthum Schleswig wieder begonnen haben. Wenn wir vorausſetzen dürfen, daß die Deutſchen ihre gänzliche Bereitwilligkeit erklärten, auf die ihnen von den vermittelnden Mächten vorgeſchlagenen Bedingungen einzugehen, und wenn wir zugleich vorausſetzen, daß auch Rußland dieſe Bedingungen ohne Hindergedanken gebilligt habe, ſo können wir nicht begreifen, daß Dänemark in dieſem Augenblick irgend einen genügenden Grund haben ſollte, ſich von den Verhandlungen zurückzuziehen und den Krieg zu erneuern. Iſt dies der letzte und ernſtliche Entſchluß der Regierung zu Kopenhagen, ſo muß ſie andere Gründe haben, die ſie bewegen konnten, ſich einer ſolchen Verantwortlichkeit auszuſetzen, denn die Erneuerung des Krieges, nachdem billige Friedensbedingungen auf der urſprünglich von Dänemark ſelbſt angenommenen Baſis vorgeſchlagen worden, iſt geeignet, ihrer Sache zu ſchaden, ihr Gebiet zu gefährden, und ſie von der verſteckten Politik einer andern Macht abhängig zu machen."

* **London,** 5. April. Im Hauſe der Gemeinen beantragte Lord J. Ruſſell geſtern die Vertagung des Hauſes über die Oſterfeiertage hinaus bis zum 16. April. Hr. Hume wandte ein, daß der traurige Zuſtand der Kolonien eine ſo lange Vertagung nicht für räthlich erſcheinen laſſe. In Demerara habe vom 20. Dezbr. 1847 an das Volkshaus mit dem Grafen Grey in einer fortdauernden Fehde gelegen. In Jamaika, welches früher für eine Muſterkolonie gegolten, verwerfe diejenige Verſammlung, welche dort die Stellung der Peers inne habe, Alles, was das Volkshaus und die Bewohner der Kolonien für nothwendig hielten. Dem könne man nicht ruhig zuſehen. Nur in Kanada ſtehe es gut (?) weil dort eine wahrhafte Volksrepräſentation geſchaffen und das Prinzip der Selbſtverwaltung eingeführt ſei, und was man von einem dort angeblich ausgebrochenen Aufſtande fabele, entbehre eben aller Wahrheit. Lord J. Ruſſell entgegnete, daß England nicht weniger als 43 Kolonien habe; einen Theil für das Ganze nehmend, behaupte nun Hr. Hume, alle Kolonien ſeien mißmuthig und unglücklich. Der Miniſter vertheidigte ſodann die Verwaltungsgrundſätze des Kolonialminiſters, gab zu, daß den Kolonien in ſo weitem Sinne als möglich das Recht der Selbſtverwaltung zu geſtatten ſei, meinte aber, daß man bei der Einführung dieſes Prinzips nur mit größter Vorſicht verfahren dürfe, worauf des Miniſters Antrag auf Vertagung zugeſtanden wurde.

Frankreich.

* **Paris,** 5. April. Beim Beginn der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung zeigte der Präſident den Tod dreier Mitglieder an, die ſämmtlich an der Cholera verſtorben ſind. Der Biſchof von Orleans Fayet iſt darunter. Die Anzeige rief eine ſchmerzliche Stimmung hervor. Der Miniſter des Handels reichte einen Antrag auf Bewilligung von 500,000 Fr. für die zur Abwehr der Seuche zu ergreifenden Sanitätsmaßregeln ein. Ein Mitglied der Akademie der Medizin, Herr Trouſſeau, beſtritt, daß die diesjährige Cholera der Art ſei, um ernſte Beſorgniſſe hervorzurufen. Dem Antrag wurde gleichwohl die Dringlichkeit zuerkannt. Ein anderer Geſetzvorſchlag, den das Miniſterium heut einreichte, geht dahin, eine Verlängerung des proviſoriſchen Geſetzes über die Journalkautionen zu erhalten. Auf der Tagesordnung ſtand das Budget des Miniſteriums des Unterrichts. Herr v. Falloux bekämpfte die von der Kommiſſion verlangten Reduktionen. Es gelang ihm, die 8000 Fr., welche für die Generalinſpektoren angeſetzt waren, ſowie die meiſten andern angefochtenen Poſten zu retten. Die Wahl der Mitglieder des Staatsraths, welche heute geſchehen ſollte, wurde auf morgen verſchoben.

Die Nachwirkungen der italieniſchen Ereigniſſe machen ſich in Frankreich ſehr fühlbar. Zahlreiche Haufen von Piemonteſen, Lombarden und andern Flüchtlingen aus Italien ſind bereits in Lyon eingetroffen. Mit der Ankunft derſelben trifft ein Rundſchreiben des Miniſters des Innern Leon Faucher an die Präfekten zuſammen, worin er dieſelben benachrichtigt, daß vom 1. Mai an allen politiſchen Flüchtlingen, welche ſeit dem Jahre 1848 nach Frankreich gekommen ſind, keine Unterſtützungen mehr gezahlt werden. Karl Albert iſt auf dem Wege nach Spanien, La Marmora ſoll in Toulon angekommen ſein, um ihm nachzureiſen. Von der Alpenarmee hört man, bald, daß neue Offiziere zu ihr geſchickt werden, bald daß ſie wieder von der Grenze zurückgezogen wird. Die meiſten gemäßigten Pariſer Journale, ſprechen ſich ſehr entſchieden für die Erhaltung des Friedens aus. Nur die Liberté, das Organ des bonapartiſchen Familien-Intereſſes, gibt ſich alle erdenkliche Mühe, die Nothwendigkeit eines Krieges zu beweiſen. Derſelbe iſt jedoch, wenn nicht gänzlich unvorhergeſehene Ereigniſſe eintreten, entfernter als je. Die Idee eines italieniſchen Staatenbundes zum Schutz der italieniſchen Nationalität, deren Verwirklichung Pius IX., Karl Albert und der Großherzog von Toskana bereits im Jahre 1847 verſuchten, und welche gegenwärtig auch die Zuſtimmung Oeſterreichs und Frankreichs hat, ſcheint beſtimmt zu ſein, die Grundlage einer friedlichen Ordnung der italieniſchen Angelegenheiten zu bilden. Die Ankunft des Abt Gioberti in Paris wird mit dieſer Idee in Verbindung gebracht. Der Verfaſſer der bekannten diplomatiſchen „Mittheilungen" der Preſſe, behauptet heute feierlich, daß die Anweſenheit Giobertis zunächſt der Ausführung einer bewaffneten Intervention in Toskana zur Wiedereinſetzung des Großherzogs zum Zwecke habe, eine Behauptung, welche einige Wahrſcheinlichkeit für ſich hat, wenn man bedenkt, daß Gioberti dieſe Intervention ſchon vor Ausbruch des Krieges wollte und wegen der Meinungsverſchiedenheit ſeiner Kollegen über dieſen Punkt aus dem Miniſterium trat. Dieſe Intervention hat dem Verfaſſer der Mittheilungen zufolge, folgende nähere Bedeutung für Pie-

mont: „Das Miniſterium Pinelli ſcheint überzeugt, daß das bei der Aufkündigung des Waffenſtillſtands von dem radikalen Miniſterium von Turin veröffentlichte Manifeſt eine dem König geſtellte Falle war, um zuletzt zur politiſchen Auflöſung der ſardiniſchen Monarchie zu gelangen. Indem es im Angeſicht von Europa erklärte, daß in den Augen Karl Alberts die alten Verträge nicht mehr beſtünden und daß die Verträge von 1815 Italien nur aufgezwungen worden wären, ſuchte das Miniſterium Ratazzi die Proteſtationen wiederzubeleben, welche die Abg. der Republik Genua gegen die Einverleibung ihrer Vaterſtadt in das Königreich Piemont bei dem Wiener Kongreß wiederholt erlaſſen hatten. Die neueſten Vorgänge in Genua bekräftigen einigermaßen dieſen Verdacht. Das Revolutionsfieber, welches Rom und Toskana erſchüttert hat, droht die Staaten des Königs von Sardinien zu überſchwemmen: Genua ſteht auf dem Punkt, ſich von der Monarchie zu trennen und die Wiederherſtellung der liguriſchen Republik zu proklamiren. In dieſer Lage der Dinge hat das neue Miniſterium Pinelli für nöthig erachtet, um die Erhaltung der ſardiniſchen Monarchie zu ſchützen, das Interventions-Projekt des Abts Gioberti wieder aufzunehmen, den es damit beauftragt hat, vermittelſt des Beiſtandes Frankreichs die Hinderniſſe hinwegzuräumen, welchen das Projekt bei Oeſterreich begegnen könnte, da Oeſterreich bekanntlich wegen des eventuellen Rückfalls von Toskana an das Haus Oeſterreich ſchon früher dem König Karl Albert jedes Recht zur Intervention in dieſem Lande beſtritten hat. Man glaubt, daß Oeſterreich gegenwärtig weniger Widerſtreben zeigen wird, da es gegen den neuen König beſonders im Intereſſe der Erhaltung des monarchiſchen Prinzips in Italien, die beſten Geſinnungen hegt. Derſelbell Mittheilung zufolge hat die Sendung des öſterreichiſchen Diplomaten Hrn. v. Hübner nach Paris beſonders zum Zweck, die franzöſiſche Regierung über die Abſichten des Wiener Kabinets zu beruhigen und ſie vorzüglich der liberalen Geſinnungen deſſelben zu verſichern.

An der heutigen Börſe ſind die Kourſe gefallen. Die 3 pCt. ſchloß 56,20, die 5 pCt. 88,70; Bankaktien 2415.

Spanien.

* **Madrid**, 30. März. Wir theilten mit, daß der öſterreichiſche Geſandte Graf Eſterhazy im Namen des jungen Kaiſers von Oeſterreich der Königin Iſabella den Marien-Thereſienorden überreicht hat. Wir fügen hinzu, daß er ein Gleiches der Schweſter der Königin, der Herzogin von Montpenſier gethan hat.

In Katalonien dauert der Krieg fort. Der in den letzten Tagen ſehr reichlich gefallene Regen und Schnee haben die Operationen der Truppen der Königin erſchwert und aufgehalten. Der Führer einer republikaniſchen Freiſchaar hatte einen Bürgermeiſter erſchießen laſſen.

Die Königin hat einen ehemaligen Tenoriſten von dem Theater zu Madrid, der zuletzt in Cadix angeſtellt war, zu ihrem Kammerherrn ernannt.

Jatlien.

* Aus Sardinien, 30. März. Der ganze Süden iſt in der größten Aufregung. Die Stadt Genua ſcheint zum Widerſtand entſchloſſen; ſie wird darin durch zahlreiche Adreſſen und Deputationen der umliegenden Städte, unter andern auch der Feſtung Alexandria unterſtützt. Der Kommandant der Citadelle von Alexandria, General Sonnar, ſoll erklärt haben, daß er dieſelbe auf das Aeußerſte vertheidigen und nicht anders übergeben werde, als auf einen von allen drei Staatsgewalten unterzeichneten Befehl.

31. März. Die Unruhen ſind ausgebrochen. Der Gouverneur der Stadt, General Ferretti, wurde gezwungen, dem Volk Waffen auszutheilen. Dieſes bemächtigte ſich ſodann zweier Forts. Die Truppen, welche die Bewegung unterdrücken ſollten, machten gemeinſchaftliche Sache mit den Aufſtändiſchen. Der Kommandant der Stadt wurde gefangen geſetzt. Die Munizipalität erklärte ſich permanent und beim Abgang des letzten Dampfboots „Courrier de Corſe" ertönte der Appell durch die ganze Stadt. Eine Deputation von drei Mitgliedern iſt nach Turin abgeordnet, um die Deputirtenkammer der Unterſtützung der liguriſchen Bevölkerung zu verſichern und ihr ein Aſyl anzubieten.

Laut Nachrichten vom 1. April endlich die der „Semaphore" bringt, haben die Truppen die Stadt verlaſſen, und der Kommandant der Nationalgarde hat den Befehl übernommen. Man hat die Ernennung einer proviſoriſchen Regierung vorgeſchlagen, aber noch war kein Entſchluß gefaßt.

* Auch in Savoyen nimmt die Aufregung nach den am 5. in Paris verbreiteten Nachrichten einen ſehr ernſten Charakter an. Die Bevölkerung von Albertville hat ſich verſammelt und einen Beſchluß angenommen, wodurch eine konſtituirende Verſammlung für Savoyen berufen wird. Sie hat zu gleicher Zeit fünf Kommiſſionen zu dieſem Zwecke ernannt, den Titel Centralkreis angenommen und Abgeordnete an die andern Provinzen geſchickt. Mouliers ſoll bereits ſeine Beiſtimmung erklärt haben.

* **Florenz**, 29. März. Guerazzi zeigt in einer Proklamation die Uebernahme der Diktatur durch ihn an. Er verſpricht, daß er ſeine Vollmachten nicht gegen die Freiheit, ſondern zur Vertheidigung des Landes gebrauchen wird.

* **Rom**, 26. März. Geſtern iſt derjenige Theil der Nationalgarde, der ſich freiwillig zur Mobiliſation gemeldet hat, auf dem St. Petersplatz gemuſtert worden. Dieſe Truppe bezieht ſeit geſtern den Sold.

In der geſtrigen Sitzung der Konſtituirenden kündigte der Repräſentant Audinot Interpellationen an die Vollziehungsbehörde über die Kriegsrüſtungen an. Er wünſcht namentlich zu wiſſen, welche Mittel dieſelbe zu ergreifen gedenke, um die Armee, wie beſchloſſen, auf 40,000 Mann zu bringen. Er fragt ferner nach dem Stande der Unterhandlungen mit den übrigen Staaten Italiens. Er verlangt die Feſtſtellung eines Tages, an dem die Vollziehungsbehörde zu antworten habe. Sterbini hebt die Nothwendigkeit des Einverſtändniſſes mit den übrigen Regierungen hervor; es iſt ihm einerlei, daß in dem Kriege für die italieniſche Unabhängigkeit das Banner der römiſchen Republik neben dem königlichen Banner von Piemont flattere, allein er will vor allen Dingen, daß Piemont die römiſche Republik anerkenne und die Unterhandlungen zu dieſem Zweck energiſch betrieben werden. Der Miniſter des Aeußern erklärt, daß der Krieg ohne Rückſicht auf die Unterhandlungen beginnen werde. Die Verſammlung beſtimmt den folgenden Tag für die Interpellationen.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. April. Ein Regierungsdampfſchiff wird heute von Travemünde erwartet, um die Antwort auf die Depeſche vom 26. März an Lord Palmerſton zu bringen. Da aber der Kriegsminiſter, welcher mit unbedingter Vollmacht über Krieg und Frieden zu entſcheiden vom Staatsrathe verſehen iſt, ſich auf Fühnen befindet, wird die Nachricht hier wohl verſpätet ankommen. Das Linienſchiff Chriſtian VIII. iſt geſtern um die Mittagsſtunde von dem Dampfſchiff Schleswig bugſirt, unter dem Donner der Kanonen der hier noch ſtationirten Fregatten und Korvetten auf ſeinen Poſten abgegangen.

Die Inſeln der Weſtſee ſind in dieſen Tagen von 600 Mann Infanterie, unter dem Kommando des Kapitän Krieger, ohne Schwertſtreich beſetzt worden (?). Jetzt kommt Fehmarn an die Reihe.

General Fabvier hat am 29. März die däniſche Armee in Jütland, 20,000 Mann ſtark, vor ſich Revue paſſiren laſſen. (A.M.)

Türkei.

Konſtantinopel, 21. März. Die ruſſiſche Geſandtſchaft hat vorgeſtern eine lange Konferenz bei dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten gehabt und ſoll nun energiſch die unmittelbare Bewilligung der Durchfahrt ihrer Flotte durch den Bosphorus verlangt haben. Man ſieht, daß dieß mit der Veränderung der engliſch-franzöſiſchen Politik in den neapolitaniſch-ſiciliſchen Verwickelungen zuſammenhängt. Um die materielle Einmiſchung Rußlands unnöthig zu machen, iſt von den beiden Seemächten das Ultimatum an die Sicilier geſtellt worden; durch die Annahme deſſelben werden die Ruſſen einen Hauptgrund für die Erſcheinung ihrer Flotte im Mittelländiſchen Meere erlangen. Uebrigens iſt dadurch andererſeits für die Ruſſen ein Grund mehr, jetzt ſchon auf die Durchfahrt zu dringen, weil dann auch fernere Einmiſchungen in die italieniſche und andere Fragen durch eine impoſante Flotte möglich werden. Es gehen natürlich eine Menge Gerüchte um. Dahin gehört die bevorſtehende Blokirung der Dardanellen durch eine franzöſiſch-engliſche Flotte, um das Erſcheinen einer ruſſiſchen Flotte im Mittelmeere zu verhindern; dann ein anderes, daß das ganze Miniſterium Reſchid-Paſcha einem ruſſiſchen Platz machen werde. (D. A. Z.)

Extra-Blatt
zur
Deutſchen Zeitung.

Den 9. April.

* **Frankfurt,** 9. April. Wir ſprechen ſo eben einen Augenzeugen des Kampfes, über welchen wir bereits in einer geſtrigen Extra-Beilage berichtet und welcher das in der Kriegsgeſchichte unerhörte Reſultat hatte, daß mit 12 Kanonen, theilweiſe vom leichteſten Kaliber, eine ganze Flottille, zum größten Theil aus Schiffen erſten Ranges beſtehend, vertrieben oder vernichtet wurde.

Es war am Donnerſtag früh, als mit friſchem Oſtwinde das Linienſchiff Chriſtian VIII. von 84 Kanonen, die Fregatte Geſion von 46 Kanonen und die Brigg St. Croix von 18 Kanonen, gefolgt von den drei Kriegs-Dampfſchiffen Hekla, Geyſer und Slesvig, in den Eckernförder Meerbuſen einliefen; vor dem Hafen war eine Anzahl von Booten ſichtbar. Der Hafen wurde nördlich und ſüdlich der Stadt von zwei ſchleswig-holſteiniſchen Batterien vertheidigt, die nördliche aus 2 Paixhans und 2 18pfündern, die ſüdliche aus 4 24pfündern beſtehend. Beide eröffneten ſofort das Feuer und bald war das eine Dampfſchiff ſo erheblich verletzt, daß es von einem der andern Dämpfer ins Schlepptau genommen und aus dem Hafen bugſirt werden mußte; das dritte Dampfſchiff und die Brigg folgten und überließen dem Linienſchiff und der Fregatte die Fortſetzung des Kampfes. Der Oſtwind aber war unterdeſſen ſtärker geworden und trieb den Chriſtian immer weiter der Küſte zu, und als gegen 2 Uhr die Fregatte durch einen Schuß vom Lande her das Steuerruder verloren hatte, wurde eine Parlamentärflagge aufgehißt und ein Boot ſetzte einen Offizier ans Land mit einem Schreiben, im Weſentlichen des Inhalts, daß, wenn von deutſcher Seite das Feuer eingeſtellt werde, die Schiffe ebenfalls zu feuern aufhören, im andern Falle aber die Stadt in Brand ſchießen würden. Die Antwort war, das Feuer werde nicht eingeſtellt werden, die Drohung aber, die Stadt zu beſchießen, werde ein ehrenhafter Feind nicht in Ausführung bringen. Inzwiſchen war indeß der Herzog von Koburg, der Oberbefehlshaber der thüringiſchen Brigade, aus ſeinem Hauptquartier Gettorf herbeigeeilt, und dieſer bewilligte dem Feinde eine zweiſtündige Waffenruhe, welche auch den Batterien aus dem doppelten Grunde nicht unwillkommen war, einmal, weil das ununterbrochene Feuern von 7 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags die Geſchütze bis zum Zerſpringen erhitzt hatte, dann aber auch, weil jetzt eine ſchnell herbeigezogene naſſauiſche Batterie, die freilich nur aus 4 6pfündern beſtand, Zeit gewann, ſich in einer Schanze zwiſchen der Südbatterie und der Stadt aufzuſtellen. Die feindlichen Schiffe benutzten die Zeit der Waffenruhe, um nach auswärts Signale zu geben, vermuthlich um die Dampfſchiffe zum Bugſiren herbei zu rufen; wenigſtens erſchien ein ſolches an der Einfahrt des Hafens. Die Nordbatterie richtete aber ſogleich ihr Feuer gegen daſſelbe und zwang es zur Umkehr.

Es war jetzt gegen halb 5 Uhr; die Zeit des Waffenſtillſtandes war abgelaufen und die Batterien eröffneten ihr Feuer von Neuem. Die Fregatte, noch immer unbehülflich in ihren Bewegungen, weil ihr das Steuer fehlte, lag etwas weiter hinaus, das Linienſchiff aber noch immer in unmittelbarer Nähe des Landes und zwar ſo, daß die Kugeln der Schleswig-Holſteiniſchen Batterien es in der Flanke, die Kugeln der Naſſauer Batterie im Spiegel faßten. Alle drei Batterien ſchoſſen mit glühenden Kugeln. Das Geſchütz vom Schiffe her erwiderte Schuß auf Schuß, aber an Manöveriren war in ſolcher Nähe der Küſte nicht mehr zu denken, und bald war es vollends auf den Sand gelaufen. Endlich zündete eine der glühenden Kugeln, das Feuer griff mit Macht um ſich, um 6 Uhr ſtrich zuerſt der Chriſtian, dann auch der Geſion, der noch kurze Zeit den Kampf fortſetzte, die Flagge. Ein Offizier ruderte ans Land und übergab die Schiffe auf Gnade und Ungnade.

Sofort begann die Ausſchiffung der feindlichen Mannſchaft. Der Kommandeur des Chriſtian übergab dem Herzog von Koburg ſeinen Degen; aber noch hatte die Ausſchiffung nicht vollendet werden können, als das Schiff in die Luft ſprang. Man rechnet, daß an 200 Dänen dabei ihren Tod fanden. Der Geſion aber wurde mit deutſchen Matroſen bemannt und um 8 Uhr wehte hoch oben am Maſte über dem gedemüthigten Danebrog die ſchwarz-roth-goldene Flagge von Deutſchland. Der Sieg war eben ſo vollſtändig, als glorreich, denn wir wiederholen es, 12 Geſchütze, und ein Theil davon bloßes Feldgeſchütz, ſchlugen ſich gegen mehr als 150 Kanonen des ſchwerſten Kalibers, und eine Zeitlang war die Nordbatterie ſogar genöthigt, ihr Feuer einzuſtellen, um nicht ihre Kugeln zugleich in die Stadt zu ſchleudern.

Der Verluſt von deutſcher Seite iſt äußerſt gering. Die Batterien zählen 1 Todten und 5 leicht Verwundete; außerdem hat von der gedeckt aufgeſtellten Infanterie ein Mann vom reußiſchen Kontingent ſeine Neugierde mit dem Leben bezahlt; für das Fürſtenthum Reuß allerdings kein unerheblicher Verluſt. Die Dänen aber — Paludan hat den Chriſtian, Meier den Geſion befehligt — haben ſich mit der Schmach befleckt, ihre Kugeln gegen eine wehrloſe Stadt gerichtet zu haben; ſie haben ihre Drohung wahr gehalten, und die zertrümmerten Häuſer geben Kunde, wie unſere Feinde den Krieg zu führen gedenken. Eine Landung war nicht beabſichtigt, denn keins der Schiffe hatte Landungstruppen an Bord.

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 99. Frankfurt a. M., Dienſtag 10. April. 1849.

Ueberſicht.

Der erſte Seeſieg.

Was hat die Reichsverſammlung zu thun?

Deutſchland. Wien (Ein offiziöſer Artikel über die Kaiſerwahl in Frankfurt. Vom Kriegsſchauplatz in Ungarn. Der Buchhandel in Verzweiflung. Vorbereitungen zum Empfang des Kaiſers.) Botzen (Truppenzüge nach dem Süden.) Berlin (Die kaudiniſchen Päſſe.) Poſen (Der Eindruck der berliner Nachrichten.) München (Proteſtation gegen die Kaiſerwahl. Ein Flugblatt konfiscirt. Ein baieriſcher Orden an Radetzky.) Hannover (Die Anerkennung des preußiſchen Kaiſerthums unter Bedingungen.) Freiburg (Die bevorſtehenden politiſchen Prozeſſe.) Kaſſel (Die Erklärung des Königs von Preußen und die Ständeverſammlung.) Hanau (Beſchlüſſe des politiſchen Vereins auf Anlaß der Nachrichten aus Berlin.) Deſſau (Ein Glückwunſchſchreiben des Herzogs nach Charlottenburg.) Altona (Vom Kriegsſchauplatz.)

Großbritannien. London (Politiſche Oſterferien. Widerlegung von Gerüchten über Rußland. Ein neuer Lordoberkommiſſär für die joniſchen Inſeln. Das Morning Chronicle über die deutſche Kaiſerwahl.)

Frankreich. Paris (Sozialiſten-Banquet. Rede des Repräſentanten Puyat. Börſenſpekulation des Präſidenten. Der Oberſt Tombeur. Leon Faucher's Schreiben an die Präfekten. Beſuch von Engländern. Amerikaniſcher Sozialiſt Brisbane ausgewieſen. Proudhon geflüchtet. Pabſt nach Marſeille. Bewegung der Alpenarmee.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Semlin (Der ſerbiſche Nationalkongreß.) Aus Ungarn (Zur Charakteriſtik des Krieges in Ungarn.)

Italien. Neapel und Sizilien (Die letzten Vermittlungsverſuche.)

Schweiz. Bern (Heinzens Erklärung. Der Bundesrath. Die Genfer Regierung. Entlaſſung der Truppen. Teſſin.)

Schweden u. Norwegen. Stockholm (Ein Uebungslager.)

Donaufürſtenthümer. Jaſſy (Der Kaiſer von Rußland im Kirchengebet.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

10. April.

Werke der Noth ſind auch am Feiertage erlaubt und was that uns nach den jüngſten niederſchlagenden Nachrichten mehr noth, als eine Erhebung und eine Erquickung? So haben wir denn auch ſchon am erſten heiligen Oſtertage die frohe Botſchaft, die uns vom Norden zukam, früher als jedes andere Blatt im Süden unſeres Vaterlandes verbreitet. Sieg! Wie das Wort die Seele erquickt! Sieg! Sieg! Wie das Wort von Mund zu Munde geht und eine gebeugte Nation aufrichtet, wie die ſchmachtende Pflanze ſich aufrichtet, wenn der Himmel ſich plötzlich ihrer mit ſtrömendem Thau erbarmt.

Der Sieg im Hafen von Eckernförde iſt in mehr als einer Hinſicht merkwürdig und folgenreich. Er war ein ganz unvermutheter, ein Seeſieg vom Lande aus. Seine Ueberlegenheit zur See war es, welche das kleine Inſelvolk der Dänen gegen uns ſo übermüthig machte. Der Krieg im vorigen Jahre war ein Kampf des Haifiſches mit der Dogge und die neunmonatliche Friſt des Waffenſtillſtandes wurde von Deutſchland zu ſpät, war überhaupt gar nicht in der Weiſe benutzt, um inzwiſchen eine deutſche Flotte herzuſtellen, im Stande, es auch nur mit den kleinen däniſchen Geſchwadern aufzunehmen. Wir haben unabläſſig zur beſſeren Benutzung dieſer Friſt aufgefordert. Wir hegen die größte Hochachtung vor der unermüdlichen aufopfernden Thätigkeit des deutſchen Marineminiſters und haben alle Schwierigkeiten nicht verkannt, mit welchen er bei dieſer ganz neuen Schöpfung zu kämpfen hatte. Aber wir haben ſtets behauptet, dieſe ganze Angelegenheit ſei nicht auf die richtige Weiſe, ſei, wie man zu ſagen pflegt, vom unrechten Ende angefangen. Seitdem haben ſich die gewichtigſten Stimmen dieſſeits und jenſeits des Oceans in ähnlichem Sinne ausgeſprochen. Es galt hier den nächſten Zweck in's Auge zu faſſen, und eine Flotte, die man bis zum 26. März nicht bauen konnte, bis dahin mit einem kühnen Griff — in die Reichskaſſe fertig zu kaufen. Und ſie war zu kaufen. In Holland, England, Amerika gab es Schiffe genug, Kriegsſchiffe genug; man denke nur daran, daß in dieſen Ländern bei den Dampfſchiffen, die für den Handel gebaut werden, auch auf den Krieg Rückſicht genommen wird. Als es vor einigen Jahren nach einem Kriege mit Frankreich ausſah, ſchickte die engliſche Regierung ihre Agenten nach den brittiſchen Häfen und allein in Liverpool fanden ſich über fünfzig Dampfſchiffe, die für den Krieg eingerichtet werden konnten. Doch wir wollen den alten Streit nicht erneuern: Genug, der Schwung der Nation ward nicht benutzt, die Begeiſterung ſchlief ein und der heimliche Geſchäftsbetrieb des Marinedepartements hatte trotz aller Verheißungen innerhalb und außerhalb des Parlaments den Erfolg, welchen wir vorausgeſagt. Nach Ablauf des Waffenſtillſtandes war das große deutſche Reich nicht im Stande, die See gegen Dänemark zu behaupten. Die Meinung ſprach auch Kommodore Parker gegen uns aus, am Abende, ehe er nach Amerika zurückging und er hat ſeitdem die Ehre abgelehnt, Admiral der deutſchen Flotte zu werden. Aber die Schiffe, dem Himmel ſei Dank, welche wir nicht gekauft haben, haben wir uns erobert. Der Dänenkönig, wie es in einem eben erſcheinenden Volksliede heißt, hat den beſten Beitrag zur deutſchen Flotte geliefert!

Dänemark hat ſtets einen beſonderen Stolz auf ſeine Flotte geſetzt; es iſt das Vermächtniß ſeiner frühern Größe. Selbſt nachdem es das wälderreiche Norwegen verloren, fuhr das kleine holzarme Land fort, alles was es erſchwingen konnte, auf dieſes Spielzeug der Nation zu verwenden. Niemand hat wohl ohne Kopfſchütteln die großen Kriegsſchiffe geſehen, welche im Chriſtianshafen, Kopenhagen gegenüber, in langer Reihe verfaulten. Das vorige Jahr ſchien endlich die Hartnäckigkeit zu rechtfertigen, mit welcher die Dänen ihre hölzernen Mauern ausbeſſerten. Im Vertrauen darauf zeigten ſie bei den Friedensverhandlungen in London auch wieder einen ſo unglaublichen Uebermuth, daß ſie Friedensbedingungen, wie ſie ihnen niemals hätten geſtellt werden ſollen, zum Staunen ſelbſt ihrer parteiiſchen Freunde, der Engländer, verwarfen. Mit Jubelruf ward auf der Reichsverſammlung in Kopenhagen die Mittheilung des Miniſters Bang vernommen, daß am 3. April die Waffenruhe aufhöre, die Blokade aller deutſchen Häfen auf's Neue beginne und der Krieg mit allen Mitteln zu Lande und zu Waſſer geführt werden ſoll. Denn die Dänen wiſſen es wohl, daß es eitel Prahlerei der Deutſchen ſei, die Dogge hätte inzwiſchen ſchon das Schwimmen gelernt. Zum Spott ließen ſie einen Holzſchuh an unſere Küſte treiben, auf dem geſchrieben ſtand: „Die Flotte der Deutſchen!“ So ſchwach und erſchöpft ſind übrigens die Hilfsmittel der Dänen, daß ſie von ihren 5 bis 6 Linienſchiffen doch nur eins, den Chriſtian VIII., vollſtändig auszurüſten vermochten. Unter dem Jubelruf der zuſchauenden Menge, unter dem Donner der Kanonen verließ das große Schiff vor wenig Tagen Kopenhagen. Am 5. April lief es, von einem däniſchen Geſchwader umgeben, in die Bucht von Eckernförde ein. Wir gaben geſtern früh die anſchauliche Erzählung eines Augenzeugen über die Vorgänge des denkwürdigen Tages und heute laſſen wir einen amtlichen Bericht folgen:

„Rendsburg, 6. April. Geſtern früh 6½ Uhr eröffneten das Linienſchiff „Chriſtian VIII.“ von 86 Kanonen, die Fregatte „Geſion“ von 56 Kanonen, noch eine Corvette und zwei Dampfſchiffe ihr Feuer gegen die Batterien bei Eckernförde; drei andere Schiffe lagen drohend an der Mündung. Der Hauptmann Jungmann nahm den Kampf auf und ſetzte ihn mit der größten Energie bis 2 Uhr Mittags fort, wo eine Pauſe eintrat. Einem Dampfſchiff wurde ſofort ein Rad zerſchoſſen, von einem andern wurde es auf die hohe See in Sicherheit gebracht. Die Kanonade war ſo ſtark und die Batterien von 10 Geſchützen waren dermaaßen mit Bomben, Vollkugeln und Kartätſchen überſchüttet, daß kein Quadratfuß innerhalb der Werke war, der nicht Spuren des Geſchoſſes trug. Die Flaggen der Batterien wurden heruntergeſchoſſen, der Hauptmann Jungmann und der Premierlieutenant Schneider von dem 3. Reſervebataillon pflanzten ſie auf dem Blockhauſe wieder auf, unter einem fürchterlichen Kugelhagel. Um 2 Uhr mag auf beiden Seiten Ermattung eingetreten ſein, beide Theile mögen ein Bedürfniß der Erholung gehabt haben. Es trat nämlich eine Pauſe bis 5 Uhr Nachmittags ein, welche der Kommandeur der Batterie benutzte, um die demolirten Geſchütze

bis auf eins wieber herzuſtellen. Um 5 Uhr wurde der Kampf von Neuem aufgenommen; bei dem heftigen Oſtwinde mögen die Segelſchiffe nicht haben herauskommen können. Um 7 Uhr Abends war der Sieg vollſtändig; das Linienſchiff „Chriſtian VIII." war dermaßen demolirt, daß es ſich ergeben mußte. Während man beſchäftigt war, die Gefangenen ans Land zu bringen, ſprang das Schiff mit der noch nicht geborgenen Hälfte der Beſatzung, mit etwa 400 (?) Mann, in die Luft. Die Fregatte „Geſion" ſtrich die Segel vor dem mörderiſchen Feuer der Batterien und liegt wohlgeborgen im Hafen von Eckernförde. An Todten haben wir 2, an Verwundeten 8 Mann zu beklagen; mit dem Linienſchiff iſt leider der Unteroffizier Preußer, der Sohn des Majors Preußer in Glückſtadt, der die Gefangenen in Empfang nehmen ſollte, in die Luft geflogen; es war ein muthiger, wackerer junger Mann. Der Hauptmann Jungmann, dem die Ehre des Tages gebührt, wurde vom Herzog von Sachſen-Koburg, welcher mit der Reſervebrigade ſofort zur Deckung der Batterien herbeieilte und Zeuge des ganzen Kampfes geweſen, zur Stadt gerufen und auf das Herzlichſte wegen des errungenen Sieges von ihm bewillkommt und belobt. Der Hauptmann rühmt in ſeinem Berichte die wackere Haltung unſerer Artilleriſten, was durch die That ſelbſt ſich auch beweiſt, und hebt einige Leute hervor, welche ganz beſonders ſich hervorgethan haben, darunter den Sergeanten Clairmont, einen andern Unteroffizier, deſſen Name mir entfallen, und einen Artilleriſten Koſch. Der Sieg iſt von großer Bedeutung um deswillen, weil es ſich gezeigt hat, wovon ich freilich ſtets überzeugt geweſen bin, daß Schiffe gegen Landbatterien nicht viel auszurichten vermögen, wie wir denn ja geſehen haben, daß 10 Geſchütze in den Landbatterien gegen etwa 200 Schiffskanonen einen ſo großarligen Sieg zu erringen im Stande geweſen ſind. Die Geſpenſterfurcht vor der däniſchen Marine wird dahin ſein."

Der Verluſt der Dänen iſt deßhalb ſo groß, weil ſie nicht im Stande ſind, ihn zu erſetzen, beſonders wenn ſich die Nachricht beſtätigt, daß die preußiſche Amazone vor Swinemünde ebenfalls eine däniſche Fregatte genommen. Die Kauffartheifahrer, welche die Dänen bereits wieder aufgebracht haben oder noch auffangen werden, ſind dann von weniger Bedeutung. Denn mit den Schiffen, welche wir noch zu erwarten haben, ſind wir den Dänen dann zur See gewachſen. Zu Lande ſind wir den Dänen ohnehin mehr als überlegen und der Reichskriegsminiſter hat Befehl gegeben, die däniſchen Truppen „mit dem Bayonnett am Leibe" vor ſich herzutreiben und Jütland einzunehmen. Dann iſt Dänemarks Kraft gebrochen und ein ſchleuniger ehrenvoller Frieden zu hoffen.

Wenn die jüngſten Eröffnungen uns leider keinen Zweifel übrig gelaſſen, daß es in Preußen hohe und höchſte Regionen gibt, wo man auf dem Standpunkte der Wildenbrugk'ſchen Note verharrt und in den Herzogthümern keinen Kampf der Nationalitäten erblickt, ſondern nur aufſtändiſche Unterthanen, ſo freut es uns um ſo mehr, daß ein deutſcher regierender Fürſt, daß es der Herzog von Koburg-Gotha, der Schwager der Königin von England war, welcher die Ehre jenes Tages davontrug. Als deutſcher Befehlshaber empfing er den Degen der däniſchen Anführer, des Kommandeur Paludan und des Kapitain Meyer. Wir nehmen das als ein gutes Zeichen, daß die Fürſten und Völker Deutſchlands auch hier Hand in Hand gehn, und einſehen werden, daß Deutſchlands Ehre beide gleich nahe angeht. Vielleicht wird ſich jetzt auch das Miniſterium Manteuffel-Arnim herablaſſen, etwas andere Vollmachten nach London zu ſenden. Mißbrauchen wollen wir unſern Sieg wahrlich nicht. Wir ſehen in Dänemark weniger unſern jetzigen Feind, als unſern künftigen Verbündeten. Wir ſind der ſo ſchwer betroffenen däniſchen Marine das Zeugniß ſchuldig, daß ſie den wahren Vortheil Dänemarks am unbefangenſten erkennt. Die däniſchen Flotten-Offiziere ſehen größtentheils ein, daß Dänemark keine andere Zukunft hat, als mit Deutſchland, daß Dänemark, namentlich da der Sundzoll ſicherlich nicht mehr lange geduldet werden wird, künftig nicht im Stande ſein möchte, ſeiner Flotte die bisherigen Opfer zu bringen, daß es Zeit für die germaniſchen Völker iſt, den drohenden ſlaviſchen Beſtrebungen gegenüber ſich enger zu verbinden, und daß Dänemark eine wichtige Rolle nur noch ſpielen kann als Deutſchlands Admiralſtaat.

Das Schreiben der Kaiſerdeputation an das preußiſche Miniſterium, wie man auch über ſeine Berechtigung denken mag, verwahrt die richtige Stellung der Reichsverſammlung. Es iſt Lebensfrage für die Verſammlung, daß die Verfaſſung und die Oberhauptswahl in unzertrennlicher Beziehung ſtehen, während das Berliner Kabinet nach Belieben mit Beidem ſchaltet, aus der Wahl ſich ein „Anrecht" herausſchneidet und die Bedingung bis auf Weiteres verſchiebt. Wenn hier Form gegen Form, Klugheit gegen Klugheit ſtand, ſo kann man der Deputation die Anerkennung nicht verſagen, daß ſie mit und trotz ihrer gerechten Entrüſtung die Stellung Frankfurts ſo wohl verwahrt hat, als das preußiſche Kabinet die ſeinige mit ſeiner Herzenskälte und Gleichgültigkeit gegen alles, was deutſch iſt. Wie wird die Verſammlung das Ihrige thun? Es wäre gut, über den Standpunkt der Deputation nicht hinauszugehen; aber ſchwer iſt es, kaltblütig zu rathen, wo auf der einen Seite die Pflicht gegen die Nation, die menſchliche Entrüſtung und eine ſchwer zu behauptende Stellung liegt, auf der andern die ganze Gefahr und Mißlichkeit der gegenwärtigen Lage. Man hat gut ſagen: jetzt müſſe die Nation handeln und nicht die Nationalverſammlung; wenn die Völker nur handelten für Perſonen und Körperſchaften, die nicht ſelbſt handeln. Aehnliche Grundſätze ſind ſchon lange im Schwung in der Paulskirche und ſie haben weder die Verſammlung geſtärkt, noch die Nation zum Handeln gebracht. Das Volk iſt verwirrt, bearbeitet, gleichgültig und bedarf für's Handeln zum mindeſten einer Richtung.

Soviel iſt ſicher, daß eine neue Wahl eine Unmöglichkeit wäre. Nicht, weil wir die Berechtigung der Verſammlung nach der Berliner Antwort irgendwie in Abrede ſtellten. Das Berliner Kabinet will frei ſein gegenüber der Verfaſſung; die Reichs-Verſammlung iſt es in ihrer Wahl. Der König von Preußen konnte ſtrenggenommen, ohne Anerkennung der Verfaſſung, die Wahl weder annehmen noch ablehnen. Damit iſt aber kein einziger der politiſchen Gründe weggefallen, die dem König von Preußen die Oberhauptswürde übertragen ließen. Der einzig mögliche Kandidat wäre der Kaiſer von Oeſterreich: das beweiſet die Unmöglichkeit der Wahl. Ja, wenn das öſterreichiſche Kabinet ſich nicht ganz in die Bahnen der Reaktion und Kongreßpolitik verirrt, wenn es nur einen Funken von Verſtändniß gezeigt hätte für das Bedürfniß der deutſchen Nation, dann wäre jetzt der Augenblick für ſeine Bewerbung. Wir würden ihr nicht den mindeſten Widerſtand entgegenſetzen, ſobald wir überzeugt wären von der Befähigung Oeſterreichs und der Unfähigkeit Preußens, die deutſche Politik zu leiten. Wie aber jetzt die Dinge ſtehen, wird die Reichsverſammlung wohl am beſten und folgerichtigſten die Antwort des Königs von Preußen als non avenue betrachtend, ſowohl auf ihrer Verfaſſung als auf ihrer Wahl beharren, und ihre ganze Thätigkeit, bis der entſcheidende Moment von neuem eintritt, auf die Durchſetzung und Wahrung der erſteren verwenden.

Wenn die Verſammlung ſich ſo in Bezug auf die Wahl des Handelns begibt, ſo wird es um ſo nöthiger ſein in Bezug auf die Verfaſſung. Sie müßte zuerſt ein Manifeſt an die Nation erlaſſen, um dieſer wenigſtens eine Richtung des Handelns zu geben. Es würde ausgehen von der Uebereinſtimmung der Nation, womit ſie in der bewegteſten Zeit, als alle Anker riſſen, der Reichsverſammlung ihre Zukunft vertraute, von der Zuſtimmung der Regierungen durch ihre geſetzmäßigen Organe zu dieſem offen daliegenden Zwecke, von der ſteten Bereitwilligkeit der Verſammlung, die Rechte unb den Willen aller Klaſſen der Nation bei Gründung der Verfaſſung zu achten. Aber unmittelbar daran müßte ſich auch die Ausführung ſchließen, wie die Regierungen der Einzelſtaaten die Verſammlung bei ihrem Werke allein gelaſſen, wodurch ſie ſich natürlich nicht durfte abhalten laſſen, den als heiligſte Pflicht übernommenen Auftrag nach eigenen Mitteln und beſten Kräften zu Ende zu führen. Es müßte dargelegt werden, wie erſt nach den preußiſchen Vorſchlägen vom 23. Jan. die Regierungen der Verſammlung einen förderlichen und ausführbaren Vorſchlag zu einer gemeinſamen Thätigkeit entgegenbrachten, wie dieſer Vorſchlag bei der Verſammlung die gebührende Aufmerkſamkeit fand, wie aber gerade bei Gelegenheit ſeiner Ausführung ſich zeigte, daß die öſterreichiſche und mehrere der königlichen Regierungen der Verſammlung und ihrem Werke geradezu feindlich entgegentraten, und wie, dadurch ermuntert, eine Partei inner- und außerhalb der Verſammlung an dem Verfaſſungswerke nur Theil nahm, um es zu hemmen, zu zerſtören und zugleich mit der Verſammlung in Mißachtung zu bringen.

Ohne Stütze von unten war die Verſammlung dieſen Beſtrebun-

gen Preis gegeben, wenn ſie nicht in ſich ſelber das Mittel fand, ihr Werk zu beendigen. Sie fand es in der Vereinigung der Parteien, denen es mit der Einheit und der bundesſtaatlichen Verfaſſung nach den deutlichen Volkswünſchen von 1848 Ernſt war. Sie endigte ihr Werk, indem ſie, wie dieß ſchon in der Natur ihres Auftrags lag, die herrſchenden **Meinungen** in der Nation nicht minder als die Intereſſen berückſichtigte. So hat die Verſammlung ihren Auftrag erfüllt und darf darauf Anſpruch machen, daß nicht durch Antaſtung ihres Werkes der Zweck deſſelben von neuem in Frage geſtellt werde. Ein Proteſt in dieſem Sinne gegen jede willkürliche und einſeitige Aenderung der Verfaſſung, außer auf dem erſten verfaſſungsmäßig verſammelten Reichstage, würde den Schluß machen, in Verbindung mit der ausgeſprochenen Erwartung, daß die neue, von Preußen veranlaßte Berathung der Regierungen nur dazu dienen könne und werde, diejenigen Regierungen kenntlich zu machen, die ſich einem Bundesſtaate auf Grund der **verkündigten Verfaſſung** anzuſchließen gedächten, da die Verſammlung frei ſei von dem Gedanken eines auszuübenden Zwanges und auch die Feſtſtellung des Verhältniſſes zu den etwa nicht beitretenden Regierungen, der Verfaſſung gemäß, dem **erwählten Kaiſer** überlaſſe.

Deutſchland.

* **Wien.** Der Lloyd enthält in Bezug auf die in Frankfurt beſchloſſene Kaiſerwahl den folgenden, ohne Zweifel offiziöſen Artikel; und es mag gut ſein, das Frankfurter Parlament über die Anſchauungen und Abſichten des hieſigen Kabinets ſo ſehr als möglich in's Klare zu ſetzen. Ton und Inhalt des Artikels iſt gleich bezeichnend: wir laſſen denſelben, ohne weitere Einleitung, in ſeinen bedeutendſten Stellen hier folgen.

Wir können nicht umhin, zu ſagen, daß wir die Befugniß der 290 Herren in der Paulskirche zu Frankfurt, Deutſchland einen Kaiſer zu geben, ungefähr ſo gut degeündet anſehen, als die Befugniß von 290 andern Herren, welche ſich in einer andern Kirche, oder in einem Klub, in einem Salon oder auf einer Börſe, in irgend einer andeen deutſchen Stadt verſammelt haben, denſelden Akt vorzunehmen. Wir bilden uns auch gar nicht ein, daß jene ehrenwerthen Deputirten ſich eindildeten, wie ſie die Mehrheit der Stimmen hatten, und daß eine gute Gelegenheit gekommen war, wirklich durch ihre Stimmen Deutſchland einen Kaiſer geben könnten. Sie hatten nur ausgefunden, daß ſie, obgleich von einer Minderheit der zum deutſchen Bunde gehörigen Länder gewählt, doch zufällig in der Frankfurter Verſammlung, wo Oeſterreich mangelhaft vertreten war, unter dem Vorwande, einen Kaiſer zu wählen, für Preußen und Norddeutſchland politiſches Kapital zu machen. Die Frankfurter Verſammlung, deren Majorität Deutſchland à tout prix ſeinen Schwerpunkt in Potsdam oder Charlottenburg finden laſſen wollte, hat jetzt den entſcheidenden Schritt gethan, und entweder Alles gewonnen, oder Alles verloren. Alles gewonnen — wenn ihr der Heezenswunſch gelingt, ſo viele Länder als möglich dem preußiſchen Staate unter deſſen Monarchen beizugeſellen, und die andern, welche ſich dieſe Prozedur nicht gefallen laſſen wollen, fahren zu laſſen. Alles verloren — wenn die Regierungen ſich ermannen, und das Recht der **Staaten** geltend machen gegen die verſuchte Uſurpation der Frankfurter Verſammlung. Oeſterreich geziemt es hier, die Initiative zu ergreifen und zu erklären, wie es eben ſo wenig ſeine Beiſtimmung zur Auflöſung des deutſchen Bundes, in welchem es einen ſo wichtigen Platz einnimmt, wie zu einer durch Volksvertreter vorgenommenen Kaiſerwahl geben werde. Andere deutſche Staaten werden ihm dann folgen, und die **Staaten**, nicht die Fürſten, werden ſich ſchneller, gründlicher und beſſer über die Bedingungen der deutſchen Einheit vereinigen, als jene Frankfurter Verſammlung, welche vor einigen Tagen das Veebrechen des **Selbſtmordes** deging.

△ **Wien,** 6. April. Der geſtrige Tag hat uns wieder mit Gerüchten aus Ungarn gepeinigt, über die wir auch heute noch in Ungewißheit ſind. Nach den Einen ſollte Görgey einen Angriff auf Peſth gemacht haben und zurückgeſchlagen worden ſein, nach den Andern ſollte er mit zwei Armeekorps bei Preßburg ſtehen. Beide Gerüchte wurden durch Reiſende verbreitet, welche durch Peſth und Preßburg kamen und haben ſich noch nicht beſtätigt. Gewiß iſt nur, daß geſtern drei Bataillone Infanterie in Eilmärſchen nach Ungarn abgingen. Fürſt Windiſchgrätz ſoll ſein Hauptquartier nach Hatvan verlegt haben und von allen Seiten Verſtärkungen an ſich ziehen, doch ſoll dem Vernehmen nach F. M. L. Heß, alſo weder Welden noch der Banus, die Leitung der Kriegsoperationen in Ungarn als Generalſtabschef übernehmen. Auch ſoll der zum General avancirte und durch ſeine Tapferkeit in Gallizien und in Italien bekannte Oberſt Benedek der ungariſchen Armee zugetheilt werden. Der Marſchall Radetzky nennt ihn geſprächsweiſe nie bei ſeinem Namen, er ſagt nur „der tapfere Oberſt" und da weiß jeder vom Gemeinen bis zum General, daß nur Benedek damit gemeint ſein kann. Er iſt unbeſchadet ſeines Ruhmes zugleich ein humaner Mann und hat manchem politiſchen Edelmanne im Jahre 46 das Leben erhalten, indem er der Wuth der rutheniſchen Bauern Einhalt that. Die wenigen Reiſenden, welche aus Unterungarn kommen, berichten einſtimmig, daß die ungariſchen Heere ſich täglich vergrößern, die Kämpfer ſcheinen dort buchſtäblich aus der Erde zu wachſen, und der Kampf wird ſich jedenfalls noch in die Länge ziehen. Die Ungarn ſind nicht wie die Italiener durch Sitten und Klima verweichlicht, ſie ſchöpfen, im Gegenſatze zu jenen, ihre Ausdauer aus der Gewohnheit, Entbehrungen jeder Art mit Gleichmuth zu ertragen, aber noch einige Benedeks in Ungarn und eine umſichtige Führung, ſo wird unſere Armee auch ohne die ruſſiſche Hülfe den Sieg erringen. Die Anwerbungen von Freiwilligen, wozu einige ungariſche Magnaten in kaiſerlichen Dienſten ſo wie der Biſchof von Fünfkirchen Beiträge lieferten, ſind verunglückt, es will ſich niemand anwerben laſſen. Die Werbungen in den ſlovakiſchen Komitaten haben wenigſtens bis jetzt daſſelbe Schickſal, weil dort noch immer auf gut magyariſch weiter regiert wird und die Slowenen darin nicht die angeſtrebte und verſprochene Gleichberechtigung erkennen wollen, wofür ſie im Anfange zu den Waffen griffen. Unſere Buchhändler haben ihrer Verzweiflung über das neue Unterſuchungsverfahren ihrer Bücherſendungen in einem Proteſte an den Militär- und Civilgouverneur Luſt gemacht. Sie ſind überdies feſt entſchloſſen, ſich durch keine Maßregel zu der Bitte um eine vormärzliche Cenſur, worauf es abgeſehen ſcheint, drängen zu laſſen. Die ganze hieſige leſende und ſchreibende Welt nimmt den lebhafteſten Antheil an dieſer, wenn auch nur temporären, Lebensfrage aller geiſtigen Bildung.

* **Wien,** 6. April. In Schönbrunn herrſcht große Thätigkeit im Schloſſe; geſtern und heute hat man ein großes Meublement hinaustransportirt. Ein Zeichen, daß die baldige Ankunft des Monarchen erwartet wird

♂ **Botzen,** 2. April. Die Züge der Tiroler Schützen an die Landesgrenze ſcheinen, ohngeachtet der beruhigenden Nachrichten vom früheren Kriegsſchauplatze, fortzudauern, da hier erſt geſtern wieder eine Kompagnie Innsbrucker Schützen auf dem Marſche nach Südtirol einrückte. Vor ungefähr 8 oder 10 Tagen ſchlugen 2 Kompagnien Haller Freiwilligen, darunter eine Abtheilung Salinenarbeiter, denſelben Weg ein.

** **Berlin,** Charfreitag. Chatham rief im Parlament: „Wenn die Miniſter fortfahren, dem König alſo zu rathen, ſo will ich zwar nicht ſagen, daß ſeine Unterthanen von ihm abfallen werden; aber ich behaupte, daß dann die Krone vollkommen werthlos ſei." Sollte die Politik dieſes Miniſteriums Arnim dahin führen, daß das deutſche Parlament, an welchem die November-Miniſter ſich gerächt haben, von Preußen ſeine Hand hinwegzieht und einen Bundesſtaat zu gründen anhebt, von dem entweder Preußen ausgeſchloſſen iſt oder worin es in eine ſekundäre Stellung herabgedrückt wird, dann haben die Vorfahren dieſes Königs umſonſt gelebt, dann iſt dieſes Werk von Jahrhunderten, die Monarchie Friedrichs des Großen vergebens emporgehoben, dann iſt die Krone, welche unſere Könige tragen, „vollkommen werthlos." Die Geſchichte Preußens hat nur einen Sinn im Lichte des Parlamentsbeſchluſſes vom 28. März. Wir Preußen ſind nur Preußen, um dieſen Tag erlebt zu haben. Und nicht aus Herrſchſucht, nicht aus Neid gegen die deutſchen Brüder; es iſt in mir kein Gedanke ſolch ſündhaften Sonderthums; ſondern weil die ganze Schöpfung dieſes Königreichs völlig von Gott verlaſſen, völlig zwecklos und gehaltlos wäre, wenn ſie nicht den Beruf hätte, Deutſchland zu dienen, Deutſchland zu neuer Größe zu heben, Deutſchlands Ehre zu heben, Deutſchlands Einheit zuſammenzuhalten, der Träger der Reichsgewalt zu ſein! Und dieſe Miniſter ſtellen die Reichsverfaſſung, worin die Vertreter der Nation Preußen zu dieſer geſchichtlich ihm vorgezeichneten Sendung ruft, in Frage. Hat Preußen unter ſeinen Vertretern denn keinen Chatham? Ja, wir haben ihn; unzweifelhaft beſitzen wir ihn in dem Georg v. Vincke. Er hat das richtige Wort geſprochen, aber den Knoten hat er nicht durchhauen, das Miniſterium hat er nicht geſtürzt, er hat uns nicht gerettet. Das rechte Wort ſprach er geſtern: „Es gibt eine Politik des Rechts und der Ehre (darauf hatte ſich Herr v. Manteuffel berufen), welche das Land ins Verderben ſtürzt, weil ſie rechtlich, ehrlich, aber — unvernünftig iſt." Ja, die Politik dieſes Kabinets iſt rechtlich, ehrlich (Graf Arnim?), aber gedankenlos. Die Miniſter verſtehen ihre eigene Politik nicht. Sie ſtellten das Prinzip der Verſtändigung auf und tadelten das ſtarre Feſthalten an dem Rechtsſtreit über Vereinbarung oder Souveränetät; doch

ſie begriffen ihr eigenes Prinzip nicht; ſie wiſſen vielleicht noch heute nicht, was die Verſtändigung zu bedeuten hatte; die letzte Note ſpricht das Prinzip der ſtarren Vereinbarung aus, welches die Note vom 23. Januar gegeißelt hatte. Das rechte Wort ſprach Vincke ferner: „Nicht brauchte das Recht der übrigen deutſchen Regierungen verletzt zu werden; ihnen konnte überlaſſen bleiben, wie ſie ſich zur Reichsverfaſſung ſtellen wollten; aber Preußen, juſt weil es ſich das Recht der Zuſtimmung vorbehält, mußte davon den Gebrauch machen, daß es die Reichsverfaſſung zuerſt acceptirte. Hiermit war keinem Recht vergeben. An Mängeln leidet auch die preußiſche Landesverfaſſung; das hat die konſervative Partei nicht abgehalten, ſie zu acceptiren; ſo konſervativ mußte die preuß. Regierung auch ſein. Die Reviſion blieb ja dem erſten konſtituirten Reichstage.“ Das rechte Wort ſprach Vincke ſodann: „Keine Krone ruht ſicherer, als die von Großbritannien bei dem Haus Hannover; dieſe Krone ſtammt von einem Parlamentsbeſchluß. Dieſelbe Herkunft hat die deutſche Kaiſerkrone.“ Das rechte Wort endlich ſprach Vincke, indem er offen erklärte, ſein Antrag enthalte ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium. Warum rettete dieſer Mann uns nicht? Warum ſind wir heute rathloſer als vorher? Zunächſt das Mißtrauensvotum verwarf die Kammer; und zwar gab die ganze Linke den Ausſchlag. Die Partei Waldeck, weil ſie von dem Kaiſerthum nichts wiſſen mag. Die Partei Rodbertus, weil ſie auf ihrem Antrag beſtand, mit andern Worten, weil ein Miniſterium Vincke nicht in ihren Kram paßt, weil Excellenz Rodbertus ſich noch für die Monarchie ſo möglich glaubt als für die Republik im November. Wenn ein Führer der Rechten gegen ein Miniſterium, welches die Linke um jeden Preis ſtürzen will, Oppoſition ergreift, dann muß ſich ihm die ganze Oppoſition anſchließen, falls der Sturz des Miniſteriums der aufrichtige Zweck jener Oppoſition iſt. Aber dieſe Oppoſition wühlt tiefer und ſucht nicht bloß die Wurzeln des Miniſteriums aus dem Erdreich zu reißen, ſondern die Wurzeln des Königthums. Dieſe Oppoſition gibt ſich verloren, wenn ſie unter Vincke's Fahne das Kabinet ſtürzt. Denn ihr größter Feind iſt der, welcher durch Einſicht und Geiſteskraft ihr überlegen iſt, nicht alſo das jetzige Rumpf-Miniſterium, ſondern eben Georg von Vincke. Das Mißtrauensvotum fiel, die Miniſter bleiben. Doch es iſt auch eine innre Urſache, weßhalb Vincke nicht unſer Erlöſer wurde. Er erblickte in der neueſten Note des Grafen Arnim Verpflichtungen völkerrechtlicher Art; er beſorgte durch ſeine Oppoſition nicht bloß die Miniſter zu ſtürzen, ſondern Preußen zu kompromittiren. Daher ſeine 14tägige Friſt, welche uns, gleichviel ob das Kabinet ſtürzt, an deſſen Politik gekettet hätte. Dadurch machte Vincke ſich unmöglich. Das war ein exzentriſcher Konſervatismus. Denn Preußen iſt bereits kompromittirt und zwar durch Uebernahme der ſogenannten Verpflichtungen. Denn es hat dadurch die ältre Verpflichtung vom 23. Jan., wonach von der Vereinbarung abgeſehen und die Verſtändigung zum Prinzip erhoben werden ſollte, mit Füßen getreten. Die Reichsverſammlung hatte nicht, wie von der Heydt behauptet, die Verſtändigung mißachtet; ſie hat in weſentlichen Punkten den Vorſchlägen der Regierungen Rechnung getragen; dieſe Vorſchläge hatten doch aber nicht die Abſicht, dem Parlament Beſchlüſſe zu diktiren? Wäre das der Sinn der Verſtändigung, Unterwerfung der Reichsverſammlung unter die Befehle der Kollektivnote? Die Regierung hatte einen Treubruch verſchuldet gegen ihre eigene Politik; es kann dem Parlament gleichgültig ſein, zu wiſſen, daß ein Gehirnfehler und nicht ein Fehler des Herzens davon die Schuld trägt. Die Regierung hatte uns nicht bloß komprommittirt, ſondern uns und das ganze Vaterland in die höchſte Gefahr verſetzt. Vincke ſelbſt rief: das Vaterland iſt in Gefahr! Welche Engherzigkeit, die zu unſerm Untergang übernommenen Verpflichtungen eines unverſtändigen Miniſteriums für ſo heilig zu halten, daß man der gerechten, der rettenden Oppoſition gegen deſſen verderbenſchwangere Politik den konſervativen Zaum anlegt! Wir fragen den verehrten Abgeordneten aus der Grafſchaft Mark, ob er auch die Verpflichtungen für bindend erachtet, wenn das Miniſterium Arnim deren eingegangen ſein ſollte, wonach Preußen gelobt, die Kaiſerwürde nun und nimmer anzunehmen. Solche Verpflichtungen eines Miniſteriums, welche ein ganzes Königreich, eine große Nation wie die deutſche ruiniren, binden nur das Miniſterium, nicht die Monarchie. Wir erinnern den Freiherrn v. Vincke an die Geſchichte der Kaudiniſchen Päſſe. Wenn das Miniſterium Arnim verderbliche oder ſchimpfliche Verpflichtungen in unſerem Namen übernimmt, ſo ſpreche die Volksvertretung ihre freie Meinung aus und, wenn ſie dieſe Politik der Zerſtörung und Veruneinigung verwirft, wohlan, dann möge mit dem Grafen Arnim geſchehen, was Rom mit jenem Conſul unternahm, welcher die Schmach der Kaudiniſchen Päſſe auf ſich geladen. Gebunden ſende man ihn nach Ollmütz; — dann aber, wie Rom, befolge man eine Politik des Rechts und der Ehre, doch auch eine Politik der geſunden Vernunft. Wollte Gott, Georg von Vincke hätte ſich die Kaudiniſchen Päſſe gemahnen laſſen.

‡ **Poſen**, 5. April. Der Jubel, als ſich die Kaiſerwahl beſtätigte, wollte kein Ende nehmen. Die Stadtverordneten ſandten drei Abgeordnete nach Berlin mit einer Adreſſe an den König, in welcher die dringende Bitte um Annahme der Würde ausgeſprochen war; der Verein der deutſchen Verbrüderung hielt eine große Verſammlung und that ein Gleiches; die Polen waren ſtutzig. Aber die Freude war von kurzer Dauer, dem früheren Jubel gleicht nur die Niedergeſchlagenheit, die jetzt eingetreten iſt, da man die Nachricht hat, daß die Deputationen nicht einmal vorgelaſſen worden ſind. Schwarzſichtige ſehen alles mögliche Trübe. Ihnen ſcheint unſere Aufnahme in Deutſchland, die Abgrenzung, alle Früchte der vorjährigen deutſchen Bewegung hier verloren, und der Gedanke taucht auf, daß wenn nun noch eine Direktorialverfaſſung zu Stande kommen ſollte, es in Oeſterreichs und Baierns Intereſſe liegen müſſe, Preußens Stimmen im Volkshauſe durch unſern Ausſchluß zu ſchwächen. Andere erkennen wieder in der Antwort des Königs keine Ablehnung und klagen die deutſchen Fürſten an, daß ſie ihre Pflicht nicht gethan und jedes Bedenken unſerer Krone durch zuvorkommende Schritte beſeitigt! Das Oſterfeſt ſcheint ruhig vorübergehen zu ſollen, von der ruſſiſchen Grenze her iſt Alles ſtill.

München, 4. April. Bekanntlich war in Folge der deutſchen Kaiſerfrage auf den 2. d. M. große Staatsrathsſitzung anberaumt geweſen, deren muthmaßlicher Beſchluß — eine feierliche Proteſtation gegen die geſchehene Wahl — nunmehr zur Wirklichkeit geworden iſt und heute in wohlunterrichteten Kreiſen die Tagesfrage bildet. Bayern erläßt demzufolge an alle deutſchen und auswärtigen Höfe eine förmliche Proteſtation gegen die deutſche Kaiſerwahl. Ein Flugblatt „Rückblicke auf Friedrich Wilhelm IV., vom kritiſchen Standpunkte aus geſchildert,“ wurde geſtern konfiszirt, wie es heißt auf Requiſition des preußiſchen Geſandten; doch ſcheint Letzteres nicht ſehr wahrſcheinlich. (N. W. Z.)

München, 6. April. Feldmarſchall Radetzky hat, der Allg. Zeitung zufolge, vom Könige die Inſignien des k. Hausordens vom heil. Hubertus geſchickt erhalten.

Hannover, 3. April. Es wird von allen Seiten behauptet, daß unſere Regierung eine Note nach Berlin geſandt habe, in welcher der König von Preußen erſucht werde, die Kaiſerkrone Deutſchlands annehmen zu wollen. Dabei ſoll jedoch ausgeſprochen worden ſein, daß Hannover nur dann dem deutſchen Kaiſer ſich unterordnen werde, wenn 1) in der Reichsverfaſſung das abſolute Veto hergeſtellt werde, 2) das Reichswahlgeſetz eine andere Geſtaltung erhalte, und 3) der Reichsrath ins Leben eingeführt werde. In einer Sitzung unſeres Geſammtminiſteriums ſollen ſehr intereſſante Verhandlungen über dieſen Gegenſtand ſtattgefunden haben. Der Vorſtand der geiſtlichen Angelegenheiten, Herr Braun, ſoll geſagt haben, man müſſe auf dieſe Weiſe den Wühlereien, welche in nächſter Zeit gegen das Miniſterium ſich erheben würden, entgegentreten und zu dem Ende ſei es zu wünſchen, daß Preußens König als deutſches Reichsoberhaupt unter den obigen Modifikationen von Hannover anerkannt werde. Hr. Stüve hat dieſer Anſicht durchaus beigepflichtet. Graf v. Bennigſen ſoll zuerſt eine unbedingte Anerkennung des Königs von Preußen verlangt, zuletzt aber der Anſicht ſeiner Kollegen beigepflichtet haben. (N. B. Z.)

Freiburg, 6. April. Die Geſchwornen, welche in dem Struve-Blind'ſchen Prozeß fungirten, haben von dem ihnen zuſtehenden Rechte des Rücktritts für eine Reihe von Prozeduren Gebrauch gemacht. In dem nächſten Prozeß werden daher Andere an ihre Stelle treten, die den künftigen Mittwoch durch das Loos ermittelt werden ſollen. Zunächſt wird nunmehr Fickler und Bornſtedt vor den Schranken des Geſchwornengerichts erſcheinen. Der Erſtere hat wieder Brentano zu ſeinem Vertheidiger gewählt; Bornſtedt hat erklärt, ſich allein vertheidigen zu wollen. Es wurde ihm daher nach Vorſchrift des Geſetzes ein Vertheidiger von dem Hofgerichte an die Seite gegeben und zwar in der Perſon des hieſigen Advokaten Thoma. (N. Fr. Z.)

Kaſſel, 5. April. In der geſtrigen Sitzung der Stände beantragte Hr. Meyer noch in Beziehung auf die Erklärung des Königs von Preußen in Betreff der Wahl zum deutſchen Kaiſer: „die Erwartung auszuſprechen, daß die kurheſſiſche Regierung dem König von Preußen ungeſäumt ihr Einverſtändniß dazu entſchieden erklären möge. Hr. Bayrhoffer ſagte, es ſei ſchon verderblich, daß ein Einverſtändniß der Regierungen erklärt werden ſolle; der König von Preußen müſſe annehmen, wenn er nicht Verrath am deutſchen Volke üben wolle. Hr. Theobald meinte, es ſei eine Sache der Regierungen und nicht mehr der Stände. Hr. Nebelthau war gegen eine alsbaldige Beſchlußnahme, welche tumultuariſch erſcheinen könne. Dieſer Meinung war auch Hr. v. Sybel; die Regierung könne auch nicht zweifelhaft über die Anſicht der Ständeverſammlung ſein und würde hoffentlich mit ihrer Erklärung nicht bis zur nächſten Sitzung zögern. Hr. Oetker ſchlug vor, in dieſer Vorausſetzung den Antrag bis zur nächſten Sitzung beruhen zu laſſen. Die Ausſetzung bis zur nächſten Sitzung wurde mit großer Majorität beſchloſſen. (K. Z.)

♉ **Hanau**, 8. April. Die Nachrichten von Berlin, die deutlich zeigen, wie wenig man dort in den höchſten Regionen die Zeit und ihre große Aufgabe begreift, haben hier unter den Vaterlandsfreunden eine tiefe Mißſtimmung erregt, zugleich aber die Ueberzeugung befeſtigt, daß man vor Allem feſthalten müſſe an der unantaſtbaren Rechtsgültigkeit der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen und verkündeten Verfaſſung. Dieſe Ueberzeugung ſprach ſich lebhaft und entſchieden in zwei in dieſer Woche abgehaltenen Generalverſammlungen des politiſchen Vereins aus. In der erſten am 5. d. M. wurde eine Zuſchrift an den Vorort des nationalen Vereins, deſſen Glied der hieſige politiſche Verein iſt, vorgeſchlagen und einſtimmig angenommen, worin erſtens die feierliche Erklärung des Programms abgegeben, daß der Verein, treu dem an die Spitze des nationalen Vereins geſtellten Prinzips, die von der Reichsverſammlung endgültig beſchloſſene Verfaſſung als ohne Weiteres für Alle, Regierungen und Völker, bindend anerkenne und bereit ſei, für deren Aufrechthaltung und Durchführung mit allen ſeinen Kräften zu kämpfen, und zweitens der Vorort aufgefordert wird, alle verbundenen Vereine ſchleunigſt zu gleichen Erklärungen zu veranlaſſen und dieſe ſodann ſowohl der Reichsverſammlung durch eine Adreſſe, als auch den einzelnen Regierungen durch Veröffentlichung oder auf ſonſt ſo geeignete Weiſe zur Kenntniß zu bringen. Mit gleicher Einſtimmigkeit wurde in der geſtrigen Generalverſammlung eine Adreſſe an die kurheſſiſche Staatsregierung beſchloſſen, welche dieſelbe Geſinnung, verbunden mit dem Vertrauen, ausdrückt, dieſelbe werde der bekannten Aufforderung der preußiſchen Regierung durch die Erklärung des unbedingten Eintrittes in den Bundesſtaat und der unbedingten Unterwerfung unter die von der Reichsverſammlung gefaßten Beſchlüſſe begegnen und ſo die deutſche Geſinnung, die ſie bisher gezeigt, bewähren.

Deſſau, 5. April. Aus zuverläſſiger Quelle erfahren wir, daß ſchon in den letzten Tagen des vorigen Monats, unmittelbar nachdem die Nachricht von der in Frankfurt a. M. erfolgten Wahl des Königs von Preußen zum deutſchen Erbkaiſer ihre Beſtätigung gefunden, von Seiten unſers Herzogs ein offizielles Glückwunſchſchreiben nach Charlottenburg abgegangen iſt. Unſer Herzog, heißt es dann wie entſchuldigend weiter, wollte, in der Gewißheit der freudigen Annahme, nur der erſte deutſche Fürſt ſein, welcher dem neuen Kaiſer die aufrichtigſte und unumwundenſte Anerkennung zollte. (Mgd. Z.)

Altona, 6. April. Die genommene däniſche Fregatte Geſion liegt an der Eckernförder Brücke, und man iſt auf das Eifrigſte damit beſchäftigt, dieſelbe wieder in Stand zu ſetzen. Heute waren im Eckernfördener Hafen wieder vier Kriegsſchiffe und zwei Kriegs-Dampfſchiffe in Sicht. Dieſelben hielten ſich jedoch in ziemlicher Entfernung. Von Kiel wird uns gemeldet, daß in der Nähe von Friedrichsort, bei dem Orte Bülk, 2000 Mann Dänen in Böten gelandet ſind. Sie ſtießen jedoch auf 4000 Mann K. ſächſiſcher Infanterie, welche in und um Gottorf Quartiere haben, und mußten ſich zurückziehen. Die Kieler Jäger ſind ebenfalls dahin beordert. Wie es heißt, beabſichtigten dieſe 2000 Mann, Eckernförde im Rücken anzugreifen und mit Hülfe obiger 6 Schiffe die Geſion wieder zu nehmen. Vom Norden her iſt weiter nichts zu melden, als daß die däniſchen Vorpoſten ſich zurückgezogen haben. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 7. April. „Galignanis Meſſenger“ bemerkt: „Die Miniſter, die Mitglieder des Parlaments und die Ariſtokratie verlaſſen ſtündlich die Hauptſtadt wegen der Feiertage, und offenbar erwecken die auswärtigen Ereigniſſe größere Theilnahme als die einheimiſchen — der genügendſte Beweis für die vollkommene Ruhe, welche durch das ganze Land waltet.“

Das „M. Chronicle“ bemerkt: „Es iſt unterhaltend die Nachrichten zu leſen, welche zum Zwecke von Börſenoperationen von den franzöſiſchen Zeitungen und deren deutſchen und holländiſchen Korreſpondenten erſonnen werden und oft auch in engliſchen Blättern eine Stelle finden. Was allein Rußland betrifft, ſo möge hier an Folgendes erinnert werden. Es wurde berichtet daß der Kaiſer von Oeſterreich im Begriff ſtehe, die Großfürſtin Anna Paulowna von Rußland zu heirathen, um den Bund zu befeſtigen, welchen beide Mächte zu dem Zweck, die deutſche Freiheit zu vernichten, geſchloſſen hätten. Nun gibt es aber zufällig keine Großfürſtin dieſes Namens. Heute nun heißt es, daß die Pforte ſich mit Rußland nicht verſtändigen könne, und daß Lord Ponſonby dieſerhalb an ſeine Regierung geſchrieben habe, um auch die Hülfe Englands für den Sultan in Anſpruch zu nehmen, damit dieſes der übergreifenden Politik des Czaaren Widerſtand zu leiſten im Stande ſei. Daran iſt nichts wahr; Lord Ponſonby iſt ſchon ſeit Langem nicht mehr der Geſandte Englands zu Konſtantinopel. Auch iſt geſagt worden, daß der Sultan Polen zum Kriegsdienſt gegen Rußland anwerbe; nicht nur haben ſolche Werbungen nicht ſtattgefunden, vielmehr iſt es den Polen nirgends ſo ſchwer gemacht worden, Anſtellungen zu erhalten, als gerade in Konſtantinopel.“

An Stelle des Lord Seaton iſt der Marineſekretär, Herr Ward, zum Lord-Ober-Kommiſſär der ioniſchen Inſeln ernannt worden. Lord Seaton erhielt als ſolcher ein jährliches Gehalt von 5000 Pfd. und als Oberſtlieutenant bei dem 15. Dragoner-Regiment 1200 Pfd. Hr. Ward will ſich mit einem, nach deutſchem Maßſtabe freilich noch immer anſehnlichen Jahresgehalt von 4000 Pfd. begnügen.

In der „M. Poſt“ wird der Wunſch ausgeſprochen, daß die britiſche Regierung dem Feldmarſchall Radetzky für ſeinen Sieg, deſſen Früchte nicht nur ſeinem eigenen Lande ſondern dem geſammten Europa zu gute kämen, den Bathorden verleihen möge!

Auch das „M. Chronicle“ macht jetzt ſeine Randgloſſen zu der dem Könige von Preußen angebotenen deutſchen Kaiſerkrone. Einen Hauptirrthum begeht dieſe Zeitung, wie auch andere engliſche Blätter, indem ſie annimmt, daß dieſer Antrag von der demokratiſchen Richtung ausgegangen ſei, und daß der neue Kaiſer, um ſich feſtzuſetzen, genöthigt ſein werde, ſich auf die Schultern der Demokratie zu ſtützen, während gerade die ſolideſten Männer, die eigentlichen Konſervativen, die Vaterlandsvereine, die beſitzenden Klaſſen dieſen Plan ins Leben gerufen oder bereitwillig ihre Unterſtützung gewährt haben. Das M. Chr. überhäuft dabei den früheren deutſchen Bund mit Schmeicheleien, der deutſche Bund habe in Europa eine würdige und nützliche Rolle geſpielt und nur als deutſcher Bund werde Deutſchland im Stande ſein, auch künftig eine würdige und nützliche Rolle zu ſpielen. Die Centralgewalt ſei abgebraucht, meint das M. Chr., die Frankfurter Verſammlung müſſe ſo ſchnell als möglich aufgelöſt werden. Wenn der König von Preußen ablehne, ſo würden freilich Volksbewegungen im Weſten und Süden ausbrechen, zu deren Dämpfung es vielleicht nöthig ſein würde, die Streitkräfte der größeren Mächte aufzubieten; wenn er annehme, dann ſeien freilich noch ſchlimmere Folgen zu erwarten, ſo ſchlimm, daß ſelbſt das M. Chronicle ſich nicht weiſe genug fühlt, ſie genau vorauszuſagen.

Frankreich.

†† **Paris**, 5. April. Am letzten Sonntag veranſtalteten die délégués des Luxemburg ein ſozialiſtiſches Banquet oder wie es die Sozialiſten nennen, ein Familienfeſt vor der Barriere von Sevres in der Aſſociation der Köche. Es beſtehen in Paris ähnliche Gemeinſchaften aller Handwerker. Die ouvries vereinen ſich, um ihr Gewerbe im Großen zu betreiben und mit den reichen Meiſtern und induſtriellen Aktienunternehmungen konkurriren zu können. Man bekommt die Erzeugniſſe aus den ateliers der Aſſociationen, um einige Sous billiger, auch eben ſo ſolid gearbeitet, wie bei den Bourgeois. Dieſe empfinden den Nachtheil

der Aſſoziationen doppelt durch den Verluſt der Arbeiter und Kunden. Die Gemeinſchaften der Köche, deren größere Zahl vor den Barrieres etablirt iſt, kämpfen gegen die Preſſereien der Wirthe und Reſtaurants. Sie geben ein Diner von vier Gerichten mit Wein um funfzehn Sous in ſchmackhaften Speiſen, welches beim Reſtaurant 25 Sous koſtet. Die Banquets, gewöhnlich zu einem Frank per Perſon berechnet, werden ſtark beſucht. Bei dem Banquet vom letzten Sonntag erſchienen über 1200 Perſonen. Die Montagne war geladen und ließ ſich durch die Repräſentanten Pierre Lerroux, Felix Pyat und Joly vertreten. Der Saal mit Fahnen feſtlich geſchmückt trug die Inſchriften: à nos frères de Vienne, d'Italie et de Pologne — organisation du travail und mehrere Andere. Ein Flor bedeckte den verhängnißvollen Datum der Junitage. Ein Polizeikommiſſär wollte beim Beginne des Banquets in den Saal treten. Der Feſtordner verweigerte ihm den Eintritt auch dann noch, als er die ihn begleitenden Polizeiſoldaten weggeſchickt hatte. Nach Aufnahme eines proces verbal entfernte ſich der Polizeiagent, das Feſt begann. Lerroux ſprach blos einen kurzen Toaſt. Felix Pyat dagegen begründete ſeinen Toaſt „aux soldats!“ in einer längern Rede, welche als Anſpruch an den franzöſiſchen Soldaten nicht künſtlicher ſtyliſirt, nicht feuriger gedacht, nicht wärmer gefühlt werden kann. Es war ein Meiſterſtück jener populären Rhetorik, welche jeden Zuhörer unwiderſtehlich fortreißt, mit dem ausgeſprochenen Gedanken erfüllt, und durch den Zauber des Wortes alle Antipathieen momentan verſöhnt — ein Ton aus Oberons Horn. Tauſend Kehlen riefen dem Redner Vive l'armée, vive la République und dreimal Vive Felix Pyat nach. Man muß die Frenegie des franzöſiſchen Beifalls geſehen haben, um eine Vorſtellung von der Wikung der Rede Pyat's zu gewinnen. Louis Blanc hatte einen Toaſt von London herüber geſchickt. Dieſe Aufmerkſamkeit des exilirten Präſidenten des Klubs du peuple dans le Luxembourg erfreute die Banquetgäſte männiglich, ſie dankten mit Vive Louis Blanc. Das Banquet verlief ſehr fröhlich und anſtändig. Die Journale erzählen heute, daß der Präſident Louis Napoleon Bonaparte nach Empfang der telegraphiſchen Depeſchen von der Niederlage der Piemonteſen den Banquier Achilles Fould rufen ließ, worauf dieſer noch vor 2 Uhr auf der Börſe großartige Renteneinkäufe gemacht hat. Die telegraphiſchen Depeſchen wurden erſt um zwei Uhr dem Miniſterkonſeil mitgetheilt. Das Haus Fould et Kompagnie ſoll bei der eingetreten hausse bedeutend gewonnen haben.

*** Paris**, 7. April. Die Sitzung der heutigen Nationalverſammlung war ohne bedeutendes Intereſſe. Sie begann mit der Beſprechung eines Vorfalles aus dem Juniaufſtand. Ein Ein Oberſt Tombeur war von den Inſurgenten umzingelt worden und hatte ſich mit ſeinem Bataillon ergeben. Er und mehrere andere Offiziere des Bataillons hatten deshalb den Abſchied erhalten. Sie haben ſich jetzt mit einer Bittſchrift an die Nationalverſammlung gewendet und verlangen vor ein Kriegsgericht geſtellt zu werden. Der Ausſchuß, an den die Sache gewieſen worden, befürwortete die Bittſchrift. Auch aus der Mitte der Nationalverſammlung ſprachen Mehrere dafür, namentlich der ehemalige Kommandant der Nationalgarde, Clement Thomas. Changarnier, Lamoricière und Paſſy ſprachen dagegen, ſie erklärten eine ſolche Kritik der Handlungen der Generäle durch die Nat.-Verſ. für die Disziplin des Heeres gefährlich, und die Nationalverſammlung trat ihrer Anſicht bei. Dann kam ein Artikel im geſtrigen Moniteur zur Sprache, worin der Miniſter des Innern das Verfahren mehrerer Präfekten, welche in der Nationalverſammlung angegriffen worden waren, billigt, und ſie gegen Beleidigungen in Schutz zu nehmen verſpricht. Jules Favre ſah darin eine offene Feindſeligkeit gegen die Nationalverſammlung, Leon Faucher vertheidigte ſich in ſeiner gewöhlichen gereizten Art dagegen, und die Verſammlung ging auch über dieſen Zwiſchenfall zur Tagesordnung über. Die eigentliche Tagesordnung bildete die Berathung des Geſetzes über das Gerichtsweſen, welche ſchon früher begonnen, aber durch das Wahlgeſetz unterbrochen worden war. Der Gegenſtand kann im Auslande um ſo weniger Theirnahme finden, da er nicht einmal in der Nationalverſammlung ſo viel fand, um die Abgeordneten in beſchlußfähiger Anzahl zuſammen zu halten.

Die 3 pCt. Rente ſchloß heute 56,05, die 5 pCt. 88,50, Bankaktien 4210.

†† Paris, 7. April. Von den Gäſten aus England ſind geſtern 300 als Vortrab angekommen. In Boulogne und Amiens erwartete ſie glänzender Empfang, in Paris empfingen ſie Deputirte der Nationalgarde am Bahnhofe. Es iſt noch kein Programm über die Feſtlichkeiten ausgegeben worden, weil man erſt die Ankunft der übrigen 2000 erwarteten Londoner abwarten will. Ein Amerikaner Brisbane wurde kürzlich vom Miniſter des Innern ausgewieſen. Er iſt Sozialiſt, noch dazu ein recht zahmer Phalanſterianer, und das war der Grund für den Gewaltakt. Die Cholera hat Furcht und Schrecken in die Aſſemblée national gebracht; geſtern hielt ſie keine Sitzung — um Gräber zu beſuchen. Der Pabſt hat den franzöſiſchen Kardinal Girand nach Paris geſandt, weil er, wie man vermuthet, in Marſeille den Sturz der römiſchen Republik erwarten will. Proudhon hat Paris verlaſſen, und begab ſich nach Genf. Die Bourges-Verurtheilten kamen geſtern hier an, und werden die Detention in der Citadelle Doullens auszuſtehen haben. Barbès und Albert ſollen übers Meer transportirt werden. Bei der Alpenarmee ſind Bewegungen der Truppen nach Süden vorgenommen worden.

Italien.

*** Neapel** und **Sizilien.** Wir geben nachfolgende Briefe unſeres Korreſpondenten in der Reihenfolge, wie ſie uns aus Palermo und Neapel zugekommen ſind. Sie beziehen ſich auf den letzten Vermittlungsgeſuch, welchen die Geſandten von Frankreich und England gemacht haben, nachdem es den Admirälen nicht gelungen war, ſich Gehör zu verſchaffen.

Palermo, 24. März. Geſtern iſt das Dampfſchiff der „Bulldog“ von Neapel angekommen. Kaum hatte ſich die Nachricht verbreitet, daß die Geſandten von Frankreich und England ſich am Bord deſſelben befinden, ſo hat die Regierung ihren Agenten den Befehl ertheilt, das Volk in Bewegung zu ſetzen, und die Geſandten, wenn ſie ans Land kämen, mit dem Ausruf Guerra, morte al tiranno zu begrüßen. Dieſelben ſind aber noch nicht gelandet, und ſie werden beſſer thun an Bord zu bleiben, da ſie große Gefahr laufen, am Land inſultirt zu werden. Indeſſen war geſtern bis Mitternacht der Tumult unbeſchreiblich, ſelbſt die Miniſter, die Deputirten und viele große Damen zogen mit Fahnen in der Hand durch die Stadt und riefen Guerra. Der Zweck der Gegenwart der Geſandten iſt noch nicht bekannt, ebenſo wenig weiß man, ob ſie der Regierung Mittheilungen gemacht haben. Auf jeden Fall werden ſie hier nichts ausrichten können. Unter den gegenwärtigen Umſtänden iſt gar nicht mehr an Frieden zu denken. Die Regierung ſelbſt hat das Volk ſo wüthend gemacht, daß keine Vorſchläge mehr angehört werden können. Auch würde eine friedliche Beilegung nur ein Palliatif ſein und den gegenwärtigen Zuſtand der Dinge nicht viel und nicht auf lange ändern.

25. März. Die Geſandten befinden ſich fortwährend am Bord des Bulldog's, welcher unter der Aufſicht der Polizei von Spionen umringt iſt. Sie ſind noch in keiner Berührung mit der Regierung geweſen, haben derſelben keine Beſuche gemacht und auch keine von ihr empfangen. Geſtern hatten die Admirale der Regierung neuerdings das Ultimatum übergeben, aber dießmal im Namen ihrer Mächte. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten hat daſſelbe mit der Note der Admiralen den Kammern vorgelegt, welche ſich beide einſtimmig für den Krieg ausgeſprochen und erklärt haben, daß am 28. d. nach Mitternacht bei Meſſina angegriffen werden ſoll. Folglich iſt die Miſſion ſowohl der Geſandten als der Admirale beendigt und ſie werden nun unverrichteter Sache abziehen müſſen. Die Ankunft der Geſandten hat der Sache mehr geſchadet als genutzt. Die Sicilianer ſind dadurch noch ſtolzer geworden und glauben, daß ſich der König vor ihnen fürchte.

26. März. Man ſagt, daß die Geſandten geſtern Abend im Geheimen an's Land gekommen und eine lange Unterredung mit den Miniſtern gehabt haben. Geſtern iſt der Pingrin angekommen und gleich wieder abgegangen, aber wohin weiß man nicht. Briefe von hier hat er nicht angenommen. Er hat an mehrere Konſuln die Erklärung der Blokade von ganz Sicilien gebracht, welche mit dem 1. April beginnen ſoll. Wie man ſagt wird morgen die ganze Flotte abgehen, nur ein engliſches und ein franzöſiſches Dampfſchiff ſoll bleiben.

Neapel, Mittwoch, den 28. März, 9¼ Uhr. Die Geſandten ſind dieſen Augenblick aus Palermo zurückgekehrt. Ihre Bemühungen ſind ohne Erfolg geweſen. Die Sizilianer verwerfen jede Ausgleichung und rüſten ſich zum Kriege. Die Admiräle haben geſtern Palermo verlaſſen und kommen ebenfalls nach Neapel.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Semlin, 19. März. Die Einberufung des ſerbiſchen Nationalkongreſſes, wegen Begründung der Nationalverwaltung in der Wojwodſchaft, wird von allen Seiten energiſch betrieben. Das Kikindaer Diſtrikts-Bezirkskomite hat die untergebenen Komite's aufgefordert, Abgeordnete an den Patriarchen zu ſenden, mit der Bitte, ſobald als möglich dieſen Kongreß zu eröffnen. Branjivo hat bereits das Nöthige eingeleitet. (W. Bl.)

Aus Ungarn. Ein charakteriſtiſcher Zug des gegenwärtigen Kriegs in Ungarn iſt folgende Thatſache: Während der junge Graf Eſterhazy ein Kommando in der Feſtung Komorn hat, und im Fall der Erſtürmung derſelben wahrſcheinlich den Tod des Hochverräthers ſtirbt, hat der alte Graf Eſterhazy, Vater deſſelben, ſo eben den Belagerungstruppen vor Komorn 160 Eimer Wein geſchenkt, um ſie zur Erſtürmung der Feſtung zu ermuntern! (A. Z.)

Schweiz.

) **Bern**, 6. April. Heinzen hat eine Erklärung gegen „republikaniſche" Willkür veröffentlicht, worin er den Bundesrath wegen der über ihn verhängten Ausweiſung aus dem Gebiet der Eidgenoſſenſchaft auf das ſchonungsloſeſte angreift. Er erklärt alle Thatſachen, auf welche der Bundesrath ſein Urtheil gründet, für falſch. Er ſagt: „es iſt nicht wahr, daß ich ein Vorſteher der Geſellſchaft „Hilf dir" bin, da ich mit dieſer Geſellſchaft gar keine Verbindung habe. Es iſt nicht wahr, trotz „öffentlicher Bezeichnungen," daß ich beſtimmt bin, bei der angeblichen ſicilianiſchen Legion eine höhere Offiziersſtelle zu bekleiden, da ich kein Engagement dieſer Art eingegangen und nicht Militär bin. Es iſt nicht wahr, daß ich demnach zu „unterſagten Kapitulationen„ und „verbotenen Werbungen" behilflich bin. Es iſt nicht wahr, daß ich „Hauptredakteur der Revolution" bin, da ich an der Redaktion dieſes Blattes nicht den mindeſten Antheil habe oder gehabt habe." Gegen das „unerhörte Verfahren" des Bundesraths proteſtirt nun Heinzen auf das Allerentſchiedenſte und erklärt, „daß er das Gebiet der Eidgenoſſenſchaft nicht eher verlaſſen werde, als bis das ſchweizeriſche Volk ihn überzeugt, daß es die ſchreiende Ungerechtigkeit ſeiner lieben Bundesbeamten billigt." Wolle der Bundesrath nicht den Vorwurf der Inhumanität, des Despotismus, der Feigheit auf ſich laden, ſo müſſe er das Verfolgungszirkular gegen Heinzen zurückziehen und ſeine Maßregeln ſo lange einſtellen, bis Thatſachen und Beweiſe ihn zu einem rechtlichen Verfahren in Stand ſetzen. Auch an die republikaniſche Partei in Deutſchland appellirt er und droht mit ihr. „Hat dieſe Partei auch noch nicht die Gewalt in Händen, ſo iſt ſie doch zahlreich, frei und ſtark genug, um Hebel in Bewegung zu ſetzen, deren Wirkungen den ſchweizeriſchen Behörden angenehmer werden dürften, als lächerliche Noten arroganter Diplomaten oder Lügenberichte verzweifelnder Spione." Dieſe Sprache Heinzens und ſeine offen erklärte Widerſetzlichkeit gegen Beſchluß des Bundesraths wird um ſo mehr Aufſehen machen, als er, wie es ſcheint, von der Regierung in Genf, wo er ſich eben aufhält, geſchützt wird. Die „Revue von Genf," das Organ von J. Fazy, ſagt nämlich, der Kapitulationsvertrag Beckers mit Sizilien, auf welchen ſich der Bundesrath ſtützte, exiſtire gar nicht; auch die andern Anſchuldigungen gegen Heinzen ſeien falſch und der Expulſionsbeſchluß falle deswegen als grundlos dahin. Deshalb, ſo ſagt das offizielle Regierungsorgan, wird die Genfer Regierung den Herrn Heinzen nicht fortweiſen, bis die Bundesverſammlung, welche allein den Art. 57 der Bundesverfaſſung anzuwenden hat, einen Beſchluß gefaßt haben wird, wenn ſie es nämlich für nöthig erachten ſollte. — Die Redaktion der Berner Zeitung vermuthet, die einzige Quelle, aus welcher der Bundesrath geſchöpft habe, ſei wahrſcheinlich der Bericht des Frankfurter Journals, welcher aber höchſt wahrſcheinlich von Lommel herrühre, welcher bei allen radikalen Deutſchen im begründeten Verdacht ſtehe, politiſcher Induſtrieller zu ſein. — Bei der ſchnellen Beendigung des piemonteſiſchen Kriegs hat ſich der eidgenöſſiſche Kommiſſär in Teſſin veranlaßt gefunden, ein Bataillon Teſſiner zu entlaſſen. Die Entlaſſung der beiden andern Bataillone dürfte etwa in 8 Tagen erfolgen. — Der Chef des eidgenöſſiſchen Militärdepartements hat dem Bundesrath ein Gutachten über die Art und Weiſe der Zentraliſirung des dem Bunde obliegenden Unterrichts des Genie, der Artillerie und der Kavallerie vorgelegt nebſt einem Projekt-Dekret, den Zentralunterricht ſofort ins Leben treten zu laſſen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 27. März. Ein Theil des Wermland- und Weſtgöta-Dal-Regiments ſoll mit dem Huſarenkorps des Leibregiments zu Urevall gemeinſam mit den dort ſtehenden Truppen auf 12 Tage und ein Bataillon aus dem Dal- und eines aus dem Nerikeregiment ſollen auf 16 Tage bei Ladugårdsgardet ein Uebungslager beziehen. Die geringe Zahl der Truppen des Uebungslagers zeigt, daß dieſe Truppenzuſammenziehung außer aller Verbindung mit dem däniſchen Kriege ſteht, auch zeigt ſich keinerlei Bewegung in den Kriegshäfen und, außer bei einigen kriegsluſtigen Freiwilligen, zeigt ſich nicht das geringſte Zeichen von Theilnahme an dem neuen däniſchen Kriege. (H. C.)

Donaufürſtenthümer.

Jaſſi, 12. März. So eben iſt von der hieſigen Metropolitanbehörde, zufolge höherer Weiſung, der Auftrag an alle Pfarrer ergangen, den Kaiſer Nikolaus im Kirchengebete einzuſchließen. (Bukowina.)

Frankfurter Börſenbericht.

(Wochenbericht.)

Der Eindruck der öſterreichiſchen Siege in Italien wirkt immer noch nachhaltig auf die günſtige Haltung der Börſe. Raſche, energiſche Thaten und kräftige Regierungsmaßregeln beleben die Stimmung des Börſenpublikums. Wurde doch die ſtrenge Verurtheilung der Maigefangenen in Bourges mit 50 Cent. Hauſſe begrüßt! Unſere inneren politiſchen Zuſtände, die daran ſich knüpfenden bedeutungsvollen Ereigniſſe der letzten Woche gehen unbeachtet, gleich den Bildern einer laterna magica an den Augen und Sinnen der handeltreibenden Genoſſenſchaft vorüber. Reden und Beſchlüſſe in der Paulskirche, Kaiſerwahl, Ablehnen oder Annahme derſelben werden mit indifferenter Indolenz aufgenommen; man glaubt eben nicht an entſchiedene Reſultate. Die politiſche Flauheit außerhalb der Börſenhallen wirkt beruhigend auf Spekulanten und Kapitaliſten, die ſich gerne einem behaglichen Sicherheitsgefühle hingeben. Das anhaltende Steigen der öſterreichiſchen Staatspapiere beruht auch zum Theil auf der Verbeſſerung des Wiener Wechſelcourſes und der günſtigen Haltung derſelben an der Amſterdamer Börſe. Das Steigen ſämmtlicher Effekten, mit Ausnahme einiger Eiſenbahnaktien, war in der letzten Woche ſo bedeutend, daß eine vergleichende Ueberſicht willkommen ſein wird.

	Courſe vom 31. März.	Courſe vom 7. April.
Bankaktien	1165	1194
5% Metalliques	74¼	76⅞
4% ditto.	58⅛	60¾
3% ditto	43½	45⅜
2½ % ditto.	39	40¾
1% ditto.	14½	15
4½% Bethm.	71	73¼
4% ditto.	62	64
fl. 250 Looſe.	78½	79¾
fl. 500 ditto.	125	127
Ruſſ. 4% Oblig.	81½	82½
Preuß. 3½% Staatsſchuldſch.	79¾	80½
Köln-Minden	76½	76
Spaniſche 3%	22⅜	22⅝
Holländ. 2½% Intregale	48¾	49⅝
„ 4% Oblig.	77	77¾
„ 3½% Synd.	77	78½
Belgiſche 4½% Obligationen	81	83
„ 2½% „	42	43¼
„ 5% „	87⅞	90½
Ludwigshafen-Berbach	72¾	73
Baieriſche 3½% Obl.	78⅞	79
„ 4% „	88	88¼
„ 5% „	99	99
Würtemb. 3½%	78⅛	79
„ 4½%	93¼	94¾
Sardiniſche Looſe	25¾	26¼
Polniſche fl. 300 Looſe	97½	98
„ fl. 500 Looſe	73¼	74⅛
Kurheſſ. Rthlr. 40 Looſe	27½	27½
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	34⅜	32⅛

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Eine Erklärung des Herrn von Raumer. Vorbereitende Verſammlung von Reichstagsabgeordneten. Der preußiſche Bevollmächtigte. Die öſterreichiſchen Abgeordneten.) Wien (Ein allgemeiner Kongreß zur Ausgleichung der europäiſchen Differenzen.) Berlin (Ein Schreiben des Kaiſers von Rußland. Die Reichsgeſandtſchaft und die Prinzeſſin von Preußen. In Swinemünde ſoll eine däniſche Fregatte genommen ſein. Wrangel's Portrait. Ein räthſelhafter Verluſt. Katzenmuſik und Unterſuchung. Das Ehrenbürgerrecht für Gagern.) Münſter (Vorbereitungen zum Zollanſchluß der Hanſeſtädte.) Poſen (Beſchränkung des Zuzugs fremdländiſcher Polen.) Leipzig (Die Stimmung.) Hannover (Ein neuer Telegraph.) Koburg (Die angebliche Miſſion des Herrn von Cloſen. Der Herzog. Die Nachrichten aus Berlin.) Schleswig-Holſtein (Die beiderſeitigen Verluſte im Kampfe bei Eckernförde.) Flensburg (Vom Kriegsſchauplatz.) Hamburg (Graf Bismerk aus Kopenhagen angekommen.) Bremen (Die Siegesfeier.)

Frankreich. Paris (Ein engliſcher Beſuch. Die Cholera. Die Promenade von Longchamp. Eine Expedition nach Madagaskar. Das Manifeſt des ſozialiſtiſchen Komites.

Oeſterreichiſche Monarchie. Ofen (Der ungariſche Reichstag nach Ofen berufen. Peſth (Ein Treffen.)

Italien. Turin (Die Unterredung der Genueſer Deputation mit dem Miniſter des Innern. Genua in Belagerungszuſtand erklärt. Zuſtände in Genua.) Mailand (Die Ruhe in der Stadt. Einnahme von Brescia. Strafmaßregeln.)

Rußland. (Militäriſche Bewegungen.) Petersburg (Offizielle Beſtätigung der Niederlage in Siebenbürgen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 19. April.)

Deutſchland.

Frankfurt, 10. April. Herr von Raumer gibt in der O.-P.-Z. die folgende Erklärung ab: „Ich erkläre, daß Alles was ſeither in öffentlichen Blättern über Sr. Maj. des Königs Geſpräch mit mir geſtanden hat, durchaus nicht der Wahrheit gemäß, vielmehr ganz erfunden iſt.

*** **Frankfurt**, 10. April. Aus guter Quelle erfährt man, daß Hr. Camphauſen namentlich deßhalb nach Berlin berufen wurde, um für die Entgegennahme der Erklärungen der Regierungen in der Oberhauptsfrage Inſtruktionen zu erhalten. Hr. Camphauſen wird alsbald hierher zurückkehren, was man aber von der ſofortigen Herkunft des Königs v. Preußen in der „Rhein- und Moſelzeitung" las, ſcheint durchaus voreilig zu ſein. Bezeichnend iſt es, daß weder Oeſterreich noch Preußen in dieſem hochwichtigen Momente hier Bevollmächtigte haben.

*** **Frankfurt**, 10. Die Wiener Nachricht, daß die öſterreichiſchen Abgeordneten von hier abberufen, ihnen bereits das Reiſegeld angewieſen worden ſei, iſt ungegründet.

Frankfurt, 10. April. Am vergangenen Samſtag, den 7. d. M., fand Abends um 7 Uhr in der Mainluſt eine Verſammlung von Mitgliedern der Nationalverſammlung aller Fraktionen ſtatt, um einen vertraulichen Bericht des Abgeordneten Löwe aus Calbe, Mitglied der Reichstagsdeputation nach Berlin, über den Empfang und den Erfolg der letztern bei dem Könige von Preußen anzuhören. Der Eindruck, welchen die Erzählung dieſer unglaublichen Dinge auf die Verſammlung machte, läßt ſich denken. Mit großer Genugthuung dagegen vernahm ſie, welch feſte und würdige Haltung der Präſident der Nationalverſammlung, Hr. Simſon, an der Spitze der Deputation, der Handlungsweiſe des Berliner Hofs gegenüber bewahrt hat. Man berieth hierauf über den Weg, den die Nationalverſammlung bei dieſer Wendung der Dinge einſchlagen müſſe. Von allen Seiten ſprach ſich der Vorſatz aus, bei der Verhandlung über dieſe wichtige Angelegenheit am künftigen Mittwoch, 11. April, die dem großen Augenblick einer weltgeſchichtlichen Entſcheidung entſprechende Würde aufrecht zu erhalten und wo möglich einen einſtimmigen Beſchluß zu erzielen. Ueber den Inhalt eines ſolchen machten ſich jedoch die verſchiedenſten Anſichten und Anträge kund. Man kam am Schluſſe überein, heute, 10. April, eine zweite Verſammlung anzuberaumen, um die Sache in weitere Erwägung zu ziehen. (D. Reichstagsztg.)

Wien, 6. April. Der „Wanderer" (ehemals Allg. Oeſter. Zeit.) ſpricht von einem allgemeinen Kongreſſe zur Ausgleichung aller europäiſchen Differenzen, den man in Regensburg abzuhalten geſonnen ſein ſoll.

Berlin, 6. April. Der Fürſt Galitzin hat ein Schreiben des Kaiſers von Rußland an den König überbracht, in welchem der Kaiſer bemerkt, er ſei der treueſte Verbündete des Kaiſers von Oeſterreich und werde gegen jeden Verſuch einer Verkürzung der Rechte Oeſterreichs dem öſterreichiſchen Kaiſer alle von dieſem verlangten Hülfsmittel zur Dispoſition zuſtellen, um die durch die Verträge von 1815 datirten Rechte zu ſchützen. Die Anwendung dieſes Inhalts auf die deutſche Kaiſerkrone liegt nahe genug.

Die Prinzeſſin von Preußen hat, wie von vielen Seiten beſtätigt wird, ſich beſonders bemüht, den niederſchlagenden Eindruck, den die Antwort des Königs auf die Reichsdeputation gemacht hat, zu verwiſchen. „Sagen Sie es in Frankfurt und überall, wohin Ihr Weg Sie führt, daß mein Herz ſtets warm für die große deutſche Sache ſchlagen wird." Dieſe Worte richtete die Prinzeſſin beim Abſchied an die Frankfurter Deputation. (W. Z.)

Berlin, 7. April. Es klingt zwar wie ein Wunder und es wäre für Einen Tag des Glückes faſt zu viel, aber wir können es uns doch nicht verſagen, eine Nachricht mitzutheilen, die uns ſo eben aus nicht ſchlechter Hand zukommt, daß nämlich eine däniſche Fregatte von 60 Kononen in Swinemünde von der Amazone und den preußiſchen Kanonenböten genommen ſei. (Die Fregatte würde ohne Zweifel die „Havfruen" ſein, das einzige Schiff dieſes Ranges an der dortigen Küſte. Vor Stettin kreuzt außerdem die däniſche Korvette „Flora.") (D. R.)

Berlin, 7. April. Se. Majeſtät der König hat das Bild des Generals von Wrangel in Lebensgröße von Magnus anfertigen laſſen. Man erzählt ſich folgendes: In der Nacht vom 6. zum 7. d. M. langte ein Kabinetskourier aus Petersburg hier an, der, als er ſeine Depeſchen abgeben wollte, dieſelben nicht bei ſich fand. Derſelbe glaubte dieſelben auf einer Station bei Frankfurt a. O. verloren zu haben. Wem bekannt iſt, auf welche Weiſe Depeſchen von Kabinetskourieren aufbewahrt werden, dem muß der Verluſt derſelben räthſelhaft erſcheinen. Gegen verſchiedene Handlungsdiener, welche im Sommer vorigen Jahres ihre Principale zu ſonntäglicher Ladenſchließung im Wege der Katzenmuſik veranlaſſen wollten, iſt eine Unterſuchung eingeleitet. (C. Z.)

Berlin, 7. April. In einer außerordentlichen geheimen Sitzung der Stadtverordneten-Verſammlung iſt heute die Angelegenheit der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes für Heinrich v. Gagern zur Verhandlung gekommen. Der Magiſtrat hatte den Antrag geſtellt, dieſen Ehrenbürgerbrief durch eine Deputation nach Frankfurt überbringen zu laſſen und hatte dazu ſeinerſeits den Stadtbaurath Langerhans und den Stadtrath Seeger gewählt. Die Stadtverordneten ſind dieſem Antrage beigetreten und haben zu Deputirten ihrerſeits den Vorſteher Seidel, ſo wie die Stadtverordneten Schäffer, Ulfert und Bock gewählt, zugleich aber auch dem Magiſtrat den Wunſch ausgedrückt, daß der Bürgermeiſter Naunyn ſich der Deputation anſchließen möge. (N. Z.)

Münſter, 5. April. Der hieſige Provinzialſteuerdirektor Göring iſt vom Reichsminiſterium des Handels zum Reichskommiſſarius für die Hanſeſtädte beſtimmt, um mit den daſigen Autoritäten die Frage zu erörtern, unter welchen Modalitäten jene Städte dem künftigen Reichszollgebiet anzuſchließen ſeien. (C. Z.)

Poſen, 3. April. Die Departements-Verwaltungsbehörde hat im Intereſſe der hier noch immer nicht ganz geſicherten Ruhe und Ordnung nachſtehende Verfügung erlaſſen: „Durch die Cirkulairverfügung vom 8. Februar v. J. ſind die Bedingungen bekannt geworden, unter denen Polen aus den Kaiſerlich Oeſterreichiſchen Staaten der Eintritt in die dieſſeitigen Staaten geſtattet iſt. Das Königliche Miniſterium hat jetzt angeordnet, daß mit Ausſchluß des bloßen Grenzverkehrs alle fremden Polen, alſo nicht bloß die öſterreichiſchen, gleichviel ob ſie Emigranten ſind, oder nicht, nur dann Einlaß erhalten ſollen, wenn ihre Päſſe entweder das Viſa einer Königl. Geſandtſchaft erhalten haben, oder wenn ihnen dieſelben erweislich auf Grund der Erlaubniß des Miniſteriums des Innern ertheilt worden ſind. Es ſind demgemäß diejenigen Polen, welche ohne Beachtung der vorſtehenden Beſtimmungen die Grenze überſchreiten, pr. Zwangspaß oder Reiſeroute des Landes zu verweiſen, und iſt ihnen protokollariſch zu eröffnen, daß ſie im Falle der Rückkehr Feſtungsſtrafe bis zu 2 Jahren zu erwarten haben." (Poſ. Z.)

§ **Leipzig**, 6. April. Das von einem Mitgliede der äußerſten Linken in der Reichsverſammlung ausgehende Wort: „Zur Verſtändigung" macht auch hier großen Eindruck. Die Linke eröffnet ſich eine große Zukunft, wenn ſie auf ſo patriotiſche Weiſe das Heil des Vaterlandes allem Andern voranſtellt. Um ſo ſchmerzlicher iſt es, daß von andern Seiten die Spaltung droht. Man

hatte kaum gehofft, aber lebhaft gewünſcht, der König von Preußen möge hervortreten, wie die ſtrahlende Sonne, die die böſen Nebel dämpft und mit ihm werde das deutſche Parlament eine Macht werden, wie das engliſche. Die Beſorgniſſe, die man hegte, ſind erfüllt und es wird ſchwer halten, auf diejenigen Tugenden des Königs von Preußen, die einem Fürſten des Friedens und der Künſte ſo wohl anſtehen würden als ſie in einer rauhen Zeit unzureichend ſind, von neuem das Vertrauen des Volkes zu lenken. Faſt allgemein hört man jetzt hier: „Hätte doch die Reichsverſammlung den König in ſeinem Gewiſſen unbeirrt gelaſſen und den Prinzen von Preußen zum Kaiſer erwählt.“ Dem Prinzen traut man nicht die Hamletsnatur zu, die ſich erſt zur That entſchließen kann, wenn Alles dem tragiſchen Ende zueilt. Möchte noch eine glückliche Wendung den ſchlimmſten Befürchtungen ein Ende machen.

Hannover, 5. April. Außer dem auf der Bahnſtrecke zwiſchen Köln und Berlin vorgerichteten Telegraphen wird in dieſem Augenblick ein zweiter elektromagnetiſcher Telegraph $2\frac{1}{2}$ Fuß tief unter der Erde, auf Koſten Preußens und für die ausſchließliche Benutzung der preußiſchen Regierung ſo eingerichtet, daß Zwiſchenſtationen auf nichtpreußiſchem Gebiete gänzlich vermieden werden. Die, wie wir hören, erſt geſtern begonnenen Arbeiten an der bezeichneten Vorrichtung werden mit auffallender Eile betrieben und, wie man ſagt, werden dieſelben ſchon in 8 Tagen vollendet ſein. (M. Z.)

0 **Koburg**, 6. April. Herr von Cloſen iſt zwar vor etwa 6 Tagen hier eingetroffen, er war aber geſtern noch hier und verweilt vielleicht auch in dieſem Augenblicke noch in Koburg; der koburgiſche Hof dagegen iſt dermalen in Gotha und das Haupt deſſelben, der Herzog, auf dem Kriegsſchauplatze in Schleswig. Hätte Hr. v. Cloſen eine diplomatiſche Sendung, ſo würde er gewiß ſelbſt dann, wenn der Herzog und das Staatsminiſterium hier verweilten, nicht eine ganze Woche an das kleine Koburg wenden; noch weit weniger kann er aber bei Abweſenheit des Hofes zu einem diplomatiſchen Aufenthalt dahier veranlaßt ſein. Hr. v. Cloſen hat hier und in der Umgegend nahe Anverwandte und darin liegt der Schlüſſel zu dem ganzen Räthſel. Kürzlich haben Sie auch einen Artikel aus Gotha gebracht, den man hier allgemein einer höchſt unlauteren Quelle zuſchreibt.*) Es wird darin dem Herzog von Koburg nachgeredet, er habe preußenfeindliche Geſinnungen. Dieſer Vorwurf kann gewiß den Fürſten nicht treffen, dem bei Ankunft der Depeſche über das Fallen des Welcker'ſchen Antrags Zornesröthe ins Antlitz ſtieg. Ich kann Ihnen die Verſicherung geben, daß der Herzog gleich am Anfang der deutſchen Bewegung von der Nothwendigkeit, Preußen an Deutſchlands Spitze zu ſtellen, durchdrungen war und daß er dieſe Anſicht in keinem Augenblick geändert hat. Die telegraphiſche Depeſche, die Sie uns heute aus Berlin gebracht haben, bot uns eine ſehr unangenehme Ueberraſchung. Eine ſolche Antwort hatten wir von dem erwählten Kaiſer nicht erwartet; wir lebten der Zuverſicht, daß der König wie das Miniſterium zu Berlin einen klareren Begriff erlangt haben würden von der ungeheueren Verantwortlichkeit, welche ſie durch Zögern und Zaudern auf ſich laden; wir hatten gewünſcht und gehofft, der Erwählte werde die Zügel der Reichsregierung erfaſſen „in der Erwartung“, daß die deutſchen Regierungen damit übereinſtimmten. Wer hätte denn der vollendeten Thatſache mit Erfolg entgegen treten können?

Schleswig-Holſtein. Wir haben unſerm Berichte über den glorreichen Kampf bei Eckernförde keine neue Details hinzuzufügen, es ſei denn eine Notiz, welche die „N. Fr. Pr.“ als Beweis der Heftigkeit anführt, mit welcher die Kanonade gewüthet hat, die Notiz, daß das Linienſchiff Chriſtian VIII. allein 68 glatte Lagen von je 42 Schüſſen gegeben hat. Aber über den Verluſt von beiden Seiten berichtet der H. C. in folgendem genauer: Mit dem „Chriſtian VIII.“ ſind in die Luft geflogen reichlich 200, von denen ſchon früher wohl manche getödtet waren, und auf der „Geſion“ 35 Todte und 50 größtentheils ſchwer Verwundete. Offiziere todt vom „Chriſtian VIII.“: der zweite Befehlshaber Capt. Krieger, Capt. Morſtrand, Lieutenant Uldrup, Landſoldaten-Anführer Capt. Gudenberg und ein anderer Offizier. Offizier Skibſtedt von der „Geſion“ ſchwer verwundet. Gefangen etwa 900, worunter etwa 16 bis 20 Offiziere und Cadetten. Auch ein Neffe unſers Major Michelſen iſt dabei. Verluſt der Schleswig-Holſteiner außer Preuß nur einige leicht verwundet; reußiſche Infanterie 1 todt, 3 verwundet. Naſſauer Halbbatterie 2 Pferde todt. Dies das Reſultat des Kampfes von faſt 140 ſchweren Schiffsgeſchützen gegen etwa 10—12 (bis auf 2) leichte Geſchütze. Die 18-Pfünder haben am meiſten gewirkt. Der Verluſt der Dänen an Menſchen und Schiffswerth iſt ſehr groß, es waren die beſten und größten kampffähigen Schiffe; aber unendlich größer iſt die moraliſche Niederlage für die Marine. Die gefangenen Offiziere ſind ſehr herunter, die Unteroffiziere machten durchgängig nicht den Eindruck, den man von der Mannſchaft ſolcher Schiffe erwartete. Unſere Artillerie, faſt nur junge Mannſchaft, hat ſich heldenmüthig geſchlagen; man erwartet, daß der andere Batterie-Commandeur ſofort zum Lieutenant avancire. Capitain Meyer und der Commandeur Paludan ſind nebſt 600 Mann nach Rendsburg abgeführt, woſelbſt ihnen in der altſtädter Kirche vorläufig ein Unterkommen verſchafft wird.

§ **Rendsburg**, 7. April. Wir ſind in den Stand geſetzt, Ihren Leſern den Bericht mittheilen zu können, welchen der Höchſtkommandirende auf dem Linienſchiff Chriſtian VIII. unmittelbar nach der großen Kataſtrophe an das däniſche Marineminiſterium erſtattet hat.

Eckernförde, den 5. April 1849.

„Unterthäniger Bericht. Niemals hatte ich ein ſo grenzenloſes Unglück erleben zu ſollen geglaubt, als mir heute widerfahren durch den Verluſt des herrlichen Schiffes Chriſtian VIII., welches zugleich mit der Fregatte Geſion vor der feindlichen Uebermacht (!) die Segel hat ſtreichen müſſen, nachdem beiden Schiffen Rumpf und Tackelage gänzlich zu Grunde gerichtet waren und das Linienſchiff in Schußweite vom Lande ſüdlich von der Stadt Eckernförde vom Oſtwinde auf den Grund getrieben war.

Ich habe heute Nachmittag Gelegenheit gefunden, dem Kommandeur Garde meinen Bericht zuzuſtellen; unfehlbar wird derſelbe dem hochverehrlichen Miniſterium von meiner in jenem Augenblicke höchſt bedrohlichen Lage Mittheilung gemacht haben; über die näheren Umſtände behalte ich mir meinen Bericht vor, wie über das noch weit ſchrecklichere Ereigniß, daß das Linienſchiff in die Luft ſprang, während noch die Kapitäne Krieger und Marſtromd, der Kapitän vom Landetat Hohlenberg, die Aerzte Smith und Ibſen, und dem Vernehmen nach 200 Mann der Beſatzung an Bord waren.

Der Vorfall iſt ſo ſchauerlich, daß es mir vorkommt, man könne wohl ſo etwas erzählen hören, aber nicht ſelbſt erleben; ich bin außerordentlich erſchüttert, aber ich finde einige Beruhigung darin, mich vorwurfsfrei zu wiſſen, und die Folgen dieſes Ereigniſſes für mich und meine Zukunft, ruhig tragen zu können.

Die Friſt, die mir gelaſſen, wenn ich von der ſich darbietenden Gelegenheit Gebrauch machen will, iſt zu kurz, um ausführlich zu ſein; indem ich den desfälligen Mangel zu entſchuldigen bitte, werde ich ſobald als möglich das Fehlende nachzuholen ſuchen. gez. Paludan.

P. S. Ich und die zurückgebliebene Beſatzung ſind zu Kriegsgefangenen gemacht worden.

An das Marineminiſterium!“

Wenn ſchon dieſer Bericht geeignet iſt, unſer Mitgefühl anzuregen, ſo entnehmen wir der nachfolgenden Erzählung eines Augenzeugen über das ſich ihm noch am folgenden Tage in Eckernförde darbietende Schauſpiel einige Momente, welche jene Theilnahme nur erhöhen und für den Augenblick das Triumphgefühl des errungenen Sieges vor ernſteren Empfindungen zurücktreten laſſen wird. Stark rauchend wurde noch Tags darauf das Linienſchiff gefunden, doch ragte daſſelbe nur noch als Gerippe oben über der Waſſerfläche hervor. Die Balken waren weit am Strande hingeſchleudert, hunderte von Menſchen mit dem Aufſammeln von Eiſen- und Holzſtücken beſchäftigt. Von den 200 in die Luft geſprengten Seeleuten lagen noch halbe Leiber, Arme und Beine am Strande; in den Straßen hielten die Wagen mit den gefangenen Offizieren, die Matroſen ſtanden daneben je drei in einer Reihe, umgeben von einem Musketierkordon; ſie werden alle nach Rendsburg gebracht werden. Die Zahl der Gefangenen mit Einſchluß der Verwundeten beläuft ſich nach vorgenommener Zählung, der Angabe des Kommandanten von Eckernförde zufolge auf 1023.

Der Geſion iſt möglichſt nahe an die Schiffbrücke der Stadt gezogen, er iſt übel zugerichtet, an Rumpf, Maſten und Takelage jedoch vollkommen herſtellbar. Im Hafen kreuzten 2 feindliche Segel und 2 Kriegsdampfſchiffe, bald näher, bald etwas weiter, doch ohne anſcheinend ſofortige Angriffsabſicht.

Daß die Fregatte ſich ſo bald ergeben, wird dem Umſtande beigemeſſen, daß die Mannſchaft vor Angſt ſich verkroch und die Kanonen nicht mehr bedienen wollte.

Flensburg, 6. April. Im Sundewitt'ſchen iſt noch immer nichts Erhebliches vorgefallen; nur kleine Gefechte oder Rekognoſ-

*) Wir haben uns gegen dieſen Artikel ſchon verwahrt.

cirungen haben ſtattgefunden. Geſtern Morgen zog eine ſtarke Kolonne, namentlich hannoveriſche Linien-Infanterie, Jäger und Artillerie, von hier nach dem Norden; heute Morgen folgten Sachſen nach, deren Platz heute Nachmittag mehrere preußiſche Landwehr-Bataillone einnehmen. Mit Wohlgefallen bemerkte man die ſchöne Haltung, das kräftige Anſehen und die heitere Stimmung aller dieſer Truppen. In Hadersleben befanden ſich noch geſtern gegen Abend däniſche Truppen. In Apenrade zogen geſtern, Nachmittags 2 bis 3 Uhr, auf Umwegen, das 9. und 10. ſchleswig-holſteiniſche Bataillon nebſt einigen Dragonern, und wohl auch Artillerie, ein. Die Dänen ſchoſſen ziemlich heftig von ihren Kriegsfahrzeugen in die Stadt. Viele Kugeln ſchlugen durch Dächer, einige auch durch Fenſter. Ein Dragoner, wie es heißt, ein Offizier wurde verwundet. Von weiteren Verwundungen hört man nichts. Mancherlei Gerüchte waren geſtern in Umlauf, als wenn eine Abtheilung von Dänen eingeſchloſſen oder abgeſchnitten wäre. Bis jetzt haben ſich dieſe Gerüchte nicht beſtätigt. Es ſcheint indeß, als wenn wir in den erſten Tagen ſichtbare Reſultate des Feldzuges zu erwarten hätten; unzweifelhaft dürften wir die deutſchen Truppen in geeigneter Richtung raſch vorrücken ſehen, und dieſelben dann zeigen, daß die Armee eiferſüchtig darauf iſt, mit dem glorreichen Sieg deutſcher Feuerſchlünde auf dem Waſſer gleichen Schritt zu Lande zu halten.

Hamburg, 7. April. Der bisherige Reichsgeſandte in Kopenhagen, Graf **Bismark**, iſt auf ſeiner Rückreiſe nach Deutſchland und der mit einer handelspolitiſchen Miſſion beauftragte öſterreichiſche Miniſterialrath Becher von Wien hier angekommen. (B. H.)

Bremen, 7. April. Das 11. preußiſche Huſaren-Regiment, welches etwa 650 Mann ſtark in Münſter ſtationirt, iſt heute auf dem Marſche nach Schleswig-Holſtein hier eingetroffen und mit Jubel über die Siegesbotſchaft empfangen worden. Das Officiercorps hat für den Abend eine Einladung zu einer Feſtlichkeit im Weinkeller angenommen. Jedem Soldaten ſoll, wie wir hören, zur Feier des Tages eine Flaſche Wein auf Koſten der Stadt verabreicht werden. (W. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 5. April. Das Tagesereigniß iſt das Manifeſt des demokratiſch-ſocialiſtiſchen Wahlkomite's, überraſchend durch die unerwartete Uebereinſtimmung mit dem geſunden Menſchenverſtand. Schon das Motto dieſes Programms: „Ordnung, Einheit, Fortſchritt!“ beweiſt, daß die ſocialiſtiſch-demokratiſche Partei nicht ſo ſchlimm iſt, als ſie ſcheint. Die Hauptpunkte des Programms ſind folgende: Energiſche Vertheidigung der republikaniſchen Staatsform und des direkten allgemeinen Stimmrechts. Aufrechterhaltung und Entwickelung der Verfaſſung im demokratiſchen Sinne. Einheit der Gewalt und förmliche Unterordnung der ausübenden Gewalt unter die Nationalverſammlung. Wirkliche Preßfreiheit. Abſchaffung der Kautionen und der Druckprivilegien. Unverletzlichkeit des Vereins- und Geſellſchaftsrechts. Recht auf Arbeit. Verſorgungsanſtalten für die Arbeitsunfähigen und Greiſe. Gemeinſchaftliche, unentgeltliche, obligatoriſche und den Fähigkeiten entſprechend vollſtändige Erziehung. Schon jetzt bedeutende Erweiterung des niederen Unterrichts. Das edle Lehreramt paſſend belohnt und in den Augen des Volkes gehörig geehrt. Reformen in der Verwaltung und in der Gerichtsverfaſſung. Größere Einfachheit in dem Mechanismus beider. Demokratiſche Organiſation der öffentlichen Dienſtverrichtungen. Feſtſtellung der Bedingungen der Fähigkeit zu öffentlichen Aemtern. Unabhängigkeit des Beamten außerhalb des Dienſtes. Reviſion der Geſetzbücher. Wahrhaft unentgeltliche Rechtspflege. Aufhebung der Schuldhaft. Abſchaffung der Todesſtrafe in der Kriminalrechtspflege. Demokratiſche Reorganiſation des Land- und See-Heeres. Reviſion des Militär-Geſetzbuches. Verbeſſerung des Looſes der Soldaten und Unteroffiziere. Abſchaffung der Rekruten-Aushebung. Finanz-Reform. Demokratiſche Organiſation des Credits für das Grundeigenthum, den Ackerbau, die Induſtrie und den Handel. Centraliſation und öffentliche Benutzung der Verſicherungsanſtalten, der Banken, der Eiſenbahnen, der Canäle, der Communikations-Mittel und der Minen. Reform des Hypothekenweſens. Abſchaffung des Wuchers. (?) Reduktion der öffentlichen Ausgaben und billige Vertheilung der Steuerlaſten. Abſchaffung der Salz- und Getränke-Steuer. Abſchaffung der Schlacht- und Mahlſteuer. Reviſion der Zollgeſetze. Großartige Entwickelung des Ackerbau's und der Gewerbe. Bebauung der brachliegenden Ländereien. Bewäſſerungs- und Bewaldungs-Anſtalten. Regulirung, Moraliſirung und Ermuthigung des Handels in ſeiner rechtlichen und nützlichen Ausdehnung, allein Reinigung deſſelben von allem Betrug und allen Prellereien, die ihn entehren. Errichtung von National-Waarenlagern und Verkaufsanſtalten. Ermuthigung der Handels- und Gewerbe-Geſellſchaften. Ackerbau-Colonien im In- und Ausland. Demokratiſche Organiſation und Entwickelung der Wiſſenſchaften und Künſte in ihrer Anwendung auf die Bedürfniſſe der neuen Geſellſchaft. Vermehrung des öffentlichen Reichthums durch die Vereinigung der productiven Elemente. Achtung der Nationalitäten. Befreiung und Bündniß der Völker, Verbrüderung der Racen. Das Programm ſchließt mit dem Ruf: „Es lebe die ſocialiſtiſch-demokratiſche Republik!“ —

* **Paris**, 6. April. Hr. Berger, Präfekt der Seine, hat an Hrn. Lloyd, den Feſtordner des Beſuches, welchen 3000 Engländer den Pariſern zugedacht haben, ein ſehr zuvorkommendes Einladungsſchreiben gerichtet, worin er die engliſchen Gäſte zum Voraus der freundlichſten Aufnahme verſichert.

Es heißt, daß der verſtorbene Biſchof von Orleans und Volksvertreter Abt Fayet noch kurz vor ſeinem Tode den Beſuch des proteſtantiſchen Geiſtlichen und Volksvertreter Coquerel empfing. Beim Anblick dieſes andersgläubigen Kollegen ſoll der durch ſeine witzigen Einfälle bekannte Biſchof ausgerufen haben: „Es freut mich ſehr, Sie noch einmal in dieſer Welt geſehen zu haben; denn es iſt nicht wahrſcheinlich, daß wir uns in der andern Welt wiederſehen werden.“ Noch mehrere Volksvertreter ſollen von der Cholera ergriffen worden ſein. Man ſchreibt die auffallend zahlreiche Erkrankung von Mitgliedern der Nationalverſammlung der mangelhaften Einrichtung des Sitzungsſaales zu, der nur ſehr ſchwer und unvollkommen zu lüften iſt.

Geſtern fand in den „Champs Elyſes“ die jährlich wiederkehrende ſogenannte Promenade von Longchamp ſtatt. Dieſe Promenade, ein Gebrauch, der noch aus der Monarchie ſtammt und bei welcher die eleganteſten Vertreter und Vertreterinnen der Mode in prächtigen Equipagen ſich dem Publikum zu zeigen pflegen, war diesmal begreiflicher Weiſe weniger beſucht, obgleich der Luxus noch groß genug war, für deſſen Erhaltung Louis Bonaparte mit ſeinen Präſidentſchaftsbällen und das Miniſterium mit ſeinen offiziellen Fremdenliſten im Moniteur ſich nicht vergeblich bemühen.

Die Einwohner der Inſel Bourbon ſind im Begriff, auf ihre Koſten eine Expedition gegen Madagaskar zu unternehmen. Die Regierung hat ſich zur unentgeldlichen Lieferung von Waffen und Munition verpflichtet.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Ofen, 30. März. Der Landtag iſt in Debreczin aufgelöſt und bis zum 24. April hierher nach Peſth (!) einberufen worden. Sie ſehen, der Muth der Koſſuth-Partei iſt im Wachſen begriffen. (A. Z.

Peſth, 3. April. Seit zwei Tagen hört man hier in Peſth und in der Umgegend zu wiederholten Malen ziemlich ſtarken und anhaltenden Kanonendonner, und es unterliegt keinem Zweifel, daß in nicht allzuweiter Ferne, wenn auch keine Schlacht, doch bedeutende Treffen ſtattfinden, über deren Reſultate wir aber in Dunkelheit bleiben. (N. K.)

Italien.

* **Turin**, 3. April. Die Deputation des Gemeinderathes von Genua, der ſich ein Mitglied der aufgelöſten Deputirten-Kammer beigeſellt hatte, begab ſich heute zum Miniſter des Innern, um denſelben auf die Gefahren gewaltſamer Maßregeln gegen Genua aufmerkſam zu machen. Die Deputation drückte die Meinung aus, daß der Waffenſtillſtand von Novara, ſo gut als der Waffenſtillſtand von Salasko nur den Intereſſen für die Hauptſtadt zuzuſchreiben ſei, daß man, ſtatt die Trümmer der Armee auf Aleſſandria und Genua zurückzuziehen, Alles aufgeopfert habe, aus Furcht Turin militäriſch beſetzt zu ſehen und daß die Regierung dem Volke alle Bürgſchaften der Freiheit genommen habe. Der Miniſter erwiderte, daß Genua Unrecht habe, Dinge vorauszuſetzen, die nicht exiſtirten, da das gegenwärtige Miniſterium aufrichtig die Bewahrung der Verfaſſung wolle, und daß das Mi-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Ein Antrag in der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt. Der däniſche Geſchäftsträger hat ſeine Päſſe erhalten.) Wien (Der Miniſterrath über die ungariſche Angelegenheit. Vom Kriegsſchauplatz in Ungarn. Zwangsanleihe. Die Antwort des Königs von Preußen. Ein Blick in die öſtereichiſche Politik. Erzherzog Johann.) Die Marine.) Prag (Konzeſſionen an die Slawen in Ungarn. Berlin (Die Reichsgeſandtſchaft. Ein Handſchreiben des Königs an Vincke. Die preußiſchen Truppen nach Schleswig. Das Miniſterium. Die Bedeutung der königlichen Antwort.) Königsberg (Die Maßregeln zur Wahrung der deutſchen Schiffſahrt. Adreſſe von Magiſtrat und Stadtverordneten.) Trier (Der Landwehroffizier Ludwig Simon von Trier.) Koblenz (Der König von Preußen erwartet.) Hannover (Weitere Vertagung der Stände. Adreſſe der Vereine nach Berlin.) Gottorf (Proklamation der Statthalterſchaft.) Schleswig (Beſetzung von Hadersleben durch die Dänen. Die Inſel Föhr occupirt.) Hamburg (Günſtige Nachrichten aus Sundewitt. Weitere Erfolge gegen die däniſche Marine. Ein Bankett für Rieſſer.)

Großbritannien. London (Wie man in England die Neutralität verſteht.)

Frankreich. Paris (Der Eindruck der deutſchen Kaiſerwahl. Ein Wahlmanifeſt des Berges. Kriegsſchiffe nach Genua. Die Verurtheilten von Bourges. Changarnier. Proudhon.)

Italien. Mailand (Eine Mittheilung Radetzky's an die franzöſiſche Regierung. Der italieniſche Bundesſtaat.) Rom (Die Diktatur. Die Schweizerregimenter.) Palermo (Die Erneuerung der Feindſeligkeiten ſteht bevor.)

Dänemark. Kopenhagen (Der Stand der Unterhandlungen in London. Die Blokade. Die Aufbringung deutſcher Schiffe. Eine Miſſion nach Stockholm. Die däniſche Armee. Der deutſche Geſchäftsträger. Ein Omen.)

Schweden u. Norwegen. (Ausrüſtung eines Uebungsgeſchwaders.)

Donaufürſtenthümer. Galatz (Bem und die ruſſiſch-türkiſche Militärmacht.)

Deutſchland.

Frankfurt, 7. April. Wie wir hören, wird in der nächſten Sitzung der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaates Frankfurt ein dringlicher Antrag dahin geſtellt werden: Die Verſammlung erklärt, daß ſie die von der National-Verſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung für unbedingt giltig und rechtsverbindlich erachtet, und zählt darauf, daß der Senat den Beſtrebungen einzelner Regierungen, den Vollzug derſelben zu behindern, mit aller Entſchiedenheit entgegentreten wird. (O.P.Z.)

Frankfurt, 8. April. Dem königl. däniſchen Geſchäftsträger bei der prov. Centralgewalt Deutſchlands, Baron v. Dirckinck-Holmfeld, ſind, wie wir aus guter Quelle hören, vom Reichsminiſterium geſtern die Päſſe zugeſtellt worden. Gleichzeitig wird der deutſche Geſandte von Kopenhagen abgereiſt ſein. (O.P.Z.)

△ **Wien,** 4. April. Geſtern angelangten offiziellen Nachrichten zu Folge hat Feldzeugmeiſter Puchner wirklich „aus Geſundheitsrückſichten" das Oberkommando niedergelegt und ſich in die Wallachei begeben. Unſere Truppen haben ſich 8000 Mann ſtark unter dem General-Major Kalliani nach Kronſtadt, dem einzigen Orte, wo in Siebenbürgen noch die kaiſerliche Fahne weht, zurückgezogen. Malkowski und der tapfere Oberſt Urban wurden ebenfalls genöthigt, ſich in die Bukowina zurückzuziehen, wo auch Major Barko im Roner Kreiſe ſteht und eine Abtheilung Inſurgenten von 1000 bis 1600 Mann, die einen Einfall verſuchten, zurückſchlug. Unſere Truppen in Kronſtadt haben nur noch für drei Tage Munition, die Ruſſen nur noch für einen Tag. Die Bagage der Letzteren iſt ſchon in die Wallachei gebracht und ſie ſollen erklärt haben, daß ſie derſelben folgen werden, wenn ſie ihre Munition verſchoſſen haben. Hermannſtadt ſcheint nicht geplündert worden zu ſein, da Bem eine Kontribution von 300,000 fl. für Siebenbürgen ausgeſchrieben; wenn er überall geplündert hätte, ſo wäre ja die Kontribution nicht mehr nöthig. Nach den offiziellen Berichten, ſcheinen überhaupt die Korreſpondenznachrichten unſerer Zeitungen in Bezug auf Hermannſtadt glücklicherweiſe übertrieben zu ſein, obwohl manche Gräuelthaten, wie die Ermordung des 70jährigen Feldkriegsſekretärs Benigni von Mildenberg, dort begangen wurden, welche Bem mit ſeiner ſtrengen Disziplin (dies rühmen wenigſtens ſeine Gegner an ihm) nicht abwehren konnte, und man iſt in unſern Miniſterien ſogar immer etwas beruhigter über das Schickſal der Einwohner der durch die Ungarn wieder genommenen Orte, wenn ſie denn doch wieder in ihre Hände fallen mußten, wenn Bem ſelbſt unter ihnen iſt, um Ordnung und Mannszucht zu halten. Schade, daß dieſer tapfere Mann ſeine Kenntniſſe, ſeine eiſerne Ausdauer und ſeinen Heldenmuth nicht einer glücklicheren Sache gewidmet hat, und eine unſerer humoriſtiſchen Zeitungen ſagt von ihm ſehr treffend: „ſchade, daß wir Bem nicht ins Oeſterreichiſche überſetzen können." Fürſt Windiſchgrätz war dem Rufe nach Ollmütz bis geſtern noch nicht gefolgt, doch hat Feldzeugmeiſter Welden ſeine Proklamation an die Beſatzung von Komorn als „Oberkommandant" unterzeichnet und iſt nach ſeiner Rückkehr von Komorn nach einem Aufenthalt von wenigen Stunden in Wien nach Ollmütz berufen worden, wo er ſeit vorgeſtern den Berathungen des Miniſterrathes beiwohnt. Die Stimmung der Armee in Ungarn wird nach den Ausſagen der von dort kommenden Offiziere täglich ſchlechter. Sie hat mit wenigen Ausnahmen, wie Schlick, Zeisberg, Ottinger und einige andere bewährte Namen, kein Vertrauen in ihre Führer; ſie darf ihre Wünſche nicht auf offiziellem Wege ausſprechen, aber deſto lauter tönt der mündliche Ruf nach der Führung Weldens in ihren Reihen. In den auswärtigen Blättern lieſt man jetzt häufig, daß Wien beinahe von Truppen entblößt ſei, doch kann ich mit Beſtimmtheit angeben, daß die Garniſon in Wien und dem Belagerungsrayon noch immer 20,000 Mann beträgt; früher beſtand ſie aus 22,000, davon ſind 2000 in den letzten Wochen nach Ungarn abgegangen. Wenn man bedenkt, daß mit 12,000 Mann Hülfstruppen das unglückliche Siebenbürgen gerettet geweſen wäre, ſo muß man es doppelt beklagen, daß eine ſo ſtarke Garniſon hier immer noch für nöthig erachtet wird.

Das Neueſte über Komorn iſt, daß es noch immer bombardirt wird. Welden hat ausgeſprochen, daß er mit der Zerſtörung fortfahren werde, ſo lange er noch einen Soldaten und noch einen Schuß Munition habe, und Gott werde ihm helfen (bombardiren?) Das Gerücht, daß Kaſchau von den Ungarn wieder genommen ſei, hat ſich noch nicht beſtätigt. Aus Galizien wird nun wahrſcheinlich doch ein Verſtärkungskorps nach Ungarn detachirt werden, da der neue Gouverneur, Graf Gotuchovski, erklärt hat, daß er auch mit einer kleinen Garniſon, wenn ſie gut mit Batterien und Schießbedarf verſehen ſei, Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werde.

△ **Wien,** 4. April. Feldzeugmeiſter Welden kam im Laufe des Vormittags von der Berathung in Ollmütz zurück, welcher auch Fürſt Windiſchgrätz beigewohnt hatte. Die Anſichten Weldens über den Stand unſrer Kriegführung in Ungarn ſind von dem Miniſterium ſehr beifällig aufgenommen worden und es ſtehn nun neue energiſche Maßregeln in Ausſicht; doch ſcheint das Miniſterium geneigt zu ſein, zuvor den Weg der Unterhandlung zu verſuchen, welcher von dem Fürſten Windiſchgrätz ſo oft mit den ſtereotyp gewordenen Worten abgelehnt wurde: daß er nicht mit Rebellen unterhandle. Bem, den unſere offiziellen Armeebülletins ſchon viermal vernichteten, iſt nun Herr von ganz Siebenbürgen, da ſich die Ruſſen unter General Engelhard und das Puchneriſche Korps unter General Kaliani 8000 Mann ſtark nun auch aus Kronſtadt zurückgezogen haben in die Wallachei, ob mit oder ohne Kampf, wiſſen wir hier noch nicht. Unſere ganze Truppenmacht in Siebenbürgen betrug nach der Angabe miniſterieller Quellen 22,000 Mann, die ſich nun ſämmtlich in der Wallachei befinden, ohne jene, welche ſich unter Malkovski und Urban in die Bukowina zogen. Man entſchuldigt ihre Entfernung damit, daß ſie ſich ohne Führer (Puchner, Pfersmann, Gedeon und Jovich hatten ihre Korps wie es ſcheint verlaſſen und ſich in die Wallachei geflüchtet) und ohne Munition befanden. Aus Bukareſt verkündet man nun neuerdings den Anmarſch von 12,000 Mann Ruſſen aus Beſſarabien. Bem ſoll in Hermannſtadt und Kronſtadt Amneſtie für alle verkündigt haben, die gegen ihn kämpften. Das Regierungsblatt erklärt die erſten Nachrichten über die Zerſtörungen und Plünderung in Hermannſtadt heute ſelbſt für übertrieben. Der Kriegsſekretär und Redakteur des „Siebenbürger Boten" Benigni wurde nicht ermordet, ſondern erſchoſſen bei der Einnahme der Stadt. Daß die armen Sachſenſtädte aber dennoch unglücklich genug ſind, iſt gewiß, da die Einnahme einer Stadt immer von Gräueln aller Art begleitet iſt, wie wir dies ja im Oktober v. J. an Wien ſelbſt erfahren haben. Die Privatnachrichten aus Peſth lauten auch nicht beruhigend. Man will dort mit Gewißheit wiſſen, daß zwei ungariſche Armeekorps unter Dembinski und Görgey gegen die Stadt im Anzuge ſeien. Die Stimmung iſt äußerſt aufgeregt und wird es noch mehr durch Plakate, welche täglich, trotz der Wachſamkeit der Behörden, in hunderten von

Exemplaren auftauchen, von den ungariſchen Siegen berichten und die Einwohner zum Widerſtand aufrufen. Viele fürchten bei größerer Annäherung der ungariſchen Truppen eine Beſchießung der Stadt Peſth durch die Feſtung Ofen und halten ihre beſten Habſeligkeiten eingepackt, um bei der herannahenden Gefahr ſogleich die Flucht ergreifen zu können. Viele Militärs ſprechen bereits die Beſorgniß aus, daß wir den Krieg mit Ungarn nicht zu einem glücklichen Ende führen können, wenn wir nicht noch über 100,000 Mann zu verfügen haben. Bis jetzt beträgt die kaiſerliche Armee in Ungarn 140,000 Mann. Man ſollte glauben, dieß ſei eine Macht, mit welcher die der Ungarn ſich nicht meſſen kann. Das Miniſterium ſcheint ſeinerſeits das Seinige zu thun, um die Slowaken „der guten Sache" geneigt zu erhalten. Man ſoll der ſlowakiſchen Deputation verſprochen haben, in allen ſlowakiſchen Komitaten Ungarns die ſlowakiſche Sprache zur Amtsſprache zu machen und alle jetzt erlaſſenen Verfügungen der k. Kommiſſäre im entgegengeſetzten Sinne für ungültig zu erklären.

* **Wien**, 4. April. Sämmtliche Miniſter ſind heute Nacht von Ollmütz wieder zurückgekehrt. Es ſind dort ſehr wichtige Berathungen gepflogen worden und namentlich ſoll es ſich um die Frage der Pacifizirung Ungarns gehandelt haben.

△ **Wien**, 5. April. Ein offizieller Bericht macht heute bekannt, daß Komorn ſeit dem 2. d. M. mit glühenden Kugeln beworfen wird und noch enger als früher cernirt iſt. Sachverſtändige behaupten, daß wenn nicht Hunger oder Verrath die Feſtung übergibt, ſie nicht zu nehmen ſei. Man hofft auf Beides. Jede Zufuhr iſt nun vollkommen abgeſchnitten und die inneren Räume der Feſtung ſollen ſo feucht ſein, daß ſich der Proviant nicht lange in genießbarem Zuſtande erhalten laſſen ſoll. Die von unſerm Miniſterium projektirte Zwangsanleihe wird dem Vernehmen nach noch nicht realiſirt; wahrſcheinlich rechnet unſer Finanzminiſter auf die Kriegsſteuer von Sardinien, die uns eben ſo erwünſcht kommen würde, als dem Marſchall Radetzky der Zuwachs an Kanonen durch den in Verona zurückgebliebenen piemonteſiſchen Artillerie-Park, welchen der Marſchall auch gleich nach Kündigung des Waffenſtillſtandes faktiſch zum Staatseigenthum machte, indem er ihn ſchwarzgelb anſtreichen ließ. Trotz den ungeheuern Waffenthaten unſrer Armee ſcheinen die Lombarden doch nicht ganz ſo eingeſchüchtert zu ſein, als unſere Zeitungsberichte melden. Brescia mußte ſchon zum zweiten Male beſchoſſen werden. Man ſcheint ſich in dem letzten Miniſterrathe in Ollmütz entſchloſſen zu haben, die Intervention der Ruſſen in Siebenbürgen nun oſtenſibel in Anſpruch zu nehmen. Dies war nach den letzten Vorgängen um ſo mehr vorauszuſehen, da nun manche Rückſichten wegfallen, die man glaubte gegen Deutſchland beobachten zu müſſen. Der Vice-Admiral Dahlerup war vor einigen Tagen hier, um Bericht zu erſtatten über ſeine Marine Reviſionen in Trieſt und Pola. Er äußerte, daß er keineswegs ſo geringe Kräfte vorgefunden habe, als ſie ihm unſer junger Monarch in Ausſicht geſtellt. Er habe im Gegentheil alle Elemente gefunden, woraus er mit der Zeit eine tüchtige Marine herzuſtellen hoffe. Der preußiſche Staatsanzelger brachte uns heute die Antwort des Königs von Preußen an die Deputation der deutſchen Nationalverſammlung. Sie machten den verſchiedenartigſten Eindruck. Jede Partei findet den Sinn darin, den ſie zu finden wünſcht. Die Großöſterreicher finden, daß der König von Preußen die Annahme der Kaiſerwürde von dem Beſchluſſe aller betheiligten Fürſten abhängig macht, die Groß-Deutſchen finden, daß er Bedingungen daran knüpft, die unausführbar ſind und die wieder dahin zurückverſetzen, von wo man ausgegangen iſt, die rein Deutſchen wollen trotz aller „wenn" und „aber" die Annahme oder wenigſtens den Wunſch der Annahme darin ausgeſprochen ſehen. Möge die letzte Anſicht ſich als die richtige bewähren, denn die Frage iſt zu wichtig und zu heilig, um ſich zu einem „Mißverſtändniſſe" zu eignen.

* **Wien**, 5. April. Das offizielle Blatt des Handelsminiſteriums, die Auſtria, führte vor einigen Tagen unter den Aufgaben ihrer Thätigkeit auch die „Belebung des Verkehrs auf der Donau von Ulm bis zur Sulina-Mündung" auf. Ein neueſter Aufſatz in demſelben Organ ſagt deutlich, was man darunter verſtanden wiſſen will. An den Anſchluß an den deutſchen Zollverein wird einſtweilen nicht mehr gedacht, wohl aber an eine Zollverbindung mit Süddeutſchland. „Der Anſchluß würde ſich weit leichter und ſchneller bewerkſtelligen laſſen, wenn Süddeutſchland, das obere Donauthal allein in nähere Verbindung mit Oeſterreich treten wollte." Die Andeutung iſt verſtändlich und inhaltsſchwer.

* **Wien**, 5. April. Auf der Beſitzung des Erzherzogs Johann in Oberſteiermark werden bereits Vorkehrungen zu ſeinem Empfange getroffen.

Prag, 5. April. Man vernimmt mit Beſtimmtheit, daß in den ſlowakiſchen Bezirken Ungarns (im karpathiſchen Norden) die ſlawiſche Sprache zur Geſchäftsſprache erhoben wurde. Auch die Kroaten bekamen eine wichtige Konzeſſion: die Militärgrenze ſoll nämlich definitiv zu ihrem dreieinigen Königreiche geſchlagen, auch ſollen ihre Landtagsbeſchlüſſe v. J. 1848 allerhöchſten Orts ſanktionirt werden. (L. Z.)

Berlin, 5. April. Heute um 1 Uhr iſt die Reichsdeputation mit der Potsdam-Magdeburger Eiſenbahn nach Frankfurt zurückgereiſt. Vorher empfingen die Deputirten noch den Beſuch mehrfacher, insbeſondere ſtädtiſcher Deputationen. Um 12 Uhr noch ſtattete der General Wrangel dem Präſidenten Simſon einen Beſuch ab. Eine große Volksmaſſe hatte ſich vor ihren Hotels, namentlich vor dem Hotel du Nord, verſammelt, und ſo oft ein Deputirter erſchien, wurde er mit lebhaftem Hurrah empfangen. Ein beſonderer Jubel brach beim Anblick des alten Arndt aus, welcher an die verſammelte Menge eine kurze Anrede hielt, in welcher folgende Worte beſonders bezeichnend erſchienen: „das deutſche Volk iſt ein braves, biederes, ob auch ſouveraines wage ich nicht zu behaupten." Er wollte noch weiter ſprechen, als ihn Soiron mit den Worten auf die Achſel klopfte: „lieber Arndt, wir müſſen weiter." Im Gefolge von einigen Magiſtratsperſonen fuhren hierauf die Reichsdeputirten, von den Wünſchen des ſichtlich für deutſche Einheit und Freiheit begeiſterten Volkes begleitet, in mehreren offenen Gallawagen nach dem Bahnhofe ab.

(Berl. Bl.)

Lith. Korrſpondenz. **Berlin**, 6. April. Man verſichert allgemein, daß Herr von Vincke ein Handſchreiben von Seiner Majeſtät erhalten, in dem ſich folgende bemerkenswerthe Stelle befinden ſoll: „Jedes Wort, was ſie in der Kammer ſprechen, iſt von hoher Bedeutung. Seien Sie eingedenk, daß Sie mir einen doppelten Eid geleiſtet haben, eingedenk Ihres Vaters, der mein Freund war. Richten Sie Ihre Worte ſo ein, daß Sie nicht Veranlaſſung haben, ſie in in Ihrer Sterbeſtunde zu bereuen."

Der Beginn der Feindſeligkeiten in Schleswig hat die Wirkung gehabt, daß das preußiſche 10. Infanterieregiment und die noch hier befindlichen ſechs Kompagnien des 12. Regiments geſtern beſchleunigte Marſchordre erhalten haben. Die Fouriere ſollen ſchon geſtern dorthin aufgebrochen ſein. Die Zahl der preußiſchen Truppen, die ſich bis jetzt in Schleswig befinden, ſoll nicht mehr als etwa 2000 Mann betragen. Muthmaßlich wird dieſen nunmehr die geſammte nach Schleswig beſtimmte mobile Diviſion folgen, die aus 2 Infanterie- und einer Kavalleriebrigade beſteht. Die nach Schleswig beſtimmte preußiſche Militärmacht würde hiernach aus 10,000 Mann Infanterie, 1200 Mann Kavallerie, 833 Mann Artillerie und 200 Pionieren beſtehen, zuſammen aus 12,233 Mann ohne die Offiziere.

△ **Berlin**, 7. April. Es hat in den Kreiſen, wo die Entſcheidung der deutſchen Oberhauptsfrage mit beſonderer Theilnahme beſprochen wird, einen wohlthuenden Eindruck gemacht, daß der leitende Artikel Ihres neueſten Blattes der Antwort des Königs nicht die ſchroffe, und wir fügen hinzu unrichtige, Auslegung gegeben hat, welche man derſelben anderweit unterbreitete. In der That: es iſt durchaus feſtzuhalten, daß die Antwort des Königs eine Ablehnung der deutſchen Kaiſerkrone nicht war. Nicht allein die jüngſte preußiſche Cirkularnote beweiſt dies, ſondern auch der Umſtand, daß Camphauſen ſchleunigſt nach Berlin berufen iſt, um in der ferneren Berathung der wichtigen Frage ſeinen kompetenten Rath zu ertheilen. Wahrſcheinlich wird es auch Camphauſen ſein, welcher die preußiſche Regierung bei den Berathungen der Regierungsbevollmächtigten in Frankfurt vertritt. Wenn wie jetzt, gerade beſonders viel auf die Perſönlichkeiten ankommt, ſo darf man mit Sicherheit erwarten, daß namentlich Camphauſen's vermittelnde Thätigkeit die Verſtändigung erleichtern und beſchleunigen wird.

Digitized by Google

Berlin, 7. April. Es wird verſichert, daß Graf Arnim ſeine Entlaſſung bereits eingereicht habe, oder doch zu dieſem Schritt durch ſeine Kollegen gedrängt werde. Der Juſtizminiſter Rintelen hat ſeine Entlaſſung geſtern eingereicht. Sein Portefeuille ſoll dem Generalprokurator Jenichen angetragen werden. (D. R.)

* **Berlin,** 8. April. Der Handelsminiſter macht bekannt, daß der Geſandte in London, nach Inhalt eines Berichts vom 2. d. M. die unverzügliche Ausſendung eines großen Dampfſchiffes angeordnet hat, welches im Kanal kreuzen und die deutſchen Schiffe von der von Seiten der däniſchen Kreuzer ihnen bevorſtehenden Gefahr benachrichtigen ſoll, und daß auch die deutſchen Konſularbeamten in Großbritannien gleichzeitig von der Lage der Sache in Kenntniß geſetzt worden ſind.

* **Königsberg,** 5. April. Magiſtrat und Stadtverordnete haben auf Anlaß der Wahl des Königs zum Kaiſer der Deutſchen ſowohl an den erwählten Kaiſer als an die Reichsverſammlung in Frankfurt Ergebenheits- und Dank-Adreſſen erlaſſen.

Trier, 4. April. Man verſichert, daß Ludwig Simon von einer Anzahl Landwehroffiziere einen Brief in der neueſten Zeit erhielt, in welchem ihm bemerkt wird, daß er wohl den Wunſch haben müſſe, aus ſeiner Stellung als Landwehrlieutenant auszuſcheiden, und daß dieſes „Ausſcheiden" eine Ehrenſache für ihn geworden ſein müſſe. Ludwig Simon ſoll, wie uns gleichzeitig mitgetheilt wurde, bis jetzt in Frankfurt im Drang der Geſchäfte noch keine Zeit gefunden haben, an ſeine Stellung als Landwehrlieutenant zu denken, aber auch zugleich geſonnen ſein, die von dem Trier'ſchen Landwehroffizierkorps als „Ehrenſache" hingeſtellte Abſchiednahme von ſeinem Standpunkte aus zu beleuchten. (Rh.- u. M.-Z.)

Koblenz, 7. April. Ganz zuverläſſigen (?) Nachrichten zufolge wird unſer König in 8 bis 10 Tagen am Rheine eintreffen und im hieſigen Schloſſe mehrere Tage verweilen, von wo aus Derſelbe ſeine Reiſe nach Frankfurt fortſetzen wird. (Rh.- u. M.-Z.)

Hannover, 4. April. Die hieſigen Vereine haben eine Geſammtadreſſe an den König von Preußen geſandt, in welcher ſie mit der Erklärung, alle Opfer bringen zu wollen, welche ihnen dadurch auferlegt werden, denſelben bitten, „die erbliche Würde eines deutſchen Kaiſers anzunehmen und damit ein Band zu knüpfen, das alle deutſchen Herzen für ewige Zeiten verbindet, das Deutſchland zu dauernder Freiheit, Einheit, Macht und Ehre erhebt. Gott mit uns in dieſer für das Geſchick der Völker entſcheidenden Sache!" (D. P. A. Z.)

Hannover, 5. April. Die Stände ſind weiter vertagt laut folgender

„Bekanntmachung. Da der Grund, aus welchem die allgemeine Ständeverſammlung durch unſer Schreiben vom 15. März d. J. bis zum 12. d. M. vertagt worden: die Ungewißheit über die in der deutſchen Verfaſſung liegende Grundlage der geſammten Staatsverhältniſſe, noch fortdauert, ſo wird die Vertagung der Stände bis zum Donnerſtage den 3. Mai d. J. erſtreckt, an welchem Tage die Stände ſich wieder zu verſammeln haben werden. Hannover, den 4. April 1849. Königlich hannoveriſches Geſammtminiſterium. Graf von Bennigſen." (Han. Bl.)

Gottorff, 4. April. Hier erſchien heute folgende Proklamation: „Mitbürger! Die Würfel ſind gefallen. Die Feindſeligkeiten ſind eröffnet. Nachdem die gütliche Vermittelung nicht gelungen, gilt es jetzt, mit den Waffen unſer Recht zu ſchützen. Unſer junges Heer ſteht wohl gerüſtet unter bewährten Führern dem Feinde gegenüber, feſt entſchloſſen, des Ruhmes der Väter und des deutſchen Namens ſich würdig zu beweiſen. Unſere tapfern deutſchen Waffenbrüder ſind freudig herbeigeeilt, um im Kampfe für die heilige Sache des Vaterlandes uns treu zur Seite zu ſtehen. Schleswig-Holſteiner! An Euch iſt es jetzt, das Wort Eurer Vertreter zu erfüllen; ſie haben einmüthig erklärt, daß dem Lande kein Opfer zu groß ſein werde, wenn es die Abwehr einer unwürdigen Fremdherrſchaft gilt. Stehen wir Alle feſt und einig unter dem Geſetze zuſammen im Kampfe für unſer Recht, für die Freiheit und das Vaterland! Mit Gottes Beiſtand wird der Sieg unſerer gerechten Sache nicht entſtehen. Gottorff, den 4. April 1849. Die Statthalterſchaft der Herzogthümer Schleswig-Holſtein. Reventlow, Beſeler, Harbou."

NC **Schleswig,** 4. April. Mit den Dänen hat bereits auch ein Gefecht bei Hadersleben ſtattgefunden. Die ſchleswig-holſteiniſchen Jäger, das erſte Jägerkorps unter dem Major von Gersdorf, ſuchten die Stadt Hadersleben gegen eine Truppenabtheilung von 5 bis 6000 Mann zu halten; ſie haben ſich mit außerordentlicher Bravour geſchlagen, ſind nur Schritt vor Schritt, von Zaun zu Zaun der Uebermacht gewichen und haben ſich völlig ohne Verluſt, indeß nicht ohne Verluſt auf Feindes Seite, zurückgezogen. In Folge deſſen haben die Dänen die Stadt beſetzt. Ob ſpäter auch eine Okkupation der Stadt Apenrade bereits ſtattgefunden, habe ich noch nicht erfahren. Geſtern oder heute wird auch die Inſel Föhr von den Dänen beſetzt ſein. Der Landvogt von Föhr, Dorrien, der ſeit mehreren Tagen bereits vom Feſtlande aus ſein Amt verwaltete, hat dies einberichtet. Die Inſel gehört bekanntlich auf der weſtlichen Hälfte zu Dänemark. Der dortige däniſche Beamte hat nun an den genannten Landvogt geſchrieben, daß er auch für den Oſtantheil konſtituirt und daß eine däniſche Beſatzung angekündigt ſei.

N. C. **Hamburg,** 8. April. Vom Sundewitt'ſchen ſind auch ſehr gute Nachrichten eingelaufen. Unſere Truppen haben die Dänen, die noch an demſelben Abend das Schloß Gravenſtein wieder verlaſſen hatten, geſtern wieder zurück gedrängt und ihre alte Poſition von Neuem eingenommen. Einem an der Börſe umlaufenden Gerüchte zu Folge, ſoll die briefliche Nachricht hier eingetroffen ſein, daß auch die däniſchen Kriegsdampfbote Skirner und Geyſer in Folge der im Gefecht erlittenen Verletzungen in den Buſen von Eckernförde zurückgekehrt ſeien, und ſich den Deutſchen ergeben hätten.

In den erſten Tagen der nächſten Woche wird ein Bankett zu Ehren unſeres Landsmanns, des Parlamentsabgeordneten Rieſſer in Streits Hotel ſtattfinden, zu dem ihm bereits eine Einladung nach Berlin hin zugegangen iſt.

Großbritannien.

London, 3. April. Aus zuverläſſiger Quelle wiſſen wir, daß die däniſche Regiernng 6000 Stück Hales-Raketen in Woolwich gekauft und daß der Verfertiger von dem engliſchen Miniſterium die Zuſicherung erhalten hat, man würde der Ausfuhr derſelben keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Durch Parlamentsakte iſt es nun freilich in das Belieben des Miniſteriums geſtellt, die Ausfuhr von Waffen und Munition zu erlauben oder zu verbieten, da aber die von dem engliſchen Kabinette in der däniſch-deutſchen Frage übernommene Vermittler-Rolle demſelben die Aufrechthaltung ſtrenger Neutralität zur unweigerlichen Pflicht macht, ſo iſt es ohne Zweifel, daß die Erlaubniß zur Ausfuhr jener verderblichen Wurfgeſchoſſe in dem vorliegenden Falle gegen die moraliſchen Obliegenheiten der engliſchen Regierung offen verſtoßen würde, und es wird daher um ſo gewiſſer darauf zu rechnen ſein, daß die von deutſcher Seite in London anzubringenden Remonſtrationen, mit denen hoffentlich nicht einen Augenblick gezögert werden wird, ihren entſcheidenden Erfolg nicht verfehlen werden. (H. Bh.)

Frankreich.

* **Paris,** 6. April. Seit geſtern iſt hier die Nachricht von der Annahme der deutſchen Kaiſerkrone durch Friedrich Wilhelm IV. verbreitet. Die Aſſemblée Nationale, das Organ der entſchiedenſten Reaktion, das ganz auf dem Standpunkt der Metternich'ſchen Politik ſteht und noch vor wenig Tagen mit großer Zuverſicht vorausſagte, daß vor Ablauf von 6 Monaten Preußen im Verein mit Oeſterreich die Frankfurter Verſammlung auseinanderjagen werde, erklärt dieſe Nachricht geradezu für falſch und beharrt bei ihrer Behauptung, Friedrich Wilhelm IV. werde nicht acceptiren. Das Ereigniß ſelbſt, daß die meiſten der heutigen Journale bereits als gewiß geben, wird von der geſammten Preſſe als eines der folgenreichſten angeſehen, die ſich ſeit 1830 zugetragen haben. Die Beſorgniſſe, welche aus demſelben für die Erhaltung des europäiſchen Friedens entſpringen, drückten ſich an der geſtrigen Börſe bei Bekanntwerdung der Nachricht ſofort durch ein Sinken der Kurſe um 1 Fr. aus. Der National ſpricht ſich in folgenden kurzen Worten über die politiſche Bedeutung der Wahl aus: „Zu jeder Zeit würde dieſe Nachricht von dem größten Gewichte ſein; allein in Betracht der Ereigniſſe, welche in dieſem Augenblick in Italien und dem öſterreichiſchen Kaiſerreiche vorgehn, in Betracht des zwiſchen den Hö-

ſen von Wien und Petersburg abgeſchloſſenen Bündniſſes, erhebt ſie ſich zu einer der bedeutendſten Thatſachen, die ſich ſeit 1830 zugetragen haben. In der Annahme der Kaiſerkrone durch den König von Preußen liegt der Keim von Verwickelungen, deren Löſung Niemand vorausſehen vermag. Preußen iſt unvermeidlicher Weiſe der Feind der beiden mächtigen Kaiſerreiche geworden, an die es im Oſten und im Südoſten grenzt! Preußen iſt genöthigt, ſich an die Spitze der demokratiſchen Bewegung zu ſtellen, welche Deutſchland erſchüttert! Preußen iſt auf die Seite Frankreichs hinübergetrieben!" 55 Repräſentanten der Bergpartei veröffentlichen heute ein Wahlmanifeſt an das Volk, worin ſie, ohne den Wählern beſondere Kandidaten vorſchlagen zu wollen, die Prinzipien aufſtellen, welche ihrer Ueberzeugung nach die bevorſtehenden Wahlen leiten müſſen. Dieſe Prinzipien, obwohl in ziemlich allgemeiner Faſſung enthalten, ſind im Weſentlichen die des Manifeſtes der ſozialiſtiſch-demokratiſchen Preſſe. Die Verfaſſer des Manifeſtes halten der jetzigen Nat.-Verſ. eine nicht ſehr ſchmeichelhafte Leichenrede. „Die Konſtituirende, heißt es darin, war, was ſie ſein konnte, ſchwach und inkonſequent, das natürliche Reſultat des zum erſten Male ausgeübten allgemeinen Stimmrechts des noch unerfahrenen oder zu vertrauensvollen Volkes. Sie hat uns eine Verfaſſung gegeben, welche die Todesſtrafe aufrecht erhält und das Recht auf Arbeit zurückſtößt. Das beſte von dieſer Verfaſſung iſt, daß ſie das Heilmittel in ſich ſelbſt trägt, indem ſie die Reviſion zuläßt." Sehr entſchieden ſpricht das Manifeſt die Verpflichtung Frankreichs, die ſeine Ehre und ſein eigenes Intereſſe ihm auferlege, aus, in Deutſchland, Italien, Ungarn und Polen die revolutionären Beſtrebungen zu unterſtützen. Zwei franzöſiſche Kriegsſchiffe ſind auf Verlangen des franzöſ. Konſuls nach Genua geſchickt worden. Die beiden, von dem Gerichtshof zu Bourges zur Deportation verurtheilten Maiangeklagten, Barbès und Albert, ſollen auf die kleine Inſel Mayotte in der Nähe von Madagascar gebracht werden. Man ſpricht von der beabſichtigten Erhebung des Generals Changarnier zum Marſchall von Frankreich. Ueber die gerüchtweiſe mitgetheilte Flucht Proudhons weiß man noch Nichts gewiſſes. Einige Journale verſichern heute wieder, er habe ſich nach London zu ſeinen Freunden Louis Blanc und Cauſſidière begeben.

Italien.

Mailand. Radetzky hat der franzöſiſchen Regierung ſeine Bereitwilligkeit erklären laſſen, von einigen Bedingungen des Waffenſtillſtandes, namentlich von der Beſetzung der Zitadelle von Aleſſandrien abzugehen, wenn Frankreich und England die Ausführung der übrigen Bedingungen und den Abſchluß eines definitiven Friedens garantiren wollen. (Büll. d. Nat. Ztg.)

* Man verſichert, daß Oeſterreich an die Spitze eines italiäniſchen Staatenbundes treten will, deſſen Sitz in Mailand wäre. Die Stimmen des Bundestages wären auf folgende Weiſe zu vertheilen: 10 für das lombardiſch-venetianiſche Königreich, 10 für Piemont, dem die Herzothümer Parma und Piacenza zufallen würden, 10 für das Königreich beider Sicilien, 6 für Rom, 3 für Toskana, 2 für das Herzogthum Modena. In dieſem Projekt iſt offenbar die Wiederherſtellung der monarchiſchen Verfaſſung in Rom und Toskana ſtillſchweigend vorausgeſetzt.

* **Rom**, 30. März. So eben iſt die Diktatur beſchloſſen und an Mazzini, Armellini und Saffi übertragen.

Rom. Den Antrag, der Republik den Eid zu ſchwören, haben die Schweizerregimenter abgelehnt und löſen ſich auf. Nur die Artillerie unter Major Lentulus hat Dienſte genommen. Vor ihrem Abzug aus Bologna verlangten die Regimenter den Kapitulationen von 1831 gemäß ihren Sold bis 1850. Da man die Löhnung in Treſorſcheinen, nicht in klingender Münze auszahlen wollte, bemächtigten ſie ſich der Artillerie, fuhren ſie an der Hauptſtraße auf und drohten Ernſt zu machen. Endlich brachte man in der Regierung und im Gemeinderath 40,000 Scudi in Münze zuſammen und ſtellte ſie der Regimentskaſſe zu, allein dies war nicht ausreichend. Dem Vermuthen nach werden die Schweizer von ihrem Verlangen nicht abſtehen. (N. Z. Z.)

* **Palermo**, 26. März. Es iſt offiziell verkündigt, daß am 1. April der Kampf gegen Neapel von Neuem beginnt.

Dänemark.

Kopenhagen, 3. April. Der Miniſter des Innern machte am Montage der Reichsverſammlung folgende Mittheilung: Das Miniſterium habe der Verſammlung mitzutheilen, daß, da der heute von England angekommene Kourier die Nachricht mitgebracht, daß man noch nicht auf die vorgeſchlagenen Bedingungen eingegangen ſei, Se. Majeſtät auf den Rath des Staatsrathes beſchloſſen habe, daß die bis zum 3. April beſtehende Waffenruhe aufhöre und die Blokade ſofort eintrete. Dieſe Mittheilung wurde mit jubelndem Bravo, ſowohl von den Abgeordneten als von den Zuhörern, aufgenommen. Weiter bemerkte der Miniſter, daß die Unterhandlungen noch ſchwebend ſeien, daß aber die beikommenden Aktenſtücke, ſobald es geſchehen könne, der Verſammlung vorgelegt werden ſollten.

Unterm heutigen Datum hat der Marineminiſter folgende Bekanntmachung erlaſſen:

„Das Marineminiſterium bringt hierdurch zur öffentlichen Kunde, daß außer den durch Bekanntmachung vom 7. v. M. im Blokadezuſtand erklärten Häfen und Einläufen der Herzogthümer Schleswig und Holſtein ferner noch, von dem 5. April angerechnet, die Häfen von Cammin, Swinemünde, Wolgaſt, Greifswalde, Stralſund und Roſtock; und von dem 12. April angerechnet, die Häfen von Pillau und Danzig, ſo wie die Elb-, Weſer- und Jahde-Ströme werden blokirt werden. Hierüber iſt die erforderliche Anzeige an die am königlichen Hofe akkreditirten Repräſentanten freundſchaftlicher und neutraler Mächte ergangen, und wird dieſe Bekanntmachung bei der Fahrt durch den Sund oder die Belte jedem Schiffe von der betreffenden Zollkammer mitgetheilt werden. Marineminiſterium zu Kopenhagen, den 3. April 1819. (Unterzeichnet) Zahrtmann.

Kopenhagen, 4. April. Bereits geſtern ſind 1 preußiſches und 8 Roſtocker Schiffe genommen worden, heute ſoll die Zahl der Priſen ſich im Ganzen ſchon auf 28 belaufen. (L. Z.)

NC **Kopenhagen**, 4. April. Vor einigen Tagen iſt der Baron Zütphen-Adeler nach Stockholm gereiſt, um die ſchwediſche Hülfe wieder in Anſpruch zu nehmen. Man behauptet ſchon, daß in Schonen eine bedeutende Macht zuſammengezogen werde. Der Reſt der däniſchen Armee, welcher bisher noch in ſeinem Cantonnement auf Fühnen gelegen, wird dieſer Tage von Faaborg aus theils nach Alſen, theils nach dem Feſtlande übergeſchifft werden ſein. Der Graf von Bismark, Geſchäftsträger der Centralgewalt, hat Kopenhagen noch nicht verlaſſen. Der Name desjenigen Miniſters, welcher bisher der Reichsverſammlung die kriegsluſtigen Mittheilungen gemacht, und namentlich geäußert hat, der Krieg ſolle mit allen Mitteln zu Waſſer und zu Lande geführt werden, denn jetzt gelte es Dänemarks Exiſtenz, iſt Bang. Omen accipimus.

Schweden und Norwegen.

Die neueſten Zeitungen (Stockholm und Chriſtiania bis zum 30. März) melden, daß der König die Ausrüſtung eines Uebungsgeſchwaders angeordnet hat. (B. H.)

Donaufürſtenthümer.

Galatz, 22. März. Geſtern und vorgeſtern iſt die hieſige türkiſche Garniſon nach Bukareſt aufgebrochen, das gegen einen etwaigen Handſtreich Bem's geſchützt werden ſoll. Zu gleichem Zweck ſind auch dieſer Tage, Ausſagen von Reiſenden zufolge, neuerdings etwa 6000 Ruſſen mit 32 Geſchützen durch Fokſchan (Moldau) in die Walachei gerückt.

Anderen Privatnachrichten zufolge hat Bem den Rothenthurmpaß, den Schlüſſel zur Walachei, beſetzt. Heute verbreitete ſich das Gerücht (deſſen Stichhaltigkeit ich aber keineswegs verbürge) daß Kronſtadt ſich an die Szekler ergeben habe, und daß Bem bereits in die Walachei eingerückt ſei. Die einen ſagen, er ſtünde bei Kurte de Argiſch, die andern bei Rümnik an der Aluta, und er beabſichtige nach Bukareſt zu marſchiren. Feldmarſchalllieutenant Puchner ſoll mit ſeinen Truppen bis Fokſchan oder Rümnik Sarat ſich zurückgezogen haben. (A. Z.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Geſtern iſt ein Extrablatt der Deutſchen Zeitung ausgegeben und verſandt worden.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 100. Frankfurt a. M., Mittwoch 11. April. 1849.

Ueberſicht.

Die preußiſche Diplomatie und die deutſche Verfaſſung.

Deutſchland. Frankfurt (Die Parteien und die heutige Parlamentsſitzung. Der Lederhandel in der Meſſe. Kaiſerthum oder Direktorium? Berichtigung.) Wien (Aus Siebenbürgen.) Olmütz (Gallerie illuſtrirter Steckbriefe.) Brünn (Vorſchlag zu einem Nationalanlehen.) Berlin (Politiſches Epigramm.) Potsdam (Mißhandlung des Dr. Tropus.) Stuttgart (Stimmung in der Verfaſſungsfrage. Die Auflöſung des Poſtlehensvertrags mit dem Hauſe Taxis.) Hannover (Verſammlung der Vereine des Landes. Die abermalige Vertagung der Stände.) Mannheim (Hecker.) Vom Oberrhein (Ein Vorſchlag zur Sicherung der kräftigen deutſchen Republik, mit nahe liegender Nutzanwendung.) Schleswig-Holſtein (Angriffsplan der Dänen. Landung.) Altona (Die Pläne der Dänen und ihr Scheitern.) Kiel (Der Riß in die däniſche Flotte.)

Großbritannien. London (Antwort der portugieſiſchen Regierung in Betreff der Schifffahrtsgeſetze. Hr. Bancroft. Die Lage des Miniſteriums.)

Frankreich. Paris (Die Debats über das Kaiſerthum. Die Cholera in der Nationalverſammlung. Der Empfang der Engländer. Der Charfreitag. Longs champs. Karl Albert nicht in Paris. Willich deportirt. Adreſſe der deutſchen Demokraten. Baudin. Franzöſiſche Offiziere in Sizilien. Baron Hügel von Metternich nach Wien und zu Radetzky geſandt.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Peſth (Ein Agent Koſſuths von Paris zurück.)

Italien. Genua (Kampf zwiſchen dem Volk und den Truppen.) Turin (Unterſuchungskommiſſion.) Florenz (Guerazzi's Charakter und Pläne.) Rom (Das Gebahren der Republikaner.)

Schweiz. Zürich (Die Jury in der Schweiz. Die Wechſelfähigkeit in Zürich beſchränkt. Entſchädigung der Freiſchärler in Luzern. Die Lawine am Bernhardin. J. Fazy.) Bern (Der italieniſche Krieg und die Neutralitätspolitik der Schweiz. Geſpanntes Verhältniß zwiſchen dem Bundesrath und dem Berner Regierungsrath.)

Griechenland. Athen (Die Regierungspolizei. Bevorſtehende Amneſtie Grizziotis. Botzaiti's Freiſprechung.)

Nachſchrift.

---

10. April.

Die preußiſche Diplomatie iſt feſtgebannt in ihre Kreiſe und läßt ſich darin ſo leicht nicht irre machen. Mag das Vaterland wanken und die Welt aus den Fugen geh'n: der Kanzleiſtyl läßt ſich nicht ändern. Ueber die Inſtruktion vom 16. Februar hatten wir ohngefähr daſſelbe zu ſagen wie über die Cirkularnote vom 23. Januar; über die neueſte Cirkulardepeſche können wir wieder das nämliche urtheilen wie über die Note vom 16. Febr. Wenn das eine Anerkennung iſt, ſo ſoll ſie dem preußiſchen Kabinet hiermit aufs Aufrichtigſte gezollt ſein. Während man hier aufs Ernſtlichſte ſich mühte und die ſchwerſten Opfer brachte für das gemeinſame Werk, hat man in Berlin unveränderlich feſtgehalten an den Pflichten, deren nicht einmalige, ſondern zwei-dreimalige Erfüllung durch eine unverbrüchliche Obſervanz den preußiſchen Staatsmännern auferlegt wird. Wir haben uns manchmal ausgeſprochen über den Werth dieſer preußiſchen Tugenden, der Mäßigung und Selbſtverleugnung, in Zeiten wie die gegenwärtigen; wir achten ſie aufs Höchſte, wo die gleichſam perſönlichen Verhältniſſe des preußiſchen Staates ins Spiel kommen; wir unterſcheiden, wir ehren ſie aufs Beſtimmteſte in dem perſönlichen Verhältniß des Monarchen; im Uebrigen wollen wir ſie ſehen, wo ſie am Platze ſind. Das ſind ſie überall nicht, wo es ſich um die deutſche Sache im Ganzen handelt; hier darf die preußiſche Regierung ſo laut und beſtimmt mitſprechen als jede andere. Sie hat dazu ein Anrecht im Ganzen und (wie auch die Cirkularnote zu erwähnen nicht unterläßt) durch die neueſten Beſchlüſſe der Reichsverſammlung im Beſonderen; und ſie darf es um ſo unbefangener üben, je mehr ſie ans Ganze und an die Reichsverſammlung in der Weiſe ſich anſchließt, durch welche die preußiſchen Abgeordneten in der Paulskirche die vollſte, über jeden Verdacht eines heimathlichen Sonderintereſſes erhabene Geltung erlangt haben.

Die neueſte Cirkularnote enthält gleichfalls den leitenden Gedanken, daß die preußiſche Regierung einen Bundesſtaat zu bilden bereit ſei mit allen Regierungen, die ihm beizutreten geneigt ſind. Es iſt natürlich, daß dieſer Gedanke ſich allen preußiſchen Staatsmännern ganz beſonders empfiehlt; er iſt ebenſo fruchtbringend für's Ganze, als ſchmeichelhaft für Preußen. Eine große Mehrzahl des preußiſchen Volkes hat wie es ſcheint, die von Frankfurt ausgehende Erbkaiſeridee ſich angeeignet, und zwar ohne viel im einzelnen zu prüfen; die ſtaatsmänniſch Gebildeten aber ſtellen gern eine Prüfung und Vergleichung an, und es iſt kein Wunder, daß ſie für den obigen Gedanken, für die Koalition Preußens mit den kleineren Staaten, ſich völlig freie Hand wünſchen, und durch Erbkaiſerthum und Frankfurter Verfaſſung nicht beengt ſein möchten. Sie ſollten nur nicht vergeſſen, daß Preußen den rechten Zeitpunkt zu wiederholten Malen verſäumt hat, daß es die Revolution nicht hindern konnte, und daß in Folge dieſer die Initiative in die Hand der Reichsverſammlung gekommen iſt. Der rechte Zeitpunkt war vor der Revolution oder nach ihrer ergebnißloſen Beendigung, vermöge des Rechts der Nothwendigkeit; nachdem die Reichsverſammlung ſelbſt ihr Werk beendigt und der Revolution einen Schluß gegeben hat, iſt es ein ganz vergebliches Bemühen, mit Umgehung dieſes Reſultates die frühere Stellung behaupten zu wollen.

Schon in der Note vom 16. Febr. haben wir eine ſolche Umgehung der Reichsverſammlung zu bemerken geglaubt, und wir finden ſie wieder in der gegenwärtigen, in dem Satze, daß die Form des beabſichtigten Bundesſtaates ſich darnach richten müſſe, welche und wie viele Regierungen ihm beitreten. Dieſer Satz iſt wiederholt aus der Note vom 16. Febr., als wäre unterdeſſen gar nichts vorgefallen; er überſieht nicht bloß vollſtändig die unterdeß beſchloſſene Verfaſſung, ſondern er enthält auch eine ſchreiende Verletzung ihres oberſten Grundſatzes, wonach ſie eine Geſammtverfaſſung ſein ſoll für Glieder von gleichen Rechten und Anſprüchen. Man ſcheint in Berlin ſehr ſchnell wieder aus den Augen verloren zu haben, daß ein ſolches Ueberſehen der Reichsverſammlung die gewünſchte Verſtändigung unmöglich macht. Gleich von Anfang war es die Unthätigkeit der Regierungen, die der Verſammlung einen „geſteigerten Begriff von ihrer Machtvollkommenheit" gab; im ſpäteren Verlaufe war ſie ſehr gern bereit, einen Stützpunkt zu ſuchen und äußeren Ereigniſſen zu folgen, als aber Preußen ſchwankte, Oeſterreich und die königlichen Regierungen (mit Ausnahme Würtembergs) geradezu feindlich ſich zeigten, da drängte die Nothwendigkeit und die Ehre, und es mußte innerhalb der Paulskirche ſich entſcheiden, was ſonſt vielleicht durch eine Verbindung zwiſchen innen und außen zu Stande gekommen wäre. Es wurde entſchieden nach den härteſten Kämpfen, nach unvermeidlichen Opfern und Niederlagen, durch die Vereinigung der Parteien, die in Wahrheit auf dem Boden der Paulskirche und der deutſchen Einheit ſtanden, die in keiner Weiſe von außen her ſich inſpiriren ließen. Das Ergebniß iſt in ſo fern ein glückliches zu nennen, als eine einflußreiche Partei dadurch zufriedengeſtellt und mit einer hartbekämpften Entſcheidung verſöhnt ward. Gefällt dem Miniſterium Brandenburg die Verbindung mit dem Radikalismus nicht, ſo mag es nur zuerſt ſich ſelber anklagen. Ganz unmöglich, thöricht und frevelhaft aber wäre es, der Reichsverſammlung die bis zuletzt behauptete Initiative entwinden, und an die Stelle ihres mit Nothwendigkeit endgültigen Werkes ein anderes ſetzen zu wollen.

Das Alles hatte die preußiſche Regierung in ihrer Note vom 23. Januar ſehr wohl eingeſehen, und damals der Reichsverſammlung offenbar das letzte Wort gelaſſen, ſie iſt aber am 16. Februar und am 10. März in demſelben Maße in ihren Anſichten ſchwankend geworden und zurückgegangen, wie die öffentliche Meinung in den übrigen anſchwoll und ſich befeſtigte. Der naheliegende Grund dieſes Schwankens iſt das Bedürfniß eines Anlehnungspunktes in der nächſten Zukunft. Man lehnte ſich am 23. Januar an die Reichsverſammlung, am 16. Febr. an die

erwarteten Erklärungen der diſſentirenden Regierungen, am 10. März an Oeſterreich. Nachdem alle dieſe Stützen vor einer ſchließlichen Erklärung nicht haben ſchützen können, fängt man wieder von vorne an. Wir können in der jetzt vorgeſchlagenen Vereinbarung durchaus nichts anders erblicken als die einfache Wiederholung der früheren. Die Regierungen ſollen ſich erklären, zuerſt über den Beitritt zum Bundesſtaat und die Bedingungen deſſelben. Daß hierbei keine andere und größere Einigung erzielt wird als bisher, iſt ganz natürlich, ſo lange der Gegenſtand der Verhandlung, der Bundesſtaat, nicht feſtgeſtellt iſt. Wir ſehen alſo nicht ein, wie man über dieſen erſten Punkt hinwegkommen will zu dem weitern, zur Regelung des Verhältniſſes der Regierungen, die in den Bundesſtaat nicht eintreten wollen. Erſt an zweiter Stelle ſoll die Beſtimmung des Verhältniſſes zur Reichsverſammlung und ihrer Verfaſſung kommen; ja eine dunkle Klauſel läßt uns ahnen, daß dann erſt die eigentliche, dritte Vereinbarung in Angriff genommen wird! Wenn alles das einen vernünftigen Sinn haben ſoll, ſo heißt es im günſtigen Fall: wenn die Regierungen einig werden können, ſo oktroyiren ſie der Reichsverſammlung ihre Verfaſſung und legen die beſchloſſene bei Seite; im vorausſichtlichen Falle aber, daß ſich ganz die nämliche Spaltung zeigt, wie bisher, werden wir in vierzehn Tagen ſo weit ſein, als jetzt, und eine entſcheidende Erklärung iſt dennoch nicht zu vermeiden.

Wenn aus der vorgeſchlagenen Verhandlung in dieſen ernſthaften Zeiten etwas Ernſthaftes werden ſoll, ſo muß ſie ſich beſchränken auf einfache Erklärungen, mit Ja und Nein, über den Beitritt zu einem Bundesſtaate nach der vorliegenden Verfaſſung. Sogar die Beſtimmung über das Verhältniß der Diſſentirenden würde zu weitläufig ſein für den Drang des Augenblicks, und reſultatlos vor der endlichen Feſtſtellung des neuen Bundesſtaates. Wir können bei dieſer Vereinbarung nur das Gleiche empfehlen, wie bei der erſten: möglichſte Raſchheit, möglichſte Vermeidung der Formalitäten, und die Erkenntniß, daß in dieſer gegenwärtigen Lage der Dinge die Reichsverſammlung das letzte Wort habe und behalten müſſe. Es iſt merkwürdig, wie dieſe ganze Bewegung die kleineren Staaten emporgehoben und gewiſſermaßen an die Spitze geſtellt hat. Sie werden auch jetzt das Beſte thun müſſen. In ihren Erklärungen haben ſie ſich der Reichsverſammlung angeſchloſſen, mit der ſie ſtets in beſonderer und enger Verbindung geſtanden haben; ihnen liegt auch die Einſicht am nächſten, daß an der beſchloſſenen Verfaſſung auf alle Fälle feſtzuhalten ſei. Wenn der Bundesſtaat mit völliger Ausſchließung wenigſtens der ſüdlichen Königreiche ſich bildete, ſo würden freilich mehrere Abänderungen der Verfaſſung ſowohl im Wunſche der einzelnen Regierungen als der Vertreter bei der Reichsverſammlung liegen; aber auch dann würden zur Befriedigung und Verſöhnung der Parteien (die in dieſer Sache ſo gut zu berückſichtigen ſind als die Staaten) dieſe Veränderungen dem erſten Reichstage des neuen Bundesſtaates zu überlaſſen ſein.

Was wir von Preußen erwartet hatten, war die Annahme der neuen Reichsverfaſſung, Aufforderung der Regierungen zum Beitritt, und Eröffnung von Verhandlungen mit den diſſentirenden, die möglicherweiſe (als einzige Abweichung von der Verfaſſung im Intereſſe der Ganzheit Deutſchlands) zur Wiederaufnahme des Reichsraths hätten führen mögen. Alles andre ſchien uns verſpätet, auch die Uebertragung der proviſoriſchen Reichsgewalt an Preußen, die, vor Kurzem noch höchſt wünſchenswerth, der Forderung des Augenblicks nicht mehr genügen kann. Die preuß. Regierung hat einen andern, durch die Gefahr des Verzugs höchſt bedenklichen Weg eingeſchlagen, der vermuthlich zu keinem andern Reſultate führt als dem obigen. Der Gang der Dinge führt dahin faſt mit mathematiſcher Gewißheit. Deutſchland vertraute ſeine Zukunft der Reichsverſammlung, als der einzigen einheitlichen Macht; die Reichsverſammlung beendigte ihr Werk, ſoweit es zu endigen war, und übertrug auf Preußen die Macht ihrer Entſcheidung. Wir haben nichts dawider, wenn Preußen ſich noch einmal ſtärken will durch die Zuſtimmung der Betheiligten; aber der Moment zur entſcheidenden Erklärung wird kommen, und es wird ſich ſeiner Gewalt und ſeinem Berufe nicht entziehen dürfen. Wo nicht, ſo kommt die Sache an den Vollziehungsausſchuß, an das Volk im Großen und Ganzen; und was das ſagen will, was da zu fürchten iſt, das wird man ja wohl in Berlin am beſten wiſſen.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 10. April. Ein großer Theil der Mitglieder der Nationalverſammlung empfing bereits am Samſtag Abend auf der Mainluſt einen Bericht über die Miſſion der Deputation der Nationalverſammlung in Berlin. Er war wenig erbaulich; ich werde aber bei Beſprechung des offiziellen Berichts darauf zurückkommen. An jenem Abend wurde aber auch die Frage berathen, was nun zu thun ſei, und wenn begreiflicherweiſe auch kein gemeinſamer Beſchluß erzielt werden konnte, ſo beſeelte doch Alle der Gedanke, daß die von der Reichsverſammlung beſchloſſene Verfaſſung in all' ihren Theilen aufrecht erhalten werden müſſe. Wir werden nun ſehen, ob dieſer Gedanke in der Paulskirche ſelbſt das kräftigſte Echo finden werde, oder ob die Verſammlung reſignirt hat und bereit iſt, das ihrem Werke angedeutete Todesurtheil zu vollziehen. Alles iſt geſpannt auf die morgen ſtattfindende Sitzung und ſelbſt aus der fernen Umgegend haben ſich Zuhörer angemeldet. Die meiſten der abweſend geweſenen Mitglieder der Reichsverſammlung ſind zurückgekehrt und die Klubs werden heute ſehr belebt ſein. Hat ſich die deutſche erbkaiſerliche Partei, wenigſtens bis jetzt noch, in ihren Hoffnungen getäuſcht, ſo iſt die ſogenannte großdeutſche Fraktion des „Hotel Schröder" völlig konſternirt, denn ſie iſt rath- und thatlos. Unter ſolchen Umſtänden müßte es dem wahren Vaterlandsfreunde um Deutſchlands nächſte Zukunft ſehr bange ſein, belebte ihn nicht die Hoffnung, daß das deutſche Volk erkannt habe, wer die Einheit, Freiheit und Macht Deutſchlands gründen wolle.

*** **Frankfurt**, 10. April. Der heute begonnene Meßlederhandel wird ein überaus günſtiges Reſultat liefern, denn die Nachfrage iſt ſo ſtark, daß der größte Theil der hierher gebrachten, ſehr anſehnlichen Ledervorräthe zu fühlbar höhern Preiſen verkauft war, bevor noch dieſelben auf dem Lager waren.

Parl. Korreſp. **Frankfurt**, 10. April. Wir haben kürzlich ſchon angedeutet, wie uns gerüchtweiſe von einem Antrage Kenntniß geworden, welchen die öſterreichiſche Partei einzubringen beabſichtige und der nichts mehr und nichts weniger bezwecke, als die erbliche, einheitliche Spitze in ein Direktorium umzuformen. Wie weit dieſe Mittheilung glaubwürdig, ließen wir damals dahin geſtellt. Gegenwärtig kommen wir jedoch noch einmal darauf zurück, als in der That Herr Moritz Mohl, eines der betriebſamſten und hartnäckigſten Mitglieder dieſer Direktorial-Partei, in einer am jüngſt verfloſſenen Sonnabend in der Mainluſt von Mitgliedern verſchiedener Parteien abgehaltenen Verſammlung, nachdem Herr Löwe aus Calbe, ein Mitglied der Berliner Deputation, über das Reſultat ſeiner Reiſe Bericht erſtattet, in eiliger Haſt und nach einer längeren freilich nicht überzeugenden Rede, den Antrag ſtellte: „in der Nationalverſammlung dahin zu wirken, daß die Verfaſſung in allen Punkten, jedoch mit der Maaßgabe aufrecht erhalten werde, daß ſtatt des erblichen Oberhauptes ein Direktorium aufgenommen werde."

Aber wo liegt denn für die Reichsverſammlung der Rechtsboden zu einer Aenderung an der Verfaſſung? Die Reichsverſammlung hatte den Beruf und die Pflicht für Deutſchland eine Verfaſſung zu ſchaffen. Dieſer Obliegenheit iſt ſie nachgekommen — die Verfaſſung iſt nicht nur endgültig geſchaffen, ſondern auch dem deutſchen Volke als Geſetz verkündet. Die Pflicht nun, zur Anerkennung der Verfaſſung als beſtehendes Geſetz, laſtet gewiß auf Keinem gewichtiger, als gerade auf der Reichsverſammlung ſelbſt, der Mutter jenes Geſetzes und der, die ferner berufen, Geſetz und Recht zu ſchirmen.

Geben wir endlich auch zu, daß jedes Geſetz einer Abänderung unterzogen werden kann, ſo darf ſolches doch nur und um ſo mehr im geſetzlichen Wege geſchehen, als dieſer Weg ſelbſt in dem abzuändernden Geſetz vorgezeichnet iſt. Im Artikel III, Abſchnitt VII der Verfaſſung heißt es aber und zwar §. 196:

„Abänderungen in der Reichsverfaſſung können nur durch einen Beſchluß beider Häuſer und mit Zuſtimmung des Reichsoberhauptes erfolgen.

Zu einem ſolchen Beſchluß bedarf es in jedem der beiden Häuſer: 1) Der Anweſenheit von wenigſtens zwei Dritteln der Mitglieder. 2) Zweier Abſtimmungen, zwiſchen welchen ein Zeitraum von wenigſtens acht Tagen liegen muß. 3) Einer Stimmenmehrheit von wenigſtens zwei Dritteln der anweſenden Mitglieder bei jeder der beiden Abſtimmungen ꝛc."

Frankfurt, 11. April. In dem Abdruck der Erklärung der Deputation der National-Verſammlung, den Ihr Blatt enthält, finden ſich folgende Abweichungen von dem richtigen Texte:

Z. 9 v. o. muß es heißen: Folge geben zu dürfen ꝛc.
„ 10 „ „ „ „ „ Bewogen gefunden, dieſe Seine Entſchließung durch die inzwiſchen auch zur ꝛc.
„ 23 „ „ „ „ „ Ganze anz ſie bezeichnet ꝛc.
„ 25 „ „ „ „ „ Den hieſigen Kammern ꝛc.
„ 26 „ „ „ „ „ Eröffnung, die Verfaſſung als für die deutſchen Staaten.
„ 38 „ „ „ „ „ Durch Majoritäten oder Unanimität, ꝛc.
„ 28 „ u. „ „ „ an Se. Majeſtät ꝛc.
„ 16 „ „ „ „ „ unter dieſer Vorausſetzung könnte die Verfaſſung zwar wohl die Grundlage fernerer Berathungen der Regierungen, aber unmöglich die der geſetzlichen Gewalt eines Reichsoberhauptes abzugeben im Stande ſein.

Wien, 5. April. Sichern Nachrichten zufolge iſt Bem ohne Schwertſtreich in Kronſtadt eingerückt, aus welchem ſich die kaiſerlichen Truppen aus Mangel an Munition in die Wallachei zurückgezogen haben, da Puchner unbegreiflicherweiſe alle Munitionsvorräthe in Hermannſtadt gelaſſen hatte, die ſomit in Bem's Hände gefallen waren. In der Wallachei befinden ſich nun, wie das heutige Abendblatt der „Wiener Zeitung“ meldet, an öſterreichiſchen Truppen 8000 Mann bei Zimpina, die über Tömös kamen, 12000 Mann bei Kimpolung, die über Törsburg kamen, 1200 Mann in Rimnik, die über den Rothenthurm-Paß einrückten; außerdem 3000 Pferde und 50 Stück Geſchütze. Alſo nahe an 25,000 Mann, und dieſe müſſen das Land räumen wegen Mangel an Munition! An ruſſiſchen Truppen ſtehen längs der ſiebenbürgiſchen Grenze 8000 Mann mit 16 Geſchützen; ferner 12,000 Mann Infanterie, 2800 Mann Kavallerie und 3 Batterien in Beſſarabien, die nur den Befehl des ruſſiſchen Generals Moller gewärtigen, um über Lipkani bei Herza in die Moldau einzurücken, zu welchem Zweck eine Schiff- und eine fliegende Brücke geſchlagen werden, an der bei 1000 Arbeiter beſchäftigt ſind. In den Diſtrikten von Bollutſchan, Dorohoi und Foltitſeni werden die erforderlichen Verpflegsmagazine eingerichtet. (Oſtd. P.)

Ollmütz. So eben iſt in der Buch- und Kunſthandlung des Hrn. Hölzel eine Gallerie illuſtrirter Steckbriefe, mit den Bildniſſen des Rebellen Koſſuth und Erdeputirten Kudlich eröffnet worden. Dieſer Neuigkeit fügt der öſterreichiſche Korreſpondent die Anmerkung bei: „von der Geſinnungstüchtigkeit der Verlagshandlung ſteht zu erwarten, daß dieſes, für alle Polizei- und Kriminal-Beamten ſo nützliche Werk fortgeſetzt wird; wir ſehen ſomit auch den Portraits der ebenfalls ſteckbrieflich verfolgten Herren Füſter, Goldmark, Violand ꝛc. ꝛc. entgegen.“ (W. Bl.)

Brünn, 2. April. Die hieſigen Kaufleute und Induſtriellen haben eine Denkſchrift an die Wiener Handelskammer gerichtet, worin ſie ein großes Nationalanleben in Antrag bringen, um die enormen Differenzen zwiſchen dem Silberſchatze der Bank und dem Banknotenumlauf, dann zwiſchen den Wiener und den fremden Wechſelcourſen zu beſeitigen, dadurch das Silberagio zu vermeiden und den hohen Preis der ausländiſchen Rohſtoffe auf ſeinen gewöhnlichen Stand zurückzuführen. (W. Bl.)

** **Berlin**, 6. April. Lord Brougham ſchreibt: „Warum gelangen politiſche Parteien ans Staatsruder, wenn es nicht deshalb geſchieht, weil ſie unter ſich über große Fragen einig und mit ihren Gegnern uneinig ſind?“ Rufen Sie ſich die Gründonnerſtagsſitzung unſerer zweiten Kammer vor die Seele und verzweifeln Sie mit uns daran, daß das Miniſterium Arnim keine Nachfolger finden kann. Es gibt in Preußen viele talentvolle Männer, aber keine regierungsfähige, keine regierende Partei. Wir ſind noch nicht reif für ein wahrhaft konſtitutionelles Miniſterium. Traurig, aber wahr.

Potsdam, 5. April. Am Abend des geſtrigen Tages wurde der Redakteur des hieſigen „Tageblatts,“ Dr. Tropus, kaum zehn Schritte von der Wohnung ſeines Verlegers von drei, dem erſten Gardeinfanterieregiment angehörigen Soldaten auf empörende Weiſe überfallen. Glimpflicher kam ſein Begleiter, der Oberregiſſeur und Dramaturg hieſiger Bühne, J. Frank, davon. Er ward nur, als er den zu Boden ſtürzenden Dr. Tropus aufheben wollte, mit einigen Fauſtſchlägen auf den Kopf regalirt, während der Andere im Zeitraum einer Minute ſchrecklich zugerichtet ward. Während ſein Gefährte die Angreifer durch Wort und That zurückzuhalten ſuchte, gewann der am Boden Liegende Zeit zur Flucht in einen nahegelegenen Schlächterladen. Die ihn verfolgenden Soldaten, jetzt mehr als 20 an der Zahl, konnten ſeiner nicht wieder habhaft werden, und der anſcheinende Rädelsführer entfloh, als mehrere hinzugekommene Bürger ſich ſeiner bemächtigen wollten. Der Verwundete muthmaßt den Urheber dieſes ſchmählichen Exzeſſes in einem hieſigen Offizier, mit welchem er Tags zuvor Händel hatte. Dr. Tropus erhielt acht Stichwunden, welche für ſein Leben beſorgt machen. Näheres wird die ſofort beantragte Unterſuchung ergeben. Einer der zuſchauenden Militärs ward ſofort von den requirirten Polizeiſergeanten der Schloßwache überliefert. (D. A. Z.)

× **Stuttgart**, 9. April. Während das deutſche Erbkaiſerthum in Berlin auf ſo bedauerliche Hinderniſſe geſtoßen iſt, haben ſich hier manche frühere Gegner mit demſelben befreundet, um ſo mehr, da die Erkenntniß immer mehr durchdringt, daß eine Beſeitigung des Kaiſerthums und der von der Nationalverſammlung entworfenen Reichsverfaſſung nur ein Sieg partikulariſtiſcher Reaktion wäre. Der Volksverein hat dem vor Kurzem noch ſo geſchächten vaterländiſchen Verein den Antrag gemacht, gemeinſchaftliche Schritte für Durchführung der in Frankfurt gefaßten Beſchlüſſe zu thun. Es iſt bei uns um ſo mehr nöthig, daß die Vereine ſich über die Oberhauptsfrage entſchieden ausſprechen, da das Miniſterium in ſeinem unſeligen Syſtem des Zuwartens beharrt und ſich weder für noch gegen ausſpricht. Die Hemmung ſcheint hauptſächlich in Staatsrath Römer zu liegen, der immer noch die unklare Direktorialidee feſthält und zur Unterſtützung ſeines Widerſtandes ſelbſt das Bündniß mit der Ariſtokratie nicht ſcheut. Es iſt ſo weit gekommen, daß manche frühere Freunde des Märzminiſteriums Römers partikulariſtiſchen Starrſinn verwünſchen und fordern, er ſolle abtreten. Am nächſten Mittwoch wird die zweite Kammer über die Oberhauptsfrage verhandeln. Viel Gutes iſt hier freilich nicht zu hoffen, da der ſouveräne Unverſtand dort das große Wort führt und die ultramontane und reaktionäre Adelspartei manche Vertreter hat. Bei Hof hat die Stimmung ſeit der Berliner Antwort auch wieder ins Ungünſtige umgeſchlagen. Der neue Redakteur der Laterne F. Röſe mußte bereits wegen prinzipieller Differenz mit den Unternehmern des Blattes von der Redaktion zurücktreten, und das heutige Nummer bringt neben neuer Polemik gegen das Erbkaiſerthum eine Karrikatur über die Kaiſerwahl, die Erweckung Barbaroſſas aus dem Kyffhäuſer vorſtellend. Tritt die Reichsverfaſſung mit einem ſtarken Oberhaupte nicht bald in Kraft, ſo werden rechts und links Gewaltſtreiche ſicherlich nicht ausbleiben.

÷ **Stuttgart**, 10. April. Es iſt dem Kammerpräſidium gegenwärtig der Geſetzentwurf über die Aufhebung des zwiſchen dem Staate und dem fürſtlichen Hauſe Thurn und Taxis beſtehenden Poſtlehensverbandes vorgelegt worden. Die Beſtimmungen deſſelben ſind im Weſentlichen folgende. Der Lehensverband hat mit dem 19. Mai des laufenden Jahrs ein Ende: mit dieſem Zeitpunkt erliſcht die Würde und das Amt eines würtembergiſchen Erb- und Landpoſtmeiſters und fällt das nutzbare Eigenthum und die Verwaltung ſämmtlicher Poſten im Königreiche wieder an den Staat zurück, der Erblandpoſtmeiſter dagegen wird ſeiner Lehenspflichten ledig und namentlich von der ferneren Zahlung des Lehens-Canons befreit. Sämmtliche Poſtbeamte gehen mit ihren Dienſtrechten in den unmittelbaren Staatsdienſt über; der Staat übernimmt das Inventarium der Poſtverwaltung zu einem durch ein Schiedsgericht oder nöthigenfalls durch den ordentlichen Richter feſtzuſtellenden Preiſe, in gleicher Weiſe, falls der Fürſt dieſelben veräußern will, die der Poſtverwaltung gehörenden Gebäude, und tritt im Uebrigen in die von der bisherigen Verwaltung geſchloſſenen Pacht-, Mieth- und ſonſtigen Verträge ein. Das fürſtliche Haus Thurn und Taxis endlich erhält zur Entſchädigung für das Poſtlehen eine vom 20. Mai 1849 ab in vierteljährlichen Friſten aus der Staatskaſſe zu zahlende Rente, bei deren Bemeſſung der Reinertrag des Lehens nach den Verhältniſſen zur Zeit des Uebergangs der Poſtverwaltung an den Staat, unter gleichzeitiger Berückſichtigung, daß die Poſtverwaltung nur als Thron-Mannlehen verliehen war, als Maaßſtab dient. Auch über den Betrag der Rente wird, wenn die Betheiligten ſich nicht verſtändigen, im ordentlichen Rechtsweg entſchieden.

** **Hannover**, 6. April. So groß vor acht Tagen hier der Jubel war, als die Frankfurter Reichsabgeordneten hier erwartet wurden, ſo ſtill und mißmuthig iſt Alles geworden, ſeit wir die Antwort des Königs von Preußen kennen. Nur die Republikaner, deren Zahl ſich überall im Lande vermehrt, und

die Abſolutiſten können hier und da ihre Freude über den Gang der Dinge nicht verleugnen. Wie dem auch ſei, die Nationalverſammlung hat ihre Pflicht gethan und wird ſie auch ferner thun und nicht ein Titelchen von der Reichsverfaſſung ablaſſen, und das Volk wird ihr hier treu zur Seite bleiben. Von dem Patriotismus des Erzherzogs Johann erwarten wir, daß er bis zu einer definitiven Reichsgewalt das Ruder fortführen werde. In dieſer Lage der Dinge war auf geſtern und vorgeſtern ein Vereinstag ſämmtlicher freiſinniger politiſcher Vereine nach Celle ausgeſchrieben, von denen 67 und zwar alle bedeutende dort vertreten waren. Zuerſt beſchäftigte man ſich aus formellen Gründen mit der hannoveriſchen Miniſterfrage und wir müſſen geſtehn, daß gewiß nicht gegen Schele eine ſolche Erbitterung geherrſcht hat, wie jetzt gegen das Miniſterium Stüve, deſſen undeutſches, unkonſtitutionelles Verfahren eine tiefe Entrüſtung in allen vertretenen politiſchen Vereinen aus allen Landestheilen erregt hat. Man beantragte Maſſen-Deputationen an den König, um ihn zu erſuchen, das Miniſterium zu entlaſſen, ſtand aber ſpäter davon ab, weil man einestheils leicht daraus entſtehende Konflikte fürchtete, anderentheils die Neigung unſeres Königs für das Miniſterium kannte, und beſchloß faſt einſtimmig, die Stände aufzufordern, wegen des inkonſtitutionellen und rechtswidrigen Verfahrens in der deutſchen Frage ſich beim Könige zu beſchweren, in Folge deſſen dann das Miniſterium verfaſſungsmäßig ſein Amt niederlegen müſſe. Die zweite Kammer möchte wohl auf ſolche Wünſche eingehen, aber von der erſten Kammer iſt ein ſolches Verfahren kaum zu hoffen. In der Berathung über die Kaiſerfrage fiel die ablehnende Antwort des Königs von Preußen, weshalb die äußerſte Linke der Verſammlung über dieſe Angelegenheit zur Tagesordnung gehen wollte, allein dieſer Antrag ward abgelehnt, aber ebenſo ein anderer, den König ſelbſt nochmals um die Annahme zu bitten; man beſchloß vielmehr, ſich an die Vertreter des preußiſchen Volksſtammes zu wenden. Bei unſerem Miniſterium in dieſer Angelegenheit weitere Schritte zu thun, hielt man für unthunlich, da man ſo eben ausgeſprochen habe, daß daſſelbe kein Vertrauen verdiene und man erwarte, daß es von alledem, was man wünſche, das Gegentheil thun werde. Demnach ſprach man gegen das Miniſterium die Erwartung aus, daß es baldigſt die inkonſtitutionell vertagte Stände-Verſammlung zuſammenberufe. Der Frankfurter Reichsverſammlung ſprach man in einer Adreſſe ſein unverbrüchliches Feſthalten an der Reichsverfaſſung, den Grundrechten u. ſ. w. aus, und erwartete von ihr ein Gleiches. Dann wurden noch mehr ſpeziell hannoveriſche Angelegenheiten beſprochen in Beziehung auf das Vereinsweſen, die Prüfung der Geſetzentwürfe über das Gemeindeweſen, man erklärte ſeine Zuſtimmung zu dem Antrage des Abgeordneten Thiermann, allgemeine Amneſtie für die politiſchen und Preßprozeſſe u. m. a. Die Verhandlungen waren im Allgemeinen ruhig, wenn auch häufig bitter, der Mißmuth klang aus den meiſten Reden hindurch. Die Hoffnungsloſigkeit auf Beſſerung unſerer Zuſtände fand ſich vor, allein diejenigen, welche den Muth noch nicht verloren haben, bildeten bei Weitem die Mehrzahl, zu welcher wir auch mehrere ſtändiſche Abgeordnete rechnen, die an der Verſammlung Theil nahmen. Die nächſte ordentliche Verſammlung aller Vereine findet in Bremen ſtatt, während man es den neugewählten geſchäftsführenden Mitgliedern des Centralkomite's überließ, an welchem Orte ſie eine etwa nothwendige außerordentliche Verſammlung ausſchreiben wollten. Wie ſehr man in dieſer Zeit ein enges Aneinanderſchließen aller Vereine für nothwendig und für das Vaterland erſprießlich erachtet hat, geht noch daraus hervor, daß die Vorſtände ſämmtlicher politiſchen Parteien in unſerer Stadt jetzt ſich vereinigt haben, und im Weſentlichen trotz des verſchiedenen Parteiſtandpunktes in der deutſchen Frage einig ſind.

Hannover, 7. April. Die abermalige Vertagung der Stände wird jedem Beſonnenen als ein nothwendiger Fortſchritt auf der betretenen Bahn erſcheinen. Es wäre ſinnlos gehandelt, wenn das Miniſterium die Landesvertretung in dem Augenblicke wieder einberufen wollte, wo es zum definitiven Abſchluß der deutſchen Verfaſſung gegen den Willen des Landes mitzuwirken beſchäftigt iſt. (J. F. N.)

Mannheim, 7. April. Es geht hier das Gerede, Hecker kehre in Bälde aus Amerika zurück, ja er ſei bereits in Frankreich angekommen; allein nach Ausſage ſeiner Verwandten iſt daran kein wahres Wort; Hecker bleibt vielmehr in Amerika, erweitert daſelbſt ſeine Beſitzungen und läßt in wenigen Wochen ſeine Gattin zu ſich kommen. (Schw. M.)

*** Vom Oberrhein, 2. April. Die langdauernde Beſetzung unſrer Gegend mit Truppen als der Unterſatz des republikaniſchen Oberſatzes vom September gibt zu einigen Verwaltungsfragen Anlaß. Iſt man nämlich nicht völlig Fataliſt und ſingt: Krawall müſſe ja kommen, wehe aber dem durch den er komme, oder tröſtet man ſich nicht mit dem Guten das ſelbſt Krawall ꝛc. habe, ſo ſtößt man beſonders bei eigener Anſchauung doch auf die Unterſuchung: Wie hätten ſolche Geſchichten verhindert werden können? Will man dem Weltgeiſt nicht jeden Unfug und jedes blaue Auge in das Felleiſen ſtecken, ſo ſollte man, menſchlich geſprochen, meinen, durch eine beſſere Polizeieinrichtung müßte ſich bei dergleichen vorbeugen laſſen. Damit man mir nicht einwerfen ſolle, ich ſei ein Reaktionär, ſtelle ich mich gleich auf den Standpunkt der Zukunft und ſetze voraus, wir d. h. Republikaner, hätten das monarchiſche Geſchmeiß, die Bourgeois und den Söldling über die Grenze gewieſen und dieſe Kanaille konſpirire nun gegen uns d. h. gegen die Republik. Ich nehme dabei weiters an, die monarchiſchen Emigranten hätten Geld und im Lande Anhang, wie das etwa in Frankreich gegenwärtig der Fall iſt, wo man im ſchönſten Zug iſt, die Republik auf dem legalen Wege eingehen zu laſſen, wenn man nicht noch einmal zu dem kürzeren Weg eines Handſtreiches Gelegenheit findet. In dieſem Falle würde die Republik gut fahren, wenn ſie in Baden es ohngefähr ſo machte: Die Gendarmerie muß um ohngefähr 1—200 Mann verſtärkt werden. Die zwei Kommando oder Inſpektionen hätten ohngefähr nach Lörrach und nach Donaueſchingen zu kommen. Erſterer Ort liegt in dem Winkel in dem zwei fremde Staaten aufeinanderſtoßen und hat ſchon lange und dringend um eine ſtändige Garniſon gebeten. Dieſer Gendarmerie könnte man im Falle eines Einbruches oder einer Emeute zugleich das Zollſchutzperſonal zuweiſen, alſo in unſerer Gegend wieder vielleicht 40—60 Mann, die an den Dienſt, namentlich den des kleinen Krieges ſchon von den Schmugglern her gewöhnt ſind. Sie würden mit dem mobilen und zuverläſſigen Theil der Bürgerwehr für die unendliche Mehrheit der ruhigen und arbeitſamen Bevölkerung den feſten Haltpunkt geben, den z. B. die engliſchen Grafſchaftsbehörden an der Yeomanry und der Miliz haben. Mit 10—12 Gensdarmen auf einem ausgeſetzten und bloßgelegten Amtsſitz läßt ſich in aufgeregten Zeiten die Vernunft nicht vor dem Durchgehen wahren; mit denen läßt ſich nicht einmal der Straßenbettel, das Schlafen auf dem Fuhrwerk oder das Umherlaufen herrenloſer Hunde verhüten. Mit 120—200 Mann dagegen läßt ſich der Krawall jedoch erſticken und die ruhige Schichte der Bevölkerung von den Schwingungen des Aufruhrs abſchließen. Wohlverſtanden, es handelt ſich vom monarchiſchen Aufruhr, der uns von der Schweiz und Frankreich und im Namen der Ordnung, der Bildung, des wahren Volkswillens zwiſchen die Füße geſchleudert wird. Wenn unſere Bevölkerung glaubt, daß die Regierung ſie ſchützen kann, wenn ſie die Mittel dazu ſieht, wenn ſie nicht eine Regierung bezahlen und halten ſoll, die das Volk der ängſtlichen und haltloſen Selbſthülfe überläßt, wenn die Bevölkerung ſich überzeugt, daß nicht auf der Seite des Aufruhres die Kraft und der ſchwere Arm und das Schwert liegt, ſondern auf der Seite der Verfaſſung und des Geſetzes, ſo bleibt ſie ruhig, bleibt mit ihren Wünſchen und Anforderungen auf das Beet der Geſetzlichkeit gewieſen. Dieſe Andeutungen werden ſich den Herren Republikanern empfehlen, falls ſie einmal das Heft zur Hand nehmen ſollten. Sie dürften jetzt ſchon von der konſervativen Partei und ihren Organen, den „Vaterländiſchen Vereinen," zur weiteren Agitation in das Notizenbüchlein vorgemerkt werden, und zwar bei dem jetzigen Landtage.

§§ Schleswig-Holſtein, 7. April. Völlig unerklärlich iſt es Allen, was die Dänen dazu bewog, einen ſolch gewagten und riskanten Angriff auf ein paar harmloſe Batterien zu machen, da ja unter den vorliegenden Verhältniſſen kein beſonderer Vortheil für ſie zu erreichen war und ein ſtarker Oſtwind blies, welcher ihnen den Rückzug unmöglich machte; man macht ſich die ſeltſamſten Kombinationen und die verſchiedenſten Gerüchte cirkuliren dieſerhalb; wir ſind nur durch Mittheilungen einiger Gefangenen im Stande, den Plan der Dänen zu dieſem ſo gänzlich mißlungenen Angriff authentiſch zu geben.

Als das Geſchwader am 4. Abends im Eckernförder Hafen einlief, befanden ſich 6 Transportſchiffe mit Truppen dabei, welche jedoch noch denſelben Abend weiter öſtlich ſegelten; es war nun zuvörderſt darauf abgeſehen, den Hafen zum Landen der Truppen geeignet zu machen, zu dieſem Zwecke ſollten die Hafenbatterien durch das Linienſchiff und die Fregatte vernichtet werden, worauf man an mehreren Stellen (Eckernförde und Bühl) zugleich zu landen beabſichtigte, um von dort nach dem nur 3 Meilen entfernten Kiel im Schnellmarſche zu gelangen, ſich der dortigen Eiſenbahn zu bemächtigen und auf derſelben nach Altona zu gehen, wo man alsdann faſt ganz Holſtein im Beſitz nehmen zu können glaubte. In Kopenhagen war man über das Gelingen dieſer Ueberrumpelungsplane um ſo ſicherer, als die Hauptarmee von Alſen und der Königsau den Norden von Schleswig bedroht und bis Apenrade, welches wegen des ſo ungünſtigen Terrains gar nicht zu halten, vorgedrungen iſt, demnach die ganze Aufmerkſamkeit der Bundestruppen auf dieſen Punkt gerichtet glaubte; man hat ſich jedoch in ſeinen Erwartungen bitter getäuſcht, und dürfte deßhalb die Niedergeſchlagenheit und Entmuthigung dort um ſo empfindlicher ſein.

§§ **Schleswig-Holſtein**, 7. April Abends. Was wir eben als Plan der Dänen bezeichneten, beſtätigt ſich vollkommen, dieſelben ſind wirklich bei Bühl, welches eine halbe Meile öſtlich von Eckernförde liegt, mit cirka 2000 Mann gelandet, eine ſächſiſche Brigade, welche in dieſer Gegend ſtationirt iſt, rückt ihnen ſoeben entgegen; erreicht ſie dieſelben, ſo dürften die Dänen eine bedeutende Schlappe erhalten, denn die Sachſen gehöreu zu den am beſten in den Waffen geübten Truppen.

Altona, 7. April. Mit dem heutigen Mittagsbahnzuge iſt aus dem Norden nichts weſentlich Neues eingetroffen; die Dänen haben Apenrade verlaſſen, das hierauf von ſchleswig-holſteiniſchen Bataillonen beſetzt wurde. Jenſeits Gravenſtein ſtehen die däniſchen Vorpoſten und man erwartet, daß ſich der Feind bald im Sundewittſchen wieder wird ſehen laſſen. Es iſt der Wunſch des dieſſeitigen Oberbefehlshabers der deutſchen Streitkräfte, daß die Dänen bis dieſſeits Hadersleben, das man hat ſie beſetzen laſſen, vorrücken, damit in der Ebene von Bau ein entſcheidendes Gefecht gegen den Feind geführt werden könnte. Dies fürchten die Dänen und deshalb halten ſie ſich nahe an den Küſten und tauchen bald an dieſem, bald an jenem Punkte auf, ohne ſich tiefer landeinwärts zu wagen. Wie wir aus ſicherer, verläßlicher Hand erfahren, ſollen die Dänen in den letzten Tagen den Plan gehabt haben, zu gleicher Zeit auf zwei Punkten in der Richtung von Eckernförde nach Kiel, und zwar bei Eckernförde ſelbſt und bei Bülk oberhalb Kiel zu landen, um mit ſtärkeren Truppenmaſſen die Unſrigen in Flanke und Rücken anzugreifen; denn es hat ſich ergeben, daß in Begleitung des „Geſion" und des Linienſchiffes „Chriſtian VIII." ſechs Transportſchiffe waren, die ſich indeß, als ſie unſern in See wahrnahmen, wie es dieſen beiden Kriegsſchiffen ergangen, rechtzeitig und mit heiler Haut davon machten. Das Kriegsſchiff „Geſion" hat im vorigen Jahre bei Kurhaven manches deutſche Schiff genommen, das Linienſchiff „Chriſtian VIII." iſt ein während der Dauer des Waffenſtillſtandes neugebautes gutarmirtes und große Summen koſtendes Schiff. Ohne Zweifel hat die Natur durch den ſtarken Oſtwind, welcher genannten Schiffen im Vorwärtskommen hinderlich war, einen bedeutenden Antheil an dem glücklichen Ereigniſſe; indeſſen wird die Bedienung der Batterien auf ſüdlicher und nördlicher Seite des Eckernförder Hafens vorzüglich gerühmt, ebenſo ſollen die Strandbatterien insbeſondere mit einer bewunderungswürdigen Schnelligkeit und Präciſion auf die feindlichen Kriegsſchiffe gefeuert haben. Die Kanonade dauerte ſieben volle Stunden und zwar mit einer ſolchen Heftigkeit, daß die Erde in einem Umkreis von ſechs Meilen erdröhnte, die Bewohner Eckernfördes aus ihren Häuſern gingen, weil ſie glaubten, daß durch die Erſchütterung manches ſchwache Gebäude zuſammenſtürzen könnte. Von der Kanonade kann ſich ungefähr einen Begriff machen, wer bedenkt, daß das Linienſchiff allein, welches 84 zwölfpfündige Kanonen am Bord hatte, 86 glatte Lagen gegeben. Die glühenden Bombenkugeln der ſchleswig-holſteiniſchen Batterien gaben den Ausſchlag.

(O.-P.-Z.)

*, **Kiel**, 5. April. Die Dänen dachten nach einer Bemerkung der Berling'ſchen durch einen energiſchen Schlag den noch obſchwebenden Verhandlungen eine für ſie günſtige Wendung zu geben; ſtatt deſſen hat das Schickſal uns ein Gewicht in die Wagſchale gelegt. Der Verluſt iſt für die Dänen nicht zu verſchmerzen; eine Kataſtrophe in Kopenhagen wird die nächſte Folge ſein. Außer dem Linienſchiff und der Fregatte iſt wahrſcheinlich auch ein Dampfſchiff verloren, welches heute Abend dienſtunfähig nicht weit von Noer lag, während ein anderes Dampfſchiff gleichfalls ſehr beſchädigt, mit Mühe ſich entfernte. Die däniſche Kriegsflotte beſtand nur vor Beginn des Krieges aus dem einzigen ausgerüſteten Linienſchiffe Chriſtian VIII., aus fünf Fregatten (Havfruen, Thetis, Bellona, Rota und Geſion), vier Corvetten (Polder, Walkyrien, Galathea, Flora, und Najaden), vier Briggs, vier Kriegsdampfſchiffen, ſechs andern Dampfſchiffen, einer Diviſion Kanonenfahrzeugen, drei Barkſchiffen und Kuttern und drei Wachtſchiffen. Wie will das arme Dänemark die darin entſtandene Lücke ausfüllen?

Großbritannien.

London, 7. April. Die Regierung hat nun auch von Portugal eine Antwort erhalten auf die Anfrage, ob und in wie weit ſich England nach erfolgter Aufhebung der Schiffahrtsgeſetze von Seiten Portugals auf Gegenſeitigkeit freien Verkehrs Rechnung machen dürfe? Die Antwort iſt von Viscount de Caſtro unterſchrieben und aus dem Miniſterium des Auswärtigen, Liſſabon den 7. März datirt. Der Viscount erklärt darin, daß es der portugieſiſchen Regierung das größte Vergnügen machen würde, das Ihrige zur Einführung einer auf freiſinnigen Grundſätzen eingerichteten Schiffahrt beizutragen, wenn das erſte Seevolk der Welt ſich an die Spitze dieſes Beſtrebens ſtellte und dadurch die ſicherſten Bürgſchaften für das Gelingen deſſelben gebe; aber Hr. Caſtro bemerkt auch zugleich, der Handel geſtalte ſich in den verſchiedenen Ländern ſo verſchieden und eigenthümlich, daß er an die vollkommene Zuſtimmung der Völker zu dem Plane Englands nicht glauben könne. Uebrigens verſichert Hr. de Caſtro, und ohne Zweifel mit vollkommenem Recht, daß England in Betreff der Gegenſeitigkeit weniger liberal geweſen ſei, als Portugal; der Handel zwiſchen den engliſchen, ſchottiſchen und iriſchen Häfen einerſeits, nnd dem portugieſiſchen andererſeits ſei faſt ganz ein Monopol der britiſchen Seefahrer, ſo zwar, daß faſt neun Zehntel dieſes Handels von briliſchen Schiffen und wenig mehr als ein Zehntel von portugieſiſchen Schiffen beſorgt würde. Indeß, fügt der portugieſiſche Miniſter hinzu, die Zeit der Beſchränkungen ſei vorüber, und Portugal werde ſich freuen, wenn der jetzige Vorſchlag zur Reform der Schiffiahrtsgeſetze vom Parlament angenommen werde.

Im Uebrigen wird jenes Zugeſtändniß, „daß neun Zehntel des portugieſiſch britiſchen Seeverkehrs in britiſchen Händen ſein," den Engländern keine große Luſt machen, eine Abänderung der Schiffahrtsgeſetze, bei der nur ſie zu verlieren haben, herbeizuwünſchen. Ueberhaupt hat ſich in dieſem Falle die Regierung in ein zwar für ihre Liberalität rühmliches aber doch etwas gewagtes Unternehmen eingelaſſen; während ſie ſchon eine ganze Klaſſe der Bevölkerung, die Landwirthe, gegen ſich hat, iſt ſie auch im Begriff, die zahlreiche Klaſſe der Schiffseigenthümer und Schiffsbauer gegen ſich in Harniſch zu bringen, die, wie es ſcheint, der überwiegenden Mehrzahl nach einer Aenderung der jetzt geltenden Schifffahrtsgeſetze nicht geneigt ſind. Zu erwähnen iſt, daß, wie aus einer Mittheilung des „Globe" hervorgeht, der nordamerikaniſche Geſandte am Hofe von St. James, Hr. Bancroft, in ſeinen Anerbietungen wegen Gegenſeitigkeit im Küſtenhandel beider Nationen, auf die ſich Hr. Labouchere im Unterhauſe berief, ſeine ihm von Waſhington aus zugekommenen Inſtruktionen bei weitem überſchritten oder vielmehr gänzlich mißachtet hat. Der jetzige nordamerikan. Staatsſekretär, Hr. Clayton, hat dem Senat nämlich mitgetheilt, daß der frühere Staatsſekretär, Hr. Buchanan, dem Geſandten in London anempfohlen habe, dieſe Anträge auf Gegenſeitigkeit im Küſtenhandel entſchieden zurückzuweiſen.

London, 6. April. Der „Standard" hatte, wie man weiß, vor Kurzem eine Kabinetsänderung als für die Dauer unvermeidlich und als für die Oſterferien wahrſcheinlich in Ausſicht geſtellt. Auch andere Zeitungen ſprachen von einem zu erwartenden Miniſterwechſel. Hierüber ſchweigt die Zeitungspreſſe jetzt, wir leſen aber über dieſe Frage in der „Allg. Z." die Mittheilung eines ihrer londoner Korreſpondenten, der freilich von jeher dem jetzigen whiggiſchen Kabinet und namentlich Lord Palmerſton nicht ſehr geneigt war. Irren wir nicht, ſo iſt der Korreſpondent (mit dem Zeichen *,*) ein geborner Engländer, und wie ſich deutlich

erkennen läßt, ein Verehrer Peels. Der Korreſpondent beginnt damit, zu erzählen, daß zufällig gleich nach dem telegraphiſchen Einlauf über die Schlacht bei Novara ein drawing room oder eine Hofaufwartung im St. Jamespalaſt ſtattfand und daß bei Colloredos Erſcheinen ſich Alles beeilte, ihm die wärmſten Glückwünſche für dieſen den öſterreichiſchen Waffen ſo ehrenvollen Sieg darzubringen; ſo die Königin ſelbſt, der Prinz-Gemahl, der Herzog von Wellington, der Präſident des Geheimen Raths, Marquis von Lansdowne, kurz alle Perſonen, die ſich ihm zu nähern vermochten. Nur Palmerſton habe ſeine Einzelſtellung, die er unter ſeinen Amtsgenoſſen einnimmt, auch dadurch gezeigt, daß er an dieſen Glückwünſchen nicht Theil nahm, er habe ſich zwar mit dem öſterreichiſchen Botſchafter unterhalten, doch jede Anſpielung auf den Sieg von Novara und die italieniſchen Angelegenheiten vermieden, ſo daß es faſt geſchienen, als ob er ſich von dem Schickſal ſeines unglücklichen Schützlings Karl Albert mit betroffen gefühlt habe. (Auf dieſen Vorfall bezieht ſich alſo der Artikel der „Times“ über das Verhalten Palmerſtons gegen Colloredo, welchen wir in Nro. 96 mitgetheilt haben). Der Korreſpondent meint nun, daß ein Miniſterium, welches dies ſo widerſpänſtige Palmerſton'ſche Element im Schooße trage, ſich auf lange Dauer nicht mehr Rechnung machen könne. Hierzu komme die Schiffgeſetzreformbill, mit der zu ſtehen oder zu fallen das Miniſterium erklärt habe. Dieſe Bill werde wahrſcheinlich im Unterhauſe mit geringer Stimmenmehrheit angenommen, im Oberhauſe aber verworfen werden, namentlich wenn es ſich bewahrheiten ſollte, daß der Herzog von Wellington, der durch ſeine Fürſprache und Vermittelung das Kabinet im Oberhauſe bis jetzt gehalten, entſchloſſen ſein ſollte, gegen die Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze zu ſtimmen, weil er letztere zur maritimen Vertheidigung Großbritaniens für unumgänglich nöthig halte. Wenn in Folge der Verwerfung das Kabinet abträte, ſo ſei es nicht unmöglich, daß Stanley ein toryſtiſches Kabinet bilde, denn Muth dazu habe er genug, auch Aberdeen habe in letzter Zeit immer entſchiedener die Offenſive ergriffen. Ein toryſtiſches Kabinet könne aber unmöglich von langer Dauer ſein, und immer wahrſcheinlicher erſcheine es, daß Peel wieder an der Regierungsgewalt Theil nehmen werde. Sein imponirender und durchgreifender Plan für die Koloniſation der durch liederliche Landwirthſchaft zu Grund gerichteten iriſchen Grafſchaften, zeige an, daß er eine ſo gebieteriſche Stellung in der iriſchen Angelegenheit nicht eingenommen haben würde, wenn er der Regierungsgewalt für immer Lebewohl geſagt hätte. Die Frage iſt dann, wer tritt in dieſem Fall an Palmerſtons Stelle als Miniſter des Auswärtigen? Etwa einer von den Männern des Morning Chronicle? Dann wäre Deutſchland mit ſeinen Einheitsbeſtrebungen im Kabinet von St. James übler vertreten als jetzt, da das M. Chronicle bekanntlich wohl eine preußiſche und öſterreichiſche, vielleicht auch ſogar ein Stück baieriſche oder hannoveriſche Politik kennt, nur keine deutſche.

Frankreich.

* **Paris**, 8. April. Die Feiertage bringen keine politiſchen Vorgänge, und ſo ſind die Journale natürlich an Neuigkeiten leer. Sie füllen ſich mit Betrachtungen über das Manifeſt der Montagne, über das Einkommen von England, einige ſogar, wie die Debats, über das deutſche Kaiſerthum. Man darf ſich nicht wundern, wenn die Debats dem König von Preußen zur Ablehnung der Kaiſerwürde rathen; das nationale Intereſſe der Franzoſen, ein ſchwaches Deutſchland neben ſich zu haben, die Abneigung der Debats gegen Alles, was mit der Revolution zuſammenhängt, dann die ſogenannten ſtaatsrechtlichen Erwägungen, welche die Debats, wie ſie ſelbſt zugeſtehen, den Urtheilen der sages, qui viennent de fonder la Gazette constitutionelle entnehmen, das ſind die Momente, welche die Meinung der Debats beſtimmen.

Die Pauſe, welche die Feiertage veranlaſſen, iſt den Abgeordneten ſehr angenehm. Die auffallende Verheerung, welche die Cholera gerade in der National-Verſammlung anrichtet, flößt ihnen gerechte Furcht ein. Man ſpricht von neun Todesfällen und zwanzig Erkrankungen. Die Quäſtoren haben außerordentliche Präventivmaßregeln ergriffen und namentlich geſtern alle Räumlichkeiten der Nationalverſammlung lüften laſſen. Mehrere Chemiker ſind mit der Anordnung der nöthigen Geſundheitsmaßregeln beauftragt worden.

Wir geben nachfolgende Einzelnheiten über den Empfang der 300 Engländer. In Boulogne war derſelbe beſonders herzlich. Die Civil- und Militärbehörden, die Nationalgarden und die Bewohner erwarteten ihre Ankunft auf den Quais. Fiſcherinnen in feſtlichen Kleidern überreichten ihnen Blumenſträuße. Der Unter-Präfekt und der Bürgermeiſter richteten einige Worte der Bewillkommung an ſie, welche Hr. Lloyd, eine Londoner Magiſtratsperſon, im Namen ſeiner Landsleute folgendermaßen erwiderte: „Wir ſind hoch erfreut über den Empfang, den Sie uns haben zu Theil werden laſſen. England wird dieſe ſeinen Söhnen bereitete Aufnahme nie vergeſſen. Alle Vorurtheile, welche bis jetzt die Beziehungen zwiſchen beiden Ländern beherrſcht haben, werden verſchwinden. Ich ſehe eine ſchöne Zukunft für unſre beiden Nationen voraus. Wir ſind Nachbarn, laſſen Sie uns liebevolle Brüder ſein. Iſt es nicht wahrſcheinlich, daß in den erſten Weltaltern unſre beiden Länder nicht getrennt waren und daß der Kanal, der uns trennt, nur in Folge unterirdiſcher Revolutionen durchgebrochener Meerbuſen iſt? Die Idee der Verbrüderung iſt ein für den Menſchen weit edleres, weit reineres und weit ſüßeres Gefühl, als die unnatürliche Freude über den größten Sieg, der je die Waffen der einen oder die anderen beiden Nationen gekrönt hat. Denn der Krieg zieht ſo viele Uebel nach ſich, daß es wenig Lorbeeren giebt, die keine Thränen koſten. Wir haben unſre beiderſeitigen Kräfte geprüft. Wir haben unſre beiderſeitige Macht gemeſſen. Nie werden die Tapfern ſich gegenſeitig herabzuſetzen ſuchen. Unſre beiderſeitige Erkenntniß und Würdigung iſt theuer erkauft worden; ſie hat uns Blut und Schätze gekoſtet; allein ſie hat für die Menſchheit die dauerhafte Freundſchaft zweier edlen Nationen gegründet. Auf der Bahn der Menſchenliebe gemeinſchaftlich zu wandeln, iſt eine ſchönere Sendung für unſere beiden Länder, als eine grobe Abneigung zu unterhalten, die man fälſchlich mit dem Namen Patriotismus ſchmückt und die nichts iſt, als eines der veralteten Vorurtheile, welche eine geſunde Weltanſchauung mehr und mehr zerſtreut.“ Hierauf wurde den Gäſten der Ehrenwein in dem Zollgebäude dargeboten, das zu dieſem Zwecke feſtlich geſchmückt worden war. Der Wein löſte den Engländern, die zuerſt von dem ihnen zu Theil gewordenen Empfang ganz überraſcht waren, die Zunge und ſie gaben ihre Befriedigung durch laute Hurrahs, wie ſie ihrer Nation eigenthümlich ſind, zu erkennen. Von Boulogne begaben ſie ſich mittelſt Eiſenbahn nach Amiens, wo ihnen ein gleich freundlicher Empfang zu Theil wurde. Gegen Abend trafen ſie in Paris ein, woſelbſt ſie eine Woche zu bleiben gedenken und wo ihnen ebenfalls der beſte Empfang bevorſteht. Geſtern Nachmittag begaben ſich die Mitglieder des Ausſchuſſes der Feſtordner auf das Miniſterium des Innern, um dem Miniſter den Dank deſſelben für das Wohlwollen abzuſtatten, womit er die Anzeige von dem bevorſtehenden Beſuche der Engländer empfangen hatte. Der Miniſter ſagte in ſeiner, in engliſcher Sprache gehaltenen Antwort unter Anderem, daß er die Befeſtigung der Freundſchaft zwiſchen England und Frankreich im Intereſſe beider Völker und der Civiliſation ſehnlichſt wünſche.

†† **Paris**, 8. April. Seit der Entdeckung der Sozialiſten, daß Chriſtus der erſte Kommuniſt war, kann man ſich ſozialer Anſchauungen ſelbſt während eines stabat mater nicht enthalten. Sie drängten ſich mir unwillkürlich auf, als ich vorgeſtern in der Madelaine das heilige Grab beſuchte. Die konſervativen Journale ſprachen geſtern ihre Freude über das Wachſen des Kirchenbeſuchs aus und überraſchten mit der Verſicherung, der Kirchenbeſuch ſei ein vortreffliches Palliativ gegen die Geiſel Gottes — die Cholera. Wie Gottes- oder Cholerafürchtig die demüthige Thierspreſſe geworden iſt! Nächſter Tage werden wir im Konſtitutionell eine Predigt vom Lacordaire nachgedruckt leſen, auch ein Mittel gegen die Cholera! Hr. Thiers iſt von der Cholera ſehr erbaut, ſie hat ſeinen reichen Schwiegervater jüngſt hingerafft. Mehr Unterhaltung als in der Madelaine fand ich in den Champs Elyſées. Alle Droſchken und Kabriolets von Paris waren gemiethet, um longs champs zu fahren. Der Korſo war noch beſuchter als die Kirche. Loretten und Griſetten, Studenten und Kommis, Ariſtokraten und entretenues rollten an den müßigen Spaziergängern die Alleen vorüber. Die Equipage mit Wappen antediluvianiſcher Ahnen folgte auf den beſcheidenen Fiakrekaſten, in welchem der Bevorzugte das quartier latin grin Mädchen ungenirt küßte. Franzöſiſche Unbefangenheit! Der warme Tag erfreute alle, auch die Kaufleute, denn ſie entſchädigten ſich für ihre leeren Boutique mit der boutique ambulante, welche ſie mit

Anzeigen ihrer Frühlingsſtoffe vollbemalt auf dem Korſo zur Schau führen ließen. Toiletten und Equipagen waren nicht ſo elegant wie auf einem ſeu Mailänderkorſo oder bei den Praterfahrten in Wien. Der Präſident kam um 5 Uhr vom bois du Boulogne zurück. Er kutſchierte wie gewöhnlich ſelbſt und grüßte kalt die, welche Vive Napoleon riefen, und freundlich dahin, wo es Vive l'Empereur hallte. Die deutſchen Demokraten haben im Peuple die Polizei Leon Faucher's differmirt, welche den deutſchen Flüchtling und früheren preußiſchen Artilleriſt Hauptmann Willich mit einem Strick um den Hals von Lyon lappenweiſe übre die Schweizer Grenze ſchaffen ließ. Herr Faucher iſt darin ein feiger Bube genannt, wenn er gegen das barbariſche Verfahren des Präfekten von Lyon keine Unterſuchung einleitet. Admiral Baudin forderte die in Sizilien dienenden franzöſiſchen Offiziere nach Palermo, und verlangte ihren Rücktritt aus der ſiziliſchen Armee. Sie verweigerten dies Anſinnen mit Unwillen; ein Flottenoffizier zerbrach darüber entrüſtet ſeinen Degen, warf ihn dem Admiral zu Füßen und ging zu den Sizilianern über. Die europäiſche slavery convention zu London, Gebrüder Metternich, und Louis Philipp, hat unlängſt den Baron Karl Hügel als commis voyageur de la reaction nach Paris, Wien und Italien geſandt. Der Peuple iſt durch das Verdikt der Jury geſtern zu einer Geldſtrafe von 10,000 Frcs. und der Redakteur Louis Menard zu 15 Monaten, der Gérant Duchene zu 3 Jahren Gefängnißſtrafe verurtheilt worden. Die über Duchene ſchon verhängte einjährige Gefängnißſtrafe geht in den 3 Jahren auf.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Peſth, 3. April. Herr von Markart, der ſeit einer Woche, mit einer außerordentlichen Sendung Koſſuth's beauftragt, in Paris verweilte, iſt nach Ungarn zurückgekehrt. (Spiegel.)

Italien.

* **Genua**, 2. April. Der Kampf hier iſt ernſthafter geweſen, als man anfangs glaubte. Die Wuth des Volkes über den Waffenſtillſtand fand ihren Ausbruch, als man eine Depeſche des Generals La Marmoro an den Kommandanten der Stadt, Azarta auffing, in der es wörtlich heißt: Unſere Wünſche ſind erfüllt, kommen Sie, die Rebellion zu erſticken. Die Menge erlangte ein Triumvirat zu wählen. Wen? fragte ihr Tribun Pellegrini, Pellegrini! hieß es aus allen Kehlen. Pellegrini lehnte es aber wegen ſeiner republikaniſchen Geſinnungen ab, ſchlug Avezzana, Reta und Morchio vor, und gab ſich ihnen als Staatsſekretär bei. Das Volk verlangte Waffen, es erhielt 3000 Flinten. Es verlangte einige feſte Punkte und man gab ihm die Orte Speron, Begato und Specola. Die Nationalgarde vereinigte ſich mit dem Volke. Der Kommandant Azarta befeſtigte ſich mit 4000 Mann und der Artillerie in dem Arſenal von Spirito Santo. Die Nationalgarde verlangte die Entfernung der Truppen, und als der Kommandant nicht darein willigte, begann am 1. der Kampf. Das Volk bemächtigte ſich der Höhen von Caſteletto, Pietra, Minuta und Monte Sano, welche die vier Seiten von Spirito Santo beherrſchen. Zu gleicher Zeit ſtürzte ſich ein Haufe auf das Zeughaus, überwältigte die Wache, tödtete zwei Unteroffiziere und bemächtigte ſich 15—20,000 Gewehre, einer großen Menge Piſtolen, Säbel und anderer Kriegswerkzeuge. Der bewaffnete Volkshaufe gewährte den wunderlichſten Anblick; Menſchen jedes Standes und Alters, Prieſter, Mönche, Frauen, Knaben befanden ſich unter demſelben. General De Azarta verweigerte noch immer die Uebergabe von Spirito Santo. Die Nationalgarde, vereint mit der bewaffneten Menge, rückte alſo gegen denſelben heran. Sie wurden von 4—500 Carabinieri mit Flintenſchüſſen empfangen. Der Kampf wurde jetzt allgemein; da man ſah, daß man ohne Artillerie die gewünſchte Stellung nicht erobern könne, wurden Kanonen herbeigebracht. Die Kanonade und das Sturmgeläute dauerte die ganze Nacht hindurch. Des andern Tages gegen 10 Uhr Morgens verlangte der General zu kapituliren. Er erhielt für ſich und ſeine Beſatzung freien Abzug mit allen Kriegsehren; ein Theil derſelben ſoll jedoch vorgezogen haben, zu dem Volk überzugehen. Für die Carabinieri, die zuerſt auf das Volk gefeuert hatten, mußten ſich die fremden Konſule verwenden; ſie mußten die Waffen niederlegen und wurden dann zur Stadt hinaus escortirt. Der Verluſt auf Seiten des Volks beträgt 45—50 Todte und Verwundete; derjenige der Truppen iſt nicht bekannt.

* **Turin.** Durch Ordonnanz vom 2. April hat der König ſeinen Vetter Eugen, Prinzen von Savoyen-Carignan, zum Oberbefehlshaber aller Nationalgarden des Königreichs ernannt. General Dabormida und Graf Revel ſind als ſardiniſche Bevollmächtigte in das öſterreichiſche Hauptquartier abgegangen. Romarino iſt in der Citadelle von Turin. Man ſagt, er habe verſprochen, wichtige Enthüllungen zu machen, wenn man ihm das Leben garantire. Ein gewiſſer Major Galanti iſt verhaftet worden. Durch kön. Ordonnanz vom 3. April iſt eine Unterſuchungskommiſſion, präſidirt von General Saluzzo gebildet worden, um über die Ereigniſſe des letzten Feldzugs einen Bericht einzugeben.

* **Florenz.** Die Nachricht von der Niederlage der Piemonteſen, die ſeit dem 28. März in Florenz vollſtändig bekannt wurde, hat auf die Regierung einen furchtbaren Eindruck gemacht. In Folge dieſer Nachricht vereinigte ſich die konſtituirende Verſammlung alsbald in geheimer Sitzung. Was verhandelt wurde, iſt ein Geheimniß, aber das Reſultat iſt, daß die ganze Regirrungsgewalt und außerordentliche Vollmachten in die Hände von Guerazzi gelegt wurden. Guerazzi iſt ohne Zweifel ein weit bedeutenderer Mann, als Montanelli, Nicolini und Conſorten. Er diente früher der großherzoglichen Regierung aufrichtig, aber weil die gemäßigte Partei ihm nicht die Hand bot, fiel er der Demagogie in die Arme. Er iſt kein Republikaner von Grundſatz, aber durch ſeinen Ehrgeiz iſt er Revolutionär geworden. Das Einzige, was Guerazzi bis jetzt gethan hat, iſt, daß er eine Proklamation erließ, welche folgende dunkle Stelle enthält: „In allen Prüfungen, in welche die Vorſehung bisweilen die Völker führt, kann man immer die Ehre und die Seelenruhe ſich erhalten. Ich werde die Vollmachten, mit denen ich bekleidet wurde, gebrauchen, nicht um die Freiheit zu bekämpfen, ſondern um das Land zu beſchützen.“ Man zerbricht ſich den Kopf darüber, was Guerazzi damit habe ſagen wollen. Einige glauben, er denke an nichts Geringeres, als an eine Verſtändigung mit dem Großherzog Leopold, deſſen Wiedereinſetzung ohnehin durch die immer ſtärker ſich ausſprechenden Sympathieen der ländlichen Bevölkerung von Tag zu Tag wahrſcheinlicher wird. (Basler Z.)

Rom, 31. März. Der Wiederausbruch der Feindſeligkeiten zwiſchen Piemont und Oeſterreich und die Niederlage der Piemonteſen wurden hier faſt zu gleicher Zeit bekannt. Die konſtituirende Verſammlung beſchäftigte ſich eben mit einem Geſetz über Schadloshaltung der Wittwen und Waiſen aller Krieger, die in dem bevorſtehenden Unabhängigkeitskriege fallen würden, eine ſehr überflüſſige Arbeit, da ſich zu dem Feldzug trotz wiederholter Aufforderung gar Niemand gemeldet hatte. Auch war die Stimmung in der Kammer außerordentlich kühl. Da plötzlich erfolgte die Mittheilung von dem Siege der Oeſterreicher. Man ſollte denken, eine ſolche Nachricht müße vor Allem dazu dienen, ruhiger Ueberlegung, wenigſtens auf einen Augenblick, die Oberhand zu verſchaffen. Doch gerade umgekehrt. Die Deputirten fingen an, ſich wie toll zu gebärden. Alles ſchrie: Viva l'Italia, viva l'independenza! Beſonders energiſch äußerte ſich Canino. Patriotiſche Redner beſtiegen die Bühne, Mazzini und andere capita villiora. Nachdem die Ruhe einigermaßen wiederhergeſtellt war, wurde geheime Berathung beſchloſſen. Das Arkanum, welches man hier gegen die öſterreichiſchen Waffen ausfindig machte, iſt das Triumvirat mit diktatoriſcher Gewalt. An der Spitze Mazzini, neben ihm zwei Figuranten, Armellini und Saffi. Einige Verhaftungen haben in Folge deſſen ſchon ſtattgefunden. Die Bevölkerung nimmt dieß Alles mit der bewunderungswürdigſten Faſſung und Ergebenheit hin; ja man hört in dieſer Erniedrigung noch hochtrabende Lieder. Man könnte faſt verſucht ſein, die Worte des „Journal des Debats“ hier anwenden zu wollen: C'est par des paroles que finissent les nations. (Basl. Z.)

Schweiz.

+ **Zürich**, 4. April. Unter den Geſetzesentwürfen, welche der Bundesrath der nächſten Bundesverſammlung vorlegen wird, befindet ſich auch ein von R. R. Rüttimann ausgearbeiteter Entwurf der eidg. Strafrechtspflege, deſſen Grundzüge folgende ſind: der Bundesrath wählt die Staatsanwaltſchaft (den Generalprokurator), das Bundesgericht zwei Verhörrichter, der Präſident des Bundesgerichts das aus den drei Richtern beſtehende Aſſiſengericht aus der Mitte des Bundesgerichts, wozu dann noch die zwölf Geſchwornen kommen. Die Letzteren werden auf folgende Weiſe erkürt: die Schweiz iſt in fünf Aſſiſenbezirke: getheilt. In jedem Bezirke wird auf je 1000 Einwohner ein Geſchworner durch Wahl, oder durch's Loos bezeichnet, was den Kantonalbehörden feſtzuſtellen überlaſſen bleibt; für die Aſſiſenſitzung werden aus ſämmtlichen Geſchworen des Bezirkes 38 durchs Loos erkoren, von denen

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 11. April. Parteiverſammlung auf der Mainluſt.) Wien (Reitter. Nachrichten aus Ungarn. Die Vorgänge in Brescia. Radetzky's goldnes Vließ. Tagesnachrichten.) Trieſt (Die ſardiniſche Flotte.) Ollmütz (Bitten um die Kremſierer Verfaſſung.) Berlin (Camphauſen. Das Miniſterium. Graf Bülow und Hr. Simons zu Miniſtern beſtimmt. Die deutſchen Fürſten. Vincke und der Prinz von Preußen. Ein verfolgter Prediger. Halévy's neueſtes Werk. Die Bevölkerung von Berlin.) Stralſund (Folgen des däniſchen Krieges.) München (Die baieriſche Verwahrung gegen das Kaiſerthum. Aufforderung an Oeſterreich wegen eines Volkshauſes.) Kaſſel (Prof. Reltberg †.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Siebenbürgen (Das ganze Land in den Händen der Ungarn.)

Italien. Turin (Blokade von Genua.) Rom (Verſchmelzung der Staatsſchulden. Sizilien erkennt die römiſche Republik nicht an.)

Ungarn. (Fortſchritte der Magyaren im Banat.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 11. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 11. April.

Tagesordnung der 199. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten v. Dieskau, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichts über eine Petition des Stadtraths und der Bürgerſchaft zu Homburg v. d. H., gegen das die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge betreffende Geſetz.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausſchuſſes erſtatteten Berichts über eine Reihe von Vorſtellungen, Anträgen und Beſchwerden, betreffend die im Herzogthum Bernburg vorhandenen Mißſtände.

Die Sitzung wird $9\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags unter einem unerhörten Zudrange des Publikums durch den Vicepräſidenten Hrn. Kirchgeßner eröffnet. Aus der Reichsverſammlung ſcheiden aus die Herren Schreiber aus Bielefeld, Bauernſchmidt aus Wien, Haßler aus Ulm, v. Sänger aus Grabow, Hillebrand aus Pöls in Oeſterreich. Für Herrn Schreiber iſt als Stellvertreter Hr. Stohlmann aus Herford bereits eingetroffen. Desgleichen Hr. v. Schulheim zum Erſatz des Hrn. Hillebrand. Neueingetreten ſind ferner Hr. Gamradt für v. Salzwedell, Hr. Kämmel aus Zittau für Heubner, Hr. v. Podewils aus Regensburg.

Von Flottenbeiträgen ſind unter Anderm eingegangen: 100 Gulden als Ertrag einer lateiniſchen Briefſammlung (der Epistolae obscurorum virorum von Schwetſchke), beſtimmt zur Herſtellung des Steuerruders an der deutſchen Fregatte „Geſion“. (Freudige Bewegung und lebhaftes Bravo!) 290 Gulden von Deutſchen geſammelt auf Port au Prince. 4000 Gulden von der Aachener-Münchner Feuerverſicherungsgeſellſchaft. 2 Guld. 50 Kr. „von der Naumann'ſchen Druckerei dahier, aus Anlaß der Erwählung des Königs von Preußen zum Kaiſer der Deutſchen!“

Unter den ſonſtigen Präſidialmittheilungen befindet ſich ein Aktenſtück, den öſterreichiſchen Abgeordneten Herrn Max Joſeph Gritzner betreffend, welches dem Reichsminiſterium der Juſtiz durch den Bevollmächtigten der kaiſerl. öſterreichiſchen Regierung bei der Centralgewalt zu dem Behufe übergeben worden iſt, daß die Reichsverſammlung auf Grund jenes Aktenſtücks ihre Einwilligung zur Anſtellung einer gegen Gritzner einzuleitenden Kriminalunterſuchung gebe. An den Unterſuchungsausſchuß.

Zur Verleſung kommt ſodann eine Anrufung des Hrn. Archer aus Rein in Steiermark: ob das Gerücht begründet ſei, daß der interimiſtiſche Reichsminiſterpräſident und der Reichsminiſter der Juſtiz eine Erklärung gegen jede etwa angemuthete Veränderung der deutſchen Verfaſſung mit unterzeichnet hätten und ob dieſe Unterzeichnung eine „offizielle“ ſei. Der interimiſtiſche Präſident des Miniſteriums, Hr. Heinrich v. Gagern, erwidert ſofort darauf, daß es mit der von den Hrn. Heinrich und Max Simon veröffentlichten Erklärung ſeine Richtigkeit habe und daß ſie, wie aus der Sache ſelbſt hervorgehe, von ihm, dem Reichsminiſterpräſidenten und dem Reichsminiſter der Juſtiz, Hrn. Robert von Mohl, in ihrer Eigenſchaft als Abgeordnete unterſchrieben worden ſei. (Beifall.)

Reichsminiſter des Kriegs, Hr. v. Peucker, erhält das Wort zu einer Darſtellung der Anſtalten, die von Seiten der Centralgewalt in Schleswig-Holſtein zum Schutze der deutſchen Intereſſen und namentlich der deutſchen Waffenehre ergriffen worden. Er weiſt darauf hin, daß ſich die Feinde Deutſchlands verrechnet hatten, die ihre Pläne auf die Uneinigkeit und Zerriſſenheit unſeres Vaterlandes bauten und ſpricht die Ueberzeugung aus, daß ſich ſolche Feinde ſtets verrechnen werden. (Bravo!) Hr. v. Peucker knüpft daran die Schilderung des „in der Kriegsgeſchichte unerhörten Ereigniſſes“, welches die Vernichtung des däniſchen Linienſchiffes „Chriſtian VIII.“ und die Eroberung der Fregatte „Geſion“ herbeigeführt hat, unter genauer Erzählung des Hergangs und Erwähnung der Namen Derer, die ſich dabei ausgezeichnet. Die Centralgewalt hat verfügt, daß die eroberte Fregatte „Geſion“ den Namen „Eckernförde“ annehme. Ihre Flagge ſoll nach Frankfurt gebracht und hier neben einer Gedächtnißtafel aufgeſtellt werden, welche die Namen der Tapfern enthält, denen das Vaterland dieſen erſten Erfolg zur See verdankt. (Stürmiſcher Beifall.)

Herr Venedey erinnert bei dieſer Gelegenheit an ſeinen früher geſtellten Antrag, daß dem Erſten, der ein feindliches Kriegsſchiff nimmt, eine Nationalbelohnung ertheilt werden ſolle und ruft den Marineausſchuß an, ſeine Berichterſtattung darüber nicht länger ſchuldig zu bleiben.

Nachdem noch Herr Degenkolb einen Bericht für den volkswirthſchaftlichen Ausſchuß erſtattet hat, verkündet der Vorſitzende, daß der Präſident Hr. Ed. Simſon, den eventuellen Beſtimmungen der letzten Tagesordnung gemäß, Namens der nach Berlin entſendeten und ſeitdem zurückgekehrten Deputation Bericht erſtatten werde. Herr Simſon betritt die Rednerbühne zur Verleſung deſſelben. Obſchon alle Einzelnheiten des Berichts und namentlich der Inhalt ſeiner Aktenſtücke durch amtliche Veröffentlichungen theils, theils durch die Zeitungspreſſe dem Hauſe vollſtändig bekannt ſind, ſo wird der Vortrag Herrn Simſons doch von der aufmerkſamſten Spannung des Hauſes begleitet; alle Stellen, in denen ſich die feſte Beharrlichkeit der Deputation ausſpricht, werden mit Beifall begrüßt und ebenſo erfolgt am Schluſſe des Berichts ein lang anhaltender Applaus.

Von den zahlreichen Anträgen, die in Folge dieſes Berichts geſtellt werden, wird zuerſt mitgetheilt der von den Herren Heckſcher, v. Herrmann und Genoſſen, wornach die §§. 68 bis 84 der Reichsverfaſſung (Abſchnitt III.) durch eine Reihe von Beſtimmungen erſetzt werden ſollen, wornach an die Stelle des Kaiſers ein Direktorium von 7 Mitgliedern, unter einem Reichsſtatthalter, treten würde. Ein zweiter gleichfalls als dringend beantragter Antrag rührt von den Hrn. Kierulff, Vogt und Genoſſen her. Er iſt des Inhalts:

„Die verfaſſunggebende Reichsverſammlung, veranlaßt durch den Inhalt des von der nach Berlin entſendeten Deputation erſtatteten Berichts, 1) erklärt feierlich im Angeſicht der geſammten deutſchen Nation, daß ſie an der in zweiter Leſung beſchloſſenen Reichsverfaſſung und an dem in zweiter Leſung beſchloſſenen Reichswahlgeſetz unwandelbar feſthalten werde. 2) Sie überweiſt den Bericht der Deputation an einen durch die Abtheilungen zu wählenden Ausſchuß von 30 Mitgliedern zur möglichſt ſchleunigen Berichterſtattung und beauftragt dieſen Ausſchuß zugleich mit der Vorberathung der Maßregeln, welche zur Durchführung der sub 1 gegebenen Erklärung nöthig erſcheinen.“

Ein dritter Antrag der Herrn Moritz Mohl, Ahrens, Römer, Uhland, will die Oberhauptsfrage als eine offne betrachten und einen Ausſchuß niederſetzen, um deßfallſige Vorſchläge an die Reichsverſammlung zu bringen. Aber an den übrigen Theilen der Verfaſſung ſoll unverändert feſtgehalten werden. Ein Theil der Linken hat einen Verbeſſerungsantrag zu dem Kierulff'ſchen geſtellt. Dagegen geht von der äußerſten Rechten ein Antrag aus, deſſen Erwägungen der Reichsverſammlung das Recht abſprechen, aus ſouveräner Machtvollkommenheit den deutſchen Bundesſtaat zu errichten und der daher das Abwarten der Regierungserklärungen und deshalb Vertagung der Reichsverſammlung auf vier Wochen verlangt. (Unwillensäußerungen.) Unterzeichnet iſt der Antrag von Gombart, Beisler, Detmold, Naumann und Genoſſen. Fernere ſelbſtſtändige Anträge ſind theils von Einzelnen geſtellt, wie einer von dem Herrn Mayfeld, ein anderer von dem Herrn v. Dieskau, der auf ſeinen Präſidenten — wählbar iſt jeder Deutſche — zurückkommt, theils von kleineren Fraktionen, wie von Schütz aus Mainz und republikaniſchen Genoſſen auf einen Vollziehungsausſchuß und Anſtalten zu einer für Juni einzuberufenden zweiten Reichsverſammlung. Herr Schlöſſel endlich will „nach den an den Fürſten gemachten Erfahrungen“ Permanenz des Parlaments unter dem Schutze des Volks, ferner es dem Volke zur Pflicht machen, ſich auch gegen ſogenannte „geſetzliche Streitkräfte“ zu erheben und will die deutſche

Regierungsgewalt anſtatt einem Kaiſer, einem Präſidenten und Vollziehungsausſchuſſe übertragen. Von dieſen verſchiedenen Anträgen wird nur dem Kierulff-Vogt'ſchen — dieſem mit überwiegender Mehrheit und unter dem rauſchenden Beifalle der Gallerie — die Dringlichkeit zuerkannt.

Hr. Raveaux aus Köln: die Gefahr iſt dringend. Halten wir aber feſt an der Souveränetät der Nation, ſo werden alle Spaltungen in dieſem Hauſe verſchwinden. Und die Einmüthigkeit, die unter uns herrſcht, wird zurückwirken auf das Volk und auf die Fürſten. (Lebhafter Zuruf.)

Hr. Wurm aus Hamburg: Man kann der Meinung ſein, daß der König von Preußen die deutſche Kaiſerkrone abgelehnt habe, ohne deshalb anzunehmen, daß Preußen abgelehnt hat. Daß wir aber ſchon in dieſer Verſammlung es ausſprechen, wie wir unter allen Umſtänden feſthalten werden an der Reichsverfaſſung, das ſind wir der Nation ſchuldig. Herr Wurm erklärt ſich demgemäß mit aller Dringlichkeit für den Kierulff-Vogtſchen Antrag.

Hr. Moritz Mohl begreift die ſtaatsrechtliche Theorie des Herrn Wurm nicht, wornach nicht auch Preußen die deutſche Kaiſerkrone abgelehnt habe. Einig ſei dagegen das Haus in ſeinem Danke für die Würde, mit der ſich die nach Berlin entſendete Deputation benommen habe. (Bravo). Wir wollen unwandelbar an der Verfaſſung halten. Aber abgeſchmackt wäre es, feſtzuhalten an der Verfaſſung mit einem Erbkaiſer. Preßt man etwa einen Kaiſer, wie man Matroſen preßt? (Gelächter.) Der Antrag der Herren Ahrens, Römer, Uhland iſt's daher, den Hr. Mohl für den einzig richtigen hält.

Hr. Ludwig Simon verwendet ſich für den von ihm und ſeinen politſchen Freunden geſtellten Verbeſſerungsantrag, wornach aus dem Kierulff'ſchen der Punkt von der Einſetzung eines Ausſchuſſes wegfallen ſoll. Man ſolle ſich einfach damit begnügen, die Antwort der Deputation zu billigen und die Erklärung abzugeben, daß man feſt an der Verfaſſung halte. Die Verfaſſung ſei nämlich, und das ſei der Grund, der die Linke dazu geführt habe, die einzige Fahne, unter der ſich Alles vereinigen laſſe, was von Vertretern der verſchiedenen Meinungen in Deutſchland von dem nöthigen materiellen und geiſtigen Einfluſſe ſei. „Der Moment meine Herren, wo Sie den Undank einärnten, den wir (von der Linken) Ihnen oft geweiſſagt, daß er Sie treffen würde, trotz aller Ihrer Beſtrebungen das was „oben" iſt, zu ſtützen, iſt da. Dennoch frohlocken wir jetzt nicht, ſondern wir ſtellen uns zu Ihnen, um durch gemeinſchaftlichen Zuſammenhalt, die dem Vaterlande und unſerem Werke drohende Gefahr zu beſiegen. (Bravo.) Es wird nicht lange helles Wetter bleiben an unſerm Horizonte. Es wird ein Gewitter heranziehen, welches ſich an dem Thurme dieſer Kirche entladen möchte. Sorgen wir rüſtig und in Zeiten, daß der Blitzſtrahl nicht uns — daß er die ſchuldigen Häupter treffe. (Beifall aus dem Hauſe und von der Gallerie.)

Nach der Rede des Hrn. Ludw. Simon wird die eigentliche Debatte geſchloſſen. Aber erſt nach einer eben ſo breiten als verwickelten Verhandlung über die Frageſtellung und das Verhältniß der beiden Unteranträge von Ludwig Simon und Ahrens zu dem Kierulff-Vogt'ſchen Hauptantrage kommt zur Abſtimmung: zuerſt ein Zuſatz von Ludwig Simon: auf eine ſofortige Anerkenntniß des Verhaltens und der Erklärungen der Berliner Deputation. Wird im Wege gewöhnlicher Abſtimmung abgelehnt. Ueber den Zuſatzantrag von Ahrens dagegen, die Oberhauptsfrage als offen zu betrachten und einen Ausſchuß zu beauftragen, deßfallſige neue Vorſchläge an die Verſammlung zu bringen, wird durch Namensaufruf abgeſtimmt. Verworfen mit 328 gegen 106 Stimmen.

Der Hauptantrag der Herren Kierulff, Vogt und Genoſſen dagegen in ſeiner urſprünglichen und unveränderten Geſtalt wird mit 276 gegen 159 Stimmen angenommen. Die Abtheilungen werden ſich in Folge dieſes Beſchluſſes morgen früh 9 Uhr verſammeln, um die Wahl von dreißig Ausſchußmitgliedern vorzunehmen.

Die nächſte Sitzung findet übermorgen Statt. Die für die heutige Tagesordnung angeſetzt geweſenen unerledigt gebliebenen beiden Gegenſtände gehen daher auf dieſe Sitzung am 13. über.

-x **Frankfurt**, 11. April. Geſtern fand eine zweite Verſammlung aller Parteien in der Mainluſt ſtatt. Raveaux führte den Vorſitz. Die Debatte bewegte ſich wieder um die ſchon neulich beſprochene Frage: was in Folge der Antwort des Königs von Preußen auf die Einladung der Reichsverſammlung nunmehr von dieſer zu thun ſei? Ahrens entwickelte die Anſicht: daß, nachdem die Ausführung der Erbkaiſeridee ſich als unmöglich erwieſen, die Verſammlung auf eine andere Form der Regierung für den Bundesſtaat zurückkommen müſſe, und zwar auf das Direktorium. Die Zuläſſigkeit einer ſolchen Umgeſtaltung der ſchon beſchloſſenen und verkündigten Reichsverfaſſung ſeitens der konſtituirenden Reichsverſammlung ſuchte der Redner aus einem analogen Vorgange in Belgien zu erweiſen. Ludwig Simon: die Reichsverfaſſung ſei ihrem ganzen Inhalte nach unantaſtbar, alſo auch in dem Punkte, welcher die Uebertragung der erblichen Kaiſerwürde an einen regierenden Fürſten feſtſtelle. Dieſen Standpunkt nehme auch die demokratiſche Partei jetzt ein, in dieſem Sinne habe auch die neuliche Verſammlung zu Heidelberg, welche aus Mitgliedern der Oppoſition verſchiedener deutſchen Staaten, Mitgliedern der hieſigen Linken und Mitgliedern des Centralausſchuſſes der Märzvereine beſtanden, ihren ganzen Einfluß im Volke aufzuwenden beſchloſſen. Die Ablehnung der Wahl ſeitens des Königs von Preußen — und eine ſolche liege allerdings vor — ändere daran Nichts. Ein Zurückgehen auf das Direktorium müſſe ſchon um deswillen ferngehalten werden, weil ein Anſchluß Oeſterreichs an den deutſchen Bundesſtaat ohne Gefährdung der Volksfreiheit nicht möglich ſei. Es gelte jetzt, die Verfaſſung, ſo wie ſie ſei, durchzuführen. Hier würden vielleicht die Parteien in der Reichsverſammlung ſich ſcheiden, die Einen würden noch auf weitere befriedigende Erklärungen von Berlin aus hoffen und dieſe ruhig abwarten wollen; die Andern fänden für nothwendig eine Aufforderung an ſämmtliche deutſche Regierungen zu unbedingter Anerkennung der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung zu erlaſſen, damit die Reichsverſammlung ſodann aus den Fürſten das Oberhaupt Deutſchlands wählen können, welche eine ſolche Anerkennung ausgeſprochen haben würden. Dadurch ſei ein Zurückkommen auf die Perſon des Königs von Preußen nicht ausgeſchloſſen, denn ſobald derſelbe die die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung geleiſtet habe, werde er immer vorzugsweiſe in Betracht kommen. Sollte jener Aufforderung nicht von ſo vielen Fürſten Folge gegeben werden, daß auf dieſem Wege ſich ein Kern des künftigen Bundesſtaates bilden ließe, ſo würde von der Reichsverſammlung ein Ausſchuß zur Vorbereitung weiterer Schritte niederzuſetzen ſein. Wedekind ſchlägt vor, die proviſoriſche Centralgewalt in Erweiterung des Geſetzes vom 28. Juni 1848, mit derjenigen Machtvollkommenheit zu bekleiden, welche nach der Verfaſſung dem Kaiſer zuſteht, dieſelbe zur ſofortigen Ausſchreibung des Reichstages auf Grund des Reichswahlgeſetzes aufzufordern und dieſem die Wahl eines Kaiſers zu überlaſſen, nachdem zuvor an Oeſterreich eine direkte Aufforderung ergangen ſein würde, zu erklären, ob es die Verfaſſung annehme und auf deren Grund den Reichstag zu beſchicken. Biedermann, als Mitglied der nach Berlin geſandten Deputation, erläutert die von der Deputation abgegebene Erklärung dahin, daß die Deputation dadurch eine thatſächliche Ablehnung der auf ihn gerichteten Wahl ſeitens des Königs von Preußen nicht habe ausſprechen wollen noch können, daß ſie vielmehr nur das habe ausdrücken wollen, daß eine bedingte Annahme der Wahl unthunlich ſei, daß es dem Könige nicht zuſtehe, zuvor die Krone anzunehmen, die Verfaſſung aber in ihrer Integrität nicht anzunehmen, daß dieſes Beides ein einziges, untheilbares Ganzes ſei, und daß alſo der König nur entweder Beides zuſammen oder keines von Beiden annehmen könne. Nach ſeiner individuellen Anſicht, ſetzte der Redner hinzu, ſtehe daher die Sache ſo, daß die Reichsverſammlung auszuſprechen habe: ſie halte unverrückt an der Verfaſſung feſt, und daß ſie zunächſt den König von Preußen zur Anerkennung der Verfaſſung auffordern möge, da ſie es vor der Hand nur mit dieſem, nicht mit den andern Fürſten zu thun habe, welche bis jetzt die beſchloſſene Verfaſſung nicht in Frage geſtellt hätten. Nauwerck beantragt einen Ausſchuß zur Erwägung der Sache. M. Mohl kommt nochmals auf das Direktorium zurück, als das einzig noch Ausführbare, „wenn nämlich die Regierungen dazu die Hand böten", das Kaiſerthum ſei ganz unmöglich, nachdem Preußen abgelehnt, Oeſterreich und Baiern aber ganz entſchieden ihre Nichtunterwerfung unter ein ſolches erklärt hätten. Rüder führt die Debatte auf ihr nächſtes Ziel, das in der morgenden Sitzung zu beſchließende, zurück und empfiehlt einen Ausſchuß. Zell formulirt einen beſtimmten Antrag dahin

Digitized by Google

Reichsverſammlung ſoll 1) erklären, daß ſie an der Verfaſſung und dem Wahlgeſetz, wie ſolche beſchloſſen, unverrückt feſthalte; 2) den Bericht der Deputation einen Ausſchuß von 30 Mitgliedern zur Prüfung und ſchleunigen Berichterſtattung übergeben. Wurm unterſtützt dieſen Vorſchlag mit dem Bemerken: wenn der König von Preußen abgelehnt habe, ſo habe damit Preußen noch nicht abgelehnt. Nicht um ſeiner Perſon willen habe man den König gewählt, ſondern als Haupt des mächtigſten Staates. Gerade das werde eine Hauptaufgabe des niederzuſetzenden Ausſchußes ſein: „die verſchiedenen Eventualitäten ins Auge zu faſſen, wie, trotz der Ablehnung des Königs, dennoch Preußen an die Spitze Deutſchlands zu ſtellen ſei." Vogt wünſcht noch, als Punkt 3. in dem Zellſchen Antrage, daß der Ausſchuß beauftragt werde: „die Maßregeln vorzuberathen, welche zur Durchführung der unter 1 abgegebenen Erklärung' nöthig erſcheinen." Jetzt gelte es, ſagt Vogt, die beiden Hauptparteien der Reichsverſammlung, die ſtabile (Centren) und die Bewegungspartei (Linke) zuſammenzuſchweißen, um mit vereinigter Kraft den Regierungen gegenüberzutreten. Der Vereinigungspunkt werde darin gefunden ſein, daß die Bewegungspartei der ſtabilen das „Feſthalten an der Verfaſſung", ihrem ganzen Inhalt nach garantire, vorbehältlich natürlich eines Ankämpfens gegen einzelne Punkte derſelben im verfaſſungsmäßigen Wege auf künftigen Reichstagen, daß dagegen die ſtabile mit der Bewegungspartei gemeinſchaftlich für die Durchführung der Verfaſſung handle. Gegen die ſo vereinigten beiden Parteien würden die Regierungen Nichts zu unternehmen wagen, eine Spaltung derſelben werde man ſofort benutzen. Die Anerkennung der Verfaſſung von den Fürſten zu erzwingen, ſei Sache der Reichsverſammlung, nicht des künftigen Kaiſers, wie es Sache des preußiſchen Volkes ſei, die Perſönlichkeit, welche die Erhebung Preußens an die Spitze Deutſchlands hindere, zu beſeitigen. Stavenhagen ſchließt ſich dem Vogt'ſchen Zuſatzantrage an. Heckſcher: Auch ſeine Partei (die öſterreichiſche) halte an der Verfaſſung feſt, mit Ausnahme der Oberhauptsfrage, weil ſie von der Anſicht ausgehe, daß das Direktorium die allein zweckmäßige Form für Deutſchland ſei. Die Verſammlung beſchließt auf Befragen des Vorſitzenden über den Zell-Vogt'ſchen Antrag in dem Sinne abſtimmen zu wollen, daß damit zwar kein bindender Vorausbeſchluß, aber doch eine Ermittlung des Willens der Mehrzahl der Anweſenden erreicht werde. Bei der hierauf vorgenommenen Abſtimmung erklärt die ganz überwiegende Mehrzahl der Anweſenden durch Handaufheben ihre Zuſtimmung zu dem kombinirten Zell-Vogt'ſchen Antrag.

* **Wien.** 6. April. Die Nationalbank hat ihren Beamten Reitler, Abgeordneten in Frankfurt, wegen ſeiner Abſtimmung in der deutſchen Oberhauptsfrage entlaſſen.

△ **Wien**, 7. April. Fürſt Windiſchgrätz hat ſich wirklich gegen Hatvan in Bewegung geſetzt und 50,000 Mann unſerer Truppen begleiten ihn. Graf Schlick hat ſchon die Offenſive ergriffen und man erwartet bereits heute einen Bericht vom Kriegsſchauplatz. Die ganze Maßregel ſcheint jedoch mehr unternommen, um die Armee zu befriedigen, die ziemlich ungeſtüm ihr Mißfallen mit der bisherigen Kriegführung auszuſprechen anfing, und man ſcheint die Operationen darauf beſchränken zu wollen, die Ungarn über die Theiß zurückzudrängen. Da die Brückenequipagen in Peſth zurückgeblieben ſind, kann man nicht die Abſicht haben, den Fluß zu überſchreiten. Von dem Banus Jellacic wollte man in den letzten Tagen wiſſen, daß er bei Szegedin ſtehe, er ſcheint ſich aber jetzt wieder gegen Giongiös gewendet zu haben. Der Handelsnachricht, daß der Banus ein ſiegreiches Gefecht beſtanden, wobei er 16 Kanonen erobert haben ſoll, können wir noch nicht vertrauen, da die Beſtätigung durch Bulletin ſonſt wohl erfolgt wäre. Uebrigens wollen Reiſende, die von Peſth kommen, die eroberten Kanonen auf der Eiſenbahn ſelbſt geſehen haben. Die Stimmung von Peſth ſoll ungefähr ſo gut öſterreichiſch ſein wie die von Brescia. Die Privatnachrichten über die Einnahme dieſer letzteren Stadt überbieten noch die Greuel der Wallachen und Magyaren in Siebenbürgen. Nach dem Abzuge der Beſatzung ſollen alle Deutſche niedergemacht worden ſein, wobei man weder Frauen noch Kinder ſchonte. Nach der Wiedereinnahme der Stadt übten die kaiſerlichen Truppen eine furchtbare Vergeltung. Wenn ſich die Nachrichten beſtätigen, ſo ſind 15,000 Brescianer geblieben, was ſehr wahrſcheinlich iſt, da die Truppen ihrer geringen Anzahl wegen keine Gefangenen machen und noch weniger bewahren konnten, und folglich Alles, was mit den Waffen ergriffen wurde, ſogleich niederſchoſſen. Die Verleihung des goldenen Vließes an den Feldmarſchall Radetzky iſt jetzt offiziell erklärt. Wie ſich doch Zeit und Ereigniſſe Bahn brechen! Der katholiſchſte aller Orden auf der Bruſt eines ſo redlichen Proteſtanten als es nur geben kann! und Niemand wird wagen, ſelbſt nicht die Jeſuiten in Innsbruck, dagegen ſich zu regen!

* **Wien**, 7. April. Aus Linz wird geſchrieben: der dritte Preßprozeß wird vorbereitet gegen den Redakteur des „Linzer Poſtillons" wegen eines politiſchen Artikels vom 28. Okt. v. J. Der Staatsanwalt hat auf ein Jahr ſchweren Kerker fur den Verfaſſer und auf 8 Monate ſchweren Kerker für den Redakteur angetragen. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die neue Anleihe ſo lange verzögert werden wird, bis in den italieniſchen, ungariſchen und deutſchen Angelegenheiten eine Entſcheidung eintritt. Während des kurzen piemonteſiſchen Feldzugs waren anſehnliche Mengen von Waffen und Schießbedarf nach Mailand gebracht worden. Der Militär-Gouverneur der Stadt, Graf Wimpffen, befiehlt unter Androhung ſtandrechtlicher Verurtheilung dieſelben längſtens bis zum 1. April auszuliefern.

Aus **Trieſt** wird vom 4. d. gemeldet, daß ſich der Admiral Dahlerup bereitet, nach den Gewäſſern in Venedig abzuſegeln. Die ſardiniſche Flotte ſoll in Folge des Waffenſtillſtandes am 1. von Venedig abgeſegelt ſein. (W. Z.)

Ollmütz, 4. April. Deputationen deutſcher und böhmiſcher Bauern ſollen hier bei Hofe ſein, vom Kaiſer die Kremſierer Verfaſſung zu erbitten. (C. Bl. a. B.)

△ **Berlin**, 9. April. Camphauſen iſt bereits in Berlin eingetroffen und hat heute die erſte Konferenz mit den Staatsminiſtern gehabt, der gleich morgen die zweite folgen wird. Einen erfreulichen Eindruck macht es, daß die Anſichten dieſes Staatsmannes Eingang finden, wenigſtens denjenigen Eingang, der das Fortſchreiten auf dem in der Oberhauptsfrage nunmehr mit ſolcher Entſchiedenheit betretenen Wege zu einem möglichſt glücklichen Ausgang zu führen verſpricht. Camphauſen wird, ſobald die Frage berathen iſt, nach Frankfurt zurückkehren, um dort Preußen zu vertreten, das durchaus zur Verſtändigung nicht bloß mit den Bevollmächtigten der Einzelſtaaten, ſondern auch mit der Reichs-Verſammlung geneigt iſt. Sehr vortheilhaft würde es in dieſer Beziehung wirken, wenn ſich das Gerücht beſtätigen und der Graf Bülow, der bis vor Kurzem interimiſtiſch die auswärtigen Angelegenheiten leitete, nach dem Austritt des Grafen Arnim das Portefeuille des Auswärtigen, wenn auch nur interimiſtiſch, wieder übernehmen ſollte. Das Schwanken der Wahl zwiſchen den Hrn. Jänichen und Simons ſoll nunmehr dahin entſchieden ſein, daß der Geh. Oberjuſtizrath Simons, Mitglied der erſten Kammer, zum Juſtizminiſter ernannt worden. Herr Simons iſt ein Rheinländer und zwar, wie Herr von der Heydt, ein Elberfelder: ſo daß alſo zwei Rheinländer im Staatsminiſterium vertreten wären. Aus dieſer Ernennung mag übrigens die Gewißheit gezogen werden, daß an einen Miniſterwechſel nicht gedacht wird.

Lith. Korr. **Berlin**, 9. April. Man erfährt, daß von einer großen Anzahl deutſcher Regierungen theils öffentliche, theils Privatſchreiben der Fürſten vor und mit der Frankfurter Kaiſerdeputation eingetroffen ſind, welche die Anträge der Deputation zu unterſtützen beſtimmt waren. Gleich nach dem Bekanntwerden des Reſultates der Kaiſerwahl langte ein Schreiben des Herzogs von Deſſau in Charlottenburg an, welches dem Könige die Annahme der Wahl dringend an das Herz legte, und in welchem der Herzog ſich zu jedem Opfer bereit erklärte, das die einheitliche Geſtaltung Deutſchlands von den einzelnen Souveränen erheiſchen ſollte. Die ehrenwerthe Politik des Miniſters Habicht iſt auch in dieſem Schritte der deſſauiſchen Regierung nicht zu verkennen. Man erzählt, daß Hr. v. Vincke bei dem Prinzen von Preußen eine Audienz gehabt, in welcher er den Prinzen dringend gebeten habe, ſeinen ganzen Einfluß aufzubieten, um ſeinen königl. Bruder zu einem entſchiedenen Indiehandnehmen der deutſchen Angelegenheit zu bewegen. Man will wiſſen, daß Sr. Königl. Hoheit bei dieſer Gelegenheit ſich in der deutſchen Frage ganz im Sinne des Hrn. v. Vincke und gegen das gegenwärtige Kabinet geäußert hätten. Hr. Camphauſen hatte mit dem Miniſter Grafen Arnim eine längere Konferenz über die deutſchen Angelegenheiten. Als theilweiſes Reſultat derſelben dürfte es anzuſehen ſein, daß Anſtalten getroffen ſind, daß alle Depeſchen, Noten ꝛc. der deutſchen Höfe in der deutſchen Angelegenheit gleichzeitig nach Berlin und Frankfurt abgeſandt werden. Hr. Camphauſen iſt

№ 100. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 11. April 1849.

Ueberſicht.

Schleswig-Holſtein und die Diplomatie.
Die Eckernförder Seeſchlacht.
Die Reichsgeſandtſchaft in Berlin.
Deutſchland. München (Der Bairiſche Hof und die Preußiſche Antwort.)

Schleswig-Holſtein und die Diplomatie.

Die glorreichen Siegesnachrichten aus Schleswig, und dem gegenüber, was in der letzten Zeit über die ſtattgehabten Friedens- oder Waffenſtillſtandsverhandlungen bekannt geworden iſt, dürften die Aufforderung enthalten, über die gegenwärtige Lage der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten und ihr Verhältniß zu Deutſchlands politiſcher Lage ein kurzes Wort zu ſagen. Es hat die Sache der Herzogthümer ſo ziemlich alle dieſelben Phaſen wie die der deutſchen Einigung durchlaufen: im Frühling des vorigen Jahres die kühne Erhebung und die Hoffnung, im raſchen Anlauf das Ziel zu erreichen; dann der Wideeſtand, das Hinausziehen, die Erſchlaffung; der Malmöer Waffenſtillſtand, ein größeres Unglück für Deutſchland, als für die Herzogthümer; zuletzt faſt die Verzweiflung an dem Gelingen der Sache, zugleich aber ein Anſtrengen aller Kräfte zunächſt im Lande ſelbſt, um nicht ruhmlos zu enden. In dem Augenblicke, da die Reichsverſammlung ſich zu einer entſcheidenden That entſchließt und die Kaiſerboten nach Berlin gehen, ziehen die ſchleswig-holſteiniſchen und anderen deutſchen Truppen aufs neue an die nördliche Grenze. Und nun in einem Momente, da die Beſten des Vaterlandes enttäuſcht und verſtimmt daſtehen, gibt die Nachricht von dem glänzenden Siege der deutſchen Waffen eine erfreuliche Unterbrechung. Möge derſelbe ein gutes Omen ſein, daß die deutſchen Angelegenheiten überall wieder vorwärts gehen ſollen!

Die ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten ſind oft angeklagt worden, ſie hätten um ihrer beſonderen Intereſſen willen das Verfaſſungswerk ſo zu leiten geſucht, wie es nun gegangen. Dem unbefangenen Beobachter iſt es bekannt, daß die 10 Abgeordneten aus Schliswig-Holſtein zu der Verfaſſung eine ſo verſchiedene Stellung eingenommen haben, wie die irgend eines andern Landes; zum erſten Mal bei der Wahl des Kaiſers haben alle vereinigt geſtanden. Daß ſie mehr als andere die Nothwendigkeit einer ſtarken Einigung des Vaterlandes gefühlt haben, liegt wohl in der ganzen Geſchichte ihres Landes begründet; hat doch auch Holſtein, trotz ſeiner Zugehörigkeit zum deutſchen Reich und Bund, eigentlich niemals irgend welchen Schutz oder unmittelbare politiſche Einwirkung von dem übrigen Deutſchland empfangen. Auf die eigene Kraft und die Unterſtützung der nächſten Nachbarn, insbeſondere der Städte hingewieſen, hat es das deutſche Element bei ſich und in Schleswig vertreten müſſen. Gerade die bisherige Verlaſſenheit hat den Werth enger Gemeinſchaft und feſter Geſchloſſenheit gelehrt.

Nur die Rückſicht auf die allgemeinen Verhältniſſe Deutſchlands, nicht das beſondere Intereſſe und dee augenblickliche Vortheil des eigenen Landes hat die Mehrzahl der Schleswig-Holſteiner beſtimmen müſſen, ſich für die erbliche Uebertragung der Oberhauptswürde an das preußiſche Königshaus zu erklären. Gewiß hat Schleswig-Holſtein nicht vergeſſen, daß Preußen ihm Hülfe ſchickte und die Dänen über die Danewirk zurücktrieb, aber Preußen hat nicht blos den ſpäteren Waffenſtillſtand geſchloſſen, es hat in jüngſter Zeit Unterhandlungen gepflogen oder gefördert, welche alles überbieten, was man noch vor Monaten für möglich gehalten hätte; man wird, ohne Gefahr widerlegt zu werden, ſagen können, daß der König die Wiederaufnahme des Krieges in hohem Grade ungern geſehen hat, und daß das jetzige Miniſterium bereit war, einen Frieden einzugehen, welcher das Recht der Herzogthümer und die Ehre Deutſchlands nicht wahrte.

Die Sache liegt aber in den Händen der Centralgewalt. Die Vorſchläge, welche ſie als Baſis eines Friedens angenommen hatte, ſind offiziell nicht bekannt geworden; doch hat genug verlautet, um über ihren Inhalt keinen Zweifel zu laſſen. Schleswig ſollte ſelbſtſtändig, aber auch vollſtändig getrennt von Holſtein werden. Eine nähere Beleuchtung des Projektes darf man ſich jetzt vorbehalten, bis daſſelbe öffentlich mitgetheilt worden iſt. Für den Augenblick ſoll nur erinnert werden, daß Dänemark bis zum März 1848 nichts mehr gewünſcht hat, als was ihm hier gewährt wurde; nur die letzte ungerechteſte und vermeſſenſte Forderung, die Inkorporation Schleswigs in das Königreich, wäre zurückgewieſen; aber dieſe hätte den Dänen gedient, um das zu erreichen, wogegen lange die Herzogthümer mit allen Keäften unter dem Beifall und Beiſtand Deutſchlands angekämpft haben. Die deutſche Bundesverſammlung hat im September 1846 ſich in dieſee Angelegenheit für kompetent erklärt, weil ſie Holſteins Recht auf die Verbindung mit Schleswig zu ſchützen habe; die Beſchlüſſe derſelben aus dem April des vorigen Jahres gehen dahin, daß dieſe Union, dieſe *ſtaatsrechtliche Verbindung*, geſchützt, erhalten werden ſolle. Dies iſt der Anlaß und darauf beruht das Recht zum Kriege. Und nun ſollte die Centralgewalt, die das Werk des Bundestages und die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung auszuführen hatte, einen Frieden ſchließen, welcher eben jene ſtaatsrechtliche Verbindung, jene Jahrhunderte alte Union aufhöbe, ganz zerſtörte?

Die ſchwierige Stellung der Centralgewalt in den auswärtigen Verhältniſſen ſoll wahrlich hier nicht verkannt werden. Sie hat mit Hinderniſſen gerungen, wie ſie wohl kaum je eine Staatsgewalt gefunden hat. Abneigung bei faſt allen Großmächten, gänzlich mangelnde Unterſtützung von Seiten der einen deutſchen Geoßmacht, nothgedrungen eine gewiſſe Abhängigkeit von der anderen: das ſind Verhältniſſe, welche es nicht leicht machen, einen Frieden zu ſchließen, an deſſen Bedingungen faſt ganz Europa Theil nimmt. Es mag nicht viel übrig geweſen ſein, als ſo da verfahren, wie geſchehen iſt. Es blieb die Hoffnung, daß ſelbſt dieſe Bedingungen dem däniſchen Uebermuth nicht genügten und daß Deutſchlands Sache, wenn es an und ſelbſt bis über die Grenze der möglichen Zugeſtändniſſe hinausgegangen war, eine billigere und mehr anerkennende Beurtheilung auch bei den Mächten Europas finden werde. Diejenigen aber, welche auf die gefaßten Beſchlüſſe keinen Einfluß hatten, mochten vertrauen, daß die Reichsverſammlung einen Frieden nicht anerkennen werde, der hinter jenem Waffenſtillſtand weit zurückblieb, daß im letzten und äußerſten Falle dieß Land ſelbſt ſich werde ſchützen können gegen die Einführung eines Zuſtandes, welcher faſt alles vernichtete, wofür gekämpft und was bereits errungen war.

Es iſt zu dieſem Unheil nicht gekommen. Dänemark hat alle Anerbietungen verworfen und noch einmal das Spiel der Waffen verſucht. Schon erndet es die Früchte ſeiner Vermeſſenheit, ſelbſt auf dem Gebiete, wo es ſich für allgewaltig hielt. Ein ausgezeichneter Militär und Staatsmann hat den Erfolg der Waffenthat bei Eckernförde für ſo bedeutend erklärt, daß er ſich nicht wundern werde, wenn Dänemark ſofort den Frieden ſuche. Wenn gleichzeitig, wie kaum zu zweifeln, die däniſchen Regimenter über die jütiſche Grenze zurückgeworfen und nach Peucker's energiſcher Inſtruktion mit dem Bayonnet am Leibe veeſolgt werden, ſo kann ein anderes kaum geſchehen. Aber nimmermehr werden dann die Friedensbedingungen des letzten Vorſchlags gelten können. Sie ſind mit dem erſten Schuß zuſammengefallen. Man muß ſie betrachten wie von der Erde verſchwunden; es wäre wünſchenswerth, daß man ſelbſt die Erinnerung an dieſelben austilgen könnte. Würde jemand wagen, ſie jetzt noch zum Vorſchein zu bringen, ein Schrei der Entrüſtung würde durch Deutſchland tönen.

Bunſen hat als Reichsgeſandter in London ſeine Entlaſſung genommen. Es iſt nicht bekannt geworden, ob er nur ſeine Kreditive in dieſer Eigenſchaft hat vorlegen können. So viel wiſſen wir, daß die Anweiſungen aus Berlin und die Inſtruktionen aus Frankfurt nicht übereinſtimmten und dies wird auf jenen Schritt Einfluß gehabt haben. Wie die Lage der Dinge iſt, müſſen wir es glücklich nennen. Es wäre ihm ſchwer geweſen, den Standpunkt wieder zu gewinnen, den Deutſchland einnehmen muß. Mit ihm ſind auch die Projekte zurückgetreten, welche zuletzt an ſeinen Namen geknüpft waren.

Die Reichsverſammlung wird vielleicht den Frieden nicht mehr zu genehmigen haben. Wenn Deutſchland nicht verlaſſen bleibt, ſo hat ſein Kaiſer hier einzuſehen. Man kann das günſtig und ungünſtig finden. Nach dem, was vorher berührt worden iſt, dürfte die erſte Auffaſſung nicht durchaus überwiegen. Das Oberhaupt des Reichs wird Grund haben zu wünſchen, daß dieſer Kampf beendigt werde, daß es nicht zur Störung des Einvernehmens mit anderen Mächten, auch bishee befreundeten, Anlaß gebe. Doch weeden auch andere Intereſſen in Rückſicht kommen; die neue Herrſchaft, die Deutſchland das gewähren ſoll, wofür es ſich im Frühjahr 1848 erhoben, wird auch hier hinter dem geſteckten Ziel

nicht zurückbleiben können. Der Friede iſt eine Sache der Nation, er gehört zur Kompetenz auch des künftigen Reichstages. Die Feſtſtellung der Verhältniſſe Schleswigs iſt in der Verfaſſung vorbehalten; für das Staatenhaus iſt die Zahl der Mitglieder für Holſteins und Schleswig berechnet; im Wahlgeſetze iſt Schleswig-Holſtein gedacht. Was hier einſchlägt und definitive Aenderungen begründet, kann nur durch die vereinigten Gewalten des Reiches zur Geltung kommen. Auf die Reichsregierung und den Reichstag zuſammen mag jeder vertrauen, daß der künftige Friede wirklich das Recht der Herzogthümer und die Ehre Deutſchlands wahre.

Die Eckernförder Seeſchlacht. *)

Zwiſchen der Schlei und dem Kieler Buſen ſtreckt ſich eine Bucht drei Meilen weit von Oſten nach Weſten in das Land hinein. In dem tiefſten Winkel derſelben liegt Eckernförde, von welchem ſie den Namen trägt. Dieſe Bucht war der Schauplatz der letzten Schlacht.

Unweit der Stadt waren zwei Strandbatterieen errichtet, beiläufig geſagt, die ſchwächſten an der Küſte. Die Süd-Batterie (vier 24-Pfünder) wurde von einem ſimplen ſchleswig-holſteiniſchen Oberfeuerwerker kommandirt; die Nord-Batterie, in der einige ſchwere Stücke waren, vom ſchleswig-holſteiniſchen Hauptmann Jungmann (früher in preußiſchen Dienſten.)

Es war am 5. April, Morgens 7 Uhr; da näherte ſich die vor Eckernförde kreuzende däniſche Flotille, beſtehend aus dem Linienſchiffe „Chriſtian VIII.“ (von 84 Kanonen), der Fregatte „Geſion“ (46 Kanonen), der Brigg „St. Croix“ und drei Kriegs-Dampfſchiffen, dem Lande.

Das zuerſt in die Bucht einlaufende Dampfſchiff wurde ſogleich durch einige gut gezielte Schüſſe unbrauchbar gemacht und mußte durch die beiden andern hinaus bugſirt werden. Die beiden Kriegsſchiffe ſegelten mit vollem Oſtwinde heran, und nun begann eine Kanonade, die bis Schleswig gehört wurde. Von den ſchleswig-holſteiniſchen Strandbatterieen konnte bald nur die ſüdliche noch wirken, da ſich die Schiffe vor die Stadt, gerade in die Schußlinie der nördlichen Batterie legten. Der fortwährend wehende Oſtwind trieb dieſelben immermehr dem Lande zu, ſo daß es der Strandbatterie gelang, dem „Geſion“ das Steuer zu zerſtören. Das Linienſchiff gerieth auf den Grund. Ein zu Hilfe ſignaliſirtes Dampfſchiff wurde durch die deutſchen Batterieen ſogleich zur Umkehr gezwungen. Das Feuer währte bis gegen 2 Uhr, wo auf dem „Chriſtian VIII.“ eine weiße Flagge aufgezogen wurde. Ein Parlamentär kam ans Land mit einem Schreiben an die Civil und Militärbehörden, worin denſelben angeboten wurde, gegenſeitig das Feuer einzuſtellen, wenn nicht — würde die Stadt in Brand geſchoſſen werden.

Die Antwort der Militärbehörden war, daß man es nicht verantworten könne, das Feuer einzuſtellen, und die Antwort der ſtädtiſchen Behörde ging dahin, daß man es der Geſchichte anheimgeben müſſe, ein Urtheil über einen ſolchen Vandalismus zu ſprechen, ſich übrigens in das Schickſal, welches die Vertheidigung des Vaterlandes herbeiführen möchte, zu finden wiſſen würde. Da indeß die Remontirung der nördlichen Batterie ſowie eine Ruhe für die ſüdliche ſehr wünſchenswerth war, ſo wurde von dem Herzog von Sachſen-Koburg-Gotha eine Waffenruhe von zwei Stunden bewilligt.

Dieſe Zeit benutzten die beiden Dampfſchiffe, die ſehr gelitten hatten, um in die Föhrde hinauszugeben und ihre Schäden auszubeſſern, während der „Chriſtian VIII.“ wieder flott zu werden ſich bemühte. Als ihm dies nach drei Stunden gelungen war, während welcher das Feuer ſchwieg, ſignaliſirte er eines der Dampfſchiffe an ſich heran, wahrſcheinlich, um ihn aus dem Hafen zu bugſiren. Das Dampfſchiff lichtete die Anker und drehte nach dem Hafen hinein, erhielt aber ſogleich zwei ſcharfe Warnungsſchüſſe von der nördlichen Batterie und wendete darauf wieder aus der Föhrde hinaus, indem es öſtlich ſteuerte.

„Denken Sie ſich die peinliche Spannung,“ ſo ſchreibt man der „Zeitung für Norddeutſchland,“ „als nach Ablauf der Friſt das Linienſchiff ſichtliche Anſtrengungen machte, wieder flott zu werden, um vielleicht unter dem Schutze der noch immer nicht herabgezogenen Parlamentärflagge das Weite zu gewinnen — und das Feuer noch von unſerer Seite nicht eröffnet wurde. Endlich krachte der erſte Schuß, das Manöver war durchſchaut, und ſtatt der Laute des Unwillens unter der Mannſchaft in der Batterie war nun jubelnder Zuruf zu hören. Das Herz hob ſich uns bei jedem Hurrah, mit dem unſre Leute den dumpfen Ton von jeder in das Schiff einſchlagenden Kugel begrüßten.“

Es war inzwiſchen 5 Uhr. Die Zwiſchenzeit war benutzt worden, um mit großer Umſicht eine halbe naſſauer Batterie zwiſchen der ſüdlichen Batterie und der Stadt ſo aufzuſtellen, daß ſie beide Schiffe, die vor Anker lagen und bei ſtarkem Oſtwinde den Spiegel gerade aufs Land zeigten, von hinten der Länge nach beſtreichen konnte. Das Feuer, das nun von beiden Batterien ſowohl, als von dieſer Feldbatterie ſehr lebhaft unterhalten wurde, beantworteten beide Schiffe, beſonders aber das Linienſchiff bald mit vollen Lagen und bald mit nacheinander folgenden Schüſſen.

Man vergegenwärtige ſich die furchtbar ängſtliche Spannung, mit welcher man in Eckernförde dieſem Kampfe zuſah. Der „Weſer-Ztg.“ ſchreibt von dort Jemand um die angegebene Stunde: „Bis um 2 Uhr, reichlich 6 volle Stunden, hat die Süd-Batterie, armirt mit 4 Stück 18pfündigen Kanonen, bedient von ſchleswig-holſteiniſchen Artillerie-Rekruten, den Kampf gegen zwei von Sr. Majeſtät Hauptſchiffen, von 80 und 42 Kanonen, ſo wie einen Dampfer von 10 Kanonen, ununterbrochen ausgehalten. Eben rückt die ſechspfündige naſſauiſche Batterie ein, faßt auf offenem Strande Poſto, um die auf Büchſenſchußweite feſtliegende Fregatte im Spiegel zu begrüßen. Ich ſchließe unter Kanonendonner und der Furcht, daß wir dieſe Nacht eine Brandfackel von der Huld unſeres Landesvaters erleben; eben ſtürzt ein Giebel. Die Südſchanze hält ſich tapfer. Die Nordſchanze muß leider ſchweigen, da die Schiffe zwiſchen ihr und der Stadt liegen. 5½ Uhr. Das Bombardement donnert furchtbar, indeß über Friedrich VII. lebt ein Gott!“

Mittlerweile hatte das Linienſchiff ſo viel Segel zugeſetzt, als zur Bewegung erforderlich war, und lichtete die Anker, um ſich mit der flachen Seite gegen die ſüdliche Batterie zu legen, und dadurch dem Feuer der naſſauer Batterie zu entgehen. Bei dieſem Manöver, welches mit großer Ungeſchicklichkeit ausgeführt wurde, gerieth es abermals auf den Grund und zwar auf Kernſchuß-Diſtance von der ſüdlichen Batterie. Dieſe unterhielt nun ein ſo wohlgezieltes Feuer mit glühenden Kugeln, daß das Schiff innerhalb einer halben Stunde in Brand gerieth, ſein Feuer einſtellen und ſeine Mannſchaft zum Löſchen verwenden mußte, was ihm aber dennoch nicht gelang. Augenzeugen verſichern, daß das Linienſchiff in fürchterlicher Weiſe zugerichtet war, daß man während des Gefechtes alle Pumpen auf dem Schiffe in Bewegung geſehen habe, und daß Tauwerk und Segel in Fetzen herabhingen. Endlich mußte das renommirte, mit ſo vielem Luxus ausgeſtattete, mit ſo vieler Drohung ausgeſchickte Schiff die däniſche Flagge vor einer mit vier Kanonen beſetzten ſchleswig-holſteiniſchen Batterie ſtreichen.

Nun richteten ſich die Schüſſe auf die ihres Steuers beraubte Fregatte „Geſion“, die darauf ebenfalls ſich auf Gnade und Ungnade ergab. Sofort wurde mit der Rettung der Mannſchaft des Linienſchiffes begonnen; es glückte aber nur etwas über 400 Mann vom Bord zu bringen, als um 7 Uhr das Schiff mit noch darauf befindlichen 200 Mann in die Luft flog.

Ein Augenzeuge berichtet darüber in folgender Weiſe:

Es dämmerte ſchon, als die Danebrogsflagge geſtrichen wurde und die Dänen in aller Eile ans Land geſetzt wurden. Ergreifend war die Szene, wie der Kommandeur-Kapitän Paludan dem Herzoge ſeinen Degen überreichte. Ein alter Mann, der Jahre lang den „Chriſtian VIII.“ geführt, niedergeſchmettert durch dieſes Unglück, kam er langſam auf den Herzog zu; ſein erſter Lieutnant führte ihn am Arme; ein prächtiger Tubus war das Einzige, was ſie in der Eile vom Schiffe mitgenommen hatten. Der Herzog benahm ſich würdig; doch war es offenbar, daß er ſich vor Freude über dies unverhoffte Glück kaum zu faſſen wußte.

Die Ausſchiffung war noch nicht vollendet, als die Explosion erfolgte. Wir hatten vorher nur den zunehmenden Rauch geſehen; die Dänen ſelbſt hatten die brennende Stelle innerhalb des Schiffes nicht entdecken können. Es war ein fürchterliches Schauſpiel, wie mit donnerndem Krachen der ungeheure Flammenblitz maſthoch emporſchlug, und zwei Sekunden ſpäter oben in der Luft nach allen Seiten die mit aufgeflogenen Bomben zerſprangen. Am Strande, dicht vor der Stadt, fielen Stücke von Eiſenketten, Kugeln, Trümmer — auch von Menſchen — nieder. Aber das Gräßliche wurde vergeſſen und verſchwand vor dem

*) Nach den Mittheilungen der „Weſer-Ztg.“, der „Hamb. Börſen-Halle“, der „Ztg. für Norddeutſchland“ u. a.

Jubel der überall wogenden Volkshaufen, vor dem Zuruf und den jetzt erſt recht vollſchallenden deutſchen Liedern. Hier und da auf den Straßen wurden Granaten und Kanonenkugeln in allen Größen für ein paar Schillinge feilgeboten. Der brave Oberfeuerwerker von der Südbatterie, im Geſicht ganz ſchwarz von Staub und Pulverdampf, war der am meiſten Umringte. Das war ehrliches Tagewerk und, wie er ſagte: „dat is den Dänen ſlecht bekomen!“

Wir fuhren herüber nach Schleswig. Bei Beſeler war große Verſammlung; höhere Offiziere, die Departementschefs und was ſonſt in dieſen Kreis gehört, Alles in größter und eben nicht freudiger Erwartung; denn es galt bisher ſo ziemlich als ein Axiom, daß Strandbatterien und zumal ſo ſchwach armirte, gegen das große Kaliber und die Ueberzahl der Stücke von Kriegsſchiffen nichts ausrichten könnten. Nach der Exploſion hätte man eher gedacht, daß irgend einer von unſern Munitionsvorräthen geſprengt ſei. Um ſo größer war die Freude, und darin ſtimmte Alles überein, daß jetzt unſer ganzes Auftreten ein kühneres zuverſichtlicheres ſein werde — als die bisher in dieſer Sache befolgte Politik.

Der ſchöne Schluß war die Fahrt auf der Eiſenbahn von Rendsburg ab. Lokomotive und Tender mit Fahnen und Blumen geſchmückt, an jeder Station das Fragen, das raſche Erzählen und der Jubelruf, der uns weiter nach Süden begleitete, und bis an die letzten Grenzen unſeres Vaterlandes nachhallen wird.

Die Reichsgeſandtſchaft in Berlin.

+ **Berlin**, 7. April. Erlauben Sie mir, wenn auch etwas ſpät, zu der Geſchichte der Reichsdeputation in Berlin noch einige Züge zu liefern, welche ich in den bisherigen Berichten darüber vermißte. Zuerſt finde ich nirgends den Unterſchied genugſam betont, der nach Allem, was man darüber aus glaubwürdigſten Quellen vernimmt, zwiſchen der Auffaſſung des Königs von dem ihm gemachten Anerbieten der Reichsverſammlung, und jener des Prinzen von Preußen beſtanden zu haben ſcheint. Dieſer Unterſchied iſt aber wichtig theils für die Charakteriſtik beider Perſönlichkeiten, theils darum, weil das fragliche Anerbieten als nicht der Perſon allein, ſondern dem Hauſe Hohenzollern gemacht zu betrachten iſt, alſo auch deſſen Annahme oder Ablehnung nicht von dem König allein abhängen dürfte. Unter dieſer Vorausſetzung iſt es nun ſehr wichtig, daß ſowohl in Bezug auf die Reichsverſammlung und ihre Bedeutung im Allgemeinen, als auch ſpeziell auf das von ihr gemachte Anerbieten in dem Palais am Opernplatze ganz andere, ungleich günſtigere Anſichten und Empfindungen vorherrſchend zu ſein ſcheinen, als im königlichen Schloſſe. Aus der Art, wie der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen mit den Mitgliedern der Deputation verkehrt, wie ſie ſich gegen dieſelbe über den Zweck ihrer Sendung geäußert haben, iſt unverkennbar, daß man von jener Seite her die Bedeutung der Reichsverſammlung, als des höchſten und einzigen Organs des Geſammtwillens der Nation vollkommen anerkennt, daß man auf den ungeſtörten und ungetrübten Zuſammenhang zwiſchen derſelben und der Krone Preußen den größten Werth legt, daß man der Reichsverſammlung die Befugniß zur Uebertragung der oberſten Macht in dem künftigen Bundesſtaate keineswegs abzuſprechen geſonnen iſt, und daß die Bedenken, die man auch dort noch gegen die ſofortige Annahme dieſer Uebertragung hegt, ſich eigentlich nur auf die Beſorgniß beſchränken: man möchte durch eine ſolche Annahme, ohne vorherige Einwilligung der Fürſten, in eine feindſelige Stellung zu dieſen gerathen, wohl gar zu Gewaltſchritten gegen die widerſtrebenden genöthigt werden. Daß ein Ausweg aus dieſem Dilemma gefunden werden müſſe, und zwar ein ſolcher, bei welchem man immerfort mit der Reichsverſammlung Hand in Hand gehe, daß die Durchführung des von dieſer vorbereiteten und auf dem Papiere zum Abſchluß gebrachten Einigungswerkes in der That und Wirklichkeit ebenſo ſehr eine Pflicht wie ein Recht der Krone Preußen ſei, und daß dieſer gemeinſame Zweck unter allen Umſtänden und mit allen Mitteln der Verſtändigung erreicht werden müſſe: dieſe Anſicht ſcheint ſich in jenen Kreiſen ganz unzweideutig kundgegeben zu haben, wenn man wenigſtens nach dem Eindruck urtheilen darf, den die Mitglieder der Reichsdeputation aus der Soiree beim Prinzen von Preußen, am Abend des verhängnißvollen 3. April übereinſtimmend mitbrachten und der weſentlich verſchieden war von demjenigen, welchen die Audienz im Schloſſe am Morgen und das Diner in Charlottenburg in den Gemüthern der Deputirten augenſcheinlich zurückgelaſſen hatten. Ich abſtrahire dabei von angeblichen einzelnen Aeußerungen des Königs, denen man dieſen ungünſtigen Eindruck beſonders beigemeſſen hat; dergleichen Aeußerungen in vertraulicher Geſprächsform gethan und nur im Zuſammenhange richtig erfaßbar, werden leicht mißdeutet, auch wohl entſtellt, indem man ſie abgeriſſen und nach flüchtigem Hörenſagen weiter trägt. Nichtsdeſtoweniger bleibt das allgemeine Reſultat unableugbar, ſo ſchmerzlich es auch iſt: der König hat in dieſem entſcheidenden Momente weder die Bedeutung der deutſchen Nationalvertretung, als des organiſchen Produkts und Abſchluſſes der großen Bewegung des Jahres 1848, noch die weltgeſchichtliche Aufgabe Preußens, noch die Gefahren, welche jede Zögerung und jedes Ablenken auf einen andern Weg für Preußen wie für Deutſchland mit ſich führt, richtig erkannt; er hat ſeinen Blick von kurzſichtigen oder übelwollenden Rathgebern trüben, hat ſich in den Netzen der Diplomatie einerſeits, in den Nebelkappen der Romantik andrerſeits fangen laſſen, und hat ſo am 3. April 1849 eine neue Auflage des 11. April 1847 gegeben, ohne zu bedenken, daß unterdeß zwei Jahre, welche Jahrhunderte wiegen, über ihn dahin gerauſcht ſind. Natürlich zerbricht man ſich hier die Köpfe, welche perſönliche Einflüſſe hierbei vorzugsweiſe mitwirkend geweſen ſein mögen. Man ſpricht von der Dazwiſchenkunft ruſſiſcher und öſterreichiſcher Diplomaten, welcher die weſentliche Abweichung der königlichen Antwort von der Miniſterialerklärung am 2. April zuzuſchreiben ſei, von einem Zuſammentreffen des Königs mit gewiſſen romantiſchen Sinnesverwandten, Gerlach und Genoſſen. Viele brachten auch Herrn v. Radowitz ins Spiel; ja man wollte Dieſen ſogar leibhaftig in Berlin geſehen haben, und was dergleichen mehr war. Was auch an Alldem thatſächliche Wahrheit oder bloße Vermuthung ſein mag, das ſcheint mir nicht ſchwer, die Elemente der Abneigung gegen das Anerbieten der Reichsverſammlung nachzuweiſen und zu klaſſifiziren, welche, in beſtimmten politiſchen und ſonſtigen Parteien oder Coterien verkörpert, natürlich ihren Weg — einen geraden oder krummen — auch zu des Königs Ohr fanden. Ich glaube als ſolche Elemente hauptſächlich folgende bezeichnen zu müſſen: 1) Das Stockpreußenthum, vorzugsweiſe repräſentirt durch das Junkerthum und die Büreaukratie der altpreußiſchen Provinzen, der Marken und Pommern, Leute, die den Kern und das Weſen des preußiſchen Staats vorzugsweiſe in der patriarchaliſchen Unmündigkeit und Unterwürfigkeit der märkiſchen und pommeriſchen Landbevölkerung erblicken, denen daher ſchon die Vermiſchung dieſer urſprünglichen Elemente mit den bewegteren und politiſch freieren der neueren Provinzen, viel Noth und Sorge gemacht hat, die nun aber vollends den Untergang der „guten alten preußiſchen Zucht und Sitte“ als unausbleiblich betrachten, wenn der preußiſche Stamm mit einer Menge anderer deutſchen Stämme verquickt werden ſoll. Mit dieſer Partei nahe verwandt iſt 2) die der Reaktionäre, welche die Bewegung des politiſchen Lebens in Preußen wieder auf die vormärzliche Stufe des vereinigten Landtags, wenn nicht noch weiter herabdrücken möchten, welche ſich auch der ſtillen Hoffnung hingeben, daß dies durch Belagerungszuſtand und Ausnahmsgeſetze, vor Allem durch die Trägheit und Feigheit des Philiſterthums nach und nach, wenn man nur klug und beharrlich verfahre, wohl gelingen werde, welche aber dieſe Hoffnung vernichtet zu ſehen fürchten, ſobald die von ihnen ſo ſorgſam vorbereiteten Einhegungen der preußiſchen Staatsentwicklung dem gewaltigen Strome allgemein deutſcher Freiheitsbewegung rückhaltslos geöffnet werden ſollen. Dieſe Herren ſind klug genug zu begreifen, daß ſie zwar wohl mit den beiden preußiſchen Kammern zu Berlin, ſchwerlich aber mit einer deutſchen Reichsvertretung fertig werden, daß ſie ſich vielmehr an der Souveränetät der deutſchen Nation unfehlbar den Kopf zerſtoßen würden. Darum haſſen ſie ſo grimmig die Reichsverſammlung zu Frankfurt, dieſe in ihrem Urſprunge ſo demokratiſche und in ihrem Gebahren doch zugleich ſo gemäßigte, ſo beſonnene Verſammlung, der ſie nicht einmal, wie der weiland konſtituirenden in Berlin, den Strick ihrer eignen Excentricität über den Kopf werfen können. Für dieſe Leute iſt es ein rechter Kitzel, der Verſammlung der „Schuſter und Schneider“ zu Frankfurt jetzt wenigſtens Etwas am Zeuge flicken zu können, wegen ihrer Abſtimmungen über das ſuspenſive Veto und das Wahlgeſetz, wegen der „ſkandalöſen Unterhandlungen,“ durch welche die erbärmliche Mehrheit weniger Stimmen für das Erbkaiſerthum erlangt worden ſei. Daß das Wahlgeſetz fürs Volkshaus, wie es zu Frankfurt beſchloſſen worden, im Weſentlichen nicht mehr und nicht weniger konſervativ iſt, als das neuſte preußiſche, indem

dieſes auch das allgemeinſte Wahlrecht anerkennt, daß das Suspenſivveto bei Geſetzen keineswegs das monarchiſche oder konſervative Prinzip des Staats gefährdet, wie das Beiſpiel Norwegens beweiſt, daß hingegen das Suspenſivveto bei Verfaſſungsänderungen nicht von derſelben Majorität, welche das Erbkaiſerthum will, vielmehr gegen dieſe von einer Koalition durchgeſetzt worden iſt, bei welcher ſich gerade diejenigen befanden, die ſonſt den ſtrengſten monarchiſchen und konſervativen Grundſätzen huldigten, und daß eben Dieſen auch das Durchgehen des allgemeinen Wahlrechts lediglich und allein zuzuſchreiben iſt — dies, und was ſonſt noch zur Beſeitigung jener, der Kaiſerpartei zu Frankfurt gemachten Vorwürfe geſagt werden kann und von den Mitgliedern der Reichsdeputation, wie ich beſtimmt weiß, vielfach an dem betreffenden Orte geſagt worden iſt, bleibt natürlich unbeachtet von Denen, deren Intereſſe eben dahin geht, Vorurtheile gegen die Frankfurter Verſammlung zu erzeugen und zu nähren. Am allerwenigſten fällt es dieſen Leuten bei, in ihren eigenen Buſen zu greifen und zu geſtehen, daß gerade der Saame, den ſie ſeit einem halben Jahre in Berlin geſäet haben, die ſyſtematiſche Zurückſchraubung der politiſchen Bewegung, die Beſchneidung einer Volksfreiheit nach der andern in Frankfurt aufgegangen iſt zu einer reichen Aernte des Haſſes und Mißtrauens gegen Preußen und preußiſches Weſen, eines Mißtrauens, welches nur durch die enormſten Anſtrengungen der Vertheidiger des preußiſchen Erbkaiſerthums überwunden werden konnte, und nicht anders als durch Bürgſchaften der entſchiedenſten und weitgreifendſten Art nach der Seite der Freiheit hin, ohne welche ſich die Demokratie weder in der Verſammlung noch außerhalb derſelben einem ſolchen Beſchluſſe ohne den härteſten Kampf unterworfen haben würde. Wäre man in Berlin im letzten Halbjahre minder reaktionär geweſen, ſo hätte man in Frankfurt bei der Feſtſtellung der Reichsverfaſſung und des Wahlgeſetzes konſervativer ſein können. Aber freilich jenen Leuten, welche jetzt über das Frankfurter Wahlgeſetz und das Suſpenſivveto die Achſeln zucken, würde auch eine viel konſervativere Reichsverfaſſung noch ein Gräuel ſein, denn ſie wiſſen wohl, daß eine Verfaſſung, die ihren Urſprung einer vom Volke freigewählten Verſammlung verdankt, einen unverwüſtlichen Kern demokratiſcher Freiheit in ſich trägt. Die vorgenannte Partei der Reaktionäre findet bei ihrer Bekämpfung der deutſchen Einheitsidee einen ſtarken Bundesgenoſſen 3) in den Doktrinärs der Legitimität, des Fürſtenthums von Gottes Gnaden, in den religiöſen und ſtaatsrechtlichen Romantikern, welche eine Entweihung der Krone darin ſehen, wenn eine ſolche aus den Händen der Demokratie kommen ſoll, welche die Reichsverſammlung überhaupt als eine unberechtigte illegitime, revolutionäre Gewalt, die von ihr beanſpruchte, und folglich auch jede von ihr übertragene Machtbefugniß als eine bloße Uſurpation betrachten, welche bei „Kaiſer und Reich" nur an die alten romantiſchen Schnörkel der Feudalmonarchie, an die Kurfürſten und an den von ihnen gewählten und in fortwährender Abhängigkeit gehaltenen Kaiſer denken. Daß zu Alledem auch noch fremder Einfluß, namentlich öſterreichiſcher und ruſſiſcher, hinzutritt, davon bin ich feſt überzeugt, wenn ich auch die Kanäle nicht nachzuweiſen vermag, durch welche derſelbe wirkte. Gegen dieſe verbündeten Feinde der deutſchen Sache wäre nun ein kräftiger und wirkſamer Rückſchlag allernächſt von den Kammern zu erwarten geweſen, und wirklich ließen die Adreſſen derſelben am 2. April das Beſte hoffen.

Um ſo ſchmerzlicher war die Enttäuſchung dieſer Hoffnungen durch das, was nach der Antwort des Königs geſchah. In der erſten Kammer iſt es wohl der perſönlichen Stellung ſo vieler ihrer Mitglieder zum Hof und zum Miniſterium zuzuſchreiben, wenn ein ſo raſcher und unerwartetr Umſchwung in deren Entſchließungen nach der königlichen Antwort eintrat. In der zweiten Kammer trägt einen großen Theil der Schuld an dem Mißlingen aller Anträge in der deutſchen Sache in der Sitzung des 5. April Hr. v. Vincke, der ſich durchaus zu keiner Verſtändigung mit der Kirchmann'ſchen Partei entſchließen konnte, obſchon dieſe ihm auf halbem Wege entgegenkam. Was helfen die ſchärfſten Reden, wenn ſie ohne ein poſitives Reſultat, ohne einen Mehrheitsbeſchluß verpuffen. Leider liegt Vincke in den Banden ſeiner „Vereinbarungstheorie" gefangen und kann ſich deßhalb in der deutſchen Frage nicht frei bewegen. Ich kann hier nicht unerwähnt laſſen, daß auch die Frankfurter Vereinbarungspartei, die zwar dort mit den Erbkaiſerlichen ſtimmte, dennoch der Wirkung des Beſchluſſes in der Kaiſerfrage weſentlich geſchadet hat durch die Erklärung, die ſie zu Protokoll gab. Man hat begierig dieſe Handhabe ergriffen, um die Nothwendigkeit einer Vereinbarung der Verfaſſung mit den Regierungen von dem eignen Boden der Reichsverſammlung aus zu deduziren.

Deutſchland.

München, 7. April. Die Antwort des Königs von Preußen auf die Kaiſerwahl iſt in einer Weiſe erfolgt, wie man ſie hier in München aus dem baieriſchen Geſichtspunkt erwartet, auch wohl ziemlich, wie man ſie in Nymphenburg gewünſcht und gehofft hatte. Alſo wieder ein Hinausrücken der deutſchen Frage auf die unſichere lange Bank des Proviſoriums, wieder ein Hineinſpielen der Anliegen des deutſchen Volkes in die Hände der Fürſten. Wir wiſſen, daß das ſoviel heißt, als in die Hände der Diplomatie, ja noch mehr: in die Herrſchaft der Einflüſſe fremder Politik. Die Londoner Konferenz der puissances signataires von 1815 kann nun die deutſchen Angelegenheiten de droit in ihre zerbröckelnden Hände nehmen. Ich weiß nicht, ob Sie dieſe Anſicht theilen; mir aber ſcheint, daß unſere freudige Zuverſicht, womit wir den endlichen Beſchluß der Wahl Friedrich Wilhelms, womit wir die Uebertragung der deutſchen Krone auf Preußen begrüßten, von allen andern Widrigkeiten lang nicht ſo tief getrübt worden iſt, als von dieſem Entſcheid. Aber freilich diejenigen Leute, welche durchaus nicht einſehen wollen, daß des Königs von Preußen wiederholtes Verſprechen, auch ungerufen ſein Preußen zum Schwert und Schild Deutſchlands machen zu wollen, eine Illuſion bleibt, ſo lang nicht dieſer König mit einem Parlamente auch den innern Angelegenheiten Deutſchlands vorſteht — dieſe Leute meinen, nunmehr ſei der nach allen Seiten befriedigende, Niemanden hart berührende Ausweg gefunden, auf welchem ihr Wunſch erfüllt werde: a Rua wolle mer habe. Eine Ruhe wird freilich kommen, die Ruhe ermattender Erwartung während des endloſen Marktens, Mäkelns und Feilſchens der einzelſtaatlichen Diplomatie an dem Verfaſſungswerk, an den deutſchen Volksrechten, bis man Alles auf das gehörige Maaß der Ohnmacht gebracht zu haben glaubt, unter deſſen Aegide die Uebertragung der deutſchen Kaiſerkrone an Preußen zur leeren Form, unter deſſen Aegide des deutſchen Volkes Reich zur lächerlichen Zerrgeſtalt geworden ſein wird. Aber dieſe Ruhe hat nur ein Ende, das der neuen Revolution. Dieſe Revolution bleibt nicht wieder ehrfurchtvoll vor den Thronen ſtehen; dieſe Revolution will nicht aus den politiſchen Neugeſtaltungen die ſozialen Fragen reformatoriſch entwickeln. Nein, ſie wird den Weg der ſozialen Anarchie gehen und erſt nach dem Geſetz der Schwäche, nach furchtbarer Erſchöpfung zu einer ſogenannten Ordnung, d. h. wieder zu irgend einer proviſoriſchen Form der Rettung des wenigen Uebriggebliebenen kommen. Und was dann weiter?... Die es ehrlich meinen mit Deutſchland, ſeiner Einheit und Freiheit, mit Ordnung und Geſetzmäßigkeit, verhüllen tief trauernd, hoffnungslos ihr Haupt; noch hoffnungsloſer als vor wenigen Wochen, da die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung faſt keinen andern Ausgang als den Zerfall der ganzen bisherigen That der Paulskirche drohen ließen. Die Paulskirche raffte ſich auf, ihr nationales Gewiſſen war machtvoller als Parteileidenſchaft und Sonderintereſſe. Von der dynaſtiſchen Diplomatie iſt nichts Aehnliches zu erwarten. Jetzt kann Fürſt Metternich in England ſeinen Reiſekoffer packen, Graf Münch-Bellinghauſen ſeine Frankfurter Appartements wieder austapeziren laſſen. Der Moment iſt günſtig, das Frühlingswetter lockend und der Diplomatenhimmel blau. Vielleicht hat man's in Nymphenburg gewußt, daß es ſo kommen ſolle. Die Aeußerungen der miniſteriellen Preſſe, als deren Urheber in der N. Münchner Ztg., ſoweit ſie ſich gegen die unbedingte Anerkennung der Grundrechte ausſprechen, jetzt Hr. Hofrath Dönniges, Bibliothekar des Königs Max, ſich in einem hieſigen Lokalblatt bekennt, haben ſeit dem Bekanntwerden der preuß. Kaiſerwahl deutlich genug darauf hingedeutet. Unſere ultramontanen Parteien jubeln. Und es mag die Kunde eines ſolchen Ausganges der Dinge nicht wenig zu der freudigen Feierlichkeit beigetragen haben, womit hier die Oſterzeremonien vom Hofe wieder im vollſten altſpaniſchen Glanze begangen wurden. Alſo ein deutſcher Kaiſer ſoll wieder gemacht werden im Style des heiligen römiſchen Reichs. Nun wohl! Ein Napoleon wird nicht fehlen, der dies Reich mit leichter Mühe zerſtört. Es braucht kein Soldatenkaiſer zu ſein; die rothe Republik bekommt durch ſolches Fürſtenthum genug Zulauf, um eine Radikalrevolution binnen wenigen Jahren mit beſtem Erfolge zu unternehmen. Das iſt der Fluch der Halbheit!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die: HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 101. Frankfurt a. M., Donnerſtag 12. April. 1849.

Ueberſicht.

Sardinien und die Schlacht bei Novara.
Bericht der Berliner Deputation.
Deutſchland. Frankfurt (Antrag in der Oberhauptsfrage. Geſetzentwurf über das Strafverfahren.) Wien (Die Blätter und der König Ernſt Auguſt. Beſchlüſſe in der ungariſchen Angelegenheit.) Berlin (Die Vorgänge im Staatsminiſterium. Die Umſtimmung des Königs. Die Miniſter.) München (Die bairiſchen Deputirten in Frankfurt.) Leipzig (Hausſuchung und Ausweiſungen.) Altenburg (Amneſtie für Jagdfrevel.) Schleswig-Holſtein (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz.) Kiel (Weiteres über den Eckernforder Kampf.) Rendsburg (Weiteres über den Eckernförder Kampf.) Eckernförde (Die eroberten Schiffe.) Altona (Hadersleben von den Dänen geräumt. Gefechte.) Bremen (Durchmarſch preußiſcher Truppen.)
Großbritannien. London (Die Times über die deutſche Kaiſerfrage. Prinz Löwenſtein. Hr. Roebuck, Parlamentskandidat für Sheffield.)
Frankreich. Paris (Die Verhandlungen der National-Verſammlung. Proudhon in Paris. Der Graf von Montemolin.)
Spanien. Madrid (Karl Albert in Spanien. Spaltung der Progreſſiſten.)
Oeſterreichiſche Monarchie. Semlin (Zwiſtigkeiten zwiſchen dem Patriarchen und dem kommandirenden General.)
Italien. Genua (Die Stadt von La Marmora erobert. La Marmora's Manifeſt.)
Ungarn. Peſth (Die Beſchießung Komorn's. Die ungariſchen Banknoten. Windiſchgrätz zur Armee. Eine Entſcheidung erwartet.)

---

11. April.

„Ich verlange", rief der Abgeordnete Lanza, als die Turiner Deputirtenkammer die Nachricht von dem Ende des Krieges erhielt, „ich verlange, daß die Vorgänge genau unterſucht werden! Iſt es denn möglich? eine große, wohl ausgerüſtete, tapfre Armee von 120,000 Mann ſo geſchlagen, daß eine Erneuerung des Kampfes nicht einmal verſucht werden könnte? nicht im eignen Lande, unter den Augen der Brüder, Gattinnen und Kinder verſucht werden könnte?"

So unrecht hat der ehrenwerthe Abgeordnete nicht. Auch nach der Niederlage von Novara konnte Sardinien noch lange Zeit Widerſtand leiſten. Der König konnte ſich nach dem Süden werfen, er konnte der Reihe nach mit dem Po, dem Tenaro und der Bormida ſich decken; es blieben ihm die Feſtungen Aleſſandria und Tortona; es blieb ihm vor Allem Genua, groß genug, ein ganzes Heer aufzunehmen, reich genug, alle Hülfsmittel zu einer langen Vertheidigung zu liefern und feſt genug, um mit einer Beſatzung von auch nur 20,000 Mann eine Belagerung von noch ſo langer Dauer auszuhalten. Genua hat jetzt zwei Ringmauern, beide von Forts gedeckt, von denen einige zugleich die Stadt, die Umgebung und den Hafen beſtreichen können. Bei viel unvollkommneren Feſtungswerken hat Maſſena die denkwürdige Vertheidigung des Jahres 1800 geführt, und er hatte nicht den Vortheil, den die Piemonteſen durch die Ueberlegenheit ihrer Flotte über die öſterreichiſche Armee jetzt haben würden, ſich zu allen Zeiten den Zugang vom Meer offen halten zu können. Wenn deſſenungeachtet Sardinien den Krieg nicht fortſetzte, erklärt ſich das mehr aus dem inneren Zuſtande des Landes, als aus ſeinen Beziehungen zum Feinde.

Piemont ſtand beim Beginn des Krieges ziemlich auf dem Punkte, wo Toskana und der Kirchenſtaat unter dem letzten großherzoglichen und päbſtlichen Miniſterium. Das Miniſterim Pinelli gehörte der altliberalen Partei an, welche, zur Zeit des Abſolutismus in der Oppoſition, mit der Einführung konſtitutioneller Staatsformen zur Regierung gekommen war. Hier aber, wie in den andern europäiſchen Ländern, welche einen ähnlichen Entwicklungsgang durchgemacht hatten, ſonderte ſich nach der Revolution von der liberalen Partei eine radikale ab, welche zwar nicht ſelbſt republikaniſch, ſich doch den Republikanern zum Sturmbrecher hergab. Ihr genügten nicht mehr die Ziele, die ſie in der Oppoſition erſtrebt hatte; und ohne ſich eigentlich klar zu machen, was ſie thatſächlich wollte, jagte ſie dem Zauberwort der Demokratie nach. Doch hätten die Altliberalen vielleicht das Uebergewicht behalten, denn nirgends beſaßen ſie ſo ausgezeichnete Führer, wie in Piemont, wäre es den Radikalen nicht gelungen, ſich des Namens Gioberti zu bemächtigen. Gioberti theilte im Allgemeinen die Anſichten der Gemäßigten; er war ja ihr Lehrer und ihr Haupt geweſen; nur die Verſchiebung des Krieges, auf welche ſie aus nur zu guten Gründen drangen, ſagte ihm nicht zu, und ſo gerieth er nach und nach in die Hände der Partei, die unter ihre exaltirten Pläne auch den ſofortigen Wiederbeginn des Unabhängigkeitskampfes aufgenommen hatte. Mit ſeiner Hilfe wurde das Miniſterium der Gemäßigten geſtürzt, unter ſeiner Präſidentur ein Miniſterium der Radikalen gebildet, auf ſeine vorgeblichen Empfehlungen hin, die extremſten Männer in die neue Kammer gewählt. Kaum aber in's Amt getreten, ſah Gioberti das Schiefe und Unhaltbare ſeiner Stellung ein, er erkannte, wie die Radikalen nur ein Inſtrument in der Hand der Republikaner wären, wie ein glücklicher Erfolg des Unabhängigkeitskriegs erſt dann zu erwarten ſtünde, wenn die italieniſchen Staaten nicht mehr von innern Feinden bedroht wären und er entſchloß ſich, gerade und ehrlich ſeiner geänderten Ueberzeugung zu folgen. Aber ſchon war es nicht mehr Zeit; als er ſeine Abſicht ausſprach, die proviſoriſchen Regierungen von Rom und Florenz nicht anzuerkennen, die italieniſche Conſtituante, welche nicht mehr die Föderation, ſondern die Union Italiens feſtſtellen ſollte, nicht zu beſchicken, den Krieg gegen Oeſterreich nicht eher zu beginnen, bis er in Toskana einen geregelten Zuſtand wieder hergeſtellt hätte, da ſtürzte ihn ſeine eigene Kammer. Karl Albert, der die Vorliebe der Radikalen für den Krieg theilte, that nichts, ihn zu halten, er gab ſich ganz dem Miniſterium Ratazzi hin, kündigte den Waffenſtillſtand und rückte in's Feld.

Gioberti iſt nicht der Mann, ſich, wie wohl ſonſt geſtürzte Miniſter thun, in ein otium cum dignitate zurückzuziehen; er gründete ein Journal: il saggiatore und wirkte auf dieſem Wege für ſeine Männer fort. Die Friedenspartei um ſeinen gewaltigen Einfluß reicher geworden, war im Volk mächtiger als je. Sie war namentlich auch im Heere ſtark. Nicht, daß das Heer ſich ſeiner Pflicht entzog; wenigſtens die königlich Geſinnten haben in dieſem Jahr wie im vergangenen den alten Ruhm der piemonteſiſchen Waffen gewahrt; aber es hatte keine Begeiſterung für einen Kampf, von dem es das Bewußtſein hatte, daß er im Grunde nicht für ſie und ihren König, an dem ſie mit der größten Liebe hingen, ſondern im Grunde für die Republikaner gefochten würde. Es bedurfte nicht jener Zettel, von denen jetzt die Radikalen behaupten, daß ſie von den Gemäßigten im Heere vertheilt worden ſind, um daſſelbe dem Kampfe abgeneigt zu machen, mit der Nachricht, der König ſei verrathen, und die Republik in Turin proklamirt, die Truppen glaubten ohnedies, daß es dahin kommen würde.

Und ſollte Karl Albert allein ſich gegen dieſe Wahrſcheinlichkeit verſchloſſen haben? Geſchlagen, in ſein Stammland zurückgedrängt, mit ungerechten Vorwürfen und Schmähungen überhäuft, war ſein einziger Gedanke, die Scharte aus ſeinem Schwerte auszuwetzen, für die erlittene Schmach Rache zu nehmen. Er ſah wohl, wie die republikaniſche Propaganda mehr und mehr ſein Land unterwühlte; aber wann ſie den Krieg nur als ein Mittel zu ihren Zwecken benutzte, ſo hätte ſie bei ſeiner Unthätigkeit um ſo gewiſſer gewonnen Spiel gehabt. So hatte er immer noch die Möglichkeit, durch ſeine Siege die befreite Lombardei und mit ihr ſein eigen Land an ſich zu ketten, und die ihm perſönlich drohenden Gefahren durch die Erfüllung ſeiner nationalen Aufgabe zu beſeitigen.

Mit der erſten Niederlage mußte für ihn die Sache entſchieden ſein. Einen Vertheidigungs-Krieg hätte er noch fortſetzen können; aber er konnte nicht ſelbſt mehr die Eroberung der Lombar-

dei ausführen, nicht mehr für ſich die eiſerne Krone, für Italien die Freiheit erringen. Sardinien's Beſitzungen wollte Oeſterreich nicht ſchmälern; was ſollte er ſie ſchützen? ſich auf ſeinem Throne gegen die innern Feinde zu befeſtigen, vermochte er durch die bloße Vertheidigung Piemonts auch nicht. Sein Kampf hätte den Republikanern in die Hände gearbeitet. Darum ſuchte er er den Tod auf dem Schlachtfelde: er hatte den Zweck ſeines Lebens verfehlt. „Laßt mich!" ſagte er zu den Generälen, die ihn zurückhalten wollten, „laßt dies den letzten Tag meines Lebens ſein!" Und da er nicht ſterben konnte, wollte er wenigſtens nicht länger regieren. „Ich bin nicht mehr Euer König, der Prinz von Savoyen iſt König;" und noch in derſelben Nacht reiſte er ohne Dienerſchaft und Begleitung, nur in Geſellſchaft eines jungen Mannes, wahrſcheinlich ſeines zweiten Sohnes, vom Heere ab, und verließ ſein Vaterland.

Der neue König Viktor Emanuel hat nicht blos den Vortheil, leichteren Frieden mit Oeſterreich ſchließen zu können; ihm ſind auch die inneren Zuſtände nicht ſo gefährlich, wie ſie jetzt ſeinem Vater wären. Karl Albert hatte ſeine Ehre für die Befreiung Italiens eingeſetzt, er war, um ſie zu befördern, mit den äußerſten Parteien gegangen; er konnte nicht zurück, ohne den Vorwurf der Geſinnungsänderung und des Verrathes auf ſich zu laden, ohne die drohende Empörung gegen ſich zum ſchnellen Ausbruch zu bringen. Nun er aber den Kampf redlich ausgekämpft hat, kann ſein Sohn mit gutem Gewiſſen davon abſtehen, und kann die Politik der gemäßigten Partei einſchlagen, ohne ſich auch nur einen Redlichen zu entfremden. Er hat deshalb ein Miniſterium dem Namen nach unter dem Vorſitze des Generals Delaunay, der Sache nach unter dem Gioberti's gebildet, hat die radikale, kriegsluſtige Kammer aufgelöſt, und ſcheint entſchloſſen, die Herrſchaft des Radikalismus mit gewaffneter Hand zu brechen. In Genua iſt ein Aufſtand der Republikaner ausgebrochen, die Nationalgarde hat Partei gegen die königlichen Truppen ergriffen, und die Stadt iſt augenblicklich in der Hand der Empörer; aber es kann kein Zweifel ſein, daß bei dem erſten ernſten Angriff der Aufſtand unterdrückt werden wird. Die Sympathieen des Volkes im Allgemeinen fehlen der Republik gänzlich.

So möchte denn wohl mit dem Frieden gegen Außen auch der Friede im Innern geſichert werden und Sardinien hat in dem Unglück, welches es erlitten, wenigſtens Rettung vor den Uebeln erfahren, in welche Toskana und der Kirchenſtaat gefallen ſind, und in die hinabzugleiten es ſchon im Begriff ſtand.

Zugleich aber ſcheint der Frieden, welchen Sardinien jetzt mit Oeſterreich abzuſchließen im Begriff ſteht, beſtimmt, Italien einen großen Schritt auf dem Wege ſeiner Neubildung fortzuführen. Es iſt ſehr merkwürdig, wie nachgiebig Oeſterreich gegen alle Forderungen Sardiniens iſt. Es möchte dies ein Zeichen ſein, daß Oeſterreich ſich trotz ſeiner Siege in Italien nicht ſicher fühlt, daß ſeine Kräfte durch die ewig eiternden Wunden ſeines Staatskörpers der Erſchöpfung nahe ſind, und daß es den Reſt derſelben nach einem andern Punkte ziehen muß. Dieſen Zuſtand Oeſterreichs weiß Sardinien trefflich zu ſeinem und Italiens Vortheil zu nützen. Radetzky iſt davon abgeſtanden, Aleſſandria bis zum Abſchluß des Friedens zu beſetzen, um die Beruhigung Sardiniens im Innern zu erleichtern. Die Kontribution, welche Sardinien zahlen ſoll, wird nicht in baarem Gelde entrichtet, ſondern auf folgende bequeme Weiſe abgetragen: Oeſterreich ſchuldet England bedeutende Summen und iſt nicht im Stande, die Zinſen davon zu zahlen; Sardinien übernimmt nun auf Höhe der Kontribution die öſterreichiſch-engliſche Staatsſchuld und hat jetzt nur noch mit England ſich auseinander zu ſetzen, das ihm, um nur den ſchlechtern Schuldner los zu werden, wenig Schwierigkeiten machen wird. Die Heeſtellung geordneter Zuſtände in Mittelitalien wird Sardinien überlaſſen. Endlich aber, was die Hauptſache iſt, das lombardiſch-venetianiſche Königreich, das unter ſelbſtſtändiger Verwaltung und Verfaſſung konſtituirt wird, tritt mit den übrigen italieniſchen Staaten zu einem Staatenbund zuſammen, der durch einen gemeinſamen Reichstag vertreten wird.

Gelingt es Gioberti, dieſe Beſtimmungen in's Leben zu rufen, ſo iſt er auf dem beſten Wege zur Verwirklichung ſeiner Gedanken, deren Richtigkeit die Ereigniſſe bewieſen haben. Nur aus einer Föderation der beſtehenden Staaten kann die Unabhängigkeit Italiens erwachſen. Republikaniſche Verfaſſungen würden zur Zerſplitterung führen. Eines müſſen die Italiener den Oeſterreichern entnehmen, den Wahlſpruch ihres Kaiſers: Viribus unitis!

Bericht der Berliner Deputation.

Wir treten vor die hohe Verſammlung, um ihr den ſchuldigen Bericht über die Ausführung des uns durch die Beſchlüſſe vom 28. und 29. v. M. ertheilten Auftrages zu erſtatten. Wir glauben den Erwartungen der hohen Verſammlung zu entſprechen, wenn wir in Erwägung der ernſten und dringlichen Lage des Augenblicks in dieſem Berichte Ihre Aufmerkſamkeit lediglich auf den geſchäftlichen Theil der ſtattgehabten Vorgänge lenken, und uns deshalb einer Darſtellung des Empfangs enthalten, den die von uns mitgebrachte Kunde und wir ſelber auf der Hinreiſe nach Berlin, in Berlin und auf der Rückreiſe nach Frankfurt erfahren haben; ſo gewiß grade dieſe Darſtellung einen ſehr erfreulichen Theil unſeres Berichtes ausmachen würde. Auch über den geſchäftlichen Theil unſerer Sendung werden wir kurz ſein dürfen, da jeder irgend erhebliche Moment derſelben bereits zur Kenntniß der hohen Verſammlung gelangt iſt.

Die Deputation, an welcher Herr Schoder durch dringende Familienverhältniſſe, die ihn nach Stuttgart riefen, Herr Mittermaier dadurch Theil zu nehmen verhindert wurde, daß er ſich bei der Ernennung der Deputation am 29. v. M. ſchon nicht mehr hier anweſend befand, hat Frankfurt am 30. v. M. Morgens verlaſſen und Berlin am 2. d. M. gegen Abend erreicht.

Am Morgen vor unſerer Ankunft hatte der preußiſche Miniſterpräſident Graf Brandenburg in der erſten preußiſchen Kammer ſich über das Verfahren ausgeſprochen, welches die Regierung des Königs in der deutſchen Frage auf den Grund derjenigen Beſchluſſe einzuhalten entſchloſſen ſei, welche Ihre Deputation nach Berlin zu überbringen hatte. Der hierher gehörige Theil der gedachten, von dem preußiſchen Miniſterpräſidenten verleſenen Erklärung lautete:

„Die Regierung erkennt in dieſem Beſchluſſe einen weſentlichen Fortſchritt auf der Bahn der Entwickelung der deutſchen Verhältniſſe; ſie wird Alles aufbieten, daß das erſtrebte, jetzt nah gerückte Ziel bald ganz erreicht werde; aber ſie hat deshalb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben; ſie hält alſo dafür, daß dieſer Beſchluß nur für diejenigen deutſchen Regierungen giltig und verbindlich iſt, welche demſelben aus freier Entſchließung beiſtimmen, und die Regierung wird ihrerſeits nicht unverſucht laſſen, ein Einverſtändniß darüber zu fördern."

Als wir von dieſer Erklärung in Potsdam Kenntniß erhielten, glaubten wir in keiner Weiſe über den weſentlichen Inhalt der Antwort länger in Zweifel ſein zu dürfen, deren wir uns auf die Einladung der Reichsverſammlung von Seiten Sr. Majeſtät des Königs zu gewärtigen hätten. Man hätte darüber ſtreiten können, ob eine der oben mitgetheilten, in allem Weſentlichen gleiche Antwort des Königs die Reichsverſammlung in allen ihren Fraktionen befriedigt haben würde; aber das ſchien uns gewiß, daß in einer ſolchen Antwort das richtige Verſtändniß der hieſigen Beſchlüſſe und Anträge, wie wir ſie zu überbringen hatten, unmöglich hatte vermißt werden können. Dies vorausgeſetzt aber lag die Beurtheilung der zu gewärtigenden Antwort augenſcheinlich außerhalb der Befugniſſe und Verpflichtungen der Deputation.

Unmittelbar nach unſerer Ankunft in Berlin ſprach ſich der Graf Brandenburg gegen zwei Mitglieder der Deputation, die der Präſident auf die an ihn ergangene Aufforderung ſtatt ſeiner abgeordnet hatte, über die aus dem Munde des Königs zu erwartende Antwort auch in der That in durchaus ähnlichem Sinne aus. Er wünſchte gleichzeitig von dem Wortlaute der Anrede in Kenntniß geſetzt zu werden, die der Präſident der Reichsverſammlung im Namen der Deputation an Se. Majeſtät den König zu richten gedächte. Wir gaben dieſem Verlangen ſofort durch Ueberſendung der einſtimmig beſchloſſenen Anrede nach, welche ſich überall an die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung anſchließt und wörtlich alſo lautet: (Siehe Nr. 95 dieſer Zeitung.)

An demſelben Abend gegen 9 Uhr empfing der Präſident der Reichsverſammlung die nachſtehende Zuſchrift des Präſidenten des Staatminiſteriums:

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich die ergebenſte Mittheilung zu machen, daß Se. Maj. der König die Deputation der deutſchen Reichsverſammlung morgen Dienſtag den 3. Auguſt d. J., Mittags um 12 Uhr im Ritterſaale des hieſigen königlichen Schloſſes empfangen wollen und ich die Ehre haben werde, die Deputation Sr. Majeſtät vorzuſtellen. Zugleich erlaube ich mir ergebenſt zu bemerken, daß die Auffahrt im königlichen Schloſſe an der Wendeltreppe ſtattfinden und die Deputation ſich in den Zimmern zwiſchen dem Schweizer- und Ritterſaale verſammeln wird. Berlin, 2. April 1849. Der Präſident des Staatsminiſteriums, gez. Brandenburg.

Der auch noch an demſelben Abende ſchriftlich — jedoch privatim — geäußerte Wunſch, den Inhalt unſrer Sendung vor der öffentlichen Audienz in einer nichtamtlichen Unterredung auseinanderſetzen zu können und das ſchon von den beiden Deputirten gegen den Grafen Brandenburg ſchriftlich wiederholte Anſuchen, in den Beſitz des Wortlauts der Antwort geſetzt zu werden, die Se. Majeſtät der König der Deputation zu ertheilen beabſichtige, ſind nicht in Erfüllung gegangen. Dienſtag den 3 um 12 Uhr ging der Empfang der Deputation in dem Ritterſaale des königlichen Schloſſes in der der Verſammlung bekannten Weiſe und unter Formen vor ſich, die der hohen Bedeutung unſrer Machtgeberin, ſowie des uns ertheilten Auftrags überall vollſtändig entſprachen. Die Antwort Sr. Majeſtät, mit welcher der amtliche Theil des Vorganges endigte, lautet wörtlich wie folgt. (Vergleiche Nr. 94 dieſer Ztg.)

Die Antwort Sr. Majeſtät des Königs wurde von uns ſofort nach unſrer Rückkehr zum Gegenſtand einer umfaſſenden Berathung gemacht. Wir haben hiervon die hohe Verſammlung mittels des durch den preußiſchen Handelsminiſter zu unſerer Dispoſition geſtellten Telegraphen in Kenntniß geſetzt. Wenn in der betreffenden Depeſche weder die Anrede des Präſidenten, noch die Erwiederung des Königs mitgetheilt wurden, ſo unterblieb dies, weil wir wußten, daß beides bereits anderweit hieher telegraphirt war, und annehmen durften, daß es auch ohne unſer Zuthun ungeſäumt zur Kenntniß der hohen Verſammlung gelangen würde. Auch daß in den beiden preußiſchen Kammern das Bekanntwerden der königlichen Erklärung

dringliche Anträge hervorgerufen hatte, haben wir nicht verſäumt anzuzeigrn:

Unſre Berathung über die Antwort Sr. Majrſtät wurde im Laufe des Dienſtag Abends, nachdem wir der Einladung Sr. Majeſtät nach Charlotternburg entſprochen hatten und am Mittwoch Morgrn fortgeſetzt. Ihr endliches Ergebniß war, abgeſehen von dem durch Krankheit in Magdeburg zurückgehaltenen Abgeordneten Reh, der ſie aber nachträglich überall gebilligt hat, die einſtimmige Annahme der Erklärung, die wir Mittwoch den 4ten, Mittags dem preußiſchen Staatsminiſterium übergaben und deren wörtlicher Inhalt folgender iſt. (Mitgetheilt in Nr. 96 der deutſchen Zeitung.)

Wir hatten uns für verpflichtet, über die ſpezielle Veranlaſſung und Abſicht dieſer unſrer Erklärung noch Nachſtehendes mitzutheilen.

Im Laufe des Dienſtags, dem Schluſſe der Audienz, war uns vielfach und von den bedeutendſten Perſonen die Aeußerung zugekommen, der König ſei in ſeiner Antwort auf die Einladung der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung eingegangen. Bei der durch ſolche Aeußerungen meiſt hervorgerufenen Erörterung ſtellte ſich (nach unſrer Auffaſſung) in der Regel heraus, daß man die Einladung der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung an den erwählten Kaiſer, die Würde des Reichsoberhaupts auf Grundlage der Verfaſſung anzunehmen, nicht richtig in dieſer ihrer Untheilbarkeit aufgefaßt hatte und bei ſolcher unrichtigen Auffaſſung dann freilich leicht in den Fall kam, die Antwort des Königs als eine einfache oder bedingte Annahme der gedachten Einladung zu betrachten. Die Deputation iſt darüber keinen Augenblick in Zweifel geweſen, daß eine Kritik der ihr ertheilten Antwort ebenſowenig in ihren Befugniſſen liege, als ein näheres Verhandeln über den ihr mitgegebenen Auftrag. Einem offenbaren Mißverſtändniß des durch ſie überbrachten Antrags dagegen hat ſie nicht ſtillſchweigend zuſehen zu dürfen geglaubt; zumal bei einer Nichtaufklärung dieſes Mißverſtändniſſes kaum zu verhüten war, daß nicht die ertheilte Antwort von demjenigen, der ſie gab, in einem ganz anderen Sinne aufgefaßt wurde, als von denjenigen, die ſie empfangen und überbringen ſollten. Solchen Mißverſtändniſſen vorzubeugen oder abzuhelfen war die von uns abgegebene Erklärung beſtimmt.

Sie ſollte beſagen — und damit meinen wir auch jetzt noch den Sinn dieſer hohen Verſammlung getroffen zu haben, daß eine Annahme der durch die verfaſſunggebende Reichsverſammlung auf Se. Majeſtät den König von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der von der Verſammlung in zweimaliger Leſung beſchloſſenen Verfaſſung vorausſetze. Fehle es an dieſer Anerkennung, behandle man dieſe Verfaſſung nicht als ein geſchloſſenes Ganze, ſondern als ein Material, aus welchem die deutſchen Regierungen in gemeinſamer Berathung und Beſchlußfaſſung (die einzelnen Beſtimmungen annehmend, verwerfend, modifizirend oder durch neue ergänzend) die wirkliche Verfaſſung Deutſchlands erſt zu bilden hätten, ſo werde damit auch die Ablehnung der von der Reichsverfaſſung nicht anders als auf den Grund der verkündigten Verfaſſung übertragenen Würde eines Reichsoberhaupts ausgeſprochen.

Wenn der hieher gehörige Paſſus der königlichen Erklärung:

„An den Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten wird es daher jetzt ſein, in gemeinſamer Berathung zu prüfen, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen fromme u. ſ. w."

daher in der That einer verſchiedenen Auffaſſung fähig iſt, — einer, in welcher er mit einer Annahme des Frankfurter Anerbietens ſchlechthin unvereinbar wäre; einer andern, unter welcher er ſich mit dieſem Anerbieten, geeignete Erklärungen andrer deutſchen Regierungen vorausgeſetzt, vereinigen ließe — ſo war es ſicherlich nicht werthlos, auf dieſes mögliche Mißverſtändniß rechtzeitig hinzuweiſen. Auch wird uns zuſtehen, auf die wenigſtens vorläufigen Erklärungen hinzudeuten, welche der königlichen Erklärung in dieſem Betracht in den Verhandlungen der zweiten preußiſchen Kammer vom 5. d. durch die Miniſter und demnächſt auch ſchon in der preußiſchen Circulardepeſche vom 3. d. zu Theil geworden ſind, von welcher das preußiſche Staatsminiſterium uns im Verfolg unſerer Erklärung vom 4. am Mittage durch das Schreiben vom ſelbigen Tage amtliche Kenntniß gegeben hat. Die erwähnte Depeſche ſchließt mit dem Satze: Wir ſind hiermit der zuverſichtlichen Ueberzeugung, daß wir in den Stand geſetzt ſein werden, binnen längſtens 14 Tagen eine definitive Erklärung über die deutſche Sache abzugeben.

Am 5. 1 Uhr Mittags haben wir, wie am Tage vorher bereits beſchloſſen war, unſere Rückreiſe nach Frankfurt angetreten und ſind Sonnabend, den 7., hier eingetroffen. Die Kunde von der Vertagung der hohen Verſammlung bis zum 11. haben wir erſt auf der Reiſe erhalten; ebenſo iſt uns erſt unterwegs der Ausgang der nach unſerer Abreiſe begonnenen Verhandlungen der preußiſchen Kammern bekannt geworden.

Deutſchland.

☐ **Frankfurt**, 11. April. Es iſt bereits in Ihrem Blatte eines Antrags Erwähnung geſchehen, der in der nächſten Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt in Bezug auf die neueſten Ereigniſſe in Berlin geſtellt werden würde. Dieſer Antrag wird, wie hier des Näheren mitgetheilt werden kann, vereint von den beiden Mitgliedern der Verſammlung, Hrn. Dr. jur. Friedleben und Hrn. A. Vogtherr ausgehen, und es lautet derſelbe wie folgt: „In Erwägung 1. daß die Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung von der Zuſtimmung der Regierungen nicht abhängig iſt; 2. daß die Verhandlungen der Regierungen über die Gültigkeit der Reichsverfaſſung keine Erweiterungen, wohl aber Beſchränkungen der Freiheitsrechte des deutſchen Volks befürchten laſſen; 3. daß die Vaterlandsfreunde, namentlich auch die Volksvertreter der einzelnen deutſchen Staaten, bei der Lage des Vaterlandes, bei dem ſchmerzlichen Verluſte der Einheit aller deutſcher Bruderſtämme, ſich gedrungen fühlen müſſen, nach Kräften die errungenen Freiheiten des Volkes zu ſchirmen: 4. daß auch die konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt es für ihre Pflicht erachtet, Namens ihrer Kommittenten zu erklären, daß keiner Regierung und keinem Einzelſtaate das Recht zuſtehe, die Gültigkeit der Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung zu beanſtanden oder von ihrer Zuſtimmung abhängig zu machen; 5. daß der Senat des Freiſtaats Frankfurt jederzeit gleichfalls dieſe Anſicht vertreten hat — erklärt die konſtituirende Verſammlung zu Protokoll, daß ſie die am 28. März d. J. verkündete Verfaſſung des deutſchen Reichs für unbedingt gültig und rechtsverbindlich erachte und ſpricht gegen den Senat die Erwartung aus, daß er in dieſem Sinne die Rechte und Freiheiten des Volkes wahren werde." Die Annahme des dispoſitiven Theils dieſes Antrags unterliegt wohl keinem Zweifel: ob die Verſammlung auch die Motive desſelben adoptirt, ſteht zu erwarten.

Der Ausſchuß für das Strafverfahren, unter dem Vorſitz des ausgezeichneten Juriſten Dr. Goldſchmidt, hat ſeine umfaſſende Arbeit gegenwärtig beendet: das neue Geſetz beſteht aus 390 Artikeln. Es bleibt nur noch die definitive Ausarbeitung des Einführungsgeſetzes und der nöthigen Uebergangsbeſtimmungen, ſowie eines Geſetzes über die Beſtrafung von Rügeſachen übrig, dann wird das Ganze in öffentlicher Sitzung zur Berathung kommen können. Das Geſetz iſt übrigens eine von Grund aus neue Arbeit: während die Vorlage des Senats nur die Einrichtung von Schwurgerichten und die Verbeſſerung des polizeigerichtlichen Verfahrens im Auge hatte, hat der Ausſchuß die geſammte Strafrechtspflege des Freiſtaats neu organiſirt, ein Rügegericht geſchaffen, das Polizeigericht aufgehoben und ſtatt deſſen als eine Sektion des Stadtgerichts, ein Zuchtpolizeigericht ins Leben gerufen und endlich Rathskammer, Aſſiſenhof und Geſchworene eingeführt.

Wien. Die hieſigen Blätter erzählen mit Genugthuung, wie der König Ernſt Auguſt, am Tage der Ankunft der Frankfurter Deputation, in öſterreichiſcher Huſarenuniform durch die Straßen von Hannover geritten ſein ſoll. (Allg. Ztg.)

Wien, 7. April. Die Oſtd. Poſt berichtet von entſcheidenden Beſchlüſſen, welche der Miniſterrath in Ollmütz, dem Fürſt Windiſchgrätz und Baron Welden beiwohnten, gefaßt hätte. Einerſeits ſoll eine außerordentliche Verſtärkung der Armee in Ungarn (man ſpricht von 50,000 Mann) angeordnet ſein, die theils aus Oeſterreich, theils aus Galizien, theils aus Italien herbeigezogen wird. Bewährte Offiziere des italieniſchen Heeres, wie F. M. L. Heß und der neuernannte Generalmajor Benedek, ſollen den Auftrag erhalten haben, ſich nach Ungarn zu begeben. Fürſt Windiſchgrätz behält übrigens noch immer den Oberbefehl. Andererſeits ſoll eine Amneſtie für alle Inſurgenten, Offiziere wie Gemeine, die freiwillig den öſterreichiſchen Fahnen ſich unterwerfen, proklamirt werden.

Berlin, 7. April. Ueber die Vorgänge im Staatsminiſterium am Montag und Dienſtag gibt die Zeitung für Norddeutſchland folgende Einzelheiten, die freilich nicht alle zuverläſſig ſcheinen: Es hatten ſich zwei Parteien gebildet, die Hofpartei machte ihren ganzen Einfluß geltend, um den König zu beſtimmen und die Miniſter zu bearbeiten. Seit längerer Zeit weiß man, daß Hr. Eichmann hinter den Couliſſen dirigirt und der wichtigſte Rathgeber ſowohl bei den höchſten Perſonen, wie bei dem Miniſterpräſidenten iſt, der überhaupt nur nominell dieſen Titel führt. Die äußerſte Rechte in den Kammern klammert ſich, mit Hrn. v. Bodelſchwingh und dem Grafen Arnim an der Spitze und dem Junkerkortege der Herren v. Kleiſt, Ziethen, Meuſebach, Bismark u. ſ. w. an jene Partei feſt. Der eigentliche Stern und Führer dieſer heiligen Schaar iſt jedoch Hr. v. Bodelſchwingh, der mit Sehnſucht auf den Miniſterſtuhl gewünſcht wird. Von dieſer Seite getrennt, ſtellte ſich Hr. v. Manteuffel bei der deutſchen Frage auf die gemäßigte Rechte und unterhandelte mit Hrn. v. Vincke und Hrn. v. Auerswald, denen er einen Entwurf der Antwort mittheilte, welche Se. Maj. der Deputation geben würde, welche ganz im Vinckeſchen Sinne war. Der König nahm darin die angebotene Krone an, unter Vorbehalt der deutſchen Regierungen. So ſtanden die Sachen am Montag, wo ein letzter Miniſterrath gehalten wurde, in welchem auch der König erſchien. Hr. v. Manteuffel theilte ſeinen Entwurf mit, allein zu ſeinem

Erſtaunen fand er nur vom Kriegsminiſter v. Strotha Unterſtützung. Hierauf ſtand Hr. v. Ladenberg auf und las einen andern Entwurf vor, welcher die Antwort enthielt, die der König am Dienſtag wirklich gegeben hat. Der Miniſterpräſident erklärte ſich ſogleich dafür und nach einer Debatte, in welcher die verſchiedenen Principien entwickelt wurden, ſtanden die Herren v. Manteuffel und Strotha allein; ſämmtliche Miniſter ſtimmten dagegen; die Antwort wurde angenommen und beſchloſſen. Daß ſie nicht von Hrn. v. Ladenberg herrührt, wird Niemand bezweifeln, er war nur das Inſtrument, wie ſchon öfter. Der eigentliche Verfaſſer ſoll Hr. Eichmann ſein, der, wie Styl und Handhabung bezeugten, im Kabinet die Ausarbeitung gemacht hat. Hr. v. Manteuffel wagte aber nicht, Hrn. v. Vincke von ſeinen vergeblichen Bemühungen zu benachrichten; denken Sie ſich daher das Erſtaunen und den Zorn des heftigen Freiherrn, als er in der Kammer eine Antwort veröffentlichen hörte, die ſeinen Anſichten ganz entgegen war. Er hielt ſich für vollſtändig dupirt und ſtürmte auf die Tribüne mit ſeinem bekannten Antrage, den er nach ſpäterer Aufklärung und Beruhigung, wie Sie wiſſen, wieder zurückzog. Der König hat perſönlich Hrn. v. Vincke einen Brief geſchrieben, der unter Verſicherungen ſeiner lauteren deutſchen Geſinnung, den Freiherrn ermahnt zu bedenken, daß er der Sohn eines Mannes ſei, welcher ſein ganzes Leben über ein treuer Freund des Königshauſes und ſein perſönlicher Freund war. Die Herren Rintelen, der Juſtizminiſter, und der Miniſter des Auswärtigen, Graf Arnim, ſollen ihre Entlaſſung eingereicht haben. Alſo nicht das Miniſterium, wie man erwartete, ſondern nur zwei unbedeutende Mitglieder, wollen den ruhmloſen Schauplatz verlaſſen.

× **Berlin**, 8. April. Der König war entſchloſſen, eine Antwort zu ertheilen, wie ſie mit der Erklärung des Miniſterpräſidenten in der Kammer ſtimmte. Unglücklicher Weiſe ward er noch ganz zuletzt von der Junkerpartei bearbeitet. Seine Umſtimmung geſchah auf einer Jagdpartie, zu welcher der Graf Schulenburg eingeladen hatte. Unter den Theilnehmern war auch der geſchmeidige Prokeſch von Oſten, jetziger öſterreichiſcher Geſandter am hieſigen Hofe. Dieſer verſchmitzte Menſch wird hier gewiß noch einen unſeligen Einfluß üben. Athen iſt die hohe Schule für's Ränkeſchmieden, und was Intriguen betrifft, kann Prokeſch mit Pindar ſagen: Weiſe iſt, wer viel weiß von Natur! Er behauptet ſehr naiv, daß Griechenland außerordentlich deutſch ſei, und wird vielleicht hier beweiſen, daß die Kumanen, Jazygen, Sereſſchaner ſich zu ausgezeichneten Deutſchen qualifiziren. Die Miniſter wollten übrigens von dem neuen Texte, welchen der König hervorzog, zuerſt nichts wiſſen und ſprachen von Entlaſſung, worauf der König aber in einer Weiſe antwortete, daß ſie es für ihre Pflicht hielten, ſeinem Willen nachzugeben. Ihre Pflicht wäre es geweſen, ihrer Ueberzeugung treu zu bleiben. Auf den Miniſtern laſtet gewiß eine ſchwere Verantwortlichkeit. Das Traurigſte aber iſt, daß ſelbſt ſie ſagen können: Wir ſind noch nicht die ſchlimmſten!

München, 8. April. Das öſterreichiſche Kabinet ſoll unſere Regierung aufgefordert haben, die baieriſchen Deputirten ebenfalls von Frankfurt zurückzurufen. Hier wäre man ſehr wohl geneigt, dieſem Anſinnen Folge zu geben, wenn man nur die Kammer nicht zu fürchten hätte. (Bamb. Z.)

Leipzig, 7. April. In der Wohnung Arnold Ruge's und ſeines Geſchäftsführers, ferner in einem Gaſthaus, wo gegenwärtig der Hauptklub aller, meiſtentheils aus Flüchtlingen beſtehenden Demokraten ſich verſammelt, iſt vorgeſtern von der Polizei eine Hausſuchung vorgenommen worden und viele Papiere ſollen in Beſchlag genommen ſein. Die Maßregel erfolgte auf Requiſition einer fremden Regierung, wie man der „Köln. Ztg." ſchreibt. Mehrere Flüchtlinge haben in Folge deſſen die Weiſung erhalten, binnen kürzeſter Friſt Stadt und Land zu verlaſſen, darunter der deutſchkatholiſche Prediger Schell und der gegenwärtige Obmann des deutſchen Vaterlandsvereins, Windwart, ein geborner Schleſier und ehemaliger Schauſpieler. (O.-P.-Z.)

Altenburg, 8. April. Der Herzog hat eine ausgedehnte Amneſtie für alle bis zum letzten September 1848, einſchließlich der früheren Jahre, begangenen Jagdfrevel erlaſſen.

* Schleswig-Holſtein. Vom Kriegsſchauplatz wird uns der Brief eines Schleswigſchen Offiziers mitgetheilt, dem wir Folgendes entnehmen:

„Montag 12 Uhr brachen wir von Stönſchrape, Stolebüll, und Sollund auf nach Hockerup, bezogen einige Kantonirungen und marſchirten am 3. Morgens um 5 Uhr ab nach Rinkenis und Grävenſtein. Bei Rinenis blieb Krohn mit ſeiner Kompagnie als Strandwächter ſtehen, ein aber nicht beneidenswerthes Loos. Die 2., 3., und 4. Kompagnie marſchirten durch Grävenſtein, die 2. Kompagnie (Blandowsky) beſetzte das Holz rechts von der Straße vor dem Ort, ich beſetzte den Gravenſteiner Meierhof (links der Straße). Wir erhielten den Befehl, das Gefecht des 3. Jägerkorps und des 3. Bataillons aufzunehmen. Die 3. Kompagnie wurde rückwärts bei Gravenſtein als Reſerve aufgeſtellt.

Um 9¾ Uhr Morgens fallen bei Atzbüll die erſten Schüſſe. Die Jäger ſchlugen ſich ſehr brav und zogen ſich langſam fechtend mit größter Ordnung und Schleswig-Holſtein ſingend, zurück. Ueber ihr Gefecht kann ich keine Details geben, weil ich es nicht ſehen konnte, bis ſie an uns kamen. Unſere 2 Kompagnien hatten folgende Stellung. Blandowsky hatte den Saum des Waldes mit Tirailleurs beſetzt, das Soutien dahinter. Ich ſtand links im Meierhof und Garten.

Der erſte Angriff des Feindes richtete ſich gegen die Waldecke rechts, wo Blandowsky's Kompagnie ſtand, und gegen meinen linken Flügel. Zur Deckung wurde der Zug des Lt. v. Ahlefeldt von der 4. Kompagnie links von mir rückwärts nachpoſtirt. Unſere Artillerie (Sewelch mit 4 Geſchützen) feuerte tapfer in die feindlichen Kolonnen, ſo daß ſie bedeutend gelitten haben und eilig hinter die Höhen zurückgingen. Bald rückten ſie jedoch mit zahlreichen Tirailleurs-Schwärmen aufs Neue vor, ſo daß wir bald in ein ſehr heftiges Feuer kamen. Der Feind hatte Jäger und Infanterie gegen uns. Die letzteren waren beſonders zahlreich links von mir. Meine Leute, wie davon ich in Wahrheit ſagen kann, daß ſie voll freudigen Muthes waren, hielten ſich ſehr brav. Meiner Ermahnung, den Feind, welcher ſich über die Ebene uns nähern mußte, nur auf 200 — 150 Schritte zu beſchießen, folgten ſie treulich, und ich hatte die Freude zu ſehen, wie gut das wirkte. Von 12½ bis 2½ Uhr hielten wir uns. Gegen 2¼ Uhr aber wurde Blandowski, deſſen rechten Flügel der Feind zu tourniren drohte, zum Abzuge gezwungen. Ich wurde gleichfalls links ſehr gedrängt, wollte aber nicht weg, bis ich wußte, daß Blandowsky in Gravenſtein ſei, weil ich ihn, wenn ich vor ihm abzog, in die größte Gefahr gebracht haben würde. Kaum war aber Blandowsky weg, als ich auch keinen Augenblick zu verlieren hatte. Die Dänen (Jäger) ſtürmten heftig durch den Wald in den Meierhof, und in dieſem Augenblick war ich in großer Gefahr. Wir mußten zurück nach der Brücke (ich habe auf der Zeichnung „Brücke" geſchrieben). Der Weg nach dem Schloſſe war ſchon von dem Feinde beſetzt, und hinter dem Graben auf dem Hof ſtanden gleichfalls die feindlichen Jäger. Von allen Seiten erhielten wir das heftigſte Feuer. Als ich an der Brücke angekommen war, flogen uns die Kugeln immer an den Ohren vorbei, aber deſſen ungeachtet waren wir ſo glücklich, hier nur 1 Todten und 2 ſchwer Verwundete zu verlieren. Als der Reſt der Kompagnie, mein lieber Unruh, herüber war, waren die Jäger uns ſo nahe, daß wir nur etwa 12 — 20 Schritt von einander waren. Glücklich war es, daß ſie in dem Augenblick mit Laden beſchäftigt waren, und wir auf ſie ſchoſſen. Der Musketier Eckardt — ein kleiner tüchtiger Kerl — ſchoß einen Jäger, der auf ihn anlegte, eben bevor jener abdrückte, todt. Daß Unruh, auf den ſie es ſtark abgeſehen hatten, ſo davon kam, iſt wahrhaft glücklich zu nennen, ebenſo daß ich nicht getroffen wurde, da fortwährend, wie mir die Leute ſagten, auf uns von den Jägern gezielt wurde. Ich kam mit der ganzen Kompagnie glücklich fort, obgleich, als ich etwa 100 Schritt rückwärts gegangen war, die feindlichen Tirailleurs die in meiner linken Flanke liegenden Höhen mit Wald erreicht hatten. Gegen dieſe warf ich ſchnell einige Tirailleurs hinaus, und gewann ſo viel Zeit, mit der Kompagnie die auf 150 Schritt vor mir liegende Hölzung zu erreichen. Hier machte ich einen Augenblick Halt, ſammelte die Kompagnie und zog, nur von Weitem verfolgt in der Richtung auf Quers und Hockerup ab, nachdem ſich auch Ahlefeldt mit mir vereinigt hatte. Das Gefecht endigte hier ganz. Ich habe im Gefecht 4 Todte und 5 Verwundete verloren, und wurde ſelbſt mit meiner Kompagnie von den Andern für abgeſchnitten gehalten. Obgleich meine Lage ſehr ſchwierig war, ſo freue ich mich dennoch ſehr, auf einem ſo ehrenvollen Poſten geſtanden zu haben und ohne erhebliche Verluſte davon gekommen zu ſein. Zwar hat meine Kompagnie am meiſten verloren, allein wir Alle ſind freudig, daß unſere Leute

ein ſchwieriges Rückzugsgefecht ſo glücklich beſtanden haben. Der General Bonin hat uns ſeine Zufriedenheit ausgeſprochen, nachdem uns vorher geſagt worden war, daß wir zur Behauptung des ſchwierigen Poſtens beſonders auserwählt wären. Um unſere Anſtrengung zu belohnen, lagen wir geſtern nicht im Bivouak, ſondern im Quartier.

Die 2. Kompagnie hat 2 Verwundete, die 1. war nicht im Gefecht, und die 4. hat ebenfalls keine Verwundete und Todte, war auch nicht ſtark engagirt. Während ich das ſchreibe, auf dem Kirchhofe von Rinkenis, kommen die Dänen bei Gravenſtein mit 6 Kanonenböten gegen unſere am Strand ſtehende Batterie. Nach 2 Stunden rücken aufs Neue wir nach Gravenſtein, welches der Feind Nachts 12 Uhr bereits wieder geräumt hat.

So haben denn unſere jungen Truppen eine ſchwierige Probe gut beſtanden. Daß wir ſtark im Feuer waren, geht auch daraus hervor, daß über 20 Leute meiner Kompagnie Löcher in den Kleidern und Torniſtern haben, Einigen Gewehrkolben, Helmſpitzen und Stiele an den Schaufeln abgeſchoſſen ſind. Wir liegen augenblicklich bei Treppe (Egenſand). Es knallt von allen Seiten!

Kiel, 6. April. Gegen den Kommandeur Paludan ſchienen die gefangenen Seeleute im höchſten Grade aufgeregt zu ſein, beſonders auch, weil man ihm Schuld gab, zu lange mit Rettung der Mannſchaft gezögert zu haben, nachdem es klar war, daß das Feuer im Linienſchiffe nicht mehr gelöſcht werden könne. Das Auffliegen dieſes Schiffes wird als eine grauſenhafte Scene geſchildert; es waren noch 200 Menſchen an Bord, von denen natürlich ſehr wenige lebend aufgefiſcht ſind. An dem ganzen Strande von Eckernförde bis zum Sandkruge fand man verſtümmelte Leichen und menſchliche Glieder. Auch einige von den Unſerigen, namentlich ein Oberfeuerwerker, der ſich im Kampfe ſehr ausgezeichnet hatte, wurden ein Opfer dieſer Kataſtrophe.

Die Fregatte „Geſion" ſoll nach dem Verluſte von gegen 200 Mann an Todten und Verwundeten mehr noch aus Mangel an Mannſchaft, als wegen der Beſchädigung des Steuerruders kampfunfähig geweſen ſein. Man glaubt, daß dieſes noch in der Nacht in den Eckernförder Hafen eingebrachte Schiff bald wieder reparirt werden könnte. Unſer Kommandeur Donner hat es ſchon mit 250 Matroſen beſetzt und ſeine Flagge aufgezogen. Ueber das Lob unſerer und der naſſauiſchen Artillerie hört man nur eine Stimme. Auch wird das Verhalten der Einwohnerſchaft von Eckernförde, welche durch die Drohung der Dänen, auf die Stadt zu ſchießen, nicht bewogen ward, für den (um Mittag) von ihnen beantragten freien Abzug ſich auszuſprechen, gerechte Anerkennung finden.

Heute ſind zwar mehre däniſche Schiffe im Eckernförder Meerbuſen geweſen und ſollen auch einen Parlamentär mit dem Verlangen einer Herausgabe ihrer Fregatte abgeſchickt haben, ohne jedoch auf den erhaltenen abſchlägigen Beſcheid etwas weiter zu unternehmen. (Weſ.-Z.)

Rendsburg, 6. April. So eben komme ich von Eckernförde zurück, wohin ich mich heute Mittag gleich nach Eingang der Nachrichten von dem glänzenden Erfolge unſerer Waffen, und nachdem die nöthigſten Anordnungen in Bezug auf die Ergänzung der Streitmittel getroffen waren, begeben hatte. Der errungene Sieg iſt weit vollſtändiger, als ich erwartete: es iſt kein Zweifel mehr, es hat ſich ein geſchichtliches Ereigniß begeben. Bereits auf dem Wege nach Eckernförde, etwa eine Stunde vor der Stadt, begegneten uns die gefangenen Dänen, begleitet von einer Kompagnie unſerer Truppen. Es waren 44 Offiziere und Marinebeamte zu Wagen, unter ihnen der Kommandant des „Geſion" und 911 Matroſen und Seeſoldaten, die Verwundeten waren in Eckernförde zurückgeblieben, im Ganzen ſind an 1050 Mann gefangen! Sie ſind jetzt in Rendsburg, wo ſie mit Menſchlichkeit behandelt und gut verpflegt werden, wie es von uns Deutſchen nicht anders zu erwarten iſt, obwohl die Dänen im vorigen Jahre unſere gefangenen Landsleute ſchmählich behandelt haben. Als ſich kurz vor Eckernförde der prächtige Meerbuſen vor uns ausbreitete und wir die zerſchoſſenen deutſchen Flaggen auf den Batterien flattern ſahen, zeigten ſich auch die ſtolzen Maſten der im Hafen liegenden Priſe, der im vorigen Jahre ſo gefürchteten Fregatte „Geſion"; ein ſtarker Rauch mit Theergeruch zog vom Meere her über die Hügel — wir fuhren den letzten Abhang zur Stadt hinab — es waren die rauchenden Trümmer des einſt ſo ſtolzen Linienſchiffes „Chriſtian VIII.", deſſen traurige Ueberreſte der ſcharfe Oſtwind an den Strand trieb, wo ſie am Fuße der Südbattrie ſich hin lagerten, und wo eine zahlreiche Menſchenmenge beſchäftigt war, ſie ans Ufer auf's Trockene zu befördern. Wir beſichtigten zuerſt die Südbatterie; ihre Vertheidiger hatten bereits die verfloſſene Nacht und den Charfreitag benutzt, die angerichteten Verwüſtungen wieder herzuſtellen; die Kanonen ſchauten mit ihren ſchwarzen Schlünden bereits wieder ſo ruhig über die Bruſtwehr, als ob nichts vorgefallen, nur eine derſelben war von einer Kugel an der Mündung beſchädigt. Der Erſatz dafür war indeß bereits von Rendsburg aus unter Weges. Eine Batterie beklagte den Verluſt ihres braven Kommandeurs, des tapfern Artillerie-Unteroffiziers Preußer; er war als Parlamentär nach dem brennenden Linienſchiff geſchickt worden, um die Rettung der Mannſchaft zu betreiben, hatte dort zu lange verweilt, um auch die Verwundeten retten zu helfen, die von ihren eigenen Kameraden zurückgelaſſen worden, und war mit dem Schiff in die Luft geflogen. Ehre ſeinem Andenken, möge die Südbatterie nach ihm „Preußers-Ruhe" benannt werden! Außer ihm haben wir noch einen Todten, einen ſchwer und ſieben leicht Verwundete! In Eckernförde war die ganze Umgegend verſammelt, um zu hören, zu ſehen und zu ſtaunen — viele Dächer waren ſtark beſchädigt, namentlich in der Vorſtadt, — wir drängten uns durch die Wagen- und Menſchenmenge, und fuhren bald in Geleit des ruhmgekrönten Hauptmanns Jungmann, Kommandeurs der Artillerie zu Eckernförde und geſtern Vertheidiger der Nordbatterie, hinaus zu derſelben; ſie liegt etwa eine halbe Stunde öſtlich von der Stadt, am Nordſtrande des Meerbuſens. Auch dieſe war bereits wieder vollſtändig kampfbereit und nur hin und wieder zeigte die aufgewühlte Bruſtwehr und die durchlöcherte Ecke des Blockhauſes die Spuren des geſtrigen mörderiſchen Geſchütz-Kampfes. Uebrigens hatten ſich geſtern aus Eckernförde Bürgermeiſter und Stadtkommandant nach der Nordbatterie zum Hauptmann Jungmann begeben und ihn zu bewegen geſucht, der Stadt wegen das Feuer nicht wieder zu eröffnen. Der aber erklärte kurz und beſtimmt: „Thun Sie in der Stadt, was Sie zur Rettung der Einwohner vermögen, ich verſichere, wenn nicht binnen 1 Stunde beide Schiffe die Segel geſtrichen haben, ſo ſchieße ich wieder, und zwar ſo lange, als ich noch eine Kanone und eine Kugel habe." Auf dem Rückwege fuhren wir trotz der ſehr ſtürmiſchen See, hinüber zum „Geſion", es ſah drinnen ſchauerlich aus. Sechsundfünfzig neue Kanonen, mit der Jahreszahl 1841, verſchiedenen Kalibers, waren unverſehrt; die Hauptverwüſtung aber war durch einige Kugeln angerichtet, welche am Spiegel des Schiffes eingedrungen und das Mitteldeck der ganzen Länge nach reſilirt hatten; nach Ausſage der Gefangenen ſoll eine derſelben zwanzig Mann weggeriſſen haben; lange, breite Blutſtreifen bedeckten den Boden, an den Wänden klebte das herumgeſpritzte Hirn, das Fleiſch in großen Stücken, oben auf dem Deck war tiefe Ruhe; aus Kiel herbeigeholte Matroſen der deutſchen Marine hielten Wache. Binnen kurzer Zeit wird das Schiff wieder in Thätigkeit ſein, aber der deutſche Wimpel und nicht mehr der Danebrog wird von ſeinen ſchlanken Maſten durch die Lüfte flattern. Es iſt ein böſer Tag für die Dänen, dieſer grüne Donnerstag der ſchleswig-holſtein'ſchen Artillerie: am grünen Donnerstage des Jahres 1801 verloren ſie ihre Flotte durch die Engländer, im Jahre 1849 verlieren ſie an demſelben Tage zwei ihrer beſten, ſchönſten Schiffe durch die Rebellen von Schleswig-Holſtein! Und es geht ein endloſer Jubel durch dies ſchöne, echt deutſche Land. (Köln. Z.)

♄ **Eckernförde**, 9. April. Bereits um 11 Uhr Vormittags, 4 Stunden nach Beginn des Gefechts hat das Linienſchiff Chriſtian VIII. gebrannt; die ſüdliche Batterie hatte ihm mehrere glühende Kugeln in die Rippen geſandt, vergeblich ſuchte man des Feuers Herr zu werden, daher um 1½ Uhr das Anerbieten des Kommandeurs Paludan das Gefecht einzuſtellen, mit der Drohung, ſonſt die Stadt zu bombardiren; die Bürgerſchaft verlangte Fortſetzung des Gefechts, der Dannebrog, hieß es, müſſe geſtrichen werden, eine Stadt laſſe ſich wieder erbauen. Die kurze Ruhe benutzten die beiden, eine gute halbe Stunde von einander entfernten Batterien, um ſich gegenſeitig mit Munition auszuhelfen; mittlerweile hatte auch die 6pfündige naſſauiſche Batterie eine Poſition gewonnen, von der aus ſie der Deckmannſchaft des Geſion empfindlich ward. In beiden Batterien iſt die deutſche Fahne unter lautem Hurrah der Dänen niedergeſchoſſen, aber augenblicklich auch wieder unter lautem Hurrah aufgepflanzt.

Schon am Abend des 5. war die eroberte Fregatte von 230 ſchleswig-holſteiniſchen Seeleuten unter dem Kommando des Kapitäns Donner beſetzt; das überaus ſchöne Schiff hat allerdings viel gelitten, 19 Schüſſe aus 24pfündern haben furchtbare Verheerungen unter der Beſatzung angerichtet, jedoch am Schiff keine Schäden, die nicht bald reparirt werden könnten; der Vordermaſt muß herunter, über den Hintermaſt waren die Sachverſtändigen noch nicht einig; die Takelage iſt ſtark mitgenommen und die Breitſeiten zeigen viele Kugelſpuren. Das Schiff liegt gegenwärtig vor dem inneren Hafen, die breite Seite dem Meerbuſen zugekehrt, ſo daß, wenn die Dänen, wie erwartet wird, wiederkommen, um wenigſtens das Schiff zu zerſtören, dasſelbe als Blockſchiff benutzt werden kann. Man hat es leiſe auf den Grund laufen laſſen, was aber nach dem Urtheil Sachverſtändiger nicht den geringſten Schaden bringt, ſo wie man es in einem Theil ſeiner Kanonen erleichtert, iſt es wieder flott.

Heute hat man bereits den Anfang damit gemacht, die Kanonen des Linienſchiffs wieder über Waſſer zu bringen.

Ein Stück der Flagge, welche der Chriſtian am 3. geſtrichen hat, iſt heute an das Reichskriegsminiſterium eingeſandt worden.

Altona, 8. April. Es ſcheint, daß jetzt kein Tag vergehen ſoll, ohne uns Nachrichten von Erheblichkeit zu bringen. Es iſt heute Morgens die beſtimmte, mit geſtrigen Gerüchten übereinſtimmende Meldung eingetroffen, daß die Dänen Hadersleben am 6. April wieder geräumt und die deutſchen Truppen abermals von dieſer ganz nördlich gelegenen Stadt Beſitz genommen haben. Ebenfalls am 6. April haben im Sundewitt neue Gefechte Statt gefunden, wobei ungleich mehr Truppen von beiden Seiten ins Feuer kamen, als am 3. d. M. Die Reichstruppen ſollen 5000 Mann, darunter goslaer Jäger und andere hannoveriſche Truppen, ſtark geweſen ſein; die Macht der Dänen ſoll beinahe das Doppelte betragen haben. Bei Ulrup und Satrup fanden die Treffen Statt, ohne Reſultat von Wichtigkeit, wie es ſcheint. Geſtern Abends wurde zwar am hieſigen Bahnhofe das Gerücht mitgetheilt, daß viele Dänen, Infanterie und Kavallerie, in Gefangenſchaft gerathen ſeien; doch die heutigen Berichte reduciren dieſe Angaben auf eine geringe Mannſchaft, worunter allerdings mehrere Offiziere ſich befinden. Im Hafen von Eckernförde erſchien am 6. ein däniſches Dampfſchiff mit der Parlamentärflagge. Hierdurch entſtand die Meinung von einer bei Bülk ausgeführten Landung, die aber bis jetzt unterblieb. Jenes Schiff war entſendet, um ſich bei den Deutſchen zu erkundigen, welches der im Gefechte geweſenen Kriegsfahrzeuge in die Luft geflogen ſei und wie viele Gefangene man gemacht habe. Die Zahl derſelben beträgt 611, darunter einige 40 Offiziere und auch 6 ſchwediſche. Einer der letzteren, Wedell-Jarlsberg, hatte das unerhörte Glück, nachdem er mit dem „Chriſtian VIII.“ aufgeflogen und in die See geſtürzt war, ſich, da er durch das kalte Bad wieder zur Beſinnung gekommen, als tüchtiger Schwimmer an das Ufer zu retten. Zu den Verwundeten gehört auch der Kommandeur-Kapitän Paludan. Derſelbe ſtand übrigens, wie auch der Kapitän Meyer von der „Gefion,“ unter dem Oberbefehle Gaede's, welcher das für die Oſtküſte der Herzogthümer beſtimmte Geſchwader kommandirte. Auf die Frage, wie die Dänen zu einem ſo unverantwortlichen verwegenen Streiche gegen Eckernförde gekommen, antworteten verſchiedene der gefangenen Offiziere, daß man hierzu die gemeſſenſte Ordre erhalten habe. Es hat ſich herausgeſtellt, daß am 5. Eckernförde mittelſt Bombardements genommen werden und dann am 6., mit kräftiger Unterſtützung vom Lande aus, Kiel bedroht und, wenn erforderlich, in einen Schutthaufen verwandelt werden ſollte. Ein Maſſe Neugieriger ſtrömt aus hieſiger Gegend und von andern Punkten nach Eckernförde. Das deutſche armirte Dampfboot „Hamburg“ kam ungefährdet nach der Weſer, wohin es für die dort auszurüſtenden Schiffe „Akadia“ und „Erzherzog Johann“ Lafetten und anderes Kriegsmaterial brachte. In den letzten Tagen ſind überhaupt keine däniſchen Kriegsfahrzeuge in der Nordſee geſehen worden. Die Blokade unſeres Stromes beginnt am 12. April. (Köln. Z.)

Bremen, 9. April. Das 11. preußiſche Huſarenregiment hat geſtern um 9 Uhr unſere Stadt wieder verlaſſen und ſeinen Marſch nach Harburg über Ottersberg fortgeſetzt. Auf dem Domshofe brachten die Mannſchaften auf des Oberſten Aufforderung der Stadt Bremen in Anerkennung der freundlichen Aufnahme die ſie hier gefunden ein donnerndes Hoch. (W. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 7. April. Wer einige Zeit mit der Dame „Times“ auf vertraulichem Fuße gelebt hat, wird ſich von ihrem jüngſten Geplauder über die deutſche Kaiſerfrage einigermaßen einen Begriff machen können. Sie nimmt dieſe Frage ſo ernſtlich, daß ſie ihr heute, auf Anlaß der Kurdeputation und des königlichen Beſcheides, eine Betrachtung widmet, die den gewöhnlichen Umfang ihrer leitenden Artikel etwas überſchreitet. Der Anfang ſchon iſt bezeichnend genug. Er lautet: „Der König von Preußen hat verſucht, ſich aus einer ſehr kritiſchen Lage durch eine abſchlägliche Antwort herauszuwickeln, deren Faſſung für die Sinnesart des Königs äußerſt bezeichnend iſt — beredt, enthuſiaſtiſch, fromm, zweideutig. Die Abordnung der Frankfurter Verſammlung, die nach Berlin kam, um ihm anzubieten, was man das Kaiſerreich der Deutſchen benamſet, verlangte eine entſcheidende Antwort, aber ob dieſe Antwort bejahend oder verneinend war, immer knüpften ſich an ſie ſchwierige Fragen der ernſthafteſten Art. Für des Königs von Preußen Erhebung auf den kaiſerlichen Thron ſprach ſich in Frankfurt eine unbeträchtliche Mehrheit aus, und dieſes Votum galt als die letzte Zuflucht eines politiſchen Konvents, der im Labyrinth der Revolutionen ſeinen Weg verloren hatte“(!) Im Ganzen bezüchtigt die Times den König von Preußen eines politiſchen Ehrgeizes, der ſich in den Hohenzollern von jeher ausgeſprochen habe, nur daß dieſer Monarch nicht die Fähigkeiten beſitze, welche zur Durchführung der Rolle, die er doch gern ſpielen möchte, erforderlich ſeien. Die „Times“ kommt hierbei auf den 18. März v. J. zu ſprechen, wie da der König nach dem „ſchrecklichen und zweckloſen“ Straßenkampf mit der deutſchen Fahne öffentlich erſchienen ſei, und obſchon er ſich geſtellt, als mache er keinen Anſpruch auf die deutſche Krone, doch eine Sprache geführt habe, woraus ſeine Abſicht, die preußiſche Herrſchaft über alle deutſchen Intereſſen auszudehnen, unſchwer zu erkennen geweſen. Von jeher habe dies Ziel den Hohenzollern vorgeſchwebt, dem ſie zuweilen durch die ſchmählichſten Uebergriffe und die häßlichſte Treuloſigkeit,(!) öfter jedoch durch eine ihnen zur Ehre gereichende Klugheit und durch preiswürdige Bemühungen für das Gemeinweſen nachgeſtrebt hätten. Hier ſtoßen wir dann auf folgende merkwürdige Stelle: „Gegenwärtig iſt Preußen die einzige europäiſche Macht, welche genau genommen, ehrgeizig genannt werden kann, denn ihr Ehrgeiz iſt nicht ſowohl ein Ehrgeiz des Monarchen, als des Volkes ſelbſt. Der nationalen Vermeſſenheit (national presumption) dieſes Volkes iſt der Gedanke, die letzte der fünf Großmächte zu ſein, eben ſo unerträglich, als es ſeinen frühern Herrſchern unerträglich war, ſich mit der obſkuren Würde deutſcher Kurfürſten zu begnügen.“ Doch der König iſt noch nicht ſo ſchlimm wie eine Sorte von Rathgebern, die, kühner und feuriger als er, ihn zum Aeußerſten treiben möchten oder der Anſicht ſeien, daß, wenn der König von Preußen nicht an die Spitze träte, Alles im Chaos der Anarchie dahinſchwinden müſſe. Zu dieſen gehöre Hr. v. Vincke. Die „Times“ zählt nun zwar die Hilfsmittel auf, auf welche der König bei Uebernahme der Krone ſich Rechnung machen könne, als da ſind: ſämmtliche kleinere Fürſten, auch einige größere und die preußiſchen Kammern, aber viel beträchtlicher ſeien die Gefahren, denen ſich der König in ſeiner Stellung als deutſcher Kaiſer ausgeſetzt ſehen würde. Oeſterreich und Baiern, zwei Fünftel von ganz Deutſchland bildend, ohne die nichtdeutſchen Unterthanen Oeſterreichs hinzuzurechnen (die ſind auch, mit Erlaubniß der Times, gegenwärtig nicht in Anſchlag zu bringen, ſie zählen eher gegen, als für Oeſterreich), alſo Oeſterreich und Baiern ſeien ohne alle Frage (?) entſchloſſen, eher zu den äußerſten Mitteln zu greifen, als ſich einer Macht unterzuordnen, welche als eine gänzliche Abweichung von den Grundſätzen der Bundesakte von 1815 erſcheine und mit den neueſten Wiener Erklärungen im direkteſten Widerſpruch ſtehen würde. Hinter ihnen lauere Rußland, „jetzt eingeſtandenermaßen mit Oeſterreich durch die Bande einer engen Allianz, durch gemeinſame Feindſchaft gegen die revolutionären Doktrinen, welche Deutſchland erſchütterten, wie durch die gleiche Abneigung gegen die Vorſtellung verbunden, daß ihr früherer Verbündeter in Berlin die Grundſätze ihres Dreibundes aufgeben ſollte, um die höchſte Gewalt in Beſitzungen, die nicht ihm gehören, an ſich zu reißen. Frankreich ſchaut mit Gleichgültigkeit auf dieſen Plan, bloß weil es ihn für unausführbar hält, aber das erſte Anzeichen einer vollzogenen preußiſch-weſtdeutſchen Union würde ſeine ganze Feindſeligkeit wieder entflammen. England, unbekümmert um den Wech-

fel an ſich, würde mit Bedauern eine ſo große Abweichung von den Grundſätzen des allgemeinen Friedens wahrnehmen; ſo daß, mit Einem Worte, Preußen durch die Annahme der deutſchen Kaiſerkrone ſich einzeln der geſchloſſenen Reihe aller europäiſchen Mächte gegenüber befinden würde.“ (Preußen hat, als es noch klein war, dieſelbe Lage ſchon einmal ſiegreich beſtanden; für den mangelnden Genius eines Friedrichs II. wird es jetzt in der Geſammtkraft und dem Geſammtwillen der deutſchen Nation Erſatz finden.) Die Times weiſt noch nach, daß manche von den Regierungen, welche in der gegenwärtigen Stunde der Gefahr in die preuß. Oberhoheit gewilligt, bei der erſten Berührung der Kaiſermacht mit ihren lokalen oder religiöſen Intereſſen oder alten Eiferſüchteleien auf Lostrennung ſinnen würden, und fährt dann fort: „Ein ebenſo kühner und kriegeriſcher als ehrgeiziger Monarch möchte dieſen Schwierigkeiten Trotz geboten haben, aber der König von Preußen beſitzt dieſe Eigenſchaften nicht. Er iſt, um ihn mit Einem Worte zu ſchildern, ein romantiſcher Herrſcher, nicht ohne glühende Ueberzeugungen und ritterliche Aufwallungen, aber in einer Welt voll farbiger Phantaſiegebilde lebend und mehr dazu geeignet, ſich lebhaft auszuſprechen, als kühn zu wagen. Er hatte ſich, nach eigenem Muſter, die konſtitutionelle Wiedergeburt Preußens zur Aufgabe gemacht, und eine blutige Revolution an den Thoren ſeines eigenen Fürſtenſchloſſes ſcheuchte ihn auf; er träumte von dem Phantom eines deutſchen Reiches und verpfändete halb und halb ſein Wort, dieſe Krone zu tragen, und ſiehe da, er ſchreckt, wie Don Juan bei der Ankunft ſeines Kirchhofsgaſtes, vor der Erſcheinung zurück.“ Schließlich meint die Times, daß mit den „ſonderbaren“ an die Frankfurter Abordnung gerichteten Worten des Königs dieſe wichtige und beunruhigende Angelegenheit noch nicht abgemacht ſei — was allerdings auch unſere und wohl Aller Meinung iſt. Wie man ſieht, könnte manche Stelle in dieſem Artikel, namentlich die über den unerſättlichen Ehrgeiz Preußens, ebenſo gut von einem partikulariſtiſch-ultramontanen Profeſſor in München oder Würzburg geſchrieben ſein, wenn ſich von einem ſolchen die gedrungene und handfeſte Schreibart und das praktiſche Weſen überhaupt erwarten ließe, die man einmal der Times, mag ſie auch von den falſcheſten Vorausſetzungen ausgehen, nicht abſtreiten kann. Im Uebrigen mag man unbeſorgt ſein; die große Welt ſpiegelt ſich in der kleinen, die Politik der großen Mächte in derjenigen der Times; man erkennt das fait accompli an, und man beruhigt ſich. Die Wandelbarkeit der Times iſt bekannt. Oeſterreich war ihr noch vor einem Jahre ein in der Revolutionshitze hinſchmelzender Schneemann, und jetzt bewundert ſie die fleiſchigen, knochigen und unzerſtörbaren Glieder dieſes Rieſen. Richten wir uns nur in unſerm Hauſe ordentlich ein, und die „Times“ wird ſehr bald geneigt ſein, unſern Erhaltungs- und Ordnungsſinn gebührend anzuerkennen.

Der „Herald“ zeigt an, daß Prinz Löwenſtein, letzter Zeit Sekretär bei der preußiſchen Geſandtſchaft in London, nach Berlin abgereiſt iſt. Der Prinz iſt, dem „Herald“ zufolge, für einen höheren diplomatiſchen Poſten beſtimmt und die Ankunft ſeines Nachfolgers ſehr bald zu erwarten.

* **London**, 9. April. Eben erhalten wir noch die „Times“ von dieſem Datum. Inländiſche Neuigkeiten, welche eine ſchleunige Mittheilung nöthig machten, bringt ſie nicht, aber wohl eine ſchöne Anſprache des bekannten, bei den letzten allgemeinen Wahlen ſeltſamer Weiſe durchgefallenen Radikalen Roebuck an ſeine Wähler in Scheffield (der bisherige Vertreter dieſer Stadt, Admiralitätsſekretär Ward, geht bekanntlich als Lordoberkommiſſär nach den joniſchen Inſeln) und einen für denſelben Roebuck ſehr ſchmeichelhaften leitenden Artikel. Die Kunde von dem Angriff der Dänen auf die Herzogthümer drückte am letzten Börſentage Sonnabend den 7. die Konſols auf 91 herab und ſtimmte überhaupt die Geſchäfte ſehr flau.

Frankreich.

* **Paris**, 9. April. Die Thätigkeit der Verſammlung in der heutigen Sitzung war bewunderungswürdig. Zuerſt wurde das Budget des öffentlichen Unterrichts erledigt und wunderbarerweiſe mehrere Erhöhungen der Anſätze genehmigt, ſo zur Erbauung von Schulen in mittelloſen Gemeinden 200,000 Franken, 100,000 Fr. zur weiteren Verbreitung der Zufluchtsſtätten für Kinder (salles d'asiles) und von Arbeitsplätzen (ouvroirs); endlich eine Million zur Vermehrung des Gehaltes der Landſchullehrer, ſo daß derſelbe das Minimum von 660 Fr. erreicht. Hierauf wird wie gewöhnlich durch Zettel über die Geſammtannahme des Budgets des öffentlichen Unterrichts abgeſtimmt und daſſelbe mit Stimmeneinheit angenommen. Bei Gelegenheit des Budgets des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten proteſtirt Baſtide, in ſeinem und ſeiner Kollegen Namen gegen die bei Gelegenheit der italieniſchen Debatte gefallene Aeußerung, daß ſie die Verträge von 1815 anerkannt hätten; der jetzige Miniſter des Aeußern könne das Gegentheil nach den in ſeinen Händen befindlichen Depeſchen bezeugen; übrigens ſeien ja öffentliche Handlungen der Regierung bekannt, welche ganz gegen den Geiſt jener Verträge ſeien; vom König von Neapel habe ſie nach dem Sturm von Meſſina die Einſtellung der Feindſeligkeiten erzwungen, habe Kriegsſchiffe zur Unterſtützung Venedigs ins adriatiſche Meer geſchickt u. ſ. w. Das Budget wird ſchnell votirt. Degouſſée verlangt nun, daß man ſich mit der Berathung über den zur höheren Beſoldung des Vicepräſidenten der Republik geforderten Kredit, beſchäftigen möge. Nach kurzer Verhandlung wird der Antrag verworfen. Nun geht man zur Berathung des Budgets des Miniſteriums des Kultus über; die vorgeſchlagenen Verminderungen werden angenommen. Der Miniſter des Innern beſteigt hierauf die Rednerbühne, um aus Veranlaſſung des neulichen Votums über das Gehalt Cavaignacs einen Geſetzesvorſchlag zu verleſen, wonach die Regierung einem früheren Geſetz vom Jahr 1831 zuwider, ermächtigt iſt, den Oberbefehl über die Nationalgarde und über die Garniſon von Paris auf 3 Monate ein und derſelben Perſon zu übertragen. Der Vorſchlag geht den gewöhnlichen Gang. Man nimmt endlich die Fortſetzung der zweiten Berathung über das Geſetz zur Organiſation der Juſtizbehörden vor. Odilon Barrot widerſetzt ſich einem Artikel, welcher der Regierung verbietet, von den Beſtimmungen, daß zwei Richter deſſelben Gerichts nichts verwandt ſein ſollen, zu dispenſiren. Der Artikel wird der Kommiſſion zur nochmaligen Prüfung zugewieſen und die Sitzung um 6 Uhr aufgehoben.

Der Peuple bricht endlich ſein Schweigen über das Schickſal ſeines Redakteur Proudhon; derſelbe iſt nach wie vor in Paris und mit der Ausarbeitung einer Denkſchrift zur Unterſtützung ſeines Kaſſationsgeſuchs beſchäftigt. Er wird in der Folge nach wie vor dem Blatte ſeine Thätigkeit widmen. Dem Peuple zufolge macht die ſozialiſtiſche Propaganda auf dem Lande und in der Armee reißende Fortſchritte; ſie iſt ſo gut organiſirt wie die antiſozialiſtiſche Propaganda der Rue de Poitiers und nimmt den Kampf mit dieſer getroſt auf.

Der Graf Montemolin, dem es unbegreiflicher Weiſe gelungen war, unentdeckt ganz Frankreich zu durchreiſen, iſt an der ſpaniſchen Grenze verhaftet und unter Eskorte über Paris wieder nach England geſchafft worden; der National fügt hinzu: „mit allen den Rückſichten, die man ſich unter Prätendenten ſchuldig iſt“ und gibt zu verſtehen, daß die Regierung um ſeine Reiſe nach Spanien wohl gewußt haben könne.

Die Kommiſſion des Budgets hat den Miniſter des Innern aufgefordert, die drei Präfekten, welche ſich unmittelbar nach der Februarrevolution aus Geſundheitsrückſichten auf Grund ärztlicher Zeugniſſe penſioniren und alsdann von Leon Faucher wieder anſtellen ließen, durch telegraphiſche Depeſche nach Paris zu berufen, um ſie ärztlich unterſuchen zu laſſen. An einen derſelben iſt der Befehl, ſich nach Paris zu begeben, bereits abgegangen.

Die 3 pCt. ſchloß heute 56. 50; die 5 pCt. 89. 20; Bankaktien 2125.

Spanien.

* **Madrid**, 4. April. Die Regierung hat auf telegraphiſchem Wege die Nachricht von der Ankunft Karl Alberts auf ſpaniſchem Boden erhalten. Seine Abſicht ſchein zu ſein, ſich in San Sebaſtian einzuſchiffen, um ſich nach Liſſabon zu begeben. Die Regierung hat allen Behörden den Befehl ertheilt, ihn mit den, ſeinem Rang gebührenden Ehrenbezeugungen zu empfangen. Der König iſt von dem Hofe aufs dringenſte eingeladen worden, ſich nach Madrid zu begeben. Allein er wird ſchwerlich dieſe Einladung annehmen. Der Bandenkrieg in Katalonien dauert fort. Man ſpricht von einer bevorſtehenden Spaltung in der progreſſiſtiſchen Partei in eine gemäßigte und eine exaltirte Fraktion. Man erwartet binnen kurzem ein Manifeſt, welches dieſen Punkt aufklären wird.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Semlin, 29. März. Der Feldmarſchallieutenant Rukavina hat neuerdings kategoriſch erklärt, daß die drei banatiſchen Grenz-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Amtlicher Bericht über die Kriegsereigniſſe in Schleswig. Der Kierulff-Vogt'ſche Ausſchuß. Graf Rechberg. Die ſächſiſche Kammer und die Reichsverfaſſung. Die Präſidentenwahl.) Wien (Der Kaiſer. Die Lage der Dinge in Ungarn. Armee-Bülletin.) Berlin (Sechs und zwanzig deutſche Regierungen haben ihre Zuſtimmung erklärt. Der neue Juſtizminiſter. Die Beſchwerden des preußiſchen Volks. Die ſchleswig-holſteiniſche Deputation. Hr. v. Manteuffel. Hr. v. Forkenbeck †.) Stralſund (Die däniſche Blokade. Die Oſtſeeküſte. Der Dänholm.) Hannover (Die deutſche Wechſelordnung verkündigt.) Aus Baden (Kongreß der vaterländiſchen Vereine. Die badiſche Regierung und die Verfaſſungsfrage.) Kaſſel (Adreſſe an die Reichsverſammlung.) Weimar (Der Großherzog an den König von Preußen für Annahme der Kaiſerwürde.) Aus dem nördlichen Schleswig (Hitziges Gefecht im Sundewitt'ſchen. Die Beſetzung von Jütland.) Flensburg (Gefecht bei Sundewitt.) Eckernförde (Der Gefion.) Kiel (Der Chriſtian VIII.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Siebenbürgen (Neue ruſſiſche Truppen.)

Italien. Mailand (Politiſche Rede Radetzky's. Verluſt der öſterreichiſchen Armee. Vorbereitungen zur Belagerung Malghera's.) Rom (Vorbereitungen der Päbſtlichen. Proklamationen und keine Thaten.)

Dänemark. Kopenhagen (Eindruck der Eckernförder Nachrichten.)

Ungarn. (Das Görgey'ſche Korps. Verſtärkung der Armee. Huldigungsadreſſen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 12. April.)

Deutſchland.

Frankfurt, 12. April. Die O.-P.-Ztg. enthält im amtlichen Theile Folgendes: „Nach den eingegangenen Berichten des kommandirenden Generals der Operationsarmee in den Herzogthümern Schleswig-Holſtein war der nächſte Zweck der Bewegungen derſelben, Concentrirung der Streitkräfte und Verhinderung einer Vereinigung der ſowohl von Jütland als von Alſen her vordringenden feindlichen Kolonnen, erreicht und es begannen nunmehr offenſive Bewegungen in beiden gedachten Richtungen. Am 6. hatte ſich die hannoveriſche Brigade, durch 2 Bataillone und 1 Batterie verſtärkt, auf der Straße von Apenrade nach Sonderburg aufgeſtellt. Sie ſollte in der Gegend von Baurup und Schreirup bleiben, und ihre Vorpoſten ſo weit vorſchieben, als die holſteiniſchen Truppen, welche ſie ablöſten, das gethan hatten. Um der 1. Diviſion das Vorſchieben der Vorpoſten von Atzbüll hinaus und die Aufnahme der Verbindung mit der hannoverſchen Brigade zu erleichtern, war angedeutet worden, daß ein Vorrücken der Vorpoſten, ſoweit der Feind ſich ohne ein Gefecht zurückdrängen laſſe, wünſchenswerth ſei. Demzufolge nahm der hannoverſche General von Wyneken faſt ohne Widerſtand das Dorf Ulderup, ging aber demnächſt noch weiter gegen Satrup vor, wo derſelbe auf eine feindliche Uebermacht, anſcheinend von 15 Bataillonen, ſtieß. Hierdurch wurde ein lebhaftes Gefecht entwickelt, welches ohne Erfolg blieb, indem beide Theile ihre früheren Aufſtellungen wieder einnahmen. Die hannoverſche Brigade erlitt einen Verluſt von 1 todten und 11 verwundeten Offizieren, und 20 todten und 169 verwundeten Unteroffizieren und Gemeinen. Der Verluſt der Dänen war mindeſtens eben ſo groß. 9 Mann wurden gefangen.

Am 7. rückte die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion unter dem General v. Bonin über Apenrade vor, die Avantgarde bis gegen Hoptrup vorſchiebend.

Die ſächſiſche Brigade rückte am 7. von Quars zwiſchen die hannover'ſche Brigade und die 1. Diviſion (Baiern und Heſſen) ein, welche letztere ihre Stellung bei Gravenſtein behielt. Die Vorpoſten aller drei Abtheilungen reichen von Fiſchbek bis Blans quer über den Sundewitt. Eine Brigade der preußiſchen Diviſion ſteht um und bei Flensburg, die zweite Brigade derſelben in und bei Schleswig."

—x **Frankfurt,** 12. April. In den nach dem geſtrigen Beſchluſſe der Reichsverſammlung zu bildenden Ausſchuß zu Begutachtung des Berichtes der nach Berlin entſandten Deputation und zur Vorberathung der zur Aufrechthaltung der Verfaſſung nöthig ſcheinenden Maßregeln ſind heut durch die Abtheilungen folgende Mitglieder gewählt worden:

Von der 1. Abth. die Herren Waitz und Engel von Pinneberg.
„ „ 2. „ „ „ Wydenbrugk u. Eckert v. Bromberg.
„ „ 3. „ „ „ Plathner und Vogt.
„ „ 4. „ „ „ Wurm und Fehrenbach.
„ „ 5. „ „ „ Röſler und Eiſenſtuck.
„ „ 6. „ „ „ Droyſen und Spatz.
„ „ 7. „ „ „ Welcker und Umbſcheiden.
Von der 8. Abth. die Herren Breuſing und Hagen.
„ „ 9. „ „ „ Stahl und Fröbel.
„ „ 10. „ „ „ Langerfeld u. Tafel aus Stuttgart.
„ „ 11. „ „ „ Wernher und Raveaux.
„ „ 12. „ „ „ Dunker und Tafel aus Zweibrücken.
„ „ 13. „ „ „ Reichenſperger und Detmold.
„ „ 14. „ „ „ Fiſcher aus Jena und Venedey.
„ „ 15. „ „ „ Kierulff und L. Simon aus Trier.

*** **Frankfurt,** 12. April. Der neue öſterreichiſche Bevollmächtigte bei der proviſoriſchen Centralgewalt, Graf von Rechberg, ſoll, über München, woſelbſt er einen mehrtägigen Aufenthalt nahm, hier eingetroffen ſein.

*** **Frankfurt,** 12. April. Sicherm Vernehmen nach wird in der ſächſiſchen Abgeordnetenkammer alsbald der Antrag geſtellt werden, die von der deutſchen Reichsverſammlung feſtgeſtellte Verfaſſung als endgültig, alſo auch das erbliche Kaiſerthum, anzuerkennen. Man ſieht der Oppoſition, aber auch dem Sturze des Miniſteriums, (?) entgegen.

*** **Frankfurt,** 12. April. Wie man vernimmt, ſollen bei der morgen in der Reichstagsſitzung ſtattfindenden Präſidentenwahl Zell und Reh in Vorſchlag zu Vicepräſidenten gebracht werden.

Wien, 8. April. Der Kaiſer kommt aller andern Angaben ungeachtet, doch wohl nicht vor Mai nach Schönbrunn und keinesfalls, ſo lange nicht die ungariſchen Angelegenheiten geordnet ſind. (D. A. Z.)

△ **Wien,** 8. April. Man hat in der letzten Zeit das Mittel gefunden, um unſichere und unverbürgte Gerüchte über Ungarn hierher gelangen zu laſſen. Da erſcheint plötzlich in Peſth ein Armeebericht von dem Grafen Wrbna unterzeichnet, welcher uns belehrt, daß die Ungarn in Hatvan ſtehen und daß ſie ſich ſchon ſehr nahe vor Peſth zeigten, und zwar ſo nahe, daß bereits viele Häuſer zwangsweiſe von den Bewohnern geräumt werden mußten um den k. Truppen für den erſten Anprall zur Vertheidigung dienen zu können. Der Banus erringt zwar Vortheile und vielleicht recht erhebliche, aber wo? in Jaszbereny! ganz nahe bei Peſth und ſehr weit von Szolnok und Szegedin, das bereits dreimal durch das Gerücht von ihm genommen ſein ſollte. Unſere brave Armee, unſere tapferen Offiziere toben und ſchäumen über eine ſolche Führung. Der unternehmende Schlick, dem ſchon längſt die Ungeduld in allen Adern kochte, hat nun die Offenſive ergreifen müſſen und dieß ſcheint auch den Fürſten Windiſchgrätz veranlaßt zu haben, ſein Hauptquartier mit „ſeiner ganzen zahlreichen Suite" nach Gödöllö zu verlegen, nicht nach Hatvan, wie wir irrig hier glaubten, als wir noch nicht wußten, daß Hatvan wieder von den Ungarn genommen iſt. Doch ſcheint Schlick ſchon vorher eine Abtheilung der Ungarn nach Gyöngyös zurückgedrängt zu haben.

Zum Beweiſe, daß die Tage ſich folgen, aber ſich nicht gleichen, fängt die Peſther Zeitung bereits an, zu dem Wege der Unterhandlungen einzulenken. Sie ſtellt die Behauptung auf, daß es dem Fürſten Windiſchgrätz nie eingefallen ſei, zu erklären „er unterhandle nicht mit Rebellen", dieſe Worte ſeien ihm nur von Wohldienern in den Mund gelegt worden! So eben erſcheint das nachfolgende 33. Armee-Bulletin. Die ganze Arme iſt wirklich in Bewegung. Der Fürſt Feldmarſchall fuhr in einem Wagen hinterdrein; man erwartete ungeheure Reſultate, aber es muß vor der Hand noch bei den Erwartungen ſein Verbleiben haben. Man iſt nun ſehr geſpannt, ob F.-M.-L. Heß und General Benedek dem Rufe zur ungariſchen Armee folgen werden; Radetzky wird ſich kaum dazu verſtehen wollen, ſie in Italien zu entbehren. Uebrigens ſcheint ſich kein höher geſtellter General der Oberleitung der ungariſchen Armee unterziehen zu wollen, wenn er nicht die ganze Verantwortung mit einer gänzlich unabhängigen Stellung von den Befehlen des Fürſten Feldmarſchalls übernehmen kann. In dieſem Sinne ſoll ſich unter Andern auch Feldzeugmeiſter Welden ausgeſprochen haben.

33. Armee-Bulletin.

Se. Durchlaucht der Feldmarſchall Fürſt zu Windiſchgrätz hatte in Erfahrung gebracht, daß ſich bedeutende Streitkräfte der Rebellen zwiſchen Gyöngyös und Hatvan konzentriren, und daher dem F.-M.-L. Grafen Schlick den Auftrag ertheilt, eine Rekognoszirung dahin vorzunehmen. In Folge deſſen war F.-M.-L. Schlick am 2. d. M. von Hatvan gegen Hort aufgebrochen, fand aber die Macht des Gegners der ſeinigen ſo überlegen, daß er es vorzog, bei Gödöllö eine feſte Stellung zu nehmen, bis weitere Verſtärkungen ankämen. Bei dieſem Rückmarſch wurde dem Hauptmann von Kalchberg von Prohaska Infanterie der Befehl gegeben, die Brücke hinter

Hatvan zu zerſtören. Hauptmann Kalchberg bewirkte dieſe Zerſtörung mit ſeiner ſehr braven Kompagnie unter dem heftigſten Geſchütz- und Kleingewehrfeuer mit muſterhafter Ausdauer, und hielt den Feind hierdurch der Are auf, daß der Rückmarſch des Korps nur wenig von demſelben beläſtigt werden konnte. Der Feldmarſchall beorderte die Diviſion des F.-M.-L. Csorie zur Verſtärkung gegen Gödöllö, und ertheilte dem Banus den Befehl, mit dem erſten Armeekorps nachzurücken und die Verbindung mit dem Korps des F.-M.-L. Grafen Schlick zu erhalten. Der Fürſt Oberkommandant begab ſich ſelbſt zur Armee und nahm ſein Hauptquartier am 3. in Gödöllö und am. 4. d. M. in Aſzod. Als das erſte Armeekorps unter dem Banus dieſem Befehle Folge leiſtend einen Flankenmarſch machte, wurde ſelbes bei Tapio-Bieske von den Inſurgenten angegriffen. Generalmajor Rastic ging ſchnell in die Offenſive über, griff den andringenden überlegenen Feind mit dem Bajonette an und warf ihn zurück, bei welcher Gelegenheit den Inſurgenten 12 Kanonen genommen wurden, von denen 4 beſpannt waren und gleich in Sicherheit gebracht, und 8 andere vernagelt wurden. Wir machten noch mehrere Gefangene, doch bedauern auch wir den Verluſt des tapfern Majors Baron Riebeſel und des Rittmeiſters Gyurkovics von Banderial Huſaren. Am 5. d. M. unternahm der Feldmarſchall einen Angriff auf den bei Hatvan poſtirten Feind, bei welcher Gelegenheit eine Diviſion Civilart Uhlanen und drei Eskadronen Kreß Chevauxlegers mit ſeltener Bravour auf vier Diviſionen feindlicher Huſaren attaquirten, und mit einem geringen Verluſt von 2 Todten und 10 Verwundeten einen glanzenden Erfolg errangen. Sechzig todte Huſaren, worunter 2 Offiziers, bedeckten den Wahlplatz; außerdem hatten die Inſurgenten 40 Verwundete, und wurden ihnen 32 Gefangene, worunter ein Offizier, abgenommen.

Wien, am 7. April 1849. Militär- und Civil-Gouverneur: Freiherr von Welden, Feldzeugmeiſter.

Lith. Korr. **Berlin,** 10. April. In der Kaiſerfrage können wir unſere geſtrige Mittheilung in Betreff der von deutſchen Regierungen eingelaufenen Zuſtimmungen zu dem Beſchluſſe des Frankfurter Parlaments heute dahin vervollſtändigen, daß die Zahl derartiger Erklärungen bis geſtern ſich auf ſechs und zwanzig belief. Selbſtverſtändlich ſind dieſe Erklärungen unmittelbar in Folge des Frankfurter Beſchluſſes ergangen und ſind darunter nicht diejenigen Meinungsäußerungen zu verſtehen, welche die Aprilnote hervorzurufen den Zweck hat.

In der preußiſchen Kabinetsfrage nennt man ſeit geſtern den bisherigen Generalprokurator des rheiniſchen Reviſions- und Kaſſationshofes Geh. Ober-Juſtizrath Jaehnichen als den deſignirten Nachfolger des Hrn. Rintelen. Es ſcheint, als ob Hr. Wentzel nicht geneigt geweſen wäre, die herrenloſe Erbſchaft der desorganiſirten Juſtiz anzutreten. Die Petitionskommiſſion der zweiten Kammer hat ihren erſten umfaſſenden Bericht jetzt veröffentlicht. Derſelbe liefert ein treues Bild der Uebelſtände und Nöthe, welche die verſchiedenen Klaſſen des Volkes bedrücken. Aus allen Landestheilen flehen die Lehrer um ein auskömmliches Gehalt, die Bauern um Aufhebung der bäuerlichen Laſten, Prozeſſirende um Ermäßigung der Gerichtskoſten u. ſ. w. Handwerker wollen Zünfte, wo gewerbliche Verbände noch nicht beſtehen, Ausdehnung der Gewerbfreiheit verlangen Solche, an deren Wohnorten ſich Innungen befinden.

Die ſchleswig-holſteiniſche Deputation hat Berlin verlaſſen, ohne bei Sr. Majeſtät eine Audienz gehabt zu habrn; die Einladung zu einer ſolchen wurde von dem Miniſterpräſidenten erſt vollzogen, als die Deputation ihre Rückreiſe bereits angetreten hatte. Vorgeſtern Abend bemerkte man auch Hrn. v. Manteuffel, den Miniſter des Innern, unter den Gäſten des Jeraſchewitz'ſchen Weinhauſes, einem bekannten Verſammlungsorte der Mitglieder der Linken. Hr. v. Manteuffel verließ das Lokal erſt um 10 Uhr, um welche Zeit es auf Befehl des Hrn. v. Wrangel geſchloſſen werden muß.

Berlin, 10. April. Der Deputirte der erſten Kammer, Hr. v. Forkenbeck, iſt in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Folge eines Schlagfluſſes in ſeinem 52. Jahre geſtorben. Hr. v. F. iſt ein geborner Münſterländer. Er war zuletzt Vicepräſident des Oberlandesgerichts zu Glogau. (C. Z.)

⊙ **Stralſund,** 7. April. Heute ward dem hieſigen däniſchen Conſul von dem ein däniſches Blokade-Schiff kommandirenden Capitain Peterſen die offizielle Anzeige gemacht, daß die Häfen von Camin, Swinemünde, Wolgaſt, Greifswald, Stralſund und Roſtock am 5. als blokirt erklärt worden ſind; neutrale im Hafen befindliche Schiffe können nach einer angemeſſenen Ladefriſt noch frei ausgehen, wenn ſie dazu ſofort angemeldet werden.

Die ſelbſt vom preußiſchen Miniſterium ſtets erneuerten Friedenshoffnungen machen alſo einer deſto bittreren Täuſchung Platz, da es von Seiten Dänemarks namentlich gegen unſern Hafen noch ſtrenger gemeint iſt, als im vorigen Jahre.

Das Zuſammentreffen dieſer Täuſchung mit jener aus Berlin, über das unerwartete Zurückweiſen der Frankfurter Deputation, verwirrt die Geſinnung der Bewohner an der deutſchen Oſtſeeküſte bis zu einem hohen Grade von Unzufriedenheit mit der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten Preußens, auch wenn eine billige Rückſicht auf die ungemein kritiſchen Zuſtände Deutſchlands gerne eingeräumt wird. Jedenfalls ſind die Opfer, welche die preußiſche Oſtſeeküſte ſeit einem Jahre zu bringen hatte, und eben jetzt wieder in einem großrn Umfange bringen muß, weder in Frankfurt noch in Berlin recht gewürdigt worden.

Eine große Maſſe von Getraide wird durch die Blokade augenblicklich ſtark entwerthet, und der Troſt wenig bedeuten, daß nun der arme Mann wohlfeileres Brod haben kann, da ſelbſt dieſes den arbeitenden Klaſſen bei der allgemeinen Stockung in Handel und Schifffahrt, ſchwer zu erwerben wird.

Das Kriegsminiſterium hat die aus alter Zeit berühmte kleine Inſel Dänholm, von der Stadt, wie es heißt, für 15000 Thaler gekauft — man kann wohl ſagen faſt geſchenkt erhalten. Es wird die Anlage eines Schiffswerftes und Kriegshafens mit beſonderen Feſtungswerken beabſichtigt, und ſchon wird auf der Inſel fleißig geſchanzt; beiläufig ein gutes Mittel, eine Menge müßiger Arbeiter zu beſchäftigen.

Hannover, 9. April. In unſerer Geſetzſammlung wird heute das Geſetz über die Einführung der allgemeinen deutſchen Wechſelordnung publicirt.

†† Aus Baden, 10. April. Geſtern hielten die Vertreter ſämmtlicher vaterländiſchen Vereine unſeres Landes einen Kongreß in Karlsruhe, wobei natürlich die deutſche Frage das Hauptthema der Beſprechung bildete. Die Verſammlung ſprach ſich einmüthig dahin aus, daß die zu Recht beſtehende Reichsverfaſſung ihrem ganzen Umfange nach aufrecht erhalten werden müßte und beſchloß in dieſem Sinne mehrere Eingaben an die Reichsverſammlung und an die Regierung abzuſenden. Eine Adreſſe an den Großherzog, die ihm von einer Deputation heute überreicht werden ſoll, ſtellt an dieſen das Verlangen, er möge auf den Grund der zu Recht beſtehenden Reichsverfaſſung ſeinen Eintritt in den deutſchen Bundesſtaat ausſprechen und jede Zumuthung, auf diplomatiſchen oder fürſtlichen Kongreſſen die Verfaſſungsfrage zu ſchlichten, entſchieden von der Hand weiſen. Welche Antwort der Deputation geworden iſt, kann ich Ihnen noch nicht berichten; dagegen darf ich Sie aus guter Quelle verſichern, daß Baden eine Erklärung oder eine Inſtruktion geben wird, die von den frühern Kundgebungen der Regierung nicht abweicht. Iſt einmal ein ernſtes, patriotiſches Wort in dieſem Sinne von einer Regierung ausgegangen, ſo wird es an Beiſtimmenden nicht fehlen.

* **Kaſſel,** 9. April. Der hieſige „Vorort des nationalen Vereins für Dentſchland" hat auf Grund des ſtatutenmäßigen Gelöbniſſes: „die Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung gegen alle ungeſetzlichen, anarchiſchen wie reaktionären, Angriffe aufrecht zu erhalten", im Namen der zahlreichen verbundenen Vereine eine Adreſſe in dieſem Sinne an die Reichsverſammlung erlaſſen und fordert zugleich mittelſt Rundſchreiben die einzelnen Vereine auf, auch ihrerſeits, jeder für ſich, mit ähnlichen Adreſſen ungeſäumt vor die Verſammlung zu treten. Wir entnehmen der Adreſſe die folgenden bezeichnenden Stellen:

„Auch die preußiſchen Volksvertreter hat der große Augenblick nicht groß genug gefunden. Von Parteiwuth zerriſſen, durch untergeordnete Rückſichten gefeſſelt, haben ſie ſich in der entſcheidenden Stunde nicht bis zu jener imponirenden Einheit des Entſchluſſes zu erheben vermocht, welchem auch die abſolutiſtiſche Gewöhnung der preußiſchen Miniſter nicht hätte widerſtehen können. Sie haben ſich dann vertagt und die Geſchicke des deutſchen Vaterlandes dem Ausgange der Verhandlungen überlaſſen, welche ſchon in der nächſten Woche Deutſchland in einen unermeßlichen Abgrund des Verderbens ſtürzen können.

So iſt es denn wiederum die konſtituirende deutſche Nationalverſammlung zu Frankfurt a. M., von welcher das deutſche Volk ausſchließlich ſein Heil und ſeine Rettung zu erwarten hat. Und wie im Frühlinge des vergangenen Jahres die hohe Verſammlung von den Fürſten und Völkern berufen ward, um für die Geſammtheit Dasjenige zu thun, was die Selbſtſuche der Einzelnen nimmer zu thun weiß, — die Verfaſſung für das deutſche Reich zu ſchaffen, ſo ergeht jetzt und aus gleichen Urſachen gleicher Maßen an ſie der Ruf der Geſchichte: die Verfaſſung Deutſchlands zu vertheidigen und durchzuführen!"

„Die Würde und Beſonnenheit, womit die hohe Verſammlung ihr Werk unter tauſendfachen Schwierigkeiten feſt und treu zu Ende führte, iſt in der Geſchichte ohne Beiſpiel; möchte auch die Thatkraft, womit die deutſche Nationalverſammlung im Geiſte des 28. März und 4. April beharren wird, in der Geſchichte ohne Beiſpiel ſein.

Der hohen Verſammlung aber möge der Jubel und der Dank, den Ihr Werk im beſten, im unverdorbenen Theile des Volkes gefunden hat, eine Bürgſchaft dafür ſein, daß dieſes Werk auch in der Ausführung gelingen muß. In der hohen Verſammlung ſelbſt wird die erneute Eintracht

und die erneute Begeiſterung, womit auch die verſchiedenen Parteien des Hauſes für die gemeinſame Pflicht zuſammenſtehen werden, dem ganzen Volke zum leuchtenden Beiſpiel dienen. Wer es wohl mit dem Vaterlande meint, und wem die moraliſche Kraft nicht in politiſchen Ausſchweifungen ganz verzehrt ward, der wird, wie in jenen Frühtingstagen des verwichenen Jahres, aufs Neue zu ſeinem Parlamente ſtehen."

„Es gilt dieſes Mal keine leichtſinnige, keine zielloſe und ſchwankende Bewegung. Dies iſt unſer! So laßt uns ſprechen, und feſt es behalten."

Weimar, 9. April. Bereits in voriger Woche war unſer Miniſter v. Watzdorf zu gleicher Zeit mit der Deputation aus Frankfurt in Berlin, um dem König im Namen unſeres Großherzogs ein Schreiben zu überreichen, worin entſchieden gewünſcht wurde, daß der König dem aus Frankfurt an ihn ergangenen Ruf folgen möge. Heute iſt nun der Miniſter wieder nach Frankfurt zu dem von Preußen ausgeſchriebenen Kongreß abgereiſt; er ſoll nach ſeinen in Berlin gemachten Beobachtungen eine Verſtändigung auf dem Grund der publizirten Reichsverfaſſung zu deren noch größerer Haltbarkeit für bevorſtehend anſehen. (L.Z.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 8. April. Am Freitag den 6. d. fand im Sundewitt'ſchen bei Ulderup ein ziemlich bedeutendes Treffen ſtatt; von den Unſrigen waren mehrere Bataillone Hannovraner, 1 badiſches, 1 würtembergiſches und mehrere ſchleswig-holſteiniſche Bataillone, von einigen Jägerabtheilungen unterſtützt im Feuer, es gelang ihnen jedoch den bedeutend ſtärkeren Feind (man ſchätzt ihn auf 6000 Mann) welcher durch das ganz beſonders günſtige Terrain, von welchem aus er mit ſeinen Schiffen ein wohlgenährtes Kreuzfeuer unterhielt, zurück in die Schiffe zu jagen und ſo denſelben ganz vom Feſtlande zu vertreiben. Der Kampf war ein äußerſt hitziger, indem unſere Truppen ſelbſt im ſtärkſten Kugelregen nicht weichen wollten, weßhalb wir auch eine ziemliche Anzahl Todte und Verwundete zu beklagen haben; von letzteren ſind 200 nach Flensburg und 100 nach Schleswig gelangt, darunter auch einige Offiziere von den hannöveriſchen Jägern. Von den Dänen ſahen wir einen General (man vermuthet Hanſen) fallen, denn ein großer Theil Offiziere ſtrömten zu ihm. Es iſt nun der Plan, daß am 10. d. das ganze ſchleswig-holſteiniſche Korps, beſtehend aus 22000 Mann, zur Okkupation nach Jütland einrückt und die übrigen Bundestruppen Schleswig-Holſtein beſetzt halten; ob dieſes aus diplomatiſcher Rückſicht geſchieht, können wir bis jetzt nicht angeben.

Flensburg, 8. April. Ueber das Gefecht, welches vorgeſtern in Sundewitt ſtattfand, kann nachträglich Folgendes berichtet werden. Die deutſchen Truppen waren ungefähr 4000 Mann, die Dänen wenigſtens dreimal ſo ſtark. Die Hannoveraner und Badener haben bei der hervortretenden entſchiedenen Ueberlegenheit der Feinde mit ausgezeichneter Tapferkeit gefochten; ein beſonderes Reſultat des Gefechtes hat ſich, wie es ſcheint, nicht herausgeſtellt; auf beiden Seiten ſind Mehrere gefallen, Viele verwundet worden. Unter den in die hieſigen Lazarethe gebrachten Verwundeten befinden ſich zwei ſchwer verwundete däniſche Offiziere. Die außerdem hier eingebrachten däniſchen Gefangenen betragen 14 Mann; unſeres Wiſſens haben die Dänen keine Gefangene gemacht. Mit den gefangenen Soldaten wurde zugleich ein Mann in Civilkleidung eingebracht, welcher auf einen deutſchen Offizier geſchoſſen und denſelben verwundet haben ſoll; er wurde mit Stricken gebunden längs der Straße geführt, und von der Volksmenge als däniſcher Spion geſchmäht. (B.-H.)

Hadersleben, 8. April. Die Dänen haben Hadersleben wieder verlaſſen und ſind nach dem Norden gegangen. Sie zogen hier am 3. d. M. ein und das erſte Jägerkorps zog ſich fechtend vor ihnen zurück. Die Macht der Dänen in und um Hadersleben wird auf 10,000 Mann angegeben. Beim Zurückziehen der Jäger gab es auf unſerer Seite 2 Verwundete, auf däniſcher Seite 9 Todte und 12 Verwundete. Der Abzug der Dänen erfolgte in aller Stille zwiſchen dem 6. und 7. d. M., des Nachts um 12 Uhr. Sie haben keine Bürger noch ſonſtige Bewohner weggeſchleppt, obgleich der Pöbel viele denuncirte. Das däniſche Militär hat ſich ſehr gut benommen; die Soldaten ſo wie die mehrſten Offiziere waren ſehr gedrückt. Requiſitionen ſind nicht ausgeſchrieben worden. Morgen ſoll eine deutſche Brigade hier hingelegt werden. (B.-H.)

Eckernförde, 8. April. Der „Geſion", an deſſen Bord ſich jetzt 200 Matroſen der deutſchen Flotte unter Kommando des Kapitän Donner befinden, wird jetzt abgetakelt, da er ganz neuer Maſten bedarf, indem ſeine jetzigen zu arg zerſchoſſen ſind. Die Verletzungen im Rumpf, obgleich auch ziemlich bedeutend, bedürfen nur einer ſtarken Verzimmerung und in 6 bis 8 Wochen dürfte nach dem Ausſpruch der Sachverſtändigen das Schiff wieder vollkommen für den Dienſt der deutſchen Flotte herzuſtellen ſein. Auch von den Trümmern des „Chriſtian VIII.", die der Oſtwind jetzt in Menge an den Strand treibt, iſt Vieles noch zur Erbauung eines neuen Kriegsſchiffes brauchbar. Beſonders die großen ſchönen Schiffsböte ſind alle gerettet, eben ſo viele Laffetten, Waſſertonnen u. ſ. w. noch ganz unverſehrt. Auch die Kanonen hofft man alle wieder aus dem Meere aufwinden zu können, da der Boden des hieſigen Hafens aus feſtem Lehmgrund beſteht. (B.H.)

Kiel, 7. April. Etwa 150 Schritt von der Südbatterie entfernt liegen die rauchenden Trümmer des Stolzes der däniſchen Flotte, „Chriſtian VIII.;" Trümmer, die kaum ahnen laſſen, daß vor wenigen Stunden daſelbſt eines der ſchönſten Linienſchiffe ſtrandete und in die Luft flog. Nur abgebrannte und abgeſprengte Rippen ragen wenige Fuß hoch über die Oberfläche des vom Oſtwind ſtark bewegten und ſchäumenden Waſſers hervor. Am Strande erſt ſieht man, wie furchtbar die Pulverexploſion gewirkt; denn nicht tauſende, ſondern ohne Uebertreibung Millionen nicht Stücke, ſondern Splitter, decken den Strand in der Länge faſt einer Viertelmeile; dazwiſchen umgeſchlagene Jollen, zerſchmetterte Barkaſſen und Böte, einzelne noch erkennbare Stücke, wie Kanonenlader mit zerbrochenen Stielen, Schubladenſtücke, einzelne Kanonenlaffetten, Eiſenbolzen in Elle dicken Eichenribben, Matroſenhüte, Jacken, Seetangmatratzen, zerfetzt und verbrannt, zerſchmetterte Stücken von Bilderrahmen, Splitter vom Cajütenmobiliar; Stücke von Raaen und Maſten — und zwiſchen dieſem Trümmerchaos zerriſſene, zerſchmetterte, ſchwarzgebrannte Leichname. So ſieht es am Strande aus. Vor der Stadt liegt die ſchönſte däniſche Fregatte „Geſion," Schutzengel von Seeland; und am Hintermaſt weht — die ſchwarz-roth-goldene Fahne. „Geſion" hat ſehr gelitten, ſeine Beſatzung noch mehr. Der Spiegel des Schiffes iſt, abgerechnet die Schüſſe, welche durch die Kanonenluken geflogen ſind, von 15 Schüſſen über Waſſer durchbohrt. Zwei der ſtolzen Maſten ſind durch ſchwere Geſchützkugeln ſo geſchwächt, daß ſie ſchwerlich Segeldruck mehr ertragen, das Tauwerk der Segel iſt ſo zugerichtet, daß ein Kreuzen gegen den Wind nicht mehr ausführbar geweſen. Ich ſchildere nicht den Anblick im Innern des Schiffes. (H.B.-H.)

Oeſterreichiſche Monarchie.

Siebenbürgen. Dem Lloyd vom 7. April zufolge ſind 20,000 Ruſſen bereits gegen Siebenbürgen aufgebrochen und General Murawieff eilt mit einem Korps von 20,000 Mann aus Beſſarabien herbei. Auch die Türken ſind zur Bewachung der Wallachei an die Grenze gezogen. Die türkiſchen Truppen, ungefähr 6000 Mann, welche bisher in Galacz und Ibrail garniſonirten, begaben ſich am 21. März nach Bukareſcht, und binnen einigen Tagen erwartet man in Galacz neue türkiſche Beſatzung.

Italien.

* **Mailand**, 1. April. Radetzky hat das Ehrenbürgerrecht der Stadt Wien erhalten. Eine Deputation des Gemeinderaths von Wien, den Präſidenten deſſelben an der Spitze, traf geſtern hier ein, und überreichte ihm das Prachtdiplom heute Morgen. Radetzky hielt zur Erwiederung auf die ihm dabei gewordene Begrüßung eine politiſche Rede à la Bugeaud, die wir der Merkwürdigkeit halber ganz mitzutheilen uns nicht enthalten können:

„Hr. Präſident! Die Stadt Wien hat mir durch Sie das Diplom überreichen laſſen, kraft welchem mein Name als Ehrenbürger im goldenen Buche Wiens eingezeichnet ward. Durch dieſe ſchmeichelhafte Auszeichnung ſehe ich mich in eine Burgergemeinſchaft aufgenommen, die meinem Herzen immer theuer war. Die Stadt Wien wird ſtets meine innigſte Anhänglichkeit beſitzen, denn ihr verdanke ich ſo viele frohe Erinnerungen aus meinem frühern Leben. Ich bitte Sie, Hr. Präſident, dem Gemeinderath und der ganzen Bürgerſchaft Wiens meinen innigſten Dank für eine Ehre auszudrücken, die ich über Alles hochſchätze. Der Tag, wo ich dieſe Geſinnungen meinen neuen Mitbürgern mündlich ausdrücken zu können ſo glücklich wäre, würde einer der ſchönſten meines langen Lebens ſein. Die politiſchen Stürme des unheilvollen Jahres 1848, die nicht allein die Grundfeſten des europäiſchen Staatengebäudes, ſondern auch die moraliſchen Grundpfeiler der Geſellſchaft umzuſtürzen drohten, halten ſich über dem ſonſt frohen und glücklichen Wien blutig entladen, doch der Sturm iſt gottlob vorübergebrauſt, und nur noch aus weiter Ferne hört man ſein Toſen. Schon bricht die Morgenröthe einer beſſern Zeit heran, und aus finſterer Nacht tritt das alte treue Wien mit verjüngtem Glanz wieder hervor. Bald ziehe unſer junger und hoffnungsvoller Monarch wieder in die Thore ſeiner Hauptſtadt, in die Hallen ſeiner Väter ein, dort will er ſich die Krone des großen und vereinten Oeſterreichs auf das Haupt ſetzen, wir werden dann ein Feſt der Verſöhnung und Wiedervereinigung feiern, wie noch kein Volk ein ähnliches beging; vergeben und vergeſſen ſoll die Vergangenheit ſein, verſöhnt ſich die Hand reichen, was noch vor Kurzem ſich in unglücklicher Verblendung feindlich gegenüberſtand. Nochmals, Herr

№ 101. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 12. April 1849.

Ueberſicht.

Die deutſche Verfaſſung und die preußiſche Politik.
Die Antwort des Königs.
Deutſchland. Aus Oeſterreichiſch-Schleſien (Die Konſtitutionsfeier. Noth im Gebirge. Nachrichten aus Ungarn.)
Frankreich. Paris (Das Journal „La Liberte" und das Manifeſt des bonapartiſtiſchen Wahlkomites.)
Niederland. Delft (Leichenfeier des verſtorbenen Königs.)

Die deutſche Verfaſſung und die preußiſche Politik.

* Vom Rhein, 10. April. Ich habe wohl gewußt, warum ich am Schluſſe meines letzten Briefes ſo ausführ bei der Vorſtellung, auch Preußen möchte ſeine Hand zur Oktroyirung einer Verfaſſung bieten. Ich knüpfe heute an jenen Schluß an, und bin zufrieden, daß eine Pauſe in meiner Korreſpondenz gerade zwiſchen jenem und dieſem Brief liegt. Sie iſt zufällig, dieſe Pauſe; wenn ſie abſichtlich geweſen wäre, würde ich noch zufriedener damit ſein. Hätte ich in jenem Tone fortfahren wollen in den Tagen, wo Alle in neuer Hoffnung aufathmeten, wo die allgemeine Stimme war, es ſei die Ablehnung von Seiten Preußens eine Unmöglichkeit und Undenkbarkeit, ſo würde man vollends die Geduld über dieſen ſchwarzſichtigen Mann verloren haben, der, kaum an Einem Ziele ſeiner Wünſche angelangt, ſogleich wieder Miene machte, mit dem Erreichten noch unzufriedener zu ſein, als mit dem, was er vermieden ſehen wollte. Aber ich konnte die allgemeine Freude nicht theilen, weil ich von der Perſönlichkeit fürchtete, die jetzt ein ſo großes Gewicht erhielt, weil ich von den Perſönlichkeiten fürchtete, die dieſem Gewichte allein das Gegengewicht halten konnten, und von der Flauheit der Stände und des Volks, die im Nothfall dem, was an dem Gegengewichte mangelte, die Gewichtſteine zufügen oder die leichtwiegenden Quinten und Lothe wegſchnellen mußten. Ich konnte die Freude nicht theilen, nicht allein wegen dieſer Befürchtungen des Kommenden, ſondern auch wegen einiger Kunde von dem bereits Geſchehenen. Man konnte ja in allen Zeitungen gleich nach der Wahl des Kaiſers die unwiderſprochene Nachricht von einer Depeſche nach Paris leſen, in welcher der König den Entſchluß kund gegeben hätte, die Krone nicht anzunehmen; man konnte leſen, daß man in Berlin nach Ankunft der telegraphiſchen Depeſche nichts dringenderes zu thun hatte, als einen Kourier nach Petersburg zu ſchicken; daß dieſe Austragung unſerer inneren Sache vor die äußeren Fora Statt hatte, war auf alle Fälle ſchlimmer und ſchmählicher, als was ihr Inhalt war. Dazu kommen die vielfachen Gerüchte und Notizen über Verhandlungen wegen einer Oktroyirung, die mich ſchon bei meinem letzten Briefe überzeugt hatten, daß es keine bloße Vorſtellung war, über die ich mich ſo empörte. Jetzt können Sie bei einem Berliner Korreſpondenten der Allgemeinen Zeitung vom 7. dieſes leſen, was wie mir ſcheint ein Kommentar in nuce zu allem bisher Vorgegangenen iſt. Die Kaiſerwahl heißt da, ganz in dem Style in dem der König ſelbſt an einen ſeiner Geſandten über dieſen Punkt zu ſchreiben pflegte, eine jedes Bodens entbehrende Schöpfung, ein Rauſch, ein Traum! Preußen, heißt es da, (als ob die Menſchen von Gott geſchlagen ſeien) habe in der heutigen Weltlage keinen ſichreren und hülfreicheren Alliirten als Oeſterreich — das ſich ſelbſt nicht helfen kann! König und Miniſterium, heißt es da, hatten den Verſuch gemacht, die Frankfurter Deputation gar nicht zu empfangen!! Der Proteſt der bairiſchen Regierung gegen Kaiſer und Verfaſſung hat den verdienten Eindruck in Berlin nicht verfehlt! Hannover hat ſich für ein Direktorium erklärt. Es iſt alſo unzweifelhaft, daß ſich Preußen mit Oeſterreich und den übrigen Kronen (den Königskronen?) verſtändigen wird! — Nun wird man vollkommen den Gedanken einer Oktroyirung begreifen, der in des Königs Antwort, in den Erklärungen der Miniſter, in der neuen Cirkularnote liegt, einer Oktroyirung, die freilich feiner eingefädelt iſt als die von Oeſterreich beabſichtigte, aber in ihren Reſultaten leicht noch viel unſeliger ſein wird, als ſelbſt eine Rückkehr des Bundestages mit einem bloßen Staatenhauſe. Die Winkelzüge, die Widerſprüche in jenen verſchiedenen Dokumenten mußten die Unehrlichkeit der Abſichten der preußiſchen Regierung vermuthen laſſen, wenn auch nicht nachher die ganze Frivolität hinzugekommen wäre, mit der man die große Sache bei der Anweſenheit der Deputation in Berlin behandelte. Die Erklärungen der Miniſter in den Kammern konnten unverfänglich ſcheinen; ſie konnten in andern Worten daſſelbe beſagen, was die Reichsverſammlung ſelber ausgeſprochen hatte: die Hoffnung und Erwartung, daß die Fürſten Deutſchlands großherzig dem vollendeten Werke der deutſchen Verfaſſung und der Kaiſerwahl beitreten würden. Die Erwiederung des Königs aber mußte ſchon jede Erwartung niederſchlagen. War Aufrichtigkeit und ein Begriff ihrer Stellung in den Miniſtern, ſo durften ſie den König dieſe Worte nicht ſagen laſſen; ſagte er ſie aus ſich ſelbſt, wie es die ganze Manier und Faſſung glauben läßt, ſo mußten ſie ihre Stellen niederlegen. In dieſem großen Momente war es des Thrones, war es Preußens würdig, Deutſchland eine ehrliche und gerade Antwort zu geben. Selbſt wenn die Dynaſtie beſchloſſen hatte, das Wagniß dieſer großen Erwerbung nicht zu machen, ſo verdiente dieſes ſeltne Vertrauen einer geſpaltenen Nation und das von einem großen Theile ſeiner Fürſten getheilt war, eine runde und biedere Ablehnung und ein Wort der Rechtfertigung einer ſo ſeltſamen und feigen Weigerung. Der Antrag voll Ehre und Glorie wird in den Büchern der Geſchichte ſtehen; welche Antwort auch gegeben wurde, die Würde, die Feſtigkeit, die Ehrlichkeit hätte ſie formuliren müſſen. Statt deſſen dieſe nichtsſagenden Phraſen, wie ſie uns ſo oft mit Widerwillen geſättigt haben! Statt deſſen dieß wollende Nichtwollen, dieſes Süßſauer, dieſe alldeutbaren Redensarten, nachdem in einem leichtfertigen Spiel mit heiligen Worten verſichert war, daß ein Blick nach oben, zu dem König der Könige, Feſtigkeit, Feſtigkeit gegeben habe! Der alte Fritz müßte im Grabe erröthen, wenn er dieſe Antwort eines ſeiner Nachkommen auf dieſen Antrag läſe! Und wenn er zu reſcribiren hätte, würde er darunter ſetzen: „Vague Antwort! Oeſterreicher stillus! das nichts bedeutet!" Und wenn es nur noch wirklich blos Nichts bedeutete! Aber ich fürchte ſehr, das es auf Umwegen daſſelbe bedeutet, was der heutige Oeſterreicher stillus über unſere deutſchen Dinge vorſchreiben möchte. Ich würde die Erklärung der Miniſter, ſelbſt die des Königs für wenig achten, wenn nicht die Circularnote gefolgt wäre. Auf jene beiden Erklärungen hin, hätte ich erwartet, würden die kleinen deutſchen Fürſten der Hoffnung der Nation entſprechen. Die Conſtituirung des Bundesſtaates wäre eine vollendete Thatſache geweſen. Die hannoverſchen Stände hätten hierauf gethan, was nicht zu laſſen war. Römer hätte ſein eingeſetztes Wort gelöſt. Sachſen konnte nicht zurückbleiben. Der neue Reichstag hätte die Zollgrenze abgeſchloſſen. Das ausgeſchiedene Baiern hätte nicht Ein Jahr aus dem neuen Deutſchland bleiben können. Wer der Nothwendigkeit dieſes Gangs der Dinge widerſpricht, der iſt lächerlich. Statt dieſes natürlichen Ganges nach Vorwärts, ſchraubt uns das Verfahren der preußiſchen Regierung mit einer kleinen und feinen Wendung, die das alte Volkswort vom preußiſchen Kniffe ſehr ſchön rechtfertigt, gerade auf den umgekehrten Weg nach rückwärts. Die Circularnote ſtatuirt von vorn herein, was nicht und in keiner Art ſtatuirt werden ſoll, daß ſich einige deutſche Staaten von dem Bundesſtaate ausſchließen dürfen; ſie ſollen dann in dem alten Bundesverhältniſſe feſtgehalten werden; ihnen dieſe Ausſicht eröffnen, heißt ſie einladen, nicht in den Bundesſtaat einzutreten. Zu dieſen Staaten tritt Oeſterreich natürlich hinzu. Oeſterreich hat ſeinen Willen. Es hat die Könige auf ſeiner Seite, es ſprengt mit ihnen den Bundesſtaat, auf den unſere Hoffnungen geſetzt waren. Nur hat Preußen, und das wird ſein kläglicher Ehrgeiz in dieſem elenden Spiele ſein, den gefährlichſten Hieb Oeſterreichs parirt. Dieſes hatte die Königreiche vergrößern wollen durch Kreiſe, um ſo der zweiten deutſchen Großmacht neue Großmächtchen entgegen zu werfen, die es im Schach hielten. Statt deſſen wird ſich nun Preußen mit den kleinen Staaten in den Bundesſtaat zuſammenſchließen und ſo dem ſtaatenbundlichen Oeſterreich mit den Königreichen ein maſſenhaftes Gegengewicht halten. Der alte Traum von einer Theilung des Einfluſſes der beiden Großmächte über Deutſchland wäre dann erfüllt. Was weiter kommen würde, kann man wohl denken. Das ſtaatenbundliche Verhältniß zu dieſen auf den Grund der Bundesverfaſſung zugetretenen Staaten würde unter den Regierungen dieſer Staaten und mit Preußen feſtgeſtellt werden. Die auswärtigen Verhältniſſe würden hierhin übertragen werden. Es würden dadurch Modifikationen der Reichsverfaſſung nothwendig werden. Ein Schatten von Verfaſſung würde übrig bleiben. Man hätte auf einem Umwege erreicht, was man vom

Digitized by Google

Anfange an wollte, was ja die früheren Noten ſchon in Ausſicht ſtellten. Wenn der Hof, die königliche Familie in Berlin, wenn die deutſchen Stände, die preußiſchen voran, dieſe elende Politik nicht im Beginne hemmen, durch die ſich Preußen eine Macht beizulegen glaubt und ſich nur eine Laſt auflegen wird, durch die es Deutſchland befriedigen will und es nur unheilbar zerſpalten würde, ſo iſt vorauszuſehen, daß die Reichs-Verſammlung ihre Rolle ausgeſpielt hat und ohne weitere Fähigkeit zu handeln auseinandergehen muß. Möchte ſich dieſe Verſammlung ſchon heute auf dieſen Fall vorbereiten und ihre letzte Waffe bereit halten. Das erwarten wir doch, nach der letzten Einigung, und nachdem nun hoffentlich die öſterreichiſchen Deputirten austreten werden, von dieſer ehrenwerthen Verſammlung mit Zuverläſſigkeit, daß, wenn dieſer Weg in der That eingeſchlagen werden ſollte, ſie zu keinem Flickwerk von einer Verfaſſung ihre Zuſtimmung geben werde. Sie erkläre ſich einverſtanden ſelbſt mit dem kleinſten Kleindeutſchland, wenn es aus dem neuen Staate einen Ernſt machen und deſſen ganze Unabhängigkeit ausſprechen will, auf dem vollen Grunde der Verfaſſung, die ſie gegeben hat. Aber ſobald die freie Bewegung dieſes verkleinerten Körpers im geringſten geſtört werden ſoll durch ein neues und zweites Staatsverhältniß, dann hoffen wir, wird die Reichsverſammlung in einer großen Anſprache an die Nation ihre Geſchichte erzählen, ihre Rechtfertigung führen, und ihr Teſtament hinterlaſſen, in dem ſie verordnet: daß Niemand im Vaterlande durch irgend eine Wahl oder ſonſtwie irgend einen Antheil an irgend einer oktroyirten Verpfuſchung ihres Werkes nehme; daß man im Volk ablehne, nachdem ſein großes Anerbieten abgelehnt worden iſt; und daß man, unbetheiligt an jeder Halbheit, die Stunde erwarte, wo noch einmal über das Ganze abgerechnet werden kann.

Die Antwort des Königs.

*** **Berlin**, 6. April. Die Deputirten aus Frankfurt waren mit Jubel und Feſtlichkeiten empfangen. Wenn man auf ihre Anfrage ein Nein antworten wollen, hätte man ſie doch ſchwerlich kommen laſſen, denn der König achtet die Männer, die gekommen ſind, perſönlich, und mehr noch die Männer, welche ſie aus Frankfurt geſandt haben. Er konnte ſie nicht kommen laſſen, um ihnen einen Hohn anzuthun, um ihre Erklärung mit Indignation anzuhören, wie die ultramontanen Blätter fabulirt. Dies ſagte ſich Jedermann, der ſchlichteſte Bürger. Er hat ſie kommen laſſen, alſo kann er nur die Abſicht haben, ihnen eine befriedigende Antwort zu geben. Der Schluß ſchien ſo logiſch richtig. Nun war die Thatſache fertig: Sie haben ihn gewählt, er nimmt an. Was fehlt dann? Freilich noch viel, antwortete man ſich, aber die That war fertig, ein Grund und Boden gewonnen zum Streiten. Und dazu hatten die plötzlich den Muth welche vor der halben That zitterten.

Ueber Nacht iſt es anders gekommen, als die mit Glockengeläute und Kanonenſchüſſen, unter wallenden Fahnen und dem Jubel des Volkes hergezogenen Sendboten noch am Abend wähnten. Hier am Ort gab es viele, welche zu ihrer Freude bedenklich den Kopf geſchüttelt. Die Heimiſchen kennen beſſer die lokalen Wetterzeichen. Hatte nun der Wind plötzlich umgeſchlagen, oder hatte das Schiff bis da lavirt, um plötzlich mit dem vollen Winde zu ſegeln, gegen den es bis dahin zu ſteuern ſchien?

Letzteres wird Niemand uns zutrauen, der nur entfernt unſere Verhältniſſe, unſere Stimmungen kennt. Es iſt nichts uns ferner als intendirte Argliſt und raffinirte Berechnung. Wir haben nichts von der Olmützer Politik gelernt. Wir müſſen es ſchon antworten auf die an uns geſtellte Frage. Die Sache iſt ſo klar. Er, der für die Einheit Deutſchlands ſchwärmt, fühlte auch die Luſt nach der Kaiſerkrone. Nicht gerade aus Herrſchſucht, aber weil es die Krone ſeines Zieles wäre. Kaiſer zu werden, hatte jeder deutſche Fürſt ein Recht; warum nicht er! aber dazu gehörten Kurfürſten. Seine Phantaſie flog nicht bis zu den uranfänglichen Zeiten zurück, wo es noch keine Kurfürſten gab, wo jeder freie Mann — zwar es nicht faktiſch war, doch aber de jure hätte ſein können. Hätten die Frankfurter mit dem Kaiſernamen aus derſelben Vergeſſenheit auch 7 Kurfürſten ans Tageslicht gerufen, und 4 nur von dieſen hätten ihn gewählt, ſo würde er der Verſuchung nicht widerſtanden haben.

Er ſah den Sendboten entgegen. Er wollte ihnen keine abſchlägige Antwort geben, denn die Furcht, die früher mitgeſprochen, was die Andern draußen und drinnen dazu ſagen würden, dieſe Furcht war mit dem Bewußtſein verſchwunden, daß er im Rechte ſei, oder mit einer leichten Wendung ſich auf den Rechtsboden ſtellen könne. Er ſah freudig bewegt ſie kommen, um ihnen zu ſagen: Ich erkenne Eure Miſſion an, von denen, die Euch geſendet, vom Volke, ich erkenne auch deſſen nun wieder erwordenes uraltes Wahlrecht an, aber außer und neben demſelben das der Fürſten. Die Kurfürſten, die Euch fehlen, will ich mir beſtellen, und dann iſt die Sache in Richtigkeit.

Hatte man nicht auch in Frankfurt das erwartet, und war damit zufrieden! Wie ein Gewiſſenhafter eine That bei ſich ſelbſt rechtfertigt, darüber kann der Andere, zu deſſen Vortheil ſie geſchieht, ſich zur Ruhe geben, in ſo fern kein förmlicher Proteſt gegen ſeine eigenen Rechte damit abgegeben wird.

Dieſer Proteſt lag gewiß nicht urſprünglich in der Abſicht des Königs. Auch in ſeiner Antwort iſt er nicht poſitiv ausgedrückt. Das Räthſel iſt nur, wie dieſe Antwort zu dem geworden, als was ſie nachklang, nachdem ſie im Munde der Miniſter in der Kammer ſo ganz anders vorgeklungen. War das die Wirkung der Phantaſie, waren es andere Umſtände, die dazwiſchen getreten?

Daß das Stockpreußenthum in letzter Zeit Fortſchritte gemacht, iſt außer Frage. Nicht Fortſchritte in den Maſſen, ſondern im eigenen Bewußtſein. Umgekehrt hatte ſeine Ausbreitung mit dem Augenblicke ihre Gränzen gefunden, wo die Anarchie durch die entwickelte Thatkraft der Regierung gebändigt erſchien. Der Kern der Nation hatte ſich der Regierung angeſchloſſen, auch der oktroyirenden und mit der Macht der Bajonnette einſchreitenden, ſo lange das wüſte Wühlerthum die Oberhand zu haben ſchien. Als man annehmen konnte, daß es gebändigt ſei, wuchs nicht mehr das ſpezifiſche Preußenthum, ſondern das deutſche Gefühl. Dies traf ſichtbar zuſammen mit dem energiſchen Auftreten der Nationalpartei in Frankfurt. Regierung, König und Hof mögen dies überſehen haben, wie ſie Vieles überſehen hatten. Als die Nation bei der rettenden That ihnen zujauchzte, war es weil der Anarchie der Kopf zertreten ward. Sie legten den großen Jubel dahin aus, daß wir uns rückſehnten nach den alten Zuſtänden, daß wir mit Verbeſſerungen und Zugeſtändniſſen zufrieden wären. Daraus der unſelige Irthum, daß man die Uebertretungen aus der vorangegangenen Revolution nach dem Formalismus der Rechtszuſtände nachträglich zur Unterſuchung ziehen und richten müſſe; daher die Steuerverweigerungsprozeſſe, welche, ſtatt die Revolution zu ſchließen, ihr neues Lebensblut einimpften. Die Stockpreußen waren durch die unglückliche Wirkung dieſer Prozeſſe nicht eines Beſſeren belehrt. Kein Transigiren mit dem Feinde! war ihr Motto. Richtig in ſich, aber falſch ausgelegt. Sie wandten ihren Ingrimm von der gebändigten Demokratie ab gegen die Nationalpartei, gegen Frankfurt, ab von der wahnverrückten Auslegung des Wortes „Volksſouveränetät," zu dem Begriff derſelben, den Frankfurt feſthält, mit ihm, hoffen wir, der geſunde Theil der deutſchen Nation.

Die Kreuzzeitung verdient das Lob ihrer Gegner; ein aufrichtigeres Organ eines Feindes könnte man nicht wünſchen. Sie hat nie ihre Abgunſt, ihre Verachtung gegen Frankfurt verhehlt. Wir ſtanden immer in Erwartung, daß ſie dem von ihr erfundenen Klub Unruh einen Klub Gagern werde folgen laſſen. Sie hat von vorn herein die goldpapierne Kaiſerkrone verhöhnt, ſie hat den Empfang der Kaiſerboten eingeleitet. Auch auf der Tribüne der Kammern zeigte ſich ihre Partei, theoretiſcher in Stahl, naiv und derb in Hrn. v. Gerlach u. A. Welche Macht, welchen Einfluß ſie indeß an den Stufen des Thrones gewonnen, darüber waren, es ſind auch jetzt noch nur widerſprechende Gerüchte. Sollte ein berühmter General wirklich geäußert haben: „man ſollte die — aus Frankfurt eigentlich gar nicht vorlaſſen," ſo iſt das eben nur eine militäriſche Herzensergießung, auf die eben ſo wenig Gewicht zu legen, als die Politik ehedem auf alle Fluch- und Kernreden des alten Blücher legte. Alte Soldaten haben darin ein Partikularrecht.

Es iſt nichts weniger als ermittelt, welchen Einfluß dieſe ſtockpreußiſchen Umflüſterungen auf die Antwort des Königs gehabt haben. Seine ſpezifiſche Natur iſt ſpröd antipathiſch dieſem Preußenthum. Die ganze Atmoſphäre um ihn müßte davon geſchwängert geweſen ſein, wenn wirklich ein Einfluß von daher ſtatt gefunden hätte. Auch ſagt dies deutlich ſeine Antwort ſelbſt, er iſt ſeiner Natur nach auf das Unmittelbare zurückgegangen, er

hat den König der Könige angerufen, und dieſer Blick hat ſeiner Seele Klarheit gegeben. Dies ſtimmt auch mit einer Aeußerung, welche man einem höchſtgeſtellten Prinzen in den Mund legt: Wir haben Alles verſucht, aber er war nicht abzubringen. Auch rührt offenbar ſeine Antwort, wann nicht von zwei Verfaſſern, doch augenfällig aus zwei Momenten der Auffaſſung und Abfaſſung her. Im erſten hat er Gott angerufen und erkennt das Recht des Volkes an; im zweiten hat er ſich zu den Fürſten gewendet, und indem er deren Recht zum Mitwählen und Mitreden anerkennt, fällt ihm ein, daß ſie auch ein Recht haben auf die Grundlage zurückzugehen und zu prüfen, ob das Fundament feſt genug iſt. Daß er damit den Vorderſatz umſtößt und Alles in unlösbare Verwirrung bringt, entgeht ſeiner Phantaſie, welche in den ſchönen, gemüthvollen Worten eine vollkommene Löſung der Schwierigkeiten bewirkt zu haben glaubt.

Friedrich Wilhelm IV. war des Glaubens, eine alle Theile befriedigende Antwort ertheilt zu haben. Daß die Deputation ſie als eine ablehnende betrachten würde, daß die Wirkung auf unſer Publikum, auf die ganze Nation eine ſo ganz entgegengeſetzte ſein werde, daß die Kammern ſich in der Art ausſprechen würden, daß der deutſche Patriot das Chaos ſich auf's Neue öffnen ſieht, war ihm nicht im entfernteſten in den Sinn gekommen. Er hatte noch ein Mal auf die Majeſtät von Gottes Gnaden, auf die göttliche Eingebung und deren Wirkung auf Volk und Völker gerechnet, und, ſelbſt erfreut, nachdem er das gewichtige Wort geſprochen, fuhr er an dem ſonnenhellen Frühlingstage in offenem Wagen vertrauensvoll durch die Straßen.

Daß die Klugheit Allerlei herausklaubt, was in der Antwort liegen ſolle, iſt natürlich: Eine Proteſtation gegen die Volksſouveränität, eine deutliche Erklärung der Rückkehr zum Alten, zum Legitimitätsprinzip, zum Rechtsboden der Vergangenheit. Nur ſoweit wagt ſie auch hier nicht zu diviniren, daß Preußen nun Oeſterreich die Hand reichen werde, die ſo oft, und deutlich, und immer dringender von Ollmütz ihm entgegengeſtreckt ward, um Frankfurt nach Hauſe zu ſchicken, und aus irgend einem Mittelpunkt von Mitteleuropa aus Deutſchlands Zukunft zu oktroyiren, wie ſie Ollmütz gefällt. Iſt auch die Majeſtät geſunken, ſo iſt doch die auf gute Werke gegründete moraliſche Autorität noch nicht ſo dahin, daß man im Ernſt Preußen eine ſolche Zumuthung aufbürdet.

Was aber nun? — Die Deputation ging grollend nach Hauſe. Das Publikum grollte mit ihr, aber es verzweifelt nicht. Thorheit, zu glauben, daß ſich die Thore des Chaos wieder und ſofort öffnen ſollten. Es hat wieder Athem geſchöpft, es vertraut wieder. Es muß etwas geſchehen und hingeworfen ſind uns 14 Tage. Iſts auch nur ein Strohhalm, man klammert ſich auch an den. An den Fürſten iſt es nun zu ſprechen, wenn ſie Deutſchland wirklich mehr lieben als ihre prekäre Exiſtenz, an den Völkern, laut ihre Stimme zu erheben, daß ſie in ihrem Willen nicht wankend geworden.

Aber für wen? fragt Ihr. Handelt es ſich denn um eine Perſon? Hat Frankfurt gewählt um der Perſönlichkeit willen? Sind wir denn nicht belehrt, daß die männlichſte, ehrenhafteſte Perſönlichkeit, der wir das Reichsverweſeramt übertrugen, nichts vermochte über Zeit und Umſtände. Es iſt die Sache, um die es ſich handelt, und der Sache iſt durch die Antwort des Individuums kein Eintrag geſchehen.

Was in Berlin geſchehen muß! Sie haben oft meine Anſicht, daß dieſes Miniſterium nicht vor der Kammereröffnung entlaſſen werden dürfe, daß es ſeine Pflicht und Aufgabe geweſen, vor den Kammern ſeine rettende That zu vertreten, weil es nicht die Ihre war, bei Seite gelegt. Ich ſchwieg deßhalb. Damals war es meine Ueberzeugung und iſt es noch heute. Dennoch gebe ich Ihnen jetzt Recht. Jetzt iſt es ſeine Aufgabe, ſeine Pflicht, zurückzutreten.

Vom Oberrhein, 4. April. Die Antwort des Königs von Preußen auf die große Anfrage der deutſchen Nation wirkt auf das patriotiſche glühende Herz wie ein Schwall kaltes Regenwaſſer. „Das muß doch Preußen kein Feind laſſen, es beſitzt ein merkwürdiges Geſchick darin, Deutſchland immer an der empfindlichſten Stelle auf den Fuß zu treten, beziehungsweiſe in's Geſicht zu ſchlagen!" Das Gefühl iſt indeß in der Maſſe durchſchlagend, daß die Souveränetät der Reichsverſammlung nicht durch die frommen Anſichten eines Königs bei Seite geſchoben werden, und das deutſche Reich zu Stande kommen ſoll „gleich dem Zollverein: wer zutreten will, der tritt zu, und wer nicht zutreten will, nun der tritt auch wieder aus!" Es mag Bitterkeit in dieſen Worten liegen; aber wer ein ganzes Jahr lang ſeine liebſten Blumen durch romantiſche Fußtritte hat zertreten ſehen, wer den ganzen Stolz der Revolution der Laune eines Einzigen hat opfern müſſen, welcher faſt keine andere Tugend hat, als eben der Einzige zu ſein, wer ſich zu dieſem Opfer entſchloß, weil ihm das Wohl des Vaterlandes ernſt am Herzen lag, und muß ſich nun, wo er den Lohn ſeiner Leiden zu ernten hofft, mit einem: „Sorgenwollen für das Reich und für Preußens Kraft"*) abſpeiſen laſſen — wer da nicht die Fauſt zuſammenballt, der hat auch ſeine Mannbarkeit längſt verloren, und iſt ein pietiſtiſcher Prahlhans geworden! Man hat es oft geſagt, daß keinem Menſchen im gleichem Maße, wie Friedrich Wilhelm von Hohenzollern, von der Geſchichte das weiße Blatt zugeſchoben und die eingetauchte Feder in die Hand gedrückt ſei — er konnte ſich träumend einſchreiben. Fortan dürften die Gelegenheiten vorüber ſein, dagegen aber es ſich wohl fragen, ob die Geſchichte dergleichen Verſchmähungen ungeſtraft hingehen laſſen wird. Unſere Lage iſt gegenwärtig eine faſt unüberſehbar verwickelte: die Reichsverfaſſung feſt angenommen und nach der Erklärung der 80 Commitäten des Parlaments unveränderlich — da kommt der König von Preußen und ſtellt ſich auf den Standpunkt der **Vereinbarung**. Das heißt die Reichsverſammlung zurücktreiben wollen, die doch die Schiffe hinter ſich verbrannt hat. Eingehen kann die Paulskirche auf die in ſo romantiſcher Form vorgebrachte Politik des Königs, ohne völlige Selbſtvernichtung keinenfalls. Jetzt heißt es: entweder die Reichsverſammlung oder der König von Preußen, ein drittes iſt nicht gegeben. Denn eine nochmalige Verſöhnung zwiſchen dieſen beiden Gegenſätzen würde die Paulskirche vernichten. Oder iſt vielleicht die ganze Sache eine äußerſt feingeleitete, ſehr wohlgelungene Intrigue, zu Gunſten des Status von 1789, die läſtige Reichsverſammlung zu beſeitigen? Man kann allerdings gegenwärtig den Hofmarſchällen v. Kalb zurufen: „Eine Stelle vakant — gutes Wetter für Diplomaten!" Und heißt „die Macht, die Deutſchland auch nach Innen nicht fehlen ſoll", ungefähr ſo viel als 40,000 Mann Polizeiſoldaten zur Fahndung auf die Märzerrungenſchaften? So weit ſind wir aber im Volke noch nicht ermattet; und namentlich in dem kernigen Norden Deutſchlands ſingt man jetzt:

„Und will he us denn nich,
So will wie em ook nich,
Den — Kaiſer Wilhelm Friederich.
Wie willt 'n dütſchet Rik,
Wenn ook mit Republik,
Dat is us Allens, Allens, Allens glik." (Allg. Z.)

Deutſchland.

△ **Aus Oeſterreichiſch-Schleſien**, 2. April. Die von den Behörden allgemein und in jeder Provinz anbefohlene Konſtitutionsfeier wurde in unſerm Ländchen ziemlich ſtill und mit einer gewiſſen Theilnahmsloſigkeit von Seiten des Volkes begangen. Die im äußerſt ſchwarzgelben Geruche ſtehende Stadt Troppau ſandte auch diesmal eine Deputation nach Ollmütz, um dem Kaiſer für die Oktroyirung den „pflichtſchuldigen" Dank abzuſtatten; von den andern Städten blieb dieſes loyale Beiſpiel bis jetzt ohne Nachahmung.

In den Sudetenthälern oder richtiger geſagt, in dem ſogenannten ſchleſiſchen Geſenke, war auch in dieſem Winter die Noth ſehr groß. Ein großer Theil der Bevölkerung nährt ſich daſelbſt von der Flachsgarnſpinnerei; da aber der Handel mit Leinenwaaren, deſſen größte Abſatzquelle bisher Ungarn war, ſeit den Wirren daſelbſt gänzlich ins Stocken gerathen iſt, ſo ſind in Folge davon die Preiſe des rohen Geſpinnſtes ſo ſehr geſunken, daß man einen Strän gutes Handgarn mit 13 kr. W. W. (5 kr. Konv. M.) verkauft. Wenn man bedenkt, daß der Spinner ſelbſt das Rohprodukt kaufen muß und faſt einen Tag zur Anfertigung eines Stränes Garn braucht, ſo iſt es leicht erklärlich, daß es ſelbſt der fleißigſten Familie fernerhin unmöglich iſt, aus dem Spinnrocken ihren ärmlichen Unterhalt zu ziehen, und Hunger und Elend ihr beſtändiges Lager in den Hütten der armen Spinner aufſchlagen. Eine Folge davon ſind die zahlreichen Waldfrevel, welche ſeit dem vorigen Herbſte, namentlich auf den Gütern des Breslauer Dom-

*) Bekanntlich ein Irrthum in der erſten telegraphiſchen Mittheilung „Deutſchlands Einheit und Kraft," heißt es in den amtlichen Abdrücken.

Digitized by Google

kapitels, (Zuckmantel und Freiwaldau), in einem ſo hohen Grade ſtattfanden, daß man zu ihrer Verhinderung und um den gänzlichen Ruin der prächtigen Forſten vorzubeugen, in viele Ortſchaften Militärkommando's legte und dieſen die Bewachung der Wälder anvertraute, da das gewöhnliche Forſtperſonal gänzlich ungenügend war.

Die Verhaftung unſeres Landsmannes Hans Kudlich hat ſich glücklicherweiſe nicht beſtätigt; es gelang ihm, ſeine Heimath Lobenſtein bei Jägerndorf zu erreichen, von wo es ihm ein leichtes war, da dieſer Ort nur einige Büchſenſchüſſe von der preußiſchen Grenze entfernt liegt, ſich den Händen der Wiener Pulver- und Blei-Juſtiz zu entziehen. In Sternberg, einer faſt gänzlich von Webern bewohnten Stadt, die man vergleichsweiſe das mähriſche Mancheſter nennt, da hier auch nur größtentheils Baumwollzeuge verfertigt werden, fanden aus Anlaß der Wiedereinführung der den Verkehr höchſt hemmenden und nachtheiligen Zoll- und Staatsmonopolsordnung, welche voriges Jahr von dem Miniſterium Doblhof für das innere Zollgebiet außer Wirkſamkeit erklärt wurde, einige Unruhen ſtatt, welche aber ſchnell durch die bloße Bemühung der Ortsvorſtände, ohne Beiziehung von militäriſcher Hilfe, unterdrückt wurden.

Fabrikanten, welche von der Peſther Joſeph-Meſſe zurückkehrten, erzählten, daß man daſelbſt vom 17—21 März, lange Wagenreihen mit Verwundeten aus der Theißgegend gebracht habe, und daß viele Kirchen und andere öffentliche Gebäude zu Spitälern eingerichtet werden mußten. Auch herrſcht überall eine den Kaiſerlichen nichts weniger als günſtige Stimmung, obwohl die Bevölkerung ihre Sympathien, der ſtarken Beſatzungen wegen, nicht laut äußern darf; in vielen Dörfern und Flecken wurde außer Greiſen, Weiber und Kindern, Niemand angetroffen, da die ſtreitbaren Männer ſich meiſtens unter den Landſturm einreihen laſſen.

Frankreich.

0 **Paris**, 2. April. Pierre Napoleon iſt der einzige Napoleonide, der ſich mit den rothen Republikanern, ja ſogar mit den Sozialiſten befreundet hat. Es iſt derſelbe, der 1836 in Italien, weil er einen von der päbſtlichen Regierung mit ſeiner Arreſtation beauftragten Offizier ermordet hatte, zum Tode verurtheilt worden iſt, dann, nach Veränderung des Urtheils in Verbannung auf Lebenszeit aus den römiſchen Staaten, nach Amerika ging, und dort einige Monate lang in Kolumbia Rittmeiſter eines Freikorps war. Jetzt wird er von dem Präſidenten und ſeinen treugehorſamen Miniſtern trotz ſeines frühern Lebenswandels, trotz ſeiner feindſeligen Abſtimmungen in der Kammer, mit einer faſt verdächtigen Gunſt überhäuft. Zuerſt wurde ihm der Rang eines Chef d'Escadron in der Fremdenlegion in Afrika verliehen, und dann trat er mit demſelben Charakter in die franzöſiſche Armee ſelbſt ein. Sucht man nach dem Grunde dieſer miniſteriellen Aufmerkſamkeit, ſo kann man ihn nirgends anders finden, als daß er der Beſitzer der Zeitung „La Liberte" iſt. Die Taktik der Redakteure dieſes Blattes iſt folgende: Es predigt ſtets die Heiligkeit „des Auserwählten der Nation", tadelt aber ſeine Nachgiebigkeit gegen unrepublikaniſche Rathgeber; ſollten ſich nun die Umſtände ändern, ſollte der Präſident durch die allgemeine Stimme gezwungen werden, ſich als entſchiedener Republikaner zu bewähren, ſo wird es der „Liberte" leicht fallen, ſich das größte Verdienſt der Sinnesänderung des Präſidenten zuzuſchreiben. Sollte aber Louis Napoleon ſtürzen, nun ſo hebt die „Liberte" ſeinen Vetter Pierre auf's Schild! Der heutige leitende Artikel des Blattes ſpricht ſich deshalb heftig gegen die auswärtige Politik des Kabinets aus. Da werden die Traktate des Jahres 1815 geradezu infam genannt, während die auswärtige Politik Louis Philipps, des Erfinders der paix à tout prix, faſt als glorreich dagegen bezeichnet wird. Nach einigen allgemeinen Tiraden geht es ſo fort: „Um uns zu verhindern das ſchützende Schild Frankreichs über das unterdrückte Italien zu breiten, wendet man uns ein, daß wir, ſobald wir nur den Degen im Auslande gezogen hätten, im Inlande auch ſchon von dem Beile der Montagnard's und dem Gewehre der Sozialiſten bedroht ſein würden. Dies iſt die ewige Sprache der Selbſtſucht nnd der Feigheit. Möchte man doch das Beiſpiel Napoleons nachahmen, möchte man doch volksthümlich ſein wie er, und man hätte weiter nichts von den Fraktionen zu fürchten. Ein auswärtiger Krieg, zum Heile der Völker unternommen, iſt das ſicherſte Mittel gegen den Bürgerkrieg... Man muß ſogleich wählen zwiſchen der Schmach und dem Kriege. Den Krieg, um die Schmach zu vermeiden; den Krieg, um dem Krieg und der Schmach zugleich zu entgehen. Und doch wollen wir blos, daß eine franzöſiſche Flotille Venedig mit Lebensmitteln verſorge, und daß eine Diviſion unſerer Armee Genua beſetze! Dann wären wir in der Lage, von Oeſterreich Aufklärungen zu fordern, und könnten zugleich Sardinien, Toskana und die römiſchen Staaten ſchützen, die Alpenarmee bliebe immer unſer Stützpunkt." Ein zweiter Artikel trägt die Ueberſchrift: „Heinrich V. oder die Herzogin von Orleans." Er enthält die heftigſten Angriffe auf die Miniſter, weil ſie nicht erprobte Bonapartiſten von Geſtern ſind, und die Stellen im Innern des Landes nicht anders zu beſetzen wüßten, als durch geflickte Beamte, welche unter den Bourbons oder unter den Orleans gedient haben. Wie, wenn nun einer der Prätendenten plötzlich irgendwo landen würde, frägt „la Liberte". Wer würde den Präſidenten (sic und nicht: die Republik) gegen die Regentſchaft und die Legitimität vertheidigen? Und nun geht es über Odilon Barrot, Leon Faucher, Tracy, Lacroſſe, Buffet, Rulhieres als Orleaniſten. über Falour als Legitimiſt her, und gar erſt Thiers, Mole, Bugeaud! Alles Freunde der Vergangenheit, und Feinde der Gegenwart. Dann kömmt folgender erbaulicher Schluß: Auf wen alſo könnte Louis Napoleon Bonaparte zählen? Die Präfekten, die Souspräfekten, die Staatsanwalte, alle hohen Beamten, die Miniſter, die Armee, die Garde nationale, kurz alle Kräfte von Frankreich ſind in der Hand ſeiner Feinde! Noch einmal alſo, auf wen könnte er zählen? Vielleicht auf das Volk, das man vergißt, das man ſtets vergißt! Auf das Volk, das ſogar Napoleon, als Kaiſer, vergeſſen, das aber ihn nicht vergeſſen hat, da es ihn bei ſeiner Rückkehr von der Inſel Elba von Cannes bis nach Paris ſo zu ſagen auf den Händen trug! Auf das Volk, das ſogar vier und dreißig Jahre ſpäter, bei der Wahl vom 10. Dezember, ihn noch nicht vergeſſen hatte! Unſere unveränderliche Ergebenheit unterlegt dieſe betrübenden Betrachtungen und dieſe nur zu ernſten Befürchtungen — geſtatten Sie mir den Ausdruck des Originals — aux méditations de l'Elysée-National." In ſeinem Haſſe gegen die Männer, welche die früheren Regierungen mit ihren Talenten unterſtützt haben, geht „la Liberte" ſogar ſo weit, daß ſie die Subſkription des Wahlkomites der Rue de Poitiers lächerlich zu machen ſucht. Das Journal des Debats „und andere dem republikaniſchen Gouvernement günſtige Blätter" (sic!) freuten ſich darüber, daß dieſer Verein der beabſichtigten Verbreitung von belehrenden Volksſchriften in drei Tagen bereits 108,000 Franken zu verſchaffen wußte; aber das geſammelte Geld ſolle zu nichts weiter dienen, als antibonapartiſtiſche Kandidaten in die Kammer zu bringen. Daß aber dieſe Zeitung nicht blos das Organ eines Gliedes dieſer Familie iſt, ſieht man ſchon daraus, daß es alle Manifeſte der bonapartiſtiſchen Wahlkomite's aus erſter Hand empfängt. Geſtern laſen wir daſelbſt eine Zuſchrift des Pariſer Wahlvereins an alle bonapartiſtiſchen Komite's in den Provinzen. Das erſtere erſucht die letzteren ſich mit jedem Kandidaten genau über die folgenden Punkte zu verſtändigen: aufrichtige Ergebenheit an Louis Napoleon (der bürgerliche Name Bonaparte ſteht in allen Manifeſten des Vereins), Achtung vor der Konſtitution, Steuererniedrigung, adminiſtrative Reformen. Wer nicht unbedingt für dieſe 4 Punkte ſpricht, ſoll nicht gewählt werden. Der letzte, die adminiſtrativen Reformen, iſt auffallender Weiſe eine erſt ſpät hinzugekommene Verheißung der Bonapartiſten. Sie haben dieſe Lockſpeiſe für die Provinzen, welche die legitimiſtiſchen Wahlkomite's mit dem Ausdrucke Decentraliſation näher bezeichnen, wahrſcheinlich nur gewählt um nicht weniger als jene — zu verſprechen.

Niederland.

Delft, 4. April. Heute fand die Beſtattung des verſtorbenen Königs Wilhelm in der königlichen Gruft hierſelbſt ſtatt. Der Sarg wurde vorgeſtern früh von Tilburg, wo der König ſtarb, nach Gertruidenburg, ſodann auf einem ſchwarz drapirten Dampfſchiffe nach Rotterdam und von da auf der Eiſenbahn nach Delft geleitet. Die königliche Familie, die Königin Wittwe und Prinz Heinrich empfingen die Leiche in Gertruidenburg, der König und ſein Oheim Prinz Friedrich in Rotterdam. Als der Sarg in die Gruft geſenkt wurde, trat der junge König, der nebſt der ganzen königlichen Familie zu Fuß nach der Kirche gefolgt war, mit einem Lorbeerkranz vor und ſprach: „Im Namen des königlichen Hauſes und des niederländiſchen Volkes lege ich dieſen Kranz auf den Sarg meines würdigen Vaters. Ich hoffe in ſeinen Fußtapfen zu wandeln." Der Leichenzug war mit mittelalterlicher Pracht geordnet; die Trauerfeier an der Königsgruft wird als ſehr ergreifend geſchildert. (Köln. 3.)

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 102. Frankfurt a. M., Freitag 13. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Ereigniſſe in Siebenbürgen.

Deutſchland. Frankfurt (Die Sitzung der Reichsverſammlung vom 11. April. Der Kierulff-Vogt'ſche Ausſchuß. Graf Rechberg. Verſammlung der Großdeutſchen. Die Kanonen des Chriſtian VIII. Eine Volksverſammlung.) Wien (Die Preſſe über Oeſterreich's Politik gegen Deutſchland. Erläuterung zur Reichsverfaſſung. Eindruck der Berliner Nachrichten. Verſtärkungen nach Ungarn. General Benedek. Berlin (Konfirmation in der allgemeinen Religion. Telegraph nach Hamburg. Abſonderungsgeiſt. Hr. v. Schmerling. Neuer Telegraph. Berlin und Ollmütz. Die öſterreichiſche Note und die Abberufung der Abgeordneten.) Swinemünde (Blokade. Däniſche Kriegsſchiffe.) Aachen (Adreſſen des konſtitutionellen Vereins.) Koblenz (Hr. Eichmann. Die Fahne auf Stolzenfels. Redemptoriſten. Die Katholiken am Rhein. Das niederrheiniſche Muſikfeſt.) Leipzig (Miniſter Held.) Eiſenach (Ankunft des Herzogs von Aumale.) Braunſchweig (Die Gültigkeit der Reichsverfaſſung.) Schleswig-Holſtein (Friedenspläne.) Kiel (Erfüllung eines Wunſches.) Hamburg (Die ſchleswig-holſteiniſche Geſandtſchaft in Berlin.)

Großbritannien. London (Hrn. Roebucks Manifeſt an ſeine Wähler. Engliſcher Radikalismus. Mittheilungen der Times über die öſterreichiſch-engliſche Staatsſchuld, über die Umtriebe der Demokraten auf den joniſchen Inſeln, über Siebenbürgen, Weſtindien und Dänemark.)

Frankreich. Paris (Die Liberte über den Einſpruch der franzöſiſchen Regierung gegen das Kaiſerthum. Verhandlungen über die Unabſetzbarkeit der Richter. Das neue Juſtizgeſetz in zweiter Leſung verworfen. Das Zerfallen des Vereins der Rue Poitiers. Frankreich's Theilnahme an den italieniſchen Friedensverhandlungen. Emil v. Girardin. Meyerbeer's Prophet.)

Spanien u. Portugal. Madrid (Karl Albert hat Viktoria verlaſſen. Die Fußwaſchung.)

Italien. Aus Sardinien (Kampf in Genua. Die Oeſterreicher gehen über den Teſſin zurück.) Aus der Lombardei (Die Führer des Brescianiſchen Aufſtandes entkommen.)

Schweiz. Bern (Die Truppen in Teſſin.)

Dänemark. Kopenhagen (Eindruck des Eckernförder Ereigniſſes.)

Ungarn. Peſth (Die Kriegsereigniſſe um die Stadt.)

---

12. April.

Keilartig ſtreckt ſich, die öſtlichſte Spitze der großen Ländermaſſe, welche die öſterreichiſche Monarchie bildet, zwiſchen Moldau und Wallachei das geſegnete Siebenbürgen hinein. Hier, wo ſich die letzten Spuren europäiſcher Bildung und Geſittung mit den Anfängen des Aſiatenthums und der Wildheit roher Naturvölker begegnen, wo unter und neben einander drei ſcharf ausgeprägte Nationalitäten wohnen, Sachſen, von altdeutſchem Stamme, mit allen Tugenden und Fehlern ihrer Race begabt, die unbändigen und ſtolzen Magyaren und ein rohes Hirtenvolk wallachiſcher Abſtammung, die Romänen, ſammt den Miſchlingen der magyariſch-wallachiſchen Horden, den kriegeriſchen Szekleen: hier iſt der Boden, auf welchem gegenwärtig die Geſchicke von Ungarn und vielleicht von Oeſterreich zur Entſcheidung kommen, hier wüthet der Bürgee- und Racenkrieg, der das unglückliche Oeſteerreich zerfleiſcht, in ſeiner ganzen Gräßlichkeit, hier verwendet der ungaeiſche Diktator ſein beſtes Heer und ſeinen beſten Feldherrn, hier ſtehen Rußland und die Türkei bereit, ihr Schwert in die ſchwebende Wage zu werfen und nach Umſtänden ſie zu Gunſten ihres „hohen Verbündeten“ odee ſeiner empörten Völker ſinken zu machen. Ein kurzer Rückblick auf die dortigen Ereigniſſe der letzten Zeit wird deshalb nicht ohne Intereſſe ſein.

An der Spitze von Siebenbürgen ſeit ſeiner Trennung von Ungarn ſtand ein kaiſerlicher Gouverneur, dee von der ſiebenbürgiſchen Hofkanzlei in Wien ſeine Befehle empfing, und ihm zur Seite eine Landesvertretung durch den vereinigten ſiebenbürgiſchen Landtag, beſchickt von Abgeordneten der Komitate der Ungarn und der Stühle der Szekler und Sachſen: die Wallachen waren ohne jede politiſche Beeechtigung. Die Stürme des vorigen Jahres aber brauſten auch über Siebenbürgen daher. Die Magyaren und Szekler forderten die Union mit dem Racenlande Ungarn, die Wallachen ſprachen die politiſche Gleichberechtigung an: die Sachſen, gegen beides ſich ſträubend, mußten gleichwohl der überwiegenden Mehrzahl ſich fügen. Die große Volksverſammlung von Balasfalva brachte der wallachiſchen Bevölkerung die büegerliche und politiſche Emanzipation und der nächſte Landtag zu Klauſenburg beſchloß die Union mit Ungarn.

Aber die Sachſen hatten ſich nur widerſteebend gefügt und ſie fanden Schutz und Beiſtand in Wien. Freilich hatte Kaiſer Ferdinand von Innsbruck aus die „ewige Vereinigung“ Siebenbürgens mit Ungaen feierlich ſanktionirt, aber nicht ſobald hatte Oeſterreich den Kampf gegen Ungarn ſelbſt eröffnet, als ein Manifeſt des Militärgouveeneurs „auf Befehl des Kriegsminiſters“ die Union für aufgehoben erklärte. Die „einige Vereinigung“ hatte gerade fünf Monate gedauert. Der Augenblick war günſtig. Die Wallachen hatten durch die Magyaren erlangt, was zu erlangen war, ihre Gleichberechtigung als Nation; es konnte ihnen aber nicht entgehen, daß ſie, während ihre Zahl ihnen die Ausſicht gewährte, in Siebenbürgen die herrſchende Nation zu werden, als ein Theil von Ungarn in dem großen Ganzen verſchwinden würden; auch fehlte es nicht an Solchen, die da träumten von einem großen daco-romaniſchen Reiche, welches Siebenbürgen mit der Bukowina, die Moldau und Wallachei und den von Romänen bewohnten Theil von Ungarn in ſich begreife: die wallachiſche Bevölkerung ſchloß ſich den Sachſen an und kämpfte in den Reihen der kaiſerlichen Truppen, welche bald ſiegreich in die Hauptſtadt der Szekler einzogen und die aus den benachbarten Komitaten herbeigeeilten Honved-Bataillone in die Ebenen Ungarns zurückdrängten. Am Ende des Novembermonats war Siebenbüegen vollſtändig in der Gewalt des Kaiſers.

Wenige Tage nachher aber zog, von Koſſuth zur Wiedereroberung Siebenbürgens geſandt, an der Spitze von 10,000 Mann regulärer Truppen, der Wiener Todtenlegion und einer Abtheilung der polniſchen Legion, General Bem heran. Er ſammelte und organiſirte die zerſtreuten Schaaren der Szekler, ſchlug bald hier bald dort mit ſeiner überlegenen Macht die einzelnen kleinen Korps, welche die öſterreichiſchen Befehlshaber ihm entgegenzuſtellen hatten, nahm noch in der Mitte des Decembers Klauſenburg, revolutionirte von hier aus die Bukowina und war nun, duech polniſche Schaaren aus Galizien, Ruſſiſch-Polen und Podolien verſtärkt, ſtark genug, ſich der feindlichen Hauptmacht unter Puchner entgegenzuſtellen. Puchner wurde vollſtändig geſchlagen und ſchloß ſich in die Feſtung Hermannſtadt ein, die Trümmer der anderen Korps zogen ſich nach Kronſtadt. Die Entmuthigung der Bundesgenoſſen der kaiſerlichen Truppen war vollſtändig, der wallachiſche Landſturm, der bis dahin empörende Grauſamkeiten gegen wehrloſe Oetſchaften geübt, löſte ſich auf oder trat maſſenweiſe zu den Siegern über, die Sachſen aber, vor allen Dingen fürchtend für ihre reich gefüllten Truhen, riefen die an der Grenze ſtehenden Ruſſen zu Hülfe, und mit einer Bereitwilligkeit, welche keiner Erklärung bedarf, wurde dieſe Hülfe gewährt. Am 1. Februar wurde ſie erbeten, noch an demſelben Tage rückten 4000 Ruſſen in Kronſtadt, wenige Tage ſpäter 6000 andere in Hermannſtadt ein. Bloß im Intereſſe der Menſchlichkeit, ſagt das Rundſcheeiben der ruſſiſchen Regieeung an ihee Repräſentanten im Auslande.

Die weiteren Eeeigniſſe deckt noch ein dichter Schleier, der

nur ſtellenweiſe ein wenig gelüftet iſt. Ueber Preßburg und Wien drang zuerſt eine Reihe von öſterreichiſchen Siegesberichten nach Deutſchland: die ungariſche Armee war vollſtändig vernichtet, Bem ſelbſt ſchwer verwundet und als hülfloſer Flüchtling in der Wallachei; etwas ſpäter ließ man ihn an der Spitze eines kleinen Korps, welches ſich wunderbar gerettet, bei der ungariſchen Hauptarmee an der Theiß anlangen; noch einige Tage, und die offiziellen Wiener Blätter berichten dem ſtaunenden Publikum die Nachricht, daß vier kaiſerliche Generäle mit den Trümmern der geſammten in Siebenbürgen befindlichen Truppen, die erſteren „aus Geſundheitsrückſichten", die letzteren „aus Mangel an Munition", die Grenze der Wallachei überſchritten hätten, und mit ihnen das ganze ruſſiſche Hilfskorps. Die Details ſind noch gänzlich unbekannt. Wir wiſſen nur, daß Bem mit einer kühnen Flankenbewegung plötzlich vor Hermannſtadt erſchien und nach kurzem Kampfe die Ruſſen, welche daſſelbe vertheidigten, warf, und daß ſeitdem auch Kronſtadt, mit oder ohne Kampf, in ſeine Hände gefallen iſt. Nur in Karlsburg, im Rücken der ſiegreichen Armee der Ungarn, weht noch die kaiſerliche Fahne; im ganzen übrigen Lande hat Bem keinen Feind mehr zu bekämpfen.

Doch die Ereigniſſe ſind noch nicht zu Ende. In der Wallachei befinden ſich, wenn die „Wiener Zeitung" recht berichtet, 25,000 Mann kaiſerlicher Truppen mit 3000 Pferden und 50 Geſchützen, dieſelben 25,000 Mann, welche „wegen Mangel an Munition" Siebenbürgen dem Feinde überlaſſen; die Ruſſen haben an der Grenze und in Beſſarabien in nächſter Nähe 22,000 Mann ſtehen; die Türkei wirft Regiment auf Regiment an ihre weitgeſtreckten Weſtgrenzen. Die nächſten Poſten können und müſſen uns wichtige Ereigniſſe melden. Siebenbürgen iſt für den Augenblick Nebenſache, aber nur wenige Stunden von einander entfernt ſtehen die Vorpoſten einer ungariſch-polniſchen, einer öſterreichiſchen, einer ruſſiſchen und einer türkiſchen Armee*)!

*) Es darf hier wohl daran erinnert werden, daß der Botſchafter der Pforte Wien bereits verlaſſen und daß die öſterreichiſche Regierung ſo eben mit der Abberufung ihres Internuntius aus Konſtantinopel darauf geantwortet hat.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 12. April. Die Reſultate der vorgeſtern Abend auf der Mainluſt ſtattgehabten Berathung des bei weitem größten Theiles der Mitglieder der Reichsverſammlung bereiteten geſtern in der Paulskirche vielfache Enttäuſchung. Das große Publikum hatte erwartet; es werde in der Verfaſſungs- und namentlich in der Oberhauptsfrage zur parlamentariſchen Entſcheidung und dem zufolge zu einem vorausgehenden heftigen Kampfe kommen. Die Paulskirche war denn auch in all ihren Räumen überfüllter als je in der eilfmonatlichen Seſſion, und Thatſache iſt es, daß aus weiter Entfernung Leute eigens hierher eilten, um dieſer Sitzung beizuwohnen. Trotzdem nun auch in dieſer Erwartung eine Täuſchung eingetreten war, ſo machte doch die geſtrige Sitzung einen tiefen, und man darf auch ſagen, befriedigenden Eindruck auf die Zuhörermaſſe. Sie war nicht ohne ihre erhebenden Momente, in der (ſo lächerlich provocirten) Erklärung Heinrich v. Gagern's über die Aufrechthaltung der endgiltig feſtgeſtellten Verfaſſung; in der Darſtellung des augenblicklichen Standes des deutſch-däniſchen Krieges durch den Reichskriegsminiſter und endlich in der würdevollen Berichterſtattung des Präſidenten Simſon über die von der Berliner Deputation vollbrachte Miſſion. Mußten mehrere der auf dieſe Berichterſtattung gefolgten Anträge leider die Ueberzeugung liefern, daß es der nicht näher zu bezeichnenden Partei immer noch darum zu thun iſt, Deutſchlands Einheit, Freiheit und Macht als eine Chimäre erſcheinen zu laſſen, zu temporiſiren, bis die deutſchen Fürſten, was freilich immer noch als ein Wunder erkannt werden müßte, über eine zu oktroyirende Verfaſſung ſich geeinigt haben — ſo wurde doch das Vertrauen des Volkes nicht wenig dadurch gehoben, daß der Kierulff-Vogt-Zell'ſche Antrag mit ſo großer Majorität angenommen wurde. Die Reichsverſammlung hat ſich wieder gefunden und ſo kehrt auch das Vertrauen, die letzte, aber feſte Hoffnung des Volks zu ihr zurück. Deſſen iſt ſich auch die öſterreichiſch-bairiſch-ultramontane Partei bewußt, und deßhalb nicht wenig niedergeſchlagen. Sie ſieht ein, wie das Spiel, das ſie mit der Linken getrieben, ihr bittere, wiewohl dem geſammten deutſchen Volke geſunde Früchte gebracht hat. Sie ſieht ſich auch, durch das endliche Wiederfinden der Reichsverſammlung, in der Hoffnung auf eine baldige Oktroyirung vorerſt wenigſtens betrogen. An Drohungen anderer Art fehlt es natürlich nicht. Es heißt, die öſterreichiſchen Abgeordneten würden nun aus der Paulskirche treten, und die baieriſchen nachfolgen. Das Erſte iſt möglich, das zweite nicht zu glauben. Es läßt ſich allerdings nicht läugnen, daß die Münchner Hofpolitik ſich zu beſtreben ſcheint, in der deutſchen Angelegenheit ſich der Ollmützer Kamarilla immer würdiger zu zeigen, aber wir glauben nicht, daß das baieriſche Volk trotz aller ultramontanen Wühlerei ſich zu einer undeutſchen Geſinnung, vielweniger zu undeutſchen Handlungen verleiten laſſen werde.

* **Frankfurt**, 12. April. Der Ausſchuß zur Prüfung des Berichtes der Kaiſerdeputation hat Hrn. v. Wydenbrugk (mit 26 Stimmen) zum erſten, Hrn. Raveaux (mit 16 Stimmen) zum zweiten Vorſitzenden, die Hrn. Spatz und Langerfeld zu Sekretären gewählt. Eine Subkommiſſion wurde gebildet aus den Hrn. Eiſenſtuck, Kierulff und Simon (von Trier).

Frankfurt, 12. April. Aus ſicherer Quelle erfahren wir, daß Herr v. Schmerling unterm 5. April von Wien angewieſen ſei, den öſterreichiſchen Abgeordneten zu eröffnen, „daß ſie ſofort in die Heimath zurückzukehren hätten, da ihre immerwährende Theilnahme an einer Verſammlung, welche durch den am 28. März gefaßten Beſchluß den Boden des Rechts und Geſetzes verlaſſen habe, durchaus nicht mehr ſtattfinden könne." (O. P. Z.)

Frankfurt, 11. April. Der k. k. Kämmerer, Graf Rechberg, iſt geſtern hier angekommen, hat Sr. k. k. Hoheit dem Reichsverweſer ſein Beglaubigungsſchreiben überreicht und bereits die Geſchäfte von Hrn. v. Schmerling übernommen. (Fr. Z.)

Frankfurt, 12. April. Geſtern Abend waren im Schröder'ſchen Gaſthof die Großdeutſchen beiſammen, um ſich über ihr künftiges Verhalten zu verſtändigen; es kam die Frage zur Verhandlung, ob es an der Zeit wäre, aus der Paulskirche zu ſcheiden. Anerkannt wurde, daß im Weſentlichen die Aufgabe der Reichsverſammlung vollendet ſei, und daß es nun den Regierungen obliege, ſich auf die Verfaſſung mit Beſtimmtheit zu erklären. *Oeſterreich werde dies, wie mitgetheilt wurde, in den nächſten Tagen thun*; ſo lange aber müſſe unter allen Umſtänden ein Jeder auf ſeinem Poſten bleiben, damit es nicht das Anſehen gewinne, als gedenke man den Gegnern das Feld zu räumen. Ohnehin laſſe ſich vorausſehen, daß in kürzeſter Friſt die Parteiſtellung in der Paulskirche oder *außerhalb derſelben* leicht eine ganz andere werden könnte, und es dann ſehr mißlich ſein dürfte, nicht mehr an Ort und Stelle zu ſein.

Als die Frage des Austritts aus der Paulskirche zur Abſtimmung gebracht wurde, erhoben ſich aus der großen Zahl der Anweſenden nur fünf bis ſechs Hände dafür. (Fr. Z.)

Υ **Frankfurt**, 12. April. Heute Nachmittag iſt, von Männern der verſchiedenſten politiſchen Richtungen zuſammenberufen, in der Katharinenkirche eine Volksverſammlung abgehalten, um über die Lage des Vaterlandes zu berathen und zu beſchließen. Die weiten Räume der Kirche waren überfüllt Ein Mitglied der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt, Herr Hadermann, leitete den Gegenſtand mit warmen und kräftigen Worten ein: er ſprach ſtark, aber gehalten und würdig und wies in eindringlicher Rede darauf hin, wie es gegenwärtig, wo die ganze Zukunft des Volkes und der Freiheit auf dem Spiele ſtehe, vor allen Dingen Pflicht ſei, alle untergeordneten Meinungsverſchiedenheiten bei Seite zu ſetzen und ſich eng geſchloſſen um die Verfaſſung zu ſchaaren, die, welche Mängel ſie auch haben möge, doch für jetzt eins und gleichbedeutend ſei mit der Einheit und Freiheit des Vaterlandes. „Wollen wir — ſo ſchloß er ſeine begeiſterte Anſprache — wollen wir abermals, wie einſt Moſes, nur von Ferne in das gelobte Land der Freiheit blicken und dann nochmals 40 Jahre durch die Wüſte des Abſolutismus geſchleppt werden, bevor unſer Fuß den Boden der Verheißung betritt, wollen wir das, dann in der That ſind wir werth, daß unſere Kinder und Kindeskinder mit den Fingern dereinſt auf unſern Grabſtein deuten und ſprechen: Hier ſchlafen die, die auch im Leben nur geſchlafen und von der Freiheit nur zu träumen verſtanden!" Ich übergehe die folgenden Redner, welche das angeregte Thema weiter ausführten, zunächſt Herr Dr. Reinganum, mit dem glänzend geiſtreichen Vortrage, der nur ihm eigen und ſelbſt mit den zahlreichen Schwächen und Auswüchſen zu verſöhnen geeignet iſt, dann Herr Dr. Mappes, mit der ganzen Macht und

Energie der tiefen Ueberzeugung von der Heiligkeit der Sache, endlich Herr Dr. Löwenthal mit ſeinen triviaten und lärmenden Deklamationen, welche den erſten Mißton in die Verhandlungen brachten und mit einem Plagiat von der Pfingſtweide ſchloſſen — Herr Dr. Löwenthal will „mit den gekrönten Rebellen Fraktur ſprechen“ —: ich übergehe das Alles. Aber plötzlich wurde es ſtille in der erregten Menge und Aller Häupter entblößten ſich: Ludwig Simon von Trier halte das Wort genommen. „Ich habe — das waren im Weſentlichen ſeine Worte, und ich freue mich, die Worte eines Ehrenmannes wiederzugeben — ich habe zu derjenigen Partei im Parlament gehört, welche von Anfang bis zu Ende für die Republik gekämpft: aber Jeden, der nicht in dem gegenwärtigeh Augenblicke ſeine beſondern Anſichten und Wünſche auf dem Altar des Vaterlandes zum Opfer bringt, halte ich für einen Verräther am Vaterlande. Wir unterwerfen uns dem rechtsgültigen Beſchluſſe des Parlaments: wir acceptiren das erbliche Kaiſerthum eben ſo vollſtändig, als wir das Wahlgeſetz und die Grundrechte acceptirt haben. Erſt wenn von einer andern Seile die Verfaſſung in Frage geſtellt wird, beginnt der Kampf von Neuem und über das Oberhaupt entſcheidet dann die ſiegende Partei. Das ſind die Grundſätze, die ich und meine Partei befolgen werden, das ſind die Grundſätze, die ich an jedem Orte, in jedem Lande zur Geltung gelangen ſehen möchte!“ Noch nahm, mit einer Heftigkeit, die einen ſtarken Kontraſt bildete zu der gehaltenen Kraft des jugendlichen Simon, der greiſe Mittermaier das Wort gegen die Fürſten, von welchen er gleichwohl dankbar Titel und Orden angenommen, dann wurden die von einem Komile formulirten Erklärungen verleſen und durch Akklamation von der Verſammlung genehmigt. Die Verſammlung erkennt die von dem Parlamente am 28. März l. J. beſchloſſene und verkündigte Verfaſſung als endgültiges, oberſtes und unverbrüchliches Grundgeſetz des deutſchen Reiches an; ſie erklärt, daß ſie unter allen Umſtänden feſt und entſchieden dahin wirken werde, daß kein Einzelwille weder eines Fürſten noch eines Volksſtammes dieſe Verfaſſung antaſte oder abändere, ihr hinzuſetze oder von ihr hinwegnehme; ſie iſt der Anſicht, daß eine etwa erforderliche Ergänzung der Verfaſſung für den Fall, wenn die Würde eines Oberhauptes erledigt wäre, nur von der verfaſſunggebenden Verſammlung ſelbſt, jede künftige Aenderung aber nur durch die in der Verfaſſung bezeichneten Reichsgewalten und in der von ihr feſtgeſtellten Weiſe vorgenommen werden könne; ſie ſpricht die Erwartung aus, daß die Reichsverſammlung unerſchütterlich feſthalten werde an der von ihr beſchloſſenen Verfaſſung; ſie hofft, daß die Behörden des Freiſtaats Frankfurt nach Kräften dahin wirken werden, dieſelbe ins Leben zu führen; ſie lebt endlich der feſten Zuverſicht, daß das ganze deutſche Volk, alle Parteirückſichten bei Seite ſetzend, ſich um ſeine Vertreter ſchaaren und für die Verfaſſung einſtehen werde.“

Durch die ganze Verhandlung zog ſich ein hoher Ernſt. Die Verſammlung ſchien ſich bewußt zu ſein und mehrere Redner ſprachen es mahnend aus, daß eine Zeit kommen könne und bald kommen könne, wo es gelte, die Worte wahr zu machen, welche heute hier erklungen, wo es gelte, der kühnen Rede die kühnere That folgen zu laſſen. „Mögen dann — ſprach Ludwig Simon — nicht diejenigen gegen das Volk ſtehen, die gekleidet ſind mit dem Tuch des Volkes, genährt mit ſeinem Brode und bezahlt mit ſeinem Gelde!“ Und der Vorſitzende ſchloß die Verſammlung mit den Worten:

Will das Wort nicht länger frommen,
Mag es zu dem Schwerte kommen!

Frankfurt, 12. April. Wie wir hören, hat das Reichsminiſterium Nachricht, daß von den 84 Kanonen des Chriſtian VIII. bereits ein Theil aus der Tiefe herausgeholt iſt, wobei ſich zeigt, daß es nicht eiſerne, ſondern die ſchönſten metallnen Kanonen ſind. Man zweifelt nicht, alle 84 herauszuholen. Das noch auf dem Waſſer ſchwimmende Wrack wird die Koſten reichlich decken.

(O. P. Z.)

△ **Wien**, 7. April. Kaum vermögen wir uns von dem Erſtaunen und der Ueberraſchung über die Berliner Ereigniſſe zu erholen. Wer hätte glauben ſollen, daß Preußen mit all' ſeinen Intelligenzen die Bedeutung des welthiſtoriſchen Momentes, der in Jahrhunderten nur einmal eintritt, ſo wenig begreifen konnte, um ihm mit einer in jeder Beziehung ſo halben Antwort entgegen zu treten. Wo ſeid ihr große Hohenzollern, die Wort und Thatkraft zu vereinen wußten — wie mitleidsvoll mögt ihr auf dies Geſchlecht von Pygmäen herabblicken, das nicht den Muth hat, in eure Fußſtapfen zu treten! Muß denn jeder große und umfaſſende Gedanke in unſrem Vaterlande ſtets durch die Mittelmäßigkeit und Halbheit zu Grunde gehn?

Soviel iſt jedoch für uns außer Zweifel, daß die Frankfurter Deputation der Würde ihrer Stellung gemäß gehandelt hat; kam ſie doch nicht zum Markten nach Berlin. Oeſterreich lacht nun mit ſeinem Miniſterium, daß es weithin über unſre Gauen ſchallt und wer, wenigſtens in dieſer Frage, an die gegenſeitige ganze Uebereinſtimmung nicht glauben will, der irrt ſich bedeutend. Man ſieht ſchon im Geiſte die deutſche Krone an der Lothringer Pforte klopfen! Und man ſtellt ſich die Frage, ob und wie weit man öffnen will!

Wien. Die „Preſſe“ tritt gegen die plumpen Angriffe des Lloyd auf das Frankfurter Parlament in die Schranken. Es iſt bekannt, daß ſie der Miniſterialpolitik gegen Deutſchland ſchon früher nicht gewogen war und ſtatt deſſen eine eigene empfahl, die zwar nicht minder öſterreichiſch, aber doch weit feiner und gewinnender war als der plumpe Machiavellismus des Kabinets. „Der Plan der Regierung, ſagt ſie noch in dem gegenwärtigen Artikel, konnte bei den Völkern wenig Sympathien erregen, weil er nichts anderes, als den alten Bundesſtaat unter wenig geänderten Formen in Ausſicht ſtellte. Es war dies nicht die Weiſe für ſeine Politik Freunde zu gewinnen, es war unſerer Anſicht nach ein Verkennen der eigentlichen Lage der Dinge, ein politiſcher Fehler. Die Anſichten des Lloyd, heißt es weiter, erregen viele Bedenken. Ein „Klubb“, der einen Erzherzog von Oeſterreich zum Reichsverweſer ernannte, von dem man erwartete, er würde Oeſterreich die Führung Deutſchlands anvertrauen können, ein Klubb, der in dieſem Augenblicke auf Preußen zählen darf, verdiente wohl einige Rückſicht. Ohne zu unterſuchen, in wie weit die Regierung für die Sprache des Lloyd verantwortlich ſein kann, glauben wir doch aus den letzten Maßregeln, welche die Wahlen für Frankfurt einſtellen, auf eine große Verwandtſchaft der Geſinnung ſchließen zu dürfen. Es iſt noch nicht zu lange, daß die Wahlen durch beſondere Befehle gefördert wurden; man legte großen Werth darauf, die öſterreichiſchen Abgeordneten vollzählig zu haben, und jetzt nach der preußiſchen Kaiſerwahl iſt man vom Unmuth ganz beherrſcht und äußert ihn in allen Formen. Iſt das die ganze Politik, die einem großen Staate in ſolchen Verhältniſſen ziemt?“ In der nämlichen Nr. theilt die Preſſe eine ſ. g. „Erläuterung der öſterreichiſchen Verfaſſungsurkunde mit Bezug auf die ungariſchen Verhältniſſe“ mit, unterzeichnet vom Fürſten Windiſchgrätz. Sie iſt noch nicht offiziell bekannt gemacht, aber an die königl. Kommiſſarien zur Vertheilung geſandt. Das Aktenſtück enthält in ganz allgemeinen Wendungen wenig Bemerkenswerthes. Die Hauptſtelle beſagt, es ſei des Kaiſers Wille, daß das Verfaſſungswerk „mit gerechter Erwägung der beſtehenden Verhältniſſe und ſorgfältiger Schonung jener Inſtitutionen ins Leben trete, welche die Zeit und die Erfahrung als gemeinnützig und lebensbedürftig erprobt hat; daß demnach die geſetzlich verbürgte Freiheit der Religionsbekenntniſſe aufrecht erhalten, der ungariſchen Landesgeſetzgebung aber jener freie Wirkungskreis unangetaſtet bleibe, welcher nur durch die zur Einheit des Reiches und ſeiner kräftigen Regierung nothwendige, im konſtitutionellen Geiſte gehandhabte Gewalt beſchränkt iſt, ein Wirkungskreis, der das Zuſtandebringen einer innern Landesreform mit Beobachtung der Zugeſtändniſſe, welcher unſer erhabner Vorgänger in der Regierung der Ackerbau treibenden Klaſſe im Frühling des Jahres 1848 verliehen, nothwendig bedingt“. Sobald der bewaffnete Aufruhr bekämpft ſei, heißt es weiter, werde der Kaiſer der ungariſchen Landesgeſetzgebung ihren geſetzmäßigen Wirkungskreis anweiſen.

Wien. 7. April. General Hammerſtein wird mit 18 Bataillonen Infanterie und 22 Schwadronen Kavallerie den 18. April an der Grenze Oberungarns erwartet. General Benedek, deſſen glänzende Waffenthaten bei Mortara und Novara als Oberſt von Giulay-Infanterie bekannt ſind, — ein Ungar und Sohn eines Arztes in Oedenburg — übernimmt eine Brigade dieſes galiziſchen Korps. Feldmarſchall-Lieutenant Heß, Chef des Generalſtabs bei Radetzky, bleibt in Italien. (Allg. Z.)

⁑ **Berlin**, 10. April. Wir ſind im Stande aus ſicherer Quelle die poſitive Nachricht zu geben, daß an den öſterreichiſchen Bevollmächtigten allerdings eine Note gerichtet iſt, deren Inhalt dahin geht, daß die Abgeordneten zur Reichsverſammlung aus

Oeſterreich zurückgerufen werden. Es wird dieſe Abberufung motivirt nicht nur durch Rückſichten, die in der Oberhauptsfrage liegen, ſondern auch durch die beſtimmte Erklärung, daß Oeſterreich keine Geſetze von einer Autorität ſich gefallen laſſen könne, die nicht durchaus dem Kreiſe ſeines Staates angehöre.

Berlin, 10. April. Unter den vielen Confirmationen, welche in dieſen Oſtertagen ſtattgehabt, heben wir beſonders die der deutſch-katholiſchen Gemeinde und der jüdiſchen Reformgenoſſenſchaft hervor. Letztere hat 85 Zöglinge — 52 Knaben und 33 Mädchen — in den Grundſätzen der allgemeinen Religion von dem Prediger Dr. Holdheim in ihrem Gotteshauſe öffentlich einſegnen laſſen, nachdem ſie früher bereits 223 andere Zöglinge in derſelben allgemeinen Religionslehre ihr Glaubensbekenntniß hatte ablegen laſſen.

Die Errichtung einer telegraphiſchen Linie von hier nach Hamburg ſtieß bisher durch den Anſpruch der Hamburger Kaufmannſchaft, die Linie auch zu ihren Privatgeſchäften benutzen zu dürfen, Seitens der preußiſchen auf Hinderniſſe. Das eingetretene Bedürfniß, zwiſchen den Herzogthümern und Berlin eine möglichſt ſchnelle Communication herzuſtellen, hat indeſſen die Verhandlungen jetzt ſo ſchnell befördert, daß die Linie bereits nächſter Tage in Angriff genommen werden ſoll. Es haben ſich auch bereits zu dieſem Behufe Seitens Mecklenburgs Herr v. Pritzbauer, und Seitens Hamburgs Herr Dr. Aſher hier eingefunden.

Der gegenſeitige Abſonderungsgeiſt der Parteien in induſtrieller Hinſicht hat ſoeben eine großartige Geſellſchaft ins Leben gerufen, die ſich „Aſſociationsverein“ nennt. Dieſer Verein ſoll die ganze Stadt umfaſſen, welche zu dem Behufe in 8 größere Bezirke eingetheilt werden ſoll. Sein Zweck geht dahin, daß alle Beigetretenen ſich verpflichten, keinem Anderen, als Gleichgeſinnten Arbeit zu gewähren. Das Nähere dieſes Planes wird in der erſten General-Verſammlung, welche in den nächſten Tagen abgehalten werden ſoll, beſtimmt werden.

Herr von Schmerling ſoll am erſten Oſterfeiertage auf ſeiner Rückreiſe von Frankfurt nach Wien oder Olmütz hier eingetroffen ſein. Sein Nachfolger als öſterreichiſcher Bevollmächtigter in Frankfurt, Graf Rechberg, befindet ſich ſeit einigen Tagen auch in unſrer Mitte und iſt im Hotel du Nord abgeſtiegen (C. Z.)

A. C. Z. Der amerikaniſche Ingenieur Robinſon befindet ſich gegenwärtig in Berlin, um Verſuche mit einem vereinfachten Apparat für den electro-magnetiſchen Telegraphen anzuſtellen. Der erſte derartige Verſuch, welcher zwiſchen Berlin und Cöthen gemacht wurde, iſt glücklich ausgefallen und wird nunmehr ein zweiter zwiſchen Magdeburg und Berlin gemacht werden. Fällt auch dieſer glücklich aus, ſo ſoll dieſer neue Apparat allgemein in Anwendung kommen.

Berlin iſt ſeit kurzem mit Olmütz durch einen electriſchen Telegraphen verbunden.

Swinemünde, 6. April. So eben trifft bei dem hieſigen Vize-Konſulat eine Depeſche von der ohnweit der Oe kreuzenden däniſchen Korvette „Flora“, Kapitän van Dockum ein, wonach der Beginn der Blokade für Swinemünde mit dem 5. d. notifizirt wird.

Ueberſetzung der Blokade-Deklaration. (Das Original iſt in franzöſiſcher Sprache.) Da der Hafen von Swinemünde vom heutigen Tage ab in Blokadezuſtand erklärt iſt, ſo habe ich die Ehre, durch Gegenwärtiges den in genanntem Hafen wohnhaften Herren Konſuln der befreundeten oder neutralen Mächte die Anzeige davon zugehen zu laſſen.

Ich bin gleichzeitig beauftragt worden, die Herren Konſuln im Intereſſe des Handels ihrer reſpektiven Länder zu bitten, ſich mit dem Befehlshaber der Streitkräfte an dieſen Küſten, Herrn Kapitän Pederſen, Fregatte Havfruen, ins Einvernehmen zu ſetzen über einen Termin, bis zu welchem die im Hafen befindlichen neutralen Schiffe mit ihrer Beladung fertig ſein können, damit dieſe Schiffe bis zu jenem Zeitpunkt den Hafen verlaſſen können, ohne durch unſere Kreuzer moleſtirt zu werden. Jede Mittheilung zu dieſem Ende wird an Bord der Fregatte „Havfruen“ oder an Bord der vor dem Hafen ſich befindenden Kreuzer expedirt werden können. Korvette Flora, 4. April 1849. (gez.) C. van Dockum. (Oſtſ. Z.)

Swinemünde, 8. April. Geſtern Abend waren in weiter Ferne eine däniſche Kriegs-Fregatte und Korvette (ohne Zweifel „Havfruen und Flora“) kreuzend, welche jetzt Morgens jedoch außer Sicht ſind. (Oſtſ. Z.)

Aachen, 8. April. Der konſtitutionelle Verein für Aachen und Burtſcheid hat in ſeiner geſtrigen Generalverſammlung einſtimmig folgende Adreſſe an den König beſchloſſen, die bereits heute nach Berlin abgegangen iſt:

„Majeſtät! Der konſtitutionelle Verein von Aachen und Burtſcheid hat die Vollendung des Deutſchen Verfaſſungswerkes mit Freude begrüßt und in der Wahl Ew. Majeſtät zum Deutſchen Kaiſer unter den obwaltenden Verhältniſſen die allein mögliche aber auch genügende Bürgſchaft für die Freiheit, Einheit und Macht des theuren Vaterlandes erblickt. Es hat uns tief geſchmerzt, daß die Deputation der Deutſchen Reichsverſammlung Berlin nicht in der freudigen Stimmung verlaſſen konnte, in welcher ſie, begleitet von den Hoffnungen des Volkes, in die Hauptſtadt eingezogen iſt. Wir erwarten aber dennoch von Ew. Majeſtät edlem Herzen und Deutſcher Geſinnung die Annahme jener eben ſo ſchwierigen als ehrenvollen Stellung und hegen die Zuverſicht, daß es Ew. Majeſtät Weisheit und Entſchiedenheit gelingen werde, die einzelnen Deutſchen Regierungen zu einem baldigen Anſchluß zu vermögen. Wir halten dabei an der Ueberzeugung feſt, daß dieſer Anſchluß nur auf Grund und unter voller Anerkennung der Verfaſſung geſchehen werde, welche dem Deutſchen Volke von ſeinen, mit Zuſtimmung ſämmtlicher Regierungen frei gewählten Vertretern gegeben worden iſt. Wir glauben daher unſere Ehrfurcht vor Ew. Majeſtät und unſere Liebe zum Vaterlande nicht beſſer bethätigen zu können, als durch die ehrerbietige und dringende Bitte, daß es Ew. Majeſtät gefallen möge, unverweilt die Kaiſerwahl anzunehmen, dem Deutſchen Volke durch Anerkennung der Reichsverfaſſung endlich einen ſicheren Rechtsboden zu gewähren und hierdurch die dem Vaterlande drohenden Gefahren abzuwenden.“

Ferner hat der Verein ebenfalls einſtimmig folgende Erklärung den konſtitutionellen Deputirten der erſten und zweiten Kammer zugehen zu laſſen beſchloſſen:

„Das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel, welches ſchon bei ſeinem Amtsantritt vom ganzen Lande als ein nicht konſtitutionell geſinntes betrachtet wurde, hat durch ſeine Verwaltung und Geſetzvorlagen und namentlich durch ſein Verhalten in der Deutſchen Angelegenheit in ſo hohem Grade das Mißtrauen des Volkes und ſeiner Vertreter geſteigert, daß ſein Fortbeſtehen dem Vaterlande zum größten Unglück gereichen muß. Wir ſprechen daher unſere Erwartung aus, daß das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ſofort abtrete und Männern ſeinen Platz einräume, welche die Zeit richtig erfaſſen und ihre Bedürfniſſe zu fördern verſtehen.“

Endlich wurde noch einſtimmig beſchloſſen, eine Abſchrift der Adreſſe an den König mit folgenden einleitenden Worten an den Präſidenten der Deutſchen National-Verſammlung zu Frankfurt zu ſchicken:

„Die deutſche Nationalverſammlung hat unter den ſchwierigſten Verhältniſſen die Anerkennung aller Deutſchen gewonnen, welchen die Freiheit, Einheit und Macht des Vaterlandes am Herzen liegt. Der konſtitutionelle Verein für Aachen und Burtſcheid hält es daher für eine Pflicht, der deutſchen Nationalverſammlung in dieſem wichtigen Momente als Zeichen ſeiner unbegrenzten Hochachtung und vollſten Zuſtimmung zu ihren Beſchlüſſen, beifolgende Abſchrift einer Adreſſe zu überreichen, welche von demſelben unſerem Könige heute überſandt worden iſt.“

(A. Z.)

× **Koblenz**, 10. April. Der Oberpräſident Eichmann, welcher während den Ferien der Kammern zum Beſuche ſeiner Familie hierher gekommen war, iſt geſtern auf eine in der Nacht vorher erhaltene Abberufung ſchleunigſt von hier nach Berlin abgereiſt. Er gilt viel bei Hofe. Dafür, daß der König, wie behauptet wird, an den Rhein kommen wird, gibt es noch keine Anzeichen, man müßte denn dafür nehmen, daß hier für Burg Stolzenfels eine Fahne angefertigt wird, an welcher über dem preußiſchen Wappen eine große Schleife mit den deutſchen Farben hangt. Die beiden Redemptoriſten-Patres, welche zur Aushülfe in der Seelſorge in der öſterlichen Zeit von Lüttich hierher gekommen ſind, machen durch ihr Wirken im Beichtſtuhle und namentlich auf der Kanzel einen ſolchen Eindruck auf unſere katholiſchen Einwohner, daß ſich der Wunſch ausgeſprochen hat, dieſe Prieſter für immer hier zu behalten. Um die für ihren Unterhalt nöthigen Mittel zu beſchaffen, haben ſich freiwillig eine Anzahl wohlhabender Katholiken zu jährlichen Beiträgen anheiſchig gemacht. In den Rheinlanden hat ſich unter den Katholiken bei den wirklichen und vermeintlichen Zurückſetzungen, welchen ſie ausgeſetzt waren, kein rechtes Vertrauen für die preußiſche Regierung bilden können. So gerechtfertigt die Beſchwerden wegen der Vergangenheit zum Theil waren, ſo ungegründet ſind ſicherlich bei der nunmehrigen freien Geſtaltung des Staates und der Kirche die Beſorgniſſe wegen der Zukunft und die darauf ſich gründende Abneigung gegen das preußiſche Erbkaiſerthum. Das niederrheiniſche Muſikfeſt ſoll auch in dieſem Jahre gefeiert werden und ſogar mit beſonderer Pracht, in Düſſeldorf, in den Pfingſttagen. Am erſten Tage wird Bach's Paſſionsmuſik zur Aufführung kommen.

§ **Leipzig**, 10. April. Von Dresden iſt gegenwärtig der Miniſterpräſident Held hier. Er hat die Meinung Aller, die mit ihm in Berührung gekommen ſind, für ſich gewonnen, beſonders

aber rühmt man ſeine Aeußerungen in Bezug auf die deutſche Sache. Wie man hört, erkennt das ganze Miniſterium die Nothwendigkeit einer kräftigen Centralregierung für Deutſchland, und hat durchaus nicht die Abſicht, ſich der Uebertragung derſelben an Preuſſen zu widerſetzen. Es verlangt nur eine feſte und mächtige Stellung der Centralregierung und für die Einzelſtaaten alle die Selbſtſtändigkeit, welche ſich ohne Schwächung der Centralregierung behaupten läßt. Die Ereigniſſe von Eckernförde haben auch hier begeiſternd gewirkt; es zeigt ſich, daß das Gefühl für die gemeinſamen Angelegenheiten des großen Vaterlandes nur der Veranlaſſung bedarf, um ſich lebhaft zu regen. Und nicht Kriegsruhm allein, auch große Thaten des Friedens würden die Vaterlandsliebe mächtig ſchwellen, hätten wir nur die Bahn erſt betreten, die eines großen Volkes würdig iſt! es würde ſie niemand wieder verlaſſen wollen. Aber das iſt freilich eine erſte Bedingung, daß wir männlich ſelbſt einen Entſchluß zu faſſen wiſſen, ohne uns zaghaft umzublicken, wie der Wind aus dem Oſten weht.

In den Ferien hier anweſende Kammermitglieder wollen nicht glauben, daß die Kammern noch länger als 14 Tage beiſammen ſein werden.

Eiſenach, 9. April. Dem Nürnb. Korreſp. zufolge iſt hier der Herzog von Aumale vor einigen Tagen zum Beſuche bei ſeiner Schwägerin, der Herzogin von Orleans, eingetroffen.

× **Braunſchweig**, 9. April. Der hieſige vaterländiſche Verein hat eine Adreſſe an die Reichsverſammlung erlaſſen, in welcher es heißt: „Wir erklären hierdurch feierlich, daß wir, unbeirrt durch das, was die letzten Tage gebracht, die nach zweimaliger Leſung aus Ihren Beſchlüſſen hervorgegangene deutſche Reichsverfaſſung für bindend und rechtsgültig erkennen.“

Schleswig-Holſtein. Eine Londoner Correſpondenz der „Norddeutſchen freien Preſſe“ enthält Folgendes: Es wird in diplomatiſchen Kreiſen geſagt, der Friede würde unter dieſen Bedingungen zu Stande kommen: Die Herzogthümer werden mit Lauenburg und Eutin zu einem Königreiche erhoben, treten zu Dänemark in das Verhältniß, worin Norwegen zu Schweden ſteht, und die Union wird permanent erklärt, während der König für die beiden Herzogthümer Mitglied des deutſchen Reiches wird. Der König adoptirt den Erbgroßherzog von Oldenburg (das alte preußiſche Project). Das Großherzogthum Oldenburg fällt nach dem Tode des Großherzogs an Hannover und Birkenfeld wird an Preußen abgetreten. Der Herzog von Auguſtenburg und der Herzog von Glücksburg mit ihren Häuſern werden durch reiche Domänen entſchädigt, namentlich bekommt erſterer das Familienfideicommiß der jüngeren gottorpiſchen Linie in Holſtein, und Hannover giebt natürlich den Reſt, während Preußen ebenfalls etwas beiſteuert. Der Erbgroßherzog von Oldenburg heirathet entweder die Prinzeſſin Marie Amalie von Braſilien, geboren 1831, deren Mutter eine Schweſter des Herzogs von Leuchtenberg und der Königin von Schweden, und deren Großmutter eine baieriſche Prinzeſſin iſt, oder die Prinzeſſin Charlotte von Schweden, die faſt zwei Jahre älter als jene Prinzeſſin iſt. Die Herzogthümer übernehmen zwei Fünftheile der däniſchen Staatsſchuld und geben alle Anſprüche auf eine Theilung der Colonien und der Flotte auf.

Kiel, 8. April. Wie der Chriſtian VIII. Kopenhagen unter dem einſtimmigen Hurrah des Volkes verließ, ſoll man am Bord einmüthig den kühnen Beſchluß gefaßt haben, Oſtern in Rendsburg einzurücken; in dieſem Punkte iſt ihr Wunſch und Wille buchſtäblich erfüllt worden, denn die 1000 Gefangenen der Beſatzung ſind unter Eskorte eines Reſervebataillons dort eingetroffen. (K.C.)

Hamburg, 9. April. Die von der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung nach Berlin geſandte Deputation hat bei dem Könige keine Audienz erlangen können, vielmehr, wie uns aus zuverläſſiger Mittheilung bekannt iſt, von dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Arnim, auf die Bitte um Vermittelung einer Audienz, nach zweitägigem Harren zur Antwort erhalten, daß Se. Majeſtät die Deputation als ſolche nicht werde empfangen können, den einzelnen Mitgliedern aber gerne Audienz geben und ſie zur Tafel ziehen werde. Die Mitglieder der Deputation ſind einſtimmig der Meinung geweſen, von ihrem Auftrage, als Deputation der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung, deren Freude und Hoffnungen wegen der Kaiſerwahl vor dem Könige von Preußen auszuſprechen, nicht abgehen zu dürfen, haben daher dem Miniſter von Arnim folgendes Schreiben zugehen laſſen:

„Exzellenz! Hochgeehrter Herr Miniſter! Nachdem die unterzeichnete Deputation der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung die gütige Vermittelung Ew. Exzellenz in Anſpruch genommen hatte, um bei Sr. Maj. dem Könige eine Audienz zu erhalten, haben Ew. Exzellenz am heutigen Tage dem Präſidenten Bargum die Mittheilung gemacht, daß Se. Maj. der König die Deputation als ſolche zu empfangen verhindert ſei, den einzelnen Mitgliedern derſelben aber nach den Feiertagen Audienz zu ertheilen bereit ſein werde.

Wir hatten gehofft, Sr. Maj. dem Könige die Freude und die Hoffnung, durch welche die Bewohner aller deutſchen Lande ſeit dem 28. März d. J. bewegt werden, und welche vor Allem in den nördlichſten Marken des Vaterlandes laut geworden ſind, im Namen von Schleswig-Holſtein ehrfurchtsvoll bezeugen zu dürfen. Da uns dieſes nach Ew. Exzellenz Mittheilung zu unſerem innigen Bedauern verſagt iſt und wir nach unſerem Auftrage nur als Deputation vor Sr. Maj. dem Könige erſcheinen können, ſo eilen wir am morgenden Tage zurück in die Heimath, in welcher unſere Brüder den Vertheidigungskampf für die Rechte eines deutſchen Landes mit deutſcher Hilfe gegen einen ungerechten Angriff aufs Neue zu beſtehen haben, in das Land, welches vor Allen Preußens König und Preußens Kriegern zum ewigen Danke verpflichtet iſt.

Genehmigen Ew. Exzellenz die Verſicherung der ausgezeichnetſten Hochachtung, mit welcher wir die Ehre haben zu ſein Ew. Exzellenz ganz gehorſamſte Deputation der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung.

Bargum. Falck. Steindorf. Rathgen. Lorenzen.

Berlin, den 8. April 1849.

An Se. Exzellenz den Herrn Miniſter für die auswärtigen Angelegenheiten, Grafen v. Arnim.“

und ſind ſofort am folgenden Morgen von Berlin abgereiſt. Hochgeſtellte Perſonen wollen wiſſen, daß die Verſagung der Audienz mehr das Reſultat einer Berathung des gegenwärtigen Miniſteriums als des perſönlichen Wunſches des Königs ſei. (H. N.)

Großbritannien.

* **London**, 9. April. Bezeichnend für England iſt die Theilnahme, die ſich für eine einzige Wahlkandidatſchaft, die des Herrn Roebuck in Sheffield, überall ausſpricht; es iſt, als ob ſich in dieſer Einen Wahl das ganze Landesintereſſe erſchöpfte. Allerdings war auch Hr. Roebuck ein langjähriges, hochgeachtetes Parlamentsmitglied, deſſen Nichtwahl bei den letzten allgemeinen Wahlen für kaum möglich gehalten und von allen Parteien ohne Unterſchied bedauert wurde. Hr. Roebuck ſaß zuletzt für Bath, eine mehr konſervative Stadt, wogegen Sheffield, wo ſich Herr Roebuck jetzt als Parlamentskandidat geſtellt hat, wie alle großen Fabrikſtädte von Radikalen und Chartiſten wimmelt. Letzteren geht Hr. Roebuck ſchon nicht weit genug, und es iſt leicht möglich, daß ſie einen chartiſtiſchen Gegenkandidaten ins Feld ſchicken. Sonſt wird Hr. Roebuck zu den engliſchen praktiſchen Radikalreformern gerechnet, die freilich, wie Jedermann aus ſeiner weiter unten folgenden Zuſchrift an ſeine Wähler leicht erkennen wird, mit den ſtaatlichen und ſocialen Radikalreformern des Feſtlandes nichts oder wenig gemein haben. Haben doch ſelbſt die Chartiſten, die in ihren bekannten ſechs Punkten noch am weiteſten gehen, bis jetzt die Exiſtenz des Oberhauſes noch nicht angetaſtet und die Frage des Einkammerſyſtems nicht einmal anzuregen gewagt!

In ſeiner Zuſchrift an ſeine Wähler von Sheffield ſpricht ſich Hr. Roebuck unter andern für weitere Ausdehnung des Wahlrechts und für geheime Abſtimmung bei den Wahlen, für eine vollſtändige und unmittelbare Reviſion aller auf die Verwaltung der Kolonieen bezüglichen Gegenſtände, für gänzliche Gewiſſens- und Glaubensfreiheit u. ſ. w. aus. In letzterer Beziehung ſagt er: „Ich bin ſelbſt ein Mitglied der engliſchen Staatskirche. Ich wurde als ein Mitglied dieſer Kirche erzogen, und nach reiflicher Ueberlegung habe ich keinen Grund gefunden, aus der religiöſen Gemeinſchaft, der ich als Kind und Jüngling angehörte, auszutreten. Aber dieſer Entſchluß war das Ergebniß meiner eigenen Ueberlegung, meines eigenen Willens, vollkommen unabhängig von der Einwirkung eines Andern. Was ich alſo für mich ſelbſt in Anſpruch nahm, das Recht, das ich für meine eigene Perſon geltend machte, ich verlange es auch für alle Andern. Ich bleibe ſo gut auf der Forderung religiöſer, als bürgerlicher Freiheit beſtehen. Würde mein Geiſt durch Willkür eingeengt und nicht durch Vernunftgründe geleitet, ſo wäre ich viel mehr Sklave, als wenn ihr meinen Leib in Feſſeln ſchlügt. Jeden Zwang in dieſem Bereich halte ich nicht nur für unpolitiſch, ſondern auch für ungerecht. Ihr mögt auf dieſe Weiſe Jemand zu einem Scheingottesdienſt zwingen, ihr könnt Heuchelei und Trübſinn erzeugen, aber ihr könnt nicht bewirken, daß Jemand auf Kommandowort wirklich glaubt.“ Hr. Roebuck erklärt ſich daher gegen jeden Verſuch des Staats, Anſtalten zur Beförderung religiöſer Anſichten zu Staatsanſtalten zu machen.

An einer andern Stelle heißt es: „Obgleich meiner Anſicht nach eine Regierung für den Wohlſtand und das Wohlleben eines Volkes direkt nicht viel thun kann, ſo kann ſie doch genug Ungeeignetes thun, um die Wohlhabenheit und dadurch das gemächliche Leben des Volkes zu verringern. Unnöthige Ausgaben, unſinnige, ſchädliche Beſchränkungen des Gewerbfleißes waren zu allen Zeiten Fehler der Regierungen." Daher fordert Hr. Roebuck die möglichſte Sparſamkeit, wie die vollkommenſte Freiheit in Handel und Wandel. In Betreff des Verhaltens dem Auslande gegenüber, hält es Roebuck für die einzig geſunde und den Intereſſen Englands zuſagende Politik, ſich aller Einmiſchung in die auswärtigen Händel zu enthalten. Solche Einmiſchung habe im Jahre 1793 zur Folge gehabt, daß die ganze Welt in Brand geſetzt und Jahrelang in nie dageweſener Menge Blut vergoſſen und Reichthümer zu Grunde gerichtet worden ſeien. Nichteinmiſchung habe im Jahre 1830 Europa das Glück des Friedens geſtattet und laſſe hoffen, daß die kämpfenden Glieder der großen europäiſchen Völkerfamilie allmälig die unſchätzbare Wohlthat gut eingerichteter und aus dem Volke hervorgegangener Regierungen erringen würden.

Die „Times" ſpendet Hrn. Roebuck folgendes Lob: „Sheffield iſt im Begriff, ſich ſelbſt zu ehren, indem es Hrn. Roebuck in ſeine natürliche und ihm paſſende Stellung wieder einſetzt. Hr. Roebuck außer dem Parlament und das Parlament ohne Roebuck ſind gleich unvollkommen. Wie oft vermißt nicht das Publikum jene kraftvolle Rednergabe, jenen ehrenhaften Unwillen, jene derben Wahrheiten, jenen Mutterwitz, jenen manchmal freilich in ein ſtoiſches, wenn nicht ſogar in ein cyniſches Gewand gehüllten geſunden Menſchenverſtand, worin das ehemalige Mitglied für Bath unübertroffen und einzig daſteht. Es gibt Leute im Hauſe, welche offenbar freier athmeten und ungeſtörter ihr Mundwerk brauchten, weil ſie wußten, daß kein Roebuck zugegen war." Einen andern Grund für die Wahl Roebuck's fand freilich der Vorſitzende eines Wahlmeetings in Sheffield, Hr. Fiſher. Er befürwortete die Wahl deſſelben hauptſächlich aus dem einen Grunde, weil Hr. Roebuck aus keiner ariſtokratiſchen Familie ſtamme und mit der Ariſtokratie keine Verbindungen habe. An demokratiſcher Grundſtimmung fehlt es hiernach auch in England nicht; im Gegentheil ſcheint das Mißtrauen gegen die hohe Ariſtokratie immer mehr Raum zu gewinnen, nicht bloß in der arbeitenden, ſondern auch in der bürgerlichen wohlhabenden Mittelklaſſe.

* **London**, 10. April. Die heutige „Times" bezeichnet die Angabe des Journal des Debats, daß Sardinien an Zahlungs Statt die öſterreichiſch-engliſche Staatsſchuld übernehmen werde, als wenn nicht gänzlich, doch zum großen Theil irrig. So viel ſie wiſſe, ſei Oeſterreich an England nichts weiter (?) ſchuldig, als die öffentliche Anleihe von 1823 und mit dieſer habe natürlich Herr Abercrombie nichts zu thun. Ferner geht aus einer Bemerkung derſelben Zeitung hervor, daß die demokratiſche Partei auch auf den joniſchen Inſeln im Geheimen ſehr thätig ſein mag; namentlich, ſagt die Times, bemühe ſich dieſe Partei, das Gerücht zu verbreiten, daß England den ſüdlichen Theil der joniſchen Inſelgruppe an Griechenland abzutreten beabſichtige. Dieſes Gerücht, welches darauf hinziele, den Kredit zu vernichten und den Verkehr zu ſtören, ſei ohne allen Grund. Endlich bringt die Times in derſelben Nummer die intereſſante Erzählung eines britiſchen, ſeit Jahren in Siebenbürgen ſich aufhaltenden Offiziers, der von den ungariſchen Inſurgenten auf Befehl Bem's gefangen genommen wurde, eine kritiſche Betrachtung über Schiller's und Körner's Briefwechſel, Mittheilungen aus Weſtindien, namentlich aus dem etwas auffäſſigen Jamaika, eine ſcharfe Kritik des von Hrn. Hudſon über die Eiſenbahnaktien geübten Despotismus, einen Bericht über den Sieg der Deutſchen bei Eckernförde und einen leitenden Artikel über den däniſchen Krieg, worin ſie Europa beſchwört, doch ja ihren Schützlingen, den tapfern Dänen, darum die ihnen ſchuldige Achtung nicht zu entziehen, weil ſie allerdings die Unterhandlungen etwas zu raſch abgebrochen und wider Erwarten die Feindſeligkeiten angriffsweiſe erneuert hätten. Auf die wichtigeren unter dieſen bunten und anziehenden Mittheilungen kommen wir noch zurück.

Frankreich.

* **Paris**, 9. April. Von ſämmtlichen Pariſer Journalen erſcheinen heute, am Oſtermontage, bloß der National, die Liberté, der Peuple und die Vraie Republique. Die Liberté enthält einen beſonderen Artikel über die deutſche Frage, dem wir Folgendes entnehmen: „Der Miniſterrath hat definitiv den Beſchluß gefaßt, gegen die Annahme der deutſchen Kaiſerkrone durch den König von Preußen zu proteſtiren. Es iſt nicht mehr daran zu zweifeln, die Sache iſt gewiß. Die politiſche Welt beſchäftigt ſich ſeit geſtern auf das lebhafteſte damit. Dieſe neue Schwachheit unſerer Regierung betrübt uns tief, ohne uns indeſſen zu wundern. Wir klagen nicht Hrn. Drouin de l'Huys an, denn nicht er iſt Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, ſondern Herr Thiers. Wir kennen ſeit lange die Politik des Hrn. Thiers: er will das Bündniß mit England und er will es um jeden Preis. Er ſagte ſchon Louis Philipp, daß dieſes allein ihn retten könne; er führt heut zu Tage dieſelbe Sprache im Elyſee National. Es iſt daher nicht zu verwundern, daß Hr. Thiers, leidenſchaftlicher Verfechter des engliſchen Bündniſſes, dem Miniſterium einen Entſchluß eingegeben habe, den das Kabinet von St. James nur billigen kann. In der That, iſt England nicht dabei intereſſirt, uns in einer Art Abhängigkeit von ſich zu erhalten, indem es uns ohne Bundesgenoſſen auf dem Feſtlande läßt? Weiß es nicht, daß von dem Tage an, wo wir mit irgend einer großen kontinentalen Macht verbündet wären, unſer Einfluß auf Koſten des ſeinigen zunehmen könnte, ſo wie auch unſer Handel alsdann auf den Märkten des Kontinents mit dem ſeinigen in die Schranken treten würde? Iſt England außerdem nicht bei der Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 intereſſirt? und ſind dieſe Verträge nicht vorzugsweiſe gegen Frankreich gerichtet, um den Einfluß deſſelben auf dem Continent zu beſchneiden? Preußen hat im Gegentheil gar kein Intereſſe, die Verträge von 1815 aufrecht zu erhalten. Seine gegenwärtige politiſche Geſtaltung iſt eine Urſache von Schwäche für es ſelbſt und würde es, wenn es ihm gelänge, in Folge der gegenwärtigen Bewegung in Deutſchland, eine Anzahl kleinerer Staaten in ſich aufzunehmen, ſich nicht gern dazu verſtehen, uns die Rheinprovinzen wieder herauszugeben? Der König von Preußen bedarf unſerer Freundſchaft: er weiß recht wohl, daß die Annahme der deutſchen Kaiſerwürde ihm von Seiten aller Großmächte Schwierigkeiten, Kämpfe und vielleicht ſelbſt den Krieg zuziehen wird: er fühlt alſo, daß er eines Bundesgenoſſen bedarf, um den Angriffen zu widerſtehen, denen er ſich ausgeſetzt ſieht. Unſer natürlicher Bundesgenoſſe iſt alſo der König von Preußen, Kaiſer von Deutſchland."

* **Paris**, 10. April. Die Nationalverſammlung beginnt ihre heutige Sitzung mit der geheimen Stimmabgabe zur Wahl der vierzig ihr zu wählen zuſtehenden Staatsräthe. Die Wahl dauert zwei Stunden. Die dann wieder aufgenommene Verhandlung über das Geſetz zur Regelung des Gerichtsweſens wird ſehr bald durch die Verleſung eines Briefes von Hrn. Boulay, Vicepräſidenten der Republik, unterbrochen, worin derſelbe erklärt, daß er bedaure, daß die Regierung trotz ſeiner Widerrede Repräſentationskoſten verlangt habe. Die ihm vom Staate zugeſtandene Wohnung mache ihrer Ausdehnung halber allerdings gewiſſe Unkoſten an Material und Bedienung nothwendig. Er verzichte aber auf ſeine Wohnung und zugleich, da er ſeinen Gehalt nur deßhalb angenommen, um ein ſeiner Stellung entſprechendes Haus zu halten, auch auf dieſen Gehalt, indem ſein Privatvermögen hinreiche, um ihm in ſeiner beſcheidenen Wohnung ein ſicheres Auskommen zu gewähren. (Sehr gut.) Uebrigens benutze er dieſe Gelegenheit, um der Verſammlung nochmals ſeinen Dank und ſeine Ergebenheit dafür auszudrucken, daß ſie ihn zu dieſer hohen Stellung, der er mit all ſeinen Kräften ſich widmen werde, erhoben habe. Im Lauf der darauf fortgeſetzten Verhandlung über das Juſtizgeſetz ſchlägt Montalembert ein Amendement vor, wonach die bis zur Februarrevolution unabſetzbaren Gerichtsbeamten unabſetzbar bleiben ſollen. Er entwickelt daſſelbe und bemerkt, daß eine Revolution um ſo furchtbarer und um ſo dauerhafter ſei, je mehr ſie das Beſtehende zu achten wiſſe. Weßhalb auch die unter der Monarchie angeſtellten Richter entfernen? Hat dieſes Ausſcheidungsſyſtem je zu einem Reſultat geführt? Iſt nicht die Reſtauration, welche es auch angewendet hat, 15 Jahre nachher gefallen? Und die Julirevolution, welche die Magiſtratur beibehielt, hat ſie dieſe Maßregel zu bereuen gehabt? (Bewegung.) Man ſolle lieber dieſes Reinigungsſyſtem auch auf die Armee und die Adminiſtration anwenden. Worauf kann übrigens die jetzige Regierung ihre Wahl gründen: auf die Fähigkeit des Richters oder auf ſeine politiſchen Meinungen? Im letzteren Falle, muß man nicht bei einem etwaigen Wechſel der Politik Repreſſalien befürchten? Die Magiſtratur würde durch die vorgeſchlagene Maßregel der Ausſcheidung nur einen Haufen von Bittſtellern liefern und ſo den Krebsſchaden

der Supplikanten noch vermehren. Meine Herrn, endet der Redner, Sie machen in dieſem Augenblick Ihr politiſches Teſtament, ich hoffe, daß Sie mein Amendement als eines der nicht unbedeutendſten Codicille annehmen werden. Cremieux antwortete auf die Rede des Hrn. Montalembert. Die Julirevolution hat die Magiſtratur beibehalten, weil eine Monarchie auf eine andere folgte; obgleich die Republik ſich nicht ſo wohl mit monarchiſchen Richtern befreunden kann, hat doch die proviſoriſche Regierung ſehr wenige derſelben bei Seite geſetzt. Man hat von der Armee geſprochen, hat nicht die Reſtauration die Soldaten Napoleons als die Räuber von der Loire bezeichnet und ausgeſchieden? Seit einiger Zeit benehmen ſich unſere Gegner, als ob ſie allein die Republik retten könnten; warum haben ſie ſich denn nicht am 24. Februar gezeigt, als ſie die Regierung in Händen hatten? (Lange Unterbrechung.) Als die Ruhe wieder hergeſtellt iſt, fährt Cremieux fort: Man ſpricht von der Regentſchaft; ich benutze die Gelegenheit, um mich über die ſchon lange verbreiteten Gerüchte zu erklären. Der Redner erzählt, daß er am 24. Febr. in der Deputirtenkammer im Augenblicke angekommen ſei, als Odilon Barrot auf der Tribüne war; er habe demſelben ſogleich zugerufen: ſprechen Sie zu Gunſten einer proviſoriſchen Regierung; als er hierauf die Herzogin von Orleans im Centrum bemerkt habe, ſei er zu ihr gegangen und habe auf ein Papier vier Linien geſchrieben, worin er ihr geſagt, daß bei der Lage der Dinge eine Regentſchaft unmöglich ſei; ſie müſſe dem Volke die Entſcheidung der Regierungsform überlaſſen. Er habe ſich auf das Zeugniß Dupin's, der hinter der Herzogin ſtand, berufen, daß dies der einzige Weg der Rettung ſei; aber während die Herzogin auf die zuſtimmende Meinung Dupin's hin, das Papier geleſen, ſei die Kammer von den Inſurgenten auseinandergetrieben worden.

Nachdem noch Jules Favre gegen das Amendement geſprochen, wird zur Zettelabſtimmung geſchritten und das Amendement mit 344 gegen 322 Stimmen angenommen. Nach einer kurzen Diskuſſion über die zwei letzten Artikel des Geſetzes wird über die Geſammtheit des Geſetzes durch Zettel abgeſtimmt, d. h. es wird entſchieden, ob die Verſammlung zu einer dritten Berathung übergehen wolle. Zu allgemeinem Befremden entſcheidet die Verſammlung mit 345 gegen 88 Stimmen, daß ſie das Geſetz nicht zu einer dritten Berathung zulaſſe. Ledru Rollin verlangt, die Regierung wegen ihres ungeſetzmäßigen Einſchreitens bei Wahlvereinen zu interpelliren. Die Verſammlung entſcheidet, daß dies in der morgenden Sitzung ſtattfinden ſolle. Zum Schluſſe erklärt der Präſident, daß die Scrutatoren noch nicht mit dem Ausleſen der Wahlzettel für die Ernennung der Mitglieder des Staatsrathes fertig ſeien, und die Sitzung wird um ſechs Uhr aufgehoben.

Der heutige Moniteur enthält wirklich die Ernennung des Generals Changarnier zum Großoffizier der Ehrenlegion. Das Band, welches die politiſchen Parteien des Vereins der Rue de Poitiers verbindet, ſcheint ſehr loſe zu ſein. Wegen der bekannten, der Form nach zwar ausweichenden, dem Inhalte nach aber doch ſehr verſtändlichen, Erklärung des Wahlausſchuſſes der Rue de Poitiers gegen die Kandidatur des Hrn. Guizot iſt das Journal des Debats offen von ihm abgefallen. Das Siecle bekämpft ſeinen frühern Redakteur, Hrn. Chambolle, der dem Verein angehört, auf das entſchiedenſte. Die Opinion publique hatte die Sache deſſelben im Namen des Hrn. v. Larochejacquelin ſchon längſt verlaſſen; die Gazette de France desgleichen im Namen des Hrn. v. Genoude. Man ſpricht davon, daß die Union und mit ihr Hr. Berryer, ſo wie das Univers und mit ihm Hr. v. Montalembert, der Fahne des Vereins ebenfalls untreu zu werden einige Neigung haben. Herr Thiers, Herr Mole und Herr Duvergier de Hauranne würden alsdann die einzig übrig bleibenden politiſchen Notabilitäten des Vereins ſein. Man erzählte geſtern in der Nationalverſammlung, daß in einem am Morgen gehaltenen Miniſterrathe, dem die Geſandten Oeſterreichs und Englands, ſo wie Hr. Gioberti beiwohnten, die Friedensbedingungen zwiſchen Oeſterreich und Piemont feſtgeſetzt worden ſeien. Drei Hauptbedingungen ſollen ſchon angenommen worden ſei: 1) Unmittelbare Räumung des piemonteſiſchen Gebiets durch die Oeſterreicher; 2) Nichtbeſetzung der Citadelle von Alexandria durch die Oeſterreicher; 3) Verpflichtung Piemonts, im Verein mit Frankreich, England und Oeſterreich in den Kirchenſtaat en zur Herſtellung des Papſtes zu interveniren.

Damit würden nicht ganz die Nachrichten ſtimmen, welche unter der bekannnten Aufſchrift: „Mittheilung" die heutige Preſſe enthält. Hiernach hat zwar Radetzky unter Vorbehalt der Genehmigung ſeiner Regierung auf die Beſetzung der Citadelle von Alexandria verzichtet und ſtatt deſſen nur die kleine Stadt Valenza am Po mit einer Garniſon belegt. Dagegen habe ſich, dem Artikel 8 des Waffenſtillſtandes zufolge, wornach Oeſterreich und Piemont in eine noch näher zu beſtimmende Stadt Bevollmächtigte zur Abſchließung eines definitiven Friedens ſchicken ſollten, bereits der öſterreichiſche Handelsminiſter, Hr. v. Bruck, mit ausgedehnten Vollmachten verſehen, und ein Bevollmächtiger der ſardiniſchen Regierung nach Verona begeben, um ſo ſchleunig als möglich die Friedensbedingungen feſtzuſtellen, ohne Dazwiſchenkunft von England und Frankreich, deren vermittelndes Einſchreiten in der neueſten Zeit ſtets ganz fruchtlos und von neuen Verwickelungen begleitet geweſen iſt, wie der Wiederausbruch der Feindſeligkeiten in Schleswig trotz des unter ihrer Vermittlung abgeſchloſſenen Waffenſtillſtandes von Malmö, der Wiederausbruch der Feindſeligkeiten in Sizilien und der letzte piemonteſiſch-öſterreichiſche Krieg ſelbſt bewieſen haben.

Dennoch hat Hr. v. Lagrenée von der franzöſiſchen Regierung den Auftrag erhalten, ſich nach Verona zu begeben, um dort im Verein mit einem engliſchen Bevollmächtigten auf den Wunſch des Königs Victor Emmanuel den Friedenskonferenzen beizuwohnen. Die Regierung hat ihren Repräſentanten zu Turin ausdrücklich beauftragt, von dem König Viktor Emmanuel volle Amneſtie für die bei den letzten Unruhen in Genua und überhaupt in Piemont betheiligten Perſonen zu verlangen. Der Miniſter des Handels und des Ackerbaues benachrichtigt die Handelskammern, daß einer von der öſterreichiſchen Regierung ihm zugekommenen Mittheilung zufolge, die Blokade von Venedig wieder begonnen hat. Man ſchreibt aus Bayonne: Wir erfahren ſo eben, daß Karl Albert in San Sebaſtian offiziell abdicirt und den betreffenden Akt den Händen der beiden ſardiniſchen Generale übergeben hat, die ihm dorthin gefolgt waren. Der König hat ſeine Reiſe in der Richtung nach Madrid fortgeſetzt.

Hr. E. de Girardin, gewiß der thätigſte und geiſtreichſte Journaliſt Frankreichs in dieſem Augenblick, hat das Journal l'Evenement käuflich an ſich gebracht. Die heutige Preſſe zeigt an, daß dieſes Journal künftig als Abendblatt erſcheinen wird, und zwar bereits eine Stunde nach dem Schluß der Sitzungen der Nationalverſammlung mit den vollſtändigen Verhandlungen derſelben in 12,000 Exemplaren, welche in Paris zu 1 Sou, in den Departements zu 2 Sous dem Publikum verkauft werden. Wenn die Wahlkämpfe es erheiſchen, wird hinzugefügt, ſo können bis in den Abend hinein 100,000 Exemplare geliefert werden. Abonnements werden, wie bei den engliſchen Journalen, nicht angenommen. Dieſes neue Unternehmen, ausgeführt mit der dem Hrn. E. de Girardin eigenthümlichen Gewandtheit und Energie, wird den Abendblättern von Paris, namentlich aber der miniſteriellen Patrie, eine gefährliche Konkurrenz machen.

Man unterhält ſich in der muſikaliſchen Welt mit großem Enthuſiasmus von der neuen Oper Meyerbeers, der Prophet, die am 16. dieſes Monats zum erſten Mal gegeben werden ſoll. Man hat für die Aufführung leider mehrere ſchöne Stücke wegfallen laſſen müſſen, damit dieſelbe nicht bis über 1 Uhr in die Nacht hinaus dauere. Der Text, der von Scribe iſt, wird ebenfalls ſehr gelobt. Die Oper hat es an nichts fehlen laſſen, um das Stück würdig zu dekoriren.

An der heutigen Börſe ſchloß die 3 pCt. 56, 86, die 5 pCt. 89, 25; Bankaktien 2425.

Spanien.

* **Madrid**, 5. April. Nach einer telegraphiſchen Depeſche aus Vittoria vom 4. hat Karl Albert St. Sebaſtian verlaſſen, um ſich über Valladolid nach Portugal zu begeben.

Die religiöſe Feierlichkeit, wobei die Königin 12 Armen die Füße wäſcht und ſie ſelbſt bedient, hat im Pallaſt im Beiſein des geſammten diplomatiſchen Korps ſtattgefunden.

Die allgemeine Diskuſſion des Geſetzentwurfes über den Kultus und die Geiſtlichkeit iſt geſtern im Senat geſchloſſen worden.

Italien.

* Aus Sardinien. Obgleich der Kampf in Genua durch das bereits bekannt gewordene Ergebniß an Intereſſe verloren hat, geben wir doch nachſtehende Einzelheiten:

General La Marmora ſtand am 4. d. M. an der Spitze von etwa 20,000 Mann vor der Stadt. Er bemächtigte ſich

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 13. April. Die ſchleswig-holſtein'ſche Regierung und die Reichsverfaſſung. Die öſterreichiſchen Abgeordneten. Hr. Erbe. Baden und die Reichsverfaſſung.) Wien (Armee-Büllelin. Die Nachrichten aus Schleswig.) Berlin (Preußen und die Reichsverfaſſung. Die Miniſter Rintelen und Graf Arnim. Austrittserklärung des Hrn. v. Saucken. Sitzung der erſten Kammer. Hr. Simons. Die Kammern und der Belagerungszuſtand.) Aus Schleswig-Holſtein (General Bonin in Jütland.) Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz.) Hadersleben (Kriegsnachrichten. General v. Bonin.) Apenrade (Kriegsnachrichten.)

Italien. Mailand (Der ſardiniſche Geſandte. Das Erſchießen. Venedig (Widerſtand um jeden Preis.) Toskana (Vertagung der Verſammlung. Guerazzi. Erbitterung in Livorno.) Gaeta (Bußgang des Pabſtes.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Nachricht aus Eckernförde. General Fabvier. Menſchenraub und geheime Feldpolizei.)

Ungarn. Peſth (Der Kampf um die Stadt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 13. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 13. April.

Tagesordnung der 200. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präſidenten und der beiden Vicepräſidenten.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Dieskau, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichts über eine Petition des Stadtraths und der Bürgerſchaft zu Homburg v. d. H., gegen das die Schließung der öffentlichen Spielbanken und Aufhebung der Spielpachtverträge betreffende Geſetz.
3) Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausſchuſſes erſtatteten Berichts über eine Reihe von Vorſtellungen, Anträgen und Beſchwerden, betreffend die im Herzogthum Bernburg vorhandenen Mißſtände.

Die Paulskirche füllt ſich heute nur langſam. Auch die Zuſchauerräume zeigen keine ungewöhnliche Bewegung. Von vielen Seiten der Abgeordneten her wird der ſo eben erſt wieder eingetroffene Herr Rieſſer mit Herzlichkeit begrüßt. Herrn Stedmann's Rückkunft in die Verſammlung nach einem halbjährigen reichsamtlichen Aufenthalte in den ſchleswig-holſteiniſchen Herzogthümern, wäre dagegen ſchon im vorgeſtrigen Parlamentsberichte anzumerken geweſen. Vicepräſident Hr. Kirchgeßner eröffnet die Sitzung um 9½ Uhr. Seit dem 11. April ſind neueingetreten: Hr. Enders aus Sachſen-Weimar, für Hrn. Weiſſenborn; Hr. Suchan, für Hrn. Mandrella aus Ujeſt; Hr. v. Xylander, für Hrn. Kleinſchrot aus München. Von Flottenbeiträgen werden 21 Thlr. von einer Konzerteinnahme aus Mühlheim an der Ruhr eingegangen, angezeigt.

Sodann verkündet der Vorſitzende die geſtern von den Abtheilungen erwählten (in der geſtrigen Beilage bereits namentlich aufgeführten) Mitglieder des Dreißiger-Ausſchuſſes, ſowie, daß ſich dieſer Ausſchuß (wie gleichfalls gemeldet) bereits konſtituirt und die HH. v. Wydenbrugk und Raveaux als Vorſitzende, die HH. Spatz und Langerfeldt aber zu Schriftführern gewählt habe.

Es wird ein dringlicher Antrag der Herren Golz, Löwe von Kalbe, Bresgen und Genoſſen mitgetheilt des Inhalts, daß die Reichsverſammlung in Verfolg der von ihr gefaßten Beſchlüſſe die etwaige Abberufung von Abgeordneten durch die Regierungen ihrer Einzelſtaaten für ungiltig erkläre und falls ſolchen Abgeordneten die Tagegelder entzogen würden, deren Fortbezahlung auf die Reichskaſſe übernehme. Da ſich für die Dringlichkeit dieſes Antrags nur die linke Seite des Hauſes erhebt, ſo wird derſelbe an den neuen Dreißiger-Ausſchuß verwieſen. Deßgleichen ein ebenfalls als „dringlich" bezeichneter Antrag Hrn. Levyſohns aus Grünberg: auf ſofortigen Abdruck von 100,000 Exemplaren des Reichswahlgeſetzes zur Vertheilung an die Mitglieder der Verſammlung.

Es erfolgt ſodann die Wahl der drei Vorſitzenden des Hauſes für die nächſten vier Wochen. Ihr Ergebniß iſt folgendes: zum Präſidenten ernennt das Haus wiederum und mit 295 von 367 abgegebenen Stimmen Herrn Eduard Simſon aus Königsberg (anhaltender allgemeiner Beifall). Die nächſt größte Stimmenzahl, nämlich 44 iſt auf Herrn Reichensperger gefallen. Herr Simſon für ſeine Perſon, iſt an der heutigen Sitzung Theil zu nehmen durch Krankheit behindert und es wird daher ohne Weiteres zur Wahl des erſten Stellvertreters des Vorſitzenden geſchritten. Sie erklärt ſich mit 192 unter 339 Stimmen für Herrn Bauer aus Bamberg. Auch dieſer Abgeordnete iſt nicht im Hauſe zugegen, ſondern nach der Erklärung des Herrn Kirchgeßner, „wegen dringender Familienverhältniſſe" in ſeine Heimath verreiſt. Zum zweiten Stellvertreter wird unter 316 Wählenden mit 165 Stimmen ernannt Herr Eiſenſtuck aus Sachſen. Herr Kirchgeßner darneben hat 63, Reichensperger 49, Biedermann 13 Stimmen erhalten. Mit nachfolgenden Worten übernimmt Vicepräſident Herr Eiſenſtuck das ihm übertragene Amt: „Meine Herren, die Wahl, die in dieſem Augenblick auf mich gefallen iſt, trifft mich in einem ſo unvorbereiteten Zuſtande und iſt mir ſo unerwartet, daß ich in der That in Verlegenheit mich befinde, in welcher Weiſe ich mich ausſprechen ſoll. Die ernſten und vielleicht folgenſchweren Stunden, denen unſere Verſammlung in den nächſten Tagen und Wochen entgegengeht, werden denjenigen Mitgliedern des Hauſes, denen daſſelbe die Leitung ſeiner Geſchäfte überträgt, eine doppelt ſchwere Verbindlichkeit auferlegen. Ich meinerſeits fühle mich in der That nicht ſtark genug dieſe Verbindlichkeiten zu erfüllen, und wenn ich dennoch auf die Wahl, die Sie getroffen haben, eingehe, ſo geſchieht es nur in der feſten Hoffnung, daß der Mann, den Sie heute wieder auf den Präſidentenſtuhl berufen haben, und deſſen allgemein anerkanntes und ſtets ausreichendes Präſidialtalent ſoviel Gewähr leiſtet für die Förderung Ihrer Angelegenheit, Sie nicht in die Lage ſetzen wird, je von meinen ſchwachen Kräften Gebrauch zu machen, ſo wie in der Ueberzeugung, daß wenn dies wider Erwarten dennoch eintreten ſollte, ich auf Ihre unbeſchränkte Nachſicht rechnen dürfte. Was die Lage der Verſammlung ſelbſt in dieſem Augenblick betrifft, ſo kann denjenigen, welche die Leitung der Geſchäfte für die nächſte Zeit übernommen haben, nur eines Beruhigung gewähren, daß Sie es nämlich in der letzten Sitzung mit aller Entſchiedenheit ausgeſprochen haben: feſtzuhalten an dem Verfaſſungswerk, welches das ſouveraine deutſche Volk ſich gegeben hat. Ich meine Herren finde meine Wirkſamkeit dadurch gegründet, daß ich dieſes Feſthalten an dem Verfaſſungswerk nicht blos theoretiſch anſehe, ſondern materiell, daß ich der Meinung bin, wir Alle werden nicht nach Haus uns entfernen, ſondern hier, wo der Boden iſt, den das deutſche Volk uns angewieſen hat, zuſammen ſtehen, bis die Beſchlüſſe des deutſchen ſouveränen Volkes zur Ausführung gekommen ſind." (Allſeitige lebhafte Zuſtimmung.)

Herr Eiſenſtuck übernimmt dann ſofort den Vorſitz für die ferneren heutigen Verhandlungen.

Bei der Verhandlung über den Bericht des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, die durch das Geſetz vom 10. Jan. 1849 verfügte Aufhebung der Spielbanken betreffend, ergreift zuerſt Herr v. Dieskau als Berichterſtatter das Wort, indem er eine Zuſtimmungsadreſſe aus dem Badeorte Kiſſingen zu dem Aufhebungsbeſchluſſe der Reichsverſammlung vorträgt. Nach ihm gibt der interimiſtiſche Reichsminiſter der Juſtiz Herr Rob. v. Mohl eine Ueberſicht der bis jetzt in Folge der Spielaufhebung geſtellten, meiſt ſehr überſchwenglichen Forderungen der hauptſächlichſten Badeorte. Wiesbaden allein verlangt in verſchiedenen Poſten 934,000 fl., ſodann 418,000 fl., ſodann 195,000 fl. und endlich die Spielpächter ſelbſt 2,700,000 fl. im Ganzen gegen 4½ Mill. fl. Entſchädigung, (Heiterkeit im Hauſe.) Ems 210,000 fl. Homburg für den Staat 538,000 fl. für die Stadt 380,000 fl. (Wiederholtes Gelächter.) Baden-Baden hat noch keine beſtimmten Entſchädigungen gefordert, allein die vorläufigen Aufſchläge bewegen ſich doch einmal um die Summe von 1,100,000 Franken, ein andermal um vier Millionen, ferner um 2 Millionen Franken — als an die vermittelnden Perſonen gezählt, welche den Unternehmern die Spielpacht verſchafft haben. Die Stadtgemeinde giebt ihre Mehrausgaben nach Aufhebung der Bank auf jährlich 50,000 fl. und 30,300 fl. u. ſ. w. an. Von andern Badeorten ſind theils keine, theils unverhältnißmäßig geringere Summenforderungen eingegangen. Obſchon ſich die Hoffnung, daß ſchon am 1. Mai ein Reichsgericht vorhanden ſein werde, nicht beſtätigt hat, ſo erwartet Herr v. Mohl doch, daß die Centralgewalt in jedem Falle im Stande ſein werde, die rechtliche Ausführung des Geſetzes vom 20. Jan. in Vollzug zu ſetzen. Auch Hr. v. Dieskau ſpricht ſich dahin aus, daß die Aufhebung der Spielbanken zur beſchloſſenen Zeit, ohne Rückſicht auf die oben erhobenen Rechtsansprüche, Statt zu finden habe. Hr. Venedey verlangt eine kommiſſariſche Erörterung derjenigen bedrohten rechtlichen Intereſſen, die nicht un-

mittelbar vom Spiele, wohl aber von deſſen Ausübung am Orte abhängen. Hr. Hergenhahn von Wiesbaden dagegen ſtellt den Antrag, daß die Aufhebung des Spiels bis zum Jahre 1850 verſchoben werde. Hr. Moritz Mohl tritt dieſem „von einem deutſchen Miniſter ausgeſprochenen Verlangen" mit Heftigkeit entgegen und weiſt die erhobenen Entſchädigungsanſprüche an die betreffenden Einzelnregierungen. Hr. Podelwitz aus Amberg in Baiern erkennt gegen ein Reichsgeſetz durchaus keinen Rechtsanſpruch an, weder gegen das Reich, noch gegen Einzelregierungen, noch gegen Privaten. Nachdem ſich noch die Hrn. v. Wydenbrugk und Viſcher von Tübingen — der Zuchthausſtrafe gegen die Inhaber von Spielbanken und deren Geſellen bis zu 5 Jahren beantragt — an der Debatte betheiligten, wird zur Abſtimmung vorgeſchritten und dem Ausſchußantrage gemäß über die Eingabe des Stadtraths und der Bürgerſchaft von Homburg Uebergang zur Tagesordnung beſchloſſen. Von den übrigen Anträgen findet nur der Viſcher'ſche die hinreichende Unterſtützung, aber bei der Abſtimmung keineswegs die erforderliche Mehrheit.

Hierauf vertagt ſich das Haus bis Montag den 16. April, auf die Tagesordnung welcher Sitzung der letzte der heute übergebliebenen Gegenſtände, nämlich der Buttel'ſche Bericht über die Bernburger Angelegenheiten übertragen wird.

Dazu die Wahl zwei neuer Schriftführer an die Stelle der Herren v. Maltzahn und Neumayr, die aus dem Bureau ausſcheiden.

⁝ **Frankfurt**, 12. April. Sicherem Vernehmen nach, ſieht der ſchleswig-holſteiniſche Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ſich im Stande, die unbedingte Anerkennnng der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung vom 27. und 28. März hinſichtlich des Verfaſſungswerks und des Oberhauptes, Namens ſeiner Regierung, auszuſprechen.

Frankfurt, 12. April. Aus zuverläſſiger Quelle erfahren wir, daß die großherzoglich badiſche Regierung den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung vom 27. und 28. März über die Reichsverfaſſung und das Oberhaupt beigetreten iſt. (O. P. Z.)

⊙ **Frankfurt**, 13. April. Die Nachricht von der von Seiten der kaiſerlichen Regierung verfügten Abberufung der öſterreichiſchen Abgeordneten aus der Paulskirche beſtätigt ſich. Einige derſelben wollen ſofort austreten, andere das Ergebniß des Dreißiger-Ausſchuſſes abwarten, ehe ſie ſich über ihr Gehen oder Bleiben entſcheiden. Unter den heute neu eingetretenen, aber bis jetzt wenigſtens von Seiten des Büreaus noch nicht verkündigten Mitgliedern, iſt Herr Hans Alfred Erbe aus Altenburg, der Platz für den 19. königl. ſächſ. Wahlbezirk, an Herrn Josephs Stelle nimmt. Alſo doch noch. Die in Freiberg erfolgte Wahl des ſteckbrieflich verfolgten Altenburger Demagogen erregte bekanntlich in Sachſen nicht geringes Aufſehen.

Es wird ferner in der Paulskirche erzählt und das Gerücht auch von Seiten öſterreichiſcher Abgeordneten nicht unglaublich gefunden, daß die Aufſtändiſchen bei Peſth, einen Hauptſchlag gegen die Kaiſerlichen geführt, geſiegt, und ihren Vormarſch in der Richtung gegen Wien eingeſchlagen hätten.

△ **Wien**, 9. April. So eben erſcheint das 31. Armeebulletin, welches ich beilege. Ich füge noch hinzu, daß heute das Gerücht verbreitet iſt, daß das Armeekorps des Banus Jellacic zum Rückzuge gezwungen und von den Ungarn gänzlich zerſprengt wurde. So viel iſt gewiß, daß in Peſth die Spitäler mit verwundeten Kroaten überfüllt ſind. Großer Jubel bei allen ehrlich deutſch Geſinnten über die glückliche Wegnahme der däniſchen Fregatte und die Zerſtörung des Linienſchiffs. Iſt unſer Admiral Dahlerup, den das Miniſterium von ſeinen Freunden den Dänen erhalten hat, ebenſo geiſtreich wie der däniſche Anführer, ſo wird es den Venezianern bald nicht mehr an Schiffen mangeln.

34. Armee-Bulletin.

Mittheilungen Sr. Durchlaucht des Herrn Feldmarſchalls Fürſten Windiſchgrätz aus Peſth vom 7. Abends, liefern die Reſultate der ſchon früher erwähnten großen Rekognoscirung, welche der Feldmarſchall in Perſon den 4. und 5. d. M. gegen die feindlichen Truppen vorgenommen hatte. Dieſe hatten ſich nämlich, angeblich 50,000 Mann, mit bedeutendem Geſchütz und vorzüglich ſtark an Kavallerie, von Miskolcz bis Mezö-Kövesd unter Görgey und Klapka gegen Gyöngyös bewegt, während ihre Avantgarde unter Dembinsky bis gegen Hatvan vorgerückt war. Es war dieſe, welche am 2. d. M. von dem Herrn F.-M.-L. Grafen Schlick angegriffen und mit bedeutendem Verluſte an Geſchütz und Gefangenen bis Hort zurückgedrängt wurde. Ein anderer Inſurgentenhaufe ſtand am rechten Theißufer zwiſchen Szolnok und Jaſz-Apathi in Bewegung gegen den Feldzeugmeiſter Baron Jellacic. Das 3. Korps des F.-M.-L. Grafen Schlick hatte ſeine Stellung hinter der Zagyva, während das erſte bei Tapio-Bieske aufgeſtellt war. Bei dieſer Sachlage wollte der Feldmarſchall ſich ſelbſt von der Stellung und Stärke des Feindes überzeugen, und traf deshalb den 4. in Gödöllö ein, wohin ein Theil des 2. Armeekorps ebenfalls beſchieden wurde, während deſſen linker Flügel in Balaſſa-Gyarmath und Vad-Kert aufgeſtellt blieb. Die vorgenommene Rekognoszirung zeigte die ganze Stärke des Feindes, welcher nun einen Angriff vermuthend, zuerſt ſeine Hauptkräfte gegen das dritte, endlich gegen das erſte Armeekorps entwickelte. Es mochten beiläufig vier feindliche Korps ſein, die ſich jetzt vor Gyöngyös und Szolnok vereiniget hatten, und den Verſuch machten, unſer Centrum gegen Tot-Almas anzugreifen. Eine Bewegung mit dem dritten Korps, in des Feindes rechte Flanke, ein rühmliches Gefecht, welches Feldzeugmeiſter Baron Jellacic, wie bereits mitgetheilt, bei Tapio-Bieske beſtand, hatten dem Feldmarſchall die Ueberlegenheit des Feindes, vorzüglich an leichter Kavallerie, in einer ganz offenen Gegend, dargethan, und er hatte ſonach den Befehl ertheilt, um ſich ſeinen von allen Seiten nachrückenden Reſerven zu nähern, das erſte und dritte Korps, ſo wie das zweite, welches bisher zwiſchen Waitzen und Peſth in Reſerve geſtanden, ſo lange in eine konzentrirte Stellung vorwärts Peſth ſo zu vereinigen, daß dieſe Stadt, in einem großen Bogen, der ſich von Palotta, Kereſztur bis Soroksar ausdehnt, umſchloſſen blieb. Bei dieſer Bewegung, welcher der Feind mit großer Eile folgte, und ſich vorzüglich auf das erſte bei Iſaszeg aufgeſtellte Armeekorps warf, während er das vor Gödöllö aufgeſtellte dritte Armeekorps zu beſchäftigen vermeinte, kam es am 6. gegen Mittag zu einem Gefechte, bei welchem die Brigade Fiedler, verſtärkt durch eine Abtheilung der Diviſion Lobkovitz, den Feind zwang, den Rückzug anzutreten, den er ſpäter durch eine große Kavallerie-Attaque von zwölf Eskadrons zu decken ſuchte, die aber durch einen Flankenangriff von zwei Eskadronen Kreß Chevaurlegers und einer Eskadron Max Auersperg Küraſſiere, ebenfalls vereitelt wurde, bei welcher Gelegenheit dem Feinde weitere ſechs Kanonen abgenommen, und er viele Todte auf der Wahlſtatt gelaſſen, da das wohlangebrachte Feuer unſerer Geſchütze verheerend in ſeinen Reihen wirkte. Auch der Feldzeugmeiſter Baron Jellacic griff den Feind lebhaft an, und nahm dann die für ihn beſtimmte Stellung ein. Se. Durchlaucht der Herr Feldmarſchall iſt entſchloſſen, in derſelben jene Verſtärkungen abzuwarten, welche von allen Seiten in dieſem Augenblicke gegen Ungarn vorrücken, und da ſeine Armee vollkommen konzentrirt iſt, bietet ihm dieſes Gelegenheit, nach allen Richtungen mit Kraft zu operiren, welche die Ereigniſſe erheiſchen könnten. Wien, am 9. April 1819. Feldzeugmeiſter Welden, Militär- und Civil-Gouverneur

* **Berlin**, 11. April. In der heutigen Sitzung der erſten Kammer war von dem neu ernannten Juſtizminiſter Hrn. Simons ein Schreiben eingegangen, in welchem er bittet, die durch ſeine Beförderung in Folge der Verfaſſungsurkunde nothwendig werdende Neuwahl für den Wahlbezirk Solingen u. ſ. w. zu veranlaſſen. Man kommt zur Tagesordnung. Zunächſt erſtattet der Abgeordnete Roſenkranz Bericht für die zur Berathung des Kuh'ſchen Antrags niedergeſetzte, Kommiſſion. Dieſer dringende Antrag verlangte bekanntlich die Erwägung der, durch die von Sr. Maj. der Frankfurter Deputation ertheilte Antwort, herbeigeführten Sachlage, eventuell die Erlaſſung einer Adreſſe an des Königs Majeſtät um eine anderweite, mit den Wünſchen der Kammer übereinſtimmende Entſchließung Sr. Maj. herbeizuführen. Die Kommiſſion hält die Cirkularnote vom 23. Jan. für maßgebend für die Politik des gegenwärtigen Kabinets, ſie ſchließt ſich den darin ausgeſprochenen Anſichten an. „Die Kommiſſion iſt weit entfernt, die große Wichtigkeit zu verkennen, die es für die deutſche Reichsverſammlung hat, ihr mühſames und verdienſtvolles Werk durch einen raſchen Entſchluß Sr. Maj. des Königs gekrönt zu ſehen. Wir fühlen von ihrem Standpunkte aus die Beſorgniß und Gefahren, welche die Ungewißheit und das lange Hinausſchieben einer feſten Entſcheidung für Deutſchland herbeiführen könnte, und ehren inſofern auch die Motive, wovon die Herren Antragſteller bei der Begründung der Dringlichkeit ihres Antrags ausgegangen ſind. Allein andrerſeits dürfte ſich die Kommiſſion der Aufgabe nicht entziehen, von ihrem Standpunkte aus mit jener Beſorgniß die Folgen zu vergleichen, welche die unbedingte Annahme der deutſchen Kaiſerkrone und damit auch der zu Frankfurt feſtgeſtellten Verfaſſung des deutſchen Reiches für Preußen haben würde. Die Kommiſſion durfte dieſes um ſo weniger, als die erſte Kammer ſelbſt in ihrer am 2. April an Se. Maj. gerichteten Adreſſe dieſe Bedenklichkeiten zum Theil bezeichnet hat, und keine Gründe vorliegen, weshalb man dieſelben als während der ſeitdem verfloſſenen wenigen Tage gehoben oder gemildert anſehen könnte". Ohne in eine Kritik des deutſchen Verfaſſungswerks eingehen zu wollen, hebt die Kommiſſion hervor, wie die Frankfurter Verſammlung den von Preußen und andern deutſchen Regierungen eingeſandten Bemerkungen in ſehr wichtigen Punkten keine Berückſichtigung geſchenkt hätte, daß ſie vielmehr bei der zweiten Leſung äußerſt wichtige Abänderungen beſchloſſen habe, ohne den einzelnen Regierungen die Möglichkeit zu laſſen, darüber noch ihre Bemerkungen vorzubringen, z. B. das ſuspenſive Veto, das geheime Stimmgeben, die Aufhebung des Reichsraths.

Die Kommiſſion beantragt, die Kammer wolle die Dringkeit des Antrages nicht anerkennen.

Kuh für die Dringlichkeit. Er erinnert an die Bedeutung des heutigen Tages für Preußen; am 11. April 1847 ſei der erſte vereinigte Landtag eröffnet, am 11. April 1848 ſein letztes Protokoll verleſen worden. Am heutigen Tage empfängt die Frankfurter Verſammlung die Antwort des Königs! In welche Lage wird ſie gedrängt; nicht die Gültigkeit, ſondern nur die Bedeutung der Wahl hat man durch die Cirkularnote anerkannt, die Fürſten, die Regierungen allein ſollen endgültig beſtimmen. Dies verlangt man dem deutſchen Parlamente gegenüber, das im vorigen Jahre zuſammentrat, getragen von Millionen, gekräftigt durch den neuen Geiſt. Der Bundestag, die verknöcherte alte Diplomatie begrüßte die Verſammlung als konſtituirende, verfaſſunggebende. Als der Bundestag ſeine Gewalt in die Hände des Reichsverweſers niederlegte, war die Verſammlung für ihn noch immer eine verfaſſunggebende, erſt neuerdings hat man das verhängnißvolle Wort „Vereinbarung“ auch ihr gegenüber in Anwendung gebracht. Wenn Fürſten eine Verfaſſung oktroyiren, ſucht man nach keinen Rechtsgründen; aber jetzt, wo eine Millionen vertretende Verſammlung eine Verfaſſung beſchließt, will man nichtige Einwände zu Rechtsgründen machen. Auch der Redner wünſcht Veränderungen in der Verfaſſung, aber nur auf ordentlichem Wege, im Wege der Reviſion; habe die Regierung hier dem Volke die Reviſion blos vorbehalten, ſo könne man ſich in Frankfurt auch damit begnügen. Goldtammer ſpricht gegen die Dringlichkeit; er hebt hervor, wie ein Unterſchied zu machen ſei zwiſchen einer Situation, die man ſo gern mit der gegenwärtigen vergleiche, und dieſer. Als Wilhelm III. die Krone in Folge Parlamentsbeſchluſſes aufs Haupt ſetzte, ſtanden nur flüchtige Jakobiten zwiſchen der Krone und dem Parlamentsbeſchluß, anders hier, zwiſchen dem deutſchen Parlamente und Friedrich Wilhelm IV. ſtänden ein mächtiges Kaiſerreich und 4 Königreiche. Eine Krone ſei nicht durch Dekret auf das Haupt zu ſetzen. Große welthiſtoriſche Momente müßten ſie einem Fürſten auf's Haupt drücken. Auch er gedenkt der Gefahren, die die Verfaſſung dem künftigen Träger der Kaiſerkrone bereite; da genüge nicht ein ſuspenſives Veto, wo man ſich einem ſolchen Volkshauſe gegenüber befinde und wo man an einem ſolchen Staatenhauſe nur eine geringe Stütze finden würde.

Miniſterpräſident Graf Brandenburg gibt vor der Abſtimmung folgende Erklärung ab: „Die Inſtruktionen für Frankfurt werden in dieſem Augenblick ausgearbeitet, der Bevollmächtigte für Frankfurt iſt bereits durch eine telegraphiſche Depeſche hierher berufen und wird heute wieder abreiſen. Sein Stellvertreter iſt bereits vorläufig mit Inſtruktionen über die nothwendigſten Schritte verſehen. Uebrigens iſt es die Abſicht der Regierung Seiner Majeſtät des Königs, daß die Ungewißheit über die Neugeſtaltung Deutſchlands ein ſchnelles Ende erreiche. v. Saucken zeigt ſeinen Austritt aus der Kammer an, er eile nach Frankfurt, wohin ihn die Pflicht treibe, vorzugsweiſe bei der „unheilvollen Politik“ des preuß. Kabinets. (Schluß 2¾ Uhr.)

Lith. Korr. **Berlin**, 11. April. Die Erklärung, durch welche der Abgeordnete v. Saucken-Tarputſchen ſeinen Austritt aus der erſten Kammer motivirt hat, lautet wörtlich dahin:

„Einem hohen Präſidium zeige ich gehorſamſt die Gründe an, die meinen Austeitt aus der erſten Kammer zum 20. d. M. und die Niederlegung meines Mandats in die Hände meiner Wähler Behufs einer Neuwahl veranlaſſen. Ich eeklärte meinen Wähleen, daß ich die Wahl nur dann annehmen könnte, wenn es mir geſtattet würde, meine feüher bei der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung übeenommenen Veepflichtungen zu erfüllen, deren beendigte Aebeit ich aber in Kurzem erwartete, um dann bleibend den Platz in der erſten Kammer einzunehmen. Durch die die ganze deutſche Verfaſſung in Zweifel ſtellende, das ganze Werk der Gründung einee einheitlichen Macht Deutſchlands, wenn nicht gänzlich zerſtorende, ſo doch mindeſtens in weitere Ferne hinausſchiebende Politik des königlichen Miniſteeiums, wie ſich dieſe in den Eeöffnungen, dee Deputation aus Frankfuet gegenüber, und in verſchiedenen Noten ausgeſprochen hat, — ſind die Verhältniſſe Deutſchlands und die Stellung der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung ſo von Geund aus veränderet, daß ſich die Zeit ihrer Thätigkeit nicht berechnen läßt, und wenn früher das Streben wae: nur Großes zu bewirken, wird es jetzt Anſteengung erfoedeen, die Uebelſtände abzuwenden, die duech den von der königlichen Regieeung betretenen Weg heevorgerufen ſind. Jemehr ich dieſe Politik des königlichen Miniſteriums als eine unheilvolle für Preußen eekenne und meine Beſtrebungen von jenem ſich ſcheiden, um ſo mehr iſt mein Platz jetzt wieder in Frankfurt und es mir eine gebotene Pflicht, meinen Wählern die Gelegenheit zu geben, duech eine Neuwahl ſich hier anderweitig vertreten zu laſſen. Ich bitte gehorſamſt, dieſe Erklärung der hohen Kammer mitzutheilen, damit die Gründe bekannt werden, die meinen Austritt veranlaſſen.

(gez.) v. Saucken-Tarputſchen, Abg. für den Bromberger Wahlbezirk.“

Lith. Korreſp. **Berlin**, 11. April. Wie der geſtrige Staats-Anzeiger meldete, hat ſich Herr Simons, geheimer Juſtizrath und Mitglied der erſten Kammer, nachdem alle Verſuche fehlgeſchlagen waren, der Juſtizorganiſation des Herrn Rintelen einen neuen Leiter zu verſchaffen, bereit finden laſſen, der Verlegenheit des Miniſteriums ein Ende zu machen.

Vor uns liegt der Bericht des Centralausſchuſſes der zweiten Kammer über den Waldeck'ſchen Antrag wegen Aufhebung des Belagerungszuſtands. Das Gutachten des Ausſchuſſes geht dahin: das Miniſterium aufzufordern, den Belagerungszuſtand ſofort wieder aufzuheben.

Konſt. Korr. **Berlin**, 11. April. Sichern Anzeichen nach wird Preußen in unbedingter Anerkennung der Reichsverfaſſung den übrigen Regierungen vorangehen, und nur für den 1. §., „Alle Staaten des deutſchen Bundes bilden das deutſche Reich,“ eine Aenderung im Sinne der frühern Noten veranlaſſen. Der Austritt der Miniſter Rintelen und Graf Arnim ſteht feſt, nur der Zeitpunkt deſſelben ſteht noch in Frage.

** Aus Schleswig-Holſtein, 10. April. Bonin läßt ſich mit ſeiner Heeresabtheilung nicht ſtören, er geht immer weiter voran und muß bereits Kolding erreicht haben, denn heute Morgen ging ein Brief hier ein, geſchrieben auf dem Marſche nach Kolding und zwar auf jütiſchem Boden. Soviel iſt gewiß, daß der Marſch nach Jütland im beſten Gange iſt. Die erſten Stationen ſind überſchritten.

N.C. **Schleswig**, 9. April. Heute, am Jahrestage der unglücklichen Affaire bei Bau, die den vorjährigen Krieg mit Dänemark eröffnete, wird die ſchleswig-holſteiniſche Armee die Königsau überſchritten oder mindeſtens bei derſelben Poſto gefaßt haben. Von Hadersleben langten ſchon geſtern Briefe mit dem Poſtſtempel an, zum Beweiſe, daß die Dänen die Stadt geräumt hatten. Hoffentlich wird raſch vorgeſchritten und der Werth der aufgebrachten Schiffe überreichlich von den Jüten einkaſſirt werden. Wir freuen uns, zur Beruhigung für Alle, die die Stellung des preußiſchen Oberbefehlshabers unſerer Sache im entſcheidenden Augenblicke für ungünſtig oder bedenklich halten möchten, aus guter Quelle mittheilen zu können, daß die Beziehung des Generallieutenants v. Prittwitz als Oberbefehlshaber der Reichstruppen in Schleswig-Holſtein zur Reichsgewalt, und zwar allein zu dieſer, durch bündige Erklärungen völlig ſichergeſtellt iſt.

Die Nachricht, daß das am 5. ſtark beſchädigte Kriegsdampfſchiff am Oſtſee-Strande des Gutes Damp geſtrandet ſei, hat ſich beſtätigt; es iſt der „Geyſer.“ Die Mannſchaft wird von däniſchen Fahrzeugen aufgenommen ſein. Dies iſt alſo das 3. Schiff, dem die Eckernförder Strandbatterien das Garaus gemacht haben.

Geſtern rückte ein heſſiſches Huſaren- und das preußiſche 12. Linienregiment hier ein. Erſteres iſt heute weiter gezogen, eingerückt ſind aber wieder 2 Bataillone baieriſcher Infanterie. Durchmarſchirt iſt heute morgen früh die preuß. Königs-Garde Spandau. Baieriſche Huſaren werden erwartet. Die hier kantonnirenden Poſenſchen Landwehrbataillone machen den ruhigern Bürgern hie und da zu ſchaffen. Sie ſcheinen großentheils roh und dem Branntweintrinken ſtark ergeben zu ſein; dabei ſteht es mit der Autorität der Offiziere bei der Mannſchaft nicht allzu gut. Man wünſcht allgemein, daß ſie bald abmarſchiren mögen.

Hadersleben, 9. April. Nachmittags 5 Uhr, nachdem mein geſtriger Brief abgeſandt war, kam eine Anzeige vom Norden, daß die Dänen ſich wieder bei Aller blicken laſſen. Es marſchirte darauf das 1. Jägercorps gleich darauf nach Maugſtrup, das 9. Bataillon Infanterie auf den Weg nach Chriſtiansfeld, das 10 Bataillon poſtirte ſich mit einer ſchleſw.-holſtein. Batterie im Norden der Stadt; ein kleines Gefecht fand Statt bei Eveſtedt, wo die Dänen 2 Todte, 1 Verwundeten und 2 Gefangene verloren, dem Adjudanten Ahlmann beim 1. Jägercorps wurde ſein Pferd erſchoſſen. General v. Bonin wird heute mit ſeinem Stabe hier erwartet. (B.-H.)

Apenrade, 9. April. Seit dem 5. d. M. iſt die hieſige Stadt, nachdem ſie während 24 Stunden den Dänen Preis gegeben war, wieder von Landestruppen beſetzt. Die Dänen zogen, als ſie ans Land kamen, zuerſt den Dannebrog auf dem Brückenkopf auf, und begaben ſich ſodann nach der eben erſt angezeigten

Ueberſicht.

Baiern und die Reichsverfaſſung.
Der Schadenerſatz für die aufgebrachten deutſchen Schiffe.
Die Lage der Dinge in Ungarn.
Aus dem Bückeburgiſchen.
Deutſchland. Wien (Die Entlaſſung Reitter's.) Prag (Ab. Neuſtadt's politiſche Briefe. Die Slowanska Lipa.) Poſen (Poſen und die deutſche Verfaſſung. Die Polen über die Kaiſerwahl.) Augsburg (Bevorſtehende Eröffnung der Eiſenbahn bis Nördlingen.) Aus Norddeutſchland (Hannover und Oeſterreich.)
Ungarn. Preßburg (Gebrauch der deutſchen Sprache.)
Polen. Aus dem Königreich Polen (Die Verhältniſſe an der Gränze.)
Rußland. (Offizieller Berichte über das Treffen bei Hermannſtadt.)
Donaufürſtenthümer. Jaſſy (Die türkiſchen Truppen. Stärke der ruſſiſchen Armee. Verhandlungen über die Räumung der Fürſtenthümer. Das Cenſurgeſetz.)

Baiern und die Reichsverfaſſung.

Alſo Baiern hat ſeine Erklärung bereits gegeben. Wir erwarten in aller Ruhe den Text des betreffenden Dokumentes — um ihn dann in aller Ruhe zu den Akten zu legen. Die Anſicht, daß dadurch der Cirkel der deutſchen Einheit nicht um ein Namhaftes werde turbirt werden, erlauben wir uns durch einige vorläufige Bemerkungen zu begründen.

Man ſagt, es werde baieriſcher Seits von der naiven Unterſtellung ausgegangen, daß es in Bezug auf die Zollvereinsverhältniſſe beim Alten bleiben werde, bleiben müſſe. Wir würdigen vollkommen den lukrativen Charakter des bisherigen Verhältniſſes, und das Unbefriedigende der Lücke, welche durch den Ausfall im baieriſchen Einnahmebudget entſtehen möchte — nur vermögen wir nicht darin eine moraliſche, noch weniger eine völkerrechtliche Verpflichtung für die betheiligten Staaten zu erkennen, es ohne Weiteres beim Alten zu belaſſen.

Wir wollen nicht bei den Bedingungen verweilen, unter welchen, nach allgemeinen Grundſätzen, die Verbindlichkeit eines Vertrages bei weſentlicher Veränderung in den Verfaſſungsverhältniſſen der kontrahirenden Theile erlöſchen kann. Denn Baiern ſtand zu den übrigen Zollvereinsregierungen nicht in dem allgemein völkerrechtlichen, ſondern in dem beſonderen deutſchen Bundesverhältniß.

Auf dies Bundesverhältniß iſt in den Verträgen ſelbſt, wie man in Baiern ſehr wohl weiß, die gebührende Rückſicht genommen. Derſelbe Vertrag, durch welchen Baiern dem Zollverein beitrat, und der im Jahr 1841, ſoweit er nicht ausdrücklich modificirt worden, erneuert iſt, der Vertrag vom 22. März 1833, enthält im 41. Artikel, bei der verabredeten 12jährigen Verlängerungsfriſt, die folgende Stelle: — „Letztere Verabredung wird jedoch nur für den Fall getroffen, daß nicht in der Zwiſchenzeit ſämmtliche deutſche Bundesſtaaten über gemeinſame Maßregeln übereinkommen, welche den mit der Abſicht des Artikels 19 der deutſchen Bundesakte in Uebereinſtimmung ſtehenden Zweck des gegenwärtigen Zollvereins vollſtändig erfüllen. Auch ſollen im Falle etwaiger gemeinſamer Maßregeln über den freien Verkehr mit Lebensmitteln in ſämmtlichen deutſchen Bundesſtaaten die betreffenden Beſtimmungen des nach gegenwärtigem Vertrage beſtehenden Vereinstarifs demgemäß modificirt werden.“ Eine Entſchädigung für die etwa durch den eintretenden Fall für den einen oder den andern Staat erwachſenden pecuniären Nachtheile iſt natürlich nicht vorbehalten. Die größere oder geringere Wahrſcheinlichkeit eines früheren Erlöſchens der Verträge aus der bezeichneten Urſache kommt ebenſo natürlich nicht in Betracht. Durch das Bundesverhältniß war jener Rückſicht geboten; die neueſte Entwickelung des deutſchen öffentlichen Rechts hat in der Reichsverfaſſung die vollſtändige Erfüllung des Art. 19 der Bundesakte gebracht; der vorgeſehene Fall iſt eingetreten; und zwar hat die Reichsgewalt die geſammte deutſche Handelspolitik und das Tarifweſen in die Hand zu nehmen. Von diplomatiſchen Zollvereinskonferenzen kann, der verkündeten Reichsverfaſſung gegenüber, nicht mehr die Rede ſein.

Ob es nun in der Konvenienz Baierns liegen kann, an der Ausführung einer Zollgeſetzgebung auch ferner theilzunehmen, die auf einem Reichstag verabſchiedet wird, von welchem es ſich ausſchließt, das iſt eine andre, es iſt eine baieriſche Frage. Wie ſchnell es zur Theilnahme an einem öſterreichiſchen Zollverein möchte zugelaſſen werden, wie leicht ſeine Geſchäftsleute es finden möchten, ſich an den neuen Markt zu gewöhnen, wie behaglich die materiellen Intereſſen nach dem Schluß der einen und vor völliger Eröffnung der andern Pforte in der Zwiſchenzeit ſich fühlen werden, das ſind gleichfalls Erörterungen, die wir der jenſeitigen Staatsklugheit überlaſſen. Nur das Eine bitten wir ausdrücklich anzumerken: wir bringen keinerlei Maßregeln in Vorſchlag, die als Zwangsmaßregeln gedeutet werden könnten. Es ſchwebt uns dabei ein nicht unintereſſanter Vorgang in den Vereinigten Staaten Nordamerika's vor. Rhode Island und Nordkarolina konnten bekanntlich ſehr lange nicht zu dem Entſchluß kommen, der neuen Bundesverfaſſung die (von allen Einzelſtaaten ausdrücklich vorbehaltene) Ratifikation zu ertheilen. Auf dem erſten Kongreß im Jahr 1789 kam die Frage zur Sprache, ob man nicht dieſe Staaten als Ausland betrachten und ihre Einfuhr den unterſcheidenden Zöllen, als eine ausländiſche, unterwerfen wolle. Der Kongreß entſchied im milderen Sinne. Sie kamen ſehr bald (Nordkarolina im November deſſelben Jahrs; Rhode Island zu Anfang des Jahrs 1790) und meldeten ſich zur Annahme der Verfaſſung.

Vorausgeſetzt aber, daß man ernſtlich an die Feſthaltung einer europäiſchen Stellung denken, und vielleicht zur Hebung der baieriſchen Nationalität die Ständekammern mit dem Namen eines baieriſchen Reichstages ausſtatten wollte, ſo bleibt uns noch immer die neugierige Frage nach den Empfindungen, mit welchen ein guter Theil des baieriſchen Volkes auf die Wahlen zum Staatenhaus und zum Volkshauſe des erſten deutſchen Reichstages aus ſeiner großartigen Iſolirung herüberblicken würde. Und verzeihlich mag auch die fernere Neugierde ſein, ob Baiern nicht es doch rathſam finden möchte, irgendwo ſich anzulehnen. Aber wo? Doch das iſt ein ſo intereſſantes Thema, daß wir uns vorbehalten müſſen, darauf zurückzukommen.

Der Schadenerſatz für die aufgebrachten deutſchen Schiffe.

Wer hat den Schaden zu erſetzen der durch Aufbringung deutſcher Handelsſchiffe von Seiten des däniſchen Blokadegeſchwaders veranlaßt worden iſt? Däniſche, wie deutſche Zeitungen melden, daß bereits am 3. d. M. eine nicht unbeträchtliche Anzahl deutſcher, meiſt Meklenburgiſcher Schiffe von den Dänen aufgebracht worden iſt. Die Rheder ſind offenbar getäuſcht durch das Rundſchreiben, welches der Preußiſche General-Conſul Hebeler in London hatte ergehen laſſen, und welches in alle Zeitungen übergegangen iſt. Hierin wird beſtimmt verſichert, die Waffenruhe werde bis zum 15. d. M. andauern und zum Beleg dieſer Verſicherung berief der Conſul ſich auf eine von Berlin an den Reichsgeſandten Bunſen ergangene Mittheilung. Die Inſtructionen von Berlin waren aber unrichtig, beruhten auf Vermuthungen! Die Centralgewalt hat nicht dem Herrn Bunſen mitgetheilt, daß die Waffenruhe bis zum 15. April währen würde. Alſo der Ertheiler der unrichtigen Inſtruction, der Preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Graf Arnim, iſt verpflichtet, den Schaden zu erſetzen; vorausgeſetzt, daß Herrn Bunſen kein Verſehen zur Laſt fällt. Die preußiſchen Kammern haben freilich gezeigt, daß ſie noch im Anfang des konſtitutionellen Lebens ſtehen. Sie kennen weder die Rechte noch die Pflichten eines Parlaments und ſind ſo rathlos und unbehilflich, daß ſie es nicht einmal anzufangen wiſſen, ein Miniſterium zu ſtürzen, das in der ganzen zweiten Kammer nicht zwei Dutzend Anhänger zählt. Aber ſoviel werden ſie doch wiſſen, daß die Miniſter in einem konſtitutionellen Staate verantwortlich, ihnen verantwortlich ſind und ihnen von allen ihren Thaten, namentlich auch von der Führung der auswärtigen Angelegenheiten, Rechenſchaft abzulegen verpflichtet ſind. Jetzt wo die Friedensverhandlungen mit Dänemark abgebrochen ſind, fällt der beliebte Grund weg, womit ſich ein Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten unbequemen Unterſuchungen zu entziehen pflegt: die Frage ſchwebe noch und vertrage noch nicht die Oeffentlichkeit. Jetzt ſind die dem preußiſchen Bevollmächtigten in London zugeſandten Inſtruktionen ein rechtmäßiger Gegenſtand der Unterſuchung. Hoffentlich wird mehr als ein ehrenwerther Abgeordneter bereit ſein, den Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten aufzufordern, alle die däniſche Frage betreffenden Papiere auf die Tafel des Hauſes niederzulegen. Wenn etwa die Welt noch immer nicht wiſſen ſollte, weß Geiſtes Kind Graf Arnim iſt, ſo wird ſie in jenen Papieren vielleicht hinlänglich Gelegenheit finden, zur Einſicht darüber zu gelangen.

Die Lage der Dinge in Ungarn.

Die Lage der Dinge in Ungarn iſt augenſcheinlich ernſter als je. Wie auch die magyariſchen Berichte die Erfolge Koſſuths und ſeiner Heerführer übertreiben und wie auch die öſterreichiſchen Bulletins die Operationen der kaiſerlichen Armee kommentiren mögen: das Eine geht unwiderruflich aus ihnen allen hervor, daß das Gros der öſterreichiſchen Truppen, welches ſchon vor Wochen die Theiß paſſirt haben und im Marſche gegen Debreczin begriffen ſein ſollte, gegenwärtig, nachdem ſeine Linie auf mehreren Punkten durchbrochen worden, ſich im vollen Rückzuge auf Peſth befindet. Ebenfalls ſeit Wochen ſtehen die Kaiſerlichen vor Komorn und Peterwardein, aber Woche auf Woche verrinnt und noch immer vertheidigt ſich eine Beſatzung, die keine Wahl hat, als zu ſiegen, oder ſchlimmſten Falls eines ehrlichen Kriegertodes zu ſterben. Siebenbürgen endlich iſt in dieſem Augenblick ohne Zweifel vollſtändig in den Händen Bem's, der die ihm entgegenſtehenden Truppen unter Puchner ſammt der ruſſiſchen Hülfsmacht in die Wallachei hineingedrängt hat. Von der Theiß rückwärts bis an die galiziſche und türkiſche Grenze ſteht den Ungarn kein Feind mehr gegenüber.

Dennoch iſt Ungarn und die Ungariſche Sache verloren. Die unwirthbaren Haiden und die Ueberſchwemmungen der Theiß haben mehr als der Widerſtand der zuſammengerafften Schaaren Koſſuths das Vordringen der Kaiſerlichen gehemmt. Aber die ſchöne Jahreszeit naht heran und bald wird das Ueberſchwemmungsgebiet der Theiß trocken liegen, außerdem aber wird die Beendigung des italieniſchen Kriegs das Heranziehen friſcher und ſtärkerer Truppenmaſſen geſtatten und der Armee einen Führer geben, welcher ihr Vertrauen beſitzt und rechtfertigt: an dem rothen Faden der Entſcheidungsſchlacht von Olengo wird ſich der bunte Knäuel von Ungarn entwirren. Noch manch blutiger Kampf wird gefochten werden, noch Monate mögen vergehen, bis alle die kühnen Parteigänger zerſprengt und vernichtet ſind, welche das blühende Land mit Brand und Plünderung durchziehen, aber zweifelhaft kann die endliche Entſcheidung nicht ſein.

Eins nur könnte ſie zweifelhaft machen. Die Geſchichte hat der Beiſpiele viele aufzuweiſen, daß Ungarn vor Oeſterreich eine Zuflucht ſuchte bei der Türkei. Die Umſtände haben ſich ſeitdem weſentlich geändert. Der Halbmond, der einſt Europa zittern machte, hat ſeitdem mehr als einmal für ſeine eigene Exiſtenz fürchten müſſen. Aber es bereiten ſich augenſcheinlich wichtige Dinge vor in der Türkei. Es leidet keinen Zweifel, daß der Sultan an den weſtlichen Grenzen ſeines Gebietes außerordentliche Streitkräfte anſammelt, wenn auch Niemand zu ſagen weiß, gegen wen und gegen was dieſe Rüſtungen gerichtet ſind. Sollte es ganz unmöglich ſein, daß Ungarn auch dießmal im äußerſten Falle ſich einen Oberherrn gibt, unter welchem ihm jene ſtaatliche Selbſtſtändigkeit gewahrt würde, welche der öſterreichiſche Geſammtſtaat zu verſchlingen droht? Und ſollte die Türkei, ſchwach und hinfällig wie ſie iſt, dem Gelüſte widerſtehen können, den Halbmond auf den Thürmen von Buda-Peſth aufzupflanzen? Es mag dieſe Kombination nicht wahrſcheinlich ſein, aber unmöglich iſt ſie nicht.

Aber noch eine andere Rettung könnte Koſſuth für den äußerſten Fall ſich aufbehalten. Rußland iſt in der Nähe und die Arme Rußlands ſind weit geöffnet für Jeden, der unter ſolchen Umſtänden Rettung ſucht. Freilich, Rußland hat eben noch im Bunde mit Oeſterreich und gegen die Schaaren gekämpft, welche Bem nach Siebenbürgen geführt. Aber Rußland hat ganze Armeekorps in unmittelbarſter Nähe ſtehen und dieſe Armeen ſahen, Gewehr im Arm, zu, als Bem die wenigen Tauſend Mann, welche Hermannſtadt vertheidigen ſollten, hinausſchlug, und doch hätte die Hälfte, ja der vierte Theil der Streitmacht, welche es in den Donaufürſtenthümern angehäuft, im Verein mit Oeſterreich, Bem und Koſſuth ſelbſt erdrückt. Iſt das Berechnung? Will Rußland „möglich" bleiben in Ungarn, deſſen ſlawiſche Elemente, durch die oktroyirte Verfaſſung vielfach verletzt, in ihren Sympathien für das ſtammverwandte Czarenthum ohnehin nicht geringer geworden ſind? Rußland, wenn auch nur der „Schirmherr" von Ungarn, würde ſeinen eiſernen Fuß an das adriatiſche Meer ſetzen, und noch ſind die Dardanellen nicht in ſeinen Händen.

Ich wiederhole es: beides ſind unwahrſcheinliche, aber es ſind mögliche Eventualitäten. Der Haß des Magyarenthums gegen Oeſterreich iſt unbegrenzt, und einem Rufe Ungarns würde vielleicht die Türkei, Rußland ſicher nicht widerſtehen.*)

*) Eine Anſicht, die wir doch nicht vertreten möchten.

Es wäre der Todesſtreich für Oeſterreich: das künſtliche Gebäude der Geſammtmonarchie würde in Staub und Trümmer fallen. Der Geſammtmonarchie? Gibt es denn noch eine öſterreichiſche Geſammtmonarchie? Ich ſehe ein öſterreichiſches Heer, aber kein Oeſterreich. Nehmt Radetzky fort und Windiſchgrätz und die Armee, die ihrem Befehle gehorcht, nehmt ſie fort und dann ſagt mir, wo es ein Oeſterreich gibt?

Aus dem Bückeburgiſchen.

△ Aus dem Bückeburgiſchen, 9. April. Vorgeſtern iſt das erſte Aufgebot unſeres Kontingents, wohlbewaffnet mit neuen Spitzkugelbüchſen und trefflich eingeſchoſſen, mit frohem Muth nach Schleswig-Holſtein abgezogen. An der Spitze ſteht der Erbprinz, welchen die Lorbeeren des Herzogs von Koburg mit edlem Wetteifer zu erfüllen ſcheinen. Der greiſe Fürſt in Begleitung der Fürſtin und Erbprinzeſſin und eines zahlreichen theilnehmenden Publikums geleitete das Korps bis zum Bahnhof, wo er daſſelbe mit einer ermunternden Anrede entließ. Es floſſen viele Thränen, beſonders Seitens der fürſtlichen Familie. Dem Erbprinzen zur Seite ſteht als Berather und eigentlicher Führer des Zugs Herr von Knigge, ein Abkömmling des bekannten Schriftſtellers gleiches Namens, dazu ein ſehr liebenswürdiger Charakter, nur für einen Krieger faſt zu weich. In Bückeburgiſchen Dienſten ſteht derſelbe erſt ſeit 2—3 Jahren, hat aber vorher 10 Jahre lang in ruſſiſchen Dienſten geſtanden und in dem intereſſanten Tſcherkeſſenkrieg Erfahrungen geſammelt, die ihm jetzt wohl zu Statten kommen werden.

Bei der Durchführung der Grundrechte wird jetzt auch die Juſtizreform für unſer Ländchen ernſtlich zur Sprache kommen müſſen. Die bevorſtehende Auflöſung des Oberappellationsgerichts in Wolfenbüttel ſcheint daraus gefolgert werden zu müſſen, daß Waldeck die Wiederbeſetzung einer vakanten Stelle, wobei es mit Bückeburg konkurrirt, unter Bezugnahme auf die zu erwartende gänzliche Umgeſtaltung der Juſtiz verweigert. Da die eigenen materiellen und geiſtigen Kräfte des Landes zur Herſtellung der höheren Gerichtshöfe nicht ausreichen, und in dieſer Hinſicht die Vereinbarung mit einem Nachbarlande unumgänglich iſt, ſo wünſcht man aus hiſtoriſchen und natürlichen Gründen den Anſchluß an die kurheſſiſche Grafſchaft Schaumburg, mit welcher unſer Ländchen bekanntlich bis zum Jahre 1647 ein Ganzes ausmachte und mit welcher wir auch künftig nach dem Reichswahlgeſetz einen Wahlbezirk bilden werden. Vor Jahren dürfte in Folge des unter dem Namen „Kartoffelkrieg" bekannten und ſehr blamabel ausgefallenen Occupationsverſuches von 1788 Seitens des Landgrafen Wilhelm IX. die Stimmung der Bevölkerung einer ſolchen Vereinigung zu einem Gerichtsbezirk ſehr widerſtrebt haben; jetzt iſt dieſer ergötzliche Kartoffelkrieg längſt für beide Theile zu einem Gegenſtand des heitern Scherzes geworden. Dagegen ſcheint der Hof aus alter Abneigung gegen die kurheſſiſchen Erben-Anſprüche eine ſolche Gerichtsverbindung nicht zu wünſchen, ſondern er ſoll ſich mit dem Projekte tragen, mit Lippe-Detmold und Waldeck zuſammen einen Gerichtsbezirk zu konſtituiren. Das gäbe ſchöne Reiſen für die vorgeladenen Zeugen! Mögen unſre Landſtände, deren baldigem Zuſammentreten wir mit Sehnſucht entgegenſehen, die Wünſche und Intereſſen unſerer Bevölkerung in dieſer Beziehung kräftig vertreten, damit unſre gegründeten Bedürfniſſe nicht den grundloſen Antipathien des Hofes aufgeopfert werden.

In einen noch bedenklicheren Konflikt mit dem Hofe dürften die Landſtände in der häßlichen Domänenfrage gerathen. Wenn wir recht unterrichtet ſind, ſo befindet ſich der Fürſt ſelbſt in einer unangenehmen Verwicklung. Man ſagt, daß derſelbe behufs der enormen Güterankäufe in Böhmen und Slavonien, (die bedeutendſten Güter ſind Nachod und Weröcz) welche den Umfang des Fürſtenthums weit überſteigen, auf die Domänen als Hypothek bedeutende Schulden gemacht habe, daß die meiſten dieſer halbjährig kündbaren und ſehr geſuchten Schuldbriefe im Ausland ſtehen, und daß der Fürſt um ſeines Kredites willen wohl Revenüen, nicht aber das — freilich ſehr problematiſche — Eigenthumsrecht an den Domänen abzutreten geneigt ſei; es müßte denn ſein, daß die Stände jene Schulden ausdrücklich anzuerkennen bereit wären. Wahrſcheinlich iſt es hauptſächlich die Furcht vor dem Konflikt in der Domänenfrage, weßhalb der Hof ſich bis jetzt noch immer nicht hat entſchließen können, die gewählten Landſtände nun auch zuſammenzurufen.

Und doch wäre eine baldige Berufung der Volksvertreter auch darum wünſchenswerth, damit ſie in der Kaiſerfrage den Volkswünſchen zum kräftigen Organe dienen könnten. Denn obgleich der Fürſt ſich in Frankfurt bekanntlich für das preußiſche Erbkaiſerthum ausgeſprochen hat, ſo ſoll doch die vielvermögende Fürſtin aus verwandtſchaftlichen Rückſichten für ein Direktorium, beſtehend aus dem Erzherzog Stephan und dem Prinzen Friedrich von Preußen, ſchwärmen. Der Erzherzog Stephan iſt nämlich der Schweſterſohn der Fürſtin von Waldeck, und dieſe iſt Schwägerin der regierenden Fürſtin von Schaumburg-Lippe und Mutter der Erbprinzeſſin. Erzherzog Stephan würde auch Sympathien beim Altenburger Hofe finden, weil die beiden erſten Gemahlinnen des Großherzogs, geborne Prinzeſſinnen von Anhalt-Bernburg-Schaumburg-Holzapfel, Schweſtern der Mutter Stephans*) und der Fürſtin von Waldeck waren. Auf Preußen iſt man am Bückeburger Hofe augenblicklich um ſo weniger gut zu ſprechen, als man ſich von Hrn. v. Schleinitz etwas geringſchätzig behandelt glaubt. Derſelbe hat ſeine im April v. J. ausgeſtellten Creditive nicht, wie es in einem Artikel „Aus Norddeutſchland" unlängſt hieß — im September, ſondern erſt am 17. Dezember überreicht! Sie ſtaunen über dieſe nonchalance. Je nun, wenn man zum Geſandten nach Konſtantinopel ernannt war und ſich ſogar nach Paris ernannt glaubte, wenn man 8 Tage lang Miniſter war — Hr. v. Schleinitz erſetzte bekanntlich den Baron v. Arnim auf 8 Tage nach dem Berends'ſchen Antrag — ſo iſt es nicht zu verwundern, wenn man ſich in Hannover, Bückeburg und Oldenburg nicht ſonderlich gefällt; und wenn man ſich der Protektion einer hochgeſtellten Dame in Berlin erfreut, ſo kann man als Geſandter in Bückeburg ſchon Etwas riskiren. Die „Deutſche Zeitung" hat ſchon manche Motte aus den alten Diplomatenpelzen geklopft, aber, wie Klopſtock ſagt: „Noch viel Verdienſt iſt übrig!" Schließlich noch ein Wort über die Engliſch-Koburgiſchen Thronfolge-Ausſichten. In Bückeburg lebt die geiſtreiche frühere Erzieherin der Königin Victoria, Baroneſſe Lehzen, welche Prinz Albert aus einer Art von Eiferſucht wegen ihres bedeutenden Einfluſſes auf die Königin vom engliſchen Hofe entfernt hat, welche aber noch allwöchentlich mit der Königin korreſpondirt. Dieſe wohlunterrichtete Dame hat geäußert, daß Prinz Eduard von England allerdings für die Nachfolge im Herzogthum Koburg ausdrücklich erzogen werde, wenn auch nicht für ein „Königreich Thüringen". Sollte der jetzige Herzog von Koburg kinderlos ſterben, ſo wäre Prinz Eduard der nächſte Thronerbe.

*) Weil die älteſte dieſer 4 Schweſtern an den verſtorbenen Palatinus von Ungarn verheirathet war, ſo hat Erzherzog Stephan die Burg Schaumburg an der Lahn geerbt.

Deutſchland.

† **Wien**, 8. April. Die k. k. privilegirte Nationalbank hat den öſterreichiſchen Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung, H. Reitter, Bankbeamten zu Prag, aus dem Grunde ſeines Dienſtes entlaſſen, weil derſelbe bei der zweiten Leſung der Verfaſſung für die Erblichkeit des Reichsoberhauptes, alſo wie man hier ſagt, für das preußiſche Erbkaiſerthum geſtimmt hat. Dieſe nicht genug zu mißbilligende Maßregel des Bankdirektoriums iſt zunächſt durch einen unter der Chiffer Eg. aus Frankfurt eingeſandten, von einem öſterreichiſchen Abgeordneten herrührenden Korreſpondenzartikel veranlaßt worden, welcher in der Abendbeilage der Wiener Zeitung vom 2. oder 3. April enthalten iſt, und in dem eine nach Namen, Stand und Wahlbezirk geordnete Liſte jener öſterreichiſchen Abgeordneten geliefert wird, welche bei den, das Reichsoberhaupt betreffenden Fragen in der einen oder andern Beziehung einer anderen Ueberzeugung als der des Herrn Korreſpondenten ſelbſt folgen zu müſſen geglaubt haben.

Da das Bankdirektorium ſich ſo ſehr beeilt hat, in der hier beſprochenen Weiſe vorzugehen, da es ſich nicht geſcheut hat, den Anfang zu machen, um die Abſtimmung einzelner Abgeordneter zu terroriſiren, da alſo der erwähnte Zeitungsartikel bereits ſeine Früchte getragen hat, ſo ſehen wir mit Spannung einer baldigen Fortſetzung dieſer intereſſanten Mittheilungen über die Haltung der einzelnen Abgeordneten in Frankfurt entgegen, und bedauern nur, den Herrn Eg-Korreſpondenten nicht hier in unſerer Mitte zu haben, wo für Angeberei jeder Art ein ſo weites und fruchttragendes Feld eröffnet iſt.*)

Prag, 9. April. Die Parteien in der Slowanska Lipa ſind in vollſter Thätigkeit. Sowohl die Rechte als die Linke haben zur nächſten Wahl des Ausſchuſſes (9. April) Kandidaten-Liſten verfaßt; die nationale Rechte hat faſt ſämmtliche cechiſche Deputirte in ihrer Liſte; die Linke, die ſich ihrem Programme gemäß, die Aufrechthaltung der bisher garantirten politiſchen Freiheiten überhaupt, mit Hintanſetzung aller nationalen Differenzen, zur Aufgabe geſtellt hat, hat Deutſche und Czechen, von den czechiſchen Deputirten jedoch nur wenige als Kandidaten vorgeſchlagen. (Pr. Z.)

Prag, 6. April. Adolf Neuſtadt's politiſche Briefe, eine mit Geiſt und Freimuth geſchriebene Wochenſchrift, ſind dem neuen Preßgeſetz zum Opfer gefallen. In einem heute erſchienenen Artikel nimmt Neuſtadt von dem Publikum Abſchied; das Preßgeſetz ſei zu hart, ſagt er, als daß ſein Blatt noch ferner erſcheinen könne. Bei dem Journaliſten Guido Polz fand in der Nacht des 6. April eine amtliche Durchſuchung ſeiner Papiere ſtatt.

(C. Bl. a. B.)

⁑ **Poſen**, 8. April. Des Erſte, was mit der deutſchen Verfaſſung und der neuen Geſtaltung unſeres Vaterlandes mit zu Grabe getragen werden würde, iſt unſere durch ſo ſchwere Kämpfe errungene nationale Selbſtſtändigkeit, und das von der Nationalverſammlung zur Erhaltung derſelben ſanktionirte Prinzip der Abgrenzung. In dem Verfaſſungsausſchuß der erſten Kammer in Berlin haben bei der Vorberathung über §. 1 vom Staatsgebiet die Polen mit der ihnen eigenen Unverſchämtheit das berüchtigte Phillips'ſche Amendement als Zuſatz beantragt, nach welchem die ganze Provinz wieder polniſch reorganiſirt werden ſoll und das Blut ſteigt einem zu Kopfe, wenn man die dabei gegen Frankfurt und ſeine Beſchlüſſe losgelaſſenen Redensarten der Antragſteller hört. Natürlich fand der Antrag keine Unterſtützung, und wird wohl auch in der Kammerberathung glänzend durchfallen, indeſſen erleben wir doch ſchon in unſeren Mauern eine polniſche Reorganiſation, indem es den Polen und dem Herrn Erzbiſchof wirklich gelungen iſt, das bisherige Mariengymnaſium zu einer rein polniſchen Anſtalt umſchaffen und den Lehrvortrag polniſch halten zu laſſen! Unſere polniſchen Blätter erfüllt eine bittere Perſiflage des neuen deutſchen Kaiſerthums. Die Polen können ihre Schadenfreude über unſere ſcheinbar ſchon geſcheiterten Hoffnungen nicht verbergen. „Wir haben es geſagt, daß der König nicht unbedingt annehmen wird; jede Bedingung iſt aber Ablehnung. Dieſe führt ein Hinſterben des Frankfurter Parlaments an langſam tödtender Schwindſucht, oder eine raſche feierliche Auflöſung deſſelben nach ſich. Aus dieſer Auflöſung wird aber das todte Geſpenſt des Bundestages erſtehen und mit kalter Hand die ſchwankenden, treuloſen Verräther der Freiheit ergreifen!" So die Gazeta polska.

Eine getrübtere Stimmung unter den Deutſchen herrſchte hier ſeit lange nicht — es ſtehen bei uns doppelte Hoffnungen auf dem Spiele. Das mühevoll errungene Gut nationaler Anerkennung war uns theuer geworden, wir wähnten es ſicher zu haben! Jetzt iſt ſelbſt Schleswig beſſer daran als wir, und getragen von ſeinem Siege, der auch uns mit Freude erfüllte, fürchtet es eine Entnationaliſirung ſicherlich nicht mehr!

Die Unternehmungen, welche namentlich von Bromberg aus in letzter Zeit gemacht worden ſind, die deutſche Koloniſation im Netzgau zu fördern, und die Aktiengeſellſchaft, welche zur Unterſtüzzung der Anſiedlung deutſcher Ackerbauer gegründet iſt, erfreut ſich auch nur aus der Nähe der Unterſtützung und Theilnehmer. Das ferner liegende Deutſchland ſcheint uns ganz zu vergeſſen, und doch iſt die Pflicht, die wir hier auf fernen Vorpoſten gegen das Vaterland erfüllen, wahrlich keine leichte!

Augsburg. Mit dem 1. Mai d. J. werden wir endlich die Eiſenbahn von hier bis Nördlingen vollendet ſehen. Am 15. April wird von Donauwörth bis Nördlingen die erſte Probefahrt ſtattfinden. Da die Eiſenbahn von Nürnberg bis Schwabach bereits befahren wird, ſo fehlt nunmehr noch die Strecke zwiſchen Nördlingen und Schwabach, innerhalb welcher Oettingen, Waſſertrüdingen und Gunzenhauſen liegen. Man hofft mit dieſer letzteren Strecke bis Herbſt d. J. fertig zu werden. (Tagbl.)

*) Wir bemerken übrigens, daß die Veröffentlichung wichtiger Abſtimmungen ſogar eine Pflicht der Preſſe iſt.

○ Aus Norddeutſchland, 9. April. Der verderbliche ſonderbündleriſche Einfluß Baierns auf Hannover wird kräftigſt durch Oeſterreich unterſtützt, während die preußiſche Diplomatie ſchläft. Der öſterreichiſche Geſandte in Hannover, Baron von Kreſſenſtein, vermählt mit einer Tochter des verſtorbenen Hr. v. Hormayr, der einzige Proteſtant in der öſterreichiſchen Diplomatie, ſtammt aus einer bekannten Nürnberger Patrizierfamilie, ſcheint aber die ächtdeutſchen Sympathien des edlen Frankenlandes für das preußiſche Erbkaiſerthum durchaus nicht zu theilen — oder darf ſie auch wohl nicht theilen. Er geht mit Herrn von Montgelas Hand in Hand. Und von ſolchen Männern läßt ſich Stüve, „der beſte Deutſche," wie ihn die „Leipziger Illuſtrirte" nennt, am Gängelbande führen. Es iſt den deutſchgeſinnten Hannoveranern nicht zu verargen, wenn ſie ob ſolcher Behandlung ihrer theuerſten Angelegenheiten ſich mit bitterem Unmuth ausſprechen. Da ſpricht Stüve immer vom Selfgovernment des mündigen Volkes und Niemand bevormundet das „mündige Volk" ärger als er, ſowohl in der Grundrechts- als Oberhauptsfrage.

Ungarn.

Preßburg, 26. März. Das Wichtigſte, was ich aus unſerer deutſchen Stadt zu melden habe, iſt, daß bei unſerer ſtädtiſchen Gemeinde, geſtützt auf die in der Reichsverfaſſung für das Kaiſerthum verbürgte Gleichberechtigung aller Nationalitäten, in allen Verwaltungszweigen, mit Ausnahme der einen höhern Inſtanzenzug nehmenden Prozeßſachen, die deutſche Sprache thatſächlich eingeführt iſt, ſo zwar, daß nicht nur die Verhandlungen, ſondern auch die Protokolle deutſch geführt werden. Es iſt dies ein Beiſpiel, das, wie wir hoffen, auch in den übrigen Städten des Landes, deren Kern das deutſche Bürgerthum bildet, Anklang und baldige Nachahmung finden wird. (Peſth. Z.)

Polen.

▷ Aus dem Königreich Polen, Anfang April. In den Zeitungen wird über die ruſſiſchen Grenzverhältniſſe oft ſo Beunruhigendes mitgetheilt, daß es nicht ganz unintereſſant ſein dürfte, etwas über das von mir Geſehene und Gehörte zu erfahren. Der Uebergang über die Grenze wurde mir weniger erſchwert, als ich dachte. Militär ſah ich erſt in Kaliſch ſelbſt, wo die Garniſon ſich auf circa 500 Mann belaufen ſoll. Bei meiner Ankunft mußte ich mich vor dem Fürſten Gallizin ſtellen, welcher mich mit einem flüchtigen Blicke rekognoszirte. Von einem Lager bei Kaliſch iſt nichts zu ſehen; doch ſollen Ingenieure angekommen ſein, um ein ſolches abzuſtecken. Die Gerüchte von einer dichten Beſetzung der Grenze mögen daher rühren: ein Obſervations-Korps bewegt ſich längs der Grenze hin und her, zieht bei Tage mit Muſik ꝛc. in die Grenzdörfer ein, und verläßt ſie lautlos bei Nacht. Daher glauben die preuß. Grenzbewohner, daß fortwährend neue Heermaſſen in den Dörfern jenſeits der Grenze ankommen. Die im Königreich Polen konzentrirten Truppen ſollen circa 200,000 Mann betragen; etwas Gewiſſes können aber ſelbſt die polniſchen Einwohner nicht angeben. Die poln. Zeitungen referiren ziemlich genau über die Vorgänge in Deutſchland und dem übrigen Europa, doch ohne alle Raiſonnements, und theilen nur den nackten Thatbeſtand mit. Fürſt Gallizin ſoll ein liberaler, freiſinniger Mann ſein, in deſſen Salon jeder gebildete Kaliſcher Zutritt hat, ſelbſt Juden nicht ausgenommen. Alle ſind ein für alle Mal eingeladen.

Rußland.

Der in Petersburg erſcheinende „Ruſſiſche Invalide" vom 31. März enthält folgende Nachrichten über den bekannten Kampf der Ruſſen gegen General Bem:

„Nach dem Einrücken unſerer Truppen in Siebenbürgen ſind die Operationen der Oeſterreicher gegen die ungariſchen Rebellen verſchiedentlich von glücklichem Erfolge begleitet geweſen. Ausgangs Februar waren die Aufſtändiſchen aus Medias nach Segeswar zurückgeworfen, doch zog ihr Anführer Bem, von einer Flankenbewegung der öſterreichiſchen Truppen nach St. Agat begünſtigt, in Eilmärſchen und von den Oeſterreichern unbemerkt, mit 12,000 Mann und 26 Kanonen aus Segeswar geradeswegs gegen Hermannſtadt. Hier war nur die Heertsabtheilung des Flügeladjutanten, Oberſten Skariatin, zurückgeblieben, nämlich 3 Kompagnien des Modlin'ſchen Infanterieregiments, 6 Kompagnien des Lublin'ſchen und das 1ſte Bataillon des Samas'ſchen Jägerregiments, 2½ Satnien doniſcher Koſaken, 8 Kanonen der 7ten und 8ten leichten Batterie und 4 von den Oeſterreichern den Ungarn abgenommene Kanonen. Letztere waren mit Transportpferden der Regimenter beſpannt und von im Artilleriedienſte unterwieſenen Infanterie-Soldaten bedient. Die Offiziere und Feuerwerker waren aus unſeren Batterien genommen. Zwei Kompagnien des Lubliniſchen Jägerregiments und 1½ Satnien Koſaken hielten das Dorf Tolmatſch beſetzt; um die Verbindung der Truppen mit der Wallachei durch das Rathenthurmer Defilé ſicherzuſtellen. Bei dem Herannahen Bem's in den Frühſtunden des 11. März nahm Oberſt Skariatin eine Stellung vor der Stadt und ließ ſich mit dem fünffach überlegenen Feind in ein hartnäckiges Handgemenge ein, in der Hoffnung, daß die Oeſterreicher ungeſäumt auf dem Schlachtfelde erſcheinen und den Feind von hinten angreifen würden. Einen ganzen Tag lang ſchlugen unſere Truppen alle Angriffe des an Zahl weit überlegenen Feindes mit der ihnen eigenen Standhaftigkeit zurück und wichen keinen Fuß breit; bei Einbruch der Nacht aber umgingen die Ungarn die Stadt und zündeten die Vorſtädte an mehreren Punkten an. Von dem Annähern der Oeſterreicher hatte man indeſſen gar keine Nachricht, ja nicht einmal Gerüchte verlauteten darüber. Nachdem ſo Oberſt Skariatin Alles, was in ſeiner Macht ſtand, zum Schutze der Bewohner Hermannſtadt's gethan, entſchloß er ſich, in Betracht, daß bei dem vergeblichen Warten auf die Ankunft der Oeſterreicher ein längeres Behaupten der eingenommenen Stellung zwecklos und nur mit ganz unnützen Opfern Seitens der tapferen Truppen zu bewerkſtelligen wäre, durch die Stadt nach dem Rothenthurmer Wege zurückzugehen. Der Kampf dauerte während dieſes Rückzuges fort, der mit ſämmtlichem Geſchütz und allen Patronkaſten in dunkler Nacht durch die engen und bergigen Straßen der Stadt mit ausgezeichneter Ordnung bewerkſtelligt wurde. Nachdem die Stadt durchzogen, machte Oberſt Skariatin im Dorfe Tolmatſch Halt. Trotz der verſtärkten Angriffe der Rebellen behauptete er ſeine daſelbſt eingenommene Stellung und deckte ſo das Rothenthurmer Defilee. In dieſem Treffen ſind unſererſeits 2 Oberoffiziere und 97 Gemeine geblieben, und 4 Oberoffiziere und 101 Gemeine verwundet. Oberſt Skariatin bezeugt allen Soldaten ſeines Detaſchements den muſterhafteſten Wetteifer in Thaten der Unerſchrockenheit und der Selbſtaufopferung. General-Major Engelhardt hält Kronſtadt fortwährend beſetzt; durch eine verſtärkte Rekognoszirung, die er am 8. März durch Nußbach nach Apatſch hin ausführte, hat er die Szekler gezwungen, den Kronſtadter Bezirk zu räumen und ſich über den Oltafluß zurückzuziehen."

Donaufürſtenthümer.

Jaſſy, 26. März. Zur Ergänzung der bisher aus blos 1600 Mann türkiſcher Truppen beſtehenden Garniſon von Galacz trafen daſelbſt in den letzten Tagen auf zwei Dampfbooten wieder 1500 Mann ein, denen eine bedeutendere Anzahl nachfolgen ſoll, um jedem Verſuche den man thun könnte, um ihnen die Adminiſtration und die Aufſicht über die dortigen Quarantäneanſtalten, die ſie in ihre Hände genommen haben, zu entreißen, wirkſam begegnen zu können. Am Hafen ſowohl als längs des Donauufers von der Mündung des Pruth bis zum Ausfluſſe des Sereth ſtehen zahlreiche Pikets türkiſcher Soldaten. Zwei ruſſiſche Kommiſſäre, welche nach Galacz gekommen waren, zur Ueberwachung der Quarantäne, wurden von dem Kommandanten mit dem Bemerken zurückgewieſen, daß ihre Miſſion beendigt ſei, worauf ſie ſich mit der Drohung zurückzogen, daß ſie nächſtens in zahlreicher Begleitung zurückkehren würden. Die ruſſiſche Okkupationsarmee in den beiden Fürſtenthümern iſt 97,000 Mann ſtark, welche Zahl indeß noch um 17,000 Mann erhöht werden ſoll, die nächſter Tage über Skuleni und Lipkani aus Beſſarabien einrücken ſollen. Briefe aus Konſtantinopel bringen ſoeben die Nachricht, daß in Folge der letzten Verhandlungen der Pforte mit den Repräſentanten der fremden Mächte betreffs der ruſſiſchen Okkupation der Fürſtenthümer, Herr von Titoff vom türkiſchen Kabinet für die Räumung der letztern eine Friſterſtreckung bis zum Monat Mai verlangt habe. Die ſeit dem Herbſt in Galacz ſtationirten türkiſchen Truppen, welche durch friſche erſetzt wurden, ſind bereits nach Bucharest abgegangen. Hier behauptet man allgemein, daß dieſer Tage von Seiten der Pforte an unſere Regierung die Aufforderung ergangen ſei, ſich über die Gründe zu erklären, welche ſie zur Erlaſſung des berüchtigten Cenſurgeſetzes und reſp. des Verbots der fremden Zeitungen beſtimmt haben. Der Fürſt ſoll als Gründe angegeben haben, die Verbreitung kommuniſtiſcher Ideen, die durch die auswärtigen Zeitungen vermittelt wird, und die in dieſen gegen ihn enthaltenen Angriffe. Man zweifelt, daß die Pforte dieſe Motive ausreichend erachten wird, um eine ſolche Maßregel zu rechtfertigen. In dem durch die moldauiſche Regierungszeitung unterm 15/3. Febr. publizirten Geſetze werden alle fremden Zeitſchriften und periodiſchen Blätter ohne Unterſchied verboten. Erlaubt, ſo lange ſie ihre Tendenz nicht ändern, werden aus Oeſterreich und Deutſchland: alle Modezeitungen, die Wiener Zeitung, der Lloyd, Leipziger Handelszeitung, Augsburger Zeitung, dieſe letzte jedoch, welche auf das Verlangen des öſterreichiſchen Agenten erlaubt wird, nur unter der Bedingung, daß ſie kein Wort gegen Rußland, die Türkei, die Regierungen der Fürſtenthümer, oder „gegen deren politiſche Exiſtenz" bringt. Insbeſondere ſind ſtrengſtens verpönt: alle in der Bukowina und Siebenbürgen erſcheinenden Zeitſchriften und was immer für Schriften politiſchen Inhalts, da ſie in der Nationalſprache erſcheinen. (Wand.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 103. Frankfurt a. M., Samſtag 14. April. **1849.**

Ueberſicht.

Parlamentsſchau.
Unſere Lage.

Deutſchland. Frankfurt (Hr. Camphauſen. Die kleineren deutſchen Staaten wollen die Reichsverfaſſung anerkennen. Hr. Eichmann. Die Präſidentenwahl. Die öſterreichiſchen Abgeordneten.) Wien (Die Kriegführung in Ungarn. Rupertus. Endlicher.) Trieſt (Admiral Dahlerup.) Ollmütz (Truppenſendungen aus Italien nach Ungarn.) Berlin (Landwirthſchaftliche Preisaufgabe. Tagesnachrichten. Die Deputation an Gagern. Die deutſche Frage. Die erſte Kammer. Die deutſchen Fürſten. Hoffnungen.) Poſen (Die poln. Deputirten in der Kaiſerfrage. Die poln. Organe über die preuß. Politik.) Münſter (Befreiung der politiſch Verfolgten.) München (Der Landtag. Die Nachrichten aus Ungarn und Schleswig. Die Hofpolitik. Die baieriſche Regierung und die Reichsverfaſſung. Hr. v. Xylander gewählt. Warnung für Fenneberg.) Würzburg (Die Vorſtellungen des Senats gegen Phillip's Anſtellung zurückgewieſen.) Hannover (Die Abgeordneten gegen Vertagung. Hannov. Ztg. Wechſelordnung. Stüve's Empfindlichkeit gegen die Preſſe.) Emden (Adreſſen.) Heidelberg (Die Wahl zur zweiten Kammer verweigert.) Weimar (Dr. Stockmann. Kand. Rothe.) Wiesbaden (Das Spielbankengeſetz.) Schwerin (Die Abgeordnetenkammer.) Schleswig-Holſtein (Die Schleswig-Holſteiner im däniſchen Heere.)

Großbritannien. London (Die Familie Ludwig Philipp's. Der Eindruck des Eckernförder Ereigniſſes. Der Spektator über die Lage der Parteien und des Miniſteriums. Die Times über die Niederlage der Dänen bei Eckernförde.)

Frankreich. Paris (Interpellation wegen der Beſchickung der Klubs durch die Regierung. Ohrfeigen des Hrn. Raspail.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Militäriſche Vorkehrungen.)

Italien. Genua (Die Deputation noch nicht zurück.) Turin (Subſcription für Brescia.) Modena (Einzug des Herzogs.) Rom (Die Brüder des Kardinals Antonelli als Geißeln verhaftet.) Venedig (Die Blokade.)

Dänemark. Kopenhagen (Neue Rüſtungen.)

Ungarn. Peſth (Huldigungsadreſſen. Die ungariſchen Banknoten. Verhaftungen.) Banat (Perezel in Peterwardein. Unzufriedenheit der Serben.)

Rußland. Dorpat (Die Univerſität.)

Donaufürſtenthümer. Bukareſt (Die öſterreichiſchen Truppen in der Wallachei.)

Türkei. Konſtantinopel (Reibungen zwiſchen ruſſiſchen und türkiſchen Truppen.)

---

13. April.

In dieſen Tagen, wo jedes Gemüth zwiſchen Furcht und Hoffnung über die theuerſten Güter ſchwankt, wo, wie richtig bemerkt iſt, in den patriotiſchen Blättern eine ſolche Verſtimmung herrſcht, daß es bloß noch fehlt, ſie erſchienen mit Trauerrändern, öffnen wir gerne unſere Spalten folgendem chriſtlichen Aufſatze. Chriſtlich nennen wir ihn, weil der Verfaſſer Alles zum Beſten kehrt und ſelbſt einem Manteuffel gegenüber den Spruch beachtet: One must give the devil his due! Er bemüht ſich, unſere Lage im günſtigſten Lichte zu ſehen und im Weſentlichen ſtimmen wir überein. Wir ſahen bis jetzt für die Verfaſſung nur Eine gewiſſe Gefahr, die Gefahr des Verzuges. Wir haben, wie jeder Leſer weiß, noch keinen kleinmüthigen Augenblick gehabt, und jetzt mehr als je gilt es, ſich an das Wort des großen Bacon zu erinnern: „Zum Gelingen jeder großen Unternehmung gehören vornehmlich drei Dinge: Muth! Muth! und wieder Muth!“ Dieſer Muth, wohl gerechtfertigt durch die Haltung des deutſchen Volkes, das ſich immer einmüthiger um ſeine Nationalverſammlung ſchaart, wird die Verſammlung am ſicherſten vor allen verzweifelten und übereilten Schritten bewahren. Unbeſonnene Schritte der Nationalverſammlung ſind die einzige Hoffnung unſerer Widerſacher. Sonſt iſt der Sieg unſer. Wir wollen ihn nicht aus den Händen geben! Wir laſſen jetzt die uns aus verehrter Hand zukommende Zuſchrift folgen. Wie geſagt, im Weſentlichſten, im Ganzen ſind wir einverſtanden. Die einzelnen Sätze zu vertreten, überlaſſen wir unſerm Korreſpondenten:

Vom Main, 12. April. „Fürchten Sie nicht, daß ich Ihr Blatt mißbrauchen will, das was das Miniſterium Manteuffel-Arnim geſagt und gethan, zu rechtfertigen. Eben ſo wenig fällts mir ein, der nach Berlin geſandten Deputation ihre Verſäumniſſe und Irrthümer vorzurücken, und daß deren nicht wenige jene verhängnißvollen Tage bezeichnen, werden jene Ehrenmänner um ſo freier eingeſtehen, als die Spannung der Lage in der That unglaublich groß war. Es kommt darauf an, den Stand der Sache klar ins Auge zu faſſen, und die gemachten Fehler und ihre Wirkungen mit in Rechnung zu ziehen.

Unſtreitig der übelſte Faktor in der jetzigen Sachlage iſt, daß die Deputation erklären zu müſſen geglaubt hat, ſie ſehe die Antwort des Königs für eine Ablehnung an, ſelbſt wenn dieſe Deutung juriſtiſch vollkommen gerechtfertigt wäre, politiſch iſt ſie es nicht. Wir meinen mit dieſem Ausdruck nicht jene Pfiffigkeit, die mit Recht der neuen Zeit unwürdig geſcholten wird. Oder glaubte die Deputation, „politiſch“ genug, mit dieſer Erklärung die Antwort hervorzulocken, daß des Königs Rede einen anderen Sinn habe? — Für politiſch fehlerhaft halten wir jene Deutung darum, weil ſie die poſitiven Elemente in des Königs Rede gefliſſentlich über Seite wirft und den Vorbehalt den der König macht, den der Beiſtimmung der deutſchen Regierungen zur Verfaſſung und zur Wahl, als definitive Ablehnung auffaßt.

Möchte man ſich doch nicht mit Abſtraktionen berauſchen, wo ſehr kompakte Wirkſamkeiten zur Sprache kommen, um im nächſten Augenblicke, wo große und hehrſte Ideen ihr Recht fordern, an irgend einer unvermutheten thatſächlichen Schwierigkeit den Muth zu verlieren. Die Nationalverſammlung hat eine Verfaſſung beſchloſſen, die alle Gebiete des deutſchen Bundes in Anſpruch nimmt; und doch weiß ſie ſehr wohl, daß dieſelbe, wie zur Zeit die Sachen ſtehen, auf Oeſterreich unanwendbar ſein wird. Sie fordert von den einzelnen Staaten Aufopferung von Rechten, die mindeſtens Baiern nichts weniger als bereitwillig iſt, fahren zu laſſen. Sie muthet dem Könige zu, dieſe Verfaſſung, mit der Wahl die Pflicht ihrer Durchführung entgegenzunehmen. Vielleicht ein Heldenkönig hätte ſich deß vermeſſen — aber auch angenommen, daß ein ſolcher die lange ſchwankenden Beſchließungen der Reichsverſammlung abzuwarten die Geduld gehabt, am wenigſten würde er ſich dann mit dem Maß von Rechten und Schranken begnügen, die unſere Verfaſſung uns allen zum Heil feſthalten muß. Wie oft hat der verehrte Korreſpondent vom Rhein das Ausſcheiden der Oeſterreicher aus der Verſammlung gefordert; warum anders, als weil er einſah, daß Oeſterreich, obſchon in ſeinen Vertretern mittagend, in unſern Bundesſtaat nicht eintreten wolle und könne. Aber dem Fürſten, der das Reich übernehmen ſoll, will man nicht vergönnen, zu dem Beſchluſſe, in dem er die „Stimme der Vertreter des deutſchen Volkes erkannte“ auch die freie Beiſtimmung der Regierungen zu vernehmen, die nun doch einmal noch exiſtiren, und deren fernere Exiſtenz die Reichsverfaſſung ſelbſt garantirt. Die Verſammlung ſetzte die hochherzige und patriotiſche Beiſtimmung der Fürſten und Volksſtämme voraus; ſollte der Fürſt, der der Träger der ihnen genommenen Hoheiten werden ſoll, nicht Veranlaſſung nehmen, dieſe Vorausſetzung durch eine Umfrage zu beſtätigen? Erſchwerte oder erleichterte er damit den Regierungen, die ſchon entſchloſſen waren, den Beitritt? war es ein Gewinn oder Schaden, wenn er ſo gewiſſen Höfen den Vorwand entzog, die Verletzten zu ſpielen, wenn er ſie nöthigte, nach entſchiedener Sache ſich noch einmal zu bedenken, ob ſie ihre Weigerung vor ihrem Volk zu rechtfertigen vermöchten? Und wenn die Reichsverfaſſung die Verſöhnung zu ſein beſtimmt iſt, wie innerhalb der Paulskirche zwiſchen den Parteien, ſo in dem großen Vaterland zwiſchen Fürſten und Volk, die Verſöhnung in der Art, daß Alle ſie anerkennen und in ihr die Baſis eines gedeihlichen gemeinſamen Weiterlebens finden, wenn ſie die großen Gegenſätze, die doch noch in der Nation und in dem ganzen Beſtande der Dinge ſind — und wahrlich hellvoller ſind als wenn man nur die Einerleiheit geſchaffen hätte — zu verſöhnen und in einem höheren Geſammteindruck zu vereinigen beſtimmt iſt, ſoll denn der zum Vertreter dieſer Verſöhnung Erkorne nicht vor Allem verſuchen, die Gewalten zu verſöhnen —

denn noch ſind ſie Gewalten, in welche die Sache der ſtarken deutſchen Einheit am fernſten ſtehen? Und iſt der Rechtstitel der vollzogenen Wahl noch ſo unzweifelhaft, iſt es denn tadelnswerth, wenn Schritte gethan werden, die auch den letzten Verdacht einer Uſurpation, den letzten Groll einer angeblichen Unterdrückung und Vergewaltigung entfernen? Oder mit welchem Recht oder Schein des Rechts ſucht man hinter den Worten des Königs Lug und Trug, wenn er ſagt: „Ich bin bereit durch die That zu beweiſen, daß die Männer ſich nicht geirrt haben, welche ihre Zuverſicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinſamen deutſchen Vaterlande ſtützen?“

Aber er hat die endgültig beſchloſſene Reichsverfaſſung in Frage geſtellt, indem er ſie einer nochmaligen „gemeinſamen Berathung der Regierungen unterziehen will.“ Allerdings iſt hier ein gefährlicher Differenzpunkt und in der Cirkularnote vom 3. April tritt derſelbe mit nur zu großer Schärfe hervor. Es kann nicht frommen, ihn bergen zu wollen; aber indem man ihn in ſeiner ganzen Beſtimmtheit erkennt, wird es möglich ſein, auch dieſe letzte Klippe zu umſchiffen. Zunächſt hat Preußen ſelbſt ſich in keinerlei Weiſe darüber auch nur andeutend geäußert, ob es ſeiner Seits die Verfaſſung gut heißen wolle oder nicht; *wir glauben zu wiſſen, daß es ſie, ſo wie ſie iſt annehmen und vollziehen wird, wenn die Beiſtimmung anderer Staaten den Bundesſtaat möglich macht.* Wir befinden uns in einem möglicher Weiſe höchſt überflüſſigen Prinzipienſtreit. Wie wenn die Staaten der Kollektivnote — und Baden hat bereits den Anfang gemacht — erklären, daß ſie die Verfaſſung ſo, wie ſie iſt, und nur ſo annehmen und die auf Grund derſelben vollzogene Wahl anerkennen wollen? Wenn der ganze Widerſpruch zwiſchen der Reichsverſammlung und der Vereinbarungstheorie ſich dahin löſt, daß die Staaten frei annehmen, was jene ſouverän zu beſchließen ſich befugt meinte? Die Reichsverſammlung hat ihr Werk beendet, ſie wird es unweigerlich feſthalten; die Nation wird ſie ſtützen, wenn das, was ſie beſchloſſen, das Rechte war; ſoll ſie ſich nun darüber ereifern und zu falſchen Maßregeln verleiten laſſen, aus welchen Theorien ſich die Fürſten und Staaten für ſie erklären?

Die Reichsverſammlung hat, ſo ſcheint es uns, einen großen Beweis von Einſicht und Beſonnenheit gegeben, als ſie in Betreff des von der Deputation erſtatteten Berichtes Beſchlüſſe faßte, welche neben der erneuten Erklärung, an dieſer Verfaſſung feſtzuhalten Formen hinſtellten, durch die die deutſchen Regierungen Zeit gewannen, die erſehnten definitiven Entſcheidungen zu treffen. Möchten alle Regierungen inne werden, daß auf ſie hinfort alle Verantwortlichkeit für die Zukunft Deutſchlands fällt. Noch iſt alles zu retten. Immerhin mag Einzelnes in der Verfaſſung unerwünſcht ſein; aber werden die Regierungen ſich zu einer beſſeren vereinigen können? ſich überhaupt vereinigen können? Eine der Verſammlung überſandten Noten der Regierungen zeigen, wie vollſtändig ſie auseinander gehen. Und ſelbſt wenn ſie ſich in der Weiſe wie 1815 traurigen Andenkens vereinigten, wähnt man, daß das Volk ſich damit befriedigen würde? Die beſten Männer des Vaterlandes haben dieß Werk vollbracht, es bietet noch einmal die Möglichkeit allſeitiger Verſöhnung und ihr eine ſtolze Zukunft des Vaterlandes. Mißverſteht man den Augenblick, verkennt man noch einmal den mahnenden Ruf unſerer geſchichtlichen Entwicklung, tritt man uns, die wir von Gottes Gnaden Ein Volk ſind und endlich in der Wirklichkeit ſein wollen, mit der dem göttlichen Rechte einer Legitimität entgegen, die ihrer Seits keine andere Rechtfertigung hat, als daß ſie eben ſo in der geſchichtlichen Entwicklung wurde, wie um des deutſchen Volkes Willen in Anſpruch — wohlan ſo mag ein Gottesgericht entſcheiſcheiden zwiſchen dem deutſchen Volk und den Fürſten ſeiner Bruchtheile, und „unſer Blut komme über euch und eure Kinder.“

Deutſchland.

> **Frankfurt**, 13. April. Das Parlament iſt heute zum erſten Mal nach den wichtigen, der Kaiſerfrage gewidmeten Sitzungen, wieder in den Gang der regelmäßigen Geſchäfte eingetreten. Es traf ſich, daß dieſe neue Aera, mit dem Anfang aller parlamentariſchen Thätigkeit, mit der Präſidentenwahl, beginnen ſollte.

Mit größerer Stimmenmehrheit als je zuvor, und zu der freudigſten Zufriedenheit faſt aller Theile des Hauſes, wurde der Mann zum erſten Präſidenten wieder gewählt, der ſich dieſer Ehre in jeder Beziehung ſo würdig bewieſen hat, Eduard Simſon aus Königsberg. Die Plätze der Vicepräſidenten wurden mit neuen Kandidaten beſetzt. Herr Bauer aus Bamberg und Herr Eiſenſtuck aus Chemnitz ſind die Gewählten. Zum erſten Mal iſt ein Mitglied der Linken berufen, die Leitung des Hauſes zu übernehmen; wir begrüßen in dieſer Verwiſchung aller früheren Parteiunterſchiede einen neuen Beweis für die ehrenwerthe Geſinnung der Mehrheit des Hauſes, die keine Spaltung mehr kennt, wo es gilt, „feſtzuhalten an dem Verfaſſungswerke,“ wie Herr Eiſenſtuck ſich ausdrückte, „welches das ſouveräne deutſche Volk ſich gegeben hat.“

Die Tagesordnung führte aus Veranlaſſung einer vom Stadtrath und der Bürgerſchaft von Homburg eingereichten Bittſchrift zu einer neuen Beſprechung des Geſetzes über Aufhebung der Spielbanken. Man wird ſich erinnern, daß die Reichsverſammlung am 8. Januar d. J. den diktatoriſchen Ausſpruch gethan hat: Alle öffentlichen Spielbanken ſind vom 1. Mai 1849 an in ganz Deutſchland geſchloſſen und die Spielpachtverträge aufgehoben. Vergebens waren von einer äußerſten Seite des Hauſes Bedenken erhoben worden, ob die Erlaſſung eines ſolchen Geſetzes zur Zuſtändigkeit der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung gehöre. Gegen die Bedenken dieſer Seite war die Verſammlung von jeher etwas ungefügig. Vergebens war auch, namentlich von Abgeordneten derjenigen Länder und Städte, welche durch das Geſetz empfindlich in ihren Vermögensverhältniſſen berührt wurden, auf die allerhand Unbequemlichkeiten aufmerkſam gemacht worden, welche ein ſo ſchneidendes Verfahren mit ſich führe: der Reichsjuſtizminiſter hatte gar zu warm die Unſittlichkeit des Spiels auseinandergeſetzt, das Geſetz wurde in der abſoluteſten Faſſung beſchloſſen.

Wir entſinnen uns, wie noch während der Abſtimmung ſelbſt der Graf Schwerin in etwas ironiſcher Weiſe ſeinen Zweifel an den Tag legte, ob das Geſetz wohl die Anerkennung finden werde. Der edle Graf meinte vermuthlich Anerkennung *bei den Gerichten*. Wir glauben wohl, daß die Regierungen, welche in den von der Reichsverſammlung errichteten Staat eintreten, auch die von ihr beſchloſſene Aufhebung der Spielbanken anerkennen werden: damit iſt die Sache aber nicht abgethan. Die Spielbankhalter, deren Verträge ſo ohne Weiteres für aufgehoben erklärt worden, werden die Erfüllung derſelben oder Entſchädigung von ihren Kontrahenten bei den Gerichten zu erzwingen ſuchen; die Regierungen oder Stadtbehörden werden die zwingende Gewalt des Reichsgeſetzes vorſchützen; die Kläger aber die Ungültigkeit dieſes Geſetzes wegen der mangelnden Befugniß der nur verfaſſunggebenden Reichsverſammlung einwerfen, und den Richtern gebührt dann über die Befugniß des Parlamentes die letzte Entſcheidung. (?)

So kann es leicht kommen, daß die Verſammlung ohne begründete Veranlaſſung ſich ſelbſt einen Stein in den Weg gerollt hat. Mag immerhin das Spiel verwerflich ſein — wir wollen uns am wenigſten zu Vertheidigern deſſelben aufwerfen — wenn es aber bis zum Zuſammentritt des erſten konſtituirten Reichstags beſtehen geblieben wäre, würde das Vaterland in Gefahr gerathen ſein? Das Widerſtreben der Einzelregierungen gegen die politiſchen Opfer, welche die Einheit fordert, ſind wahrlich groß genug; man braucht ihre Galle durch dergleichen privatrechtliche Verluſte, die man ihnen zufügt, nicht noch zu ſteigern. (?)

Die Anträge auf Milderung der Maßregel fanden nicht einmal Unterſtützung; die Verſammlung in der Starrheit des Prinzips, welche ſie die Bitte von Hergenhahn um Verſchiebung der Aufhebung bis zum Jahre 1850 nur mit Hohn erwidern ließ, ſprach ihr Beharren bei dem früheren Beſchluß durch Uebergang zur Tagesordnung aus.

Hr. Viſcher aus Tübingen war nicht einmal hiermit zufrieden. Nach ſeinem Willen ſollten die „Spielbankhalter und ihre Geſellen, weil ſie ſich rühmten, das Geſetz würde nicht ausgeführt werden, bei jeder Uebertretung deſſelben, mit 5 Jahren Zuchthaus beſtraft werden.“ Der Antrag ſagte eigentlich dem Hochgefühl der Verſammlung zu, und es fehlte nicht viel, ſo wäre es an den Geſetzgebungsausſchuß gewieſen worden.

Die ſchönen Reden von der Schmach des Spiels und dgl., zu denen die Verhandlung Anlaß gegeben hatte, hatten das Haus in eine erhöhte Stimmung geſetzt. Hr. Eiſenſtuck, der bei der Abweſenheit der Hrn. Simſon und Bauer präſidirte, und den, wie er ſelbſt ſagte, ſeine Wahl in unvorbereitetem Zuſtande ge-

troffen hatte, vermochte nicht die Unruhe des Hauſes zu beſchwichtigen, und man vertagte ſich, um Montag mit kälterem Blute die ohnehin aufregende Bernburger Verwickelung zu löſen.

‡ **Frankfurt,** 13. April. Es wird von Herrn Eichmann gefabelt, er habe hinter dem Rücken des Miniſteriums bei hohen und höchſten Perſonen eine lang angelegte Intrigue geſpielt, er ſei der eigentliche Verfaſſer der königlichen Antwort. Jedermann, der mit dem Charakter des genannten Staatsmannes einigermaßen bekannt iſt, weiß, wie fern ihm der bloße Gedanke an derartige Intriguen ließ, und daß gerade dieſer Herr Eichmann bei wichtigen Gelegenheiten entſchieden auf die Nothwendigkeit hingewieſen hat, das konſtitutionelle Syſtem anzunehmen und durchzuführen. Was endlich die deutſche Frage betrifft, ſo gehört Herr Eichmann und hat, ſeit er der Politik näher ſteht, ſtets zu denen gehört, welche dieſe Frage als im engen Zuſammenhange mit Preußens innerer Politik ſehend auffaſſen. Eine genaue Beobachtung der Beziehungen Preußens zu dem Auslande und namentlich zu den deutſchen Staaten, eine gründliche Kenntniß der Verhältniſſe im Inneren des Landes, beſonders der Rheinprovinz haben ihn lange zu der Einſicht geführt, daß nur die Entwicklung vernünftiger, mit geſetzlicher Ordnung gepaarter Freiheit den großen deutſchen Staat dem läſtigen Einfluß des Nord- und Süd-Oſtens entziehen, daß nur das konſtitutionelle Syſtem ihm einen feſten Boden im übrigen Deutſchland geben könne.

⁝ **Frankfurt,** 13. April. Hr. Camphauſen wird morgen Abend von Berlin wieder eintreffen. Baden und Schleswig-Holſtein haben bereits ihre Anerkennung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung zu erkennen gegeben und dem Vernehmen nach beabſichtigen alle kleineren Staaten, welche die Kollektivnote unterſchrieben haben, ein Gleiches zu thun, ehe noch Preußen ſeine letzte Erklärung abgegeben. Heute Abend werden die Bevollmächtigten der verſchiedenen Regierungen eine gemeinſchaftliche Berathung abhalten. Deutſchland und das deutſche Volk wird es nicht vergeſſen, daß die kleineren Staaten in der entſcheidenden Stunde wirklich der Kitt und Mörtel der deutſchen Einheit geweſen ſind!

Parl. Korr. **Frankfurt,** 13. April. Wir haben ſchon früher berichtet, wie ſich die Centren mit den gemäßigten Fraktionen der Linken auf dem eben gewonnenen Rechtsboden der Verfaſſung zuſammen gefunden haben. Auch die heutige Präſidentenwahl gab ein Zeugniß der neuen Parteiſtellung. Es wurde nach Simſon zum erſten Vicepräſidenten Bauer von Bamberg von der Rechten und zum zweiten Vicepräſidenten Eiſenſtuck von Chemnitz von der Linken gewählt. Die öſterreichiſchen Abgeordneten traten heute wieder in Berathung über ihre von Wien aus ſchon vor mehr als 8 Tagen verfügte Abberufung, welche damals auch offiziell in Berlin notifizirt worden iſt.

• **Wien,** 9. April. Gegen eine überſichtliche Darſtellung der ungariſchen Kriegsereigniſſe im „Lloyd" tritt die „Preſſe" mit ſcharfer Oppoſition auf, wobei die Stillſtandstaktik des Fürſten Windiſchgrätz herben Widerſpruch erfährt. Die ſtark verbreitete Meinung, daß der Fürſt auf dem Punkte ſtehe, durch den Chef des Generalſtabs in Italien, Feldmarſchallieutenant Heß im Kommando erſetzt zu werden, findet in der Schlußſtelle jenes Aufſatzes ihre Bekräftigung: „Mit Freude und Vertrauen hat das Publikum die Nachricht aufgenommen, daß auch eine Verſtärkung der ſtrategiſchen Kapacitäten, in naher Ausſicht ſtehe; die Schwierigkeit, die Verantwortung für die Operationen, ohne eine vollſtändige Unabhängigkeit in der Oberleitung, zu übernehmen, ſoll zur Stunde das einzige Bedenken ſein, welches einen der befähigſten Generale unſerer Armee an der Uebernahme eines Kommandos in Ungarn verhindert." Reiſende, die von Peſth kommen, erzählen von der dort verbreiteten Meinung einer nothwendigen Aenderung im Miniſterium, da man zur Löſung der Dinge nur den Ausweg einer friedlichen Ausgleichung vor ſich ſehe, welchen das jetzige Miniſterium nicht einſchlagen könne, ohne in Widerſpruch mit ſich ſelbſt zu gerathen. Rupertus (Baron Bayer) iſt wie man weiß, glücklich entkommen. Eine Beſitzung deſſelben bei Preßburg wurde mit Beſchlag belegt und alles bewegliche Eigenthum trotz der Einſprache ſeiner Gemahlin, die es als ihr zugehörend reklamirte, verſiegelt. Mit Mühe erlangte ſie die Erlaubniß, in der Hausmeisterswohnung ihrer eigenen Beſitzung entbinden zu können. Die Zerrüttung der Umſtände, in welchen der berühmte Gelehrte Endlicher verſtarb, rührt vornehmlich von der Liberalität her, womit er gegen die Regierung verfuhr. Nicht nur wurden die koſtbarſten Bibliotheken, Herbarien und andere Sammlungen von ihm zum Geſchenke dargebracht, ſondern derſelbe legte in der Regel von dem Seinigen zu, um die ſeiner Leitung unterſtehenden Arbeiten ſchöner und vollſtändiger herzuſtellen, als es nach dem Koſtenanſchlag möglich geweſen wäre. Die Univerſität beſtritt die Koſten des Leichenbegängniſſes.

Trieſt, 5. April. Vorgeſtern hat bereits F.-M.-L. Gyulai das Oberkommando der Marine an den Vice-Admiral Dahlerup übergeben. (C. Bl. a. B.)

Ollmütz, 8. April. Zufolge mehrer an das Offiziercorps der hieſigen Garniſon eingelangter Briefe ſoll das vom F.-M.-L. Baron Haynau befehligte Reſervecorps, gegenwärtig vor Venedig lagernd, vom Feldmarſchall den Befehl erhalten haben, ſogleich nach Ungarn aufzubrechen. In längſtens 12 Tagen muß dieſes Corps auf ungariſchem Boden ſtehen. Es beſteht aus 24 Bataillonen, dann Dragonern, Uhlanen und 7 Batterien, im Ganzen bei 30,000 Mann. (Oeſt. C.)

A. Z. C. **Berlin,** 10. April. Morgen früh geht die Deputation unſerer ſtädtiſchen Behörde nach Frankfurt ab, welche beſtimmt iſt, dem Reichsminiſter v. Gagern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Berlin zu überbringen. Die Deputation beſteht Seitens des Magiſtrats aus dem Bürgermeiſter Naunyn und dem Stadtrath Seeger; Seitens der Stadtverordneten-Verſammlung aus dem Vorſteher Seydel und der Stadtverordneten Ulfert, Bock und Scheffer. Das ausgefertigte Diplom iſt ein ſchönes Kunſtwerk. Es beſteht aus einem Pergament-Tableau von 18 Zoll Höhe und 20 Zoll Länge. Arabeskirte Randverzierungen in verſchiedenen Goldfarben umgeben daſſelbe in geſchmackvoller Weiſe. Die Schrift iſt Fraktur in einer ſchönen Miſchung von Farben mit Gold und Silber. Das Siegel befindet ſich in einer ſilbernen Kapſel, welche mittelſt ſtarker, mit ſchwarzer Seide durchflochtener Silberſchnüre unten an dem Pergament befeſtigt iſt. Letzteres liegt in einer großen Kapſel von purpurrothem Sammet, auf welchem ſich inmitten reicher Goldverzierungen die aus Silber getriebenen ſtark vergoldeten Wappen des Magiſtrats und der Stadtverordneten zu Berlin befinden.

△ **Berlin,** 11. April. Der erſte allgemeine Unmuth über die Antwort des Königs, die ſelbſt von der Times zweideutig genannt wird, hat ſich hier etwas gelegt. Man begnügt ſich damit, jener Antwort die günſtigſte Auslegung zu geben. Und nach dieſer ſind dadurch blos vierzehn Tage verloren. Gebe Gott, daß dem ſo ſei! Daß die erſte Kammer um den heißen Brei herumgehen würde, das ließ ſich erwarten. In der That hat ſie denn auch die Dringlichkeit des Kuh'ſchen Antrages, eine neue Adreſſe an den König zu erlaſſen, mit 75 Stimmen gegen 38 abgelehnt. Bei der Annahme der Reichsverfaſſung und reſp. Kaiſerkrone ſind ſo manche Bedenken! Deshalb muß die hohe Kammer es ſich verſagen, darüber eine Meinung zu äußern! Nicht wahr, das iſt hohe ſtaatsmänniſche Weisheit? Die hohe Kammer denkt mit Hr. v. Langſalm: „Ich will ſchlafen; denn im Schlafe thut man nichts Böſes." Wenn man auf Menſchen bauen wollte, ſo möchte man zuweilen verzweifeln. Aber man darf auf die Nothwendigkeit rechnen, die in den Dingen ſelbſt liegt. Die Umſtände werden verſchieden erzählt, aber ſoviel ſteht feſt, daß der König noch kurz vorher entſchloſſen war, ſofort anzunehmen. Sein Entſchluß iſt offenbar bloß inſofern abgeändert, als er eine andere ſeiner Meinung nach mehr legitime Form des Anerbietens vorzieht. Hoffentlich zeigen die deutſchen Fürſten, ich will nicht einmal ſagen, ſoviel Vaterlandsliebe, aber wenigſtens ſoviel Klugheit, daß ſie ſich beeilen, die Kaiſerwürde und die davon unzertrennliche Reichsverfaſſung anzuerkennen. Damit entgehen wir neuer endloſer Verwirrung. Der König, welcher öſterreichiſche Huſarenuniform anzog an dem Tage, wo die Reichsgeſandtſchaft in ſeiner Reſidenz war, handelte mehr als ein Huſar, denn als ein König. Die neue Vertagung der hannoverſchen Stände beweiſt deutlich, daß Hof und Miniſterium ſehr wohl die deutſche Geſinnung des Landes kennen. Schon ſehen ſie ſich zum Nachgeben genöthigt. Jener perfide Rathſchlag, die Verfaſſung anzuerkennen, aber nur unter Bedingungen, nämlich der Ausmerzung der mißliebigen Beſtimmungen, iſt ihr letzter ohnmächtiger Anſchlag. Er wird zu Schanden werden, und die Wünſche der Patrioten, die für Deutſchland beten: „Dein Reich komme! werden erfüllt werden."

Berlin, 11. April. Der Staats-Anzeiger enthält eine Aufforderung zur Bewerbung um folgende Preis-Aufgabe:

§. 1. Das Königliche Miniſterium für die landwirthſchaftlichen Angelegenheiten beſtimmt einen Preis von Zweihundert Friedrichsd'or für die

beſte populaire Anleitung zum Betriebe der Landwirthſchaft und einen zweiten Preis (Acceſſit) von Einhundert Friedrichsd'or für die nächſt der gekrönten Schrift preiswürdigſte Arbeit. §. 2. Die Konkurrenzſchriften müſſen die wichtigſten Lehren des Acker- und Wieſenbaues, der Viehzucht und der Wirthſchafts-Einrichtung (Organiſation) nach dem jetzigen Standpunkte der rationell begründeten Praxis, mit beſonderer Berückſichtigung der Verhältniſſe des kleineren, namentlich des bäuerlichen Wirths im preußiſchen Staat, jedoch ohne alle provinzielle Beſchränkung enthalten und in deutſcher Sprache abgefaßt ſein. Die Verfaſſer haben ſich aller eigentlich wiſſenſchaftlichen Erörterungen zu entſchlagen, nichtsdeſtoweniger aber das, was gelehrt oder angerathen wird, überzeugend zu motiviren, Fragliches von Bewährtem ſorgſam zu ſondern und ſich einer einfachen, klaren, aber doch anregenden Sprache zu befleißigen. §. 3. Die Form der Faſſung bleibt den Preisbewerbern überlaſſen. Wünſchenswerth iſt es, daß von wichtigen unbekannteren Geräthen getreue Abbildungen mit Rückſicht auf den praktiſchen Zweck, alſo in beſtimmtem Maßſt.de, gegeben werden. Leſerliche Handſchrift wird zur Bedingung gemacht. Ein beſtimmter Umfang wird nicht verlangt; indeſſen darf dieſer das Maaß von 20 Bogen in groß Oktav nicht überſchreiten. §. 4. Die Konkurrenzſchriften müſſen vor dem 1. Januar 1851 mit der Aufſchrift „Bewerbung um die von dem königlichen Miniſterium für die landwirthſchaftlichen Angelegenheiten ausgeſetzten Preiſe“ an das königliche Landes-Oekonomie-Kollegium eingeſandt werden.

Berlin, 11. April. Die Prinzeſſin von Preußen hat dem Bürgermeiſter Naunyn aus Anlaß des Geburtstages ihres Gemahls 200 Thaler zu Vertheilung unter die hieſigen Armen übermacht. Nach einer uns von guter Hand zukommenden Mittheilung ſoll man ſich nach langen Debatten und Erwägungen nunmehr dahin beſtimmt haben, den Steuerverweigerungsprozeß nur gegen 9 Mitglieder der ehemaligen Nationalverſammlung aufzunehmen. Der hier noch weilende däniſche Bevollmächtigte, Herr v. Pleſſen, hat gleich nach dem Eintreffen der Nachricht von dem Verluſte der beiden däniſchen Kriegsſchiffe Berlin in großer Aufregung verlaſſen. Die Bezirksvorſteher haben heute im Auftrag des Magiſtrats die Namen ſämmtlicher Bürger zur Bürgerwehrpflicht geſetzlich verbundener Perſonen aufzunehmen. Es iſt indeß hieraus auf keine ſchnellere Wiederherſtellung der Bürgerwehr ein Schluß zu machen, da gleichzeitig auf die Petitionen an die Staatsbehörden, die Reorganiſation bis nach der Reviſion der Verfaſſung und Emanirung der Gemeindeordnung verſchieben zu dürfen, ihren Gang geben. Trotz der drückenden Zeiten hat es ein hieſiger unternehmender Kaufmann, Herr Gerſon, gewagt, mit dem heutigen Tage hier ein Luxus-Artikel- und Modewaaren-Geſchäft zu eröffnen, wie es den großartigſten Etabliſſements in Paris und London völlig zur Seite geſtellt werden kann. Das Geſchäft nimmt ein großes neu erbautes Haus völlig ein und iſt inwendig mit graziöſer Eleganz und Verſchwendung ausgeſtattet. So befindet ſich z. B. ein dunkles Zimmer darin, in welchem den ganzen Tag hindurch Gas brennt, um jeder Zeit probiren zu können, wie ſich Stoffe bei Licht ausnehmen. Das Lokal iſt dem Publikum heute noch geſchloſſen, da der Unternehmer den ganzen Hof zur Beſichtigung eingeladen hat. Deſto mehr Neugierige ſtehen auf der Straße. (A. Z. C.)

⁑ **Poſen,** 10. April. Die Berliner polniſchen Deputirten haben es in der Kaiſerfrage endlich einmal ihren Mandanten ganz recht gemacht. „Nach langem Hin- und Hertappen,“ ſagte die Gazeta, „ſind unſere Vertreter würdig, einig und konſequent verfahren, denn ſie haben von Anfang bis zu Ende ihre Stimmen einer Frankfurter Angelegenheit ganz und gar entzogen. Es wäre auch eine moraliſche und politiſche Entwürdigung geweſen, wenn ſich die Polen (bei der Adreſſe an den König um Annahme der Kaiſerkrone) ſchmählicher Weiſe zur Vollziehung der Beſchlüſſe deſſelben Parlamentes hätten mißbrauchen laſſen, welches zum Vortheile des neuen Kaiſerthums das polniſche Land und den polniſchen Namen verletzt. Es gehörte übrigens nicht viel politiſcher Takt dazu, diesmal den richtigen Weg zu gehen. Die Linke war freilich böſe, denn wenn die Polen mit ihr geſtimmt hätten, wären ihre Verbeſſerungsanträge in der 2. Kammer ſchwerlich durchgegangen. Deſto beſſer! jetzt hat ſie den Werth der polniſchen Fraktion kennen gelernt!“ Daſſelbe Blatt theilt übrigens die polniſchen Abgeordneten in Berlin in „Stimmende“ „Nichtſtimmende,“ Stumme (die gar keinen Laut von ſich geben) und „Nichtſagende,“ und polemiſirt ſehr heftig gegen Einige derſelben.

Ueber die preußiſche Politik äußern ſich die polniſchen Organe dahin: „Preußen hat ſich nach zwei Seiten hin ſichergeſtellt. In dem Vereinbarungsprinzip hat es ſich ein ehrenvolles Hinterpförtchen offen gelaſſen, durch welches es entſchlüpfen kann, im Falle die vom Könige im März v. J. proklamirte deutſche Einheit nicht in ſeinem und der ihm befreundeten Fürſten Sinne zu Stande kommt. Wiederum aber geſtattet ihm der projektirte engere Bundesſtaat, ſich mit befreundeten Regierungen gegen feindliche zu verbünden, wenn aus ſolchem Bunde Vortheile entſpringen könnten. Man ſieht, der Plan iſt nicht übel. In dem Rechenexempel ſelbſt iſt aber Oeſterreich ein ſtörender Faktor. Das deutſche Parlament hatte nur die deutſchöſterreichiſchen Lande in den Bundesſtaat aufnehmen wollen. Dies genügte ihnen, und wir wiſſen es ja, haben die Deutſchen einen auch nur fußbreiten Stützpunkt, ſo bilden ſie mit ihrem „Fleiß,“ ihrer „Ausdauer,“ mit Werkſtätten und ihrem Pflug das Slavenland in ein Paradies, oder mindeſtens in eine deutſche Satrapie um. Das wollten die Parlamenter.

Münſter, 6. April. Geſtern Abend wurden durch Beſchluß des ſeit dem 1. d. hier fungirenden Staatsanwalts Sethe die letzten noch im hieſigen Zuchthauſe detinirten Mitglieder des weſtphäliſchen Kongreſſes: Jacobi, Hamacher, Reinhard, Referendarien; v. Schmitz, Kanonikus; Graumann, Apotheker; v. Mirbach, Ingenieur, einſtweilen ihrer Haft entlaſſen. Die Juſtizreform konnte ſich nicht beſſer, als durch dieſe ſchon lange erwartete Befreiung, empfehlen, deren Kunde die ganze Stadt mit Freude erfüllt. (Weſ. Z.)

München, 9. April. Nach einer Mittheilung in der Leipz. Z. hätte die bairiſche Regierung gegenüber der preußiſchen Circularnote bereits ihren Entſchluß gefaßt und ſtütze ſich hier wie bei Nichtanerkennung der Grundrechte, auf die Landesverfaſſung. Ohne Zuziehung und Beirath der Stände könne ſie in Nichts willigen, müſſe alſo ſchon darum, ganz abgeſehen von den von ihr ſchon früher geltend gemachten Gründen, auf ihrer Proteſtation gegen das Erbkaiſerthum, gegen das preußiſche insbeſondere, beſtehen, und gegen die Conſtituirung Deutſchlands ohne Zuziehung Oeſterreichs feierlich proteſtiren, unter Vorbehalt all ihrer Souveränetätsrechte. Dieſelbe Quelle verſichert, auch in Stuttgart habe man ſich neuerdings enger mit Wien und München geeinigt.

* **München,** 10. April. Baieriſchen Blättern zufolge wurde in Fürſtenfeldbruck bei der Neuwahl für die verfaſſunggebende Reichsverſammlung Oberſtlieutenant v. Xylander in Frankfurt gewählt. Die D. k. Z. bittet alle „gleichgeſinnten“ Zeitungen die Warnung für Hrn. Fenneberg aufzunehmen, daß, wie ſie verſichern könne, „die baieriſche Dienſtfertigkeit bereits ihre Krallen nach ihm ausſtrecke,“ indem durch die öſterreichiſchen Geſandten der von der öſterreichiſchen Regierung auf ihn ausgeſetzte Preis von 1000 Fl. W. W. „auch in ſolchen Landen, deren thätiger Beihülfe zur Verfolgung politiſcher Flüchtlinge ſich wohl zu verſehen iſt, an den Mann gebracht worden.“

0 **München,** 11. April. Es unterliegt wohl keinem Zweifel mehr, daß die Vertagung des Landtags nicht noch einmal erneuert wird, die Berathung des Budgets drängt und ſo wird denn die Kammer am Ende der nächſten Woche wieder zuſammentreten. Die Abgeordnetenkammer wird vier neue Mitglieder zählen, da außer den zwei neugewählten in der Rheinpfalz, Kulmann und Tafel, für den während der Vertagung verſtorbenen oberſchwäbiſchen Abgeordneten Balzer der Erſatzmann eintreten wird und endlich auch für den Abgeordneten Schüler, der, brieflichen Mittheilungen zufolge wegen Kränklichkeit ſeinen Platz im Ständeſaal zum allgemeinen Bedauern nicht mehr einnehmen wird, eine neue Wahl ſtattfinden dürfte. Sollte bis dahin die verfaſſunggebende Reichsverſammlung ihre Aufgabe noch nicht beendigt haben, ſo wird man wohl die Abgeordneten der baieriſchen Kammer, welche zugleich jener angehören inſolange Urlaub gewähren, bis in Frankfurt die Entſcheidungsſchlacht geſchlagen iſt, und bis dahin auch alle wichtigen Berathungen der dieſſeitigen Kammer aufſchieben. Die Nachrichten, die geſtern zu gleicher Zeit vom Kriegsſchauplatze in Schleswig und dem in Ungarn einliefen, haben hier eine freudige Senſation erregt und man wurde thatſächlich wieder an die bewegten Zeiten des vergangenen Jahres erinnert, wo die neueſten Blätter vom Stuhle oder Tiſche herab den aufgeregten Zuhörern von Vorleſern mitgetheilt wurden.

Eine Niederlage des Fürſten Windiſchgrätz iſt immer zugleich eine Niederlage unſerer ſeit der Schlacht bei Novara wieder ſehr übermüthig gewordenen Kamarilla, die einem allgemein verbreiteten Gerüchte zufolge, ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß mit dem Olmützer Hofe abgeſchloſſen haben ſoll. Wiederum wird der Name Aretin genannt, der mit der Botſchaft des Abſchluſſes

nach Wien abgereiſt ſein ſoll. Der ruſſiſche Geſandte, Severin, ſoll beſonders thätig geweſen ſein, um dieſen Fürſtenbund ins Leben zu rufen. Die Bedingungen, aber welche dieſem Vertrage zu Grunde liegen ſollen, ſind ſo widerſinnig, daß nur deßhalb das Beſtehen des Bündniſſes bezweifelt wird und ich Anſtand nehme, ſie mitzutheilen. Unſere hohe Ariſtokratie iſt durch das Benehmen des Königs von Preußen durchaus noch nicht zufrieden geſtellt; ihrer Meinung nach, — und ſie hat den Muth denſelben offen auszuſprechen, — hätte Friedrich Wilhelm die Deputation der verfaſſunggebenden Verſammlung gar nicht empfangen ſollen. So äußerten ſich wenigſtens Manche vor der Ankunft der neueſten Nachrichten, jetzt werden ſie wieder ſchweigſamer werden.

Würzburg, 5. Adril. Die Remonſtration des akademiſchen Senats gegen die Anſtellung des Profeſſors Phillips iſt vom Miniſterium zurückgewieſen worden. (W. Abdbl.)

Hannover, 7. April. Die Redaktion der hieſigen „Zeitung für Norddeutſchland“ (früher „Bremer Zeitung“) iſt wegen eines Artikels, in welchem das Benehmen und der Gang der Politik unſeres Minoritäts-Miniſteriums, des vielgeprieſenen Miniſteriums Bennigſen-Stüve, geſchildert worden war, von unſerm Stadtgerichte, alſo in erſter Inſtanz, zu ſechswöchentlicher Gefängnißſtrafe, ſowie zur Tragung der Unterſuchungskoſten verurtheilt worden. Die bei dem Stadtgerichte wider die Redaktion der genannten Zeitung eingereichte Denunciation war von Hrn. Stüve (nicht Hr. von Stüve, wie in einem meiner letzten Briefe in Ihrer Zeitung gedruckt worden iſt, vielleicht erhält aber Hr. Stüve bald den Adel) eigenhändig unterzeichnet.

Hannover, 11. April. Das Miniſterium hat den Muth, ſeine Politik im offenen Widerſpruche gegen die Stimme des Landes weiter zu führen. Einſtweilen ſind die Stände auf weitere drei Wochen, bis zum 3. Mai vertagt worden, da die Ungewißheit über die in der deutſchen Verfaſſung liegende Grundlage der geſammten Staatsverhältniſſe noch fortdauere. Verfaſſungsmäßig gibt es kein Mittel gegen dieſe verlängerte, im ganzen Lande mit dem bitterſten Unwillen aufgenommene Vertagung, als das Petitionsrecht. Von dieſem wollen die Vertreter des Landes, die ſich ſeit geſtern hier, trotz der Vertagung, auf Einladung hieſiger Ständemitglieder wieder einfinden, nachdrücklich Gebrauch machen. Die Stimmung des Landes drängt zu dieſem Schritte und die öffentliche Meinung ſcheint entſchloſſen, den Wünſchen der Ständemitglieder Nachdruck zu geben. Andrerſeits wird mit unglaublicher Energie, aber mit unglaublich wenig Erfolg für das Miniſterium agitirt. Geiſtliche predigen von den Kanzeln gegen die gottesläſterlichen Grundrechte und gegen die meuteriſche Oppoſition, die den König von Preußen zum Kaiſer machen wolle, deſſen Vater dem Vater unſers greiſen Königs ſchon einmal Land und Leute genommen. Die Bauern lachen über den fanatiſchen Eifer dieſer Geiſtlichen, die Ort und Zeit verkennen, wenn ſie meinen, den alten Haß gegen Preußen und neuen gegen Deutſchland erwecken zu können. Unſer Volk iſt in ſeinem edelſten Kerne der deutſchen Sache mit Leib und Seele ergeben und darum iſt die Stimmung gegen das Miniſterium ſo unverſöhnlich bitter. — Das ſcheint endlich auch der Redakteur der hannoverſchen Zeitung einzuſehen, der von Emden aus der Schulſtube vor einem halben Jahre hierher berufen wurde, um das Miniſterium gegen die ganze Preſſe des Landes zu apologiſiren. Jetzt ſehnt er ſich, nachdem er in monatelangem Kampfe die öffentliche Meinung nur noch mehr gegen die Regierung empört hat, nach ſeiner Schulſtube zurück; allein die Emdener weigern ſich, ihn wieder zu nehmen. — Die deutſche Wechſelordnung, an deren Ausarbeitung der hannoverſche Finanzminiſter Lehzen ſeiner Zeit mitgewirkt hat, iſt geſtern in Hannover publizirt worden und zwar unter Bezugnahme auf einen §. der Verfaſſung, wornach außerordentliche, ihrer Natur nach der ſtändiſchen Zuſtimmung bedürfende, aber durch das Staatswohl, die Sicherheit des Landes oder die Erhaltung der ernſtlich bedrohten Ordnung dringend gebotne geſetzliche Verfügungen, deren Zweck durch Verzögerung vereitelt werden würde, vom Könige allein ausgehen. Bei etwas gutem Willen hätten vermöge dieſes Paragraphen der Verfaſſung auch die Grundrechte publizirt werden können, an denen freilich kein hannoverſcher Miniſter mitgearbeitet hat. ⩦

Emden. In der Verſammlung des hieſigen vaterländiſchen Vereins am 5. d. M. wurde einſtimmig beſchloſſen: „Sr. Maj. dem Könige und dem Geſammtminiſterium die Bitte vorzutragen, daß beide ihren ganzen Einfluß verwenden möchten, damit die Krone Preußens den ihr gewordenen Beruf als deutſches Oberhaupt unbedingt annehme.“ Ferner wurde der Antrag, die deutſche Reichsverſammlung zu Frankfurt zu erſuchen, den Abgeordneten aus Oeſterreich bei den ferneren Beſchlüſſen, betreffend die Einheit Deutſchlands und die deutſche Reichsverfaſſung, eine entſcheidende Theilnahme nicht ferner zu geſtatten, auch zur Beſchlußnahme über dieſe Angelegenheit die Genannten nicht zuzulaſſen, einſtimmig angenommen. (W. Z.)

Heidelberg, 12. April. Die auf geſtern wiederholt anberaumte Wahl eines Abgeordneten unſerer Stadt zur zweiten badiſchen Kammer wurde abermals von den Wahlmännern abgelehnt. (M. Abdz.)

Weimar, 8. April. Dr. Stockmann, bekanntlich der Führer des Bibraiſchen Aufſtandes, iſt zu einjähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt und wurde vor einigen Tagen auf der Eiſenbahn von Erfurt nach Magdeburg abgeführt. Einer unſerer politiſchen Gefangenen, Kandidat Rothe, hat ſeine Strafzeit überſtanden und iſt geſtern aus dem hieſigen Kriminalgefängniß entlaſſen worden. (Fr. Z.)

Wiesbaden, 12. April. Das Stück 10 des Reichsgeſetzblattes, welches die Aufhebung der Spielbanken verfügt, hat nun bei uns Geſetzeskraft erlangt. (F. J.)

Schwerin, 8. April. Se. K. H. der Großherzog iſt geſtern nach Berlin abgereiſet und wird morgen von dorther zurückerwartet.

Mit Recht iſt es aufgefallen, daß die mecklenburgiſche Abgeordneten-Kammer, nachdem ſie doch in einer früheren Sitzung ſich für Verleihung der deutſchen Kaiſerkrone an den König von Preußen ausgeſprochen, nicht nach dem Beiſpiele anderer Kammern ihre Wünſche in dieſer Beziehung in einer Adreſſe an Se. Maj. zu erkennen gegeben hat. Zu erklären iſt dieſe Inconſequenz wohl nur dadurch, daß ein großer Theil der Rechten, von welcher freilich ein derartiger Antrag nur ausgehen konnte, den beiden letzten Sitzungen nicht mehr beiwohnte, und die Linke, ihren Vortheil benutzend, vom Verfaſſungsgeſetze ſo viel Paragraphen zu berathen bemüht war, als dieſes in der Kürze der Zeit ſich irgend wollte machen laſſen. So iſt es denn gekommen, daß der Abſchnitt II. (von der vollziehenden Gewalt) des Verfaſſungsgeſetzes wieder einen argen Anſtrich von Demokratie erhalten hat, während doch in der letzten Hälfte des Abſchnittes I. (von der geſetzgebenden Gewalt) mehr das monarchiſche Element die Oberhand genommen hatte. Mit dem Agrargeſetze in der Taſche, wie die Linke es wollte, iſt nun zwar keiner der Abgeordneten in die Oſtern gereiſet; doch läßt ſich mit ziemlicher Gewißheit annehmen, daß der intendirten Tagelöhner-Beglückung à la Proudhon zu Pfingſten auf dem Eiſe keine Hinderniſſe mehr entgegenſtehen werde. (H. C.)

N.C. Schleswig-Holſtein. Ein Privatſchreiben aus Alſen berichtet, daß dort das 13. Infanteriebataillon, welches aus geborenen Schleswigern früher rekrutirt wurde, ſich geweigert hat zu marſchiren, und daß, als in Folge deſſen man demſelben eine anderweitige Verwendung verſprochen.

Großbritannien.

* **London**, 10. April. Die „M. Poſt“ meldet, daß der Graf und die Gräfin von Neuilly, in Begleitung des Herzogs und der Herzogin von Nemours, wie des Herzogs und der Herzogin von Aumale der Königin Witwe im Malborough-Houſe am 8. April einen Beſuch abſtatteten. (Die Nachricht deutſcher Blätter, daß in dieſen Tagen der Herzog von Aumale zu einem Beſuche bei ſeiner Schwägerin, der Herzogin von Orleans in Eiſenach eingetroffen ſei, ſcheint hiernach auf einem Irrthum zu beruhen).

Der „Standard“ bemerkt: Die Nachrichten von dem weiteren Fortrücken der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit haben in der City ziemlich viel Aufregung zur Folge gehabt. Die Verluſte, welche die Dänen gerade in derjenigen Waffengattung erlitten, worin ihre Hauptſtärke beſteht, haben eher dazu gedient, den Eindruck hervorzubringen, als ſei die von dem däniſchen Befehlshaber gezeigte Manövrirkunſt zur See keine ſehr bedeutende. Man ſcheint inzwiſchen des Glaubens zu ſein, daß der Krieg keine ſehr lange Dauer haben werde, in welchem Falle die Unterbrechung unſeres Frühjahrhandels ſehr wahrſcheinlich durch die geſteigerte Zunahme unſeres Handels in einer ſpätern Jahreszeit

bis zu einem gewiſſen Grade ausgewogen werden wird. Läſtige Umſtändlichkeiten und Verluſte ſind allerdings bereits die Folge der wiedereröffneten Feindſeligkeiten geweſen, indem mehrere Schiffe, die nach dem Norden beſtimmt waren, ſich genöthigt ſahen, auf ihrer Fahrt den Kanal abwärts im Hafen anzulegen, um nicht gekapert zu werden.“ Der „Globe“ bemerkt, daß die Nachrichten aus Mancheſter günſtiger lauten würden, wenn nicht die deutſchen Angelegenheiten ein gar ſo ungeordnetes Ausſehen hätten.

Der „Spectator“ wirft auf Anlaß der Oſterferien einen Rückblick auf die letzten Parlamentsarbeiten und einen Blick nach vorwärts auf die Lage des Miniſteriums. Man habe wenig ausgerichtet, meint der Spectator, und das Miniſterium ſo gut wie gar nichts. Die vom Handelsminiſter ſelbſt verſtümmelte und grob geflickte große Maßregel, betreffend die Abänderung der Schifffahrtsgeſetze, habe ſogar im Hauſe der Gemeinen einen ſchweren Stand, wie nun erſt im Hauſe der Lords! Die Kolonialpolitik des Grafen Grey unterliege, wenigſtens in Bezug auf zwei Kolonien wo nicht mehr, der Unterſuchung eines dazu beſonders niedergeſetzten Ausſchuſſes; die von Ruſſell vorgeſchlagene Hilfsarmenſteuer für Irland erſcheine als ſehr gering neben dem großen iriſchen Koloniſationsplan Peels, der allein eines Staatsmannes würdig ſei. Der Spectator hätte hier noch an den Ruſſell'ſchen Vorſchlag wegen Abänderung des Parlamentseids denken ſollen, welcher nun auch auf der Himmel weiß wie lange vertagt zu ſein ſcheint, ſo daß Baron Lionel Rothſchild, trotz der beſonderen Fürſprache des Premierminiſters, noch immer an der Pforte des Unterhauſes ſteht, ohne Einlaß zu finden. Aber der Spectator bemerkt zugleich, daß auch die Führer der einzelnen Parteien keine glänzenden Geſchäfte gemacht. Cobdens Zehnmillionen-Erſparungsplan, dieſes ſogenannte Nationalbudget, ſei faſt vergeſſen, und Diſraelis Vorſchlag, daß die Hälfte der Abgaben, welche auf dem Grundbeſitz hafteten, aus dem konſolitirten Fonds beſtritten werden ſollten, habe ſeine Anhänger nicht befriedigt und ſeine Gegner nicht beunruhigt. Bleibe noch Peel übrig, dem es jedoch nur darauf ankomme, zwiſchen den Parteien die Balance zu halten. Der Spectator erwähnt nun des Gerüchts, daß, wie es heiße, Lord Stanley nicht übel Luſt haben ſolle, wie er allerdings dazu die Macht habe, die Premierſchaft zu übernehmen, in dieſem Falle das Parlament aufzulöſen, neue allgemeine Wahlen zu veranſtalten, und um faſt alle Klaſſen zu befriedigen, die Acciſe abzuſchaffen! Wodurch aber den Ausfall wieder herſtellen? Durch eine vermehrte Einkommenſteuer? Nein, wenn Lord Stanley nur eine Woche im Amte bleiben wolle; vielleicht eher durch eine Vermehrung der Zölle.

* **London**, 11. April. Die große Betrübniß der „Times“ über das den Dänen bei Eckernförde widerfahrene Mißgeſchick macht ſich in der heutigen Nr. in einem Stoßſeufzer Luft, der ſo lange anhält, wie einer ihrer gewöhnlichen leitenden Artikel. „Der traurige Vorfall“, ſagt ſie, „welcher das däniſche Geſchwader gleich beim Beginn des Feldzugs betroffen hat, hat verdientermaßen in unſerm Lande das tiefſte Bedauern erregt, da wir gewohnt waren, die baltiſchen Seeleute an Geſchicklichkeit und Tapferkeit gleich für die zweiten nach den unſerigen zu halten.“ Die „Times“ meint, die Einzelnheiten über dieſen Vorfall, welche ſie erſt aus deutſchen Blättern erfahren zu haben verſichert, erſchienen faſt unglaublich; doch ſeien ſie zu umſtändlich beſchrieben und das Ergebniß in zu beſtimmter Form gemeldet, als daß man über die Art des Ereigniſſes noch länger im Zweifel ſein könne. Folgt nun eine ziemlich genaue Beſchreibung des Meerbuſens und der örtlichen Lage von Eckernförde, eine kurze Darſtellung des Hergangs und ſodann eine Kritik des däniſchen Unternehmens und der Führung deſſelben durch die däniſchen Befehlshaber. Indeß enthält dieſe Kritik gerade nichts Neues; die „Times“ findet es in hohem Grade ungeſchickt, daß man ein Schiff von 84 Kanonen in einen engen Meerbuſen gezwängt habe, während der Wind gegen die Küſte blies und für ein ſolches Schiff der Buſen an jener Stelle nicht gehörige Tiefe hatte. Dies findet auch jeder Laie unter uns Waſſerratten eben ſo unbegreiflich. Die Times erinnert weiter an frühere Kämpfe zwiſchen Kriegsſchiffen und Landbatterien oder befeſtigten Stellungen, an Lord Exmouths Angriff auf Algier, Admiral Baudins Einnahme von San Juan d'Ulloa, Sir R. Stopfords Einnahme von Acre, des Prinzen von Joinville Beſchießung von Mogador, aber auch an Wellingtons Bemerkung, daß dies nicht die richtige Verwendung der Seewaffe ſei. Schiffe ſeien nur von Holz. Allerdings ſeien jene berühmten Unternehmungen gelungen, aber ſie hätten auch, mit größter Gefahr für die Angreifenden, fehlſchlagen können, wie jetzt dieſelbe Unternehmung den Dänen zu ihrem empfindlichen Schaden fehlgeſchlagen ſei. Dieſes Ereigniß, meint die „Times,“ werde leider von ganz Deutſchland ſehr verkehrt als eine Art Seeſieg begrüßt werden, und doch habe es mit einem ſolchen keine größere Aehnlichkeit, als die Tödtung eines Löwen in einer Fallgrube mit deſſen Erlegung in offenem Felde, oder die Abſchlachtung eines an den Küſten von Suffolk geſtrandeten Wallfiſches mit der Harpunirung eines Leviathan im Eismeer. (Dieſer Vergleich hinkt nicht auf einem, ſondern auf beiden Füßen; der Löwe in der Fallgrube und der geſtrandete Wallfiſch können ſich z. B. nicht zur Wehre ſetzen, und wenn die Deutſchen nicht ſo gut geſchoſſen hätten, möchte es den Dänen wohl gelungen ſein, aus ihrer allerdings ſchwierigen Lage ſich zu befreien). Neid und Eiferſucht auf die Stellung, welche die ſkandinaviſchen Völker zur See einnehmen, hätten ja vor allem die Deutſchen zu dieſem verabſcheuungswürdigen Krieg (mit welchem Beiwort ſoll man dann die Beſchießung Kopenhagens durch die Engländer, welche freilich von der Times unter den obigen Beiſpielen von Flottenkämpfen gegen Befeſtigungen nicht genannt wurde, und die Kaperung der däniſchen Flotte im Jahr 1807 bezeichnen!) geſtachelt, und es ſei zu erwarten, daß die teutoniſche Aufregung jetzt in ein glühendes Fieber ausarten werde. Andererſeits würden die Dänen aus Erbitterung, daß ſie gerade auf dem Element, auf dem ſie Herr zu ſein glaubten, einen ſolchen Fehlſchlag erlitten, den Krieg bis auf's Aeußerſte fortſetzen. (?)

Frankreich.

* **Paris**, 11. April. Die Nationalverſammlung hatte geſtern die Verkündigung des Ergebniſſes der Staatsrathswahl auf heute verſchoben. Deſſenungeachtet ſtanden heute Morgen die Namen der Gewählten in den Journalen. Hr. Parree, Eigenthümer des Siecle, einer der Skrutatoren, hatte dieſe Indiskretion begangen. Der Präſident verweiſt ihm dieſelbe beim Beginn der Sitzung. Hierauf verlieſt er das Wahlergebniß; nur 20 Perſonen haben erforderliche abſolute Majorität der Abſtimmenden erhalten: Sie ſind Vivien, Boulatignier, Cormenin, Sturm, Simon, Rivet, Gaulthier de Rumilly, Landrin, Boudet, Havin, Macarel, Jouvencel, Bethmont, Marchand, Maillard, Carteret, Darricau, Boulay, Paravey, Bouchene. Nur die erſten zehn ſind Mitglieder der Nationalverſammlung. Zu den bekannten politiſchen Perſonen gehören die früheren Miniſter Vivien, Bethmont, Verninac, die Volksvertreter Cormenin und Beynaud. Eine große Anzahl ſind Staatsräthe und Beamte des alten Regiments. Man kann ſagen, daß die philippiſtiſch-royaliſtiſche Panter eine enorme Majorität in dem neuen Staatsrath erlangt hat.

Nach dieſer Verkündigung interpellirt Ledru Rollin das Miniſterium. Die Regierung habe den Polizeibeamten befohlen, den Wahlvereinen beizuwohnen und Bericht über die abgelegten Glaubensbekenntniſſe der Kandidaten zu erſtatten. Er lade den Miniſter daher ein, zu erklären, mit welchem Rechte die Polizeibeamten dieſen Wahlvereinen beiwohnen und welche Inſtruktionen der Miniſter hierüber ſeinen Untergebenen habe zukommen laſſen. Leon Faucher behauptet, in Folge des Geſetzes vom Jahr 1790 habe die Regierung das Recht, die öffentlichen Zuſammenkünfte zu überwachen und er habe den Präfekten den Befehl gegeben, darauf zu halten, daß dieſe Wahlvorbereitungen nicht als Vorwand zu Klubs genommen würden. Er habe durchaus keinen Bericht über die abgelegten Glaubensbekenntniſſe verlangt, ſie würden ohnehin durch den Druck veröffentlicht. Der Miniſter verlieſt einige Auszüge aus den Polizeiberichten, wornach in dieſen ſogenannten Wahlvereinen unter Anderem folgende Meinungen ausgeſprochen wurden: „Der Aufſtand iſt eine Pflicht gegen die Unterdrückung der Regierung“. — „Unſere Gegner müſſen ſammt und ſonders ausgerottet werden“. Der Miniſter endet mit den Worten, daß die jetzige Regierung die erſte Regierung in Frankreich ſeie, die mit Ruhm und ohne Einmiſchung von ihrer Seite das Wahlergebniß abwarte. Ledru-Rollin: der Miniſter antwortet auf eine Rechtsfrage durch Thatſachen, die er ich weiß nicht in welchem Winkel zuſammengeſucht hat (lange Unterbrechung). Der Redner lieſt einen Artikel eines von Granier de Caſſaignac redigirten Journals, der darauf abzielt, daß man die ſocialen Theorien nicht diskutiren ſondern gewaltſam

unterdrücken müſſe. Die vom Miniſter angeführten Sätze ſeien nur eine Antwort auf dieſe vom Miniſterium nicht gerügten Artikel. Die Intervention der Polizeibeamten in den Wahlvereinen iſt nur eine preventive Cenſur. Der Redner ſucht zu beweiſen, daß das Geſetz von 1790, wie ſchon am 22. Februar 1848 ausgeführt worden, nicht hierbei angewendet werden könne, indem ein ſpäteres Dekret der (erſten) Nationalverſammlung die politiſchen Vereine förmlich ausgenommen habe. Man entgegne, daß die Frage heute nicht dieſelbe wie am 22. Febr. 1848 ſei, damals habe die Regierung das Recht des Verbots für ſich in Anſpruch genommen, jetzt verlange ſie blos das Recht der Beaufſichtigung. Dieſes ſei aber nur ein ärmliches Wortſpiel. Die Reſtauration ſogar iſt nicht ſo weit gegangen. Hier unterbricht ein furchtbarer Tumult den Redner. **Coquerel** ruft vom Platze: „die Verſammlung iſt mit einem Vorfall, der ſich eben ereignete, ſo beſchäftigt, daß ſie Ihrer Rede keine Aufmerkſamkeit ſchenken kann. Der Neffe Raspail's hat nämlich ſeinem Kollegen Point, welcher im Prozeß von Bourges ein falſches Zeugniß gegen den Oheim ablegte, im Vorſaale der Verſammlung nicht geringeres als ein Paar Ohrfeigen gegeben." Die Abgeordneten verlaſſen ihre Bänke und die Sitzung bleibt eine halbe Stunde unterbrochen. Bei Wiederaufnahme derſelben drückt ſich der Präſident folgendermaßen aus: Ich würde dem mir zugeſtandenen Rechte zufolge, den bedauernswerthen Vorfall disciplinariſch unterſucht haben, wenn ich nicht ſoeben ein Requiſitorium des Generalprokurators erhalten hätte. Marraſt verlieſt hierauf dieſes Requiſitorium des Hrn. Bauche, worin derſelbe die Verſammlung auffordert, ihn zur gerichtlichen Belangung des Hrn. Eugene Raspail zu ermächtigen. **Flocon** verlangt, daß dieſes Anſinnen den Bureaus zur Begutachtung zugewieſen werde. **Lebreton** widerſetzt ſich dieſem Antrage, da man, zur Ehre des franzöſiſchen Namens ſofort auf das Requiſitorium eingehen müſſe. Es wird über den Antrag Flocon's durch Zettel abgeſtimmt und derſelbe mit 379 gegen 284 Stimmen verworfen. Auf Einladung des Hrn. Joly verlieſt der Präſident den Polizeibericht über den Vorfall: es geht daraus hervor, daß E. Raspail den Hrn. Point barſch fragte: warum ſehen Sie mich mit Ihrem Opernglaſe an? Point antwortete: ich ſehe in die Tribünen und nicht auf Sie, worauf ſich Raspail zu Thätlichkeiten hinreißen ließ. Raspail und Point geben freilich Erklärungen, die an dem ebengegebenen Thatbeſtand Nichts ändern. Links: zur Tagesordnung! Es wird mit großer Stimmenmehrheit verworfen. Dieſelbe bedeutende Majorität ſpricht ſich hierauf zur Ermächtigung der gerichtlichen Verfolgung aus. Buvignier: Sagen Sie dem Generalprokurator aber, daß er Hrn. Raspail nun beim Kragen nehme. (Zur Ordnung!) Präſident ruft Buvignier zur Ordnung. Nach dieſem Zwiſchenfall beſteigt Ledru-Rollin die Tribune und erklärt, daß er die Erwiederung, die ihm das Miniſterium zu machen habe, erwarte. Odilon-Barrot erwiedert: die Regierung habe das Recht, ſo gut wie jedes Individuum ihre Agenten allen Vereinen an öffentlichen Orten beiwohnen zu laſſen; im entgegengeſetzten Falle wäre ja das Geſetz über die Klubs ganz illuſoriſch, da alle Klubs den Namen von Wahlvereinen annehmen würden. Im gegenwärtigen Augenblick wäre dieſe Ueberwachung um ſo nothwendiger, als die Klubs jetzt in ganz Frankreich die Kontrolle der Polizei auf alle Weiſe zu umgehen ſuchten. Nach noch einigen Bemerkungen von **Ledru Rollin** und **Th. Bac** wird die Verhandlung geſchloſſen. **Ledru Rollin** hat eine motivirte Tagesordnung vorgeſchlagen, und an derer Seite iſt die einfache verlangt worden. Die letztere wird mit 409 gegen 261 Stimmen angenommen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Krakau, 7. April. Der Sicherheitsausſchuß macht bekannt, die Militärbehörde habe neuerdings angeordnet, daß die Patrouillen, ſobald die in den Straßen verſammelten Menſchenhaufen der Aufforderung der Offiziere zum Auseinandergehen nicht genügten, ſofort von ihrer Schießwaffe Gebrauch machen ſollten. (Gaz. K.)

Italien.

* Die Ereigniſſe in **Genua** bis zum 6. haben wir bereits mitgetheilt. Die Flucht der proviſoriſchen Regierung auf ein franzöſiſches Schiff und der Abſchluß eines 48ſtündigen Waffenſtillſtandes zwiſchen der Munizipalität und La Marmora werden beſtätigt. Ueber den Erfolg der nach Turin geſandten Deputation iſt noch Nichts bekannt. Die Bank von Genua hat 5 Millionen an Bord einer engliſchen Brigg geflüchtet, um ſie vor der Raubſucht der Inſurgenten zu ſichern.

Auch aus **Turin** iſt nichts Neues. Man eröffnete eine Subſciption für die unglücklichen Bewohner in Brescia.

Der Herzog von **Modena**, Franz V., iſt am 31. März wieder in ſeine Hauptſtadt eingezogen.

Privatnachrichten aus **Rom** melden, daß die Kommunikation an der Grenze von Neapel gänzlich unterbrochen iſt. Die Brüder des Kardinals Antonelli ſind verhaftet worden. Sie ſollen als Geißeln dienen, um die Herausgabe des Oberſtlieutenants Amadei von der neapolitaniſchen Regierung zu erzwingen.

Venedig wird ſtreng blokirt, ſeitdem die ſardiniſche Flotte den Befehl erhalten hat, das adriatiſche Meer zu verlaſſen. Die öſterreichiſche Regierung hat in Ermangelung von hinreichenden Kriegsfahrzeugen Handelsſchiffe bewaffnen und bemannen laſſen.

Dänemark.

Kopenhagen, 8. April. Geſtern Mittag erhielten wir durch das Dampfſchiff Ophelia die ſchreckliche Nachricht von der Schlacht bei Eckernförde. Anfangs hieß es nur ganz kurz: „Chriſtian VIII. iſt in die Luft geflogen", und weil man gar keine Auskunft über Ort oder Zeit geben konnte, wurde dieſes Gerücht mit einem mitleidigen Lächeln als ein ſchlechter Scherz aufgenommen. Bald aber ward dieſes Gerücht zur ſchrecklichen Gewißheit. Der Kapitän Södering von der Ophelia hatte Depeſchen des Kommodore Garde an den Marineminiſter gebracht, und bald ging es wie ein Lauffeuer durch die ganze Stadt: Chriſtian VIII. iſt verbrannt, Gefion von den Deutſchen genommen, und nur mit Mühe ſind Hekla und Geyſer entkommen! Wir wollen es nicht läugnen, der erſte Eindruck war ein tief niederſchlagender. Gerade vor acht Tagen hatten wir das ſchöne Linienſchiff unter donnernden Salutſchüſſen abſegeln geſehen. Mit freudigem Stolze hatten wir die Flotte, unſere ſchützenden Holzmauern, bewundert, und jetzt waren unſere beiden beſten Schiffe nur Trümmer! Hätte uns die Nachricht nicht niederbeugen können, wären wir mehr als Menſchen geweſen! Die in der officiellen Mittheilung enthaltene Nachricht, daß man ſofort neue Rüſtungen aufgeboten habe, erhob wieder den geſunkenen Muth, und die ängſtliche Beſorgniß machte einem erbitterten Trotze Platz. Als man des Abends ſah, daß die Bedachung ſchon von dem Linienſchiffe Skjold abgehoben war, brach die in dem Hafen verſammelte Volksmenge in ein donnerndes Hurrah aus. Mit ängſtlicher Spannung harrt man der näheren Auskunft, denn nur Wenige in der Stadt ſind es, welche nicht einen Verwandten oder doch einen Freund am Bord der beiden unglücklichen Schiffe zählen. Die Trauer iſt daher in den Familienkreiſen ſehr ſchmerzlich; als Nation empfinden wir nur den brennendſten Racheduſt. Wir waren geſtern in „Nyboder", wie bekannt, der Theil der Stadt, wo die Seeleute wohnen. Da hatte denn jedes Haus einen Gatten, Vater, Sohn oder Bruder zu beweinen. Aber unter den Jammer miſchten ſich immer Kernworte gegen die Deutſchen. Da jetzt die ganze ſeefähige Mannſchaft einberufen wird, werden wir bald eine hinlängliche Anzahl haben, um wieder ein Linienſchiff und eine Fregatte bemannen zu können. Sollte es an Offizieren fehlen, werden ſich deren in Schweden und Norwegen zur Genüge finden, welche nichts ſehnlicher wünſchen, als auf unſerer Flotte zu dienen.

(H. C.)

Ungarn.

Peſth, 6. April. Die Geſandtſchaft des Barſer Komitats hat ihre Huldigungsadreſſe dem Kaiſer unterbreitet. Die königlichen Freiſtädte Georgen, Tyrnau und Böſing haben beſchloſſen, die zur Reorganiſirung der ungariſchen Regimenter der kaiſerlichen Armee ausgeſchriebene freie Werbung aus allen Kräften zu unterſtützen. Auf der hieſigen Börſe ſtanden geſtern die ungariſchen Hunderter und Fünfer zu 80 und 85, gingen aber gegen Abend wieder etwas zurück. Vorgeſtern wurde Graf Stefan Karoly eingezogen, und iſt nunmehr Wand- und Zimmernachbar des frühern Premier Grafen Ludwig Batthyanyi. Die Brückenequipage ſteht auf der Generalwieſe bei Ofen, iſt alſo nicht nach Komorn abgegangen. (Allg. Z.)

* Im **Banat** ſind die Magyaren (wie ſchon früher gemeldet) bei Verbasz vorgedrungen, und in Folge deſſen iſt es Verizel gelungen, ſich mit einer Verſtärkung in die Feſtung Pe-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. Die äußerſte Linke. Die öſterreichiſchen Abgeordneten.) Wien (Nachrichten aus Ungarn. Tagesnachrichten.) Trieſt (Albini. Fiume in Kriegszuſtand.) Berlin (Antrag von Rodbertus. Ruſſiſche Depeſchen. Major Deetz. Verhandlungen der zweiten Kammer. Außerordentliche Sitzung der erſten Kammer.) Dresden (Die Kammer verlangt die Anerkennung der deutſchen Verfaſſung.) Hannover (Die Hannöver'ſchen Abgeordneten an das Miniſterium.) Kaſſel (Kammerbeſchluß in der Verfaſſungsfrage.) Deſſau (Glückwunſchſchreiben des Herzogs an den König von Preußen.) Wiesbaden (Truppen nach Schleswig-Holſtein. Dem Herzog ein Kommando übertragen.) Oldenburg (Der Großherzog an den König von Preußen für Annahme der Kaiſerkrone.) Aus Nordſchleswig (Däniſches Dampfſchiff geſtrandet.)

Italien. Genua (Der Straßenkampf und der Waffenſtillſtand.) Ancona (Die Abberufung Albini's.) Neapel (Das Preßgeſetz.)

Ungarn. Peſth (Einzelnes über die Gefechte um die Stadt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 14. April.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 13. April. Der Stand der Verfaſſungsfrage beſchäftigt alle Kreiſe: Geſtern hat in der Katharinenkirche das Volk ſeine Stimme erhoben, heute haben die oberſten Gewalten des Freiſtaats geſprochen. Vor allen andern Gegenſtänden der Tagesordnung der heutigen Sitzung der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt wurde der in dieſen Blättern bereits erwähnte Antrag der Herren Dr. jur. Friedleben und A. Vogtherr verleſen: „Die konſtituirende Verſammlung erklärt zu Protokoll, daß ſie die am 28. März l. J. verkündete Verfaſſung des deutſchen Reiches für unbedingt gültig und rechtsverbindlich erachte, und ſpricht gegen den Senat die Erwartung aus, daß er in dieſem Sinne die Rechte und Freiheiten des Volkes wahren werde"; die ganze Verſammlung erhob ſich, auf den von Hrn. Dr. Binding ausgeſprochenen Wunſch, ohne Diskuſſion, zum Zeichen ihrer Zuſtimmung und mit freudigem Zuruf nahm ſie die Mittheilung des Hrn. Bürgermeiſter Köſter entgegen, daß der Senat bereits geſtern in demſelben Sinne eine Erklärung am geeigneten Orte abgegeben habe. Die Verſammlung ging dann zu ihren gewöhnlichen Geſchäften über. Aus einer Reihe vorläufiger Mittheilungen erwähnen wir nur, daß die großherzoglich heſſiſche Regierung den erweiterten Antrag des Senats, auch die in dieſigem Staate zur Feſtungsſtrafe verurtheilten Offiziere und Civilperſonen in ihrer Strafanſtalt zu Babenhauſen aufzunehmen, willfährig beantwortet hat. In der Tagesordnung folgte dann eine bunte Reihe von Berichten der Petitionskommiſſion: wunderbare Beſchwerden eines Chauſſeewärters, Wegeſtreitigkeiten, die ausſchließlich vor die Gerichte gehört hätten, ſehr wichtige Details über die kombinirten Aemter eines Hirten und Nachtwächters in der Gemeinde Hauſen, Incompatibilitäten-Fragen endlich, freilich ſehr im Kleinen, zwiſchen Schultheißenamt und Spezereigeſchäft nemlich, beſchäftigten nacheinander die Aufmerkſamkeit der Verſammlung, ſollen aber von uns hier bei Seite gelaſſen werden. Dagegen müſſen wir einer Anzahl anderer Berichte jener Kommiſſion kurz Erwähnung thun. Von der Gemeinde Bonames aus war um eine zweckmäßigere Vertheilung der ſtädtiſchen Pachtgüter, welche ſich gegenwärtig nur in wenigen Händen befinden, nachgeſucht. Die Kommiſſion beantragte die Niederſetzung einer eigenen aus 15 Mitgliedern zuſammengeſetzten landwirthſchaftlichen Kommiſſion, welche die angemeſſenſte Verwendung von Staats- und ſtädtiſchen Gütern, namentlich im Intereſſe der ärmeren Klaſſe in's Auge zu faſſen und darüber geeignete Vorſchläge zu machen habe. Die Verſammlung genehmigte dieſen Antrag. Weiter war, wie ſeiner Zeit berichtet worden, von einem hieſigen Buchdrucker, aus deſſen Offizin die Schmähblätter hervorzugehen pflegten, welche an den Straßenecken dem Publikum dargeboten wurden, eine Beſchwerde gegen ein Urtheil des Polizeigerichts erhoben, welches demſelben für die Zukunft das Hauſiren mit Druckſchriften und das Anheften von Maueranſchlägen bei namhafter Strafe unterſagte. Es war von dem Gericht die Einſicht der Unterſuchungsakten erbeten, von dieſem aber die Antwort erfolgt, daß es, auf Verfügung des Oberappellationsgerichts, die Mittheilung der Akten, als mit den Pflichten des Verhöramtes nicht vereinbar, verſagen müſſe, und die Kommiſſion hatte, weil ſie ſich demnach nicht in der Lage befände, ſich die nöthigen Aufklärungen zu verſchaffen, auf Uebergang zur Tagesordnung angetragen. Indeſſen beſchloß die Verſammlung auf den Antrag des Hrn. Dr. Reinganum, daß das Präſidium in einer Rückäußerung an das Verhöramt die Erwartung ausſpreche, es werde die Mittheilung der Akten erfolgen, ſobald die Lage der Unterſuchung es geſtatte und daß die Kommiſſion alsdann über dieſe Angelegenheit weiter berichte. (Schluß f.)

*** **Frankfurt**, 14. April. Den öſterreichiſchen Abgeordneten der Paulskirche wurde geſtern Abend in ihrer Verſammlung im „Hotel Schröder" die Aufforderung ihrer Regierung mitgetheilt, ihr Mandat niederzulegen. Die überwiegende Mehrheit der öſterreichiſchen Abgeordneten faßte aber den Beſchluß, vorerſt nicht auszutreten und ihrer Regierung die Gründe der Nothwendigkeit in einer Vorſtellung auseinanderzuſetzen. Möglich iſt, daß öſterreichiſche Abgeordnete dennoch austreten, allein es werden ihrer nur wenige ſein. Unter ſolchen Umſtänden kann denn auch keine Rede davon ſein, daß Abgeordnete anderer deutſchen Stämme — z. B. die baieriſchen — austreten werden.

*** **Frankfurt**, 13. April. Die äußerſte Linke, „der Donnersberg", trennt ſich von der geſammten Linken, will ſich als republikaniſcher Klub rekonſtituiren und alsbald ihr Programm veröffentlichen. Der Donnersberg erlitt übrigens ſtarke Verluſte.

* **Wien**, 10. April. Die erſchienenen 33. und 34. Armeebulletins geben über den Stand der feindlichen Heere Aufſchluß, ohne irgend eine Entſcheidung zu bringen. Am klarſten ging aus dem letzteren Bülletin hervor, daß Feldmarſchall Windiſchgrätz ſich bei Rekognoszirung der feindlichen Armee von deren Ueberlegenheit überzeugt, und daher den Entſchluß gefaßt hatte, das 1., 2. und 3. Armeekorps in eine konzentrirte Stellung vor Peſth ſo zu vereinigen, daß dieſe Stadt in einem großen Bogen, der ſich von Palotta, Kereſztur bis Sorokzar ausdehnt, umſchloſſen war. Der Feldmarſchall ſchien entſchloſſen, in dieſer Stellung die nöthigen Verſtärkungen abzuwarten. Die vorgefallenen Gefechte erſcheinen von keiner Erheblichkeit und zum Vortheile der k. k. Truppen. Dagegen ſchildern Privatbriefe die Lage der letzteren ſehr bedenklich und auch die ſtattgefundene Rekognoscirung war nicht ohne bedeutenden Verluſt abgelaufen. Hunderte von Wägen mit Verwundeten ſeien in Peſth eingebracht und am Abend des 7. in der von Truppen entblößten Hauptſtadt, den angelangten ungariſchen Generälen ein Fackelzug gebracht worden (?). Soeben kommt uns folgende Privatmittheilung von Peſth zu: Die ganze k. k. Armee ſteht heute (8. d.) vor Peſth, und man glaubt, daß noch heute eine Hauptſchlacht geliefert werden wird. Seit 48 Stunden findet die Retirade der Bagage ꝛc. ſtatt. Von der untern Donau erfährt man, daß die Magyaren auf mehreren Punkten der Bacska vorgedrungen ſind. Perczel und Batthyany gelang es, ſich mit Truppen in die Feſtung Peterwardein zu werfen. Die Beſatzung machte, um dieſes zu erleichtern, am 29. März einen Ausfall, der auch gelang. Sogleich nach der Ankunft Perczel's und Batthiany's in der Feſtung wurde allen Kaiſerlichgeſinnten freier Abzug geſtattet. In Folge deſſen haben Frauen und Kinder in langen Wagenreihen Peterwardein verlaſſen, ebenſo das ganze Generalkommando-Perſonal mit Feldmarſchalllieutenant Blagoevic und Feldmarſchalllieutenant Zahn ſammt den penſionirten Offizieren. Eſſegg iſt ihr Ziel. Cuba iſt hier Feſtungskommandant geblieben. Von Zombor hat ſich die ſerbiſche Beſatzung zurückgezogen. In Folge davon ziehen Schaaren von Bewohnern der Bacska mit Weibern, Kindern und wenigen Habſeligkeiten nach Syrmien. Auch die ſerbiſchen Truppen ſuchen in das Banat oder nach Srbobran zu kommen, wo ſie Stand halten zu können hoffen. Feldzeugmeiſter Nugent ſoll ſich augenblicklich, als er von dem Preisgeben Zombor's erfuhr, von Balha nach Szegedin begeben haben, um Zombor wieder zu beſetzen, wenn ihm nicht bereits die Magyaren aus Thereſiopel zuvorgekommen ſind. Graf Albert Nugent, Sohn des Feldzeugmeiſters, war Kommandant in Zombor. Er hatte am 30. März dieſen Ort verlaſſen, nachdem er am nämlichen Tage den Belagerungszuſtand erklärt hatte, was um ſo unerklärlicher iſt, als er über 4000 Mann k. k. Truppen, 2000 Serben und 2000 bewaffnete Bacskaer Einwohner verfügen konnte. Die Magyaren ſollen blutige Rache an den Serben geübt und ſchonungslos Männer, Weiber und Kinder geſchlachtet haben.

Im Gemeinderath iſt der Antrag geſtellt worden, daß in mehreren Vorſtädten unentgeltliche Abendvorleſungen über gemeinnützige Kenntniſſe für den Gewerbsſtand gehalten werden ſollten, um ſo mehr, da ſich einige dazu befähigte Männer bereitwillig da-

für erklärten. Der Antrag wurde einſtimmig angenommen. Zwei Verurtheilungen haben wieder ſtattgefunden, die eine an Franz Prochaska zu achtmonatlichem Profoßen-Arreſt in Eiſen wegen Läſterung des Kaiſers und ſonſtiger aufreizender Reden, in einem zwar trunkenen aber keineswegs beſinnungsloſen Zuſtande; die zweite zu dreimonatlichem Stockhaus-Arreſt in Eiſen, an Joſeph Flohberger wegen Entwendung eines Telegraphen-Drahts. Die von der ſerbiſchen Nation gewählten Vertrauensmänner Jakob Zſivansvics und Johann Poscovics ſind hier angekommen; als Erſatzmänner wurden ihnen Johann Suplicacz und Konſtantin Bogdanovics beigegeben. Der Reichstagspräſident Smolka iſt in Krakau, und erfreut ſich dort der allgemeinen Hochachtung und Verehrung. Ein Aufruf des Banus Jellacic an die Bocheſen belehrt uns über eine neue Nationalität, unter den ſchon ſo zahlreichen Völkerſtämmen des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates. Es ſind damit die Bewohner der Boche di Cattaro gemeint. Sie werden zur Ruhe und Ordnung ermahnt und zugleich kündigt man die Abſicht an, ein Corps Dalmatiner und Sereſchaner zur Bewachung der Hauptſtadt zu bilden. Die Telegraphenlinie nach Trieſt iſt wegen frevelhafter Beſchädigung der Drähte unterbrochen. Die Nachrichten über die fortgeſetzte Rekrutirung in den Provinzen lauten befriedigend.

Trieſt, 6. April. Geſtern langte hier aus Mailand ein piemonteſiſcher Artillerieoberſt an, welcher heute Abend nach Ancona abreiſen wird, woſelbſt er dem Viceadmiral Albini (der ſeinen Poſten nicht verlaſſen hat) den Befehl überbringen ſoll, das Adriatiſche Meer zu verlaſſen. Albini hatte bereits dieſen Befehl von Genua aus durch ein ſardiniſches Dampfboot erhalten und ſich ſogleich nach Venedig begeben, wo er noch weilt, denn unſer Kriegsdampfboot Vulkan, das heute früh aus Ancona hier anlangte, fand Albini nicht bei ſeiner Flotte. Am 14. April wird der Angriff auf Malghera beginnen. Der noch in unſern Händen befindliche piemonteſiſche Artilleriepark von Peschiera iſt nach Meſtre geſchafft worden. Wir erhalten die offizielle Nachricht, daß die beiden Häfen Fiume und Buccari vom Feldmarſchallieutenant Dahlen in Kriegszuſtand erklärt worden ſind; dies beſtätigt die Muthmaßungen, daß die Venetianer die Abſicht haben, etwas gegen jene Hafenſtädte zu unternehmen, um ſich mit Ungarn in Verbindung zu ſetzen. Auch verbreitet ſich auf der Börſe das Gerücht, Udine wäre geſtern in Folge eines Aufſtandes vom Kaſtell aus bombardirt worden. (C. Bl. a. B.)

P. C. **Berlin**, 11. April. Von dem ruſſiſchen Hofe ſollen in dieſen Tagen Depeſchen eingelaufen ſein, welche ſehr verſöhnlich lauten und eine Intervention Rußlands nur für den Fall der Erklärung einer deutſchen Republik, keineswegs aber bei Annahme der Kaiſerkrone durch Preußen in Ausſicht ſtellen.

Berlin, 11. April. Der Major Deez, Mitglied der Reichsdeputation, welche von Frankfurt nach Berlin geſendet wurde, iſt hier plötzlich ſchwer erkrankt. (D. P. Z.)

Berlin, 12. April. Die erſte Kammer iſt ſo eben auf morgen Vormittag 10 Uhr zu einer außerordentlichen Sitzung eingeladen.

△ **Berlin**, 12. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erklärte Herr Krauſe aus Ratibor, er ſei wieder wohl und munter, und wolle daher ſein Mandat, welches er vor acht Tagen niedergelegt, wieder aufnehmen. Die Kammer erklärte eine ſolche Aufnahme indeß für ungültig. Simon von Trier (der Vater des Frankfurter Abgeordneten) erklärte, er wolle ſein Mandat niederlegen, aber bis ſein Nachfolger eingetreten ſei, ſeinen Sitz in der Kammer behalten. Die Kammer erklärt die Zuläſſigkeit. Hr. v. Berg machte einen Ausfall gegen den Handelsminiſter Hrn. v. d. Heydt: Schon vor mehreren Wochen, ſagte er, iſt beſchloſſen worden, daß das Geſuch wegen Portofreiheit an den Handelsminiſter abgegeben werden ſollte. Da ich nun nicht glauben kann, daß der Handels-Miniſter gegen die gewöhnlichſten Regeln der Erziehung uns auf Antwort warten laſſen wird, ſo muß ich annehmen, daß das Geſuch nicht an den Handelsminiſter gelangt iſt. Der Präſident erklärt, daß das erwähnte Geſuch abgegangen ſei. Miniſter des Innern: Der Hr. Handelsminiſter iſt wegen Unwohlſeins abweſend; die Erklärung wegen der Portofreiheit wird übrigens, ſo viel ich weiß, in dieſen Tagen erfolgen. Der Abgeordnete Jung richtet nunmehr folgende Interpellation an den Miniſter des Innern: 1) ob der Miniſter Kenntniß der zahlreichen Ausweiſungen von Perſonen habe, welche nach den Geſetzen ſich hier aufzuhalten berechtigt ſind? 2) ob er dieſer offenbaren Verletzung von Geſetzen, die weder ſuspendirt ſind, noch ſuspendirt werden können, Einhalt zu thun gedenke? Der Miniſter des Innern iſt bereit, ſogleich zu antworten und Jung leitet daher ſeine Interpellation ein: „Die Polizei hat nicht nur Fremde, ſondern ſelbſt Berliner und oft ſogar hochgeſtellte Perſonen ausgewieſen. So hat zum Beiſpiel die Ausweiſung des Hrn. Rodbertus eine Berühmtheit erlangt, welche mit der berüchtigten Ausweiſung von Itzſtein und Hecker zu vergleichen. Hr. Rodbertus konnte aber geſetzlich nicht ausgewieſen werden, da er durch die Uebernahme eines Portefeuilles im vorigen Jahre hier ein Domicil erlangt hatte. Der reiche Mann, welcher ausgewieſen wird, kann freilich den Staub von den Füßen ſchütteln und mit Verachtung auf die hieſige Polizeiwirthſchaft zurückblicken; viel ſchwerer aber trifft die Ausweiſung den Armen, den Literaten, den Kommis, den Geſellen, der mit entfeſſelter Wuth von der Polizei verfolgt, aus ſeinen Erwerbsverhältniſſen herausgeriſſen und dem Elende Preis gegeben wird. Davon ſpricht Niemand. Selbſt der Miniſter Rochow, der doch wahrlich kein Ultraradikaler war, erkannte an, daß Ausweiſungen nur in Folge rechtskräftiger Erkenntniſſe und wegen beanſpruchter Armenpflege erfolgen können. Jetzt aber werden Leute bloß wegen ihrer demokratiſchen Geſinnung ausgewieſen. Das Geſetz vom Dezember 1842 beſtimmt, daß keinem ſelbſtſtändigen Preußen, der ſich zu nähren im Stande, die Niederlaſſung an irgend einem Orte verwehrt werden darf. Obgleich nun bloß bei neu anziehenden Perſonen nach ihren Unterhaltsquellen gefragt werden darf, nicht aber bei Leuten, die bereits ſeit 10 bis 12 Jahren hier wohnen, ſo hat doch die Polizei, namentlich bei Literaten, die ſie überhaupt von jeher unendlich gehaßt hat, nach ihren Erwerbsquellen gefragt. Wenn nun der Literat ſeine Kontrakte mit Buchhändlern oder Zeitungen vorlegte, ſo half ihm dieß doch nichts. Das waren in den Augen der Polizei keine Erwerbsquellen und die Ausweiſung erfolgte. Wozu ſoll bei Leuten, die ſeit 10 Jahren und länger in Berlin wohnen, die Ausweiſung nützen? Etwa dazu, daß dieſe Leute nicht einmal wegen Armuth der Stadt Berlin zur Laſt fallen? Sie haben ja bereits durch ihren langen Aufenthalt, auch wenn ſie jetzt ausgewieſen werden, den Anſpruch auf Armenunterſtützung erworben. Ich erkläre im Voraus, daß mich etwa die Antwort des Miniſters: Die Ausweiſungen bringt der Belagerungszuſtand mit ſich, nicht befriedigen würde und daß ich eine ſolche Antwort für gar keine halten muß. Das Miniſterium muß doch in Artikel 110 der Verfaſſung eine Gränze ſeiner Willkür finden; ſonſt kann mit demſelben Rechte Herr von Hinckeldey nächſtens auch uns zur Stadt hinauswerfen. Der Redner führte nun verſchiedene Fälle namentlich auf, unter denen manche freilich wunderlich genug ſind. Beſchwert ſich der Ausgewieſene bei Hinckeldey, ſo ſchiebt dieſer die Ausweiſung auf Wrangel, und kommt der Hülfeſuchende zu Wrangel, ſo wird er an Hinckeldey verwieſen. So ſchwebt der Ausgewieſene zwiſchen Skylla und Charybdis, und zwar mit der Ausſicht, daß er ſicher verſchlungen wird. Der Belagerungszuſtand iſt ſogar dazu benutzt worden, um getrennte Ehen wieder herzuſtellen. Eine Frau aus Magdeburg wollte mit Genehmigung des Gerichts hier den Sühnetermin abhalten. Der Mann ſteckt ſich jedoch hinter die hieſige Polizei und läßt die Frau ausweiſen, um ſie dadurch zu zwingen, zu ihm zurückzukehren. So iſt denn der ſchöne mittelalterliche Zuſtand wieder hergeſtellt, wo z. B. in Florenz, wenn die Weißen ſiegten, die Schwarzen auswandern mußten. Es ſoll eine geheime Kabinets-Ordre geben, welche unter Graf Arnim erlaſſen worden, und der Polizei ihr jetziges Verfahren geſtattet. Jemand, der ſie öfters vor Augen gehabt, giebt ihren Inhalt folgendermaßen an: „Ich genehmige, daß dem Geſetze vom Jahre 1842 entgegen, ein Jeder, welcher auf irgend eine Weiſe Berlin zur Laſt fallen kann, von hier ausgewieſen werde.“ Dieſe Kabinets-Ordre iſt im Jahre 1844 extrahirt, aber nie veröffentlicht worden. So etwas konnte freilich im abſoluten Staate vorkommen, ich erwarte aber nicht, daß ein Miniſterium, das ſich konſtitutionell wenigſtens nennt, ſich auf eine nicht publizirte Kabinets-Ordre berufen werde. Jung ſchloß mit den Worten, wenn dieſe Wirthſchaft nicht aufhöre, ſo bedaure er, daß die Männer der Paulskirche ihren Kaiſer in Berlin, in der hohen Schule der Polizei aufgeſucht. Die Antwort des Hrn. v. Manteuffel war auch für die rechte Seite des Hauſes ungenügend. Die Kabinetsordre von 1842 läugnete er nicht ab, behauptete aber, ſie exiſtire nicht in der angegebenen Weiſe, und was von ihr vorhanden ſei, das

ſei unter ſeiner Amtsführung nicht zur Anwendung gekommen. Auf den eigentlichen Punkt, wie man Aufenthaltsberechtigten den Aufenthalt in Berlin verſagen konnte, ließ er ſich gar nicht ein. Dagegen behauptete er, dieſen Ausweiſungen wäre die Aufrechthaltung der Ruhe beſonders zu danken. Graf Arnim meinte hinſichtlich Hecker: „Es wäre wohl wünſchenswerth geweſen, wenn ein Mann damals aus allen Staaten ausgewieſen worden, der zuerſt mit einer bewaffneten Schaar Fremder in das deutſche Vaterland eingefallen.“ Doch nicht damals, und die Polizei wird doch keine ſolche Argusaugen haben, daß ſie vorausſieht, was nach Jahren geſchehen wird. Der Ausgang, ſagt ein Sprüchlein, iſt der Lehrmeiſter der Thoren. Die übrigen Verhandlungen waren von keiner Erheblichkeit. Zum Schluſſe noch vor der Erledigung dieſes Berichtes verlangt der Abgeordnete Grün das Wort zur Geſchäftsordnung und macht die Bemerkung, daß er einen fremden Herrn auf der Miniſterbank ſehe. Sollte derſelbe der neue Herr Juſtizminiſter ſein, ſo müſſe er in der Unterlaſſung der Anzeige ſeines Eintritts in das Miniſterium einen konſtitutionellen Formfehler von Seiten des Miniſteriums erblicken.

Der Präſident Herr Grabow erklärt hierauf, daß ihm keine offizielle Anzeige dieſer Art zugegangen ſei. Das ſind Kleinigkeiten. Aber man ſieht doch auch in Kleinigkeiten, wie wenig ſich die Miniſter in konſtitutionelle Formen zu ſchicken wiſſen.

Berlin, 13. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer iſt von dem Abgeordneten Rodbertus folgender dringlicher Antrag geſtellt worden:

I. Die Kammer wolle folgende Beſchlüſſe faſſen:

In Erwägung, daß bei den Verwickelungen der europäiſchen Verhältniſſe und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutſchen Volkes entſprechenden öffentlichen Rechtszuſtandes in Deutſchland dringendes Bedürfniß iſt; daß es Pflicht der einzelnen deutſchen Staaten iſt, zur baldigen Herbeiführung eines ſolchen Rechtszuſtandes nach Kräften mitzuwirken, daß ein ſolcher Rechtszuſtand nur dann in kurzer Friſt ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutſchen einzelnen Staaten ſich der von der deutſchen Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung nicht entziehen; erklärt die zweite Kammer:

1) daß ſie den in der Circularnote vom 3. April betretenen Weg der Vereinbarung der deutſchen vereinzelten Staaten unter ſich und mit der deutſchen Nationalverſammlung als ungeeignet zur baldigen Herbeiführung eines entſprechenden Rechtszuſtandes in Deutſchland entſchieden mißbillige;

2) daß ſie insbeſondere in der Verwirklichung deſſen, was die Note über die Modalitäten eines weiteren und die eventuelle Form eines engeren Bundes andeutet, eine Täuſchung der Erwartungen Deutſchlands erblicken würde;

3) daß ſie vielmehr ihrerſeits die von der deutſchen Nationalverſammlung vollendete Verfaſſung als rechtsgiltig anerkenne und die Ueberzeugung hege, daß eine Abänderung derſelben nur auf dem von der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege zuläſſig iſt.

II. Zur Berathung dieſes Beſchluſſes denſelben an eine, von den Abtheilungen zu wählende, aus 21 Mitgliedern beſtehende Kommiſſion zu verweiſen.

Der Antrag hat in Bezug auf die Dringlichkeit genügende Unterſtützung erhalten. (O.-P.-Z.)

A **Dresden**, 12. April. Der mächtige Ernſt der Zeit fordert nun auch an der Stätte, wo er bisher von ſo Wenigen verſtanden wurde, gebieteriſch ſein Recht. Voll Freude ſehen wir, wie die Parteien einmüthig um die deutſche Verfaſſung ſich ſchaaren, wie die dem großen Vaterlande drohende Gefahr auch hier die Blicke klärt und die Herzen weitet! Wie tief war unſere Kammer verſunken im Schmutz des Partikularismus! wie ſicher fühlte ſie ſich in ihrem Wahne, das Palladium der Volksfreiheit für ihr Sachſen auch dann noch retten zu können, wenn das große Ziel deutſcher Einheit unerreicht bliebe! Sie iſt zu beſſerer Erkenntniß gekommen. Gegen eine einzige Stimme erklärte ſich heute die erſte Kammer für den Antrag Heubner's, daß die Regierung aufzufordern ſei, das deutſche Verfaſſungswerk ohne jede weitere Verhandlung mit den deutſchen Regierungen ungeſäumt anzuerkennen und dieſe Erklärung auf bindende Weiſe auszuſprechen. Zwei Mitglieder der äußerſten Linken ſchlichen ſich kurz vor der namentlichen Abſtimmung leiſe aus dem Saale, aus demſelben Saale, in dem man früher die Nationalverſammlung ſchmähte, und der heute von lautem Beifall wiedertönte, als Heubner in ſeiner mächtig ergreifenden Rede ausrief: „Die Stunde der Entſcheidung iſt gekommen; es iſt kein Widerſtand gegen die deutſche Verfaſſung mehr möglich!“ Keiner der Miniſter war bei der Verhandlung zugegen, welche eine ſo große Aufregung unter der Verſammlung hervorbrachte, daß die Sitzung geſchloſſen werden mußte, trotzdem daß der Präſident ſich anſchickte, zu einem anderen Gegenſtande überzugehen.

⁑ **Hannover**, 12. April. Vier und vierzig Abgeordnete aus beiden Kammern der Ständeverſammlung ſind geſtern hier zuſammengetreten, um eine Aufforderung an das Miniſterium zu richten, die Stände ſofort wieder einzuberufen. Dieſelbe lautet:

„Bei der unterm 15. März verfügten Vertagung der allgemeinen Ständeveeſammlung ſchien die hervorgehobene Ungewißheit über die Grundlage der deutſchen Verfaſſung dieſe außerordentliche Maßnahme um ſo weniger zu rechtſeetigen, als dieſe Ungewißheit ſeit einem vollen Jahre beſtand. Wenn es indeſſen von Anfang an ernſte Bedenken erregte, daß ohne vorgängige Veröffentlichung der Grundrechte des deutſchen Volks, und während die Verhandlungen in Frankfurt auf der äußerſten Spitze ſtanden, dem Lande durch die Vertagung ſein verfaſſungsmäßiges Organ entzogen wurde, ſo hat die gegenwärtige Verlängerung dieſer Vertagung im weiteſten Kreiſe zu den ſchwerſten und trübſten Beſorgniſſen Anlaß geben müſſen, welche der königlichen Regieeung vorzulegen die Unterzeichneten ſich fur verpflichtet halten. In einem Augenblicke, in welchem die Regierungen einen inhaltſchweren Entſchluß über das Schickſal des Vaterlandes zu faſſen im Begriffe ſtehen, der auf lange Zeit über Feieden oder Unfrieden entſcheiden muß, erwartet Deutſchland mit vollem Rechte, daß auch das deutſche Volk in Hannover ſeine Schuldigkeit thue, wozu es der Stimme ſeiner geſetzlichen Vertretung dringender als jemals bedarf; zumal wenn die Abſicht der königlichen Regierung mit der entſchiedenen Ueberzeugung der großen Mehrheit im Lande, welche eine rechtliche Ungewißheit nicht weiter anerkennt, nachdem die Reichsverſammlung einen endgültigen Beſchluß gefaßt hat, im Widerſpruch ſtehen und die königliche Regierung nicht geneigt ſein ſollte, die unbedingte Durchführung der deutſchen Verfaſſung mit allen Kräften zu unterſtützen. Die Unterzeichneten können nicht darauf rechnen, daß dieſe Eeklärung über die Anſicht des Landes bei der königlichen Regierung eine weitere Beachtung finden werde als diejenige, welche der Ausſpruch von Männern bei jeder konſtitutionellen Regierung verdient, denen eine Kenntniß über die Stimmung des Landes zugetraut werden darf. Sie ſind aber um ſo mehr überzeugt, daß die auf ſie gefallene Berufung zu Mitgliedern der Ständeverſammlung ihnen in einem Augenblicke von ſo ſchwerem Gewicht die unerläßliche Verpflichtung auferlegt, die königliche Regierung dringend zu erſuchen, daß ſie durch ſofortige Wiedereinberufung der Ständeverſammlung ſich in die Lage verſetze, das verfaſſungsmäßige Organ des Landes zu hören und den nachtheiligen Folgen längerer Unteebrechung in den ſtändiſchen Berathungen über die innere Umgeſtaltung der Landesverhältniſſe vorzubeugen. Hannover, den 11. April 1849.“ (Folgen die Unteeſchriften von 12 Mitgliedern eeſter und 32 Mitgliedern zweiter Kammer aus allen Theilen des Landes.)

Die Regierung wird muthmaßlich dieſe Aufforderung lediglich zu den Akten legen, aber Deutſchland und ſein höchſtes geſetzgebendes Organ, die Nationalverſammlung, werden ſehen, daß der hannoverſche Stamm die deutſche Sache mit allen Kräften zu unterſtützen ſtrebt und daß es lediglich an der hannoverſchen Regierung liegt, wenn von hier aus dieſem Sinne entgegengehandelt werden ſollte.

‡ **Kaſſel**, 12. April. In der heutigen Ständeſitzung gab der Miniſter des Auswärtigen unter Bezugnahme auf eine telegraphiſche Depeſche von Frankfurt, die Verhandlung über die Antwort des Königs von Preußen betreffend, die Erklärung, die kurheſſiſche Regierung werde keinerlei Abänderungen in der Reichsverfaſſung beantragen und im Uebrigen, wie bisher, die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung erwarten. Es wurden hierauf von den Abgeordneten Oetker, Meyer und Bayrhoffer Anträge in Betreff der Verfaſſungs-Angelegenheit geſtellt. Die Dringlichkeit wurde erkannt, die ſofortige Berathung beſchloſſen und — nachdem die Sitzung auf eine halbe Stunde behufs Verſtändigung der Antragſteller ausgeſetzt worden war — folgender gemeinſamer Antrag mit Stimmeneinhelligkeit angenommen:

„Die Ständeverſammlung wolle mit Rückſicht auf die preußiſche Cirkularnote vom 3. April und in Hinblick auf die der deutſchen Einheit und Nationalhoheit drohende Gefahr bei hoher St.-Regierung beantragen, folgende Erklärung abgeben zu laſſen:

1) Kurheſſen halte die von der deutſchen Reichsverſammlung auf Grund der Volkshoheit beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung ohne Weiteres für zu Recht beſtehend und proteſtire gegen jeden Eingriff in dieſelbe als Verrath am deutſchen Volke. 2) Es erkläre, daß demnach die Annahme der Kaiſerkrone an keinerlei Bedingungen geknüpft werden könne. 3) Es hege die Erwartung, daß alle deutſchen Staaten in gleichem Sinne ſich ausſprechen werden“. Zugleich wurde auf morgen früh 10 Uhr eine weitere Sitzung anberaumt, um die beſtimmte Erklärung der

№ 103. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 14. April 1849.

Ueberſicht.

Die Gefahren unſerer Lage.

General Dembinski's politiſches Glaubensbekenntniß. I.

Die Adelsherrſchaft in Oeſterreich.

Deutſchland. Wien (Statiſtiſches.) Aus Baiern (Der Hof und die Hofpartei.) Leipzig (Die Stimmung Sachſens in der Verfaſſungsfrage.)

Schweiz. Zürich (Das eidgenöſſiſche Zollweſen. Daverio †. Die Stadt Brescia.)

Die Gefahren unſerer Lage.

* Vom Rhein, 12. April. Ich habe es in allen Fällen des Privatlebens immer bewährt gefunden, in zweifelhaften Dingen den ſchlimmſten Ausgang vor allem Andern in Erwägung zu ziehen. In öffentlichen Dingen iſt dies noch viel rathſamer. Mit der Praxis der Preſſe, mit der Gutmüthigkeit der Menſchen kommt man dabei in Zerwürfniſſe, in den Sachen ſelbſt hält es den Blick frei und bewahrt vor Täuſchungen und gibt Faſſung im Voraus. Auch für den jetzt vorliegenden Fall habe ich mir längſt die Frage nach dem Aeußerſten vorgelegt. Sie drängt ſich freilich auch in dieſem Punkte nur gar zu nahe. Die Hoffnungen ſtehen nach allen Seiten ja ſehr gering. Die Reichsverſammlung hat das ihrige gethan. Sie kann und wird auf ihrem Werke beharren, ſie kann der Nation Verhaltungsmaßregeln zu einem paſſiven Widerſtande geben, und kann dann einen glorreichen Fall fallen. Zu einer aktiven Bewegung wird ſie die Nation nicht bringen können und ſie wird es auch nicht verſuchen; dazu müßte ſie von dem Volke ſelber getrieben und getragen ſein. Aber das Volk iſt müde, und man muß es geſtehen, daß, wenn die Fürſten und Regierungen auf dieſe augenblickliche Erſchlaffung ſpekuliren wollen, ſie große Ausſichten haben. Die Regſamkeit der vaterländiſchen Vereine iſt lobenswerth, aber auch ſie ſind zu wenig von Maſſen getragen. Die Vielen ohnehin ſind in dieſer Frage ohne Urtheil und darum ohne Eifer und Drang. Iſt alſo von der Nation für dieſen Augenblick wenig zu hoffen und von ihren Vertretern wenig mehr zu verlangen, ſo iſt auf der andern Seite in Preußen vollends Alles ausſichtslos. Wie es mit dem Könige ſteht, darüber will ich meine Herzensmeinung für jetzt nicht ſagen, um Vorurtheile zu ſchonen, welche ich ſelbſt nicht theile. Von dem Miniſterium iſt noch weniger zu erwarten als von dem Könige. Dieſer ſelbſt ſoll es in einer witzigen Revue ſeiner letzten Räthe ſein Miniſterium der Nullen genannt haben; Niemand wird daher von dieſen Männern die konſtitutionelle Feſtigkeit erwarten, die uns helfen könnte, ſelbſt wenn ſie den richtigen Standpunkt in der deutſchen Sache einnähmen. Die preußiſchen Stände könnten allerdings ſich um Deutſchland unſterblich verdient machen, wenn ſie zu großen und kräftigen Entſchlüſſen ſich vereinigen wollten. Aber wir haben den kläglichen Anfang geſehen, der gemacht worden iſt. Die unwürdigen Parteikabalen, die ſich freuen an dem Ruin des Vaterlands, die verworfenen Söhne dieſer Erde, die jedes Staatsſinns entbehren, ſind ja dort mehr zu Hauſe als anderswo. Der Erbfehler der politiſchen Parteien, der in dieſen Blättern ſo oft gerügt worden iſt, daß die Seite der Energie keinen Verſtand annehmen und die Seite des Verſtandes keine Energie beweiſen will, bringt auch hier den Erfolg und die gute Sache zu Fall. Selbſt die Führer, auf denen alle Augen ruhen, verfangen ſich in Formalitäten, und ſcheinen des Entſchluſſes und ſelbſt des Ehrgeizes zu ermangeln, ein Miniſterium zu ſtürzen, das der Aufgabe der Zeit gegenüber ein Spott iſt, ein Miniſterium der Nullen!

Das Letzte was bleibt, ſind die deutſchen Fürſten. Auch von ihnen iſt es ſchwer, ſtarke Schritte zu erwarten in einer Sache, die immerhin zu ihrer Schwächung führt. Hinter den Königen ſteckt Oeſterreich. Es läßt ſich denken, daß es nichts unverſucht laſſen wird. An Baiern iſt es ihm entſchieden gelungen, einen Alliirten zu erhalten. Die übrigen königlichen Häupter ſind durch ihre Stände oder durch ihre Räthe bedrängt, zum Theil durch freiſinnige, durch ehrenhafte und gewiſſenhafte Räthe, die aber von der Lage der Zeit und des gemeinſamen Landes keine Anſchauung haben und mit Bedenklichkeiten, die ja an ſich jeder Ehrenmann theilen, aber zur Unzeit Niemand in Erwägung bringen wird, das Vaterland und ſeine Zukunft zu Grunde richten. Auf die Fürſten, die die preußiſche Kollektivnote unterzeichnet haben, dürfen wir nach berechtigenden Vorgängen das Vertrauen haben, daß ihre Erklärungen rund und entſchieden im Sinne der Verfaſſung ausfallen werden. Und bei ihnen ſteht es noch immer, die deutſche Sache zu retten. Wenn ſie in den König von Preußen dringen, Verfaſſung und Krone unbedingt und unbedenklich anzunehmen, wenn ſie, was die Hauptſache iſt, zwar zuſtimmen, daß gegen kein deutſches Land Zwang geübt werde, aber auch feſt darauf halten, daß mit keinem deutſchen Lande irgend eine ſtaatliche Verbindung eingegangen werde, außer auf Grund der Verfaſſung und des Bundesſtaates, daß jedes deutſche Land, das ſich aus Chicane und Dünkel ausſchließen will von dem neuen Staatsverbande, auch von jedem materiellen Vortheile aus Zollanſchlüſſen und dergleichen ausgeſchloſſen bleibe, dann werden ſie den Ruhm davon tragen, Deutſchlands Hoffnungen erfüllt, ſeine Ehre gerettet, ſeinen Ruhm und ſein Gedeihen geſichert zu haben. Sie werden das Verdienſt haben, Preußen den Entſchluß der Annahme dem Auslande und Inlande gegenüber ungemein erleichtert zu haben; ſie können aus dem ſchwachmüthigen Zögern der Krone Preußen nicht einen Ruhm für dieſe, aber einen Vortheil für den neuen Staat und ſeine Begründung ziehen. Sie werden ihr eigenes Intereſſe verſtehen und wohl begründen; denn jede neue Bewegung, die über lang oder kurz nach dem Fehlſchlagen des deutſchen Bundesſtaates nicht ausbleiben kann, würde ſie zuerſt mit Verderben treffen. Sie werden endlich eine Pflicht des Dankes gegen die Reichsverſammlung erfüllen, und darin allen deutſchen Fürſten und vor Allen dem König von Preußen ein Beiſpiel der ehrenhafteſten Art geben; denn alle deutſchen Fürſten und vor Allen der König von Preußen haben dieſer Verſammlung die gleiche Verpflichtung. Man denke ſich nur im März v. J. das Vorparlament hinweg, den Fünfziger-Ausſchuß hinweg, die Reichsverſammlung nicht zu Stande gekommen! Man denke ſich nur, es hätte von Anfang an keine Hoffnung, kein Blick auf irgend einen ſicher und feſten Punkt gehaftet! Es wäre im Schwindel der allgemeinen Bewegung nirgends ein Ziel und ein Haltpunkt geweſen! Oder es hätte die Reichsverſammlung ihren erhaltenden Standpunkt verloren, wie die Stände in Wien und Berlin! Wer will ſagen, in welchen furchtbaren Zuſtänden wir uns Alle, und Berlin nicht am wenigſten, noch heute befänden! Ja ſelbſt noch bei Auflöſung der preußiſchen konſtituirenden Verſammlung hat die Reichsverſammlung in Frankfurt dem König von Preußen einen Dienſt gethan, der ihr heute ſchlecht genug gelohnt worden iſt.

So ſteht es mit unſeren Hoffnungen und Ausſichten. Möchte es nicht dahin kommen, daß auch die letzte ſinkt. Es iſt ſchlimm genug, wenn Preußen halb gezwungen werden muß, ein erlooſtes Glück und Macht anzunehmen, denn es verſpricht das eben keinen glänzenden Gebrauch, den es von dieſer Macht machen wird, die ihm nur angeboten iſt um ſie zu brauchen. Es iſt keine doktrinäre, keine profeſſoriſche, ſondern es iſt eine nationale Sympathie geweſen voll des richtigſten ſtaatlichen Inſtinktes, die Deutſchland zu Preußen hingeführt hat. Die Erfahrung, daß dieſe Sympathie irre gegangen wäre, würde unermeßliche Folgen haben. Deutſchland würde zunächſt auf ſeinen letzteingenommenen Standpunkt zurückkehren. Man würde ſich, ich wünſche das von Herzen, reſigniren nichts zu thun; man würde zu keinem ſchimpflichen Flickwerke die Hand bieten, man würde den Bundestag und Oeſterreich wiederkehren laſſen. Aber der ganze Groll über die Mißhandlung dieſer Nation würde zugleich mit zurückkehren und würde die Materie zu einer neuen Exploſion ſammeln. In der Zwiſchenzeit hat der Geiſt Raum, ein neues Loſungswort zu ſuchen, an dem ſich die Bewegung demnächſt erkennen ſoll. Der Bundesſtaat iſt diesmal die Loſung geweſen. Die Nation iſt zu dem in Ausſicht genommenen Ziele durch ihre Vertreter gekommen. Durch die Fürſten wäre es verfehlt worden. Es wird ein neuer Zielpunkt aufgeſtellt werden, der in erſter Linie die Wegräumung dieſes Hinderniſſes bedingt. Wir Ruhigeren, denen es vor Allem um einen kräftigen Staat zu thun iſt, werden den Einheitsſtaat als dieſes Ziel aufſtellen, werden die Einheit ſo betonen, daß ein nächſtesmal der Partikularismus, der ſie jetzt zu Schanden gemacht hat, an ihr zu Schanden werde. Es iſt zu bedauern, daß die willigen Fürſten dann unſchuldig mit den Schuldigen werden leiden

müſſen, aber dieſer Nothwendigkeit läßt ſich nicht ausbeugen. Ich ſage, wir Ruhigeren werden den Einheitsſtaat als das Ziel der Beſtrebungen aufſtellen und werden auch dann noch einen monarchiſchen Staat darunter verſtehen. Die Maſſe wird die Republik anſtreben. Und ein Durchgang durch ſie wird ſchon um deßwillen nothwendig werden, damit der Partikularismus in den Stämmen ſelbſt und nicht bloß in den Regierungen und mit den Höfen getilgt werde. Es nutzt nichts, ſich der Einſicht in dieſe Nothwendigkeit entziehen zu wollen. Charakter, politiſche Ueberzeugungen, ſittliche Grundſätze möchten einen Mann noch ſo ſehr abhalten, ſich an einer künftigen Bewegung in dieſem Sinne thatſächlich betheiligen zu wollen; die Einſicht läßt ſich darum nicht aus dem Kopfe austilgen, daß dies der nothwendige Verlauf ſein müſſe, den die Dinge in Deutſchland gehen werden. Es wird die Trauer, es wird der Untergang edler Gemüther ſein, daß ſie in dem eintretenden Falle ihre Einſicht von ihrer Wirkſamkeit trennen müſſen. Aber man wird Einmal die bewußtloſen Kräfte im Volke müſſen walten laſſen, nachdem ſich die gebildeten Schichten der Geſellſchaft zu ſchlaff und ſchwach erwieſen haben, die Revolution zu entwaffnen.

General Dembinski's politiſches Glaubensbekenntniß.

Wir haben ſchon einmal in dieſen Blättern bei Behandlung der ungariſchen Frage eines Aktenſtückes erwähnt, welches geeignet iſt, Streiflichter über die ungariſche und ſlaviſche Politik zu werfen, und ſind nunmehr in den Stand geſetzt, es unſeren Leſern in ſeinem ganzen Umfange mitzutheilen. Es iſt daſſelbe in dem jetzigen Augenblicke von um ſo größerer Bedeutung, als Dembinski ſich mit dem ungariſchen Obergeneral Görgey ausgeſöhnt hat und anzunehmen iſt, daß ſeine politiſchen Ideen die Oberhand gewonnen haben. Das Aktenſtück iſt an die polniſche Emigration und an die Polen überhaupt gerichtet. Es lautet:

„Geliebte Landsleute! Indem ich mich zu dem Volke begebe, mit welchem uns ſeit Jahrhunderten daſſelbe Band hochherziger Gefühle verbindet, treibt es mich, Euch und allen blutsverwandten ſlaviſchen Stämmen die Gründe darzulegen, die mich zu dieſem Schritte bewogen haben. Ich gehe dabei den Gang meiner Gedanken, Gefühle und Hoffnungen, verzeiht alſo, wenn ich in die frühere Zeit meines Lebens zurückgreifen muß. Schon als zehnjähriger Knabe fühlte ich eine Zuneigung zu den Ungarn, der Traum, mein Vaterland durch ihre Hilfe wieder aufzurichten, erfüllte meine Seele. Im Jahre 1806 begab ich mich, 17 Jahr alt, nach Wien, und lernte in der Ingenieurſchule eine Anzahl junger Ungarn kennen. Ich fand zu meinem Schmerz den Stamm, welcher mich an die Helden unſeres Königs Stephan Batory erinnern ſollte, in ganz fremder Geſtalt vor. Ja, das waren wohl ungariſche Namen und Geſichtszüge, aber Sitte und Streben war deutſch! Die Früchte des Syſtems Kaiſer Joſephs zeigten ſich, die Entnationaliſirung aller Stämme Oeſterreichs war im Gange. Meine Träume wichen für lange Zeit! ich hatte keine Berührungspunkte mehr mit den Ungarn, die ausgenommen, welche uns im Kampfe ihnen gegenüber ſtellten, und da hoffe ich, daß die Achtung vor der Tapferkeit eine gegenſeitige geweſen ſein wird.

Nach Beendigung dieſes Kampfes im Jahre 1815 kehrte ich zum heimathlichen Heerde, von dem mich nur die Pflicht gegen mein Vaterland im Jahre 1831 in die Schlachtreihen rief. Wir fielen, aber mich erfüllte hohe Achtung vor den ungariſchen Männern, welche mit ſo großer Ausdauer im Namen der Geſetze und der Volksfreiheit mit der öſterreichiſchen Regierung einen Kampf begonnen. Ich glaubte, daß dieſe Regierung, oder wenigſtens irgend einer der zahlreichen Prinzen des habsburgiſchen Hauſes, Edelmuth genug haben werde, um zu begreifen, daß es großmüthiger und vortheilhafter für Oeſterreich ſei, nicht nur der neubelebten ungariſchen Nationalität eine freie Entwickelung zu geſtatten, ſondern an der Spitze dieſer ritterlichen Nation und mit Hilfe derſelben den verrotteten öſterreichiſchen Staatsbau neu zu ſtützen.

In dieſer Hoffnung hab' ich manches Schriftchen geſchrieben, ich habe meine Dienſte angeboten, denn ich war des Glaubens, daß Oeſterreich vor Allem auf leichte Weiſe auch Polen herſtellen könne und müſſe und auf dieſe Weiſe den Namen Reich des Oſtens wirklich verdienen und ſeinen Beruf erfüllen werde. Aber die Verblendung der öſterreichiſchen Regierung, der Mangel alles höheren und edleren Strebens bei den Staatsmännern, die am Ruder waren, das Vertrauen auf die Zwietracht, welche man unter den Stämmen ſeit langen Jahren zu nähren befliſſen war, veranlaßte, daß meine patriotiſche Schrift, die auf die Dankbarkeit unſerer Stämme hinwies, zurückgewieſen wurde. Ja bald nach meinem Schritte geſchah das Gegentheil von dem, wozu ich beſchworen hatte, das denkwürdige Verbrechen des Jahres 1846 wurde begangen. Da hörte ich auf zu hoffen, daß es möglich ſei, von oben her die Umwandlungen hervorzubringen, welche die geſchichtliche Entwickelung fordert, und die man wünſchen muß, ohne Ausbruch in den unteren Schichten vor ſich gehen zu ſehen, weil ſonſt falſche Freiheitspropheten das Volk nur zu ſehr verwirren.

Die vorjährigen Ereigniſſe in Frankreich, Berlin und Wien, die Unordnung, in welcher die Leute, welche am Steuerruder in Frankreich ſaßen, die neue Form der Dinge zu begründen ſuchten, befeſtigten die Ueberzeugung in mir, daß die europäiſche Freiheit von dem franzöſiſchen vulkaniſchen Ausbruch nicht nur auf lange Zeit keine gründliche Hilfe zu erwarten habe, ſondern erweckten die Befürchtung, daß die Verbreitung der Anarchie Rußland dazu verhelfen werde, eine Stellung einzunehmen, in welcher es Europa die Spitze bieten könnte.

Nach dem was 1846 in Galizien geſchehen war, konnte ich mich als Pole nicht mehr an Oeſterreich wenden; ich übergab demnach Lord Palmerſton eine Schrift, in welcher ich nachwies, daß ſowohl Preußen, als auch einer oder der andern der öſterreichiſchen Prinzen auf uns Polen rechnen könne, wenn es ſich um den Schutz der durch Rußland bedrohten europäiſchen Civiliſation handle. Bald darauf wurde ich durch den Ruf meiner Landsleute ſowohl aus verſchiedenen Theilen Polens, als auch der Emigration veranlaßt, nach Krakau zu gehen, um dafür zu ſorgen, daß die ſich erhebende nationale Macht nicht in die Hände der Anarchiſten fiele. Dort aber waren mir bereits Leute zuvorgekommen, welche vergeſſend, daß unſer einziges Ziel der Wiederaufbau unſeres Vaterlandes ſei, eine verderbliche Verbindung ſtifteten und in der Anarchie, nicht in der ruhigen Entwickelung, das Heil der Menſchheit erblickten. Die traurigen Vorfälle in Krakau waren die Folgen. Ich ſah ſie, ich ſah eben ſo den unſerer Sache ſo verderblichen Kampf in Poſen und glaubte, daß ein ernſtes Zuſammentreten der bedeutendſten Männer unſeres Volkes das beſte Mittel ſei, unſer Land vor Anarchie und Erſchöpfung zu bewahren. Ich erließ in Galizien, im krakauer Gebiet und im Poſenſchen eine Aufforderung, nach welcher Männer aller Stände und Parteien ſich in Breslau verſammeln ſollten, um dem Zwieſpalt ein Ende und der Zukunft eine Grundlage zu ſetzen. Es geſchah dies Anfang Mai 1848. Der größere Theil der Berufenen kam, aber die Partei, welche gleichſam des Vaterlandes Verderben zu ſein ſchien, trug den Sieg davon, wir brachten es nicht zu beſtimmten Grundlagen. Während dieſer Verſammlung und möglicher Weiſe auf die Kunde davon, kam ein berühmtes Mitglied des ungariſchen Reichstages zu mir. Es ſchien zu wünſchen, daß ich mich nach Ungarn begeben möge, aber ich vermied abſichtlich jedes nähere Eingehen auf ſeinen Plan, und zwar lediglich aus dem Grunde, weil ich in meinem Gewiſſen ruhig ſein und nichts thun wollte, was den ungariſchen Stamm von Oeſterreich trennen konnte. Andere Aufforderungen der Art verwarf ich gleichfalls, und zwar deßhalb, weil die Ungarn damals in zwei Lager getheilt waren, in die Kroaten und Magyaren, die ich immer als ein Volk gekannt hatte und auch betrachtete. In einen Bürgerkrieg aber wollte ich mich nicht miſchen, und hier um ſo weniger, als die Majorität meiner Landsleute entgegengeſetzter Anſicht war. Ich wäre vielleicht nach Ungarn gegangen, um eine Vermittlerrolle zu übernehmen, um die von der öſterreichiſchen Regierung aneinandergehetzten Stämme zu verſöhnen, um der gänzlichen Trennung Ungarns von Oeſterreich oder wenigſtens von ſeinem jungen Palatin wo möglich vorzubeugen, aber mir fehlten die Geldmittel.

Noch dauerte die Polenverſammlung zu Breslau, als der Slavenkongreß in Prag begann. Ich begab mich nicht dorthin, weil ich den öſterreichiſchen Boden nicht betreten durfte, auch die Pläne der öſterreichiſchen Regierung bezüglich dieſes Kongreſſes nicht kannte; aber ich that, was mein Gewiſſen mir vorſchrieb, und ſchickte dem Grafen Thun ein Projekt, in welchem die beiden erſten Punkte die waren: 1) Der Kongreß erklärt, daß alle

Digitized by Google

auf ihm vertretenen ſlaviſchen Stämme ſich gegenſeitig ſolidariſch verpflichten, das Intereſſe eines einzelnen Stammes als gemeinſames zu betrachten, 2) daß ſofort Abgeordnete zu den ungariſchen Slaven (Kroaten und Serben) geſchickt würden, um ſie im Namen der ſlaviſchen Sache mit den Magyaren zu verſöhnen; dieſelben Abgeordneten ſollten auch auf den ungariſchen Reichstag gehen. Der 3) Punkt verlangt, daß der Kongreß eine feierliche Erklärung erlaſſe, des Inhalts: „ſobald der ſlaviſche Stamm in einen Körper ſich vereinigt haben wird, iſt die gezwungene Rekrutirung abgeſchafft." Damit aber das Landvolk ein Anrecht auf Beſitz und auf ſeine Freiheiten habe, muß man es erinnern, daß wenn der Adel Jahrhunderte hindurch Grundbeſitz beſaß, er ihn mit ſeinem Säbel erkämpft hat. „Soll nun das Landvolk zu gleichen Rechten gelangen, ſo muß es wenigſtens das eine Mal, jeder nach ſeinem beſten Vermögen, unter die Waffen treten," um durch dieſe That auch in ſeinem Bewußtſein dem Adel gleich zu werden. Jedes Dorf, jede Gegend, die ſich dieſer gemeinſamen Erhebung entzieht, wird von den errungenen Freiheiten ausgeſchloſſen.

Der 4) Punkt endlich forderte, daß jeder vertretene ſlaviſche Stamm zwei oder drei hervorragende Vertrauensmänner in's Ausland ſende, um eine Anleihe Behufs der Bewaffnung zu contrahiren. Gerade als einer meiner Landsleute im Auftrage des Kongreſſes die Inſtructionen für dieſe Delegationen redigirte, gaben die Kanonen Windiſch-Grätz's kund, in welchem Sinne die öſterreichiſche Regierung den Prager Kongreß auffaſſe. (Schluß folgt)

Die Adelsherrſchaft in Oeſterreich.

00 **Frankfurt**, 11. April. Es war zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, als der öſterreichiſche Feldherr, Graf Wallis, welcher mit ſeinem Feinde Neuperg zuſammen an der türkiſchen Grenze befehligte, nachdem er durch ſeine Feigheit den Verluſt von Belgrad herbeigeführt, es wagte, einen Kourier nicht abzuſchicken, durch welchen der Kaiſer dem mit den Friedensunterhandlungen beauftragten Neuperg verbot, in die Abtretung von Belgrad zu willigen. Auf dieſe Weiſe ging die wichtige Feſtung verloren, da aber Wallis aus guter Familie war, ſo dauerte ſeine Ungnade nur wenige Monate und nach dem Tode Joſephs I. wurde er 1710 ſogar wieder an die Spitze eines Heeres geſtellt. Iſt dies anders geworden? Wir benutzen in der Antwort einige Angaben der Allg. Zeitung, die man nicht, wie der D. Z. widerfahren, der Feindſeligkeit gegen Oeſterreich beſchuldigen wird. Man hat affektirte Klagen des öſterreichiſchen Adels geleſen, er habe unter der Laſt der Bureaukratie wie alle andern Unterthanen geſeufzt und gelitten, wie aber der Staat für das materielle Wohl des hohen Adels ſorgte, geht aus dem Geſandtſchaftsweſen hervor, (vgl. Deutſche Ztg. v. 22. Febr. 2. Beil.), und ſeine Alleinbefähigung zu hohen Staatsſtellen hielt er gleichfalls feſt; unter Metternichs' Herrſchaft wurde ebenſo der Schneiderſohn Kübeck geadelt, ehe er Finanzminiſter werden konnte, als zu Ende des 18. Jahrhunderts der Schifferſohn Thugut. Preußen hatte dieſer Bevorzugung ſchon 1807 ein Ende gemacht und ſeitdem eine lange Reihe bürgerlicher Miniſter. Fürſt Windiſchgrätz, den die Volksſtimme zeichnet durch den ihm in den Mund gelegten Ausſpruch: „Erſt mit dem Baron fange der Menſch an", das Vorbild der mecklenburgiſchen Landjunker, der geprieſene Feldherr, ſo lange es galt, aus ſicherer Höhe Städte zu bombardiren und mit 100,000 Mann ein Land zu durchziehen, das keinen Widerſtand leiſtete, hat ſeine Grundſätze ganz naiv ausgeſprochen, indem er zu Peſth adelige politiſche Verbrecher „wegen berückſichtigungswerther Familienverhältniſſe" begnadigte, bürgerliche, die ganz daſſelbe begangen, erſchießen ließ. Er verſchuldet zum großen Theil den ſchlechten Fortgang des ungariſchen Kriegs, das Blut, das hier vergebens fließt, durch ſeine hartnäckige Begünſtigung zweier ganz unfähiger, mit wichtigen Stellen betrauter Grafen: Nugents und Wrbna's. Nugent, der im Sommer 1848 auf den Proteſt ſeines Offizierkorps von dem Kommando im Venezianiſchen entfernt werden mußte, der nebſtdem ſchon bejahrt und bei ſeinem Alter durchaus kein Radetzky iſt, erhielt den Befehl des ſüdungariſchen Heeres von 25—30,000 Mann. Wrbna, weder durch ſeine Kavalleriemanöver im Jahr 1845, noch durch ſeine Kriegsthaten in Krakau 1846 berühmt, wurde von dem ihm damals übertragenen Kommando bald wieder entfernt und genoß nie eines beſondern Feldherrnrufs im Heere. Dennoch wurde ihm ein Befehl in Ungarn übergeben und nach grober Fahrläſſigkeit erſt auf ſchriftliches Anſuchen mehrerer hundert Offiziere in aller Stille entzogen. Auch Graf Deym wurde aus ähnlichen Gründen nach Galizien verſetzt; von kriegsrechtlichen Unterſuchungen iſt gegen ſolche altgräfliche Generale nie die Rede. Daß dieſes Verfahren öſterreichiſches Syſtem, nicht blos Privatſache des Fürſten Windiſchgrätz iſt, geht aus Folgendem hervor: Der Graf Zichy hat durch ſeine ſchmähliche Uebergabe von Venedig doch wohl der Ehre und dem Vortheil des öſterreichiſchen Staates mehr geſchadet, als der arme Teufel, der im Rauſche etwas über den Belagerungszuſtand ſchimpft oder ein ſchlecht ſtiliſirtes Armeebülletin, vielleicht aus Eifer für deutſche Sprachlehre zerreißt, oder endlich unbrauchbare Waffen verbirgt, aber das Kriegsgericht gegen jenen edlen Grafen, der dem öſterreichiſchen Staat ſeine halbe Flotte, die Thätigkeit eines ganzen Heeres und Ströme Bluts koſtete, iſt verſchollen, — dieſer aber wurde zu einigen Jahren oder Monaten leichter Eiſen verurtheilt oder begnadigt.

Deutſchland.

* **Wien.** Im Jahr 1848 ſtarben in Wien 16,167 Menſchen, und zwar 8446 männlichen und 7721 weiblichen Geſchlechts; davon gehörten nach der Religion 15,854 der katholiſchen, 202 der evangeliſchen, 7 der griechiſchen und 140 der jüdiſchen an. Nach dem Alter ſtarben 5398 von der Geburt bis zum 1 Lebensjahre; 1389 von 1 bis 4; 1307 von 4 bis 20; 3311 von 20 bis 40; 2394 von 40 bis 60; 2025 von 60 bis 80; 333 von 80 bis 100 und 1 über 100 Jahren. Unter dieſen Verſtorbenen befanden ſich 32 Selbſtmörder und 406 Verunglückte. Im Vergleiche zum Jahr 1847, in welchem 18066 Todesfälle vorkamen, ſind demnach im Jahr 1848 um 1899 Menſchen weniger geſtorben. In dieſem Jahre ſind aber auch um 2666 Menſchen mehr geboren worden, als geſtorben.

Aus Baiern, 9. April. Der Hof und die eigentliche Hofpartei geräth in eine immer mehr vereinzelte Stellung, indem das Schwanken ihrer Politik bald dieſe, bald jene Partei verletzt. So hat z. B. die ſcheinbare Hinneigung zum Ultramontanismus, welche in der jüngſten Zeit in Nymphenburg in dem Benehmen gegenüber dem Papſte, der Stellung Hrn. v. Abel's, der Annahme des berüchtigten Fackelzugs und Ablehnung der Adreßdeputation der Kammer, ſelbſt in der Reaktivirung der ultramontanen Profeſſoren, die Oberhand zu beſitzen ſchien und den Hof bei der liberalen Partei und ſelbſt bei den gemäßigt konſervativen Schattirungen entſchieden mißliebig machte, doch andererſeits bei der katholiſchen Partei keine andauernde Gunſt erworben; im Gegentheil ſind es jetzt die Organe gerade dieſer Richtung, welche in einem Tone von der „Kamarilla" und von dem Könige ſprechen, der von den radikalen Blättern angeſtimmt, eine augenblickliche Beſchlagnahme zur Folge hätte. Daß ſelbſt die noch ſo neue Geſchichte Baierns in den letzten Jahren in Nymphenburg noch nicht einſehen mochte, wie der Ultramontanismus keineswegs um der Monarchie willen monarchiſch geſinnt iſt, ſondern inſolange er dabei ſeine Intereſſen wohl berathen glaubt, iſt dem ruhigen Beobachter unbegreiflich. Die Stellung der Hofpartei iſt aber auch in anderer Richtung, nämlich in Bezug auf die deutſche Frage, in den letzten Tagen eine ſehr ſchlimme geworden. Wir haben ſchon darüber geſprochen, wie zu einer begeiſternden Aktion des bairiſchen Partikularismus bei der Mißſtimmung, welche im Lande gegen die Regierung herrſcht, eine Ausſicht nicht vorhanden ſei. Dabei wurde aber immer noch derjenige Fall vorausgeſetzt, daß man dem bairiſchen Volke von Berlin aus den preußiſchen Kaiſer aufdringen würde. Allein die preußiſche Cirkularnote überläßt den Beitritt zum engern Bundesſtaate dem freien Entſchluß der Einzelſtaaten. Wäre ein Zwang zu demſelben verſucht worden, dann hätte ſich vielleicht im Lande eine Oppoſition erregen laſſen; allein daran kann kein Gedanke ſein, daß man das Land zu einer Widerſetzung gegen die Einigung der übrigen deutſchen Staaten unter ſich bringen werde. Zwiſchen Oeſterreich und dem übrigen Deutſchland eingeſchloſſen und abgeſperrt, kann aber Baiern nicht exiſtiren, um ſo weniger, da der Schwerpunkt des bairiſchen Staats in ſeiner jetzigen Geſtaltung ganz anders fällt als derjenige des ehemaligen Kurfürſtenthums. (D. A. Z.)

*** **Leipzig**, 11. April. Der deutſche Verein zu Dresden hatte am vergangenen Montag durch eine Deputation dem Miniſter-

Präſidenten eine Adreſſe überreichen laſſen, in der er das feſte Vertrauen ausſpricht, „das Miniſterium werde feſthalten an den Beſchlüſſen des deutſchen Parlaments zu Frankfurt, werde namentlich die aus der zweiten Leſung hervorgegangene deutſche Verfaſſung als zu Recht beſtehend anerkennen, werde überhaupt mit Aufgebung aller partikulariſtiſchen Intereſſen, alle dem Wohle des gemeinſamen Vaterlandes nöthigen Opfer bringen.“ Der hieſige deutſche Verein benutzte die geſtrige Anweſenheit des Herrn Miniſterpräſidenten in Leipzig, um ihm ebenfalls durch eine Deputation die vollſte Uebereinſtimmung mit der erwähnten Adreſſe auszuſprechen. Dem Vernehmen nach iſt die Antwort des Herrn Held ſehr genügend ausgefallen. Was nun ſonſt die Stimmung in Sachſen anlangt, ſo darf man ſie wohl nicht nach gewiſſen zur Schau getragenen Demonſtrationen beurtheilen, die in den letzten Wochen gegen das Parlament vorgekommen ſind. Dahin rechnen wir namentlich, daß der Rath und die Stadtverordneten den Antrag des Vicebürgermeiſter Koch, die Frankfurter Deputation auf ihrer Reiſe nach Berlin in Magdeburg zu begrüßen, verwarfen. Der Buchhändler Herr Otto Wigand, der es ſeit einer Reihe von Jahren liebte, ſich als Vorkämpfer der Freiheit, als Märtyrer derſelben hinzuſtellen, warnte vor Annahme des Koch'ſchen Antrags, weil — „die Meſſe nach einer ſolchen Demonſtration ſchlecht ausfallen könnte!“ Auf die Gewerbetreibenden, deren Zahl unter den Stadtverordneten ſehr groß iſt, verfehlte dieſer geiſtreiche Einfall ſeine Wirkung nicht. Wie die Stimmung in Leipzig wirklich war, kam erſt zu Tage, als man die unglückſelige Antwort des Königs von Preußen erfuhr. Faſt alle Parteien hatten ſich im Stillen doch der Hoffnung hingegeben, der König werde die Wahl annehmen; ſie verſprachen ſich denn endlich die nöthige Geſtaltung der Verhältniſſe des geſammten Vaterlandes, wie der einzelnen Staaten. Daß die Wahl Friedrich Wilhelm's zum Kaiſer der Deutſchen gerade in Sachſen mit Enthuſiasmus nicht begrüßt werden würde, das war vorauszuſehen, und ſehr zu entſchuldigen. Der Patriotismus aber, bei Anderen die Sehnſucht nach Ruhe und Ordnung waren größer, als die Abneigung gegen Preußen. Durch die Antwort des Königs von Preußen hat die Sache bei uns noch eine andere Wendung genommen. Man ſieht durch ſie die Machtvollkommenheit des Frankfurter Parlaments gefährdet, man erkennt die Gefahr deutlicher als je, die für alle Theile, die die Märzrevolution nicht wegleugnen, darin liegen würde, wenn auch dieſe Verſammlung ein ähnliches Schickſal haben ſollte, wie die Konſtituanten in Wien und Berlin. Das gilt, trügt nicht Alles, namentlich auch von unſern Kammern, die gewiß jetzt mit mehr Ernſt und Würde dieſe wichtige Frage auffaſſen und behandeln werden. Leicht könnten ſich auch bei uns die widerſtrebendſten Parteien zum Schutze der Verfaſſung vereinigen, wie ſie das hoffentlich in der Paulskirche thun.

Schweiz.

+ **Zürich**, 9. April. Der Bundesrath veröffentlicht endlich den von der Zollkommiſſion ausgearbeiteten Geſetzesvorſchlag über die Centraliſation der Zölle. Grundſätzlich ſind alle Gegenſtände, die nicht ausdrücklich ausgenommen, wie Effekten der Geſandten, Gegenſtände des unmittelbaren Grenzverkehrs, gemünztes Gold und Silber, einer Eingangs-, Ausgangs- oder Durchgangsgebühr unterworfen, zu deren Beziehung die Schweiz in fünf Zollgebiete eingetheilt wird: Baſel, Schaffhauſen, Chur, Lugano und Lauſanne. Für jedes derſelben iſt ein Zolldirektor aufgeſtellt; ein Oberzolldirektor, der unmittelbar unter dem Handels- und Zolldepartement ſteht, leitet das Ganze. Die Kantone ſind zum polizeilichen Schutze der Zollbeamten und ihrer Amtsgeſchäfte verpflichtet. Alle Binnenzölle ſind aufgehoben. Dem Zolltarife ſelbſt enthebe ich das Weſentlichſte: A. Einfuhrzoll. Von gewiſſen Gegenſtänden, als Steine, Holz, Kohlen, Kalk u. ſ. w., wird von jedem angeſpannten Zugthier 1 — 5 Batzen bezahlt; vom eingeführten Schmal- und Rindvieh 1 — 5 Batzen per Stück, von Pferden und Mauleſeln 2 Franken, von Wagen, Kutſchen u. ſ. w. 12 — 60 Franken. Vom Werth zahlen Mühlſteine und Schiffsgeräthſchaften 2 — 5 Prozent. Die Gegenſtände, die nach ihrem Gewichte verzollt werden, ſind in 10 Klaſſen, von 1 Batzen bis zu 16 Franken auf den Centner, getheilt. Ich führe Ihnen von der ſehr großen Anzahl der bezeichneten zollbaren Gegenſtände nur die allerwichtigſten an. I. Klaſſe. 1 Batzen. Getreide, Hülſenfrüchte, Salz. II. Klaſſe. 2½ Batzen. Rohe Baumwolle, rohes Eiſen, Felle, Flachs, Haare, Oel, Potaſche, Reis, Soda, Talg, Thran, rohe und gekämmte Wolle. III. Klaſſe. 5 Batzen. Grobe Eiſengußwaaren, Leinöl, Mehl, Seife. IV. Klaſſe. 10 Batzen. Bier, Bücher, nicht beſonders benannte chemiſche Produkte und Metalle, Schmiedeeiſen, grobe Holzwaaren, Kaffee, Seiler- und unglaſirte Töpferwaaren, Wein in Fäſſern, denaturirter Weingeiſt. V. Klaſſe. 15 Batzen. Baumwollenwatte, grobe Eiſenwaaren, Blech und Drath, Flachsgarn, Leder, Stahl, Maſchinen, glaſirte Töpferwaaren, roher Zukker. VI. Klaſſe. 25 Batzen. Droguen, Baumwollgarn- und Tücher (rohe), Hopfen, Indigo, Kork, Olivenöl, rohe und gedrehte Seide, Stecknadeln, Tabak in Blättern, raffinirter Zucker. VII. Klaſſe. 4 Franken. Unlakirte Blechwaaren, Branntwein, Gewürze, eiſernes Handwerkszeug, Kupferſchmiede- und gemeine Lederwaaren, gegoſſene Meſſingwaaren, gefärbte und ungezwirnte Seide, hölzerne Uhren, gemeine Wollenwaaren, Zwirn und Faden. VIII. Klaſſe 6 Franken. Lackirte Blechwaaren, Leinwand, Nähnadeln, Papier, gemeine Quincailleriewaaren, Rauch- und Schnupftabak, gemeine Schloſſerwaaren, Nürnbergerwaare, Steingut und Fayance, Tapeten, Teppiche, fertige Tücher und Wollenzeuge, gemeine Shawls. IX. Klaſſe 10 Franken. Gebleichte und gefärbte Baumwollenwaaren und -Garne, Möbeln, Kupferſtiche, Landkarten, feine Stahlwaaren, muſikaliſche Inſtrumente, fertige Pelzwaaren, Porzellan, Saiten, Strumpfwirkerarbeit, Wein in Flaſchen, nicht denaturirter Weingeiſt. X. Klaſſe 16 Franken. Feine Gußwaaren, Cigarren, feine Drechsler- und Eßwaaren, Gemälde, farbige Glaswaaren, feine lederne Handſchuhe, Hüte, fertige Kleider, Liqueure und Deſſertweine, nicht beſonders benannte Luxusartikel, ſeidene Schirme, feine Sattlerwaaren und Shawls, ſeidene und halbſeidene Stoffe, Spiegel, Spielkarten, Thee, Metalluhren. B. Ausgangszoll. Von Steinen, Kalk, Ziegeln, altem Hausrath, Steinkohlen, Kochſalz, Dünger 1 — 4 Batzen von jedem angeſpannten Zugthier; von jedem Stück Vieh ¼ — 1 Batzen; beim Holz 3 Procent vom Werth; alle andern Waaren zahlen 1 Batzen vom Zentner, Gerberlohe und Felle 5, Baumrinde 10 und Lumpen 15 Batzen. C. Durchgangszoll. Für die Befahrung von Straßenſtrecken von 8 Stunden und darunter ¼ Batzen, für jede größere Strecke 2 Batzen vom Zentner. Für eine Strecke von 8 Stunden zahlen Pferde 5, Eſel und Rindvieh 2, kleineres Vieh ½—¼ Batzen, für eine größere Strecke Batzen 20—1. Auch Baumſtämme und Bretter ſind einer Durchgangsgebühr unterworfen. Die Grundſätze, welche die Kommiſſion bei Aufſtellung des Tarifes geleitet haben, liegen klar vor: möglichſt geringe Anſätze, eigentlich nur Kontrolgebühren für Lebensmittel und für die ſchweizeriſche Induſtrie erforderliche Rohſtoffe und Halbfabrikate, immerhin mit Rückſicht auf den Werth, höhere Tarifirung der Produkte des Handwerksſtandes, höchſte Beſteuerung der Luxusartikel. „Es iſt nicht zuläſſig,“ ſagt eine den Geſetzesvorſchlag begleitende Botſchaft des Bundesraths an die Bundesverſammlung, „einzelnen Induſtriezweigen ausnahmsweiſe größeren Schutz als anderen zu gewähren, weil die Bundesverfaſſung nach ihrem Sinn und Geiſt alle Bürger gleich gehalten, und alle Vorrechte Einzelner abgeſchafft wiſſen will.“ Der Bruttoertrag ſämmtlicher Zölle wird, nach den Berechnungen der letzten 8 Jahre, etwa auf 3,700,000 Franken anſteigen.

Vorgeſtern Morgen ſtarb dahier der Redakteur der „N. Z. Z.“, Profeſſor Daverio, in ſeinem 45. Jahre, am Nervenfieber; er ſtarb mit Italien (ſeinem Geburtslande), für das ſein Herz ſo warm ſchlug, ſagt die „E. Z.“; ſeine in den letzten Tagen verwirrte Phantaſie beſchäftigte ſich unaufhörlich mit den Vorgängen in Piemont; wohl ihm, daß er das ganze Unglück nicht mehr erfuhr!

Als Beleg für die Nothwendigkeit der Ihnen gemeldeten Wechſelfähigkeitsbeſchränkung, führt die Regierung von Zürich an, daß die in Folge des Wechſelrechts angehobenen „ſchnellen Schuldbetreibungen“ bei Nichtkaufleuten im Jahr 1834 321, im Jahr 1848 2679 Perſonen, allein im Kanton Zürich, betrafen. Für Deutſchland, wo ebenfalls unbedingte Wechſelfähigkeit jetzt herrſcht, iſt dieſe Notiz gewiß nicht ohne Intereſſe.

Nach einer Korr. der „N. Z. Z.“ wären 200 gefangene Brescianer unbarmherzig erſchoſſen; nach einer andern Mittheilung ſollte Radetzky über ihr Schickſal erſt entſcheiden. Der Stadt und Provinz Brescia ſind 6 Mill. Lire Kriegsſteuer auferlegt, die Stadt ſelbſt wurde am 31., nach einem heftigen Bombardement, von den Truppen Haynaus mit Sturm genommen, und viele Stunden lang geplündert. Der Soldat muß doch für ſeine Mühe etwas haben, ſagte ja ſchon Tilly vor Magdeburg!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeit.-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 104. Frankfurt a. M., Sonntag 15. April. **1849.**

Ueberſicht.

Das Reich und die Reichsverfaſſung.

Deutſchland. Frankfurt (Konferenz des Reichsminiſteriums mit den Bevollmächtigten. Oeſterreichiſche Note nach Berlin. Die Berliner Deputation. Die badiſche Erklärung. Erklärung der öſterreichiſchen Regierung. Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. [Schluß. Ein Strich durch die Rechnung. Die Wahl des Vorſtandes in der Reichsverſammlung.) Wien (Kundmachung. Die heilige Woche. Die Nationalgarde. Fürſt Windiſchgrätz. Statiſtiſches.) Berlin (Die deutſche Frage. König und Volk und die deutſche Sache.) Stuttgart (Stimmung in der Verfaſſungsfrage. Erklärung des Volksvereins. Antrag des Abgeordneten Seeger.) Kaſſel (Eröffnung der Regierung in der Verfaſſungsfrage.) Homburg (Eröffnung des konſtituirenden Landtags.) Roſtock (Die gekaperten Schiffe.) Aus Nordſchleswig (Die Kriegsoperationen.) Aus Schleswig-Holſtein (Verluſt des Stiener und Einmarſch in Jütland.) Schleswig (Wahl nach Frankfurt.)

Großbritannien. London (Däniſche Blokadeerklärung für alle Häfen außer Oeſterreich. Der Globe über die abgebrochenen und angeblich wieder aufzunehmenden Friedensverhandlungen. Fehde zwiſchen däniſchen und preußiſchen Matroſen in Leith.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über das Finanzbudget. Die 45 Cent.-Steuer. Die Skandalgeſchichten. Die Kandidatur des Weibes. Die banque du peuple. Die Engländer.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Schuldenerlaß. General Meyerhoffer. Einberufung der ſerbiſchen Nationalverſammlung.)

Italien. (Unſichere Nachrichten aus Genua.)

Ungarn. (Fürſt Windiſchgrätz in Peſth.)

---

14. April.

Muth! riefen wir heute Morgen den Unſrigen zu und als ſolle das Sprichwort ſich beſtätigen, daß den Muthigen das Glück beiſtehe, konnten wir ſchon in der Beilage die frohe Nachricht bringen, daß die Bevollmächtigten der acht und zwanzig Regierungen eine gemeinſchaftliche Erklärung unterzeichnet, wonach dieſe die Reichsverfaſſung anerkennen und annehmen, wie ſie iſt, und ihre Zuſtimmung geben zur Erhebung des Königs von Preußen zum Kaiſer der Deutſchen. Auf einem beſonderen Blatte haben wir noch im Laufe des heutigen Tages den Wortlaut der Erklärung mittheilen können. Sie lautet:

„Von den Vertretern der folgenden deutſchen Staaten: Baden, Heſſen-Darmſtadt, Kurheſſen, Oldenburg, Mecklenburg, Holſtein, Lauenburg, Braunſchweig, Naſſau, Sachſen-Weimar, Koburg, Gotha, Altenburg, Meiningen, Anhalt-Bernburg, Deſſau, Schwarzburg-Rudolſtadt, Sondershauſen, Reuß, Hohenzollern, Waldeck, Hamburg, Bremen, Lübeck, Frankfurt, iſt heute Abend nachſtehende Kollektivnote an den ſtellvertretenden Bevollmächtigten der königlich preußiſchen Regierung bei der Centralgewalt abgegeben worden.

Die ergebenſt Unterzeichneten ſind in Folge der durch die königlich preußiſche Circular-Note vom 3. April 1819 erhaltenen Veranlaſſung und geleitet von der Ueberzeugung, daß eine möglichſt baldige umfaſſende Verſtändigung zu der ſchleunigen Verwirklichung des deutſchen Verfaſſungswerkes weſentlich beitragen werde, über ihre gemeinſame Aufgabe in vorläufige Verhandlungen getreten und beehren ſich, dem königlich preußiſchen Herrn Bevollmächtigten als deren Ergebniß folgendes mitzutheilen:

Die von den Unterzeichneten vertretenen hohen Regierungen haben mit lebhafter Befriedigung aus der gedachten Note und deren Beilage erſehen, daß Sr. Majeſtät der König von Preußen geneigt ſind, an die Spitze des deutſchen Bundesſtaates zu treten. Wenn Sr. königl. Majeſtät die Rechtsgültigkeit der durch die deutſche Nationalverſammlung getroffenen Wahl noch von dem Einverſtändniß der betheiligten Regierungen abhängig gemacht haben, ſo verdient die Anſicht, welche dabei die leitende geweſen iſt, nicht nur die höchſte Anerkennung, ſondern es wird darin im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Zeit auch das Beſtreben nach Herſtellung derjenigen Garantien erkannt werden müſſen, welche dem deutſchen Verfaſſungswerk Dauer zu geben geeignet ſind. Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Wohl des gemeinſamen Vaterlandes nur in der Errichtung eines kräftigen Bundesſtaates gedeihen könne, und daß für dieſen Zweck von Einzelnen Opfer gebracht werden müſſen, nehmen die Unterzeichneten keinen Anſtand, Namens der von ihnen vertretenen hohen Regierungen hierdurch ihr volles Einverſtändniß mit der von der Reichsverſammlung getroffenen Wahl zu erklären.

Anlangend die Verfaſſung des deutſchen Reichs, ſo entſpricht dieſe zwar, ſo wie ſie in zweiter Leſung von der Reichsverſammlung beſchloſſen worden, nicht in allen Punkten den Anſichten, welche von den hohen Regierungen der Unterzeichneten gehegt und ſchon früher hervorgehoben worden ſind; allein abgeſehen davon, daß einzelne dieſer Regierungen die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung im Voraus als verbindlich anerkannt haben, und daß der von anderen eben ſo wie von der königlich preußiſchen Regierung feſtgehaltene Standpunkt der Vereinbarung in ſeiner konſequenten Durchführung die Erreichung eines gedeihlichen Reſultats leicht unmöglich machen würde, erachten ſie auch die von ihnen gehegten Bedenken nicht im richtigen Verhältniß zu den großen Gefahren, welche ein längerer Verzug des Verfaſſungswerkes dem gemeinſamen Vaterlande nothwendig bringen müßte. Indem daher die Unterzeichneten Namens ihrer hohen Regierungen die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Verfaſſung des deutſchen Reichs anerkennen und annehmen, geben ſie ſich der Erwartung hin, daß die königlich preußiſche Regierung in Berückſichtigung der für alle Theile Deutſchlands gleichmäßig dringenden Beweggründe denſelben Grundſätzen folgen und die Ueberzeugung gewinnen werde, daß ſie auf dieſe Weiſe dem hohen Berufe, den ihr die Neugeſtaltung Deutſchlands anweiſet, zu genügen im Stande ſein werde. Sie gehen dabei von der Ueberzeugung aus, daß unter dieſer Vorausſetzung alle deutſchen Regierungen, denen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesſtaat nicht durch ihre beſonderen Verhältniſſe gegenwärtig unmöglich iſt, von gleicher patriotiſcher Auffaſſung geleitet, einer völligen großartigen Einigung ſich anſchließen werden, und daß es daher einer Regulirung mit dieſen außerhalb der Verfaſſung nicht bedürfen werde.“

Ehre und freudigen Dank den deutſchen Fürſten, welche es erkannt haben, daß das Wohl des Vaterlandes und ihr eigener Vortheil Hand in Hand gehen! Unſern Zuruf haben ſie ſchwerlich vernommen, aber er iſt in ihrem Innern erſchollen. Ihr Name ſagt, daß ſie die Vorderſten und Erſten ſein ſollen; wohl ihnen, daß ſie ihres Namens eingedenk ſind und an die Grenzen eilen, um die deutſchen Kriegsſchaaren gegen den Feind zu führen und ſich einen Siegeskranz zu flechten aus dem Laube der „ſchönen Doppeleiche“ im Norden! Wohl ihnen und uns, daß ſie auch daheim ſich nicht weniger um das Vaterland verdient machen, indem ſie raſch handeln, wo es raſch zu handeln gilt, daß ſie den rechten Weg vorangegangen ſind und jetzt Preußen zurufen: Folge uns! Eine bittere Empfindung will uns beſchleichen, daß Preußen es verſchmäht hat, voranzugehen, daß es ſich nicht im rechten Augenblicke an ſeinen alten Wahlſpruch: Vorwärts! erinnert hat. Aber wir gedenken gern der milden Worte, die Heinrich v. Gagern geſtern Abend zu uns ſprach. Der Trinkſpruch, ſagte er, den er im Sinne habe, hätte allen übrigen vorausgehen müſſen, nur die Ungewißheit, in der wir uns noch befänden, habe ihn zögern machen. Sodann ſprach er wie ein Weiſer und ein Staatsmann über die Zurückhaltung des Königs von Preußen. Es ſei nichts Geringes, einen Entſchluß zu faſſen, dem Empfindungen und Anſichten im Wege ſtehen könnten, welche ein reicher Geiſt und ein edles Herz ein ganzes Leben hindurch genährt habe, es ſei auch eine große Verantwortlichkeit mit dem Entſchluß verbunden und, wenn er gefaßt werde, ſo werde er um ſo werthvoller ſein, je reiflicher er bedacht und erwogen ſei. Auch die Reichsverſammlung habe Zeit gebraucht, um ſich zu beſinnen und zu entſchließen und man möge die Bedenkzeit ehren, die der König für ſich in Anſpruch nehme. Das Lebehoch, das ſodann

dem Kaiſer der Deutſchen gebracht wurde, war ein tief empfundenes, von heißen Wünſchen begleitet und man konnte Augen von Männern ſich röthen ſehen, die in Kampf und Sturm feſtzuſtehen gewohnt ſind.

Es iſt kein flüchtiger Eindruck, welcher uns unſere gute Zuverſicht gibt, ſondern die beſonnenſte Erwägung kann jetzt zu keinem anderen Ergebniſſe führen. Die Fürſten geben ſich der Erwartung hin, daß auch die noch fehlenden Regierungen, von gleicher patriotiſcher Auffaſſung geleitet, einer völligen großartigen Einigung ſich anſchließen werden. Und uns fehlen nur Oeſterreich und die Königreiche. Oeſterreich hat ſich feierlich vom deutſchen Reiche losgeſagt. Es hat ſeine Abgeordneten zurückgerufen, es kennt keine Reichsverſammlung mehr und keine Reichsverfaſſung. Es ſagt ſich zürnend von uns los, wie früher gutwillig. Es hatte früher den beſſeren Theil erwählt, und wird dazu früher oder ſpäter zurückkehren. Seine Drohungen inzwiſchen ſind für nichts zu achten. Armes Oeſterreich, du beſtehſt nur noch in deinen Heeren, und wo ſind jetzt deine Heere? Ein Theil iſt über die Grenze geflohen und ſucht Schutz in der Türkei, ein anderer iſt geſchlagen und nähert ſich im Rückzuge der unwilligen nur durch Schreckensherrſchaft gezähmten Hauptſtadt. Oeſterreich droht; aber wer weiß, wie bald es um Hülfe flehen muß? Dieſe Hülfe wird es beſſer bei einem mächtigen ſtammverwandten Deutſchland finden, welches zwar nichts zu thun hat mit ungariſchen Kriegen, aber die von Deutſchen bewohnten Fluren der Donau nicht von Barbaren wird überfluthen laſſen. Beſſer bei einem einigen und ſtarken Deutſchland ſucht Oeſterreich ſeine Hilfe, als bei ſeinem gefährlichſten Nebenbuhler, bei Rußland. Es mag hier die Bemerkung an ihrem Orte ſein, daß auch der Widerſpruch, welchen man von fremden Mächten gegen ein deutſches Erbkaiſerthum beſorgte, ſich ſo ziemlich als nichtig ausgewieſen hat. Eine ſolche Einmiſchung würde von allen Deutſchen, die ihres Namens werth ſind, ohnehin mit Entrüſtung zurückgewieſen werden. Aber Rußland hat nach den neueſten Nachrichten ausdrücklich erklärt, es habe nichts einzuwenden gegen ein preußiſches Kaiſerthum. England denkt zu hoch und iſt zu weiſe, um eine ſolche Einmiſchung zu beanſpruchen, ſelbſt wenn es die Einrichtung eines deutſchen Kaiſerthums ſo ungern ſehen ſollte, wie im vorigen Jahre, der königlichen Küſte Albions gegenüber, die Errichtung der franzöſiſchen Republik. Ueberdieß kann man von den Engländern im Allgemeinen gar nicht behaupten, daß ſie gegen eine feſte Einigung Deutſchlands eingenommen wären. Der Globe, welcher für am meiſten eingeweiht in die Anſichten der Regierung gehalten wird, redet dem Kaiſerthume das Wort und die Wünſche des engliſchen Königshofes ſind bekannt. Von Frankreich wollen wir nichts weiter ſagen, als daß in Paris auf die Nachricht, der König von Preußen ſei zum Kaiſer der Deutſchen ausgerufen, an der Börſe die Courſe ſtiegen. Man müßte in der That, wie Jahn es nennt, ein Michel Jämmerling ſein, um vor den Gefahren, welche vom Auslande drohen, zurückzuſchrecken.

Wenden wir uns von den vermeintlichen Gefahren zu den wirklichen Schwierigkeiten, welche ſich dem gemeinſchaftlichen Werke noch entgegenſtellen. Sie ſind groß, das wußten wir, als wir das Werk begannen; aber die Deutſchen, wie neulich ſelbſt die Debats ſagten, laſſen nicht nach. Ils ne cédent jamais! Bereits handelt es ſich nur um den Widerſtand, welchen die Regierungen der Königreiche entgegenſetzen könnten. Würtemberg hat ſein Wort ſchon verpfändet und die billigende Theilnahme, welche geſtern und heute der würtembergiſche Bevollmächtigte bei dem gemeinſamen Schritte der Regierungen an den Tag legte, bürgt dafür, daß es ſein Wort einlöſeu werde. Dafür bürgt nns auch der Geiſt, wie er ſich im Lande regt. Die Parteien verſöhnen ſich, wie in der Paulskirche, auf dem Boden der Verfaſſung. Wir theilen aus einem Aufruf, der jetzt durch ganz Würtemberg fliegt, auch zur Nachahmung in andern Gegenden folgende Stelle mit:

„An der deutſchen Nation iſt es jetzt, die Einzelregierungen nicht darüber im Zweifel zu laſſen, daß Deutſchland die neue deutſche Verfaſſung ins Leben treten, zur Wirklichkeit werden zu ſehen, aufrichtig und dringend wünſcht. Die neue Verfaſſung mag in *einzelnen* Theilen keine Partei ganz befriedigen; aber gerade darum, weil ſie nicht der vollſtändige Sieg einer Partei über die andere iſt, darf ſie als eine alle Parteien verſöhnende, als die einzig mögliche betrachtet, muß ſie freudig begrüßt, muß ſie mit allen Kräften behauptet werden. Sie erfüllt das für den Beſtand, die Ehre und Macht der Nation nnerläßliche Bedürfniß der Einheit durch Feſtſtellung eines erblichen Oberhaupts, ſie befriedigt im weiteſten Umfang jeden irgend vernünftigen Wunſch nach Freiheit in den Grundrechten, in dem freigebigſten Wahlgeſetz. Dieſe Verfaſſung, und mit ihr das Anſehen der Reichsverſammlung gilt es jetzt aufrecht zu erhalten; es gilt den Uebergriffen eines Füeſten oder Miniſter-Kongreſſes, der ſich über die Reichsverſammlung zu ſtellen verſuchen ſollte, falls dieſer Gedanke irgendwo auftauchte, vorzubeugen, weil dadurch das ganze ſchwere Werk der Vertreter Deulſchlands, weil das Princip und die Frucht der ganzen Bewegung des Jahres 1848 bedroht würde.

Zu unſerer volksthümlichen Regierung, welche wiederholt erklärt hat, ſich rückhaltlos den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung unterwerfen zu wollen, dürfen wir das volle Vertrauen haben, daß ſie jetzt nicht ſäumen werde, durch ihre Zuſtimmung zu der deutſchen Verfaſſung und der Uebertragung der Erbkaiſerwürde an Preußen dem drückenden und peinlichen Zuſtand von Unſicherheit, der Gefahr des Sieges der Anarchie oder des Abſolutismus, ſo viel an ihr iſt, eine Ende zu machen; und unſer König, welcher ſtets ſeinen Stolz darein geſetzt, ein deutſcher König zu ſein, welcher vor dreißig Jahren ſich den Ruhm des Stifters der Würtembergiſchen Verfaſſung erworben hat, der für Deutſchlands Freiheit mit Ruhm das Schwert geführt, wird für die zu begründende Einheit Deutſchlands mit gleicher Hochherzigkeit einſtehen und nicht gering anſchlagen das Lob der Geſchichte: eine entſcheidende Stimme abgegeben zu haben zur Bewirklichung der deutſchen Verfaſſung, zur glorreichen Wiedergeburt des, Fürſten und Völkern gemeinſamen Vaterlandes.

Alle unſere Mitbürger, die, was ſonſt ihre politiſche Anſicht ſein mag, mit uns übereinſtimmen in dem Wunſch, die Freiheit geſichert, Deutſchland einig, ſtark und geehrt, den Zuſtand der Unſicherheit und die Gefahren der Anarchie oder der Reaktion beſeitigt zu ſehen, fordern wir auf, ihre dahin gehenden Geſinnungen auf jede Weiſe kund zu geben und ſo zur baldigen Verwirklichung der Verfaſſung Deutſchlangs mitzuwirken.“

Von Sachſen freut es uns, beſtimmter als es ſchon geſchehen iſt, melden und verſichern zu können, daß der König und ſeine Regierung entſchloſſen ſind, die Reichsverfaſſung anzunehmen. Und eben trifft aus Dresden die Nachricht ein, daß der Vicepräſident Dr. *Schaffrath* und mehrere andere Abgeordneten in der zweiten Kammer folgenden Antrag geſtellt haben: „Die zweite Kammer der Volksvertretung im Königreiche Sachſen erſuche ich, in Gemeinſchaft mit der erſten Kammer an die Staatsregierung den Antrag zu ſtellen: 1) daß ſie die von der deutſchen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung in Frankfurt in zweimaliger Leſung beſchloſſene und am 29. März d. J. als Reichsverfaſſung bereits verkündigte, von ihrem Geſammtvorſtande und ihren Mitgliedern unterſchriebene „Verfaſſung des deutſchen Reichs“ nebſt dem am 28. März in zweiter Leſung gleichfalls angenommenen „Reichswahlgeſetze“ für das Königreich Sachſen als endgiltig und verbindlich, in dem Geſetz- und Verordnungsblatte bekannt mache; und 2) daß auch ſie, die Staatsregierung, wie die Kammern, jeder Aenderung dieſer „Verfaſſung des deutſchen Reiches“ und dieſes Reichswahlgeſetzes, welche auf andere, als die in jener ſelbſt beſtimmte Weiſe etwa verſucht werden ſollte, den entſchiedenſten Widerſtand entgegenſetze.“ Ein gleicher Antrag iſt in der erſten Kammer von dem Abgeorducten Heubner aus Freiberg geſtellt, welcher früher ebenfalls Mitglied der Nationalverſammlung in Frankfurt und zwar der Linken war. Alſo auch die radikalen Kammern Sachſen erheben ſich für das Kaiſerthum. Leben wir nicht in einer wunderbaren Zeit, wo ſelbſt die Steine ſich in Brod verwandeln? Wird nun das eigenſinnige hannoverſche Miniſterium gegen den Willen der Kammern, gegen den Willen des Landes wagen, mit ſeinen treuloſen Rathſchlägen an das Licht der Sonne zu treten? Es weiß ſehr wohl, wie wir alle es wiſſen, daß bedingtes Annehmen der Verfaſſung gerade ebenſoviel iſt, als unbedingte Ablehnung. Aber uns iſt für Hannover nicht bange; das Volk iſt dort, wie einer ſeiner beſten Männer uns ſo eben ſchrieb, mit Leib und Seele deutſch.

In Baiern hat das Herrſcherhaus zu wenig Neigung und Anſehn, um bei ſeinen eitelen ſelbſtſüchtigen Plänen auf große Unterſtützung im Volke zu rechnen. Es weiß überdieß, daß eine Trennung von Deutſchland gar leicht eine Trennung von halb Baiern bedeuten möchte. Wenn Baiern allein ſich weigern ſollte, dem großen deutſchen Bunde beizutreten, ſo iſt kürzlich in dieſen Blättern ſchlagend nachgewieſen, auf welchem Wege es binnen

Digitized by Google

Kurzem dennoch zum gemeinſamen Vaterlande zurückkehren müſſe.

Wem ſollte das Herz nicht ſchwellen, bei dem Gedanken, daß uns die Ausſichten auf ein großes deutſches Reich näher als je gerückt ſind?

Wir werdenein Reich haben und eine wirkliche, entwickelungsfähige, lebensvolle Reichsverfaſſung. Denn wenn immerfort und zum Theil ſogar in wohlmeinenden Blättern die Behauptung ſich blicken läßt, die Verfaſſung trage den Keim des Todes in ſich, ja, ſie ſei unmöglich, ſo beruht das nur auf Irrthum und Mißverſtändniß. Wir kommen darauf zurück. Für heute begnügen wir uns die Worte anzuführen, welche auf einen Einwand ähnlicher Art zu einem preußiſchen Miniſter ein Mann ſprach, welcher von Staatsverfaſſungen ſoviel verſteht, wie irgend ein anderer und noch etwas mehr: „Die Reichsverfaſſung, ſagte er, iſt eine ſolche, wie ſie unter den gegebenen Umſtänden allein möglich iſt zu erlangen. Sie iſt nicht vollkommen. Aber man hat unter viel ſchlechteren Verfaſſungen löblich regiert.“

Deutſchland.

Frankfurt, 14. April. Heute Vormittag eilf Uhr hat eine Konferenz des Reichsminiſteriums mit den Bevollmächtigten ſtattgefunden, über welche wir Nachſtehendes mittheilen können. Anweſend waren 29 Bevollmächtigte; Oeſterreich durch Herrn von Schmerling, Preußen durch Herrn v. Kamptz vertreten, da Herr Camphauſen noch nicht von Berlin zurückgekehrt war; der Bevollmächtigte von Hannover fehlte ebenfalls. Miniſterpräſident Herr v. Gagern richtete folgende Anrede an die Verſammelten: „Die verfaſſunggebende Reichsverſammlung hat in ihrer 175. Sitzung am 27. März d. J. die zweite Leſung der deutſchen Reichsverfaſſung zu Ende geführt und in ihrer 176. Sitzung am 28. März d. J. die Reichsverfaſſung verkündigt. Die ganze Nation, die Fürſten und Regierungen ſind den Arbeiten der Reichsverſammlung gefolgt, haben an dem Zuſtandekommen des Verfaſſungswerkes Theil genommen und konnten ſich von den großen Schwierigkeiten deſſelben überzeugen. Die Aufrichtung des Bundesſtaates mit ſtarker Centralgewalt und einer mit umfaſſenden Rechten ausgeſtatteten Volksvertretung erfordert große Opfer von Seiten der Regierungen der Einzelſtaaten. Die Entſchädigung dafür liegt in der Wohlfahrt des Ganzen, in der Geſammtmacht, welche auf die Einzelnen zurückfließt. Das Miniſterium der Centralgewalt ſieht es für ſeine Pflicht an, zur Verwirklichung der nunmehr beendigten Reichsverfaſſung ſo viel an ihm iſt mitzuwirken; es iſt der Anſicht, daß durch den §. 1 in Verbindung mit dem §. 87 der Reichsverfaſſung künftigen Beſtimmungen über das beſondere Bundesverhältniß Oeſterreichs, deren Nothwendigkeit von der Nationalverſammlung durch Beſchluß vom 12. Januar d. J. anerkannt worden iſt, nicht präjudizirt werde. Indem ich mich beehren werde, einem jeden der Herren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt nebſt einer Ausfertigung des Protokolls über die heutige Konferenz ein Exemplar der authentiſch ausgefertigten Verfaſſung des deutſchen Reiches zum Zwecke der gefälligen Mittheilung an die reſp. Regierungen zuzuſtellen, drücke ich nur noch Namens des Miniſteriums der Centralgewalt den Wunſch und die Hoffnung aus, alle Staatenregierungen möchten in dieſer Verfaſſung das ſicherſte und einzig mögliche Band der Einigung unter den Fürſten und Völkern Deutſchlands erblicken, und deßhalb durch deren Vollziehung dem Vaterlande die langerſehnte friedliche und geſetzliche Grundlage ſichern.“ Herr v. Schmerling dankt für die Mittheilung der von der Nationalverſammlung als endgiltig beſchloſſenen Verfaſſung, und hat, da hieran nur der Wunſch, daß ſie ins Leben geführt werde, geknüpft ſei, nur die Bemerkung zu machen, daß Oeſterreich ſtets das Prinzip der Vereinbarung feſtgehalten habe, daſſelbe, ungeachtet der Beſchlüſſe der Nationalverſammlung, auch jetzt wahre, und ſich ſeine Anträge und Erklärung verbehalte. Luxemburg ſchließt ſich dieſer Aeußerung an. Welcker iſt in der Lage, die Zuſtimmung der badiſchen Regierung zu den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung zu erklären. In ähnlicher Richtung äußern ſich: Naſſau, beide Heſſen, Schleswig-Holſtein, beide Mecklenburg, Altenburg, die drei Anhalt, Frankfurt u. a. Oldenburg wird mit Weimar, Meiningen, Koburg-Gotha, Braunſchweig, Bremen, Lübeck u. a. auf die preußiſche Cirkularnote eine Erklärung wahrſcheinlich heute noch abgeben, welche ohne Zweifel ebenfalls den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung zuſtimmen wird. Preußen, Baiern und Königreich Sachſen behalten ihre Erklärung vor. Würtemberg hat noch keine offizielle Aeußerung ſeiner Regierung, zweifelt aber nicht, daß dieſelbe nach den bereits ausgeſprochenen Grundſätzen ſich den Beſchüſſen der Nationalverſammlung anſchließen und thun werde, was die Lage der Sache erheiſcht. (O.P.Z.)

Parl. Korr. **Frankfurt**, 14. April. Von Ollmütz iſt eine Note nach Berlin geſendet worden. Oeſterreich erklärt, daß es erſtens die Reichsverſammlung als nicht mehr beſtehend betrachte, daß es ihr zweitens nicht das Recht zuerkenne, in Beziehung auf die anderweite Beſetzung der proviſoriſchen Centralgewalt die nöthigen Maßregeln zu ergreifen, daß ſie drittens durch die ſchließliche Feſtſtellung des Verfaſſungswerkes das Recht verwirkt habe, ſich an der Einigung über die deutſche Reichsverfaſſung überhaupt noch ferner zu betheiligen und daß es viertens den Erzherzog Johann erſucht habe, ſein Amt ſo lange fortführen zu wollen, bis die definitive Centralgewalt auf geſetzlichem Wege geregelt ſei. Wenn wir uns fragen, wiefern das Verhältniß Oeſterreichs zur Reichsverſammlung durch dieſe Erklärung ſich geändert habe, ſo müſſen wir uns eingeſtehen, daß es im Grunde ganz daſſelbe geblieben iſt, wie früher, daß nur der Ton, mit dem man der Reichsverſammlung entgegentreten zu müſſen glaubt, ſchärfer und rückſichtsloſer geworden ſei. Die Reichsverſammlung hat nämlich im Grunde niemals für das öſterreichiſche Kabinet beſtanden, ſie hat beſchloſſen und Oeſterreich hat ſich nicht darum gekümmert.

Die Auszeichnung, die dem Präſidenten des Reichsminiſteriums von Seiten der Stadt Berlin zu Theil geworden iſt, gewinnt in dieſem Augenblicke eine Bedeutung, die ſie zu einer andern Zeit in dieſem Maaße nicht gehabt haben würde. Das Aufgeben Preußens in Deutſchland, das am 18. März des vorigen Jahres zuerſt vom Throne ausgeſprochen wurde, iſt immer tiefer in's Volk gedrungen. Als einen ſolchen Ausdruck deutſcher Geſinnung, der nicht ohne Wirkung bleiben werde, hat denn auch Heinrich von Gagern in ſeiner Antwort an die Berliner Deputation die Ertheilung des Ehrenbürgerrechts aufgefaßt, die nicht ſeiner Perſon, ſondern der von der Mehrheit der Reichsverſammlung eingeſchlagenen Richtung gelte. Denn dieſe Wirkung ſei eine durch die Umſtände gebotene geweſen, ſo wie auch die zu Stande gebrachte Verfaſſung nicht das Vollkommene, ſondern das in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes Erreichbare ſei, wobei jede Partei politiſche Ueberzeugungen zum Opfer gebracht habe. Aber eben deßhalb müſſe daran feſtgehalten werden, wenn nicht wieder Alles in Frage geſtellt werden ſolle und man dürfe ſich wohl auch ſagen, daß auf dem Wege der Vereinbarung etwas Beſſeres nicht zu Stande gekommen wäre. Freilich blieben große Schwierigkeiten zu überwinden und es ſei dies nur möglich mit Hülfe des bürgerlichen Gemeinſinns, der gerade durch die Reichsverfaſſung in ganz Deutſchland erweckt werde.

Ein Gaſtmahl, das geſtern im Ruſſiſchen Hofe den Ehrengäſten aus Berlin gegeben wurde — leider faßte der Raum nur eine geringe Anzahl von Abgeordneten — hat dieſe Grundgedanken der Gagern'ſchen Rede in ernſten und heitern Tiſchreden ausgeſponnen und war von einer der Bedeutung des Augenblicks angemeſſenen Stimmung getragen. Es war nicht der Jubel über das heiß erkämpfte Ziel, wie er ſich in den erſten Tagen nach der Kaiſerwahl kundgab, nicht der ungetrübte, ſorgloſe Frohſinn, den der errungene Sieg einflößte, es war die Gewißheit des endlichen Sieges, trotz aller Kämpfe, die noch bevorſtehen mögen, das Bewußtſein, daß gute und ausreichende Kräfte in dieſem Glauben zuſammenhalten und ſich gegenſeitig ſtützen, welche die trübe Stimmung, der jeder Einzelne ſich in den letzten Tagen mehr oder minder hingegeben hatte, in eine Freudigkeit verwandelte, wie ſie niemals aus einer ſchlechten Sache gequollen iſt. Gagern leitete mit treffenden Worten ein, Biedermann, Fallati, Baſſermann, Zachariä, Dunker, Droyſen, Veit und von den Mitgliedern der Deputation, Naunyn, Seidel, Seeger, Schäffer und Allfert folgten und was ein deutſches Herz in dieſen ſchweren Tagen bewegen mag, fand den beredteſten Ausdruck. Löwe aus Calbe pries die Einigung der Parteien auf dem Boden der Reichsverfaſſung. Rieſſer ließ die Fürſten leben, die ihre Ehre darin ſetzen würden, dem vernünftigen Volkswillen, wie er ſich in der Reichsverſammlung ausgeſprochen habe, nachzugeben, Raumer brachte den Toaſt auf die Frauen und insbeſondere, als auf eine Repräſentantin des Geſchlechts, auf die Prinzeſſin von Preußen.

Frankfurt, 14. April. Wir ſind im Stande, den vollſtändigen Inhalt der Erklärung der badiſchen Regierung, welche

in ihrem Auftrag der badiſche Bevollmächtigte Welcker der preußiſchen Geſandtſchaft übergeben hat, nachſtehend mitzutheilen.

„Se. königliche Hoheit der Großherzog, im Einklang mit ſeinen Ständen von dem fortdauernden Beſtreben geleitet, dem Zuſtandekommen des deutſchen Verfaſſungswerkes keinerlei Schwierigkeit zu bereiten, erkennt die aus den Verhandlungen der deutſchen Reichsverſammlung vom 27. und 28. März hervorgegangene Reichsverfaſſung und Wahl des Oberhauptes beiſtimmend an, hofft auf eine baldige Vereinbarung hinſichtlich der vorbehaltenen hochwichtigen Verhältniſſe mit Oeſterreich, und vertraut die allerdings wünſchenswerthen weſentlichen Verbeſſerungen der deutſchen Verfaſſung einer nachfolgenden Reviſion. Der Großherzog würde glücklich ſein, wenn er einer allſeitigen Uebereinſtimmung begegnete, in welcher die große politiſche Bewegung des verfloſſenen Jahres ihren ſichern Ruhepunkt der Befriedigung finden könnte. Sollte aber, wider Hoffen, der Fall eintreten, daß außer Oeſterreich, für welches die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung Vorbehalte machen, auch noch hinſichtlich anderer deutſcher Staaten ein Anſchluß durchaus nicht zu erwirken wäre, und ſomit die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung als ſolche nicht zum Vollzug kämen, ſo würden Se. königliche Hoheit unter Vorbehalt der Zuſtimmung ihrer Stände zu weiteren Schritten und Erklärungen ſich veranlaßt ſehen, in welcher Beziehung dem großherzogl. Bevollmächtigten noch beſondere Inſtruktionen zugehen werden.“ (O. P. Z.)

Frankfurt, 14. April. Von Seite der öſterreichiſchen Regierung iſt Sr. k. k. Hoheit, Erzherzog Johann, erſucht worden, Frankfurt **nicht** zu verlaſſen, ſondern auf ſeinem ſchwierigen Poſten auszuharren, bis die Umſtände ſeine Abreiſe erlauben würden. Zugleich hat ſich die öſterreichiſche Regierung entſchieden dahin erklärt, daß, ſo lange keine neue Verfaſſung für Deutſchland endgiltig auf dem Wege der Vereinbarung zu Stande gekommen ſei, die Verträge von 1815 in voller Kraft blieben, und daß Oeſterreich, ſo wie es ſeine Pflichten gegen Deutſchland treulich erfüllen, ſo auch feſt auf ſeinem Rechte beharren werde. (Fr. Z.)

□ **Frankfurt**, 13. April. (Conſt. Verſammlung der freien Stadt. Schluß des geſtern abgebrochenen Berichts.) Die Tagesordnung wurde einen Augenblick durch ein „dringliches“ Schreiben des ehemaligen Redakteurs des „Tagblattes“, eines Herrn Dr. Wagner, unterbrochen, der gegen ein polizeigerichtliches Urtheil remonſtrirte und vor die Geſchwornen geſtellt werden wollte. Die Dringlichkeit wurde indeß um ſo weniger anerkannt, als der Schreiber ſich des Weiteren auf ſeinen Anwalt, Hrn. Dr. Braunfels, bezogen hatte und dieſer kurzweg erklärte, daß er von der ganzen Geſchichte Nichts wiſſe. Dann formulirte Herr Dr. Thomas einen Antrag auf ſchleunige Reviſion des mit dem fürſtlichen Hauſe Thurn und Taxis abgeſchloſſenen und ſowohl den klaren Vorſchriften der Grundrechte widerſprechenden, als notoriſch in ſeinen meiſten Beſtimmungen zum Nachtheile des Freiſtaats gereichenden Poſtvertrags vom 22. März 1822 oder, falls dieſe Reviſion auf Hinderniſſe ſtoßen ſollte, auf Aufhebung deſſelben und, nach vorhergegangener Verſtändigung mit den benachbarten Staaten, auf Uebernahme der Poſtverwaltung in die Hände des Staats. Ein faſt gleichlautender Antrag, nur daß dieſer unbedingt die Aufhebung des Poſtvertrags verlangte und zugleich auf die Feſtſtellung eines ermäßigten Portoſatzes drang, war von der hieſigen Handelskammer eingegangen: beide wurden einer Kommiſſion überwieſen. Den Schluß der Sitzung bildete die höchſt intereſſante Verhandlung über die von der betreffenden Kommiſſion befürwortete Aufhebung der Vaterſchaftsklage. Der umfaſſende, vielleicht etwas zu umfaſſende Bericht ſtrotzte von Gelehrſamkeit und führte uns durch die geſammte römiſche Rechtsgeſchichte und die Kanones der Päpſte bis in die neuſten Geſetzgebungen und ſelbſt in die Details der in den verſchiedenen Ländern gepflogenen vorläufigen Berathungen über dieſe Materie ein, die mit aller erdenklichen Delikateſſe von den zahlreichen Rednern behandelt wurde und nur dann zu Zeiten etwas maſſiv ſich geſtaltete, wenn die anweſenden Accoucheure zur Belehrung der Verſammlung ihre Erfahrungen zum Beſten gaben. Im Beginn der Verhandlung wurde der Gegenſtand durch Hrn. Dr. med. Friedleben, der ſeinen Vortrag mit einer Menge ſehr anziehenender ſtatiſtiſcher Details auszuſtatten wußte und eine originelle phyſiologiſch-naturrechtliche Theorie über die Alimentationspflicht der monogamen Thierwelt und folgeweiſe auch des von der Natur auf die Monogamie hingewieſenen Mannes aufſtellte, vorzugsweiſe auf das Gebiet des Gefühls hinüber gelenkt, aber die Juriſten führten die ſichtlich ergriffene Verſammlung bald in die nakte kalte Proſa der Wirklichkeit oder, wie Herr Dr. Reinganum dieſelbe mit traurigem Rechte nennen durfte, in das Gebiet eines wohlgeordneten Staates zurück, und nach einer mehr als dreiſtündigen wahrhaft glänzenden Verhandlung, an welcher ſich außer den bereits genannten Rednern die Herren Dr. Braunfels, Dr. Binding, Dr. Schwarzſchild, Dr. Behaghel, Schöff Souchay, Senator Heſſenberg und Dr. Goldſchmith betheiligten, wurde der erſte von Herrn Dr. Braunfels auf Uebergang zur Tagesordnung geſtellte Antrag in namentlicher Abſtimmung mit 68 gegen 31 Stimmen verworfen, und die Fortſetzung der Berathung — es war 9 Uhr geworden — auf nächſten Montag angeſetzt. Zum erſten Male war übrigens heute Hr. Schöff Souchay, der von ſeiner Miſſion als außerordentlicher Kommiſſär der Centralgewalt in Schleswig-Holſtein zurückgekehrt iſt, in der Verſammlung wieder anweſend.

†* **Frankfurt**, 14. April. Geſtern urtheilten die Politiker über die nächſt bevorſtehenden Ereigniſſe noch alſo: Preußen wird durch ſeine Bevollmächtigten die deutſche Verfaſſung nur vorläufig anerkennen laſſen und als conditio sine qua non dabei eine Reviſion auf dem Wege der gewöhnlichen Geſetzgebung durch den neuen Reichstag in partibus septentrionum beſtimmt fordern. In dem Wahlgeſetz eine Aenderung vielleicht ſofort verlangen. Die kleinen Staaten werden zunächſt abweichend davon ihre unbeſchränkte Zuſtimmungserklärung zu den Werken der Reichsverſammlung abgeben, die renitenten Königreiche Hannover, Baiern, Sachſen ſich fürs Erſte indifferent verhalten. Der Dreißiger-Ausſchuß der Reichsverſammlung wird der Natur ſeiner Zuſammenſetzung nach ein Machtwort ſprechen und den Regierungen Unterwerfung vorſchreiben. Er wird die Ständekammern der Staaten anrufen und das Volk in Bewegung zu ſetzen ſuchen. In der Reichsverſammlung werden ſolche Maßregeln vielleicht, wenn auch mit geringer Majorität durchgeführt werden, da mit der Linken und dem linken Centrum die Ultramontanen und Oeſterreicher und wohl auch Viele aus dem rechten Centrum ſtimmen dürften. Dann hätte das preußiſche Kabinet die von ihm ſo ſehr gewünſchte Gelegenheit, ſeine unabhängige Bahn zu wandeln. Es würde geſtützt auf die eigenen Kammern (denn wer zweifelte geſtern noch daran, daß die preußiſchen Kammern eine ſpecifiſch preußiſche Schwenkung zu machen im Begriffe ſtanden?) zu der „rettenden That“ greifen und gleich dem ollmützer Kabinet ſeine Abgeordneten von Frankfurt abberufen. Viele derſelben würden Folge leiſten. Das zurückbleibende Parlament gewaltſam in die Revolution hineingedrängt, würde von der in Gährung verſetzten Bevölkerung der kleinen ſüd- und mitteldeutſchen Staaten getragen werden. Dieſe „Revolution“ würde den kleinen Regierungen wieder Veranlaſſung geben, ihren Zuſtimmungsſtandpunkt zu verlaſſen und gegen die Anarchie Schutz und Rettung bei Preußen zu ſuchen. Dann wäre Preußen ſelbſt in die Lage verſetzt, nach der Politik des ſpezifiſchen Preußenthums im Norden Deutſchlands einen Bund einzurichten, der zugleich den Wünſchen der hannöverſchen Regierung begegnete. Der Süden Deutſchlands aber würde, ſich ſelbſt überlaſſen, vielleicht der Schauplatz blutiger Szenen, denen dann ein Einſchreiten vom Norden her ein Ende machen könnte. So politiſirte geſtern noch mancher, der nicht gerade ſehr ſchwarzſichtig war, aber die letzte telegraphiſche Depeſche aus Berlin machte dieſem Kannegießern einen Strich durch die Rechnung. Und was höchſt bedeutſam iſt, d i e ſ e t e l e g r a p h i ſ c h e D e p e ſ c h e iſt d u r c h d a s p r e u ß i ſ c h e K a b i n e t w o h l n i c h t u n a b ſ i c h t l i c h ſ c h l e u n i g ſ t h e r g e ſ a n d t w o r d e n, gleichſam als ein Vorbote der Politik, die man einzuſchlagen gedenkt. Es ſcheint, daß der Antrag der zweiten Kammer gar kein unwillkommener Helfer aus Verlegenheiten iſt! Wäre man ſonſt wohl ſo befliſſen, ihn in die Welt zu ſchicken? Das Ereigniß iſt in der That von größter Wichtigkeit. Die erſte preußiſche Kammer hat auf die Dauer die Natur ihrer Zuſammenſetzung doch nicht verleugnet. Das Beamtenthum iſt zu ſtark darin vertreten und es tritt deßhalb die Biegſamkeit ihrer politiſchen Stellung klar hervor. Sie gleicht hierin weſentlich dem preußiſchen Kabinet. Aber ebenſo tritt nun die wahre Natur der zweiten Kammer ins rechte Licht. Es fehlte dieſer nichts, als eine größere Doſis Selbſtverleugnung auf der mehr linken Seite des Hauſes, um ihre richtige Stellung in der deutſchen Frage einzunehmen und ſie ſcheint zu dieſem Reſultate unerwartet raſch zu gelangen. Wir ſagen unerwartet raſch, und gedenken dabei der entſchiedenen oppoſitionellen Stellung gegen Frankfurt, welche Rodbertus, ſeine Partei und mit ihm die große Majorität der vorjährigen Nationalverſammlung eingenommen hatten. Derſelbe Rodbertus will es ausgeſprochen wiſſen, „d a ß d i e z w e i t e p r e u ß i ſ c h e K a m m e r d i e v o n d e r R e i c h s v e r ſ a m m l u n g v o l l e n d e t e V e r f a ſ ſ u n g a l s r e c h t s g ü l t i g a n e r k e n n e u n d d i e U e b e r z e u g u n g h e g e,

daß eine Abänderung derſelben nur auf dem von der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege zuläſſig iſt."

Wird dieſer Antrag zum Beſchluß erhoben, ſo können wir Angeſichts der Geſinnung der hanöverſchen, der würtembergiſchen, der baieriſchen, der kurheſſiſchen, der darmſtädtiſchen, der badiſchen, der braunſchweigiſchen u. ſ. w. Kammern unmöglich noch an die Verwerfung der Verfaſſung durch die Regierungen glauben, für deren Aufrechterhaltung die Reichsverſammlung, wir hoffen es, eben ſo würdevoll und gemäßigt, als energiſch aufzutreten wiſſen wird.

*** **Frankfurt**, 14. April. Die von der Reichsverſammlung in ihrer geſtrigen 200. Sitzung vorgenommene Wahl des Vorſtandes der Verſammlung brachte die öſterreichiſch-baieriſche ultramontane Partei vollends außer ſich. Sie konnte natürlich im Ernſte nicht daran denken, die Wiederwahl des trefflichen Simſon hindern zu wollen, aber daß neben dieſem, dem Präſidenten, ein baieriſcher Erbkaiſerlicher und obendrein proteſtantiſcher Geiſtlicher, Dekan Bauer, die Stelle des erſten, und ein Mitglied des „Deutſchen Hof," Eiſenſtuck, die Stelle des zweiten Vicepräſidenten einzunehmen habe, das ſind Ereigniſſe, aus welche jene Partei den Untergang der Reichsverſammlung prophezeit. Der Aerger der konſternirten Partei wurde noch dadurch erhöht, daß Vicepräſident Eiſenſtuck alſogleich die Leitung der Verſammlung zu übernehmen hatte und ſich ſo ſattelfeſt zeigte, als habe er ſchon vor Monden den Präſidentenſtuhl beſtiegen. Die Wahl des Vorſtandes der Reichsverſammlung wird deren Exiſtenz in keiner Weiſe gefährden. Es muß vielmehr in Baiern Befriedigung erwecken, daß für den, auf ſeinen Wunſch, nicht wieder gewählten baieriſchen Abgeordneten Kirchgeßner ein anderer baieriſcher Abgeordneter des Centrums in den Vorſtand gewählt wurde, obgleich in den letzten Tagen ſo Manches von dem wahrſcheinlichen Austritte der baieriſchen Abgeordneten gefaſelt wurde. Mehr Bedenken könnte es in prinzipieller Beziehung erreichen — die Perſönlichkeit und Befähigung des Hrn. Eiſenſtuck läßt keine Ausſtellung zu — daß ein Mitglied des „Deutſchen Hof," welcher in jüngſter Zeit in exzentriſcher Tendenz den „Donnersberg" überflügeln zu wollen ſcheint, auf den Präſidentenſtuhl erhoben worden iſt. Hiergegen iſt aber einzuwenden, daß ſich die äußerſte Linke, der „Donnersberg," der auf etliche und zwanzig Mitglieder geſchmolzen war, von der geſammten Linke getrennt und die letztere ſich mit der erbkaiſerlichen, oder vielmehr deutſchen Partei vereinigt hat, um die von der Reichsverſammlung feſtgeſtellte, endgültig angenommene Verfaſſung in allen Theilen alſo auch in der Oberhauptsfrage aufrecht zu erhalten. Es kann alſo im Hinblick auf das Verfaſſungswerk — der eigentlichen und Hauptaufgabe der Reichsverſammlung — von einer Linken keine Rede mehr ſein und es war nicht mehr als gerecht, den Kandidaten, welchen die frühere Linke proponirte, nicht von der Präſidentenwahl auszuſchließen.

△ **Wien**, 10. April. Durch eine Kundmachung des Gouverneurs erſehen wir, daß ſich „mehrere Böswillige erfrecht haben" rothe Abzeichen zu tragen, es wird daher das Tragen rother Mützen, rother Halsbinden und rother Bänder, ſo wie jedes andern politiſchen Abzeichens, welches von der gewöhnlichen bürgerlichen Kleidung abweicht, verboten. Die heilige Woche machte den Unterſchied zwiſchen einſt und jetzt in dem öffentlichen Leben Wiens wieder recht bemerkbar. Die Prozeſſion aus der Stephanskirche war kaum beſucht, und wo ſonſt Bürgermilitär und Linientruppen die Spaliere bildeten, da ſtand jetzt — die Sicherheitswache. Der Gouverneur hatte der Geiſtlichkeit das Ausrücken von Militär (was ſonſt immer bei feierlichen Gelegenheiten üblich war) verweigert, und die Bürgergarde beſteht nicht mehr. Am Charſamſtage ſteckte man Abends, um die Auferſtehung zu feiern, eine große neue ſchwarz-gelbe Fahne auf dem Stephansthurme auf, aber als ſie ſich eben entfaltete, riß ſie ein Windſtoß in Stücke. Dafür wurden wir durch ſchwarz-gelbe Oeſterreicher entſchädigt als die neueſte Erfindung unſerer loyalen Induſtrie. Die Kirchen waren ſehr beſucht, aber die auffallende Menge von Trauerkleidern, machte den Beſuch der heiligen Gräber noch bedeutungsvoller. Das ſtereotype gedankenloſe Lächeln iſt von den Geſichtern der Menge verſchwunden und hat dem Ernſt und der Sorge Platz gemacht. Seit einigen Tagen hegt man wieder die ſanguiniſche Hoffnung, daß der Belagerungszuſtand bald aufgehoben und der Kaiſer kommen wird. Die Gewähr für das Letztere will man in der Ueberſiedlung des öſterreichiſchen Korreſpondenten von Ollmütz nach Wien und in den übereinſtimmenden Aeußerungen von Perſonen der ruſſiſchen Geſandtſchaft finden, die allerdings wohl verläßlicher und gewichtiger ſind, als manche andere in dieſem Augenblick. Die Nationalgarde ſoll nun doch, wenigſtens theilweiſe, neu errichtet werden, aber vor der Hand als Waffe nur Korbſäbel erhalten. Gewehre will man ihr nicht zugeſtehen, wahrſcheinlich aus Beſorgniß, daß ſie ſich beſchädigen könnte. Man iſt nun ſehr geſpannt, ob ſich Männer zu einem Korps finden werden, dem man die Uniform zugeſteht und die Waffe verſagt. Heute iſt wieder ein Bataillon Kroaten ſingend nach Ungarn abgegangen, damit aber Wien nicht ohne Wächter für Ordnung und Sicherheit bleibt, hat der Banus Sorge getragen, uns neue 400 Szereſchaner in Dalmatien anzuwerben. „Um ihnen Gelegenheit zu geben ſich auch an dem Kampfe für Oeſterreich zu betheiligen", ſchickt man ſie nach Wien. Die zwei letzten Bülletins aus Ungarn haben nicht dazu beigetragen, der öffentlichen Meinung beſſere Anſichten über das Feldherrntalent des Fürſten Windiſchgrätz beizubringen; die hier durcheilenden Offiziere, welche von der italieniſchen Armee zur ungariſchen überſetzt werden, folgen ihrer Pflicht mit großem Widerſtreben, und die „Preſſe" geht heute ſo weit, das Miniſterium zu beſchwören, „ſich durch keine wie immer geartete Rückſicht abhalten zu laſſen, das zu thun, was für das Wohl des Landes als unerläßlich erkannt wird" und weiſt auf die Berufung Weldens zum Oberfeldherrn hin. Der Anmarſch von 30,000 Mann Truppen unter F.-M.-L. Hainau beſtätigt ſich; bis zur Ankunft dieſer und noch anderer Truppen wird ſich der Fürſt Windiſchgrätz dem Vernehmen nach in ſeiner „konzentrirten Stellung" in der Defenſive halten. In der letzten Rechnungslegung der Sparkaſſe für den Monat März überſtiegen die Rückzahlungen die Einlagen um 25,200 fl. C.-M. Das Vertrauen in den öffentlichen Kredit iſt überhaupt ſeit den Hiobspoſten in Siebenbürgen mehr geſunken, als man es nach den Siegen in Italien hätte erwarten ſollen. Die Geburtstabellen geben das nie dageweſene merkwürdige Reſultat, daß die Geburten der unehelichen Kinder die der ehelichen im Laufe des letzten Jahres um 100 überſteigen!

*** **Berlin**, 11. April. Man fragt ſich, was merkwürdiger, der tief wurzelnde Ingrimm einiger unſerer ſogenannten Staatsmänner gegen Frankfurt, oder die tiefe Verblendung, daß ſie vermeint, unſere Nation werde auf ihre Intention eingehen. Es löſt ſich jetzt Vieles, was bis da in der Verborgenheit ruhte, und entfallene Aeußerungen dieſer Männer werfen ein troſtloſes Licht in Regionen, an deren Verdumpfung ehemals wir nie gezweifelt, von denen wir aber annehmen, daß die Sturmfluthen der Zeit ſie gereinigt hätten. Und wir ſehen mit Schrecken und Erſtaunen die alten Spinnweben und Nachteulen. Daß, als ſie vom erſten Schrecken der Revolutionstage erwacht, und nicht mehr nöthig hielten, ſich an Frankfurt zu klammern, um vor noch Aergerem ſich zu bewahren, daß ſie damals bitterbös nach jener Werkſtätte blickten, wo nach ihrer Meinung auf das begangene Unrecht ein quasi legales Siegel gedrückt wird, begreife ich. Was ſie aber glauben läßt, daß das Volk, weil es der Wühlerei ſatt, der rettenden That ſeinen Beifall ſpendete, zugleich Frankfurts überdrüſſig geworden, und das im Augenblick, wo dieſes eine neue, ſeine kühnſte, rettende That wagte, das begreife ich nicht. Ließen ſie ſich durch die Organe der Umſturzpartei täuſchen, die alles Gift des Spottes und der Verläumdung auf die Nationalverſammlung und deren nationale Partei ausgegoſſen hatten? Das wäre doch eine ſeltſame Täuſchung, ein eigenes Vertrauen auf das Manöver einer feindlichen Partei! Aber es iſt ſo, es iſt in dieſen Tagen vieles zu Tage gekommen, was man nicht für möglich hielt. Gern möchte ich die Meinung überwinden, daß man abſichtlich dahin getrachtet, Frankfurt ſeine Geringſchätzung zu beweiſen, einen ſtillen Rachetriumph zu feiern, wo man früher vor dem Uebermuth ſchweigen mußte, weil man ſich in mißlicher Lage befand. Aber der Schleier iſt gelüftet, die Thatſachen ſprechen. Die Partei hat ſich getäuſcht, und dieſe Tage während der Anweſenheit der Deputation und nach derſelben ſind unbedingt von nachhaltiger Wirkung für Preußen und Deutſchland, denn ſie beweiſen jenen Staatsklugen, daß eine Rückkehr zu ihren Verſtellungen eine Unmöglichkeit, daß die Partei, an deren Spitze ſie wieder dominiren zu können glaubten, eine unverhältnißmäßig kleine iſt. Sie hatten einen Triumph, aber ſie wagten nicht ihn laut auszuſprechen. Das beachte man wohl, und derſelbe Wrangel (übrigens ein unſchuldiges Werkzeug), welcher das Aushängen der rothſchwarzgoldnen Fahnen, die Erleuchtung der Stadt, die Ständchen unterſagte, machte den Deputirten einen Abſchieds-

beſuch. Das nehme ich weder für ironiſch noch für diplomatiſch, ſondern für eine natürliche Wirkung des Eindrucks, den die ganze Angelegenheit im Publikum hervorgebracht hatte. Wie Vieles, was auf der Zunge ſchwebte, blieb auf den Lippen haften, als die Stimme der Nation ſich kund gab, als der furchtbare Eindruck der königlichen Antwort bekannt wurde. Nur halb hatten ſie ihr Müthchen gekühlt und die ganze Laſt der Verantwortung, unüberſehbarer Folgen, rollt auf ſie herab. Jetzt, wo ſie es gedemüthigt glaubten, die Rollen ausgetauſcht, daß dieſes übermüthig gebieteriſche Frankfurt bittweiſe, um Anerkennung und Vermittelung ſich bewerbend, zu ihnen kommen werde, jetzt wird es als Macht von der Nation anerkannt. Und jetzt iſt es gerade das preußiſche Volk, welches in die Vorderreihen der Anerkennenden tritt. Die Mitglieder der Deputation haben das wohl nicht ganz richtig beobachtet, wenn ſie in Frankfurt in anderer Weiſe darüber berichteten. Theils ſind wir im Belagerungszuſtande, theils war Berlin von der Ankunft überraſcht und in der Ueberzeugung, daß der König annehmen, daß er wenigſtens ſo nicht ablehnen werde. Jetzt kann darüber kein Zweifel mehr ſein; wenn ſie nicht die Stimme der Geſammtpreſſe, ſo müſſen ſie die Adreſſen der großen Städte, die Deputation davon überzeugen, die heute von Berlin mit dem Ehrenbürgerbrief an Heinrich von Gagern abgeht. Und als Gegenprobe betrachten ſie die unſichere Art, wie die Preſſe der Partei auftritt, die Neue Preußiſche! Welche Deduktionen und Aktenſtücke verſucht man durch die andern Zeitungsorgane ins Publikum zu ſchleudern, lange juridiſche Abhandlungen (eine ſogar vom alten Kamptz,) daß Frankfurt und warum es nicht das Mandat gehabt zur Kaiſerwahl. Hofft man damit zu überzeugen, zu ſiegen? Wer lieſt Deduktionen, wo man nach der That ſich ſehnt, wer hört auf Proklamationen mitten in der Hitze des Gefechtes? Es iſt zum Erbarmen, auch wenn eine beſſere Sache ſo vertheidigt wird.

Ueber das zarte, und durchaus noch nicht ganz ermittelte Verhältniß der Miniſter zum Könige in dieſer Sache ſchweige ich. Die Worte nur ſind des letztern unbeſtreitbares Eigenthum. Hier warten aber noch Enthüllungen, die doch vielleicht beſſer Verhüllungen bleiben. Die Miniſter bleiben, aber — man hat mit einem mythiſchen Schleier die Eingebung verhüllt, aus welcher jene Worte vom angerufenen König der Könige hervorgingen, (hat man doch ſogar über die Fahrt nach Freienwalde wunderbar gefabelt) wie nun, wenn ſeitdem dem Fürſten andere Viſionen erſchienen wären! Viſionen, die ihn zu der kühnſten That ſeines Lebens beſtimmt hätten, eine Opferthat, die vollkommen in Einklang ſtände mit dem religiöſen Quell, der ſein Leben durchzieht, der ihm allein Muth und Stärke in ſolcher Schickung gibt, wie nur er ſie ertragen konnte. Die Gerüchte, die ſchon länger in der Stille umliefen, gewinnen an Stärke, Gerüchte von einer Löſung der Frage, welche mit einem Male die Verhältniſſe in integrum reſtituirte. Geſtern Abend iſt ein Miniſterrath in Charlottenburg abgehalten worden. Wenn ſein Gegenſtand der geweſen, welchen das Gerücht nennt, würde ſich auch der heutige Beſchluß der erſten Kammer erklären, welcher den Antrag zu einer Adreſſe in der deutſchen Frage für nicht dringlich erachtete.

A. Z. C. **Berlin**, 11. April. Die Geſchäftsthätigkeit der Regierung iſt jetzt faſt lediglich von der deutſchen Frage in Anſpruch genommen. Nach früheren vielfachen Berathungen, zu welchen auch Privatperſonen gezogen worden ſind, wurde geſtern von 8—12 und dann wieder von 4—8 Uhr über dieſelbe Frage ein Miniſterrath abgehalten, welchem auch der Reichsbevollmächtigte Camphauſen beiwohnte. Letzterer iſt heute wieder nach Frankfurt zurückgereiſt. Nicht minder als die Regierung beſchäftigt die deutſche Frage jetzt aber auch unſere Volksvertretung, deren Parteiungen für den Augenblick in derſelben einen Einheitspunkt gefunden haben. Mehrere Deputirten hielten es Angeſichts der bevorſtehenden Kriſis nicht für geeignet, während der Oſterferien Berlin zu verlaſſen; andere haben nur eine ſehr kurze Reiſe unternommen. Nach mehreren Privatbeſprechungen, welche die zurückgebliebenen Deputirten der beiden Kammern in jener Angelegenheit abgehalten haben, fand am geſtrigen Tage, unter der Leitung des Herrn Rodbertus, eine General-Verſammlung ſtatt, an welcher ſich mittelſt Einladung Abgeordnete der verſchiedenſten politiſchen Farbe betheiligten, und zu welcher ſogar abweſende Deputirte beſonders hierher zurückgekehrt waren.

** **Stuttgart**, 13. April. Die That der Nationalverſammlung, ihr Feſthalten an ihrem Werk, der Reichsverfaſſung, die anſehnliche Majorität, mit der ſie ihren Beſchluß gefaßt, die Einmüthigkeit der Erbkaiſerpartei und der beſonnenen Linken Angeſichts der Gefahren des Vaterlands — das hat, geſtern Abend hier ſchnell bekannt geworden, der Nationalverſammlung viele Sympathie erweckt und auf dieſem Wege darf ſie auf Schwaben bauen, unſer Volk ſteht ſo hinter ihr. Man ehrt bei uns Römer's Konſequenz — aber ſein zähes Feſthalten am Direktorium, das iſt zum Mindeſten ſeinen vielen Verehrern rein unbegreiflich; die ganze Verfaſſung unverfälſcht, oder Thür und Thor offen für alles, ſo argumentirt man gegen ihn. Wenn bis jetzt Würtemberg voranging in der Unterordnung unter die Nationalverſammlung, ſo ſoll es auch hieran in Zukunft nicht fehlen. Beweiſe ſtehen bereits zu Gebote: von den bisher ſchon Erbkaiſerlichen reden wir nicht, aber auch unſere Linke ſtimmt unbedingt zu, an der Reichsverfaſſung, als an einem Kleinod feſt zuhalten. Man erwartete Verhandlungen der Kammer hierüber. Der Volksverein, welcher Linke wie äußerſte Linke enthält, hat ſich geſtern Abend und zwar ganz befriedigend ausgeſprochen. Seine Beſchlüſſe erkennen die unmittelbare Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung an. Hiegegen erhob ſich keine einzige Stimme. Der Verein will alle geſetzlichen Agitationsmittel für dieſe Erklärung in Anwendung bringen, und ſo ſtehen uns, da der Antrag hierauf an die ſtädtiſchen Kollegien geſtellt wird, Bürgerverſammlungen bevor. Bemerkenswerth iſt der der Regierung gegenüber ausgeſprochene Wunſch, ſie möge, ſofern ſie den projektirten Miniſterkongreß beſchicke, ihrem Bevollmächtigten den beſtimmten Auftrag ertheilen, auf keinerlei Abänderung der Verfaſſung, oder gar auf den Gedanken einer Oktroyirung einer ſolchen einzugehen. Das Volk wird ermahnt, die Nationalverſammlung in ihrem Kampfe mit der Fürſtenſouveränität energiſch zu unterſtützen, und an der Reichsverfaſſung, „der letzten Schutzwehr gegen Reaktion und Anarchie" feſtzuhalten. Der Vorgang iſt von Wichtigkeit — an Befolgung des Beiſpiels allenthalben wird es nicht fehlen.

* **Stuttgart**, 13. April. Der Abg. Seeger in Verbindung mit mehreren andern hat folgenden dringlichen Antrag geſtellt: „Die hohe Kammer beſchließt: 1) gegen die Staatsregierung die Erwartung und die Bitte auszuſprechen, ſie möge Angeſichts der neuen Schwierigkeiten, welche der endlichen feſten Geſtaltung der deutſchen Verfaſſungsverhältniſſe entgegenzuſtellen verſucht werden, und in Uebereinſtimmung mit der von der Staatsregierung und von der Kammer wiederholt erklärten Unterwerfung unter die Beſchlüſſe der deutſchen Nationalverſammlung, gegenüber der deutſchen Centralgewalt und vor dem geſammten deutſchen Volke die unumwundene und offene Erklärung abgeben, daß ſie die von der deutſchen Nationalverſammlung, als einzig und allein hiezu berechtigtem Organe, beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung unbedingt als für alle deutſchen Regierungen und Volksſtämme gültiges Geſetz anerkenne, und daß ſie mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln dahin zu wirken bereit ſei, daß dieſe Reichsverfaſſung, einſchließlich der Grundrechte und des Wahlgeſetzes, in ſämmtlichen deutſchen Staaten zur vollen Geltung gelangen; 2) das Präſidium zu beauftragen, dieſen Beſchluß unverweilt durch das Präſidium der deutſchen Nationalverſammlung zur Kenntniß der letzteren zu bringen." Zur Berathung des Antrags wurde eine Abendſitzung anberaumt.

† **Kaſſel**, 13. April. In der heutigen Ständeſitzung machte die Landtagskommiſſion folgende Eröffnung in Betreff des geſtern gefaßten Beſchluſſes hinſichtlich der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit: Die Regierung „erkenne die in der Sitzung der Nationalverſammlung vom 28. März d. J. verkündigte Verfaſſung des deutſchen Reichs an, werde auch derſelben jede mögliche Stütze leihen; etwaige Abänderungen dieſer Verfaſſung halte man nur auf dem in derſelben bezeichneten Wege für ausführbar, woraus ſich von ſelbſt ergebe, daß die Annahme der in der Verfaſſung begründeten Kaiſerwürde von keinen derſelben entgegenſtehenden Bedingungen abhängig gemacht werden könne. In dieſem Sinne werde man bei allen Gelegenheiten handeln und darauf hinzuwirken ſuchen, daß ſich von den übrigen Staaten in gleichem Sinne ausgeſprochen werde, damit das Einheitswerk ſeiner Vollendung möglichſt bald zugeführt werden möge." Die Mittheilung wurde dem Verfaſſungsausſchuſſe überwieſen.

Homburg, 12. April. Heute iſt die Eröffnung des konſtituirenden Landtags durch den landgräflich Geh. Rath Dr. Banſa erfolgt. Abg. Albert aus Meiſenheim wurde zum Präſidenten gewählt und ein Verfaſſungsausſchuß ernannt. 200 Heſſen-Homburgiſche Jäger gehen nächſtens nach Schleswig-Holſtein ab.

△ **Roſtock**, 11. April. Der preußiſche Generalkonſul Hebeler in London hat uns hier in ſchweren Schaden verſetzt, indem ſeine Anzeige von der Verlängerung des Waffenſtillſtandes bis zum 15. d. M. noch am 30. und 31. März zur Expedition von Schiffen nach England veranlaßt hat, von denen 11 durch die Dänen genommen ſind. Ein Schaden von einigen hunderttauſend Thalern. Wer hat ihn zu tragen? Hoffentlich hat Graf Arnim recht viele hypothekenfreie Landgüter!

Aus Nordſchleswig, 10. April. Die Dänen haben ſich, verfolgt von dem ſchleswig-holſteiniſchen Vortrabe, über die Königsau zurückgezogen; nach einem hartnäckigen Gefecht in Sundewitt, an dem Badenſer, Hannoveraner und Schleswig-Holſteiner Theil nahmen, haben ſich geſtern die däniſchen Vorpoſten hinter die Düppeler Schanze zurückgezogen und die Diviſion Zaſtrow (ſchleswig-holſteiniſche Jäger nebſt Artillerie) hat hierauf Gravenſtein beſetzt. In Hadersleben iſt das General-Kommando Bonin; auf dem Gute Seegard hingegen iſt das Standquartier des Höchſtkommandirenden v. Prittwitz. Es ſoll diesſeits bereits beſchloſſen ſein, in den nächſten Tagen den Einzug in Jütland zu unternehmen und will man vorläufig die Occupation der Halbinſel Sundewitt aufgeben, weil das koupirte, von Föhrden und Buchten durchfurchte Terrain dieſer Landſchaft zum Operiren deutſcher Truppen ungünſtig iſt. Während nun gegen 30,000 Mann nach Jütland gehen, beabſichtigt man in Schleswig eine Truppenkette zu ziehen, welche das Feſtland mit der Halbinſel Sundewitt verbindet und die Richtung von Glücksburg, Flensburg und Apenrade umfaßt. Die Dänen werden dann gezwungen, ihre Streitkräfte von Sundewitt und der Inſel Alſen nach anderen Punkten zu ſchaffen, weil ſie gewiß die deutſchen Truppen an den jütiſchen Küſten hernach beunruhigen würden, und auf dieſe Weiſe, wie mich ein höherer Offizier verſichert, dürfte es den Unſrigen gelingen, nicht blos Sundewitt, ſondern, da hinreichendes Feldgeſchütz vorhanden, auch die Inſel Alſen zu occupiren. Daß bereits hierzu Vorbereitungen getroffen wurden, ergibt ſich daraus, daß die Schanze bei Eggenſund (ein wichtiger ſtrategiſcher Punkt im Sundewitt) von Deutſchen beſetzt und ſo eingerichtet iſt, daß ſie Alſsnoer und das Fahrwaſſer beſtreicht. Die Truppenzuzüge dauern noch fort und zwar bis zum 16. d. M. Preußiſche Artillerie und Huſaren, ſächſiſche Garde-Kavallerie und baieriſche Chevauxlegers erwartet man heute. Es befinden ſich nunmehr in den Herzogthümern 130 grobe Feldgeſchütze einſchließlich der ſchleswig-holſteiniſchen ſechs Felt-Batterien. (D. Ref.)

** Aus Schleswig-Holſtein, 11. April. Nicht nur, daß der Skirner verloren ging, auch Hekla und Geyſer kamen lädirt in Kopenhagen an, es wird nun wirklich außerordentlicher Maßregeln bedürfen, um wiederum ſeetüchtig auftreten zu können. Zu Lande hat aber Dänemark auch kein Glück gehabt, denn die Dänen ſind wirklich über die Nordgrenze hinaus gedrängt. Kleine Vorpoſtengefechte kommen fortwährend vor, zu einer großen Schlacht will es aber nicht kommen, da die Dänen nicht Stand halten. Die däniſchen Enclaven, welche zum Amte Riren gehören, ſind längſt beſetzt; außerdem ſoll aber auch Kolding in Händen der Deutſchen ſein und jenſeits der Königsau in Hjarup und Skenderup ſoll es bereits zu einem Treffen gekommen ſein; es ſcheint aber nach allen Berichten nur ein Vorpoſtengefecht geweſen zu ſein, wie die meiſten andern, ein bloßes Rück- und Vorwärtsgehen, wobei denn am Schluß ein kleiner Vorſchritt errungen iſt, obgleich General v. Prittwitz die Ordre haben ſoll, nicht voranzugehen, wie er dies einer Deputation ſchleswig-holſteiniſchen Militärs mitgetheilt hat. Preußiſche Artillerie aus Oſtpreußen und der Provinz Sachſen 1. und 4. Brigade traf ein und ward augenblicklich weiter befördert, wodurch die Vertheidigung bedeutend an Kraft gewonnen hat. Außerdem iſt aber auch noch viel Artillerie in Ausſicht, und die Sache wird bald ein Ende haben, da die Diplomatie ſchon wieder ungewöhnlich thätig iſt, und ein Kourierwechſel vorhanden iſt, wie nie zuvor.

Schleswig, 10. April. Heute hat die Wahl eines Reichsdeputirten nach Frankfurt für den Schleswiger Wahldiſtrikt ſtattgehabt und iſt die Wahl auf Dr. Steindorf gefallen; nach ihm hatte Th. Olshauſen die meiſten Stimmen. Der Landvogt Boyſen, früher Mitglied der gemeinſamen Regierung, hat dem Vernehmen nach das Departement des Innern übernommen. (Nord. F. P.)

Großbritannien.

* **London**, 12. April. Der „Globe" von vorgeſtern enthält folgende Nachricht: „Eine amtliche, von dem däniſchen Generalkonſul unterzeichnete und auf Lloyd's angeſchlagene Bekanntmachung zeigt die Blokade aller deutſchen Häfen mit Ausnahme derjenigen Oeſterreichs, an." (Oeſterreich wird, wie man ſieht, ſtets überallhin, nur nicht zu Deutſchland gerechnet, auch wäre es wohl nicht ſchicklich, wenn Dänemark mit den öſterreichiſchen Häfen zugleich ſeinen zufällig gerade in öſterreichiſchen Dienſten ſtehenden däniſchen Admiral mitblokiren wollte). Der Globe bemerkt weiter: „Briefe aus Helſingör mit dem Datum vom 3. April bedauern, daß die Bemühungen der großbritanniſchen Regierung wegen Verlängerung des Waffenſtillſtandes fehlgeſchlagen ſeien, und beklagen zugleich, daß die Deutſchen die theilweiſe Beſetzung Schleswigs durch däniſche Truppen nicht zugeſtanden hätten, was auch der Grund ſei, weßhalb die Verhandlungen abgebrochen worden ſeien. Das Heer belief ſich auf 60,000 Mann und ſoll ſich im trefflichſten Zuſtande befinden." Der geſtrige „Globe" bemerkt: „In der City ging dieſen Morgen das Gerücht, daß die britiſche Regierung einen neuen Verſuch gemacht habe, zwiſchen den ſtreitenden Parteien eine Vermittelung zu erzielen. Ohne dieſe Nachricht, die jedoch in wohlunterrichteten Kreiſen verbreitet wurde, beſtätigen zu wollen, darf doch verſichert werden, daß die ängſtlichſten Hoffnungen, es möge ſich wirklich ſo verhalten, von allen Seiten ausgeſprochen wurden." — Auch aus Liverpool klagt man, daß der däniſche Krieg ſehr drückend auf den Handel wirke. Im Kleinen wurde dieſer Krieg, wie früher ſchon öfter, auch in Großbritannien von deutſchen und däniſchen Matroſen geführt, nämlich dießmal auf den im Hafen von Leith liegenden preußiſchen and däniſchen Fahrzeugen. Die Dänen riſſen die Flagge von einem der preußiſchen Schiffe nieder und es wäre ohne Zweifel zu einem ernſtlichen Zuſammenſtoß gekommen, wenn nicht die Polizei eben ſo raſch als wirkſam eingeſchritten wäre.

Frankreich.

* **Paris**, 12. April. Da in der geſtern vorgenommenen Wahl zu Mitgliedern des Staatsraths nur zwanzig die erforderliche abſolute Mehrheit erhalten hatten, ſo begann die Nationalverſammlung ihre heutige Sitzung wieder mit einer Stimmgebung behufs der Wahl der 20 übrigen Staatsräthe. Die Tagesordnung führte dann zur Berathung des Budgets des Miniſteriums der Finanzen. Der Ausſchuß beabſichtigt auf 709,912,097 Fr. eine Ermäßigung von 5,982,991 Fr. Man geht in die Verhandlung ein. Gleich beim erſten Kapitel die „Staatsſchuld" ſchlägt Hr. Chavoir als Amendement vor, daß die Steuer der 45 Centimen in fünf- und drei-prozentigen Renten zurückbezahlt werden und unterſtützt ſeinen Antrag mit dem Beiſpiel der Rückbezahlung der Kriegsſteuer vom Jahr 1815. Der Finanzminiſter Paſſy wiederſetzt ſich dieſem Vorſchlage; die Kriegsſteuer laſtete nur auf den reichſten Bürgern und konnte und mußte daher zurückerſtattet werden; die Steuer der 45 Cent. wurde von allen Steuerpflichtigen bezahlt und ihre Rückerſtattung in Renten wäre eine materielle Unmöglichkeit; denn man müßte Renten im Betrage von fünf Centimen ausgeben. (Gelächter.) Goudchaux ſpricht in demſelben Sinne. Flocon behauptete, die Steuer laſtete auf den ärmeren Klaſſen härter, als die proviſoriſche Regierung es vorausſah, aber eine Rückerſtattung derſelben in Renten würde dieſe Laſt nur bleibend machen, er ſchlage daher eine ratenweiſe Rückerſtattung vor. Duclerc (der Finanzminiſter der Exekutiv-Commiſſion) geht näher auf die 45 Cent. Steuer ein. Die bekannten Cirkulare vom 12. März hätten die Steuer nöthig gemacht. Man habe im Staatskonſeil die verſchiedenſten Syſteme geprüft: Zuerſt war von Staatsbankerutt die Rede. (Allgemeine Aufregung. Wovon? ruft man von allen Seiten.) Dann ſprach man vom Geldpapiere, hierauf wurde eine außerordentliche Steuer von $1\frac{1}{2}$, 1, und endlich von $\frac{1}{2}$ Franken vorgeſchlagen und Herr Garnier Pages, der die Verantwortlichkeit dieſer Steuer in den Augen des Landes trägt, iſt derjenige, der die Steuer auf dies Minimum zurückführte. Ledru Rollin: Wir ſcheinen heute einen wahren Reichstag zu haben. Ich verlange, daß man hier öffentlich den Namen des Mannes nenne, der aller Ehre zuwider den Staatsbankrutt vorſchlug. Auch ich wollte eine Steuer, aber nicht 45 Cent. ſondern $1\frac{1}{2}$ Fr. Nur ſollten ſie nicht von den Armen, ſondern einzig aus der Taſche der Reichen genommen werden. Duclerc, ſo gerade herausgefordert, beſteigt die Tribüne von Neuem, verſichert, eine Steuer, die nur eine Klaſſe treffe, ſei eine Ungerechtigkeit; Papiergeld käme dem Bankerutt gleich, wer Papiergeld vorgeſchlagen habe, habe den Bankerutt vorgeſchlagen; nennt aber trotz des Andringens des Berges keinen Namen. Dupont de l'Eure

erklärt, niemals ſei das Wort Bankerutt in den Berathungen der proviſoriſchen Regierung vorgebracht worden. Damit iſt der Zwiſchenfall erledigt. Man will zur Abſtimmung ſchreiten. Die Linke verlangt öffentliche Abſtimmung (damit die Wähler wiſſen, wer ihnen das Geld wiedergeben wolle). Die Rechte geheime; Der Antragſteller zieht ſeinen Antrag zurück.

Die Abſtimmung zur Wahl der Staatsräthe hat auch heute nur für 6 eine abſolute Mehrheit ergeben, nämlich für Jean Reynaud, Charton, Perignon, Pons, Lignier, Cuvier.

Die heutigen Journale machen alle ohne Ausnahme die geſtrige Scene zwiſchen den beiden Repräſentanten Point und Eugene Raspail zum Gegenſtande einer beſonderen Beſprechung. Die Scene ſelbſt, welche den Anfang einer Verpflanzung nordamerikaniſcher Sitten in die Hauptſtadt der geſelligen Höflichkeit und der feinen Sitten zu machen droht, haben wir bereits erzählt. Hr. Point, der während der Unterſuchung des Attentats vom 15. Mai nicht deponirt hatte, dagegen, als er ſah, daß es Raspail leicht gelingen könnte, ſeine Freiſprechung zu erlangen, ſich freiwillig zur Ablegung einer den Angeklagten ſehr gravirenden Ausſage meldete — er ſoll ſogar geäußert haben: „Ich hätte nichts geſagt; da ich aber ſehe, daß er ſich aus der Schlinge ziehen könnte, ſo werde ich deponiren" — hatte dadurch ſehr natürlich den Haß des Neffen auf ſich gezogen und Eugene Raspail drückte ſeit lange bei wiederholten Gelegenheiten die Verachtung aus, die ihm das Benehmen des Hrn. Point einflößte. Geſtern nun redete er dieſen plötzlich beim Hinaustreten aus dem Sitzungsſaale der Nationalverſammlung mit den Worten an: „Ich glaube, mein Herr, Sie lorgneltiren mich; ſeit einiger Zeit habe ich Ihre Impertinenz bemerkt; dieſelbe verdient eine Strafe und ich gebe ſie Ihnen hiermit." Eine derbe Ohrfeige begleitete dieſe Worte. Die Zeugen dieſes bedauerlichen Auftritts legten ſich zwiſchen die beiden Repräſentanten und verhinderten die Verlängerung deſſelben. Man kann ſich denken, in welchem Sinne die conſervativen Journale das Ereigniß ausbeuten. Die Journale der Oppoſition wagen natürlich auch nicht, Hrn. Eugene Raispail zu rechtfertigen, allein ſie gehen mit der Bemerkung, daß derſelbe ſich bereits in den Händen der Juſtiz befinde, und es daher paſſend ſei, ſich jedes Urtheils zu enthalten, kluger Weiſe über die Sache hinweg; der National jedoch nicht, ohne dem Hrn. Point eine beißende Lobrede zu halten „wegen der glücklichen und ſeltenen Mäßigung, die dem Beleidigten geſtattete, eine friedliche Löſung des bedauerlichen Ereigniſſes zu ſuchen und wegen des von ihm gegebenen ſchönen Beiſpiels, das wenige unter ähnlichen Umſtänden befolgen würden."

Auch die gegenſeitigen Anklagen, zu denen ſich die ehemaligen Mitglieder der proviſoriſchen Regierung und die Ex.-Kom. wiederholt haben hinreißen laſſen, geben den Journalen viel zu ſprechen. Daß Crémieur ſich neulich rühmte, ein alter Republikaner zu ſein, findet man vornämlich lächerlich. Folgendes iſt der Wortlaut der Rede, welche er am 24. Februar in der Deputirtenkammer der Herzogin von Orleans zum Ableſen übergab (woran ſie durch das Eindringen des Volkes in die Tribünen verhindert wurde): „Mein Sohn und ich, wir wollen unſere Gewalten von dem Willen der Nation empfangen. Ich, die Wittwe des Herzogs von Orleans, und mein Sohn, wir werden voll Vertrauen den zu faſſenden Beſchluß erwarten. Was feſtſteht, das iſt, daß ich meinen Sohn in der Liebe zum Vaterlande und zur Freiheit erziehen werde." Wo man ſo genau über ſeine Theilnahme an dem 24. Februar unterrichtet iſt, läßt man ſich durch nachträgliche Proteſtationen nicht irre machen.

Der Peuple proteſtirt ſehr energiſch im Namen der öffentlichen Moral und der Gerechtigkeit gegen die Kandidatur einer Frau zur kommenden Nationalverſammlung — es iſt nämlich eine Madama Jeanne Deroin, Redakteurin eines Journals: „Die Meinung der Frauen," als Kandidatin aufgetreten — und lehnt im Namen des Socialismus jede Verantwortlichkeit für dieſe Kandidatur ab. „Die politiſche Gleichheit der beiden Geſchlechter, ſagt der Peuple, iſt einer jener Sophismen, welche nicht nur die Logik, ſondern auch das menſchliche Gefühl und die Natur der Dinge verwerfen. Der Mann ſieht in dem Maße, als ſeine Vernunft ſich entwickelt, in dem Weibe wohl ſeines Gleichen, allein nie ein ähnliches Weſen. Zwiſchen dem Manne und dem Weibe exiſtirt ein bodenloſer, qualitativer Unterſchied, der dem letzteren ganz verſchiedene Verrichtungen und Zwecke in dem geſellſchaftlichen Leben anweiſt. Streng zu reden, iſt die Frau nicht die Genoſſin oder die Verbündete des Mannes, ſie iſt ſeine integrirende Hälfte, die mit ihm nur eine und dieſelbe menſchliche Perſönlichkeit bildet. Dieſe Perſönlichkeit findet ihren politiſchen Ausdruck in der Familie. Die Familie iſt die einzige Perſönlichkeit, die von dem öffentlichen Recht anerkannt werden ſollte."

Zugleich zeigt Proudhon heute an, daß ſeine Verurtheilung ihn in die Unmöglichkeit verſetzt, der von ihm eingerichteten Banque du Peuple (Organiſation des Tauſchverkehrs) länger vorzuſtehn. Er erbietet ſich daher zur Rückerſtattung der eingezahlten Aktien, welche bis zum 8. April nahe an 18,000 Fr. betrugen, nach Abzug der Koſten, die ſich auf ungefähr 8000 Fr. belaufen. Zugleich aber benachrichtigen die bisherigen Mitverwalter der Banque du Peuple die Aktionäre, daß dieſelben unter einer neuen Leitung nach wie vor Theilnehmer der Banque du Peuple bleiben können und berufen deßhalb auf nächſten Sonntag eine Generalverſammlung der Aktionäre.

Die Gäſte aus England werden fortwährend von den Behörden und der Nationalgarde von Paris auf das zuvorkommendſte behandelt. Sie haben ihrerſeits einer Anzahl Pariſer Nationalgardiſten in dem Hotel des Princes, das ſie bewohnen, eine glänzende Abendgeſellſchaft gegeben, wobei das Strauß'ſche Orcheſter abwechſelnd das God save the Queen und die Marſeillaiſe ſpielte.

Die Kurſe ſind an der heutigen Börſe geſtiegen, die 3pCt. von 56. 80 auf 57. 10; die 5pCt. von 89. 50 auf 89. 60; Bankaktien auf 2425. 15.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Agram, 7. April. General Mayerhoffer iſt von Wien angekommen und nach Belgrad weiter gereist. Er überbringt dem Fürſten von Serbien und dem General Knicanic kaiſerliche Orden. Ueber die künftige Geſtaltung der Wojwodowina ſcheint er beruhigende Verſicherungen gegeben zu haben. Der Patriarch Rajacic hat die ſerbiſche Nationalverſammlung auf den 21. Mai nach Semlin berufen; ob im Einverſtändniß mit dem Miniſterium ſteht dahin.

Agram, 7. April. Der Kaiſer hat „in Würdigung der Verdienſte, welche das treue und tapfere Grenzvolk durch die in neueſter Zeit für den allerhöchſten Thron und im Intereſſe der Geſammtmonarchie geleiſteten Dienſte ſich erworben hat", die Schulden der Grenzer für Darleihung von Samen und Nahrungsfrüchte in früheren Nothjahren, im Belauf von etwa 1½ Mill. fl. erlaſſen.? (.)

Italien.

* Was das Schickſal von Genua angeht, ſo iſt über die definitive Geſtaltung deſſelben noch nichts Gewiſſes zu melden. Die Pariſer Poſt bringt folgende Nachricht: Ein am 10. d. in Marſeille eingetroffenes Dampfboot hat 250 genueſiſche Flüchtlinge daſelbſt gelandet und gemeldet daß ſich Genua dem General Marmora auf Gnade und Ungnade ergeben habe und auch ſogleich von deſſen Truppen-Korps beſetzt worden ſei. Darnach mußte der König die von La Marmora geſchloſſene Uebereinkunft verworfen haben, oder ſeine Antwort (was aber ſehr unwahrſcheinlich iſt) nicht bis zum Ablauf des Waffenſtillſtandes eingetroffen ſei. Nachrichten aus Turin ſagen dagegen, daß der König über den gütlichen Ausgang, den La Marmora gefunden, ſehr erfreut geweſen ſei.

Ungarn.

Peſth. Der Feldmarſchall iſt in Peſth angekommen und hat in einem dortigen Gaſthofe „zum Schwan" ſein Quartier genommen, anſtatt wie gewöhnlich in Ofen zu bleiben. Niemand durfte am Abend vor die Linie gehen, obgleich Päſſe nach Wien immerhin verabfolgt wurden. Auf dem weltberühmten Rakosfelde ſtehen die kaiſerlichen Truppen aufgeſtellt. Der dortige Kommandant, Graf Wrbna, macht die Bewohner aufmerkſam, daß ſie ſich im Belagerungszuſtande befinden und jeder Tumult mit der Beſchießung der Stadt beſtraft werden würde. (C. Z.)

Fürſt Windiſchgrätz, ſchreibt man der Oſtd. Poſt, hat die drei Armeekorps in einer ſtarken Defenſivſtellung konzentrirt und es fragt ſich nur, ob die Inſurgentenarmee dieſe anzugreifen wagen wird, oder ob ſie die Ankunft Bems abwarten will, der ſich, wie offenbar übertriebene Gerüchte melden, an der Spitze von 20,000 Mann, die er in Siebenbürgen aus allen Ständen und Altersklaſſen haſtig rekrutirt, in Bewegung ſetzt. Wenn dieſes Gerücht ſich beſtätigen ſollte, ſo würde der Angriff noch um eine Woche verzögert werden, und in dieſer Zeit würden vielleicht bereits die Verſtärkungen für die kaiſerliche Armee eingetroffen ſein, die mit Beſtimmtheit angekündigt ſind.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 105. Frankfurt a. M., Montag 16. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Pläne des preußiſchen Miniſteriums.

Deutſchland. Frankfurt (Sitzung des Dreißigerausſchuſſes und Anträge einzelner Mitglieder. Amtliche Nachrichten aus Schleswig.) Wien (Der Lloyd über die deutſche Frage. Die ſardiniſche Flotte. Verſtärkungen aus Italien nach Ungarn. Das Miniſterium und die Wahlen nach Frankfurt. Die Vertheidigung von Komorn. Die Ankunft des Kaiſers. Kurierwechſel mit München.) Brünn (Der Zollanſchluß an Deutſchland.) Prag (Die ruſſiſche Hülfe. Dr. Brauner. Petition der Slowanska Lipa.) Berlin (Maßregeln zur Sicherung der deutſchen Schifffahrt. Die Strafe der Konfiskation. Die Räumlichkeiten der zweiten Kammer. Sitzung der erſten Kammer.) München (Der baieriſche Hof und das Erbkaiſerthum.) Augsburg (Aufruf des deutſchen Vereins.) Stuttgart (Der Seeger'ſche Antrag angenommen. Vereinigung der Parteien.) Dresden (Der Schaffrath'ſche Antrag. Die Flottenbeiträge.) Hannover (Deputirtenverſammlung. Stimmung in der deutſchen Frage.) Karlsruhe (Kammerverhandlungen. Entwurf des Wahlgeſetzes.) Bernburg (Der Belagerungszuſtand aufgehoben.) Detmold (Die Wahlen.)

Großbritannien. London (Die Times über die däniſche Frage.)

Frankreich. Paris (Eug. Raspail's Flucht. Die Schriften des Vereins der Rue Poitiers. Die Reiſe des Präſidenten.)

Ungarn. Peſth (Die Stellung der Heere um die Stadt.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

16. April.

Der wackere Saucken hatte Recht, die Politik des preußiſchen Miniſteriums eine unheilvolle zu nennen. Wie wir neulich die Pläne der öſterreichiſchen Regierung an das Tageslicht zogen, ſo iſt es heute unſere Pflicht, die machiavelliſtiſchen Pläne bloß zu legen, welche jenem unſeligen preußiſchen Miniſterium vorſchweben oder wenigſtens vor einigen Tagen noch vorſchwebten. Unſere Quellen ſind diesmal nicht ſo völlig über jeden Widerſpruch erhaben, wie damals, aber noch immer zuverläſſig genug. Die Politik der Miniſter wird von ihrem eigenen Standpunkte aus dargeſtellt in dem heutigen Briefe unſeres △ Korreſpondenten, welcher zu wohl unterrichtet zu ſein pflegt, zu häufig die kommenden Dinge richtig vorausgeſagt hat, als daß wir gegen den weſentlichen Inhalt ſeines Schreibens Zweifel hegen dürften. Der dort angegebene Plan ſtimmt überdies genau mit demjenigen, was in Frankfurt und Berlin von uns und anderen mündlich vernommen iſt, und ſelbſt in der Frankfurter und Berliner Preſſe mehr als einmal ſeinen Weg in die Oeffentlichkeit gefunden hat. Ein längerer Artikel dieſer Art, auf welchen wir ſeiner Zeit die Antwort nicht ſchuldig geblieben ſind, ſcheint zu einem „Fühler" beſtimmt geweſen. Aber wir rathen der Schnecke, die Fühlhörner einzuziehen, der Zorn des deutſchen Volkes möchte ſie zerſtampfen. Der Plan iſt kürzlich folgender:

Er geht von dem Gedanken aus, daß Sr. Majeſtät der König von Preußen unmöglich — man kann ſich hierbei das ſtereotype Hohnlächeln gegen Frankfurt vergegenwärtigen, welches auf gewiſſen ausgetrockneten Geſichtern ſelten erliſcht — unmöglich die Kaiſerwürde mit der Verfaſſung, wie ſie von der Frankfurter Verſammlung in zweiter Leſung angenommen ſei, annehmen können. Es müſſen vorher die mißliebigen Beſtimmungen ausgemerzt werden. Und wie weit darin zu gehen, darüber kann uns ein Artikel in der Conſtitutionellen Zeitung belehren, welchen man wohl als das Extrakt der ſtaatsmänniſchen Weisheit anſehen darf, die Herr Hanſemann in einer zweiſtündigen Vorleſung im Ausſchuſſe der erſten Kammer entfaltete. Es heißt in dieſem Artikel:

„Sodann aber möge man wohl bedenken, was ſonſt der Reichsverſammlung noch angeſonnen werden ſoll. Es ſind Punkte in der Verfaſſung, welche die liberale Anſicht, zu Gunſten der radikalen, tief verletzen, welche mehr als zweifelhaft laſſen, ob eine freie, kräftige Regierung mit Beſtimmungen möglich ſei, deren Tragweite kein europäiſcher Staat noch praktiſch erprobte, Beſtimmungen, denen die rechte Seite der Reichsverſammlung, die alte Majorität, entweder gar nicht, oder nur unter der Ungunſt der Verhältniſſe, durch das Zuſammenwürfeln der Parteien und der Sonderintereſſen, zuſtimmte. Stehen die Regierungen in allen ihren Vorſchlägen einhellig zuſammen, ſo werden die Sonderintereſſen, auch innerhalb der Paulskirche, aufgelöſt, die natürlichen, auf Prinzipien ruhenden Parteien können ſich wiederum organiſiren, und eine Verſtändigung wird möglich werden. Man wird dann hoffentlich nicht wegen eingegangener Verpflichtungen gegen die Herren Simon und Genoſſen, der eigenen beſſeren Ueberzeugung entgegen, zum Verderben des Vaterlandes, abweiſen, was die Stimme aller Beſonnenen fordert, was man ſelbſt einſt billigte. Aber hier iſt auch die Grenzlinie für das, was der Reichsverſammlung angeſonnen werden kann. Darüber hinaus, auf Punkte, wo im Schooße der Volksvertretung die ſtarke Partei, welche allein die Majorität bildete, ſo lange die provinzielle Zerſetzung nicht ſtatt fand, die gleichen Forderungen nicht früher ſchon, im eigenen Namen ſtellte, darf nicht gegangen werden. Bis zu dieſer Linie ſind die Anforderungen zu vereinigen mit der wahren Würde der Reichsverſammlung, bis dahin kann ſie nachgeben, ohne ihre Stellung zu verſcherzen, bis dahin wird auch die geläuterte, wahre öffentliche Meinung den Forderungen der Regierungen zur Seite ſtehen."

Die ſtaatsmänniſche Idee, welche der Conſtitutionellen Zeitung zum Grunde lag, war urſprünglich dieſe, daß nach nüchterner Erwägung aller beſtehenden Verhältniſſe einem praktiſchen Staatsmanne, wie es in Frankfurt leider gar keinen und in Berlin nur Einen giebt, kein Zweifel darüber bleiben könne, ein Kaiſerthum ſei eine ideologiſche Thorheit und das Direktorium die allein mögliche Regierungsform für Deutſchland. Gegen das Kaiſerthum werde ſich das ganze Aus- und Inland erheben. Seitdem nun das gerade Gegentheil von alledem erfolgt iſt, was die praktiſche Staatsweisheit aus der nüchternen Erwägung aller beſtehenden wirklichen Verhältniſſe orakelte und vollends die alten abenteuerlichen Pläne über ein ganz abſonderliches Direktorium, Staats- und Volkshaus, die leibhaftig an den homeriſchen Vers erinnerten:

πρόσθε λέων, ὄπιθεν δὲ δράκων, μέσση δὲ χίμαιρα.

nachdem alle dieſe Pläne ſich als Chimäre ausgewieſen hatten, war es für die Conſtitutionelle Zeitung allerdings ſchwer, eine neue Idee zu bekommen. Indeß man konnte doch nicht ſtehen bleiben, wie die Kuh vor dem neuen Thor. Eine Schwenkung mußte gemacht werden und ſie ward mit der Kühnheit ausgeführt, mit welcher ihr hohes Vorbild, das Journal des Debats, nach dem 24. Februar von Hrn. Guizot zur Republik überging. Es ward alſo, da alles anders verlief, der Rückzug mit der Bemerkung begonnen, wenn Alle Umſtände und wirklich beſtehenden Verhältniſſe ganz anders wären, wie die Conſtitutionelle Zeitung je gedacht, dann, ja, dann, aber auch erſt dann werde ſie auch ganz anderer Meinung ſein. Die wirklich beſtehenden Verhältniſſe haben ſich nun ganz anders gezeigt, als Hr. Hanſemann gedacht, und die Conſtitutionelle Zeitung iſt folglich auch für das Kaiſerthum.

Doch hat Verſtand und Muth vollbracht
Was Lock' und Descartes nie gedacht,
Sogleich wird auch von dieſen
Die Möglichkeit bewieſen!

Aber natürlich nicht für ein Kaiſerthum, wie es eine Verſammlung beſchloſſen, in welcher, wie die Conſtitutionelle Zeitung nicht müde wird zu beklagen, ſo wenig Staatsmänner ſitzen. Wie ſehr ſteht ſie doch der erſten Berliner Kammer nach, in welcher, wie Herr Hanſemann rühmt, ſo weit mehr praktiſche Staatsweisheit verſammelt iſt als in der zweiten! Doch wir haben ſchon zuviel von dieſem Manne geſprochen und von ſeinem Blatte, das nicht müde wird, die deutſche Reichsverſammlung herabzuſetzen, ſie aber mit allen ihren Schimpfwörtern noch nie ſo geſchmäht hat, als durch die Vorausſetzungen, auf welchen jener Vorſchlag beruht.

Alſo nach dem Plane des preußiſchen Miniſteriums und ſeiner Genoſſen muß die Reichsverfaſſung erſt gereinigt werden, ehe der König von Preußen die Kaiſerwürde annehmen kann. Aber wie das bewerkſtelligen? Mit der Verſammlung, wie ſie beſteht, iſt nichts anzufangen. Es müſſen daher die Abgeordneten derjenigen Staaten, welche dem engeren Verein beitreten wollen, zu einer neuen Verſammlung zuſammentreten. Sogar der Ort iſt ſchon beſtimmt, wo ſie zuſammenkommen ſoll — Gotha oder Weimar. Schwieriger iſt es, zu beſtimmen, auf welche Weiſe dieſe neue Verſammlung legaliſirt werden ſoll. Man muß in Berlin allerdings in Verlegenheit ſein, wenn man wirklich, wie unſer Korreſpondent berichtet, auf die Idee gekommen iſt, die Prolongation oder vielmehr die Erneuerung des Mandates von den — Ständekammern zu erwarten! Aber dies iſt ſicherlich ein Irrthum. Zu erwarten, daß die Kammern von Sachſen, Würtemberg, Mecklenburg u. ſ. w. ſich dazu hergeben würden, den betreffenden Abgeordnetch eine Ermächtigung zu ertheilen, (welche ſie beiläufig ſelbſt nicht beſitzen) zu dem ausgeſprochenen Zwecke, aus der Reichsverfaſſung gerade diejenigen Beſtimmungen auszumerzen, derentwegen eben jene Länder ſich überhaupt nur bereitwillig finden ließen, mit der Reichsverfaſſung vorlieb zu nehmen, dieſer Gedanke iſt zu abgeſchmackt, und hier muß ein Irrthum walten. Aber der Plan iſt ſicher, die Abgeordneten derjenigen Staaten, welche dem Bunde beitreten, ſollen in Weimar oder Gotha zuſammenkommen, hier das Volkshaus bilden, neben dem ein Staatenhaus errichtet wird, alle übrigen Staaten geben an Preußen, an das Miniſterium Manteuffel-Arnim! eine Generalvollmacht zur Vereinbarung und nun beginnt das Ausmerzen. Heinrich von Gagern und die beſten Männer, welche Deutſchland hat, ſind ebenſoviel Hundsfötter, die ganze Rechte verläugnet Treu' und Glauben, die Linke wird Paragraph für Paragraph geprellt, und wir erhalten eine Reichsverfaſſung comme il faut. Auf dieſe Weiſe wird uns — ein Fürſtenkongreß erſpart! Das ſind, gerade herausgeſagt, die Pläne, welche dem Miniſterium Manteuffel-Arnim vorſchweben.

Selbſt vorausgeſetzt, daß bei Entwerfung jenes ſauberen Planes die feierliche Erklärung der Nationalverſammlung vom 11. April noch nicht bekannt war, zeigt er doch von einer unglaublichen Verkennung aller Verhältniſſe, von einer Beſchränktheit des Sinnes, dem nur ſeine Niedrigkeit gleich kommt. Beſonders hervorgehoben zu werden verdient noch das ſpezifiſch Preußiſche daran. Ob mehr oder weniger Staaten zum Bunde treten, darauf kommt es gar nicht an, der kleinen Staaten iſt man ohnehin ſicher; ſo ſchlägt man zwei Fliegen mit einer Klappe: Preußen bleibt für ſich und ſichert die kleinen Staaten vor dem Verſchlingen von den Königreichen, nur um ſie ſelbſt zu verſpeiſen. Aber die Rechnung iſt ganz und gar ohne den Wirth gemacht. Schon beim Auftauchen des Planes bemerkte die D.P.Z.: „Er wird weder die Paulskirche noch die Centralgewalt, weder die Regierungen noch die Stände, er wird am wenigſten die öffentliche Meinung für ſich haben.“ Seitdem iſt aber die ganze Grundlage des Planes zuſammengeſtürzt. Noch ehe Herr Camphauſen von Berlin hier wieder eintraf, haben ſämmtliche kleineren Staaten die Reichsverfaſſung, wie ſie iſt, anerkannt und angenommen: ſie iſt Landesgeſetz in acht und zwanzig Staaten. Dieſe Staaten können kein Mandat mehr geben zur Vereinbarung; es iſt nichts mehr zu vereinbaren. Würtemberg hat ſeine Annahme der Reichsverfaſſung im Voraus erklärt. Die Annahme Sachſens iſt ſicher. Wird Prenßen oder vielmehr das in Preußen verhaßte Miniſterium unter dieſen Umſtänden den Verſuch wagen, nur von Baiern und allenfalls, aber ſicher doch nur auf wenige Tage noch, von Hannover unterſtützt, eine beſondere Stellung einzunehmen? Der Verſuch muß fehlſchlagen; aber traurig, wenn er überhaupt nur angeſtellt würde. Wir glauben das nicht. Um ſolche Pläne in der Geburt zu erſticken, iſt es nur nöthig, ſie unverhüllt vor die Oeffentlichkeit zu bringen. Wenn man Geſpenſter ans Sonnenlicht ſtellt, ſo werden ſie zum Kinderſpott. Die Inſtruktionen, welche Hr. Camphauſen von Berlin mitbringt, werden hoffentlich biegſam ſein. Die Anweiſung, jene Pläne zur Ausführung zu bringen, würde die ganze Nation ohne Unterſchied der Parteien gegen ſich vereinigen.

Mit Schmerz ſehen wir Preußen noch immer in den Händen eines Miniſteriums, welches eine kleine äußerſte Partei vertritt. Mit Schmerz ſehen wir Preußen bis zum letzten Augenblicke ſeinen hohen Beruf verkennen. Was wir darüber zu ſagen hätten, wollen wir mit den Worten eines preußiſchen Blattes, der Aachener Zeitung, ausſprechen:

„Die Reichsverſammlung hat gethan, was ſie thun mußte. Sie iſt ſich treu geblieben und hat dem entſprochen, was die Nation von ihr erwarten durfte. Sie hat, H. v. Gagern an der Spitze, erklärt, daß ſie an der Verfaſſung feſthalten werde und die Kaiſerfrage an die Abtheilung verwieſen. Sie hat das Prinzip gerettet und für das Uebrige Zeit gewonnen. Bis die Abtheilung berichten kann, wird auch die Friſt, welche Preußen geſtellt hat, verſtrichen ſein. Graf Brandenburg hat ſelbſt erklärt, der Ungewißheit müßte bald ein Ende gemacht werden und die preußiſche Regierung werde dem Worte die That folgen laſſen. Wir hoffen, daß die That der Art ſei, daß ſie die Reichsverſammlung genehmigen könne, d. h. daß ſie dem Beſchluſſe derſelben ſich unterordne. Ohne dies hat die That keinen Werth, ohne das wäre jede That nur vom Uebel, denn ſie würde nur zur Auflöſung der Verſammlung, zur Oktroyirung einer neuen Verfaſſung, zur Revolution führen. Preußen glich darin von je einer alten Jungfer, die im Hochmuth ihrer Tugend jede Liebenswürdigkeit verſchmäht. In ihrem dürren und nüchternen Stolze glaubt ſie ſich etwas zu vergeben, wenn ſie ihrer Umgebung zu gefallen ſucht. Aber ſolche Tugend läuft Gefahr, in der Einſamkeit zu verdorren. Preußen hat nicht bloß Glück, ſondern wenn es immer wieder Anträge erhält, ſo beweiſt dieß allerdings bis jetzt nur, daß es noch friſche Kraft beſitzt. Aber es poche nicht zu ſehr darauf und vergeſſe nicht, daß Alles altert und daß der Altejungfernſtolz nur der Stolz der Verzweiflung iſt, daß er das Letzte iſt, was aus dem Schiffbruch aller Hoffnungen gerettet wird. Man ſei etwas liebenswürdiger in Berlin. Es kann wahrlich nicht ſchaden, denn man hat bis jetzt nur wenig von dieſer Tugend gezeigt und es iſt eine Tugend. Man ſei natürlich und laſſe ſich nicht von Nebenbuhlerinnen und nicht von verknöcherten Vormündern berathen. Man höre nicht auf die ſtupende Weisheit derer, die, wie die konſtitutionelle Zeitung, meinen, daß, wenn nur die Fürſten einig ſeien, die Paulskirche ſchon nachgeben werde. Die Fürſten werden noch weniger einig werden, als die Paulskirche, denn ſie haben auch ein Volk hinter ſich. Und wenn ſie einig wären, ſo könnten ſie doch die Paulskirche nur beherrſchen, indem ſie ſie ſprengten, dann hätten ſie es aber mit der ganzen Nation zu thun. Die Verſammlung in Frankfurt hat aber ſchon geantwortet, ſie hat einen Strich durch die nüchterne Weisheit gemacht und ſie hat Recht, nichts auf dieſe Weisheit zu geben, denn es gibt etwas tauſendmal klügeres als alle Kabinette, das iſt der Verſtand des Volkes. Und das Volk ſteht zu Frankfurt und wird noch energiſcher dazu ſtehen, wenn die Fürſten es anfeinden. Preußen will ſich zwingen laſſen. Immerhin, es wird gezwungen werden. Das iſt ſehr tugendhaft, aber es iſt nicht liebenswürdig. Es hat ja doch keine Wahl. Entweder es muß brechen mit dem Volke, oder ſich ihm zuletzt doch anſchließen. Es ſpielt die Politik jener Wilden, wo die Braut mit Gewalt entführt wird. Aber dort werden die Frauen auch am ſchlechteſten behandelt. Es bedenke das und nochmals, es werde liebenswürdig. Es kann ſonſt ſitzen bleiben oder eine ſchlechte Ehe führen.“

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 15. April. Der Dreißiger-Ausſchuß iſt geſtern zum erſten Male zu einer Plenarberathung zuſammengetreten. Ein Bericht iſt in derſelben nicht zu Stande gekommen; vielmehr wurden vier verſchiedene und zum Theil ſehr weit auseinandergehende Anträge von einzelnen Mitgliedern vorgelegt, zwei gemäßigte von Kierulff und Raveaux, zwei ſehr extreme von Spatz und von Eiſenſtuck und Ludwig Simon. Wir ſind in den Stand geſetzt, nachſtehend den Wortlaut dieſer Anträge mitzutheilen:

I. Antrag des Abgeordneten Kierulff.

Der Ausſchuß möge beantragen: 1. Die Reichsverſammlung genehmigt die von ihrer Deputation auf die Antwort Sr. Majeſtät des Königs von Preußen gegebene Erklärung in dem Sinne der von der Deputation durch ihren Präſidenten der Reichsverſammlung mitgetheilten, dem Bericht angehängten, Erläuterung. 2. Die Reichsverſammlung beſchließt in Folge deſſen: nunmehr die definitive Entſchließung Sr. Majeſtät des Königs von Preußen auf die durch die Reichsdeputation an den König gerichtete Einladung zur Annahme der auf Grundlage der Reichsverfaſſung auf Ihn übertragenen Kaiſerwürde einzuholen. 3. Der erwählte Ausſchuß bleibt beſtehen, um je nach dem Erfolg des Beſchluſſes sub 2 weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsverſammlung vorzuſchlagen.

II. Antrag des Abgeordneten Spatz.

Die Reichsverfaſſung wolle beſchließen: 1. Bezüglich der Antwort des Königs von Preußen dieſelbe für ablehnend zu erklären (Antrag der Sudkommiſſion). 2. Bezüglich der Maßregeln zur Durchführung der Verfaſſung a) die Wahl des Kaiſers bis zur thatſächlichen Durchführung der Verfaſſung in ganz Deutſchland auszuſetzen; b) bis dahin einen Reichsſtatthalter zu ernennen, wobei wählbar ſein ſoll: 1. der Erzherzog Reichsverweſer, 2. jeder regierende Fürſt, welcher binnen 14 Tagen ſeine unbedingte Unterwerfung unter die Reichsverfaſſung erklärt, 3. jeder volljährige deutſche Staatsbürger; c) dieſem Statthalter alle Rechte, Befugniſſe und Pflichten zu übertragen, welche dem Reichsoberhaupte durch die Verfaſſung übertragen ſind, mit Ausnahme des Veto, welches möglicherweiſe der Durchführung der Verfaſſung hinderlich ſein könnte; d) die Beeidigung des geſammten Militärs und aller Bürgerwehren auf die Verfaſſung; e) die Beeidigung der Reichsbeamten auf die Verfaſſung; f) die Entlaſſung eines Geſetzes, welches jeden thatſächlichen Widerſtand gegen Einführung der Verfaſſung und jede direkte Aufforderung zu ſolchem Widerſtande für Hochverrath gegen das Reich erklärt und die geeigneten Strafen gegen ſolche Hochverräther feſtſetzt; g) die ſofortige Erlaſſung eines Geſetzes über Organiſation des Reichsgerichts, ſodann die Einſetzung deſſelben; h) ein Aufruf an das geſammte deutſche Volk für die Reichsverfaſſung einzuſtehen; i) die Einberufung des Reichstags auf den 1. Juni und Ausſchreibung der Wahlen.

III. Antrag des Abgeordneten Raveaux.

Die Nationalverſammlung beſchließt: 1. Die Entſchließung der preußiſchen Regierung in Betreff der deutſchen Frage bis zu dem von ihr ſelbſt in der Circularnote vom 5. d. M. anberaumten Tage abzuwarten. 2. Durch die Centralgewalt die Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten,, welche die Erklärung für unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung bereits abgegeben haben, ſofort das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die deutſche Reichsverfaſſung beeiden zu laſſen. 3. Einen Aufruf an das deutſche Volk zu erlaſſen, in welchem daſſelbe aufgefordert werde, unverbrüchlich an der von der deutſchen Reichsverſammlung beſchloſſenen Reichsverfaſſung feſtzuhalten. 4. Die Centralgewalt zu beauftragen, vorbeugende Maßregeln zu ergreifen, welche die Durchführung der Reichsverfaſſung möglich machen und die Nationalverſammlung vor allen unverfaſſungsmäßigen Maßregeln oder Angriffen ſicher zu ſtellen. 5. Sie ernennt eine Deputation, welche Sr. kaiſerlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweſer dieſe Beſchlüſſe ſofort mittheilt.

IV. Antrag der Abgeordneten Eiſenſtuck und L. Simon aus Trier.

I. Die Nationalverſammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelm IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiſer der Deutſchen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfaſſung beſchließt demnächſt die Reichsverſammlung: 1. Die Reichsverſammlung wählt durch abſolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentſchaft von fünf Mitgliedern; 2. der Regentſchaft ſtehen alle verfaſſungsmäßigen Befugniſſe des Kaiſers zu; 3. die Regentſchaft iſt gehalten, den verfaſſungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfaſſung und des Wahlgeſetzes auf den 1. Juni 1849 nach Frankfurt einzuberufen; 4. der Reichstag wählt in gemeinſamer Sitzung beider Häuſer den Kaiſer mit abſoluter Stimmenmehrheit; 5. die Regentſchaft hat auf Grund der Paragraphen 14, 191 und 193 der Verfaſſung ungeſäumt die ganze bewaffnete Macht einſchließlich der Bürgerwehren, ſowie ſämmtliche Beamte des Reichs und der Einzelſtaaten auf die Verfaſſung vereidigen zu laſſen; 6. die Regentſchaft für die unverzügliche Aufſtellung einer zum Schutz der Reichsverſammlung und zur Durchführung der Verfaſſung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7. die Reichsverſammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelſtaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfaſſung zu unterſtützen; 8. die Reichsverſammlung beſchließt, das deutſche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfaſſung aufzufordern, und beauftragt den Ausſchuß mit der desfallſigen Vorlage. Frankfurt a. M., 14. April 1849.

B. Eiſenſtuck. L. Simon.

Frankfurt, 15. April. Die O. P. Z. meldet im amtlichen Theile: Nach den beim Reichskriegsminiſterium eingegangenen Berichten des kommandirenden Generals der Operationsarmee vom 9. April, war an gedachtem Tage mit Tagesanbruch die Vorhut der erſten Diviſion auf der ſüdlichen Straße nach Sonderburg bis über Nübel hinaus, diejenige der zweiten Diviſion auf der nördlichen Straße bis jenſeits Satrup vorgegangen. Demzufolge wurde der ganze Terrainabſchnitt von Nübelnoer bei Nübel, über Stenderup, Satrup bis zum Alſunde, von den dieſſeitigen Truppen beſetzt, und hierdurch die engere Einſchließung der zurückweichenden däniſchen Armee in die befeſtigte Stellung bei Düppel bewirkt, welche letztere an und für ſich ſehr ſtark, und nunmehr auch ſtark beſetzt iſt. Die Vorhut der ſchleswig-holſteiniſchen Diviſion des General v. Bonin war über Hadersleben hinaus vorgerückt. Man ſah bei der Armee der Ankunft der bis auf kurze Entfernung ſchon herangekommenen Reiterei der Reichstruppen mit Verlangen entgegen, weil dieſe Waffengattung bei Bewegungen in etwas größerem Style nicht füglich zu entbehren iſt.

Wien. Der Lloyd vom 9. April enthält über die deutſche Frage einen Artikel, deſſen Uebereinſtimmung mit den neuſten öſterreichiſchen Erklärungen in Frankfurt und Berlin keinen Zweifel läßt, daß er als halboffizieller Kommentar zu denſelben zu gelten hat. Es heißt darin: „Die Reichsverſammlung in Frankfurt hat ſich auf ein falſches Terrain geſtellt. Sie iſt nicht mehr eine Konſtituante; ſie hat ſich zu einem Konvent umgewandelt. Sie hat das Vereinbarungsprinzip verläugnet, als wäre Deutſchland ſchon heute eine Republik. Noch vor einigen Wochen war die Frankfurter Reichsverſammlung eine geſetzliche Macht in Deutſchland; jetzt hat ſie den geſetzlichen Boden verlaſſen und hat gerade darum aufgehört, eine Macht zu ſein. Sie wollte keine Vereinbarung mit den Regierungen; jetzt können die Regierungen keine Vereinbarung mit ihr wollen. Oeſterreich will ein einheitliches Deutſchland, ein Deutſchland, aus dem keine Gewalt es zum Weichen bringen ſoll, ein Deutſchland, in dem es verbündet mit allen deutſchen Staaten, aber keinem deutſchen Staate oder Fürſten unterthan, die Freiheit und Größe des Geſammtſtaats mitbegründen kann. Unſere Deputirten ſind jetzt aus Frankfurt abberufen. Wir ergeben uns der Hoffnung, daß andere deutſche Regierungen das Angemeſſene des Schritts, welchen Oeſterreich gethan hat, anerkennen und demſelben folgen werden. Dem Erzherzog Reichsverweſer aber möchten wir jetzt den Wunſch an das Herz legen, ſeinen Poſten nicht zu verlaſſen. Er allein iſt für deu Moment der Repräſentant der deutſchen Einheit, und durch ſeinen Rücktritt würde ſie vielleicht auf immer gefährdet werden."

△ **Wien**, 10. April. Das illyriſche Landespräſidium ſcheint von den Entſchlüſſen unſeres Miniſteriums in der deutſchen Frage beſſer und früher unterrichtet zu werden, als wir hier in den deutſchen Provinzen. Die Laibacher Zeitung vom 7. bringt nämlich folgende Erklärung deſſelben vom 4.: „Nachdem die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung zu Frankfurt ſich für einen erblichen Kaiſer als Oberhaupt erklärt, und dieſe Würde mit Stimmenmehrheit dem Könige von Preußen übertragen hat, kann ſich Oeſterreich, nach einem diesfälligen Miniſterialbeſchluſſe, laut angelangter Eröffnung des hohen Miniſteriums des Innern vom 31. März l. J. No. 2205, an der Wirkſamkeit der gedachten Verſammlung durch ſeine Vertreter nicht mehr betheiligen." Daß wir dieſen Entſchluß des Miniſteriums über Laibach erfahren, darf uns nicht wundern, wenn wir bedenken, daß wir die erſte offizielle Erklärung über die Einnahme Kronſtadt's durch Bem heute über St. Petersburg erhalten, durch das dortige Regierungsblatt *). Was das Miniſterium jetzt noch zu ſo großer Vorſicht beſtimmt, ſcheint unbegreiflich. Die hieſige Stimmung iſt nicht nur ruhig, ſondern ſogar indolent. Seit keine Exekutionen mehr vorgenommen werden, hört man auch nichts mehr von Attentaten auf das Militär, und überdies iſt die Beſatzung hinreichend ſtark, um jede wie immer geartete Mißbilligung niederzuhalten. Je weniger wir über unſere inneren Verhältniſſe erfahren, deſto eifriger ſind die miniſteriellen Blätter bemüht, uns jede Niederlage, die den deutſchen Einigungsbeſtrebungen auch nur von ferne droht, in's hellſte Licht zu ſetzen. So verkünden jetzt alle unſere Journale mit Pathos, daß die Beſchlüſſe der Paulskirche ſo wenig bindende Kraft hätten, daß ſie nicht einmal von einem Spielpächter berückſichtigt würden, da trotz der Aufhebung der Spielbanken durch die deutſche Reichsverſammlung in Wiesbaden die Bank wieder eröffnet ſei. Alle dieſe Bemühungen haben keinen andern Erfolg, als zu beweiſen, daß unſere Politik in der deutſchen Frage unverbeſſerlich iſt.

Wien, 10. April. Die von mehreren Journalen wiedergegebene Nachricht, daß Feldmarſchallieutenant Haynau aus Italien mit einem Korps von 30,000 Mann nach Ungarn marſchiren ſoll, kann ich Ihnen als ungegründet bezeichnen. Hingegen ſind drei Kavallerieregimenter (zwei Uhlanen- und ein Cheveauxlegersregiment) aus Italien dahin bereits auf dem Marſche; ebenſo ſollen 22 Schwadronen von Galizien kommen. (Allg. Z.)

Wien, 10. April. Nach einer heute von Trieſt vom 9. gekommenen Anzeige hat die Aufforderung der ſardiniſchen Flotte zum Abzug ſogleich den erwünſchten Erfolg gehabt, denn man meldet, daß dieſe Flotte abgeſegelt ſei. (Wien. Z.)

△ **Wien**, 11. April. In unſern Kaſernen war geſtern die Nachricht verbreitet, das erſte Armeekorps unter dem Banus Jelacic habe ſein ganzes Geſchütz an die Ungarn verloren, und die Beſatzung von Komorn habe einen Ausfall gemacht, einen Theil des Belagerungsgeſchützes weggenommen und in die Feſtung gebracht. Letzteres wäre nicht unmöglich; das Cernirungskorps iſt dadurch geſchwächt, daß der Fürſt einen Theil deſſelben an ſich

*) Wir werden dieſe ruſſiſchen Berichte über die letzten ſiebenbürgiſchen Ereigniſſe nachliefern.

zog. An die Uebergabe der Feſtung iſt weniger als je zu denken; ſie wird mit ſo viel Ausdauer vertheidigt, daß ſogar unſere miniſteriellen Blätter anfangen, den Kommandanten Makk, den ſie früher nur mit den Worten Schuft, Memme u. dgl. bezeichneten, als „einen umſichtigen muthigen Mann“ anzuerkennen. Nach der Stellung, welche unſere Armee jetzt in einem Halbkreiſe um Peſth eingenommen zu haben ſcheint, wäre der Weg nach Komorn offen, doch glaubt man, daß die Ungarn lieber eine Hauptſchlacht liefern werden, ehe ſie die Entſetzung Komorns verſuchen. Von vielen Seiten geht die Nachricht ein, der unermüdliche Bem ſei im Begriffe, die Theißarmee perſönlich mit 20,000 Mann zu verſtärken. Seit einigen Tagen bemerkt man hier einen Offizier in ruſſiſcher Uniform; dies mag wohl zu der Erneuerung des Gerüchtes beitragen, daß Wien eine ruſſiſche Beſatzung erhalten ſolle, was aber trotz der täglich interventioneller werdenden Phyſiognomie aller hier anweſenden Ruſſen, noch von Niemand recht geglaubt wird. Vereinzelte Privatnachrichten aus Peſth ſagen heute, daß man nun beſtimmt wiſſe, wo der Banus mit ſeinen Truppen ſtehe, aber ohne den Ort zu nennen; ferner daß das erſte Armeekorps (unter ſeinem Kommando) eine ſo nahe Stellung bei Peſth eingenommen habe, daß man dieſelbe nicht mehr recht in Einklang mit den übrigen ſtrategiſchen Dispoſitionen zu bringen vermöge. Die Organe des Fürſten Windiſchgrätz ſprechen zugleich von der „Frechheit der Rebellen“, ſich Peſth zu nähern, und von den ſichtbaren Vorpoſten derſelben auf der Szolnoker Eiſenbahnlinie. Mit der Ankunft des Kaiſers dürfte es gegen Ende dieſes Monats Ernſt werden. Viele Anzeigen deuten darauf hin und die Gemächer in Schönbrunn ſind nun vollſtändig zu ſeinem Empfange hergerichtet. Zwiſchen hier und München iſt ein ſehr lebhafter Kourierwechſel und unſere miniſteriellen Organe in der Preſſe geben ſich das Anſehen, als ob ſie das Miniſterium dazu aufforderten, die deutſche Reichsverſammlung zu beſeitigen und einen Fürſtenkongreß zu berufen, der darüber beſtimme, in wie weit die deutſchen Einheitsbeſtrebungen berückſichtigt werden können.

* **Wien**, 11. April. Von dem Kriegsſchauplatze wußte man bis geſtern Abend nur ſo viel, daß die Macht der Inſurgenten auf dem Rakosfelde (der ehemaligen Wahlſtatt der ungariſchen Könige) ½ Stunde von Peſth aufgeſtellt ſei und man einer Schlacht entgegen ſah. Dennoch zweifelte man einerſeits, daß Feldmarſchall Windiſchgrätz bei der Ueberlegenheit des Feindes ſolche annehmen werde, andererſeits, daß die Magyaren das Schickſal Peſth's auf das Spiel ſetzen würden, um eine Schlacht zu erzwingen. Viele aus Peſth geflüchtete Familien waren hier und in Ofen angelangt.

Einem Berichte im geſtrigen Abend-Lloyd zu Folge ſcheint man in Peſth den Ban Jellacic einige Zeit lang für gefangen gehalten zu haben, und war ſehr angenehm überraſcht, wieder Nachrichten über ihn zu erhalten.

Es läßt ſich mit ziemlicher Gewißheit aus den geſchilderten Operationen die Schlußfolge ziehen, daß der rechte Flügel der k. k. Truppen zurückgedrängt wurde und näher bei Peſth ſteht, als für die Geſammtoperationen wohl gut iſt. Was man heute Glaubwürdiges erfährt, beſchränkt ſich darauf, daß die Inſurgenten, auf der Rakosebene gelagert, dem Feldmarſchall Windiſchgrätz die Schlacht angeboten haben, die jedoch dieſer mit Hinblick auf die feindliche Uebermacht nicht angenommen, ſondern ſich nach Peſth zurückgezogen habe. Das an der Börſe verbreitete Gerücht, daß die Ungarn geſchlagen worden, wurde trotz des Steigens der Fonds nur mit Mißtrauen aufgenommen.

Der Kaiſer hat zu Ehren Radetzky's Medaillen ſchlagen laſſen und ihm die erſte überſendet. Moritz Szentkiraly iſt am 9. aus Peſth hier eingetroffen. Neuerdings wurden uns ſprechende Daten über die Geſunkenheit des Wiener Wohlſtandes vorgeführt. Bekanntlich iſt in der Charwoche der Verbrauch an Fiſchen ſehr ſtark, diesmal blieb die Hälfte der davon zu Markt gebrachten unverkauft. Der Verbrauch an fremden, namentlich Champagner-Weinen, iſt nach dem zollamtlichen Ausweis des erſten Vierteljahrs auf ein Drittel, ja bis ein Viertel des früheren herabgeſunken. Eben ſo traurig ſieht es mit den Miethen aus; eine im ſchönſten Stadttheile gelegene Wohnung, welche bis zum vorigen Jahre 3000 Fl. jährlich eintrug, iſt jetzt mit 1400 Fl. vermiethet worden. Es verbreitet ſich heute das Gerücht, daß Pillersdorf wegen einiger Zeitungsartikel in Anklageſtand verſetzt werden ſolle, doch mißt man ihm wenig Glauben bei. Eben ſo wenig ſchenkt man der ſich wiederholenden Nachricht Zutrauen, daß Fiſchhof verurtheilt ſei.

Brünn. Nach Oſtern wird ſich ein Kongreß der mähriſchen Induſtriellen in Brünn verſammeln, um über den Zollanſchluß an Deutſchland zu berathen. (Br. Ztg.)

Prag, 10. April. Aus zuverläſſiger Quelle kann ich Ihnen die Mittheilung machen, daß ruſſiſche Hülfe in Ungarn und Siebenbürgen vor der Hand nicht wieder einſchreiten wird. Es ſind nämlich von Paris, London und zuletzt ſelbſt von Berlin dringende Noten angelangt, welche der öſterreichiſchen Regierung ſo rückſichtswürdig erſchienen, daß ſie durch erneuertes Aufgebot ihrer eigenen Kräften dem ungariſchen Aufſtande zu begegnen beſchloß. Man ſpricht von einer neuerlichen Entſendung von wenigſtens 30,000 Mann. Das letzte Treffen bei Hatvan blieb wieder ſo ziemlich unfruchtbar, und im Süden dringen die Magyaren nach der Einnahme von Zombor vor. Da der militäriſche Credit des Fürſten Windiſchgrätz durch alle dieſe Vorgänge ganz außer Cours gerathen, erhält ſich die Sage, ein kaiſerlicher Prinz werde demnächſt an die Spitze der ungariſchen Armee treten und mit ausgezeichneten Generalen ſich umgeben, in ungeſchwächtem Glauben. (B. Z.)

Prag, 10. April. Heute iſt dem Vernehmen nach Dr. Brauner nach Wien abgereiſt, um ſich von da als Reichskommiſſär zur Regelung der Verhältniſſe der ungariſchen Slawen in die Slowakei zu begeben. (C. Bl. a. B.)

* **Prag**, 11. April. Die Slowanska Lipa hat, bei kälterer Ueberlegung, ihre fulminanten Petitionen um Entlaſſung des Miniſteriums u. ſ. w. bei Seite gelegt, und an deren Stelle einfach eine Bitte um die Grundrechte und Verfaſſung des Kremſierer Reichstags geſetzt: von Seiten der einflußreichen Geſellſchaft immer noch ein bedeutſamer Schritt. Ad. Neuſtadt's politiſche Briefe ſind, nach dem C. Bl. a. B., nicht für immer eingegangen; ſie ſollen in günſtigeren Zeiten wieder erſcheinen.

Berlin, 11. April. Um die vom Weſten her nach dem Kanal kommenden deutſchen Schiffe von den däniſcherſeits angeordneten feindſeligen Maßregeln ſchleunigſt zu unterrichten und zu warnen, iſt bereits von London aus durch die Vermittelung der dortigen preußiſchen Geſandtſchaft das ſchnellſegelnde Dampfſchiff „William Gunſtow“ von 60 Pferde Kraft nach dem Kanal entſendet. Ferner iſt noch zu mehrerer Vorſicht am 5. d. M. ein zweites engliſches Dampfſchiff „Britannia“ von Dover in See gegangen, um im Kanal zu kreuzen.

Endlich ſind die Lootſen in den am Kanal belegenen engliſchen Häfen angewieſen, den Kapitänen der ihnen begegnenden oder dort anlaufenden deutſchen Schiffe die geeigneten Warnungen zukommen zu laſſen.

Es ſteht zu hoffen, daß dieſe zeitig angeordneten Maßregeln dazu beitragen werden, das Intereſſe des deutſchen Handels und der Rhederei möglichſt zu wahren. (St.-A.)

Lith. Korr. **Berlin**, 12. April. Nach der früheren Geſetzgebung wurde das Vermögen der Deſerteure konfiscirt. Da die Verfaſſung am 5. Dec. dieſe Strafe aufgehoben hat, ſo hat das Miniſterium eine andere Strafart für die Deſerteure, deren man nicht habhaft werden kann und für andere Perſonen, die, um dem Militärdienſt zu entgehen, Preußen verlaſſen, ſubſtituirt. Ein proviſoriſch erlaſſenes Geſetz vom 2. Jan. d. J. ſetzt an Stelle der Vermögenskonfiskation Geldſtrafe von 50 — 1000 Rthlr. Dies Geſetz iſt jetzt von dem Miniſterium der erſten Kammer zur Genehmigung vorgelegt worden.

Die räumliche Oekonomie der zweiten Kammer ließ heute eine Veränderung wahrnehmen. Der Miniſtertiſch, der ſich bisher unmittelbar vor der an der Wand dem Präſidententiſch gegenüber befindlichen Tafel für die Unterſtaatsſekretäre befand, iſt weiter in die Mitte des Saales vorgerückt. An der Stelle, wo der Tiſch der Unterſtaatsſekretäre ſich befand, ſind Sitze für Abgeordnete eingerichtet, und unmittelbar vor dem Miniſtertiſch befinden ſich Stühle zu gleichem Zweck. Dieſe Einrichtung hat die Beſtimmung, eine räumliche Abſonderung der Centrumsmitglieder von den extremen Fraktionen zu ermöglichen. Die Herrn Immermann, Wentzel (Ratibor) und einige andere mit dieſen Herrn ſtimmende Abgeordnete hatten heute die neuen Plätze eingenommen. Das Miniſterium befindet ſich in der Mitte dieſes Centrums. Zuhörer wollen von den Tribünen aus die ſignificante Wahrnehmung gemacht haben, daß die Centrumsſitze von den

Plätzen der Rechten nur durch eine niedrige kaum bemerkbare Scheide getrennt ſind, während ein unmerkliches Hinüberrutſchen auf die Linke durch einen ziemlich hohen Bretterabſchlag verhindert wird.

✗ **Berlin**, 13. April. Die Mitglieder der erſten Kammer wurden heute früh zu einer Sitzung berufen; man glaubte daher, es werde irgend etwas Wichtiges zur Berathung kommen. Großer Irrthum: Die Sitzung war die unbedeutendſte, die jemals ſtattgefunden. Nachdem die Verſammlung die Wahlen der Abgeordneten Gierke, Wichmann, Mätzke, Streithorſt und v. Schleinitz für gültig erkannt hatte, wurden zwei Anträge geſtellt, unterſtützt und in die Abtheilungen gewieſen. Der erſte, von Hülsmann und Nitzſch, verlangt, daß der Finanzminiſter gebeten werde, die zu außerordentlichen Unterſtützungen der Elementarlehrer pro 1849 auf den Etat übernommene Summe bis zu dem Betrage von 63,000 Thalern zu erhöhen. Der zweite, von Daniels, iſt darauf gerichtet, 7 von dem Antragſteller verfaßte Entwürfe als Material bei Reviſion der Verordnungen vom 2. und 3. Jan. d. J. den Abtheilungen zu überweiſen. Die Entwürfe enthalten Geſetze über die Einrichtung der Gerichtsverfaſſung, die Einführung von Bezirksgerichten, die Ausübung der Gerichtsbarkeit in nicht ſtreitigen Sachen, die Einrichtung des Landestribunals, die Einrichtung der Staatsanwaltſchaft, die Einführung von Ortsgerichten und das Strafverfahren. Die nächſte Sitzung wird erſt Dienſtag den 17. ſtattfinden. In der zweiten Kammer wurde heute von Mitgliedern der gemäßigten Linken und des linken Centrums ein Antrag auf Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung geſtellt, der wahrſcheinlich durchgehen wird. Ob die deutſche Partei der erſten Kammer mit einem ähnlichen hervortreten wird? Nach den letzten Erfahrungen könnte man das Schickſal eines ſolchen Antrags freilich vorherſagen!

⩳ **München**, 11. April. Der prächtige Erfolg der deutſchen Waffen in Schleswig-Holſtein iſt recht wie ein tröſtender Sonnenblick in die düſtere Stimmung gefallen, welche ſich Aller bemächtigt hatte nach der Antwort des Königs von Preußen. Aber es iſt eben auch nur ein Sonnenblick, nicht mehr. Ja, die Empfindungen über die innere Lage des Vaterlandes werden eben nur ſchmerzlicher aufgeregt, indem man von Neuem ein Zeichen jener wunderſchönen, friſchen Kraft gewahrt, die ſich einheitlich verbinden will und von ihren Fürſten ſelber gehindert wird, damit ſie's nicht könne, damit ſie nach Außen ohnmächtig bleibe wie zuvor. Wenn man das Einzelne erfährt, was an den Höfen, unmittelbar von den Fürſten beabſichtigt ward, da für ein Erbkaiſerthum und Preußen der Beſchluß gefallen war, ſo erkennt man darin eine Haſt der Gegenwirkung wie noch bei keinem andern, dem dynaſtiſchen Intereſſe entgegenſtehenden Ereigniß der neuen Zeit. Selbſt der parlamentariſchen Beſchränkung der Fürſtenmacht gegenüber, wie ſie die neue Zeit in den deutſchen Einzelſtaaten brachte, herrſchte nirgends ein ſo erbittert gegneriſcher Geiſt, als jetzt, da ſich die ſouveraine Selbſtherrlichkeit der Idee eines gemeinſamen Oberhauptes fügen ſoll. Deutlicher als je erſieht man, wie die deutſche Bundesregierung, welcher ja auch angeblich die oberſte Macht gegeben war, von den Fürſten nur als blendendes Scheinbild erachtet wurde, welches die Völker über die Wahrheit der Dinge täuſchen ſollte. Sieht man denn in den Thronſälen nicht ein, daß dies das bereits ſeines Nimbus beraubte Fürſtenthum auch aller moraliſchen Achtung berauben heißt? Wars ſchon ein widerlicher Anblick, als im verfloſſenen Jahre niemals der Kampf zwiſchen Volksvertretern und Fürſten von den letztern erbitterter ja unwürdiger geführt wurde, als wenn es ſich um eine Verringerung der Civilliſte handelte, ſo iſt es jetzt noch widerlicher einem ſo gänzlichen Mangel allen patriotiſchen Gefühls auf den Thronen zu begegnen. Wir wußtens zwar längſt auch von Baiern, wie es ſich der deutſchen Frage gegenüber geſtellt hatte. Aber die Haltung wurde mit der Phraſe von Wahrung der Selbſtſtändigkeit des baieriſchen Stammes, von Berückſichtigung der Eigenthümlichkeiten des baieriſchen Lebens glänzend drapirt. Und man ſprach mehr, als man handelte; man hatte immer wieder ein annäherndes begütigendes Wort in Vorrath; man ſchob die Schuld auf die Miniſter, die allerdings das baieriſche Intereſſe noch unmittelbarer als das deutſche zu vertreten hatten. Jetzt aber handelt es ſich nur um eingebildete dynaſtiſche Vortheile, und da zum erſten Male ſehen wir den ſonſt ſo unentſchiedenen Monarchen zu einer auffallenden That entſchloſſen. Sie werden es bereits in mehreren Zeitungen geleſen haben, daß Graf Bray die Gegenzeichnung einer Anſprache geweigert habe, welche nach Einlauf der Nachricht von der Kaiſerwahl der König an ſein baieriſches Volk in proteſtirendem Sinne erlaſſen wollte. Nicht Graf Bray allein hinderte die Veröffentlichung des Aktenſtückes, ſondern das geſammte Miniſterium, indem es daran mahnte, welche unnöthige Aufregung ein ſolches Aktenſtück hervorrufen werde und wie voreilig deſſen Erlaß ſei, bevor der König von Preußen geantwortet habe. Der König von Preußen antwortete, und die (nach dem allgemeinen Gerücht von Herrn Dönniges redigirte) Anſprache konnte nun freilich unterbleiben, während dagegen die berufene baieriſche Cirkularnote an die Regierungen nicht rückgängig zu machen war. Man kennt bekanntlich den Wortlaut derſelben nicht, und hört jetzt bloß daß dieſer viel minder hart und entſchieden war, als im erſten Augenblicke geglaubt wurde, aber natürlich doch von der bekannten Grundidee ausgehend ſei, daß Baiern die Wahl Hohenzollerns für den deutſchen Kaiſerthron nicht anerkenne, eben ſo wenig als die Verbindlichkeit und Rechtskraft der von der deutſchen Reichsverſammlung beſchloſſenen Grundrechte und Reichsverfaſſung. Auf dieſe Grundlagen wird natürlich auch die neue von Preußen eingeforderte Erklärung baſirt ſein, an deren Herſtellung bereits eifrigſt gearbeitet wird. Denn wo es gegen die deutſche Einheit und den vom Parlament ausgeſprochenen Volkswillen zu handeln gilt, iſt ja Baiern ſeit einem Jahr überhaupt von bewundernswürdiger Präciſion geweſen. Indeſſen vernehmen wir auch, daß der am 21. d. M. zuſammentretende Landtag, nachdem er freilich früher mit der jubelnden Annahme der damals vielbeſprochenen Müller'ſchen Protokollerklärung (für den Austritt der baieriſchen Abgeordneten aus der Paulskirche, falls die Oeſterreicher ſich zu einem ſolchen bewogen fänden) eine arge Inkonſequenz und Ungeſchicklichkeit begangen — daß alſo die ſtändiſche Oppoſition entſchloſſen ſei, ſich mit aller Kraft auf die Seite der deutſchen Reichsverſammlung zu ſtellen. Ob die Regierung bei dieſen drohenden Anzeigen nicht am Ende im Verſuch einer abermaligen Vertagung ihr Heil ſuchen wird, iſt in vielen Kreiſen kaum fraglich. Jedenfalls wird jetzt die Anregung zu einer Verlängerung der Vertagung nicht von Landtagsmitgliedern ausgehen. Denn man erkennt zu gut, wie mit der durch die königl. preußiſche Antwort an die Reichsgeſandtſchaft und die Cirkularnote an die Regierungen herbeigeführten Wendung der deutſchen Frage nunmehr den wenn auch etwas partikulariſtiſch befangenen, doch ehrlich patriotiſchen Einzellandtagen eine ganz veränderte Aufgabe wurde. In der Stellung, welche Preußen jetzt den Einzelregierungen angewieſen, iſt keineswegs blos die Souveränetät der Reichsverſammlung, es iſt die ganze Thatſache der deutſchen Erhebung bedroht. Indem man offen die Kräfte ſplittert, indem man den vom Hintergrunde der Reichsverſammlung geſtützten Gegenkampf der Einzellandtage im Intereſſe des Selfgovernment gegen die dynaſtiſche Macht in lauter rückhaltloſe Einzelkämpfe verwandeln will, wird die Eskamotirung aller Errungenſchaften der Einzelſtaaten leichter möglich als vorher. Dieß fühlt ſich auch ſelbſt in denjenigen Schichten, welche bisher der Reichsverſammlung wegen gewiſſer Sonderintereſſen hier und da feindlich gegenüberſtanden. Die Erkenntniß, daß man die Reichsverſammlung nicht nur als Organ der Geſammteinheit, ſondern gerade auch als Wahrerin der Freiheit und Volksrechte im Einzelnen braucht, bricht ſich jetzt endlich breite Bahn. Hatten wir bisher vielfach zu beklagen, daß von den Einzellandtagen aus tauſenderlei Gründen die Reichsverſammlung ununterſtützt blieb, ſo iſt jetzt durch die preußiſchen Kundgebungen klar geworden, daß nur in einer innigen Wechſelwirkung zwiſchen jener und dieſer die Möglichkeit der Erhaltung der deutſchen Freiheit und der Märzerrungenſchaften im Einzelnen liegt. Dieß iſt, unſers Erachtens, der einzige, aber auch ein großer Segen, welchen die unſelige Wendung der Dinge durch die Fürſten für die Sache des deutſchen Volkes gebracht hat.

Augsburg. Der hieſige deutſche Verein (vornämlich den Intereſſen des gemeinſamen Vaterlandes im Sinne der Einheit zugewandt, mit Mebold unter ſeinen Mitgliedern) hat in ſeiner jüngſten Verſammlung den Beſchluß gefaßt, an die liberalen politiſchen Vereine Deutſchlands, ohne auf den Grad ihrer demokratiſchen Grundlage zu ſehen, eine Anſprache zu erlaſſen, damit ſie alles aufbieten, die Reichsverſammlung zu ermuthigen und ihr den Willen des Volkes kund zu geben, daß ſie an dem endgültig beſchloſſenen Verfaſſungswerke entſchieden feſthalten ſolle.

(A. Ab. Z.)

≺ **Stuttgart**, 14. April. In der geſtrigen Abendſitzung unſerer zweiten Kammer wurde nach 5ſtündiger Debatte der ſchon Vormittags eingebrachte *Antrag des Abgeordneten Seeger*, (Stadtdirektor) die Regierung zu bitten, ſie möge mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln dahin wirken, daß die in Frankfurt beſchloſſene Reichsverfaſſung in Kraft trete, *mit 59 gegen 14 Stimmen angenommen*. Ein Amendement des Abgeordneten Stockmaier, wornach der Regierung zugemuthet werden ſollte, bei der Reichsverſammlung dahin zu wirken, daß ſie, im Fall der König von Preußen die angebotene Kaiſerkrone definitiv ablehnen würde, die Krone nicht an andere Fürſten ausbieten, ſondern aus ihrer Mitte eine proviſoriſche Centralgewalt beſtellen ſollte — dieſer Antrag wurde von dem Abgeordneten Becher in einer glänzenden Rede unterſtützt und fand vielen Anklang, ebenſo ein Antrag des Abgeordneten Schnizer auf Appellation an das Volk. Die Beredſamkeit des Kanzlers v. Wächter, welcher der Verſammlung vorſtellte, daß Manche darin nur den Antrag auf eine Konventsregierung ſehen und dagegen ſtimmen würden, der Seegerſche Antrag dagegen eine bedeutende Majorität ſich verſprechen dürfte, verſchaffte letzterem den Sieg. Eine ſtürmiſche Scene wurde durch die Rede des Abgeordneten Menzel herbeigeführt, der in höchſt leidenſchaftlicher Weiſe gegen den Antrag ſprach, die Frankfurter Verfaſſung mit dem Erbkaiſerthum das Werk einer Intrigue nannte und ſein Befremden ausdrückte, daß ein ſo geſcheidter Mann, wie der Abgeordnete Seeger ſich zum Werkzeug einer Intrigue hergebe. Vielfache Zeichen des Mißfallens ließen ſich hören, Seeger wieß die Beſchuldigung mit Entrüſtung zurück und ſeine Entgegnung gegen Wenzel war von lebhaftem Beifall der Kammer begleitet. Bemerkenswerth iſt, daß der Abgeordnete v. Zwergern aus Ravensburg, ein öſterreichiſch Geſinnter, feierlich erklärte, daß die Stimmung in Oberſchwaben gegen das preußiſche Erbkaiſerthum keineswegs ſo bedenklich ſei, als man behaupte und ſich mit großer Wärme für Aufrechthaltung der Verfaſſung nach allen ihren Theilen einſchließlich der Oberhauptsfrage ausſprach.

** **Stuttgart**, 14. April. Die geſtrige Abendſitzung der Kammer der Abgeordneten war in der That eine äußerſt erfreuliche durch den Geiſt des Patriotismus und der Einigkeit, welcher die Kammer beſeelte, und eben damit iſt durch den geſtrigen Beſchluß etwas Erhebliches für die deutſche Sache geleiſtet. Noch kurz vor der Sitzung fürchtete man einen ſchlimmen Bund der Ultramontanen, der Ritter und der äußerſten Linken gegen den geſtellten Antrag, und in Folge davon eine nur ſehr kleine, alſo auch wenig gewichtige Majorität. Um ſo bedeutender iſt das Reſultat, und es herrſcht heute hier vielfach große Freude darüber. Bei unſerer Regierung — wenn dort je noch ein Drängen nöthig wäre — und in gewiſſen höhern Kreiſen wird insbeſondere das Zuſammenhalten ſonſt ſo getrennter Parteien Eindruck machen. Hoffentlich tritt bald die Regierung männlich und offen hervor.

Die Einigung ſonſtiger Gegner iſt auch außer der Kammer durchgebrochen. Gottlob! daß endlich einmal das Feldgeſchrei: „Hie vaterländiſcher, hie Volksverein!“ ſchweigt, und dem Ruf: „Für die Reichrverfaſſung!“ Platz macht. Unverabredet haben ſich die beiden genannten politiſchen Vereine an die ſtädtiſchen Kollegien gewendet und eine Bürger-Verſammlung verlangt. Der Stadtrath hat ſich, wie wir hören, bereits mit beiden Vereinen in Verbindung geſetzt, und wir werden wieder, wie im März v. J., über einmüthige Schritte der Einwohnerſchaft zu berichten haben. Ohne Zweifel wird der Bürgerverſammlung die Zuſtimmung zu den Kammerbeſchlüſſen vorgelegt werden, in welcher Form es auch geſchehe. Möge die Stimmung anderwärts eine gleiche ſein! Auch unſere Landleute aus der Umgebung, z. B. aus den Wahlorten des kürzlich erwählten Abg. Hölder, äußern ſich vielfach mit äußerſt geſundem Urtheil dahin: An dieſer Verfaſſung wollen wir feſthalten! Die Partei der ſtrengkatholiſchen Oberſchwaben benimmt ſich fortwährend äußerſt ungehalten; aber ein wirklicher, offener Widerſtand, glauben wir, iſt nirgendsher zu befürchten.

A **Dresden**, 13. April. Der Antrag auf ſofortige Publikation der Verfaſſung des deutſchen Reichs wurde, wie geſtern von Heubner in der erſten, ſo heute von Schaffrath in der zweiten Kammer geſtellt. (S. das geſtr. Hauptbl. im leit. Art.) Als dringlich anerkannt, kommt er Morgen zur Berathung, oder wahrſcheinlicher, zur Beſchlußfaſſung ohne alle Debatte. So iſt es hier beſſer. Man wird die beſchämende Erinnerung an die erſte Verhandlung der Kammer über die deutſche Oberhauptsfrage nicht wach rufen wollen, und vertraut darauf, daß auch die Schwächſten am Geiſt von dem dunklen Drange nach der Rettung des Vaterlandes, welcher heute alle Herzen durchzuckt, richtig werden geleitet werden. Durch beſondern Beſchluß der Kammer wurde die Anweſenheit der Miniſter bei der morgenden Sitzung ausdrücklich verlangt, obgleich kein Zweifel darüber mehr iſt, daß in dem geſtrigen Fehlen der Miniſter in der erſten Kammer nichts Abſichtliches liegt. Zuletzt noch die für jeden braven Sachſen betrübende Nachricht, daß die Beiträge zur deutſchen Marine noch nicht bezahlt ſind, und daß heute bereits das dritte königliche Dekret (2. Februar, 17. März, 11. April) bei der Kammer eingeht, welches dieſelbe zur endlichen und ungeſäumten Erledigung dieſer vaterländiſchen Angelegenheit ermahnt.

** **Hannover**, 12. April. Ich habe Ihnen ſchon neulich geſchrieben, in welchem Maße das Miniſterium Stüve das Vertrauen des Landes verloren hat, ſelbſt die Schwankenden fallen von ihm ab und ſehen endlich klarer in die Abſichten der Regierung. Die Vertagung der Stände, dies gewaltſame Unterdrücken der laut ſprechenden Volksſtimme war eines Miniſteriums Schele würdig; daß Stüve in ſeine Fußtapfen treten würde, haben ſelbſt wir nicht erwartet, die wir von vornherein Mißtrauen bei der Zuſammenſetzung eines Miniſteriums Stüve-Braun-Düring hatten. Unſer Mißtrauen hat ſich leider gerechtfertigt; Stüve regiert trotz der ſtändiſchen Beſchlüſſe und bleibt am Ruder, trotzdem ſich alle politiſch Gebildete öffentlich gegen ihn ausſprechen. Die Vertagung der Stände hat überall böſes Blut gemacht und mit Recht, denn eine ärgere Verhöhnung des konſtitutionellen Prinzips iſt kaum denkbar. Das hannoverſche Volk iſt deutſch und wird an der Reichsverſammlung feſt und unerſchütterlich halten, mag Hr. Stüve ſich immerhin für dynaſtiſche Intereſſen einer ſtolzen, kleinlichen Politik hingeben, er ſteht allein mit der kleinen Partei, die „unter allen Umſtänden“ dieſem wie jedem andern Miniſterium huldigt. Daß Beſchwerden an den König um Entlaſſung nichts helfen, wiſſen wir noch aus dem Verfaſſungs-Kampfe zur Genüge, ſie werden auch jetzt nicht zum Ziele führen und Stüve ſo lange am Ruder laſſen, bis ihn die Ariſtokraten etwa wie eine ausgepreßte Citrone beſeitigen werden. Geſtern und heute haben ſogar noch 44 Abgeordnete des Volks ſich hier verſammelt, um über die zu thuenden Schritte zu berathen; es iſt eine Zuſchrift an das Miniſterium um ſchleunige Berufung der Stände ergangen. Die Deputirten wurden geſtern vom Volksverein begrüßt und ihnen der Dank für ihr männliches Auftreten ausgeſprochen; Lang II. dankte und ſagte, die Stände würden auf dem betretenen Wege fortgehen und nach ihren Kräften für die deutſche Einheit und Freiheit einſtehen. Die Abgeordneten Rumann, Gödecke, Hantelmann, Wachsmuth und Lang II. ſind beauftragt, ſobald ſie es für nothwendig halten, die einzelnen Abgeordneten zuſammen zu berufen. Alle politiſchen Parteien ſprechen es laut aus, ſie wollen feſt an der Reichsverfaſſung halten, und unterdeſſen ſoll die Regierung darauf ſinnen, wie ſie den vereinigten politiſchen Vereinen eben wie den Ständen den Zaum anlegen kann.

+ **Karlsruhe**, 13. April. Trotz des Austritts der Abg. Chriſt, Sachs und Wolff, denen heute auch Lehlbach folgte, war unſere zweite Kammer mehr als vollzählig, als ſie ſich geſtern und heute mit den Geſetzesentwürfen über die Gerichtsverfaſſung und über die Vermögensſteuer beſchäftigte. Von erhöhtem Intereſſe war das heute durch Staatsrath Bekk übergebene Geſetz über die künftige Landesvertretung, inſoweit dieſe einer Abänderung in Folge der Grundrechte unterlag. Nach der engeren Interpretation der Grundrechte hätte man ſich auf eine Aenderung in der Zuſammenſetzung der erſten Kammer beſchränken können, da nur hier die Standesvorrechte beſonders hervortreten; allein man hat auch die bisherige Ungleichheit der Städte und Landbezirke ins Auge gefaßt und jeglichen Unterſchied zwiſchen beiden aufgehoben. Der Entwurf ruht auf dem Zweikammerſyſtem, er verlangt freie direkte Wahlen und geheime Stimmgebung. Bei der Wahl zur zweiten Kammer ſollen die Beſtimmungen des Reichswahlgeſetzes zum Volkshauſe vollſtändig zur Anwendung kommen, doch kann nur derjenige zum Abgeordneten gewählt werden, der badiſcher Staatsbürger iſt, das Alter von 30 Jahren erreicht hat und im Vollgenuß der bürgerlichen und ſtaatsbürgerlichen Rechte ſich befindet. Die Dauer des Mandats beträgt 4 Jahre; alle 2 Jahre findet die theilweiſe Erneuerung ſtatt. Die Zahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer beträgt 55. Was ſodann die Zuſam-

menſetzung der erſten Kammer anbelangt, ſo ſoll das Wahlrecht Allen zukommen, ſofern ſie nur die geringſte Steuer bezahlen. Um jedoch einen Unterſchied zwiſchen den Wahlen zu beiden Kammern zu erzielen, hat man zu einer Klaſſeneintheilung der Steuerpflichtigen gegriffen und zwar in folgender Weiſe. Die erſte Klaſſe umfaßt diejenigen, welche mindeſtens ein Steuerkapital von 12,000 fl. beſitzen, die zweite Klaſſe jene, welche zwiſchen 12,000 fl. und 3500 fl. und die dritte Klaſſe jene, welche weniger als 3500 fl. verſteuern. Jede dieſer in 11 Wahldiſtrikte abgetheilten Klaſſen wählt einen Abgeordneten, ſo daß die erſte Kammer 33 Mitglieder zählt. Zur erſten Kammer kann ohne Rückſicht auf Cenſus jeder Badener gewählt werden, welcher 40 Jahre alt iſt, und ſich im vollen Genuſſe der bürgerlichen und ſtaatsbürgerlichen Rechte befindet. Die Abgeordneten zur erſten Kammer werden auf 8 Jahre gewählt und ergänzen ſich alle 4 Jahre zur Hälfte. Auf Antrag des Abg. Häuſſer wurde der Entwurf ſogleich an die Abtheilungen gewieſen und ſchon heute Nachmittag in einer beſondern Sitzung die Commiſſionsmitglieder gewählt, welche ſich unverzüglich mit dem Geſetze beſchäftigen werden. Die Wahl zu dieſer Commiſſion fiel auf die Abg. Baum, Biſſing, Häuſſer, Huber, Lamey, Malſch, Mez, Speyerer und Zentner. Wahrſcheinlich wird Häuſſer zum Berichterſtatter erwählt, und innerhalb der nächſten 14 Tage mit der Berathung begonnen werden; hiermit und mit der Berathung des Budgets ſind dann die Arbeiten der zweiten Kammer geſchloſſen.

Bernburg, 11. April. Laut Bekanntmachung des Miniſteriums iſt der Belagerungszuſtand von heute an aufgehoben.

Detmold, 5. April. Auf die Freude über die Kaiſerwahl iſt durch die Antwort, die der König von Preußen der von ihm empfangenen Deputation ertheilt hat, große Niedergeſchlagenheit gefolgt. Die Wahlen für unſern künftigen Landtag haben das Reſultat geliefert, daß die Demokraten in den 25 Wahlbezirken nur 6 Kandidaten ihrer Farbe durchgebracht haben und die übrigen Gewählten im Ganzen einem vernünftigen Fortſchritte huldigen. (Voſſ. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 12. April. In aller Kürze wollen wir noch auf die Anſichten, welche die „Times" in den letzten Tagen über die däniſche Frage und deren Beilegung in zwei auf einander folgenden Nummern brachte, hier zurückkommen. Sie hat ſich kein Hehl, daß die Dänen, welche ſie ſtets mit dem Ehrenwort „tapferes Volk" auszeichnet, uns zu Lande keinen ſiegreichen Widerſtand leiſten können, daß wir ſie bis jenſeits der Grenzen von Jütland verfolgen werden. Auf den General Fabvier, den ſie einen Soldaten der Fortuna nennt, hat die Times auch kein Vertrauen, aber ſie hofft, daß die Dänen uns zur See, um uns diesmal eines zwar vulgären aber die Sache doch bezeichnenden Ausdrucks zu bedienen, gehörig „zwiebeln", daß ſie die nördlichen Häfen Deutſchlands blockiren, und unſere kommerziellen Intereſſen recht „die Wucht und Laſt des Krieges empfinden laſſen werden." Der Verfaſſer des Artikels konnte, als er ihn ſchrieb, freilich noch nicht wiſſen, daß wir, ehe uns die Dänen viel Schaden gethan, ihnen bereits ein Linienſchiff zerſtört, eine Fregatte abgenommen, und zwei ihrer Dampfſchiffe übel zugerichtet hatten. Sie tadelt die Art, daß man und wie man engliſcher Seits vermittelt habe. „Wir ſind überzeugt, ſagt ſie, daß wenn wir ſtatt zu vermitteln, was ſich als eine pure Myſtifikation gezeigt hat, ein brittiſches Geſchwader in die Elbe oder Oſtſee geſchickt hätten, nicht ein einziger deutſcher Soldat über die Eider gegangen wäre." Sieht das nicht wie eine offenbare freche Verhöhnung Deutſchlands aus? Aber auch die Art, wie man vermittelt habe, findet nicht ihren Beifall. Nachdem man den früheren Vorſchlag Palmerſtons, Schleswig nach der Grenze der Volksſtämme zu theilen, einen Vorſchlag welchen die Times mit dem Urtheil Salomons vergleicht, aufgegeben, habe man folgenden Artikel in die däniſche Ueberſetzung des Protokolls einzuſchieben vorgeſchlagen: „Das Herzogthum Schleswig erhält eine getrennte Verfaſſung in Betreff ſeiner Provinzialgeſetzgebung und inneren Verwaltung, ohne mit dem Herzogthum Holſtein vereinigt zu ſein und ohne daß die politiſche Einigung, welche das Herzogthum Schleswig mit der Krone Dänemark verbindet, davon berührt wird." Die „Times" findet dieſen Artikel doppelſinnig und zweideutig; die Dänen hätten ſich an die Worte „ohne daß die Einigung mit Dänemark davon berührt wird," die Deutſchen an die Worte: „Getrennte Verwaltung" gehalten. Die Times iſt aber ſelbſt darüber unklar, wie die ſtreitige Frage glücklich gelöſt werden ſoll; hat ſie früher gerathen, ſich zu dem zwiſchen Schleswig und Dänemark feſtzuſtellenden Verhältniß dasjenige, welches zwiſchen Schweden und Norwegen beſteht, zum Muſter zu nehmen, ſo räth ſie jetzt zu einem Verhältniß wie das zwiſchen Schottland und England! Dabei fährt ſie fort, mit dem übereilten Auftreten der Dänen ein gezwungenes Bedauern auszudrücken, während ſie doch ſelbſt früher den Dänen mit Eifer zuredete, ſich die ihnen geſtellten Bedingungen nicht gefallen zu laſſen und lieber die Unterhandlungen abzubrechen, während ſie auch jetzt wieder, nach dem Unglück der Dänen bei Eckernförde, mit einigem Wohlgefallen ſich dem Gedanken hinzugeben ſcheint, daß die Dänen jetzt, um ihre Niederlage zu rächen, den Krieg bis zum Aeußerſten fortführen würden.

Frankreich.

0 **Paris**, 13. April. Die meiſten Zeitungen der Hauptſtadt, ſogar die ſonſt ſo wohl unterrichtete „Preſſe" verſichern heute, daß Eugen Raſpail geſtern bei dem Unterſuchungsrichter Brouſſais ſein erſtes Verhör beſtanden habe. Die Wahrheit aber iſt, daß Eugen Raſpail bereits in der Nähe der engliſchen Küſte ſein muß. Er ſcheint eingeſehen zu haben welch' unangenehme Folgen ſein rohes Benehmen in der Kammer für ihn haben könnte und kehrte gar nicht mehr in ſeine Wohnung zurück. Er brachte die Nacht in dem Hauſe eines befreundeten Arztes in der Rue Jakob zu, und iſt in deſſen Begleitung geſtern früh auf den Bahnhof geeilt. Der Flüchtling hatte in der Nacht eine Unterredung mit mehreren Mitgliedern des Berges, die ihn zu dem Entſchluſſe brachten, Paris zu verlaſſen. Sie erinnerten ihn an die Strafe von drei Jahren Gefängniß und 2000 Francs Geldbuße, mit welcher Bergeron für die Ohrfeige büßen mußte, die er dem jetzigen Redakteur der Preſſe gegeben hatte. So entſchloß ſich denn der Neffe des berühmten Chemikers, wie ihn die ſozialiſtiſchen Blätter nennen, nicht ferner zur Verbreitung der Lehren des weltbeglückenden Sozialismus beizutragen! — Der Verein der Rue de Poitiers läßt täglich eine Anzahl Exemplare der „Aſſemblee nationale", des „Pays" des „Corſaire" und der „Patrie" in den Kaſernen vertheilen. Auch der Courrier français, deſſen gegenwärtiger Redakteur, Du Rheims, ein früherer Sekretär von Thiers war, erhielt eine Unterſtützung von 25,000 Fr. von dieſem Verein. Doch ſoll die Redaktion dieſes Blattes die Sozialiſten nicht theoretiſch bekämpfen, ſondern praktiſch. Die Austräger des Courrier français ſind nämlich auch beauftragt, die antiſozialiſtiſchen Schriften des Vereins zu verbreiten. Die neueſte Broſchüre: die Theiler (les partageux) iſt gegen die Kommuniſten gerichtet und rührt aus der Feder einer hochadeligen Dame her. Der Präſident ſoll eine Reiſe nach dem Süden Frankreichs vorhaben; doch weiß ich nicht, ob es nicht der Ankauf von drei Reiſewagen iſt, der zu dieſer Behauptung den Grund gegeben hat.

Ungarn.

Peſth, 8. April. Die Ereigniſſe ſchreiten ſchnell vor. Die kaiſerliche Armee hat ſich bis Peſth zurückgezogen, woſelbſt jetzt ihr Hauptquartier iſt. Windiſchgrätz und Jellacic ſind hier und die militäriſchen Bewegungen haben einen außerordentlichen Charakter angenommen. Die öſterreichiſche Armee, welche bei Peſth konzentrirt iſt, ſoll 60,000 Mann ſtark ſein und es ſollen heute noch 10,000 Mann, von Wien kommend, erwartet werden. Die ungariſche Armee, welche eine große Linie von Kerepes bis Vecſes (zwei Stunden von Peſth) einnehmen ſoll, wird auf 90,000 angegeben, ohne den ungeheuren Landſturm zu rechnen. Allen Nachrichten zufolge ſoll es noch heute zur entſcheidenden Schlacht kommen; bis jetzt aber (12 Uhr Mittags) iſt die Generalität noch hier. Da wegen des Feiertags (Oſterſonntag) eine Unzahl von Menſchen auf den Straßen ſich bewegt und man Unordnungen befürchtet, ſo wurde in einem öffentlichen Anſchlag an den Belagerungszuſtand erinnert und bei einem etwaigen Krawall mit Beſchießung der Stadt gedroht. Bisher iſt hier Alles ruhig. Der aus Galizien anrückende Hammerſtein ſoll bereits in Kaſchau eingerückt ſein; nach anderen Nachrichten ſoll er erſt am 12. d. M. dort erwartet werden. (N. C.)

Frankfurter Börſenbericht.
(Wochenbericht.)

Wir haben über den Geſchäftsverkehr der letzten Woche wenig bemerkenswerthes zu berichten. Die politiſche Flauheit hat ſich unterdeſſen in eine entgegengeſetzte Stimmung verwandelt.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 16. April. Amtliche Nachrichten aus Schleswig.) Wien (Note der öſterreichiſchen Regierung an den Geſandten in Berlin. Graf Stadion.) Berlin (Die Reichsverſammlung und das preußiſche Miniſterium.) Stuttgart (Kabinetsrath. Das Miniſterium und die deutſche Frage.) Dresden (Der Schaffrath'ſche Antrag angenommen.) Schleswig-Holſtein (Baron Heintze nach London.) Altona (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz.)

Frankreich. Paris (Die Kammerverhandlungen.)

Italien. (Unſichere Nachrichten aus Genua.) Turin (Die Genueſer Deputation.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 16. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 16. April.

Tagesordnung der 201. öffentl. Sitzung.

1) Wahl zweier Schriftführer an die Stelle der Herren v. Maltzahn und Neumayr.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Prioritäts- und Petitions-Ausſchuſſes erſtatteten Berichts über eine Reihe von Vorſtellungen, Anträgen und Beſchwerden, betreffend die im Herzogthum Bernburg vorhandenen Mißſtände.

Der zweite Vicepräſident Herr Bernhard Eiſenſtuck eröffnet die Sitzung 9½ Uhr Vormittags. Nachdem der Austritt der Herren Ignaz Weſſely und Mazegger, beide aus öſterreichiſchen Wahlbezirken, angezeigt worden, verkündigt der Vorſitzende, daß von drei und zwanzig öſterreichiſchen Abgeordneten eine Geſammt-Austrittserklärung eingegangen iſt, die ihre Motive auf das Erbkaiſerthum, auf den Mangel eines Mandats zu deſſen Miterrichtung, auf das dadurch gelöſte Verhältniß zu Oeſterreich — über welches doch das Reichsminiſterium in Folge eines ausdrücklichen Beſchluſſes der Verſammlung ſelbſt habe Unterhandlungen einleiten ſollen — und ganz beſonders auf den Verſammlungsbeſchluß vom 11. April gründet, wornach an der Verfaſſung und den Beſtimmungen über das Reichsoberhaupt unwandelbar feſtgehalten werden ſolle. Dem zu Folge und in Uebereinſtimmung mit ihrer Regierung, welche ihre Angehörigen unter dem 5. April zur Rückkehr aus Frankfurt aufgefordert habe, erklären die Herren v. Mühlfeldt, Egger, Herz, v. Neuwall, Graf Coronini Cronberg, Graf Deym, v. Kayſerfeld, v. Queſar, Mally, v. Schulheim, Achleitner, Beda Weber, Friedrich Göbel u. A. ihr Ausſcheiden aus der Reichsverſammlung. Ebenſo hat eine motivirte Austritts-Erklärung überreicht — weil durch das Erbkaiſerthum das Vereinbarungsprinzip verletzt worden ſei — Herr Petzer aus Tirol. Ausgetreten endlich ſind die Herren Müller aus Sachſen-Meiningen und v. Maltzahn aus Küſtrin. Eingetreten dagegen und wird der Abtheilung zugewieſen Herr Erbe für den 19. Wahlbezirk des Königreichs Sachſen. Auch für Herrn von Maltzahn iſt der Stellvertreter bereits eingetroffen.*)

Unter den Flottenbeiträgen iſt einer zur Herſtellung der „weiland däniſchen" Fregatte „Geſion" und ein anderer etwa 300 Gulden in Banknoten umfaſſender aus Salzburg. (Beifall.) Ein Schreiben der würtembergiſchen Kammer, welches der Nationalverſammlung mitgetheilt wird, erklärt ſich für die Unterwerfung Würtembergs unter die Beſchlüſſe der deutſchen Nationalverſammlung und für die unbedingte Aufrechthaltung der deutſchen Verfaſſung nebſt den Grundrechten und dem Reichswahlgeſetze. Ein allgemeines Bravo folgt auf die Verleſung dieſes Schreibens.

Herr v. Reden ruft das Reichshandelsminiſterium an: ob und welche Maßregeln es ergreifen wolle, um das Publikum in den Stand zu ſetzen, ſich ein richtiges Urtheil über die Thätigkeit der deutſchen Marinekommiſſion zu bilden.

Herr Kreuzberg aus Prag trägt eine nach obigen Austrittserklärungen freilich nur um ſo befremdlicher klingende Anrufung an den Handelsminiſter vor: ob und warum derſelbe nicht auch öſterreichiſche Sachverſtändige zu dem Entwurfe des deutſchen Zolltarifs beigezogen habe? Herr Würth aus Sigmaringen ruft ſchließlich das Reichsminiſterium des Aeußern wegen der Behandlung an, welche der deutſche Republikaner Willich von den franzöſiſchen Behörden erfahren habe.

Herr Gevekoht berichtet für den Marineausſchuß, daß derſelbe beantragt, das Reichsminiſterium ſolle erſucht werden:

1) ein Geſetz über die Vertheilung der Priſengelder für den Seedienſt zu entwerfen und der Reichsverſammlung vorzulegen;

2) nach Eingang der näheren Berichte über das ruhmwürdige Gefecht von Eckernförde am 5. April, diejenigen Männer, welche ſich bei demſelben beſonders ausgezeichnet haben, namhaft zu machen und zu entſprechenden Belohnungen in Vorſchlag zu bringen.

Dieſe Anträge des Marineausſchuſſes erhebt die Verſammlung ohne weitere Berathung zum Beſchluſſe, worauf der Vorſitzende, der Tagesordnung gemäß, die Einſammlung der Stimmzettel zur Wahl zweier Schriftführer anordnet. Dem ſpäter mitgetheilten Ergebniſſe dieſer Wahl entſprechend treten in das Büreau des Hauſes ein: die HH. Coßmann aus Stettin und Sprengel aus Mecklenburg.

Zu dem Berichte des Prioritäts- und Petitionsausſchuſſes über die Bernburger Angelegenheit ſind mehrere gedruckte Verbeſſerungsanträge eingebracht. Ein noch ungedruckter von Herrn Wiesner, Mareck u. A. wird verleſen, worauf der Referent Herr v. Buttel das Wort erhält, um einige Nachträge und Ausführungen zu der bereits am 4. April vorgelegten Darſtellung des Sachverhältniſſes zu liefern. Die vom Ausſchuſſe geſtellten Anträge, deren Annahme Herr v. Buttel dem Hauſe empfiehlt, ſind folgende:

In Erwägung:

daß, was zunächſt die über den Reichskommiſſär v. Ammon erhobene Beſchwerde betrifft, ſolche jedenfalls, abgeſehen von ihrer thatſächlichen Begründung, mittlerweile durch die erfolgte Abberufung des genannten Reichskommiſſärs für erledigt zu halten;

in fernerer Erwägung:

daß die ſonſtigen Anträge und Vorſtellungen, welche darauf gerichtet ſind, daß wegen der bezweifelten Regierungsfähigkeit des zeitigen Inhabers der Regierungsgewalt in Bernburg eine Deſſauiſche Regentſchaft angeordnet werden möge, oder daß eine völlige Vereinigung Bernburg's mit Deſſau zu Stande komme, oder endlich, daß der in Bernburg verhängte Belagerungszuſtand wieder aufgehoben werde, theils die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaates betreffen, welche zu wahren, gemäß den Beſtimmungen des Geſetzes über die Centralgewalt, zunächſt Aufgabe des Reichsminiſteriums iſt, theils aber unter den von der Nationalverſammlung in der Mediatiſirungsfrage gefaßten Beſchluß fallen, welchem zufolge ebenfalls zunächſt das Reichsminiſterium die Vermittlung zu übernehmen hat;

endlich in Erwägung:

daß die obigen Anträge und Vorſtellungen durchgängig auch bereits bei der Centralgewalt angebracht ſind, und die Reichsverſammlung von den Bittſtellern zumeiſt nur um eine fördernde Unterſtützung angegangen iſt —

beſchließt die Reichsverſammlung:

über den erſten Gegenſtand zur Tagesordnung überzugehen;

dagegen im Uebrigen die Angelegenheit dem Reichsminiſterium mit der Aufforderung zu überweiſen, die Abſendung eines Reichskommiſſärs oder ſonſt das Geeignete in der Sache zu verfügen.

---

*) Ausgetreten ſind mithin heute im Ganzen: Petzer, Abgeordneter für Bruneck in Tyrol. v. Maltzahn, Abgeordneter für Königsberg. Stülz, Abgeordneter für den erſten Vorarlberg'ſchen Wahlbezirk. Liendacher, Abgeordneter für den 17. Wahlbezirk in Oberöſterreich. Dr. Joh. Kerer, Abgeordneter für den 2. oberinnthaler Wahlbezirk (Tyrol). Mazegger, Abgeordneter von Laudegg in Tyrol. Ig. Weſſeli, Abgeordneter für den Wahlbezirk Ungariſch-Brod. d'Elvert, Abgeordneter für den Wahlbezirk Pöhrlitz aus Mähren. v. Mühlfeld, Abgeordneter für Wien. Egger, Abgeordneter für Wien. Herz, Abgeordneter für Wien. v. Neuwall, Abgeordneter für Brünn. Friedr. Graf Deym, Abgeordneter für Hohenelbe in Böhmen. Dr. Bauer, Abgeordneter für Baden in Oeſterreich u. d. E. Schuler, Abgeordneter für den 1. unterinnthal'ſchen Wahlbezirk (Innsbruck). Moritz v. Kaiſerfeld, Abgeordneter für Gratz in Steiermark. Höchsmann, Abgeordneter für Sternberg in Mähren. Dr. Joſ. Benedict, Abgeordneter für den Wahlbezirk Spital in Kärnthen. Dr. Ed. Jul. Queſar, Abgeordneter für den Wahlbezirk Leoben in Steiermarck. Karl Fugerl, Abgeordneter aus Kornenburg. Mally, Abgeordneter aus Marburg in Steiermark. Schulheim, Abgeordneter für den Wahlbezirk Judenburg in Steiermark. J. Knar, Abgeordneter aus Hartberg in Steiermark. Peter Gſpan, Abgeordneter für den Wahlbezirk Rottenburg, Kufſtein, Hopfgarten und Kützbüchl in Tyrol. Achleitner, Abgeordneter für Ried im Innviertel. Reindl, Abgeordneter aus Orth, Wahlbezirk Gmünden in Oberöſterreich. Dr. Ig. Neubauer, Abgeordneter für Feldbach in Steiermark. v. Heyden, Abgeordneter für Kirchdorf. Graf v. Coronini Cronberg, Abgeordneter für Goerz. Beda Weber, Abgeordneter aus Meran in Tyrol. Goebel, Abgeordneter für Jaegerndorf in Oeſterr.-Schleſien.

Von Hrn. v. Mühlfeldt an folgen die Unterzeichner der erwähnten Geſammterklärung.

Hr. Mölling aus Jever glaubt ſich im Stande zu befinden, zur genaueren Auffaſſung der Vorfälle in Bernburg, thatſächliche Mittheilungen zu machen. Zu dieſem Behuſe verlieſt er eine längere brieſliche Darſtellung, ohne daß es ihm jedoch gelingt, die Aufmerkſamkeit des Hauſes auch nur in dem Grade zu gewinnen, daß ſein undeutlicher Vortrag das allgemeine Geräuſch durchdränge. Der Redner begreift nicht, wie der Abgeordnete von Bernburg ſelbſt, Hr. Zachariä, über ſämmtliche Anträge, Geſuche und Beſchwerden den Uebergang zur Tagesordnung beantragen könne. Auch die Anträge des Ausſchuſſes ſind ihm nicht beſtimmt genug, ſondern nach Hrn. Mölling's Verlangen iſt eine Reichskommiſſion aus beiden Seiten des Hauſes gleichmäßig zu erwählen und nach Bernburg abzuſenden, um dort die ſorgfältigſte Unterſuchung namentlich darüber vorzunehmen, ob für das Militär die unumgängliche Nothwendigkeit zu einem ſo blutigem Gebrauche der Waffen vorhanden geweſen ſei. Auch wie ſich die Fortdauer des über Bernburg verhängten Belagerungszuſtandes rechtfertige, ſolle dieſe Reichskommiſſion genau erörtern.

Hr. Zachariä aus Bernburg trägt einen Erlaß des herzoglichen Staatsminiſteriums vor, nach welchem der Belagerungszuſtand bereits wieder aufgehoben iſt. Mehr aber vermögen wir auch von ſeinem Vortrage nicht aufzuſaſſen, als daß er auch heute noch auf dem Uebergange zur Tagesordnung über die verſchiedenen Vorlagen und aus den Erwägungsgründen beharrt, auf die er ſeinen gedruckten Verbeſſerungsantrag geſtützt hat.

Hr. Wedekind genehmigt von dem, was ſein Vorgänger geſagt, mit Genugthuung die inzwiſchen verfügte Aufhebung des Belagerungszuſtandes, wie er auch mit dem Ausſchußantrage über den erſten Gegenſtand übereinſtimmt. Allein im Uebrigen will er dem Reichminiſterium die Angelegenheit mit der dringenden Aufforderung überweiſen, daß ein anderer Reichskommiſſar abgeſendet werde, der an Ort und Stelle namentlich dafür Sorge trage, daß

1) in Unterſuchung der Bernburger Vorgänge, und namentlich der blutigen Vorfälle vom 16. März unparteiiſche Juſtiz geübt,

2) der Bernburgiſche Landtag ſofort zuſammenberufen,

3) hinſichtlich des Belagerungsſtandes nach §. 197 der deutſchen Reichsverfaſſung verfahren und

4) die Anträge auf Niederſetzung einer Regentſchaft für Anhalt-Bernburg oder deſſen Vereinigung mit Anhalt-Deſſau und Cöthen unbehindert und ordnungsmäßig erledigt werden.

Hr. Wedekind iſt ebenfalls ſo wenig zu verſtehen, daß wir von ſeinen Anträgen nicht das Geringſte wiſſen würden, wenn dieſelben nicht gedruckt vertheilt vor unſeren Augen wären.

Unterſtaatsſekretär Hr. Baſſermann nimmt das Wort im Namen des Miniſteriums. Um ins Klare über die Bernburger Angelegenheiten zu kommen, habe es früher den Hrn. v. Ammon als Reichskommiſſar an Ort und Stelle geſendet, einen Mann, deſſen Charakter, Beruf und Vorgänge vollkommene Gewähr für ein unabhängiges und gewiſſenhaftes Urtheil dargeboten hätten. Auch ſei es durchaus ungerechtfertigt, dieſem Manne vorzuwerfen, daß er ſich ſeinen Unterricht nur von Einer Seite her verſchafft habe, vielmehr ſei Hr. v. Ammon bemüht geweſen, ſich nach jeder Richtung hin die nöthige Aufklärung und die Unterlagen zu einer objektiven Darſtellung zu verſchaffen. Auf ſeinen Mittheilungen beruhen nun die Anſchauungen, die ſich das Reichsminiſterium über die Zuſtände im Anhaltiſchen verſchafft hat und namentlich über den Geiſt und die Wirkſamkeit des Landtags und ſeiner Oppoſitionspartei. Einige Thatſachen, die Hr. Baſſermann aus der Geſchichte dieſes Landtags — der unter A. ein Gericht zur Beſtrafung der „reaktionären Beſtrebungen" niederſetzen wollte — mittheilt, verſetzen das Haus in die heiterſte Laune. Was die allerdings viel traurigeren Vorfälle vom 16. März in Bernburg anlangt, fährt der Redner fort, ſo habe ſelbſt Hr. Mölling vorhin eingeräumt, daß der erſte Schuß nicht von Seiten der Truppen gefallen, ſondern aus einem Regierungsgebäude, in welches tumultuariſche Haufen eingedrungen. Auch iſt der Thäter, welcher jenen verhängnißvollen Schuß auf die Soldaten abgefeuert hat, bereits ermittelt und geſtändig. Die Vereinigung Bernburgs mit den übrigen anhaltiſchen Ländern wird beſonders von Deſſau aus betrieben. Früher hat der deſſau-köthener Landtag ſich gegen ein etwa drohendes Einverleibtwerden in einen andern größern Staat mittelſt ausdrücklicher nach Frankfurt gerichteter Eingabe verwahrt. Anders dagegen ſtellt ſich die Anſicht eben dieſes Landtags, ſo bald es gilt, ſich etwas einzuverleiben. Die Verfaſſungen der anhaltiſchen Lande aber ſind von einander verſchieden und auch ſonſtige Schwierigkeiten, die der Vereinigung entgegenſtehen, können nur beſeitigt werden, je nachdem ſich die Mehrheit der bernburger Bevölkerung in ihren ſtändiſchen Vertretern darüber ausſprechen wird.

Nachdem hierauf die Debatte geſchloſſen worden iſt und Herr Zachariä aus Bernburg ſeinen Antrag zurückgezogen hat, entſcheidet ſich das Haus in allen Punkten dem oben mitgetheilten Ausſchußantrage gemäß und mit Ablehnung aller Verbeſſerungsanträge und Zuſätze. Unter den letzteren iſt auch der Zuſatzantrag des Herrn Cramer aus Köthen:

„In Erwägung:

1) daß der Herzog von Bernburg der letzte ſeines Stammes iſt und eine Vereinigung von ganz Anhalt nach deſſen Tode eintreten muß;

2) daß die geſonderte Verfaſſung und die darauf beruhende geſonderte neue Geſetzgebung und Verwaltung in Bernburg eine ſpätere Vereinigung ſehr erſchwert;

3) daß die bunte in einander verſchlungene Lage der anhaltiſchen Länder die Durchführung gemeinſamer Einrichtungen erleichtert, ja nothwendig macht;

4) daß Anhalt ſich allgemein für eine Vereinigung ausgeſprochen hat;

beantrage ich, daß nach den Worten des Ausſchußantrages: „oder ſonſt das Geeignete in der Sache zu verfügen" hinzugeſetzt werde: „beſonders aber dahin zu wirken, daß Anhalt-Bernburg mit Deſſau-Cöthen ſchon jetzt gleiche Verfaſſung und gleiche Einrichtung in Juſtizpflege und Verwaltung erhalte." Durch Zettelabſtimmung mit 156 gegen 193 Stimmen verworfen.

Das Reichsminiſterium der Juſtiz übereicht der Reichsverſammlung die von den herzoglich ſachſen-altenburgiſchen Behörden eingeſandten Aktenſtücke, auf Grund welcher die herzogliche Regierung die nöthige Erlaubniß zur Unterſuchung und Verhaftung des inmittelſt in die Reichsverſammlung eingetretenen Advokaten Hans Alfred Erbe beantragt. An den Unterſuchungsausſchuß.

72 Urlaubsgeſuche, die für Monat April vorlagen, haben ſich durch Austrittserklärungen u. ſ. w. auf vierzig und einige vermindert. Herr Schriftführer Jucho theilt die deßfallſige Liſte mit. Das Haus genehmigt die Geſuche. Hr. Mammen ruft den Dreißigerausſchuß an, wann der von ihm zu erſtattende Bericht zu erwarten ſei, worauf Hr. Ludwig Simon erklärt, daß ſich der Dreißigerausſchuß noch heute verſammeln werde und daß bis Mittwoch oder Donnerſtag eine Vorlage von ihm zu erwarten ſei.

Die nächſte Sitzung findet morgen Statt. Ihre Tagesordnung ſetzt ſich aus mehreren Berichten zuſammen, worunter einer des Ausſchuſſes für Prüfung der Wahl in Thiengen und Konſtanz.

Frankfurt, 16. April. Die O. P. Z. meldet amtlich: Das von Jütland vorgedrungene däniſche Corps iſt nunmehr gezwungen worden, das ſchleswig'ſche Gebiet ganz zu räumen, und hat ſich über die Königsau zurückgezogen. Im Sundewitt ſind die dieſſeitigen Vorpoſten bis zum Geſchützbereich der feindlichen Verſchanzungen bei Düppel, welche den Brückenkopf decken, vorgeſchoben, hierdurch die möglichſt enge Einſchließung der befeſtigten feindlichen Stellung bewirkt worden und der Feind auf den Beſitz dieſer letzten nunmehr allein in den Herzogthümern beſchränkt. Das Hauptquartier des kommandirenden Generals war nach Kieding vorwärts gelegt.

* Die Wiener Zeitung vom 12. April enthält folgende von dem kaiſerlichen Kabinet an den k. k. Geſandten, Frhrn. v. Prokeſch in Berlin unterm 8. April 1849 erlaſſene Depeſche:

Der Graf v. Bernſtorff hat mir eine gleichzeitig an ſämmtliche bei den deutſchen Höfen beglaubigten königlich preußiſchen Geſandtſchaften erlaſſene Circulardepeſche mitgetheilt, durch welche Se. Majeſtät der König ſich in Folge der von dem Erzherzog-Reichsverweſer ausgeſprochenen Abſicht, ſeine Stelle niederzulegen, bereit erklärt, auf den Antrag der deutſchen Regierungen und unter Zuſtimmung der deutſchen Nationalverſammlung die proviſoriſche Leitung der deutſchen Angelegenheiten mit dem zugleich kundgegebenen Entſchluſſe zu übernehmen, dem erhaltenen Rufe zu folgen und an die Spitze eines deutſchen Bundesſtaats zu treten, der ſich aus denjenigen Staaten bilden würde, welche demſelben aus freiem Willen ſich anzuſchließen geneigt wären.

An dieſe Erklärungen wird ferner die an ſämmtliche Regierungen gerichtete Aufforderung geknüpft, ohne allen Verzug beſondere Bevollmächtigte

Digitized by Google

in Fronkfurt zu beſtellen, welche binbende Erklärungen abzugeben im Stande ſind, 1) über den Beitritt zum Bundesſtaate und die Bedingungen, unter denen er erfolgt; 2) über die Stellung, welche die ſolchergeſtalt zu einem Bundesſtaate zu vereinigenden Regierungen demnächſt zu der deutſchen Nationalverſammlung und den von ihr bereits gefaßten Beſchlüſſen einzunehmen haben, mit der Maßgabe, daß das Werk der Vereinbarung über die Verfaſſung unverzüglich in Angriff genommen wird; 3) über das Verhältniß zu denjenigen deutſchen Staaten, welche dieſem Bundesſtaate beizutreten Anſtand nehmen, wobei es wünſchenswerth und anzuſtreben iſt, die nach beſtehenden Bundesverhältniſſe der neuen Staatsform anzupaſſen.

Wie bereitwillig wir Vorſchlägen entgegengekommen ſein würden, wenn ſolche von Seiten Preußens in ſeiner Eigenſchaft als Genoſſe des vertragsmäßig und faktiſch noch beſtehenden deutſchen Bundes gemacht worden wären, um auf der Grundlage eines von der deutſchen Nationalverſammlung berathenen Verfaſſungsentwurfs eine Vereinbarung über die zeitgemäße Neugeſtaltung Deutſchlands auf geſetzlichem Wege herbeizuführen, dafür bürgen unſere bündigen Erklärungen, dafür bürgen die wiederholten und entſchiedenen Schritte, welche wir zu dieſem Ende in Berlin gethan haben.

Dagegen aber vermögen wir nicht, der Ausführung der von dem preußiſchen Kabinet in ſeiner Circulardepeſche vom 3. d. M. ausgeſprochenen Abſichten unſere Zuſtimmung zu ertheilen, und noch viel weniger dieſelben zu fördern. Die Nationalverſammlung, nur berufen, in Gemeinſchaft mit den Fürſten das Verfaſſungswerk zu Stande zu bringen, hat ihrer geſetzlichen Thätigkeit ſelbſt ein Ziel geſetzt, indem ſie das Werk für vollendet erklärt und, die ihr zuſtehenden Befugniſſe überſchreitend, nicht allein die eigenmächtig beſchloſſene Verfaſſung vollzogen und als Geſetz veröffentlicht hat, ſondern ſogar ohne Vollmacht Deutſchland einen Erbkaiſer zu geben beabſichtigte.

Waren dieſe Vorgänge ſchon ungeſetzlich, ſo hat dieſe Verſammlung den Boden des Rechtes vollends verlaſſen, indem ſie ſich nicht minder eigenmächtig für permanent erklärte. Aus dieſen Gründen können wir die Gültigkeit der von der Nationalverſammlung außerhalb dem Bereiche ihrer Befugniſſe gefaßten Beſchlüſſe eben ſo wenig anerkennen, als wir ihr das Recht auf fernere Thätigkeit zuzugeſtehen vermögen. Für uns beſteht die Nationalverſammlung nicht mehr, und kann daher weder auf Anordnungen hinſichtlich einer neu zu bildenden proviſoriſchen Centralgewalt Einfluß üben, noch einen Antheil an Verhandlungen zum Behufe einer Vereinbarung über das von ihr ſelbſt für abgeſchloſſen erklärte Verfaſſungswerk nehmen.

Sollte demnach der Erzherzog-Reichsverweſer, an welchen von Seiten Sr. Majeſtät des Kaiſers eine dringende Aufforderung ergangen iſt, ſein Amt noch fortzuführen, bis auf geſetzlichem Wege für die Leitung der deutſchen Angelegenheiten Vorſorge getroffen ſein wird, dieſem Wunſche aus unvorhergeſehenen Gründen nicht zu entſprechen vermögen, müßten wir gegen die Uebernahme und Ausübung dieſer Gewalt durch Eine der deutſchen Regierungen allein entſchiedene Einſprache erheben, und darauf beſtehen, daß ſie in einer Weiſe organiſirt werde, welche ſämmtlichen Regierungen eine gerechte Vertretung in derſelben zu ſichern im Stande wäre.

Da unter dieſen Umſtänden mit der Nationalverſammlung keine weitere Verhandlung über das Verfaſſungswerk gepflogen werden kann, die Centralgewalt aber in ihrer Eigenſchaft als eine rein exekutive Behörde hierzu nicht berufen wäre, und Se. Majeſtät der Kaiſer an dem bereits ausgeſprochenen Grundſatze feſthalten müſſen, ſich und ihre Staaten der von einem andern deutſchen Fürſten gehandhabten Centralgewalt nicht unterordnen zu können, wir demnach auf der von Preußen aufgeſtellten Grundlage auch mit deſſen Bevollmächtigtem wie mit jenen anderer deutſchen Fürſten in Frankfurt nicht zu unterhandeln vermögen, ſind wir nicht in der Lage, der an uns ergangenen Einladung zu entſprechen und einen Bevollmächtigten zu den daſelbſt beabſichtigten Verhandlungen zu entſenden.

Unſer allergnädigſter Herr iſt vielmehr bemüßigt, dieſer Erklärung noch jene hinzuzufügen, daß allerhöchſtdieſelben gegen alle und jede aus ſolchen Verhandlungen etwa hervorgehenden Beſchlüſſe, wie gegen deren Folgen, unter Vorbehalt der Sr. Majeſtät dem Kaiſer, ſeiner Regierung und ſeinen deutſchen Provinzen aus den noch rechtskräftig beſtehenden Verträgen erwachſenden Anſprüche und Rechte feierliche Verwahrung einlegen.

Ew. Hochwohlgeboren haben dem königlich preußiſchen Kabinete, in Erwiederung auf ſeine uns durch den Grafen v. Bernſtorff zugegangene Mittheilung eine Abſchrift gegenwärtiger Depeſche einzuhändigen. Empfangen ꝛc.

△ **Wien**, 12. April. Graf Stadion, unſer Miniſter des Innern, hat geſtern ſeine Entlaſſung bei Sr. Majeſtät eingereicht, da er mit dem Geſammtminiſterium in der Frage des ungariſchen Generalkommandos nicht übereinſtimmt und die Verantwortung, wenn alles bleibt wie bisher, nicht länger übernehmen will. Der Kaiſer hat die Entlaſſung nicht angenommen, Graf Stadion muß alſo in ſeiner Stellung bleiben; ob er eine anderweitige Entſchließung in den fraglichen Angelegenheiten wird durchſetzen können, bleibt fürs Erſte mehr als zweifelhaft.

△ **Berlin**, 13. April. *) Eine große Hoffnung für die, trotz des neueſten Frankfurter Beſchluſſes noch glückliche Löſung der deutſchen Oberhaupts- und Verfaſſungsfrage gibt uns der Umſtand, daß die Konferenzen, welche Camphauſen mit dem Staatsminiſterium gehabt hat, keine weſentlichen Verſchiedenheiten in den Anſichten deſſelben und des letztern zu Tage gefördert haben. Es geht zum mindeſten daraus hervor, daß das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel deutſcher iſt als man denkt oder gewöhnlich annimmt, und daß Baſſermann vollkommen Recht hatte, als er den Standpunkt dieſes Miniſteriums in dieſem Sinne charakteriſirte. Ein neuer Beweis für die Entſchiedenheit, mit welcher das Miniſterium an der Cirkularnote vom 23. Januar und 5. April feſtzuhalten gedenkt, iſt die Antwort, welche ſo eben auf die Proteſtation Oeſterreichs erlaſſen worden: es wird in dieſer Antwort erklärt, daß Preußen von dem in jenen Noten bezeichneten Weg nicht abweichen werde.

Daß dadurch das deutſche Einigungswerk im Sinne des engeren Bundes gefördert wird, liegt auf der Hand. Der neueſte Beſchluß in Frankfurt tritt leider dieſem Beſtreben wiederum hemmend in den Weg und man müßte verzweifeln, wenn man in der Wirklichkeit der Verhältniſſe nicht einen großen Troſt und Hoffnung fände. Auf die Wirklichkeit der Verhältniſſe müſſen ſich alle Beſtrebungen ſtützen, die eine befriedigende Löſung erzielen wollen. Je mehr die Regierungen und andrerſeits die Nationalverſammlung dies erkennen, um ſo leichter, um ſo ſchneller wird die Verſtändigung ſein. Von der preußiſchen Regierung vernimmt man, daß ſie auf jener Baſis der wirklichen Verhältniſſe operiren wolle.

Vielleicht wären hier folgende Andeutungen nicht ohne Anſpruch auf beſondere Beachtung feſtzuhalten. Die Nationalverſammlung in Frankfurt hat ihr Mandat erfüllt: ſie hat eine Verfaſſung für Deutſchland berathen; ſie erkennt die Erfüllung ihres Mandats ausdrücklich dadurch an, daß ſie die Verfaſſung für „endgiltig“ erklärt hat. Die öſterreichiſchen Deputirten ſind, bei Androhung der Anklage auf Hochverrath, abberufen; ob nicht die Abgeordneten anderer Staaten bald folgen müſſen, iſt mindeſtens ungewiß. In zwiefacher Weiſe iſt ſomit die Nationalverſammlung aufgelöſt, ein Punkt, worauf wir ſpäter zurückkommen wollen. Wir wollen einen Augenblick bei der Verfaſſung ſtehen bleiben. Dieſe ward für ganz Deutſchland berathen, von Abgeordneten aus ganz Deutſchland berathen. Jetzt würde dieſe Verfaſſung, da Oeſterreich definitiv ausſcheidet, andere Staaten vielleicht folgen, weder für ganz Deutſchland Gültigkeit erlangen können, noch würde man zugeben dürfen, daß an einer für einen Theil Deutſchlands, für einen engeren Bund, beſtimmten Verfaſſung Abgeordnete berathen halfen, deren Staaten dieſem engeren Bunde nicht beitreten. Wer die Art und Weiſe der Frankfurter Abſtimmungen näher verfolgt hat, wird wiſſen, was hiermit geſagt iſt. Kurz eine Reviſion der Verfaſſung iſt unumgänglich. Man weiſt zwar nun darauf hin, daß dieſe Reviſion dem künftigen Volks- und Staatenhaus überlaſſen bleiben ſoll; allein es würde dadurch ein Proviſorium begründet, deſſen Ende nicht abzuſehen, abgeſehen davon, daß auf Grund der jetzigen Verfaſſung Preußen niemals die Kaiſerkrone annehmen würde. Es würde daher viel einfacher ſein, wenn man mit demjenigen Theil der Nationalverſammlung, der nach dem Ausſcheiden der Oeſterreicher ꝛc. übrig bliebe, unterhandelte, und zwar in der Art, daß dieſer Theil der Nationalverſammlung oder vielmehr diejenigen Deputirten der Einzelſtaaten, welche gegenwärtig in Frankfurt ſind, von den Kammern dieſer Staaten ein neues Mandat erhielten, das Mandat: das Volkshaus des engeren Bundes zu bilden, dem eben das Staatenhaus zur Seite geſtellt würde. Die Regierungen, welche dem engeren Bunde beitreten, könnten, um die Verſtändigung oder die Vereinbarung zu erleichtern, ein gemeinſames Mandat an Preußen ertheilen, dieſe Verhandlungen auch in ihrem Namen zu führen. Dadurch würden die Schwierigkeiten, welche man an den Gedanken einer Verſtändigung mit den Fürſten knüpft, bedeutend vereinfacht und nichts weniger nothwendig als ein Fürſtenkongreß werden. Freilich wäre hiermit die Frage nach der proviſoriſchen Reichsgewalt im engern Bunde enge verknüpft (denn die gegenwärtige Centralgewalt würde mit Auflöſung der Reichsverſammlung aufhören); allein die Beantwortung der Frage wird, nachdem Preußen ſich zur proviſoriſchen Führung der deutſchen Angelegenheiten, oder genau zu ſprechen, der Angelegenheiten des engeren Vereins, bereit erklärt hat, kaum noch bezweifelt werden können.

Wir glauben wohl, daß in dieſen Andeutungen, die übrigens in kompetenten Kreiſen getheilt und gefördert werden, wohl die Mittel zur Löſung der ſchwierigen Frage gegeben ſein könnten.

Berlin, 12. April. Die deutſche Kaiſerfrage und die mit ihr zuſammenhängenden Eventualitäten beſchäftigten natürlich auch während der Feſttage das Staatsminiſterium. Am zweiten Feiertage ſogar wurde Vormittags und Nachmittags unter Zuzie-

*) Wir laſſen dieſen Brief unverändert abdrucken, obgleich wir erſucht wären, ſtatt eines Punktes manchmal ein oder zwei Fragezeichen zu ſetzen.

bung des Hrn. Camphauſen Miniſterrath gehalten, und geſtern Morgens 8 Uhr wurde die Berathung ſchon wieder fortgeſetzt (es wird uns hierbei ausdrücklich hervorgehoben, daß der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Graf v. Arnim, dieſen Staats-Miniſterial-Sitzungen nicht beigewohnt habe, ſo daß daraus denn doch auf ſeinen Abgang zu ſchließen wäre), worauf Hr. Camphauſen dann geſtern Abend ſeine Rückreiſe nach Frankfurt angetreten hat. Die ganze Sache iſt inzwiſchen in ein völlig neues Stadium getreten. Die Verhandlungen in der Kammer ſowohl wie die ſonſtigen Kundgebungen der öffentlichen Meinung haben das Irrige der in der Antwort des Königs wie auch in der Cirkularnote vom 4. April feſtgehaltenen Vereinbarungstheorie „mit den gekrönten Häuptern und Fürſten" klar gemacht. Es kann, wenn an der Vereinbarung feſtgehalten wird, ſich doch nur um eine Verſtändigung **mit den Regierungen** der einzelnen Staaten handeln. Dieſe beſtehen aber nicht aus den Fürſten als ſolchen, ſondern aus ihnen in Verbindung mit den Vertretern des Volkes. Soll nun aber das unter den Abgeordneten der deutſchen Fürſten Vereinbarte hinterher erſt noch den einzelelnen Kammern zur Berathung und eventuellen Genehmigung vorgelegt werden, ſo iſt es von vorn herein als ſicher anzuſehen, daß das Werk nie zu Ende kommen wird. Aus dieſen Gründen hat man denn beſchloſſen, den Abgeordneten der Fürſten, welche der Circular-Note vom 4. April zufolge ſchleunigſt in Frankfurt zuſammentreten ſollen, ſofort auch aus den beiden Kammern der einzelnen Staaten hervorgegangene ſtändiſche Deputationen (eine Art von Ausſchüſſen) zur Seite treten zu laſſen, um ſo dieſe einmal für nothwendig gehaltene Vereinbarung wenigſtens in rechtsgiltiger Form ſo ſchnell als möglich zu Ende zu führen. Wir ſehen nun freilich noch immer nicht ein, wie man hierbei aus der Verlegenheit kommen werde; wenigſtens gab ſich geſtern Abend in den verſchiedenen Fraktionen der Linken und ſelbſt vielfach innerhalb der Rechten auf die Kunde von der desfallſigen Abſicht der Regierung der Wille kund, die Wahlen zu einem ſolchen Ausſchuſſe unter keiner Bedingung vorzunehmen, und ſicherlich werden die Kammern anderer Staaten, die bereits ſonſt die Beſchlüſſe der frankfurter verfaſſunggebenden Verſammlung als durch ſich ſelbſt rechtsgültig anerkannt haben, ſich nicht willfähriger zeigen. (K. Z.)

~ **Stuttgart**, 15. April. Auf Morgen iſt Kabinetsrath angeſagt, zu welchem Staatsrath Römer durch Eſtafette von Frankfurt berufen wurde. Er wird heute noch hier erwartet. Gegenſtand der Berathung ſoll der Beitritt zur Erklärung der 28 deutſchen Staaten für unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung und unbedingte Zuſtimmung zur Wahl des Königs von Preußen zum Erbkaiſer ſein. Der König iſt, wie es heißt, keineswegs geneigt, zu einer ſolchen Erklärung ſeine Zuſtimmung zu geben, die ihm eine Unterwerfung ſcheint. Unſere Miniſter aber ſind entſchloſſen **den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung Folge zu geben**, und, wenn ſie damit nicht durchdringen, augenblicklich ihre Entlaſſung anzubieten. Man iſt hier feſt überzeugt, daß auch Römer hierin mit ſeinen Miniſter-Kollegen einverſtanden ſein wird, und ſo wird Würtemberg das erſte deutſche **Königreich** ſein, welches die Hand bietet zum einigen deutſchen Reich.

* **Dresden**. Die zweite Kammer hat den Schaffrathſchen Antrag angenommen. Morgen das Weitere.

Schleswig-Holſtein. Wir hören, daß Baron Heintze, Mitglied der abgegangenen gemeinſamen Regierung in dieſen Tagen nach London gegangen iſt. Ob erwartet wird, daß dort wieder Unterhandlungen angeküpft werden? (A. M.)

Altona, 12. April, Abends. Mit dem heutigen Bahnzuge iſt nichts Neues eingegangen. Unſere Vorpoſten ſtanden hart an der Jütländiſchen Grenze, und muß die geſtern am Bahnhofe ausgeſprengte Nachricht von dem Einrücken der ſchleswig-holſteiniſchen Brigade in Jütland verfrüht geweſen ſein. Das Hauptquartier des Generals Prittwitz war zu Kieding im Sundewittſchen, unweit Gravenſtein. (H. K.)

Frankreich.

* **Paris**, 13. April. Wieder fing die Nationalverſammlung heute mit der Staatsrathswahl an; denn von 40 haben erſt 26 die nöthige Stimmenanzahl erhalten. Dann wurde die Berathung über das Budget des Miniſteriums der Finanzen fortgeſetzt. Diesmal galt die von der Montagne vorgeſchlagene Verminderung dem Poſten für die Penſionen der ehemaligen Senatoren und Pairs. Lherbette wollte ſogar dieſen Poſten nicht blos vermindern, ſondern ganz ſtreichen. Paſſy hatte die größte Mühe, mit ſeinen Einwendungen dagegen zu Wort zu kommen. Wittwen vieler um Frankreich hochverdienter Männer, meinte er, würden dem Elend preisgegeben werden. Die Verſammlung verwarf die Verminderung. Am Schluß der Sitzung hat Conſiderant, der berühmte Socialiſt, der Verſammlung einen Vortrag halten zu dürfen über die Mittel, die bürgerliche Geſellſchaft von den Uebeln und Zerwürfniſſen zu heilen, welche ſie ſo krank und unruhig machten. Hr. Mauguin glaubte ebenfalls ein Mittel zur Heilung aller ſocialen Uebel entdeckt zu haben — eine Getränkſteuer. Er bat um die Erlaubniß, ſeinerſeits einen Vortrag über ſein Mittel halten zu dürfen, und ſchilderte das Glück, das er Frankreich bereiten wolle, mit den reizendſten Farben; aber die Verſammlung wollte ihm keine Sitzung einräumen. Conſiderant dagegen wird morgen Fourier's Lehre entwickeln.

Guizot hat ein Wahlmanifeſt erlaſſen. Es enthält ziemlich dieſelben Gedanken, wie das der Rue Poitiers. „Alle Parteien, welche Ordnung wollen, müßten ſich zunächſt vereinigen." Er deutet an, daß ihm die Republik nicht ſehr feſt zu ſtehen ſcheine. Wir geben das Manifeſt vielleicht nächſtens ausführlicher.

Die Kurſe ſind heut um ein Geringes gewichen. Die 3pCt. ſchloß 57. 10, die 5pCt. 89. 50, Bankaktien 2425.

Italien.

* Die bereits geſtern von uns als Gerücht mitgetheilte Nachricht, daß ſich Genua am 10. dem General La Marmora auf Gnade und Ungnade ergeben hat, wird heute aus Paris wiederholt. Es könnte ſich jedoch leicht damit verhalten, wie mit der früheren in Paris eingetroffenen telegr. Nachricht, daß Genua am 6. von den kgl. Truppen beſetzt worden ſei. Die Nachricht war damals nur theilweiſe wahr, denn La Marmora hatte erſt einige Forts beſetzt und den Theil der Stadt, welcher zwiſchen den beiden Ringmauern liegt, die eigentliche innere Stadt aber nicht. Die Uebergabe dieſes Theils machten die Genueſer von der Genehmigung der von ihnen vorgeſchlagenen Capitulation abhängig. Die Capitulation ſcheint, wie die Nachrichten aus Turin beſagen, nicht unbedingt vom König gebilligt zu ſein, und die Deputation war am 9., bis wo ſie in Genua zurück ſein ſollte, noch in Turin. Möglich, daß La Marmora deßhalb mit Erneuerung der Feindſeligkeiten drohte, und die Stadt ſich ihm darauf hin ergeben hat. Iſt es am 9. oder 10. zu einem neuen Kampf gekommen, ſo wäre derſelbe ſchwerlich ſo ſchnell beendet worden. Die hügeligen und ſteilen Straßen von Genua ſind ſo eng, daß ein Mauleſel nicht durchkommen kann, wenn ſeine Laſt einigermaßen in die Breite geht und alle dieſe kleinen Straßen bilden ein für jeden Anderen als den Einwohner ſelbſt unentwirrbares Labyrinth. Man begreift, wie ſchwer eine ſolche Stadt zu erobern iſt, beſonders wenn ſie, mit Barrikaden bedeckt, wie gegenwärtig, von einem leidenſchaftlichen und mit Munition wohl verſehenen Volke vertheidigt wird.

* **Turin**, 9. April. Die Deputation des Gemeinderathes von Genua, welche über die Bedingungen der Uebergabe der Stadt unterhandeln ſoll, hat mehrere Konferenzen mit den Miniſtern gehabt und iſt heute auch von dem König empfangen worden. Es heißt, daß der König geneigt iſt, eine allgemeine Amneſtie für die letzten Ereigniſſe mit Ausnahme der Führer und der Theilnehmer aus dem Militär, und Perſonen, welche ſich während derſelben gemeine Verbrechen haben zu Schulden kommen laſſen, zu bewilligen. Die Deputation iſt noch hier. Der Adjutant des Generals la Marmora, der ſie hierher begleitet hat, iſt allein wieder nach Genua abgereiſt.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 16. April.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 76¼; 2½ pCt. Metall. 59½; Bank-Aktien fl. 1179; fl. 500. Looſe 126; fl. 250. Looſe 79¼; Badiſche fl. 35. Looſe 27⅞; Heſſ. 27⅜; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe 70¼; Polniſche fl. 500 Looſe 74¼; Friedr. Wilh.-Nordbahn 33⅞; Berbach 72⅞; Köln-Minden 76¼; 3 pCt. inländ. Spanier 23; 4½ pCt. Würt. 94¼; 5pCt. Bad. 95⅞; 5pCt. Naſſ. 99¾; Belg. 83¼; Integ. 49¾.

Oeſterreichiſche 500 fl.-Looſe waren zu niedrigen Courſen ausgeboten. Die übrigen Gattungen erhielten ſich. Würtembergiſche Obligationen haben etwas angezogen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 106. Frankfurt a. M., Dienſtag 17. April. **1849.**

Ueberſicht.

Der Kampf in Ungarn.

Deutſchland. Frankfurt (Inhalt des Reichsgeſetzblatts. Ernennungen in der Marine. Erklärung von Anhalt-Deſſau und Anhalt-Köthen. Hr. v. Duſch. Veda Weber.) Wien (Kaiſerliches Handſchreiben an Jellacic. Kundmachung an die Studirenden. Gerüchte über Ungarn. Bauernfelds „Großjährig". Kaiſer Ferdinand. Die Note der Regierung nach Berlin. Die vormärzliche Partei. Nachrichten aus Serbien und Siebenbürgen. Prag (Kaiſer Ferdinand nach Olmütz.) Berlin (Das Miniſterium. Ruſſiſche Note. Kammerverhandlungen. Vertagungsgerücht. Aeußerung Manteuffel's über die Frankfurter Verſammlung. Miniſter v. d. Heydt zu 15 Sgr. Strafe verurtheilt. Das Unglück der Auswanderer. Neue Zeitung.) München (Hr. v. d. Pfordten. Arndt's Anſprache an die deutſchen Könige.) Ulm (Ein Theil der öſterreichiſchen Garniſon abberufen.) Leipzig (Sir Edmund Lyons.) Hannover (Hr. v. Wingenheim nach Berlin.) Mannheim (Der Prozeß Fickler's.) Deſſau (Miniſter Habicht nach Frankfurt.) Schleswig-Holſtein (Korpsbefehl des General v. Bonin.) Kiel (Die Deputation der Landesverſammlung in Berlin.)

Großbritannien. London (Die däniſche Schlußdepeſche von Palmerſton nicht erbrochen. Die M. Poſt über die Abreiſe des engliſchen Geſandten von Athen.)

Spanien. Madrid (Ankunft Napoleon Bonaparte's. Befriedigung über die Gefangennahme des Grafen von Montemolin.)

Italien. (Der Zuſtand von Genua.) Parma (General Aſpre's Ankunft und Maßregeln.) Turin (Bericht von La Marmora.) Rom (Bologna dem Papſt geneigt.) Neapel (Erſte Erfolge in Sicilien.)

Dänemark. Kopenhagen (Armeebefehl des Kriegsminiſters. Däniſche Berichte über das Treffen bei Ulderup. Das Dampfſchiff Geyſer. Nationalſubſcription. Ankunft des Königs und des Kriegsminiſters.

Ungarn. Peſth (Die Belagerung von Komorn. Näheres über die Stellung der Armee.) Prag (Die Slowanska Lipa und Adamiten.) Von der Drave (St. Thomas von Perczel eingenommen.)

---

17. April.

Der Winter iſt gewichen und der Frühling iſt gekommen, aber aus den Moorebenen der Theiß und aus den öden Pußten wachſen ungebleicht vom Schnee, unverſöhnt vom Lenze, die blutigen Roſen neu empor: ganz Ungarn iſt abermals ein großes Schlachtfeld geworden, und grimmiger als je ſchüttelt die Furie des Bürgerkriegs ihre entſetzlichen Locken. Mit Rebellen unterhandelt der öſterreichiſche Feldherr nicht: mag er die Worte geſprochen haben oder nicht, die Schaaren, welche ihm gegenüber in Waffen ſtehen, glauben, daß er ſie geſprochen; Koſſuth und ſeine Heerführer werden lieber in offener Feldſchlacht einen ehrlichen Soldatentod ſterben, als ihren Nacken der Schlinge des Henkers darbieten: zu dem Muthe des Kriegers hat ſich die Verzweiflung des Verurtheilten geſellt.

Die offiziellen Lügen von dem Siegesfluge des Fürſten-Oberbefehlshabers haben verſtummen müſſen vor der offenkundigen Thatſache. Weit zurückgewichen iſt das Heer von den Ufern der Theiß, über welche hinaus es den Kampf in das feſte Lager der Magyaren zu tragen gedachte: im Anfange des gegenwärtigen Monats ſtand es wenige Stunden vor Peſth, von allen Seiten drangen die Ungarn nach, ſchon ſeit mehreren Tagen ſchlägt der Donner ihrer Kanonen an die Ohren und Herzen der Bevölkerung und vielleicht wehen ſchon zu dieſer Stunde die Fahnen Koſſuths auf den Thürmen der Stadt.

Woher dieſer plötzliche Wechſel des Kriegsglücks? Mag es ſein, daß die Oberleitung der Operationen der kaiſerlichen Armee einen Theil der Schuld trägt, die eigentlichen Urſachen ſind anderswo und tiefer zu ſuchen.

Das erſte Erſcheinen des Feldherrn in Ungarn war durch raſche und glückliche Erfolge bezeichnet: aber man ſchlägt dieſe Erfolge zu hoch an und erwägt nicht, welchen beſondern Umſtänden er dieſelben zu danken. Bis nach Peſth hin iſt das magyariſche Element vielfach zerſplittert und durch andere Nationalitäten neutraliſirt; die erſten Plätze des Landes waren beim Beginn des Kampfes nur ſchwach beſetzt und nothdürftig verproviantirt; nirgends ſtand eine bedeutende Streitmacht im Felde und den kampfluſtigen Mannſchaften fehlte es an einem Führer. So konnte der Fürſt in wenig Wochen Peſth erreichen. Hier mußte er einſtweilen Halt machen. Das ohnehin nicht ſtarke Heer war geſchwächt durch die in ſeinem Rücken zurückgelaſſenen Beſatzungen und durch die Belagerung von Komorn: bevor dieſe Lücken ausgefüllt, war an ein Vordringen nach Niederungarn nicht zu denken, denn hier geſtaltete ſich die Sache anders. Koſſuth mit dem Reichstage hatte ſich in die große Ebene zurückgezogen, welche nördlich von den Karpathen, weſtlich von der Theiß und öſtlich von Siebenbürgen begrenzt wird und hier, unter einer überwiegend magyariſchen, kriegeriſchen und heißblütigen Bevölkerung, bedurfte es nur dieſes Anſtoßes, um eine Erhebung in Maſſe hervorzurufen. Dennoch würden die zuſammengerafften Schaaren der Kriegszucht der kaiſerlichen Armee haben weichen müſſen, aber als endlich das Heer ſich rüſtete, die Theiß zu überſchreiten, welche die Ebene von Debreczin beſchützt, ward die Natur der Verbündete der Magyaren. Das Thauwetter machte die Straßen unwegſam, die Gewäſſer traten über ihre Ufer, hinter dieſem undurchdringlichen Bollwerk gewann der Diktator Zeit und Beſonnenheit, ſeine Haufen zu organiſiren; durch Sümpfe und Moräſte brauſte ſeine behende Reiterei, die kräftigen, ſturmgewohnten Kinder der Haiden, gegen die feſtgebannten Reihen der Oeſterreicher hervor, kriegskundige Generäle übernahmen die Führung, und bald war er im Stande, ſeinerſeits den Strom zu überſchreiten, der ihn von ſeinen Feinden trennte. Bei Kapolna und Kervesd kam es zum geordneten Kampfe. Die Bülletins der Oeſterreicher meldeten einen glänzenden Sieg, aber die fortſchreitend rückgängige Bewegung des kaiſerlichen Heeres liefert den beſten Kommentar zu dieſen Siegesberichten. In den erſten Tagen dieſes Monats ſtand das ganze Heer unter den Mauern von Peſth, und ihm nach drängten ſich die lawinenartig anſchwellenden Maſſen der Ungarn, geführt von Dembinski und Görgey.

Oſtwärts von Peſth, in einem weiten Bogen über Gödöllö und Hatvan bis Czegled nahm das kaiſerliche Heer ſeine Stellung: auf dem linken Flügel befehligte Graf Schlick, das Gros der Armee in Hatvan ſtand unter dem unmittelbaren Kommando des Oberbefehlshabers, den rechten Flügel bildeten die Schaaren des Ban. Jellacic beſtand das erſte Gefecht: bei Jasbereny ſtieß er auf den Feind und warf ihn. Aber gleichzeitig hatte Dembinski auf der ganzen Linie angegriffen und mit einem Erfolge, der keinen Zweifel zuläßt. Wir haben über das Ganze keine anderen Berichte, als das 33. und 34. Bülletin der kaiſerlichen Armee, aber ſelbſt dieſe Bülletins geſtatten in der Hauptſache einen ziemlich klaren Blick in die Verhältniſſe.

Die Avantgarde der Ungarn, von Dembinski ſelbſt befehligt, war gegen Hatvan vorgerückt: Graf Schlick zog ihr entgegen, „fand aber die Macht des Gegners der ſeinigen ſo überlegen", daß er es „vorzog", bei Gödöllö, alſo rückwärts von Hatvan, „eine feſte Stellung einzunehmen, bis weitere Verſtärkungen eingetroffen ſein würden": der „Rückmarſch" konnte vom Feinde „nur wenig", doch alſo aber „ein wenig" beläſtigt werden. Die Verſtärkungen trafen ein und Fürſt Windiſchgrätz in Perſon erſchien in Gödöllö; ſtatt aber jetzt die Ungarn zurückzuſchlagen, gewann er durch „eine Bewegung" des einen und durch „ein rühmliches Gefecht" des andern Korps die Ueberzeugung von der „Ueberlegenheit" des Feindes, „namentlich an leichter Kavallerie" und „zog es deßhalb vor", nicht etwa die feſte Stellung, welche er eingenommen, zu behaupten und „ſeine von allen Seiten heranrückenden Reſerven", ſich zu nähern, ſondern er verließ dieſe Stellung, um, umgekehrt, rückwärts „ſich ſeinen von allen Seiten

heranrückenden Reſerven zu nähern"; der Feind „folgte dieſer Bewegung mit großer Eile", Jellačić griff denſelben „lebhaft" an, ging aber gleichfalls rückwärts „in die für ihn beſtimmte Stellung", und der Feldmarſchall „entſchloß ſich nun, in einer konzentrirten Stellung, welche ihm Gelegenheit bietet, nach allen Richtungen (auch vielleicht abermals rückwärts) mit Kraft zu operiren, jene Verſtärkungen abzuwarten, welche von allen Seiten in dieſem Augenblick gegen Ungarn vorrücken."

Dieſe Geſchichtserzählung iſt deutlich genug, und was ſie noch Unklares enthalten könnte, ergänzen die Ereigniſſe. Windiſchgrätz, Jellačić und Schlick haben ihr Hauptquartier in Peſth ſelbſt aufgeſchlagen, die Armee lagert in unmittelbarer Nähe der Stadt, Ofen und Peſth ſind in Belagerungszuſtand erklärt, die Bewohner der Häuſer an dem befeſtigten Donauufer nächſt der Kettenbrücke haben den Befehl erhalten, ihre Quartiere zu räumen, von der Feſtung aus ſind die Kanonen gegen die Stadt gerichtet und die Dampfſchiffe, welche die Verbindung zwiſchen Peſth und Ofen unterhalten, ſtehen Tag und Nacht geheizt. Als Koſſuth vor wenig Tagen den Reichstag in Debreczin vertagte, rief er denſelben zum 24. April in Peſth zuſammen. Faſt ſcheint es, er werde im Stande ſein, wahr zu halten, was noch eben erſt als Vermeſſenheit und Prahlerei gedeutet werden mußte.

Denn während ganz Siebenbürgen für Oeſterreich verloren iſt und die kaiſerlichen Truppen vor dem ſiegreichen Bem eine Zuflucht auf wallachiſchem Boden haben ſuchen müſſen, wendet ſich auch im Süden das Glück von ihren Waffen. Die ungariſchen Parteigänger Perczel und Batthiany ſind in der Bacska ſiegreich vorgedrungen und treiben die Serben vor ſich her, die ſie bei Szenta, Verbas und Zombor auf's Haupt geſchlagen; das ſtarke Zombor iſt von den Kaiſerlichen geräumt und vielleicht ſchon in den Händen der Magyaren, der kühne Perczel ſelbſt hat Nugent's Cernirungskorps durchbrochen und ſich auf Peterwardein geworfen, Alles flieht vor den Ungarn nach Syrmien hinein, und dort hat, eine ſchwache Schutzwehr, nur der Landſturm, um den Andrang abzuhalten, aufgeboten werden können. Und während deß hadert der Kommandirende von Temesvar mit dem Patriarchen und ſchon hat dieſer gedroht, im äußerſten Falle mit Koſſuth unterhandeln zu wollen, ſchon hat Koſſuth nach Alt-Kaniza einen Parlamentär geſchickt, der einer magyariſchen Deputation den Weg bahnen ſoll, ſchon kämpft der Serbe Damianich unter den Fahnen der Ungarn und Stratimirovich ſchwankt. Die Serben ſind bis jetzt ein wenig zuverläſſiger Bundesgenoſſe der Truppen geweſen, aber ihr Abfall würde dennoch ein furchtbarer Schlag ſein für die kaiſerliche Sache.

Aber noch an einem andern Punkte wüthet der Kampf: die Feſtung Komorn zieht unſere Blicke auf ſich. Das ſtarke Komorn, welches die Donau zwiſchen Preßburg und Peſth beherrſcht, erſt im verfloſſenen Sommer vollſtändig neu hergeſtellt, mit 260 Geſchützen, mit aller nöthigen Munition und Lebensmitteln auf ein Jahr verſehen, iſt ſeit dem September in den Händen der Ungarn und wird von einer Beſatzung von 10,000 Mann, größtentheils Honveds, vertheidigt. Schon längſt iſt die eigentliche Stadt ein Trümmerhaufe, ſeit einigen Wochen aber hat erſt die engere Cernirung der Feſtung bewirkt werden können und ſeitdem wird unausgeſetzt vom Morgen bis zum Abend ein Bombardement unterhalten, welches auf zwei Meilen im Umkreiſe die Erde erbeben macht. Der Muth der „Schurken, die nur für die Erhaltung ihres Lebens ſtreiten", — es ſind die Worte der offiziellen Wiener Zeitung — iſt ungebeugt geblieben; Welden ſelbſt iſt vor der Feſtung erſchienen, aber „Gott hat nicht geholfen"; Komorn vertheidigt ſich mit derſelben Ausdauer. Doch neue Bataillone haben neuerdings das Belagerungskorps verſtärkt, und, abgeſchnitten von aller Hilfe, wird die tapfere Beſatzung endlich erliegen müſſen. Sie blickt jetzt hoffend und fürchtend nach den Ebenen vor Peſth.

Dort wird zunächſt wahrſcheinlich ihr Schickſal entſchieden: Peſth ſelbſt gilt der Kampf ſchwerlich. Ein Angriff der Ungarn gegen Peſth würde die größte und ſchönſte Stadt des Landes unausbleiblich zu einem Trümmerhaufen machen; der Angriff würde zudem nicht gelingen können, ſo lange ſie das feſte Ofen nicht genommen und noch hat kein Theil ihrer Armee die Donau überſchritten; aber durch einen glücklichen Kampf bei Peſth würden ſie das Waagthal gewinnen und von da aus Komorn entſetzen. Das fürchtet Windiſchgrätz, darauf deutet die Aufſtellung ſeiner Streitkräfte. Während das Centrum unter Schlick rechts von der Straße nach Gödöllö ſteht und der Ban mit dem rechten Flügel die Eiſenbahnlinie gegen Alberti und Czegled beſetzt hält, iſt der Fürſt ſelbſt mit dem linken Flügel in Waizen, denn ohne den Beſitz von Waizen iſt, bei der gegenwärtigen Operationsbaſis des Feindes, die Straße nach Komorn nicht zu gewinnen.

Vielleicht und wahrſcheinlich hat in dieſem Augenblicke der Kampf bereits begonnen. Nicht die kaiſerliche Armee wird ihn beginnen. Ein ſehr ſtarker Feind muß ihr gegenüberſtehen, denn ſonſt würden 60,000 Mann tapferer Truppen nicht zurückgewichen ſein, und ſie erwartet Verſtärkungen aus der geſammten Monarchie. Von Venedig eilt das ganze Cernirungskorps unter Haynau herbei, 30,000 Mann, worunter die zahlreiche leichte Reiterei, die in den weiten Ebenen von Ungarn beſonders wirken kann, in Galizien ſteht, ſobald er die Provinz dem Schutze (!) der Ruſſen übergeben, Hammerſtein bereit, mit 25 Bataillonen dem Kriegsſchauplatze zuzuziehen, vom ſüdlichen Ungarn wird Nugent erwartet, der unterdeß das Banat dem Feinde preisgibt, alle Garniſonen, ſelbſt das gährende Krakau, ſenden ihre Kontingente und ſchon, nachdem eben erſt die ſechsten Bataillone der Regimenter gebildet worden, iſt von der Formirung ſiebenter Bataillone die Rede. Die Ungarn aber haben ihre geſammte Macht bei Peſth verſammelt: daß Bem mit 20,000 Mann von Siebenbürgen her im Anzuge ſei, bedarf ſehr der Beſtätigung. Wenn ſie kämpfen wollen, ſo werden ſie bald kämpfen, denn jeder Tag der Zögerung führt ihrem Gegner neue Kräfte zu.

Deutſchland.

*Frankfurt, 16. April. Das heute ausgegebene 13. Stück des Reichsgeſetzblatts verkündigt das Reichswahlgeſetz für das Volkshaus und das Geſetz über die Taggelder und Reiſegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

Frankfurt, 16. April. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile eine Reihe von Ernennungen in der Marine. Zum Kapitän zur See und interimiſtiſchen Seezeugmeiſter für die Nordſeeküſte iſt der rühmlichſt bekannte bisher königlich griechiſche Fregattenkapitän Brommy ernannt, zum Korvettenkapitän H. J. Strutt, interimiſtiſcher Befehlhaber der Fregatte „Deutſchland." Ferner werden namhaft gemacht 5 Lieutenants 1. Klaſſe, meiſt Ausländer, 2 Lieutenants 2. Klaſſe, 3 Hilfsoffiziere, 8 Schiffsfähndriche, 1 Premierlieutenant und 1 Sekondelieutenant im Marinierkorps, 1 Zahlmeiſter 1. Klaſſe, 1 Zahlmeiſter 2. Klaſſe und 3 Unterzahlmeiſter.

Frankfurt, 15. April. Der heute hier eingetroffene Spezialbevollmächtigte der Staatsregierungen von Anhalt-Deſſau und Anhalt-Köthen, wirklicher Geheimerath und Miniſterpräſident Habicht, hat zu der an den Bevollmächtigten der königl. preußiſchen Regierung bei der Centralgewalt geſtern abgegebenen Kollektivnote folgende Erklärung nachträglich beigefügt:

„Die hohe Regierung Sr. Majeſtät des Königs von Preußen hat durch Circularnote die Regierungen der Herzogthümer Anhalt-Deſſau und Anhalt-Köthen aufgefordert, einen beſonderen Bevollmächtigten zu beſtellen, welcher bezüglich der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit und der damit verknüpften Fragen bindende Erklärungen abzugeben befugt ſei. Auf den Grund der mir in Folge deſſen von den Regierungen der erwähnten Staaten ertheilten beſondern Vollmacht und in Betracht des zwiſchen dieſen Regierungen und den Volksvertretern der Herzogthümer Anhalt-Deſſau und Anhalt-Köthen vereinbarten Grundſatzes: daß die genannten Staaten ſich den Beſchlüſſen des deutſchen Nationalparlaments bezüglich der Verfaſſung des deutſchen Reichs unbedingt zu unterwerfen haben, habe ich die Ehre, zu der Ew. Exzellenz übergebenen, und von dem herzogl. anhalt-deſſauiſchen und anhalt-köthenſchen Generalbevollmächtigten bei der proviſoriſchen Centralgewalt mit vollzogenen Kollektivnote vom 14. April d. J. nachträglich die Erklärung abzugeben: daß Anhalt-Deſſau und Anhalt-Köthen die von der Reichsverſammlung in zweiter Leſung beſchloſſene Verfaſſung des deutſchen Reichs unbedingt für rechtsgiltig und verbindlich halten, ſowie, daß ferner die Regierungen dieſer Staaten mit der Wahl Sr. Majeſtät des Königs von Preußen zum Kaiſer der Deutſchen, nicht minder mit den in der obengenannten Kollektivnote ausgeſprochenen Wünſchen und Erwartungen vollkommen einverſtanden ſind. Ich benutze dieſe Gelegenheit, Ew. Exz. meine vorzüglichſte Hochachtung zu verſichern. Frankfurt, 15. April 1849.

Habicht.

Sr. Exz. dem königl. preußiſchen wirklichen Geheimenrath und bevollmächtigten Miniſter bei der proviſoriſchen Centralgewalt für Deutſchland, Herrn Camphauſen hier." (O. P.-Z.)

⁝ **Frankfurt,** 16. April. Der badiſche Staatsminiſter von Duſch iſt in Begleitung des großherzoglichen Legationsraths von Meyſenbug heute von Karlsruhe dahier eingetroffen.

Frankfurt, 11. April. Ich beeile mich Ihnen die Mittheilung zu machen (ſchreibt man aus Limburg dem Mz. J.) daß unſer Domkapitel heute an die Stelle des verlebten Stadtpfarrers und Domkapitularen Bohn in Frankfurt das Mitglied des Reichstages Herrn Beda Weber aus Tyrol zum Nachfolger desſelben erwählt hat.

* **Wien**, 11. April. Ein kaiſerliches Handſchreiben an den Banus Jellačić verheißt den Gränzern eine eigene Gemeindeverfaſſung, und überhaupt Theilnahme an allen den übrigen Völkern verliehenen Gerechtſamen. Wie dieß mit der militäriſchen Verfaſſung in Einklang zu bringen iſt, ſieht man nicht ab. Der Banus wird beauftragt, die Anträge zu ſtellen, wie dieß „mit den Einrichtungen des für die Geſammtmonarchie ſo wichtigen und nützlichen Gränzinſtituts in Einklang zu bringen ſei."

△ **Wien**, 11. April. Den Studirenden wurde heute in den Hörſälen die Kundmachung des Gouverneurs Baron Welden vom 9. gegen die rothen Kravatten, Bänder ꝛc. ſo wie gegen alle politiſchen Abzeichen vorgeleſen. Ueberdies wurde ihnen bedeutet, daß es ſtrengſtens verboten ſei, trikolore Bänder (hierunter ſind natürlich auch die deutſchen verſtanden) und frühere akademiſche Uniformen zu tragen; die dawider Handelnden würden wo nicht der kriegsrechtlichen Behandlung unterzogen werden, doch wenigſtens das consilium abeundi erhalten; ſollten ſich aber unter den Studirenden größere Oppoſitionsparteien bilden, ſo würde ſich die Militärbehörde bemüßigt ſehen, die Univerſitätsſtudien ſofort wieder einzuſtellen. Der heutige Tag war wieder um ſo reicher an Gerüchten aus Ungarn, je tiefer das offizielle Schweigen. Auf der Börſe war die Nachricht verbreitet, daß die Ungarn eine totale Niederlage bei Peſth erlitten hätten, worauf die Kourſe bedeutend ſtiegen und ſich den ganzen Tag über hielten. In Privatbriefen wollte man das Gegentheil wiſſen. Auch heute zogen wieder Kroaten nach Waitzen ab mit jenem eigenthümlichen Geſange, den man eher Geheul nennen könnte. Man kann von ihm nicht ſagen, ob er Freude oder Trauer ausdrückt, aber der Eindruck den er zurückläßt iſt ohne Zweifel ein unheimlicher. General Wohlgemuth, der die Friedenspräliminarien mit Piemont überbracht hatte und hier erkrankt war, iſt nun ſo weit hergeſtellt, daß er bereits nach Ungarn abging, um das Kommando vor Komorn zu übernehmen. Jellačić ſoll am 8. wieder einmal eine nicht eben übereinſtimmende Beſprechung mit dem Fürſten Feldmarſchall gehabt haben. Geſtern kam endlich Bauernfelds fünfter Akt zu ſeinem „Großjährig", der im Belagerungszuſtande ſpielt, zur Ausführung. Logen und Parterre waren überfüllt. Als Schmerl das deutſche Band unter ſeiner Weſte verſteckt zeigte, entſtand ein ſtürmiſcher Jubel im Publikum, ebenſo bei allen Stellen, die ſich auf die deutſchen Einheitsbeſtrebungen beziehen ließen. Die ſpezifiſch Schwarzgelben entſetzten ſich zwar darob, aber es war zu ſpät, um Vorkehrungen dagegen zu treffen; der größere Theil des Publikums hatte bereits bewieſen, „daß alle Liebe nicht roſtet!"

△ **Wien**, 12. April. Es ſcheint nun entſchieden zu ſein, daß Kaiſer Ferdinand nicht wieder nach Wien zurückkehrt, da ſeine Privatdiener heute ein Cirkular erhalten haben, wonach ihnen ihre Wohnungen noch bis Michaeli in der k. Hofburg belaſſen werden, und ſie ſodann nach Prag beſchieden ſind. Unſer Gemeinderath hat beſchloſſen, eine Subſkription zu eröffnen, um eine „Radetzky Stiftung" zur Aufnahme verwundeter Krieger zu gründen. Auch hat er beſchloſſen, das Antwortſchreiben des Feldmarſchalls für das ihm von Wien verliehene Ehrenbürgerrecht in Druck legen zu laſſen und in 100,000 Exemplaren an die hieſige Bürgerſchaft zu vertheilen. Die geharniſchte Note unſers Kabinets an die preußiſche Regierung vom 8. April wird heute zur öffentlichen Kenntniß gebracht und iſt wohl nicht dazu gemacht, eine ernſte Prüfung auszuhalten. Widerſpruch folgt darin auf Widerſpruch; abgeſehen davon, daß die oktroyirte Verfaſſung ſchon an ſich ſelbſt alle Verträge von 1815, worauf die Note ſich beruft, einſeitig aufhebt. Wir ſind nun auf das höchſte geſpannt, welche Haltung der König von Preußen nach dieſem eklatanten Bruch der öſterreichiſchen Regierung mit den Vertretern des deutſchen Volkes, der Paulskirche gegenüber einnehmen wird. Möge er eingedenk ſein, daß es ſich jetzt nicht um die Aufſtellung neuer Theorien handelt; es handelt ſich um Thaten und ſeine Schuld wird es ſein, wenn Deutſchland nicht zu rechter Zeit geeinigt und — gerüſtet daſteht! Denn wir können unmöglich glauben, daß dieſe Note unſeres Miniſteriums nicht einen tieferen Sinn hat, der das letzte Wort noch nicht ausſpricht.

Die vormärzliche Partei iſt in dieſem Augenblicke beſonders thätig und arbeitet — wie es ſcheint mit Erfolg — daran, in Ungarn die verrottete Adelsverfaſſung fürs Erſte wieder zur Geltung zu bringen. Das Uebrige wird ſich dann finden. Aus Ungarn iſt heute alles ſtill, ſogar die Gerüchte ſchweigen. Eine Hauptſchlacht ſcheint noch nicht ſtattgefunden zu haben. Reiſende, welche geſtern Abend von Peſth ankamen, wollen wiſſen, daß die ungariſche Armee eine rückgängige Bewegung gemacht habe, der die Abſicht, Komorn zu entſetzen, zum Grunde liegen könnte. Im Ganzen werden die ungariſchen Zuſtände immer bedenklicher. Jetzt ſchon kämpfen Serben in den Reihen der Ungarn und in Siebenbürgen ſollen die Wallachen mit den Magyaren fraterniſirt haben. Unſere Strategiker prophezeien, daß Siebenbürgen auch im beſten Falle nicht vor einem Jahre ganz wieder zu nehmen ſei, da ſein Terrain dieſelben Schwierigkeiten bietet, die Napoleon in Spanien nicht beſiegen konnte — und noch iſt unſer Napoleon gegen Ungarn nicht gefunden. Feldmarſchalllieutenant Hrabovski ſoll in Ofen zum Tod verurtheilt, dieſes Urtheil jedoch in lebenslänglichen Kerker mit infamer Kaſſation verwandelt worden ſein.

Prag, 12. April. Heute Morgens halb 9 Uhr fuhr der Kaiſer Ferdinand in einem beſondern Eiſenbahnzuge nach Ollmütz. Man hofft bis Sonnabend wieder auf ſeine Rückkehr, ſchmeichelt ſich indeß wiederholt mit der Hoffnung, die geſammte kaiſerliche Familie hier zum Beſuche für die Dauer mehrerer Wochen zu erblicken. (L. Z.)

Berlin, 12. April. Einer Nachricht zufolge, die uns von einer in den Hofſphären gewöhnlich gut unterrichteten Stelle zugeht, hatte das geſammte Miniſterium unmittelbar nach der bekannten Sitzung am 4., in der die in der deutſchen Angelegenheit befolgte Politik von allen Parteien der zweiten Kammer mit alleiniger Ausnahme der äußerſten Rechten verurtheilt wurde, dem Könige ſeine Entlaſſung angeboten; wir dürfen freilich glauben, von Hauſe aus in der ſichern Ueberzeugung, daß ſie nicht werde angenommen werden. „Es iſt Ihre heilige Pflicht, meine Herren," ſoll der König hierauf zu den Miniſtern geſagt haben, „zu bleiben, ſo lange zu bleiben, bis die Verhältniſſe ſich ſo weit konſolidirt haben, daß Ihr Rücktritt als ein vollkommen freiwilliger erſcheint. Iſt es durchaus nothwendig, daß der Juſtizminiſter erſetzt werde, nun dann werden Sie ja einen andern entſchloſſenen Ehrenmann finden." Es ſei fern von uns, derartige königliche Aeußerungen einer weitern Kritik zu unterziehen; die Erfahrungen konſtitutioneller Länder beweiſen ſonſt freilich ſchnurſtracks das Gegentheil, nämlich daß ein konſtitutionelles Miniſterium nie freiwillig abtritt, ſondern immer gerade dann, wenn es durch die Kammern in Folge einer Mißbilligung ſeiner Politik zum Rücktritt gezwungen wird. Hier beſchäftigt uns eben nur das Faktum, daß das Miniſterium nach dieſer Ermahnung blieb, und ſehr gern blieb, daß Herr Simons der neu gefundene „entſchloſſene Ehrenmann" war, und daß es auch bleiben wird, nicht bis es durch die Kammern zum Rücktritt veranlaßt werden ſollte, ſondern bis der König dieſen will. Wir möchten zum Belege hierfür wiederum an eine königliche Aeußerung erinnern, die kurz vor dem Zuſammentritt der Kammern zum Grafen Brandenburg geſchehen ſein ſoll: „Betrachte Deinen Poſten (der König dutzt ſeiner verwandtſchaftlichen Beziehungen wegen den Grafen Brandenburg), als ob Du für mich auf dem Schlachtfelde ſtändeſt, und gib ihn nicht eher auf, als bis ich es Dich heiße." (Aach. Z.)

Konſt. Korr. **Berlin**, 13. April. Vorgeſtern iſt eine ruſſiſche Note hier angelangt, in welcher Kaiſer Nikolaus ſeine Zuſtimmung zur Frankfurter Wahl ausſpricht, vorausgeſetzt, daß Preußen im Stande iſt, die Anarchie in Deutſchland nieder zu halten. Sie enthält ferner die Zuſicherung, daß Rußland in die däniſche Angelegenheit ſich nicht einmiſchen werde und die Mittheilung, daß es von den Donaufürſtenthümern bereits Beſitz ergriffen habe.

△ **Berlin**, 14. April. Der Antrag, den Rodbertus in der geſtrigen Sitzung auf unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung ſtellte, iſt bereits mitgetheilt worden. Die Commiſſion, an die er zur Begutachtung überwieſen worden iſt, beſteht aus den Herren: v. Berg, Pape (Warburg), v. Vincke, v. Heydenreich, Treska, Oſterrath, Becker, Treplin, Urlichs, Rodbertus, Voigts-Reetz, Riotte, Knauth, Graf Arnim, Sperling (Inſterburg), Lenſing, v. Schlottheim, Wernich, Schmidt (Landshut), Arntz, Schlick.

Auch ſonſt bot die geſtrige und heutige Sitzung des Intereſſanten genug dar. Liſiecki benutzte eine Interpellation wegen Verwendung der polniſchen Landwehr im däniſchen Kriege, um von Neuem gegen die Demarkationslinie und gegen die Hineinziehung Poſens in Deutſchland zu proteſtiren. Der Kriegsminiſter gab eine einfache würdige Antwort: „Es liegt weder in meiner Beſtimmung, noch in meinem Willen, dem Redner auf das politiſche Feld zu folgen; da derſelbe ſich aber auf Geſetzesſtellen bezogen hat, ſo will auch ich ihm ſolche entgegenhalten." Er widerlegt nun mit den Geſetzesworten die von Liſiecki aufgeſtellte Behauptung, daß die Landwehr nur bei einem unerwarteten Angriff auf das Land verwandt werden dürfe. Dann fährt er fort: „Das Großherzogthum Poſen, mit Ausnahme eines kleinen abgezweigten Theils gehört nach dem Beſchluſſe des deutſchen Bundes und der Nationalverſammlung zu Deutſchland (Unruhe auf der Linken); in der Eintheilung der militäriſchen Bezirke des Großherzogthums Poſen iſt aber bis jetzt noch keine Veränderung vorgenommen werden. Demzufolge ſind drei Bataillone, etwa zur Hälfte dieſſeits und jenſeits der Demarkationslinie zuſammengezogen worden; bei der Verwendung der aus dem Großherzogthum Poſen entnommenen Linientruppen iſt bisher keine andere Rückſichtsnahme befolgt worden, als die, welche die Staatszwecke erfordern. So iſt das 18te Regiment nach Preußen, das 19te nach Sachſen und das 37ſte nach Luxemburg geſandt worden, und es konnte alſo bei der Landwehr des Großherzogthums Poſen keine Ausnahme gemacht werden. Es handelt ſich bei dieſem Kriege nicht nur um das deutſche, ſondern auch um das preußiſche Intereſſe, um die Freiheit des Handels. Ich halte es deshalb auch für meine Pflicht, ſchließlich zu erwähnen, daß die Landwehr aus Weſtphalen und Poſen ſich willig und pünktlich eingefunden und den Kriegsſchauplatz in der beſten Ordnung erreicht hat. Nach 33jährigem Frieden wird die Landwehr auf dem Schlachtfelde ſicher des Ruhmes eingedenk ſein, den ihre Vorfahren erwarben, und durch ihre Leiſtungen dazu beitragen, dem Inſtitut in Deutſchland noch mehr Eingang als bisher zu verſchaffen."

Die Kammer begann ferner geſtern die Berathung über das famoſe Plakatengeſetz. Es lautet nach der miniſteriellen Vorlage:

§. 1. Mit Ausnahme der Bekanntmachungen öffentlicher Behörden, dürfen Anſchlagezettel und Plakate nur Anzeigen über öffentliche Vergnügen, Verkäufe, Auktionen, geſtohlene, verlorene oder gefundene Sachen, oder ähnliche Nachrichten für den gewerblichen Verkehr, oder Einladungen zu erlaubten, geſetzlich angezeigten oder genehmigten Verſammlungen enthalten, und in Städten und Ortſchaften nur an denjenigen Stellen, welche die Ortspolizeibehörde zu dieſem Zwecke geſtattet, angeheftet, angeſchlagen oder in ſonſtiger Weiſe öffentlich ausgeſtellt werden. Die zur Ausführung dieſer Vorſchrift erforderlichen Beſtimmungen werden von den Ortspolizeibehörden getroffen.

§. 2. Wer auf öffentlichen Straßen zur Verbreitung im Publikum beſtimmte Druckſchriften oder bildliche Darſtellungen verkaufen oder vertheilen, oder das Anheften derſelben gewerbmäßig betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde, und muß den Erlaubnißſchein, in welchem ſein Name ausgedrückt iſt, bei ſich führen. Die Erlaubniß kann jederzeit zurückgezogen werden.

§. 3. Zuwiderhandlungen wider die vorſtehenden Vorſchriften (§§. 1. und 2.) ziehen polizeiliche Ahndung bis zu 50 Thlr. Geldbuße oder ſechs Wochen Gefängniß nach ſich.

Der Ausſchuß hatte nur bei dem §. 2 eine Aenderung vorgeſchlagen, nämlich ſtatt des Schlußſatzes zu ſchreiben: „Die Erlaubniß kann aus den Gründen zurückgenommen werden, aus welchen nach der allgemeinen Geſetzgebung die Entziehung gewerblicher Konzeſſionen erfolgt." Noch vor der Verhandlung über das Geſetz im Ganzen ſtellt Weſendonk das Amendement: „Die Kammer wolle, ohne in die Berathung der einzelnen §§. der Vorlage einzugehen, dieſelbe als unzuläſſig zurückweiſen." Der Präſident will das Weſendonk'ſche Amendement zunächſt zur Unterſtützung ſtellen. Graf Arnim ſieht aber in demſelben nur einen Antrag auf Tagesordnung, und v. Rohrſcheidt erklärt es für unzuläſſig, weil nach dem Geſchäfts-Reglement über Regierungs-Vorlagen nicht zur Tagesordnung übergegangen werden könne. Weſendonk weiſt den Unterſchied zwiſchen ſeinem Amendement und einem Antrage auf Tagesordnung nach; beim Uebergange zur Tagesordnung werde die betreffende Vorlage ohne ein poſitives Urtheil beſeitigt. Der Präſident ſtellt das Weſendonk'ſche Amendement endlich zur Unterſtützung und dieſe erfolgt ausreichend. Rupp erhält zuerſt das Wort: „Wir Alle," ſagte er, „wollen gewiß öffentlichen Gefahren vorbeugen; es fragt ſich nur: was iſt eine öffentliche Gefahr und welche Maßregeln ſind zu ihrer Abwendung zu treffen? Durch eingebildete Gefahren werden oft erſt wirkliche Gefahren erzeugt. Die Verfaſſung erklärt, daß das Recht der freien Meinungsäußerung ein Grundrecht des deutſchen Volkes iſt. Die Geſetzesvorlage bildet einen Eingriff in dieſes Recht. Der Ausſchuß hat zwar einen ſolchen Eingriff nicht finden wollen, indem er anführt, nicht der Gebrauch der Preſſe, ſondern nur die Verbreitung ihrer Produkte werde durch den Geſetz-Entwurf beſchränkt; auf dieſe Weiſe kann jedoch eine jede Cenſur gerechtfertigt werden. Wenn es nicht auf die unbeſchränkte Verbreitung der Druckſchriften ankommt, ſo kann man auch bei der drückendſten Cenſur ſagen: wir haben Preßfreiheit; denn es darf ein Jeder beliebig ſeine Preſſe benutzen, wenn er nur ſeine Produkte nicht verbreitet. (Heiterkeit.) Die Verfaſſungsurkunde ſelbſt belehrt uns aber eines Beſſern. „Die Preßfreiheit darf nicht durch Hemmungen des freien Verkehrs beſchränkt oder aufgehoben werden." Durch die Annahme der Geſetzvorlage würden wir daher der Reviſion der Verfaſſung vorgreifen. Wer für den Geſetzentwurf ſtimmt, läßt ſich einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in das Reviſionsgeſchäft zu Schulden kommen.

Iſt nun die Vorlage ſchon vom Standpunkte des öffentlichen Rechts aus verwerflich, ſo iſt ſie aus politiſchen Gründen noch viel verwerflicher. Die Motive der Regierung, welche auch der Ausſchuß anführt, enthalten die Angabe: Die Plakate begünſtigen die Aufregung; deshalb müſſen ſie unterdrückt werden. Der Charakter des Geſetzes iſt alſo nicht eine Beſtrafung von Vergehen, ſondern eine Unterdrückung alles deſſen, was der Regierung mißliebig und unbequem iſt. Die Vorlage iſt ein Geſetz des Polizeiſtaates, das wir verwerfen müſſen, wenn wir unſere Aufgabe begreifen, nach welcher wir den Rechtsſtaat herſtellen ſollen. Zwiſchen den Anhängern des Miniſteriums und der anderen Partei in dieſer Kammer exiſtirt ein unverwiſchbarer Unterſchied. Die Anhänger des Polizeiſtaates werden dafür, die Anhänger des Rechtsſtaates dagegen ſtimmen. Auch ich will eine ſtarke Regierung. Eine Regierung aber, die bei jeder Aufregung zittert und mit dieſem Plakatengeſetze in den Kampf geht, zeigt, daß ſie keine ſtarke iſt. Das Volk wird ſtets gern einem Führer folgen; aber Geiſt und Charakter muß der Führer haben und nicht Drohungen, Gewalt und Hinterliſt an die Stelle jener Eigenſchaften ſetzen. Weshalb duldete Friedrich II. das Plakatweſen? Weil ſeine Regierung eine ſtarke war, weil er, ſtatt Vertrauen zu fordern, Vertrauen einflößte, und weil er Vertrauen zu ſeinem Volke hatte. Die Miniſter ſagen uns: eine Regierung ſei ohne das Plakatengeſetz nicht möglich. Das kann doch nur bedeuten: ſie können ohne dieſes Geſetz nicht exiſtiren. Wir können aber den Miniſtern doch nicht behülflich ſein, ein Land, das ſie nicht regieren können, zu belagern. Mit dieſem Plakatgeſetz wird jede Regierung in den Glauben verfallen, daß eine Aufregung, wenn ſie ſich nur nicht äußern darf, auch nicht vorhanden ſei. Iſt etwa durch die früheren Präventivgeſetze dem 18. März vorgebeugt worden? Die größten Gefahren erzeugt immer der Despotismus ſelbſt, beſonders, wenn er die Maske der Geſetzlichkeit annimmt. (Beifall links). Die größten Gefahren erwachſen aus dem Haſſe und der Verachtung, welche der Despotismus gegen die Regierung einflößt. Dieſen Haß und dieſe Verachtung vermag kein Titel der Majeſtät zu unterdrücken; ſie wurzeln da am tiefſten, wo kein Plakat ſie auszuſprechen vermag. Die Verwerfung des Geſetzes wird nicht wenig dazu beitragen, den Theil des Volkes zu beruhigen, welcher ſich mit der Anerkennung der Verfaſſung vor erfolgter Reviſion nicht einverſtanden erklärte. Gegen die Vorlage wird ein Jeder ſtimmen, der für die konſtitutionelle Monarchie, aber gegen den konſtituirten Despotismus iſt. (Beifall.)"

Heute ſchritt nun die Kammer zur Berathung der einzelnen Paragraphen. Jung hatte folgende Faſſung derſelben vorgeſchlagen: §. 1. „Ein Jeder hat das Recht, Anſchlagezettel und Plakate an den Orten, wo die Eigenthümer es geſtatten, anheften zu laſſen, jedoch müſſen dieſelben zur Unterſcheidung von den Bekanntmachungen öffentlicher Behörden von farbigem Papier ſein. Im Uebrigen unterliegen ſolche Plakate den allgemeinen Beſtimmungen über die Preſſe und Druckſchriften. §. 2. Buch- und Kunſthändler, Antiquare, Inhaber von Leihbibliotheken oder Leſekabinetten, Verkäufer von Flug-

ſchriften und Bildern, Lithographen, Buch- und Steindrucker bedürfen fortan keiner beſonderen Erlaubniß der Regierung mehr zur Führung ihres Gewerbes. §. 48. der allg. Gewerbe-Ordn. vom 17. Januar 1845 iſt demnach aufgehoben. §. 3. Das Abreißen obrigkeitlicher Bekanntmachungen in den erſten 24 Stunden nach Anheftung derſelben wird mit 10 Thaler oder 14tägigem Gefängniß, bei ſolchen von Privatperſonen erlaſſenen mit der Hälfte beſtraft. Das Abreißen durch die Polizei darf nur in den Fällen und unter den Formen geſchehen, wie dies bei Beſchlagnahme von Druckſchriften vorgeſchrieben iſt." Bei der Berathung über den §. 1. bemerkt Eberty: „Nach dem erſten Paragraphen dieſes Geſetzes nimmt die Regierung die alleinige Freiheit, zu den Bürgern zu ſprechen, in Anſpruch, und überläßt den Anderen die Plakate nur zu Luſtbarkeiten und Anzeigen. Wäre ein ſolches Geſetz im Jahre 1847 erſchienen, ſo würde man es begreifen, denn damals glaubte man, daß die Bewohner dieſer Hauptſtadt nur „Brod und Schauſpiele" verlangen, ſie haben aber im März gezeigt, daß ſie auch der Freiheit bedürfen. Daß dieſes Recht der Plakate die Freiheit nicht beeinträchtigt, beweiſt uns England. Dort wird die Plakatenfreiheit im weiteſten Maße geübt und thut dem geſetzlichen Sinne durchaus keinen Eintrag. Weshalb aber nicht? Weil die Regierung dort eben ſo loyal iſt, wie es die Engländer ſelbſt ſind, weil dort nur der geſetzliche Wille der Nation gilt. Sein Sie eben ſo loyal, und die Freiheit wird keine Gefahr laufen. Achten Sie zuerſt die Freiheit, ſo wird auch die Sittlichkeit daraus erſprießen."

Urlichs begründet ſeine Meinung für das Geſetz mit der Ermordung Lichnowsky's und Auerswald's. Nachdem noch Kirchmann und der Juſtizminiſter das Eigenthum der Polei an Straßen und Plätzen oder ihr Recht auf die Handhabung der Ordnung daſelbſt beleuchtet hatten, ſoll über den §. 1 des bereits geſtern mitgetheilten Jung'ſchen Amendements abgeſtimmt werden. Jung zieht jedoch ſein Amendement zurück. Hierauf erfolgt die namentliche Abſtimmung über §. 1 des Regierungsentwurfs. Derſelbe wird mit 162 gegen 148 Stimmen verworfen. Bei der Berathung über §. 2 bemerkt der Miniſter des Innern: „Das Geſetz iſt nichts als eine polizeiliche Verordnung, welche ſich im vorigen Jahre als nothwendig gezeigt hat. Das Publikum hat offenbar ein Recht, Ruhe und Ordnung auf den öffentlichen Plätzen zu verlangen, und die Pflicht der Polizei iſt es, dieſe Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Aus dieſen Gründen hat die Regierung den Geſetzentwurf vorgelegt. Eben weil man keine Polizeiwillkür wollte, wollte man das Verfahren der Polizei durch ein Geſetz regeln. Es iſt vorgekommen, daß Leute die Vorübergehenden angefallen und zum Ankauf von Plakaten gezwungen haben; Druckſchriften, welche das ſittliche Gefühl tief verletzten, ſind von unmündigen Kindern verbreitet worden. Auf welche andere Weiſe ſoll dieſen Uebelſtänden begegnet werden? Wir erkennen die Verpflichtung an, nach den Geſetzen zu regieren; aber wir erkennen auch die Verpflichtung an, das Land nicht durch den Mangel von Geſetzen in Anarchie verfallen zu laſſen. Wir haben bisher dieſer Pflicht nachzukommen geſucht und werden damit fortfahren."

Riedel ſpricht in gewohnter Weiſe für das Geſetz: „Der Straßen-Unfug, der durch das Plakatenweſen getrieben wird, ſucht die Unerfahrene Menge auf ein Feld zu führen, wo nur Einſicht und Beſonnenheit entſcheiden kann. Die Geſetzvorlage gehört zu den Grundpfeilern einer vernunftgemäßen Freiheit. Wer dieſes Geſetz verſchmäht, der will nicht die Freiheit, ſondern die Frechheit!" (Beifall rechts.) Der Juſtiz-Miniſter will jetzt das Wort ergreifen. v. Berg aber fährt dazwiſchen: „Wir müſſen erſt wiſſen, wer der Herr iſt." Der Miniſter-Präſident fordert den Präſidenten auf, das heute von ihm erhaltene Schreiben vorzuleſen. Das Schreiben enthält die Anzeige von der Ernennung des Herrn Simons zum Juſtiz-Miniſter. Hierauf wird demſelben das Wort ertheilt. Er ſagt: „Ich finde die Behauptung, daß das Geſetz die Preßfreiheit verletze, nicht begründet. Die Anſchlagezettel haben ihren Entſtehungsgrund in einem gewerblichen Bedürfniß; ſpäter erſt ſind ſie auf das politiſche Gebiet übergegangen, indem ſie politiſche Anſprachen und Mittheilungen enthielten. Es fragt ſich nun, ob auch dieſe Anſchlagezettel ein Anrecht auf das Anſchlagen haben, ob dies aus dem Begriffe der Preßfreiheit deduzirt werden kann. Ich kann den Zuſammenhang, den der erſte Redner über dieſe Frage zwiſchen den Plakaten und der Preßfreiheit gefunden, nicht als logiſch nothwendig anerkennen. Es muß hierbei zurückgegangen werden auf die Beſtimmung, welche öffentliche Plätze haben. Unzweifelhaft kann daraus das Recht der Anſchlagezettel nicht hergeleitet werden. Es müſſen alſo Regeln über die Benutzung der Straßenecken erlaſſen werden. Dieſe Regeln ſind theils Sache allgemeiner Geſetze, theils Sache der Ortsbehörden. Nach beiden Seiten hin ſorgt der vorliegende Geſetz-Entwurf." Berends ſpricht wieder gegen das Geſetz. Er meint unter Anderm: „Wenn wir einen freien Staat wollen, ſo hat die Regierung nicht die öffentliche Meinung zu beherrſchen, ſondern die Regierung muß durch die öffentliche Meinung beherrſcht werden, und wenn ſie derſelben nicht mehr willfahren kann, iſt es ihre Pflicht, abzutreten. (Bravo auf der Linken.) Bis jetzt haben wir die Gewalt des Belagerungszuſtandes über uns ergehen laſſen, weil wir nicht das geſetzliche Mittel beſaßen, die Willkür deſſelben zu bekämpfen. Jetzt können wir dies, indem wir die Geſetze verwerfen, welche die Herrſchaft des alten Despotismus wieder über uns heraufführen wollen. Ich hoffe, daß die Vertreter des Volkes ihre Schuldigkeit thun werden." — Hierauf erfolgt die namentliche Abſtimmung über das Weſendonckſche Amendement. 152 Abgeordnete ſtimmen für und 154 gegen daſſelbe. Es iſt alſo mit nur 2 Stimmen verworfen.

Der Schluß der Debatte wird jetzt herbeigeführt. Der §. 2. des Jung'ſchen Amendements wird verworfen. Der erſte Satz des §. 2. des Regierungs-Entwurfs: „Wer auf öffentlichen Straßen zur Verbreitung im Publikum beſtimmte Druckſchriften oder bildliche Darſtellungen verkaufen oder vertheilen, oder das Anheften derſelben gewerbsmäßig betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubniß der Ortspolizeibehörde, und muß den Erlaubnißſchein, in welchem ſein Name ausgedrückt iſt, bei ſich führen," wird mit 157 gegen 153 Stimmen angenommen, ebenſo das Amendement des Central-Ausſchuſſes zum 2ten Satze des §. 2. des Regierungs-Entwurfes beſeitigt. Die Kammer geht nun zur Berathung des §. 3 über. Wentzel (Ratibor) für den Entwurf. Wollheim dagegen. Das Jung'ſche Amendement wird verworfen und der §. 3 des Regierungsentwurfs wird angenommen. Zu erwähnen ſind noch folgende zwei heute verleſenen Anträge, der eine von Pflücker: Alle wegen politiſcher, in der Zeit vom 18. März 1848 bis 26. Februar 1849 verübter Verbrechen und Vergehen eingeleiteten gerichtlichen, militärgerichtlichen, ehrengerichtlichen und Disziplinar-Unterſuchungen und Vor-Unterſuchungen ſind niedergeſchlagen. Wegen politiſcher, in der Zeit vom 18. März 1848 bis 26. März 1849 verübter Verbrechen und Vergehen findet keine gerichtliche, militärgerichtliche, ehrengerichtliche oder Disziplinar-Unterſuchung weiter Statt. Der andere von Schultze: Die Kammer wolle beſchließen: daß die Staats-Regierung aufzufordern ſei, daß das Geſetz de dato Frankfurt, den 27. Dez. 1848, betreffend die Grundrechte des deutſchen Volkes, nebſt den dazu gehörigen Einführungsgeſetze vom gleichen Tage in die Geſetz-Sammlung für die preußiſchen Staaten aufzunehmen.

△ **Berlin**, 14. April. Es hieß ſeit einigen Tagen, die Kammern ſollten heute vertagt werden. Das Unbegründete des Gerüchts hat ſich jetzt aber erwieſen. Vielleicht war es nur eine Verwechslung mit der Frankfurter Reichsverſammlung, denn in Bezug auf dieſe hat der Miniſter Manteuffel geäußert: „Die öſterreichiſche Regierung hat ihre Abgeordneten aus Frankfurt unter Androhung des Hochverraths im Weigerungsfalle zurückgerufen, wir werden, wenn es ſein muß, ein Gleiches thun." In Folge der ausweichenden Antwort des Miniſters auf die Interpellation des Abgeordneten Jung, wonach eine Siſtirung der Ausweiſungsmaßregeln nicht zu erwarten iſt, hat die Fraktion Waldeck beſchloſſen, an alle Bezirke die Aufforderung ergehen zu laſſen, daß Ausgewieſene ſich an eine von der Linken gebildeten Kommiſſion Abends von 6—7 zu wenden haben, die alsdann ſtets beim Miniſterrium reklamiren und wenn das nichts hilft, die Angelegenheit vor die Kammer bringen werde. Die Regierung ſcheint übrigens beweiſen zu wollen, daß ſie die Polizeigeſetze über die Bedingungen des Aufenthalts mit der größten Unpartheilichkeit handhabt, denn neulich ſind vom Polizeigericht zu Berlin wegen unterlaſſener Anmeldung von Fremden und unterlaſſener Erneuerung der Aufenthaltskarte der Handelsminiſter v. d. Heydt zu fünfzehn Silbergroſchen und der Erblandhofmeiſter Graf v. Königsmarck zu zwei Thaler Geldbuße in öffentlicher Sitzung verurtheilt worden.

Man erzählt ſich, das Schiff, auf welchem die erſte adelaidiſche Auswanderungsgeſellſchaft ſich befindet, ſei an der engliſchen

Küſte geſtrandet. Wir würden in dieſem Falle auch das unglückliche Loos der Gebrüder Schomburgk zu beklagen haben. Aus Hamburg wird gleichfalls von einem verunglückten Auswanderungsſchiffe geſchrieben. Hr. Rodbertus beabſichtigt die Gründung einer neuen Zeitung und hat ſich zu dieſem Zweck mit Graf Lippe und Graf Dyhen in Verbindung geſetzt. Im erſten Berliner Wahlbezirk zirkulirt eine Adreſſe, um den Abgeordneten H. Simon zur Niederlegung ſeines Mandats aufzufordern, und dafür Bruno Bauer zu wählen.

A **München**, 14. März. Es wird heute allgemein behauptet, der frühere ſächſiſche Miniſter von der Pfordten, der ſich ſeit einigen Tagen wieder hier aufhält, ſei an der Stelle des Grafen Bray zum Miniſter des Aeußeren beſtimmt, da der Letztere zu wiederholten Malen ſeine Entlaſſung gefordert. Von der Pfordten iſt bekanntlich geborner Baier, und wurde unter dem Miniſterium Wallerſtein von ſeinem Lehrſtuhle entfernt. So ſehr man unter andern Verhältniſſen ſich Glück wünſchen dürfte, einen Mann von ſo ausgezeichneten Gaben für unſeren Staat wieder zu gewinnen, ſo wenig würde ſich im gegenwärtigen Augenblicke ſeine Berufung auf den Poſten eines Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten großer Sympathien zu erfreuen haben. Die Haltung, welche die ſächſiſche Regierung unter von der Pfordten's Vorſitze der deutſchen Verfaſſungs-Frage gegenüber behauptete, iſt keineswegs geeignet, ihm in dieſer Beziehung Vertrauen bei uns zu erwerben. Uebrigens bedarf dieſe Nachricht jedenfalls noch der Beſtätigung.

Des greiſen Arndt Anſprache an die deutſchen Fürſten (welche Ihre Zeitung brachte) wurde hier ſogleich in einer großen Anzahl von Exemplaren gedruckt, und an allen Straßen-Ecken angeſchlagen, wo ſie denn auch das allgemeinſte Intereſſe des geſammten Publikums hervorrief.

Ulm, 13. April. Die Hälfte der hier garniſonirenden Oeſterreicher iſt abberufen. Wohin ihr Marſch geht, wiſſen ſie wohl ſelbſt nicht. (U. Schnellp.)

Leipzig 13. April. Der bisherige britiſche Miniſter in Athen, Sir Edmund Lyons, deſſen Ankunft in Trieſt kürzlich gemeldet wurde, begibt ſich nicht direkt auf ſeinen neuen Poſten in der Schweiz, ſondern zuerſt nach London, wohin er heute von hier aus ſeine Reiſe fortſetzte. In Athen, wo ihn der König beim Abſchiede noch durch ein Gaſtmahl und die ausgeſuchteſten Artigkeiten, begleitet vom Bedauern über ſeinen Abgang, auszeichnete, war ſein Nachfolger, Hr. Wyſe, noch nicht angelangt, und Hr. Griffith fungirte einſtweilen als großbritanniſcher Geſchäftsträger. (D. A. Z.)

Hannover, 13. April. In Anlaß der jüngſten preußiſchen Cirkularnote vom 4. d. M. wurde Seitens der hieſigen Regierung Herr v. Wangenheim nach Berlin geſandt.

Mannheim, 13. April. Der Prozeß Ficklers vor dem Freiburger Gerichtshof wird am 2. Mai zur Aburtheilung kommen; Brentano, ſeinem Vertheidiger, iſt die deßfallſige gerichtliche Anzeige zugegangen. (M. A.)

Deſſau, 13. April. Heute reiſt unſer Miniſterpräſident Habicht zum Kongreſſe nach Frankfurt; es iſt kein Zweifel, daß derſelbe dort nach den von ihm ausgeſprochenen Prinzipien im Sinne der deutſchen Einheit für die Anerkennung der Verfaſſung Deutſchlands, ſowie für die Bildung des Bundesſtaats wirken wird. (D. A. Z.)

Schleswig-Holſtein. Ein Corpsbefehl des Generals v. Bonin enthält Folgendes: „Es ſind mir heute ſpeciellere Berichte über den Geſchützkampf bei Eckernförde zugegangen, in welchem die fünfte Feſtungsbatterie unter dem Kommando des Hauptmanns Jungmann eine Waffenthat ausgeführt hat, auf welche die Armee mit Stolz hinblickt, und die nie ausſterben wird in dem Gedächtniſſe jedes braven ſchleswig-holſteiniſchen Soldaten. Ich ernenne deshalb wegen beſonderer Bravour und Hingebung im Gefecht den Feldwebel Clairemont zum Oberfeuerwerker, den Unteroffizier Stinde zum Feldwebel, die Bombardiere Dietrich, Wommelsdorff und Heeſch zu Unteroffizieren, die Kanoniere Kohſch, Kruſe, Elias, v. Appen und den Kanonier-Rekruten Büſing zu Bombardieren." (H. B.)

Kiel, 11. April. Dem Vernehmen nach hat zur Entſcheidung der Frage, ob die Deputation unſerer Landesverſammlung von dem Könige von Preußen zur Beglückwünſchung deſſelben wegen der Kaiſerwahl vorgelaſſen werden dürfe oder nicht, in Berlin zweimal Miniſterrath ſtattgefunden, da der König ſelbſt durchaus nicht abgeneigt geweſen, die Deputation als ſolche zu empfangen. Der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten aber, Hr. v. Arnim, iſt mit ſeiner gegentheiligen Anſicht durchgedrungen, fürchtend, die deutſche Geſinnung des Königs möge in ſeiner Anrede der Deputation das undeutſche Berliner Cabinet compromittiren. (B. H.)

Großbritannien.

* **London**, 15. April. Die „Times" erzählt Folgendes: „In der diplomatiſchen Welt wird eine Geſchichte erzählt, betreffend die Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten durch die Dänen und die Erklärung der deutſchen Häfen in Blokadezuſtand, eine Geſchichte, welche in bewundernswerther Weiſe Aufklärung darüber gibt, wie man (Seitens Palmerſtons) die wichtigen Pflichten eines Vermittlers erfüllt hat. Der Waffenſtillſtand zwiſchen Deutſchland und Dänemark war bereits gekündigt und ſollte am 2. April erlöſchen, als den 26. März ein Kourier von Kopenhagen in London ankam, welcher die Endvorſchläge der däniſchen Regierung als Erwiederung auf die vom deutſchen Bevollmächtigten angebotenen Bedingungen überbrachte. Dieſe Mittheilung wurde dem Brittiſchen Sekretär für die auswärtigen Angelegenheiten als der Mittelsperſon ſofort überbracht, nicht nur wegen des wichtigen Inhalts, ſondern weil auch der däniſche Kourier den ſtrengen Befehl hatte, London zu verlaſſen, ſei's mit oder ohne Antwort, um Kopenhagen noch vor dem Schluſſe des Waffenſtillſtandes erreichen zu können. Dieſe an ſich kurze und für die Beilegung der Frage entſcheidende Friſt ging nach und nach vorüber. Der Kourier verließ London, ohne daß man von ſeiner Mittheilung Kenntniß genommen hatte, ſeine Rückkehr nach Dänemark war das Zeichen für den ſchnellen Ausbruch des Flottengeſchwaders, welcher mehreren hundert tapfern Seeleuten das Leben und der däniſchen Flotte zwei ihrer ſchönſten Schiffe koſtete. Am 29. März hielt endlich die Königin ein drawing room, wobei zwiſchen den Miniſtern und Diplomaten eine Art Meinungsaustauſch ſtattfand. Da wurde denn verſichert, daß die überaus wichtige Depeſche der däniſchen Regierung, auf welcher die Friedensfrage beruhte, von Lord Palmerſton, während der ihm zur Antwort geſtatteten Friſt, nicht eröffnet noch geleſen worden iſt, nicht die geringſte Antwort wurde gegeben. Der deutſche Bevollmächtigte blieb in gänzlicher Unkenntniß darüber, daß irgend ſolche Vorſchläge gemacht ſeien. So geſchah es, daß der Herold des Kriegs die Hauptſtadt verlaſſen durfte, weil es einem engliſchen Miniſter nicht bequem geweſen, ein Schreiben zu leſen." Dies erzählt die „Times" in einem Artikel, worin ſie darauf aufmerkſam macht, daß in einer und derſelben Nummer der amtlichen London Gazette drei Blokaden angezeigt wurden, von denen zwei dem wichtigen Handel mit Sizilien und den norddeutſchen Häfen ein Ende machten, die dritte den zweiten Hafen im adriatiſchen Meer verſchloß — dieſe Blokaden ſeien das Reſultat Palmerſtonſcher Vermittelung! Uebrigens meint die „Times", die noch Tags zuvor bedauerte, daß man keine engliſche Schiffe in die Oſtſee und die Elbmündung abgeſchickt habe, etwas kühn: Allem nach ſeien die Streitigkeiten zwiſchen Dänemark und Deutſchland bereits bis zu einem Punkte von Verſtändigung gediehen geweſen, wo jeder Geſchäftsmann in der City, mit Hülfe eines erträglichen Korreſpondenten in Kopenhagen, die Sache ohne weiteren Aufſchub und ohne Blutvergießen beilegen konnte. „Ja, noch mehr", ſetzt ſie hinzu, „hätte gar keine Vermittelung ſtattgefunden, ſondern nur eine direkte Verhandlung zwiſchen einem däniſchen und deutſchen Miniſter, ſo konnte die gütliche Austragung des Streits kaum fehlſchlagen, da Deutſchland in den Hauptpunkten nachgegeben hatte und kaum etwas Beſonderes übrig blieb, worüber man ſich hätte ſtreiten dürfen."

Die „Poſt" ſchildert die am 26. März erfolgte Abfahrt des großbrittaniſchen Geſandten, Sir Edmund Lyons, von Athen als ungemein rührend. Eine große Volksmenge, aus Leuten jeden Standes und jederlei politiſchen Meinung beſtehend, habe ſeiner Einſchiffung beigewohnt und Hunderte ſeien zu Thränen gerührt geweſen (das wäre wohl ſo ziemlich das erſte Beiſpiel von Thränen, die bei dem Abſchiede eines Diplomaten gefloſſen ſind!) „Wir ſind erfreut zu vernehmen", fährt die „M. Poſt" fort, „daß ſowohl der König wie die Königin ihm und ſeiner Gemahlin bei deren Verabſchiedung die ausgezeichnendſte und in der That ungewöhnliche Aufmerkſamkeit ſchenkten, und wir zweifeln nicht im geringſten daran, daß Niemand beſſer als der König weiß, daß er in Sir Edmund den aufrichtigſten, uneigennützigſten und beſten Freund, welchen Grie-

chenland je beſaß, verloren hat. Warum Sir E. Lyons von Griechenland zurückgerufen wurde, das hat das Publikum noch zu erfahren.“ Der König von Griechenland wird ohne Zweifel beſſer wiſſen, als die Poſt, aus welchen Geünden der „aufrichtigſte, uneigennützigſte und beſte Freund Griechenlands“ von ſeiner Seite gerufen wurde.

Spanien.

Madrid, 8. April. Napoleon Bonaparte, der neue Geſandte Frankreichs iſt geſtern hier eingetroffen und von ſeinem Vorgänger, Hrn. v. Leſſeps, bereits den Miniſtern Pidal und Narvaez vorgeſtellt worden.

Die vermittelſt des Telegraphen eingetroffene Nachricht von der Verhaftung des Geafen von Montemolin durch die franzöſiſchen Behörden hat bei der hieſigen Regierung den beſten Eindruck hervorgebracht.

Oeſterreichiſche Monarchie.

* Mit Beſtimmtheit läßt ſich noch immer nicht die Wahrheit der Mittheilung von der Uebergabe Genua's am 10. veeſichern. Die beſtimmten Nachrichten reichen bis zum 9. Der Waffenſtillſtand war um einen Tag, bis den 10. Mittags verlängert worden. Uebrigens dauerte das Gewehr- und Kanonenfeuer ſelbſt während des Waffenſtillſtandes fort von Seiten der Inſurgenten unter der Behauptung, die Piemonteſen hätten den Waffenſtillſtand dadurch verletzt, daß ſie während deſſelben Bewegungen ausführten und an Feſtungswerken arbeiteten. Dieſen Bruch des Waffenſtillſtandes durch die Inſurgenten benutzte wieder der Bruder des Obergenerals La Marmora ſeinerſeits, um ein Fort wegzunehmen. Nach einigen Nachrichten war der Diktator der Stadt, General Avezzana, entſchloſſen, die Stadt und ſich ſelbſt lieber zu verbrennen, als ſich zu ergeben. Nach anderen hatte er ſich bereits mit den übrigen Häuptern des Aufſtandes geflüchtet. Er hatte die Gefangenen aus allen Gefängniſſen losgelaſſen und bewaffnet und wollte daſſelbe ſogar mit den Galeerenſträflingen thun, woran er nur durch die Drohung des Kommandanten eines engliſchen Schiffes, in dieſem Falle den Bagno ſofort bombardiren zu laſſen, verhindert wurde. So viel ſteht feſt, daß die Inſurgenten während des Waffenſtillſtandes Herren der ganzen inneren Stadt und ihrer Wälle waren.

Parma, 7. April. Der General Baron Aspre iſt vorgeſtern hier eingetroffen. Er hat die ſofortige Entwaffnung der Bewohner verfügt und ſeine Eenennung zum Civil- und Militärgouverneur des Herzogthums angekündigt. Alle Regierungshandlungen werden künftig im Namen des Herzogs Karl II. ſtatt finden. Heute hat er alle Akten der revolutionären Regierung vom 20. März 1848 an für null und nichtig erklärt. Ein Gleiches gilt für das Herzogthum Piacenza. Die Nationalgarde der beiden Herzogthümer wird aufgelöſt und ſogar das Tragen der Uniform derſelben verboten.

Italien.

Folgendes iſt der von dem General la Marmoca eingeſandte Bericht über die Ereigniſſe, welche der Abſchließung des Waffenſtillſtandes mit Genua vorhergingen: „Am 3. d. M. kam ich mit meiner Vorhut in Pontedecimo an und machte an demſelben Tage eine Rekognoscirung, die mich überzeugte, daß die Stellungen ſchlecht beſetzt waren. Am folgenden Tag nahm ich durch Ueberrumpelung mit nur 2 Kompagnien Tirrailleurs drei Forts und einen Theil der Batterien. Am 3. griff ich die Stadt mit drei Kolonnen an und bemeiſterte mich tretz des Widerſtandes, den man mir aus den Häuſern und hinter den Barrikaden entgegenſetzte, des ganzen Stadtviertels innerhalb des Thores S. Tomasco, während eine andere Kolonne ſich der von dem Begalto beherrſchten Linie bemächtigte. Die Soldaten haben ſich tapfer geſchlagen und haben überall die Rebellen mit offener Gewalt vertreiben müſſen. Ich hatte meine Anordnungen getroffen, um den übrigen Theil der Stadt mit Sturm zu nehmen, als Parlamentäre eintrafen, die einen Waffenſtillſtand und eine allgemeine Amneſtie verlangten. Ich habe die Bedingung auferlegt, die Forts ohne weiteres zu übergeben, und in Betreff der Amneſtie einer Deputation geſtattet, ſich nach Turin zu begeben, um die Gnade des Königs perſönlich anzuflehen, zu welchem Zweck ich eine 24ſtündige Einſtellung der Feindſeligkeiten bewilligt habe. Hauptquartier der Porta Lanterna am 6. April 1848. Der außerordentliche Kommiſſionär La Marmora.

***Rom**, 4. April. Bologna ſoll eine Deputation nach Gaëta geſchickt haben, um dem Pabſt ſeine Unterwerfung anzubieten. So viel iſt gewiß, daß der Miniſter Rusconi und der Deputirte Aubinot plötzlich nach den Legationen abgereiſt ſind. Vorgeſtern zog eine bedeutende Menge Volkes mit Fackeln und Bändern auf den Platz des Quirinals, um bei Mazzini, der ſeine Wohnung im Palaſt der Conſulta aufgeſchlagen hat, eine Demonſtration auszuführen. Man ſchrie: „Es lebe die rothe Republik!“ Mazzini eeſchien auf dem Balkon. Man ſchrie nach Waffen. Mazzini antwortete, daß hiefür vom Triumvirat beeeits die geeigneten Maßregeln ergriffen worden ſeien. Im Caffe de' Crociferi auf dem Platz Trevi wurden die Fenſter eingeſchlagen.

***Neapel**, 6. April. Die Feindſeligkeiten gegen Sicilien haben begonnen. Am 28. März marſchirten zwei Heeres-Abtheilungen von Meſſina ab, die eine in der Richtung auf Catania, die andere auf Palermo. Die erſtere warf ein Corps von Sicilianern in das Fort von Catania zurück. Das Fort wurde genommen und viele Gefangene gemacht. Man glaubt nicht, daß Catania widerſtehen wird. Dagegen erwartet man in Palermo einen ernſthaften Widerſtand von Seiten der wohlorganiſirten und wohlbewaffnelen Truppen unter den Befehlen Microslawski's. Eine Verordnung der Polizeipräfektur verbietet übrigens allen Blättern, iegend welche Nachrichten vom ſizilianiſchen Kriegsſchauplatz zu bringen; ebenſo iſt den Buchdruckereien bei harter Strafe verboten, Kriegsberichte zu drucken und zu veröffentlichen.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. April. Der Kriegsminiſter General Hanſen hat unterm 8. d. aus Sonderburg einen Armeebefehl erlaſſen, wodurch die Zufriedenheit des Königs mit der ausgezeichneten Haltung und Stimmung des ganzen Heeres ausgeſprochen und namentlich deſſen Ausdauer während der täglichen Kämpfe im Sundewittſchen gelobt wird. Weiter heißt es darin: Es beſtätigt ſich von mehreren Seiten, daß faſt alle Könige und Fürſten Deutſchlands zahlreiche Truppen in die Herzogthümer ſchicken, um die aufrühreriſche Partei in ihrem Kampfe gegen den rechtmäßigen Herrn der Herzogthümer und gegen Geſetz und Reich zu unterſtützen. In dem täglichen Kampfe gegen dieſe Uebermacht gehen nur Kräfte verloren und wird Blut vergoſſen, ohne daß etwas damit erreicht wird. Das Heer hat daher Befehl erhalten, das Sundewittſche zu verlaſſen, um auf Alſen den Augenblick abzuwarten, wo die Umſtände es uns geſtatten, dem Feinde Mann gegen Mann gegenüber zu ſtehen.“

Unſere Blätter enthalten ferner umſtändliche Berichte aus dem Kriegs- und Marineminiſterium. Ein Bericht des Generalmajors Krogh ſchreibt den Unſerigen in dem hartnäckigen Treffen bei Ulderup am 6. d., wo die deutſche Kolonne aus 6 Bataillons Hannoveraner, Würtemberger, Badenſer und Baiern beſtanden haben ſoll, den Vortheil zu. Die Anzahl der Todten und Verwundeten wird noch nicht angegeben; unter den Letzteren befinden ſich 9 Offiziere. Ferner wird gemeldet, daß Generalmajor Rye ſeine unhaltbare Stellung auf dem Haderslebener Damm aufgegeben und eine vortheilhaftere weiter nördlich eingenommen hat. Am 8. d. hielt er noch Chriſtiansfelde beſetzt. Das Dampfſchiff Geyſer iſt vom Dampfſchiff Schleswig ins Schlepptau genommen und zur Ausbeſſerung hier eingetroffen. Der Bericht des Kapitän Paludan über das Treffen bei Eckernförde geht nur bis zum 5. d. Nachmittags.

Die Speache unſerer Blätler lautet noch ſo trotzig wie immer.

(H. N.)

NC **Kopenhagen**, 11. April. Das edle Gefühl des Nationalſchmerzes, das bei der Ankunft der Hiobspoſt auf der Börſe ſich augenblicklich in Thränen ausſprach, ſucht jetzt durch Geldbeiträge der Regierung den Verluſt zu erſetzen. Wenn man aber erwägt, daß im vorigen Jahre die Begeiſterung nur beiläufig $1/4$ Million Speziesthaler eingebracht, das Linienſchiff aber reichlich $1/2$ und die Fregatte $1/3$ Million Speziesthaler gekoſtet hat, darf man dieſer Subſkription kein günſtiges Prognoſtiken ſtellen.

Der König iſt am 10. Morgens von Feiedrichsberg, der Kriegsminiſter 6 Uhr Abends auf dem Dampfſchiff Egir mit den gefangenen Predigern, dem würtembergiſchen Offizier und dem geretteten Seelieutenant Ulrich in Kopenhagen angekommen. Letz-

№ 106. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 17. April 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 17. April. Verſtümmelung der öſterreichiſchen Note. Baieriſche Pläne. Camphauſen. Die öſterreichiſchen Abgeordneten. Volksverſammlung in Würzburg. Berathungen des Dreißigerausſchuſſes. Schreiben des preußiſchen Bevollmächtigten an die Bevollmächtigten von 28 Regierungen. Ankunft von Bevollmächtigten) Wien (Die Miniſter nach Ollmütz. Die ruſſiſche Intervention. Ein Theil der Garniſon nach Ungarn. Die Journale über die Note vom 8. April.) Berlin (Die Ausweiſungen. Die öſterreichiſche Note.) Kaſſel (Die Ständeverſammlung vertagt.) Darmſtadt (Die Kammern und die deutſche Verfaſſungsfrage.) Altenburg. (Adv. Erbe.) Schwerin (Erklärung der Kammer in der Verfaſſungsfrage.) Hadersleben (Die Beſetzung von Jütland.) Schleswig-Holſtein (Erſtürmung der Düppler Schanzen.)

Frankreich. Paris (Die Unternehmung nach Civitavechia. Die Duelle.)

Italien. Turin (Der König will die Genueſer Uebereinkunft nicht genehmigen.) Padua (Radetzky geht zum Belagerungsheer von Venedig ab. Aleſſandria wird doch beſetzt.)

Ungarn. (Noch keine Entſcheidung. Neue ruſſiſche Truppen nach Siebenbürgen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 17. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 17. April.

Tagesordnung der 202. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten Adams, Namens des Ausſchuſſes für die Wahlen von Thiengen und Konſtanz erſtatteten Berichts, betreffend die Ertheilung der Erlaubniß zur Verhaftung des Abgeordneten Peter.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Breuning, Namens deſſelben Ausſchuſſes erſtatteten Berichts, in gleichem Betreff.
3) Berathung des vom Abgeordneten Esmarch, Namens des völkerrechtlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichtes:
   a. betreffend eine Petition wegen Ausgebung von Kaperbriefen,
   b. betreffend mehrere auf die Friedensunterhandlungen mit Dänemark bezügliche Petitionen.

Vicepräſident Herr Eiſenſtuck eröffnet nach 9½ Uhr Vormittags die Sitzung. Von den Oeſterreichern ſind abermals drei ausgetreten, nämlich die Herren Schmidt aus Linz, Kagerbauer ebendaher, und Weiß aus Salzburg. Neu eingetreten dagegen Hr. Schröter aus Zellin für v. Maltzahn (Preußen), und Hr. Löper aus Waldenburg für v. Wedemeyer (Brandenburg).

Die beiden unter 1 und 2 aufgeführten Gegenſtände der Tagesordnung werden als zuſammenhängende gemeinſam behandelt. Der erſte in der Peter'ſchen Unterſuchungsſache von dem Abgeordneten Hrn. Adams erſtattete Bericht rührt vom 26. September v. J. her und beantragt, daß zwar der Fortſetzung der gegen den Reichstagsabgeordneten Peter eingeleiteten Unterſuchung kein Hinderniß entgegen zu ſetzen, aber die Verhaftung nach dermaliger Lage der Sache nicht zu geſtatten ſei. Der zweite Bericht iſt am 5. März 1849 in die Verſammlung eingebracht und von Herrn v. Breuning verfaßt. Sein Antrag geht dahin:

„Die Reichsverſammlung wolle nunmehr die gegen den Abgeordneten Peter nachgeſuchte Ermächtigung zu deſſen Verhaftung in der gegen denſelben ſchwebenden Unterſuchung wegen Theilnahme an dem im April v. J. ſtattgehabten hochverrätheriſchen Unternehmen ertheilen."

Das Wort ergreift Hr. Chriſt aus Bruchſal, um ſich gegen den zweiten Ausſchußantrag, der jetzt auch die Verhaftung Peters zulaſſen will, zu erklären. Denn es handle ſich bei Vorlage des zweiten Berichts ganz um dieſelben Umſtände und Thatſachen wie beim erſten. Neue Anklagegründe gegen Peter ſeien nicht zu Tage gefördert, jetzt wie früher werde ihm nichts zur Laſt gelegt, als daß er die Statthalterſchaft von Konſtanz aus Heckers Händen angenommen. Warum alſo in eine Verhaftung willigen? Auch auf das Materielle des Peterſchen Prozeſſes läßt ſich Hr. Chriſt ein, indem er darzuthun ſucht, Peter habe die Statthalterſchaft nur übernommen, um die Stadt Konſtanz vor Anarchie zu retten.

Hr. Brentano ſpricht ebenfalls und in geläufigſtem Style eines geübten Advokaten gegen den Ausſchußantrag unter zwei. Man würde dem Angeſchuldigten einen ſchlechten Dienſt erweiſen, wenn man ihn einer Unterſuchung entziehen wollte, der er mit aller Ruhe des Unſchuldigen und eines freiſprechenden Urtheils gewiß, entgegenſähe. Allein die Verhaftung ſolle man nicht genehmigen; auch aus dem Grunde nicht, weil Peter dadurch zur Flucht genöthigt werden würde, um einem mehrmonatlichen Unterſuchungsverhaft zu entgehen. Warum übrigens verfolge die badiſche Regierung gerade Peter mit ſo großer Hartnäckigkeit? Warum wolle ſie ihn verhaften, während ſie den viel ſchuldigeren Herrn Weißhaar frei umher gehen laſſe? Die Gründe ſeien nicht kriminalrechtlicher, ſondern politiſcher Natur. Hr. Brentano bittet ſchließlich die Reichsverſammlung daß ſie ſich eines Volksmannes annehme, an dem ganz Baden mit Liebe hänge.

Hr. Zachariä aus Göttingen vertheidigt den zweiten Ausſchußantrag, indem er hervorhebt, daß es ſich nicht um einen Regierungsantrag handle, ſondern um einen Antrag des zuſtändigen Gerichts. Auch habe die Reichsverſammlung nicht über Schuld und Unſchuld des Angeklagten zu erkennen, ſondern einzig über das Verhaftungsverlangen des Gerichts, welches ihm allerdings in jeder Hinſicht begründet erſcheint. Bei der Abſtimmung entſcheidet ſich aber die Verſammlung für den erſten milderen Antrag des Ausſchuſſes, wodurch die Verhaftung ausgeſchloſſen und nur die Ermächtigung zur Fortſetzung des gerichtlichen Verfahrens gegen Peter ertheilt wird. (Beifall von der Linken.)

Der Bericht des völkerrechtlichen Ausſchuſſes, eine Petition die Ausgabe von Kaperbriefen gegen Dänemark betreffend, führt eine Debatte herbei, die der Berichterſtatter Hr. Esmarch eröffnet, indem er dem Hauſe den Antrag des Ausſchuſſes empfiehlt, nach welchem das erwähnte Geſuch dem Reichsminiſterium zu überweiſen ſein würde.

Hr. Jahn aus Freiburg: Man muß Ernſt mit den Dänen machen und dazu gehört, daß man dem Begehr der Altonaer willfahre und Kaperbriefe zulaſſe. Es iſt dann ihre Sache, ob ſie kapern wollen, und die Wallfiſchfänger werden ſchon das Kapern verſtehen; die wiſſen mit der Harpune und dem Enterbeile Beſcheid. Da überdies der Deutſche ſtärker iſt und größere Ausdauer hat, als der Däne, ſo brauchen wir den Kampf mit ihm Mann gegen Mann nicht zu ſcheuen. Nun aber iſt der Däne auch jetzt wieder in ſeinem Kriege ein Seeräuber; er holt die armen Fiſcher von der Weſtküſte fort; einzelne Beamte, Prediger und Schulmeiſter hat er fortgeſchleppt. Wir müſſen es ebenſo machen. Was der Däne auf der See hat, wird genommen und gekapert; Handelsſchiffe und Fiſchfahrzeuge; Alles muß fort. Er muß blokirt werden, da er uns blokirt. Kein Poſtſchiff von Mecklenburg und Lübeck darf nach Kopenhagen mehr gehen. Will er uns abſperren von der See, ſo ſperren wir ihn ab von dem Lande. Mag er dann ſitzen in ſeinem Winkel und ſchmollen. Es darf kein Poſtſchiff mehr hingehen; denn da hat er den Vortheil, daß er Kundſchafterei treibt; er weiß von jeder Operation unſrer Armee; von jeder Strandbatterie; das wird ihm Alles brühwarm mitgetheilt; kurz Poſtſchiffe dürfen nicht mehr hingehen. Es muß der Krieg auf eine andere Weiſe geführt werden: die däniſchen Gefangenen müſſen tiefer ins Land gebracht werden, nicht nach Rendsburg, nicht nach Stade, wo die Hannoveraner ſie nicht haben wollen. Ueberall bringe man die däniſchen Gefangenen hin. (Heiterkeit.) Jeder Staat Deutſchlands, der Truppentheile geſchickt hat, muß Dänen zu ſehen bekommen. Dann wird man begreifen und die Dänen werden ſich's merken, daß Deutſchland ein großes Land iſt. Ueberhaupt müſſen wir den Krieg mit Dänemark auf eine ernſte Weiſe führen. Wir wollen dem Beiſpiel unſeres früheren großen Gegners Napoleon folgen: Alles, was als Däne in Deutſchland lebt, in Gefangenſchaft geſetzt!" (Heiterkeit.)

Hr. Gevekoht: „So lange wir nicht aus dem Proviſorium herauskommen, werden wir auch keine Kriegsmarine haben. Wer ſoll uns dienen, welcher tüchtige Seeoffizier ſeine Stellung aufgeben, ſo lange wir ihm keine geſicherten Verhältniſſe zu bieten haben!" Die beantragten Kaperbriefe anlangend, ſo iſt Herr Gevekoht nicht der Meinung, daß ſolche bei dem geringen Umfange der däniſchen Handelsmarine von Wirkung ſein werden und räth ebenfalls die Angelegenheit dem Reichsminiſterium zu überlaſſen.

Hr. Wedekind verwirft das Inſtitut der Kaperbriefe als ein unſittliches und unwürdiges Kriegsmittel. (Beifall.)

Hr. Merck von Hamburg ſchreibt es dagegen der mangelhaften Leitung der deutſchen Marineangelegenheiten zu, daß wir ſeiner Behauptung nach, von einer Kriegsflotte auch noch gar nichts beſitzen als Ernennungen! Aber gegen die Ausgabe von Kaperbriefen ſpricht er ſich dringend aus im Namen der Menſchlichkeit und Geſittung und wie Hr. Wedekind beantragt auch er Uebergang zur Tagesordnung über den Gegenſtand.

Hr. Meier aus Bremen nimmt den Marineausſchuß gegen die Vorwürfe des Hrn. Merck in Schutz.

Unterſtaatsſekretär Hr. Fallati bemerkt im Namen des Reichsminiſteriums, daß dies vollkommen übereinſtimme in der Abneigung, die gegen Kaperbriefe von verſchiedenen Vorrednern hier ausgeſprochen worden. Doch ſolle man der Centralgewalt nicht geradezu und für alle möglichen Nothfälle das Recht der Kaperbriefe abſprechen. Außerdem gibt Hr. Fallati, Hrn. Merck zu widerlegen, eine Auseinanderſetzung der Umſtände, unter welchen die „Akadia“ bei Texel geſtrandet. Der Offizier, der das Fahrzeug führte, folgte demnach nur den Anordnungen des geprüften Lootſen, den er an Bord hatte.

Nachdem hiernach die Debatte geſchloſſen iſt, wird über den, die Kaperbriefe betreffenden Ausſchußantrag der einfache Uebergang zur Tagesordnung angenommen. Die auf den däniſchen Krieg bezüglichen Petitionen dagegen werden dem Reichsminiſterium zugewieſen. Zum Beſchluß erhoben aber wird der dazu geſtellte Zuſatzantrag von Herrn Röder und Genoſſen:

„Die Nationalverſammlung wolle dem Reichsminiſterium dringend empfehlen, bei den demnächſt wieder aufzunehmenden Friedensunterhandlungen:

1) vollſtändige Entſchädigung für die durch Fortnahme deutſcher Handelsſchiffe und Güter ſeit dem Frühjahre des vorigen Jahres zugefügten Verluſte und

2) Befreiung aller deutſchen Schiffe und ihrer Ladungen von den Sundzöllen von Dänemark zu fordern und zu erwirken. Bis dahin aber

3) Veranſtaltung zu treffen, daß zur Deckung der ad 1) zu machenden Anſprüche in den hoffentlich durch die Erfolge der deutſchen Waffen in Beſitz zu nehmenden feindlichen Gebietstheilen zureichende Kontributionen beigetrieben und in Verwahrung genommen werden und

4) im Intereſſe des deutſchen Handels dieſe Abſichten der däniſchen Regierung zur Warnung mitzutheilen.“

(Unterſtützt von Kratz, Kosmann, Gieſebrecht, Sprengel ꝛc.)

Schließlich verkündet der Vorſitzende noch den erfolgten Austritt eines vierten öſterreichiſchen Abgeordneten, nämlich des Herrn Stein aus Görz. Die nächſte Sitzung findet Donnerſtag den 19. April ſtatt und wird aus mehreren Berichten eine ſogenannte „unſchuldige“ Tagesordnung dafür zuſammen geſtellt.

⊞ **Frankfurt,** 17. April. Man verſichert, daß die jüngſte öſterreichiſche Note nicht vollſtändig der Oeffentlichkeit übergeben ſei. In dem Abdrucke der Wiener Zeitung fehlt eine Stelle, worin es heißt, Oeſterreich werde nimmermehr zugeben, daß eine auswärtige Volksvertretung mitzuſprechen habe über die Regierung öſterreichiſcher Provinzen. Es ſoll ganz am alten Staatenbunde feſtgehalten werden!

Die kurze Friſt, welche Preußen geſtellt hat für die Erklärung der Regierungen iſt viel zu lang, um nicht unheilvollen Machinationen Raum zu geben. Baiern, Sachſen (?), Hannover ſollen verſuchen, ſich an Oeſterreich anzulehnen. Das jetzige preußiſche Miniſterium ſcheint nicht einmal eifrige Wünſche für den Beitritt der Königreiche zu hegen. Denn wenn ſie nicht beitreten, ſo kann es um ſo eher ſagen, die Reichsverfaſſung iſt für das Ganze gegeben, und paßt nicht für einen Theil. Unterdeß, daß Preußen ſo unbekümmert ſcheint, verfolgen bairiſche Abgeordnete wunderbare Pläne. Wenn Preußen ablehne, ſo ſei die Gelegenheit gegeben zu Baierns Erhebung. Baiern ſolle annehmen; Rheinland und Weſtphalen würden dem Reiche zutreten, und Preußen würde in den Nordoſten zurückgeworfen. So chimäriſch das erſcheinen mag, ſo läßt es ſich nicht wegläugnen, daß die Gefahr einer allgemeinen Verwirrung droht, wenn Preußen nicht ſeine kleinlichen Bedenken fahren läßt und ſich gleich den übrigen Staaten zu einer unumwundenen Anerkennung einer Verfaſſung entſchließt, welche, wie ſich an allen Ecken und Enden zeigt, bereits viel tiefere Wurzeln im Bewußtſein des Volkes geſchlagen hat, als die preußiſchen Miniſter oder ſelbſtweiſe Doktrinärs glauben mögen. Auf Camphauſen laſtet jetzt eine furchtbare Verantwortlichkeit. Aller Augen ſind auf ihn gerichtet. Wenn er ſich zum Werkzeuge der preußiſchen Miniſter hergibt, ſeine Hand bietet zur Ausführung von Plänen, welche den in Ihrem geſtrigen leitenden Artikel enthüllten auch nur von ferne gleichen, ſo iſt die Nation um einen ihrer beſten Namen ärmer. Der ſchönſte Ehrenplatz iſt für ihn beſtimmt, wenn durch ihn das Siegel gedrückt wird auf das große Werk des Jahres 1848.

*** **Frankfurt,** 17. April. In der geſtrigen Sitzung der Reichsverſammlung zeigten denn 30 öſterreichiſche Abgeordnete, darunter 25 in einer gemeinſchaftlichen Erklärung, ihren Austritt aus der deutſchen Reichsverſammlung an. Keine Aeußerung des Beifalls oder Mißfallens gab ſich darüber zu erkennen. Dies geſchah Vormittags in der Paulskirche und am Abend ſollten die bis dahin ihrem Mandate treu gebliebenen öſterr. Abgeordneten ſich im „Hotel Schröder“ verſammeln, um von der am Samſtag Abend gewählten Kommiſſion, die an die öſterr. Regierung zu richtende Vorſtellung vorgelegt zu erhalten. Wie behauptet wird, fanden ſich ohngefähr ein halbes Hundert öſterr. Abg. ein. Die Vorſtellung wurde verleſen, debattirt und angenommen. Angeſichts der letztern öſterr. Note oder vielmehr der Antwort des Ollmützer Miniſteriums auf die preußiſche Cirkularnote, weigerten ſich einige öſterr. Abg. die Vorſtellung zu unterzeichnen, weil ſie nun doch austreten müßten. Die öſterr. Mitglieder der äußerſten Linken ſollen die Weigerung der Unterſchrift nicht motivirt haben. Die Vorſtellung wird mit den erhaltenen Unterſchriften nach Wien abgeſendet werden. In materieller Hinſicht kann mit dieſer Vorſtellung nichts bezweckt werden, denn die öſterreichiſche Regierung wird die Gründe für die Nothwendigkeit des längern Verweilens der öſterreichiſchen Abgeordneten nicht anhören wollen, da ſie ja dekretirt hat, es beſtehe dieſe Verſammlung nicht mehr für Oeſterreich. Immer noch der alte Hochmuth, welcher gewohnt iſt auf Deutſchland mit Geringſchätzung herabzublicken. Wenn die Ollmützer Kamarilla das Urtheil vernimmt, welches das deutſche Volk über jene Antwort fällt, dann wird ſie wiſſen, wie es um die Stimmung in Deutſchland ſteht. Kein deutſcher Mund, der ſich nicht mit Entrüſtung über jene Antwort ausſpricht. Alles kommt nun aber darauf an, ob ſich Deutſchland und Preußen durch die öſterreichiſche Antwort einſchüchtern laſſen. Das Volk hofft es nicht, die Eingeweihteren beſorgen und die ultramontane Partei wünſcht es. Leider wird behauptet, Hr. Camphauſen ſei aus Berlin zwar mit umfaſſenden Inſtruktionen aber dennoch mit trüben Ausſichten für Erfüllung der Wünſche des deutſchen Volkes zurückgekehrt. Hr. Camphauſen hatte alsbald mit dem Reichsminiſterpräſidenten v. Gagern und andern einflußübenden Perſonen, u. a. auch mit Hrn. v. Schmerling Beſprechungen.

*** **Frankfurt,** 17. April. Geſtern Nachmittag fand in Würzburg eine Volksverſammlung ſtatt, in welcher, wie man bereits wiſſen will, der Antrag auf Annahme der von der Reichsverſammlung endgiltig feſtgeſtellten Verfaſſung, und ſomit auch für die des erblichen Kaiſerthums angenommen worden ſein ſoll.

* **Frankfurt,** 17. April. Eine geſtrige Plenarberathung des Dreißigerausſchuſſes führte noch keine Verſtändigung über einen Bericht oder ein Majoritätsgutachten herbei. Von den weiter geſtellten Einzelanträgen ſtehen zwei, von Umbſcheiden und Venedey, dem (geſtern von uns mitgetheilten) Raveaux'ſchen am nächſten. Wir begnügen uns, den von Waitz geſtellten Antrag unten mitzutheilen. Heute ſoll die Berathung fortgeſetzt werden, und der Ausſchuß hofft, ſich über einen Majoritätsantrag einigen zu können, indem der vorgeſchlagene Vollziehungsausſchuß wohl keinen Eingang finden wird.

Die deutſche Nationalverſammlung 1) erklärt, in Uebereinſtimmung mit ihrer nach Berlin geſandten Deputation, daß die Annahme der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen und verkündeten Reichsverfaſſung und der auf den König von Preußen gefallenen Wahl zum Kaiſer, von einander nicht zu trennen ſeien; 2) ſie beſchließt, daß die Preußiſche Regierung aufzufordern ſei, in kürzeſter Friſt ihre in Ausſicht geſtellte definitive Erklärung über die Annahme der Verfaſſung und der Würde des Reichsoberhauptes abzugeben; daß ebenſo die übrigen deutſchen Regierungen, welche ſich noch nicht für die Annahme der Verfaſſung erklärt haben, aufzufordern ſeien, ihre Anerkennung derſelben auszuſprechen; 3) ſie beſchließt die Centralgewalt aufzufordern mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln für die Durchführung der Verfaſſung mitzuwirken; 4) wie Nr. 3 des Kierulff'ſchen Antrages.

⁝ **Frankfurt,** 17. April. Der preußiſche Bevollmächtigte hat in einer an die Bevollmächtigten der Staaten, welche die Collektivnote vom 14. April unterzeichnet hatten, ein Schreiben gerichtet, in welchem er den Empfang derſelben anzeigt, und bemerkt, daß durch dieſen Schritt die von Preußen beabſichtigte commiſſariſche Verhandlung überflüſſig geworden ſei, und er daher weitere Inſtruktion erwarte.

⁝ **Frankfurt**, 17. April. Es treffen immer noch Bevollmächtigte ein. Geſtern kamen Herr v. Schenck und Herr Wippermann von Kaſſel an.

△ **Wien**, 11. April. Unſer Geſammtminiſterium iſt nach Ollmütz berufen und bereits dahin abgegangen, und zwar in Begleitung des ruſſiſchen Geſandten. Man vermuthet, daß Graf Stadion auf einer Aenderung des ungariſchen Oberkommando's beſtehen wird und ſieht mit Spannung dem Ergebniß dieſer Verhandlungen entgegen, da man wohl fühlt, daß ſie für die Ehre und Freiheit Oeſterreichs entſcheidend werden können, inſofern man die ruſſiſche Intervention für Ungarn in Anſpruch nimmt oder der eigenen Kraft vertraut. In dem letzteren Falle würde die Geſammtmonarchie den letzten Tropfen Blutes aufbieten, um Ungarn zu reduziren, denn die ruſſiſche Hülfe wird in jedem der Kronländer verabſcheut. Aber freilich müßte man dann auch die drohende Sprache gegen Deutſchland aufgeben und dies iſt von unſerm Miniſterium nach all ſeinen impoſanten Noten kaum zu erwarten; man ſieht daher mit ebenſo fieberhafter Aufregung den diplomatiſchen Reſultaten entgegen, wie den ſtrategiſchen bei Peſth. Heute traf der Sohn des Fürſten Windiſchgrätz hier ein und pfeilſchnell gab die öffentliche Stimmung ihren Wünſchen Worte und wollte wiſſen, daß er die Demiſſion ſeines Vaters bringe. Man weiß, daß in der Nähe von Peſth gekämpft wird, ob aber die Ungarn einen Schlag auf Peſth oder auf Komorn unternehmen wollen, iſt unmöglich zu erfahren. Wenn Peſth bedroht iſt, warum ſpricht man immer wieder von Komorn und iſt Komorn bedroht, warum hat man dem dortigen Cernirungskorps 10,000 Mann entzogen und zum Schutze Peſths verwendet? Dies ſind Räthſel, welche ſich erſt löſen können, wenn wir über die ſeit Monaten vorbereiteten Plane des Fürſten Feldmarſchalls Aufſchluß erhalten werden. In Peſth iſt das Gerücht verbreitet, Waizen ſei von den Ungarn wieder genommen und die magyariſche Partei iſt ihrer Sache dort ſo ſicher, daß ſie trotz des Belagerungszuſtandes für die geſangen eingebrachten Honveds eine öffentliche Geldſammlung veranſtaltete. Der Solter Bezirk (im Peſther Komitate) ſoll wieder in vollem Aufſtande ſein. Die in letzter Zeit vorgekommenen Plünderungen durch Kroaten in Peſth ſelbſt, haben ſogar viele Bürger in ihren „guten Geſinnungen" wankend und dem Magyarismus zugänglich gemacht. Ueber Wien kann ich Ihnen heute gar nichts berichten, denn wir ſind nur körperlich anweſend, unſer Geiſt lebt und forſcht in Ollmütz, in Peſth, in Berlin, in Frankfurt, kurz er iſt überall mehr beſchäftigt, als hier. Sogar die Heiterkeit über die letzte Kundmachung des Gouverneurs hat aufgehört und der Indignation Platz gemacht, ſeit man weiß, daß das Verbot gegen die „rothen Abzeichen" auch auf das weibliche Geſchlecht ausgedehnt wird und ein Sicherheitswächter in ſeinem Dienſteifer einem Mädchen die rothen Korallen, welche es trug, vom Halſe wegriß.

△ **Wien**, 12. April. Die hieſige Garniſon hat in den letzten Tagen großen Abbruch erlitten; alles was irgend entbehrlich ſcheint nimmt die Richtung von Waizen und alle überflüſſigen Wachpoſten ſind eingezogen, wie z. B. in der kaiſerlichen Hofburg. Der Abgang wird zum Theil wenigſtens durch neue Ankömmlinge erſetzt; ſo traf geſtern eine Diviſion Mengen Küraſſiere aus Ollmütz hier ein. Alle unſre Journale, die ſich im Belagerungszuſtande noch einigermaßen zu reden trauen, fallen heute über die Note vom 8. April her. Die Oſtdeutſche Poſt fragt, wie ſie ſchon oft gethan, was denn das Miniſterium eigentlich wolle, nachdem es Deutſchland „ſchon ſo oft" wiederholt, was es nicht wolle; und die „Preſſe" ſo miniſteriell ſie auch iſt, deckt unbarmherzig die Inkonſequenz auf, mit welcher die Note die deutſche Reichsverſammlung ignorirt, die von ihr eingeſetzte Centralgewalt aber anerkennt! Sie fürchtet, die Regierung habe ſich mit ihrer negirenden Politik in eine Sackgaſſe begeben, aus der man nur herauskomme, wenn man einfach zurück gehe, oder die Häuſer abbreche, die im Wege ſtehn; ſie ſchließt mit den Worten: „Wir können es nicht verſuchen wollen, Einheit der Gedanken und des Syſtems in eine Sache zu bringen, in der man, von verſchiedenen Ideen getrieben und beſtimmt, nach Allem als Auskunftsmittel greift, das den Mangel großer, durchgreifender Thatkraft verhüllt." Wir fürchten aber, daß ſich die Preſſe mit dieſem Schluſſe irrt, denn ſie vergißt, daß wenn auch unſre Regierung an Mangel an Thatkraft leiden ſollte, hinter ihr Rußland ſteht, welches dieſen Mangel gerne ausgleichen wird. Das Miniſterium kann daher ſo ſprechen, wie es ſpricht, ohne ſich in dieſer Beziehung wenigſtens ſelbſt zu widerſprechen. Als Troſt wiederholt man uns übrigens von vielen Seiten, der Kaiſer ſei perſönlich der ruſſiſchen Intervention abgeneigt, treu ſeinem Wahlſpruch: viribus unitis.

♀ **Berlin**, 15. April. Den Behörden iſt von glaubwürdiger Seite die Anzeige gemacht worden, es ſeien für demokratiſche Verbindungen 800 Stück Karabiner eingebracht worden, und die Polizei hat darauf hin Nachſuchungen angeſtellt. Die von Jung in der zweiten Kammer zur Sprache gebrachten Ausweiſungen ſind zum größten Theil auf Requiſition des Magiſtrats erfolgt. Auf Rodbertus ſind die allerdings mangelhaften Fremdenpolizeigeſetze angewandt worden. Der Miniſter des Innern hätte dieſe Ausweiſung gern verhindert; er hat ſie aber ſo ſpät erfahren, daß er nichts mehr thun konnte, ohne den General von Wrangel zu compromittiren! Die neueſte öſterreichiſche Note, die wie es ſcheint, der Hochmuth eingegeben hat, der vor dem Falle kommt, hat hier Staunen und Indignation erregt. Nun, ruft man ſich zu, wird ſich Preußen von Oeſterreich emanzipiren! Man erzählt, daß der König gleich nach dem Empfang der Note ſelbſt eine Antwort entworfen habe, die ſehr entſchieden laute, und freut ſich dieſer Ermannung. Soviel iſt klar, daß, wenn ſich Preußen dieſes bieten ließe, es verdiente, künftig eine ſekundäre Rolle zu ſpielen. Die neueſten Nachrichten vom ungariſchen Kriegsſchauplatze, wonach die Ungarn im Begriff wären, Komorn zu entſetzen, erregen hier das größte Aufſehen. Oeſterreich ſteht eine Kataſtrophe bevor. Möge es das deutſche Vaterland ſein, welchem der Gewinn der Ereigniſſe zufällt!

Kaſſel, 15. April. Die Stände-Verſammlung iſt geſtern Nachmittag in außerordentlicher Sitzung durch allerhöchſtes Reſkript auf unbeſtimmte Zeit vertagt worden.

☽ **Darmſtadt**, 16. April. Nicht bloß unſere vaterländiſchen und konſtitutionellen Vereine regen ſich mit Adreſſen an die Reichsverſammlung und an die Regierung im Sinne des Beitrittes zu der am 28. v. M. verkündeten Reichsverfaſſung. Mehrere hier wohnende Mitglieder der 2. Kammer der Stände, welche bis zum 23. d. ihre Sitzungen ausgeſetzt und ſich beurlaubt hat, haben durch eine Eingabe an ihren Präſidenten, die Kammer zu gleichem Schritte zu veranlaſſen geſucht. Sie kündigen darin ihre Abſicht an, folgenden Antrag zu ſtellen:

„I. Hohe Kammer wolle erklären:

1) daß ſie, wie ſie ſtets die verfaſſunggebende Gewalt der deutſchen Reichsverſammlung anerkannt habe, ſo auch jetzt die verkündete Reichsverfaſſung als gültiges Grundgeſetz für Deutſchland anerkenne und unverbrüchlich daran feſthalten werde, 2) daß ſie ebendeßhalb eine gemeinſame Berathung der deutſchen Regierungen über die Reichsverfaſſung für unzuläſſig und zwecklos erachte, 3) daß ſie vielmehr, geſtützt auf die freudige Zuſtimmung des heſſiſchen Volkes mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln und Kräften für alsbaldige Einführung und Aufrechthaltung dieſer Verfaſſung zu wirken und einzuſtehen bereit ſei, 4) daß ſie es tief beklagen müſſe, wenn die Krone Preußens die ihr angetragene Kaiſerwürde ablehnen und das preußiſche Volk eine ſolche Ablehnung zugeben würde.

II. Die großherzogliche Regierung zu erſuchen, dieſer Erklärung ſich anzuſchließen, nach derſelben zu verfahren, auch ſolche zur Kenntniß der Reichsverſammlung und der Krone Preußen zu bringen.

III. Die 1. Kammer einzuladen, eine gleiche Erklärung und Bitte auszuſprechen;"

und erſuchen wegen augenſcheinlicher Dringlichkeit der Sache den Vorſitzenden der 2. Kammer, die letztere zum Zweck der Berathung und Beſchlußfaſſung über obige Anträge unverzüglich einzuberufen. Unterzeichnet iſt die Eingabe von den Abgeordneten Wolbard, Elwert, Schenk, Kahlert, K. Zöppritz, Chr. Zöppritz und Reh.

Altenburg, 13. April. In Folge der in Freiberg ſtattgefundenen Wahl des Advocaten Erbe zum Nationalvertreter hat das hieſige Stadtgericht, Bezug nehmend auf das Reichsgeſetz vom 30. Sept. v. J., die gegen denſelben anhängigen Unterſuchungen vorläufig ſuspendirt, bis die Entſcheidung der Reichsverſammlung über deren Fortſetzung erfolgt ſein wird. Es ſind deshalb auch die von der gedachten Behörde wiederholt gegen Erbe erlaſſenen Steckbriefe bis auf weiteres außer Wirkſamkeit geſetzt worden.

(L. Z.)

Schwerin, 13. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenverſammlung wurde folgender Antrag von Pohle, Bolten, Spangenberg ꝛc.: „Die Kammer der Abgeordneten wolle beſchließen und den Beſchluß ſchleunigſt der Reichsverſammlung zu Frankfurt a. M. mittheilen: die mecklenb. Kammer der Abgeordneten, fern davon, die Feſtigkeit der hohen Reichsverſammlung in Aufrechthaltung und Durchführung der von ihr beſchloſſenen

№ 106. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 17. April 1849.

Ueberſicht.

Afrikaniſche Schneegebirge in der Nähe des Aequators.

Deutſchland. Breslau (Die ſchleſiſche Leineninduſtrie.) Weimar (Der Herzog von Gotha und die thüringiſchen Kontingente.)

Belgien. Brüſſel (Geſetzentwürfe. Oeſterreichiſche Orden. Diplomaten-Kongreß. Der Socialismus.)

Amerika. Vereinigte Staaten (Der neue Geſandte für Berlin. Einrichtung des Miniſteriums des Innern. Hr. Clay als Anwalt der Sklavenemancipation. Preisausſetzung auf die Ermordung ſämmtlicher deutſchen Fürſten. Folgen des ſtrengen Winters. Kommodore Parker.) Mexiko (Die Finanznoth. Santa Anna. Der neue Tarif.) Neu Granada (Meſſungen für die Panama-Eiſenbahn.) Jamaika (Eine neue Verfaſſung gefordert. Vertagung der Kammern.) St. Lucia (Negeraufſtand.) Hayti (Streitigkeiten mit der Republik Frankreich. Aufbruch des Präſidenten gegen die öſtliche Republik.).

Chriſtian der Achte.

Afrikaniſche Schneegebirge in der Nähe des Aequators.

⊙ **London**, 11. April. Von den Herren Krapf und Rebmann, zwei deutſchen Miſſionären, welche im Dienſte der großen engliſchen Miſſionsgeſellſchaft ſich in der Gegend von Mombas in Oſt-Afrika, unterm vierten Breitengrade, aufhalten, ſind neuerdings Reiſeberichte eingelaufen, mit ſo wichtigen Neuigkeiten über die gewaltigen Geheimniſſe jener Länder, daß ich Ihnen ſchon jetzt Einiges und das Hauptſächlichſte davon mittheilen möchte. Binnen Kurzem wird der Eine Reiſende, Dr. Krapf, in England erwartet, und mit ihm noch genauere Kunde beſonders über die von ihm perſönlich bereiſten Gegenden, welche im Süden von Mombas liegen (vom 4. bis 6. Grad S. Br.) Des andern Deutſchen, Hrn. J. Rebmann's Entdeckungsreiſe ging in faſt gerader Richtung weſtwärts von Rabbai, der damaligen Miſſionsſtation, die nur eine kleine Strecke von Mombas in's Land hinein liegt. Es wohnen auf dem ſchmalen aber langen Küſtenſaum, welchem Rabbai wie Mombas angehören, die Suaheli, ein Volksſtamm, der im Innern Afrika's die eigenthümliche Kunde verbreitet, die Europäer ſeien Menſchenfreſſer. Von dem Lande der Suaheli aus erhebt ſich die Gegend zu einer breiten, vielfach von Flüſſen durchſchnittenen Anhöhe, welche den Wanika zum Wohnſitze dient. Was hiervon weiter weſtlich liegt (bis zum 36. Grad O. L., etwa 46 geogr. Meilen landeinwärts) muß man ſich wie eine Reihe unendlich weiter Flächen vorſtellen, aus denen einzelne Gebirgsmaſſen 4—6000 Fuß hoch ſich loslöſen. Das ebene Land iſt mit geringen Ausnahmen eine völlig menſchenleere Wüſtenei geworden, nachdem es vielleicht Jahrhunderte lang der Schauplatz mörderiſcher Kriege war, zwiſchen den Galla, welche im Nordoſten, und den Wakuaſi, welche im Nordweſten ein wildes Kriegerleben führen. Elephanten, Löwen und Hyänen, Gazellen, Zebra's und Antilopen, und alle dieſe auch nur ſpärlich, bewohnen die öden Flächen. Dahingegen trägt ein jedes der bezeichneten Gebirge ſeine eigene Völkerſchaft, jede von der andern in Sitten und Einrichtungen, wie durch die Natur, vollſtändig getrennt, und alle in ſteter Furcht der Räuberzüge, welche von Nordoſt und Nordweſt zu erwarten ſtehen. Das letzte dieſer Gebirgsländer nun iſt es, welches dem erſtaunten Auge unſers Reiſenden das Wunderſchauſpiel eines mit ewigen Schnee bedeckten Berges Kilimandſcharo gewährte. Er hatte viel Sagen über das Land der Dſchagga vernommen, und wie da ein Rieſenberg ſtände, von Gold und Silber, und böſe Geiſter darauf hauſeten, die den Wandrer erwürgen und hier ſah er mitten aus der Pflanzenwelt eines ewigen Sommers den gewaltigen Kegel hinanſteigen, den kein Einwohner ohne Schrecken betrachtet, von dem Niemand zu ſagen vermag, womit er denn bedeckt ſei. Auf die Frage: Iſt das eine Wolke, welche über jenem hohen Berge ſchwebt? erwiedert der Führer: Nein, es iſt „Kälte". Vor einem Menſchenalter hatte einmal ein mächtiger Häuptling unter den Dſchagga eine Schaar von Männern zur Erforſchung ausgeſendet, doch nur Einer kehrte zurück, ſeine Hände und Füße jämmerlich abgeſtorben und ſeine Sinne voll der Erinnerung an wilde Geiſter, die ſeine Gefährten in Abgründe gejagt hatten. Nur Eins außerdem konnte er in ſein Gedächtniß zurückrufen, und das war ein großes Thor, das durch zugeſpitzte eiſerne Stangen geſichert war — ganz gleich dem Thore, welches zu der portugieſiſchen Feſte auf Mombas führt! *) Es ſtand offen, wie der Unglückliche berichtete, aber er hatte ſich nicht getraut über die Schwelle zu treten.

Der Schneeberg Kilimandſcharo liegt etwa unter dem 36 ° O. L. und unter 3 ° 40′ SB. Noch nie hatte Europa Kunde von ihm erhalten — wenn auch vielleicht die Portugieſen von der See landeinwärts an mehreren Orten befeſtigte Plätze unterhalten haben mögen. Denn jene Spur iſt nicht die Einzige: der Führer unſers frommen Reiſenden wollte auf einem Wege innerhalb des Dſchagga-Landes eine Verſchanzung wie für Batterien — und mehr noch, etwa ſieben Tagereiſen ſüdwärts vom Kilimandſcharo die Trümmer einer großen Feſtung und darin eine zerbrochene Kanone geſehen haben. Auch Rebmann hat ſich ihm nicht mehr als auf eine Tagereiſe genähert. Er wollte vermuthlich bei dem erſten Beſuch in dieſe Gegenden nicht durch Neugierde die Gunſt des Häuptlinges Maſäki verſcherzen, in deſſen Staat er eingewandert und von dem er mit großer Freundlichkeit war empfangen worden.

Ueberhaupt ſind die Dſchagga unter den Oſtafrikanern wirklich noch ein höher ſtehendes Geſchlecht. Zwar ruft der Apoſtel des Wortes bei ihrem erſten Anblick aus: „Japhet ſchreiet nach Weisheit, Sem nach Zeichen und Wundern (vgl. I. Kor. 1, 22) Ham nach einem Kleid welches ihn bedecke!" denn er findet die Dſchagga-Männer mit Ausnahme der Krieger gänzlich entblößt, oder nur mit einem Zierrath am Kopf oder Arm verſehen. Der Volksſtamm iſt dennoch ein geſunder, durch Reinlichkeit und Geſchicklichkeit ausgezeichneter: beſonders pflegen auch die Frauen die Kunſt der Stickerei mit Glasperlen, worin ſie einen guten Anfang gemacht haben ſollen. Sie leben in getrennten Staaten, deren jeder vom andern durch tiefe ſenkrechte Gräben geſchieden iſt, und innerhalb der Staaten wiederum bildet jeder Hof, aus einer bis vier Hütten beſtehend, einen getrennten Kreis. Es kann keine unbegrenztere Despotie geben wie die in den Einzelſtaaten von Dſchaggaland herrſchende. „Als Götter verehren ſie die Könige" würde es ein griechiſcher Beſchreiber genannt haben. Denn neben dem Häuptling oder Mandſchi gibt es nur Emſöro, welches einen Soldaten und auch einen Sklaven bezeichnet. Alle männlichen Knaben ohne Ausnahme werden, ſobald ſie erſt der Pflege der Mutter entwachſen ſind, gemeinſchaftlich erzogen und allmälig zum Dienſte des Häuptlings, zum Hüten ſeiner Wohnungen oder der Landesgrenze, und zum Bauen von Waſſerleitungen verwendet. Sich vermählen darf der Dſchagga nur mit der Erlaubniß ſeines Mandſchi — der Mandſchi führt die Erwählte ihm zu, er verkündet die beiden als Eheleute, und er ſchenkt Bananentrank zum Hochzeitsfeſte. Nach des Reiſenden Bericht wäre das Land für Miſſionen beſonders geeignet, weil die bloße Freundſchaft des Mandſchi Leben und Ruhe des Miſſionärs verbürgt — nur müßte der Europäer nicht allein, ſondern mit einer Anzahl guter Handwerkerfamilien zugleich, ſich anſiedeln.

Denken wir uns den 25. Mai 1848, wo Rebmann, der gnädigen Erlaubniß des Häuptlings zufolge, einen 2000 Fuß hohen Berg hinanſtieg um das Land ringsum zu betrachten. Er hatte vor etwa 14 Tagen über verſchiedene Gräben weg und unter einem äußerſt engen Pförtchen hindurch ſich zu ihm begeben, und war von ihm in Gegenwart ſeiner Miniſter empfangen worden. Alle trugen Felle, und die Miniſter waren von einander durch mannigfaltige Mützen vom ſelben Stoffe unterſchieden: „der König allein", ſo erzählte der Führer „iſt durch ſein Angeſicht kenntlich." Nach einem feierlichen Empfang war Rebmann in eine Hütte geführt worden, die ziemlich einſam mitten in einem Walde von Bananen-Bäumen lag. Nun waren mehrere Tage hindurch Beſuche gewechſelt worden, der König hatte die ſchlichten Geſchenke des Europäers angenommen, und ſein Finanzminiſter Rehani hatte das Glück, während eines Beſuches vom Regen feſtgehalten zu werden und nun bis dieſer wieder aufgehört hatte, eine vollſtändige Predigt anzuhören. Schließlich war dem „Weißen" eröffnet worden, daß er und ſeine Freunde zu jeglicher Zeit willkommen ſein würden, er möge noch ein paar Tage bleiben und während der Zeit ſich umſehen, wie und wo er wolle. Das führte er denn am 25. Mai aus und hatte auf einer geringen Anhöhe die Freude, eine Umſchau der herrlichſten Art halten zu können. Da ſtreckte ſich im Oſten die Wüſte bis dicht

---

*) Auf der äußern Wand der Mombas-Feſtung befindet ſich unter Anderm eine portugieſiſche Inſchrift vom Jahre 1639.

ans Meer*) vor ſeinen Augen aus, und urplötzlich aus demſelben emporſpringend die großen und kleinen Gebirgsmaſſen, welche er auf ſeiner Reiſe hierher kennen gelernt hatte**). Da legte ſich nordöſtlich der Bura vor, eine unendliche Maſſe, die geradewegs von Norden nach Süden ſtreift: Der Reiſende hatte drei bis vier Parallelketten dieſer Alpen auf ſeiner Wanderung überſtiegen, und zwiſchen ihnen die Taita angeſiedelt gefunden, ein kränkliches widerliches, grenzenlos dummes Volk. Ein jedes Knäuel von Bergen, wie er ſie nun eins nach dem andern überſchauen konnte, war der Sitz eines eigenen Volkes. So viel er deren kannte, waren dieſe Völker im geraden Gegenſatze von den Dſchagga, in dem Zuſtande vollkommener Demokratie. Unter den Wakamba, Wanika, Tare ꝛc. beſitzt kaum einer irgend welche Machtvollkommenheit oder auch nur eine irgend höhere Stellung, außer in dem Verhältniſſe, wonach einer mehr Kühe, Ziegen und Schafe ſein nennt als der andere. Ihre Rohheit geht ſo weit, daß z. B. die Wonika ſich die Urſache des Schattens, den ihre eigenen Leiber auf den Boden werfen, nicht klar machen können, ſondern ſich vor demſelben, wie vor einem Geſpenſte, fürchten. Im Süd-Oſten traten ihm beſonders die maſſigen Gebirge von Ugono in die Augen, vor denen ein ſchöner tiefer See ſich hinzieht, Ibe genannt. An ſeinem Ufer liegt die einzige Gegend in der ungeheuren Wüſtenfläche, welche noch etwas bewohnt wird. Zwiſchen dem Dſchagga-Hochland aber und dieſem See mitten inne ergießt ſich ein reißender Strom mit Namen Gona, deſſen Quellen im heiligen Kilimandſcharo ſelbſt liegen, und der ſich ſpäter mit den Waſſern des Pangani gemiſcht, zwiſchen dem 5ten und 6ten Grad SB. in die See ergießt. Nur kümmerliche Hügelreihen konnte unſer Reiſender noch in weſtlicher Richtung gewahren; ſie ſtreckten ſich in ziemlicher Entfernung hinter den Kilimandſcharo aus, welcher an jenem Tage in eine dichte Nebeldecke gehüllt daſtand. Wandorobo iſt ihr Name; einige elende Völklein, von allen Nachbarn geplagt und zertreten, hauſen auf ihren Felſen umher. Eine wunderſame Nachricht bleibt aber noch mitzutheilen von einem Lande Kikujo, das etwa 8 bis 10 Tagereiſen in nordweſtlicher Richtung von Dſchaggaland entfernt liegen mag. Aus dieſem Lande kommen, ihren Handel zu treiben, Babilikimo, zu deutſch kleine Menſchen, in das Land der Dſchagga; da behauptet ein Führer der Miſſionäre ſie mit eigenen Augen geſehen zu haben; kleine, kleine Männlein.

Dieſe letzte Erzählung mahnt gewiß manchen Ihrer Leſer an jene drolligen Sagen, welche in griechiſchen Schriften über das Volk der Pygmäen umlaufen: vielleicht denkt er auch dabei des Zuſammenhanges, in welchen dieſe Zwerge mit den ungekannten Quellen des Nil gebracht werden. Es kann erfreulich ſein wiederum eine Erzählung Herodots, durch eine Wiederholung derſelben in unſern Tagen, beſtätigt zu ſehen, ſo weit die Wahrhaftigkeit des treuen alten Griechen in Betracht kommt. Viel wichtiger jedoch wäre es, dürfte man an den Namen Kilimandſcharo eine Hoffnung anknüpfen, welche ſchon manchem eine vergebliche geſchienen hat — die Hoffnung nämlich, daß jene Nilquelle noch zu entdecken ſei! Eine Miſſionsſtation unter den Dſchagga, am Fuße des Schneeberges, würde zum Ausgangspunkt dienen können. Wir erſehen aus dem vorliegenden Tagebuche (aus welchem alles irgend Wichtige hier aufgenommen worden iſt), daß dem Miſſionar durchaus keine eigentliche Fährlichkeit die Reiſe erſchwerte: er legte ſie mit neun Begleitern, ohne irgend bewaffnet zu ſein, zurück. Hoffen wir, daß bald der Fuß des Europäers in jenes Geheimniß von Oſt-Afrika leichten Schrittes eindringen möge! Möglich, daß der Kilimandſcharo die Waſſerſcheide des indiſchen Ozeans und des Mittelländiſchen Meeres bildet, daß wie er den Gona zur Oſtküſte, ſo den Nil zum ägyptiſchen Meerbuſen entſendet. Möglich auch, daß wir in ihm den Anfang eines afrikaniſchen Hochgebirges am Aequator kennen, deſſen Chimboraco noch zu finden wäre.

---

*) Der Führer zeigte Herrn Rebmann u. a. einen Berg Jombo nah am Meere und erzählte, daß man auf dieſem Berge ſtehend, das Dſchaggaland und die Inſel Zanzibor im Meer erblicken könne. Dieſe Inſel erſtreckt ſich vom 6. Breitengrade ſüdwärts etwa 12 Meilen, in einer Entfernung von ungefähr 7 Meilen vom Feſtland.

**) Siebzehn Tage hatte ſeine Reiſe bis zur Grenze der Dſchagga gewährt, wovon er zwei unter den Taita verlebte. Er hatte von Geſtrüpp ſehr viel zu leiden; im Uebrigen war weder über Hitze des Tages noch über Ausdünſtungen des Nachts zu klagen.

Deutſchland.

I Breslau im März. In unſerem Gebirge ſieht es fortwährend noch ſehr traurig aus und die durch den Verfall unſerer Leineninduſtrie herbeigeführte Noth iſt weit eher im Zu- als Abnehmen begriffen. Unſere Regierung hat zwar dieſem Gegenſtande die eingehendſte Aufmerkſamkeit gewidmet; aber die Löſung der Frage iſt ſehr ſchwierig und, in der früher geglaubten Weiſe wenigſtens, unmöglich. Es iſt vielfach von einer Aushülfe und Wiederbelebung der ſchleſiſchen Leineninduſtrie die Rede geweſen und amtliche, ſowie von Privaten zuſammengeſetzte Kommiſſionen, haben dieſe Frage namentlich im Laufe des letzten Jahres von allen Seiten erörtert. Das faſt übereinſtimmende Geſammtergebniß dieſer Unterſuchungen iſt aber die Antwort geweſen, daß eine Zurückbringung des Leinenhandels auf ſeinen früheren blühenden Stand eine unmöglich zu erreichende Aufgabe ſei, daß man vielmehr, um zu retten was zu retten ſei, die Hand-Spinnerei und Handweberei in Maſchinenſpinnerei und Weberei überzuführen und die dadurch brodlos werdende Bevölkerung in andere Erwerbsbahnen hinüberzuleiten ſuchen müſſe. Von dieſem Geſichtspunkte aus hat namentlich auch die hieſige Handelskammer, die aus den einſichtigſten Kaufleuten zuſammengeſetzt iſt, ſich dahin ausgeſprochen, daß z. B. die Einrichtung von Spinnſchulen u. ſ. w. nicht zu befördern ſei, indem dadurch die Meinung Platz greife, als ſei in dieſem Fache ein lohnender Lebenserwerb zu finden, während doch leider dem Handgewerbe eine Zukunft nicht blühen wird, vielmehr unſerer Leineninduſtrie nur dann eine Zukunft bevorſteht, ſofern ſie vollſtändig in Maſchinengewebe übergeht. Als Hauptgrund des überaus beklagenswerthen Verfalles hat ſich Folgendes vornehmlich herausgeſtellt: die gewaltige Ausdehnung der Baumwolleninduſtrie, welche faſt beſtimmt ſcheint, in den meiſten Fällen an Stelle der Leineninduſtrie zu treten, da ſchon ſeit längerer Zeit die, jetzt auch vielfach ſogar zu Hemden verwendeten baumwollenen Stoffe die leinenen und zwar nicht in Amerika allein, ſondern auch in Europa verdrängt haben und immer mehr verdrängen. Ferner, und dies macht ſich beſonders betreffs unſerer ſchleſiſchen Leineninduſtrie geltend, hat die ſchottiſche und iriſche Leinen-Maſchinenſpinnerei in den letzten Decennien einen ſo außerordentlichen Aufſchwung genommen, daß mit aller Noth unſere Maſchinen, unſer Handgewerbe aber gar nicht mit ihr zu konkurriren vermag. Dies zeigt ſich beſonders da, wo eine freie Konkurrenz ſtattfindet, auf den amerikaniſchen und ſüdeuropäiſchen Märkten, ſo wie überhaupt im auswärtigen Handel. Während dieſer früher vorzugsweiſe ſchleſiſche und andere deutſche Leinen begehrte, haben jetzt die wohlfeileren und ein gefälligeres Ausſehen beſitzenden ſchottiſchen und iriſchen Leinen dieſe Märkte faſt vollſtändig monopoliſirt und nur hier und da noch die größere Dauerhaftigkeit und alte Gewohnheit den deutſchen Abſatz aufrecht erhalten. Die Dauerhaftigkeit erſetzt aber nicht jene Eigenſchaften der britiſchen Leinen, Wohlfeilheit und gefälliges Anſehen, und die Erfahrung hat gezeigt, daß lieber oft die weniger gute und billigere Waare als die theuere gekauft wird. So iſt nur uns denn für den Conſum unſerer Leinenfabrikate hauptſächlich der innere Markt geblieben und ſelbſt auf dieſem finden wir uns aus oben gedachten Gründen durch die britiſche Konkurrenz trotz des uns zu Gute kommenden Schutzzolles ſehr eingeengt. Es iſt wirklich betrübend zu ſehen, wie ſelbſt in den alten Sitten ſonſt treu gebliebenen Gegenden der Heimath der Conſum britiſcher Leinen um ſich greift, wie man dies z. B. auf einſam gelegenen Gütern Pommerns, das in Folge der Eiſenbahnverbindung jetzt hauptſächlich von Berlin aus verſorgt wird, wahrnehmen kann. Was unſere feineren Leinen insbeſondere, als die lohnendſte Gattung, anlangt, ſo haben wir an Belgien, deſſen Flachserzeugung die unſere an Güte weit überflügelt einen ſchwer zu überwindenden Konkurrenten. Man hat bei uns vielfach Verſuche angeſtellt, einen gleich guten Stengel zu erzielen: doch mit Ausnahme der Beſitzungen des Hrn. v. Lüttwitz, auf denen ein dem belgiſchen faſt gleichkommendes Produkt erzeugt wird, hat dies wenig Erfolg gehabt; dennoch wird ein ſolcher bei erhöheter Sorgfalt, wie aus dem eben gedachten Beiſpiel hervorgeht, auch anderweit nicht ausbleiben. Und dies wird ein um ſo erfreulicheres Ergebniß ſein, als wir noch immer eine bedeutende Quantität belgiſchen Flachſes beziehen, und hier verarbeiten. Wie nachtheilig dies aber wirkt, indem durch den Transport des Rohſtoffes das Fabrikat nicht unbedeutend vertheuert wird, liegt auf der Hand.

Nach und nach hat ſich denn bei Allen mit der Sache Vertrauten die Anſicht ausgebildet, daß die Summe des zu Geſchehenden, um den weiteren Verfall dieſes Induſtriezweiges abzuwenden, in Folgendem zuſammen zu faſſen iſt: prinzipielle Verdrängung des Handgewebes durch das Maſchinengewebe; noch höhere Schutzzölle, um wenigſtens den inneren Markt uns zu erhalten; Erhöhung der auf die Flachskultur verwendeten Sorgfalt, um der Einfuhr fremden Flachſes entbehren und der Ausfuhr des fertigen Leinens, wo dieſe nicht mehr zu halten iſt, wenigſtens die Flachsausfuhr ſubſtituiren zu können. Darin liegt auch zugleich das Präventivmittel gegen das Heranziehen der künftigen Generation zu dem nicht mehr lohnenden Handgewebe, das jetzt ſchon ſtatt Brod leider nur Noth gewährt. Es bleibt dann allerdings noch die Aufgabe, die jetzige hand-ſpinnende und webende Bevölkerung zu einer anderen Beſchäftigung hinüberzuführen, was den zu dieſem Zwecke verbündeten Kräften der Staats- und der Privat-Aſſociation indeß leichter fallen dürfte, als es auf den erſten Blick ſcheint. Viribus unitis!

⊙ **Weimar,** 13. April. Mehrfach und noch zuletzt in einem Artikel aus Gotha in der Deutſchen Allgemeinen Zeitung vom 11. April iſt die Behauptung aufgeſtellt worden, die auf den Herzog von Gotha gefallene Wahl zum General einer Brigade in dem Schleswig'ſchen Feldzug habe in den übrigen thüringiſchen Staaten Anſtoß erregt und namentlich von Seiten des Weimariſchen Militärs die Weigerung hervorgerufen, ſich unter des Herzogs Kommando zu ſtellen. Zur Ehre der wahrhaft deutſchen Geſinnungen der angegriffenen Regierungen und Soldaten kann ich aus ſicherer Quelle allen derartigen Behauptungen widerſprechen. Die Maßregel, daß das Großherzoglich Weimariſche Kontingent einer anderen Brigade als der von dem Herzog von Gotha kommandirten zugetheilt worden iſt, konnte nur von dem Reichsminiſterium ausgehen, welches nach eignem militairiſchen Ermeſſen bei jener Verfügung gehandelt und am allerwenigſten zu derſelben von der Weimariſchen Regierung Veranlaſſung erhalten hat. Da ſomit die Soldaten des Weimariſchen Kontingents nie unter des Herzogs Befehlen geſtanden haben, ſo widerlegt ſich von ſelbſt das Gerücht, als hätten ſie ihm Gehorſam verweigert!

Die jetzt in Schleswig verſammelten Truppen verſchiedener deutſcher Volksſtämme zeigen ein ſchönes lichtes Bild deutſcher Einigkeit. Geben wir nicht zu, daß falſche Nachreden einen Schatten darauf werfen!

Belgien.

** **Brüſſel,** 8. April. Der Senat hat mit 28 gegen 2 Stimmen den von der Repräſentantenkammer mit großer Mehrheit angenommenen Geſetzentwurf, betreffend die Aufhebung des Bergwerksraths, faſt mit Einmüthigkeit (28 gegen 2 Stimmen) verworfen und ſich darauf bis zum 17. d. M. vertagt. Vorher war er mit dem Geſetzentwurf bezüglich der Poſtreform zu Stande gekommen, nachdem die Regierung denſelben in anderer Faſſung, als er in der zweiten Kammer, nicht aber auch im Senat durchgegangen war, vorgelegt hatte. Bekanntlich befürchtete das Miniſterium einen zu fühlbaren Ausfall in den Einnahmen, wenn der Portoſatz für den einfachen Brief ſofort auf 10 Cent. herabgeſetzt werden würde. Nach dem jetzigen Entwurf, der vom Senat genehmigt, beträgt das einfache Briefporto 10 Cent. bis auf eine Entfernung von 30 Kilometer, 20 Cent. aber für jeden größern Abſtand; allein der erſtere Satz ſoll für alle Briefe jeder Entfernung eintreten, ſobald das Reinerträgniß der Poſt ſich auf 2 Millionen Fr. belaufen wird. Die jüngſt über Aenderung des Miniſteriums umlaufenden Gerüchte beſtätigen ſich nicht. Oeſterreich iſt neuerdings verſchwenderiſch mit Orden hierher geweſen; auch König Leopold iſt zum Großkreuz des St. Stephansordens von Ungarn ernannt worden. Fortan wird das Miniſterium monatlich ein Bulletin administratif erſcheinen laſſen, worin ſämmtliche Umlaufſchreiben und die vornehmſten Handlungen der innern Centralverwaltung aufgenommen werden ſollen. Der „Politique" behauptet auf das beſtimmteſte zu wiſſen, daß der Diplomaten-Congreß zunächſt zur Schlichtung der italieniſchen Angelegenheiten nun zwar nicht in Brüſſel, doch entweder in Genf oder noch wahrſcheinlicher im Haag zuſammentreten werde. Ein europäiſcher Congreß, wie oft auch hinausgeſchoben, hat doch unter den gegenwärtigen Verhältniſſen durchaus nichts Unwahrſcheinliches (jedenfalls muß er in den Wünſchen gewiſſer Kabinette liegen), wenn wir auch nicht für die Völker, am wenigſten für Italien und Deutſchland, viel Heilſames davon erwarten. Könnte man im Haag nicht auch an eine europäiſche Schlichtung der deutſchen Frage von Limburg denken? So viel iſt gewiß, daß der Kongreß hier in Brüſſel aufgegeben, und der letzte dafür wirken wollende Diplomat abgezogen iſt. Es verdient wohl ins Auge gefaßt zu werden, daß die rothen Socialiſten, die hier eigentlich in keiner der Volksſchichten Boden gewinnen können, ſich in Belgien wie in Frankreich, beides aber von Paris aus, auf die Soldaten werfen und dieſe für ihre Zwecke durch die Winkelpreſſe zu bearbeiten ſuchen. Die „abpreſſende" Bettelei nimmt hier zu Lande auffallend zu, und man erinnert ſich nicht ohne Beſorgniß, daß auch im letzten Jahr vor der Februarumwälzung in Frankreich von dort Klagen über die Zunahme des Bettelunfugs erſchollen. In der Nachgiebigkeit der Behörden ſahen die ärmern Klaſſen einen Beweis der Milde für das Volk, aber das Betteln ſchien aufzuhören, eine Schande zu ſein, und bald darauf ward es im Großen geübt, man verlangte das Almoſen unter dem mißbrauchten Namen des Rechts auf Arbeit, und bald nach der Februarrevolution empfingen über 100,000 Arbeiter 2 Franken den Tag als Arbeitslohn, ohne dafür gearbeitet zu haben. Falſche Philanthropie hatte zu ungehörigen Anmaßungen verleitet, und falſche Popularitätsſucht ſie noch vergrößert. In allen jenen Dingen thut man wohl, des alten Satzes ſich zu erinnern: Principiis obsta. Die vlämiſchen Literatoren machen neue ungewöhnliche Anſtrengungen zu Gunſten der unauslöſchbaren Rechte ihrer Landesſprache, überhaupt für ihre gerechte vaterländiſche Sache. Darüber mit Nächſtem mehr.

Amerika.

* Vereinigte Staaten. Wir ſtellen hier die letzten Nachrichten, die aus den verſchiedenen Theilen Amerika's in England eingegangen ſind, überſichtlich zuſammen. Es iſt bereits erwähnt worden, daß die Ernennung des radikalen Herrn Hennegan zum Geſandten in Berlin, welche Polk noch am Vorabend ſeines Austritts verfügte, großes Aufſehen erregte. Ein Korreſpondent des Morning Chronicle aus Philadelphia erklärt dieſes Aufſehen zum Theil daraus, daß Hr. Hennegan früher ſehr entſchieden und beleidigend gegen Polk aufgetreten ſei, und unter andern in einer Rede die Nachgiebigkeit Polk's in der Oregonfrage, indem dieſer ſeine Forderung vom 54° auf den 49° herabſtimmte, mit den Worten geißelte: „Präſident Polk wird durch dieſe ſchandbare Handlung ſo tief geſunken ſein, daß die Hand, die ihn wieder aufrichten wollte, ihn nicht mehr erreichen wird." Hiernach ſcheint dieſe Ernennung Hrn. Polk, der großmüthig über Beleidigungen ſich hinwegzuſetzen weiß, eher zur Ehre als zur Unehre zu gereichen. Das neugeſchaffene Miniſterium des Innern, deſſen Chef Hr. Ewing iſt, wird aus einem Sekretär mit einem Gehalt von jährlich 6000 Doll. und einem Oberprotokolliſten mit einem Gehalt von jährl. 2000 Doll. zuſammengeſetzt ſein. Alle übrigen Unterbeamten dieſes Departements werden aus den andern Miniſterien genommen. Großes Aufſehen hat eine Denkſchrift des im Lande hochangeſehenen Hrn. Clay erregt, worin ſich derſelbe für allmälige Freigebung der Sklaven in Kentucky ausſpricht. Eine andere Druckſchrift, ſo fürchterlich ſie ausſieht, wird von den Nordamerikanern mehr von der komiſchen Seite betrachtet. Es iſt eine im „New-York Herald" veröffentlichte „Proklamation der Deutſch-Amerikaner an ihre deutſchen Brüder im alten Vaterland." Es iſt darin geſagt, daß nachdem die Unterdrücker der Menſchheit, die Kaiſer, Könige, Fürſten von ihren Gottloſigkeiten nicht ablaſſen wollten, nichts Anderes übrig bleibe, als ſie auf welche Art immer gewaltſam aus der Welt zu ſchaffen. „Dafür," heißt es weiter, ſetzen wir Deutſch-Amerikaner und unſere Brüder folgende Preiſe aus:

für die Ermordung des Kaiſers von Oeſterreich	30,000 fl.
für die Ermordung des Königs von Preußen .	25,000 fl.
für die Ermordung jedes andern Königs, Fürſten oder Herzogs	15,000 fl.
für das Haupt des Henkersknechts Windiſchgrätz	10,000 fl.

Außerdem wird noch jeder freie Mann, der einen Regierenden oder den Fürſten Windiſchgrätz abthut, durch die Vorſtellung angefeuert, daß ihm reichlich ſo viele Ehre und Achtung zu Theil werden würde, als dem Mörder Geßler's, Wilhelm Tell. Der Schluß lautet: „Für die pünktliche Auszahlung der Preiſe, ſobald der oder die Vollbringer der That in gehöriger Weiſe ſich ausgewieſen haben, ihnen oder ihren Erben zu leiſten, bürgen wir mit unſerem Vermögen und unſerer Ehre. Namens der Verbindung

L. A. Wollenweber, korreſpondirender Sekretär. Nro. 277, North Thirdſtreet zu Philadelphia, an welchen alle Zuſendungen und Briefe (portofrei) gerichtet werden müſſen.“ Der Korreſpondent des „Morning Chronicle“ bemerkt hierzu, daß die Sache zu ſehr einer ſinnloſen Großſprecherei ähnlich ſehe, um ſie ernſtlich zu nehmen; ohnehin würde weder die Regierung noch das Volk Nordamerika's einen ſolchen Bund ſyſtematiſcher Meuchelmörderei im Lande dulden, endlich wer werde denn das Geld zahlen? Bedauern muß man nur, daß erhitzte und verworrene Köpfe wie Hr. Wollenweber in Philadelphia durch ſolche Kindereien nicht dazu beitragen, praktiſchen Nationen, wie die engliſche und nordamerikaniſche ſind, eine große Meinung von den Verſtandeskräften des deutſchen Volkes beizubringen. Solche fauſtdicke Gaskonaden ſollte man den Meiſtern im Renommiren, den Irländern, überlaſſen.

Der letztvergangene ſehr heftige Winter war, demſelben Korreſpondenten zufolge, auch im Süden ſo ſtark, daß in Louiſiana und Florida alle Zitronen- und Orangenbäume erfroren ſind. Sogar unter den Tropen, z. B. in Havanna, beklagte man ſich über das kalte Wetter.

Schließlich entnehmen wir noch der „Weſer Z.“ folgende Privatmittheilungen aus Waſhington: Als Sekretär des Herrn Hennegan nennt man einen Hrn. Seaton Gales, Neffen des Herausgebers des hieſigen gegenwärtig officiellen Whigorganes, des National Intelligencer. Kommodore Parker, der aus Auftrag unſeres Marineſekretärs Deutſchland beſuchte, übernimmt den Oberbefehl des amerikaniſchen Küſtengeſchwaders. Er hält die Einrichtung und Einübung der deutſchen Flotte für eine paſſende Aufgabe für einige unſerer jüngeren unternehmenden Seeoffiziere; für ihn ſelbſt aber ſcheint die Sache keinen Reiz zu haben. Für die Reiſekoſten des Kommodore Parker zahlte die Regierung nicht mehr als 950 Dollars.

* **Mexiko.** Hier herrſchte, den neueſten Nachrichten zufolge, ziemliche Ruhe, aber ſchreckliche Finanznoth. Man beabſichtigte, die innere und äußere Schuld zu konſolidiren, da es aber in ganz Mexiko auch nicht Einen (!) gibt, der ſich als Praktiker auf das Finanzweſen verſtünde, ſo waren bisher alle Entwürfe als unausführbar verworfen worden. Santa Anna lag noch immer auf der Lauer; er zählt ſeine Anhänger zumeiſt im Heere, das jedoch faſt gänzlich aufgelöſt iſt, auch ſind die Häupter dieſer Verſchwörung der Regierung ſämmtlich genau bekannt. Die Tariffrage machte in den Kammer nur langſame Fortſchritte, doch befeſtigte ſich die Anſicht immer mehr, daß die Zölle auf die meiſten Gattungen fremder Waaren um faſt die Hälfte verringert werden dürften.

* **Neugranada.** Die 45 Ingenieure, welche durch das Haus Aspinwall und Komp. von New-York hierhergeſandt wurden, ſind eifrig mit den Ausmeſſungen für die beabſichtigte Panamaeiſenbahn beſchäftigt. Mit dieſer Arbeit, glaubt man, würden ſie bis zum 1. Juli fertig ſein, und wenn nicht unüberſteigliche Hinderniſſe in den Weg kommen ſollten, ſo hoffte man, den Bau der Eiſenbahn am 1. Januar beginnen und innerhalb zwei Jahren vollenden zu können.

* Weſtindien. Die durch das Dampfboot Clyde am 8. April nach Southampton überbrachten Nachrichten aus Jamaika ſind nicht unwichtig, indem die Bevölkerung der Hauptſtadt, Kingſton, geſonnen iſt, die Königin mit einer Bittſchrift um die Verleihung einer Verfaſſung anzugehen, derjenigen ähnlich welche Kanada und die übrigen nordamerikaniſchen Provinzen bereits beſitzen. Es wurden zahlreiche Verſammlungen gehalten, um die Adreſſe zu berathen. Die Kammern waren wegen des Zwieſpalts zwiſchen der erſten und zweiten vom Gouverneur bis zum 24. März vertagt worden. Dieſe neuen Querereigniſſe dürften dem Kolonialminiſter in London gerade zur unerwünſchteſten Zeit kommen, da nach den Oſterfeiertagen der Bericht des Ausſchuſſes über die Verwaltung gewiſſer Kolonien vor das Unterhaus gebracht werden wird. — Auf St. Lucia, einer den Engländern gehörigen Inſel der kleinen Antillen, hatte in Folge einer neuen von der Regierung ausgeſchriebenen Steuer ein ziemlich bedeutender Aufſtand der Schwarzen ſtatt. Der Gouverneur ſammt ſeinem Rath ſahen ſich eine zeitlang in ihrem Berathungslokal förmlich belagert. Da die Polizei und die Spezialkonſtables nicht hinreichten, wurde das Militär herbeigerufen, welches nach einigen Salven die aufrühreriſchen Haufen zerſtreute und in die Flucht jagte. Von den Inſurgenten, welche auch viele Pflanzungen niedergebrannt hatten, wurden hierbei 11 getödtet und eine große Anzahl verwundet. Seitdem betrachtet man die Ruhe als wiederhergeſtellt. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

* Hayti. Aus Port-au-Prince erfährt man, daß, nachdem Frankreich die Unabhängigkeit der dominikaniſchen (öſtlichen) Republik anerkannt hat, der Präſident von Hayti erklärte, er werde die Zahlungen der an Frankreich ſchuldigen Entſchädigungsſumme von nun an einſtellen, unter dem Vorwande, daß Frankreich, indem es die Unabhängigkeit der dominikaniſchen Republik anerkannt, das Seinige dazu thue, die Integrität der haytiſchen Republik zu vernichten, und daß es dadurch alle zwiſchen der franzöſiſchen Regierung und derjenigen der haytiſchen Republik beſtehenden Verbindlichkeiten gebrochen habe. Der franzöſiſche Generalkonſul, Hr. Reybaud, hat gegen dieſe eigenthümliche Auffaſſung Gegenvorſtellungen erhoben und dem Präſidenten bis zum 15. April Bedenkzeit gelaſſen, ob er ſeinen Proteſt bis dahin zurücknehmen wolle. Inzwiſchen hat der Präſident, in Begleitung ſeines Stabes, ſeine Hauptſtadt verlaſſen und ſich gegen die dominikaniſche Grenze gewendet, wo vor kurzem ſeine Truppen, welche den Befehl hatten, die Stadt St. John zu nehmen, überfallen und geſchlagen wurden.

Chriſtian der Achte.

Weiſe: Kong Christian stod vid hoie Mast.

Der Dänen Stolz auf hohem Meer,
Chriſtian der Acht',
Er naht, er naht verhängnißſchwer!
Fregatt' und Dämpfer um ihn her,
Im Glanz des Siegs der fluthumrauſcht
Aus vier und achtzig Schlünden tauſcht,
Höhnt er und lacht:

„Reizt euch, ihr Küſten kriegsempört,
Chriſtian der Acht'?
Ha, keckes Städtlein Eckernförd',
Raſch, eh mein Donner dich zerſtört,
Streich deinen Muth, daß dir verzeihn,
Steck' auf des Königs Banner.“ Nein!
Erſchallt's mit Macht.

Wie ſtark er iſt und wild er droht,
Chriſtian der Acht',
Hoch unſre Farben weißblauroth,
Und dreimal hoch im Feu'r und Todt
Das Recht, das Recht iſt unſer Thron
Trotz Chriſtian und Geſion,
Trotz Bann und Acht!

Wohl ſchickſt du manchen offnen Brief,
Chriſtian der Acht'
Manch' grimm'ge Ladung grad und ſchief;
Doch unſre Kugeln ſchlagen tief,
Sechs Schlünde dort, vier Schlünde hier,
So ſchickten wir die Antwort dir
Die blitzt und kracht.

Sieh da, was zuckſt du wuthentbrannt,
Chriſtian der Acht'?
Ha, Schiff, auf dir iſt Gottes Hand,
Der Stolz der Dänen ſteckt im Sand!
Ja wüthe nur und poch' und dräu',
Wir ſteh'n und rüſten uns aufs neu
Zur letzten Schlacht.

Triumph, Triumph! Sein Banner ſtrich
Chriſtian der Acht'!
Die Waffen ruhn, der Donner wich;
Hoch Schleswig-Holſtein, wie durch dich,
Auf Dän'mark's Trümmern kühn entrollt,
Das deutſche Banner ſchwarzrothgold
Hoch fliegt und flaggt!

Heil allen, denen Ruhm gewährt
Chriſtian der Acht'!
Euch Feuerwerkern ruhmeswerth,
Dir Jungmann, Preußer dir, verklärt
Im Siegerglanz des letzten Schlags,
Dir, tapferer Herzog, der des Tags
Triumph vollbracht!

Weh', deine Weisheit kam zu ſpät,
Chriſtian der Acht':
Von Deutſchlands Farben überweht,
Auffliegt des Baues Majeſtät
In Rauch und Dampf! So preiſet Gott
Der ſeiner Feinde ſchnöden Spott
Zu Schanden macht.

K. M.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 107. Frankfurt a. M., Mittwoch 18. April. 1849.

Ueberſicht.

Baiern und die Reichsverfaſſung.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. Die Weidenbuſchpartei. Die Dinge in Berlin. Nachrichten aus Ungarn. Sieg der Magyaren.) Wien (Das Miniſterium und die ungariſchen Angelegenheiten. Fiſchhof. Die neue Cenſur. Erzherzog Johann. Koditiza. Die Preſſe über die ungariſchen Angelegenheiten.) Prag (Preßprozeß.) Berlin (Camphauſen's Inſtruktion. Die ruſſiſche Note.) Poſen (Die öffentliche Stimmung.) Köln (Erweiterung der Feſtungs- und Hafenwerke.) Stuttgart (Kammerverhandlungen über die Apanagen. Volksverſammlung und Miniſterrath in der deutſchen Frage.) Sigmaringen (Eröffnung des Landtags.) Dresden (Der Tzſchirner'ſche Antrag vor der Kammer.) Leipzig (Generalverſammlung der deutſchen Vereine.) Norden (Adreſſe für das preußiſche Kaiſerthum.) Schleswig-Holſtein (Die Erſtürmung der Düppler Schanzen.) Hadersleben (Marſch nach Kolding. Spion.)

Großbritannien. London (Die Verwickelungen in Brittiſch Guiana. Braſilianiſche Poſt.)

Frankreich. Paris (Interpellation Conſiderants. Die Ausſchüſſe. Das Manifeſt des Hrn. Guizot.)

Italien. Genua (Die Stadt hat ſich am 10. nicht ergeben, vielleicht am 11.) Florenz. (Einmarſch der Oeſterreicher in Toskana.) Rom. (Neues Miniſterium. Kampf mit den Neapolitanern.)

Schweiz. Zürich (Wahl in den Nationalrath. Felsberg. Die teſſiniſchen Päſſe von Oeſterreich nicht anerkannt. Die preußiſche Geſandtſchaft in Genf.) Bern. (Bevorſtehender Zuſammentritt der Bundesverſammlung. Die radikale Oppoſition. Willich. Oſterfeier in Uri.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Blätter über die Nachricht aus Eckernförde.)

Ungarn. Peſth (Proklamation des Fürſten Windiſchgrätz.) Banat (Fortſchritte der Magyaren.)

Rußland. St. Petersburg (Neue Rekrutirung.)

---

17. April.

Niemand glaubt wohl im Ernſte daran, daß Baiern ſeine Sonderſtellung, der Reichsverfaſſung gegenüber, ohne einen mächtigen Verbündeten zu behaupten gedenke. Wohin denn mag es ſich gewendet, wo mag es Erhörung ſeiner Wünſche gefunden haben?

Iſt's in London? Nun ja, den Leſern der „Deutſchen Zeitung" ſind die Enthüllungen nicht fremd, welche zu der Interpellation des Grafen Arco-Valley und zu der verlegenen Erklärung des Grafen Bray (am 17. Februar) geführt haben. Glaublich iſt, daß man ſich damals in München ein bischen geſchämt, beſonders aber, daß man ſeitdem Gelegenheit gehabt habe, ſich zu vergewiſſern, wie es in England ſteht. Man hat dort wenig Freude an deutſcher Macht und Einheit; noch weniger hat man Luſt, ſich zur thätigen Einmiſchung in deutſche Händel, etwa durch eine Garantie für königlich baieriſche Souveränetätsrechte (eine Sache, die jedem Miniſterium den Hals brechen würde) herzugeben; man wird, nicht mit Sympathie, aber mit Befriedigung, jede vollendete Thatſache hinnehmen, welche für Deutſchland und ſomit für das geſammte Feſtland, eine den europäiſchen Krieg drohende Erſchütterung abwehrt. Denn man iſt ſich bewußt (abgeſehen von den Gefahren der iriſchen Revolution und des engliſchen Kommunismus) mit einer Kaution von 785 Millionen Pfund Sterling für Erhaltung des europäiſchen Friedens zu haften.

Iſt's in Paris oder in St. Petersburg? Wir fragen nicht, wie viel oder wie wenig man dort zu verſprechen oder zu halten geſonnen ſein mag. Die einfache Wahrheit iſt dieſe: wer ſich auf Rußland oder auf Frankreich ſtützen will, der hat den Teufel im Leibe.

Iſt's denn in Ollmütz? Man hat jetzt vieler Orten ein kurzes Gedächtniß, vielleicht auch in Nymphenburg. Uns Andern aber iſt eine ununterbrochene Reihe von Thatſachen in gar zu lebhafter Erinnerung, als daß wir uns entſchließen könnten, ohne vollſtändig erbrachten Beweis dem Zeitungsgerüchte Glauben zu ſchenken, welches Baiern in Oeſterreichs Arme ſich werfen läßt.

Baiern in Oeſterreichs Arme! Sollen wir bis zum ſpaniſchen Erbfolgekrieg zurückgehen, an die Entwürfe erinnern, das baieriſche Haus bald nach Brüſſel, bald nach Turin, bald nach Palermo zu verpflanzen, oder an den 18. Artikel des badener Friedens (7. Sept. 1714) wonach das bereits verheißene Sardinien zwar den Blicken Max Emanuels wieder entzogen, ein Ländertauſch aber, als ein flackernd verlockendes, den ſicheen Beſitz beſtändig gefährdendes Irrlicht, vorbehalten blieb? Auf dieſen badener Frieden berief ſich Kaunitz bei jenen wiederholten Verſuchen, die man denn doch in Baiern nicht ganz vergeſſen haben kann, und an deren Andenken denn doch auch Preußens Beiſtand, der einzig rettende Schild gegen Oeſterreichs Ländersucht, für Jeden ſich knüpft, der nicht ein gänzlicher Feemdling iſt in den baieriſchen Geſchichten. Waren ſolche Entwürfe vorzugsweiſe in Kaunitzen's Politik ausgebildet, der ja auch, zur Erneuerung einer alten Anwartſchaft, das Haus Würtemberg gar zu gern nach Modena übergetragen hätte, ſo war der Gedanke an Baierns Beſitz doch leider vor Kaunitz und nach ſeiner Zeit im öſterreichiſchen Kabinet eine ſtehende, um nicht zu ſagen, fixe Idee. Das franzöſiſche Direktorium war kurz vor der Kataſtrophe von Raſtatt ſoweit gebracht, daß es in den Konferenzen von Selz, Baiern den Oeſterreichern preis zu geben ſehr geneigt war. In München leben noch Männer, die ſehr wohl wiſſen, was es zu bedeuten hatte, als im September 1805 Schwarzenbeeg in München eeſchien und — düpirt ward.

Wer ſich in den eigentlichen und leitenden Motiven einer Politik, die keine vorübergehende ſein kann, orientiren will, dem empfehlen wir die Denkſchrift eines öſterreichiſchen Generals aus dem Jahre 1810, die ſich in Hormayrs Lebensbildern abgedruckt findet. „Zu jeder Zeit war Baiern ein Staat, deſſen Nachbarſchaft uns peinlich (gênant) und mehr oder weniger gefährlich eeſchien. Das jetzige Baiern iſt eben ſo mächtig, wie Preußen vor dem ſchleſiſchen Kriege war.... Im Schooße dieſes Baierns wird ein junges Preußen erſtehn, drohender vielleicht als das alte Preußen." Dann wird geklagt, daß gute Gelegenheiten verſäumt ſeien. „Es wied hinfort ſchwierig ſein, einen unduldſamen Katholicismus bis zu dem Punkt ſpielen zu laſſen (de faire jouer les ressorts d'un intolérant catholicisme), um Baiern vom übrigen, beſonders vom proteſtantiſchen Deutſchland zu iſoliren, und ſeine Regierung zu zwingen, daß ſie auf Gnade oder Ungnade ſich uns ergebe (à venir se livrer à notre discrétion)." Das iſt im Jahre 1810 geſchrieben! Ferner: „wollen wir unſer Uebergewicht in Deutſchland wieder gewinnen, ſo wird es dringend nothwendig, den erſten günſtigen Augenblick zu benutzen, um Baiern zu entgliedern und zu demüthigen (pour démembrer et rabaisser la Bavière)." Endlich hört! hört! die Hauptſache, weil ſie von dem Bedürfniß einer Lage eingegeben war, die der heutigen, nach Oeſterreichs Ausſcheiden, ſo merkwürdig gleicht: „weil wir nach dem Preßburger Frieden uns Baierns nicht bemächtigen konnten, deßhalb wird es uns ſo ſchwer fallen, das deutſche Element in Oeſterreich zu behaupten gegen das ſlaviſch-griechiſche, das nach Rußland neigt, und gegen das ungariſche."

Mochten im Jahr 1813 Metternichs Worte auch zufriedenſtellend lauten: „es müſſe der ſeit mehr als einem Jahrhundert bald offen bald heimlich zwiſchen den Höfen von Wien und Berlin obſchwebende Kampf endlich einmal aufrichtig und gründlich beſchwichtigt, Süddeutſchlands Verhältniſſe ſo geregelt werden, daß Baiern, ein wahrer Mittelſtaat, nimmer nöthig haben ſolle, gegen Oeſterreich den Schutz Frankreichs anzurufen" — was waren

Oeſterreichs *Thaten*? Iſts etwa nicht wahr, daß ſofort die alten Gelüſte wieder auftauchten und daß Max Joſeph auf dem Wiener Kongreß mit dem Anerbieten einer Reſidenz in *Mailand* empfangen worden? Wie ſind die im Rieder Vertrag angeregten Erwartungen erfüllt? Wie anders, als eben durch den Hunderttauſendgulden-Vertrag vom 14. April 1816? Und wie bitter waren die „Badinagen", die „Bavardagen" auf dem Aachener Kongreß! Sagen wir es gerade heraus, Baiern iſt auf eine ſchmähliche Weiſe myſtifizirt.

Man kennt dieſe Dinge, man muß ſie in München kennen. Ob demungeachtet Vergrößerungsgelüſte durch öſterreichiſche Einflüſterung unter der Hand genährt worden ſein mögen? Nach einer gewiſſen, franzöſiſch geſchriebenen Note vom 10. Juli 1848 und noch anderen Anzeichen möchte man faſt darauf ſchließen.

Die eilfte Stunde hat geſchlagen; möge ſie doch des Schwankens ein Ende finden. Möge man durch alte Erfahrung gewitzigt gegen neue Verheißungen, neue *Verſuchungen* auf der Hut ſein. Möge man auf die gewichtige Stimme hören — wir bedauern, die warnenden Worte nicht im Zuſammenhang hier wiedergeben zu können, aber man kennt ſie in *Nymphenburg* — auf die Stimme, die jüngſt noch mahnte, auf eine baieriſche Sonderpolitik endlich zu verzichten, weil heute die Völker nicht mehr um dynaſtiſche Intereſſen, ſondern um die Nationalität ſich ſchaaren und weil es für Baiern nur einen einzigen Weg gebe, den parlamentariſchen, um ſeinen ganzen Einfluß in der Wagſchaale der deutſchen Politik geltend zu machen — im deutſchen Volkshaus nämlich und im deutſchen Staatenhauſe!

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 16. April. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat ſchon ſehr wichtige Gegenſtände verhandelt und erledigt, aber noch nie iſt der Eifer der Verſammlung und der Andrang des Publikums ſo groß geweſen, als ſeitdem die Debatten über die Abſchaffung der Vaterſchaftsklage begonnen haben. Zwei Sitzungen, von welchen die erſte fünf, die zweite beinahe ſechs Stunden in Anſpruch nahm, haben ſich jetzt faſt ausſchließlich und zur großen Erbauung der überfüllten Zuhörerräume mit dieſer „intereſſanten" Materie beſchäftigt; außer dem Entwurf der Kommiſſion und einem von derſelben größtentheils adoptirten Gegenentwurf kamen noch ein halbes Dutzend anderer Entwürfe zum Vorſchein, der Schaar von Amendements und Sub-Amendements und der eleganten Redaktionsſtreitigkeiten gar nicht zu gedenken. Aber ſelbſt dieſer Aufwand von Gelehrſamkeit, welcher zu einer Kodifikation oder Neubildung des geſammten Rechtes hingereicht haben würde, hat uns nicht erfreut, denn es wurde auch eine Maſſe von Galle und Bitterkeit verſpritzt, welche die beiderſeitigen Parteiſtellungen vollends ſchroff und unverſöhnlich machen muß.

Die Debatten der heutigen Sitzung wurden, ein Intermezzo abgerechnet, welches höchſt ergötzlich geweſen wäre, wäre es nicht in noch höherem Grade unerquicklich geweſen, ausſchließlich von den anweſenden Juriſten geführt. Wenn namentlich von Hrn. Schöff Souchay und Hrn. Dr. Braunfels mit ſchöner Wärme der Grundſatz verfochten wurde, daß jede ſittliche Pflicht, ſo lange es irgend möglich, auch zur rechtlichen Wirkung im Staate erhoben werden müſſe, ſo ſiegte doch, von Hrn. Dr. Reinganum mit blendenden Phraſen aufgeputzt und von Hrn. Dr. Goldſchmidt mit der ehrlichen Ueberzeugung unterſtützt, welche ein juriſtiſches Dogma gerettet wiſſen will und ſollte die Welt darüber in Trümmer gehen, eine Anſicht, welche ſelbſt weiter geht, als das franzöſiſche Recht, deſſen Beſtimmungen man ſich zum Vorbilde nahm. Denn wenn dieſes Recht nur ein gerichtliches Verfahren zur Ermittelung der Vaterſchaft ausſchließt und damit den ganzen Schmutz und Skandal beſeitigt, der ſolchen Unterſuchungen unausbleiblich anklebt, ſo ſtellt das von der Verſammlung beſchloſſene Geſetz einen Grundſatz an die Spitze, der gegen das Gefühl für Recht und Pflicht, wie es ungeſchrieben im Volke lebendig iſt, auf das Entſchiedenſte verſtößt, den Grundſatz: außerehelicher geſchlechtlicher Umgang gibt keinen Anſpruch auf Entſchädigung. Es iſt hier nicht der Ort, in die Details der Debatten weiter einzugehen; und werden uns damit begnügen, die Grundzüge des Geſetzes ſelbſt hier anzuführen. Der außereheliche geſchlechtliche Umgang, peinliche Fälle ausgenommen, gibt keine Entſchädigungsanſprüche und macht ein unförmliches Eheverſprechen nicht gültig; ein gerichtliches Verfahren zur Ermittelung des Vaters eines unehelichen Kindes findet nicht ſtatt, außer, auf Antrag eines Betheiligten, in den in §. 396, 329 und 330 des Strafgeſetzbuches vorgeſehenen Fällen der Entführung und Nothzucht; die freiwillige Anerkennung eines unehelichen Kindes durch ſeinen Vater iſt geſtattet, ſie kann erfolgen durch eine von einem Civilſtandsbeamten oder von einen Gerichte aufgenommene Urkunde oder durch letzten Willen und gibt Anſprüche auf Ernährung und Erziehung gegen den Vater und deſſen Erben; die Erbrechte des unehelichen Kindes aber werden in beſonderen Geſetzen beſtimmt; für Rechtsverhältniſſe endlich, welche vor der Verkündigung des gegenwärtigen Geſetzes entſtanden ſind, bleiben auch ferner die Beſtimmungen des ältern Rechts in Kraft. Eben ſollte, nach Annahme der einzelnen Artikel, über das Ganze des Geſetzes abgeſtimmt werden, als es ſich zeigte, das die Verſammlung, die endlich durch das juriſtiſche Stiergefecht ermüdet ſein mochte, nicht mehr in beſchlußfähiger Zahl beiſammen war: die Abſtimmung mußte vertagt werden.

Der übrige, der erſte Theil der Sitzung, wurde durch eine Reihe von Mittheilungen ausgefüllt, von denen hier das Weſentlichſte zu erwähnen ſein möchte. Der Senat zeigte zuvörderſt an, daß er am 23. v. M. einer von beiderſeitigen Kommiſſären mit der Fürſtlich Thurn- und Taxis'ſchen Generalpoſtdirektion abgeſchloſſenen Uebereinkunft zum Zweck der Aufhebung des durch den Vertrag vom 21. Dez. 1821 begründeten privilegirten Gerichtsſtandes der Mitglieder der Generalpoſtdirektion ſeine Genehmigung ertheilt, dann, daß er, in Berückſichtigung der von der verfaſſunggebenden Verſammlung ausgeſprochenen Wünſche, in Bezug auf die Dispoſition über einige in der Sachſenhäuſer Gemarkung gelegene Grundſtücke, der Stadtkämmerei die Weiſung ertheilt habe, das eine dieſer Grundſtücke, mit Siſtirung des bereits angeſetzten Verkaufs, den bisherigen Pächtern in fernerer Zeitpacht einſtweilen zu belaſſen, das andere aber zu billiger Pacht an ſolche Gärtner abzugeben, welche entweder gar kein, oder doch nur wenig eigenes Land beſäßen, endlich, daß mit Nächſtem die Einführung von Helm und Waffenrock für das hieſige Linienmilitär beabſichtigt werde. Von Seiten der Verfaſſungskommiſſion wurde ſodann erſtens eine Ergänzung des bereits vorliegenden Verfaſſungsentwurfs in der Art nachgetragen, daß in den darin formulirten Eid, nach Maßgabe der inzwiſchen verkündeten Reichsverfaſſung, die weitere Formel aufgenommen wird: Ich ſchwöre Treue der Verfaſſung des deutſchen Reiches. Die Kommiſſion wies zweitens darauf hin, daß die verſchiedenen Einführungsgeſetze, welche die Verfaſſung zu begleiten hätten, allerdings ausſchließlich Sache der geſetzgebenden Gewalt ſein würden, daß es aber nichtsdeſtoweniger als angemeſſen erſcheine, wenn die konſtituirende Verſammlung die wichtigeren dieſer Geſetze, ſoweit ſie nicht ſchon in der Bearbeitung ſich befinden, oder füglich noch ausgeſetzt werden könnten, ſelbſt beſchließe, und trug demgemäß darauf an, ihr die Ermächtigung zu geben, dieſe Geſetze, (Bedingungen für Erwerb und Verluſt des Staatsbürgerrechts und Naturaliſation von Nichtdeutſchen, Ausübung und Uebertragung des Begnadigungsrechts, Organiſation und Beſoldung der Behörden, Beſchränkung der Militärgerichtsbarkeit, Handelsgerichte, Gemeindeordnung, Unterrichtsweſen, u. A., nebſt den durch die Aufhebung der alten Staatsgeſetze nöthig werdenden Uebergangsbeſtimmungen) vorzubereiten und zu ihren Arbeiten andere Mitglieder der Verſammlung zuzuziehen. Die erbetene Ermächtigung wurde ertheilt. Sie ſtellte endlich drittens den Antrag, daß die Verſammlung in Zukunft zwei Sitzungen wöchentlich ausſchließlich der Berathung der Verfaſſung widme und zur Erledigung ihrer anderen Geſchäfte beſondere Sitzungen anſetze, und dieſer Antrag erhielt mit der von Herrn Dr. med. Friedleben beigefügten Modifikation, daß die Berathung der Verfaſſung bereits am nächſten Montag zu beginnen habe, und dann jeden Montag und Donnerſtag fortzuſetzen ſei, die Zuſtimmung der Verſammlung. Freilich wurde von vielen Seiten geltend gemacht, daß man dem Volke Zeit geben müſſe, ſich mit der neuen Verfaſſung bekannt zu machen und ſich darüber auszuſprechen, aber Hr. Dr. Reinganum zog aus dem bisherigen gänzlichen Schweigen des Volkes kühn den Schluß, daß daſſelbe von einem unbegränzten Vertrauen zu der Kommiſſion — Herr Dr. Reinganum iſt Mitglied der Kommiſſion — beſeelt ſei, und obwohl mit demſelben Rechte von der andern Seite daraus geſchloſſen wurde, daß das Joch der beſtehenden Verfaſſung ſo drückend nicht gefühlt werde, als man es gerne darſtellen möchte, ſiegte doch die

Anſicht derjenigen Partei, welche bis jetzt ausſchließlich über die Lokalpreſſe verfügt hat und einem eben erſt geſchaffenen Organ ihrer Gegner kaum Zeit geſtatten möchte, Einfluß zu üben: mit 54 gegen 44 Stimmen wurden in namentlicher Abſtimmung die oben erwähnten Anträge zum Beſchluß erhoben. Schließlich mag noch erwähnt werden, daß Hr. Schöff Souchay in Bezug auf die in der letzten Sitzung ausgeſprochene Anſicht der Verſammlung über die Verbindlichkeit der Reichsverfaſſung eine Erklärung zu Protokoll gegeben hat, in welcher er ſich mit dem dispoſitiven Theil jenes Beſchluſſes, nicht aber mit deſſen Motiven einverſtanden bekennt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 17. April. Die Weidenbuſchpartei hat ſich aufs Neue zuſammengeſchloſſen und ſich in einer geſtern Abend abgehaltenen Sitzung zur Abhaltung regelmäßiger wöchentlicher Zuſammenkünfte verpflichtet. Ein andres Ergebniß dieſer Sitzung war die Verabredung zu einer auf heut Nachmittag angeſetzten Verſammlung der Preußiſchen Abgeordneten, in welcher die Mittel in Erwägung gezogen werden ſollen, durch die das Preußiſche Volk noch reger und lebendiger als bisher in das Intereſſe der deutſchen Verfaſſung und ihrer Durchführung hineingezogen werden könne. Die Nachrichten, welche Herr von Saucken, heut zum erſten Mal wieder unter uns, mit hierhergebracht hat, laſſen überdies aufs Neue eine Vermuthung auftauchen, welche, wenn ſie zur Wahrheit würde, der unſeligen Haltung Preußens zur deutſchen Sache am raſcheſten ein Ende machen würde. Es gehen eigenthümliche Bewegungen am Preußiſchen Hofe vor. Man ſpricht von einer beabſichtigten Abreiſe des Königs, man ſpricht ſogar ausdrücklich von einem Abdikationsplane. Wie dem ſei: wir wollen es heut wiederholen, daß ein ſolcher Schritt in denjenigen Kreiſen nicht die wenigſte Zuſtimmung finden würde, wo man es mit dem Königthume am beſten meint.

Frankfurt, 17. April. Hier iſt heute früh die zuverläſſige Nachricht vom ungariſchen Kriegsſchauplatz eingegangen, daß Waitzen, wo eine öſterreichiſche Beſatzung von 5000 Mann lag, von den Magyaren eingenommen, daß ferner der kaiſerliche General Götz geblieben und endlich Generalfeldmarſchall Fürſt Windiſchgrätz im Oberbefehl über die kaiſerliche Operationsarmee in Ungarn durch den ſeitherigen Civil- und Militärgouverneur von Wien, Feldzeugmeiſter v. Welden erſetzt worden iſt. (OPZ.)

(Auch in Wien waren am Abend des 13. April nach der „Conſt. Ztg." und nach Handelsbriefen ähnliche Nachrichten verbreitet.)

* **Wien**, 12. April. Man wollte wiſſen, der junge Fürſt Windiſchgrätz habe geſtern Nachmittag die Demiſſion ſeines Vaters überbracht, worauf die telegraphiſche Berufung ſämmtlicher Miniſter nach Olmütz erfolgt wäre. Im Falle des Abtretens des F.-M. Windiſchgrätz ſollte F.-Z.-M. Welden das Oberkommando übernehmen und der Chef des Generalſtabs F.-M.-L. Heß die Stelle des F.-M.-L. Nobili einnehmen. Daß die Magyaren nun auch die wichtige Poſition von St. Thomas eingenommen haben, wird vom „Lloyd" zugegeben. In einem Briefe aus Semlin vom 5. d. heißt es: „Eine große Beſtürzung hat die Gemüther der hieſigen Bewohner ergriffen, Furcht und Angſt hat ſich ihrer bemeiſtert. Mehrere Hausväter aus Bacska kamen flüchtend hier an. Die Magyaren, welche auch St. Thomas erobert haben, morden und ſchlachten die Bewohner von Verbaſz, Szenta, Ada, Mohol ꝛc. erbarmungslos und ſchonen ſelbſt Weiber und Kinder nicht. Die Serben haben, der magyariſchen Uebermacht weichend, Zombor räumen müſſen und haben ſtark gelitten. In Neuſatz wurden mehrere angeſehene Bürger zum Tode verurtheilt. Die ungariſchen Truppen ſollen bereits bis Becſe vorgedrungen ſein. Der Patriarch ſah ſich genöthigt, Becskerek zu verlaſſen und ſich nach Pancſova zu begeben, von wo er heute hier erwartet wird." Die heutige Preſſe meldet aus Siebenbürgen, daß nach der Einnahme Hermannſtadts durch Bem daſelbſt ein großes Gaſtmahl zur Feier einer Verbrüderung der Magyaren und Romanen (Wallachen) ſtattgefunden habe, bei welchem unter gegenſeitigen Trinkſprüchen Oeſterreich und den Deutſchen Verderben zugeſchworen wurde. Von anderer Seite erhalten wir die Beſtätigung, daß alle nur halbwegs dienſttauglichen Sachſen und Romanen mit Gewalt unter die Bem'ſchen Honveds gepreßt und ſo in die Lage gebracht werden, gegen Oeſterreich kämpfen zu müſſen.

* **Wien**, 13. April. Die geſtern allgemein gehegte Vermuthung, Graf Stadion würde aus dem Miniſterium ſcheiden, muß heute als voreilig oder irrig angeſehen werden, wodurch es immer wahrſcheinlicher wird, daß das Oberkommando der ungariſchen Armee eine Aenderung erleidet. Das Abendblatt des geſtrigen Lloyd erörtert den beklagenswerthen Stand der ungariſchen Angelegenheiten, da er aber mehr den Umſtänden als den leitenden Perſonen zuſchreibt. Nichtsdeſtoweniger wird die Nothwendigkeit hervorgehoben, dem Miniſterium einen mehr direkten Einfluß als bisher auf die ungariſchen Verhältniſſe zu geſtatten, und eine Civilregierung in Ungarn erſtehen zu laſſen. „Wir hatten, heißt es, ſchöne Hoffnungen auf die Miſſion des Baron Kübeck nach Ofen geſetzt, den wir ſeiner Zeit glaubten, daß er dorthin geſandt ſei, um dem Feldmarſchall in der Regierung des Landes zur Seite zu ſtehen, und wir haben uns bis heute nicht vom Erſtaunen erholt, das uns ergriff, als wir in der Peſther Zeitung laſen, daß deſſen amtliche Wirkſamkeit erloſchen ſei." Am Ende wird auch im Sinne der Humanität wie einer geſunden Politik erklärt, daß Maßregeln der Milde für nöthig gehalten werden.

Ueber den Abgeordneten Fiſchhof zirkuliren die verſchiedenſten Gerüchte, es hieß ſogar, er ſei des Hochverraths überwieſen und zu mehrjähriger Kerkerſtrafe verurtheilt. Dieſem können wir aber mit Beſtimmtheit widerſprechen, da die Kriminalunterſuchung gegen ihn erſt begonnen und noch zu keinem Reſultat gelangte. Fiſchhof ſoll leidend ſein, und ſich im Spital des Kriminalgebäudes befinden.

Den hieſigen Buchhändlern war bekanntlich das Verbot zugegangen, die ihnen von Leipzig aus geſchickten Bücherballen zu öffnen ohne die Gegenwart eines Kommiſſärs, der die im Belagerungsrayon verbotenen Bücher beobachten ſoll. Das Buchhändlergremium ſah dadurch das kaiſerliche Patent, wodurch die Cenſur aufgehoben wird, beeinträchtigt, und wendete ſich an das Miniſterium. Dieſes gab den Beſcheid, daß während des Ausnahmszuſtandes die Anordnung des Stadthauptmanns in Kraft bleiben müſſe. Heute iſt nun die Eröffnung der Bücherballen erfolgt und nur die Zeitſchrift „der Leuchtthurm," wurde konfiscirt. Das Merkwürdigſte bei dieſer Cenſurepiſode iſt die Unterſuchung der aus Prag, Gratz ꝛc. kommenden Bücherballen. Aus Steiermark wird berichtet, daß Erzherzog Johann ſich nach Gaſtein begiebt, und von dort nach Gratz, wo er ſich, abwechſelnd mit ſeinem Wohnſitz Brandhof, aufhalten wird. In der Bukowina treibt ſich der berüchtigte Kobiliza herum, und verleitet die Gemeinden zu Eingriffen in die herrſchaftlichen Weiden und Wälder; es ſind aber vom Kreisamte kräftige Maßregeln dagegen getroffen worden.

Prag, 13. April. Heute kam der Preßprozeß des Redakteurs der „Narodni noviny" Karl Hawliczek, ehemaligen Reichstagsdeputirten, zur Verhandlung. Derſelbe hatte bei Gelegenheit der Oktroyrung der Verfaſſung einen fulminanten Artikel verfaßt und den Oktroyirungsakt darin einen „kaiſerlichen Verrath" genannt. Es handelte ſich ſonach um einen wichtigen prinzipiellen Fall. Die Geſchwornen ſprachen das Nichtſchuldig aus. (L.Z.)

Berlin, 14. April. Was Camphauſen's Inſtruktionen betrifft, ſo ſoll er verſuchen, mit den Bevollmächtigten der Staaten, die früher ſchon ſich bereit zeigten, in den engeren Bundesſtaat einzutreten, über Modifikationen der Verfaſſung ſich zu verſtändigen, welche dem Parlament vorgelegt würden und für die man die Reviſion offen halten müßte. Für dieſen Fall wäre die freiwillige Annahme in Ausſicht geſtellt. Man glaubt nicht recht an die ruſſiſche Note, welche die Zeitungen beſchäftigt. Aber es ſcheint keinem Zweifel zu unterliegen, daß Rußland ſich wohl hüten wird, irgendwie, ſelbſt auf diplomatiſchem Wege, zu interveniren, ſo lange die Verträge von 1815 unangetaſtet bleiben. (K.Z.)

‡ **Poſen**, 13. April. Der Agramer Korreſpondent der Gazeta polska (ein Pole) ſchreibt Folgendes: „Glaubt mir, in Kroatien wie in Slavonien, im Banat, wie im Fürſtenthum Serbien iſt die Stimmung die beſte und rein demokratiſch. Nur für Polen gibt es hier Sympathien, nirgends iſt die Dankbarkeit und Achtung für unſer Volk größer. Noch kurz vor den Erfolgen in Ungarn hat man uns Egoiſten genannt, jetzt gibt es nicht Worte genug, um uns gebührend zu preiſen. Dembinski, Bem, Kamienski haben das Band geknüpft, welches dieſe Stämme hier an uns feſſelt. Bevor dieſe Helden auf den Schlachtfeldern auftraten, war man hier doch noch vorwiegend ſchwarzgelb, ſeit 2 Monaten iſt man ſchon weißgelb, und in dieſen Tagen ſieht man das weiß-roth vorherrſchen, denn das iſt allgemein natio-

nal. Kroatien hat leider die Blüthe ſeiner männlichen Jugend in Italien, Wien, der Steiermark und in Ungarn, aber das ſchmerzt die Leute weniger; nur der Ban liegt ihnen wie ein Stein auf dem Herzen, der Ban Kroatiens, der in Ungarn hin und her treibt und dann und wann ſeinem Volke ſehr kalte Briefe ſchreibt. Seinem Volke, welches ihn bis jetzt noch liebt, welches noch an ſeinem Namen hängt. Leider hat er den Willen dieſes Volkes wenig geachtet, ſein Vaterland, das ſüdliche Slawenthum, wenig geehrt! Das macht auf die kroatiſche Jugend einen traurigen Eindruck! Der Ban, als k. k. öſterreichiſcher General-Feldzeugmeiſter, hat ſein eigenes Vaterland in politiſcher Unbedeutendheit gelaſſen — darüber vergißt man ſeine Lorbeeren. Was uns alle tröſtet, ſind die Fortſchritte, welche die demokratiſchen Vereine der Slowanska Lipa hier gemacht haben. Auch ich bin Mitglied derſelſelben und gehöre der Abtheilung für die Politik an. Was die öſterreichiſche Konſtitution betrifft, ſo iſt ſie bis jetzt nicht amtlich veröffentlicht. Der Vertreter des Ban, ein würdiger Greis, ſagte darüber: „ich begreife nicht, wie man eine ſolche neue Konſtitution für Kroatien mit zuſammenſchreiben kann, da doch kein Geſetz die uralte kroatiſche Verfaſſung aufheben darf!" In dieſem Sinne werden unſere Abgeordneten und die Serbiſchen beim Miniſterium und beim Kaiſer gewirkt haben, wir harren ihrer Rückkehr!"

In dieſem Augenblick verbreitet ſich hier in Poſen ein Gerücht, daß General Dembinski einen großen Sieg erfochten haben ſoll und zwar bei Gödöllö. Man will Briefe von Polen aus ſeinem Lager empfangen haben. Indeſſen ſind wir an dergleichen Prahlereien und Uebertreibungen der Polen gewöhnt, eben ſo wie an die Geringſchätzung, mit der ſie von unſeren Siegen, z. B. dem von Eckernförde ſprechen. „Die Deutſchen," heißt es in der Gazeta, „triumphiren ohne Ende über dieſen Sieg, den doch nur der Oſtwind, nicht ihre Tapferkeit erfochten hat!"

, **Köln**, 13. April. Unſerer Stadt ſteht eine bedeutende Vergrößerung durch Ausdehnung ihrer Feſtungs- und Hafenwerke auf der Rheinſeite, namentlich im Süden, bevor. Es ſoll nämlich das ſchon ſeit geraumer Zeit projektirte Unternehmen, den zwiſchen der Inſel Rheinau und der Stadt befindlichen ſchmalen Arm des Rheines zu einem Baſſin, reſp. Sicherheitshafen für Dampf- und Segelſchiffe zu erweitern, die Stadtmauer an dieſer Stelle abzubrechen und ſie, verbunden mit mächtigen Fortifikationswerken, auf dem nach dem Rheine zu liegenden Rande der Rheininſel wieder aufzuführen, auf dieſer Letzteren endlich eine Reihe von Magazinen, Hafengebäuden, mechaniſchen Werkſtätten ꝛc. ꝛc. zu errichten, nunmehr bald in Angriff genommen werden. Wenn auch bereits im verfloſſenen Jahre bedeutende Erdarbeiten auf der Rheininſel ausgeführt worden ſind, ſo geſchah das doch nur proviſoriſch und hauptſächlich deshalb, um eine große Zahl müßiger Arbeiter nur eben nützlich zu beſchäftigen. Nun aber hat der Gemeinderath in ſeiner geſtrigen öffentlichen Sitzung beſchloſſen, daß der Bau des Leinpfades, der Kehlmauer und der Feſtungswerke, ſobald die Vorarbeiten fertig ſind, in Angriff genommen werde. Wie bedeutend alle dieſe Arbeiten ſind, beweiſt ſchon der Umſtand, daß der Gemeinderath der ſtädtiſchen Verwaltung zur Ausführung derſelben einen vorläufigen Kredit von 100,000 Thalern bewilligt hat.

÷ **Stuttgart**, 12. April. Es gibt einen Poſten in dem Budget der modernen Staaten, der ſich eines ganz beſonders geringen Grades der Volksthümlichkeit erfreut: es ſind die, freilich durchſchnittlich unverhältnißmäßig hoch gegriffenen Apanagengelder. Der Klagen über die Civilliſte gibt es ſchon eine Anzahl, aber hier kann doch am Ende immer nur von einem Mehr oder Weniger ſelbſt bei Denen die Rede ſein, welche die fürſtliche Würde einfach als ein übertragenes Amt betrachten wollen: die Apanagen aber ſind ein Ausfluß der Idee des Patrimonialſtaates, welche Land und Leute als dem Regenten zugehörig betrachtet, und das neuere Staatsrecht, das dieſe Auffaſſung verworfen, hat gleichwohl noch nicht an allen ihren Konſequenzen gerüttelt. Aber ihre Zeit wird kommen und um ſo eher kommen, je weniger die Berechtigten bereit ſind, der neuen Ordnung und Anſchauung Konzeſſionen zu machen: Schweikhardt hatte wohl Recht, als er bemerkte: „Wenn in dem Sturm der Märzrevolution die Apanagirten hinweggeweht worden wären, ſo hätten wir jetzt keine Apanagen mehr zu bezahlen, und der nächſte Sturm wird ſie hinwegwehen, wenn ſie ſich nicht zu bedeutenden Opfern verſtehen." Der ganze Gang und Ton der Kammerverhandlungen über dieſen Gegenſtand beweiſt das. Die Regierung hatte eine früher von der Kammer in dieſer Beziehung ausgeſprochene Bitte wenigſtens inſoferne unbedingt ablehnend beantwortet, als die Herabſetzung ſolcher Bezüge aus der Staatskaſſe in Frage ſtehe, in deren Genuß die Mitglieder des königlichen Hauſes bereits eingeſetzt ſeien, dagegen hatte ſie einſtweilen eine Beſteuerung der Apanagen vorgeſchlagen, und die Kommiſſion hatte ſich damit einverſtanden erklärt, jedoch mit der Maßgabe, daß dieſe Beſteuerung als eine ordentliche zu gelten habe und für Gemeindezwecke in derſelben Weiſe wie für Staatszwecke zur Anwendung komme. Aber Zwerger ſtellte ſofort den Antrag, daß die Regierung wiederholt gebeten werden möchte, die Apanagen bleibend und mit rückwirkender Kraft herabzuſetzen. Vergebens wurde vom Miniſtertiſch aus eine Reviſion des königlichen Hausgeſetzes in dem angegebenen Sinne in Ausſicht geſtellt, dagegen nachdrücklich geltend gemacht, daß eine Rückwirkung einer ſolchen Reviſion wohlerworbene Rechte in unverantwortlicher Weiſe verletzen würde: die Kammer begnügte ſich nicht mit der Hoffnung, „erſt die Prinzen und Prinzeſſinnen der Zukunft", wie Süskind ſich ausdrückte, im Genuſſe verringerter Apanagen zu ſehen. Unter dem Eindruck zumal der Erſcheinung, daß ein großer Theil der Apanagen im Auslande verzehrt wird, und daß der Urſprung eines andern Theils derſelben, der ſogenannten Donativgelder, — Rettenmair fragte: „Sollen die katholiſchen Steuerpflichtigen Prämien bezahlen dafür, daß die königl. Prinzen nicht katholiſch werden?" — mit Recht als ein „ſittlicher Skandal" bezeichnet werden kann, wurde der Antrag auf Wiederholung der oben genannten Bitte mit 51 gegen 21 angenommen und damit, wie Schnitzer es bezeichnete, ein ernſtliches Monitorium für die Regierung ausgeſprochen. Als aber ſchließlich der Einwurf gemacht wurde, daß die erſte Kammer dieſer Bitte ihre Zuſtimmung doch nicht geben werde, erwiederte Zwerger: „Gut! dann haben wenigſtens wir unſere Pflicht gethan. Die erſte Kammer hat ohnehin genug zu verantworten: ſo verantworte ſie auch das noch!" Daß übrigens außerdem auch die Beſteuerung der Apanagen beſchloſſen wurde, bedarf kaum der Bemerkung: „man muß das Eine thun und das Andere nicht laſſen", meinte Rettenmair.

** **Stuttgart**, 16. April. Die von den ſtädtiſchen Kollegien in Gemeinſchaft mit den hieſigen politiſchen Vereinen zu veranſtaltende Volksverſammlung wird auf dem Marktplatze künftigen Mittwoch ſtatthaben und derſelben eine kurze Erklärung in der deutſchen Verfaſſungsfrage im Sinne der Erklärung der Frankfurter Verſammlung in der Katharinenkirche und der Beſchlüſſe unſerer Abgeordnetenkammer vorgelegt werden. Die ſtädtiſchen Kollegien haben heute einſtimmig beſchloſſen, ſich ſelbſt an die Spitze zu ſtellen. Es wird nun die Erklärung vom Stadtſchultheißen als Antrag der Kollegien der Einwohnerverſammlung vorgetragen werden. Dann werden ein Redner des vaterländiſchen und einer des Volksvereins die Anträge begründen und es wird zur alsbaldigen Unterzeichnung geſchritten werden. Es iſt möglich, daß dieſes Programm durch dazwiſchentretende Ereigniſſe eine Aenderung erleiden kann, und aus der Erklärung oder Bitte an unſere Regierung ein Anerkennungsvotum oder — wir hoffen dies nicht — eine Proteſtation werde. Heute Vormittag nämlich war in der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit Miniſterrath, wegen deſſen die bereits anberaumte Sitzung der Abgeordnetenkammer wieder abbeſtellt worden war. Staatsrath Römer wurde als die Seele des Kabinets zu demſelben hierher berufen. Man hofft allgemein, er werde, mit Hintanſetzung ſeiner in Frankfurt erfochtenen Anſichten, ſein ſtets gegebenes Wort, der Nationalverſammlung ſich unterzuordnen, alsbald bethätigen. An den andern Miniſtern, an Duvernoy und Goppelt zumal, iſt in dieſer Rückſicht nicht zu zweifeln. Aber daß die Stimmung in den dem Hofe zugekehrten Kreiſen eine andere iſt, als die der Einwohnerſchaft, darüber herrſcht hier kein Hehl. Man leſe nur die Laterne, das Organ einer dem Hofe naheſtehenden Fraktion; ſie meint, man ſollte jetzt Römer wegen ſeines Verhaltens in Frankfurt Vertrauensadreſſen ſchicken. An einen „deutſchen" Ausſpruch unſerer erſten Kammer iſt gar nicht zu denken; wenn ſie nur wenigſtens zur Sache ſchweigt!

* **Sigmaringen**, 14. April. Der letzte ordentliche Landtag, der demnächſt einer neuen Verſammlung und neuen Verfaſſung Platz machen ſoll, iſt eröffnet worden.

A **Dresden**, 14. April. Der Antrag auf Anerkennung und Publikation der deutſchen Verfaſſung iſt heute auch in der zweiten Kammer angenommen worden. Die Tzſchirnerianer, neunzehn Mann ſtark, ſtimmten dagegen; ſie halten dieſen Antrag

noch für „vorzeitig" und wollen „einſtweilen an Sachſen feſthalten." *Nemo ultra posse!* und die Leute, „welche keine Weisheit wollen, weil ſie das Volk zu Grunde richtet," können nicht anders. Berthold rief ihnen zu: „Hannibal ſteht vor den Thoren! ſeht Euch vor, daß nicht bald die Thoren vor dem Hannibal ſtehen!" Es fruchtete nichts. Der Miniſterpräſident Held erklärte vor der Abſtimmung, daß die Regierung ſtets jeden, die Einheit Deutſchlands gefährdenden Anſtrebungen fern bleiben, und dahin trachten werde, daß die deutſche Verfaſſung nicht vergeblich von der Nationalverſammlung beſchloſſen worden ſei; indeß könne ſie durch die ſofortige Verkündigung der Verfaſſung ſich nicht der Möglichkeit berauben, an ſpäteren Verhandlungen über dieſelbe Theil zu nehmen!

Leipzig 15. April. Heute fand hier eine Generalverſammlung von Deputirten der Deutſchen Vereine in Sachſen ſtatt, in der man ſich hauptſächlich mit der Berathung eines Organiſationsſtatuts der deutſchen Vereine beſchäftigte und dann nachſtehende Adreſſe an die Reichsverſammlung zu Frankfurt beſchloß: Hohe Reichsverſammlung! In ernſter Stunde nahen wir uns wiederum mit den Gefühlen des Danks und Vertrauens. Sie haben nach ſchwerem Kampfe die deutſche Verfaſſung beſchloſſen und verkündet, Sie haben im entſcheidenden Augenblicke dem Zweifel und der Zaghaftigkeit zum Trotz, wie es Männern geziemt, die Erklärung gegeben, daß Sie feſthalten wollen an dem Werke, welches Sie kraft der Souveränetät der Nation geſchaffen haben. Was ſeit Jahren heiß erſehnt und erwünſcht worden iſt, das hat in der Verfaſſung Geſtalt gewonnen, in ihr iſt der Mittelpunkt gegeben, der alle Parteien unter der Fahne der Vaterlandsliebe vereinigt, ſie iſt der Fels, auf dem Deutſchlands Freiheit und Macht gegründet wird. Hochverehrte Männer! durch Sie iſt die Verfaſſung Deutſchlands zur Wahrheit geworden; die Aufgabe des deutſchen Volks iſt es, ſie zur Wirklichkeit zu machen. Es wird ſie löſen mit ſeiner Beharrlichkeit und ſeinem Muthe. Was auch kommen mag, es wird zu ſeiner Verfaſſung ſtehen, es wird ſie hochhalten über Alles, es wird ſie ſchirmen und ſchützen, es wird ſie, wenn es ſein muß, erkämpfen. Das geloben auch wir, wir geloben es dem Vaterlande, wir geloben es Ihnen, wir geloben es in der freudigen Zuverſicht, daß ganz Sachſen ſeine Pflicht erfüllen werde. (D. A. Z.)

* **Norden**, (im Hannoverſchen) 6. April. Von hier iſt eine mit zahlreichen Unterſchriften verſehene Adreſſe an den König abgegangen, mit der Bitte, dahin zu wirken, daß der König von Preußen zur Annahme der auf ihn gefallenen Wahl ſich bereit erkläre.

In gleichem Sinne haben die Einwohner Greetſyhls (in Oſtfriesland) Adreſſen an den König von Hannover und den König von Preußen gerichtet.

§§ Schleswig-Holſtein, 15. April. Die geſtern gemeldeten Nachrichten von Erſtürmung der Düppler Schanzen, dieſer Schlüſſel zur Inſel Alſen und dem ganzen Sundewitt, beſtätigt ſich vollkommen, und wir können folgende nähere Details darüber geben. Am 13. d. Vormittags rückten die Reichstruppen, beſtehend aus Baiern, Sachſen, Naſſauern, Weimaranern und dem badiſchen Bataillon mit 9 Batterien Artillerie, 72 Stück Geſchütz von verſchiedenem Kaliber gegen dieſe Poſition an, es begann von beiden Seiten ein wahrhaft mörderiſcher Kampf, in welchem die Dänen durch ihre Stellung ſehr begünſtigt wurden; von den Unſerigen wurde zunächſt die auf der Düppeler Höhe ſtehende Mühle, die den Dänen auf Alſen als Telegraph dient und von welcher unſere Truppenbewegungen ſtets ſignaliſirt wurden, in Brand geſchoſſen. Der Feind unterhielt von ſeinen Schanzen, welche mit doppelten Reihen Geſchützen verſehen, ein verderbliches Feuer, welches unſern Truppen keinen geringen Verluſt zufügte; da endlich ſchickte ſich zuerſt das heldenmüthig tapfere weimariſche Bataillon, dem die übrigen mit wahrer Unerſchrockenheit und Todesverachtung folgten, zum Sturme an, die Schanzen wurden mit allen darin befindlichen Kanonen, welche die Dänen nicht etwa noch vorher in das Waſſer geworfen, genommen; nun aber mußte auch ſogleich von dem eingenommenen Punkte aus der Kampf gegen den, über die etwa 50 Schritte lange nach Alſen führende Schiffbrücke, am äußerſten Ende derſelben ſtark befeſtigten Brückenkopf begonnen werden; dem unerſchütterlichen Muthe und Ausdauer unſerer Truppen gelang es nach mehrſtündigem ſehr heftigem Feuer, beſonders aber den ſo gut gezielten Schüſſen unſerer Artillerie den Brückenkopf einzunehmen, wobei die Feſtung Sonderburg auf Alſen gleichzeitig beſchoſſen wurde. Leider iſt der Verluſt der Reichstruppen ſehr bedeutend und wenn gleich ſich unmittelbar nach dem Kampfgewühl keine genaue Zahl derſelben angeben läßt, ſo wird dieſe ſehr gering auf 1000 bis 1200 Todte und Verwundete anzugeben ſein, dagegen haben die Dänen unbedingt einen noch viel größern Verluſt erlitten, was ſchon aus dem Umſtande hervorgeht, daß 2 Bataillone desſelben gänzlich aufgerieben ſind. Es iſt dieſer wohl der ſtärkſte und entſchiedenſte Kampf, welcher bis jetzt mit den Dänen geführt wurde und kann in dieſer Größe auch wegen Terrain und Soldaten derſelbe ſchwerlich wieder vorkommen, weil dieſes ihre günſtigſte und nach dem Urtheil tüchtiger Offiziere uneinnehmbare Poſition war.

Flensburg, 13. April, Abends. Schlag auf Schlag. Der heutige Tag war wieder ein blutiger, aber auch ein für die Unſrigen ſiegreicher. Die Schanze bei Düppel iſt dieſen Morgen genommen. Es ſind hier bisher freilich nur 15 Verwundete (Baiern) aus dieſer Affaire eingebracht, doch ſollen deren, wie auch nach der Bedeutung des Geſchehenen zu vermuthen, viele ſein. Man erzählt, daß viele Dänen in's Waſſer getrieben, daß die Düppeler Mühle abgebrannt ꝛc.

Heute weiter marſchirt das 1. Bataillon des 17. preußiſchen Landwehrregiments und die Schaumburg-Lipper Schützen, eingezogen keine Truppen. (D. T.)

Altona, 14. April, Abends. Der Abendbahnzug bringt die Beſtätigung der Nachrichten von Düppel. Der Verluſt der deutſchen Truppen, von denen namentlich Baiern und Sachſen genannt werden, wird auf 1000 Mann an Todten und Verwundeten angegeben, dagegen ſollen 3 Bataillone Dänen ins Waſſer geſprengt ſein. In Düppel iſt die Mühle und mehrere Gehöfte niedergebrannt. Auch der Brückenkopf, Sonderburg gegenüber, ſoll in Beſitz der Unſrigen ſein, die Brücke ſelbſt ſoll brennen; wahrſcheinlich iſt ſie von den Dänen ſelbſt in Brand geſteckt. Wir erwarten morgen die Details dieſes Kampfes, der jedenfalls ein ſehr blutiger und heftiger geweſen iſt. (Weſ. Ztg.)

Hadersleben, 13. April. Das 10. ſchleswig-holſteiniſche Bataillon machte geſtern von hier aus eine Patrouille nach Kolding. Am Morgen früh marſchirte das Bataillon fort, kam gegen Mittag vor Kolding, welches durch mehrere Bataillone Dänen beſetzt war, an, ſpielte und ſang „Schleswig-Holſtein meerumſchlungen" und marſchirte dann, ohne von Angriffen der Feinde beläſtigt zu werden, in guter Ordnung wieder hierher zurück, wo es am Abend trotz des ſtarken Marſches von 8 Meilen froh und ohne viele Müdigkeit zu verrathen, eintraf. Geſtern wurde ein Spion mit wichtigen Papieren von den Unſern gefangen genommen und wird derſelbe wahrſcheinlich in dieſen Tagen durch ein Kriegsgericht verurtheilt und erſchoſſen werden." Es iſt dringend nöthig, daß hierin ſtrenge Exempel ſtatuirt werden, damit nicht wieder wie im vorigen Jahre das Spioniren däniſch geſinnter Einwohner zum Nachtheil unſerer Truppen einreißt. (B.-H.)

Großbritannien.

* **London**, 15. April. Unter den Miniſtern liegt Graf Grey, Miniſter der Kolonien, am wenigſten auf Roſen. Namentlich werden ihm die Verwickelungen in Jamaika, Ceylon und Brittiſch Guiana auf Rechnung geſchrieben und, irren wir nicht, ſind es die beiden letzten Kolonien, mit deren Zuſtänden ſich ein vom Unterhauſe ernanntes Komite, deſſen Bericht gleich nach den Oſterferien vom Unterhauſe vernommen werden ſoll, gegenwärtig zu beſchäftigen hat. Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß bei dieſer Gelegenheit gegen den Grafen, der ſich auch durch ſein perſönliches Auftreten und durch Begünſtigung von Mitgliedern der Ariſtokratie wie ſpeziell der vielverzweigten Grey'ſchen Familie viel Feinde gemacht zu haben ſcheint, ein arger Sturm losbrechen wird. Die neueſten Nachrichten aus Guiana lauten noch immer nicht zufriedenſtellend. Trotz der Ankunft des lange mit Sehnſucht erwarteten neuen Gouverneurs, Herrn Barkly, haben ſich die Verhältniſſe der geſetzgebenden Verſammlung zu der Regierung um nichts gebeſſert. Als der Gouverneur an das Kapitel der Ausgaben und der Beamten-Beſoldungen kam, machte ſich dieſelbe Oppoſition wie früher geltend, ſo daß ſich der Gouverneur gezwungen ſah, die Verſammlung sine die zu vertagen. Mit Vergnügen hörte man übrigens eine Verfügung des Grafen Grey verleſen, wonach künftig Brittiſch Guiana ſtatt Sierra Leone das

Depot für alle durch die engliſchen Kreuzer an der afrikaniſchen Küſte befreiten Afrikaner ſein ſoll.

Auch aus Braſilien hatte man eine neue Poſt, Briefe aus Pernambuko, die bis zum 4. März reichen. Die Inſurgenten hatten ſich zwar wieder in einiger Entfernung von der Stadt ſehen laſſen, ohne jedoch einen Angriff zu wagen. Auch ſtanden in Pernambuko beträchtliche Streitkräfte, die noch zuletzt durch 400 Mann verſtärkt wurden, welche das braſilianiſche Dampfboot Affonſo in fünfthalb Tagen aus Rio Janeiro herbeigeholt hatte. Indeß wurde die Oppoſition gegen die jetzige Regierung immer allgemeiner, ſo daß man neue Ruheſtörungen in den Provinzen befürchtete. Die letzten Handelsnachrichten aus dem braſilianiſchen Reiche wurden in England nicht als ſehr zufriedenſtellend betrachtet.

Frankreich.

* **Paris**, 14. April. Auch geſtern war das Skrutinium zur Wahl der Staatsräthe nicht erſchöpfend geweſen; nur ſechs hatten die abſolute Stimmenmehrheit erhalten; acht blieben noch zu wählen. Mit ihrer Wahl fing die heutige Sitzung an. Dann erhielt Viktor Conſiderant das Wort. Der Vorwand war eine Interpellation, mit welchen Mitteln die Regierung den Socialismus zu unterdrücken denke; die wahre Abſicht, eine Vorleſung über den Fourierismus zu halten. „Ich habe", drückt ſich der Redner aus, „geſucht, meine Ideen über die Mittel, welche nach meiner Meinung dem moraliſchen Krebsſchaden, an dem die Geſellſchaft leidet, abhelfen könnten, zu Papier zu bringen, aber ſo ſehr ſich auch meine Arbeit zuſammenzudrängen ſtrebte, iſt dieſelbe doch ſo ausgedehnt, daß ich einen Theil derſelben bei Seite laſſen und ihn blos in den Moniteur einrücken will. Die Feudalität war wenigſtens eine geordnete Geſellſchaft, wo jede Klaſſe, jedes Individuum ſeinen beſtimmten Platz fand, aber ſeit die Revolution alles dieſes über den Haufen geworfen, leben wir in einem Chaos. (Heftige Unterbrechung). Genußſucht iſt der hervorſtechende Zug der Geſellſchaft, der Glaube iſt zerſtört, und daher entſteht die Gefahr für die Civiliſation. Die Sozialiſten erkennen aufrichtig, daß wir uns in einem Chaos befinden und ſuchen mit Eifer die Mittel, auf friedlichem Wege ſich zu einer feſten Ordnung emporzuarbeiten. Die Anti-Sozialiſten hingegen ſind diejenigen, welche das Chaos, die moraliſche Anarchie, vertheidigen und beibehalten wollen. Das Kapital iſt achtbar, aber die Arbeit und die Intelligenz müſſen auch berückſichtigt werden. Es handelt ſich alſo darum, zwiſchen dem Kapital und der Arbeit eine Art von Vernunftheirath, die bald eine Heirath aus Liebe werden wird, zu Stande zu bringen. Es iſt eine Schande, daß die Vertheidiger des Eigenthums noch kein wahres Kreditſyſtem für die Arbeit hervorgebracht haben; der Grundbeſitz, anſtatt vom Kapital abzuhängen, ſollte letzterem Geſetze vorſchreiben können." Der Redner ſchlägt nun ein Kredit- und Hypothekenſyſtem vor, wonach verzinsbare Scheine, die im Publikum als eine Art Bankzettel zirkuliren, den Grundbeſitz gleichſam repräſentirten. Dieſe Scheine werden von einer Art Grundbeſitzbank, die unter Staatsaufſicht ſtände, ausgegeben. „Wenn die Menſchheit ihre Schöpfungen, welche der Dampf, die Chemie, die Elektrizität hervorrief, in Einklang mit den Naturkräften und den ſozialen Einrichtungen zu ſetzen weiß, ſo kann ich von der franzöſiſchen Rednerbühne herab Europa und dem ganzen Erdkreis den Anbruch des neuen Zeitalters ankündigen. Um das Experiment einer nach dieſen Grundſätzen geordneten Geſellſchaft zu machen, verlange ich nur, daß man mir ein Grundſtück von zwölfhundert Acker Landes und das nöthige Geld zur Verfügung ſtelle, und wenn es mir nicht gelingt, die Gegner des Sozialismus durch den Augenſchein zu überzeugen, daß dieſe Wiſſenſchaft keine Peſt iſt, ſo will ich für den Reſt meines Lebens in ein Narrenhaus eingeſchloſſen bleiben." In der weiteren Entwicklung ſeines Ideen-Gangs ſpricht der Redner von der antiſozialiſtiſchen Subſcription des Clubs Poitiers und behauptet, daß dieſelbe im Gegentheil dem Sozialismus den größten Vortheil bringen werde. Der Redner ſucht zu beweiſen, daß die Transformation zuerſt durch Umbildung der einzelnen Gemeinde vor ſich gehen müſſe, und daß dann die Nachahmungsſucht bald viele andere Anhänger nach ſich ziehen werde. Die Arbeit müſſe vor Allem anziehend gemacht werden, ſonſt werde der Menſch immer nur mit Widerwillen ſich derſelben ergeben. Der Redner gibt nun eine umſtändliche Beſchreibung des Phalanſteriums „von dem man, ſagt er, ſich im Publikum eine ganz irrige Vorſtellung mache. Wie die rohe Locomotive auch nur eine müßige Erfindung geweſen, und erſt nach und nach habe ins Leben als Thatſache treten können, ſo werde auch das Phalanſterium nur erſt nach zahlreichen Verſuchen praktiſch ausgeführt werden können. Wollt Ihr uns nicht die Mittel zur praktiſchen Ausführung geben, ſo werden wir fortfahren, durch die Preſſe, durch den mündlichen Vortrag Proſelyten für unſere Meinung zu gewinnen; aber ich ſage vorher, daß dann das Jahr 1850 nicht vorübergehen wird, ohne daß Europa in einem Meer von Blut und Feuer untergeht."

Eine Antwort auf dieſe Interpellation hatte natürlich der Miniſter nicht zu geben. Drei Stunden hatte der Vortrag gedauert; die Bänke waren geiſterhaft leer geworden. Doch nahm Desjobert zur Widerlegung das Wort. Er machte auf den Unterſchied zwiſchen Proudhon und Conſiderant aufmerkſam, daß jener ſeine Verſuche auf ſeine und ſeiner Anhänger Koſten mache, während dieſer die Staatsmittel dazu in Anſpruch nehme. Pierre Leroux ſchloß die Verhandlung mit einer Lobrede auf den Socialismus. Marraſt iſt mit 417 unter 622 Stimmen zum Präſidenten gewählt worden. Die Drohung der Linken, nicht mehr für ihn zu ſtimmen, weil er ihre Unterbrechungen Grobheiten genannt hat, war alſo eitel.

Die (geheimen) Ausſchüſſe der Nationalverſammlung ſind dem Miniſterium, wie die Erfahrung gezeigt hat, ſtets viel feindlicher, als das (öffentlich berathende) Plenum. So hat ſich die Kommiſſion zur Prüfung des Geſetzentwurfes über eine dreimonatliche Verlängerung der dem General Changarnier übertragenen außerordentlichen Gewalten auf den Antrag eines ihrer Mitglieder für eine an das Miniſterium zu ſtellende Aufforderung entſchieden, binnen 24 Stunden die geſetzwidrige Vereinigung des Oberbefehls über Linientruppen und Nationalgarden in den Händen des Generals Changarnier aufzuheben. Das Miniſterium ſoll die Abſicht haben, ſein Bleiben oder Abtreten von der Entſcheidung dieſer Frage abhängig zu machen, und fürchtet dieſelbe alſo nicht. Auch der Ausſchuß der Nationalverſammlung, der die vorgeſchlagene Verlängerung des Geſetzes vom Auguſt v. J. über die Kaution der Journale zu begutachten hat, ſcheint ſich gegen das Miniſterium zu erklären, indem er nicht nur die Herabſetzung aller Kautionen auf die Hälfte und vollſtändige Befreiung der vor den Wahlen erſcheinenden Journale von aller Kaution, ſondern auch die unbeſchränkteſte Freiheit für den öffentlichen Verkauf und die Vertheilung aller periodiſchen Schriften und gänzliche Aufhebung der formellen Autoriſation durch die Behörden will.

* **Paris**, 15. April. Die Meinung, die wir über das Guizot'ſche Manifeſt ausſprachen, als wir daſſelbe, ehe es von den Journalen gekannt war, empfingen, weiſt ſich immer mehr als die allgemeine Meinung aus. „Ordnung" mag allerdings die Grundlage der Geſellſchaft ſein, als einzig leitender Gedanke eines Staatsmannes wird ſie aber ſchwerlich eine große Politik erzeugen. Man hätte von dem Staatsmann, der ſo lange Frankreich geleitet hat, einen etwas größeren Reichthum an ſchöpferiſchen Ideen erwartet, vor Allem auch eine Würdigung der neuen Verhältniſſe, die Angabe eines Mittels zur Heilung der vorhandenen Uebelſtände. Von alle dem nichts; nichts als einen wohlgefälligen Rückblick auf ſeine Politik des Widerſtandes gegen alle Freiheitsbeſtrebungen, als ob die Ereigniſſe ihm Recht und nicht vielmehr Unrecht gegeben hätten! Die Journale beobachten meiſt über das Manifeſt ein finſteres Schweigen; ihnen iſt die Kandidatur Guizot's überhaupt unangenehm, ſelbſt denen der gemäßigten Partei. Dieſe ſieht in dem Wiedererſcheinen des Mannes auf der politiſchen Schaubühne eine Urſache von Zerwürfniſſen; Herr Thiers insbeſondere haßt in ihm einen talentvollen Nebenbuhler. „Wir bedauern, ſagt das einzige Journal der Rue Poitiers, das ſich überhaupt ausſpricht, dieſen Schritt für den Mann ſelbſt und für Frankreich: für den Mann, weil er ſeinen Namen, der in dieſem Augenblick Dunkel und Vergeſſenheit bedurfte, einem verdrießlichen Lichte ausſetzt; für Frankreich, das ſeinerſeits Eintracht und Frieden bedarf, weil dieſe Kandidatur es im Angeſicht des gemeinſamen Feindes ſpalten und in Unruhe verſetzen kann. Die Februarrevolution verdankte ihren Triumph nur der Spaltung, die in der monarchiſchen Partei eingetreten war; die Reihen der Männer, die auf den Bänken der Konſervativen oder der Oppoſition den Thron verthei-

digten, hatten ſich geſpalten und durch die Lücke iſt die Revolution hindurchgedrungen! Allein woher kam dieſe Spaltung? Von der in Hrn. Guizot perſonificirten Politik, von dieſer Politik der allgemeinen Verneinung, welche die Kraft ihrer Gegner, die Leidenſchaften des Volkes, die Nothwendigkeit der Reformen, die Unzufriedenheit der Meinung, die Abneigung der Nationalgarde und noch den Tag vor dem Sturz des Thrones die Revolution leugnete. Die gegenwärtigen Führer der gemäßigten Partei waren größtentheils mehr oder minder entſchiedene Gegner dieſer Politik. Sie handelten gemeinſam vor dem 24. Febr. und Hr. Guizot war gegen ſie. Sie haben das ausſchließende Syſtem, worauf er noch jetzt, wie er erklärt, ſtolz iſt und das er auf dem Schlachtfelde ſelbſt, wo er beſiegt worden iſt, noch für gut ausgiebt, verdammt. Was bedeutet alſo ſein Name anders, als die mit ihren Fehlern belaſtete Vergangenheit, die Spaltung unter den Konſervativen und der ewige Kampf des Namens Guizot mit den Namen Thiers, Molé, Berryer, Odilon Barrot, Duvergier de Hauranne und Montalembert? Was der Stimme dieſer bedeutenden Männer durch das unheimliche Geräuſch einer zuſammenbrechenden Geſellſchaft hindurch im Lande Gehör verſchaffte, das war der Umſtand, daß ſie fortwährend und entſchieden das Regierungsſyſtem bekämpft hatten, gegen welches die Revolution ausbrach. Ihr Widerſtand gegen dieſes Syſtem iſt die Quelle ihres gegenwärtigen Einfluſſes in der großen Partei der Ordnung. Obgleich ſie mit Hrn. Guizot die Vertheidiger des monarchiſchen Prinzips waren, ſo haben ſie doch nie den Namen von Februar Beſiegten verdient. Ihre Wahl erregte deßwegen zwiſchen ihrer Gegenwart in der Nationalverſammlung und der neuen Regierungsform keinen Widerſtreit; ihr Name konnte nicht als eine Herausforderung der Niederlage gegen den Triumph betrachtet werden; er ſollte nicht den Haß und die Leidenſchaften wieder neu beleben, welche vor dem Februar die maßloſe Politik des Kabinets vom 11. Oktober entzündet hatte. Iſt daſſelbe mit dem Miniſter, der unter den Trümmern einer Dynaſtie begraben worden iſt, der Fall? Die bloße Erinnerung an ihn erhebt ſich wie eine Fahne; ſeine Stimme erſcheint wie ein ſchallendes Echo der Kämpfe des Februar; ſein Leben iſt die Vergangenheit der Juli-Dynaſtie; ſein Name dient als Datum einer Revolution. Auch macht ſein Brief den Eindruck, als käme er von der andern Seite des Abgrunds, den wir überſchritten haben und wir zweifeln nicht, daß ſeine Wahl die traurige Wirkung haben würde, die Meinung irre zu leiten und unſeren Weg einer beſſeren Zukunft entgegen aufzuhalten." Selbſt das Journal des Debats, das Hrn. Guizot lange getragen und vertheidigt hat, theilt das Manifeſt nur mit der Bemerkung mit, daß es bei allen Buchhändlern des Calvados zu haben ſei. Der National ſetzt der Mittheilung des Manifeſtes die Erzählung hinzu, daß einer der politiſchen Freunde des Herrn Guizot bei einem Beſuch, den er ihm kurze Zeit nach der Februarrevolution in London abſtattete, von dem allgemeinen Wahlrecht als einem Mittel zur Rückkehr des Herrn **Guizot** nach Frankreich ſprach, daß Guizot aber antwortete: „Nein, ich werde Nichts von dem allgemeinen Stimmrecht verlangen, dies würde meiner, der ich daſſelbe bekämpft habe und noch als anarchiſch betrachte, unwürdig ſein. Ich habe die Maſſen unverſtändig genannt. Ich würde glauben, meine Magd zu heirathen." Heute, bemerkt der National, reicht Hr. Guizot dieſer Magd die Hand, freilich nur die linke zu einer morganatiſchen Ehe.

Italien.

* **Genua.** Aus all den Gerüchten, die über das Schickſal der Stadt herumgehen, iſt nur das ſicher, daß ſie ſich am 10. wenigſtens noch nicht ergeben hat. Denn die Turiner Journale vom 11., die nothwendig die Thatſache kennen mußten, erwähnen nichts davon. Dagegen hat die franzöſiſche Regierung am 14. eine neue telegraphiſche Depeſche, datirt Turin den 12., über Lyon erhalten, wonach Genua (alſo am 11.) vollſtändig unterworfen worden iſt. Die konſervativen Journale von Turin verſichern, daß Avezzano nur durch das furchtbarſte Schreckensregiment ſich behaupte, daß er jeden, der von Ergebung ſpreche, unbarmherzig erſchießen laſſe, während die Radikalen gerade von den Truppen die größten Grauſamkeiten berichten.

* **Aus Toskana.** Der General Aspre iſt mit 15,000 Mann in Toskana eingerückt. Wir würden die Nachricht kaum glauben, wenn ſie uns nicht von verſchiedenen Seiten zuginge, und wenn ſie nicht mit Gerüchten, die ſchon am 6. in Florenz herumgingen, übereinſtimmte. Die Regierung hat in Folge derſelben 8000 Mann nach der Luningiano dirigirt. Sie werden die Oeſterreicher ſchwerlich aufhalten. Man berechnet, daß ſie am 10. oder 11. in Florenz eintreffen. Daß ſie dann auch in die Romagna einrücken, unterliegt wohl keinem Zweifel; das Gerücht, das den Ereigniſſen vorhergeht, läßt ſie ſchon in Bologna angekommen ſein. Die Verlegenheit der toskaniſchen Regierung iſt übrigens um ſo größer, als Montanelli von Florenz abweſend und auf ſeinem Geſandtſchaftspoſten in Paris iſt. Man hatte ſeine Ernennung zum Geſandten einem Zerwürfniß mit Guerazzi zugeſchrieben; dem iſt jedoch nicht ſo; vor ſeiner Abreiſe hat er noch ſeine volle Uebereinſtimmung mit Guerazzi's Politik öffentlich erklärt.

* **Rom.** Das neue Triumvirat hat ſein Miniſterium folgendermaßen zuſammengeſetzt: Berti Pichat Inneres, Sturbinetti Unterricht, Manzoni Finanzen, Luzzarini Juſtiz, Montecchi Handel und öffentliche Arbeiten.

Am 2. hat ein Zuſammenſtoß mit den Neapolitanern ſtattgehabt. Sie haben, 1800 Mann ſtark, das Fort Epitaffio angegriffen, ſind aber nach einigen vergeblichen Verſuchen wieder zurückgegangen. Das Hauptkorps der Römer ſteht 40,000 Mann unter General Ferrari bei Terni.

Schweiz.

\+ **Zürich**, 14. April. In den Nationalrath wählte am 9. der 2. zürich'ſche Wahlkreis den gemäßigt liberalen Gerichtsſchreiber Huber; der Kandidat der Radikalen war Dr. L. Snell. In Felsberg bei Chur ſind am Oſtermontag — nach langer Ruhe — wieder große Trümmermaſſen von dem drohenden Felſen heruntergeſtürzt, jedoch ohne Schaden anzurichten; — ein Fingerzeig übrigens, mit größerer Energie an die in neueſter Zeit etwas läſſig betriebenen Bauten von Neu-Felsberg zu gehen.

Die öſterreichiſche Geſandtſchaftskanzlei zu Bern verweigert ihr Viſa für Päſſe, die von der teſſiniſchen Regierung nach der Lombardei ausgeſtellt ſind; — der preußiſche Geſandte v. Sydow verlangt in einer an den Bundesrath gerichteten energiſchen Note Rücknahme des Genfer'ſchen Dekretes, welches Hr. v. Röder aus dem Kanton verweiſt, und vollſtändige Genugthuung für denſelben.

Die heißblütige „italieniſche Partei" wollte dem Bundesrathe ein todeswürdiges Verbrechen daraus machen, daß er die glorreiche römiſche Republik nicht anerkannte; was wird ſie dazu ſagen, wenn ſie vernimmt, daß nicht einmal die proviſoriſche Regierung von Sizilien bisher dieſen Schritt gethan hat!

Dänemark.

***Kopenhagen.** Folgende Mittheilungen aus dem däniſchen Blatte „Kjöbenhavnsposten" vom 10. April ſind bezeichnend für die Stimmung der Dänen:

Eine verlorene Schlacht hätte niemals einen ſo traurigen Eindruck hervorrufen können, als die unglückliche Affaire bei Eckernförde. Es iſt nicht allein die Niederlage mit den vorausgehenden und begleitenden Umſtänden, ſondern die Expedition ſelbſt, die Kummer und Beſorgniß weckt. Welche koloſſale Mittel im Verhältniß zu der Geringfügigkeit des Ergebniſſes, welches ſich erreichen ließ. Handelte es ſich doch nur darum, einige Batterien im Eckernförder Hafen zu demontiren, die lediglich beſtimmt waren, die Stadt vor einem Bombardement zu beſchützen. Aber die Stadt wollte man ja anfänglich nicht bombardiren, und eine ſolche Abſicht wäre auch ſchwer zu begreifen geweſen, da Eckernförde keine ſtrategiſche Bedeutung hat und überdies dem Vaterlande angehört, welches den dadurch angerichteten Schaden mehr oder weniger mitempfindet. Ein Anderes iſt es, eine im Lande des Feindes liegende Stadt zu bombardiren; dies kann als Repreſſalie und Abſchreckungsmittel von Nutzen ſein. Ward aber, wie wirklich der Fall, nicht das Bombardement der Stadt, womit nur ſpäter als Mittel der eigenen Rettung gedroht wurde, ſondern nur die Demontirung der Batterien beabſichtigt, ſo fragt ſich, ob dieſe von Bedeutung, wenn nicht gleichzeitig Landtruppen feſten Fuß gefaßt haben. So lange noch die Truppen auf Alſen ſtanden und nur ihre Vorpoſten auf Sundewitt hatten, verſprach eine ſo gefährliche Expedition nur geringen Erfolg. Oder war dieſelbe vielleicht an ſich nicht ſo gefahrvoll, und wurde dies erſt durch unvorhergeſehene

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die preußiſchen Abgeordneten. Hr. Camphauſen. Die öſterreichiſchen Abgeordneten.) Wien (Depeſche des Miniſterpräſidenten an Hrn. v. Schmerling. Welden nach Ungarn. Sieg der Magyaren bei Waitzen. Graf Stadion. Radetzky ruſſiſcher Feldmarſchall. Ungariſche Nachrichten. Ehrenſäbel für Radetzky. Graf Zichy. Reformen in der Armee. Nachrichten aus der Slowakei.) Berlin (Ruſſiſche Unterhandlungen in Betreff der Donaufürſtenthümer. Verhandlungen der Kammern. Der Eindruck der öſterreichiſchen Note und die Gegennote. Das Auswanderungsſchiff.) Dresden (Die Regierung und die preußiſche Cirkularnote.) Schleswig-Holſtein (Die Düppeler Kämpfe.) Flensburg (Die Dänen auf der Inſel Föhr.) Hadersleben (Beſeler.) Altona (Truppen nach Norden.)

Italien. Genua (Einzug der piemonteſiſchen Truppen.) Mailand (Ergebenheitsdeputationen der lombardiſchen Städte nach Ollmütz.) Florenz (Die Oeſterreicher auf dem Wege nach Maſſa.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 18. April.)

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt,** 18. April. Im Kaſino ſind die geſtern dort verſammelten preußiſchen Deputirten eins geworden, durchaus keine gemeinſchaftlichen Maßregeln gegenwärtig zu treffen, ſondern ſich fortwährend auch gegen den geringſten Schein eines Partikularismus zu ſichern, der ihnen von jeher fremd geweſen iſt. Uebrigens haben einige Mitglieder als Privatperſonen ſich mit ernſtlichen Vorſtellungen zu Hrn. Camphauſen begeben, und demſelben Mittheilungen über die Gefahr gemacht, die darin liege, daß man in Berlin die hieſigen Verhältniſſe fortwährend ganz irrig aufzufaſſen ſcheine. Sie haben ihm die Lage des Vaterlandes vorgeſtellt, und Hr. Camphauſen kann ſich künftig vor dem unerbittlichen Gerichte der Geſchichte nicht mit Unwiſſenheit entſchuldigen. Seine **Situation** gleicht der des Hrn. v. Bodelſchwingh im Anfang der deutſchen Bewegung. Auch damals hielt die preußiſche Regierung völlige Conceſſionen für unmöglich und die miniſterielle Staatsweisheit lächelte über die vorausgeſagten Gefahren. Herr Camphauſen ſelbſt damals in Berlin ahnte anfangs nur theilweiſe die Stimmung der Gemüther in ſeiner eigenen Provinz. Jetzt hat er keine Entſchuldigung, wenn er plötzlicher, tiefer und ruhmloſer in der Achtung der Nation ſtürzen ſollte, als Hr. von Bodelſchwingh: Gott lenke ſein Herz und bewahre ihn vor ſchlimmen Rathgebern. Die Nation hält ihren ſchönſten Ehrenplatz für ihn offen. Gott gebe, daß ſie denſelben nicht mit Trauerflor verhängen muß!

*** **Frankfurt,** 18. April. Dem Vernehmen nach, wird morgen wieder eine Anzahl öſterreichiſcher Abgeordneten ihren Austritt aus der Reichsverſammlung anzeigen laſſen.

Wien, 13. April. Das kaiſerliche Kabinet hat am 5. d. M. nachſtehende Depeſche an den öſterreichiſchen Bevollmächtigten bei der deutſchen proviſoriſchen Centralgewalt, Ritter von Schmerling, erlaſſen:

„Indem Se. Majeſtät der Kaiſer die Beweggründe billigen, welche den Durchlauchtigſten Herrn Erzherzog Johann beſtimmt haben, unter den obwaltenden Verhältniſſen die Würde eines deutſchen Reichsverweſers niederzulegen, finden ſich Allerhöchſtdieſelben dennoch zugleich veranlaßt, Se. kaiſerliche Hoheit aufzufordern, im Intereſſe Deutſchlands, wie in jenem Oeſterreichs, das ihm anvertraute Amt noch ſo lange fortzuführen, bis für die Uebernahme der Leitung der Centralgewalt in einer ihrer Beſtimmung entſprechenden Weiſe Vorſorge getroffen ſein wird. Ew. Hochwohlgeboren erhalten in der Anlage das allerhöchſte Handſchreiben, durch welches Se. Majeſtät der Kaiſer Seinem erlauchten Großoheime dieſen Wunſch, unter Anerkennung der Verdienſte, welche ſich Derſelbe erworben hat, ausdrückt. Als im vergangenen Jahre die deutſchen Fürſten und Völker die für Deutſchland geſchaffene proviſoriſche Centralgewalt in die Hände dieſes kaiſerlichen Prinzen niederzulegen wünſchten, hat die öſterreichiſche Regierung die Erfüllung dieſes Wunſches mit Hintanſetzung ſo mancher für die Verhältniſſe jener Zeit gebotenen Rückſicht gefördert, indem ſie die Intereſſen ihrer eigenen Völker jenen des deutſchen Geſammtvaterlandes unterordnete und es dem Manne des allgemeinen Vertrauens möglich machte, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen. So weit es an Ihm lag, hat der Herr Erzherzog das in Ihn geſetzte Vertrauen auch gerechtfertigt und die große Aufgabe gelöſt, welcher Er Sich mit ſo aufopfernder Hingebung gewidmet hatte. Er iſt der täglich mehr um ſich greifenden Anarchie entſchloſſen und mit Erfolg entgegengetreten, — hat die Herrſchaft des Geſetzes wiederhergeſtellt, und durch ſie Ruhe und Ordnung geſichert, welche unerläßlich waren, um das begonnene Werk der Neugeſtaltung Deutſchlands auf geſetzlichem Wege zu Ende führen zu können. Die Nationalverſammlung dagegen hat den von ihr gehegten Erwartungen nicht entſprochen. Statt einem einigen, mächtigen, und daher an Zukunft reichen Deutſchland, deſſen Gründung ihre Thätigkeit hätte anbahnen ſollen, hat ſie ein ideales Reich zu ſchaffen angeſtrebt; ein Verſuch, welcher nur dazu führen könnte, die Bande zu lockern, ja vielleicht zu löſen, welche die verſchiedenen deutſchen Stämme ſeit Jahrhunderten umſchlungen hielten. Es kann hier nicht in meiner Abſicht liegen, dem von der Nationalverſammlung ſeit ihrem Beſtehen eingehaltenen Gange zu folgen, und die Nachtheile näher zu entwickeln, welche deren fortwährende Schwankungen und ihre nur zu häufigen Eingriffe in den Bereich der exekutiven Centralgewalt nothwendig erzeugen mußten. Ich will mich darauf beſchränken, jene Beſchlüſſe hervorzuheben und zu beleuchten, welche uns unmittelbar berühren, und für die Stellung maßgebend werden müſſen, die wir in Folge derſelben unter den gegebenen Umſtänden einzunehmen gezwungen ſind. Seitdem das gegenwärtige Miniſterium in ſeinem Antrittsprogramme vom 27. Nov. v. J. die Abſicht ausgeſprochen, alle Lande und Stämme der öſterreichiſchen Monarchie durch das feſte Band einer gemeinſchaftlichen Verfaſſung zu Einem großen Staatskörper zu vereinigen, hat ſich in der Nationalverſammlung eine Partei gebildet, welche alles aufbot, um unſer Verbleiben bei Deutſchland unmöglich zu machen. Sie hat dieſes Ziel zu erreichen geglaubt, indem ſie die Beſtimmungen des §. 2 der zu Frankfurt berathenen Verfaſſung durchzuſetzen wußte, welche für deutſche Lande, die mit nichtdeutſchen ein gemeinſchaftliches Staatsoberhaupt haben, getrennte eigene Verfaſſung, Regierung und Verwaltung anordnen. Daß ſolche Verfügungen mit dem von uns nicht nur angekündigten, ſondern auch hinlänglich motivirten und ſeither zur vollen Anwendung gekommenen Grundſatze der Einheit des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates unvereinbar ſeien, war demnach vorauszuſehen. Mögen daher jene, welche deſſen ohngeachtet dieſen durch keine Nothwendigkeit bedingten Beſchluß herbeigeführt haben, auch deſſen Folgen vertreten. Ferner hat die Nationalverſammlung durch die am 27. v. M. beſchloſſene Wahl eines erblichen Reichsoberhauptes ſich von den Formen des beabſichtigten Bundesſtaates entfernt und jenen eines Einheitsſtaates in einer Weiſe genähert, welche mit der Selbſtſtändigkeit der einzelnen deutſchen Regierungen unverträglich iſt, die nur in den weſentlichen Bundeszwecken eine unvermeidliche Beſchränkung finden ſoll. Endlich hat die Nationalverſammlung durch ihre Beſchlüſſe vom 28. v. M, welche anordnen, daß die von ihr allein beſchloſſene Reichsverfaſſung zu vollziehen und als Geſetz zu verkündigen ſei, den Weg der Vereinbarung verlaſſen, den allein ſie zu gehen berufen und berechtigt war, und den die Regierungen ſich ausdrücklich vorbehalten hatten. Sie hat zugleich durch die eigenmächtig von ihr ausgegangene Erklärung ihrer Permanenz bis zum Zuſammentritte der einzuberufenden Reichsverſammlung ſich auf einen ungeſetzlichen Boden geſtellt, auf welchen ihr zu folgen die Regierungen ſich nicht veranlaßt ſehen können. Oeſterreich, innig verbunden mit Deutſchland durch die ſo lange beſtandene Gemeinſchaft, durch die aus dieſer erwachſenen unzertrennlichen Intereſſen und durch die unbeſtreitbar noch gültigen Verträge, kann und wird ſich nie von ſolchen Banden losſagen. Noch iſt der deutſche Bund, wie ihn die Traktate ſchufen, nicht aufgelöſt, noch beſtehen die Rechte und Verbindlichkeiten ſeiner Glieder. Wenn wir demnach unter den eben angeführten Verhältniſſen für den Augenblick an einem Bundesſtaate, wie die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ihn zu ſchaffen beabſichtigen, obgleich mit Vorbehalt der Rechte, welche die Geſchichte und die Verträge uns ſichern, Theil zu nehmen nicht vermögen, werden wir nichts deſto weniger fortfahren, an den Schickſalen unſerer alten Bundesgenoſſen aufrichtigen Antheil zu nehmen und dieſen Antheil bei dem Eintritte veränderter Verhältniſſe ſtets mit Freuden zu bethätigen bereit ſein. Dies iſt die Abſicht Sr. Majeſtät des Kaiſers, welcher Allerhöchſtderſelbe getreu bleiben wird. Wie aber Se. Majeſtät ſich in meiner am 4. Februar an Ew. Hochwohlgeboren erlaſſenen Depeſche, gegen eine Unterordnung unter die von einem anderen deutſchen Fürſten gehandhabte Centralgewalt, auf das Feierlichſte verwahrt haben, iſt unſer Allergnädigſter Herr auch nicht minder feſt entſchloſſen, die verfaſſungsmäßig von Ihm in Gemeinſchaft mit den Repräſentantenkörpern Oeſterreichs auszuübende geſetzgebende Gewalt niemals und unter keiner Bedingung einer fremden geſetzgebenden Verſammlung unterzuordnen. Da Se. Majeſtät, wie ich Ihnen bereits angekündigt habe, die von Ew. Hochwohlgeboren nachgeſuchte Enthebung von Ihrem Poſten zu bewilligen geruhten und der Graf v. Rechberg, welcher zu Ihrem Nachfolger beſtimmt iſt, nach Frankfurt abgefertigt wird, ſteht Ihrer Rückkehr nichts mehr entgegen. Was die öſterreichiſchen Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung betrifft, haben dieſelben ihre Sendung, in Folge des Schluſſes der Berathung über das Verfaſſungswerk, als beendet zu betrachten und ſofort in ihre Heimath zurückzukehren, da ihre fernere Theilnahme an einer Verſammlung, welche, wie bereits erwähnt, durch den von ihr am 28. v. M. gefaßten Beſchluß den Boden des Rechtes und des Geſetzes verlaſſen hat, durchaus nicht mehr ſtattfinden kann. Ew. Hochwohlgeboren haben dieſe Herren in dieſem Sinne zu verſtändigen. Empfangen 2c.“ (Wiener Z.)

△ **Wien,** 14. April. Das Miniſterium iſt aus Ollmütz zurück und hat geſtern Abend den Major Grafen Wrbna mit einem Handbillet des Kaiſers an den Fürſten Windiſchgrätz abgeſandt. Der Inhalt deſſelben iſt zwar nicht bekannt, aber heute oder morgen geht Feldzeugmeiſter Welden zur Armee nach Ungarn ab, um endlich das Oberkommando über die drei dort operirenden Armeekorps zu übernehmen. Leider müſſen wir ſagen e n d l i c h, denn die Armee, die Preſſe, und das Publikum waren längſt ſchon von der Unfähigkeit des Fürſten überzeugt. „Leider“ müſſen wir ferner ſagen, hat die Rückſichtnahme auf eine einzelne Perſönlichkeit den Staat gefährdet, ihm Millionen an Geld und Tauſende von Menſchenleben gekoſtet. Graf Stadion hat alſo im Kabinete geſiegt und bleibt, was für die ganze Umgeſtaltung der Bureaukratie von großer Wichtigkeit iſt. Auf ſeinen Antrag wurde der ehemalige Staatsrath Pipitz zum Unterſtaatsſekretär im Miniſterium des Innern ernannt. Er iſt einer der tüchtigſten Köpfe aus dem Miniſterium Kolowrat, auf das Genaueſte mit den Ge-

ſchäften und Verhältniſſen vertraut und gilt für einen unermüdlichen Arbeiter. Man bezeichnete ihn als den Nachfolger Stadion's, wenn dieſer wirklich zurückgetreten wäre. Graf Stadion wird ſich nun auf kurze Zeit Ruhe gönnen, da ſeine Geſundheit durch angeſtrengte Arbeiten und durch die ewigen Spazierfahrten zwiſchen hier und Ollmütz gelitten hat. Der Juſtizminiſter wird ihn während ſeiner kurzen Abweſenheit im Miniſterium des Innern und der Miniſter der Landeskultur im Miniſterium des Unterrichts vertreten.

Aus Ungarn klingen die Nachrichten ſehr betrübend; die Armee wurde rings um Peſth durch Scheingefechte, von der leichten Cavallerie der Ungarn ausgeführt, beſchäftigt und getäuſcht, während die Hauptmacht derſelben ſich auf Waitzen, den Knotenpunkt der Straße nach Komorn warf, daſſelbe erſtürmte und ſich gegen Gran wandte, wohin ſich die kaiſerl. Truppen zurückzogen, um ſich auf eine friſche Reſerve von 16—18,000 Mann zu ſtützen, und ſo die Entſetzung Komorns durch die Inſurgenten zu hindern. In Waitzen wurde, wie es ſcheint, meuchelmörderiſch aus einem Fenſter, General Götz, einer unſrer bravſten Offiziere erſchoſſen, und Graf Schlick ſoll verwundet ſein. Im Süden Ungarns haben Perczel und Caſimir Batthyani ſich vereinigt und bedeutende Erfolge errungen. F.-M.-L. Wohlgemuth war vor einigen Tagen nicht nach Komorn, wie ich Ihnen irrig berichtete, ſondern nach Ollmütz gegangen, um Sr. Maj. um Aufſchub ſeiner neuen Beſtimmung zu bitten, da er erſt ſeine Ausrüſtungen beſorgen und ſich namentlich Pferde verſchaffen müſſe. Der junge Kaiſer erſuchte ihn ſogleich mit der ihm eignen Liebenswürdigkeit, ſich die beſten Pferde aus ſeinem Marſtalle auszuſuchen und ſo ſchnell als möglich nach Ungarn zu eilen, und ließ ihm überdies zur Beſorgung ſeiner übrigen Bedürfniſſe 3000 fl. K.-M. anweiſen. Der Feldmarſchalllieutenant kam entzückt von dem jungen Monarchen zurück und brennt vor Begierde, ihm gute Dienſte vor Komorn zu leiſten. Auch der tapfere Benedek iſt aus Italien hier eingetroffen, er ging geſtern Abend nach Ollmütz, um ſich dem Kaiſer vorzuſtellen und dann im Hauptquartier ſeine weitere Beſtimmung zu erfahren. Er iſt voll des Lobes für den Erzherzog Albrecht, Sohn des unſterblichen Erzherzogs Karl, und kann ſeinen Muth und ſeine Kaltblütigkeit im Kampfe bei Novara nicht genug rühmen.

Dem Vernehmen nach wird der Kaiſer den 19. d. M. als den Geburtstag ſeines Oheims des Kaiſers Ferdinand in Prag zubringen. Seine Rückkehr nach Wien oder Schönbrunn iſt durch die Vorgänge bei Peſth wieder mehr in die Ferne gerückt. So eben hat Feldzeugmeiſter Welden einen Theil der hieſigen Garniſon auf der Esplanade zwiſchen dem Burg- und Schottenthore die Revue paſſieren laſſen und ſich in einer Rede an die Mannſchaft von ihr verabſchiedet, um noch heute in Begleitung mehrerer Ingenieuroffiziere ſeinem neuem Berufe zu folgen. In ſeiner Suite bemerkte man mehrere franzöſiſche und preußiſche Offiziere. Feldmarſchallieutenant Böhm wird ihn im Kommando hier erſetzen. Jetzt wäre der Moment, wo die Bürger Wiens zeigen ſollten, daß ſie Männer ſind. Wenn ſie ſich erbieten würden, den Wachdienſt in Wien mit zu verſehen, ſo könnte man die Garniſon auf ein Minimum reduziren, aber unſere „Gutgeſinnten" ziehen es vor, abzureiſen, wie ſie im Oktober thaten; geſtern als die erſte Nachricht von Waitzen eintraf, war der Schreck unter ihnen ſo paniſch, daß viele bereits einpackten! Man verſtärkt übrigens die Armee in Ungarn ſo viel als nur irgend möglich. So gehen morgen wieder ein Bataillon Stephan und eine Diviſion Wrbna Chevauxlegers und am 19. ein Bataillon Wocher Infanterie von hier ab. Andere Verſtärkungen rücken aus Mähren, Schleſien und Böhmen nach Ungarn ein. Ein Theil der Beſatzung von Ollmütz geht ebenfalls dahin, ein anderer Theil derſelben kommt nach Wien. Die Diviſion Mengen Küraſſiere, welche vorgeſtern hier einrückte, iſt dieſelbe, welche den Kaiſer Ferdinand im Oktober v. J. auf ſeiner Flucht nach Ollmütz begleitete.

Das geſtrige Abendblatt der Wiener Zeitung bringt uns die Note des Miniſterpräſidenten an Hr. v. Schmerling vom 5. April. Die Leitung unſerer Beziehungen zu Deutſchland liegt jetzt in den Händen von zwei Diplomaten, von denen der eine die deutſchen Verhältniſſe in Griechenland, der andere in Braſilien ſtudirt hat! Kein Wunder, wenn vielen Deutſchen unſere Politik ſo erotiſch vorkommt — ſcheint doch auch dem letzten Miniſterrathe ein Ruſſe beigewohnt zu haben, denn Hr. von Mebem ging und kam mit dem Miniſterium.

Den 14. Abends. Der Kaiſer von Rußland hatte ſchon am 5. d. die Nachricht von Radetzky's Siege und am 6. die Abdankung Karl Alberts. Er verkündigte dieſe Nachrichten perſönlich vom Balkone des Winterpalaſtes ſeinen Generalen und brachte dem alten Helden ein Hurrah aus. Heute eilte ein Kourrier hier durch, welcher Radetzky den ruſſiſchen Feldmarſchallſtab überbringt — obgleich, wie ich in früheren Jahren mich oft ſelbſt überzeugte, der Feldherr nicht ruſſiſch, ſondern immer gut deutſch geſinnt war.

* **Wien**, 14. April. Nach Privatnachrichten aus Peſth v. 11. d. ſah man für den folgenden Tag dem Einzuge der Magyaren, (?) zugleich aber einem Bombardement von Ofen aus entgegen. Daß ein ſolches Ereigniß nach Gebot der Umſtände ohne Rückſicht auf die magyariſch geſinnte Bevölkerung eintreten werde, konnte ſchon aus mehreren Artikeln in den geſtrigen Abendblättern entnommen werden. Der Verluſt der k. k. Truppen bei Gödöllö wird vom „Lloyd" nicht geringer als jener des Feindes, auf 3000 Mann angegeben. Die Plünderungen in Peſth, namentlich in den Vorſtädten, von Seite der Kroaten hatten auf ſehr arge Weiſe überhand genommen. Zwei auf friſcher That ertappte Kroaten wurden ſtandrechtlich erſchoſſen. Weiter wird aus Peſth vom 11. d. berichtet: Die ungariſchen Inſurgenten ſind unter der Führung Dembinski's und Görgey's über Hatvan gegen Waitzen vorgedrungen, während ſie die k. k. Truppen durch eine Reihe von Scheingefechten vor Peſth beſchäftigten und irre zu führen ſuchten. Iſt der Angriff auf Waitzen gelungen, ſo iſt der eine Flügel der Armee bedroht, während der andere Flügel durch den Donauübergang des ungariſchen Generals Vetter an einem Orte gefährdet wird, wo es uns nicht möglich iſt, eine Truppenmacht entgegen zu ſtellen. Während ſo die Ungarn auf beiden Flügeln gegen Waitzen und Pentele operiren, haben ſie die Hauptmacht des F.-M. Windiſchgrätz in einer Linie umſtellt, die von Dunakeſz über Toth bis nach Sarokſar geht. Wird man hier einen Kampf wagen, wird man ihn auch nur annehmen zu können in der Lage ſein, wenn unſere Truppen nördlich bis nach Gran gedrängt ſind, wenn der Ban Jellachich nach St. Andre und Bogdan am rechten Ufer zu gehen genöthigt iſt, um ein völliges Ueberflügeln zu verhindern? Wir wagen es nicht zu bejahen und fürchten, es zu verneinen. General Götz ſtarb an einem Schuſſe, der aus einem Hauſe in Waitzen fiel, in einem Alter von nahe an 70 Jahren. Er war einer der beſten und tapferſten Offiziere und wurde leider nicht ſeinem Talente entſprechend verwendet. Briefe aus Peſth vom 12. d. melden, daß man fortwährend auf dem Rakosfelde Kanonendonner höre und einem entſcheidenden Treffen noch entgegenſehe. F. M. L. Heß ward bei der Armee in Ungarn erwartet.

Im Rathsſaal des Kriegsminiſteriums war vorgeſtern der koſtbare Ehrenſäbel, ein Meiſterſtück an Form und Arbeit, zur Beſichtigung ausgelegt, den die ehemalige Nationalgarde Wien's für Radetzky beſtimmte. Er ſoll ſchon an den Ort ſeiner Beſtimmung abgeſendet ſein. Feldmarſchalllieutenant Graf Zichy, früherer Stadt- und Feſtungskommandant von Venedig und Feldmarſchalllieutenant v. Merz, geweſener Feſtungskommandant von Komorn, letzterer Brigadier in Italien, ſind penſionirt. Eine neue Entſchließung des Kaiſers iſt auf Vortrag des Kriegsminiſters erfolgt. Das Avancement der, unter was immer für einem Titel bei den Hofſtäben angeſtellten Generale, Stabs- und Oberoffiziere wird durchaus eingeſtellt. Mit Ausnahme der Adjutanten des Kaiſers und der bei der Erziehung der Brüder des Kaiſers Angeſtellten, treten alle übrigen dahin Gehörigen in die Disponibilität. Auch ſollen für die Folge in der Regel nur öſterreichiſche Staatsbürger in den k. k. Armeedienſt aufgenommen werden.

Wien, 14. April. Nach Berichten der „Preſſe" aus der Slovakei iſt Leutſchau und Kaſchau wieder im Beſitz der Magyaren; in Eperies hält der ſlovakiſche Landſturm mit einer Kompagnie kaiſerlicher Infanterie und etwa 200 Rekonvaleſcenten von allen Waffen noch Stand, und wehrte mehrere Angriffe und Ueberfallsverſuche kräftig ab. Die Komitatsbeamten hatten in der Flucht ihr Heil geſucht. Im angrenzenden zempliner Komitate ſind auch die Beamten für Koſſuth thätig; die Nationalgarde wird dort in Maſſe aufgeboten um Eperies anzugreifen.

Konſt. Korr. **Berlin.** Rußland hat, wie wir aus ſicherer Quelle erfahren, auf's Neue Unterhandlungen in Betreff der Donaufürſtenthümer angeknüpft, welche vorzüglich die Entfernung

Digitized by Google

der türkiſchen Truppen von der öſterreichiſchen Grenze zum Zweck haben ſollen.

△ **Berlin,** 16. April. Die heutige Sitzung der zweiten Kammer bot wenig von Intereſſe. Auf eine Interpellation des Abgeordneten Pfeiffer, worin darüber Beſchwerde geführt wurde, daß unter dem Vorwande der Militärpflichtigkeit die Auswanderung beſchränkt würde, äußerte der Miniſter des Innern: „Die Provinzialbehörden haben Zweifel darüber geäußert, wie §. 10 der Verfaſſung (welcher das freie Auswanderungsrecht gewährleiſtet) mit den Geſetzen vom Jahre 1812 zu vereinbaren ſei, welche die Auswanderung von einem Conſenſe abhängig machen, wobei derjenige, der auswandern will, den Nachweis führen muß, daß er ſeiner Militärpflicht genügt hat. Es haben hierüber Berathungen im Miniſterium ſtattgefunden, deren Ergebniß die Verfügung vom 4. März d. J. geweſen iſt. Allerdings greifen die Geſetze vom Jahre 1812 noch Platz; denn Artikel 10 der Verfaſſung kann unmöglich den Sinn haben, daß jeder Preuße unter allen Umſtänden und zu jeder Zeit auswandern könne. Sonſt könnten ja Alle, welche ſich im ſtehenden Heere befinden, plötzlich auswandern. Die Militärpflicht iſt durch die Verfaſſung nicht aufgehoben worden, und es müſſen diejenigen Beſtimmungen, welche die Erfüllung dieſer Pflicht ſichern, aufrecht erhalten werden.“ Es frägt ſich nur, ob die Militärpflichtigkeit mit der Geburt beginnt und darüber äußerte ſich der Miniſter wohlweislich nicht. Dann begann die Kammer die Berathung des zweiten Belagerungsgeſetzes, des Geſetzes nämlich, wie es ſehr unſchuldig heißt, „betreffend die Verhütung eines, die geſetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Verſammlungs- und Vereinigungsrechts.“

Hier wie bei dem Plakatengeſetz hatte die Linke, diesmal durch Herrn Temme, den Antrag geſtellt: „Die Kammer wolle beſchließen: das ganze Geſetz wird zurückgewieſen und dem Miniſterium anheimgegeben, nach Maßgabe des Art. 27 a linea 2 der Verfaſſung vom 5. December 1818 ein Geſetz über Verſammlungen unter freiem Himmel einzubringen.“

Von den Reden, die in der allgemeinen Debatte für und gegen das Geſetz gehalten wurden, war nur die des Grafen Arnim ein wenig bemerkenswerther als die andern: „Das vorliegende Geſetz gehört zu denjenigen, von denen im Allgemeinen behauptet worden, man müſſe ſich bei der Beurtheilung derſelben entweder auf den Standpunkt des Rechts oder der Polizei ſtellen. Es gibt jedoch nach meiner Anſicht noch einen dritten Standpunkt. Es iſt der Standpunkt der Politik, welcher auch das Recht nicht verletzt. Laſſen Sie uns den Blick offen halten für die wahre öffentliche Meinung außerhalb dieſes Hauſes. Dieſe öffentliche Meinung lautet etwa ſo: Wir ſind in ſo großen Schritten in neue Zuſtände übergegangen, daß es unvermeidlich war, daß das öffentliche Vertrauen, die alleinige Grundlage des Erwerbes, bedeutend erſchüttert wurde. Dieſes Vertrauen muß vor Allem wiederhergeſtellt werden, damit Handel und Gewerbe ſich von ihrer Niederlage erholen können. Die Verfaſſung iſt allerdings die Grundlage, auf der aber Vieles erbaut werden muß und während des Ausbauens bedürfen wir ſchützender Geſetze. Manche Geſetze ſind übrigens der Art, daß nach dem Ausbau, wenn der Strom wieder in ſein friedliches, geregeltes Bett wird geleitet ſein, manche Beſtimmungen dieſer Geſetze werden entbehrt werden können für die öffentliche Sicherheit. Gegenüber dem Zuſtande, in welchem wir uns gegenwärtig befinden und wo die Maſſe falſchen Vorſpiegelungen leicht zugänglich iſt, mag man wohl erwägen, ob ohne ſchützende Geſetze die Bewegung nicht zu einer ewigen gemacht wird, die alle Grundfeſten des Staates erſchüttert. Wenn ich jetzt von dem Miniſterium ſpreche, ſo denke ich nicht an Perſonen, ſondern an die Regierung. Die Behauptung, daß die Miniſter im Amte nur um ihretwillen ihre Plätze nicht ſo leicht räumen, ſcheint auf der Anſicht zu beruhen, daß es auf jenen Plätzen ſehr angenehm ſei. Darüber habe ich jedoch von Perſonen, die dies kennen, andere Urtheile gehört. (Heiterkeit.) Die vorliegenden Geſetze werden nicht ſowohl die Regierung ſtützen, als vielmehr das Vertrauen zur Kammer; denn es gilt jetzt, Geſetz und Ordnung aufrecht zu erhalten. Will die Kammer nun „Nein“ ſagen; „das thun wir nicht?“ Wer würde das, was dann kommt, zu verantworten haben? Hierauf wird Ihnen das Land die Antwort geben! (Lebhafter Beifall zur Rechten.)

Für den Entwurf ſprechen ſonſt noch Urlichs, Viebahn, Stiel und Graf Schwerin, gegen denſelben Bauer, Temme, Ziegler, Schneider (Köln), d'Eſter und Schulze (Delitzſch.)

Nachdem endlich der Berichterſtatter für den Entwurf des Centralausſchuſſes geſprochen, wird bei namentlicher Abſtimmung das Temme'ſche Amendement mit 187 gegen 141 Stimmen verworfen.

CC **Berlin,** 16. April. Der öſterreichiſche Geſchäftsträger Ritter Prokeſch von Oſten, hält, wie wir hören, ſeitdem er der Träger der bekannten Note werden mußte, ſeine Miſſion für eine bald aufzugebende. Die Note hat aber auch die Ungläubigſten überzeugt, daß mit Oeſterreich für diejenigen, welche neben der deutſchen Einheit auch die deutſche Freiheit wollen, nicht mehr gemeinſchaftliche Sache zu machen iſt. Je größer aber die Rückſichten waren, die unſer Gouvernement bisher nehmen zu müſſen glaubte, um ſo mehr hat es nach dieſer Note die Verpflichtung gegen das eigene und das deutſche Volk mit größter Entſchiedenheit Oeſterreich und allen Gleichgeſinnten gegenüber zu handeln. Der kräftigſte Hinterhalt im geſammten Volke wird nicht fehlen. Denn wir glauben nicht zu irren, wenn wir annehmen, daß in den übrigen Landestheilen Preußens und Deutſchlands die Entrüſtung über die mehr als kühne Sprache Schwarzenbergs gleichgroß iſt, wie in der Hauptſtadt. Man wundert ſich, daß die Note mit einer Note und nicht mit dem Schwerte beantwortet iſt. Die Gegenerklärung unſerer Regierung ſoll allerdings nicht weniger entſchieden abgefaßt ſein; aber das Volk kennt ſie noch nicht, es hat die Beleidigung geleſen, und will auch die Antwort gedruckt ſehen. Man hoffte ſie heute durch eine Interpellation in den Kammern zu erfahren, aber ſo weit ſcheint man in der konſtitutionellen Entwicklung hier noch nicht gediehen zu ſein. In England, wenn die Miniſter in dergleichen Dingen nicht interpellirt werden, ſo laſſen ſie ſich durch ihre Freunde interpelliren. Wenn ein ganzes Volk beleidigt iſt, und in der Regierung wird das Volk beleidigt, ſo muß auch das Volk und möglichſt raſch erfahren, was zur Abwehr der geſchehenen Unbill gethan iſt. Ueber den Inhalt der raſch expedirten Gegennote verlautet: Die preußiſche Regierung ſei bisher mit ſo viel Mäßigung und Rückſichtsnahme aufgetreten, daß ſie jetzt um ſo weniger ſich veranlaßt fühle, abzugehen von dem betretenen Wege oder zuzugeben, daß den gerechten Anſprüchen des Volkes auf Freiheit und Einheit nicht volle Rechnung getragen werde. Mit dem Inhalte könnten wir ſchon zufrieden ſein und die Faſſung ſoll eine entſprechende ſein. Das Auswanderungsſchiff, auf dem ſich die Gebrüder Schomburgk, Todt u. A. befinden, iſt nicht verunglückt. Der Bruder eines der Paſſagiere hat heute einen Brief erhalten, der das Gerücht widerlegt.

A **Dresden,** 16. April. Der Miniſter v. Beuſt beantwortete heute eine Tzſchirnerſche Interpellation über das Verhalten der ſächſiſchen Regierung in Bezug auf die preußiſche Cirkularnote vom 3. April. Aus dieſer Antwort geht aufs Klarſte hervor, wie wenig nachhaltige Bedeutung die ſächſiſche Regierung dieſem Aktenſtücke beimißt. Die Antwort beſteht lediglich in einer Frageſtellung an das preußiſche Kabinet und einem leicht maskirten Zweifel an der Durchführbarkeit der Brandenburg-Manteuffelſchen Politik, auf deren baldiges Ende auch die Regierung Sachſens mit um ſo größerer Spannung hofft, als ihr dadurch Gelegenheit gegeben werden wird, ihre aufrichtige deutſche Geſinnung entſchiedener zu bethätigen. An eine Theilnahme der ſächſiſchen Regierung an einem Unternehmen gegen die deutſche Nationalverſammlung iſt nicht entfernt zu denken.

Die Erſtürmung der Düppeler Schanzen.

* Ueber die blutige Erſtürmung der Düppeler Schanzen, durch welche die Dänen nicht nur aus dem letzten Punkte vertrieben ſind, welchen ſie auf dem Feſtlande beſetzt hielten, ſondern auch die Inſel Alſen unter das Feuer der deutſchen Kanonen gebracht iſt, fehlt noch ein amtlicher Bericht. Zu unſern bisherigen Mittheilungen fügen wir folgende, meiſt nur auf Hörenſagen beruhende Nachrichten hinzu, welche uns brieflich oder durch Extrablätter der nordiſchen Zeitungen zugehen:

\# **Altona,** 14. April. Die Düppeler Erdſchanzen waren auf der Sundewittſchen Halbinſel, Sonderburg gegenüber errichtet, deckten den dortigen Brückenkopf und machten den Dänen auch ohne Schiffe den Angriff auf das feſte Land möglich. Der Brückenkopf iſt nun zerſtört; ein Theil der Stadt Sonderburg war beim Abgang der letzten Nachrichten in Flammen. Das Artilleriegefecht, welches geſtern begonnen, dauerte bis dieſen Morgen fort. Eine bedeutende Anzahl Dänen wurde abgeſchnitten und gefangen; ihre ſchwere Artillerie, welche die Schanzen vertheidigte, ging ganz für ſie verloren. Es war die ſächſiſche, baieriſche und

Ueberſicht.

Baiern kann nicht weichen.
Die preußiſche Politik im Januar und im April.
Zur Verfaſſungsfrage.
Deutſchland. Wien (Brief Radetzky's) Brünn (Die mähriſche Provinzialverfaſſung.) Ollmütz (Eindruck der Antwort des Königs von Preußen.) Berlin (Das engliſche Miſſionsweſen.) Koblenz (Jahresbericht der Handelskammer.) Siegen (Eindruck der königlichen Antwort.) Vom obern Lech (Eine Adreſſe aus Baiern an die Nationalverſammlung.)
Dänemark. Kopenhagen (Die däniſche Preſſe.)

Baiern kann nicht weichen.

E.M.A. Es hat ſich ſo gewandt und es wird ſich ſo wenden: Wir mußten zum Meere, wir mußten unſern urgeborenen Seetrieb, der dem germaniſchen Volke vor allen Völkern der Erde innewohnt, endlich kühlen. Deswegen mußte die Leitung und Führung des deutſchen Reichs und ſeiner Fürſten und Völker an den König von Preußen kommen, der zu den deutſchen Meeren der nächſte und mächtigſte iſt. Gegen ſolchen Naturtrieb, ja gegen die Nothwendigkeit unſeres Volkes, welches ſeiner großen und erhabenen Beſtimmung gemäß, in die Welt und die Welttheile hinaus ſtrebt, wird endlich alles Widerſtrebende weichen müſſen; auch Baiern, welches bis dieſen Tag noch ſo gegenſtrebig und gegenſträubig ſcheint, wird wegen aller natürlichen Verhältniſſe, Strebungen und Gebote ſeiner verſchiedenen Lande in das übrige Deutſchland bald voll und ohne Bedingung und Vorbehalt hineinfallen müſſen. So mächtig iſt die Naturgewalt.

Ja, die Geſchichte lehrt: mit den Strömen, mit den Meeren ſtrudelt und brauſt der höhere Lebenstrieb der Völker fort, auf den Strömen und Waſſern lagern ſich die Geiſter aller edleren und höheren Entwickelung und Bildung der Völker. Das kleine Preußen, unter Friedrich Wilhelm dem Erſten und Friedrich dem Großen kaum vier bis fünf Millionen Menſchen zählend, iſt auch darum groß und gewaltig geworden, weil es die langen Küſten und Seehäfen hatte, weil längs derſelben ein geheimer unbewußter Geiſt von Kühnheit und Muth auf den Wogen mit fortſpielte; Baiern, mitten im deutſchen Lande, Baiern, zwiſchen Donau und Alpen eingeklemmt, gleichſam im Boden des deutſchen Sackes, durfte zu einer ähnlichen Größe nimmer den Blick erheben. Es wird jetzt endlich müſſen, was es muß; es kann uns nicht entweichen.

Wir ſchauen uns ein wenig um.

Baiern beſteht, ſeinen geiſtigen und ſtofflichen Verhältniſſen nach, gleichſam aus drei verſchiedenen Landen.

Zuerſt das eigentliche Baiern, das fromme, katholiſche, wie Manche ſchelten das ultramontane Baiern, der größere dickere Stock des Landes. Dieſes Theil Baierns möchte gern ſein, was es doch nicht ſein kann, ein Reich, ein geſchloſſener unabhängiger Staat für ſich. Es iſt ſehr begreiflich, daß Volk und Prieſter ſich hier gegen den Gedanken ſträuben, daß der mächtige Ketzerkönig des deutſchen Nordweſtens über die Köpfe der Könige und Fürſten des Vaterlandes die Reichsfahne hinſchwingen ſoll.

Zweitens, Kleinfranken, das ſchöne, anmuthige Mittelland Deutſchlands, mit einem durchaus andern Sinn und Leben, worüber ſchon die feinere und hellere Ketzerluſt des Lutherthums hinweht, ja ſchon drei Jahrhunderte über ſeine bedeutendſten Landſchaften und Reichsſtädte hingeweht hat. Ja ſelbſt in den katholiſchen Fürſtenthümern Würzburgs und Bambergs haucht ein ganz anderer Athem des Lebens und Strebens als in Südbaiern. Der Franke iſt leicht, liebenswürdig, luſtig, kurz leichteſtes beweglichſtes Blut, worüber Pfaffengewölk keine ſchwermüthige Dunkelheit hinziehen kann.

Drittens, Baierns Rheinland. Dieſes paßt weder geographiſch noch geiſtig und politiſch in das alte Baiern hinein; es fliegt mit allen ſeinen Sinnen und Gedanken mit dem deutſchen Südweſten zum Weſten hin und mit rheiniſchem Unternehmungsgeiſt ſelbſt über die Meere hinaus. Kurz und genug geſagt: hier ſtellt ſich Ultra gegen Ultra, Ultraliberal gegen Ultramontan.

Aber viel mehr noch als alle dieſe Verſchiedenheiten der Lande in Sinn und Streben bedeuten die Vortheile und Belange des äußeren Daſeins, die Belange der Weltbewegung von Kunſtfleiß, Handel und Verkehr. Fragt da nur ein wenig nach, in Nürnberg, Fürth, Augsburg u. ſ. w. Wie würden die Geiſter hier aufſpringen und ſich empören, wenn Baiern gegen den Strom der Natur, wie es ſich zuweilen geberdet, mit Oeſterreich gegen Oſten laufen und ſich von Verfaſſung, Geſetzgebung, Zoll- und Handelsſyſtem des großen Vaterlandes löſen oder gar abſperren wollte? Aus Franken laufen alle erſten und großen Waſſer und Gedanken gegen Weſten dem Rhein zu. Das baieriſche Rheinland ſtrömt durch ſich ſelbſt mit ſeiner Lebensader, dem Rhein, zum Weſtmeer fort. Was meinen die dummen Fingerzeige gegen Oſten und zum ſchwarzen Meer und zu Aſien hin? was iſt da alles deutſche Fortlaufen mit der nicht mehr deutſchen Donau? was bedeutet überhaupt, gegen Deutſchlands Weſten gehalten, dieſer Verkehr durch Barbarenhaufen hin und zu Barbaren weiter? Sollte er etwas bedeuten, ſo mußte Oeſterreich Niklas dem Erſten von Moskovien erſt den Fehdehandſchuh hinwerfen und das Reich des großen Mithridat von weiland wieder erobern, die große, jetzt ruſſiſch-tauriſche Halbinſel und die nördlichen Häfen, welche jenes Meer beherrſchen. Gegen die Weſtküſte deſſelben ſtreiten die Winde und Ströme und Untiefen — kurz alles, alles, und mächtiger als mit und durch die Donau gelangt Deutſchland daher auf den geflügelten Roſſen der Tiefe von Oſtſee und Nordſee her, ſelbſt durch den Kanal und das Mittelmeer zu Aſiens Küſten hin. Doch hierüber ein ander Mal mehr.

Der Schluß bleibt: Baiern kann nicht weichen, es muß hinein.

Die preußiſche Politik im Januar und im April.

** **Berlin,** 12. April. Die erſte Kammer hat ſich geſtern ein Leides angethan. Je konſervativer Ihr Korreſpondent im guten Sinn des Wortes zu ſein vermeint, deſtoweniger darf es ihm gleichgültig ſein, wenn einer der drei Faktoren der geſetzgebenden Gewalt ſich ſeiner Macht und ſeines Anſehens im Staate beraubt, indem er nach jenen verderblichen Grundſätzen eines ſcheinbaren Konſervatismus handelt, welche nach den Lehren der älteſten wie der allerneuſten Geſchichte deſtruktiver ſind, als die Grundſätze der Revolutionspartei. Die erſte Kammer hat geſtern das Miniſterium auf das Nachhaltigſte unterſtützt. Der Kommiſſionsbericht, welcher die Spuren der von Hrn. Hanſemann im Ausſchuß gehaltnen zweiſtündigen Vorleſung über die Reichsverfaſſung an ſich trug, behauptete die völlige Uebereinſtimmung der in der Note vom 23. Jan. eingeſchlagenen und der in der Aprilnote befolgten miniſteriellen Politik. Daſſelbe iſt auch in anderem Sinne und mit derſelben Einſicht in die deutſche Frage von Herrn Rodbertus behauptet worden. Es war eine Ironie, daß die Note vom 23. Januar als Anlage A dem Kommiſſionsbericht beigefügt worden. Jene behauptete Uebereinſtimmung wurde denn auch in denjenigen Punkten richtig nachgewieſen, worin ſie beſteht; dagegen wurde der Hauptpunkt, worin die Aprilnote die Januarpolitik verleugnet, mit Stillſchweigen von dem Kommiſſionsbericht übergangen. Er faßte das Ziel ins Auge, den engern Bundesſtaat mit Ausſchluß Oeſterreichs; dies fand er in der Januarnote und in der Aprilnote; wir laſſen dahingeſtellt, ob Graf Arnim dieſes Ziel für wünſchenswerther hält, als Herr von Prokeſch, der neulich im Hotel du Nord zu E. M. Arndt's Toaſt auf das Kaiſerthum ſeine Gloſſen ziemlich unverholen gemacht haben ſoll. Aber die Frage nach der Art und Weiſe, wie zu dieſem Ziel gelangt werden ſoll, wahrlich die Lebensfrage des zu erreichenden Ziels ſelbſt, ließ der Kommiſſionsbericht völlig außer Acht. Und das iſt der tödliche Punkt des Miniſteriums; hier hätte ſich deſſen Politik in ihrer ganzen Blöße aufdecken laſſen können. Es waltete der Rechtsſtreit zwiſchen dem Parlament und den Regierungen über die Vereinbarung und die Souveränetät. Der Bundesbeſchluß vom 30. März wurde für die Vereinbarung, der Bundesbeſchluß vom 7. April für die Souveränetät der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung allegirt. Da kam die öſterreichiſche Note vom 28. Dezember, welche die Vereinbarung in ſtrikter Form als Poſtulat aufſtellte; erſt ſollte das Parlament reden, dann hätten die Regierungen das Wort. Augenſcheinlich dachte das Ollmützer Kabinet durch dieſen Erisapfel Preußen und das Parlament zu entzweien. Wäre die Note vom April damals erlaſſen, dann wäre Oeſterreich nicht erſt im April der Bewunderer des „edlen Königs" geworden, und Herr v. Möring hätte gegen denſelben nicht das Lehninenſe zitirt. Der Reichsminiſterpräſident

wies in ſeinem Schreiben an den Ausſchuß in der öſterreichiſchen Frage vom 5. Januar die angemuthete Vereinbarung kategoriſch zurück, erklärte ſich aber bereit zu jeder „*Verſtändigung, welche zum Ziele führt.*“ Denn „mit den Regierungen“ ſollte die Nationalverſammlung die Verfaſſung zu Stande bringen; nicht *ohne* die Regierungen, wie die Reichsverweſerſchaft zu Stande gekommen war; daher die angeordnete zweite Leſung, welche den Regierungen Raum ließ, an dem Verfaſſungswerke ſich zu betheiligen. Jener Grundſatz des Herrn v. Gagern wurde von der Reichsverſammlung mit ſtarker Mehrheit adoptirt. Es iſt dienlich, ſich dieß in das Gedächtniß zurückzurufen; das ſind die *Antezedentien der Note vom 23. Januar.* Dieſe Note mußte Oeſterreich ſehr verletzen; denn ſeit undenklicher Zeit zum erſten Mal ging Preußen nicht in die ihm dort geſtellte Falle. Die Note gab zu, daß zwiſchen der preußiſchen Regierung und dem Parlament diejenige Meinungsverſchiedenheit in Betreff der Kompetenzfrage obwalte, auf welche Oeſterreich in ſeiner Note vom 28. Dez. ſpekulirt hatte. Die Note gab zu, daß die preußiſche Regierung ſich niemals ihres Rechts begeben habe, den Beſchlüſſen des Parlaments die Zuſtimmung zu ertheilen oder zu verſagen, daß dagegen die Reichsverſammlung jene Zuſtimmung für nicht erforderlich zur vollen Rechtskraft ihrer Beſchlüſſe, ja für anmaßlich erachte. Dieſen Rechtsſtreit, welcher nur mit Vernichtung eines der ſtreitenden Theile endigen kann und nach dem Kalkul der Ollmützer Staatsleute endigen *ſollte*, dieſen Rechtsſtreit über das „*Einzig und allein*“ *beſeitigte* zum Erſtaunen der Widerſacher Preußens die Note vom 23. Januar. Wir ſehen ab von dem, was wir für unſer Recht halten, ſagte die Note, und achten darauf, daß das Vaterland gerettet und das große Werk zu Stande gebracht werde. Oder vielmehr, jeder Theil beharre auf ſeinem vergeblichen Recht; die Reichsverſammlung auf ihrer Souveränetät, die Regierungen auf dem Vereinbarungsrecht; aber keiner treibe ſein Recht „auf die Spitze.“ Es genügt nicht, daß man ſchuldlos ſei an dem Mißlingen; das Gelingen muß geſichert werden. Auch genügt es nicht, daß Preußen etwa ſein Zuſtimmungsrecht hingebe, wie im Juli 1818 die Staatsweisheit des Herrn Rodbertus anrieth. An die Stelle der Rechtsfrage muß ein politiſcher Geſichtspunkt geſetzt werden, welchen unbeſchadet ihres behaupteten Rechts die beiden Parteien theilen können. Dieſer Geſichtspunkt iſt nicht erſt von der Januarnote erfunden; er war der leitende Gedanke der *Kaſino-Partei* des Parlaments geweſen, die auch dem Raveauxſchen bekannten Antrage die Spitze abgebrochen hatte, die ſtets und immer „*mit den Regierungen* die Verfaſſung zu Stande bringen,“ jedoch von der abenteuerlichen Vereinbarung mit 37 Regierungen nichts wiſſen wollte. Dieſer Geſichtspunkt war in dem Schreiben *Gagern's*, alſo von einem Bekenner der Souveränetät, bündig ausgeſprochen, ja er hatte durch Gagern gewiſſermaßen den Taufnamen erhalten. Es galt nun, wenn derſelbe fruchtbringend werden ſollte, daß eine Regierung, welche und obgleich ſie das Recht der Vereinbarung beanſpruchen zu *können* vermeinte, denſelben politiſchen Geſichtspunkt inne hielt. Dieſes Verdienſt hatte Preußen. Die Note vom 23. Jänuar übernahm die von Gagern angedeutete verſöhnende Politik im Sinne der Kaſino-Partei ſogar ausdrücklich unter der Bezeichnung, unter dem beſtimmten Titel, welchen Gagern ihr in ſeinem Schreiben gegeben: „Verſtändigung.“ Alſo Gagern und das Parlament vom Standpunkte der Souveränetät, Preußen und nach ihm 27 Regierungen vom Standpunkte der Vereinbarung, bei aller Treue der Grundſätze, ohne von ihrem Recht ein Titelchen zu opfern, konnten ſich vereinigen in dem Geſichtspunkte der *Verſtändigung*. Das war für Oeſterreich eine gewaltige Niederlage; denn ſo brachte vorausſichtlich das Parlament die Verfaſſung „mit den Regierungen“ zu Stande. Zwiſchen erſter und zweiter Leſung erhoben die Regierungen in Betreff der Verfaſſung ihre gewichtigen Stimmen; dann ſollte die Reichsverſammlung aus den oft widerſtreitenden Vorlagen*) die zweite Leſung beſchließen. Wenn dagegen der Kommiſſionsbericht der erſten Kammer einwendet, die Vorſtellungen der Regierungen ſeien in zweiter Leſung ganz unberückſichtigt geblieben, ſo iſt dies theils thatſächlich unrichtig, theils ſind dieſe Vorſtellungen denn doch auch nicht Befehle oder *Diktate*; ja bei der ſtrengen Vereinbarung iſt doch auch der Fall vorgeſehen, daß das Parlament im Namen der Nation das *Gegentheil* von dem will, was die Geſammtheit der Regierungen der Einzelſtaaten fordert; endlich, wenn, wie es der Fall war, die Verſtellungen der Regierungen ſich diametral entgegengeſetzt ſind, ſollte doch der nüchternſte Staatsmann daran verzweifeln, *Allen* gerecht zu werden. Die Politik der Verſtändigung im Gegenſatze zu dem alten Rechtsſtreit zwiſchen Vereinbarung und Souveränetät iſt, wie mit Beſtimmtheit jetzt angenommen werden kann, von dem preußiſchen Miniſterium ſelbſt nicht verſtanden worden. Die öſterreichiſche Note vom 4. Februar, welche die ſtrenge Vereinbarung noch einmal urgirte, beobachtete bei aller Tölpelhaftigkeit doch Eine Schlauheit, welche Früchte trug, zunächſt eine bloß etymologiſche! Sie brauchte, wie Jeder, der ſie wieder überlieſt, ſich überzeugen wird, ſcheinbar abſichtslos pêle-mêle die Ausdrücke „Verſtändigung“ und „Vereinbarung“, welche doch den ſchärfſten Gegenſatz bedeuten und ſtumpfte ſo dieſen Gegenſatz mindeſtens ſprachlich ab. Von zwei verſchiedenen Seiten erhielt Oeſterreich hiefür Hülfstruppen. Den radikalen Blättern lag ſeit Sept. v. J. daran, die Reichsverſammlung ſyſtematiſch herabzuſetzen; dieſe warfen die vom Parlament acceptirte „Verſtändigung“ zu dem Zwecke mit der Vereinbarung zuſammen, um zu beweiſen, wie die Reichsverſammlung ſich an die Regierungen wegwürfe, da ſie die früherhin ſo verfehmte Vereinbarung nun angenommen habe! Der andre Bundesgenoß der von Oeſterreich angeregten Sprachverwirrung war ein Theil der Preſſe, welcher aus gewiſſen noch nicht ganz aufgeklärten Motiven, vielleicht in aufrichtiger Anhänglichkeit für das „ganze“ Deutſchland, ſich von geiſtreichen Korreſpondenten aufbinden ließ, die Verſtändigung wäre nur ein milderer Ausdruck für Vereinbarung; ſo las man, wie in der öſterreichiſchen Note, ſelten das Wort „Verſtändigung“ ohne ein nachfolgendes „und Vereinbarung“, „oder Vereinbarung.“ Dieſe kleinen Symptome ſind nicht unwichtig. In demſelben politiſchen Chiaroſcuro bewegte ſich das Berliner Kabinet, als ein Gegner der Verſtändigung in der wahren Bedeutung des Wortes, Graf Arnim, das wichtigſte Portefeuille übernahm. Spielend eskamotirte er die Politik der Verſtändigung und, wie die Aprilnote Jedem, der eine Ahnung von der wirklichen Bedeutung der Politik der Verſtändigung im Gegenſatze zu dem Rechtsſtreit um Souveränetät oder Vereinbarung hat, unzweideutig darlegt: eine diplomatiſche Volte iſt geſchlagen und das Oberſte iſt zu unterſt gekehrt. Unſre Politiker freilich, welche dem geſchickten Künſtler emſig auf die Finger ſehen, haben das Manöver nicht bemerkt und halten die Karte, welche jetzt oben liegt, für dieſelbe, welche längſt mitten unter den andern Karten einer ſeit dem März 1848 erhofften neuen Politik begraben liegt.

In der erſten Kammer ſind freilich Intelligenzen, denen dieſes Spiel ſehr deutlich iſt; aber dieſe Intelligenzen ſind Anhänger der ſtarren Vereinbarung und freuen ſich, auf dem Schleichwege der Interpretation die ärgerliche Wirkung der Note vom 23. Jan. zu paralyſiren, z. B. *Stahl* und *Hanſemann*, welche in dieſer Frage die Dioskuren der Kammer heißen mögen, wenn auch Kaſtor auf der Linken und Pollux auf der Rechten ſitzt.

Die Politik der Verſtändigung mit der Reichsverſammlung war in die Thronrede aufgenommen; die Adreſſen beider Kammern haben ſich auf das Feierlichſte damit einverſtanden erklärt. Als Hr. Stahl bei der desfallſigen Verhandlung in erſter Kammer den Rechtsſtreit erneuerte und die Theorie der Vereinbarung vertheidigte, wurde er mehrmals ſtürmiſch unterbrochen, Hr. Baumſtark griff ihn auf das Heftigſte an, Hr. Hanſemann legte ſeine Mißbilligung pantomimiſch auf das Lebhafteſte an den Tag; Hr. Stahl blieb mit ſeiner Anſicht in ſo geringer Minderheit, daß der Präſident den Sieg der „Verſtändigung“ im Gegenſatze zur Vereinbarung als mit einer „an Einſtimmigkeit grenzenden“ Majorität erfochten proklamirte. Jetzt hat das Miniſterium in der Aprilnote beide Kammern mit ihren Adreſſen ſammt der eigenen Thronrede, Graf Arnim hat das Miniſterium, die Kammern, ganz Deutſchland in den April geſchickt, jetzt iſt die von Hrn. Stahl mit unleugbarem Talent empfohlene und damals beinahe ausgeziſchte Politik die *herrſchende* geworden, und die Kammer? — die Kammer iſt jetzt mit einer Majorität von $^2/_3$ Stimmen der Meinung, daß Hr. Stahl Recht und ihre „an Einſtimmigkeit grenzende Majorität“ Unrecht hatte. Die Kammer dekretirt ſogar, daß Alles noch beim Alten, daß die von ihr gebilligte und die derſelben entgegengeſetzte jetzige Politik — eine und dieſelbe ſei.

*) Baiern wollte ein Direktorium mit, Oeſterreich *ohne* Volkshaus; die meiſten Staaten verlangten eine monarchiſche Centralgewalt; Preußen äußerte ſich über die Form der Centralgewalt gar nicht.

Der undeutſcheſte Beſchluß der erſten preußiſchen Kammer ließe ſich rechtfertigen; aber von dieſem Schlage, den ihr die Kommiſſion verſetzte, wird ſich die hohe Kammer ſehr mühſam erholen. Das Weſen der Dinge, um die es ſich handelte, nicht begriffen zu haben, das iſt wahrhaft kompromittirend. Wenn die franzöſiſche Pairskammer durch ihre Talente nicht mehr imponirte, ſo mag ſie den Eindruck dieſer erſten Kammer gemacht haben; glücklicherweiſe ſind unſere Luxemburger nicht auf Lebenszeit ernannt. Am konſervativſten hätte dieſer Senat gehandelt, wenn er das Miniſterium, ſtatt es zu ſtützen und dadurch allen Boden ſelbſt zu verlieren, ſtürzte. Denn, abgeſehen von der ſchwebenden Frage, ſo viel ſteht feſt: es iſt eine Wohlthat für die Krone, wenn das Kabinet durch die erſte Kammer entfernt wird, nicht durch die zweite und deren ungleichartige Mehrheit. Man braucht kein Prophet zu ſein, um dem Kabinet einen ſehr baldigen Stoß in der zweiten Kammer zu weiſſagen; die Miniſter ſollten ſich vorſehen und die erſte Kammer darum angehen, damit ſie das Schwert halte, in welches das Miniſterium ſich ſtürzen müßte, ehe die zweite Kammer es entwaffnet.

Zur Verfaſſungsfrage.

* Von derſelben hochgeſchätzten Hand, von der wir bei Gelegenheit der öſterreichiſchen Note eine „Stimme aus dem Volke" mitgetheilt, gehen uns wieder zwei kräftige Stimmen über die Lage des Augenblicks zu:

I.

⊲ **Aus Mitteldeutſchland**, 9. April. Die Wunden, die der März 1848 Deutſchland geſchlagen, ſind noch nicht verblutet und vernarbt, und ſchon geht man hin, den Thurm wieder aufzubauen, von dem herab die Schläge fielen, die Hunderttauſende in Noth und Armuth ſtürzten; ja man fügt ſogar dem radikalen Wagniß den kecken Muth bei, ihn wieder unter demſelben Namen eines Bundesſtaats und Bundestags hinzuſtellen und damit ihn vornherein preiszugeben dem Haß der Deutſchen, dem Hohn des Auslandes. Freilich wäre dieſer Muth immer noch beſſer als die Liſt, ihn unter verbrämtem Titel ſich zeigen zu laſſen. Wenn man durchgeht die von der Reichsverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung, welcher Staatsmann wird nicht hier und da einen Mangel, einen Fehler finden? Doch ſie Alle bedeckt das Volk, das ſo und nicht Anders durch die von ihm frei gewählten Vertreter hat beſchließen laſſen. Wenn nun aber der Fürſtenverein die Verfaſſung zur Hand nimmt und Aenderungen beliebt und beſchließt, die auch wieder, wie jedes irdiſche Werk, nicht frei ſind von Mängeln und Fehlern, weſſen Schild deckt und ſchützt dann dieſe? Nur wieder das — von den Fremden gereinigte — deutſche Volk durch ſeine Abgeordneten zur Reichsverſammlung, ſoweit ein Verſtändniß mit ihnen zu erzielen iſt.

II.

⊲ **Aus Mitteldeutſchland**, 10. April. Das große Unglück der Länder war, iſt und wird immer ſein, wenn die Regierung das Volk nicht kennt. Oeſterreich kannte und kennt nicht Deutſchland. Stets ein unbeachtetes Anhängſel ſeiner Geſammtmonarchie, war es während der 32jährigen Bundesnacht durch Polizei und Mauth in ruſſiſch-chineſiſcher Manier von ihr abgeſperrt und Deutſchöſterreich zu einer geographiſchen Phraſe geworden. Staunen wir daher nicht, entſchuldigen wir vielmehr die jetzige Regierung in Ollmütz, daß ſie von Deutſchland und von den Deutſchen ſo ganz und gar nichts weiß. Ja, unſrer Entſchuldigung wird die Schonung ſich beimiſchen, wenn wir ſehen, daß Ollmütz ſelbſt ſeine außerdeutſchen leiblichen, daher Lieblingskinder nicht kennt und erſt jetzt in hellen Augenblicken gewahr wird, daß Oeſterreicher kein Kanonenfutter ſind.

Berlin kannte auch Preußen und die Preußen nicht und erſt der 3. Februar 1847 öffnete ihm die Augen.

Aber noch eine andere Binde bedeckte ſie. Geſchlungen bald mit feinen, unſichtbaren, bald mit groben, greifbaren Fäden ließ ſie während 32 langer Jahre Preußen im Dienſt der öſterreichiſchen Politik nebenher gehen. Die vaſalliſiſche Hinneigung war zur Pietät geworden, die Erinnerung an eine Heldenſchaar von Königen, die zum Schutz und im Intereſſe der eigenen Länder dem ſtets feindlichen Oeſterreich Geſetze vorſchrieb, war erloſchen. Berlin kannte nicht den Stolz, der dem Erben zur Pflicht geworden und ſchmiegt ſich noch heute willig unter den Willen von Ollmütz, das für ſich ſelbſt troſt- und rathlos daſteht.

In gleich rathloſem Zuſtande ſtellt ſich München dar. Mag es mit ſeinem Süden eine Provinz von Ollmütz werden, der Norden iſt zu ſtolz dazu.

Es iſt ein Irrthum die Meinung, dem großen Werke das Siegel der Legitimität aufdrücken zu wollen durch die *freie* Entſchließung der gekrönten und nicht gekrönten Häupter. Das Rad der Zeit hat in ſeinem Schwunge begraben das perſönliche Ja oder Nein und empor gehoben das ſtaatliche zu alleiniger Geltung. Der Staat beſteht aus Haupt und Gliedern. Die Häupter haben die Wahlen nach St. Paul angeordnet — der Zweck war ihnen gar wohl bekannt und während 12 Monaten haben ſie ihn ſchweigſam anerkannt. Dort haben die Völker geſprochen — nicht projektirt.

Mögen denn nun endlich auch die Häupter ſprechen durch ihre dem Volke verantwortlichen Regierungen. Jetzt iſt es zu ſpät, um *frei* zu ſein, nachdem man das Volk ungeſtört ſein letztes Wort hat ſprechen laſſen. Es gibt keinen Staat ohne eine endgültige Majorität; ſonſt würde es keine Geſetze und damit keinen Staat geben. Würde das Volk in ſeiner Majorität kein Echo finden in der Majorität der Regierungen, ſo hieße das einem März 1848 nochmals die Thore öffnen.

Dafür wolle Gott Deutſchland bewahren! Das Haus Habsburg hat ſich abgetrennt von Deutſchland. Ihm oder einem ſeiner Abgeordneten eine Stimme gönnen, wäre Verrath am deutſchen Vaterlande.

Deutſchland.

Wien. Ein Brief Radetzky's an den Grafen Grünne, Generaladjutanten des Kaiſers, worin er dankt für die auf ihn geprägte Medaille, und ſeiner Armee die glänzendſten Lobſprüche ſpendet, enthält zum Schluß die folgende ſchöne Stelle: „Einer ſolchen Armee vermochte der Feind, *obgleich er tapfer* focht, doch keinen Widerſtand zu leiſten, und wenn ich meinen Gegner nicht zum Aeußerſten drängte, ſo geſchah es, weil ich wußte, daß Gott die Mäßigung mehr als den Uebermuth des Siegers ſchützt." Wie Radetzky hier den Gedanken ausſpricht, der ihn beim Abſchluß der Waffenſtillſtandsbedingungen leitete, ſo möge das öſterreichiſche Kabinet ſich die Lehre ſeines trefflichen Feldherrn zu Herzen nehmen.

Brünn, 9. April. Nach einem cirkulirenden Gerüchte ſoll das Markgrafthum Mähren (ob auch Schleſien dabei begriffen iſt, weiß man nicht) einen Landtag von 96 Mitgliedern haben, zu welchem die Städte, die Landgemeinden und die Hochbeſteuerten, und zwar jede Abtheilung 32 Deputirte wählen. Alle Städte von mehr als 7000 Einwohnern ſollen beſonderes Wahlrecht haben; unter dieſer Ziffer werden ſie mit andern, ebenfalls minder bevölkerten Orten zu einem Wahlbezirke vereinigt. Marktflecken genießen das Recht der Stadtgemeinden und werden als ſolche betrachtet, wenn ſie eine ausgedehnte Induſtrie nachweiſen können. (C. Bl. a. B.)

Ollmütz, 8. April. Nicht nur bei uns Deutſchen, nein, auch bei den vernünftigen Slawen hat die Antwort des Königs von Preußen, die er der Frankfurter Deputation ertheilte, einen betrübenden Eindruck gemacht. Ich erfuhr dieſe Antwort zuerſt aus den „Narodni noviny", die mir ein ſlawiſcher Patriot, den ich auf ſeinem Landſitze beſuchte, gleich zum Gruße mit den feierlich in der Landesſprache geſprochenen Worten entgegen hielt: „Deutſche! ihr bleibt kaiſerlos!" Ich kann verſichern, daß der ſlawiſche Patriot hieſiger Gegend das deutſche Kaiſerthum gern geſehen hätte, als einen kräftigen Magnet, der über kurz oder lang doch die deutſchen Elemente Oeſterreichs an ſich gezogen haben würde und ſo der Bildung eines ſüd- und weſtſlawiſchen Oeſterreichs Vorſchub geleiſtet hätte. (Köln. Z.)

Lith. Korr. **Berlin.** Mehrere Geiſtliche aus Großbritannien ſind hier eingetroffen, die von engliſchen Miſſionsgeſellſchaften den Auftrag haben, das ſeit dem März v. J. ſehr in Verfall gerathene Miſſionsweſen zu unterſuchen und womöglich durch Unterſtützung engliſcher Kommitee's auf beſſern Standpunkt zu heben. Geſtern hatten die Herren eine lange Konferenz mit hieſigen Geiſtlichen und Laien, die ſich durch ihre kirchliche Richtung hervorthun.

Koblenz, 9. April. Der Jahresbericht unſerer Handelskammer für 1848 iſt erſchienen und zeigt ein freilich ſehr unerfreuliches Reſultat der Handelsbewegung in unſerer Gegend, ganz beſonders aber auf unſerem Strome. Es geht unter Andern daraus hervor, daß an unſerm ohnehin nicht ſehr bedeutenden Han-

delsplatze 574,294 Centner Güter weniger angebracht und 263,386 Centner weniger verſchifft ſind, als im Jahre 1847, ſo wie auch daraus erhellt, daß ſämmtliche Dampfſchifffahrts-Geſellſchaften im verfloſſenen Jahre ſehr bedeutende Ausfälle gehabt, ſich mithin ſchwerlich eines reinen Gewinnes zu erfreuen haben. (D. Ref.)

Siegen, 12. April. Seit der Antwort an die Reichsdeputation iſt hier ein totaler Umſchwung der öffentlichen Meinung erfolgt, man hört nur eine Stimme der Indignation. Man fragt ſich: haben wir deßhalb ſo treu am Könige gehalten und die Demokraten bekämpft, iſt das der Lohn für die unwandelbare Anhänglichkeit, durch die der Siegerländer von uralten Zeiten her der Augapfel ſeiner Fürſten war? Unſere letzte und größte Hoffnung iſt zerſtört! Hätte der König geſehen, wie ihm und ſeiner Wahl zu Ehren von allen Thürmen und Kapellen des Landes, aus Bürger- und Bauernhäuſern die Fahnen und Fähnlein weheten; hätte er den Enthuſiasmus geſehen, der Jung und Alt ergriff, als ſich die Ausſicht auf die Einheit unſeres armen, zerriſſenen Vaterlandes eröffnete und ihre Nichterfüllung ſo gut wie unmöglich ſchien: — wahrhaftig, er hätte den Boten aus Frankfurt, den Arndts und den Dahlmanns einen anderen Beſcheid ertheilt. Es wäre nicht gekommen, wie jetzt, wo wir unſere Sieges- und Liebeszeichen bei Nacht und Nebel beſchämt entfernen mußten. Der dieſe Zeilen ſchreibt, iſt nur ein ſchlichter Mann; aber ſo viel begreift er doch, daß jener Beſcheid unſägliche Gefahren über Preußen und Deutſchland bringt. Gott gebe, daß der König ſich raſch beſinnen möge, ehe ſich manche ſeiner alten bewährten Freunde, die Deutſchland tief im Herzen tragen, vielleicht für immer von ihm abwende. Denn hier im Lande iſt Niemand der gegen Frankfurt kämpſt! So ſteht es im Siegerlande und ebenſo im Kreiſe Gummersbach, wo doch alles an des Königs Hauſe hängt. Die Demokraten wachſen dort wie Pilze aus der Erde. (D. Ref.)

⊙ Vom obern Lech, 12. April. Wenn die Neue Münchener Zeitung, wenn die Augsb. Poſtzeitung und wie ſie alle heißen, vor keinem Mittel zurückſchrecken, die deutſche Reichsverſammlung bei dem baieriſchen Volke in Mißachtung zu bringen und das junge Verfaſſungswerk zu untergraben, ſo glauben Sie ja nicht, daß dies die allein ächte und allgemeine Stimme des Stammes iſt, der zwiſchen dem Lech und dem Inn wohnt. Wahr iſt es, die Mehrzahl der Beamten iſt damit einverſtanden, weil ſie ſich fürchtet vor dem Geiſte, der in Nymphenburg ſpuckt; wahr iſt es, die Maſſe des Bürger- und Bauernſtandes ſieht unwillig oder gar grollend nach Frankfurt, aber nur, weil ſie die Pfaffen mit dem Geſpenſte des „Antichriſts“ ſchrecken, „der in der Geſtalt des preußiſchen Kaiſers ihnen ihre Religion nehmen wird“. Jedoch außer dieſer Spreu der Bureaukratie, außer dieſen irregeführten Maſſen ſteht ein jetzt zwar noch kleines und zerſtreutes Häuflein, das ſich aber entſchieden an das Vaterland anſchließt, und dies Häuflein wird wachſen, glauben Sie mir; der Stock iſt ein guter und geſunder. Hier einen kleinen Vorgeſchmack davon, eine Adreſſe des deutſchen Vereins in Landsberg (in Oberbaiern) an die Reichsverſammlung:

„Eine hohe Verſammlung, hervorgegangen aus der freien Wahl des deutſchen Volkes, um deſſen Konſtituirung als Bundesſtaat zu vollbringen, hat die Verfaſſung für das deutſche Reich gegeben und verkündet. Daß die Einigung Deutſchlands, in welcher allein die Bürgſchaft für die Freiheit im Innern und die Selbſtſtändigkeit nach Außen, ſomit der Lebensathem des Vaterlandes liegt, nicht ohne Opfer zu erreichen iſt, iſt eben ſo gewiß, als daß der Preis der Opfer werth iſt. Aber nicht in der Erklärung, dieſe Opfer bringen zu wollen, nicht in dem Erbieten zu denſelben, liegt der Opfermuth, den die Sache des Vaterlandes fordert, ſondern in der werkthätigen Unterordnung unter das Gebot eines einigenden Willens. Dieſe Unterordnung tritt wohl liebgewordenen Anſichten und lange gehegten Ueberzeugungen entgegen, ſie kann partikularen Stolz einzelner Stämme oder Perſönlichkeiten verletzen, ſie muß das Aufgeben einer eingewurzelten, von den innern und äußern Feinden Deutſchlands ſorgfältig gepflegten Abneigung der Bruchtheile des Vaterlandes gegeneinander verlangen. Allein dieſe Opfer müſſen gebracht werden, müſſen jetzt gebracht werden, wenn nicht eine Zukunft heraufbeſchworen werden ſoll, welche wohl dieſe und noch viel größere Opfer gebieteriſch fordern, aber dafür nicht mehr den Preis der Rettung des Vaterlandes bieten möchte. Von dieſen Erwägungen ausgehend, hat der deutſche Verein der oberbaieriſchen Stadt Landsberg einſtimmig beſchloſſen, einer hohen Verſammlung die Verſicherung auszudrücken, daß auch an den Ufern des obern Lech Männer wandeln, deren Herzen vor Allem für die große Sache des deutſchen Vaterlandes glühen. Der deutſche Verein erkennt in der von einer hohen Verſammlung feſtgeſetzten Verfaſſung für das deutſche Reich eine Gewähr für die Einheit und Freiheit, für die Macht und Unabhängigkeit Deutſchlands. Entſpricht dieſe Verfaſſung auch nicht den Wünſchen und Anſichten Aller, die aufopfernde Liebe zum Vaterlande wird in ihr dennoch das Banner erkennen, um welches ſich die Getreuen zu ſchaaren haben. Dieſes Banner darf nicht leichtſinnig, engherzig oder ſelbſtſüchtig zum Wanken gebracht werden. Gelänge dieſes vorgefaßten Anſichten oder partikularen Gelüſten: in dem, was dann in Ausſicht ſtünde, könnte das, was Alle wünſchen, die dauernde Beruhigung des Vaterlandes, der Abſchluß verderblicher Umwälzungen, die Rettung Deutſchlands, nicht gefunden werden. Die Rettung des Vaterlandes ſei die Loſung Aller; es iſt gerettet, wenn ſeine treuen Söhne ſich in dem Rufe einigen: „Auf, laßt uns ſein ein einig Volk von Brüdern.“

Dänemark.

* **Kopenhagen**, 11. April. Zufolge eingegangener Berichte der Generalmajore von Krogh und von Rye vom 8. und 9. d. M., iſt bei den verſchiedenen Hauptabtheilungen der Armee nichts von Erheblichkeit vorgefallen. Um ſo mehr beklagen wir den Verluſt zweier braven Offiziere, des Premierlieutenants v. Zahn und des Sekondlieutenants v. Kohl, beide im Dienſte beim dritten Reſervebataillon, die am 6. im Gefechte bei Uldſtrup gefallen ſind. Aus dieſem Gefechte wurden in das Lazareth zu Sonderburg 122 Verwundete gebracht.

Ein Artikel der Berling'ſchen Zeitung vom 11. d. M. mit der Ueberſchrift „Unſere Stellung“ lautet folgendermaßen:

Wenn unſere Landmacht eine defenſive Stellung einnimmt, ſo iſt dies nicht eine Folge des unſerer Marine zugeſtoßenen Unfalls, ſondern ein Umſtand, der eintreten mußte, ſobald man Kunde erhielt von den großen Streitkräften, die Deutſchland für die Herzogthümer aufgeboten, in welchen zur Zeit, die Truppen der Inſurgenten mitgerechnet, 70,000 Mann ſtehen, eine Macht, die noch täglich vermehrt werden kann. Am meiſten aber bringen wir den Feind in eine nachtheilige Lage durch unſere Defenſivſtellung zu Lande und durch die Blokirung der Häfen, und nur unüberlegte und rückſichtsloſe Verwegenheit kann dem Gedanken Raum geben, Tauſende und abermals Tauſende zwecklos zu opfern. Wenn wir nur mit Beſonnenheit handeln, den Feind nöthigen, beſtändig eine große Landmacht in Bewegung zu halten, und zugleich ſeine materiellen Kräfte durch eine ſtrenge Blokade erſchöpfen, ſo erreichen wir Alles, was unter den gegenwärtigen Verhältniſſen, und ſo lange wir der fremden Hilfe entbehren, zu erreichen möglich iſt. Die konſequente und entſchiedene Durchführung dieſes Syſtems wird mit der Zeit zeigen, daß wir auf dieſem Wege außerordentlich viel erreichen können.

Vor ungefähr 50 Jahren richteten die Engländer hier auf unſerer Rhede unſere Defenſionslinie von vielen großen Kriegsſchiffen zu Grunde; ſpäter begnügte man ſich damit noch nicht. Um uns wo möglich ganz zu vernichten, überfiel man uns mitten im Frieden, beſchoß unſere wehrloſe Hauptſtadt, mordete Tauſende, richtete große Kapitalien zu Grunde und führte nicht allein unſere große Flotte weg, ſondern plünderte auch unſere Arſenale vollſtändig aus. Das beſte damals übrig bleibende Linienſchiff verloren wir ſpäter in einem harten, aber ehrenvollen Kampfe mit der Uebermacht an der ſeeländiſchen Küſte. Man ging noch weiter, raubte unſere Handelsſchiffe mit den koſtbarſten Ladungen, blokirte unſere Häfen, beſetzte die weſtindiſchen Inſeln, zerſtörte unſern Handel und unſere materiellen Kräfte, und Alles das ertrugen wir während 7 Jahren, während wir zugleich noch Norwegen Beiſtand leiſten mußten; Alles dies überwanden wir, ſelbſt nach Norwegens erzwungener Abtrennung, und richteten uns dergeſtalt wieder auf, daß wir von Neuem eine impoſante Seemacht aufzuweiſen haben. Wie könnten wir nach ſolchen Erfahrungen den Muth ſinken laſſen, weil wir ein Paar Schiffe verloren haben, die ſich bald durch andere erſetzen laſſen! Aber der Muth iſt auch nicht geſunken, möge man hier und dort auch auf einzelne kleinmüthige undäniſche Leute ſtoßen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

No 108. Frankfurt a. M., Donnerſtag 19. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Reichsverfaſſung, die ganze Reichsverfaſſung, und nichts, als die Reichsverfaſſung!

Deutſchland. Frankfurt (Die öſterreichiſche Regierung und die Reichsverſammlung. Die Zuſammenkunft der preußiſchen Abgeordneten. Die deutſche Marine) Wien (Die Stärke der Armee in Ungarn. Bem. Stimmen aus der Preſſe über die neueſte Note.) Trieſt (Die ſardiniſche Flotte.) Prag (Kaiſer Ferdinand.) Stralſund (Die däniſche Blokade. Däniſche und preußiſche Kriegsſchiffe. Der Dänholm.) Poſen (Die öffentliche Stimmung. Zuſtände im ruſſiſchen Heere. Die Rekrutirung in Krakau. München (Graf Lerchenfeld nach Berlin. Die Grundrechte. Weitere Vertagung der Kammern.) Aus der Pfalz (Stimmung in der deutſchen Frage. Adreſſe an die Reichsverſammlung.) Leipzig (Hr. Laube. Die Adreſſe der deutſchen Vereine.) Freiburg (Frau v. Struve der Haft entlaſſen.) Darmſtadt (Die Kammer und die Reichsverfaſſung.) Mainz (Oeſterreichiſche Artillerie nach Ungarn.) Wiesbaden (Proklamation des Herzogs.) Schleswig-Holſtein (Amtlicher Bericht des Generals Wyneken über die Düppler Kämpfe.) Aus Schleswig-Holſtein (Alſen und Sonderburg. Kriegsluſt der Deutſchen. Die däniſche Flotte.) Lübeck (General Fabvier. Friedensanträge von Seiten Dänemarks erwartet. Vorlagen für die nächſte Bürgerſchaft. Erklärung zu Gunſten der Reichsverfaſſung und der Kaiſerwürde.) Kuxhaven (Die Auswandererſchiffe und die Blokade.)

Großbritannien. London (Der Examiner über die ruſſiſch-öſterreichiſchen Wahlverwandtſchaften. Zahlreiche protektioniſtiſche und freihändleriſche Meetings. Herr Cobden.)

Frankreich. Paris (Eine Eskadre gehe unter General Oudinot nach Civitavecchia ab. Die Regierung verlangt dazu einen Kredit von 1,200,000 Fr. Admiral Baudin nach Toulon zurückberufen.)

Portugal. Liſſabon (Karl Albert täglich erwartet. Die Finanzpläne B. Braneo's. Coſta Cabral. Laue Geburtstagsfeier der Königin.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Siebenbürgen (Die Ruſſen.) Agram (Rückzug Perezel's von St. Thomas.)

Italien. (Aufſtand in Toskana für den Großherzog. Friede zwiſchen Sardinien und Oeſterreich. Oeſterreich zeigt den auswärtigen Mächten ſeine Intervention in Toskana an. Hr. v. Zitow wird in Gaeta erwartet.)

Schweiz. Zürich (Verhandlungen des Großen Raths.) Bern (Bevorſtehender Zuſammentritt der Bundesverſammlung. Die radikale Oppoſition. Oſterfeier in Uri.)

Ungarn. Peſth (Die Bewegungen der Magyaren.)

Griechenland. Athen (Unterſchleif im Heere. Die Mönche. Senator Klonaris †. Angebliches Attentat gegen den König.)

---

18. April.

Heute verſtreicht die Friſt, bis zu welcher Preußen hoffte, ſeine Erklärung über die Reichsverfaſſung zugleich mit denen der übrigen Regierungen abzugeben. An den Regierungen war es, nach der Meinung des preußiſchen Miniſteriums, für daſſelbe die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, und alle jene Einwendungen gegen die Reichsverfaſſung zu erheben, mit denen es ſelbſt nicht geradezu hervortreten mochte. Die große Mehrheit der deutſchen Regierungen, oder wie man geradezu ſagen kann, der deutſchen Fürſten — denn obgleich das Volk jetzt rechtmäßig Theil nimmt an der Regierung durch ſeine Vertretung, ſo war an der Zuſtimmung des Volkes doch nicht zu zweifeln, und wo die Volksvertretung beiſammen iſt, wo ſie nicht, wie in ſchmählicher Weiſe in Hannover, gewaltſamer Weiſe verhindert wird, ihre Meinung auszuſprechen, da hat ſie faſt ohne Ausnahme ihre Stimme einmüthig für die Reichsverfaſſung erhoben — die deutſchen Fürſten, ſagen wir, haben größtentheils die Reichsverfaſſung unumwunden „anerkannt und angenommen“. Nur die mächtigſten Fürſten, die Könige, haben bis zum letzten Augenblicke ihren Willen nicht öffentlich kund gethan. Bei mehr als einem dieſer Königshöfe iſt es nur zu gewiß, daß dieſer Wille kein guter iſt. Obgleich ſie im vorigen Jahre die Redensart von: „Jedes Opfer bringen, welches das Vaterland auferlegt“ bei mehr als einer paſſenden Gelegenheit ebenfalls in den Mund nahmen, ſo möchten ſie doch jetzt, zur Verfallzeit, den Wechſel gern uneingelöſt laſſen. Das Volk muß ſolche böſe Schuldner mahnen. Ja es liegt am Volke in Hannover, oder wo ſonſt es ſei, ſeinen Willen, daß die Reichsverfaſſung Landesgeſetz ſei, laut und unzweideutig auszuſprechen. Wenn die Fürſten anders das Weſen der Verfaſſung, nach welcher ſie regieren, nicht ganz irrig auffaſſen, ſo dürfen ſie ihre eigene Willkür in den wichtigſten Angelegenheiten des Volkes nicht walten laſſen, noch dazu, wo der gefährliche Verdacht nahe liegt, ſie verwechſelten ihre eigenen ſelbſtſüchtigen Wünſche mit dem vorgeſchobenen Wohle des Ganzen.

Wenn die Nation die Reichsverfaſſung anerkennt, ſo iſt der mächtigſte deutſche Fürſt zu ohnmächtig, um ſie zu verwerfen. Und bereits gibt die Nation von der ſchwäbiſchen Alp bis zu den oſtfrieſiſchen Marſchen, von den Weingeländen der Pfalz bis zu den Dünen des kuriſchen Haffes ihre Zuſtimmung auf eine ſelbſt die kühnſten Hoffnungen übertreffende Weiſe zu erkennen. Wir können daſſelbe ſagen wie die Weſerzeitung: „Eine große Reihe von Adreſſen und Zurufen an die Nationalverſammlung liegt vor uns. Das Volk ſelbſt erhebt wieder ſeine Stimme, nachdem ſeine Vertreter geſprochen; es ſind Stimmen der Ermuthigung an die Nationalverſammlung, Mahnungen, auszuharren und die vollendete Verfaſſung gegen die Vereinbarung der Regierungsbevollmächtigten zu ſchützen. Die Einmüthigkeit, welche über dieſen Punkt in ganz Deutſchland unter allen Parteien herrſcht, iſt ein Lichtpunkt in dem wenig troſtreichen Grau der Gegenwart. Dieſe Einmüthigkeit wird der Nationalverſammlung eine neue Macht verleihen und iſt eine Bürgſchaft dafür, daß, welchen Geſchicken wir auch entgegen gehen, der Gedanke der deutſchen Einheit dem Volke nicht wegoktroyirt werden kann.“

Dieſe Einmüthigkeit des Volkes, wie ſie ſich binnen weniger Tage überall im Vaterlande regt, iſt um ſo auffallender, als es im erſten Augenblicke nicht an vielen Stimmen gefehlt hat, welche das vollendete Werk der Reichsverfaſſung auf jede mögliche Weiſe herabſetzten. Selbſt ſolche Blätter, welche bis dahin auf's eifrigſte die Reichsverſammlung als die einzige Hoffnung der Nation unterſtützt hatten, ließen ſich zu den heftigſten, und wir dürfen ſogleich hinzuſetzen, zu den ungerechteſten Klagen und Vorwürfen gegen die Reichsverſammlung und die Reichsverfaſſung hinreißen. Die große Partei, zu welcher wir ſelbſt gehören, die auf dem Reichstage zwar nicht die Mehrheit, aber die größte und am feſteſten geſchloſſene Minderheit bildete, hatte ſich nemlich größtentheils bis zuletzt der Hoffnung hingegeben, nicht bloß in der Oberhauptsfrage, ſondern auch in der ganzen Verfaſſung vom erſten bis zum letzten Paragraphen einen vollſtändigen Sieg zu erfechten. Als dieſe Hoffnung nun raſch und unvermuthet getäuſcht ward, als die Reichsverfaſſung, wie ſie in den denkwürdigen Tagen vom 22. bis 27. März endgiltig beſchloſſen ward, in mehreren, nicht unweſentlichen Punkten von ihren Wünſchen abwich, da machte ſich in den erſten Augenblicken mehr der Schmerz als die Ueberlegung geltend. Seit Jeſus die Wechsler und Taubenkrämer aus dem Tempel trieb, iſt nicht ärger geeifert worden, als gegen den ſogenannten „Stimmenſchacher“ in der Paulskirche. Erfreulich war dabei das ſchöne ſittliche Gefühl, welches ſich im deutſchen Volke zeigte; es iſt ein Erbe der Väter; wir wollen es treu bewahren; aber hier ward es verſchwendet an einen unrichtigen Gegenſtand. Jene Strafpredigten zeugten von mehr Tugendeifer als unbefangener Einſicht und politiſcher Erfahrung. Wir wollen gar nicht im Allgemeinen davon reden, daß man die Geſchichte der geſetzgebenden Verſammlungen wenig kennt, wenn man der deutſchen Reichsverſammlung, trotz aller Fehler und Ausnahmen, nicht gerade in dem Punkte ſittlicher Ehrenhaftigkeit einen hohen Rang anweiſt, oder gar an Frau v. Stael's Ausſpruch erinnern: man müſſe nicht in die Küche der Geſetzgebung gehen, ſonſt verderbe man ſich den Appetit. Sondern wir behaupten, daß jene Vorwürfe größtentheils auf völliger Verkennung aller Verhältniſſe beruhten, ſo einfach dieſe Verhältniſſe auch waren. Die Reichsverſammlung war wie jede größere Verſammlung in Parteien zerſpalten und zwar in mehrere, von denen keine einzige für ſich die

Mehrheit bildete. Eine lebensfähige Reichsverfaſſung konnte gar nicht zu Stande kommen, wenn ſich nicht diejenigen, welchen wirklich ehrlich darum zu thun war, eine einheitliche Verfaſſung zu ſchaffen, ſich mit einander verbanden. Auf der einen Seite ſtanden die Männer der gemäßigten Linken, auf der andern die kaiſerliche Partei. Auf welche Weiſe verlangten nun die Sittenprediger, daß eine Vereinigung, eine Stimmenmehrheit zu Stande gebracht werde? Sollte die Rechte alle ihre Grundſätze verleugnen und nicht bloß in der wichtigſten Frage, der Oberhauptsfrage, ſondern auch in allen übrigen Punkten ihre Ueberzeugung und alle bisher vertheidigten Grundſätze aufgeben? Nicht wahr, das wäre ſchändlich, abſcheulich geweſen? Sehr wohl. Aber was dann? Sollte etwa die Linke nicht bloß in der Oberhauptsfrage, ſondern in allen übrigen Punkten ihre Ueberzeugung und alle bisher vertheidigten Grundſätze aufgeben? Wäre das nicht ſchmählich, abſcheulich u. ſ. w. geweſen? Was werden unſere Sittenprediger dazu ſagen? Was werden ſie antworten? Doch nicht, wie Junker Alexander:

Da war die Antwort Alexanders:
Ja, Bauer, das iſt ganz was anders!

Man mag ſich alſo beruhigen. Heinrich von Gagern und die übrigen Mitglieder der kaiſerlichen Partei, welche gleich ihm der Meinung waren, daß in der Lage der Sache jeder Einzelne Opfer bringen müſſe, wenn von der Nationalverſammlung etwas Ganzes geſchaffen werde, dieſe Männer, deren Patriotismus wir es zu danken haben, daß eine Reichsverfaſſung überhaupt zu Stande gekommen iſt, ſind die Ehrenmänner, welche ſie waren. Sie hätten die ſchwerſte Verantwortlichkeit auf ſich geladen, wenn es an ihrem Eigenſinne gelegen, daß die hohe Reichsverſammlung zu Ende ging, wie's Schießen zu Hornberg. Es war nahe daran, und man würde zu Olmütz darüber gejubelt haben, nicht im deutſchen Volke. Ja es erfordert eben nicht gar zu viel Verſtand, um zur Einſicht zu gelangen, daß die abſoluten Mängel der Verfaſſung, wie ſie jetzt geworden, eben ſo viel Vorzüge ſind. Denn wenn es irgend einen allgemein gültigen Satz in der Staatslehre gibt, ſo iſt es dieſer, daß es keine ſchlechthin beſte Staatsverfaſſung gibt, ſondern diejenige die Beſte iſt, welche allen Umſtänden und Bedürfniſſen eines Volkes auf dem dermaligen Punkte ſeiner Entwickelung am völligſten entſpricht. Es war nicht einmal wünſchenswerth, daß unter den großen politiſchen Parteien, in welche die Bewegung des vorigen Jahres Deutſchland getheilt hat, eine einzige in der Verfaſſung einen ganz vollſtändigen Sieg erfocht. Ganze Staaten würden ſich ſonſt in dieſem Augenblicke bereits im heftigſten Widerſtand gegen das Werk der Einheit erhoben haben, während jetzt innerhalb und außerhalb der Paulskirche Verſöhnung auf dem Boden der Verfaſſung die Loſung aller Parteien geworden iſt.

Doch wir wollen jenen Unwillen damit entſchuldigen, daß in der Verwirrung des erſten Augenblickes viele Stimmen glaubten, das ſo zu Stande gekommene Werk ſei vollſtändig verpfuſcht, enthalte widerſprechende Beſtimmungen und ſei gar nicht lebensfähig. Selbſt eins der trefflichſten und umſichtigſten Blätter meinte in der Hitze des erſten Augenblickes: „Die allerwichtigſten Beſtimmungen ſtehen im allergrellſten Widerſpruche zu einander. Der wichtige §. 2 wurde — wie man ſich erinnert — ganz im Sinne der groß-deutſchen Partei entſchieden. Die deutſchen Staaten Oeſterreichs ſollen danach mit zum Bunde gehören, und der frühere §. 3, wonach ein deutſches Land mit einem nicht-deutſchen nur mittels der Perſonal-Union verbunden ſein ſollte, eine für Oeſterreich unmöglich zu erfüllende Forderung, iſt hinweggefallen.“

Wir brauchen kaum zu bemerken, daß dieſe Anſicht auf einem großen, vollſtändigen Irrthum beruht. Die berühmten §§. 2 und 3 ſind zwar verworfen, doch der Inhalt derſelben, die Perſonal-Union, iſt in einer Form angenommen, welche den Urhebern jener Paragraphen ſelbſt noch mehr zuſagt, als ihre eigene Faſſung. Aber auf jenen unſeligen Irrthum hin behauptete jenes angeſehene Blatt, die Verfaſſung trage den Todeskeim in ſich, könne nicht angenommen werden u. ſ. w. Jenes Blatt ſelbſt iſt längſt von ſeinem Irrthum zurückgekommen und kämpft jetzt wieder unter den erſten und tapferſten für die Reichsverfaſſung.

„In Frankfurt“, ruft ſie jetzt, „kann ſich nichts ändern. Mit Recht betrachtet die Reichsverſammlung ihr Verfaſſungswerk, wie kein Volk der Erde unter gleichem Widerſtande ein ſolches zu ſchaffen vermochte, als den leuchtenden Stern, auf welchem in Dunkel und Nacht das deutſche Volk ſtets das Steuer gerichtet haben wird. Der jetzt in Frankfurt zuſammenberufene fürſtliche Geſandtenkongreß kann dem Lichte, das jetzt über Deutſchland leuchtet und brennt, ſich nicht verſchließen. Uns iſt um Reichsverfaſſung und Kaiſer nicht bange.“

Dagegen iſt es der Kölniſchen Zeitung widerfahren, daß ſie noch am 4. April jenen unſeligen Artikel, welcher von der hieſigen öſterreichiſchen Zeitung mit Jubel abgedruckt ward, ebenfalls abdruckte und zu dem ihrigen machte, ohne den Irrthum zu bemerken. Auch jetzt noch bezieht ſie ſich auf die vom Urheber längſt zurückgenommene Behauptung, die Verfaſſung trage den Todeskeim in ſich u. ſ. w. Der Beweisgrund dafür iſt aber längſt weggefallen, und die Kölniſche Zeitung kann ſich jetzt auf weiter nichts berufen, als auf den erſten Paragraphen. „Das deutſche Reich beſteht aus dem Gebiete des bisherigen Bundes.“ „Der König von Preußen, ruft ſie aus, ſollte die Kaiſerkrone mit dem Eide übernehmen, der Verfaſſung überall im Umfange des alten deutſchen Bundes unweigerliche Geltung zu verſchaffen? Darauf hin ſoll der erwählte Kaiſer ſchwören, Gut und Blut ſeiner Preußen daran zu ſetzen, um die verſchmähte ſouveraine Autorität der Paulskirche an den Ultramontanen und Demokraten Süd-Deutſchlands blutig zu rächen? Das iſt die Meinung des deutſchen Parlaments?“

Nein, das iſt nicht die Meinung des Parlamentes. Niemand, der auch nur ein wenig geſcheidt iſt, denkt daran, an Preußen ſolche Anſprüche zu erheben. Die Abſtimmung kam zu Stande durch diejenigen, welche ſich nicht für befugt hielten, auf das Recht der Reichs-Verſammlung, eine Verfaſſung für ganz Deutſchland zu geben, förmlich und feierlich zu verzichten. Es wird von vernünftigen Menſchen nur als eine Rechtsverwahrung angeſehen, die ſo wenig einen Krieg zur Folge hat, als wenn die Könige von England ſich auch in ihrem Titel König von Frankreich nannten. Der König von Preußen kann, ſo gut wie die preußiſchen Kammern ausſprechen, der Beitritt zum Bunde müſſe ein freiwilliger ſein: Niemand verargt es ihm. Was den §. 1 betrifft, bemerkt die Parlaments-Correſpondenz, ſo kann derſelbe, inſofern er auf die deutſch-öſterreichiſchen Länder ſich bezieht, in Verbindung mit dem §. 86 nicht mißverſtanden werden; die reindeutſchen Staaten aber werden wir zwar nicht wider ihren Willen zum Eintritt in das Reich zwingen, jedoch auch nimmermehr unſer Recht auf dieſen Eintritt aufgeben dürfen.

Wir durften alſo neulich ſagen, daß die Behauptung von der Unmöglichkeit der Verfaſſung auf Irrthum oder Mißverſtand beruhe. Die Reichsverfaſſung iſt nicht vollkommen, aber ſie iſt nicht, wie Dante vom Pöbel ſagt, werth des Todes ſchon vor der Geburt. Ob ſie ins Leben treten wird, das hängt von der Nation ab. Die Nationalverſammlung hat das Ihrige gethan; an der Nation iſt es zu handeln. Jetzt hat ſie die alten Fehler des Deutſchen, ſeine Unentſchlüſſigkeit und Rathloſigkeit, ſein Hin- und Herwägen, ſein Grübeln und Zweifeln, ſein Bedenken ohne Ende von ſich zu ſchütteln. Es iſt bloß noch zu erwägen, daß nichts mehr zu erwägen iſt. Es iſt Zeit zu handeln, und ſich die Völker zum Muſter zu nehmen, welche ſich auf das Handeln verſtehen.

Auch bei der Umänderung der engliſchen Verfaſſung im vorigen Jahrzehent gab es noch viel zu bedenken, dem einen war zu viel, dem andern zu wenig reformirt. Aber dennoch vereinigte ſich das ganze Volk in den Ruf: Die Reform! Die ganze Reform! Und nichts als die Reform! Und die ſtolzen britiſchen Fürſten, die im Oberhauſe ſitzen, wagten nichts gegen eine ſolche Erhebung des Volkes zu unternehmen. So muß ſich auch das deutſche Volk erheben und rufen: Die Reichsverfaſſung! Die ganze Reichsverfaſſung! Und nichts als die Reichsverfaſſung!

Wenn der zornige Donnerruf von einem Ende Deutſchlands zum andern ſchallt, wenn er ſich durch die Straßen der Hauptſtädte wälzt und durch die klirrenden Fenſter der Palläſte ſchlägt, ſo wird kein Widerſtand verſucht werden. Ja, und käme es ſo ſchlimm, wie die Muthloſeſten fürchten, würde das Verlangen des Volkes mit Gewalt unterdrückt, würde mit Pulver und Blei Todtenſtille in Deutſchland gemacht, ſo wollen wir unſern Kindern in die Ohren flüſtern: „Die Reichsverfaſſung! Die ganze Reichsverfaſſung! Und nichts als die Reichsverfaſſung!“

Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor!

Wir wiederholen es, die Nation muß handeln; nicht die Nationalverſammlung. Sie muß den ruhenden Punkt in der Bewegung abgeben.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 18. April. In der vorgeſtrigen Sitzung der Reichsverſammlung antwortete ein ſehr bewegliches Mitglied der ultramontanen Partei, auf die Frage, wie viel öſterreichiſche Mitglieder austreten würden: „Alle, und die Andern folgen nach." Bis jetzt ſind aber nur etliche und dreißig öſterreichiſche Abgeordnete ausgetreten und „Andere" ſind noch nicht nachgefolgt. Selbſt Hr. v. Schmerling, den man vorgeſtern ſich bereits auf „ein Gut" zurückziehen, den geſtern die Korreſpondenz der Linken abreiſen ließ, befand ſich geſtern noch in hieſiger Stadt und ſein Austritt aus der Reichsverſammlung war noch nicht notifizirt. Die an die öſterreichiſche Regierung zu richtende Vorſtellung der öſterreichiſchen Abgeordneten wurde nur von einem kleinen Theil derſelben bis jetzt unterzeichnet und es wäre deßhalb möglich, daß die Vorſtellung gar nicht nach Ollmütz abginge. Was ſoll ſie auch dort noch bezwecken? — Auf die von dem Ollmützer Kabinette erlaſſene Note — eine Note, deren diktatoriſcher undeutſcher Ausſpruch ſelbſt die treuen Schildknappen der öſterreichiſch-deutſchen Politik, die Ultramontanen, ganz konſternirt macht — können Deutſchland und die öſterreichiſchen Abgeordneten nicht mehr auf die Mitwirkung der öſterreichiſchen Regierung, um Deutſchland eine Verfaſſung zu geben, rechnen, ſondern nur noch auf den Widerſtand, den die öſterreichiſche Regierung vom Anfange der Märzrevolution an der Wiedergeburt Deutſchlands entgegenſtellte. Es iſt eine lächerliche und eine lügenhafte Behauptung, welche ſich im ultramontanen Munde geltend zu machen ſucht, die deutſche Reichsverſammlung ſei von Haus aus darauf ausgegangen, Oeſterreich aus Deutſchland zu drängen und es iſt eine unbegreifliche Anmaßung, wenn das Ollmützer Kabinet der deutſchen Reichsverſammlung vorwirft, ſie habe in der Aufſtellung der Verfaſſung den eigenthümlichen Verhältniſſen Oeſterreichs, das heißt der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie, keine Berückſichtigung gewidmet. Es wäre doch an der öſterreichiſchen Regierung geweſen, bevor ſie der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie, und ſomit auch ihren deutſchen Völkern eine gemeinſame Verfaſſung gab, ſich mit der deutſchen Reichsverſammlung in ſo weit zu verſtändigen, daß die von der Reichsverſammlung feſtzuſtellende Verfaſſung die deutſchen Oeſterreicher mit dem deutſchen Vaterlande in einiger Verbindung laſſen konnte. Das Ollmützer Kabinet handelte indeſſen konſequent, denn ſo wie es gleich anfangs der deutſchen Reichsverſammlung nur eine paſſive Anerkennung zu Theil werden ließ, erklärte es jene für nicht mehr exiſtirend, als die Reichsverſammlung die Verfaſſung endgültig feſtgeſtellt und die deutſchen Regierungen und Volksſtämme dieſe Verfaſſung anerkannten. In dieſem Punkte blieb ſich alſo die öſterreichiſch-deutſche Politik treu, aber keine ſtaatsmänniſche Weisheit, ſondern nur eine Art von Verzweiflung iſt es, wenn das Ollmützer Kabinet die Reichsverſammlung und ihre Thaten für null und nichtig erklärt, aber die Fortdauer der proviſoriſchen Reichsverweſerſchaft nicht allein anerkennt, ſondern den Erzherzog Johann auffordert, in dem Ihm von der Reichsverſammlung übertragenen Amte vorerſt zu verharren. Ich will dieſen Faden nicht weiter ſpinnen. Das deutſche Volk hat geſunden Verſtand genug, um zu erkennen, von welcher Seite ihm Heil oder Unheil bereitet werden ſoll, und — Kraft genug zu handeln.

—x **Frankfurt**, 18. April. Die geſtrige Zuſammenkunft der preußiſchen Abgeordneten blieb inſofern ohne direktes Reſultat, als die Verſammelten beſchloſſen, keine beſonderen Schritte in ihrer Eigenſchaft als Preußen zu thun, vielmehr nur im Zuſammenwirken mit der geſammten Partei, welche die Verfaſſung mit allen Mitteln aufrecht zu halten entſchloſſen iſt, ſich thätig zu erweiſen. Mittelbar ward dieſe Beſprechung aber doch Veranlaſſung, daß 10 — 12 preußiſche Abgeordnete, und zwar meiſt von der konſervativſten Richtung, ſich zu Camphauſen begaben, demſelben die für Deutſchland und insbeſondere für Preußen ſo gefahrdrohende Lage der Dinge mit kräftigen Worten vorſtellten und ihn perſönlich für das verantwortlich machten, was Seitens der preußiſchen Regierung in dieſer hochwichtigen Frage, ſei es durch Handeln, ſei es durch Unterlaſſen, ferner noch gefehlt werden möchte. Dabei ſoll ihm geradezu der Vorwurf gemacht worden ſein, er habe die preußiſche Regierung von den hieſigen Zuſtänden nicht genugſam unterrichtet und dadurch zu den verkehrten Maßnahmen in Berlin Anlaß gegeben.

*** **Frankfurt**, 18. April. Mancherlei Gerüchte ſind über den angeblich kläglichen Zuſtand verbreitet, in welchem ſich die deutſche Marine befinden ſoll. Dieſe Gerüchte müſſen in einem Augenblicke, in welchem nach der Niederlage bei Eckernförde Dänemark ungeheure Anſtrengungen macht, um Deutſchland ſein Uebergewicht auf dem Meere fühlen zu laſſen, die deutſchen Gemüther um ſo mehr erregen. Mit Genugthuung erfährt man, daß alsbald der Reichshandelsminiſter über den augenblicklichen Zuſtand der deutſchen Marine interpellirt und nach Umſtänden noch weitere Anträge geſtellt werden ſollen. So viel ſcheint leider gewiß zu ſein, daß die Erwartungen, welche man auf eine reſpektable deutſche Kriegsmarine bis zu dieſem Zeitpunkt ſtellte*), nicht in Erfüllung gingen.

Wien, 13. April. Ich kann beſtimmt ſagen, daß Fürſt Windiſch-Grätz in Ollmütz die Stärke des vor Peſth im Felde ſtehenden Heeres der Kaiſerlichen auf 35,000 Mann (?) angab, da 5 — 6000 Kroaten als Reſerve nach Peſth geſandt wurden, während er die magyariſche Armee auf das Doppelte, das iſt auf 70,000 Mann ſchätzt. Bem ſoll nicht mehr in Siebenbürgen, ſondern in Debreczin ſein. (D. A. Z.)

* Das Conſt. Bl. a. B. enthält über die Note des Cabinets nach Berlin (Nr. 105 Beil.) folgendes Urtheil: Die Antwort unſeres Cabinets auf die letzte preußiſche Cirkularnote liegt vor uns, und ſomit wäre mit Preußen, mit dem neuen Deutſchland und mit der Reichsverſammlung in Frankfurt gebrochen. Wenn wir auch nicht — wie Viele — ſchon einen deutſchen, zumal einen preußiſchen Krieg vor der Thür ſehen, wenn wir immerhin eine Ausſöhnung der beiden größten deutſchen Cabinette mit der Zeit für möglich halten, ſo ſteht es andererſeits unwiderruflich feſt, daß unſere Regierung mit dem deutſchen Volke aufs Entſchiedenſte gebrochen hat. Die Slaven mögen ſich Deſſen im Geheimen und auch offen freuen, der Oeſterreicher — nicht blos der Deutſchöſterreicher — kann in dieſem extremen Schritte keine Garantien für die Zukunft der öſterreichiſchen Freiheit finden. Der ruſſiſche Einfluß hat hier mehr gethan, als ſich mancher Patriot zu geſtehen wagt; wir gehen noch weiter und behaupten, daß der Bruch mit Deutſchland die erſte erfüllte Bedingung geweſen ſein mag, um ſich die Intervention Rußlands zu verdienen. So rückſichtslos hätte Oeſterreich mit dem älteſten und natürlichſten ſeiner Bundesgenoſſen nicht brechen dürfen, wenn der erbetene Helfer des Nordens ſich nicht jede Verklauſulirung ausdrücklich verbeten hätte.

Trieſt, 11. April. Die ſardiniſche Flotte hat ſich hier mit Erlaubniß des Generals Giulay verproviantirt und zum Zeichen der Beobachtung des Waffenſtillſtands die weiße Flagge an allen Schiffen aufgezogen. Heute geht die der Flotte durch den Waffenſtillſtand für ihren Abzug geſtellte Friſt zu Ende. Vizeadmiral Dahlerup übernimmt heute den Oberbefehl der öſterreichiſchen Schiffsdiviſion. (Allg. Z.)

Prag, 14. April. Heute um 7 Uhr kehrte Kaiſer Ferdinand von ſeinem Beſuche in Ollmütz zurück. Wie es heißt, kömmt auch Kaiſer Franz Joſeph vor dem 19. hier an, welcher Tag bekanntlich der Geburtstag ſeines Oheims, Kaiſers Ferdinand iſt. Zur Feier dieſes Tages werden zu Ehren des Monarchen, der von ſeinen Völkern den Bann des Abſolutismus genommen, große Vorbereitungen getroffen. (C. Bl. a. B.)

♂ **Stralſund**, 14. April. Durch die Blokade unſeres Hafens von Seiten der Dänen liegt das Geſchäft hier ganz darnieder und die Verluſte, welche Handel und Schifffahrt dadurch erleiden, ſind enorm. Ich glaube nicht, daß man in Ihrer Gegend dieſen Zuſtand in dem Lichte erblickt, wie er ſich bei uns offenbart. Die Art und Weiſe wie Dänemark die Blokade der Häfen betreibt, ſteht im Widerſpruch zu dem im vorigen Jahre von der däniſchen Regierung ſelbſt aufgeſtellten Prinzip und dem Verhalten Englands in derlei Fällen, denn nach dem Blokade-Reglement des Königs von Dänemark d. d. Chriſtiansburg 1. Mai 1848. §. 1. iſt ein Feindes Hafen blokirt, wenn er durch ein oder mehrere Kriegsſchiffe, die vor dem Hafen ſtationirt ſind, ſo geſperrt iſt, daß kein Handlungsſchiff ohne augenſcheinliche Gefahr, aufgebracht zu werden, in denſelben einlaufen oder auslaufen kann, während die däniſchen Kriegsſchiffe ſich jetzt darauf beſchränken, auf der Rhede, ohne Poſto zu faſſen, zu erſcheinen, und dann wieder die Stationen auf einen Tag oder länger ganz verlaſſen. Wird die engliſche Regierung ein ſolches Verfahren gutheißen?

*) Wir haben dieſe Erwartungen nie getheilt.

Ich möchte es bezweifeln; eine Blokade auf dem Papier kann doch keine Gültigkeit haben, ſonſt könnte man ja auch auf die Idee kommen, alle kleineren Häfen, die jetzt noch frei ſind, blokirt zu erklären, ohne ein Schiff dafür zu verwenden. Geſtern waren zwei däniſche Kriegsſchiffe beim Ruder und dicht vor dem Lenstief. Eines derſelben hat ſogar auf einige Kähne die bei Pernemünde liegen, gefeuert und auch die Seebake beim Ruder zerſchoſſen. Der Kommandeur Schröder von der preußiſchen Flottille kam geſtern Angeſichts der däniſchen Kreuzer und nicht ohne Gefahr, von denſelben genommen zu werden, von Swinemünde mit dem Dampfſchiff Danzig hier an. Seine Gegenwart hat den Zweck, das Regierungsdampfſchiff „Königin Eliſabeth", welches neue Keſſeln erhalten, zu beſichtigen und armiren zu laſſen. Heute hat er eine Probefahrt nach dem Lenstief mit demſelben gemacht und die Verſchanzungen an der Küſte in Augenſchein genommen. Zur Vertheidigung derſelben iſt Militär abgeſandt. Daß unſere Regierung den Dänholm gekauft hat, um daſelbſt einen Kriegshafen anzulegen, iſt Ihnen wohl ſchon bekannt. Es ſind bereits mehrere Hundert Arbeiter auf dieſer kleinen Inſel beſchäftigt. Die deutſche Angelegenheit beſchäftigt hier noch immer ſehr die Gemüther und Sie können überzeugt ſein, daß man hier gewiß ſo gut deutſch geſinnt iſt als irgendwo, obgleich wir ſehr wohl begreifen, daß wir zur Verwirklichung dieſer Idee große Opfer bringen müſſen.

△ **Poſen**, 12. April. Eine nicht unbedeutende Partei an unſerem Orte hatte im vorigen Dezember alle Oppoſition gegen die oktroyirte Verfaſſung aufgeben zu müſſen geglaubt; das Drängen der Zeitverhältniſſe, die Unfähigkeit der damaligen Nationalverſammlung ſchien die Gewaltmaßregeln zu rechtfertigen; der Erfolg hat dieſe Anſicht bewährt. Dieſer Punkt wurde ſeitdem ein Zankapfel für Männer von einander verwandter Geſinnung: die neueſte Wendung unſerer Geſchichte wird hier, und wohl überall, den alten Hader vergeſſen laſſen. Wenigſtens würde die Oktroyirung einer deutſchen Verfaſſung, die uns möglicher Weiſe bevorſteht, das Rechtsbewußtſein Aller auf tiefſte verletzen und alle wahrhaft patriotiſchen Parteien werden ſich um das Palladium der Verfaſſung zu ſchaaren wiſſen. Die Sympathieen für die Perſon des Königs ſind hier ſeit einigen Tagen faſt verſchwunden und der Rücktritt des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel iſt ein ganz allgemeiner Wunſch geworden.

⁑ **Poſen**, 12. April. Ich habe in meinen Mittheilungen über Rußland meiſt den deutſchen Korreſpondenten aus Kaliſch ſprechen laſſen, hören Sie nun auch einmal einen Polen aus jener Stadt. „Die ruſſiſche Regierung, ſtark und ruhig, wenn man ſie von fern betrachtet, iſt in der Nähe beſchaut, mehr als jede andere bemüht, auf künſtliche Weiſe den Gehorſam der unterworfenen Stämme zu erhalten und Bewegungen zu dämpfen, denn die Freiheit drängt ſich zu verſchiedenen Spalten heraus. Im Innern ſcheint dieſe Rieſenſäule der Reaktion ſchwach zu werden. Es iſt ein bös Ding, daß das Heer nach und nach zum Bewußtſein der Menſchenwürde kommt, ſich dem Volke nähert und auf politiſche Ereigniſſe hört. Die Nachrichten aus Ungarn erfährt der ruſſiſche Soldat weit früher, als ſie uns die Zeitungen bringen. Er nimmt auch Antheil daran; ſo hat z. B. die Behandlung der ruſſiſchen Gefangenen in Hermannſtadt durch Bem Freude erregt und iſt von Mund zu Mund gegangen. Er ſoll ſich nämlich Tags nach dem Kampfe zu den Gefangenen begeben und als er Ruſſen darunter fand, ſcheinbar erſtaunt ausgerufen haben: „Wo kommt ihr denn her, ich, ein freier Slawe habe mit den Oeſterreichern um unſere Freiheit gekämpft, aber mit ſlawiſchen Brüdern werd' ich mich nie ſchlagen!" Er gab alle Ruſſen frei, 400 ſollen bei ihm geblieben ſein und den Reſt ſchickte er dem General Lüders, mit Entſchuldigung, daß er die Gebliebenen nicht ausliefern könne. Auf dieſe Nachricht hatten die Offiziere eines ruſſiſchen Regiments ein Feſtmahl veranſtaltet und Bem's Geſundheit ausgebracht. Davon bekam Paskiewitſch Kunde und ſchickte 17 der ſchuldigſten auf die Warſchauer Citadelle.

Die Koſaken, welche ſeit Anfang 1848 mehr Rekruten als andere Theile Rußlands geſtellt haben, ſind ſchon lange ſehr unzufrieden. Die Regierung nahm deshalb häufige Veränderung der Standquartiere mit ihnen vor, und bediente ſich dazu der Liſt. Sie wurden zu einer großen Heerſchau koncentrirt, dann verbreitete ſich plötzlich die Nachricht von Aufruhr und maſſenhafter Ermordung der Ruſſen, man ſchickte ſie deßhalb hierhin und dorthin, endlich nach Warſchau. Dieſe Mittel brachten einzelne Korps ſehr auf, und die Offiziere klagen über Ungehorſam. Solche Mißſtände könnte ich noch manche aufzählen, dennoch wußte die ruſſiſche Regierung durch geſchickt verbreitete Gerüchte, durch Hin- und Hermärſche der übrigens wirklich doppelt ſtarken Armee nach außen hin eine furchtbare Stellung zu behaupten. Das Lager von Koſcielce (bei Kaliſch) hat nur wenige Bataillone geſehen. Im gegenwärtigen Frühjahr werden 3 Lager von dem Heere im Königreiche bezogen werden. Das ſtärkſte gegen Galizien in Krakaus Nähe, das andere bei Kaliſch, und das dritte, ein Reſervelager bei Skierniewice und Guzow. Uebrigens ſcheint im Königreich gefliſſentlich das Gerücht verbreitet zu werden, daß ein preußiſches Heer von 60,000 Mann einen Einfall machen werde." Ich ſchließe dieſen Bericht mit der wiederholten Bemerkung, daß es ein polniſcher iſt. Aus Krakau hören wir, daß von 590 Mann Rekruten ſich nur 10 Mann geſtellt haben. Dies iſt der Erfolg des ausnahmsweiſe bewilligten freiwilligen Eintritts! nun kommt es zu gezwungener Loſung. Ob die Regierung die Macht haben wird, ſie durchzuführen, iſt fraglich. Uebrigens iſt nun in ganz Galizien der Landſturm organiſirt, ſelbſt der Bocherciſche Kreis iſt dazu herangezogen. In Lemberg ſetzt ein aus der Emigration zurückgekehrter polniſcher Geiſtlicher, Kaiſiewicz, alle Schichten der Bevölkerung durch ſeine nationalen Predigten in Bewegung. Man erwartet dort lebhaft den Beſuch der „Nachbarn vom Don."

München, 14. April. Graf Lerchenfeld-Köfering iſt heute wieder von hier abgereiſt, jedoch nicht nach Frankfurt, wie man vermuthet hatte, ſondern nach Berlin, wo derſelbe indeß nur kurze Zeit verweilen dürfte. Wen die baieriſche Regierung in Folge der preußiſchen Cirkularnote vom 3. d. M. als Bevollmächtigten nach Frankfurt ſenden wird, oder ob ſie überhaupt eine ſolche Sendung beabſichtigt, darüber vernimmt man durchaus nichts Beſtimmtes. (N.C.) Wie die Neue Münchener Zeitung berichtet, war der oberſte Gerichtshof in ſeiner heutigen öffentlichen Sitzung in dem Fall, ſich über die Gültigkeit der deutſchen Grundrechte auszuſprechen. Der Staatsanwalt bekämpfte dieſelbe und der Gerichtshof ſchloß ſich dieſer Anſicht an.

München, 16. April. Die hieſige lithographiſche Korreſpondenz berichtet: So eben vernehmen wir, daß Se. Maj. der König die Kammer bis zum 15. Mai weiter vertagt hat. Motivirt iſt die deßfallſige Entſchließung durch die fortdauernde Ungewißheit über die Löſung der deutſchen Frage und den Einfluß der letztern auf mehrere wichtige Geſetzvorlagen.

† Aus der Pfalz, 15. April. Man hat bei uns die Wahl des Königs von Preußen mit Freuden begrüßt und iſt über die eingetretene Verzögerung in hohem Grade mißgeſtimmt. Unſer Volk will deutſche Einheit, muß ſie wollen, ſchon wegen des edelſten Produktes ſeines Bodens, des Weines, der weder bei einer Sonderſtellung Baierns zum Reiche, noch unter franzöſiſcher Herrſchaft zu gehörigem Werthe gelangen kann. Selbſt unſere Demokraten, die Speierer Zeitung an der Spitze, haben das eingeſehen, und auf einer Volksverſammlung zu Oppau, einem Dorf zwiſchen Frankenthal und Mannheim, haben ſie am 11. April folgende charakteriſtiſche Adreſſe an die Nationalverſammlung ergehen laſſen: „Volksvertreter! Die Volksverſammlung, tagend in Oppau in der Rheinpfalz, am Oſtermontag, ſtellt an ihre deutſchen Vertreter folgenden Antrag: Die verfaſſunggebende Verſammlung in Frankfurt, bekleidet mit der höchſten Würde des deutſchen Volks, wolle im Angeſichte der drohenden Gefahr für das Vaterland, deſſen Freiheit, Einheit und Friede, bei den in Bezug auf die Kaiſerwahl gefaßten Beſchlüſſen beharren und kein Haar breit von denſelben abweichen. Jetzt kann noch durch ernſtes und entſchiedenes Auftreten dieß oder jenes Verfehlte einigermaßen wieder gut gemacht werden, ſpäter nicht mehr. Hohe Verſammlung wolle bei den Einzelſtaaten mit allem Nachdruck und Energie auf die Einführung der Grundrechte des deutſchen Volkes dringen und jeden, der ſich widerſetzt — ſei er Miniſter oder König — als Rebellen und Volksverräther züchtigen. Das deutſche Volk, das wieder unter die eiſerne Knute der Gottesgnadenherrſchaft ſich beugen ſoll, wird ſeiner Zeit, wenn ſeine Stimme unbeachtet bleibt, Rache, ja große Rache üben. — Hohe Verſammlung wolle endlich auf die Stimme eines treuen Volkes hören; ſie wolle, wenn auch durch die gekrönten Häupter bedrängt, ſich an das Volk wenden und deſſen Hülfe anrufen. Das Volk, das da allmächtig iſt, in deſſen Hände es gelegt iſt, Könige ein- und Könige abzuſetzen, wird ſeinen treuen, ſtandhaf-

ten und entſchiedenen Sprechern freudig beiſtehen." Es folgen 240 Unterſchriften.

*** **Leipzig**, 16. April. Nachdem am Freitag Abend Herr H. Laube, bisher Mitglied der deutſchen Reichsverſammlung zu Frankfurt, im deutſchen Verein einen längeren Vortrag gehalten hatte, in dem er klar und erſchöpfend ſchilderte, wie ſich in der Paulskirche in natürlicher Folge die Verhältniſſe entwickelt und endlich zu den bekannten Reſultaten geführt hätten, und die Verſammlung auch bei dieſer Gelegenheit ihr treues Feſthalten am Parlament ausgedrückt hatte, wurde geſtern in der Generalverſammlung der deutſchen Vereine Sachſens eine (geſtern bereits mitgetheilte) Adreſſe an das Parlament abgeſandt. Man hielt es für nöthig, darin zu verſichern, man werde die Verfaſſung jetzt, wenn es ſein müſſe, zu erkämpfen bereit ſein, weil eben die kecke und übermüthige Note Oeſterreichs bekannt geworden war, die mit einem kurzen Federſtrich das Jahr 1848 aus der Geſchichte des deutſchen Volkes zu ſtreichen beabſichtigt. Bei der namentlichen Abſtimmung über die Annahme der Adreſſe antworteten nicht nur die Vertreter aller 30 und einiger Vereine mit einem lauten Ja, ſondern meiſtens ſprachen ſie noch in beſonderen Worten ihre Zuſtimmung aus, weil ſie das Bedürfniß fühlten, noch ganz beſonders für ſich und ihre Vereine dem Patriotismus Worte zu leihen. Großen Eindruck machte es, als H. Laube in den allerkräftigſten Worten mahnte, mehr als je einig und feſt zum Parlament, d. h. zur deutſchen Sache zu ſtehen, und als er ſpäter beim Feſtmahl eine kurze Charakteriſtik der einzelnen Mitglieder des Reichsminiſteriums gab, um zu beweiſen, wie das ein Miniſterium ſei, das „Hand und Fuß habe." Auf das ſchleunigſte ſoll jene Adreſſe gedruckt und im ganzen Lande verbreitet werden, an ihren eigentlichen Beſtimmungsort aber ging ſie ſofort ab, unterzeichnet von den Vertretern ſämmtlicher Vereine. Sofort werden die nicht vertretenen Vereine aufgefordert werden, direkt ihre Zuſtimmung nachträglich zu erklären.

Freiburg, 16. April. Durch Verfügung des großherzogl. Staatsminiſteriums vom 13. d. M. iſt das weitere gerichtliche Verfahren gegen die wegen Hochverraths in Anklageſtand verſetzte Amalie v. Struve und deren Bruder Peter Duſar unter der Vorausſetzung künftigen geſetzlichen Betragens niedergeſchlagen, und ſind in Folge deſſen Beide der Haft entlaſſen worden. (Frb. Z.)

Mainz, 16. April. Den 21. d. M. werden von der hieſigen k. k. öſterreichiſchen Artilleriebeſatzung 200 Mann zur Armee nach Ungarn gehen. (O. P. Z.)

Wiesbaden, 18. April. Der Herzog hat vor ſeinem Abmarſche nach Schleswig-Holſtein folgende Proklamation erlaſſen: „Naſſauer! Von dem Erzherzog-Reichsverweſer iſt der Ruf an mich ergangen, meine tapferen Soldaten, Eure Söhne und Brüder, mit andern deutſchen Truppen zu einer Brigade vereint, in den Krieg gegen Dänemark zu führen. Dieſem Ruf im Dienſte des Vaterlandes muß ich folgen, und ich folge ihm gern. Nachdem in der inneren Landesverwaltung alle Aenderungen, die ich Euch zugeſichert, theils ausgeführt, theils ſo weit vorbereitet ſind, daß ſie nur noch die Zuſtimmung der Stände bedürfen, nachdem ich mich bereit erklärt habe, die Opfer zu bringen, welche die Einigung, die Macht und Größe des gemeinſamen Vaterlandes von mir forderten: halte ich mich auch verpflichtet, da wo Deutſchlands Gefahren und Deutſchlands Ehre meine perſönlichen Dienſte in Anſpruch nehmen, hinter keinem Sohne des Vaterlandes zurück zu bleiben. Für die laufenden Verwaltungsgeſchäfte während meiner Abweſenheit habe ich Fürſorge getroffen; die wichtigeren Gegenſtände werden und können ſchnell zu meiner Kenntniß gelangen. Haltet feſt an Ordnung und Geſetz, wie es einem freien Volke geziemt, und bewahrt mir Eure Liebe und Treue, wie ich ſie Euch bewahre. Gott ſei mit uns Allen! Biebrich den 17. April 1849. Adolph, Herzog zu Naſſau. (Naſſ. Bl.)

Schleswig-Holſtein. Der amtliche Bericht des hannoverſchen Generalmajors Wyneken, über die Erſtürmung der Düppeler Schanzen, den ein Extrablatt der „Hannoverſchen Zeitung" mittheilt, lautet folgendermaßen:

Ulderup, den 13. April 1849. Morgens 9 Uhr. Der Oberbefehlshaber der Armee hatte auf heute Morgen früh eine Recognoſcirung gegen die ſtark verſchanzten Düppeler Höhen befohlen. Es ſollte damit der Verſuch verbunden werden, dieſe Stellung durch Ueberraſchung des Feindes zu nehmen. Zu dem Ende ſollte die königlich baieriſche Brigade auf der ſüdlichen auf Sonderburg führenden Straße vor Tagesanbruch gegen die Höhen vorgehen. Die königlich ſächſiſche Brigade ſollte den Angriff auf der nördlichen Straße unterſtützen und die königlich hannoverſchen Truppen ſollten als Reſerve in Bereitſchaft ſein. Der Befehl ward pünktlich ausgeführt und das Unternehmen gelang vollkommen. Die Baiern waren 1½ Uhr Morgens von Düppel aufgebrochen. Sie überraſchten die däniſchen Schildwachen, rannten ſie mit dem Bajonet nieder und ſetzten ſich, ohne namhaften Widerſtand zu finden, in den Beſitz der ſüdlichen Verſchanzungen. Erſt jenſeits der Höhen ſtießen ſie auf größere Infanterieabtheilungen, die ſie in den dicht am Ufer vor Sonderburg liegenden Brückenkopf trieben. Die Sachſen rückten, dem Befehle gemäß, etwas ſpäter vor. Als ſie feindliche Infanterie, welche wieder aus dem Brückenkopf debouchirt war, angriffen, eröffneten, etwa um 4½ Uhr, die Alſener Strandbatterien ein heftiges Kanonenfeuer, an welchem ſpäter auch einige Kanonenböte Theil nahmen. Die baieriſche und ſächſiſche Artillerie fuhr dagegen auf. Ungeachtet des heftigen Geſchützfeuers rückte die ſächſiſche Infanterie muthig vor und trieb die Dänen, welche verſchiedentlich wieder vorzudringen verſuchten, fortwährend zurück. Um 6 Uhr waren die verſchanzten Höhen vollſtändig in dem Beſitze der deutſchen Truppen und die Dänen lediglich auf den Brückenkopf beſchränkt. Auf dieſe Weiſe haben die Dänen eine durch ihre Lage und Stärke ungemein wichtige Stellung verloren, welche ſie mit vielem Zeitaufwand verſchanzt hatten. Von der hannoverſchen Brigade waren nur die erſten Bataillone des 2. und 3. Regiments und die dritte Fuß-Batterie, ohne an dem Gefechte Theil zu nehmen, als Reſerve bei Oſter-Snabeck und Ulderup ausgerückt. Die übrigen Truppen waren zum Ausrücken bereit. Der Verluſt der deutſchen Truppen iſt noch nicht genau bekannt, er iſt im Vergleich zu dem Erfolg nicht bedeutend.

** Aus Schleswig-Holſtein, 15. April. Der Angriff auf Sonderburg wird nun ernſtlich fortgeſetzt, da Sonderburg jedenfalls fallen, und Alſen in unſern Händen ſein muß, wenn wir uns im Sundewitt behaupten wollen, denn Sonderburg beherrſcht das ganze Sundewittſche Gebiet. Von Sonderburg aus kann man mit einer Büchſe Düppel erreichen und da Sonderburg höher liegt wie Düppel und das ganze dieſſeitige Ufer, ſo iſt der Beſitz Sonderburgs in däniſchen Händen ſehr gefährlich. Preußiſche Pioniere werden nun eine Schiffbrücke nach Alſen hinüberlegen. Unſere junge Armee iſt fähig, ſich mit jeder alten zu meſſen. Ein Trainkutſcher fragte ſeinen Offizier: „Dürfen wir nicht bald über die Königsau?" „Haſt du ſo ungeheure Luſt dazu, mein Junge?" „Ja, ungeheure Luſt", war ſeine Antwort. Züge der brennenden Ungeduld, nach Norden vorzurücken und die fliehenden Dänen in Jütland anzugreifen, könnte ich in Menge aus unſerem Heere berichten. Ein wegen Disciplinarvergehen früher zu vierwöchentlichem Feſtungsarreſt verurtheilter Soldat, der unterwegs erkrankt und in ein Hoſpital gebracht worden war, meldete ſich geſtern bei dem Kommandeur ſeines Korps mit der inſtändigen Bitte, erſt den Feldzug mitmachen und alsdann, falls er nicht geblieben, ſeine Strafe in Rendsburg abſitzen zu dürfen.

Das erſte deutſche Kriegsſchiff „Deutſchland" iſt mit einigen Kanonenjollen nach Krautſand, Glückſtadt gegenüber, vorgegangen, um jedes Vordringen innerhalb der Elbe unmöglich zu machen. Wahrſcheinlich wird das Schiff aber ſeine Jungfrauſchaft bewahren, da es kriegs- und ſeeuntüchtig iſt.

Lübeck, 13. April. General Fabvier iſt heute mit dem Dampfſchiffe „Lübeck" von Kopenhagen hierſelbſt eingetroffen. Nach ſeinen Aeußerungen beſtätigt es ſich vollkommen, daß er mit dem Kriegsminiſter Hanſen in ernſtlichen Konflikt gerathen. Er hatte Kopenhagen in hohem Grade unbefriedigt verlaſſen, und ſoll von der Gehaltloſigkeit des däniſchen Kriegsenthuſiasmus, ſo wie von der Unmöglichkeit, den Widerſtand auch nur auf einige Wochen fortzuſetzen, mehr als überzeugt ſein. Intereſſint iſt, daß das Miniſterium auch ihm gegenüber das Syſtem dee Täuſchung, mit dem es das Heer zu ermuthigen, und das Ausland zu ſchrecken wähnte, hat befolgen wollen. Zu ſeinem großen Befremden hat der General die Entdeckung gemacht, daß in dem ihm vorgelegten Status der Armee die däniſche Landmacht um mehrere Tauſend Mann höher angegeben war, als ſie wirklich betrug, und daß von der auf dem Papier befindlichen Reſerve auch nicht ein einziger Mann vorhanden war. Sehr begreiflich hat der General unter ſolchen Umſtänden ſeine Stellung nicht mehr behaupten wollen.

Schließlich noch die Nachricht, daß nach den Mittheilungen eines mit dem Kopenhagener Hofe liirten Diplomaten von dem

däniſchen Kabinet Anträge auf Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen demnächſt zu erwarten ſind. (Weſ. Z.)

⊙ **Lübeck**, 15. April. Am 18. April tritt unſre Bürgerſchaft wieder zuſammen, um über mehrere wichtige Senatsvorlagen zu berathen und zu beſchließen. Die erſte betrifft die Lübeck-Büchner Eiſenbahn, und bezweckt die Genehmigung des von dem General-Komite für die Bahn und den Bahnhof vorgelegten Bauplanes, ferner die unentgeltliche Abtretung des erforderlichen Grund und Bodens, ſoweit derſelbe Staatseigenthum iſt, ſodann die Anwendung des Expropriationsgeſetzes und endlich die Genehmigung zu einer Aktienzeichnung im Belaufe von 2,460,000 Rthlr. Pr. Ct. Von nicht minderer Wichtigkeit iſt der zweite auf die Korrektion unſerer Trave bezügliche Antrag. Die Trave ſoll nach dem vorliegenden Plan durchgängig regulirt und angemeſſen verbreitet werden, die Fahrt auf derſelben durch einen größeren Durchſtich erleichtert und verkürzt, die Tiefe überall bis auf 14 Fuß, im Travemünder Hafen und auf der Plate bis auf 18 Fuß gebracht werden. Der Senat beantragt die Mitgenehmigung der Bürgerſchaft zur Ausführung des Planes und zur Herbeiſchaffung der Koſten mittelſt einer Staatsanleihe von 510,000 Thaler. Ferner liegen in Veranlaſſung der mit dem 1. Mai in Kraft tretenden allgemeinen deutſchen Wechſelordnung drei Geſetzentwürfe vor; der eine betrifft die Anwendung jenes Geſetzes, der zweite den Schuldarreſt, der dritte die Geſchäftsfirmen, Handlungs-Prokuren und Vollmachten zum Geſchäftsbetriebe. Außerdem beantragt der Senat Kaſernirung unſers Kontingents und bis zur Ausführung derſelben eine außerordentliche Zulage an Quartiergeld für jeden Soldaten und Unteroffizier; endlich die Bewilligung von 4000 Thlr. zur Ausführung mehrerer vom Reichsminiſterium für die Beſatzung und Einrichtung der Travemünder Schanze getroffenen Anordnungen. Jedenfalls wird auch die deutſche Verfaſſungsangelegenheit von der einen oder von der andern Seite zur Sprache gebracht werden. Der Senat hat von Anfang an die Reichsverſammlung als die oberſte geſetzliche Gewalt in Deutſchland anerkannt, und dieſelbe Anſicht ſoll auch jetzt in einer unter dem 7. April auf die letzte preußiſche Note nach Berlin erlaſſenen Antwort ſehr entſchieden dahin ausgeſprochen ſein, daß der Senat an der von den Vertretern des deutſchen Volkes beſchloſſenen Reichsverfaſſung feſthalte und den König dringend erſuche, die auf ihn gefallene Kaiſerwahl auf Grund jener Verfaſſung anzunehmen. Allgemeine Anerkennung findet hier die Mäßigung und Beſonnenheit, mit welcher die Reichsverſammlung den betretenen Weg verfolgt; die Entſchiedenheit, mit welcher ſie jede Vereinbarung als ungehörig und unthunlich zurückweiſt. Dieſer Beharrlichkeit, welche im Volkswillen ihre Stütze und ihren Haltpunkt findet, werden die deutſchen Fürſten nicht widerſtehen können und eben deßhalb auch nicht widerſtehen wollen!

Cuxhafen, 13. April. Hier iſt folgende Bekanntmachung erſchienen: „Aus glaubwürdiger Quelle höre ich, daß ſelbſt kein feindliches Auswandererſchiff von den Dänen geſchont, vielmehr genommen werden ſoll; es ſind jetzt 4 Kriegsſchiffe in der Bucht und ſoll auch noch ein Dampfboot erwartet werden. (gez.) Kommand. Abendroth.“

Großbritannien.

* **London**, 14. April. Die whiggiſtiſchen Blätter, deren es im Verhältniß zu der Wichtigkeit der Partei nur wenige gibt, nehmen ſich im Ganzen lebhaft eines auf feſte konſtitutionelle Grundſätze geſtellten deutſchen Kaiſerthums an. Der „Examiner“ macht es dem Könige von Preußen zum Vorwurf, daß er, ſtatt mit der deutſchen Krone auf dem Haupte muthig voranzuſchreiten, eine ſo ausweichende Antwort gegeben habe, die befürchten laſſe, daß es im Hintergrunde, mit geheimer Zuſtimmung des Königs, darauf abgeſehen ſei, Deutſchland wieder in die Feſſeln des alten Bundestages und der fürſtlichen Konföderation zu ſchlagen. Indeß meint der „Examiner,“ man dürfe hoffen, daß Preußen wenigſtens die Begründung konſtitutioneller Freiheiten aufrichtig wolle; ganz anders Oeſterreich. „Wäre es,“ ſagt das genannte Blatt, „den Oeſterreichern gelungen, ihre aufſtändiſchen Provinzen durch eigene Kraft zu unterwerfen, ſo dürfte man an deren künftigem Gehorſam und Organiſation vielleicht nicht ganz verzweifeln. Da aber Ungarn „(zu der Zeit als der Artikel des Examiner erſchien, war in London das Gerücht der Austreibung Bem's aus Siebenbürgen durch die Ruſſen verbreitet)“ nur durch ruſſiſche Hülfe wieder zum Gehorſam gebracht werden konnte, ſo kann es auch nur durch daſſelbe Mittel in Abhängigkeit erhalten werden. Dies würde jedoch die große Maſſe der ſlaviſchen Unterthanen Oeſterreichs mißgeſtimmt und abgeneigt machen, denn dieſe ſtehen an Ruſſenhaß und Ruſſenfurcht durchaus nicht hinter den Polen zurück. Wie kann der Wiener Hof unter ſo bewandten Umſtänden dem Böhmen oder dem Slowaken oder gar dem Kroaten politiſche Freiheit, Macht und Entwickelung verleihen? Das iſt unmöglich. Ihre Verbindung mit den andern Stämmen des Reichs würde in Bezug auf Sitte und Sprache ein Babel darſtellen, und früher oder ſpäter wird ſich Stadion eben ſo gut zu Prag, wie in Mailand und Peſth auf ſeine Säbel und Kanonen verlaſſen müſſen. Obſchon die Völkerſchaften, welche das öſterreichiſche Kaiſerreich umfaßt, nicht ruſſificirt werden mögen, ſo werden doch der Hof und die Regierung Oeſterreichs dieſem unvermeidlichen Schickſale nicht entgehen.“ (Inzwiſchen haben an den Ufern der Donau unterhalb Peſth Ereigniſſe ſo ernſter Art ſtattgefunden oder finden noch ſtatt, daß deren Tragweite in dem Augenblick, wo wir dieſen Artikel des Examiner auszugsweiſe mittheilen, nicht zu berechnen iſt -- Ereigniſſe, die freilich vom Czaaren von Rußland vielleicht mit eben ſo viel Hoffnung und Freude willkommen geheißen werden, als von den Demokraten.)

* **London**, 15. April. Die Parteien links und rechts der Whigs rühren ſich in immer entſchiedenerer Weiſe und ſetzen das ohnehin von der iriſchen Frage ſchwer bedrängte Miniſterium von beiden Seiten in Verlegenheit. Unter andern verſammelten ſich vor Kurzem erſt die Landwirthe von Warwickſhire und von Süd-Eſſex, jene zu Warwick, dieſe zu Romfort, um Bittgeſuche an das Parlament um Abſchaffung läſtiger Steuern, namentlich der Malzſteuer zu berathen. Die Petition der Geſellſchaft von Eſſex „zum Schutze des Ackerbaues“ zählte nicht weniger als 11,000 Unterſchriften. Es wird darin nicht nur um Abſchaffung der Malzſteuer, ſondern auch um einen Einführungszoll für fremdes Vieh und Getreide nachgeſucht, weil ſonſt die Landwirthe zu Grunde gehen müßten. Andererſeits ſetzt Cobden ſeine Agitation für Finanzreform eifrig fort. Dieſer bewegliche und redſelige Mann hatte eben erſt zweimal hintereinander Gelegenheit, ſeinen im Parlament entſchieden durchgefallenen Finanzreform- und Erſparungsplan zur Sprache zu bringen, einmal zu Wakefield, wo ihm am 11. April ein großes Diner gegeben wurde, ſodann gleich darauf zu Leeds am 12. April. Dort wie hier hielt Hr. Cobden anderthalbſtündige Reden, und es iſt in der That bewundernswerth, mit welcher Gewandtheit, Sachkenntniß und Mannigfaltigkeit er ſein allbekanntes Thema vom Freihandel, umfaſſender Verminderung des Land- und Seeheeres und andern Erſparniſſen im Staatshaushalt immer wieder zu variiren und ſchmackhaft zu machen weiß. Die Times hat Recht, Hrn. Cobden einen Zauberer der ſeltenſten Art zu nennen; er ſpielt mit Millionen Pfd. wie mit ebenſoviel Hellerſtücken, und während an allen Ecken Krieg iſt oder eben erſt war oder nahe bevorſteht, verſichert Hr. Cobden, daß wir bereits, wenn nicht ſchon in der Mitte, doch wenigſtens im Anfang des ewigen Friedens ſtünden und takelt mit eiliger Hand mindeſtens die Hälfte der engliſchen Kriegsſchiffe ab, vermuthlich, um deren Holz zum Küchenfeuer zu verwenden. In Wakefield machte Hr. Bright, der getreue Famulus Hrn. Cobdens, triumphirend darauf aufmerkſam, daß die Whigs als ſolche ſeit 12 Jahren nicht mehr ein öffentliches Diner von einiger politiſchen Wichtigkeit gehalten hätten. Als ob ſich der Einfluß einer Partei allein auf öffentliche Gaſtereien und Toaſte ſtützen müßte!

Frankreich.

* **Paris**, 16. April. Endlich hat der Berg geboren: eine Flotte iſt mit 14,000 Mann unter dem Befehl des Generals Oudinot am 14. von Toulon und Marſeille aus nach Civita vecchia unter Segel gegangen.

Das Gerücht davon war ſchon vor der Sitzung nach Paris gekommen. In der geſpannteſten Erwartung ſammelten ſich die Abgeordneten im Sitzungsſaal. Nach einem neuen Skrutinium zur Wahl der letzten Staatsräthe, nahm Odilon Barrot das Wort um einen Kredit von 1,200,000 Franks zur Unterhaltung des Expeditionskorps auf 3 Monate zu verlangen: „Als wir Sie in Kenntniß ſetzten von den letzten Ereigniſſen, deren Schauplatz Italien war, hat die Nationalverſammlung die Nothwendigkeit vorausgeſehen, in der Frankreich ſich befinden könnte, zeitweilig einen Theil des Territoriums der Halbinſel zu beſetzen. Aus Ihrer Initiative iſt die Ermächtigung der Regierung zur Ergreifung einer ſolchen Maßregel in dem Falle, daß ſie dieſelbe für nützlich halten ſollte, hervorgegangen. Seit dieſem Beſchluß hat ſich die Lage, obgleich ungewiß in dieſem Augenblicke, ſcharf gezeichnet. Oeſter-

reich verfolgt die Ergebniſſe ſeines Sieges. Es könnte ſich der Rechte des Krieges im Betreff der Staaten bedienen, die mehr oder minder in den Kampf verwickelt waren, der zwiſchen ihm und Sardinien ausgebrochen war. Der Rückſchlag dieſer Ereigniſſe hat ſich in Mittelitalien fühlbar gemacht. Nachrichten, die uns zukommen, kündigen in den römiſchen Staaten eine bevorſtehende Kriſis an. Frankreich kann dabei nicht gleichgültig bleiben. Die Sorge für unſere Landsleute, das Streben, unſeren rechtmäßigen Einfluß in Italien aufrecht zu erhalten und dazu beizutragen, daß die römiſchen Völker eine gute Regierung auf freie Inſtitutionen geſtützt, erhalten, Alles nöthigt uns, von der uns ertheilten Ermächtigung Gebrauch zu machen. Wir können nicht näher in die Einzelnheiten eingehen, ohne den Zweck ſelbſt, den wir verfolgen, zu gefährden; in ſolchen Umſtänden muß etwas ſtets den Zufälligkeiten überlaſſen bleiben, aber das können wir ſchon jetzt verſichern, daß aus unſerer Einmiſchung wirkſame Bürgſchaften für die Intereſſen unſeres Landes und für die Sache der wahren Freiheit entſtehen werden. Die Regierung hält es für nothwendig, die Natur und Tragweite des Votums, das ſie von der Verſammlung verlangt, beſtimmt auszuſprechen. Schon von ihr mit einem Auftrag bekleidet, deſſen ganze Wichtigkeit ſie ſchätzt, verlangt ſie nicht ihn von neuem zu erhalten; ſie würde es für unwürdig erachten, für entgegen ihren Pflichten, einen Schritt zu thun, durch den ſie die Stellung, die man ihr abſichtlich bereitet hat, änderte, und ihre Verantwortlichkeit mit der der Verſammlung deckte. Indem ſie heute den Kredit verlangt, der ihr unentbehrlich iſt, um die Ausführung des Auftrags, den ſie empfangen hat, zu ſichern, will ſie vollſtändig für die Folgen verantwortlich bleiben, welche dieſelbe nach ſich zieht. Ihre Verantwortlichkeit würde erſt an dem Tage aufhören wo die Verweigerung dieſes Kredites ſie zwingt, Angeſichts der Ereigniſſe, die geſchehen, unthätig zu bleiben und wo die Verſammlung damit ihr Votum vom 30. März aufhebt." Odilon Barrot forderte für den Kreditgeſetzentwurf die Dringlichkeit, die Berathung und Abſtimmung noch in derſelben Sitzung. Um 2½ Uhr zog ſich die Verſammlung in ihre Ausſchüſſe zurück. Um ¾4 Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen, die Namen der in den Centralausſchuß gewählten Mitglieder bekannt gemacht, und dieſelben angewieſen, ſofort ihren Bericht abzufaſſen. In der Zwiſchenzeit ſtrich die Verſammlung unter den ungenirteſten Privatgeſprächen und trotz der Einreden Goüin's und Paſſy's von dem Budget des Miniſteriums der Finanzen einen Poſten von 500,000 Frcs. auf die Koſten des Schatzes, und einen gleichen hohen auf die Koſten des Dienſtes der receveurs particuliers. Endlich kündigt Marraſt an, daß der Bericht erſt um 8 Uhr fertig ſein werde. Man verlangt eine Nachtſitzung, und trotz des Widerſtandes von Clement Thomas wird dieſelbe auf 8½ Uhr angeſetzt. Die Mitglieder der Kommiſſion ſind die Herren Lamoricière, Senard, Lauſſat, Dufaure, Schölcher, Ayliès, Subervic, Freslon, Jules Favre, F. de Laſteyrie, Duvergier de Hauranne, Grevy, Thiers, Germain Sarrut, Pascal Duprat.

Der Admiral Baudin hat Befehl bekommen, mit ſeiner Escadre in den Hafen von Toulon zurückzukehren. Er ſoll den 14. ſeine Station verlaſſen. Nur einige Dampffregatten ſollen in den Gewäſſern von Neapel und Sicilien zurückbleiben.

Die Börſe ſchwankte heute. Die Schlußcourſe waren: 3pCt. 57, 30; 5pCt. 89, 60; Bankaktien 2425.

Portugal.

* **Liſſabon**, 9. April. Von dieſem Datum lauten die Nachrichten, welche das Dampfſchiff Montroſe aus der Hauptſtadt Portugals nach Southampton überbrachte. Hiernach hatte die portugieſiſche Regierung aus Madrid die telegraphiſche Nachricht erhalten, daß der ehemalige König von Sardinien, Karl Albert, bereits San Sebaſtian paſſirt hatte, um ſich über Valladolid nach Portugal zu begeben. Seine Ankunft wurde täglich in Liſſabon erwartet. Allem Vermuthen nach werden die Finanzpläne des Miniſters Lopez Branco die Zuſtimmung der Kortes nicht erhalten, und es wird ihm ſchwerlich eine andere Wahl übrig bleiben, als Entwürfe ganz anderer Art an deren Stelle zu ſetzen oder ſeine Stelle niederzulegen. Es ſtellt ſich nach Lopez Branco's Entwurf ein Deficit von 2009 Contos heraus, das er zum größten Theil durch Einziehen rückſtändiger Steuern decken will. Die Gerüchte von einem bevorſtehenden Kabinet Cabral, der ſich in der Wahl ſeiner Amtsgenoſſen diesmal ganz dem Geſchmacke Palmerſtons bequemen zu wollen ſcheint, erhalten ſich, obſchon er wohl ſchwerlich die Kühnheit haben wird, die Bildung eines Kabinets zu übernehmen, bevor nicht in den Kortes über die Finanzmaßregeln für 1849—50 Beſchluß gefaßt iſt. Ohnehin dürfte ſein Eintritt ins Kabinet in mehr als einer Provinz das Feuerzeichen für aufſtändiſche Bewegungen ſein. Als der „Montroſe" Liſſabon verließ, flaggten als am Geburtstage der Königin die portugieſiſchen, engliſchen und nordamerikaniſchen Schiffe im Tajo, dagegen verſprach man ſich Abends nur eine kärgliche Illumination der Hauptſtadt, „da", wie es im Berichte ziemlich naiv heißt, „der Enthuſiasmus für die Königin in dieſer Hinſicht von Jahr zu Jahr lauer wird."

Oeſterreichiſche Monarchie.

Siebenbürgen. Die Berliner Lith. Korr. berichtet: Nach Briefen vom neueſten Datum, die an ein hieſiges Handelshaus aus Hermannſtadt gelangt ſind, haben die Ruſſen den größten Theil ihrer Mannſchaft und ihres Kriegsgeräthes auf der Flucht aus Siebenbürgen verloren. In der Wallachei und Moldau ſelbſt droht ihnen eine ſiciliſche Veſper und die gefährliche Gährung wird im Stillen von der Türkei begünſtigt. Wenn demnach noch keine neuen Schaaren von Koſaken und Baſchkiren in Siebenbürgen eingefallen ſind, ſo liegt die Schuld weder an der öſterreichiſchen Aufforderung, noch an der ruſſiſchen Bereitwilligkeit, ſondern an der einfachen Thatſache, daß der Vorrath erſchöpft iſt. Gutunterrichtete Perſonen verſtanden ja gleich die vorgeblichen 80,000 Ruſſen für achtzig hundert zu nehmen. Ein gleiches Bewandtniß wird es wohl mit den 300,000 Ruſſen an der galiziſchen und preußiſchen Grenze haben.

(Andere Quellen geben bekanntlich die Zahl der Ruſſen in den Donaufürſtenthümern bis zu 97,000 Mann an, und wiederholte Nachrichten, denen ſogar amtlicher Charakter beigelegt wird, ſprechen vom bevorſtehenden Einmarſch beträchtlicher Heere in Siebenbürgen. In Oeſterreich ſcheint man aus dem Widerſpruch zwiſchen der geringen Hülfeleiſtung in Siebenbürgen und den Angaben über die Stärke der Ruſſen in allen Gränzprovinzen, vielmehr auf böſen Willen der letztern, allenfalls auch auf die Nichterfüllung von Bedingungen zu ſchließen. Auf der andern Seite will man wiſſen, daß auf öſterreichiſches Anſuchen neue Truppenkorps von Kaliſch aus nach dem Süden gegangen wären. Auf alle Fälle wird es gerathener ſein, zu viel als zu wenig zu glauben.)

Agram, 11. April. Perczel hat ſich mit ſeinen Truppen aus St. Thomas wieder nach Peterwardein zurückgezogen. Die erſtere Ortſchaft wurde gräulich verwüſtet und ausgeplündert, die Verſchanzungen jedoch nicht zerſtört, was wahrſcheinlich nur aus dem Grunde unterblieb, weil die Magyaren das Heranrücken großer kaiſerlicher Streitkräfte fürchteten und den Rückzug zu eilig antraten. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* Wir entnehmen den franzöſiſchen Blättern folgende Nachrichten:

Eine telegraphiſche Depeſche vom 12. (woher?) meldet, daß Toskana zu Gunſten des Großherzogs aufgeſtanden iſt. Der Stadtrath von Florenz hat ſich der Gewalten bemächtigt und bewahrt ſie, um ſie in die Hände des Großherzogs zu übergeben.

Der Friede zwiſchen Sardinien und Oeſterreich iſt definitiv zu Verona abgeſchloſſen und unterzeichnet worden. (Die letzten Nachrichten aus Mailand beſagten, daß Herr von Revel noch gar nicht eingetroffen ſei.)

Herr von Schwarzenberg hat in Wien den Botſchaftern ſämmtlicher fremden Mächte die Mittheilung gemacht, daß Radetzky Befehle erhalten hätte, in Toskana einzurücken, und es ſeinem rechtmäßigen Herrn, deſſen einſtiger Erbe Oeſterreich ſei, zurückzugeben. Von keiner Seite iſt Einſpruch dagegen erhoben worden.

In Gaeta erwartete man Herrn von Titow, der Herrn von Butenieff erſetzen ſoll und welcher den diplomatiſchen Verhandlungen daſelbſt neues Leben geben wird.

Schweiz.

+ **Zürich**, 14. April. Der in dieſen Tagen verſammelte Züricheriſche Große Rath hatte mehrere für den Kanton höchſt wichtige Fragen zu erledigen. Zuerſt handelte es ſich um Einführung des Direktorial- ſtatt des bisherigen Kollegialſyſtems bei der Regierung; Bürgermeiſter Dr. Eſcher hob als Referent die Nachtheile des bisherigen Syſtems mit gewohnter Klarheit hervor. Die Gegner, meiſt der konſervativ-ariſtokratiſchen Partei angehörig betrachteten die Aenderung mit mißtrauiſchen Augen, „weil ſie nicht republikaniſch ſei"; Hr. v. Wyß meinte patriarchaliſch, „unſer Kan-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 19. April. Die Partei des „Donnersberg." Hr. v. Beckerath nach Berlin.) Wien (Die Dinge in Ungarn. Fürſt Windiſchgrätz. Ungariſche Nachrichten.) Trieſt (Die ſardiniſche Flotte.) Berlin (Verhandlungen der erſten Kammer. Der König. Des Königs Zorn. Die Verfaſſungskommiſſion. Verhandlungen der zweiten Kammer. Die Antwort auf die öſterreichiſche Note.) München (Weitere Vertagung der Kammer.) Flensburg (Vom Kriegsſchauplatz.) Altona (Näheres über die Einnahme der Düppeler Schanzen. Pioniere nach dem Norden.) Hamburg (Erklärung der konſtituirenden Verſammlung für die Reichsverfaſſung.)

Italien. Genua (Der Verlauf der Ereigniſſe.) Turin (Amtliche Abdankung Karl Alberts.) Mailand (Eröffnung der Friedensunterhandlungen.) Florenz (Der Stadtrath übernimmt die Geſchäfte im Namen des Großherzogs.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 19. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 19. April.

Tagesordnung der 203. öffentl. Sitzung.

1) Berathung des vom Abgeordneten Wurm, Namens des völkerrechtlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, die Errichtung von deutſchen Konſulaten betreffend.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Buttel, Namens des Petitions- und Prioritäts-Ausſchuſſes erſtatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Laſſaulx vom 27. November vorigen Jahres auf Erläuterung des Geſetzes vom 30. September, betreffend das Verfahren im Falle gerichtlicher Anklage gegen Mitglieder der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung.
3) Berathung des vom Abgeordneten Blömer, Namens des Geſetzgebungs-Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, über den Antrag des Abgeordneten Weſendonk auf Verweiſung der Anklage und Aburtheilung der bei den Frankfurter Ereigniſſen vom 16. — 18. September betheiligten Beſchuldigten vor das Appellations-Gericht zu Köln, beziehungsweiſe die Aſſiſen zu Koblenz.
4) Berathung der vom Abgeordneten Arndt, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichte:
   a. auf den dringlichen Antrag des Abgeordneten Eſterle, das Verfahren des Feldmarſchalls Radetzky in der Lombardei betreffend.
   b. über den Antrag des Abgeordneten Rauwerk, die öſterreichiſch-italieniſche Frage betreffend.

Vicepräſident Herr Bauer von Bamberg eröffnet 9½ Uhr Vormittags die Sitzung. Nachdem das Protokoll verleſen iſt, ergreift er im eigenen Namen das Wort, um von ſeiner Reiſe zurückgekehrt und heute zum erſtenmale den Platz des Vorſitzenden in der Paulskirche einnehmend, der Verſammlung den Dank für ſeine Wahl auszuſprechen und die Verſicherung, daß er nie fehlen werde, wenn es gelte, eine undurchdringliche Phalanx um das Palladium der „ganzen unverſehrten deutſchen Reichsverfaſſung" zu bilden.

Von den öſterreichiſchen Abgeordneten erklären heute ihren Austritt theils motivirt, theils einfach die Herren: Schreiner aus Steiermark, Schiedermayer aus Oberöſterreich, Piringer aus Kremsmünſter, Huber aus Böhmen, Karl und Ignatz v. Kürſinger aus Oberöſterreich und Salzburg, Renger und Tomaſcheck aus Böhmen, Lindner aus Unteröſterreich, Lauſch aus Mähriſch-Schleſien, Fritſch aus Ried, Camillo Wagner aus Steiermark, Streffleur aus Wien, Andreas Riegler aus Mähren, Franz v. Unterrichter aus Botzen. Außerdem iſt ausgetreten Herr Schrader aus Brandenburg.

Neu eingetreten ſind dagegen die Herren Seidel aus Bunzlau und Hausmann aus Brandenburg. Von Flottenbeiträgen kommen nur einige kleinere zur Anmeldung.

Der Reichsminiſterpräſident überſendet dem Präſidenten der Reichsverſammlung die folgende ihm geſtern Abend ſpät durch den königlich preußiſchen Bevollmächtigten, Herrn Camphauſen, zugegangene Note: (Hört!)

„Herr Miniſter!

In der Antwortsrede an die Deputation der deutſchen Reichsverſammlung vom 3. April haben Seine Majeſtät der König in Uebereinkunft mit früheren wiederholten Erklärungen der königlichen Regierung die Uebernahme der Oberhauptswürde im deutſchen Bundesſtaate an das freie Einverſtändniß der deutſchen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft.

Daß die kaiſerlich öſterreichiſche Regierung, abgeſehen von der Oberhauptsfrage, in einen Bundesſtaat mit Repräſentativverfaſſung nicht eintreten werde, war zu erwarten und iſt neuerlich von derſelben beſtätigt worden. Die königliche Regierung erachtet dadurch den Bundesſtaat innerhalb des deutſchen Bundes nicht ausgeſchloſſen; umſoweniger als dieſe Ausnahme von der Reichsverſammlung in ihren Beſchlüſſen vorgeſehen iſt. Von den übrigen deutſchen Staaten haben 28 ihr Einverſtändniß mit der von der Reichsverſammlung getroffenen Wahl zu erkennen gegeben, indem ſie von der Ueberzeugung ausgingen, daß alle deutſchen Regierungen, welchen der Eintritt in den zu errichtenden Bundesſtaat nicht durch ihre beſonderen Verhältniſſe unmöglich ſei, einer völligen Einigung ſich anſchließen würden. Insbeſondere hat die großherzoglich badiſche Regierung für den Fall, daß außer Oeſterreich auch noch andere deutſche Staaten ſich nicht anſchließen und die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung als ſolche ſomit nicht zum Vollzuge kommen würden, weitere Schritte und Erklärungen ſich vorbehalten.

Mehrere der größeren Staaten Deutſchlands haben ein Einverſtändniß bis jetzt nicht zu erkennen gegeben.

Hiernach iſt zur Zeit die Vorbedingung der Entſchließung Sr. Majeſtät des Königs nicht vorhanden. Mit Rückſicht jedoch auf die Wichtigkeit des Augenblickes für die künftigen Geſchicke Deutſchlands erachtet die königliche Regierung für angemeſſen, noch eine kurze Friſt zu warten, bevor ſie ihren weiteren Entſchlüſſen die Thatſache zum Grunde legt, daß die Zuſtimmung größerer deutſcher Staaten zu der Sr. Majeſtät von der Reichsverſammlung zugedachten Stellung fehle.

Ich ſtelle Ihnen, Herr Miniſter, ergebenſt anheim, der hohen Reichsverſammlung von der gegenwärtigen Eröffnung Kenntniß zu geben. Frankfurt, den 17. April 1849. Der königl. preuß. Bevollmächtigte bei der Centralgewalt. gez. Camphauſen.

An den Reichsminiſterpräſidenten Herrn
Freiherrn v. Gagern hier."

Unruhe auf der Linken, Schweigen von der Rechten und aus der Mitte. Die Note wird dem Dreißigerausſchuß überwieſen. Der Reichsminiſterpräſident theilt ferner eine Note vom 15. April des k. k. öſterreichiſchen Bevollmächtigten bei der deutſchen Centralgewalt, Hrn. v. Schmerling, mit. Sie enthält die bekannte Depeſche des öſterreich. Miniſteriums vom 5. April (vergl. Nr. 107 dieſer Ztg.) Gleich der Eingang, der es mit unverhohlener Naivetät ausſpricht, daß die Reichsverſammlung „den Erwartungen der öſterreichiſchen Regierung nicht entſprochen habe", erregt eine herzliche und heitere Zuſtimmung von der linken Seite des Hauſes. Dieſes Lachen wiederholt ſich mehrmals und beſonders bei der Erklärung, daß der deutſche Bund noch fortbeſtehe. Nachdem der Vizepräſident auch dies Aktenſtück verleſen hat, erklärt Herr Giskra für ſeine Perſon dem „kategoriſchen Tone dieſer Note gegenüber," daß ihm die „öſterreichiſche Regierung kein Mandat für Frankfurt gegeben habe und daß ſie ihm daher auch keins nehmen könne." (Beifall.) Er gibt dieſe Erklärung zu Protokoll.

Der Vicepräſident verlieſt ſodann eine Zuſtimmungs- und Beitrittsadreſſe zu den Verfaſſungsbeſchlüſſen der Reichsverſammlung von Seiten der Abgeordnetenkammer von Mecklenburg-Schwerin, ferner eine Adreſſe deſſelben Inhalts der Abgeordnetenkammer von Sachſen-Meiningen, desgleichen von der Kammer des Herzogthums Sachſen-Gotha, desgleichen von Sachſen-Koburg. Alle dieſe Adreſſen werden mit lebhaftem Beifall begrüßt. Eine Anzahl anderer mit zahlreichen Unterſchriften bedeckten Beiſtimmungszuſchriften, die nicht von ſtändiſchen Körpern ausgegangen ſind, werden zur Einſicht auf dem Tiſche des Hauſes ausgelegt.

Der Reichshandelsminiſter Hr. Duckwitz läßt eine ausführliche Darſtellung der deutſchen Marineverhältniſſe zuſichern, zu deren Ausarbeitung er jedoch die Friſt einiger Tage in Anſpruch nimmt.

Im Namen des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes zeigt Herr v. Reden mehrere Berichte an. Dann erfolgt der Uebergang zur Tagesordnung. Die unter 1 bis 3 aufgeführten Gegenſtände geben zu keiner Debatte Veranlaſſung, ſo daß ſie ſich über-

all dem Ausſchußantrage gemäß erledigen. Nur zu 4 iſt ein Sonderantrag von den Hrn. Nauwerck und Genoſſen geſtellt, welcher die Abſendung und ſtändige Beibehaltung von deutſchen Geſandtſchaften bei den Regierungen der italieniſchen Staaten verlangt. Außerdem geht der Antrag dahin, daß das deutſche Reich das Recht der italieniſchen Nation auf „Unabhängigkeit" anerkenne. Die Vorlage ſämmtlicher auf die italieniſche Frage bezüglichen Aktenſtücke iſt ſchon früher von Hrn. Nauwerck beantragt.

Hr. E. M. Arndt: Die Macht iſt die einzige Grundlage völkerrechtlicher Verträge. Hüten wir uns davor, Verbindungen einzugehen und Ausſprüche zu thun, wenn die Macht des Vollzugs fehlt. Die Verhältniſſe Italiens ſind ſo unklar, ſind durch die neueſten Siege Radetzky's wieder ſo völlig unter neue Geſichtspunkte gebracht, daß wir alle Gründe haben, über die deßfalls geſtellten Anträge zur „ſtillen Tagesordnung" überzugehen.

Herr Eſterle von Cavaleſe: Wir fordern kein gewaltſames Einſchreiten von Ihnen, aber den Ausdruck einer Willensmeinung den italieniſchen Angelegenheiten gegenüber, den Ausdruck von Sympathien, wie ſie eines freien Volkes würdig ſind. Sprechen Sie es aus, im Namen der Ehre Deutſchlands, daß Sie keinen Theil haben an der Unterdrückung Italiens, daß die Politik Oeſterreichs aufgehört hat, Ihre Politik, die Politik Deutſchlands zu ſein. Vor einer Verſammlung wie dieſe, hervorgegangen aus der Revolution, brauche ich das Recht der Revolution nicht nachzuweiſen. (Einzelne Bravo's von links.) Zeigen Sie, daß Sie das Völkerrecht höher auffaſſen, denn als ein bloßes Fürſtenrecht. Die Freiheit iſt eine heilige Sache der Menſchheit. Das erkennen Sie durch Ihre Abſtimmung an, indem Sie dem Nauwerck'ſchen Antrage beipflichten.

Herr Nauwerck aus Berlin kommt auf ältere Vorgänge in der Verſammlung, auf die Thätigkeit des Herrn v. Schmerling und auf das Zujauchzen zurück, welches "ein Radetzky" hier erfahren habe. Was den Geiſt anlangt, der den völkerrechtlichen Ausſchuß beherrſcht, ſo ſei es dieſem zuzutrauen, daß er ſich den Umſtänden nach wohl auch gegen die Abſchaffung der Folter zu erklären im Stande ſei. Herr Nauwerck ſchließt nach einer Kritik der öſterreichiſchen Politik, daß ein freies Ungarn, ein freies Italien der Wunſch und die Aufgabe des freien Deutſchlands ſein müſſe. (Beifall von der Linken.)

Reichsminiſterpräſident Hr. v. Gagern: Es iſt nichts verſäumt worden, um Deutſchland den ihm gebührenden Antheil an der Auseinanderſetzung der italieniſchen Angelegenheiten zu ſichern. Allein eigentliche Verhandlungen hatten zur Anbahnung des Friedes in Italien noch gar nicht Statt gefunden, als bereits ſchon wieder der letzte Krieg mit Sardinien ausbrach. Der Redner erſucht daher unter Darlegung dieſer Umſtände das Haus, das Verlangen des Hrn. Nauwerck, auf Vorlage aller auf die italieniſche Angelegenheit bezüglichen Aktenſtücke, zurück zu weiſen. Was den Antrag des Hrn. Eſterle anlangt, ſo hofft der Reichsminiſterpräſident das Beſte von der Weisheit der öſterreichiſchen Regierung für die künftige Geſtaltung der lombardiſchen Angelegenheiten, wie er ſelbſt meint, daß Oeſterreich ſogar die Hand zu einem italieniſchen Bunde bieten werde. Es hat, ſchließt er, kein Bruch zwiſchen Deutſchland und Oeſterreich Statt gefunden. Aber allerdings ſind die obwaltenden Verhältniſſe ſo ſchwieriger Art, daß ich nur um ſo dringender bitten muß, dieſe Schwierigkeiten durch keinen Schritt zu ſteigern, der ein feindliches Auſehen gegen Oeſterreich annehmen müßte.

Das Haus entſcheidet ſich darauf, dem Wunſche des Reichsminiſterpräſidenten und dem Antrage des Ausſchuſſes gemäß für den Uebergang zur einfachen Tagesordnung über die Anträge von Nauwerck und Eſterle.

Noch kommen die Erklärungen mehrerer öſterreichiſchen Abgeordneten — Proteſte gegen die Abberufung enthaltend — zur Mittheilung:

Der Unterzeichnete fühlt ſich gegenüber der Abberufung der öſterreichiſchen Abgeordneten von Seite des öſterreichiſchen Miniſteriums zu der Erklärung gedrungen, daß er ſeinen ihm vom Volke anvertrauten Poſten in der deutſchen Nationalverſammlung ſo lange zu behaupten entſchloſſen iſt, als dieſe Verſammlung ſelbſt beſteht.

Frankfurt, 19. April 1849. Dr. jur. Ad. Wiesner.

Auf Grund der eben verleſenen Note der kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung halten wir uns verpflichtet, hier zu erklären, daß wir ein Recht der öſterreichiſchen Regierung, Abgeordnete abzurufen, weder anerkennen können, noch dürfen, und daß daher auch unſer etwaiger Austritt aus der Nationalverſammlung nicht in Folge einer Zurückberufung der Regierung, ſondern nur aus andern Motiven geſchehen könnte, die im Augenblicke für uns nicht vorhanden ſind. Frankfurt, 19. April 1849.

Dr. Giskra. Reitter. Hartmann. Dr. Boczeck. Stark. Mayfeldt. Strache. Stremayr. Eſterle. Dr. Löſchnigg. Groß. Möller. Melly. Kudlich. Demel. Rank. Rößler aus Wien. Mareck. Makowiczka. Kolaczek. Laſchan. Dr. Riehl.

Dann wird die nächſte Sitzung auf Montag den 23. April in der Vorausſetzung anberaumt, daß der Dreißigerausſchuß im Stande ſein werde, ſeinen deßfallſigen Bericht 24 Stunden vorher, alſo ſpäteſtens bis Sonntag früh, den Mitgliedern des Hauſes vorlegen zu laſſen.

♈ **Frankfurt**, 19. April. Der „Donnersberg" hat jetzt, nach ſeiner Trennnng von dem übrigen Theil der bisherigen äußerſten Linken, ſein Programm feſtgeſtellt. Auch der Donnersberg erkennt, obgleich er mit vielen Beſtimmungen der von der Reichsverſammlung in zweiter Leſung beſchloſſenen Verfaſſung, insbeſondere mit der Form und Zuſtimmung des Staatenhauſes, nicht einverſtanden iſt, dennoch dieſe Verfaſſung, als Ausdruck des Willens der Majorität, als gültig an und erachtet ſich für verpflichtet, der Durchführung derſelben ſeine Mitwirkung nicht zu verſagen. Dagegen ſieht er die Oberhauptsfrage durch die geſchehene Ablehnung der Wahl (?) Seitens des Königs von Preußen wieder als eine offene an und wird bei der künftigen Erledigung derſelben zunächſt nur im Sinne der demokratiſch-republikaniſchen Prinzipien thätig ſein. Die Partei, welche man wohl als die allleräußerſte Linke wird bezeichnen dürfen, beſteht zur Zeit aus 30 Namen: Hoffbauer (aus Nordhauſen), Wiesner (aus Wien), Titus (aus Bamberg), Mohr (aus Rheinheſſen), Richter (aus Achern, Baden), Schlöffel (aus Schleſien), Erbe (aus Altenburg), Junghanns (aus Mosbach, Baden), Dietſch (aus Annaberg), v. Trützſchler (aus Dresden), Hönniger (aus Rudolſtadt), Würth (aus Sigmaringen), Damm (aus Tauberbiſchofsheim, Baden), Reinſtein (aus Naumburg), Mareck (aus Steiermark), Schmitt (aus Kaiſerslautern), Reichard (aus Speier), Reinhard (aus Boitzenburg), Schlutter (aus Sachſen-Altenburg), Schüler (aus Zweibrücken), Berger (aus Wien), Schütz (aus Mainz), Werner (aus Oberkirch, Baden), Brentano (aus Mannheim), Martiny (aus preuß. Friedland), v. Dieskau (aus Plauen), Schmidt (aus Löwenberg, Schleſien), Rühl (aus Hanau), Kulmann (aus Zweibrücken), Heldmann (aus Selters).

⁝ **Frankfurt**, 19. April. Hr. v. Beckerath iſt geſtern nach Berlin geeilt. Gut, daß er gereiſt iſt, ſchlimm, daß er hat reiſen müſſen.

△ **Wien**, 15. April. Der Lloyd will wiſſen, daß das Handbillet des Kaiſers, welches der Major Graf Wrbna dem Fürſten Windiſchgrätz überbringt, die Berufung deſſelben nach Ollmütz enthalte und daß die Miſſion des Fürſten in Ungarn erloſchen ſei. Letzteres ſcheint ſich auch dadurch zu beſtätigen, daß Baron Joſika, der ſiebenbürgiſche Hofkanzler vor dem März 1848, dazu bezeichnet wird, dem Feldzeugmeiſter Welden in der Regelung der Civiladminiſtration Ungarn's zur Seite zu ſtehn. Es iſt eigen, daß in dieſem Augenblick ſo viele Namen der vormärzlichen Regierung wieder auftauchen und einen bedeutenden Wirkungskreis einnehmen; ſo Pyitz, Joſika, Humlauer ꝛc. Welden wird erſt heute nach Ungarn abgehn und zwar ſogleich ins Lager und nicht nach Ofen. Die Einnahme von Waitzen beſtätigt ſich nicht nur, ſondern die Ungarn haben auch noch weitere Fortſchritte gemacht. Die Stadt Donakesz zwiſchen Waitzen und Peſth iſt ebenfalls von unſern Truppen aufgegeben und von den Ungarn beſetzt und alle Wohlhabenden und „Gutgeſinnten" in Peſth ergreifen in Maſſe die Flucht; hier wimmelt es von ungariſchen Ankömmlingen, die alle die Zukunft mehr oder weniger ſchwarz ſehen. Man ſieht es gleichfalls als eine Vorſichtsmaßregel der Regierung an, daß der ganze Metallſtock der Peſther Kommerzial-Bank, auf welchen die Emiſſion der ungariſchen Ein- und Zwei-Gulden-Noten fundirt war, nach Wien abgeführt wurde. Der Stern des Fürſten Windiſchgrätz iſt, wenn noch nicht erloſchen, doch jedenfalls im Erbleichen; alle die Perſönlichkeiten, welche nur ſeine Gunſt in ihrer Stellung erhielt, verſchwinden nach und nach von dem Schauplatze, ſo Graf Wrbna und General Rouſſeau, welchem man den Verluſt von Szolnok

mit zur Laſt legt. Der Erſtere iſt penſionirt, der Letztere ſoll eine „anderweitige Beſtimmung" erhalten. Auch Feldmarſchall-Lieutenant Rukavina ſoll von ſeinem Poſten entfernt werden und der Patriarch von Serbien ausgedehntere Vollmachten für die Wojwodina erhalten. Der kaum abgezogene Knicanin ſoll in Semlin wieder Hilfstruppen werben, um der Baczka zu Hilfe zu eilen, die beinahe ganz in den Händen der Ungarn iſt. Und bei all unſern Wirrniſſen gibt es noch Stimmen in unſrer Preſſe, welche jetzt von unſrer Regierung Thatkraft — Deutſchland gegenüber, verlangen! „Den kleineren ſüddeutſchen Regierungen" darf vom Norden und von Frankfurt keine Gewalt angethan werden, aber man möchte ſie zu Paaren treiben, daß ſie ſich Oeſterreich in ſeiner Sonderſtellung verbinden. Die Paulskirche wird hoffentlich jetzt beweiſen, daß die Nation ihre Männer nicht erſt zu ſuchen braucht, daß ſie ſie gefunden hat und daß Heinrich von Gagern an ihrer Spitze ſteht.

* **Wien**, 15. April. Die Ruſſenhilfe iſt angenommen und 30,000 Ruſſen werden vorerſt über Krakau in Ungarn erwartet. Uebrigens ſchreibt die Agramer Zeitung aus Semlin vom 5. d., daß daſelbſt in einer abgehaltenen Verſammlung beſchloſſen wurde, Deputirte abzuſenden, um ruſſiſche Hilfe zu erbitten. Die Plünderungen in Peſth von Seite der Soldaten haben auf eine furchtbare Weiſe zugenommen und die Maßregeln der Strenge, welche dagegen ergriffen werden mußten, legen dies zur Genüge dar. So wird aus Peſth geſchrieben, daß neuerdings wegen Plündern 7 Soldaten im Lager erſchoſſen wurden. Neuen Nachrichten aus der Slowakei zufolge hat das Benitzki'ſche Korps nun auch Eperies genommen und die kaiſerl. Truppen hinausgedrängt. Der ſlowakiſche Landſturm und die regulären Truppen ſchlugen ſich von früh bis 2 Uhr Nachmittags, mußten aber der Uebermacht weichen. Ein Bericht aus Alt-Orſowa vom 2. d. beſtätigt, daß ſich die Schaaren Bem's beim Einzuge in Hermannſtadt, die Ermordung Benigni's ausgenommen, mit Mäßigung benommen und nur in einigen Häuſern beim erſten Anlauf Plünderungen verübt haben. Es war ſtark die Rede davon, daß Bem eine Expedition von 10,000 Mann gegen das Banat in Bereitſchaft halte.

Feldmarſchall Radetzky wird bald ein Bürger aller Städte ſein. Der Trieſter Gemeindeausſchuß iſt geſonnen, dem Feldmarſchall das Diplom eines Ehrenbürgers der Stadt mittelſt einer eigenen Deputation zu überſenden.

Trieſt, 13. April. Die feindliche Flotte lichtete geſtern die Anker und ſegelte nach Venedig um die dort befindlichen Piemonteſen an Bord zu nehmen, und die zwei ſardiniſchen Schiffe, die man mit Gewalt zurückhält, herauszufordern. Die hier ſtationirte Fregatte Guerriera hat ſich zu unſerer Flotte in Pirano begeben. (Allg. Z.)

** **Berlin**, 16. April. Die „Neue Preuß. Ztg." machte neulich bei der Erwähnung der „Reichstruppen" in Schleswig-holſtein die kurze Gloſſe — „Roßbach"! — Die Erſtürmung der Düppler Schanze durch Baiern und Sachſen, deren Sieg hier mit Jubel aufgenommen wurde, iſt eine ſchlagende Antwort!*)

X **Berlin**, 17. April. In der heutigen Sitzung der erſten Kammer wurden die Wahlen der Abgeordneten Diergardt, Graf Eulenburg und von Daniels genehmigt; die Kühlwetters wird für ungültig erklärt, weil der Gewählte das geſetzliche Alter noch nicht hat. Auf den Antrag der Kommiſſion beſchließt die Verſammlung zu §. 2. der Geſchäftsordnung den Zuſatz: „Die Vorſitzenden und deren Stellvertreter werden das erſte und zweite Mal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Sitzungsperiode gewählt. Die Wahl des Schriftführers geſchieht für die Dauer der Sitzungsperiode, jedoch kann jeder Gewählte nach Ablauf von vier Wochen zurücktreten." Ein Antrag von Kisker: zu beſchließen, daß die von Mitgliedern der Kammer ausgehenden Anträge von einem Mitglied als Antragſteller, und außerdem von mindeſtens 15 Mitgliedern unterzeichnet ſein müſſen, um als Anträge zu gelten, wird von der Kommiſſion empfohlen und von der Verſammlung angenommen. Dagegen wird ein Antrag von Walter: zu beſchließen, daß ſtatt des Satzes: „der erſte Redner für den Antrag erhält zuerſt das Wort" geſetzt werde: „Der Antragſteller oder, inſofern dieſer auf das Wort verzichtet, der erſte Redner für den Antrag erhält zuerſt das Wort," von der Kommiſſion nicht unterſtützt, von der Verſammlung aber gleichwohl genehmigt. Endlich wird ein Antrag von Magnus und Genoſſen: den Juſtizminiſter zu erſuchen, die Vorlage einer für alle Landestheile gültigen Konkurs- und Prioritäts-Ordnung in möglichſt kürzeſter Friſt an die Kammer gelangen zu laſſen, in die Abtheilung gewieſen. Die nächſte Sitzung wird erſt am Freitag ſtattfinden. Heute erzählte man ſich, daß der König entſchloſſen ſei, die Kaiſerkrone anzunehmen; eine Nachricht ſagt, ohne Bedingung, eine andere, mit der Bedingung, daß die deutſche Verfaſſung auf dieſelbe Weiſe revidirt werde, wie die preußiſche, nämlich durch Majoritätsbeſchlüſſe der Kammern. Als gewiß iſt anzunehmen, daß der König ſeit der öſterreichiſchen Note viel geneigter geworden iſt, dem Rufe der Nationalverſammlung zu folgen. Die heute eingegangene Nachricht, daß die Reichsverfaſſung auch von Würtemberg anerkannt ſei, hat hier große Freude erregt.

** **Berlin**, 17. April. Ueber die jüngſte öſterreichiſche Note iſt, wie ich mit Beſtimmtheit weiß, der König im höchſten Grade aufgebracht. Ich verſichere Sie, daß, bei aller Pietät für das deutſche Oeſterreich, ein Fall eintreten kann, wo der König — ſeinen Degen gegen Oeſterreich zieht. Einen ſolchen Gedanken hat die letzte Note ganz unzweideutig hervorgerufen. Und dieſes Aeußerſte, zu welchem das verſöhnlichſte Gemüth getrieben werden kann, liegt doch nicht mehr ſo fern, daß ein König von Preußen den Gedanken daran im erſten Zorn unterdrücken möchte. Wir könnten einen denkwürdigen Ausſpruch zitiren. — Um ſo ſtärker iſt unſere Indignation über die Neue Preuß. Z., welche ſo nichtswürdig iſt, die letzte öſterreichiſche Note unumwunden zu billigen! Sie ſehen hieraus, wie wenig der König und die darin vertretene Partei miteinander harmoniren. Das aber ſcheint auch dem Könige zu entgehen, wie die tiefe Kränkung, welche die öſterreichiſche Note ſeinem Ehrgefühl und ſeiner edlen Geſinnung bereitet hat, die nothwendige Konſequenz der von ſeinen Miniſtern eingeſchlagenen Politik iſt, welche ſich an das Kabinet von Ollmütz weggeworfen haben. Der Graf von Arnim und ſeine miniſteriellen Mitſchuldigen haben unſerem Könige dieſen öffentlichen Affront, welcher jeden Preußen mitgetroffen hat, durch die „hohe Befriedigung" provozirt, mit welcher ſie die früheren Fußtritte der Epigonen Metternichs hinnahmen.

△ **Berlin**, 17. April. In der Verfaſſungs-Kommiſſion beharrte v. Vincke auf der Anſicht, daß die deutſchen Grundrechte jetzt unmöglich als ſolche anerkennend in der preußiſchen Geſetzſammlung aufgenommen werden könnten, bevor nicht die ganze deutſche Verfaſſung angenommen ſei, welche er übrigens noch immer als empfehlenswerth erklären müſſe. §. 38 der preußiſchen Verfaſſung ward mit einer kleinen Einſchaltung: „daß außer eigentlichen Fideikommiſſen auch jede andere dem gemeinen Erbrecht entgegenſtehende ähnliche Verfügung z. B. auch die der ſog. Tertialgüter in N.-V.-Pommern darunter verſtanden ſein ſollten, aber nicht die Privat-Stiftungen, z. B. Familien-Stipendien", gebilligt.

In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer ward der §. 1 des Regierungsentwurfs: „Vereine und Verſammlungen, welche ſtrafbare Zwecke verfolgen, oder zur Erreichung erlaubter Zwecke ſich verbrecheriſcher Mittel bedienen, ſind verboten und unterliegen der geſetzlichen Ahndung" verworfen. Auch der §. 2 des Regierungsentwurfes ward nicht angenommen. Dieſem Paragraphen zufolge ſollte von allen öffentlichen Verſammlungen 24 Stunden vorher bei der Polizei Anzeige gemacht werden. Statt deſſen ward mit 168 Stimmen gegen 164 angenommen, daß die Anzeige mindeſtens 6 Stunden vorher geſchehen müſſe.

Konſt. Korreſp. **Berlin**, 17. April. Wir haben geſtern berichtet, die öſterreichiſche Note ſei von unſerer Regierung bereits beantwortet. Leider müſſen wir dieſe Nachricht heute widerrufen. Auf die Schwarzenberg'ſche Note iſt noch keine Antwort ertheilt, weil man das Reſultat der Erklärungen der verſchiedenen Regierungen in Frankfurt erſt abwarten will! (Friedrich der Große hätte nicht gewartet.)

München, 16. April. Das Regierungsblatt beſtätigt amtlich die weitere Vertagung der Kammern bis zum 15. Mai.

Flensburg, 15. April. In Eilmärſchen kam heute die ganze ſchleswig-holſteiniſche Brückenequipage von Rendsburg hier durch, um nach Düppel zu gehen. Alle Schanzen bei Düppel ſind von unſerer ſchweren Artillerie beſetzt, die von dort ein leb-

*) Hätten wir doch den Triumph, daß die Prophezeihung derſelben Kreuzzeitung, die deutſche Reichsverſammlung werde einen Vollziehungsausſchuß ernennen, ein ebenſo glänzendes Dementi erhielte.

№ 108. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 19. April 1849.

Ueberſicht.

Oeſterreichiſche Briefe. I.

General Dembinski's politiſches Glaubensbekenntniß. II.

Der gegenwärtige Stand der Dinge in Schleswig-Holſtein.

Deutſchland. Aus Oeſterreichiſch-Schleſien (Die proteſtantiſche Kirche in Schleſien und Mähren.) Prag (Die projektirte Landesverfaſſung.) Cilli (Der Tunnel am Sömmering.)

Niederland. Haag (Prinz Heinrich. Die Leichenfeier des verſtorbenen Königs. Adreſſe aus Luxemburg. Das Journal de la Haye.)

Rußland. (Berichte über die ſiebenbürgiſchen Ereigniſſe.)

Oeſterreichiſche Briefe.

I.

✠ Von der Donau. Sie erwarten gewiß Nachrichten über Ungarn! Da muß man die Leſer auf Petersburger, Breslauer und Berliner Journale verweiſen, die früher und beſſer unterrichtet ſind über die Ereigniſſe des Kriegsſchauplatzes, als Wien und Ollmütz. Ungariſche Reiſende und Flüchtlinge erzählen, und die Thatſachen der Stellungen erweiſen es, daß die kaiſerliche Armee von der Theißlinie bis an die Donau Schlag auf Schlag gejagt wurde; aber an der Donau ſelbſt ſind es nur zwei Punkte, die von den öſterreichiſchen Truppen auf längere Zeit gehalten werden können: Ofen und Waizen. Der letztere Ort iſt bereits von den Magyaren erſtürmt, und die Paſſage nach Komorn frei, wenn nicht aus Mähren Hilfe heranrückt; Ofen iſt durch Bem bedroht, der gegen Stuhlweißenburg dringt. Die ganze kaiſerliche Armee iſt der Umzingelung ausgeſetzt, da das Gros derſelben zur Unthätigkeit vor Peſth verhalten iſt, während der rechte Flügel unter dem Banus zerſprengt und zerſplittert ſich unter Sorokſar herumtreibt, und waghalſige Kroaten ſich blos dadurch retten, daß ſie die Donau durchſchwimmen. Wenn trotz dieſer ſchlechten Lage die Aktien an der Wiener Börſe ſich halten, ſo iſt dies den Manoeuvres des Miniſteriums, beſonders aber dem Umſtande zuzuſchreiben, daß die Banknoten ſo große Verluſte erleiden, daß der Ankauf von zinstragenden Papieren dagegen ſehr vortheilhaft iſt. All das Bemänteln der miniſteriellen Preſſe zeigt nur die große Verlegenheit, aus der man ſich ziehen will, indem man alle Schuld auf den Feldmarſchall Windiſchgrätz ladet; der kaiſerliche Alter Ego muß ſeinen Rücken herhalten, um für die Schläge in Ungarn gezüchtigt zu werden. Kaiſer Ferdinand führte dieſen Marſchall ſeinem Neffen zu als eine Stütze des Thrones, und das Miniſterium bemüht ſich, dieſe Felſenſtütze wegzureißen. Windiſchgrätz iſt freilich viel geſchickter im Bombardiren und Militärgerichteinſetzen, als im Schlachtenliefern; aber wer die Zuſammenſetzung eines öſterreichiſchen Kriegsrathes kennt, weiß auch, daß für dieſe Unfälle ſämmtliche kommandirende Generale der öſterreichiſchen Armee in Ungarn beſchuldigt werden müßten, Jellacic, Schlick, Götz, Jablonowsky, Simunic, Nugent, und wie die Degenherren alle heißen. Allein nicht ſowohl in den militäriſchen Operationen iſt das entſtandene Unheil begründet, ſondern in den Operationen des Kabinets, das es wie kein früheres verſtanden hat, ſich die Sympathien aller Völker, aller Freiheitsmänner, jedes intelligenten Menſchen zu entfremden. Schwarzenberg-Stadion haben in wenigen Monaten aus patriotiſchen Oeſterreichern unverſöhnliche Feinde ihres Regiments gemacht und es ſcheint, daß dieſe ariſtokratiſchen Herren von den demokratiſchen Klubs gemiethet ſind, auf dieſem Wege die Anarchie herbeizuführen. Man findet in Oeſterreich nirgend einen für die Republik geeigneten Kreis und die republikaniſchen Beſtrebungen in der Paulskirche haben nicht wenig dazu beigetragen, der deutſchen Reichsverſammlung die Beiſtimmung des öſterreichiſchen Volkes zu entziehen; jedoch das Miniſterium Schwarzenberg-Stadion hat die Bewohner der Reſidenz und ſämmtlicher Provinzen belehrt, daß die rothe Fahne der Regierung grauenhafter iſt als die rothe Fahne der demokratiſchen Partei. Schwarzenberg-Stadion haben die rothe Monarchie proklamirt; die Reſidenzſtadt mußte in ihrer Mitte Galgen aufrichten ſehen, und die Gnade von Windiſchgrätz-Welden erſtreckte ſich vom Henkertode zur Tödtung durch uniformirte Jäger. Die Theilhaber am Morde Latours wurden beſtraft; das Verbrechen erforderte ſeine Sühne. Allein das Verbrechen mußte nach Recht und Geſetz beſtraft werden; aber der Juſtizminiſter Bach ließ es geſchehen, daß eine That des 6. Oktober nach einer Proklamation des 23. Oktober von einem Ausnahmsgericht beurtheilt wurde. Nur durch Aufhebung jedes Rechtes und aller Geſetze iſt es noch dem gegenwärtigen Miniſterium möglich, die Porteſeuilles zu behalten. Belagerung und Standrecht von ¾ der Monarchie ſind nicht die einzigen Mittel, um am Ruder zu bleiben, ſondern die Korruption und Beſtechung, das Einſchüchtern und Schreckeneinjagen wird nach großem Syſtem betrieben. So wenig Schwarzenberg-Stadion in der Kremſierer Verſammlung Stimmen für ſich hatten, ſo wenige haben ſie im Kaiſerſtaate, und ich getraue mich nur nicht all die Beinamen herzuſetzen, die ihnen gegeben werden. Kretinismus iſt das bezeichnendſte, ein Kretinismus, der weder Sachen und Zuſtände, noch Perſonen und Nationen zu würdigen verſteht. Das Vorgehen gegen Ungarn, welche Rebellen man mit einem Federmeſſer zu vernichten drohte, diene als Beleg. Schwarzenberg-Stadion haben den auf die ungariſche Verfaſſung beeideten Kaiſer vom Throne vertrieben, und dem Nichtbeeideten werden die konſtitutionswidrigſten Maßnahmen zur Unterſchrift vorgelegt. Nach magyariſchem Geſetz ſind alle öſterreichiſchen Miniſter vogelfrei, indem ſie ſich Regierungsbefugniſſe anmaßten fürs ungariſche Kronland; ſelbſt unter Franz und Metternich wurden die Beſchlüſſe Betreff Ungarn vom ungariſchen Hofkanzler ausgefertigt. Das Miniſterium iſt den Ungarn eine ganz fremde Behörde, und der Kaiſer iſt in ſo lange blos nominell König von Ungarn, bis ihm die Krone des Mathias aufs Haupt gedrückt, bis er vom Primas von Ungarn geſalbt wurde und den Eid auf die Konſtitution leiſtete. Die Gerichtshöfe mögen nun entſcheiden, ob die für ihre Konſtitution kämpfenden Magyaren oder die Miniſter Rebellen ſind. Die Gewaltſchritte der Miniſter haben aber durch die oktroyirte Charte, welche die Krone Ungarns eigenmächtig zerſtückelt, eine noch herbere Erbitterung erzeugt. Die Magyaren fechten nur für ihre ſtaatliche Exiſtenz gegen ein Kabinet, das die Blutſcenen von Barkfeld in's neunzehnte Jahrhundert überträgt. Die ganze Maſſe des Volkes, Greiſe und Weiber mit einbegriffen, erhebt ſich gegen ein rebelliſches Miniſterium, und die Oeſterreicher, welche den Magyaren ſo feind waren weil ſie keinen Theil der Staatsſchuld übernehmen mochten, wünſchen Glück und Vortheil den magyariſchen Waffen, die allein ſie von den Vernichtern ihrer Freiheit befreien können. Nicht alſo die Abberufung des Marſchall Windiſchgrätz, ſondern die alſogleiche Entfernung eines impotenten und ignoranten Miniſteriums könnte die Schlichtung der Wirren erleichtern. Aber eher läßt man Hunderttauſende ſchlachten, Dörfer, Städte und Länder verwüſten, ehe man dem Volke und der Freiheit ein Zugeſtändniß macht.

Wie weit die Verkennung und Bornirtheit geht zeigen die an Preußen und an Schmerling gerichteten Noten. Die Perfidie, welche man in der Politik gegen die Nationalverſammlung befolgte, trägt ihren Lohn; im Volke wird das Gefühl immer deutlicher, daß eine ſolche Politik, mag ſie auch durch Waffenübermacht im Momente ſiegen, endlich zum Zerfall Oeſterreichs führt. Vielleicht iſt die Zeit nicht zu ferne, wo man nach Berlin, dem man jetzt mit Grobheit und Uebermuth entgegentritt, um Hülfe ſendet, damit wenigſtens die dynaſtiſchen Intereſſen gewahrt bleiben. Zu keiner Zeit war Deutſch-Oeſterreich (Deutſch-Böhmen mit eingeſchloſſen) mehr deutſch geſinnt, als ſeit Schwarzenberg in negativen Depeſchen ahnen ließ was ihm über Deutſchland vorſchwebt, und ſeit Frankfurt ſeiner Verfaſſung eine monarchiſche Spitze gab. Nenne man es Unreifheit des Volkes oder traurige Gewohnheit, die Oeſterreicher wollen einen Monarchen, aber neben ihm eine freie Verfaſſung. Die Gründung des Erbkaiſerthums hat zehntauſendfache Freunde für Frankfurt geworben, und zwar in den demokratiſchen Kreiſen, was bei uns verſchieden von republikaniſchen gedeutet wird. Auch der Erbkaiſer, vor Jahr und Tag verhaßt und verhöhnt, wird jetzt lieber geſehen, nachdem ein 18jähriger Kaiſer die Blutthaten in Wien, in Ungarn, in Brescia duldet, und die kaiſerliche Familie den einzigen Mann aus ihrer Mitte, der die Liebe des Volkes beſitzt, in Prag reſidiren läßt. Auch in dieſer Beziehung liegt eine ſchwere Schuld auf den ſchuldvollen Miniſtern, die keine Schonung, keine Milde, kein Nachgeben, keine Gnade kennen, und ſonach die Stimmung gegen den Kaiſer nähren und großziehen. Möge es ſich nicht bewahrheiten, wie die Wiener Krämer es ſo ſehnlich wünſchen, daß der Kaiſer ſein Sommerſchloß in Schönbrunn bezieht, denn trotz Stand- und Kriegsrecht kann ſich bei der herrſchenden Erbitterung leicht ein

Tollhäusler finden, der großes Unglück bereitet. Auf ſolche Spitze haben es Windiſchgrätz und ſein Schwager Schwarzenberg getrieben.

General Dembinski's politiſches Glaubensbekenntniß.

(Schluß.*)

Das Verfahren der öſterreichiſchen Regierung mit den ſlawiſchen Stämmen war ſeit vielen Jahren ein verderbliches, nicht nur für den Kaiſerſtaat ſelbſt, auch für das europäiſche Gleichgewicht, endlich für die Löſung der ſozialen Fragen. Blicken wir nur auf die Maßregeln in Krakau im Jahre 1846, auf die Aufreizung zu den galiziſchen Mordſcenen, auf die unterhaltenen Gährungen im Jahre 1848, ſpäter auf das Bombardement Prags und Lembergs! Und nun die Erweckung des Haſſes unter den Stämmen! Der Friede unter den Menſchen, die Eintracht unter Leuten, die Glauben und Vertrauen zu einander hatten, ſchien der öſterreichiſchen Regierung etwas Verhaßtes; ſie entfernte und zerſtörte ihn durch ihren ewigen Grundſatz „divide et impera“!

Dieſe Ueberzeugung erfüllte mich, als der aus Ungarn nach Frankreich geſandte Graf Teleki mich aufſuchte und mir den Vorſchlag machte, meine Kriegserfahrungen in dem Kampfe in Ausübung zu bringen, den ſein Volk gegen Oeſterreich erhoben hatte. Da ſchien es mir, daß ich dem Streben meines Lebens getreu, dem dringenden für mich ſo rühmlichen Verlangen nicht widerſtehen dürfe. Ich hatte den Glauben und das Vertrauen an die Rechtlichkeit der Politik Oeſterreich verloren und ſah Ungarn an ſeine Stelle treten und die Aufgabe übernehmen, die Slawenſtämme brüderlich um ſich zu ſchaaren und zu einen! Doch zur ſelben Zeit erhielt ich Briefe meiner Landsleute, die als Reichstagsabgeordnete in Wien ſaßen, auch aus Galizien ſchrieb man mir: „die ungariſche Sache gefährde Polens Zukunft!“ Ich dachte reiflicher nach, ich erörterte es mit Teleki ernſtlich, ob die Magyaren den Kroaten und Slowenen wirklich die Freiheiten vorzuenthalten im Sinne hätten, für die ſie ſelbſt ſo rühmlich und ausdauernd ſeit Jahrzehnten auf ihren Reichstagen gekämpft haben und jetzt Schlachten ſchlagen. Telekis Erörterungen und die ſeiner Kollegen, welche der Berathung beiwohnten, überzeugten mich vom Gegentheil. Es wurde ausdrücklich erklärt, daß die Magyaren auf alle gerechten Forderungen der Kroaten eingehen würden, ſelbſt wenn ſie ſich ſelbſtſtändig organiſiren und nur ein Föderativverhältniß wünſchen ſollten. Ich kann alle Verhandlungen, die ich mit den Ungarn in Paris hatte, nicht wiederholen, aber ſie überzeugten mich von ihrem redlichen Willen und ihrem aufrichtigem Bedauern, daß ſich noch keine Einigung mit den Kroaten hatte bewerkſtelligen laſſen. Wenige Tage nach unſeren Verhandlungen kam uns die Kunde, daß auch die Serben zum Bunde geneigt ſeien.

Als ich bereits überzeugt war, daß es vorzugsweiſe die Thätigkeit der öſterreichiſchen Regierung ſei, welche die Zwietracht der ungariſchen Slawen geweckt hatte, begab ich mich zu einem unſerer ausgezeichnetſten Landsleute, der jene Verhältniſſe durch und durch kennt, und erhielt von ihm die genaueſten Aufſchlüſſe über die ungariſch-kroatiſchen Fragen, nachdem ich mich zuvor verpflichtet, eine weſentlich vermittelnde Rolle zu übernehmen. Aus einer mir mitgetheilten friſchen Korreſpondenz erſah ich, daß der Haß gegen die deutſch-öſterreichiſche Regierung den gegen die Magyaren bei weitem überſtieg, und mein Entſchluß ſtand feſt, mit allen Kräften Ungarns Sache gegen Oeſterreich zu unterſtützen. Den ſlawiſchen Stämmen aber werde ich immer vorhalten, daß ihr eigenes Heil es verlangt, den Magyaren im Freiheitskampfe zu helfen, zugleich aber auch einen Vertrag mit ihnen abzuſchließen, der ihnen gleiche Freiheiten und ihre Volksthümlichkeit für die Zukunft ſichert. Ich werde den Kroaten und Slowenen vorhalten, daß ſie es nur dem Widerſtande der Magyaren gegen Oeſterreich verdanken, daß ſie nicht entnationaliſirt und verdeutſcht worden ſind. Ich werde ihnen zu bedenken geben, ob es für ihr Slawenthum eine Sicherheit gibt, wenn ſie ſich unter das deutſche Oeſterreicherthum zum Verderben der Magyaren fügen, unter das Oeſterreicherthum, welches hinter eine konſtitutionelle Larve ſeine alten Schliche verbirgt und nur an ſeine Herrſchaft über die Slawen denkt.

Wenn ſich die Slawen um den Magyarenſtamm gruppiren, die einen in föderativer Form, die anderen durch gleiche Rechte und Freiheiten mit den Magyaren vereint, und in ihnen nicht mehr Herren ſondern Bundesgenoſſen erblicken, dann werden ſie für das civiliſirte Europa ein Schirm gegen den Abſolutismus des Oſtens ſein und den unterjochten Völkern zum Aufbau ihrer Unabhängigkeit verhelfen. Sie haben dieſe Wahl und die der Knechtſchaft unter deutſchem Joch.

In die ungariſche Politik aber will ich mich nicht miſchen. Wenn Ungarn, ſein Reichstag, oder ſeine Regierung es vortheilhaft findet, den Kampf mit Oeſterreich durch einen Vertrag abzuſchließen, ſo werde ich kein Hinderniß ſein, das habe ich den ungariſchen Bevollmächtigten ausdrücklich erklärt. Ich gehe näher auf meine Verpflichtungen ein. Als mich der Bevollmächtigte Graf Teleki in Gegenwart ſeiner Landsleute verſicherte, daß ich, wenn ich nach Ungarn käme, die Stelle einnehmen könne, welche ich wolle, und als er dieß mit Betonung wiederholte, ſo erklärte ich meinerſeits, daß ich jede Stellung annehmen würde, die die Regierung mir übertrüge, mit Ausnahme der Oberfeldherrnſtelle. Auf ſeine Verwunderung hierüber bemerkte ich, daß in einem Nationalkriege der Stolz der Nation dadurch verletzt werden könnte, daß ein Fremder an ihre Spitze trete. Die Frage nach meinen Bedingungen beantwortete ich damit, daß ich gar keine zu machen hätte. „Ich diene nie einer anderen Sache als der meines Vaterlandes und reiſe mit der Hoffnung, daß mit der ſiegreichen Entwickelung der Sache Ungarns die Wiedergeburt Polens verbunden iſt.“

Um aber meinem Vaterlande durch meine Handlungsweiſe nicht zu ſchaden, erkläre ich auf das deutlichſte: „daß ich für jetzt keine polniſche Hilfe aufrufe, daß ich im Gegentheile wünſche, es möge kein Theil Polens eher ſich erheben, als bis die Kriegsereigniſſe den richtigen Zeitpunkt anzeigen“. Jetzt aber mag kein polniſcher Landestheil, ja kein einzelner Pole, irgend etwas thun, was Familie oder Vermögen in Gefahr bringen könnte. Ich gehe allein und wage es allein, und wenn Gott hilft, woran ich mit voller Hoffnung glaube, dann mag mein Volk ſeinen Vortheil daraus ziehen. Gelingt es nicht, dann mag es mich lieber verleugnen, ehe ich Urſache werde, daß eine polniſche Thräne vergoſſen wird! Auch das noch füge ich hinzu: finde ich bei meiner Ankunft in Ungarn keine wohlwollende Geſinnung gegen die Slawen, keine Mäßigung in der Regierung, mit einem Worte keine Eigenſchaften, wie ſie ein Volk beſitzen muß, um das ſich andere unterjochte Stämme ſchaaren wollen, dann ziehe ich mich ſofort in meine frühere Einſamkeit zurück.

Zwiſchen dem Anfange dieſer Zeilen und heut liegen Ereigniſſe die manches verändert haben. Die Thronbeſteigung Franz Josephs drängte mich nicht zur Beſchleunigung meiner Reiſe, ich hoffte, daß ſeine junge Seele, ſein jugendliches Herz vielleicht in dem verabſcheuungswürdigen politiſchen Syſteme Aenderungen hervorbringen könne. Meiner Ueberzeugung getreu, daß von oben her eine Neugeſtaltung ſich weit beſſer vornehmen läßt, wartete ich auf neue Regierungsakte. Es blieb der alte Abſolutismus, die alte Zweideutigkeit, die alte Politik der Zwietracht, ſie erhielt nur durch das Aneinanderhetzen der Ruthenen und Polen einen neuen praktiſchen Beleg.

Inzwiſchen iſt Bem in Ungarn thätig geworden — eine polniſche Legion nimmt ohne meine Veranlaſſung Antheil und ich gehe nicht mehr allein hin. Aber ich beharre bei meiner Mahnung, daß Polen ſich nicht erheben ſoll. Ich hoffe, daß jeder Pole die Einſicht haben wird, daß einzelne Aufſtände, daß die Aufſtellung von Hülfsſchaaren nur die Nationalkräfte doppelt ſchwächen, weil ihnen Opfer daheim folgen. Nicht übertriebene Vorſicht iſt mein Beweggrund, ich hoffe, daß von der freien ungariſchen Erde aus, die Auferſtehung der unterdrückten Nationalitäten vor ſich gehen wird; dazu muß aber jedes Volk am eigenen Heerde ſich vorbereiten, damit, wenn die Reihe an daſſelbe kommt, die Erhebung rechtzeitig und einmüthig erfolgt. Jeder Pole rüſte ſich alſo in ſeinem Gewiſſen und verſcheuche den Parteigeiſt. Er ſchließe ſich nicht an eine ausſchließliche Regierungsform an, ſondern überlaſſe ſolche politiſche Fragen dem freien Volke, aber für die vollkommene Hingebung an das Wiederaufbauen des Vaterlandes mag er ſich vorbereiten, den Wiederaufbau eines freien kräftigen und gerechten Polens. Geſchrieben in Paris Rue Roquepine im Januar 1849. General H. Dembinski.

---

*) Vgl. Nr. 103: Beil. II.

Der gegenwärtige Stand der Dinge in Schleswig-Holſtein.

§§ Von der Königsau, 12. April. Die Dänen haben nach der Niederlage zur See bei Eckernförde, welches wohl die bedeutendſte iſt, die man ihnen hätte beibringen können, und zu Lande im Sundewittiſchen, jetzt keinen Punkt der Herzogthümer inne und da man von Kappel aus geſehen, wie ſie mit ihren Schiffen die Truppen von der Inſel Alſen nach dem nördlichen Jütland überſetzen, ſo gewinnt es den Anſchein, daß ſie ſich wohl mit dem größten Theil ihrer Streitkräfte dorthin koncentriren, um beim Einrücken der Bundestruppen in Jütland eine ſtarke Defenſiv-Stellung zu behaupten, von welcher man ſich wegen des dort für Kavallerie, welches ihre beſte Waffe iſt, ſo günſtigen Terrains mehr Erfolg als bisher zu verſprechen ſcheint. Für mehr als kühn und fanatiſch muß es von ihnen gehalten werden, dieſen Krieg, welcher mit ſo unerſetzbarem Verluſt für ſie angefangen, fortzuführen, da ſie ſich über fremde Hülfe nicht mehr täuſchen konnten. Selbſt der Faedreland ſprach es unverholen aus, daß weder von Schweden, noch Rußland Hülfe zu erwarten ſei und daß der treuloſe, abtrünnige Verbündete Lord Palmerſton gemeinſame Sache mit den Rebellen gemacht habe. Die Verblendung iſt jedoch im däniſchen Kabinette ſo groß, daß daſſelbe noch immer unter der Bevormundung eines Theils des vorigen ſogenannten Caſinominiſteriums ſteht, deſſen Aufgabe es iſt, den Drang des Volkes nach konſtitutionellem Fortſchritt und freiſinniger Verfaſſung, welcher ſich bei den Dänen zeigte, durch Ablenkung der Blicke nach Außen hin zu unterdrücken, man ſagt ſogar dem Volke, daß man ihm alle Freiheiten, welche andere Völker beſitzen, geben wolle, ſobald man Schleswig erobert haben würde. Sie gewahren es nicht, wie bei einem längern Fortführen des Krieges das Land in kürzeſter Friſt moraliſch und phyſiſch zu Grunde gerichtet wird; moraliſch, weil der gebildetere Theil des däniſchen Volks, welcher zwar nur ein kleiner iſt, ſchon einzuſehen anfängt, daß das rein dynaſtiſche Recht des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig-Holſtein nach den jetzigen allgemein europäiſchen Volksbegriffen kein Recht zur Inkorporation Schleswigs iſt; ſie fühlen deshalb das Unrecht des Kabinettes, und ſehen wohl ein, worauf es eigentlich abgeſehen; der ungebildete Theil dagegen, welcher die große Maſſe bildet, und vor Allem die Soldaten und Matroſen, welche in Summa allein 6 pCt. der ganzen Bevölkerung ausmachen, müſſen bei einem längern Liegen im Felde oder Kreuzen auf offener See, für eine Sache, für welche ſie ebenſowenig Begeiſterung haben als Energie zeigen, vollſtändig verwildern, was ſich ſchon, wenn man die Gefangenen von den beiden Kriegsſchiffen geſehen und geſprochen, nur zu unzweifelhaft bewahrheitet; phyſiſch, weil das Land aller produktiven Kräfte durch die enormen Aushebungen zur See und zu Lande beraubt, noch dazu mit großen Staatsſchulden belaſtet und Jütland ganz Preis gegeben werden muß.

Das däniſche Kabinet hält die Kenntniß der innern Zuſtände und Kräfte ſeines Landes für ein ſo undurchdringliches Geheimniß, als wäre es mit einer doppelten chineſiſchen Mauer umſchloſſen und dekretirt die Ausrüſtung eines neuen Linienſchiffes und einer Fregatte als Erſatz für die verlorenen, während es allgemein bekannt iſt, daß nur mit Hilfe der in London negociirten Anleihe von 800,000 Pfd. es möglich war, den Chriſtian VIII. und einige kleine Schiffe, welche zur Blocade dienen, auszurüſten; zu dem koſtet der Unterhalt der Flotte und des Landheeres täglich 100,000 Reichsbankthaler (75,000 Thaler preuß.), welches mithin nur 70 Tage von gedachter Anleihe unterhalten werden kann; wo man daher noch Geld zum Ausrüſten neuer Schiffe hernehmen, das werden uns vielleicht die Herren Miniſter anſchaulich machen, und das Nichterſcheinen der projektirten auszurüſtenden Schiffe dürfte für unſere Kenntniß der däniſchen Finanzlage den triftigſten Beweis liefern; wenngleich man von däniſcher Seite gern ein tiefes Schweigen über dieſen ungemüthlichen Punkt beobachtet, ſo iſt er doch das beſte Abkühlungsmittel der ſo heftig aufbrauſenden Eroberungsgelüſte und wenn nichts anders, ſo wird er allein ſchon hinreichen, um den Eckſtein zu bilden, an welchem ihre Inkorporationsgelüſte zerſchellen. Ferner fehlt es auch an Seeleuten, denn alles was von irgend brauchbaren Matroſen vorhanden, hat man bereits zuſammengerafft; dieſes ergiebt ſich aus der Bemannung des Chriſtian VIII. und Gefion, welche ſchon zum größten Theil aus zuſammengelaufenem Geſindel, Abenteurern und Handwerkern beſteht, bei welchen ſich nur ein kleiner Theil regulärer gedienter Seeſoldaten und Matroſen befindet. Die Offiziere ſind gut; von ihnen iſt aber auch alles was Dänemark beſitzt, aufgeboten; man hat zwar den Plan, ſchwediſche und norwegiſche Offiziere zu gewinnen, welche mit däniſchen ſogenannten Matroſen zur Armirung verwendet werden ſollen, allein wir wiſſen, welche Schwierigkeiten ein ſolches Projekt hat, da die Dänen ſich von ſchwediſchen Offizieren nicht befehligen laſſen, ſondern ihnen den Gehorſam unbedingt aufkündigen würden. Wenn auch die Kabinette zu einander in möglichſt freundſchaftlichen Beziehungen ſtehen, ſo herrſcht ſowohl im ſchwediſchen wie im däniſchen Volke eine entſchiedene gegenſeitige Abneigung, welche nur in letzter Zeit durch den bei weitem größern Haß gegen die Deutſchen etwas in den Hintergrund trat.

Mit der Landarmee ſieht es wohl noch übler aus; von auch nur nennenswerthen Offizieren mit ſtrategiſchen Kenntniſſen ausgerüſtet iſt Niemand vorhanden und ſelbſt Mittelmäßigkeiten giebt es kaum einige; demnach iſt auch der franzöſiſche General Fabvier, welcher hingeeilt war, um dort noch einige Lorbeeren zu erringen, nachdem er die Truppen in Jütland gemuſtert, eiligſt zurückgekehrt unter dem Vorwande, ſeinem Vaterland während der Wahlen nützen zu müſſen. Was er gefunden, wiſſen wir: eine in den Waffen ſchlecht geübte Infanterie ohne Ausdauer und Haltung, bei welcher von den in neuer Zeit gemachten Fortſchritten im Exerzitium und in der Bewegung ſo wie in den Waffen keine Spur vorhanden, mit ſehr wenig Offizieren verſehen, welcher weder Bildung noch praktiſche Kenntniſſe beſitzen; Artillerie, welche zwar ſehr gutes Material beſitzt, allein von den ſeit den letzten 20 Jahren in der Anwendung dieſer Waffe gemachten Erfindungen weder in wiſſenſchaftlich-mathematiſchen, noch techniſch-praktiſchen Beziehungen etwas angenommen hat, weshalb das ſtärkſte Feuer ohne Wirkung bleibt, wie dieſes im vorigen Jahre bei den Affairen bei Schleswig und Bau und dieſes Jahr bei Eckernförde und Sundewitt wahrgenommen wurde. Dagegen ſind die Jäger gute und geübte Schützen und die Kavallerie gehört zu der beſten die es gibt, Pferde und Reiter beſitzen Ausdauer und Gewandtheit, letztere iſt aber in Schleswig des Terrains halber ſehr wenig oder gar nicht zu benutzen. Unter dieſen Umſtänden hat denn auch der Oberkommandant der däniſchen Truppen, General Hanſen, am 11. eine Proklamation erlaſſen, worin er ſagt, daß: „da alle Könige und Fürſten Deutſchlands den Rebellen zu Hülfe geeilt ſind, er ferneres Blutvergießen vermeiden will und ſeine Truppen auf Alſen und Jütland zurückhält, um günſtigere Gelegenheit abzuwarten, dem Feind Mann gegen Mann zu entgegnen." Der letzte Theil iſt freilich ſehr unverſtändlich; wahrſcheinlich hat er damit andeuten wollen, daß er an einzelnen Küſten plötzlich zu überrumpeln gedenkt. Doch auch dafür haben wir bereits geſorgt und es könnte leicht einen zweiten Eckernförder Fall geben.

Wir können demnach aus allem dieſen das Reſultat ziehen, daß der Krieg nicht lange mehr währen wird, und da der von der Reichscentralgewalt mit den Friedensunterhandlungen beauftragte preußiſche Geſandte, Ritter Bunſen, ſeine Vollmachten niedergelegt, ſo können wir hierin nur ſehen, daß man von deutſcher Seite die vor Eröffnung der Feindſeligkeiten gemachten Konzeſſionen unter den jetzigen Umſtänden nicht inne zu halten beabſichtigt, ſondern wohl unbedingt auf der Vereinigung der Herzogthümer Schleswig-Holſtein als ſelbſtſtändige deutſche Provinz beſtehen wird.

Deutſchland.

△ Aus öſterr. Schleſien, 9. April. Auf Antrag der reformirten Gemeinden erging an die ſämmtlichen evangeliſch-lutheriſchen Gemeinden Schleſiens die Aufforderung, ſich einer Deputation anzuſchließen, welche am 11. April in Ollmütz dem Kaiſer die Bitte vortragen ſoll, auch die proteſtantiſche Geiſtlichkeit in den k. k. öſterr. Erbſtaaten aus Staatsmitteln zu dotiren. Bekanntlich war es bisher Sorge der Gemeinden, ihren Seelſorgern die nöthigen Subſiſtenzmittel zu verſchaffen; nur die Senioren und Superintendenten erhielten einen kleinen Zuſchuß aus der Staatskaſſe. Dafür hatten aber die Gemeinden das vollſtändige Recht der freien Wahl ihrer Prediger und Lehrer und in Anbetracht deſſen zeigen unſere ſchleſiſchen Gemeinden wenig Luſt, ſich jener Deputation anzuſchließen, da jedenfalls, wenn der Staat die Dotation des proteſtantiſchen Klerus übernähme, jenes koſt-

liche Recht ihnen verloren gehen und die Regierung einen Einfluß auf die innern Angelegenheiten der evangeliſchen Kirche gewinnen würde, deſſen Folgen für dieſe vielleicht nicht von beſonders ſegensreicher Natur wären.

Seit der Uebertritt von einer Konfeſſion zur andern mit keinen Schwierigkeiten mehr verbunden iſt, ſollen namentlich unter den ſlawiſchen Bewohnern des ungariſch-mähriſchen Grenzgebirges fortwährend Uebertritte zur evangeliſchen Konfeſſion in bedeutender Anzahl ſtattfinden. In dieſen Thälern haben ſich von Generation zu Generation die Traditionen der mähriſchen Brüder, die unweit davon in Fulneck ihren Hauptſitz hatten, und die Erinnerungen an den frommen Biſchof Amos Comenius fortgepflanzt und im Stillen treu die Liebe zu dem Glauben bewahrt, von dem abzufallen man nur durch die Dragoner Ferdinand II. gezwungen worden war. Hier auf dieſen Punkt ſollte der Guſtav-Adolf-Verein vorzüglich ſeine Aufmerkſamkeit richten und ſoviel als möglich den neu ſich bildenden Gemeinden ſeine hilfreiche Hand bieten. Es wird wenige Bewohner des geſegneten Oeſterreichs geben, die zur Erhaltung oder Gründung ihrer kirchlichen Anſtalten einer Unterſtützung ſo bedürftig wären, als die armen ſlawiſchen Proteſtanten Mährens.

Prag. Die projektirte neue Landesordnung muß die Deutſchen in Harniſch bringen. Es ſind keine Kreistage beſtimmt. Die Deutſchen bleiben im Landtage in der Minorität und ſind den Czechen pieds et mains liées überliefert. Man hofft, die Regierung werde hier Einſicht nehmen und ein Gleichgewicht herzuſtellen bemüht ſein. Der Entwurf riecht übrigens zu ſehr nach der Feudaleintheilung: großer Grundbeſitz, Bürger, Landleute. (Oſtd. Poſt.)

Cilli. Die Herſtellung des Haupttunnels am Sömmering iſt bereits im Wege der öffentlichen Konkurrenz ausgeſchrieben. Die Koſten dieſes Rieſenbaues, welcher bis zum 15. September 1851 vollendet ſein muß, ſind annäherungsweiſe auf 1,155,125 fl. C.-M. berechnet, welche Summe jedoch bloß als Grundlage zur Bemeſſung der Kaution zu dienen hat. Durch die anhaltend ungünſtige Witterung des letzten Monats wurden auch die Arbeiten an der Südbahn verzögert, doch dürfte die Eröffnung der Linie bis Laibach vorausſichtlich im Spätſommer dieſes Jahres erfolgen. (Gr. Z.)

Niederland.

**Haag, 9. April. Dem Vernehmen nach beabſichtigt der König ſeinen Bruder, den Prinzen Heinrich, zum Marineminiſter zu ernennen und Hrn. Ryk anderswo zu verwenden. Bei der feierlichen Beiſetzung der Reſte König Wilhelms II. am 4. d. M. in der oraniſchen Fürſtengruft zu Delft hat deſſen Nachfolger einen der beiden Säbel ſeines Vaters, die den Sarg ſchmückten, ſeinem Bruder Heinrich überhändigt und ihn darauf inbrünſtig umarmt. Die ganze Feſtlichkeit hatte zwar mit dem größten königlichen Glanze, doch auch mit der unverkennbar innigſten Theilnahme der Bevölkerung ſtatt, welche in unermeßlichen Maſſen aus dem ganzen Lande zwiſchen Rotterdam und Delft zuſammengeſtrömt war. Noch immer halten die Zeitungen eine Nachleſe der einzelnen Begebenheiten, die dabei vorgekommen ſind und von Theilnahme und Liebe zeugen. Mit den langen Beſchreibungen der Feierlichkeiten habe ich Sie nicht behelligen wollen. Als dem patriotiſchen Helden und Begründer der Staatsreform will man auf Nationalſubſkription Wilhelm II. eine prächtige Bildſäule errichten und ſchon ſtreiten ſich Haag und Amſterdam um den Vorzug, welche Stadt dieſelbe ſchmücken ſoll, ja man droht ſogleich, zwei Standbilder aufzurichten. Die unbeſtändigen Menſchen doch! Vor einem Jahre ſchaffte man in der älteſten europäiſchen Erbmonarchie das Königthum ab und heuer ſtreiten ſich die Hauptſtädte der alten bataviſchen Republik um die Ehre, einem verſtorbenen König Bildſäulen zu errichten. Wilhelm I. von Oranien, der ſchweigſame Retter der Freiheit, der Vater des Vaterlandes, mußte dritthalb hundert Jahre warten, eh dies Vaterland ihn in Erz gießen ließ; weder Prinz Moritz, noch Friedrich Heinrich, noch Wilhelm III., noch viele andere niederländiſche Männer, deren Namen die Welt erfüllt, erfreuen ſich einer gleichen Auszeichnung. Und nun ſolche Eile? Als Miltiades in den Feldern von Marathon die perſiſchen Horden verwüſtet und Griechenland von einer ſichern Knechtſchaft befreit hatte, beſtand aller Lohn und alle Ehrenbezeugung ſeiner Mitbürger darin, daß er an der Spitze von zehn Befehlshabern, die neben ihm geſtritten, bildlich dargeſtellt wurde. Aber als Athen unter fremdem Joche ſeufzte, errichtete es dem Demetrius Phalereus 360 eherne Bildſäulen. Ohne Beziehung auf den vorliegenden Fall, wollen wir doch daran erinnern.

Aus Luxemburg iſt mit einer ſehr unterthänigen und ebenſo wortreichen als nichtsſagenden Adreſſe eine landſtändiſche Deputation angekommen, beſtehend aus 5 Mitgliedern, um in ihre Hände den Eid zu empfangen, welchen der König Wilhelm III. auf das Grundgeſetz des Großherzogthums ablegen muß. „Unvorhergeſehene Umſtände," erklärte vor einigen Tagen das letzte franzöſiſche Blatt in Holland, „Journal de la Haye", das früher auch wohl ſchon gegen die Deutſche Zeitung ſeine ſtumpfe Lanze verſucht hatte, „unvorhergeſehene Umſtände, die wir nicht entfernen konnten, verpflichteten uns für den Augenblick zu erſcheinen aufzuhören." Alle Ehre dem guten Geſchmack des jungen Königs, wenn ihm das Fortbeſtehen dieſes in fremder Zunge ziſchelnden Organs zuwider war.

Rußland.

Der „Ruſſiſche Invalide" enthält folgende Nachrichten über die Ereigniſſe in Siebenbürgen: Die im ſüdlichen Siebenbürgen operirenden öſterreichiſchen Truppen ſind wegen der ungünſtigen Wendung, welche die Kriegsereigniſſe für ſie genommen, in die Walachei gerückt. In Folge deſſen ſind die Truppenabtheilungen des Flügeladjutanten Oberſten Skariatin und des Generalmajors Engelhardt, nachdem ſie den Abzug der Oeſterreicher, die ſich in äußerſt bedrängter Lage befanden, gedeckt hatten, ebendahin zurückgekehrt, da ihre Anweſenheit in Siebenbürgen keinen andern Zweck hatte, als die Oeſterreicher in der Beſchützung der Städte Kronſtadt und Hermannſtadt zu unterſtützen. Ueber die letzten Ereigniſſe in dieſem Lande haben wir folgende Nachrichten erhalten: Nach der Einnahme von Hermannſtadt durch die Rebellen langten die öſterreichiſchen Truppen am 13. März vor dieſer Stadt an, nahmen zehn Werſt von derſelben ihre Stellung in Heraldsau, auf dem Wege nach Kronſtadt, und ſetzten ſich mit der Heeresabtheilung des Flügeladjutanten Oberſten Skariatin, der beim Dorfe Tolmatſch ſtand, in Verbindung. Die anfängliche Abſicht der Oeſterreicher ging auf die Wiedereroberung von Hermannſtadt, aber in der Nacht vom 14. zum 15. März gaben ſie ganz unerwartet ihre Stellung auf und entfernten ſich; die Hauptmacht, gegen 8000 Mann mit 36 Geſchützen, unter dem Befehle des Generals Kaliani, in der Richtung von Kronſtadt; eine Abtheilung von 1200 M. aber wendete ſich nach der Rothenthurmer Quarantaine, um in die Walachei zu rücken. Dadurch ward es uns zur Unmöglichkeit, beim Dorfe Tolmatſch zu bleiben und Oberſt Skariatin führte die ihm anvertraute Heeresabtheilung bis zum Eingang in den Rothenthurmer Paß. Die Ungarn griffen am 16. März die Quarantaine an, wurden aber zurückgeſchlagen. Die Hauptmacht der Oeſterreicher, verfolgt von den Ungarn, hatte einige Nachtrabsgefechte und erreichte Kronſtadt am 19. März. Indeſſen ſetzten die Szekler von neuem mit bedeutenden Streitkräften über die Olta und rückten am 20. März im Vereine mit den Ungarn vor die Stadt. Die Oeſterreicher, die Unmöglichkeit einſehend, ſich dort zu halten, da es ihnen an Mundvorrath und Munition fehlte, zogen ſich in den Engpaß von Temeſch zurück, wohin zur rechten Zeit das Gepäck des Heeres und der Bürger vorausgeſendet war. Unter ſolchen Umſtänden entſprach ein längeres Verweilen unſerer Truppen in Kronſtadt nicht mehr ihrer Beſtimmung, und Generalmajor Engelhardt zog ſich gleichfalls, ohne verfolgt zu werden, nach den Grenzen der Walachei zurück, und zwar nach dem Kloſter Prediela, wo er die öſterreichiſchen Truppen, die Bewohner der Stadt und der umliegenden Dörfer an ſich vorbeiließ. Gegenwärtig ſind die nöthigen Maßregeln getroffen zum Schutze der Uebergangspunkte aus Siebenbürgen nach den Fürſtenthümern. Die türkiſche Behörde hat ihre volle Bereitwilligkeit erklärt, ſich bei der Beſchützung der Grenze zu betheiligen, und in Folge deſſen befindet ſich ein Theil der türkiſchen Truppen zugleich mit den unſrigen bei dem Obſervationskorps. Alle zu dieſem Zwecke getroffenen Anordnungen werden in völliger Uebereinſtimmung zwiſchen der Ortsbehörde und den Kommandirenden der die Fürſtenthümer beſetzenden Truppen ausgeführt.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅔ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 109. Frankfurt a. M., Freitag 20. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Donaufürſtenthümer.

Parlamentsſchau.

Deutſchland. Frankfurt (Berathungen des Dreißigerausſchuſſes. Berichtigung der Parlamentskorreſpondenz.) Wien (Politiſche Stimmung. Graf Zichy. Das Miniſterium. Ueberſetzungsbureau.) Berlin (Gagern's Toaſt auf den Kaiſer. Der Rodbertus'ſche Antrag. Verhandlungen der zweiten Kammer über das Vereinigungsrecht. Note nach Ollmütz. Gegenbefehl gegen den Einmarſch nach Jutland. Die Parteien. Das Miniſterium. Die öſterreichiſche Politik. Blutiger Zweikampf.) Köln (Der Herzog von Naſſau.) Stuttgart (Berathungen über die deutſche Frage. Volksverſammlung. Erklärung für die Reichsverfaſſung.) Braunſchweig (Ertheilung des Ehrenbürgerrechts an H. v. Gagern.) Schleswig-Holſtein (Genaueres über die Erſturmung der Düppler Schanzen.) Altona (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz.)

Großbritannien. London (Der Globe über die deutſchen Verhältniſſe. Die Lage des Miniſteriums. Die Times gegen die Whigs. Wiederzuſammentritt des Parlaments nach den Oſterferien.)

Frankreich. Paris (Die Nationalverſammlung bewilligt den zur Intervention in Italien geforderten Kredit. Die Flotte war noch nicht abgeſegelt.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Kronſtadt (Näheres über den Einmarſch Bem's.) Semlin (General Puchner.) Lemberg (Ruſſiſche Hülfe nach Siebenbürgen.)

Italien. Turin (Die Erlaſſe wegen Genua's.) Florenz (Eine Deputation an den Großherzog geſchickt.) Venedig (Die Aufforderung zur Uebergabe.) Neapel (Der Pabſt willigt in die von England und Frankreich geſtellten Bedingungen der Intervention.) Catania und Syrakus haben ſich ergeben.

Schweiz. Bern (Eröffnung der Bundesverſammlung. Die „Evolution.“ Lohbauer.)

Ungarn. (Die Einnahme von Waitzen. Stellung der kaiſerlichen Armee.)

---

19. April.

Es iſt auffallend, wie wenig Aufhebens gegenwärtig von der völligen Entſchleierung der ruſſiſchen Donaupolitik in Deutſchland gemacht wird. Die Donaufürſtenthümer ſind in den Augen jedes denkenden Staatsmannes vom höchſten Gewicht; ihre Beſetzung durch ruſſiſche Truppen war von jeher ein Gegenſtand von eben ſo großem Intereſſe für das St. Petersburger Kabinet, als von fortwährender Beſorgniß für die europäiſchen Mächte, zumal für Deutſchland. Denn die Moldau und Wallachei beherrſchen die Donau von Orſova bis Galatz, d. h. die Haupthandelsſtraße zwiſchen Süddeutſchland, Ungarn und dem Oſten, und durch ihre Lage und ihre romaniſche Bevölkerung, welche die ſlawiſchen Stämme auseinander hält, waren ſie noch immer bisher ſchützende Außenwerke nicht bloß des osmaniſchen Reichs, ſondern auch Ungarns und Oeſterreichs. Fallen die Donaufürſtenthümer ſchließlich in die Hand Rußlands, dann wird bald dieſelbe Grenzſperre, welche uns ſeit 1816 die Thore Polens und die Handelsſtraßen nach Aſien immer mehr verrannt und verriegelt hat, uns auch jenen Verkehr völlig unterbinden.

Das ſcheint überall, nur leider jetzt nicht in Ollmütz, gefühlt zu werden. Dort hat man nachgerade jeden Faden einer nationalen und naturgemäßen Politik verloren. Den alten Gegner ſtreichelt man als Freund und legt die Schlichtung der eigenen Angelegenheiten ſogar in ſeine Hand, und gegen den natürlichen Freund, den Magyar und Polen, wüthet man mit ſchrecklichem Haß. Welche Verhöhnung ſelbſt aller überlieferten Politik! Und dieſer öſterreichiſche Geſammtſtaat, das Idol ſeiner jetzigen Gewalthaber, dem ſie Alles, ſelbſt die Treue und die Ehre hinopfern, aufgerichtet durch ruſſiſche Hilfe, er ſollte Beſtand haben? Willigten doch im Jahre 1772 Maria Thereſia und Kaunitz nur um den Preis der Räumung der Fürſtenthümer von den Ruſſen in die Theilung Polens ein. Durch ſeine Zuſtimmung in die ruſſiſche Beſetzung dieſer Provinzen köderte Napoleon im Jahre 1808 den Kaiſer Alexander, die Entthronung der ſpaniſchen Bourbone ruhig geſchehen zu laſſen. Von da an verſäumte Rußland keine Gelegenheit, ſein Protektorat über die Donaulande, begründet durch den Vertrag von Kutſchuk Kainardje, bekräftigt in Allem durch den Vertrag von Ackerman (1826), mehr und mehr auszubreiten. Verſchiedene Male wurden die Fürſtenthümer durch ruſſiſche Generäle verwaltet, ihre Verfaſſung ward durch das Petersburger Kabinet diktirt; die letzten Spuren der türkiſchen Macht im Norden der Donau wurden mehr und mehr ausgelöſcht; an den Ufern dieſes Stromes aber erhoben ſich immer mächtiger die ruſſiſchen Lager und bewegten ſich ruſſiſche Heermaſſen, wie ſchon auf dem Marſche nach Konſtantinopel.

Mit der Märzbewegung des vorigen Jahres rafften ſich auch die Patrioten in den Fürſtenthümern gegen die verhaßte aufgedrungene ruſſiſche Herrſchaft auf, ſie machten ſelbſt einen Verſuch zur Gründung eines vereinigten konſtitutionellen Daciſchen Reiches, worauf ihre beſten Hoffnungen gingen und an deſſen Spitze ſie einen Prinzen aus dem Hauſe Habsburg zu ſtellen wünſchten. Allein ſie blieben ununterſtützt. Die Ruſſen zogen von Norden ein und von den Daciſchen Träumen blieb nur die Schreckensherrſchaft der Lieutenants des Czaren. Ja, dieſe ruſſiſche Herrſchaft ſollte jetzt an der grundverkehrten öſterreichiſchen Politik ihre beſte Stütze finden; denn dieſe Politik beſchwor muthwillig in Ungarn den Bürgerkrieg herauf und gab Rußland den beſten Vorwand ſich in der Moldau dicht an der öſterreichiſchen Grenze feſtzuſetzen. Welchen Gebrauch Rußland von dieſer neugewonnenen Poſition auf dem linken Flügel ſeiner gewaltigen Stellung gegen Oeſterreich oder gegen die Pforte machen will, das liegt ganz in ſeiner Hand. Geſchah es für jetzt ſcheinbar zu Gunſten der öſterreichiſchen Regierung gegen die ungariſchen „Rebellen“, ſo kann die Hülfe ein ander Mal auch den Rebellen gegen die öſterreichiſche Regierung geleiſtet werden.

Trotz dieſer offenen Bewegung an der Donau iſt die Politik des Petersburger Kabinets noch zu erwarten. Der Diplomatie in Konſtantinopel konnte nicht entgehen, daß das Zuſammenwirken der europäiſchen Mächte, welches bisher die Integrität des osmaniſchen Reichs noch geſchützt, bedenklicher denn je geworden war. Frankreich und Deutſchland durch die inneren Erſchütterungen nach Außen gelähmt; Oeſterreich ſelbſt in den Schlingen und Verwicklungen einer völlig verkehrten inneren Politik abhängig von Rußland; die britiſche Regierung, obwohl noch über ihre vollen Kräfte gebietend, doch bedenklich, es bei der Kriſis auf dem Feſtlande zum Friedensbruche kommen zu laſſen. So konnte der Czar ſeine Pläne an der Donau verfolgen, ohne fürchten zu müſſen, auf direkten Widerſtand ſeitens einer der andern Großmächte zu ſtoßen. Doch blieb die Sprache ſeines Kabinets eine gemeſſene: keine neue Eroberung wolle man machen, nur die revolutionäre Bewegung in den Fürſtenthümern dämpfen. Selbſt Lord Palmerſton that wenigſtens öffentlich, als wenn er an die Aufrichtigkeit dieſer Sprache glaube. Aus einem andern Grunde bietet ſie auch wirklich für die Pforte eine gewiſſe Garantie dar. Der Vertreter des mit einer Art Heiligenſchein umgebenen Prinzips der Legitimität und der Aufrechthaltung der Verträge kann dieſes Prinzip nicht wohl auf einmal vor ſeinen „eigenen Unterthanen“ mit Füßen treten.

Dazu kommt, daß ein anderer bedeutſamer Zeitpunkt ſchnell herannahen kann, den Rußland um keinen Preis verpaſſen will. Der Czar — und Niemand, am wenigſten die deutſchen Könige, wird ihm das verargen — der Czar glaubt nicht an unſere deutſche Staatsreform, er rechnet vielmehr auf eine Zeit, wo die Koſakenhülfe des Nordens der beſte Rettungsanker für das niedergebeugte Europa erſcheint und dieſes reif geworden iſt, von den Hufen der Tartarenroſſe zertreten zu werden. Zu dem Ende werden Kräfte angeſammelt und andere untergeordnete Entſchlüſſe

hinausgeſchoben. Tritt der Moment ein, wo Europa ſich ſehnt nach der nordiſchen Hülfe, dann fallen die Oſtſee und das ſchwarze Meer, Kopenhagen und Byzanz ja von ſelbſt in das Eigenthum Rußlands. Wollte man aber in dieſem Augenblick ſchon die ruſſiſche Fahne am Bosporus aufpflanzen, dann könnte Europa ſich noch früh genug beſinnen, dann könnte Oeſterreich ſich ermannen gegen ſeinen wahren Gegner, dann könnten die deutſchen Fürſten ſich raſch über Nacht in der deutſchen Kaiſer- und Verfaſſungsfrage einigen, mit einem Wort, dann könnte Europa wie mit einem Zauberſchlage von ſeiner Anarchie geheilt daſtehn, um Rußland in ſeine Schranken zurückzuweiſen. Erſt muß daher die Verwirrung unſern Kontinent noch weiter ergriffen haben, eher Rußland entſchiedener zugreift. Doch in dieſem Augenblick könnte der europäiſchen Demokratie nichts willkommener dünken, als ein ruſſiſcher Eroberungszug, der alle Blicke von der inneren Zwietracht auf Byzanz lenkte und allen Völkern und Parteien ein gemeinſames Gefühl von den Gefahren für ihre Freiheit und ihre Geſittung einflößte. Vorläufig aber müſſen wir Deutſche ohnmächtig trauernd zuſehen, wie die öſterreichiſche Politik ſelbſt in den Donaulanden das Meiſte dazu beiträgt, den Feind, zu ſtärken den Freund zu ſchwächen, den eigenen Einfluß zu vernichten. So erfüllt Oeſterreich ſeinen Beruf im Oſten!

Deutſchland.

> **Frankfurt**, 19. April. Der Reichsminiſterpräſident hat der Reichsverſammlung die Erklärung des preußiſchen Bevollmächtigten vom vorgeſtrigen Tage zugehen laſſen. Die Friſt, innerhalb deren ſich die preußiſche Regierung über die Annahme oder Nichtannahme der Reichsverfaſſung definitiv ausſprechen zu wollen erklärt hatte, iſt abgelaufen, und was erklärt ſie nun? ſie wolle „noch eine eine kurze Friſt warten“. „Mehrere der größeren deutſchen Staaten hätten ein Einverſtändniß (mit der von der Reichsverſammlung feſtgeſetzten Verfaſſung und getroffenen Wahl) bis jetzt nicht zu erkennen gegeben; hiernach fehle zur Zeit die Vorbedingung der Entſchließung des Königs.“ Iſt es aber nicht kläglich, daß die preußiſche Regierung immer die letzte ſein will, die ſich ausſpricht? daß ſie, die ihrer Macht und ihrem Einfluß nach die andern leiten ſollte, immer von den andern geſchleppt ſein will? Setzt der preußiſche Bevollmächtigte doch ſelbſt im Schlußſatz die Möglichkeit, daß die Regierung ſich entſchließe, auch wenn noch die Zuſtimmung größerer deutſcher Staaten zu der dem König von der Reichsverſammlung zugedachten Stellung fehle!“ Warum alſo nicht jetzt ſchon ſich entſchloſſen? „Mit Rückſicht auf die Wichtigkeit des Augenblicks?“ Man ſollte denken, die Wichtigkeit des Augenblicks ſollte zu ſchnellen kühnen Entſcheidungen begeiſtern — die preußiſche Regierung hält wichtige Augenblicke für geeignet, Friſten zu erbitten. Mit dieſem Verfahren iſt es nur übereinſtimmend, wenn die preußiſche Regierung, wie Herr Camphauſen in derſelben Note geſteht, zwar von Anfang an erwartet hat, daß Oeſterreich „in einen Bundesſtaat mit Repräſentativverfaſſung nicht eintreten werde,“ deſſen ungeachtet aber auf die Unterhandlungen mit Oeſterreich „mit der größten Befriedigung“ eingegangen iſt. Zur Unentſchiedenheit der That paßt freilich die Zweizüngigkeit des Wortes am beſten. Man möchte die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung dem Scheine nach anerkennen, (ſo wieder in dieſer Note: die Regierung erachte durch Oeſterreichs Weigerung einen Bundesſtaat um ſo weniger für ausgeſchloſſen, „als dieſe Ausnahme von der Reichsverſammlung in ihren Beſchlüſſen vorgeſehen iſt“) und ſich der Sache nach unabhängig von ihnen machen. Das Miniſterium Brandenburg mag das diplomatiſch finden, die Welt nennt es aber eine kleinliche Politik. Wohin ſie führt, welchen Dank ſie ſelbſt bei denen findet, derentwillen man ſie verfolgt, das beweiſt die neueſte öſterreichiſche Note an das preußiſche Kabinet — natürlich wer ſeinen eignen Werth nicht ſchätzt, wird von Andern verachtet. Und als die preußiſche Regierung von Oeſterreich ſich abhängig machte, da war es doch immer eine Großmacht, an die man ſich lehnte, jetzt aber, von Oeſterreich zurückgeſtoßen, von Hannover und Würtemberg ſich beſtimmen laſſen. —

Ein Troſt iſt noch in dieſer unglücklichen Lage! Wo die Freunde nicht helfen, da thun es die Feinde! Wie zur Rettung der deutſchen Einheit, kommen ſtets die öſterreichiſchen Noten. Der offene Hohn, mit dem die Reichsverſammlung behandelt wird „welche ein ideales Reich angeſtrebt“ und den Boden des Geſetzes verlaſſen habe, die Schamloſigkeit, mit der alle Thatſachen der Revolution verläugnet werden und der deutſche Bund als noch beſtehend hingeſtellt wird, iſt mehr als alles Andere geeignet, das deutſche Volk in ſeinen Beſtrebungen ausharren zu machen, ihm den Willen und die Kraft zu geben, alle Widerwärtigkeiten zu überwinden.

Die Rückkehrsordre, welche in der öſterreichiſchen Note enthalten iſt, ſcheint doch von den meiſten öſterreichiſchen Abgeordneten befolgt zu werden; zu den dreißig und einigen, die ſchon in der vorigen Sitzung ihren Austritt erklärt haben, ſind heute noch Viele hinzugekommen. Andere dagegen ſind entſchloſſen, bei der Verſammlung zu ſtehen, ſolange die Verſammlung beſteht. „Die öſterreichiſche Regierung,“ ſagte Hr. Giskra auf der Tribüne, „hat mir kein Mandat gegeben, ſie kann und darf mir mein Mandat nicht nehmen.“ Der Satz iſt ohne Zweifel richtig; ob aber dennoch nicht die öſterreichiſchen Abgeordneten verpflichtet wären auszutreten, iſt eine andere Frage. Nicht wegen des Befehls ihrer Regierung, ſondern wegen der Geſtaltung, welche die öſterreichiſch-deutſchen Verhältniſſe genommen haben, weil es ſich jetzt nicht mehr um einen, Oeſterreich mitumfaſſenden, deutſchen Bund, ſondern um einen Bundesſtaat ohne Oeſterreich handelt, iſt der Platz der Oeſterreicher nicht mehr in der Paulskirche. Doch wozu jetzt einen Streit erneuern, der auch nicht geſchlichtet ſchwerlich noch praktiſche Uebelſtände mit ſich führen wird, und deſſen Schlichtung alle deutſche Herzen ſchmerzlich berühren muß.

Der einzige von den auf der Tagesordnung ſtehenden Gegenſtänden, welcher eine Beſprechung hervorrief, war der Bericht des völkerrechtlichen Ausſchuſſes über zwei auf die italieniſche Frage ſich beziehende Anträge. Nauwerck hatte am 17. Novbr. auf Vorlage der auf die Verhandlungen wegen der öſterreichiſch-italieniſchen Frage bezüglichen Aktenſtücke angetragen; Eſterle hatte am 28. Nov. den Antrag geſtellt, durch das Miniſterium dahin zu wirken, daß in den lombardiſch-venetianiſchen Staaten der Militärherrſchaft ein Ende gemacht werde. Der Ausſchuß hatte bei beiden Anträgen Uebergang zur einfachen Tagesordnung vorgeſchlagen. Nauwerck beantragte heute als Amendement dazu, mit Aenderung ſeines urſprünglichen Antrags, daß die Reichsverſammlung das Miniſterium zur Abſendung ſtändiger Geſandten an die italieniſchen Staaten auffordern und das Recht der italieniſchen Nation auf Unabhängigkeit anerkenne. Der alte würdige Arndt machte als Berichterſtatter den ſehr richtigen Grundſatz geltend, daß ein Parlament nichts beſchließen ſolle, was es nicht ausführen könne, daß es einer Nation nicht gezieme, Erklärungen abzugeben, die keine praktiſche Bedeutung haben — vergebens, Herr Eſterle trug ſeine utopiſchen Allgemeinheiten ungeirrt vor. Die Reden des Berges über auswärtige Politik ſind in allen Ländern dieſelben; es gibt nichts prächtigeres, als die großartigen Ideen, welche dieſe Herren in Worten verfolgen. Gerade Italien hat aber jetzt ein Beiſpiel gegeben, wie ſie es bei den Worten bewenden laſſen, zu handeln aber nicht verſtehen. Herr Nauwerck trug dieſelben Gedanken vor, wie Herr Eſterle, ging dabei aber dem Miniſter-Präſidenten perſönlich zu Leibe, und machte ihm nicht undeutlich die Härte zum Vorwurf, mit der derſelbe früher einmal einen Ausdruck der Sympathie für die Italiener zurückgewieſen hatte. Was uns an der Erwiederung Gagern's auffiel, war der, wenn wir nicht irren, einer Palmerſton'ſchen Rede entlehnte Vorwand, unter dem er die Vorlage der die italieniſche Frage betreffenden Aktenſtücke ablehnte. Er meinte, da die früher beabſichtigten Verhandlungen über die italieniſche Frage jetzt lange beſeitigt ſeien, ſo wäre es reine Neugierde, nun noch die darauf bezüglichen Aktenſtücke einſehen zu wollen. Wie ſoll es denn aber ein unglückliches Parlament anfangen, die ihm doch auch in den auswärtigen Angelegenheiten zuſtehende Kontrolle des Miniſteriums auszuüben? Iſt die bezügliche Angelegenheit noch nicht abgethan, ſo heißt es: „ſchwebende Fragen öffentlich zu erörtern, iſt nachtheilig;“ ſchwebt die Frage nicht mehr, ſo heißt es: „nach abgethanenen Angelegenheiten frägt nur ein Neugieriger.“ Was Hr. v. Gagern ſonſt bemerkte, daß er, obgleich er für Italien die wärmſte Sympathie empfinde, ſie zum parlamentariſchen Beſchluß zu erheben, nicht für geeignet finde, daß er das Band mit Oeſterreich, wann es zerriſſen ſei, wieder anzuknüpfen bemüht ſein werde, können wir nur billigen. Daß das Haus die vom Ausſchuß vorgeſchlagene Tagesordnung annehmen würde, konnte von Anfang an keinem Zweifel unterliegen.

* **Frankfurt**, 19. April. Das Frankfurter Journal berichtet über die neueſten Berathungen des Dreißigerausſchuſſes, die zur Aufſtellung eines Majoritätsantrags geführt haben. Der Kierulff-Waitz'ſche Antrag (deſſen Faſſung wir unten mittheilen) erhielt die Mehrheit mit 15 gegen 14 Stimmen. Der kombinirte Antrag von Raveaux und Umbſcheiden erhielt 13 Stimmen gegen 16, der Antrag von Eiſenſtuck und Simon 8 Stimmen gegen 21. Der Antrag der Abgeordneten Reichenſperger und Detmold, die Beſchlußnahme bis zum Eingang der Erklärungen aller Regierungen auszuſetzen, erbielt nur die Stimmen ſeiner beiden Urheber.

Antrag der Abgeordneten Kierulff und Waitz:

„Die Reichsverſammlung erklärt in Uebereinſtimmung mit der Reichstagsdeputation, daß die Annahme der durch die verfaſſunggebende Reichsverſammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Verfaſſung vorausſetze. 2) Dir Reichsverſammlung beſchließt: dir preußiſchr Regirrung ſo wie die übrigen deutſchen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen und verkündigten Verfaſſung noch nicht erklärt haben, ſind aufzufordern, ihre Anerkennung nunmehr auszuſprechen — und erklär:, daß zugleich mit der Anerkennung der Verfaſſung ſeitens der preußiſchen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirkſamkeit tritt. 3) Die Reichsverſammlung beſchließt, die proviſoriſche Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Miteln zur Durchführung der Verfaſſung mitzuwirken. 4) Der erwählte Ausſchuß bleibt beſtehen, um je nach der Lage der Dinge weitere Maßnahmen vorzubereiten und der Reichsverſammlung vorzuſchlagen."

Antrag der Abgeordneten Raveaux und Umbſcheiden:

„Die Reichsverſammlung 1) genehmigt die von ihrer Deputation nach Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das preußiſche Miniſterium abgegebene Erklärung als der Lage der Sache vor Erlaſſung der Cirkularnote vom 3. April vollkommen angemeſſen 2) ſie erklärt unter gehöriger Berückſichtigung des Geſetzes vom 28 .Juni 1848 ſofort zur Verwirklichung dee Verfaſſung zu ſchreiten; 3) ſie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum erſten Reichstage in der Art auszuſchreiben, daß die Eröffnung deſſelben am 15. Juli d. J. ſtattfinden könne; 4) ſie beauftragt ferner die Centralgewalt, ſämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfaſſung beeidigen zu laſſen; 5) ſie beſchließt, einen Aufruf an das deutſche Volk zu erlaſſen, in welchem daſſelbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Reichsverſammlung endgültig feſtgeſtellten Verfaſſung feſtzuhalten; 6) ſie beauftragt endlich ihren Ausſchuß: a) mit dem Vorſchlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfaſſung nothwendig werden könnten; b) zu dem Ende nöthigenfalls in direktes Benehmen mit der Centralgewalt zu treten, und ſetzt ſchließlich die Sitzung am 24. d. M. feſt, in welcher über die Vorſchläge sub a weiter verhandelt werden ſoll."

*** **Frankfurt,** 19. April. Es iſt, nach zuverläſſigſten Mittheilungen aus Stuttgart, nicht zu beſorgen, daß die von Ollmütz ausgeſponnenen Fäden am Würtemberger Hofe zu feſten Ankertauen für die öſterreichiſchen Vereinbarungswünſche, d. h. für die Bundestagsreſtauration, werden. Im Gegentheil erhebt ſich, trotz aller Gegenbeſtrebungen, ganz Würtemberg wie ein Mann und tritt für die von der Reichsverſammlung geſchaffene Verfaſſung in die Schranken. Auch aus Sachſen lauten die Berichte freudiger und Hannover geht, wenn auch langſamer, doch eben ſo ſicher auf deutſcher Bahn vorwärts. Baiern zögert noch und beruft v. der Pfordten in's Miniſterium. Wir werden aber bald bedeutungsvolle Ereigniſſe in Baiern eintreten ſehen und es wird die Vorſpiegelnng, daß nur die anarchiſchgeſinnte Partei die Durchführung der Reichsverfaſſung wolle, die Augen des Volkes nicht lange mehr blenden. Thatſache iſt es, daß die Wähler mehrerer baieriſchen Abgeordneten ſich auf deren Anfrage dahin erklärt haben, ſie müßten ausharren. — Gebe nur der Himmel, daß bald eine der allgemeinen Hoffnung entſprechende letzte Antwort erfolgt. Der proviſoriſche Zuſtand liegt wie ein Alp auf Deutſchland und würden gar die nun ſo tief empfundenen Wünſche des deutſchen Volks getäuſcht, ſo würden die Folgen furchtbar ſein.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 19. April. Für die Nachrichten von eigenthümlichen Bewegungen am preußiſchen Hofe nannte unſere vorgeſtrige Korreſpondenz Herrn von Saucken als Quelle. Wir müſſen dieſen Irrthum berichtigen. Nicht Herr von Saucken hat jene Nachrichten hieher gebracht; ſie bildeten den Inhalt eines Briefes, deſſen Verfaſſer den politiſchen Hergängen in der preußiſchen Hauptſtadt ſehr nahe ſteht.

△ **Wien**, 15. April. Ich muß noch einmal auf Bauernfelds „Großjährig" mit ſeinem neuen Nachſpiel „ein neuer Menſch" zurückkommen, deſſen wiederholte Vorſtellungen die Räume des Burgtheaters überfüllten. Wer der Wiener Bevölkerung politiſch den Puls fühlen will, muß einer ſolchen Darſtellung beiwohnen. Zum Unglück ſind aber auch die radikalen Pfeile Bauernfelds nicht minder ſcharf und ſelbſt viel ſchärfer geſpitzt als die konſervativen. Der Beifall bei den freiſinnigen Stellen iſt ſo ſtürmiſch, daß es mich nicht wundern ſollte, das Stück wieder vom Repertoire verſchwinden zu ſehen, weil das Publikum einen ſo „böſen Geiſt" beurkundet. Als ich geſtern Abend das Theater verließ, hörte ich einen alten Militär ſagen: „Es iſt doch noch ſehr viel böſes Blut hier und ſehr wenig Enthuſiasmus für das Geſammtvaterland, ſonſt könnte man nicht ſo viel Aufhebens über das dumme deutſche Lied machen und hätte nicht grziſcht, als wir das ſchwarz-gelbe Band beklatſchen wollten."

Sehr viel Unmuth erregt hier die Art, mit welcher der Prozeß des Grafen Zichy, des ehemaligen durch die ſchmachvolle Kapitulation bekannten Kommandanten von Venedig, gehandhabt wurde. Man erwartete eine Beſtrafung und nun wird Graf Zichy einfach penſionirt! Ohne Zweifel wegen „berückſichtigungswerther Familienverhältniſſe", und doch hat uns ſeine Kopfloſigkeit mehr geſchadet, als das Talent ſo manches ſtummgemachten Schriftſtellers, der aber freilich der genannten Familienverhältniſſe ermangelte.

* **Wien**, 15. April. Im heutigen Lloyd wird dem Gerücht auf das Beſtimmteſte widerſprochen, daß eine Spaltung im Kabinet vorhanden ſei und zum Beweiſe der Richtigkeit dieſes Widerſpruchs angeführt, daß die letzten ſo wichtigen Maßregeln mit großer Einmüthigkeit im Miniſterium beſchloſſen worden. Im Laufe der verfloſſenen Woche wurden bei der hieſigen Sparkaſſe 80,772 fl. eingelegt, dagegen 95,266 fl. erhoben. Die Einrichtung der von Wien nach Berlin laufenden Telegraphenlinie, zum Gebrauch für Privatperſonen dürfte erſt im Herbſt zu Stande kommen. Dem Vernehmen nach ſoll ein Central-Ueberſetzungsbüreau errichtet werden und mit dem 1. Mai ſeine Wirkſamkeit beginnen. Daſſelbe ſoll gleich der Redaktion des „Allgemeinen Reichsgeſetzblattes" dem Juſtizminiſterium untergeordnet werden. In Gratz hat der Sieg der Schleswig-Holſteiner über die däniſchen Schiffe im Eckernförder Hafen die freudigſte Senſation erregt und liefert dieſelbe den deutlichſten Beweis, daß der deutſche Oeſterreicher doch noch ein Deutſcher iſt.

** **Berlin**, 17. April. Der von Herrn v. Gagern bei dem Gaſtmahl, welches der Deputation der Berliner Stadtbehörden zu Ehren veranſtaltet war, ausgebrachte Trinkſpruch auf „den Kaiſer Friedrich Wilhelm" hat hier um ſo wohlthuendern Eindruck gemacht, als das, was von der neuen Kommiſſion der Reichsverſammlung, von der Kaiſerkommiſſion hier verlautet — „Neuwahl", „Auffaſſung der Antwort vom 3. April als entſchiedene Ablehnung", „Vereidigung von Truppen", „Fünferregentſchaft als Vollziehungsausſchuß" — das drückende Gefühl erzeugt, als ob die Linke der Reichsverſammlung mit Hülfe der im geheimen Einverſtändniß mit dem Ollmützer Kabinet zurückbleibenden Oeſterreicher das Parlament zu Beſchlüſſen tyranniſch zwingen werde, welche einer gewiſſen Partei, die nur auf Einſetzung eines Vollziehungsausſchuſſes lauert, den erwünſchten erſehnten Vorwand böten.

** **Berlin**, 17. April. Vincke iſt zum Vorſitzenden der Kommiſſion für den Antrag von Rodbertus in Betreff der Reichsverfaſſung erwählt. Dies läßt mich hoffen, daß die Kommiſſion den Antrag desjenigen doktrinären und parteilichen Beiwerks entkleiden werde, welches ihm die Majorität in der Kammer wahrſcheinlich entziehen würde. Meine ſchon einmal in Ihrem Blatte ausgeſprochene Anſicht über den Antragſteller findet in dieſem Antrag einen neuen Beleg; ſeine patriotiſche Abſicht iſt kaum zu bezweifeln und ich freue mich, Hrn. Rodbertus dieſe nicht beſtritten zu haben. Seine mangelhafte Einſicht in das eigentliche Weſen der deutſchen Frage iſt aber hier wieder zu Tage gekommen. Das Miniſterium kann nichts dringender wünſchen, als wenn ſeine treuloſe und inkonſequente Politik in der deutſchen Sache dadurch vertuſcht wird, daß man auf den Rechtsſtreit über Vereinbarung und Souveränetät, den es zum Hohn der Januarnote in dem Cirkular vom 3. April wieder angeſchürt hat, eingeht und daß die patriotiſche Partei der Kammern die Souveränetät des Parlaments behauptet. Hr. Rodbertus hat den Miniſtern dieſen Gefallen gethan; er kommt immer auf den Einen Gedanken, welchem er ſein Portefeuille geopfert hat. Nichts kann verderblicher ſein, als in dieſem Augenblick die Kammer aufzufordern, ſie möge in einer Reſolution die Souveränetät des Parlaments ausſprechen. Glauben Sie nun etwa nicht, daß ich es gern ſähe, wenn der Rodbertus'ſche Antrag verworfen würde. Meine Hoffnung geht vielmehr dahin, daß er in folgender Weiſe modifizirt wird. Die Rechtsfrage bleibt ganz außer dem Spiel. Dagegen wird die Kammer aufgefordert, ihren Willen dahin aus-

zuſprechen, daß die deutſche Reichsverfaſſung von Preußen unbedingt angenommen werde. Hier hätten wir die Ausſicht, daß vielleicht $^{2}/_{3}$, wenn nicht eine größere Mehrheit der Kammer den Antrag annähme. Wenn daher dem Antragſteller wirklich das Vaterland und die verkündigte Reichsverfaſſung die Hauptſache ſind, dann, däucht mir, wird Herr Rodbertus und ſeine Partei nicht an dem doktrinären Wortlaut des Antrags feſthalten, ſondern der Sache wegen in eine Aenderung der Faſſung willigen.

Berlin, 16. April. Eine neue preußiſche Note vom 13., welche als Antwort auf die öſterreichiſche Note vom 8. d. M. erfolgte, hat dem Kabinet von Olmütz in den klarſten und unumwundenſten Ausdrücken erklärt, daß die preußiſche Regierung ſich durch das Widerſtreben der öſterreichiſchen in keinerlei Weiſe werde beirren laſſen, das Zuſtandekommen eines einheitlichen deutſchen Bundesſtaates auf das Schleunigſte und Kräftigſte zu fördern, und daß ſie das ſo in Vereinbarung mit den deutſchen Fürſten zu Stande gebrachte Werk nach allen Seiten hin mit Nachdruck zu vertreten und zu ſchirmen feſt entſchloſſen ſei. (K.Z.)

Berlin, 16. April. Wie im vorigen Jahre bei ähnlichem Anlaſſe, iſt an den Ober-Kommandirenden der deutſchen Truppen in Schleswig der Befehl erlaſſen worden, ſich jeden Einrückens in Jütland zu enthalten. (!) Alſo abermals ſpielt ein unglückſeliger fremder Einfluß eine bedauerliche Rolle und hemmt dadurch einen ehrenvollen Friedensſchluß, wie ihn der deutſche Waffenruhm zu fordern wohl berechtigt iſt! Nicht umſonſt dürfen ſo viele Menſchenleben geopfert werden. (Köln. Z.)

△ **Berlin**, 17. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurden die einzelnen Paragraphen des Verſammlungs- und Vereinigungsrechts berathen. Gegen den erſten Paragraphen des Regierungsentwurfes: „Vereine und Verſammlungen, welche ſtrafbare Zwecke verfolgen, oder zur Erreichung erlaubter Zwecke ſich verbrecheriſcher Mittel bedienen, ſind verboten und unterliegen der geſetzlichen Ahndung" hatten ſich ſämmtliche Abtheilungen ausgeſprochen. Er ward ohne Berathung verworfen. Die Kammer ging ſogleich zum zweiten Paragraphen über, der im Regierungsentwurfe folgendermaßen lautete: „Von allen Verſammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder berathen werden ſollen, hat der Vorſteher, Unternehmer, Ordner, Leiter oder der Inhaber des Verſammlungslokals, mindeſtens 24 Stunden vor dem Beginne der Verſammlung, unter Angabe des Orts und der Zeit derſelben, Anzeige bei der Ortspolizei-Behörde zu machen, welche darüber ſofort eine Beſcheinigung ertheilt. Die Berufung einer ſolchen Verſammlung darf weder unter einem falſchen, noch unter einem Geſammt-Namen geſchehen."

Auch dieſer Paragraph hatte in der Verſammlung, wie ſchon in den Abtheilungen, harte Anfechtungen zu erleiden. Elkemann nannte die Märzgeſetze des Miniſteriums überzuckertes Gift. Camphauſen ſprach für den Entwurf. Er meinte, wenn auch durch die polizeiliche Anzeige zuweilen eine Verzögerung der Verſammlungen eintreten ſollte, ſo dürfte dieſe Verzögerung für die Beſchlüſſe, die dann nicht übereilt werden können, doch nur vortheilhaft ſein. Phillips dagegen berief ſich auf einen Ausſpruch des früheren Miniſter Camphauſens über das freie Verſammlungsrecht: „Wie wolle man das Volk anders heranbilden, wenn man ihm nicht das Verſammlungsrecht in dem Maße geſtatte, wie es England beſitze."

Riedel warf der Linken vor, ſie wolle der Polizei ſo viel wie möglich verheimlichen. Er forderte Wahrheit und Offenheit auch von der Polizei. Sie ſolle nicht als Spion im Finſtern ſchleichen. Waldeck bemerkte, durch Zulaſſung der Polizei entſtehe die Möglichkeit einer Auflöſung der Verſammlung und auf dieſe Weiſe werden die letzten Märzerrungenſchaften vernichtet. Das Verſammlungsrecht, meinte er, beruht auf dem Rechte zu gehen und auf dem Rechte zu ſprechen. Eine eigenthümlich einfache Weiſe die Sache zu betrachten, welche nicht verfehlte, Heiterkeit hervorzubringen. In einer Abhandlung des Herrn v. Kamptz wird jedoch das Recht zu reiſen nicht zu den Menſchenrechten gezählt (Heiterkeit), ſondern von der Anerkennung des Staats abhängig gemacht. Man kommt, wenn man dergleichen der Polizei zuerkennt, über Menſchenrechte entſcheidende Urtheile zu fällen, in die Konſequenz, die geſtern Herr Stiehl machte, in der er dem Staate das Recht zuſchrieb, allein frei zu ſein, in die Konſequenz, die ein geiſtreicher konſervativer Schriftſteller in Frankreich aufſtellte, Emil v. Girardin, in der Preſſe, daß es nämlich am beſten wäre, man ſperrte zwei Drittel der Staatsangehörigen ein, um das übrige Drittel zu beruhigen.

Nachdem noch der Berichterſtatter, Scharrer, ſich gegen den „Vorwurf" vertheidigt hatte, er ſei Mitglied des Vorparlamentes geweſen, ward zu den Abſtimmungen geſchritten. (Wir haben das Ergebniß bereits geſtern mitgetheilt.)

‡ **Berlin**, 17. April. Ungewißheit und Unbehaglichkeit lagert auf allen Gemüthern. Die Antwort des Königs iſt allerdings im Sinne mancher Parteien ausgefallen, die in den öſtlichen Provinzen namentlich immer noch einen bedeutenden Einfluß üben. Die Junker lächeln mit heimlicher Genugthuung, daß die bürgerliche Deputation im Ritterſaale ſo wenig gnädig empfangen iſt. Die meiſten höheren Beamten haben von Frankfurt ja immer geſagt: Was kann von Nazareth Gutes kommen? und der patriotiſche Verein, eine mildere Form der Preußenvereine, wo die Beamten ein großes Gewicht haben, hat dem Miniſterpräſidenten ſogar ausdrücklich ſeine Befriedigung mit der königlichen Antwort erklärt. Trotz der wiederholten Niederlagen in der Kammer ſcheint das Miniſterium entſchloſſen, nicht von ſeinem Platze zu weichen. Aufrichtige Anhänger zählt es ſelbſt auf der rechten Seite der zweiten Kammer äußerſt wenige. Jeder fühlt, daß namentlich die deutſche Sache nicht in ihren Händen ſein ſollte; aber wie ſie los werden? wie ſie erſetzen? Vincke hält ſich ziemlich entfernt von ſeiner Partei. Er war neulich nicht zu bewegen, ſich mit dem Kirchmannſchen Antrage zu vereinigen. Die unſelige Zerriſſenheit in der zweiten Kammer erſchwert gemeinſchaftliches Handeln ſelbſt da, wo das Ziel ein gemeinſchaftliches iſt. Rodbertus hat in ſeinen Antrag leider die leidige Souveränetätsfrage wieder eingemiſcht.

Die Kommiſſion, welcher der Rodbertus'ſche Dringlichkeitsantrag zur Prüfung überwieſen worden, hat ſich in ihrer geſtrigen Sitzung mit 12 gegen 7 Stimmen gegen die Dringlichkeit entſchieden, ihren Beſchluß jedoch dahin motivirt, daß ſie erſt das Ultimatum der deutſchen Regierungen in Betreff der Reichsverfaſſung, für deren Annahme übrigens die Kommiſſion iſt, abwarten zu müſſen glaubte. Hoffen und Harren, ſagt ein altes gutes Sprichwort, macht Manchen zum Narren. Auch an der Erbitterung der Parteien trägt der Fortbeſtand des Miniſteriums die meiſte Schuld. Es iſt gewiß ſehr wahr, wenn die Spenerſche Zeitung bemerkt: Daß ein baldiger Miniſterwechſel ſtattfinden muß, unterliegt wohl keinem Zweifel; denn ſo lange das gegenwärtige Miniſterium am Ruder bleibt, wird von keiner Annäherung der verſchiedenen Parteien die Rede ſein. Je länger aber die jetzige unnatürliche Parteiſtellung in den Kammern beſteht, je tiefer wird die Kluft, welche die verſchiedenen Seiten des Hauſes von einander ſcheidet; je größer iſt die Gefahr, daß die extremen Parteien die gemäßigten Mitglieder in den Strudel wilder Leidenſchaft und Unbeſonnenheit hinüberziehen.

Gebe Gott, daß in der Frankfurter Verſammlung Beſonnenheit und Mäßigung die Oberhand behalten, daß ſie ſich nicht auf irgend eine Weiſe bei dem beſonnenen Theile des Volkes diskreditirt, und durch ihre Maßregeln das Einſchreiten der Regierungen herausfordert und gewiſſermaßen rechtfertigt. Bewahrt die Reichsverſammlung ihre ruhige Würde, ſo iſt es mir nicht bange, daß die Annahme der Reichsverfaſſung ſich allen deutſchen Staaten aufdrängt. Um des Himmelswillen kein Vollziehungsausſchuß und andere Thorheiten; es iſt ſehr wahr bemerkt, das Volk ſelbſt würde den beſten Vollziehungsausſchuß abgeben. Die öſterreichiſche Note hat uns ein Biſchen friſch gemacht. Im Zorn darüber können alle Parteien ſich vereinigen. Man will über die öſterreichiſche Politik Folgendes wiſſen:

Das Kabinet von Ollmütz drang bei Preußen auf Auflöſung der deutſchen Reichsverſammlung, ein Akt, den Preußen jedoch, bei der Lage der eigenen innern Verhältniſſe, nicht übernehmen konnte und mochte. In Folge deſſen wußte die öſterreichiſche Politik Rußland in ihr Intereſſe zu ziehen, und es iſt zwiſchen Rußland und Oeſterreich ein Vertrag zu Stande gekommen, welcher, außer der gegenſeitigen Hülfsleiſtung im Kriege, Oeſterreich ganz Oberitalien bis an den Kirchenſtaat und Rußland einen Theil Galiziens und derjenigen Länderſtrecken, die es im Südoſten zu ſeiner Arrondirung für nothwendig erachtet, garantirt. Die Kenntnißnahme dieſer Coalition ſoll hier an betreffender Stelle die größte Entrüſtung und die Abſicht, ihr energiſch entgegenzutreten, hervorgerufen haben.

Daß der König über die letzte Note ſehr erzürnt iſt — und wer wollte das dem Nachfolger Friedrichs des Großen verdenken? — wird allgemein erzählt. Das Gerücht, der König wolle abdanken, erhält ſich zwar; ich glaube aus einigen Anzeichen ſchließen zu können, daß nichts daran iſt. Die Miniſter — man muß immer darauf zurückkommen, verſtehen es doch gar zu wenig, auch nur einen gewiſſen konſtitutionellen Schein zu bewahren. Der Juſtizminiſter war in der zweiten Kammer gar nicht angemeldet. Dies ward, vielleicht zu ſpitz und heftig, von der Linken gerügt. Was geſchieht? Der Miniſterpräſident ſchreibt an den Präſidenten der zweiten Kammer, aber bloß, um auf den Staatsanzeiger zu verweiſen. Der Präſident der erſten Kammer, Hr. v. Auerswald, hat ſich beim Miniſter des Innern über Hrn. Hinckeldey, den Polizeipräſidenten beklagt, der ihm Konſtabler in die Kammer ſchicken, oder ihn für alle Taſchendiebſtähle, die dort auf den Tribünen vorgingen, verantwortlich machen wollte. Unter den Tagesneuigkeiten vernimmt man eine ſehr traurige. Bei Gelegenheit der Ankunft der Frankfurter Kaiſerdeputation ward der Profeſſor Neander, ein Sohn des bekannten Biſchofs Neander, mit dem Studioſus Brandt in einen Streit verwickelt, der geſtern durch Zweikampf ausgeglichen werden ſollte. Das Ergebniß war ein ſehr blutiges. Neander, ſo heißt es, iſt in Folge der erhaltenen Wunde ſofort geſtorben und Brandt hat eine gefährliche Verletzung davon getragen.

.*. **Köln**, 17. April. Nachdem in den letzten Tagen bedeutende Durchzüge naſſauiſcher Truppen, welche mit den oberrheiniſchen Dampfbooten hier anlangten, Statt gefunden hatten, iſt auch heute Nachmittag der Herzog Adolph von Naſſau in Begleitung mehrerer Ober-Offiziere, Adjutanten, Hofchargen ꝛc. mit dem Dampfboote „Elberfeld" auf der Durchreiſe nach Schleswig-Holſtein hier eingetroffen.

** **Stuttgart**, 18. April. Man iſt außerordentlich geſpannt auf die Entſchließungen unſerer Regierung in der deutſchen Verfaſſungsfrage. Außer Römer iſt auch unſer Bevollmächtigter bei der Centralgewalt hierher berufen worden; es kann nur erfreulich ſein, wenn auch Hr. v. Sternenfels ſein Gewicht in die Wagſchale legt. Daß er ſo entſchieden als nur möglich für die Reichsverſammlung geſinnt iſt, iſt bekannt. Ueber den Gang der Berathungen zwiſchen dem König und ſeinen Räthen wird zwar im Publikum viel geſprochen, aber Gewiſſes weiß man denn doch nicht. Allgemein erzählt man ſich, daß der König, der beſtimmten Anſicht ſeiner Miniſter entgegen, ſich noch ſträube, daß letztere aber entſchieden beharren und ihr Abtreten ſogleich die Folge ihres Unterliegens wäre. Wie dem nun ſei, eine unterwerfende Erklärung der Regierung ſcheint jedenfalls zur Stunde noch nicht durchgedrungen zu ſein; denn ſicher wäre man, wenn eine ſolche zu Gebot geſtanden, der heutigen Demonſtration zuvorgekommen. Dieſe, die von den ſtädtiſchen Kollegien einberufene Volksverſammlung fand um 11 Uhr auf dem Marktplatz Statt. Sie lieferte ein äußerſt bedeutendes moraliſches Reſultat, das nicht ohne Folgen ſein wird. Wir finden die Bedeutung nicht allein in dem Umfang der Verſammlung (ich höre von ſolchen, die auf dem Rathhaus die Zahl der Verſammelten ſchätzten, dieſe auf 7000 angeben) ſondern in ihrer Zuſammenſetzung und Haltung. Es war nicht die unreife Jugend, welche vorherrſchte, ſondern zum weitaus größten Theil Männer. Die Einleitung der Sache, der Gang der Verhandlungen war äußerſt würdig: kein Wort der Redner verletzte anders Denkende. Im Namen der ſtädtiſchen Behörden beantragte der Stadtſchultheiß Gutbrod die von der Verſammlung zu gebende Erklärung. Sie lautet: „Die Unterzeichneten erklären: 1) „an der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen und verkündigten Reichs-Verfaſſung mit dem Reichswahlgeſetz, als einem untrennbaren Ganzen, unverbrüchlich feſtzuhalten; 2) ſie erwarten, daß alle Fürſten ſowohl als Volksſtämme Deutſchlands ſich derſelben rückhaltslos unterwerfen, ſie ins Leben führen und aufrecht erhalten; 3) ſie hegen insbeſondere zu unſerer Regierung das Vertrauen, daß ſie, treu ihrer wiederholt gegebenen Zuſage, die Anerkennung der Reichsverfaſſung ausſprechen und mit aller Feſtigkeit für ihre ſchleunige Einführung wirken werde." Zwei Redner unterſtützten ſie: der neugewählte Abgeordnete des Landamts, Hölder, vom Volksverein und Prof. Seeger (nicht der Stadtdirektor und Abgeordnete) vom vaterländiſchen Verein. Hölder's männliche Worte fanden ungemeinen Anklang; auch Seeger fand vielſeitigen Beifall. Ihre Reden, beide freiſinnig, beide patriotiſch, riefen keinerlei Polemik hervor, und der Stadtſchultheiß konnte nun die Verſammlung auffordern, ihrerſeits ihren Willen kundzuthun, durch Unterſchrift der Erklärung. Dieß geſchah in echt engliſcher Art zum erſten Male in unſerer Stadt. Auf dem Verſammlungsplatz waren ein Dutzend Tiſche unter Aufſicht der Stadtrathsmitglieder aufgeſtellt und alſobald begann hier die Unterzeichnung. In kurzer Zeit waren bereits Tauſende von Unterſchriften beiſammen. Ein Hoch des Stadtſchultheißen auf das deutſche Vaterland ſchloß die Verſammlung. Bereits iſt in Eßlingen, auf die ganz gleiche Weiſe, angeregt von den zwei dortigen politiſchen Vereinen, eingeleitet vom Stadtrathe, auf künftigen Sonntag eine Volksverſammlung einberufen. Erklärungen der Volks- wie der vaterländiſchen Vereine ſprechen ſich im gleichen Sinne aus. Auch der Landesausſchuß hat ſich für die Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung ausgeſprochen. Die würtembergiſche Regierung wird über den Willen ihres Volks nicht im Unklaren gelaſſen werden.

Braunſchweig, 12. April. In einer Verſammlung der ſtädtiſchen Behörden, Magiſtrat und Stadtverordneten, wurde einſtimmig beſchloſſen, dem Reichsminiſterpräſidenten Heinrich v. Gagern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Braunſchweig zu verleihen. (D. Rz.)

§§ Schleswig-Holſtein, 16. April. Ueber die bei Düppel ſtattgefundene Schlacht und Erſtürmung der dortigen Schanzen, können wir nunmehr folgenden zuverläſſigen, zum größten Theil von höheren Offizieren entlehnten Bericht liefern.

Am 12. d. Mittags fand unter den Führern der baieriſchen und ſächſiſchen Brigaden ein Kriegsrath ſtatt, in welchem der am andern Morgen früh zu unternehmende Angriff und Sturm auf die ſtark verſchanzten Höhen von Düppel berathen wurde. Die Höhen von Düppel dehnen ſich von der nordöſtlichen Seite längs der Küſte der Alſenerförde bis zum Kirchdorfe Nübel aus und liegen nicht nur am Waſſer, welches zwiſchen dem Sundewitt und der Inſel Alſen iſt, ſondern beherrſchen auch die Inſel gänzlich, da ſie höher als die höchſten Punkte auf derſelben ſind. Von der ſüdweſtlichen Seite lehnt ſich an ſie die Landſtraße nach Gravenſtein, Atzbüll und dem ganzen Sundewitt. Während des Waffenſtillſtandes haben die Dänen ſtatt der bisher das Feſtland mit der Inſel verbindenden Fähre, eine Schiffbrücke hinüber geſchlagen, und ſie mit einem ſtarken Brückenkopf jenſeits der Brücke verſehen. Es iſt dieſe Stellung, an welche ſich noch hinter der Brücke das ſtark befeſtigte Sonderburg anſchließt, allgemein für eine faſt uneinnehmbare gehalten worden.

Schon in der Nacht vom 12. auf den 13. d. koncentrirten ſich die Baiern, 5000 Mann ſtark, rückten von Surgbeck, Satrup und Stauberupp ſüdlich auf der nach Sonderburg führenden Straße; die Sachſen mit einigen kurheſſiſchen Bataillonen, etwa 6000 Mann, rückten von Atzbüll, Sundegaard und Nübel herbei; als beide Brigaden ſich in der Umgegend von Rackebüll (von wo aus die Schanzen ſchon ſichtbar ſind) vereinigten, ſtellten ſie ſich in vollſtändiger Schlachtordnung auf. Die Baiern unter v. der Tann, von welchem wegen ſeiner genauen Kenntniß des Terrains aus dem vorjährigen Feldzuge der ganze Plan gemacht war, bildeten die Avantgarde und den linken Flügel, die Sachſen und Kurheſſen unter Anführung des Prinzen Albert von Sachſen den rechten Flügel, das Centrum wurde aus 9 Batterien Artillerie der verſchiedenſten Contingente unter Deckung bairiſcher leichter Kavallerie gebildet; als Reſerve war ein Bataillon Hannoveraner aufgeſtellt. Die Baiern rückten zuerſt in ſtillem aber ſchnellem Schritte vor, und es gelang ihnen, die feindlichen Schildwachen und Vorpoſten mit dem Bajonette niederzumachen, worauf ſie bis gegen die Höhen von Düppel vordrangen. Hier eröffnete der Feind plötzlich ſowohl von ſeinen Schanzen, welche mit 36 groben Geſchützen beſetzt waren, wie aus den auf beiden Seiten der Brücke ſtationirten Kanonenböten ein furchtbares Kartätſchenfeuer, das die Baiern zum Rückzuge zwang. Sogleich erwiederte unſere Artillerie das Feuer mit vielem Nachdruck, und die Baiern verſuchten unter dem Schutze derſelben einen zweiten Angriff mit dem Bajonett, mußten aber wiederum, um die Leute nicht zu ſehr bloßzuſtellen, eine rückgängige Bewegung machen. Jetzt warfen die Dänen aus ihren Schanzen 3 Bataillone zu einem Ausfall, um die Baiern zu verfolgen, aber 2 kurheſſiſche Bataillone fielen ihnen in die Flanke, griffen ſie mit dem Bajonett mit ſolcher Heftigkeit an, daß ein Theil ſogleich zurückgeworfen und ein anderer, etwa 500 Mann, abgeſchnitten und zu Gefangenen gemacht wurde. Sogleich drangen auch die Sachſen

und Baiern, dieſe Gelegenheit benutzend, mit Schnelligkeit vor, und ihren tapfern Tann an der Spitze, gelang es ihnen, aber nicht ohne beträchtlichen Verluſt, die Schanzen mit Sturm zu nehmen und die Dänen bis hinter den Brückenkopf zurückzudrängen, worauf die Schanzen von unſerer Artillerie, Sachſen und Baiern, ſtark beſetzt wurden. Nach kurzer Zeit verſuchten die Dänen die Unſrigen durch einen Sturmangriff aus der eingenommenen Stellung zu drängen, wurden aber mit ungeheuerem Verluſt zurückgeſchlagen, wobei 2 Kompagnien von ihnen von der Brücke herab ins Waſſer geworfen wurden und zum großen Theil dort ihren Tod fanden. Die Brücke iſt ſpäter von den Dänen geſprengt, eine große Maſſe Häuſer, die Rübeler und Düppler Mühle in Brand geſchoſſen worden. Die Dänen beſitzen den Brückenkopf, während wir die ganzen Höhen eingenommen haben, wo ſehr eifrig an den Verſchanzungen gearbeitet wird. Ueber die Zahl der Gefallenen läßt ſich mit nur einiger Beſtimmtheit nichts ſagen; nur ſo viel können wir als ziemlich ſicher angeben, daß 9 bairiſche Offiziere, 5 ſtark und 4 leicht verwundet ſind, ebenſo 5 kurheſſiſche Offiziere leicht verwundet. Unter erſteren befindet ſich der tapfere Hauptmann Aldoſſer, welcher eine Schenkelwunde davon getragen hat. Auch v. d. Tann, der immer an der Spitze ſtand, hat eine kleine Verwundung erhalten. Man kann wohl 100 bis 150 Todte und 3 bis 400 Verwundete von unſerer Seite nach mäßigem Anſchlag rechnen. Der Verluſt des Feindes muß wenigſtens das Doppelte überſteigen.

Altona, 16. April, Morgens. Der heutige Morgenzug meldet uns, daß bei Einnahme der Düppeler Schanze 5 kurheſſiſche und 9 baieriſche Offiziere verwundet worden ſind. Die Zahl der Todten und ſchwer Verwundeten beläuft ſich auf 126 Mann. Die Dänen hatten bis jetzt den Brückenkopf bei Düppel noch inne. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 14. April. Der „Globe," das bekannte Sprachrohr Lord Palmerſtons, läßt ſich in rühmlicher Weiſe angelegen ſein, die Beſtrebungen der Deutſchen, zu einer Reichseinheit zu gelangen, gegen die Kritteleien und Verunglimpfungen des toryſtiſchen „Quarterly Review" in Schutz zu nehmen, wie überhaupt gegen diejenige Partei, „bei welcher" wie der „Globe" ſich ausdrückt, „es feſte Maxime geworden iſt, daß ſelbſt ein ungeheurer Nationalgewinn die geringſte Verletzung, welche einer regierenden Familie wiederführe, nicht wieder gut machen könne." Eine Stelle in dieſem Artikel heißt: „Die Bildung eines einheitlichen Deutſchlands neben einem einheitlichen Frankreich wird Europa ein ausgezeichnet konſervatives Element zuführen," und eine andere: „wenn der alte Bundestag, dies Ideal organiſirter Ohnmacht, wieder ins Leben gerufen würde, um einen deutſchen Kaiſer zu wählen, ſo würde ſich in ſeinem Schooße eine bedeutende Stimmenmehrheit dahin ausſprechen, daß das erbliche Kaiſerthum Preußen zu übertragen ſei." Freilich, meint der Globe, es habe einmal eine Zeit gegeben, wo Oxenſtiern und Mazarin damit überaus zufrieden geweſen, ein Volk zum Nachbarn zu haben, welches ſich Pommern und Elſaß durch die Finger ſchlüpfen ließ!

Aus dieſen und andern Artikeln geht deutlich hervor, daß ein einiges deutſches Reich ſich auf den Beifall und die Unterſtützung der gegenwärtigen Whigregierung Rechnung machen kann, und obſchon man auch bei uns mit der mehr abwartenden Haltung Palmerſtons nicht immer vollkommen zufrieden ſein mag, ſo iſt doch zu bedenken, daß er auf die entgegengeſetzten Wünſche und Anſichten ſehr mächtiger Parteien Rückſicht zu nehmen hat, daß er ſich dadurch genöthigt ſieht, mehr Hemmendes zu beſeitigen, als aktiv für uns zu wirken, und daß wir viel ſchlimmer daran ſein würden, wenn die Whigs durch die Tories vom Ruder verdrängt, oder die auswärtigen Angelegenheiten ſtatt von Palmerſton von einem Politiker des Morning Chronicle geleitet würden. Predigt doch das politiſche M. Chronicle täglich, daß der Bundestag, welchen das Organ Palmerſtons „das Ideal organiſirter Impotenz" nennt, eine ſehr würdige Aufgabe würdig durchgeführt habe, und daß Deutſchland überhaupt nur gedeihen könne, wenn es ſich dieſes treffliche Inſtitut von neuem auf ſeine geduldigen Schultern lade.

Leider jedoch ſteht das jetzige Kabinet nicht ſo feſt, daß es außer aller Gefahr wäre. Es wird von den verſchiedenſten Parteien und auch vom Lande nur als ein nothwendiges Uebel geduldet, von welchem man ſich im erſten günſtigen Augenblick, wo es ohne Gefahr für den Geſammtorganismus geſchehen kann, zu befreien ſucht. Nicht ohne Bedeutung iſt auch die ſeit einiger Zeit veränderte Sprache der Times, die nicht mehr blos den Miniſter des Auswärtigen angreift, ſondern auch überhaupt an dem Kabinet und ſeinem Premier hin und her mäkelt. Sie ſagt in einem ihrer jüngſten leitenden Artikel: „Es macht ſich der Eindruck geltend, daß die Staatsmänner, welche jetzt am Ruder ſitzen, nicht die Partei oder die Männer mehr ſind, welche ſie vor Zeiten waren. Es hat ſeine Schwierigkeit, in ihnen die hiſtoriſchen Whigs oder diejenigen großen Männer wieder zu finden, welche unter Wilhelm IV. Großbritannien regierten und ſeine Staatseinrichtungen reformirten. Daß ſie die ihnen eigenthümlichſten Tugenden verloren haben, oder nicht mehr in ihrer früheren Geſtalt beſitzen, iſt eine ſo allgemeine Anſicht, daß keiner ihrer früheren Gegner deshalb der Inkonſequenz geziehen wird, weil er ihnen jetzt zufällig ſeine Unterſtützung gewährt. Die entſchiedenſten Konſervativen ſtimmen ganz gemüthlich mit den Miniſtern, ohne daß ſie ſelbſt oder ihre Freunde davon überraſcht ſind. Man vernimmt von jeder Seite: Wie ruhig die Whigs ſind! wie konſervativ! wie vorſichtig! wie ſchüchtern! wie gemäßigt! wie abwägend! wie ariſtokratiſch! wie verſchieden von dem, was ſie pflegten zu ſein! wie genau ſo, wie ſie ſein müſſen! Und wenn man hierzu noch die allgemeine Ueberzeugung fügt, daß, wenn die Konſervativen vergangenen April in der Regierung und die Whigs außer ihr geweſen wären, bei der Unvolksthümlichkeit der einen und dem faktiöſen Treiben der andern Partei, wir ohne Zweifel eine Revolution gehabt hätten, ſo entſcheidet ſich die Stimmung ſofort zu Gunſten der Whigs."

Ja, meint die Times, Ruhe ſei ein ſchönes Ding, und man müſſe der Regierung für ſie dankbar ſein, aber ſie ſei doch nur ein ſehr negatives Glück; mit der Ruhe allein könne man nicht der vielen Schwierigkeiten Herr werden. Nun ſcheine es aber, daß die Regierung mit ihren organiſchen Maßregeln zu Ende, daß ihr Köcher geleert ſei. Ihr letzter Pfeil ſei die Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze geweſen, aber ſchon in der vorigen Seſſion habe man ihn herausgezogen, dann wieder eingeſteckt, diesmal wieder herausgezogen, auf den Bogen gelegt, aber noch immer nicht abgeſchoſſen, wie es denn auch keineswegs gewiß ſei, daß man ihn abſchießen werde. Wie ſtehe es aber mit den übrigen miniſteriellen Maßregeln, z. B. der iriſchen Hilfsarmenſteuer? Dieſe ſei nur eine temporäre Maßregel für zwei Jahre, aber kein Fortſchritt, keine Reform, kein Wiederaufbau, keine Grundlage für etwas Beſſeres, ſie ſei nur eine Summe mit Zahlen in den Sand geſchrieben, welche die nächſte Welle wieder wegwaſchen werde. Die Times fährt fort: „Wenn Lord John ſeinen Charakter und ſein Amt nicht durch eine entſchiedenere, poſitivere und organiſchere Politik wieder zu Anſehen bringt, wie kann er ſich an der Spitze der Angelegenheiten halten? Wir brauchen einen, der ſeiner ſelbſt Herr iſt, um uns zu regieren, aber keinen Diener; einen, der die Staatsgötzen zerbricht, nicht aber vor ihnen niederfällt und ſie anbetet. Aber es iſt Sr. Lordſchaft Schickſal, überall gemeiſtert zu ſein." Eben ſo hart urtheilt die Times über Palmerſton: „Ueberall die Hände im Spiel zu haben, aber nichts zu thun; anzufeuern, ohne Unterſtützung zu gewähren; ſich einzumiſchen, ohne doch den Frieden herzuſtellen; uns jeder Partei gleich gehäſſig zu machen, das iſt eine Politik, zu der ſich keine andere Regierung in Europa verſtehen würde." Es heiße gewagt, meint die Times, nach vierzehntägigen Oſterferien ſo wieder vor das Parlament treten zu wollen. Sollte Lord John noch wagen zu hoffen, ſo würde er unfehlbar bedeutend mehr Energie in ſeiner Politik entwickeln oder ſich auf eine noch minder angenehme Altrrnative gefaßt machen müſſen.

* **London**, 17. April. Das Unterhaus iſt geſtern nach den Oſterferien zum erſten Mal wieder zuſammengetreten. Hr. Scott ſtellte einen Antrag auf Ernennung eines Ausſchuſſes zur Prüfung der politiſchen und finanziellen Verhältniſſe zwiſchen Großbritannien und ſeinen ſämmtlichen auswärtigen Beſitzungen, zu dem Zweck, die „Ausgaben aus dem Staatsſchatz zu verringern und die Kolonien mehr ihrer eigenen Geſetzgebung und Selbſtverwaltung zu überlaſſen." Hr. Hawes, der Kolonialſekretär, wies in einer geſchickten Vertheidigung nach, wie von 43 Kolonien bereits 27 ihre eigene Repräſentativverfaſſung hätten oder bekommen ſollten und wie das Kolonialminiſterium wegen mancher Maßregeln angeklagt und verfolgt würde, die doch eigentlich dem Parlamente ſelbſt zur Laſt fielen. Schließlich wurde der Antrag mit 81 gegen 34 Stimmen verworfen.

Frankreich.

* **Paris**, 17. April. Die Nationalverſammlung hat in der geſtrigen Nachtſitzung den 1. Art. des Geſetzes, welcher die In-

tervention in den römiſchen Staaten gut heißt, mit einer Majorität von 112 Stimmen angenommen. Odilon Barrot erklärte, daß der Zweck der Intervention die Wiedereinſetzung des Papſtes, zugleich aber auch der Schutz der italieniſchen Freiheit vor den Oeſterreichern ſei. Lamoriciere verſicherte, die Oeſterreicher ſeien ſchon in Florenz, Bologna und Ferrara. Der 2. Art. (der den geforderten Kredit unter die verſchiedenen Militäretats vertheilt) wurde durch Aufſtehen angenommen. Als über das ganze Geſetz abgeſtimmt werden ſollte, verließ der Berg, der von der Wiedereinſetzung des Papſtes nichts wiſſen wollte, auf den Ruf Schölchers: ite, missa est: den Saal, und machte die Verſammlung beſchlußunfähig. (Wir geben das Ausführliche dieſer Sitzung nachträglich.)

In der heutigen Sitzung nahm die Verſammlung zuerſt mit 388 gegen 161 Stimmen den ganzen Geſetzentwurf an, und ging dann zur Berathung über das Budget des Miniſteriums der Finanzen über, welche nichts bemerkenswerthes darbot.

Die geſtern gegebene Nachricht, daß die nach Civitavecchia beſtimmte Flotte am 14. bereits abgegangen ſei, wird heute dahin berichtigt, daß Alles zur Abfahrt bereit gehalten würde, (la flotte n'a pas mis à la voile, elle est sous voile,) bis der Telegraph den Beſchluß der Nationalverſammlung über die miniſterielle Vorlage bringen würde; unmittelbar darauf ſollte die Flotte abſegeln. Jetzt iſt ſie alſo wirklich abgeſegelt.

Die Courſe an der heutigen Börſe ſind faſt unverändert geblieben; die 3pCt. ſchloß 57,30, die 5pCt. 89,55; Bankaktien 2415.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Kronſtadt, 24. März. Nachdem am 20. März früh unſere militäriſche Beſatzung ausmarſchirt war, ſchickte der Magiſtrat eine Deputation an General Bem nach Weidenbach, um ihn zu begrüßen und um Schonung für die Stadt zu bitten. Der General verſprach nicht nur Sicherheit der Perſon und des Eigenthums, ſondern ermahnte die Behörden, den Leuten zuzureden, zu ihren Geſchäften zurückzukehren. Nachmittags rückte die Avantgarde, Kavallerie, ein, und gegen Abend der General ſelbſt mit 12,000 Mann. Nun erging der Befehl, binnen 24 Stunden alle Waffen abzuliefern unter Androhung ſtandrechtlicher Behandlung für die Verheimlichung. Am folgenden Tage rückten 8000 Mann Szekler ein, von denen die Unbewaffneten mit den abgelieferten Waffen verſehen wurden. Truppen marſchirten zurück nach Hermannſtadt, während wieder andere kamen, ſo daß wir eigentlich nie wiſſen, wie viele hier ſind. Um unſere Freunde zu beruhigen, kannſt du ihnen ſagen, daß nicht geplündert iſt, ſondern daß ſtrenge Mannszucht gehalten wird; aber die 150 Wagen, welche ſich der Arrieregarde der nach der Walachei marſchirenden Truppen angeſchloſſen und natürlich viele werthvolle Sachen enthielten, ſind von den Ungarn im Gebirge unweit von Tömös genommen und für gute Priſe erklärt worden. (Buk. Z.)

Semlin, 5. April. General Puchner iſt mit ſeinen Truppen circa 8000 Mann im Banate eingerückt, und beabſichtigt über Temesvar nach Siebenbürgen zu ziehen, um den Feind im Rücken anzufallen, den die große ruſſiſche Armee in der Fronte ſtark beſchäftigt. (Preſſe.)

Lemberg, 11. April. Nun endlich iſt doch die Beſtimmung aus St. Petersburg zu der von Oeſterreich angeſprochenen Hilfe gegen die in Siebenbürgen wüthenden magyariſchen Raubſchaaren angelangt. Dieſem nach leiſtet Rußland Beiſtand mit 20,000 Mann Infanterie, 4000 Mann Kavallerie und 24 Geſchützen unter Befehl des ruſſiſchen Generallieutenants v. Möller, eines tapfern Liefländers. Dieſes ruſſiſche Korps beſetzt unverzüglich die ſiebenbürgiſche Grenze und wird nicht eher zu operiren beginnen, bis nicht aus Süden, Weſten und Norden der verabredete Angriff auf die Landesſtrecke am linken Theißufer beginnt. Die Regierung hat jetzt die Verfügung getroffen, daß die ruſſiſch-polniſchen Flüchtlinge, welche das Land durchziehen, ohne Weiteres den Ruſſen ausgeliefert werden, welche ihre Regimenter am Kaukaſus damit ergänzen. (N. K.)

Italien.

* **Turin.** Die amtliche Zeitung vom 13. d. enthält zwei königl. Erlaſſe, von denen der eine den General La Marmora zum außerordentlichen Kommiſſär mit allen Rechten der vollziehenden Gewalt für die Stadt Genua benannt, das andere Genua in Belagerungszuſtand erklärt, und alle Behörden unter La Marmora ſtellt. Der General La Bormida und der Ritter Buoncompagni ſind als Geſandte nach Mailand geſchickt, um den Frieden zu unterhandeln. (Ihre Ankunft in Mailand iſt bereits gemeldet worden.)

* Die Revolution in **Florenz** zu Gunſten des Großherzogs unterliegt keinem Zweifel mehr. Der franzöſiſche Geſandte hat unter dem 12. folgende Nachricht an ſeine Regierung geſchickt, die über Marſeille auf telegraphiſchem Weg in Paris angekommen iſt: Eine Reaction zu Gunſten des Großherzogs hat ſo eben ſtattgefunden. Die ganze Bevölkerung hat ſich mit Begeiſterung dafür erhoben. Guerrazzi wird bewacht. Die Aſſemblea iſt aufgelöſt. Man ſchickt eine Deputation nach Gaeta.

* **Venedig.** Der General Haynau hat die Stadt zur Uebergabe auffordern laſſen; man hat ihm mit einer Abſchrift des Beſchluſſes, bis auf's Aeußerſte Widerſtand zu leiſten, geantwortet.

* **Neapel.** Aus Gaeta ſchreibt man, daß England und Frankreich dem Papſt 22 Artikel als Bedingungen der Intervention vorgelegt haben. Dieſelben enthielten eine Amneſtie ohne Ausnahme, die vollſtändige Seculariſation der Regierung, das unverletzliche Feſthalten aller politiſchen Freiheiten, die Aufhebung aller geiſtlichen Gerichtsbarkeit in weltlichen Sachen und dergl. Der Papſt ſoll zuerſt nicht darauf haben eingehen wollen, nachher aber doch eingewilligt haben. (Die Erklärungen und das Verfahren der franzöſiſchen Regierung ſcheinen dieſe Nachricht zu beſtätigen.)

Aus Sicilien laufen die für die Sicilianer betrübendſten Nachrichten ein; Catania hat ſich am 6. d. nach einem gleichzeitigen Bombardement vom Meer und Angriff vom Lande aus ergeben müſſen. Ebenſo iſt Syrakus von den Neapolitanern genommen worden. Der General Würenski, der dort befehligte, und viele andere Sicilianiſche Offiziere haben ſich auf das engliſche Schiff Bulldog geflüchtet, das ſie nach Malta gebracht hat.

Schweiz.

) **Bern**, 16. April. Hier das Wichtigſte aus den Verhandlungen der heute abgehaltenen erſten Sitzung der Bundesverſammlung. Den Nationalrath eröffnete der Präſident Dr. Steiger mit einem Ueberblick über die zu erledigenden Geſchäfte; ſie betreffen die nähere Ausführung der Bundesverfaſſung, die Erlaſſung einer Menge wichtiger Geſetze für Handel und Verkehr, ſowie für die Organiſation im Innern. Auch die Stellung der Eidgenoſſenſchaft nach Außen wird berührt und da wünſcht der Präſident dem Vaterlande Glück, daß alle Stürme an ihm vorübergegangen ſind, ohne daſſelbe mit in den Strudel hinabzuziehen. Die Politik des Bundesraths findet am Schluß der Rede eine ſchöne Anerkennung. Dr. A. Eſcher von Zürich wird zum Präſidenten, General Dufour zum Vicepräſidenten gewählt. Von den eingelangten Zuſchriften ſind erwähnenswerth eine Eingabe des „Schweizeriſchen volksthümlichen Vaterlandsvereins" zu Bern, der verlangt, es ſollen alle naturaliſirten Deutſchen ſich entſcheiden, ob ſie das ſchweizeriſche oder ihr urſprüngliches Bürgerrecht behalten wollen oder nicht. Dieſe Forderung geſchieht beſonders im Hinblick mehrerer Mitglieder der deutſchen Reichsverſammlung, welche, wie z. B. Vogt, Bürger in beiden Ländern ſind. Ferner verlangt die Regierung von Freiburg Nachlaß der Sonderbundskriegskoſten. Beide Eingaben werden dem Bundesrath überwieſen. Im Ständerath ſind 13 neue Mitglieder zu beeidigen. Präſident wird Briatte von Lauſanne, Vizepräſident R. R. Steiger von St. Gallen. Eine lange und breite Diskuſſion erhebt ſich über den Berathungsmodus der vorliegenden Gegenſtände. Endlich wird beſchloſſen, eine Kommiſſion zu wählen, um das zuerſt zu behandelnde Poſtgeſetz zu begutachten. Der Regierungsrath von Bern hat den Regierungsſtatthalter von Biel beauftragt, einläßlich über die in Biel erſcheinende „Evolution," ſowie über die Emiſſion von Papiergeld für eine deutſche Republik Bericht zu erſtatten. Profeſſor Lobbauer iſt in Bern eingetroffen, um die ihm vom Bundesrath übertragene Stelle an der Militärſchule anzutreten.

Ungarn.

Durch das hitzige Gefecht bei Szent-Endre, in welchem die Inſurgenten die Oberhand behaupteten, wurde das in Waitzen ſelbſt ſtehende Korps von 8000 Mann unter Feldmarſchallieutenant Cſorich von dem übrigen linken Flügel der

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt.) Wien (Graf Zichy. Nachrichten aus Ungarn. Die Amneſtie. Welden. Kundmachung. Tagesnachrichten.) Berlin (Die Verfaſſungskommiſſion. Die deutſche Sache. Die Pläne des preußiſchen Miniſteriums noch einmal. Verhandlungen der zweiten Kammer.) Stralſund (Däniſches Schiff geſtrandet.) München (Die Vertagung der Kammer. Hr. v. d. Pfordten.) Dresden (Kammerverhandlungen über die Staatseiſenbahnen. Wigard.) Braunſchweig (Erklärung der Kammer für die Reichsverfaſſung.) Schleswig (Landesverſammlung. Der Krieg.) Aus dem Schleswigſchen (Die Räumung von Alſen.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über die Intervention in dem Kirchenſtaat.)

Italien. Ankona (Albini's Abfahrt.) Rom (Verwahrung des Triumvirats gegen Unterhandlungen mit dem Pabſt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 20. April.)

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 19. April. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt begann unter den Klängen einer entſetzlichen Meßmuſikbande, welche unter den Fenſtern Poſto gefaßt hatte, und erſt nach geraumer Zeit vertrieben werden konnte. Nachdem darauf der Präſident ein Schreiben des Herrn Prof. Dr. Kriegk verleſen, in welchem derſelbe wegen überhäufter Berufsgeſchäfte ſein Mandat niederlegt, nahm Herr Dr. A. Friedleben das Wort. Bekanntlich wurde im Februar d. J. in amtlichen Theile der Oberpoſtamtszeitung vom Reichsminiſterium eine Uebereinkunft publizirt, welche zwiſchen Kurheſſen, dem Großherzogthum Heſſen, dem Herzogthum Naſſau, der Landgrafſchaft Heſſen und dem Freiſtaat Frankfurt abgeſchloſſen worden und den uniformirten Sicherheitsbeamten der genannten Staaten die Verhaftung verdächtiger oder gerichtlich verfolgter Perſonen auf dem Gebiete jedes einzelnen dieſer Staaten geſtattet. Herr Dr. Friedleben erkannte in dieſer Uebereinkunft, welche ohnehin durch ihre ſehr allgemein gehaltenen Beſtimmungen die Freiheit der Staatsbürger im höchſten Grade zu gefährden geeignet ſei, einen Staatsvertrag, und ſtellte, da ein ſolcher Staatsvertrag zu ſeiner Gültigkeit verfaſſungsmäßig der Zuſtimmung der conſtituirenden Verſammlung bedürfe und, ſo lange dieſe Zuſtimmung nicht gegeben worden, als nicht zu Recht beſtehend betrachtet werden müſſe, den Antrag: Die Verſammlung wolle den Senat auffordern, ihr durch einen Bevollmächtigten die Gründe im Allgemeinen und im Einzelnen darzulegen, welche ihn beſtimmten, ſich im vorliegenden Falle der erforderlich geweſenen Zuſtimmung der verfaſſungsmäßigen Behörde zu überheben, außerdem aber über Zuſtandekommen, Beſtehen, Umfang und Bedeutung des Vertrages Auskunft zu geben. Von beſonderem Intereſſe in der alsbald beginnenden Debatte waren die Erläuterungen über die Entſtehung und Natur des in Frage ſtehenden Uebereinkommens, welche der dieſſeitige Bevollmächtigte bei den betreffenden Verhandlungen, Herr Schöff Souchay, zu Protokoll gab. Die Uebereinkunft iſt auf ausdrückliche Aufforderung des Reichsminiſteriums zu Stande gekommen, und der Senat iſt, als dieſe Aufforderung an ihn wie an die Regierungen der übrigen betheiligten Staaten gelangte, von der Anſicht ausgegangen, daß dieſelbe als ein Ausfluß der vollziehenden Gewalt der Reichsbehörden erſcheine, welcher zu entſprechen keine Regierung Anſtand nehmen dürfe, und daß hier kein Staatsvertrag vorliege, ſondern die ſogenannte Uebereinkunft nichts weiter als ein protokollariſcher Austauſch der Erklärungen ſei, jener Aufforderung nachzukommen. Wenn aber überall zugegeben wurde, daß der Senat in gutem Glauben gehandelt haben könne und wenn in materieller Beziehung gegen die ganze Uebereinkunft kaum ein Einwand erhoben wurde, ſo führte doch Hr. Dr. Reinganum ſiegreich den Beweis, daß hier ein wahrer Staatsvertrag vorhanden ſei, daß das Reichsminiſterium nur ein beſtimmtes Reſultat gewollt, den Senat aber nicht habe veranlaſſen können und wollen, daſſelbe anders als auf dem verfaſſungsmäßigen Wege zu erreichen und daß im anderen Falle der Senat durch die Form protokollariſcher Erklärungen das Zuſtimmungsrecht der conſtituirenden Verſammlung vollkommen illuſoriſch machen könne. Dagegen wies Herr Schöff Souchay die Deklamationen, daß das Verfahren des Reichsminiſteriums einer jener Eingriffe in die Selbſtſtändigkeit der Einzelſtaaten ſei, wie es ſie ſich gegen kleine Staaten, aber auch nur gegen kleine Staaten, ſo gern erlaube, kurz und treffend mit der Bemerkung zurück, daß die Maßregeln des Reichsminiſteriums die Sicherheit der Reichsverſammlung bezweckten, die Reichsverſammlung aber zufällig nicht in Preußen oder einem andern größeren Staate, ſondern in Frankfurt und in Mitten ſolcher Staaten verſammelt ſei, wo von Viertelſtunde zu Viertelſtunde die Grenzen wechſelten. Der ganze Antrag kommt übrigens etwas ſehr ſpät, vielleicht deshalb, weil, wie Herr Schöff Souchay bemerkte, der verehrte Antragſteller in der Regel andere Blätter leſe als die Oberpoſtamtszeitung: aus dieſen vereinten Rückſichten fand ſich Hr. Dr. Reinganum veranlaßt, den Antrag dahin zu modificiren, daß derſelbe dem Senat einſtweilen einfach zur Rückäußerung übergeben werde, und dieſe neue Faſſung, von welcher der Präſident mit glücklicher Divinationsgabe erwog, „daß ſie die zu ſein ſcheine, welche durchgehen werde", wurde ſofort zur Abſtimmung gebracht und zum Beſchluß erhoben.

Der nächſte Gegenſtand der Tagesordnung war ein Vortrag des Senats über eine durch Verlooſung vorzunehmende Kapitalablage von 59,000 fl. von dem Betrage der 3½ prozentigen Anleihe von 1839; ſodann zwei Kommiſſionsberichte über die beiden Geſetzentwürfe, von welchen der eine die unehelichen Kinder in Staat und Gemeinde den ehelich gebornen vollſtändig gleichſtellt und der andere die bei gerichtlichen Eidesleiſtungen bisher gebotene oder übliche Verwarnung vor dem Meineide und die Belehrung über die Heiligkeit des Eides aufhebt. Die Kapitalablage wurde ohne alle Diskuſſion bewilligt und die Geſetzentwürfe, welchen die Kommiſſion, in Ermangelung anderer Ausſtellungen, eine veränderte Wortfaſſung gegeben hatte, zum Geſetz erhoben. Der Präſident verlas dann zwei weitere Mittheilungen des Senats. In der erſten eröffnet der Senat der Verſammlung, daß er, dem an ihn gelangten Anſuchen entſprechend, das Mitglied der Verſammlung, Herrn Senator Kloß, bevollmächtigt habe, über die der Reichskaſſe geleiſteten Vorſchüſſe, die von derſelben bewirkten Rückzahlungen, ſo wie die Koſten der Aufbringung dieſer Vorſchüſſe Auskunft zu geben: die Verſammlung beſchloß, den Bevollmächtigten in ihrer nächſten Sitzung zu hören. In der zweiten beantwortet er ein von der Verſammlung empfehlend ihm überreichtes Geſuch einer Anzahl Einwohner von Sachſenhauſen, daß das in der dortigen Gemarkung gelegene ſtädtiſche Grundeigenthum an die Geſammtheit der Gärtner in Pacht gegeben und von dieſen, unter ſolidariſcher Haftung für die Pachtſumme, an die Einzelnen weiter verpachtet werde, dahin, daß er demſelben, ſo weit von der Verpachtung von Gartenland die Rede, zu willfahren bereit ſei, daß es aber als zweifelhaft erſcheinen müſſe, ob durch die Verpachtung des Ackerlandes in der genannten Weiſe der Zweck, dem Unbemittelten einen Erwerb zu ſchaffen, ſich erreichen laſſe und daß er ſich demnach hierüber um ſo weniger jetzt ſchon definitiv äußern könne, als das in Frage ſtehende Ackerland noch auf längere Zeit hinaus verpachtet ſei. Die Mittheilung geht an den landwirthſchaftlichen Ausſchuß. Es wurde ſodann abermals eine Petition eines hieſigen Buchdruckers gegen ein polizeiamtliches Verbot des Vertriebs von Druckſchriften verleſen. Die fragliche Druckſchrift iſt der Dembinski'ſche Bericht über die Schlacht bei Gödöllö und die Petition beanſprucht unter anderm auch die Erſtattung des dem Petenten durch das Verbot erwachſenen Schadens: Wird an die Petitionskommiſſion verwieſen. Eine Eingabe ſodann des ärztlichen Vereins, welcher auf Anlaß der von der Verſammlung beſchloſſen Aufhebung der zur Ausübung eines wiſſenſchaftlichen Berufs bisher erforderlich geweſenen akademiſchen Grade den Antrag ſtellt, daß dieſe Aufhebung erſt dann erfolgen möge, wenn durch anderweitige Einrichtungen eine Garantie für die Tüchtigkeit des jungen Arztes gegeben ſei, wurde bis zu erfolgter Rückäußerung des Senats über jenen Beſchluß zurückgelegt. (Schluß folgt.)

Wien, 15. April. Die amtliche Wiener Ztg. gibt heute in Folgendem Aufſchluß über die Gerüchte in Betreff der Verurtheilung des Grafen Zichy: Das Reſultat der kriegsgerichtlichen Unterſuchung, welcher die k. k. Herren Feldmarſchallieutenants Grafen Zichy und Ludolf, wegen ihrer im März vorigen Jahres

abgeſchloſſenen Konventionen unterzogen wurden, iſt nächſtens zu erwarten. Beide Herren ſind vorläufig, wie das geſtrige Blatt des Soldatenfreundes anzeigt, auf charaktermäßigen Ruhegehalt geſetzt worden.

△ **Wien**, 15. April. Waitzen iſt, nach den letzten Nachrichten von der Armee, wieder zurückerobert. Der Tod des General Götz beſtätigt ſich. Er wurde erſchoſſen in Waitzen ſelbſt durch die Hand eines — Knaben aus dem dortigen Militärerziehungshauſe, welcher wie ſeine Kameraden von Koſſuth fanatiſirt war.

Am 11. drangen die Ungarn näher gegen Peſth vor, die halbe Bevölkerung ſtrömte auf die Höhen und die Patrioten wollten den ſiegreichen Einzug der Ungarn mit anſehen, kehrten aber ſehr enttäuſcht wieder zurück, als ſie bemerkten, daß die Ungarn zwar viel Lärm machten und viel Pulver verpufften, aber nur auf doppelte Tragweite. Unſere Truppen ſtanden Gewehr bei Fuß und die Artillerie wollte nicht eher feuern, als auf Kartätſchenſchußnähe. Endlich rückten drei Brigaden der Ungarn vor, aus allen Waffengattungen. Man ſtellte ihnen eine halbe Brigade mit ſechs Kanonen entgegen, worauf ſie ſogleich Halt machten. Ein kleiner Haufe vom Generalſtab kam noch 1000 Schritte näher um zu inſpiciren (es wird behauptet, dies ſei das erſtemal, daß unſere Truppen etwas von dem ungariſchen Generalſtabe zu ſehen bekamen); man ſandte einige Kanonenkugeln hinüber, worauf alles auseinander ſtob.

Benedek iſt zu dem galliziſchen Corps abgegangen, welches unter General Vogel ſchon in Eperies eingerückt iſt (?). Graf Caſtiglioni, welcher als Civil- und Militär-Gouverneur von Krakau im vorigen Frühjahr dieſe Stadt beſchießen ließ, und durch eine Polin mit einem Schrotſchuß in Kopf und Schultern verwundet worden war, iſt nach einer langwierigen Kur und mehreren Operationen ſoweit geneſen, daß er geſtern früh nach Oedenburg abging, wo er zum Bezirks-, Civil- und Militärkommandirenden von ſechs Komitaten ernannt iſt.

Die Erlaſſung einer Amneſtie iſt in dem Miniſterrathe einſtimmig verworfen worden. Dies wird um ſo größeres Mißfallen erregen, je ſicherer man glaubte darauf rechnen zu dürfen.

Feldzeugmeiſter Welden verläßt Wien erſt morgen. Sein Zaudern hier möchte ſeinen Grund darin haben, daß er dem Fürſten Windiſchgrätz Zeit laſſen will, vor ſeiner Ankunft abzureiſen. Sein Stellvertreter erläßt heute folgende Anſprache an die Einwohner Wiens: „Se. Majeſtät haben dem Feldzeugmeiſter Freiherrn von Welden eine andere wichtige Aufgabe anzuvertrauen, und mich zum kommandirenden Generalen in Ober- und Niederöſterreich und Stellvertreter des Gouverneurs zu ernennen geruht. Es wird meine Sorge ſein, die während des Ausnahmszuſtandes von meinem Vorgänger angeordneten Maßregeln mit ſtrengſter Gerechtigkeit aufrecht zu erhalten. Die friedlichen Bürger Wiens ſollen denſelben Schutz wie bisher finden; den Uebelgeſinnten, den Störern der öffentlichen Ruhe und Ordnung aber werde ich mit Kraft entgegen zu treten und ihre Pläne zu vereiteln wiſſen. Wien, den 15. April 1849. Der kommandirende General in Ober- und Niederöſterreich und Stellvertreter des Militär- und Civil-Gouverneurs: Freiherr Böhm, Feldmarſchall-Lieutenant."

* **Wien**, 16. April. Es heißt allgemein, daß 1 Eskadron ungariſcher Huſaren zu den k. k. Truppen, in deren Händen ſich Waitzen befinden ſoll, übergegangen ſei. Die Fonds ſind hierauf ziemlich erheblich geſtiegen. Der Kurierwechſel zwiſchen hier und St. Petersburg war in letzterer Zeit ſehr lebhaft und betraf die ruſſiſche Intervention in Siebenbürgen. Die Anſicht von der Nothwendigkeit des ruſſiſchen Einſchreitens aus Menſchlichkeitsgründen für die Siebenbürger hat die Oberhand erhalten und es ſtehen zu dieſem Zwecke 44,000 Ruſſen des Befehls zum Marſche gewärtig. Die nach Italien von Ollmütz abgegangenen Friedensbedingungen weichen von dem früheren Vorſchlage durch ſtrengere Beſtimmungen ab. Die Menge der leer ſtehenden Wohnungen iſt ganz unglaublich. In der Leopoldſtadt findet man einige Anſchlagzettel mit der Ueberſchrift: „Hier ſind Wohnungen um jeden Preis zu vermiethen." Das Wiener Kriminalgericht hat den Erdeputirten Dr. Goldmark zur ſtrafgerichtlichen Unterſuchung wegen Hochverrath und Mitſchuld am Morde (des Grafen Latour) qualifizirt erkannt und deſſen Verfolgung angeordnet. Aus Laibach wird gemeldet, daß das daſelbſt ſtationirte Bataillon des italieniſchen Infanterieregiments Ferdinand d'Eſte Marſchordre nach Linz erhalten habe. Die Veranlaſſung ſei die Deſertion von 70 Mann dieſes Bataillons geweſen, welche die Abneigung nach Ungarn zu ziehen, nicht zu bekämpfen vermocht hatten. Den Deſerteurs ſind Grenzer nachgeſchickt worden.

** **Berlin**, 18. April. Heute iſt die 14tägige Friſt abgelaufen, womit das Miniſterium unſre Kammern hingehalten hat. Ueber die Inſtruktion des Herrn Camphauſen verlautet Wunderliches. Ich will hoffen, er hat Inſtruktionen und nicht bloß Eine. Die „Oberpoſtamtszeitung" brachte vor Kurzem eine freundliche Warnung an Preußen, daß doch Hr. Camphauſen nicht etwa ſo inſtruirt werde —: und nun folgte wörtlich ein Theil von dem, was man hier als Inſtruktion Camphauſens, die derſelbe ſich obenein ſelbſt verfaßt haben ſoll, nachdem er eine durch Hr. v. Manteuffel vorgelegte zurückgewieſen hätte, in Erfahrung gebracht haben will. Es war in der That überraſchend, über den Inhalt der Inſtruktion neben andern dieſelben Details zu vernehmen, welche wie von Ungefähr nicht als „Faktum", ſondern als „Hypotheſ" in der Oberpoſtamtszeitung aufgezählt und vor denen gewarnt war. Danach ſollte Hr. Camphauſen erklären, daß der Nichteintritt Oeſterreichs und Baierns (man wartet alſo ab, bis München geſprochen hat, während in Nymphenburg gewartet wird mit der „teutſcheſten" Erklärung, bis Preußen ſich unmöglich gemacht hat) doch jedenfalls im erſten Paragraphen eine Aenderung bedinge, fernerhin in der Kombination des Staatenhauſes, daß alſo dieſe Aenderungen von der Reichsverſammlung ganz beſtimmt in Erwägung gezogen werden würden und ebenſo noch andre Punkte, welche durch den Nichteintritt jener Länder alterirt wären, in Erwägung gezogen werden könnten, das Verfaſſungswerk demnach als noch nicht beſchloſſen zu erachten ſei. Wir ermeſſen die Tragweite dieſer Erklärung ſchlechthin nicht — denn wie z. B. der Nichteintritt Oeſterreichs und Baierns die Beſeitigung des ſuſpenſiven Veto's, eine Reaktion gegen das allgemeine Wahlrecht zur Folge haben, wie der Nichteintritt dieſer Staaten den abgeſchafften Reichsrath nothwendiger machen ſollte, das iſt ſchwer zu faſſen! Was ferner von der Inſtruktion verlautet und wovon die Oberpoſtamtszeitung nicht Akt genommen, iſt ſo abenteuerlich, daß ich es nur aus der Einen Rückſicht zu wiederholen wage, nämlich als Beleg, wie geſunken die Meinung von der Fähigkeit der Miniſter iſt, wie das herrſchende Mißtrauen ſich ſogar auf einen im ganzen Königreich hochverehrten Mann erſtreckt, ſobald er ſich von ſolchen Staatsmännern eine Vollmacht ertheilen läßt, oder ſeine von ihm entworfene Vollmacht die Billigung Solcher findet. Auf Grund der nicht anerkannten Reichsverfaſſung ſolle das Staatenhaus zuſammenberufen werden (Stüve predigte durch das Organ C. Krügers ſeit lange dieſe Staatenhausidee); ja der Reichsverſammlung nach dem Ausſcheiden der öſterreichiſchen und baieriſchen (!) Vertreter ſolle von den Regierungen ein neues Mandat ertheilt werden. Horribile dictu! Wie hat man hier konſervativer Seits ſich empört gezeigt, daß die Linke die Verfaſſung als Entwurf anſehen wollte, auf Grund deren man die erſte Kammer doch unzweifelhaft gewählt hatte; jetzt ſollten die Regierungen die Reichsverfaſſung als Entwurf anſehen und auf Grund derſelben ein Staatenhaus einberufen? Wie war man hier konſervativer Seits entrüſtet, daß die Linke der 2. Kammer, auf Grund der Dezemberverfaſſung gewählt, ſich anmaßen wollte, ein anderes älteres erloſchenes Mandat anzuführen; und jetzt könnte die durch Mandat vom 7. April 1848 erkorene Nationalverſammlung ſich ein neues Mandat oktroyiren laſſen? Ich ſchäme mich im Namen meiner Landsleute, daß den Männern, welche das Ruder des Staates führen, faſt allgemein ſolche Betiſen, ſolche Raupengeheuerlichkeiten zugetraut werden, daß auch der Name Camphauſen nicht ein diamantner Schild gegen ſolche Unterſtellungen iſt, ſobald er mit den Namen der Regierungsmänner zuſammen klingt. Mit der Achtung für Camphauſens Einſicht und Redlichkeit findet ſich jene Meinung dadurch ab, daß man annimmt, er habe noch weitere Inſtruktionen und werde von jener erſteren grundſätzlich keinen Gebrauch machen. Von dem Votum, welches Herr Camphauſen im Namen der Monarchie Friedrichs des Großen zu Frankfurt abgeben wird, nachdem 30 Staaten den von der Nationalvertretung erkornen erblichen Kaiſer auf den Schild gehoben haben, hängt das Schickſal Preußens und des ganzen Vaterlandes ab. Wir ſchwanken zwiſchen Hoffnung und Verzweiflung. Einerſeits ſcheint es ſo gewiß und kaum noch fraglich, daß Preußen jetzt die Kaiſerwahl auf Grund der unveränderten Reichsverfaſſung annehmen wird. Andrerſeits ſind wir zu ſehr durch das jetzige Miniſterium daran gewöhnt, daß das

Unglaublichſte ſich unter ſeiner Hand verwirklicht und das unumſtößlich Nothwendige jenſeits des Horizontes unſerer Staatsmänner liegt, als daß wir nicht, gerade weil es ſo natürlich erſcheint, was Preußen erklären ſoll, annehmen müßten, daß das Gegentheil davon erklärt werden wird. Mich verlangt es nicht zu erfahren, aber es ſteht doch an, ſich zu fragen, ob es in der Hand einiger Miniſter liegt, eine glorreiche Monarchie zu Grunde zu richten?

△ **Berlin**, 18. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer theilte dee Präſident mit, daß der Ageordnete Schaffraneck den Miniſter des Innern erſucht habe, die Protolle der Sitzungen beider Kammern über die polniſche Frage in's Polniſche überſetzen und an die betreffenden Abgeordneten behufs ihrer Verſendung an ihre Kommittenten vertheilen zu laſſen. Der Miniſter hatte die Anſicht ausgeſprochen, daß eine ſolche Einrichtung von der Kammer ausgehen müſſe. Schaffraneck vertheidigte ſeinen Antrag mit ſolchem Eifer, daß er zur Beluſtigung der Verſammlung ſogar Polniſch zu ſprechen anfing. Sein Antrag ward angenommen. Der Geſetzentwurf über die Plakate, wie er aus den Berathungen der Kammer hervorgegangen, ward mit einer Mehrheit von 4 Stimmen angenommen. Sodann ward der dritte Paragraph des Verſammlungs und Vereinsgeſetzes berathet. Er lautet im Entwurf der Regierung:

„Bei dergleichen Verſammlungen muß Jedermann der Zutritt geſtattet werden; die Ortspolizeibehörde iſt jedoch ermächtigt, auf den Antrag der Vorſteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter zu geſtatten, daß dieſe Oeffentlichkeit ausgeſchloſſen oder beſchränkt werde. Verſammeln ſich die Mitglieder ſolcher Vereine, welche ihre Statuten der Ortspolizeibehörde einzureichen haben (§. 10), ſo haben ſie den vierten Theil der Plätze für diejenigen frei zu laſſen, welche dem Vereine fremd ſind." Dieſer Paragraph ward vertheidigt vom Miniſteraſſiſtenten v. Schleinitz. Er meinte, ohne Polizei würde der Rechtsſtaat bald zum Unrechtsſtaate werden. Koſch rügt, daß der Regierungs-Aſſiſtent v. Schleinitz von ſeinem Platze aus, und nicht, wie das Geſchäftsreglement füe die Regierungs-Aſſiſtenten es vorſchreibt, von der Tribüne geſprochen habe. Der Miniſter des Innern findet die Bemerkung des Abgeordneten Koſch für richtig; wenn der Präſident den Miniſter-Aſſiſtenten aufgefordert hätte, die Tribüne zu beſteigen, ſo würde Hr. v. Schleinitz dieſer Aufforderung nachgekommen ſein. Präſident: Eine ſolche Aufforderung war nicht nöthig, da die Miniſter und ihre Aſſiſtenten die Geſchäftsordnung kennen müſſen. (Heiterkeit.) Jung berief ſich auf die Vereinsfreiheit in England. Eydam wollte nicht auf dieſe Errungenſchaft des Märzes in eine Verſprochenſchaft verwandelt ſehen. Für den Entwurf erhob ſich bei der Abſtimmung nur ein Einziger: Der Miniſter des Innern! Auch von §. 4 des Regierungsentwurfes: „Polizeibeamte dürfen ſolchen Verſammlung nur in der Dienſtkleidung oder unter ausdrücklicher Kundgebung ihrer dienſtlichen Eigenſchaften beiwohnen: dies gilt auch von Militärperſonen, inſofern ihnen die Theilnahme nach den Disziplinarvorſchriften geſtattet iſt" (Artikel 32 der Verfaſſungsurkunde) ward nur der erſte Satz angenommen, der zweite einſtimmig verworfen. Der §. 5 des Regierungsentwurfs lautet: „Die Ortspolizei-Behörde iſt befugt, in jede ſolche Verſammlung zwei Polizeibeamte oder zwei durch beſondere Abzeichen erkennbare Abgeordnete zu ſenden, denen ein angemeſſener Platz nach ihrer Wahl einzuräumen iſt und welche ermächtigt ſind, über alle Wahrnehmungen eine Verhandlung aufzunehmen."

Der erſte Theil des Paragraphen, in welchem doch der Centralausſchuß keine Beeinträchtigung des Vereinsrechtes geſehen, ward verworfen, freilich nur mit der Mehrheit einer einzigen Stimme. Der zweite fiel damit von ſelbſt weg. §. 6. des Regierungsentwurfs: „Die Vorſteher, Unternehmer, Ortner, Leiter der Verſammlung und die Inhaber des Verſammlungslokals ſind verpflichtet, den Abgeordneten der Obrigkeit auf Verlangen den eignen, ſo wie Namen, Stand und Wohnung der Redner, welche in der Verſammlung auftreten, anzugeben. Die Dauer der Verſammlung darf die zur Schließung öffentlicher Orte feſtgeſetzte Zeit nicht überſchreiten." ward von allen Abtheilungen als unausführbar verworfen. Dennoch ſprachen Hr. v. Viebahn und Graf Schwerin dafür. Dieſer Paragraph, welcher das altrömiſche Inſtitut der Nomenclatoren wieder einführen ſollte, ward ebenfalls abgelehnt. §. 7. Die Vorſteher, Unternehmer, Ordner oder Leiter der Verſammlung dürfen nicht geſtatten, daß in derſelben Anträge oder Vorſchläge erörtert werden, welche eine Aufreizung oder Aufforderung zu einer ſtrafbaren Handlung enthalten, ward einſtimmig verworfen. Auch §. 8 wegen der Auflöſung der Verſammlungen ward in der Form, wie das Miniſterium ihn eingebracht, beſeitigt. Das Miniſterium erlitt heute eine wahrhaft Cannenſiſche Niederlage. Aber es ſteht immer geſund wieder auf, wie ein auf der Bühne ermordeter Schauſpieler. Denn es hat ja ſtets erklärt, ein durchaus konſtitutionelles ſein zu wollen!

⊙ **Stralſund**, 16. April. Eben langt hier per Expreß die Nachricht an, daß bei Thieſſow auf Mönchgut ein däniſches Proviantſchiff geſtrandet iſt; die reitende Artillerie, auf Rügen ſtationirt, iſt ſofort dahin beordert, um für den Fall, daß däniſche Schiffe zu Hülfe kommen ſollten, ſie gebührend zu empfangen. Das Dampfſchiff Adler iſt, mit Soldaten an Bord, nach dem Strandungsplatze abgegangen.

0 **München**, 18. April. Wäre unſere Regierung ſich der Zuſtimmung der Kammern bewußt, ſo würde ſie eine ſo bedeutende Unterſtützung wie die der legislativen Körperſchaften gewiß nicht verſchmähen. Die offen erklärte Uebereinſtimmung des Willens der Nation mit der miniſteriellen Politik gäbe den Trägern derſelben eine Macht, welche ſie ſich jetzt bei aller Selbſtüberhebung nicht anmaßen können. Das iſt ſo klar, daß man es ſelbſt in Nymphenburg einſehen muß, und obſchon man es einſieht, werden die Kammern zum drittenmale vertagt, weil man weiß, daß ihr Ausſpruch allen baieriſchen Verwahrungen auch jede Spur von Bedeutung nehmen würde, während man ſich jetzt auf eine frühere, oft bereute Uebereilung der zweiten Kammer berufen kann, während man jetzt ſich das Anſehen geben kann, als ob das baieriſche Volk die Politik ſeiner Regierung vollkommen billige. In einer Volksverſammlung, die am nächſten Sonntag in Neuburghauſen, eine halbe Stunde von hier, abgehalten wird, werden dieſe Fragen wahrſcheinlich zur Berathung kommen; andere Volksverſammlungen in andern Gegenden Baierns werden, wie ich höre, ſich ebenfalls damit beſchäftigen und ſo wird es die Regierung oft genug hören müſſen, daß das Volk ſein Intereſſe nicht mit dem der Dynaſtie verwechſelt wiſſen will. Herr v. d. Pforten iſt wieder hier, wie man ſagt, um das Portefeuille des Aeußern und Handels zu übernehmen: aber er iſt um vier Wochen zu frühe gekommen; ehe der Landtag wieder beginnt, bedarf man des tüchtigen Mannes nicht und welch ein Gewinn, noch ſo lange den alten Karren weiter zu ziehen, ohne unliebſame Bedingungen eingehen, ohne einen unbequemen Mann um ſich haben zu müſſen!

A **Dresden**, 18. April. Die zweite Kammer hat ſich auf Antrag ihres Finanzausſchuſſes mit Einſtimmigkeit für die unverweilte Fortführung der Arbeiten an den Staatseiſenbahnen (der ſächſiſch-bairiſchen und ſächſiſch-böhmiſchen) ausgeſprochen, ſowie zu dem ſofortigen Bau einer Verbindungsbahn zwiſchen den Leipziger Bahnhöfen und zur Herſtellung eines elektromagnetiſchen Telegraphen zwiſchen Leipzig und Dresden die erforderliche Ermächtigung ertheilt. Der geſammte für das Staatseiſenbahnweſen im Jahre 1849 erforderliche Aufwand beträgt 2,527,000 Thaler. Die urſprünglichen Voranſchläge für beide Staatsbahnen haben ſich als durchaus unzulänglich erwieſen. Die ſächſiſch-bairiſche Bahn war anfänglich auf kaum 6 Millionen, ſpäter 12 Millionen veranſchlagt; jetzt ſind die Geſammtkoſten dieſer Bahn bereits auf 13,991,912 Thaler angewachſen, von denen etwa $2\frac{1}{2}$ Millionen noch zu verwenden ſind. Die für die ſächſiſch-böhmiſche Bahn ausgeworfene Summe von 3,600,000 Thalern muß ebenfalls um 1,840,000 Thalern überſchritten werden, ſo daß die Geſammtkoſten dieſer Bahn 5,440,000 Thaler betragen werden. Die erſte Kammer erklärte ſich heute unter Zuſtimmung des Finanzminiſters einſtimmig für die Aufhebung der Elbzölle. Geſtern Abend trug Prof. Wigard, der Abgeordnete Dresdens bei der Reichsverſammlung, den „Männern und Frauen Dresdens" (die letzteren waren wohl nur durch einige Kellnerinnen repräſentirt) einen ſogenannten Rechenſchaftsbericht vor, welcher mit der Verſicherung, daß der Stamm der Sachſen das geſammte Deutſchland an politiſcher Bildung weit überflügelt habe, einen glücklichen Anfang, und einige Stunden darauf mit einem Hoch auf das „bewegte Dresden" ein erwünſchtes Ende nahm. Die Quinteſſenz der Rede waren die anmaßendſten Urtheile über alle bedeutenden Männer der Reichsverſammlung, welche nicht im Deutſchen Hofe oder im Donnersberge ſaßen. Zum Dank für dieſe Belehrung begleiteten die Männer Dresdens den Redner mit Muſik und bunten Lampen nach Hauſe.

* **Braunſchweig**. 17. April. In der Kammer der Abgeordneten iſt folgender Antrag einſtimmig angenommen worden: „In Erwä-

№ 109. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 20. April 1849.

Ueberſicht.

Die preußiſche Politik und die Reichsverfaſſung.
Oeſterreichiſche Briefe. II.
Warum ſoll das Reichsoberhaupt den Titel Kaiſer führen?
Die däniſche Marine.
Deutſchland. Feldkirch (Die Selbſtſtändigkeit Vorarlbergs.) Von der polniſchen Gränze (Die ruſſiſchen Soldaten.) Elberfeld (Volksverſammlung. Erklärung für die Reichsverfaſſung.)
Frankreich. Paris (Ertrag der indirekten Steuern. Seltſame Ausſtellung. Polemik des Marſchalls Bugeaud gegen die Philoſophen.)
Schweiz. Bern (Die Genfer Regierung und der Bundesrath. James Fazy und Heinzen. Die Ausweiſung des Hrn. v. Röder.)
Sizilien. (Die Sizilianer und das Ultimatum Neapels.)

Die preußiſche Politik und die Reichsverfaſſung.

* Vom Rhein, 18. April. Sie haben einen Brief von mir über die Stellung des Königs von Preußen zu unſerer deutſchen Sache, übrr ſeine Perſönlichkeit und ihre ſchwerwiegende Bedeutung in dieſem kritiſchen Augenblicke, zurückgelegt. Sie haben vielleicht Recht gehabt, obwohl ich gewünſcht hätte, auch Sie möchten in dieſem Momente Rückſichten und Vorurtheile nicht theilen, obwohl Sie im Nothfalle ſich mit einer Note hätten ſicher ſtellen können. Verwahren Sie ſich, wo es Ihnen gefällt, gegen meine Jugendlichkeiten; mir wird es immerhin lieb ſein, auch geſcholten ein Winkelchen in Ihrem Blatte für dieſelben inne zu haben, damit ich einmal künftig die Altklugheit derer, die die Achſel über mich zucken, nach den Erfolgen gegen jene abwägen kann. Glauben Sie mir nur, mit Schonung und Vorſicht erreichen wir nichts, ſondern nur mit Wahrheit und mit der ganzen Wahrheit. Die Frankfurter Verſammlung mag in ſtaatsmänniſchem Geiſte, ſo lange nicht Alles verloren iſt, gelaſſen und beſonnen vorgehen, die Preſſe, die Bevölkerung, die Vereine können ſich nicht mit zu großer Energie und Rückſichtsloſigkeit ausſprechen. Glauben Sie auch nicht, daß mit dieſer Rückſichtsloſigkeit irgend etwas nach jener Seite hin, die Sie ſchonen wollen, verdorben werden könne; denn jeder Erfolg einer dorthin zielenden Wirkung iſt ganz incommenſurabel, wenn die wirkende Kraft auch das Ziel wirklich erreichen ſollte, das übrigens für die Stimme der Preſſe gewiß ſehr unzugänglich iſt. Auch war die Wirkung, die ich mit jenem Briefe bezwecken konnte, nicht dorthin, ſondern auf die allgemeine Ueberzeugung gerichtet, und von ihr könnte ich, wie immer, ja nur höchſtens der Verkünder und nicht der Anſtifter und Eingeber ſein. Sie hören ja nun überallher die Nachrichten, die Hoffnungen, die Wünſche, die ich noch einmal bei Ihnen niederlegen wollte, und die die Leſer auch ohne den Abdruck jenes Briefes errathen können, laut werden, warum ſollten ſie nicht auch einmal motivirt werden und mit der guten Meinung vollends, mit der ich es that? Ja es iſt Ein Mann in Deutſchland, der jetzt mit dem Sprung des Curtius in die unheilweiſſagende Kluft das Vaterland retten und neu aufbauen, der unſere deutſche Sache m a c h e n kann mit dem Entſchluſſe, ſie nicht zu machen. Ohne dieſen Entſchluß weiſſage ich unſern Dingen keinen guten Fortgang. Wer jetzt den deutſchen Staat gründen, erhalten und ſeine Entwickelung in eine gedeihliche Bahn einlenken ſoll, muß mit der Zeit in vollem Einklang, wenigſtens nicht in einem tiefinnern Widerſpruch und Widerſtreben ſeiner ganzen Natur dagegen ſtehen, wie ſoll, wie kann ſonſt bei den unermeßlichen Schwierigkeiten unſerer Verhältniſſe je etwas Gutes werden! Iſt dies ein Anfang der Verwirklichung unſrer großen gewaltigen Hoffnungen, daß Lippe und Waldeck einen großen Staat wie Preußen, den Erben einer glänzenden Krone, den Nachkommen Friederich's zur Energie ſpornen, Politik lehren, ihm Macht und Ehre a u f d r i n g e n müſſen? Hätte Wilhelm von Oranien dem Anerbieten des engliſchen Thrones damit geantwortet, daß er an der bill of rights hätte angefangen zu mäkeln? Aber mit dieſen Inſtruktionen ſchickt man nun Camphauſen nach Frankfurt: wenn auch nur Baiern mit Oeſterreich nicht beitrete, ſo ſeien doch Aenderungen der Verfaſſung unumgänglich! Man tritt dem ausgeſprochenen Willen und Proteſte der Nation, vieler Ständeverſammlungen, der meiſten Regierungen und Höfe entgegen, nur um einen eitlen Souveränetätsdünkel gegen den andern zu ſetzen! Und in welcher Sache! über eine Verfaſſung, ein Ding, das man in eben den Kreiſen, die jetzt ſo ängſtlich ſind, ſo oft und ſo verächtlich ein Stück Papier genannt hat! über ein Wahlgeſetz, worüber ſich die Oktroyirer der preußiſchen Verfaſſung am wenigſten Urſache haben zu beſchweren! Ich bin wahrlich nicht unter denen, die die Beſtimmungen, an denen man ſo großen Anſtand nimmt, an ſich billigen oder in die Verfaſſung aufzunehmen gerathen haben würden; aber nun, da ſie darin ſtehen, und da eine ſeltene Eintracht die Nation und die Parteien um dieſe Verfaſſung ſchaart, nun wahrlich gehört der ganze kleinſtaatiſche Geiſt der preußiſchen Politik, die ganze Enge des deutſchen Geſichtskreiſes, die ganze Pedanterie von Beamtenſeelen dazu, um den großen Geſichtspunkt zu verrücken, auf den es ankommt: die Nation bei dieſer Eintracht, bei dieſem guten Willen, bei dieſer hoffnungsvollen Standarte zu halten und über jede Aengſtlichkeit großartig hinweg zu ſein. Wie tiefüberzeugt er von der Schädlichkeit mancher Beſtimmungen der Verfaſſung und der Grundrechte wäre, doch würde jetzt kein wahrer Staatsmann, Kaiſer oder Miniſter, der an die Spitze der deutſchen Dinge träte, Hand daran legen wollen. Jetzt nicht, und ſpäter nicht, wenn nicht die geſetzgebenden Organe des Volkes ſelbſt aus eigener Erfahrung die Initiative ergriffen. Einer noch ſo fehlerhaften Verfaſſung iſt ihr Stachel am ſicherſten zu nehmen, wenn ſie von dem Regiment mit der ſerupulöſeſten Gewiſſenhaftigkeit betrachtet wird. Der Oppoſition iſt die Waffe ſchartig geſchlagen, wenn man ihr nie einen Anlaß giebt, ſich mit Recht im Namen der Verfaſſung zu beklagen. Wenn das Wahlgeſetz an den Grenzen der äußerſten Freiheit ſteht, iſt der Agitation ihr beſtes Ferment genommen. Haben nicht die Erfahrungen dieſes Jahres den beſchränkteſten Kopf belehren müſſen, daß die beſten und ſchlechteſten, die engſten und weiteſten Wahlgeſetze in aufgeregten Zeiten einerlei Effekt haben, und in ſchlaffen Zeiten eben ſo? Wenn die Zeiten ſich ſo anlaſſen, daß ein Reichstag ſich willig finden läßt, das Wahlgeſetz zu beſchränken, ſo wird dies der ſicherſte Beweis ſein, daß eine Beſchränkung unnöthig iſt. Denn nicht auf ſichernde Verfaſſungs- und Wahlgeſetze kommt es in einem geſunden Staatskörper ſo ſehr an, als auf Beſchäftigung und auf eine verſtändige Praris. In den Beſtimmungen der Grundrechte wird ſich mancherlei von ſelbſt antiquiren, wenn nur Fluß und Leben in die Dinge gebracht wird. Was hat doch die engliſche Staatspraris mit ſo vielen geſchriebenen Punkten der Verfaſſung, was das Herkommen und der Brauch mit ſo vielen Statuten zu thun? Aber freilich ein Regiment, dem Alles in innerſter Seele zuwider iſt, was nach dem Geiſt des Tages ſchmeckt, wie könnte es ſich getrauen, die Nation mit Beſchäftigungen von dem Buchſtaben, mit Praris von der Theorie abzulenken und zufriedner zu ſtellen mit dem Leben als mit dem Geſetze, da ihm dieß Leben ſelbſt und der ganze Zug, den es nimmt, entgegen iſt? Möchte daher auch unſere Kaiſerwahl und unſer Bundesſtaat in dem, was das nächſte Ziel iſt, noch zur Ausführung und zu einem Anfang kommen, der gedeihliche Fortgang hängt von ganz andern Dingen ab; auf ihn kann Niemand bauen, der ihn nicht vor Launen geſichert ſieht, der nicht eine Entſchlußfähigkeit an der Stelle gewahrt, wo immer für die Bewegung des Ganzen der eigentliche Schwerpunkt liegen wird. Heute trägt man ſich in Berlin mit einer Anekdote aus den höchſten Kreiſen: der König, heißt es, iſt über die öſterreichiſche Note fuchswild; er hat geſagt, man möge ihn nicht in Verſuchung führen, er könne auch noch den Degen ziehen! Darüber freut man ſich, daran knüpft man Hoffnungen. Man hat immer die Laune Politik machen ſehen, und man iſt noch heute nicht weiter! Für einen Menſchen aber, der die Lage der Dinge im Großen überſieht, ſind dieſe kleinen Freuden zum Lachen und Weinen! Für ihn, der ungefähr ſchätzen kann, was der unermeßlichen Gunſt dieſes Augenblicks für unberechenbare Vortheile mit einigen großen, noch gar nicht überkühnen Entſchlüſſen abgerungen werden könnten, für ihn iſt dieſe armſelige Art der Bevölkerung, zuzuwarten und zu lauſchen, und jene Puſillanimität und Beſchränktheit in den Regierenden, die nichts weiß, nichts will und nichts wagt, eine doppelte Verzweiflung. Welch einen Namen könnte ſich die preußiſche Politik in wenigen Wochen erwerben, wenn ſie heute aus dem deutſchen Bundesſtaate eine vollendete Thatſache machte, den Enthuſiasmus und die Hoffnungen der Nation durch ein frankes Eingehen in die Verfaſſung, die freieſte in Europa, plötzlich belebte, die Königreiche durch moraliſchen Zwang nöthigte beizutreten; wenn ſie dann Oeſterreich eine engſte Union und eine freiſinnige Vermittlung mit Ungarn anböte; wenn ſie für den Fall, daß dieſe von Ungarn ausgeſchlagen würde, das deutſche Gebiet Oeſterreichs zu ſchützen ſich erböte, damit Oeſterreich die ruſſiſche Hülfe entbehren und

mit eigenen Mitteln den Aufſtand niederwerfen könne! Deutſchland würde dann Oeſterreich ſeinen beſten Willen zeigen, es würde feurige Kohlen auf ſein Haupt ſammeln; wenn ſeine Hand ausgeſchlagen würde, dann ſtünde es mit einem Anfang voller Ehren auf ſeinen eigenen Füßen. Sind das Chimären? Nicht einmal für gewöhnliche Menſchen! Wohl aber für jene unſelige Sekte in Preußen, die nur das Aparte ſchön und recht findet, für die Sonderlinge, denen ein unſeliges Geſchick Einfluß auf dieſen großen Wendepunkt unſerer Geſchichte gegeben hat.

Oeſterreichiſche Briefe.

II.

Ⴃ Von der Donau. Könnte man nur Ein Wort der Freudigkeit über die Lage des Kaiſerſtaates ſchreiben, ich ſchriebe es gerne; aber ſo gedrückt, ſo gepreßt, ſo entmuthigt iſt Jeder, der es ehrlich meint mit dem Lande, daß Erleichterung kaum mehr in der Hoffnung zu ſuchen iſt. Man wird hingedrängt, etwas von ungariſchen Siegen zu erwarten, hingedrängt wider politiſche Ueberzeugung, weil kein anderer Weg ſichtbar iſt, die Tendenzen dieſer Regierung zu brechen. Es ſcheint definitiv beſchloſſen, die Ruſſen hereinzurufen, ſelbſt auf die harten Bedingungen hin, die der Czar wegen der untern Donauländer geſtellt haben ſoll; ſonſt hätte man es dennoch nicht gewagt, einen ſolchen Ton gegen das Berliner Kabinet anzuſchlagen. Wird ſich der König von Preußen dieſen Fußtritt des Ollmützer Miniſteriums aus chriſtlich-legitimer Pietät gefallen laſſen? Oder wird Schwarzenberg wieder ſagen, man habe ſeine Depeſche nicht recht verſtanden, wie er es Gagern gegenüber behauptete? Man kann traurig darüber werden, in welchen Händen die Lenkung der beiden Großſtaaten Deutſchlands liegt: Arnim-Schwarzenberg, Brandenburg-Stadion! Man wird irre an deutſchem Wiſſen und deutſchem Geiſte, wenn man dieſe gründliche Unwiſſenheit, dieſe geiſtloſen Deutſchen unter die Lupe nimmt. Selbſt der bereitwillige Diener Schmerling mußte endlich eingeſtehen, daß das jetzige Kabinet eine ſchmähliche Politik gegen Deutſchland befolge; aber Schwarzenberg erwidert wieder ganz naiv: Schmerling habe die Depeſche nicht recht verſtanden! Das Volk aber verſteht dieſe Noten und Cirkularſchreiben, womit man den Reichsverweſer zum Bedienten Habsburgiſcher Hauspolitik, die Reichsverſammlung zu Rebellen, die deutſchen Regierungen zu Volksverräthern, den Preußenkönig zum Vaſallen des öſterreichiſchen Kabinets und die Freiheit zur gefeſſelten Sklavin machen will. Die Oeſterreicher aber ſind im Innerſten empört über dieſes Verfahren, das zur Knechtung Deutſchlands führt, wie man Oeſterreich geknechtet hat. Man möchte gerne dort wie hier eine Preßfreiheit einführen mit 10000 fl.-Kautionen, eine Bürgerwehr mit 20 fl. Cenſus und ohne Waffen, ein freies Vereinsrecht mit Polizeikommiſſären, eine Jury von den Beamten erwählt, Kammern mit 500 und 5 Gulden Steuercenſus. Preußen hat man es zu danken, wenn dieſe Oktroyirung nicht ſtattfindet, denn dieſes allein ſchlug das Anſinnen ab, 40,000 Mann um Frankfurt zu ſammeln. Zu ſolchen Thaten iſt unſer Miniſterium geneigt; das Schwert und die Kanone iſt ſeine Politik. Daher datirt auch die Negation in allen ſeinen Noten, die blos mit der Oberhaupts- und Vorſitzfrage ſich beſchäftigen, vom Volke aber nichts wiſſen wollen. Das Volk iſt nun empört über dieſes Verfahren, das ſelbſt unter Franz dem Erſten in der diplomatiſchen Korreſpondenz nicht vorkam. Unter dem Despoten Franz wurde nicht füſilirt und geſtandrechtet, wie unter Franz Joſeph, und ſelbſt Metternich ließ die Carbonari vor ein ordentliches Gericht ſtellen, das höchſtens einige der erſten Rädelsführer zum Tode verurtheilte, und ſelbſt dieſe wurden größerntheils nur zur Kerkerſtraſe verurtheilt. Ferdinand ſandte, als Kronprinz, den Hauptmann, der nach ihm ſchoß, nach Munkacs. Unter Franz Joſeph werden Irrſinnige und Betrunkene mit Pulver und Blei traktirt. In ganz gleicher Weiſe wird die diplomatiſche Korreſpondenz geführt. Es iſt ein und daſſelbe Syſtem der Bornirtheit, des Stockweſens, des Schreckens und der Einſchüchterung! Auch in den Wirthshäuſern ballt man die Fäuſte, da die Vernunft bald zu Ende geht; man prügelt ſich und das iſt die ganze Raiſon. Das deutſche Publikum verſteht ſchon dieſe Ollmützer Noten, ſo undeutſch ſie, in doppeltem Sinne, geſchrieben ſind; die Schulkinder machen ſich luſtig über die Proklamationen der Regierung und wer gar die Logik ſtudirte, ſieht mit Verachtung auf den miniſteriellen Gedankengang, der die Reichsverſammlung als nicht beſtehend, den Reichsverweſer aber als zu Recht beſtehend erklärt. Trotzdem mögen Sie gefaßt ſein, in den Organen der Miniſter nächſtens die pöbelhafteſte Sprache gegen das Reichsminiſterium geführt zu ſehen. Nicht bloß von den magyariſchen Rebellenhaufen im Felde geſchlagen, ſondern auch von der gebildeten Welt Europa's, kriecht das Miniſterium hinter Schmähungen und Beſchimpfungen. Dabei führt es das Gaukelſpiel auf, den Kaiſer als redend und handelnd einzuführen. Alle Thorheiten, alle Gräuelthaten, alle Eidbrüche, alle Perſidien, die ſeit dem November in Oeſterreich begangen wurden, ſind den Miniſtern zuzuſchreiben und nicht ihrem jungen Kaiſer. Die Alfanzerei, den „Willen des allergnädigſten Herrn" feſt und unwandelbar auszuſprechen, gehört zu den vormärzlichen Redensarten. Windiſchgrätz wurde mit kaiſerlicher Plenipotenz ausgeſtattet und der „allergnädigſte Herr" muß jetzt den Plenipotentiar aus Ofen zurückrufen, von wo er keine Lorbeern mitbringt. Der Held vom Wiener Stadtgraben, der ſo ritterlich, ſo ſtaatsmänniſch, ſo weiſe, ſo tugendreich ſich beeilte, Blum, Meſſenhauſer u. A. erſchießen zu laſſen, wird von ſeinem „allergnädigſten Herrn" dem Geſpötte Europas Preis gegeben. Windiſchgrätz's Verluſte ſind aber die geringeren Niederlagen gegen die Siege Schwarzenberg's in der Politik. Dieſe ſind der Ruin Oeſterreichs, dieſe ſind die Schmach der k. k. öſterreichiſchen Regierung. Wenn wirklich der junge Kaiſer eine Einſicht in die Lage und einen Willen hätte, ſo müßten Windiſchgrätz-Stadion (der Nullen daneben nicht zu gedenken) als Verräther an der Größe, an der Macht, an der Freiheit, an der Zukunft Oeſterreichs, ſo wie an der Sicherheit des Thrones vor den Richtern ſtehen. Viribus unitis, lautet der Wahlſpruch, und Fürſt Windiſchgrätz nebſt vier Generälen, Jellacic und ſo weiter ſind bereits entkräftet. Die Soldatenmacht iſt gebrochen und wenn man auch wieder ſiegt in Ungarn, ſo koſtet der Sieg mindeſtens 20,000 Leichen und ein ſtehendes Heer von 200,000 Mann. Aus Italien kann man keine Truppen zurückziehen, das Land muß im Schach gehalten werden, und nebſt der Eroberung Venedigs verlangt die feſt beſchloſſene Einmiſchung in die römiſchen Angelegenheiten die Bereitſchaft eines vollzähligen Heers. Gelingt es den Ungarn, wenn auch nur einem Streifkorps, die Leitha zu erreichen, ſo iſt ein Aufſtand in Oeſterreich unausbleiblich, denn die Stimmung iſt der Art, daß man mit der bloßen Hand gegen die Kanonen geht. Niemals waren die Gemüther gereizter gegen die Regierung, niemals gab es mehr Feinde der Monarchie in Oeſterreich, niemals entſchiednere Anhänger Deutſchlands. Man erkennt es, daß im günſtigſten Falle der Kaiſer gezwungen werden wird, in Ofen zu reſidiren; die Magyaren wollen eine Garantie für ihre Rechte, die weder durch Eide noch durch Traktate geſichert waren. Man hat bereits verſucht, mit den Magyaren zu unterhandeln und daher datirt das plötzliche Desavouiren des Windiſchgrätz'ſchen: „mit Rebellen unterhandle ich nicht", das man doch Monate lang ohne Entgegnung gelten ließ. Allein Koſſuth, der die Kabinetszuſagen bereits aus Erfahrung kennt, verlangte Bürgſchaft für das kaiſerliche Wort, für die kaiſerliche Unterſchrift. Zu ſolcher Erniedrigung des Monarchen haben es Schwarzenberg-Stadion gebracht. Wie aus dem Kabinet, ſo iſt aus dem Volke Treue und Glaube geſchwunden, und eine Demoraliſation iſt in der Politik Oeſterreichs eingeriſſen, die nur mit der Rohheit der Militärgewalt gleichen Schritt hält. Der Rücktritt Stadions iſt ein bloßes Gerücht. Jeder Theilnehmer dieſes Kabinets weiß, daß er, mit dem Austritt aus demſelben, zugleich das öſterreichiſche Gebiet verlaſſen muß, ſonſt erliegt er der Rache des Volkes. Das ganze Kabinet weiß, daß in dem Moment, wo die Belagerung Wiens in der That aufgehoben wird, auch ſein Sturz mit Bedrohung der Perſonen vorbereitet wird. Sie täuſchen ſich auch nicht über die herrſchende Stimmung, und ſehen nur in fortgeſetztem Standrecht ihre Exiſtenz möglich.

Das iſt der Fluch der böſen That,
Daß ſie fortzeugend Böſes muß gebären.

So wurde Pipitz, eine Metternich'ſche Kreatur, verhaßt in ganz Oeſterreich, zum Unterſtaatsſekretär des Innern ernannt, und Joſika, den ganz Ungarn mit Koth und Steinen bewarf wegen ſeines Benehmens unter Apponyi, wird mit der Civilverwaltung Ungarns neben Welden betraut. All dieſe Maßnahmen werden durch die blutigen Gefechte an der Donau eine andere Richtung

erhalten. Wenn aber auch die kaiſerlichen Truppen aus allen Provinzen, ſogar aus den deutſchen Bundesfeſtungen ergänzt und verſtärkt Sieger bleiben: dieſes Miniſterium bereitet für Oeſterreich nur neue Niederlagen. In kürzerer Friſt, als unter Metternich, bricht eine Revolution aus gegen dieſes Kabinet, welche die Lehren der miniſteriellen Organe: „keine Schonung, keine Sentimentalität,“ nach dem Muſter von Brescia und dem Stadtgraben, wahrſcheinlich benützen wird.

Warum ſoll das Reichsoberhaupt den Titel Kaiſer führen?

Der Titel Kaiſer hat hie und dort bedenkliche Aeußerungen hervorgerufen. Man meint, darin liege eine unpaſſende Rückkehr zu mittelalterlichen oder veralteten Zuſtänden, von welchen unſere Zeit nichts wiſſen wolle; oder wenn das nicht, ſo zeige man wenigſtens eine faſt lächerliche Titelſucht, die gleichfalls nicht in unſere Tage gehöre, und wolle man auch davon abſehen, ſo gebe man dem Kaiſer von Oeſterreich dadurch ganz unnöthiger Weiſe Veranlaſſung zu einer gewiſſen Eiferſüchtelei oder neidiſchen Mißtrauen, oder man erſchwere dem Könige, welchem die Würde des Reichsoberhauptes übertragen worden, die Annahme, weil gerade dieſer eine jedenfalls anerkennungswerthe Scheu trage, auch nur den Schein einer leeren Anmaßung auf ſich zu ziehen, und was dergleichen Einwendungen mehr ſein mögen. Wir ſind aber der Anſicht, man habe die Sache ſelbſt nicht tief genug aufgefaßt und laſſe ſich durch ſolche Aeußerlichkeiten beirren. Nehmen wir die Dinge, wie ſie ſind, ſo ergibt ſich Folgendes. Für einen Einheitsſtaat von monarchiſcher Form ſcheint es uns die gleichgültigſte Sache von der Welt, ob der Träger der Majeſtät den Titel König oder Kaiſer führt, und wir dächten, Niemand wäre ſo beſchränkt, zwiſchen den Monarchien Rußland und Großbritannien irgend einen Rangunterſchied deßhalb anzunehmen, weil der Träger der Krone dort Kaiſer und hier König heißt. Allein in einem Bundesſtaate ſtellt ſich die Sache ganz anders. Die Glieder deſſelben müſſen auch äußerlich als ſolche erſcheinen, wenn das Haupt nicht als Gleicher unter Gleichen, ſondern als wahrhaftes Haupt hervorragen, und wenn eben dadurch aller mehr oder minder klar ins Bewußtſein tretenden Eiferſüchtelei entgegen getreten werden ſoll. Nun haben wir im deutſchen Vaterlande Fürſten mit verſchiedenen Titeln, wir haben Könige darunter, daher bedürfen wir einer das Oberhaupt entſchieden bezeichnenden Benennung und müſſen uns demnach umſehen nach einer ſolchen. Ei wohl, ſagt man uns, ſo weit mögt ihr Recht haben, allein warum wollt ihr euer Oberhaupt nicht Schirmherr der Deutſchen nennen, oder mit ähnlichem Titel bezeichnen, wodurch der uns bedenkliche Kaiſer vermieden wird? Nun wir wollen einmal betrachten, wie ſich das ausnehmen würde. Der König von Preußen ſoll als Haupt des deutſchen Reiches bezeichnet werden, da wird es denn lauten: Wir F. W. König von Preußen, Schirmherr der Deutſchen ꝛc. d. h. die Würde des Schirmherrn der Deutſchen iſt ein Accidens der Krone Preußens, die Königliche Würde geht voran, dann kommt das Nebenamt des Schirmherrn. Iſt uns das Recht? Ich dächte doch, die Hoheit des ganzen deutſchen Volkes müſſe vorangehen, und dann erſt könne folgen, daß der Träger derſelben auch König eines beſondern Theiles dieſes Volkes ſei. Als es ſich um die Oberhauptsfrage in der Nationalverſammlung handelte, da hieß es: Deutſchland will nicht preußiſch werden, Deutſchland will nicht bairiſch werden ꝛc. und dieſe Aeußerungen waren gewiß vollkommen berechtigt; wir würden aber Deutſchland wirklich der öffentlichen Meinung nach in einen Partikularſtaat hineinſchieben, wenn wir zugäben, daß die Würde des Oberhauptes als ein Nebenamt eines Partikularfürſten, wie ſolcher ſonſt auch ſtehen möge, erſcheinen dürfte. Gerade umgekehrt ſoll es ſein — das Oberhaupt ſoll in voller Hoheit als ſolches auch äußerlich erkennbar ſein, und jede andere Würde deſſelben ſoll und muß ſich unterordnen unter die Hoheit des Oberhauptes. Kann uns nun Jemand einen Regententitel erfinden, der anerkanntermaßen höher ſteht als der Königliche und doch nicht Kaiſer lautet, ſo trete der große Apollo hervor, ſonſt mag er uns den Kaiſer unangetaſtet laſſen.

Die däniſche Marine.

Im Jahre 1847 umfaßte die königlich däniſche Marine folgende Schiffe:

Linienſchiffe 6, mit zuſammen 486 Kanonen, Fregatten 8, mit zuſammen 360 Kanonen, Korvetten 3, mit zuſammen 72 Kanonen, Brigg 4, mit zuſammen 56 Kanonen, Schooner 3, mit zuſammen 10 Kanonen und 8 Falkonetten, Kutter 3, mit zuſammen 10 Falkonetten, Dampfſchiffe 5, mit zuſammen 510 Pferdekraft, Kanonenböte 86, Transportſchiffe 6, mit zuſammen 305½ C. L., zuſammen 124 Fahrzeuge mit circa 1178 Kanonen. Außerdem Poſtdampfſchiffe 3, Bugſirdampfſchiffe 1 fürs Königreich und 1 für die Herzogthümer. Zollkreuzfahrzeuge 18 fürs Königreich und 20 für die Herzogthümer. Leuchtfeuerſchiffe 3 fürs Königreich und 1 für die Herzogthümer.

Das däniſche Staatsbudget führt die Summe von 1,000,000 Thaler — 750,000 Thaler preußiſch als Normal-Jahresausgabe für die Staatsmarine auf; die däniſche Kriegsflotte hat folgenden Mannſchaftsetat:

Für ein Linienſchiff von 84 Kanonen, im Frieden 498 Mann Beſatzung, im Kriege 665 Mann Beſatzung. Für eine Fregatte von 46 Kanonen, im Frieden 277 Mann Beſatzung, im Kriege 354 Mann Beſatzung. Für eine Korvette von 20 Kanonen, im Frieden 113 Mann Beſatzung, im Kriege 128 Mann Beſatzung. Für eine Brigg von 12 Kanonen, im Frieden 73 Mann Beſatzung, im Kriege 79 Mann Beſatzung. 20,000 Seewehrpflichtige ſind disponibel. Sie werden eingetheilt in Ganzbefahrene, Halbbefahrene, Seegewohnte und Nichtſeegewohnte. Die See-Limit-Diſtrikte zur Rekrutirung liegen an der Seeküſte hin. Mit dem 16ten Lebensjahr beginnt die Pflichtmäßigkeit der Landbewohner und der Fiſcherei-treibenden Stadtbewohner.

Deutſchland.

Feldkirch. Unſere Abgeordneten (in Kremſier) fühlten ſich verpflichtet, die Theilnahme an der Ausarbeitung der Verfaſſung für Tirol abzulehnen, weil ihre Vollmacht mit der Auflöſung des Reichstags erloſchen war, und ſowohl geſchichtliche Rechte, als auch die wichtigſten Intereſſen die Selbſtſtändigkeit Vorarlbergs wenigſtens in ſtändiſcher Beziehung gebieteriſch erheiſchen. (Voralb. Z.)

Lith. Korr. Von der polniſchen Grenze, 15. April. Die gemeinen Ruſſen ſind weniger zurückhaltend in ihren Geſprächen, als die Offiziere. Bemerkenswerth iſt es, daß ſie auf die Frage: warum ſie an der Grenze ſtehen? Alle ein und dieſelbe und zwar nachſtehende Antwort geben: „Unſer Kaiſer iſt der Schwager des preußiſchen Königs. Nachdem die Franzoſen von den Ruſſen im großen Kriege beſiegt worden waren, gehörte alles Land bis nach Paris dem Kaiſer; er hat die Verwaltung verſchiedenen kleinen deutſchen Knäſen (Fürſten) übertragen und als oberſten Militär-Gouverneur ſeinen Schwager den Knäs von Preußen geſetzt. Nun haben die Franzoſen und die deutſchen Rebellion gemacht und da baten die deutſchen Knäſes, ſowie der oberſte Gouverneur, den Kaiſer um Hülfe und deswegen ſtehen wir nun hier an der Grenze; wenn nicht bald Ruhe wird, ſo werden wir hinübergehen und Ordnung machen.“

Elberfeld, 15. April. In einer heute hier abgehaltenen, zahlreich beſuchten Volksverſammlung wurde nachſtehende Erklärung einſtimmig angenommen und deren Ueberſendung an die Reichsverſammlung in Frankfurt beſchloſſen: „Wir erklären und anerkennen: die von der deutſchen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung zu Frankfurt am Main endgültig beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung iſt einziges und höchſtes Reichsgrundgeſetz; eine Abänderung iſt einzig und allein zuläſſig in den Formen dieſer Verfaſſung; wir verpflichten uns, dieſelbe aus allen Kräften und mit allen geſetzlichen Mitteln aufrecht zu erhalten.“

Frankreich.

* **Paris**, 16. April. Der von dem Finanz-Miniſterium veröffentlichte Ertrag der indirekten Steuern in den drei erſten Monaten des gegenwärtigen Jahres zeigt im Vergleich zu der entſprechenden Periode von 1847 eine Mindereinnahme von 25,930,000 Fr. und zu der von 1848 eine Mindereinnahme von 9,620,000 Fr., die übrigens zum Theil auf Rechnung der Herabſetzung der Salzſteuer und des Brief-Portos kommt. Die

Salzſteuer hatte im erſten Trimeſter 1847 14,954,000 Fr. und im erſten Trimeſter 1848 13,723,000 Fr. eingetragen; in dieſem Jahre war der Ertrag nur 10,166,000 Fr. Die Poteinnahme betrug im erſten Trimeſter 1847 12,277,000 Fr. und im erſten Trimeſter 1848 13,075,000 Fr.; 1849 betrug ſie nur 9,627,000 Fr. Die Wiederbelebung der Induſtrie und des Handels und die allmälige Gewöhnung der Nation an erhöhte Salz-Conſumtion und größere Benutzung des Poſt-Briefverkehrs läßt in Kürze ein günſtigeres Reſultat vorausſehen. Bemerkenswerth iſt, daß der Eingangszoll auf den Kolonial- und fremden Zucker einen bedeutenden Mehrertrag im Vergleich zu 1848 abgeworfen hat. Dagegen hat der Tabak 419,000 Fr. weniger als im Jahre 1848 abgeworfen, wobei die intereſſante Thatſache zum Verſchein kommt, daß die Einnahme des Tabaks-Monopols im Jahre 1847 ſogar um 519,000 Fr. geringer war, als im Jahre 1848. Die Conſumtion des Tabaks ſcheint alſo mit der Beſchäftigungsloſigkeit und dem Elend des Volkes gleichen Schritt zu gehen.

Auf einem der Quai's von Paris wird binnen Kurzem eine ſeltſame Ausſtellung zum Verkauf eröffnet werden. Alle in dem verfloſſenen Winter bei der Kanaliſation des Seine-Arms unter dem Pont St. Michel gefundenen Gegenſtände, die der Fluß ſeit 1800 Jahren verſchlungen hat, ſollen dort feilgeboten werden. Es befinden ſich darunter goldene, ſilberne und kupferne Münzen bis zu den Römerzeiten, Degen, Sporen, Gefäße, verroſtete Schlöſſer, Schnallen, Ringe, Armbänder, Statuetten und tauſend Dinge ohne Namen.

Der Marſchall Bugeaud hat an den Verfaſſer eines Pamphlets auf die Socialiſten ein Beglückwünſchungsſchreiben gerichtet, dem wir folgende Stelle entnehmen: „Sie haben ſehr treffend den Ausgangspunkt unſerer Revolutionen bezeichnet, indem Sie dieſelben näher oder entfernter mit der Irreligioſität der Philoſophen in Zuſammenhang bringen und indem Sie die Thorheit dieſer Reformatoren zeigen, welche nicht zu ſättigende Begierden erweckt und alle Feſſeln der moraliſchen Entſagung gebrochen haben. Dieſe Lehren von allgemeinem Genuß, von unbegrenzter phyſiſcher Befriedigung ſind ſo abgeſchmackt, wenn man ernſtlich darüber nachdenkt, daß man ein tiefes Mitleiden und eine grenzenloſe Trauer empfindet, wenn man die unerläßliche Nothwendigkeit, wohin man gekommen iſt, betrachtet, das Eindringen dieſer Lehren in gebildete Geiſter zu bekämpfen. Was die entſittlichten Proletarier, die laſterhaften Weſen betrifft, welche die Hefe des Volkes bilden, und beſonders eines civiliſirten Volkes, ſo haben dieſe zu Dienſten ihrer wahnſinnigen Begierden eine furchtbare Logik, der Gott allein Widerſtand entgegenzuſetzen vermag, die Logik der Gewalt.“

Schweiz.

** **Bern**, 15. April. Die Weigerung der Genfer Regierung oder beſſer James Fazy's, den bekannten Flüchtling Heinzen auszuweiſen, und der offene Trotz, welchen die erſtere bei dieſem Anlaß dem Bundesrathe gegenüber an den Tag gelegt hat, gibt Stoff zu ernſten Betrachtungen und hat auch bereits in der Mitte des Bundesrathes zu ziemlich heftigen Debatten geführt, indem es ſich um die Frage handelte, ob und welche exekutoriſchen Maßregeln gegen die renitirende Genfer Regierung zu ergreifen ſeien. Dem Vernehmen nach ließ ſich indeß der Bundesrath durch die Einwendungen Druey's beſtimmen, einſtweilen von weiteren Maßregeln zu abſtrahiren und die Angelegenheit den auf den 16. April einberufenen Räthen vorzutragen, ein Beſchluß den wir nur bedauern können. Denn wenn je ein raſches, energiſches Einſchreiten am Platze war, ſo war es hier der Fall. Fazy iſt nicht der Mann, der ſich durch ſchonendes Verfahren gewinnen läßt. Vielmehr wird er es als Schwäche auslegen und ſich zu Nutze machen. Schämte er ſich ja nicht gerade im nämlichen Augenblicke, als der auf ſeinen Antrieb von Genf fortgewieſene Herr v. Röder (Gouverneur eines preußiſchen Prinzen) am Einpacken begriffen war, Arm in Arm mit Heintzen die Straßen Genfs zu durchwandeln, um ſeine Sympathien für die rothen Republikaner und ſeinen Abſcheu gegen „die Sklaven der Fürſten“ (als welchen er den Herrn v. Röder bezeichnete) offen zur Schau zu tragen.

Italien.

Aus Sizilien. Die Allg. Ztg. enthält einen Brief aus Palermo, der die Einwände der Sizilianer gegen das königliche Ultimatum kurz zuſammenfaßt. Wir geben das Hauptſächlichſte daraus: Am meiſten verletzte die Sicilier, daß man die ganze Revolution als nicht geſchehen hinwegſtreichen wollte, daß ſich der König die Miene gab, als ſei überhaupt gar nichts zwiſchen 1847 und 49 vorgefallen, und die angebotene Verfaſſung für Sicilien ein Akt des königlichen Willens; ferner, daß der König eine tabula rasa vorausſetzte, anſtatt an das Beſtehende anzuknüpfen. Alles was ſich bei der Revolution betheiligt habe, ſei in ſeiner Exiſtenz bedroht. Der König verlange, daß alle Anordnungen ſeit dem 12. Januar 1849 als null und nichtig angeſehen würden. Nun beſtehe aber eine proviſoriſche Regierung, die ſich auf die angeſehenſten Männer und Familien des Landes ſtütze. Eine große Anzahl Beamte ſeien ernannt, die gleichfalls durch das Dekret ſuspendirt würden, kurz es gebe faſt nicht einen einzigen Sizilier in den höhern Ständen, der nicht durch Verwandtſchaft, Schwägerſchaft oder andere Verbindung in Zuſammenhang ſtünde mit der Regierung, wie ſie eben faktiſch einmal da ſei. Hauptſächlich aber ſei Sicilien durch die Zwangsanleihen ſolidariſch verbunden.

Der König von Neapel, vergißt dabei, wie eine ganze Bevölkerung durch die Nationalſchuld an die beſtehende Regierung gefeſſelt wird. Dazu kam noch, daß man die Amneſtie anfangs mit gewiſſen Beſchränkungen gewährte. Man behielt ſich vor, die Perſonen zu bezeichnen, deren Exil nothwendig ſei, um die Ruhe in Sicilien auf Dauer herzuſtellen. Natürlich ſucht das Volk dieſe Perſonen zu errathen, und findet ſtets ſeine Lieblinge bedroht. Denn man darf nicht vergeſſen, daß es in Sizilien wirklich Männer gibt, die „im Namen des Volkes“ ſprechen können. Auch die Armee war durch die Bedingungen bedroht: eine völlige Vernichtung der Revolution hätte die Offiziere ihrer Stellen beraubt, auch ſie mußten alſo gegen die königlichen Vorſchläge eingenommen werden. Außerdem entſprach die Verfaſſung gar nicht an Freiſinnigkeit und Unabhängigkeit den Erwartungen der Sicilier. Während die Konſtitution von 1812 die Rede- und Preßfreiheit in weiten ſcharfgezogenen Gränzen garantirte, enthalten die königlichen Vorſchläge faſt nichts darüber, denn die Beſchränkung der Preßfreiheit zur Sicherung der allgemeinen Wohlfahrt behält ſich der König vor, geſetzlich zu beſtimmen. Das Grundgeſetz von 1812 ſicherte den Siziliern vollſtändige Unabhängigkeit von Neapel. Nach den königlichen Vorſchlägen würde den Sizilien bloß eine Statthalterſchaft zugeſagt. Der König kann, wenn er in Sizilien nicht reſidiren will, einen Vicekönig ernennen, und ihn nach Gutdünken mit Vollmachten ausſtatten, während das Statut von 1812 feſtſetzte, daß, wenn ſich der König ohne Bewilligung des Parlaments außer Landes begebe, er eo ipso ſein Anrecht an die Krone verliere, und ſein nächſter Erbe zur Thronfolge gerufen werden könne. Der empfindlichſte Punkt ſind die Finanzangelegenheiten. In der Konſtitution von 1812 war das Parlament der einzige entſcheidende Faktor. In den Vorſchlägen vom 28. Februar 1849 heißt es: die Geſammtausgaben beider Sizilien werden nach der Kopfzahl beider Reiche vertheilt oder für Sizilien auf jährliche drei Millionen Dukaten feſtgeſetzt. (Im erſten Fall wüßte man nicht, ſollte die Kammer in Neapel oder die in Palermo das Budget genehmigen.) Außerdem muthen die königlichen Vorſchläge den Siziliern eine Kriegsentſchädigung an den Staatsſchatz von 500,000 Unzen (etwa 1,500,000 fl. C. M.) und eine theilweiſe Uebernahme der Geſammtſtaatsſchuld zu. Ueber die Beſetzung der Militär- und Staatsämter machte die Verfaſſung von 1812 die ſiziliſche Nationalität zur Bedingung. Die Vorſchläge vom 28. Februar ſagen nur, daß alle Stellen, die auf gemeinſchaftliche Koſten beſoldet werden, (Militär, Flotte, Diplomatie ꝛc.) ohne Unterſchied an Sizilier und Neapolitaner vergeben werden ſollen. (Alſo war auch dieſe Forderung dem guten Willen des Königs und ſeiner jeweiligen Regierung anheimgegeben.) Endlich bedrohte ein anderer Artikel den Adel auf das gefährlichſte. In dem Statut von 1812 heißt es: „Die Pairswürde iſt ewig, unveräußerlich, erblich. Se. Maj. mag nach Gutdünken neue Pairs ernennen, nur müſſen es ſiziliſche Barone mit einem jährlichen Territorial-Einkommen von 6000 Unzen ſein.“ Der Entwurf vom 28. Februar ſagt dagegen: „Die Pairs werden auf Lebenszeit ernannt, ihre Zahl iſt unbeſchränkt.“

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — **Druck** von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 110. Frankfurt a. M., Samſtag 21. April. **1849.**

Ueberſicht.

Die deutſche Frage vom preußiſchen Standpunkt.

Deutſchland. Frankfurt (Die Reichsverſammlung und das Verfaſſungswerk. Preußen und die Königreiche. Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt [Schluß]. Hr. v. Beckerath.) Wien (Fürſt Windiſchgrätz. Der neue Gouverneur. Die Anklage gegen Goldmark. Aufſtellung von Reſervekorps.) Berlin (Die Kammern und die deutſche Sache. Neue Parteien.) München (Die Vertagung der Kammer und die deutſche Frage. Fortſchritte der Demokraten. Konfiskationen und Verhaftungen. Militäriſche Maßregeln.) Stuttgart (Stand der deutſchen Sache. Drohende Miniſterkriſis.) Raſtatt (Oeſterreichiſche Artillerie nach Ungarn.) Darmſtadt (Bewegung im Lande für die Reichsverfaſſung.) Altenburg (Erklärung für die Reichsverfaſſung.) Schleswig-Holſtein (Korpsbefehl des General v. Bonin.) Eckernförde (Die Trümmer des Chriſtian VIII. Der Geſion. Der Herzog von Koburg.) Hamburg (Die Bürgſchaft für die Reichsverfaſſung.) Hadersleben (General v. Bonin.)

Großbritannien. London (Verſtärktes Gerücht von einem bevorſtehenden Miniſterium Stanley und neuen allgemeinen Wahlen. Die Agitation gegen die Whigs. Interpellation Disraelis über auswärtige Politik.)

Frankreich. Paris (Die Kommiſſion in der italieniſchen Frage. Proudhon.)

Italien. Genua (Uneigennützigkeit des Generals Avezzana.)

Dänemark. Kopenhagen (General v. Krogh entlaſſen.)

Schweden. Stockholm (Däniſche Botſchaft.)

Ungarn. Peſth (Gefechte. Verſtärkungen. General Götz. Theuerung. Der Stand der Dinge im Süden.)

Rußland. (Rekrutirung.)

Oſtindien. (Der Sieg des Lords Gough über die Sikhs bei Guſchrat. Unterwerfungsanträge der Sikhs.)

China. (Die bevorſtehende Eröffnung der Tartarenſtadt Kanton's.)

---

20. April.

Es wird Herrn Camphauſen von allen Seiten her in's Ohr gerufen, er halte das Schickſal Deutſchlands in Händen und er werde der Geſchichte dafür verantwortlich ſein. Man kann dieſe ſtürmiſchen Aufforderungen rückſichtslos nennen, aber iſt jetzt Zeit zu Rückſichten? Hr. Camphauſen mag ſich auf ſeine Inſtruktionen berufen, aber es gibt Augenblicke, wo der Mann ſeine Inſtruktion in der eignen Bruſt findet — in letzter Inſtanz vielleicht dieſe, daß er nicht Folge leiſtet und, wenn er vergebens gewarnt hat, erwartet, ob ein Andrer ſich dazu hergeben wird, Unheilvolles zu vertreten.

Möge nun der deutſche Geſichtspunkt in dieſer Sache erſchöpft ſein, auch der preußiſche hat ſein Recht. Wer will es vertreten, wenn Preußen auf's Neue dem Gängelbande von Oeſterreich, von Rußland, verfallen erſcheinen ſollte?

Wir haben immer den Prinzen Eugen für einen großen Staatsmann gehalten, und wär's auch nur deßhalb, weil er geſagt, man hätte den Miniſter hängen müſſen, der dem Kaiſer die Anerkennung des preußiſchen Königstitels angerathen. Aber Prinz Eugen der edle Ritter war kein politiſcher Seher, wenn Preußen ſchwankt in dem Augenblick, wo die Dinge ſich erfüllen ſollen.

Wenn Friedrich II. in den Denkwürdigkeiten des Hauſes Brandenburg die Königskrone als einen Sporn zu größeren Dingen darſtellt, einen Sporn, den der Stifter jener Würde für die Nachfolger auf dem Thron mit vollem und ſtarkem Bewußtſein auserſehen, ſo hat er ſeinen erſten königlichen Ahn ohne Zweifel richtig beurtheilt — aber die Zeiten hat er nicht vorhergeſehen, wo der Sporn wirkungslos bleiben könnte.

Wie glatt hätten doch die Dinge (nicht für Preußen, nein, auch für Deutſchland) ſich geebnet, wenn Friedrich II. als Kronprinz wirklich katholiſch geworden wäre, wirklich Marien Thereſien geheirathet hätte! Aber es iſt nun einmal nicht geſchehen; ſeine Nachfolger ſind proteſtantiſch, wohnen in Berlin; es wird ſchon eines Entſchluſſes bedürfen, wenn das Unverhoffte nicht wieder unbenutzt bleiben ſoll. Es hat für uns Andere, die wir nicht Preußen und nicht Oeſterreicher ſind, auch eines Entſchluſſes bedurft, und wir meinen, ein Entſchluß iſt des andern werth.

Und wolle man uns doch nicht glauben machen, man ſei in Berlin ganz unvorbereitet geweſen, man müſſe dort an dieſe Ideen ſich erſt anfangen zu gewöhnen. Vom 21. März 1848 wollen wir gar nicht reden; nicht einmal vom Zollverein; viel früher war man mit dem Gedanken vertraut, daß der Waffenſtillſtand zwiſchen Wien und Berlin, den die deutſche Bundesakte beſiegelt, einmal zu Ende gehen könne. Recht von fernher, und allerdings mit faſt kleinlicher Erwägung, waren die Eventualitäten dem Kabinet dargelegt. Die Denkſchrift eines preußiſchen Diplomaten aus dem Jahr 1822 iſt längſt kein Geheimniß mehr. Darin iſt mit Bezug auf die im Bunde zu befolgende Politik ausgeſprochen: Alles werde möglichſt ſo vorzubereiten ſein, „daß, wenn einſt eine Trennung Preußens von Oeſterreich erfolgen und dem zu Folge eine Spaltung Deutſchlands ſtattfinden ſollte, der überwiegende Theil der Bundesſtaaten ſich für Erſteres erklärte, und daß alsdann die vorhandene Bundesform nicht zu ſehr zum Nachtheile der preußiſchen Seite benutzt werden könnte.“ Ferner: „mag Preußen eine paſſive Rolle ſpielen, und in manchen Punkten nur der öſterreichiſchen Politik zu folgen ſcheinen; jemehr es jenen Schein zu gewinnen glückt, deſto ſicherer wird ihm einſt die Mehrheit der Bundesſtaaten zufallen, wenn das Aufhören der preußiſch-öſterreichiſchen Allianz auch den Druck, den ihr vereintes und umfaſſendes Gewicht ausübte, aufhören läßt.“ Und noch einmal: „in der Hypotheſe einer dereinſtigen Spaltung Deutſchlands könnten ſehr genau und ſcharf beſtimmte Bundesformen ſtets weſentliche Vortheile der im Beſitz der formellen Geſchäftsleitung befindlichen Macht gewähren, was die nöthigen Maßregeln unendlich erſchweren, würden welche Preußen dann im Bunde zu ergreifen angemeſſen finden dürfte, um eine Anwendung des Bundesmechanismus gegen ſich ſelbſt zu neutraliſiren.“

Gewiß iſt für dieſe vorſorgliche Politik nicht die jetzige, und kaum die damalige Regierung Preußens verantwortlich. Ebenſo gewiß aber iſt die Schwierigkeit, die in den Bundesformen lag, beſeitigt — durch den Willen der Nation. Wollte man nun dennoch an den kleinen, den halben Maßregeln feſthalten; auch jetzt noch im weiteren Bund eben nur den engeren gründen, den Zollverein nur noch etwas leſerlicher ins Politiſche überſetzen — jetzt, wo es nicht um eine Spaltung Deutſchlands, ſondern um Deutſchlands Einigung ſich handelt, von welcher nur Oeſterreich ſich auszuſchließen im Stande bleibt — nicht wahr, es wäre eben recht kleinlich und halb, und (was man in Berlin heute am wenigſten gutheißen würde) es wäre ganz im Geiſt jener Denkſchrift von 1822?

Hatte man damals Oeſterreich mit Rückſichten aller Art geglaubt überhäufen zu ſollen, jetzt iſt dazu weniger der Augenblick als je. Will Preußen ſelbſtſtändig mit Deutſchland gehn, Oeſterreich iſt nicht in der Lage es zu verhindern. Ob Oeſterreichs Sprache eine ſolche geweſen, die zu Rückſichten Anlaß geben könnte, darüber wird kein Wort zu verlieren ſein.

Und Rußland? Wir wollen gerne glauben, daß Rußland nicht gemeint iſt, gegen die preußiſche Uebernahme der Kaiſerwürde zu proteſtiren. Rußland hat wohl eher ſchon es ſich zum Verdienſt angerechnet, Preußens Wünſchen Nichts in den Weg zu legen. Rußland hat Nichts einzuwenden gegen einen Zuwachs preußiſcher Macht — ſo lange die preußiſche Macht nicht Rußlands Zwecken widerſtreben wird. „La Prusse,“ ſchrieb Pozzo di Borgo am 28. November 1828, „la Prusse a son rôle tout

fait et les objets de son ambition sous les mains, et ce n'est pas la Russie qui souffrira de ses empiétemens; elle restera libre d'accomplir les siens, si son intérêt l'exige." Je ſelbſtſtändiger, je raſcheren, friſcheren Muthes Preußen handelt, deſto mehr wird Deutſchland darin die Bürgſchaft erkennen, daß Preußen den Zwecken Rußlands ein für alle Mal nicht mehr dienen will. Meidet auch den böſen Schein! Laßt nicht gefragt werden, ob denn, oder warum noch nicht, preußiſche Krieger die Grenze Jütlands überſchritten haben. Laßt nicht geglaubt werden, daß auch nach überraſchenden Erfolgen von einer unmöglichen Grundlage der Friedensunterhandlungen die Rede werden könnte. Wer würde noch auf eine deutſche Politik Preußens vertrauen, wenn Preußen ſchwankt in dem Augenblick, wo die Dinge ſich erfüllen ſollen?

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 20. April. Sie haben geſehen, daß am Schluſſe der geſtrigen Sitzung der Reichsverſammlung ohne Widerrede beſchloſſen wurde, die nächſte Sitzung auf Montag, den 23. d., anzuberaumen und eventuell die Berathung des Berichtes des Dreißigerausſchuſſes auf die Tagesordnung zu ſetzen. In dieſem Augenblicke, wo die ganze deutſche Nation von einem großen Gedanken durchdrungen iſt, kann es ihr auch wenig Genugthuung gewähren, wenn die Reichsverſammlung über Gegenſtände der unweſentlichſten Natur in Verhandlung tritt und ihre Zeit damit ausfüllt. So wie die ganze deutſche Nation, können und dürfen auch nur die Vertreter derſelben jetzt dem einzigen Wunſche nachhangen, die beſchloſſene Reichsverfaſſung zur Ausführung zu bringen. Alles andere muß momentan zurückgedrängt werden und es wird dieſes volle Hingeben der Reichsverſammlung zur Löſung der deutſchen Lebensfrage das Volk mächtig anſpornen, aus allen Kräften nach demſelben Ziele zu ſtreben. Unterliegt es aber auch keinem Zweifel, daß der Dreißigerausſchuß ſeinen Bericht auf nächſten Montag auf die Tagesordnung der Reichsverſammlung bringen kann, ſo ſteht es immer noch in Frage, ob die Reichsverſammlung auch ſogleich darüber in Berathung treten darf. Dann darf es auch nicht geläugnet werden, daß die Zuſtände Deutſchlands in dieſem Augenblicke der Art ſind, daß Verzug Gefahr drohen kann, ſo läßt ſich doch nicht überſehen, wie ſehr es im allgemeinen deutſchen Intereſſe liegt, den wenigen größeren deutſchen Regierungen, welche mit ihren Erklärungen auf die preußiſche Cirkularnote im Rückſtande ſind, die nöthigſte Zeit zu gönnen, ſich vollends zu ermannen und ſomit die „Vorbedingung" der preußiſchen Regierung in Erfüllung gehen zu laſſen. Sie wird und muß in Erfüllung gehen, dieſe „Vorbedingung", und die Krone Preußen dem an ſie von dem deutſchen Volke, ſeinen Vertretern und Regierungen ergangenen Rufe folgen. So ſehr wird denn doch der Himmel in ſeinem Zorne über einzelne deutſche Regierungen, über ihr Zögern dem troſtloſen, ungewiſſen Zuſtande Deutſchlands ein Ende zu machen, nicht mit Blindheit geſchlagen haben, daß ſie ſelbſt den Feuerbrand in den Bau ſchleudern wollen, welchen die Reichsverſammlung nach faſt einjährigen endloſen Mühen errichtet, um ſich unter ſeinen Trümmern zu begraben! Allerdings läßt die zweifelsvolle Stellung, in welche offenbar Hr. Camphauſen und das undeutſche preußiſche Miniſterium durch den raſchen, männlichen Entſchluß von 28 deutſchen Regierungen gerathen, den Gedanken an die Oktroirung einer Verfaſſung wieder aufkeimen. Er könnte ein ſchmachvoller genannt werden, iſt aber in der That ein lächerlicher. Nachdem das Ollmützer Miniſterium in ſeiner letzten Note die übrigen deutſchen Regierungen — und Preußen nicht ausgeſchloſſen — wie Vaſallen Oeſterreichs behandelt, nachdem 28 Regierungen mit der Reichsverſammlung von dem Ollmützer Miniſterium gewiſſermaßen mit dem Bann belegt worden, weil ſie eine Verfaſſung durchführen wollen, welche Oeſterreich als „ungeſetzlich" erkennt, und nachdem es keiner Frage unterliegen kann, daß die Krone Preußen ſich dem Willen der deutſchen Nation fügen wird, — welche Regierungen wollen dann noch mit Oeſterreich im Bunde gehen, um Deutſchland eine Verfaſſung zu oktroyiren? — Keine! — Deutſchland muß jetzt ſein Werk vollenden, und nicht blos zu ſeinem, ſondern auch zum Heile ſeiner deutſchen Brüder in Oeſterreich.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 20. April. Preußen will, ehe es ſich für Annahme des Erbkaiſerthums und der Reichsverfaſſung erklärt, daß erſt die übrigen rein-deutſchen Staaten ſich bereit erklären, der Verfaſſung mit dem Kaiſerthum ſich zu unterwerfen. Und die Regierungen dieſer Staaten, ſoweit ſie nicht deutſchgeſinnt ſein mögen, erklären ſich natürlich dazu nicht eher bereit, als bis ſie durch die Nothwendigkeit der Verhältniſſe gezwungen ſind. In Sachſen will das Miniſterium die Reichsverfaſſung, die für ganz Deutſchland beſchloſſen ſei, nicht einſeitig einführen, und vermuthlich auch nicht einſeitig anerkennen, weil Sachſen dadurch „ſich der Möglichkeit beraubt ſähe, bei denjenigen Verhandlungen, welche die Förderung der deutſchen Einheit zum Zweck haben, ſich thätig zu betheiligen." In Würtemberg ſcheint Herr von Schmerling, der ſich im entſcheidenden Augenblicke zu Stuttgart aufgehalten, wahrſcheinlich um hier den Einfluß bekannter Perſonen und Parteien durch den ſeinen zu verſtärken, und das herzliche Einverſtändniß zwiſchen ruſſiſchen und öſterreichiſchen Wünſchen und Plänen zu beweiſen, zwar nicht bei dem volksthümlichen und deutſchgeſinnten Miniſterium, wohl aber bei Hof einſtweilen einen gleichen Entſchluß bewirkt zu haben. In Hannover wird man nicht anders, in Baiern anders, aber ſchlimmer verfahren.

Preußen jedoch hat es in ſeiner Hand, dieſe königlichen Regierungen zu einer patriotiſcheren Entſchließung und Erklärung zu bringen. Nimmt Preußen die Reichsverfaſſung mit dem Erbkaiſerthum für ſich unbedingt an, und führt ſie dadurch ins Leben: ſo wird die Natur der Verhältniſſe, das Intereſſe und der Wille des Volkes, Hannover, Würtemberg und Sachſen ſchon binnen wenigen Tagen zum Eintritt in den deutſchen Bundesſtaat veranlaſſen, und Baiern wenigſtens der ſonſt gar bedenkliche Tag der nächſten Wahlen zum Reichstage vermuthlich ſchon in demſelben finden.

Möge Preußen daher vorgehen! Mög', es den günſtigen Augenblick, wo die öſterreichiſche Politik unfähig iſt, der Einigung Deutſchlands thatſächliche Hinderniſſe in den Weg zu legen, wo ſie in der neueſten Note an Hrn. v. Schmerling, worin die Abberufung der öſterreichiſchen Abgeordneten verfügt wird, nach einigen Ausfällen gegen die Reichsverſammlung den engeren Bundesſtaat der reindeutſchen Staaten bereits gewiſſermaßen anerkennt und der Freundſchaft Oeſterreichs verſichert, wo ſelbſt Hr. v. Prokeſch-Oſten ſich mit einigen pietiſtiſch-legitimiſtiſchen Redensarten in das preußiſch-deutſche Erbkaiſerthum ergeben haben ſoll, mit Entſchiedenheit ergreifen und benutzen!

□ **Frankfurt**, 19. April. (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. Schluß des geſtern abgebrochenen Berichts.) Die Verſammlung ging nun zu dem Antrage des Abgeordneten Hadermann über, eine hier vorgekommene geſetzwidrige Verhaftung durch das Militär betreffend. Der Thatbeſtand, wie ihn wenigſtens der Antragſteller darlegt, iſt in Kürze folgender: In einem hieſigen Bierhauſe hat neben einer Anzahl Bürger ein kurheſſiſcher Huſarenunteroffizier geſeſſen, die Bürger haben „über die Fürſten geſchimpft", der Unteroffizier hat davon Anzeige auf der Konſtablerwache gemacht, der Offizier der Wache, Lieutenant Hämmerlein vom Frankfurter Linienbataillon, hat einen Unteroffizier zur Verhaftung des Denunziaten abgeſandt, und dieſe Verhaftung, nachdem der Unteroffizier das erſte Mal durch den Proteſt des Wirthes und ſeiner Gäſte zweifelnd geworden und abgezogen war, durch verſtärkte Mannſchaft vollziehen laſſen. Der Antrag lautet dahin, die Verſammlung wolle den Senat erſuchen, ihr baldigſt Mittheilung darüber zu machen, ob er von dem fraglichen Vorfall Kenntniß genommen und was er gethan habe oder thun werde, den Schuldigen zur gebührenden Strafe zu ziehen, ſodann der Verſammlung über den Ausgang der Unterſuchung baldthunlichſt Kenntniß zu geben, weiter, ihr zur Kenntnißnahme die Inſtruktionen mitzutheilen, welche er der Polizeibehörde zur Ausführung des §. 4 des Geſetzes zum Schutze der perſönlichen Freiheit ertheilt hat, endlich dafür zu ſorgen, daß dem hier in Garniſon liegenden Militär die Grundrechte und unſer Geſetz zum Schutze der perſönlichen Freiheit zur Nachachtung ſpeziell bekannt gemacht werden. Herr Dr. Reinganum wies darauf hin, wie leicht es möglich ſei, daß bei ſolchen Verhaftungen in Bierhäuſern ein verkappter Reichstagsabgeordneter oder Reichsminiſter, „welche bekanntlich auch bisweilen bedenkliche Reden über gekrönte Häupter führten," betroffen werde. Aber Herr Schöff Souchay machte darauf aufmerkſam, daß man vor allen Dingen von dem Thatſächlichen mehr wiſſen müſſe, als was die verſchiedenen Redner bis jetzt vorgebracht,. die im Grunde nicht mehr zu wiſſen ſchienen, als daß der Verhaftete von Gönheim oder auch nicht von Gönheim ſei, daß jeder, der

hier lebe, die hieſigen Geſetze zu kennen die Verpflichtung habe, und daß es demnach den Soldaten eine beſondere Ehre oder, falls die Thatſachen unwahr, eine unverdiente Kränkung anthun hieße, wollte man ſolche Geſetze ihnen noch ſpeziell bekannt machen; und ſo würde von der letzten Klauſel des Antrags einſtweilen abgeſehen und das Ganze dem Senat einfach zur Rückäußerung übergeben, wobei denn überhaupt zu wünſchen ſein möchte, daß man nicht jeden Uebergriff eines einzelnen Lieutenants oder einer einzelnen Schildwache ſofort dem geſammten Militär zur Laſt legte. Die Sitzung ſchließt mit einem vielfach unterſtützten Antrage des Herrn Dr. Braunfels, die demnächſt beginnenden Verhandlungen über die Verfaſſung, um einem größeren Publikum den Zutritt zu ermöglichen, im Kaiſerſaale des Römers abzuhalten: doch wurde derſelbe einſtweilen noch abgelehnt, weil der Kaiſerſaal keinen Beleuchtungapparat hat, die Sitzungen alſo unter allen Umſtänden beim Eintritt der Dunkelheit abgebrochen werden müßten. Der Antrag eines Mitgliedes, augenſcheinlich aus dem ehrgeizigen Wunſche hervorgegangen, nicht hinter der deutſchen Reichsverſammlung in der Paulskirche zurückzubleiben, der Antrag, die Sitzungen in der Nikolaikirche abzuhalten, fand keine Unterſtützung.

Im Laufe der heutigen Sitzung nahm übrigens Hr. Schöff Souchay Gelegenheit zu erklären, daß er bereits ſeit 4 Wochen dem Senate nicht mehr angehöre; alle Parteien werden darin übereinſtimmen, daß der Senat damit eins ſeiner ausgezeichnetſten Mitglieder verloren.

= **Frankfurt**, 20. April. Hr. v. Beckerath wird möglichſt raſch von Berlin zurückerwartet.

Wien, 16. April. Ueber Allerhöchſter Anordnung wird ein Reſervekorps von 22 bis 25,000 Mann auf dem Marchfelde bei Wien und ein zweites ſolches Corps von beiläufig 15,000 Mann in der Gegend bei Pettau in Unterſteiermark, beide bis längſtens den 10. k. M. zuſammengezogen ſein. Dem Vernehmen nach ſoll auch ein Reſervekorps von größerer Stärke als die erſteren in Böhmen, und zwar in der Gegend zwiſchen Tabor und Budweis gebildet werden. (Wien. Ztg.)

? **Wien**, 17. April. Mit kurzen Worten iſt in der geſtrigen Wiener Ztg. angezeigt, daß Welden das Oberkommando in Ungarn übernimmt. Man findet es nicht der Mühe werth, über die Abberufung des Fürſten Windiſchgrätz dem Publikum Etwas zu ſagen und er ſelbſt vielleicht erfährt ſie erſt durch das Eintreffen des neuen Oberkommandanten. Das iſt ſo öſterreichiſche Lebensmanier. Der durchlauchtigſte Fürſt erhält aber den Lohn für ſeine Thaten! Im Intereſſe der Dynaſtie, oder eigentlich der Adelsreaktion übernahm er das Henkeramt in Wien, und nicht einmal der Czar gibt ihm einen Orden dafür. Der Hochverehrte, Beſungene, vom Gemeinderath Beadreßte ſinkt zur Null herab, die er war, und nimmt den Habsburgiſchen Undank nebſt den Verwünſchungen des Volkes mit. Das Miniſterium beglückt uns aber neuerdings mit einem gleich weiſen Helden. Böhm wird Civil- und Militärgouverneur, ein Mann, der unter dem Militär ſelbſt als Kamaſchenknopf verrufen iſt. Als er in Brünn das Kommando führte, beſtand ſein größtes Talent darin, die Soldaten auf offener Straße zu viſitiren, ob Alles in vorgeſchriebener Ordnung ſei. Dies ging ſo weit, daß die Kadetten ihre Hemden zeigen, ja ſogar die Stiefel ablegen mußten. Dieſer Mann hat nun über Leben und Tod unſerer Bürger zu urtheilen; dieſem Manne wird die Beruhigung der Reſidenzſtadt, die ſich ſeit den Berichten aus Ungarn in voller Aufregung befindet, anheimgegeben.

In demſelben Blatte wird angezeigt, daß die Verfolgung des Abgeordneten Goldmark wegen Hochverrath und Antheil am Morde Latours ſtattfinde. Das deutſche Publikum möge ſich hiedurch nicht irre führen laſſen. Der Mord Latours war ein zufälliger, das wiſſen alle Augenzeugen; allein man will doch den Leuten ein gemeines Verbrechen anheften und beſonders ihre Auslieferung von andern Staaten auf plauſiblen Grund verlangen und da ſcheut unſer Belagerungsgericht keine Denunziation. Falſche Ausſagen und Zeugniſſe ſind hier an der Tagesordnung. Alle Siege in Italien können vom Heere die Schmach nicht abnehmen, die das hieſige Militärgericht ihm anheftet. Es iſt ein Vehmgericht.

** **Berlin**, 18. April. Schließen Sie ja nicht von dem Tagewerk der beiden hier verſammelten Kammern auf die Stimmung in der Bevölkerung. Die Kammern ſpiegeln dieſe Stimmung ſo ganz und gar nicht ab, daß ſie China oder eine konſtitutionelle Türkei nicht anders zu vertreten brauchten, als das gegenwärtige Preußen. Ich möchte vielmehr annehmen, daß die einzelnen Abgeordneten von der allgemeinen Spannung, welche in Betreff der deutſchen Sache herrſcht, von dem unaufhörlichen Beſprechen dieſer Lebensfrage, von dem ſteten Sorgen und Kalkuliren darüber, welches hier alle Kreiſe durchdringt, ſich in der Kammer erholen! Die Preußiſchen Kammern ſind vielleicht jetzt der einzige Zufluchtsort, wohin ſich ein der deutſchen Einheit Müder vor Geſprächen über die vaterländiſche Sache retten kann; aber er darf ſich nicht als Zuſchauer auf den Tribünen befinden, ſonſt knüpft ſein Nachbar mit ihm darüber an, oder er hört hinter ſeinem Rücken dieſerhalb diskutiren; um von der deutſchen Sache „verſchont" zu bleiben, muß er Abgeordneter ſein und zwar in zweiter Kammer, ein Mitglied der äußerſten Linken oder äußerſten Rechten. Am ſicherſten dürfte ſich ein Abgeordneter in der erſten Kammer fühlen, der ſeinen Platz gleich entfernt von Hanſemann und Dyhrn genommen. Den Verhandlungen in beiden Kammern aber merkt Niemand die Jahreszahl und das Datum und den Ort der Handlung an.

△ **Berlin**, 18. April. Bald nachdem die Hauptfrage der Conſervativen in der zweiten Kammer das Feſthalten der Verfaſſung vom 5. Dezember als geſetzliche Grundlage, durch die erſte Dankadreſſe beſeitigt erſchien, ward ſchon ein Schwanken dieſer Partei bemerkbar. Die deutſche Frage, bis dahin mit einer vielleicht falſchen diplomatiſchen Schonung von der Diskuſſion ferne gehalten, drängte ſich gewaltſam hinein und nicht mit der ganzen erforderlichen Entſchiedenheit behandelt, verwirrte ſie die Anſichten, ja es entſtanden perſönliche Reibungen und die Empfindlichkeit ſteigerte ſich ſo, daß ein Auseinandergehen unvermeidlich ward. In der That, nachdem ſich für die Kammern ſelbſt die Nothwendigkeit der Einſetzung verſchiedener Fach-Kommiſſionen herausgeſtellt hatte, war und iſt es eben ſo unmöglich in den allgemeinen Verſammlungen der abſoluten Majorität z. B. die ſich aufdrängenden materiellen Intereſſen gehörig zu berathen und ſich darüber für die Plenarverſammlung der Kammer zu einigen.

Es hat ſich nun eine kleine Zahl der Mitglieder, vielleicht nur etwa zehn, worunter die Namen Wentzel (Ratibor), Naumann (Poſen), v. Rohrſcheidt (Schweidnitz), Schöpplenberg (Liegnitz), Immermann (Calbe), als ein ſogenanntes Centrum gebildet und dadurch die ganze Rechte in Ungewißheit geſetzt, wie die überhaupt nur kleine Majorität feſtgehalten werden könne?

Dies hat zu anderweitigen Plänen geführt und als ein ſolcher liegt gegenwärtig das folgende Programm als Verſuch, ein ſogenanntes „Rechtes Centrum" zu bilden, vor, nicht als wirkliche Trennung von der Haupt-Partei, ſondern als eine Unterabtheilung derſelben, um ſolchen Mitgliedern als Sammelplatz zu dienen, die aus dieſer oder jener Urſache ſich in der Allgemeinheit der Partei nicht befriedigt finden.

Die Schwierigkeit wird nur ſein, bei ſo getrennten Heeresabtheilungen in den Hauptfragen der Politik gemeinſam zu operiren. Das Programm des rechten Centrums lautet:

„Wir halten feſt an dem Prinzip der konſtitutionellen Monarchie unter der erblichen Regierung des Hauſes Hohenzollern; erkennen die Verfaſſung vom 5. Dez. v. J. als rechtsgültiges Grundgeſetz des preußiſchen Staates an und verpflichten uns zu der vorbehaltenen Reviſion derſelben nur auf dem in §. 112 daſelbſt vorgezeichneten Wege mitwirken und das Ergebniß dieſer Reviſion als verbindlich anerkennen zu wollen.

Da wir indeſſen nicht ſo ſehr in der ſtrengen Verfolgung abſtrakter Theorien, als wie in Hebung der geiſtigen Bildung und des materiellen Wohlſtandes das Heil der Nation erblicken, ſo ſoll unſere angeſtrengteſte Thätigkeit in der zweiten Kammer vorzugsweiſe auf folgende Punkte gerichtet ſein:

1) Verbeſſerung der Schulen und des Volksunterrichts. 2) Verwirklichung des Prinzips der Selbſtregierung und Verwaltung durch Erlaſſung einer einfachen, freien und kräftigen Gemeindeordnung, in Verbindung mit der entſprechenden Kreis- und Bezirksordnung. 3) Entlaſtung des Grund und Bodens, möglichſte Entwickelung des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe. 4) Sorgfältige Prüfung des Staatshaushaltes. 5) Gleichmäßige Vertheilung der Steuerlaſt. 6) Schließlich bekennen wir uns zu einer entſchiedenen deutſchen Politik und erachten es für den Beruf Preußens, ſich an die Spitze zu ſtellen und den übrigen deutſchen Staaten ein edles Beiſpiel durch Annahme der Verfaſſung zu geben, deren zweckmäßige Abänderung ſpäter auf geſetzlichem Wege erfolgen ſoll.

Berlin, den 16. April 1819.

Harkort. Oſtermann. Müller (Siegen). Erbreich. Plaßmonn. Brüninghaus. Moecke. Ludewig (Neiſſe). R. Seiffert. Jordan. Kießling. Martens. v. Beughem. Jacob. Thiel (Lennep). Gellern. C. Pütz. Sames. Boltze."

Wir wollen aus den Gegenſtänden des Programms nur die Verbeſſerung des Schulweſens hervorheben. Gewiß hat Preußen eine ſehr löbliche Sorge für Schulen getragen und ſeine Unterrichtsanſtalten gelten ſelbſt jenſeits des Oceans für muſtergültig.

Aber alle Reglements und Berichte und Organiſationen und Examinationen und Methoden und Inſtruktionen können dem Grundübel nicht abhelfen: dem Mangel einer hinlänglichen Ausſtattung der Lehranſtalten. Die Lage der preußiſchen Lehrer, nicht bloß der Elementarlehrer, ſondern verhältnißmäßig noch mehr der Gymnaſiallehrer, iſt großentheils eine beklagenswerthe und erinnert an den Spruch des Plato: Man ſolle keinen Sklaven zum Erzieher der Jugend machen. Gar mancher Lehrer muß aber ſklaven im eigentlichen Sinne des Wortes, um ſich und den Seinigen das nothdürftigſte Unterkommen durch Nebenbeſchäftigungen, Privatunterricht ꝛc. zu erwerben. Ich komme auf dieſen Gegenſtand zu ſprechen, da hier ſo eben vom Miniſter des Unterrichtes die Verhandlungen der Abgeordneten des Lehrerſtandes, ſowohl von den Gymnaſien als von den höheren Unterrichtsanſtalten eröffnet ſind. Der Abgeordneten ſind 31 aus allen Provinzen. Doch haben ſich, der Wahlart wegen, manche Lehrer zu wählen geweigert. Ueberhaupt verſpricht man ſich von der beabſichtigten Umgeſtaltung des Schulweſens nur dann etwas, wenn der Staat die erbärmlich kleine Summe, welche ihm bis jetzt das ganze Unterrichtsweſen koſtet, angemeſſen erhöhte. Preußen ſollte ſich endlich ſchämen, hinter manchen kleinen Staaten zurückzuſtehen.

⩶ **München**, 17. April. Die abermalige Vertagung unſerer Kammern bis 15. Mai iſt überraſchend gekommen. Ich meine nämlich inſofern überraſchend, als man der Regierung nicht den Muth zutraute, daß ſie dieſe im jetzigen Augenblick durchaus unpopuläre Maßregel vollführen werde. Denn es gibt jetzt in Baiern durchaus keine Partei, welche nur irgend daran glaubt, daß die Regierung eine Löſung der deutſchen Frage abwarten wolle, auf deren Grundlage dann allerdings über die baieriſchen Staatsangelegenheiten bei den Kammern entſcheidender verhandelt und beſchloſſen werden könnte. Nein, nirgends findet ſich auch nur das mindeſte Vertrauen auf eine deutſche Bereitwilligkeit Baierns und allüberall hört man es bis zum Uebermaß wiederholen: Baiern liegt im Ollmützer Schlepptau, die Regierung ſchiebt den Wiederzuſammentritt der Kammern nur hinaus, um von deren Einſprechen in ihre diplomatiſchen Be- oder Mißhandlungen der deutſchen Reichsverhältniſſe nicht incommodirt zu werden, um nicht durch ihre Handlungen in offnen Widerſpruch gegen die Meinungsäußerungen der Volksvertreter zu treten. Die zweite Kammer — denn von den Reichsräthen kann nicht die Rede ſein, wenn es ſich um eine Vertretung der öffentlichen Meinung handelt — hat aber durch ihr Votum über die Grundrechte gezeigt, wie beſtimmt ſie an dem Begriffe der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung feſthält. Die Annahme des Müller'ſchen Antrags iſt in ihren eignen Kreiſen ſo oft bereut und durch die eifrige Beiſtimmung Seitens der Reichsräthe zum Proteſt gegen das Kaiſerthum auch im minder politiſch gebildeten Publikum von ſo üblem Geruch geworden, daß vorausſichtlich jetzt Beſchlüſſe bevorſtehen würden, durch welche die Volkskammer bethätigte, daß ſie recht wohl erkennt, wie der Streit zwiſchen den Nationalen und Partikulariſten jetzt in ein ganz anderes Stadium getreten iſt. Der deutſchen Reichsverſammlung Oppoſition machen in der Verfaſſungsfrage, dies ſagt ſich nunmehr ſelbſt das altbaieriſche Publikum, heißt nicht etwa lebensnothwendige Sonderintereſſen wahren, ſondern der kraſſeſten Reaktion mit vollem Bewußtſein in die Hände arbeiten. Und die Beweiſe liegen dafür in dem Gebahren unſerer Regierungsmächte und Regierungsorgane ſeit der preußiſchen Cirkularnote und dem Erſcheinen der letzten öſterreichiſchen Erklärung. Von den Regierungsorganen, an deren Spitze die Neue Münchener Zeitung ſteht, iſt Ihnen bereits genugſam geſchrieben worden. Als eine ihrer bezeichnenden Aeußerungen hebe ich nur hervor, daß ſie von der Adreſſe des akademiſchen Senats zu Erlangen, alſo einer offiziellen Körperſchaft, welche den König um Anerkennung der Reichsverfaſſung angeht, mit kecker Stirne behauptet, ſie habe hier „große Heiterkeit“ erregt. Wir machen vielleicht dieſer partikulariſtiſchen Lüge eine allzugroße Konzeſſion, wenn wir zugeſtehen, daß eine Aeußerung in dieſem Sinne gerade vom Erlanger Senat etwas Ueberraſchendes für denjenigen hat, welcher die Innerverhältniſſe dieſer Körperſchaft und die bisher offenbarten Anſichten der Mehrzahl ihrer Mitglieder kennt. Aber ſelbſt angenommen, dieſe Adreſſe ſei nicht vollkommen unbefangen erlaſſen — wie ſtark muß die moraliſche Nöthigung durch die öffentliche Meinung in der vom Senat vertretenen Weiſe ſein, wenn ſie eine ſolche Adreſſe hervorruft? Wir wollen ſelbſt annehmen, die Adreſſe ſei nicht viel anders als ein Angſtſchrei halbkonſervativer Männer der Wiſſenſchaft, welche erkennen, daß mit der Ablehnung der Reichsverfaſſung durch die Fürſten der republikaniſchen Revolution ein neuer Aufſchwung gegeben und neue Verbündete zugeführt werden, ſo heißt es doch den wahren Stand der Dinge, die wahre Stimmung des Volks mit abſichtlicher Verachtung behandeln, wenn die Regierungsorgane in ihren halboffiziellen Rubriken von einer großen Heiterkeit ſprechen, welche ſolche Kundgebungen angeblich hervorgerufen hätten. Die äußerſte Demokratie, der Republikanismus hat aber allerdings ſelbſt in Baiern durch das Verhalten der baieriſchen Regierung, wie Preußens und Oeſterreichs in der deutſchen Frage ſeit der Vollendung der Reichsverfaſſung, weſentlich an Muth und Vertrauen auf ihre Sache gewonnen. Dies darum, weil das dynaſtiſche Element viele prinzipielle Anhänger, vorzüglich aber eine Anzahl jener Freunde verlor, welche ſich durch das fürſtliche Benehmen in dieſer Frage gegen den Willen des deutſchen Volkes mit ihrer Freundſchaft und Anhänglichkeit preisgegeben, ja lächerlich werden ſehen. Dies fühlt die baieriſche Regierung recht wohl und darum ſucht ſie jetzt wieder die Blicke auf eine bevorſtehende Aenderung des Miniſteriums des Aeußern zu richten. Daß man in dieſer Beziehung vom ſächſiſchen Exminiſter v. d. Pfordten, dem perſönlichen Freund des Königs ſpricht, wiſſen Sie wohl bereits. Iſt aber Graf Bray nicht nur ohne Sympathien, iſt er ſogar gehaßt, ſo würde ſich Herr v. d. Pfordten ſchwerlich einen beſſeren Empfang bereiten, nachdem er bereits in Sachſen das Vereinbarungsprinzip auf die Höhe der ſchwindelndſten partikulariſtiſchen Tendenzen getrieben hat. Zudem läßt ſich nicht leugnen, daß der Spottname eines „Voyageur en portefeuilles“ auch nicht ohne Wirkung geblieben iſt. Unſere demokratiſchen Blätter ſprechen die Thatſache auf die herbſte Weiſe aus, daß ſich das Fürſtenthum mit ſeinem Verhalten zur deutſchen Verfaſſungsfrage die tiefſten Wunden geſchlagen hat. Sie jongliren natürlich mit dem Schlagwort: „Anarchie von Oben“ auf die aufregendſte Weiſe. Und die baieriſche Regierung, welche ihren Anhängern die wüthendſten Angriffe gegen die Vertheidiger der Souveränetät der Reichsverſammlung, welche den ultramontanen Organen die ſcham- und maßloſeſten Beſchimpfungen gegen die ganzen freiheitlichen Bewegungen ſtillächelnd hingehen läßt, ſucht nun ihr Heil in der Confiskation jener Blätter und der Verhaftung ihrer Redakteure. So geſchah es vor wenigen Tagen dem „Gradaus“ und ſeinem Redakteur. Unter ſolcher Aegide kämpfen denn nunmehr nicht nur die gedruckten, ſondern auch die lebendigen Organe des Ultramontanismus mit erneutem Eifer. Wir waren an einem der letztvergangenen Sonntage in einer hieſigen Kirche Augen- und Ohrenzeuge einer zelotiſchen Komödie, wie ſie unſeres Erachtens die Kanzel nur entweihen kann. Unter dem Vorwande zu einer gewiß löblichen Beiſteuer für den Papſt anzuregen — man ſpricht bereits von mehr als 100,000 fl. welche in Baiern für dieſen Zweck geſammelt ſein ſollen — erzählte ein Prieſter der aufhorchenden Gemeinde eine Art Geſchichte der römiſchen Revolution, wobei das Wunder die Hauptrolle ſpielte, daß die Kirchenglocken ſich beim Umguß durchaus nicht in Kanonenläuſe verwandelt hätten, ſondern formloſe Erzklumpen geblieben ſeien u. ſ. w. Der heilige Mann war von ſeinen eigenen Worten ſcheinbar ſo gerührt, daß ihm einmal die Stimme in Thränen über die Schlechtigkeit der Freiheitsmänner und die Gottloſigkeit der ganzen Freiheitsbewegung zu erſticken ſchien, was denn natürlich ſeinen Eindruck auf die Thränendrüſen der Verſammlung und eine günſtige Wirkung für die heilige Sammlung nicht verfehlte. Wird nun auch die Rückkehr der alten guten Zeit in Baiern durch ſolche Hülfstruppen vielleicht angebahnt, ſo muß doch das Vertrauen der Regierung auf vollſte Ruhe wenigſtens in München nicht eben ſtark ſein, da ſeit einiger Zeit wieder allabendlich Streifwachen zu Fuß und zu Pferd die Stadt durchziehen, während ſtarke Militärabtheilungen auf Wachbereitſchaft geſtellt ſind. Die Ueberfüllung der Stadt mit einer Soldatenmenge, für welche die Kaſernen und Wachlokale gar nicht berechnet ſind, hat übrigens den Typhus recht heimiſch und recht mörderiſch unter der Garniſon werden laſſen. Erſt ſeit etwa acht Tagen hatte ſich eine geringe Verbeſſerung des Krankenbeſtandes gezeigt; indeſſen hat die üble Witterung der letzten Tage auch bereits die Erkrankungsfälle wieder häufiger gemacht.

** **Stuttgart**, 19. April. Wenig Tröſtliches! Der König will nicht! So ſoll es denn nichts werden aus unſerer Hoffnung, daß Würtemberg den andern Königreichen vorangehe in der Un-

terwerfung unter die Reichsverfaſſung! Die Miniſter beſtehen auf derſelben, ſie werden ihre Entlaſſung nehmen, wenn der König nicht nachgibt, ganz wie man es van Römer erwarten kann. Heute noch, ſo hört man, ſoll ihnen die königliche Antwort werden. In der Kammer der Abgeordneten war heute das Gerücht verbreitet, die Herren v. Linden und v. Varnbüler ſeien in's Schloß berufen worden — freilich wären ſie ſo ziemlich das Miniſterium, das allein wegen der deutſchen Frage genehm ſein könnte. Sie erinnern ſich aber doch noch ihres zweitägigen Miniſteriums im vorigen Jahre, des ſchnellen Siegs der öffentlichen Meinung von damals. Und jetzt ſie wieder! Hat die öffentliche Meinung noch die gleiche Macht wie damals? Wenige Tage werden es lehren. Auch Schlayer und Maucler, heißt es, ſeien im Schloß geweſen. Leider iſt die geſtrige Erklärung nicht ſo zahlreich unterſchrieben worden, wie man gehofft; doch etwa 3000 Unterſchriften bedecken ſie bis jetzt. Geſtern um 11 Uhr eben während die Volksverſammlung ſtatt hatte, ritt der König in die neue Kaſerne, dort Muſterung zu halten. Nach derſelben, als die Verſammlung ſich eben verlief, ritt er über den Marktplatz. Hier bemerkten wir in einer Ecke nur 3 Soldaten; die große Maſſe derſelben wurde gemuſtert.

Abends 6 Uhr. Die Aufregung ſtieg dieſen Nachmittag ſtark. Lebhafte Gruppen ſtehen in der Königsſtraße, Abgeordnete ſieht man da und dort zuſammen. Doch iſt die Theilnahme noch nicht ſo groß, als vor einem Jahre. Man hört jetzt beſtimmt verſichern, namentlich von Abgeordneten, daß der König definitiv erkläre, nicht nachzugeben. Das iſt der Fall des Märzminiſteriums, das in dieſer Frage einmüthig, General Rüpplin mit Römer ꝛc., handelt. Sternenfels, der Bevollmächtigte in Frankfurt, ſteht feſt zum Miniſterium. Der größere Theil der Abgeordneten verſammelt ſich eben.

Nachſchrift. Etwas Definitives iſt dieſen Abend noch nicht zu erwarten. Die Miniſter haben eine Erklärung des Königs erhalten und werden ihre beſtimmte Antwort hierauf ertheilen. Schlayer war dieſen Abend im Schloß, ſoll aber abgelehnt haben.

Raſtatt, 19. April. Durch einen geſtern von der öſtereichiſchen Regierung hier eingetroffenan Befehl werden von der hier liegenden öſterreichiſchen Artillerieabtheilung 80 Mann abberufen. Wenn wir recht unterrichtet ſind, ſo iſt die Beſtimmung dieſer Truppen Ungarn. (Fr. J.)

†† **Darmſtadt**, 18. April. Die Bewegung im Lande für die deutſche Verfaſſung arbeitet immer noch fort. Sämmtliche vaterländiſche und Bürgervereine haben in entſchiedenen Adreſſen an die Regierung und an die Reichsverſammlung zum unabänderlichen Feſthalten aufgefordert, mehrere haben unmittelbar an den Großherzog Deputationen abgeſandt, ſo der Lampertheimer und der Wormſer Bürgerverein, der Darmſtädter konſtitutionell-monarchiſche Verein u a. Die Antworten, welche unſer Fürſt dabei ertheilte, erinnern in ihrer einfachen, ſchlagenden Geradheit lebhaft an das erſte Auftreten deſſelben für die Sache der Freiheit und der Einheit am 6. März v. J.; man erkennt in ihnen die ganze Treue und Hingebung, womit unſre Regierung von Anfang bis heute für das große Vaterland gewirkt hat. Die demokratiſchen Vereine verſchiedener Färbung im Lande haben ſich erſt auf die Aufforderung des Centralmärzvereins in Frankfurt geregt. Daß es ihnen ernſt iſt mit dem Kampf gegen die widerſtrebenden Fürſten, will ich glauben; wie wenig es aber den extremeren unter ihnen wahrhaft um die ganze Verfaſſung mit dem ecblichen Kaiſerthum zu thun iſt, das kann man ſchon aus der Sprache erkennen, welche die Organe dieſer Partei auch in den neueſten Nummern gegen daſſelbe führen. Das Gleiche geht noch klarer hervor aus dem Ergebniß eines Verſuchs, die ſämmtlichen politiſchen Vereine hieſigen Orts zu einer gemeinſamen Aeußerung in der Verfaſſungsfrage zu veranlaſſen. Der Märzverein hatte dazu aufgefordert. Eine Kommiſſion trat zuſammen, über eine Adreſſe ſich zu verſtändigen. Einer der Vertreter des Märzvereins legte einen Entwurf vor, die Repräſentanten des Volksleſevereines und des Handarbeitervereins ſtimmten bei, die des konſtitutionell-monarchiſchen und des vaterländiſchen Vereins glaubten auf einem Zuſatz beſtehen zu müſſen. Es war nämlich im Entwurf geſagt, an der Verfaſſung, wie ſie beſtehe „oder wie ſie die Reichsverſammlung verändern würde", nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand gegen alle Oktroyrungs- oder andere derartige Gelüſte feſthalten zu wollen, dagegen war von einer Abweiſung republikaniſcher oder ſocialiſtiſcher Aenderungsgelüſte nicht die Rede. Die Vertreter der beiden konſtitutionellen Vereine, von der Anſicht ausgehend, daß gerade die beſchloſſene Verfaſſung, an der ſelbſt die Reichsverſammlung nicht ſo ohne weiteres ändern könne, der Boden der Vereinigung ſei, verlangten mit Recht eine runde klare Anerkennung dieſer Verfaſſung. Der vaterländiſche Verein gab in ſeiner geſtrigen Verſammlung ſeinen Abgeordneten die vollſtändige Billigung ihres Auftretens zu erkennen und beſchloß, ſich bei der berufenen Zuſammenkunft ſämmtlicher Vereine nun nicht als ſolcher zu betheiligen; gleiche Entſcheidung wird jedenfalls der konſtitutionell-monarchiſche Verein faſſen, da ein Nachgeben der 3 demokratiſchen Vereine in verlangter Weiſe auf keinen Fall zu erwarten ſteht. Dieſe letzteren werden daher allein ſich äußern und es kann geſchehen, daß dadurch die Adreſſe etwas röther ausfällt. Die gemäßigte Seite des Märzvereins wird nämlich nichts eiligeres zu thun haben, als hier wie überall ſich von der entſchiedenen Linken ins Schlepptau nehmen zu laſſen, ſie hat trotz der freiſinnigſten Beſtimmungen in der Verfaſſung einen ſolchen frommen Haß gegen das Erbkaiſerthum, daß ihr jede Genoſſenſchaft recht iſt, wenn ſie nur mit ihr dem Ideal ihrer reinen, unſchuldigen, brüderlichen Republik zuſteuern darf. Ich glaube nach ſolchen Erſcheinungen, daß die Einigung der Parteien, wie ſie auch anderwärts zum Theil erfolgt ſein mag, mehr äußerlicher Natur iſt und auch in ſo weit nur ein Verdienſt der Paulskirche, wo die Liebe und Sorge für das gemeinſam geſchaffene Werk in der That eine mehr innerliche Verſtändigung herbeigeführt zu haben ſcheinen. Indeſſen bleibt es unzweifelhaft, daß die jetzige Verfaſſung nicht blos für die Paulskirche, ſondern für das geſammte Volk und Vaterland das einzig mögliche Ziel der neueſten Revolution war und daß außer ihr nichts liegt als der Sieg einer der äußerſten Parteien.

* **Altenburg**, 18. April. In der geſtrigen Sitzung des Bürgervereins wurde eine Adreſſe an die Reichsverſammlung beſchloſſen, worin die Zuſtimmung zu der beſchloſſenen Reichsverfaſſung ausgeſprochen und die Verſammlung zum unverbrüchlichen Feſthalten an ihrem Werke aufgefordert wird.

Schleswig-Holſtein. Korps-Befehl vom 12. April. Um das Andenken des gebliebenen Unteroffiziers Preußer von der Artillerie wegen ſeines ausgezeichneten Benehmens auf ewige Zeiten zu ehren, beſtimme ich, daß derſelbe als Lieutenant der Artillerie in den Offizier-Ranglißten von der Artillerie-Brigade aufgenommen, und als ſolcher fortgeführt werde. Dieſer Befehl iſt ſämmtlichen Mannſchaften beim Appell vorzuleſen. (gez.) v. Bonin.

(A. M.)

Eckernförde, 16. April. Der wunderbare Sieg vom grünen Donnerſtag hat viele fremde Beſucher nach dieſem kleinen Hafen der Oſtſee gelockt. Neugierde und patriotiſche Freude miſchten ſich dabei; ſelbſt eine gute Zahl von Hamburger Geldſacken verließ die Schreibſtube, um ihr Auge an dem Anblick der Trophäen dieſes erſten deutſchen Seeſiegs zu weiden. Dieſe Trophäen ſind in der That merkwürdig genug zu beſchauen. Wer weiß, ob ſobald wieder Gelegenheit kommt, die Ruine eines in die Luft geflogenen Linienſchiffs zu betrachten. Das Trümmerchaos, welches auf ein halb tauſend Schritte weit theils das ſandige Ufer bedeckt, theils noch im Waſſer von der wilden Brandung hin und her gerollt wird, iſt in der That unbeſchreiblich und läßt alle Vorſtellung hinter ſich. Es ſind wirklich Millionen von Fragmenten, die von der Leiche des däniſchen Seekoloſſes übrig geblieben. Zerborſtene Balken, geknickte Maſten, zerſchellte Boote bilden die großen Trümmer, die umgeben ſind von einer unendlichen Menge von Spähnen und Splittern. Das eigentliche Wrack ſteckt noch 300 Schritte vom Strand entfernt im Meer. Boote getrauen ſich nur bei ganz ruhiger See hinzufahren, denn der hier ſehr ſtarke Wellenſchlag treibt ſie zu heftig gegen die an manchen Stellen ſcharfen und ſpitzigen Trümmer des zerſtörten Schiffes. Das rieſige Holzbild Chriſtian VIII. ſieht man dort eine Klafter unter dem Waſſer. Die Südbatterie, welche die furchtbare Zerſtörung angerichtet, ſteht dem Wrack des Linienſchiffes gerade gegenüber. Sie hat nur ſechs Kanonen, 12 und 18 Pfünder, ſchwereres Kaliber ward auch von der Nordbatterie nicht angewendet. Zweihundert Schritte weiter ſüdlich iſt nun eine zweite Redoute errichtet und bereits mit Geſchütz verſehen. Einige hundert Soldaten ſind dort mit Graben beſchäftigt. Zwiſchen dieſen Batterien und der Stadt iſt ein Erdwall von einigen hundert Ellen Länge errichtet, welcher die Verbindung dergeſtalt ſichert, daß man zwiſchen Eckernförde und der Südbatterie gefahrlos ſpazieren gehen könnte, wenn auch die

ganze däniſche Flotte in dieſer Richtung ihre Kugeln ſchleuderte. Vorgeſtern glaubte man hier wirklich, ſie komme, den Chriſtian und den Geſion zu rächen. Sechzehn Segel wurden ſignaliſirt. Ihre Beſtimmung war aber entweder nicht hieher, oder ſie ſcheuten den Oſtwind und die deutſchen Kanonen, öſtlich von Alſen verſchwanden ſie. Die prächtige Fregatte „Geſion" iſt jetzt ganz nahe bei der Stadt und von 120 deutſchen Matroſen bemannt. Leider fehlen die Kanonen, ihr Hauptſchmuck, die man ans Land gebracht hat, um die Fregatte bequemer repariren zu können. Obwohl über 100 Kugeln das Schiff getroffen, iſt der Schade doch nicht groß. Die in den untern Schiffsraum eingeſchlagenen Kugeln haben gegen die däniſche Mannſchaft viel furchtbarer gewüthet, als gegen die ſtarken eichenen Balken und Bretter. Sobald das Schiff einen neuen Hauptmaſt bekommen — ein Zwölfpfünder hat denſelben in der Mitte durchbohrt — kann es wieder in die See gehen. Der eroberte Geſion iſt nach dem Urtheil der hieſigen Marineoffiziere das ſchönſte und brauchbarſte Schiff der deutſchen Flotte. Hunderte von Fremden kommen täglich noch von nah und fern, ihn zu beſehen, ſogar hübſche Damen und ſpröde Engländerinnen, die ſich von der abenteuerlichen Kletterpartie an der ſteilen Schiffsleiter nicht abſchrecken laſſen. Ein Theil der Kanonen des Geſion wird ſeit geſtern nach Rendsburg geführt, wir wiſſen nicht zu welchem Zweck. Es ſtehen hier und in der Umgegend fünf Bataillone deutſcher Truppen. Würtemberger und Sachſen-Meininger bilden die Beſatzung. Die naſſauiſche Feldbatterie, welche am grünen Donnerſtag durch ihr Kartätſchen-Feuer ſo herrliche Dienſte gethan, iſt durch eine heſſiſche Batterie verſtärkt. Unſere deutſchen Soldaten ſcheinen ſich recht gut hier zu gefallen. Die Bewohner von Eckernförde ſind freundliche herzliche Leute ohne Trug und Falſch. Immer findet der deutſche Soldat an dieſem Geſtade freundliche Aufnahme, mag er am Häuschen des kleinen Stadtbürgers oder an der Hütte des Bauern und des Fiſchers anklopfen. Die guten Leute reichen ihm grüßend die Hand und geben was Küche und Keller vermag. Der Herzog von Sachſen-Koburg, der mit ſeinem Gefolge im Wirthshaus zur Stadt Hamburg ſich einquartirt hat, iſt heute nordwärts abgereiſt, ſoll aber bald zurückkehren. Die Erſcheinung dieſes ritterlichen jungen Fürſten machte hier den angenehmſten Eindruck, ſeine Leutſeligkeit und ſein taktvolles Benehmen nach dem letzten Siege gewannen ihm alle Herzen.

NC **Hamburg**, 17. April. Die Bürgerſchaft hat denn auch in ihrer geſtrigen Verſammlung unter Beiſtimmung von vier Kirchſpielen dem Senate die zuverſichtliche Erwartung ausdrücken laſſen, „daß er das deutſche Verfaſſungswerk, wie es aus der Beſchlußnahme der Reichsverſammlung hervorgegangen iſt, Namens des Hamburger Staates unbedingt als rechtsverbindlich anerkannt habe, oder, wenn dies noch nicht geſchehen ſein ſollte, förderſamſt anerkennen werde" und iſt vom Senate die Antwort ertheilt worden, „daß er dem diesſeitigen Bevollmächtigten zu Frankfurt a. M. bereits Inſtruktionen ertheilt habe."

NC Einem Privatſchreiben aus **Hadersleben** entnehmen wir die Nachricht, daß General Bonin ſein Hauptquartier nach Chriſtiansfelde verlegt hat.

Großbritannien.

* **London**, 15. April. „Daily News" enthält folgende Notiz: „Daß die Regierung im Hauſe der Lords bei zwei Maßregeln (wenn ſie, was ſehr zweifelhaft iſt, beide der Probe auszuſetzen wagen ſollte) einer Niederlage entgegenzuſehen hat, wird jetzt in den Weſtend-Klubs als ſicher betrachtet. Auf hohe Autorität hin wird verſichert, daß die Miniſter bei der beabſichtigten Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze eine Mehrheit von 40 Stimmen gegen ſich haben würden, und daß Lord Stanley ſeine Miniſterliſte bereits in der Taſche habe." Die zweite Maßregel, bei der die Miniſter im Oberhauſe den Kürzern zu ziehen fürchten müſſen, iſt die vielbeſprochene und viel beſtrittene iriſche Hilfsarmenſteuer. Auch die „Sunday Times" ſagt, daß man an einen Rücktritt der Miniſter glaube, und daß man von verſchiedenen Seiten bereits für die nach der Erndte vorzunehmenden allgemeinen Wahlen, zu denen ſich ein neues Miniſterium unfehlbar genöthigt ſehen würde, ſeine Vorkehrungen treffe. Wer die letzten Parlamentsdebatten, wer gewiſſe Veränderungen in der Stellung der Parteien, wer mancherlei bezeichnende Einzelfälle (wozu unter andern die Erklärung Macaulays gehört, aus dem politiſchen Leben ſcheiden zu wollen), wer die Journalpolemik gegen das Miniſterium, wer die Rührigkeit der protektioniſtiſchen Partei im Parlament und draußen, wer die Agitation gegen die Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze, wer die von allen Seiten namentlich gegen Palmerſton angeſponnenen Kabalen genau betrachtet und verfolgt hat, der mußte eine Miniſteränderung ſchon ſeit langem für wahrſcheinlich halten, nur glaubte man noch vor einiger Zeit allgemein, daß das jetzige Miniſterium durch die Verſchmelzung mit Elementen der Peel'ſchen Partei ſich zu ſtärken und dadurch eine feſte Mehrheit im Parlament und im Lande zu gewinnen ſuchen werde. Es hat ſich allerdings ſogar unter einem Theile der Freihändler ſelbſt eine Reaktion zu Gunſten der Schutzzölle bemerkbar gemacht, und es iſt nicht zu leugnen, daß der Einfluß der Gutsbeſitzer und Pächter in Folge dieſer Reaktion wieder im Wachſen begriffen iſt, aber noch vor Jahresfriſt hätte man eher ein Miniſterium Cobden-Bright, ſo unwahrſcheinlich ein ſolches auch ſein mochte, für möglich gehalten, als ein toryſtiſch protektioniſtiſches, und jetzt ſpricht man von einem Miniſterium Stanley faſt wie von einer ausgemachten Sache! Ein Kabinet Stanley wäre freilich der glänzendſte Sieg, den die Reaktion bisher noch erfochten! Für die Whigs als Partei jedoch wäre es vielleicht von Vortheil, eine Zeitlang außer dem Amte zu ſein, um in einer Oppoſitionsſtellung wieder die Kraft und die Bedeutung zu gewinnen, die ſie, bei der jetzigen Weltlage und Parteienſtellung, durch Nichtsausrichten, Halbthun und Hin- und Herſchwanken gegenwärtig im Amte abzunutzen und zu verlieren im Begriffe ſind.

Aus der geſtrigen Unterhausſitzung iſt noch zu erwähnen, daß auf eine Anfrage Diſraelis, wann denn endlich die auf die ſizilianiſche Angelegenheit bezüglichen diplomatiſchen Aktenſtücke dem Hauſe mitgetheilt werden ſollten, Lord J. Ruſſell, in Abweſenheit Palmerſtons, erwiderte: er habe mit ſeinem edlen Freunde an der Spitze des auswärtigen Miniſteriums geſprochen, und dieſer habe erklärt, dieſe Aktenſtücke ſeien ſo umfangreich, daß noch einige Zeit verſtreichen würde, ehe ſie gedruckt und in den Händen der Parlamentsmitglieder ſein könnten. Hr. Diſraeli fand dieſe Erklärung durchaus ungenügend und zeigte demnach an, daß er, wenn nicht dem Parlament ſehr bald eine entſcheidende Mittheilung gemacht würde, es als ſeine Pflicht erkenne, bei dem erſten günſtigen Anlaß den Stand der auswärtigen Angelegenheiten, ſo weit dabei die Verhältniſſe Englands zu den fremden Staaten betheiligt ſeien, im Hauſe zur Sprache zu bringen.

Frankreich.

* **Paris**, 17. April. Als ſich geſtern Abend um 9 Uhr die Abgeordneten im Sitzungsſaal wieder verſammelt hatten, um den Bericht der Kommiſſion entgegen zu nehmen, war derſelbe noch nicht beendet. Marraſt ſchickte ſich deshalb an, mit der Berathung des Finanzbudgets fortfahren zu laſſen, von allen Seiten ertönt aber der Ruf: „auf Morgen den Kommiſſionsbericht". Endlich 9¼ Uhr beſteigt Jules Favre, der Berichterſtatter, die Tribüne. Die Kommiſſion ſchlägt mit Einſtimmigkeit die Dringlichkeitserklärung vor und ſtützt ihren Antrag beſonders auf die vom Conſeilpräſidenten und dem Miniſter des Aeußern gegebene Verſicherung, daß die Abſicht der Regierung durchaus nicht auf den Umſturz der römiſchen Republik ausgehe und daß erſtere alle Solidarität mit den reaktionären Tendenzen Oeſterreichs von ſich weiſe. Die franzöſiſche Regierung beabſichtige, einen Punkt Italiens zu beſetzen, um den Prätentionen Oeſterreichs Einhalt zu thun und durch an Ort und Stelle geführte Unterhandlungen alle Schwierigkeiten der jetzigen Lage Italiens zu beſeitigen. Die Verſammlung entſcheidet hierauf, daß ſie den Antrag des Miniſteriums für dringlich erkläre und ſogleich zu deſſen Berathung übergehen wolle. Etienne Arago verlangt, daß das Miniſterium ſich vor der ganzen Verſammlung über den Geiſt erkläre, in welchem die beabſichtigte Intervention ſtatt finden ſolle. Die Fahne Frankreichs dürfe nicht neben der Oeſterreichs in einem ſolchen Unternehmen wehen und es ſtehe einer fremden Regierung nicht zu, zwiſchen wahren und falſchen Freunden der Freiheit, wie ſich Odilon Barrot dieſen Morgen ausgedrückt habe, zu unterſcheiden. (Sehr gut, vom Berge). Odilon Barrot wünſcht ſich zuerſt Glück zu der Einſtimmigkeit, die ſich in der Kommiſſion in dieſer Frage ausgeſprochen habe; ein ſolches Beiſeiteſetzen des Parteigeiſtes ſei in den Augen Europa's ein ſehr glückliches Symptom. Wenn die franzöſiſche Regierung die Abſichten Oeſterreichs begünſtigen wollte, ſo würde ſie ſich einfach aller Einmiſchung enthalten; die Abſicht des Miniſteriums bei der Intervention ſei nicht zu erlauben, daß die Reſtauration des Papſtes ohne Dazwiſchenkunft Frankreichs ſtatt fände (en dehors de l'influence de la France) (Lebhafte Unterbrechung.)

Digitized by Google

Was würde man ſagen, wenn Frankreich ruhig zuſehen würde, während unter dem Drucke der öſterreichiſchen Intervention eine Gegenrevolution ausbrechen ſollte? Wir gehen nicht nach Italien, um irgend eine Regierung, weder eine republikaniſche noch irgend eine andere, den Völkern aufzudrängen; aber wir wollen die Kräfte Frankreichs auch nicht dazu verwenden, die römiſche Republik vor der unvermeidlichen Kataſtrophe zu retten. Alle Illuſionen in der Politik ſind gefährlich und im vorliegenden Falle wäre es höchſt unvernünftig, wenn ſich Frankreich einen andern Zweck als die Aufrechthaltung ſeines legitimen Einfluſſes vorſetzen wollte. (Lange Unterbrechung.)

Wenn man die römiſche Republik hätte verkündigen und aufrecht erhalten wollen, ſo hätte dies geſchehen müſſen, als die italieniſche Konföderation noch aufrecht ſtand und auf dem Schlachtfelde gegen Oeſterreich kämpfte, dieſe Politik ſei aber von der Verſammlung in ihren früheren Beſchlüſſen verdammt worden! Dieſelben Beſchlüſſe widerſetzten ſich aber auch der Politik des ruhigen Zuſehens (laisser faire). Das ganze Streben der Regierung müſſe dahin gehen, daß ein Ereigniß, das Frankreich weder herbeigeführt habe noch verhindern könne, nicht vor ſich gehe, ohne daß die Streitkräfte Frankreich, darüber wachen, daß deſſen legitimer Einfluß nicht beeinträchtigt werde. **Ledru Rollin**: Die Frage in Rom iſt zwiſchen der Volksſouveränetät einerſeits, und den päbſtlichen Anſprüchen andererſeits. Unſere Regierung ſpricht ſich offen für letztere aus, unter dem Vorwande, daß hierdurch den früheren Beſchlüſſen der franzöſiſchem Nationalverſammlung nachgekommen werde. Wie kann man den Artikel der Konſtitution, welcher verbietet, daß die Streitkräfte Frankreichs je gegen die Freiheit eines Volkes verwendet würden, mit der beabſichtigten Intervention in Einklang bringen? Die Regierung will für die Aufrechterhaltung des Einfluſſes Frankreichs zu Felde ziehen, um den Krieg zu vermeiden? aber was iſt die Folge einer ſolchen Politik? Entweder eine Feigheit, indem Ihr den Anſprüchen Oeſterreichs nachgebt, oder der Krieg, indem Ihr Euch dieſen Anſprüchen widerſetzt. Ihr ſeht hinter den Oeſterreichern immer die als ſo furchtbar geſchilderte ruſſiſche Armee; aber das iſt eitle Furcht: Ungarn beſchäftigt nicht nur Oeſterreich ſondern auch Rußland. Oeſterreich würde einer kräftigen und vernünftigen Sprache gewiß Gehör ſchenken. Wie? Ihr wollt aus den Söhnen der Sieger von Rivoli und Lodi die Soldaten des Glaubens (les soldats de la foi) machen? (Bravo). Wißt Ihr ob der franzöſiſche Soldat Euch hierin gehorchen wird? Oder wollt Ihr die Republikaner im Auslande wie ein gejagtes Wild verfolgen laſſen, um den Republikanern im Inlande beſſer zu verſtehen zu geben, welches Schickſal ſie zu gewärtigen haben. Der Redner endet mit Anführung einer gleichen Meinung, die Odilon Barrot nach der Juli-Revolution vertheidigte und behauptet, daß die Intervention nur mit dem Kriege oder mit einer Verrätherei enden könne. **Lamoricière**: Wir (die Kommiſſion) haben das Miniſterium über die Unterhandlungen, welche in Gaeta ſtatt fanden befragt, und wenn wir aus deſſen Antworten hätten ſchließen können, daß Frankreich im öſterreichiſchen Sinne handeln wolle, ſo würden wir nicht den im Anfang der Sitzung mitgetheilten Bericht gegeben haben. Wenn der Pabſt durch die Oeſterreicher allein nach Rom zurück geführt würde, ſo wäre dies nicht nur der Ruin der römiſchen, ſondern der italieniſchen Freiheit. Die Inſtruktionen, welche der franzöſiſche General erhalten hat, lauten dahin, zunächſt nur von Civitavecchia und der Umgegend Beſitz zu nehmen, wenn aber, wie dieß nach eingegangenen Nachrichten zu vermuthen iſt, die Oeſterreicher auf Rom marſchiren, um Oeſterreichs Einfluß dort vorherrſchend zu machen, ſo iſt die Kommiſſion mit der Regierung dahin einverſtanden, daß der die Expedition befehligende General ſich mit ſeinem Armeekorps ebenfalls dahin begebe, um Oeſterreichs Einfluß zu neutraliſiren. **Schölcher**: Wenn die Regierung der römiſchen Republik nicht in die Beſetzung Civitavecchia's einwilligt, was iſt dann die franzöſiſche Regierung zu thun geſonnen? oder was, wenn das römiſche Volk ſich gegen die Wiedereinſetzung des Papſtes auflehnt? Ohne daß der Miniſter nochmals das Wort genommen hat, wird über den erſten Artikel des Regierungsdekretes, welcher einen Kredit von 1,200,000 Franken für die dreimonatliche Herſtellung der Expedition auf Kriegsfuß verlangt, durch Zettel abgeſtimmt und derſelbe mit 395 gegen 283 Stimmen angenommen. Der zweite Artikel wird ebenfalls angenommen. Bei der Zettelabſtimmung über die Geſammtheit des Dekrets findet ſich, daß die Verſammlung nicht mehr zahlreich genug iſt, indem nur 499 Mitglieder (ſtatt 500) an der Abſtimmung Theil nahmen, da ſich die Abgeordneten vom Berge ſämmtlich des Abſtimmens enthielten; die Abſtimmung wird daher für nichtig erklärt und erſt in der heutigen Morgenſitzung iſt dieſelbe (wie bereits gemeldet) gültig erfolgt.

Italien.

* **Genua.** Der General Joſeph Avezzana, der vor und während des Aufſtandes den Oberbefehl über die Nationalgarde von Genua führte, hat bekanntlich die Stadt nach der Kapitulation verlaſſen und ſich nach Amerika eingeſchifft. Der Gemeinderath von Genua hatte ihm eine Summe von 10,000 Frks. angeboten, um ſeine Exiſtenz während ſeiner Verbannung zu ſichern. Allein der General ſchlug das Anerbieten aus und reiſte mit einer ſehr geringen Geldſumme ab, die kaum hinreicht, um ihn bis auf den gaſtlichen Boden Amerikas zu befördern.

Dänemark.

Kopenhagen, 15. April. Der General v. Krogh, Kommandeur der däniſchen Heerſtärke und deſſen Stabschef, Oberſtlieutenant v. Läſſon, ſind geſtern ihrer reſpektiven Aemter entledigt worden. Die Ausrüſtung des neuen Linienſchiffes Skjold wird ſehr eifrig betrieben. Die Zimmerleute ſind in zwei Partien getheilt, um Tag und Nacht arbeiten zu können. Der König inſpizirte geſtern Nachmittag die Arbeiten. (H. C.)

Schweden.

Stockholm, 10. April. Der Kammerherr und Adjutant des Königs von Dänemark, Baron Zütphen-Adeler, der am 6. d. hier angekommen, iſt am 7. d. vom däniſchen Geſandten dem König vorgeſtellt worden, um ihm einen Brief des Königs von Dänemark zuzuſtellen. Wie in Privatkreiſen verlautet, nimmt obenerwähnter Geſandte die Ueberzeugung mit, daß in dieſem Jahre ſchwerlich eine Betheiligung Schwedens an der däniſch-deutſchen Streitfrage zu erwarten ſteht, nachdem man auch hier erkannt hat, daß die Friedensunterhandlungen an Dänemarks Halsſtarrigkeit geſcheitert ſind. Es ſind bisher keinerlei Rüſtungen in Angriff genommen. (B. H.)

Ungarn.

Unſere Nachrichten aus **Peſth** reichen bis zum 14. und melden nichts Bedeutendes. Ein Plakat des königlichen Kommiſſärs verbietet den Peſthern das Hinausſtrömen in's feindliche Lager. Der Kommandant eines Inſurgentenhaufens hat aus Waitzen die Anzeige gemacht, daß General Götz mit allen ſeinem Range gebührenden Ehren begraben worden iſt. In Peſth werden Wollſäcke u. dgl. aus den Magazinen genommen und nach Ofen zu dem Schanzenbau gebracht. Die Theurung der Lebensbedürfniſſe iſt aufs Höchſte geſtiegen. (In Wien war das Gerücht verbreitet, die Brigade Ramberg ſei von den Ungarn gefangen genommen worden). (Conſt. Z.)

* Im Süden kommen ſerbiſche Hilfstruppen über die Donau. Der „Nationalgeneral“ Knicanin iſt, nach einer Zuſammenkunft mit dem Patriarchen, mit geſammelten Truppen ins Caikiſten-Bataillon gegangen, um dort den Magyaren Einhalt zu thun. Der Patriarch iſt mit dem Centralcomite in Semlin, bis die Umſtände ihm geſtatten, wieder ſeine Reſidenz Karlowitz zu beziehen. Wie das C. Bl. a. B. berichtet, hätte er zwei Abgeſandte nach Bukareſt an den General Dudamel geſendet, um die Hilfeleiſtung ruſſiſcher Truppen in der Wojwodowina nachzuſuchen.

Rußland.

* Ein kaiſerlicher Ukas, datirt vom 22. März (3. April), welchen die „Rigaſche Zeitung“ eben bringt, befiehlt, daß in der bevorſtehenden Truppenaushebung in den Gouvernements Witebsk, Mohilew, Kiew, Podolien, Wolhynien, Minsk, Grodno, Wilna und Kowno von je 1000 Seelen 12 Mann ausgehoben werden ſollen! Ein wenige Tage zuvor erlaſſener Ukas befahl nur die Aushebung von 8 Mann auf je 1000.

Aſien.

* **Britiſch-Oſtindien.** Mit der neueſten oſtindiſchen Ueberlandpoſt iſt endlich auch die „Bombay Times“ mit Berichten über den bereits erwähnten glänzenden Sieg des britiſchen Oberbefehlshabers, Lords Gough, über die Sikhs angekommen. Es war am 21. Februar, als Lord Gough an der Spitze eines Heeres von 25,000 Mann mit 100 Geſchützen, wovon ein Drittel vom ſchwerſten Kaliber, bei Gudſchrat auf den Feind ſtieß, welcher nicht weniger als gegen 60000 Mann zählte, wovon jedoch höchſtens die Hälfte den Namen von Kriegern verdiente. Die Zahl ihrer Geſchütze belief ſich auf 60, worunter 56 achtpfündige. Die Schlacht begann mit einem heftigen Geſchützfeuer, während deſſen Dauer das britiſche Fußvolk in einer Entfernung

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Fürſt Windiſchgrätz und Welden. Proklamation an die Armee. Ein Artikel der „Preſſe". Vom Kriegsſchauplatz in Ungarn. Das Königreich Kroatien, Dalmatien und Slavonien.) Berlin (Der Antrag von Rodbertus. Gute Nachricht. Die Verhandlungen der zweiten Kammer über das Verſammlungsrecht. Deutſcher Antrag in der erſten Kammer. Antrag von Gierke.) Stuttgart (Gerüchte.) Aus Sachſen (Volksverſammlung.) Weimar (Vereinigung der Parteien für die Reichsverfaſſung.) Wiesbaden (Anerkennung der Reichsverfaſſung ſeitens der Ständekammer.) Schleswig (Landesverſammlung. Die weggeſchleppten Prediger.) Hamburg (Major du Hall.)

Italien. (Die Vorgänge in Florenz.) Neapel (Anweſenheit des Hrn. v. Uſedom.)

Ungarn. (Die Stärke der kaiſerlichen Armee.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 21. April.)

Deutſchland.

△ **Wien,** 17. April. Geſtern Abend um 5 Uhr wurde hieher telegraphirt, daß Fürſt Windiſchgrätz in Ollmütz eingetroffen ſei und eine Stunde ſpäter ging Feldzeugmeiſter Welden zu der Armee ab. In ſeiner Begleitung befindet ſich der Regierungsrath und Viceſtadthauptmann von Feſtenberg, der ihm zur Leitung der Civil-Angelegenheiten zur Seite geſtellt iſt, da es ſcheint, daß man höheren Orts eingeſehen hat, daß der früher dazu bezeichnete vormärzliche ſiebenbürgiſche Hofkanzler Baron Joſika keine „persona grata" in Ungarn ſein dürfte. Vor ſeiner Abreiſe ließ Feldzeugmeiſter Welden noch nach Olmütz zurück telegraphiren, daß der Generaladjutant Mertens, welcher den Fürſten Windiſchgrätz nach Olmütz begleitet hat, binnen 4 Tagen ſich wieder im Hauptquartier einzufinden habe. Der Fürſt Feldmarſchall legte den Oberbefehl, da ſein Nachfolger noch nicht anweſend war, in die Hände des Banus nieder, was dem Fürſten ſchwer genug gefallen ſein mag, da er mit dem Banus in der ganzen letzten Zeit nicht in dem beſten Einvernehmen ſtand. Das Ceremoniel und die wahrhaft ſpaniſche Grandezza, mit welcher ſich der Fürſt umgeben hatte, machten es ſehr ſchwierig in ſeine Nähe zu gelangen; eine andre Schwierigkeit für den Verkehr des Kriegs war die, daß nichtebenbürtige Perſonen nur dann mit ihm ſprechen durften, wenn ſie von ihm angeredet wurden; der Banus ſelbſt mußte ſeine Zuflucht öfter zu brieflichen Erklärungen nehmen, wenn die Etiquette es eben nicht zuließ, den Fürſten ſelbſt zu ſprechen, und vieles blieb ſo dem Fürſten unbekannt, (wie z. B. die unzufriedene Stimmung der Armee), was ihm zur glücklichen Löſung ſeiner Aufgabe zu wiſſen nöthig geweſen wäre. Nichts beſchreibt die Wirkung, welche hervorgebracht wurde durch den kleinen Satz: „Die Vollmachten des Fürſten Windiſchgrätz ſind erloſchen." Man athmet auf wie nach einem langen ſchweren Traum, der mit Fieberhitze begann, und mit Erlahmung endete, und dies iſt einer der ſeltnen Fälle, wo es das Miniſterium einmal allen Parteiungen recht gemacht hat. Als wirklicher Nachfolger Weldens im Civil- und Militärgouvernement wird F.-M.-L. Hainau genannt. Böhm fungirt indeſſen als Stellvertreter. Welden hat ſich ſchon der ungariſchen Armee mit folgender Proklamation als Oberkommandanten vorgeſtellt: „Mit der Führung der militäriſchen Operationen in Ungarn von Sr. Maj. beauftragt, wird es die einzige Aufgabe meines Lebens bleiben, mich des Vertrauens unſres geliebten Kaiſers würdig zu zeigen. Mit Vertrauen trete ich auch unter Euch, meine braven Kriegsgefährten. Wird doch mein ganzes Wirken nur durch Eure Mithilfe bedingt. Sie beſteht in der Intelligenz, Umſicht und Entſchloſſenheit der einzelnen Führer, vorzüglich dort, wo ſie ſelbſtſtändig zu handeln haben, und in dem Muthe der unbegränzten Hingebung von Seite der Offiziere und der Mannſchaft. Doch zu wem ſpreche ich? Ihr ſeid ja Oeſterreichs tapfere Soldaten, getreu in Noth und Tod, vom Ticino bis an die Donau, dieſelben von der halben Welt angeſtaunten Helden, die mit ihrem Herzblute die Monarchie gerettet. Ihr könnt nur ſiegen oder ſterben! Es iſt die gerechte Sache, für welche wir fechten, und der Himmel wird ſie nicht untergehen laſſen. Seht was uns gegenüber ſteht: es ſind verruchte Böſewichter, der Auswurf aller Völker, die eine ganze Nation betrügen und ihre ſelbſtſüchtigen Pläne opfern, die ein geſegnetes Land — das ſonſt edle Ungarn, jetzt das Spielwerk feiler Polen — auf ein Jahrhundert in eine Wüſte verwandeln. Mit ihnen alſo Kampf auf Leben und Tod! Verſöhnend aber noch einmal die Hand dem irregeleiteten Bruder geboten. Bisher konnte der Krieg in Ungarn noch nicht ſo erfolgreich geführt werden, als es der Wunſch des hohen Führers war, der die edelſten Proben unbegrenzter Hingebung an den Staat gegeben, denn je ausgedehnter die Landſtrecke wurde, welche die Armee bei ihrem Vorrücken zu beſetzen hatte, deſto mehr mußten unſere Streitkräfte jenen des Feindes nachſtehen, als auch bereits die eroberten Punkte, bei der noch immer durch die Rebellen erhaltenen Aufregung beſetzt bleiben mußten. Dagegen konnte der Feind ſich nach allen Richtungen hin unbeſorgt bewegen: er fand überall Verräther, welche die ſchlechte Sache unterſtützten und erhielt ſo ſelbſt Auskünfte über unſere Pläne, in der Wahl der ſchändlichſten Mittel nie verlegen, Raub und Mord in ſeinem Gefolge, mußte er ſelbſt die Friedlichſten zur Beihülfe zu zwingen. So beſtehen wir, die wir nur auf der Bahn des Rechtes und der Ordnung vorgehen wollen, einen ungleichen Kampf, und doch, wir müſſen ſiegen, wir ſetzen ja unſer Leben und was noch mehr iſt, unſere Ehre ein! Darum Vorwärts! meine getreuen Kameraden! dieß ſei unſer Wahlſpruch!" In dem Style dieſer Proklamation erkennen wir wieder ganz unſern alten Welden und vermiſſen nur ſeinen Lieblingsgedanken „den Donner der Geſchütze" darin. Nach dieſer Anrede ſcheint uns die Furcht vor Unterhandlung, welche einige unſerer Journale äußern, überflüſſig, denn in jeder Zeile ſpricht ſich der Durſt des alten Kriegers nach Thaten aus. Möchte er dadurch nicht in den entgegengeſetzten Fehler ſeines Vorgängers verfallen. Durch die letzten Konzeſſionen des Miniſteriums an die Kroaten, Serben ꝛc. ſtehen die Magyaren wieder iſolirter, und der endliche Erfolg kann trotz den eingetretenen Wechſelfällen des Kriegsglücks den kaiſerlichen Waffen nicht zweifelhaft ſein, und die Anſtrengungen der Magyaren werden doch am Ende nur zu ihrer eigenen Vertilgung führen. Der nie raſtende Bem ſcheint nun Temeswar und Arad zu bedrohen, aber die Entſetzung Komor'ns ſoll für den Augenblick nicht zu fürchten ſein. Ein Peſther Blatt berichtet von der furchtbaren Juſtizpflege der Ungarn, daß der Pfarrer von Szecſe, auf Befehl des Inſurgentenchefs Damjanich am Charfreitage erſchoſſen worden ſei. Auf der andern Seite mußte der Banus Jellacic wieder ſieben Kroaten, wegen verübter Plünderungen in den Vorſtädten Peſths, erſchießen laſſen. F.-M.-L. Blayawich und der Feſtungskommandant Zahn, welchen am 3. d. M. freier Abzug aus Peterwardein von den Ungarn geſtattet wurde, ſind vor einigen Tagen unter Eskorte hier angelangt und der Central-Unterſuchungskommiſſion übergeben worden.

Großes Aufſehen macht heute ein Artikel der „Preſſe", in welchem der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg eine Rüge erhält, über die Art, wie er ſich in ſeiner Note vom 5. an Hrn. v. Schmerling in Bezug auf die Rückkehr unſerer Deputirten ausdrückt. Die Preſſe bemerkt, daß man öſterreichiſche Abgeordnete nicht behandeln könne wie Soldaten, denen man den Befehl zum Einrücken in die Garniſon zuſchickt und weiſt darauf hin, daß engliſche, franzöſiſche und deutſche Journale in den Fall kommen könnten, ſich über die entſchiedene Zumuthung des Herrn Miniſterpräſidenten zu erſtaunen. Die fragliche Stelle in der Note heißt: „Was die öſterreichiſchen Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung betrifft, haben dieſelben ihre Sendung in Folge des Schluſſes der Berathung über das Verfaſſungswerk, als beendet zu betrachten und ſofort in ihre Heimath zurückzukehren." In einem andern Artikel kommt dies Blatt auf ſeinen Lieblingsplan zurück, daß Oeſterreich den Beruf habe, die ſüddeutſchen Staaten zum Anſchluſſe vorzubereiten, indem es das Recht habe, daſſelbe zu thun, was Preußen in Norddeutſchland ausführe.

* **Wien,** 17. April. Im Ganzen lauteten die bis geſtern Abend aus Ungarn eingelaufenen Nachrichten für die kaiſerliche Sache günſtiger, wenn ſchon einzelne ſehr erhebliche Thatſachen, die von den miniſteriellen Organen ſelbſt zugegeben wurden, auf das Gegentheil ſchließen laſſen. Waitzen ſoll durch Feldmarſchalllieutenant Csorich den Inſurgenten wieder entriſſen worden ſein, und wenn auch das Korps des Feldmarſchalllieutenant Hainau für jetzt in Italien unentbehrlich erſchien, ſo rückten doch von ſo vielen andern Seiten Verſtärkungen vor, daß man mit ſelben und mit der ſicher erwarteten Ruſſenhilfe die Inſurgenten zu erdrücken

hoffte. Vor der Hand (ſagt der geſtrige Abend-Lloyd) geberden ſich die Ungarn in Waitzen ziemlich hochmüthig und ſchicken Briefe und Effekten, die durchpaſſiren, ungefährdet nach Peſth, nur daß dieſelben früher geöffnet, durchſucht und mit dem amtlichen Siegel des Landesvertheidigungsausſchuſſes verſehen werden. Unter ſolchem Kouvert kam auch eine Depeſche mit der Nachricht nach Peſth, daß Generalmajor Götz im ungariſchen Lager mit allen Ehren zur Erde beſtattet wurde. Bei der Feierlichkeit waren 12 Bataillons ausgerückt. Auf höhern Befehl wurden in Peſth in den letzten Tagen alle Thurmſtiegen geſperrt und die Glöckner außer Funktion geſetzt. Einiges Aufſehen hat die plötzliche Arretirung des reichen Bürgers Szilagyi gemacht, ein in Peſth ſehr beliebter Charakter von magyariſcher Geſinnung. Feldzeugmeiſter Nugent iſt von dem Kommando des in Südungarn operirenden Armeekorps abberufen und daſſelbe dem Feldmarſchalllieutenant Caſtiglione übergeben worden, demſelben, der durch ſein entſchloſſenes und muthvolles Benehmen bei dem Aufruhr in Krakau ſich ausgezeichnet hat. Einem Privatbriefe aus Temeswar entnehmen wir, daß daſelbſt ſeit einigen Tagen die größte Beſtürzung herrſcht, ein großer Theil der Bewohner ſich zur Flucht anſchickt und alle Vorbereitungen zur Sperre der Feſtung getroffen werden. So eben erzählt man, Bem habe den Feſtungen Temeswar und Arad 8 Tage Zeit zur Uebergabe anberaumt. Der ſerbiſche Nationalgeneral Knicjanin iſt mit 3000 ſerbiſchen Freiſchärlern aus Serbien in die Wojwodina eingerückt, um ſeinen Stammgenoſſen zu Hilfe zu eilen. Sehr wichtig iſt ein von der heutigen „Oſtdeutſchen Poſt" mitgetheiltes Aktenſtück in Betreff einer neuen ſtaatlichen Dreieinigkeit in der Mitte des einheitlichen Oeſterreichs, nämlich des dreieinigen Königreichs Kroatien, Slavonien, Dalmatien. Dieſes dreieinige Königreich ſoll den Kriſtalliſationskern bilden, um welchen die übrigen ſlawiſchen Länder Oeſterreichs in der Folge ſich beliebig zu einem Ganzen gruppiren können; nie aber ſoll das dreieinige Königreich ohne Beiſtimmung von 2/3 ſeiner Landtagsmitglieder in irgend einen Verband gezogen werden können, welchen Oeſterreich mit Deutſchland jetzt oder in Zukunft eingehen ſollte. Die Beziehungen des Königreichs zur ſerbiſchen Wojwodſchaft, ſo wie auch ihrer gegenſeitiger Territorialverhältniſſe werden im Wege gemeinſchaftlicher Uebereinkunft geregelt. Das Königreich kann auf Grund gegenſeitiger Uebereinkunft auch mit den übrigen ſlawiſchen Provinzen des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates in engeren politiſchen Verband treten. Dies natürliche Recht der Vereinigung kann unter keinerlei Vorwand weder dem Königreiche, noch jenen öſterreichiſch-ſlawiſchen Ländern verweigert oder gehindert werden, welche ſich mit demſelben aus Anlaß der gleichen und verwandten Nationalität politiſch zu vereinigen wünſchen. Der König des dreieinigen Königreichs iſt im Sinne der pragmatiſchen Sanktion der jedesmalige Kaiſer von Oeſterreich.

** **Berlin**, 19. April. Meine Hoffnung, daß der Antrag des Abgeordneten Rodbertus von der Kommiſſion, worin Hr. v. Vincke der Vorſitz übertragen iſt, ſachgemäß amendirt werden würde, geht in Erfüllung. Das Doktrinäre, welches die urſprüngliche Faſſung charakteriſirt, iſt völlig ausgemerzt; jetzt hat der Antrag beſtimmte Ausſicht auf Unterſtützung auch von Seite Derer, welche theoretiſch an der Vereinbarung bisher feſtgehalten, aber keinen Augenblick gezweifelt haben, daß die Regierung von ihrem beanſpruchten Rechte einen weiſen Gebrauch nur durch Anerkennung der Reichsverfaſſung gemacht hätte. Diejenigen freilich, welche, wenn auch einverſtanden mit dem weſentlichen Inhalte, die darin ausgeſprochene Mißbilligung der miniſteriellen Politik zurückhalten wollen, werden das Lager der äußerſten Rechten verſtärken. Alles hängt von dem Benehmen der Linken ab. Wenn Herrn Rodbertus wirklich nicht gleichgültig iſt, ob das Weſentliche ſeines Antrags durchdringt oder durchfällt, wenn die Sache ſelbſt ihm am Herzen liegt, ſo wird er ſich dem Amendement anſchließen und ſeinen Antrag, der höchſtens auf eine anſehnliche Minorität Ausſicht hat, für den Hr. Vincke beim beſten Willen nicht votiren kann, weil er als Beiwerk theoretiſche Lehrſätze enthält, wogegen derſelbe lange Zeit angekämpft, in der urſprünglichen Faſſung fallen laſſen. Wohlverſtanden, fallen laſſen, d. h. nicht bei der Abſtimmung in der Kammer „fallen laſſen", ſondern zurückziehen. Es fragt ſich nun, wie die Partei Waldeck ſich verhalten werde. Vortrefflich iſt in der neuen Faſſung des Antrags die geſchickte Wendung, daß das preußiſche Miniſterium, wenn es jetzt die Reichsverfaſſung anerkennt, auf den geeigneten Weg „wieder einlenkt." Gewiß, wir markten nicht um den Obolus von Ruhm, der, wenn die Nullenpolitik noch rechtzeitig „einlenkt," für die preußiſchen Miniſter abfallen könnte; wir wollen mit vielem Gleichmuth die offiziöſen Artikel aus „achtbarer Hand" leſen, worin nachgewieſen werden muß, wie das Miniſterium von Uranbeginn ſo und nicht anders habe handeln wollen; wir werden, wenn daſſelbe mit Dankadreſſen wegen der Anerkennung der Verfaſſung überſchüttet würde, nicht die Bedeutung ſolcher Adreſſen als ebenſovieler Tadelsvoten herauskehren. Wenn nur das Nothwendige geſchieht, ſo möge Falſtaff ſich rühmen, den Percy erſchlagen zu haben: ja, die Stichwunde am Schenkel iſt Falſtaffs Werk, er hat den Todten erſtochen! Aber, wenn die Volksvertreter ſich vor der Nation ausſprechen, dann ſoll mehr als Vulgäres geſagt, dann darf die gedankenloſe Staatsweisheit, welche die Monarchie des großen Friedrich in das Dilemma verſetzt hat, entweder Oeſterreich die Schleppe zu tragen oder die von den ſoſehr über die Achſel betrachteten kleinern und mittlern Staaten viribus unitis dictirte Politik zu befolgen, nicht blos ignorirt werden. Die Kammer muß, wenn auch mit einiger Decenz, deren Beweggrund kein Räthſel iſt, das Land darüber aufklären, daß die Miniſter „wieder eingelenkt" haben, daß nicht, weil, ſondern, obgleich Preußen ſo unverantwortlich regiert worden, ſich noch Alles zum Guten wende; die Kammer darf die Blößen dieſes politiſchen Elends nicht mit dem Mantel der Liebe decken. „Ende gut, Alles gut," beſagt das Sprüchwort; Gott gebe, das Ende wäre gut und heilreich; aber, wenn dann auch „Alles" gut iſt, dieſes Miniſterium wird dadurch nicht um ein Haar beſſer! Wir wollen nicht an ein ſehr naheliegendes anderes Sprichwort, ſondern nur an den Doblhof'ſchen Weltgeiſt erinnern. Es iſt an der Zeit, daß Preußen nicht durch den Weltgeiſt unmittelbar, ſondern durch ein Miniſterium, welches Geiſt hat, regiert werde.

Der amendirte Antrag des Abgeordneten Rodbertus lautet nunmehr:

„In Erwägung, daß bei den Verwicklungen der europäiſchen Verhältniſſe und der eignen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deutſchen Volks entſprechenden öffentlichen Rechtszuſtandes in Deutſchland dringendes Bedürfniß iſt; daß es Pflicht der deutſchen Einzelſtaaten iſt, zur baldigen Herbeiführung eines ſolchen Rechtszuſtandes nach Kräften mitzuwirken; daß ein ſolcher Rechtszuſtand nur dann in kürzeſter Friſt ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutſchen Einzelſtaaten ſich der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung nicht entziehen,

Erklärt die zweite Kammer:

1) Daß ſie den in der Cirkularnote vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Majeſtät betretenen Weg jetzt in ſeiner weitern Verfolgung zur baldigen Herbeiführung eines entſprechenden Reichszuſtandes in Deutſchland als geeignet nicht erachtet;

2) daß ſie vielmehr die Annahme der von der deutſchen Nationalverſammlung Sr. Majeſtät angebotenen Würde eines Oberhauptes des deutſchen Reichs auf den Grund der deutſchen Reichsverfaſſung und unter Vorausſetzung der Zuſtimmung der deutſchen Regierungen als den geeigneten Weg betrachtet haben würde, und es als wünſchenswerth bezeichnen muß, daß auf denſelben mit Rückſicht auf die gegenwärtige Sachlage wieder eingelenkt werde."

Lith. Korr. **Berlin**, 19. April. Wir erfahren von guter Hand, daß in Folge der Erklärung der 28 deutſchen Regierungen geſtern eine Depeſche nach Frankfurt abgegangen iſt, in welcher die Miniſter den König erklären laſſen, daß er an die Spitze eines aus den zum Beitritt bereiten Staaten zu bildenden engern Bundesſtaates unter Anerkennung der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung zu treten geneigt ſei. Dieſe Erklärung iſt, wie man uns mittheilt, von der Aeußerung begleitet, die vielleicht die Abweichung von früheren Erklärungen motiviren ſoll, daß der König ſich freue, den Wünſchen der deutſchen Fürſten, die ihre Zuſtimmung ausgeſprochen haben, genügen zu können, ohne damit den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung entgegen treten zu müſſen.

△ **Berlin**, 19. April. Am Anfange der heutigen Sitzung der zweiten Kammer zeigte ſich mehrfach auf unerfreuliche Weiſe

die Verbiſſenheit der Parteien. Behnſch rügte, daß die zur Reviſion der Verfaſſung niedergeſetzte Kommiſſion noch nichts habe von ſich hören laſſen. Aber freilich, es ſäßen 16 Mitglieder der Rechten und nur 5 von der Linken darin, was ließe ſich da Gutes erwarten? Das war ſchnippiſch. Aber was brauchte Auerswald gleich mit ſeiner „tiefen Verachtung“ herauszufahren? Vollends ſeltſam war folgendes Duett zwiſchen dem Nord- und dem Südpol der Verſammlung. Graf Arnim (zur Berichtigung der ſtenographiſchen Berichte): Er habe ſich gegen d'Eſter keineswegs entſchuldigt. Zu einer Entſchuldigung gegen d'Eſter werde er nie das Wort ſich erbitten. d'Eſter: Graf Arnim hätte neulich lieber die Tribüne gar nicht erſt beſteigen ſollen. Man kam endlich zur fernern Berathung des Verſammlungsrechtes. §. 9 des Regierungs-Entwurfes lautet: „Sobald der Abgeordnete der Polizeibehörde die Verſammlung für aufgelöſt erklärt hat, ſind alle Anweſenden verpflichtet, ſich ſofort zu entfernen. Dieſe Aufforderung iſt nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung zu bringen.“ Bei der Berathung zeigte Otto von Trier an, ihm ſei eine Petition des Piusvereins in Trier zugegangen, die Kammer möge die Geſetzvorlagen der Miniſter in Bauſch und Bogen verwerfen. Der Paragraph ward mit einer unweſentlichen Aenderung angenommen, jedoch ein Zuſatz von Schultze-Delitzſch hinzugefügt: „Polizeibeamte, welche die ihnen im §. 4. beigelegten Befugniſſe bei der Auflöſung einer Verſammlung überſchreiten, ſind auf Antrag jeden Theilnehmers, inſofern ſie nach den Geſetzen wegen Mißbrauchs ihres Amtes keine härtere Strafe verwirkt haben, mit Geldbuße bis zu 50 Thalern oder Gefängniß bis zu 6 Wochen zu beſtrafen.“ Statt des §. 11: „Niemand darf, ohne daß ihn ſein Amts- oder Dienſtverhältniß dazu berechtigt, bewaffnet in einer Verſammlung erſcheinen“, wird ein Amendement von Pilet angenommen: „Niemand darf in einer Verſammlung bewaffnet erſcheinen, mit Ausnahme der im Dienſt befindlichen Polizeibeamten und der von der Obrigkeit requirirten bewaffneten Macht.“ Hierauf kam man zur Berathung des übergangenen §. 10. des Regierungs-Entwurfs: „Die Vorſteher ſolcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, ſind verpflichtet, die Statuten und Urkunden über Bildung, Verfaſſung und Wirkſamkeit des Vereins, ſo wie alle Abänderungen binnen 24 Stunden, nachdem ſie zu Stande gekommen, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnißnahme einzureichen, derſelben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu ertheilen.“ Hr. v. Kleiſt-Reetzow, der muntere Junker, Flügelmann der äußerſten Rechten, benutzte die Gelegenheit, ritterlich eine Lanze für die Oeffentlichkeit zu brechen. „Oeffentlichkeit, ſagt er, iſt ein Stichwort der Zeit. Jetzt will die Regierung Oeffentlichkeit; aber da ſagen jene Herren: nur gegen uns darf die Oeffentlichkeit nicht gekehrt werden. Wahrheit und Licht brauchen aber die Oeffentlichkeit nicht zu ſcheuen.“ Die einzige Ausnahme bilden vielleitt die Grundſteuerverhältniſſe. Der Sozialiſt Grün ſprach gegen den Paragraph. Er wunderte ſich, daß die Regierung nicht ſchon ein Geſetz gegen den Mißbrauch des Rauchens des Inhalts eingebracht habe: Jeder, wer rauchen will, hat dies 2 Stunden vorher der Polizei anzuzeigen. (Gelächter. Ironiſcher Beifall zur Rechten.) Noch nie habe die Regierung ſo große Sympathien für Frankreich verrathen, als bei dem vorliegenden Entwurfe; hier zeige ſie ſich ganz republikaniſch. (Heiterkeit.) Nach dieſem grünen Holze erhob ſich das dürre in Geſtalt des Miniſters des Innern: „Es iſt nicht ſchwer, meine Vorlage zu tadeln oder lächerlich zu machen. Es giebt ja Gemeinplätze genug, die man hierzu brauchen kann. Auf dieſes Feld möchte ich jedoch dem Redner nicht folgen. Ueber den Paragraphen ſelbſt hat er wenig geſprochen. Was ſteht überdies in dieſem §. 10.? „Daß die Vereine der Polizeibehörde ihre Statuten einzureichen haben.“ Meine Herren! Die Vereine müſſen zu allen Zeiten von der Polizei beobachtet werden; ſonſt würde die Polizei nicht ihre Schuldigkeit thun. Wenn die Vereine nun ſelbſt ihre Statuten einreichen, dann iſt die Polizei der unangenehmen Nothwendigkeit überhoben, auf geheimen Wegen jenen Statuten nachzuſpüren.“ Der Berichterſtatter ſprach zwar ſchließlich zur allgemeinen Heiterkeit ſeine Hoffnung aus, dieſer Paragraph werde einſtimmig angenommen werden, die Hoffnung ward aber ſehr getäuſcht. Es gab eine Menge Abſtimmungen, und auch dieſer Paragraph ward anſehnlich beſchnitten. Aber was thut's? dem Miniſterium bleibt ja die erſte Kammer, wo die praktiſchen Staatsmänner ſitzen, die ſchon erklären, mit ſo verſtümmelten Geſetzen laſſe ſich die Ordnung nicht aufrecht erhalten. Ja, man erzählt, mehrere Mitglieder der erſten Kammer beabſichtigten, dem jetzigen Miniſterium ein Vertrauensvotum zu geben. Doch das iſt wohl eine gröbliche Verläumdung.

Berlin, 19. April. Der Abgeordnete Gierke hat für die nächſte Sitzung der erſten Kammer folgenden dringlichen Antrag geſtellt: Die hohe Kammer wolle folgenden Beſchluß faſſen: Es erklärt die erſte Kammer: 1) daß ſie die von der deutſchen Reichsverſammlung gegebene und am 28. März d. J. verkündete Verfaſſung als unbedingt rechtsgültig anerkenne; 2) daß ſie dagegen die Cirkulardepeſche vom 3. April d. J. in ſo weit entſchieden mißbillige, als darin der Standpunkt der Vereinbarung über dieſe Verfaſſung zwiſchen den zu einem Bundesſtaate zu vereinigenden deutſchen Staaten einerſeits und der Reichsverſammlung andererſeits aufgeſtellt und feſtgehalten worden iſt. Motive: Der langgenährte, jetzt unabweisbar dringende Wunſch des deutſchen Volkes nach ſofortiger Vereinigung der einzelnen deutſchen Staaten in einen Bundesſtaat iſt nur dann zu erfüllen, wenn die Regierungen dieſer Staaten die von der Reichsverſammlung beſchloſſene Verfaſſung als endgültig und rechtsverbindlich anerkennen. Vor Allem lag die Verpflichtung hierzu der Regierung des preußiſchen Staates ob, deſſen Dynaſtie an die Spitze des Bundesſtaates berufen iſt. Der Vereibarungsſtandpunkt hingegen iſt nicht nur aus Gründen des Rechts wie der Politik, ſondern auch um deßhalb verwerflich, weil er zu einem in ſeinen Folgen unberechenbaren Conflikte mit der Nationalverſammlung und dem zu ſeinen Vertretern ſtehenden deutſchen Volke unfehlbar führen würde. Es geziemt der erſten Kammer, ihre entſchiedene Mißbilligung darüber auszuſprechen, daß der ſonach verderbliche Weg der Vereinbarung von der Regierung Seiner Majeſtät betreten worden iſt. Berlin, den 18. April 1849. Gierke, als Antragſteller. Unterſtützt von: Graf Dyhrn. Cetto. Berger. Sperling. Kettner. Striethorſt. Leue. Büttler. Maurach. Graeff. Hidding. Scheller. Tamnau. Dr. Milling. Zenker. Lefevre. Wulfshein. Kuh. Jungbluth. Hecker. Bracht. Raffauf.“

(D. Reform.)

* **Stuttgart.** Ueber Stuttgart laufen in Frankfurt beunruhigende Gerüchte um. Man verſichert, daß es den Einflüſterungen des Hrn. von Schmerling und anderer unheimlicher Geſtalten, die ſich bei Hof, bei Frau v. Stubenrauch u. ſ. w. haben blicken laſſen, gelungen ſei, den „ſüddeutſchen“ Patriotismus des Königs anzufachen und ihm hinlängliches Vertrauen zu dem öſterreichiſchen „Schutze“ einzuflößen, um den Verſuch zu wagen, jetzt ſein gegebenes Wort zurückzuziehen und die deutſche Reichsverfaſſung nicht anzuerkennen. In Folge deſſen, ſagt man, iſt das ganze Miniſterium zurückgetreten. Es ſoll zu Unruhen gekommen ſein, und der König ſich von Stuttgart entfernt haben. Schöne Ausſichten, welche die deutſchen Könige ſich eröffnen, durch Oeſtreich gegen ihre eigne Unterthanen geſchützt zu werden! Wir werden bald erfahren, wie viel an jenen Gerüchten iſt.

Weimar, 18 April. In dieſem Augenblicke gibt es keine Parteien mehr; alle Beſtrebungen des deutſchen Volkes laufen in den einen Punkt zuſammen: mit der Nationalverſammlung zu ſtehen und zu fallen. Zu dieſem Zwecke haben ſich auch hier der politiſche und der Märzverein, deren Anſichten himmelweit von einander verſchieden ſind, zur Vereinigung brüderlich die Hand gereicht und beſchloſſen, gemeinſam eine Adreſſe an die Reichsverſammlung zu erlaſſen, in welcher es heißt: „Weder Fürſt noch irgend wer hat das Recht, auch nur einen Buchſtaben eigenmächtig zu verändern: nur auf dem in der Verfaſſung vorgeſchriebenen Wege kann die Verfaſſung geändert werden; das deutſche Volk zählt auf die unerſchütterliche Feſtigkeit ſeiner Vertreter und iſt zur Vertheidigung ſeiner Rechte bereit.“ Adreſſen, in gleichem Sinne abgefaßt, ſind mehrere an öffentlichen Orten ausgelegt und noch niemals ſeit der Märzrevolution hat ſich der Wille des Volkes ſo einmüthig kund gegeben, als in dieſem Punkte. (Fr. J.)

Wiesbaden, 20. April. In der geſtrigen Sitzung unſerer Ständekammer berichtete Heydenreich als Ausſchußmitglied über die deutſche Verfaſſungsangelegenheit. Nach dem Vorſchlag der Kommiſſion erklärte ſich in feierlicher Erhebung die ganze Kammer für die unbedingte Anerkennung der vom Frankfurter Parlament geſchaffenen deutſchen Reichsverfaſſung, und beauftragte ihr Bureau, dieſen einſtimmigen Beſchluß der naſſauer Kammer ſchleunigſt an die Nationalverſammlung abgehen zu laſſen. (Fr. J.)

№ 110. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 21. April 1849.

Ueberſicht.

Vom Kriegsſchauplatz.

Die Kaiſerwahl von Frankreich beurtheilt.

Von der Donau. III.

Oeſterreichs Recht.

Frankreich. Paris (Die Verhandlungen ber Verſammlung. Die Journalurtheile über Italien. Dir Graf von Montemolin.)

Schweiz. Bern (Der römiſche Geſandte unb die Militärkapitulationen.)

Vom Kriegsſchauplatz.

⚓ **Schleswig**, 15. April. Ueber bie Erſtürmung der däniſchen Verſchanzungen auf ben Düppler Höhen erfährt man folgende Details: Nachdem die Dänen in den letzten Tagen nach mehrfachen Vorpoſtengefechten bis an ihre Schanzen zurückgebrängt waren, ward die Nacht vom 12. auf den 13. d. M. zum Angriff auf die Düppeler Schanzen ſelbſt benutzt. Die um Düppel konzentrirten deutſchen Truppen waren dergeſtalt poſtirt, daß die Baiern den rechten Flügel, die Sachſen bas Centrum, die Hannoveraner, welche, ſoweit bekannt, am 13. nicht ins Gefecht kamen, den linken Flügel einnahmen. Am 13. Morgens etwa eine Stunde vor Sonnenaufgang ſetzten ſich die zum Angriff kommandirten Truppen in Bewegung. Die erſte Sturmkolonne beſtand aus 4 oder 6 Kompagnien Baiern und ward von mehreren höheren Offizieren, unter denen der Oberſtlieutenant von der Tann und der Hauptmann Aldoſſer, geführt. Eine däniſche Feldwache warb überrumpelt und niebergemacht, ehe ſie zum Schießen kommen konnte. Unaufhaltſam ſtürmte die tapfere Schaar vorwärts, mit gefälltem Bajonett die Höhen hinan, die Schanzen waren unſer, ohne daß ein Schuß gefallen war. Die Sachſen-Altenburger und bie königl. ſächſiſchen Truppen vom Centrum aus folgten ben Baiern auf dem Fuße nach. Die Dänen, etwa 6 Bataillone Infanterie, etwas Kavallerie und Artillerie verließen ohne an einen ernſthaften Widerſtand zu denken, die Schanzen in wilder Flucht und wurden von den deutſchen Truppen bis in ben Brückenkopf am Alſener Sunde hineingejagt. Mit ſchwerem Geſchütze, welches in dem Treffen bei Düppel am 5. Juni v. J. den deutſchen Truppen ſo großen Verluſt beibrachte, waren die Schanzen diesmal nicht beſetzt; es befanden ſich nur 2 ſechspfündige Kanonen in berſelben, die bei der Flucht mit fortzuſchaffen den Dänen gelang. Als der Feind bis in den Brückenkopf hineingeworfen war, zogen unſere Truppen ſich auf die Höhen zurück, und es entſpann ſich nun ein lebhaftes Tirailleurgefecht mit ben aus dem Brückenkopf wieber vordringenden Dänen, welches mit Unterbrechung bis gegen Abend anhielt. Dreimal führten bie Dänen neue Truppen ins Gefecht und verſuchten die Höhen wieder zu gewinnen, wurden aber jedesmal geworfen. Aus dem Brückenkopfe, den im Sunde liegenden Schiffen unb Kanonenböten und den Alſener Batterien ward den ganzen Tag über ein ununterbrochenes ſtarkes Feuer mit Wurfgeſchoſſen jeglicher Art auf die Höhen unterhalten, welches aber, Dank ſei es dem ſchlechten Schießen unſerer Feinde, nur verhältnißmäßig geringe Wirkungen hatte. Dagegen hat das fortgeſetzte Tirailleurgefecht zwiſchen den Schanzen und bem Brückenkopfe zahlreiche Opfer gekoſtet. Die Zahl ber Todten und Verwundeten unſererſeits wird auf etwa 200 angegeben; beſonders gelitten haben die im Centrum ſtehenden königlich ſächſiſchen Truppen, die allein 5 todte und 9 verwundete Offiziere zählen. Auch der Verluſt ber Baiern iſt nicht unbeträchtlich; unter den verwundeten baieriſchen Offizieren befindet ſich der Hauptmann Aldoſſer, der eine, glücklicherweiſe nicht erhebliche Schußwunde in der Hüfte erhalten hat. Die meiſten der Verwunbeten haben vorläufig in verſchiedenen Ortſchaften im Sundewittſchen untergebracht werden müſſen, nur einige zwanzig leichter Verwundete ſind in die Flensburger Lazarethe gebracht worden. Ueber den wahrſcheinlich ſehr bedeutenden Verluſt der Dänen fehlen nähere Nachrichten.

Am Abend des 13. zogen die Dänen ſich in den Brückenkopf zurück, die deutſchen Truppen bivouakirten auf den Höhen, welche, dem Vernehmen nach, ſo bald als möglich durch umfaſſende Verſchanzungen gegen die däniſchen Batterien und Schiffe geſichert werden ſollen. Ueber die Tapferkeit und Ausdauer der am 13. verwandten Truppen hört man von allen Seiten die größten Lobeserhebungen; der Erfolg des Tages iſt um ſo bebeutender, als die Verſchanzungen auf den, den Alſener Sund und die gegenüberliegenden Küſten der Inſel Alſen beherrſchenden Höhen mit leichter Mühe gegen überlegene Maſſen zu vertheidigen geweſen wären.

Am 14. April will man in Apenrade und Umgegend wieder anhaltenden Kanonendonner aus dem Sundewitt'ſchen gehört haben, es fehlen jedoch noch Nachrichten über die Ereigniſſe dieſes Tages.

Von ben Schleswig'ſchen Weſtſeeinſeln iſt die Inſel Sylt ſchon früher von den Dänen beſetzt; am 11. d. M. iſt gleichfalls die Inſel Föhr okkupirt worden. Fünfzehn kleinere Fahrzeuge haben daſelbſt etwa 500 Mann däniſche Truppen mit 4 Stückgeſchütze ans Land geſetzt. Auf beiden Inſeln iſt ſofort von den däniſchen Behörden eine Aushebung der ſeedienſttüchtigen Mannſchaft vom 18 bis 50. Lebensjahr angeordnet worden. Da es jedoch dem größten Theile ber jungen Mannſchaft gelungen iſt, die Inſeln vor der Beſetzung zu verlaſſen, wird das Reſultat der Aushebung für die Dänen nicht glänzend ausfallen. Auf Sylt ſollen ſie nur einen Mann gefunden haben, der ſich zum Dienſte eignete. Sämmtliche der Inſel Sylt gehörende Fahrzeuge ſind nach der Liſter Tiefe gebracht und dort unter die Kanonen ber daſelbſt ſtationirenden däniſchen Corvette gelegt. Die Dänen ſcheinen es auf eine dauernde Beſetzung der Inſeln abgeſehen zu haben, es ſind Verwaltungsbeamte von ihnen eingeſetzt worden, welche bereits neue Steuerausſchreibungen angeordnet haben ſollen. Hoffentlich wird es gelingen, die unglücklichen Inſeln, beren frieſiſche Bevölkerung ſtets einen echt deutſchen Geiſt gezeigt hat, von ihren Bedrückern bald zu befreien.

Der Baron von Heintze, früher Mitglied der gemeinſamen Regierung, iſt vor einigen Tagen, wie es heißt, nach London gereiſt. Die in einzelnen Blättern enthaltene Angabe, daß er in diplomatiſcher Eigenſchaft und im Auftrage unſerer Statthalterſchaft ſich dorthin begeben habe, wird von wohl unterrichteten Perſonen auf das Beſtimmteſte widerſprochen. Die Herzogthümer, welche dem mit verberblichen Banden ſie enger und enger umſtrickenden diplomatiſchen Netze eben glücklich entronnen zu ſein hofften und jetzt mit Zuverſicht darauf bauen, daß das deutſche Schwerdt die Entſcheidung herbeiführen werde, werden ihrerſeits ſicherlich nicht dazu beitragen, die zerriſſenen diplomatiſchen Fäden wieder anzuknüpfen.

Die Kaiſerwahl von Frankreich beurtheilt.

** **Straßburg**, 15. April. Die Wiederherſtellung bes deutſchen Kaiſerreichs wird ſeit der Wahl des Königs von Preußen in den Blättern aller Parteien beſprochen, beurtheilt, nur hin und wieder werden indeſſen die letzten Gründe des Urtheils gegeben. Sie ſind aber nicht ſchwer zu finden. Zuerſt dürfen wir uns nur des Zuſammenhangs erinnern, welcher zwiſchen ben Ultramontanen beider Länder ſtattfindet, bedenken, daß insbeſondere die meiſten neuern katholiſchen Vereine Deutſchlands von Frankreich aus über Belgien, oder auch direkt gebildet worden ſind, daß beſonders auf erſterem Wege zur Zeit der Kölniſchen Ereigniſſe immer und immer Oel ins Feuer gegoſſen worden, um zu begreifen, baß nun rückblickend dieſe Partei auf demſelben Wege die verkehrteſten Anſichten über Deutſchland in die franzöſiſchen Zeitblätter eingeſchmuggelt. Unwiſſenheit, oberflächlicher Patriotismus führen bieſe Urtheile bann ſelbſt in ſolche Zeitſchriften ein, welche ihrer Natur nach in entſchiedener Oppoſition mit den Tendenzen ſind, als deren Ergebniſſe jene Anſichten betrachtet werden müſſen. Antireligiöſe Journale ſchreiben ſo Meinungen ab, oder laſſen ſich Urtheile vorſagen, welche bis in's Lächerliche mit ihren Tendenzen kontraſtiren. Sie, bie in dem eigenen Hauſe den Papſt und den Biſchof vor die Thüre ſtellen, die tagtäglich über Prieſtergeiſt und und Jeſuiten ſchreien, finden es ganz in der Ordnung, wenn Ultramontanismus unb Jeſuitenintriguen in dem benachbarten Lande über Unterdrückung klagen, und blaſen mit ihnen in die heilige Poſaune gegen ben Despotismus ber Fürſten, die ſich nicht von Rom und ſeinen Sendlingen wollen tyranniſiren laſſen. Bei den Meiſten dieſer einſeitigen Menſchen kann man ſagen: Sie wiſſen nicht was ſie reden! Andere ſind offener; ſie ſprechen mit vollem Bewußtſein und mit richtiger Einſicht in die Verhältniſſe, obgleich mit ihrem moraliſchen Gewiſſen in Widerſpruch. Dieſe nationale Partei verhehlt es gar nicht, daß ſie dem Nachbarlande einen

Fortſchritt beſtreitet, eben weil es nur ein Fortſchritt zur Macht und Stärke iſt, und daß ſie demſelben gerne alles Unheil der Zerriſſenheit über den Hals wünſcht, nur weil Frankreichs politiſche Uebermacht dadurch geſichert iſt. Sie iſt auch nicht inkonſequent, wenn ſie Italiens Einheit will, denn hier gilt es die Befreiung von dem öſterreichiſchen Hauſe und die Vernichtung des engliſchen Einfluſſes. Sie hat aus demſelben Grunde die Zerreißung der Niederlande gefördert, weil damit eine gefährliche Grenzmacht gebrochen worden iſt. Zu welcher Partei auch die Regierung Frankreichs gehören mag, in dieſem Punkte verfolgen alle dieſelbe Politik. Wir ſehen dieſes in den neueſten Berathungen über die Finanzen. Die allgemeine Tendenz der Erſparungen hörte auf, ſobald es ſich um die Verhältniſſe zu dem Auslande handelte: hier wurden nicht allein die gewöhnlichen Ausgaben mit weniger Reduktionen bewilligt, ſondern auch zwei der Willkür ſo ſehr preisgegebene Poſten von weit über einer halben Million Franken ohne Weiteres zugegeben. Dieſe beiden Ausgaben ſind nämlich beſtimmt für außerordentliche Sendungen in das Ausland und dann ein beſonderer für geheime Sendungen derſelben Kategorie. So wie aber das Ausland ſich in neuerer Zeit geſtaltet hat, kann die Beſtimmung dieſer Ausgabe größtentheils nur Deutſchland umfaſſen: denn in Italien treten die Agenten offen auf, ſo auch in England; in Rußland möchte eine ſolche Miſſion gefährlich ſein; in Spanien iſt ſie zum Theil unnütz. Ich glaube daher, die deutſchen Fürſten, wenn anders in ihnen nationaler Sinn vorherrſcht, ſollten in dieſer Hinſicht beſonders aufmerkſam ſein und auf keine Weiſe zögern, Maßregeln zu ergreifen, welche die Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen dieſes einſeitige aber traditionelle Spiel der Politik wahren können. Ich halte dieſe alte Diplomatik in unſern Tagen für zwecklos: denn wenn wir Etwas gewonnen haben, nicht durch die Februarrevolution, ſondern durch den Entwickelungsgang des neunzehnten Jahrhunderts überhaupt, ſo iſt es das Einverſtändniß der Völker, die ſich nicht mehr für dynaſtiſche Intereſſen oder noch weniger für den Lorbeeren ſuchenden Ehrgeiz werden hinſchlachten laſſen. Uebrigens hat Frankreich ſelbſt ſeit 1848 dieſes ja offen genug bekannt, indem es alle Lockungen abwies und mit bewundernswürdiger Feſtigkeit ſich jeder Intervention mit den Waffen enthielt. Die Furcht, welche Pariſer Blätter voranſtellen, daß ein deutſches Kaiſerreich, wenn es auch nur einen Theil Deuſchlands umfaßte, das Gleichgewicht Europas ſtören und namentlich für Frankreich gefährlich werden könnte, halte ich für eine Chimäre, denn auch ein ſolches kaiſerliches Volk würde nicht ohne gute Gründe in einen Krieg billigen.

Aber ſo tief wurzeln jene alten Traditionen, daß die neue Regierung Frankreichs noch immer von ſolchen Gefahren träumt, und der Annahme der Kaiſerkrone von Seiten des Königs von Preußen Schwierigkeiten in den Weg zu legen ſucht. „Der König", ſagt ein von der Regierung ſubventionirtes Blatt, „le Correſpondent", das freilich mehr mit der klerikaliſchen Partei zuſammenhängt, die aber bekanntlich in dem Miniſterium kräftig vertreten iſt, „der König von Preußen wird ſich nicht durch die angebotene Kaiſerkrone an den Pranger (carreau) ſtellen laſſen: wir fürchten dieſes nicht, denn wir wiſſen beſtimmt, daß über alle wichtigen Fragen die Kabinete von Petersburg, Berlin und Wien vollkommen einig ſind." Es gibt lächerlich inconſequente Leute, welche in dieſer Frage glauben mitreden zu dürfen. So liegt vor uns eine kleine Schrift von einem Rath des Gerichtshofes in Kolmar, Boyer, welcher un mot sur l'unité allemande, als Fortſetzung einer vor einigen Jahren erſchienenen romantiſchen Geſchichte Rudolphs von Habsburg, herausgegeben hat. Der Mann iſt ehrlich genug unter den Gründen gegen die Wahl des Kaiſers die voranzuſtellen, daß dieſer Wiederaufbau des deutſchen Kaiſerthums alle die Früchte und Anſtrengungen Frankreichs ſeit dem Anfang des ſechzehnten Jahrhunderts bis auf Napoleon vernichten würde. Dann aber führt er uns an das Nachtlager Rudolfs vor Baſel, wo ein Hohenzollern ihm die Kunde von der Kaiſerwahl bringt und den Grafen auf den Knien als ſeinen Kaiſer begrüßt. Nie, ſagt er weiter, wird die katholiſche Majorität in Deutſchland den proteſtantiſchen König als Kaiſer ſich aufdringen laſſen, nie wird jene Majorität vergeſſen, daß die Proteſtanten noch immer auf dem Punkte ſtehen, wo ſie als Schmalkaldiſcher Bund geſtanden, daß das Königthum in Preußen ſich neuerlich noch in Köln und Poſen intoleranter gezeigt hat als das öſterreichiſche Kaiſerhaus; daß die Hohenzollern ſeit Jahrhunderten undankbare Feinde der Habsburger geweſen ſind und unabläſſig jede Gelegenheit benutzt haben, ſich auf ihre Koſten zu vergrößern. Am Schluſſe aber wendet ſich der Richter in ſonderbarem Widerſpruche von der Wiener Kamarilla ab, um auf den Reichsverweſer die Aufmerkſamkeit zu lenken, als den Einzigen, der ſich für die Kaiſerwürde ſchickt.

Dem Verfaſſer gehen die Studien einiger neuerer Hiſtoriker in Deutſchland ab, deren Extravaganzen mir immer ein Räthſel geblieben ſind, und die ich in die Kategorie ähnlicher hiſtoriſcher Kritiker eingeſchrieben habe, welche ebenfalls Alles was hiſtoriſche Gewiſſenhaftigkeit in nakter Wahrheit bis jetzt dargeſtellt, plötzlich in roſenfarbenen Nymbus gehüllt haben. Dieſe Panegyriker des habsburgiſchen Hauſes kommen mir immer vor wie die Apologeten Hildenbrands, Julians, oder Ludwig XI.: ſie verwechſelten die Folgen mit den handelnden Perſonen; ſie überſehen die unendlichen Fehler des Habsburger Stammes, der, um ſich ein Patrimonialgut zu erwerben, wie Görres einſt es nannte, „ein Extrakaiſerfleiſch" zu bilden, das Reich und Deutſchland vernachläſſigt und aufgeopfert hat. Man wird ſich über die großen Hohenſtaufen, als ſie in Neapel oder Palermo Hof hielten, nicht täuſchen laſſen, und es bedauern, daß über einer andern Größe die des Vaterlandes von ihnen überſehen worden iſt.

Noch wünſchte ich Ihre Leſer auf ein Votum der Nationalverſammlung aufmerkſam zu machen, welches wichtige Folgen haben kann. Es iſt der Beſchluß, die katholiſchen theologiſchen Fakultäten abzuſchaffen. Hier traten die Wünſche der Reduktion der Ausgaben mit dem Repräſentanten der klerikaliſchen Partei in dem Miniſterium zuſammen. H. v. Fallour hat ohne Widerrede in dieſe Reduktion eingewilligt, denn jene Lehranſtalten haben nie ihre Stelle finden können. Der Klerus und der Papſt wollen nur die Seminar-Erziehung, nicht die öffentliche der Univerſität, und mit großer Mühe hat die Regierung hin und wieder einen katholiſchen Theologen finden können, der eine Fakultätsſtelle übernehmen wollte, obgleich 6—700 Profeſſoren der Seminarien ihre Lage bedeutend verbeſſert hätten. Statt einer ſchlechten Beſoldung, ſtatt des Zwanges der Seminardiſziplin, hätten ſie in den Fakultäten ein anſtändiges Auskommen von 4000 Fr. und perſönliche, ſowie wiſſenſchaftliche Freiheit gewonnen: aber Niemand wagte den Tauſch anzunehmen. An keiner Fakultät hätte man das zu einem Examen nöthige Perſonal zuſammengebracht, denn nur bis auf zwei Profeſſoren und den Pedellen erlaubte die Kirche ihren Theologen die Annahme der Fakultätsſtellen. Nun ſollen ſie ganz fallen und dafür nur ein höherer Unterricht in den Seminarien, freilich mit Unterſtützung des Staates, eingerichtet werden. Wie es ſonſt mit der Kirche gehen wird, läßt ſich nicht vorausſehen: man wünſcht die Emanzipation der Pfarrer von den Biſchöfen, die freiere Wahl der Verwaltungen der kirchlichen Einkünfte. Letztere iſt ſchon von der Kommiſſion der Nationalverſammlung verworfen; ob erſtere weiter verfolgt wird, läßt ſich nicht vorausſagen. Doch hängt auch dieſes Alles von den Perſonen ab, welche die öffentlichen Angelegenheiten leiten. Es ſind dieſes Misgriffe, deren ſich die gegenwärtige Nationalverſammlung ja ſo viele hat zu Schulden kommen laſſen.

Von der Donau.

III.

Unter den erſten Störchen, die auf den Sonnenruf unſeres Miniſteriums ſogleich aus Frankfurt in die Heimath zurückflogen, befindet ſich der liebliche Neuwall; derſelbe, welcher mit dem eben verſtorbenen Endlicher zuerſt dem Kaiſer Ferdinand in der Hofburg die deutſche Fahne in die Hand gab und Einer derjenigen, die noch vor Kurzem betheuerten, daß ſie nichts vermögen werde, aus der Paulskirche auszuſcheiden. Hui! pfeift das öſterreichiſche Miniſterium, und all die „Gutgeſinnten" folgen dem Rufe des Rattenfängers von Hameln, während ſie feſt ſitzen blieben, als die einſichtsvolle Mehrheit des öſterreichiſchen Volkes vor mehren Wochen dringend verlangte, die öſterreichiſchen Abgeordneten möchten ausſcheiden, da die Noten des Kabinets ihre freie Wirkſamkeit als mandatloſe Volksvertreter verhindere. Wir hier wußten gar wohl, daß dieſe Herren, deren Namen ad usum populi für die Zukunft ſorgſam verzeichnet werden, ſich nur als Kammerknechte Sr. Durchlaucht des Miniſterpräſidenten Fürſten Schwarzenberg geriren und ihr Geheul von Großdeutſchland machte hier keine Aufregung; aber ſie gaben ſich nach dem Willen des bornirteſten Miniſteriums zum Werkzeug her, die

Geſtaltung Deutſchlands zu verhindern oder als ultima ratio in die Hände einiger Korporäle der Allürten Windiſchgrätz-Wrangel zu legen. Zu dieſem Behufe wurde auch das Urtheil Deutſchlands über die Anſicht der Dinge in Oeſterreich getäuſcht. Dieſer ſelbe Neuwall, der löbliche, der zarte Denunziant Egger, der edle Perthaler und ſonſtige ſtets- bereite Federn, flöteten in den miniſteriellen Blättern nach dieſen vorgeſchriebenen Nolen und der Hauptaccord wurde geblaſen und geſtrichen: Oeſterreich werde ausgeſchloſſen. Alle Journale, und die Herren Miniſter laſſen ſich die Journale ein erkleckliches Geld koſten, variirten dieſen Ausſpruch und nach wochenlangem Bearbeiten iſt es gelungen, Manche in dieſem Sinne irre zu führen. Es gelang, weil auch eine Fraktion in der Paulskirche ein gleiches Lied anſtimmte, nnd hier die ganz divergirenden Endpunkte nicht ſo leicht erkannt wurden. Mit Einführung des alten Spitzel- und Cenſurſyſtems hat ſich auch der alte Glaube an „ausländiſche" Weisheit wieder eingefunden; die inländiſchen Erzeugniſſe der Literatur, oder eigentlich der Journaliſtik werden mit Naſenrümpfen bei Seite gelegt und das „ausländiſche" Papier ſteht in höherem Courſe. Alſo „draußen" und hier ſprach man, daß die Reichsverſammlung Oeſterreich ausſchließe und manche Oeſterreicher glaubten es, bis ihnen die letzten Kabinetsnoten die Augen öffneten. *Die Miniſter Oeſterreichs haben Oeſterreich aus dem deutſchen Bunde herausgeriſſen*; die mit Flüchen aller Länder und Völker beladene Politik dieſes Miniſteriums hat den Kaiſerſtaat um ſeine natürlichen Genoſſen gebracht; Schwarzenberg, Stadion, die ſich „an die Spitze der Bewegung" ſtellten, nämlich an die Spitze der ariſtokratiſch-militäriſchen Kontrerevolution, haben die ſchwarzgelben Pfähle an den Grenzen des *alten* Franz-Metternich'ſchen Kaiſerſtaats wieder eingerammt, um es zu bewahren vor der Gottloſigkeit des deutſchen Volkes und der etwaigen Nachgiebigkeit ſeiner verblendeten ausgearteten Fürſten. Pillersdorf und Weſſenberg, welche zuerſt die Beziehungen zu Deutſchland in's Auge faßten, wußten ebenfalls, daß der Sonderbeſchaffenheit Oeſterreichs auch beſondere Rechnung getragen werden müſſe. Eine Centralgewalt mußte in Wien geſchaffen werden für den Kaiſerſtaat, deren mächtiger Arm die auseinanderſtrebenden Theile feſtzuhalten vermochte. Die Anomalie eines vollſtändig abgeſonderten magyariſchen Miniſteriums war niemals zu dulden. All dieſe Poſitionen bereiteten jene Zuſtimmung des Geſammtreiches vor zur Phraſe im Programm des jetzigen Miniſteriums, daß das konſtituirte Oeſterreich mit dem konſtituirten Deutſchland ſich einen werde. Die ehemaligen §§. 2 und 3 der deutſchen Reichsverfaſſung ſind ohnehin, und mit Recht, von ganz Oeſterreich entſchieden zurückgewieſen worden. Aber man dachte ſich, nach der freiſinnigen Oktroyirung in Berlin und bei dem unhaltbaren Schwanken des Reichstags in Kremſier, daß ein Gleiches in gleicher Freiſinnigkeit hier geſchehen, und derart eine Gleichförmigkeit erzielt und die Oberhauptsfrage ſicher geſtellt werde. Trotz den herben Elementen in der Frankfurter Reichsverſammlung wären vielleicht große Konzeſſionen an Oeſterreich gemacht worden, man hätte etwas Republikanismus geopfert um an Macht zu gewinnen. Wenigſtens glaubt man dies hier von der Einſicht jener Herren, und darum ſahen wir bereits im Kaiſer von Oeſterreich den Kaiſer der Deutſchen. Die Schwarzenberg'ſchen Noten haben das Haus Habsburg entthront, das heilige römiſch-deutſche Reich iſt durch dieſe Politik für die Habsburger verloren, ſelbſt wenn ein in chriſtlicher Demuth verweichlichter Hohenzollern ſich ſträubt, die härene Kutte vom Orden der Fürſten-Vereinbarung abzulegen und dafür mit ehernem Volksſchilde die edle Germania zu ſchirmen. Der Unterſchied zwiſchen Habsburg und Hohenzollern, zwiſchen Oeſterreich und Preußen tritt jetzt in grellem Lichte hervor; man leſe die miniſteriellen Dokumente beider Miniſterien, wo das Eine mit der Fauſt auf den Tiſch ſchlägt, weil ſein Wille nicht augenblicklich geſchieht, und das Andere in Nüchternheit philoſophirt, ob es nicht beſſer ſei, ſorglos dem mächtigen Allürten zu dienen, ſtatt ſorgenvoll ſelbſt zu herrſchen. Wären die 33 Boten des Volksparlaments nach Ollmütz gekommen, man hätte ihnen die Feſtungsthore weit geöffnet, man hätte vom Volke, das man ſo ſouverän verachtet, die Krone *ohne Vorbehalt* angenommen, denn die Eid- und Traktatbrüchigen Miniſter hätten bereits inſinuirt, daß man ſchon nachher Alles ins mittelalterliche Gleis zurückführen werde. Die *Mutter* wäre, wie im Oktober, als die Nachricht vom Einrücken des Militärs in Wien berichtet wurde, zu ihren Kammerzofen mit flatternden Haubenbändern und glührothem Geſicht gerannt, voll Jubel und Entzücken; und die Mutter hätte im Intereſſe ihres Sohnes mehr über die reaktionären Miniſter vermocht, als anderswo die Schwägerin. Weder das ſuspenſive Veto noch das Wahlgeſetz hätte ein Hinderniß abgegeben, ſelbſt die lange Naſe Schwarzenbergs, die ſchielgeſchlitzten Augen Stadions und der verdrehte Mund Bachs hätten eine liberale Phyſiognomie angenommen; dieſe Larve wird nach Bedarf hervorgeholt. Aber wehe Deutſchland, und wehe dem deutſchen Volke, wenn das geſchehen wäre! Wie man jetzt ganze Reiche verwüſten läßt aus bornirteſter Politik, ſo wären dann die geſegneten Gauen des deutſchen Reiches aus gleicher Kabinets- und Hauspolitik mit Blut beſchüttet worden. Der Himmel bewahre das deutſche Brudervolk, das uns *endlich dennoch befreien wird*, eher und ſicherer als ſelbſt die für den Moment ſieghaften Magyaren, vor öſterreichiſcher Staatsweisheit. Möge es nicht verblendet ſein, durch die *angebliche* Macht Oeſterreichs, das jetzt ſeine Reſidenz durch Reſervekorps auf dem Marchfelde und an der ſteieriſchen Grenze vor einem Ueberfall der Ungarn decken muß. Der verrottete Adel Oeſterreichs läßt die Leichenberge aufthürmen, ehe es dem Volke einen Einfluß in die Regierung gewährt; noch mehr, die jetzigen Staatslenker bedienen ſich der offenen Lüge, ſie annulliren Jahrhunderte alte Pakte, ſie erachten ſich weder durch Recht noch Geſetz gebunden, um ihren Tendenzen zu fröhnen. Und dieſe Tendenz iſt vollſtändige Verachtung der Demokratie, Reduzirung der Revolution auf anſtändigere Formen der früheren Gebahrung. Wir hier wiſſen das gar wohl, denn uns ſind die Einzelheiten der miniſteriellen Wirkſamkeit, ihr perſönliches Benehmen und ihr Intriguenſpiel bekannt. Wir wiſſen daher auch, daß dieſes Miniſterium Oeſterreich von Deutſchland weggezerrt hat, nicht die Nationalverſammlung. Wir wiſſen, daß es um Deutſchland und um ſeine Freiheit geſchehen iſt, wenn die Reichsverſammlung den öſterreichiſchen Miniſtern nachgiebt. Und eben deßhalb hat ſich der Zorn gegen jene öſterreichiſchen Abgeordneten gewendet, die auf miniſterielles Kommando in der Paulskirche blieben, und jetzt auf miniſterielles Kommando eiligſt die Paulskirche verlaſſen. Sie ſtanden im Dienſte der Contrerevolution, zur Knechlung Großdeutſchlands, und da jetzt Kleindeutſchland durchs preußiſche Schlupfloch ans Gefilde der Freiheit gelangen will, ſchickt man papierne Bomben und Granaten nach. Wenn Berlin nicht gleiches Wurfgeſchütz gegen Ollmütz ſchleudert, ſo verwirkt es den Reſpekt der Oeſterreicher. Allein die oben erwähnte angebliche Macht Oeſterreichs neben der fürſtlichen Kollegialität bewegt Berlin vielleicht kaum dahin, den Gallanteriedegen auzuſchlagen. Oeſterreich iſt, trotz Radetzky's Siegen, in dieſem Augenblick ſo geſchwächt, daß ſelbſt Sachſen eine bewaffnete Demonſtration wegen Blum machen könnte. Das Kaiſerreich, das große und machtvolle, würde berſten, wenn Reichstruppen feindlich an ſeiner Grenze erſchienen; nicht aus Furcht und Ohnmacht, ſondern weil die Völker in allen ihren Schichten gegen die Regierung geſtimmt ſind, weil aller Orten die Revolutionskohlen glimmen, und weil die geregelte Macht eines Feindes der blutig drohenden Anarchie des Bürgerkrieges vorbeugen würde. Hätte Deutſchland Muth, hätten Deutſchlands Fürſten Muth gegen rebellirende Regierungen, wie ehemals gegen rebellirende Unterthanen, dann wäre es ein Großdeutſchland. So lange ein ſolcher Schwarzenberg Miniſter ſein kann, ſo lange herrſcht Finſterniß und das Sockſyſtem.

Oeſterreichs Recht.

§ **Leipzig**, 17. April. Die ſächſiſchen Truppen in Schleswig haben mit Erſturmung der Schanzen nicht nur die Dänen beſiegt, ſondern auch manchen partikulariſtiſchen Sinn. Die Herzen gehen auf in der Theilnahme an den allgemeinen Angelegenheiten des großen Vaterlandes. Auch die öſterreichiſchen Noten tragen nicht wenig dazu bei, die Blicke klar zu machen. Möchte nur die öſterreichiſche Regierung hauptſächlich feſthalten an dem, was ſie in ber Note an Schmerling beiläufig erwähnt, an dem Ausſcheiden aus dem deutſchen Bunde mit Erhaltung aller freundlichen Beziehungen. Denn mit dem Rechte, was ſie trotzend geltend machen könnte, iſt es doch nur ſchwach beſtellt. Artikel I. der Bundesakte lautet: „Die ſouveränen Fürſten und freien Städte Deutſchlands, mit Einſchluß II MM. des Kaiſers von Oeſterreich und der Könige von Preußen, von Dänemark und der Niederlande; und zwar der Kaiſer von Oeſterreich, ber König von Preußen, beide für ihre geſammten vormals zum deutſchen Reich

gehörigen Beſitzungen: der König der Niederlande für das Großherzogthum Luxemburg, vereinigen ſich zu einem beſtändigen Bunde, welcher der deutſche Bund heißen ſoll."

Und in der Rede, mit welcher Graf von Ruol-Schauenſtein die Bundesverſammlung eröffnete, heißt es: „Bei dieſer jetzt verſuchten Skizze des Grundcharakters des deutſchen Bundes darf ich aber auch am Schluſſe nicht das Verhältniß desjenigen Hofes unberührt laſſen, deſſen Haupt einſt die deutſche Krone trug. Die Bundesakte beruft Se. Majeſtät den Kaiſer von Oeſterreich zum Vorſitze des deutſchen Bundestags. Allerhöchſt Dieſelben erkennen hierin das erneuerte Vertrauen der deutſchen Bundesſtaaten, wohin Oeſterreichs Regenten von jeher ſtrebten. Keine Furcht, kein Mißtrauen ſoll dieſes fernerhin ſtören; denn wer kennt nicht jene glückliche, zum gegenſeitigen Vertrauen berechtigende Lage, daß Oeſterreich auf deutſchem Boden eben ſo wenig eine Eroberung, als eine eigenmächtige Erweiterung ſeines Standpunktes im deutſchen Bunde beabſichtigen will, oder auch nur beabſichtigen kann! Der Kaiſer, mein Herr, ehrt den erklärten Ausdruck des öffentlichen Willens, und folgt dieſem jetzt wie immer. Feierlich ſoll ich hier, nach ausdrücklichem Auftrag Sr. Majeſtät des Kaiſers, die Verſicherung niederlegen: Se. Majeſtät betrachten ſich als vollkommen gleiches Bundesglied. „Sie erkennen in dem eingeräumten Vorſitze beim Bundestag kein wahres politiſches Vorrecht," ſondern ehren darin nur die die ſchöne Beſtimmung einer Ihnen vertrauten Geſchäftsleitung."

Hieraus geht denn doch deutlich hervor, daß Oeſterreich nur für ſeine deutſchen Länder dem Bunde angehört hat, und daß es nicht das Recht haben kann, willkürlich und ohne die Zuſtimmung der übrigen deutſchen Staaten ſeine außerdeutſchen Länder in den deutſchen Bund hinein zu zwängen und die Bedingungen vorzuſchreiben, unter denen ihm dies möglich ſcheint. Die öſterreichiſche Regierung möchte ſchwerlich beweiſen können, daß ſie „den erklärten Ausdruck des öffentlichen Willens geehrt habe", aber das heißt denn doch nicht nur den Forderungen des erwachten deutſchen Volkes, ſondern den Beſtimmungen der Bundesakte und den von ihr ſelbſt gegebenen Erläuterungen Hohn ſprechen, wenn ſie Deutſchland die Laſt ihrer ungariſchen, ſlawiſchen und italieniſchen Händel aufbürden will, ohne ihm zugleich nur das Recht einzuräumen, in dieſe Dinge mit hineinzureden. Möge Oeſterreich die Ungerechtigkeit ſeiner Forderungen einſehen und in Freundſchaft ſcheiden, dann werden bald die jetzt erſtickten Sympathien überall in Deutſchland ſich ihm wieder zuwenden.

Frankreich.

* **Paris**, 18. April. In der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung erſtattet Dupont im Namen der Kommiſſion Bericht über den Antrag des Miniſters des Innern auf dreimonatliche proviſoriſche Verlängerung des Geſetzes über die Kaution der öffentlichen Blätter. Die Majorität dieſer Kommiſſion iſt der Meinung, daß eine Kaution dem Geiſte des 8. Artikels der Konſtitution zuwider iſt, wonach jeder Bürger ungehindert ſeine Meinung durch den Druck zu veröffentlichen berechtigt iſt, was mit dem Kautionsprinzip für die Unbemittelten unmöglich wäre. Die Kommiſſion aus Mangel an Zeit, um ein vollſtändiges Geſetz über dieſen Gegenſtand auszuarbeiten, ſchlägt vor, das Prinzip der Kaution noch als bis zum 1. Auguſt zu gültig zu erklären, die Kaution ſelbſt aber um die Hälfte zu vermindern, wenn ſie in baarem Gelde und nicht in Staatspapieren geliefert werde. Diejenigen Journale ſogar, welche 45 Tage vor den Wahlen neu erſcheinen, ſollen ganz von der Kaution befreit ſein. Das Verkaufen in den Straßen (colportage) dürfe in jedem Falle keiner Beſchränkung unterworfen werden. Die Verſammlung ſpricht ſich für die Dringlichkeit des Geſetzantrages aus und ſetzt Freitag zu deſſen Berathung feſt. Hierauf wird mit Berathung des Budgets des Finanzminiſteriums fortgefahren, welche indeß keine bemerkenswerthen Zwiſchenfälle bietet.

Die heutigen Blätter beurtheilen die Expedition nach Civitavecchia ſehr verſchieden. Das Journal des Debats wirft dem Miniſterium vor, ſich nicht entſchieden genug über den Zweck der Expedition ausgeſprochen zu haben. Derſelbe könne offenbar weder darin beſtehen, die Oeſterreicher zu verhindern nach Rom zu gehen und den Papſt wieder einzuſetzen, noch auch darin, bloß zuzuſehn, wie die Oeſterreicher den Papſt wieder einſetzen und denſelben unter der Herrſchaft der öſterreichiſchen Politik zu laſſen. Es handle ſich alſo darum, den ausſchließlichen Einfluß Oeſterreichs bei der Reſtauration des Papſtes zu neutraliſiren. Die Preſſe nimmt aber gerade hieraus Veranlaſſung, die Expedition abſolut zu verdammen, indem ſie die Frage aufwirft, was das Miniſterium zu thun gedenke, wenn etwa Oeſterreich nicht auf die Wünſche und Vorſtellungen deſſelben eingehn wolle? ob das Miniſterium in dieſem Falle den Krieg erklären oder die Truppen unverrichteter Sache zurückziehen werde? Die Preſſe empfiehlt, wenn man keinen Krieg und einen ehrenvollen Frieden wölle, das Syſtem der unbedingten Nichtintervention. Die Blätter der Oppoſition ſehen in der Expedition nach Civitavecchia höchſtens ein Poſſenſpiel zur ſcheinbaren Wahrung der äußeren Würde Frankreichs, da die Regierung bereits Alles mit Oeſterreich vorher verabredet habe. Die Aſſemblee Nationale ſtimmt über den Entſchluß der Regierung, zu Gunſten des Papſtes zu interveniren folgendes Triumphlied an: „Der Würfel iſt geworfen. Die Fahne Frankreichs wird ſich in Italien entfalten für die Sache der Ordnung, für die Sache der geſetzmäßigen Gewalten, für die Sache der Religion! Wie weit ſind wir von der Propaganda der Februartage! Welchen ungeheueren Schritt hat die franzöſiſche Politik gethan! Vor einem Jahre dachte man daran, Mazzini zu unterſtützen, heute bringt Frankreich der geiſtlichen und weltlichen Macht des Papſtes ſeine Hülfe! Dies iſt das bedeutendſte Zeichen der Regeneration, die für uns ſelbſt beginnt! Welche beredte Mißbilligung der Diplomatie von 1848! Welche glückliche Vorbedeutung für die Wahlen von 1849! Ohne Zweifel erlegt ſich das katholiſche und liberale Frankreich 1849 zu Civitavecchia eine doppelte Rolle auf, wie 1831 zu Ancona! Es wird ſeine Pflichten als katholiſche Macht und als konſtitutioneller Staat erfüllen, daran zweifelt Niemand. Es wird die Rechte der Bevölkerung ebenſogut wie die Autorität des Papſtes aufrecht erhalten. Allein welcher Unterſchied zwiſchen den Rathſchlägen eines befreundeten Einfluſſes und dem Verfahren einer revolutionären Intervention! Frankreich kehrt zu ſeiner natürlichen Politik zurück, die darin beſteht, im Intereſſe der Völker auf die Regierungen einzuwirken, ſtatt die Völker gegen die Rechte der Regierungen aufzuwiegeln. Die Republik thut, was die Monarchie thun würde."

Der heutige Moniteur enthält in ſeinem offiziellen Theil folgende Notiz über das Verfahren der Regierung gegen den Grafen von Montemolin: „Der Präfekt der öſtlichen Pyrenäen hat am 5. April den Miniſter des Innern benachrichtigt, daß der Graf von Montemolin verhaftet worden ſei in dem Augenblick, wo er ſich anſchickte, die Grenze zu überſchreiten, um in Catalonien einzudringen. Die Regierung hat entſchieden, daß der Prinz nach England zurückgebracht werden ſoll. Am 10. April um $5\frac{1}{2}$ Uhr Abends iſt der Graf von Perpignan nach Calais in einem Privatwagen abgereiſt, in Begleitung zweier zu dieſem Zweck von dem Diviſions-General bezeichneten Offiziere. Der Graf iſt Samſtag den 14. April um $9\frac{3}{4}$ Uhr Abends am Ziel ſeiner Reiſe angelangt. Um $10\frac{1}{4}$ Uhr iſt er durch die Perſonen, die ihn begleiteten, und in Gegenwart des Maires von Calais an Bord des Poſt-Paketboots la Biche, das nach Dover geht, gebracht worden. Der Graf von Montemolin hatte ſich ein ſchweres Vergehen gegen das Völkerrecht erlaubt. Die Regierung hat lieber Nachſicht als Strenge anwenden wollen. Indem ſie verſucht hat, die Pflichten ihrer Stellung der ſpaniſchen Regierung gegenüber mit den Rückſichten zu verſöhnen, welche die Jugend des Prinzen verdient, hat ſie ein Recht erworben, ſich wohlbegründete Strenge vorzubehalten für den Fall, wo der Graf von Montemolin ſich eines neuen Unternehmens gegen die Regierung und die Einrichtungen ſeines Landes ſchuldig machen ſollte."

Der öſterreichiſche Geſandte zu Paris hat dem Miniſter des Aeußern, Hrn. Drouin de l'Huys ein langes Memorandum in Bezug auf die Ernennung des Königs von Preußen zum Kaiſer der Deutſchen zugeſtellt.

An der heutigen Börſe wichen die Courſe etwas. Die 3pCt. ſchloß 57, die 5pCt. 89; die Bankaktien 2420.

Schweiz.

Bern. Der Römer Hr. de Boni ſtellt unterm 12. in einer ſchwülſtigen Note an den Bundesrath das Anſuchen um Aufhebung der Militärkapitulationen mit Neapel nnd anerbietet an daherige Entſchädigungskoſten der Schweiz einen Beitrag der römiſchen Republik. Der Bundesrath hat hiervon den kapitulirenden Kantonen Mittheilung gemacht. (Basl. Z.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 111. Frankfurt a. M., Sonntag 22. April. 1849.

Ueberſicht.

Toskana.

Was bleibt Preußen übrig?

Deutſchland. Frankfurt (Hr. Beda-Weber uub die zehn Gebote. Verfaſſunggebende Verſammlung. Die Bevollmächtigten. Herr Camphauſen. Beriche des Dreißiger-Ausſchuſſes. Das Reichsminiſterium wegen Charpie. Herr v. Schmerling.) Ollmütz (Ankunft von Windiſchgrätz. Der Kaiſer nach Prag.) Berlin (Die Anerkennung der Reichsverfaſſung zu erwarten.) München (v. d. Pfordten. Hofgedanken. Gerüchte über öſterreichiſche Machinationen. Nürnberg für die Reichsverfaſſung.) Stuttgart (Die würtembergiſchen Truppen ohne Vorwiſſen des Kriegsminiſters zurückberufen. Schlimme Rathgeber. Das Miniſterium. Aufregung. Einmüthigkeit des Volkes. Klindworth.) Aus Sachſen (Das Volk und die Reichsverfaſſung.) Mannheim (Brentano abermals gewählt.) Coburg (Siegstrophäen. Prinzeſſin Clementine.) Gotha (Die thüringiſchen Staaten.) Eckernförde (Der däniſche Verluſt. Ein braver Soldat.) Hadersleben (Beatus possessor.) Flensburg (Die Düppeler Schanze.) Lübeck (Verhandlungen der Bürgerſchaft. Senat und Bürgerſchaft für die deutſche Reichsverfaſſung.)

Großbritannien. London (Hr. Roebuck und die Stadt Sheffield. Sendung des Generals Grabbe nach Konſtantinopel. Die däniſche Frage angeblich beigelegt. Befürchtungen. Die Miniſterkriſis.)

Frankreich. Paris (Kammerverhandlungen. Enthüllungen über die franzöſiſche Politik in Italien. Abreiſe Oudinot's. Die Erklärung des General Fadoier. Der Prophet.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Gallizien. Ausgelieferte Flüchtlinge. Mißhandlung eines Juden.)

Italien. Aus Sardinien (Der Belagerungszuſtand in Genua. Auflöſung der Kommunalräthe von Alba, Caſole u. a. Städte wegen ihrer Oppoſition gegen das Miniſterium. Aufregung in Savoyen.) Florenz (Der Anlaß der Revolution. Die Maßregeln des Gemeinderaths.) Rom (Mazzini entflohen. (?)) Aus Sicilien (Angriff auf Catania und Verwüſtung der Stadt. Ergebung von Syrakus.)

---

21. April.

Was man längſt vorausgeſehen hat, tritt jetzt ein: die mittelitalieniſchen Republiken brechen bei dem erſten Luftzuge des nahenden Sturmes zuſammen. Sie hatten ſo wenig Wurzel im Volke, daß es gar nicht erſt des wirklichen Sturmes bedurfte, um ſie über den Haufen zu werfen. Vor Allem Toskana!

Nirgends war weniger Grund zu dem Umſturze der Regierung und zur Einführung der Republik, als hier, denn die Demokratie, die man damit zur Geltung bringen wollte, beſtand thatſächlich in der Verwaltung ſchon ſeit achtzig Jahren. Das junge Italien aber fand deſſen ungeachtet um ſo leichteres Spiel, als ſie nirgends ſo talentvolle Führer beſaß, wie hier in Guerazzi und Montanelli.

Guerrazzi, ein junger Advokat und beliebter Schriftſteller, ergriff die Revolution mit Freuden, um auch auf dem politiſchen Felde ſeinem Ehrgeize Befriedigung zn verſchaffen. Das leicht erregbare Volk von Livorno bot ihm ein geſchicktes Mittel zu ſeinen Zwecken. Mit ſeiner glühenden Beredſamkeit wußte er es ganz nach ſeinem Willen zu lenken, und wo eine Maßregel der Regierung nicht gefiel, improviſirte er eine Demonſtration, die in Florenz, durch den vergrößernden Schleier der Entfernung geſehen, ihres Eindruckes nie verfehlte. Einmal war er ſchon bis zur offenen Empörung vorgegangen, als der Graf Serriſtori, ein alter Militär des Kaiſerreiches, der damals das Portefeuille des Krieges verwaltete, ſich entſchloß, ihm gerade zu Leib zu gehen, ihn mit einigen Kompagnien aus der Mitte ſeiner Anhänger heraus holte und in die Kaſematten von Porto-Ferrajo ſteckte. Hätten die übrigen Miniſter ſo viel Muth beſeſſen wie Serriſtori, der Großherzog hätte vielleicht nie ſein Land verlaſſen: ſo aber fürchteten ſie die Rache der Livorneſen und gaben ihnen Guerazzi zurück. Sie thaten mehr, ſie machten Montanelli zum Gouverneur von Livorno.

Montanelli war vor der Revolution ein ſtiller Profeſſor an der Univerſität von Piſa geweſen, ein eifriger Katholik und ein gemäßigter Patriot, dem Gioberti noch viel zu weit ging und der für Pius IX. eine fanatiſche Verehrung beſaß. Mit der Revolution fuhr der Feuergeiſt in ihn; wie Gioberti zog er in's Feld gegen die Oeſterreicher, wie Gioberti wurde er im Kampf verwundet. Auf dem Schlachtfeld von Curtatone blieb er für todt liegen. Alle Zeitungen in Toskana ergoſſen ſich über den Todtgeglaubten in Lobeserhebungen, ſein makelloſer Ruf und ſeine perſönliche Liebenswürdigkeit hatten ihm Alle befreundet. Er unterdeſſen wurde im Hoſpital von Mantua langſam wiederhergeſtellt, und nach kurzer Kriegsgefangenſchaft entlaſſen. Mit unendlichen Freudenbezeugungen bei ſeiner Rückkunft empfangen, verlor er im Rauſche des Triumphes die Ruhe ſeiner Ueberzeugung, und von ſeinen eignen Erfolgen fortgeriſſen, fand er ſich bald unbewußt in den Reihen der Exaltirten.

Als Gouverneur von Livorno hielt er für ſeine höchſte Pflicht, der Dolmetſcher des Volswillens bei dem Miniſterium zu ſein, und er nahm für Aeußerungen des Volkswillens, was Guerrazzi einem leicht zuſammengeleſenen Haufen einblies. Die Conſtituente gab damals den Vorwand zu allen Volksbewegungen ab. Das Volk braucht ja nicht mehr als ein Wort, um in Bewegung geſetzt zu werden; ein Begriff braucht nicht dabei zu ſein. Was verſtand man unter der Conſtituente, mit deren Namen Mazzini ganz Italien erſchütterte? Die Einen eine föderative Verſammlung für ganz Italien, die Andern einen unitariſchen Convent, die Dritten den geſetzgebenden Körper eines Einzelſtaates, die Meiſten überhaupt nichts Beſtimmtes. Aber je unklarer ein Wort iſt, um ſo beſſer dient es zum Hebel der Revolutionen. Nicht lange war Montanelli Gouverneur von Livorno, als er dem Großherzog das Verlangen des Volkes nach der Conſtituente als unabweislich ans Herz legte. Der Großherzog entließ das Miniſterium Capponi. Es gehörte den Altliberalen an, die bei dem „Druck von Außen“, da ſie nicht den gehörigen Gegendruck anzuwenden verſtanden, allmälig die Mehrheit in den Kammern verloren hatten. Der Großherzog wendete ſich, um der Partei der Gemäßigten möglichſt nahe zu bleiben, zunächſt an das linke Centrum, an die Herren Salvagnoli und Ricaſoli, und forderte ſie auf ins Kabinet zu treten. Aus Feigheit oder übermäßiger Schlauheit ſchlugen ſie aus, und der Großherzog mußte die Männer der äußerſten Linken ins Miniſterium nehmen. Er ſoll ſich übrigens ſehr bald damit ausgeſöhnt haben und von der Liebenswürdigkeit Montanelli's und Guerrazzi's — beide wurden Miniſter — ganz hingeriſſen geweſen ſein. Seine plötzliche Flucht ſcheint das freilich nicht zu beſtätigen; dieſer liegt aber eine Intrigue zu Grunde, welche erſt ſpätere Zeiten ganz aufklären werden.

Montanelli erhielt das Portefeuille des Auswärtigen und die Präſidentſchaft des Miniſteriums; Guerrazzi, als ein Mann, der mehr auf das Praktiſche ſieht, nahm ſich das Miniſterium des Innern. Damit, wußte er, hatte er die Mittel, die mühſam erworbene Gewalt zu behaupten. Kaum in's Amt getreten, richtete er an ſeine alten Freunde, die Livorneſen, einen Erlaß, worin er ziemlich lakoniſch ſie erinnert, daß, „wer Fenſter zerbricht, ſie auch bezahlt“, und ihnen deßhalb von Demonſtrationen, auf die er doch nichts geben würde, abzuſtehen räth. So zerbrach er das Inſtrument, das ihm gedient, damit es nicht ungebetene Nachfolger gegen ihn anwendeten. Das ſcheinbare Programm des neuen Miniſteriums war: Der Krieg und die Conſtituente. Mit beiden aber war es, wie die nachfolgenden Ereigniſſe bewieſen haben, Guerazzi nicht Ernſt. Er iſt ein viel zu klarer Kopf, als daß er den Erfolg eines Kampfes gegen die Oeſterreicher bei den gegenwärtigen Zuſtänden Italiens nicht vorausgeſehen hätte. Und was ſollte eine Conſtituente den Plänen ſeines Ehrgeizes? Er will herrſchen, eine Conſtituente, die von den Anhängern Mazzini's geleitet zu einer Geſammtrepublik Italien und damit

zu einem Untergang der Selbſtſtändigkeit Toskana's geführt hätte, würde ſeine perſönliche Stellung nicht beſſern. Um ſo unangenehmer war er überraſcht, als der Großherzog es mit den Scheinphraſen ſeines Programms ſo ernſt nahm, und — davon ging. Jetzt bewies er aber erſt vollends ſein großes ſtaatsmänniſches Talent. „Ein Cromwell im Kleinen" wie ihn die Revue des deux Mondes nennt, wußte er ſich von ſeinen Anhängern, die ihn zu ihren exaltirten Plänen fortreißen wollten, mit gleicher Entſchloſſenheit wie Geſchicklichkeit frei zu machen. So lange die großherzogliche Partei mit den Truppen des Generals de Langier ihm gefährlich war, ſchien er den Namen Republik, den man ihm aufdrängen wollte, nicht zurückzuweiſen, als aber Langier's Heer ſich aufgelöſt hatte, drohte er den Republikanern mit Gefängniß und Strafe, und hielt unerſchütterlich an dem Namen der proviſoriſchen Regierung feſt, bis eine aus Urwahlen hervorgegangene Verſammlung über die Verfaſſung Toscana's entſchieden haben würde. Der „Volksklub" fing an, gegen ihn zu agitiren; da wußte er heimlich einem der Häupter deſſelben die Nachricht zukommen zu laſſen, daß ein anderes Geld von der Regierung erhielte; eine öffentliche Anklage wurde gegen daſſelbe im Club erhoben, der Club ſpaltete ſich; in und außer ihm bekämpften ſich die Parteien deſſelben und Guerrazzi wurde es jetzt leicht, mit Hülfe der Nationalgarde ihn aufzuheben, und die unruhigſten Mitglieder feſtzuſetzen. Die Verſchmelzung mit Rom, die als der Anfang der italieniſchen Einheit von den Republikanern beider Länder gefordert wurde, verſprach er ſtets, verſchob die Ausführung aber von Tag zu Tage. Die Nationalverſammlung trat zuſammen; und nicht ohne ſein Zuthun ſprach ſie ſich ſowohl gegen die Republik als gegen die Vereinigung mit Rom aus. Dem ſchwankenden Zuſtande, in der aber auf dieſe Weiſe die Dinge geriethen, mußte ein Ende gemacht werden. Dazu kam der Ausbruch des piemonteſiſch-öſterreichiſchen Krieges; Guerrazzi wollte der nothwendigen Entwickelung deſſelben zuvorkommen. Dazu mußte er freie Hand haben. Die Nationalverſammlung vertagte ſich ſelbſt und legte alle Gewalt in ſeine Hände. Ob er jetzt wirklich mit dem Großherzog Unterhandlungen über ſeine Rückkehr anknüpfte, mag einſtweilen ſchwer zu entſcheiden ſein: das Gerücht davon verbreitete ſich im Volk, und Guerrazzi ſah ſich zur Beruhigung deſſelben zu der Erklärung veranlaßt, „daß er ohne Zuſtimmung der Nationalverſammlung Nichts der Regelung der Verfaſſung Vorgreifendes thun würde." Seine Neigung dazu ſtellte er geradezu gar nicht in Abrede. Montanelli war ſchon längſt mit ihm zerfallen; ſein ehrlicher Enthuſiasmus litt keinen Hintergedanken, er ſchwärmte jetzt ebenſo für die Mazzini'ſche Einheitsrepublik, wie früher für Pius IX., und da er Guerrazzi nicht offen entgegentreten wollte, ging er — mit Veröffentlichung einer Erklärung, daß er ganz mit Guerrazzi übereinſtimme, die aber Niemanden täuſchen wird — auf einen Geſandſchaftspoſten nach London und Paris.

Die Ereigniſſe haben indeß Guerrazzi überholt; der Krieg iſt wider Erwarten ſchnell beendet worden; und ehe ſeine Pläne reif waren, hat ihn eine Revolution der Gewalt entkleidet.

Was wird der Großherzog jetzt thun? Wird er die Bürgſchaften, unter denen ihn Guerrazzi zurückgerufen hätte, freiwillig geben? wird er, auf Oeſterreichiſche Bajonette geſtützt, den abſoluten Thron wieder aufrichten wollen? Verſteht er ſich recht auf den eigenen Vortheil, ſo wird er weder mit fremder Hülfe regieren, noch die Rechte, die zur wahren Freiheit des Volkes gehören, muthwillig beſchränken. Die Revolution, welche den Völkern ſo viele Lehren gegeben hat, wird hoffentlich auch für die Fürſten nicht verloren ſein.

Das der Reichsverſammlung mitgetheilte Schreiben des preußiſchen Bevollmächtigten vom 17. April muß ſeiner ganzen Natur nach ſehr verſchiedene Beurtheilungen erfahren. Wenn der Dreißigerausſchuß der Anſicht geweſen iſt, daß die Lage der Dinge durch daſſelbe in nichts verändert werde, ſo ſcheint das vom Standpunkt der Reichsverſammlung aus vollkommen begründet. So wenig aber die Sachlage für die Reichsverſammlung, ſo ſehr dürfte ſie für die preußiſche Regierung durch dieſes Schreiben verändert ſein. Der König in ſeiner Antwort hatte „eine gemeinſame Berathung der deutſchen Regierungen verlangt, um zu prüfen, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt"; das iſt jetzt offenbar aufgegeben, wir meinen durch das Verdienſt jener Erklärung der 28 Regierungen. Damit iſt „das Loos der Vereinbarung über die Verfaſſung" gefallen, welches nach der Cirkularnote vom 3. April unverzüglich in Angriff genommen werden ſollte. Wir ſind weiter der Meinung, daß Preußen durch dieſes Schreiben darauf verzichtet hat, ſeinerſeits irgend welche Einwendungen gegen die Verfaſſung zu erheben und wir hoffen, daß darauf der Beſchluß der Reichsverſammlung vom 11. April einen entſcheidenden Einfluß geübt hat. Manche freilich werden dieſe Auslegung des Schreibens eine viel zu günſtige nennen: es ſei ja kein Wort von der Verfaſſung geſagt und alles bleibe daher in dieſer Beziehung vorbehalten. Wir erwiedern darauf, daß das Schreiben der Reichsverſammlung anzeigt, der König habe „die Uebernahme der Oberhauptswürde im deutſchen Bundesſtaate an das freie Einverſtändniß der deutſchen Regierungen als an eine Vorbedingung geknüpft", und „zur Zeit ſei die Vorbedingung der Entſchließung Sr. Majeſtät des Königs nicht vorhanden." Wenn jetzt dieſe und nur dieſe Bedingung als fehlend angegeben wird, ſo iſt es doch unmöglich, daß zu irgend einer andern Zeit eine andere Bedingung aufgeſtellt werde; es iſt, nachdem die ſehr beſtimmte Erklärung der Deputation abgegeben worden, undenkbar, daß man nachträglich noch mit Einwendungen gegen die Verfaſſung, und ſeien dieſelben auch noch ſo unbedeutend, auftreten werde. Wir wollen es in dieſer Beziehung nicht unbemerkt laſſen, daß auch eine kleine in Berlin erſchienene Schrift, welche die Antwort des Königs gegen die Erklärung der Deputation in Schutz nehmen will, die Behauptung aufſtellt (S. 6): „Die Verfaſſung, mit allen ihren Gebrechen, auf die Gefahren hin, die in ihr liegen, ſei unbedingt und unverkürzt von ihm (dem König) angenommen."

Weiter aber läßt das Schreiben den unglücklichen Gedanken der Cirkularnote fallen, daß der König für jetzt die proviſoriſche Leitung der deutſchen Angelegenheiten übernehmen wolle. Niemand iſt damit einverſtanden, keiner dadurch befriedigt geweſen, es war voraus zu ſehen, daß dieſes Anerbieten denſelben Erfolg haben werde, wie die Erklärung des Königs am 21. März des verfloſſenen Jahres. Die Natur will aus den proviſoriſchen Zuſtänden heraus; die definitive Verfaſſung iſt fertig, verkündet, wie konnte da an neue Uebergangsmaßregeln gedacht werden? Gerade dieſe Erklärung war ein Zeichen, wie wenig das gegenwärtige Berliner Kabinet die Lage der Dinge begriffen hatte, und es iſt nur erfreulich, daß wenigſtens dieſer Gedanke mit manchem andern jetzt aufgegebenen, der Macht der Thatſachen gegenüber ſchnell beſeitigt worden iſt.

Es bleibt die Frage, welche Entſcheidung nach dieſem Schreiben dann übrig und zu erwarten bleibt. Wir möchten uns wohl enthalten, über das was zu erwarten iſt, zu ſprechen; denn Preußen hat alle Erwartungen ſchon zu oft und zu lange getäuſcht. Doch läßt es ſich nicht ganz von dem trennen, was übrig bleibt. Einige ſagen wohl, es bliebe, wenn die freie Zuſtimmung der größeren Staaten zu der Oberhauptswürde nicht eingehe, nichts übrig als Nein zu ſagen. Dem entgegen muß behauptet werden, daß Preußen Nein gar nicht ſagen kann. Seine ganze Stellung, ſeine Macht, ſein Daſeln wäre bedroht, wenn es einen ſolchen Schritt wagen ſollte. Es iſt auch moraliſch unmöglich, nachdem Preußen wenigſtens ſoweit mit der Reichsverſammlung gegangen iſt, ſoweit ſeine Abſicht und Neigung, an die Spitze eines deutſchen Bundesſtaates zu treten, kundgegeben hat, nachdem es endlich zuletzt ſogut wie förmlich darauf verzichtet hat, an der Verfaſſung weſentliche Ausſtellungen zu machen. Wenn Preußen dieſe Verfaſſung annehmen ſoll, muß es zugleich an die Spitze des Reiches treten; dies Gefühl iſt ebenſo allgemein außer wie im Lande verbreitet. Ein einfaches Nein auf das Anerbieten der erblichen Würde des Reichsoberhaupts kann alſo ein König von Preußen nimmermehr ſagen; er würde in dem Augenblick, da er es thäte, aufhören, das zu ſein, was er iſt. Aber was übrig bleibt und was auch wohl zu erwarten iſt, das iſt jenes oft wiederholte Wort: daß Preußen den Bundesſtaat mit denjenigen Staaten eingehen werde, welche ihre Zuſtimmung erklärt haben und mit den anderen im alten Bunde bleibe. Es iſt jene Idee des Sonderbundes unter Preußens Vorſitz, des politiſchen Zollvereins, wie man geſagt hat, welche preußiſche Staatsmänner, nicht am wenigſten der preußiſche Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, ſeit lange mit Vorliebe gehegt und gepflegt haben. Man rechnete darauf, man wünſchte vielleicht, daß die Reichsverſammlung nichts zu Stande bringe, um dann mit Benutzung des von ihr gelieferten Materials eine ſolche beſondere Einigung ins Werk zu ſetzen. Hannover glaubte man heranziehen zu können, Baiern und Würtemberg, Luxemburg und Schleswig-

Holſtein, und wo ſich ſonſt Schwierigkeiten zeigten, ließe man draußen ſein. Die Reichsverſammlung, und insbeſondere die ſtarke Partei des Centrums, hat nicht allein gegen die öſterreichiſchen Verſuche, den ganzen Bundesſtaat verſchwinden zu machen, ankämpfen müſſen; ſie hat auch alle Kraft aufzubieten gehabt, um dieſe ihr nur zu gut bekannten Intentionen preußiſcher Staatsmänner zu vereiteln. Noch einmal wird Deutſchland von dieſem Vorhaben bedroht. Die Feſtigkeit der Reichsverſammlung und die Energie des deutſchen Volkes werden aber auch dieſen Verſuch ſcheitern machen. Die Nothwendigkeit, den deutſch-öſterreichiſchen Landen eine Sonderſtellung einzuräumen, ohne das Recht an denſelben aufzugeben, hat die Reichsverſammlung anerkennen müſſen; ſie will aber, daß alle übrigen Lande, die in ihr vertreten waren, auch dem Bundesſtaate, dem Reiche, angehören, und die Völker wollen ſich von demſelben nicht ausſchließen laſſen. Mögen die Regierungen von Würtemberg, Sachſen, Hannover mit ihrer Erklärung zögern, die Stände und das Volk haben geſprochen, und nicht einen Tag können jene beſtehen, wenn ſie die Anerkennung der Reichsverfaſſung weigern ſollten. Es wird in Baiern in kürzeſter Friſt nicht anders ſein. Die Sache wäre ſchon entſchieden, wenn der König von Preußen die Wahl aus den Händen der Deputation ſofort angenommen hätte. Die Zögerung, die Art der Antwort hat viel verdorben. Eine Entſchließung in jenem Sinn eines Sonderbundes würde neue Gefahren heraufbeſchwören, würde Preußen immer mehr Anſehen, Kraft und Vertrauen rauben; — aber das Zuſammenkommen der deutſchen Einheit, die Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung würde es doch nicht hindern. Denn was zuletzt allein übrig bleibt und dann auch zu erwarten iſt, das iſt die Anerkennung der Reichsverfaſſung und die Annahme der Würde des Reichsoberhaupts, wie die Reichsverſammlung ſie beſchloſſen. „Es wird geſchehen; denn es muß geſchehen."

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 21. April. Hr. Beda Weber, Tyroler Abgeordneter zur deutſchen Reichsverſammlung und deſignirter katholiſcher Stadtpfarrer in Frankfurt, ſchreibt im „Tyroler Boten" Folgendes, was die „N. Münch. Z." „eine ſehr ergötzliche Schilderung des Treibens der im Solde der Erbkaiſerlichen ſtehenden Journaliſten und Handlanger" nennt: „Nicht geringe Faſſungsloſigkeit herrſcht hier unter den bezahlten Anhängern der preußiſchen Erbkaiſeridee, beſonders unter den buntgefiederten Sängern und Heulern der induſtriellen Journaliſtik, die ſich leider auf das preußiſche Erbkaiſerthum zu tief eingelaſſen hat und nun in bitterſter Täuſchung auf den Trümmern verunglückter Unternehmungen ſitzt. Die Deutſche Zeitung, die ungerechnet der beſondern Zuſchüſſe, jährlich 18,000 Thaler von Preußen zog, und ihre Kaiſerartikel ſehr honoriren konnte, geberdet ſich noch am beſten. Der Humor iſt mir ſelbſt an meinen Feinden eine freundlich anſprechende Erſcheinung. Hr. v. Rochau, welcher die preußiſche Parlamentskorreſpondenz unter dem Zeichen ♊ in die Allgemeine Zeitung ſchrieb, gründete in der Eile den Frankfurter Volksboten und griff in der erſten Nummer ſeine Freundin in Augsburg wüthend an, daß ſie zu öſterreichiſch ſei. Nun macht er wahrſcheinlich die Erfahrung, daß die genannte Augsburger Redaktion einigen politiſchen Takt vor ihm voraus hat. Die Oberpoſtamts-Zeitung, auf ihrer fürſtlichen Domäne beſſer gegründet, ſegelt mit allem Wind und läßt nur durchblicken, wie unwillkommen ihr die Siege Radetzky's ſind. Neben dieſen konſternirten Tagsblättern bewegen ſich die Artikelſchreiber im preußiſchen Sinne zu Dutzenden, wie Verzweifelte durch einander, denn ſie erhielten jeder einen Thaler, welcher in irgend einem Blatte einen Artikel zu Gunſten des Erbkaiſers ſchrieb. Es beſtanden eigene Kaſſiere, die das Blutgeld auszahlten. Aus welcher Kaſſe? Ich weiß es nicht. Aber die Hoffnungen der Zukunft ſind dunkel, das bemerkt man an den verſtörten Geſichtern. Ich bin geſtiſſentlich im Betreff dieſer Fabriken öffentlicher Meinung in Deutſchland weitläufiger geweſen. Sie ſchildern die Zuſtände der Kaiſerfabrikation beſſer als alle politiſchen Abhandlungen." So befolgt der künftige Frankfurter Geiſtliche und Seelſorger das Gebot des Herrn: „Du ſollſt nicht falſch Zeugniß reden wider deinen Nächſten!"

□ **Frankfurt**, 21. April. Es iſt in der letzten Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt Auskunft erbeten worden über Umfang und Bedeutung einer auf Veranlaſſung des Reichsminiſteriums zwiſchen den drei Heſſen, Naſſau und Frankfurt abgeſchloſſenen Uebereinkunft zum Zweck der Uebertragung gewiſſer Befugniſſe an die uniformirten Sicherheitsbeamten der genannten fünf Staaten, und es iſt namentlich die Beſorgniß geäußert, daß durch dieſe Uebereinkunft die Freiheit der Staatsangehörigen durch die Agenten einer fremden Polizeibehörde gefährdet werden könne. Aus guter Hand geht uns der Text des Polizeireglements zum Schutz der in Frankfurt reſidirenden Reichsbehörden und der Nationalverſammlung zu und derſelbe dürfte geeignet ſein, einerſeits die nöthige Auskunft über den Inhalt der in Frage ſtehenden Vereinbarungen zu geben, andererſeits die gehegten oder nicht gehegten Beſorgniſſe zu zerſtreuen. Das Reglement lautet wie folgt: „§1. Die Stadt Frankfurt hat ein Mitglied oder einen Beamten des Polizeiamtes zu bezeichnen, welchem ſpeziell die Sorge für die Sicherheit der in Frankfurt reſidirenden Reichsbehörden und der Nationalverſammlung obliegt. §. 2. Dieſer Beamte macht über alle für dieſen Gegenſtand erheblichen Vorgänge an das Reichsminiſterium des Innern oder einen beſonders zu bezeichnenden Beamten dieſes Miniſteriums die entſprechenden Mittheilungen und zwar in geeigneten Fällen mündlich. Er empfängt von dem Reichsminiſterium jenen Gegenſtand betreffende Mittheilungen zu geeigneter Benutzung. §. 3. Die der Stadt Frankfurt benachbarten Polizeibehörden von Kurheſſen, Großherzogthum Heſſen, Herzogthum Naſſau und Landgrafſchaft Heſſen werden ſich in jener Beziehung durch ſchleunige Mittheilung aller erheblichen Vorfälle mit dem unter 1. erwähnten Mitgliede oder Beamten des Polizeiamts zu Frankfurt, welches oder welcher ihnen namhaft zu machen, in Verbindung erhalten und von demſelben dergleichen fortlaufende Mittheilungen empfangen. §. 4. In wichtigeren Fällen werden ſie auch dem Reichsminiſterium, reſp. deſſen hierzu deſignirten Beamten unmittelbar gleiche Mittheilungen machen und die unmittelbare Mittheilungen, welche ſie von dem Reichsminiſterium empfangen, in geeigneter Weiſe benutzen. §. 5. In Fällen dringender Noth wird das Reichsminiſterium unmittelbar Befehle an die Polizeibehörden der Stadt Fankfurt und der Nachbarſchaft erlaſſen, welche dieſe zu befolgen verpflichtet ſind. §. 6. Die Regierungen der Stadt Frankfurt, der drei Heſſen und Naſſau's geſtehen ſich wechſelſeitig für ihre uniformirten Angeſtellten des Sicherheitsdienſtes das Recht und Verfolgung von zu verhaftenden Perſonen zu, in der Art, daß dieſe Angeſtellten in dringenden Fällen und wenn die Vereitlung der Verhaftung ſonſt zu beſorgen wäre, in dem Nachbarlande in der nemlichen Weiſe wie in ihrem eigenen Lande, ohne Requiſition der angeſtellten des Ortes der Verhaftung, zu letzterer befugt ſind. Jedoch müſſen in ſolchen Fällen die Verhafteten der zuſtändigen Polizei- oder Gerichtsbehörde des Ortes der Verhaftung alsbald abgeliefert werden. Die Verhaftenden haben zum Zweck des Transports der Verhafteten dahin die Unterſtützung der nächſten Polizeiſtelle in Anſpruch zu nehmen, die Verhafteten jedoch bis zum Orte der Ablieferung zu begleiten und dort der zuſtändigen Behörde die erforderlichen Aufklärungen zu geben."

Parl. Korreſp. **Frankfurt**, 21. April. Die Bevollmächtigten der Achtundzwanzig thun redlich das Ihrige um Preußen vorwärts zu treiben. Eine ſchriftliche Aufforderung zu einer Konferenz an Herrn Kamphauſen war, wie wir hören, beabſichtigt. Der Letztere ſoll dieſer Aufforderung durch eine auf heut Abend gerichtete Einladung gleicher Art zuvorgekommen ſein. Auch von einer mehrſtündigen Unterredung Herrn v. Gagerns mit dem preußiſchen Bevollmächtigten wird uns berichtet.

Heute Morgen iſt der Bericht oder ſind vielmehr die Berichte des Dreißiger-Ausſchuſſes vertheilt worden. Der Bericht der Mehrheit vertheidigt mit Klarheit die Anſicht, daß die Reichsverſammlung feſt, aber beſonnen voranſchreiten müſſe. Der von L. Simon erſtattete Bericht einer Minderheit, iſt einer Simon'ſchen Rede ähnlich. Handeln iſt ſein Thema, dazu ruft er die Verſammlung mit Eifer auf, ohne die Mittel, die er anwenden will, und die Ziele, wozu dieſelben führen müſſen, in genauere Erwägung zu ziehen. Ein dritter Minderheitsbericht, der zwiſchen den beiden erwähnten gewiſſermaßen in der Mitte ſteht, iſt von Herrn Raveaux erſtattet. Die Herren Detmold und Reichenſperger endlich wollen gar keine Beſchlüſſe. Dieſe verſchiedenen Berichte ſind die Urſache, warum die Weidenbuſch-Partei heute Abend eine Verſammlung zur Vorberathung darüber hält.

** **Frankfurt**, 21. April. An das Reichsminiſterium des Krieges ſind mehrfach Anfragen gerichtet worden, an wen die für verwundete deutſche Krieger in Schleswig beſtimmten Verbandſtücke und Charpie abgegeben werden könnten. Es wird daher zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß alle für dieſen Zweck von menſchenfreundlicher Hand gewidmeten Gegenſtände in dem Centralbüreau des Reichskriegsminiſteriums dankbarſt übernommen und von demſelben an die Operationsarmee in Schleswig werden ſchleunigſt befördert werden. Auch Frau Baronin v. Brandhof hat ſich zur Annahme bereit erklärt.

*** **Frankfurt**, 21. April. Herr v. Schmerling ſoll von ſeinem „Ausfluge" nach Karlsruhe und Stuttgart zurückgekehrt, und wie man wiſſen will, mit den dabei gewonnenen „Reſultaten" ganz zufrieden ſein.

Ollmütz, 16. April. Heute Früh iſt Fürſt Windiſchgrätz hier angekommen. Er wurde von einer Ehrenkompagnie feierlich empfangen, und vor ſeiner Wohnung ſpielte die Muſikbande. Noch jetzt ſtehen vor ſeiner Wohnung die Wachen mit grünen Feldzeichen. Er wohnt in derſelben Reſidenz des Kanonikus Puteani, wo Kaiſer Ferdinand wohnte. Morgen ſoll unſer junger Kaiſer nach Prag zu ſeinem Oheim fahren, um den Geburtstag am 19. mitzufeiern. In Ollmütz wird auf ausdrückliches Verlangen des Kaiſers der Erzbiſchof ſelbſt die Feſtlichkeiten in der Kirche begeben. In Ollmütz werden neuerdings fleißig Kugeln gegoſſen und Patronen gemacht, und neue Pulverwägen ſtehen ſchon zum Transporte bereit. Vorgeſtern iſt wieder eine Abtheilung Mineurs nach Ungarn abgegangen; ſo, daß man in unſerer Stadt nur noch Zanini-Infanterie, die nicht zum beſten adjuſtirt iſt, ſieht. An der Deputation der Proteſtanten in Ollmütz betheiligten ſich nicht bloß Paſtoren, ſondern auch Laien aus dem Gewerbe- und Bauernſtande, und waren über 40 an der Zahl. Am 13. hatten ſie beim Kaiſer, und dann beim E. H. Franz Karl Audienz, und ſchieden heute mit zufriedenen Mienen aus Ollmütz. Mit einem Bauer ſprach der Kaiſer nach der Audienz geläufig böhmiſch, auch E. H. Franz Karl antwortete auf die böhmiſche Anrede böhmiſch. (Konſt. Bl. a. B.)

Berlin, 17. April. Man kann nunmehr als gewiß annehmen, daß ſich auch die preußiſche Regierung endlich dazu entſchließen werde, die deutſche Reichsverfaſſung, ſo wie ſie iſt, vorläufig anzuerkennen, und wir dürften das Ausſprechen dieſes Entſchluſſes wohl ſchon in den nächſten Tagen bei Gelegenheit der Berathung des hierauf bezüglichen Rodbertus'ſchen dringenden Antrags zu gewärtigen haben. Der Miniſter Manteuffel hatte ſich in den jüngſten Tagen mehrfach perſönlich mit den Mitgliedern der Oppoſitionspartei in Beziehung geſetzt, und es ſcheint, als ob die Gründe, die er hier vernommen, nicht ohne Einfluß geblieben ſeien; wenigſtens haben ſeit einigen Tagen gerade diejenigen Männer, deren Entſchließungen wohl vornehmlich durch miniſterielle Rückſichten beſtimmt werden, in dieſer Angelegenheit plötzlich ihre Anſichten mehr oder minder geändert. Am deutlichſten merkte man dieß bei den geſtrigen Schlußberathungen der Kommiſſion für den Rodbertusſchen Antrag: hier ſprach nämlich ſogar der Graf Arnim für die Anerkennung der deutſchen Verfaſſung „als eine unter den gegenwärtigen Zeitumſtänden nothwendige Maßregel", er bekämpfte zwar auf das Entſchiedenſte den Rodbertus'ſchen Antrag ſelbſt wegen des darin für das Miniſterium enthaltenen entſchiedenen Mißtrauensvotums, wollte indeß denſelben durch einen andern auf Anerkennung der deutſchen Verfaſſung im Allgemeinen gerichteten Antrag erſetzt wiſſen. Am Entſchiedenſten verfocht aber auch wieder hier Hr. v. Vincke und Hr. v. Berg die unbedingte Annahme der deutſchen Kaiſerkrone auf Grund der Reichsverfaſſung, jedoch mit der weſentlichen Verſchiedenheit, daß der Erſtere die Vereinbarung der deutſchen Einzelſtaaten unter ſich und mit der deutſchen Nationalverſammlung hinterher noch vorbehalten wiſſen wollte, während Hr. v. Berg den Rodbertus'ſchen Antrag in ſeiner ganzen Reinheit aufrecht erhielt, wonach die gegenwärtige deutſche Reichsverfaſſung, eben weil ſie ſo von der Frankfurter Verſammlung beſchloſſen worden iſt, mit allen ihren Konſequenzen als rechtsgültig anerkannt und eine Abänderung derſelben nur auf dem von der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege als zuläſſig erklärt werden ſoll. (W. Z.)

= **München**, 18. April. Mit der abermaligen Vertagung des Landtags, dießmal bis zum 15. Mai iſt uns, wie heute aus guter Quelle verlautet*), auch ein Nachfolger des Grafen Bray im Miniſterium des Aeußern gekommen, der ehemalige ſächſiſche Miniſter v. d. Pfordten, wohlgeeignet in der Sonderpolitik unſers Hofes, nicht unſeres Landes. Für die Vertagung des Landtags hat man den Stand oder vielmehr die ſchiefe Lage der deutſchen Frage vorgeſchoben, während doch andere Motive näher liegen. Die Hausfrage der Gelderverwendung, namentlich im Kriegsbudget, iſt wohl das eigentliche Hauskreuz. Es wäre ſtark, wenn der ſchon einmal in der deutſchen Frage verwundete Staatsmann nun in Baierns Regierung die ganze Schroffheit des antigrundrechtlichen Strebens brächte. Ein Sonnenſtrahl iſt bereits in die Trainirungspolitik, die am böſen Gewiſſen litt, gefallen, der Regentſchaftsgedanke von Frankfurt her. Ein baieriſcher Prinz in der Regentſchaft, das läßt ſich hören, hören doppelt, weil der Weg zu Modifikationen der Verfaſſung damit angebahnt iſt. Scheinbar unweſentlich, hat wohl die Frankfurter Verſammlung mit jener Idee, wenn ſie durchgeht, ſich ſelbſt die Spitze abgebrochen; man ſprach hier ſchon in den ſogenannten höheren Kreiſen, ganz gemüthlich von einer Trennung in Nord- und Süddeutſchland; der proteſtantiſche Nordkaiſer ſollte $^3/_4$ Kleindeutſchland behalten dürfen. Von Würtemberg her ſollen die Inſpirationen zum Abwarten gekommen ſein. Es wird hier nach oben hin ſehr übel bemerkt, daß anſehnliche Berliner Preßorgane für den Magyarismus peroriren; es wird dieß hier als unedle Rache für Oeſterreichs Oppoſition gegen den preußiſchen Kaiſer aufgenommen; auch wollen Leute wiſſen, daß norddeutſche Blätter abſichtlich die Bewegungen und Kämpfe baieriſcher Truppen in Schleswig übergehen. Ich muß auf dergleichen aufmerkſam machen, weil ſo die gereizte Stimmung zum Bewußtſein kommt und vielleicht auch im Norden Unvorſichtigkeiten und Plattheiten vermieden werden.

München, 18. April. Die Deutſche konſt. Ztg. enthält folgende Mittheilungen: Der Courierwechſel zwiſchen hier und Ollmütz iſt ſeit den letzten vierzehn Tagen ungemein lebhaft. Auf dieſem diplomatiſchen Wege ſoll dieſer Tage unſere Regierung in Kenntniß geſetzt worden ſein, daß man von Seiten Oeſterreichs ebenfalls einen Fürſtenkongreß zuſammenberufen wolle, der über die Einigung Deutſchlands und über die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung beſtimmen ſolle. Dem Vernehmen nach hat die öſterreichiſche Regierung der baieriſchen angerathen, ihrem Beiſpiele zu folgen und die vom baieriſchen Volksſtamme nach Frankfurt geſendeten Abgeordneten gleichfalls zurück zu rufen.

Nürnberg, 9. April. Der hieſige konſtitutionelle Verein hat in ſeiner geſtrigen Verſammlung eine Adreſſe an den König um Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung beſchloſſen. (F.J.)

** **Stuttgart**, 20. April, Nachmittags 3 Uhr. Die Schwaben kennen ihre Pflicht gegen Deutſchland, in der Friſt, welche die neueſte preußiſche Note aufſtellt, alles mögliche zu thun, um ihre Regierung zur Unterwerfung unter die Reichsverfaſſung zu bringen. Aber es ſcheint, der Wille des Königs iſt feſt, und dann gehen wir Schwerem entgegen. Denn man erwäge, daß unſere würtembergiſchen Truppen im badiſchen Oberland auf dem Rückmarſch begriffen ſind, und zwar, wie man allgemein verſichert, gegen das Wiſſen des Kriegsminiſteriums! Der König ſcheint durch ſeine Umgebung, insbeſondere Maucler, den Baron Karl Hügel (frühern Geſandten in London) ꝛc. in die ſchlimmſte Stimmung gegen die Reichsverfaſſung verſetzt zu ſein. Nun zur Mittheilung der Vorgänge in unſerer Stadt. Wie ich Ihnen geſtern noch ſchrieb, iſt noch keine Entlaſſung des Miniſteriums da. Die Miniſter haben eine lange, man ſagt 6 Bogen ſtarke Erklärung des Königs erhalten, worin er ſeine Gründe für ſeine Weigerung, ſich zu unterwerfen, ausführt. Sie antworten ihm heute noch, oder haben es ſchon gethan; gibt kein Theil nach — und die Miniſter thun es nicht — ſo iſt die Entlaſſung da. Es kommt aber Alles den Miniſtern zu Hilfe. Erſt die Kammer; ſie hat ſich ins Vernehmen mit den Miniſtern geſetzt, hielt dann heute früh eine vertrauliche Beſprechung, worin Anträge vorbereitet werden. Heute Mittag 1½ Uhr war öffentliche Sitzung, Murſchel referirte über den Stand der Sache und eine Kommiſſion wurde erwählt, um offizielle Erkundigung von den Miniſtern einzuziehen und in einer zweiten Sitzung, die um 5 Uhr ſein wird, Anträge zu ſtellen. Es werden die ſein, welche in der vertraulichen Sitzung beſprochen wurden: Anerkennung der deutſchen Po-

*) Seitdem amtlich beſtätigt.

litik; Erklärung, daß ein Miniſterium mit einer andern Politik auf keine Unterſtützung der Kammer zu rechnen habe; Erklärung, daß die Krone die Verantwortung des Unheils trage, welches ihre Weigerung hervorbrächte ꝛc. In der Kommiſſion ſind alle Fraktionen vertreten; zu bemerken iſt, daß der ultramontane Abgeordnete Kuhn, in dieſelbe gewählt, ſich mit der zu großen „phyſiſchen" Anſtrengung, jedoch vergeblich, zu entſchuldigen ſuchte. Wir ſehen um 5 Uhr intereſſanten Verhandlungen entgegen. Die ſtädtiſchen Kollegien haben eine einſtimmig beſchloſſene Bitte an den König zu richten, um Beibehaltung des Miniſteriums, d. h. um Nachgeben. Anſchlagszettel rufen außerordentliche Verſammlungen des vaterländiſchen wie des Volksvereins zuſammen. Erſterer beſchloß um 2 Uhr die Unterzeichnung einer Erklärung für die Unterwerfung, und die Uebergabe einer von Herrn Karl Oſtertag verfaßten ſehr kräftigen Adreſſe an den König ſelbſt, worin er zu Nachgeben aufgefordert und geſagt wird, der Verein ſei ſtets für die konſtitutionelle Monarchie geweſen, aber bei einem Konflikte derſelben mit den deutſchen Intereſſen gehen letztere ihm über alles. Jetzt tagt der Landesausſchuß, er wird eine Aufforderung an die Volksvereine erlaſſen. Außerdem Offiziersverſammlungen der Bürgerwehr ꝛc., und was die Hauptſache iſt: Theilnahme des Volks. Die Straßen ſind überfüllt, der Platz vor dem Ständehaus dicht beſetzt, die Stimmung die beſte; aus allen Nachbarorten kommen Leute ein, die Bewegung wird ſich äußerſt ſchnell verbreiten. Allein es thut Noth. Die Sache wird ſich ſchnell entſcheiden müſſen. Wir hoffen namentlich auch auf die Schwierigkeiten, ein neues Miniſterium zu finden, man ſagt, auch Schlayer weigere ſich der Annahme. Die Kammer iſt feſt, in ihrer großen Mehrheit einig. Wird ſie nicht aufgelöſt, oder was ſchlimmer — vertagt, ſo haben wir den ſicheren Vorkämpfer. Aber die Gefahren ſind groß; man denke an unſere oberſchwäbiſche Bevölkerung — und Baiern und ſeine Soldaten ſind nicht fern. Indeß es iſt etwas Gewagtes, dem Willen ſeines Volks zu trotzen, und noch immer hofft man auf Nachgeben des Königs.

Stuttgart, 20. April. In der 118. und 119. Sitzung beſchäftigte ſich die Kammer der Abgeordneten mit dem Bau und Betrieb der Eiſenbahnen. In dem jetzigen Augenblicke allgemeiner Aufregung würden ausführliche Berichte darüber doch ohne Intereſſe geleſen. Der „Vaterländiſche Verein" hat dieſen Morgen Plakate anſchlagen laſſen, daß er um 2 Uhr eine Sitzung halte. Auch der Ausſchuß der Bürgergeſellſchaft (Muſeum) wird um 1 Uhr zur Berathung der Miniſterfrage zuſammentreten. Die ſtets gute Meinung, welche das Volk hat, beweiſt ein Gerücht, das ſich unter den Bauern auf der Alp verbreitet hat: der König ſei auf den Marktplatz geritten, um die Adreſſe für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung ebenfalls zu unterzeichnen, ſei aber leider etwas zu ſpät gekommen. Der Volksverein hält heute Abend um ½9 Uhr eine Sitzung. Die Aufregung wächſt mit jeder Stunde in der Stadt. Der berüchtigte Unterhändler Klindworth, welcher ſeiner Zeit die bekannten Umtriebe zwiſchen Oeſterreich, Würtemberg und Baiern einleitete und in Hannover und Sachſen mit Schmach abgewieſen wurde, befindet ſich hier. (D. Beob.)

♈ Aus Sachſen, 19. April. In Wechſelburg hat in dieſen Tagen auf Veranlaſſung des unermüdlichen Pfarrers Kalb, eine große Volksverſammlung ſtattgefunden, bei welcher alle Parteien vertreten waren. Es wurden drei Beſchlüſſe in der deutſchen Sache gefaßt, wovon zwei ernſte Worte an das ſächſiſche Miniſterium und die Kammern, der dritte eine Adreſſe an die Reichsverſammlung zu Frankfurt bezweckte, in welcher letztern dieſe Verſammlung erſucht wird: „Die organiſchen Beſtimmungen der beſchloſſenen Verfaſſung endgültig feſtzuhalten, namentlich die, welche die Grundlagen des einheitlichen Bundesſtaates ausmachen, um keinen Preis die Oktroyirung irgend einer Verfaſſung für Deutſchland zu dulden und jeden Verſuch dazu, als einen Angriff auf Deutſchlands Ehre und Zukunft, mit dem mächtigen Rückhalt an den geſunden Kern eines braven Volkes zurückzuweiſen, das ſich für nicht ſchlechter hält, als die Völker von Nordamerika, England, Frankreich, Belgien und Norwegen, welche alle ihre Verfaſſung, „ohne höhere Erlaubniß", ſich ſelbſt gegeben haben."

Mannheim, 20. April. Bei der heute ſtattgehabten Wahl eines erſten Bürgermeiſters unſerer Stadt, an die Stelle des von der Regierung nicht beſtätigten gewählten Bürgermeiſters Brentano, iſt Brentano abermals gewählt worden. (F. J.)

' **Koburg**, 14. April. Der Degen des gefangenen Kommandeurs des däniſchen Linienſchiffs Chriſtian VIII., Paludan, iſt vom Herzog hierher an ſeine Gemahlin geſendet worden und wird auf Schloß Kallenberg aufbewahrt. Der Prinz Auguſt von Sachſen-Koburg und deſſen Gemahlin, Clementine v. Orleans, ſind nach England zum Beſuch bei Ludwig Philipp abgereiſt. (N. K.)

Gotha, 16. April. Unſere Abgeordnetenverſammlung richtete heute an das Staatsminiſterium die Frage: „Was zur Anbahnung der projektirten Vereinigung der thüringiſchen Staaten in der letzten Zeit geſchehen ſei?" Der Miniſter v. Stein antwortete im Weſentlichen Folgendes: Seit der letzten Konferenz thüringiſcher Kommiſſare (im Januar d. J.) haben die thüringiſchen Staaten mit der königl. ſächſiſchen Staatsregierung Verhandlungen angeknüpft, um das Königreich Sachſen und die thüringiſchen Fürſtenthümer zu einem Reichskreiſe zu vereinigen, unter der Vorausſetzung und mit der Bedingung, daß ein deutſcher Bundesſtaat unter der Krone Preußen ins Leben trete. Die königl. ſächſiſche Staatsregierung ſchien dieſer Bedingung nicht abhold, und es iſt darauf der Entwurf des projektirten Staatenvereins umgearbeitet worden, der ſich insbeſondere auf eine gemeinſchaftliche, vielleicht aus Kommiſſionen der Speziallandtage gebildete Ständekammer ſtützt, bei welcher Sachſen mit 10 und Thüringen mit 13 Stimmen vertreten ſein ſoll. Die Verhandlungen ſind aber neuerdings ins Stocken gerathen, weil Sachſen in der deutſchen Verfaſſungsfrage mit den kleinern deutſchen Staaten nicht Hand in Hand gegangen. Die Bildung eines thüringiſchen Staatenbundes, ohne Anſchluß an ein größeres Land, hat die hieſige Staatsregierung niemals unterſtützt, weil die Geſchichte lehrt, daß die Vereinigung ſolcher Staaten, die ſich gleich an Macht und Weisheit dünken, entweder gar nicht zu Stande kommt, oder doch nicht von Dauer und Segen iſt. Auch im Vereine mit Sachſen ſoll die politiſche Selbſtſtändigkeit der thüringiſchen Staaten geſichert bleiben, denn die Mediatiſirungsfragen ſcheinen wieder zu verſtummen und die hieſige Staatsregierung erklärt ausdrücklich, daß ſie zum Selbſtmorde niemals die Hand bieten werde. (D. A. Z.)

Eckernförde. Dem „Itzehoer Wochenblatte" entnehmen wir Folgendes: Chriſtian VIII. hatte eine Beſatzung von zuſammen 662 Köpfen, davon ſind als Gefangene eingebracht 566 Mann, alſo Verluſt 96 Mann. Die „Gefion" hatte eine Beſatzung von 396 Köpfen, davon ſind gefangen 338, alſo Verluſt 58 Mann. Die Geſammtſtärke war alſo 1053 Mann, und der Geſammtverluſt an Todten und Verwundeten 154 Mann. In Eckernförde ſind reichlich 30 Schwerverwundete zurückgeblieben, die Anzahl der Todten iſt alſo auf circa 124 Mann anzuſchlagen, wovon circa 40 auf die Fregatte, der Reſt alſo 84, auf das Linienſchiff zu rechnen ſind. Die erſten Nachrichten über den großen, durch die Explosion des Linienſchiffes herbeigeführten Verluſt von Menſchenleben ſcheinen alſo ſehr übertrieben geweſen zu ſein. Man trägt ſich mit vielen Einzelnheiten aus dem Eckernförder Kampfe herum und erzählt ſich ſehr rühmliche Züge von der Tapferkeit unſerer Soldaten. Einem Artilleriſten riß eine Kugel die Pickelhaube vom Kopfe, er ſchlug hintenüber und blieb regungslos liegen und ſeine Kameraden ſprachen: „De is dar weſen." Nach einiger Zeit erholt der Artilleriſt ſich wieder von der Betäubung und kommt langſam in die Höhe, er war am Kopf verwundet. Nachdem er ſich auf das Vorgefallene beſonnen, richtet er die Frage an ſeine Kameraden: „Na! wowiet ſünd jüm?" Sie ſehen ſich verwundert um und rufen: „Büſt Du noch nicht dod?" bedauern indeß, ihn nicht ins Lazareth ſchaffen zu können, weil ſie nicht abkommen können. Den Verwundeten kümmert das wenig, er kriecht im Chauſſeegraben (um gedeckt zu ſein) auf allen Vieren nach der nahen Stadt, und findet bald die gewünſchte Hülfe. Als man ihn aber ins Lazareth bringen will, proteſtirt er lebhaft: „Wi ſünd noch nich ganz klar," meint er, und kricht auf allen Vieren zur Schanze zurück, wo er bis zum Ende des Kampfes wieder Hand mit anlegt.

Hadersleben, 16. April. Ich habe Ihnen heute nur mitzutheilen, daß unſere ſchleswig-holſteiniſche Armee bis jetzt die Königsau noch nicht überſchritten hat, daß aber unſere Vorpoſten eine Meile über Chriſtiansfeld hinaus vorgeſchoben ſind. Der bisherige Redakteur der „Nordſchleswig'ſchen Zeitung" fand bei ſeiner Rückkehr die Redaktion in den Händen des Herrn Doktor Michelſen, der dem früheren Redakteur erklärte, daß es mit dem

pro tempore praesenti auch pro futuro ſein Verbleiben haben werde. (W. Z.)

Flensburg, 17. April. Drei fanatiſch dem Dänenthum ergebene hieſige Bürger haben wegen Proſelytenmachens die Weiſung erhalten, die Stadt zu verlaſſen und ſich entweder ins Holſteiniſche, wo ſie unter polizeilicher Aufſicht ſtehen würden, oder nach Dänemark, dem Lande ihrer Sympathien, zu verfügen. (H. C.)

Aus einem Schreiben aus Flensburg, vom 16. April. Der Brückenkopf iſt eine nach Alſen zu offene Verſchanzung, es iſt daher leicht erklärlich, daß es für unſere Truppen unmöglich iſt, ſich in demſelben zu halten, wenn ſie nicht im Stande ſind, die gegenüberliegenden Batterieen auf Alſen zum Schweigen zu bringen. Die Unſerigen haben die auf den Höhen befindlichen Schanzen, welche nach Sonderburg zu offen waren, um ſie von dort her beſtreichen zu können, umgekehrt und gegen Sonderburg gewandt; und es wird fleißig daran gearbeitet, der Beſatzung Schutz gegen die Bomben zu verleihen, die die Dänen nach der bekannten Munitionsverſchwendung in großer Zahl auf die Schanzen werfen, die aber ſelten den Zweck erfüllen, und nur ſehr wenig Schaden angerichtet haben. (In den letzten Tagen iſt ſonſt nichts vorgefallen; ich halte es nicht allein für möglich, daß wir Alſen nehmen, ſondern bin überzeugt, daß es genommen wird, und der Friede leicht von uns in Odenſee auf Fühnen könnte diktirt werden.)

⊙ **Lübeck**, 18. April. In der heutigen Verſammlung der Bürgerſchaft kam nach Erledigung einiger minder erheblichen Gegenſtände ein Antrag auf Niederſchlagung aller durch die Vorgänge am 9. Okt. v. J. und deſſen Folgen veranlaßten, noch obſchwebenden Unterſuchungen zur Verhandlung. Der Antrag ward dem Bürgerausſchuſſe überwieſen. Auf eine Interpellation, ob auf die preußiſche Cirkularnote vom 3. April eine Erklärung des Senates ergangen und in welchem Sinne dieſe abgegeben ſei, erwiderte der erſte Senatskommiſſionär Syndikus von der Hude:

„Der Senat wie die Bürgerſchaft ſeien von vorne herein davon ausgegangen, daß, was von der konſtituirenden Nationalverſammlung beſchloſſen und ordnungsmäßig verkündigt worden, ohne Weiteres für alle deutſchen Staaten verbindlich ſei. In dieſem Sinne ſei von dem Senate auf die preußiſche Note geantwortet, in dieſem Sinne der dieſſeitige Bevollmächtigte in Frankfurt inſtruirt, in dieſem Sinne auch, wie die heute angekommenen Zeitungen berichteten, von demſelben in Gemeinſchaft mit den Bevollmächtigten von annoch 26 andern deutſchen Staaten bereits gehandelt.“

Die Bürgerſchaft erhob ſich nach dieſer Erklärung zum Zeichen ihrer Uebereinſtimmung mit dem vom Senate eingeſchlagenen Verfahren. Zwei Anträge auf Erlaſſung einer Erklärung an die Reichsverſammlung und einer Aufforderung an dieſelbe, treu feſtzuhalten an der von ihr beſchloſſenen Verfaſſung wurden auf die morgende Tagesordnung geſetzt. (Eine Adreſſe ähnlichen Inhalts von Seiten unſres politiſchen Vereins an die Reichs-Verſammlung iſt bereits vorgeſtern abgegangen.)

Der Senatsantrag hinſichtlich der Lübeck-Büchner Eiſenbahn wurde mit dem Zuſatze angenommen, daß die Bürgerſchaft, durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache, jede zur Förderung derſelben dienliche Maßregel nach Kräften zu unterſtützen bereit ſei. Die Terraincorrektion ward ebenfalls angetragenermaßen genehmigt. Dagegen ward das vorgelegte Geſetz über den Schuldarreſt verworfen.

Großbritannien.

***London**, 18. April. Das „Morning Chronicle“ vom 16. April enthält eine Mittheilung, wonach der Kaiſer von Rußland, nachdem er in Erfahrung gebracht, daß die militäriſchen Rüſtungen der Pforte auf Einflüſterungen Sir Stratford Cannings geſchähen, am 28. März den General Grabbe nach Konſtantinopel ſandte, mit einem Ultimatum, worin er dieſe kriegeriſchen Rüſtungen ſofort einzuſtellen und die an der Donau verſammelten türkiſchen Truppen zurückzubeordern heiſcht. Weiter verlange er darin, daß die Pforte keinerlei Einwendungen gegen die ruſſiſche Beſetzung der Donaufürſtenthümer mache, ſo lange es Rußland gefalle, ſie beſetzt zu halten. Würden dieſe Bedingungen nicht angenommen, ſo habe die Pforte zu gewärtigen, daß der ruſſiſche Geſandte Konſtantinopel verlaſſen und die bereits in Siebenbürgen befindlichen Truppen gegen Konſtantinopel vorrücken würden. Die ruſſiſche Flotte werde alsdann von Sebaſtopel aus dieſe Bewegung unterſtützen. Schließlich verſichert das „M. Chronicle,“ daß Baron Brunnow die Weiſung habe, den Inhalt dieſes Ultimatums dem Miniſter des Auswärtigen mitzutheilen. Dagegen glaubt die „Poſt“ mit Grund der Wahrheit verſichern zu dürfen, daß die Sendung des ruſſiſchen Generals Grabbe nach Konſtantinopel nicht im Geringſten einen feindſeligen Charakter habe, auch ſei es nicht wahr, daß die Pforte irgend kriegeriſche Rüſtungen in größerem Maßſtabe mache. Im Gegentheil habe die Sendung Grabbe's den einzigen Zweck, das zwiſchen den ruſſiſchen und türkiſchen Regierungen beſtehende freundſchaftliche Einvernehmen noch mehr zu befeſtigen.

* **London**, 19. April. Der geſtrige „Globe“ bemerkt: „Es wird in manchen Kreiſen der City heute (18. April) zuverſichtlich behauptet, daß die däniſche Frage in zufriedenſtellender und verſöhnlicher Weiſe geſchlichtet iſt.“ Wir würden dieſe Bemerkung nicht mittheilen, wenn ſie nicht in einer miniſterieller Zeitung zu leſen wäre. Der „Standard“ dagegen hält die jüngſten Nachrichten, ſowohl die aus den Kolonien wie die vom Feſtlande, eher für niederſchlagend. Die europäiſchen Angelegenheiten, ſagt der „Standard,“ erſchienen ſo unſicher und zweifelhaft, daß die Fonds nur deßhalb nicht ſänken, weil das Geld zu ſo niedrigem Zinsfuß zu haben ſei. Zwar zweifle man nicht daran, daß man im beſten Zuge ſei, die aufſtändiſchen Bewegungen zu unterdrücken; „aber,“ ſetzt der „Standard“ hinzu (und der „Standard“ iſt bekanntlich ein ſtreng konſervatives Blatt), „dieſer Ueberzeugung geſellt ſich einige Beſorgniß zu, weil man fürchtet, daß die Reaktion jetzt in entgegengeſetzter Richtung zu weit gehen möchte.“ Der toryſtiſche Standard dürfte leider nur zu recht haben.

Auch in Dublin, wie man aus einer Korreſpondenz der „Daily News“ erſieht, war die Anſicht von dem nahen Sturze der Whigs faſt in allen Kreiſen verbreitet, und ſelbſt ihre Freunde glaubten, die Miniſter thäten beſſer, ihre Stellen zu räumen, „um an der Oppoſitionsluft wieder ihre geſchwächten Lebensgeiſter zu ſtärken und die abnehmende Spannkraft ihrer politiſchen Geſundheit wieder zu beleben.“ Die Stellenjäger unter den Konſervativen ſtehen, derſelben Dubliner Korreſpondenz zufolge, bereits auf der Lauer. Auch der Londoner *** Korreſpondent der Allg. Ztg. ſchildert die Lage des Kabinets als ſehr bedenklich, aber als Peelit will er freilich von einem toryſtiſchen Miniſterium nichts wiſſen, ſondern von einem aus Wighs und Peeliten zuſammengeſetzten Kabinet, mit oder ohne Peel, aber jedenfalls ohne Lord J. Ruſſell und Lord Palmerſton.

Frankreich.

* **Paris**, 19. April. Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung war ſehr ſtürmiſch, ſo wenig Europäiſches Intereſſe auch die Gegenſtände der Berathung haben. Der erſte Theil der Sitzung galt den Abgeordneten, die ohne Urlaub fehlten. Man beſchloß, ſie tadelnd im Moniteur aufzuführen. Nachher veranlaßte der Vorſchlag, der im Laufe der Berathung über das Finanzbudget geſtellt wurde, nämlich 4 Mallepoſtlinien, darunter die von Lyon nach Marſeille, von Lyon nach Bordeaux, und von Bordeaux nach Nantes, aufzuheben, die Abgeordneten der dadurch berührten Orte zu den heftigſten Gegenreden. Trotz deſſen wurden die drei erwähnten Linien geſtrichen. Die Anzeige vom Tode des Abgeordneten Brunet erregte Bedauern und Schrecken.

Die heutige „Preſſe“ enthält von dem ſtets wohlunterrichteten Verfaſſer der „Mittheilungen über die italieniſchen Angelegenheiten“ folgende Erläuterungen über die Expedition nach Civita Vecchia: „Nachdem das Interventionsgeſuch des Papſtes, das in der Cirkularnote des Kardinals Antonelli vom 18. Februar ausgeſprochen war, in principio die Zuſtimmung der vier katholiſchen Mächte erhalten hatte, beauftragten dieſe ihre Bevollmächtigten in Gaeta mit der Regelung der Art und Weiſe der Intervention. Gleich bei der Eröffnung der betreffenden Konferenzen zu Gaeta ſchlug der Bevollmächtigte Oeſterreichs, Graf Eſterhazy, vor, Spanien und dem König von Neapel die bewaffnete Intervention allein zu überlaſſen, während Oeſterreich und Frankreich ſich auf eine beobachtende Rolle beſchränken ſollten. Während die ſpaniſchen und neapolitaniſchen Truppen auf Rom marſchirt wären, hätte eine franzöſiſche Flotte, mit Landungstruppen an Bord, vor Civita Vecchia gelegen, um die ſpaniſch-neapolitaniſche Expedition moraliſch zu unterſtützen. Zu demſelben Zwecke würde ſich ein Korps von 20,000 Mann Oeſterreichern bereit gehalten haben, die Legationen zu beſetzen für den wenig wahrſcheinlichen Fall, daß die ſpaniſch-neapolitaniſchen Truppen nicht hingereicht haben würden, die Autorität des Papſtes in Rom wieder herzuſtellen.

Die Hauptſchwierigkeit, die ſich dem Vorſchlage Oeſterreichs entgegenſtellte, war der Transport der ſpaniſchen Truppen von Barcellona nach Civita Vecchia, da das Madrider Kabinet keine Mittel hatte, um denſelben allein zu bewerkſtelligen. Es handelte ſich nicht nur um die Ueberſchiffung von 10—12,000 Mann nebſt Waffen und Gepäck, ſondern auch noch um die der Kavallerie, der Artillerie, der Munition, des Proviants, kurz des ganzen Zubehörs einer ordentlichen militäriſchen Expedition. Frankreich allein hatte mittelſt ſeiner Flotte den Transport übernehmen können, da die Seemacht des Königs von Neapel zur Blokade von Sicilien, und die Oeſterreichs zur Blokade von Venedig verwendet iſt. Allein die franzöſiſche Regierung zögerte um ſo mehr, die Koſten des Transports zu übernehmen, als ſie befürchten mußte, den Tadel der Nationalverſammlung dafür auf ſich zu ziehen, daß ſie die Laſten einer Expedition trage, deren Reſultat eher die Hebung des ſpaniſchen Einfluſſes in Italien, als die des franzöſiſchen geweſen ſein würde. Unterdeſſen traf zu Gaeta die Nachricht von der Niederlage der piemonteſiſchen Armee bei Novarra ein. Zugleich fingen die römiſchen Revolutionäre an, gegen die Biſchöfe und die hohe Geiſtlichkeit zu wüthen, unter der Beſchuldigung, daß dieſelben geheime Verbindungen mit dem päbſtlichen Hofe unterhielten. In der Beſorgniß, daß das Zögern der katholiſchen Mächte die Exaltirten von Rom neu ermuthigen und die Lage der Kirchenſtaaten noch verſchlimmern werde, entſchloß ſich Pius IX. die Intervention Oeſterreich's allein in Anſpruch zu nehmen, wodurch er hoffen konnte, die Hülfe des Auslands ſchneller und ſicherer zu erlangen. Das Wiener Kabinet, welches zu wiederholten Malen ſeine Abſicht erklärt hatte, in Bezug auf die päbſtliche Angelegenheit nur im Einverſtändniß mit Frankreich handeln zu wollen, beeilte ſich, Frankreich zu gemeinſchaftlichen Schritten zur Erfüllung der Wünſche des h. Vaters einzuladen. Die Sprache des Wiener Hofes in dieſer Hinſicht läßt ſich in folgende Worte zuſammenfaſſen: „Oeſterreich verfolgt in Deutſchland, Ungarn und Italien nur eine einzige Politik, nämlich die der Rettung der Geſellſchaft, welche durch eine zügelloſe Demagogie bedroht iſt. Hiernach wird Oeſterreich, weit entfernt, die regelmäßige Entwickelung der liberalen Einrichtungen in Europa verhindern zu wollen, mit allen Kräften die Wiederherſtellung der Geſellſchaft auf den Grundlagen der konſtitutionellen Freiheit begünſtigen.“ Zugleich machte Oeſterreich kein Hehl daraus, daß ſeine Armee, ſelbſt wenn Frankreich nicht interveniren wolle oder könne, nichtsdeſtoweniger dem Pabſt zur Verfügung geſtellt werden würde. Dieſe letztere Erklärung beſtimmte die franzöſiſche Regierung zur Abſendung von 14,000 Mann nach Civita Vecchia. Die öſterreichiſche und franzöſiſche Armee werden nur nach den Wünſchen des Papſtes operiren. Vor der Hand bleiben die franzöſiſchen Truppen zu Civitavecchia, während 20,000 Mann Oeſterreicher ſich zwiſchen Modena und Ferrara aufſtellen werden, um nöthigenfalls die Legationen zu beſetzen. Man iſt ferner übereingekommen, daß, wenn die Beſetzung Roms nöthig werden ſollte, die franzöſiſchen und die öſterreichiſchen Truppen gleichzeitig zur Wiederherſtellung und Befeſtigung der Ordnung berufen werden ſollen. Zum Schluß bemerken wir übrigens, daß die Intervention in den Kirchenſtaaten mit einer Intervention in Toskana in keinem Zuſammenhange ſteht. Jene iſt auf das förmliche Interventionsgeſuch des Papſtes gegründet. Von Seite des Großherzogs von Toskana iſt bis jetzt ein ſolches Geſuch noch nicht geſtellt worden. Das Wiener Kabinet hat ſich darauf beſchränkt, in Bezug auf das vertragsmäßige Erbfolgerecht des Hauſes Oeſterreich in Toskana ſeinen Vorbehalt zu machen, im Uebrigen aber gegen jede etwaige fremde Intervention im Voraus proteſtirt, da Oeſterreich durch die beſtehenden Verträge vorzugsweiſe berufen iſt, die der Seitenlinie des Hauſes Lothringen zugefallene Krone zu beſchützen.“

Die Aſſemblee Nationale, die ebenfalls gewöhnlich von den Vorgängen in der diplomatiſchen Welt gut unterrichtet iſt, will ihrerſeits wiſſen, daß ein ernſtlicher Zwieſpalt zwiſchen den verſchiedenen Mitgliedern des diplomatiſchen Korps über die Frage der Wiederherſtellung der päpſtlichen Autorität zu Rom ausgebrochen ſei. Oeſterreich äußere den Wunſch, das Pius IX. in den vollen Beſitz ſeiner Rechte wieder eingeſetzt werde und hernach den Römern die Zugeſtändniſſe mache, die er für paſſend halte. Der Repräſentant Lord Palmerſtons verlange dagegen, daß die Zugeſtändniſſe vor der Wiedereinſetzung Pius IX. feſtgeſetzt werden, allein Pius IX. verweigere ſehr entſchieden jedes Eingehen auf dieſen Zwang. Auf welche Seite ſich Frankreich neigen werde, iſt nicht vorauszuſehen. (Einer neulich mitgetheilten Nachricht zufolge hätte Pius IX. die von England und Frankreich geſtellten Bedingungen ſchon angenommen.)

General Oudinot iſt Montag den 16. von hier nach Marſeille abgereiſt; er war von General Regnauld, St. Jean d'Angely begleitet. Als Legationsſekretär iſt ihm der Neffe des Kardinal-Biſchofs von Arras, Herr de La Tour d'Auvergne, der bereits mit zwei Sendungen nach Gaeta beauftragt war beigegeben worden.

Bei der vorgeſtrigen erſten Aufführung der neuen großen Oper von Meyerbeer, der Prophet, die einen beiſpielloſen Erfolg gehabt hat, ſind Paterrbillets zu 40—60 Frcs. verkauft worden, Sperrſitze des Orcheſters bis zu 120 Fr.; Logen von 4 Plätzen zu 500 Fr. und eine Loge iſt um ein Viertel vor 6 Uhr mit 800 Fr. bezahlt worden.

General Fabvier hat eine nichtsſagende Erklärung über die däniſche Frage in den Debats veröffentlicht.

An der heutigen Börſe ſind die Courſe gewichen. Die 3pCt. Rente ſchloß 56. 10; die 5pCt. 88. 15; Bankaktien 2402, 50.

Oeſterreichiſche Monarchie.

♀ **Lemberg**, 12. April. Nachdem das Kabinet in St. Petersburg die angeſuchte Militärhilfe zur Bezwingung der Magyaren in Siebenbürgen mit 35,000 Mann, unter Kommando des General-Lieutenants v. Möller, eines Liefländers, nunmehr zugeſichert hat, werden unter Begünſtigung des eingetretenen beſſeren Wetters die Operationen gegen die Magyaren im geregelten Zuſammenhange beginnen können. Zur Deckung der karpathiſchen Grenze und zum Angriffe in Oberungarn, ſind bereits 8 Bataillons Infanterie (worunter das ſchöne Grenadier-Bataillon Br. Trenk) 1500 Mann Kavallerie (Kaiſer-Chevauxlegers und Sunſtenau Küraſſier) 1 ſechspfündige und 2 zwölfpfündige Batterien in Marſch geſetzt werden. Denſelben werden bald noch ſechs Infanterie-Bataillons, 2 Batterien, und der kommandirende General der Kavallerie, Freiherr Hammerſtein, nachfolgen. Der Landeschef hat gleichzeitig mittelſt Rundſchreiben den Kreishauptleuten dringend eingeſchärft, jede politiſche Bewegung genau zu überwachen und nöthigenfalls mit Zuhilfnahme des von Beamten geführten Landſturms ſtrenge einzuſchreiten, an Perſonen, die an ſich verdächtig ſind, und wo es nicht dringend nothwendig iſt, auch keine Päſſe zu ertheilen, ferner im äußerſten Falle der Hilfe einer befreundeten Militärmacht gewärtig zu ſein. Da nun das geſammte galiziſche Landvolk der Regierung ganz ergeben iſt, und auch die an der Grenze nunmehr entbehrliche zahlreiche Finanzwache im Inneren verwendet wird, ſo kann man auf Erhaltung der Ruhe in Galizien rechnen. Indeſſen wird auf die ſeit beiläufig drei Wochen vom Lande hier angekommenen zahlreichen Fremden — unheimliche Geſtalten mit dichten Kommuniſten- vulgo Judenbärten — aufmerkam geſehen; und da ſich darunter viele Rekrutirungsflüchtlinge befinden, dieſelben nach Maß ihrer Tauglichkeit entweder zu den Regimentern abgegeben oder zu Spitalkrankenwärtern beſtimmt. Anerkannt vagabundirende Emigranten und faiseurs des barricades, die aus dem Königreiche Polen oder aus Rußland gebürtig ſind, werden ohneweiteres an die Ruſſen ausgeliefert, nachdem die ruſſiſche Regierung förmlich erklärt hat, daß dieſe Individuen keineswegs nach Sibirien transportirt, wohl aber im Innern Rußlands oder am Kaukaſe verwendet werden ſollen.

Bem ſoll an vielen Orten einen Theil der geraubten Schätze verſteckt haben. Erſt unlängſt hat das Landvolk unweit dem Städtchen Koſſon, im Gebirge einen Juden erwiſcht, der 8000 blanke Dukaten nebſt vielen ſehr theuren Koſtbarkeiten, worunter auch Kirchengeräthe in einem mit Haſer gefüllten Sacke auf einem Saumroße mit ſich führte. Der Jude geſtand bald, daß dieſes dem Bem gehöre, der ihn abgeſchickt hat, um es einem befreundeten galiziſchen Gutsbeſitzer zu übergeben. Der arg gemißhandelte Jude ſtarb den dritten Tag; bei dem bezeichneten Gutsbeſitzer fand man ſehr viel Gold, Silber und Edelſteine, aber auch einen anſehnlichen Vorrath von Waffen.

Italien.

* Aus Sardinien. In Folge des Belagerungszuſtandes werden in Genua alle Fremden, die ſich nicht gehörig ausweiſen können, weggewieſen; alle Klubs ſind geſchloſſen und Journale, welche darauf ausgehen, die öffentliche Ruhe zu ſtören, werden

mit Beſchlag belegt oder ſuſpendirt. Alle Waffen müſſen abgeliefert werden. Die Kommunairäthe von Alba, Caſale, Pinerolo, Vigevano und Aleſſandria ſind aufgelöſ't worden, weil ſie gegen das neue Miniſterium proteſtirt haben. Ein Rundſchreiben des Miniſters des Innern an die Intendanten der Provinzen vom 13. d. gebietet denſelben, darüber zu wachen, daß keine den öffentlichen Behörden nachtheilige Demonſtrationen gemacht werden.

In Savoyen, namentlich in Albertville iſt noch immer große Gährung. Man vermuthet, daß La Marmora, wenn er in Genua nicht mehr nöthig iſt, dort verwendet werden wird.

* **Florenz.** Die direkten Nachrichten gehen nur bis zum 13. Dagegen heißt es in der Pariſer halbamtlichen „Patrie" vom 18. Abends: Unſere letzten Nachrichten aus Florenz geben uns die Gewißheit, daß in dem Augenblick, wo wir dieſe Zeilen ſchreiben, der Großherzog von Toscana in ſeine Hauptſtadt zurückgekehrt iſt. Die Vorgänge am 12. werden auf verſchiedene Weiſe erzählt. Die Veranlaſſung ſoll folgende geweſen ſein: Mehrere Livorneſen von dem nach der Grenze beſtimmten Freiwilligen-Korps wollten in einem Wirthshauſe, wo ſie gegeſſen hatten, ihre Zeche nicht bezahlen und tödteten den Wirth, der auf der Bezahlung beſtand, mit Meſſerſtichen. Alsbald rottete ſich das Volk gegen die Livorneſen zuſammen und dieſe feuerten auf dem Platze Sta. Maria Novella auf die unbewaffnete Menge. Die Nationalgarde eilte herbei und vertrieb die Livorneſen, welche mehrere Todte und Verwundete auf dem Platze ließen. Die Freiheitsbäume wurden alsdann ohne allen Widerſtand umgehauen und die großherzoglichen Wappen überall wieder aufgeſteckt.

In Folge deſſen hat am 13. der in eine Regierungskommiſſion verwandelte Munizipalrath vom Palaſt Vecchio und von den andern Regierungsgebäuden Beſitz genommen; die Wiederherſtellung der konſtitutionellen Monarchie proklamirt und die Rückkehr des Fürſten als nahe bevorſtehend verſprochen. Er hat die Munizipalgarde aufgelöſt und die Bildung einer öffentlichen Sicherheitsgarde angeordnet. Die politiſchen Klubs ſind verboten, die konſtituirende Verſammlung iſt aufgelöſt. Die öffentlichen Erlaſſe geſchehen im Namen Leopolds II., Großherzogs von Toscana. Lucca und Piſa ſollen der neuen Regierung bereits ihre Zuſtimmung verſichert haben. Selbſt Livorno iſt ruhig.

Von Guerrazzi heißt es bald, er ſei entflohen, bald er werde gefangen gehalten.

* **Rom.** Mazzini, heißt es, iſt entflohen. Die fremden Truppen werden von Tag zu Tag erwartet. Die Kavallerie iſt unter die Befehle des Kapitäns v. Kerſauſie geſtellt worden, dem bekanntlich die ganze kunſtreiche Leitung des großen Juni-Aufſtandes zugeſchrieben wird.

* **Aus Sicilien.** Das Portafoglio von Malta gibt über die Eroberung Catania's folgende Einzelnheiten: Nachdem die Neapolitaner über ihren Angriffspunkt die Sicilianer mehrere Tage in Ungewißheit gelaſſen und an mehreren wenig wichtigen Punkten des Ufers Scheinlandungen bewerkſtelligt hatten, koncentrirten ſie endlich ihre Operationen gegen Catania. Während die königlichen Truppen von Meſſina aus ohne Widerſtand bis Aci-Reale gelangten und das ganze Gebiet, welches zwiſchen dieſen beiden Orten liegt, beſetzten, zeigte ſich eine See-Expedition von 7 Dampfſchiffen Mittwochs den 4. d. M. Nachmittags vor Catania. Man fing an die Stadt zu bombardiren. Dieſe antwortete aber dem Feuer der Neapolitaner ſo gut, daß ſich dieſelben nach einigen Stunden mit zwei ſehr beſchädigten Dampfſchiffen zurückziehen mußten. Nachdem die Flottille Verſtärkungen aus Meſſina erhalten, erſchien ſie am 5. Morgens wieder vor Catania und begann das Bombardement von Neuem. Die Stadt antwortete nochmals mit Energie, aber die Verluſte der Neapolitaner waren unbedeutend, weil ſie ſich ziemlich weit vom Ufer hielten. Einige Verſuche zu landen hatten immer noch keinen Erfolg. So verging der Tag und mit Einbruch der Nacht ſegelten die Neapolitaner auf die hohe See hinaus. Freitags den 6. zu ſehr früher Stunde ſtellten ſich die Dampfſchiffe zum dritten Mal vor der Stadt in Schlachtordnung und eröffneten ein furchtbares Feuer gegen dieſelbe. Man verſuchte die Landung zu der gleichen Zeit, als die bis nach Aci zu Lande vorgedrungenen Truppen den Sturm unternommen. Dieſer gleichzeitige Angriff brachte Verwirrung unter die Belagerten, welche keinen wirkſamen Widerſtand leiſten konnten, umſomehr, da Catania von der Landſeite wenig befeſtigt iſt. Die Neapolitaner drangen in die Stadt, voran die Schweizer. Nun begann in den Straßen ein hartnäckiger Kampf: Mann gegen Mann kämpfte bis zu Abend. Endlich mußten die Einwohner, durch die Uebermacht überwältigt, den Platz räumen und zogen ſich in das Gebirge zurück, indem ſie alle ihre Waffen und Munition mit ſich nahmen. Von dieſem Augenblick an wurde Catania der Plünderung und dem Brande Preis gegeben, und man ſah die furchtbaren Scenen ſich erneuern, welche die Einnahme Meſſinas bezeichneten. Man ſchätzt der Verluſt der Neapolitaner auf etwa 700 Todte und Verwundete; derjenige der Sicilianer iſt bedeutender. Das engliſche Dampfſchiff „Oberon", welches Catania am 7. Abends verlaſſen hat, verließ die Stadt noch an drei Enden brennend. Ihre ſchönſten Gebäude, die berühmte Bibliothek, das Muſeum ꝛc. ſind ein Schutthaufen. Das Schickſal Catanias war für Syrakus entſcheidend. Kaum hatten ſich die Neapolitaner vor den Thoren gezeigt und die Stadt aufgefordert ſich zu ergeben, als eine Deputation in das feindliche Lager ging und die Unterwerfung anbot. Die Truppen zogen unter dem Geläute der Glocken und dem Ruf: „Es lebe Ferdinand" in die Stadt ein.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Wichtige Neuigkeit!

[178] Bei **Jgn. Jackowitz** in **Leipzig** erſchien ſo eben und iſt im Buchhandel zu haben:

Die

öſterreichiſche Reichsverfaſſung

vom 4. März 1849.

im Zuſammenhange

mit den ihr vorhergegangenen Ereigniſſen

und ihre

Bedeutung für den Kaiſerſtaat.

Von

Johann Sporſchil.

9 Bogen gr. 8. Velinp. Geh. im Umſchlage. 15 Ngr. = 54 kr. rhein.

☞ **Dieſe wichtige Schrift weiſet aus dem Gange der öſterreichiſchen Revolution und aus dem Gebahren des aufgelöſten Reichstages die unumgängliche Nothwendigkeit der Reichsverfaſſung vom 4. März d. J. nach, um den Staat zu retten und zugleich der Freiheit einen feſten Rechtsboden zu bereiten.**

[179] In unserm Verlage ist erschienen:

Brunnendiätetik.

Anweisungen zum zweckmässigen Gebrauche der

Gesundbrunnen und Mineralbäder Deutschlands.

Von

Dr. Fr. Aug. von Ammon,

Leibarzt Sr. Majestät des Königs von Sachsen.

Vierte Auflage.

Taschenformat. Gebunden. Preis 1 Rthlr.

Leipzig. **Weidmann'sche Buchhandlung.**

[180] Bei G. Reimer in Berlin iſt erſchienen:

Gegen die Signatura temporis. Von einem freimüthigen Widerſacher der Revolution.

Motto: Ex ungue leonem.

Geh. 20 Sgr.

Memorandum über des Fürſten Schwarzenberg Note an Herrn von Schmerling vom 4. Februar 1849. Geh. 5 Sgr.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die: HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 112. Frankfurt a. M., Montag 23. April. 1849.

Ueberſicht.

Die widerſtrebenden Königshöfe.

Deutſchland. Frankfurt (Die Meſſe und die Börſe. Verſammlungen der Kaiſerlichen im Weidenbuſch. Gerücht aus Stuttgart.) Wien (Keine Amneſtie. Ausgabe von Anweiſungen mit einem Zwangskurſe. Die Beſchießung von Komorn. Anerkennungsadreſſe an das Bataillon Wiener Freiwilligen. Neue Verhaftungen. Truppenſtärke in und um Komorn. Ungariſche Guerillas. Radetzky's ruſſiſches Feldmarſchallgehalt. Günſtige Ausſichten für Trieſt. Der Kaiſer und Wohlgemuth. Umgewandelte Stimmung in Prag.) Berlin (Verhandlungen der erſten Kammer.) Poſen (Stellung und Stärke der ruſſiſchen Armee im Weſten. Einwirkung der ungariſchen Siege auf die Polen. Forderungen derſelben.) München (von der Pfordten's Ernennung zum Miniſter des Aeußeren. Gerücht von einer bevorſtehenden Kammer-Auflöſung.) Stuttgart (Ständiſche Adreſſe an den König mit ungeheurer Mehrheit beſchloſſen. Abordnung an denſelben. Ausweichende Antwort des Königs. Aufzug der Bürgerwehr und Erklärung derſelben für die Reichsverfaſſung. Gereizte Stimmung. Vertrauliche Berathung der Stände.) Baden (Baden ſteht zur Reichsverfaſſung. Oeſterreichiſche Truppen nach Ungarn. Frau Struve.) Weimar (Eifer für die Reichsverfaſſung.) Schleswig (Die Hauptflagge des Chriſtian VIII. Vom Kriegeſchauplatz. Zwei Geſchütze verloren.) Lübeck (Die Bürgerſchaft über die Reichsverfaſſung.)

Großbritannien. London (Vertheidigung der Miniſter im Globe. Die Söhne ihrer Väter.)

Frankreich. Paris (Die wahrſcheinliche Vertagung der National-Verſammlung. Die Vereinigung der gemäßigten und extremen Republikaner. Brief Louis Napoleon's an ſeinen Vetter. Rechtfertigung der außerordentlichen Stellung Changarniers durch den Miniſter. Sitzung der Repräſentanten-Kammer vom 20. April.)

Spanien. Madrid (Poſtvertrag mit Frankreich. Erſchießung der Karliſten.)

Italien. Aus Oberitalien (Die Störung der Friedensunterhandlungen. Der Kongreß.) Florenz (Ruhe. 10,000 Oeſterreicher.) Rom (Strafe der widerſpenſtigen Domherren.) Aus Sicilien (Beſtürzung in Palermo.)

Schweiz. Bern (Bundesgeſetz über das Poſtweſen.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

23. April.

Wenn jetzt in Stuttgart (ähnlich vielleicht in München und Dresden) von unantaſtbaren Rechten der Krone geſprochen wird, welche einem andern Souverain nicht abgetreten werden können, ſo klingt das faſt, als handelte es ſich um eine von unvordenklicher Zeit hergebrachte Souverainetät, welcher durch irgend welche fremde Uſurpation Gewalt angethan werden ſoll. Wie kurz (unſere immerwährende Klage!) wie lächerlich kurz iſt doch das Gedächtniß des jetztlebenden Geſchlechtes! Der Vater des Königs von Würtemberg, der Großvater des Königs von Baiern, der Oheim des Königs von Sachſen waren Vaſallen; von einer Krone, von unantaſtbaren Rechten derſelben, war bei ihrem Regierungsantritt nicht die Rede; vielmehr hatten ſie geſchworen, dem Kaiſer und Reich treu und hold zu ſein, gehorſam und gewärtig. Denn die Souverainetät ſtand bei Kaiſer und Reich; die Uſurpation war bei Denjenigen, die von Kaiſer und Reich ſich losgeriſſen.

Wär's noch ein Losreißen geweſen durch eigne Kraft, wie man's etwa dem Vollwüchſigen verzeiht, den ein Andrer in Unterthänigkeit halten will. Aber es war ja nur eine Souverainetät von Napoleons, von des Reichsfeindes Gnaden. „Zufolge eines mit S. M. dem Kaiſer von Frankreich unter'm 12. Dez. v. J. errichtelen Staatsvertrages" — das iſt das Geſtändniß der würtembergiſchen Proklamation vom 1. Jan. 1806 — „haben wir die königliche Würde für uns und unſere Nachkommen angenommen." Die erſte öffentliche Kunde von der baieriſchen Königswürde iſt enthalten in einem Tagsbefehl des Marſchalls Berthier aus Schönbrunn vom 19. Dezember 1805. Die Souveränetät der neuen Könige war ausgeſprochen im 14. Artikel des Preßburger Friedens. Freilich, die Franzoſen hatten ſchon beim weſtphäliſchen Frieden mit dem Worte zu tändeln verſucht, wenn ſie in ihren Ueberſetzungen den Begriff der Landeshoheit wiederzugeben behaupteten. Daß dieſe Souveränetät unverträglich ſei mit dem Verhältniß zu Kaiſer und Reich, das erwies die raſche Folge der Begebenheiten, wie ſie mit dem Rheinbund ſich abſchließt. Hatte doch ſelbſt ſchon der Preßburger Friede (im 7. Artikel) für Kaiſer und Reich den Ausdruck confédération germanique aus der Taſche geſpielt. Auch die eigentliche Definition der Souveränetät, diejenige, kraft deren es Rechte der Krone geben kann, die man einen andern Souverän abzutreten ſich weigert, iſt aus Napoleons Feder. In dem Brief an den Fürſten Primas (aus Saint-Cloud vom 11. September 1806) heißt es: „les princes de la confédération du Rhin sont des souverains, qui n'ont point de suzerain." Und der entſcheidende Grund: „nous les avons reconnus comme tels." Sachſen ließ man laufen, ſo lange man ſich darin gefiel, Preußen mit dem Trugbild eines nordiſchen Bundes zu äffen. Am 11. Dezember 1806 erwarb, mit dem Beitritt zum Rheinbund, auch Sachſen im Poſener Frieden die Königswürde, erwarb ſie, wie die Andern, durch die Gnade Desjenigen, der die Spuren der nationalen Gemeinſchaft von der deutſchen Erde wegzutilgen bemüht war.

Gewiß, es iſt nicht wohlgethan, die Frage nach dem Urſprung ſolcher Kronrechte herausfordernd anzuregen.

Auch im Norden iſt ein Königshof, von deſſen Widerſtreben alle Welt zu wiſſen glaubt. Wir geben bereitwillig zu, daß die Krone Hannover eines andern Urſprungs ſich rühmen darf. Sie erhob ſich urplötzlich auf dem Wiener Kongreß — die improviſirte Erfindung eines Staatsmannes, der ſeinen Herrn gegen alberne Rangſtreitigkeiten ſicherſtellen wollte. Das Selbſtgefühl des Grafen Münſter und die ſchleunigſt erfolgende Zuſtimmung von Carlton-Houſe, konnte ſich auf die ganze Geſchichte Hannovers berufen, um den ſchneidenden Kontraſt mit dem Urſprunge jener Krone zu bezeugen. Auch die Kurwürde hatte jener ältere Ernſt Auguſt der eifrigen Reichshülfe gegen Frankreich, der Gunſt Frankreichs aber ſo wenig verdankt, daß vielmehr Frankreich am ſpäteſten (erſt im Badener Frieden) ſie anerkannte.

Sollte wirklich Hannover ſich heute im Widerſtreben gegen den Nationalwillen auf eine Parallele mit den napoleoniſchen Souveränetäten ſtellen, ſo wäre es im ſchneidendſten Widerſtreite mit der ganzen Politik, die es in entſcheidenden Zeiten beobachtet hat, für die es oft geprieſen iſt und noch heute geprieſen wird. Hannover hat am ernſteſten gezürnt, wenn man anderwärts, den Anſprüchen der Nation gegenüber, auf unantaſtbare Rechte der Souveränetät ſich berufen wollte. Bei der Auflöſung des Reichs erklärte Kur-Hannover: es werde das Reich und deſſen Haupt als den Rechten nach fortwährend anſehen. Den vereinigten Fürſten und freien Städten erwiederte Graf Münſter am 25. Nov. 1814: er theile vollkommen die Ueberzeugung, daß der zweckmäßigſte Weg der geweſen ſein würde, die alte Reichsverfaſſung als Grundlage beizubehalten, dahin ſeien auch die Inſtruktionen des Prinzen Regenten ertheilt. Als Baiern auf ſeine Souveränetätsrechte pochte, meinte Münſter: kein Fürſt würde wünſchen, in dem Lichte ſich darzuſtellen, als hätte er durch die Rheinbundsakte mit einem fremden Fürſten einen Vertrag gegen ſeine eigenen Unterthanen eingehen wollen. Bei der Unterzeichnung der Bundesakte bedauerte Hannover, daß „nachdem eine modificirte Wiederherſtellung der Reichsverfaſſung durch bekannte politiſche Verhältniſſe unmöglich geworden, nicht wenigſtens ein Bund zu Stande gekommen ſei, der nicht blos ein politiſches Band unter den verſchiedenen Staaten, ſondern zugleich ein Begriff älterer Verfaſſungen, eine Vereinigung des geſammten deutſchen Volkes in ſich faſſe."

Und Hannover, damals im preiswürdigen Ehrgeiz ſo bereit, mit dem Beiſpiel der Unterordnung Andern voranzugehen, Hannover könnte ſich jetzt auf unantaſtbare Rechte der Souveränetät berufen wollen?

Etwa auf die in der Bundesakte garantirten? Wir werden nicht am Schluß eines Artikels, auf die Frage eingehen über die Bedeutung der Bundesakte, welche die Nation, ſo bald ſie gehört ward, verwerfen hat, der Reichsverfaſſung gegenüber, für welche die Nation durch ihr rechtmäßiges Organ und durch tauſendſtimmiges Zeugniß ſich ausſpricht. Aber wir wollen Preußen erinnern an ein Wort, das es am 9. Oktober 1806 in dem Manifeſt von Erfurt geſprochen: „Vor allen Tractaten haben die Nationen ihre Rechte."

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 20. April. Mit der nächſten Woche geht unſere Frühjahrmeſſe vollends zu Ende. So über alle Erwartung günſtige Reſultate der Großhandel auch lieferte, wenn auch nicht in allen Artikeln, ſo iſt zu bedauern, daß ſich der Detailhandel nicht derſelben Erfolge rühmen kann. Die Meſſe iſt zwar täglich ſehr belebt und das Detailgeſchäft ruht nicht, allein die unfreundliche Witterung wirkt nachtheilig, denn ſie vermindert den Meſſebeſuch. Große Lebhaftigkeit herrſcht fortwährend an der Börſe und namentlich ſind es die öſterreichiſchen Metallique's, mit welchen ſich die Spekulation ſtark beſchäftigt, da ſie die beſte Ausſicht auf Gewinn und Verluſt (und Fluktnation iſt das Lebenselement der Börſe) liefern. Vorerſt halten ſich die öſterreichiſchen Fonds ziemlich feſt nach dem erſten Stoß der Hiobspoſt aus Ungarn. Die Hauſſiers überlaſſen ſich der Hoffnung, bald Siegesbülletins der öſterreichiſchen Waffen aus Ungarn zu leſen, nachdem Oeſterreichs Freunde, die Ruſſen, in Galizien und Siebenbürgen eingerückt ſind und alle nur möglichſt zu entbehrenden Truppen Oeſterreichs nach Ungarn geworſen werden, um dieſes fruchtbare Land recht mit Blut zu düngen, und Fürſt Windiſchgrätz „ſeine Miſſion in Ungarn erfüllt hat."

⋮ **Frankfurt,** 22. April. Geſtern Abend war Verſammlung im Weidenbuſch. Zuvörderſt ward ein präjudicieller Antrag bekämpft und abgelehnt, wonach die Diskuſſion über den Dreißigerausſchuß bis auf Donnerstag den 26. d. M. ausgeſetzt werden ſollte und zwar in Betracht verſchiedener neuer Ereigniſſe, deren Entwicklung abzuwarten ſei, bevor man auf irgend eine Beſchlußnahme eingehe. Man verkannte nicht, daß es von der höchſten Wichtigkeit ſei, gegenwärtig nicht durch ein vielleicht zaghaft ſcheinendes Zögern das Vertrauen des Volkes auf den Ernſt und die Feſtigkeit der Reichsverſammlung zu ſchwächen, und man machte mit Grund geltend, daß eben dieſe Feſtigkeit gebiete, den Dingen friſch und muthig in das Auge zu blicken. Man verlangte keine überſtürzenden Maßregeln, aber doch erſchien vielen der Majoritätsbeſchluß des Ausſchuſſes als zu milde und ward insbeſondere deshalb angegriffen, weil er eine Aufſchiebung ins Unbeſtimmte zu enthalten ſcheine, welche nicht in der Abſicht der Reichsverſammlung liegen könne. Es wurden verſchiedene Anträge geſtellt und man vereinigte ſich dahin, alle dieſe Anträge dem Vorſtande der Weidenbuſchverſammlung zu übergeben, damit derſelbe mit Zuziehung noch einiger Mitglieder der Verſammlung ſie erwäge und heute Abend in einer um 7 Uhr angeſetzten Verſammlung darüber Vorlage mache.

⋮ **Frankfurt,** 23. April. Im Weidenbuſch hat man geſtern Abend ſich dahin vereinigt, der Diskuſſion heute ihren Fortgang zu laſſen und alle etwa zu ſtellende Anträge noch zu verſchieben, um jede Ueberſtürzung nach Möglichkeit zu verhüten. Mitgetheilt ward die Nachricht, daß in der zweiten Kammer zu Berlin der dritte Satz des Rodbertus'ſchen Antrags angenommen ſei. Von Stuttgart lief die eigenthümliche Nachricht ein, es habe der Prinz Friedrich ohne Wiſſen des dortigen Kriegsminiſters die im badiſchen Oberlande ſtehenden würtembergiſchen Truppen zurückbefehligt, indeſſen ſei ihnen bereits durch den Kriegsminiſter der ſtrengſte Gegenbefehl zugeſendet worden. Alſo auch dort Kamarilla hinter der Regierung? Will man denn mit wahnſinniger Gier das Unglück über Deutſchland herbeirufen, was eine nothwendige Folge der Erbitterung des Volkes ſein muß?

△ **Wien,** 18. April. Statt der gehofften Amneſtie finden wir in mehreren miniſteriellen Blättern folgenden Beſchluß: „Sr. Maj. haben über Vortrag des Juſtizminiſters mit allerhöchſter Entſchließung vom 20. v. M. zu befehlen geruht, daß aus Anlaß der im Oktober v. J. in Wien ſtattgehabten Ereigniſſe von den Civilſtrafgerichten nur jene Perſonen in Unterſuchung und Strafe gezogen werden ſollen, welche ſich als Urheber, Rädelsführer oder beſonders thätige Beförderer dabei betheiligt haben; ſo wie überhaupt alle öffentlichen Beamten und Seelſorger, welche einer Theilnahme hieran rechtlich beanzeigt werden. Gegen minder betheiligte Individuen, wenn ſie nicht gleichzeitig wegen anderer Verbrechen beinzichtigt ſind, iſt die Unterſuchung ſogleich auszulaſſen, und die etwa Verhafteten ſind auf freien Fuß zu ſetzen." Sogar für jene Sträflinge, welche den größten Theil ihrer Strafzeit ſchon abgeſeſſen, iſt die Bitte um Begnadigung abgelehnt worden. Kein einziger Akt der Gnade ſoll alſo nach dem Dafürhalten unſers Miniſterrathes den Regierungsantritt unſeres jungen Monarchen bezeichnen! Wenn von dem Eindruck, welchen dieſer Entſchluß hier hervorbringt, auf die Provinzen zu ſchließen iſt, ſo wird derſelbe überall im Lande ein peinlicher ſein. Auf die Bekanntmachung des Fürſten Windiſchgrätz vom 10. d. M., daß auf Verordnung des Kaiſers zur Deckung der Kriegskoſten in Ungarn Anweiſungen von 5, 10, 100 und 1000 fl. auf die Landeseinkünfte Ungarns mit einem Zwangskurſe ausgegeben werden, ſind die Kurſe an unſerer Börſe geſtiegen, beſonders die 5 pCt. Metalliques, und das Silberagio ging zurück; beides kam den Baiſſiers, welche auf die neue Anleihe ſpekuliren, ſehr ungelegen, da ſie in Erwartung des Abſchluſſes derſelben ſeit Monaten bemüht waren, die Kurſe möglichſt herunter zu drücken. Unſer Finanzminiſter iſt aber ein geborner Optimiſt — er hofft für unſere Geldverlegenheiten immer das Beſte und die Hoffnungen der Herrn Baiſſiers dürften daher noch eine Weile unerfüllt bleiben. Alle Gerüchte über die Berufung des Feldmarſchalllieutenant Haynau nach Ungarn oder als Gouverneur nach Wien bleiben unbeſtätigt, um ſo mehr als der Angriff auf das Fort Malghera in Bälde ſtattfinden ſoll, und der Viceadmiral Dahlerup die Angriffe zur See auf Venedig in Uebereinſtimmung mit Haynau, der 25,000 Landtruppen mit 80 ſchweren Geſchützen befehligt, leiten wird. Die Beſchießung von Komorn hat aufs Neue begonnen. Die Gefangnen, welche bei dem letzten Ausfalle gemacht wurden, erzählen, daß Mack den Oberbefehl in der Feſtung an Török habe abgeben müſſen, da er von Uebergabe geſprochen. Das Regiment Stephan Infanterie hat ſo bedeutend gelitten, daß man es aus dem Feuer bringen wollte, doch wollte es nicht vom Platze weichen, man mußte ſich daher begnügen es durch ein Reſerve-Bataillon zu verſtärken. Es ſteht nach wie vor im erſten Treffen vor Komorn.

Unſer Gemeinderath hat eine Anerkennungsadreſſe an das Wiener Freiwilligen-Bataillon (unter der Anführung des Oberſtl. Billing) welches ſich bei Novara wieder vor allen andern auszeichnete, beſchloſſen; überdies ſoll eine Subſkription für die Verwundeten dieſes Bataillons und für die Hinterbliebenen der tapfern Gefallenen eröffnet werden.

Die Jagd auf politiſche Abzeichen wird hier eifrig fortgeſetzt und es iſt gar nichts Seltenes, daß die Sicherheitswache Damen in Erinnerung bringt, daß das Tragen rother Bänder verboten ſei. Auch an Verhaftungen läßt es die Central-Unterſuchungs-Kommiſſion nicht fehlen. In den letzten Tagen wurde ein berühmtes Orcheſtermitglied des Kärnthnerthortheaters und der durch ſeine Reden im Odeon bekannte deutſch-katholiſche Prediger Pauli gefänglich eingezogen.

* **Wien,** 13. April. Feldmarſchall-Lieutenant Wohlgemuth iſt in Neutra eingetroffen, um ein ſelbſtſtändiges Korps von 3 Brigaden zu übernehmen. Komorn, wo die Beſatzung noch an 14,000 Mann ſtark ſein ſoll, wird aus 140 Geſchützen bombardirt. Die Cernirungstruppen zählen an 20,000 Mann. Mack ſoll durch Török geſtürzt werden und letzterer nunmehr der Leiter der Bewegung in der Feſtung ſein; Mack wird durch ſeine eigenen Leute als Verräther bewacht, weil er nach ſeiner Ueberzeugung ſich geäußert haben ſoll, die Feſtung binnen 8 Tagen übergeben zu müſſen, wenn kein Entſatz anlangt. — Nach einer in miniſteriellen Blättern mitgetheilten Proklamation des ungariſchen Kriegskommiſſärs Szemere, werden bei den Inſurgenten Guerillascorps organiſirt. Der Tagesſold eines Gemeinen iſt 12 kr. Konventionsmünze. Alles, was das Korps dem Feinde abnimmt, bleibt ſein Eigenthum, auch wenn die Beute fl. 100,000 ausmacht. Jeder bekommt von der Regierung eine Guba, Stiefel und Waffen, dann jährlich zu Kleinigkeiten 5 fl. Konventionsmünze. Heute Morgens ſoll ein Kurier mit günſtigeren Nachrichten vom ungariſchen Kriegsſchauplatze hier angelangt ſein. Nach einer Notiz des „Soldatenfreunds" beträgt der Jahresgehalt, welcher Feldmarſchall Radetzky als Feldmarſchall aller ruſſiſchen Heere zu

beziehen hat, nicht weniger als 80,000 Silberrubel (fl. 130,000 K.-M.) — Trieſt erſcheint zu einem bedeutenden Emporium auserſehen und dürfte in Kurzem ein öſterreichiſches Liverpool und Portsmouth werden. Es ſoll hier nämlich ein maritimes Gubernium errichtet und das früher zu Venedig beſtandene Marine-Oberkommando hieher verlegt werden. Eben ſo geht man mit der Idee um, das Marinearſenal und die Kriegswerften dahin zu verlegen. Nach einer Paraphraſe des heutigen „Lloyd" über die Einführung des Zwangspapiergelds für Ungarn wäre eine ähnliche Maßregel für das lombardiſch venetianiſche Königreich zu erwarten. Vor Kurzem ritt der Kaiſer in Begleitung des Feldmarſchall-Lieutenants v. Wohlgemuth auf einem herrlichen Schimmel ſpazieren, der die beſondere Aufmerkſamkeit Wohlgemuths ſo erregte, daß ſie ſich in vielem Lob über das ſchöne Thier äußerte. Als ſpäter der Feldmarſchall-Lieutenant in einer Abſchiedsaudienz bei ſeiner Majeſtät ſich empfahl, um ſeine Reiſe nach Ungarn anzutreten, ſprach der Monarch die freundlichen Worte: „Leben Sie wohl, im Bahnhof werden Sie einen Bekannten finden, nämlich ein Pferd, das Ihnen ſo ſehr gefiel; es iſt zwar kein kaiſerliches Geſchenk, wohl aber eine Gabe, wie ſie ein Soldat dem andern gibt." Aus Prag wird der „Preſſe" von einer Veränderung der Geſinnung der czechiſchen Partei, zu Gunſten der Magyaren, berichtet. So wurde neulich dem auf der Eiſenbahn weggegangenen Bataillon des Regiments Großfürſt Michael von dem zahlreich verſammelten Volke manches „Eljen Koſſuth" nachgerufen. Der Wiſcherad wird ſtark befeſtigt und den Civilperſonen iſt der Zutritt zu den dortigen Baſteien ſtreng unterſagt.

✗ **Berlin**, 20. April. In der erſten Kammer waren heute die Tribünen überfüllt. Auf der Tribüne für die Abgeordneten der zweiten Kammer bemerkte man Grabow, Graf Renard, Rodbertus, Berg, D'Eſter, Berends und viele Andere. Alles war geſpannt, die Interpellation des Grafen Dyhrn und Bergmann's und die Antworten der Miniſter zu hören. Die Hoffnung, eine Entſcheidung in der deutſchen Angelegenheit zu vernehmen, ſollte aber zu Waſſer werden. Graf Dyhrn fragt: „Ob der Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten gewillt ſei, 1) die Inſtruktion, welche der beſondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten; 2) die Antwort, welche das Miniſterium auf die öſterreichiſche Depeſche vom 8. d. M. ertheilt habe, der Kammer mitzutheilen und die betreffenden Papiere auf der Tafel der Kammer niederzulegen." Hierauf antwortet Graf Arnim: „In Rückſicht, daß dieſe Sache noch ſchwebt und daß in wenigen Tagen eine Erklärung abgegeben werden ſoll, ſehe ich mich veranlaßt, die Beantwortung der Interpellation abzulehnen." Laute Zeichen getäuſchter Erwartung. Auf einen Einwand des Grafen Dyhrn fragt der Präſident den Miniſter, ob er die Beantwortung nur für jetzt oder definitiv ablehne. Der Miniſter erwidert: „Definitiv". Dann folgt die Interpellation Bergmanns, die ſo lautet: „Anknüpfend an die der Kammer mitgetheilte Note vom 3. d. und in Erwartung der nach Ablauf der darin geſtellten Friſt zugeſagten definitiven Erklärung erſuche ich das königl. Staatsminiſterium, der Kammer 1) über die inzwiſchen getroffenen Maßregeln und namentlich über den Inhalt der dem dieſſeitigen Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. ertheilten Inſtruktion, 2) darüber, welche deutſche Regierungen über die in der Note vom 3. d. hervorgehobenen Punkte Erklärungen und welchen Inhalts abgegeben haben, und 3) darüber Mittheilung zu machen, welche Schritte von der Regierung Sr. Majeſtät in Folge der beiden Depeſchen getroffen ſind, die das kaiſerlich öſterreichiſche Kabinet an ſeine Bevollmächtigten bei der proviſoriſchen Centralgewalt und bei der hieſigen Regierung am 5., reſp. 8. d. Mts. erlaſſen hat." Der Miniſterpräſident erklärt ſich bereit, die Interpellation ſogleich zu beantworten. Bergman weiſt in kurzer Rede nach, wie wichtig es für das Land ſei, von dem Gang der hochwichtigen Verhandlungen Kenntniß zu erhalten, und Graf Brandenburg ſagt: „Ad I. muß ich bedauern, keine Erklärungen hier abgeben zu können, da die Verhandlungen noch ſchweben. Ad II. ſtelle ich es der hohen Kammer anheim, ob ich die Erklärungen der 28 Regierungen, die an unſern Bevollmächtigten in Frankfurt abgegeben ſind, hier vorleſen ſoll. (Die Kammer genehmigt den Vorſchlag des Präſidenten, daß die Erklärungen auf das Büreau niedergelegt werden ſollen.) Ad III. bin ich ebenfalls verhindert eine Erklärung abzugeben, weil die Verhandlungen noch im Gange ſind. Ich kann aber hinzufügen, daß ich hoffe, ſchon in den nächſten Tagen im Stande zu ſein, über dieſe Angelegenheit alle Auskunft zu geben." (Bewegung). Hierauf wird der dringliche Antrag von Gierke verleſen: „Die hohe Kammer wolle folgenden Beſchluß faſſen: Es erklärt die erſte Kammer 1) daß ſie die von der deutſchen Reichsverſammlung gegebene und am 28. März d. J. verkündete Verfaſſung als unbedingt rechtsgültig anerkenne; 2) daß ſie dagegen die Cirkulardepeſche in ſo weit entſchieden mißbillige, als darin der Standpunkt der Vereinbarung über dieſe Verfaſſung zwiſchen den zu einem Bundesſtaate zu vereinigenden deutſchen Staaten einerſeits, und der Nationalverſammlung andererſeits aufgeſtellt und feſtgehalten worden iſt." Wie vorauszuſehen war, erhält dieſer Antrag die für die Dringlichkeit nöthige Unterſtützung nicht. Es folgt nun der Bericht des Centralausſchuſſes über den Antrag Bornemanns und Genoſſen: den Verordnungen vom 2. und 3. Januar über Gerichtsorganiſation die vorläufige Genehmigung zu ertheilen. Die Majorität des Ausſchuſſes hat einen Antrag auf motivirte, die Minorität auf einfache Tagesordnung geſtellt. Nach einer ziemlich matt geführten Debatte, in welcher nur die Gegner Leue und Stahl die Aufmerkſamkeit einigermaßen zu feſſeln wiſſen, erklärt ſich die Kammer für die motivirte Tagesordnung, der auch der Juſtizminiſter beigetreten war. Sie lautet: „In Erwägung, daß die Kammer in der Sitzung vom 22. März beſchloſſen hat, auf den Antrag: Se. Majeſtät zu bitten, daß er den Juſtizminiſter anweiſe, mit Ausführung der Verordnungen vom 2. und 3. Januar einzuhalten, nicht einzugehen, und daß dieſer Beſchluß eine vorläufige Genehmigung der Ausführung und Anwendung beider Verordnungen bereits enthält, geht die Kammer u. ſ. w. Schließlich erſtattet die Petitionskommiſſion Bericht über eine große Anzahl Petitionen, worunter mehrere das Bürgerwehrgeſetz betreffen.

⁑ **Poſen**, 14. April. Aus authentiſchen Quellen kann ich Ihnen über die Stellung der ruſſiſchen Weſtarmee folgendes mittheilen. Im Königreich Polen ſteht das dritte Armeekorps (General Rüdiger) und die Hälfte des vierten (Czogadajan mit den Reſerven.) Das Ganze ergiebt ziemlich 120,000 Mann. In Litthauen ſteht das ſogenannte Grenadierkorps (beiläufig 37 Bataillone und 32 Schwadronen Kavallerie) etwa 40,000 Mann, und ein Theil des erſten Armeekorps. Die Ankunft des Gardekorps, welches aus 37 Bataillonen und 72 Schwadronen beſteht, (über 40,000 Mann) wird ſeit Monaten täglich angekündigt, es iſt aber ſchwerlich in Bewegung geſetzt worden. In Wolhynien ſteht der andere Theil des vierten Armeekorps, das Hauptquartier iſt Dubeno. In der Gegend von Kioro ſteht das zweite Armeekorps, bei Krzemieniec eine mobile Kolonne des General Pawlow. In der Moldau und Walachei endlich das Armeekorps unter General Lüders, welches 65,000 Mann zählt. Im Frühjahr wird bei Luck eine große Heerſchau ſein. Etwa 120,000 Mann ſollen zuſammengezogen werden und der Kaiſer und der Thronfolger dazu eintreffen.

Uebrigens klagt man weiter im Inneren z. B. in Wolhynien gar nicht über die Anhäufung der Truppen. Dieſe bringen ſogar den Grundbeſitzern Vortheile durch die Steigerung der Futterpreiſe, beſonders da, wo viel Kavallerie und Artillerie liegt. Trotz der vorjährigen Mißernte nämlich iſt dort das Getreide faſt werthlos, weil durch den Bankerott mehrere Häuſer in Danzig und Odeſſa und auch ſonſt durch das Stocken der Geſchäfte der Getreideabſatz faſt ganz aufgehört hatte. Die ruſſiſche Regierung hat offenbar aus Politik, um die Gährung unter der arbeitenden Klaſſe der Landbevölkerung zu beſchwichtigen, die Handarbeitszeit herabgeſetzt, ohne den Lohn zu erniedrigen, wodurch dem Grundbeſitzer namhafte Nachtheile erwachſen, das Volk aber befriedigt iſt.

Hier in Poſen iſt faſt die ganze Aufmerkſamkeit des Publikums nach Siebenbürgen und Ungarn gerichtet (über die endliche Konſtituirung eines einigen deutſchen Vaterlandes ſind wir neuerdings beruhigter), weil offenbar die Fäden einer polniſch-ungariſchen Propaganda hieher gelegt worden ſind. Es iſt bekannt, daß Koſſuth in Frankfurt, Paris und London ſeine Agenten hat, daß Bem nach der Türkei operirt. Auch unſer polniſcher Adel ſcheint mit Letzterem und Dembinſki in lebhafter Wechſelwirkung zu ſein. Man will hier wiſſen, daß Bem einen förmlichen Vertrag mit der Pforte abgeſchloſſen und daß er durch ungariſche Agenten ſich ſelbſt an Palmerſton in dieſen Angelegenheiten gewandt habe. Schöpfen nun unſere Polen aus dem glücklichen Kampfe Ungarns Hoffnungen für ſich, oder haben ſie noch andere Veranlaſſungen, genug ihre Organe nehmen wieder einen Ton der Anmaßung an, der

lebhaft an das vorige Frühjahr erinnert. Das Miniſterium hat neben den beiden ganz polniſchen Gymnaſien Trzemeszno und Oſtrowo das katholiſche Marien-Gymnaſium in **Poſen** in ein polniſches dadurch verwandelt, daß es den polniſchen Lehrvortrag zugab; dies genügt den Polen indeſſen nicht, ſie verlangen nunmehr auch eine polniſche Univerſität (natürlich auch in der deutſchen Stadt Poſen), ein beſonderes Miniſterium für das ganze Großherzogthum, die Anerkennung der Unabhängigkeit derſelben, die Feſtſtellung der Perſonalunion und das Aufgeben der angemaßten Einverleibung eines Theils von Poſen in Deutſchland, ſo wie der lächerlichen Behauptung: Poſen ſei ein integrirender Theil von Preußen. Nächſtens werden wir dieſe Sprache auch in Berlin in den Kammern hören! Ihr gegenüber iſt die hieſige Abgrenzung und adminiſtrative Trennung eines ſeligen Todes entſchlafen! Denkt man dabei an die ungeheure aufgewandte Kraft und Mühe und an die heißen Kämpfe hier und in Frankfurt, ſo möchte man ingrimmig werden über dieſes: parturiunt montes, nascetur ridiculus mus!

A **München**, 20. April. Die Ernennung v. d. Pfordten's zum Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten iſt ſeit geſtern offiziell bekannt, und der Eindruck, der dadurch bei allen Denen hervorgerufen wird, welche Baierns Heil nur in einem innigen Anſchluſſe an Deutſchland zu erkennen vermögen, ein ſehr peinlicher. Wenn auch Niemand ſich einfallen laſſen wird, die Talente und den ausgezeichneten perſönlichen Charakter deſſelben irgend wie verkleinern zu wollen, ſo iſt es doch offenbar, daß v. d. Pfordten ſeine in Sachſen bereits auf die Spitze getriebene Theorie der Vereinbarung und ſeine partikulariſtiſchen Beſtrebungen auch in Baiern fortſetzen wird — ja fortſetzen **muß**, wenn er nicht ſich ſelber untreu werden will. Ja, als eine Beſtätigung dieſer Meinung taucht gleichzeitig das Gerücht auf, v. d. Pfordten habe es zur Bedingung ſeines Eintrittes ins Miniſterium gemacht, daß die Kammern aufgelöſt würden, ein Gerücht, das auch offenbar viel Wahrſcheinlichkeit für ſich hat; denn bekanntlich iſt unſer neuer Miniſter des Aeußern ein konſtitutionell geſinnter Mann, der alſo wohl ſchwerlich wird Miniſter ſein wollen, wenn er die Mehrheit der Kammer gegen ſich hätte, und allem Anſchein nach iſt er in dem Wahne, die Mehrzahl des Volkes ſei anderer Meinung als die von demſelben gewählten Vertreter. Wenn aber, wie nicht anders zu erwarten ſteht, die neuen Wahlen ſo ausfallen, daß abermals die Majorität der Kammer ſich in gleichem Sinne ausſpricht, wie die jetzige — ſo wird dadurch nur wieder eine neue Miniſterkriſis nothwendig werden, und das Land wird dadurch nichts gewonnen haben, als daß es all der Unruhe und all den Kämpfen der neuen Wahlen Preis gegeben, und daß damit vielleicht die günſtigſte Zeit für einen unbedingten Anſchluß an die deutſche Sache verloren würde.

** **Stuttgart**, 21. April, Morgens. Wir ſehen etwas fröhlicher in die Zukunft; vielleicht löſt ſich der Knoten friedlich, wenn anders die Gewalt der einſtimmigen öffentlichen Meinung ihren Einfluß auf eines einzelnen Menſchen Herzen nicht ganz verloren hat. Denn alles, was berufen iſt, ein Theil der öffentlichen Stimme, ſich zu erheben, vollzieht ſeine Pflicht. Die Kammer der Abgeordneten vereinigte ſich, wie ich berichtete, geſtern wieder um 5 Uhr Nachmittags. Man wußte, daß zwei Adreſſen, eine mildere von Mack und eine ſchärfere von Schimper vorbereitet ſeien; indeſſen entſtand darum keinerlei Spaltung. Die Deputation, welche zu den Miniſtern geſandt worden und mit ihnen verhandelt hatte, erſtattete ihren Bericht und beantragte: „Seiner Majeſtät dem König durch eine Deputation eine Adreſſe zu überreichen und darin die ehrfurchtsvolle Bitte niederzulegen, daß von Seiten der Staatsregierung die Gültigkeit der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen und verkündeten Reichsverfaſſung alsbald und vollſtändig anerkannt werden möge." Die Motivirung der Adreſſe nahm, wenn gleich in milderer Form, die Hauptpunkte der Schimperſchen auf; ſie beruft ſich auf die früher ſtets ausgeſprochene Unterwerfung Würtembergs unter die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung; ſie macht auf die ſchweren Folgen des Widerſpruchs mit dem offenkundigen Willen des deutſchen Volks für die Ruhe des engeren und weiteren Vaterlands aufmerkſam, und enthält die dringende Vorſtellung, wie nothwendig es ſei, getreu der Zuſage und entſprechend dem Ruhme des würtembergiſchen Königs, der deutſcheſte der Fürſten zu ſein, die Rechtsbeſtändigkeit der Reichsverfaſſung ausdrücklich anzuerkennen; ſie erklärt, die Kammer könnte keinem Miniſterium ihre Unterſtützung gewähren, welches in der deutſchen Frage eine andere Geſinnung verträte, als die gegenwärtigen Miniſter. Die Adreſſe ſchließt mit der ehrfurchtsvollen Bitte, die unumwundene Anerkennung der Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung für Würtemberg durch die Regierung ausſprechen zu laſſen. Die Debatten über die Adreſſe waren äußerſt erfreulich; die vorgeſchlagene Adreſſe fand alsbald die vielſeitigſte Unterſtützung, ſowohl von konſervativer Seite (den Prälaten, Graf v. Degenfeld) wie von der Linken (Becher, Seeger, Süskind ꝛc.) welche, wenn ſie auch eine entſchiedenere Form gewünſcht hätte, doch alsbald im Intereſſe der Einigung die vorgeſchlagene Adreſſe unterſtützte. Die Reden waren bei aller Entſchiedenheit durch ihre Mäßigung ausgezeichnet. Die einzigen Gegner waren: Kuhn, der katholiſche Profeſſor, die Freiherren v. Varnbüler, und v. Linden, die beiden angeblichen Miniſterkandidaten. Endlich um $9\frac{1}{2}$ Uhr Abends war die Abſtimmung zu Ende, und die Adreſſe mit 70 gegen 7 Stimmen (3 Adelige und 4 Katholiken) angenommen. Man hat die Kammer ſchon vielfach getadelt — ihr Benehmen in der deutſchen Frage iſt ſicher über jeden Tadel erhaben! — Mit ungeheurem Jubel wurde das glänzende Reſultat von der zahllos auf der Straße, im Verſammlungslokal des Volksvereins ꝛc. verſammelten Menge aufgenommen. Solche Majoritäten wirken! — Eine Menge Bewohner der Umgegend waren geſtern hier, ſo Deputationen der Gemeinderäthe ꝛc. an das noch nicht abgetretene Miniſterium. — Eine Verſammlung der Offiziere der Stuttgarter Bürgerwehr, gleichfalls geſtern Abend, ſetzte auf heute zu Ehren der deutſchen Reichsverfaſſung eine **Bürgerwehrmuſterung** feſt. Der Kommandant der Bürgerwehr, Generalmajor v. Alberti, der politiſche Demonſtrationen der Bürgerwehr vergeblich verhindern wollte, legte in Folge des Beſchluſſes ſein Amt nieder. Die Parade wird ſtatthaben. — Das allgemeine Gerücht läßt den König von hier abgereiſt ſein; ich erzähle daſſelbe blos, um die Reihe des zu Berichtenden voll zu machen. Heute wird ihm eine ſtändiſche Deputation die beſchloſſene Adreſſe überbringen.

Hier die Adreſſe in ihrem Wortlaut:

„Eure königliche Majeſtät haben durch Ihre Miniſter zu wiederholtenmalen in der Ständeverſammlung die unbedingte Unterwerfung unter die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung erklären laſſen. Dieſe Erklärung ſteht nicht nur mit den Beſchlüſſen der Kammer der Abgeordneten in Uebereinſtimmung, ſondern ſie iſt auch von dem geſammten Volke mit dem tiefſten Danke aufgenommen worden. Mit um ſo größerer Beſorgniß hat uns, die Abgeordneten des würtembergiſchen Landes, die Kunde erfüllt, welche ſo eben gegen eine ſtändiſche Kommiſſion von den hiezu eingeladenen Departementschefs beſtätigt worden, daß Eure königliche Majeſtät Bedenken hegen, die von dem Miniſterium beantragte vollſtändige und unverweilte Anerkennung der Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung, wie ſie aus den Beſchlüſſen der konſtituirenden Nationalverſammlung hervorgegangen, auszuſprechen. Die Kammer der Abgeordneten, erfüllt von dem Gedanken an die ſchweren Folgen, welche ein ſolcher Widerſpruch mit dem offenkundigen Willen des deutſchen Volkes für das Wohl der Regierung und die Ruhe unſeres engeren und weiteren Vaterlandes haben müßte, hält ſich verpflichtet, Eurer königlichen Majeſtät dringend vorzuſtellen, wie nothwendig es ſei, getreu den ertheilten Zuſagen und entſprechend dem Ruhme, den Höchſtdieſelben in dem bisherigen Laufe Ihrer Regierung erworben haben, als der deutſcheſte unter den deutſchen Fürſten den andern königlichen Regierungen voranzugehen in der ausdrücklichen Anerkennung der Rechtsbeſtändigkeit des lange erſehnten Verfaſſungswerkes. Die Kammer der Abgeordneten, welche keinem Miniſterium ihre Unterſtützung gewähren könnte, das in der deutſchen Frage andere Geſinnungen und Anſichten verträte, als die gegenwärtigen Miniſter des Königs, fühlt ſich um ſo mehr gedrungen, Eure königliche Majeſtät in Ehrfurcht zu bitten, die unumwundene Anerkennung der Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung für Würtemberg durch Ihre Regierung ſofort ausſprechen zu laſſen. Wir verharren in tiefſter Ehrfurcht Eurer königlichen Majeſtät unterthänigſte treugehorſamſte Kammer der Abgeordneten.

** **Stuttgart**, 21. Apr. Abends. Die ſtändiſche Deputation war heute um vier Uhr beim König, die geſtern Nacht beſchloſſene Adreſſe zu übergeben. Die **Antwort des Königs** war eine — **ausweichende**; der Reichsverfaſſung könnte ſich der König unterwerfen, aber dem preußiſchen Oberhaupte nicht, ſo ſoll er geſagt haben. Wenn es ein öſterreichiſches wäre, aber ein preußiſches erlaube ihm Rückſicht auf Land und Haus nicht. Nur wenn alle deutſchen Fürſten ſich unterwerfen, füge er ſich auch. Der Präſident machte ihn auf die ſchweren Folgen, auf Unruhen und Gefahren aufmerkſam. Der König erwiederte, er könne nicht nachgeben. Und das entgegen der mit jedem Augenblick ſteigenden öffentlichen Meinung des Landes! Den ganzen Tag kommen heute Deputationen von bürgerlichen Kollegien, von Verſammlungen ꝛc. hier an und überbringen Erklärungen einſtimmig für die Rechtsbeſtändigkeit der Reichsverfaſſung. Im gleichen Sinne ſprach ſich eine Verſammlung der hieſigen **Weingärtner** aus. Um 5

Uhr dieſen Abend, obgleich bei ſtrömendem Regen, rückte die *Bürgerwehr* ſammt ihrer Kavallerie und Artillerie (Batterie von 6 Kanonen) äußerſt zahlreich aus zur Feier der Reichsverfaſſung. Auf dem Marktplatz wurde von den einzelnen Bannern eine Erklärung für die Reichsverfaſſung gut geheißen und der Reichsverfaſſung ein Hoch gebracht. Die Stimmung wird immer trüber-, aber auch gereizter. Mit den zahlreichen Gerüchten, insbeſondere über Auftritte zwiſchen dem Kriegsminiſterium und Korpskommando über „fremde" Truppen ꝛc. will ich Sie nicht unterhalten, ehe etwas gewiß iſt. — In dieſer Stunde berathen die *Abgeordneten* in vertraulicher Beſprechung im Bürgerhaus; morgen früh 6½ Uhr ſchon iſt öffentliche Sitzung. Ueber die Anträge wiſſen wir nichts. — Strömender Regen hindert die Lebhaftigkeit auf den Straßen. Im Volksverein iſts außerordentlich voll.

♂ **Baden**, 21. April. Schon nach dem Erſcheinen der badiſchen Note, worin die Reichsverfaſſung und die Kaiſerwahl anerkannt wurde, worin aber auch unſere Regierung, falls nicht alle deutſchen Fürſten dem Bundesſtaat beitreten würden, ſich Spielraum für anderweitige Beſchlüſſe offen hielt, wollte ich Ihnen mittheilen, welchen unangenehmen Eindruck dieſe Clauſel auf die große Zahl unſree Patrioten machte. Mag man nun in dieſem Hinterhalte entweder ein halbes Hinneigen einzelner Regierungsmänner, oder vielmehr des ſich immer noch regenden und bei Hofe nicht ohne Einfluß ſtehenden Adels zu Oeſterreich erkennen, ſicher iſt, daß das kleine Baden ſo gut wie das kleine Würtemberg, Sachſen und Hannover eines Anlehnungspunktes bedürfen, den ſie nur an einer ſtarken Centralgewalt, an dem größten deutſchen Staat, an Preußen finden. Wollte ſich unſere Regierung mittelſt jener Clauſel je in eine Sonderſtellung begeben, wie vielleicht Baiern — zu ſeinem größten Nachtheile ſie anfänglich einnehmen dürfte, falls das Volk dies duldet — ſo wäre mit weniger Ausnahme einiger Pfaffen und ultramontanen Profeſſoren der ganze badiſche Volksſtamm bereit, gegen die eigene Regierung zu proteſtiren. Und das badiſche Heer. — auch darauf wird die Regierung nicht rechnen können, bei irgend einer Maaßregel gegen Deutſchlands Einheit. Der Volkswille iſt bei uns ſtark, denn auch die große Zahl der Gutgeſinnten iſt in ihm begriffen; ihm werden ein paar altadelige Baronen oder ein zweifelhafter Miniſter nicht widerſtehen.

Ja anſchließen — um jeden Preis, ohne Rückhalt, wie es nun auch die preußiſche Regierung in ihrer neuſten Erklärung aufgefaßt hat, — anklammern muß ſich unſre Regierung an Deutſchland, an Preußen, ſonſt iſt ſie verloren. Die Fürſten und die Miniſter ſpielen ein gewagtes Spiel, bei dem immer dem Volk, dem ganzen Volk der letzte Wurf bleibt.

Von Raſtatt hören wir, daß eine ſtarke Abtheilung öſterreichiſcher Artillerie nach Ungarn abgezogen iſt. Es muß dort ſchlecht ſtehen, wenn Oeſterreich ſeinen Bundespflichten, denen zufolge es dieſe Artillerie im vorigen Jahr zu uns geſchickt hat, nicht mehr nachkommen kann. Es ſollen zwar Rekruten dafür kommen, das iſt aber kein Erſatz für eine Feſtung an der Grenze; auch hofft man eher, daß die andern ſich in Raſtatt noch befindlichen Oeſterreicher nachfolgen werden, als daß neue kommen.

Frau Struve befindet ſich, ihrer Haft entlaſſen, gegenwärtig in Raſtatt, wo ſie einmal ihren Gemahl beſuchen durfte; wenn ihr dies täglich geſtattet würde, ſo würde ſie ſich während ſeiner Gefangenſchaft in Raſtatt niederlaſſen, was aber nicht vorauszuſehen iſt.

Weimar, 14. April. Seitdem die Antwort des Königs von Preußen an die an ihn abgeſandte Reichstagsdeputation hier bekannt geworden, iſt ein merkwürdiger Umſchwung in der öffentlichen Stimmung erfolgt. Perſonen, welche ſich ihrer politiſchen Meinungen wegen haßten, haben ſich verſöhnt, und ſelbſt die Parteiung der verſchiedenen Vereine ſcheint einer brüderlichen Annäherung weichen zu wollen. Die Wünſche Aller laufen in den einen Punkt zuſammen: „Wir wollen die Verfaſſung, wir wollen die Reichsverſammlung ſchützen und deßhalb zuſammen ſtehen wie ein Mann." Die Vereine ſind Adreſſenfabriken geworden; eine verdrängt faſt die andere und immer iſt die Faſſung der einen energiſcher als die der andern. (K. Z.)

☐ **Schleswig**, 19. April. Ein Ordonnanzoffizier des Generals v. Bonin traf heute hier ein, um der Statthalterſchaft im Auftrage des Generals die Hauptflagge des Linienſchiffes Chriſtian VIII. zu überbringen. Die Flagge ward, nachdem ſie vor den deutſchen Batterien geſtrichen worden, von der däniſchen Beſatzung ehe das Schiff in die Luft flog, in das Meer verſenkt, iſt aber am 17. vom Meeresgrunde aufgefiſcht und durch den Major Jungmann in Eckernförde dem General Bonin zugeſandt worden. Die Größe der Flagge entſpricht den koloſſalen Verhältniſſen eines Linienſchiffes, ſie iſt etwa 48 Fuß lang und halb ſo breit. Dem Vernehmen nach wird dieſe Haupttrophäe des Kampfes bei Eckernförde in den nächſten Tagen von der Statthalterſchaft dem Erzherzog Reichsverweſer überſandt werden.

Die beiden unter den däniſchen Kriegsgefangenen der Fregatte Geſion befindlichen Seekadetten, welche, wie ich neulich erwähnte, ihrer Jugend wegen (ſie ſind kaum 13 Jahre alt) in ihre Heimath zurückgeſchickt ſind, hat der General von Bonin am 16. durch einen Adjutanten dem däniſchen General von Rye zugeſandt. Das Begleitſchreiben an den General Rye lautete etwa folgendermaßen: Da die Herzogthümer Schleswig-Holſtein keinen Krieg gegen Knaben in ſo jugendlichem Alter führten und da die augenblicklichen Verhältniſſe es kaum zulaſſen würden, auf die geiſtige und körperliche Pflege der jungen Leute, während der Kriegsgefangenſchaft, diejenige Sorgfalt zu verwenden, welche ihnen angedeihen zu laſſen des Generals von Bonins Wunſch ſei, ſo bitte er den General von Rye, die beiden Kadetten ihren Angehörigen wieder zuführen zu laſſen, indem er den Wunſch hinzufüge, daß denſelben hierdurch Gelegenheit werden möge, ihre Ausbildung zu vollenden und ſich für ihren Lebensberuf vorzubereiten.

Vom Kriegsſchauplatze ſind ſeit einigen Tagen gar keine neuen Nachrichten eingetroffen. Es ſcheint in den Kriegsoperationen ein völliger Stillſtand eingetreten zu ſein; der General von Bonin ſteht mit ſeinen Truppen an der Schleswigſchen Nordgrenze, in thatenloſer Ruhe des Augenblicks harrend, wo die unſichtbare Schranke fällt, welche bisher das Ueberſchreiten der däniſchen Grenze zu hindern ſcheint. Auch im Sundewittſchen iſt in den letzten Tagen nichts von Erheblichkeit vorgefallen; kleine Vorpoſtengefechte finden freilich täglich zwiſchen den Düppeler Höhen und dem noch von den Dänen beſetzten Brückenkopfe ſtatt. Hier erinnern nur die noch immer anhaltenden Truppenmärſche nach dem Norden an den Krieg. In den letzten Tagen ſind indeß große Kolonnen ſchweren Geſchützes hier durchpaſſirt; Kouriere kommen und gehen häufiger, wie ſeit lange. Dieſe Anzeichen führen zu dem Glauben, daß die Augenblickliche Stille den nahen Sturm verkündet. Leider haben bei dem Kampfe am 13. die Sachſen zwei Geſchütze verloren. Die Kanonen waren, wie es heißt, in ein ſumpfiges Terrain hineingerathen und feſtgefahren. Bei der Hitze des Gefechts ließ man ſie vorläufig ſtehen, um ſie demnächſt mit mehr Muße zurückholen zu können, die Dänen kamen dem aber zuvor.

⊙ **Lübeck**, 19. April. In der heutigen Verſammlung der Bürgerſchaft wurde folgende Adreſſe an die Reichsverſammlung beſchloſſen: „In der gegenwärtigen Zeit, wo die Frage ſich entſcheiden muß, ob Deutſchland zu einer einheitlichen Verfaſſung, zu nationaler Kraft und Stärke gelangen ſolle oder nicht, iſt es heilige Pflicht des deutſchen Volkes, ſich einmüthig und entſchieden um ſeine geſetzlichen Vertreter zu ſchaaren. Deßhalb ſieht ſich die Bürgerſchaft Lübecks zu der Erklärung gedrungen: 1) Sie kennt die von der Reichsverſammlung zu Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung als zu Recht beſtehend und endgültig an; 2) ſie erachtet eine Veränderung derſelben nur auf dem in dieſer Verfaſſung beſtimmten Wege für zuverläſſig; 3) ſie hegt die zuverſichtliche Hoffnung und das volle Vertrauen, die Reichsverſammlung werde unerſchütterlich feſthalten an dem vollendeten Werke."

Großbritannien.

* **London**, 18. April. Der „Globe" nimmt begreiflicherweiſe die Angriffe der „Times" auf das Miniſterium ernſtlicher als die in jeder andern Zeitung und beeilt ſich daher, die jüngſte herbe Kritik der „Times," worin Lord J. Ruſſell und Palmerſton faſt gänzlicher Unfähigkeit für ihre hohen Poſten geziehen wurden, zu widerlegen und deren Wirkung zu ſchwächen. Wenn die Whigs, ſagt der Globe, morgen ſchon austräten, ſo würde nicht etwa ein Hr. Cuffy (ein wegen ſeiner Plumpheit bekannter und vor noch nicht langer Zeit abgeurtheilter Chartiſt), und nicht einmal Hr. Cobden ihr Nachfolger ſein; das nächſtfolgende Kabinet würde ſo ziemlich eben ſo ausſehen wie das jetzige, etwa noch mit einem Herzog oder etwas Aehnlichem als Zierrath, mit einem oder zwei Peers und einem oder zwei betitelten Unterhaus-

mitgliedern. Die ariſtokratiſchſte Miniſtergeſellſchaft würde ſich genöthigt ſehen, liberal, die liberalſte dagegen, ein wenig ariſtokratiſch zu ſein. Der „Globe" nimmt nun an, daß Sir R. Peel, auf deſſen Bruch mit dem „ſtupideren" Theile ſeiner Partei angeſpielt wird, an die Spitze eines Kabinets träte, und ſucht nun nachzuweiſen, daß in allen Fragen der innern Politik die liberale Partei unter Lord John beſſer berathen ſein würde als unter Sir Robert. Der „Globe" fährt dann fort: „In Betreff der auswärtigen Politik — doch über auswärtige Politik wollen wir mit der Times nicht ſprechen. Wir wollen unſerer Kollegin nur ſagen, daß Lord Palmerſton's Gegenwart im Foreign Office die große Bürgſchaft des Friedens iſt; daß wenn die Nation keine Einmiſchung in die politiſchen Angelegenheiten des Feſtlandes will, ſie auch eben ſo wenig will, daß unſer Gewicht in die Schale des Abſolutismus falle; und daß Lord Palmerſton im eigentlichſten Sinne die Vorliebe für konſtitutionelle Staatsform vertritt, welche unter der Maſſe unſerer Landsleute gäng und gäbe iſt."

Wie früher Friedrich Peel, der Sohn Sir Roberts, für Leominſter ins Unterhaus gewählt wurde, ſo iſt jetzt Lord Stanley's Sohn, E. Stanley, für Lynn, und zwar an keines Geringeren als Lord G. Bentincks Stelle, gewählt worden. Beide ſcheinen ziemlich unſchuldige Leute zu ſein, wie denn Stanley d. J. offen erklärte, er gedenke ſich im Parlament des Sprechens zu enthalten, werde aber um ſo eifriger den Komiteſitzungen beiwohnen und im Sinne und Dienſte ſeiner Partei ſtimmen. Das Hauptverdienſt beider Neophyten beſteht eben darin, die Söhne ihrer Väter zu ſein.

Als Probe, wie wenig die toryſtiſchen Blätter den radikalſten an oft faſt poſſierlich wirkender Rohheit nachgeben, diene folgende Stelle aus dem M. Herald: „In Sheffield wird ſich Hr. Roebuck," (der ſonſt hochgeachtete Radikalreformer, dem noch jüngſt die Times eine ſo warme Huldigung darbrachte), „gerade wie zu Hauſe befinden. Es iſt der geeignetſte Platz, um einen Roebuck zu ſeinem Vertreter zu haben; denn Sheffield gehört zu den ſchmutzigſten, unwiſſendſten, heidniſcheſten und gefährlichſten Orten im ganzen Königreich." Die Neue Münchener und die Neue Preußiſche Zeitung führen in ſolchen Fällen bei uns eine ähnliche Sprache.

Frankreich.

0 **Paris**, 19. April. Die Geſuche um Urlaub und die reglementswidrige Abreiſe der Repräſentanten haben in den neueſten Tagen auf eine ſo auffallende Weiſe zugenommen, daß alle Parteien neuerdings den Wunſch ausſprechen, die Kammer möge ſich für 14 Tage prorogiren. Die Kammer glaubte der heimatlichen Sehnſucht ihrer Mitglieder durch die Beſtimmung zu ſteuern, daß jeder Repräſentant, der ſich in den letzten zwei Wochen des April, oder in den erſten des Mai, mit oder ohne Urlaub, von Paris entfernt, auf ſeinen täglichen Gehalt verzichten müſſe; ſie überzeugt ſich aber ſchon jetzt, daß der Wunſch wieder erwählt zu werden, die Hoffnung an Ort und Stelle eine erfolgreiche Thätigkeit geltend zu machen, noch ſtärker iſt, als das Vergnügen die täglichen 25 Frks. zu beziehen. Deßhalb haben mir mehrere Repräſentanten die Prorogation der Kammer als bevorſtehend und gewiß geſchildert. Die verſchiedenen Miniſter wünſchen nichts ſehnlicher als die zeitweiſe Einſtellung der Arbeiten dieſer Aſſemblee, die in den Budgetsverhandlungen mit einer ſo übelverſtandenen Sparſamkeit zu Werke geht, daß die Seſſion der Legislativen mehr außerordentliche Kredite zu bewilligen haben wird, als jede frühere Kammer. Anderſeits gibt es auch Fragen, welche die Mitglieder dieſer nicht gerne erſchöpfen möchten. So z. B. iſt die Kommiſſion über die Ausgaben der proviſoriſchen Regierung, ſeit ſie, vor zwei Tagen, ihre Arbeiten geendigt hat, in großer Verlegenheit, denn ſie erhielt mehrmals ſtatt Quittungen über die als ausgegeben angeführten Summen nichts als Erklärungen und klägliche Ausflüchte. Nur zwei Beiſpiele. Ledru Rollin behauptet, 120,000 Frk. an Sobrier zur Unterſtützung der Wahlen in den Provinzen gegeben zu haben. Er verſichert, dieſe Maßregel nur nach eingeholter allgemeiner Zuſtimmung ſämmtlicher Mitglieder der proviſoriſchen Regierung ergriffen zu haben. Germain Sarrut, der Präſident der Kommiſſion ruft Pagnerre, den Generalſekretär des Gouvernements proviſoire, vor dieſelbe und dieſer weiß weder die betreffende Anweiſung noch die Quittung zu finden. Marraſt kann ſich über einen Poſten ſeiner Ausgaben, der ſich auf nicht weniger als 58,000 Frk. beläuft, nicht anders rechtfertigen, als durch die abſonderliche Verſicherung, er habe geglaubt, eine eigene geheime Polizei haben zu müſſen, um Ledru Rollin und Louis Blanc überwachen zu laſſen.

***Paris**, 20. April. Die Marraſt-Cavaignac'ſche Partei oder die Partei der ſogenannten gemäßigten Republikaner ſcheint mehr und mehr ihre Schwäche zu fühlen. In der Vorausſicht, daß dieſelbe bei den bevorſtehenden Wahlen für ſich allein wenig ausrichten werde, predigt der National ſeit einiger Zeit Verſchmelzung und Eintracht der gemäßigten und der extremen Republikaner. Er nimmt von einem Beſchluß der Republikaner von Nimes, wonach alle Fraktionen derſelben ſich vereinigen ſollen, um 6 gemäßigte und 6 extreme Republikaner in die kommende Nationalverſammlung zu bringen, heute Veranlaſſung, den Republikanern aller Farben die Nachahmung des Beiſpiels der rue de Poitiers zu empfehlen und macht dabei folgendes Geſtändniß: „Gegenüber der laut ausgeſprochenen Verbindung der Anhänger einer monarchiſchen Reſtauration müſſen alle, der Republik aufrichtig ergebenen Männer das Bedürfniß der Vereinigung empfinden. Es handelt ſich heutzutage nicht mehr darum, für dieſe oder jene Entwickelung unſerer Einrichtungen zu kämpfen, ſondern für die Erhaltung, für das bloße Beſtehen der Republik."

Man erinnert ſich, daß Napoléon Bonaparte (Sohn Jérôme's) auf ſeiner Durchreiſe durch Bordeaux in einer Wahlverſammlung geäußert hatte: „daß der Präſident der Republik, beherrſcht von den Leitern der reaktionären Bewegung, ſeinen eigenen Trieben nicht frei folgen könne; daß er, des Joches längſt ungeduldig, bereit ſei, es abzuſchütteln, und daß man, um ihm zu Hülfe zu kommen, bei den bevorſtehenden Wahlen eher Gegner des jetzigen Miniſteriums, als Anhänger der gemäßigten Partei in die Nationalverſammlung ſchicken müſſe." Louis Napoléon Bonaparte ſchreibt mit Bezug auf dieſe Aeußerungen an ſeinen Vetter:

„Elyſée National, den 10. April 1849.

„Lieber Vetter! Man behauptet, daß Du bei deiner Durchreiſe durch Bordeaux eine Sprache geführt haſt, welche geeignet iſt, unter vielen, von den beſten Abſichten beſeelten Perſonen eine Spaltung hervorzurufen. Deine Beſchuldigungen gegen mich können mich mit Recht in Erſtaunen ſetzen. Du kennſt mich genug, um zu wiſſen, daß ich mich niemals, von wem es auch ſei, unterjochen laſſe und ſtets beſtrebt ſein werde, im Intereſſe der Maſſen, und nicht in dem einer Partei zu regieren. Ich ehre die Männer, die vermöge ihrer Fähigkeiten und ihrer Erfahrung mir gute Rathſchläge geben können; ich erhalte täglich die entgegengeſetzteſten Meinungsäußerungen, allein ich gehorche einzig und allein den Eingebungen meiner Vernunft und meines Herzens.

Du hätteſt weniger als jeder andere eine gemäßigte Politik bei mir tadeln dürfen, da du mein Manifeſt mißbilligteſt, weil es nicht die volle Billigung der Leiter der gemäßigten Partei hatte. Dieſes Manifeſt, von dem ich mich nicht entfernt habe, bleibt der gewiſſenhafte Ausdruck meiner Meinungen. Meine erſte Pflicht war, das Land zu beruhigen. In der That, ſeit vier Monaten fährt es fort, ſich mehr und mehr zu beruhigen. Jedem Tag ſeine Aufgabe: zuerſt die Sicherheit und dann die Verbeſſerungen.

Die bevorſtehenden Wahlen werden zweifelsohne die Zeit der möglichen Reformen näher rücken, indem ſie die Republik durch Ordnung und Mäßigung befeſtigen helfen. Alle ehemaligen Parteien vereinigen und verſöhnen, muß das Ziel unſerer Anſtrengungen ſein. Dies iſt die an den großen Namen, den wir tragen, geknüpfte Sendung, die ſcheitern würde, wenn er zur Spaltung und nicht zur Vereinigung der Stützen der Regierung dienen ſollte.

Aus allen dieſen Gründen kann ich Deine Candidatur in etwa 20 Departements nicht billigen; denn bedenke es wohl, unter Deinem Namen will man gegen die Regierung feindſelig geſinnte Candidaten in die Verſammlung bringen und ihre ergebenen Anhänger entmuthigen, indem man das Volk durch die vielen, neu vorzunehmenden Wahlen ermüdet.

In Zukunft, lieber Vetter, wirſt Du daher hoffentlich bemüht ſein, die Perſonen, mit denen du in Berührung kommſt, über meine wahren Abſichten aufzuklären und Du wirſt Dich hüten, durch unüberlegte Worte den abgeſchmackten Verläumdungen Glauben zu verſchaffen, die ſo weit gehen, zu behaupten, daß ſchmutzige Intereſſen meine Politik beherrſchen. Nichts, ich wiederhole es laut, wird die Klarheit meines Urtheils entrücken und meine Entſchließungen erſchüttern. Frei von jedem moraliſchen Zwang, werde ich mit meinem Gewiſſen zum Führer auf dem Pfade der Ehre wandeln, und wenn ich von der Regierung abtreten werde,

ſo werde ich wenigſtens, wenngleich man mir vielleicht ganz unvermeidliche Fehler wird vorwerfen können, gethan haben, was ich aufrichtig als meine Pflicht erkenne.

Empfange, lieber Vetter, die Verſicherung meiner Freundſchaft. Louis Napoleon Bonaparte.“

Der Miniſter des Innern hat geſtern der Kommmiſſion der Nat.-Verſ. zur Begutachtung der Stellung des Generals Changarnier ſeine Erklärungen abgegeben. Hr. Leon Faucher behauptet, daß trotz der unverkennbaren Beſſerung der Lage die Umſtände der Regierung immer noch ſehr ernſt und ſchwierig ſcheinen; daß, obgleich in dem Maße, als die Arbeit wieder in Aufnahme kommt, die Arbeiter anfangen, ihre wahren Intereſſen beſſer zu erkennen, man doch nicht vergeſſen müſſe, daß es eine zahlreiche „einregimentirte“ ſozialiſtiſche Partei gebe, die nur auf eine Gelegenheit warte, um zu Gunſten ihrer anarchiſchen Prinzipien den Kampf in den Straßen wieder anzufangen, wie die täglich eingehenden Berichte der Regierung beweiſen, und daß daher die Conzentration der Gewalten in den Händen des perſönlich alles Vertrauens würdigen Generals Changarnier noch von Nöthen ſei. Die Kommiſſion wird heute ihre Diskuſſion fortſetzen.

An der heutigen Börſe ſchloß die 3pCt. 56. 40; die 5pCt. 88. 20; Bankaktien 2400.

0 **Paris**, 20. April. Die Verhandlungen über den Geſetzvorſchlag Leon Faucher's, welcher die Verlängerung der Beſtimmungen des Geſetzes über die Kautionen vom 9. Auguſt 1848 zum Zwecke hat, veranlaßten heute einen großen Zulauf der Neugierigen aller Farben. Im Saale hingegen ſieht es ſehr leer aus, die Wortführer ſcheinen uns heute kein erhebendes Kampfſpiel geben zu wollen. Die Sitzung wird in der That durch Sprecher eröffnet, denen man nie die Ehre angethan hat, ſie als Redner anzuſehen. Méaulle, Baze, Baband Labiriere, Boubier de l'Ecluſe folgten gleich in der erſten halben Stunde aufeinander. Sie ſprachen gegen den Berichterſtatter der Kommiſſion, Germain Sarrut. Auch Dupont de Buſſac gelang es nicht, einen Erfolg zu erringen; die Kammer iſt höchſt unaufmerkſam, die neueſten Nachrichten aus Ungarn haben eine große Aufregung verurſacht. Dupont de Buſſac bricht entmuthigt ab, und der Präſident beeilt ſich, den erſten Artikel des Vorſchlags der Majorität der Kommiſſion zu verleſen. Statt ſich mit der von dieſer vorgeſchlagenen Ermäßigung um die Hälfte der beſtehenden Kautionen zu begnügen, machen Ledru Rollin und Felix Pyat einen Veränderungsvorſchlag, des Inhalts: die Kautionen ſind vom 1. Mai 1849 auf immer aufgehoben. Auffallender Weiſe hält es keiner der Genannten der Mühe werth, für dieſes Amendement das Wort zu ergreifen. Endlich erſcheint Leon Faucher mit der Erklärung, das Gouvernement weiſe den Bericht der Majorität ebenſo entſchieden zurück, als den Veränderungsvorſchlag Ledru Rollin's. Es handle ſich gar nicht um ein neues Geſetz, blos um die nothwendige Verlängerung der Wirkſamkeit eines alten. Die Kammer habe das Geſetz über die Preſſe ſelbſt unter die organiſchen Geſetze aufgenommen, welche von den Legislativen verfaßt werden ſollen. Seinen jetzigen Vorſchlag begründet der Miniſter des Innern durch die Nothwendigkeit die Freiheit zu überwachen, damit ſie nicht zur Frechheit würde, wobei er es ſich vorzüglich angelegen ſein läßt, darauf hinzudeuten, daß er noch weit, weit von dem Gedanken entfernt ſei, den der ehrenwerthe Cavaignac ausführen mußte, nämlich von der Unterdrückung einiger Zeitungen. Sarrans erwidert mit der Verſicherung, die Kammer habe das Preßgeſetz ihrer Nachfolgerin blos überlaſſen, um die Wahl vom 10. Dezember nicht noch länger hinauszuſchieben. Er fügt hinzu, daß die Linke ſo ſehr von der Wichtigkeit des Preßgeſetzes überzeugt ſei, daß ſie die beſagte Verletzung der Preßfreiheit durch die Aufrechthaltung der proviſoriſch beſtehenden Cautionen für eine Verneinung des republikaniſchen Prinzips, für unverträglich mit der Republik halte. Mohery weißt auf die Ungerechtigkeit hin, die Meinung einer Partei durch die Aufrechthaltung der Cautionen zu verhindern ſich geltend zu machen, während die der entgegengeſetzten durch die Rue de Poitiers unterſtützt werde. Leon Faucher antwortet von ſeiner Bank aus: In der Rue de Poitiers wurde eben ſo wenig der erſte politiſche Verein begründet, als der Gedanke zur Verbreitung von Druckſchriften von dort ausging! Nach einigen unbedeutenden Wechſelreden kommt es endlich zur Abſtimmung über den Veränderungsvorſchlag Ledru Rollin's. Anweſend: 649; dagegen 423, dafür 226; verworfen durch eine Majorität von 197 Stimmen. Der erſte Paragraph des Geſetzvorſchlags der Majorität der Kommiſſion hat daſſelbe Schickſal; er wird durch 151 Stimmen, der zweite Paragraph, der alle Cautionen für die letzten 45 Tage aufheben wollte, wird ebenfalls durch eine bedeutende Majorität verworfen. Der Vorſchlag des Miniſteriums, wonach das Geſetz vom 9. Auguſt 1848 bis zum 1. Auguſt verlängert werden ſoll, wird angenommen. Dupont de Buſſac ſucht wenigſtens die Anſchlagszettel und Herumträger von der Nothwendigkeit einer Konzeſſion ſeitens der Munizipalbehörden zu befreien. Leon Faucher findet dieſen Wunſch wenigſtens unnütz, die für jeden Maueranſchlag, für jede Austheilung von Druckſchriften zu beobachtenden Förmlichkeiten ſeien unbedeutend. Eine geringe Beſchränkung ſei auch hier nothwendig, ſonſt könnte die öffentliche Sicherheit und Ordnung darunter leiden. Die Kammer nimmt jedoch den Artikel 3, welcher die unbedingte Freiheit de l'affichage und du colportage ausſpricht, ſchließlich mit 328 gegen 311 Stimmen an.

Spanien.

* **Madrid.** Der neue Poſtvertrag zwiſchen Frankreich und Spanien iſt definitiv abgeſchloſſen. Ein Brief von Paris nach Madrid wird künftig nur 10 Sous (4 Sgr.) koſten. Der Generalkapitän von Katalonien hat zwei karliſtiſche Cabecillas, darunter den Adjutanten Marsals, trotz der Bitten des Biſchofs und der Frau des einen, erſchießen laſſen.

Italien.

* Aus Oberitalien. Die Friedensunterhandlungen zwiſchen Sardinien und Oeſterreich ſollen eine bedauerliche Störung durch die plötzlich erhobenen übertriebenen Forderungen Oeſterreichs erfahren haben. Man ſpricht bereits von einer energiſchen Vorſtellung der franzöſiſchen und engliſchen Geſandten. Der Gedanke eines italieniſchen Kongreſſes ſcheint noch nicht aufgegeben zu ſein. Wenigſtens will man wiſſen, daß jetzt Mailand ſtatt Verona zum Sitz deſſelben beſtimmt ſei. Zu den Plänen, die man zur Regelung der italieniſchen Angelegenheiten gemacht hat, gehört auch der, dem Großherzog Leopold von Toskana die lombardiſch-venetianiſche Krone zu übertragen.

* **Florenz.** Die florentiniſchen Zeitungen ſchweigen. Die Alba kündigt am 13. auf einem Extrablättchen an, daß ſie wegen der reaktionären Anfeindungen, die ſie zu erleiden habe, auf einige Zeit zu erſcheinen aufhören werde. Doch erfährt man aus Privatnachrichten, daß die Reſtauration ganz friedlich vor ſich geht. Von dem Einmarſch der Oeſterreicher war es ganz ſtill geworden; jetzt meldet aber die Turiner Opinione vom 10., daß ihr die Nachricht zugekommen ſei, die übrigens durch eine der piemonteſiſchen Regierung zugekommene telegraphiſche Depeſche beſtätigt werde, daß die Oeſterreicher, 10,000 Mann ſtark, in Toskana eingerückt ſeien, um die Ordnung wiederherzuſtellen und daß der Befehlshaber derſelben in ſeinem Manifeſt mit dem Einrücken von weiteren 40,000 Mann im Falle des Widerſtandes gedroht habe.

* **Rom**, 11. April. Die römiſche Conſtituirende hat in ihrer geſtrigen Sitzung Galetti zum Präſidenten und Karl Bonaparte und Saliceli zu Vizepräſidenten erwählt. Das Triumvirat hat die Canonici des Kapitels vom Vatikan, die ſich hartnäckig geweigert hatten, den von der Regierung angeordneten Oſtergottesdienſt zu feiern, jeden mit einer Geldſtrafe von 120 Scudi, in 5 Tagen zahlbar, belegt.

* Aus Sicilien. Nach einem Schreiben aus Palermo vom 10. April, war dieſe Stadt über die Einnahme von Catania und die Uebergabe von Syrakus in der größten Beſtürzung und ſchien von der Vertheidigung abſtehen zu wollen.

Schweiz.

) **Bern**, 18. April. Heute hat der Nationalrath das Geſetz über das Poſtregale berathen. Die wichtigſten Beſtimmungen, welche daſſelbe enthält, ſind folgende: Das Poſtweſen im ganzen Umfange der Eidgenoſſenſchaft iſt ein Regale des Bundes. Das Poſtregale beſteht in dem ausſchließlichen Rechte: a) des Transportes von verſchloſſenen Briefen, b) des Transportes von verſchloſſenen Paketen oder Geldſendungen, wenn ſie nicht über 10 Pf. ſchwer ſind; c) des regelmäßigen und periodiſchen Transportes von Perſonen; d) der Beförderung von Perſonen durch Extrapoſten. Verſendungen durch den Eigenthümer oder durch von ihm beſtellte Perſonen ſind geſtattet. Für die regelmäßige periodiſche Beförderung von Perſonen auf Eiſenbahnen, Schiffen oder Fuhrwerken, ſowie für den Transport von Briefen ꝛc. kann der Bundesrath beſondere Konzeſſionen ertheilen. Bei Eiſenbahnen ꝛc.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 23. April. Herr Camphauſen hat ſeine Entlaſſung eingereicht.) Berlin (Die deutſche Frage in der zweiten Kammer. Das Miniſterium Manteuffel-Arnim gegen die deutſche Reichsverfaſſung. Die zweite Kammer für die Reichsverfaſſung. Gerüchte.) Stuttgart (Die Antwort des Königs ihrem Wortlaut nach.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 23. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 23. April.

Tagesordnung der 204. öffentl. Sitzung.

1) Ergänzungswahl dreier Mitglieder des Marine-Ausſchuſſes.
2) Berathung des vom Abgeordneten Kierulff erſtatteten Berichts, Namens des Ausſchuſſes zur Berichterſtattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfaſſung nöthig erſcheinen.

Präſident Hr. Ed. Simſon eröffnet 9½ Uhr die Sitzung. Von den öſterreichiſchen Abgeordneten haben fernerweit ihre Vollmachten niedergelegt die Herren v. Stremayr aus Gratz, Raſſl Neuſtadtl, Gritzner aus Wien, Rapp aus Wien, Mulley aus Weitenſtein, Werner aus St. Pölten, Berger aus Wien. Außerdem tritt mit Ende des Monats aus der Abgeordnete Hr. Leue gewählt für Salzwedel und Gardeleben in der Provinz Sachſen.

Neueingetreten: Hr. Wimmer von Tirſchenreuth in der Oberpfalz.

Unter den Flottenbeiträgen ſind 670 Gulden aus Amberg in der Oberpfalz und 10 Pfd. Sterling aus Manilla. (Beifall.)

Von den Kammern von Schwarzburg-Rudolſtadt, Naſſau und von der ſchleswig-holſteiniſchen Landeskammer ſind Zuſtimmungserklärungen eingegangen und werden dem Protokoll einverleibt.

Darauf ruft Hr. Karl Vogt v. Gießen das Reichsminiſterium an: ob es ſich bewahrheite, daß das königlich preußiſche Miniſterium gegen den Einmarſch deutſcher Truppen in Jütland Einſpruch erhoben habe?

Ferner richtet Herr Ludwig Simon aus Trier die Anfrage an den Reichskriegsminiſter: Sind und zu welchem Zwecke die Würtembergiſchen Truppen aus dem badiſchen Oberlande zurückgezogen worden? Der Reichsminiſterpräſident H. v. Gagern antwortet ſofort auf die Anrufung des Herrn Vogt, daß von Seiten des preußiſchen Miniſteriums gegen den Einmarſch in Jütland keine Einrede erfolgt, daß vielmehr das preußiſche Kabinet mit der Centralgewalt darin vollkommen einverſtanden ſei, wie der Krieg gegen Dänemark mit allem Nachdruck geführt werden müſſe. Dem Einmarſche deutſcher Truppen in Jütland ſtehe mithin kein Hinderniß entgegen. Zugleich erwidert auch der Reichsminiſter des Kriegs Herr v. Peucker: Es iſt von der Centralgewalt ein Befehl zum Rückmarſch der würtembergiſchen Truppen aus Baden nicht ertheilt und geſtern ſofort ein Offizier zur Kenntnißnahme des in öffentlichen Blättern gemeldeten Vorfalls abgeſendet werden. (Bewegung und Bravo!)

Ein dringender Antrag des Hrn. Grävell will die Mitgliedſchaft der öſterr. Abgeordneten in der Reichsverſammlung für erloſchen erklären und denjenigen Oeſterreichern, die als Zuhörer in der Paulskirche verbleiben, abgeſonderte Ehrenplätze angewieſen ſehen. (Pfui! Pfui! von der Linken.) Für die Dringlichkeit erhebt ſich nur eine ironiſche Minderheit von der linken Seite des Hauſes.

Nachdem noch einige Ausſchußberichte angemeldet und die Zettel zur Wahl von drei neuen Mitgliedern für den Marineausſchuß eingeſammelt ſind, erfolgt der Uebergang zu dem Hauptgegenſtande der heutigen Tagesordnung.

Der Bericht des Dreißigerausſchuſſes zerfällt in drei Theile. Nämlich in ein Mehrheitsgutachten — Berichterſtatter Herr Kierulff aus Roſtock — und in zwei Minderheitsgutachten, wovon das unter 1. von Herrn Ludwig Simon aus Trier, das unter 2. von Herrn Raveaux aus Köln motivirt iſt. Außerdem fügt ſich dem Ausſchußberichte ein vereinzeltes Sondergutachten der Herren Detmold und Reichenſperger an. Von ſchriftlichen Verbeſſerungsanträgen liegen ſehr verſchiedenartige vor: Von Herrn Grävell einer, ein anderer von Herrn v. Linde, ein dritter von Herrn Herrmann Müller aus Würzburg, ein vierter von Hrn. v. Dieskau aus Sachſen. Davon verlangt u. A. der Müller'ſche Antrag Reviſion der Verfaſſung, nach Maßgabe der Regierungsbedenken, Vertagung der Reichsverſammlung bis 14. Mai und Aehnliches.

Ein fünfter Antrag iſt von Hrn. Moriz Mohl eingebracht. Ein ſechſter von Hrn. Schulz aus Darmſtadt: daß die Regierungen, die ihre Beitrittserklärung nicht binnen einer beſtimmten Friſt abgeben, als auf die Regierung verzichtend betrachtet werden (Heiterkeit), ferner auf Niederſetzung einer Regentſchaft aus fünf Mitgliedern des Hauſes, falls der Erzherzog Reichsverweſer ſeine Theilnahme an der entſchiedenen Durchführung der Verfaſſung verweigern ſollte, Aufnahme einer Anleihe für das Reich, Beeidung der Truppen und Bürgerwehren ꝛc. allgemeine Amneſtie, Rückberufung der Flüchtlinge und Verbannten.

Ein Antrag von Hrn. Culmann aus Zweibrücken und Genoſſen will, geſtalten Sachen nach, die Oberhauptsfrage als eine wiederum offene erklärt und demgemäß auch den betreffenden Verfaſſungsparagraphen abgeändert wiſſen. Unter Uebergehung der Anträge von Hr. Schlöffel und Genoſſen erwähnen wir nur noch den Antrag des Hrn. Sepp aus München: daß die Erhebung des Hauſes Hohenzollern zum deutſchen Kaiſerthrone erſt erfolgen ſolle, wenn alle Mitglieder des Hauſes Habsburg ausgeſtorben ſeien (Gelächter).

Vor der Eröffnung der allgemeinen Debatte ergreift der Berichterſtatter der Ausſchußmehrheit, Herr Kierulff, das Wort: Einig ſei der Ausſchuß in dem zu erſtrebenden Ziele, nämlich die Verfaſſung aufrecht zu halten. Die Meinungsverſchiedenheit beruhe nur in der Wahl der Mittel. Die linke Hälfte des Ausſchuſſes warnt uns vor einer Politik der Zögerung und drängt zu entſchiedenen Maßregeln. Vor ſolchen Maßregeln und vor einer Berufung an das Volk, ſcheuen auch wir nicht zurück. Nach der Meinung des Herrn Kierulff hat aber der König von Preußen die Oberhauptswürde nicht abgelehnt, er hat vielmehr ſogar die Neigung ſie anzunehmen zu erkennen gegeben. Seine definitive Entſchließung liege noch nicht vor. „Daher", erklärt der Berichterſtatter, „konnten wir Ihnen zunächſt nur ſolche Schritte anrathen, wodurch wir aus dieſer Ungewißheit hinaus und in klare Verhältniſſe kommen und dies iſt der Inhalt der Vorſchläge der Ausſchußmehrheit." Dieſe lauten folgendermaßen:

1) die Reichsverſammlung erklärt, in Uebereinſtimmung mit ihrer nach Berlin geſandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfaſſunggebende Reichsverſammlung dem König von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der Reichsverfaſſung vorausſetze.

2) Die Reichsverſammlung beſchließt:
Die preußiſche Regierung, ſowie die übrigen deutſchen Regierungen, welche die Annahme der von der Reichsverſammlung beſchloſſenen und verkündeten Verfaſſung noch nicht erklärt haben, ſind aufzufordern, ihre Anerkennung derſelben nunmehr auszuſprechen;
und erklärt:
daß zugleich mit der Anerkennung der Reichsverfaſſung Seitens der preußiſchen Regierung die Uebertragung der Würde des Reichsoberhauptes an den König von Preußen in Wirkſamkeit tritt.

3) Sie beſchließt, die proviſoriſche Centralgewalt aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln für die Durchführung der Verfaſſung mitzuwirken.

4) Der erwählte Ausſchuß bleibt beſtehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsverſammlung vorzuſchlagen."

Hr. Kierulff muſtert ſodann die verſchiedenen in den Minderheitsgutachten vorgeſchlagenen Maßregeln. In einige davon ſetzt er nicht das hinreichende Vertrauen, von andern will er, daß man ſie für den äußerſten Fall aufſpare. „Gehen wir vorwärts, entſchieden und feſt, aber nicht im Sturme und das deutſche Volk wird mit uns gehen." (Bravo!)

Herr Heckſcher von Hamburg: „Der von mir und meinen Freunden geſtellte Vorſchlag auf eine Modifikation der Verfaſſung (Direktorium bekanntlich) iſt's, der mich auf dieſe Tribüne ruft. Die Verfaſſung iſt hier während meiner Abweſenheit berathen worden und ohne, daß ich meine Bedenken dagegen äußern konnte die ſich von je namentlich gegen §. 2 und 3 der Verfaſſung, gegen den Einheitsſtaat und das Erdkaiſerthum richteten. Schon beſtätigen die Thatſachen meine Beſorgniſſe. Denn um die Verfaſſung durchzuführen bedürfte es einer zweiten Revolution. (Von einigen Sei-

ten: Sehr wahr!) und auch die Theilung Deutſchlands, die ich beſorgte, iſt bereits eingetreten. Ich ſehe das Vaterland durch das Ausſcheiden Oeſterreichs zerriſſen, ich ſehe es geſchwächt und uns in der Gefahr, daß wir, um uns vor eiferſüchtigen und feindſeligen Nachbarn zu behaupten, an einem übermäßigen Militäretat verarmen, während zugleich unſere Induſtrie durch die Trennung Oeſterreichs den härteſten Schlag erleidet.“ Hr. Heckſcher rühmt dann den Eifer des ſogenannten großdeutſchen Verfaſſungsausſchuſſes und den rückſichtsloſen Freimuth, mit welchem ſich die nach Oeſterreich entſendete Deputation über die deutſchen Verhältniſſe vor dem kaiſerlichen Kabinet geäußert. Die wohlwollenden Vorſchläge dieſes Ausſchuſſes ſeien leider hier in Frankfurt auch nicht der mindeſten Beachtung werth gehalten worden. Dennoch wolle er nochmals deren Empfehlung verſuchen, König Friedrich Wilhelm IV. habe die Kaiſerkrone thatſächlich abgelehnt. „Wen haben Sie nun? Den Kaiſer von Oeſterreich? Sie werden ihn ebenſowenig wollen, wie wir. Oder den König von Baiern? Ebenfalls nicht. Mithin bleibt nichts übrig als eben der Antrag, auf den ich heute zurückkomme, nämlich Feſthalten an der Verfaſſung, aber eine Modifikation der Oberhauptsbeſtimmungen.“ Herr Heckſcher beklagt lebhaft, daß es gelungen ſei, das deutſche Volk ſo vollſtändig für die Erbkaiſeridee einzunehmen, und er begreift nicht, wie ſich eine geſchichtlich ſo wohl gebildete Nation wie die deutſche — mit dem Oktroyirungsgeſpenſte könne ſchrecken laſſen. Wer ſolle denn oktroyiren, wer vermöchte es als Preußen und dies verrathe in allen ſeinen Handlungen die größte Hochachtung vor der Verſammlung der Paulskirche. Der Redner theilt dann ſeine Anſichten über die Grundrechte, über das Suspenſivvotum des Staatsoberhaupts und über den Reichsrath mit, um das Verhalten ſeiner politiſchen Genoſſen dieſen Fragen gegenüber zu rechtfertigen. Diejenigen, welche das Direktorium für eine bloße Erneuerung des alten Bundestages ausgeben, „wiſſen entweder nicht, was ſie ſagen, oder ſagen nicht, was ſie wiſſen“. Dies ſucht Hr. Heckſcher aus den gänzlich verſchiedenen Grundbeſtimmungen zu erweiſen. Der Bundestag ſei ein bloßer Fürſtentag geweſen, dem Direktorium zur Seite werde aber ein Volkshaus ſtehen, und was den Vorwurf anlange, das Direktorium werde keinen Gehorſam finden, ſo ſei dieſer grundfaſch. Die beiden Großmächte Deutſchlands habe man zu betrachten wie die Franzoſen die Pyrenäen, wie die Italiener die Alpen. (!) Wollten Italiener und Franzoſen etwa dieſe Gebirge abgraben? Nimmermehr habe man daher die eine Großmacht aus dem Bunde hinauswerfen ſollen, um die andere bequem an die Spitze ſtellen zu können. Wie die miniſterielle Verantwortlichkeit der Reichsregierung nicht ausgeſchloſſen werde durch die Oberhauptsbeſtimmungen nach dem Heckſcher'ſchen Vorſchlage, wie auch dadurch die ungeſäumte Bildung einer ſtarken Centralgewalt und die Durchführung der Verfaſſung erreicht werde, ſucht der Redner ſodann auseinander zu ſetzen. Von der entſcheidendſten Wichtigkeit ſei dabei, daß die Klippe der Vereinbarung umgangen werde. Der Hauptfehler deſſen wir uns ſchuldig gemacht haben, iſt die falſche Anwendung, die wir von dem Prinzipe der Volksſouveränetät gemacht haben. Allerdings iſt das Volk die letzte Quelle aller Regierungsgewalt. Aber in einem Bundesſtaate von 38 Mitgliedern läßt ſich nur auf dem Wege des Vertrages zu Werke gehen und es würde zum Bürgerkriege führen, wollte man an einem Schulbegriffe eigenſinnig feſthalten. Hr. Waitz hat mir einem Vorwurf der Inkonſequenz daraus grhoben, daß ich vor 4 Wochen noch einmal an Oeſterreich zu eehen vorſchlug. Aber Herr Heckſcher meint, daß ſeine heutige Handlungsweiſe vollkommen übereinſtimme mit ſeinen früheren Worten und Maßregeln, namentlich im Funfzigerausſchuß. Nur die falſche Anwendung der Volksſouveränetät auf den Bundesſtaat habe er ſich vorzuwerfen. Oeſterreich, das iſt Herrn Heckſchers Ueberzeugung, hat keinerlei Feindſeligkeit gegen Deutſchland jemals gehegt, es wird mit Deutſchland in ein Föderativbündniß eintreten, es wird ſich zu Schutz und Trutz mit uns vereinigen, wenn wir die geforderten Modifikationen der Oberhauptsbeſtimmungen genehmigen. Feſt ſteht die Ablehnung des Königs von Preußen und der Dreißigerausſchuß iſt nichts als ein Zeitgewinnungsausſchuß. Möge er ein ſolcher bleiben.

Nachdem der Vorſitzende wiederum mehrere neu eingebrachte Haupt- und Verbeſſerungsanträge angemeldet hat — ſie werden bis morgen ſämmtliche gedruckt ſein, gibt er das Worl an

Herr Münch von Wetzlar, der ſich für die Vorſchläge der Ausſchußmehrheit erklärt. Ihm folgt Herr Schmidt von Löwenberg, welcher der Minderheit einen Vorwurf daraus macht, daß ſie die preußiſche Antwort als eine ablehnende betrachte und doch an den Verfaſſungsbeſtimmungen — die zum Theil durch dieſe Ablehnung unmöglich geworden ſeien — feſthalten wolle, ja daß dieſe Minderheit die Gelegenheit verſäumt habe, das Volk vor einem ſo gemeinſchädlichen Inſtitute, als die Erbmonarchie ſei zu bewahren. Die Politik dieſer Minderheit hätte vielmehr dem Bewußtſein der Zeit, hätte der Geſchichte gerecht werden und das lächerliche Erbkaiſerthum nach Gebühr verurtheilen müſſen. Herr Schmidt vergleicht dies Kaiſerthum mit den meſſianiſchen Vorſtellungen der Juden, die vor 18 Jahrhunderten die Herrlichkeit ihres Reichs zu erneuern geglaubt hätten durch die Wiederaufrichtung des Thrones David. Wie ſich heute noch eine Hoffnung auf Preußen mit der Würde des Mannes vereinigen laſſen ſoll, das begreife ich nicht. Die Zeitungen ſprechen jetzt täglich von der Erhebung des deutſchen Volks, von einer Erhebung, an der ſich ſelbſt Männer wie Gagern, Baſſermann, Mathy betheiligen würden. Aber Hr. Schmidt ſetzt uns auseinaneer, was er unter einer ſolchen Erhrbung verſteht, einer Erhebung, der die Deviſe des Erbkaiſerthums nur einen poſſenhaften Anſtrich geben werde. Der Antrag des Redners geht deßhalb dahin, daß die Oberhauptsfrage als erledigt betrachtet und in allen Beſtimmungen wieder aufgenommen werde. Die Verſammlung ſoll deshalb ihr Mandat dem Volke zurückgeben. (Beifall von der Linken.)

Herr Karl Welcker: Wir haben die Verfaſſung zu vertheidigen und wir werden ſiegen, wenn wir fortfahren, dem deutſchen Volk das großartige Beiſpiel von der Eintracht aller politiſchen Parteien zu geben. Das Schickſal des Vaterlands hängt wahrlich nicht ab von dem ſchlechten Rathe, den böſe oder verblendete Räthe ihrem Fürſten ertheilen. Wir ſind verpflichtet dem Volke eine Verfaſſung zu hinterlaſſen. Darum dürfen wir nicht von unſerem Platze weichen bis das Werk vollendet iſt. Wir dürfen auch nicht weichen, denn hinter uns käme die Anarchie. Die Verfaſſung iſt verkündet, ſie iſt das heilige Eigenthum des Volkes geworden. Nicht den Punkt über dem J dürften wir daran verändern ohne den ausdrücklichen Willen des Volkes. Durch dieſe Verfaſſung iſt kein fürſtliches Recht verletzt worden und ein unendliches Gewicht der moraliſchen Verantwortlichkeit würde ſich an eine Nichtannahme knüpfen. Auf die Gefahr hin, bankerott zu werden, als alter Lehrer des Staatsrechts muß ich es ſagen, es gibt keine Verfaſſung, die der Volksfreiheit ſo günſtig wäre als die deutſche. Das müßte ein erbärmliches Volk ſein, was mit dieſer Verfaſſung ſeine Freiheit nicht behauptete. Aber auch für die Regierungen empfiehlt ſich die Verfaſſung, wie es keine der beſtehenden beſſer vermag, die es durch das Staatenhaus vor Uebergriffen und Leidenſchaftlichkeiten ſicher ſtellt und denen es durch die Erblichkeit der Kaiſerwürde die ſicherſte Garantie der Stetigkeit darbietet. Ich will die Bürger aus Würtemberg, aus Baiern fragen, ob denn ihre Fürſten einen entſcheidenden Einfluß auf die deutſchen Angelegenheiten ausüben, ob ſie eine andere Freiheit genießen konnten, als die der Unfreiheit. Herr Welcker zeigt dann unter dem wiederholten Beifalle ſeines Auditoriums die Art und Weiſe, wie die deutſchen Bundesbeſchlüſſe gefaßt worden ſeien, wie die großen Staaten Alles, die kleinen Nichts und ſelbſt Preußen im Schlepptau der öſterreichiſchen Politik geweſen ſei. Noch einen Vortheil für die Fürſten will ich nachweiſen. Sie werden ihren reichen Antheil haben an der Ehre und Würde der deutſchen Nation. Das Wahlgeſetz wirft man uns vor. Lag es denn in unſerer Macht mehr konſervative Elemente hinein zu bringen? Mit nichten, und ſelbſt die preußiſche oktroyirte Verfaſſung trifft keine ſtrengeren Beſtimmungen als unſer Wahlgeſetz. Die Ehre der Monarchie ferner hängt nicht an dem abſoluten und an dem Suspenſioveto. Die alten deutſchen Kaiſer waren ſogar abſetzbar und doch die vornehmſten Monarchen der Chriſtenheit. In einem Bundesſtaate mit 34 Fürſten überdies kann man mit Recht keine großen Bedenken gegen ein abſolutes Veto des Oberhaupts haben. Dem Vorwurf gegenüber, wir hätten Oeſterreich ausgeſchloſſen, ſo darf ichs wohl am Erſten ſagen, daß das nicht wahr iſt, daß Oeſterreich uns ausgeſchloſſen hat. (Beifall.) Die Politik Oeſterreichs gegen uns war von jeher die des traurigen Worts: „Ich bin vor Allem Oeſterreicher!“ Die höhere Auffaſſung des Vaterlandes, die Herr Welcker hierauf der öſterreich. Anſchauung gegenüber hält, wird von lebhaftem Beifallszurufe von der Verſammlung anerkannt. Hat nun, wie vor ganz Europa bekannt geworden, Oeſterreich mit 40,000 Mann dieſe Frank-

furter Verſammlung ſprengen wollen, will es kein Volkshaus dulden, hat es ſeine Abgeordneten aus unſerer Mitte gerufen, ſo iſt das Alles nur eine um ſo dringendere Aufforderung für uns, unſere deutſche Verfaſſung ins Leben zu ſetzen. Allerdings ſteheu wir dabei an der Schwelle des Kampfrs mit der Fürſtenſouveränetät. Aber nur mit der falſch aufgefaßten Souverainetät, deren Urſprung vom Rheinbunde herrührt und die kein Recht hat zwiſchen das deutſche Volk und die Erfüllung ſeiner Wünſche zn treten. So gewiß aber aus den kalten Wolken, die heute über der Erde hängen, die Sonne des Frühlings hindurchbrechen wird, ſo gewiß wird die Sonne der Einheit und Freiheit des deutſchen Volks die eiskalten Wolken der Kabinete ſiegreich durchbrechen.“ (Großer, allſeitiger Beifall.)

Nach Herrn Welcker's Rede wird die Berathung vrrtagt. Der Präſident verkündet das Ergebniß der Wahl in den Marineausſchuß, wornach die HH. *Godefroy* aus Hamburg, *Meier* aus Bremen und v. *Reden* aus Hannover in den Ausſchuß treten; dann den Austritt des Abgeordneten *Von Bun* aus Feldkirch (Oeſterreich.)

Nächſte Sitzung findet Morgen ſtatt. Gegenſtand der Tagesordnung iſt die Fortſetzung der heute abgebrochenen Berathung.

⁝ **Frankfurt**, 23. April. Herr Camphauſen hat wie es heißt ſeine Stelle als preußiſcher Bevollmächtigter niedergelegt. Veranlaſſung dazu ſind die neurſtrn Inſtruktionen der Herren Manteuffel-Arnim.

△ **Berlin**, 21. April. Heute ward die deutſche Frage in der zweiten Kammer verhandelt! Hr. v. Vincke verlas zuerſt den Bericht des Ausſchuſſes über den Antrag von Rodbertus. Der Ausſchuß trägt mit 13 Stimmen gegen 7 darauf an: „In Erwägung, daß bei den Verwicklungen der europäiſchen Verhältniſſe und der eigenen Lage des Vaterlandes die baldige Verwirklichung eines den Erwartungen des deuſchen Volks entſprecheuden öffentlichen Rechts-Zuſtandes in Deutſchland, dringendes Bedürfniß iſt; daß es Pflicht der Deutſchen Einzelſtaaten iſt, zur baldigen Herbeiführung eines ſolchen Rechtszuſtandes nach Kräften mitzuwirken; daß ein ſolcher Rechtszuſtand nur dann in kürzeſter Friſt ins Leben gerufen werden kann, wenn die deutſchen Einzelſtaaten ſich der von der deutſchen Reichsverſ. beſchloſſenen Verfaſſung nicht entziehen, erklärt die zweite Kammer: 1) daß ſie den in der Cirkularnote vom 3. April d. J. von der Regierung Sr. Majeſtät betrrtenen Weg jetzt in ſeiner weitern Verfolgung zur baldigen Herbeiführung eines entſprechenden öffentlichen Rechtszuſtandes in Deutſchland als geeignet nicht erachtrt; 2) daß ſie vielmehr die Annahme der von der Deutſchen Reichsverſammlung Sr. Majeſtät angebotene Würde eines Oberhauptes des Deutſchen Reichs auf den Grund der Deutſchen Reichsverfaſſung und unter Vorausſetzung der Zuſtimmung der Deutſchen Regierungen als den geeignetſten Weg betrachtet haben würde, und es als wünſchenswerth bezeichnen muß, daß auf denſelben mit Rückſicht auf die gegenwärtige Sachlage wieder eingelenkt werde.“ Zuerſt ſprach *Rodbertus* um die Dringlichkeit ſeines Antrages zu begründen. Es bezog ſich darauf, daß die vierzehn Tage, innerhalb welcher die Regierung ſich erklären wollte, vorüber wären, und bedauerte, daß die preußiſche Regierung, ſtatt die erſte zu ſein, erſt die dreiunddreißigſte ſein werde, welche die Verfaſſung anerkenne. Hr. *Camphauſen* meinte, es wäre an Baiern und Würtemberg geweſen, mit gutem Beiſpiele voranzugehen. „Ich bin, ſagte er, nicht dafür, daß Seiner Majeſtät, wie der Antrag vorſchlägt, der Rath ertheilt werde, *unbedingt* anzunehmen; ich bin daher auch folgerichtig nicht für die Dringlichkeit des Antrags. Das Suſpenſivveto und das allgemeine Stimmrecht geben die Möglichkeit, die Erblichkeit der Kaiſerwürde wieder abzuſchaffen und auf legalem Wege die Monarchie zu beſeitigen. Im Staatenhaus iſt keineswegs ein Gegengewicht enthalten. Ich ſpreche gegen die Dringlichkeit. Im Staatenhauſe werden bei dem Ausſchluſſe Oeſterreichs 168 Stimmen vorhanden ſein; davon kommen nur 40 Stimmen auf Preußen, alſo noch nicht einmal ein Drittheil. Dieſe 40 Stimmen würden nicht im Stande ſein, die angedeuteten Beſchlüſſe zu verhindern. Die Reviſion der deutſchen Verfaſſung ſoll ferner nicht auf dem einfachen Wege der Geſetzgebung erfolgen. Ich bin vor vierzehn Tagen der Anſicht geweſen, daß ein entſchiedenes Auftreten Preußens die Reviſion hätte bedeutend erleichtern können; ob dies jetzt noch möglich iſt, weiß ich nicht. So kann denn allerdings der Augenblick kommen, wo die Annahme der Verfaſſung große Gefahren, die Ablehnung vielleicht noch größere Gefahren zu bringen *ſcheint*.“ Bei der Uebereinſtimmung der Anſichten, welche zwiſchen Hrn. Camphauſen und ſeinem Bruder dem Bevollmächtigten in Frankfurt, zu herrſchen pflegt, ſind dieſe Aeußerungen nicht unwichtig. Die Dringlichkeit ward mit 216 Stimmen gegen 113 anerkannt. *Vincke* ging dem Miniſter des Auswärtigen wieder hart zu Leibe. „Es wäre wohl zu erwarten geweſen, daß es dem Herrn Miniſter des Auswärtigen gefallen hätte, ſich in die Sitzungen der Kommiſſion zu bemühen, um ſo mehr, da er gerade Schuld daran iſt, daß wir uns in dieſer jetzigen Schwierigkeit befinden. Statt deſſen hat er uns einen Legations-Sekretär geſchickt; aber es bedürfte einer längeren förmlichen Debatte, bis es dieſem verehrten Herrn Vertreter gefiel, einige Worte über die Frage zu äußern. Und dieſe wenigen Worte waren nichts als eine nichtsſagende Phraſe. Ich bin der Anſicht, daß das Miniſterium der Kammer ſchuldig iſt, in dieſer wichtigen — ja man kann wohl ſagen, in dieſer wichtigſten Frage eine freie Sprache zu führen, und glaube nicht, daß die Regierung es vor Europa verantworten kann, wenn ſie auch heute zu ſchweigen fortfährt.“ (Lebhafter Beifall zur Linken und von einem großen Theile der Rechten.) Nach dieſer Anklage trat der *Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten* auf, um ſich, „wie ein Schulknabe zu vertheidigen.“ „Mit Vergnügen, ſagte der artige Mann, würde ich die Sitzungen der Kommiſſion beſucht haben, wenn ich nicht durch andere Geſchäfte abgehalten worden wäre (Oho! zur Linken). Ich habe ſtatt drſſen einen Legationsſekretär zu meiner Vertretung geſandt und demſelben aufgetragen, alle Mittheilungen zu machen, die nur möglich ſeien. Wenn der geehrte Herr Rrferent aber die Vorlage der Inſtruktionen, welche der diesſeitige Geſandte in Frankfnrt erhalten hat, verlangt, ſo bemerke ich doch, daß es nicht üblich iſt, öffentlich vor abgemachter Sache ſolche Inſtruktionen mitzutheilen, weil es auf der Hand liegt, welche weſentliche Nachtheile der Berathung dadurch erwachſen würden. Ob die Erklärung der 29 deutſchen Regierungen damals zur Zeit ſchon bekannt wordeu war, weiß ich nicht; ich glaube aber, daß in dieſem Fall die Kommiſſion ſchon aus den Zeitungen hinlängliche Kenntniß davon erhalten haben wird.“ (Lebhafte Zeichen des Unwillens zur Linken.)

Miniſterpräſident — tiefe Stille —: „Die Zeit iſt gekommen, in der die Regierung die unumwundene Auskunft geben kann, welche der geehrte Referent eben gewünſcht hat.

Es iſt der Regierung ein angenehmer Anlaß, daß ſie dieſe Auskunf heute ertheilen kann.

Ich werde den Antrag des Abg. Rodbertus Punkt für Punkt beantworten, und erlaube mir, dieſe Antwort vorzuleſen, da ſie ein ſehr wichtiges Aktenſtück iſt.

ad 1. Die Regierung Sr. Maj. iſt ſich bewußt, daß ſie den von ihr in der Circular-Note vom 23. Januar betretenen, von beiden Kammern gebilligten Weg nicht verlaſſen hat und daß ſie demſelben insbrſondere auch in der Circular-Deprſche vom 3. d. M. getreu geblieben iſt.

ad 2. Die Regierung Sr. Majeſtät hat von jeher den lebhaften Wunſch gehegt, daß es gelingen möge, *alle* deutſchen Staaten zu einrm Bundesſtaate zu vereinigen; ſie kann es daher nur ſchmerzlich bedauern, daß eine ſolche Vereinigung in bekannten Verhältniſſen für jetzt ein unüberſteigliches Hinderniß gefunden hat, und erblickt darin eine Täuſchung ihrer eigenen Hoffnungen.

Sie würde aber glauben, mit den von beiden Kammern in den Antwortsadreſſen auf die Thronrede angedeuteten Wünſchen in Widerſpruch zu treten, wenn ſie ſich durch die angegebenen Verhältniſſe wollte abhalten laſſen, ihre Beſtrebungen auf die Bildung eines engeren deutſchen Bundesſtaates zu richten.

ad. 3. Daß die deutſche Verfaſſung erſt der Annahme und Zuſtimmung der Regierungen zu ihrer Rechtsgültigkeit bedarf, iſt ſchon oft ausgeſprochen und auch in dem Berichte der Kommiſſion anerkannt worden. Die Regierung Sr. Majeſtät hat in der Note vom 23. Januar den Weg brtreten, um im Vereine mit den übrigen deutſchen Staaten die von ihr für nothwendig erachteten Abänderungen durch geeignete Vorſchläge zur Kenntniß der Nationalverſammlung zu bringen, und ſich der Hoffnung hingegeben, daß auf dieſem Wege diejenigen Beſtimmungen entfernt werden würden, deren Beſeitigung nothwendig erſchien. Leidee! leider! (Der Miniſter-Präſident betont dieſe Worte beſonders ſtark) iſt dieſe Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen. Dieſe Erinnerungen ſind größtentheils *ganz, ganz* unberückſichtigt geblieben. Die Verfaſſung hat ſogar außerdem in der zweiten Leſung noch

Abänderungen erlitten, welche nur höchſt nachtheilig genannt werden können. Dieſe Nachtheile ſind ſo überwiegender Art, daß ſich Sr. Majeſtät Regierung außer Stande ſieht, die unbedingte Annahme der Verfaſſung anzurathen. Sie hat die Annahme vielmehr an gewiſſe Bedingungen knüpfen zu müſſen geglaubt, welche ihr Bevollmächtigter in Frankfurt vorzulegen beauftragt iſt."

Meine Herren! — fährt der Miniſterpräſident in freier Rede, doch nicht ganz fließend, fort — ich erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an; aber man darf nicht rückſichtlos das Schiff den Winden und den Strömungen hingeben. Sonſt wird es niemals in einen ſichern Hafen gelangen — niemals — niemals — niemals!

Nachdem der Miniſter-Präſident ſo der Kammer und dem Lande den Fehdehandſchuh hingeworfen, erhob ſich der ehrenfeſte Junker Hr. v. Bismarck-Schönhauſen, um deutlich Anſichten auszuſprechen, wie ſie bei der jetzt herrſchenden Partei ſich vorfinden: Die Erklärungen der 28 Regierungen, ſagte er, ſind für mich von keiner Bedeutung, da dieſe Staaten nur etwa 4 — 5 Millionen Unterthanen haben (Gelächter und höhniſches Bravo zur Linken), und ich in jenen Erklärungen nur das Beſtreben von Miniſtern ſehe, welche durch die Märzrevolution ans Ruder gekommen ſind, ſich in der konſtitutionellen Anarchie, welche ihnen von Frankfurt geboten wird, zu ſchützen. (Gelächter.) Auf Adreſſen der zweiten Kammer müßten die Miniſter keine Rückſicht nehmen, denn ſie wären Beamte des Königs, nicht der Kammer. Preußen zähle 16 Millionen Einwohner und dürfe ſich von 5 Millionen „ſogenannter" Deutſcher nicht beſtimmen laſſen. Dann zog er auf das allgemeine Wahlrecht los. Auch die jährliche Bewilligung des Budgets iſt ihm ein Dorn im Auge. Item hielt er es für höchſt verderblich, daß königlich preußiſche Truppen die Revolution in Schleswig-Holſtein unterſtützten Er ſei Vertreter Brandenburgs, des Kerns der preußiſchen Monarchie u. ſ. w. Er ſcheint in der That der Kern des Kerns zu ſein. Hr. v. Berg hätte ſeine Verwahrung gegen den Ausdruck „Unterthanen" zu einer gelegeneren Zeit aufſparen können. Graf Arnim-Boytzenburg ſtellte einen Antrag auf Tagesordnung, Graf Schwerins Antrag wollte, die hohe Kammer ſolle erklären, daß ſie nunmehr den Augenblick für gekommen erachtet, in dem auch von Seiten Preußens die Annahme der deutſchen Verfaſſung erfolgen könne; ſo wie, daß ſie demnach den Wunſch hege, daß Se. Majeſtät der König ſich der Uebernahme der ihm von Seiten der deutſchen Nationalverſammlung und der deutſchen Regierungen auf Grund dieſer Verfaſſung angetragenen Würde eines erblichen Oberhauptes des deutſchen Bundesſtaates nicht länger entziehen wolle. Hierauf erhob ſich Rodbertus (für den Antrag): „Um von der Verſammlung einen Beſchluß zu extrahiren, der der verderblichen Thätigkeit des Miniſteriums ein Ende macht, habe ich meinen Antrag geſtellt. In dem letzten Paſſus der uns heut von der Regierung zu Theil gewordenen Erklärung finde ich eine Kabinetsfrage und die Zuſicherung ausgeſprochen, daß das Miniſterium zurücktreten werde, wenn es heute in der Minorität bleibt. Das Verfahren der preußiſchen Regierung, ſo ſchloß er ſeine Rede, führt alſo entweder zur Oktroyirung oder aber dazu, daß die Nationalverſammlung ihr Mandat in einem noch höheren Sinne auffaßt und ein Gebiet betritt, welches Sie nicht wünſchen. Bedenken Sie die hieraus entſpringenden Gefahren! Am meiſten ſind dabei gerade die Intereſſen der Fürſten gefährdet. Es gibt Dinge, welche ein Volk niemals vergibt. So würde das deutſche Volk es niemals den Fürſten verzeihen, wenn die deutſche Einheit jetzt an den Kabinetten ſcheitern ſollte. Wenn die Verfaſſung auch nur für wenige Millionen Deutſche ins Leben tritt, ſo wird ſie doch auf das übrige Deutſchland und namentlich auf Rheinland und Weſtphalen, eine große Anziehungskraft ausüben." Herr v. Kleiſt-Retzow aus Hinterpommern will ſich lieber in Stücken reißen laſſen, als die Reichsverfaſſung anerkennen. Herr v. Berg vertheidigt das allgemeine Stimmrecht und meinte hinſichtlich des Veto's: Man kann ein warmer Anhänger der konſtitutionellen Monarchie ſein und dennoch über das abſolute und ſuſpenſive Veto verſchiedener Anſicht ſein. Aber glauben Sie denn, daß eine praktiſche Differenz zwiſchen beiden exiſtirt? Der Unterſchied iſt nur der, daß das abſolute Veto eine ſchwere Waffe iſt, für die nicht jede Hand die nöthige Kraft hat; das ſuſpenſive Veto dagegen eine ſehr leichte Waffe, welche ohne Schwierigkeit zu regieren iſt (Bravo). Der Miniſter des Auswärtigen entſchuldigte ſich noch einmal, daß er hinſichtlich der Erklärung der Regierungen auf die Zeitungen verwieſen. Er habe ſie ſelbſt zuerſt in den Zeitungen geleſen.

„Was iſt deutſch?" fragte ihn ablöſend der Miniſter des Innern, Hr. v. Manteuffel. Und gab ſich ſelbſt zur Antwort: „Es beſteht darüber eine Verſchiedenheit der Auffaſſung." Die ſeinige iſt allerdings ſehr abweichender Art. „Man hat darauf hingewieſen, daß Oeſterreich jetzt krank ſei und keinen Widerſtand leiſten könne. Dies, meine Herren, wäre für uns gerade der letzte Grund, ſeine Regierung zu kränken, und wenn irgend etwas uns davon abhielt, Seiner Majeſtät zu rathen, die Krone anzunehmen, ſo war es die Noth Oeſterreichs! Wir wollen Deutſchland vor Frankreich bewahren. Sie wollen die Wunde ſchließen, welche die Zeit geſchlagen hat, wir glauben, daß die Stunde hierzu noch nicht gekommen iſt, und daß dieſe Operation jetzt nicht ohne Gefahr für den Staatskörper vorgenommen werden kann. Auch wir trennen Preußens Stärke nicht von Deutſchlands Stärke, aber Deutſchland bietet ſeit 600 Jahren den Anblick des Auseinanderfallens dar, während Preußen ſtets im Zunehmen ſeiner Kraft geweſen iſt und wir wollen Preußen daher nicht aufgeben, ehe wir nicht Deutſchlands gewiß ſind." (Große Unruhe, Bravo zur Rechten, Ziſchen zur Linken.) Das Amendement Arnim wird verworfen. Das Amendement Schwerin wird mit 79 gegen 254 Stimmen verworfen. Auch die erſten beiden Sätze ſowohl des Kommiſſionsantrages, als des Antrages von Rodbertus ſcheiterten an der Zerſplitterung der Parteien, dagegen ward der dritte Satz des Rodbertus'ſchen Antrags, der die Rechtsgültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung anerkennt, mit 175 gegen 149 Stimmen angenommen. Wenn man bedenkt, daß unter denjenigen, welche gegen den Antrag ſtimmten, auch Graf Schwerin, Vincke, Auerswald u. ſ. w. waren, welche doch insgeſammt für unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung ſtimmen, ſo ergibt ſich, daß in der zweiten preußiſchen Kammer eine überwältigende Mehrheit die Annahme der Reichsverfaſſung verlangt, welche das Miniſterium nicht annehmen will. Der Zwieſpalt iſt ſo groß, ſo klaffend, daß der Rücktritt des Miniſteriums oder die Auflöſung der Kammern als unvermeidlich betrachtet wird.

~ **Stuttgart**, 21. April. Sie wiſſen bereits, daß unſere Ständeverſammlung beſchloſſen hat, durch eine beſondere Abordnung aus ihrer Mitte den König zu bitten, ſich der Erklärung der 28 deutſchen Staaten anzuſchließen; die Antwort, welche dieſe Deputation erhielt, ſoll im Weſentlichen folgende ſein (ſie war eine mündliche, deßhalb kann ich nicht jedes einzelne Wort verbürgen): „Er gebe ſein Ehrenwort, daß er die Verfaſſung des Deutſchen Reichs, ſo wie ſie durch das Reichsgeſetzblatt, als endgültig feſtgeſtellt, promulgirt werden würde, auch für Würtemberg ganz unbeſchränkt annehmen werde, wie dieß ſeine Miniſter in der Thronrede ſchon und in verſchiedenen der Kammer gemachten Erklärungen anerkannt hätten. In Beziehung auf die Oberhaupts-Frage könne er ſich dem Hohenzollernſchen Hauſe jetzt ſchon nicht unterwerfen, hauptſächlich weil dieſes ſelbſt die Annahme der Kaiſerkrone abgelehnt und die Grundrechte noch nicht anerkannt habe. Würde aber durch die Uebereinſtimmung aller Fürſten die Kaiſerkrone wirklich dem Hohenzollernſchen Hauſe zuerkannt werden, ſo würde er ſich auch dieſer Uebertragung unterwerfen. Er müſſe alſo wünſchen, daß man vorher abwarte, ob wirklich dieſe Anerkennung erfolge."

Dieſe Erklärung ſteht allerdings auf Schrauben. Ich ſchreibe Ihnen nichts über die Stimmung, welche im ganzen Lande herrſcht; denn ich kann Sie verſichern: Würtemberg wird den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung Folge geben; bloß über die Form, in welcher dieß geſchehen wird, iſt man für heute noch ungewiß.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 21. April.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. 77½; 2½ pCt. Metall. 41; Bank-Aktien fl. 1184; fl. 500. Looſe 129; fl. 250. Looſe 80⅛; Badiſche fl. 35. Looſe 28¼; Heſſ. 27¾; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe 71⅞; Polniſche fl. 500 Looſe 74⅜; Friedr. Wilh.-Nordbahn 35; Bexbach 73⅜; Köln-Minden 77; 3 pCt. inländ. Spanier 21½; 4½ pCt. Würt. 91⅛; 5pCt. Bad. 96; 5pCt. Naſſ. 99⅞ Belg. 83¼; Integ. 49⅞.

Die Nachrichten aus Berlin und die niedrige Notirung daſelbſt äußerten hier keine große Wirkung. Die Stimmung war ſehr willig und bei ziemlich lebhaftem Handel ſind beſonders öſterreichiſche Fonds zu beſſern Courſen umgeſetzt worden:

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

N° 113. Frankfurt a. M., Dienſtag 24. April. 1849.

Ueberſicht.

Der König von Würtemberg.

Der Krieg in Ungarn.

Parlamentsſchau.

Deutſchland. Frankfurt (Erklärung des Hrn. Waitz. Die dynaſtiſchen Wühlereien gegen die Reichsverfaſſung. Eine angebliche Bemerkung des Königs van Baiern. Das preußiſche Miniſterium und Hr. Camphauſen. Welckers Rede. Hr. v. Schmerling. Ein großdeutſcher Verein.) Wien (Doppelzweck der drei Reſervekarps. Ein Volkswitz. Gerücht über die Aufkündigung des Waffenſtillſtandes mit Piemont.) Berlin (Hr. v. Beckerath. Der König. Der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen. Die Gliederung der Pravinzen.) Stuttgart (Beſchlüſſe der Kammer für die Reichsverfaſſung.) Hannover (Aufruf an die Mitglieder der Ständeverſammlung. Das hannaverſche Valk für die Reichsverfaſſung.) Mainz (Abfahrt öſterreichiſcher Artillerie von hier und Raſtatt nach Ungarn.) Aus Nordſchleswig (Stellung der däniſchen und deutſchen Truppen. Vorpoſtengefecht. Gerücht wegen Alſen. Der Herzog von Naſſau. Die Geſion. Die holſteiniſche Marine. Angſt var der Diplamatie.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen und allerlei Interpellatianen.

Frankreich. Paris (Kammerverhandlungen. Der Bankerutvorſchlag. Italien. Gerüchte. Thätigkeit in Toulon.)

Italien. Turin (Aufregung wegen der Förderung Oeſterreichs.) Flarenz (Erlaſſe der neuen Regierung.) Piecenza (Proklamatian des neuen Herzags.) Rom (Vergebene Unterhandlungen des franzöſiſcheu Geſandten.) Sirilien (Catania wieder genammen.)

Dänemark. Kopenhagen (Der König einſam auf Frederiksborg. Groll gegen die Militärkamarilla. Beſchränkung der Operatianen auf die Defenſive und auf Kapereien. Die neuen Kriegsſchiffe. Die Friedensunterhandlungen.)

Schweden u. Norwegen. Stockholm (Geſuch Dänemarks um militäriſchen Beiſtand.) Chriſtiania (Die Dänen und Norweger)

Nachſchrift.

---

23. April.

„Hie alleweg gut Würtemberg!“ ſo hat es allezeit im ſchönen Schwabenlande geheißen, und ſo heißt es jetzt wieder. Alle Parteien vereinigen ſich, um auf unverweilte vollſtändige Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſnng zu beſtehen. Das ganze Volk kommt in Bewegung, um an ſeinen König dieſen dringenden Antrag zu ſtellen. Es war wohl berechtigt, von ſeinem Könige zu erwarten, daß er ſolchen Anforderungen zuvorkam. Der König hatte zu wiederholten Malen in der Ständeverſammlung die unbedingte Unterwerfung unter die Beſchlüſſe der Reichsverſammlunng erklären laſſen. Sein erſter Miniſter hatte noch zuletzt dieſe Erklärung im Schooße der Reichsverſammlung wiederholt. Aber als es an dem Könige iſt, ſein Wort zu löſen, zieht er es zurück. Er hört nicht auf die Stimme ſeines Volkes, welches ihn dringend an ſein Wort erinnert, er hört mehr auf die Stimme ſchlimmer Rathgeber, und des ſchlimmſten von allen, der Eitelkeit. Denn als die Abgeordnete der Stände, nach einem mit ſiebenzig Stimmen gegen ſieben und ſo einmüthig gefaßten Beſchluſſe, daß ſelbſt Graf Degenfeld erklärte, er ſtehe und falle mit der Reichsverſammlung, vorgeſtern, am Sonnabend 4 Uhr, ſich auf das königliche Schloß begaben und ſo ehrfurchtsvoll wie dringend baten, ſich zu erinnern, daß er ehedem der deutſcheſte der dentſchen Fürſten genannt ſei, und die Reichsverfaſſung anzuerkennen: was war die Antwort des Königs? So wie ſie mündlich gegeben, ſogleich ſchriftlich aufgeſetzt und vom Könige ſelbſt verbeſſert ward, lautet ſie wörtlich wie folgt:

„Meine Herren! Ich danke Ihnen, daß Sie mir Gelegenheit geben, mich in dieſer Angelegenheit offen auszuſprechen zu können. Sie kennen meine Freimüthigkeit und Offenheit, die ich in meinen Regierungshandlungen immer an den Tag gelegt habe, ich werde es auch ſchon in dieſem Falle thun. Ich muß mich auf den Boden der Thatſachen ſtellen. Die Reichsverſammlung hat eine Verfaſſung gefertigt, ſie iſt aber noch nicht vollendet. Der König von Preußen hat die deutſche Reichsverfaſſung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiſerkrone abgelehnt; nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphauſen mit Gagern über die Aenderungen der Verfaſſung unterhandelt, was ſoll ich alſo ſchon jetzt anerkennen, was noch gar nicht exiſtirt? Laſſen Sie mir Zeit. Ich verſichere Sie, daß ich die ganze Reichsverfaſſung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage anerkenne. Dem Hauſe Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht. Ich bin dieſes meinem Lande, meiner Familie und mir ſelbſt ſchuldig. Würden aber alle Fürſten von Deutſchland es thun, ſo würde auch ich dieſes Opfer für Deutſchland bringen, aber mit gebrochenem Herzen. Ich kann durch Ihre Erklärungen, durch Aufruhr im Lande dazu genöthigt werden. Wenn Sie ſich auf den Boden der Revolution ſtellen und mich zwingen, mein Wort zu geben, ſo iſt es kein reies. Das erkennen Sie ſelbſt an und können es auch nicht, wollen; denn ein erzwungenes Wort wäre für mich nicht bindende ich könnte es ja widerrufen, wenn mein Wille wieder frei wäre. Die deutſche Verfaſſung werde ich in meinem Lande durchführen, wie ich die Grundrechte zuerſt eingeführt habe. Ich gebe Ihnen mein Wort, aber dem Hauſe Hohenzollern unterwerfe ich mich nicht, mein Gewiſſen und meine Ueberzeugung laſſen es nicht zu. Dem Kaiſer von Oeſterreich, wenn er gewählt worden wäre (da ich die Ueberzeugung habe, daß es für Würtemberg vortheilhaft geweſen wäre), würde ich mich unterwarfen haben. Ich bin mit meinem Miniſterium nicht uneins, ich bin mit ihm bis dieſen Augenblick ganz zufrieden. Eine Meinungsverſchiedenheit herrſcht zwiſchen uns nicht, nur auf die Zeit meiner Erklärung bin ich mit ihm nicht einig. Ich vertrane über den guten Sinn meines Volks. Der Kern des Volks iſt gut geſinnt. Die Aufregung iſt durch die Vereine, welche auch eine Märzerrungenſchaft ſind, künſtlich hervorgebracht. Wollen Sie mich zwingen, ich muß es darauf ankommen laſſen. Sie kennen meinen Muth. Es iſt nicht um meinetwillen, ich habe nur noch wenige Jahre zu leben, aber mein Vaterland, mein Haus, meine Familie legt mir dieſe Pflicht auf. Ich würde es ſehr bedanern, wenn gerade jetzt in dieſer wichtigen Sache die Stände mit der Regierung nicht Hand in Hand gingen.“

Das iſt die Antwort des Königs, aber keine königliche. Er ſagt, er habe Muth; aber er hat nicht eiumal den Muth eine beſtimmte Erklärung abzugeben. Er ſagt, das Volk könne ihn zwingen, ſein Wort zu geben, aber dann ſei es ein erzwungenes und — ſei nicht giltig. Aber woher ſoll man künftig denn erkennen, ob ein König freiwillig oder gezwungen etwas gelobt? Ob er ein Friedrich von Oeſterreich iſt oder ein Ferdinand von Spanien? Iſt es nicht, als wenn die Fürſten es darauf anlegten, alle Heiligkeit zu zerſtören, welche ſie und ihr königliches Wort bis jetzt im frommen Glauben der Völker umgab? Der König wendet nichts gegen die Reichsverfaſſung ein, und konnte es nach der Stimmung ſeines Landes auch nicht, welchem die Fehler der Reichsverfaſſung ganz anderswo zu liegen ſcheinen, als unſeren untröſtlichen Doktrinärs. Er wendet auch nichts gegen ein Rechtsoberhaupt, ein erbliches Reichsoberhaupt ein. Er würde ſich einem ſolchen unterwerfen, wenn er — aus dem Hauſe Lothringen, genannt Habsburg wäre! Damit iſt die ganze hohe heilige Sache des Vaterlandes auf das perſönliche Gebiet geſpielt. Einem Hohenzoller unterwerfe ich mich nicht! Das wiederholte er zweimal, das war der Angelpunkt der Antwort. Und was für Gründe gab der König von Würtemberg an? Sich ſelbſt, Sein Haus, Seine Familie, Sein Gewiſſen, Seine Ueberzeugung, und — und Sein Land! Sein Land! Wir wol-

len der königlichen Würde zu Liebe, deren Anſehen wir lieber ſtärken als ſchwächen möchten, dieſe Antwort nicht weiter zergliedern. Aber aufrichtiger wäre es geweſen, wenn er ſtatt aller Antwort auf die große, große Königskrone gezeigt hätte, welche der kleine König von Würtemberg über ſeinem Schloſſe hat anbringen laſſen. Wir haben über dieſen unſeligen Ehrgeiz und ſeine Berechtigung uns geſtern ausgeſprochen. Heute wollen wir nur bedauern, daß deutſche Fürſten aufs Neue ſo muthwillig das fürſtliche Anſehen ſchwächen, ehe noch der im vorigen Jahre erhaltene Stoß völlig verwunden iſt. Denn Widerſtand gegen einen ſo einmüthig ausgeſprochenen Willen der ganzen Bevölkerung iſt völlig unthunlich, es müßte denn vorher die ganze geſetzliche Regierungsform geändert werden. Aber dazu iſt keine Ausſicht, Stuttgart liegt zu weit von St. Petersburg entfernt; der Himmel iſt hoch und der Czar iſt weit! wie das ruſſiſche Sprichwort ſagt, an welches wir ſchon neulich erinnerten. Der König wird bald durch die Hinterthür gehen müſſen, welche er ſich offen gelaſſen hat.

Das Volk von Würtemberg iſt ſich wohl bewußt, wie wichtig es iſt, daß Würtemberg, als das erſte der Königreiche, welches an die Reihe kommt, die Reichsverfaſſung anerkenne. Es iſt ſich wohl bewußt, daß die Augen von ganz Deutſchland auf Würtemberg gerichtet ſind. Und das iſt das Schöne in dieſen Tagen der Gefahr, wo das Schickſal von ganz Deutſchland nicht an Einer Stelle, ſondern hier und dort und überall entſchieden wird, daß wir uns Alle als ein einig Volk von Brüdern fühlen, daß der Nationalſinn geweckt wird, mit welchem der Britte ſingt: „Ganz Britannien iſt ein Schiff, wir alle ſind die Mannſchaft, die darauf eingeſchifft!"

Ja ihr Brüder von Würtemberg, von Hannover, von München, von Dresden wir rechnen auf Euern Muth, Euern Eifer, Eure Beſonnenheit, vor Allem aber blicken wir ſorgend und hoffend nach Berlin. Dort hat ein unſeliges oder um einen Ausdruck zu gebrauchen, welchen Niemand beſtreiten kann, ein unfähiges Miniſterium die preußiſchen und deutſchen Angelegenheiten ſo kläglich geleitet, daß jetzt ſelbſt der König von Würtemberg als deſſen Ankläger aufgetreten iſt. „Ich muß mich auf den Boden der Thatſachen ſtellen, ſagte der König. Die Reichsverſammlung hat eine Verfaſſung gefertigt, ſie iſt aber noch nicht vollendet. Der König von Preußen hat die deutſche Reichsverfaſſung noch nicht anerkannt, er hat die Kaiſerkrone abgelehnt, nach heute erhaltenen Nachrichten hat Camphauſen mit Gagern über die Aenderungen der Verfaſſung unterhandelt. Was ſoll ich alſo ſchon jetzt anerkennen, was noch gar nicht exiſtirt?"

Kann die ganze Stellung, welche unſer Blatt in der Verfaſſungsfrage eingenommen hat, ſchlagender gerechtfertigt werden als durch dieſe Worte?

Auch Hr. Camphauſen, wenn wir recht berichtet ſind, hat ſich überzeugt, daß es ſich nur noch einfach um Annahme oder Ablehnung der Verfaſſung handeln könne. Und ſein Bruder in Berlin hat erklärt, daß die Gefahren des Ablehnens bereits größer ſchienen, als die des Annehmens. Aus den letztern Verhandlungen der zweiten Kammer geht auf das Unzweideutigſte hervor, daß eine ſehr große Mehrheit derſelben für unbedingte Annahme der Verfaſſung iſt. Das Miniſterium dagegen beharrt auf ſeiner Forderung einer vorgängigen Aenderung der Reichsverfaſſung, einer Forderung, welche gleich unmöglich iſt, mag man nun auf die Reichsverſammlung oder auf das ganze große Reich blicken. Das Miniſterium kann die deutſche Frage nicht wie alle bisherigen als keine Kabinetsfrage betrachten. Es iſt eine Lebensfrage des Miniſteriums, des Königsreiches. Sie müſſen, wenn ſie auch nur den konſtitutionellen Schein retten wollen, ſo müſſen ſie abtreten. Denn jetzt in dieſem Augenblicke die Kammern aufzulöſen, das wäre Verrath an Preußen, Verrath an Deutſchland.

Das Kriegsdrama in Ungarn geht ſeiner Entwickelung entgegen. Gleichzeitig mit den Verſtärkungen, welche von allen Seiten dem kaiſerlichen Heere zuziehen, trifft ein neuer Feldherr auf dem Schauplatze des Kampfes ein: „Se. Majeſtät der Kaiſer haben den Fürſten Windiſchgrätz an das Hoflager zu Ollmütz berufen, wo Allerhöchſtdieſelben ſeine Einſicht und vielſeitige Erfahrung bei der Berathung ſehr wichtiger Angelegenheiten benützen wollen" (er iſt zum — Oberſthofmeiſter ernannt), der Hof hat ſein Werkzeug, nachdem es ſich abgenutzt, achtlos bei Seite geworfen, mit ihm ſind ſeine unfähigen Kreaturen gefallen, der Liebling der Armee, der energiſche Welden, iſt zur Oberleitung der Operationen berufen und unter ihm befehligen die beſten Generale, welche der italieniſche Krieg gebildet. Die Entſcheidung wird nicht lange auf ſich warten laſſen: die Ereigniſſe ſelbſt drängen dazu.

Die Ungarn haben reißende Fortſchritte gemacht. Noch vor wenig Wochen beſchränkte ſich ihre Herrſchaft auf einige Komitata an der obern Theiß, gegenwärtig iſt ganz Siebenbürgen in ihren Händen, ſie bedrohen die Bukowina, ihre Schaaren ſtreifen ſiegreich durch die ſerbiſche Wojwodina, das Hauptheer hat die Kaiſerlichen bis unter die Kanonen von Ofen zurückgedrängt und ſchon haben ſich die Ufer der Donau vom Blute geröthet: noch einige, nicht Wochen, nur Tage des Glücks und die Armee vor Peſth iſt abgeſchnitten und der Weg nach Wien ſteht offen.

In Siebenbürgen gebietet Koſſuth unbeſchränkt. Wir wiſſen amtlich, daß Puchner mit ſeinen Truppen am 1. d. M. in fünf Kolonnen die Richtung nach Orſowa genommen hat, wir wiſſen amtlich, daß Bem am 28. v. M. die letzten Ruſſen aus Siebenbürgen herausgeſchlagen hat. Bem hat ſeitdem den Paß vom Rothenthurm mit den Szeklern und ſeiner polniſchen Legion beſetzt und ſich ſtark genug gefühlt, mit ſeiner übrigen Macht von Hermannſtadt über Hatſchegg und Lugoſch vor Temeswar zu rücken, das noch zum Kaiſer hält. Doch mag der Romäne beim lärmenden Gaſtmahl ſeine Verbrüderung feiern mit dem Magyaren, und Oeſterreich und Deutſchland Tod und Verderben ſchwören, ſein Todesmuth wird erkalten, wenn Koſſuth's Fahne ſinken ſollte. Siebenbürgen wird in den Ebenen von Ungarn wieder erobert.

Die Bukowina hat noch keinen Angriff erfahren. Zwar iſt ihr abentheuerlicher „König" Kobeliza wieder erſchienen und wiegelt die Huzulen im Gebirge auf, aber die Hülfe der Ungarn, welche er verſprochen, iſt noch nicht erſchienen und gegen einen möglichen Einfall derſelben ſind Vorkehrungen getroffen.

So im Oſten und Nordoſten von Ungarn: wir wenden unſere Blicke nach Süden, nach dem Banat und der Bacska. Immer weiter dringen hier die Magyaren vor und Verwüſtung und kannibaliſche Schlächtereien bezeichnen ihre Schritte. In demſelben Banat, wo die Erhebung der Serben gegen den Despotismus des Magyarenthums begann, die ſeitdem mit eben ſo viel Kühnheit als Glück fortgeſetzt wurde, in demſelben Banat folgt jetzt eine Niederlage der andern. Die für unerſteiglich gehaltenen Befeſtigungen von Srbobran (St. Thomas), die einſt der geſammten Macht der Ungarn Trotz boten, ſind jetzt von einem kleinen Haufen genommen worden, das ganze Czaikiſtenbataillon mit den Römerſchanzen iſt in Feindes Hand, der Patriarch hat ſich aus Becskerek nach Semlin geflüchtet, Semlin ſelbſt fürchtet und nimmt, bei der gänzlichen Ohnmacht der kaiſerlichen Gewalt abwechſelnd die Hilfe der ruſſiſchen Generäle in der Wallachei und des Belgrader Paſcha's in Anſpruch, und der „Nationalgeneral" Knicanino begnügt ſich, auf das Erſcheinen von Hilfstruppen zu warten, welche das verwandte Serbien ſendet.

Und während Bem Siebenbürgen unterwarf und Perczel, Kiß und Batthiany die Serben ſchlugen, drang, im Rücken und in der Flanke nunmehr geſichert, das Gros der ungariſchen Armee gegen die Kaiſerlichen vor, das Centrum unter den Befehlen des Polen Dembinski, der linke Flügel von dem Ueberläufer Vetter, der rechte von dem jugendlichen Görgey kommandirt. Eine Reihe ſiegreicher Gefechte bezeichnete ihren raſchen Marſch von der Theiß bis zur Donau, und in den erſten Tagen dieſes Monats ſtanden ſie vor Peſth, der Hauptarmee des Fürſten Oberbefehlshabers gegenüber.

Dort iſt ſeit beinahe vierzehn Tagen faſt ununterbrochen gekämpft. Die öſterreichiſche Armee ſchlägt ſich mit der Tapferkeit und Ausdauer, welche ſie zu allen Zeiten bewieſen, aber ſie ſchlägt ſich gegen einen nicht minder tapferen und gegen einen fanatiſirten und an Zahl überlegenen Feind, und Alles, was ſie für jetzt erreichen kann, iſt, daß ſie ihre Stellung behauptet. Dieſe Stellung iſt günſtig. Die Kaiſerlichen haben die Anhöhen der wellenförmigen Rabaſer Hügelkette beſetzt; der Feind, wenn er angreifen will, muß ſeine Macht in dem bloßliegenden Thal entfalten; das ſandige Terrain mit ſeinen bergigen Defileen geſtattet außerdem die Anwendung von Geſchütz und Reiterei nur in ſehr beſchränktem Maße; Alles beſchränkt ſich auf eine Reihe kleiner, aber freilich blutiger Gefechte, in welchen mit beiſpielloſer Erbitterung und Mann an Mann gefochten, in welchen die Muskete erſt auf der Bruſt des Gegners abgedrückt wird.

Aber während dieſe fortwährenden Kämpfe die Hauptarmee gefeſſelt hielten, entwickelte ſich der Operationsplan der Ungarn, der Plan, die Flanken der Kaiſerlichen zu umgehen, oberhalb und unterhalb Peſth den Uebergang über die Donau zu forciren und ſich dann mit ihrem rechten und linken Flügel die Hand zu bieten. Nur noch einige Tage des Glücks, ſagten wir oben, und die Armee vor Peſth iſt abgeſchnitten und der Weg nach Wien ſteht offen; gelänge Dembinski's Plan, ſo wäre in dem Winkel, welchen der Strom bei Buda-Peſth bildet, wie in einem Netze zuſammengedrängt und rings von Feinden umſchloſſen, die Hauptarmee verloren und nur einzelne kleine Korps würden noch die Straße nach Wien vertheidigen.

Die Ungarn haben ihre Operationen begonnen. Ein Scheingefecht bei Ratzkevi unterhalb Peſth feſſelte die Aufmerkſamkeit des kaiſerlichen Centrums, aber plötzlich brach Dembinski den Kampf ab und warf ſich mit aller Macht auf den linken Flügel oberhalb Peſth, beſchäftigte das Gros deſſelben gegenüber von Szent Endre, gewann die Straße nach Waizen, überfiel hier in überlegener Zahl die Brigade Götz und drängte ſie nach einem heißen Straßenkampfe über die Donau nach Gran; Götz ſelbſt fiel unter den Säbeln der Huſaren und der Wind trug den Schall der Ehrenſalven nach Peſth hinüber, mit welchen die Ungarn ihren tapfern Feind zur Erde beſtatteten. Der Uebergang über die Donau aber gelang nicht. Eine kleine Abtheilung der Inſurgenten beſetzte die vor Szent Endre im Strome liegende Inſel Pletten und verſuchte von dort aus eine Brücke auf das rechte Ufer zu ſchlagen, aber die Kanonen der Kaiſerlichen haben dieſen Verſuch zurückgewieſen und Waizen, nur von einer kleinen zurückgelaſſenen Beſatzung vertheidigt, iſt wieder genommen.

Doch hier geht der ſchwache Faden, der uns bisher durch das Labyrinth der widerſprechendſten Berichte leitete, völlig verloren: wir wiſſen nur noch, daß das Gros des rechten Flügels der Ungarn von Waizen die Straße nach Komorn weiter gezogen iſt. Nur das Schweigen der kaiſerlichen Bülletins könnte bezeichnend ſein: ſie ſchweigen nicht, wo ſie Erfolge zu berichten haben.

Gegenüber von Gran, das ſcheint ſicher zu ſein, iſt ein bedeutendes Treffen geliefert, wer aber Sieger geblieben, wiſſen wir nicht. Haben die Kaiſerlichen geſiegt, ſo wird der Feind nach Oberungarn zurückgedrängt und fällt binnen Kurzem dem Armeekorps in die Hände, welches von Galizien her in Eilmärſchen dem Schauplatze des Kampfes ſich nähert, Komorn, bereits aufs Aeußerſte bedrängt, iſt verloren und die Ungarn vor Peſth ſehen ihre Flanke bedroht. Haben die Ungarn geſiegt, ſo werden ſie Komorn entſetzen und über die Donau gehen, im Rücken der Kaiſerlichen, welche feſtgebannt Dembinski gegenüber lagern; haben die Ungarn geſiegt, ſo ſtehen ſie nur wenig Tagemärſche von Wien, vor dem von Truppen entblößten Wien, von demſelben Wien, von deſſen Wällen man ſchon einmal ihre Feldzeichen freudig begrüßte, und in den Reihen der Ungarn kämpfen jetzt eine Legion von Wiener Akademikern und eine Wiener Proletarier-Todten-Legion!

Wir deuten hier nur eine Möglichkeit an, aber es iſt eine Möglichkeit, und die bereits verfügte Bildung von Reſervekorps, das eine auf dem Marchfelde bei Wien, das zweite bei Pettau in Unterſteiermark, das dritte zwiſchen Tabor und Budweis in Böhmen beweiſt, daß man die Gefahr würdigt und ihr zu begegnen ſich anſchickt.

Der Augenblick iſt ſehr ernſt. Ungarn, deſſen Trotz durch den Fall von Wien und Peſth gebrochen ſchien, entwickelt ſeitdem eine Kraft des Widerſtandes, welcher nur die vereinten Kräfte der ganzen Monarchie gewachſen ſind. Das Magyarenthum, an und für ſich durch eine kriegeriſche und tapfere Nation getragen, hat auch die ſchlummernde polniſche Nemeſis neu geweckt und es iſt im Begriff, die von Oeſterreich vielfach verletzten und zurückgeſtoßenen Sympathien der Stämme, der Slawen, Serben und Romanen zu gewinnen, welche die Peripherie ſeines weiten Gebietes umſäumen; bedrohliche Anzeichen geben ſich bereits kund.

Oeſterreich, will es Oeſterreich bleiben, muß ſiegen um jeden Preis und es muß entſcheidend ſiegen. Nur ein großer Sieg unterwirft das Land, kleinere Erfolge ſind bloß weniger ſchädlich als Niederlagen, ſie geben dem Kampfe den Charakter eines Guerillakampfes und verewigen ihn. Die Proklamation des neuen Oberbefehlshabers ſpricht von Verſöhnung. Möchte man eher an eine Verſöhnung gedacht haben, aber pacificiren darf nur eine ſiegende Armee. Jetzt zu unterhandeln wäre der größte Fehler, den man begehen könnte, jetzt gilt es zu handeln. Aber wenn Oeſterreich geſiegt hat, dann möge es Schonung und Milde zeigen, dann möge es bedenken, daß der Feind ein Bürger ſeines Staates war, dann möge es dem Nationalgefühl, das ſolcher Energie fähig, Rechnung tragen: dann, aber auch nur dann wird der Sieg ſeiner Waffen ein wirklicher und dauernder Sieg ſein.

Oeſterreich muß ſiegen um jeden Preis. Um jeden Preis, einen einzigen ausgenommen, um den Preis ſeiner Freiheit und ſeiner Ehre, und das wäre die Intervention Rußlands. Und doch ſcheint es geneigt, ſelbſt dieſen Preis zu zahlen. Noch iſt freilich die Kunde von dem abermaligen Einrücken der Ruſſen in Siebenbürgen nicht beſtätigt, aber derſelbe Erlaß, welcher den Abmarſch der Truppen aus Galizien zur Kunde der Bevölkerung bringt, warnt vor jeder Ruheſtörung, „um nicht in die Lage zu kommen, fremde Hülfe zu erbitten, welche dem Lande im äußerſten Falle vom befreundeten nachbarlichen Staate zu Theil werden kann."

Deutſchland.

> **Frankfurt**, 23. April. Die Beantwortung der Interpellationen, welche die beiden Koryphäen der Linken, Hr. Vogt und Hr. Ludwig Simon beim Beginne der heutigen Sitzung an das Reichsminiſterium richteten, erregte die allgemeinſte Befriedigung. Aus den klaren Worten des Hrn. von Gagern erſah man mit Freude, daß, welche Sünden auch das preußiſche Miniſterium gegen die deutſche Einheit begangen hat, es wenigſtens nicht ſie es ſind, welche den Einmarſch der Truppen in Jütland verhindert haben. Aber welche unſelige Urſache denn? Statt Nachrichten vom Kriegsſchauplatze laufen hier jetzt nur Klagen darüber ein, daß jener Einmarſch noch immer nicht erfolgt ſei. So haben wir denn Hoffnung, daß dieſer traurige Krieg durch den Nachdruck, mit dem er von nun an betrieben werden wird, bald ein glückliches Ende erreicht. Weniger erfreulich durch die Thatſachen, die ſie enthielt als durch die Entſchiedenheit, welche ſich in ihr ausſprach, war die Antwort des Hrn. von Peucker. Die würtembergiſchen Truppen, welche im Reichsdienſt in Baden ſtationirt waren, ſind ohne Befehl des Reichsminiſteriums von da zurückgerufen worden — eine Handlung, die, von wem ſie auch ausgehen mögen, bei definitiv angeordneten Rechtsverhältniſſen, nur als Meuterei betrachtet werden könnte. Die Feſtigkeit mit der der Kriegsminiſter dieſem Unterfangen gegenüber aufgetreten iſt, wird ihres Eindrucks nicht verfehlen.

Der Dreißiger-Ausſchuß, welcher zur Vorberathung der zur Ausführung der Reichsverfaſſung zu ergreifenden Maßregeln niedergeſetzt worden war, und über deſſen Vorſchläge heute die Beſprechung eröffnet wurde, hat drei ganz verſchiedene Anträge vorgelegt. Die Mehrheit geht von dem Gedanken aus, der König von Preußen habe bis jetzt weder abgelehnt noch angenommen, und will deßhalb das Ergebniß einer nochmaligen Aufforderung an ihn abwarten. Die Minderheit hält die Kaiſerkrone für abgelehnt, und will deſſenungeachtet mit der Durchführung der Verfaſſung vorgehen. Ueber die Art und Weiſe, wie dies geſchehen ſoll, hat die Minderheit ſich aber wieder in zwei Theile geſpaltet. Die Mehrzahl hält mit der einmal geſchehenen Ablehnung die Kaiſerwahl für erledigt, verlangt die Einſetzung einer Regentſchaft aus Mitgliedern der Verſammlung und eine Neuwahl des Kaiſers durch den demnächſt zu berufenden regelmäßigen Reichstag. Die Minderzahl dagegen glaubt, daß der König von Preußen auch nach der jetzt geſchehenen Ablehnung noch annehmen könne, bis ihm ein Termin geſtellt ſei, fordert auch die Einberufung des Reichstages und einige andere zur Durchführung der Verfaſſung beitragende Maßregeln, will mit derſelben aber nicht eine neuzubildende Regentſchaft, ſondern die ſchon beſtehende Centralgewalt betrauen. Das Sondererachten der Hrn. Reichensperger und Detmold, welche die Beſchlußnahme ausgeſetzt wiſſen wollen, kommt nicht in Betracht. Den Vorſchlägen der Mehrheit des Ausſchuſſes kann man wenigſtens die Gerechtigkeit nicht verſagen, daß ſie vorſichtig ſind, und nicht durch etwaige Unausführbarkeit die Verſammlung kompromittiren würden.

Herr Kierulff der Berichterſtatter hob dies denn auch als ihren Vorzug hervor und entwickelte mit beſonderer Feinheit, wie der König von Preußen ſo klar, wie er nicht angenommen habe, eben ſo klar ſeine Geneigtheit dargethan habe.

Herrn Heckſcher's Rede war nicht ohne Bedeutung, weil er mit voller Offenheit und Wärme die Pläne und die Handlungen der ſogenannten großdeutſchen Partei zu rechtfertigen ſuchte. Nur gehörte ſie nicht in die heutige Verhandlung. Daß er, wie er ſich wiederholt beſchwerte, bei früheren Gelegenheiten nicht zu Worte gekommen iſt, machte ſeine Vorſchläge für heute nicht ſachgemäßer. Es handelt ſich nicht mehr um die Feſtſtellung der Verfaſſung, ſie iſt feſtgeſtellt, ſondern um die Ausführung. Wir wollen einmal nicht zweifeln in der Aufrichtigkeit der Großdeutſchen, und daß ihre Pläne, wie Herr Heckſcher verſicherte, wohlwollend gemeint waren. Die Loyalität aber erfordert, daß ſie dieſelben jetzt ebenſo fahren laſſen, wie die Linke die ihrigen aufgegeben hat, und daß ſie ihre Hand jetzt willig zur Unterſtützung der einmal beſchloſſenen Verfaſſung leihen. Herr Heckſcher ſprach geſchickt, und um ſo geſchickter, als er die feinſten Argumente in den Schein der Einfachheit zu kleiden wußte. Er ſuchte namentlich alles Gehäſſige von dem Gedanken eines Direktoriums abzuwenden und den praktiſchen Einwänden gegen daſſelbe die Spitze abzubrechen. Am ſchwächſten war er, wo er ſich und ſeine Partei von dem Vorwurf reinigen wollte, ſie hätten in ziemlich unzweideutiger Abſicht bei der zweiten Leſung der Verfaſſung für die radikalen Vorſchläge geſtimmt, und, wo er Herrn Waitz einer angeblichen Verdrehung ſeiner früheren Meinungen beſchuldigte. Bei dem erſten Punkt überging er zu erklären, woher es gekommen, wenn dieſe Beſtimmungen ſo angemeſſen ſind, wie er ſagt, daß ſeine Freunde erſt bei der zweiten Leſung für ſie geſtimmt haben. Und bei dem zweiten Punkt mußte er ja doch das Weſentliche ſelbſt zugeſtehen, daß er den Begriff der Volksſouveränetät früher anders angewendet habe, als jetzt.

Die heutige Verhandlung ſchloß mit Herrn Welcker's Rede. Mit der gewohnten derben Heftigkeit bedrohte er die Fürſten, welche ſich der Reichsverfaſſung widerſetzen würden, und zeigte klar, daß das Feſthalten an derſelben die unerläßliche Bedingung zu ihrem eignen Heil ſei. In ſolchem Munde fallen ſtrenge Worte, wie er ſie hören ließ, ſchwerer ins Gewicht, als bei denen, von welchen man gewöhnt iſt, daß ſie bei jeder Veranlaſſung bis an die äußerſte Grenze gehen, wie heute wieder von Herrn Welcker Herr Schmidt aus Löwenberg gethan hatte.

Erklärung.

Herr Redakteur!

Da ich es mir zum Grundſatz gemacht habe, in der Nationalverſammlung niemals für die Ertheilung des Wortes zu perſönlichen oder faktiſchen Bemerkungen zu ſtimmen, alſo auch nicht ſelbſt darum zu bitten, ſo erſuche ich Sie, mir einen kleinen Raum der Erwiederung auf den heutigen Angriff des Herrn Heckſcher zu geſtatten. Ich habe freilich bisher nicht erkannt, daß es zu den Pflichten eines Profeſſors der Geſchichte gehöre, ſich mit den Thaten des Herrn Heckſcher zu beſchäftigen; als parlamentariſcher Gegner deſſelben habe ich aber allerdings gemeint, von ſeiner politiſchen Thätigkeit hier in Frankfurt einige Notiz nehmen zu müſſen. Dieſe bewog mich in der Sitzung vom 19. März zu der Aeußerung (Stenogr. Bericht p. 5838): „Man will noch einmal eine Friſt, man will noch einmal Unterhandlungen mit Oeſterreich ... das wollen dieſelben Männer, die nicht Worte genug finden konnten, als vor mehreren Monaten oder einem Jahre von Unterhandlungen mit den Fürſten die Rede war; der Mann, der damals bei dem Lepel'ſchen Promemoria in Zornesmuth ausbrach, will uns jetzt die dritte Deputationsreiſe nach Olmütz empfehlen." Deshalb gefällt es Herrn Heckſcher mich der Unwiſſenheit oder Entſtellung zu beſchuldigen. Ich wußte zufällig, daß keine Heckſcher's bekannt gewordene vom Fünfzigerausſchuß zum Druck beorderte Rede vom 4. Mai vor der Kenntniß des Lepelſchen Promemoria gehalten iſt; allein ich hatte mir auch bemerkt, daß dieſes Promemoria Herrn Heckſcher Anlaß zu neuen Beweiſen ſeiner Beredſamkeit und ſeiner damaligen politiſchen Anſicht gab. So heißt es in der Ausgabe der Verhandlungen von Jucho S. 356. bei der Sitzung vom 12. Mai unter Anderm: „Der Redner verſtehe unter einer konſtituirenden Verſammlung eine ſolche, über und neben welcher keine höhere Macht auf Erden ſtehe, und welche aus eigener urſprünglicher Machtvollkommenheit das Verfaſſungswerk zu vollenden habe. . . Die zur Durchführung der Pläne angewandten Mittel ſeien bereits von Spatz richtig als unmoraliſche bezeichnet." Herr Heckſcher beantragte dann mit Rückſicht auf das Promemoria mehrere verſtärkende Erſatzanträge zu dem Kommiſſionsentwurf, die man S. 360 nachleſen kann. Was Herr Heckſcher weiter von der öffentlichen und der geheimen Geſchichte jener Tage angeführt hat, mögen andere, welche damals anweſend und betheiligt waren, wenn es ihnen gefällt, näher beleuchten, ſeine heutige Rede aber diejenigen benutzen, welche etwa ſeine Biographie ſchreiben wollen.

Frankfurt, den 23. April 1849. G. Waitz.

*** **Frankfurt**, 21. April. Alſo iſt es doch gelungen, die in der Achtung und der Hoffnung des deutſchen Volkes hoch geſtandene würtembergiſche Regierung zu umgarnen und gegen die beſchloſſene Reichverfaſſung auftreten zu laſſen. So wie die Dinge in Würtemberg ſtehen, kann dieſer Widerſtand aber nur nutzlos und von kurzer Dauer ſein. Das würtembergiſche Volk wird nicht laſſen von dem theuern Gut, das auch ihm die deutſche Nationalverſammlung geſchaffen und eher das äußerſte wagen. Beklagenswerth iſt der Widerſtand der würtemberg. Regierung aber ſchon deshalb, weil er die übrigen, noch zweifelhaften Regierungen zu keinem raſchen, der allgemeinen Erwartung entſprechenden Entſchluſſe anſpornt. Einen großen Theil der Schuld trifft aber namentlich die preußiſche Regierung. Wäre dieſe eines kühnen und raſchen Entſchluſſes fähig geweſen oder würde ſie es noch ſein, bevor ihre Vorbedingung in Erfüllung geht, ſo würden es ſchwerlich die wenigen übrigen Regierungen, dem feſt ausgeſprochenem Willen ihrer Völker gegenüber gewagt haben, der deutſchen Reichsverfaſſung ihre Anerkennung verſagen zu wollen. Ich ſage, zu **wollen**, denn es läßt ſich nicht glauben, das deutſche Volk ſei ſo weit geſunken, daß es ſich von den dynaſtiſchen Beſtrebungen einiger Höfe um die Früchte eines Kampfes werde bringen laſſen, den es in mehr als dreißigjähriger Knechtſchaft mit gefeſſelter Kraft und endlich auf blutiger Wahlſtatt ſchlug und **entſchied**. Dem Volke war der Sieg und er muß ihm bleiben in der Verfaſſung, die ihm die Nationalverſammlung geſchaffen. Wollen einige Regierungen vermeſſen genug ſein, ihre dynaſtiſche Intereſſen denen des deutſchen Volkes voranzuſetzen, ſo mögen ſie thun, was ſie nicht laſſen wollten. Eine furchtbare Wendung der Dinge wird nicht ausbleiben, die Schuldigen die Strafe des Himmels erreichen.

*** **Frankfurt**, 21. April. Es wird berichtet, der König Max von Baiern habe neulich an ſeinem Hofe zu mehreren Geſügigen geſagt, preußiſcher Präfekt werde er nicht werden. Es iſt nicht zu glauben, daß der König von Baiern eine ſo unſtatthafte Bemerkung gemacht haben kann; indem er ſich, was unausbleiblich iſt, der deutſchen Reichsverfaſſung unterwirft, verliert Baiern nicht mehr von ſeiner Selbſtſtändigkeit, als unumgänglich nöthig iſt, um die Regierung des Bundesſtaates nach Innen und Außen kräftig zu geſtalten und ſo viel müſſen Preußen und alle übrigen deutſchen Staaten dem Gemeinintereſſe opfern. Wenn der König von Baiern vorgäbe, kein preußiſcher Präfekt werden zu wollen, ſo würde Baiern, in ſo fern ſein Fürſt ſein erſter Beamter iſt, zu einer preußiſchen Präfektur herabſinken, ſobald es ſeiner Pflicht entſpricht und ſich dem deutſchen Bundesſtaat anſchließt. Iſt aber eine ſolche Unterſtellung baarer Unſinn, ſo kann König Max auch nicht die obige Bemerkung über ſeine künftige Stellung dem deutſchen Reiche und ſeinem Oberhaupte gegenüber gemacht haben. Es iſt der angebliche königl. Ausſpruch auf das Gebiet der Mythe zu verweiſen.

C **Frankfurt**, 23. April. Man ſprach heut früh in der Nationalverſammlung von einer entſchiedenen und zwar ablehnenden Erklärung, die von Berlin hierher gelangt ſein ſollte. Eine ſolche iſt aber weder eingegangen, noch auch noch dann, was man aus zuverläſſiger Quelle von dorther vernimmt, ſo leicht zu erwarten. Vielmehr ſcheint man daſelbſt zu keinem rechten Entſchluß kommen und die Bedenken, die einer Entſcheidung, wie man hier ſie wünſcht, entgegenſtehen, noch immer nicht ganz überwinden zu können. Wäre man nicht im Allgemeinen der Annahme geneigt, ſo würde man ſich wohl raſcher entſchließen. Daher erwarten wir kein Nein! freilich auch nicht von heut auf morgen ein unumwundenes Ja! — es müßte denn der Beſchluß der Kammer auf den Rodbertus'ſchen Antrag, oder auch der Rücktritt Camphauſens von ſeinem hieſigen Poſten (an welchem nicht mehr zu zweifeln iſt) eine ſchnelle Aenderung in der Politik der preußigen Regierung zuwegebringen. Die Erklärung des Miniſteriums in der zweiten Kammer, daß es zur Annahme der Reichsverfaſſung nicht rathen könne, eine Erklärung, welche wieder hier bereits als der ſichere Vorbote einer Ablehnung der Wahl erſchien, macht uns nicht bange, denn die miniſterielle Anſicht ſcheint keines-

wegs ſo unbedingt überall da getheilt zu werden, wo die eigentliche Entſcheidung der Sache liegen dürfte. Wir ſehen daher noch einer günſtigen Wendung der ſchwankenden Angelegenheiten entgege. Aber gut' Ding will Weile haben.

C **Frankfurt**, 23. April. Das war wieder einmal ganz der alte Welcker, wie wir ihn ſo oft in der badiſchen Kammer gehört haben, der Vorkämpfer der Freiheit gegen übelberathenen Fürſtentrotz und kurzſichtige Kabinetspolitik, der wohlmeinende Warner, der den Machthabern zuruft: Discite justitiam moniti; der aufrichtige Freund ſeines Volks und ſeines Vaterlandes, und der es dabei doch ehrlich meint mit dem Geſetze und der vernünftigen Ordnung des Staats! Wie wohl ſtand es ihm an, im Namen der Freiheit, der Vernunft und der politiſchen Nothwendigkeit inhaltſchwere Worte den Fürſten zuzurufen, ihm, der ſo oft und ſo unverzagt, nicht achtend das Geſchrei und den Spott unreifer Tagespolitiker, für die Ehre und Würde des Fürſtenthums, für die Integrität des monarchiſchen Prinzips in den Kampf gezogen gegen die wilde Zerſtörungsluſt der Allesgleichmacher und der Nachbeter des Konvents! Wie ſcharf trafen ſeine Pfeile, die er einen nach dem andern abſchoß auf jenen fürſtlichen Souveränetätsſchwindel, der ſich noch immer in Schlaf lullt mit der „dunklen Fabel von dem göttlichen Recht der Könige" und darüber nicht bemerkt, wie „die Souveränetät täglich im Kurſe ſinkt", weil die Inhaber derſelben ihre wahre Stellung und Aufgabe ſo ſehr verkennen. Welch' bittere Wahrheiten ſagte er den Fürſten, die ihre falſchverſtandene Souveränetät in den Kampf führen mit der Souveränetät des Volkes, vergeſſend, daß jene Souveränetät ein Geſchenk war, das ein fremder Eroberer ihnen hinwarf. Und wie klar wies er nach, daß nicht allein die Freiheit, daß auch die Ordnung, daß eine ſtarke Centralregierung, daß ebenſo die Selbſtſtändigkeit und Würde der einzelnen Regierungen ganz wohl beſtehen könne mit der von der Reichsverſammlung feſtgeſetzten Verfaſſung! Ueberzeugend legte er dar, wie neben dem aus freiſten Wahlen hervorgehenden Volkshaus ein Staatenhaus als Bürge der Ordnung daſtehe, ein Staatenhaus, deſſen eine Hälfte die Regierungen, deſſen andere Hälfte die Stände der Einzelſtaaten wählen; wie das Suspenſivveto, ſchon an ſich ungefährlich in der Praxis und von dem abſoluten kaum unterſchiedbar, da auch dieſes, wegen der parlamentariſchen Verantwortlichkeit der Miniſter immer nur ſuspenſiv gehandhabt werden könne, vollends unbedenklich ſei in einem Bundesſtaate von Monarchien, wo das Bundeshaupt gewiſſermaßen nur primus inter pares ſei, wo alſo dieſes Verhältniß gebiete, daß nicht ſein Wille allein, gegenüber dem vereinten Willen der Vertreter der Nation und der Fürſten unabänderlich gelte. Hätten doch die alten deutſchen Kaiſer wegen ſchlechten Regiments vor Gericht gezogen und entſetzt werden können! Auch die Erblichkeit der Kaiſerwürde ſei keine Herabſetzung oder Gefährdung der Einzelmonarchien, vielmehr eine Bürgſchaft ihres Beſtehens, welches nur bei einer republikaniſchen Spitze bedroht ſein würde.

Was dann die Fürſten einbüßten, ſo fragt er, wenn ſie ſich jetzt einer nationalen Einheit unterordnen. Ob ſie etwa ſelbſtſtändig geweſen wären im Rheinbunde, unter des fremden Herrſchers Protektorat, oder im deutſchen Bunde, als ſie von der öſterreichiſchen und preußiſchen Kabinetspolitik ins Schlepptau genommen worden wären, als ſelbſt Preußen unfrei geweſen Oeſterreich gegenüber? Die beiden Großmächte hätten im Jahr 1840 in London jene Verträge abgeſchloſſen, in deren Folge Deutſchland beinahe in einen Krieg mit Frankreich verwickelt worden wäre, und welche Rolle ſpäter dabei die übrigen deutſchen Fürſten geſpielt? Sie hätten ſich höflichſt bedankt, als 4 Wochen nachher die abgeſchloſſenen Verträge ihnen zur Kenntnißnahme vorgelegt worden wären. Nur in Einem ſeien die Fürſten damals ſelbſtſtändig geweſen: in „der Knechtung ihrer Unterthanen". Jetzt dagegen ſollten ſie Antheil haben an allen großen politiſchen Akten der einheitlichen Regierung, an Krieg und Frieden und Verträgen durch ihre Abgeordneten im Staatenhaus, welche dort die Hälfte der Stimmen beſäßen, ſie würden von jetzt an Theil nehmen an der Ehre der Nation, da ſie vorher nur Theil genommen hätten an ihrer Schande. Die Regierungen der Einzelſtaaten fänden einen Halt an der Reichsverfaſſung gegen etwaige Uebergriffe der Verirrungen der Volksvertretung in ihren Ländern; ſei doch ſchon von der gegenwärtigen Reichsverſammlung einmal die mächtige preußiſche Regierung geſtützt worden in einem ſolchen gefährlichen Momente — wie viel größern Schutz würde nicht der fertige Organismus wohlgeordneter Inſtitutionen bieten, wie die Reichsverfaſſung ihn aufſtelle! Wenn man glaube, daß dieſe Verfaſſung wirklich Unausführbares, Vernunftwidriges enthalte, ſo könne man ja, auf ſein gutes Recht bauend, von dem nächſten Reichstage eine Aendrung ſolcher Beſtimmungen verlangen und erwarten. Jetzt aber müſſe man den Weg betreten, der allein aus dem Labyrinthe heraus führe, jetzt dürfe man dem Volke nicht länger das vorenthalten, um deſſentwillen es hauptſächlich die Revolution gemacht habe: eine Verfaſſung für Deutſchland, welche die getrennten Stämme einige, welche die Freiheit in den Einzelſtaaten ſicherſtelle und welche der Nation nach außen eine ehrenvolle und mächtige Stellung verſchaffe. „An den Fürſten iſt es", ſo ſchloß Welcker unter dem Beifallruf des Hauſes, „jetzt die Revolution zu ſchließen, nicht ſie aufs Neue zu eröffnen!"

Mögen die Fürſten dieſen Rath, eines ihren beſten und treueſten Freunde beherzigen!

⧗ **Frankfurt**, 23. April. Die Frankfurter Zeitung berichtet: Herr v. Schmerling war weder in Berlin noch in Stuttgart. Er war nur überhaupt zwei Tage von hier abweſend, und zwar in Karlsruhe. Er hatte die Pflicht zu erfüllen, dem Großherzoge von Baden, der ihm ſchon vor mehreren Wochen als Zeichen des Dankes und der Anerkennung für die als Reichsminiſter in den Septembertagen vorigen Jahres um das deutſche Vaterland erworbenen ausgezeichneten Verdienſte, die Inſignien des Hausordens der Treue überſendet hatte, dafür perſönlich ſeinen Dank auszuſprechen. Das war der Zweck der Reiſe nach Karlsruhe. — Auch meldet ſie von einem in Frankfurt zu errichtenden großdeutſchen Vereine. Liebhaber ſollen ſich auf der Redaktion der Frankf. Ztg. melden. Sie ſcheint alſo noch kein Reiſegeld erhalten zu haben.

Wien, 18. April. Die Aufſtellung der drei Reſervekorps bei Pettau in Steiermark, bei Budweis in Böhmen und auf dem Marchfelde nächſt Wien verfehlt nicht Aufſehen zu erregen. Das Erſte ſoll nicht ſtärker als 15,000 Mann ſein und iſt für die Operationen in Süd-Ungarn, das am Marchfeld, 25,000 M. ſtark ebenſo ſehr für Oberungarn, als zur Bewachung Wiens beſtimmt, deſſen Beſatzung bedeutend verringert wird; dasjenige aber, welches zwiſchen Budweis und Tabor zuſammengezogen wird, ſoll eine Stärke von 40,000 M. erhalten und nicht blos die Agitation der Ultraczechen zügeln, ſondern zugleich eine Unterſtützung jener Plane bilden, welche der öſterreichiſche und baieriſche Hof in Gemeinſchaft in Bezug auf die deutſche Frage durchzuführen geſonnen ſind, in dem für den Fall, als die Bevölkerung in Niederbaiern Widerſtand leiſten wollte, die öſterreichiſchen Bajonnette den Mangel an Sympathie erſetzen werden. Die letzten Depeſchen des Baron Prokeſch aus Berlin ſollen ziemlich kleinlaut ſein, denn in Preußen liegt der Ehrgeiz nicht im Monarchen, ſondern in der Nation und dieſem Ehrgeiz läßt ſich auf diplomatiſchem Wege nicht beikommen. Der uralte Wiener Volkswitz ſchien ſeit einigen Monaten völlig eingeſchlummert, doch jetzt beginnt er ſich wieder zu zeigen und zwar in ziemlich derber Geſtalt. Ein Calembourg macht jetzt die Runde; es heißt: Warum mußten die Magyaren die Oeſterreicher dreſchen? Weil ſie Waitzen haben wollten.

(B. l. Z.)

Wien, 19. April. Es verbreitet ſich hier das Gerücht, daß der Marſchall Radetzky den Waffenſtillſtand mit Piemont gekündigt hat, und am 20. d. M. die Feindſeligkeiten wieder zu beginnen beabſichtiget. Die Veranlaſſung hierzu ſollen die Verweigerung der Aufnahme einer öſterreichiſchen Garniſon in Aleſſandria, die Nichtzahlung der Kriegskontribution, die fortdauernde Anweſenheit Albini's im adriatiſchen Meere, und die Zurückberufung des, zu den Friedensunterhandlungen beſtimmten, angeblich zu öſterreichiſch geſinnten Grafen Revel und deſſen Erſetzung durch Ricci, einen Anhänger Gioberti's ſein. (Preſſe.)

‡ **Berlin**, 21. April. Hr. v. Beckerath iſt hier angekommen und von allen frommen deutſchen Herzen recht wie ein Schutzengel begrüßt. Er hat bereits beim Könige Audienz und mehrfache Zuſammenkünfte mit dem Miniſterium gehabt. Die Miniſter hat er unverbeſſerlich gefunden. Sie halten feſt an ihren Ideen; und wer wollte ihnen das verargen? Zu verdenken iſt ihnen nur, daß ſie an ihren Stellen feſt halten. Der König zeigt ſich viel verſtändiger. Jene doctrinären Einwendungen gegen Reichsverfaſſungen haben bei ihm nicht mehr Gewicht, als ſie verdienen. Seine Abneigung entſteht nur aus der unſeligen Scheu vor Allem, was als Uſurpation erſcheinen könnte. Sie wird hoffentlich höhern Pflichten weichen. Der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen zeigen klare Einſicht in die wahre Lage der Dinge. Sie

ſind gut deutſch, das glaube ich verſichern zu können. Halten Sie dort nach Kräften den Muth aufrecht. Es muß doch Frühling werden.

Berlin, 19. April. Die rechte Seite der zweiten Kammer hat ſich nun doch wirklich in kleinern Fraktionen organiſirt, wahrſcheinlich um dem Uebelſtande vorzubeugen, daß wieder ſo viele Mitglieder dieſer Partei als Einzelne mit der Linken ſtimmen. Zwei Centren haben ſich von der großen Partei der 173 abgeſondert, ein rechtes und ein reines Centrum. Die Partei Koſch wird ſich wahrſcheinlich ebenfalls konſtituiren; wir hätten alsdann folgende Parteien in der zweiten Kammer: I. Rechte Seite. a) Alleräußerſte Rechte, beſtehend aus Bismark-Schönhauſen, Kleiſt-Reetzow, Scheidt; b) äußerſte Rechte, unter Bodelſchwingh und Arnim, etwa 40 Mitglieder; c) Rechte unter Vincke ꝛc., etwa 70 Mitglieder. II. Centrum. a) Rechtes Centrum: Harkort 21 Mitglieder; b) Centrum, Wenzel (Ratibor), 12 Mitglieder; c) linkes Centrum, Koſch, etwa 20 Mitglieder. III. Linke Seite. a) Gemäßigte Linke, Rodbertus-Phillips, etwa 50 Mitglieder; b) äußerſte Linke, etwa 90 Mitglieder. (Aus dieſer wird ſich in dieſen Tagen vielleicht eine Partei von 20 Mitgliedern abſondern.) (K. Z.)

* **Stuttgart**, 22. April. Ganz Würtemberg iſt einſtimmig. Die Kammer hat ihre Ueberzeugung ausgeſprochen, daß die Reichsverfaſſung Landesgeſetz ſei; und die Reichsverſammlung aufzufordern, unverbrüchlich an der Reichsverfaſſung feſtzuhalten. Das Nähere in der Beilage.

× **Hannover**, 20. April. Die in Hannover wohnhaften Abgeordneten der erſten und zweiten Kammer, W. Rumann, Lang II., E. Hantelmann, K. Gödeke, C. F. Schütze, Ahrens, haben an ſämmtliche Mitglieder der allgemeinen Ständeverſammlung folgendes Schreiben erlaſſen:

„Faſt alle Landesvertretungen im deutſchen Vaterlande haben ſich für die unbedingte Annahme der von der Nationalverſammlung am 29. März beſchloſſenen Reichsverfaſſung ausgeſprochen. Wir dürfen das Vertrauen hegen, daß auch die hannover'ſchen Stände dieſen Ausſpruch thun würden, wenn ſie im gegenwärtigen Augenblicke verſammelt wären. Von dem innigſten Wunſche beſeelt, den ſchwankenden und Gefahr drohenden Zuſtand des theuren Vaterlandes beendet zu ſehen, glauben wir auch unſererſeits dazu nach Kräften beitragen zu müſſen. Unter den gegenwärtigen Verhältniſſen ſcheint es und das Nothwendigſte, dem Miniſterium die Anſichten zu erkennen zu geben, von denen die Stände in dieſer großen, vielleicht auf Jahrhunderte hinaus entſcheidenden Sache geleitet werden. Da das Miniſterium nicht in der Lage iſt, die Stände zu befragen, ſo ſcheint es angemeſſen, daß die einzelnen Abgeordneten ihre Anſichten darlegen. Wir ſchlagen zu dieſem Ende vor, die inliegende Eingabe, die ſich auf das Weſentliche beſchränkt, zu unterzeichnen und einem von uns ſchleunigſt zurückzuſenden. Wenn, wie wir mit Zuverſicht hoffen, die Majorität der Mitglieder einer jeden Kammer ihren Beitritt erklärt hat, werden wir die Eingabe ſelbſt mit den Original-Erklärungen als Anlagen an das Geſammtminiſterium befördern. In dieſer Angelegenheit darf es keine Sonderrückſichten geben. Wer es mit der Gegenwart und Zukunft der heiligen Sache Deutſchlands redlich meint, wird Selbſtverleugnung genug beſitzen, um der Rückſicht auf die Befeſtigung des Ganzen ſeine Neigungen und Wünſche unterzuordnen. Auf uns allen liegt ein Theil der Verantwortlichkeit, wenn Deutſchland nach dreißigjährigem geduldigen Harren und einem Jahre des angeſtrengteſten Kampfes unmittelbar vor Erreichung des Zieles in die alten Zuſtände oder in neue gewaltſame Erſchütterungen verfallen ſollte."

„An königl. Geſammtminiſterium in Hannover! (die deutſche Verfaſſung betreffend.")

Die Eingabe lautet:

Die Majorität der Mitglieder aus beiden Kammern der allgemeinen Ständeverſammlung richtet an königl. Geſammtminiſterium den dringenden Wunſch, königl. Geſammtminiſterium wolle, um den deutſchen Zuſtänden wieder eine feſte Grundlage zu verſchaffen, 1) ſich mit der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung des deutſchen Reichs als ſolcher einverſtanden erklären, und 2) Se. Majeſtät den König vermögen, zu der auf den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutſchen Kaiſer Seine Zuſtimmung zu geben.

In der Vorausſetzung, daß die Mehrzahl der Mitglieder für jede Kammer der allgemeinen Ständeverſammlung dieſen beiden Punkten beitritt, erklärt ſich damit einverſtanden — (Name. — Ort und Datum.)

Das hannöverſche Volk hält unerſchütterlich feſt an der Verfaſſung und hat ihren beſtimmten Willen durch die Vereine und in Adreſſen ausgeſprochen. Die demokratiſchen, die demokratiſch-monarchiſchen, die konſtitutionellen, die neuen vaterländiſchen Vereine haben ihre Sonderanſichten und Sonderrückſichten bei Seite gelegt und ſich viribus unitis um die Reichsverfaſſung, die ganze Reichsverfaſſung geſchaaet. Sie haben Adreſſen, die von dieſem Geiſte durchdrungen an die Nationalverſammlung in Frankfurt und die Abgeordnetenkammer in Berlin gerichtet und gegen die engere hannöverſche Ständeverſammlung die Erwartung dahin ausgeſprochen:

„daß ſie mit voller Energie dahin ſtreben werde, die Beſeitigung eines Miniſteriums zu erwirken, welches die wichtigſten konſtitutionellen Grundſätze mißachtet und die geſetzgebende Gewalt der Nationalverſammlung nicht anerkennen will; wie halten uns ſogar — heißt es dann weiter in der Adreſſe — bei der Rechtswidrigkeit der Handlungsweiſe des Miniſteriums ſogar für verpflichtet, unſeren Antrag eventuell darauf zu richten, daß die hohe Ständeverſammlung in Gemäßheit des §. 102 des Geſetzes vom 5. Sept. 1848 eine Beſchwerde über das Miniſterium an den König richten wolle."

So ſteht Volk und Stände entſchieden und treu zum deutſchen Reiche und der von den Vertretern beſchloſſenen und verkündeten Verfaſſung. Es herrſcht eine Erbitterung gegen das Miniſterium Stüve, welches nicht den Blick über die engen Marken Hannovers hinwegtragen will, ſtärker, wie ſie jemals ſich gegen das Miniſterium Scheele unheimlichen Andenkens kund gegeben. Das letztere bekämpfte die Freiheit, das erſtere will kein einiges ſtarkes Deutſchland. Das Volk iſt aber zu der Einſicht gelangt und durch die ſpurloſe Aufhebung des Grundgeſetzes von 1833 gleichſam mit der Naſe darauf geſtoßen, daß keine Freiheit ohne Einheit geſichert.

Mainz, 21. April. Mit zwei Maindampfbooten ſind heute 325 Mann von der öſterreichiſchen Artillerie, unter welchen 85 Mann von der Beſatzung in Raſtatt, von hier abgefahren, um als Verſtärkung nach Ungarn zu kommen. Unter dem Zuſammenſtrömen einer großen Menſchenmenge wurden dieſe Soldaten von einem preußiſchen und einem öſterreichiſchen Muſikkorps bis zum Einſchiffungsplatze begleitet, von wo ſie unter oft wiederholtem Hurrahruf abfuhren. (Fr. O. Z.)

X Aus Nordſchleswig, vom 19. April. Es iſt an den Höchſtkommandirenden der däniſchen Armee auf Alſen die Aufforderung ergangen, genannte Inſel zu räumen, und binnen 48 Stunden darüber genügende Antwort zu ertheilen. Was im Weigerungsfalle angedroht worden, iſt uns zwar nicht bekannt, allein es iſt mit aller Wahrſcheinlichkeit anzunehmen, daß der Uebergang forcirt werden, ſowie der Einmarſch in Jütland unverzüglich ſtattfinden wird. Das Hauptquartier des Generals v. Bonin iſt bereits heute von Hadersleben nach Chriſtiansfeld verlegt worden. Nachrückende Reichstruppen, beſonders Kavallerie, werden ſtündlich in Hadersleben erwartet, von wo heute das 5. und 6. ſchleswig-holſteiniſche Linienbataillon nach dem Norden aufgebrochen iſt, nachdem ſchon geſtern eine 12pfündige Batterie durchpaſſirt war. Alle Truppen ſind vom herrlichſten Geiſte beſeelt und ſehnen ſich nach dem Kampfe mit den Dänen, die ihre in Jütland ſtationirte Hauptmacht in der Gegend zwiſchen Kolding und Weiſe zuſammengezogen haben.

* Schleswig-Holſtein. Man kann nicht ſagen, daß der Krieg von dieſer oder jener Seite im großartigen Maßſtabe geführt werde. Aus Gravenſtein wird unterm 19. April berichtet, daß die Dänen am Sonntag vorher von ihrem Brückenkopf aus einen Angriff auf die deutſchen Vorpoſten machten, und einen Todten zurückließen, wogegen die Deutſchen keinen Mann verloren. In Flensburg erzählte man ſich, v. d. Tann habe als Unterhändler die Uebergabe von Alſen gefordert, oder mit der Einäſcherung Sonderburgs gedroht; der König (?) habe erklärt, daß er nie in die freiwillige Räumung der Inſel willigen würde, und daß er den Bewohnern von Sonderburg habe ſagen laſſen, ſie hätten drei Tage Zeit, um Hab und Leben zu retten. Man muß auch ſolche Gerüchte mit in den Kauf nehmen; ſie zeigen wenigſtens an, welche Wünſche im Volk leben. Am 18. April kam der Herzog von Naſſau in Harburg an und ging ſofort weiter nach Altona. Einem Schreiben im Hamb. Korr. aus Kiel zu Folge, iſt es noch ungewiß, ob Geſion in „Eckernförde" werde umgewandelt werden, da man meine, es ſei Sitte, bei eroberten Kriegſchiffen den bei dem Feinde getrage- Namen zu behalten. So exiſtire auch in der engliſchen Marine ein Chriſtian VII. von Nelſons Zeiten her. Weiter heißt es in dieſer Korreſpondenz: Mit unſrer Marine ginge es gut, wenn man allgemein ſo thätig geweſen wäre wie hier. Wir haben ein Kriegsdampfſchiff, ein Kanonendampfboot und andere Kanonenböte, ſo wie den Schooner Elbe. Unſere Matroſen ſind rüſtige und muthige Leute. Faſt täglich werden Uebungsfahrten veranſtaltet. Ein durchaus gründlicher Kenner als Chef des Miniſteriums für Land- und Seemacht wäre jedoch wünſchenswerth. Vor diplomatiſchen Unterhandlungen haben wir entſetzliche Angſt, vollends erſchreckt uns der Berliner Arnim, der ja, wie allgemein verlautet, wegen der Friedensbaſis mit Bunſen zerfallen iſt.

Großbritannien.

London, 21. April. Die Parlamentsverhandlungen der beiden letzten Tage boten manches Intereſſante. Indem wir uns vorbehalten, auf ſie mit einiger Ausführlichkeit zurückzukommen,

beſchränken wir uns für heute nur auf eine kurze Angabe des Thatſächlichen. Im Oberhauſe richtete vorgeſtern Lord Stanley an den Marquis von Lansdowne die nun zum hundertſtenmale gehörte Frage, wann denn endlich dem Hauſe die auf die ſicilianiſche Angelegenheit bezüglichen diplomatiſchen Aktenſtücke vorgelegt werden ſollten, Lord Beaumont an demſelben eine Anfrage in Betreff der franzöſiſchen Expedition nach dem Kirchenſtaat. Im Unterhauſe erkundigte ſich Herr Disraeli gleichfalls nach den Aktenſtücken über die ſicilianiſche Angelegenheit, und ſprach einen gleichen Wunſch in Bezug auf die Verhandlungen über die ſchleswig'ſche Frage aus, erkundigte ſich auch nebenbei nach dem verſchollenen Brüſſeler Kongreß. Auf eine Anfrage Hrn. Humes gab Palmerſton eine Aufklärung über die diplomatiſche Anekdote, wonach er das däniſche Ultimatum nicht erbrochen noch geleſen haben ſoll. Hr. C. Anſtey regte die türkiſche Frage an, und Lord Palmerſton erwiderte ihm, indem er zugleich in ſeiner Antwort auf die Sendung des ruſſiſchen Generals Grabbe (Gravé ſprach ihn der Miniſter des Auswärtigen aus) Bezug nahm. Nachdem ſich noch zwiſchen Lord J. Ruſſell und Lord Caſtlereagh eine „Konverſation" mehr perſönlichen Anlaſſes entſponnen hatte, die zu Aller Befriedigung endete, wurde die Berathung der einzelnen Klauſeln der amendirten Schiffgeſetzreformbill wieder aufgenommen und zum Schluſſe gebracht (die dritte Leſung der Bill iſt auf künftigen Montag feſtgeſetzt), und ſodann zur Komiteberathung über die friſche Hilfsarmenſteuer übergegangen. Hr. H. Herbert ſtellte ein Amendement, wonach dieſe Hilfsarmenſteuer durch eine Eigenthums- und Einkommenſteuer erſetzt werden ſolle, welches Amendement in der geſtrigen Unterhausſitzung mit 194 gegen 146 Stimmen verworfen und ſodann der urſprüngliche Regierungsantrag mit 201 gegen 106 Stimmen angenommen wurde.

Frankreich.

* **Paris**, 21. April. Man machte in der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung den Verſuch, den geſtern angenommenen Art. 3 des Geſetzes über die Journalkautionen, welcher das Anſchlagen und Feilbieten ganz freigiebt, indirekt wieder aufzuheben. Ein dahin abzielender Vorſchlag des Herrn Valette wurde verworfen, ein anderer des Herrn Baze aber angenommen. Darnach muß von allen anzuſchlagenden oder feilzubietenden Publikationen ein Exemplar auf der Mairie niedergelegt werden. Intereſſant war die heutige Sitzung durch neue Enthüllungen über die vielbeſprochene Bankeruttserklärung. Wieder war es Hr. Goudchaux, der dieſe peinliche Angelegenheit auf's Tapet brachte. Er vertheidigt ſich gegen den namentlich in der Departementalpreſſe vielfach erhobenen Verdacht, daß er der Vater des Vorſchlags wäre, den Staatsbankerutt auszuſprechen. Es ſei überhaupt nicht ein eigentlicher Bankerutt, ſondern nur die Zahlungseinſtellung der Renten für zwei Semeſter vorgeſchlagen worden; in der Nacht vom 1. zum 2. März ſei dieſer Vorſchlag der proviſoriſchen Regiernng und ſpeziell ihm, dem Finanzminiſter, gemacht worden. Gerade dadurch aber ſei er zu der ſofortigen und vollſtändigen Zahlung der Rente beſtimmt worden. Ledru Rollin verlangt, daß Goudchaux den nenne, welcher dieſen Vorſchlag gemacht habe, falls er ein Mitglied der Verſammlung ſei. Auch ihm ſeien mehr oder weniger ehrenwerthe Vorſchläge gemacht worden. Ein Bankier, der Eigenthümer eines Journals, das täglich ſyſtematiſch die Republik angreift, habe ihm, ſogar im Kabinet des Miniſteriums des Innern ſelbſt geſagt, er kenne alle Kapitaliſten von Paris, man ſolle ſie kommen laſſen, ihnen ein Zwangsanlehen von 30 Millionen abfordern, und ſie bis zu Zahlung dieſer Summe feſthalten. Er aber (Ledru Rollin) habe geantwortet, die junge Republik werde ſich nicht durch Raub entehren. Er nenne den Bankier nicht, weil er Mitglied der Verſammlung ſei; Goudchaux aber ſolle ſeinen Mann nennen. Goudchaux meint, er glaube den Urheber eines ihm im Vertrauen gemachten Vorſchlages nicht öffentlich nennen zu dürfen, aber — er weiſt die von Herrn A. Fould ihm gemachten Vorwürfe zurück, als habe er die Hülfsquellen des Staats durch Anticipation der Fonds übel angewendet. Das war deutlich! Ledru-Rollin ruft vom Platze: Scribe hätte es nicht beſſer machen können. Fould behauptet, die Vorwürfe ſeien begründet. Ledru-Rollin verlangt, Fould ſolle Ja oder Nein ſagen, ob er die Zahlungsſuſpenſion vorgeſchlagen habe oder nicht. Fould ſagt Nein, Goudchaux ruft: Ja! Fould läßt ſich in lange Auseinanderſetzungen ein, wie er den Vorſchlag gar nicht habe machen können, er habe von jeher unbedingtes Zutrauen in die Hülfsquellen des Staats gehabt. Er berufe ſich auf das Zeugniß eines andern Mitgliedes der proviſoriſchen Regierung, des Herrn Bethmont, Hrn. Goudchaux müſſe ſein Gedächtniß täuſchen. Goudchaux verſpricht, er werde Beweiſe bringen, und die Verſammlung geht in der größten Aufregung auseinander.

Ueber Italien laufen täglich die widerſprechendſten Gerüchte herum; kaum iſt das Schickſal von Florenz entſchieden, ſo bietet Sicilien Stoff zu den bunteſten Nachrichten; fabelhafte Siege der Neapolitaner kreuzen ſich mit noch fabelhafteren der Sicilianer; und die neue Verwicklung in Oberitalien ſpiegelt ſich in allen möglichen Farben.

In Toulon herrſcht die ausgedehnteſte Thätigkeit. Vom Morgen bis zum Abend gehen die Adjutanten hin und her. Man betreibt die Ausrüſtung neuer Schiffe auf das Eifrigſte.

Die Courſe ſind heute in Folge der Nachrichten aus Ungarn gewichen: 3 pCt. ſchloß 56. 20; 5 pCt. 88. 10; Bankaktien 2392, 50.

Italien.

* **Turin**, 17. April. Alles iſt in der größten Aufregung. Es heißt, die Oeſterreicher ſeien entſchloſſen, Aleſſandria doch zu beſetzen, und Buoncompagni, einer unſerer Geſandten in Mailand, iſt unerwartet zurückgekommen. Man fürchtet den Ausbruch von Unruhen.

* **Florenz**, 14. April. Ein neues Miniſterium aus ziemlich unbekannten Namen iſt gebildet worden. Es hat ſich bereits mit dem diplomatiſchen Korps in Verbindung geſetzt. Der Gemeinderath von Piſa hat ſich für die neue Regierungskommiſſion erklärt. Ein Dekret dieſer Kommiſſion entſetzt den General d'Apice des Kommandos des 1. Obſervationskorps. Ein anderes Dekret verbietet den Mitgliedern der bisherigen Nationalverſammlung ſich zu verſammeln und irgend einen öffentlichen Akt zu begehen.

* **Piacenza**, 13. April. Wir haben heute eine Proklamation Karls III., Herzogs von Parma, Piacenza ꝛc., datirt London, den 24. März 1849, erhalten, worin derſelbe ſeinen Regierungsantritt anzeigt, eine Regentſchaft bis zu ſeiner demnächſtigen Ankunft einſetzt.

* **Rom.** Der franzöſiſche Geſandte, Mercier, iſt abgereiſt. Seine Unterhandlungen mit der römiſchen Republik ſind geſcheitert. Er verſprach den Römern Bürgſchaften für die Erhaltung der Volksfreiheiten, wenn ſie in die Rückkehr des Papſtes freiwillig willigen wollten; aber ſie wollten nicht.

* Aus Sizilien. Catania iſt von den Sizilianern wieder genommen. Kaum war die Nachricht von der Eroberung durch die Neapolitaner in Palermo eingetroffen, als Mieroslawski ſich an die Spitze der zweiten Diviſion ſtellte, nach Catania marſchirte und die Neapolitaner daraus verjagte. Auch die Uebergabe von Syrakus ſcheint nicht ſicher zu ſein.

Dänemark.

Kopenhagen, 11. April. In aller Stille hat ſich der König ſeit ſeiner Rückkehr von der Armee am 8. d. nach Frederiksborg zurückgezogen, umgeben von ſeiner Militärkamarilla, welche eine ſchwere Verantwortung über das Unglück der Flotte vor Eckernförde trifft. Der König hat nämlich den Angriff auf dieſe Stadt ſelbſt befohlen, und die Wuth des Volkes, das ihn ſiegreich zurückkehren zu ſehen hoffte, läßt es ihm unrathſam erſcheinen ſich in Kopenhagen zu zeigen. Auch die Leibgarde zu Pferd iſt aus Fühnen zurückgekehrt, und es ſcheint, als wolle man ſich zu Lande auf die Defenſive, zur See auf Kapereien gegen den deutſchen Handel beſchränken. Alle Erwartungen ſind getäuſcht worden. (Allg. Z.)

* **Kopenhagen**, den 18. April. Das neue Linienſchiff, das auf dem Nyholm in Bau und bald fertig iſt, ſoll „Dannebrog" heißen; ein neues Dampfſchiff, „Holger Danske," ſoll im Laufe des Sommers fertig werden. Die auf die Friedensunterhandlungen bezüglichen Papiere ſind zur Einſicht der Reichstagsmitglieder deponirt.

Wie iſt es in Berlin damit? Hat der Herr Graf Arnim die ſaubern Inſtruktionen, welche er nach London geſchickt, bereit, um ſie auf die Tafel des Hauſes niederzulegen?

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 24. April. Schreiben der Reichsverſammlung an den Präſidenten der würtembergiſchen Kammer.) Berlin (Die Miniſter. Herr v. Vincke. Der Hof. Die Preſſe.) Stuttgart (Anſprache des Königs an die Würtemberger. Die Kammer hält feſt an der Gültigkeit der Reichsverfaſſung. Entlaſſungsgeſuch der Miniſter. Immer wachſende. Aufregung. Entſchiedene Stimmung auf dem Lande.) Dresden (Die erſte Kammer beſteht auf Abberufung des Hrn. v. Könneritz. Der Bruch zwiſchen Kammer und Regierung unheilbar.) Hannover (Für die Reichsverfaſſung.) Hamburg (Hr. Jordan. General v. Prittwitz. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Einmarſch in Jütland.)

Italien. (Mangel an Nachrichten aus Turin und Florenz. Unſichere Berichte über Catania. In Venedig Mangel an Lebensmitteln. Die Sardenflotte iſt abgeſegelt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 24. April.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 24. April.

Tagesordnung der 205. öffentl. Sitzung.

Fortſetzung der Berathung des vom Abgeordneten Kierulff erſtatteten Berichts, Namens des Ausſchuſſes zur Berichterſtattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Berathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfaſſung nöthig erſcheinen.

Präſident Hr. Eduard Simſon eröffnet die Sitzung gegen 9½ Uhr Vormittags. Das Haus iſt ungewöhnlich bewegt durch die Nachrichten aus Würtemberg. Ausgetreten aus der Verſammlung iſt Hr. Perthaler aus Wien. Von Flottenbeiträgen ſind eingegangen 460 Thlr. aus Stade und der Umgegend, 250 Thlr. von Hildesheim durch den Vorſtand des Volksvereins, 35 Thlr. aus dem Erziehungsinſtitut der Fräul. Speier in Arolſen. (Bravo). Von dem Präſidenten der würtembergiſchen Abgeordnetenkammer iſt ein Schreiben vom 22. April mit der Anzeige von den in dortiger Kammer gefaßten Beſchlüſſen zur Durchſetzung der deutſchen Reichsverfaſſung eingegangen. Satz für Satz dieſer Erklärung wird von lebhaften Zuſtimmungsäußerungen begrüßt und beim Schluſſe erfolgt ein allgemeines anhaltendes Beifallklatſchen.

Die Herren Fetzer und Viſcher ſtellen hierauf den folgenden dringlichen Antrag:

1) Die Reichsverſammlung wolle ſofort beſchließen: Die würtembergiſche Kammer der Abgeordneten, insbeſondere durch ihren Beſchluß vom 22. April, ſowie das würtembergiſche Volk überhaupt entſprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entſchiedenen Feſthalten an der deutſchen Reichsverfaſſung, den Erwartungen und dem Willen der deutſchen Nation.

2) Die Reichsverſammlung wolle von dieſer Erklärung durch Vermittelung des Präſidiums jener Kammer der Abgeordneten, dieſe ſelbſt, ſowie das würtembergiſche Volk überhaupt in Kenntniß ſetzen."

Nicht allein die Dringlichkeit des Antrags wird mit Stimmeneinhelligkeit genehmigt, ſondern auch, daß die Beſchlußnahme ohne Diskuſſion erfolge. Die Mitglieder aller Fraktionen erheben ſich dem Antrage gemäß, worauf der Präſident mit Nachdruck erklärt: „das iſt der Beſchluß des Hauſes; ich werde darnach verfahren.

Zur Tagesordnung übergehend erhält das Wort Herr Karl Vogt von Gießen: Unter dem Eindrucke des eben gefaßten Beſchluſſes, will ich von den Maßregeln ſprechen, zu denen uns die Ereigniſſe auffordern, von ihrer Zweckmäßigkeit und von der Stellung unſerer (der linken) Partei. Man wirft uns vor, wir ſeien in's erbkaiſerliche Lager übergetreten. Aber wir verfahren jetzt wie früher nur unſerem Grundſatze getreu, welcher dahin geht, daß wir die Souveränetät dieſer Verſammlung unbedingt und auch in ſolchen Beſchlüſſen anerkennen, die gegen unſeren Willen und Meinung gefaßt worden ſind, ja die wir aus allen Kräften bekämpft haben, ſo lange ſie noch nicht gefaßt waren. So haben wir es gehalten der Herſtellung einer unverantwortlichen Centralgewalt, ſo den Grundrechten gegenüber. Die Linke in dem würtembergiſchen Miniſterium, die Linke in den deutſchen Ständekammern iſt es geweſen, welche überall und Alles aufgeboten hat zur Durchführung der Beſchlüſſe dieſes Hauſes. Nicht das Erbkaiſerthum daher iſt es geweſen, welches uns für ſich gewonnen hat, nein, wenn noch einmal darüber abgeſtimmt würde, ſo würden wir es noch einmal zurückweiſen, aber für die Volksſouveränetät ſtehen wir mit Leib und Blut ein, die ſich in den endgültigen Beſchlüſſen dieſer Verſammlung ausſpricht. Mit einer Begeiſterung freilich, wie wir die republikaniſche Spitze empfangen haben würden, können wir das Erbkaiſerthum nicht in's Leben ſetzen helfen. Aber wir betrachten es als die erſte Sproſſe der Leiter, auf der wir — immer fechtend auf den Bänken der Oppoſition — das Volk weiter empor zu führen hoffen. Kein Riß darf in die deutſche Verfaſſung gebracht werden. Nicht der kleinſte. Die einmal gebrochene Lücke möchte leicht von 34 „unverantwortlichen" Händen ins Unendliche erweitert werden. Nicht „weil" mit dem Erbkaiſer, ſondern trotz des Erbkaiſers halten wir die Verfaſſung aufrecht. Der Redner erläßt jedoch nach dieſen Zugeſtändniſſen der Mehrheit des Hauſes — deren Zähigkeit man bewundernd rühme — die herbſte Kritik keineswegs. Er wirft ihr ihre Rathloſigkeit den Ereigniſſen gegenüber vor, die Ohnmacht ihres Willens, wie ſie ſich in Oeſterreich und Preußen ſchreiend kundgegeben habe. Denn es genüge nicht, im Schatten eines grünen Weidenbuſches ſich muthig zu verſammeln, oder wie die „Deutſche Zeitung" die Schlafmütze über die Ohren am Schreibtiſche zu ſitzen wie eifrig man auch den Kindern dabei ins Ohr raune: „die Verfaſſung, die ganze Verfaſſung!" (Allgemeine Heiterkeit) ſondern Thaten ſeien nöthig. Auch aus den Erklärungen der 28 zur Ueberraſchung des preußiſchen und anderer Bevollmächtigten beiſtimmenden Regierungen greift Herr Vogt diejenigen heraus, die nur mit Vorbehalt gegeben worden, er weiſt ferner hin auf den unbefohlenen Rückmarſch eines deutſchen Heerestheils aus der ihm angewieſenen Stellung und auf die Pflicht des Reichsminiſteriums dieſen Ungehorſam unnachſichtlich ſtrafend zu ahnden. Dann muſtert er die Eröffnungen des Königs von Würtemberg gegen die das Oberhaupt betreffenden Beſtimmungen. Und wenn das Erbkaiſerthum zunächſt nichts weiter thäte, als daß es dieſen Hochmuth von Gottes Gnaden bräche, ſo will ſich Herr Vogt mit ihm verſöhnen. In Sachſen dagegen haben die Kammern den tiefen Widerwillen des ſächſiſchen Volksſtammes gegen ein preuß. Erbkaiſerthum überwunden, um der deutſchen Verfaſſung ihre Unterſtützung zu gewähren. Der Redner muſtert die Haltung der hannöverſchen Regierungsperſönlichkeiten und kommt darnach auf die im konſtitutionellen Leben „unerhörten Vorgänge" in dem größten ſüddeutſchen Staate, in Baiern zu ſprechen. Das Volk zeige immer deutlicher und allgemeiner die Abſicht, ſich energiſch für die deutſche Reichsverfaſſung zu erklären. Was aber geſchehe? Die Kammern wurden zum dritten Male vertagt und aus Sachſen ein Miniſter berufen, der dort ſeines Widerſtands gegen die Grundrechte halber habe zurücktreten müſſen. Wer alſo opponirt ſich gegen die Verfaſſung? Die deutſchen Volksſtämme doch wahrhaftig nicht, von deren berechtigten Bedenken der Hr. Reichsminiſterpräſident geſprochen. Auch von der Großherzigkeit und dem Patriotismus der Fürſten wird er hoffentlich künftig ſchweigen. (Bewegung.) Denn Die allein zeigen ſich jetzt als die wahren als die unverbeſſerlichen Feinde der Einheit und Freiheit, die die Bayonette zu ihrem Befehle und Pflichten gegen ihr Haus und ihre Familie haben, anſtatt gegen das Vaterland! Ich als Republikaner könnte mich eigentlich nur freuen, daß Ihnen die Monarchie ihre Schädlichkeit ſo deutlich nachweiſt. Denn wo in Deutſchland iſt jetzt Ihr konſtitutionelles Syſtem gewahrt! Erſpart es denn wirklich dem Volke irgendwo die Mittel der Revolution? Auch die Aushungerung der Regierungen durch Steuerverweigern hilft weder raſch noch ſicher, wie Hr. Vogt „aus den Blühen des Konſtitutionalismus" darthut, die er der Verſammlung vorlegt. Das preuß. Miniſterium hat erklärt, es rathe dem Könige die Annahme der deutſchen Krone nicht an. Die Volksmeinung betrachte es wie das Schiffsvolk die hochgehenden Wogen des Elements, dem man nicht gehorche, ſondern vor dem man ſich in einem Hafen zu bergen ſucht. Vermuthlich erblicke das preußiſche Miniſterium einen ſolchen rettenden Port — im Oſten. Und dies ſei daſſelbe Miniſterium, dem die Nationalverſammlung durch ihre Beſchlüſſe zu Hilfe gekommen. Was Hr. Vogt über das Verhalten eben dieſes Miniſteriums den Kammern gegenüber, was er über die Aeußerungen der miniſteriellen Partei in den Organen der Preſſe, über die Abneigung in gewiſſen Kreiſen Berlins gegen den ſchleswig-holſteiniſchen Krieg und die Stellung des preußiſchen Kabinets zur deutſchen Angelegenheit ſagt, wird von dem wiederhol-

ten und ſtürmiſchen Beifalle des Hauſes ausgezeichnet: Da ſpukt ſchon wieder in Schleswig-Holſtein oder unter den däniſchen Diplomaten jener Hr. v. Wildenbruch, der da ſagte: Preußen zieht das Schwert nicht für Schleswig-Holſtein, ſoudern für die Rechte des Herzogs aus der Scheite. Derſelbe Hr. v. Wildenbruch ſoll ſich ſchon wieder dort oben herumtreiben (Heiterkeit). Meine Herrn, es iſt das keine geringe Sache, wenn man ſieht, daß das Blut der Söhne Deutſchlands nutzlos geopfert wird, um ſo welke Früchte zu erringen, wie in dem letzten Kriege (rauſchender Beifall), wenn man ſieht, daß unſere deutſchen Krieger, welche ſich ſo heldenmüthig geſchlagen, die, wie die alte Garde, im heftigſten Kanonenfeuer geſtanden haben, wenn man ſieht, wie ſie geopfert werden ſollen für ſolche nichtsnutzige Rückſichten (wiederholter Beifall auch von der Miniſterbank), Rückſichten, wie ſie auch in manchen Geſprächen zu Tage gekommen ſollen ſein, von denen Gott verhüte, daß ſie wahr ſeien.“

Endlich kommt er auf die Maßregeln, die dieſe Verſammlung zu ergreifen hat. Die Ausſchußanträge der Mehrheit gehen dahin, daß die Verſammlung mit ihren Beſchlüſſen ruhe. *) Dürfen aber die Führer ruhen, wenn das Heer an allen Punkten vorrücken ſoll? Der Nation zu ſagen, handle du, wir wollen indeſſen ruhen, das wäre nicht wohlgethan, es wäre eine Täuſchung der Nation, die ſich ſchwer an Ihnen rächen würde. Nein, Deutſchland erwartet daß Jeder ſeine Schuldigkeit thut, und Sie ſind zu allererſt zu einem entſchiedenen Handeln verpflichtet. Wenn ſich der Reichsverweſer nicht ausdrücklich losſagt von der öſterreichiſchen Note, ſo iſt an ein ferneres Zuſammenwirken der deutſchen Exekutivgewalt mit dieſer Verſammlung nicht mehr zu denken. Herr Vogt ſchließt mit der wiederholten Mahnung zur That und unter dem anhaltenden und allgemeinen Beifalle des Hauſes.

Hr. Plathner aus Halberſtadt: Wir haben unter geſetzlichen und ungeſetzlichen Maßregeln zu unterſcheiden, damit wir nicht, indem wir den einen Theil der Nation für uns gewinnen, den andern größern verlieren. Kann das preußiſche Miniſterium dem Könige nicht zur Annahme der ganzen unverſehrten Verfaſſung rathen, ſo wäre freilich damit die Ablehnung der deutſchen Krone ausgeſprochen, denn es gibt keine Kaiſerwürde, ohne die vollſtändige und unverkürzte Annahme der Verfaſſung. Allein der Rath eines Miniſters iſt noch kein Entſchluß des Königs und zum Glück hat Preußen noch Männer genug, welche von anderer Meinung ſind als Brandenburg und Manteuffel, deren Verwaltung wir Preußen ſelbſt, je redlicher wir es mit Deutſchland, mit Preußen meinen, deſto ſchmerzlicher beklagen. Der Redner muſtert von dieſem Standpunkte aus die Vorſchläge der Ausſchußfraktionen und erklärt ſich demnach für die Anträge der Mehrheit des Ausſchuſſes.

Für einen Antrag auf Schluß der Debatte erhebt ſich nur ein Theil der Linken. Hr. Wichmann aus Stendal greift dagegen die Vorſchläge der Ausſchußmehrheit an, weil ſie nur Phraſen, nichts Thatſächliches enthielten. Vor Uebereilungen warne man? Er ſei doch neugierig einmal eine Uebereilung in der deutſchen Geſchichte zu erleben. Selbſt wenn das Schlimmſte käme und die Reichsverſammlung mit Ehren fiele, ſo würde nur deſto ſicherer die Verfaſſung ſich aus dieſer Nirderlage erheber.

*) Das Minoritätserachten I. lautet dagegen:

I. Die Nationalverſammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelm IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiſer der Deutſchen für erledigt. II. Zur Vollziehung der Reichsverfaſſung beſchließt demnächſt die Nationalverſammlung: 1) „Sie wählt durch abſolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentſchaft von 5 Mitgliedern; 2) der Regentſchaft ſtehen alle verfaſſungsmäßigen Befugniſſe des Kaiſers zu; 3) die Regentſchaft iſt gehalten, den verfaſſungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichsverfaſſung und des Wahlgeſetzes auf den 1. Juli 1849 nach Frankfurt a. M. einzuberufen; 4) der Reichstag wählt in gemeinſamer Sitzung beider Häuſer den Kaiſer mit abſoluter Stimmenmehrheit; 5) die Regentſchaft hat auf Grund der §§. 14, 191, 193 der Verfaſſung ungeſäumt die ganze bewaffnete Macht einſchließlich der Bürgerwehren, ſowie ſämmtliche Beamte des Reiches und der Einzelſtaaten auf die Verfaſſung vereidigen zu laſſen; 6) die Regentſchaft hat für die unverzügliche Aufſtellung einer zum Schutze der Nationalverſammlung und zur Durchführung der Verfaſſung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; 7) die Nationalverſammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelſtaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln die Durchführung der Reichsverfaſſung zu unterſtützen; 8) die Nationalverſammlung beſchließt, das deutſche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfaſſung aufzufordern und beauftragt den Ausſchuß mit der deßfallſigen Vorlage.“

Frankfurt a. M., 14. April 1849. Simon von Trier. Eiſenſtuck. Vogt. Spatz. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrucken. Fehrenbach.

Herr Francke aus Schleswig: Das Gewicht der Intereſſen, um die es ſich handelt, iſt zu groß, als daß ich hier kleine perſönliche Abenteuer, Anekdoten von Irrfahrten zwiſchen Ollmütz und Wien zum Beſten geben möchte, wie „der ſchuldloſe Fremdling gethan hat, der geſtern auf dieſer Tribüne ſtand.“ Dagegen gibt der Redner einige Aufſchlüſſe über die Art und Weiſe wie das preuß. Kabinet in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit zu Werke gegangen ſei. Graf Arnim's Abſicht ſei, daß trotz alles Blutes und aller Opfer Schleswig von Holſtein geriſſen werde. Leider iſt der Vortrag des Hrn. Francke ſo leiſe, daß wir der angeſtrengteſten Aufmerkſamkeit ohnerachtet, nur einzelne Worte aufzufaſſen vermögen. Er erklärt ſich für die Vorſchläge der Ausſchußmehrheit mit der Warnung, daß man nicht donnern ſolle, wenn der Blitz fehle.

Herr Moritz Mohl kommt auf ſeine früheren Betheuerungen zurück, wornach nun und nimmermehr der König von Preußen die deutſche Kaiſerkrone auf die Vorausſetzungen der Verfaſſung hin annehmen werde. Und auf die Trennung von Oeſterreich! Nach ſeinem Vortrage vertagt das Haus die Fortſetzung der heutigen Berathung unter Vorbehalt des Worts für den Miniſterpräſidenten zum Behuf einer perſönlichen Erklärung:

Hr. v. Gagern: In der Antwort Sr. Majeſtät des Königs von Würtemberg an die Abgeordnetendeputation, welche die heutigen Blätter gebracht haben, wird geſagt, daß ich mit Camphauſen über Abänderungen der deutſchen Verfaſſung in Unterhandlung getreten ſei. Ich weiß nicht, aus welcher Quelle Se. Majeſtät dieſe Nachricht geſchöpft hat. So viel aber weiß ich, daß weder Hr. Camphauſen, den ich als einen Ehrenmann hochachte, noch ich die mindeſte Veranlaſſung zu dieſer Nachricht gegeben haben. Hr. v. Gagern wiederholt bei dieſer Gelegenheit den Ausdruck ſeiner unerſchütterlichen Ueberzeugung, daß die Verfaſſung, wie ſie endgültig beſchloſſen und verkündet, ſo auch unangetaſtet zu bewahren ſei. (Beifall.)

Dann ermittelt der Präſident die Meinung des Hauſes über den Tag der nächſten Sitzung. Herr Ludwig Simon verwahrt ſich und ſeine Partei im Voraus dagegen, daß ſie ſich wehrlos wolle von den Ereigniſſen überfallen laſſen, wenn ſich etwa die ſo eben beſchloſſene Vertagung weiter als bis auf morgen verlängern ſolle.

Herr Rieſſer iſt der Meinung, die Verhältniſſe im Vaterlande ſeien ſo geſtaltet, daß ſie eine Ausſetzung der Berathung bis übermorgen nicht blos zulaſſen, ſondern ſogar fordern. Herr Venedey widerſpricht dieſer Anſicht. Desgleichen Herr Raveaux: „Es iſt die Miniſterkriſis in Berlin, welche die Verſchiedenheit der Meinung über die Vertagung der Sitzung hervorruft. Da aber über den behandelten Gegenſtand 47 Redner eingeſchrieben ſind, ſo verlange ich, hören Sie dieſelben.“ Hr. Viſcher von Tübingen macht auf den Eindruck aufmerkſam, den ein Feiern der Verſammlung in dieſem kritiſchen Augenblicke auf das deutſche Volk hervorbringen werde. Die Abſtimmung entſcheidet ſich darauf für Wiederaufnahme der heutigen Berathung ſchon morgen.

☉ **Frankfurt,** 24. April. Das Schreiben, welches das Präſidium der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung an den Präſidenten der Würtembergiſchen Kammer der Abgeordneten in Folge des heutigen Beſchluſſes gerichtet hat, lautet folgendermaßen:

Die geehrte Zuſchrift des Hrn. Präſidenten der zweiten Würtembergiſchen Kammer der Abgeordneten d. d. Stuttgart, den 22. April 1849, hier angekommen am 23. Nachmittags, iſt heute — in der 205. öffentlichen Sitzung der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung — verleſen und die Veranlaſſung geworden, daß der Antrag (von Fetzer und Viſcher):

1) „Die Reichsverſammlung wolle ſofort und ohne Diskuſſion beſchließen:
Die würtembergiſche Kammer der Abgeordneten insbeſondere durch ihren Beſchluß vom 22. April, ſowie das würtembergiſche Volk überhaupt, entſprechen mit dem in den letzten Tagen gezeigten entſchiedenen Feſthalten an der deutſchen Reichsverfaſſung den Erwartungen und dem Willen der deutſchen Nation.

2) Die Reichsverſammlung wolle von dieſer Erklärung durch Vermittlung des Präſidiums jener Kammer der Abgeordneten dieſe ſelbſt, ſowie das würtembergiſche Volk überhaupt, in Kenntniß ſetzen.“

als ein dringlicher anerkannt und mit einer an Einſtimmigkeit gränzenden Majorität zum Beſchluß erhoben worden iſt.

Das Präſidium der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung beeilt ſich, den Hrn. Präſidenten der Würtembergiſchen Kammer von dieſem Beſchluſſe hiermit in Kenntniß zu ſetzen.

Frankfurt a. M., 24. April 1849.

Das Präſidium der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung
gez. Simſon
Bauer. W. Eiſenſtuck.
Schriftführer Biedermann.

⁑ **Berlin**, 24. April. Wenn Sie einen Maßſtab für unſere Stimmung haben wollen, ſo ſehen Sie nach dem Barometer der Börſe, wie gedrückt er iſt. Geſtern Abend wurde ein Miniſterrath abgehalten, und über die Frage verhandelt, ob die Miniſter ihre Entlaſſung einreichen ſollten. Daß das noch eine *Frage* iſt! Herr von Vincke hat, wie ſelbſt die Demokraten geſtehen, in der letzten Sitzung einen glänzenden Triumph der Beredſamkeit gefeiert und den Miniſter des Auswärtigen vernichtet. Troſtlos, daß es ſich wieder in der letzten Sitzung zeigte, wie unſere Parteien in der Kammer ſelbſt bei der größten Gefahr des Vaterlandes ihre armſeligen Zänkereien nicht vergeſſen können. Die Schroffheit in der Erklärung des Grafen Brandenburg war Allen unerwartet, ſelbſt Hrn. v. Beckerath, der doch vorher viel mit den Miniſtern verhandelt hatte. Junker von Bismarck äußerte, jetzt hätten die Miniſter ſein Vertrauen wieder gewonnen! Es iſt allerdings Vertrauen erweckend, daß, wie beſtimmt verſichert wird, die ſchmähliche öſterreichiſche Note vom 8. April noch gar nicht beantwortet iſt! Man irrt übrigens ſehr, wenn man den Miniſtern in der deutſchen Frage eine feſte ſelbſtbewußte folgerechte Ueberzeugung beilegt. Sie ſchwanken hin und her, wie der Augenblick und die Perſonen es eingeben. Daß die Stimmung bei Hofe viel günſtiger iſt, kann man aus der kleinen Schrift erſehen: „Die Antwort des Königs von Preußen auf das Anerbieten des Reichstages." Sie iſt von Hrn. v. Kamptz in höherem Auftrage verfaßt und wurde unentgeltlich verbreitet. Es heißt darin: „Einfach und ohne Vorbehalt ſpricht der König das große Wort aus. Zwiſchen Ihm und dem Reichstage iſt die Vereinbarung erfolgt, die Verfaſſung — mit allen ihren Gebrechen, auf die Gefahren hin, die in ihr liegen — unbedingt und unverkürzt von Ihm angenommen. Gerecht und eines großen Fürſten würdig, ſetzt aber nun, nachdem er ſich und ſein Land der deutſchen Sache ſo hochherzig geweiht hat, der König hinzu, daß er die übrigen deutſchen Regierungen nicht *zwingen* wolle, wie er zu denken." Einen großen Eindruck hat die Erklärung des Miniſteriums auf die Mitglieder der erſten Kammer gemacht. Sie haben eine Zuſammenkunft gehalten und auf Morgen 12 Uhr iſt eine Sitzung anberaumt. Unter andern Anträgen, wird auch Hr. Hanſemann auf ſeine Kommiſſion zur Prüfung der Reichsverfaſſung antragen! Die Neue Preußiſche Zeitung überbietet ſich wieder im gemeinen Schimpfen auf die Kaiſerwürde, obgleich ſie neulich einmal ſeltſamer Weiſe einzulenken ſchien. Sie rühmt ſich in der deutſchen Frage an der Conſtitutionellen Zeitung einen wackern Bundesgenoſſen gefunden zu haben. Dies Verdienſt iſt der Conſtitutionellen Zeitung nicht abzuſprechen; es iſt aber auch das einzige. Uebrigens wird auch die hieſige Preſſe immer einſtimmiger. Selbſt die Voſſiſche Zeitung ſagt jetzt, die That (die Annahme) müſſe gethan, das Wagniß gewagt werden.

** **Stuttgart**, 22. April. Heute war trotz des Sonntags ſchon Morgens 6½ Uhr Sitzung unſerer Kammer der Abgeordneten. Die neueſten königlichen Entſchließungen, die Antwort, welche er der ſtändiſchen Deputation ertheilte, bildete die Vorlage der Berathung. Letztere wurde alsbald von den Mitgliedern der Deputation niedergeſchrieben, dem König mitgetheilt und von ihm als richtig angenommen. Die Kammer faßte hierauf nach langen Berathungen einen Beſchluß mit anſehnlicher Mehrheit mit 46 gegen 23. Zuerſt lag der Antrag des Abgeordneten Stockmaier auf eine *Erklärung* von Seiten der Kammer über die Gültigkeit der Reichsverfaſſung vor; mehrfach und beſonders von Miniſter Römer deßhalb bekämpft, weil dieſe Erklärung ein Eingriff in die Exekutivgewalt ſei, auch um eine anſehnliche Majorität zu erhalten, verwandelte Stockmaier die Erklärung in ein Ausſprechen der Ueberzeugung, daß 1) die von der deutſchen Reichsverſammlung verkündigte deutſche Reichsverfaſſung in Würtemberg als Geſetz beſteht; 2) daß jeder würtembergiſche Staatsbürger, gleichviel ob er dem Civil- oder Militärſtand angehöre, zur Befolgung und zum Schutz dieſer Reichsverfaſſung ebenſo wie der würtembergiſchen Landesverfaſſung verpflichtet iſt; 3) daß jeder Angriff auf dieſelbe ein Verbrechen ſei und daß deßhalb weder Civil- noch Militärbeamte verpflichtet ſeien, einem Befehl Folge zu leiſten, bei deſſen Ausführung ſie ſich an dieſem Verbrechen betheiligen würden. Etwa zehn Mitglieder welche heute fehlten, hätten die Majorität verſtärkt. Sie ſehen, daß die Kammer ſich nicht fügt und feſt beharrt auf der Reichsverfaſſung. Ein weiterer entſcheidender Schritt iſt noch nicht erfolgt. Die Miniſter haben ihre Entlaſſung eingereicht, dieſelbe aber wenigſtens zur Stunde noch nicht erhalten. Die königliche Erklärung, der Beſchluß der Kammer, die lange fortdauernde Ungewißheit, der Sonntag endlich ſteigern mehr und mehr die Aufregung, welche einen immer drohlicheren Charakter annimmt. Verſammlungen über Verſammlungen. Das früher aufgelöſte Jugendbanner hat ſich, noch ſehr von Jugend aller Art verſtärkt, rekonſtituirt, die Offiziere der Bürgerwehr berathen wieder, Deputationen vom Lande kommen immer zahlreicher, und am Ende muß es noch gehen, ſollte man denken. Wenn nur nichts Unbeſonnenes geſchieht. Eben jetzt Abends iſt der Marktplatz überfüllt. Seit zwei Nächten bewacht unſere Bürgerartillerie ihre 6 Kanonen, weil ſie deren Wegnahme von Oben fürchtet. Auf dem Lande ſcheint die Stimmung noch entſchiedener, in Heilbronn und Umgegend zumal; Staatsrath Goppelt iſt dieſen Vormittag auf der Eiſenbahn ſchon nach Heilbronn abgereiſt, jedoch bald wieder zurückgekehrt, da vollkommene Ruhe herrſche.

Stuttgart, 23. April. „Würtemberger! Seit 32 Jahren habe Ich die Geſchicke unſeres gemeinſchaftlichen Vaterlandes gelenkt, habe ich nur Einen Gedanken, nur Eine Aufgabe, die Eurer ſteigenden Wohlfahrt und Zufriedenheit verfolgt! In ernſten und in guten Tagen habt Ihr Mir vielfache Beweiſe Eures Vertrauens und Eurer Liebe gegeben, habt Ihr ein Beiſpiel von Eintracht zwiſchen Fürſt und Volk geliefert, welches der Ruhm des Landes bei unſern Nachbarn und zugleich Mein Stolz, ſo wie das beſtändige Ziel aller Meiner Regierungsmühen war.

Würtemberger! die Zeiten ſind ernſt, das Vaterland, das gemeinſchaftliche, wie das beſondere, iſt von vielen und großen Gefahren bedroht. Mehr als je gilt es, daß wir feſt und einträchtig Hand in Hand gehen.

Wie Ihr, will auch Ich ein großes, einiges und ſtarkes Deutſchland. Ich werde jedes Opfer freudig zu Gunſten eines ſo gemeinnützigen Zieles bringen. Wo es das wahre Wohl des gemeinſchaftlichen Vaterlandes gilt, müſſen alle Intereſſen, die großen wie die kleinen ſchweigen.

Die Nationalverſammlung hat das Verfaſſungswerk ihrerſeits vollendet, allein Ihr wißt, daß zwiſchen ihr und den größeren Regierungen Deutſchlands zur Zeit noch eine Nichtverſtändigung über dieſen hochwichtigen Gegenſtand beſteht. Ich für meine Perſon habe eine ſolche Verwickelung in keiner Weiſe herbeigeführt; da ſie aber leider vorhanden iſt, ſo gebieten Klugheit und Vorſicht, ſo erheiſchen das wahre Wohl und eine geſicherte Zukunft unſeres Vaterlandes, daß wir die Entwickelung derſelben mit Ruhe und Zuverſicht abwarten. Verlaßt Euch auf Mein Fürſtenwort, es iſt weder für Euch, noch für Deutſchland keinerlei Gefahr in einem ſolchen Verzug. Eine vorſchnelle Entſchlußnahme von unſerer Seite würde im Gegentheil die friedliche Löſung der Frage eher verhindern und verzögern, als beenden und fördern. Ohnedieß kann und wird die Ungewißheit darüber nicht lange mehr andauern.

Würtemberger, vertraut Eurem Könige, der es wohl mit Euch meint; mißtraut den Einflüſſen und den Reden aller Ehrgeizigen und aller Wühler, die ſich ſelbſt und Euch auf den Weg des Verderbens führen würden.

Es lebe die deutſche Einigkeit und die allſeitig friedfertige, ruhige Löſung des Reichsverfaſſungswerkes. *Wilhelm.*"

A **Dresden**, 21. April. Wenn irgend eine politiſche Frage den Sachſen das tiefinnerſte Herz bewegt, ſo iſt es die Könneritzſche Angelegenheit. Die jämmerliche Rolle, welche dieſer Diplomat in den Tagen vom 4. zum 9. November in Wien ſpielte, iſt von Freund und Feind verurtheilt und es bleibt nur noch eine müßige Frage, ob er ſie aus dem Stegreif geſpielt habe oder ob von der Pfordten ſie ihm einſtudirte. Die Altenweiberthränen, welche der Exminiſter der Auswärtigen den Deputationen vorweinte, denen er ein entſchiedenes Handeln zur Sühnung des an Robert Blum verübten Juſtizmordes gelobte, haben das ſächſiſche Volk nur eine kurze Zeit getäuſcht. Hr. v. Könneritz mußte im November ſofort aus Wien abgerufen werden; denn möge er nun inſtruirt geweſen ſein, für Blums Rückkehr aus Wien oder für ſein Verbleiben daſelbſt zu ſorgen, er hat in beiden Fällen ſich ſeines Auftrags gleich ungeſchickt entledigt. Erwägt man, um welcher Nichtigkeiten willen diplomatiſche Perſonen beurlaubt oder gewechſelt zu werden pflegen, ſo erſcheint die Belaſſung des Geſandten als ein um ſo ſchlimmerer Fehler, der zugleich zur bitterſten Erbſchaft für das Miniſterium Held geworden iſt. Das Kabinet von Ollmütz hat, wie die Deutſche Zeitung ganz richtig ſchon am 2. April mittheilte,

№ 113. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 24. April 1849.

Ueberſicht.

Königliches Dekret an das Geſammtminiſterium vom 19. April 1849.
Die Königreiche.
Mittheilungen aus Siebenbürgen und den Donaufürſtenthümern.
Deutſchland. Berlin (Die gegenwärtige Lage.)

Königliches Dekret an das Geſammtminiſterium vom 19. April 1849.

Ich hatte Sie zu einer Berathung über die Reichsverfaſſungsfrage zuſammenberufen, weil Ich es für Meine erſte Pflicht erkannte, einen ſo hochwichtigen Gegenſtand einer gemeinſchaftlichen gründlichen und umfaſſenden Erörterung mit Meinen verantwortlichen Räthen zu unterziehen. Sie haben Mir in der Sitzung vom 16. d. M. die gewünſchte Gelegenheit dazu gegeben; Sie haben Mir Ihre Anſichten vollſtändig entwickelt; Ich habe Ihnen dagegen die Meinigen nicht vorenthalten; Sie haben nach der gepflogenen Berathung ſich über denſelben Gegenſtand gegen Mich ſchriftlich geäußert, und Ich will daher Meinerſeits Mich eben ſo auf demſelben Wege wiederholt gegen Sie ausſprechen. Sie ſtellen Mir den Antrag: „daß Ich die deutſche Reichsverfaſſung, ſo wie ſolche von der verfaſſunggebenden Verſammlung in Frankfurt beſchloſſen wurde, unverzüglich anerkenne und dieſe Anerkennung mit der Erklärung an die Centralgewalt begleiten laſſen möge, daß Ich gegen die Wahl des Königs von Preußen zum erblichen Kaiſer von Deutſchland keine Einwendung zu machen habe.“ Die Beweggründe mit welchen Sie dieſen Ihren Antrag unterſtützen ſind: „daß, weil dieſe Verſammlung überhaupt berechtigt ſei, für Deutſchland aus eigener Machtvollkommenheit eine Verfaſſung zu geben und die Anerkennung dieſer Verfaſſung allſeitig und unbedingt zu verlangen, ihr auch das Recht und die Befugniß zuſtehen müſſe, einen eben ſo unbedingten Ausſpruch in der Oberhauptsfrage zu thun und in Anſehung dieſes Ausſpruches eine gleich unweigerliche und gleich allſeitige Anerkennung, wie für alle anderen Beſtimmungen dieſer konſtitutiven Akte zu gewärtigen.“ Sie ſind ferner der Anſicht, „daß es bei der von Ihnen beantragten dieſſeitigen Erklärung an die Centralgewalt ganz gleichgiltig ſei, ob Se. Majeſtät der König von Preußen die Würde eines deutſchen Erbkaiſers ablehne oder nicht, denn wenn Er ablehne, ſo ſei damit die Erblichkeitsfrage und mit dieſer derjenige Theil der Verfaſſung, welcher ſie feſtſtellt, von ſelbſt beſeitigt, und wenn Er annehme, ſo könne Würtemberg die neue Würde dieſes Fürſten, ebenſowohl Preußens als der zahlreichen revolutionären Partei in Deutſchland wegen, nicht zurückweiſen.“ Endlich fügen Sie hinzu, daß es ſich unter ſolchen Umſtänden nur davon handeln könne, „ob Würtemberg früher oder ſpäter die fragliche Verfaſſung anerkenne, daß Sie aber für eine unverzügliche Anerkennung derſelben ſich deshalb erklären müßten, weil dadurch der Schein vermieden werde, als ſei Meine Regierung zu einer ſolchen durch die öffentliche Meinung gezwungen worden.“ Dies iſt Ihr Antrag; dies ſind Ihre Beweggründe dafür. Ich kenne in Geſchäften nur Offenheit und Wahrheit; Ich werde auch von dieſer Meiner Richtſchnur gegen Sie bei dieſem neuen Anlaß nicht abweichen. Ich muß damit anfangen, Ihnen offen zu bekennen, daß nach meiner innerſten Ueberzeugung die Nationalverſammlung nicht das Recht hatte, Oeſterreich aus dem bisherigen Staatenverbande auszuſtoßen, noch das von ihr vollendete Verfaſſungswerk, ſo wie dies von ihr geſchehen iſt, abzuſchließen und zu verkünden, noch den Knoten der Oberhauptsangelegenheit in der Weiſe, wie ſie dies für gut befunden hat, theoretiſch und faktiſch zu zerhauen; vielmehr bin und bleibe ich der feſten Anſicht, daß dieſe Verſammlung zu einer rechtsgültigen Löſung dieſer Hauptfragen, ſo wie um der allſeitig entgegenkommenden Anerkennung und des ſo höchſt weſentlichen moraliſchen Anſehens eines ſo bedeutenden konſtitutiven Geſetzes willen, der Berathung und der Zuſtimmung der ſämmtlichen Einzelſtaaten, ihrer Fürſten, Regierungen und Obrigkeiten, über den Gegenſtand unabweislich bedurft hätte. Indem ſie einen ſolchen ächt vaterländiſchen und allſeitig verſöhnenden Weg nicht betrat, indem ſie das Prinzip der Vereinbarung und des Einverſtändniſſes mit den verſchiedenen Regierungen und den verſchiedenen Volksſtämmen unſeres gemeinſchaftlichen großen Vaterlandes beharrlich von der Hand wies, ſetzte ſie ſelbſt zuerſt an die Stelle der Einigung aller Völkerſtämme die Völkerzwietracht und an die Stelle der deutſchen Einheit die deutſche Spaltung, trat ſie in den beklagenswerthen Konflikt gerade mit den mächtigſten Einzelſtaaten und Einzelregierungen des Bundes, führte ſie zuletzt ganz allein die große Frage des Tages aus dem Gebiet des gemeinſammen Einverſtändniſſes und des gegenſeitigen Rechts auf das der Verwicklung und der Thatſachen. Welches ſind dieſe Thatſachen? Die kaiſerlich öſterreichiſche Regierung erklärt in der beſtimmteſten Weiſe, die deutſche Reichsverſammlung und die ſeitherigen verfaſſunggebenden Beſchlüſſe und verfaſſunggebende Wirkſamkeit derſelben nicht anzuerkennen. Sie erklärt ferner, daß ſie andererſeits nicht gewillt iſt, ihre vertragsmäßige Stellung im Bunde aufzugeben und ebenſo wenig ſich einer einheitlichen Spitze deſſelben unterzuordnen, erbietet ſich dagegen aber, nach wie vor, zu einer jeden Verſtändigung mit ſämmtlichen Einzelregierungen zum Behufe einer Vereinbarung über das Verfaſſungswerk. Der König von Preußen lehnt die Kaiſerkrone ab, und die Regierung Seiner königlich preußiſchen Majeſtät gibt dabei auf eine unzweideutige Weiſe zu erkennen, daß ſie ihrerſeits die vorliegende Reichsverfaſſung unverändert nicht annehmen könne; ſie kündigt dieſerhalb ausdrücklich in der kürzeſten Friſt eine ſchließliche Erklärung an und ladet zu einer gleichen Beanſtandungs- und Verſtändigungserklärung die übrigen Bundesregierungen ebenmäßig ein. Die königl. baieriſche Regierung beſteht ſowohl auf der Beſeitigung der Kaiſerfrage, als auf dem Vereinbarungsprinzipe. Die Königl. hannoverſche Regierung endlich macht ihrerſeits eine erſchöpfende Erklärung über die ganze Frage von der Beantwortung verſchiedener an das königl. preußiſche Miniſterium von ihr geſtellten Vorfragen abhängig. Dies ſind die bis zu dieſem Augenblick vorliegenden Thatſachen über den wichtigen Gegenſtand. Was aus ihnen unwiderſprechlich folgt, iſt: 1) daß die Kaiſerfrage ſammt ihren Konſequenzen eines vorgeſchlagenen Einheitsſtaates von heute an als politiſch beſeitigt betrachtet werden muß, inſofern der König von Preußen die ihm dargebotene Krone eines deutſchen Erbkaiſers feierlich ausgeſchlagen hat und eine jede Wiederaufnahme dieſer Frage alle Elemente einer unſeligen Spaltung von Deutſchland ſofort aufs Neue in den Vordergrund des Verfaſſungswerkes drängen mußte; 2) daß die unbedingte und unveränderte Annahme der Reichsverfaſſung, ſo wie ſolche aus den Debatten der Nationalverſammlung ſchließlich hervorgegangen iſt, weder von Oeſterreich, noch von Preußen und Baiern anerkannt wird; endlich 3) daß es von Oeſterreich ſelbſt und von den mit ihm bisher verbündeten und verbrüderten Regierungen und Völkerſtämmen des geſammten Deutſchlands, nicht aber von der Nationalverſammlung ausſchließlich abhängen kann und wird, ob dieſe Macht aus dem bisherigen ſtaatlichen Verbande auszuſcheiden hat oder nicht. Sie ſehen, daß das unverrückte Beharren Frankfurts auf der Kaiſerfrage ein vergebliches iſt, und daß es ſich heute nicht mehr um dieſe Frage, ſondern um die geſammte Reichsverfaſſung und deren Anerkennung oder vielmehr Nichtanerkennung in ihrer jetzigen Faſſung handelt. Unter ſolchen Umſtänden würde eine jede einſeitige und voreilige Zuſtimmungserklärung von Seite Würtembergs zu dem vorliegenden Verfaſſungswerke, würde insbeſondere, dem Könige von Preußen gegenüber, Meine einſeitige Anerkennung einer Würde, die dieſer Fürſt ausſchlagen zu müſſen geglaubt hat, nicht nur höchſt unzeitig, ſondern auch völlig überflüſſig ſein; ſie würde weder bei den Einzelregierungen, noch in Frankfurt den gegenwärtigen Stand der Dinge im Geringſten verändern; dagegen müßte ſie unſer Vaterland, Meine Regierung und Mich ſelbſt gegen Seine Königlich Preußiſche Majeſtät, ſo wie gegen Meine übrigen Mitfürſten und deren Kabinette einen höchſt bedenklichen und noch dazu ganz vergeblichen Widerſpruch ſetzen. Benehmen wir in dieſer ſchweren Kriſe, in dieſen Tagen einer folgenreichen Entſcheidung unſerem theuren Vaterlande, benehmen wir uns ſelbſt nicht die Mittel und Wege, nach beſtem Wiſſen und Gewiſſen für deſſen Wohlfahrt und deſſen Zukunft zu wirken und einzuſtehen. Wir können die ſchweren Pflichten, welche die Vorſehung uns auferlegt hat, nur dann genügend erfüllen, wenn wir mit Vorſicht und Ruhe ohne alle Vorurtheile und alle Leidenſchaften zu Werke gehen. Die große Frage, um welche es ſich handelt, liegt heute zunächſt und ausſchließlich in Wien, Berlin und in Frankfurt. Wir unſererſeits können uns Gott Lob nicht

den Vorwurf machen, dieſe Frage erſchwert oder verwickelt zu haben, wir können ſie aber eben ſo wenig entwirren oder beendigen. Uebereilen wir uns daher nicht; ſehen wir zuvörderſt, in welcher Geſtalt und mit welcher Wendung ſie aus den dortigen Erörterungen hervorgehen wird, warten wir vor allen Dingen die weiteren Erklärungen des königl. preuß. Miniſteriums ab: nur dann werden wir im Stande ſein, eine für unſer theueres Vaterland, ſo wie für ganz Deutſchland allſeitig reife und wahrhaft erſprießliche Entſchließung zu faſſen. Ich rechne in dieſer Beziehung, wie bisher, ſo auch in der Folge, zuverſichtlich auf den einſichtsvollen Rath, ſo wie auf den patriotiſchen und treuen Beiſtand meiner ſämmtlichen Miniſter und Räthe.

Die Königreiche.

*† Aus Süddeutſchland, 16. April. Es war eine kurzſichtige Politik, welche vor allen Dingen Auflöſung Preußens verlangte, und ſo den einzigen feſten Kern der Macht dem Auslande gegenüber uns entriſſen haben würde; aber nicht viel beſſer ſtellt ſich ein Standpunkt heraus, auf welchem man großartige Mediatiſirungen in Ausſicht nahm, zu paſſender Ausrundung einiger magerer Königreiche, weil ja, wie das indiſche Epos lehrt, die kleinen Fiſche von den größeren gefreſſen werden. Preußen als kaiſerliche Hausmacht iſt uns nöthig, die willigen Kleinſtaaten ſind jetzt unſere Rettung; unſere Schwierigkeit ſind die Königreiche. Das Widerſtreben nun gerade unſerer Könige gegen Preußens Bevorzugung könnte man eher begreifen, wenn der Hohenzoller Römiſcher Kaiſer, jedoch Deutſcher König werden ſollte; der „Deutſche Kaiſer" dagegen beläßt ihnen ja den Königstitel nebſt dem Amte. Wir wollen nicht fragen, auf welcher Bank die deutſchen Souveränitäten gefunden wurden, noch wohin ſie gerathen ſind unter Metternich; aber was iſt denn der Kaiſer? Er iſt nichts Anderes, als was man im Morgenlande, was auch die Bibel nennt: Großkönig oder König der Könige; der „Kaiſer" ſetzt eben Könige voraus, ſonſt würde der Name „Deutſcher König" genügen. „Ja wenn nur nicht Einer von ihnen, die da gleichen Ranges, über ſie erhoben würde." — Vor Jahren ſchon ſagte Weber, der Wanderer durch Deutſchland: Würtemberg möge nie vergeſſen, daß es Königreich heißt, aber keines iſt; was aber von Würtemberg, gilt wohl auch für Sachſen und Hannover, und am Ende gar auch von Baiern. Hängt etwas am Namen, am regni nomen inane? Es gab auch einmal dem Namen nach vier Königreiche: Sodom, Gomorrha, Adama und Zeboim, ſ. 5 Moſ. 29, 23. 1 Moſ. 14, 2; ſie gereichten nicht durch ihr Leben, ſondern durch ihr letztes Schickſal zur Erbauung: ſie gingen unter, nahmen ein Ende mit Schrecken. Unſere vier Königreiche ſollen nicht untergehen; ſie ſollen aufgehn im Deutſchen Reiche, ſollen vier Eckſteine ſein zu ſeiner Erbauung. Die bedeutendſte jener bibliſchen Königsſtädte, Sodom, welche auf keine vernünftige Vorſtellungen hörte, zog die drei andern ins Verderben nach ſich. Aber die Zeiten ſind günſtiger jetzt, denn damals, beſſer hier als dort. Baiern wird ſchlimmſtenfalls allein ſeinen Weg bergab gehn. Die Kirche ſagte einſt: cogite intrare; wir ſagen: will Baiern nicht herein ins Deutſche Reich, ſo bleib' es draußen, und konſtituire ſich in Gottes Namen zu einem eigenen „römiſch Arm." Die Leute von Sodom wollten ins Haus herein, aber ſie fanden den Weg nicht, weil ſie mit Blindheit geſchlagen wurden; die Staatslenker Münchens wollen nicht herein, weil ſie mit Blindheit geſchlagen ſind; aber ſie finden vermuthlich auch keinen Weg, um dauernd draußen zu bleiben. Verzweifle man nicht an Baiern. Ohnehin hegt und pflegt die dortigen Abſonderungsgelüſte mit Andern ein Mann, welcher, ſolang er in der Schweiz raunte und raſaunte, noch jede Sache, deren er ſich annahm, zu Grunde gerichtet hat. Mög' er auch jetzt ſich gleich bleiben! Möchte aber auch der verlorne Sohn heimkehren in's Vaterhaus! Dann wollen wir das Maſtkalb ſchlachten, wie Ev. Luc. 15, 23 geſchrieben ſteht und uns mehr über ihn freuen, als über neunundneunzig Gerechte.

Mittheilungen aus Siebenbürgen und den Donaufürſtenthümern.

(Von einem auf Befehl Bem's feſtgenommenen britiſchen Offiziere.)

▽ Die „Times" brachte in ihrer Nr. vom 10. April das aus Jaſſy den 23. März datirte Schreiben eines auf Befehl des Generals Bem feſtgenommenen, ſeit mehreren Jahren in Siebenbürgen wohnhaften britiſchen Offiziers, welches, obſchon die Inſurgenten darin aus leicht erklärlichen Gründen etwas in's Schwarze gemalt ſein mögen, doch über Thatſachen, Perſonen und Zuſtände manches Intereſſante und Mittheilenswerthe enthält. Der Brite erzählt, wie er am 22. Decbr. von Bauffe Hunyard, wohin er einen Ausflug gemacht, alſo wenige Tage nach dem Treffen bei Cſucſa wieder nach Klauſenburg, ſeinem Wohnort, zurückgekehrt ſei, und fährt dann weiter fort: „Am 24. und 25. Decbr. zogen ſich die kaiſerlichen Truppen gegen Karlsburg zurück. Abends am 25. beſetzten die Inſurgenten unter Bem die Stadt (Klauſenburg). Am 26. ließ er mich verhaften, unter welchem Vorwande, habe ich nie erfahren können. Am 29. erhielt ich den Befehl, mich zur Fortſchaffung nach Peſth bereit zu halten, und Tags darauf befand ich mich unter Eskorte. Etwa eine Tagesreiſe von Peſth entfernt, erhielten wir die Nachricht von der Schlacht bei Mohr und von dem Uebergang der Kaiſerlichen über die Donau. Sofort überall Flucht und Verwirrung. Peſth war aufgegeben, der Reichstag, das Heer, die Kanonen und einige hunderttauſend (?) Perſonen befanden ſich in voller Flucht nach Debreczin.

In Kiſſy Szaccas kam ich mit Koſſuth zuſammen und ſtellte ihm die nicht zu rechtfertigende Art vor, wie man mich verhaftet und von Klauſenburg weggeſchickt hatte, aber Ihr mögt Euch vorſtellen, wie überraſcht ich war, als er, ſtatt ſich für dieſe beleidigende Behandlung irgend wie zu entſchuldigen, zu einem Ausbruch heftiger Leidenſchaft hinaufſchraubte, ſich in eine ſeiner theatraliſchen Stellungen warf und in der beleidigendſten Sprache den Befehl gab, daß ich nach dem Eintreffen von General Reparo's Korps folgenden Tags vor ein Kriegsgericht geſtellt und erſchoſſen werden ſolle. Natürlicherweiſe forderte ich wiederholt einen Grund für dieſes befremdliche Verfahren; die einzige Antwort, die ich erhalten konnte war: ich ſei ein ſchlechter Ungar, während ich doch ſchon lange genug im Lande ſei, um ein guter Ungar zu ſein, d. h. ein Bewunderer Koſſuths und der Rotte von Böſewichtern, die um ihn ſind. Alsdann ſperrten ſie mich im Rathhauſe ein, mit Schildwachen vor meiner Thür, die ſich ein Vergnügen daraus machten, mich der gaffenden Menge draußen wie ein wildes Thier zu zeigen. In dieſer Ungewißheit ließ man mich 4 — 5 Tage lang, ſo daß ich jeden Morgen erwarten mußte, hinausgeführt und erſchoſſen zu werden, als der Aelteſte des Fleckens mir ſagen ließ, daß, wie er erfahren, einige Perſonen dem Koſſuth die Ungerechtigkeit des gegen mich geübten Verfahrens vorgeſtellt hätten und daß ich wahrſcheinlich nicht würde erſchoſſen werden. So blieb ich noch 10 Tage länger in Gefangenſchaft, als eines Tags nach der Ankunft eines flüchtigen Inſurgentenhaufens der kommandirende General, aus Furcht vor der Annäherung der Oeſterreicher, mich nach Debreczin fortbringen ließ." Der Briefſchreiber erzählt, wie der ihn eskortirende, immer betrunkene Korporal unterwegs allen Leuten vorgelogen, warum man den Engländer verhaftet habe, und wie er dem Schickſal, von den fanatiſchen Bauern und den beſoffenen Soldaten erſchlagen zu werden, nur mit Mühe entgangen ſei, und bemerkt ſodann: „Letzteres Syſtem iſt das jetzt bei Koſſuth und ſeinen Anhängern gebräuchliche; man ſchwärzt ein Individuum beim Pöbel an, der Pöbel ſchlägt dies Individuum todt und dann heißt es: La justice du peuple! Hier, in Debreczin, blieb ich einige Tage gefangen, als endlich der Kriegsminiſter, Meſzaros, unter der ganzen Schippſchaft faſt der Einzige, der Achtung verdient, mich zu ſich beſcheiden ließ und mir ſagte, daß er verſuchen wolle, meine Angelegenheit in ſeine Hände zu nehmen und wenn möglich, mich in Freiheit zu ſetzen, was ihm denn auch ſchließlich gelang, jedoch nur unter der Bedingung, daß ich unter bewaffneter Begleitung über die Grenze in ein Land geſchafft würde, wo ſich keine Oeſterreicher befänden." Der Offizier erzählt nun, wie es ihm endlich, nach mancherlei Hin- und Herſchicken und Hin- und Herparlamentiren gelungen ſei, nach Jaſſy geſchafft zu werden, wo er ſich noch befinde, um ſeine ſehr erſchütterte Geſundheit wieder herzuſtellen.

Der Briefſchreiber kommt nun auf die letzten Vorgänge in Siebenbürgen zu ſprechen, wie nach der Einnahme von Hermannſtadt, welches vom ruſſiſchen Oberſten nach Kräften vertheidigt worden ſei, die Inſurgenten furchtbar im Sachſenland geplündert hätten, immer unter dem Vorgeben, für die Freiheit zu fechten. „Für die Freiheit!" ruft der Brite aus, „jawohl für die Freiheit, unbeſtraft die 8 Millionen der andern Einwohner, Kroaten, Slaven, Wallachen, Deutſche und Ratez zertreten, ausplündern, zu Sklaven machen zu können. Man leſe nur eine der letzten Verhandlungen des Reichstags zu Debreczin in Betreff der Sachſen Man hatte beſchloſſen, daß ſie nach der Einnahme von Hermann-

ſtadt, derjenigen Rechte und der Verfaſſung, in deren Beſitze ſie ſeit Jahrhunderten geweſen, verluſtig gehen und zu dem Zuſtande von Knechten erniedrigt werden ſollten. Dieſer Antrag fiel bei einem vollen Hauſe nur mit fünf oder ſechs Stimmen durch, weil es als ausgemacht galt, daß die Sachſen genöthigt werden ſollten, ſämmtliche Kriegskoſten zu zahlen! Und warum dieſe Wuth, dieſe Erbitterung gegen die Sachſen? Bloß deßhalb, weil ſie durch ihre deutſche Geſchicklichkeit, deutſche Ausdauer und deutſche Genügſamkeit reich geworden ſind."

Um von der Bildung und Menſchlichkeit der Ungarn und Szeckler einen Beweis zu geben, erzählt der Brite folgende Beiſpiele: „Ein wallachiſcher Prieſter und ſein Neffe wurden in Maros Vaſarhely verhaftet. Es kam der Befehl, ſie unter militäriſcher Begleitung nach Debreczin zu bringen. Kaum hatten ſie ihr Gefängniß verlaſſen, als ſie durch das dort liegende Militär buchſtäblich in Stücke gehauen wurden. Wenige Tage darauf wurden ſechs Sachſen, gegen welche keine andere Beſchuldigung als die, Sachſen zu ſein, vorlag, eingebracht und ins Gefängniß geſteckt. Acht oder neun Soldaten, denen es die Behörden geſtatteten, begaben ſich bewaffnet in das Gefängniß. Einer der Soldaten rief: „Der da iſt ein garſtig ausſehender Schuft; ich werde ihm etwas darauf geben, denn er hat einige von unſern Leuten getödtet", und ohne Weiteres legte er an und ſchoß den Bezeichneten todt. Die andern Soldaten folgten dieſem Beiſpiel und erſchoſſen auch die übrigen, ohne daß ſich eine Behörde eingemiſcht hätte. Am 5. März wurde ein Zug von 13 wallachiſchen Gefangenen unter militäriſcher Begleitung von Udwarhely nach Cſek Szeuda gebracht; in einem Walde, welchen ſie paſſirten, wurden ſie bis zum letzten Mann von ihren Begleitern niedergemetzelt. Am 12. führte mich meine Reiſe durch denſelben Wald; da hörte ich eine Gewehrſalve gegen 3 Uhr Nachmittags; nach etwa 20 Minuten gelangte ich an eine Stelle, die mit den friſchen Leichen von noch 17 Wallachen bedeckt war, alle von ihrer Begleitung ermordet. Die Soldaten antworteten auf meine Frage, was ſie zu dieſer Schlächterei veranlaßt haben könnte, lachend: „einen beſonderen Grund haben wir nicht, aber wir danken Gott, daß heute 17 Wallachen weniger als geſtern auf der Welt ſind." Nachdem der Brite noch erzählt, daß Koſſuth einen gewiſſen Cſek Lagos, der fünf Jahre lang in Wien wegen Falſchmünzerei geſeſſen, in ſeinen Dienſten habe, der ihm jetzt durch ganz Ungarn umlaufende öſterreichiſche Banknoten zu Tauſenden verfertige, verſichert er, daß ungariſche Agenten ihr Möglichſtes thäten, um Polen und die Moldau zum Aufſtand zu bewegen; einen derſelben, einen gewiſſen Kóvari, habe er ſelbſt unterwegs angetroffen, als dieſer ſich auf dem Rückwege nach Siebenbürgen befunden. General Bem habe allerdings den Gedanken gehabt, in Galizien einzudringen, aber er ſei davon abgeſtanden, weil er vorausgeſehen, daß er den an der galiziſchen Grenze in großen Truppenmaſſen verſammelten Ruſſen unfehlbar in die Hände fallen müßte. Die franzöſiſchen und engliſchen Zeitungen drängen zwar auf Räumung der Donaufürſtenthümer durch die Ruſſen, aber man ſolle dem Himmel danken, daß dieſe hier noch die Ruhe aufrecht erhielten; ohne ſie würde alles in bunteſtem Wirrwarr drunter und drüber gehen.

In einer ſpäteren Nummer bringt die Times aus Jaſſy, offenbar von demſelben Korreſpondenten, ein Schreiben vom 25. und ein anderes vom 26. März. Im erſteren kann und mag der Verfaſſer noch nicht glauben, daß Puchner in Buchareſt ſich befinde, er habe doch 8—9000 M. gehabt; und wo ſeien die übrigen Generale, wo ſeien die Kanonen hin, da nirgends verlaute, daß die Oeſterreicher auch Kanonen verloren hätten? Er hält ſich überzeugt, daß die Oeſterreicher noch immer bei Schäßburg ſtänden, und daß alles Uebrige, außer der nicht zu bezweifelnden Einnahme von Hermannſtadt, eine der gewöhnlichen ungariſchen Lügen ſei. „Aber," fährt er fort, „ich fürchte, daß die Ruſſen allerdings Befehl erhalten haben über die Grenze zu gehen. Die Ruſſen haben es mit den öſterreichiſchen Truppen zu keiner Zeit aufrichtig und gut gemeint. Seit dem Tage von Auſterlitz bis jetzt haben die Ruſſen ſtets die Oeſterreicher mißbraucht. Oeſterreich verdient aber faſt ſein Unglück. Ihr Heer in Ungarn iſt zwar wo möglich ſchöner noch als das unter Radetzky, aber wie wird es angeführt? Windiſchgrätz iſt zum Heere geſchickt und Welden, vielleicht in dieſem Augenblick der erſte (?) General Europa's, ſitzt in Wien. Hätten er, Wohlgemuth und Schlick gleich anfangs den Befehl gehabt, ſo wäre der Krieg ſchon längſt entſchieden." An einer andern Stelle wirft der Verfaſſer der engliſchen Regierung vor, daß dieſe Oeſterreich zu erſichtlich ſeinem Schickſale überlaſſe oder ihm ſogar in feindlichem Sinne entgegenarbeite, und fragt dann: „Kann England wünſchen, daß ſich die ganze ſlawiſche und wallachiſche Bevölkerung Oeſterreichs dem ruſſiſchen Schutze in die Arme wirft? Iſt England ein ſolcher Freund der Revolution, daß es wünſcht, die Donaufürſtenthümer durch die ungariſchen Agenten in Verwirrung und Anarchie verſetzt zu ſehen? England ſollte daran denken, daß eine hier ausbrechende Revolution nur dem abſoluten Despotismus die Bahn brechen würde, denn Rußlands Intereſſen ſind hier zu nahe betroffen, als daß es einem revolutionären Propagandismus in dieſem Lande nur einen Augenblick freien Lauf laſſen dürfte. Ich habe ſeit langem eine große ſlawiſche Bewegung vorausgeſehen; wir erleben ſie jetzt. Kann man glauben, die Kroaten und Servier hätten aus bloßer Liebe zum Hauſe Habsburg die Waffen ergriffen? Könntet Ihr nur die Privatkorreſpondenz des Oberſten Dembinski zu Belgrad leſen, ſo würdet Ihr wiſſen, wie es damit beſchaffen iſt. Der Gedanke, daß Ungarn ein ſelbſtſtändiges Reich bilden könnte, iſt geradezu lächerlich. Ungarn muß ſich entweder Oeſterreich ergeben, oder es fällt durch ſich ſelbſt. Wäre morgen kein Oeſterreicher mehr im Lande, ſo würden vier Fünftel der Ungarn gegen die Republikaner von Debreczin ſich wenden, wie mir die Ungarn öfters verſicherten, oder ſie werden ſchließlich an Rußland fallen. Unter den Ungarn gibt es Mehrere von der gemäßigten Partei, welchen der Plan zur Bildung eines aus Polen, Ungarn, der Moldau und Wallachei beſtehenden Königreichs vorſchwebt. Denn viele, ſehr viele in Ungarn haſſen die Oeſterreicher in einem Grade, daß ſie lieber von einem Leuchtenberg oder einem andern ruſſiſchen Prinzen beherrſcht ſein als wieder unter die Herrſchaft Oeſterreichs zurückkehren würden."

Der Schluß dieſes Briefes bezieht ſich auf die türkiſch-ruſſiſchen Verhältniſſe. Allem nach bereite ſich die Türkei zu einem möglichen Kriege mit den Ruſſen vor, die Grenzfeſtungen würden in Stand geſetzt u. ſ. w. Die Türken in Galacz betrügen ſich ſehr human und bezahlten alle Bedürfniſſe baar, während die Ruſſen vom November an bei den Bauern einquartiert wären, ſich gütlich thäten, aber keinen Piaſter bezahlten. An eine Räumung der Fürſtenthümer durch die Ruſſen ſei übrigens nicht zu denken; Rußland wiſſe recht wohl, daß dies das Zeichen zu einem allgemeinen Losbruch ſein würde.

In dem zweiten Schreiben vom 28. März geſteht der Verfaſſer, daß, wie er nun erfahren, die Oeſterreicher wirklich in der Stärke von 10,000 Mann zu Rimnik ſtänden, und er ſetzt hinzu: „Puchner iſt ein würdiger, vortrefflicher Mann, aber als General ein klein wenig zu alt für dieſe Art von Guerillakrieg." Schließlich erwähnt er als wichtige Neuigkeit aus Konſtantinopel, daß der große Ruſſenfeind Suliman Paſcha zum Kriegsminiſter ernannt worden, daß Mehemet Ali Paſcha des Sultans Schweſtermann, ebenfalls ein Portefeuille erhalten habe und daß zu dem deßhalb abgehaltenen Konſeil von den europäiſchen Repräſentanten nur Sir Stratford Canning zugezogen wurde.

Endlich glauben wir unſerm Briten abermals in der Nr. der Times vom 20. April zu begegnen, in der ſich zwei Schreiben aus Jaſſy, das eine vom 2., das andere vom 6. April befinden. Er beklagt darin die gänzliche, faſt „lächerliche" Unfähigkeit der öſterreichiſchen Generale und bemerkt: „Es iſt beweinenswerth, die ſchöne öſterreichiſche Armee ſo geopfert zu ſehen, es ſind in der That prächtige Burſchen, die, wenn ſie nur durch ihre Majore, Kapitäne und Lieutenants befehligt worden wären, nur von keinem ihrer Brigadiers und Generale, ſchon am 15. oder 16. Januar Debreczin in Beſitz genommen hätten." Die ruſſiſche Artillerie und das ruſſiſche Fuhr- und Feldarzneiweſen rühmt er als unvergleichlich trefflich; die jetzt in den Donaufürſtenthümern ſtehende ruſſiſche Infanterie ſei zumeiſt aus ſolchen Regimentern zuſammengeſetzt, welche im Kaukaſus gekämpft hätten; auch viele doniſche Koſaken befänden ſich in den Fürſtenthümern, und von Beſſarabien her rückten immer neue Truppen ein. Dies ſei auch nöthig, denn obſchon die Differenzen zwiſchen Rußland und der Türkei ſich gütlich auszugleichen ſchienen, lauteten die Nachrichten aus Polen doch ſehr bedenklich, und die polniſchen Generäle, welche die ungariſche Inſurrektionsarmee befehligten, würden ſich ſchon längſt mit Macht auf Polen geſtürzt haben, wenn die Ungarn ihnen dahin nur folgen wollten. Mehrere ruſſiſche Offiziere hätten ihm erzählt, daß ſie täglich von Petersburg dem Befehl entgegenſähen, in Siebenbürgen und Ungarn einzurücken, um dieſen Heerd der Rebellion zu erſticken. In dem Briefe vom 2. April heißt es: „Wie ich heute höre, befinden ſich zwei Bataillone Puchners auf dem Marſche durch die Moldau nach der

Bukowina.' Wenn jemals es nothwendig erſchien, kommandirende Offiziere zu erſchießen, pour encourager les autres, ſo müßte man ſie aus den Befehlshabern der ſiebenbürgiſchen Armee wählen, Puchner ausgenommen." Die Stärke der öſterreichiſchen in den Fürſtenthümern befindlichen Truppen gibt der Brite in dieſem Schreiben auf 14,000 Mann an.

Deutſchland.

*** **Berlin,** 20. April. Wieder eine getäuſchte Erwartung, wieder ein verlorner Tag. Die Interpellation des Grafen Dyhrn in der Kammer an Miniſter Arnim iſt unbeantwortet geblieben. Man wußte ſchon geſtern, was Graf Arnim antworten werde: daß, da die Sache noch nicht erledigt, er ſich außer Stande ſehe, eine Erklärung abzugeben; aber man hatte doch erwartet, daß die Kammer innerhalb der ihr angewieſenen Gränzen, wenn nicht Entrüſtung, doch ihren Willen ſo kräftig an den Tag legen würde, als es bei der erſten Interpellation des ſchleſiſchen Grafen geſchehen war. Aber ſie blieb ſtill. Wie ein Nebelhauch, den der Wind vertreibt, flog die Debatte hin und es ward ein grauer Tag nachher. Es war eine der langweiligſten Sitzungen der erſten Kammer.

Ich weiß, es gibt Gründe dafür, daß die Kammer nicht anders auftrat, Gründe der Discretion, um nichts zu verderben, der Hoffnung vielleicht, daß es beſſer werde, wenn ſie ſich nicht zu ſtark hinein miſche, möglicherweiſe auch des Unmuthes. Aber es iſt ebenſo gewiß, daß eine andere Stellung unſerer Kammern von unermeßlichem Gewicht geweſen wäre. Was hinderte ſie denn? Die kleine ſtockpreußiſche Partei auf der äußerſten Rechten in der Zweiten? Wäre dieſe Kammer mit dem entſchiedenen großartigen Patriotismus an die deutſche Frage gegangen, hätte ſie die Würde gezeigt, die man von ihr bei Fragen erwartet, welche über die Prinzipienkämpfe der Parteien hinausgehen, alsdann hätte ſie auch die große ſtockpreußiſche Partei in der erſten Kammer entweder zum Schweigen gebracht, oder mit ſich fortgeriſſen. Ein moraliſcher Impuls übt noch immer ſeine Kraft. Wir ſehen es gerade in jener Kammer, wie er bei einer der ſeltenen patriotiſchen Regungen ſo wirkte, daß ſelbſt ein Stahl gegen ſein Prinzip aufzuſtehen ſich gedrungen fühlte. Nur Gerlach blieb ſitzen. Hindert die abſtracte, radicale Linke etwa, die dort kaum zwanzig bis dreißig Mitglieder zählt? Vielleicht das niederdrückende Bewußtſein, das alle Mitglieder dieſer Kammer mehr oder minder durchdringt, daß ſie nicht Fiſch, nicht Fleiſch ſind, eine ſein ſollende Pairskammer ohne ariſtokratiſche Elemente, ein Senat ohne Senatorenreſpect, eine Volkskammer, auf deren Wahlmodus wenigſtens der Schein einer Bevorzugung haftet. Sie iſt eine Halbgeburt, läugnen wir es uns nicht, die wir mit Eifer für das Zweikammerſyſtem auftreten. Sie hat keine Wurzeln im Volke, Probe davon, eine unwiderlegbare, daß jeder der hinein Gewählten es vorzog, in die zweite Kammer zu treten, wenn eine Doppelwahl auf ihn fiel. Bei dieſem Selbſtbewußtſein ſcheint auch die Bemühung, zu einer Bedeutung zu gelangen, fruchtlos. Man ſtrengt ſich an, eine Oppoſition zu bilden, aber ſchon im Bildungsſtreben erſchlafft die Kraft. Die Halbgeburt der erſten Kammer, wie ſie iſt, dürfte bald zum todten Feinde werden, wenn man nicht neue Wurzeln für dieſelbe findet. Die ariſtokratiſchen Elemente kommen im Sturme der Zeit nicht fort. So hoffe man wenigſtens, daß man beſſere, andauerndere, ſolche finde, die ſich allgemeiner Anerkennung erfreuen, in einem tüchtigen Gemeindegeſetz.

Aber liegt es darin? Eine erſte Kammer, auch wie ſie gebildet iſt, würde anders auftreten, wenn ſie hinter ſich, unter ſich (wir kommen im konſtitutionellen Leben von den eingeimpften engliſchen Begriffen nicht fort) eine andere zweite Kammer hätte. Mit welchen Hoffnungen begrüßten wir dieſe, und wie hat ſie dieſelben bewährt! Auf heftige, erbitterte Parteienkämpfe war man gefaßt, auch auf unfruchtbare theoretiſche Erörterungen, aber auch auf großartige Schlachten, auf große Siege und Niederlagen. Treten ſich doch Männer hier gegenüber, die ſich ebenbürtig ſcheinen an Talent, Charakter, Ruf. Mag der Würfel fallen, wie es ſei, ſagte man, die Debatten, die Reſultate werden doch andere ſein, als in Singakademie und Concertſaal. Hier die Helden des vereinigten Landtages, aus beiden Lagern, jetzt vereint gegen den gemeinſamen Feind, und ihnen gegenüber die Oppoſitionstalente der Nationalverſammlung, geſtärkt durch neue Kämpfer aus der Paulskirche und von anderwärts. Die in Berlin im vorigen Jahre in Uebermuth und Kleinlichkeit ihre Kraft ausſprützten, die Zeit vergeudend, weil ſie keine würdige Gegner fanden, ſie werden jetzt, ſolchen gegenüber, in adligerer Weiſe fechten. Kraft ſtählt ſich an Kraft. Wenigſtens wird unſer Reichstag, wenn er dem Lande kein Heil bringt, dem Auslande gegenüber, die Schmach der Nationalverſammlung austilgen. Das Land fängt an in der Stille zu ſeufzen und das Ausland fängt an zu ſprechen. Zwei Monate ſind vergangen, und was iſt das Reſultat? Möglich, daß die Reſultate nachkommen, wie Frankfurt ſich ja auch in der eilften Stunde beeilte nachzuholen, was es in den zehn vorangegangenen verſäumt hatte, aber es liegt auch nicht in dem Mangel an Reſultaten. Iſt's nun die Erbſchaft der Sünde vom vorigen Jahr, oder was füllt die Luft mit ſolchem faulen Stickſtoff, daß auch die beſten Kräfte erſchlafſen? Dies Gefühl iſt's was die Hoffnungen niederdrückt; es iſt hüben wie drüben dieſelbe Mattigkeit. Die Linke hatte ſich einigermaßen gemäßigt, weil ihr aber das Maas nicht Kraft gegeben, verfällt ſie in die alten Künſte, ſie führt den unerſprießlichen, verbitterten Parteienkampf. Einmal erhob ſich Waldeck, und donnerte gegen den Belagerungszuſtand. Es war ein künſtliches Theatergewitter, man hörte die Walzen rollen, man ſah die Anſtrengung; nicht einmal hier, ſeltſam! konnte er in der Wahrheit den Stoff finden zu ſeiner Entrüſtung, er mußte Anlehen machen bei der Erfindung. Auch Weſendonck hielt einmal eine gute Rede; oratoriſch geſchickt, wirkungsreich im Moment, aber ſo mit Advokatenfertigkeit und disjecta membra zuſammengeſtückelt, daß ſchon der nächſte Redner mit leichter Mühe das ganze Gewebe als Trugſchlüſſe zerreißen konnte. Es wäre doch ein moraliſcher Impuls, große Gedanken, Tiefe der Ueberzeugung, auf der andern Seite zu erwarten! Auch auf ihnen laſtet die Stickluft, auch ſie kämpfen nicht voll Streitluſt wie in heller Feldſchlacht; ſie ſcheinen immer wie auf der Lauer, hinter Palliſaden und Verhack, um die Einbrüche eines gefährlichen Feindes zu bewachen, ſie abzuwehren, gelegentlich ihn todtzuſchlagen. Ihre Führer fechten mit Taktik, aber man gewahrt keinen großen Kriegsplan. Wohl ſteht Vincke auf der Schanze wenn es gilt, aber er hat ſich noch nicht zu Roß geſchwungen, um an der Spitze der Seinen das feindliche Quarree zu ſprengen. Wo hat Saucken's Stimme, die auf dem Landtage ſo gewaltig klang, in der erſten Kammer getönt? Er zeigte ſich als der Ehrenmann, der er iſt, aber — er iſt wieder nach Frankfurt geeilt, weil es ihm hier nicht gefällt. Was erwartete Freund und Feind von Bodelſchwingh, der damals allein die royaliſtiſche Sache gegen ſolche Gegner aufrecht erhielt? Die Luftſäule muß nicht ſowohl ſeinen Muth als ſein Gedächtniß niedergedrückt haben, daß er, nach unnützen Plänklergefechten, ſich auf das unglückliche Terrain der Nichtanerkennung der Revolution begab, um zu ſtraucheln, ein Fall, von dem er ſchwer aufſtehen wird. Und was erwarteten Viele von dem Miniſterium, das den moraliſchen Muth gehabt zu jener rettenden That, das ſo kühn eingriff, ſo feſt beſtand! Es gibt Red und Antwort wenn es muß, es hat ſich in ſein Schneckenhaus zurückgezogen, es rollt ſich wie der Igel in ſeinen Stachelpelz, wenn es angegriffen wird; das Uebrige überläßt es der Vorſehung. Sage man nicht, daß es nur die unerwartete, große Frage ſei, die, über ihrer Aufgabe ſtehend, plötzlich ihre Kräfte gelähmt, es iſt die allgemeine Lähmung, der Luftdruck, die moraliſche Apathie, die wohl Exceſſe zuläßt, aber keine Erhebung, keine Thaten. Es kommt vom fortgeſetzten Belagerungszuſtande, ſagt die Demokratie. Man könnte darüber lachen. Eines Sturmes bedarf es, ſagen andere, der die Luft reinigt, erſt dann wird wieder Großes geſchehen. Nun, der Sturm hat in Wien zum zweiten Male gefegt, er wüthet in Ungarn, Italien, er hat die Dörfer und Häuſer von Paris fortgetragen, und wo iſt die geiſtige Erhebung, wo treten Geiſter auf, die über ihrer Zeit ſtehen? Der Fluch muß weiter, der Grund muß tiefer liegen.

So ſteht es hier, während das deutſche Volk ſich erhebt, aller Orten, nicht mit Waffen und rother Mütze, ſondern voll Vertrauen auf die Kraft ſeines guten Willens, und wir ſollen einſtimmen, um den Chorus voll zu machen, daß er das Gewitter übertöne, und wir thun auch den Mund auf und glauben mitzurufen, ich weiß aber nicht ob es gehört wird. Krank ſind wir, an Rückſichten ſagen Einige, an Furcht und Beſcheidenheit Andere. Wie dem auch ſei, wenn wir in dieſem Augenblicke nur darin unſere Beſcheidenheit fortſetzen, daß wir nicht vermeinen, uns nur ſelbſt kuriren zu können, ſondern es dankbar hinnehmen, wenn das Jubelſturmgeläut aus ganz Deutſchland uns aus unſerer Apathie und Starrſucht aufweckt zu neuer Thatkraft!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 114. Frankfurt a. M., Mittwoch 25. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Erklärungen des Königs von Würtemberg.

Parlamentsſchau.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. Der König von Würtemberg will nachgeben.) Wien (Gegenwärtige Lage der Dinge in Ungarn. Fürſt Windiſchgrätz. Offizieller Bericht über die Belagerung Komorns. Gerüchte vom Kriegsſchauplatz. Das Geſammtminiſterium nach Ollmütz. Erwartete Amneſtie für Ungarn. Die ungariſche Armee vor Peſth verſchwunden. Gründung von philologiſchen Seminarien beabſichtigt. Ausweiſung polniſcher Emigranten. Ungariſche Gefangene. Der ruſſiche Geſandte. Bem angeblich vor Temeswar. Gerücht aus Italien. Unentſchiedenes Gefecht. Bewegungen der Inſurgenten. Stärke der beiderſeitigen Streitkräfte. Gerüchte. Ponſonby abberufen. Zuſtände in Siebenbürgen.) Berlin (Der Miniſterwechſel.) Danzig (Die Blokade.) München (Die Verlegenheiten des Panbavarismus. Volksverſammlung für Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung. Anerkennungsadreſſe an die ſächſiſche Volkskammer. Prinz Karl ſchwer erkrankt. David Strauß. Bairiſche Korreſpondenten der Allg. Z.) Nürnberg (Agitation für die Reichsverfaſſung. Erklärung der Gemeindebevollmächtigten.) Bamberg (Zuſtimmung zur Reichsverfaſſung.) Ulm (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.) Stuttgart (Der König über Nacht nach Ludwigsburg gereiſt. Zuſammenziehung von Truppen. Beſchlüſſe der Kammern.) Aus Würtemberg (Aufregung im ganzen Lande.) Ludwigsburg (Ankunft des Königs.) Lüneburg (Agitation für Einberufung der Stände.) Aurich (Adreſſe an den König um Uebertragung der deutſchen Kaiſerkrone an Preußen.) Emden (Bittſchrift um Entlaſſung des Geſammtminiſteriums.) Hanau (Aufforderung zu Freiſchaaren.) Darmſtadt (Die Stände für die Reichsverfaſſung.) Braunſchweig (Die Ständekammer für die Reichsverfaſſung.) Auendüllgaard (Die Beſtattung der bei Düppeln gefallenen Sachſen. Die verlorenen Geſchütze. Anlegung von Verſchanzungen.) Schleswig (Straßenkampf in Colding.) Bremen (Erſte Sitzung der neuen Bürgerſchaft.)

Großbritannien. London (Erbitterung in Irland gegen das Miniſterium. Die Duffy'ſche Angelegenheit. Ungünſtige Nachrichten aus Kanada. Dänemark beſchwert ſich bei der Regierung von Waſhington wegen der Ausrüſtung eines Kriegsſchiffs für Deutſchland.)

Frankreich. Paris (Die Briefe der Herren Fould und Bethmont. Die Erklärung der Patrie. In Mittel- und Südfrankreich die Fruchtbäume und der Wein erfroren.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Czernowitz (Einfall der Szekler. Die öſterreichiſchen Truppen in der Wallachei. Puchner. Die Ruſſen. Der Romanenführer Janku.)

Italien. Turin (Das Verhalten des Miniſteriums Oeſterreichs Forderungen gegenüber.) Florenz (Die neue Regierung. Widerſtand von Livorno.) Palermo (Wiedereinnahme und Wiederverluſt von Catania.)

---

24. April.

Die Erklärungen des Königs von Würtemberg ſind ein beklagenswerthes Ereigniß. Sie bezeugen, wie wenig in Deutſchland bis jetzt das konſtitutionelle Syſtem verſtanden wird und welchen Gefahren die Monarchie (auf welcher zur Zeit die Rechtsordnung der großen Mehrzahl von Staaten ruht) unverſehens ſich ausſetzt.

Das ſogenannte königliche Dekret vom 19. d., von keinem verantwortlichen Miniſter gegengezeichnet, iſt die Privatäußerung eines Einzelnen, Nichts weiter. Es hat keine fernere Geltung, als irgend eins der zahlloſen Billete, welche Georg III. zu allen Tageszeiten an Pitt zu ſchreiben pflegte und welche wohl zur Charakteriſtik des gekrönten Individuums, nicht aber zur Verfaſſungsgeſchichte Großbritanniens gehören. Dergleichen im Parlament zu produziren, auf dergleichen auch nur hinzudeuten, würde jederzeit als ein unleidlich grober Verſtoß betrachtet worden ſein. Mag es ſchwer, mag es hart genannt werden, daß der Ausdruck der perſönlichen Ueberzeugung gekrönter Häupter in Staatsſachen in anderer Form als mit der Gegenzeichnung verantwortlicher Räthe der Krone nicht zuläſſig iſt — es iſt ſo; nur um dieſen Preis ertragen politiſch gebildete Völker heutzutage die Monarchie.

Wir haben Georg III. genannt. Es gibt von ſeiner Hand einige Briefe an Pitt, worin der König erklärt, er finde es mit ſeinem Krönungseide für unvereinbar, in die Emanzipation der Katholiken in der Weiſe zu willigen, wie der Miniſter ſie den Irländern, um ſie für die Union zu gewinnen, in Ausſicht geſtellt. Was war die Folge? Pitt bewahrte die königlichen Ergüſſe in ſeinem Pulte; er für ſeine Perſon legte ſein Miniſterium nieder; Georg III. ſuchte und fand Miniſter, welche das Syſtem des Königs zu vertreten bereit und im Stande waren. Das iſt der Hergang in konſtitutionellen Staaten.

Laßt den König von Würtemberg daſſelbe thun. Mag er das Miniſterium Römer entlaſſen, mag er ein andres bilden, welches ſeine Erklärungen gegenzeichnet, ſeine Reden vertritt. Daß er es nicht verſucht, wird man nah und fern als einen Beweis annehmen, daß er es nicht vermag. Warum löſt man die Kammer nicht auf? Iſt irgend Jemand, der ſich nicht ſcheut, den Rath zu geben und die Folgen auf ſich zu nehmen?

Wir reden von der Form, in welcher es dem König gefallen hat, ſeine von der Anſicht des Miniſteriums abweichende Privatmeinung zur öffentlichen Kunde zu bringen. Ueber den Inhalt, über das unermeßliche Gewicht der deutſchen Frage, über das verhältnißmäßige Gewicht der Rückſicht auf „das Königshaus, des Königs Familie" wäre hier jedes weitere Wort vom Ueberfluß. Findet ſich jemand in des Königs Rath, der es mit vaterländiſcher Pflicht, mit der Staatsklugheit, auch nur mit einer verſtändigen Anhänglichkeit für das „monarchiſche Prinzip" vereinbar hält, ſolche Rückſichten als ein Hinderniß der deutſchen Sache erſcheinen zu laſſen; wohl, er mag es verſuchen, auf eigne Verantwortung. Aber die Form, in welcher dieſe Rückſichten und der ganze Verſuch einer Argumentation jetzt hingeſtellt worden, iſt eine gänzlich unkonſtitutionelle. Es iſt die Pflicht aller Organe der Oeffentlichkeit, dies Wort hervorzuheben — und wäre es auch nur, um ferneres Unheil zu verhüten.

Laßt uns nicht mißverſtanden werden. Auch Georg's III. Unbeugſamkeit war eine gewiſſenhafte. Aber er hütete ſich wohl, ſie für ſeine Perſon öffentlich geltend machen zu wollen. Er ſuchte und fand Miniſter, die ſie vertraten. Ein König von Würtemberg darf nicht vergeſſen, daß er konſtitutioneller König iſt; am wenigſten Derjenige, von welchem die Geſchichte zu berichten hat, daß er es war, der aus freiem Entſchluß, durch Vertrag mit den Ständen, die Verfaſſung aufgerichtet hat.

Deutſchland.

< **Frankfurt**, 24. April. Der Unterſchied zwiſchen den verſchiedenen Theilen des Dreißigerausſchuſſes und den von ihnen vorgelegten Anträgen iſt weniger ein Unterſchied in den Prinzipien, als in der Art und Weiſe, ſie zur Ausführung zu bringen. Alle Theile wollen mit gleicher Entſchiedenheit den Widerſtand der einheitsfeindlichen Regierungen und Fürſten brechen, ſie ſind darin einverſtanden, für die Aufrechterhaltung der Reichsverfaſſung ſelbſt zu den äußerſten Mitteln zu greifen, nur wollen die Einen ſofort die Exekution anwenden, während die Andern noch eine letzte peremtoriſche Friſt geſtatten wollen. Dieſe Einigkeit der Verſammlung in der Hauptſache zeigte ſich heute zuerſt bei dem Antrage auf öffentliche Anerkennung des Verhaltens des würtembergiſchen Volkes und ſeiner Vertreter, der einſtimmig und ohne Berathung angenommen wurde, ſie ſprach ſich nicht minder in den Reden ſelbſt aus. Mochten die Sprecher den Mehrheits- oder einen der Minderheitsanträge vertheidigen, die Angriffe, welche ſie gegen das Miniſterium Manteuffel-Brandenburg, und gegen alle die ſonderbündleriſchen Regierungen von Würtemberg und Baiern, von Hannover und Sachſen richteten, waren gleich heftig.

Die Rede des Hrn. Vogt war ſchon ihrem Umfang und der Ausführlichkeit nach, mit der ſie alle Geſichtspunkte der Frage be-

leuchtete, die Hauptrede der heutigen Sitzung. Nachdem er den Standpunkt der Linken ziemlich naiv auseinander geſetzt hatte, denn er geſtand, daß ſie das Kaiſerthum nicht aus geänderter Ueberzeugung, ſondern nur aus Reſignation gegen „den Ausfluß der Volksſouveränetät" annehme, wobei er die bedauerliche Spaltung, die durch ein abweichendes Verhalten eines Theiles der Linken eingetreten ſei, lebhaft bedauerte, nachdem er dann die Verdienſte, welche die Linke in dieſem Hauſe, wie in den übrigen deutſchen Parlamenten um die deutſche Sache ſich erworben habe, in helles Licht geſtellt hatte, ging er auf eine ſpecielle Kritik des Verfahrens der einzelnen Regierungen ein. Er gedachte zuerſt mit Anerkennung der Bereitwilligkeit der achtundzwanzig kleineren Staaten, oder vielmehr der ſiebenundzwanzig, denn die verklauſulirte Beitrittserklärung der badiſchen Regierung ließ er mit Recht nicht als ſolche gelten, und dann zeigte er, wie, von Baden an, die größeren deutſchen Staaten mit der wachſenden Macht wechſelnden Widerſtand leiſteten. Wohl mehr im Spott, als aus Ueberzeugung, ſtellte er die Sünden der Regierungen dieſer Staaten als „Blüthen des konſtitutionellen Syſtems hin", den er weiß ohne Zweifel, daß jede Staatsform gemißbraucht werden kann, und wir denken, daß die neueſte Zeit von den Mißbrauchungen der republikaniſchen Formen genug Beiſpiele geliefert hat. Hr. Vogt empfahl die Anträge des erſten Minderheitsgutachtens, weil er nicht blos Erklärungen, ſondern Handlungen von der Verſammlung wolle, weil ſie ſchuldig ſei, dem Volke voranzugehen, ihm die Ziele aufzuſtecken, wohin es die Bewegung zu richten habe. Die geforderte Vereidigung der Civil- und Militärbeamten auf die Reichsverfaſſung erachtete er für eine zur Erweckung der Begeiſterung geeignete Feierlichkeit, die Aufſtellung einer bewaffneten Macht rieth er an, um materiellen Wiederſtand mit materiellem zu entkräften; die Ernennung einer Regentſchaft hielt er für nothwendig, da der Reichsverweſer nur als ein Vertreter der Fürſten zu betrachten und kürzlich gerade angewieſen worden ſei, zu ſpeziell öſterreichiſchen Staatszwecken ſeine Stellung zu benutzen. So lange ſich derſelbe nicht durch eine offene Erklärung von der ihm angewieſenen Politik losſage, könne man ihm nicht die Durchführung einer Verfaſſung anvertrauen, welche gegen dieſe Politik gerichtet iſt. Daß Herr Vogt bei Darlegung ſeiner Meinung viele Seitenblicke auf die Politik ſeiner früheren Gegner, der Centren warf, verſteht ſich von ſelbſt. Auch dieſe Blätter erhielten ihr Theil. Vor allem aber „gewiſſe Unterſtaatsſekretäre", die Herr Vogt ſtets mit Vorliebe zu bedenken pflegt.

Vielleicht noch entſchieder als Herr Vogt, erhob Herr Franke, der Bevollmächtigte der Schleswig-Holſteiniſchen Regierung, ſeine Beſchwerden gegen die preußiſche Regierung. Er ſchien dem Miniſter Arnim geradezu ein verrätheriſches Verfahren im däniſchen Kriege zur Laſt zu legen, und mit dem Ingrimm über die Treuloſigkeit gegen ſeine beſondere Heimath verſchmolz ſich der Unwille über den Verrath an dem gemeinſamen Vaterlande, als er die Schlußworte der Brandenburg'ſchen Erklärung anführte „niemals — niemals — niemals würde er dem Strome der öffentlichen Meinung weichen."

Die Linke hatte gleich vom Beginn der Sitzung an nach jeder Rede den Schluß der Berathung verlangt; ſie will eben keine Worte, ſondern Thaten; die Centren wollen noch Friſt zur Ueberlegung vor der Entſcheidung; ſie gingen deßhalb dem Schluß durch Vertagung aus dem Wege. Nun entſpann ſich aber der heftigſte Streit über den Tag der nächſten Sitzung. Die Centren wollten erſt Donnerſtag, die Linke ſchon morgen die Berathung fortſetzen. Die Linke ſchien den Centren die Abſicht zuzuſchreiben, durch Zögerung energiſchen Schritten aus dem Wege zu gehen, während die Centren gerade nur, um entſchiedenere Entſchlüſſe faſſen zu können, die Ereigniſſe der nächſten Tage abwarten wollen. Herr Raveaux verlangte, daß wenn auch noch kein Beſchluß gefaßt würde, die Redner wenigſtens gehört würden, und ſo willigten die Centren darein, morgen Sitzung zu halten, unter der Vorausſetzung, wie Herr Beſeler bemerkte, daß die Linke nicht wie heute einen Beſchluß vor der Zeit zu erzwingen ſuche.

Am Schluß der Sitzung verwahrte ſich Heinrich v. Gagern gegen die Behauptung des Königs von Würtemberg, daß er (Gagern) mit Hrn. Camphauſen in Unterhandlungen über Aenderungen der Reichsverfaſſung getreten ſei. Er ſtellte die Richtigkeit dieſer Angabe mit edlem Unwillen in Abrede und gelobte nochmals unverbrüchliches Feſthalten an der beſchloſſenen Verfaſſung.

□**Frankfurt**, 23. April. Bereits liegt eine intereſſante Sitzung der verfaſſungebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hinter uns, bereits iſt einer jener Prinzipienkämpfe ausgefochten, deren der Gegenſtand ihrer gegenwärtigen Berathung, die Verfaſſung, ſo viele darbietet. Die Sitzung, deren äußere Phyſiognomie durch die Erſcheinung zweier Stenographen bereichert war, übrigens nicht auf Veranlaſſung des Büreaus, begann mit der Anzeige des Präſidiums, daß abermals drei Mitglieder der Verſammlung, Herr Andreä-Goll „durch Berufsgeſchäfte gefeſſelt," Herr Martin May und Herr Hauptmann Jungmichel „aus Geſundheitsrückſichten," ihr Mandat niedergelegt: man mag es bedauern, man muß aber auch billig erſtaunen, daß gerade jetzt, wo die eigentliche Aufgabe der Verſammlung beginnt, die Berufsgeſchäfte plötzlich ſo dringend und die Geſundheitsumſtände ſo deſolat geworden ſind. Herr Dr. Jucho nahm dann zu einer Ordnungsfrage an das Büreau das Wort, um ſich Aufklärung über einige Ausrufungszeichen zu erbitten, mit welchen in dem offiziellen Abdruck der Sitzungsprotokolle verſchiedene Stellen des in der Schwurgerichtsangelegenheit vom Reichsminiſterium an den Senat des Freiſtaats gerichteten Schreibens begleitet ſind: aus der etwas verlegenen Antwort desjenigen Mitgliedes des Büreaus, welches jenen Druck ſpeziell beſorgt, ergab ſich, daß wir dieſe Ausrufungszeichen der Nachläſſigkeit oder, richtiger geſprochen, der Fürſorge des Herrn Vicepräſidenten Hadermann verdanken, der dem Druck die betreffende Männer ſeines eigenen „Volksblattes" zu Grunde legte, in welchem begreiflich die Ausrufungszeichen nicht geſpart ſind. Hr. Dr. Burkard ſtellte endlich den dringlichen Antrag, daß die Verſammlung ſchon jetzt eine zweite Leſung der Verfaſſung beſchließen möge, und dieſer Antrag wurde, mit der Maßgabe (Dr. A. Friedleben), daß die Form der zweiten Leſung vorbehalten bleibe, zum Beſchluß erhoben, und nachdem noch Hr. Dr. Mappes eine „ſanitätspolizeiliche" Bemerkung über ungeheizte Lokale überhaupt und das gegenwärtige Lokal insbeſondere gemacht, begann die Berathung der Verfaſſung ſelbſt und zwar ſofort der einzelnen Artikel derſelben: eine allgemeine Diskuſſion wurde nicht beliebt.

Der Titel des Ganzen „Verfaſſung des Freiſtaats Frankfurt" wurde nicht beanſtandet; zu dem Titel des erſten Abſchnitts dagegen „Von der Regierungsform" ſchlug Herr Dr. Jucho einen Zuſatz vor „Von dem Staatsgebiete und der Regierungsform" und dann vor dem Art. 1. des Entwurfs einen eigenen Artikel, alſo lautend: „Die bisherige freie Stadt Frankfurt und deren Gebiet bilden den Freiſtaat Frankfurt", oder, nach einer Faſſung des Herrn Dr. Mappes: „Die freie Stadt Frankfurt und ihr bisheriges Gebiet bilden als ein Ganzes den Freiſtaat Frankfurt." Motivirt waren dieſe Anträge dadurch, daß der Freiſtaat Frankfurt noch keine ſtaatsrechtliche Geltung habe, daß nicht blos das alte Bundesrecht, ſondern auch noch das neue Reichsrecht nur eine freie Stadt Frankfurt kenne und daß es deshalb weſentlich ſei, die neue Bezeichnung des Staates durch eine Urkunde zu konſtatiren. Herr Dr. Reinganum, der Berichterſtatter des Verfaſſungs-Ausſchuſſes, bekämpfte die Anträge mit den möglichſt ſchwächſten Gründen und ſprach eine Zeitlang Sachen, die wir, wenn jeder Andere ſie geſprochen hätte, unbedenklich als Unſinn bezeichnen würden: die ſchließliche Abſtimmung entſchied indeß gegen die Anträge und die Verſammlung ging zu Art. 1. des Entwurfs ſelbſt über: „Frankfurt iſt ein demokratiſcher Freiſtaat." Dieſer Artikel bildete den Brennpunkt der heutigen Debatten.

Herr Dr. Jucho ſtellte den Antrag, den ganzen Artikel zu ſtreichen; das Fremdwort „demokratiſch" werde von dem einen in dieſem, von einem andern in jenem Sinne aufgefaßt und verſtanden, der ſpezielle Charakter aber des Freiſtaats Frankfurt ergebe ſich auch ohne Bezeichnung zur Genüge aus den einzelnen Beſtimmungen der Verfaſſung. Zur Unterſtützung dieſes Antrags erhob ſich ſofort Herr Dr. Schäffner, der die Verſammlung zuförderſt damit bekannt machte, daß er mit dem Felde der Staatswiſſenſchaften vorzugsweiſe vertraut ſei und dann in einem langen Vortrage, zu großer Erheiterung der Verſammmlung, mit eben ſo zuverſichtlichem Hochmuth als einer faſt liebenswürdigen Grobheit, mitunter indeß mit Anflügen eines körnigen Humors den Beweis zu führen ſuchte, daß der Begriff der Demokratie ein Unding ſei. Aber eben ſo heiß wurde der Artikel und die Demokratie vertheidigt. Herr Dr. J. Friedleben, nach einer Reihe

Digitized by Google

bitterer Ausfälle gegen den „Deutſchen aus Frankfurt,“ welcher ſo wenig in Uebereinſtimmung mit ſeinem Wahlprogramm die Stadt im deutſchen Parlament vertrete, behauptete ohne Weiteres, daß, wer den Artikel angreiſe, die Märzerrungenſchaften verläugne und die Freiheit ſelbſt nicht wolle. Herr Dr. A. Friedleben war wo möglich noch gröber als der ſtaatsrechtsbewanderte Vorredner, den er als einen Kranken im Delirium bezeichnete; er lieferte aber, als er in ſeinem ganzen Vortrage hartnäckig die Ochlokratie mit der Oligarchie verwechſelte, den handgreiflichen Beweis, daß der Gebrauch der Fremdwörter nicht mit Unrecht vorher angegriffen worden: im Uebrigen ſtand er auch diesmal auf dem Boden der Neuzeit, welcher ihm identiſch iſt mit dem Boden der Vernunft und drang darauf, man möge „kühn“ hintreten vor das Volk mit jenem Worte, welches die „Weihe“ der Neuzeit erhalten. Hr. Dr. Schwarzſchild gab mit großem Nachdruck und ſtarker Stimme eine Definition der Demokratie, als des „Facits aller Freiheiten, welche dem Volke zu Theil werden müſſen“; ihm iſt der Artikel 1 der Kopf und die Seele der Verfaſſung. Hr. Schöff Souchay warnte in eindringlicher Weiſe, aus dem Worte „Demokratie“ keine Fahne auszuſtecken, die möglicher Weiſe nicht im Einklange ſei mit der Richtung des bei weitem größten Theiles von Deutſchland, und die am Ende dahin führen könne, daß die Freiheit und Selbſtſtändigkeit angetaſtet werde, welche Frankfurt bisher, wenn auch, wie er bitter bemerkte, unter einer weniger vollendeten Verfaſſung, genoſſen; das Wort „Demokratie“ aufnehmen, heiße die Gewalt provoziren. Hr. Dr. Braunfels trat ihm heftig entgegen. Artikel 1 ſei der Titel, welcher das Buch bezeichne; die Angriffe dagegen ſeien der beſte Beweis, daß er nothwendig. Noch ſprach Hr. Dr. Mappes milde und edle Worte der Verſöhnung, dann erhob ſich der Berichterſtatter, Hr. Dr. Reinganum, der jetzt wieder ganz er ſelbſt war, zur Vertheidigung ſeines Werkes. Bald ſchneidend bitter und geiſtreich witzig, bald in erhabenen Bildern und Gedanken, abwechſelnd in die edelſten Gefühle des gebildeten Mannes und dann wieder an die Vorurtheile und Inſtinkte der Maſſe ſich wendend, riß er die Verſammlung und das Publikum zu rauſchendem Beifall hin. Er verhehlte es nicht, daß der vorliegende Artikel ein ganzes großes Prinzip und die Geheimniſſe künftiger Diskuſſionen enthalte, aber eben deshalb drang er auf die Annahme deſſelben. Als er aber damit ſchloß, die Hoffnung auszuſprechen, daß das Werk, woran man gegenwärtig baue, die Verfaſſung von Frankfurt, recht bald zu Grunde gehen möge, zu Grunde gehen mit allen andern Verfaſſungen in einem großen einigen Deutſchland, da brauſte ein Jubel, der nicht enden wollte, durch den Saal. Unter dem Eindrucke dieſer Rede begann die namentliche Abſtimmung, die mit 80 Stimmen gegen 23 (Prof. Heſſemer, Dr. Hoffmann, Dr. Jucho (Starkes Murren im Publikum), Senator Cloß, Dr. Lorey, Dr. Mappes, Eduard Meier, Minoprio, Dr. von Oven, Pfeffel, Dr. Schäffner, Dr. Scharff, Schöff Souchay, Stockhaus, Wiske, J. L. de Bary, Dr. de Bary, Dr. Binding, Joſeph Bolongaro, Cornill, Dr. Creizheim, Gillé und Dr. von Guaita) für den Artikel der Kommiſſion entſchied; unter der Majorität befanden ſich 2 Mitglieder des Senats, Bürgermeiſter Cöſter und Senator Heſſenberg; von der Minorität gaben Dr. von Oven und Genoſſen die Erklärung zu Protokoll, daß ſie wegen Vieldeutigkeit des Wortes „demokratiſch“ gegen den Artikel geſtimmt. Art. 2, 3 und 4 — den Text haben wir bereits in unſerm Hauptblatte gegeben — wurden ohne Debatte und einſtimmig angenommen. Das ſouveräne Volk gab übrigens während der ganzen Sitzung ſo oft und laut ſeinen Beifall und ſein Mißfallen zu erkennen, daß der Präſiden, auf den Antrag des Hrn. Dr. Mappes, ſich zu einer ſehr entſchiedenen und ſehr verdienten Rüge veranlaßt ſah.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 24. April. Der Kampf in Würtemberg zwiſchen Krone und Volk, wird den neueſten brieflichen Nachrichten zufolge, welche Deputirte aus Würtemberg mittheilen, eine friedliche Löſung finden. Der König, von der unnachgiebigen Entſchiedenheit des Volkswillens überzeugt, ſoll ſich bereit erklärt haben, dieſer Gewalt zu weichen und ſeinem Volke die Abneigung gegen das Haus Hohenzollern zum Opfer zu bringen.

△ **Wien**, 19. April. Alle Nachrichten aus Peſth bringen als Gerücht, daß Koſſuth abgedankt habe, fügen aber hinzu, daß es von Niemand geglaubt wird — und es ſcheint in der That in dieſem Augenblicke, wo die ungariſchen Streitkräfte organiſirt und ihre Unternehmungen Plan und Geſtaltung gewonnen, unglaublich, ſo wünſchenswerth es für die Erhaltung der Nation ſelbſt auch wäre, denn die Pacificirung Siebenbürgens ſcheinen die Ruſſen vollbringen zu wollen; von dem Banat aus durch Puchner unterſtützt und um Peſth erhalten die kaiſerlichen Truppen ſo impoſante Verſtärkungen, daß das Ende des Kampfes, wenn er noch lange dauert, nur die gänzliche Ausrottung der Magyaren ſein kann, denn der eigenſinnige Stolz des Magyaren iſt ſo groß wie ſeine Tapferkeit, er wird nicht nachgeben in einer Frage, für die er ſchon ſo unermeßliche Opfer gebracht hat. Aber auch wir haben große Opfer an Geld und furchtbare Opfer an Menſchenleben gebracht und leider müſſen wir uns ſagen — umſonſt! Alles was bis jetzt geſchah, war unnütz, Dank dem Kleeblatt Windiſchgrätz, Wrbna und Nugent, in Uebereinſtimmung mit einigen andern unfähigen gräflichen Führern! Und Welden hat nun die Aufgabe, da wieder anzufangen, wo wir vor vier Monaten ſtanden, mit dem Unterſchiede, daß wir nun auch Siebenbürgen ganz verloren haben, was bei Beginn der „ausgedehnteſten Vollmachten“ doch noch theilweiſe, und zwar gerade an den feſteſten Punkten in unſern Händen war. Der unglückliche Puchner konnte in vier Monaten nicht einmal Waffen für die zur Vertheidigung bereitwilligen Sachſen und Wallachen erhalten, während ſie hier in dem Neugebäude zu Tauſenden unnütz liegen! Und ſo wie in Italien die Offiziere in Maſſe die Entfernung Nugents verlangten, ſo ſtand in Peſth eine Demonſtration des Offizierkorps zu befürchten, wie ſie ſeinerzeit die hieſige Univerſität ausführte (im April v. J.), um den Miniſter Fiquelmont von der Nothwendigkeit ſeiner Abdankung zu überzeugen. Zum Glücke wurde das unnöthig, da der Miniſterrath es übernommen hatte den Fürſten zu überzeugen, daß die Kunſt, mit Erfolg Städte zu bombardiren, noch nicht die Fähigkeit beweiſt, Heere zu führen und Nationen zu bezwingen. Sonderbar iſt es, daß gerade die früheren Anhänger des Fürſten jetzt ſeine eifrigſten Gegner waren und es wird behauptet, daß die luſtige Anekdote, der Feldmarſchall habe an ſeinen Rücktritt die Bedingung geknüpft, daß man ihm eine Stadt überlaſſen müſſe, die er jährlich bombardiren dürfe — gerade von ariſtokratiſcher Seite ausging. Der Anſtand wurde durch das Unterbleiben oben angedeuteter Demonſtration gerettet und man muß es dem Fürſten nachrühmen, ſo wie er alles mit Würde that, ſo trat er auch mit Würde ab. Die kleine Zahl ſeiner noch ihm treu gebliebenen Freunde erwähnt eines Briefes „von ſehr gediegenem Inhalt,“ den er an ſeinen Nachfolger gerichtet hat. Eben dieſe Freunde wollen wiſſen, daß er die Stelle eines Oberhofmeiſters ablehnen wird, als unverträglich mit der „hohen Stellung,“ die er ſeit dem Feldzug gegen Wien eingenommen hat. Welden hat uns bei ſeiner Abreiſe darauf vorbereitet, daß wir in den nächſten vierzehn Tagen wenig oder nichts von ihm hören werden. Die Ungarn ſcheinen es nun darauf abgeſehen zu haben, die Vereinigung der galliziſchen Korps von 25,000 Mann unter Feldmarſchall-Lieutenant Hammerſtein und Feldmarſchall-Lieutenant Vogel mit der Hauptarmee, verhindern zu wollen. In Bezug auf Komorn erhalten wir heute die offizielle Angabe durch den Feldmarſchall-Lieutenant Böhm, daß die Cernirung nicht nur fortbeſtehe, ſondern daß es auch gelungen ſei „die feindliche Brücke, welche die Feſtung mit dem am rechten Donauufer gelegenen Brückenkopf verbindet, durch Geſchützfeuer zu zerſtören. Die Eroberung dieſes Brückenkopfs ſei dadurch bedeutend erleichtert, und damit der Fall dee Feſtung ſelbſt als näher gerückt anzuſehen.“ Dieſe Mittheilung wurde hervorgerufen durch die unvorſichtigen Berichte des Lloyd und anderer miniſterieller Blätter über eine große Schlacht, welche wir bei Gran verloren haben ſollten, was dem Anſcheine nach unbegründet iſt. In Eperies wurden drei Angriffe der Ungarn mit Hülfe des ſlowakiſchen Landſtums zurückgeſchlagen, aber in Kaniſcha ging der Landſturm gegen das Militär, weil ein Kroate ein zwölfjähriges Mädchen erſchoſſen, das in ſeiner Nähe ein Spottlied auf die Kroaten geſungen hatte; doch gelang es dem Gouverneur die Ruhe herzuſtellen, indem er die Beſtrafung des Thäters verſprach. Reiſende, die Szegedin vor drei Wochen verließen erzählen, daß es im Januar, als Peſth beſetzt war, ein Leichtes geweſen wäre, ganz Ungarn zu beſetzen, da man, nach dem Vorgange und Muſter von Peſth in allen Städten und Städtchen entſchloſſen war, keinen Widerſtand zu leiſten, auch hätte man dadurch die ſpäter erfolgte Konzentrirung und Organiſation des ungariſchen Heeres verhindert.

Nachſchrift. In der Stadt verbreitet ſich ſoeben wieder eines jener allarmirenden Gerüchte, die Ungarn hätten die kaiſerliche Armee umgangen und ſtünden 8 Stunden vor Preßburg, man

hat aber dergleichen ſo oft gehört, daß es keinen bedeutenden Eindruck hervorbringt. In der verfloſſenen Nacht um Mitternacht ging das Geſammtminiſterium nach Ollmütz ab, man glaubt, daß die Friedensbedingungen mit Sardinien zu dem Gegenſtand der Verhandlungen gehören werden.

***Wien**, 19. April. Mehr Glauben als die Sage von Koſſuths Flucht fand das Gerücht, daß der Belagerungszuſtand in allen pazifizirten Theilen Ungarns aufhören, eine Amneſtie für die reumüthig zurückkehrenden Inſurgenten proklamirt und der Weg der Verſtändigung mit dem Magyarismus werde eingeſchlagen werden. Auch wies eine Stelle in der Proklamation Welden's ziemlich unzweideutig darauf hin. Jedenfalls dürfte die Civil- und Militärverwaltung in Ungarn einer ſtrengen Sonderung unterzogen werden. Der Ausſage mehrerer, aus den ungariſchen Lagern eingebrachten Ueberläufer zu Folge, haben einzelne Inſurgentenchefs ihrer Truppenabtheilung eröffnet, daß einem Jeden, welcher zum k. k. Heere überzugehen geneigt wäre, kein Hinderniß im Wege ſei. Es wird von Reiſenden, die aus Peſth kommen, verſichert, daß man daſelbſt oft weniger von dem Stande der Kriegsoperationen, als in Wien erfahre. Hiermit ſtimmen auch die heutigen neueſten Nachrichten in der „oſtdeutſchen Poſt" zuſammen, wo es bei Peſth heißt: Vor der Hand iſt die ungariſche Armee abermals verſchwunden. Wie komiſch es auch klingt, ſo iſt es doch Thatſache, daß wir in dieſem Augenblicke nicht wiſſen, wo der Kern des Feindes ſteht. An der Börſe waren günſtigere Nachrichten über Ungarn verbreitet und ſind die Kurſe anſehnlich geſtiegen.

Das Unterrichtsminiſterium beabſichtigt nach dem Muſter deutſcher Hochſchulen, die Gründung philologiſcher Seminarien. Aus Krakau wurden dieſer Tage 111 Emigranten entfernt. Sie erhielten von der dortigen Stadthauptmannſchaft die Weiſung, ſich zu einer beſtimmten Stunde mit ihrem Gepäcke in Podgorze einzufinden, von wo ſie nach Joſephſtadt gebracht werden ſollen. Am 16. kamen auf der Nordbahn wieder 139 ungariſche Gefangene hier an, welche aus Siebenbürgen in Galizien einbrechen wollten, hierbei aber vom galiziſchen Landſturm gefangen wurden. Darunter befanden ſich zwei katholiſche Geiſtliche. Der ruſſiſche Geſandte iſt von Ollmütz wieder hier angekommen, und man glaubt, daß er nun ſeinen Wohnſitz hier aufſchlagen wird.

Der „Lloyd" ſchreibt: Einem Privatbriefe aus Temeswar entnehmen wir, daß daſelbſt ſeit einigen Tagen die größte Beſtürzung herrſcht, ein großer Theil der Bewohner ſich zur Flucht anſchickt und alle Vorkehrungen zur Sperre der Feſtung getroffen werden. So eben erzählt man, Bem habe den Feſtungen Temeswar und Arad acht Tage Zeit zur Uebergabe anberaumt. Rukavina und Puchner werden ihm wohl die gebührende Antwort zukommen laſſen.

Wien, 18. April. Man meldet aus Mailand, daß der piemonteſiſche Liquidationskommiſſär daſelbſt angekommen ſei. Auf der Mittagsbörſe war die Nachricht verbreitet, der Friede ſei abgeſchloſſen und die Kurſe ſtiegen. Auf der Abendbörſe hingegen fand eine ganz entgegengeſetzte Nachricht Eingang und die Kurſe fielen. Man ſagte, Radetzky habe gedroht, die Feindſeligkeiten wieder zu beginnen. (Oſtd. Poſt.)

Wien, 18. April. Die kaiſerliche Armee zählt vor Peſth nun 50,000 Mann, Wohlgemuth hat 22,000, das Komorner Cernirungskorps 16,000. Dieſen 88,000 Mann kaiſerlicher Truppen ſtehen Görgey und Dembinski, dann Damianitſch und Klapka (wenn das ganze Szolnoker Korps dem Banus gegenüber ſteht) mit 90,000 Mann entgegen. Freilich kann das Belagerungskorps vor Komorn noch nicht aktiv operiren, es agiren auf jenem Kriegsplan daher nur 72,000 Mann kaiſerlicher Truppen, doch ſind dieſe hinlänglich, um, wenn ſie vereinigt ſind, gegen die Inſurgenten, deren Infanterie wenig vermag, die Offenſive zu ergreifen. Dazu kommen noch die in Oberungarn eingerückten 14 bis 16,000 Mann, denen für jetzt die Inſurgenten noch nichts (?) entgegengeſendet haben. Ueber Bems Operationen vor Temeswar fehlen genaue Berichte. (Allg. Z.)

Wien, 19. April. Das geſtern erwähnte Gefecht bei Peſth am 16. April endete um 9 Uhr Abends mit der Wiedereinnahme der vorigen Stellungen durch beide Heere, welche den 17. ruhig verblieben. Indeſſen hat ſich die Beſorgniß beſtätigt, daß die Inſurgenten durch jenes Gefecht nur die Bewegung eines Korps von 30,000 Mann, welches Dembinski den unter General Vogel (Hammerſtein blieb in Lemberg) nach Oberungarn über Eperies und Kaſchau eingerückten 16,000 Mann kaiſerlicher Truppen in Eilmärſchen entgegenſendet, maskiren und die Armee vor Peſth von der Abſendung eines Hülfskorps in jene Gegend abhalten wollten. Dieſes Inſurgentenkorps ſoll bereits in Miskolcz ſein und operirt wieder nach dem alten Plan: das vereinzelte kaiſerliche Korps mit Uebermacht zu überfallen und zurückzudrängen. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 20. April. Ich kann mir nicht verſagen, Ihnen die Gerüchte mitzutheilen, welche heute cirkuliren, weil es von großer Bedeutung wäre, wenn ſich eines oder das andere realiſiren ſollte. Erſtens ſollen die Ungarn in das Waagthal eingedrungen, zweitens wird verſichert, daß die ruſſiſche Regierung Oeſterreich 200,000 Mann Hülfstruppen angeboten habe, doch würden ſie nur auf die direkte Aufforderung unſeres Miniſteriums ſelbſt zur Dispoſition geſtellt, die Bitte einer einzelnen Stadt oder Provinz würde dazu keines Falls genügen. Drittens ſoll der engliſche Geſandte von ſeinem Hofe abberufen ſein, über die Bedeutung ſeiner Abreiſe macht man verſchiedene Verſionen geltend. Die einen behaupten, Lord Ponſonby ſei in Folge der ruſſiſchen Hilfe abberufen, die andern ſagen, der Botſchafter reiſe nur zeitweilig ab, weil Oeſterreich ſeit der Abberufung des Grafen Dietrichſtein keinen Vertreter in London habe. Dies ſcheint mir auch das Wahrſcheinlichſte. Uebrigens äußerte Lady Ponſonby geſtern Abend, daß ſie in vier Wochen wieder hier zu ſein gedenke. Lord Ponſonby iſt in dieſem Augenblick in Ollmütz, wo auch unſer Geſammtminiſterium mit Ausnahme Stadions (der ſeine Ferien in Fünfkirchen zubringt) noch verweilt.

Die letzten Nachrichten aus Siebenbürgen über Bukareſt beſtätigen die Mäßigung und Disziplin Bems bei Einnahme der Sachſenſtädte. Die Gefangenen werden gut behandelt und alle Offiziersfrauen erhielten Sauvegarden. Die Vorräthe, welche in Hermannſtadt waren, ſind ſo bedeutend, daß die Inſurgenten nun mit allem verſehen ſind, was ihnen mangelte, als Tuch, Munition ꝛc. Die Hermannſtädter Nationalgarde ließ allein 1200 Gewehre zurück, als ſie ſich der Flucht der Ruſſen anſchloß. Offiziere vom Puchneriſchen Korps ſind der Meinung, daß die Einnahme niemals erfolgt wäre, wenn ihr Korps, 8000 Mann ſtark, zu rechter Zeit eingetroffen wäre, aber es machte unterwegs unbegreiflicher- und unverzeihlicherweiſe einen Raſttag, deſſen Nothwendigkeit noch nicht erwieſen iſt. Kronſtadt war nicht zu halten, nachdem alle Vorräthe mit Hermannſtadt verloren waren. Als die öſterreichiſchen und ruſſiſchen Truppen ohne Kampf von Kronſtadt abgezogen waren, ergab ſich die Stadt an Bem unter der Bedingung, daß die ihr feindlich geſinnten Szekler nicht die Beſatzung bilden dürften, was Bem auch bewilligte, ohne Kontribution aufzuerlegen, wie er es in Hermanſtadt gethan. Bem ſelbſt hat die Sachſenſtädte wieder verlaſſen mit einer Streitmacht, die man ungefähr auf 20,000 Mann ſchätzt. Man weiß nicht mit Beſtimmtheit, wohin er ſich gewendet, doch vermuthet man, daß er ſich zur Hauptarmee an die Theiß begeben, während Meſſaros in Siebenbürgen den Oberbefehl führen ſoll. Die kaiſerliche Armee zieht bei Peſth und Gran fortwährend Verſtärkung an ſich. Auch General-Major Barko hat mit dem Regiment Hoch- und Deutſchmeiſter am 18. die galiziſche Grenze überſchritten. Bei Pojanaſtampi haben die Inſurgenten einen Einfall verſucht, zogen ſich aber bald wieder zurück, da ihre Anzahl nur gering war. Die Nachrichten aus Bukareſt ſagen noch, daß die Walachei durch die Anhäufungen von Flüchtlingen und Truppen beinahe ganz von Lebensmitteln entblößt ſei; die Theurung ſei unerhört und wächſt noch täglich, da von allen Seiten ruſſiſche und türkiſche Truppen neu einrücken.

* **Wien**, 20. April. Die heutigen Blätter enthalten folgende amtliche Bekanntmachung: „Im Publikum haben ſich beunruhigende Gerüchte in Betreff der Cernirung der Feſtung Komorn verbreitet. Zur Beſeitigung derſelben ſieht man ſich veranlaßt, bekannt zu geben: daß nicht nur die Cernirung dieſer Feſtung fortbeſteht, ſondern daß es auch gelungen iſt, die feindliche Brücke, welche die Feſtung mit dem am rechten Donauufer gelegenen Brückenkopf verbindet, durch Geſchützfeuer zu zerſtören. Hierdurch iſt der Angriff auf dieſen Brückenkopf bedeutend erleichtert, deſſen Eroberung demnach in Bälde zu erwarten und womit der Fall der Feſtung ſelbſt als näher gerückt angeſehen werden kann. Wien, den 18. April 1819. Der kommandirende General in Ober- und Niederöſterreich und Stellvertreter des Militär- und Civil-Gouverneurs, Freiherr v. Böhm, F.-M.-L."

Digitized by Google

** **Berlin**, 21. April. Man ſpricht von Vertagung, ja Auflöſung der Kammer. Das Miniſterium ſpielt Vabanque. Es iſt gewiß wichtig, daß der größte Gegner der miniſteriellen Politik noch nicht einmal der Majorität für den Antrag von Rodbertus angehört, ſondern in der Minderheit neben den Miniſtern ſteht, alſo auch der Schein beſeitigt, als hätte das Miniſterium eine Majorität unter ſeiner Minorität! Es iſt ungemein bedeutſam, daß der größte Gegner der miniſteriellen Politik von dem Standpunkt einer ſtrengen Vereinbarung ausgeht und nicht von ſolchem abläßt. Georg v. Vincke iſt der nothwendige Miniſter-Präſident. Er wird ſich Kollegen ſuchen, wie der ältere Pitt. Und ob ihm die Majorität ſicher iſt, woran Viele zweifeln? Wir Alle kennen erſt den Abgeordneten aus der Grafſchaft Mark, aus „dem Sauerlande", wie der witzige Bismark witzelte. Wir ſollen den Miniſter Vincke noch kennen lernen. Doch, ſagen ſolche, welche an Allem zweifeln, an einen Miniſterwechſel iſt nicht zu denken. Zu denken iſt allerdings daran; denn nach der heutigen Erklärung des Grafen Brandenburg muß entweder das Miniſterium oder die Monarchie ſtürzen. Ob das Miniſterium ſelbſt daran denkt? Wenn man denken als eine oder als die Thätigkeit des Geiſtes nimmt, — ſchwerlich. Aber es könnte doch den Inſtinkt haben, ſich zu entfernen.

Danzig, 19. April. Geſtern früh haben ſich eine däniſche Kutterbrigg und Nachmittag eine Fregatte zur Blokirung unſeres Hafens eingefunden und vor demſelben die Anker geworfen. Mehrere engliſche Schiffe, welche unſeren Hafen erreichen wollten, ſind von ihnen zurückgewieſen worden; nur eines haben ſie auf beſonderes Bitten des Kapitäns, weil ihm der Proviant ausgegangen, großmüthig paſſiren laſſen. Heute früh haben die feindlichen Schiffe unſere Rhede wieder verlaſſen und werden wahrſcheinlich in der Oſtſee bis Pillau zu beide Häfen rekognosciren. (Oſee-Z.)

= **München**, 22. April. Die Männer des vereinigten Südens und des Panbavarism gerathen in immer größere Verlegenheit. Sie hatten gerechnet auf Hannover, Sachſen und Würtemberg. Die Bekehrung der ſächſiſchen Kammer war ein erſter Schlag, der deutſche Sinn der würtembergiſchen Kammer und der erſten Staatsmänner daſelbſt ein anderer; aber ſie getröſteten ſich der Erklärung der ſächſiſchen Regierung und bauten auf den ritterlichen Stolz des Schwabenkönigs; die neueſten Ereigniſſe in Würtemberg, das dortige Volksandrängen, das auch hier im eigenen Haus mit jeder Minute anſchwillt, ſeit die Kammern zum drittenmal vertagt ſind, laſſen nun ernſtliche Beſorgniſſe aufkommen; am meiſten baut man noch auf den feſten Charakter in Hannover, obgleich man ſich nicht verſchweigt, daß der engliſche Einfluß, der zu Gunſten Preußens iſt, auch dort durchbrechen kann. Dann ſtünde Baiern allein; dann müßte es gedrungen kommen oder Oeſterreich à discretion in die Arme fallen, oder mit ſeinem Schwerte Widerſtand leiſten. Es iſt eine Luſt zu ſehen, wie dem geängſteten Hofe, der wie kein anderer in Deutſchland ſo ganz ohne ſeine Bevölkerung daſteht — alles wild durcheinander räth, die Abel, die Armansperg, die Pfordten, die Dönniges und die Jarcke. Die auf heute 1 Uhr anberaumt geweſene Volksverſammlung, zu welcher bereits Zuzug aus vielen Städten und Dörfern hier angelangt iſt, mußte wegen ungünſtigen Wetters — geſtern ſchneite es den ganzen Tag hindurch — verſchoben werden, dafür hat der Märzverein eine öffentliche Verſammlung für morgen Abend 6 Uhr im Prater angekündigt; es wird eine rieſige Adreſſe nach Frankfurt an die Nationalverſammlung intendirt, welche dieſelbe zur unerſchütterlichen Feſthaltung an der Reichsverfaſſung mit voller Anerkennung derſelben auffordern ſoll, eine zweite Adreſſe beabſichtigt, an das bairiſche Geſammtminiſterium zu richten Behufs ſchleuniger Einberufung der Kammern, damit dem deutſchen Volke die wahre Stimme Baierns klar werde. Der hieſige Vaterlandsverein, eine Abzweigung des Märzvereins hat eine patriotiſche Anerkennung an die ſächſiſche Volkskammer erlaſſen für deren neueſtes Auftreten in der deutſchen Sache. Unſer Feldmarſchall, Prinz Carl, liegt an Lungenentzündung ſchwer darnieder. Betreffs der griechiſchen Anleihe wird wohl, um den Konflikt mit der Volkskammer zu beſeitigen, die ganze königliche Familie einſtehen; ſo würden ſich denn bald die Kaſſen wieder füllen. Dr. David Strauß treibt auf hieſiger Bibliothek ſehr fleißig kirchenhiſtoriſche Studien; er ſcheint ſich ganz aus dem politiſchen Leben in ſeine frühere Bahn zurückziehen zu wollen. Es hat hier großes Aufſehen gemacht, daß in der Beilage der Allg. Ztg. vom 20. d. M. in einem Aufſatze „Vormärzliches" das frühere Treiben der Ultramontanen einen ſo ſcharfen Kritiker gefunden; man rieth auf den Fragmentiſten, der einige Tage in letzter Woche in unſerer Mitte weilte, andere wieder auf Thierſch. Mit großer Theilnahme iſt heute ein Aufſatz aus der Beilage der A. Z. hier geleſen worden, der Baiern zu einer ächt deutſchen Politik und zum Anſchluß an Preußen räth; man vermuthet er ſei aus Maurer's Feder gefloſſen. Die hieſige konſtitut. Zeitung will wiſſen, die P. Artikel aus Berlin in der Allg. Ztg. ſeien aus der Feder des edlen Ritter Prokeſch von Oſten, der, was Schmerling in Frankfurt mißlang, nunmehr an der Spree verſucht.

Nürnberg, 20. April. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten hat, wie wir vernehmen, in ſeiner geſtrigen Sitzung einſtimmig beſchloſſen, den Magiſtrat zu veranlaſſen, daß derſelbe eine Kommiſſion zur Anfertigung einer Adreſſe an den König niederſetze, worin Se. Majeſtät erſucht werden ſoll, die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Verfaſſung unbedingt anzuerkennen. (C. Z.)

* **Nürnberg**, 21. April. Das Gemeindekollegium hat folgenden Antrag geſtellt und einſtimmig angenommen: „es möge der Magiſtrat veranlaßt werden, in Gemeinſchaft mit ihm einen Ausſchuß zu ernennen, welcher in kürzeſter Friſt eine Adreſſe an den König, worin die unumwundene Feſthaltung an der beſchloſſenen Reichsverfaſſung auszuſprechen iſt, auszuarbeiten und der Geſammt-Bürgerſchaft in einer Volksverſammlung zur Betheiligung durch Unterſchrift vorzulegen hat."

Bamberg, 19. April. Dem Vernehmen nach hat ſich dieſer Tage ein Senat des hieſigen Stadtgerichts für die Rechtsgültigkeit der deutſchen Grundrechte ausgeſprochen, indem auf den Grund des §. 4 dieſes Reichsgeſetzes der Antrag eines verklagten Bayern abgewieſen wurde, welcher von dem in einem andern deutſchen Staate wohnenden Kläger eine Koſtenkaution in Anſpruch genommen hatte. Möchte dieſes ſchöne Beiſpiel richterlicher Unabhängigkeit recht bald allgemeine Nachahmung finden! (A.Ab.Z.)

Ulm, 21. April. In der heute früh um 11 Uhr ſtatt gehabten Verſammlung der Offiziere hieſiger Bürgerwehr wurde nachſtehende Erklärung angenommen und von den anweſenden Offizieren unterzeichnet: „Wir die Unterzeichneten erkennen die deutſche Reichsverfaſſung als rechtsgültig und Jeden ohne Unterſchied als Rebellen gegen die Centralgewalt und Nationalverſammlung an, der die unbedingte Anerkennung derſelben verweigert. Wir verpflichten uns hiermit bei unſerem ſchriftlichen Ehrenwort, mit der Nationalverſammlung gegen jede Macht, und wäre es ſelbſt ein Fürſt, zu ſtehen und zu fallen. Erkennt die würtembergiſche Regierung die Reichsverfaſſung in dieſer Weiſe an, ſo kann ſie auf unſere kräftige Unterſtützung gegen innere und äußere Feinde mit Sicherheit rechnen. Dieſem Beſchluſſe beizutreten wird die Wehrmannſchaft eingeladen." Die Erklärung wurde heute Abend in einer weiteren Verſammlung mit allgemeinem Bravo aufgenommen und ſogleich unterzeichnet. (F. J.)

** **Stuttgart**, 23. April. Unſere Kriſis wird immer ſchlimmer: Während noch geſtern Abend ein gutes Gerücht des Königs endliches Nachgeben ausgeſagt hatte, und Niemand begreifen kann, wie lange noch das Widerſtreben gegen den allgemeinen Willen denn gehen ſoll, ſind wir heute durch zwei große Neuigkeiten überraſcht worden: Eine königliche Proklamation, ohne miniſterielle Unterſchrift und eine königliche, plötzliche Abreiſe. Das erſte Aktenſtück (Kabinetsſtück nannte es in der Kammer heute Reyſcher) werden Sie wohl wörtlich geben und ich brauche alſo kaum auf die Widerſprüche und die matte Sprache deſſelben hinzuweiſen. Die Kammer ließ ſich auf daſſelbe gar nicht ein, da die Kontraſignatur eines Miniſters fehlte. Eine Widerlegung von ihr oder dem Miniſterium iſt jedoch wohl in Ausſicht und auch nöthig, damit nicht Gefühls- und Angſtmenſchen dadurch ſcheu gemacht werden. In der Kammer berichtete der Präſident über die Abreiſe des Königs. Die Stimmung war eine äußerſt entſchiedene. Die Abgeordneten, welche geſtern nicht anweſend geweſen, erklärten ihre Zuſtimmung zu den geſtrigen Stockmaier'ſchen Beſchlüſſen; Viele berichten über die Stimmung ihrer Gegend, eine Menge Adreſſen wurden verleſen. Ohne Widerrede wurde auf Zwerger's Antrag eine Kommiſſion von 15 Mitgliedern niedergeſetzt, um der Kammer fortlaufend Bericht über den Stand der Dinge zu geben. Gewählt ſind in dieſelbe 5 Mitglieder der Rechten und des Centrums: Gr. v. Degenfeld, Prälat Hafner, Reyſcher, Holzinger, Wieſt von Ulm, und 10 Mitglieder der Linken: Becher, Seeger, Zwerger, Schnizer, Stockmaier, Eiſen-

lohr, Hölder, Schoder, Schweickhard, Zeller. Heute Abend um 5 Uhr wird die Kommiſſion Bericht erſtatten. Die Miniſter wenden ſich nochmals an den König und ſuchen zum letzten Male durchzudringen, indem ſie zugleich entſchieden im Verweigerungsfalle auf ihrer Entlaſſung beſtehen.

Heute Nacht in aller Stille reiſte der König von hier ab nach Ludwigsburg, 3 Stunden von hier, wo unſere ſtärkſte Garniſon liegt. Der Prinz Friedrich, Kommandant des 8. deutſchen Armeekorps folgte nach, und die Königin, welche in Kirchheim war, erhielt eine Staffete, nicht nach Stuttgart, ſondern nach Ludwigsburg zu kommen. Bagage iſt ſehr viel mit fort und fortwährend wird hier noch gepackt. In Ludwigsburg iſt auf heute Abend alles Militär zu einer Muſterung geboten. Wie nun? Wird auf die Kammer, auf Stuttgart ein Angriff geſchehen? Die Stimmung des Militärs hört man vielfach als eine der Reichsverfaſſung günſtige ſchildern, wir wollen nicht zu ſanguiniſch ſein. Im Volke iſt ſie außerordentlich aufgeregt, beſonders nach allen Berichten auf dem Lande. So kanns nimmer länger fortdauern! Unſere Exaltirteſten ſind kaum zu halten und doch iſt jeder unreife Schritt ſo gefährlich. Der Abtritt des Miniſteriums muß jetzt endlich kommen und dann naht die Entſcheidung. Was wird die Centralgewalt thun?

Abends nach der Kammerſitzung. Der Fünfzehnerausſchuß hat ſeine Anträge geſtellt. Sie wurden beinahe einſtimmig (durch Aufſtehen und Sitzenbleiben) und ohne Debatte beſchloſſen, und lauten dahin: die Kammer wolle in Erwägung, daß die Departementschefs ſeit dem 15. d. die dringende Bitte an das Staatsoberhaupt geſtellt haben, das zu Recht Beſtehen der deutſchen Reichsverfaſſung auszuſprechen, oder ſie ihrer Stelle zu entheben, in fernerer Erwägung, daß die jetzige Kriſis nicht länger andauern könne, beſchließen, die Miniſter zu bitten, ſie mögen ſich unverweilt zu Sr. Majeſtät dem König in Perſon (nach Ludwigsburg) begeben und ihm erklären, daß ſie ihre frühere Bitte dringend wiederholen oder ihre Entlaſſung nachſuchen, und wenn im Laufe des morgenden Tags eine Entſchließung nicht erfolge, ſich als entlaſſen anſehen müſſen. Der Abgeordnete Scherr brachte eine Reihe weiter gehender Anträge. Nachdem ihm aber Schoder gründlich widerlegt und im Intereſſe der Einigung hier in der Kammer wie im Volk um Zurückziehung des Antrags gebeten hatte, zog ihn Scherr zurück.

* Aus Würtemberg. In Tübingen, Ulm, Geißlingen, Ellwangen, in Metzingen, Krailsheim, Backnang, überall, von wo Berichte vorliegen, ſpricht ſich das Volk in Volksverſammlungen und Vereinen mit unzweideutiger Entſchiedenheit für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und Kaiſerwahl aus. Die verſchiedenen Orten wetteifern nur, wer am früheſten, wer am derbſten ſich in dieſem Sinne erkläre.

Ludwigsburg, 23. April, Mittags. Seine Majeſtät der König iſt heute in aller Frühe hier angekommen und im Schloß abgeſtiegen. Prinz Friedrich folgte ſpäter nach. Eine Anzahl königl. Wagen mit Mobilien kamen ebenfalls von Stuttgart hier an. Heute Abend um 5 Uhr iſt das ſämmtliche hier liegende Militär in die Schloßhöfe zu einer Muſterung beſtellt. (Schw. M.)

* **Lüneburg**, 14. April. Der hieſige Bürgerverein hat auf Antrag des Reichsabgeordneten Grumbrecht einmüthig beſchloſſen, das Miniſterium in einer Adreſſe um ſchleunige Zurücknahme der unbefugten Vertagung der Stände und ſofortige Einberufung derſelben anzugehen. Zugleich hielt Hr. Grumbrecht einen Vortrag, der zu dem Reſultate führte, daß die preußiſche Dynaſtie mit der erblichen Kaiſerwürde belehnt werden müßte.

* **Aurich**, 16. April. Der hieſige Bürgerverein hat geſtern eine Petition an den König abgehen laſſen, worin geſagt iſt, daß die der Reichsdeputation ertheilte Antwort Friedrich Wilhelms IV. die Berechtigung der Nationalverſammlung gänzlich verkannt habe und daß daher an den König von Hannover die dringende Bitte geſtellt werde, dahin zu wirken, daß Se. Majeſtät der König von Preußen die auf ihn gefallene Kaiſerwahl auf Grund der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung unbedingt annehme.

* **Emden**, 16. April. Von vielen achtbaren Bewohnern hieſiger Stadt iſt an den König eine Bittſchrift „um Entlaſſung des Geſammtminiſteriums und um Berufung ſolcher Männer, deren Syſtem mit der allgemeinen Stimmung des Landes im Einklang ſtehe," gerichtet worden.

* **Hanau**, 21. April. Unſere Hanauer Zeitung, enthält heute Folgendes: „Die neueſten Nachrichten aus Stuttgart haben unſere Stadt in eine fieberhafte Aufregung verſetzt. In dieſem Augenblick berathen alle hieſigen politiſchen Vereine über den Würtembergern zu leiſtenden werkthätigen Beiſtand. Dem Vernehmen nach wird ſich ſchon in den nächſten Tagen eine Freiſchaar von 500 wohlbewaffneten Männern von hier aus nach Würtemberg in Bewegung ſetzen. Auch aus andern Städten (namentlich von Frankfurt, Mainz, Darmſtadt, Mannheim und Heidelberg) vernimmt man, daß bewaffneter Zuzug zur Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung gegen die reaktionären Plane der königlichen Dynaſtien vorbereitet wird." Wozu, fragt man billig, bewaffneter Zuzug aus der Nachbarſchaft? Wozu die geſetzliche Bewegung Würtembergs auf den gefährlichen Pfad des bewaffneten wenn auch nur in Waffen drohenden Widerſtandes drängen wollen? Das würtembergiſche Volk iſt tüchtig genug dazu, ſeine Sache allein auszufechten und es hat zu dieſem Zwecke bisher den geeignetſten Weg eingeſchlagen. Man laſſe die Schwaben nur machen!

Darmſtadt, 24. April. Auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums ſtand die Anerkennung reſp. Vollzug der deutſchen Reichsverfaſſung, in welchem Betreff in der geſtrigen Sitzung der Kammer 5 verſchiedene Anträge verleſen worden waren, welche dem dritten Ausſchuß zur ſchleunigſten Berichterſtattung überwieſen wurden. Beim Beginn der Sitzung verlas der Abg. v. Rabenau II. als Berichterſtatter, und Namens dieſes Ausſchuſſes folgenden Antrag:

„1) Die Kammer wolle erklären: daß ſie, wie ſie ſtets die verfaſſunggebende Gewalt der deutſchen Reichsverſammlung anerkannt habe, ſo auch jetzt die verkündete Verfaſſung des deutſchen Reichs als endgültiges Grundgeſetz für Deutſchland anerkenne, unverbrüchlich daran halten werde, und eine etwaige Abänderung derſelben weder den Fürſten noch den Einzelſtaaten zugeſtehe."

„2) Demgemäß der Regierung die volle Zuſtimmung der Kammer zu der unbedingten Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung auszuſprechen, und die Regierung zu erſuchen, mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln dahin zu wirken, daß jeder Widerſtand gegen die allſeitige Anerkennung dieſer als Grundgeſetz zu Recht beſtehenden Verfaſſung ſchleunigſt beſeitigt werde; insbeſondere der Reichsgewalt die ausdrückliche Erklärung abgeben zu laſſen, daß derſelben zur kräftigeren Vertheidigung und Durchführung der Verfaſſung die Truppen des Großherzogthums Heſſen zur bereiteſten Verfügung ſtehen."

Dieſen Antrag erhob die Kammer mit allen gegen drei Stimmen, welche ſich jedoch ſpäter demſelben auch anſchloſſen — zu ihrem Beſchluß. Die Regierung ſoll ferner veranlaßt werden, die Reichsverfaſſung durch das Regierungsblatt zu veröffentlichen. (D. P. Z.)

Braunſchweig, 21. April. Von einem Abgeordneten war am 17. d. M. der Antrag geſtellt worden, das Staatsminiſterium aufzufodern, die Reichsverfaſſung auf geeignetem Wege zur Kenntniß des Landes zu bringen. In dem von der Verfaſſungskommiſſion darüber erſtatteten Berichte erklärt dieſe, daß nach der von der Landesverſammlung durch ihren Beſchluß und der von der Regierung in der bekannten Kollektivnote abgegebenen Erklärung die Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung für unſer Land keinem Zweifel unterliege. Damit ſei aber noch wenig geſchehen, ſo lange ſie nicht von allen übrigen Staaten anerkannt und für ganz Deutſchland in Wirkſamkeit getreten ſei. Der ſtärkſte und friedlichſte Hebel für deren Ausführung beruhe in der öffentlichen Meinung. Der obige Antrag ſei daher um ſo mehr zu empfehlen, je weniger bislang dem Volke Gelegenheit geboten, ſich mit der Reichsverfaſſung bekannt zu machen, und je mehr durch eine auf Antrag der Verſammlung von der Regierung ausgehende Bekanntmachung der Reichsverfaſſung das Vertrauen befeſtigt werde, daß es den braunſchweigiſchen Staaatsgewalten Ernſt ſei, durch die Unterwerfung unter eine kräftige und volksthümliche Centralgewalt die deutſche Bewegung abzuſchließen. Die Bekanntmachung werde indeß den Schein zu vermeiden haben, als ſei eine Sanktion und ſolenne Publikation der Reichsverfaſſung erforderlich und beabſichtigt. Bei Gelegenheit der Berathungen über dieſen Antrag hat ein Mitglied der Kommiſſion, um auch jeden formellen Zweifel über die Rechtsgültigkeit der Reichsgeſetzgebung zu beſeitigen, den Vorſchlag gemacht, bei der Staatsregierung den Erlaß folgender geſetzlichen Beſtimmungen zu beantragen: 1) es wird deklarirt, daß der §. 12 der Landesverfaſſung — wonach allgemeine Anordnungen und Beſchlüſſe des deutſchen Bundes erſt durch die Verkündigung von Seiten des Landesfürſten Geſetzeskraft für das Herzogthum erhal-

ten ſollen — durch die Reichsgeſetzgebung aufgehoben iſt und keine Anwendung mehr findet; 2) wird anerkannt, daß die ſämmtlichen von der proviſoriſchen Centralgewalt erlaſſenenen und ferner zu erlaſſenden, nach Maßgabe des Reichsgeſetzes vom 27. September v. J. publicirten und noch zu publicirenden Geſeze und Verordnungen ohne Weiteres in Wirkſamkeit treten; 3) daſſelbe gilt rückſichtlich der Geſetze und Verordnungen, welche die geſetzgebende oder exekutive Gewalt des Reiches in Gemäßheit der neuen Reichsverfaſſung erläßt, ſobald die durch dieſe Verfaſſung begründete Centralgewalt ins Leben getreten ſein und dadurch die jetzige proviſoriſche Centralgewalt ihren Entſcheid erreicht haben wird. (Dieſer letzte Punkt hat den Fall ins Auge gefaßt, daß möglicher Weiſe die proviſoriſche Centralgewalt auch nach Einſetzung der definitiven ſich noch als beſtehend betrachten möchte.) Endlich hat es die Kommiſſion für rathſam erachtet, das Vertrauen gegen das Miniſterium auszuſprechen, daß es nach Kräften dazu mitwirken werde, die als rechtsgiltig anerkannte Reichsverfaſſung vor anderen als verfaſſungsmäßigen Abänderungen zu bewahren und daß es eingedenk ſein werde, bei allen etwa erforderlichen Verhandlungen mit deutſchen Regierungen, in Folge deren die beſtehenden Landesgeſetze aufgehoben oder abgeändert werden müßten, nach §. 8 des Staats-Grundgeſetzes nicht ohne Zuſtimmung der Landes-Verſammlung zu verfahren. Die Kommiſſion hatte beſchloſſen, alle dieſe Anträge mit einander zu verbinden. In der heutigen Sitzung, wo dieſes zur Verhandlung kam, erklärte der Staatsminiſter v. Schleinitz, daß die Regierung jetzt erſt auf amtlichem Wege eine Mittheilung der Reichsverfaſſung erhalten habe, mit dem Antrage, auf deren Verbreitung einverſtanden ſei und dieſelbe ſchon vorbereitet werde. Den §. 12 des Landes-Grundgeſetzes halte die Regierung für unwirkſam, weil Bundesbeſchlüſſe nicht mehr möglich ſeien, habe aber gegen die Erlaſſung der beantragten Declaration nichts einzuwenden. Auch mit dem auf Bewahrung der Reichsverfaſſung vor nicht verfaſſungsmäßigen Abänderungen ſei die Regierung einverſtanden; ſie halte eine Reviſion für erforderlich, jedoch nur im verfaſſungsmäßigen Wege. Der hieſige Bevollmächtigte in Frankfurt ſei inſtruirt, daß man zu Verhandlungen außerhalb der Nationalverſammlung nur vorbehaltlich der Zuſtimmung der Landesvertretung ſchreiten könne. Der Staatsminiſter ſprach aus, daß die öſterreichiſche Note vom 10. April das Verfaſſungswerk bedeutend gefördert habe. Die hieſige Regierung habe von Anfang an die Gründung eines Bundesſtaates für eine Naturnothwendigkeit gehalten, und wie in der Natur in dieſem Jahre der Frühling langſam komme, aber doch endlich in ſeiner Herrlichkeit erſcheinen werde, ſo ſcheine es auch mit dem Verfaſſungswerke zu gehen, deſſen Gelingen aber nicht bezweifelt werden möge. (Bravo!) Nach einigen Bemerkungen wurden darauf die obigen Kommiſſionsanträge einſtimmig angenommen, da im hieſigen Lande rückſichtlich der deutſchen Frage überhaupt keine Meinungsverſchiedenheit herrſcht. (K. Z.)

Auenbüllgaard, 16. April. Die „deutſche allgemeine Zeitung" enthält folgenden Auszug aus einem Rapport des Kommandanten der königl. ſächſiſchen mobilen Brigade, Generalmajors v. Heintz: Am 14. wurden in Düppelkirche 7 Mann, am 15. April in Satrup 13 Mann unſerer Gebliebenen, worunter die 3 Offiziere, beerdigt. Dabei waren, außer dem größten Theile der dienſtfreien Bataillone, der Diviſionär Generalmajor v. Wynecken mit ſeinem Stabe und ein Abgeordneter des kommandirenden Generals zugegen, welcher Letztere ungeachtet der Nähe des Feindes ausnahmsweiſe geſtattet hatte, daß nach der Grabrede durch eine Kompagnie die üblichen Ehrenſalven gegeben wurden. In der Nacht zum 16. April wurde der verſunkene 12Pfünder von der Mannſchaft der Batterie, unter Deckung zweier Kompagnien, glücklich zurückgebracht. Eben ſo ein Munitionswagen und eine Protze. Die beiden demontirten Geſchütze ſind ſchon vorher von den Dänen des Nachts weggeſchafft worden. Die Pionnirabtheilung iſt mit Schanzbau auf den Düppelbergen beſchäftigt. Die Verpflegung iſt regelmäßig und gut, der Geſundheitszuſtand trotz des Bivouakirens in den kalten, regneriſchen Nächten und des anſtrengenden Dienſtes befriedigend. In Satrup iſt ein Hoſpital für die Schwerverwundeten eingerichtet, die Transportfähigen ſind bereits in Flensburg eingetroffen.

☉ **Schleswig**, 21. April. In wenigen Worten beeile ich mich, Ihnen die Nachricht mitzutheilen, daß die Stadt Colding am geſtrigen Tage von der Avantgarde der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen nach hartnäckiger Vertheidigung genommen worden iſt. Der Kampf begann Morgens auf den Höhen vor der Stadt; nach mehrſtündigem Tirailleurgefecht wurden die Dänen in die Stadt zurückgeworfen, deren Straßen verbarrikadirt waren. Die Häuſer waren von däniſchen Truppen beſetzt, welche die Fenſteröffnungen (die Fenſter waren ſämmtlich ausgenommen) als Schießſcharten benutzten. Die Barrikaden wurden von unſern Truppen dergeſtalt umgangen, daß ſie durch die Häuſer ſelbſt durchbrachen. Die Dänen wurden dadurch gezwungen, die Stadt zu verlaſſen, nahmen aber vor der Stadt, hinter der daſelbſt belegenen und ſtarkverſchanzten Brücke eine neue Poſition. Die Brücke iſt von unſern Truppen mit Sturm genommen, wobei ſich namentlich das zweite Jägerkorps ausgezeichnet hat. (Der Verluſt unſererſeits wird auf ca. 35 Todten und Verwundeten angegeben; es ſind 18 Gefangene gemacht worden.) Am Abend war ganz Colding in unſerer Gewalt, die Dänen im Rückzuge begriffen. Das 9. und 10. Linienbataillon und das 2. Jägerkorps haben hauptſächlich am Kampfe Theil genommen.

Bremen, 20. April. Geſtern fand in der Rathhaushalle die erſte Sitzung unſerer neuen auf Grund der Verfaſſung (welche mit dem 18. in Kraft trat) zuſammenberufenen Bürgerſchaft ſtatt. Bei der Präſidentenwahl wurden zwei Kandidaten vorgeſchlagen, die Herren Feldmann und Dr. Donandt. Letzterer erhielt bei 278 Anweſenden 123, Erſterer 155 Stimmen, und Hr. Aeltermann Heye erklärte ſomit Hrn. Feldmann zum Präſidenten der Bürgerſchaft. (Weſ. Ztg.)

Großbritannien.

***London**, 18. April. Eine Unterredung über die iriſche Hilfsarmenſteuer zwiſchen Lord J. Ruſſell und mehreren hierzu von ihm eingeladenen iriſchen Mitgliedern des Unterhauſes, hat in Irland allgemein ſehr böſes Blut gemacht, indem der Premier nur die Wahl zwiſchen jener Steuer oder einer Einkommen- und Eigenthumsſteuer ließ. Man iſt nicht allein erbittert gegen Ruſſells „Sechspfennig-Geſetzgebung", wie man ſeine Verwaltung jetzt in Irland nennt, als auch gegen die Art und Weiſe, wie er ſich gegen die iriſchen Abgeordneten benahm. Die Repealzeitungen behaupten, daß dieſe Unterhaltung mehr einer Vorladung von Sklaven, welche den Befehl ihres Autokraten anhören müßten, als der Zuſammenkunft eines konſtitutionellen Miniſters mit den Vertretern eines freien Volks geglichen habe. Man mag ſich hierbei auch wohl der wenig glimpflichen Antwort erinnern, die der Statthalter von Irland, Graf Clarendon, neulich einer zum guten Theil aus Konſervativen beſtehenden Deputation ertheilte, welche ihn erſuchte, den in einen Hochverrathsprozeß verwickelten Duffy, ehemaligen Mitherausgeber der „Nation", freizulaſſen. Bekanntlich iſt Hr. Duffy, da ſich die Geſchworenen nicht einigen konnten, ſeitdem wirklich, und zwar zum zweitenmale von Gerichtswegen gegen Bürgſchaft freigegeben worden, zur großen Freude der Bevölkerung, und man glaubt nicht, daß die Krone zum drittenmal einen Verſuch gegen ihn wagen wir.

Die „Times" bringt neue Berichte aus Nordamerika. Die wegen der Entſchädigungsbill in Oberkanada herrſchende Aufregung war hiernach an mehreren Orten in offnen Tumulte übergegangen, und nordamerikaniſche Berichte melden bereits, daß ein bewaffneter Putſch von den Vereinigten Staaten aus gegen Kanada im Werke ſei. Die däniſche Regierung hatte, wie es heißt, durch ihren Konſul zu Philadelphia bei der Regierung zu Washington darüber Beſchwerde geführt, daß das Dampfboot United States für den deutſchen Seedienſt zum Gebrauche gegen Dänemark ausgerüſtet und bewaffnet worden ſei.

Frankreich.

* **Paris**, 22. April. Der Zwiſchenfall der geſtrigen Sitzung ſpielt in ſeinen Folgen auch heute noch fort. Die Sache kommt gerade Recht, die Leere der Sonntagszeitungen zu vermindern. Dieſelben veröffentlichen heute ſämmtlich zuerſt folgenden Brief Fould's an Bethmont:

Lieber Kollege!

Sie wiſſen ſchon, was heute in der Nationalverſammlung ſich ereignet hat. Ich habe keinen Gebrauch von der Mittheilung gemacht, die ich von Ihnen über einen Beſuch erhalten habe, der Ihnen geſtern Hr. Goudchaux gemacht hat. Sie errathen den Grund deſſelben, aber ich bitte Sie, mir Ihre Erinnerungen zu ſchreiben, wie Sie ſie Hrn. Goudchaux ſelbſt erzählt haben.

Paris den 21. April 1849.

Darauf folgende Antwort Bethmont's:

Lieber Kollege!

Sie fragen mich um meine Erinnerungen, wie Hr. Goudchaux mich nach ihnen gefragt hat. Hier ſind ſie: Ich

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 25. April. Die Reichsverſammlung. Die Freiſchaaren und die politiſchen Vereine in Hanau. Der König von Würtemberg. Das Montagskränzchen.) Berlin (Verhandlungen der erſten Kammer.) Schleswig-Holſtein (Die Erſtürmung von Kolding.) Schleswig (Schreiben des Generals v. Bonin. Landesverſammlung.)

Italien. Aus Sardinien (Das Verhalten der Flotte. Die Genueſer Bürgerwehr aufgelöſt. Nachrichten aus Mittelitalien.)

Frankreich. Paris (Proteſtation des römiſchen Geſandten.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 25. April.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 25. April.

Tagesordnung der 206. öffentl. Sitzung.

Fortſetzung der Berathung des vom Abgeordneten Kierulff erſtatteten Berichts, Namens des Ausſchuſſes zur Berichterſtattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Berathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfaſſung nöthig erſcheinen.

Der Präſident Herr Ed. Simſon eröffnet die Sitzung gegen 9½ Uhr Vormittags. Ausgetreten ſind wiederum zwei Oeſterreicher, nämlich die Herren Löſchnigg aus Klagenfurt und Bejdtel aus Brünn. Von Herrn Perthaler aus Wien, deſſen Austritt ſchon geſtern angezeigt ward, wird eine längere Erklärung verleſen, die Angabe der Gründe dieſes Austritts enthaltend. Für die Kriegsflotte ſind von zwei Geſchwiſtern aus Mannheim durch Herrn Baſſermann eingegangen 20 fl., und von eben dieſen Geſchwiſtern 30 fl. für die in Schleswig verwundeten Krieger. (Beifall.)

Darauf richtet Herr Albert aus Quedlinburg in Erwägung der dringenden würtembergiſchen Verhältniſſe die Anfrage an das Reichsminiſterium des Kriegs: Welchen Erfolg hat die von dem Herrn Reichskriegsminiſter in der Sitzung vom 23. d. M. erwähnte Abſendung eines Offiziers an die im Badiſchen aufgeſtellten Reichstruppen gehabt?

Herr von Peucker antwortet ſogleich darauf: „Derjenige Staabsoffizier des Reichskriegsminiſteriums, welcher zu der im badiſchen Oberlande im Reichsdienſte aufgeſtellten würtembergiſch-badiſchen Diviſion entſendet worden iſt, hat bei ſeiner Ankunft daſelbſt gefunden, daß auf den Grund eines Befehls Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Friedrich von Würtemberg, welcher zeither als Kommandirender des 8. Armeekorps eine Zwiſcheninſtanz zwiſchen der Centralgewalt, Sr. kön. Hoh. dem Prinzen Karl von Baiern, Oberbefehlshaber des 7. und 8. Armeekorps, und der gedachten zum 8. Armeekorps gehörenden Diviſion bildete, die kön. würtembergiſche Brigade ſeit dem 18. d. M. ihre bisherigen Stellungen im badiſchen See- und Oberrheinkreiſe verlaſſen, eine Aufſtellung längs der würtembergiſchen Grenze bezogen hatte, und daß derſelben der Rückmarſch nach Würtemberg in Ausſicht geſtellt war.

Der gedachte Staabsoffizier hat, den ihm für einen ſolchen Fall ertheilten Inſtruktionen gemäß, dem kön. würtemb. Befehlshaber jener Diviſion die Aufforderung überbracht, die kön. würtemb. Brigade ſofort in die den ſeitherigen Anordnungen der Centralgewalt entſprechenden, und ohne deren Vorwiſſen verlaſſenen Stellungen zurückzuführen, da keine im Reichsdienſte aufgeſtellten Truppen ohne Vorwiſſen und Genehmigung der Centralgewalt den ihr von letzterer gegebenen Beſtimmungen eigenmächtig entzogen werden dürfen.

Dieſer Aufforderung iſt von dem Diviſionsbefehlshaber ſogleich entſprochen worden, und wird die nähere Veranlaſſung zu jenem Befehlskonflikt durch weitere Verhandlungen aufgeklärt werden.“

Zum Gegenſtande der Tagesordnung übergehend läßt der Präſident eine Reihe fernerweit eingelaufener und von einander ſehr abweichender Verbeſſerungsanträge mittheilen, unter denen wir als charakteriſtiſch den Antrag des Herrn v. Nagel aus Obervichtach (Oeſterreich) hervorheben, weil ſich darin ein vollſtändiges Beharren auf dem Vereinbarungsprinzipe ausſpricht, und die fortwährende Vorausſetzung eines unauflösbaren Zuſammenhangs mit Oeſterreich. Hingegen erklären von den für die heutige Debatte eingezeichneten Rednern die Herren Hoffbauer, Würth und Genoſſen von der äußerſten Linken — im Ganzen vier — ihren Verzicht auf das Wort, da die Abſicht der Mehrheit des Hauſes zugeſtandner Weiſe nur auf eine Verzögerung der Abſtimmung bis zum etwaigen Eintritte gewiſſer außerhalb des Parlaments liegender Möglichkeiten gerichtet ſei. Hr. Grävell dagegen betritt, von dem unartigen Rufe nach „Schluß“ empfangen die Tribüne. Der Präſident bemüht ſich vergebens dem Vortrage einige Aufmerkſamkeit zu verſchaffen. Das Haus bleibt vielmehr in einer ſolchen allgemeinen Unruhe, daß die eigenſinnige Ausdauer des Herrn Grävell, womit er ſich dennoch der ungehörten Rede entledigt, wahrhaft bewundernswerth erſcheint. Auf Grävell folgt:

Hr. Schlöffel von Halbendorf. Er ſchließt ſich dem Hoffbauer'ſchen Verzichte auf das Wort in ſo gedrungenen Ausdrücken an, daß ihn dafür der Ordnungsruf des Präſidenten trifft. Auch dieſen Ordnungsruf nimmt Hr. Schlöffel mit dem Bemerken hin, daß er hoffe, bald „werde das ganze Haus ein Ordnungsruf — von anderer Seite her — treffen,“ worauf er unter dem beiſtimmenden Zurufe ſeiner Parteigenoſſen die Rednerbühne räumt.

Unterſtaatsſekretär Hr. Mathy: Es iſt heute von Hrn. Schubert aus Königsberg ein Antrag eingebracht worden, den ich Ihrer Annahme empfehlen will. *) Dies thut Hr. Mathy durch eine eben ſo klare als umfaſſende Darſtellung der Verhältniſſe, in denen ſich die Reichsverſammlung und Deutſchland befindet. Er ſchildert zu dieſem Behuſe zunächſt in geſchichtlicher Auseinanderſetzung das Verfahren Oeſterreichs, und wie ſich das kaiſerliche Kabinet zu dem deutſchen Verfaſſungswerke verhalten hat. Dann geht er auf das Verhältniß der Verſammlung zu Preußen über. Die Hinderniſſe eines befriedigenden Verſtändniſſes erblickt er weſentlich nur in dem Miniſterium Brandenburg-Manteuffel, allein dies Miniſterium iſt ein Kind der Laune, der unbeſonnenen Laune der aufgelöſten Berliner Kammer (Heiterkeit) und vielleicht ſchon jetzt nicht mehr in Stande, den deutſchen Angelegenheiten zum ferneren Hinderniſſe zu dienen. Auch eine Betrachtung der übrigen deutſchen Staaten iſt nicht geeignet, mehr herauszufordern, als den moraliſchen Beiſtand der Reichsverſammlung. Die Worte des badiſchen Vorbehalts, welcher dieſer Regierung zum Vorwurfe gemacht worden iſt, theilt der Redner mit. Es gehe aus ihnen hervor, daß ſie nichts Gefährlicheres enthalten als eine Verwahrung Badens für den äußerſten Fall, d. h. für ein Fehlſchlagen des deutſchen Verfaſſungswerks. Was die Minderheitsanträge anlangt, ſo lehnt es Hr. Mathy ab, daß ein Aufruf an das deutſche Volk erlaſſen werde. Der Beſchluß der Verſammlung werde anſtatt eines ſolchen Aufrufs dienen. Auch nicht für eine Regentſchaft kann er ſich erklären. Die Centralgewalt habe noch keinen Anlaß zu der Befürchtung gegeben, daß ſie die Verſammlungsbeſchlüſſe nicht vollziehen werde. Das Miniſterium ſei entſchloſſen mit der Verfaſſung zu ſtehen und zu fallen. (Bravo.) Habe der Reichsverweſer nicht auch die Grundrechte unterzeichnet und das Wahlgeſetz? Die Worte des verdienten Lobes, die Herr Mathy an die Erwähnung der verehrten Perſon des Erzherzogs Johann knüpft, werden von dem lebhaften Beifalle der Verſammlung begleitet, ſowie auch der Schluß von Herrn Mathys Rede einen andauernden allgemeinen Applaus des Hauſes zur Folge hat.

Wenn auch Hr. Reichenſperger nicht müde wird, immer wieder auf dieſelben abgetragenen Vorſchläge und Argumente, alſo auf die Ablehnung der Kaiſerwürde durch den König von Preußen, auf Oeſterreich und das Direktorium zurückzukommen, ſo

---

*) Dieſer von den Herren Lette, v. Keudell, Esmarch, Biedermann u. A. unterſtützte Verbeſſerungsantrag ſchließt ſich dem Gutachten der Mehrheit des Dreißigerausſchuſſes an, jedoch unter folgenden Abänderungen und Zuſätzen:

Nr. 1 wie der Ausſchuß.

2) Die Reichsverſammlung beſchließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfaſſung noch nicht erklärt haben, a) ſind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfaſſung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgeſetzes nunmehr auszuſprechen; b) dieſelben Regierungen ſind zu veranlaſſen, ſich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfaſſungsmäßigen und geſetzlichen Mittel, ſeinen Willen kund zu geben, in dieſem entſcheidenden Augenblicke geſchmälert oder entzogen würden; insbeſondere von ihrem Rechte, die Ständeverſammlungen zu vertagen oder aufzulöſen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieſelben in Thätigkeit zu ſetzen oder zu belaſſen, bis die Reichsverfaſſung zur Anerkennung gebracht ſein wird.

3) Sie beſchließt, die proviſoriſche Centralgewalt im Intereſſe der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands zu erſuchen, die bevorſtehenden Beſchlüſſe in Vollzug zu ſetzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsminiſteriums über den Erfolg.

Nr. 4 wie der Ausſchuß.

wird es doch der Verſammlung und wir fürchten, auch den Leſern ſchwer, an dieſer Siſiphusarbeit Theil zu nehmen. Für den Redner iſt die Trennung Oeſterreichs weſentlich von Deutſchland verſchuldet worden: Wir haben ihm den Fehdehandſchuh vor die Füße geworfen. Hr. Venedey habe feierlich erklärt, daß er keinen Augenblick auf ſeinem Abgeordnetenplatze bleiben werde, ſobald die Oeſterreicher gegangen. Aber Hr. Venedey ſitze da und die Oeſterreicher ſeien fort (Widerſpruch von der Linken. Hr. Venedey vom Platze: Ich laufe nicht fort mit denen die von uns fortlaufen.) Dann wendet ſich Hr. Reichenſperger gegen Hrn. Welcker, um ihn aus dem Rotteckſchen Lehrbuche über die Heiligkeit, Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Monarchen zurechtzuſetzen. Ueber ſeine ſtaatsrechtlichen Anſichten vom Königthum namentlich wegen ſeiner Urtheile über die Vorgänge in Würtemberg, geräth der Redner in ein Zwiegeſpräch mit der Linken. Ueber das Suspenſiveto verſtändigt er ſich eben ſo dialogiſch mit der Rechten. An das Wort „niemals,“ welches ein Staatsmann „niemals“ gebrauchen müſſe (Gelächter), ſchließt der Redner Bemerkungen ſehr unterhaltender Art über das Miniſterium Brandenburg, über den König von Preußen, über die Oktroyirungsgefahr und über den Grundſatz, daß wer ſich auf die Gewalt ſtelle, die Gewalt auch über ſich ergehen laſſen müſſe.

Schriftführer Hr. Karl Biedermann gibt als Mitglied der nach Berlin entſendeten Kaiſerbotſchaft Auskunft über die Umſtände und Vorausſetzungen unter welchen die Erklärung der Deputation abgefaßt wurde. Das Wort „Ablehnung“ nicht allein, ſondern auch der kahle Begriff derſelben iſt demnach in dieſer Erklärung nicht enthalten. Auch ſtellte die Deputation bei der Rückreiſe von Berlin die Verhandlung nirgends als abgebrochen dar. Dann muſtert der Redner die verſchiedenen Vorſchläge, die ſich auf die Thatſache hin begründen, daß der König von Preußen bis jetzt allerdings nicht angenommen. Eine Reviſion der Verfaſſung aber, eine Abänderung einzelner Beſtimmungen, würde nicht ausreichen, wenn dieſe Annahme überhaupt nicht erfolgte, ſondern dann müßte das ganze Werk auf neue Baſen geſtellt werden. Nicht das Direktorium oder Aehnliches, ſondern einzig die Förderativrepublik würde, wenn das Erbkaiſerthum nicht durchzuſetzen wäre, nach der Anſicht des Redners übrig bleiben. (Auf eine Bewegung zur Linken:) Ja, meine Herrn, die Republik! Man hat mir vorgeworfen, ich ſei ein Republikaner geweſen und dennoch zu den Erbkaiſerlichen übergegangen. Ich habe aber ſtets nur einen einzigen politiſchen Hauptzweck im Auge gehabt, das iſt die Einheit und Macht des Vaterlands und dieſes Ziel erſtrebe ich mit allen Mitteln! (Beifall) Die Betrachtung der Verhältniſſe führt dann den Redner dahin, ſich über die Lage Preußens und dabei die gewiſſe Hoffnung auszuſprechen, daß ſich trotz aller romantiſchen und mittelalterlichen Neigungen, das tüchtige preußiſche Volk, das tapfere Heer die Gelegenheit nicht werde zum dritten Male entgehen laſſen, mit Deutſchland die ihm vorbehaltene Weltſtellung einzunehmen. Herr Biedermann faßt ſchließlich die Gründe zuſammen, die dafür ſprechen, daß die Verfaſſung ganz und unantaſtbar aufrecht erhalten werde. Der lauten, der dringenden Bitte des Volkes wird endlich auch ein preußiſches Miniſterium nicht länger zu widerſtehen vermögen.

Herr v. Bally iſt der Meinung, daß „Se. Maj. nicht habe ablehnen wollen, und doch nicht habe annehmen können.“ Das preußiſche Volk hat keine Sympathie für das Erbkaiſerthum. Denn es will „kein Kleindeutſchland nicht!“ (Gelächter.) Leider gelingt es Herrn von Bally nicht, den überaus heiteren Eindruck wieder zu verwiſchen, den ſowohl die Form als der Inhalt ſeines Vortrags hervorbringt. Herr von Bally erklärt ſich als für den einzigen annehmbaren ehrlichen und möglichen Vorſchlag — für das Sondererachten der Hrn. Reichenſperger und Detmold. „Hüten ſie ſich“, ſo endet er, „für das „niemals“!“ „Vor“ berichtigt lachend die Linke.

Unterſtaatsſekretär Hr. Baſſermann weiſt auf die Erfolge hin, die der „geſetzliche“ Widerſtand bereits in Würtemberg errungen. Von den geſetzlichen Maßregeln dürfe die Verſammlung nicht zu anderen verſchreiten. Wie die einzelnen Volksſtämme ihre Bewegung zur Durchführung der deutſchen Sache einrichten wollen, das iſt ihnen ſelbſt ohne Vorſchriften von unſerer Seite und mit Vertrauen zu überlaſſen. Der Redner berührt dann, um den Bemerkungen Reichenſpergers zu begegnen, das Verhältniß zu Oeſterreich. „Wir haben es für die deutſche Sache nicht gewinnen können!“ das iſt die Wahrheit. Aber Oeſterreich zu verlieren, wie man uns vorwerfen will, das waren wir nicht im Stande, denn wir haben es nicht beſeſſen. Oder ſtanden uns etwa die öſterreichiſchen Grenzen offener als die Grenzen Belgiens, der Niederlande, Frankreichs? Wohin die Maßloſigkeit, die Uebertreibung führt, das zeigt ebenfalls dies Oeſterreich. Wo man die Verfaſſung vom April 1848 verſchmähte, dort hat man jetzt die Verfaſſung vom 4. März annehmen müſſen. „Sie ſelbſt“ (zur Linken) „Sie verdanken, daß Sie noch hier ſind, unſerer (der Rechten) Beſonnenheit und Mäßigung.“ (Widerſpruch von der Linken.) Blicken Sie auf Italien. Dort wurden Ihre Grundſätze verwirklicht. Dort gab es einige Republikchen. Auf wie lange und weſſen Koſten aber? Auf Koſten der Einheit. Und eben ſo wäre es uns in Deutſchland ergangen, hätten wir Ihnen geſtattet, mit ähnlicher Unbeſonnenheit und Uebertreibung zu verfahren. Die Rede des Hrn. Vogt iſt's, deren Behauptungen Herr Baſſermann widerlegt, namentlich deſſen Leiterſproſſe. Nicht wie die erſte Sproſſe einer Leiter will der Redner die Verfaſſung betrachtet wiſſen, ſondern als ein wohnliches Gebäude. In derjenigen Partei werde das deutſche Volk ſeine Freunde erkennen, die dieſe Verfaſſung mit dem meiſten Eifer und Glück zum Wohle des Vaterlandes anzuwenden wiſſe. (Stürmiſcher Beifall.)

Herr Löwe von Kalbe: Ich bin der Ueberzeugung, daß wir ſogleich handeln müſſen. Sie haben die Macht nicht in Ihre Hände bekommen, weil Sie die Konflikte mit den Einzelregierungen vermieden haben. Hätten Sie hingegen z. B. den Malmöer Waffenſtillſtand verworfen, ſo wäre Wrangel in Schleswig geblieben und in Berlin und Wien hätte keine Kontrerevolution Statt gefunden. (Zuſtimmung von der Linken.) Der Oktoberaufſtand in Wien war keine deutſche Bewegung, ſagen Sie. Ihre Politik wäre es geweſen, dieſen Aufſtand zu einer deutſchen Bewegung zu machen und Sie würden Oeſterreich damit erobert und behauptet haben. Dieſem Maßſtabe gemäß will Herr Löwe daß jetzt verfahren werde, weshalb er ſich dem Raveaux'ſchen (2tes Minderheitserachten) Antrage anſchließt. *)

Die Verſammlung entſcheidet ſich hierauf, unter dem Vorbehalte des Worts für die Berichterſtatter der drei Ausſchußfraktionen und etwaige Erklärungen von Seiten des Reichsminiſteriums für den Schluß der Debatte.

Zur Zurückweiſung eines geſtern von Hrn. Vogt der zweiten hannoverſchen Kammer gemachten Vorwurfs erwiedert Hr. Freudentheil mit einer berichtigenden Auseinanderſetzung der hannoveriſchen Verhältniſſe. Auch Hr. Venedey gibt eine Erklärung in Bezug auf den Vorwurf ab, den Hr. Reichenſperger gegen ihn erhoben. Denn die Oeſterreicher ſeien nicht vertrieben worden, ſondern ſelbſt gegangen und Hr. Venedey will Alles aufbieten, ſie zurückzuholen.

Nachdem der Präſident noch die zu dem Ausſchußberichte vorliegenden Verbeſſerungsanträge zur Unterſtützung gebracht hat, ſchließt er 2¼ Uhr Nachmittags die heutige Sitzung. Vorher wird auch noch der Austritt des Herrn Glar aus Gumbendorf (Oeſterreich) angezeigt, ſowie daß Herr Riehl ſeine Stelle als Schriftführer der Reichsverſammlung niedergelegt. Die Wahl eines Schriftführers wird daher mit auf die morgende Tagesordnung geſetzt.

---

*) Das zweite Minderheitserachten lautet:

1) Die Nationalverſammlung genehmigt die von ihrer Deputation nach dem Empfang der Antwort des Königs von Preußen an das preußiſche Miniſterium abgegebene Erklärung, als der Lage der Sache vor Erlaſſung der Cirkularnote vom 3. April 1849 vollkommen angemeſſen;

2) ſie erklärt, unter gehöriger Berückſichtigung des Geſetzes vom 28. Juni 1848 ſofort zur Verwirklichung der Verfaſſung zu ſchreiten;

3) ſie beauftragt demgemäß die Centralgewalt, die Wahlen zum erſten Reichstage in der Art auszuſchreiben, daß die Eröffnung deſſelben am 1. Juli 1849 ſtattfinden kann;

4) ſie beauftragt ferner die Centralgewalt, ſämmtliche Regierungen aufzufordern, das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die Reichsverfaſſung beeidigen zu laſſen;

5) ſie beſchließt, einen Aufruf an das deutſche Volk zu erlaſſen, in welchem daſſelbe aufgefordert wird, unverbrüchlich an der von der Nationalverſammlung endgültig feſtgeſtellten Verfaſſung feſtzuhalten;

6) ſie beauftragt endlich ihren Ausſchuß: a) mit dem Vorſchlage aller weiteren Maßregeln, welche durch Renitenz einzelner Regierungen gegen den Vollzug der Verfaſſung, ſowie zur Durchführung der Verfaſſung überhaupt nothwendig werden könnten; b) zu dem Ende nöthigenfalls in direktes Benehmen mit der Centralgewalt zu treten; — und ſetzt ſchließlich die Sitzung vom 24. l. M. feſt, in welcher über die Vorſchläge sub a. weiter verhandelt werden ſoll.

Raveaux. Umbſcheiden. Engel. Fröbel. v. Wydenbrugk. Eventuell: Vogt. Fehrenbach. Eiſenſtuck. Simon von Trier. Spatz. Hagen. Tafel von Stuttgart. Tafel von Zweibrücken.

*** **Frankfurt**, 25. April. Die Majorität der Reichsverſammlung handelt vollkommen vernünftig, ja nur der der deutſchen Nation gegenüber übernommenen Verantwortlichkeit gemäß, daß ſie ſich in einem Beſchluſſe nicht übereilt. Bevor die Reichsverſammlung in der Lebensfrage der deutſchen Verfaſſung beſchließt, muß erſt das letzte Wort in Berlin geſprochen ſein. Es iſt zwar und zur Ehre der Reichsverſammlung ſei es geſagt, keine Hoffnung, kein Vertrauen auf das deutſchvergeſſene preußiſche Miniſterium mehr vorhanden, allein, da die Reichsverſammlung einmal und mit Zuſtimmung der Nation die Entſcheidung der Oberhauptsfrage in die Hände der preußiſchen Regierung gelegt, ſo darf ſie nicht zu einem andern Beſchluſſe ſchreiten, wenn ſie nicht zuvor eine definitive Erklärung von Berlin erhalten. Das Vertrauen des deutſchen Volkes zu ſeinen Vertretern in der Paulskirche iſt auch wieder ſo mächtig erwacht und ſo ſehr im Erſtarken begriffen, daß es durch eine von dem Rechte und der Klugheit gebotene kleine Zögerung nicht von neuem erſchüttert werden kann. Die deutſche Nationalverſammlung wird die mit Mannesfauſt erfaßte Standarte, die Reichsverfaſſung, nicht ſinken laſſen, das deutſche Volk wird ſich um ſie, wie ein Mann ſchaaren und mit ihr ſiegen oder fallen. Mögen nun die Würfel durch die dynaſtiſche Verblendung einiger Fürſten geworfen werden, wie ſie wollen: die Reichsverſammlung und das deutſche Volk wiſſen, was ſie wollen, was ſie müſſen.

*****Frankfurt**, 25. April. Sie wiſſen bereits, daß ſich in Hanau ein Freikorps gebildet, das bereit iſt, nach Stuttgart aufzubrechen, um für die Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung zu kämpfen. Zugleich wurden aus der ganzen Umgegend Zuzüge angeſagt und bereits iſt eine Deputation aller politiſchen Vereine Hanaus in Stuttgart eingetroffen, um den braven ſchwäbiſchen Männern eine Sympathieadreſſe zu überbringen.

⁝ **Frankfurt**, 25. April. In der Paulskirche ward allgemein erzählt, der König von Würtemberg habe geſtern nachgegeben. Im hieſigen Montagskränzchen hat eine Deputation beſtehend aus den Herren Dr. Behagel, Dr. Creizenach und Jonas Dörr nach Stuttgart angeordnet. Auch ſind Liſten zur Unterzeichnung von Beiträgen aufgelegt: „Für Wehrhaftmachung junger Männer für den äußerſten Fall.“ Hr. v. Beckerath wird heute zurückerwartet.

✠ **Berlin**, 23. April. In der heutigen Sitzung der erſten Kammer verlas der Miniſterpräſident die Erklärung der Regierung über die deutſche Frage, die am 21. in der zweiten Kammer abgegeben worden war. Zur Einleitung bemerkte er, am Freitage bei Gelegenheit der Interpellationen habe ſich das Miniſterium noch nicht näher erklären können; es ſeien aber noch an dem nämlichen Tage Mittheilungen aus Frankfurt eingetroffen, in Folge derſelben ſei ſogleich eine Konferenz gehalten und die Erklärung beſchloſſen worden, welche der zweiten Kammer mitgetheilt ſei. Schließlich, ſagte er, die Regierungen, welche noch keine Erklärungen abgegeben hätten, ſeien von ihnen aufgefordert, ſich über die Punkte auszuſprechen, deren Abänderung ſie für nöthig erachteten. Das Miniſterium hoffe auf dieſem Wege trotz aller Schwierigkeiten das Ziel zum Heil des Vaterlandes zu erreichen! Die Verſammlung gibt weder Zeichen des Beifalls noch des Mißfallens. Dann wird folgender dringliche Antrag des Grafen Dyhrn verleſen: „Die Kammer möge beſchließen, das Staatsminiſterium aufzufordern: 1) Die Inſtruktionen, welche der beſondere Bevollmächtigte in Frankfurt erhalten hat; 2) die Antwort, welche das Miniſterium auf die öſterreichiſche Depeſche vom 8. d. ertheilt hat, ſo wie 3) alle die deutſche Frage und Kaiſerwahl betreffenden Papiere auf die Tafel der Kammer niederzulegen.“ Für die Dringlichkeit erheben ſich nur 56 Mitglieder, mithin 4 zu wenig. Graf Dyhrn: Mein Antrag verliert ohne Anerkennung der Dringlichkeit vollſtändig ſeinen Sinn; bis derſelbe das Kühlbad der Abtheilungen durchgemacht, ſind die in demſelben verlangten Papiere bereits Gegenſtand von Raumer's hiſtoriſchem Taſchenbuch geworden. In Rückſicht darauf ziehe ich, im Einverſtändniß mit meinen Genoſſen, den Antrag zurück. (Bravo!) Der Abg. v. Ammon hat den dringenden Antrag geſtellt: „Die Kammer wolle beſchließen, eine Kommiſſion von 15 Mitgliedern durch die Wahl der Abtheilungen ernennen, um die Lage der deutſchen Angelegenheit nach ihrem ganzen Umfange in Erwägung zu ziehen, ſich zu dieſem Ende ſowohl durch Kommunikation mit dem Staatsminiſterium, als durch zu veranlaſſende Vorlegung aller darauf bezüglichen Dokumente, oder in jeder ſonſt geeigneten Weiſe die nöthige Aufklärung zu verſchaffen, der Kammer über das Ergebniß ſchleunigſt Bericht zu erſtatten und die geeigneten Anträge zu ſtellen.“ Von Hanſemann und dem Grafen Itzenplitz iſt ein dringender Antrag eingegangen, deſſen erſter Satz mit dem Ammon'ſchen Antrag zuſammenfällt und deſſen zweiter vorſchlägt: „daß ſofort eine Adreſſe an des Königs Majeſtät gerichtet und Allerhöchſtderſelbe gebeten werde, zur Beruhigung von Deutſchland und zur Befeſtigung der Ordnung die Würde des Reichsoberhauptes ſogleich anzunehmen und nach den Grundſätzen der Verfaſſung vom 28. März 1819 zu handhaben, wenn ſich die Reichsverſammlung vorher mit folgenden Punkten einverſtanden erklärt hat: 1) der König von Preußen übernimmt die Reichsregierung nach den Grundſatzen der Verfaſſung vom 28. März am 1 Mai d. J. aus den Händen des Reichsverweſers. 2) Sobald dies geſchehen iſt, wird die Nationalverſammlung aufgelöſt und der Reichstag nach den Grundſätzen der Verfaſſung und des jetzigen Wahlgeſetzes für die Volkskammer gewählt und konſtituirt. 3) Dieſer Reichstag ſoll ſich ſofort mit der Reviſion der Reichsverfaſſung einſchließlich der deutſchen Grundrechte beſchäftigen. 4) Bei dieſer Reviſion iſt nur die Anweſenheit der einfachen Mehrzahl der Mitglieder und einfache Stimmenmehrheit in beiden Häuſern nöthig und genügend. Die Einwilligung des Reichsoberhauptes zu der revidirten Verfaſſung iſt unumgänglich zu deren Gültigkeit erforderlich. 5) Erſt nach der Reviſion der Verfaſſung erfolgt die Beeidigung auf dieſelbe. 6) Erſt nachdem dies geſchehen, nimmt das Reichsoberhaupt den Kaiſertitel an. 7) Bis dies alles durchgeführt und die revidirte Verfaſſung vom Kaiſer publizirt iſt, bleibt es bei der früher hergebrachten Rechtsregel (daß die Reichsgeſetze nicht den Landesgeſetzen vorgehen, ſondern nur in Ergänzung derſelben gelten). Derſelbe Grundſatz und bis zu demſelben Zeitpunkt gilt von den Landesverfaſſungen gegenüber der Reichsverfaſſung. 8) Auf dem erſten Reichstage ſoll auch das Wahlgeſetz für die Volkskammer revidirt und durch daſſelbe die Abänderungen des Wahlrechts feſtgeſtellt werden, welche das Wohl und die Ruhe des Landes erheiſchen.“ In den Motiven des Ammon'ſchen Antrags iſt hervorgehoben, daß die acht Punkte den preußiſchen Staat und ſein Volk ſicherſtellen, ohne um Unweſentliches zu drängen, wo die Zeit es erfordere, ohne Säumen den welthiſtoriſchen Augenblick zu erfaſſen! Risum teneatis! Beide Anträge werden für dringlich erkannt.

▷ Schleswig-Holſtein, 21. April. Die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen haben geſtern nach einem dreiſtündigen Kampfe die ſtark verbarrikadirte däniſche Stadt Colding mit Sturm genommen. Die Avantgarde der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen unter Oberſt v. Zaſtrow's Kommando hatte ſchon ſeit mehreren Tagen die wenige Tauſend Schritte von der Stadt Colding entfernte ſchleswig'ſche Gränze beſetzt. Der erſehnte Befehl, die jütiſche Grenze zu überſchreiten, war ſchon einmal gegeben, wurde aber ſogleich wieder zurückgenommen und den Truppen befohlen, die Gränze nicht zu überſchreiten, wie man ſagt, weil die Dänen einen 10tägigen Waffenſtillſtand verlangt haben. Vermuthlich haben die Dänen dies gewußt und geglaubt, unſere Truppen würden die Gränze nicht überſchreiten, auch wenn es mit ihnen zum Gefechte kommen ſollte, mithin konnten ſie wohlfeilen Kaufs einige Kugeln mit ihnen wechſeln. In Colding befanden ſich zwei Bataillone Infanterie, ein Jägerkorps (die ſogenannten Kaſtell-Jäger, welche ihren Namen von dem Kopenhagener Kaſtell haben, in welchem ſie gewöhnlich garniſoniren und die beſten Truppen in der däniſchen Armee ſein ſollen) und eine Batterie. Des Morgens früh griffen die Dänen unſere Vorpoſten mit einem Tirailleurfeuer an, aus welchem ſich bald ein Gefecht entwickelte, in welchem die Dänen von dem 9. ſchleswig-holſteiniſchen Bataillon und von dem 2. ſchleswig-holſteiniſchen Jägerkorps in die Stadt zurückgeworfen wurden. Nun war aber auch kein Halt mehr bei unſren tapfern Truppen. Mit dem Bajonnet erſtürmten ſie die ſtark verbarrikadirte Vorſtadt von Colding, deren Häuſer überall crenelirt und mit Schießſcharten verſehen waren und von den Dänen hartnäckig vertheidigt wurden. Nachdem die Vorſtadt genommen war, ging es auf die Stadt los. Dieſe liegt an der nördlichen Seite der mehrere Hundert Fuß breiten Coldinger Au, über welche eine Brücke in die Stadt führt. Durch Palliſaden, die ſich vor der erſten Häuſerreihe hinzogen, war dieſe befeſtigt. Ebenfalls waren alle Häuſer an beiden Seiten der Brücke vermauert und überall mit Schießſcharten verſehen, aus welcher die Dänen ein heftiges und wohlgenährtes Feuer auf unſere Truppen richteten. Dieſe ließen ſich aber dadurch nicht irre machen, ſon-

№ 114. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 23. April 1849.

Ueberſicht.

Gottes Wort läuft ſchnell!
Aus der zweiten preußiſchen Kammer.
Ein Brief von den Philippinen.
Deutſchland. Leipzig (Eindruck der Berliner Nachrichten.)
Niederland. Haag (Holländer und Engländer in Oſtindien. Huldigungen.)
Belgien. Brüſſel (Beſchlüſſe der Repräſentantenkammer. Proudhon in Bergen.)
Griechenland. Athen (Bezeichnende Ausweiſungen und Ernennungen. Der Regierung ein proviſoriſcher Kredit bewilligt. Grauſames Verfahren des Major Zincs in Böotien.)

Gottes Wort läuft ſchnell!

E.M.A. Gott ſendet ſeine Rede auf Erden, ſein Wort läuft ſchnell. (Pſalm 147.) Muß man jetzt wieder ſo mit dem alten herrlichen Pſalmiſten ſingen? muß man Gottes unvergängliches Wort den Tauben wieder vorklingen? Gottes Blitz den Verblendeten wieder durch ſchlafſüchtige Augenlieder blitzen laſſen? Ja, Gottes Wort läuft ſchnell auf Erden, es ſchallt auch in ſchmetternden Donnerwettern über die Erde hin — und ſie wollen noch immer nicht ſehen, nicht hören noch vernehmen. Gottes Wort hat mit Donner und Blitz, wie es ſchien, aus hellſten Wolken, vor einem Jahre herabgeſchlagen, und die Könige und Fürſten ſind erſtaunt und erſchrocken, und die Völker haben gejauchzt. Das iſt den erſtaunten Sterblichen eben widerfahren, wie es immer geſchieht, wann Gott ſeine Rede auf Erden ſendet: weder die Erſchrockenen noch die Erfreuten, beide haben nicht gewußt, was ihnen geſchehen.

Wiſſen ſie es jetzt ſchon? Nein ſie wiſſen es nicht, aber dunkel vernehmen ſie Gottes klare Rede und in allen ihren thörichten Beſprechungen und Verhandlungen, ja ſelbſt in allen wilden und verworrenen Reden, die auf den Marktplätzen und in den Schenkſtuben gehalten werden, klingt ein Ton von Gottes Rede durch: es iſt doch Gott in ihnen, denn ſie ſind göttlichen Geſchlechts und das können ſie ſelbſt in ihren Narrheiten und Wildheiten nicht verſchweigen.

Was meine ich? Ich meine hier nicht die ſtillſte, tiefſte Sprache Gottes, ich meine nur die Sprache, welche der ſogenannte, der von vielen Frommen ſo kindiſch und unweiſe verdammte und verfluchte Weltgeiſt ſpricht, gleichſam der neben dem innerſten tiefen Gott als Diaconus hujus mundi immer nebenher gehende und Gottes Werk und Arbeit dem Anſchein nach mitunter auch wohl beſpöttelnde und verläſternde Geiſt, jener aus den mittlern und aus Himmel und Erde gemiſchten und zwiſchen Himmel und Erde hinſpielenden Trieben raſtlos und unverändert Neues ſchaffende und bildende Geiſt, der Durchathmer und Durchſtrömer der ewig fluthenden und werdenden Welt.

Indem wir nun den tiefen und geheimen Gott anbeten und uns und unſere Welt an ſein groſſes liebendes Herz legen, dürfen wir doch dieſen ſeinen erſten Diener und Markthelfer der mittleren irdiſchen Geſchäfte, Arbeiten und Nöthen nimmer überſehen, ja wir haben draußen, ſobald wir aus den ſtillen Klauſen des Hauſes und Herzens heraus ſind, mit ihm am meiſten zu thun und zu verhandeln.

Dieſer Weltgeiſt ſteht nun da wie der furchtbare Engel des Tages und hat uns Erſtaunten und Verblendeten unſer Paradieſesthor und alle Paradieſespförtchen, die in unſern Garten Eden hineinführten, plötzlich und auf immer verſchloſſen. Er zeigt gleichſam eine neue Erde, welche den meiſten Ausgeſperrten wie eine unendliche und öde Wüſte erſcheint, aber er zeigt auch prächtige Werkſtücke und Gold- und Silber-Berge, aus welchen Mauern und Thore eines neuen künftigen Paradieſes gebaut und ausgeführt werden können. Herolde und Ausrufer hat er in Millionenzahl beſtellt, welche jenes neue Paradies, das alle früheren Paradieſe an Pracht, Glück und Wonne weit hintrr ſich laſſen ſoll, herrlich verkündigen.

Ohne Gleichniß: der Weltgeiſt hat mit Donnern und Blitzen geſprochen, er ſpricht mit Legionen donnernder und blitzender Herolde und Boten. Wie viel Narrheit und Unſinn durch die Reden dieſer Herolde auch ſchreie und tobe, aus allem drm Lärm tönt eine ſchwere und fürchterliche Wahrheit: Ein Paradies iſt auf immer verſchloſſen, ein Zuſtand, worin Viele ſich wie in ihrem Paradieſe glaubten, wie es der Menſch ſich einbildet, wenn er ſich einmal irgend und irgendwo wohnlich eingerichtet und eingelebt hat.

Reden wir klarer, wenigſtens ſo klar, als wir können bei Andeutungen und Zeichen, die uns nur als Andeutungen und Zeichen von Gott gezeigt werden.

Paradies ein geſchloſſener Zuſtand des Friedens und der Freude. Viele ſolcher Paradieſe hat die Menſchenweltgeſchichte gehabt, die geſchloſſen worden ſind.

Zuerſt das Paradies ohne Arbeit, Schuld und Sünde, das himmliſche Ideal des frommen und gottähnlichſten Menſchengeſchlechts. Von dieſer erhabnen Götterfabel haben alle edlere Völker gefabelt.

Zweitens edle Völker haben ihre edlen Zuſtände und Uebergänge gehabt, ihre Paradieſe, die ihnen verſchloſſen und verſchwunden ſind. Viel Herrliches und Großes iſt ſchon vor Moſes nnd Homer geweſen und war ſchon bei den alten Griechen, Römern, Germanen u. ſ. w.

Das dritte Paradies, das, worin wir gelebt haben und aus welchem wir eben ausgeſtoßen werden, was denjenigen, welche leidlich wohnlich und glücklich darin ſaßen, ſchon recht gut und preislich däuchte, war das ſogenannte Vorparadies des Chriſtenthums. Man muß geſtehen, daß in dieſem Varparadieſe beinahe durch zwei Jahrtauſende hin in Bildung und Menſchlichkeit und in Milderung und Linderung von Grauſamkeit und Knechtſchaft von Stufe zu Stufe langſam aber doch ſehr vorgeſchritten iſt.

War dieſes Vorparadies Einigen auch ein Paradies, eben wird es allen geſchloſſen und der Weltgeiſt ſteht wie der feurigſte Engel mit gezucktem Schwerdt vor ſeinem Thore und wehrt den Eingang oder vielmehr den Rückgang, und wir müſſen wie in eine weite Ferne der Zukunft ſchauen, wo und wie ein neues, ein viertes Paradirs gehegt und geſchloſſen werden kann.

Dieſes vierte Paradies wird von vielen der Jetztlebrnden das Paradies des vollendeten Chriſtenthums genannt, der vollendeten Freiheit und Gleichheit auf Erden; ſie erfrechen ſich zu ſagen, Jeſus Chriſtus ſei der große Lehrer des Socialismus und Communismus auf Erden geweſen.

Wir glauben das nicht, wir glauben mit den alten guten Chriſten, daß Jeſus nur die Freiheit und Gleichheit vor Gott, daß er nur die himmliſche Ordnung und die himmliſche Regierung gepredigt hat, daß ſeine Lehre nur das wirken geſollt hat und wirklich gewirkt hat, was von himmliſchen Gedanken in die irdiſchen Gedanken hineinträufeln und das Menſchliche mildern und vergöttlichen gekonnt hat.

Worte ohne Gloſſen und ohne theologiſche Gloſſen. Wir ſind aus jenem chriſtlichen Vorparadieſe heraus, wenn es ein Paradies war. Es iſt ein ganz neuer Zuſtand Europas; auch in unſerem Vaterlande iſt ein Zuſtand, wie früher kein ähnlichrr beſtanden hat: Alle deutſche Menſchen ſind jetzt Freie geworden, wir haben keine Hörigen und Knechte mehr. Die neue Freiheit macht unerhörte und unmögliche Anſprüche an die Welt und an ihre ſogenannten unverlierbaren und unverletzlichen Rechte und Geſetze. In Narren und Schelme machen in ihrem Namen Ueberleitungen, ja Ueberſprünge, welche über das Glück und die Wonne aller fabelhafteſten Paradieſe hinausſpringen; ſie predigen Rechte und Genüſſe, welche dieſe Erde nicht trägt, und ſpotten des Spruches von Adams Segen: Bete und arbeite! als eines veralteten Spruches verkümmerter Knechte.

Für einen ſolchen neuen Zuſtand unſeres Geſchlechts vor dem ſogenannten vierten Paradieſe, für einen ſolchen ungeheuern Durchgang und Uebergang der Geſchichte ſucht unſer Deutſchland nun ein neues Recht und eine angemeſſene Freiheit.

Man verſtehe dieſe Worte in den Sinn, den ſie bei den Verſtändigrn haben. Dieſe Verſtändigen ſagen heute wie vor dritthalbtauſend Jahren des Aeſchylus Prometheus: „Es iſt nur Einer frei, und der heißt Gott.“ Die Freiheit ſelbſt iſt die höchſte Idee des geiſtigen Daſeins, für die irdiſchen Zuſtände überſchwänglich, für den beſchränkten Menſchen unerreichbar; ſie muß auf Erden irdiſch genoſſen, ſie muß zurechtgemacht werden. Die gute dicke Menge, die in dunkeln Begriffen doch immer das Tiefe ausſpricht, braucht die Wörter Recht und Freiheit faſt immer als völlig gleichbedeutend.

Alſo wir ſehen und ſchauen die Werkſtücke umherliegen, woraus die Mauern und Thore, womit wir unſern jüngſten Zuſtand umſchließen wollen, aufgeführt werden ſollen; wir ſuchen eben das

Rechte und Angemeſſene. Gebrochen liegen alle alten Geſetze und Rechte ſeit einem Jahre da, zuſammengeſtürzt und durcheinandergeworfen. Und doch ſieht es nicht ſo troſtlos aus im Vaterlande, als Viele klagen, und wir nehmen es als ein gutes Vorzeichen unſrer Zukunft, daß bei faſt völliger Ungebundenheit und Strafloſigkeit, wie ſie nun über ein Jahr beſtanden, das deutſche Volk wenig ſchwere Verbrechen begangen, daß es mitten in allen Getümmeln ſich doch meiſtens nur an Bäumen, Hirſchen, Rehen und Haſen vergriffen hat. Aber eben weil es alſo ſteht, weil das meiſte Alte zuſammengebrochen da liegt, iſt große Gefahr und Noth da, und dieſe Noth ruft um die geſchwindeſte Hülfe, daß eine geſetzliche Gewalt, daß eine wirkliche deutſche Macht, daß eine Macht der Stärke und Einheit werde, welche die mit allen Flügeln auf allen Winden hinbrauſende Freiheit auf Erden und an die Erde binde, damit ſie nicht mit vielen beſten und edelſten Gütern des Vaterlandes, mit Vielem, was wir aus unſerm zerfallenen alten Zuſtande gern erhalten und retten möchten, hinflattere und ſich und uns im wilden maßloſen Flattern verderbe. Dieſe Noth und das klare Gefühl dieſer Noth ruft darum aus allem Volke *nach einem deutſchen Reich und nach einem mächtigen deutſchen Kaiſer.*

Dies wollte ich ſagen *mit der Rede, die Gott auf Erden ſendet*: dies wollte ich vor allen Andern jenen deutſchen Königen ſagen, die von des Vaterlandes und von ihrer eignen Throne Gefahren nichts geſehen und gehört zu haben ſcheinen, ja ich möchte, wenn ich könnte, es ihnen mit Gottes Donner- und Blitzrede ſagen, damit ſie endlich begreifen, wo ſie ſtehen und wo ſie ſtehen können. *Wahrlich Gottes Wort läuft jetzt ſchnell.* Wehe ihnen, wenn ſie auf den Weheruf des Volkes nach Macht und Ordnung nicht hören, wenn ſie mit ihrem kleinen Wort nicht ſchnell laufen wollen! Wir bedürfen geſchwindeſt eines feſten Zuſtandes, damit das neue Recht, das dieſem Zuſtande angemeſſene Recht, werden und ſich ſetzen und entwickeln könne. In Einem Jahre iſt Rom nicht gebaut, in vielen Jahren kann Deutſchland nach ſechshundertjährigem Schlaf der Ohnmacht und Erſtarrung nur voll und ganz wieder Deutſchland werden; aber jetzt iſt der geſchwindeſte Anfang des Anfangs von Geſetz und Ordnung die gebotene Nothwendigkeit.

Aus der zweiten Kammer.

** **Berlin**, 21. April. Der dritte Paſſus des Antrags von Rodbertus iſt angenommen. Die zweite Kammer hat ſomit eine Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung ausgeſprochen. Das Miniſterium iſt in der Minorität geblieben. Zwar zählt die Majorität nur 16 Stimmen, aber wie froh war das Miniſterium bei der Adreßdebatte, als mit 11 Stimmen die Dezember-Verfaſſung anerkannt wurde. Die Feinde der deutſchen Einheit waren unter denen, welche *gegen* den Antrag ſtimmten, die Ultramontanen (Oſterrath, Schneeweiß, Blömer), ſämmtliche Polen (21). Aber nicht blos dieſe Nationalfeinde, ſondern die edelſten und treueſten Söhne Deutſchlands ſtimmten mit der Minderheit. Nicht als ob ſie das Miniſterium zu unterſtützen gedächten, ſondern weil der Antrag von Rodbertus ſo beſchaffen war, daß auch nach Abwerfung der erſten beiden Punkte genug theoretiſcher Kram blieb, um die heftigſten Gegner der Miniſterpolitik doch zurückzuſtoßen. Es iſt wahr, wir preiſen die Aufopferung derer, welche für Rodbertus votirten, wie z. B. Harkort, Grabow, Lenſing. Doch der Antrag von Rodbertus muthete dem edlen Vincke zuviel zu. Freilich war der Antrag der Kommiſſion, welcher die Miniſterpolitik rügte, nicht in ſtarken Ausdrücken, aber er mied allen doktrinären Streit: und eben ſowohl, ja noch eher konnte Rodbertus weichen, als Vincke. Markten wir nicht in ſo ernſter Stunde, gegenwärtig haben wir einen gefährlichern Feind, und Hr. Rodbertus hat gegen ihn nach beſter Einſicht gekämpft; trüben wir nicht den Sieg. Der Antrag von Rodbertus ging mit 16 Stimmen Majorität durch; vorher war über den Kommiſſionsantrag abgeſtimmt, gegen welchen die Linke und die äußerſte Rechte votirten; dieſer Kommiſſionsantrag enthielt ein Tadelsvotum und forderte die Anerkennung der Reichsverfaſſung und Annahme der Kaiſerwürde; von jener Minorität bei dem Rodbertus'ſchen Antrage ſtimmten hierfür Vincke, Auerswald, Urlichs, Müller, Oſtermann, Heiland und Andere. So blieben denn dem Miniſterium demgemäß die äußerſte Rechte und Herr Camphauſen, der Bruder des Bevollmächtigten. Derſelbe enthielt ſich; Herr v. Vincke ſagte von ihm, daß er, der den Rath gebe, weder anzunehmen, noch abzulehnen, *wahrhaft würdig* ſei, unter den gegenwärtigen Räthen der Krone Platz zu nehmen; in der That eine koloſſale Grobheit! Doch nein, auch die äußerſte Rechte billigt nicht insgeſammt die Miniſterpolitik! Der Beweis iſt offenkundig: Graf Schwerin hatte einen Antrag eingebracht, wonach nun der Augenblick gekommen wäre, die Reichsverfaſſung und Krone anzunehmen; für dieſen Antrag ſtimmten mit Ausnahme von Griesheim, Bismark, Renard, Keller (der ja kein Deutſcher, ſondern ein Schweizer iſt), Elwanger, Kleiſt-Reetzow, Graf Arnim, ſämmtliche Männer der äußerſten Rechten, 79! Mit jenen Ultra's votirten die Hrn. v. Manteuffel und Heydt. Sie ſehen, dieſe Sitzung war von ungemeiner Bedeutung. Jetzt weiß Jedermann, der Einſicht in die Verhandlungen nimmt, daß dieſes Miniſterium ſich an einem Strohhalm hält, — freilich die Bajonnette nicht miteingerechnet! Und wer ſind die Parteigänger des Miniſteriums? Von Hrn. v. Bismark ſagte Vincke ſchon, er könne dem Miniſterium zu dieſem Bundesgenoſſen nicht gratuliren; Hr. v. Bismark erklärte den däniſchen Krieg, an welchem allerdings Graf Arnim unſchuldig iſt, für eine querelle allemande, ja er nannte dieſen Krieg einen Kampf für die Revolution! Alſo auf die winzige Partei der Kreuzzeitung ſtützt ſich jetzt das Kabinet. Denn, während Graf Schwerin die Reichsverfaſſung anerkannt wünſcht, ruft Graf Brandenburg Gott im Himmel zum Zeugen, daß ſie nicht anerkannt werden ſoll. Wir haben alſo notoriſch ein Miniſterium der Ultra's und es gibt nur noch Eine Steigerung, den Verrath an Rußland und die völlige Reſtauration. War das heut' ein Anblick, dieſer Miniſterpräſident von Preußen; jeder Feldwebel repräſentirt mehr als dieſer Generallieutenant von Gottes Gnaden. Stand er doch da mit ſeinem Stück Papier zwiſchen der Krone und dem Volk von Preußen, las kläglich ab und polterte dann eine auswendig gelernte, ihm oktroyirte Phraſe heraus. Nein, Graf Brandenburg, das Andenken dieſer unheilvollen Stunde ſühnen Ew. Excellenz nur an der Spitze einer ſiegreichen Armee, gegenüber auswärtigen Feinden. Und was bedeutete die Phraſe? Die Regierung erkenne die Macht der öffentlichen Meinung an, aber ſie werde nicht das Staatsſchiff den Stürmen dieſer wandelbaren Meinung ohne Steuer preisgeben, „niemals, niemals, niemals“! Solche Intelligenzen, wie dieſe Miniſter, haben nur die Wahl zwiſchen dem Dienſte der öffentlichen Meinung und dem, einer geheimen. Und wie ſie während der tief einſchneidenden Verhandlung da ſaßen, pagodenartig!

Mögen die Miniſter ſo zudringlich ſein, das Erbe Friedrichs des Großen weiter zu regieren. Vielleicht — und wer weiß wie bald — faßt der Nachfolger Friedrichs einen königlichen ſeines Hauſes würdigen Entſchluß und entläßt ſein Miniſterium der Nullen!

Aber Deutſchland? Georg von Vincke, deſſen heutige Rede Alles hinter ſich ließ, was wir von ihm gewohnt ſind, hat mit unwiderleglichen Gründen bewieſen, daß die Pläne der Miniſter nicht nur rechtlich unausführbar, ſondern vollkommen eitel und nichtig auch dem thatſächlichen Erfolg nach wären. Er bezog ſich auf die nirgend desavouirte Nachricht der *Deutſchen Zeitung*; Hr. v. Manteuffel ſtarrte vor ſich hin und ſchwieg, denn es lag ja darin kein „perſönlicher Angriff“! Vincke ſprach es nun aus, daß er die beſten Männer Deutſchlands, wie ſie zu St. Paul tagten, „verachten müßte“, daß ſie „ihre politiſche Ehre mit Füßen treten würden“, wenn ſie auf die vorgeſchriebnen Bedingungen Preußens eingingen. Dazu ſei gar keine Ausſicht. Was gedenke das Miniſterium? Nach Ausſcheiden der Oeſterreicher ſolle das Parlament mit neuem Mandat in Weimar oder Gotha tagen? Wer ſoll das neue Mandat ausſtellen? Das iſt rechtlich ein Nonſens. Aber die Kammern ſollen die Vollmacht geben. „Glauben die Herrn Miniſter, daß auch nur Eine deutſche Kammer ſich dazu hergibt?“ Alſo die Regierungen! „Glauben die Herrn Miniſter, daß von den 29 Regierungen auch nur Eine ſo die politiſche Ehre mit Füßen treten werde?“ So iſt denn die Vereinbarung unmöglich; der Eine Faktor, die Reichsverſammlung iſt nicht zu gewinnen. Solle ſie aufgelöſt und eine neue Reichsverſammlung berufen werden? Durch wen? durch den Bundestag — er exiſtirt nicht mehr. Die Regierungen haben kein gemeinſames Organ, einzeln haben ſie kein Recht wider das Parlament. Und, „glauben die Herrn Miniſter, daß eine der 29 Regierungen die neuen Wahlen anordnen werde?“ So bleibt die Oktroyirung. Hier war es intereſſant, zu hören, was der ſächſiſche Bundestagsgeſandte in der Sitzung der Bundesverſammlung vom 30. März über Oktroyirung geſagt. Aber „glauben die Herrn Miniſter, daß die von ihnen oktroyirte Verfaſſung vom deutſchen Volk, von den 29 Regierungen angenom-

men werden würde?" Niemals! Das ſind die Eventualitäten der miniſteriellen Politik.

Der Freiherr v. Vincke ſtand heut' in einer Geiſtesüberlegenheit dem Miniſtertiſch gegenüber, verbreitete ſich mit einer Klarheit über die dunkelſten Punkte der ſchwebenden Frage, und widerlegte auf das Glänzendſte den Vorwurf, als hindre ſeine ſtrenge Rechtlichkeit ihn die Sachen ſtaatsmänniſch zu erfaſſen. Er ſcheute ſich nicht, der Koalition im Parlament Erwähnung zu thun; dieſe Verſtändigung der Parteien ſei nothwendig und allenthalben vorgekommen; er citirte Franklins Wort. Er erwähnte des allgemeinen Wahlrechts; weit mehr komme es auf die Stimmung des Volks bei dem Wählen an; die Wahlen zu dieſer Kammer wären konſervativer ausgefallen, wenn andre Miniſter da geweſen wären, wenn vier Wochen früher, als noch einige Anerkennung derſelben vorhielt, gewählt worden, und wenn nicht die zahlreichen politiſchen Unterſuchungen angeſtellt worden wären! Die Wahlen im deutſchen Reich wären wahrlich konſervativer ausgefallen, wenn vor 14 Tagen eine andre Antwort ertheilt worden; aber ſie würden jetzt noch konſervativer ausfallen, als wenn noch länger gezaudert würde. Endlich die Sorge um den Reichsrath perſiſſirte Vincke; die 29 Staaten wären doch dabei zumeiſt betheiligt! Ueber das Veto ſagte Vincke ſeine klare Meinuug; doch wie, rief er, ſchätzen Sie die Weisheit, welche ſagt: Wir wollen keine Verfaſſung, als die uns gefällig iſt! Die Reichsverfaſſung iſt nicht vollkommen, aber die vollkommenſte, welche möglich war! Dem deutſchen Volke wird keine ſo werth ſein, als dieſe. Möge Preußen den kleinern Staaten folgen; es hat die Pflicht dazu! Freilich ſein nobile officium war mit Annahme der Verfaſſung voranzugehen! Aber auch jetzt wird es den Königen noch eine heilſame Lehre geben. Welche Pläne Baiern hege, das der Redner nur bezeichnete, ohne es zu nennen, ſei nur zu wahrſcheinlich. Der Vertreter der „Kurſtadt" (Hr. v. Bismark hatte ſich gerühmt, die Kapitale der Mark, der Wiege der Monarchie zu vertreten! Die Wiege Preußens ſteht an der Oſtſee, nicht im märkiſchen Sand, wo die Junker gegen Hohenzollern ihr Blut verſpritzten!) ſprach die Meinung aus, die Souveränetätsgedanken von Frankfurt kämen um ein Jahr zu ſpät. Darauf antwortete Vincke mit einem treffenden Vergleich: Möge die deutſche Bewegung einer ſogenannten „matten Kanonenkugel" ähneln, die ſich nur noch ſchleichend fortbewegt; aber wer es wagt, ſich ihr entgegenzuſtemmen, dem reißt ſie mit furchtbarer Gewalt das Bein hinweg, wenn ſie der Fuß berührt! Ein ſolches Bein iſt unſer Miniſterium! Geiſt und Muth, rief Vincke mit Joh. Müller, ſollen die Loſung Preußens ſein — Geiſt? Muth? Gibt es eine größere Ironie darauf, als dies Miniſterium? Sein Geiſt iſt muthlos und ſein Muth iſt geiſtlos!

Ein Brief von den Philippinen.

>Manila, 17. Febr. In einem kleinen Leſeklub halten wir hier ſeit Kurzem die Augsb. Allg. Zeitung und bleiben ſo wenigſtens von den allgemeinen Vorfällen unterrichtet. Tief bewegt haben uns die Ereigniſſe in Frankfurt und in Wien, dieſe troſtloſen Exzeſſen der Demokratie und das ihr faſt gleichkommende Treiben der Säbelherrſchaft. Solche Erſcheinungen konnten indeß nach der ſo lange herrſchend geweſenen Bevormundung und der hinzukommenden bundestäglichen Vernachläſſigung, vereinigt mit manchen unglücklichen Tendenzen der Zeit, nicht ausbleiben. Gelingt es den Frankfurtern die Sache zum guten Ende zu bringen, ſo werden wir in der Ferne lebenden Söhne des Vaterlandes ihnen wahrlich am meiſten dankbar ſein. Ich möchte die Frankfurter Herren und manche Andere hieher oder nach andern Colonien verſetzen können. Dann erſt würden ſie einen Begriff von der auch für jeden Einzelnen ſegensreichen Größe und Macht Englands bekommen, wie man ihn in Deutſchland, vielleicht in England nie erhalten kann. Während wir Deutſchen und Franzoſen uns in unſeren kleinlichen Geſchäften vom Morgen bis zum Abend abquälen müſſen, und überall auf die größten Schwierigkeiten, oft Unmöglichkeiten ſtoßen, machen die Engländer, unterſtützt durch ihre Inſtitutionen und deren Einwirkung auf Induſtrie und Handel, ihre coloſſalen und reichen Verdienſtſpenden der Geſchäfte mit der größten Leichtigkeit, gewiſſermaßen die Welt, wenigſtens die handelnde, dominirend.

Deutſchland.

§ **Leipzig**, 22. April. So hat denn in Berlin der politiſche Unverſtand das Wort geſprochen, welches wahrſcheinlich auf Jahrzehnte Deutſchland in unabſehbare Wirren ſtürzt. Preußen hat den 28 Regierungen, die ihm mit einem vertrauensvollen Antrag nahen, einen Korb gegeben, und ein unüberwindlicher Widerwillen wird, wie es in ſochen Fällen zu geſchehen pflegt, wahrſcheinlich die Folge davon ſein. Dieſer Widerwillen wird aber in gleichem Maaße die Regierungen von Baiern, Sachſen, Hannover und Würtemberg treffen, welche mit ſchacherndem Zögern die preußiſche Unentſchloſſenheit verſtärkt haben. Hat wohl je ein großes Volk eine ärgere Schmach erlebt? Es war der Augenblick für eine Kryſtalliſation, die die ſchönſte Bildung verſprach, und eine tölpiſche Hand fährt hinein, um Alles in das Chaos zurückzuwerfen. Eine ſolche Rede würde man kaum einem Korporal verzeihen, wie ſie ein preußiſcher Miniſter ſich nicht zu ſprechen ſcheut, wo es ſich um die ganze Zukunft des Vaterlandes handelt. Nichts hat im vorigen Jahre das Volk mehr aufgeregt, als die vielverbreiteten Worte: „Eure Fürſten haben Euch 33 Jahre lang betrogen; wie könnt Ihr glauben, daß ihnen plötzlich zu trauen ſein werde?" Allmälig hatte man ſich beruhigt, und dieſe Erinnerung war etwas verdunkelt durch die neueſte Erfahrung, daß auch die Demokraten es an Lügen nicht fehlen ließen. Aber man muß das deutſche Volk für ganz ſtumpf und thöricht halten, wenn man glaubt, es werde ſich nochmals, wie 1815, das alte Spiel öſterreichiſchen Truges und preußiſcher Schwäche und Beſchränktheit, unterſtützt durch das dynaſtiſche Intereſſe kleiner Könige gefallen laſſen. Heute gehörte doch mehr als Metternich dazu, um ſolche bewundernswürdig ſchlechte Abſichten durchzuführen. Man hätte nur zwei Wege, entweder ohne Preßfreiheit und ohne Konſtitutionen ein Säbelregiment, was bekanntlich nur kurze Zeit gut thut, oder Erhaltung der einzelnen Konſtitutionen und der Preßfreiheit ohne die verlangte Einheit. In letzterem Falle würde ſich für dieſe auf geſetzmäßigem Wege ein unausgeſetzter Kampf erheben, der die Einzelregierungen bis zum Hinſterben ſchwächen müßte. Aber für jetzt wird das deutſche Volk zu ſeiner Reichsverſammlung halten, und kein höheres Gebot kennen, als das Ihrige. Es iſt ein harter Fall für Männer, die neben der deutſchen Einheit mit aufrichtiger Ueberzeugung an dem Prinzip der konſtitutionellen Monarchie gehangen haben, und von dieſem ſo treulos verlaſſen werden.

Niederland.

** **Haag**, 20. April. Die Holländer lieben es über ihre und die britiſche Herrſchaft in Aſien Vergleichungen anzuſtellen, wenn ſich ihnen dazu, wie gegenwärtig, günſtige Gelegenheit darbietet. Noch immer ringt dies kleine Land, die Ecke die den Meeren abgekämpft, in Gedanken mit dem mächtigen Albion um die Palme in Oſtindien. Wie verzeihlich! Schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts hatte Niederlands Macht und Anſehen in Indien den Höhepunkt erreicht; England hat dort erſt ſeit einem Jahrhunderte ſeine Größe gegründet und beſonders erſt ſeit den letzten 25 Jahren wahrhafte Rieſenſchritte zur Ausdehnung ſeiner Macht gethan. Vor dem britiſchen Zepter beugen in Aſien ſich über 100 Millionen Menſchen; auf den oſtindiſchen Inſeln zählt Niederland 25 Millionen Unterthanen. Das holländiſch-oſtindiſche Eilandgebiet iſt eines Theils weniger dem unmittelbaren Einfluſſe der Ereigniſſe ausgeſetzt, welche die benachbarten Völker berühren, andern Theils aber mehr dem Einfluſſe offengeſtellt, welchen fremde Schiffahrer auf die Bewohner auszuüben ſuchen. Auf dem zuſammenhängenden britiſchen Gebiete können die unter dem Drucke der britiſchen Herrſchaft ſeufzenden oder dieſelbe fürchtenden Völker ſich zum gemeinſamen Widerſtande leichter die Hand reichen. Hat England mehr von innen für ſeine weiten Beſitzungen zu fürchten, ſo Holland mehr von außen, von neidiſchen Nebenbuhlern, unter denen die Briten wiederum obenanſtehen. Während der letzten 25 Jahre iſt in Holländiſch-Indien die niederländiſche Herrſchaft von innen nur einmal ernſtlich bedroht worden durch den Aufſtand von Diepo Negoro. Wie bedenklich ſtand es dagegen für die britiſch-indiſche Herrſchaft verſchiedene Malen noch in den letzten Jahren! Wir erinnern nur an die Niederlage in Afghaniſtan und ſelbſt an die gegenwärtigen Begebniſſe im Siebenſtromland. Unſäglich koſtſpielig und mühſam iſt das Kriegführen auf tauſende Meilen Entfernung vom Mutterlande, obendrein in einem tropiſchen Klima. Jeder europäiſche Soldat, bevor er auf Java Dienſt thun kann, hat der Regierung viele hundert Gulden gekoſtet, und für Britiſch-Indien laufen die Ausgaben noch höher. Die niederländiſche Regierung ſucht daher ſo viel thunlich Alles zu vermeiden, was einen Krieg herbeiführen kann; ſie operirt lieber mit Geſchenken und Auszeichnungen der

Großen des Landes als mit Waffen, denn jene koſten doch noch immer weniger als ein auch nur vorübergehender Kampf. Es iſt das eine Art Korruption; aber die Habſucht der Großoffiziere und Großbeamte der engliſchen Kompagnie wird auf dem Feſtland umgekehrt oft die Urſache von Kriegen, indem die indiſchen Fürſten häufig große lockende Schätze aufgehäuft, reſp. ihren armen Unterthanen abgepreßt haben. Lord Clive war nicht der einzige „Nabob." So ſollen ſelbſt die von Runſchit-Singh hinterlaſſenen ungeheuern Schätze mit als Stachel zur Unterjochung ſeines Reiches gedient haben. Im Jahr 1846 ſah ſich Niederland genöthigt, Krieg gegen den Fürſten von Bali zu führen, der nicht ablaſſen wollte, ſcheiternde Schiffe zu plündern, die Schiffbrüchigen in Sklaverei zu ſchleppen, den Handel zu ſtören, überhaupt dem niederländiſchen Gouvernement Widerſtand entgegenzuſtellen. Im Juni jenes Jahres ward Bali beſiegt; doch die Fürſten hielten die Friedensbedingungen nicht und übten von neuem Strandraub. Der Krieg begann wieder, doch jetzt hatte man Bali's Streitkräfte unterſchätzt, die niederländiſche Macht von 3000 Mann, nachdem ſie ſich tapfer geſchlagen, mußte ſich aus Mangel an Kriegsbedarf zurückziehen. Den neuen Kriegszug gegen Bali ſoll Herzog Bernhard von Sachſen Weimar befehligen; auch ſind viele Freiwillige, unter Anderm deutſche Freiſchärler, die im vorigen Jahre gegen die Dänen gekämpft haben, nach Java abgegangen. Die zweite Kammer der Generalſtaaten hat ihre Sitzungen wieder eröffnet und beſchäftigt ſich mit ihrer neuen Geſchäftsordnung, ohne Belang für das Ausland. Die beiden Kammern ſind inzwiſchen, wie das neue Grundgeſetz vorſchreibt, vom Könige zu einer öffentlichen und vereinigten Sitzung behufs der feierlichen Ablegung ſeines Eides auf die Verfaſſung und ſeiner Huldigung berufen, welche Feſtlichkeiten am 12. Mai in der neuen Kirche zu Amſterdam ſtattfinden werden. Die Beeidigung des neuen Fürſten ſoll nach der Verfaſſung „ſobald als möglich" ſtattfinden; erſt nachdem der König den vorgeſchriebenen Eid auf das Grundgeſetz abgelegt hat, empfängt er die Huldigung der Generalſtaaten „im Namen des niederländiſchen Volkes." Doch hat man die Truppen und die Bürgerwehr (Schutterei) jetzt bereits dem König den Eid ablegen laſſen. Geſetzt aber, was hier nicht der Fall ſein wird, doch in Hannover der Fall war, der König weigerte ſich ſpäter den Eid zu leiſten — was dann? Die Beeidung, beſonders der Schutterei, an deren Spitze Prinz Heinrich geſtellt worden, „um die Einheit der Seemacht mit der Landmacht herzuſtellen," hat mit allem militäriſchen Prunk ſtattgefunden, und der König hat dabei nicht ermangelt, jedesmal ziemlich einförmige und ſteife Anreden an die „Herren Offiziere, Unteroffiziere und Mannſchaften der Schutterei" zu halten. Alle Behörden, Korporationen, die wichtigern Vereine, alle Religionsgeſellſchaften wetteifern in öffentlichen Beweiſen ihrer Loyalität, und dieſe faſt übertriebenen Darbringungen dürften kaum vor der großen Huldigung ihr Ende erreichen. Das bedeutendſte Feſt zum Andenken an Wilhelm II.*) feierten die fünf vereinigten Freimaurerlogen von Amſterdam im dortigen Odeon. Der pekuniäre Nachlaß des verſtorbenen Königs ſoll ſich in etwas ungünſtigem und wirrem Zuſtande befinden, ſo daß die Erben Bedenken tragen, ohne Weiteres in denſelben einzutreten. Ein Hauptausſchuß für die Errichtung eines „des unvergeßlichen" Königs würdigen Denkmals im Haag hat einen Aufruf an alle Niederländer erlaſſen. Dem Prinzen Friedrich, Ohm des Königs, iſt als Feldmarſchall die Oberaufſicht über alle Waffenkörper des Heeres, inſonders die Großmeiſterſchaft über das Genie- und Artillerieweſen und die Militär-Akademie übertragen. An Orden regnet es, Niederland ſoll „ritterlich" bleiben.

Belgien.

** **Brüſſel**, 20. April. Die Repräſentantenkammer hat ihre Arbeiten wieder aufgenommen und ſich zunächſt mit den Anträgen der Herren Mercier und Carls beſchäftigt, welche auf eine neue Umgeſtaltung des Zuckergeſetzes ſich beziehen. Der Finanzminiſter ſchlug ein Amendement dazu vor, wornach die Abgabe von Mohrzucker von 45 auf 48, die von Rübenzucker auf 40 Fr. die 100 Kil. erhöht, zu gleicher Zeit aber der Termin für den den Raffinnerieen zugeſtandenen Kredit verkürzt wird. Die Centralabtheilung hat über dies Amendement Bericht zu erſtatten. Heute hat die Kammer dem vom Senat amendirten Entwurf zur Poſtreform mit 41 gegen 26 zugeſtimmt. Das Budget der öffentlichen Schuld für 1850 beträgt 35,763,399 Fr., was 3,757,512 Fr. mehr iſt als im Jahre vorher. Die Zinſen für die gezwungenen Anleihen (nach den Geſetzen vom 26. Febr. und 6. Mai 1848) belaufen ſich auf 1,888,400 Fr. Das Budget der Penſionen ſteigt auf die Summe von 5,543,000 Fr., 236,481 mehr als im vorigen Budget. Ein königlicher Beſchluß ertheilt für jede Provinz die Ermächtigung zur Einrichtung von Verſorg- und wechſelſeitigen Hülfskaſſen, zu deren Begründung der Staat 30,000 Fr. hergibt. Ein anderer Beſchluß geht auf Bildung einer Kommiſſion beim Miniſterium des Innern, welche zur Aufhülfe der arbeitenden Klaſſen Unterſuchungen anſtellen und darauf geſtützt einen Geſetzentwurf zur Bildung einer allgemeinen Verſorgkaſſe und einer Penſionskaſſe entwerfen ſoll. Betreffend das jüngſt entdeckte Komplot, ſollen die Beſchuldetſten ernſtlich genug gravirt ſein, um beinahe alle vor die Jury verweiſen zu werden. Hr. Proudhon, der ſich in ſeinem neuen handelspolitiſchen Teſtament, in Abwartung des Augenblicks zur Verwirklichung ſeiner Phantaſieen, vorläufig ſelbſt als „Commis-Voyageur der Volksbank, außer Landes" angeſtellt hat, befindet ſich in Bergen (Mons), von wo er ſchreibt, daß er vor dem hohen Gerichtshofe erſcheinen werde.

Griechenland.

** **Athen**, 8. April. Während des Gottesdienſtes, welcher zur Feier des Revolutionsfeſtes vom 25. März in Gegenwart des königlichen Paares gehalten wurde, ſind in der Kirche Zettel ausgeworfen worden, worauf die Worte ſtanden: Krieg oder Republik (*ἐκστρατεία ἢ δημοκρατία.*)

Im Verhältniſſe zum wachſenden ruſſiſchen Einfluß wird das Geſandtſchaftshotel beſucht. Hr. Perſiani pflegt Verſöhnung und Einigkeit zu preiſen. Kaum hatte er letzthin ausgeſprochen, als zum nicht geringen Erſtaunen des anweſenden Premier, Gegenadmiral Kanaris, Jemand die Nachricht brachte, die Oberſtlieutenante Skaravelis und Spiliotopulos, Kanaris Freunde und Septembriſten gleich ihm, ſeien vom Kriegsminiſter Mauromichalis aus Athen verwieſen. Schöne Einigkeit und Verſöhnlichkeit! Wenn beide Herrn ſchreiben könnten, dürfte man ſie füglich wie der Miniſter des Königs Max Sekretäre des Hofes nennen; konſtitutionelle Miniſter ſind die griechiſchen ebenſowenig als die bairiſchen.

Nachdem die Kretenſer-Kolonie Minoa des Rechtes vertreten zu ſein durch die autochthoniſche Mehrheit beraubt worden iſt, beräth die Kammer das Budget mit ſo größerer Muße, als ſie der Regierung einen proviſoriſchen Kredit für das zweite Trimeſter des laufenden Jahres bewilligt hat.

Zum Polizeipräfekten iſt der frühere Gouverneur und Präfekt Monaſtiriotis, ein langjähriger treuer Diener des Syſtems, ernannt. Zu einem der Polizeikommiſſäre von Athen jener Striphtopalos, der in Patras die mit Kapitulation abziehenden Rebellen des Hauptmann Merendilis bis an Bord des Spit-Fire beſchießen ließ, und hierdurch den letzten widrigen Notenwechſel und den Befehl Lord Palmerſtons veranlaßte: jede fernere Beleidigung der engliſchen Flagge alsbald mit Kanonenkugeln zurückzuweiſen. Was von der Regierungspolizei zu erwarten, darüber werden auch den Optimiſten dieſe Ernennungen aufklären.

Major Zinos weilt noch mit ſeiner mobilen Kolonne in Böotien, ohne bis jetzt dieſe Provinz von Räubern geſäubert zu haben. Seine wenigen Freunde verſichern, es werde ihm von gewiſſen Mächtigen des Tages entgegengearbeitet, in deren Intereſſe die Ausrottung des Straßenraubs nicht liege. Dieſes Mißlingen ſcheint den harten Mann vollends entmenſcht zu haben. Es ſind in den unabhängigen Blättern Klagbriefe zu leſen: Zinos bediene ſich gegen der Hehlerei Verdächtige ſeiner alten Erforſchungsmittel der Wahrheit, als: Hirtinnen unter ſeinen Soldaten über Berg und Thal mitſchleppen, Hirten vor der Einkerkerung mit dem Beile die Schultern zerſchlagen, Mönchen den Bart abbrennen, friſchgeſottene Eier in die Achſelhölen legen, Zapfen antreiben, Katzen in das türkiſche Frauenbeinkleid ſetzen.

---

*) Den wakk'ren Vorst, den trouwen Koning,
Der Helden nazaat, Held als zy,
Hem, waardig onze rouwbetooning,
Herdenken en betreuren wy.
Hy heeft voor Neêrlands eer gestreden,
Hy heeft geleefd voor Neêrlands heil;
Voor Neêrland had hy zijn gebeden,
Zijn tijd, zijn bloed, zijn leven veil.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 115. Frankfurt a. M., Donnerſtag 26. April. **1849.**

Ueberſicht.

Die konſtitutionelle Monarchie und das preußiſche Miniſterium.

Deutſchland. Wien (Der engliſche Geſandte plötzlich nach London. Nugent durch Caſtiglione erſetzt. Ein allgemeiner Angriff Welden's bei Gran erwartet. Zur Charakteriſtik der ungariſchen Kriegsführung. Kaiſerliches Handſchreiben wegen des Grafen Eugen Zichy. Fürſt Windiſchgrätz und die Barone Welden und Jellacic. Amtliche Bekanntmachungen. Reorganiſation der Miniſterien. Der Ehrenſäbel für Radetzky. Welden's Proklamation.) Prag (Statue für Radetzky. Die erwartete ruſſiſche Intervention. Verbindung Bakunins mit den Dresdner Demokraten zum Zweck czechiſcher Umtriebe.) Berlin (Die Allerweltstüpen. Verhandlungen der zweiten Kammer.) Stuttgart (Das Schwanken des Königs. Kammerſitzung vom 24. April.) Leipzig (Die ſächſiſche Regierung und das preußiſche Miniſterium Brandenburg-Manteuffel-Arnim.) Aus dem Hannöveriſchen (Das Miniſterium und die Stände.) Aus dem Badiſchen (Die rothen Zugvögel.) Freiburg (Hochverrathsprozeß.) Weimar (Der Erbprinz nach Schleswig.) Flensburg (Der Krieg im Norden.) Aus dem nördlichen Schleswig (Die letzten Ereigniſſe.) Auf den Düppeler Schanzen (Spaßhafte Expedition.)

Großbritannien. London (Miniſterielle Erklärungen im Parlament über das däniſche Ultimatum, die ſicilianiſche Angelegenheit, die Türkei und die franzöſiſche Expedition. Palmerſton'ſcher Humor.)

Frankreich. Paris (Abmarſch zweier Regimenter von Paris. Die Entſchädigung der Sklavenbeſitzer. Vorgeblicher Einmarſch der Franzoſen in Savoyen. Die Expedition nach Civitavecchia. Die Verhaftung der Unteroffiziere.)

Italien. Aus Mittelitalien (Die Räumung von Pontremoli. Der Herzog von Parma.) Mailand (Fürſt Paskewitſch überbringt Radetzky den ruſſiſchen Feldherrnſtab.) Rom (Die Wirkung der neueſten Ereigniſſe.) Neapel (Jubel über die Erfolge in Sicilien.) Florenz (Livorno beruhigt ſich. Abberufung der Agenten. Manzini im Sinken. Manzoni's Abreiſe.)

Schweiz. Bern (Note der franzöſiſchen Regierung wegen der deutſchen Flüchtlinge.)

---

25. April.

Der König von Würtemberg hat nachgegeben in der eilften Stunde. Seine Erklärung lautet:

„Se. Majeſtät der König von Würtemberg nimmt in Uebereinſtimmung mit ſeinem Miniſterium die deutſche Reichsverfaſſung einſchließlich des Kapitels über die Reichsoberhauptsfrage und der im Sinne dieſer Verfaſſung zu verwirklichenden Löſung derſelben ſammt dem Reichswahlgeſetze unter der ſich von ſelbſt verſtehenden Vorausſetzung an, daß dieſelbe in Deutſchland in Wirkſamkeit trete.

Zugleich ſoll der würtembergiſche Bevollmächtigte dahin inſtruirt werden, zu erklären, daß die würtembergiſche Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, wenn Se. Majeſtät der König von Preußen, welcher das Erbkaiſerthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umſtänden ſich für jetzt mit Zuſtimmung der deutſchen Nationalverſammlung an die Spitze Deutſchlands ſtelle."

So groß iſt aber das Mißtrauen des Volkes, ſo ſehr iſt es ſeit einem Menſchenalter und beſonders in dieſem letzten Jahre daran gewöhnt worden, königliche Worte gedreht und gedeutelt zu ſehen, daß es mit gar keiner Vorausſetzung, auch nicht einmal mit einer ſogenannten ſich von ſelbſt verſtehenden zufrieden geben will. Das Miniſterium hat erklärt, es ſei anzunehmen, daß der König auf dieſem Zuſatz, der ihm gleich Baden wenigſtens einen Vorwand zum Zurücktritt geben kann, kein Gewicht legen würde.

Wir wünſchen dem Könige von Würtemberg Glück, daß er auf den geſetzlichen Weg wieder eingelenkt hat. Er hatte ihn bereits verlaſſen. Er hatte in öffentlichen Angelegenheiten Erklärungen und Dekrete erlaſſen, für welche ſich kein verantwortlicher Miniſter fand, der ſie gegenzeichnete. Das war kein wohlüberlegter Schritt; hätte der König ihn überlegt, ſo würde er gefunden haben, daß er ſich dadurch ſeiner Unverantwortlichkeit entkleidete. Ja, noch mehr. Es ſteht jetzt amtlich feſt, daß würtembergiſche Truppen, welche im Badiſchen Lande als Reichstruppen waren, ohne Vorwiſſen des würtembergiſchen, ohne Vorwiſſen des Reichs-Kriegsminiſters an die würtembergiſche Grenze gezogen ſind. Der König von Würtemberg verließ ſeine Hauptſtadt bei Nacht und muſterte ſeine Truppen in Ludwigsburg. — Aber gottlob, er hat in der letzten Stunde den Wünſchen ſeines Volkes nachgegeben, die ſich ſo einſtimmig äußerten, daß ihnen nachzugeben, die unbedingte Pflicht des Königs war.

Denn worin beſteht der Unterſchied zwiſchen unumſchränkten Königen und Königen, welche verfaſſungsmäßig regieren? Müſſen wir es immer von Neuem wiederholen? Darin, daß ein Volk, das eine Verfaſſung hat, nach ſeinem eigenen Willen regiert wird. Es hat eine geſetzmäßige Weiſe, ſeinen Willen auszuſprechen: durch die Volksvertretung. Allein das iſt nicht der einzige geſetzmäßige und herkömmliche Weg. Es iſt herkömmlich und gebräuchlich, daß in wichtigen Angelegenheiten das Volk ſelbſt aller Orten ſeinen Willen kund gibt, durch die Preſſe, durch die Vereine, durch die Verſammlungen. Es iſt gewiſſermaßen eine Probe, welche angeſtellt wird, ob die Abgeordneten des Volkes auch wirklich die Meinung des Volkes getroffen haben und iſt für die Regierung ſelbſt in doppelter Weiſe von Nutzen. Zuerſt dient eine ſolche unzweideutige Kundgebung zu dem nämlichen Zwecke, zu welchem die Auflöſung der Volksvertretung dient oder doch ſtets dienen ſollte: den wahren Willen des Volkes zu ermitteln, und anderer Seits dient die laute Volksſtimme dazu, um die Stärke jenes Willens zu meſſen. Durch dieſe geſetzliche Agitation, durch jenen den Himmel zerreißenden, über das Meer dringenden Ruf der Millionen war es, daß der große iriſche Agitator ſelbſt den eiſernen Herzog beugte und die Rechte Irlands auf geſetzlichem Wege durchſetzte. Auf ſolche Weiſe haben ſich auch die Engländer ſelbſt die Reform ihrer Verfaſſung ertrotzt. Sie riefen: Die Reform! Die ganze Reform! Und nichts als die Reform! wie wir jetzt rufen und rufen müſſen: Die Reichsverfaſſung! Die ganze Reichsverfaſſung! Und nichts als die Reichsverfaſſung!

Wenn eine Regierung einem entſchieden und einmüthig ausgeſprochenen Willen eines ganzen Volkes ſich dennoch widerſetzt, wenn ein konſtitutioneller Miniſter, wie der preußiſche Miniſter Graf Brandenburg, ſagt, er beachte die öffentliche Meinung nur „wie des Meeres blind empörte Wellen", nämlich um ſie zu bekämpfen, oder gar, wie ebenfalls jetzt in Berlin geſchieht, ſich rühmt: „Wir regieren hier mit der Minderheit, nicht mit der Mehrheit!" ſo zeigt ein ſolcher, daß er von einer verfaſſungsmäßigen Regierung keinen Begriff hat; er betritt den Boden der Geſetzloſigkeit und es handelt ſich bloß noch darum, ob das Volk ihm auf denſelben folgen will.

In der That, das jüngſte Regiment in Preußen iſt nur eine Parodie von konſtitutionellem Leben geweſen. Das Miniſterium Manteuffel-Arnim war unkonſtitutionell von Anbeginn und iſt es in dieſem Augenblicke mehr als je. Das mächtige engliſche Miniſterium tritt zurück, wenn ihm aus irgend einer Abſtimmung, oft in unbedeutenden Dingen, klar wird, daß es auf keine feſte Mehrheit im Parlamente zählen kann. Dieſes Miniſterium erleidet in den wichtigſten Angelegenheiten Niederlage auf Niederlage und ſteht immer munter wieder auf, wie ein auf der Bühne ermordeter Schauſpieler; es zeigt, daß ihm das ganze konſtitutionelle Leben eine Poſſe iſt. Aber wie jetzt die Dinge ſtehn, kann ſich die Poſſe in ein furchtbares Trauerſpiel verwandeln.

Das preußiſche Miniſterium hat in der wichtigſten Frage, in der Lebensfrage des preußiſchen Staates eine Niederlage erlitten, welche weit größer iſt, als die Mehrheit von 16 Stimmen gegen das Miniſterium anzudeuten ſcheint. Es iſt geſtern in dieſen Blättern nachgewieſen, daß in der deutſchen Frage ſelbſt die äußerſte Rechte in der zweiten Kammer, mit Ausnahme des Junkers v. Bismarck und einiger wenigen andern Edlen, die Nothwendigkeit eingeſehen und durch ihre Abſtimmung zu erkennen gegeben hat, daß die deutſche Reichsverfaſſung, wie ſie iſt, angenommen werde. Graf Brandenburg erklärt, er werde das niemals, niemals, niemals thun. Folglich, der Schluß iſt ſonnenklar, ſollte es wenigſtens ſein, folglich muß es ein Anderer thun.

Wir wollen hier nicht alle die Gründe auseinander ſetzen, weßhalb dieſes Miniſterium ſchon längſt hätte abtreten ſollen. Aber es ſind zu den alten Sünden deſſelben neue hinzugekommen. Daß die öſterreichiſche Note vom 8. April noch nicht beantwortet iſt, iſt freilich ein Schimpf für Preußen. Aber ſeine Ehre iſt noch empfindlicher gekränkt worden in den Friedensverhandlungen über Schleswig. Wir haben in dieſen Blättern ſchon wiederholt hingedeutet auf dieſe verſchwiegene Schmach. Geſtern hat der Abgeordnete Francke, der als Schleswig-Holſteiniſcher Bevollmächtigter unterrichtet ſein muß, ſie aller Welt enthüllt. Wir ſind in Stande, die beredten Worte deſſelben hier wortgetreu folgen zu laſſen:

„Es iſt oft hier von dem Kampf, den Deutſchland mit Dänemark führt, die Rede geweſen; es liegt in meiner Abſicht und ich halte es für meine Pflicht, hier mit einigen Zügen ein Bild aufzurollen, wie das preußiſche Kabinet in der deutſch-däniſchen Sache ſich benommen hat und ſich noch bis zum Augenblicke benimmt. Wir wiſſen, in welcher nichtsſagender, Menſchen und Gut aufreibender Weiſe im vorigen Jahre der Krieg geführt worden iſt, wie durch dieſe Kriegsführung eine Erſchlaffung eintrat, die allerdings auch der deutſchen Sache ſchädlich geweſen iſt, man ſollte glauben, daß nach ſolchen Vorfällen, und nachdem mit einer Inſolenz, die vielleicht in politiſchen Geſchäften noch nicht vorgekommen iſt, von Seiten Dänemarks Anforderungen geſtellt worden ſind, auch in dem preußiſchen Kabinet eine Mannheit ſich zeigen würde, in einem Kabinet, das über die glänzendſte und tapferſte Armee zu gebieten hat, die Deutſchland aufzeigen kann. Die däniſche Regierung, wie die Zeitungen mehrfach berichtet haben, machte Anforderungen, die darauf hinausgingen, die Beſchlüſſe der Reichs-Verſammlung völlig zu vernichten und zu untergraben; ſo wurd von ihr wiederholt verlangt, daß Deutſchlands und Schleswigs Rechte gekränkt würden. Ich übergehe die einzelnen Stadien und komme zum Ultimatum. Es wurde verlangt, daß Schleswig getrennt werde von Holſtein, daß Dänemark eine Regierung einſetze, daß 4000 Dänen Schleswig beſetzen, daß die deutſche Nation Truppen ſchicke nach Holſtein, um Dänemark gegen die ſchleswig-holſteiniſchen Rebellen zu helfen. Von däniſcher Seite begreife ich das; ich bin lange gewöhnt an däniſche Verblendung und Inſolenz, an ſolche beleidigende Zumuthungen; aber ich frage Sie: hätte irgend ein Kopf — von Herzen ſpreche ich nicht bei dem preußiſchen Kabinet — es über ſich gewinnen können, zu erklären: „dieſe Vorſchläge ſind annehmbar" — das hat der preußiſche Miniſter Graf Arnim erklärt und jetzt zur Stunde mitten im Kampfe erklärt er daſſelbe. (Allgemeiner Ruf: Pfui!) Das iſt nicht Verrath an der ſchleswig-holſteiniſchen Sache, das iſt geradezu Verrath an der deutſchen Nation. (Bravo!) Es läßt ſich nicht anders bezeichnen, es ſteht nicht an der Grenze des Verraths, es iſt Verrath! (Bravo!) Ich führe das hier an, um zu zeigen, daß die Fürſten, umgeben von ſolchen Rathgebern, in ſchlechten Händen ſind, und daß man die Berliner Kammer unterſtützen muß mit der ganzen Gewalt dieſes Hauſes und aller Macht, damit dieſes Miniſterium beſeitigt werde. Sie wiſſen, meine Herren, daß Zweifel obwalteten über die Verlängerung des Waffenſtillſtandes, die Zeitungen haben das ausführlich dargeſtellt. Mitten in dieſen Zweifeln und ohne irgend eine poſitive Gewißheit zu haben, läßt der preußiſche Miniſter Graf Arnim verkünden, daß der Waffenſtillſtand bis zum 15. April dauere. Und was iſt die Folge? Zahlreiche deutſche Schiffe ſind den Dänen in die Hände gefallen, mecklenburgiſche und auch preußiſche. Wer iſt die Urſache? Das preußiſche Kabinet. (Zuruf: Sehr gut.) Wenn man ſich fragt, meine Herren, warum werden Familienbande zerriſſen, warum ſehen Mütter weinend ihren Söhnen nach, warum kämpft man in den nördlichſten deutſchen Gauen, warum werden Linienſchiffe mit Hunderten von Menſchen in die Luft geſprengt, warum die Düppeler Schanzen im blutigen Kampfe erobert, warum opfert Deutſchland das Theuerſte, was es beſitzt? Meine Herren, ich will es Ihnen aber ſagen, weßhalb der Graf Arnim kämpfen läßt, — um Schleswig von Holſtein zu reißen! (Allgemeines: Pfui!) Meine Herren, wenn ſo die Sachen ſtehen und die Umſtände ſo klar darlegen, daß Männer, welche denjenigen umgeben, der die Spitze des deutſchen Reichs bilden ſoll, von ſolchen Geſinnungen erfüllt ſind, ſo iſt keine Hoffnung für Deutſchland, als bis ſolche Männer andern Platz gemacht haben."

So klar, ſo ſcharf, ſo vernichtend ſprach der Bevollmächtigte der ſchleswig-holſteiniſchen Regierung, und wenn wir ſeiner ausgezeichneten Rede noch etwas hinzufügen möchten, ſo iſt es dies, daß jener Arnim die Stirn gehabt hat zu behaupten, er habe keinen Grund zu glauben, daß in Folge jenes Verſehens Schiffe genommen wären!

Es iſt ein ſchlimmes Zeugniß für die preußiſche Regierung, daß auch nur ein Zweifel obwalten kann, ob die Miniſter bei ſolchem offen zu Tage liegenden Zwieſpalt mit der ungeheuren Mehrheit der Volkskammer, um nicht zu ſagen des Volkes nicht bereits andern Männern Platz gemacht haben. Wir wiſſen, worauf ihr unheilvolles Zutrauen beruht. Sie haben ſchon einmal der öffentlichen Meinung mit Erfolg getrotzt. Es dünkt ihnen ſo leicht, wie Gewitterwolken gegen den Wind zu ziehen! Aber ſie vergeſſen ganz, daß ſie jenen Sieg nicht erfochten haben würden, hätte die öffentliche Meinung ſich nicht von ihren Gegnern durch deren Fehlgriffe abgewandt. Sie ſchreiben den Erfolg ihrer Entſchloſſenheit zu, dem doch nur die Hälfte des Verdienſtes gebührt und wiegen ſich in eine trügeriſche Sicherheit. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten! ſagte neulich ein ſehr Hochgeſtellter. Das iſt die Lehre, welche das vorige Jahr mir gegeben hat!" Aber die Lehre iſt ja ſchon ſehr alt, wie er von ſeinem Lehrer Niebuhr erfahren haben wird. Septimius Severus gab ſie ſeinen Söhnen beim Sterben. „Stützt Euch auf die Soldaten, ſagte der rauhe Kaiſer auf ſeinem Todtenbette, und achtet alles andere für nichts!" Der älteſte Sohn befolgte dieſe Lehre, und ſein Name iſt — Caracalla! Nein, der König von Preußen wird keine Gewaltherrſchaft ausüben wollen, ſondern nur eine geſetzliche. Dann muß er ſein Miniſterium entlaſſen.

Deutſchland.

Wien 20. April. Der engliſche Geſandte iſt heute von hier nach London abgereiſt, wohin er von Lord Palmerſton zu einer beſondern Berathung berufen worden iſt. Dieſe Abreiſe drückte die Fonds.

Wir haben ſchon erwähnt, daß auch der alte Nugent, deſſen unleidliches Zauderſyſtem oft in dieſen Blättern hervorgehoben wurde, auf Befehl des Kaiſers ſein Kommando in Südungarn abgeben mußte; der entſchloſſene Caſtiglione trat an ſeine Stelle. (Allg. Z.)

Wien, 20. April. Dem Nürnb. Korr. wird von hier geſchrieben: Nachrichten aus Peſth vom 18. melden: es ſei am Morgen dieſes Tages ein Truppenkorps von 10,000 Mann über Ofen nach Gran aufgebrochen und werde daſelbſt höchſt wahrſcheinlich die Donau überſchreiten, um im Verein mit den dortigen Armeetheilen einen Hauptſtreich gegen die Inſurgenten auszuführen. Ueber den eigentlichen Operationsplan zirkuliren die verſchiedenartigſten Gerüchte. Daß der ehemalige Oberbefehlshaber Fürſt Windiſchgrätz ſans adieu von der Armee geſchieden, hat eine ziemlich üble Stimmung in den verſchiedenen Truppenkörpern hervorgebracht, dagegen wurde die Proklamation des F.-Z.-M. Welden mit Jubel aufgenommen. Am 17. zeigten ſich vor Peſth abermals, wie am Tage vorher, feindliche Schaaren, die ängſtlichen Bewohner der Schweſterſtädte hörten Kanonendonner und ſahen Rauch aufſteigen, doch konnte nicht ermittelt werden, zu weſſen Gunſten ſich das Scharmützel entſchied. So viel iſt gewiß, daß gegen Abend die Inſurgenten wieder aus dem Geſichtskreiſe der Beobachtenden verſchwunden waren. Auch den Nachrichten der Allg. Z. zufolge wird ein allgemeiner Angriff durch Welden bei Gean erwartet. Die Allg. Z. enthält noch folgende Mittheilungen: „Nach der Angabe eines ſehr verläßlichen Reiſenden iſt die Lage der Dinge in Ungarn keineswegs beunruhigend. Die Inſurgenten waren zwar bisher numeriſch die ſtärkeren und immer auf der Offenſive, aber in den faſt täglichen Scharmützeln und Neckereien zogen ſie faſt immer den kürzeren; wenn wir auch

Leute verloren, ſo ſteht unſer Verluſt in keinem Verhältniß zu dem ihrigen, und namentlich die Huſaren haben ſchon ſehr gelitten. Vor Peſth lagern mit den Inſurgenten zahlreiche Maſſen des aufgebotenen Landſturms, welche die kaiſerlichen Heerführer über die wirkliche Zahl der Streiter täuſchen ſollen. Indeſſen kehrten die Jazygier, müde des Wartens, in ihre Heimath zurück, und die Huſaren ſollen ſehr ungehalten ſein, daß bei allen Angriffen nur ſie ihre Haut zu Markt tragen, während die Infanterie den kaiſerlichen Truppen nicht mit demſelben Muthe widerſtehe. Auch haben die polniſchen Chefs ihr Mißvergnügen über Koſſuths Hartnäckigkeit geäußert, mit welcher er von allen Orten zahlreiche Landſtürmler mitführt, die alle Bewegungen des Heers erſchweren, und durch ihr maſſenhaftes Davonlaufen bei den erſten Kanonenkugeln Verwirrung in den geordneten Reihen erzeugen.

Wien. Der Kaiſer hat mit Handſchreiben vom 10. April ausgeſprochen, daß, nachdem laut Vortrags des Feldmarſchalls Fürſten zu Windiſchgrätz der Graf Eugen Zichy bis an ſein Lebensende Treue gegen König und Vaterland bewährt hat, es dem Kaiſer zur Befriedigung gereiche, dies anzuerkennen und zu erklären, daß die von der Rebellenregierung, welche deſſen ſchmachvolle Tödtung verfügte, deshalb verhängte Beſchlagnahme ſeiner Güter in jeder Beziehung null und nichtig ſei. (D. A. Z.)

Es verlautet, heißt es in der Schleſ. Z., daß der neue Heerführer in Ungarn, F.-Z.-M. Baron Welden, von Allen freudig begrüßt wird. Fürſt Windiſchgrätz, der ſcheidende Führer, ſoll ihm einen, beide Männer gleich ehrenden Brief geſchrieben und F.-Z.-M. Baron Jellacic in einigen Zeilen die Verſicherung gegeben haben, daß, ſo wie er der Erſte an Rang nach ihm (Welden) ſei, eben ſo werde er auch der Erſte an Gehorſam ſein.

* **Wien**, 21. April. Die heutigen Blätter enthalten folgende amtliche Bekanntmachung:

Seine k. k. Majeſtät haben über den Antrag des Juſtizminiſters mit Allerhöchſter Entſchließung vom 16. April d. J. dem Rathsprotokolliſten des oberſten Gerichtshofes, Dr. Joſeph Edlen v. Würth, eine der bei dem Nieder-Oeſterreichiſchen Landrechte erledigten Rathsſtellen mit den ſyſtemmäßigen Bezügen zu verleihen und ſeine fernere Verwendung im Juſtizminiſterium zu geſtatten geruht.

In einer Korreſpondenz des Journal des Debats vom 8. April l. J. iſt die Behauptung enthalten, daß Oeſterreich an England große Summen ſchulde, worauf ſich dann der Vorſchlag gründet, daß die von Piemont an Oeſterreich zu leiſtenden Kriegskoſten nicht baar gezahlt, ſondern an der Oeſterreichiſchen Schuld abgerechnet und ſomit von Piemont als eine Schuld an England übernommen werden mögen. Da dieſer Artikel auch von der Augsburger allgemeinen Zeitung und von mehreren hierortigen Zeitſchriften aufgenommen wurde, ſo ſind wir ermächtigt, zu erklären, daß der öſterreichiſche Staat an den großbritanniſchen durchaus nichts ſchuldet. Allgemein bekannt iſt es, daß Oeſterreich ſogar die engliſchen Subſidien zurückzahlte und zu dieſem Zwecke im Jahre 1824 im Inlande ein 5pCt. Anlehen von 30 Mill. fl. aufgenommen hat, über das der engliſchen Regierung in keiner Art irgend eine Verfügung zuſteht, daher von einer Abrechnung der Kriegskoſtenentſchädigung, die Piemont zu zahlen hat, an einer Schuldforderung Englands gegen Oeſterreich keine Rede ſein kann.

△ **Wien**, 21. April. Durch eine Bekanntmachung des Handelsminiſteriums iſt die k. k. Generaldirektion der Eiſenbahnen, ſo wie der Hofbaurath und die k. k. oberſte Hofpoſtverwaltung aufgelöſt und ſind ſämmtliche Stellen als getrennte Sektionen dem Handelsminiſterium zur Centralleitung untergeordnet. Die Kreisregierungen, welche zwar erſt im Juli organiſirt werden ſollen, ſind ſchon ſo weit verbreitet, daß für Mähren bereits die Präſidenten bezeichnet werden. Für Ollmütz nennt man den Grafen Mercandin, welcher bekannt iſt durch die Barſchheit, womit er die Schließung der Kremſierer Reichstagslokalitäten leitete. Für Brünn und Troppau ſollen die Hrn. Hofrath Emminger und Hr. von Scharſchmidt ernannt ſein und Graf Saſanzky ſoll die obere Leitung über die Provinz Mähren auch ferner behalten. In unſerem Gewerbeverein iſt gegenwärtig trotz des Belagerungszuſtandes ein Säbel ausgeſtellt und zwar ohne daß ein Unglück oder eine Rebellion dadurch veranlaßt worden wäre — freilich iſt es aber ein Ehrenſäbel für unſern tapfern Marſchall, ſo ſchön als immer möglich in maſſivem Gold und Stahl gearbeitet mit einer Klinge, welche dicke Nägel wie Strohhalme ſpaltet. Die ehemalige Nationalgarde Wiens ſendet ihn dem Sieger von Cuſtozza, deſſen Name auf dem Korbe in Emaille glänzt. Die junge Nationalgarde iſt ſeit Cuſtozza von den Ereigniſſen ſchnell gealtert und geſtorben, aber der greiſe Marſchall hat ſeitdem noch viele glänzende Lorbeerblätter um ſein edles Haupt gewunden. Feldzeugmeiſter Welden ſoll in dem Lager von Gran mit dem ungeheuerſten Jubel aufgenommen worden ſein und die mißmuthige Stimmung, welche Offiziere und Soldaten drückte iſt ſeit ſeiner Ankunft gleich einem Nebel verſchwunden. Man ſchreibt mir, daß alles zu einem ernſten Aufbruche bereit iſt und fürchtet nur, daß die Ungarn nicht Stand halten werden. Vor Peſth ſcheinen ſich die tiefen Maſſen des Landſturms, der überall hinter den erſten Gliedern der regulären Truppen und der Honveds aufgeſtellt war, zu verlieren, man hofft ſogar, daß ſie ſich ganz zerſtreuen werden. Die nächſten Wochen müſſen zeigen, ob dieſe Hoffnung nicht voreilig iſt. Ueber Koſſuth ſind in Peſth die abenteuerlichſten Gerüchte im Umlauf. Zuerſt ſoll er über Eperies geflüchtet ſein — dann ſoll er von einem k. Jäger nahe am Lager der Ungarn erſchoſſen ſein — dann ſoll er wieder gefährlich erkrankt in einem Dorfe liegen. Feldzeugmeiſter Welden hat an die Ungarn eine ſehr gut geſchriebene und ſchwunghafte Proklamation erlaſſen, worin er ſie auffordert unter die geſetzliche k. Regierung zurückzukehren und vereint mit ihm gegen die polniſchen und andern fremden Wühler, welche den Aufruhr als Handwerk zu betreiben gewohnt ſeien, zu Felde zu ziehen. Dieſe Proklamation hat hier ſehr befriedigt, da ſie kräftig entſchloſſen zum ernſten Einſchreiten noch eine Friſt zur zeitlichen Unterwerfung einräumt. Sie iſt ungariſch und deutſch gedruckt. Unſere Zeitungen bringen heute die Nachricht eines Sieges des ſerbiſchen Landſturmes unter der Führung von Stratimirovich und Cſercavich im Chaikiſtenbataillon über Perczel, nachdem unſere regulären Truppen 8000 Mann ſtark unter dem Kommando des Grafen Albert Nugent (Sohn des Feldzeugmeiſters) vor Perczel gewichen waren! St. Ivan und Kach gingen dabei in Flammen auf. Alt-Becej von Serben und Magyaren bewohnt wurde aus gegenſeitigem Haſſe von den Bewohnern ſelbſt angezündet, die nun nach Syrmien und ins Banat flüchten! Aus Semlin wird berichtet Bem ſtehe 8 bis 10 Stunden von Temesvar.

Prag, 17. April. Die heutige „Nar. Now." theilen mit, daß der Ruſſe Bakunin ſich mit den Dresdner Ultrademokraten vereinigt habe, um von dort aus durch Flugſchriften und Emmiſſäre das czechiſche Volk in ſeinem Sinne zu bearbeiten.

Prag, 19. April. Vorgeſtern beriethen die Offiziere der Prager Nationalgarde über eine Auszeichnung für Marſchall Radetzky und es ward beſchloſſen, ihm an irgend einer paſſenden Stelle an der Fronte des altſtädter Rathhauſes eine Statue zu errichten. Zur Inswerkſetzung dieſes Planes ſoll eine Kommiſſion von Künſtlern, Nationalgarden und Stadtverordneten zuſammentreten. Rieger reiſte geſtern früh von Prag ab und begibt ſich über Frankfurt nach Paris. (K. B. a. B.)

Prag, 20. April. Ueber die ruſſiſche Intervention ſchreibt man der „Lpz. Z." von hier: „Die neueſte ganz und gar unglückliche Wendung der Dinge in Siebenbürgen, Ungarn und dem Banate hat endlich zu dem Entſchluſſe geführt, ruſſiſche Hülfe in ſehr ausgedehntem Maßſtabe anzuſprechen. Nach Siebenbürgen ſollen 40,000 Mann, ein gleich ſtarkes Korps nach Galizien einzurücken in Bereitſchaft ſtehen. Der kommandirende General in Galizien, Freiherr v. Hammerſtein, hat ſich nur auf die Zuſage beſonderer Hülfe herbeigelaſſen, einen Theil ſeiner Truppen nach Ungarn abgehen zu laſſen. Der politiſch-ſtrategiſche Plan wäre, die magyariſche Inſurrektion zu unterdrücken und gewiſſermaßen zur Kapitulation zu zwingen.

****Berlin**, 23. April. Mit der einfältigſten Regierung in Europa wird gegenwärtig ein perfides Spiel getrieben. Sachſen, Baiern, Würtemberg und Hannover haben früher laut genug in offiziellen und offiziöſen Organen gegen das Kaiſerthum proteſtirt. Dennoch iſt dasſelbe von 29 Regierungen gewollt und von der Reichsverſammlung gegründet. Wie daſſelbe nun hintertreiben? Zu offnen Proteſten fehlt doch ſelbſt in München der Muth. Nun ſteckt man ſich hinter das Kabinet von Berlin. Man unterhandelt im Stillen. Die Einen ſpielen die Spröden, laſſen ſich auf nichts ein, aber unterhandeln. Die Andern zeigen ſich bereit, erfreut, patriotiſch, aber ſtellen als Bedingung ihrer Bereitwilligkeit, daß Preußen der Reichsverſammlung Bedingungen ſtelle, auf welche dieſe niemals eingehen wird, vorausſichtlich und gewiß nicht eingehen kann. Zu den Spröden gehört Sachſen. Die Kammern könnten wirklich ein chriſtliches Werk thun, wenn ſie die Vorlage der auf die ſtillen Unterhandlungen mit Preußen bezüglichen Aktenſtücke — falls man dem Papier ſein Elend anvertraute! — von dem Miniſter verlangen wollten. Es iſt Urſache anzunehmen, daß Sachſen erklärt hat, auf ein Deutſchland ohne Oeſterreich, auf einen engern Bundesſtaat ſich nicht einzulaſſen. Sachſen will mit Oeſterreich gehen! Katzenbuckel dagegen macht Hannover.

Ueber Würlemberg ſchrieb ich ſchon. Hannover ſcheeibt Bedingungen vor. Zwei Noten ſind angekemmen. Die erſte war golden, ſo deutſch und ſo leyal, daß die Neue Preußiſche Zeitung, welche davon Wind hatte, der hannöveriſchen Regierung in einem ausnahmsweiſe nicht ſchwarzgelben Artikel Komplimente machte. Die zweite Note von Hannover dagegen war ſchwierig. Notürlich! Die preußiſchen Miniſter drücken das erlauchte Peeußen zu einem ſo kleinen Staätchen herunter, als dasjenige ſein müßte, deſſen Regierung ihrer Kapazität entſpräche. Nun hatte Hannover Anfangs noch Preußen, das große Preußen im Auge; es zeigt ſich aber, daß das große Preußen lichtenſteiniſch oder waldeckiſch regiert wird; die vermeintliche Größe ſchrumpft zuſammen und Preußen erhält von Hannover eine zweite Note, welche dieſer Waldecker Miniſter ganz würdig iſt. Hannover macht Schwierigkeiten! Wenn man ſich in die Forſchung über preußiſche Staatsweisheit verlieſt, ſo bekommt man zuletzt vor jeder andern Regierung, außer der preußiſchen, wahrhaft Reſpekt. So ſcheint mir jetzt eines Machiavelli würdig, wenn Hannover das Kaiſerlhum dadurch zn Grunde richtet, daß es Preußen einladet, die Krone doch anzunehmen, aber unter Bedinguugen, während es weiß, daß dadurch die ganze Reichsverfaſſung ſammt dem Kaiſerthum in Frage geſtellt wird. Freilich der unbedeutendſte Zug im Schachſpiel erſcheint als meiſterhaft, wenn der Gegner ein Stümper iſt, der ſeines Gleichen ſucht. Die hannöviſchen Stände werden ſich vielleicht auch die Vorlage der betreffenden Aktenſtücke eebitten? Wenn ſie erfolgt, ſo weiß ich als Preuße zwar, daß der Inhalt nicht zu unſrer Ehre beitragen wird. Aber jetzt iſt an dee Wahrheit Alles gelegen und ich denke ſtolz genug über Preußen, daß ſowohl die glorreiche Monarchie, deren Bürger ich bin, als das Volk der Preußen, dem ich entſtamme, nichts von ſeinee Ehre, ſeinem Ruhm, ſeinem Anſpruch auf Geltung einbüßt, wenn immer offenbarer wird, wie dieſes Volk und dieſes Land in der Hand von Beamten ruht, deeen politiſcher Verſtand nicht ſoweit reicht, um Anhalt-Bernburg regieeen zu können, in der Hand von Allerweltsbüben. Andrerſeits muß die deutſche Nation erfahren, wie dieſe miniſterloſe Zeit in Preußen duech Heimtücke der deutſchen königlichen Regierungen zum Ruin Peeußens und Deutſchlands gemißbraucht worden iſt. Ich wiederhole Chatams großes Wort: „Wenn dieſe Miniſter fortfahren, dem Könige ſolchen Rath zu ertheilen, ſo will ich zwar nicht ſagen, daß ſeine Unterthanen von ihm abfallen werden; aber ich behaupte, daß die Krone, welche er trägt, dadurch werthlos wird.“

△ **Berlin**, 25. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erhob ſich der Miniſter des Innern: „Durch eine Allerhöchſte Kabinetsorder bin ich ermächtigt,“ ſagte er — Ein Jeder erwartele, und wir dürfen ſagen, ein Jeder bis in die äußerſte Rechte hinein befürchtete, der Miniſter möchte die Auflöſung der Kommer verkündigen. Aber was Auflöſung der Kammern? Eine einflußeeiche Perſon äußerte ſich jüngſt: „Wir regieren hier mit der Minderheit, nicht mit der Meheheit!“ Herr v. Manteuffel war bloß ermächtigt, zwei Geſetzentwürfe der hohen Kammer zur Beſchlußnahme vorzulegen. Der Eine betrifft die Ablöſung der Reallaſten, der Andere die Eerichtung von Rentenbanken. „Ich lege dieſe Geſetze mit einer gewiſſen Bangigkeit vor; denn ich weiß, daß ſie nicht ohne Mängel ſind, aber ich kann verſichern, daß ſie das Ergebniß reiflicher Ueberlegung ſind und empfehle ſie Ihrer vorurtheilsfreien Beurtheilung.“ Hr. v. Manteuffel, beiläufig bemerkt, hat übrigens gern die Gelegenheit eegeiffen, zu zeigen, daß es Leute gibt, welche noch mehr das Gegentheil von freiſinnig ſind, als er ſelbſt. Er hat dem Herru v. Küſtner, dem Geneeal-Intendanten der Schauſpiele, zu bedenken gegeben, ob es nicht gerathen ſein möchte, den „Peter im Feack,“ ſeiner reaktionären Tendenzen wegen, nicht weiler auf der königlichen Bühne zu geben. Dies Stück hat einen großen Zulauf; es verſpottet nicht ohne Talent die Gebrechen der vorjährigen Demokratie, und hat den Demokraten viel Verdruß gemacht. Sie haben ſchon den Verſuch gemacht, das Stück niederzuziſchen, aber es gelang nicht. Während des Belagerungszuſtandes ſind Schauſpiel, Oper und Ballelt wieder zu bedeutenden Angelegenheiten geworden. Hr. Keller hat einen Antrag auf ein Aenderung dee Geſchäftsordnung eingebracht, nämlich die perſönlichen Bemerkungen auszuſchließen. Sodann inteepellirte Bucher den Miniſter des Auswärtigen wegen der Bekanntmachung des preuß. Generalkonſuls zu London vom 23. Mäez, des Inhalts, daß der Waffenſtillſtand mit der Keone Dänemaeks bis zum 15. April verlängeet worden ſei. Dieſe Bekanntmachung hat ſich jedoch als falſch erwieſen. Ich verlange nun keineswegs Aufklärungen über die von Peeußen in der däniſchen Frage befolgte Politik; da ich ſolche Aufklärungen von einem Diplomaten aus der Schule, aus welcher unſer gegenwärtiger Miniſter des Auswärligen iſt, nicht erwarten darf. Ich wünſche nur zu erfahren, wie es möglich geweſen, daß der Geſandte eine ſo falſche Bekanntmachung hat erlaſſen können, indem ich dadurch den Betheiligten den Weg eröffnen will, für die in Folge dieſer unrichtigen Bekanntmachung entſtandenen Nachtheile eine Entſchädigung zu erlangen.“ Ee ſagte, die Diplomatie ſpielte jetzt wieder Schach in Schleswig, man wolle ſogar von doppelten Friedensunterhandlungen wiſſen, in London und Berlin, unter ruſſiſchem Einfluſſe! Graf Arnim fand ſich nicht gemüßigt, „auf die gegen die Diplomatie geſchleuderten Pfeile etwas zu erwiedern.“ Ueber die Sache gab er folgende Auskunft: Als der däniſche Waffenſtillſtand gekündigt wurde, waren die Feiedensverhandlungen noch in vollem Gange. Man ſah jedoch voraus, daß der Frieden bis zum Ablauf des Waffenſtillſtandes nicht weede zu Stande kommen. Deßhalb entwarf man Peäliminar-Aetikel und dieſe ſollten in Form eines Protokolls unterzeichnet werden. Die Unterzeichnung verzögerte ſich jedoch; deßhalb dachte man daran, den Waffenſtillſtand bis zum 15. April zu verlängern. Ich bekam nun von Frankfurt eine telegraphiſche Depeſche unſeres dortigen Bevollmächtigten des Inhalts, daß die deutſche Centealgewalt in eine Verlängerung des Waffenſtillſtandes bis zum 15. April bedingungsweiſe gewilligt habe. Gleichzeitig erhielt ich aus Kopenhagen die Nachricht, daß auch Dänemaek zu einer ſolchen Verlängerung ſich bereit zeige. Ich ſchickte daher dem Generalkonſul in London ſowohl die Frankfurter Depeſche als auch die Nacheicht aus Kopenhagen zu, welche Letztere jedoch keinen offiziellen Charakter hatte. Erſt ſpäter bekam ich die offizielle Erklärung, daß der Waffenſtillſtand mit dem 3. April ſchon ablaufen werde. Die Cirkular-Bekanntmachung des Londoner General-Konſuls iſt mir erſt am 28. April zu Geſicht gekommen und ich habe ſofort den engliſchen General-Konſul über den Irethum belehrt, in welchen er verfallen. Ich habe übrigens keinen Geund, zu glanben, daß in Folge dieſes Verſehens Schiffe genommen woeden ſind.“ Graf Arnim hat keinen Grund zu glauben, daß in Folge jenes Verſehens deutſche Schiffe aufgebracht ſind! Der Hr. Graf lieſt doch die Zeitungen, wie wir neulich erfuhren, da er ſelbſt bekannte die nnangenehme Erklärung der 28 Regierungen zuerſt aus den Zeitungen, vielleicht aus der Deulſchen, welche ſie zuerſt brachte, erfahren zu haben. Und in der nämlichen Deulſchen Zeitung laſſen doch die Kaufleute von Roſtock ihre Klage eeſchallen, übee ein Dutzend Schiffe, welche ſie in Folge jenes Verſehens eingebüßt, ja, ſie erkundigen ſich, ob Hr. Geaf Arnim ſchuldenfreie Landgüter beſitze, um Schadenerſatz von ihm zu erlangen! Und der Hr. Graf weiß nichts davon! Was geht's ihn an? Der Irrthum, erklärte er heute in der Kammer, ſei bedauerlich, aber von einem Regreſſe könne wohl nicht die Rede ſein. Schneider interpellirte den Kriegsminiſter wegen der Verwendung der weſtphäliſchen Landwehr zum Keiegsdienſt. Sie ſei ungeſetzlich. Warum man nicht die Soldaten ins Feld ſchicke? Aber die habe man zu Hauſe nöthig zue Unterdrückung der Freiheit. Der Kriegsminiſter behauptete die Geſetzlichkeit jener Verwendung. Eine Interpellation wegen Nichtzurückgabe dee Waffen der Bürgerwehr von Wetzlar beantwortete Hr. v. Manteuffel ſogleich, nämlich dahin, daß er ſie nicht beantworten könne, ehe die Koblenzer Regierung Bericht erſtattet habe. Den Schluß der Sitzung bildete die Berathung über die noch fehlenden Paragraphen des Verſammlungsrechtes. Sie wurden ohne erhebliche Aenderungen angenommen. In dem §. 14 des Regierungsentwurfes: „Während der ganzen Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb der Entfernung von 5 Meilen von dem Orte des Sitzes deeſelben Verſammlungen unter freiem Himmel nicht ſtattfinden,“ ward indeſſen ſtatt fünf Meilen der Pape'ſche Verbeſſerungsantrag: zwei Meilen angenommen.

** **Stuttgart**, 24. April. Die Verfaſſungsfrage wurde heute früh gänzlich wieder in ein Hoffnungsſtadium gebracht durch die Nachricht, der König habe nachgegeben, er erkenne die Reichsverfaſſung an. Einige Abgeordnete der jetzigen Minorität, Febr. v. Linden und Domdekan v. Jaumann, waren geſtern in Ludwigsburg beim König geweſen und ſuchten ihn zum Nachgeben zu beſtimmen. Die ſo unbedingt lautende Nachricht, wie ſie zuerſt nun heute erzählt wurde, erlitt aber bald mancherlei Varian-

ten, und zur Stunde iſt noch keine Gewißheit da. Am meiſten erzählt man ſo: der König habe geſagt, der König von Preußen nehme nicht an; damit falle ſein Hauptbedenken und er könne jetzt die Verfaſſung annehmen. Dem Offizierkorps in Ludwigsburg ſoll er heute morgen noch geſagt haben: dem preußiſchen Erbkaiſer unterwerfe er ſich nie, die Verfaſſung aber nehme er an. Das jüngſte, was man jetzt hört, iſt, er habe Römers Verlangen unterzeichnet. Die Miniſter ſind heute Vormittag nach Ludwigsburg hinausgefahren. In der Morgenſitzung der Kammer ruhte die Verfaſſungsfrage ganz, mit Ausnahme der Verleſung einer großen Anzahl von Adreſſen, welche meiſt ſehr entſchieden lauten. Im Uebrigen wurde der Geſetzesentwurf betreffend die Einführung der allgemeinen deutſchen Wechſelordnung angenommen. Um 5 Uhr Abends iſt wieder Sitzung und bis dahin ſieht man einer wichtigen und beſtimmten Auskunft entgegen.

Stuttgart. (126. Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. April, Abends 5 Uhr.) Das ganze Ständehaus und deſſen Umgebung iſt mit Menſchen angefüllt, wie noch niemals. Die Anweſenden ſind geſpannter Erwartung, was verkündigt werden wird. Erſt nach drei Viertelſtunden eröffnet der Präſident die Sitzung und trägt vor: Meine Herren! Die Kammer hat heute früh beſchloſſen, dieſen Abend um 5 Uhr eine Sitzung zu halten, wenn auch die Kommiſſion nicht im Stande wäre, Anträge an die Kammer zu bringen. Obgleich nun beinahe ſchon eine Stunde verfloſſen iſt, ſo iſt die Kommiſſion doch noch nicht im Stande, einen Vortrag zu erſtatten. Vor einer Stunde ſind die Herren Miniſter aus Ludwigsburg zurückgekommen, und es iſt mir von ihnen mitgetheilt worden, daß der König und die Miniſter einig ſind. (Vielſeitiges Bravo.) Nur in Beziehung auf die Ausfertigung liegt noch ein Anſtand vor, wegen deſſen die Kommiſſion mit den Miniſtern noch kommuniciren muß, ſo daß ich im Augenblick eine Sitzung nicht halten kann. Nach meiner Ueberzeugung wird aber die Sache keinen Anſtand finden.

Wir hören, daß die berührten Anſtände in den Worten der königl. Erklärung liegen „unter der ſich von ſelbſt verſtehenden Vorausſetzung, daß die Reichsverfaſſung in Deutſchland in Wirkſamkeit trete.“ Dem Vernehmen nach nahm hieran der Fünfzehnerausſchuß deßhalb Anſtand, weil dieſer Beiſatz entweder eine Vorausſetzung ausſpreche, welche die unbedingte Annahme verneine, oder wenn: „ſich von ſelbſt verſtehend“, unnöthig ſei. Er beſtand, ſo hören wir, mit 14 gegen 1 Stimme auf Annahme ohne eine Vorausſetzung. Die Herren Miniſter ſeien hiemit einverſtanden geweſen. Es ſei anzunehmen, daß der König kein Gewicht auf den Zuſatz legen werde. Herr Staatsrath Duvernoy werde heute Abend noch deßhalb nach Ludwigsburg gehen. (Schw. M.)

*** **Leipzig**, 23. April. Eine Hauptfrage wird nach der letztwilligen Antwort des preußiſchen Kabinets in der deutſchen Frage jedenfalls die ſein, welchen Antheil daran die Regierungen der größeren Staaten haben. Wir glauben mit gutem Grund behaupten zu können, daß die ſächſiſche von Perſidie Preußens nichts gewußt hat, wohl aber, daß ſie nach dem Empfang der Deputation Seitens des Königs ahnte, man meine es doch nicht ehrlich und die ganze Geſchichte mit dem Fürſtenkongreß zu Frankfurt ſei eine Komödie. Bekanntlich iſt Hr. v. Beuſt, Miniſter des Auswärtigen, gleich nach Bekanntwerden der königlichen Antwort einige Tage in Berlin geweſen. Dem Vernehmen nach iſt ihm damals ſchon die Luft in den höchſten Regionen ſehr unrein vorgekommen und die Bedenklichkeiten, die er nach Dresden hin äußerte, ob man wirklich etwas Gutes rückſichtlich der deutſchen Angelegenheiten beabſichtige oder ob man nicht vielmehr nur preußiſchen Egoismus zur Triebfeder ſeines Handelns mache, wurden Anlaß zu dem rückhaltenden Auftreten unſerer Regierung, die mit dem Frankfurter Parlament und ſeinen Entſcheidungen in deutſchen Angelegenheiten wohl gehen wollte, nicht aber mit den willkürlichen Auslegungen und Abänderungen des Miniſterium Brandenburg. So zu verſtehen war in jenen Tagen die Aeußerung eines hochgeſtellten Mannes, die man für Aengſtlichkeit und Halbheit auslegt. „Erſt wollen wir wiſſen, ob es wirklich Deutſchland gilt und nicht bloß Preußen; für jenes ſind wir zu Opfern bereit, für dieſes nicht.“

\# Aus dem Hannoveriſchen, 22. April. Während die Beitrittserklärungen zu dem ſtändiſchen Proteſte gegen die verlängerte Vertagung ſich immer mehr ſammeln und in zweiter Kammer längſt die Majorität vorhanden iſt, trägt man ſich mit Gerüchten über eine bevorſtehende Auflöſung der Stände. So abgeſchmackt eine ſolche Maßregel ſein würde, ſo ſcheint ſie doch nicht ganz unwahrſcheinlich. Nur hätte ſie früher kommen müſſen, um den einzig möglichen Sinn, den einer Appellation an das Land, nicht zu verlieren. Wie eine ſolche Berufung aufgenommen würde, iſt niemand zweifelhaft, ſelbſt den Miniſtern nicht. Die entſchiedenen Leute würde man wieder wählen, und die ſchwankenden durch entſchiednere erſetzen. Das gilt namentlich von den Provinzen Lüneburg und Oſtfriesland. (D. Allg. Z.)

⧉ Aus dem Badenſchen, 24. April. Die rothen Vögel fliegen wieder! Bereits eilen die Mannheimer Häupter der Demokraten, nach Würtemberg, um einen neuen Herenſabbath zu Stande zu bringen; ſo ſoll auch der edelſten, gemeſſenſten und durch ein voraus beſtimmtes feſtes Ziel begrenzten Volksbewegung, welche wir noch erlebten, der Banſen nicht fehlen, wie ihn Göthe für alle Zeiten gezeichnet hat! Wahrlich die Schwaben ſind es werth, das deutſche Reichsbanner vorauszutragen; dieß Ehrenrecht ſollen ſie haben, wie unter den alten deutſchen Kaiſern! Aber ſie mögen ſich hüten, daß ſie keinen ſchlechten Troß in ihre Reihen aufnehmen, daß ihre ruhige und eben ſo gemäßigte als entſchloſſene Haltung nicht durch ſcheinbare Bundesgenoſſen, an deren Ferſen nur Unheil haftet, zerſtört werde! Sie mögen bedenken, daß jetzo jede weitere Schwächung der Prärogative des Monarchen eine Schwächung eines weſentlichen Theils des konſtitutionellen Staats und Weſens iſt. Was erreicht werden ſoll und muß, läßt ſich auch ohne Verletzung der konſtitutionellen Formen und Schranken erreichen. Trügt uns nicht alles, ſo iſt dieſe Gefahr nahe und groß.

S **Freiburg**, 24. April. Künſtigen Montag, den 2. Mai kommt der Prozeß gegen die des Hochverraths Angeklagten Bornſtedt, Fickler, Steinmetz und Krebs bei hieſigem außerordentlichen Geſchwornengerichte zur Verhandlung und wird dieſelbe wahrſcheinlich ſehr lange dauern, da eine große Anzahl von Zeugen geladen ſind. Unter den geladenen Zeugen befindet ſich auch der großherzoglich badiſche Kammerherr, Mar v. Landenberg, und A. F. Blankenhorn von Müllheim. Da dieſe beiden Männer, abgeſehen davon, daß ſie entſchieden zu den Gegnern der Angeklagten gehören, auch unter den Geſchworenen, die über oben Genannte abzuurtheilen haben, ſich befinden, ſo hat der Anwalt des Angeklagten Bornſtedt, Hr. Obergerichtsanwalt Dr. Thoma in einer Eingabe an großherzogliches Hofgericht dahier gegen die Ladung der Herren Landenberg und Blankenhorn proteſtirt, da der Zeuge nicht zugleich auch Richter ſein könne.

Weimar, 22. April. Heute Morgen reiſte der Erbgroßherzog, der Eigenſchaft ſeiner urſprünglichen Würde als Herzog („vor dem Heere herziehen“) eingedenk, nach dem nordiſchen Kriegsſchauplatze ab und wurde von der Bürgerwehr mit klingendem Spiel nach dem Bahnhofe geleitet. (F. J.)

\# **Flensburg**, 21. April. Endlich ſind die deutſchen Reichstruppen geſtern mit Tagesanbruch in Jütland eingerückt. Es war die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion, welche bei Wamdrup die Grenze paſſirte und nach einem hitzigen Vorpoſtengefecht die Dänen über Kolding hinausjagte. Wir gönnen dieſen wackern Truppen die Ehre, auf Feindesboden den erſten Streich geführt zu haben. Sie fühlten ſich in letzter Zeit gekränkt und zurückgeſetzt, da man bisher in allen Gefechten die anderen Reichstruppen vorzugsweiſe ins Feuer führte, während es bei ihnen zur Ehrenſache geworden, ſich auch einmal mit einem Feinde zu meſſen, der in ſeinem ſtupiden Hochmuth ſich den Anſchein giebt, ſie zu verachten. Das 9. Bataillon der Schleswig-Holſteiner, größtentheils aus dem ehemaligen von der Tann'ſchen Freikorps gebildet, rückte gegen Mittag in der kleinen Stadt Kolding ein, welche am äußerſten Hintergrund eines ſogenannten Fjord, d. h. einer tief einſchneidenden Bucht der Oſtſee gelegen. Der Verluſt deutſcher Seits war gering, fünf Todte und 13 Verwundete. General Bonin, der bereits ſeit 3 Tagen ſein Hauptquartier nach Chriſtiansfeld vorgeſchoben, leitete dieſe Bewegung. Von Kolding gelangt man in einem Tagmarſch nach Fridericia. General Bonin wird nicht ſäumen, ſich dieſer wichtigen kleinen Feſtung zu bemächtigen, welche den Eingang zum kleinen Belt beherrſcht und den Uebergang nach Fünen ſehr leicht macht. All die däniſchen Prahlereien von einem Aufgebot des jütiſchen Landſturmes haben ſich bis jetzt als Seifenblaſen gezeigt. Der phlegmatiſche Jüte liebt die Deutſchen nicht, aber er rührt ſicherlich keine Hand gegen ſie. Ob Fridericia vertheidigt wird, iſt zweifelhaft. Die kleine Feſtung iſt in ſchlechtem, baufälligem

Zuſtand und die ganze Streitmacht Dänemarks in Jütland beträgt höchſtens 12000 Mann, der Mehrzahl nach Rekruten von kläglichem Anſehn. Der Befehl, raſch nach dem Norden Jütlands vorzurücken, ſoll dem General Prittwitz direkt vom Reichsminiſterium zugekommen ſein. Gottlob, daß man endlich den Muth hatte, den drohenden ruſſiſchen Noten zu trotzen! — Gegen Alſen, wo die Dänen ihre Hauptmacht konzentrirt halten, dürfte der Angriff ſchwerlich vor Ende dieſes Monats beginnen. Es ſind oberhalb Düppel noch zwei bombenfeſte Blockhäuſer zum Schutze der Batterien zu errichten, die viel Arbeit erfordern. Das Material dazu wird hier gezimmert. Das oberſte Blockhaus auf der Hauptſchanze, das der abgebrannten Mühle iſt bereits beendigt und wird allen däniſchen Strandbatterien trotzen. Dort ſind jetzt neuen 84-pfündige Bombenkanonen aufgepflanzt, mittelſt deren man Sonderburg leicht in Brand ſchießen könnte. Die däniſchen Kanonenboote haben ſich bereits aus der Meerenge entfernt. Pontons ſtehen zwiſchen Satrup und Düppel, um zwei Brücken über die Meerenge zu ſchlagen. Die Hauptmacht der Reichstruppen ſteht fortwährend auf Sundewitt. Trotz des ſchlechten Wetters und der kalten Bivouacs iſt die Stimmung vortrefflich und die Kampfluſt groß.

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 21. April. Geſtern Vormittag traf aus dem Generalhauptquartier der Befehl zum ſofortigen Einrücken in Jütland ein, in Folge deſſen ſetzte ſich die an der äußerſten Grenze in Oſterup, Baurup und Wanſiel ſtationirte Avantgarde, beſtehend aus dem ſchleswig-holſteiniſchen 9. und 10. Linienbataillon, dem 1. und 2. Jägerbataillon, 3 Schwadronen Dragoner, eine 6pfünd. reitende und eine 12pfünd. Fußbatterie unter Anführung des Oberſtlieutenant v. Zarſtrow unmittelbar in Bewegung; ſie gingen ohne auf den Feind zu ſtoßen 1½ Meile vor und erſt vor Kolding bekamen ſie die däniſchen Vorpoſten zu Geſicht, worauf das 9. Linien- und das 1. Jägerbataillon die gerade Linie verließ und die Richtung nach dem Norden einſchlug, um den Angriff von zwei Seiten auszuführen; dieſes gelang auch ganz vortrefflich, denn während das Hauptkorps die Dänen, welche dicht vor Kolding mit 5 Bataillonen Infanterie und 4 Schwadronen Kavallerie nebſt Geſchütz ſtanden, in der Fronte angriff, rückte das andere Korps von Norden durch die Stadt und fiel dem Feind in die Flanke, durch einen ſo kräftigen Bajonetangriff, daß die vollſtändigſte Verwirrung unter den Dänen ausbrach und dieſelben ſich nicht mehr in regelmäßiger Ordnung zurückziehen konnten, ſondern in ziemlich aufgelöſten Abtheilungen bis ½ Meile hinter Kolding geworfen wurden. Die vor der Stadt angelegten Verſchanzungen wurden mit dem Bajonett geſtürmt, bei welcher Gelegenheit von den Dänen eine ziemliche Anzahl theils fielen, theils gefangen genommen ſind. Wir haben einen Verluſt von einigen und dreißig Todten und Verwundeten zu beklagen. Einſtimmig hört man den Muth und die Kampfluſt unſerer Truppen loben.

Die Dänen haben nunmehr bei Friedericia, welches ſtark befeſtigt iſt, mit 14,000 Mann posto gefaßt und ſollen dieſen Punkt, welcher auch gleichzeitig ein wichtiger Küſtenpunkt iſt, auf das Aeußerſte zu vertheidigen geſonnen ſein, wir hoffen jedoch ſchon Morgen die Einnahme dieſes Platzes melden zu können, und wenn es erſt dazu kommt, ſo halten die Dänen nicht Stich.

Es verbreitet ſich gleichzeitig das Gerücht, daß noch geſtern Abend das Bombardement von den Düppeler Höhen, welche mit Blockhäuſern und bombenfeſten Schanzen in vortrefflichen Vertheidigungszuſtand geſetzt ſind, auf den jenſeitigen Brückenkopf begonnen habe.

Auf den Düppler Schanzen, 20. April. In verwichener Nacht fand hier eine ſpaßhafte Expedition ſtatt. Die bei der Einnahme der Düppeler Schanzen demontirten beiden zwölfpfünder Kanonen und drei Munitionswagen wurden den Dänen wieder abgenommen. Man hatte es ſchon die vorhergehende Nacht durch ein Bataillon Sachſen zu bewerkſtelligen geſucht, das Mißlingen mußte aber an der ſchlechten Einleitung des Vorhabens liegen. Nun wurde geſtern Abend der hannoverſche Oberſtlieutenant Riefkugel mit ſeinem Bataillon vom 5. Infanterieregiment dazu kommandirt, dieſe beiden Geſchütze den Dänen wieder abzunehmen, und durch ſeine vortreffliche Leitung gelang es vollkommen, ſich der Verlorenen wieder zu bemächtigen. Riefkugel hat hierbei eine große Umſicht gezeigt; die Sache wurde um Mitternacht vorgenommen und kein Schuß iſt dabei gefallen.

(D. Rchsztg.)

Großbritannien.

* **London**, 21. April. Wir kommen noch mit einigen Worten auf die für das Ausland intereſſanteren parlamentariſchen Vorgänge der letzten Tage zurück. Die berüchtigte diplomatiſche Anekdote, daß Palmerſton das däniſche Ultimatum, wovon Krieg oder Frieden abhing, nicht erbrochen oder geleſen habe, erläuterte er auf eine Anfrage Hrn. Humes im Weſentlichen dahin, daß ein ähnliches, übrigens ihm nicht in der gebräuchlichen Form zugeſtelltes Aktenſtück allerdings „durch einen Zufall verlegt worden ſei;“ indeß meinte der Miniſter weiter, es habe dieß nichts zu bedeuten gehabt, da das däniſche Ultimatum der Art geweſen, daß es doch nicht hätte angenommen werden können. Letzteres zugegeben, zeigt der Vorfall doch abermals, mit welcher gewiſſenlos chevaleresken Nachläſſigkeit unſere Diplomaten ihre Geſchäfte betreiben, obſchon in dieſem Bereich eine Viertelſtunde Verzögerung möglicherweiſe einen jahrelangen, in ſeinen Folgen nicht zu berechnenden Krieg veranlaſſen kann. In derſelben Unterhausſitzung (19. April) ſprach Herr Disraeli den Wunſch aus, daß die auf die ſchleswig'ſche Frage bezüglichen Aktenſtücke dem Hauſe vorgelegt werden möchten, worauf Lord J. Ruſſell bemerkte, dies erſcheine nicht räthlich, da die Verhandlungen über dieſe Frage noch im Gange ſeien. Hr. C. Anſtey richtete an Lord Palmerſton die Frage, ob es wahr ſei, daß Rußland an die Pforte die Forderung geſtellt, alle türkiſchen Truppen aus der Moldau und Wallachei zurückzubeordern? Lord Palmerſton erwiderte: er könne im Gegentheil verſichern, daß die türkiſchen Truppen ſich auf Einladung Rußlands in der Moldau befänden und daß ein ausgezeichneter General Gravé (Grabbe), nach Konſtantinopel geſandt worden ſei, um dieſerhalb ein „Arrangement“ zu treffen. An demſelben Tage richtete Lord Stanley im Oberhauſe an die Regierung die ſtehende Frage, wann denn endlich die auf Sicilien bezügliche Aktenſtücke vorgelegt werden würden, worauf Marquis Lansdowne die ſtehende Antwort ertheilte, es ſolle dies in wenigen Tagen geſchehen. Dieſelbe Antwort ertheilte Lord J. Ruſſell im Unterhauſe Hrn. Disraeli auf eine gleiche Frage. Weiter erklärte Marquis Lansdowne im Oberhauſe: England werde ſich während des Kampfes zwiſchen dem Könige von Neapel und den ſicilianiſchen Inſurgenten ſtreng neutral verhalten; die britiſche Flotte ſei von den Küſten Siciliens entfernt und nur ein einziges Schiff in den dortigen Gewäſſern gelaſſen worden, um die Intereſſen britiſcher Unterthanen zu ſchützen. Lord Beaumont verbreitete ſich über die franzöſiſche Expedition nach dem Kirchenſtaat, er fand es ſonderbar, daß der erſte Schritt der demokratiſchen Republik Frankreich die Vernichtung einer andern Republik ſein ſollte, die nur dem franzöſiſchen Beiſpiel gefolgt ſei, und noch ſonderbarer, erklärte er, würde er es finden, wenn die britiſche Regierung, noch dazu eine proteſtantiſche, Frankreich zu dieſer Maßregel ermuntert haben ſollte. Die Grundſätze von Neutralität, welche England in Sicilien beobachte, indem es dies unglückliche Land, früheren Zuſagen untreu, einer in der Geſchichte unerhörten ſyſtematiſchen Schlächterei überlaſſe, ließen leider Alles befürchten. Marquis Lansdowne leugnete jede mittelbare oder unmittelbare Beziehung Englands zu der franzöſiſchen Expedition ab, und ſuchte zugleich die engliſche Regierung in Betreff Siciliens moraliſch rein zu waſchen, was doch weder ihm noch irgend ſonſt einem Vertheidiger der Regierung je gelingen wird. Am 20. brachte Hr. Bankes dieſe Angelegenheit abermals zur Sprache. Lord Palmerſton gab ſeiner Antwort eine witzige Pointe; ſeit Mintos Anweſenheit habe in Sicilien eine Regierung beſtanden, und wenn ſchon das verehrte Mitglied gegen die Exiſtenz derſelben ſein Auge verſchließen möge, ſo ſei ſie doch ſo faktiſch, daß der König von Neapel dagegen ſein Auge nicht habe verſchließen können. Hierauf erfolgte ein Gelächter, welches wie ſchneidender Hohn erſcheint, wenn man ſich der letzten ſo traurigen Vorgänge auf Sicilien erinnert. Es fällt einem dabei unwillkürlich eine Erklärung ein, welche Lord Palmerſton in Betreff eines früheren Bombardements von Krakau abgab. Er äußerte auf eine deshalb an ihn gerichtete Anfrage: „Allerdings fand ſo etwas ſtatt, was man ein Bombardement nennt. Dies Bombardement dauerte eine gewiſſe Zeit, und dann hörte es auf.“ Auch damals ſah ſich der edle Lord für dieſe gemüthliche Erklärung durch das Gelächter des Hauſes belohnt.

Frankreich.

○ **Paris**, 22. April. Fünf Infanterieregimenter haben geſtern Abend den Befehl erhalten ſich zum Aufbruch bereit zu

halten. Sie werden zuerſt auf der Eiſenbahn nach Dijon gebracht, und ſollte von dort des Reſervekorps der Alpenarmee nach Beaune und Macon verlegt werden. Ein Theil dieſer Truppen verläßt bereits heute Nacht die Hauptſtadt. Der Befehl kam ſo unerwartet, daß ihn auch nicht einziges Blatt vorausgeſagt hat. Man will ihn mit den übermäßigen Anforderungen der Oeſterreicher in Sardinien in Verbindung bringen, welche den geſtrigen Miniſterrath gezwungen hätten, ſich ernſtlich auf den Gedanken einzulaſſen, die Alpenarmee in Bewegung zu ſetzen. Da ſich jedoch unter den abmarſchirenden Truppen das 48. leichte und das 5. Infanterieregiment befinden, welche beide entſchieden republikaniſch geſinnt ſind, ſo behaupten Andere, das Miniſterium habe bloß einen Vorwand geſucht um ſie von Paris zu entfernen. Thatſache iſt es, daß ſich viele Unteroffiziere derſelben unter den Soldaten befanden, welche geſtern Abend, faſt zweihundert an der Zahl, arretirt worden ſind. Geſtern Abend fand nämlich in dem Klub de la Fraternité, der ſeine Sitzungen in der Rue Martel hält, eine Sitzung unter dem Vorſitze Hervé's ſtatt, in welcher ſich alle Pariſer Demokraten und Sozialiſten über die zwei Soldaten vereinigen ſollten, welche das Komite dieſer Partei in die nächſte Kammer bringen will. Ob die beiden Namen feſtgeſetzt wurden, konnte ich nicht in Erfahrung bringen; die Sitzung des Klubs verurſachte aber eine ſo große Aufregung im Quartier St. Denis, daß ich daſelbſt noch gegen Mitternacht dichte Gruppen, und ſtarke Patrouillen fand. Warum alſo die Garniſon von Paris um 10,000 Mann vermindert wird, ob aus kriegeriſcher Nothwendigkeit oder aus politiſcher Vorſicht, kann ich Ihnen nicht ſagen; daß dieſe Verminderung jedoch ſtatt findet, kann ich aus beſter Quelle verſichern.

* **Paris**, 23. April. Die Nationalverſammlung beſchäftigte ſich heute mit der Frage nach der Entſchädigung der Sklavenbeſitzer wegen der Freilaſſung ihrer Sklaven. Im Prinzip der Entſchädigung waren Alle einig, und der Art. 1 des Geſetzes, welcher dieſes Prinzip allgemein ausſpricht, wurde deßhalb ohne Bedenken angenommen. Bei der Frage, zu welcher Weiſe die Entſchädigung gezahlt werden ſolle, ſtanden ſich zwei Syſteme gegenüber, das der Regierung, welche die Entſchändigung theils in Staatsrenten (auf Höhe von 6 Millionen) theils in baarem Geld (zu gleichem Betrage, 30 Tage nach Verkündigung des Geſetzes zahlbar) leiſten will, und das des Hrn. Goudchaux, wonach den Sklavenbeſitzern eine Summe von 90 Millionen, in jährlichen Renten von $1/_{10}$ zu entrichten gezahlt werden ſoll. Die Verſammlung entſchied ſich für das erſtere Syſtem und nahm nun auf Hrn. Goudchaux's Vorſchlag an, daß die Renten 5prozentige ſein ſollten. Einige andere unwichtige Beſtimmungen wurden auch ſchnell beſchloſſen, und um 4 Uhr waren ſämmtliche Artikel erledigt. Im Konferenzſaale war ſehr ſtark vom Einzuge zweier franzöſiſcher Diviſionen der Alpenarmee in Savoyen die Rede. Die franzöſiſche Regierung ſoll ſich zu dieſer Demonſtration in Folge der von Marſchall Radetzky neuerdings erhobenen harten Forderungen (Beſetzung Genua's und Alexandriens und Kriegsſteuer von 250 Millionen) entſchloſſen haben. Während ſich ſo eine zweite Expedition nach Italien vorbereitet, iſt die erſte ohne die Störungen, die man von ihr erzählte, abgegangen. Es war behauptet worden, daß die Truppen im Augenblick ihrer Einſchiffung in Marſeille eine energiſche Manifeſtation zu Gunſten der römiſchen Republik gemacht hätten. Der Miniſter des Innern, befragt darüber, hat ſogleich an den Präfekten der Rhone-Mündungen eine telegraphiſche Anfrage über den Vorfall abgehen laſſen und darauf folgende beruhigende Antwort erhalten, die der heutige Moniteur veröffentlicht: „Das Gerücht, das Sie erwähnen, iſt unbegründet. Die Einſchiffung hat in der größten Ordnung und ohne Manifeſtation ſtattgefunden. Die Expedition verläßt in dieſem Augenblick den Hafen. Marſeille, den 22. April, 10 Uhr Morgens.“

Der Moniteur macht noch eine andere Berichtigung. Zweihundert Unteroffiziere ſollten verhaftet und in die Abbaye geſteckt ſein. Der Moniteur behauptet, es ſei kein wahres Wort daran. Doch wiederholen unſere Berichte, daß etliche hundert Unteroffiziere der hieſigen Garniſon ſchon letzten Freitag Abend als einer beabſichtigten Theilnahme an der Sitzung des Klubs in der Straße Martel ſchuldig verhaftet worden; nur die Hälfte derſelben ſei wieder auf freien Fuß geſetzt.

Italien.

* **Aus Mittelitalien.** Der Diſtrikt von Pontremoli, das die Oeſterreicher jetzt beſetzt haben, gehörte vor dem lombardiſchen Krieg zum Herzogthum Parma. Als bei dem erſten Feldzug Karl Alberts im Jahre 1848 das Hezogthum zu Piemont geſchlagen wurde, fiel Pontremoli an Toskana. Heute nehmen die Oeſterreicher, welche das Herzogthum Parma im Namen des abweſenden Herzogs beſetzt haben, den Beſitz von Pontremoli wieder in Anſpruch. Der öſterreichiſche General Kolowrat hat durch ein Schreiben, datirt Vercelo auf dem Appennin, den 11. April, den General d'Apice, Befehlshaber der toskaniſchen Truppen zu Pontremoli, benachrichtigt, daß er, beauftragt, die Autorität des Herzogs von Parma in dieſem Gebiet wiederherzuſtellen, die fremden Truppen einlade, es zu räumen, auf Grund der Verträge, welche die Grenzen der verſchiedenen Staaten beſtimmen. Der General fügte hinzu, daß Oeſterreich zwar mit keinem der italieniſchen Staaten im Kriege ſtehe, daß er aber im Falle eines Widerſtandes gegen ſeine gemachten Forderungen genöthigt ſein werde, von den zu ſeiner Verfügung ſtehenden Streitkräften Gebrauch zu machen. Der General d'Apice, ein Anhänger Mazzini's, räumte in Folge deſſen Pontremoli. Die jetzige Regierungs-Kommiſſion zu Florenz war damit aber nicht zufrieden, oder hat dies vielleicht nur zum Vorwand genommen, um ihn abzuſetzen, da dieſe Maßregel ebenſogut ſeinen demokratiſchen Meinungen und ſeiner bedeutenden Theilnahme an der toskaniſchen Revolution gelten kann.

Der Herzog von Parma, der im Jahre 1848 mit ſeiner Familie nach London flüchtete, hat bekanntlich vor Kurzem zu Gunſten ſeines Sohnes Karl Ferdinand von Bourbon, Gemahl der Schweſter des Herzogs von Bordeaux, abdicirt, und dieſer unter dem Namen Karls III., Herzogs von Parma und Piacenza, eine Proklamation datirt, London, 24. März erlaſſen, worin er bis zu ſeiner Ankunft eine Regentſchaft für die Herzogthümer einſetzt. Allein dieſe Proklamation iſt von der öſterreichiſchen Militärbehörde nicht veröffentlicht worden, obgleich dieſelbe fortfährt, das Land im Namen des Herzogs zu regieren. Zugleich hegt man in Turin die Hoffnung, daß die Herzogthümer mit den Staaten des Königs Viktor Emmanuel vermittelſt einer Entſchädigung an den Herzog vereinigt werden werden.

* **Mailand**, 20. April. Heute langte der Sohn des Fürſten Paskewitſch in Mailand an und überbrachte dem Feldmarſchall Radetzky im Namen des Kaiſers von Rußland das Diplom als Feldmarſchall aller ruſſiſchen Armeen und die Ernennung zum Inhaber des Huſarenregiments von Weißrußland, in deſſen Beſitz der unlängſt verſtorbene König der Niederlande geweſen war. Der Fürſt Paskewitſch will von hier nach Parma abgehen, um auch dem Erzherzog Albrecht das St. Georgskreuz 4r Klaſſe perſönlich zu überbringen.

Rom, 15. April. Ueber den Eindruck, den die Ereigniſſe von Genua und Florenz hier hervorgebracht haben, geben italieniſche Blätter folgende Berichte: Die traurigen Nachrichten aus Genua und Toskana haben den Muth unſerer Repräſentanten nicht niedergeſchlagen, ſondern ihre Energie vielmehr geſteigert. Die Triumvirn zeigten ſich in der Verſammlung voll Muth und Zutrauen. Die gediegenen Worte Mazzini's erweckten allgemeine Begeiſterung. Sie verlangten, daß die Verſammlung eine allgemeine Bewaffnung des Landes beſchließe, um zu zeigen, daß 2 Millionen freie Männer hinlängliche Kraft haben, der Reaktion und den auswärtigen Feinden zu widerſtehen; ſie verlangten, daß der im Anfang der Seſſion geleiſtete Schwur: durch alle Mittel dem republikaniſchen Prinzip zum Sieg zu verhelfen, erneuert werde, und die ganze Verſammlung erhob ſich und erneuerte durch einſtimmigen Zuruf den Schwur. Einſtimmig wurden ſodann mehrere Geſetzesvorſchläge, betreffend Abſchaffung der Salzabgabe, Erniedrigung des Salzpreiſes auf 1 Bajocco für das Pfund, Vertheilung und Verkauf der Staatsgüter in kleinen Parzellen, damit ſie auch weniger Wohlhabenden zugänglich würden, angenommen. Ein Vorſchlag, geheime Sitzung zu halten, wurde verworfen, weil in den Umſtänden, in den ſich gegenwärtig das Vaterland befinde, dem Volke Nichts verborgen bleiben dürfe. Sterbini lud die Verſammlung ein zu ſchwören, ſich eher unter den Trümmern des Vaterlandes begraben zu laſſen, als das von ihr proklamirte republikaniſche Prinzip aufzugeben, und alle Deputirten erhoben ſich mit der lebhafteſten Beiſtimmung und ſchwuren. Zuletzt wurde einſtimmig folgendes Proklam genehmigt: „In Betracht der letzten Schickſale Italiens hat die konſtituirende Verſammlung beſchloſſen:

Die römiſche Republik, Zufluchtsſtätte und Bollwerk der italieniſchen Freiheit, wird niemals nachgeben oder unterhandeln. Die Repräſentanten und die Triumvirn ſchwören es im Namen Gottes und des Volkes. Das Vaterland wird gerettet ſein.“

Digitized by Google

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 26. April. Der Dreißigerausſchuß über die Abberufung der öſterreichiſchen Abgeordneten. Hr. Kindworth. Städtiſches. Die würtembergiſchen Offiziere.) Wien (Ungariſche Nachrichten. Graf Zichy. Die neue Anleihe.) Berlin (Die deutſche Sache. Graf Arnim zurückgetreten. Fürſtbiſchof Diepenbrock zum katholiſchen Feldprobſt ernannt. Herr v. Vincke und die zweite Kammer. München (Erklärung der Regierung nach Berlin. Fortdauernde Agitation für die Reichsverfaſſung. Die ultramontane Lokalpreſſe. Ludwigsburg (Die Königin von Würtemberg und der Jubel des Volkes.) Dresden (Bevorſtehende Auflöſung der Kammern. Kongreß der Vaterlandsvereine.) Flensburg (Das deutſche Heer.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Sieg der Serben unter Stratimirowich über die Ungarn bei Illet.)

Ungarn. Peſth (Die ungariſchen Generale. Rekrutenaushebung. Glänzender Empfang Bems in Debreczin.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 26. April.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 26. April.

Tagesordnung der 207. öffentl. Sitzung.

1) Neuwahl eines Schriftführers für den zurücktretenden Herrn Riehl von Zwettl.
2) Anhörung der Berichterſtatter und event. der Reichsminiſter und Abſtimmung über den vom Abgeordneten Kierulff erſtatteten Bericht, Namens des Ausſchuſſes zur Berichterſtattung über den Bericht der Deputation von Berlin und zur Vorberathung derjenigen Maßregeln, welche zur Durchführung der verkündigten Reichsverfaſſung nöthig erſcheinen.

Präſident Herr Eduard Simſon eröffnet 9½ Uhr die Sitzung.

Von Flottenbeiträgen wird einer angemeldet von 723 Gulden aus Erfurt.

Es liegen zwei dringliche Anrufungen an das Miniſterium vor. Nach einem von Hrn. Waitz gegen den Präſidenten geführten Streite über die geſchäftliche Behandlung derſelben, läßt der Letztere, je nach Verleſung der Anrufungen, das Haus über die Dringlichkeit entſcheiden. Hr. Wuttke fragt, ob eine Erklärung der bairiſchen und der preußiſchen Regierung dem Miniſterium bekannt geworden und von dieſem dem Hauſe mitzutheilen beabſichtigt werde. Die Dringlichkeit wird zuerkannt, worauf Reichsminiſter Hr. v. Gagern antwortet, daß eine neuere preußiſche Erklärung nicht eingegangen, wohl aber eine ſehr ausführliche bairiſche, welche theils auf das Vereinbarungsprinzip, theils auf die Beſchaffenheit der Verfaſſung ſich ſtützend, die Annahme der letzteren ablehne. Dieſelbe vor der bevorſtehenden Abſtimmung — wie Hr. Wuttke meinte — in extenso mitzutheilen, halte das Miniſterium nicht für nöthig.

Eine zweite dringende Interpellation von Hrn. Jungkmann wegen Abführung von Munition aus Mainz nach Oeſterreich, um in dem Kriege gegen Ungarn verwandt zu werden, wird gleichfalls für dringend erkannt. Hr. v. Gagern antwortet in Abweſenheit des Kriegsminiſters, daß ihm nichts davon bekannt ſei.

Nach dem Uebergang zur Tagesordnung erfolgt die Wahl eines neuen Schriftführers. Es haben Stimmen erhalten die Herren Makowiczka 136, Stahl 122, Schauß 9, Wuttke 2 (!) u. ſ. w. Hr. Makowiczka aus Krakau iſt ſomit erwählt.

Im weitern Verfolg der Tagesordnung erhält zuerſt Herr Simon von Trier als Berichterſtatter der einen Minderheitsfraktion des Ausſchuſſes das Wort. Er beginnt damit, das Verhältniß der Verſammlung zu Oeſterreich von ſeinem Standpunkte aus zu beleuchten. Niemand als er und die Seinigen habe ſich länger bemüht Oeſterreich bei uns zu halten. Seitdem ſich aber die öſterreichiſche Regierung mit nackter Schamloſigkeit von dieſer Verſammlung losgeſagt, ſo könne länger von uns nicht Rückſicht genommen werden auf dieſe Regierung. Hätte ſich die Volksvertretung, bemerkt ſodann Hr. Simon in einem Rückblicke auf geſchichtliche Vorgänge, in ein monarchiſches und in ein republikaniſches Lager geſpalten, ſo wäre ſie wahrſcheinlich mit allen ihren Beſtrebungen geſcheitert. Ein verzweifelnder Bergſteiger wirft die Fahne am Fuße des Berges weg, deſſen Höhe zu erklimmen er nicht vermochte. Dagegen haben wir es vorgezogen, die nächſte Höhe zu erſteigen, dort unſere Fahne aufzupflanzen, „das Ziel aber immer vor Augen.“ Was die heute behandelte Frage anlangt, ſo iſt ſie für Niemanden und auch nicht für die trägſten Charaktere und Parteien eine Frage des Ob, ſondern für Alle nur des Wann? Der Meinung des Redners gemäß muß dies Wann mit einem Sogleich beantwortet werden. Alſo Einſetzung einer Regentſchaft, Ausſchreibung des neuen Reichstags, Beeidung der deutſchen Wehrmacht auf die parlamentariſchen Autoritäten. Hr. Simon erinnert wiederholt an das Wort des Dichters: „Säume nicht, dich zu erdreiſten, wenn die Menge zaudernd ſchweigt. Alles kann der Edle leiſten, der's verſteht und raſch ergreift.“ (Anhaltender Beifall.)

Hr. Raveaux von Köln: Es handelt ſich bei uns nicht um aktiven oder paſſiven Widerſtand, ſondern es handelt ſich darum, wer es wagen wird uns Widerſtand zu leiſten. Aber handeln müſſen wir. Die Regentſchaft anlangend, deren Einſetzung wir beantragen, ſo iſt es Hr. Wernher von Nierſtein geweſen, der uns im Ausſchuſſe erklärt hat, der Reichsverweſer habe bereits der und jener Maßregel ſeine Vollziehung verweigert. Preußen will die Sonne ſein, um welche ſich die übrigen Staaten als Planeten bewegen. Sei das die Abſicht der deutſchen Bewegung geweſen? Aber in Berlin wiſſe man zu handeln, während hier nur abgewartet werde. Hr. Raveaux ſchildert ſehr ergötzlich, wie konſervative Mitglieder des Hauſes bei Empfang der Berliner Nachrichten aufgefahren ſeien, wie ſie betheuert hätten, jetzt gingen ſie bis zum Aeußerſten, jetzt wollten ſie auf die Barrikaden treten — (Heiterkeit) nur daß ſie dann Aufſchub für Aufſchub in Anſpruch genommen hätten. Preußen kann übrigens nach Hrn. Raveaux's Meinung nicht zehn Jahre weiter beſtehen ſo anbrüchig in ſeinen Finanzen iſt es. Der Schluß von Hrn. Raveaux's Rede, nachdem er eine zweite Revolution, zu der die Reichsverſammlung das Zeichen geben müſſe, als die Pflicht der Verſammlung hingeſtellt, iſt die Wiederholung von Rieſſer's Worten: daß es ein widerwärtiger Anblick ſei, wenn Buben mit Behagen am Vaterlande verzweifelten.

Hr. Kierulff empfiehlt als Berichterſtatter der Ausſchußmehrheit die von Hrn. Schubert beantragten Abänderungen und Zuſätze, indem er im Uebrigen auf den bereits ausgeſprochenen Anſichten und Grundſätzen beharrt.

Hr. Zimmermann aus Stuttgart will vor der Abſtimmung eine Mittheilung in Bezug auf die würtembergiſchen Angelegenheiten machen. Der Geſchäftsordnung gemäß wird ihm jedoch das Wort verweigert und eben ſo, daß der Präſident anſtatt ſeiner die Mittheilung verleſe.

Die Abſtimmung erfolgt zuerſt über das Sondererachten der Herren Detmold und Reichenſperger:

Daß die Reichsverſammlung ihre Beſchlußnahme über den Bericht der Deputation, ſowie über die etwa zur Durchführung der Verfaſſung nothwendig werdenden Maßregeln, bis dahin ausſetze, daß die Erklärung der königlich preußiſchen Regierung und der ſonſt noch mit ihren Erklärungen über die Verfaſſung in Rückſtand befindlichen Regierungen eingegangen ſein werden.

Es erheben ſich kaum zehn Mitglieder dafür. Verworfen wird alsdann auch der Antrag von Hrn. Moritz Mohl. Angenommen dagegen wird — unter Ablehnung ſämmtlicher von der Minderheit oder von Einzelnen geſtellten Anträge auf Erledigungserklärung des deutſchen Kaiſerthrons in Folge der Erklärung des Königs von Preußen u. ſ. w. — der Antrag Nro. 1 der Ausſchußmehrheit:

1) Die Reichsverſammlung erklärt, in Uebereinſtimmung mit ihrer nach Berlin geſandten Deputation, daß die Annahme der durch die verfaſſunggebende Reichsverſammlung dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhaupts die Anerkennung der Reichsverfaſſung vorausſetze.

Die hierauf weiter folgenden Abſtimmungen beziehen ſich auf die Vorſchläge zur Vollziehung der Reichsverfaſſung. Auch hier werden die Minderheits- und Einzelanträge abgelehnt, die auf Ausſchreibung der Wahlen zum erſten Reichstage, ſofortige Beeidigung der Beamten der Bürgerwehren und Soldaten auf die Reichsverfaſſung u. ſ. w. hinausgehen. Dagegen wird mit großer Mehrheit angenommen (nach dem Schubert'ſchen Verbeſſerungsantrage):

2) Die Reichsverſammlung beſchließt: Die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfaſſung noch nicht erklärt haben:

a) ſind aufzufordern, die Anerkennung der Reichsverfaſſung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgeſetzes nunmehr auszuſprechen;

b) dieſelben Regierungen ſind zu veranlaſſen, ſich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfaſ-

ſungsmäßigen und geſetzlichen Mittel, ſeinen Willen kund zu geben, in dieſem entſcheidenden Augenblicke geſchmälert oder entzogen würden; insbeſondere von ihrem Rechte, die Ständeverſammlungen zu vertagen oder aufzulöſen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert, — vielmehr dieſelben in Thätigkeit zu ſetzen, oder zu belaſſen, bis die Reichsverfaſſung zur Anerkennung gebracht ſein wird.

3) Sie beſchließt, die proviſoriſche Centralgewalt im Intereſſe der allgemeinen Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands zu erſuchen, die vorſtehenden Beſchlüſſe in Vollzug zu ſetzen, und erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsminiſteriums über den Erfolg.

(nach dem Vorſchlage der Ausſchußmehrheit)

4) Der erwählte Ausſchuß bleibt beſtehen, um je nach Lage der Dinge weitere Maßnahmen zu berathen und der Reichsverſammlung vorzuſchlagen.

Auf der Linken geben ſich lebhafte Zeichen von Mißbehagen in Folge des Reſultates dieſer Abſtimmung kund. Der Präſident verkündet, daß im Laufe der Sitzung die königlich baieriſche Regierungserklärung an das Haus gelangt ſei. Die Verſammlung verzichtet jedoch darauf, daß dieſe Erklärung verleſen werde.

Nächſte Sitzung findet Montag, den 30. d. Statt und wird von harmloſen Berichten, wie ſie namentlich der volkswirthſchaftliche Ausſchuß in Bereitſchaft hat, ausgefüllt.

*** **Frankfurt**, 26. April. Der Dreißigerausſchuß beſchloß geſtern Abend mit 16 gegen 13 Stimmen: 1) die Abberufung der Oeſterreicher durch die öſterreichiſche Regierung für null und nichtig zu erklären; 2) den öſterreichiſchen Abgeordneten die Diäten aus der Reichskaſſe auszahlen zu laſſen, und 3) die proviſoriſche Centralgewalt mit dem Vollzuge dieſer Beſchlüſſe zu beauftragen.

*** **Frankfurt**, 26. April. Der ſo bekannte Staatsrath Klindworth ſoll es gerathen gefunden haben, Stuttgart zu verlaſſen, als der Sturm losbrach.

*** **Frankfurt**, 26. April. Nach verläſſigen Nachrichten beſtätigt es ſich allerdings, daß das Offizierkorps der ſtarken Garniſon in Ludwigsburg dem König von Würtemberg auf die an es gerichtete Frage, offen erklärte, es werde das würtembergiſche Militär nicht gegen das Volk und die Reichsverfaſſung kämpfen. Das würtembergiſche Militär bekundete in dieſem Augenblicke der Gefahr einen Geiſt, wie man ihn von deutſchen Truppen, welche nicht vergeſſen, daß ſie ein Theil des Volks, Söhne des Vaterlandes ſind und nicht gegen, ſondern für die Einheit, Freiheit und Wohlfahrt des geſammten Vaterlandes zu kämpfen haben, nicht anders erwarten darf. Und dieſer Geiſt der Treue gegen das Vaterland, wird ſich, ſo wie am Neckar, auch an der Iſar, der Elbe und Weſer, ſo hoffentlich im entſcheidenden Augenblicke auch anderswo nicht verleugnen.

△ **Wien**, 22. April. Feldzeugmeiſter Welden hat ſeine Operationen ſchon am 20. bei Gran begonnen und ſchlug Görgey bei Kemmend; es ſcheint, daß ſich Görgey auf Neutra werfen wird, wo ihm Feldmarſchallieutenant Wohlgemuth in die Fronte kömmt, wenn er es nicht vorzieht, ſich nordwärts zu wenden. Schlick und Jellacic ſtanden geſtern noch bei Peſth und rücken nun in nördlicher Richtung vor. Die berühmten fürſtlich Windiſchgrätziſchen Wollſäcke ſind auf Befehl Weldens zurück geſtellt worden. Unſere tapfere Armee wird auch ohne Wollſäcke ſiegen und Welden wird ihr jetzt die Gelegenheit dazu geben.

* **Wien**, 22. April. Sehr bemerkenswerth iſt die einlenkende Sprache des „Lloyd," welcher wenigſtens einen Theil des Kabinets in den ungariſchen Angelegenheiten vertritt. Hier wird eine friedliche Ausgleichung nicht nur erſehnt, ſondern auch erhofft, zugleich aber befürchtet, daß ſie an den polniſchen Umtrieben und an den Anſichten des Rumpfparlaments ſcheitern könne.

Die Meinung, daß Koſſuth parlamentiren wolle, entſtand dadurch, daß am 15. d. 4 Honveds bis zu den k. k. Vorpoſten herankamen, mit weißen Bändern geſchmückt und eine Schrift in den Händen. Allein ſie überbrachten nur das Teſtament des in Waizen gefallenen G.-M. Götz.

Ueber das Schickſal Temesvar's iſt man beſorgt. Man fürchtet, dieſe Feſtung ſei gefallen oder doch ſehr hart bedroht.

Als Gerücht wird in Peſth erzählt, daß eine ruſſiſche Armee durch die Bukowina, nach dem Norden Ungarns vordringend, im Anmarſch auf Großwardein und Debreczin ſein ſoll.

Durch eine Proklamation aus Gödöllö v. 14. d. ermuntert Koſſuth ſeine tapfern Heldenbrüder zur Ausdauer und letzten Kraftanſtrengung, um dem König Ferdinand V., der durch eine Militärempörung, an deren Spitze ſein Neffe Franz Joſeph ſteht, vom Throne geſtoßen und zur Abdikation gezwungen wurde, zu ſeinem geheiligten Rechte und angeſtammten Throne zu verhelfen.

In Debreczin hatte Bem ſeinen feierlichen Einzug gehalten. Er ſoll eine von 40,000 Sachſen unterſchriebene Adreſſe gebracht haben, worin ſie das ungariſche Landesvertheidigungskomite anerkennen, demſelben huldigen und der Union Treue geloben. Den ganzen Tag wurden die Kanonen gelöst, Abends war die Stadt beleuchtet und Bal paré bei Koſſuth. Bem's Macht wird auf 30—40,000 Mann geſchätzt. Er ſoll ſich anſehnlich durch Sachſen verſtärkt haben. Der ſiebenbürgiſche Reichthum an Pferden iſt ihm dabei wohl zu ſtatten gekommen.

Ein offizieller Artikel im Abendblatt der Wiener Zeitung enthält eine Verwahrung gegen die Inſinuation als ſei mit der Penſionirung des Grafen Zichy und Ludolf, das Endreſultat der über ſie verhängten Unterſuchung ausgeſprochen. Lediglich ſei dies als vorläufiger Akt der Erſparniß zu betrachten, der aber früher nicht habe eintreten können, als bis die Unterſuchung einen hinreichenden Grad von Pflichtverletzung ergeben habe, um hierzu zu ermächtigen.

Die neue Anleihe ſoll nun doch vor ſich gehen und zwar im Wege einer allgemeinen Submiſſion, im Belauf von 100 Mill. und derart in Umlauf zu bringen, daß man für die neuen 5pCt. Staatsſchuldverſchreibungen 25 pCt. in älteren 5pCt. Metalliques und nur 75 pCt. in Baarem zu erlegen hätte; ferner daß dieſe neue Anleihe dann durch jährliche Verlooſungen von zwei Millionen an Kapital und mit einem Verlooſungsgewinne von 15 pCt. nach und nach amortiſirt werden ſoll.

In der Sparkaſſe überſtiegen in dieſer Woche wieder die Einlagen die Rückzahlungen. Erſtere betrugen 106,770 fl., letztere nur 89,981 fl.

Berlin, 22. April. Als wichtiges Ereigniß verdient erwähnt zu werden, daß der Fürſtbiſchof von Diepenbrock zum Feldpropſte der Armee ernannt iſt. Der proteſtantiſche Theil des Heeres hatte bereits in der Perſon des ehrenwerthen Herrn Bollert ſeinen Feldpropſt; und ein Verdienſt des in der Liebe und Verehrung des Volkes von Tage zu Tage ſteigenden Prinzen von Preußen iſt es, ſeinerſeits, ſo weit es ihm möglich war, die Wünſche der Katholiken in dieſem Punkte befürwortet zu haben; wie denn die goldreine Gerechtigkeitsliebe des verſtorbenen Königs ſein Erbtheil iſt. Daß an dem Gerüchte, der König wolle zu ſeinen Gunſten die Krone niederlegen, kein Wort wahr iſt, will ich nur nebenher anführen. (D. P. Z.)

Berlin, 24. April. Was aus der deutſchen Sache im Augenblick werden ſoll, kann Niemand ſagen; ſo weit der Blick reicht, herrſcht Rathloſigkeit und Verwirrung.

Hr. v. Beckerath iſt heute unverrichteter Sache von Berlin abgereiſt, Camphauſen hat ſeine Entlaſſung eingereicht und Graf Arnim iſt nicht mehr Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten. Die letztere Nachricht war freilich ſchon ſo oft verbreitet, daß Niemand recht daran glauben kann; aber dießmal ſoll es wirklich wahr ſein. Warum er gerade zurücktritt, iſt freilich ſchwer abzuſehen; man ſollte glauben, daß das Miniſterium für ſeine Politik in der deutſchen Frage in ſeiner Geſammtheit einſteht, und nicht bloß einen Einzelnen aus ſeiner Mitte opfern darf. Das Mißtrauen der zweiten Kammer ſcheint es zu ignoriren. Entſchloſſen, auf ſeinen Plätzen zu verbleiben und doch nicht entſchloſſen, die Kammer aufzulöſen, tritt es immer wieder und wieder in die Mitte einer Vertretung, deren konſervative Elemente es zum großen Theile gegen ſich hat. Es hat die Unterſtützung gemäßigter Männer verſcherzt, ohne deren Beiſtand kein Miniſterium in Preußen exiſtiren kann.

Das Land bedarf dringender als je einer Regierung, die dieſer großen Zeit gewachſen iſt, der ſich die beſſeren Theile der Nation willig anſchließen. Dauert dieſer Zuſtand, der jetzt auf uns laſtet, noch lange fort, ſo geben wir der Auflöſung durch Revolution oder Abſpannung entgegen. (D. Rfr.)

⁑ **Berlin**, 24. April. Die deutſche Frage, wer konnte jetzt an etwas Anderes denken! Das Miniſterium hat eine Politik offen verkündigt, die zu keinem anderen Ende führen kann, als zur gewaltſamen Auflöſung der Reichsverſammlung und dem gewiß unglücklich ausſchlagenden Verſuche, eine Reichsverfaſſung zu oktroyiren. Den kleinen Königreichen ſchwillt durch eine ſolche elende Politik mächtig der Kamm. Von der erſten Kammer iſt nichts und am wenigſten etwas Gutes zu erwarten. Die zweite kann ſich nicht organiſiren, nicht ihre kleinen Abneigungen überwinden, und ſich zu einer imponirenden Mehrheit vereinigen. Die einzige Hoffnung unter dieſen Umſtänden, unter dieſen ſich leiſe zuſammenziehenden Wolken des Unheils iſt die ſich mehr und mehr auf erfreuliche Weiſe aufklärenden höchſten Regionen. Möge mit der Einſicht der Entſchluß reifen! Von Kammerverhandlungen mag ich kaum reden. In der zweiten Kammer wurde über das Verſammlungsrecht weiter berathen. Verſammlungen auf öffentlichen Plätzen, öffentliche Aufzüge ſind von der Genehmigung der Polizei abhängig gemacht, ſelbſt die Beſchränkung, die Pilet vorſchlug, daß die Erlaubniß nicht ohne dringende Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu verſagen ſei, erlangte keine Mehrheit. Das iſt eine größere Beſchränkuug des Verſammlungsrechtes, wie im ariſtokratiſchen England; ſie iſt beſchloſſen von einer demokratiſchen Kammer. Der bekannte Komiker Dierſchke machte wieder ſeine Späße, Berlin ſolle ein Athen ſein, aber es ſei ein gefeſſelter Prometheus, dem Jupiter die Augen aushacken laſſe u. ſ. w. Mir ward unheimlich bei dem allgemeinen Gelächter. Mir fiel das Wort des Prometheus im Aeſchylus ein: „Der Meereswellen unendliches Gelächter!“ Sind doch alle dieſe Volksvertreter von dem Miniſter für Meereswellen erklärt, gegen deren Strömung er das Schiff ſteuern müſſe! Mir kam das ganze Spiel hier ſo frivol vor; ich dachte an ernſtere Dinge und weiß weder von Hrn. Dierſchkes Späſſen noch von den ſonſtigen Verhandlungen etwas Zuſammenhängendes zu berichten. Wird es möglich ſein, daß dieſe Kammer ſich aufrafft und das Vaterland rette?

△ **Berlin**, 24. April. Die Rechte der zweiten Kammer ſtrebt, da Vincke ſich noch immer entſchieden iſolirt hält und v. Bodelſchwingh daſſelbe thut, weniger aus Eigenſinn als um mit dem ihm anklebenden Schein der Reaktion nicht die ganze Partei zu beläſtigen oder in ein falſches Licht zu ſetzen (weshalb förmlich ſchon die Trennung der Parteien Wentzel und Harkort als Centren erfolgte) ſich für eine neue abſolute Majorität zu vereinbaren, als Hauptverein, dem ſich die Nebenfraktionen anſchließen können, wenigſtens für das bisherige Programm und für manche materielle Intereſſen, die eine ſcharfe politiſche Sonderung weder bedingen noch wünſchenswerth oder dem Lande dienlich erſcheinen laſſen. Es wird darüber heute eine Generalverſammlung ſtattfinden.

= **München**, 24. April. Geſtern iſt eine Erklärung unſerer Regierung in der deutſchen Frage nach Frankfurt und Berlin abgegangen; die Antwort gilt der preußiſchen Cirkularnote vom 3. Die Erklärung, wie wir hören auf das Prinzip der Vereinbarung lautend, ſoll ſich ſelbſtſtändig und unabhängig von Oeſterreich ſtellen, die Bedeutung Baierns an und für ſich betonend; weßhalb wohl auch v. Schmerling nur in Karlsruhe und Stuttgart auf Propaganda geweſen. Mittlerweile nimmt bei uns die Demokratie neuerdings die Bewegung in die Hand.

Geſtern hielt der hieſige Centralmärzverein eine öffentliche Sitzung von vielen tauſend Menſchen beſucht. Die Verſammlung beſchloß eine Adreſſe an die Reichsverſammlung zur unbedingten Anerkennung der Reichsverfaſſung und Ermuthigung des Parlaments, alsdann eine Vorſtellung an das baieriſche Geſammtminiſterium um ſchleunige Einberufung der Kammern, damit in der deutſchen Sache die wahre Volksſtimme laut werde. Beide Adreſſen liegen bereits laut zahlreicher Eckenanſchläge, welche eine feurige Anſprache an die Bürger und Bewohner der Hauptſtadt enthalten — zur Unterzeichnung im großen Rathhausſaale auf: geſtern Abend nach Schluß der Märzvereinsſitzung wogten Soldatenmaſſen durch die Stadt bis tief in die Nacht. In Würzburg und Nürnberg haben die Gemeindebevollmächtigten Adreſſen an den König für Anerkennung der Reichsverfaſſung beſchloſſen; die Agitation beginnt, genährt durch die Vorgänge in Stuttgart.

Die Aufregung in Folge dieſer Ereigniſſe iſt hier ſehr groß; noch tiefer wirkte auf die Gemüther die neueſte Erklärung des preußiſchen Miniſterpräſidenten vor der Kammer, die, ſeit ſie die Reichsverfaſſung angenommen, hier außerordentlich an Kredit gewonnen hat. In unſeren ehrlichen deutſchen Kreiſen glaubt man nach den neueſten Erklärungen der preußiſchen Regierung an ein geheimes Einverſtändniß mit Oeſterreich und Baiern. Nach unſerer Anſicht räth man viel zu ſehr im Blauen umher; uns ſcheint der ruſſiſche Einfluß überall über den öſterreichiſchen hinaus eilend; hier wenigſtens herrſcht in keinem Geſandtſchaftshotel ſolche Thätigkeit als im ruſſiſchen. Die Linke unſerer Volkskammer wird nun, wie ich aus guter Quelle höre, volle Thätigkeit für Einberufung der Kammern in der Preſſe, in Volksverſammlungen und durch Adreſſen ans Miniſterium entwickeln. In gewiſſen höheren Kreiſen zeigt man jedoch nicht die geringſte Beſorgniß; man verläßt ſich auf das Militär und einſtweilen auf die suprema via der Auflöſung. Unſere ultramontane Lokalpreſſe, namentlich der „Volksbote“ ergeht ſich ungenirt in den gemeinſten Schimpfworten gegen das Parlament: „es ſpricht von erbkaiſerlichen Taſchenſpielern, von Frankfurter Garköchen, von einem ſchwarzweißen Erbkaiſerſack, in den man ganz Deutſchland ſtecken wolle.“ Doch die Rache kommt; gerade in Altbaiern, worauf die ultramontane Partei bisher pochte, beginnt eine nachhaltige Bewegung gegen die Geiſtlichkeit und ihre Umtriebe.

Ludwigsburg, 24. April. Es war heute ein verhängnißvoller Tag für Ludwigsburg, für Würtemberg und ganz Deutſchland. Die Stadt war in fieberhafter Aufregung, man glaubte den Bürgerkrieg vor der Thüre. Das ganze Land hatte ſich wie Ein Mann erhoben und dem König den Volkswillen ausgeſprochen: die Verfaſſung, wie ſie die Reichsverſammlung in Frankfurt beſchloſſen, unbedingt anzuerkennen. Der König ſträubte ſich dagegen und kam plötzlich von Stuttgart hierher in das ſeit vielen Jahren verödete Schloß ſeiner Väter. Man fürchtete ſchon, er werde morgen nach Holland abreiſen. Da verſuchte unſer wackres Miniſterium die letzte beſchwörende Vorſtellung und ſiehe da! die Königin ſtürzte dem König zu Füßen mit der Bitte: dem Willen ſeines Volkes zu gehorchen. Der greiſe Monarch hob ſie mit Thränen auf, ſchloß ſie an ſeine Bruſt und unterwarf ſich dem Willen ſeines Volkes. Der Jubel in der Stadt iſt gränzenlos. Vom Balkon des Rathhauſes wurde dem Publikum ſoeben die Kunde mitgetheilt und dem König drei donnernde Hochs gebracht. (F. J.)

A **Dresden**, 24. April. Der unheilbare Bruch zwiſchen dem Miniſterium und den Kammern iſt jetzt eine vollendete Thatſache. „Die zweite Kammer hat geſtern der Regierung mit 41 gegen 25 Stimmen unumwunden ein Mißtrauensvotum ertheilt.“ Die nächſte Veranlaſſung dazu war das Bedenken der Regierung, auf die von beiden Kammern nun zum zweiten Male (gegen 4 Stimmen) beantragte unverweilte Abberufung des Geſandten von Könneritz „ſchon jetzt hauptſächliche Entſchließung zu faſſen.“ Dazu kommt das Zögern der Regierung in der deutſchen Verfaſſungsfrage, in welcher ſie lange rathlos hin und herſchwankte und ſich endlich zu der perſönlichen Anſicht des Königs bequemte, daß Sachſen Schritt für Schritt der preußiſchen Politik zu folgen habe. An ein ſelbſtſtändiges Widerſtreben oder an ein Einverſtändniß mit der öſterreichiſchen Regierung iſt nicht zu denken. Auch die Steuerangelegenheit hat eingewirkt und obgleich die zweite Kammer neuerdings die Forterhebung der beſtehenden Steuern bis Ende September genehmigte, drohte ſie doch dabei dem Finanzminiſter mit einer Anklage wegen Verſuchs des Verfaſſungsbruches, weil er die Steuererhebung nicht in der von den Kammern beliebten Form ausgeſchrieben hat. Der erſten Kammer geht dieſe Bewilligung ſchon wieder zu weit und ſie will die Steuern nur bis Ende Juni bewilligen. Nun gibt es außerdem noch eine Macht im Staate, die „demokratiſchen Vereine,“ und die Loſung dieſes Staats in Staate heißt — Steuerverweigerung. Die hirnloſe Wirthſchaft dieſer Volksmaſſen wird mit der Kammerauflöſung von Neuem beginnen, denn die Zahl der Anhänger der Regierung nimmt in dem Maße ab, je länger ſie mit Anerkennung der deutſchen Verfaſſung zögert. So ſind die Ausſichten für die nächſte Zukunft Sachſens ſehr trübe. Es ſcheint, daß die Auflöſung der Kammern nächſten Sonnabend, 28. April, erfolgen wird.

A **Dresden**, 23. April. Geſtern hielten die Vaterlandsvereine des Königreichs Sachſen einen Generalkongreß in Neuſtadt-Dresden von Morgens 10 bis Nachts 2 Uhr. Er zeigte von Anfang bis zu Ende große Aehnlichkeit mit dem berüchtigten Berliner Demokratenkongreſſe vom vorigen Herbſte. Es überragt er, wie jener, mit einem endloſen Verzeichniß von ſäumigen Schuldnern und unbezahlten Schulden; dennoch überſtieg der in natura

Die hannover'ſche Kamarilla und das Miniſterium.
Die ſtille Revolution.
Deutſchland. Leipzig (Die Hiobspoſt aus Berlin.) Aus dem Bückeburgiſchen (Der Hof und die Miniſter.)

Die hannover'ſche Kamarilla und das Miniſterium.

(Erſter Artikel.)

♂ Aus Norddeutſchland, 22. April. Wir leben in Zeiten der Oeffentlichkeit und es thut Noth, auch die feinen und bisher oft unſichtbaren Fäden aufzudecken, durch welche an den deutſchen Fürſtenhöfen die wichtigſten Dinge entſchieden werden. Wir hoffen, die Unterrichteten werden den folgenden Mittheilungen das Zeugniß nicht verſagen, daß ſie mit Wahrheitsliebe, ohne Gunſt und Haß geſchrieben ſind.

Wir ſchildern zuerſt die Kamarilla, wie wir ohne ſchlimme Bedeutung die einflußreichen Perſonen des Hofes nennen wollen. Wäre General von Düring noch in unmittelbarer amtlicher Beziehung zum König, ſo könnte man ihn unbedenklich als das Haupt der Kamarilla bezeichnen. Denn obgleich vulgo „der Biedermann" genannt (wie lucus a non lucendo), war er doch Chef des im Palais befindlichen, ſelbſt von hochgeſtellten Perſonen gefürchteten „ſchwarzen Kabinets." Aber ſeit der geheimnißvollen Disgrace des mächtigen, als ehemaliger Engliſcher Generalkonſul in Trieſt noch jetzt von England gut bezahlten Mannes, kann man jene Ehre keinem Andern zuertheilen, als dem Hofmarſchall Ernſt Unico von Malortie. Er iſt jetzt etwa 46 Jahre alt, ſeiner äußern Erſcheinung nach groß, bleich und hager, ſein aſchfarbenes Geſicht kommt nie in Gefahr zu erröthen. Man ſieht ihn nicht anders, als in ſ. g. Windſor-Uniform, im blauen Frack mit rothem Kragen. Dieſe Uniform gehört mit zu ſeiner Subſtanz; denn er iſt eine incarnirte Hofnatur. Er leidet an Schlafloſigkeit, iſt ſomit ein geborner Argus, entfaltet von früh bis ſpät die außerordentlichſte vielgeſchäftige Thätigkeit, iſt ein wahres Muſter von Pünktlichkeit und Ordnung, ein trefflicher Financier, der berühmteſte aller Hofmarſchälle; aber auch der unnachſichtlich ſtrengſte und mit Recht gefürchtete Gebieter der geſammten Hofdienerſchaft. Als Charakter nicht unehrlich, iſt er doch im Dienſte zu Allem fähig, was der König befiehlt. Guthmüthigkeit kennt er nicht. Selbſt unverheirathet duldet er auch nicht, daß irgend ein Mitglied der Hofdienerſchaft verheirathet iſt. Eine völlige eiſige Natur, an welcher man keine Leidenſchaft kennt, es müßte denn die für das Geld ſein. Er iſt ein Egoiſt von eigenthümlicher Art: er ſammelt Geld, aber genießt es nicht; ſein Genuß beſteht nur in der Hofthätigkeit. Er heißt Unico und iſt auch wirklich ein unicum in ſeiner Art.

Er iſt der Sohn des Forſtdirektors von Malortie, welcher aus einer mit Fräulein d'Olbreuſe*) aus Frankreich nach Hannover gekommenen Emigrantenfamilie ſtammt. Seine Mutter iſt eine Gräfin Platen-Hallermünde, Enkelin der durch die Geſchichte der unglücklichen Sophie Dorothea von Hannover und des Grafen Königsmark bekannten Gräfin Platen, geb. von Meiſenbug aus Heſſen. Er ſtudirte in Göttingen, nahm eine Zeit lang ſeinen Aufenthalt in England und trat dann in die hannoverſche Beamten-Karriere, welche damals für Leute von Familie ſehr lukrative Ausſichten darbot. Er wurde Auditor in Syke, zeigte ſich aber, wie man ſagt, als nicht ſonderlich fähigen Juſtizbeamten und fand daher auch an ſeinem Amte keinen Geſchmack. Etwa ein halb Jahr vor der Thronbeſteigung Ernſt Auguſts wurde er Kammerherr bei deſſen Gemahlin, der damaligen Herzogin von Cumberland in Berlin, während ſeine Schweſter Hofdame bei derſelben wurde. Als ſolcher ging er in den Hofſtaat der Königin über und wußte ſich bald unentbehrlich zu machen. Mit unerſättlicher Gier abſorbirte er in ſeiner Perſon nach und nach alle Hofchargen. Durch glückliche Ausbeutung eines Mißverſtändniſſes zwiſchen dem König und dem frühern Oberhofmarſchall, Grafen von Wangenheim, wußte er dieſen allgemein geachteten Mann aus ſeinem Amte zu verdrängen. Das gleiche Spiel wiederholte er mit gleichem Glück bei deſſen Nachfolger, dem ebenſo ehrenwerthen Hrn. v. Steinberg. Nachdem Letzterer das Oberhofmarſchallamt längſt abgegeben und nur noch die Direktion der königlichen Gärten behalten, wußte der uneigennützige Hr. v. Malortie auch dieſe ſich zuzuwenden. Weichere Naturen, wie der Oberhofmeiſter Hr. v. Linſingen (bekannt durch ſeine Aventüre mit dem Herzog Karl von Braunſchweig) und wie der Oberſchenk von dem Buſſche-Münch, hatten ſeiner intriguanten Ambition ſchon längſt nicht widerſtehen können und waren ohne allen Widerſtand beſeitigt worden. So iſt Herr Hofmarſchall von Malortie ſchon ſeit einigen Jahren in dem Hauſe des Königſt Ernſt Auguſt Alles in Allem, und das um ſo mehr, als ſein Bruder Hermann von Malortie (übrigens ein ſchwaches Licht), erſter Kammerherr Sr. Majeſtät — und deſſen einziger Kollege, der Kammerherr und Theaterintendant Theodor von dem Buſſche, eine ungemein gutmüthige und unſchädliche Natur iſt. Bis vor ungefähr 2 Jahren war auch noch der nun verſtorbene jüngere Bruder Adolph von Malortie (genannt „das kleine Malheur") Privatſekretär des Königs. Dazu kommt noch, daß der Vetter des Hrn. v. Malortie, Guſtav Platen, Oberſtallmeiſter, deſſen jüngerer Bruder Flügeladjutant des Königs und ein dritter noch jüngerer Bruder jetzt hannoverſcher Geſchäftsträger in Wien iſt. Auch der Vater dieſer Platens, der Oberkammerherr George Platen, würde in dieſem Geſpinnſt, deſſen Fäden ſich ſo vielfach durchkreuzen, eine einflußreiche Rolle haben ſpielen können, wenn ſein beſonders in ſeiner frühern ſtändiſchen Oppoſition hervorgetretener biederer Charakter ihn nicht darüber erhaben erſcheinen ließe.

Herr Hofmarſchall von Malortie iſt auch mit beſtem Erfolg als Schriftſteller aufgetreten. Am bekannteſten iſt er durch ſein Buch: „Der Hofmarſchall, wie er ſein ſoll," worin er eigentlich ſich ſelbſt als Ideal aufgeſtellt hat und welches von Gutzkow in dem Aufſatz: „Die Kunſt Fürſten zu bedienen" höchſt komiſch rezenſirt worden iſt.

Außerdem hat er eine wirklich intereſſante hiſtoriſche Schilderung der Hofhaltung unter den Kurfürſten vor 100 Jahren geſchrieben, welche aus den Schätzen des Archivs mit vielen pikanten Details ausgeſtattet iſt. Endlich iſt er in Folge ſeiner ſchlafloſen Nächte und der dadurch veranlaßten Studien ſogar ein guter „Germaniſt" (aber darum freilich doch kein guter Deutſcher!) geworden, und eben durch dieſes Lieblingsſtudium auch zu Stüve in eine gewiſſe Beziehung getreten. Ja die Univerſität Göttingen hat ihn beim Jubiläum ſogar zum Dr. juris utriusque gemacht. Am erfolgreichſten, reſp. einträglichſten jedoch unter ſeinen Schriften hat ſich „der Hofmarſchall" erwieſen. Hr. v. Malortie hat für dieſes Buch, welches er an alle deutſche Fürſten geſchickt, unzählige Kommandeurkreuze und nach oberflächlicher Berechnung für 25,000 Rthlr. Tabatieren bekommen. Lachen Sie nicht, ſondern überlaſſen Sie dies ſeinen dereinſtigen Erben! denn er hat von jenen Tabatieren ein Fideikommiß für ſeine Neffen geſtiftet. Wenn die böſen Grundrechte nur keinen Strich durch die Rechnung machen! Er bewohnt ein kleines Haus, worin freilich eine Frau gar keinen Platz hätte, und welches durch ſeine wunderliche Bauart die Aufmerkſamkeit der Fremden zu erregen pflegt, die von „Weſſel's Schenke" nach Herrenhauſen fahren.

Somit haben wir alſo in der Perſon des Hrn. v. Malortie und ſeiner nächſten Trabanten die erſte Hauptgruppe der hannoverſchen Kamarilla treu und wahrheitsgemäß geſchildert. Man ſieht leicht, von wie vielen Seiten her der ſchlaue Hofmarſchall auf den Monarchen einzuwirken vermag, und daß, wenn die Malortie'ſche Klique es planmäßig darauf anlegt, den armen König für oder gegen eine Idee einzunehmen, derſelbe ſeinem Schickſal kaum zu entrinnen im Stande iſt.

Und doch ſtehen dem Herrn Hofmarſchall noch weit mächtigere Helfer und verbündete Geiſter zur Seite, als die bereits angedeuteten. Namentlich ſpielen — wahrſcheinlich aus alter ſüßer jetzt ungefährlich gewordener Gewohnheit — die Frauen am Hofe dieſes rex mulierosus wohl ein bedeutendere Rolle, als an irgend einem andern deutſchen Hofe, den des Königs Ludwig von Baiern vielleicht ausgenommen. Ehe wir jedoch zu dem Damen-Cirkel übergehen, ſind noch zwei ſehr einflußreiche männliche Mitglieder der Kamarilla aufzuführen.

Der eine iſt Geheimerath Graf Wedel, ein Oſtfrieſe, früher erſt Kanzleidirektor, dann Landdroſt in Osnabrück, ſpäter 1 Jahr lang Cultusminiſter, Mitglied des Miniſteriums Falcke bis zur März-

*) Dieſe Fräulein d'Olbreuſe war vermählt an den letzten Herzog von Celle und war die Mutter der Sophie Dorothea, der unglücklichen Gemahlin Georgs I. Durch ſie hat das Haus Hannover, eben ſo wie das Haus Hohenzollern, einen Fehler im Stammbaum.

Revolution, jetzt in Hannover wohnend. Obgleich er als junger Mann in preußiſchen Dienſten ſtand, ſo ſoll er doch nichts weniger als Preußen — freundlich geſinnt ſein. Er war Mitglied der berüchtigten Begutachtungs-Kommiſſion über die Rechtsgiltigkeit des Staatsgrundgeſetzes, und ſtimmte für den Umſturz deſſelben; er war ſtark betheiligt bei der hieraus entſpringenden Verfolgung Stüve's und Breuſing's; er hat zuletzt unangenehmes Aufſehen erregt durch ſeine Wahlumtriebe zum vormärzlichen Landtag und ſeinen (in der Weſer Zeitung veröffentlichten) Brief „an den Kutſcher Friedrich"; er geht mit Einem Worte ebenſo, wie Hr. Unico von Malortie, für den König durch Dick und durch Dünn. Der andere noch zu erwähnende Verbündete dieſes ſeltenen Mannes iſt der Kammerrath Alexander von Münchhauſen, Sohn des frühern kurheſſiſchen Geſandten in Wien aus dem Hauſe Aplern. Als Mitglied der Hoya'ſchen Ritterſchaft machte er, obgleich noch Aſſeſſor, in Finanzangelegenheiten, namentlich in der ſog. Kavallerie-Augmentationsfrage, gegen den König ſcharfe Oppoſition. Seitdem er aber mit einer Tochter der Gräfin Grote verheirathet iſt, ſcheint ſich unter der Einwirkung dieſer Dame ſeine politiſche Geſinnung gänzlich umgewandelt zu haben. Er redigirte bei der Märzrevolution die bekanntlich ſehr ausweichend abgefaßte ſchriftliche Antwort des Königs, welche ſo heftigen Unwillen erregte, und iſt jetzt noch immer faktiſch königlicher Kabinetsrath, obwohl er den Titel aufgegeben und Kabinetsſekretär für die intime Korreſpondenz des Königs, als ſolcher natürlich ſehr einflußreich, und zwar ſchon unter Falcke.

Hr. v. Münchhauſen führt uns durch ſeine Vermählung mit der älteſten Tochter der Gräfin Grote auf die ungeſuchteſte Weiſe in den glänzenden Damenzirkel ein, welcher die unſichtbaren Fäden, an denen Hannovers und — Deutſchlands Geſchicke jetzt hangen, mit geſchäftigen Händen ſpinnen hilft. Wie unter den Männern Hr. v. Malortie, ſo ſteht unter dieſen Frauen als die wichtigſte und einflußreichſte allen voran die ſchon genannte Gräfin Grote, welche man kurzweg als die „Hannoverſche Maintenon" charakteriſiren kann, nur mit dem Unterſchiede, daß ſie ſchwerlich mit dem Könige — betet. Sie iſt eine Geborene von Schachten, Schweſter des kurheſſiſchen Geſchäftsträgers in Paris, und — weil ihre Mutter früh geſtorben war — erzogen bei ihrer viel älteren Schweſter, Gemahlin des obengenannnten Hrn. v. Münchhauſen, kurheſſiſchen Geſandten in Wien, dann früh verheirathet an den wohl 30 bis 40 Jahre älteren Grafen Grote*), weiland hannoverſchen Geſandten in Paris. Mit dieſem hat ſie eine Reihe von Jahren in Paris und Nizza gelebt, und zwar immer in der großen Welt. Aus dieſer Ehe ſind 4 Kinder, 2 Söhne und 2 Töchter entſproßt. Ihre beiden Söhne waren auf der Ritterakademie in Lüneburg, und wurden zum großen Verdruß vieler zurückgeſetzten Kameraden durch den Einfluß der Mutter ohne Examen gleich zu Offizieren gemacht und ſuchen jetzt Lorbeeren in Schleswig-Holſtein zu pflücken. Sie iſt jetzt eine Vierzigerin, iſt nicht gerade ſchön zu nennen, hat ſich aber gut konſervirt und iſt eine Frau von ſehr angenehmen Formen, auch nicht übel von Herzen, aber durch und durch weiblich intriguant. Nach dem Tode ihres Mannes würde die an das geräuſchvolle Hofleben gewöhnte Dame mit einem kleinen Witthum auf dem Gute Brerſe in der Lüneburger Heide haben vorlieb nehmen müſſen, wenn ihre liebenswürdigen und — man möchte ſagen — weltmänniſchen Eigenſchaften den König nicht bezaubert hätten. Er machte ſie etwa 1 Jahr nach dem Tode ſeiner noch jetzt mit rührender Pietät in ſeinem Herzen fortlebenden Gemahlin zur erſtin Staatsdame mit 2000 Thlr. Gehalt und war bei dieſer Gelegenheit veranlaßt, weil ſie auf den Gehalt von 1500 Thlr. nicht eingehen wollte, auch den Gehalt der beiden anderen Staatsdamen, Frau v. Reden und Frau von dem Buſſche, geb. Eliſe von Malortie, Schweſter des Hofmarſchalls, ebenfalls auf 2000 Thlr. zu erhöhen. Sie iſt höchſt amüſant, freilich auch — und das von Amts und Berufs wegen — höchſt ſchwatzhaft, wodurch ſie ohne böſen Willen doch manches Unheil anrichtet. Sie iſt für den König unſchätzbar, namentlich auch deßhalb, weil ſie die Höfe und die meiſten markanten Perſonalitäten der europäiſchen Geſellſchaft genau kennt. Nur England und die engliſche Welt und Sprache iſt ihr ein völlig fremdes Terrain; daher fühlt ſie ſich auch jedesmal ſehr unglücklich, weil zurückgeſetzt, wenn der König von engliſchen Damen, z. B. von Lady Jerſey beſucht wird. Sie iſt wie die hannover'ſche haute volée überhaupt ſehr ariſtokratiſch und — obſchon Schwiegertochter eines preußiſchen Beamten — doch immer ſehr ſpecifiſch hannoveriſch, um nicht zu ſagen antipreußiſch geſinnt geweſen. Der König pflegt ſie jeden Mittag um 1 Uhr zu beſuchen; Schlag 5 Uhr fährt ſie zu ihm zum Diner, und Abends iſt ſie mit dem Hofmarſchall v. Malortie und dem Kammerherrn Th. v. d. Buſche regelmäßig von 9 — 11 am Theetiſch Sr. Majeſtät. Iſt der König unwohl, ſo muß die „Unentbehrliche" an ſeinem Bette ſitzen. Sie lieſt dem König alle diplomatiſchen Depeſchen vor und begleitet ſie mit ihren Anmerkungen, während Herr v. d. Buſſche Zeitungsvorleſer iſt und muthmaßlich auch dieſen intereſſanten Artikel Sr. Majeſtät zu Dero nicht geringer Erheiterung — wollte Gott auch zum Nutzen und Frommen der deutſchen Sache — vorleſen wird.

Außer den genannten Perſonen wird zu den kleinen Abendzirkeln des Königs abwechſelnd noch eine der folgenden Damen zugezogen, deren Intereſſe, wie wir ſpäter zeigen werden, mit dem der aufgeführten Hauptperſonen mehr oder weniger nah zuſammentrifft. Wir nennen zuerſt Frau von Bock, geb. Grote, von ihrem abentheuernden Gemahl unfaktiſch geſchieden. Sie war Hofdame zu Lucca beim jetzigen Herzog, während ihr Gemahl an demſelben Hofe Kammerherr war. Später ging ſie mit ihrem veränderungliebenden Mann nach Aegypten, wo dieſer in Mehemed Ali's Dienſte trat. Als er es aber gar zu bunt trieb, kehrte ſie nach Hannover zurück, während Hr. v. Bock in Konſtantinopel katholiſch wurde und jetzt, nachdem er unter andern auch in der Civica gedient, per tot discrimina rerum Kammerherr Sr. Heiligkeit des Papſtes in Gaeta iſt. Seine Gemahlin lebt in eben nicht glänzenden Verhältniſſen, vermag gerade nicht als gefährliche Konkurrentin um den goldenen Apfel der Eris aufzutreten, iſt aber nach ſo vielen abentheuerlichen Erlebniſſen natürlich ſehr geeignet den König zu unterhalten. Mehr Kopfzerbrechen würde dem Schiedsrichter Paris die Gräfin Adelaide Hardenberg verurſacht haben. Sie iſt eine geborne Kielmannsegge, Schweſter des Grafen Ad. Kielmannsegge, hannover'ſchen Geſandten in London und der Gräfin Knyphauſen in Berlin, eine Junoniſche Erſcheinung, trotz ihrer Vierzige noch ſehr ſchön. Ihr Gemahl iſt Oberjägermeiſter, ein braver, derber, jedoch ziemlich unbedeutender Waidmann, welcher von der höchſt intriguanten Frau Gemahlin weit überſehen wird. In einer gewiſſen, freilich wohl nicht ſehr ernſtlich gemeinten Oppoſition zu den bisher genannten Damen ſteht Fräulein Auguſte Schulte, welche wohl etwas zu ſpezifiſch hannoveriſch geſinnt ſein mag, aber im Grund des Herzens ſehr liberal iſt. Ungeachtet ſie ſchon vor der Märzrevolution aus dieſer Geſinnung ebenſo wenig ein Geheimniß gemacht, als ihre charaktervolle Schweſter Pauline, die einzige noch übriggebliebene Hofdame aus dem Hofſtaat der verſtorbenen Königin, eine Erſcheinung von ſeltener Reinheit und Seelenadel auf dieſem glatten Hofboden, hat ſie ſich doch fortwährend der Gunſt des alten Ernſt Auguſt in hohem Grade zu erfreuen gehabt, welcher ſelbſt eine derbe, kernhafte Natur — auch ein freies kräftiges Wort wohl leiden mag, zumal wenn es aus ſchönem Frauenmunde kommt. Durch eine feſte Penſion von 600 Rthlr. iſt ſie ziemlich unabhängig geſtellt, die wahre Unabhängigkeit verleiht ihr aber erſt ihr energiſcher Charakter. Sie beſchäftigt ſich gern mit der Malerkunſt und würde lieber in Italien, als am Hofe Ernſt Auguſt's leben. Als harmloſere Mitglieder des engern Hofzirkels ſind noch zu nennen: die kecke Gräfin Alten, geborne v. Schmincke, Tochter des verſtorbenen kurheſſiſchen Miniſters v. Schmincke, und die Gräfinnen Emma und Thereſe Hardenberg. Erſtere iſt eine geborne Hardenberg und war verheirathet an den einzigen in Dänemark reich begüterten Sohn des Fürſten Hardenberg-Reventlow; Letztere iſt bereits in die Jahre getreten, von denen die unverheiratheten Frauenzimmer, ſelbſt wenn ſie Hofdamen ſind, zu ſagen pflegen: ſie gefallen uns nicht!

So viel über die in Hannover anweſenden Mitglieder der Hofkamarilla. Was nun die Stellung derſelben zur deutſchen Frage anlangt, ſo urtheilen wohlunterrichtete Perſonen darüber Folgendes: Der König Ernſt Auguſt wird ſich nach der Ueberzeugung Aller, die ihn näher kennen, keinesfalls dem König von Preußen unterordnen, ſo ſehr er demſelben auch perſönlich zu Dank verpflichtet iſt. Allerdings hat er ſeiner Nichte, der Königin Viktoria als engliſcher Peer gehuldigt; das iſt jedoch eine

*) Dieſer war der Sohn des wahrſcheinlich letzten königlich preußiſchen Grand maître de la Garderobe, Grafen von Grote, vormaligen königlich preußiſchen Geſandten in Hamburg, den der Volkswitz mit einer ariſtophaniſchen Wortbildung den „Groß-Kronen-Motten-Ausklopfer" nannte.

althergebrachte bloſe Form. Dagegen würde es ihm unendlich ſauer eingehen, mit Verzichtung auf den ſüßen Souveränetätstraum ſeinem Neffen, einem Kaiſer von geſtern her, ſich unterzuordnen. Er würde lieber dem Kronprinzen das Feld räumen und ſich nach ſeinem ſchönen Landſitz Kew in England zurückziehen. Schon beim Verſprechen der Märzfreiheiten, als das Miniſterium Falke fiel, hat er bekanntlich geäußert: „Drängt mich ja keinen Schritt weiter, ſonſt gehe ich fort," und er iſt der Mann dazu, um Wort zu halten. Nun würde zwar der Rücktritt Sr. Majeſtät die einfachſte Löſung der obwaltenden Schwierigkeiten ſein, welche ſich der Einfügung Hannovers in den Deutſchen Einheitsbau entgegenſtellen. Auch hat man in einer in der Reſidenz gehaltenen Volksverſammlung beim Verlauten jener königl. Drohung damals laut und vielſtimmig gerufen: „Laat 'n man loopen!" Indeſſen ſtellen ſich der Faſſung eines ſolchen an ſich ſehr nahe liegenden Entſchluſſes ſehr bedeutende Hinderniſſe in den Weg, und dieſe ſind hauptſächlich in der Kamarilla zu ſuchen.

Gräfin Grote würde nach England nicht mitgehen wollen, weil ſie nicht Engliſch ſpricht, das dortige Terrain nicht kennt und den vielen engliſchen Bekanntinnen des Königs gegenüber zu einer Null herabſinken würde, während ſie jetzt am Hofe die erſte Rolle ſpielt. Hier bleiben kann ſie auch nicht gut, weil ihre Zukunft nicht geſichert iſt. Ueberdies ſoll der Kronprinz durchaus kein Wohlgefallen an ihr haben; ſie würde ohne Einfluß ſein, wenn derſelbe zur Regierung käme. Dieſelben Motive hat auch Herr von Malortie; auch er wünſcht durchaus nicht nach England zu gehen, hat aber auch keine Zukunft am Hofe des Kronprinzen, weil er ſogar dieſen in ſolchem Maße zu bevormunden, beziehungsweiſe zu tyranniſiren ſucht, daß er für deſſen Tafel den Küchenzettel vorſchreibt! Ebenſo würde die ganze obige Gevatterſchaft bei der Kronprinzeſſin ihre Stellen zu verlieren fürchten. Demnach iſt klar, daß nicht nur die zwei einflußreichſten Perſonen am Hofe, ſondern auch die Dii et Deae minorum gentium Alles aufbieten werden um den König in Deutſchland feſtzuhalten, und über welche Mittel ſie zu gebieten haben, darüber wird der geneigte Leſer nach dem bisher Geſagten nicht mehr im Zweifel ſein.

Die ſtille Revolution.

*** **Berlin**, 22. April. Wohin nun? — Noch erſchüttert von der geſtrigen Schlacht, wer weiß es, wer hat eine Ahnung davon! Von der Beſtürzung, welche ſich durch unſere Stadt verbreitete, als die Kammernachrichten bekannt wurden, liefre ich Ihnen kein Bild. Es war ein wirres Durcheinander von Erſtaunen, Schmerz, Zorn und gewiß auch von Schadenfreude. In dieſe Winkel, wo letztere vorgeherrſcht, kam ich nicht; ich bin indeß überzeugt, daß dieſe letztere Empfindung mit Furcht und Bangigkeit gemiſcht war. Wer theilte ſie nicht! Man hatte nicht mit freudiger Erwartung den Enthüllungen entgegen geblickt, für den feiner Fühlenden war die letzte Hoffnung auf Beckerath's Anweſenheit, auf die Kraft ſeiner Rede, ſeiner lautern Geſinnung, ſeiner religiöſen Anſchauung der Dinge gerichtet geweſen, man durfte hoffen, daß wenn eine, dieſe Anklang, Gehör finden würde; wenn ſie nicht ſiegte über die ſtockpreußiſchen Zuflüſterungen und perpetuellen drohenden Vorſtellungen, ſo glaubte man doch, daß ſie einen Aufſchub, mildere Entſchlüſſe, gefälligere Formen erzielen werde. Auf das: Niemals! Niemals! war Niemand gefaßt.

Aber mitten in der Erſchütterung und Beſtürzung zeigte ſich eine gewiſſe Erhebung des Gefühls. Für wie viel Millionen Deutſcher war ihre Hoffnung auf ein Ende der Schrecken, der Ungewißheit, durch das eine Wort vernichtet. Grade die große Klaſſe unſerer Gewerblichen, die am erſten Märztrank ſich einen kleinen Rauſch getrunken, die ſchnell ernüchtert und eingeſchüchtert durch das folgende Unweſen, der rettenden That zugejauchzt, hatte auf das Kaiſerwort ihre ganze Hoffnung gebaut. Es iſt durch ganz Deutſchland ſo. Dieſe Guten, Ehrbaren, und Seßhaften geriethen abermals in einen Schmerzensrauſch. Sie vergaßen ihre Läden, ihre Häuſer, ihre Freunde, ihre Aktien; ſie dachten nur an Frankfurt, ſie fühlten nur mit Frankfurt. Das Finis Borussiae ſchwebte auf ſo ehrbaren Lippen, daß ich gewünſcht hätte, es hätten die Männer es gehört, welche im Glauben für Preußens Ehre zu handeln, ſo gehandelt, wie ſie gethan. Sie meinten nicht das Finis Borussiae, wo Preußen in Deutſchland aufgeht, um es zu heben und zu führen, zu einem neuen Leben, ſondern ein Finis, wie es auf den Grabſtein eines untergegangenen Heldengeſchlechtes geſchrieben wird. Weil es den Muth zum Leben verlor, verübte es an ſich einen Selbſtmord! Ehre ſeinem Gedächtniß, ſeine Güter fallen anheim jüngeren Geſchlechtern. So ſchwärmte geſtern die Bourgeoiſie. Sie hätte es ganz recht gefunden, wenn Frankfurt ſofort den Namen Preußen aus ſeiner Kandidatenliſte ausgeſtrichen und ein dirigirendes Komite, am liebſten aber einen neuen Kaiſer erwählt hätte. Durch alle Straßen konnten Sie es hören: Man wähle den Großherzog von Baden! Ob das eine Möglichkeit ſei, daß der Großherzog von Baden Kaiſer der Deutſchen werde, iſt eine Frage für ſich. Wer kümmerte ſich darum! Unſre Bürger ſagten nur: ihnen geſchieht ſchon recht.

So geſtern, wo das Gefühl allein Macht hatte; heute — ich weiß nicht, ob ſich die Stimmung geändert hat, aber über Nacht kommt die Ueberlegung, der Verſtand zu ſeinem Recht; man betrachtet wenigſtens die Thatſache näher, und eine ernſthaftere Prüfung der geſtrigen Kammerverhandlungen führt unſere Schlüſſe auf ein anderes Reſultat.

Die Miniſter ſagen: ſie haben den Rath gegeben. Das mußten ſie als konſtitutionelle Miniſter; aber wir glaubten es nicht. Wir ſahen in ihnen nur Werkzeuge, und hinter ihnen die Inſpiration. Die einen eine diplomatiſche, die Andern eine eigne, unmittelbare. Ich gehörte immer zu denen, welche nur an die letztere glaubten. Nun erfahren wir, wenn Kammerverhandlungen eine Wahrheit ſind, daß wir uns beide getäuſcht. Die Inſpiration kam weder aus den Kabinetten von Ollmütz und Petersburg, noch aus den Wolken von Sinai, ſie kam von der ſtockpreußiſchen Partei. Dieſe, bis da ſchüchtern hin und her operirend, bittere Pfeile aus dem Verſteck verſchießend, gelegentlich in Huſarenangriffen vorgehend, um dann wieder zu verſchwinden, erſcheint plötzlich auf dem Schlachtfeld als kompakte Heeresmaſſe und ſpricht: ſo wollen wir's, denn es iſt Preußens Ehre. Miniſter Manteuffel ſpricht es geradezu aus: Deutſchland iſt ſeit 6 Jahrhunderten im Auseinanderfallen, Preußen ſeit 4 Jahrhunderten im Wachſen; deßhalb dürfen wir Preußen nicht eher aufgeben, bis wir Deutſchlands gewiß ſind. Bismark Schönhauſen erklärt ſich gegen die Annahme einer Krone, die ihren Glanz erſt dadurch erhalten ſoll, daß die Krone Preußens eingeſchmolzen wird. Miniſter Manteuffel erkennt die ernſte Stunde, Bismark Schönhauſen hielt die Gefahr für nicht ſo groß, wenn es auch ein zehnfach vergrößerter Heckerſcher Putſch werde, (man erinnere ſich ſeines Wortes von früher, unſere Kämpfe werden nicht durch Kammerdebatten ausgefochten werden) und Kleiſt-Reetzow erklärt: ſchlimmſten Falls würden pommeriſche, preußiſche, märkiſche, ſchleſiſche Bauern das Verlorene wieder zu erobern wiſſen, worauf Vincke in zweifelhaftem Sinn erwiderte: man möge die weſtphäliſchen Bauern nicht vergeſſen. Ernſt Auguſt ſagte (aber nicht in dieſer Kammer): meine Bauern ſind magnifik! So hätten wir denn ein Reſultat: auf die Entſcheidung der Bauern provocirt der Adel.

Aber zu dem andern wichtigern wären wir Alle gelangt: Preußen gibt ſich weder ſelbſt auf, noch die deutſche Herrſchaft, es will aber nicht geſchenkt nehmen, was zu erobern es die Kraft in ſich fühlt. Wer hätte denn dagegen etwas einzuwenden gehabt, wenn es früher dieſen Muth bewieſen! Nun kommt er ſpät. Wird es zu ſpät ſein? Das iſt jetzt die Frage. Noch ein drittes Reſultat: es erklärt bereit zu ſein auf die Eventualitäten, welche ſeine Erklärung hervorrufen muß.

Geſtern ſahen wir den Abgrund ſich öffnen, die Revolution ſchon in jedem finſtern Vagabundengeſichte; die Courſe an der Börſe fielen, die preußiſchen Papiere um mehrere Prozent. Heute iſt ein ſtiller Sonntag, ein Schneegeſtöber überdeckt abermals den Frühling unſerer Gärten, aber man ſcheint ruhiger. Ob man der letzten Erklärung der Regierung vertraut? Vorbereitet mag ſie auf eine offene, blutige Revolution ſein, auf Demagogen mit Kalabreſerhüten und blutrothen Fahnen. Gegen dieſe ſchützen Soldaten und mehr noch die allgemeine Apathie, die Sehnſucht nach Frieden. In Berlin, im Norden iſt kein Aufſtand zu beſorgen, das Wühlerthum und Thun vom Juni bis zum November hat den Kredit der Revolution gründlich erſchüttert, der Mittelſtand iſt disjuſtirt, den untern Schichten ſagt ihr Inſtinkt, daß ſie von den Demagogen keine Beſſerung ihrer Lage zu erwarten haben, und alle Klaſſen kamen zur Ueberzeugung, daß ihren Exaltirten wie ihren Intriguirenden das abgeht, was allein Früchte in einer Revolution verſpricht, das Talent des Organiſirens. Vorbereitet iſt die Regierung auch auf die Entrüſtung, welche die Erklärung im

ſüdlichen Deutſchland hervorrufen muß, auf neue Putſche, vielleicht ſelbſt auf eine größere republikaniſche Erhebung. Was Hölder vom Balkon des Stuttgarter Rathhauſes zu den Tauſenden rief: Deutſchlands Volk werde den Magyaren nicht nachſtehen wollen, wo es den Kampf für die Freiheit gilt, auch die Regierung hat dieſe Worte geleſen und doch geſprochen, wie ſie ſprach. Sie fürchtet ſich davor nicht, und vielleicht mit Recht. Das kultivirte Deutſchland iſt kein halb wüſtes Ungarnland, das ſeine Herren um einen Begriff preißgeben barbariſcher Zernichtung. Gegen dieſe Gefahren mag man vorbereitet ſein, ſie ſind mit den Mitteln zu überwinden, die man zur Hand hat; ob ſie aber auch vorbereitet iſt auf die ſtille, gründliche Revolution in den Gemüthern, die noch einmal gehofft haben, noch einmal vertraut, daß den Mächtigen endlich die Erkenntniß kommen werde, und die nun wieder getäuſcht ſind! Die Demokratie, von der ſich Tauſende unwillig abgewandt, ſeit ihr ſchmutziger Strom die Grundfeſten unſerer Sitte aufwühlte, hat am geſtrigen Tage hundert Tauſende für ſich gewonnen, und wenn die Nachricht durch die Provinzen, durch Deutſchland verbreitet iſt, wird ihre Zahl zu vielen Millionen anwachſen. Die ſtille, gründliche, deutſche Revolution hat noch immer geſiegt. Die geſtern triumphirten, haben zu früh triumphirt. Dieſe Millionen ehrbarer, um ihre Friedenshoffnung getäuſchten Bürger werden nicht die phrygiſche Mütze aufſetzen, aber Preußen hat für ſie aufgehört zu exiſtiren, ſeit es die letzte, ehrenvolle, legale Gelegenheit von ſich wies, die Revolution zu bändigen, indem ſie ſich an die Spitze derſelben ſtellte. Das war die Aufgabe der Hohenzollern bis zur Mitte der Regierung Friedrich Wilhelm III. Sie hatten ſo ehrenvoll dieſe Miſſion erfüllt; ſeit ſie ins Schlepptau von den Legitimiſten ſich nehmen ließen, ſank ihr Stern. Dieſe Millionen warten nun auf den neuen Herzog oder Heiland. Wo er erſcheine, werden ſie ſeiner Fahne folgen. Wird er in Frankfurt auftreten, wird er hier, ſpät, ſehr ſpät, aber doch noch in der letzten Stunde ſich enthüllen? Wir ſehen mit Bangigkeit den Nachrichten aus Frankfurt entgegen.

Deutſchland.

*** **Leipzig**, 23. April. Geſtern traf die Hiobspoſt aus Berlin hier ein, um allgemeine Beſtürzung, höchſte Erbitterung zu verbreiten. Daß es ſo in Berlin, ſo mit der preußiſchen Regierung ſtünde, hatte Niemand, auch die ärgſten Preußenfeinde nicht geglaubt. Ein ſo unwürdiges Spiel mit den heiligſten Intereſſen des deutſchen Volkes hat man ſelbſt in Wien nicht gemacht. Alſo das war vor 14 Tagen der langen Rede kurzer Sinn. „Wir wollen nichts von eurer Kaiſerkrone, von eurer Verfaſſung, von denen, die ſie geſchafft haben, wiſſen," man hatte damals nur nicht den Muth, offen es auszuſprechen, man gab ſich der Hoffnung hin, zwei Wochen ſpäter würde man es mit den andern Regierungen in Gemeinſchaft thun können und das hielt man für ungefährlicher. Man verrechnete ſich, den anderen ſchlugen die Herzen wärmer für Deutſchland, in wenigen Tagen hatte die große Mehrzahl der Regierungen ſich in beſtem Sinne erklärt, und die wenigen, die noch fehlten, konnten unmöglich im Ernſte daran denken, ſich von uns zu trennen, mit einziger Ausnahme vielleicht der ſchwer zu beſſernden baieriſchen Regierung. Aber auch von anderen Seiten her war Etwas geſchehen. Die öſterreichiſche Note ſprach in keckem, drohendem Ton trotz aller Fährlichkeiten, in denen Oeſterreich ſich gerade jetzt befindet, und der Czaar hat wohl Gleiches gethan in der Stille. Auch die Furcht ließ den Muth wachſen und ſo ſprach man denn das entſcheidende Wort, legte das Bekenntniß offen ab, daß man ein leichtfertiges Spiel getrieben, geſtand zu in ganzer Nacktheit die diplomatiſche Perfidie, und die Herren v. Brandenburg und v. Manteuffel, dieſe treuen Eckharde des Schwarz-Weißthums wagen Angeſichts des preußiſchen, des deutſchen Volkes ihr „Niemals, niemals, niemals" auszurufen und ihre hohlen Tiraden von Deutſchlands Verfall ſeit 600, von Preußens Steigen ſeit 400 Jahren. So alſo war es gemeint mit der deutſchen Einheit, ſo verſtanden in der nächſten Umgebung des Throns in Berlin, daß man in der Stille vollſtändig diſtinguirte Deutſchland und Preußen zum Schein, aber kindiſche Spiele trieb mit Fahnen, Urkunden und Worten. Was aber, und das iſt bei uns im Augenblick die einzige Frage, wird gegenüber ſolchen Dingen das preußiſche Volk ſagen? Wird ſein Stolz dieſe Feigheit der Regierungen Angeſichts der öſterreichiſchen Drohungen ertragen können; wird es in ſeiner Liebe zum deutſchen Vaterland, wie es ſie oft und noch zuletzt kundgegeben hat, ruhig dieſer hinterliſtigen Diplomatie zuſehen; wird es glauben, daß es hiermit abgethan ſei, und nicht vielmehr, daß in dem hellen Sonnenſchein des Königthums von Gottes Gnaden, der anbrechen wird, wenn man auch dieſe Frankfurter Verſammlung vernichtet hat, ganz andere Stückchen gedeihen werden? Aber wird es endlich Ernſt machen, dieſe Verräther am preußiſchen und deutſchen Volke, dieſes Kleeblatt Brandenburg-Manteuffel-Arnim, deren Namen für alle Zeiten verzeichnet ſein werden auf den ſchwärzeſten Blättern deutſcher Geſchichte, die ſich ſeit Monaten erhalten auf ihren Poſten nicht durch das Volk und ſeine Vertreter, ſondern dieſen zum Trotz durch 30,000 Bajonette, vom Poſten zu nöthigen? Das allein, wenn es ſchnell geſchähe, könnte Preußens Ehre noch retten in dieſer ſchwebenden Frage. Wir aber können in dem traurig ernſten Augenblicke nichts, als Wehe ſchreien über alle deutſchen Fürſten und Fürſtenknechte, die aus der Geſchichte nichts lernen wollen, die da winſeln und klagen und jammern, wenn das Volk aufſteht in ſeinem Zorn, und nach wenigen Monaten, wie früher, es zum Schemel ihrer Füße machen in dem ſtolzen Bewußtſein: Wir ſtehen hier von Gottes Gnaden und ſind mächtige Herren, denn hinter uns ſeht ihr viele Tauſend Bajonette! O ihr Armen, was iſt doch euer Thron von Gottes Gnaden ohne die Liebe des Volkes? Das Volk allein wird euch ſchützen und halten, ohne dieſen Schutz werden eure Throne fallen über Nacht.

△ **Aus dem Bückeburgiſchen**, 23. April. In unſeren höheren Regionen iſt leider noch immer wenig Neigung zu verſpüren, den Zeitbedürfniſſen und gerechten Volkswünſchen Rechnung zu tragen. Rückwärts iſt der ſtarre Blick gerichtet nach der guten alten patriarchaliſchen Zeit, wo das „harmloſe" Volk, im Gefühl ſeines „beſchränkten Unterthanen-Verſtandes" noch nicht wagte, der Regierung in die Karten zu gucken und in Regierungs-Angelegenheiten mitreinſprechen zu wollen. Und doch kann es nun einmal in der bisherigen Weiſe nicht länger fortgehen. Der Herr Regierungsdirektor Langerfeld, der Atlas, welcher als „einziger Miniſter" die Laſt des ganzen Bückeburgiſchen Staates mit ſeinen 9 Quadratmeilen und mit ſeinen circa 30,000 Einwohnern auf ſeinen Schultern trägt, iſt ein alter abgelebter Mann, dazu ein ſolcher Abſolutiſt, daß er mit ſeinen dem Fortſchritt (vielleicht etwas zu eifrig) huldigenden Söhnen in der größten Spannung lebt. Der Fürſt ſelbſt iſt endlich zu der Einſicht gelangt, daß der alte Herr durch eine friſche Kraft erſetzt werden müſſe. Aber wie bei der vorzunehmenden Juſtizreform, ſo zeigt ſich auch bei dem unvermeidlichen Miniſterwechſel das ganze Elend unſerer Kleinſtaaterei. Der einzige Bückeburger, welcher vielleicht befähigt wäre, an die Spitze einer neuen Regierung zu treten, Regierungsrath Capaun-Carlowa, ſoll trotz ſeiner einſeitig im Intereſſe des Hofes geſchriebenen Broſchüre über die Domainenfrage bei dem Fürſten jetzt weit weniger gut angeſchrieben ſein, als früher, dürfte ſich aber auch dem Volke gegenüber durch eben dieſe faſt mit allgemeiner Mißbilligung aufgenommene Schrift als Miniſter unmöglich gemacht haben. Während er jetzt als Regierungsbevollmächtigter nach Frankfurt entſendet war, iſt der dem Fürſten ſehr nahe ſtehende Archivrath Strauß nach Hannover gereiſt, angeblich um ſeinen Freund Arenswald zu beſuchen; ſicherem Vernehmen nach iſt er aber mit einer geheimen Miſſion nach Goslar betraut geweſen, um den Herrn Sandvoß für Bückeburg zu gewinnen, bekannt aus den hannoverſchen Ständeverhandlungen durch ſeine unglücklichen Vermittelungsverſuche zwiſchen dem abſoluten und konſtitutionellen Syſtem, etwa nach Art von Ancillon's Buch „über die Vermittelung der Extreme!" Zum Glück für Bückeburg hat er gleich mehreren andern Geſinnungsgenoſſen, bei denen Herr Strauß angeklopft haben ſoll, die ihm zugedachte Ehre abgelehnt. Den Erbprinzen erwartet man bald aus Schleswig-Holſtein zurück. Eben erhalten wir die Nachricht von den Erklärungen des preußiſchen Miniſteriums und der preußiſchen zweiten Kammer in der deutſchen Frage. Wird denn nun endlich nach dieſer neuen eclatanten Niederlage das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel weichen. Wahrlich man fühlt ſich verſucht ihm zuzurufen: Flectere si nequeo Superos, Acheronta movebo! Möge es ſein Spiel nicht bis zum Aeußerſten treiben!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 116. Frankfurt a. M., Freitag 27. April. 1849.

Ueberſicht.

Das Beiſpiel von Würtemberg.
Die baieriſche Erklärung.
Parlamentsſchau.

Deutſchland. Frankfurt (Die Spielbanken. Das Hanau'ſche Freikorps. Die baieriſche Note.) Wien (Der engliſche Geſandte. Die Miniſter. Verurtheilungen. Welden. Nugent. Die deutſche Frage.) Trieſt (Das Blokadegeſchwader vor Venedig.) Berlin (Schreiben des Königs an Hrn. v. Vincke. Militärkartell mit Mecklenburg.) Koblenz (Bevorſtehender Wechſel des Miniſteriums. München (Die Opfer von Düppeln. Undeutſcher Hof und deutſches Volk.) Stuttgart (Die Reichsverfaſſung vom König unbedingt angenommen. Allgemeiner Jubel) Dresden (Tagesbefehl.) Hannover (Das Land und das bureaukratiſche Miniſterium. Die Finanzen. Neue Kirchenverfaſſung.) Braunſchweig (Eindruck der preußiſchen Erklärung. Die Kammer.) Flensburg (Geſinnung der Einwohner. Die Truppen.)

Großbritannien. London (Dritte Leſung der Schiffgeſetzreformbill. Stellung des Kabinets, der beidin Häuſer und der Parteien in dieſer Frage.)

Frankreich. Paris (Aeußerungen der revolution démocratique gegen den National. Verhandlungen über die Militärorganiſation.

Italien. Turin (Entſchiedene Haltung der Regierung.) Florenz (Der Marſch des General Kolowrat. Das Verhalten der Livorneſen. Rom (Der Po.)

Schweden u. Norwegen. Stockholm (Tagesbegebenheiten.)

Ungarn. Peſth (Koſſuth nach Debreczin, angeblich wegen Friedensunterhandlungen. Zwei Brigaden nach Gran. Gerücht über einen Sieg der Kaiſerlichen.)

Schweiz. Bern (Bundesverſammlung. General Thlard. Fabrikation. Die „Evolution".)

Rußland. Moskau (Die Kaiſerin eingetroffen. Der neue Palaſt.)

---

26. April.

Der Himmel lichtet ſich, wir athmen wieder frei: das Miniſterium, die Kammer, das Volk in Würtemberg hat ſeine Pflicht gethan.

Eine gewitterſchwüle Atmoſphäre lagerte über dem Lande, jeden Augenblick konnten die Wetter ſich entladen.

Nicht bangte es uns um die deutſche Sache. Die Kammer hatte durch eine feierliche Erklärung die Rechtsbeſtändigkeit der Verfaſſung des deutſchen Reiches anerkannt, von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort ging die Loſung, einzuſtehen für das Werk, welches die Vertreter der Nation in Frankfurt vollendet; in der Gefahr, welche dem Palladium der deutſchen Einheit drohte, hatten alle Parteien ihren Einigungspunkt gefunden. Nicht um die deutſche Sache bangte es uns, aber es bangte uns um eine Königskrone, es bangte uns um den Reſt des Glaubens an die Heiligkeit eines Fürſtenwortes.

Der König von Würtemberg hatte mehr als einmal durch den Mund ſeiner verantwortlichen Räthe die beſtimmteſte Erklärung abgegeben, daß Würtemberg ſich den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung unbedingt unterwerfe: Die Nationalverſammlung hatte die größte ihrer Aufgaben erfüllt, ſie hatte dem deutſchen Volke eine Verfaſſung gegeben, und Würtemberg zögerte, was ſagen wir, zögerte, Würtemberg weigerte ſich, ſie anzuerkennen. Dieſe Oberhauptswürde, welche die Nationalverſammlung Deutſchland geſetzt, iſt ein integrirender Theil der Verfaſſung und Würtemberg weigerte ſich, demſelben zu gehorchen: der König „unterwarf ſich dem Hauſe Hohenzollern nicht", er war es „ſeinem Lande, ſeiner Familie, ſich ſelbſt ſchuldig."

Seinem Lande? War das Verblendung oder Hohn? Unter den Fenſtern des königlichen Schloſſes verſammelten ſich, ihre Obrigkeiten an der Spitze, die Bürger von Stuttgart und gelobten, unverbrüchlich feſtzuhalten an dem Ganzen der Reichsverfaſſung; Adreſſen und Deputationen aus allen Theilen des Königreiches ſtrömten mit derſelben Erklärung nach der Reſidenz; durch den Mund ſeines geſammten Miniſteriums und der Abordnung der Kammer vernahm der König den Ausdruck der allgemeinen Stimmung: und er war es dem Lande ſchuldig, ſeine Unterwerfung zu verweigern? Wir wiederholen es: War das Verblendung oder Hohn?

Nicht ſeinem Lande war er ſchuldig, zu handeln, wie er gehandelt. Seiner Familie aber, ſich ſelbſt? Wir wollen den Fall ſetzen, daß es ſo iſt: wie oft und wie deutlich wollen denn die Fürſten es ausſprechen, daß ſie, daß ihr Haus und ihre Familie andere Intereſſen haben können und haben, als das Land, an deſſen Spitze ſie ſtehen? Noch hat, und wir freuen uns deſſen, noch hat das Königthum Boden in der großen Mehrheit der Nation: wollen die Könige ſelbſt die Axt an ſeine Wurzel legen, wollen ſie das Volk zwingen, ſeine Intereſſen getrennt zu glauben von den Intereſſen ſeiner Fürſten, wollen ſie es zwingen, dieſe Kluft unwiderruflich auszufüllen? Gibt es keine Fürſten mehr, ſo gibt es auch keine Intereſſen der Fürſten mehr: das iſt eine ſehr einfache Logik.

Der König mit ſeiner Familie hatte Stuttgart verlaſſen und in der Kammer war das bedeutungsvolle Wort gefallen: Proviſoriſche Regierung. Der Würtemberger liebt ſeinen König, er liebt ihn und hat es bewieſen in guter und böſer Zeit; aber die Reichsverfaſſung iſt ihm in den hochgehenden Wogen der Zeit der rettende Zweig für die Einheit und Freiheit des Vaterlandes; wer ihm die Reichsverfaſſung antaſtet, der greift ſein innerſtes Leben an.

„Wollen Sie mich zwingen? Sie kennen meinen Muth!" rief der König der Deputation der Kammer entgegen. Muth! Ja, der König hat Muth, den Muth, den jetzt der letzte ſeiner Soldaten auf den Schlachtfeldern von Schleswig-Holſtein beweiſt; er hat Muth und doch iſt er ſchon einmal dem entſchloſſenen Willen eines ganzen Volkes gewichen und doch konnte er nicht den traurigen Muth haben, ſich gegen ſein ganzes Volk auf ſeine Bajonette zu ſtützen. Hätte er aber dieſen Muth gehabt und hätte er in ſolchem Kampfe rechnen können auf die bewaffneten Kinder des Volkes, alle ſeine Bajonette würden zerſchellt ſein an der ehernen Waffe des guten Rechtes und der deutſchen Begeiſterung, derſelben Begeiſterung, die, ein neuer Simſon, im März des vorigen Jahres mit gewaltiger Hand die Säulen der Schmach niederwarf.

Aber, Gottlob, es iſt anders gekommen. Der König hat in der letzten Stunde ſein eigenes reiches Herz zu Rathe gezogen: er, deſſen Vorfahren die Sturmfahne des Reiches trugen, konnte nicht das ſchwarzrothgoldne Banner des wiederauferſtandenen Deutſchlands ſinken laſſen. Würtemberg hat, die erſte der königlichen Regierungen, die Reichsverfaſſung, die ganze Reichsverfaſſung anerkannt, die anderen Regierungen werden, ſie müſſen folgen.

Es muß ſich jetzt entſcheiden; das Volk darf jetzt nicht wanken. Hilf Dir ſelbſt und Gott wird Dir helfen! König Wilhelm hat das Wort „Zwang" ausgeſprochen: nun wohl, wer Deutſchlands Einheit nicht will, muß nöthigenfalls gezwungen werden, ſie zu wollen. Wir erwarten, daß Kammern und Volk in Preußen, in Baiern, in Sachſen, in Hannover ihre Pflicht thun gleich Würtemberg. Jetzt oder nie erhalten die Deutſchen ein Vaterland. Wie in Würtemberg, ſo müſſen überall alle Parteien ihre Streitigkeiten, ihr kleinliches Sinnen und Spinnen, fahren laſſen, ein Jeder vergeſſen, was er anders, was er mehr oder weniger gewünſcht hat, als das Werk, welches die beſten Männer des Vaterlandes nach unſäglichen Anſtrengungen zu Stande gebracht. In dem großen, und gebe Gott im Himmel unblutigem Kampfe, welcher jetzt allüberall im Vaterlande ausgekämpft werden muß, gibt es nur Eine Loſung, Ein Zeichen, in dem wir ſiegen werden: Die Reichsverfaſſung!

Ein Extrablatt zur Frankfurter Zeitung bringt eine neue baieriſche Note, welche zu lang iſt, als daß wir die Geduld unſerer Leſer mit einem vollſtändigen Abdrucke derſelben in Anſpruch nehmen möchten. Ihren weſentlichen Inhalt giebt die unten folgende Parlaments-Korreſpondenz. Eine ausführliche Widerlegung derſelben iſt nicht nothwendig, ſie widerlegt ſich ſelbſt, ſie bewegt ſich in Widerſprüchen. Wir begnügen uns mit einigen Proben.

„Ganz beſonders zuwider iſt endlich eine ſolche Centraliſation dem innerſten Weſen des deutſchen Volkes, deſſen geiſtige Bedeutung vorzüglich aus ſeinem reichentfalteten Stammesleben hervorgegangen iſt.

Das aber iſt das Gefährlichſte, wenn einem Volke eine Verfaſſung gegeben wird, die ſeinem Weſen widerſtreitet; denn entweder wird alsdann dieſe Verfaſſung ſelbſt nicht ins Leben treten, oder ſie wird das Leben und die geiſtige Kraft des Volkes vernichten.

Die bairiſche Regierung verkennt zwar keineswegs, daß die deutſche Nation einer kräftigeren Einigung bedarf und fähig iſt, als ſie bisher genoß. Allein es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß jedem Volke in der Weltgeſchichte ſein beſonderer Beruf zukommt, daß die politiſche Macht nach außen weder die einzige noch die edelſte Aufgabe eines Volkes iſt, daß der Grad derſelben nicht blos durch die Verfaſſung, ſondern auch durch das Gebiet und den Geiſt des Volkes bedingt wird und zu dem innern Glücke des Volkes nicht ſelten in umgekehrtem Verhältniſſe ſteht. Nachdem ſelbſt die dermalige Geſammtverfaſſung Deutſchlands ungeachtet ihrer Mangelhaftigkeit ſich ſeit einem Jahre ſtark genug gezeigt hat, um die äußern und innern Feinde ſiegreich zu bekämpfen, kann man ſich überzeugen, daß Deutſchland nicht völlig centraliſirt zu werden braucht, um eine ſtarke Geſammtregierung zu erhalten."

Wer hätte das gedacht! Wir mühen uns alle ab, eine Verfaſſung für Deutſchland zu finden, durch welche es einig im Innern, ſtark nach Außen werden könne, und ſiehe da, wir beſitzen ſie ſchon! Deutſchland hat unter der proviſoriſchen Centralgewalt ſich ſtark genug gezeigt! Stark genug. Und hat einen jeden Groſchen betteln müſſen, den es nothwendig bedurfte, und oft genug vergebens betteln, namentlich bei Baiern! Und wie ſtark wir erſt nach außen geweſen! Wie ſchnell und ruhmvoll wir den Krieg im Norden anfingen! Kaum drohte auch nur der Däne mit einem Einfalle, ſo auch ſchon die deutſchen Truppen, die Hannover'ſche Brigade voraus, in Schleswig ein, und nahmen an der goldenen Au eine ſolche Stellung ein, daß die Dänen gar nicht an einen Krieg dachten, ſondern froh waren, einen billigen Frieden zu erhalten! Und was wir erſt für Waffenſtillſtände ſchloſſen! Und das ſollte nicht die beſte Reichsverfaſſung ſein? Wir ſuchten ſie, und hatten ſie ſchon. Es ging uns, wie Jemandem, der ſeinen Hut ſucht und hat ihn auf dem Kopfe.

Doch die Note hat noch manche vortreffliche Gedanken, die unvermeidliche Erhöhung der Steuerlaſt! Weiß der liebe Himmel, daß man gar nicht unterſcheiden kann, ob Hr. Stüve redet oder Hr. v. d. Pfordten ſchreibt, ſo genau ſtimmt Gedanke und Ton überein. Sollte es vielleicht ein Handbuch für partikulariſtiſche Wühler geben, aus dem beide gemeinſchaftlich ihre Phraſen entlehnen. Wie tröſtlich für das deutſche Volk, daß die von den Regierungen zu vereinbarende Reichsverfaſſung ihnen wahrſcheinlich keinerlei Ausgaben mache: Das Reich bekommt nichts! Man hat freilich ein altes Sprichwort: Aus Nichts wird Nichts, und die neue hoffähige Reichsverfaſſung wird alſo wohl dafür Sorge tragen, daß aus dem Reiche nichts wird.

Noch ein paar Proben: „Die Trennung von Oeſterreich würde von keinem deutſchen Lande ſchmerzlicher empfunden werden, als von Baiern, das durch ſeine Lage wie durch Stammverwandſchaft eines großen Theils der Bewohner in die unmittelbarſten Berührungen mit Oeſterreich geſetzt iſt."

Wie herzzerreißend! Sich von Oeſterreich auszuſchließen! Oeſterreich aus dem deutſchen Reiche zu verſtoßen. Indeſſen werden die Leſer der Deutſchen Zeitung ſich wohl noch erinnern, daß Baiern, Baiern, Baiern, daß heißt der Bairiſche Hof es war, der durch den Prinzen Karl in Potsdam auf dieſe ſogenannte Ausſchließung von Oeſterreich antragen ließ. Wir haben die näheren Angaben darüber gemacht, und ſie haben ſich vollkommen beſtätigt.

„Aus allen dieſen Erwägungen hält es die Regierung Seiner Majeſtät des Königs von Baiern für ihre Pflicht, gegen Deutſchland wie gegen Baiern, der in Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung ihre Zuſtimmung zu verſagen, und ſie iſt um ſo mehr überzeugt, daß ihr hierin das baieriſche Volk in ſeiner weit überwiegenden Mehrzahl beitritt."

Ah, da waren wir ja in Baiern gerade ſo weit wie vor ein paar Tagen in Würtemberg. Die Pflicht gegen das Land! Nun, das Land wird ſeine Entſcheidung treffen, und würde ſeinen Spruch ſchon gethan haben, wenn es nicht gewaltſam durch die Vertagung der Stände daran gehindert wäre.

Die Entſcheidung über die deutſche Nationalverſammlung ſteht mit nichten bei den Königen, wie dieſe auch wähnen mögen, ſie ſteht bei der deutſchen Nation. Dieſe wird auf geſetzlichem Wege, zunächſt durch die Stimme der Volksvertreter, in den einzelnen Staaten ihre Wahl treffen zwiſchen ihren eigenen wahren Intereſſen, und den vermeintlichen der Dynaſten; denn wenn man die bairiſche Note lieſt, was für eine lange, lange Umſchreibung iſt dies doch für das kurze: „Ich will mich nicht mediatiſiren laſſen! Ich will mich nicht mediatiſiren laſſen!" „Ich will kein preußiſcher Präfekt ſein!" „Das Haus Wittelsbach kann ſich dem Hauſe Hohenzollern nicht unterordnen. Es iſt älter! Es iſt das älteſte in Europa!" Unſertwegen auch in Aſien, uns gehen die Rangſtreitigkeiten gar nichts an. „Und hat dem Reiche zwei Kaiſer gegeben!" Zweie? Ja ſo. Den letzten hatten wir faſt vergeſſen. Der war ja nur eine Puppe Friedrichs des Großen.

Deutſchland.

< **Frankfurt**, den 25. April. Aus der Mittheilung, welche der Reichskriegsminiſter beim Beginn der heutigen Sitzung auf eine an ihn gerichtete Anfrage über die würtembergiſchen Truppenbewegungen machte, erſehen wir mit Genugthuung, daß die Truppen in ihre früheren Stellungen zurückgekehrt ſind. Der Reichskriegsminiſter verſprach, die Veranlaſſung zu dem Befehlskonflikt (wie er ſich euphemiſtiſch ausdrückte) durch weitere Verhandlungen näher aufzuklären: wir hätten noch die Verſicherung gewünſcht, daß der Schuldige unnachſichtlich beſtraft werden wird.

Das Haus ging dann zu der fortgeſetzten Berathung über die Anträge des Dreißiger-Ausſchuſſes über.

Die Herren von der äußerſten Linken hatten es ſehr ungnädig aufgenommen, daß geſtern von den Centren die Abſicht ausgeſprochen worden war, heute die Verhandlung noch nicht zu ſchließen. Sie hielten es für unwürdig, an einer Berathung Theil zu nehmen, deren Ende ſie nicht nach Belieben herbeiführen können.

Sie erklärten deshalb auf das Wort verzichten zu wollen. Herr Schlöffel that dies in einer Weiſe, daß ihm die Auszeichnung des Ordnungsrufes, die er mit ſeiner Rede unzweifelhaft erworben hätte, auch ohne Rede nicht entging. „Er ſpiele", ſagte er, „in dem poſſenhaften Zwiſchenakt, den der Ausſchuß aufführen laſſe, nicht mit", und den erwartenden Ordnungsruf nahm er „ſehr gern in der Ueberzeugung" hin, daß bald über das ganze Haus der Ordnungsruf — von anderer Seite — ertönen werde." Wer erbebte nicht bei der gewaltigen Drohung?

Die längere Fortſetzung der Berathung hat indeß den Vortheil gehabt, daß ſich vermittelnde Vorſchläge Bahn gebrochen haben, die ohne gerade zu revolutionären Mitteln zu greifen, doch die Bahn des Handelns etwas kühner betreten als die Mehrheit des Ausſchuſſes mit ihren friedlichen Erklärungen thut. Herr Schubert ſchlägt vor, die Regierungen zu veranlaſſen, der Kundgebung des Volkswillens auf dem geſetzlichen Wege keinerlei Hinderniſſe, namentlich nicht durch Vertagung oder Auflöſung der Ständekammern entgegenzuwerfen.

Herr Mathy ſprach ſich in einer durch ihre überzeugende Klarheit ausgezeichneten Rede für dieſen Antrag aus. Indem er davon ausging, daß unverändert an der Verfaſſung feſtgehalten werden müſſe, — „ſint ut ſint, aut non ſint" — ſtellte er prüfend die verſchiedenen Vorſchläge zur Durchführung derſelben zuſammen. Er fand, daß die meiſten zu ſehr in die Thätigkeit der Einzelſtaaten eingriffen. Die Schwierigkeiten gingen aus den beſonderen Verhältniſſen derſelben, wie ſie ſich in den einzelnen Staaten verſchieden geſtalteten, hervor, und könnten deshalb auch nur in den einzelnen Staaten von den dortigen Freunden der deutſchen Einheit überwunden werden. Man verletze deren Selbſtgefühl, wenn man ſie von hier aus maßregeln wolle. Zur näheren Begründung ſeiner Meinung ging er dann alle Staaten Deutſchlands durch, indem er nachwies, welche Stellung ſie zur deutſchen

Frage eingenommen hätten. Von Oeſterreich zeigte er durch eine Recapitulation der mit demſelben gepflogenen Unterhandlungen, wie man bei dem Grundſatz des Programms von Kremſier feſthalten müſſe. „Diejenigen, welche jetzt noch ein Direktorium wollten, möchten tauſend gute Gründe dafür haben, den könnten ſie nicht haben, daß Oeſterreich am Deutſchen Bundesſtaate Theil nehmen ſollte und würde." Bei Preußen ſieht er alle Hinderniſſe nur im Miniſterium Brandenburg, „und auch das hat ſchon," wie er ſelbſt lächelnd bemerkte, „einen bedeutenden Schritt vorwärts gethan, indem es die Verfaſſung für alle die Staaten für gültig erklärte, die ſie freiwillig annehmen wollten" er hofft aber, es werde ſich bald zeigen, was unmöglicher ſei, die Aenderung der Verfaſſung oder die des Miniſteriums Brandenburg. Deutſchland könne eher ohne Erbkaiſer als ohne Preußen, und Preußen wieder eher ohne Erbkönig als ohne Deutſchland beſtehen. Von den achtundzwanzig kleineren Staaten wies er die Verdächtigung zurück, als liege ihrer Beitrittserklärung der egoiſtiſche Zweck der Selbſterhaltung zu Grunde; „freilich der Trieb der Selbſterhaltung, aber derſelbe, der der ganzen deutſchen Nation und allen ihren Körperſchaften inwohnt." Von der badiſchen Regierung ſuchte er wohl nicht ohne Sophismen den Vorwurf abzuwenden, daß dieſelbe ihren Beitritt an Bedingungen geknüpft habe; er ſuchte ihre Erklärung ſo auszulegen, als habe ſie ſich nur nicht, wenn aus dem Bundesſtaate nichts werden ſollte, zu einem Sonderbunde verpflichten wollen, was ſich aber, wie er ſelbſt einräumte, von ſelbſt verſtanden hätte. Indem er dann wieder auf den wohlthätigen Prozeß, der in Preußen vor ſich gehe und vielleicht im Augenblicke ſchon zum erwünſchten Ziele geführt habe, zurückkam, und denſelben nur nicht zu ſtören empfahl, zeigte er, wie es nur darauf ankäme, auch in den Staaten, wo die Bewegung durch die Vertagung der Ständekammern aufgehalten würde, freie Bahn zu ſchaffen, wie dagegen die von der Linken vorgeſchlagenen Mittel weit über das Ziel hinausführten.

Die feſte Entſchloſſenheit, auf jede Weiſe ſelbſt auf die Gefahr des Königthums, die Verfaſſung ins Leben zu rufen, ſprach auch Biedermann aus. Er erklärte offen und männlich, er habe geglaubt, die Einheit Deutſchlands würde am beſten durch das Erbkaiſerthum herbeigeführt werden, zeige ſich dieſes unausführbar, ſo ſehe er das einzige übrigbleibende Mittel dazu in der Förderativrepublik, der er dann unbedingt beitrete.

Herr Baſſermann nahm die Angriffe, welche Herr Vogt geſtern gegen die Politik der Centren gerichtet hatte, auf, und wies mit glänzendem Witze nach, wie es leicht ſei, von jeder befolgten Politik die Mängel aufzuzeigen, während man von einem unbetretenen Wege nicht darthun könne, wohin er führe, wie aber gerade ſie, „welche die undankbaren Rollen ſpielten, es Hrn. Vogt möglich machten, eine dankbare zu ſpielen". Darin fand Herr Löwe begreiflich wieder Veranlaſſung, ein wahres Zauberbild von den Zuſtänden auszumalen, wie die Verwerfung des Malmöer Waffenſtillſtandes, und eine Politik, welche die „allerdings nicht deutſche" Bewegung Wien's zu einer deutſchen gemacht hätte, in Deutſchland heraufbeſchworen haben würde. So endete die heutige Sitzung mit einer Art Zweikampf zwiſchen den ehemaligen Parteien des Miniſteriums und der Oppoſition, die hiermit aber hoffentlich ihre veralteten Streitigkeiten nun gänzlich ausgefochten haben.

> **Frankfurt**, 26. April. Die Verhandlungen über die zur Durchführung der Reichsverfaſſung zu ergreifenden Maßregeln ſind geſchloſſen; der Schubert'ſche Antrag iſt angenommen, wonach die Regierungen zu veranlaſſen ſind, dem Volke die geſetzlichen Wege, ſeinen Willen auszuſprechen, nicht zu verſperren, namentlich nicht die Ständekammern zu vertagen oder aufzulöſen. Ein billigeres Verlangen iſt ſicherlich niemals geſtellt worden.

Von den Berichterſtattern, welche heute allein das Wort hatten, ſprach zuerſt Hr. Simon aus Trier. Welch' eine Rede! Uns ſchwindelt noch in der Erinnerung. Er ſprach voller, feuriger, als wir ihn jemals gehört, und wie er ſeine Worte langſam gleich ebenſo vielen glühenden Pfeilen einbohrte, da begriffen wir die hirnverbrennende Wirkung dieſes Prieſters der Revolution. Man hat einen Maßſtab des Eindruckes, den er hervorbrachte daran, daß nach ihm Herr Raveaux doktrinär erſchien — freilich nur im Anfang ſeiner Rede, wo er den Antrag auf Ernennung einer Regentſchaft bekämpfte, und nachwies, daß, ſo lange das Miniſterium der Centralgewalt ſeine Pflichten gegen die Verſammlung erfülle, keine Veranlaſſung vorhanden ſei, ihm zur Seite eine zweite Reichsregierung zu errichten. Dann ging er aber, als er von den Verdächtigungen ſprach, denen der Reichsverweſer ausgeſetzt ſei, und ſie mit Unwillen zurückwies, ganz in ſeinen gewöhnlichen Gemüthston über, mit dem er alle Unterbrechungen als willkommnen Stoff aufnimmt, und, an ihnen fortſpinnend, ſeine Rede zu einer dramatiſchen Unterhaltung umwandelt. Sorglos überläßt er ſich dann der augenblicklichen Eingebung, und, von Wort zu Wort getragen, iſt er in ſchlagenden Repliken, und beißenden Anſpielungen — glücklicher, als wo er mühſam Vorbereitetes ſpricht.

Mit einer Rede des Herrn Kierulff, der im Namen der Ausſchußmehrheit ſich den Anträgen des Herrn Schubert anſchloß, endete die Verhandlung. Herr Zimmermann aus Stuttgart wünſchte vergebens noch vor der Abſtimmung e ne wichtige Mittheilung aus Würtemberg vorzutragen. Das ſtarre Geſchäftsreglement, das der Vicepräſident Bauer unerbittlich handhabte, ließ ihn nicht zu Worte kommen. Wir wiſſen nicht, welche Nachrichten Herr Zimmermann mitzutheilen hatte. Aber die Nachricht, welche im Laufe des Tages von Stuttgart hier eintraf, daß der König von Würtemberg unbedingt die Reichsverfaſſung anerkennt, beweiſt, wie richtig der Weg der Entſchiedenheit, der aber beſonnenen Entſchiedenheit iſt, welchen die Nationalverſammlung eingeſchlagen hat.

*** **Frankfurt**, 26. April. Bei der raſchen Herannäherung des erſten Mai werden die Glücksräder in Homburg, Wiesbaden und Wilhelmsbad noch raſch gedreht und die grünen Tiſche ſind faſt Tag und Nacht belagert. Die Spielbankhalter ſollen aber, trotz des wiederholten Beſchluſſes der Reichsverſammlung noch nicht ganz hoffnungslos geworden ſein. Es verlautet wenigſtens, daß, zwar vom 1. Mai an, nach dem Reichsgeſetze, die öffentlichen Spielbanken aufhören müſſen, dagegen aber die geheimen (d. h. geſchloſſenen, welche der Aufſicht der Lokalpolizei unterliegen) nicht verboten ſeien. Und deßhalb ſollen in den betreffenden Spielhöllen bereits Bauveränderungen getroffen werden. Hoffentlich hat aber die Centralgewalt Macht und Anſehen genug, um das Spielhöllenweſen mit Stumpf und Stiel in Deutſchland auszurotten.

*** **Frankfurt**, 26. April. Man ſagt, die Stadt Hanau habe der Centralgewalt ein wohlgerüſtetes ſtarkes Freikorps zum Schutze der Reichsverſammlung zur Verfügung geſtellt. Hoffentlich bedarf es dieſes Schutzes nicht und wenn es ſein muß, wird auch Frankfurt für die Sicherheit der Volksvertreter Deutſchlands in die Schranken zu treten wiſſen.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 26. April. Die heute dem Reichsminiſterium übergebene Baieriſche Note über die Reichsverfaſſung ſpricht mit großer Entſchiedenheit die Ablehnnng der Verfaſſung aus. Sie hält feſt an dem Prinzip der Vereinbarung und ſchlägt einen Zuſammentritt von Regierungsbevollmächtigten vor, welche ſich über Vorſchläge bezüglich der Abänderung der Verfaſſung zu einigen hätten. Sie eifert gegen die Ausſtoßung Oeſterreichs, das ſtets treu zu Deutſchland gehalten habe, wie gegen die allzugroße in der Verfaſſung angebahnte Centraliſation, die durch die Aufſtellung eines Erbkaiſers, wie durch andere Beſtimmungen gegeben ſei. Sie beſchwert ſich gegen das Suspenſivveto, wie gegen den Wegfall des Reichsrathes. Es iſt der baieriſchen Regierung wahrſcheinlich bekannt, daß gerade die ſtarren Anhänger des Partikularismus, ſei es eines baieriſchen oder hannoveriſchen, für das Suspenſivveto und gegen den Reichsrath geſtimmt und dadurch dieſe der bairiſchen Regierung unangenehme Paragraphen durchgeſetzt haben, und man wirft nun auf dieſe Vertreter des Partikularismus den Schein, daß ſie in doloſer Abſicht in der angegebenen Weiſe geſtimmt hätten, um dadurch die Annahme der Verfaſſung ſeitens der Regierungen zu erſchweren. Wenn ferner die Note ſich zur Begründung ihres Widerſpruchs auf die angeblichen Beſchlüſſe der bairiſchen Kammern gegen die Ausſchließung Oeſterreichs und ein preußiſches Erbkaiſerthum bezieht, ſo wollen wir daran erinnern, daß erſtens die Acclamation zu dem Müllerſchen Antrag kein Beſchluß war, ſondern nur bei dem Hoch auf ein einiges ungetheiltes Deutſchland erfolgte und daß man zweitens recht gut vor Beeidung der Verfaſſung ausſprechen kann, man wünſche dieſen oder jenen Beſchluß, nicht, daß aber dann, wenn der Moment der Vollendung der Verfaſſung eingetreten iſt, man doch die ganze Verfaſſung trotz mancher mißliebigen Beſtimmungen im Intereſſe des Geſammtvaterlandes annehmen kann. Die

Würtembergiſche Kammer hat den glänzenden Beweis für die Richtigkeit dieſer Behauptung geliefert.

Wenn wir zunächſt dieſe Stellung der baieriſchen Regierung und den Schritt, mit welchem Herr v. d. **Pfordten** für gut befunden hat, ſein Miniſterium zu eröffnen, tief beklagen müſſen, ſo richtet uns ein Blick auf Würtemberg wieder auf, wo das Königthum früh genug die Unhaltbarkeit einer ähnlichen Stellung erkannt hat, wo in dieſem Augenblick bereits Militär und Beamte auf die Reichsverfaſſung beeidet werden. Ja wir dürfen ſogar nach den Mittheilungen des Herrn von Beckerath auf einen baldigen günſtigen Umſchwung in Berlin rechnen.

△ **Wien**, 21. April. Der engliſche Geſandte reiſte noch geſtern, nachdem er von Ollmütz zurückgekehrt war, nach London ab. Trotz der vielen Gloſſen, die man über ſeine Abreiſe macht, blieben die Courſe im Steigen. Das ganze übrige Geſandtſchaftsperſonal iſt hier geblieben und alle Dispoſitionen die Lord Ponſonby traf, ſcheinen auf ſeine baldige Rückkehr zu deuten. Unſere Miniſter ſind von Ollmütz zurückgekehrt mit Ausnahme Stadions, der ſich noch auf ſeiner Erholungsreiſe befindet. Unſere Centraluntersuchungs-Kommiſſion, die in letzterer Zeit zu unſerer nicht geringen Freude wenig Urtheile zu fällen hatte, bringt ſich heute wieder in Erinnerung durch einige kriegsrechtliche Erkenntniſſe. Eine Handarbeiterin, welche ſeit dem Monat Nov. v. J. einen Säbel bei ſich verborgen hatte, der am 5. dieſes Monats bei einer Hausſuchung vorgefunden wurde, iſt zu viermonatlichem Stockhausarreſt verurtheilt. Zugleich wurde ein Fabrikswerkführer, ein Schneidergeſelle und ein Bandmacher, wegen majeſtätsbeleidigenden Aeußerungen, wegen aufreizender Reden, und wegen Inſultirung eines k. k. Soldaten (alle drei Deliquenten waren in trunkenem Zuſtande) zu ſechsmonatlichem, zu zehnwöchentlichem und zu dreiwöchentlichem Stockhausarreſte in Eiſen verurtheilt. Der Gemeinderath hat auf Veranlaſſung der Stadtkommandantur die von dem öſterr. Patrioten-Verein beſchloſſene Dank-Adreſſe für die Reichsverfaſſung vom 4. März, in ſeinem Sitzungsſaale zur Unterſchrift aufgelegt.

F.-Z.-M. Welden war am 18. auf einige Stunden in Peſth. Viele Stabsoffiziere hatten ſich zu ſeinem Empfange verſammelt. Er äußerte ihnen in ſehr kurzen Worten ſeinen Dank für die zuvorkommende Aufnahme, ſprach aber zugleich den Wunſch aus, daß ſich alle anweſenden Offiziere ſogleich auf ihre angewieſenen Poſten verfügen möchten; er wünſche weder ein Hoflager noch einen Generalſtab um ſich zu verſammeln. Aus zwei höheren Offizieren beſteht ſeine ganze Suite, deren Einfachheit freilich mit der des Fürſten Windiſchgrätz den Vergleich nicht aushält, der nicht weniger als fünf fürſtliche Adjutanten um ſich hatte, ohne die unzähligen Gallopins, wozu er ſogar Oberſten verwandte; durch dieſe zahlreiche Umgebung ſeiner Perſon wurden natürlich viele Offiziere von ihren Regimentern entfernt gehalten und man begreift die in den letzten Monaten ſo zahlreichen Ueberrumpelungen unſerer Truppen durch die Ungarn. Noch in der Nacht vom 18—19 brach die Armee von Peſth nach Waitzen auf, viele Offiziere erhielten den Befehl zum Abmarſch im Theater; das Lager am Rakoſch wurde abgebrochen. Feldmarſchalllieutenant Schwarzenberg hat das Peſther Diſtriktskommando erhalten, welches unter dem Fürſten Windiſchgrätz dem nun endlich penſionirten Grafen Wrbna anvertraut war.

△ **Wien**, 22. April. Das geſtrige Abendblatt der Wiener Ztg. bringt die Verfügung, daß F. Z. M. Nugent als Kommandirender im illyriſch-inneröſterreichiſchen Generalkommando nach einem Miniſterialerlaſſe nach Inneröſterreich berufen iſt, um bis Pettau das ſich dort ſammelnde Reſervekorps, „mit ſeiner bewährten, raſtloſen Thätigkeit“ kriegstüchtig zu organiſiren. Zwei Brigaden ſeines Korps, welche Eſſegg erobern halfen, ſind nach Ofen gezogen worden und 12,000 Grenzer ſeines Korps unterſtehen nun dem Befehle des Generals Mayerhofer. Graf Nugent iſt alſo nicht penſionirt, wie man allgemein glaubte, aber doch auf eine gute Art vom Kriegsſchauplatze entfernt, und bei der Reſerve iſt er jedenfalls beſſer am Platze als bei der Avantgarde. Die ungeheuern Rekrutirungen, welche in der ganzen Monarchie vorgenommen werden, nähren bei den Antiruſſiſchgeſinnten die Hoffnung, daß unſer Miniſterium es mit der eigenen Kraft des Landes verſuchen will, Ungarn zu erobern und Italien zu pacifiziren. Auch für Wien wird eine Loſung vorgenommen für die ſechs erſten militärpflichtigen Klaſſen, die ſchon am 25. ihren Anfang nimmt, und in Kroatien und Slavonien ſollen neuerdings 20 Bataillons für die Armee in Ungarn ausgehoben werden.

Die deutſche Frage beſchäftigt die Gemüther und die Preſſe auf die verſchiedenartigſte Weiſe. Die dreißig bis jetzt in Frankfurt eingelaufenen, den Beſchlüſſen der Nat.-Verſ. vom 28. beiſtimmenden Regierungserklärungen imponiren uns denn doch ſtark, und das ſardoniſche Lächeln, welches die erſte Antwort des Königs von Preußen auf gewiſſen diplomatiſchen Geſichtern hervorgerufen hatte, fängt nachgerade an wieder zu verſchwinden. Der Lloyd, welcher bisher nur undeutliche Blicke in die Abſichten unſers Miniſteriums geſtattete, drückt ſich heute klarer aus und ſetzt ſeine Hoffnungen für das künftige Heil eines einigen Deutſchlands in den Separatismus Baierns. Er weiſt nach, daß Baierns materielle Intereſſen den Anſchluß an Oeſterreich verlangen. Die „Preſſe“, welche längſt den Plan eines Nord- und Süddeutſchlands hegte, wird ohne Zweifel und ganz gegen ihre Gewohnheit, dem Lloyd morgen einen Panegyrikus halten.

Trieſt, 19. April. Die zur Blokade beſtimmte öſterreichiſche Schiffsdiviſion unter dem Befehl des Viceadmirals Dahlerup kann des ſtürmiſchen Wetters halber ſich nicht vor Venedig behaupten. (Allg. Z.)

Berlin, 24. April. Bekanntlich iſt an den Abgeordneten v. Vincke, wie dieſer in der Fraktion der Rechten ſelbſt zugegeben hat, in Folge ſeines Antrags vom 5. d. Mts. über die deutſche Frage ein allerhöchſtes Handſchreiben ergangen. Hr. v. Vincke machte damals gegen ſeine Freunde allgemeine Andeutungen über den Inhalt, ohne das Schreiben ſelbſt vorzuzeigen. Es ſtand nur feſt, daß daſſelbe eine abmahnende, mißbilligende Tendenz ausgedrückt habe. Nach einer uns gegenwärtig aus der Fraktion der Rechten zukommenden Mittheilung wäre die wörtliche Abſchrift jenes Briefes folgende:

„Gedenken Sie Ihres Vaters, — Ihres Namens, — Ihrer Eide, — des ſchweren Gewichtes Ihrer Worte, — Ihrer Verantwortung vor Gott, vor Ihrem Gewiſſen, in Ihrer Sterbeſtunde. Das ruft Ihnen in Gewißheit und Wahrheit des Rechts Ihr König Fr. W. Potsdam, 8. April 1849.“ (O. P. A. Z.)

Berlin, 24. April. Zu der Vereinigung und organiſchen Verſchmelzung der militäriſchen Kräfte Deutſchlands ſcheint Preußen, wenn nicht ſeinen eigenen Weg zu gehen, ſo doch in raſcher Initiative Hand anzulegen. Wie bereits die Verſchmelzung der mecklenburgiſchen Truppentheile mit der preußiſchen Armee im Werke iſt, ſo weit, daß künftig die Offiziere in der beiderſeitigen Linie vice versa avanciren ſollen und das preußiſche Landwehrſyſtem auf die mecklenburgiſchen Staaten angewandt werden wird, ſo ſind auch bereits zu gleichem Zwecke Unterhandlungen mit Altenburg im Gange, deſſen Militär dem preußiſchen einverleibt werden ſoll, und zu deren Durchführung der Oberſt Stockmar hier eingetroffen iſt. (Frkf. J.)

Koblenz, 25. April. Ich beeile mich, Sie zu benachrichtigen, daß nach einer mir aus beſter Quelle gewordenen Mittheilung, ein Wechſel unſeres Miniſteriums in der Kürze bevorſteht und der Oberpräſident Herr Eichmann an die Spitze des neuen Miniſteriums treten wird. Herr Eichmann iſt in der deutſchen Angelegenheit für die Annahme der Verfaſſung. (O.-P.-Z.)

♯ **München**, 20. April. Heute iſt in hieſigen Militärfamilien ſchon viele Trauer über die vielen Opfer, womit die Erſtürmung der Düppeler Schanzen erkauft worden. Man ſpricht von 1000 Todten nach eingelaufenen Privatbriefen und noch mehr Verwundeten. Das ſind jedenfalls Uebertreibungen. Denken Sie ſich aber den Eindruck, den es nothwendig machen muß, wenn man zugleich aus der Oberpoſtamtszeitung durch Berliner Correſpondenz vernimmt, „das Miniſterium Brandenburg-Arnim habe ſchon einen Proteſt gegen das Beſetzen von Jütland im Sinn, im Augenblick vielleicht ſchon erlaſſen. „Dann wäre ſo viel edles deutſches Blut umſonſt geopfert und darum wieder, weil die Diplomatie es ſo will. Müſſen ſolche Dinge nicht wie Zunder in Pulvertonnen fallen? Wie weit wäre es gekommen mit Deutſchland, wenn auch dießmal der Krieg von Dänemark nur eine Farce in den Augen der auswärtigen Mächte und der preuß. Diplomatie wäre. Damit wäre der Nagel zur Einſargung deutſcher Einheitsbeſtrebungen gegeben. Ich habe etwas auf dem Herzen; es muß herunter; ich muß es Ihnen ſagen, daß es Alle hier, die es mit Deutſchland, mit Preußen wahrhaft gut und ehrlich meinen, den Ton nicht billigen können, womit die norddeutſche, die kaiſerliche Preſſe über Baiern herfällt. Was hat die brave Bevölkerung unſeres Landes, welche die Einheit im edelſten

Freiheitsdurſt erſtrebt, mit der Politik ehrgeiziger Hofparteien und einer buchſtäblich verlorenen und verkommenen Bureaukratie zu thun? In welcher Verbindung ſtehen die intelligenten Pfälzer, Franken und Schwaben mit ein Paar durch den Beichtſtuhl fanatiſirten oberbaieriſchen Dorfgemeinden? Vertrauen Sie immerhin dem, was Ihnen aus tüchtiger Feder vom Oberlech geſchrieben wird. Was in aller Welt hat die brave, durch und durch deutſche Bevölkerung Preußens mit der Politik des Hofes und der neuen preußiſchen Zeitung zu ſchaffen. Dort wie hier ſehen alle Vernünftigen dem Tage der Ernte, die nicht ausbleiben kann, entgegen. Noch liefern die Stammeseiferſüchteleien ihr gutes Contingent in die Hofintriguen, will man die Stämme noch mehr gegen einander aufbringen? Vergeſſen wir die Vergangenheit; an ihr hängt auch das Volk; ſie iſt ſeine Geſchichte; es iſt damals hüben und drüben gefrevelt worden. Vertrauen Sie dem kerngeſunden Sinne unſeres Volkes; ſeine edle Selbſtſtändigkeit wird gezeitigt an der höfiſchen Sonderpolitik; unſer Volk weiß, was es will; es hat wie kein anderes die Stürme von 1848 überdauert und ausgebeutet; in der Stunde der Entſcheidung, die näher rückt, wird es mit Begeiſterung zu denen ſtehen, die die Einheit Deutſchlands aufrichtig wollen, d. h. es wird ſtreng wachſam in die Einheit nur eintreten, welche auf den Flügeln der Freiheit kommt; denn den falſchen Conſtitutionalism hat Baiern nach allen Fineſſen kennen und würdigen gelernt. Möge der Norden uns nur nicht übermüthig, nur nicht dictatoriſch werden, möge er, wenn er kein Herz für uns mehr hat, doch wenigſtens das richtige Verſtändniß unſerer materiellen Intereſſen an den Tag legen. — Es iſt nicht wahr, daß König Max an einem Hoffeſte geſagt: „Seien Sie verſichert, meine Herren, daß ich keine Luſt habe, ein preußiſcher Präfect zu werden." Solche Dinge ſtreut die Albernheit aus; unſer braves Volk weiß, daß in dem großen herrlichen deutſchen Haus Wohnung und Raum genug iſt für die Macht, die Ehre und die Freiheit aller ſeiner Stämme, die die deutſche Geſchichte durch ſo viele Jahrhunderte gemacht haben.

** **Stuttgart**, 25. April. Die Verfaſſungskriſis iſt zu Ende. Römer und Duvernoy, welche heute beim König in Ludwigsburg waren, haben jetzt die unumwundene Erklärung deſſelben für die Reichsverfaſſung, ohne die geſtrige Klauſel: „unter der ſich von ſelbſt verſtehenden Vorausſetzung, daß die Verfaſſung in Deutſchland in Wirkſamkeit trete" mitgebracht. Damit iſt nun die Annahme rein, unumwunden, offen. Jener Vorbehalt ſoll übrigens nicht vom König, ſondern von Hrn. v. Linden ſelbſt herrühren, und Römer, deſſen Sache das Nachgeben nun einmal nicht iſt, ſoll über dem hartnäckigen Beſtehen des Fünfzehnerausſchuſſes auf Entfernung des Satzes zuerſt äußerſt ungehalten geweſen ſein, bis er nachgab und ſelbſt beim König die Entſcheidung bewirkte. Man bedauert, daß er nicht lieber ſchon zum voraus ſich mit dem Fünzehnerausſchuß ins Vernehmen geſetzt hatte. Heute iſt es hier lebhafter denn je zuvor. Es iſt, noch ehe man den friedlichen Ausgang der Sache ahnte, hieher eine Verſammlung von Deputirten der Gemeindevorſteher der einzelnen Gemeinden berufen worden. Dieſelben kommen ſchaarenweiſe aus dem Oberland und Franken, wie vom Schwarzwald und Neckar hier an, und jeder Zug bringt neue Gäſte. Die Straßen wimmeln von Landleuten, beſonders iſt der Zugang zum Ständehaus jetzt ſchon, zwei Stunden vor Eröffnung der Sitzung, faſt verſperrt. Man ſieht aus den Mittheilungen dieſer verſchiedenen Leute, daß es mit dem Kampf um die Verfaſſung, wenn nicht nachgegeben worden wäre, Ernſt war. Die Stimmung iſt eine äußerſt entſchiedene, und die unkönigliche Erklärung, daß ein gezwungenes Wort nicht binde, macht ſehr mißtrauiſch. Die Verſammlung dieſer Abgeſandten beſchloß heute Vormittag eine Zuſtimmungsadreſſe an die Kammer, welche insbeſondere Beeidigung der Beamten und des Militärs auf die Reichsverfaſſung fordert, eine Konſequenz, welche auch die Kammer ziehen wird. Ferner verlangte dieſe Adreſſe eine nach dem Reichswahlgeſetz zu wählende konſtituirende Verſammlung — denn jetzt muß es einmal nach über einem Jahr, mit der Standesherrenkammer, welche ſich zu einer Unterwerfung unter die Reichsverfaſſung nie unbeſchränkt herbeilaſſen wird, aus werden. Die Stellung des Prinzen Friedrich als Korpskommandant iſt jetzt nach der Desavouirung durch den Reichskriegsminiſter unhaltbar geworden. Zudem iſt bereits, wie Sie wiſſen, der Poſten eines Korpskommandanten von der Kammer geſtrichen.

Nachſchrift. Nach der Kammerſitzung. Der Jubel iſt ungeheuer, der Friede iſt geſchloſſen. Würtemberg hat die Reichsverfaſſung anerkannt. Dem harrenden Volk verkündete der Präſident die königliche Erklärung und in einer Proklamation den Dank der Kammer. Auf denn nun: Ihr Sachſen, Ihr Hannoveraner, Ihr Baiern! Folget uns nach! Deutſchland hoch!

Dresden, 23. April. Durch Tagesbefehl iſt die noch bis jetzt bei unſerm Heer üblich geweſene Bezeichnung „Gemeiner" in Wegfall gebracht worden. (D. Allg. Z.)

** **Hannover**, 24. April. Unſer Miniſterium läßt ſich durch nichts irre machen von dem unheilvollen und undeutſchen Wege abzugehen, trotzdem ſich das ganze Volk ſowohl als auch die Abgeordneten bereits offen und laut erklärt haben, daß das jetzige Syſtem nicht im Sinne des Landes iſt. Ob das nach Stüve'ſchen Begriffen eine konſtitutionelle Regierungsform genannt werden kann? Ja, eine Form iſt ſie, aber ohne Inhalt. Wir kommen immer darauf zurück, daß Herr v. Schele und v. Falcke Grundſätze hatten, ſie offen ausſprachen und darnach handelten, was jedenfalls Anerkennung verdient, wenn auch die Grundſätze ſelbſt von unſerm Standpunkte aus verderblich waren. In dieſem Augenblicke verhandeln die Kammermitglieder durch die Mappe, wie weiland die Waldeckſchen Stände, um das Miniſterium aufzufordern, ſich mit der von der Reichsverſammlung geſetzlich feſtgeſtellten Verfaſſung einverſtanden zu erklären und den König zu vermögen, zu der auf den König der Preußen gefallenen Kaiſerwahl ſeine Zuſtimmung zu geben. Daß das Miniſterium nicht darauf hören würde, als die Kammermitglieder um Einberufung der Stände petitionirten, ließ ſich erwarten. Aber nicht allein iſt es dieſem Miniſterium genug, den Ständen den Mund zu verſchließen, Preßprozeſſe einleiten zu laſſen, es geht direkter zu Werke. Dem Abg. Juſtizrath Schlüter in Stade verweigerte man den Urlaub ſo lange, bis er, der Richter verſpreche, keine politiſche Reiſe zu machen und um das Maaß zu füllen, wird einer der talentvollſten jungen Männer von der hieſigen Juſtizkanzlei nach Osnabrück verſetzt, weil er ſich an politiſchen Vereinen lebhaft betheiligte und natürlich ſich gegen die Politik des Miniſteriums mit aller Entſchiedenheit ausſprach. Doch gehört derſelbe nicht einmal zu den Aeußerſten, vielmehr war er es, der in Celle auf dem Vereinstage zur größten Mäßigung ermahnte. Deſſen ungeachtet läßt der Juſtizminiſter von Düring ihm in einem langen Reſkripte das politiſche Auftreten verweiſen, das ſich mit der Würde des Richteramts nicht vereinige. Hr. v. Düring und ſein Knappe Backmeiſter waren freilich auch Richter als ſie in den früheren Kammern ſaßen, und den Schele'ſchen geheim-ſchriftlichen Civilprozeß-Entwurf vertheidigten, um jetzt die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit einzuführen. Ob ſolche Maßregeln dazu dienen werden, die Unabhängigkeit des Rechtes zu fördern, überlaſſen wir jedem. Das den vertagten Ständen vorliegende, aber noch nicht in Berathung gezogene Budget gibt uns eben kein erfreuliches Bild der Finanzverwaltung des Hrn. Miniſters Lehzen, es weiſt nämlich ein Deficit von 452,400 Thlrn. nach, das durch eine außerordentliche Steuer gedeckt werden ſoll. An Erſparungen hat man nicht gedacht, die ungeheure Civilliſte von faſt einer halben Million für den König, dann für den Kronprinzen bleibt unverändert; für die ſo überflüſſigen Geſandtſchaften fordert man 74,772 Thlr. und für das Kriegsminiſterium 1,982,078 Thlr. 20 Sgr., faſt ein Viertel der ganzen Einkünfte des Landes. Entſchließt man ſich nicht zu erheblichen Erſparungen, ſo werden unſere Finanzverhältniſſe bald ein noch traurigeres Bild liefern. An den Bau der ſo nothwendigen Süd- und Weſtbahnen wird vorerſt kaum zu denken ſein. Eine nochmalige Vertagung oder gar eine Auflöſung der Stände, von der im Miniſterrathe die Rede geweſen ſein ſoll, können wir uns dieſer finanziellen Verhältniſſe wegen ſchon nicht denken, da jedenfalls das Budget bewilligt werden muß. Ohnehin fehlt es an einer Wahlbedingung, denn die proviſoriſche kann doch unmöglich, da ſie nur für die eine geſchehene Wahl beſtimmt war, wiederum in Anwendung gebracht werden. Freilich iſt dieſem Miniſterium alles möglich, da es auf die öffentliche Meinung nicht hören will. Unterdeſſen ſitzen hier die Profeſſoren Hermann, Ehrenfeuchter, der Landdroſt Th. Meyer, u. m. a. um eine neue Kirchenverfaſſung vorzubereiten durch Synoden und Presbyterien.

Braunſchweig, 23 April. Die von dem preußiſchen Miniſterium am 21. d. M. abgegebene Erklärung wurde geſtern bekannt. Ueberraſchen konnte ſie nicht, weil ſie von dem Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ausging, wohl aber empören. Wahrlich, es

liegt eine Aufforderung für die preußiſchen Kammern darin, alle Parteiſpaltungen fahren zu laſſen und ſich mit aller Kraft gegen dieſes Miniſterium des Unheils zu wenden. In der heutigen Sitzung unſerer Landesverſammlung wurde folgender dringlicher Antrag von den Abgeordneten Aronheim, Lucius, Graſſau II., Schaper, Trieps, Rhamm, Röpken, Hollandt und Stolle geſtellt: „Die hohe Verſammlung wolle in Erwägung der vom preußiſchen Miniſterium in der Sitzung der zweiten preußiſchen Kammer vom 21. d. M. abgegebenen Erklärung beſchließen, daß eine Kommiſſion beauftragt werde, der Verſammlung die Wege vorzuſchlagen, die ſie im Intereſſe des deutſchen Volkes, mithin auch des Herzogthums Braunſchweig beſchreiten könne und müſſe." Die Dringlichkeit wurde von der ganzen Kammer unterſtützt und anerkannt. (Köln. Ztg.)

Flensburg, 22. April. Obwohl von allen Städten Schleswigs Flensburg als die am wenigſten deutſch geſinnte gilt, iſt das Einrücken der Reichstruppen in Jütland dennoch von einem namhaften Theil der Bevölkerung mit den Zeichen unverkennbarer Freude begrüßt worden. Man hofft, daß der im vergangenen Jahr ſo lau geführte Krieg nun endlich eine kräftigere Leitung erhalten, daß man, all den Drohungen ruſſiſcher und ſchwediſcher Einmiſchung zum Trotz, dem Dänen auf ſeinem eignen Boden die Laſt des Krieges fühlen laſſen werde. Die Geſinnung der hieſigen Bevölkerung iſt allerdings matter und gemiſchter als in allen übrigen Städten der Herzogthümer. Nach Altona iſt Flensburg deren wichtigſte Handelsſtadt und ihr Hauptverkehr iſt mit Kopenhagen und mit den däniſchen Inſeln. Auch leben hier ſehr viele geborene Dänen, denen man es nicht übel nimmt, wenn ſie ihre Antipathie gegen dieſen Krieg offen zu erkennen geben. Unter den deutſchen Handelsleuten Flensburgs iſt der Krämergeiſt ſo überwiegend, daß ſie ſich ſelbſt den Kaiſer von Rußland als Herrſcher gerne gefallen ließen, wenn nur die Geſchäfte nicht ſtocken, wenn nur die Waarenballen nicht müßig in den Schiffen liegen, wenn nur die holſteiniſche Butter ihren Weg nach England findet und die Pfunde von dort herüberrollen. Neben dieſen ſchmutzigen Krainerſeelen, die alles Völkerglück nach der Elle meſſen, gibt es aber auch hier eine patriotiſche, ganz deutſch geſinnte Partei. Ihre Vertreter findet ſie beſonders in der Jugend, welcher die Ehre und die Unabhängigkeit des Vaterlanderlandes etwas mehr gilt als der Geldſack. Iſt dieſe Partei auch nicht die zahlreichere hier, ſo iſt ſie doch ganz und gar die Trägerin der Bildung und der Intelligenz. In den kleinen Städten weiter gegen Norden ſind die Deutſchgeſinnten auch an Zahl bei weitem überwiegend. In Hadersleben, in Apenrade glüht man eben ſo ſehr für die deutſche Sache wie in Kiel und Schleswig. Die Landbevölkerung Nordſchleswigs iſt allerdings ſehr apathiſch und wünſcht den Frieden, nur um die Einquartierung los zu werden. Aber eigentlich däniſch geſinnt iſt auch dort der Bauer nirgends. Fragt man ihn, ob er Däne werden will, ſo verwahrt er ſich feierlichſt dagegen und ſagt: „er wolle Schleswiger bleiben." Seit dem Durchzug der preußiſchen Huſaren, welche in der Richtung von Apenrade aufbrachen, wo auch der übrige Theil der deutſchen Kavallerie konzentrirt iſt, ſind keine Reichstruppen mehr durch Flensburg paſſirt. Die baieriſchen Chevauxlegers, die ſächſiſchen Gardereiter und die hannoverſchen Dragoner ſollen zur Unterſtützung der zweiten Kolonne beſtimmt ſein, welche demnächſt in Jütland einrücken wird. Der bei weitem größte Theil der Reichstruppen ſteht im Sundewitt und iſt zur Eroberung von Alſen beſtimmt. Dort ſieht man eine Muſterkarte aller deutſchen Uniformen mit Ausnahme der Oeſterreicher und der Reuß-Greitzer, welch' letztere in Rendsburg ſtehen geblieben. Würde dieſer Krieg auch nicht durch die Sache geheiligt, durch das Recht der Herzogthümer und die Ehre Deutſchlands, für die er geführt wird — er mußte uns ſchon des ungemein großen Nutzens wegen, den er der militäriſchen Organiſation der deutſchen Heeresmacht gewährt, willkommen ſein. Die Krieger der verſchiedenen deutſchen Staaten werden hier an ein kameradſchaftliches Zuſammenleben im Felde gewöhnt. Jene fluchwürdige Stammes- und Staateneiferſucht der Deutſchen, die leider auch in den verſchiedenen Heeren ſo eingeniſtet, ſo widerlich auffallend iſt, ſie mindert ſich oder ſchwindet ganz im Lagerleben, wo die Uniformen von dreißig Staaten für die gleiche Sache den Säbel ſchwingen. Es that wirklich dringend noth, daß ein ganzes Reichsheer ſich zu einem ſo großartigen Uebungslager auf längere Dauer verſammele und wir müſſen dem Dänen dafür Dank ſagen. Wie eingefleiſcht jene unſelige Stammeseiferſucht iſt, das bemerkten viele beim erſten Begegnen der verſchiedenen deutſchen Truppenkontingente. Die verſchiedenartigen Uniformen ſchienen ſich in den erſten Tagen ſichtbar abzuſtoßen, man war gegenſeitig kühl und förmlich, die Offiziere hatten Mühe mittelſt äußerer Artigkeit eine gewiſſe Scheelſucht und Korpsjalouſie zu verbergen. Dieſer gegenſeitige Froſt ſchwand mehr und mehr bei längerem Beiſammenſein. Der etwas ſchwerfällige Süddeutſche geſteht jetzt, daß ſeine norddeutſchen Waffenbrüder doch recht artige, gefällige, manierliche Leute ſeyen, mit denen ſich recht gut zuſammenleben laſſe und der Norddeutſche gibt zu, daß jener trotz ſeinem etwas plumpen Weſen ein gutmüthiger, treuherziger Kamerad und tüchtiger Kriegsmann ſei, der im Kartätſchenfeuer wie eine Eiche ſtehe, wie es der letzte Kampf bei Düppel bewieſen. Mein deutſches Herz war ſeit lange nicht ſo froh geſtimmt wie bei meinem letzten Beſuch im Sundewitt, wo man heute ein ſo großartiges als buntes militäriſches Schauſpiel ſieht. Als ich den Baier und den Preußen, den Sachſen und den Schwaben dort an demſelben Bivouakfeuer ſich wärmen, im Marketenderzelt aus demſelben Glaſe trinken ſah, als ich die in ſo verſchiedenfarbige Röcke gekleideten Krieger dieſelben deutſchen Lieder zuſammen ſingen hörte, da wurde mir die hohe Bedeutung und die wohlthätige Folge dieſes großen, gemeinſchaftlichen deutſchen Waffenzuges nach dem fernſten deutſch redenden Norden erſt recht klar und ich ſegnete Chriſtian VIII. und ſeinen offenen Brief.

Großbritannien.

* **London**, 22. April. Das wichtigſte Ergebniß der geſtrigen Unterhausverhandlungen beſteht in der durch eine Mehrheit von 61 Stimmen (275 gegen 214) zugeſtandenen dritten Leſung der Bill zur Abſchaffung der beſtehenden Schifffahrtsgeſetze. Hr. Harries beantragte, Namens der Protektioniſten, daß die Bill von dieſem Tage über 6 Monate geleſen, d. h. verworfen werde, und Hr. Robinſon unterſtützte dieſen Antrag, wie man ſieht ohne Erfolg. Für die Bill ſprach namentlich mit großer Wirkung Sir J. Graham, ſo daß Lord J. Ruſſell in ſeiner Rede geſtand, daß es ihm ſchwer falle, für die Bill zu ſprechen, nachdem Sir J. Graham Alles, was ſich für ſie ſagen ließe, erſchöpft habe. Abermals hat Peels Anhang das Miniſterium von einer Niederlage gerettet, der es ſonſt nicht entgangen wäre. Somit iſt der Bund zwiſchen den Peeliten und Whigs inniger als je, oder vielmehr dieſe von jenen abhängiger als je. Indeß haben die Miniſter dieſer Beihilfe auch eine ſehr wichtige Klauſel der Bill, die von der freien Küſtenfahrt, opfern müſſen. Zudem iſt wohl zu bedenken, daß die Majorität eine aus verſchiedenen Elementen gebildete iſt und wohl höchſtens nur zu zwei Drittheilen aus reinen Whigs beſteht, während die anſehnliche protektioniſtiſche Minderheit von 214 Stimmen einen geſchloſſenen Körper, eine einzige Maſſe darſtellt. Da nun kaum zu bezweifeln iſt, daß das Oberhaus die Bill verwerfen wird, ſo hängt die Exiſtenz des Miniſteriums immer noch an einem ſehr dünnen Faden, inſofern das Miniſterium ernſtlich gemeint iſt (und es kann wohl nicht anders) mit dieſer Bill zu ſtehen oder zu fallen. Hr. Diſraeli, der mit großem Beifall der Protektioniſten gegen die Bill ſprach, ging namentlich die Antworten durch, welche die verſchiedenen Regierungen auf die Anfrage des engliſchen Miniſteriums, in wie weit man ſich im Falle der Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze auf Gegenſeitigkeit Rechnung machen könne, ertheilt hatten. In Bezug auf die preußiſche Antwort ſagte er: „Die Antwort des preußiſchen Miniſters ſtellt kein Uebereinkommen in Ausſicht, nicht einmal den Wunſch, ſich in eine Unterhandlung einzulaſſen; im Gegentheil, heißt es darin, bei der jetzigen veränderten Lage iſt es uns unmöglich, mit Euch in dieſer Frage uns auseinander zu ſetzen. Ich leſe aus dieſer Depeſche Folgendes heraus: Die Sachen ſind jetzt ungeordnet, aber wenn die Whiggiſtiſche Regierung im Amte bleibt, wenn wir in unſerer auswärtigen Politik Erfolg haben und eine nationale Flagge ſtiften, wenn wir die Häfen von Schleswig-Holſtein und der Elbemündung für uns gewinnen, wenn wir durch Begünſtigung Seitens der engliſchen Regierung eine wichtige Seemacht werden, dann werden wir uns dazu willig finden laſſen, uns mit Euch in offene Unterhandlungen einzulaſſen und auf unſern Rechten beſtehen zu bleiben." (Hört! Hört!)

Frankreich.

* **Paris**, 22. April. Der National, im Gefühl der Schwäche, zeigt, ſeit einiger Zeit die entſchiedenſte Hinneigung zu den ſociali-

ſtiſch-demokratiſchen Republikanern und predigt überall Verſöhnung und Eintracht aller republikaniſchen Fraktionen. Die heutige Révolution démocratique et sociale, das Hauptorgan der Montagne, bricht endlich ihr Stillſchweigen gegen dieſe zuvorkommenden Einladungen durch folgende geharniſchte Philippica, die wir faſt vollſtändig mittheilen, weil ſie ſehr geeignet iſt, neue Lichter auf die Lage der Parteien in Frankreich zu werfen: „Nicht in den Reihen der Monarchiſten muß man die gefährlichſten Feinde unſerer Revolution ſuchen: Legitimiſten, Orleaniſten und Bonapartiſten wären gleich ohnmächtig geweſen, ſie zu erſticken, wenn ſie nicht gleich von Anfang Verbündete gefunden hätten in den Girondiſten von 1848, wenn die hochmüthige und ſchädliche Coterie, die ihr Hauptquartier in den Büreau's des National aufgeſchlagen hatte, nicht gegen die Erhaltung und Entwickelung der Republik conſpirirt hätte. Wir behaupten es ohne Scheu, alle Uebel, die ſeit dem 25. Februar über uns hereingebrochen ſind, verdanken wir dem beklagenswerthen Einfluß jener Fraktion der Republikaner von altem Datum. So oft die Freiheit oder die Gleichheit eine Schlappe erlitten haben, iſt man ſicher dem Namen eines Mannes aus dem Treibhauſe der Rue Lepelletier zu begegnen. Einige Thatſachen werden alle Zweifel heben: der Zwieſpalt im Schooße der proviſoriſchen Regierung, ein Zwieſpalt, der der Untergang aller unſerer gerechten Hoffnungen ſein ſollte, wer anders ſtiftete ihn an und nährte ihn, als die Männer des National und an ihrer Spitze Marraſt, der ſchuldbarſte von ihnen allen? Wenn die proviſoriſche Regierung nichts gethan hat, ſo rührt dies daher, daß die edlen Abſichten der Minderheit der Regierung von der Coterie Marraſt gelähmt wurden. Dies kann uns freilich kaum wundern, da noch am 24. Februar um 5 Uhr Abends Garnier Pages, einer der zu dem allerhöchſten Haushalte des National gehörigen guten Freunden, im Namen der Regentſchaft und nach den Eingebungen des Hrn. Marraſt handelte. Wem gebührt die Vaterſchaft der Steuer der 45 Centimes? Hrn. Garnier Pages. Wer hat die Progreſſiv-Steuer, ſo wie alle revolutionären Maßregeln bekämpt und das Börſenſpiel und die hohe Bank vertheidigt? Garnier Pages und immer wieder Garnier Pages. Wer hat die Nationalwerkſtätten geſchaffen, die ſpäter dem von der Reaktion angeſchürten Bürgerkriege ſo herrlich gedient haben? Marie, ein anderer Adjutant von Marraſt. Wir würden nicht enden, wenn wir alle Umſtände aufſuchen wollten, bei denen zum Schaden der Republik der intriguante Geiſt der Vertrauten des Hrn Marraſt ſein Weſen trieb. Der Belagerungszuſtand mit allen ſeinen Folgen, die Verbannung ohne Urtheil, die Kriegsgerichte, die Konfiskation der Journale, die Aufhebung der perſönlichen Freiheit, alles dies kommt auch noch auf die Verantwortlichkeit eines der Lieblinge des National, des Generals Cavaignac. Verlaſſen wir Paris, um uns in den Departements umzuſehen, ſo bemerken wir überall dieſelben Erſcheinungen. Ueberall fanden die aufrichtigen Republikaner, die etwas anderes wollen, als die Erhebung der Dynaſtie des National an Platz und Stelle des Hauſes Orleans, die ſociale Reformen forderten, die erbittertſten Feinde an allen jenen unechten Republikanern, die ſich „gemäßigte" nannten und die weiter nichts waren, als Verräther an der „heiligen Sache des Volkes. Bei den Wahlen im April 1848 haben die Girondiſten überall mit den Legitimiſten und Konſervativen gegen die Kandidaten der Demokratie geſtimmt. Wenn im Dezember die lächerliche Kandidatur des Hrn. Bonaparte geſiegt hat, ſo kommt dies daher, daß der Schauder, den der Held der Junitage in ganz Frankreich einflößte, die Furcht ihn zur Präſidentenwürde gelangen zu ſehen, die Arbeiter der Städte und des Landes gezwungen haben, die Kandidatur des Hrn. Ledru Rollin, deren Erfolg zweifelhaft war, aufzugeben. „Wir müſſen uns den Schlächter vom Halſe ſchaffen!" war der allgemeine Ruf. Die Präſidentſchaft ſelbſt, die wie der Apfel der Zwietracht unter die Wähler geworfen wurde, wäre niemals angenommen worden, wenn die Girondiſten nicht mit den Monarchiſten geſtimmt hätten. Immer und überall, bei allen Niederlagen der Revolution, finden wir die Hand der Republikaner nach dem Schnitt des National und des Hrn. Marraſt im Spiele. Und wir ſollen dieſen Menſchen vergeben, dieſen Menſchen, die nur unſern Fluch verdienen? Nein, niemals werden wir den ſozialiſtiſchen Demokraten dieſe Niederträchtigkeit anrathen. Heutzutage wollen dieſe Ueberläufer der Republik, weil ſie ſich von den Monarchiſten überflügelt ſehen, ſich allerdings unſern Reihen nähern. Sie fühlen ihre Schwäche und ſchlagen denen ein Bündniß vor, die ſie ſeit einem Jahre mit ihren giftigen Verleumdungen verfolgen, denen, die ſie wie wilde Thiere gehetzt haben und deren Brüder die Annehmlichkeiten der Galeeren, der Pontons oder der Zuchthäuſer genießen Das Bündniß iſt unmöglich; denn wie ſollte es anders ſein, wenn Treu und Glauben auf der einen Seite und auf der andern Seite nur Verrath und Treuloſigkeit ſind?" Die „Révolution démocratique et sociale empfiehlt hierauf allen ſozialiſtiſchen Demokraten die höchſte Vorſicht bei etwaigen gemeinſchaftlichen Wahloperationen mit der Partei des „National" und fordert letztere auf, ihre Aufrichtigkeit einfach dadurch zu beweiſen, daß ſie für die Kandidaten der ſozialiſtiſch-demokratiſchen Republik votire.

Italien.

* **Turin**, 20. April. Die Train-Soldaten, welche nach Beendigung des Krieges in ihre Heimath entlaſſen zu werden hofften, bleiben auf höhern Befehl noch unter den Fahnen. Die zeitweiſen Beurlaubungen ſind ſogar in der Armee eingeſtellt worden. Es ſcheint, daß das Miniſterium eine feſte Haltung behaupten will. Man ſpricht ſogar von einer Veränderung in demſelben, weil einige Miniſter den Anſprüchen der Oeſterreicher einen ſolchen Widerſtand entgegenzuſetzen geneigt ſcheinen, daß leicht ein neuer Krieg erfolgen könnte.

* **Florenz**, 16. April. Die beiden Legations-Sekretäre von Frankreich und England, die ſich in das öſterreichiſche Hauptquartier begeben ſollten, melden, daß ſie den General Kolowrat zu Fosdovino getroffen haben. Die öſterreichiſche Vorhut war auf dem Marſch nach Carrara. Die neue Regierungs-Commiſſion hofft indeſſen, wenn die Widerherſtellung der conſtitutionellen Monarchie keinen Widerſtand erfahre, das Land vor einer öſterreichiſchen Invaſion zu bewahren.

* Auch in Livorno hofft man die neue Regierung ohne Kampf zur Anerkennung zu bringen. Am 16. fand eine Verſammlung der Honoratioren ſtatt, an der auch der Erzbiſchof und die höheren Offiziere der Nationalgarde Theil nehmen. Man entſchloß ſich, weitere Nachrichten abzuwarten, ehe man ſich definitiv Florenz unterwerfe und wählte einen Wohlfahrtsausſchuß, der für Erhaltung der Ruhe ſorgen ſollte. Man theilte dieſe Entſchlüſſe dem Volke mit, das ſie ſehr günſtig aufnahm. Die Freiwilligen, die aus Florenz vertrieben, der Livorneſer Klubpartei zu Hülfe eilen wollten, ſind unterwegs von den Bauern feſtgehalten worden.

* **Rom**, 15. April. Die römiſche Konſtituirende hat durch ein Dekret den Po für einen italiäniſchen Nationalfluß erklärt. (sic!)

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 17. April. Der norwegiſche Staatsminiſter hat einen Maskenball gegeben, zu welchem 500 Perſonen eingeladen waren und an welchem auch die königl. Familie Theil genommen.

Man iſt in Unterhandlung über die Beleuchtung der Hauptſtadt Stockholm mit Gas. (H. Bh.)

Ungarn.

Peſth, 17. April. Koſſuth, welcher der ungariſchen Hauptarmee folgte, iſt dieſer Tage von Gödöllö nach Debreczin gereiſt, was man dahin erklärt, daß er die von Ollmütz gemachten Friedensvorſchläge dem ungariſchen Landtage vorlegen will. An eine Pazifikation glaubt man hier wenig. Beide Theile ſind noch zu mächtig, als daß ſie ſich zu großen Konzeſſionen verſtehen wollten. Als eine Hauptklippe der Friedensunterhandlungen wird mit Recht hervorgehoben, daß Koſſuth und der Landtag als die erſte Bedingung die Wiederbeſteigung des Thrones durch Ferdinand V. ſetzen, indem die Abdankung Ferdinands als ohne Befragung, reſp. Zuſtimmung des ungariſchen Landtags geſchehen, keine Gültigkeit haben könne und dürfe. (D. Allg. Z.)

Peſth, 18. April. Heute ſind zwei ſtarke Brigaden über Ofen nach Gran rückwärts abmarſchirt. Der Marſch hatte das Anſehen großer Eile, über die Urſache aber ſind bloße Vermuthungen im Umlaufe. Gewiß iſt nur, daß in der Gegend von Komorn etwas Bedeutendes vorgefallen. Die kaiſerlichen Offiziere ſprechen ſchon ſeit geſtern von einem dort errungenen Siege der kaiſerlichen Waffen, aber die offiziellen Blätter ſind ganz ſchweigſam. (D. Allg. Z.)

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die Reichskaſſe. Die Erſatzwahlen für die konſtit. Verſ. der freien Stadt. Der König von Würtemberg. Die Reichsverſ. Die bairiſche Note.) Wien (Wohlgemuth von Görgey geſchlagen. Entſatz von Komorn. Peſth angeblich geräumt. Beſtürzung in Wien. Antwort Preußens auf die miniſterielle Note. General Lüders nach der ſiebenbürger Grenze. Die Friedensverhandlungen mit Piemont.) Berlin (Neue Organiſation der konſervativen Partei. Die Miniſter. Verhandlungen der erſten Kammer. Die deutſche Reform. Anhalt-deſſauiſches Militär. Deutſches Kriegsſchiff erwartet.) München (Adreſſen für die Reichsverfaſſung. Die Plane des Hrn. v. d Pfordten.) Augsburg. Würzburg. Regensburg (Adreſſen in der deutſchen Reichsverfaſſungsfrage.) Leipzig (Miniſterkriſis. Die Stadtverordneten und die deutſche Sache.) Mannheim (Adreſſe an die zweite Kammer.) Mainz (Große Volksverſammlung.) Hadersleben (Blutiges Gefecht bei Kolding. Niederlage der däniſchen Huſaren.) Apenrade (Brand von Kolding.) Huſum (Seeexpedition.) Altona (Limburger und Luxemburger erwartet. Deputation aus Sonderburg beim König.) Aus Nordſchleswig (Eine kleine Arbeit des Hrn. von d. Tann.) Hamburg (Deutſche Auswandererſchiffe von der Blokade ausgenommen. Ruſſiſcher Unterhändler nach Kopenhagen. Das unglückliche Gefecht. Gerüchte über die Urſache deſſelben. Unwillen gegen die preußiſche Regierung.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über die Militairorganiſation.)

Oeſterreichiſche Monarchie. (Bem angeblich als Sieger über die Ruſſen in die Walachei eingefallen.) Krakau (Zerſtreuung der Unzufriednen.) Lemberg (Die Bürgerſchaft und die Ruſſen)

Italien. Aus Sicilien (Auch Auguſta und Notto von den Neapolitanern erobert.) Florenz (Die Freiſchaaren von Piſtoja aufgelöſt. Leopold II. tritt wieder als Großherzog auf.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 26. April.)

Deutſchland.

Υ **Frankfurt**, 26. April. Die Reichskaſſe hat endlich auf die von der Frankfurter Staatskaſſe zum Behuf der Verpflegung der Reichstruppen geleiſteten ſehr bedeutenden Vorſchüſſe eine wenn auch nur abſchlägliche Zahlung beſchafft, aus welcher vorerſt die rückſtändiſchen ſtädtiſchen Einquartirungsgelder, vom Beginn der Einquartirung am 19. Sept. v. J. bis zum 31. Dez. beſtritten werden; während das Landgebiet ebenfalls vorſchußweiſe aus der Staatskaſſe ſchon einzelne Summen ausgezahlt erhalten, hatten die ſtädtiſchen Quartiergeber bis jetzt noch keinerlei Zahlung empfangen. Es ſcheint, daß die dringenden und wiederholten Mahnungen alſo endlich gefruchtet haben. Am Donnerſtag, den 3. Mai, werden in ſämmtlichen Wahlbezirken die durch den Austritt von vier Mitgliedern nothwendig gewordenen Erſatzwahlen in die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt vorgenommen werden.

*** **Frankfurt**, 27. April. Die von Hanau nach Stuttgart geſendete Deputation war geſtern zurück hier eingetroffen, und brachte die Nachricht in die Paulskirche, daß der König von Würtemberg auch den Vorbehalt ſeiner zur Anerkennung der Reichsverfaſſung vorausgegangenen Erklärung zurückgenommen hat. Dieſe Nachricht wollte der Abgeordnete Zimmermann aus Stuttgart ſofort der Reichsverſammlung mittheilen, erhielt aber nicht das Wort, wobei er ſich um ſo mehr beruhigte, da allerdings ſeinem Begehren die Geſchäftsordnung entgegenſtand. Nach Privatmittheilungen aus Ludwigsburg gab der König den Widerſtand auf, nachdem auch aus Oberſchwaben Sympathieadreſſen bei der Abgeordnetenkammer einliefen.

*** **Frankfurt**, 27. April. Der von der Reichsverſammlung geſtern gefaßte Beſchluß hatte ſich natürlich des Beifalls der Linken und der äußerſten Rechten, zu welcher geſtern auch v. Laſſaulx von ſeines Berges Höhe herabgeſtiegen war, nicht zu erfreuen. Die letztere abſtrahirt von der unbedingten Durchführung der Reichsverfaſſung, vorab in der Oberhauptsfrage, die erſtere wollte den gordiſchen Knoten durch Einſetzung einer Regentſchaft oder eines Sicherheitsausſchuſſes durchhauen haben. Die Majorität hatte indeſſen vollkommen klug gehandelt, ſich vorerſt noch nicht auf den Standpnnkt der „erlaubten Revolution“ zu ſtellen — um mit Raveaux zn ſprechen — ſondern noch einen kurzen Termin bis zur definitiven Erklärung der preußiſchen und übrigen Regierungen zu ſetzen. Bis dahin werden ſich die Dinge zum Nachtheil der Reichsverſammlung nicht geändert, können ſich aber dennoch ſo geſtaltet haben, daß die Reichsverſammlung endlich zu einem entſcheidenden Handeln beſtimmt werden muß. Ihr geſtriger Beſchluß muß aber ſchon jetzt dem deutſchen Volke die Beruhigung gewähren, daß die Reichsverſammlung zwar an der Wahl des Königs von Preußen zum deutſchen erblichen Kaiſer feſthält, aber nur unter der Bedingung, daß damit die Anerkennung der Reichsverfaſſung ausgeſprochen iſt, ſo wie die Reichsverſammlung auch feſt entſchloſſen bleibt, durch die proviſoriſche Centralgewalt die Verfaſſung überall zur Durchführung zu bringen.

*** **Frankfurt**, 27. April. Nachdem vorgeſtern Abend die noch mehr im Sinne als in der Ausdehnung monſtröſe Note der bairiſchen Regierung hier eingetroffen war, hatte die „Frankfurter Zeitung“ dieſe Note bereits geſtern Vormittag in einem Extrablatte veröffentlicht, während ſie der Reichsverſammlung abſchriftlich noch nicht mitgetheilt werden konnte. Als es ſpäter geſchehen ſollte, verzichtete die Reichsverſammlung dieſe Note anzuhören. Da nun eine offizielle Publikation der Note noch nicht erfolgt iſt, ſo wurde auch die auf geſtern Abend angeſetzte Zuſammenkunft der bairiſchen Abgeordneten wieder abgeſagt und ſie fand nicht ſtatt.

Wien, 23. April. Aus Ungarn ſind ſeit geſtern die verſchiedenſten Gerüchte im Umlauf. Man wußte, daß Couriere angelangt ſeien, die nicht erfreuliche Nachrichten mitbrachten. Am meiſten Glauben fand die, daß F.-M.-L. Wohlgemuth, der großen Uebermacht weichend, ſich veranlaßt ſah, ſeinen Standpunkt fünf Meilen rückwärts zu verlegen und daß Peſth, den Magyaren offen gelaſſen, von ſelben beſetzt worden ſei.

Aus Preßburg geflüchtete Familien wollen wiſſen, daß die Magyaren bereits in Szered, 4 Meilen von Preßburg ſtehen. 2000 Mann kaiſerliche Truppen kamen in letzterer Stadt in ſehr mißlichen Umſtänden an und wurden die Verwundeten ſofort im Kloſter der Barmherzigen untergebracht.

5 Uhr. Couriere ſind angekommen, welche ſowohl die Niederlage Wohlgemuth's, als auch die Räumung Peſths beſtätigen. Zahlreiche Familien ſchicken ſich bereits an, aus Furcht vor etwaigen Unruhen, die Stadt zu verlaſſen. Wien iſt heute fieberhaft aufgeregt, wird ſich jedoch, ſo Gott will, ruhig verhalten. (Oſter. Bl.)

Wien, 22. April. Briefe aus Bukareſt vom 9. melden, daß der kommandirende General der ruſſiſchen Truppen v. Lüders über Rimnik nach der ſiebenbürger Grenze abgegangen iſt. (Lloyd.)

Der „Oeſterr. Korreſp.“ erklärt die Nachricht der „Preſſe“, daß Marſchall Radetzky den Waffenſtillſtand gekündet habe, und am 20. d. M. die Feindſeligkeiten mit Piemont wieder beginnen werden, für ganz unbegründet. Im Gegentheil ſchreiten die Verhandlungen raſch vorwärts, ſo daß man einem baldigen Friedensſchluß entgegenſehen kann.

△ **Wien**, 23. April. Trotz der günſtigen Nachrichten von geſtern kamen geſtern Abend leider ſämmtliche Genieoffiziere und der ganze Generalſtab, welcher die Operationen vor Komorn leitete hier an. Vor Komorn ſteht kein Mann kaiſerlicher Truppen mehr. Görgey wurde von dem Feldmarſchall-Lieutenant Wohlgemuth bei Vagely mit 3 Diviſionen angegriffen, aber Görgey ſchlug ihn. Wohlgemuth mußte ſich über die Waag zurückziehen und brach die Brücken hinter ſich ab; Görgey nahte ſich hierauf Komorn von der Neuhäusler Seite, durchbrach unſre Cernirungslinie, die dort ſchwach beſetzt geweſen ſein ſoll, entſetzte Komorn und verſah es mit Proviant und Munition. Unſre Truppen zogen in der Zeit von wenigen Stunden ab; die Belagerung iſt überflüſſig geworden, denn die Feſtung iſt verproviantirt, alſo durch Aushungerung nicht mehr zu nehmen, und die Unmöglichkeit eine Breſche zu ſchießen, hinlänglich erwieſen. Vor Komorn ſtanden 100 Stück 65 Pfünder auf unbeweglichen Laffetten: wahrſcheinlich ſind ſie verloren. Wir hatten ungefähr 18 — 20,000 Truppen vor Komorn, die ſich nun zu den Hauptkorps begeben haben. Die ganze Stadt iſt in der größten Beſtürzung; auf der Börſe herrſcht Verwirrung. Der geſtrige Tagsbefehl enthielt die Weiſung, daß weder Truppen noch Geſchütze weiter von hier entfernt werden dürfen. Unſere Garniſon beträgt ungefähr 6—8000 Mann in dieſem Augenblick und man ſcheint eine Bewegung gegen Wien nicht für unmöglich zu halten. Peſth ſoll ganz von Truppen entblößt, hingegen Ofen noch ſtark beſetzt ſein. Letzteres ſoll aber gegen eine regelmäßige Belagernng nicht zu halten ſein; dieß war auch die Urſache, warum es die Ungarn im Januar ſo ſchnell aufgaben. Temesvar iſt belagert von einem der vier Korps von Bem, welches über Karanſebes und Lugos kam. So berichten Flüchtlinge aus der Feſtung, welche ungefährdet Kroatien gewannen und von dort ſogleich hieher gingen.

* **Wien**, 23. April. Hinſichtlich der deutſchen Angelegenheiten iſt die Antwort des preußiſchen Kabinets auf die öſterreichiſche Note bereits bekannt. Daſſelbe will ſich durch Oeſterreichs Oppoſition in ſeinem Gange nicht beirren laſſen und trachtet nach Konſtituirung des Bundesſtaats.

△ **Berlin**, 25. April. Die konſervative Partei der zweiten Kammer in der Stadt London, hat ſich geſtern neu organiſirt; formell ausgeſchieden iſt eigentlich nur das Centrum der Kammer unter Wentzel (Ratibor); das rechte Centrum (Partei Harkort) bleibt in Verbindung mit der Hauptpartei, die ſich, nachdem ſich noch einige Mitglieder: v. Vincke, v. Auerswald, v. Bodelſchwingh, wegen perſönlicher Verhältniſſe einzeln abgeſondert haben, ohne zu einem andern Programme überzugehen, einen neuen Vorſtand erwählt hat, worunter v. Arnim-Boitzenburg, Graf Schwerin, Rüdel, Stiehl u. ſ. w. Man iſt im Begriff, Unterabtheilungen, als Sach-Kommiſſionen einzurichten, um den Berathungen eine mehr zuſprechende und wirkſame Form zu geben. Heute ſteht in der zweiten Kammer die Aufhebung des Belagerungszuſtandes auf der Tagesordnung; es werden ſich wohl Viele dafür ausſprechen mit der Vorausſetzung eines Geſetzes, daß die Volksverſammlungen innerhalb zwei Meilen von Berlin verboten bleiben. In vorletzter Konferenz der Miniſter über dieſen Gegenſtand, ſollen dieſe auch zur Aufhebung geneigt geweſen ſein; in letzter aber ſind Vorlagen gemacht, die wieder aufs neue das Bedenken erregt haben, es würden ernſtliche Konflikte zu gewärtigen ſein. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer vertheidigte Hr. v. Manteuffel den Belagerungszuſtand auf ungenügende Weiſe. Die Berathungen ſind nicht zum Schluſſe geführt. Graf Arnim iſt noch nicht abgetreten; doch bezeichnet man ſchon Hrn. von Bülow oder Hrn. von Uſedom als ſeinen Nachfolger. Graf Arnims Rücktritt würde übrigens nicht die Folge ſeiner Niederlage in der Kammer ſein — was kümmern ſich unſere Miniſter nm die Kammern? — ſondern der Mißhelligkeiten, die zwiſchen ihm und manchen ſeiner Amtsgenoſſen öfters Statt gefunden haben. Man muß es Herrn v. Manteuffel laſſen, daß er in der deutſchen Frage, ſeit Hr. v. Bülow zurückgeſchoben ward, noch der deutſchen Sache am wenigſten abgeneigt iſt. Er bildete mit dem Kriegsminiſter, Hrn. v. Strotha, die Minorität bei der Berathung über die Antwort des Königs.

✗ **Berlin**, 25. April. In der heutigen Sitzung der erſten Kammer wurde dem Abg. Dahlmann der von ihm „wegen der gefährlichen Lage Deutſchlands" erbetene Urlaub bis Ende Mai bewilligt. Dann wurden vier Anträge verleſen und hinreichend unterſtützt. Milde und Genoſſen beantragen: die Kammer wolle beſchließen, 1) ein beigefügtes Geſetz anzunehmen, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Erſatz des bei öffentlichen Aufläufen verurſachten Schadens; 2) ein anderes, betreffend die Beſeitigung der in mehreren Fabrikdiſtrikten unter dem Namen „Truckſyſtem" vorkommenden Mißbräuche bei der Ablohnung von Fabrikarbeitern. Der dritte Antrag, von Bockum-Dolffs und Genoſſen, fordert die Kammer auf, zu beſchließen: „Die Regierungen haben die Verwendungsnachweiſung der zur Beförderung des Gemeindewegebaues ihnen überwieſenen Fonds alljährlich durch die Amtsblätter zu veröffentlichen." Der vierte, von Trieſt und Genoſſen will, daß eine Kommiſſion ernannt werde, welche ein Jagdpolizeigeſetz ausarbeite und daſſelbe der Kammer zur Genehmigung vorlege. In Bezug auf den zweiten Antrag Mildes bemerkt Pommer-Eſche vom Platze, die weſentlichen Beſtimmungen deſſelben ſeien ſchon in der Geſetzſammlung S. 101 enthalten, das Geſetz ſei auch bereits der zweiten Kammer vorgelegt, und es frage ſich, ob die Kammer gleichzeitig hier den Gegenſtand in Berathung ziehen wolle. Milde erwidert, es ſei ihm wohl bekannt geweſen, daß in dem oktroyirten Gewerbegeſetz die erwähnten Beſtimmungen ſich befinden, er habe aber durch den Antrag einen legalen Weg der Geſetzgebung eröffnen wollen. Dann erfolgt die Wahl des Präſidenten und der Vicepräſidenten für die Dauer der Sitzungen. Zum Präſidenten wird Auerswald erwählt mit 136 von 145 Stimmen; zu Vicepräſidenten v. Wittgenſtein und Baumſtark, jener mit 138, dieſer mit 90 Stimmen. Bei der letzten Wahl erhielt Gierke 29, Walter 19 Stimmen. Schließlich wird an Stelle des Schriftführers v. Gruner, der nach vierwöchentlicher Führung ſein Amt niederlegt, v. Tepper gewählt. Mit einem hieſigen Journal, der deutſchen Reform, wird nächſter Tage eine Veränderung vorgehen. Herr Oldenberg wird von der Redaktion zurücktreten, und Dr. Graßmann, der bisherige Redakteur der Norddeutſchen Zeitung in Stettin, ſeine Stelle einnehmen. Das Blatt geht in den Verlag der Deckerſchen Geheimen Ober-Hof-Buchdruckerei zurück und vertritt die Grundſätze der entſchiedenen Rechten in der zweiten Kammer.

Conſt. Corr. **Berlin**, 23. April. In dieſem Augenblicke befindet ſich der Anhalt-deſſauiſche Oberſt v. Stockmar hier, um die ſchleunigſte Vereinigung des anhaltiſchen Militärs mit der preußiſchen Armee zu Stande zu bringen. Er hat bereits geſtern dieſerhalb eine Audienz bei Sr. Majeſtät dem Könige gehabt und hofft ſchon in wenigen Tagen zum Abſchluſſe gediehen zu ſein, um ſeinen nach Schleswig abgegangenen Truppen folgen zu können. Binnen 8 bis 10 Tagen wird zuverläſſigen Nachrichten zufolge der Kommodore Parry auf einer wohlbemannten Dampffregatte mit 18 Pairhanskanonen an der Weſermündung erwartet, um mit den übrigen deutſchen Schiffen ſich zu vereinigen und die Nordſee von den däniſchen Schiffen zu ſäubern. Geſtern, am Jahrestage der Schlacht von Schleswig, erhielt der Oberkommandeur in den Marken von Sr. Majeſtät ein an dieſen Tag erinnerndes freundliches Handſchreiben und wurde der Theil unſerer Garniſon, welcher an der Schlacht Theil genommen, feſtlich bewirthet.

0 **München**, 24. April. Der Andrang der Menge zur Unterzeichnung der beiden geſtern berathenen Adreſſen iſt noch immer ſehr groß. Gleiche Adreſſen ſind bereits aus andern größern baieriſchen Städten, aus Nürnberg, Würzburg und andern Orten eingelaufen, werden aber wahrſcheinlich doch keine Sinnesänderung bei unſerem Miniſterium hervorrufen. Nach allem, was man über die Antrittsreden des Hrn. v. d. Pfordten vernimmt, iſt derſelbe noch um vieles partikulariſtiſcher geſinnt, als irgend einer ſeiner Vorgänger. Ich kann Ihnen aus ſicherſter Quelle melden, daß er mit nichts Geringerem umgeht, als mit einem mit Oeſterreich abzuſchließenden Separatzollvereine, wobei er aber den heftigſten Widerſpruch von Seiten der um ihre Meinung befragten Beamten oder der Generalzolladminiſtration fand. Der Herr Miniſter meint, er dürfe nur winken, und es würden die Zollſchranken an der nördlichen und weſtlichen Landesgränze wieder aufgerichtet werden und die an der öſtlichen und ſüdlichen fallen. Daß dadurch die baieriſche Agrikultur, Viehzucht und Weinbau, die Eiſenwerke ꝛc. zu Grunde gerichtet würden, weiß er entweder nicht, oder es kümmert ihn nicht, wenn er nur dadurch das vor der hohenzollerſchen Kaiſerkrone ſchützende Ollmützer Bündniß erkaufen kann. Da er aber die Kammern nun doch einmal nicht in calendas graecas vertagen kann, ſo wird er von dieſen wohl Aufklärung erhalten.

Augsburg, 24. April. In den hieſigen Blättern ſteht heute eine von Eduard Widenmann unterzeichnete Aufforderung ſich für Annahme der Reichsverfaſſung auszuſprechen; der Magiſtrat ſcheint jedoch die Sache ſelbſt in die Hand nehmen zu wollen, denn in einer geſtern Abend ſtattgefundenen außerordentlichen Sitzung des Magiſtrats und der Gemeindebevollmächtigten wurde mit überwiegender Stimmenmehrheit beſchloſſen, eine Adreſſe um unverweilte Einberufung der Kammern an Se. Maj. den König zu richten, und eine Kommiſſion zur Abfaſſung derſelben niedergeſetzt. Morgen den 25. April ſoll dieſelbe in öffentlicher Magiſtratsſitzung verhandelt werden. (Allg. Ztg.)

Würzburg, 21. April. Von einer großen Anzahl hieſiger Einwohner wurde an das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten unſerer Stadt der Antrag geſtellt, daſſelbe möchte, in Berückſichtigung des zu erwartenden guten Erfolgs, wenn ganze Korporationen den Willen des Volkes den Regierungen gegenüber ausſprechen, im Verein mit dem Magiſtrat an Se. Maj. unſern König die Bitte ſtellen, derſelbe möge 1) den nun zum dritten Mal vertagten Landtag ſogleich einberufen, 2) die von der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung in Frankfurt in zweiter Leſung beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung nebſt dem Reichswahlgeſetz auch für das Königreich Baiern als endgiltig und verbindlich erklären und 3) jeder Abänderung dieſer Verfaſſung und des Reichswahlgeſetzes, welche auf andere, als auf die in jener ſelbſt beſtimmten Weiſe etwa verſucht werden ſollte, den entſchiedenſten Widerſtand entgegenſetzen. Dieſer Antrag wurde von dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten einſtimmig angenommen, die Dringlichkeit deſſelben unterſtützt und zugleich der Beſchluß gefaßt, daß, wenn der Magiſtrat auf die beantragte Adreſſe an den König etwa nicht eingehen ſollte, dieſelbe von dem Kollegium der Gemeindebevollmächtigten allein zur Durchführung gebracht werden ſoll. (N. W. Z.)

In **Regensburg** iſt am 23. d. in einer Volksverſammlung eine Adreſſe an den König beſchloſſen worden, worin die Unterzeichner die Ueberzeugung ausſprechen, daß die weitgrößte Mehrheit des baieriſchen Volks in der Reichsverſammlung das vollberechtigte Organ anerkenne, um der Zukunft Deutſchlands die geſetzliche Grundlage zu geben. Mit dem Erbkaiſerthum ſcheinen

die Unterzeichner zwar unzufrieden; „wie aber auch die Oberhauptſchaft Deutſchlands ſich geſtalten mag, auf Ew. Majeſtät königliches Wort berufen wir uns kühn und muthig, aber auch mit feſter Zuverſicht; es lautet: Alles für mein Volk, Alles für Deutſchland.“ (N. C.)

*** **Leipzig**, 25. April. So eben verbreitet ſich hier die Nachricht von einer Miniſterkriſis. Hr. Heubner ſoll zum Miniſterpräſidenten ernannt ſein und es heißt, daß man fernerweit an den Bürgermeiſter Klinger von Leipzig, und Herrn Eiſenſtuck aus Chemnitz, d. z. Vizepräſidenten des Parlaments in Frankfurt, denken.

Im Lauf des heutigen Tages haben dahier einige Stadtverordnete von verſchiedener politiſcher Geſinnung ſich dahin vereinigt, gemeinſam im Kollegium den Antrag zu ſtellen, daſſelbe wolle ſich mit aller Energie gegen das Miniſterium und den König für unbedingtes Feſthalten an der deutſchen Verfaſſung ausſprechen, und eine entſchiedene Erklärung in dieſem Sinne verlangen. Morgen Abend iſt zu dem Ende eine Sitzung trotz der Meſſe anberaumt und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Antrag ziemlich einſtimmig angenommen wird.

* **Mannheim**, 25. April. Der Vorort der vaterländiſchen Vereine Badens hat aus Veranlaſſung der Vorgänge in Würtemberg an die zweite Kammer eine Adreſſe gerichtet, welche ſich gegen den bekannten Vorbehalt in der badiſchen Erklärung ausſpricht. Dieſelbe Erklärung, heißt es darin, könne im Angeſicht der äußerſten Gefahren, denen alle unſere Errungenſchaften durch die volksfeindliche Stellung der deutſchen Könige ausgeſetzt ſind, nicht mehr genügen. „Die deutſche Reichsverfaſſung muß ſelbſt dann, wenn die Könige Deutſchlands nicht wollen, zum Vollzug kommen.“ Es wird daher an die zweite Kammer die Aufforderung gerichtet, unverweilt, nach dem ruhmvollen Vorgange der zweiten Kammer Würtembergs, bei der Staatsregierung auf alljene Schritte zu drängen, welche eben ſo dringend als unerläßlich ſind, um über die unbedingte Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung mit allen ihren Konſequenzen Seitens der badiſchen Staatsregierung nicht den leiſeſten Zweifel beſtehen zu laſſen.

Mainz, 27. April. Veranlaßt dadurch, daß die vom Parlament geſchaffene, endgültig beſchloſſene und bereits rechtsgültig publizirte deutſche Verfaſſung in dieſem Augenblicke, von nordöſtlichen Höfen her bedroht erſcheint, hat der Ausſchuß des hieſigen demokratiſchen Vereins in unſerer heutigen Zeitung eine Aufforderung erlaſſen und darin auf Sonntag den 29. April eine große Volksverſammlung nach Bingen beſchloſſen. (F. J.)

Poſtamt **Hadersleben**, 23. April 2½ Uhr Nachmittags. Ein Extrablatt der „Norddeutſchen Freien Preſſe“ berichtet: Seit dieſem Morgen iſt eine lebhafte Kanonade aus der Gegend von Kolding her gehört worden. Soeben kommt hier eine Ordonnanz auf einem däniſchen Huſarenoffizierpferde aus Kolding angeſprengt, die ſich ſofort auf die Kommandantur begab. Mit derſelben iſt die Nachricht von einem heftigen Treffen nördlich von Kolding eingegangen. Ueber den Ausfall deſſelben iſt noch nichts bekannt geworden. Gerüchte ſchauderhafter Natur kommen bereits an, doch ſcheint es mir richtiger, dieſelben, da ſie unverbürgt ſind, nicht weiter zu verbreiten. Alle Nachrichten gehen aber darauf hinaus, daß unſere Truppen den Kampfplatz behaupten werden. Es heißt noch, daß Aerzte von hier nach Kolding gerufen ſind und daß die Lazarethe aufgeräumt werden ſollen, um ankommenden Verwundeten Platz zu machen.

3 Uhr. Der Kondukteur der Feldpoſt bringt ſoeben die Nachricht aus Chriſtiansfeld, daß daſelbſt 26 Stück däniſche Huſarenpferde nebſt Gefangenen eingebracht ſind. Die oben gedachten Aerzte ſind bereits nach Norden abgegangen.

Nachſchrift. Soeben langen 14 Mann däniſche Gefangene an. Die neueſten Nachrichten aus dem Norden ſind nach Ausſage der heute morgen von Hadersleben kommenden Poſtkondukteurs folgende: Die Dänen haben geſtern einen Angriff auf die Unſrigen bei Kolding gemacht mit 8 Bataillonen und 1 Schwadron Huſaren. Das 10. (ſchleswig-holſteiniſche) Bataillon hatte die Vorpoſten und ward zuerſt angegriffen, doch bald vom 9. Bataillon und 2. Jägerkorps unterſtützt, mit deren Hilfe ſie den Feind aufhielten, ſo daß noch das 2. Jägerkorps herankam. Die Huſaren ſollen einen Choc auf das 9. Bataillon haben machen wollen, wobei die ganze Schwadron bis auf 3 Mann, welche gefangen wurden, vom 1. Korps, welches eine gedeckte Stellung annahm, aufgerieben ſein ſoll. (Das bis auf 3 Mann iſt wohl etwas übertrieben, daß die Huſaren indeß einen bedeutenden Verluſt gehabt haben müſſen, erhellt ſchon daraus, daß allein 26 erbeutete Pferde nach Chriſtiansfeld eingebracht wurden.) Dies hat der Kondukteur von den von Kolding in Hadersleben angekommenen Verwundeten gehört und mir als authentiſch erzählt. Auch hat er mehrere Jäger auf erbeuteten Huſarenpferden in Kolding ankommen geſehen. Bei Abgang der Poſt hieß es, Kolding brenne, auch habe er noch bei Apenrade in der Richtung nach Kolding zu den Horizont geröthet geſehen.

Apenrade, 23. April. Jenſeits Kolding iſt es zur Schlacht gekommen. Eine Eſtafette paſſirt eben ein und meldet die Ankunft von Verwundeten. Zweite Nachſchrift. Kolding brennt überall; der Kampf iſt in dieſem Augenblick noch unentſchieden; die Unſrigen haben das Uebergewicht. (B. H.)

Huſum, 22. April. So eben kommt hier ein deutſches armirtes Dampfboot (wohl das ſchleswig-holſteiniſche Dampfſchiff „Eider“) mit 4 Kanonenböten auf der Rhede an, um, wie es heißt, Föhr von den Dänen zu befreien. Die Offiziere ſind ſchon am Land. (B. H.)

Altona, 23. April. Wie man hört, haben wir in nächſter Zeit auch noch Limburger und Luxemburger zu erwarten. Daß die Erſteren kommen werden, meldet auch das „Journal de Limbourg.“ Zugleich wird behauptet, daß Holland die däniſche Blokade nicht anerkennen wolle. (H. F. P.)

Altona, 23. April, Morgens. Mit dem heutigen Rendsburger Morgenzuge ſind aus dem Norden keine Nachrichten hier eingetroffen. Von Reiſenden jedoch, welche direkt aus dem Sundewitt'ſchen kommen, erfahren wir, daß die von den Sonderburger Bürgern nach Kopenhagen an den König entſandte Deputation bei ihrer Abreiſe noch nicht zurückgekehrt ſei. Man glaubt übrigens, daß der König dieſer Deputation kein Gehör ſchenken und ſeine Truppen von Alſen nicht zurückziehen werde. Sollte dieſes der Fall ſein, ſo wird unſerer Seits das Bombardement gegen Sonderburg unabweislich eröffnet werden. (Hamb. Corr.)

╳ Aus Nordſchleswig, 23. April. In Hadersleben iſt es heute ſo ruhig und ſtill, als ob gar kein Krieg vorhanden wäre. Oberſtlieutenant von der Tann, der geſtern die Stadt Apenrade auf einige Stunden beſuchte, erhielt vom dortigen Bürgerverein ein Paar vortreffliche Piſtolen zum Geſchenk, der Bürgermeiſter hielt eine Rede an ihn und die Einwohnerſchaft brachte ihm vielfach donnernde Hochs. Schlicht und einfach, wie der ganze Charakter dieſes Mannes, ſprach er ſeinen Dank gegen die Stadt aus und gab die Zuſicherung ſeiner baldigen Wiederkehr, ſobald er im Sundewitt'ſchen nur erſt „eine kleine Arbeit“ würde beſeitigt haben. Unſere Hoffnung auf dieſe kleine Arbeit iſt ſehr geſpannt.

Hamburg, 23. April. Die Commerz-Deputation hat unter heutigem Datum Folgendes bekannt gemacht: „Laut einer Mittheilung des königl. großbrit. Generalkonſulats vom heutigen Tage hat die däniſche Regierung die Verfügung getroffen, daß den deutſchen Schiffen mit Auswanderern, welche jetzt in Hamburg und Bremen laden, geſtattet ſei, bis Ende dieſes Monats die Elbe und Weſer unbeläſtigt zu verlaſſen.

Hamburg, 23. April. Geſtern reiſte der kaiſerl. ruſſiſche Legationsrath v. Nicolay, Sohn des vormaligen ruſſiſchen Geſandten in Kopenhagen, mit (wie es heißt, auf wiederanzuknüpfende Friedensunterhandlungen bezüglichen) Depeſchen der ruſſiſchen Geſandtſchaft in London durch Hamburg nach Kopenhagen. (B.-H.)

× **Hamburg**, 24. April. Leider muß ich ſehr betrübende Nachrichten nachtragen. Es heißt, daß die holſteiniſche Brigade unter General Bonin, die über Kolding in Jütland eingerückt war, von den Dänen mit namhaftem Verluſt zurückgeworfen und die Stadt Kolding dabei in Brand geſteckt iſt. Die Richtigkeit des Weſentlichen kann nicht bezweifelt werden. Es heißt ferner, daß dieſes Mißgeſchick erfolgen mußte, weil General Prittwitz von den Reichstruppen keine nachrücken laſſen wollte, in Gemäßheit der ihm von Berlin gewordenen Befehle. Es heißt ferner, der Herzog von Sachſen-Koburg beſtehe darauf, daß die Befehle aus Frankfurt und nicht aus Berlin befolgt würden und daß der General Prittwitz unter ſolchen Verhältniſſen das Kommando niederzulegen im Begriff ſei. Dieſe Erzählung geht von Mund zu Mund, ohne daß ich ſie zu verbürgen wage. Leider ſind aber die Thatſachen von der Art, daß man ſie für wahrſcheinlich halten

№ 116. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 27. April 1849.

Ueberſicht.

Oeſterreichs Prüfungsſtunden.

Von der Donau. IV.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt.) Aus Norddeutſchland (Graf Arnim.) Berlin (Hr. Lerchenfeld. Hr. v. Richthofen und Hr. von Gülich nach Spanien. Der däniſche Krieg. Die Linke will auf Auflöſung der Kammern antragen.) Aus Baden (Volksverſammlungen. Spielbank.) Karlsruhe (Ein neuer Freiſchaarenzug beabſichtigt.)

Oeſterreichs Prüfungsſtunden.

※ Seit einigen Tagen iſt es mit uns ſtill geworden in den Zeitungen über den Gang der Begebenheiten in Ungarn. Nichts Beſtimmtes, nichts was auf irgend ein Fortſchreiten deutete, ſei es in dieſer oder jener Richtung. Nichts als verſpätete Einzelnheiten, zweideutige Gerüchte, deren ganze Haltung zeigt, ſie ſeien fern von ihrem angeblichen Geburtsort entſtanden. Das iſt ſehr, ſehr bedeutungsvoll, und wenn man den Sieg wünſchen möge, ſo viel zeigt es ſicher, daß er bis jetzt nicht auf die Seite der Oeſterreicher gefallen. Hätten ſie geſiegt, die Wiener Zeitung hätte uns die Bülletins nicht erſpart, aus jenen militäriſchen Federn, die bis jetzt in Wien die Geſetze der Humanität und der deutſchen Sprache gleich ſtandrechtlich behandelt. Wir hätten zum dreißigſten Mal gehört von der Vernichtung jener „Schurken, Verräther, Feiglinge" die Windiſchgrätz dennoch nicht über die Theiß ließen, und Grillparzer der Sereſſanerbarde, hätte vielleicht ſeinen neuen Landsleuten einen Hymnus geſungen. So aber iſt die offizielle allzeitfertige Wienerin diskret und verſchwiegen geworden, ja es iſt faſt als ob ſie ſtutzig wäre über die böſen Buben jenſeit der Leitha, und als ob ſie fürchtete, ſie könnten mehr von Oeſterreichs Schickſalen in der Hand haben, als ſeinen Miniſtern gut ſcheint. Man kann darüber verſchiedener Anſicht ſein, doch ſo viel iſt gewiß, der gegenwärtige Augenblick iſt wie lange keiner, geeignet zu einer ruhigen Ueberſchau, unbeirrt von den Schwankungen täglich wechſelnder Nachrichten. Gerade in dieſer kurzen Pauſe des öſterreichiſchen Dramas iſt der Rückblick auf den bisherigen Gang der Handlung, die Vorausſicht ihres künftigen Schluſſes am leichteſten. Man muß ſie benutzen, denn ſie wird kurz ſein, in acht Tagen muß ſich das endliche Schickſal des magyariſchen Nationalkampfes entſchieden haben entweder durch einen Entſcheidungsſchlag, den Dembinski auf die Armee oder auf Wien führt, oder was noch immer wahrſcheinlicher iſt dadurch, daß die Kräfte der kaiſerlichen Armee ausreichen, dieſen Schlag abzuwenden. Dann ſind die Ungarn verloren, und ihr fernerer Widerſtand iſt nur das Neſſushemd, in deſſen Umfaltung Oeſterreich jahrelangem ſchmerzlichem Siechthum entgegengeht. Wie geſagt, von dieſen beiden Fällen iſt der zweite noch immer der wahrſcheinlichere, — allein möglich iſt auch der erſte. An beide knüpfen ſich die Erwartungen und Sympathien großer Parteien in Deutſchland, ja in Europa — die einen, die den Sieg der Ungarn gleichbedeutend mit dem der Freiheit und des Deutſchthums halten, die andern, die im unveränderten Aufrechtſtehen des jetzigen Oeſterreichs die Garantie für Ordnung und Sicherheit erblicken. Beide dürften ſich irren bis zu einem gewiſſen Punkte und nur darin Recht haben, daß jeder große Schlag in Ungarn in ganz Deutſchland nachſchüttert. Es kann heute oder Morgen dazu kommen, daß Deutſchland in der Ungarn'ſchen Frage Oeſterreich gegenüber einen Entſchluß faſſen muß, darum wird es gut ſein, ihr Verhältniß ſo richtig als möglich zu bezeichnen. Und ſo viel man darin von verſchiedenen Standpunkten geleiſtet, es ſei uns nach concreten Erfahrungen geſtattet, zu verſichern, daß dieſe Leiſtungen ſich durch eben ſo viel falſche Syſtemlerei im Ganzen, als durch richtige Aperçus im Einzelnen auszeichnen. Hr. v. Gagern ebenſo wenig als Hr. Vogt kennen das, was Napoleon le physique und le moral Oeſterreichs nennen würde. Um darüber Anſchauungen zu haben, muß man nicht bloß den Geiſt ſeiner Dynaſtie, ſeiner Büreaukratie und Armee, ſondern den ſeiner Nationalitäten und Partikulargeſchichten kennen und ſelbſt dieſe wirken oft mehr neben, als in und miteinander. Und das alles als bekannt angenommen, hüte ſich, wer richtig urtheilen will, vor Analogie und Schlußzieherei aus allgemeinen ſtaatlichen Theorien. Denn das iſt eben der Grundfehler der gewöhnlichen Raiſonnements über Oeſterreich, daß man es nach dem Maßſtab eines regelmäßigen Staates betrachtet. Das iſt es nicht und darin, daß es von dem modernen Staat nur die Einheit der Bureaukratie und der Armee hat, darin lag die bisherige Stärke ſeiner Dynaſtie, darin der Grund, daß ſie ſelbſt jenes Gegendruckes ledig war, den das Einheitsgefühl einer Nation einer rein egoiſtiſchen Politik ihrer Herrſcher entgegenſetzt. Seine Völker begannen erſt jetzt ihr ſelbſt bewußtes Daſein, wer vermag zu ſagen, welches das Schlußwort ihrer Mehrheit ſein wird, welchen Inhalt und Sinn jener Verierbecher des Wiener Hofſophiſten „öſterreichiſches Bewußtſein" einſt in furchtbarer Wirklichkeit zeigen wird. Man blicke nach dem Oſten, dem Süden der Donauländer, dort liegen noch unentrollte Völkergeſchicke, träumende Stämme richten ſich wie verzauberte Helden aus dem Schlafe auf. Und man glaubt noch, der leitende Einheitsdrang der öſterreichiſchen Politik liege wo anders als in ſeiner Dynaſtie und ſeinem Miniſterium, ſeine Bureaukratie, ſein Heer ſeien integrirende, wenn auch konſervative Theile des Geſammvolkes? Oeſterreichs Völker gehorchten bis zum März als Sklaven — die Magyaren ausgenommen, die als freie Diener mit ihrer Dynaſtie manchmal ſtritten und doch bei ihr blieben. Sie ſind noch heute das dynaſtiſcheſte Volk Oeſterreichs, um ſo bedenklicher daher, nun ſeine übrigen Völker wach ſind, daß die Dynaſtie mit ihnen auf Tod und Leben kämpft. Denn ſinken ſie wirklich von Uebermacht erdrückt, werden die Serben und Kroaten ihre Forderungen als Erbſchaft übernehmen, und die Noth wird vielleicht bewirken, was die Klugheit nicht vermocht, ſie wird die Kroaten und Magyaren dahin bringen, auf der Baſis gleichen Rechtes zur Aufrechthaltung ihrer Ausnahmsſtellung in Oeſterreich ſich zu verbinden. Man belächle dieſe Ausſicht nicht zu ſehr — ſo parador eine ſolche Umſetzung der Parteien ſcheint, ſie iſt vorbereitet, geographiſch und geſchichtlich, nnd durch die gleiche Bildungsſtufe der Wahrheiten. Je ungebildeter, alſo eigenthümlicher, ein Volk iſt, deſto ſchlechter erträgt es fremde Herrſchaft, das zeigt der Gegenſatz von Deutſchland und Spanien unter Napoleon. Die Walachen Ungarns und Siebenbürgens werden mitgehen, wo es gegen die „Deutſchen" geht, das weiß wer ſie und ihr Verhältniß zu den Sachſen kennt. Was dann weiter kommt, wer vermöchte das anders als in Vermuthungen anzugeben? Wer mehr von dem Chaos nationaler Strebungen und Kräfte zu ſagen, das dort bis in das Herz der Türkei liegt, als daß eben eine unfertige Welt hier liege? Es ſind Embryonen künftiger Rieſen. Soviel iſt gewiß, wer die phyſiſche Pathologie der Völker in ihren Geſchichten ſtudiert, weiß, daß jede Idee, die ſich eines Volkes bemächtigt, um ſo ſtärker iſt, je neuer. Wenn die Völker der Donau und des Czämus Politik treiben, werden ſie es wie Raſende thun. Somit wären wir von ſelbſt zu einem der Wechſelfälle gelangt, die jetzt auf der Schärfe des Schwertes in Ungarn auf und niederſchwanken. Unſere Zeit iſt eine tiefſinniger Irrthümer. Es kann ſein, daß wir uns täuſchen, doch wir glauben es nicht. So wie die Sachen jetzt angethan ſind, iſt der Sieg der öſterreichiſchen Waffen in Ungarn nicht das, wofür ihn die gläubigen Freunde der Stadion'ſchen ſtarken Monarchie annehmen, der Sieg der vernünftigen Geſammtheit über die Unbändigkeit des Einzelnen, die Bürgſchaft großartiger organiſcher Entwickelung von und zu einem Mittelpunkt. Das hätte er ſein können, wenn die Deviſen ohne Falſch geweſen wären, unter denen man in den Krieg zog: Gleichberechtigung unterdrückter Nationalitäten, Umſtellung mittelalterlicher Ausnahmen und Sonderheiten in eine große harmoniſche Einheit, Gleichtheilung der Länder in die Schulden der Vergangenheit. Die Ungarn ſind aber Menſchen, darum waren ſie hartnäckig gegen Slawen und Deutſche, trotzig gegen den milden Ferdinand, unbillig gegen ihre öſterreichiſchen Brüder, die des Hauſes Laſten ſo lange allein getragen. Hätte man blos um das Krieg geführt, hätte man ihnen, wie den andern Völkern, die Bürgſchaften der Freiheit, der natürlichen Entwickelung, der konſtitutionellen Mitregierung gegeben, der Krieg wäre nicht ſo heftig entbrannt, hätte nicht ſo lange gedauert. Und wenn nicht die Kriegskunſt der Armee, ſo hätte doch der Schwung, die Opferluſt der Völker Kräfte übergenug geliefert, die Magyaren auf das rechte Maas zu weiſen. So aber ſind es andere Götter, in deren Namen man den Krieg heimlich angefacht — die edelſten Volksgefühle frivol mißbraucht — ja ſchon den theilweiſen Sieg — jedenfalls zu früh — zu gleich rückſichtsloſer Knechtung, zu despotiſcher Niedertretung der eigenen Bundesgenoſſen benützt hat. Jene dunkeln

Götter ſind: der dynaſtiſche Egoiſmus — die blinde Reaktion — die alte Gouverneurs- und Generalwirthſchaft. Der Despotiſmus kennt keine Wechſeltreue. Die Folgen ſind nicht ausgeblieben, die erſchreckten Völkerſchaften im Oſten und Süden der Donau haben die Waffen ſinken laſſen — und werden ſich die Lehre merken. So hat der Widerſtand gegen die oktroyirte Charte nur im Breitengrad gewechſelt, nicht in der Stärke. Die Kroaten verlangen heute was die Ungarn im vorigen März. Und es wird ihnen nicht an Hülfe fehlen, wenn es zum Streit kömmt. Seit jener Paladin der Dynaſtie Mayerhofer die ſlawiſchen Klephthen Serbiens und Bulgariens über die chriſtliche Gränze geführt, um magyariſche Köpfe abzuſchneiden, wiſſen auch die Kroaten, wo Bundesgenoſſen zu finden. Und damit iſts noch nicht alle. So abentheuerlich ein Bundesreich aus romaniſchen und walachiſchen Donauſtämmen klingt, der Inſtinkt trifft oft mit dem craſtirteſten Gedankenſchwung zuſammen. Große Ströme üben oft einen eigenthümlichen Zug auf ihre Anwohner, und die Donauländer ſtehen in ihrem erſten Stufenjahre.

Somit möchte der Zweifel gerechtfertigt ſein, ob Die Recht haben, die einfach und gläubig von einer Beſiegung der Ungarn das Aufhören der centrifugalen Bewegung in Oeſterreich, die Wiederherſtellung des europäiſchen Gleichgewichts im Handel und auf der Börſe erwarten. Wir kommen nun auf den zweiten Fall, den, daß die Magyaren ſiegen. Es handelt ſich hier vor Allem um Klarheit und deßhalb bemerken wir, daß wir unter Sieg einen entſcheidenden, ſchließlichen, einen ſolchen verſtehen, nach welchem die Ungarn die Wahl hätten, ob ſie Frieden ſchließen wollen. Von einem andern Sieg kann keine Rede ſein, er wäre nur ein verſpäteter Untergang. Denn bei der heroiſchen Beſchränktheit des kaiſerlichen Miniſteriums iſt nicht zu denken, daß es freiwillig je Frieden ſchließt, ſo lange es eine Banknote und einen Rekruten zur Verfügung hat. Ein ſolcher Sieg iſt freilich nur eine Möglichkeit, allein alle den Magyaren freundlichen Korreſpondenzen bei Seite gelegt, ſo viel iſt von militäriſchen Kennern ausgeſprochen worden: der Plan der polniſchen Führer des Magyarenheeres iſt in ſeiner ganzen weitumfaſſenden Größe nur auf das Gelingen eines ſolchen großen Entſcheidungsſchlages angelegt. Die ſechs Schlachttage bei Peſth zeigen, daß Dembinski an nichts Geringeres denkt, als die kaiſerliche Armee ſo lange bei Peſth feſt zu drücken, bis er ſich zwiſchen ſie und Wien geſtellt hat. Dann iſt es rein der Vortheil des Augenblicks, der ihn beſtimmen ſoll, ob er ſich gegen Wien wende, um das Herz der Monarchie zu lähmen, ob er bei Ofen alle Nachtheile des erzürnten Landes und des unfreiwilligen Standhaltens gegen die Zucht und Ausdauer der Kaiſerlichen in die Wagſchale wirft.

Dieſe Nachtheile ſind ſchwer auszugleichen, ſelbſt für einen beſſeren General als Welden. Napoleon erfuhr es in Spanien, ein Nationalkrieg hat gleich der Wüſte ſeine geheimen Schrecken, die ſonſt der Tapferſte nicht kennt. Mit der Straße von Raab iſt der Zuzug von Hilfe und Nothdurft jeder Art aus Wien geſperrt. Mit dem ruhigen Beſitz Komorns hat der ungariſche Maſſenaufſtand einen gefährlichen Anlehnungspunkt. Welche Eventualitäten dann eintreten möchten, es genüge darauf hinzuweiſen, daß bei der noch ſchwierigen Lage Italiens, bei der ſtummen Unzufriedenheit Deutſch-Oeſterreichs die Stunde da wäre, wo das Miniſterium mit den Magyaren Frieden ſchließen müßte. Einen Frieden, wie ihn eine freie und ſiegende Nation ſchreibt. Aber man täuſche ſich nicht über die Folgen eines ſolchen Umſchwunges. Die Ergebniſſe würden keineswegs die ſein, wie ſie manche Freunde der Freiheit und des Deutſchthums in Oeſterreich erwarten würden. Die Ungarn ſind, es ſei noch einmal geſagt, die dynaſtiſchſte Völkerſchaft Oeſterreichs, ſie betrachten ihren König, wie die Engländer, als ein Nationalgut. Der Frieden, den ſie ſchließen würden, würde eine reine Familienangelegenheit zwiſchen ihnen und der Dynaſtie ſein. Sie würden für ſich verlangen was ihnen zuſagt, aber mit der Dynaſtie aufs ſäuberlichſte verfahren in allem Uebrigen. Und ſomit hatte die Dynaſtie allen Grund, ihnen zu gewähren. Es kann aber Niemand entziehen, daß mit dem Auslöſen Oeſterreichs aus Deutſchland der Schwerpunkt der Monarchie ſich thatſächlich ändert — daß, wenn Oeſterreich nicht ein deutſcher Staat bleibt, nicht Wien ſondern Peſth ſeine Reſidenzſtadt iſt. Das entſpricht dem Intereſſen der nichtmagyariſchen Ungarn eben ſo vollkommen. Es ließe ſich alſo ſchwer eine ſolche Forderung fernhalten, und geſtellt würde ſie werden, und zwar unter den erſten. Der Gedanke iſt nicht neu in Ungarn, und auch kein Geheimniß, Koſſuth ſelbſt plauderte ihn in einer ſeiner vorjährigen Reden aus. Damals konnte es für Prahlerei gelten, jetzt wo Oeſterreich nicht mehr in lebendigem Wuchs mit Deutſchland eins iſt — könnte er wahr werden. Und dann würde Oeſterreichs Geſchichte die der ungariſchen Hegemonie, ſo wie ſie einen Augenblick in Gefahr ſchien, die der ſlawiſchen zu werden. Völker folgen ihrem Inſtinkte, Dynaſtien der Lokalität. Die deutſchen Lande Oeſterreichs waren nicht um ein Haar ihrer Deutſchheit und Selbſtſtändigkeit ſicherer als ſie es jetzt ſind, wenn auch die politiſche Lunge Koſſuths weiter iſt als die Stadions, und Deutſch-öſterreich mit ſeinen ſlawiſchen Mitwohnern größer, als die Reiche des Bans. Der Deutſche hat, wo ihm ein Mittelpunkt fehlt, eine eigene träge Gefügigkeit. Inſofern iſt der Krieg der Ungarn ſo wenig eins mit dem der deutſchen Einheit und Freiheit, als ihr Untergang etwa ein Opiat für das ruhebedürftige Börſeneuropa. Das macht: die Krankheit Oeſterreichs iſt keine einfache, eine kombinirte! Es handelt ſich nicht um Freiheit, nicht un Nationalität allein — und jede einſeitige Kur läßt ſo das andere Uebel unberührt, wenn ſie es nicht verſchlimmert. Die Hilfe iſt ſchwer und die Aerzte dazu größtentheils ſo ſchlimm als das Uebel. Wir nennen hier nur zwei — das kaiſerliche Miniſterium ſelbſt. Wir danken ihm die Verſchlimmerung der Krankheiten, wer hofft alſo von ihm das, was ihm am meiſten fehlt: Einſicht? Die Ruſſen? Man kennt die knutengewohnte Hand, mit der dieſer ſchlimmſte aller politiſchen Quackſalber die Schäden Europas betaſtet hat. Deutſchland alſo? Doch davon mehr ein andermal!

Von der Donau.

IV.

☿ Der Staatsbanquerott ſteht vor Oeſterreichs Thür! Das Ausland hatte einen viel ſchärferen Blick, als die öſterreichiſchen Banquiers, über die Finanzen des Kaiſerſtaates. Amſterdam, Berlin und Frankfurt ſchleuderten ſchon vor Monaten ihre 5% herein à tout prix, um ſie nur los zu werden. Die Entwerthung der Banknoten und der hohe Silber- und Gold-Cours verleitete die Einheimiſchen, ſich dafür zinſentragende Staatspapiere zu kaufen und ſie erhielten ſich daher in ziemlicher Nachfrage. Die Magyaren, welche mit ihren rothen Koſſuthzetteln auf dem Börſenplatze erſchienen, trugen dadurch bei, daß die Courſe nicht tiefer ſanken, denn für ihre im größern Theile des Reiches unanbringbaren Papiere nahmen ſie, was ſie bekamen. Die Ziffern in den Courszetteln ſind daher nicht als richtige Gradmeſſer des öffentlichen und des Staatskredits zu betrachten, und der neueſte Vorgang legt es offen dar, an welchem Abgrunde die Finanzen ſtehen.

Die kaiſerlich öſterreichiſche Regierung gibt ungariſche Noten zu 5, 10, 100 und 1000 fl. aus. Es geſchieht dies zur Beſtreitung der Kriegskoſten in Ungarn. Die Einlöſung dieſer kaiſerlichen Noten iſt, ſo wie die Koſſuthnoten, auf die Einkünfte Ungarns angewieſen!

Verſtändige Finanzmänner ſchlagen wohl die Hände über dem Kopf zuſammen bei ſolcher Finanzwirthſchaft. In dem Momente, wo der Feind mehr als Dreiviertheil des Landes im Beſitze hat, wird des Feindes Land als Hypothek einer Schuld angewieſen, und dem Volke wird die Piſtole auf die Bruſt geſetzt, wie es jede revolutionäre Regierung thut, daß es dieſe ſo fondirten Papierſtückchen in vollem Nennwerthe annehmen muß. Der Zwangscours iſt angeordnet, denn die hohe kaiſerliche Regierung ahnte im Vorhinein, daß Niemand ein Vertrauen zu dieſen Noten haben werde. Auf welchen Punkt müſſen nun die Finanzen des Kaiſerſtaates unter der weiſen Verwaltung des Herrn Miniſters Kraus gediehen ſein, wenn er den vom öſterreichiſchen Reichstag bewilligten Kredit von 80 Mill. fl. nicht realiſiren kann und, um nur den Krieg fortſetzen zu können, zu ſolchen verzweifelten Mitteln greift! Ueber 230 Mill. fl. öſterreichiſche Noten ſind, nach Angabe in Umlauf, während nur 30 Millionen baar im Bankſchatz liegen; dazu kommen circa 40 Millionen ungariſches Papiergeld und jetzt werden neuerdings, ohne Fond, ohne Garantie, magyariſche Noten ausgegeben. Schon einmal hat dieſes Miniſterium einen frevelvollen Diebſtahl am Vertrauen des Volks begangen. Monatelang ließ es die ungariſchen Zettel ohne Widerſpruch in voller Geltung; ſie wurden ſogar bei den Kriegskaſſen, wie bei den Civilämtern Ungarns ſtatt voller Zahlung anerkannt. Ueberraſchend erklärte es eines Tages, dieſe bisher giltigen und durch den Plenipotentiar

des Monarchen Fürſten Windiſchgrätz in einer Proklamation anerkannten Koſſuthzettel für null und nichtig, und befahl ſogar deren Konfiskation und Zerſtampfen. Es war das das erſte Zerwürfniß des Miniſteriums mit dem Marſchall, welches auf Koſten des vertrauenden Publikums ſtattfand. Iſt es nicht offen Diebſtahl, wenn die Regierung heute jenes Geld entwerthet, das ſie geſtern auch für vollgiltig erklärte, annahm und ſelbſt verausgabte!

Als Grund, weßhalb dieſe Koſſuthzettel für ungültig erklärt wurden, befand ſich in der Regierungsverordnung die Stelle, daß nach §. 14 der öſterreichiſch privilegirten Nationalbank nur dieſe allein im ganzen Kaiſerſtaate das Recht habe, Noten auszugeben.

Wir ſind es bei unſerm Miniſterium gewohnt, daß es Nachmittags anders ſpricht, als Vormittags, und daß es nicht erſt der Ohrenbläſer bedarf, um über Nacht die Anſichten und Prinzipien wie einen Handſchuh umzudrehen. Heute findet dieſes Miniſterium es bequem, die Bankſtatuten nicht zu beachten, und das Standrecht ſorgt weislich dafür, daß die Bankadminiſtratoren keinen großen Lärm machen. Koſſuth, der ungariſche Miniſter, mußte das öſterreichiſche Privilegium reſpektiren; Kraus, der öſterreichiſche Miniſter, hat ſich nur um die Einheit der Monarchie, nicht um die Finanzen eines Privatinſtitutes zu beſorgen! Die Ironie liegt bei dem Benehmen dieſes Kabinets gar zu nahe, als daß man ſich ſelbſt in dem Momente, wo es mit Langfingern in die Taſchen des Volkes greift, deſſen erwehren könnte. Vielleicht daß aber das Kabinet wieder das Entſchuldigungsmittel der Regierungsapotheke ſeit dem November gebraucht, und Alles auf den Fürſten Windiſchgrätz ſchiebt. Dieſer iſt jedoch von ſeinem Poſten verjagt, und die ausgehöhlte Kürbisſchale wird in die nächſte Grube geworfen. Aehnlich ſieht ihm ein ſolch bodenloſes Projekt; aber das Miniſterium läßt gern Andern das Amt des Hängens, um dann die Früchte zu genießen, und doch an der That keine Theilnahme zu haben. Wenn der Finanzminiſter Kraus nur Geld bekömmt, das Uebrige wird vertuſcht, und wer ſich rührt, verfällt dem Standrecht!

Die Emiſſion dieſer Noten, mit der Anweiſung auf die Einkünfte des erſt wieder zu erbauenden Ungarn, iſt nicht blos wegen des Zwangscourſes eine ſo ungeheure Bedrückung, ſondern weil die Ausgabe gar nicht beſchränkt iſt. Im laufenden Jahrhunderte iſt in keinem geregelten Staate ein ſolches offenes Hazardſpiel, ein ſolcher Raub am Privateigenthum, ein ſolches Vernichten alles Kredits vorgekommen. Der Kaufmann, der im Geſchäftsverkehr einen ſolchen Schwindel treibt, verfällt dem Zuchthaus. Vielleicht öffnet dieſe That, welche auch den deutſchen, franzöſiſchen und engliſchen Beſitzern an den Beutel geht, die Augen über unſer Miniſterium. Noch bis zur Stunde glauben Viele, man übertreibe, wenn man die Wirthſchaft dieſes Kabinets darſtellt; ſie halten es für Parteifärbung, was wir mit unſerem Blute, mit unſerer Freiheit, mit unſerem Beſitz bezahlen müſſen. Die türkiſchen Paſchas früherer Zeit mögen in ſolcher Weiſe des Kopfabſchneidens und Gelderpreſſens die Regierung geführt haben.

Nachdem die zwangsweiſe Ausgabe ſolcher Noten, mit einem Fond von Luft und Wolken am magyariſchen Horizonte, dekretirt iſt, findet die Angabe wieder mehr Glauben, daß auch öſterreichiſche Noten nach Bedarf und Belieben fabrizirt werden. Die neuen Kaſſenanweiſungen haben, wie man ſich auch dafür bemühte, keine Abnahme gefunden, und darauf mußte das Defizit gedeckt werden. Piemont hat auch keine Entſchädigung geleiſtet, und aus Rückſicht für den jungen Sardenkönig wird man das lechzende öſterreichiſche Volk mit Vertröſten und Abwarten bezahlen, ſtatt mit klingender Münze. Die Bank ſchmiedet bereitwillig ihre Banknoten, und ſo kann es leicht kommen, daß in kurzer Zeit 400 Millionen Gulden Papiergeld, und darüber, ſich zwangsweiſe in Umlauf befindet. Schon werden wieder die Sparkaſſen belagert, und die Armen ziehen geſchwind ihr Geld heraus, denn ſie ſind nicht geſichert, daß ihnen morgen ungariſches Papier ſtatt öſterreichiſches gegeben wird. Die paar Silberſtücke, die man hat, vergräbt man, denn man erwartet den Befehl, daß alles Silber abgeliefert werden muß, um den Krieg führen zu können. Solche Extreme ſind bereits an der Tagesordnung. Flüchten doch ſchon die Wiener tauſendweiſe, obwohl die miniſteriellen Blätter die beruhigendſten Nachrichten über die enormen Streitkräfte unſerer Armee, über ihre Heldenführer, von denen ein Dutzend als unfähig weggeſchickt wurde, verbreiten. In derſelben Art ſprach der Miniſter immer von dem guten Stand der Finanzen, und wie Alles bald ſich ausgleichen werde. Zum Nothſchrei der dem Standrecht Zugefallenen, der auf die Schlachtbank Geführten, der unter die Soldaten Gepreßten, der um ihre Freiheit Betrogenen, kömmt nun der Nothſchrei der um ihr Eigenthum Beſtohlenen in Ungarn. Ob der Kaiſer von Gottes Gnaden das vor Gott wird verantworten können, möge dahin geſtellt bleiben; die Miniſter aber haben die freche Stirne, ſolche Thaten, ſolche Unthaten vor Volksvertretern verantworten zu wollen.

Deutſchland.

Frankfurt, 26. April. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt eröffnete ein als dringlich bezeichneter Antrag der Abgeordneten Dr. A. Friedleben, Dr. Mappes und Genoſſen, „die Verſammlung wolle die Abſendung einer Adreſſe an die würtembergiſche Volkskammer beſchließen und darin den Dank ausſprechen für das ächt deutſche Verhalten dieſer Kammer, durch welches ſie ganz Deutſchland einen Dienſt geleiſtet.“ Beigefügt war ein Entwurf einer ſolchen Adreſſe. Die Verſammlung genehmigte den Antrag, zu welchem die verſchiedenſten Parteien ſich geeinigt hatten, einmüthig, wie es ſchien; nach beendeter Abſtimmung erhob ſich aber nochmals Herr Dr. Schäffner, um zu Protokoll zu erklären, daß er für die Adreſſe nicht geſtimmt. Nachdem dann der Präſident den abermals durch „Berufsgeſchäfte“ veranlaßten Austritt eines Mitgliedes, des Herrn Dietz, angezeigt und von einer Eingabe des Hrn. Dr. Schlemmer Mittheilung gemacht, „die Verſammlung möge bei der weiteren Berathung über die Verfaſſung von den Grundlinien des Verfaſſungsausſchuſſes abſehen und dafür ſeinen eigenen, des Hrn. Dr. Schlemmer, Entwurf zu Grunde legen,“ wurde, wenigſtens für heute noch, die Berathung der Verfaſſung nach dem Entwurf des Ausſchuſſes fortgeſetzt: „Zweiter Abſchnitt. Grundrechtliche Beſtimmungen.“

Es möchte zum beſſeren Verſtändniß angemeſſen ſein, den Wortlaut der Artikel, wie ſie aus den Berathungen der Verſammlung hervorgegangen, hier voranzuſtellen; das Nähere wird ſich dann weiter unten ergeben. Es ſind die Art. 5 — 9 und ſie lauten in ihrer endgültig beſchloſſenen Faſſung wie folgt:

„Art. 5. Die Bedingungen für den Erwerb und Verluſt des Staatsbürgerrechtes werden durch das Geſetz beſtimmt. Art. 6. Jeder Staatsbürger muß Bürger einer Gemeinde des Freiſtaats ſein. Art. 7. Kein Staatsangehöriger kann wider ſeinen Willen des Staatsbürgerrechtes oder des Gemeindebürgerrechtes verluſtig erklärt werden. Art. 8. Die Auswanderungsfreiheit darf nicht beſchränkt werden. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Art. 9. Alle Bürger ſind gleich vor dem Geſetze. Der Staat kennt keine Vorrechte der Geburt, der Perſonen, der Familien, der Religion, des Standes, des Ortes. Vor dem Geſetze gilt kein Unterſchied der Stände. Der Adel iſt aufgehoben. Bei Frankfurter Staatsangehörigen werden Adelsbezeichnungen vom Staate weder anerkannt noch gebraucht.“

Bevor die Diskuſſion der Artikel begann, hielt Hr. Dr. Schäffner einen Vortrag, für deſſen Bezeichnung es uns an einem Ausdrucke fehlt und der bunt durcheinander von den „oratoriſchen Katarakten des Herrn Reinganum“, von dem künftigen Regierungsrath, der ohne Zweifel ſo genannt werde, lucus a non lucendo, weil er Nichts zu regieren habe, von den ſieben Weiſen Griechenlands, von der baieriſchen Indigenatsverordnung, von der Demokratie und von einer Menge anderer Dinge handelte, im Weſentlichen aber und nachdem der Redner endlich „von den Höhen der Demokratie auf die Grundrechte niedergeſtiegen“ war, des Inhalts, daß die Verfaſſung ſelbſt die Bedingungen für den Erwerb und Verluſt des Staatsbürgerrechts enthalten und dieſelben nicht einem bloßen Geſetze überlaſſen müſſe. Der Berichterſtatter, Hr. Dr. Reinganum, antwortete gereizter, als es eben nöthig war und hätte ſich füglich im Stillen mit dem Troſte genügen laſſen können, den er in die eleganten Worte zu kleiden für nöthig fand: „ſein Gegner habe eine ſolche Summe von Aerger aus den Katarakten geſoffen, daß ſie wenigſtens ſtarke Pillen enthalten haben müßten.“ Nach dieſem intereſſanten Zweigeſpräch nahm Herr Dr. Goldſchmith das Wort und motivirte ſeinen Antrag, daß die Verfaſſung wenigſtens den Begriff der Staatsangehörigkeit feſtſtelle, für welchen Begriff es ſonſt, da der letzte Artikel alle ältere Grundgeſetze und die daraus abgeleiteten Staatseinrichtungen ausdrücklich aufhebe, an jeder geſetzlichen Baſis fehle, und Herr Dr. Binding machte darauf

aufmerkſam, daß es namentlich im Intereſſe der früher nicht berechtigten Klaſſen der Staatsangehörigen liegen möchte, ihre Rechte nicht durch ein bloßes wandelbares Geſetz, ſondern verfaſſungsmäßig für alle Zukunft feſtgeſetzt zu ſehen: die Abſtimmung ergab das Reſultat, daß der Verfaſſungsausſchuß beauftragt wurde, im Sinne des obigen Antrags die Verfaſſung zu ergänzen. Art. 5, 6 und 7 wurden dann ſchnell hinter einander angenommen, nachdem Art. 7 dahin erläutert war, daß er ſpeziell darauf gerichtet ſei, die Heimathloſigkeit unmöglich zu machen, eine längere Debatte aber veranlaßte Art. 8 der Kommiſſion. Der erſte Paſſus: „Die Auswanderungsfreiheit darf nicht beſchränkt werden," alſo weder vom Staat noch von den Gemeinden — die Grundrechte ſagen blos „von Staatswegen" — fand keinen Widerſpruch und eben ſo wenig der dritte: „Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden," wohl aber der zweite: „Dem Ausgewanderten bleibt der Rücktritt in das Frankfurter Staatsbürgerrecht und in das Bürgerrecht ſeiner Gemeinde offen, ſo lange er nicht im Auslande das Staatsbürgerrecht angenommen hat. Hr. Dr. Goldſchmith hob zuvörderſt hervor, daß dieſe Klauſel keineswegs eine Erfindung des Verfaſſungsausſchuſſes ſei, ſondern nichts mehr und nichts weniger als ein in der deutſchen Reichsverſammlung bereits abgeworfener Minoritätsantrag, wie denn überhaupt ein ſonderbarer Zufall es füge, daß eine Menge ſolcher in der deutſchen Verfaſſung abgeworfener Anträge in der Frankfurter Verfaſſung abermals figurire. Der Herr Berichterſtatter erwiederte darauf ſo verlegen, wie wir nie geglaubt hätten daß Herr Dr. Reinganum werden könnte, und ging ſchnell zu einer ziemlich bei den Haaren herbeigezogenen Philippika gegen den Bundestag über, welche Herrn Dr. Schäffner, der bisweilen wirklich lichte Augenblicke hat, zu einer beißenden Bemerkung über den wohlfeilen Muth veranlaßte, mit welchem man gegen einen beſiegten und todten Feind hier eine Lanze zu brechen pflege. Zur Sache ſelbſt bemerkte dann Herr Dr. Goldſchmith weiter, daß der Auswanderer, wenn er ſein Staatsbürgerrecht nicht ausdrücklich aufgebe, durch die bloße Thatſache der Auswanderung daſſelbe in keinem Falle verliere, daß aber nicht abzuſehen ſei, warum nach einem ſolchen ausdrücklichen Aufgeben ihm dennoch die ſtaatsbürgerlichen Rechte vorbehalten bleiben ſollten, und Herr Donner wies beſonders treffend darauf hin, daß im andern Fall der Einzelne ſein Bürgerrecht aufgeben könne, ſobald ihm deſſen Verpflichtungen, z. B. die Militärpflichtigkeit, läſtig würden, um ſpäter doch, nachdem die Zeit der Militärpflichtigkeit verſtrichen, alsbald wieder in den Genuß dieſes Rechtes einzutreten. Herr Dr. Jucho machte die ſchneidende Bemerkung, daß der vorliegende Entwurf ſich ſo überwiegend mit dem Wohl und dem Intereſſe des einzelnen Bürgers beſchäftige, daß er darüber ganz vergeſſe, dem Wohl und dem Intereſſe des Ganzen Rechnung zu tragen; Herr Dr. Mappes endlich ſah keinen Grund, weshalb man, nachdem man in Art. 5 weit bedeutendere Dinge aus der Verfaſſung und in ein bloßes Geſetz verwieſen, nicht auch die hier angeregte Frage einem Geſetze überlaſſen wolle, und dieſe Anſicht drang durch: die Verſammlung beſchloß, den Gegenſtand der Kommiſſion zu geeigneter Benützung in dem vorzubereitenden Geſetze über Erwerb und Verluſt des Staatsbürgerrechts zurückzugeben. (Schluß folgt.)

♂ Aus Norddeutſchland, 21. April. Aufrichtig gefreut haben wir uns über den groben beleidigenden Ton der letzten öſterreichiſchen Note; denn eine ſolche Sprache wird doch hoffentlich ſelbſt unter der Rhinoceroshaut des Herrn Miniſters v. Arnim das preußiſche Ehrgefühl wecken. Nachträglich möge hier noch eine Anekdote über den edlen Grafen aus der Zeit ſeines Pariſer Aufenthalts ihre Stelle finden. Unter der Regierung Ludwig Philipps wurde Alex. v. Humboldt mit einer Spezialmiſſion nach Paris geſchickt, weil Hr. v. Arnim ſich der zu löſenden Aufgabe nicht gewachſen gezeigt hatte. Humboldt erreichte mit Leichtigkeit den Zweck ſeiner Sendung. Da machten die Berliner ihrem Humor in dem Wortſpiele Luft: Arnim iſt zwar der „Geſandte," aber Humboldt der „Geſchickte"! Nach einer andern Leſeart ſoll das Witzwort den Hrn. v. Werther betreffen, deſſen Legationsſekretär Arnim freilich war. Im Zweifelsfalle kann man es aber getroſt auf Beide beziehen; denn der Eine war als Diplomat ſo „geſchickt" als der Andere.

△ **Berlin**, 24. April. Unſere Diplomatenwelt iſt jetzt, wie ſich denken läßt, in ſteter Bewegung. Seit Kurzem befindet ſich auch der nach München zurückberufene hieſige baieriſche Geſandte, Graf v. Lerchenfeld in einer außerordentlichen Miſſion wieder hier. Seine Familie hat Berlin noch nicht verlaſſen und ſcheint noch längere Zeit hier wohnen bleiben zu wollen. Dagegen verläßt uns der Geh. Kriegsrath und bisherige Generalkonſul in den Donau-Fürſtenthümern, Freiherr v. Richthofen. Er geht nach Spanien, um dort für den deutſchen Handel Verbindungen anzuknüpfen. Ihn begleitet als Sekretär des Generalkonſulats ein ſehr talentvoller junger Mann, Herr v. Gülich, deſſen Kenntniſſe gerade in den ſpaniſchen Verhältniſſen von allen Seiten höchlichſt gerühmt werden.

Man ſchreibt hier das ſo plötzliche Einrücken der deutſchen Armee in Jütland, wie überhaupt das energiſche Auftreten der Centralgewalt in der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit, hauptſächlich dem Einfluſſe des Reichskriegsminiſters v. Peucker zu, dem zahlreiche Bittſchriften der Oſtſeerheder und Kaufleute Pommerns und Preußens, welche auf nachdrückliche Führung und ſchleunige Beendigung des Krieges, Behufs Milderung, reſp. Aufhebung der aus der Blokade der betreffenden Häfen entſtehenden unberechenbaren Schäden, beſtehen, zugekommen ſind. Da man über die geringe Kriegsluſt der jütiſchen Bevölkerung wohl unterrichtet iſt, ſo will man Dänmark indirekt dadurch zum Frieden zwingen, daß man dieſes ſchönſte Mark der Monarchie ausſaugt. In dieſer Beziehung ſollen dem Kopenhagener Kabinet mehrere Noten zugegangen ſein, des Inhalts, daß der höchſt Kommandirende des Reiches, General von Prittwitz, ermächtigt ſei, in Jütland Kontributionen auf Höhe des Werthes der von den däniſchen Kriegsſchiffen ſchon genommenen, oder noch zu nehmenden Kauffahrer mit ihren Ladungen einzutreiben, weßhalb er ſtets über die deßfallſigen Verluſte in Kenntniß gehalten werden würde. Vielleicht in Folge dieſer unerfreulichen Note iſt, wie uns wenigſtens von verläßlicher Hand verſichert wird, ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Dänemark an den König von Preußen angelangt, worin derſelbe neue Friedensvorſchläge, und wie es heißt, unter annehmbareren Bedingungen als früher, macht. Das preußiſche Kabinet will dieſelben bei der deutſchen Centralgewalt bevorworten.

Die Linke der zweiten Kammer hat beſchloſſen, die Bismarkſche Rede vom letzten Sonnabend unter dem Titel: „Enthüllte Abſichten der Reaktion," in 10,000 Exemplaren drucken und durchs Land verbreiten zu laſſen. Sie verzweifelt, auf parlamentariſchem Wege etwas gegen dieſe Partei durchzuſetzen. Sie ſoll ſogar Willens ſein, den Antrag auf Auflöſung der Kammern zu ſtellen. Da das jetzige Miniſterium, trotz aller Kabinetsfragen, nicht von ſeinem Poſten weicht, ſo will ſie demſelben durch die dann erfolgenden Neuwahlen beweiſen, daß es das Vertrauen des Landes in keiner Weiſe genieße. Außerdem will man dem Lande die unnütze ſchwere Ausgabe für die jetzigen, unter den obwaltenden Verhältniſſen nutzlos tagenden Kammern erſparen.

⁂ Aus Baden, 25. April. In einer dieſer Tage ſtattgehabten Volksverſammlung im Höhgau wurde beſchloſſen, mit allen nöthig ſcheinenden geſetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß dem deutſchen Reichsverfaſſungsgeſetz in allen Gemeinden Geltung verſchafft und jeder Feindſeligkeit dagegen mit Entſchiedenheit und Kraft entgegengetreten werde. Auf künftigen Sonntag ſind wieder an verſchiedenen Orten Volksverſammlungen ausgeſchrieben. Das verbreitete Gerücht, daß am erſten Mai die Spielbank zu Baden-Baden wieder eröffnet werden würde, entbehrt allen Grundes; die zweite Kammer berieth dieſer Tage in geheimer Sitzung über die Entſchädigungsforderungen des Spielpächters, die ſehr hoch ſein ſollen.

-|- **Karlsruhe**, 25. April. Es iſt hier ſo eben die Nachricht eingetroffen, daß man einen neuen Freiſchaarenzug beabſichtigt. Die aus dem verfloſſenen Jahre bekannten Chefs der republikaniſchen Partei, welche ſich gegenwärtig faſt ſämmtlich in der Schweiz befinden, hielten vorgeſtern eine Berathung in Emmishofen — einem dicht vor den Thoren von Konſtanz gelegenen Dorfe — über einen neuen Einfall. Die noch in der Schwebe befindliche deutſche Oberhauptsfrage, beſonders aber die Wirren in Würtemberg ſchienen ihnen einen günſtigen Zeitpunkt darzubieten. Als Anführer des Zugs wurde der Exlieutenant Siegel gewählt. Der Rückzug des würtembergiſchen Militärs aus dem Seekreiſe ſteigerte ihre Hoffnungen. Ob die inzwiſchen eingetretene Veränderung der Dinge in Würtemberg und die Zurückverlegung des würtembergiſchen Korps in ſeine bisherigen Kantonnirungen die Ausführung des tollen Unternehmens verhindert, wird in den nächſten Tagen ſich herausſtellen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 117. Frankfurt a. M., Samſtag 28. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Reichsverſammlung.

Deutſchland. Frankfurt (Der Danebrog angekommen.) Wien (Dr. G. Curtius. Bem's Streitmacht. Banknoten. Fiſchhof. Martin Luther auf der Bühne. Graf Stadion.) Olmütz (Unruhen im Krakauer Gebiet.) Prag (Fürſt Windiſchgrätz.) Brünn (Das Ehrenbürgerrecht an Radetzky. Miniſterrath in der ungariſchen Angelegenheit.) Berlin (Kammer-Verhandlungen. Rücktritt Arnim's. Rückzug aus Jütland. Briefe aus Polen und Frankfurt.) Naumburg (Verſuch zur Beſtechung.) Königsberg (Blokade.) Würzburg (Die deutſche Bewegung.) Stuttgart (Würtembergs glorreiche Revolution. Die Napoleoniſchen Königthümer und der Bundesſtaat.) Freiburg (Dankadreſſe an die Würtemberger.) Darmſtadt (Verlooſung. Ein Dankvotum an die heſſiſche Kammer beantragt.) Altona (Das Schickſal Kolding's. König Leopold, Vermittler in der däniſchen Frage.) Leck (Die Dänen haben Föhr geräumt.) Schleswig (Bericht des Generals von Bonin über die Schlacht bei Kolding. Weitere Details. Orla Lehmann gefangen. Beleuchtung der Stadt wegen des Koldinger Siegs.)

Großbritannien. London (Daily News über die reaktionäre Weltlage. Examiner über die franzöſiſche Expedition. Times über den däniſchen Krieg. Angebliche ruſſiſche Note in Kopenhagen. Ein däniſcher Kreuzer im Kanal.)

Frankreich. Paris (Italieniſche Frage. Der Bankrultſtreit. Genoude todt. Beleidigung des Konſuls in Tanger. Verhandlungen über die Militärorganiſation. Valerio angekommen. Guizot's Kandidatur zurückgewieſen.)

Portugal. Liſſabon (Karl Albert in Oporto. Vermehrtes Militärbudget. Bittſchrift gegen Freihandel.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Aushebung im Banat. Die Zuſtände im Banat.)

Italien. (Beunruhigende Nachrichten aus Livorno.)

Schweiz. Teſſin (Note Radetzky's.)

Dänemark. Kopenhagen (Brief des Czaren. Nachricht von dem Verluſt Koldings.)

Ungarn. (Eperies wieder von den Kaiſerlichen beſetzt.)

---

27. April.

Die geſtrigen Beſchlüſſe der Reichsverſammlung werden zweifelsohne in den verſchiedenen Kreiſen des Volks eine ſehr verſchiedene Beurtheilung finden. Den Einen werden ſie matt erſcheinen, weil darin weder von einem Vollziehungsausſchuß oder einer Regentſchaft nach demokratiſchem Zuſchnitt, noch von einer Appellation ans Volk, von Vereidung des Militärs auf die Reichsverfaſſung oder von Schaffung eines Parlamentsheeres die Rede iſt. Die Linke und zwar nicht blos die äußerſte Linke, welche letztere von vornherein nicht die Durchführung dieſer Verfaſſung, ſondern nur deren Wiederbeſeitigung und das Zurückgehen auf ihre republikaniſchen Ideen im Auge hatte und von welcher, wie wir hören, Mehrere entſchloſſen ſein ſollen, die Verſammlung zu verlaſſen, auch derjenige Theil der Linken, welcher zur Durchführung der Verfaſſung, wie ſie vorliegt, die Hand geboten hat, bezeigt ſich aufgebracht über das Verhalten der Majorität, wirft derſelben Feigheit, Mangel an That, Kraft und Entſchloſſenheit, wenn nicht gar Verrath an der Sache des Volkes vor, weil ſie, wie Jene ſagen, Nichts thun, ſondern immer wieder nur die Ereigniſſe abwarten wolle und dadurch den Feinden der deutſchen Sache dieſe ſelbſt und die Verſammlung waffenlos überliefere. Wir wünſchten nur, daß die, welche ſo ſprechen, praktiſche Vorſchläge angegeben hätten, wie man von Seiten der Reichsverſammlung entſchiedener handelnd auftreten könnte, ohne das Ziel, das man durch ſolches Handeln angeblich erreichen ſoll, vielmehr in eine unabſehbare Ferne hinauszurücken. Was hat man vorgeſchlagen? Eine Regentſchaft aus der Mitte der Reichsverſammlung, die, mit allen Attributen des Kaiſers, alſo auch mit deſſen Unverantwortlichkeit bekleidet, an der Stelle des noch fehlenden Kaiſers regieren, die Wahlen ausſchreiben, den Reichstag berufen ſollte, damit dieſer dann eine neue Kaiſerwahl vollzöge. Von allem Andern abgeſehen, kann wirklich irgendwer im Ernſte glauben, daß durch eine ſolche Procedur die Schwierigkeiten und Bedenken, welche jetzt der Annahme der Kaiſerwürde von Seiten des Erwählten entgegenſtehen, verringert oder aus dem Wege geräumt, daß ſie nicht vielmehr noch bedeutend geſteigert werden würden? kann irgendwer glauben, daß der überempfindliche Legitimitätsſinn des Königs von Preußen die Krone, welche aus den Händen der Reichsverſammlung entgegenzunehmen ihm ſo ſchwer ankommt, ſich dazu leichter entſchließen würde, wenn dieſe Krone vorher interimiſtiſch in den Händen eines Vollziehungsausſchuſſes geruht hätte, wenn vielleicht in ihrem Namen Maßregeln von offen revolutionärer Natur oder doch von zweifelhafter Loyalität dekretirt worden wären? Man hat ferner vorgeſchlagen eine Beeidigung des Militärs und der Beamten in ſämmtlichen Einzelſtaaten auf die Verfaſſung. Aber die Verfaſſung iſt ja noch nicht vollendet; ſo lange das Oberhaupt fehlt. Bei jeder erbmonarchiſchen Verfaſſung ſchließt der Eid auf die Verfaſſung den Eid auf die Perſon des Monarchen in ſich; auf eine unbekannte Größe kann man aber nicht ſchwören. Der Grundfehler dieſer und aller ähnlichen Vorſchläge war der, daß ſie die Erzwingbarkeit der Durchführung der beſchloſſenen Reichsverfaſſung auch in dem Punkte vorausſetzten, in welchem doch offenbar eine ſolche Erzwingbarkeit gar nicht denkbar iſt und ohne welchen gleichwohl die ganze Verfaſſung, ſo wie ſie iſt, nicht beſtehen, nicht ins Leben treten kann. Sie ſetzten immer voraus, daß man die Uebernahme der Kaiſerwürde von Seiten des Königs von Preußen entweder erzwingen, oder aber ſuppliren könne durch irgend welche andere Inſtitution oder Fiktion, z. B. durch eine Regentſchaft oder durch interimiſtiſche Uebertragung der kaiſerlichen Attribute auf die proviſoriſche Centralgewalt. Aber das Eine iſt ſo unmöglich wie das Andere. Entweder wir machen eine Erbmonarchie — dann müſſen wir auch einen Erbmonarchen haben, aber einen wirklichen von Fleiſch und Blut. Oder wir können den regierenden Fürſten, den wir brauchen, für unſern Erbkaiſerthron nicht finden — dann können wir aber auch das Erbkaiſerthum nicht machen, dann fällt unſere ganze Verfaſſung, die nur auf dieſer Grundlage beruht, zuſammen, und wir müſſen eine neue auf andern Grundlagen errichten. Jene Maßregeln, welche die Linke vorſchlug, angeblich zur Durchführung der Verfaſſung, waren in Wahrheit vielmehr Maßregeln zur Beſeitigung der Verfaſſung. War es mit dieſen Vorſchlägen ernſtlich gemeint, glaubte man wirklich damit die Durchführung dieſer Verfaſſung, der erbmonarchiſchen, zu erzwingen, ſo muß man einen ſolchen Glauben wirklich ſehr naiv nennen. Wollte man dagegen nur den übrigen Mechanismus der Verfaſſung in Thätigkeit ſetzen, unbekümmert darum, ob die monarchiſche Spitze ſich ſpäter dazu finden, oder ob man auf dieſem Wege dahin kommen würde, anſtatt der fehlenden eine anders geformte, etwa eine republikaniſche, auf den Bau des neuen Reichs zu ſetzen, ſo verfuhr man entweder ſehr unbeſonnen, oder nicht ehrlich — jedenfalls weit weniger offen und entſchieden als die äußerſte Linke, welche geradezu verlangte, man ſolle, da die Verfaſſung auf der erbmonarchiſchen Grundlage wegen der Weigerung des Königs von Preußen nicht durchzuführen ſei, auf die republikaniſche Form zurückgehen. Daß es dahin kommen könnte, wohin dieſe Herren es ſchon geſtern bringen wollten, daß, wenn der König von Preußen definitiv ablehnen ſollte, die Reichsverſammlung in der Nothwendigkeit ſein würde, an die Stelle des dadurch unmöglich gewordenen Planes eines preußiſchen Erbkaiſerthums eine andere Verfaſſungsform für Deutſchland zu finden und daß dann vielleicht unter allen denkbaren, die republikaniſche die meiſte Ausſicht auf Erfolg haben möchte, das haben

ſelbſt Redner der Majorität am Beſtimmteſten der Abgeordnete Biedermann bei den Verſammlungen dieſer letzten Tage ausgeſprochen. Aber derſelbe Redner führte aus, daß ebendeßhalb die Majorität das Wort der Ablehnung aus dem Munde des Königs von Preußen weder leichtſinnig als bereits geſprochen vorausſetzen noch auch muthwillig durch übereilte Beſchlüſſe provociren wolle, weil ſie ſich wohl bewußt ſei, daß mit dieſem entſcheidenden Worte die Brücke zwiſchen ihr und ihrem mühſam zu Stande gebrachten Werk abgebrochen, das Einheitsſtreben des deutſchen Volks von dem Ziel, wo es zur Ruhe zu kommen hoffte, wieder hinweg und an ſeinen Anfangspunkt zurückgeſchleudert und die Bewegung in eine Bahn geworfen werden würde, deren Ende Niemand abſehen könne. Es iſt wahrlich nicht leicht für die Männer, welche neben der Freiheit und Einheit des Vaterlandes, auch die Ordnung, die friedliche Entwicklung, die Bewahrung der Kultur, der Humanität, des Wohlſtandes der Nation vor den furchtbaren Folgen eines Alles verſchlingenden Umſturzes zur Aufgabe ihres Lebens gemacht haben, es iſt wahrlich für dieſe nicht leicht, einen Entſchluß zu faſſen, der alles dies in Frage ſtellt, der das Steuerruder der Bewegung, das ſie bis hierher mit Aufgebot aller ihrer Kräfte feſtzuhalten trachteten und auch glücklich feſthielten, vielleicht in ganz andere Hände geben würde. Man verarge es dieſen Männern nicht, wenn ſie bis zum letzten Augenblicke an der Hoffnung feſthalten, daß das Ziel auf dem von ihnen angebahnten Wege doch noch zu erreichen ſei, wenn ſie wenigſtens von ſich aus Nichts thun mögen, was dieſe Hoffnung muthwillig vereiteln könnte. Sollte dennoch ihre Hoffnung ſie täuſchen, ſollte wirklich der Weg, den ſie für den ſicherſten und beſten erkannten, durch den Unverſtand und die Böswilligkeit derer, die das Mittel von ſich weiſen, weil ſie auch den Zweck, die Einheit und Freiheit des Vaterlandes, nicht wollen, unrettbar, unwiederbringlich ihnen abgeſchnitten werden, wir ſind gewiß ſie werden auch dann noch von dem Ziele ſelbſt nicht laſſen, müßten ſie auch einen Weg wählen, den die meiſten derſelben für gefährlich, viele für verderblich oder für vergeblich halten.

So viel den Drängern gegenüber, welche die Majorität der Reichsverſammlung gern in ihren Sturmeslauf mit fortreißen möchten und ihr Feigheit vorwerfen, weil ſie ſolcher Zumuthung ſich verſagte! Aber auch Die mögen ſich dieß geſagt ſein laſſen, welche ſchon die geſtern gefaßten Beſchlüſſe zu weitgreifend finden oder welche wohl gar von der Reichsverſammlung ein Zurückgehen von ihren früheren Beſchlüſſen im Eingehen auf die Vereinbarungsgedanken zu Berlin und München verlangen. Die Majorität der Reichsverſammlung iſt bis an die äußerſten Grenze der Mäßigung vorangegangen. Selbſt da noch, als faſt in allen Theilen Deutſchlands das Volk ſich für ſie erhob, als es in zahlloſen Adreſſen gelobte, mit Gut und Blut für ihre Beſchlüſſe einzuſtehen, als bereits in Würtemberg vor dem Andringen dieſes Volksgeiſtes der Widerſtand eines königlichen Willens ſich gebeugt hatte, als ſogar ungeſtümme Stimmen laut wurden, welche ein ſofortiges entſchiedenes Handeln von ihr forderten — ſelbſt da noch hat ſie, mit Abweiſung aller weitergehenden Vorſchläge — ſich auf das beſcheidenſte Maß von Kraftanwendung beſchränkt. Die Regierungen, welche bisher die Verfaſſung noch nicht anerkannt haben, ſollen dies nunmehr thun, und die Verſammlung erwartet bis zum 3. Mai die Vorlage des Reichsminiſteriums über den Erfolg ſeiner dahin zu richtenden Bemühungen. Alſo abermals eine achttägige Friſt, nachdem die vierzehntägige, welche die preußiſche Circulardepeſche vom 3. April ſelbſt geſetzt hatte, bereits um 10 Tage überſchritten iſt! Dieſelben Regierungen werden ferner veranlaßt, die geſetzliche Stimme ihrer Völker zu hören und ſich deßhalb mit den Volksvertretungen ihrer Länder zu umgeben. Es iſt das nicht als direkte Forderung, noch weniger als Befehl ausgeſprochen, denn man wußte wohl, daß dieß ein Uebergriff in die konſtitutionellen Rechte der Einzelregierungen ſein würde; die Regierungen werden nur „veranlaßt;" man wendet ſich an ihr eigenes ſittliches Gefühl, an ihr Pflichtgefühl gegen ihre Völker, welches ihnen ſelbſt ſagen muß, wie unrecht es wäre, wollten ſie in einer ſo ſehr wichtigen Frage ohne ihre Stände die Entſcheidung treffen, doppelt unrecht, nachdem ja eben dieſe Regierungen ſo oft erklärt haben, daß ihr Widerſtand gegen das deutſche Einigungswerk nur aus Rückſichten auf das Intereſſe ihrer Länder und Völker fließen, nachdem mehrere derſelben ſich ausdrücklich berufen haben auf die Willenskundgebungen ihrer Stände.

Alſo noch acht Tage ſind der ruhigen, friedlichen Entwickelung der deutſchen Verfaſſungsfrage gegönnt. Mögen Allen, denen es Ernſt iſt mit der Verfaſſung, mit der Einheit und Freiheit und mit der Ordnung, dieſe Friſt wohl benutzen, um mit jedem geſetzlichen Mittel die raſche Entwickelung und den endlichen gedeihlichen Abſchluß der ſo lange ſchwebenden Frage zu fördern! Mögen vor Allem die Freunde der Mäßigung, die Freunde eines geſicherten und geordneten Zuſtandes, die Freunde der Ruhe, die Freunde der Monarchie endlich ihre Beſtrebungen auf dieſen Punkt konzentriren! Sie ſollen nicht vergeſſen, daß es auch für die konſervative und monarchiſche Majorität in der Paulskirche ein äußeres Maß der Zurückhaltung und des Abwartens gibt, welches ſie nicht überſchreiten darf, wenn ſie nicht ſich ſelbſt und mit ſich die Sache, für die ſie kämpft, die Sache der Ordnung und des beſonnen Fortſchritts, unmittelbar zu Grunde richten will.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 27. April. Der Danebrog von Chriſtian VIII. iſt beim Reichsminiſterium eingetroffen. Es ſteht zu hoffen, daß die Trophäe öffentlich ausgeſtellt und der patriotiſchen und mildthätigen Geſinnung der Frankfurter Veranlaſſung dabei geboten wird, ein Scherflein für die verwundeten Krieger in Schleswig beizuſteuern.

Wien, 18. April. Se. Majeſtät hat den Privatdocenten an der Berliner Univerſität, Dr. G. Curtius, zum außerordentlichen Profeſſor der klaſſiſchen Literatur an der Hochſchule zu Prag ernannt.

Wien, 21. April. Reiſende, die auf Umwegen aus Siebenbürgen hier eingetroffen ſind, melden, daß Bem mit der Hauptmacht ſeiner raſch rekrutirten Truppen jenes Land bereits verließ und zu ſeiner Bewachung bloß einzelne, aber gutbewaffnete Szeklerabtheilungen zurückließ. Von den Walachen, die ſich zu ihm ſchlugen, hat er nicht viel ausgehoben, deſto mehr von den Sachſen. Man ſchätzt die Truppenmaſſe, die er jetzt vereinigt hat, auf 30 bis 40,000 Mann. Der Reichthum an Pferden, eine Eigenthümlichkeit des ſächſiſchen Bauers, iſt dem fremden Parteichef zu Statten gekommen. Man verſichert uns, daß wenn Bem jedem Bauer 4 Pferde für ſeinen Pflug zurückläßt, er immer noch 14—16,000 Stück Pferde davon ſchleppen und ſeine Truppe damit beritten machen konnte. (Oſtd. Poſt.)

Wien 23. April. Die Erfolge der Ungarn werden größtentheils den Sympathien der Bevölkerung, namentlich den jüdiſchen und bäuerlichen beigemeſſen; insbeſondere iſt die erſtere durch ganz rückſichtsloſes Verfahren zur Gegenpartei hingetrieben worden. Die Bauern verfehlen nicht durch Feuerzeichen den Ungarn Kunde von dem Einmarſche und den Operationen der k. k. Truppen zu geben, ſo daß die erſteren bis in die kleinſten Details von den Vorgängen unterrichtet ſind. Hieher gelangte Flüchtlinge aus Siebenbürgen rühmen das humane Benehmen des General Bem und die von ihm beobachtete ſtrenge Mannszucht. Die von den Offizieren zurückgelaſſenen Effecten wurden auf öffentlichem Markte in Hermannſtadt verſteigert. Die des General Puchner nebſt deſſen vertrauten Briefſchaften wurden ihm mit einem verbindlichen, von Bem als Kommandanten Siebenbürgens unterzeichneten Schreiben zurückgeſandt. Leider gelangten jedoch die damit beauftragten Huſaren in die Hände der Ruſſen, wodurch das Eintreffen jener Sendung jedenfalls verzögert wurde.

Die Fabrikation unſerer neuen Banknoten geht lebhaft vorwärts, und geſchieht nicht in der Nationalbank ſondern in unſerer alle ähnliche Inſtitute bald überflügelnden Hof- und Staatsdruckerei. Sie werden mit Gold-, Silber- und Metalldruck, je nach den Abſtufungen der Größe ihres Betrages angefertigt, und ſollen faſt unnachahmlich ſein. In den Angelegenheiten des Dr. Fiſchhof iſt noch keine Veränderung eingetreten. Die Voruntersuchungen ſind noch nicht zu Ende gebracht, ein kleiner Beweis, daß alle bisher entſtandenen Gerüchte über ſeine Verurtheilung nur aus der Luft gegriffen waren.

Dieſe Woche fand im Karlstheater die Aufführung des Klingemann'ſchen „Martin Luther" zum erſten Male ſtatt; ſie hat aber die Indignation des katholiſchen Klerus hervorgerufen, und im „Poligraf", wie es ſcheint ein Organ dieſer Partei, wird der Wunſch und die Hoffnung ausgeſprochen, daß die erſte Vorſtellung auch die letzte ſein werde.

Die Vereinszeitſchrift der Slovanska Lipa in Prag wird

Digitized by Google

ihre vorgeſchriebene Kaution von 5000 fl., mittelſt einer öffentlichen Anleihe aufzubringen ſuchen. In Kurzem wird in Prag ein großes politiſches Organ in deutſcher Sprache, mit einem Kapital von 20,000 fl. C. M. von den ehemaligen Deputirten gegründet, unter dem Titel: „Die öſterreichiſche Union" ins Leben treten. Als Redakteur wird Dr. Springer genannt.

Graf Stadion befindet ſich noch immer in Neuſtadt, wo die Luft friſcher als in Baden iſt. Er bekömmt noch Eisumſchläge auf den Kopf und iſt überhaupt noch zu leidend um ſich den Staatsgeſchäften widmen zu können.

Ollmütz, 21. April. In der Gegend von Krakau zeigen ſich wegen des Rekrutirungszwanges bedenkliche Bewegungen. Dreitauſend Bauern haben ſich in den großen Wald bei Chrzanow gezogen und bivouakiren dort. Viele junge Leute, die nicht gegen die Ungarn dienen wollen, haben ſich aus Krakau dorthin geflüchtet. Es iſt zu fürchten, daß dieſes Beiſpiel anſteckend wirken und eine allgemeine Erhebung ſich entwickeln werde. Bekanntlich iſt Krakau faſt ganz von Truppen entblößt. (Brsl. Z.)

Prag, 23. April. Fürſt Windiſchgrätz iſt mit einem Separattrain hier angekommen. Wie verlautet zieht ſich der Marſchall auf ſeine Güter in Böhmen zurück. (K. Bl. a. B.)

Brünn, 18. April. Auch der hieſige Gemeinderath hat dem Marſchall Radetzky das Ehrenbürgerrecht mittelſt Ueberſendung eines elegant ausgeſtatteten Bürgerbriefes verliehen.

Bei dem unlängſt bezüglich der ungariſchen Angelegenheit abgehaltenen Miniſterrathe ſollten drei Meinungen laut geworden ſein, indem Windiſchgrätz für friedliche Beilegung, Bach für Fortſetzung des Krieges mit Hilfe der Ruſſen und Stadion für Weiterführung des Kampfes mit eigenen Kräften geſtimmt hätte. Der Beſchluß wäre nach der letzten Anſicht ausgefallen. (D.Z.a.B.)

Berlin, 24. April. Die Kölniſche Zeitung meldet: In Folge der letzten Kammerſitzung iſt Graf Arnim zurückgetreten und, da das Miniſterium Brandenburg geblieben iſt, ſo muß es wohl dem Beobachter klar werden, wie nur ſehr delikate Gründe die anderen Miniſter bewogen haben können, die Schritte dieſes Mannes zu vertreten, der allerdings dem Nationalſtolze Preußens, gegenüber jener Unverſchämtheit des öſterreichiſchen Gouvernements tiefe Wunden ſchlug. Mit der von ihm zuletzt an Oeſterreich erlaſſenen Note ſoll es übrigens nicht viel auf ſich haben, da ſie nur zur Inſtruktion des preußiſchen Geſandten diente und dieſem die Nothwendigkeit eines engeren Bundes an den Tag legte. Die Nachrichten des Korreſpondenz-Bureau's, daß ein naher Friede mit Dänemark bevorſtehe, iſt begründet, und in dieſem Augenblicke mag er ſchon geſchloſſen ſein. Es iſt daher auch ſofort an die in Jütland eingerückten Truppen der Befehl zum Rückzuge gegeben worden, damit durch die Okkupation dieſes Landes der Friedensſchluß nicht etwa weiter hinausgeſchoben werden möge. In anderen Theilen Deutſchlands mag man wohl darüber mancherlei Bedenken haben (!) und immer neue Opfer von unſeren Oſtſeeprovinzen fordern, aber ohne Schiffe iſt eine energiſche Kriegsführung faſt nicht möglich, und die Bewohner ſind auf den Handel angewieſen.

⁑ **Berlin**, 25. April. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erſtattete Bucher den Bericht des Centralausſchuſſes über Waldeck's Antrag auf Aufhebung des Belagerungszuſtandes. Der Centralausſchuß hatte ſich mit 4 Stimmen gegen 3 für den Antrag erklärt. Die Minderheit will vorher die Geſetze über Preſſe, Volksvereine und Volksverſammlungen angenommen wiſſen. Einſtimmig war er dagegen der Meinung, daß das Miniſterium rechtlich nicht befugt geweſen, am 12. November den Belagerungszuſtand zu verhängen. Seltſamer Weiſe hatte das Miniſterium für jene Handlung vom 12. November ſich auf die Verfaſſung vom 5. Dezember berufen. Der Ausſchuß iſt deshalb einſtimmig der Anſicht, daß es die Pflicht des Miniſteriums geweſen wäre, ſofort mit einer der Wichtigkeit des Gegenſtandes und der Würde der Volksvertretung entſprechenden Rechtfertigung vor die Kammern zu treten und ihre Genehmigung nachzuſuchen, und daß, ſobald dieſe Genehmigung auch nur von Einer Kammer verſagt wird, der Belagerungszuſtand als ungeſetzlich verurtheilt und damit von ſelbſt beſeitigt iſt. Anſtatt dieſen Weg einzuſchlagen, hat das Miniſterium bei Ueberreichung der drei Geſetzentwürfe erklärt, „daß wenn dieſelben genehmigt wären, der Zeitpunkt näher gerückt ſein würde, wo der Belagerungszuſtand beſeitigt werden könne," alſo Bedingungen geſtellt und ſelbſt nach Erfüllung derſelben ſich noch eine Entſchließung vorbehalten. Der Centralausſchuß hält in ſeiner Mehrheit dafür, daß es, ſchon um das Recht der Volksvertretung zu konſtatiren und zu wahren, unabweisbar ſei, die Mißbilligung des Belagerungszuſtandes auszuſprechen. Er hat die Ueberzeugung nicht aufzugeben vermocht, daß der Belagerungszuſtand nicht eine Folge des Konfliktes vom 9. Nov., ſondern der Konflikt das Mittel zur Herbeiführung des Belagerungszuſtandes geweſen iſt. Hr. v. Manteuffel berief ſich auf die Pflicht der Selbſterhaltung. Er führte an, daß in jener Zeit die Centralgewalt der Regierung geſchrieben habe, die Umſturzpartei ſetze ihre Hoffnung auf Berlin; man möge kräftige Maßregeln ergreifen. Er bedauerte ſehr, in das Perſönliche gehen zu müſſen und theilte einen Bericht mit über Verhandlungen aus jener Zeit, wo die Mitglieder der äußerſten Linken über aktiven oder paſſiven Widerſtand verhandelten, die, wie man denken kann, ziemlich „haarſträubend" waren. Da aber ſelbſt bei dieſen Verhandlungen die Abſtimmung zu Gunſten des paſſiven Widerſtandes ausfiel, ſo muß die Gefahr, Berlin in einen Schutthaufen verwandelt zu ſehen, doch wohl nicht gar zu dringend geweſen ſein. Herr von Manteuffel ſieht freilich noch jetzt die dringendſten Gefahren und führt als Beweis den Preis an, der von „patriotiſchen" Anerkennern auf den Kopf der deutſchen Fürſten geſetzt iſt. Der Preis iſt ungefähr 1 Gulden pro Mille Unterthanen, z. B. für den Kaiſer von Oeſterreich 30,000 Gulden, und ſo im Verhältniß. Nachdem der 18. März, der hauptſächlich der Umſturzpartei zu ihren Zwecken dienen ſollte, vermöge des Belagerungszuſtandes glücklich vorübergegangen, wurde abermals von der Regierung in Erwägung gezogen, ob der Belagerungszuſtand nicht aufzuheben ſei. Ein Ereigniß trat jedoch ein, welches die Aufhebung unmöglich machte: es wurde eine hochverrätheriſche Verbindung entdeckt. Bei dem Schuhmacher Hetzel wurden Handgranaten, die 7 Loth ſchwer und mit gefährlichen Zündſtoff gefüllt waren, ſowie ſcharfe Patronen, Gewehre und eine Kiſte mit Papieren vorgefunden, welche dem Abgeordneten d'Eſter gehörten. Hetzel geſtand ein, daß er zu einem revolutionären Bunde gehöre, der ſeinen Hauptſitz in London hat, und daß er für die Verbreitung dieſes Bundes nach Kräften gewirkt habe. Die Statuten ſeien ihm zuerſt durch einen unbekannten Emmiſſär mitgetheilt worden. Nach Hetzel's Ausſage zählt der Bund in Berlin bereits 10 verſchiedene Gemeinden von zuſammen 100 Mitgliedern. Hetzel gehört zur Gemeinde „Vorwärts". Der Zweck des Bundes iſt die Einführung der ſozialen demokratiſchen Republik, und zwar auf dem Wege der Revolution. — Die Kiſte hat d'Eſter bei ſeiner Abreiſe von Berlin dem Schuhmacher zur Verwahrung im vorigen Jahre übergeben. — Auch jetzt iſt man wieder — fährt der Miniſter fort — einer bedenklichen Agitation auf der Spur. Das Miniſterium will die Ordnung *ohne* Blutvergießen aufrecht erhalten; deshalb hebt daſſelbe den Belagerungszuſtand nicht auf. Wenn der Staat wirklich die Beſtimmung hat, allen möglichen Uebeln im Voraus vorzubeugen, ſo mögen die Miniſter Recht haben. Aber das iſt ja eben der Standpunkt, den wir im März vorigen Jahres auf immer zu verlaſſen wünſchten. Die Berathungen werden morgen fortgeſetzt.

Lith. Korr. **Berlin**, 25. April. Einem Briefe von der *polniſchen Grenze*, d. d. 21. April entnehmen wir über das Einrücken Bem's in Kronſtadt folgende intereſſante Details. Die Beſatzung verließ die Stadt in großer Eile, ſo daß man nicht einmal alle Vorräthe wegbringen konnte. Die ſtädtiſchen Behörden entſandten eine Deputation an Bem, der in Weidenbach ſtand, mit der Bitte, in die Stadt zu rücken und das Eigenthum, ſowie das Leben der Bürger zu ſchonen. Bem nahm die Deputation ſehr freundlich auf und beruhigte ſie mit der Verſicherung, es werde Niemanden Uebles geſchehen ꝛc. Der Einzug Bem's war glänzend und es machte einen eigenthümlichen Eindruck, die verſchiedenen Nationalitäten in den Reihen der Krieger vertreten zu ſehen, neben der ungariſchen Fahne die polniſche und die deutſche zu erblicken. Zu den zahlreich verſammelten Bürgern Kronſtadts ſprach Bem folgende Worte: „Man hat Euch vorgeredet, ich würde mich an Eurem Eigenthum vergreifen. Sehet! in meinen Reihen fechten Deutſche, Slawen, Polen, Magyaren und Böhmen. Wir kämpfen nicht für das Intereſſe Einer Nation, wir wollen nicht, daß eine Nation über die andere herrſche, wir fechten für die Freiheit und gleiche Berechtigung aller Völker, unſer Sieg iſt der Sieg der Freiheit Deutſchlands, der ſlawiſchen Völker und Ungarns. Wir ſchwören Euch, daß wir unſere Waffen nicht eher aus der Hand legen, bis die Sache der Völker,

die Sache der Freiheit geſiegt hat. Dieſe (auf die deutſche Legion zeigend) in Trauer gehüllten Söhne Deutſchlands, ſie geben Zeugniß, weſſen Sache ich hier mitvertrete. Die gefallenen Opfer in Wien, in Lemberg, Prag, Krakau und Italien ſollen gerächt werden. Nehmet meine tapfern Waffenbrüder freundlichſt auf, ich verſichere Euch, Jeder von ihnen iſt ein Held." Dieſe kurze Anrede wirkte magiſch — die ganze Jugend Kronſtadt's trat ſofort in die Reihen Bem's. Sein Korps gleicht einer Lawine, es vergrößert ſich mit jedem Schritt und es zeichnet ſich durch eine ſtrenge Mannszucht aus.

Aus Wien berichten heute hier angekommene Handelsbriefe, daß die öſterreichiſche Armee in der Gegend von Waitzen geſchlagen und Komorn entſetzt ſei. Die Wiener Courſe kamen um 2 pCt. geringer hier an.

Ein uns durch die Güte eines hochgeſtellten Mannes mitgetheiltes Schreiben d. d. **Frankfurt**, 22. April enthält Reſultate der Frankfurter Konferenz, die vielleicht noch nicht vollſtändig in alle Blätter übergegangen ſind. Wir geben das Weſentliche: „die Bevollmächtigten der 28 Regierungen, für welche die Kollektivnote vom 14. d. M. abgegeben iſt, halten faſt täglich Konferenzen. Die wichtigſten Reſultate, über welche ſämmtliche Bevollmächtigte ſich geeinigt haben, ſind;

1) Unbedingtes Feſthalten an der aus der zweiten Leſung der Reichsverſammlung hervorgegangenen und bereits rechtsgültig beſtehende Reichsverfaſſung;

2) Ablehnen eines Sonderbundes mit Preußen, der nicht auf jener Reichsverfaſſung fußt.

3) Ausführung der Reichsverfaſſung mit Preußen, ſelbſt wenn die übrigen deutſchen Königreiche für jetzt noch nicht beitreten ſollten."

Man nimmt an, daß für den Fall des Beitritts von Preußen die übrigen Königreiche, bezüglich welcher die Verfaſſung als bereits gültig betrachtet wird, zum Beitritt bald gleichfalls gezwungen ſein würden. Für die Eventualität des Nichtbeitritts von Preußen iſt ein beſtimmter Operationsplan noch nicht beſchloſſen, dabei aber ſo viel ausgemacht, daß die 28 Staaten in untrennbarem Verbande bleiben und in den jetzt vorliegenden Fragen zuſammenhalten wollen. So bilden ſie in der That eine Macht. Das hat ſich ſchon bewährt. Sie haben durch die Kollektivnote die ganze deutſche Frage auf einen neuen Standpunkt geſtellt und die Pläne Preußens mit einem Schlage verſchoben.

Naumburg, 18. April. Ein Vortrag in unſerer letzten Bürgerverſammlung hat hier in allen Kreiſen großes Aufſehen erregt. Dr. Keil, Redakteur eines hieſigen Lokalblattes und Vorſtandsmitglied zweier demokratiſchen Vereine, eröffnete nämlich der Verſammlung, daß ihm von Magdeburg aus Anerbietungen gemacht ſeien, zu „den gutgeſinnten Konſervativen überzutreten und daß er, falls er darauf eingehen würde, monatlich vor der Hand 10 Thlr. erhalten ſolle." Auf Verlangen ließ er den desfallſigen Brief aus Magdeburg, der mit J. A. Riemann unterzeichnet war, in Augenſchein nehmen, ſo wie einen zweiten, der dieſelbe Unterſchrift trug und mit welchem er zugleich 10 Thlr. zugeſendet bekommen hatte. Dr. Keil fragte, ob er dies Geld der Armenkaſſe übergeben ſolle. Die Verſammlung aber antwortete, er müſſe die 10 Thlr. ſelbſt behalten, worauf der Redner gelobte, trotz aller Verſuche der heiligen Sache der Demokratie ewig treu zu bleiben. (Aach. Z.)

Königsberg, 21. April. Die Blokade unſeres Pillauer Hafens iſt bis auf den heutigen Tag illuſoriſch, täglich laufen Schiffe unter neutraler Flagge ein und berichten, daß von däniſchen Kreuzern weit und breit nichts zu ſehen ſei. Der Hafen von Memel iſt bekanntlich von dem Blokade-Zuſtande ausgenommen, und zwar, wie man mit Grund annimmt, auf Veranlaſſung Rußlands, da die ganze Ausfuhr Polens in dieſem Hafen verſchifft wird. (K. Z.)

B. **Würzburg**, 25. April. Eine ſchöne erfreuliche Bewegung hat unſere alte Frankenſtadt ergriffen. Hier nur eine kurze Schilderung der Ereigniſſe, wie ſie aufeinander folgten: Montag vor acht Tagen, Volksverſammlung. Beſchluß derſelben: zwei Adreſſen und zwar eine an den baieriſchen Landtag nach München für Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung und eine andere an die Reichsverſammlung mit der Erklärung, bei unbedingter Durchführung der Verfaſſung den Vertretern des deutſchen Volkes mit Gut und Blut zur Seite zu ſtehen. Vorigen Sonntag wieder Volksverſammlung. Beſchluß: Eine Adreſſe an den König für augenblickliche Einberufung des Landtages, Ernennung volksfreundlicher Miniſter und unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung, Grundrechte und Wahlgeſetz. Von beſonderer Wichtigkeit iſt aber der Beſchluß des Magiſtrats und des Kollegiums der Gemeindebevollmächtigten, in einer Adreſſe, den König zu bitten, derſelbe möge 1) die von der deutſchen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung in Frankfurt am Main in zweimaliger Leſung beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung nebſt Reichswahlgeſetz auch für das Königreich Baiern als endgültig und verbindlich erklären; 2) jeder Abänderung dieſer Verfaſſung und Reichswahlgeſetzes, welche auf andere als in dieſer ſelbſt beſtimmten Weiſe etwa verſucht werden ſollte, den entſchiedenſten Widerſtand entgegenſetzen und 3) den in ſo wichtiger Zeit ſchon dreimal vertagten Landtag nicht weiter vertagen. Dieſe Adreſſe iſt bereits heute Morgen an den König nach München abgegangen.

Ferner fand heute Abend eine Verſammlung von Landwehrmännern ſtatt, in der ein Ausſchuß gewählt wurde, dem vom Regimentskommando eine gleiche, an den König im Namen des Landwehrregiments zu erlaſſende Adreſſe zum Gutfinden vorgelegt werden ſoll und die ebenfalls ſchleunigſt an ihren Beſtimmungsort abgeſandt wird!

Würzburgs Einwohner ſtehen gleich ihren Vorfahren feſt und treu zum deutſchen Reich. Möge ihr Beiſpiel zahlreiche Nachahmung in den übrigen Gemeinden Frankens finden und durch ſegensreichen Erfolg belohnt werden!

** **Stuttgart**, 26. April. Welcher Unterſchied in der Phyſiognomie unſerer Stadt geſtern und heute! Geſtern die Abgeſandten vom halben Lande hier, auf den Straßen permanente Volksverſammlung, überall Spannung, ob die gehoffte Löſung auch eintrete — heute die vollkommenſte Ruhe: Die Kammer feiert, die Klubs und Vereine halten inne, die Fremden ſind abgereiſt und das erſte Bedürfniß iſt für Jedermann auf die geiſtige wie phyſiſche Anſtrengung der letzten Woche hier vor Allem Ruhe. In den Gemüthern hat Befriedigung über den Sieg die Angſt, die Spannung, die Leidenſchaft verdrängt. Wie der ganze Kampf ein Werk des ganzen Volks, nicht dieſer oder jener Partei war, ſo iſt jetzt auch die Freude allgemein; ſo geſtern Abend nach der entſcheidenden Kammerſitzung auf der Straße bei dem verſammelten Volk, bei den hier anweſenden Gemeindebehörden u. ſ. w. Wenn wir ſagen: die Freude iſt allgemein, ſo ſind die beiden extremen Parteien auszunehmen. Werfen wir in dieſer Rückſicht einen Blick auf die denkwürdige Bewegung. Das Verhalten der Hofpartei, des Adels ꝛc. blieb ſich, wie leicht zu denken, durchaus gleich, feindſelig gegen alles, was die Hausmacht, den Glanz des Hofs, der Ariſtokratie berühren könnte; man hat von dieſer Seite die Betheiligung der Männer des vaterländiſchen Vereins an der deutſchen Sache noch ſchlimmer aufgenommen als die Anſtrengungen der längſt als Feind betrachteten Volksvereine. Letztere haben ſich in ihrer überwiegenden Mehrzahl von Anfang an für die deutſche Sache ausgeſprochen; nur die Aeußerſten, die Rothen hatten erſt keinen Eifer für eine Sache, die nicht die ihre. Man konnte ihren Unwillen über die Vereinigung der ſonſt getrennten Parteien, z. B. bei der erſten Stuttgarter Volksverſammlung, offen hören. Je entſchiedener der Charakter der ganzen Bewegung wurde, deſto energiſcher die Theilnahme dieſer Partei. Läßt man aber dieſe Einzelſtellung einzelner Parteien außer Auge, ſo iſt ſo viel ſicher: Ein ganzes Volk iſt aufgeſtanden, in allen ſeinen Ständen, an allen Orten und hat gegenüber ſeinem Fürſten und deſſen Rathgebern die entſchiedenſte, die reinſte Revolution zu Stande gebracht, die wenigſtens die Geſchichte der zwei Jahre 1848 und 1849 kennt. Es klebt kein Makel an ihr und wir Alle vom ſchwäbiſchen Volksſtamm, die ſie gemacht, werden in ferner Zeit auf die vergangenen Tage als die glorreichſten, vielleicht der ſchwäbiſchen Geſchichte zurückblicken können. Dem Miniſterium der Kammer, dem Volk gebührt gleiches Verdienſt, die Geſchichte der Kammerverhandlungen zählt Augenblicke des Muths, der Selbſtverleugnung, der Beſonnenheit, welche die Verſammlung ewig ehren.

Die Haltung des Volks war ſo beſonnen als entſchieden. Es mußte ſeinen Willen darſtellen, und dieß iſt geſchehen in der That durch alle geſetzlichen Mittel die es geben kann; es galt, für den Satz, den der Abgeordnete Hölder ſo richtig in der Debatte einmal anwandte: „wenn wir Alle aber anders wollen, als Du, wie dann?" Die Grundlage zu ſchaffen, und auf ihr mußte der Sieg erfolgen. Nehme man als Zeichen der außerordentlichen

Einigkeit des Volks aus dem vorhandenen ſtatiſtiſchen Material nur das eine, daß unter all den tauſend und aber tauſend Adreſſen und Erklärungen nur zwei, worunter eine von der katholiſchen Stadt Ehingen, ſich gegen die Haltung der Kammer erklärten. Die Sprache unſeres Oberlandes hat namentlich die Seichtigkeit der vorhergegangenen Adreſſenmacherei eines Gfrörer und Oſterdinger ins hellſte Licht geſtellt. Wir haben die Bewegung eine makelloſe genannt; ſie iſt dieß, und iſt es bis zum letzten Zeitpunkt geblieben, aber zur rechten Zeit, um ihr dieſen ſchönen Charakter zu erhalten, erreichte ſie ihr Ende. Der Zeitpunkt war vor der Thüre, wo die Führer der Volksvereine Ueberſtürzung mit allen ihren ſchlimmen Folgen nicht mehr hätten verhüten können; denn alle friedlichen Mittel der Agitation waren erſchöpft und der einmal begonnene Streit der Waffen ſetzt ſich nicht mehr die zum Voraus ihm angeſonnene Grenzen. Zuzug von Bewaffneten vom ganzen Lande, Belagerung unſerer Stadt, das ſtand zuletzt in nächſter Ausſicht, wenn die Krone die widerſtrebende Kammer aufgelößt, und eine etwaige proviſoriſche Regierung bekämpft hätte. Der moraliſche Sieg, den wir errungen, ſteht jetzt unendlich höher da, als ein phyſiſcher, an welchem wir bei der Stimmung des Volks freilich nicht gezweifelt hätten; denn, maßvoll ebenſo ſehr wie vollſtändig, wie jetzt der Sieg errungen iſt, läßt er keine Reaktion zu, bleibt er für ewig ein Sieg der Volksſache gegen ein auf falſcher Bahn befindliches Fürſtenhaus und ſeine ſchlechten Rathgeber und falſchen Freunde. Im Sieg des Volks iſt dabei die moraliſche Macht eines Fürſtenhauſes untergegangen, auch der Ruhm, den ſich unſer König im März v. J. und ſeither noch erworben, und das ganze Königthum hat einen ſchweren Schlag empfangen. Es mußte ſo kommen! Das napoleoniſche Rheinbundskönigthum konnte ſich dem Bundesſtaat Deutſchland nicht fügen, es mußte zum Heile Deutſchlands gebrochen werden. Dieß iſt geſchehen in unſrer unblutigen aber großen Revolution vom April 1849, Würtemberg iſt jetzt wieder ein Reichsfürſtenthum, als hätte die königliche Souveränetät nie ſtattgehabt, und nimmermehr wird es fortan dem Reiche im Wege ſtehen. Als Herzogthum Schwaben aber ſoll es wieder wie ſonſt in des Reiches Vorſtreit ſtehen. Zunächſt ſei der Vorſtreit die Macht des Einfluſſes unſerer That auf unſere Brüder in Sachſen, in Hannover, in Baiern. Wir wollen hier mit Römers Wort ſchließen: „wenn ſich die Regierungen von Sachſen, von Hannover, von Baiern weigern, die deutſche Reichsverfaſſung anzunehmen, ſo werden ſie ihre Völker dazu zwingen." Sei dann der Zwang der, welchen die Schwaben mit ſolchem Erfolg angewendet haben!

* **Freiburg**, 25. April. In der heutigen Generalverſammlung des Freiburger vaterländiſchen Vereins wurde eine Dank-Adreſſe an die Würtemberger für ihr treues und muthiges Ausharren bei der Reichsverfaſſung einſtimmig beſchloſſen.

× **Darmſtadt**, 26. April. Um zur Hebung der gedrückten Gewerbe ein Scherflein beizutragen, haben ſich, nachdem Kanzliſt Speyer von Darmſtadt, von welchem der Plan ausgegangen war, die erforderlichen Vorbereitungen getroffen, mehrere Abgeordneten der Gewerbhallen und Vereine in Darmſtadt verſammelt um den Plan einer gemeinſamen Gewerbeausſtellung und Verlooſung zu beſprechen. Nachdem die Verſammlung die erforderlichen Berathungen gepflogen hatte, wurde beſchloſſen, das Publikum zur kräftigſten Unterſtützung aufzufordern, demſelben das Weſentliche des Plans in Kürze mitzutheilen. Dieſes iſt Folgendes: In den Hallen der einzelnen Städte findet dieſes Frühjahr eine Lokal-Gewerbeausſtellung ſtatt, und werden hiervon aus dem Ertrag der Looſe preiswürdige Gegenſtände angekauft, ſodann im Monat Juni nach Darmſtadt gebracht, um zu einer gemeinſamen Gewerbeausſtellung vereinigt und nach dem desfalls entworfenen und ſpäter beſonders ausgegeben werdenden Plane verlooſt zu werden. Looſe zu dieſer Verlooſung ſind in den Hallen der betreffenden Städte à 1 fl. ſo wie in den Buchhandlungen von Jungbaus und Pabſt zu Darmſtadt gegen portofreie Einſendung des Betrags und 4 kr. Beſtellgeld zu erhalten. Herr Speyer, deſſen Unternehmen vom Reichshandelsminiſterium unterſtützt wird, reiſt umher um für dieſen Zweck nach Kräften zu wirken.

△ **Darmſtadt**, 27. April. Vorhin haben in unſerer zweiten Kammer die Abgeordneten Lehne, v. Steinherr, Volhard, Kloch, Behlen, Frank, Cretzſchmar, Heldmann, Chr. Zöppritz, Mohr, Hillebrand und K. Zöppritz den nachſtehenden Antrag geſtellt: „Die Kammer wolle durch ihren Beſchluß 1) der zweiten Kammer, dem Volke in Würtemberg und insbeſondere der Bürgerwehr der Reſidenzſtadt Anerkennung und Dank ausſprechen für ihre würdige feſte Haltung, für ihr entſchiedenes Handeln gegenüber den Angriffen auf die durch den geſetzlichen Ausdruck des ſouveränen Volkswillens geſchaffene Reichsverfaſſung; 2) die Kammern und das Volk aller Einzelſtaaten auffordern, unter gleichen Verhältniſſen in gleich würdiger und kräftiger Weiſe die Ehre der deutſchen Nation und das Palladium ihrer Freiheit zu wahren." Morgen kommt nach erſtattetem Ausſchuß-Berichte der Antrag zur Berathung.

* **Altona**, 24. April, Abends. Uebereinſtimmenden Ausſagen von Reiſenden zufolge, deren Beſtätigung natürlich abzuwarten iſt, wäre Kolding das Opfer ſeines eigenen Fanatismus geworden! Als am geſtrigen Tage unſere braven Krieger dem Feinde entgegenrückten und ſich nach langem, heftigen Kampfe mit großem Verluſt an Todten und Verwundeten vor der großen Uebermacht des Feindes in das Innere der Stadt kämpfend zurückziehen mußten, da ſtürzten ihnen die Einwohner dieſer Stadt aus den Fenſtern glühende Kohlen, ſiedendes Waſſer und ſonſtige Flüſſigkeiten auf die Köpfe, und von den Dächern wurden ſchwere Steine auf die Reihen der Unſrigen gewälzt. Schrecklich ſollen die Verſtümmelungen einzelner Soldaten ſein. Wenn auch wenige eines plötzlichen Todes ſtarben, ſo ſind doch viele unter ihnen, an deren Geneſung man ſehr zweifeln muß. Einzelne ſind bereits unter den größten Schmerzen verſchieden. Die Kranken und Verwundeten erfuhren von Seiten der Koldinger eine unglaubliche rohe Behandlung. Man verſagte ihnen Alles, auch ſelbſt das Nothwendigſte. In Folge aller dieſer Scheußlichkeiten, welche bald zur Kunde des Obergenerals Bonin gelangten, ſandte derſelbe ſofort die nöthige Artillerie nach Kolding, mit dem Befehle, die Stadt in Grund und Boden zu ſchießen. Die Beſchießung begann geſtern Nachmittag um 3 Uhr, nachdem unſere Truppen ſich aus dem ſüdlichen Theile der Stadt nach Wonſild zurückgezogen und ſämmtliche Kranke und Verwundete in Sicherheit gebracht hatten. Es währte nicht lange und die ganze Stadt ſtand in hellen Flammen, welche noch aus derſelben emporſchlugen, als die letzte Feldpoſt von Wonſild, dem Hauptquartier Bonin's (geſtern Abend 11 Uhr), abging. Unſer Verluſt ſoll, wie ſich denken läßt, ſehr bedeutend ſein, doch nicht minder der der Dänen. Nach einigen Berichten ſoll das 13. däniſche Bataillon, aus lauter Schleswigern beſtehend, nachdem es eine Salve auf 50 Schritte gegeben, trotz aller Beſtrebungen ſeiner Offiziere, die Waffen geſtreckt haben und 17 der Letzteren gefangen ſein. Auch heißt es, eine Schwadron blauer Huſaren ſei gänzlich aufgerieben. Mit dieſen Nachrichten trifft auch das Gerücht ein, daß Orla-Lehmann gefangen genommen und nach Schleswig geſchafft iſt. Näheres läßt ſich noch nicht angeben. (H. C.)

Altona. Der „N. fr. Pr." wird aus London vom 20. Folgendes geſchrieben: „Schon vor mehreren Tagen gingen an der Börſe Gerüchte über Ausſichten auf baldige Schlichtung der däniſchen Frage, — Gerüchte, die geſtern auf einmal Niemand mehr glauben wollte. Die Natur von Börſengerüchten und Nachrichten, die ein reſpektables Handlungshaus einem andern mittheilt, nur zu gut kennend, hielt ich es nicht der Mühe werth, darüber zu berichten. Heute kann ich Ihnen übrigens als poſitiv gewiß melden, daß Schritte geſchehen ſind, König Leopold von Belgien zu bewegen, das Amt eines Mittlers in der däniſchen Frage zu übernehmen, allein ob ſich derſelbe dazu bereit erklärt hat oder nicht, iſt mir einſtweilen noch unbekannt."

Leck, 23. April. Laut hier eingegangenen zuverläſſigen Privatnachrichten haben geſtern Nachmittag die Dänen Föhr wieder geräumt. Es mag ihnen daſelbſt nach den Zuzügen von deutſchen Truppen (namentlich preußiſche Infanterie und Kavallerie), welche die Weſtküſte in der jüngſten Zeit gehabt, nicht länger geheuer geſchienen ſein. Neben dieſer Nachricht heißt es, daß auf Föhr Keiner gepreßt worden ſei, und daß die Dänen dort überhaupt durch ihr Betragen nicht eben ſonderlich Urſache zur Klage gegeben haben. (D.-T.)

♉ **Schleswig**, 24. April. Die Schleswig-Holſteiniſche Armee hat am Jahrestage des Treffens bei Schleswig ein ſieg-

reiches Gefecht bei Colding beſtanden. Durch den Hauptmann Steiber iſt ſoeben der erſte Bericht des Generals von Bonin eingegangen, den ich Ihnen mitzutheilen im Stande bin.

Colding, 23. April Nachmittags 4 Uhr. Einer hohen Stadthalterſchaft verfehle ich nicht, die ganz ergebenſte Anzeige zu machen, daß mich heute früh 8 Uhr die däniſche Armee in einer Stärke von 18 Bataillonen, drei Regimentern Kavallerie, einer zahlreichen Artillerie, unterſtützt von einer Korvette und 2 Kanonenböten im Fjord von Colding, in meiner Stellung bei Colding angegriffen hat. Nach einem langen und blutigen Gefecht von 6 Stunden, iſt der Feind auf allen Punkten zurückgeſchlagen worden. Colding, was zuerſt als Brückenkopf betrachtet, von der Avantgarde nach rühmlichem Widerſtande auf meinen Befehl geräumt, wurde ſpäter als ich um 2 Uhr mit dem linken Flügel von Gielballe mit der zweiten Brigade die Offenſive ergriff, von der erſten Brigade mit Sturm wieder genommen. Ich verfolge den Feind in der Richtung auf Veile. Die Stadt Colding iſt faſt niedergebrannt. Die Oberſten Graf Baudiſſin und v. Sachan ſind verwundet, glücklicher Weiſe nicht bedeutend. Der heutige beiderſeitige Verluſt beträgt wohl 1000 Mann an Todten und Verwundeten. gez. v. Bonin.

) **Schleswig**, 24. April. Ich bin faſt ſchwindlich vor Freude. Die Dänen haben circa 22,000 Mann ſtark die Unſrigen in Kolding angegriffen, und unſre Avantgarde zuerſt zurückgedrängt. Gleich darauf aber hat Bonin die Dänen angegriffen und total geſchlagen. Kolding iſt in Flammen aufgegangen. Unſer erſtes Jägerkorps hat ein däniſches Dragonerregiment, welches einen Chock machte, bis auf 50 Schritte an ſich heran kommen laſſen, und es dann total in die Flucht geſchlagen. Eben verließt Jakobſen in der Landesverſammlung den offiziellen Bericht Bonin's. Es haben lediglich ſchleswig-holſteiniſche Truppen gekämpft. Bonin verfolgt die Dänen. 1000 Todte und Verwundete auf beiden Seiten. General Baudiſſin und Obriſt Sachau verwundet. Nähere Details fehlen. Wir haben Gefangene gemacht. Wie viel, weiß ich nicht. Bonin ſchreibt, alle Truppen hätten ſich gleich tapfer geſchlagen; er wiſſe daher keinen Truppentheil hervorzuheben. Orla Lehmann ſitzt in dieſem Augenblick auf Schloß Gottorf gefangen. Heute wird die Stadt illuminirt. Daß unſere Truppen dieſen Sieg allein erfochten haben, wie herrlich.

Nachſchrift. Die Dänen ſind 18 Bataillone, drei Kavallerie-Regimenter und die nöthige Artillerie ſtark geweſen. Die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion beſtand aus 14 Bataillonen zu 920 Mann, 10 Eskadron und das entſprechende Geſchütz. Merkwürdig iſt, daß der Sieg am Tag der Schlacht von Schleswig ſich ereignet hat.

Großbritannien.

* **London**, 24. April. „Daily News" bemerkte neulich über die gegenwärtige reaktionäre Weltlage: „Wir befinden uns jetzt auf dem Wege vollſtändiger Reaktion und ſind eingeſtandenermaßen zu den Ideen, Grundſätzen und politiſchen Glaubensartikeln von 1815 zurückgekehrt, Rußland iſt wieder nahe daran, ſeinen alten Einfluß wiederzugewinnen. Oeſterreich hat ſich gänzlich in Rußlands Arme geworfen, während eine und dieſelbe Hand die Politik beider Länder leitet. Gegenüber einer ſolchen furchtbaren Verbindung zaudert Preußen und zeigt ſich feig. Frankreich thut ſein Möglichſtes (?), um Widerſtand zu leiſten, aber mit jedem Tage zeigt es ſich mehr, wie machtlos die Anſtrengungen Frankreichs ſind. In England ſehen wir die Reaktion in eben ſo deutlichen Umriſſen als ſelbſt in Wien. Lord Aberdeen hat noch einmal das alte Hofkleid ſeiner Ideen angezogen. Er ſpricht ganz ſo ſtolz, herabwürdigend und abſolutiſtiſch wie Neſſelrode. Er wendet ſich nicht mehr an das Haus als Kollege Peels, ſondern als das Echo von Lord Brougham's und Lord Stanley's aufgefriſchter Neigung zum Abſolutismus." Derſelben Zeitung zufolge beabſichtigt die jetzige franzöſiſche Regierung, die bisher nur wenig gethan und ſich in den Geruch des Liberalismus zu ſetzen ſuchen müſſe, mit ihrer Expedition nach Rom nichts weiter, als den Plan einer Trennung der weltlichen von der geiſtlichen Macht des Papſtes zu verwirklichen und eine profane Regierung mit konſtitutionellen Bürgſchaften einzurichten. Etwas Aehnliches habe ſchon Roſſi im Sinne gehabt, und die Prieſter und Rückſchrittsmänner ſeien die erſten geweſen, welche ſeine Pläne gekreuzt hätten und bei ſeinem unglücklichen Ende in Jubel ausgebrochen wären. Auch der „Examiner" meint, daß die Franzoſen ihrem Entſchluſſe treu bleiben würden, in Rom eine verfaſſungsmäßige Regierung zu errichten; die Politik der franzöſiſchen Regierung ſcheine es zu ſein, Rom zu einem Mittelpunkt des franzöſiſchen Einfluſſes in Italien zu machen, und dies könne ſie nur dadurch erreichen, daß ſie dort den gemäßigten Liberalismus in ihre Obhut nähme. Daher habe ſich Frankreich aufs Hartnäckigſte einer ſpaniſchen, ſardiniſchen, öſterreichiſchen oder neapolitaniſchen Intervention im Römiſchen widerſetzt. Dem Papſt ſei nun freilich die franzöſiſche Intervention gerade nicht ſehr willkommen; denn obſchon er einige liberale Neigung blicken laſſe, ſo ſei ſein erſter Miniſter und Rathgeber, Antonelli, von ſolchen Anwandlungen gänzlich frei. Bei alledem meint der „Examiner", daß Oeſterreich und Frankreich in beſſerem Einvernehmen mit einander ſtänden, als man im Allgemeinen glaube.

Die „Times" zeigt ſich den Dänen gegenwärtig im Ganzen viel weniger geneigt, als früher. Sie ſagt in einer ihrer jüngſten Nummern unter andern: „Das Verfahren des Kopenhagener Kabinets und des däniſchen Kriegsminiſteriums ſeit der Erneuerung der Feindſeligkeiten zeigt mehr Hartnäckigkeit als Klugheit. War es nöthig, den Krieg wieder aufzunehmen, ſo erforderte es die Politik Dänemarks offenbar, zu keiner andern Operation von angreifendem Charakter als bloß zur Blokade ihre Zuflucht zu nehmen und das Landheer für die Vertheidigung der Feſtungen und Inſeln aufzuſparen." Die Beweggründe, welche Dänemark zu einer ſo plötzlichen Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten veranlaßten, meint die Times, ſeien ſchwierig einzuſehen, und wenn nicht Rußland dahinter ſtecke, ſo müſſe man annehmen, daß der König von Dänemark das Opfer einer einheimiſchen wüthenden Kriegspartei, oder durch die Hoffnung, andere Mächte in den Streit zu verwickeln, verblendet ſei. Auch ſei es nicht unmöglich, daß die Dänen hofften, ſich für ihre Verluſte zu Land durch zahlreiche Priſen zur See ſchadlos zu halten. Folgen Klagen über die Störungen, welche der Krieg im Handel veranlaſſe, die Waizenpreiſe ſtiegen, weil die Kornſchiffe aus der Oſtſee ausblieben, mehrere engliſche nach Deutſchland beſtimmte Fahrzeuge wären nach Hull und der Themſe wieder zurückgekehrt, auf der Rhede von Cowes läge eine ganze Flottille von Hanſeatiſchen Fahrzeugen, und die Hafenpolizei von Leith haben alle Hände voll zu thun, um die preußiſchen und däniſchen Matroſen abzuhalten, den Kampf ihrer Heimathländer in jenem Hafen auszufechten.

Auch der „Globe" klagt bitter über die nachtheiligen Folgen dieſes Krieges; die verſchiedenen Häfen im Kanal ſeien faſt zu Zufluchtshäfen für die deutſchen Schiffer geworden, und die Briefe aus dem nördlichen England ſprächen von dem Druck, der auf allen vom Feſtlande abhängigen Geſchäften laſte, in der kläglichſten Weiſe.

Folgende Mittheilung leſen wir in der „Daily News": „Geſtern erhielt man im Hotel der preußiſchen Geſandtſchaft die Nachricht, daß der Kaiſer von Rußland an den König von Dänemark eine ſtrenge Note erlaſſen hat, worin er die Dänen für die Wiedereröffnung der Feindſeligkeiten tadelt und ſeinem königlichen Bruder den nachdrücklichen Rath ertheilt, den Streit zu ſchlichten und Schleswig eine Verfaſſung zu bewilligen."

Der „Herald" berichtet, daß die nach Kopenhagen beſtimmte däniſche Kriegsbrigg Ornen, von 18 Kanonen, am 18. April in Cowes ankam, und daß der Kommandeur ſofort nach London reiſte, um ſich von dem däniſchen Geſandten Verhaltungsbefehle einzuholen. Nach der Rückkehr deſſelben ſegelte der Ornen, ſtatt nach Kopenhagen, vielmehr weſtwärts, um auf alle etwa im Kanal auf der Heimreiſe begriffenen deutſchen und preußiſchen Schiffe Jagd zu machen. Der „Herald" meint, daß dieſe Schiffe wahrſcheinlich von dem Wiederbeginn der Feindſeligkeiten nichts wiſſen und daher leicht eine Beute der feindlichen Brigg ſein würden. Als die däniſche Brigg auf der Rhede von Cowes erſchien, zogen alle deutſchen Schiffe, die ſich dorthin geflüchtet hatten, die nationale Flagge auf.

Frankreich.

* **Paris**, 24. April. Die Regierung zeigt amtlich an, daß vorgeſtern Abend 7 Uhr die nach Civita Vecchia beſtimmte Flotte bei ruhigem Meere und dem ſchönſten Wetter die Rhede von Marſeille verlaſſen hat. Nur um die durch dieſe Expedition entſtandenen Lücken in der im Süden ſtationirten Militärmacht auszufüllen, ſind einige Regimenter zur Alpenarmee geſtoßen, wodurch das Gerücht von Truppenbewegungen nach der Grenze von Savoyen zum Schutze Sardiniens entſtanden iſt, das die geſtrige Börſe ſo beunruhigte. Der „Conſtitutionel" will überhaupt daran zweifeln, daß die öſterreichiſche Regierung, die ſo oft Beweiſe

ihrer Mäßigung und Geſchicklichkeit gegeben habe, geneigt ſei, ihre Forderungen an Piemont zu übertreiben und namentlich eine Entſchädigung zu fordern, die offenbar die Einkünfte ſämmtlicher ſardiniſchen Staaten auf drei bis vier Jahre abſorbiren und das Land gänzlich zu Grunde richten würde. Es ſcheint, daß nur Radetzky, durch das Verfahren ſeiner Regierung verletzt, die, ohne ſich um ihn zu kümmern, in Mailand und Paris diplomatiſche Unterhandlungen zur Abſchließung des Friedens anknüpfen läßt, auf der Kriegsentſchädigung von 200 Millionen und der Beſetzung von Aleſſandrien beſteht. Er hat bereits mehrere Regimenter über den Teſſin in die Lomellina zurückkehren laſſen. Der öſterreichiſche Bevollmächtigte hat aber ſchon der hieſigen Regierung die Verſicherung gegeben, daß das Wiener Kabinet dem Feldmarſchall Radetzky die Weiſung ertheilen wird, von ſeinen übertriebenen Forderungen an Piemont abzuſtehen. Allein man weiß, daß der alte Krieger einen ſehr ſchwierigen und empfindlichen Charakter hat, und bei jeder Gelegenheit ſeine Entlaſſung anbietet.

Die „Preſſe" enthält von ihrem wohlunterrichteten Korreſpondenten folgende Nachrichten über den gegenwärtigen Stand der Friedensunterhandlungen: „Was die politiſche Seite der Frage betrifft, ſo iſt dieſelbe ohne alle Schwierigkeiten dahin entſchieden worden, daß der status quo ante bellum, d. h. die Gebietsgrenzen, wie ſie durch die Verträge von 1815 beſtimmt ſind, wiederhergeſtellt werden, ſo daß in Zukunft der Turiner Hof keinerlei Anſprüche auf das lombardiſch-venetianiſche Königreich mehr erheben kann. Dieſe Bedingung, ohne welche Radetzky den Waffenſtillſtand zu Novara nicht unterzeichnet hätte, iſt von dem König Viktor Emmanuel auf ſein Ehrenwort damals angenommen und demgemäß auch von dem Bevollmächtigten der ſardiniſchen Regierung, dem General Da Bormida und Hrn. Buoncompagni, zu Mailand ohne Anſtand zugegeben worden. Die finanzielle Seite der Frage ſtößt auf mehr Hinderniſſe, da die Kriegskoſten für die beiden Feldzüge von 1848 und 1849 ſich nach den Berechnungen der öſterreichiſchen Regierung auf 125 Millionen Franken belaufen, während die ſardiniſchen Bevollmächtigten nur 60 Millionen anzubieten beauftragt ſind. Hr. Buoncompagni hat ſich aus dieſem Grunde wiederum nach Turin begeben, beſonders weil Radetzky behauptet, daß der König Viktor Emmanuel, bevor er ſich beſtimmen ließ, nicht nach Turin zu marſchiren, die Wiedererſtattung der Oeſterreich verurſachten Kriegskoſten verſprochen habe. In Bezug auf die eigentliche Veranlaſſung (?) des Kriegs zwiſchen Oeſterreich und Piemont, die im Jahre 1846 von Oeſterreich eingeführte hohe Eingangsſteuer von 5 Fr. pro Centner auf piemonteſiſche Weine, welche einem abſoluten Verbote gleichkam und den Handel der piemonteſiſchen Grenzprovinzen plötzlich lähmte, ſcheint Oeſterreich ganz bereit, den Anſprüchen Piemonts zu genügen, indem es den erwähnten Eingangszoll auf die Hälfte herabſetzen würde."

Das Journal de Rouen bringt aus Veranlaſſung des Bankruttſtreits eine Erzählung, in der Hr. Bethmont ſelbſt als der Urheber des berüchtigten Vorſchlages erſcheint: „Eines Abends gegen 10 Uhr, war die proviſoriſche Regierung in dem blauen Saale des Finanzminiſteriums verſammelt. Es war dies das erſte Mal, daß die Sitzung nicht auf dem Stadthauſe abgehalten wurde. Hr. Flocon war nicht zugegen, Hr. Ledru Rollin traf erſt ſpäter ein. Hr. Goudchaux war nicht mehr Miniſter. Die Mitglieder der Regierung und die Miniſter ſaßen um den Tiſch herum, Hr. Bethmont allein ſtand, den Rücken gegen das Kamin gekehrt. Hr. Bethmont begann eine Reihe von Finanzmaßregeln zu entwickeln, deren Ziel die Einſtellung jeder Zahlung war. Sogleich wurde das Wort: Bankrutt! dem Redner zugeſchleudert und ein Mitglied des Miniſterrathes ſagte: „In einem halben Jahre, in einem Jahre wird eine Reaktion gegen die Republikaner, gegen uns ſtattfinden. Die royaliſtiſchen Parteien, von ihrem Schrecken zurückgekommen, werden ſich erheben. Laſſet ihnen nicht jenes Wort, das ihnen zur Waffe gegen uns dienen würde!" So oft Hr. Bethmont wieder anfing zu reden, unterbrach ihn das verhängnißvolle Wort. Zuletzt ſagte er zu ſeinen Unterbrechern: „Sie können die Maßregeln, die ich entwickele, verwerfen, allein geſtatten Sie denſelben die Ehre einer kaltblütigen Diskuſſion, denn ſie kommen von einem Sachverſtändigen." Der Miniſterrath war unbeugſam und ertrug nur mit Ungeduld dieſe Entwicklung. Ein einziger der Anweſenden wollte, daß man Hrn. Bethmont ruhig anhöre; es war Hr. Marie. „Ich will den Bankrutt eben ſo wenig, wie Sie, meine Herren," ſagte Hr. Marie zu ſeinen Kollegen, indem er ſie bat ſeinen Amtsgenoſſen und Freund anzuhören; „allein wenn man Ihnen eine ganze Reihe von Finanzmaßregeln vorſchlägt, ſo müſſen Sie wenigſtens ihren Werth ernſtlich prüfen und ſie nicht gleichſam mit dem Fuß von ſich ſtoßen, ohne ſie unterſucht zu haben." „Erinnert ſich Hr. Bethmont dieſes Abends?" Es iſt nicht zu bezweifeln, daß dieſe Erzählung wieder einen neuen Sturm in der ohnehin aufgeregten Nationalverſammlung hervorrufen wird. Der Banquier Delamarre ſeinerſeits, von Paris abweſend, als Hr. Ledru Rollin ihm die Erfindung eines Planes zur Laſt legte, der die Republik durch Handlungen entehren ſollte, die einem Raub unter Drohungen geglichen haben würden," läßt heute in den Journalen ſeiner Partei ein Schreiben veröffentlichen, worin er behauptet, vor Hrn. Ledru Rollin und zwar im Beiſein des Hrn. Jules Favre allerdings den Plan zur Gründung einer Escomptir-Bank, wozu die reichſten Häuſer von Paris 10 Millionen hergeben ſollten, entwickelt, keineswegs aber von einer gewaltſamen Eintreibung dieſer Summe geſprochen zu haben, was ohnehin aus dem Grunde ganz abſurd ſei, weil die von ihm vorgeſchlagene Maßregel ganz im Intereſſe der Banquiers ſelbſt gelegen und gar keine Opfer an baarem Geld von denſelben erheiſcht haben würde. Hr. Ledru Rollin, der ſich ebenfalls von Paris entfernt hat, läßt dagegen zum Voraus durch Hrn. Etienne Arago erklären, daß er bei der Wahrheit ſeiner Angaben in Bezug auf ſeine Unterredung mit Hrn. Delamarre beharre. Herr Delamarre wird Hrn. Ledru Rollin gerichtlich belangen.

Im Miniſterium des Innern iſt heute die telegraphiſche Nachricht vom Tode des bekannten Hrn. Genoude, Haupt-Redakteurs der Gazette de France angelangt. Derſelbe iſt auf einer der Inſeln an einem chroniſchen Bruſtübel geſtorben.

Der franzöſiſche Konſul zu Tanger hat in Folge einer von dem marokkaniſchen Gouverneur ihm widerfahrenen Beleidigung — letzterer hatte einen dem Konſul gehörigen Mauren ins Gefängniß werfen laſſen und jede Erklärung oder Genugthuung grob verweigert — die Konſulatsfahne herabnehmen laſſen und einen Courier mit ſeinen Beſchwerden an den Kaiſer nach Fez abgeſandt. Der Konſul verlangt, daß die Araber die Fahne wieder aufziehen und mit 21 Schüſſen begrüßen ſollen. Es heißt, daß die Regierung eine Flotten-Abtheilung nach Tanger abgehen laſſen wird.

* **Paris**, 25. April. Die Nationalverſammlung hat heute die Berathung des Geſetzes über die Militärorganiſation fortgeſetzt. Es fanden ſich keine Schwierigkeiten, bis man an den Abſchnitt von „der Befreiung (vom Kriegsdienſt) und der Umlage (der Ablöſungsſteuer)" kam. Hier bat Goudchaux von Neuem die Verhandlung zu vertagen, wenigſtens bis zum Montag; man würde bis dahin Zeit haben, ſich über die Tragweite dieſer wichtigen Beſtimmungen zu unterrichten. Lamoriciere beſtand auf der Fortſetzung der Verhandlung, die gerade geeignet wäre, Aufklärungen zu verſchaffen. Die Verſammlung ging endlich darauf ein, aber unter der ſtillſchweigenden Bedingung, daß heute kein Votum erfolge. Eine ſolche Verhandlung bietet aber kein Intereſſe. Am Schluß der Sitzung bat Ledru Rollin, das Geſuch, welches der Abgeordnete Delamarre auf Ermächtigung zur gerichtlichen Unterſuchung gegen ihn geſtellt hat, auf die morgende Tagesordnung zu ſetzen. Ledru Rollin erklärte dabei, trotz des Widerſpruchs des Hrn. Delamarre bliebe er bei ſeinen Behauptungen. Die Verſammlung wollte die Heiligkeit der Tribüne gewahrt haben, und wies das Geſuch Delamarre's zurück.

Hr. Valerio, Mitglied der piemonteſiſchen Regierung, iſt zu Paris angekommen. Man bringt ſeine Reiſe mit den Forderungen Radetzky's, die ſogar auf eine Abänderung der Verfaſſung hinzielen ſollen, in Verbindung.

Die Wahlverſammlung zu Liſieur hat ſich gegen die Kandidatur des Hrn. Guizot und für die Kandidatur des Hrn. Besnard erklärt. Man ſieht alſo, die Furcht, daß die Legislative königlich geſinnt werde, iſt übertrieben; wenigſtens dürfen die Royaliſten ihre Maske nicht ſo offen wie Hr. Guizot ablegen.

Die Kourſe ſchloſſen an der heutigen Börſe die 3% 56,25; die 5% 87,65; Bankaktien 2385.

Portugal.

* **Liſſabon**, 19. April. Nachrichten aus der portugieſiſchen Hauptſtadt von dieſem Datum brachte das Dampfſchiff Jupiter am 21. nach Southampton. Hiernach war der ehemalige König von Sardinien, Karl Albert, bereits auf ſeinem Wege nach Liſſabon in Oporto angekommen. Die politiſchen Nachrichten aus

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die Reichsverfaſſung. Die Differenzen zwiſchen dem Reichsverweſer und dem Miniſterium ſind gehoben. Die Kommiſſarien an die Einzelregierungen ſind ernannt. Aufforderung an die Reichstagsabgeordneten. Nachricht aus München. Herr Baſſermann und die Berliner Ereigniſſe.) Wien (Armeebülletin. Aufregung in der Stadt. Räumung von Ofen und Peſth. Jellacic nach Kroatien. Karlowitz beſchoſſen. Die ungariſche Armee. Lloyd und die deutſche Frage. Die israelitiſche Gemeinde. Ausweiſung der Fremden. Die Ruſſen. Die Ungarn angeblich vier Stunden vor Wien. Feier des Geburtstagsfeſtes Kaiſer Ferdinand's durch Koſſuth. General Bem.) Berlin (Telegraphiſche Nachricht von der erfolgten Auflöſung der zweiten Kammer. Die Urſachen des Rücktritts von Hrn. Camphauſen. Graf Bülow. Herr v. Radowitz. Der Belagerungszuſtand. Zwieſpalt zwiſchen den Konſervativen und dem Miniſterium. Erklärung der Königreiche. Das Miniſterium will den Belagerungszuſtand nicht aufheben. Aufregung.) Hannover (Die zweite Kammer ebenfalls aufgelöſt). Emden (Großartige Demonſtration beabſichtigt.) Schleswig (Darſtellung der Schlacht von Kolding.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 28. April.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt,** 28. April. Das heutige Reichsgeſetzblatt enthält die Reichsverfaſſung. „Das iſt unſer! ſo laßt uns ſagen und ſo es behaupten!“

⁝ **Frankfurt,** den 28. April. 2 Uhr Mittags. Die gefürchteten Differenzen zwiſchen dem Reichsverweſer und dem Miniſterium ſind gehoben; es herrſcht gegenwärtig vollkommenes Einverſtändniß zwiſchen ihnen. Die Kommiſſarien, welche den Regierungen der Einzelſtaaten die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung mittheilen und auf deren Vollziehung wirken ſollen, ſind bereits ernannt und ihre Vollmacht unterzeichnet; ſie werden morgen früh abgehen. Es ſind Herr Baſſermann für Berlin, Herr Mathy für München, Herr Seebeck für Hannover, Herr v. Watzdorf für Dresden. *)

* **Frankfurt,** 28. April. Das Frankfurter Journal enthält folgende Aufforderung an die Abgeordneten:

Das Vaterland iſt in Gefahr! Die preußiſchen Kammern ſind aufgelöſt! Bei Kreuznach werden Truppen zuſammengezogen; zur Oktroyirung ſind Truppen nöthig. Der vormärzliche Despotismus will den letzten Schlag führen. Frankfurt muß und wird endlich handeln! Kein Abgeordneter darf ſich jetzt entfernen, jeder Abweſende möge ſofort zurückkehren!

Die Volksverſammlungen in der Umgegend mögen ſich nicht wundern, wenn unter dieſen Umſtänden die Abgeordneten zu erſcheinen verhindert ſein ſollten.

Frankfurt, 27. April 1849. Raveaux. Löwe. Nauwerck. Freeſe. Melly. Schulz aus Weilburg. Vogt. Hehner. Eiſenſtuck. Clauſſen. Reitter.

⁝ **Frankfurt,** 28. April. Man berichtet, daß in Folge der in München herrſchenden Aufregung und der dadurch verurſachten Unruhen, die von einigen nur als Auflauf geſchildert werden, der Stadtrath von München ſich in Permanenz erklärt habe. Etwas Verbürgtes iſt nicht in Erfahrung zu bringen.

⊙ **Frankfurt,** 28. April. Die von uns gemeldete Abreiſe des Herrn Baſſermann iſt bis jetzt, und wie wir Grund haben zu glauben, in Folge der von Berlin eingetroffenen telegraphiſchen Nachricht von der geſtern erfolgten Auflöſung der zweiten preußiſchen Kammer unterblieben. Der Eindruck, welchen die Maßregel in den hieſigen Kreiſen hervorbringt, iſt ein ſehr verſchiedenartiger. Die Freunde des Königthums ſind tief beſtürzt, ſeine Feinde jubeln. Die Geſellſchaft, die ſich des Abends im engliſchen Hofe zu verſammeln pflegt, gehört bekanntlich nicht zur äußerſten Demokratie. Allein allgemein ſprach ſich der Gedanke aus, daß durch dieſe „neueſte Blüthe des preußiſchen Konſtitutionalismus“, um in einem jetzt ganz gerechtfertigten Bilde des Herrn Vogt zu ſprechen, die Kriſis — nicht blos für die deutſche Verfaſſung, daß die Kriſis für die Monarchie überhaupt in der gefährlichſten Weiſe heraufbeſchworen ſei. Ihr Ende aber wäre ſchon jetzt mit Gewißheit vorauszubeſtimmen: wenn das Königreich Preußen von — Schwaben bewohnt wäre.

△ **Wien,** 23. April. Die hieſige israelitiſche Gemeinde hat aus Anlaß der Konſtitution vom 4. März eine bedeutende Subſkription zuſammen gebracht und will dafür ein Kriegsſchiff kaufen und dem Staat damit ein Geſchenk machen, welches den Namen „Emancipation“ erhalten ſoll. Die Kinder israelitiſcher Eltern dürfen nach einem Erlaſſe des Unterrichtsminiſteriums, jetzt auch evangeliſche Schulen beſuchen. Die hier anweſenden Fremden, welche über ihren Erwerb oder ihre Einkünfte nicht genügende Auskunft geben können, haben die Weiſung erhalten, ſich von hier zu entfernen. Der 26. d. M. iſt dazu als der letzte Termin bezeichnet. Dem Vernehmen nach werden die Ruſſen über Sablunka als den einzigen freien Punkt in Siebenbürgen einrücken.

Schleſiſche Blätter berichten aus Wien vom 23., daß die Kaiſerlichen, auf die Defenſive beſchränkt, bei Gran ein verſchanztes Lager bezogen haben, Nugents Korps bei Peterwardein zerſprengt ſei und die Vorpoſten Dembinski's Tyrnau (nahe bei Preßburg) erreicht haben.

Eine andere Mittheilung deſſelben Datums beſagt: Die am 19. auf das linke Donauufer übergeſetzten k. k. Hülfstruppen wurden am folgenden Tage mit großem Verluſte zurückgeworfen, ein polniſches Regiment wurde dabei völlig aufgerieben.

Görgey ſteht mit 60,000 Ungarn bei Neuhäuſel und St. Peter, d. h. eine Stunde vor Komorn und hat dieſe Feſtung, vor welcher nur 15,000 Oeſterreicher ſtanden, entſetzt. Ein anderes Korps hat den General Wohlgemuth von Neutra bis über Preßburg hinaus zurückgeſchlagen und wie Kuriere, welche ſo eben eintrafen, melden, ſtehen die Ungarn am Marchfluſſe, alſo an der öſterreichiſch-ungariſchen Grenze, 4 Stunden vor Wien. Ofen-Peſth iſt aufgegeben; am 21. iſt alles, was zu den Militärbranchen gehörte, von dort entwichen. Eine dritte endlich:

Wien, 23. April, Nachmittags. Nach einer ſoeben eingetroffenen Eſtafette wird die Belagerung von Komorn, trotz einer augenblicklichen Aufhebung derſelben wieder fortgeſetzt. Es waren vorgeſtern einige Hundert magyariſche Verſtärkungstruppen glücklich in die Feſtung gelangt. Peſth bot Sonntags ein Bild des Schreckens und der Verwirrung dar. Die Stadt wurde von den kaiſerlichen Truppen geräumt und dem Schutz der Kommune übergeben. Peſth iſt kein ſtrategiſcher Punkt und erforderte eine Beſatzung von 10—15,000 Mann, die nun der kaiſerlichen Armee als Verſtärkung zufließen. Allein der moraliſche Eindruck der Beſetzung der beiden Städte durch Koſſuths Truppen iſt ungeheuer. Die kaiſerliche Hauptmacht unter Welden ſteht bei Gran. Das Armeekorps des F.-M.-L. Wohlgemuth bei Neutra. Koſſuth hat am 19. das Geburtsfeſt des Kaiſers Ferdinand, als rechtmäßigen Königs von Ungarn, bei ſeiner Armee feſtlich begehen laſſen(!)

Die „Allg. Ztg.“ bemerkt: Nach Briefen aus Wien vom 23. April wollte man dort aus Peſth vom 21. die Nachricht haben, Ofen und Peſth ſei den Inſurgenten übergeben, oder werde am folgenden Tage übergeben. Wir haben Briefe aus Peſth bis zum 21. Mittags, die nichts davon wiſſen. Die Wiener Börſe war von dem Gerücht allarmirt; ſicheres ſchien nicht bekannt. Am unwahrſcheinlichſten iſt die Nachricht von Ofen, das ſehr ſtark befeſtigt iſt. Der „Allg. Ztg.“ zufolge lautet die mittelſt Eſtaffette bei dem ruſſiſchen Konſulat in Jaſſy aus Buchareſt angelangte Depeſche über Banus Einfall in die Wallachei wörtlich: L'estaffette arrivée cette nuit nous a apporté la triste nouvelle que le Général Bem serait entré avec son armée en Valachie, en chassant nos troupes au delà de Rimnik-Valtsché, à 3½ postes de la frontière de Transilvanie, où il a fait camper sont quartier-général.

Auch verſichert man, daß der Eroberer Siebenbürgens von der walachiſchen Regierung nicht nur die Entwaffnung der öſterreichiſchen Truppen, die in der Walachei eine Zufluchtsſtätte gefunden und die ſofortige Auslieferung ihrer Waffen, ſondern auch die gegenſeitige Errichtung mehrerer Konſulate zur Beförderung der Handelsbeziehungen zwiſchen der Walachei und Siebenbürgen verlangt hat. Daß die walachiſche Regierung (d. i. Lüders und Duhamel, welche dieſelbe bilden, denn man muß wahrlich mit Blindheit geſchlagen ſein, um in dem Kaimakam mehr als ein willenloſes Werkzeug dieſer Herren, eine lächerliche Null zu ſehen) dieſe Forderungen Bems mit Entrüſtung zurückgewieſen, bedarf wohl keiner Verſicherung.

△ **Wien,** 24. April. Seit den offiziellen Siegesnachrichten über die Schlachten von Kapolna und Kerveſd ſind wir be-

*) Alle in der Stadt ſeit geſtern Abend umlaufende Gerüchte über den Rücktritt des Reichsminiſteriums und unſere Nachricht darüber im heutigen Extrablatte ſind demnach irrig. Wir gaben dieſe Nachricht auf ehrenwerthe Autorität hin.

ſtändig auf dem Rückzuge und „konzentriren" uns; ſoeben erſcheint das folgende offizielle Büllelin, nach welchem wir uns zurückziehn um uns abermals zu konzentriren, ohne jedoch anzugeben wo:

35. Armee-Bulletin.

Ueber die Begebenheiten bei der Armee in Ungarn.

Nach der rückgängigen Bewegung, welche die öſterreichiſche Armee in den erſten Tagen dieſes Monates gegen Peſth gemacht, um dort eine konzentrirtere Stellung zum Schutze der beiden Städte zu nehmen, halte der Feind beinahe täglich Angriffsverſuche auf ſelbe unternommen, die zwar keine Reſultate, ihm aber doch den Beweis lieferten, daß unſere Hauptſtärke um Peſth und Oſen verſammelt ſei. Er griff bald darauf Waitzen, wo zwei Brigaden unter General Götz ſtanden, an, wobei dieſer den Heldentod fand, drängte ſelbe Donau aufwärts über Lelet, Kemend hinauf, und ging, als er uns bei Peſth hinlänglich beſchäftigt glaubte, mit zwei ſtarken Kolonnen, die eine am linken Granufer, die andere über Ipoly-Sagh direkt nach Leva vor. Hier waren am 18. etwa 30,000 Mann ſeiner beſten Truppen zuſammengezogen, mit denen er bei Kalna, Bars und St. Benedek in drei Kolonnen die Gran paſſirte.

Der Feldmarſchall-Lieutenant von Wohlgemuth, Kommandant von 5 Brigaden, etwa 15,000 Mann, die aus Mähren und Oeſterreich als Reſerve hinter der Gran aufgeſtellt waren — von dieſer Bewegung in Kenntniß geſetzt, marſchirte den 18. auf den 19. von Kemend ab, um zwiſchen Malas und Beſe dem Feinde entgegen zu rücken.

Dieſer war indeſſen mit ſeiner ganzen Macht, — der unſrigen um das Doppelte überlegen, — zwiſchen Verebely und Nagy-Sarlo in Schlachtordnung aufgeſtellt. Ein Angriff der Brigade Fürſt Jablonovsky auf Nagy-Sarlo gelang zwar vollkommen; eine Kolonne war bereits bis an den Ort gekommen, als ſie dadurch, daß derſelbe in Brand gerieth, das Einrücken aufgeben mußte. Der Feind benützte dieſen Umſtand, unſeren rechten Flügel zwiſchen der Gran und Nagy-Sarlo zu umgeben, während er vor Verebely herab das nämliche Manöver gegen unſeren linken Flügel verſuchte. Das hartnäckigſte Gefecht hatte bereits vom frühen Morgen bis Nachmittag gedauert; Feldmarſchall-Lieutenant von Wohlgemuth hatte mit ſeiner bewährten Beſonnenheit ſeine ſehr ermüdeten Truppen von einer Aufſtellung in die andere, fechtend zurückgeführt; der Feind dagegen ſeine Umgehung ſelbſt bis gegen Neutra ausgedehnt.

Es war ſchon früher dem Feldmarſchall-Lieutenant Wohlgemuth der Befehl gegeben worden, ſeinen Rückzug in einem ungünſtigen Falle hinter die Neutra und ſelbſt bis hinter die Waag fortzuſetzen, um das Waagthal ſowohl, als Preßburg zu decken, und hinter der Waag die Verbindung durch die Inſel Schütt mit dem Belagerungskorps von Komorn herzuſtellen, wo mittler Weile die Beſchießung auf das Lebhafteſte fortgeſetzt wurde.

Der kommandirende General Feldzeugmeiſter, Baron Welden, welcher den 17. in Gran eingetroffen war, überzeugt, daß die Hauptſtärke des Feindes die Umgehung durch das Gebirge zum Entſatze von Komorn konnte gemacht haben, beauftragte ſogleich den Banus, mit ſeiner geſammten Macht aus Peſth hervorzubrechen und den Feind anzugreifen, jedoch ſelbſt Vortheile nicht zu raſch zu verfolgen. Der Banus rückte den 19. nach allen Seiten vor, aber der Feind wich ſo ſchnell zurück, daß er nicht einmal durch unſere Kanonenkugeln erreicht werden konnte.

Den 20. rückte eine andere feindliche Kolonne, die bisher bei Paſto an dem Ipolyfluß in Reſerve geſtanden, mit dem feindlichen Flügel auf dem rechten Granufer gegen Kemend und Gran herab und griff die dort aufgeſtellte Reſerve, die Diviſion Csorich, ſogleich an, die ſich, da an dieſem Tage Feldmarſchalllieutenant Wohlgemuth bereits Neuhäuſel paſſirt, fechtend gegen Gran zurückzog, die dortige Schiffbrücke abbrach, um dieſen Punkt auf das kräftigſte zu vertheidigen. Den 20. traf der kommandirende General in Oſen ein.

Bei dieſer Geſtaltung der militäriſchen Lage ſchien dem kommandirenden General die fernere Haltung von Peſth und Oſen mit großen Nachtheilen für die weiteren militäriſchen Operationen verbunden, zumal da die Donau von Komorn bis Waitzen vom Feinde genommen war und keine der beiden Städte einen brauchbaren Pivot für die Operationen bildet. Der Feldzeugmeiſter hat ſich daher angeſchickt, die Truppen in einer geſicherten Stellung zu konzentriren und iſt der Ueberzeugung, daß er durch die ihm zur Verfügung geſtellten, im Zuzuge begriffenen Verſtärkungen baldigſt in die Lage geſetzt ſein werde, mit Erfolg die Offenſive von Neuem zu ergreifen.

Nachrichten vom 21. d. M. aus Peſth melden, daß der Feind an dieſem Tage bei Czinkota einen Angriff unternahm und von unſeren gegen ihn rückenden Truppen nach einem wenig hartnäckigen Gefechte überall zurückgedrängt worden iſt.

Nach ſo eben eingelangten Nachrichten des Feldzeugmeiſters Grafen Nugent aus Semlin, v. 17. d. M, geſtaltet ſich der Zuſtand der Dinge an der untern Donau immer günſtiger, der Schaikiſtenbezirk iſt vom Feinde wieder gereinigt, die Stellung um Peterwardein iſt durch die unter der energiſchen Leitung des Oberſten Mamula zweckmäßig angebrachten Verſchanzungen ſehr verſtärkt worden und durch die von allen Seiten heranrückenden Truppen-Vermehrungen wird das daſelbſt ſich bildende Korps bald in der günſtigen Lage ſein, wieder die Offenſive zu ergreifen und gegen Szegedin vorzurücken.

Wien den 24. April 1849.

Der landeskommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr v. Böhm, Feldmarſchalllieutenant.

Ob Peſth noch in unſern Händen, ſpricht dieſer Bericht nicht aus; er ſcheint aber auf den Verluſt der beiden Städte vorzubereiten. Am 21. waren unſere Truppen noch in Oſen, aber heute früh iſt das Gerücht allgemein hier verbreitet, die Ungarn ſeien dort eingerückt und Koſſuth wäre ſomit die Möglichkeit gegeben, doch noch am 26. den Reichstag dort zu eröffnen, wie er es bei deſſen Auflöſung verſprochen! Die Aufregung in der untern Klaſſe der Bevölkerung hat hier ſichtlich zugenommen ſeit den letzten Niederlagen, und die Oktober-Sympathieen ſcheinen leider noch nicht ganz erloſchen und auch eine magyariſche Partei ſcheint hier noch thätig zu ſein. Vorgeſtern wurden auf verſchiedenen Punkten gedruckte Zettel in den Straßen gefunden, welche die Worte enthielten: „Harret aus, Jünglinge und Männer, Euere Retter ſind nah." Von Bem können wir durchaus nicht mit Gewißheit erfahren, wo er ſich perſönlich befindet. Er ſoll zugleich in Debreczin, vor Temesvar, in der Wallachei (in Rimnik) und bei der Theißarmee ſtehen. Aus der Entſetzung Komorns macht man uns offiziell noch ein Geheimniß, aber es iſt nicht daran zu zweifeln; ich habe zwei Offiziere geſprochen, die von dem Cernirungskorps zurückkehrten und ſie beſtätigten.

Nach den letzten Nachrichten hat ſich Jellacic mit dem erſten Armeekorps ſüdwärts von Peſth auf der Donau eingeſchifft, um Kroatien und Slavonien zu ſchützen, und von dort aus ſeine Operationen gegen die Ungarn wieder zu beginnen. Der Tchaikiſten-Bezirk ſoll wieder von den Ungarn geräumt, dagegen Karlowitz bombardirt worden ſein und in Flammen ſtehn. Man behauptet, daß die Ungarn 60 Brigaden beſitzen, darunter 30 Brigaden regelmäßiges Militär nebſt 20,000 Mann gut organiſirter Polen aus öſterreichiſch, preußiſch und ruſſiſch Polen, und 12,000 Mann leichte Kavallerie. In Gallizien iſt die Verfügung getroffen worden, daß alle ruſſiſch-polniſchen Flüchtlinge, die ſich dort zeigen, ſogleich an Rußland ausgeliefert werden. Heute Nacht will man von der neuen Mauth (zwiſchen der Stadt und Vorſtadt Landſtraße) fernen Kanonendonner vernommen haben, in der Richtung gegen Ungarn.

Ein Brief vom 22. aus Peſth meldet, daß unſere Truppen eben im Begriff ſind, Oſen zu räumen, mit Zurücklaſſung eines Theils der Geſchütze und eines Theils ihres Gepäcks, um ſich in oder bei Raab zu konzentriren. Welden ſoll bei Gran in Gefahr geweſen ſein, in Gefangenſchaft zu gerathen. Geſtern Abend und heute früh kam eine große Anzahl Offiziers- und Beamtenfrauen und andere Privatperſonen hier an, die ſich aus Furcht vor den Dingen, die da kommen könnten aus Peſth, Raab ꝛc. entfernten. Sie erzählen von ſtarken Truppenbewegungen gegen Preßburg. In einzeln Dörfern die ſie paſſirten, war großer Jubel über die magyariſchen Siege und doch ſind dies die ſogenannten deutſchen Komitate Ungarns!

Trotz allen Wirrniſſen im Innern findet der Lloyd immer noch Zeit, Artikel gegen die deutſche Reichsverſammlung, gegen die Deutſche Zeitung, kurz gegen jedes deutſche Streben zu richten, und wenn wir ihm glauben dürfen, ſo wird Baiern die Initiative ergreifen, um Deutſchland vor einer „verfehlten Verfaſſung" und einem „preußiſchen Kaiſer" zu bewahren. Heute erhebt er die Stimme um ſo lauter in ſeiner voreiligen Befriedigung über die letzte Erklärung des preußiſchen Miniſteriums.

* **Wien**, 24. April. Aus den geſtern Abend erfolgten Veröffentlichungen wäre es wohl nicht möglich, ſich ein klares Bild von den ungariſchen Verhältniſſen zu entwerfen, wenn nicht Privatnachrichten hiezu die Hand böten. Das zur Wiener Zeitung ausgegebene Extrablatt iſt zwar bei weitem beſſer als die vorhergegangenen abgefaßt, belehrt uns auch über die Schwierigkeiten, welche ſich einem „Achtung gebietenden Heere" gegenüberſtellen, allein über die Poſitionen des einen wie des andern iſt nichts daraus abzunehmen. Mehr als Hoffnungen und Tröſtungen würde wohl ein Aufſatz im Wiener Abendblatt ſelbſt geben, wenn er nicht zu ſpät käme. Auch trägt er die Ueberſchrift „durch Zufall verſpätet", was ſich wohl eigentlich am treffendſten auf die Ankunft Weldens ſelbſt anwenden ließe. Wenig Eingang findet aber der zum Schluß gegebene Troſt für den leider eingetretenen Fall, daß F.-M.-L. Wohlgemuth zurückweichen mußte. Es wird nämlich geſagt, daß der Feind durch die von Oſen nach Gran disponirten und nun in ſeinem Rücken und in ſeiner Flanke hervorbrechenden Brigaden augenſcheinlich in die bedenklichſte Lage kommen würde. Dies iſt aber bei der vielmehr augenſcheinlichen Uebermacht des Feindes nicht zu hoffen. Als Ergebniß der verſchiedenen Darſtellungen läßt ſich abnehmen, daß F.-M.-L. Wohlgemuth gegen Tyrnau zurückgedrängt und Peſth den Inſurgenten offen gelaſſen wurde, die auch ohne Zweifel daſelbſt eingerückt ſind; daß es den Inſurgenten gelungen iſt, Succurs an Mannſchaft und Schlachtvieh nach Komorn zu bringen, wenn gleich

die geglückte Aufhebung der Belagerung noch zweifelhaft bleibt, daß neue Verſtärkungen von allen Seiten der k. k. Armee in Ungarn zugehen und daß dieſe ſich konzentrirt, endlich, daß wir einem völlig neuen Feldzuge entgegen gehen, nachdem der bisherige auf die unglückſeligſte Weiſe als beendet zu betrachten iſt.

Bedeutend ſoll der Verluſt ſein, der durch das beim Rückzug des F.-M.-L. Wohlgemuth eingebüßte Geſchütz entſtand. Ein Donauübergang durch die Inſurgenten ſoll dennoch ſtatt gefunden haben.

In Bosnien dauern die türkiſchen Kriegsrüſtungen fort. Man zählt die Anzahl der Truppen des Muſchirs auf 75000 Mann, darunter 15000 Chriſten.

Es geht von ſelbſt hervor, daß unter den vorliegenden Umſtänden an die Einführung des neuen Papiergeldes in Ungarn wohl kaum gedacht werden kann.

Daß an Vermittelungsverſuche ernſtlich gedacht worden iſt, kann bei den Artikeln, welche hierüber in ungariſchen und öſterreichiſchen Regierungsorganen die Runde gemacht haben, kaum bezweifelt werden. Allein gerade die erlittenen Unfälle ſcheinen ein Zuſtandekommen zu erſchweren.

Gleichzeitige Berichte aus Jaſſy und Bukareſt bringen die Nachricht, daß Bem mit ſeinem Korps die walachiſche Grenze überſchritten, die Ruſſen bis Rimnik Vatiea — 3½ Poſtmeilen von der ſiebenbürgiſchen Grenze — zurückgeworfen und dort ſein Hauptquartier aufgeſchlagen habe. Aus Agram erfährt man, daß die Katholiken des Peterwardeiner Grenzregiments, die ein eigenes Bataillon bilden, ſich geweigert haben, gemeinſchaftlich mit den Serben gegen die Magyaren zu kämpfen und erſteren gegenüber eine drohende Stellung einnahmen.

Mit der Ausweiſung der Polen und Ungarn, die ſich über ihren Erwerb nicht legitimiren können, hat es ſeine Richtigkeit, und iſt denſelben nur ein 48ſtündiger Termin hierzu eingeräumt. Auch auf andere Ausländer hat man ein ſtrenges Augenmerk. Man will wiſſen, daß ſich die Ausweiſung auch auf die Norddeutſchen und Italiener erſtrecken wird.

Es verlautet, daß das Miniſterium die Aufnahme der ſerbiſchen Wojwodſchaft, in die Reihe der ſelbſtſtändigen Kronländer beſchloſſen, und überdies in der oktroyirten Verfaſſung, in ſo weit ſie die ſüdſlawiſchen zur ungariſchen Krone gehörigen Länder betrifft, einige Abänderungen vorgenommen hat, die nächſtens im amtlichen Wege veröffentlicht werden ſollen. F.-M.-L. Wohlgemuth erhielt den Orden der eiſernen Krone. Ueber den Selbſtmord des Profeſſor Endlicher erfährt man nachträglich, daß dieſer durch Injection von Blauſäure, und aus Anlaß von an ſelbem Tage fälligen Wechſeln über 18000 fl. erfolgte. In Gratz hat am 21. der erſte öffentliche Preßprozeß ſtattgefunden, er war gegen den interimiſtiſchen Redakteur der nun nicht mehr beſtehenden Volkszeitung wegen eines Artikels: Die Rekrutirung im Jahre 1849" anhängig. Der Beklagte vertheidigte ſich ſelbſt, und wurde nach einem trefflichen Vortrage des Staatsanwaltes, Dr. Trummer, von der Jury für ſchuldig erklärt, und zu dreitägigem einfachen Arreſt, dann zum Erſatz der Koſten verurtheilt. Die gemeinſame öffentliche Religionsübung „ſcheint im öſterreichiſchen Kaiſerſtaate noch immer nicht durchwegs Eingang gefunden zu haben; denn aus Ollmütz ſchreibt man, daß die Chriſten Augsburgiſcher Konfeſſion Sonntag am 15. d. M. einen Gottesdienſt in der ihnen zu dieſem Behufe eingeräumten Kapelle abhielten, daß aber der auf die Gaſſe mündende Eingang, wie früher abgeſperrt war.

Der Ausſchuß des Laibacher ſloveniſchen Vereins hat in ſeiner Sitzung vom 13. d. M. über das künftige Beſtehen des Vereins bei dem neuen proviſoriſchen Aſſociationsgeſetze verhandelt, und beſchloſſen: daß er nur ein literariſcher Verein ſei, und demgemäß der §. 1 der Statuten alſo laute: „Der Zweck des Vereins iſt die Pflege und Ausbildung der ſloveniſchen Sprache und Hebung der vaterländiſchen Literatur und Kunſt." Die beunruhigenden Nachrichten aus Ungarn haben ſeit dieſem Morgen viele Verkäufe in Staatsfonds veranlaßt, dennoch ſind die Courſe derſelben nur wenig gewichen. Die Stadt iſt ſehr ruhig und die Haltung der Bevölkerung anerkennungswerth.

Wien, 24. April. Auf der heutigen Börſe wollte man wiſſen, daß unſere Armee beabſichtige, ſich ganz vom ungariſchen Boden zurückzuziehen, weil einerſeits die Verproviantirung einer ſo zahlreichen Truppe faſt unmöglich, andererſeits aber ein Bauernaufſtand befürchtet wird. — Die hier herrſchende Angſt und Beſtürzung zu ſchildern, iſt unmöglich; alle Welt wollte ſich heute mit Gold und Silber verſehen, und der Zudrang zu den Wechſelſtuben war ungeheuer. (C. Z.)

Berlin. 25. April. Der von der erſten Kammer zum Bericht über die deutſche Frage ernannten Kommiſſion ſind von Seite des Staatsminiſteriums die ſämmtlichen betreffenden Aktenſtücke und Noten zur Einſicht vorgelegt worden. Wie man hört, hat die Vorlage dieſer Aktenſtücke auf die Anſchauung und Beurtheilung der Sache einen bedeutenden Einfluß ausgeübt. Die vier (nach der mittlerweile eingetretenen Wendung der Dinge in Würtemberg nur noch drei) deutſchen Könige haben ihren Beitritt entſchieden verweigert und ihre Anerkennung des Erbkaiſerthums verſagt. Das Genauere über dieſe wichtigen Aktenſtücke dürfte indeſſen erſt ſpäter zur Oeffentlichkeit gelangen, da die Unterhandlungen noch ſchweben. (D.-P.-Z.)

△ **Berlin**, 26. April. Der Rücktritt v. Arnim's aus dem Miniſterium und die Wahrſcheinlichkeit, daß für deſſen Stelle Hr. v. Radowitz berufen worden ſei, erregte viel Aufſehen. Zugleich aber tritt der Mangel geeigneter Perſonen recht fühlbar hervor und wenn bei dieſer Gelegenheit die Namen v. Bernſtorf, v. Uſedom genannt werden, ſo ſcheint das Bedürfniß dadurch nicht befriedigt werden zu können. In der geſtrigen Erklärung des Miniſters von Manteuffel in der zweiten Kammer erkennen Viele den Beſchluß, die Aufhebung des Belagerungszuſtandes von Berlin noch nicht eintreten zu laſſen, auch wenn die Kammern ſich dafür ausſprechen ſollten. Der Juſtizminiſter ſchien die Geſetzlichkeit eines ſolchen Beſchluſſes darlegen zu wollen unter Berufung auf etwas weit abliegende geſetzliche Beſtimmungen, aber auch auf §. 110 der preußiſchen Verfaſſung vom 5. Dezember 1848, woſelbſt die Gültigkeit der bisherigen Vorſchriften bis zur Erlaſſung eines beſondern Geſetzes vorbehalten ſteht; und ein ſolches Geſetz iſt noch nicht erlaſſen. Nun iſt aber ſelbſt die konſervative Mehrheit der zweiten Kammer damit nicht einverſtanden und will die Aufhebung des Belagerungszuſtandes, wenn nur die Volksverſammlungen innerhalb zwei Meilen von Berlin unterſagt bleiben. Hierüber iſt die konſervative Partei ſowohl mit dem Miniſterium als auch mit der gemäßigten Linken in Verhandlung getreten, worüber heute entſchieden werden wird.

⁑ **Berlin**, 26. April. Die Dinge gehen hier zu Ende. In der zweiten Kammer wurde heute die Debatte über den Waldeck'ſchen Antrag beendigt, und angenommen wurde ein Amendement von Unruh: Erſter Theil „die Fortdauer des Belagerungszuſtandes ohne Zuſtimmung der Kammer iſt ungeſetzlich und die Kammer billigt nicht die Fortführung deſſelben" mit 184 gegen 139 Stimmen. Zweiter Theil „das Miniſterium iſt aufzufordern den über Berlin verhängten Belagerungszuſtand ſofort aufzuheben" mit 177 gegen 153 Stimmen. Die Miniſter behaupten aber, die Kammern überſchritten durch einen ſolchen Beſchluß ihre Kompetenz und ſind entſchloſſen, den Belagerungszuſtand nicht aufzuheben, ja, der Juſtizminiſter verſuchte, die Geſetzmäßigkeit dieſer Ungeſetzmäßigkeit zu beweiſen. Allein ſelbſt die konſervative Rechte will nicht ſchwarz für weiß erklären laſſen. Wohin es bei uns gekommen iſt, mögen Sie am beſten daraus erſehen, daß ſelbſt die Konſtitutionelle Zeitung ſich über die Lage der Dinge dahin ausſpricht: „Das Miniſterium behauptet geradezu: „Die Suspenſion der beſtehenden Freiheiten ſei eine adminiſtrative Maßregel, welche die Volksvertreter nichts angehe." Nun, dann ſehen wir wahrlich nicht ein, wozu die Volksvertretung überhaupt beſteht, wenn nicht zur Kontrolirung der Regierung."*)

△ **Berlin**, 26. April. Es beſtätigt ſich, daß Camphauſen ſeine Entlaſſung eingereicht hat. Die Urſache dieſes ſeines Geſuchs liegt aber nicht in einer materiellen, oder vielmehr prinzipiellen Verſchiedenheit ſeiner Anſichten von den Anſichten des Miniſteriums, auch nicht in den Inſtruktionen, die er, wie Ihre Ztg. wiſſen wollte, von dem letztern erhalten, ſondern in einer mehr formalen Meinungsverſchiedenheit. Herr Camphauſen war nämlich der Anſicht, daß Preußen mit ſeiner Erklärung nicht eher hervortreten ſolle, als bis die Erklärungen ſämmtlicher andern Regierungen eingegangen; das preußiſche Miniſterium hielt es dagegen, nach den gemachten Erfahrungen, für zweckmäßiger, mit ſeiner Erklärung nicht bis zu jenem Zeitpunkt zu warten, und gab die Erklärung der letzten Samſtagsſitzung. Dieſe Meinungsdifferenz, in welcher das Miniſterium ein Nachgeben gegen die öffentliche Meinung bekundete, veranlaßte den preußiſchen Bevollmächtigten zu dem erwähnten Schritt, wobei freilich auch der Umſtand, daß die in der deutſchen Frage auf dem Miniſterium

*) Ueber die Auflöſung der zweiten Kammer, ſ. unter Frankfurt.

№ 117. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 28. April 1849.

Ueberſicht.

Die Deputation der Reichsverſammlung in Berlin.

Das Volk und die Regierung in Baiern.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt.) Berlin (Die deutſche Reform.) München (Die Sitzung des Märzvereins.)

Die Deputation der Reichsverſammlung in Berlin.

(Aus einem Schreiben des Abgeordneten Enyrim an ſeine Wähler.)

Sie werden aus den Zeitungen erſehen haben, daß mir die Ehre zu Theil geworden iſt, bei der in Folge der Kaiſerwahl nach Berlin abgeſandten Deputation Kurheſſen zu vertreten. Ich bin hierdurch in Stand geſetzt, Ihnen nähere Mittheilungen über dieſe Miſſion zu machen. Ich gehe dabei von dem Standpunkte aus, daß ich mein Augenmerk vorzugsweiſe auf ſolche Punkte zu wenden habe, welche nicht ſchon durch die Zeitungen bekannt geworden ſind und welche mehr der inneren Geſchichte der Deputation angehören, als dem blos äußeren Beiwerke von Feſtlichkeiten.

Wir zogen getroſten Muthes in die Säle des königtichen Schloſſes ein, in denen die potsdamer Garde, ein Elitenkorps aus der Zeit Friedrichs des Großen, aufgeſtellt war. In den Ritterſaal eingeführt, fanden wir den König auf dem Throne ſtehend und nach beiden Seiten hin die Prinzen des Hauſes, ſämmtlich in Militäruniform; der Prinz von Preußen, als Kronprinz, ſtand dem Könige zunächſt auf der unteren Stufe des Thrones, an die Prinzen ſchloſſen ſich die Miniſter und oberſten Generäle, hinter ihnen ſtanden die ſämmtlichen Adjutanten; die Deputation mit ihrem Präſidenten an der Spitze ſtellte ſich in einem weiten Halbkreiſe dem Throne gegenüber in alphabetiſcher Ordnung auf. Der Präſident verlas die Anrede, in welcher er die Worte „auf Grund der Verfaſſung“ beſonders betonte, worauf ſich der König vom Grafen von Brandenburg die im Miniſterrathe beſchloſſene Antwort reichen ließ. Er warf einen frommen Blick gen Himmel und verlas hierauf die Ihnen bekannte Antwort mit lauter Stimme. Er betonte vorzugsweiſe eine Stelle, die ich vom Standpunkte des Repräſentativ-Staates für ganz unrichtig halte, nämlich die Behauptung, daß er nicht im Sinne des Volkes handeln würde, wenn er die Wahl ohne Weiteres annehmen wolle, während doch die Volksvertretung das einzige geſetzlich anerkannte Organ für den Ausdruck des Volkswillens iſt. Wir alle waren bei dieſer Antwort bitter enttäuſcht und wie mit kaltem Waſſer übergoſſen; auch verwiſchte ſich dieſer Eindruck bei der nun folgenden einzelnen Vorſtellung nicht, bei welcher der Präſident die Namen eines jeden einzelnen Mitgliedes dem Könige nannte. Der König vermied es nämlich ſichtlich über den uns Allen ſehr am Herzen liegenden Akt zu reden und lenkte ſtets das Geſpräch nur auf die höchſt untergeordneten perſönlichen Verhältniſſe der Deputirten, ſo z. B. als ich ihm ſagte, daß ich die Ehre hätte, in Kurheſſen einen Volksſtamm zu vertreten, der ſich mit ganzem Sinn und Begeiſterung als einen Theil des neuen großen Ganzen fühlte, ſchien es, als ſei er geneigt, hieran zu zweifeln, und ließ, als ich meine Verſicherung beſtärkte, den Gegenſtand fallen, indem er auf meine perſönlichen Verhältniſſe überging; ähnlich ſo wandte er ſich an meinen Nachbar, Herrn Dahlmann, mit dem Ausrufe: „mein Gott wie ſind Sie mager geworden“, und was dergleichen nur etwa bei gewöhnlichen Hofvorſtellungen übliche Aeußerungeu mehr waren. Ich gebe dieſe Aeußerungen, weil ſie den Schluß rechtfertigen dürften, daß die Gemüthsſtimmung des Königs eine ganz andere als die der Deputation war, die, durchdrungen von der Wichtigkeit dieſes Augenblickes für das Geſchick des Vaterlandes, für nichts Anderes Sinn hatte, und deren Gefühl durch dergleichen gleichgültige Handlungen ſchmerzlich berührt wurde. So konnte es denn nicht fehlen, daß, als wir unmittelbar nach der Audienz bei unſerem Präſidenten zuſammentraten, ſich der einſtimmige Eindruck ausſprach, daß, wenn wir unſerem Gefühle folgen dürften, wir auf der Stelle abreiſen würden; ja es wurde ſogar die Meinung laut, man müſſe die bereits für den Mittag angenommene Einladung zu dem Könige nach Charlottenburg nunmehr ablehnen, ein Antrag, der jedoch kräftig beſeitigt wurde, da eine geſellige Unhöflichkeit eine der Deputation wahrlich nicht würdige Antwort geweſen ſein würde; im Gegentheil wurde beſchloſſen, nicht nur nach Charlottenburg zu gehen, ſondern auch die bereits angenommene Einladung der Stadt für das Theater und danach zum Prinzen von Preußen beizubehalten, inzwiſchen zu hören, wie die einflußreichen Perſonen der königlichen Familie und des Hofes ſich äußern würden, und folgenden Tages bei ruhigerer Ueberlegung einen Beſchluß zu faſſen. So fuhren wir denn um 3 Uhr zum Diner nach Charlottenburg. Allein dort wiederholten ſich ganz die unerquicklichen Unterhaltungen von den gleichgültigſten, trivialſten Gegenſtänden, mit Vermeidung, ja mit gewaltſamer Ablenkung des Geſprächs von jeder Annäherung an unſere große deutſche Sache. Hier war denn auch die Königin, eine weit über ihre Jahre hin gealterte Dame, mit ihren Hofdamen zugegen und trug, da ſämmtliche Damen in tiefe Trauer (um den König von Holland) gekleidet waren, nur dazu bei, einen trüben Schimmer über die ganze Scene zu werfen. Faſt erſchien das Mahl wie ein Leichenmahl; kein Becherklang, kein Toaſt, kein begeiſtertes Hoch ertönte, und faſt nur eine liſpelnde Unterhaltung war zu hören, mit Ausnahme des Königs, der in dem Geſpräch über Gegenſtände der geſchilderten Art fortfuhr, jedoch nur ſelten die Rede an den, ihm gegenüber auf dem Ehrenplatze ſitzenden Präſidenten richtete. Nur eine Genugthuung blieb uns in Charlottenburg, daß wir nämlich wie aus einem Munde gegen alle Miniſter, Generäle und Hofherren, die irgendwie mit uns in Geſpräch kamen, die volle Ladung unſeres Unmuthes über die Antwort des Königs von uns gaben; wir ſchilderten ihnen einmüthig die Gefahr, daß in der Reichsverſammlung nunmehr die öſterreichiſche Partei wiederum das Haupt heben werde, und vielleicht gar den Antrag ſtellen könne, dem Kaiſer von Oeſterreich die Krone zu geben, daß dieſer Antrag, wenn ſich, wie früher, die Ultramontanen und die Linke mit ihnen verbänden, die Majorität erhalten könne, und daß alsdann die allgemeine Verwirrung zum eigenen Nachtheile Preußens hereinbrechen würde. Zum Verhandeln und Erwägen, ſagte ich namentlich zum Bürgermeiſter der Stadt Berlin, Naunyn, ſei es Zeit, wenn man auf einer blumigen Wieſe, tief im Frieden, am Ufer eines Baches wandle, nicht aber wenn man auf dem zackigen Krater eines Vulkanes ſitze, der raſch geſchloſſen werden müſſe, wenn er uns nicht verſchlingen ſolle; auf dem Schlachtfelde ſei nicht zu deliberiren, ſondern zuzuſchlagen, und wenn auch Niemand dem Könige es verarge, daß er ſeine Mitfürſten befrage, ſo ſei es doch ſeine Aufgabe geweſen. mit der Anerkennung der Verfaſſung voranzugehen, und in ſicherer Rechnung auf die Zuſtimmung der Fürſten die Zügel raſch zu ergreifen und ſolcher Geſtalt dem Zuſtande der Unſicherheit ein Ende zu machen. Einem andern Herrn — in mächtiger Uniform — deſſen Name ich nicht wußte, ſagte ich, daß ſelbſt, wenn es jetzt gelänge, das Volk niederzuhalten, doch dereinſt man ſich erinnern werde, daß die Fürſten das Hinderniß für Deutſchlands Einheit geweſen ſeien, daß übrigens die Nationalverſammlung kein Titelchen werde ändern laſſen. In dieſem Sinne hatten wir ſämmtlich geredet und dann ſtets die Verſicherung zur Antwort erhalten, daß dies nicht die letzte Antwort des Königs geweſen ſei, daß Alles noch gut und nach Wunſch enden werde; indeſſen wurde erwidert, wenn dem auch ſo ſein ſollte, ſei es jeden Falls zu beklagen, daß ſich der König um den Dank und die Herzen und den Enthuſiasmus des Volkes gebracht habe, da die Annahme der Krone dann nur als ein Werk politiſcher Reflexion, nicht als das hochherzige Produkt einer patriotiſchen Geſinnung erſcheine. Es war intereſſant und überraſchend nach der Tafel in der Verſammlung bei unſerem Präſidenten aus den einzelnen Erzählungen zu vernehmen, wie übereinſtimmend wir uns ſämmtlich, ohne eine Verabredung getroffen zu haben, geäußert und benommen hatten.

Inzwiſchen war die Zeit für das Theater herbeigekommen, in welchem wir auf inſtändiges Bitten des Stadtrathes, weil die Einwohnerſchaft ſicher darauf gerechnet habe, uns dort zu ſehen, und Mancher einen Louisd'or für einen Platz gezahlt habe, wenigſtens das zweite Stück beſuchten. Man empfing uns mit Jubel und mit Arndt's Lied: „Was iſt des Deutſchen Vatertand,“ allein ich bekenne, der Genuß, der mir ſonſt große Freude gemacht haben würde, verkehrte ſich in mir zum Gegentheile, und wir waren froh, als das Ende da war.

Wir eilten nunmehr noch zum Prinzen von Preußen, mit großer Spannung, denn dort erwarteten wir einen beſſern Empfang und hatten uns nicht getäuſcht. Ich muß hier die Bemerkung vorausſchicken, daß man gegenwärtig allgemein davon überzeugt

iſt, es ſei dem Prinzen damals Unrecht geſchehen, indem er keines Weges die Schuld der blutigen Maßregeln gegen das Volk trage, ſondern ſie nur aus Edelmuth auf ſich genommen habe, um andere Schultern davon zu befreien. Und in der That iſt man geneigt, dieſer allgemeinen Auffaſſung beizupflichten, wenn man ihn kennen lernt.

Er trat, nachdem wir ihm einzeln vorgeſtellt waren, mit gewinnender Perſönlichkeit in unſere Mitte und eröffnete eine förmliche ſtaatsrechtliche Diskuſſion über die Lage der deutſchen Sache; er redete hierbei mit Geiſt und Gewandtheit in fließender, beredter Sprache, mit Ernſt und Gefühl für die große Angelegenheit des Vaterlandes, mit Schonung und hoher Achtung vor unſerer, der ſeinigen entgegengeſetzten, Auffaſſung. Denn natürlich mußte er den Standpunkt des Königs einnehmen und die Vertheidigung der Regierungsſchritte übernehmen; es war dieß eine gebotene Pflicht für ihn als Prinzen des Hauſes und doppelt ſchicklich, da er als Thronfolger jeden Schein eines Prätendenten oder auch nur der Oppoſition vermeiden muß. Endlich, als er nicht uns und wir nicht ihn überzeugen konnten, ſchloß er mit der Verſicherung, daß der König von der beſten Abſicht getragen ſei, daß nur die nothwendig gebotenen Rückſichten auf das Verhältniß zu ſeinen Mitfürſten, welches von zarteſter Natur ſei, ihn auf den eingeſchlagenen Weg geführt hätten, in der Ueberzeugung, daß gerade dies der Weg zum Ziel ſei, und wir alle gewiß noch dies Ziel erreichen würden, ioſofern nur die Reichsverſammlung und mit ihr die Deputation der ruhigen Entwickelung nicht vorgreife, und nicht vorſchnell die Sachlage alterire. Mit dieſer Schlußerklärung zog er ſich zurück und es trat nunmehr ſeine Gemahlin, geborne Prinzeß von Weimar — alſo mütterlicher Seits von ruſſiſcher Abkunſt — in unſern Kreis, eine hohe Frau von edler Geſtalt und Schönheit, eine Maria Thereſia, mit dem Geiſte und der Entſchloſſenheit des Mannes und der Sanftmuth und Weichheit des Weibes, eine Frau, der man gerne die Krone auf's Haupt ſetzte, weil ſie dort am rechten Fleck ſäße, die wahrlich in einem Augenblick, wo die Geſchichte Deutſchlands an ihrem größten Wendepunkt angelangt war, nicht ängſtlich und bedenklich gezögert hätte, ſondern die muthig nach den Geſetzen der Politik die Göttin Occaſio, die ſo leicht entflieht, beim Schopfe gefaßt hätte! In geiſtvoller Darſtellung, aus der ein begeiſterter Sinn für Deutſchlands Einheit und Größe hervorblickte, ſchilderte ſie uns, wie von jeher dies Ziel als das Ideal ihrer Phantaſie ihr vorgeſchwebt habe; der große Augenblick könne nicht verloren gehen für das Vaterland; auf dieſer Ueberzeugung, auf dieſem Vertrauen zum guten Genius Deutſchlands, der uns bis hierhin glücklich geleitet habe, habe von jeher ihr Muth, der ſie nie verlaſſen, beruht, und er verlaſſe ſie auch jetzt nicht, denn es ſei ja unmöglich, man könne ja eine ſo große weltgeſchichtliche Entwickelung nicht verkrüppeln laſſen; ſo gern möchte ſie auch uns dies muthige Vertrauen zu der Macht der Verhältniſſe mittheilen. Und nun verſuchte ſie faſt in bittender, weicher Sprache, uns auf ihren Standpunkt der Hoffnung und des Vertrauens zu der innerlich wirkenden Nothwendigkeit der Verhältniſſe zu verſetzen. Sie werden ermeſſen, wie wohlthuend dieſe Sprache aus zwei mit uns gleichſchlagenden Herzen für uns war; zum erſten Male in Berlin hörten wir Geſinnung für Deutſchlands Ziel, zum erſten Male eine, wenn auch unter der Hülle ſchicklicher Rückſicht auf die Schritte des Königs verſteckte, Uebereinſtimmung mit dem Gange der Nation, zum erſtenmale fühlten wir es durch, daß, wenn hier die Looſe fielen, Deutſchlands Zukunft ſchon am Morgen des Tages ihre Bürgſchaft erhalten hätte.

Folgenden Tages traten wir zu einer Berathung zuſammen, aus welcher die Ihnen bereits bekannte Erklärung der Deputation an das Miniſterium hervorging. Dieſelbe deckt mit unerbittlicher Konſequenz den Satz auf, daß der Weg zur Krone nur durch die Verfaſſung geht. Sie ſtellt jenes, ſchon von unſerm Präſidenten damals betonte gewichtige Wort „auf Grund der Verfaſſung" an die Spitze, wonach alſo beides miteinander ſteht und fällt, und nicht die Krone angenommen, die Verfaſſung aber abgelehnt werden kann. Dies iſt die Affinität, die uns zuletzt noch über alle Schwierigkeiten hilft.

Kaum war unſere Erklärung übergeben, als wir ſchon Nachmittags in den Sitzungen der preußiſchen Kammern die bekannte Cirkularnote des Miniſteriums hörten, welche eine deutliche Antwort enthält, indem ſie einen Diplomatenkongreß nach Frankfurt beruft, der die Verfaſſung zurichten ſoll und in welcher der König, der nicht angenommen hat, was ihm angeboten war, annimmt, was ihm nicht angeboten iſt, die interimiſtiſche Centralgewalt des Reichsverweſers, welche dieſer bekanntlich nicht wirklich niedergelegt, ſondern im Gegentheile wieder aufgenommen hat. So verließen wir denn folgenden Tags Berlin, unzufrieden und enttäuſcht! Erſt als wir Berlins Weichbild weit hinter uns hatten, erquickte uns von Neuem die tröſtliche Erfahrung, aller Orten, in Halle, Weimar, Erfurt, Eiſenach ꝛc. auf deutſche Geſinnung und deutſche Männer zu ſtoßen, die mit uns ſtehen in dem letzten Kampfe, um den es ſich nunmehr noch handelt. Eins iſt uns hierbei klar, daß an der Verfaſſung feſt gehalten werden muß, daß nicht der Punkt über dem i darin weggewiſcht werden darf.

Das Volk und die Regierung in Baiern.

München, 23. April. Alſo die auf geſtern angeſagte Volksverſammlung iſt wegen des plötzlich herangeſtürmten Nachwinters unterblieben, welcher die Münchener Erde mit zollhohem Waſſerſchnee überdeckt. Damit iſt der hieſigen Regierungspartei und andern partikulariſtiſchen Fraktionen ein ſehr ängſtlicher Nachmittag erſpart worden. Andere ſagen freilich, nein; dagegen ſei ihre Hoffnung auf irgend eine Gelegenheit zu der von ihnen ſo ſehnlich erwünſchten Belagerungserklärung vereitelt worden. Heut wird nun freilich eine öffentliche Sitzung des Märzvereins im Prater ſtattfinden, worin eine Adreſſe an das Miniſterium um ſofortige Berufung des Landtags, ſo wie eine andere an die deutſche Reichsverſammlung berathen wird, welche die volle Beiſtimmung zum unbedingten Feſthalten an der Reichsverfaſſung ausſprechen ſoll. Kommen jedoch auch zu beiden Adreſſen die zahlreichſten Unterſchriften, ſo läßt ſich doch nicht läugnen, daß mit der gezwungenen Anwendung der Volksverſammlung in eine Vereinsſitzung der Nachdruck dieſer Kundgebungen der öffentlichen Meinung wenigſtens bei den Gegnern außerordentlich verliert. Die Gegner zogen deshalb auch in den Tagen, wo noch die Volksverſammlung feſtgeſtellt war, alle Regiſter ihres Flötenwerkes, um dieſelbe in vornhinein zu verdächtigen und mißliebig zu machen. Die Veranſtalter hatten beſonders Einladungen an die Landttagsabgeordneten der Stadt München erlaſſen, damit dieſe Gelegenheit fänden, ſich vor ihren Wählern über ihr Verhalten in der Kammer auszuſprechen. Dieſe Münchener Vertreter ſitzen nun freilich insgeſammt auf der Rechten des Hauſes, und ſo war denn die N. Münchner Zeitung eifrigſt bemüht, dieſe Einladung als Vorladung zu deuten, die Zwecke der Volksverſammlung ſelbſt als die einer „ſpaniſchen Inquiſition" gegen die parlamentariſche Gewiſſensfreiheit zu bezeichnen. Noch ärger benahm ſich ein halboffizieller Artikel der in 11,000 Exemplaren verbreiteten „Neueſten Nachrichten." Er fand in der beabſichtigten Volksverſammlung einen ſchreienden Mißbrauch des „nur geduldeten Vereinsrechtes", that übrigens auch als meſſe ſich die Verſammlung das Recht einer „Vorladung" der Abgeordneten an, wies mit Triumphgeſchrei auf einen Abſchnitt der ſehr vormärzlichen baieriſchen Verfaſſung, worin den Abgeordneten vollkommen freie politiſche Bewegung zugeſprochen und beſonders erwähnt iſt, daß dieſelben nur vom Landtage ſelbſt, nicht von den Wählern zur Rechenſchaft gezogen werden könnten u. ſ. w., kurz, verdächtigte Zweck und Abſicht der Verſammlung auf die perfideſte Weiſe. Allerdings antwortete dieſen Zeilen andern Tags ein ſehr guter Aufſatz Wort für Wort. Aber die Neue Münchner Zeitung druckte nur den Angriff ab, nicht auch die blanke Widerlegung. Sie werden vielleicht verwundert ſein, daß ich des Lokalblattes „Neueſte Nachrichten" hier breiter, und überhaupt ſchon öfter Erwähnung gethan habe. Indeſſen iſt der Einfluß des Blattes, abgeſehen von ſeiner großen Verbreitung, nicht nur auf München, ſondern auch auf Baiern darum keineswegs bedeutungslos, da es dem Vernehmen nach das einzige iſt, welches unmittelbar und täglich in die Hände des Königs kommt. Ueber den Inhalt der übrigen Zeitſchriften wird dem Könige nur referirt; und Referent iſt, wie man ſagt, Herr Dr. Dönniges. Welche Anſichten eine ausführliche und günſtige, welche eine flüchlige und befangene Darſtellung finden werden, mag ſonach ſchwerlich zweifelhaft ſein. Eben ſo wenig gering zu ſchätzen iſt die Berſerkerwuth, womit die Neue Münchner Zeitung über jede Regung einer freiern Bewegung des politiſchen Lebens herfällt. Ihre Artikel über Dasjenige, was Deutſchland wünſche und wolle, deren Curialſtyl unmittelbar auf den miniſteriellen Urſprung hinweiſt, ſind wenigſtens ſo weit klar,

daß man erkennt, die baieriſche Regierung will im Innern nichts als die alten ſcheinkonſtitutionellen Zuſtände, nach Außen nichts als den alten Bundestag, nur, wenn möglich, mit noch unbedingterer Herrſchaft der dynaſtiſch-partikulariſtiſchen Intereſſen. Ja, wie ſehr die Reaktion in Baiern droht, mag endlich der Umſtand beweiſen, daß ſelbſt die „Allgemeine Zeitung" ſeit ein Paar Tagen eine Art von Oppoſition ergreift. Bei ihrem übrigen Verhalten in baieriſchen Dingen ſind ein Paar Artikel, wie jüngſthin jener „Aus dem baieriſchen Vormärz" (Nr. 110), ſowie die Stimme „Vom Main" (Nr. 112) ganz außerordentliche Erſcheinungen. Man erkennt es allenthalben, die Regierung hatte nur auf Ereigniſſe, wie die preußiſchen Noten und die öſterreichiſche Erklärung gewartet, um vollkommen wieder in die alten Bahnen und Gleiſen einzulenken — zuerſt in der deutſchen Angelegenheit, dann in den innern baieriſchen Verhältniſſen. Und Hr. v. d. Pfordten mag dieſen partikulariſtiſchen, retrograden, höfiſchen Kreiſen immerhin der beſte Mann zur Einleitung erſcheinen. Schon deshalb, weil er mit bewundernswerther Geſchicklichkeit die Wahrheit ſeiner Prinzipe unter dem Deckmantel des ehrlichen Willens für Deutſchland und entſchiedenſten Fortſchrittes zu bergen weiß. Ich glaube auch durchaus nicht, daß ſich Hr. v. d. Pfordten dieſes innern Widerſpruchs mit dem äußern Behaben wirklich genau bewußt iſt. O nein, er will volle politiſche Entwickelung, nur ſoll ſie den etwaigen Regierungs-An- und Abſichten nicht irgendwie und irgendwo ſtörſam entgegentreten, vor Allem ſoll ſie die an der Spitze ſtehenden Perſönlichkeiten nicht mißliebig berühren. Herr von der Pfordten wäre, falls er nicht vorher Pandektenlehrer geweſen wäre, unter den alten konſtitutionellen und bundestäglichen Verhältniſſen ſehr wahrſcheinlich in Sachſen ſchon zum Anſehen und der Geltung eines Lindenau gekommen. Aber Lindenau's parlamentariſches Auftreten nach dem März hat uns ſchon gezeigt, wie weit ſelbſt die hervorragend organiſatoriſchen und freiſinnigen Staatsmänner der alten Zeit hinter dem Bedürfniß und der Forderung des modernen Konſtitutionalismus zurückblieben. Ganz in demſelben Fall befindet ſich Hr. v. d. Pfordten; und dazu kommt, daß er doch eigentlich erſtaunlich jung in ſtaatsmänniſcher Erfahrung iſt, nachdem er in Sachſen in's Miniſterium getreten, weil — ja wohl, weil er als Rektor der Univerſität zu Leipzig deren Reorganiſation glücklich und energiſch angebahnt hatte. Es iſt aber immerhin ein großer Unterſchied zwiſchen einem Staat, und wär's ſelbſt der kleinſte, und einer Univerſität. Selbſt die Widerſtände bei der Univerſitätsreform, welche ſich von Oben als zopfiger Conſervatismus, von Unten als doctrinärer Demokratismus gezeigt hatten, waren nicht ohne Einfluß auf die Anſchauungsweiſe des jungen Rectors geweſen. Man braucht nur die Zeitungsnachrichten aus den zwei Jahren ſeiner Rectoratsführung zu leſen — denn damals hatte die politiſche Preſſe noch Zeit ſich um derartige Spezialitäten zu kümmern, — und man erkennt, wie die freudige Begrüßung des neuen Rectors ſich bald in ein bedenkliches Kopfſchütteln verwandelte, dem ſpäter ſelbſt die Beſchuldigung nicht ſelten folgte, H. v. d. Pfordten habe nur die ordinarprofeſſorliche Geltung neben den Bekannten, nicht aber eine wirkliche Vertretung der geſammten Univerſitätsgenoſſen bei dem Senat verfochten. Doch kenne ich dieſe Verhältniſſe nicht genug, um zu wiſſen, inwieweit dieſe Beſchuldigung Recht hat. Soviel ſcheint indeſſen ſicher, daß die Freiſinnigkeit des Miniſters Pfordten immer mehr bergab ging, je größer ſein Einfluß im Geſammtminiſterium und auf die Perſon des Königs wurde. Wir wiſſen beſonders, wie ſich die Vereinbarungstheorie in Hrn. v. d. Pfordten immer ſchroffer, ja ſo ſchroff entwickelte, daß es eine Zeit gab, wo durch dieſe Anſicht eine Art von Kompromiß zwiſchen dem Miniſterium und der (damals ſo höchſt partikulariſtiſchen) äußerſten Kammerdemokratie zu Stande gekommen zu ſein ſchien. Jetzt ſind die Stellungen wieder anders. Der Partikularismus iſt wieder dynaſtiſch worden, die Anerkennung der ſouveränen Reichsverſammlung wird dagegen von allen, außer den dynaſtiſch-partikulariſtiſchen Parteien gefordert. Wird nun Hr. v. d. Pfordten dieſer Wendung gegenüber den Partikularismus, weil er dynaſtiſch iſt, aufrecht halten? Es hat den Anſchein dazu, ſonſt wäre er ſchwerlich an des Grafen Bray Stelle getreten. Aber wie lang er dort aushalten kann und wird, iſt freilich eine fernere Frage. Denn es läßt ſich jetzt nicht mehr mit Redewendungen durchkommen, es gilt ein aut-aut und der Partikularismus iſt gleichbedeutend worden mit einer Verneinung nicht nur der deutſchen Geſammterhebung, ſondern auch der freiſinnigen Verwaltung des Einzelſtaates. Dahin deuten aber zunächſt die baieriſchen Miniſterialanzeichen. Dahin richtet ſich alſo auch zunächſt der Gegenkampf des Publikums, der öffentlichen Meinung. Scheint doch ſelbſt Baiern ſeine um fünf Monate zu ſpät erkannte Aufgabe der Vermittelung zwiſchen Preußen und Oeſterreich wieder vergeſſen zu haben, und jetzt offenbares Bündniß mit dem rein dynaſtiſchen Intereſſe gegen das der Volksberechtigung in der deutſchen Frage zu machen. Dieß aber treibt Baiern in eine Iſolirung, von welcher es nothwendig bald vernichtet werden möchte. Zwar ſpricht man dagegen von der Hebung der materiellen Intereſſen (dem alten Mittel, um die politiſchen und nationalen Wünſche der Völker zum Schweigen zu bringen) durch einen Zollverein zwiſchen Oeſterreich, Sachſen und Baiern. Aber man vergißt, daß dies zunächſt eine vollkommene Umgeſtaltung der öſterreichiſchen Zollverhältniſſe fordern heißt, und daß Baierns Staatskaſſen ſich keineswegs in dem Zuſtande befinden, um die jährliche große Entſchädigungsſumme zu entbehren, welche es vom jetzt beſtehenden Zollverbande genießt. Sachſen würde überdies ſehr wahrſcheinlich ſich in der poſitiven Unmöglichkeit befinden, mit ſeiner vollſtändig auf den Abſatz nach Außen gewieſenen Induſtrie dieſem neuen Zollvereine beizutreten. Schon darum nicht, weil es gerade mit Oeſterreich in vielen Erzeugniſſen concurrirt, alſo in einem ſolchen engen Zollverein nothwendig von deſſen viel mächtigerer Induſtrie erdrückt würde. Eben ſo ſchlimm wäre aber für Baierns, durch die Miniſterien Wallerſtein und Abel aufs ſchändlichſte zurückgedrückte Bevölkerung die von einem ſolchen Zollverein untrennbare neue Scheidung vom deutſchen Geiſtesleben und deſſen Fortſchritte. Denn es iſt nur eine leere Phraſe, wenn man ſagt, die geiſtige Gemeinſchaft werde nicht durch die materielle Scheidung gehindert; Beweiſe liefert Deutſchland vor dem Zollverein mit jedem ſeiner Staaten, den Gegenbeweis der Zollverein ſelbſt mit ſeinen unläugbar fördernden Wirkungen auf den Nationalgeiſt. Auch dies erkennt man jetzt in Baiern nur allzugut, und es kann unmöglich ausbleiben, wie ſich jetzt die Stimmungen in den Franken, der Pfalz und ſelbſt Schwaben geſtellt haben, daß ein ſehr energiſcher Bruch zwiſchen Volk und Regierung erfolgt, wenn letztere ihr bisheriges Prinzip in der deutſchen Frage ebenſowenig als das Gelüſt aufgibt, den Konſtitutionalismus des Landes nach und nach wieder in die vormärzlichen Bahnen einzulenken.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 26. April. (Schluß) Die längſte und heißeſte Debatte rief der Artikel 9 hervor. Die Gleichheit aller Bürger vor dem Geſetz und die Aufhebung des Adels als Stand fand freilich keinen Widerſpruch und konnte, im Angeſicht der Grundrechte, ihn nicht finden; aber während die Grundrechte ſich darauf beſchränken, „der Adel als Stand iſt aufgehoben", ſagt Artikel 9 der Frankfurter Verfaſſung: „Der Adel iſt aufgehoben. Bei Frankfurter Staatsbürgern werden Adelsbezeichnungen vom Staate weder anerkannt noch gebraucht." Der Abgeordnete Finger ſtellte den Antrag, dieſen ganzen Paſſus zu ſtreichen und zu der Beſtimmung der Grundrechte zurückzukehren. „Was wolle man unter Adelsbezeichnung verſtehen? Auch das bloße „von" oder „van" oder „de"? Und ſolle, wenn der Staat die Bezeichnung nicht anerkenne und gebrauche, es gleichwohl dem Einzelnen geſtattet ſein, ſie fortzuführen? Welche Verwirrung führe man dadurch herbei? Und was könne das Alles bezwecken, nachdem der Adel, ohne Hoffnung ſie wieder zu gewinnen, alle ſeine Vorrechte verloren?" Lebhaft erhob ſich dagegen zuerſt Hr. Dr. J. Friedleben. Er fand es unbegreiflich, daß, während man Alles zu vernichten beſtrebt ſei, was an das Feudalweſen erinnern könne, man Anſtand nehme, eine Bezeichnung zu tilgen, welche ausſchließlich der Feudalzeit angehöre; erſt wenn auch dieſe Bezeichnung gefallen, erſt dann ſei der Adel wirklich vernichtet, erſt dann ſei „der Adel in den Bürgerſtand erhoben". Hr. Dr. Mappes dagegen betrachtete den in Frage ſtehenden Artikel als einen förmlichen Eingriff in die Privat- und Familienrechte, nicht minder tyranniſch, als der Befehl jenes würtembergiſchen Fürſten, der alle Beamte entließ, welche das Unglück hatten, daß ſich ihr Name auf ius endigte und nur erklärlich durch eine thörichte Furcht oder einen unedlen Haß gegen einen einſt mächtigen Feind. Herr Dr. Binding machte vor allen Dingen den praktiſchen, den „wirthſchaftlichen," wie Hr. Dr. Reinganum ihn bezeichnete, Grund geltend, daß ein ſolcher Artikel in der Frankfurter Verfaſſung manche reiche adelige Familie beſtimmen könne, ſich anderswo anzuſiedeln. Hr. Dr. Jucho wies darauf hin, daß Frankfurt der einzige Staat

in Deutſchland ſei, der mit einer ſolchen Verfaſſungsbeſtimmung hervortrete und daß dieſelbe gerade in Frankfurt, als dem Sitze der Reichsbehörden, welche von andern Grundſätzen ausgingen, Konflikte zu veranlaſſen geeignet ſein könne. Hr. Dr. A. Friedleben berichtigte den Vorredner dahin, daß noch ein anderer großer deutſcher Staat — Anhalt-Deſſau nemlich — ſich der gleichen verfaſſungsmäßigen Beſtimmung erfreue, und erklärte dann mit großer Feierlichkeit, daß der Ausſchuß ſich nicht von Haß oder Furcht oder andern kleinlichen Rückſichten, ſondern nur von dem Gefühle des Rechtes habe leiten laſſen. Herr Schöff Souchay, nach einer beredten Apologie der beſtehenden Verfaſſung, deren Mängel er gleichwohl nicht verkannte, warnte vor jener maßloſen Nivellirungsſucht, die am Ende dahin gelangen werde, nicht bloß die Ungleichheiten der Geburt, ſondern auch des Erwerbes und Beſitzes ebnen zu wollen. Ihm ſei der Artikel in der Faſſung der Kommiſſion, welche in ſo wenigen Zeilen viermal ganz daſſelbe ſage, nur der Beweis, daß man ſich vor Schatten fürchte und er könne Frankfurt den Beruf nicht zugeſtehen, ohne alle Veranlaſſung ſich zum Vorfechter beliebter demokratiſcher Spielereien herzugeben.

Hr. Dr. Schwarzſchild erſetzte wie gewöhnlich durch die Kraft ſeiner Lunge die Armuth ſeiner Ideen und trug eine Reihe der allerplatteſten Gemeinſätze mit einem unglaublichen Nachdruck vor. Hr. Dr. Schwarzſchild war der Anſicht, daß, wenn man dem Adel einen Finger reiche, er bald die ganze Hand werde haben wollen: der Adel muß „ausgerottet" werden, denn „dieſer Stand iſt ein Auswuchs der Menſchheit von jeher." (Stürmiſches Bravo des verehrungswürdigen Publikums.) Herr Dr. Schäffner, mit einem Grunzen empfangen, welches gebornen Engländern Ehre gemacht hätte, gab eine Ueberſicht des Frankfurter Adels, welche unterhaltend geweſen ſein würde, wäre ſie nicht gar zu abgeſchmackt geweſen, und nahm wenigſtens für den erkauften oder um mit dem gelehrten Redner zu ſprechen, den Bullen-Adel die bei jeder Enteignung von den Grundrechten garantirte vorzügige Entſchädigung in Anſpruch. Dann erhielt zum Schluß Hr. Dr. Reinganum das Wort. Er gab zuvörderſt die faktiſche Aufklärung, daß der Artikel das bloße Wort „von" und was dem ähnlich, nicht antaſte, dies „von" vielmehr als zum Namen ſelbſt gehörend betrachte und nur die Bezeichnungen „Edler von", „Freiherr", „Graf" u. ſ. w. treffe, welche Titel ſich, „zum großen Skandal ihrer Mitbürger", ſo Manche jetzt von auswärtigen Fürſten erbäten oder erbettelten. Das müſſe aufhören: die Regierungsbehörde des Freiſtaats dürfe nicht mehr in den Fall kommen, eine Auszeichnung anzuerkennen, die ſie nicht ſelbſt verliehen; nur in ſolcher Weiſe werde das Prinzip der Gleichheit auch in die Gemüther eindringen, und ſo dem Entſtehen eines neuen Patriciats vorgebeugt werden. Frankfurt ſei ein demokratiſcher Freiſtaat: es müſſe auch alle Konſequenzen dieſes Ausſpruchs ziehen.

Es war die namentliche Abſtimmung und die Theilung der Abſtimmung beantragt. Der erſte Theil des oben angeführten Paſſus: „Der Adel iſt aufgehoben," wurde mit 60 Stimmen gegen 28 (Senator Neſtle, Pfeffel, Dr. Schäffner, Dr. Scharff, Scholderer, Dr. Varrentrap, J. C. de Bary, Dr. Binding, Joſ. Bolongaro, Cornill, Bürgermeiſter Cöſter, Dr. Danker, Donner, Engelhardt, Finger, Dr. Goldſchmidt, Dr. von Guaita, Prof. Heſſemer, Senator Heſſenberg, Silberarbeiter Heſſenberg, Dr Jucho, Jung, Senator Cloß, Dr. Lorey, Dr. Mannhein, Dr. Mappes, J. W. Meier und Minoprio) angenommen; der zweite Theil: „Bei Frankfurter Staatsbürgern werden Adelsbezeichnungen vom Staate weder anerkannt noch gebraucht," mit 57 Stimmen gegen 32 (außer den oben angeführten Namen: Dr. Creilsheim, Schornſteinfegermeiſter Frank und Dr. Stein). Als Herr Dr. Jucho ſein Nein ſprach, äußerte das Publikum ſein Mißfallen ſo lärmend und roh, daß Herr Dr. Mappes in den entſchiedenſten Ausdrücken den Präſidenten aufforderte, dieſem empörenden Treiben, welches ſich heute nicht zum erſten Male geltend mache, und die freie Abſtimmung zu gefährden geeignet ſei, ein Ziel zu ſetzen, und der Präſident entſprach dieſer Aufforderung durch eine ſehr energiſche Rüge mit der beigefügten Drohung, bei der nächſten Wiederholung ſofort die Zuhörerbänke räumen zu laſſen. Herr Dr. Jucho und Genoſſen gab übrigens eine Erklärung zu Protokoll, daß er deshalb mit Nein geſtimmt, weil er eine Abweichung von den grundrechtlichen Beſtimmungen nur durch beſonders wichtige Gründe gerechtfertigt halte, das Vorhandenſein ſolcher Gründe aber im vorliegenden Fall nicht anerkennen könne.

Konſt. Korrſp. **Berlin,** 25. April. Die deutſche Reform, bekanntlich das Blatt, welches in der deutſchen Frage am entſchiedenſten im anti-öſterreichiſchen Sinne auftrat, hat ſeine Beſitzer geändert und wird demgemäß auch wohl bald ſeine Geſinnung wechſeln. Hr. Milde muß ſich in ſehr großen Verlegenheiten befunden haben, daß er die Waffe, deren Schärfe der Erbfeind Preußens und Deutſchlands ſo oft gefühlt hat, eben dieſem Feinde für ein Paar tauſend Thaler in die Hände liefern konnte. Den größten Theil der Aktien der deutſchen Reform hat der öſterreichiſche Geſandte am hieſigen Hofe, Ritter Prokeſch von Oſten, angekauft und das Blatt wird von nun ab, wenn auch vorläufig noch nicht direkt für Oeſterreich ſchreiben wenigſtens nicht mehr gegen daſſelbe zu Felde ziehen, und in der Phalanx der Kämpfer für Preußen und Deutſchland fehlt ein tapferer Mann. Herr Oldenberg wird natürlich von der Redaktion zurücktreten; ebenſo werden die Mehrzahl der Mitarbeiter ſich zurückziehen, unter ihnen Harkort, von dem die Schilderungen der zweiten Kammer herrühren und der Dr. Schütte, Verfaſſer der Artikel über die ungariſche Armee u. A. An Stelle Oldenbergs tritt Graſemann, bisher Redakteur der Norddeutſchen Zeitung in Stettin. Man ſieht übrigens, die öſterreichiſche Regierung weiß die Wirkung der Preſſe beſſer zu ſchätzen, als unſere. Während unſer Gouvernement (wir könnten Aeußerungen bedeutender Perſönlichkeiten dafür anführen) in Bezug auf die Preſſe noch vollſtändig auf dem Standpunkte Bodelſchwinghs vor dem März 1848 ſteht und in Nichtachtung derſelben ſo weit geht, daß es ſelbſt im Inlande ſich Bundesgenoſſen in der Preſſe zu erwerben verſchmäht, ſucht Oeſterreich rüſtige Kämpfer für ſeine Sache weit über ſeine Grenzen hinaus. Es iſt allerdings traurig, daß es ſie findet, ſo gut wie Rußland ſie gefunden hat. Zu ſpät wird unſere Regierung zu der Einſicht kommen, daß die Preſſe weniger die Tochter als die Mutter, die Erzeugerin und Nährerin der öffentlichen Meinung iſt. Mit der Preſſe im Bunde iſt eine Regierung ſtärker als im Bunde mit den Bajonnetten.

≃ **München,** 24. April. Die geſtrige öffentliche Sitzung des Märzvereins unterſchied ſich von einer Volksverſammlung nur dadurch, daß die außerordenlich zahlreich zuſammengeſtrömten Maſſen in einem der größten hieſigen Säle verſammelt waren, oder vielmehr den Saal als Sammelpunkt beſtimmt hatten. Denn noch weit aus deſſen Thüren heraus ſtand die aufhorchende Menge. Leider konnte ich ſelbſt keinen Platz im Innern erobern, und auch die Redner nur bruchſtückweiſe verſtehen. Die Adreſſe an die Nationalverſammlung, deren Verleſung mit größtem Jubel aufgenommen wurde, iſt vortrefflich abgefaßt. Dr. Hermann wird als Verfaſſer genannt. Er war auch der bedeutendſte Redner. Beſonders rief der Schluß ſeiner Anſprache die lebhafteſten Beifallszeichen hervor. Nur von zwei Parteien, ſagte er, könne jetzt mehr die Rede ſein; denn die Zeit des Vertrauens ſei für diejenigen vorüber, welche noch auf Deutſchlands Könige irgend eine Hoffnung geſetzt. Freunde der Dynaſten, Freunde des Volkes, das ſeien noch die einzig möglichen Parteibezeichnungen u. ſ. w. Das Publikum, dies iſt hier in München ſehr bemerkenswerth, ſchien größtentheils aus Handwerkern zu beſtehen, zu denen ſich noch ziemlich viel Kleinbürger und auch etliche Soldaten geſellt hatten. Die Stimmung erſchien eine äußerſt gehobene, ohne doch irgend tumultuariſch zu ſein. Man erkannte, die Leute wußten, was ſie wollten, wußten es ganz genau, und gingen darum auch in keinem Vorſchlag und Beſchluß über das Ziel hinaus. Ich geſtehe, noch keine derartige Verſammlung geſehen zu haben, welche einen ſo würdigen, durchaus befriedigenden Eindruck auf mich gemacht hat, wie dieſe. Noch muß ich eines Umſtandes erwähnen, welcher zur Erklärung der jetzigen Berſerkerwuth der hieſigen Regierungspartei gegen den Märzverein ſehr viel beiträgt. Ein Mitglied der Reichsverſammlung hat einem Manne aus des Königs Umgebung eine ſtatiſtiſche Ueberſicht über den Beſtand der Märzvereine zugeſchickt, damit man daraus erſehe, wie an eine Million Menſchen dazu gehörend in genaueſter Verbindung ſtehen, und demnach die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung einmüthig fordere. Man hat aber dieſe Darſtellung natürlich dem Könige nicht vor die Augen gebracht, ſondern glaubt mit Beſchimpfungen und Verdächtigungen die Tendenz, den Zweck, die Thatſache der Märzvereine vernichten zu können. Daher jene Rodomontaden von „Terroriſirung" des Publikums durch den „allumfaſſenden" Märzverein!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 118. Frankfurt a. M., Sonntag 29. April. 1849.

Ueberſicht.

Die Gefahren Deutſchlands.

Gallizien.

Deutſchland. Frankfurt (Camphauſen ſoll abreiſen wollen. Die Priſenvertheilung. Die Volksverſammlungen.) Prag (Fürſt Windiſchgrätz. Erzherzogin Sophie. Anſuchen um ruſſiſche Hilfstruppen.) Berlin (Verhandlungen der zweiten Kammer.) München (Die Flottenbeiträge und das griechiſche Anlehen.) Augsburg (Die Adreſſen der Gemeindekollegien in der deutſchen Sache. Truppen nach Neuulm.) Erlangen (Aufforderung v. Scheurls an die Kammermitglieder.) Stuttgart (Antrag auf Abberufung des Prinzen Friedrich.) Braunſchweig (Erklärung des Miniſteriums in der deutſchen Verfaſſungsfrage.)

Großbritannien. London (Lage des Kabinets. Europäiſche Bedeutung der erwarteten Miniſterkriſis. Parlamentariſche Dankadreſſe für das oſtindiſche Heer und ſeine Befehlshaber. Feſtmahl des Lord Mayors von London. Hr. John Clayton.)

Frankreich. Paris (Der Abbe von Genoude. Die Verhandlungen über das Marinebudget. Der Ausſchußbericht über die Ausgaben der proviſoriſchen Regierung. Napoleon Bonaparte entlaſſen. Gioberti's offizielles Vermittlungsgeſuch.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Beſchlagnahme von Waffen. Maßregeln der franzöſiſchen Regierung gegen polniſche Emigranten.)

Italien. Turin (Rüſtungen.) Livorno (Das toskaniſche Heer in der Nähe.) Rom (Die Regierung will nach Ankona. Barrikaden. Aufruf an England und Frankreich. Verfaſſungsentwurf.) Neapel (Der Krieg in Sicilien. Hr. v. Rayneval ſoll einen Frieden abgeſchloſſen haben.) Sicilien (Palermo will ſich unterwerfen. Die regulären Truppen aus Palermo ausgerückt. Die Bauern zurückgewieſen.)

Ungarn. Peſth (Neue Aushebung. Görgey. Dembinski. Feier zu Ehren Ferdinand VI. Temeswar und Arat. Urſachen der Unglücksfälle der kaiſerlichen Armee.)

---

27. April.

Je größer die Gefahren ſind, welche das Vaterland von allen Seiten bedrohen, um ſo mehr iſt es nöthig, deſſen Lage klar und beſonnen zu erwägen.

Das heutige Reichsgeſetzblatt enthält die Reichsverfaſſung, wie ſie von der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung endgültig beſchloſſen und verkündigt iſt. Von der großen Mehrzahl der deutſchen Regierungen iſt dieſe Verfaſſung bereits anerkannt und angenommen. Dagegen war es offenkundig, daß die deutſchen Könige, oder wie es richtiger heißen ſollte, deren Regierungen, den Verſuch machen würden, ſich der Anerkennung dieſer Reichsverfaſſung zu entziehen. Dem Ausſchuſſe der erſten preußiſchen Kammer iſt amtlich mitgetheilt, daß Baiern, Würtemberg, Hannover und Sachſen wirklich die Anerkennung verweigern. Auch im Namen der preußiſchen Regierung hat das Miniſterium in beiden Kammern erklärt, Preußen werde die Annahme der Reichsverfaſſung an Bedingungen knüpfen, welche der preußiſche Bevollmächtigte in Frankfurt vorzulegen beauftragt ſei.

Dieſe Bedingungen ſind, ſo viel wir wiſſen, noch nicht mitgetheilt. Vielmehr hat der preußiſche Bevollmächtigte, Hr. Camphauſen, ſeine Stelle niedergelegt.

Nach den Erklärungen des preußiſchen Miniſteriums kann kein Zweifel obwalten, daß dieſe Bedingungen zur Zeit in der Beſeitigung derjenigen Beſtimmungen der Reichsverfaſſung beſtechen möchten, welche nicht das Glück haben, dem gegenwärtigen preußiſchen Miniſterium annehmbar zu erſcheinen, obgleich ſelbſt die große Mehrzahl der äußerſten Rechten in der zweiten preußiſchen Kammer für die unverweilte, unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung geſtimmt hat.

Aber auf welchem Wege denkt das preußiſche Miniſterium jene Aenderungen in der Reichsverfaſſung zu erzielen? Wir haben dieſen Weg, die Plane, welche dem preußiſchen Miniſterium darüber vorſchwebten, an die Oeffentlichkeit und dadurch zugleich an den Pranger geſtellt. Wir glauben dem Vaterlande dadurch einen Dienſt gethan zu haben; denn wir tödteten ſie indem wir ſie zergliederten. Eine mächtigere Hand, wie die unſrige, Herr v. Vincke hat ſie in ſeiner Rede am 21. April für immer beſeitigt. Herr v. Vincke hat in dieſer Rede, die einen Platz in der Geſchichte einnimmt, unwiderſprechlich dargethan, daß die Reichsverſammlung nicht ohne ihre politiſche Ehre mit Füßen zu treten in der von ihr endgültig beſchloſſenen Verfaſſung Aenderungen vornehmen kann. Er hat alle die Umſtände entwickelt, unter welchen die Reichsverſammlung nicht anders handeln konnte, wie ſie gehandelt hat. Er hat ihre Ehre von jedem Flecken gereinigt, ſie ruht unter ſeiner Rede, wie unter einem diamantenen Schilde.

Wenn nun dieſe Verſammlung nicht im Stande iſt, Aenderungen in den Verfaſſungen vorzunehmen, die königlichen Regierungen aber darauf beſtehen, dennoch ſolche Aenderungen vorzunehmen, was bleibt übrig? Männer, welche mehr Gutmüthigkeit als Kenntniß der Lage des Vaterlandes beſitzen, haben auf dieſen und jenen Vorſchlag zur Vermittelung angetragen, von denen wir nur den des Grafen Itzenplitz hervorheben wollen. In Anbetracht nämlich, daß es die Zeit erfordere, ohne Säumen den welthiſtoriſchen Augenblick zu erfaſſen, ohne um Unweſentliches zu erregen, hat er ſich auf acht Punkte beſchränkt, welche die Reichsverſammlung zugeſtehen müſſe, ehe der König die Reichsverfaſſung annehmen könne. Wir wollen von anderen Punkten abſehen; einer iſt darunter, welchem die Reichsverſammlung nicht zuzuſtimmen vermag. Die Reichsverfaſſung ſoll nämlich zu einem Entwurfe gemacht werden, über welchen eine künftige Verſammlung nach einfacher Mehrheit entſcheidet. Zuerſt werden dadurch keineswegs die Einwendungen der preußiſchen Regierung erledigt. Die preußiſche Regierung erklärt, die Verfaſſung ſei gewiſſer Beſtimmungen wegen nicht annehmbar. Die neue Verſammlung kann aber dieſe Beſtimmungen, dieſe Mängel, welche anderen Vorzüge dünken, alle wieder annehmen, und was dann? Dann wären die Dinge in ſchlimmerer Lage, als jetzt. Doch das ganz beiläufig; es kommt darauf nicht an. Jene Forderung verlangt eine Aenderung der Verfaſſung in einem ihrer weſentlichſten Punkte, und in einem Punkte, in welchem die Verſammlung am wenigſten nachgeben kann, mag ſie nun an ſich ſelbſt, mag ſie an das Vaterland denken. Die Adreſſen ohne Zahl, welche aus allen Theilen des Vaterlandes einlaufen, verlangen unverbrüchliches Feſthalten an der Verfaſſung ohne alle Aenderung; namentlich aber ſcheint ihnen die fragliche Aenderung als die gefahrvollſte und verwerflichſte von allen; ſie fügen gewöhnlich ausdrücklich hinzu, vor Allem darauf zu halten, daß die Verfaſſung nur auf verfaſſungmäßigem Wege abgeändert werden dürfe. Die Itzenplitziſche Verfaſſung würde in Würtemberg, in Sachſen u. ſ. w. nicht anders als mit Waffengewalt eingeführt werden können. Der Vorſchlag des Grafen Itzenplitz iſt ſo unmöglich, wie er ſelbſt im vorigen März und es bleibt beim alten märkiſchen Spruche aus der Raubritterzeit:

Vor Arnim und vor Itzenplitz
Der liebe Himmel uns beſchütz'!

Wenn nun die verfaſſunggebende Reichsverſammlung außer Stande iſt, zu den Entwürfen der königlichen Regierungen die Hand zu bieten, unter denen die baieriſche z. B. Forderungen ſtellt, nach denen das ganze Verfaſſungswerk umgeſtoßen werden müßte, ſo bleibt nichts übrig, als daß die Regierungen ihre Entwürfe ſelbſt ausführen, und eine Reichsverfaſſung einſeitig verleihen. Dieſe wäre aber nicht rechtsbeſtändig, ſelbſt vom Standpunkte der Regierungen aus. Sie kann nicht einmal hinterher legaliſirt werden. Denn das Mandat, die Verfaſſung zu Stande zu bringen, iſt dieſer Verſammlung gegeben und kann keiner andern willkürlich übertragen werden.

Was die Gefahren einer Oktroyirung betrifft, ſo verweiſen wir auf die Erklärung, welche im vorigen Jahr der ſächſiſche Bundestagsgeſandte mit Zuſtimmung des Bundestages abgab. Gewalt würde die Gewalt herausfordern.

Wir wiſſen nicht, wie weit das Einverſtändniß unter den königlichen Regierungen gediehen; aber das iſt gewiß, daß ſie alle mehr oder minder der Annahme der Verfaſſung widerſtreben. Ebenſo gewiß iſt, daß in allen deutſchen Staaten nicht bloß die Volksvertreter, wo ſie nicht von der Regierung verhindert ſind, ſich auszuſprechen, ſich faſt einſtimmig für unbe-

dingte Annahme der Reichsverfaſſung ausgeſprochen haben, ſondern in dem Volke eine ähnliche Einſtimmigkeit herrſcht.

Wenn die Regierungen in ihrer Richtung beharren ſollten, welche der des Volkes geradezu entgegengeſetzt iſt, ſo wäre ein Zuſammenſtoß nicht zu vermeiden. Ein gewaltſamer Zuſammenſtoß aber wäre auf das äußerſte zu beklagen. Er würde unſer Volk von der Bahn geſetzmäßiger Entwicklung ablühren. Niemand kann ſagen, wohin dieſe abſchüſſige Bahn führen würde, ob zur Willkürherrſchaft oder zur Fürſtenloſigkeit. Jeder Freund des Vaterlandes, jeder der nur von der geſetzlichen Ordnung Heil erwartet, muß daher auf das Aeußerſte wünſchen, einen ſolchen Zuſammenſtoß zu vermeiden.

Es gibt nur einen Weg zu dieſem Ziele. Wir haben ihn wiederholt angegeben. Die Fürſten müſſen, ehe ſie zu einer unheilvollen Entſcheidung kommen, auf die ganze Gefahr der Lage aufmerkſam gemacht werden. Sie müſſen überzeugt werden, daß das ganze Volk die unverweilte Annahme der Verfaſſung als Bürgſchaft einer geordneten Zukunft wünſcht. Das ganze Volk kann nicht laut, nicht kräftig, nicht entſchieden genug ſeine Stimme erheben. Es muß ſprechen durch die Volksvertretungen, durch Vereine, durch Verſammlungen, durch die Preſſe, von der unſer verehrter Korreſpondent vom Rheine mit Recht bemerkt, ſie könne jetzt nicht rückſichtslos genug ſein. Eben weil wir Frieden, Ruhe, Ordnung, Geſetz erhalten zu ſehen wünſchen, eben weil wir von Anwendung roher Gewalt nur Unheil beſorgen, deßhalb ſchlugen wir entſchloſſen den Weg ein, der allein zu jenem Ziele noch führen kann. Wir forderten alle Parteien auf, ſich einmüthig zu erheben; nur dann, wenn die ruhigen Bürger, die Geſetz und Ordnung als Bedingung ihres Wohlſtandes erkennenden Klaſſen Theil nehmen an der Bewegung ſich betheiligen und ſich an ihre Spitze ſtellen, dann kann ihr der gefährliche Charakter genommen werden. Wir wieſen auf das große Beiſpiel Englands hin, das ſeine beſten Errungenſchaften nur einer ſolchen unblutigen Erhebung der Millionen verdankt. Unerſchrocken, unbekümmert um kläglichen oder boshaften Mißverſtand haben wir in dieſen Tagen die entſchloſſene Sprache geführt, die allein mithelfen kann zu jenem Wege des Heils. In der nachdrücklichſten Sprache haben wir die Fürſten gewarnt, ihr Intereſſe von dem Intereſſe des Volkes zu trennen, das Volk aufgefordert, ſeinen Willen auf das Unzweideutigſte zu verkündigen, und wenn ein Witzbold unſere Sprache eine Barrikadenſprache nannte, ſo nehmen wir die Bezeichnung an: es iſt die Sprache, welche uns die Barrikaden erſpart!

Bereits hat das Beiſpiel Würtembergs unſere Erwartung auf das Erfreulichſte gerechtfertigt; auf dem Wege, welchen wir empfehlen, iſt dort Alles erreicht. Wir hoffen, daß auch in den übrigen Staaten die Fürſten nicht nach ihrem Wunſche, aber zu ihrem Frommen von dem verſtändigen Volke auf den Weg des Heils mit fortgeriſſen werden. In Hannover bereitet man eine ſolche große friedliche Demonſtration des Volkes vor, und in Baiern geht eine Bewegung vor ſich, deren Ende hoffentlich kein Anderes ſein wird, als das in Würtemberg. Wenn die Uebereinſtimmung eines Volkes ſo groß iſt, daß Niemand mehr zu finden iſt, der die Verantwortlichkeit auf ſich nimmt, das Volk gegen ſeinen einmüthigen Willen zu regieren, dann iſt auch für Könige der kategoriſche Imperativ gekommen.

Leider erſchweren die Könige in unheilvoller Verblendung ihre Stellung. Während die Reichsverſammlung in weiſer Mäßigung ſich darauf beſchränkt, die Regierungen zu ermahnen, die Stimme ihres Volkes zu hören, und die Stände zuſammen kommen zu laſſen, ſind, wie es ſcheint, nach Verabredung, die Kammern in Hannover wie in Berlin vertagt. Das Dekret des hannoverſchen Miniſteriums *) iſt ein ſeltſames Aktenſtück und zeigt, bis zu welcher Verblendung büreaukratiſchen Uebermuthes ein ſonſt ſo ſchätzenswerther, aber von Starrſinn und Eitelkeit verzehrten Mann wie Stüve fortgeriſſen werden kann. Aber er wandelt doch formell noch auf geſetzlichem Wege. Dagegen iſt dieſer in Berlin offen von dem Miniſterium verlaſſen. Das Miniſterium Manteuffel-Arnim hat jeden Schein eines konſtitutionellen Lebens von ſich geworfen, ſich ſelbſt mit der konſervativen Mehrheit entzweit, und einen Zuſtand herbeigeführt, den ſchon am Tage vor der Auflöſung der zweiten Kammer, wodurch geſetzmäßig auch die erſte Kammer vertagt iſt, ſelbſt die Conſtitutionelle Zeitung folgendermaßen ſchildert:

„In miniſteriellem Sinne ſprachen nur die Herren Wehmer und Ziethen. Der Letztere charakteriſirte ſeine Tendenz hinlänglich dadurch, daß er „Liebe für Ordnung und Geſetz" und „Begeiſterung für den Belagerungszuſtand" als identiſch bezeichnete. Will das Miniſterium auf dieſe unendlich winzige Minorität ſich ſtützen, die in einer konſtitutionellen Kammer ſo wenig Bedeutung haben kann, wie Herr d'Eſter mit ſeinem Anhange: nun, ſo erkläre es wenigſtens offen, daß es ſogar mit der von ihm ſelbſt oktroyirten Verfaſſung nicht regieren kann!

Doch eigentlich iſt das ſchon geſchehen. Die Frage über die Fortdauer des Belagerungszuſtandes iſt in den Hintergrund gedrängt durch eine unendlich wichtigere — durch die: ob es eines Geſetzes bedarf, um konſtitutionelle Freiheiten in einem Theile des Landes zu ſuspendiren, oder ob dies durch eine Adminiſtrativmaaßregel geſchehen kann, bei der die Legislative Nichts mitzureden hat? In einem konſtitutionellen Staate hat man nicht nur gewagt, dieſe Frage aufzuwerfen: nein, die Miniſter des Innern und der Juſtiz ſind ſogar naiv genug, mit dürren Worten zu erklären: „Der Antrag Waldeck's gehe über die Kompetenz der Kammer hinaus." Wohlverſtanden, es handelt ſich hier nicht um die Befugniß der Regierung, in Augenblicken der Gefahr durchzugreifen auf eigene Verantwortung und ſich naher durch eine Indemnitätsbill des Parlaments zu decken: die haben wir nie beſtritten. Nein, der Kern, das innerſte Weſen des Konſtitutionalismus, iſt in Frage geſtellt. Man leugnet die Befugniß der Kammern, bei einem der wichtigſten Theile der Geſetzgebung mitzuwirken und behauptet geradezu: die Suspenſion der beſtehenden Freiheiten ſei eine adminiſtrative Maßregel, welche die Volksvertreter nichts angehe." Nun, dann ſehen wir wahrlich nicht ein, wozu die Volksvertretung überhaupt beſteht, wenn nicht zur Kontrolirung der Regierung.

Dem Herrn Juſtizminiſter in ſeinen Anhäufungen von Citaten zu folgen, fühlen wir uns eben ſo wenig bemüßigt, als Hrn. v. Manteuffel's Enthüllungen näher zu zergliedern. Alles, was der erſtere vorbrachte, widerlegt ſich von ſelbſt durch die Bemerkung, daß ſämmtliche von ihm erwähnte Maßregeln von Miniſterien ausgingen, die mit der Majorität regierten. Die Majorität der Kammer, innerhalb ihrer Befugniß, iſt das Palladium des Konſtitutionalismus: wo man ihr mit andern Mitteln entgegentritt, als den konſtitutionellen, der Auflöſung oder das Veto, wo man ihre Rechte geradehin in Abrede ſtellt: da beginnt entweder der Abſolutismus oder die Revolution. Alle Parteien der Kammer aber möchten wir auffordern, ſich die Hand zu bieten, um die conſtitutionellen Rechte der Krone, des Parlaments und des Volkes einmal feſt zu ſtellen. Wir rufen ihnen die Worte Hildenhagens zurück: „Retten wir das Haus Hohenzollern vor ſeinen Freunden — mit ſeinen Feinden iſt es allerwege fertig geworden!" Da es Pflicht iſt, am Vaterlande nicht zu verzweifeln, ſo hoffen wir, daß hiermit die Kriſis in Berlin eingetreten iſt. Man kann mit einer noch ſo kleinen Partei regieren, aber doch nicht mit gar keiner.

*) Vergl. die zweite Beilage.

Es iſt Zeit in der ungariſchen Frage ſich nach den politiſchen Ergebniſſen umzuſchauen. Denn ein Umſchwung naht. Schwerlich kann Jemand die Folgen verkennen, welche jener Freiheitskampf auf die ſich eben neu geſtaltende Verfaſſung Oeſterreichs ſchon gehabt hat. Sie ſind von höchſter Bedeutung. Die Südſlaven erlangten Zugeſtändniſſe, welche ein ſtrenges Feſthalten am oktroyirten Entwurf vom 4. März unmöglich machen. Die Ungarn ſelbſt werden nicht eben viel von ihrer im vorigen Jahre erlangten Selbſtſtändigkeit ſich nehmen laſſen. Die Umwandlung des Centraliſationsſyſtemes in ein föderatives ſcheint im Kaiſerſtaate unausbleiblich. Dieſer Gedanke hat ſich unter den Leitern der Slavenſtämme zu vollſtändiger Klarheit durchgearbeitet. Er ſöhnt die Gegenſätze aus, wo ſie am ſchärfſten waren und ſpielt eben eine gewichtige Rolle in dem Lande, welches den ungariſchen Kämpfen aus der Nähe zuſchaute, ohne unmittelbar davon berührt zu werden, oder bedeutenden Antheil daran zu nehmen. Galizien war in ſich geſpalten und deshalb nur zu ſehr mit ſich ſelbſt beſchäftigt. Allein die Zuſtände daſelbſt ſind in einem raſchen Uebergange begriffen und es iſt leicht möglich, daß ſchon die allernächſte Zeit dies Land bei der ungariſchen Frage in den Vordergrund treten ſieht.

Das vorige Jahr, welches die Nationalitäten auffriſchte, brachte uns einen Volksſtamm Galiziens ins Gedächtniß, von dem früher nicht eben viel die Rede war. Die Polen meinten, Sta-

dion habe das Volk der Ruthenen „erfunden," aber der Spott kam ihnen theuer zu ſtehen, denn dieſes Volk machte ſein Gewicht bald fühlbar und lähmten ihnen alle freie Bewegung. Die „Erfindung" Stadions war für ſie verhängnißvoll, denn wäre der von ihm hervorgerufene und genährte Gegenſatz in Galizien nicht geweſen, ſo hätte es ſich längſt einmüthig für die Ungarn erhoben, und wir hätten jetzt nach dem erfolgreichen Freiheitskampfe der Magyaren vielleicht in Galizien ein „freies Polen." Dieſer Gedanke bewegt manchen Polen, nicht blos in Koſſuths Legionen, nein, auch am heimathlichen Heerde in Galizien, er wird der beredte Prediger der Verſöhnung. Ihm entkeimen große Hoffnungen, die es wohl der Mühe werth erſcheinen laſſen, einen Stamm zu gewinnen, welchen man mit Unrecht verachtete! Die Stimmung unter den Ruthenen aber iſt im Augenblicke dieſem Plane nicht abhold. Werfen wir daher einen Blick nach jener Gegend.

Die drei Schichten der Bevölkerung von Oſt-Galizien ſind 1) das Volk der rutheniſchen Bauern; 2) die Popen und ihre Familien; 3) die polniſchen Grundbeſitzer. Zwiſchen ihnen bewegt ſich die „Oberrockklaſſe" der Hofbeamten, Mandatare u. ſ. w., welche von den Grundbeſitzern abhängen und vom Volke in eine Kategorie mit jenen geworfen werden. Der rutheniſche Bauer nannte bisher Jeden, der einen Oberrock trägt, einen Lachen (gleichbedeutend mit Pole). Dieſe Bezeichnung bezieht ſich jedoch nicht auf die Nationalität, ſondern lediglich auf den Stand, und ſo hat der rein polniſche Bauer im weſtlichen Galizien für die Oberrockträger ebenfalls ein eignes Wort, er nennt ſie Ciarachen. Erfüllte aber den rutheniſchen Bauer Haß gegen ſeinen polniſchen Herrn (den Lachen), ſo war derſelbe Haß auch im polniſchen Bauer Weſtgaliziens gegen ſeinen Herrn (den Ciarachen) vorhanden, ja im Bauernaufſtande des Jahres 1846 mordete der polniſche Bauer ſeinen polniſchen Herrn (den Ciarachen), wie der rutheniſche den ſeinigen, mit der ausdrücklichen Angabe: „weil er ein „Pole" ſei." Es liegt hier alſo klar zu Tage, daß der Haß zunächſt kein nationaler, ſondern ein ſozialer war. Ihn mochte die öſterreichiſche Regierung im vorigen Jahre, nach dem gefährlichen Verſuch des Jahres 1846, nicht wieder aufwecken, es konnte ſonſt die Bauernbewegung durch die ganze Monarchie gehen, und die Regierung ſammt den Regierten unter denſelben Trümmern begraben. Daher wurden nationale Gegenſätze angefacht; und als Träger derſelben die griechiſchen Popen ſchlau benutzt. Jetzt hatte man eine ganz andere Bewegung; das religiöſe Bekenntniß trennte die Maſſen der Bevölkerung, und es ſcheint Rußland ſeine Hände bei dieſer Gelegenheit mit im Spiel gehabt zu haben, denn auch ihm mußte daran gelegen ſein, Galizien durch innere Gegenſätze aufzureiben. In der That überflutheten koſtbare Gaben an Kirchengeräthen, reichverzierten Liturgiebüchern und Altarornamenten von St. Petersburg aus die griechiſchen Kirchen der Südſlaven, und zwar immer mit Hülfe der Popen. Dieſe Geiſtlichen ſorgten auch dafür, daß die Ruthenen in Gallizien eine Orthographie und ein Alphabet annahmen, welches der Kirilika ſehr nahe ſteht. So hob ſich die rutheniſche Nationalität. Neben den Popen waren es vorzüglich Abenteurer aus der Klaſſe der „Oberröcke," welche den Plan der öſterreichiſchen Regierung, Schulen und Gerichtsbarkeit rutheniſch zu reorganiſiren, förderten. Er öffnete ihnen Ausſichten zu künftigen Stellungen. Sie bearbeiteten daher das Volk unermüdlich für die Pläne der Regierung, aber die Ergebniſſe erregen unwillkürlich Heiterkeit. Man müſſe nämlich z. B. in den Schulen die deutſche Sprache einführen — „weil die Ruthenen nicht rutheniſch verſtänden" — wie Stadion ſelbſt ſagte. In den Gerichtsverhandlungen hätte es ebenſo kommen müſſen! Da kann man ſich allerdings nicht erwehren, den Polen Recht zu geben, welche in dem Zurückdrängen der polniſchen Sprache, die den Ruthenen näher lag und geläufiger war, nur eine feindliche Machination gegen ſich ſahen. Man muß ihnen ferner jetzt zugeſtehen, daß die Organiſation der rutheniſchen Nachtionalwehr den Zweck hatte, ſie im Schach zu halten, daß das Bombardement und der Belagerungszuſtand von Lemberg ihnen galt und nur beabſichtigte, ihre Macht in dieſer Stadt zu brechen, weil ihr Nationalrath in Lemberg, nicht wie der Ruthenenrath daſelbſt, ein Werkzeug der kaiſerlichen Kamarilla war.

Aber die Zeiten haben ſich geändert ſeit der Verfaſſung vom 4. März! Es ſind Rückwirkungen eingetreten, jene Pläne ſcheinen entgegengeſetzte Erfolge haben zu ſollen, und wenn man genau zuſieht, ſo arbeitet die Regierung halsſtarrig an ihrer eigenen Vernichtung. Der Gubernator Goluchowski, ein blindes Werkzeug Stadions, trägt durch ſeine Beſchränktheit und Schroffheit nicht wenig dazu bei, den Volksmaſſen den Staar zu ſtechen. Er war eifrig bemüht, den aus Kremſier heimgekehrten Bauerndeputirten zu verbieten, ſich über die revolutionären Reden auf dem Reichstage auszulaſſen, und erreichte getreulich das Gegentheil. Das Bauernvolk forſchte neugierig nach jeder Kleinigkeit. Es hört, daß die Gutsherren eifrig für die Befreiung der Bauern und für Verleihung von Grundbeſitz an ſie geſprochen haben; es überzeugt ſich, daß „die Oberröcke" ihm jetzt ganz wohl wollen; es ſieht ein, daß die Regierungen ihre Verſprechungen und Zuflüſterungen doch wohl nicht ganz redlich gemeint hat. Der Bauer beginnt ſich dem Adel zu nähern und den Beamten, den Wölfen im Schafspelze, fremder zu werden. Dazu kommen die bitteren Erfahrungen, die er in den weſtlichen Bezirken gemacht hat. Dort hatte die Regierung nämlich den Landſturm über die Karpathen gegen die Ungarn geführt und man hatte den Leuten Ausſichten eröffnet, daß ſie wie im Jahre 1846 würden plündern können. Aber die Honveds ſpaßten gar nicht. Die Bauernhaufen wurden zerſprengt, man hängte oder erſchoß die Leute; und als ſie nun ſtatt der ſchönen Verſprechungen der Kreishauptleute die Bäume mit ganz andern Früchten beladen ſahen, da gingen ihnen die Augen auf und ſie riefen „Verrath"! So etwas wirkt.

Aber es ſchwindet nicht nur der Haß zwiſchen Bauern und Gutsherrn überhaupt (wozu beizutragen der Letztere in Gallizien ſehr bemüht iſt, ſondern es fangen die Ruthenen an, einzuſehen, daß ſie ihre Seele einem ſehr unſauberen Geiſte verſchrieben haben. Sie haben vergebens die Polen im Schach gehalten, vergebens freiwillige Bataillone gerüſtet, vergebens für die habsburgiſche Politik gekämpft, ſtatt der goldnen Berge verſprochener Freiheiten centraliſirte ſie die Konſtitution vom 4. März! Nun aber thut auch der Ruthenenrath das, was die Lipa in Prag und der Kroatenrath in Agram gethan hat. Er will das Joch abwerfen und ſtellt ſeine Forderungen. Er erklärt, daß die Verfaſſung den Ruthenen ihre Selbſtſtändigkeit nicht gewährleiſtet, ebenſowenig wie die Galliziens überhaupt, und ſetzt einen eigenen Ausſchuß nieder, um die Maßregeln einzuleiten, welche dieſe Gerechtſame ſichern ſollen! Und die Polen? — Sie befolgen Dembinski's Politik, verhalten ſich Oeſterreich gegenüber in der vorſichtigſten Weiſe ruhig, ſind auf das Eifrigſte bemüht, die Ruthenen zu verſöhnen, alle Opfer zu bringen, welche Gallizien zu einer eigenen kompakten Macht erheben können und hoffen ſo mit Hülfe der Ungarn zum Ziele zu kommen.

Ob ſie Ausſichten haben, muß die nächſte Zukunft lehren, ſo viel läßt ſich aber mit ziemlicher Wahrſcheinlichkeit behaupten, daß die Ruthenen ihren Bemühungen nicht widerſtehen, ſondern ihr eigenes Intereſſe in Gemeinſchaft mit den Polen wahrnehmen werden. Die Sachlage nöthigt ſie dazu. Nur ein Faktor kann vernichtend in dieſe Entwickelung eingreifen, wir wundern uns, daß er noch nicht dazugetreten iſt und durchſchauen den Grund nicht, der ihn fern hält. Ein Jahr lang brütet Rußland in dumpfem Schweigen — wann endlich erhebt ſich der Tiger wohl zum Sprunge?

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 28. April. Ein Gerücht ſpricht davon, Hr. Camphauſen würde unſere Stadt in nächſter Woche verlaſſen, ohne daß bis jetzt ſein Nachfolger bekannt worden wäre.

*** **Frankfurt**, 28. April. Nach Seerecht und Seegebrauch werden, wie man hört, Priſengelder für die in dem Eckernförder Hafen eroberten däniſchen Kriegsſchiffe in der Weiſe vertheilt, daß ſchon der gemeine Artilleriſt, der den Sieg vollbrachten Batterien 500 fl. erhält.

*** **Frankfurt**, 28. April. Morgen finden nicht allein in Naſſau und am Rhein, ſondern auch in Franken Volksverſammlungen ſtatt, und namentlich ſind von Lohr aus zahlreiche Einladungen ergangen.

Prag, 25. April. Geſtern Abends vor 8 Uhr langte Fürſt Windiſchgrätz mit einem beſonderen Zuge hier an, buchſtäblich das Bild einer gefallenen Größe! In einen grauen Mantel gehüllt, die Mütze tief in die Stirn gedrückt, durchſchritt er, von mehreren Offizieren begleitet, ſchweigend die Reihe der Zuſchauer, die ſich, ungeachtet der Bahnhof geſchloſſen war, eigens daſelbſt eingefunden hatten. Dem Vernehmen nach beabſichtigt der Fürſt nach

Belgien zu überſiedeln; alle Söhne deſſelben haben ihre Entlaſſung aus dem k. k. Militärdienſte genommen. Die Erzherzogin Sophie, die ſich nach Teplitz verfügen wollte, iſt von dieſem Plane abgekommen und bereits heute Morgens nach Ollmütz abgereiſt. (L. Z.)

Prag, 25. April. Das Anſuchen um ruſſiſche Hilfstruppen iſt vom Miniſterium des Aeußern ſämmtlichen Geſandten der Großmächte offiziell mitgetheilt worden. Nichts beweiſt wohl ſchlagender, wie ſehr kritiſch die ungariſchen Angelegenheiten ſtehen, als dieſe noch vor drei Wochen ganz unvermuthete Wendung, der man ſogar auszuweichen entſchloſſen war. (L. Z.)

△ **Berlin**, 26. April. Bei der heute fortgeſetzten Berathung über den Belagerungszuſtand erklärt ſich Keller zwar prinzipiell gegen einen Belagerungszuſtand, fand den gegenwärtigen aber durch die Exzeſſe der Demokratie gerechtfertigt. „Schaffen wir," ſchloß er, „die Möglichkeit, daß der Belagerungszuſtand ſo bald als möglich aufgehoben werde, indem wir ihn von Geſetzen abhängig machen, welche die Entwickelung des Volksgeiſtes nicht hemmen, aber auch in die richtigen Schranken zurückweiſt." (Bravo von der Rechten, Ziſchen zur Linken). Johann Jakoby erzählte „Kurze Zeit nach dem Malmoer Waffenſtillſtand wurde den Miniſtern v. Auerswald und Hanſemann das Anſinnen geſtellt, gegen die Nationalverſammlung Maßregeln zu ergreifen, welche eine Auflöſung der Verſammlung nothwendig zur Folge haben mußten. In einer in den erſten Tagen des Monats September in Bellevue abgehaltenen Miniſter-Konferenz wurde dieſer Gegenſtand verhandelt. Hieraus geht augenſcheinlich hervor, daß nicht die Ereigniſſe vom Oktober und November die Auflöſung der Nationalverſammlung nothwendig gemacht, ſondern daß der Entſchluß zu dieſem Staatsſtreiche ſchon viel früher gefaßt war. Der Kommiſſionsbericht ſagt ganz richtig, daß der Belagerungszuſtand nicht Folgen des Konflikts geweſen, ſondern vielmehr dazu gedient habe, den Konflikt herbeizuführen." Und nachdem er dann in ſeiner bekannten ſcharfen Weiſe die vom Miniſterium für die Fortdauer des Belagerungszuſtandes angeführten Gründe widerlegend durchgegangen war, ſchloß er: „Die letzten Schritte, welche das Miniſterium in der deutſchen Frage gethan, zeigen freilich, wie wenig die Miniſter Achtung vor der Volksvertretung haben, und wie ſehr ſie dem offen ausgeſprochenen Volkswillen zu trotzen entſchloſſen ſind. Das Volk muß jedoch immer von Neuem darüber aufgeklärt werden, wie unkonſtitutionell ſich das gegenwärtige Miniſterium benimmt. Mag dann die Stirn dieſer Männer noch ſo feſt ſein, ſie wird endlich doch dem allgemeinen Unwillen nachgeben müſſen." (Beifall links.) Hr. v. Manteuffel verſicherte darauf die Aechtheit ſeines Konſtitutionalismus, nur wolle er nicht mit der Straßendemokratie regieren. (Ein ſauberes Kompliment für die zweite Kammer!) Nun gab der Abgeordnete v. Hagen wieder eine kleine Lektion über parlamentariſche Uſancen, daran anknüpfend, daß Jakoby einmal von Entſchlüſſen der Krone geſprochen hatte. Griesheim und Graf Arnim ſprechen noch für den Belagerungsſtand, und Pope dagegen. Graf Arnim bemerkte unter Anderm:

Wenn der Menſch krank iſt, kann er bekanntlich ſeine politiſchen Rechte nicht ausüben, und der vernünftige Kranke entäußert ſich ihrer von ſelbſt. War nun unſer Staat nicht im vorigen Jahre krank? Ich glaube, er war todtkrank. Für die, welche jenen Zuſtand für einen geſunden gehalten, welche die Exzeſſe nur als Schaumſpritzen der Wellen bezeichnet haben, habe ich keine Argumente. Meine Anſicht iſt dagegen die, daß der Staat noch krank iſt, daß er krank bleibt, ſo lange ſolche Anſichten in der Kammer geäußert werden, wie ſie hier ausgeſprochen worden ſind. (Bravo auf der Rechten.) Die Verhandlung wurde jetzt formell geſchloſſen; aber damit war die Sache nicht zu Ende: nun kamen die perſönlichen Bemerkungen. D'Eſter bemerkte: „In dem fein geſponnenen Gewebe von Enthüllungen, welche der Herr Miniſter des Innern geſtern hier dargelegt hat, war auch mein Name enthalten. Der Herr Miniſter hat etwas mitgetheilt, was ich auf dem demokratiſchen Kongreſſe geſagt haben ſoll. Ich habe aber dort gerade das Gegentheil geſagt und ich hätte wohl erwartet, daß ſich der Herr Miniſter beſſere Quellen zu ſeinen Studien verſchaffe, als ein Zeitungsblatt. Sodann hat der Miniſter einer mir angehörigen Kiſte mit Papieren erwähnt, die gefunden worden iſt. Es iſt dies richtig; ja, meine Herrn, die ominöſe Kiſte enthält ſehr gefährliche revolutionäre Papiere — die ſtenographiſchen Berichte aus der letzten Zeit der vorigen Nationalverſammlung und die Berichte des Frankfurter Parlaments. Der Miniſter hat ferner von einer Umſturzpartei geſprochen. Ja, es gibt eine ſolche; ſie will das Syſtem, welches das jetzige Miniſterium vertritt, ſtürzen, und ich mache es mir zur Ehre, zu ihr zu gehören. Ich werde Alles aufbieten, dieſem Syſtem entgegen zu wirken. Ich halte dies für meine Pflicht." (Zu den Miniſtern gewandt:) „Den wahren Grund der Beſtrebungen, die Sie enthüllen wollen, bildet Ihr Benehmen, und ich kann nicht umhin, dieſen Enthüllungen gegenüber auch Sie daran zu erinnern, daß die Nationalverſammlung Sie für Hochverräther erklärt hat." (Große Bewegung.) Darauf erwiderte der Miniſter des Innern: Die Stelle, welche ich geſtern vorgeleſen, war in einem ſelbſt verfaßten Berichte des demokratiſchen Kongreſſes enthalten; ich habe nicht geſagt, daß ich dabei geweſen. (Gelächter). Was die ominöſe Kiſte betrifft, ſo kenne ich ihren Inhalt nicht genau; ſie befindet ſich in den Händen des Gerichts. Wenn ſie nichts als ſtenographiſche Berichte enthält, ſo iſt dieß um ſo beſſer für den Abgeordneten d'Eſter. (Große Unruhe links.) Es iſt jedoch auch ein Bild in der Kiſte gefunden worden, welches mit Blei gezeichnet iſt und einen als Demokraten gekleideten Mann darſtellt, der einem Andern die Augen ausſticht (Gelächter). Die Perſon, welcher die Augen ausgeſtochen werden, iſt leicht zu erkennen, aber ich will ſie in dieſem Saale nicht nennen. (Große Bewegung). Ich werde das Bild ebenfalls auf das Bureau niederlegen. Wenn geſagt worden, daß die Nationalverſammlung uns als Hochverräther bezeichnet hat, ſo iſt dieß allerdings richtig. Als wir an dem Tage, wo die Verlegung der Verſammlung ausgeſprochen wurde, den Sitzungsſaal verließen, faßte mich ein Abgeordneter an den Schultern und ſchrie mir das Wort „Hochverräther" in die Ohren. Ich habe aber damals auf dieſe Bezeichnung eben ſo wenig Werth gelegt, als auf die bis jetzt erfolgte Wiederholung des Hrn. d'Eſter. (Beifall rechts). Kinkel behauptet, ſeine Rede ſei verfälſcht worden; Reuter ſpricht von verächtlichen Subjekten, mit deren Enthüllungen das Miniſterium ſich indentifizire, von Bergen von Lächerlichkeiten, die daſſelbe zu allem Haß, den es ſchon trage, noch auf ſich lade, und dergleichen Dingen, die ihm wiederholte Ordnungsrufe zuziehen; Mitglieder der Rechten laſſen es nicht an Entgegnungen fehlen. Endlich ſind die perſönlichen Bemerkungen beendigt und mit einer Rede von Bucher als Referenten ſchließt nun die Verhandlung wirklich. Das Ergebniß war, (wie ſchon gemeldet,) daß „die Fortdauer des Belagerungszuſtandes ohne Zuſtimmung der Kammer iſt ungeſetzlich und die Kammer billigt nicht die Fortführung deſſelben" mit 184 gegen 139 Stimmen; „das Miniſterium iſt aufzufordern, den über Berlin verhängten Belagerungszuſtand ſofort aufzuheben" mit 177 gegen 153 Stimmen angenommen wurde.

München, 25. April. Wie ich höre, ſoll die Beitragspflicht Baierns zur deutſchen Flotte bereinigt ſein, und zwar theils durch Baarſendung nach Frankfurt, theils durch Abrechnung an dem Guthaben Baierns für Truppenſendungen zu Reichszwecken im vorigen Jahre. Sonach wird der deßfalls an die Kammer der Abgeordneten gebrachte Geſetzentwurf unmittelbar nach dem Wiederzuſammentritte des Landtages von der Regierung zurückgenommen und dadurch ein Gegenſtand des Zwieſpalts zwiſchen dem Miniſterium und der II. Kammer beſeitigt werden. Ein zweiter derartiger Gegenſtand, das griechiſche Anlehen, wird bis zum 15. Mai allem Anſcheine nach ebenfalls geregelt ſein. (N. C.)

Augsburg, 26. April. Die Gemeindekollegien unſerer Stadt (Magiſtrat und Gemeindebevollmächtigten) haben durch eine geſtern beſchloſſene Adreſſe an Se. Maj. den König die dringende Bitte geſtellt: die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung anzuerkennen, denn dieſe Anerkennung — entſprechen auch einzelne ihrer Beſtimmungen nicht den Wünſchen der Völker — erſcheine als Forderung der Nothwendigkeit. „In dem Wirrſaale der Meinungen und Strebungen iſt Eines gewiß, des Volkes ernſter Wille nach Erringung eines großen, einigen, alle ſeine Stämme umfaſſenden Vaterlandes, und nach Wahrung der nothwendigen, durch die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ausgeſprochenen Freiheiten nebſt der Form ihrer Gewährleiſtung." Die zweite in der Adreſſe ausgeſprochene Bitte geht dahin: „Ew. k. Maj. wollen allergnädigſt die Vertagung des Landtages zurücknehmen, die Vertreter des Volkes ſofort einberufen und ihren Beirath auch in der deutſchen Angelegenheit vernehmen." Das erſte Bataillon des hier in Beſatzung liegenden dritten Infanterie-

regiments hat Befehl erhalten nach Neu-Ulm zu marſchiren, wohin es heute früh abgegangen iſt. (Allg. Z.)

Erlangen, 24. April. Prof. v. Scheurl, Mitglied der Abgeordnetenkammer, fordert alle ſeine Kollegen in der Kammer, welche mit ihm für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung ſtimmen würden, auf, dieſes durch Erklärungen in der Preſſe kund zu geben, da die Kammer durch die Vertagung verhindert ſei, ſich auszuſprechen. (F. J.)

** **Stuttgart**, 27. April. Auf die Erklärung des Reichskriegsminiſters, daß ohne Vorwiſſen und Genehmigung der Centralgewalt der Prinz Friedrich den Befehl zum Vorrücken der würtembergiſchen Truppen in Baden an unſere Grenze gegeben habe, iſt in der Kammer heute ein Antrag Stockmaier's auf eine Bitte an die Regierung, ſie möge das in den Händen des Prinzen Friedrich befindliche Korpskommando ſogleich (für die Etatsberathung war die Exigenz geſtrichen worden) aufheben, ſofort ohne nur eine Debatte zu veranlaſſen, durch bloßes Aufſtehen und Sitzenbleiben angenommen worden. Ebenſo wurde die Bitte an die Regierung um vollſtändige Auskunft über die Betheiligung des Prinzen an der geſchehenen Dislokation der Truppen von der Kammer genehmigt. Uebrigens kehren die betreffenden würtembergiſchen Truppen bereits wieder in ihre Quartiere zurück.

* **Lörrach**, 26. April. Eine auf heute angeſetzte Deputirtenwahl zur zweiten Kammer kam nicht zu Stande. Ohngefähr 40 Wahlmänner waren erſchienen, und einige 20 reichten die Erklärung an den Wahlkommiſſär ein, ſie könnten ſich nach ihrer Ueberzeugung zu einer Wahl nicht entſchließen. (Bad. Bl.)

Braunſchweig, 24. April. In der heutigen Sitzung des Landtags verlas der Präſident nachfolgendes Schreiben des Miniſteriums: „Wir haben das gefällige Schreiben der geehrten Verſammlung der Abgeordneten des Landes vom 22/23. d. M., das Verhältniß der Reichsgeſetzgebung zur Landesgeſetzgebung betreffend, erhalten und nehmen keinen Anſtand, in Gemäßheit der von uns bereits abgegebenen Erklärungen, den beantragten Geſetzentwurf hierbei zur Zuſtimmung mitzutheilen. Zugleich erklären wir wiederholt, daß wir Abänderungen der von der Reichsverſammlung als endgültig beſchloſſenen und von der hieſigen Landesregierung anerkannten Verfaſſung auf anderm als dem verfaſſungsmäßigen Wege nicht für zuläſſig halten und ihnen daher entgegenwirken werden. Die Landesregierung iſt ſeit dem Beginn der Verhandlungen über die deutſche Verfaſſungsfrage der Anſicht geweſen, daß die Verfaſſung eines Bundesſtaates nur auf zwei Wegen rechtlich möglich ſei, nämlich entweder auf dem betretenen durch Beſchlüſſe der Reichsverſammlung und deren Anerkennung durch die Regierungen, oder falls ſich der Ausführung des Verfaſſungswerkes auf dieſem Wege unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenſtellen ſollten, durch Vereinbarung der Regierungen unter Vorbehalt der Zuſtimmung der Volksvertretung der einzelnen Staaten, und durch dieſe Zuſtimmung. Dieſen Anſichten gemäß iſt der hieſige Bevollmächtigte bei der Centralgewalt ſchon ſeit längerer Zeit inſtruirt, und die geehrte Verſammlung wird daher hieraus erſehen, daß die Landesregierung noch vor der an ſie ergangenen Mahnung den §. 8 des Landesgrundgeſetzes nicht aus den Augen verloren hat. Die beantragte Veröffentlichung der Reichsverfaſſung mit den Anzeigen iſt bereits erfolgt. Wir ſind ſchließlich mit der geehrten Verſammlung der Abgeordneten des Landes darin einverſtanden, daß der Augenblick ein gefahrdrohender ſei und zu raſchem und entſchiedenem Handeln mahne. Wir ſind aber zugleich der Anſicht, daß gerade in ſolchen Augenblicken die Bewahrung der ſchwerſten politiſchen Tugenden, nämlich der Beſonnenheit nnd Mäßigung, eine doppelte Pflicht ſei, und geben auch jetzt noch die Hoffnung nicht auf, daß wenn überall dieſen Grundſätzen nachgelebt wird, die Umgeſtaltung Deutſchlands zu einem Bundesſtaate, die eine unabweisbare Nothwendigkeit geworden iſt, ſich Bahn brechen werde. Braunſchweig, 24. April. Herzoglich Braunſchweigiſches Landes-Staatsminiſterium. v. Schleinitz.“

Schleswig, 24. April. „Wie können Sie — ſoll Orla Lehmann zu dem Offizier, der ihn hierher geleitete, geſagt haben — einen wehrloſen Familienvater gefangen nehmen?“ „Wie haben Sie, Hr. Amtmann, als Miniſter ſo viele wehrloſe Familienväter wegführen können?“ (H. K.)

Großbritannien.

* **London**, 25. April. Die Mehrheit, welche ſich im Unterhauſe für die zweite Leſung der Bill zur Abſchaffung der beſtehenden Schiffahrtsgeſetze ausgeſprochen hat, ſcheint, wie „Galignani's Meſſenger“ bemerkt, nicht einmal ſo ſtark geweſen zu ſein, als die Miniſter erwarteten. Der freilich toryſtiſche Standard vom 24. d. ſagt: „Die geſtern Abend im Unterhauſe ſtattgehabte Abſtimmung hat, wie ſich von ſelbſt verſteht, heute früh in der City viele Aufmerkſamkeit erregt. Welches Verfahren man auch im obern Hauſe einſchlagen mag, das Ergebniß vom letzten Abend wird als ein vollſtändig (?) entſcheidender Schlag gegen die Theorie der Schule von Mancheſter angeſehen. Heute früh glaubt indeß Niemand daran, daß nach der geſtrigen Abſtimmung die Miniſter erwarten dürfen, daß die Bill im Hauſe der Lords durchgehen werde, inſofern ſie nicht bis zum Gerippe verſtümmelt wird.“ Inzwiſchen iſt die Bill bereits in das Oberhaus eingebracht, hier zum erſten Male ohne weitere Debatte geleſen und als Tag für die zweite Leſung der Montag über acht Tage feſtgeſetzt worden. Mithin wird das Schickſal der Bill und mit ihm das des Kabinets bald entſchieden ſein. Zu bemerken iſt, daß Lord Palmerſton's nachläſſige Erklärung über das auf ſeinem Bureau verlegte Ultimatum Dänemarks ſeinen Gegnern nur Stoff zu neuen Angriffen gegeben hat, ſo untern Andern der „Times“, ſo dem „Standard“. Letzterer ſagt: „Ob die Verzögerung in Eröffnung beſagter Depeſche den Wiederbeginn der Feindſeligkeiten verhütet haben würde oder nicht, das kann die Meinung nicht ändern, die man ſich über Sr. Lordſchaft Nachläßigkeit geſtimmt hat. Die Menſchen ſind in der That nicht gerade geſtimmt, in ſolchen Fällen ſehr günſtig zu urtheilen, wo ihre Intereſſen gefährdet ſind.“ Eine Wiener Mittheilung in der Allg. Zeitung erklärt die zeitweilige Abberufung Ponſonby's und anderer Diplomaten dahin, daß man damit beabſichtige, die Zahl der Stimmen für die Navigationsbill im Oberhauſe zu vermehren. Auch ſei es wahrſcheinlich, meint derſelbe Korreſpondent, daß Lord Palmerſton als Miniſter für die auswärtigen Angelegenheiten durch Lord Clarendon werde erſetzt werden. Uns dünkt dieſe Einzelausſtoßung Palmerſtons nicht gerade ſehr wahrſcheinlich. Die Frage iſt: wird ſich das Miniſterium, im Fall die Navigationsbill im Oberhauſe verworfen wird, zu einem großen Theil mit Peeliſchen Elementen (hierunter namentlich Sir J. Graham) zu verquicken ſuchen, oder wird es in ganzer Geſellſchaft abtreten, um vielleicht einem protektioniſtiſchen Platz zu machen? Letzteres Ereigniß hätte nicht bloß für England, es hätte eine europäiſche Bedeutung, und es iſt klar, daß die gegen Palmerſton intriguirende Reaktionspartei und zwar nicht blos die engliſche, zufrieden ſein würde, wenn ſich die Lords Stanley und Aberdeen auch nur einige Zeit im Amte hielten. Man würde dieſe Zeit zu benutzen wiſſen! Lord Stanley hat, wie „Daily News“ wiſſen will, die Liſte der 40 Lords, deren Stimmen die Verwerfung der Navigationsbill entſcheiden werden (dieſe Liſte iſt wohl in jener Stelle gemeint, nicht eine Miniſterliſte, obſchon die Worte auch ſo gedeutet werden konnten) bereits in der Taſche; ein Stanley wird aber die Wighs nicht ſtürzen, um die Anhänger Peel's ans Ruder zu bringen, des Mannes, den die Tories den „Verräther von Tamworth“ nennen. Das Journal des Debats ſprach neulich ebenfalls dem whigiſtiſchen Kabinet das Leben ab und hielt ein Zwiſchenminiſterium mit Lord Stanley und Hrn. Diſraeli (!) als Chefs für ſehr möglich; aber eben ſo bald würde man, meint das Journal des Debats, zur Beſinnung kommen, und ein aus Anhängern Peels beſtehendes Miniſterium, dem Peel ſelbſt vielleicht ſeine offizielle Amtsgenoſſenſchaft, aber nicht ſeine Mitwirkung und ſeinen Rath verweigern würde, dürfte, die natürliche Folge dieſer beſſern Erfahrung und Ueberzeugung ſein. Der Peeliſche Korreſpondent der Allg. Z. denkt an ein Miniſterium, beſtehend aus Sir Robert Peel (oder auch ohne dieſen), Sir J. Graham, Sir George Grey, jetzigem Miniſter des Innern, Lord Clarendon, gegenwärtigem iriſchen Statthalter, Cardwell, Schatzſekretär im Jahr 1846, Lord Granville, Gladſtone, und von jüngeren oder minder erprobten Männern Herzog v. Argyle, Lord St. Germains und Warncliffe, alſo aus Whigs und Anhängern Peels, Männern, welche an den großen engliſchen Staatsinſtitutionen feſthalten, aber das Vertrauen beſitzen, daß ſie aufrichtig das Wohl des Volkes wollen. Die engliſchen Blätter wittern in letzter Zeit im Allgemeinen mehr einen bevorſtehenden Verſuch einer protektioniſtiſchen Kabinetsbildung und neue allgemeine Wahlen. Das Organ Palmerſtons, der „Globe“, läßt nur ahnen, nichts Beſtimmtes blicken. Hatte der „Globe“ erſt vor Kurzem nachzuweiſen geſucht, daß die Liberalen und mithin das Land im Ganzen bei einem Miniſterium Peel nicht ſo gut berathen ſein

würden, als bei einem Miniſterium Ruſſell, ſo richtet er in einer ſeiner jüngſten Nummern ſeine Angriffe gegen ein mögliches toryſtiſches Zukunftsminiſterium mit Aberdeen als Miniſter des Auswärtigen, Aberdeen ſei aber nichts, meint der Globe, als ein Handlanger der heiligen Allianz, werde raſtlos auf eine Reſtauration der orleaniſtiſchen Dynaſtie hinarbeiten und dadurch das Seinige dazu beitragen, daß der Kampf zwiſchen dem Abſolutismus und Revolution in einen allgemeinen Krieg übergehe, dem England beim beſten Willen nicht auf die Dauer fern bleiben könne. Vielleicht würde dieſe Kataſtrophe überhaupt nicht zu vermeiden ſein, aber jedes andere Miniſterium werde ſie beſchleunigen, während Palmerſtons Politik dadurch, daß ſie ſich auf ein möglichſt gutes Einvernehmen mit der Republik Frankreich richte, eine Botſchaft des Friedens ſei. Die künftige Geſtaltung dieſer Miniſterkriſis, ob das jetzige Kabinet ganz oder theilweiſe abtritt, ob es bleibt, ob es durch ein Miniſterium Peel oder Stanley erſetzt wird, wird ohne Zweifel von der Frage abhängen, ob die Reaktion, ob die Revolution, oder die Sache der geſetzlichen Freiheit und Ordnung auf dem Feſtland ſiegt.

Die geſtrigen Vorgänge in beiden Häuſern waren, mit Ausnahme des gleich zu erwähnenden, im Ganzen von mehr ſpeziell engliſchem als allgemeinem Intereſſe. Erwähnt zu werden verdient jedoch, daß im Oberhauſe vom Marquis von Lansdowne, im Unterhauſe von Sir J. Hobhouſe eine Dankſagung des Parlaments für den oſtindiſchen Generalgouverneur, den Generaliſſimus (Lord Gough), den Offizieren höheren und niederen Ranges wie den Soldaten, welche an dem letzten Kriege in Pendſchab, an der Belagerung und der Erſtürmung von Multan und an der Siegesſchlacht bei Gudſchrat Theil genommen, beantragt und einſtimmig angenommen wurde. Im Oberhauſe ſprach der alte Herzog von Wellington mit großer Kraft und feierlichem Ernſt. Er äußerte, daß er als alter Feldherr wohl das Recht habe, anzuerkennen, mit welcher Geſchicklichkeit die militäriſchen Operationen in dieſem an eigenthümlichen Schwierigkeiten reichen Krieg geleitet worden. Dank gebühre nicht blos dem General Whiſh und Oberſten Dundas für ihre erfolgreichen Operationen gegen die Stadt und Veſte Multan, als auch namentlich dem Lord Gough; denn ungeachtet einiger unerwünſchter Ereigniſſe, die, wie ſonſt in jedem Feldzuge, nicht zu vermeiden geweſen, ſei die ganze Reihe der militäriſchen Operationen doch von einem Ergebniſſe gekrönt worden, welches über alle Maßen glänzend zu nennen ſei. Zugleich drückt der Herzog ſeine Bewunderung für den jungen Major Edwardes aus, welcher am 1. und 18. Juni v. J. mit ſeltener Energie das Heer des aufſtändiſchen Fürſten von Multan an der Spitze einiger zuſammengerafften Truppen angriff und aufs Haupt ſchlug. Lord Gough wird ſich durch dieſe parlamentariſche Dankſagung, bekanntlich eine der höchſten Ehren in England, wie durch Wellington's Lob, für die früheren bitteren Angriffe auf ihn, dem man alles feldherrliche Talent abzuſprechen nahe daran war, in hinreichendem Maße entſchädigt halten. Der Herzog von Wellington hatte übrigens früher ſchon nach dem Unfall bei Rammuygur und der zweifelhaften Schlacht bei Tſchilliamwallich, Lord Goughs Partie genommen.

* **London**, 26. April. Die „Times" berichtet in ihrer Nr. von dieſem Datum über ein glänzendes und geſchmackvolles Feſtmahl, welches der Lord Mayor geſtern den Miniſtern und ihren Gemahlinnen und einem ausgewählten Kreiſe von Notabilitäten gegeben hat. Anweſend waren auch die meiſten Geſandten, hierunter der türkiſche und der gerade auf ſeiner Reiſe nach Berlin befindliche Geſandte Portugals für Preußen, Ritter von Barboſo. Der Lord Mayor bedauerte in ſeiner Anſprache, daß der preußiſche Geſandte wegen Unpäßlichkeit verhindert ſei, dem Feſte beizuwohnen. Der franzöſiſche Geſandte erwiederte den Toaſt, welchen der Lord Mayor auf die anweſenden Geſandten ausbrachte, in franzöſiſcher Sprache. Ein zweiter und dritter Toaſt des Feſtgebers galt den Miniſtern und ſpeziell Lord J. Ruſſell und Lord Palmerſton, worauf Beide in längerer Anſprache gebührend dankten. Namentlich folgte den Worten Lord J. Ruſſell's enthuſiaſtiſcher Beifall.

Neueren Nachrichten aus Nordamerika zufolge ſträubt ſich John Clayton, den ihm zu Theil gewordenen Poſten eines Staatsſekretärs für die Vereinigten Staaten zu behalten. Er wünſcht, an Hrn. Bancrofts Stelle als nordamerikaniſcher Geſandter nach England zu gehen.

Frankreich.

0 **Paris**, 25. April. Die Legitimiſten erheben ein großes Klagelied über den Tod des Abbé de Genoude, den ſie „ihres Landes beſten Todten" nennen. Ehren ſie ihn auch über Verdienſt, ſo muß man doch geſtehen, daß ſie ſchwerlich einen gewandteren, unermüdlichern Anführer finden werden. Die Fahne der „Gazette de France" in feſter Hand, brach er ſeine Lanze nach allen Seiten hin, ein kampfbereiter Girardin der Legitimität. Er war zu lebhaft um mit den anderen weißen Blättern in Reih und Glied zu fechten, wie ein übermüthiger Koſak hieb der hiſtoriſche Prieſter bald da bald dort ein. Es gelang ihm freilich nicht, die feſten Streitmaſſen der Orleaniſten und Republikaner zu durchbrechen; aber ihn für immer zurückzuweiſen, ferne zu halten, war ebenfalls unmöglich. Das Lieblingspferd, auf dem ſich der kriegeriſche Abbé am beſten ausnahm, war die Nothwendigkeit des allgemeinen Stimmenrechts. Kaum war daſſelbe ſein oberſter Grundſatz geworden, als er ſchon aus Konſequenz die direkten Steuern zu verweigern anfing, weil ſie nicht vom Volke feſtgeſetzt worden ſeien. Und er beharrte ſo lange auf ſeiner Weigerung, bis ihm die Gerichte nach und nach alle Säle ſeines ſchönen Schloſſes Pleſſy le Tour leerten um ſich durch den Verkauf der Möbel und Gemälde zu befriedigen. Dieſes ſchöne aus der Geſchichte Ludwig XI. berühmte Schloß hatte der verſtorbene Abbé — erheirathet. Es gibt ein ſinniges Gedicht Lamartine's auf den Tod der Frau des Abbé de Genoude, die ihm zwei Kinder hinterließ. Uebrigens war der heftige Legitimiſt gemeiner Abkunft. Der Abbé de Genoude kommt in den letzten Jahren der Regierung Ludwig XVIII. noch als Cenſor Eugen Genou vor, unter Karl X. finden wir ihn als maître de requêtes Genoude, bis er endlich mit dem de beſchenkt wird.

* **Paris**, 26. April. Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung war endlich einmal wieder eine Sitzung von erhöhtem Intereſſe. Das Marinebudget ſtand auf der Tagesordnung. Die Journale hatten im Voraus auf die Wichtigkeit dieſes Gegenſtandes aufmerkſam gemacht, namentlich hatte das Journal des Debats vor unklugen Beſchneidungen gewarnt. Man erinnert ſich, daß im Jahre 1846 93 Mill. Fr. zur Vermehrung der Marine bewilligt wurden. Dieſe Summe ſollte in 7 Jahren ausgegeben werden und war alſo nicht ganz verwendet. Daß die weitere Verwendung in dieſem Jahr ſiſtirt werden würde, hatte man erwartet. Das Budget war von vorneherein um 20 Millionen niedriger angeſetzt; der Marineminiſter verſtand ſich heute ſogar zu 22 Millionen; der Ausſchuß verlangte aber noch 17 Millionen dazu. Um dieſe Erſparniß durchzuführen, hätte die ganze Organiſation des Marineweſens geändert werden müſſen. Dem widerſetzte ſich aber mit gleicher Beredtſamkeit Dufaure und Lamartine. Dufaure erinnerte an die Plata-Streitigkeiten, an die mit Marokko, an die römiſche Intervention, jede dieſer Fragen könnte einen Kampf herbeiführen, in dem die Marine den Ausſchlag geben müßte. Lamartine hatte ſchon einmal im Jahre 1846 in der Marinefrage einen großen Triumph gefeiert; als es ſich damals um die 93 Millionen handelte, rief er, auf die diplomatiſche Loge zeigend: „Votiren wir! England hat die Augen auf uns gerichtet!" Er ſprach heute nicht minder feurig. Er bat die Verſammlung, dieſem tiefen Volksgefühl nicht zu widerſtreben, das immer ſo richtig empfinde, was dem Lande noth thue; er ſtellte Frankreich als die Schützerin der Freiheit der Meere gegen England hin; er fragte, ob jetzt die Stunde ſei, an unſeren Streitkräften Erſparniſſe zu machen, wo Frankreich mehr als jemals ſich in der Lage halten müſſe, in Europa den Frieden zu bewahren, indem es ihn auferlegt, nicht, indem es ſich ihm unterwirft. Die Verſammlung überließ ſich dem Eindruck dieſer Reden; ſie nahm nur einige unbedeutenderen Verminderungen an; im Weſentlichen ließ ſie nichts am Budget ändern.

Geſtern iſt in der Nationalverſammlung der Ausſchuß-Bericht betreffend die Ausgaben der proviſoriſchen Regierung vertheilt worden. Er bildet zweifelsohne eins der merkwürdigſten parlamentariſchen Aktenſtücke unſerer Zeit. Die Unterſuchung des Ausſchuſſes ging bis ins Einzelnſte; über jeden Poſten mußten die früheren Regierungsmitglieder Rechenſchaft ablegen. Bei dem Miniſterium des Innern finden ſich die meiſten Anſtände; bei mehreren begnügt ſich der Ausſchuß mit einem Tadel, einige verweigert er aber zu ratificiren, darunter 123,000 Fr., die Ledru-Rollin zur Republikaniſirung Frankreichs ausgegeben hat.

Napoleon Bonaparte iſt von ſeinem Poſten als Geſandter in Madrid entſetzt. Der Moniteur gibt als Grund an, weil er ohne Urlaub Madrid verlaſſen, und ſich auf den Weg nach Paris begeben hat. Die Eſtafette behauptet, er habe gegen die Intervention zu Gunſten des Papſtes proteſtirt, und deshalb habe das Miniſterium auf ſeiner Entlaſſung beſtanden.

Gioberti hat jetzt offiziel im Namen Sardiniens die Vermittlung Frankreichs und Englands bei den neuen mit Oeſterreich eingetretenen Verwicklungen nachgeſucht. Der Kapitän Rigaudit, der im adriatiſchen Meere kommandirt, ſoll auch bereits Befehl bekommen haben, bis zur Schlichtung dieſer Streitigkeiten vor Venedig zu kreuzen.

An der heutigen Börſe ſchloß die 3 pCt. 56,70; 5 pCt. 88,30, Bankaktien 2,400.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Krakau, 20. April. Zwiſchen Wadowice und Tarnow ſind dieſer Tage 119 Kiſten bleierne Kugeln und 29 Kiſten Gewehre mit Beſchlag belegt worden. Wahrſcheinlich waren dieſelben für die ungariſch-polniſchen Inſurrektionstruppen für den Fall ihres Eindringens in Galizien beſtimmt. Briefe aus Paris melden, daß die franzöſiſche Regierung beſchloſſen habe, den Eintritt polniſcher Emigranten über die Grenze mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln zu verhindern. Die preußiſche Regierung hat demnach die Anordnung getroffen, daß den Polen, welche ſich aus Oeſterreich nach Frankreich begeben wollen, die Durchreiſe durch Preußen nicht mehr geſtattet werde. (Lloyd.)

Aus **Debreczin** erfährt man, daß Bem daſelbſt einen feierlichen Einzug gehalten, 200 mit nationalfarbenen Bändern geſchmückte ruſſiſche Gefangene im Gefolge. Koſſuth ritt ihm mit entblöstem Haupt entgegen und drückte ihm den wärmſten Dank des Vaterlandes aus. Bem überbrachte, ſo wird verſichert, eine von 40,000 Sachſen unterfertigte Adreſſe, worin ſie das ungariſche Landesvertheidigungskomite anerkennen, demſelben huldigen und den Schwur leiſten, gegen die Union nie mehr die geringſte Einwendung zu machen! Den ganzen Tag wurden Kanonenſchüſſe gelöſt, Abends Beleuchtung der Stadt und großer Ball beim Präſidenten Koſſuth. (Preſſe.)

Italien.

Turin, 21. April. Das Miniſterium rüſtet ſich, den Forderungen Radetzky's nöthigenfalls mit Gewalt zu begegnen. Die öffentliche Meinung ſpricht ſich in allen Schichten der Geſellſchaft dafür aus; die ſonſt gemäßigſten Blätter führen die heftigſte Sprache. Die Regierung iſt der Unterſtützung Frankreichs gewiß. Albini hat Befehl bekommen, einſtweilen das Adriatiſche Meer nicht zu verlaſſen.

* **Rom**, 19. April. Es iſt der ausgeſprochene Plan der Regierung, für den Fall der bevorſtehenden Intervention Rom zum Mittelpunkt der Gräuel des Bürgerkriegs zu machen. Barrikaden werden vorbereitet und täglich rücken neue Truppenabtheilungen hier ein. Der Römer, wenn er anderer Tröſtungen entbehrt, weiß ſich durch eine Regung des ihm angebornen Mutterwitzes zu beruhigen. Er ſtellt einfach die Betrachtung an, daß alle Kalamitäten in Rom ihr Ende zu erreichen pflegen. Man erinnert an Caglioſtro und die Cholera, welche letztere namentlich unter den Händen der Geiſtlichen verkommen ſein ſoll. So werde es nun auch mit der politiſchen Seuche dieſes Jahrzehnts gehen, und wenn ſich das Ungeheuer ſatt und fett gefreſſen haben werde, müſſe es zuletzt an ſich ſelbſt erwürgen. Die Noth wird bald ihren Kulminationspunkt erreicht haben. Der Mercante di Campagna, welcher des Papiergelds müde iſt, droht kein Vieh und andere Proviſion mehr zu Markte zu ſchicken. Die Nahrungsmittel ſchlagen bedeutend auf. Da wir von revolutionären Fremden überſegnet ſind, ſo iſt ein heftiger Widerſtand mehr zu befürchten als früher. Die Conſtituante hat in ihrer geſtrigen Sitzung eine Proklamation an die Regierungen und Parlamente von Frankreich und England beſchloſſen, worin ſie das Recht des römiſchen Volks, ſich nach Belieben zu konſtituiren, vertheidigt und die Erwartung ausſpricht, England und Frankreich werde nicht dulden, daß „in der Mitte Italiens ein Volk gleichſam zu einem Lehn der katholiſchen Welt, zu einer Apanage des Klerus" gemacht werde. Dieſer Schritt zeigt nicht viel Vertrauen auf eigne Kraft. Daneben aber hat ſich die Verſammlung den Entwurf einer Verfaſſung von ihrer Kommiſſion vorlegen laſſen, als hätte ſie Ausſicht, dieſelbe jemals ins Leben zu rufen. Nach dieſer Verfaſſung wählt das Volk alle drei Jahre eine Verſammlung, die unauflöslich iſt und die höchſte Gewalt im Staate übt, daneben zwei Konſulen, von denen alle Jahre Einer erneuert wird und denen die Exekutivgewalt delagirt wird und endlich zwölf Tribunen, welche über die Wahrung der Verfaſſung wachen ſollten.

* Aus **Mittelitalien** ſind keine neuen, wenigſtens keine verbürgten Nachrichten da. Die toskaniſchen Truppen, heißt es, ſtehen in der Nähe von Livorno, und die Häupter des Aufſtandes haben ſich eingeſchifft. Die römiſche Regierung ſoll am 20. ihren Entſchluß ausgeſprochen haben, ſich nach Ancona zurückzuziehen.

*** **Neapel**, 14. April. Seit meinem letzten Berichte vom 3. Febr. nahmen die Angelegenheiten Siciliens eine entſcheidende Wendung. Nachdem die Vermittlungsvorſchläge der Repräſentanten Englands und Frankreichs unfruchtbar geblieben waren, weil das Parlament in Palermo das Ultimatum des Königs von Neapel verworfen hatte, begannen die Feindſeligkeiten, zu denen von beiden Seiten 6 Monate alle Vorbereitungen getroffen worden waren. Palermo wurde von einem neapolitaniſchen Geſchwader von circa 15 Schiffen blokirt, während alle disponiblen Truppen von Meſſina aus unter dem Oberkommando des Generals Filangieri zu Waſſer nach Katania, wo ſich die ſicilianiſchen Truppen vereinigt hatten, transportirt wurden, um dort einen entſcheidenden Schlag zu führen, und dieſen Schlüſſel zum Landwege nach Palermo zu nehmen. Catania iſt eine ſchöne gewerbſame Stadt von 45,000 Einwohnern, ohne eigentliche Feſtungswerke und nur in der letzten Zeit durch einige Batterien und Verſchanzungen gegen den andringenden Feind geſchützt. Die von Meſſina nach Catania führende Straße war bei Taoincina durch Kunſt und Natur hinreichend befeſtiget, um den Feind abzuhalten, allein die kaiſerlichen Truppen umgingen ſie zu Waſſer.

Der Mangel einer Flotte von Seite der Sicilianer entſchied auch hier wie in Meſſina den Ausgang des Kampfes zu Gunſten der Neapolitaner. Die Sicilianer, bei welcher ſich ein Korps ausländiſcher Freiwilligen, namentlich Polen, Franzoſen und Engländer befand, ſtanden unter dem Kommando des Polen Mieroslawski, während in Palermo der franzöſiſche General Frobriant den Oberbefehl führt. Am Charfreitag begann der Angriff gegen Catania zu Waſſer und zu Land. Während die Flotte die Stadt bombardirte, wurde ſie zu Land durch die ausgeſchifften Truppen geſtürmt. Das 4. Schweizerregiment, verſtärkt durch 1 Bataillon neapolitaniſcher Cacciatori, bildete die Angriffskolonne, und nach einem blutigen Kampfe, der hauptſächlich durch das ausländiſche Korps geführt und da noch unterhalten wurde, als ſich die Sicilianer bereits zurückgezogen hatten, wurde endlich die unglückliche Stadt bei Einbruch der Nacht mit Sturm genommen. Jedes einzelne Haus mußte erſtürmt werden; ein ſchreckliches Blutbad, wo weder Alter noch Geſchlecht geſchont wurde, war die Folge. Mehrere Gefangene von Rang, worunter auch 2 franzöſiſche Staabsoffiziere, ſind vorgeſtern auf einem Dampfſchiff hier eingebracht worden.

Nach dem Falle Catania's ergaben ſich die Feſtungen Syrakus und Auguſta, ſowie die Provinzialſtadt Notto ohne Widerſtand den königlichen Truppen. Von dem Perſonal der von Catania eingetroffenen Dampfſchiffe vernahm ich jedoch, daß ſie dieſe Feſtungen bei ihrem Einzug ganz öde und verlaſſen fanden: die Einwohner hatten ſich mit allen tragbaren Habſeligkeiten in das Innere der Inſel zurückgezogen. Auch die in Catania befindlichen ſicilianiſchen Truppen hatten, die Unmöglichkeit eines längeren Widerſtandes einſehend, den Rückzug in das Innere, wo derſelbe viel leichter iſt, als an der Küſte im Bereich der Dampfſchiffe, angetreten.

Filangieri verlangt neue Truppenſendung, und es werden ſoeben 6000 Mann hier eingeſchifft. Der Kampf wird ſich erſt vor Palermo entſcheiden. Dieſe Stadt von 200,000 Einwohnern ſcheint zum heftigſten Widerſtande entſchloſſen, und dürfte nicht ſo leicht eingenommen werden. Die Blokade zu Waſſer iſt unnütz, ſo lange die Stadt von der Landſeite frei bleibt; und die neapolitaniſche Flotte dürfte bald hinreichend zu thun bekommen, denn außer den bereits von England eingetroffenen zwei großen Dampffregatten, erwartet man dieſer Tage das von der oſtindiſchen Kompagnie gekaufte große Dampfſchiff „Bombay" von 600 Pferdekräften. Dieſe 2 großen Dampfſchiffe nebſt einigen kleinen ſtehen unter dem Befehle eines engliſchen Kommodore und ſind größtentheils mit engliſchen Offizieren und Matroſen verſehen.

Nachſchrift vom 17. April. Soeben hören wir, daß es Hrn. de Reyneval, dem hieſigen franzöſiſchen Geſandten, gelungen, einen Frieden mit Sicilien zu vermitteln.

* Aus Sizilien laufen für die Neapolitaner ſehr günſtige Nachrichten ein. Mieroslawski ſoll bei Catania gefangen worden ſein, und am 17. hieß es in Neapel, die Regierung in Palermo habe beſchloſſen, ſich zu unterwerfen unter den Bedingungen, die der Admiral Baudin für ſie würde erhalten können. Baudin hatte unbeſchränkte Vollmacht zu Unterhandlungen von ihr erhalten, und die franzöſiſche Eskadre wird Palermo bis zum Abſchluß dieſer Unterhandlungen ſchützen.

Sizilien. Aus Palermo ſind alle regulären Truppen ins Feld gerückt, die Nationalgarde wacht allein für Ordnung und Sicherheit; die von allen Seiten herbeieilenden bewaffneten Landleute werden nicht eingelaſſen; das Geläute aller Glocken werde ſie rufen, wenn Palermo ihrer Hülfe bedürfe.

(N. Z. Z.)

Ungarn.

Peſth, 18. April. Eine Proklamation Koſſuths, d.d. Godoud, 14. April, die im geheimen bei ſeinen Anhängern hier curſirt, iſt ein merkwürdiges Aktenſtück ſowohl der Form als dem Inhalte nach, wie auch der wahnwitzigen Sprache wegen, die darin geführt wird. Nachdem er die ununterbrochene Kette von Siegen und Triumphen der tapfern Magyaren über die „von Oeſterreich aus in das loyale Ungarn eingefallene gut organiſirte Bande" in das gehörige Licht geſtellt hat, und die Zuverſicht ausſpricht, daß durch den unausbleiblichen Beiſtand des ſtrafenden Armes Gottes der Ungar dieſe Eindringlinge aus ihrem letzten Zufluchtsorte Peſth vertreiben und in kurzer Zeit kein öſterreichiſcher Söldling mehr den reinen Boden Ungarns beflecken wird, ermuntert er ſeine tapfern Heldenbrüder zur Ausdauer und letzten Kraftanſtrengung, um den König Ferdinand V., der durch eine Militärempörung, an deren Spitze ſein Neffe Franz Joſeph ſtehe, vom Throne geſtoßen und zur Abdikation gezwungen, gegen welche Sr. Majeſtät feierlichſt proteſtirt und um Hülfe bei allen auswärtigen Mächten gefleht, wieder zu ſeinem geheiligten Rechte und angeſtammten Throne zu verhelfen! Zugleich befiehlt er darin an, daß ſowohl in allen ungariſchen Feldlagern als auch in allen Städten und Gemeinden, in denen noch die ungariſche Tricolore weht, am 19. April ein ſolenner Gottesdienſt zur Feier des Geburtsfeſtes Sr. Majeſtät Ferdinands V. abgehalten werde!

(Allg. Z.)

Peſth, 19. April. Geſtern früh hörte man hier aus dem ungariſchen Lager her 101 Kanonenſchüſſe abfeuern. Es geſchah dies zur Feier des Geburtstages König Ferdinand's V. Der kaiſerliche Kommiſſär des temeſcher Komitats iſt heute mit ſeiner Familie hier aus Temeswar flüchtig eingetroffen, was zu dem Gerüchte Anlaß gegeben, daß Temeswar bereits von Bem genommen ſei. Ich ſprach aber gelegentlich mit dem Kommiſſäre, Baron v. Ambroſy, welcher nur ſo viel erzählte, daß am 12. April Temeswar bereits ſo cernirt war, daß ihm die Flucht nur mit Mühe gelang. Der Fall Temeswars dürfte indeſſen jetzt ſchon geſchehen ſein, indem der Feſtung von außen das Trinkwaſſer abgeſchnitten werden kann, welches durch eine Waſſerleitung in die Feſtung hinaufgeführt wird. Auch für Arad iſt wenig Hoffnung eines längeren Widerſtandes vorhanden, nachdem ein ſo gewandter Artillerie-Offizier wie Bem die Belagerung übernommen. Die ungeahnten Unglücksfälle der öſterreichiſchen Waffen in Ungarn ſind hauptſächlich der Verachtung des Feindes von öſterreichiſcher Seite zuzuſchreiben. Wie in der franzöſiſchen Revolution, ſo muß Oeſterreich jetzt in der ungariſchen das Vorurtheil ſeiner Generäle von der ungleichen Ueberlegenheit der angewöhnten Disciplin über die revolutionäre Energie hart büßen. Der Feind iſt an Zahl zwei Mal ſo ſtark als die kaiſerliche Armee, und doch zog man ſich aus Geringſchätzung des Feindes nicht freiwillig und bei Zeiten zurück, ſondern ließ ſich Schritt für Schritt zurückdrängen. Dadurch iſt der Muth und die Tapferkeit der feindlichen Truppen ſehr geſteigert worden, und nach dem allgemeinen Zugeſtändniſſe der kaiſerlichen Offiziere ſind jetzt die ungariſchen Honved, welche anfangs den öſterreichiſchen Bayonetangriff nicht aushielten, die ungeſtümſten Stürmer geworden. Die großen Opfer, welche die Belagerung von Komorn ſchon gekoſtet, ſind ebenfalls jenem Vorurtheile dargebracht. Ein berühmter franzöſiſcher General ſagte von Komorn, daß er den Kommandanten beneide, welcher dieſe Feſtung mit 5000 gegen 100,000 Mann vertheidigen würde. Komorn hat eine Beſatzung von 10,000 M., und doch wollte man es mit nur 15,000 M. nehmen.

(D. A. Z.)

Peſth, 20. April. Der Landtag in Debreczin hat in Befürchtung einer ruſſiſchen Intervention eine neue Rekrutenaushebung von 200,000 Mann angeordnet, wovon auf Siebenbürgen 100,000 Mann fallen. Die Rekrutirung geſchieht durch freie Werbung. Jede Kommun giebt dem Freieintretenden 20 Fl. als Handgeld und weiſt ihm außerdem ein angemeſſenes Ackerſtück zur ewigen Benutzung nach der Dienſtzeit an. Wenn durch die freie Werbung bis zum feſtgeſetzten Termine das beſtimmte Kontingent nicht beiſammen iſt, wird zur Loſung geſchritten. Der Obergeneral der an der Donau operirenden ungariſchen Armee iſt Arthur Görgey, ein heißblutiger Magyar. Derſelbe war früher Oberlieutenant bei den Huſaren. Sein unruhiger Geiſt trieb ihn aber bis nach Algier, wo er vier Jahre in der franzöſiſchen Armee diente. Von dort zurückgekehrt, ward er Profeſſor der Mathematik in Lemberg, was ihm aber nicht lange behagte. Zuletzt hatte er ſich auf Mechanik gelegt, bis er endlich in der ungariſchen Revolution für ſeinen Thatendrang das weiteſte Feld gefunden. Von fremden Generalen führt nur Bem ein ſelbſtſtändiges Kommando. Dembinski iſt Chef des Generalſtabs und kommandirt nicht ſelbſt.

(D. A. Z.)

Redacteur: H. Kruſe.

[119][a] **Bekanntmachung.**

Die der verehelichten Sophie Gerſtenhauer, geb. Apel, zu Heilsberg gehörigen zuſammen auf 2800 Rthlr. gewurderten Immobilien in Dorf und Flur Heilsberg, beſtehend in einer Hofraithe, nebſt Zubehör und 6¼ Acker, 16 Ruth. Artland, Wieſe und Weg auf den Teichen, ſollen einer ausgeklagten Schuld wegen

den dreißigſten Juni d. J.

öffentlich an den Meiſtbietenden verkauft werden.

Unter Hinweiſung auf das am Amtsbrett aushängende, die nähere Beſchreibung der fraglichen Immobilien und die Verkaufsbedingungen enthaltende Subhaſtationspatent werden Kaufluſtige hierdurch eingeladen, an dem genannten Tage, Vormittags 10 Uhr, im Gemeindehauſe zu Heilsberg, vor unterzeichnetem Patrimonialamte zu erſcheinen, ihre Gebote zu thun und ſodann der auktionsmäßigen Verſteigerung, hierauf aber des Zuſchlags an den Meiſtbietenden gewärtig zu ſein.

Remda, am 22. Februar 1848.

Großh. S. acad. Patrimonialamt
A. Schultze.

[131][a] **Amerikaniſch-Deutſches Geſchäfts-Büreau Philadelphia und Heidelberg.**

Der Unterzeichnete empfiehlt ſein allgemeines Geſchäfts-Büreau in Philadelphia, No. 37 Wallace-Straße, für alle von Deutſchland aus in Nord-Amerika zu betreibenden Rechtsgeſchäfte, namentlich, außer Erkundigungen und Betreibungen von Erbſchaften in Nordamerika, auch die Geltendmachung, Einkaſſirung und Anherſendung von Forderungen an nach Amerika ausgewanderte Schuldner aus Deutſchland, ſo wie auch im Allgemeinen Auskunfts-Einziehungen und Ertheilungen über Perſonen und Verhältniſſe in Nordamerika ꝛc., ich kann dies um ſo beſſer und ſchneller ausführen, als ich auch in den einzelnen Staaten Nordamerika's Geſchäftsverbindungen habe.

Für die, welche mein Anerbieten beachten wollen, übernimmt und vermittelt für Deutſchland jeden Geſchäftsauftrag zwiſchen dem Anſuchenden und mir, wie auch Feſtſtellung von Bedingungen und Honorar, mein Vater, der Großh. Badiſche Stadtdirektor a. D. Wilhelm Deurer in Heidelberg. Philadelphia, Staat Pennſylvania, 19. Februar 1849.

German Law Agency of Frederik Deurer.

Der Unterzeichnete, obige Vermittlung übernehmend, erbittet ſich alle Briefe hierwegen franko. Heidelberg, 23. März. 1849

Wilhelm Deurer, Gr. Bad. Stadt-Direktor a. D.

[184] Für die unglückliche, am Krebs leidende Wittwe iſt ferner bei uns eingegangen, und wird derſelben heute pr. Poſt überſandt: Von A. D. in Wiesbaden fl. 8. 30 kr., von P. Haſe in Jena fl. 8. 15 kr.

Frankfurt a. M., 28. April 1849. Die Expedition der Deutſchen Zeitung.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen $2\frac{2}{3}$ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 119. Frankfurt a. M., Montag 30. April. 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die Ungarn und Deutſchland.) Wien (Vorſichtsmaßregeln. Kundmachung. Anſprache Welden's an die Wiener. Fürſt Windiſchgrätz. Ungariſche Nachrichten. Der Lloyd über die deutſche Frage. Die ruſſiſche Intervention. Koſſuth'ſche Proklamationen. Generalpardon. Der Stand der Dinge. Proklamation Welden's an Ungarns und Siebenbürgens Bevölkerung.) Berlin (Die Auflöſung der zweiten Kammer. Eindruck der Vertagung auf die Abgeordneten. Ausſicht auf ein oktroyirtes Wahlgeſetz. Die deutſche Frage. Die Unruhen.) Aus der Pfalz (Adreſſen für die deutſche Sache.) Dresden (Das Miniſterium.) Leipzig (Die Stadtverordneten für die Reichsverfaſſung. Zwieſpalt unter den Vaterlandsvereinen. Die Miniſterkriſis. Hr. Wuttke. Adreſſen an den König und das Miniſterium.) Karlsruhe (Beſchluß der Kammer in der Verfaſſungsfrage.) Darmſtadt (Dankvotum der Kammer an die Würtemberger.) Roſtock (Die Mannſchaft der aufgebrachten Schiffe in Kopenhagen.) Schleswig (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Landesverſammlung. Die Dänen auf Sylt.)

Großbritannien. London (Daily News über Deutſchland. Dankadreſſe der oſtindiſchen Geſellſchaft an das oſtindiſche Heer. Die Kabinetsfrage.)

Frankreich. Paris (Napoleon Bonaparte. Cabrera gefangen. Aleſſandria von Oeſterreichern beſetzt.)

Spanien. Madrid (Der Krieg in Katalonien. Der Zug nach dem Kirchenſtaat.)

Italien. (Die italieniſchen Zeitungen leer. Aleſſandria wird beſetzt. Die neapolitaniſche Armee in Sizilien verſtärkt.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 28. April. Die geſtern aus Ungarn eingetroffenen, für die öſterreichiſchen Waffen ſo ungünſtig lautenden Nachrichten, wurden in allen Briefen aus Wien beſtätigt. In einem derſelben, welcher Referenten zur Einſicht vorgelegt wurde, wird bemerkt, daß in Wien die größte Beſtürzung herrſche und man die Magyaren, welche von der ſchwachen Beſatzung Wiens ſicher genau unterrichtet ſeien, ſchon heranziehen ſehe. Wien rechne auf die Hülfe Deutſchlands. So verblendet die Politik des Ollmützer Kabinets im Allgemeinen und für die innern Angelegenheiten der öſterreichiſchen Monarchie war, mit ſo gerechtem Abſcheu das Schreckenſyſtem in Wien alle deutſchen, ja die Gemüther aller europäiſchen Nationen erfüllen mußte und mit ſo ſtrafwürdigem Hohne das Ollmützer Kabinet Deutſchland und ſeine Reichsverſammlung zu behandeln trachtete, ſo flößt der Sieg der heldenmüthigen Magyaren Deutſchland doch beſondere Bedenken ein. So lange ſich die Erhebung Ungarns auf die Entfeſſelung des vaterländiſchen Bodens beſchränkt, wird es Deutſchland nicht einfallen ſich dagegen zu rüſten, ſo wenig es geſchähe, wenn Polens Heldengeiſt noch einmal erwacht und ſich der angeſchmiedeten Feſſel zu entledigen ſucht. Ein Volk, das für die Befreiung ſeines Vaterlandes, die Wiederherſtellung ſeiner Nationalität und zur Vernichtung ſeiner Unterdrücker Gut und Blut einſetzt, verdient die Sympathie aller freien Völker. So erhob ſich auch ſchon einmal die deutſche Reichsverſammlung um den Magyaren ihr Sympathie zu bezeugen. Wenn aber die Magyaren in ihrem Siegeslauf den deutſchen Boden betreten und Wien, oder welche deutſche Stadt Oeſterreichs immer bedrohen würden, ſo wäre es eine Schmach für Deutſchland, wenn es die Verletzung des deutſchen Bodens ruhig geſchehen ließe. Mag die öſterreichiſche Regierung ſich in eine noch ſo feindliche Stellung zu Deutſchland gebracht haben, Deutſchland hat ſeine deutſchen Brüder in Oeſterreich nicht aufgegeben, wird keinen Fuß breit deutſchen Gebiets von Oeſterreich aufgeben, oder unvertheidigt laſſen. Noch iſt aber zu hoffen, daß es die Magyaren nicht zum Bruche mit dem deutſchen Reiche kommen laſſen, und noch wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Ollmützer Kabinet ſeine arge Verblendung erkennt und reumüthig einſieht daß Oeſterreich keinen beſſeren Bundesgenoſſen hat, als ein einiges und ſtarkes Deutſchland.

△ **Wien**, 24. April. Der ferne Kanonendonner aus dem Marchfelde wurde heute Nacht auf allen erhöhten Punkten der in dieſer Richtung liegenden Vorſtädte und Stadttheile vernommen. Man zerbricht ſich umſonſt den Kopf über ſeine Urſache. Im Laufe des heutigen Tages wurden Maßregeln getroffen, welche auf ſehr ernſte Beſorgniſſe der Regierung ſchließen laſſen. Das Militär-Verpflegsamt erhielt die Weiſung, alle Papiere zu verpacken, die Kaſten gut zu verwahren und alle Anſtalten ſo zu treffen, um im Falle eines plötzlichen Befehls zur Abreiſe bereit zu ſein. Dem Vernehmen nach ſoll auch die Rede davon ſein, das Militärſpital von hier weg zu bringen nach Oberöſterreich. In den Kaſernen war den ganzen Tag über große Bewegung. In den meiſten derſelben ſtanden die Soldaten gegen Abend unter den Waffen und in der Reiterkaſerne der Leopoldſtadt, waren alle zum Aufſitzen bereit; auch wurden ſie ungewöhnlich früh verſchloſſen, wahrſcheinlich, weil ſich viele Neugierige davor verſammelt hatten. Das Bataillon Wocher-Infanterie, welches am 19. nach Ungarn aufgebrochen war, iſt in der verfloſſenen Nacht eilig wieder hierher zurückgekehrt. Die Bataillons Emil, Ludwig und Hrabowski Infanterie ſind ebenfalls eingerückt.

△ **Wien**, 25. April. Nachdem wir durch das Bülletin von geſtern früh auf das Schlimmſte gefaßt waren, erſchien geſtern Abend folgende Kundmachung, welche beweiſt, daß die Ereigniſſe auf dem Kriegsſchauplatz wieder eine etwas günſtigere Wendung nehmen: „Es wird hiermit zur allgemeinen Beruhigung bekannt gegeben, daß zu Folge ſo eben aus dem Hauptquartier des Hrn. Feldzeugmeiſters Baron Welden eingelangten Nachrichten Ofen mit einer entſprechenden Truppenzahl beſetzt geblieben iſt und die Hauptarmee den Bewegungen des Feindes folgend, ſich in der Konzentrirung begriffen befindet. Zugleich wird kundgegeben, daß Komorn noch fortwährend beſchoſſen und von unſern Truppen beobachtet wird. Desgleichen hält die Diviſion Csorich Gran beſetzt und deckt den Donauübergang. Wien, 24. April. Der landeskommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter, Freiherr v. Böhm, Feldmarſchall-Lieutenant." Die ungariſche Armee ſcheint eine Stellung angenommen zu haben, welche ein Aufgeben Ofens, wie es offenbar in der Abſicht des kommandirenden Generals lag, für den Augenblick nicht mehr nöthig macht; die Truppen, die ſchon Befehl zum Abziehen hatten, erhielten Kontreordre. Die theilweiſe wieder organiſirte Cernirung Komorns ſcheint ſich auf das rechte Donauufer zu beſchränken und die Beſchießung nur dem Brückenkopfe zu gelten. Ein Reiſender, der Raab vorgeſtern um 1 Uhr verließ, erzählt, daß der Kampf an jenem Brückenkopf ſchon mehrere Tage währte und bei ſeiner Abreiſe vernahm man noch immer den Geſchützdonner aus jener Richtung. Die heutige Wiener Zeitung bringt eine Anſprache Weldens aus Ofen vom 23. April „an die loyalen verſtändigen Bewohner Wiens", worin wieder jeder Zoll ein Welden iſt! Es muß ziemlich ſchlecht um uns ſtehen, denn Welden ermahnt uns mit Sanftmuth und ganz gegen ſeine Gewohnheit ohne „Donner der Geſchütze." Er ſtellt die gewagte Behauptung auf, daß es immer die gerechte Sache ſei, welcher der Himmel den Sieg verleihe, wenn ſie gegen das „böſe Princip" ſtreite, „denn ſonſt ſtünde ja die Welt nicht mehr, denn ihr Beſtehen iſt ja nur auf das Gute und Rechte gegründet." Am Schluſſe ruft er uns auf, uns zu vereinen, indem Ruhe und Ordnung im Innern allein

die Möglichkeit gewähre, den Feind nach Außen zu bekämpfen. Es iſt dem General zu wünſchen, daß ſeine kriegeriſchen Unternehmungen einen beſſern Erfolg haben, als ſeine ſtyliſtiſchen Ergüſſe.

Die heutige amtliche Erklärung, daß Fürſt Windiſchgrätz trotz ſeines angeſuchten und von Sr. Maj. bewilligten Urlaubs noch immer Oberbefehlshaber aller Armeen dieſſeits des Iſonzo geblieben ſei, erregt unendliche Heiterkeit. Der Titel iſt alſo gerettet!

* **Wien**, 25. April. Der G. d. C. Hammerſtein hat bis heute Lemberg noch nicht verlaſſen und das 1. Bataillon Deutſchmeiſter marſchirte erſt am 14. d. nach Stryi, um ein dort ſtehendes Bataillon, welches nach Ungarn beſtimmt iſt, abzulöſen. Die ganze, auf dem Wege nach Ungarn begriffene Streitmacht wird aus 53 Kompagnien Infanterie, 6 Eskadronen Kavallerie nebſt 4 Batterien beſtehen und in 3 Kolonnen formirt ſein, wovon die eine unter Generalmajor Barko, die zweite unter Generalmajor Benedek und die dritte unter Oberſt Ludwig ſteht. Feldmarſchalllieutenant Vogel leitet die Operationen, Feldmarſchalllieutenant Simunich hatte vorſichtshalber Geſchütz nach Wien geſandt, daſſelbe iſt aber gleich geſtern wieder mittelſt Dampfboot nach Ungarn expedirt worden. Zu den bedeutenden Verſtärkungen, welche zur k. k. Armee in Ungarn ſtoßen, gehören auch 2 Kavallerieregimenter, darunter Lichtenſtein Chevaurlegers, die bis jetzt in Italien ſtanden. Als verbürgt iſt die in der Nacht eingelaufene Kunde eines Sieges des Feldmarſchalllieutenant Wohlgemuth über General Görgey anzuzeigen. Man verſicherte auch mit großer Beſtimmtheit, daß eine Bombe nach Komorn gefallen und durch das dadurch verurſachte Auffliegen einer Pulvermine eine ſo ſtarke Beſchädigung der Feſtung verurſacht worden ſei, daß man ſich der Hoffnung einer baldigen Uebergabe überlaſſen konnte; jedoch wird dieſe Nachricht noch ſehr in Zweifel gezogen. Nach dem heutigen Leitartikel des „Lloyd" wären Baiern, Sachſen und Hannover feſt entſchloſſen, den Anmaßungen der Reichsverſammlung entgegen zu treten. Auch Würtembergs Anſchluß ſei nicht gewiß und ſelbſt die Zuſtimmung Badens wird als eine nicht unbedingt ertheilte in Zweifel geſtellt. Hiernach wäre ein Gelingen des Planes nur durch das Abtreten des jetzigen preußiſchen Miniſteriums, wenn nicht ſelbſt durch Abdankung des Königs zu erwarten.

Die heutige Wiener Zeitung enthält folgende Kundmachung:

„An die loyalen verſtändigen Bewohner Wiens.

Ofen, am 23. April 1849.

Seit einem halben Jahre mit der Erhaltung der Ruhe und Ordnung in Eurer ſchönen Stadt beauftragt, habe ich oft meine Stimme zu Euch erhoben. Ihr habt ſie gehört, verſtanden. Ihr ſeid mir oft mit Vertrauen entgegen gekommen — ich bin ſelbſt von der Achtung aller Rechtlichen begleitet an meine neue ſchwere Beſtimmung abgegangen. Es war dies der glücklichſte Moment in einer immer trüber werdenden Zeit. Jetzt, wo das Geſchick ſich immer feindſeliger geſtaltet, wo nicht mehr die ungariſche Nation, denn dieſe zittert ſelbſt vor ihren Tyrannen, wo die Revolutionären aller Länder die Zerſtörung Eures Wohlſtandes verſuchen, und darauf den blutigen Thron ihrer ſogenannten Freiheit gründen wollen, jetzt wende ich mich auch aus der Ferne noch ein Mal an Euch, denn Euch und Euer Intereſſe, das Wohl unſeres Geſammtſtaates, die Erhaltung unſerer jungen, wieder emporkeimenden Monarchie, habe ich ja immer vor den Augen gehabt. Es war mir noch nicht möglich, durch die Gewalt der Waffen Entſcheidendes zu leiſten, es hätte müſſen Alles auf eine Karte geſetzt werden. So weit iſt es noch nicht gekommen. Wenn ſich die Verſtändigen, Rechtlichen und Braven vereinigen, jeder in ſeiner Sphäre wirkt, der Himmel hat der gerechten Sache, wenn ſie gegen das böſe Prinzip ſtreitet, noch immer den Sieg verliehen, ſonſt ſtände ja die Welt nicht mehr, denn ihr Beſtehen iſt ja nur auf das Gute und Rechte gegründet. Darum vereinigt Euch; Ruhe und Ordnung im Innern gewährt allein die Möglichkeit, den Feind von Außen zu bekämpfen. Der kommandirende General der k. k. Armee von Ungarn: Welden, Feldzeugmeiſter."

Von vieler Wichtigkeit iſt das Gerücht, daß ein Miniſterrath ſich geſtern entſchieden habe, eine ruſſiſche Intervention in der öſterreichiſch-ungariſchen Frage abzulehnen. Dieſes Gerücht hat überall, wo es verbreitet wurde, einen höchſt günſtigen Eindruck hervorgebracht. Der Befehl zur Ausweiſung der Ausländer wird ziemlich ſtreng vollführt und in Folge deſſen ſind bereits viele abgereiſt. Es ſind hier Proklamationen Koſſuth's an das Brudervolk in Wien geleſen worden, worin das letztere zur Mitwirkung angerufen wird, um den legitimen Kaiſer Ferdinand wieder auf den Thron zu ſetzen. Ein heute publizirtes Cirkular betrifft die Ausdehnnng des Generalpardons für die Deſerteure der k. k. Armee in Italien vom Feldwebel und Wachtmeiſter abwärts, wenn ſie bis zum 30. April d. J. zu ihrer Fahne zurückkehren. Nach einer Zuſammenſtellung über den Stand der Nationalgarde in Böhmen zählt dieſelbe 113,000 Mann, wovon jedoch nur die Hälfte bewaffnet iſt.

Wien. Zur Errichtung der 7ten Bataillone ſämmtlicher Infanterieregimenter iſt eine neue Rekrutirung ausgeſchrieben. (Preſſe.)

Wien, 25. April. Die „Oſtd. Poſt" gibt folgende reſumirende Ueberſicht der ungariſchen Nachrichten: Zuerſt machen wir darauf aufmerkſam, daß unſere geſtrige Behauptung, Ofen ſei noch nicht geräumt und Peſth ſei nicht übergeben, ſondern nur aufgegeben worden, buchſtäblich ſich beſtätigte. Was wir von den Tagesgerüchten als das wahrſcheinlichere hervorheben, iſt die Nachricht, daß der Banus von Kroatien mit einer bedeutenden Heeresabtheilung nach Südungarn auf Dampfſchiffen ſich begeben. Daß Komorn von der einen Seite noch von unſern Truppen beobachtet und ſogar beſchoſſen wird, wiſſen wir aus offizieller Quelle, daß ſie jedoch von der andern Seite Entſatz und die Beſatzung Verſtärkung und Proviant erhielt, iſt gewiß. Ganz cernirt iſt wohl dieſe Feſtung nie geweſen und konnte es auch bei ihrem wunderbaren Bau kaum ſein. Dagegen iſt es die größte Uebertreibung, wenn man von eingebildeten Verluſten ſpricht, die das Belagerungsgeſchütz dort erlitten. Mit wenigen Ausnahmen iſt auch von jener Seite, wo das Belagerungskorps ſich nicht ſtark genug fühlte, alles theils auf Dampfſchiffen nach Wien, theils nach Preßburg gebracht worden. Letztere Stadt iſt gegen jeden Ueberfall geſchützt, theils durch die zahlreichen Truppenmaſſen, die ſich dort befinden, theils durch das Geſchütz, welches auf dem Schloßberge aufgepflanzt iſt, und das ſowohl die Waſſer- als die Stadtſeite beſtreicht. Der Markt in Tyrnau iſt abgehalten worden und zwar ſind die Einkäufe ungemein groß geweſen. Die Ungarn haben ihre Vorpoſten weſtlich bis nach Neutra vorgeſchoben. Preßburg iſt vom Generalmajor Kempen beſetzt. Es ſteht zu erwarten, daß Feldmarſchalllieutenant Wohlgemuth ſich über die Schütt nach Preßburg ziehen und dieſe Inſel auf jene Weiſe vertheidigen werde, wie es in einem ähnlichen Falle im Feldzuge von 1809 geſchehen. Ueber die Größe des Verluſtes, beſonders bei der Brigade Herzinger, verlautbaren die verſchiedenſten Gerüchte.

Die Proklamation des Feldzeugmeiſters Welden „an Ungarns und Siebenbürgens Bevölkerung!" in deutſcher und ungariſcher Sprache abgefaßt, lautet: „Se. Majeſtät unſer allergnädigſter Kaiſer und König haben mir mit allerhöchſtem Handſchreiben vom 12. April d. J. das Oberkommando der k. k. Truppen in Ungarn und Siebenbürgen, ſowie auch die proviſoriſche Leitung der Civilangelegenheiten daſelbſt, zu übertragen geruht. Indem ich, ergriffen von der Größe und Wichtigkeit dieſer Sendung, ſowie hochbegeiſtert von der Ehre, an die Spitze dieſer heldenmüthigen Armee geſtellt zu ſein, mit Freuden bereit bin, den letzten Tropfen meines Blutes der glücklichen Löſung der mir gewordenen Aufgabe zu weihen, glaube ich zugleich einige Worte an Euch, Bewohner dieſer Länder, richten zu ſollen. Könnt Ihr es noch länger dulden, werdet Ihr es vor Euern Nachkommen, ſowie vor dem Richterſtuhle der Geſchichte verantworten können, daß in Ungarn, deſſen ſchönſter Ruhm Treue und Anhänglichkeit war, die Autorität des Königs und der Geſetze auch ferner noch mit Füßen getreten werde, daß Eure einſt ſo blühenden Fluren der blutige Tummelplatz der Auswürflinge fremder Nationen werden, die von dem Lichte wahrer Aufklärung aus allen Theilen Europa's verſcheucht, den Aufruhr als Nahrungszweig behandelnd, um das Blutgeld der revolutionären Propaganda zu verdienen, nun Ungarn zum Heerde ihrer fluchbeladenen Frevelthaten machen, und mit dem Brandmal ihrer Verworfenheit den Glanz Eures Namens ſchänden. Wer ſein Vaterland und ſeine Heimat liebt, kann mit dieſen Schändlichen nichts gemein haben; er leiſte der Armee ſeinen wirkſamen Beiſtand, der Verirrte reiße ſich los, und Milde wird das ſtrenge Recht entwaffnen, während diejenigen, welche bei dem frevelhaften Beginnen fortbeharren, mit unerbittlicher Strenge werden vernichtet werden. Laßt daher ab von Eurem

eitlen unerreichbaren Streben, denn ſelbſt die äußerſte Anſtrengung wird gemacht, das höchſte Opfer gebracht werden, um das herrliche Ungarn ſich ſelbſt und der Monarchie zu retten. Den Wahn aber, als ſollte die konſtitutionelle Freiheit oder irgend eine Nationalität gefährdet werden, möge Jeder aufgeben; zu ruhmvoll ſteht Ungarn in der Geſchichte da, zu große Verdienſte haben ſich ſeine treuen Söhne um das allerhöchſte Herrſcherhaus geſammelt, als daß die Waffen, die wir führen, gegen ſein Beſtehen und Blühen gekehrt ſein ſollen. Geſammtſtämme Ungarns! bietet mir und den Tapfern, die ich führe, die Bruderhand, es iſt zu Eurer Aller und des gemeinſamen Vaterlandes Wohl und Gedeihen."

Berlin. Der Preußiſche Staats-Anzeiger enthält die folgenden Aktenſtücke: Als Ew. königliche Majeſtät durch das Allerhöchſte Patent vom 5. Dezember v. J. die beiden Kammern zu der am 26. Februar d. J. eröffneten Seſſion beriefen, geſchah dies in der Hoffnung, daß die Verhandlungen derſelben zur Befeſtigung eines gedeihlichen inneren Zuſtandes führen würden. Dieſe Hoffnung muß bei dem Gange, welchen in den letzten Wochen die Verhandlungen in der zweiten Kammer genommen haben, leider! aufgegeben werden. Die während dieſer Zeit von der zweiten Kammer gefaßten Beſchlüſſe beruhen größtentheils auf Abſtimmungen, bei welchen eine oder wenige Stimmen bald für die eine, bald für die andere Seite des Hauſes in einer Weiſe den Ausſchlag gaben, die keinen Zweifel darüber ließ, daß das Reſultat ſehr häufig lediglich die Folge zufälliger Umſtände war. Wir halten es nach pflichtmäßiger Erwägung für verderblich, die Reviſion der Verfaſſungsurkunde vom 5. Dez. v. J. und die Geſtaltung der an dieſelbe ſich anſchließenden organiſchen Geſetze ſolchen Zufälligkeiten preiszugeben.

Außerdem ſind wir der Ueberzeugung, daß die zweite Kammer ſich nicht immer in den Schranken ihrer Befugniſſe gehalten hat. Eine Ueberſchreitung ihrer Befugniſſe finden wir in dem am 21. d. Mts. gefaßten Beſchluſſe, durch welchen die von der deutſchen Nationalverſammlung in Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung für rechtsgiltig erklärt wird, und ebenſo in dem Beſchluſſe vom geſtrigen Tage, durch welchen nicht nur die Fortdauer des über Berlin verhängten Belagerungszuſtandes, die wir gegenwärtig noch zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für unerläßlich erachten, im Widerſpruch mit dem Artikel 110 der Verfaſſungsurkunde für ungeſetzlich erklärt, ſondern auch die ſofortige Aufhebung deſſelben gefordert wird.

Aus vorſtehenden Gründen halten wir es im Intereſſe des Landes für nothwendig, daß die zweite Kammer aufgelöſt und demgemäß, nach Artikel 76 der Verfaſſungs-Urkunde gleichzeitig die erſte Kammer vertagt werde. Wir dürfen uns der Hoffnung, daß dieſe Maßregel von der Mehrzahl der Gutgeſinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werden wird, um ſo zuverſichtlicher hingeben, als zu unſerem tiefen Schmerze die Rednerbühne in der zweiten Kammer nur zu oft dazu gemißbraucht worden iſt, Grundſätze offen zu verkünden, welche geeignet ſind, den Umſturz der beſtehenden Verfaſſung und jeder geſetzlichen Ordnung vorzubereiten. Indem wir Ew. Königlichen Majeſtät den Entwurf der Auflöſungs-Verordnung zur Allerhöchſten Vollziehung ehrfurchtsvoll überreichen, behalten wir uns die in Folge der Auflöſung der zweiten Kammer nach Artikel 49 der Verfaſſungs-Urkunde erforderlichen weiteren Anträge unterthänigſt vor. Berlin den 27. April 1849. Das Staatsminiſterium. (gez.) Graf von Brandenburg. von Ladenberg. Freiherr von Manteuffel. von Strolha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons.

An des Königs Majeſtät.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der Artikel 49. und 76. der Verfaſſungs-Urkunde vom 5. Dezember 1848, nach dem Antrage unſeres Staatsminiſteriums, was folgt: §. 1. Die zweite Kammer wird hierdurch aufgelöſt. §. 2. Die erſte Kammer wird hierdurch vertagt. §. 3. Unſer Staatsminiſterium wird mit der Ausführung der gegenwärtigen Verordnung beauftragt. Urkundlich unter Unſerer höchſteigenhändigen Unterſchrift und beigedrucktem Königlichen Inſiegel. Gegeben Bellevue, den 27. April 1849. (L, S,) Friedrich Wilhelm. Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. Graf von Arnim. von Rabe. Simons.

Verordnung, betreffend die Auflöſung der zweiten und die Vertagung der erſten Kammer.

△ **Berlin**, 27. April. Wie man erfährt, iſt das Hauptmotiv zu der heute Morgen erfolgten Auflöſung der zweiten Kammer der geſtrige Beſchluß derſelben über die Aufhebung des Belagerungszuſtandes. Die Regierung erblickte darin einen Eingriff in die Rechte der Executivgewalt, welche in jeder konſtitutionellen Verfaſſung und auch in unſerer preußiſchen lediglich der Krone zuſteht. Der §. 45. der Verfaſſung erklärt ſich darüber ausdrücklich. Die Regierung wollte alſo kein neues Präcedens aufkommen laſſen, wie ſolches in dem Beſchluß der Nationalverſammlung vom 9. Auguſt vorigen Jahres, d. h. in dem Steinſchen Antrage auf Erlaß eines Armeebefehls an die Offiziere, ſo verderblich nachgewirkt hat. Wenn indeß dieſes Motiv die endliche Ausführung des heute erfolgten Schrittes unmittelbar veranlaßt hat ſo iſt doch wohl nicht minder gewiß, daß die, wie in weiteren Kreiſen, ſo auch bei der Regierung feſtgewordene Ueberzeugung: mit der gegenwärtigen zweiten Kammer nicht weiter regieren zu können, den Schritt lange ſchon vorbereitet hat. Auf Thatſachen braucht hier kaum hingewieſen zu werden; ſie liegen noch in zu friſchem Gedächtniß. Die ſyſtematiſche Oppoſition, welche die Linke machte, erklärtermaßen darauf hingehend, nicht allein das Miniſterium, *ſondern auch die von ihr noch nicht anerkannte Verfaſſung zu ſtürzen*, ſowie auf der andern Seite die Zerklüftung und die Zerriſſenheit der konſervativen Partei, die es zu keiner ſichern Majorität kommen ließ und täglich mehr die wichtigſten Beſchlußfaſſungen zweifelhaft machte, werden es als natürlich erſcheinen laſſen, daß die Auflöſung der Kammer nicht mehr hinauszuſchieben war. Was die Regierung nunmehr thun wird, iſt noch nicht bekannt; *gewiß aber möchte ſein, daß auf Grund des gegenwärtigen Wahlgeſezzes die nächſte zweite Kammer nicht mehr zuſammentritt.* *)

** **Berlin**, 27. April, Mittags. *Die zweite Kammer iſt aufgelöſt.* Den Grund brauchen wir nicht in der geſtrigen Sitzung allein zu ſuchen; denn geſtern ſtützte ſich das Miniſterium noch auf eine Minorität von etwa 150 Stimmen; in der *deutſchen Frage* dagegen ſtimmen kaum 20 Mitglieder der aufgelöſten Kammer mit der miniſteriellen Politik überein. Der Verfaſſung vom 5. Dezember gemäß muß gleichzeitig mit der Auflöſung der einen die andere Kammer *vertagt* werden. Das kommt ſehr a tempo! Denn, wenn auch der in Folge eines Antrags, deſſen Motive ein Tadelsvotum enthielten, (Ammon) niedergeſetzte Ausſchuß der erſten Kammer in ſeiner Mehrheit miniſteriell und der zu erwartende Bericht annäherungsweiſe miniſteriell war, ſo weiß das Kabinet doch ohne Zweifel beſſer, als der Korreſpondent der D. Z., daß dieſer Bericht jetzt, wie die Sachen ſtanden, nun und nimmer die Mehrheit erlangt haben würde. Vielmehr iſt es mehr als wahrſcheinlich, daß das Minoritätserachten (Baumſtark), welches an der Reichsverfaſſung keine Ausſtellung gemacht, nur das Verhältniß zu Oeſterreich durch einen Parlamentsſchluß aufgeklärt wiſſen wollte, die überwiegende Mehrheit gefunden hätte. Auf heute Nachmittag 3 Uhr iſt die erſte Kammer zuſammenberufen; entweder wird ihr bloß die Ordre der Vertagung vorgeleſen oder ein Antrag eingebracht, zu einer längern Vertagung ihre Zuſtimmung zu ertheilen, da ſie ſonſt nur auf 30 Tage vertagt werden darf. Sollte ein ſolcher Antrag eingebracht werden, ſo belehrt mich die Stimmung, in welcher die gemäßigteſten Mitglieder ſich heute befinden, daß derſelbe verworfen wird.

Sie ſehen, ich gehe hier von dem Geſichtspunkt aus, daß es bei der Verfaſſung ſein Bewenden haben ſoll; ich berufe mich auf Paragraphen der Verfaſſung. Es giebt Perſonen oder vielmehr gerade herausgeſagt, die Mehrzahl traut dieſen Miniſtern die Schlechtigkeit zu, das Wahlgeſetz der zweiten Kammer eigenmächtig zu verändern. Indeſſen davor iſt mir nicht bange. Die Sache ſteht nicht mehr in der Schwebe, wie während des Novembers. Die Verfaſſung iſt — Dank den Bemühungen der Rechten und der erſten Kammer — von beiden Kammern, von der Zweiten zuletzt mit 40 Stimmen Majorität als rechtsgültiges Staats-Grundgeſetz anerkannt. Das allgemeine Wahlrecht iſt ein Theil dieſer Verfaſſung, für deren Anerkennung in zweiter Kammer auch die Herrn v. d. Heydt und v. Manteuffel ſtimmten, während in erſter Kammer ſich die Miniſter, welche Abgeordnete ſind, der Abſtim-

*) Wir überlaſſen das Urtheil über obige Beweisführung unſern Leſern. Was den letzten Satz betrifft, ſo möchten wir ſehr wünſchen, daß unſer Korreſpondent weniger zuverläſſig wäre, als er iſt.

mung enthielten. Alſo jetzt wird ſchwerlich in Preußen ein Gerichtshof ſich finden, welcher an der Rechtsbeſtändigkeit der Konſtitution Zweifel hegte. Wir ſtehen auf vollkommen feſtem Boden und wer ihn verläßt, introduzirt die Revolution. Jetzt ſind wir auf dem Punkt angelangt, im Hinblick worauf Ihr Korreſpondent von Anfang an die Linke der zweiten Kammer bekämpfen zu müſſen geglaubt hat, wenn ſie die Geltung der Dezember-Urkunde von der Reviſion abhängig zu machen ſtrebte. Jetzt ſind diejenigen Mitglieder der konſervativen Partei, denen es mit der konſtitutionellen Freiheit Ernſt war, vollſtändig gerechtfertigt. Das allgemeine Wahlrecht kann in dieſem Zwiſchenraume bis zu den nächſten Wahlen, alſo in höchſtens 40 Tagen (Artikel 49 der Verfaſſung), uns nicht anders entriſſen werden, als auf dem Wege der Revolution, und das heißt mit andern Worten: es kann uns gar nicht entriſſen werden. Zur Beanſtandung und Bemängelung dieſes politiſchen Rechts, welches wir wegen der mangelnden innern Organiſation deſſelben für unvollkommen halten, aber freilich denn doch für vollkommener, als den Nothbehelf und die Willkürſchranke eines Cenſus, iſt jetzt nicht die Zeit. Jetzt gilt es, Einigkeit auf den Boden der Verfaſſung, hier wie in Frankfurt, und in ſpäteſtens 40 Tagen (in 30 Tagen tritt die erſte Kammer zuſammen), wenn die Wahlen ſtattfinden, dann heißt es: „hie Welf, hie Waibling!" „Undeutſch oder deutſch!" „Miniſteriell oder antiminiſteriell."

** **Berlin**, 27. April. Daß Camphauſen ſeine Entlaſſung eingereicht hat, iſt ein Ereigniß. Auf den König hat ſeit der öſterreichiſchen Note nichts, ja vielleicht hat ſelbſt dieſe nicht einen ſo gewaltigen Eindruck gemacht. Die Entlaſſung iſt nicht angenommen. Die Partei der Neuen Preußiſchen Zeitung läßt alle Minen ſpringen; es gilt für ſie Sein oder Nichtſein. Denn die Ausſicht, welche dieſe Partei noch im vergangenen Frühjahr zu haben glaubte, wurde ſeither vereitelt. Damals ſprach ſich in jenen Regionen eine kaum verhehlte Nichtachtung gegen den Träger der Krone aus; dieſe Meinung iſt auch ſeit dem November nicht eine beſſere geworden; dafür ſprechen unzweideutige Zeichen. Aber die Meinung über den Thronfolger iſt in jenen Kreiſen wankend geworden, und dies erklärt den Schein erhöhter Ehrfurcht vor dem Haupt des Hauſes. Unſer einer vernimmt mit innigem Vergnügen, wie jene Klique ſeit einiger Zeit den Prinzen von Preußen ebenſo anfeindet und giftig verläſtert, als im vorigen Jahr der König verläſtert wurde. Je frecher die Verleumdung damals und jetzt einen tiefen Zwieſpalt zwiſchen den Brüdern glaubhaft zu machen ſich bemüht, deſto ſicherer ſcheint anzunehmen, daß eine der beiden Poſitionen jener Bande verloren iſt. Wir hoffen, beide!

Hr. v. Radowitz hat, wie wir mit Beſtimmtheit verſichern hören, ſich bereit erklärt, das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten zu übernehmen, ſobald der König die deutſche Reichsverfaſſung unbedingt anerkennt und die ſeinem Hauſe und ſeinem Staat übertragene höchſte Würde des Reichs annimmt.

** **Berlin**, 27. April. Noch vor Kurzem hätte die Entſcheidung der zweiten Kammer über den Belagerungszuſtand wenig Anklang gefunden. Heute muß entſchieden das Gegentheil behauptet werden. Ebenſo wie im November der ſogenannte Steuerverweigerungsbeſchluß alle Antipathien gegen das verhaßte Miniſterium wie mit einem Schlag erſtickte, ſo wiegt gegenwärtig die Indignation über das Miniſterium in einer Weiſe vor, welche ſowohl ferneren Beſchlüſſen der Kammer in dieſer Richtung, als auch dieſen Beſchlüſſen die Zuſtimmung des Volkes in den weiteſten Kreiſen verbürgt.

Was bedeutet der Belagerungszuſtand? fragt man ſich.

Wer das Plakat geleſen hat, worin derſelbe erklärt wurde, weiß darauf die Antwort. „Die Civilbehörden ſind unzureichend, unvermögend, den Staat zu regieren." Alſo daſſelbe Miniſterium, welches von ſeinen geniß nicht beneidenswerthen Sitzen in wahrhaft muhamedaniſchem Fatalismus nicht weichen will, erklärt gleichwohl ſeine eigene Unfähigkeit. Denn ſeit dem 12. November ſind in Preußen die Civilbehörden unzureichend! Die Frage ſcheint alſo nur, ob die gegenwärtigen ungenügenden, unfähigen Miniſter durch außerordentliche Mittel in ihrer Art, zu regieren unterſtützt werden ſollen, oder ob an ihre Stelle fähigere und genügendere Civilbehörden zu ſetzen ſeien? Würde dieſes Miniſterium in der deutſchen Sache ſich nicht ebenſo unfähig und ungenügend erwieſen haben, ſo wäre nicht unmöglich geweſen, daß die Kammer ihm die Krücke des Belagerungszuſtandes gelaſſen hätte. Doch jetzt ſchien in der That nicht der mindeſte Grund, das große Preußen einer Regierung zu überlaſſen, welche ſich ſelbſt invalide erklärt hat. Wahrlich wir Preußen ſind kein Volk von Invaliden — ceterum censeo, neue Miniſter!

▷ **Berlin**, 28. April. In Berlin iſt ſeit geſtern wieder ein Leben, wie wir es ſeit dem November nicht gekannt haben. Die Nachricht von der Auflöſung der Kammer, die in einem Nu durch die Stadt verbreitet war, wirkte wie ein Donnerſchlag. Man hatte oft genug von der Wahrſcheinlichkeit einer ſolchen Maßregel geſprochen, und doch überraſchte ſie wie eine Unmöglichkeit. Die Kammer ſelbſt war im höchſten Grade davon betroffen; ſogar die vertrauteſten Mitglieder der Rechten ſollen keine Ahnung von dem Entſchluſſe der Regierung gehabt haben. Ein unſtetes Treiben erfüllte die Stadt. Leute von den gemäßigtſten Geſinnungen erklärten, es könne jetzt nicht mehr ohne eine neue Revolution abgehen. An den Ecken bildeten ſich Gruppen, die in leiſer und eifriger Konverſation verkehrten. Die abenteuerlichſten Gerüchte waren im Umlauf; das Ganze, hieß es, ſei das Werk des Hrn. Prokeſch von Oſten; es ſei nur die Einleitung größerer Schritte; ein großer Schlag gegen Frankfurt ſei im Werke, es ſolle eine Verfaſſung für ganz Deutſchland oktroyirt werden, ein preußiſches Heer würde den Oeſterreichern gegen die Ungarn (deren Siege hier mit unglaublichem Enthuſiasmus begrüßt werden) zu Hülfe ziehen, der Kaiſer von Oeſterreich ſelbſt ſei in dieſen Tagen hier geweſen und habe geheime Beſprechungen mit dem Könige gehabt. So ausſchweifend dies Alles iſt, ſo bezeichnend iſt es für die Stimmung im Publikum. Das Militär war den Nachmittag konſignirt und hatte ſcharfe Patronen erhalten. Geſtern Abend um acht kam es zu einem Konflikt auf dem Dönhofsplatz. Unter der Menſchenmenge, die ſich hier umhertrieb, befanden ſich auch eine Anzahl müſſiger Soldaten. Mehrere von dieſen wurden durch grobe Schimpfreden auf das Heer, auf Wrangel u. ſ. w. inſultirt, es kam zum Wortwechſel, der bald thätlich wurde, einer von ihnen zog den Säbel und vertheidigte ſich damit gegen den Haufen; einige Offiziere, die dazu kamen, wollten die Sache beilegen und die Soldaten veranlaſſen, ſich zu entfernen; ſie wurden gleichfalls verhöhnt, und man verſuchte, einem von ihnen den Degen zu entreißen. Jetzt rückte eine Schaar Militär heran, befreite ihre Kameraden und forderte die Maſſe auf auseinander zu gehen. Man gehorchte nicht. Als man mit gefälltem Bajonnet vordrang, blieb man ſtehen und bot die Bruſt dem Stoße dar. Endlich ward zum Angriff getrommelt und nach dem dritten Wirbel eine Salve gegeben. Vier Menſchen blieben todt auf dem Platze, die übrigen ergriffen ſogleich die Flucht. Patrouillen durchzogen den ganzen Abend die Straßen; man ſpricht davon, daß von der Converſationshalle aus einige Schüſſe auf das Militär gefallen ſeien. Noch ſpät in der Nacht waren die Straßen voll debattirender Gruppen. Heute früh erneute ſich der Lärm. Eine große Maſſe von Truppen iſt auf den Beinen. Dragonerpikets trieben die Menſchenhaufen auseinander; mehrere Einzelne ſind dabei verwundet worden. Kurz, wir haben ganz die Scenen wie in den Tagen vom 11. bis zum 18. März des vorigen Jahres. Dennoch wird eine Kataſtrophe, wie am achtzehnten ſchwerlich wieder erfolgen. Es hat ſich nirgends eine Spur von ernſterem Widerſtande gezeigt. Der eigentliche Bürgerſtand iſt dem politiſchen Leben faſt völlig entfremdet und will vor Allem Ruhe. Unter den Gebildeten zeigt ſich heute bereits eine große Vernüchterung. Man kehrt zur ironiſchen Skepſis zurück, und vertröſtet ſich auf die Zukunft. Jedermann ſieht, daß für den Augenblick in Berlin gegen die militäriſche Ueberlegenheit der Regierung nichts zu thun iſt. Einige hoffen auf einen Abfall der Rheinlande und Weſtphalens, andere auf einen großen Schritt der Frankfurter Verſammlung. Die in der Tiefe fortwirkende Gährung iſt vielleicht nur um ſo gefährlicher. Gewiß iſt, daß, wenn die Regierung das Wahlgeſetz nicht ändert, ſie eine noch weit radikalen zweite Kammer erhalten wird. Man kann kaum zweifeln, daß ſie es thun wird; aber ſie mag bedenken, daß jeder neue Akt der Willkür ein Streich iſt, den ſie gegen die Wurzeln ihrer eigenen Exiſtenz führt und daß die „Appellation an das Volk" einmal in einer Weiſe beantwortet werden kann, die ſie nicht erwartet.

, **Stettin**, 27. April. Da an Schiffen neutraler Flagge ein großer Mangel iſt, und hier ein großer Vorrath von Spiritus für Petersburg lagert, ſo hat man ſich in die Nothwendigkeit verſetzt geſehen, preußiſche Schiffe nach Erfüllung der geſetz-

lichen Vorſchriften in ruſſiſche zu verwandeln, da man bei der befreundeten Stellung des ruſſiſchen Kabinets zum Kopenhagener am wenigſten Reklamationen wegen dieſer Nothtaufe zu fürchten hat.

Die Stärke unſres Flotillengeſchwaders iſt leider nicht ſo bedeutend, daß daſſelbe die Offenſive gegen die däniſchen Kreuzer ergreifen kann. Unſere ſchwimmende Küſtenwache ſchützt nur die 3 Mündungen der Oder. In dieſem Jahre wagte noch kein däniſches Kriegsſchiff in Sicht des Swinemünder wie bei der vorjährigen Blokade vor Anker zu gehen, da man bei windſtillem Wetter gewiß einen Angriff auf ein ſolches mit den Schaluppen und Jollen unternehmen würde. Auch muß man im Binnenlande nicht glauben, als wenn däniſche Kriegsſchiffe wie Bernſtein an den Küſten zu occupiren wären; nach der Eckernförder Kataſtrophe gelangten unſere Mariniers zur Ueberzeugung, daß für ſie kein Seegefecht in Ausſicht ſtünde, weil den däniſchen Schiffen die ſtrengſte Weiſung gegeben iſt, ſich außer dem Bereiche der Landbatterien und Kanonenböte zu halten.

† Aus der Pfalz, 27. April. Unſere 14 Deputirten haben aus Anlaß der neuen Vertagung der Landſtände an das Miniſterium in München eine freilich mehr energiſche als wohlgefaßte Adreſſe gerichtet. Im Betreff der deutſchen Sache heißt es: „Dieſe weitere, dritte, Vertagung iſt auf keine Weiſe zu rechtfertigen, nachdem die Nationalverſammlung als einzig und allein hierzu berufen die deutſche Reichsverfaſſung mit den darin aufgenommenen Volksgrundrechten, nebſt dem Wahlgeſetz, endgiltig beſchloſſen und publicirt hat, den Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten alſo nur die Durchführung und Anwendung obliegt. Und wenn auch die Frage ſich erhoben hat, in wiefern ein einzelner Punkt der beſchloſſenen Reichsverfaſſung ſofort noch einer Abänderung zu unterwerfen ſei, ſo kann doch auf dieſe Frage einzig und allein nur von der ausſchließlich hierzu befugten konſtituirenden Nationalverſammlung entſchieden werden.“ Gerade der Umſtand, der als Grund der letzten Vertagung angegeben wird, nämlich, daß die Ungewißheit über die Löſung der deutſchen Frage dem k. Geſammtminiſterium immer noch fort zu dauern ſcheint, müßte dieſem Miniſterium zum Grunde dienen, den Landtag nicht zu vertagen, ſondern möglichſt ſchnell zu verſammeln; denn das baieriſche Volk iſt bei dieſer Frage weſentlich intereſſirt und wohl befugt, durch ſeine Vertreter ſeine Stimme darüber abzugeben. „Aus dieſen Gründen“, heißt es zum Schluß, „fühlen die unterzeichneten Abgeordneten ſich durch ihre Pflicht aufgefordert, gegen die neue Vertagung des Landtags feierlichſt zu remonſtriren, und dahin anzutragen: es wolle Ew. Majeſtät die ſchleunigſte Wiedereröffnung des Landtags veranlaſſen.“

Zahlreiche Adreſſen in gleichem Sinne werden bereits durch die Vereine in allen Theilen der Pfalz verbreitet. Mehrere Adreſſen ſtellen geradezu die Alternative, daß Baiern entweder deutſch werden müſſe, oder die Pfalz aufhören werde baieriſch zu ſein. Der Speierer Volksverein iſt mit einer kräftigen Adreſſe vorangegangen. Zugleich hat er in ſeiner Sitzung am 24. April eine Zuſtimmungsadreſſe an die Bewohner Würtembergs beſchloſſen, was auch von andern Orten geſchieht. Auch der Stadtrath in Speier wird ſeine Geſinnung für die deutſche Sache der Staatsregierung noch beſonders ausſprechen und Volksverſammlungen am nächſten Sonntag ſollen das Volk zur eifrigern Theilnahme heranziehen.

Dresden, 26. April. Das Gerücht, als habe das Miniſterium ſeine Entlaſſung bereits eingereicht, beſtätigt ſich nicht. (D.A.Z.)

*** **Leipzig**, 27. April. Geſtern Abend war öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, und in ihr kam der Antrag mehrerer Mitglieder bezüglich der deutſchen Frage zur Berathung. Gegen eine einzige Stimme nahm das Kollegium die Adreſſen an den König und das Miniſterium, wie ſie fertig vorgelegt wurden, an. Beide verlangen ſchleunigſte Anerkennung der Reichsverfaſſung. Ebenſo einhellig beſchloß man, den Rath der Stadt Leipzig aufzufordern, ſich den Adreſſen anzuſchließen, und es ſteht nicht zu bezweifeln, daß derſelben das heute Morgen thut. An gleichen Schritten in anderen Orten Sachſens wird es nicht fehlen und es dürfte daher endlich doch eine offene und förderliche Erklärung Sachſens nahe bevorſtehen. Erfolgt dieſe nicht, ſo haben wir gerade bei uns viel zu fürchten. Im Heerlager der Vaterlandsvereine hat es aufs Neue Zwieſpalt geſetzt. Von den „Entſchieden Freiſinnigen“ hat ſich eine an Zahl ſtärkere Partei, der „Entſchiedenſt-Freiſinnigſten“ getrennt. Dieſe erklären unter der Leitung der Kammermitglieder Tzſchirner, Jäckel, Böttcher die Linke in den Dresdner Kammern und ihre Anhänger für vollendete Reaktionäre, wollen die deutſche Verfaſſung nicht anerkannt wiſſen, und treten von nun an mit Gleichgeſinnten in Italien, Cechien, Ungarn, Polen in innigſten Verkehr. Erſt wollten ſie ſich „ſocial demokratiſcher Verein“ nennen, ſind aber vorläufig bei dem Namen „demokratiſcher Vaterlandsverein“ ſtehen geblieben. Ihr Anhang iſt beſonders unter dem Proletariat des Landes zu ſuchen. Das Gerücht über eine Miniſterkriſis erhält ſich; heute nannte man unter den Kandidaten auch Todt. Wenn es wahr iſt, daß der König keineswegs geneigt iſt, die Kammern aufzulöſen, nun dann wäre ein Miniſterwechſel unvermeidlich. Große Heiterkeit haben hier geſtern Hrn. Wuttke's wiederholte Verſuche, Ihre Zeitung und deren Verleger zu verdächtigen, erregt. Er ſcheint ſehr ſchwach zu werden, der gute Profeſſor der Geſchichte, ſonſt tiſchte er wohl wenigſtens den Leipzigern ſolche Ammenhiſtörchen nicht auf. Indeß es iſt gut in der ſchweren Zeit um einige Komiker und einiges Komiſche!

§ **Leipzig**, 21. April. Den geſtern von den Stadtverordneten gegen eine Stimme beſchloſſenen beiden Adreſſen an den König und an das Miniſterium, in welchen auf ungeſäumte Anerkennung der Reichsverfaſſung gedrungen wird, hat ſich heute auch der Stadtrath einſtimmig angeſchloſſen, und ohne Zweifel werden aus allen Theilen des Landes ähnliche Erklärungen kommen. Auch bei einer andern Gelegenheit iſt in dieſen Tagen deutſche Geſinnung an das Licht getreten. Es bildete ſich ein Verein, um die in Schleswig Verwundeten und die Familien der Gefallenen zu unterſtützen; zunächſt dachte man an die ſächſiſchen Soldaten, aber bald ſah man ein, daß die Sache als eine allgemeine deutſche behandelt werden müſſe, und man hofft nun, daß das Reichsminiſterium die Hand bieten werde, um ſie zu einer ſolchen zu machen. Es geht mit der deutſchen Einheit ähnlich wie mit dem Zollverein. Die Draußenſtehenden haben mit Mißtrauen, ja mit Widerwillen zu kämpfen, aber wer einmal dabei iſt, der hat auch ſein Herz daran gehängt. Das Wachſen geht aber unglaublich raſch, wo nur eine Zunahme, aber nimmermehr eine Abnahme möglich iſt.

+ **Karlsruhe**, 28. April. In Folge des geſtrigen Kammerbeſchluſſes in Betreff der Note unſerer Regierung über die Anerkennung der Reichsverfaſſung, erſtattete heute der Abgeordnete Häußer im Namen des hiefür niedergeſetzten Ausſchuſſes Bericht. In einer ſehr entſchiedenen Sprache beleuchtete der Bericht die neueſte in der Kammer abgegebene Erklärung der Regierung, verglich ſie mit der Note vom 11. d. M. und fand, daß man letzterer einen entgegengeſetzten ſchlimmen Sinn wegen des darin vorkommenden Vorbehalts untergeſchoben hatte. Der Bericht hob beſonders hervor, daß die fragliche Note lediglich eine Beantwortung der preußiſchen Cirkularnote vom 3. April geweſen ſei und daß dieſe Cirkularnote einen Bundesſtaat in Ausſicht geſtellt hatte, der durchaus nicht in der Abſicht der Reichsverſammlung lag; es verdiente gerade darum Anerkennung, daß die badiſche Regierung hierauf nicht eingehen wollte. Ein anderer Vergleich des Berichts bezog ſich auf die neueſte würtembergiſche Erklärung, wobei es ſich zeigt, daß unſere Regierung ſchon anfänglich weiter gegangen war als die würtembergiſche, indem letztere annimmt, daß der König von Preußen die Oberhauptswürde nicht angenommen habe. Der Antrag des Ausſchuſſes ging wörtlich dahin: „Die zweite badiſche Kammer erklärt, daß ſie in der Note der Regierung vom 11ten April, ſo wie in den ſpätern Kundgebungen derſelben den aufrichtigen Entſchluß erkennt, die Reichsverfaſſung in ihrem Einzelnen wie in ihrem Ganzen unbedingt anzuerkennen, ohne den Eintritt in den deutſchen Bundesſtaat erſt von der Erledigung der Verhandlungen mit allen andern deutſchen Staaten abhängig zu machen; die Kammer erwartet ferner mit feſter Zuverſicht, daß die Regierung, falls nach dem Beſchluſſe der Reichsverſammlung vom 26. d. M. auch an ſie die Aufforderung der Centralgewalt um unbedingte Anerkennung der Verfaſſung ergehen ſollte, dieſe Anerkennung unbedingt und unumwunden wiederholen werde und daß ſie nicht ſäumen werde, das in dem Reichsgeſetzblatt erſchienene Wahlgeſetz, ſo wie die von der Reichsverſammlung proklamirte Reichsverfaſſung geſetzlich zu publiziren; die badiſche Kammer erklärt endlich, daß der Regierung zu Allem, was die Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung nothwendig mache, ihre eigene Unterſtützung aufs Freudigſte und Bereitwilligſte zu Gebote ſtehen ſolle.“

Namens ſämmtlicher in der Sitzung anweſenden Mitglieder des Staatsminiſteriums (ſelbſt der von einem ſehr ſtarken Unwohlſein befallene Staatsrath Bekk war zugegen) erklärt hierauf Staatsrath v. Stengel: es ſei nicht nöthig, in die Einzelheiten des Ausſchußberichts einzugehen, die Regierung beziehe ſich auf ihre geſtrige Erklärung, wornach ſie die Reichsverfaſſung und die Wahl des Oberhaupts unbedingt anerkannt habe und füge die weitere Erklärung hinzu, daß ſie nichts dabei zu erinnern finde, wenn die Kammer ihre Zuſtimmung zu den Anträgen des Ausſchuſſes ausſpreche. (Bravo!) Nach einer kurzen Diskuſſion, an welcher die Abgeordneten Weller, Lamey, Zell, Schaaff, Zentner und Mez Antheil nahmen, erhob die Kammer einſtimmig die Anträge des Ausſchuſſes zu ihren Beſchlüſſen.

△ **Darmſtadt,** 28. April. Nach längerer, lebhafter Debatte beſchloß heute unſere zweite Kammer, dem Antrage der Abgeordneten Lehne und Konſorten, betreffend das Verhalten der zweiten Kammer und des Volkes in Würtemberg, in nachſtehender, vom dritten Ausſchuß einſtimmig beantragter Faſſung Folge zu geben: 1) die 2. Kammer der Landſtände des Großherzogthums Heſſen ſpricht dem würtembergiſchen Volke und ſeinen Vertretern ihre Anerkennung und ihren Dank aus, für ihre würdige feſte Haltung, für ihr entſchiedenes Handeln gegenüber den Angriffen auf die durch den geſetzlichen Ausdruck des ſouveränen Volkswillens geſchaffene Reichsverfaſſung; 2) ſie ſpricht die feſte Erwartung aus, daß die Kammern und Volk aller Einzelſtaaten unter gleichen Verhältniſſen in gleich würdiger und kräftiger Weiſe die Ehre der deutſchen Nation und das Palladium ihrer Freiheit zu wahren wiſſen werden. Dieſen Beſchluß faßte unſere zweite Kammer einſtimmig. Ebenſo, auf den Antrag des Abgeordneten Elwert, den weiteren: die Anerkennung, die in der Adreſſe dem würtembergiſchen Volke und ſeinen Vertretern zu erkennen gegeben werde, in gleicher Weiſe auch dem würtembergiſchen Miniſterium gegenüber auszuſprechen. Mit Recht weniger glücklich war ein Antrag des Abgeordneten Glaubrech, eine Kommiſſion zum Entwurf einer Adreſſe an die deutſche Reichsverſammlung niederzuſetzen, worin dieſe gebeten werden ſollte, „ohne längeres Zuwarten“ die dringenden und energiſchen Maßregeln zu ergreifen, welche zur ſchleunigſten Vollziebung und Durchführung der endgültig beſchloſſenen Reichsverfaſſung u. ſ. w. nothwendig ſeien. Dieſer Antrag ward mit 19 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

△ **Roſtock,** 25. April. Die Kapitäne unſerer durch Graf Arnim's Schuld den Dänen in die Hände gefallenen Schiffe ſind nach Kopenhagen vor die Behörde berufen. Es iſt ihnen mitgetheilt, daß ſie und ihre Mannſchaft Kriegsgefangene ſeien! Dies Loos betrifft über hundert Menſchen, die nun irgendwo, vielleicht auf einem alten faulenden Schiff im Hafen zuſammen eingeſperrt werden und vermuthlich in Krankheiten fallen ſchon aus Ueberdruß.

♉ **Schleswig,** 25. April. Aus dem Norden ſind heute neuere Nachrichten nicht eingetroffen. Nach Privatbriefen von Soldaten ſtanden unſere Truppen geſtern Morgen noch in und bei Kolding; die anfänglich am Abend des 23. dem Feinde nachgeſandte Kavallerie hatte ſpäter Kontreordre bekommen und in der Nähe von Kolding bivouakirt. Einzelne Truppenabtheilungen waren am 24. Morgens mit dem Einbringen der Todten beſchäftigt. Die Schwerverwundeten waren in Kolding geblieben, wornach denn doch die nöthigen Räumlichkeiten zu Lazarethen in der Stadt müſſen ſtehen geblieben ſein. In Hadersleben waren geſtern circa 100 Gefangene eingebracht worden; ein kleiner Trupp derſelben iſt heute ſchon hier durchgekommen und nach Rendsburg weiter befördert. Es befanden ſich dabei 2 oder 3 Huſaren, die den mißglückten Angriff auf eine Abtheilung des 1. Jägerkorps mitgemacht hatten. Einer derſelben gab auf Befragen an, ſie ſeien von einem däniſchen Artillerieoffizier zum Angriff geführt, da ihr eigner Offizier erklärt habe, daß der Angriff unmöglich gelingen könne. Nach Angabe der Gefangenen iſt der fragliche Angriff übrigens nur von einer halben Schwadron ausgeführt.

In der Landesverſammlung ſollte heute die Schlußberathung über den von der Statthalterſchaft geſtellten Antrag wegen Auflöſung der jetzigen Landesverſammlung und Anordnung neuer Wahlen zu einer ordentlichen Landesverſammlung, ſtatt finden. Die Vorlagen wurden indeß von der Regierung vor Anfang der Verhandlung zurückgezogen.

Der Verkehr mit den von den Dänen beſetzten Weſtſeeinſeln Föhr und Sylt iſt gänzlich unterbrochen, durch einen von Sylt vertriebenen Prediger ſind indeſſen in dieſen Tagen einige Nachrichten hierhergelangt. Demnach iſt die Bevölkerung auf Sylt von dem beſten Geiſte beſeelt und beharrt konſequent im paſſiven Wiederſtande gegen alle von den däniſchen Behörden ausgehenden Befehle. Das Verfahren dieſer iſt übrigens dem däniſcherſeits während der vorjährigen Okkupation Schleswigs beobachteten ganz gleich. Ein Zollbeamter auf Föhr, der ſich weigerte, die Verpflichtung zu übernehmen, von den Behörden der Herzogthümer keine weitern Befehle anzunehmen, iſt als Gefangener nach Dänemark geſchleppt, ein Prediger auf Sylt ſuſpendirt, hat aber die Erlaubniß erhalten auf Sylt zu bleiben, ein zweiter der oben erwähnte, iſt ſuſpendirt und von der Inſel verwieſen worden. Ein gleiches Loos hat einen Zollbeamten auf Sylt betroffen. Nur durch einen Zufall iſt der letztgedachte Prediger der Verhaftung und Abführung nach Dänemark entgangen. Nachdem dieſe Vorgänge hier bekannt geworden ſind, dürfte der in Kolding gefangene Orla Lehmann wohl jedenfalls bis weiter als Geißel in Gefangenſchaft zurückgehalten werden.

Großbritannien.

* **London,** In der „Daily News“ begegnet man folgender kurzen aber erbaulichen Betrachtung aus Frankfurt: „Das Spiel des preußiſchen Hofes und der preußiſchen Diplomatie iſt unerklärbar. Keiner kann ſagen, ob der König Kaiſer zu werden wünſcht oder nicht, ob er in ſeinem Herzen gut ollmützisch und St. petersburgiſch oder gut frankfurtiſch geſinnt iſt. Das ganze Preußen, ſeine Vertreter in Frankfurt ausgenommen, ſcheint ſeinen Verſtand verloren zu haben. Der König iſt nicht der einzige Preuße, der eine verhaßte und lächerliche Rolle ſpielt; denn die erſte Kammer in Berlin und Hr. Camphauſen hier zeigen gerade eben ſo wenig warmes Gefühl für das, was ſich ihnen Großes darbietet. Die erſte Kammer in Berlin erblickt in den großen Fragen des deutſchen Reiches und in der kaiſerlichen Krone nichts weiter als Stoff für ſcholaſtiſche Häkeleien. In der zweiten Kammer folgt die Rechte dienſtbar dem Beiſpiel der erſten Kammer; die Linke gibt ſich einer armſeligen provinziellen Eiferſüchtelei gegen Frankfurt hin. Das die Berliner Kammer beherrſchende Gefühl iſt die Furcht, daß ihre Bedeutung durch die wachſende Bedeutung des Frankfurter Parlaments geſchwächt werden könnte. Aber all dies wird nicht hindern, daß die Verfaſſung in Vollzug geſetzt wird. Die kleineren Souveräne, 28 an Zahl mit 7 bis 8 Millionen Einwohnern, haben ſich offen zu Gunſten der Verfaſſung und den Kaiſer erklärt, und ihr aufrichtiges Verfahren hat die Diplomaten mit Hrn. Camphauſen an der Spitze in die Klemme gebracht.“ Je mehr uns das Ausland auf die Finger ſieht, je höher wir durch pompöſe Vorbereitungen und himmelſtürmende Redensarten ihre Erwartungen geſteigert haben, je näher ſie uns mit ihrem unbarmherzigen kritiſchen Secirmeſſer zu Leibe rücken, um ſo mehr ſollten wir alle unſere Kräfte, unſere letzte Kraft daranſetzen, um wenigſtens Etwas zu Stande zu bringen, was nicht von vornherein dem Auslande Stoff zur Schadenfreude und zum Spott gibt.

Auch die Mitglieder der oſtindiſchen Geſellſchaft haben, wie das Ober- und Unterhaus, in einer am 24. April gehaltenen Verſammlung eine Dankadreſſe an das oſtindiſche Heer und deſſen Oberbefehlshaber und Offiziere beſchloſſen, denen man die letzten entſcheidenden Ereigniſſe im Pendſchab, die Eroberung Multans und den Sieg bei Gudſchrat verdankt. Die Adreſſe iſt ſowohl an die europäiſchen, als an die aus der einheimiſchen Bevölkerung genommenen Regimenter und deren Offiziere gerichtet. Der Vorſitzer, Generalmajor Sir A. Galloway, hob hervor, wie dies nun im Laufe von zehn Jahren das ſechſte Mal ſei, wo die oſtindiſche Geſellſchaft in der Lage geweſen, ihren Truppen in Indien für erfochtene große und entſcheidende Siege ihren Dank abzuſtatten. Den letzten Sieg bei Gudſchrat nannte der General ein Meiſterſtück, was Taktik, Ausführung und Disziplin betrifft; er ſei ſo vollſtändig geweſen, daß der Feind zum Theil in Verkleidungen geflohen ſei und ſeine Waffen von ſich geworfen habe. Nur einer der Anweſenden, Lewin mit Namen, ſchlug einen Zuſatz vor, welcher einen Tadel der Führung Lord Goughs in der Schlacht bei Tſchillianwallah enthielt, der jedoch mit gerechtem Unwillen verworfen wurde.

In gewiſſen politiſchen Kreiſen hatte ſich merkwürdigerweiſe das Gerücht verbreitet, daß eine Erneuerung des Bündniſſes zwiſchen Lord Stanley und Sir J. Graham im Werke, und daß

letzterer zum Vertreter eines Kabinets Stanley im Unterhauſe auserſehen ſei. Das in Dienſten der Peel'ſchen Partei ſtehende Morn. Chronicle weiſt nun auf die Rede hin, durch welche Sir J. Graham, der ja ſchon ſeit längerer Zeit dem Kabinet ſich immer mehr genähert hat, die miniſterielle Schiffgeſetzreformbill aufs wirkſamſte unterſtützte, um dieſes Gerücht als ſinnlos darzuſtellen. Für einen miniſteriellen Führer im Unterhauſe bliebe der protektioniſtiſchen Partei, welche, wie das M. Chronicle etwas boshaft hinzugeſetzt, ſich auf ihre hiſtoriſchen Erinnerungen und ihre Ariſtokratie ſo viel zu gute thue, kein Anderer übrig als Diſraeli.

Frankreich.

*Paris, 27. April. Der von ſeinem Geſandtſchaftspoſten entſetzte Napoleon Bonaparte iſt geſtern Abend in Paris eingetroffen und war heute ſchon auf ſeinem Platz in der Nat.-Verſ. Er wird ſich unverzüglich an die Spitze des bonapartiſtiſchen Wahlausſchuſſes ſtellen, der lange Zeit hindurch dem Einfluß des Wahlausſchuſſes der Rue de Poitiers das Gleichgewicht gehalten hat. Daß der Bruch Napoleon Bonaparte's mit der jetzigen Regierung ganz entſchieden iſt, geht übrigens noch aus einem Antwortſchreiben deſſelben an das bonapartiſtiſche Centralkomite hervor, das ihm eine Kandidatur für die bevorſtehende Nationalverſammlung im Departement der Seine angeboten hatte, worin es heißt: „Anhänger der Ordnung, Freund des Präſidenten, den ich vertheidigte, als die Reaktionäre ihn angriffen, glaube ich nicht, daß man zu den Formen und zu den Leuten der Vergangenheit zurückkehren müſſe, um die Wunden unſeres Vaterlandes zu heilen. Der einzige Weg des Heils ſcheint mir die Aufrechthaltung und aufrichtige Anwendung der republikaniſchen Verfaſſung zu ſein. Freundſchaft gegen alle Völker und demokratiſche Verſöhnung im Innern, eine großartige, weiſe und entſchiedene Politik nach Außen, wie ſie allein Frankreichs und eines Bonaparte würdig iſt, das habe ich gewollt, das will ich und das wird das Ziel ſein, das ich verfolgen werde, wenn meine Mitbürger von Paris mich zur Nationalverſammlung berufen wollen."

Die Regierung hat die Nachricht bekommen, daß Cabrera in Eco von den franzöſiſchen Behörden verhaftet worden iſt. Zu gleicher Zeit ſind noch 40 Karliſten, unter ihnen der Oberſt Boquica, dem Cabrera während ſeiner Verwundung den Oberbefehl anvertraut hatte, feſtgenommen worden.

Nach einer telegraphiſchen Nachricht ſind die Oeſterreicher nun doch, am 24., in Aleſſandria eingerückt, und zwar mit Zuſtimmung der ſardiniſchen Regierung. Dieſelbe hat auf dieſem Punkte nachgegeben, wogegen die Oeſterreicher auf den andern abgeſtanden ſind.

An der heutigen Börſe ſchloß die 3 pCt. 56, 90; die 5 pCt. 88, 60; Bankaktien 2400.

Spanien.

* Madrid, 20. April. Seit einiger Zeit ſtanden die beiden Carliſtenchefs Triſtiany mit dem Oberſten Ratalde von den Truppen der Königin in Unterhandlung wegen ihres Uebertritts. Man war übereingekommen, daß die beiden Triſtany's und ihre Truppen in der Nacht des 15. April bei Igualada die Waffen übergeben ſollten. Der Oberſt Ratalde begab ſich daher mit ſeiner Truppenabtheilung zu der bezeichneten Stunde an Ort und Stelle, wurde aber alsbald von allen Seiten mit Flintenſchüſſen empfangen, welche eine Anzahl ſeiner Mannſchaft niederſtreckten. Es gelang ihm jedoch, die Carliſten in die Flucht zu ſchlagen, wobei dieſelben ebenfalls viele der Ihrigen auf dem Platze ließen. Das Gerücht geht, daß Cabrera die Ausführung des Planes verhindert habe, indem es ihm gelungen, ſich nächtlicher Weiſe zwiſchen die beiden Korps zu werfen, in dem Augenblick, wo ſie mit einander fraterniſiren wollten. Uebrigens iſt den neueſten Nachrichten gemäß der Krieg in Katalonien noch weit entfernt beendigt zu ſein. Cabrera ſoll im Gegentheil entſchloſſen ſein, ſich aufs Aeußerſte zu wehren. (S. jedoch oben.) Als er vernommen, daß Marſal am 11. zu Girona erſchoſſen werden ſollte, ſandte er einen Fähndrich an den Generalkapitän von Katalonien mit der Drohung, er werde, falls die Exekution Marſals vollzogen werde, 81 bei ihm gefangene Offiziere der Königin erſchießen laſſen.

Die Regierung beabſichtigt noch immer, ein Expeditionskorps von 10 bis 12,000 Mann zur Reſtauration des Papſtes nach Italien abgehen zu laſſen. Es heißt ſogar, daß der Kriegsminiſter in Perſon das Kommando deſſelben mit dem General Cordova als Unterbefehlshaber übernehmen werde.

Italien.

* Die italieniſchen Zeitungen enthalten ſo gut wie keine Neuigkeiten. Nur ſcheint die Turiner Opinione die (unter Paris gegebne) Nachricht zu beſtätigen, daß die Oeſterreicher am 24. in Aleſſandria einrücken werden. Die römiſchen Blätter, die bis zum 21. reichen, thun des Gerüchtes, daß die Regierung ihren Sitz nach Ancona verlegen werde, keine Erwähnung. Der Neapolitaner Republicano will im Widerſpruche mit den Gerüchten von freiwilliger Unterwerfung Siziliens wiſſen, es würden neue Streitkräfte in Gaeta eingeſchifft, um die königl. Truppen zu verſtärken, die bei Catania großen Verluſt an Todten und Verwundeten erlitten hätten. Die römiſche Republik iſt nun von Sizilien anerkannt, und Pater Ventura zum Geſandten nach Rom ernannt worden.

Frankfurter Börſenbericht.
(Wochenbericht.)

Am letzten Tage der Woche hat die Phyſiognomie der Börſe ein durchaus verändertes Anſehen genommen. Unſere optimiſtiſchen Geſchäftsleute ſind aus der gewohnten Sicherheit in ein Stadium der Verzagtheit getreten. Und wahrlich nicht ohne Grund. Seit langer Zeit ſind nicht ſo viel Hiobspoſten zuſammen eingetroffen, als an dieſem Tage. Wenn wir in unſerm letzten Berichte von dem fühlbaren Mangel an Contremine ſprachen, ſo hat ſich dieſe Befürchtung nur zu ſehr gerechtfertigt. Der Ultimo, der vor der Thüre ſteht, wird dies bewahrheiten. Die Coursdifferenzen in der abgelaufenen Woche waren ſehr bedeutend, wie ſich aus folgender vergleichenden Ueberſicht ergibt, wobei zu bemerken, daß die Coursangaben vom 28. nur für kleine Poſten maßgebend ſind, da der Umſatz ſehr beſchränkt und größere Parthien zu den angegebenen Notizen nicht zu realiſiren waren.

	Cours vom 23. April.	Cours vom 28. April.
Bankaktien	1185	1130
5% Metalliques	77½	72¼
4% ditto.	60¼	58
3% ditto	45	42
2½% ditto.	41	38½
1% ditto.	15	14¼
fl. 250 Looſe	81½	75
fl. 500 ditto.	130	125½
4½% Bethm.	70¾	69
4% ditto.	61½	60½
Ruſſ. 4% Oblig.	82⅝	81½
Preuß. 3½% Staatsſchuldſch. . .	80½	79
Köln-Minden	77	75
Spaniſche 3%	24½	22⅝
Holländ. 2½% Intregale . . .	49⅞	49
„ 4% Oblig.	78½	77
„ 3½% Synd.	78⅝	78
Belgiſche 4½% Obligationen . .	83¼	82¼
„ 2½% „	43¼	42¼
„ 5% „	90¾	90
Baieriſche 3½% Obl.	79¼	79
„ 4% „	88	87½
„ 5% „	99	99
Ludwigshafen-Berbach	73⅜	70¾
Hannoverſche 5% Obl.	104	103½
Würtemb. 3½%	78⅛	77¼
„ 4½%	94⅛	93¾
Polniſche fl. 500 Looſe	71½	73
Kurheſſ. Rthlr. 40 Looſe	27¾	27
Friedr.-Wilh.-Nordbahn	35	32⅝
Großh. Heſſ. 3½% Oblig. . . .	79¼	80
„ „ 4% „	87⅛	87¼
„ „ fl. 50 Looſe	72½	71½
Badiſche 3½% Oblig.	77⅜	77½
„ 5% „	96	95½
„ fl. 50 Looſe	48¼	47¾
„ fl. 35 Looſe	28¼	27¼
Naſſau 3½% Oblig.	80¾	80
„ 5% „	100	99½
Taunusbahn-Aktien	292	275

Die gedrückte Stimmung wirkte nicht allein auf öſterreichiſche und deutſche Fonds. Selbſt holländiſche, belgiſche und ruſſiſche

№ 119. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 30. April 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 30. April. Karl Gutzkow.) Wien (Kundmachungen. Attentat auf eine Schildwache. Görgey. Ungariſche Nachrichten. Die Magyaren in Peſth. Die Ausweiſung der Fremden. Vermiſchte Nachrichten.) Berlin (Die Abgeordneten. Tagesbericht. Unruhen. Wrangel und die Offiziere.) Kaſſel (Adreſſe für die Reichsverfaſſung.)

Donaufürſtenthümer. Bukareſt (Einfall in die Wallachei.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 30. April.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 30. April.

Tagesordnung der 208. öffentl. Sitzung.

1) Erſatzwahl dreier Mitglieder in den Ausſchuß für Geſetzgebung.
2) Berathung des vom Abgeordneten Degenkolb, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts über Petitionen von Webern und Spinnern, Vermehrung der Arbeit, beſſeren Lohn der Arbeit, Hebung der Gewerbe und Induſtrie betreffend.
3) Berathung des vom Abgeordneten v. Schrenk, Namens des Ausſchuſſes für Geſchäftsordnung, erſtatteten Berichts in Betreff verſchiedener an die verfaſſunggebende Reichsverſammlung gelangter Eingaben.
4) Berathung des vom Abgeordneten Degenkolb, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts über Petitionen von Tuchmachergewerken, betreffend die Hebung des Tuchmachergewerkes.
5) Berathung des vom Abgeordneten v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, diejenigen Eingaben, welche ſich auf die Verhältniſſe des Weſerſtroms beziehen, betreffend.
6) Berathung des vom Abgeordneten v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts über das Geſuch der Vorſteher der Saalfloßkommune zu Kahla, Herzogthums Sachſen-Altenburg, die Ueberlaſtung der Saalefloßfahrt durch Abgaben betreffend.
7) Berathung des vom Abgeordneten v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, das Geſuch der Mälzer- und Bräuergilde in Nieder-Schleſien, um Anwendung verſchiedener die Abhülfe des Brauergewerbes bezweckender Maßregeln betreffend.
8) Berathung des vom Abgeordneten v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, über eine Anzahl Eingaben, welche die Gleichſtellung der Beſteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern betreffen.

Präſident Herr Ed. Simſon eröffnet die Sitzung gegen 9½ Uhr Vormittags. Unter den Abgeordneten herrſcht eine allgemeine und außerordentlich unruhige Bewegung. Die Miniſterbank iſt zeitig und von den Herren v. Gagern, v. Beckerath, Duckwitz und v. Peucker beſetzt. Aus der Reichsverſammlung ſind von den öſterreichiſchen Abgeordneten fernerweit ausgetreten die Herren Riedl, Edlauer, Archer, Polaczek, Moſing, v. Schmerling, Aichelburg, Somaruga, Möhring, Kanitſch, Laſchan, Dinſtl, Englmayr und Kreutzberg. Von ihnen begleiten die meiſten und ſo auch die Herren v. Schmerling und Genoſſen ihre Austrittserklärung mit der Motivirung, daß die Reichsverſammlung Anträge zu Beſchlüſſen erhoben habe, welche Oeſterreich ausſcheiden, daß ſie jede Verſtändigung mit dem Kaiſerſtaate zurückweiſe ꝛc. Neueingetreten ſind dagegen Herr Steindorf aus Schleswig für Hrn. Bunſen und Hr. Adam aus Ulm, für Hrn. Haßler.

Von dem königlich würtembergiſchen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt wird die Erklärung abgegeben, daß Se. Maj. der König von Würtemberg in Vereinſtändniß mit ſeinem Miniſterium die deutſche Reichsverfaſſung angenommen. (Beifall). Wir theilen dieß Schreiben, welches auch die Möglichkeit in's Auge faßt, daß Preußen indeſſen nur vorläufig an die Spitze der deutſchen Angelegenheiten treten könnte, unter dem Texte mit.

Zugleich zeigt das Präſidium der würtembergiſchen Ständekammer an, daß in Würtemberg die Verpflichtung der Staatsdiener und des Heeres auf die Reichsverfaſſung alsbald in Ausführung gebracht werden ſolle. (Bravo). Eben ſo wird angemeldet die Zuſtimmung der Stände von Sigmaringen.

Von Ausſchußberichten werden angemeldet einer von dem Hrn. Fröbel und zwei andere von den HH. Gevekoht und v. Reden. Der Fröbel'ſche davon kommt aus dem Dreißiger-Ausſchuſſe.

Schriftführer Herr Sprengel ruft das Reichshandelsminiſterium an wegen des verheißenen umfaſſenden Berichts über die Marineangelegenheiten. Herr v. Reden fragt den Reichskriegsminiſter, ob es wahr ſei, daß das Königreich der Niederlande Namens Limburg ſein Kontingent für den Reichskrieg mit Dänemark verweigert habe. Die Antwort auf die letztere Anfrage wird ausgeſetzt, dagegen erwiedert Hr. v. Peucker heute auf die Anrufung des Herrn Junghans, die Wegführung von Geſchütz und Munition durch die Oeſterreicher für den ungariſchen Krieg betreffend: die Munitionsbeſtände der Reichsfeſtung Mainz ſind Reichseigenthum, ſie werden im Namen und in der Pflicht des Reichs bewahrt und verwaltet. Das Gerücht, welches der Anfrage des Herrn Junghans zu Grunde liegt, iſt daher völlig grundlos.

Handelsminiſter Herr Duckwitz erwiedert zuerſt auf eine ältere Anfrage des Herrn Kreutzberg aus Prag über die Zuziehung von öſterreichiſchen Sachverſtändigen zum Tarifentwurf, daß Hr. Baron v. Gehringer, der zu derartigen Berathungen hierhergeſandt war, Frankfurt verlaſſen habe, ohne daß ein Stellvertreter für ihn eingetroffen ſei, woraus ſich ergibt, daß auch hier die Trennung oder Ausſchließung nicht von deutſcher, ſondern von öſterreichiſcher Seite ausgegangen.

Vor dem Aktenſtoße hingegen, den Hr. Duckwitz hierauf ausbreitet, um die geforderte Ueberſicht über den Stand der Flottenangelegenheit zu geben, erhebt ſich der mehrſeitige Ruf: „drucken laſſen!“ Der Präſident ermahnt jedoch das Haus, daß es dem hochwichtigen Gegenſtande ſeine ſofortige Aufmerkſamkeit ſchenke, worauf Hr. Duckwitz mit der Darſtellung der Schwierigkeiten beginnt, welche der Errichtung einer deutſchen Kriegsmarine entgegenſtanden. Hauptſächlich fehlte es an einer Perſon von hinlänglicher Befähigung und Erfahrung, um ihr die Leitung des Marineminiſteriums zu übertragen. Nur dieſer Mangel ſei der Grund geweſen, daß kein eigenes Marineminiſterium errichtet, ſondern daß es mit dem Handelsminiſterium vereinigt ward. Hr. Duckwitz knüpfte mit Nordamerika diplomatiſche Einleitung an, um ſich der Unterſtützung der Vereinigten Staaten bei der Bildung der deutſchen Marine zu verſichern und ging trotz des Mangels aller Hülfsmittel ſofort an das Werk. Die Gegenſtände über welche ſich ſein Bericht ſehr ausführlich verbreitet, ſind: 1) die Bildung der Behörden, 2) die Uebernahme der Hamburger Flotille, 3) die Anſtalten zur Küſtenvertheidigung, 4) die Anſchaffung von Kriegsſchiffen, 5) deren Bemannung und Armirung, 6) die reichsgeſetzlichen Beſtimmungen, der Beſtand der Kaſſe der Marine — wornach der Etat der Flotte, wenn Sachſen und Baiern bezahlen, bis zum Sommer gedeckt iſt — u. ſ. w. Der Vortrag des Miniſters währt über zwei Stunden. Er iſt nicht bloß der umfänglichſte dieſer Art, er iſt auch der am ſorgfältigſten ausgearbeitete, der gegeben werden konnte, wie der Abdruck beweiſen wird, der hierauf in Folge eines Antrags des Herrn v. Reden beſchloſſen wird.

Dies Schreiben lautet:

„In Erwiderung der Mittheilung des Präſidenten des Reichsminiſterrathes Herrn Freiherrn v. Gagern, vom 14. d. M. iſt der unterzeichnete würtembergiſche Bevollmächtigte bei der prov. Centralgewalt in den Stand geſetzt, folgende Erklärung abzugeben.

Seine Majeſtät der König von Würtemberg nimmt in Uebereinſtimmung mit ſeinem Miniſterium die deutſche Reichsverfaſſung einſchließlich des Capitels über die Oberhauptsfrage und der im Sinne dieſer Verfaſſung zu verwirklichenden Löſung derſelben ſammt dem Reichswahlgeſetz an.

Auch hat die würtembergiſche Regierung nichts dagegen einzuwenden, wenn Seine Maj. der König von Preußen, welcher das Erbkaiſerthum nicht annehmen will, unter den vorliegenden Umſtänden ſich für jetzt mit Zuſtimmung der Nationalverſammlung an die Spitze Deutſchlands ſtellt.

Zur Erläuterung des letzten Satzes fügt der Unterzeichnete bei, daß — da Se. Maj. der König von Preußen die deutſche Verfaſſung nach den von Höchſtdenſelben der Deputation in Berlin ertheilten Antwort und der von dort eingelangten Eröffnung noch nicht als endgültig anerkannt hat, ſomit die Vorausſetzung, unter welcher die Nationalverſammlung allein Höchſtdenſelben die erbliche Kaiſerkrone anbieten wollte, nicht vorliegt, da es hienach wohl geſchehen könnte, daß die Reichsverſammlung von dem Anerbieten des Königs von Preußen, mit Einwilligung der übrigen deutſchen Fürſten vorerſt proviſoriſch an die Spitze Deutſchlands zu treten, Gebrauch macht, um ſo mehr, als der Erzherzog Reichsverweſer ſeine Stelle ſobald als möglich niederzulegen entſchloſſen iſt — die königl. Regierung ihre Zuſtimmung auch zu dieſem Proviſorium, ſobald es auch von der Nationalverſammlung gebilligt wird, ſchon jetzt ausſprechen wollte.

Im Fall aber eine unbedingte Annahme der deutſchen Verfaſſung und der Wahl zum erblichen Oberhaupte von Seite Sr. Majeſtät des Königs von Preußen noch erfolgen ſollte, ſo wird, dem erſten Satze der obigen Erklärung gemäß („einſchließlich der Oberhauptsfrage und der im Sinne der Verfaſſung zu verwirklichenden Löſung derſelben“) auch gegen dieſe von königl. Regierung keine Einwendung gemacht. Frankfurt, 28. April 1849.

Der königl. würtembergiſche Bevollmächtigte: gez. Sternenfels.“

Von dringlichen Anträgen kommt ſodann zur Anmeldung: 1) einer von den Herrn Ludwig Simon von Trier, daß das Präſidium ermächtigt werde, zu jeder ihm beliebigen Zeit und an jedem beliebigen Orte Sitzungen der Reichsverſammlung anzuberaumen, ſowie die beſchlußfähige Anzahl von 200 auf 100 Mitglieder herabzuſetzen. 2) ein Antrag von den Herrn Goltz und Genoſſen: daß dem Präſidium das Recht zuerkannt werde außerordentliche Sitzungen anzuberaumen, daß ſolche außerordentliche Sitzungen auf den Antrag von 50 Mitgliedern ſtatt finden müſſen, und daß die beſchlußfähige Anzahl auf 150 herabgeſetzt werde. Die Dringlichkeit dieſer Anträge wird anerkannt und

Herr Fröbel nimmt das Wort zu ihrer Rechtfertigung. Die Gründe derſelben ſchöpft er aus den Zeitverhältniſſen, aus der durch den Austritt von 100 Oeſterreichern verminderten Zahl der Verſammlung, was auch Veränderungen der Geſchäftsordnung ernöthige. Eine Parallele mit dem Parlamente Englands zeigt übrigens daß dort viel kleinere Zahlen die Beſchlußfähigkeit der Häuſer begründen als die hier beantragten.

Herr Ludwig Simon entſchuldigt die linke Seite des Hauſes wegen ihrer Unruhe unter dem Vortrage des Herrn Duckwitz. Er will dem Inhalte dieſes Vortrages alle Gerechtigkeit widerfahren laſſen. Aber dem Drange der Ereigniſſe gegenüber ſolche Vorträge zu halten, heiße die Gluth mit kaltem Waſſer übergießen. Unter dieſen Ereigniſſen zählt der Redner auf, daß Herr v. Schmerling behauptet, dieſes Haus habe die Trennung von Oeſterreich verſchuldet und daß er damit ausſcheide. „Möge er gehen, die Verwünſchungen des deutſchen Volkes folgen ihm nach (ſtürmiſcher Beifall, was den Präſidenten zu einer Warnung an die Galerie veranlaßt.)

In Berlin, fährt Herr Simon fort, iſt die zweite Kammer aufgelöſt, deßgleichen in Hannover. In Berlin iſt das Standrecht verkündet. Wollen Sie die Urſache der preußiſchen Kammerauflöſung wiſſen? Dieſe Urſache iſt ein Bündniß mit Oeſterreich und Rußland worauf 40,000 Preußen in Böhmen einrücken ſollen.

Wir wollen mäßig im Handeln ſein, aber ſein Sie auch „mäßig im Nichtsthun". Von allen Orten, aus allen Gegenden des Vaterlandes kommen Aufforderungen an dies Haus, daß es energiſch handle. Das Volk lechzt darnach, daß dieſe Verſammlung in Fluß komme, es lechzt „nach einem Schimmer von Entſchloſſenheit". Zur Rechten: noch ſind wir Ihre Bundesgenoſſen. Wir haben eingeſehen, daß wir zuſammen gehen müſſen mit unſeren Beſtrebungen im deutſchen Lande. Aber das Wenige ſchlagen Sie uns nicht ab. Das Wenige geben Sie uns, dann wollen wir auseinander gehen und Jeder an ſeinem Orte ſeine Schuldigkeit thun.

Hr. Biedermann: Ich weiß nicht, ob ich im Sinne meiner Partei rede, allein für meine Perſon erkläre ich mich unbedingt für die erſte Hälfte der Simon'ſchen Anträge, die nur dazu dienen können, eine ſehr fühlbare Lücke unſerer Geſchäftsordnung auszufüllen. Nicht ſo unbedenklich will ich mich erklären für die Abänderung der Zahlenverhältniſſe. Einmal weil der Austritt der Oeſterreicher kein freiwilliger, wenigſtens als ein ſolcher von uns nicht anzuerkennen iſt. Sodann weil eine Prüfung — ſo zu ſagen eine techniſche Prüfung — dieſer Zahlenverhältniſſe nöthig wäre. Durch das Geſetz zum Schutze der Reichsverſammlung haben wir uns aber nicht bloß gegen unten, wir haben uns auch gegen oben ſichergeſtellt, indem wir jeden Angriff auf dieſe Verſammlung als Hochverrath erklärt haben. Mit Eifer aber genehmige ich endlich noch, was Hr. Simon von dem Zuſammengehen der Parteien geſagt hat und ſeien Sie überzeugt, daß Sie uns im rechten Momente zum Handeln bereit finden werden.

Nachdem ſich auch Herr Venedey für die Anträge ausgeſprochen hat bemerkt Herr Zimmermann von Stuttgart: vor zwei Stunden bin ich aus meiner Heimath zurückgekehrt. In der Pfalz werden bereits bewaffnete Verſammlungen gehalten. Jeden Augenblick kann ein blutiger Zuſammenſtoß ſtattfinden. Erfüllen Sie die Erwartungen des Volks, ſchützen Sie es vor der Reaktion, zu der ſich die großen und kleinen Mächte Europas vereinigt haben.

Herr Rieſſer: Ich bin ſehr zweifelhaft geworden an den Vorausſetzungen der Politik, von denen die Mehrheit dieſes Hauſes ausging. Auch ich beſorge jetzt, der Fall könne noch eintreten, wo Gewalt gegen Gewalt nöthig iſt. Aber dann würden wir ſtärker und unſere Verſammlung zahlreicher ſein als jemals. (Beifall) Vermindern wir daher nicht die Beſchlußfähigkeitsanzahl; wir würden damit ein Mißtrauen gegen uns verrathen, welches wir nicht verdienen. Was endlich die Verlegung der Sitzungen nach einem andern Ort anlangt, ſo kann ich auch nicht zugeben, daß Grund hierzu vorhanden iſt. Auch durch dieſen Beſchluß könnte der Wahn der im Volke ſchon verbreitet iſt, noch weiter greifen, als wenn wir uns vor den deutſchen Truppen fürchteten, und daß wir dieſelben beſchuldigten, als würden ſie ſich eines Verbrechens gegen das Vaterland zu Schulden kommen laſſen. (Rauſchender Beifall.)

Meine Herren! Ich glaube an jenes ſchändliche mit dem Fluche des Vaterlandes belegte Verbrechen nicht eher, als bis ein Bajonett an dieſe Pforten zu klopfen wagt. (Bravo.)

Herr Vogt: Als der Aufruhr an die Thüren dieſes Hauſes klopfte, wußte man, daß man die Macht dagegen in den Händen hielt. Aber wenn ſich heute das Bajonett zu dieſer Thüre hereinſtreckt, wo haben wir denn die Macht dagegen? Wir hegen kein Mißtrauen gegen das was da iſt, ſondern gegen das was kommen wird. Aber noch gehen unſere Anträge gar nicht dahin, daß Sie Ihre materiellen Vertheidigungsmittel verſtärken, wir wollen dieſe Verſammlung nur vor dem unrühmlichen Tode, vor ſeiner Abzehrung ſchützen. Das Märtyrerthum ſcheuen wir nicht. Das wäre nur ein Vortheil für unſere Sache und es zeigte doch endlich augenſcheinlich, weſſen die Reaktion fähig iſt. Allein wenn unſere Verſammlung zuſammenſchwinden ſollte, ergriffen von der Demoraliſation des Rückzuges, dann ſoll nicht auch noch die Geſchäftsordnung dazu dienen, ſie in Unfähigkeit zu verſetzen. Es muß die Möglichkeit eingeleitet werden, daß im außerordentlichen Falle auch die außerordentliche Maßregel ergriffen werden könne. Der Strom der Revolution wird ſonſt an der Paulskirche keinen Felſen finden. Er wird über ſie hingehen und davonſpülen die Rechte wie die Linke.

Das Haus entſcheidet ſich für den Schluß der Debatte über den behandelten Gegenſtand. Nachdem der Präſident einer Behauptung des Hrn. Vogt gegenüber eine Berichtigung gegeben hat — aus der wir erfahren, daß im Laufe der letzten Tage das Verlangen auf Anſetzung einer außerordentlichen Sitzung an Hrn. Simſon geſtellt ward, und daß er das unter Bezugnahme auf die Vorſchriften der Geſchäftsordnung verweigerte — erfolgt die Abſtimmung. Beſchloſſen wird und mit bedeutender Mehrheit:

„Das Präſidium iſt ermächtigt zu jeder Zeit und an jedem Orte, den zu erwählen es für zweckmäßig erachtet, Sitzungen der Nationalverſammlung anzuberaumen." (Lebhafter Beifall bei Verkündigung dieſes Beſchluſſes.) Ueber den Zuſatz dagegen, daß eine außerordentliche Verſammlung auf das Verlangen von 50 Mitgliedern ſtattfinden müſſe wird die Zettelabſtimmung erforderlich. Der Antrag wird abgelehnt mit 216 gegen 162 Stimmen. Dagegen angenommen nach dem Verbeſſerungsantrage von Hrn. Zell die Beſtimmung, daß eine ſolche Sitzung anberaumt werden muß auf den Antrag von Einhundert Mitgliedern.

Was die Beſchlußfähigkeitsanzahl anlangt, ſo wird der Antrag Herrn Biedermanns, daß ein Gutachten von einem Ausſchuſſe über dieſe Reduktion eingeholt werde, abgelehnt. Dagegen wird angenommen nach dem Antrage der Herrn Goltz und Genoſſen die Herabſetzung auf 150 anweſende Mitglieder.

Der Präſident verkündet, daß noch fünf dringliche Anträge vorliegen, wovon der erſte von Herrn Wigard aus Dresden, daß das Reichsminiſterium unverweilte Unterſuchung und Verhaftung gegen den Mörder Robert Blums, den Fürſten Windiſch-Grätz verfüge ꝛc. Die Dringlichkeit dieſes Gegenſtandes wird nicht anerkannt. Der Antrag geht alſo auf den Ausſchußweg.

Daſſelbe Schickſal hat ein Antrag von den Herren Schlöffel, Hoffbauer und Genoſſen. Weil ihm aber die Dringlichkeit verſagt wird, ziehen ihn die Antragſteller zurück. Dem Antrage Hrn. Ziegert's auf Mißbilligung der Auflöſung der Kammern in Berlin und in Hannover und auf Erlaß eines Aufrufs an das deutſche Volk (durch den Dreißigerausſchuß) wird die Dringlichkeit zuerkannt, deßgleichen dem Antrage der Herren Kierulff und Genoſſen.

Die Anträge werden als zuſammenhängende behandelt und die Abſtimmung entſcheidet ſich für den Kierulff'ſchen wonach die Reichsverſammlung beſchließt

1) Der Mißbilligung der von der preußiſchen und hannoveriſchen

Digitized by Google

Regierungen angeordneten Auflöſung der dortigen Volksvertretungen vor dem ganzen deutſchen Volke auszuſprechen;

2) die Regierungen von Preußen und Hannover aufzufordern auf das ſchleunigſte neue Wahlen anzuordnen;

3) gegen die noch übrigen geſetzlichen Organe des preußiſchen und des hannoverſchen Staates die Bemerkung auszuſprechen, daß ſie die Anſicht und den Willen des Volks in der deutſchen Verfaſſungsſache offen, muthig und ſchleunig den genannten Regierungen kund thun."

Abgelehnt wird der Ziegert'ſche Zuſatz: auf Erlaß eines Aufrufs an das deutſche Volk, die Aufforderung zur Vertheidigung der Verfaſſung u. ſ. w. enthaltend.

Nur Nro. 1. der für heute beſtimmten Tagesordnung erledigt ſich durch die Einſammlung der Wahlzettel. Die übrigen Gegenſtände (2 bis 8) dagegen gehen auf die morgende Tagesordnung über. Dazu der heute von Herrn Fröbel Namens des Dreißigerausſchuſſes erſtattete Bericht über die Abberufung von Mitgliedern der Reichs-Verſammlung durch die Regierungen der Einzelſtaaten.

*** **Frankfurt**, 28. April. Karl Gutzkow wird nach mehrjähriger Abweſenheit im nächſten Monat unſere Stadt auf kurze Zeit beſuchen.

△ **Wien**, 26. April. Aus Ungarn nichts weſentlich Neues. Um das ängſtliche Publikum zu beruhigen erſchien geſtern Abend wieder folgende Kundmachung: „Nach ſo eben angelangten Berichten hält das aus 6 Brigaden (ungefähr 18,000 Mann) beſtehende Armeekorps des F. M. L. Wohlgemuth das ganze Terrain von Sellye, Eperteſſy, Nyarazöd, und Bös — mit dem rechten Flügel bis an die Donau reichend — beſetzt, auf welcher Linie ſich ſeit den letzten Berichten nichts Bemerkenswerthes ereignet hat. Mehreren übereinſtimmenden Nachrichten zu Folge, bewegt ſich das Gros des Görgey'ſchen Korps in der Richtung gegen Komorn. Ebenſo iſt am rechten Donauufer die bereits angedeutete Koncentrirung der zur Hauptarmee gehörigen Truppen in vollem Gange und es ſtehen demnach in Kurzem entſcheidende Nachrichten vom Kriegsſchauplatze zu erwarten. F.M.L. Böhm." Eine zweite Kundmachung des Gouverneur-Stellvertreters theilt uns mit, daß am Abend des 23. gegen 8 Uhr einige „übelgeſinnte Individuen den verbrecheriſchen Verſuch gemacht, eine Schildwache bei Schönbrunn durch einen meuchleriſchen Ueberfall zu entwaffnen." Die Schildwache nahm zwei derſelben gefangen und übergab ſie dem Militärgericht. Sie hatten geſtern das erſte Verhör bei der Central-Unterſuchungskommiſſion, wo ſich ergab, daß es keine Wiener ſondern Franzoſen ſind. Sie behaupten nichts gegen die Wache unternommen zu haben, der eine von ihnen habe ihr nur geſprächsweiſe die Hand auf die Schulter gelegt. Die Schildwache hingegen ſagt aus, man habe ihr das Bajonnet wegnehmen wollen. Man wollte wiſſen, daß beide ſchon heute im Stadtgraben erſchoſſen würden, doch iſt dem nicht ſo, ſie werden dem kriegsrechtlichen, nicht dem ſtandrechtlichen Verfahren unterzogen, und auch dies letztere läßt Urtheile zu, welche nicht immer den Stadtgraben zum Schauplatz haben. Der Gouverneur-Stellvertreter nimmt bei dieſem Anlaſſe Gelegenheit, auf die Proklamationen vom 20. und 27. Febr. hinzuweiſen und warnt die Schlechtgeſinnten vor den unausbleiblichen Folgen von Attentaten dieſer Art. Die ängſtliche Spannung gewiſſer „Gutgeſinnter" war vorgeſtern ſo groß, daß den ganzen Tag Anfragen an das Kriegsminiſterium ergingen, ob es ſchon nöthig ſei, Wien zu verlaſſen; in den Vorſtädten dagegen erblickt man wieder gewiſſe drohende Phyſiognomien, welche ungefähr ausdrücken: Waffen haben wir zwar keine mehr, aber Krampen und Schaufeln gibt es noch genug. Siegen die kaiſerlichen Waffen in Ungarn nicht, ſo könnten wir hier erleben, was ſelbſt im Oktober noch unmöglich ſchien. Eins unſerer Blätter hat heut die Naivetät zu melden, es habe den Anſchein, als ſei es gelungen, das Görgey'ſche Inſurgentenkorps hart an Komorn und einen Theil deſſelben ſogar in die Feſtung hinein zudrängen! Es geht doch nichts über eine günſtige Anſchauungsweiſe. Aus Peſth ſind in den letzten Tagen über 60 flüchtige Familien angekommen, und der Theil der Bevölkerung, der in Ofen ausharren will oder ſeiner Verhältniſſe wegen muß, erhielt die Weiſung ſich auf zwei Monate zu verproviantiren, die Bewohner von Peſth haben den Troſt erhalten, daß die Stadt von Ofen aus nur im äußerſten Nothfalle bombardirt werden ſoll. Die meiſten Journale haben dort zu erſcheinen aufgehört, wie die Peſther Zeitung, der Figyelanzó ꝛc. Alle bedeutende Depots ſind weggebracht worden, zum Theil auf der Donau, und ſogar 140 Gefangene, wahrſcheinlich weniger gravirte, wurden in Freiheit geſetzt, um ſie nicht transportiren zu müſſen. Nach Berichten von Reiſenden ſoll Bem mit einer Macht von 30—40,000 Mann Siebenbürgen verlaſſen haben. Wohin er aber gegangen, wiſſen ſie nicht anzugeben.

Nachſchrift. Heutigen Nachrichten aus Ungarn entnehme ich, daß Görgey mit ſehr bedeutender Artillerie und mit leichter Kavallerie manövrirt, die unſern Truppen an vielen Orten ganz fehlt, oder nur in geringer Anzahl ſich vorfindet. Unſere Infanterie kommt ſomit weder zum Kampfe, noch zu dem Gebrauch ihrer eminenten Waffe, des Bajonets. In den letzten Gefechten führte er außer den gewöhnlichen Geſchützen 60 Haubitzen ins Feuer, was nach gewöhnlicher Rechnung 180 Feuerſchlünde beſtimmen würde. Er ſoll bereits Anträge und Bedingungen der Unterwerfung geſtellt haben: hüten wir uns zu ſagen, „diktirt," wie man es in Peſth nennt. Die Nachrichten über unſere Armee ſind noch immer nicht günſtiger; auch Krankheiten geſellen ſich zu den vielen andern Leiden, die außer dem Bereiche der Thatkraft und Umſicht Weldens liegen.

* **Wien**, 26. April. So ſicher der Sieg Wohlgemuth's über Görgey geſtern verkündet worden war, ſo hat er ſich dennoch nicht beſtätigt. Auch über die angeblich in Komorn ſtattgefundene Exploſion iſt man im Unklaren und man will behaupten, es ſei vielmehr ein Dampfſchiff, welches bei Komorn vorbeipaſſiren wollte, in die Luft geſprengt worden. Die Poſten nach Ungarn ſind weder vorgeſtern noch geſtern abgegangen. Ein Dr. Wertheimer aus Frankfurt a. M., überwieſen, an Koſſuth briefliche Rathſchläge zur beſſeren Landesvertheidigung ertheilt zu haben, wurde in Preßburg zu 2jähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt. Senſation erregt die Proklamation, welche Welden am 22. in Peſth an allen Ecken anſchlagen ließ. Es wird darin in Beantwortung der ſchutzanſuchenden Bitten der Behörden erklärt, wenn zur ruhigen, ordnungsmäßigen Räumung Peſth's und ſpäterhin Ofen's, wie auch zur Sicherſtellung der Kranken und Verwundeten nicht die hinreichende Zeit und gehörige Sicherheit vergönnt würden, er ſich unerläßlich in die Lage verſetzt fände, die ſchöne, blühende Stadt Peſth ſammt der Kettenbrücke dem verheerenden Feuer der Geſchütze preiszugeben. Sämmtliche Bewohner Peſth's und Ofen's werden aufgefordert, in ihrem eigenen Intereſſe auf Mittel und Wege bedacht zu ſein, um dem Oberkommandanten die gewünſchte Sicherheit zu gewähren. Uebrigens wurde den Bewohnern Ofen's bedeutet, ſich auf 2 Monate zu verproviantiren. Nebſt den bereits aus Mainz nach Ungarn beorderten 240 Mann öſterreichiſcher Kanoniere werden noch aus Ulm 2 Offiziere und 127 Kanoniere und aus Raſtatt 80 Kanoniere dahin abgeſchickt. Es ſind neuere Nachrichten aus Peſth eingelaufen. Die Ungarn waren daſelbſt eingerückt und wurden, wie hinzugefügt wird, mit Freudenbezeugungen aufgenommen. Von Ofen aus war die große Schiffbrücke, welche die Schweſterſtädte verbindet, abgebrannt worden, dagegen ſoll der Schaden an der Kettenbrücke nur unbedeutend ſein. Ofen ſchienen die k. k. Truppen noch inne zu haben, doch hieß es, daß das Geſchütz bereits von dort abgeführt worden ſei. An Berichten vom Kriegsſchauplatze fehlt es heute ganz. In Bezug auf die Fremdenausweiſung lautet die Anordnung der Stadthauptmannſchaft der Art, daß alle Fremden und nach Wien nicht zuſtändigen Inländer, welche die Nothwendigkeit ihres hieſigen Aufenthaltes legal nachzuweiſen nicht im Stande ſind, bis zum 30. d. M. von hier weggewieſen werden. Hauseigenthümer und Quartiervermiether, welche die vorgeſchriebenen Meldungen unterlaſſen, werden um 20 bis 100 fl. oder mit Arreſt von drei Tagen bis zu einem Monat beſtraft. Graf Stadion kam vorgeſtern hier an, kehrte aber geſtern wieder nach Baden zurück. Der Graf iſt auf dem Wege der Beſſerung, jedoch noch nicht ſo ganz hergeſtellt, um ohne Gefahr für ſeine Geſundheit, die Leitung ſeines Departements ſogleich wieder zu übernehmen. Vorſichtshalber ſind bereits ſämmtliche Kaſſen aus Kremnitz, Schemnitz und Neuſohl mit allen Baarvorräthen an Gold, Silber und Banknoten nach Wien gebracht worden.

Die Theilnehmer an dem Attentat gegen den Redakteur des Grazer Volksboten — Gretſchnigg — ſind ſtreng beſtraft worden.

Die heutige „Preſſe" rügt, daß in Folge einer amtlichen Erklärung in der Wiener Zeitung, Fürſt Windiſchgrätz noch als Oberbefehlshaber ſämmtlicher kaiſerlichen Truppen mit Ausſchluß der

Ueberſicht.

Frankreich und die europäiſche Politik.

Deutſchland. Berlin (Herr Hanſemann und ſeine neueſte Schrift.) Stuttgart (Das Reichswahlgeſetz verkündigt.) Dresden (Die Landtagsſchrift.) Hannover (Die Auflöſung der zweiten Kammer.) Kolding (Näheres über das letzte Treffen.)

Frankreich. Paris (Die Verhandlungen der National-Verſammlung. Das Marinebudget. Die Wahlverſammlungen.)

Frankreich und die europäiſche Politik.

± **Paris**, 24. April. Wir beginnen, die Anfälle der fürchterlichen, inneren Krankheit zu ſpüren, welche uns verzehrt. Die Umtriebe der Klubbiſten und der Herausgeber der ſozialiſtiſchen Journale haben bei den Soldaten, und vorzüglich bei den Unteroffizieren einen bedauernswerthen Erfolg. Man hält ſich des Gehorſams oder wenigſtens des Eifers der Regimenter in Lyon nicht mehr verſichert. Die von Paris erwecken von Tage zu Tage mehr Beſorgniß. In mehreren Departements, u. a. im Rhone-Departement, trennen ſich die ärmeren Bauern von den größeren Eigenthümern und ſchicken ſich an, für die Kandidaten der Jakobiner zu ſtimmen. Jeder fühlt, daß der Kampf nahe bevorſteht. Der Präſident, deſſen Charakter ſich zu entwickeln beginnt, möchte die Vereinigung der nächſten Verſammlung abwarten, um von ihr die nöthigen Repreſſiv-Mittel zu verlangen, welche alsdann geſetzlich angewendet werden könnten und ohne welche es jedem vernünftigen und unterrichteten Menſchen unmöglich erſcheint, den völligen Sturz der geſellſchaftlichen Ordnung zu vermeiden. Was die Feinde derſelben betrifft, ſo ſcheinen ſie entſchloſſen den Ausbruch zu verſchieben, einmal, weil ſie in der Armee noch nicht alle die Fortſchritte gemacht haben auf die ſie zählen, dann auch, weil ſie als Vorwand eines repreſſiven Aktes der nächſten Verſammlung bedürfen, den ſie natürlich reaktionär nennen würden. Kurz, nach allen Anzeichen wird ſpäteſtens im Juni der Kampf eintreten, deſſen Ausgang die Vorſehung in Händen hat. Wenn der Staat darin zu Grunde geht, ſo wird man wenigſtens ſeinen Entſchluß, die Schlacht zu wagen, nicht tadeln können; denn es iſt nicht zweifelhaft, daß bei dem regelmäßigen Fortſchritt der gegenwärtigen Zuſtände und Einrichtungen Frankreich nothwendig untergehen muß. Die Ausſichten auf die Wahlen werden ſchlechter im Oſten, im Centrum und im Süden. Von Weſten fürchte ich, daß er zu viel Legitimiſten ſchicken wird und zwar Legitimiſten ohne Einſicht. Im Oſten werden ſie höchſtens 1/6, im Süden etwas mehr, im Centrum kaum 1/8 der Abgeordneten ausmachen. Im Ganzen werden ſie nach meiner Rechnung nur 150—200 ſichere Stimmen in der Verſammlung erhalten, aber die Halb-Legitimiſten werden zahlreich ſein. Irgend ein religiöſer Geiſt iſt durchaus nicht rege bei dieſem Kampfe. Die Jakobiner werden wenigſtens 150 Wahlen davontragen, worunter alle ihre Häupter ſein werden, ohne Ausnahme derer, die im Gefängniß ſind. Die Klubs halten dieſe Provokation für nöthig, um das Vertrauen zu erhalten und den Eifer ihrer Anhänger anzuſpornen. Dieſe gehorchen ſklaviſch.

Die Sprache des ruſſiſchen Kabinets und ſeiner Agenten, in Betreff der Ereigniſſe in Ungarn, verdient beſondere Aufmerkſamkeit. Sie ſagen: wir ſind geneigt, an dem Kampfe zwiſchen den Oeſterreichern und den Ungarn keinen Theil mehr zu nehmen; aber wenn eine polniſche Inſurrektion ausbrechen ſollte, gleichviel wo, werden wir ſie ſogleich und mit den äußerſten Mitteln bekämpfen. Im Grunde wollen die Ruſſen Oeſterreich ſich vollkommen erſchöpfen laſſen, damit es dann um ſo eher in alle ihre Vorſchläge willige. Dieſe beſtehen, wie es ſcheint, in dem alleinigen und abſoluten ruſſiſchen Protektorat über die Moldau, die Walachei und Serbien. [Dafür erhielte Oeſterreich türkiſch Kroatien und die Herzogewina.] Aber die Ruſſen ſpielen doch ein gewagtes Spiel, indem ſie die Sachen ſo weit kommen und ſich ſo ſehr in Ungarn, der Türkei und in Polen erbittern laſſen. Die Gährung bei den Bauern ſoll namentlich in Kleinrußland ſehr bedeutend ſein.

Das Bedenklichſte in der jetzigen Lage iſt die Stellung Oeſterreichs zu Piemont. Es iſt gewiß, daß trotz der Vorliebe unſers Konſervateurs für Oeſterreich, das Schickſal von Venedig ein außerordentliches Intereſſe erregt und daß man es als einen indirekten Angriff auf Frankreich anſehen würde, wenn ein neuer Schlag gegen Piemont ausgeführt würde. Die Regierung des Präſidenten läuft Gefahr eine große Unpopularität auf ſich zu laden, wenn ſie die ſardiniſche Monarchie hinrichten läßt; doch neigt ſich ihre ganze Politik dahin.

Ich werde gewahr, daß die Partialität für Dänemark bei uns im Abnehmen iſt; in England verſchwindet ſie ganz. Die Gewaltſamkeit und Tollheit des Kopenhagener Kabinets entfremden ihm alle Gemüther.

Was die Kaiſerfrage betrifft, ſo erkennt man hier bereitwillig, 1) daß das allgemeine Intereſſe von Europa verlangt, daß die deutſchen Staaten ein gemeinſames Oberhaupt erhalten, 2) daß Oeſterreich ſich für jetzt außer Stande befindet, ſich nützlich und thätig mit den deutſchen Angelegenheiten zu beſchäftigen. Man würde mithin recht gern in die preußiſche Hegemonie willigen, wenn ſie nur den Charakter einer lebenslänglichen Anſtalt hätte. Aber was auch geſchehen möge, ſo wird einerſeits England kein materielles Hinderniß gegen die Einrichtungen, die Deutſchland ſich geben wird, erheben; andrerſeits wird Frankreich ſich ſicherlich auf Vorſtellungen beſchränken. Sie haben alſo von dieſen beiden Seiten keinen Krieg zu fürchten, noch zu hoffen.

Ueberhaupt gehört ein auswärtiger Krieg für jetzt nicht zu den Berechnungen des Präſidenten. Aber er wird ihn in demſelben Augenblicke erklären, wo es ihm ſcheinen wird, daß er zur Verwirklichung ſeiner Plane dienlich ſein könnte. Die Motive behält er unterdeſſen weislich für ſich; hier, wie in Allem, wird er nur ſeinem eigenen Willen folgen.

Deutſchland.

** **Berlin**, 23. April. „Die deutſche Verfaſſung vom 28. März 1849, mit Anmerkungen von David Hanſemann, Abgeordneten der Erſten preußiſchen Kammer" iſt heute mit den gewöhnlichen Druckſchriften in Erſter Kammer zur Vertheilung gekommen. So iſt denn endlich der Stein vom Herzen unſeres nüchternen Staatsmannes; er hat es endlich ausgeſchüttet; ſein Votum über die Verfaſſung, welches die Kammer ſich zweimal ſo gut wie verbeten hat, iſt jetzt ſchwarz auf weiß einem jedem Mitglied oktroyirt. Schwarz auf Weiß und Schwarz-weiß! Hr. von Griesheim wird ſeine herzliche Freude haben; die Genugthuung, welche Hr. Hanſemann ihm gibt, iſt glänzend. Als Hr. Hanſemann noch Miniſter war, verlor Hr. v. Griesheim ſeine Poſition im Kriegsminiſterium wegen der kleinen pikanten Schrift, deren das damalige Miniſterium ſich ſchämte. Jetzt, da Hr. Hanſemann noch nicht Miniſter iſt, ſchreibt er im Ton jener Griesheim'ſchen Broſchüre; ja die Anmerkungen zu §. 11, 13 und 14 ſind nicht nur im Ton, ſondern auch im Geiſt jener Brochüre, deren man ſich damals ſchämte. Die geiſtreichen Anmerkungen ſind durchweg ausgezeichnet durch jene ſarkaſtiſche Beize, die bekannte Tugend alter Jungfern. Die Reichsverfaſſung, dieſes Werk „jugendlicher" Begeiſterung, ja das Kind der Liebe, der Sprößling einer verruchten Mesalliance wird durch die Brille des nüchternen Bankdirektors betrachtet und mit den Kindern einer armen Phantaſie verglichen, welche Frankfurt a. M., Druck und Verlag von Sauerländer, der Leſewelt immer noch unverloren ſind. Le mieux est l'ennemi du bien, war das Motto jener faſt unbeachtet, aber jetzt nicht länger ungerächt gebliebenen Geiſtesarbeit über die deutſche Verfaſſungsfrage. Herr Hanſemann macht in ſeiner neueſten Schrift, in ſeiner Zeitung, in ſeiner deſtruktiven parlamentariſchen Thätigkeit dieſes Motto von Neuem wahr; Hr. Hanſemann mit ſeiner Föderativdoktrin, mit dieſem ſein ſollenden Mieux, c'est l'ennemi du bien!

Die erſten Zeilen enthalten eine Signatur der ganzen Arbeit. Hr. Hanſemann mäkelt an dem Titel: „Deutſches Reich". Hören wir den Weiſen: „So glänzend und verführeriſch auch dieſe Benennung iſt, ſo möchte es doch weiſer ſein, eine andere (etwa: „deutſche Vereinsſtaaten") zu wählen." Hierin liegt im Grunde die bündigſte Rechtfertigung der vielen Schnurren, die neben mancher unwiderleglicher, wenn auch nicht erſt neu entdeckter, ſondern meiſt transatlantiſcher Wahrheit ſich angemerkt finden; denn Hr. Hanſemann wünſcht eine Bundesakte deutſcher Vereinsſtaaten; unſere Nation begehrt eine Verfaſſung für Deutſchland, ſoweit daſſelbe nicht ihrem Reichsverband ſich entziehen muß. Die deutſche Nation verlangt nach Brod; Hr. Hanſemann will ihr einen Stein reichen. Muß nicht, wer dieſen Stein der Weiſen fand, an dem Brode tadeln, daß es nicht ſteinhart iſt? Die Be-

nennung „Reich“, ſagt Hr. Hanſemann ferner, „dürfte in den Beziehungen zu andern Großmächten erhebliche Schwierigkeiten bereiten, die nicht durch den Glanzeffekt eines hiſtoriſchen Namens aufgewogen werden“ u. ſ. w. Wenn es möglich iſt, die Politik des Miniſteriums, welches uns jetzt weniger regiert als ruinirt, durch eine noch feigere zu erſetzen, ſo empfiehlt ſich Hr. Hanſemann als würdiger Kandidat. In Betreff der „erheblichen Schwierigkeiten in den Beziehungen zu andern Großmächten“ erinnern wir den bürgerlichen Diplomaten an die Note, welche Frankreich, Oeſterreich und Preußen unter dem 18. Januar 1848 an die Schweiz erließen und der betreffenden Antwort der Tagſatzung vom 16. Februar 1848. Aber Herr Hanſemann hat einen triftigern Einwand gegen die „verführeriſche“ Benennung, einen recht nüchternen Grund für eine „angemeſſenere, wenn auch beſcheidenere“. Das Wort Reich „paßt nicht eigentlich auf den engern Bundesſtaat, der im weitern Bunde oder Reiche gegründet werden ſoll“. So iſt denn das Verhängnißvolle doch Einmal deutlich ausgeſprochen, was Gervinus als Schreckbild ſo oft genannt und was wir aus Achtung vor der Intelligenz, aus Zutrauen für die Ehrlichkeit unſerer politiſchen Führer glaubten, es wäre nur Schreckbild! Alſo das eigentlich ſtaatliche Element ſoll in den „weitern“ Bund verlegt werden, der eben ein Staatenbund iſt und bleiben ſoll. Die auswärtigen Angelegenheiten ſollen nur in Gemeinſchaft, d. h. Abhängigkeit der öſterreichiſchen Politik geordnet werden. Der engere Bundesſtaat ſoll (außer ſeiner polizeilichen Beſtimmung) ein erweiterter Zollverein ſein! Ja, Herr Hanſemann, indem er zur Beſcheidenheit mahnt, erinnert an die „Erfahrungen des Zollvereins“. Freilich wenn Deutſchland das Gedankending des Herrn Hanſemann aus der Taufe heben wollte, dem kommt kein andrer Name zu, als der allerbeſcheidenſte. Herr Hanſemann beſitzt wirklich eine unglaubliche Zähigkeit; 1847 vertheidigte derſelbe zu Heppenheim die weitere Ausbildung des Zollvereins zu einem politiſchen Verein, worin ein Notabelnkongreß die Bevölkerung der „Vereinsſtaaten“ zu vertreten haben ſolle; das Jahr 1848 überholte die gutgemeinten Ideale des Herrn Hanſemann; aber noch im Jahr 1849 findet der ſogenannte nüchterne Staatsmann dies unverzeihlich. Der engere Bundesſtaat iſt für Herrn Hanſemann nichts als die Entpuppung ſeiner zweijährigen Raupe. Schlägt er nicht „etwa“ die beſcheidene Benennung „Vereinsſtaaten“ vor? Uebrigens bitten wir Herrn Hanſemann, der Reichsverſammlung vergeben zu wollen, daß ſie den Namen „Reich“ wählte. Denn Herr Hanſemann iſt ſelbſt daran Schuld. In ſeiner früheren Schrift über die deutſche Verfaſſungsfrage S. 12, 27, 31, 32, 33, 35, 37 iſt er mit dem böſen Beiſpiel vorangegangen und hat den engern Bundesſtaat — den engern „Reichsverband“ genannt. Wehe der Verfaſſung in Deutſchland, welche ohne Herrn Hanſemann zu Stande kommt! Wie zürnte Herr Hanſemann nach dem 5. Dezember, daß das Miniſterium Manteuffel oktroyirt hatte, ohne ihn zu Rathe zu ziehen! Jetzt freilich ſcheint Herr Hanſemann mit dem Miniſterium völlig ausgeſöhnt, nun alle Welt ſich mit demſelben überworfen hat; wenigſtens deutet das Liebesgeflüſter, welches Herr Hanſemann in der erſten Kammer mit dem Miniſtertiſch führt, wie weiland Felix Lichnowsky auf dem zweiten Vereinigten Landtag, auf ein inniges Einverſtändniß! Warum auch nicht? Die Politik dieſes Miniſteriums iſt doch wahrlich nüchtern; Herr Hanſemann iſt der Einzige, der vielleicht noch nüchterner regieren würde. In der deutſchen Sache hat daher die Conſtitutionelle Zeitung an dem Kabinet eigentlich nur die adeligen Namen auszuſetzen. Was die innere Politik betrifft, ſo iſt dieſes Miniſterium im Vergleich zu Herrn Hanſemann ein Miniſterium des Centrums; denn ſchwerlich wird es gegen das von ihm ſelbſt oktroyirte allgemeine Wahlrecht ſo Front machen, als Hr. Hanſemann wenigſtens im Dezember v. J. Miene machte, machen zu wollen. Daß Hr. Hanſemann auf der Linken Platz nimmt, das rührt wohl nur daher, weil Hr. Stahl auf der Rechten ſitzt; die Schale der Rechten würde zu ſehr ſinken, wenn beide Hauptvertreter der Hochkonſervativen ihr Gewicht in dieſelbe Wagſchale würfen.

Den Einfluß der Hanſemann'ſchen Schriftſtellerei dürfen Sie nicht nach der Ihnen zweifelsohne bekannten Geltung dieſes Abgeordneten tariren; der Einfluß wird kein geringer ſein. Man ſieht heute ſchon die Schrift in den Händen alter Stabsoffiziere und trägen Denker; in den Kreiſen, wo die Reichsverfaſſung, ohne daß man ſie eigentlich kannte, das Stichwort bildet, wird ſie höchſt willkommen ſein. Sie wird dort zwar den verſuchten „Schnitt ins Fleiſch“ nicht vergeſſen machen. Aber man kann den Verfaſſer eines Werkes gering ſchätzen, welches man doch ſchätzt. Ohne Zweifel werden die nüchternen Anmerkungen, ebenſo wie ähnliche Randgloſſen zur Dezember-Verfaſſung, zunächſt in die Hand eines Mannes gewandert ſein, welchen der nüchterne Staatsmann dem weniger nüchternen Bruder vorzuziehen ſcheint. Der rothe Faden der ganzen Schrift iſt übrigens die rührende Sorge, was bei dieſer deutſchen Verfaſſung noch dem preußiſchen Miniſter des Handels zu thun bleibt! Alſo Handelsminiſter?

Stuttgart. Das mit dem Reg. Blatt vom 28. April ausgegebene 13. Stück des Reichsgeſetzblattes enthält das Geſetz, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshauſe und das Geſetz, betreffend die Tag- und Reiſegelder der Abgeordneten zum Reichstage.

A **Dresden,** 26. April. Heute iſt die Landtagſchrift an die Regierung abgegangen, in welcher beide Kammern ſich für die Annahme der deutſchen Wechſelordnung und der Geſetzentwürfe über den Schuldarreſt und die kaufmänniſchen Anweiſungen ausſprechen. Gegen die Beibehaltung des in Sachſen naturwüchſigen Inſtitutes der kaufmänniſchen Anweiſungen erhob ſich in beiden Kammern eine in allen Ecken des Saales zerſtreute Partei, welche ſich in vertraulichen Stunden die ſozial-demokratiſche nennen ſoll, über deren Exiſtenz jedoch bisher noch keine Beweiſe vorliegen. Die kaufmänniſchen Anweiſungen dürfen, wenn ſie nicht den Wechſeln gleich erachtet werden ſollen, nicht über die Summe von 50 Thalern und nicht über die Friſt von 3 Monaten hinausgehen. Die Regierung hat den Entwurf eines neuen Berggeſetzes vollendet, zu deſſen erſprießlicher Berathung der Kammer leider die nöthigen Capazitäten fehlen. Endlich hat auch heute die zweite Kammer wegen der rückſtändigen Flottenbeiträge Sachſens Beſchluß gefaßt: „Die Zahlung der erſten Rate derſelben (113,256 Thlr. 14 Ngr. 1 Pf.) an das Reichsminiſterium wird genehmigt, ſobald die deutſche Verfaſſung vom 28. März nebſt dem Reichswahlgeſetze in dem Geſetz- und Verordnungsblatte Sachſens publizirt ſein wird.“ Einundzwanzig Stimmen erhoben ſich gegen dieſen Beſchluß, zum größern Theile der äußerſten Linken angehörig, welcher die deutſche Flotte ein Gräuel iſt, zum kleineren Theile Stimmen der Rechten, welche die Bewilligung ohne jedweden beſchränkenden Zuſatz wünſchten. In dieſem letzteren Sinn hatte ſich auch die Mehrheit des Finanzausſchuſſes erklärt. Die Kammer beſchloß weiter, vor Auszahlung der zweiten Rate des Flottenbeitrages und des Beitrages zur Vergütung für Naturalverpflegung der Reichstruppen genaue Berechnung der von der Regierung für Stellung der Reichstruppen bereits aufgewendeten Koſten zu fordern und die Regierung zu veranlaſſen, wegen Gegenberechnung dieſer Koſten mit dem Reichsminiſterium in Unterhandlung zu treten. (Die ſächſiſche Regierung hat ihren Bevollmächtigten bereits dahin inſtruirt.) Im Uebrigen meint der Ausſchuß, daß die Art und Form, welche das Reichsminiſterium ſich in der Zuſchrift vom 2. d. M. gegen einen kleineren deutſchen Bundesſtaat erlaubt hat, es verbieten, darauf weiter einzugehen, und gegen die vom Reichsminiſterium beliebten Beziehungen auf die Wiener Schlußakte und Exekutionsordnung des vormaligen Deutſchen Bundes bemerkt der Ausſchuß, daß das Reichsminiſterium nicht der Erbe dieſes Bundes geworden iſt, ſondern ſeine Gewalt einzig und allein aus den von der Reichsverſammlung geſchaffenen Geſetzen und gefaßten Beſchlüſſen herzuleiten berechtigt iſt. Auch die Regierung ſcheint etwas empfindlich über die Mahnungen des Reichsminiſteriums zu ſein und hat gegen die Form deſſelben „Verwahrung eingelegt“. Die Mehrheit der Kammer will durch den heute gefaßten Beſchluß die Entrichtung des Flottenbeitrages nicht verzögern, ſondern glaubt vielmehr dieſe Angelegenheit benutzen zu können, um die Regierung zur ſchnelleren Anerkennung der Reichsverfaſſung zu drängen. Aber leider! haben unſere Kammern nur wenig Männer, denen ein entſcheidendes Wort zuſteht; die Miniſter denken und ſprechen in der deutſchen Frage wie Seifenſieder.

Hannover, 26. April. Die königliche Proklamation, die Auflöſung der zweiten Kammer der Ständeverſammlung betreffend lautet:

„Ernſt Auguſt, von Gottes Gnaden König von Hannover, königlicher Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunſchweig und Lüneburg ꝛc. ꝛc.

„Seitdem wir unter dem 22. März v. J. unſeren getreuen Unterthanen die Grundſätze bekannt machten, nach denen wir fortan unſere Regierung zu führen dachten, iſt unſer unabläſſiges Streben darauf gerichtet geweſen, dieſen Grundſätzen vollſtändige Geltung zu verſchaffen und die

dazu nöthigen Geſetze und Einrichtungen auf das Schleunigſte in's Leben zu rufen. In dieſem Streben hatten wir uns der kräftigen Mitwirkung der am 28. März v. J. zuſammengetretenen Ständeverſammlung zu erfreuen; und wenn es gelungen iſt, das Land durch die Stürme des vorigen Jahres in vielfach beneideter Ruhe und Sicherheit hindurch zu führen, und unſer geliebtes Volk ſchon jetzt in den Beſitz von Rechten und Freiheiten zu ſetzen, um die Andere noch erfolglos ringen: ſo verdanken wir dies größtentheils der Einſicht und Feſtigkeit, mit der jene Verſammlung den Hauptgrundſatz unſerer Regierung und aller Staatskunſt:

daß keine Veränderung der Geſetze anders als im verfaſſungsmäßigen Wege zu bewirken ſei,

auch unter den ſchwierigſten Umſtänden durchführte."

„Je mehr nun aber das Land dieſem Grundſatze zu danken hatte, je deutlicher die Erfahrung eben jetzt gelehrt hat, daß dieſer Weg überall nicht nur der ſicherſte, ſondern auch der kürzeſte zu weiſem Fortſchritte iſt, je mehr ſich die wohlthätigen Früchte jenes Grundſatzes in unſerm Lande zeigten: um ſo mehr durften wir erwarten, daß die neue Ständeverſammlung, welche den Gewinn der vorigjährigen Arbeiten dem Lande ſichern ſollte, in demſelben Geiſte handeln werde. Wir ſind gewiß, daß unſer treues Volk, daß ſelbſt Viele unter denen, die zur Vereitelung dieſes glücklichen Ausgangs beigetragen haben, in der That nichts Anderes wollten. Um ſo tiefer beklagen wir es aber, daß die zweite Kammer durch die Schwierigkeiten, welche die Gegenwart noch immer bietet, auf eine Bahn geleitet iſt, welche ſich von jenem oberſten Grundſatze verfaſſungsmäßigen Wirkens gänzlich entfernte, und damit die Erreichung des Ziels unmöglich macht. Der Grund dieſer Erſcheinung liegt in dem Verhältniſſe zu der in Frankfurt zuſammengetretenen Nationalverſammlung. Der Zweck, den dieſe zu erreichen beſtimmt war, die innere Einigung Deutſchlands, und die Verwandlung des deutſchen Bundes in einen wahren Bundesſtaat, iſt von uns wie von unſern Vorfahren an der Regierung in ſeiner vollen Größe und Bedeutung ſtets erkannt nnd erſtrebt. Die auf gleiches Ziel gerichteten Wünſche unſeres getreuen Volks konnten uns daher nur erfreuen. Um ſo ſchmerzlicher aber war es auch hier, daß jene Verſammlung den allein wahren, und unter den ſchwierigen und verwickelten Staatsverhältniſſen Deutſchlands doppelt gebotenen Weg ſofort verließ und ſich allein Befugniſſe zuſchrieb, welche ihr nur in Gemeinſchaft mit den Fürſten Deutſchlands übertragen waren, und welche wir derſelben nie zugeſtehen können. Leider iſt hierdurch auch in der zweiten Kammer unſerer Ständeverſammlung ein Geiſt geweckt, deſſen Streben weniger darauf gerichtet ſchien, in Wahrheit die Einheit Deutſchlands und die Vermehrung der Volksrechte zu fördern, als jenen gefahrdrohenden Irrthum der Nationalverſammlung zur Geltung zu bringen; und welcher demnach mit dem Grundſatze verfaſſungsmäßigen Fortſchrittes, auf welchem unſere Regierung beruht, völlig unvereinbar iſt. Es iſt bekannt, welche Verhandlungen in der zweiten Kammer der allgemeinen Ständeverſammlung über die Grundrechte des deutſchen Volkes ſtattgefunden haben. Während unſere Regierung bereit war, alle Beſtimmungen derſelben, welche dem Volke wahrhaft nützlich gefunden wurden, ſofort in's Leben zu rufen; ja der Einheit Deutſchlands auch hier noch weitere Opfer zu bringen, wenn die Stände nur das Mittel geben wollten, dies auf verfaſſungsmäßige Weiſe zu thun; weigerten dieſe beharrlich, auf die Prüfung der Sache einzugehen, und beſtanden darauf, daß die Publikation der Geundrechte in einer Weiſe bewirkt werden ſolle, welche nach der Verfaſſung des Landes nicht geeignet war, denſelben Geſetzeskraft zu verleihen. Wir haben geſucht, auf jede Weiſe die Eintracht zu erhalten, und namentlich durch eine Vertagung den Anlaß des Conflikts zu beſeitigen. Es hat aber auch die hierauf geſtützte Hoffnung ſich nicht verwirklicht."

„In der Zwiſchenzeit iſt die deutſche Verfaſſungsfrage nicht erledigt; und wir haben uns zu einer Verlängerung der Vertagung genöthigt geſehen. Dagegen aber haben Mitglieder der Ständeverſammlung gegenwärtig Schritte gethan, welche uns die unabweichliche Pflicht auflegen, auch unſererſeits von den Rechten Gebrauch zu machen, die wir zum Schutze der Verfaſſung zu üben haben. Das Weſen repräſentativer Verfaſſung beruhet darin, daß Regieerung und Volksvertretung offen und redlich ihre Anſichten und Wünſche einander darlegen, und nach freier und unbefangener Erörterung die Beſchlüſſe gefaßt werden. Zu dieſem Ende ſichert die Veefaſſung die freieſte Berathung und Rede, und haben wir ſelbſt im vorigen Jahre Oeffentlichkeit gewährt und unſere Miniſter verpflichtet, perſönlich vor den Ständen zu erſcheinen und ihre Anträge zu erläutern. Wäre es möglich, ein Verfahren herbeizuführen, welches die Berathung aus dem Ständeſaale in heimliche Zuſammenkünfte verlegte, welches den Gründen der Regierung das unbefangene, offene Ohr und Gemüth der Volksvertreter verſchließt, welches das Mittel gebe, vor der Verhandlung durch einſeitige Vorſtellungen die Stimmen zu binden, und ſo die Veehandlungen ſelbſt zu einem leeren Schaugepränge unwirkſamer Redekünſte zu machen: ſo würde damit die ganze Verfaſſung werthlos gemacht ſein. Wir haben der Behauptung, daß während der letzten Sitzung ein ſolcher Mißbrauch eingeſchlichen ſei, keinen Glauben beimeſſen mögen. Leider liegt es aber jetzt am Tage, daß auch dieſes Mittel nicht geſcheut wird. Schon am 12. d. M. hat hier eine Verſammlung ſtattgefunden, in welcher 44 Mitglieder der Ständeverſammlung, denen nachher noch 15 hinzugekommen ſind, durch Namensunterſchrift ſich zu Beſchlüſſen bekannt haben, die nur das Ergebniß freier ſtändiſcher Berathung hätten ſein ſollen. Gegenwärtig aber iſt man gar ſo weit gegangen, den Verſuch zu machen, während der Vertagung die Mehrheit beider Kammern zur Unterſchrift einer Eingabe zu bewegen, welche dieſelbe verpflichten ſoll, die Regierung zu nöthigen:

1) Sich mit der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung als ſolcher einverſtanden zu erklären, und
2) Uns zu vermögen, zu der auf Se. Maj. den König von Preußen gefallenen Wahl zum deutſchen Kaiſer unſere Zuſtimmung zu geben."

„Dieſer Verſuch, ſtändiſche Majoritäten zu einer Adreſſe während der Vertagung zuſammen zu bringen und die Stimmen der Kammermitglieder für die Zukunft zu binden, widerſpricht dem wahren Geiſte der Verfaſſung ſo entſchieden, daß wir ſelbſt bei einem gleichgültigen Gegenſtande uns genöthigt ſehen würden, demſelben entgegenzutreten. Wenn aber auf dieſe Weiſe die freie und öffentliche Berathung über einen Gegenſtand, der die höchſten Rechte und Intereſſen unſerer Krone, unſeres Landes und Volkes, ja die Exiſtenz des Staates ſelbſt betrifft, abgeſchnitten werden ſoll: ſo würden wir unſere königliche Pflicht nicht erfüllen, wenn wir in einem ſolchen äußerſten Falle nicht von dem zum Schutze der Verfaſſung ſelbſt in unſere Hände gelegten Rechte der Auflöſung Gebrauch machen wollten."

„Wir thun das mit tiefem Schmerze."

„Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres, nach dem Gange, den wir betrachtet, waren wir berechtigt, zu erwarten, daß die Mitglieder der Ständeverſammlung ſich gleich uns an die Verfaſſung gehalten und mit Vertrauen und Offenheit das von uns bewieſene Vertrauen erwiedert haben würden. Wir ſehen mit Leidweſen die Fortſchritte der Geſetzgebung, die das Wohl des Landes verlangt, und zu denen wir unſererſeits alles Nöthige gethan, unterbrochen und gehemmt. Wir erkennen die Gefahr, in einem Augenblicke, wie der gegenwärtige, der Stütze zu entbehren, welche eine gerechte und wohlwollende Regierung in den Ständen dieſes Landes gefunden hat. Allein wir vertrauen dem Schutze der Vorſehung; wir vertrauen unſerm Volke, das unter allen Verhältniſſen uns und unſern Vorfahren treue Anhänglichkeit bewieſen. Wir wiſſen, daß ſelbſt jenen irrigen und gefährlichen Schritten bei Vielen nur mangelhafte Erkenntniß zum Grunde liegt; und ſo zweifeln wir nicht, daß es gelingen werde, das Vaterland auch aus dieſer neuen Gefahr zu retten."

„Wir erklären alſo nach § 51 des Verfaſſungsgeſetzes vom 5. September v. J. die gegenwärtige zweite Kammer für aufgelöſet, und behalten uns vor, wegen Berufung eines neuen Landtags das Weitere zu verfügen."

Hannover, den 25. April 1849.

Ernſt Auguſt.

Bennigſen. Prott. Stüve. Dr. Braun. Lehzen. Düring

\# **Kolding**, 25. April. Das Treffen bei Kolding war heißer und blutiger als man ſich's in Hadersleben dachte. Schon bei Chriſtiansfeld begegneten wir geſtern einem langem Zug von gefangenen Dänen und das dortige Hoſpital der Herrnhuter war mit Verwundeten dicht angefüllt. Folgende Details theile ich Ihnen aus dem Munde vieler Theilnehmer des Kampfes mit. Am 23. April morgens 4½ Uhr griffen die Dänen mit 19 Bataillonen Infanterie, 8 Schwadronen Cavallerie und 3 Feldbatterien die deutſchen Vorpoſten an. Die däniſche Streitmacht in Jütland hatte zwei Tage zuvor durch die Dampfſchiffe beträchtliche Verſtärkungen aus Alſen erhalten. Ihnen gegenüber ſtand nur das ſchleswig-holſteiniſche Armeecorps aus 10 Bataillonen, 4 Jägercorps, 2 Dragonerregimenter und 3 Feldbatterien beſtehend, mit Abzug der Kranken höchſtens 15,000 Mann, während die Dänen wahrſcheinlich 16—17000 Mann ſtark zum Angriff ſchritten. Von den Contingenten der deutſchen Reichsarmee war kein Mann dabei. Die Schleswig-Holſteiner waren auf einem ziemlich weiten Raum zerſtreut von Eltanz und Bilstrup bis Wouſild. Die Beſchaffenheit des Terrains erſchwerte auch das Rekognoſciren. Selten findet man an der Oſtſee ganz flache Ebenen. Gewöhnlich iſt es ein wellenförmiger Boden, mit ſanfter Erhöhung und Senkung des Terrains wechſelnd. Kolding ſelbſt liegt zwiſchen zwei wirklichen Hügelreihen im Thal am linken Ufer der Kolding-Au. Die Stadt wird erſt ſichtbar, wenn man wenige hundert Schritte vor ihr ſteht. Die deutſchen Vorpoſten wurden von vierfacher Uebermacht ziemlich plötzlich angegriffen und mußten ſich kämpfend gegen ihre Hauptmacht, die ſich hinter Kolding ſtand, zurückziehen. Das 2te Jägercorps und das 7te Bataillon leiſteten den vordringenden Dänen tapferen Widerſtand, obwohl ſie nur von 4 leichten Feldgeſchützen unterſtützt waren. Die Dänen warfen ſich zugleich mit ihrem linken Flügel auf die Stadt und ſuchten die vorgeſchobenen ſchleswig'ſchen Corps von der Brücke über die Kolding-Au abzuſchneiden. Der Verſuch wäre ihnen vielleicht gelungen ohne den hartnäckigen Widerſtand, welchen das 9te Bataillon (die alten von der Tann'ſchen Freiwilligen) dort den däniſchen Jägern entgegenſetzten. Zum Glück konnten die Dänen Kolding von der Oſtſeite nicht umgehen, weil der Meerbuſen außerdem die Seite der Stadt berührt. Durch das 1. Jägercorps unterſtützt hätten das 9. und 10. Bataillon vielleicht die Stadt behauptet, wenn nicht die Bewohner Koldings, welche am fanatiſchſten däniſch und antideutſch geſinnt ſind, wie gewöhnlich das Grenzvolk, einen meuchelmörderiſchen Kampf aus den Häuſern auf ſie begonnen hätte. Von unſichtbaren Schützen aus Dächern und Fenſtern wurde eine ziemliche Zahl von den Tapfern des 9. Bataillon niedergeſtreckt, und um die verrammelten Thüren zu ſprengen, dazu fehlten die Mittel und die Zeit, da man zugleich den andringenden däniſchen Truppen die Stirne bieten mußte. Inzwiſchen verſchaffte der dreiſtündige Widerſtand unſern Vorpoſten des linken Flügels Luft und ſie zogen ſich in guter Ordnung über die Kolding-Au auf ihre Hauptmacht zurück, welche auf den Hügeln gegenüber ihre Stellung genommen hatte. Die däniſche Armee rückte in Kolding

ein. Mit ihr kam der berüchtigte Orla Lehman aus Veile, der Haupturheber dieſes Krieges, der däniſche Exminiſter. Er hielt vom Rathhaus an die verſammelten Bürger eine Rede und fanatiſirte ſie zum Widerſtand. Inzwiſchen waren die ſchleswig-holſtein'ſchen Feldgeſchütze auf den Anhöhen der Südſeite in Batterien aufgefahren und eröffneten ein furchtbares, äußerſt verheerendes Feuer auf die Stadt und auf die ganze Stellung der Dänen. Von 9 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags donnerten die Feuerſchlünde ohne Raſt. Die Dänen erwiederten das Geſchützfeuer mit geringem Erfolg. Ihre Artilleriſten zielten wie unbeholfene Neulinge. General Bonin war inzwiſchen von ſeinem Hauptquartier in Wonhild herbeigeeilt, um perſönlich das Treffen zu leiten. Gegen 11 Uhr brannten bereits mehrere Häuſer in Kolding. Um Mittag wüthete der Brand furchtbar in den Gaſſen Rendelbane und Sondergade. Hohe Feuerſäulen ſchlugen empor und waren auf 8 Meilen ſichtbar. Die Häuſer, welche zunächſt am Flüßchen ſtehen, wurden ſchrecklich zerſchoſſen. Trotz ihrer Uebermacht wagten die Dänen nicht, die von den deutſchen Truppen beſetzten Hügel zu ſtürmen. Eine Cavallerieangriff, den ſie am Morgen gegen die holſtein'ſchen Jäger verſucht hatten, war gänzlich mißglückt. Gegen 2½ Uhr ließ General Bonin die Sturmcolonne formiren. Die Häuſer am rechten Ufer der Kolding-Au wurden von den Unſrigen beſetzt, die Wände durchbohrt und ein verheerendes Kartätſchen- und Musketenfeuer auf die gegenüber ſtehenden Häuſer eröffnet. Die Dänen feuerten dagegen aus den Schießſcharten der Wetzouiſchen Färberei und der Toldkammer (Zollgebäude). Ueber eine halbe Stunde dauerte dieſes Feuer, das viele Dächer und Häuſer ruinirte, wahrſcheinlich aber nur wenige Menſchenleben koſtete, da die Schützen auf beiden Seiten gedeckt ſtanden. Die Kampfluſt der Deutſchen war bald nicht länger zu bändigen. Sie forderten ungeſtüm den Angriff mit dem Bajonnet. Der verrätheriſche Ueberfall der Koldinger Bürger hatte das Blut unſerer Krieger erhitzt, die ſo viele Kameraden zu rächen hatten. Gegen 3 Uhr bließen die Trompeten zum Sturm. Die Muſikbanden ſpielten das ſchleswig-holſteiniſche Nationallied und Arndt's „Was iſt des deutſchen Vaterland?" Singend und jubelnd rückte das tapfere 7. Bataillon, die wackeren Jäger vom 1., 2. und 3. Korps, die von der Tanniſchen Helden vom 9. Bataillon gegen die Brücke vor, welche durch ſogenannte „ſpaniſche Reiter" verrammelt war. Dieſes Hinderniß war bald beſeitigt. Nun gings gegen die Barrikaden immer mit dem Bajonet, trotz dem meuchelmörderiſchen Feuer aus den Häuſern. Die Barrikaden wurden genommen, die Häuſerthüren geſprengt. Und die Menſchlichkeit war hier ſo groß wie der Muth unſerer Brüder von Schleswig-Holſtein. Sie ließen das Leben dieſen Koldinger Bürgern, die einen Banditenkampf gegen ſie geführt hatten, und mit den Waffen in der Hand gefangen wurden! Ehre dieſen braven Soldaten! So manche Kriegsſcene hat Schreiber dies in ſeinem bewegten Leben mit angeſehen; aber nie ſah er ſo viel ſchöne Züge der Humanität, des herzlichen Mitleids mit den verwundeten und gefangenen Feinden. Den Däniſchen Gefangenen, die bei dem Koldinger Treffen in deutſche Hände gefallen, ward gleich die Feldflaſche gereicht. „Da ſauf 'mal einen Schluck!" hörte ich geſtern einen holſteiniſchen Jäger in Chriſtiansfeld zu einem gefangenen Rothrock ſagen, ihm die volle Schnapsflaſche reichend. Und ein ſchwer verwundeter däniſcher Stabsoffizier ward auf weiche Betten gelegt und von deutſchen Soldaten ſo ſanft wie möglich, Schritt für Schritt nach dem Herrenhuter'ſchen Hoſpital getragen, während mitleidige Weiber von Chriſtiansfeld, das ganz deutſch geſinnt iſt, daneben ſtanden und um den bleichen Dänen weinten. Als Gegenſtück wird uns erzählt, daß die Dänen bei ihrem Einzug in Kolding gefangene Jäger vom 2. Korps mit Kolbenſtößen zwangen, eine erbeutete deutſche Fahne durch die Straßen zu tragen! Um 4 Uhr Nachmittags war die Stadt Kolding wieder im Beſitz der Unſerigen. Die Straßen und der Platz vor dem Rathhaus waren mit Leichen bedeckt, meiſt Dänen, welchen das Geſchützfeuer ſtark zugeſetzt hatte. Unter den Gefangenen war Orla Lehmann, welcher, vor den General Bonin geführt, ſeinen Trotz nicht verleugnete. Er ward ſogleich mit Kurierpferden nach Schleswig transportirt. Der Verluſt deutſcher Seits iſt beträchtlicher als man in Hadersleben glaubte, an Todten, Verwundeten und Vermißten gegen 400 Mann. Den Verluſt der Dänen dürfen wir ohne Uebertreibung auf das Doppelte ſchätzen. Nach dem Treffen fielen noch 70—80 Gefangene in die Hände unſerer Dragoner. Die däniſche Armee ſcheint ſich nach dieſer empfindlichen Niederlage gegen Veile zurückgezogen zu haben. Unſere Dragoner machten heute eine Rekognoscirung, haben jedoch weit und breit nichts vom Feind geſehen. Die Stadt bietet ein ſchauerliches Bild der Zerſtörung, faſt ärger als der Anblick Wiens nach dem 31. Oktober. Der Dampf wirbelt noch von den Brandſtätten. Neun Zehntheile der Bevölkerung ſind geflohen.

Frankreich.

* **Paris**, 27. April. In der heutigen Sitzung der National-Verſammlung wurde die Berathung über das Marinebüdget fortgeſetzt. Eine längere Verhandlung entſpann ſich bei dem Kapitel: Sold und Bekleidung der Marineſoldaten, bei dem der Ausſchuß 3,380,000 Francs ſtreichen wollte. Dadurch würde die Anzahl der Matroſen um 1500 vermindert werden. General Lamoriciere iſt dagegen: die politiſche Lage Europa's ſei heutzutage dieſelbe wie im Jahr 1840, und doch wurde in dieſem Jahr die Vermehrung der Bemannung beſchloſſen; wenn man heute die Matroſen verabſchiede, ſo ſeie zu befürchten, daß dieſelben im Auslande Dienſt ſuchen und daß die Regierung im entſcheidenden Momente nicht genug Matroſen auftreiben könne. Ebenſo Dufaure: Er erinnert an zwei Fälle, wo die Schwäche der franzöſiſchen Marine beſonders fühlbar war; einmal als im Jahr 1836 bei der amerikaniſchen Entſchädigungsfrage der Admiral Duperre von der Deputirtenkammer im geheimen Ausſchuß befragt wurde, ob er eine Flotte bilden könne, um für die unverſchämte Sprache, die der Präſident der vereinigten Staaten in ſeiner Botſchaft an den Senat gebraucht hatte, Genugthuung zu verlangen, hat derſelbe mit Thränen in den Augen geantwortet, das ſei ihm unmöglich auf eine der Würde Frankreichs angemeſſene Art: ſpäter im Jahr 1840 erklärte derſelbe Seemann, daß bei einer Niederlage der franzöſiſchen Flotte keine Hilfsmittel vorhanden ſeien, um den erlittenen Schaden wieder gut zu machen. Der Antrag des Ausſchuſſes wurde verworfen. Bei dem Kapitel von den Galeeren machten Schoelcher und Valette darauf aufmerkſam, daß die wegen politiſchen Vergehen Verurtheilten oft mit Dieben und Mördern zuſammengeſteckt würden. Sie proteſtirten gegen dieſe Verletzung des öffentlichen moraliſchen Gefühls. Der Marineminiſter verſprach, ſo viel in ſeiner Macht liege, Abhülfe zu ſchaffen. Am Schluß der Sitzung bat Felix Pyat, morgen den Miniſter des Innern wegen einiger Thatſachen interpelliren zu dürfen, welche die Freiheit des Wahlverſammlungsrechts verletzten. Die Verſammlung bewilligte ihm ſein Verlangen.

Die Regierung verſucht nämlich ſeit einiger Zeit, die Wahlverſammlungen, die jetzt natürlich, bei der Nähe der Wahlen, täglich gehalten werden, durch Polizeiagenten beaufſichtigen zu laſſen. Meiſtens entziehen ſich die Verſammlungen dieſer Kontrolle, indem ſie bei der Annäherung der Polizei auseinandergehen. Dies Verfahren der Regierung hat aber unter den Arbeitern eine große Erbitterung hervorgerufen, die an einigen Punkten ſogar zu Thätlichkeiten geführt hat. Das Volk glaubt ſich in ſeinem Recht, indem es ſich auf den Artikel 8 der Verfaſſung beruft, wonach die Staatsbürger „das Recht haben, ſich friedlich und ohne Waffen zu verſammeln." Auch nimmt das Geſetz vom 28. Juli 1848 über die Klubs, welches der Regierung das Recht giebt, dieſelben durch einen Kommiſſär überwachen zu laſſen, die vorbereitenden Wahlverſammlungen von dieſer Beſtimmung ausdrücklich aus. Die Regierung beruft ſich ihrerſeits auf ein Geſetz von 1790, das aber erſtens offenbar viel älter iſt, als das Geſetz über die Klubs und deſſen Autorität ferner von Herrn Odilon Barrot ſelbſt bei Gelegenheit der Wahlbankette beſtritten wurde. Geſtern Abend fanden wieder zahlreiche Zuſammenrottungen an der Porte St. Denis ſtatt und man hörte mehr als einen der Vorübergehenden ſagen: „Das iſt gerade wie im Juni!" Kavallerie-Patrouillen cirkulirten unausgeſetzt, um die Paſſage auf dem Boulevard frei zu halten. Die Schutzmänner von Paris, die das Volk wie früher mit dem Namen der verhaßten „Stadtſergeanten" belegt, ſäuberten von Zeit zu Zeit im Sturmſchritt die Trottoirs. Die Truppen wurden ſtets mit dem Ruf: „Es lebe die Republik! Es lebe die Linie!" empfangen. Hr. Ledru Rollin ſoll in einer Abendgeſellſchaft, der ein Offizier der Jäger von Vincennes, wegen ſeiner demokratiſchen Geſinnungen zur Abreiſe nach Afrika binnen 20 Tagen verurtheilt, beiwohnte, die Aeußerung gethan haben: „In 20 Tagen kann ſich Manches ändern: ich glaube nicht, daß Sie abzureiſen brauchen."

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 120. Frankfurt a. M., Dienſtag 1. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Oeſterreich und Ungarn.

Deutſchland. Frankfurt (Der Weidenbuſch und die Vereinbarung. Preußen und Deutſchland. Hr. v. Beckerath. Die Reichsverſammlung. General Bonin vor ein Kriegsgericht.) Wien (Der Stand der Dinge in Ungarn.) Prag (Stand des ungariſchen Krieges.) Ollmütz (Armeebefehl des Fürſten Windiſchgrätz.) Berlin (Die zweite Kammer in ihrer Auflöſungsſitzung.) Koblenz (Truppenanſammlung.) München (Eindruck der ungariſchen Nachrichten. Prinz Karl. Volksverſammlungen und Adreſſen. Zuruf an die preußiſchen Staatsmänner. Angebliche preußiſche Erklärungen.) Nördlingen (Bewegung für die deutſche Verfaſſung.) Dresden (Antrag auf Vollzug der Reichsverfaſſung.) Leipzig (Meßbericht.) Hannover (Die deutſche Bewegung.) Oſterode (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.) Karlsruhe (Beſchluß der Kammer in der Verfaſſungsfrage.) Schleswig (Das Heer. Die Landesverſammlung. Orla Lehmann. Stimmung gegen das preußiſche Miniſterium.) Kolding (Bonin und Orla Lehmann.)

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen über die ſizilianiſche Frage und Irland.)

Frankreich. Paris (Die Kammerverhandlungen. Die Unruhen in Paris. Das Marinebudget. Die franzöſiſchen Truppen in Civita-Vecchia gelandet. Cabrera nach dem Fort Lamalgue gebracht.)

Portugal. Oporto (Karl Albert. Finanzieller Ruin. Unzufriedenheit.)

Italien. Venedig (Franzöſiſche Intervention.) Livorno (Die Kludiſten und Konſtitutionellen in noch unentſchiedenem Streit.) Florenz Guerazzi's Haft. Aus Sizilien (Palermo's Ergebung.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen der Bundesverſammlung. Finanzen.)

Dänemark. Kopenhagen (Das Miniſterium. General Fabvier.)

Schweden Stockholm (Die Juwelen Ludwigs XVI.)

Ungarn. (Neue Rekrutirung. Perezel. Der patriarch.-kaiſerliche Kommiſſär.)

Griechenland. (Verhaftungen in Kephalonien.)

---

30. April.

„Der Krieg in Ungarn — ſagt ein offizieller Artikel der Wiener Zeitung — iſt in der neueſten Zeit in ein Stadium getreten, deſſen unterſcheidender Charakter wohl in das Auge gefaßt werden muß, will man ſich für die Begebenheiten, die ſich heute in jenem Lande zutragen und vorbereiten, einen richtigen Standpunkt der Beurtheilung verſchaffen. Nachdem in den Monaten Dezember und Januar die kaiſerliche Armee in raſchem Siegeslaufe die weſtliche Hälfte des Landes beſetzt und deſſen Hauptſtädte in Beſitz genommen hatte, gab man ſich der Meinung hin, es ſei möglich, in friedlichen Wegen die Beruhigung des Königreichs zu bewirken, und vor Allem müſſe man dahin ſtreben, die allenthalben aus ihren Fugen gegangene Adminiſtration wieder einzurichten. Jene Hoffnung erwies ſich aber als eine trügeriſche. Die materielle Ordnung ward allerdings dort, wo die kaiſerlichen Truppen ſtanden, hergeſtellt; die moraliſche Pacifizirung des Landes ward aber nicht bewirkt, und es ging ſonach, in fruchtloſen Verſuchen, eine Zeit verloren, welche die Rebellenpartei dazu benutzt hat, ihre Streitkräfte durch äußerſte Anſtrengungen aller revolutionären Hilfsquellen und durch Zuzug aus allen Theilen Europas auf eine Achtung gebietende Höhe zu bringen. Ein zahlreiches und wohlgerüſtetes Heer ſteht nunmehr dem unſrigen entgegen; und es darf ferner nicht zweifelhaft ſein, daß auf dem Schlachtfelde allein die Geſchicke Ungarns entſchieden werden können. Dieſe Wahrheit iſt von der kaiſerlichen Regierung und von den Führern ihres Heeres anerkannt und der militäriſche Geſichtspunkt iſt ſonach derjenige, von welchem aus fortan allein ſeitens der kaiſerlichen Regierung in Ungarn vorgegangen werden wird. Der Feind muß bekämpft, geſchlagen, vernichtet und bis dieſes geſchehen, alle anderen Rückſichten als rein ſekundär angeſehen und behandelt werden. Um jenes zu Stande, um die feindliche Armee zum Schlagen und wo möglich zur Niederlage zu bringen, müſſen die Streitkräfte des Kaiſers auf diejenigen Punkte konzentrirt werden, welche nach ſtrategiſchen Berechnungen als die geeignetſten zur Erreichung des Zweckes ſich darſtellen. Dieſes geſchieht in dem gegenwärtigen Augenblicke und der bewährte Heerführer, den das Vertrauen des Monarchen an die Spitze unſerer tapfern Armee geſtellt hat, iſt eben damit beſchäftigt, die Aufſtellungen zu ordnen, in welchen dieſelben dem Feinde entgegenzurücken haben.“

Wir haben hier die unzweideutige Anerkennung, daß Oeſterreich ein zahlreiches und wohlgerüſtetes Heer, daß es „Achtung gebietende“ Streitkräfte zu bekämpfen hat, wir haben hier die beſtimmt ausgeſprochene Abſicht, hinfort Alles der Entſcheidung der Waffen anheim zu geben, wir haben hier endlich den Plan zu dem künftigen Feldzuge, denn das verhehlt ſich Niemand mehr, daß alle bereits errungenen Vortheile gegenwärtig verloren ſind, und daß der Feldzug von Neuem beginnen muß. Welden wird die Erfahrungen nützen, welche er im italieniſchen Kriege gemacht. Radetzky räumte Mailand, Treviſo, Vicenza und Padua, aber ſobald er aus den zerſtreuten Garniſonen ein ſtarkes Heer gebildet, ging er vor, ſchlug den Feind und dem Sieger fielen die geräumten Plätze alsbald wieder in die Hände. Der Oberbefehlshaber in Ungarn iſt beſchäftigt, daſſelbe zu thun; er koncentrirt ſeine geſammte Streitmacht, welche bisher in einer lang geſtreckten Linie dem Anſtürmen der Magyaren preisgegeben war: es wird ſich nun fragen, ob ihm der Feind die Zeit dazu geſtattet.

Denn unaufhaltſam ſind die Ungarn vorgegangen. Die Vermuthung, daß ein Angriff auf die Hauptſtadt Peſth nicht in ihrer Abſicht liege, hat ſich beſtätigt. Das linke Donauufer oberhalb Waizen galt es zu gewinnen. Die Inſurrektion gewann dadurch an Umfang und Stärke und nur auf dieſem Wege war Komorn, der Schlüſſel der Donau, zu entſetzen. Scheinangriffe einzelner Brigaden vor Peſth täuſchten die Oeſterreicher und währenddeß brach Görgey mit überlegener Macht gegen die Brigade auf, welche unter Wohlgemuth an der Gran poſtirt war, umging dieſelbe, bedrohte ſie in Flanke und Rücken, hinderte ihren Rückzug über die Waag, wodurch ſie Preßburg gedeckt und durch Beſetzung der Schüttinſel die Verbindung mit dem Cernirungskorps vor Komorn unterhalten hätte, und drängte ſie nach Neuhäuſel; die Reſerve unter Csorich wurde nach Gran zurückgeworfen. Jetzt war der Weg nach Komorn frei. Genaueres iſt uns freilich noch nicht bekannt, aber wir wiſſen, daß es Görgey gelungen iſt, Mannſchaft und Proviant in die Feſtung zu werfen und daß dieſelbe nur noch „beobachtet“ wird, wir wiſſen in der Hauptſache, daß die Operationen der Ungarn mit dem vollſtändigſten Erfolge gekrönt ſind: Komorn iſt entſetzt und das ganze linke Donauufer unterhalb Komorn, Peſth ſelbſt nicht ausgenommen, in ihren Händen, oder wenigſtens von den kaiſerlichen Truppen verlaſſen. Die kaiſerliche Armee, einige Abtheilungen ausgenommen, welche die Feſtung Ofen beſetzt halten, „befindet ſich, den Bewegungen des Feindes auf dem rechten Donauufer fortwährend folgend, in der Konzentrirung begriffen.“

Hier, im Angeſichte einer großen Armee, iſt ein Stromübergang der Ungarn, die ohnehin aller und jeder Brücken-Equipage entbehren, kaum zu beſorgen, aber von Süden her droht eine neue Gefahr. Eine offizielle Mittheilung meldet, daß die Ungarn, wenn auch erſt mit ungefähr 2000 Mann, bei Duna Földvar auf das rechte Donauufer übergetreten ſind, und dieſe Bewegung kann nur den Zweck haben, die ausſchließlich magyariſchen Komitate Veßprim und Stuhlweißenburg zu inſurgiren, die „in der Koncentrirung befindliche“ Armee in der Flanke zu beſchäftigen und ihre Rückzugslinie zu gefährden. Die Bedeutung dieſer Bewegung, die entſcheidend geweſen wäre, wenn ſie der ſiegreich heran-

ziehenden Südarmee der Ungarn zum Stützpunkt gedient hätte, dürften jedoch die neueſten Ereigniſſe in der ſerbiſchen Wojwodina weſentlich verringern.

Dort hat der Landſturm, durch die Verheerungen der Magyaren aufs Aeußerſte gebracht, unter Stratimirovichs Führung den Bandenführer Perczel aufs Haupt geſchlagen und aus dem Czaikiſten-Bataillon getrieben, Knikania führt aus Serbien ſelbſt Verſtärkungen herbei, und ſchon ſind Abtheilungen des nach der Walachei verſprengten Puchner'ſchen Korps im Banat angekommen. Wenn Perczel dieſer vereinten Macht weichen muß, ſo iſt jene Bewegung ohne Halt; wendet ſich aber im Süden abermals das Glück, gelingt es dem ungariſchen Parteigänger die ſerbiſchen Heerhaufen zu vernichten, oder, wie in neueſter Zeit theilweiſe nicht ohne Erfolg verſucht worden, durch Schonung und Milde ſich zu verſöhnen, dann würde er im Stande ſein, ſeine ganze Macht über die Donau zu führen und von da herab durch das inſurgirte Land der Armee, welche im Norden des Stromes operirt die Hand zu bieten, dann wäre die kaiſerliche Armee, dann wäre Preßburg und Wien verloren. Eben deshalb haben die Nachrichten aus dem Süden von Ungarn zur Zeit eine ſo tief eingreifende Bedeutung.

Binnen wenig Tagen wird eine Entſcheidung erfolgen. Nicht die öſterreichiſchen Heerführer werden dazu drängen: ſie ſind eingeſtandenermaßen zur Zeit auf die Defenſive beſchränkt und der Oberfeldherr iſt nur „überzeugt, daß er durch die ihm zur Verfügung geſtellten, im Zuzuge begriffenen Verſtärkungen baldigſt in die Lage geſetzt ſein werde, mit Erfolg die Offenſive von Neuem zu ergreifen." Aber Görgey mit ſeinen Ungarn wird nicht feiern, denn jeder Tag des Zögerns führt ſeinem Gegner neue Kräfte zu, und das hat er ſo gut wie Koſſuth begriffen, daß Ungarn ſiegen muß oder untergeht, daß der Friede hinfort nur noch in Debreczin diktirt werden kann oder in — Wien.

In Wien! „Wien iſt ruhig": Pulver und Blei „im Wege der Gnade" haben die Ruhe geſchaffen und bewahrt. Aber eben jetzt geben ſich „in einigen übelberüchtigten Vorſtadt-Gegenden" Bewegungen unter der arbeitenden Bevölkerung kund: was glaubt man, daß Wien thun würde, wenn vor ſeinen Thoren Koſſuths Fahne wehte, dieſelbe Fahne, unter welcher die Flüchtlinge der Oktober-Erhebung fechten?

Der Uebermuth der öſterreichiſchen Regierung iſt wenigſtens in ihrem eigenen Innern gebrochen. Oeſterreichs Lage iſt ſo gefährdet, daß es um Hülfe nachſuchen muß, und wenn die öſterreichiſche Regierung nicht das Zuſtandekommen des deutſchen Bundesſtaates gehindert hätte, wenn es das bereitwillig angebotene völkerrechtliche Bündniß mit Deutſchland angenommen hätte, ſo brauchte es ſeine Bundesgenoſſen jetzt nicht in Rußland zu ſuchen. Jetzt hat die öſterreichiſche Regierung alle Sympathieen verſcherzt. Ganz Deutſchland jubelt über die Siege der freventlich mißhandelten Magyaren, denen auch wir volle Gerechtigkeit wünſchen, ohne unſere Augen vor der Gefahr zu verſchließen, daß durch jenen Krieg an der Donau die alte heilige Allianz zurückgeführt wird. Das klägliche preußiſche Miniſterium wird die von der Vorſehung gebotene Gelegenheit nicht bloß für Preußen, ſondern auch für Deutſchland zu handeln, vermuthlich zu einer neuen Erniedrigung mißbrauchen.

Deutſchland.

⊙ **Frankfurt**, 30. April. Es wird und wie es ſcheint nicht ohne böswillige Abſicht das Gerücht verbreitet, in dem Weidenbuſchvereine bilde ſich eine Partei der Vereinbarung mit den Regierungen. Vor der Hand zwar, ſagt dies Gerücht, ſei dieſe Partei noch in der Minderheit. Allein von ihrer Zähigkeit ſei wohl zu erwarten, daß ſie endlich doch noch das Uebergewicht erlange, indem ſie für das Vereinbarungsprinzip anführe, daß mittelſt deſſelben wenigſtens etwas geſchaffen und das deutſche Volk nicht gänzlich um die Früchte ſeiner Bewegung gebracht werde. Es ſollen demnach die Regierungen eingeladen werden, Bevollmächtigte in die Paulskirche ſelbſt zu ſchicken, wo ihnen eine beſondere Bank und das Recht des Vortrags ꝛc. einzuräumen wäre. Dieſe und ähnliche Nachrichten ſind jedoch durchaus falſch. Niemand im Weidenbuſchverein denkt an die Ausführung eines ſolchen Plans. Ja „der Weidenbuſch" hat ſogar die zehn bis zwölf Anhänger des Vereinbarungsprinzips verloren, die ihm aus dem Kafé Milani her zugewandert waren.

‡ **Frankfurt**, 30. April. Aus Berlin wird von leider ziemlich wohlunterrichteter Quelle gemeldet, man beabſichtige den General v. Bonin wegen ſeines Einmarſches in Jütland vor ein preußiſches Kriegsgericht zu ſtellen. Iſt das Sündenmaaß des preußiſchen Miniſteriums noch immer nicht voll?

Parl. Korr. **Frankfurt**, 30. April. Die Auflöſung der zweiten preußiſchen Kammer giebt eine thatſächliche Erläuterung der Stellung, welche die preußiſche Regierung zur deutſchen Frage eingenommen hat. Denn ein rückhaltloſes Eingehen auf die deutſche Reichsverfaſſung iſt ja ganz undenkbar, ſo lange die Regierung nur mit Gewaltſtreichen und mit dem Belagerungszuſtande regieren und ſolche Maßregeln als rein adminiſtrative bezeichnen zu können glaubt, die gar nicht vor das Forum der Volksvertretung gehören. Der §. 197. 2. der Verfaſſung hätte das Miniſterium Brandenburg von dem Gegentheil belehren können. Wenn man bis jetzt die Sache der Freiheit, von der der Einheit in Preußen ſich noch getrennt denken konnte, ſo wird es wohl nunmehr klar werden, daß ein ehrliches und aufrichtiges conſtitutionelles Regiment in Preußen nur dann möglich iſt, wenn der König von Preußen zu gleicher Zeit die Kaiſerkrone trägt und, durch die Reichsverfaſſung genöthigt, auf conſtitutionellem Boden feſtgehalten wird. Man wird ſich wohl nunmehr überzeugt haben, daß die Gewichte, die das Junkerthum und die Büreaukratie an die preußiſche Freiheit hängt, ſchwer genug ſind, um eines Gegengewichte volksthümlicher Kräfte zu bedürfen, das nur von dem an freiheitlichen Formen gewöhnten Deutſchland in die Wagſchale gelegt werden kann. Nur in den großartigen Verhältniſſen der Reichsverfaſſung wird ein Verfaſſundsleben ſich geſtalten, das die conſtitutionelle Regierungsform zu Ehren bringt, während kleinere Länder oder ſolche, die, wie Preußen, kein geſchloſſenes Staatsgebiet haben, zwiſchen der Republik und dem Schein-Conſtitutionalismus hin und her ſchwanken. Möge dieſe Ueberzeugung von den in ihre Wahlbezirke rückkehrenden Abgeordneten der aufgelöſten zweiten Kammer immer weiter verbreitet werden, möge ſie jetzt, wo die geſetzliche Vertretung des Landes aufgehört hat, in Petitionen und Adreſſen der geſetzlichen Körperſchaften, der Magiſtrate, der Stadtverordneten, Univerſitäten u. ſ. w. ſich ausſprechen!

Wenn in öffentlichen Blättern der Name des Herrn von Beckerath mit dem in der erſten preußiſchen Kammer geſtellten Itzenplitz-Hanſemann'ſchen Antrag in Betreff der deutſchen Frage in Verbindung gebracht worden iſt, ſo kann verſichert werden, daß hiefür nicht der geringſte Grund vorhanden iſt.

Für die nächſten Tage ſteht, wie verlautet, eine Antwort von Seiten der preußiſchen Regierung bevor, welche die Verſammlung doch mindeſtens aus der paſſiven Stellung, in welcher unter ſo ſchwierigen Umſtänden mit Maß und Beſonnenheit zu verharren, zu den härteſten Proben gehört, die eine große Verſammlung jemals beſtanden hat, zu einem poſſitiven Beſchluſſe veranlaſſen wird, wobei, wie ſich wohl von ſelbſt verſteht, die Berichte des Herrn Baſſermann und der übrigen Reichskommiſſarien zuvor werden abgewartet werden müſſen.

Wien, 25. April. Ueber den Stand der Dinge in Ungarn ſind uns verſchiedene Mittheilungen zugekommen, die ein deutlicheres Bild der Sache geben. Das Gefecht zwiſchen dem Korps von Feldmarſchalllieutenant Wohlgemuth und den Ungarn unter Görgey fand bei Groß-Sarlo an der Gran Statt. Unſere Truppen hatten es mit einem vielfach überlegenen Feinde zu thun, der mit Geſchicklichkeit manövrirte. Beſonders die Artillerie war ſtark und ſchoß vortrefflich. Trotz dem, daß unſere Soldaten gezwungen wurden, ſich zurückzuziehen, gibt Alles Zeugniß von dem Muthe un der Ausdauer, mit der ſich unſere ſogenannten deutſchen Regimenter und beſonders die Artilleriſten ſchlugen. Man hielt ſo lange Stand, als noch Munition da war, und trat den Rückzug in geordneten Reihen fechtend an, trotzdem, daß die Truppen in den frühern Tagen durch das Bivuakiren im heftigen Regen und der geringen Zufuhr von Proviant bedeutend litten. Jetzt ſcheint das Korps des Feldmarſchalllieutenant Wohlgemuth an der Waag zu ſtehen, theils um den Inſurgenten die Verbindung mit Preßburg abzuſchneiden, theils um dem Korps des Feldmarſchallieutenant Vogel die Hand zu reichen, wenn es dieſem gelingen ſollte, ſich über die Bergſtädte oder auf der Trentſchiner Straße mit dem Hauptkorps zu verbinden. Feldzeugmeiſter Welden ſoll ſein Hauptquartier in Acz haben.

Aus Südungarn ſind keine ſichern Nachrichten eingetroffen. Ebenſowenig ſcheint man über die Bewegungen und die Stärke

des ungariſchen Heeres unterrichtet. Einige wollen behaupten, ſie hätten ſich gegen das aus Galizien kommende Korps gewendet, Andere dagegen berichten, daß der zuletzt kommende Courier Kanonendonner gehört habe. Dies ließe einen erneuten Angriff der Ungarn befürchten. Doch beides ſind Vermuthungen. (Oſtd.P.)

Prag, 26. April. Der ungariſche Krieg iſt in ſein gefährlichſtes Stadium getreten. Er ſcheint den Charakter einer europäiſchen Bewegung annehmen zu wollen. In dem Maße als es ſich faſt gewiß herausſtellte, daß die Ruſſen einſchreiten würden, machen die Magyaren Miene, gegen Rußland offenſiv vorzugehen: Hieraus erklärt ſich der Einfall Bem's in die Walachei. Dieſelben Rumänen, welche im verfloſſenen Sommer in Bukareſt revolutionirten, hatten ſich, von Oeſterreich die Anerkennung und Einigung ihrer Nationalität hoffend, nach Siebenbürgen geflüchtet und unter die ſchwarzgelbe Fahne geſtellt. Bem wußte ſie zu gewinnen; ein großes Verbrüderungsfeſt ward zu dieſem Behufe von ihm veranſtaltet. Nunmehr gehören die Rumänen zu ſeinen entſchiedenſten Partiſanen. Die zögernde und leider rückhaltsvolle Politik der Regierung in der ſerbiſchen Woywodſchaft hat gleichfalls zu ſtarken politiſchen Spaltungen geführt. Man unterſcheidet jetzt dort die national-liberale Partei des Freiſchaarenführers Stratimirovich, der ungeachtet ſeines letzthin über Perczel erfochtenen Sieges ſich ſehr bereit zeigt, mit den Magyaren zu unterhandeln; ferner die konſervativ-kaiſerliche des Patriarchen Rajachich, der wegen der Willfährigkeit, womit er ſich zur Erwirkung ruſſiſcher Hilfe beſtimmen ließ, ſehr an Popularität verloren hat; und endlich eine ſpezifiſch-ruſſiſche, die der Konſul zu Belgrad ins Leben rief und die hoffentlich an Zahl und Einfluß nicht bedeutend heranwachſen wird. Vom Kriegsſchauplatze lauten die Nachrichten ſo trübſelig, als ſie nur lauten können. Das linke Donauufer befindet ſich ganz und gar in den Händen der Magyaren; die Poſitionen, welche die Kaiſerlichen am rechten behaupten, ſind nicht geſichert, weil ſich in der That von Stuhlweißenburg, überhaupt vom Süden her, eine mächtige Schilderhebung vorbereitet. Die Magyaren ſind bei Földvar nur einige tauſend Mann ſtark über die Donau gegangen, und bereits ſoll dort ein Landſturm von 40,000 Mann ſich angehäuft haben. (L. Z.)

Ollmütz. Fürſt Windiſchgrätz hat von hier aus in einem Armeebefehl und einer Proklamation „an die Bewohner Ungarns" von dem Heere und dem Lande Abſchied genommen. Dem Armeebefehle entnehmen wir folgende bezeichnende Stelle:

„Dieſe Armee hat für die Welt große Verdienſte: ſie hat zur Aufrechthaltung der ſozialen Ordnung, zur Herſtellung eines geſetzlichen Zuſtandes, unter meiner Leitung ſo Vieles geleiſtet, daß dieſe Thaten allein hinlänglich ſind, ihr ein unverlöſchliches Verdienſt in der Geſchichte zu bewahren. Eine Wohlthat bleibt es mir, und mein Stolz wird es ſtets ſein, ſie in dieſer verhängnißvollen Epoche geführt und einen Geiſt in ihr gefunden zu haben, der erhaben war über das Verderbniß der jetzigen Zeit." In der Anſprache an die Ungarn heißt es u. a.: „Momentane Eventualitäten, welche die Hoffnungen der revolutionären Partei zu nähren ſcheinen, können nur den Jammer und das Elend, das bereits über das Land verbreitet, vermehren, ſo wie am Ende die totale Auflöſung des ſozialen Zuſtandes herbeiführen. Indem ich das Land verlaſſe, wende ich mich noch einmal an die rechtlich geſinnten und aufgeklärten Männer, um ſie aufzufordern, nicht allein aus Gewiſſenspflicht, ſondern aus Pflicht der eigenen Erhaltung, durch Anſchluß an die Regierung, energiſches Eingreifen und durch den Einfluß auf ihre verirrten Mitbürger Alles anzuwenden, um dem unſeligen Zuſtande der Dinge dort ein Ende zu machen. Illuſionen des Gelingens kann ſelbſt die verbrecheriſche Partei ſich nicht machen, die Regierung wird das Mittel finden, ſie zu bezwingen, und das Land zu erobern. Aber je ſpäter dies geſchieht, deſto größer werden die Anſtrengungen dazu ſein, um deſto tiefer wird die Ruhe des Landes erſchüttert und ſeine Wohlfahrt gefährdet. Mein letzter Ruf geht daher an Euch, im Augenblicke, wo ich meine Eigenſchaft als Stellvertreter Sr. Majeſtät niederlege, an eine ſonſt von ſo edlen Gefühlen beſeelte Nation, ſich zu ermannen, um alles anzuwenden, dem beſtehenden und bevorſtehenden noch größern Unheile ein Ziel zu ſetzen. Ich danke allen Herren Staatsbeamten höheren und niederen Ranges, die ich Kraft meiner Vollmacht anzuſtellen mich veranlaßt fand, für den mir geleiſteten Beiſtand und die mir gelieferten Beweiſe ihrer biederen Geſinnungen. Meine Abſichten und Anträge für dieſes Königreich, wie ich ſie nach geſchöpfter Ueberzeugung Sr. Majeſtät allerunterthänigſt vorlegte, haben nur die Beförderung des Wohles des Landes und des innigſten Verbandes mit der Geſammtmonarchie zum Zwecke; entſprechend ausgeführt und gehandhabt, werden ſie die nützlichſten Früchte tragen."

△ **Berlin**, 27. April. Heute waren in der Sitzung der zweiten Kammer alle Miniſter erſchienen. Werden ſie endlich abtreten? dachte ein jeder. Aber wie ſollte dieſe Erwartung getäuſcht werden! Eine lange Tagesordnung lag vor. Zuerſt war abgeſtimmt über den Antrag von Aldenhoven: „§. 1. Während der Dauer der Sitzungsperiode beider Kammern dürfen innerhalb der Entfernung von zwei Meilen von dem Orte des Sitzes derſelben Verſammlungen unter freiem Himmel nicht ſtattfinden. Dieſen Verſammlungen werden öffentliche Aufzüge gleichgeſtellt. Leichenbegängniſſe, ſo wie die Züge der Hochzeitsverſammlungen nach und aus der Kirche werden jedoch nicht hierher gerechnet. §. 2. Iſt eine Verſammlung den Vorſchriften des §. 1. zuwider unternommen, ſo hat Jeder, welcher dazu auffordert oder auffordern läßt, oder darin als Ordner, Leiter oder Redner thätig iſt, eine Geldſtrafe bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Wer an einer nach §. 1 verbotenen Verſammlung Theil nimmt, unterliegt einer Geldbuße bis zu 5 Thlrn. Wer ſich auf die Aufforderung eines Abgeordneten der Polizeibehörde nicht ſofort von dem Platze, wo eine verbotene Verſammlung ſtattfindet, entfernt, hat eine Geldbuße bis zu 100 Thlr. oder Gefängniß bis zu 3 Monaten verwirkt. Die Aufforderung kann nöthigenfalls durch die bewaffnete Macht zur Ausführung gebracht werden. §. 3. Dieſes Geſetz hat ſo lange Giltigkeit, bis ein allgemeines Geſetz zur Verhütung des Mißbrauchs des Verſammlungs- und Vereinigungsrechts in Kraft tritt. Motive: „Nach Aufhebung des Belagerungszuſtandes darf die Staatsregierung der geſetzlichen Mittel zum Schutze der Kammern nicht entbehren; Der Antrag ward mit 159 gegen 158 Stimmen an die Juſtizkommiſſion verwieſen. Da erhebt ſich der Miniſterpräſident, und unter allgemeiner Aufmerkſamkeit ſagt er: „Ich habe Ihnen eine Mittheilung zu machen, die ich Ihnen ſchon früher gemacht hätte, allein ich habe die Debatte nicht unterbrechen wollen. Die königliche Verordnung, die ich mitzutheilen habe, iſt folgende, von der ich eine Abſchrift auf das Bureau niederlege". Und ſo verlas er unter ſprachloſer Spannung die königliche Verordnung, wodurch die Kammer aufgelöſt wird. Der Präſident ſchloß ſogleich die Sitzung. Die Abgeordneten erheben ſich in großer Bewegung. Das hatte Niemand erwartet. Selbſt Herr v. Griesheim verſicherte auf Ehrenwort, nichts von jener Maßregel gewußt zu haben. Die Miniſter haben ſie auf eigene Fauſt unternommen und haben allein die Verantwortlichkeit zu tragen. Der König iſt ſchon lang von der raſtloſen Partei Gerlach und Genoſſen belagert. Man hofft daß Herr v. Radowitz einen günſtigere Einfluß auf ihn üben werde. Die äußerſte Partei ſteht jetzt auf dem Gipfel ihrer Macht. Die Entrüſtung iſt allgemein. Viel radikalere Wahlen oder ein neues Wahlgeſetz, ein drittes giebt es nicht. Die Rechte hielt geſtern Abend Verſammlung in Stadt London, woran Mitglieder aller Fraktionen derſelben, auch ſolche, die ſonſt einzeln ſtehen, z. B. Auerswald, Bodelſchwingh, Kamphauſen, Theil nahmen. Man beſchloß ein Centralkomite der konſervativen Partei in Berlin, in Zuſammenhang mit Komite's, beſtehen zu laſſen und noch andere Maßregeln zu beſprechen, bevor man abreiſt; auf heute iſt ein gemeinſchaftliches Mittageſſen verabredet.

Koblenz, 27. April. Aus den hierſelbſt und in Mainz vor einigen Tagen ſtattgefundenen Truppenanſammlungen ſcheint die Abſicht hervorzuleuchten, in der Nähe von Frankfurt eine preußiſche Militärmacht aufzuſtellen. (Rh. Volksb.)

München, 26. April. Aus ganz ſicherer Quelle kann ich Ihnen Folgendes mittheilen.

Schon am 19. April hat die preußiſche Regierung auf Reklamation mehrerer ſüddeutſchen Regierungen, auch des würtembergiſchen Geſandten zu Berlin, wie es Preußen in der deutſchen Verfaſſungsfrage, namentlich auch in Bezug auf den ſogenannten engeren Bundesſtaat zu halten gedenke, durch den Miniſter des Aeußern geantwortet:

„1) Der König von Preußen iſt bereit, an die Spitze eines deutſchen Bundesſtaates zu treten, der ſich aus denjenigen Staaten bilden würde, die ſich demſelben freiwillig anſchließen; 2) Se. k. Majeſtät wird nicht den Titel eines Kaiſers annehmen; 3) Die preußiſche Regierung verwirft die von der Reichsverſammlung entworfene Reichsverfaſſung."

Weil aber die Erklärungen der Königreiche auf die preußiſche Depeſche vom 3. April noch nicht eingegangen ſeien, ſo habe Camphauſen in Frankfurt die Weiſung erhalten, dort zu erklären, daß die preußiſche Regierung die angekündigte definitive Erklärung noch nicht abgeben könne. (N. Münch. Z.)

Hiermit nahezu übereinſtimmend wird der Allg. Ztg. aus Frankfurt vom 26. April geſchrieben, daß das Berliner Kabinet den königlichen Höfen beſtimmt erklärt habe, der König ſei feſt entſchloſſen, die Kaiſerkrone auf den Grund der Verfaſſung nicht anzunehmen; er ſei indeß bereit, an die Spitze eines ohne Oeſterreich zu errichtenden Bundesſtaates mit Einwilligung der Mitfürſten, des Kaiſers von Oeſterreich eingeſchloſſen (?), auf ſo lange zu treten, bis letzteres im Stande ſei, gleichfalls in den Bundesſtaat einzugehen (?) *)

= **München**, 27. April. Die Nachrichten aus Ungarn ſind hier immer noch in allen Kreiſen die geſuchteſten. Auf zwei feſt organiſirte Parteien wirken dieſe Nachrichten elektriſirend oder betäubend, auf die Demokraten und die Ultramontanen; die einen wollen die perfide Politik Oeſterreichs gedemüthigt ſehen, die anderen wünſchen, daß Oeſterreich recht bald in Stand geſetzt ſein möge, gegen das preußiſche Erbkaiſerthum und die National-Verſammlung in Frankfurt mit den Waffen einzuſchreiten. Eine k. Proklamation an's Volk, ſo lange ſchon im Werke, iſt noch immer nicht erſchienen; in den höchſten Regionen hätte man nicht geglaubt, daß der Schwabenkönig ſich ſo weit vergeſſen könne, rein und ritterlich ohne diplomatiſchen Vorbehalt mitten unter ſein treues Volk zurückzutreten, von dem die Geſchichte einſt die Einheit Deutſchlands datiren wird. Prinz Karl, der Feldmarſchall, iſt auf dem Wege der Beſſerung. Geſtern hatten wir in dem freundnachbarlichen Thalkirchen eine Volksverſammlung, die ſich für die Reichsverfaſſung und ſchleunige Berufung der Kammern ausſprach; heute bedeckt ein Aufruf mit ähnlichen Tendenzen die Straßenecken; er gilt den Bürgern und Bewohnern der Vorſtadt Au; am 29. d. M. wird auf der Kreuzſtraße bei Tegernſee im baieriſchen Hochland von den ſtämmigen Söhnen der alten Sitte eine Volksverſammlung abgehalten werden. Auch ſie werden Zeugniß von ihrer deutſchen Geſinnung ablegen, wenn auch der ultramontane Volksbote ſie heute vor der Brut der Märzväter warnt, und ihnen zuruft, ihr ſchönes Baierlandl nicht gegen das unſichere Deutſchland einzutauſchen. Heute iſt die Adreſſe für Anerkennung der Reichsverfaſſung nach Frankfurt abgegangen; der Märzverein hatte ſie aus dem großen Rathhausſaal, wo ſie ausgelegen, geſtern mit über 12,000 Unterſchriften aller Stände bedeckt zurückerhalten. Da ſich auch viele Soldaten unterſchrieben haben, ſo ſoll es darob zu Erwägungen bei dem Militäroberkommando gekommen ſein, um ſo mehr als auch der öffentlichen Sitzung des Central-Märzvereins viele Soldaten beigewohnt und ſich gegen Civiliſten anerkennend und die Redner belobend ausgeſprochen haben. Unſere Gemeindebehörden ſind dem Augsburger Magiſtrat, der ſich in einer Adreſſe an den König für die Reichsverfaſſung als eine Nothwendigkeit ausgeſprochen, bis heute nicht gefolgt. Die Augsburger Adreſſe iſt wie man hört durch Abordnung am k. Hoflager niedergelegt worden. Erlauben Sie mir, daß ich von den Ufern der Iſar aus den zögernden preußiſchen Staatsmännern ins Gedächtniß rufe, was 1787 Johannes Müller von Friedrichs II. Fürſtenbunde ſagte: „Ganz Deutſchland erwachte zu frohen Hoffnungen, Europa ſchien bereit uns zu bewundern — verſuchen auch wir endlich einmal den Machtſpruch zu thun hinaus über Jahrhundert alte Pedanterie — zu ächtem Reichszuſammenhang, dann auch zu gemeinſamem Vaterlandsgeiſt, damit auch wir endlich ſagen können: wir ſind eine Nation." Weiß man es etwa an der Spree nicht, daß es in Preußens Hand allein noch liegt, die Deutſchen zu einer Nation zu machen? Das Cunctari wäre nie da geweſen in allen Formen und Variationen, gebe uns Preußen nun das: „reſtituit rem" und die fernſten Enkel werden wie den ſchwäbiſchen vor allem den preußiſchen Namen ſegnen.

≍ **München**, 28. April. Die Bewegung für die deutſche Reichsverfaſſung und gegen den ſtarren Standpunkt unſerer Regierung hat denn endlich im Laufe des geſtrigen Tages auch in der Münchner Bürgerſchaft ihren Ausdruck erhalten. Am Morgen hatte eine Sitzung der Gemeindekollegien ſtattgehabt, welche einen Antrag vieler Bürger auf ein ähnliches Verfahren wie von Seiten der Augsburger Gemeindebehörden auf allerlei Weiſe auf die lange Bank zu ſchieben verſuchte. Ja, nur ein einziges Mitglied hatte ſich für die Dringlichkeit der Berathung ausgeſprochen. Aber ſchon ein Paar Stunden nachher erſchien als Plakat an allen Straßenecken eine Extrabeilage des Blattes „Gradaus", welches den ganzen Vorgang nicht eben ſchonend erzählte und zu Volks- und Bürgerverſammlungen aufforderte. Faſt gleichzeitig erſchien daneben die Aufforderung zu einer Bürgerverſammlung für den Nachmittag auf dem Rathhauſe, unterzeichnet von 25 namhaften Bürgern. Die dort beſchloſſene Adreſſe an das Miniſterium um ſchleunigſte Einberufung des Landtags, damit ſeine Stimme in der deutſchen Verfaſſungsfrage gehört werde, fand jubelnden Beifall und ſogleich an Tauſende von Unterſchriften und zwar Unterſchriften von lauter wirklichen Münchner Bürgern und Inſaſſen, da andere Einwohner nicht zugelaſſen wurden, damit ſeitens der Regierung dieſe Erklärung nicht mit der gewohnten Geringſchätzung der unterzeichneten Namen ſolcher mißliebigen Meinungsäußerungen zurückgewieſen werden könne. Eines wo möglich noch lautern Beifalls und einer gleich großen Anzahl von Unterſchriften erfreute ſich auch eine Mißbilligungs- und Mißtrauensadreſſe dieſer Bürgerverſammlung gegen die Gemeindekollegien wegen ihres Verhaltens in dieſer Frage, welche ſogleich durch eine Deputation dem Magiſtrat wie den Gemeindebevollmächtigten überreicht wurde. Die andere Adreſſe an das Miniſterium liegt noch bis heut Nachmittag auf dem großen Rathhausſaal aus, wo wiederum eine Bürgerverſammlung ſtattfindet, aus welcher die 25 Veranlaſſer ſogleich als Deputation mit der Adreſſe ſich in das Miniſterium begeben, dort mündliche Antwort einholen und in die Verſammlung zurückbringen werden. (Leider geht die Poſt zu früh ab, als daß ich Ihnen ſchon heut darüber berichten könnte.) Die beiden Adreſſen des hieſigen Märzvereins haben an 12,000 Unterſchriften binnen der drei Tage ihres Ausliegens gefunden. Wie wir vernehmen, hofft die miniſterielle Partei heut entſchieden auf einen Tumult. Wir glauben im Voraus verſichern zu dürfen, daß von Seiten der Bürger und Vereine die Bewegung feſt genug geleitet iſt, um ſelbſt bei einer etwaigen Provokation einen ſolchen zu verhüten. Natürlich ſind aber Seitens der Regierung alle militäriſchen Vorkehrungen getroffen, als ſeien Ueberſchreitungen des Rechtsbodens der Bewegung ganz unausbleiblich. Es iſt wirklich ſchmerzlich, von einer ſchuldbewußten Regierungsangſt die ſchönen baieriſchen Kerntruppen der Reſidenz ſeit nun mehr als einem Vierteljahr in beſtändigem Polizeidienſt abmatten zu ſehen.

Nördlingen, 26. April. Nach einſtimmigem Beſchluß beider ſtädtiſcher Kollegien iſt — von ſämmtlichen Mitgliedern derſelben unterzeichnet — folgende Adreſſe an den König heute abgegangen:

„Die in dem benachbarten Würtemberg herrſchende, in faſt ungeſchwächter Kraft über die Grenze dringende Aufregung mahnt uns, die allerehrerbietigſt Unterzeichneten, mit verdoppeltem Nachdruck an die Wichtigkeit dieſes Augenblickes, drängt uns die Ueberzeugung auf, daß der Moment gekommen iſt, wo ein geſprochenes Wort den Fluch der Revolution über unſer unglückliches Vaterland verhängen kann. In einem ſolchen Moment muß es Euere königliche Majeſtät danach verlangen, von der Stimmung und den Wünſchen des Volkes in allen Landestheilen Kenntniß zu erhalten. Die Volksvertreter, die dieſes Verlangen zu befriedigen vor Allem berufen wären, ſind nicht um Euere königliche Majeſtät verſammelt; um ſo mehr iſt es Pflicht für die bürgerliche Organe der Gemeinden, freimüthig vor dem Throne zu ſprechen.

Mag es ſein, daß mit der zu Frankfurt beſchloſſenen Reichsverfaſſung eine völlig befriedigende Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe noch nicht erreicht iſt: die Ausſchließung Oeſterreichs, wenn auch hervorgerufen durch die Haltung der öſterreichiſchen Regierung ſelbſt, wird von den Meiſten ſchmerzlich beklagt; das preußiſche Erbkaiſerthum wird von Vielen als ein Uebel, wenn auch als ein nothwendiges, betrachtet; Viele machen der Verfaſſung ein Uebermaß von Centraliſation, Manche eine bedenkliche Schwächung der höchſten Gewalt zum Vorwurf. Aber die Sehnſucht, aus der verzweifelten Zerrüttung aller Zuſtände endlich auf einen feſten Boden zu gelangen, der den Keim der Entwickelung in ſich aufnehmen und zur Reife bringen kann, — dieſe Sehnſucht drängt, trotz ſo vieler Bedenken, mit unaufhaltſamer Gewalt auf die Reichsverfaſſung hin, auf den einzigen bisher aus dem politiſchen Chaos hervorgetretenen feſten Punkt.

Möge Euere königliche Majeſtät ſich entſchließen, die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und mit ihr der errungenen Volksfreiheiten auszuſprechen. Möge, wenn Euere königliche Majeſtät das Recht der Vereinbarung zu wahren für Pflicht halten, ein freiwilliger Verzicht auf die Ausübung dieſes Rechtes den Zwieſpalt verſöhnen; mögen die Berechnungen der gewiſſenloſen Agitatoren, die lauernd dem Bruche zwiſchen Fürſten und Völkern entgegenſehen, zu Schanden gemacht werden.

*) Die beiden letzteren Angaben, die wir mit Fragezeichen begleiten, ſcheinen weder den Planen noch den Erklärungen des Berliner Kabinets zu entſprechen, und haben ihren Grund wohl eher in der bekannten Idioſynkraſie des muthmaßlichen Korreſpondenten der Allg. Ztg.

Daß in einem Zeitpunkt von ſo entſcheidender Bedeutung die Abgeordneten des Volkes ſich verhindert ſehen, Eurer königlichen Majeſtät Regierung zu berathen, hat auch in dem Kreiſe der von uns vertretenen Bevölkerung ſchmerzliches Bedauern erregt und wir ſchließen uns dem überall laut werdenden dringenden Wunſch, Euere königliche Majeſtät möge die unverzügliche Wiedereröffnung des Landtages verfügen, ehrerbietigſt bittend an. In allertiefſter Ehrfurcht ꝛc. ꝛc. Magiſtrat und Gemeindekollegium."

Dieſe Adreſſe wird in weiten Kreiſen verbreitet. Bereits hat eine Anzahl Gemeinden ſich ihr angeſchloſſen.

A **Dresden**, 28. April. Die heute erwartete Auflöſung der Kammern iſt nicht erfolgt. Die Regierung mag wohl gefühlt haben, daß, wenn irgend ein Zeitpunkt zur Ausführung dieſes früher oft herbeigeſehnten Schrittes ungeeignet ſei, es vor allen der Augenblick ſein müſſe, in welchem die Kunde von der Annahme des Schubert'ſchen Verbeſſerungsantrages aus Frankfurt hier eintrifft. Auch die Nachrichten aus Würtemberg fachen den ſchlummernden Funken der Vaterlandsliebe im Herzen des Volkes an, und bringen Erregung in die trägen Maſſen. Die Kammern verkennen, obgleich die anarchiſche Partei der Tſchirnerianer noch immer der Annahme der deutſchen Verfaſſung widerſtrebt, ihre hohe Verpflichtung dem Volke gegenüber in dieſem Augenblicke nicht. Uebermorgen kommt in beiden Kammern folgender als dringlich anerkannter Antrag des Abgeordneten Witzſchold zur Berathung: „Die Kammern erſuchen die Staatsregierung, die von der deutſchen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung bekannt gemachte Reichsverfaſſung ungeſäumt zum Vollzuge zu bringen, und zwar zunächſt und ſofort 1) die Bürgerwehr, das Militär und die Beamten auf die Reichsverfaſſung beeidigen zu laſſen, 2) der Centralgewalt und der Reichsverſammlung eine ausdrückliche Erklärung zugeben zu laſſen, daß derſelben die Reichstruppen des Königreichs Sachſen und die Freiwilligen aus der ſächſiſchen Bürgerwehr zur kräftigen Durchführung der Verfaſſung zu unbeſchränkter Verfügung ſtehen." Die Miniſter laſſen ihre Stellen in der Kammer durch Regierungskommiſſare vertreten und bleiben unſichtbar. Die Erbitternng gegen dieſelben iſt im Wachſen. Von Weinlig und Ehrenſtein iſt man allgemein überzeugt, daß ſie der Anerkennung des Verfaſſungswerkes nicht entgegen ſind; dennoch iſt man wenig geneigt, ihnen die Zögerung zu vergeben, deren die Regierung in dieſen zum Handeln beſtimmten Tagen ſich ſchuldig macht.

⊙ **Leipzig**, 28. April. Meßbericht. Der erſte Theil unſeres Meßgeſchäfts iſt nun beendigt. Die deutſche Kundſchaft, welche ſtets zuerſt ſich einfindet, kaufte ſo viel vereinsländiſche Fabrikate, daß manche Verkäufer ſchon nach 4—5 Tagen ausverkauft hatten. Darin, ſo wie in Leder und Tuchen iſt ein großes Geſchäft gemacht worden. Auch die Moldauer und Walachen, zwölf an der Zahl, haben nicht unbedeutend gekauft. Die feineren Artikel, ſowie Seidenwaaren ꝛc. dagegen verkauften ſich je ſchlechter, je mehr ſie ſich denen des Luxus näherten. Die Ledermeſſe lieferte im Allgemeinen ein gutes Reſultat für die Verkäufer, denn faſt durchgängig, namentlich für Sohlleder, wurden höhere Preiſe bewilligt. Es iſt jedoch dabei nicht zu überſehen, daß der Platz damit nicht überfüllt war, denn die Zufuhr war gegen ein Drittel geringer als in der vergangenen Michaelismeſſe, daher ſie denn auch ganz geräumt wurde. Eſchweger Sohlleder Prima erhielt 25—30 Thlr.; Secunda 20—23 Thlr.; Malmedyer 37—37½; Secunda 29—33 Thlr. Prümmer und Singener erhielt ſo hohe Preiſe, wie ſeit Jahren nicht. Die Prima des erſteren galt 32—33½ Rthlr.; Secunda 24—28 Thlr. Die Prima des letzteren 34—37 Thlr.; Secunda 28—31 Thlr. Gutes ſtarkes deutſches Sohlleder erhielt für Prima 30—33 Thlr.; Secunda 24—27 Thlr.

Auch von Fahlleder war nicht viel vorhanden und wurde das Pfund mit 8—9½ g. Gr. verkauft. Die Zufuhr von Kalbleder war der zur Michaelis gleich; braunes koſtete 11—11½, ſchwarzes 11—15 g. Gr. per Pfd. Von Schaafleder dieſelbe Zufuhr wie vorige Meſſe, auch die Preiſe waren dieſelben. Rohe Kalbfelle waren wenig vorhanden; 7½—8½ Sgr. per Pfd. Vorrath und Preiſe von Schaf- und Ziegenfellen wie in der Michaelismeſſe. Von Kuhhäuten und Ochſenhäuten war ein Drittel weniger zugeführt, daher wurden 2—3 Thlr. mehr bezahlt, Ungeachtet viel Wildhäute am Platz waren, ſo wurde doch ſonſt alles verkauft, Köpfe wenig vorhanden, daher ſehr geſucht, 12—26 Thlr. Pferdehäute wenig vorhanden, aber auch wenig begehrt; 17—20 Thlr. für gute Waare; Secunda 14—16 Thlr. Vorrath, Preiſe und Abſatz der Elenn- und Hirſchhäute wie in der Michaelismeſſe.

⨯ **Hannover**, 26. April. Die Entrüſtung über die Auflöſung der zweiten und deren wahrhaft höhnende Motivirung iſt ſehr groß. Die Vereine ſind in Thätigkeit. Der alte und der neue vaterländiſche Verein hat ſich zu einem deutſchen Vereine wieder vereinigt. Alle Parteien ſtehen zuſammen für die Reichsverfaſſung. Der Wehrmannsverein erſucht das Generalkommando unſerer Bürgerwehr durch eine Parade der Bürgerwehr Gelegenheit zu geben, ſich darüber nach §. 1 der Statuten zu erklären, daß ſie der von der Nationalverſammlung als Geſetz beſchloſſenen Reichsverfaſſung Gehorſam leiſten und verſchaffen wolle.

Die Bürgerwehr in Oſterrode wird am 29. d. M. eine große Parade abhalten, bei welcher ſie das Gelübde ablegen wird: unter allen Umſtänden die zu Recht beſtehende Reichsverfaſſung nach ihren Kräften aufrecht zu erhalten. Ueberall werden Volksverſammlungen ausgeſchrieben. Wir wollen Stüve und Genoſſen zeigen, daß wir mündig ſind! Hannover will deutſch ſein und wird deutſch ſein.

† **Karlsruhe**, 27. April. Die Note, welche die badiſche Regierung über die Anerkennung der Reichsverfaſſung und über die Zuſtimmung zur Wahl des Reichsoberhauptes zuerſt von allen deutſchen Regierungen abgegeben hatte, bildete ſeit einigen Tagen den Gegenſtand einer ſtrengen Beurtheilung, weil ſie am Schluſſe die Erklärung enthielt, daß, wenn außer Oeſterreich auch noch hinſichtlich anderer deutſchen Staaten ein Anſchluß durchaus nicht zu erwirken wäre und ſomit die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung als ſolche nicht zum Vollzuge kommen würden, der Großherzog unter Vorbehalt der Zuſtimmung ſeiner Stände zu weitern Schritten ſich veranlaßt ſehe. Nicht allein in der Preſſe (und darunter in einigen Blättern, welche früher jene Note mit Lob überhäuften), ſondern auch in einer benachbarten Ständeverſammlung und im offiziellen Verkehr des preußiſchen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt wurde plötzlich der badiſchen Erklärung ein Sinn unterſchoben, der dem Abgeodneten Lamey hinlängliche Veranlaſſung bot, in der heutigen Kammerſitzung die Regierung hierüber zu interpelliren und von ihr eine genügende Auslegung zu verlangen. Da Miniſter Beck ſeit einiger Zeit unwohl iſt, ſo übernahm Staatsrath von Stengel nebſt Geh. Rath Nebenius die Beantwortung der Interpellation. Beide Redner gaben die erwartete Erklärung ab, wornach die badiſche Regierung die Reichsverfaſſung und die Wahl des Oberhauptes unbedingt anerkannt hat und dafür hält, daß es nunmehr Sache der Reichsverſammlung ſei, das große Werk weiter auszuführen, wobei von Seiten Badens noch kräftig Alles beigetragen werden ſolle. Was den angeblichen Vorbehalt anbelange, ſo könne darin nicht eine bedingte Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung erblickt und es müſſe ins Auge gefaßt werden, daß die fragliche Note nicht als eine Erklärung an das Reich, ſondern als Erwiederung auf die preußiſche Cirkularnote vom 3. April abgegeben worden ſei. Obgleich nun hiernach alle Bedenken ſchwinden mußten, was ſelbſt der zur Frankfurter Linken gehörige Abgeordnete Mez anerkannte, ſo ſtellte doch der Abgeordnete Häußer wegen der Wichtigkeit des Gegenſtandes und damit auch nicht die geringſte Zweideutigkeit übrig bleibe, den Antrag, die heutige Erklärung der großh. Regierung in die Abtheilungen zu verweiſen und darüber alsbald Bericht erſtatten zu laſſen. Die Kammer trat dieſem Antrage faſt einſtimmig bei. Das geſtern hier verbreitet geweſene Gerücht, wornach die politiſchen Flüchtlinge in der Schweiz unter Sigels Anführung von Arbon über den Bodenſee ins Würtembergiſche eingefallen ſein ſollen, hat ſich heute nicht beſtätigt. Die Abſicht war allerdigs vorhanden, aber die neueſte Wendung der Dinge in Würtemberg hat die Rothen eines beſſeren belehrt.

♉ **Schleswig**, 26. April. Es war der Plan des Feindes, unſere im Weſten von Kolding aufgeſtellten beiden Flügel zu umgehen oder zu durchbrechen und dadurch die Rückzugslinie zu bedrohen. Der Hauptangriff war daher auf den linken Flügel gerichtet, wurde jedoch namentlich durch die Tapferkeit der 7. und 8. Linieninfanteriebataillons zurückgeſchlagen. Dieſe beiden Bataillone hielten den Feind, der mit 7 Bataillonen, 12 Schwadronen Cavallerie und 20 Geſchützen vordrängte, mehrere Stunden auf, bis ſie, vom 6. Bataillon und 2 Batterien unterſtützt, denſelben warfen. Ehe dieſe Verſtärkungen eintrafen, ſtand die Sache ziemlich kritiſch. Das 7. und 8. Bataillon hatten ihre Muniton verſchoſſen, während der Feind ſeine ganze Stärke zu einem entſcheidenden Angriffe in eine keilförmige Colonne formirte. Grade zur rechten Zeit erſchien zuerſt

eine halbe Batterie auf dem Kampfplatze, welche in die Flanken des Feindes auffahren, und auf etwa 800 Schritt ein ſehr wirkſamen Feuer auf die Angriffscolonnen eröffnen konnte. Dieſer folgten das 6. Bataillon und eine reitende Batterie, welche die Dänen vollends zum Weichen brachten.

Auch der Angriff auf die Stadt Colding ſelbſt ward von däniſcher Seite mit ſehr überlegenen Streitkräften ausgeführt. Unſere Truppen mußten daher nach längerem Kampfe die Stadt räumen, behielten jedoch einige Häuſer im Süden der Stadt beſetzt, bis ſie von der mittlerweile eingetroffenen Artillerie unterſtützt, wieder zum Angriffe übergehen konnten. Als unſere 12 ledige Batterien auf den Höhen vor Kolding auffuhren, ertheilte Bonin der Avantgarde den Befehl, bei Naſthe über die Koldinger Aue zu gehen und zwiſchen dem rechten und linken Flügel des Feindes vorzudringen. Da der Uebergang über die Aue unerwartete Schwierigkeiten darbot und ſich dadurch etwa 2 Stunden verzögerte, gewannen die Dänen Zeit, ſich zu concentriren und in guter Ordnung den Kampfplatz zu verlaſſen.

Die ſchleswig-holſteiniſche Artillerie hat ſich auch bei dieſer Gelegenheit wieder als vortrefflich bewährt. Ihrem ſicheren Schießen und den dadurch dem Feinde beigebrachten Verluſte iſt der Haupterfolg des Kampfes zuzuſchreiben.

Die Verwüſtung der Stadt Colding ſtellt ſich glücklicherweiſe viel weniger bedeutend heraus, als nach dem erſten Schlachtberichte von dem General von Bonin ſelbſt angenommen wurde. Abgebrannt ſind nur wenige Häuſer (nach einigen Angaben 6 bis 7, nach andren 10 bis 15), der größere Theil der Stadt iſt aber allerdings durch Kugeln ſtark beſchädigt. Ob wirklich der Befehl ertheilt worden, die Stadt in Brand zu ſchießen, dürfte hiernach zweifelhaft ſein.

Der Verluſt wird auf 600 bis 700 Todten und Verwundeten auf Seiten der Dänen angegeben, von welchen der größere Theil in unſere Hände gefallen iſt. Unſere Truppen ſollen etwa 400 Mann, darunter 150 ſchwer-, 150 leichtverwundete, verloren haben. Die Zahl der Gefangenen beläuft ſich auf etwa 200. Eine 70 Mann ſtarke däniſche Feldwache ward noch am Abend des 23. von den ſchleswig-holſteiniſchen Dragonern gefangen eingebracht.

Der 24. April iſt ohne Gefahr vorübergegangen; die vorgenommene Recognoscirungen ergaben ein weiteres Zurückweichen des Feindes; einzelne Patrouillen ſollen bis in die Gegend von Veile vorgedrungen ſein, ohne auf einen Feind zu ſtoßen. Man erwartet, daß der General v. Bonin vorrücken werde, ſobald er im Rücken durch die nachrückenden Reichstruppen gedeckt iſt.

Die Landesverſammlung hat ſich in den letzten Tagen vornehmlich mit finanziellen Fragen beſchäftigt; es handelt ſich um die Herbeiſchaffung der, im Budget nicht vorgeſehenen, für das kleine Land allerdings ſehr bedeutende Summen, welche die Verpflegung der Reichstruppen erfordert. Die Verhandlungen ſind noch nicht beendigt; die Verlegenheit wird aber vielleicht ſehr groß werden, da die ungewiſſe Verhältniſſe der Herzogthümer an eine Staatsanleihe nicht denken laßen und die finanziellen Kräfte des Landes ſchon ohnehin möglichſt angeſpannt ſind. Unſer Juſtizminiſter Momerſſen hat geſtern ſeinem Nachfolger, dem Landtroſten Rathgen in Pinneberg, bis zum 24. März v. J. Mitglied der Schleswig-Holſtein-Lauenburgiſchen Kanzelei in Kopenhagen, Platz gemacht, welcher heute der Landesverſammlung als Departementschef vorgeſtellt ward.

Schleswig, 26. April. Herr Orla Lehmann in Stiftsamtmannsuniform iſt von unſern Dragonern bei den Vorpoſten eingefangen. Er iſt anfangs ſehr hochfahrend und brüsk geweſen. Allgemein wird hier angenommen, daß er ſich gefliſſentlich habe fangen laſſen. Bei den Jüten ſoll es mit ſeiner Popularität gänzlich aus ſein; ſeine Gefangenſchaft aber gewährt Ausſichten auf ein Märtyrerthum bei den Inſeldänen. Die Anhänglichkeit und Liebe unſerer Armee für General Bonin iſt ſehr groß. Wo die Soldaten während und nach dem Gefecht ſeiner anſichtig wurden, erſcholl ein donnerndes Hurrah und dankend traten ſie ihm entgegen, daß er ihnen „ein ſo ſchönes Treffen geliefert!“. Ob General Prittwitz außer den Befehlen aus Frankfurt noch beſondere Wünſche des Unfähigkeits-Miniſteriums in Berlin zu trachten gezwungen iſt? Man fängt hier an ſchrecklichen Verdacht zu hegen, weil man glaubt, daß auch Prittwitz genöthigt wird zu Wrangeln! Gegen das jetzige preußiſche Miniſterium bricht hier ein förmlicher Landesunwille hervor und zwar nicht unſerer ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten wegen, ſondern wegen der offenbaren Mißhandlung Deutſchlands!

Kolding, 26. April. Sobald die preußiſchen Verſtärkungen, welche erſt gegen den 29. hier erwartet werden, eingetroffen ſind, wird unſer ſchleswig-holſteiniſches Armeekorps gegen Fridericia vorrücken. Der größte Theil der Kavallerie der Reichsarmee wendet ſich in dieſem Augenblick gegen die Weſtgrenze Jütlands nnd iſt zur Deckung unſerer linken Flanke beſtimmt. In den grasreichen Ebenen nordwärts der Königsau findet die Kavallerie ein günſtigeres Kampfterrain als in der Nähe der Oſtſeeküſte mit ihren Hügeln, Gräben und Moorgründen. Ich vergaß Ihnen in meinem geſtrigen Bericht über das Treffen vom 23. mitzutheilen, daß außer den däniſchen Dragonern noch acht Schwadronen Huſaren im Kampfe waren und jenſeits der Nordſchanze, wo ſie ſich unbegreiflicherweiſe in den Schußbereich unſerer Jäger wagten, viele Leute verloren. Ihre Leichen, die geſtern noch auf der Wahlſtatt lagen, wurden heute beerdigt. Unter ſämmtlichen Korps der ſchleswig-holſteiniſchen Armee zählt das 7. Bataillon die meiſten Todten und Verwundeten. General Bonin hat ſein Hauptquartier wieder in Wonhild. Seine kaltblütige Leitung des Treffens vom 23. wird allgemein bewundert. Er beſitzt wie von der Tann die ſchöne Gabe, ſeinen Soldaten zugleich Reſpekt, Vertrauen und Liebe einzuflößen. Ueber Orla Lehmann folgendes aus guter Quelle. Er wollte ſich nach der Erſtürmung von Kolding ſachte aus dem Staube machen, fiel aber unſeren Dragonern auf den Vorpoſten in die Hände und ward vor den General Bonin gebracht. Mit Anſpielung auf die berüchtigte Rede dieſes rohen Fanatikers in Kopenhagen, welche die gröblichſten Schmähungen gegen die Deutſchen enthielt, fragte ihn Bonin, ob er wohl nach Colding gekommen ſei, um „ſeine blutige Frakturſchrift auf den deutſchen Rücken zu ſchreiben?“ Orla Lehmann war einen Augenblick gedemüthigt, verlangte aber dann trotzig, daß man ihn entlaſſe. „Dieſer Wunſch ſei Ihnen gewährt — erwiderte der General ruhig — ich entlaſſe Sie — nach Schleswig!“ Und noch in derſelben Nacht wurde die „fluchbeladene Fackel dieſes Krieges“ nach Schloß Gottorp gebracht.

Großbritannien.

* **London**, 28. April. Das Oberhaus beſchäftigt ſich fortwährend mit — Nichtsthun. Höchſtens iſt hier und da eine Zwiſchenfrage über politiſche Vorgänge von allgemeinerem Intereſſe. In der geſtrigen Sitzung wünſchte unter Andern Lord Beaumont zu wiſſen, ob die Regierung über die Scheußlichkeiten, welche bei der Einnahme von Catania begangen worden ſein ſollten, irgend eine amtliche Mittheilung erhalten habe. Marquis von Lansdowne erwiederte: Die Mittheilungen des Admirals Parker beſtätigten allerdings die Erzählungen, welche über die Plünderung Catania's veröffentlicht worden ſeien. Lord Stanley fand dergleichen Scenen ganz in der Ordnung, namentlich in einem Bürgerkriege, wo die Leidenſchaften auf beiden Seiten bis zum höchſten Grade entflammt zu ſein pflegten. Er erlaubte ſich zugleich zu bemerken, daß noch nie ein ſo dürftiger Bericht eingeſendet worden ſei, als der frühere des engliſchen Konſuls zu Meſſina über die Erſtürmung dieſer Stadt und er drückte ſeine Hoffnung aus, daß nach den Erfahrungen, die man früher mit ſolchen „Scheußlichkeitsaktenſtücken“ gemacht, die Regierung das Haus mit einem zweiten Schub verſchonen werde. Da der Marquis von Lansdowne auf eine dieſerhalb an ihn gerichtete Frage die unzählige Male gehörte Antwort ertheilt hatte, daß die auf die ſizilianiſch-neapolitaniſche Frage bezüglichen diplomatiſchen Aktenſtücke dem Hauſe vorgelegt werden ſollten, ſobald ihr Druck beendigt ſei, ſo bemerkte Graf Aberdeen, dieſe Antwort finde er ſehr ungenügend, obſchon es allerdings einige Geſchicklichkeit und Handfertigkeit erfordern möge, ſolche Aktenſtücke zu fabriziren; man habe ja ſchon von dieſer Geſchicklichkeit Proben erlebt. Lord Eddisbury wies dieſe beleidigende Unterſtellung mit Unwillen zurück. Die Unterhausverhandlungen der letzten Tage betrafen hauptſächlich Irland. Geſtern beantragte Lord J. Ruſſell eine Bill, wodurch gewiſſe Aenderungen in den Beſtimmungen der iriſchen Armengeſetze vorgenommen werden ſollen und erhielt Erlaubniß, ſie einzubringen. Sir R. Peel, der dabei ſeine Vorſchläge zur umfaſſenden Koloniſation von Connaught im Sinne haben mochte, meinte mit Recht, daß all dergleichen Flickereien nicht helfen könnten, wenn nicht den großen ſozialen Uebelſtänden

Irlands durch ein Syſtem von tiefgreifenden Reformen abgeholfen würde. Daß aber Peel bei ſolchen Reformen auf den zähen Widerſtand der Katholiken ſtoßen würde, geht daraus hervor, daß Hr. Grattan ihn in derſelben Unterhausſitzung beſchuldigte, bei ſeinem Koloniſationsplane von Connaught, die Vertreibung der Katholiken durch Proteſtanten zu beabſichtigen, gegen welche Beſchuldigung ſich Peel mit Nachdruck wehrte. Der Generalfiskal J. Romilly erhielt Erlaubniß, eine Bill für weitere Erleichterung des Ankaufs von verſchuldeten Ländereien in Irland einzubringen. Sir R. Peel wünſchte dem Generalfiskal zu dieſer Maßregel die ſeines großen Rufes vollkommen würdig ſei, lebhaft Glück. In der vorgeſtrigen Sitzung gelangte Sir J. Pakingtons Bill zur beſſeren Verhütung von Wahlbeſtechungen zur Komiteberathung, aber gleich die erſte Klauſel, wonach jedes Mitglied des Hauſes durch einen Eid zu verſichern habe, daß es ſich keine Wahlbeſtechung zu Schulden kommen ließ, traf auf ſolchen Widerſtand, daß ſich Sir J. Pakington für die übrigen Klauſeln der Bill Bedenkzeit ausbat. Hr. Hume bemerkte mit Recht, den Wahlbeſtechungen könne nur durch durchgreifende Reformen und Verallgemeinerung des Wahlrechts ein Ende gemacht werden.

Frankreich.

* **Paris**, 28. April. Gemäß ſeiner geſtrigen Ankündigung ſtellte Hr. Felix Pyat heute ſeine Interpellation an das Miniſterium und formulirte ſie nach ſeiner ironiſchen Weiſe folgendermaßen: Hat nicht der Präfekt des Cher-Departements in ſeinem Departement eine traurige Aufregung durch Verhaftungen, Hausſuchungen und andern willkürlichen Maßregeln veranlaßt, welche die Wahlen zum Grunde oder zum Vorwand hatten? Sind nicht die Wahlverſammlungen in Paris ſelbſt durch Verwaltungsbeamte geſtört worden, welche ſich ihnen gegenüber wie gegen Klubs benahmen? Endlich, ſind nicht Soldaten verhindert worden, ihr Wählergewiſſen in beſtimmten vorbereitenden Wahlverſammlungen aufzuklären. Der Miniſter des Innern antwortete darauf, daß die von dem Präfekten des Cher-Departements vorgenommenen Hausſuchungen nur auf Veranlaſſung gerichtlicher Befehle erfolgt ſeien. Sie ſeien alſo richterliche keine Verwaltungsmaßregeln. In Paris habe die Behörde nur in den Grenzen des Geſetzes von 1790 gehandelt, deſſen Gültigkeit der Kaſſationshof ausdrücklich anerkannt habe. Man habe den Soldaten nicht erlaubt, ſich in eine Art ſozialiſtiſchen Hinterhalt zu begeben, weil das Heer ſeine ſpeziellen Regeln und nothwendige Disziplin habe, und man die Truppen nicht durch den Beſuch von Klubs und dgl. die bewunderungswerthe Ordnung ſtören laſſen wolle, die eine der Hauptſtützen des Landes ſei. Uebrigens, ſchloß der Miniſter, iſt der Augenblick ſchlecht gewählt, ſeine Zweifel und Klagen vorzubringen, wo alle Abend Paris in Bewegung iſt, und tumultuariſche Haufen, wenn nicht die Ordnung, doch die Ruhe ſtörten, und Handel und Induſtrie beunruhigen. Damit verhält es ſich in der That, wie der Miniſter ſagt; die Menſchenanhäufungen an der Porte St. Denis und der andern Claſſiſchen Tumultplätzen, von denen wir geſtern ſprachen, wiederholen ſich regelmäßig. Die Regierung läßt deshalb im Augenblick (6 Uhr Abends) das Tumult Dekret vom 7. Juni 1848 an alle Ecken anſchlagen, mit der Verſicherung, es werde daſſelbe zur Ausführung bringen.

Im weiteren Verlaufe der durch die Pyat'ſche Interpellation angeregten Verhandlung ſtellte Leon Faucher (wie auch ſchon im Moniteur geſchehen) die Gewaltſamkeiten, welche die Polizeibeamten im Club Martel verübt haben ſollen in Abrede. Er fand aber nicht mehr Glauben als der Moniteur.

Das Marinebudget war der Gegenſtand der Berathung für den Reſt der Sitzung. Geſtern war bei einem Poſten für die Marineinfanterie eine Reduktion mit 1 Stimme Mehrheit angenommen worden. Die Gültigkeit dieſes Votums wurde heute beſtritten: es fand ſich, daß ein ſeit 14 Tagen abweſender Abgeordneter mitgeſtimmt hatte, daß mehrere doppelt ihre Stimmen abgegeben hatten. Man ſtimmte von Neuem und jetzt wurde die Reduktion mit 316 gegen 253 verworfen. Noch über eine Menge von Poſten wurde erſt einzeln abgeſtimmt; und dann das ganze Budget angenommen.

Um $3\frac{1}{2}$ Uhr hat die Regierung heute auf telegraphiſchem Wege folgende Nachricht vom Befehlshaber der Flotte am Mittelmeer erhalten: Civita-Vecchia 26. April 11 Uhr Morgens. Die Escadre unter meinem Befehl hat heute um 10 Uhr vor Civita-Vecchia die Anker geworfen. Um 12 Uhr iſt die Stadt von 1800 Mann Mann beſetzt worden. Dieſe Beſatzung hat mit Zuſtimmung der Behörden der Stadt und ohne Schwertſtreich ſtattgefunden. Alle Truppen ſind ſeit dem Morgen ausgeſchifft, und ich beeile die Ausſchiffung des Kriegsmaterials.

Die Verhaftung Cabreras wird amtlich vom Moniteur beſtätigt. Am 23. wurde er mit drei Offizieren feſtgenommen. Er wurde erſt nach Perpignan und dann nach dem Fort Lamalgue gebracht.

An der heutigen Börſe ſchloß die 3 pCt. 56,65, die 5 pCt. 88,20; Bankaktien 23,90.

Portugal.

* **Oporto**, 19. April. Wir haben ſchon früher mitgetheilt, daß Karl Albert den 19. April in dieſer Stadt, der zweiten Portugals, angekommen iſt. Der „Daily News" zufolge gedenkt der ehemalige König von Sardinien, eine der vielen gefallenen Größen unſerer Zeit, in Oporto zu bleiben, ſtatt wie es früher hieß, ſeine Reſidenz in Liſſabon aufzuſchlagen. Er ſoll von ſeinen letzten Unfällen ſehr gebeugt ſein. Die bürgerlichen und militäriſchen Behörden empfingen ihn bei Cavalhido, ungefähr eine Meile von der Stadt; die Straßen, durch die er fuhr, waren mit Leuten aus allen Ständen gefüllt. Dankend lehnte er das Anerbieten des Erzbiſchofs ab, bei dieſem ſeine Wohnung zu nehmen. Auch ließ er der Königin durch den Civilgouverneur für gewiſſe Anerbietungen ſeinen Dank ſagen, mit dem Bemerken, daß er ſie nicht annehmen könne. Ferner wird der „Daily News" verſichert, daß wegen der Zerrüttung der Finanzen und wegen des Geldmangels große Unzufriedenheit unter dem Volke herrſche, daß Handel und Ackerbau faſt gänzlich darnieder lägen. Es wird dem gegenwärtigen Finanzminiſter, Lopez Branco, trotz ſeinem guten Willen und ſeiner nicht abzuleugnenden Thätigkeit, ſchwer fallen, den durch elende Hofwirthſchaft, Umtriebe ehrgeiziger Parteihäupter, Bürgerkrieg und engliſche Ausſaugung herbeigeführten Bankerot des Landes noch eine zeitlang zu flicken.

Italien.

* **Venedig.** Hier will man wiſſen, daß die franzöſiſche Regierung der öſterreichiſchen mehrere Noten zugeſtellt hat, um die gegen die Stadt begonnenen Feindſeligkeiten zu ſiſtiren. Zugleich ſoll Frankreich entſchloſſen ſein, gemeinſchaftlich mit England zu Gunſten der Stadt diplomatiſch zu interveniren.

* **Livorno**, 21. April. Die Regierungskommiſſion, welche die Verſtändigung mit der neuen Regierung in Florenz vermitteln ſollte, hat im Gefühl, daß ſie ihren Zweck doch nicht erreichen kann, ihre Entlaſſung genommen. Die konſtitutionell Geſinnten haben die auswärtigen Konſuln gebeten, die Verwaltung im Namen des Großherzogs zu übergeben. Die Thore der Stadt werden übrigens von den Klubiſten noch immer verſchloſſen gehalten, und dieſelben ſind weit davon entfernt, den Widerſtand aufgegeben zu haben. Der Kommandant der Bürgerwehr iſt von ihnen als verdächtig verhaftet und ihm ein Zettel auf die Schulter geklebt worden: Cosi si fà al codini! (ſo gehts den Reaktionärs!) Die Großherzoglichen Truppen umgeben die Stadt, haben ſie aber noch nicht angegriffen.

* **Florenz.** Guerazzi wurde nach wie vor im Schloß Belvedere bewacht. Man hatte bemerkt, daß er von ſeinem Fenſter aus Lichtzeichen machte, denen auf den benachbarten Hügeln erwiedert wurde, ſeitdem hat man die Vorſichtsmaßregeln gegen einen möglichen Fluchtverſuch verdoppelt.

* Aus Sicilien. Unſere Nachrichten beſtätigen das bereits Gegebene, daß Palermo über die Einnahme von Catania in der größten Beſtürzung war, das Miniſterium Butera zurückgetreten iſt, und der franzöſiſche Admiral Baudin mit dem Abſchluß eines Friedens beauftragt worden. Dagegen enthält die O.-P.-A.-Z. Folgendes: Aus ſicherer Quelle erfahren wir, daß die Stadt Palermo durch eine Deputation von 18 der angeſehenſten Männer, welche ſich nach Gaeta zum König von Neapel begeben, Sr. Majeſtät ihre Unterwerfung hat überbringen laſſen. Bei der Abreiſe dieſer Deputation von Palermo wehte die neapolitaniſche Fahne bereits auf allen Thürmen und andern öffentlichen Gebäuden.

Schweiz.

) **Bern**, 22. April. Ueber die beiden letzten Sitzungen der Bundesverſammlung habe ich nicht viel zu berichten. Der Nationalrath beendigte die Berathung über den Poſttarif und nahm, mit Ausnahme der Feſtſetzung von vier Briefkreiſen ſtatt der vorgeſchlagenen drei, alle weſentlichen Beſtimmungen der

№ 120. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 1. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 1. Mai. Die ſächſiſchen Kammern aufgelöſt.) Wien (Graf Zichy. Die Ausweiſung der Fremden. Die Magyaren noch nicht in Paſſy. Die Miniſteriellen und die deutſche Frage. Militäriſche Vorkehrungen. Ungariſche Nachrichten. Graf Stadion. Die ruſſiſche Intervention. Vermiſchtes.) Berlin (Schreiben der preußiſchen Regierung an Hrn. Camphauſen. Aufregung. Tödtungen.) München (Bekanntmachung.) Leipzig (Die Vereine und das Miniſterium. Aufruf des Miniſteriums an das Land.)

Italien. Aleſſandria (Einzug der Oeſterreicher.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 1. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 1. Mai.

Tagesordnung der 209. öffentl. Sitzung.

Nummer 1 bis 7 ſind die geſtern unter 2 bis 8 aufgezählten Berichte. Vergl. Beilage zu Nro. 119. Dazu heute unter 8) Berathung des vom Abgeordneten Fröbel, Namens des Ausſchuſſes zur Vorberathung von Maßregeln, welche zur Durchführung der Reichsverfaſſung nöthig erſcheinen, erſtatteten Berichts über einen die Abberufung von Deputirten zur deutſchen Reichsverſammlung ſeitens der Regierungen der Einzelſtaaten betreffenden Antrag der Abgeordneten Golz und Genoſſen, ſo wie eine vom k. k. öſterreichiſchen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt unter dem 15. April durch das Reichsminiſterium des Innern an die Reichsverſammlung gelangte Depeſche.

Neun ½ Uhr Vormittags eröffnet Vizepräſident Hr. Bauer die Sitzung. Zu den bereits bekannten Nachrichten kommt heute auch die in das Haus von der Auflöſung der Kammern im Königreich Sachſen. Zugleich hat, wie erzählt wird, der preußiſche Staatsanzeiger die definitive Ablehnung der Kaiſerwürde von Seiten des Königs von Preußen mitgetheilt. Von den Mitgliedern der Berliner zweiten Kammer iſt Hr. Temme eingetroffen und nimmt ſeinen Platz in der Paulskirche wieder ein. Um die Miniſterbänke bilden ſich Gruppen aus allen Parteien. Nachdem das Protokoll verleſen iſt, verkündet der Vorſitzende den Austritt des Hrn. Wernich aus Elbing. In den Geſetzgebungsausſchuß ſind gewählt die Herren Thöl aus Roſtock, Chriſt aus Bruchſal und Schüler aus Jena.

Hr. Heiſterbergk aus Rochlitz fragt: Hat das Reichskriegsminiſterium Kunde davon, daß deutſche Reichstruppen gegen Ungarn verwendet werden ſollen und was gedenkt es gegen ſolchen Mißbrauch deutſcher Waffen und deutſchen Blutes zu thun? Die Antwort darauf wird vertagt.

Nachdem Herr Plathner einen Bericht für den Centrallegitimitionsausſchuß erſtattet hat, erfolgt Uebergang zur Tagesordnung.

Nr. 1 iſt ein Bericht des Herrn Degenkolb für den volkswirthſchaftlichen Ausſchuß über eine lange Reihe von Eingaben von Webern und Spinnern, welche Vermehrung der Arbeit, beſſern Lohn und Hebung der Gewerbe betreffen. Der Berichterſtatter, indem er den Verfall der deutſchen Leineninduſtrie ſchildert, bedauert, daß die Berathung in eine Zeit fällt, die dem verwickelten und wichtigen Gegenſtande eine ſo geringe Aufmerkſamkeit verſpricht. Die Ausſchußanträge gehen dahin, die Forderungen der Petenten ſoweit ſie Beſchränkungen der Gewerbsthätigkeit enthalten abzulehnen und dagegen die Vorſtellungen, die auf eine Hebung und Erweiterung der Induſtrie gerichtet ſind, dem Reichsminiſterium zur ſachdienlichen Berückſichtigung zu überweiſen. Die Verſammlung entſcheidet ſich dem Ausſchußantrage gemäß.

Sodann wird, überall den Ausſchußanträgen gemäß, theils durch Uebergang zur Tagesordnung, theils durch Ueberweiſung des Gegenſtandes an das Reichsminiſterium erledigt:

2) Ein Bericht des Herrn v. Schrenk, Namens des Ausſchuſſes für Geſchäftsordnung, über verſchiedene an die verfaſſunggebende Reichsverſammlung gelangte Eingaben; desgl. 3) der von Herrn Degenkolb, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtattete Bericht über Petitionen von Tuchmachergewerken, betreffend die Hebung des Tuchmachergewerkes; 4) ein Bericht des Herrn v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes diejenigen Eingaben, welche ſich auf die Verhältniſſe des Weſerſtroms beziehen, betreffend; 5) ein Bericht deſſelben Abgeordneten und für denſelben Ausſchuß, das Geſuch der Vorſteher der Saalfloßkommune zu Kahla, Herzogthums Sachſen-Altenburg, die Ueberlaſtung der Saale-Floßfahrt durch Abgaben betreffend; eben ſo 6) das Geſuch der Mälzer- und Bräuer Gilde in Nieder-Schleſien, um Anwendung verſchiedener die Aufhülſe des Brauergewerbes bezweckender Maßregeln betreffend; und endlich 7) der von Herrn v. Reden Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtattete Bericht über eine Anzahl Eingaben, welche die Gleichſtellung der Beſteuerung von beweglichen und unbeweglichen Gütern betreffen.

Was hingegen den unter 8) der Tagesordnung bezeichneten Gegenſtand anlangt, ſo wird derſelbe dem Wunſche des Herrn Fröbel, ſowie der Ausſchußmehrheit gemäß, auf eine der nächſten Sitzungen vertagt. Auch die Tagesordnung der nächſten — Donnerſtagsſitzung, den 3. Mai, die heute noch entworfen wird, zeigt wieder ein ſehr buntes Anſehen.

Der Vorſitzende verkündet noch nachträglich den Austritt des Herrn Clemens (Rheinpreußen) und Künßberg aus Anspach.

Herr Würth von Sigmaringen ſpricht ſeine Verwunderung dem öſterreichiſchen Ausſchuſſe gegenüber aus, daß der Bericht über die Blum'ſche Angelegenheit noch nicht erfolgt ſei. Herr Francke aus Schleswig erklärt im Namen dieſes Ausſchuſſes, daß einmal die Weitläufigkeit der Aktenſtücke dieſe Berichterſtattung verzögert habe und daß ſie zum andern auch den Zeitverhältniſſen gemäß nicht geeignet erſchienen ſei.

Darnach wird noch vor 11 Uhr die heutige Sitzung geſchloſſen.

⊙ **Frankfurt,** 1. Mai. Aus der Paulskirche. Soeben hören wir, daß die Kammern auch in Sachſen aufgelöſt ſind. Herr Eiſenſtuck war unter den Perſonen, die das neue Miniſterium bilden ſollten. Er erklärte ſich bereit, ſelbſt auf die Ausſicht hin, daß es nur eine vierwöchentliche Verwaltung wäre, wenn ſie nur dazu dienen könnte, das deutſche Verfaſſungswerk zu fördern. Bis zum Freitage ſchwankte der König. Der Auflöſungsbeſchluß ſcheint ihm ſchwer geworden zu ſein. Endlich ſiegten die Einflüſſe, deren Quelle man in Dresden ſehr wohl zu benennen weiß. Von den ſächſiſchen Abgeordneten in Frankfurt wird ein Aufruf an die aufgelöſten Kammern und an das ſächſiſche Volk erlaſſen, der noch mit der heutigen Abendpoſt oder ſpäteſtens morgen abgehen ſoll.

△ **Wien,** 26. April. Der Proteſt des Königs von Würtemberg gegen das Haus Hohenzollern und die daran geknüpfte Erklärung einer willigeren Unterwerfung unter habsburgiſche Oberhoheit, hat unſere Miniſteriellen entzückt und eifrig tragen ſie wieder Steine zu dem Aufbau eines „einigen Süddeutſchland.“ Das energiſche Auftreten der würtembergiſchen Stände und der vaterländiſchen Vereine erweckt allerdings auf Augenblicke den Gedanken, daß ihrem Bau das Fundament fehlen könnte; aber in ſolchen ſchwachen Augenblicken drücken ſie Augen und Ohren feſt zu und bauen wieder eifrig fort. Ohne Hülfe der Augen wird das freilich ein Gebäude werden, dem jeder Deutſche den Einſturz ſchon von ferne anſieht. Auf Baiern ruht noch immer ihre Hoffnung; dort ſind die Kammern vertagt, und können in dem entſcheidenden Punkte nicht mitſprechen; Altbaiern hält man für gut öſterreichiſch; was bleibt, kann man nicht mehr das ganze Volk nennen — und mit den allenfalls Widerſtrebenden iſt man ſtets bereit, eine „eherne Sprache“ zu ſprechen. Wundern Sie ſich darüber nicht, denn es iſt nicht zum wundern. Unſer Miniſterium hat in der deutſchen Frage alle Scham abgeſchüttelt.

△ **Wien,** 27. April. Der penſionirte und zur Zeit noch unbeſtrafte ehemalige Kommandant von Venedig Graf Zichy, hat an den neu ernannten Militärdiſtrikts-Kommandanten in Oedenburg das Anſuchen geſtellt, ſeinen Aufenthalt in Oedenburg, wohin er ſich nach der vollbrachten Thatſache der Kapitulation mit Venedig im vorigen Jahre begeben hatte, auch jetzt wieder nehmen zu dürfen, aber der ehrenwerthe Graf Caſtiglione hat das Geſuch abgelehnt. Für die Entfernung derjenigen Fremden und nicht zuſtändigen Inländer, „welche die Nothwendigkeit ihres hieſigen Aufenthalts legal nachzuweiſen nicht im Stande ſind,“ iſt der 30. dieſes Monats als letzter Termin geſtellt. Nach Ablauf deſſelben trifft alle Quartiergeber oder Hauseigenthümer, welche die Meldung des Aufenthalts ausgewieſener Individuen unterlaſſen, eine Strafe von 20 bis 100 fl. C. M., oder Arreſt von drei Tagen bis zu einem Monate. Als Veranlaſſung zu dieſer Maßregel wird in dem Erlaſſe des Militär- und Civil-Gouvernements die Wahrnehmung angegeben, daß hier Fremde die ihnen zugeſtandene gaſtfreundliche Aufnahme und Duldung zu Verſuchen die öffentliche Ruhe zu ſtören benutzt hätten. Die Stadthauptmannſchaft ruft zugleich die Bürger und beſonders die Vertrauensmänner auf, ſie bei Vollführung dieſes Beſchluſſes zu unterſtützen.

Briefe, die vor drei Tagen aus Gallizien hier eintreffen, ſprechen von einem an der Grenze ſtehenden ruſſiſchen Armeekorps von 150,000 Mann. Die Anzahl kam mir auf's äußerſte übertrieben vor, aber ſie wird heute von andern Seiten beſtätigt, und im Grunde iſt es beſſer, man ſieht in Deutſchland die ruſſiſchen Kraftentwicklungen in ihrer ganzen Größe, als daß man ſie geringſchätzt, wie es uns mit den Ungarn erging.

Aus Peſth nichts Neues, als daß die Inſurgenten dort am 25. wo ſie erwartet wurden, nicht eingezogen. Das bisher in Ofen befindliche General-Armee-Kommando iſt nach Stuhlweißenburg übergeſiedelt; das Hauptquartier Weldens dagegen ſoll dem Vernehmen nach in Babolna ſein. Im Cheikiſten Bataillon ſind 7 Dörfer durch Perczel bis auf den Grund abgebrannt und 7 andere ausgeplündert. Bei den Truppen welche der Backa zu Hülfe ziehen ſollen, haben ſich vier Kompagnien Klementiner geweigert, dahin abzuziehen, ebenſo der katholiſche Theil der Peterwardeiner Grenzer. Man hofft ſie zwar zum Gehorſam zu bringen, es iſt aber doch ein bedenkliches Zeichen einer bedenklichen Stimmung.

Für morgen und übermorgen haben die hieſigen Kaſernen die Ordre erhalten „in Bereitſchaft" zu ſein, über die Urſache ſinnt man umſonſt nach. Unordnungen fielen hier keine vor, wenn man das Aufſpielen ungriſcher Nationallieder und hie und da ein „Eljen" in einzelnen Gaſthäuſern der Vorſtädte nicht etwa ſo nennen will, und aus Ungarn ſind keine ſchlimmere Nachrichten eingetroffen. Seit einigen Tagen iſt es nicht mehr erlaubt den Stephansthurm zu beſteigen; der radikale Wiener will darin gleich den Beweis finden, daß die ungariſchen Vorpoſten im Marchfelde ſtehn. Der Lloyd bringt jetzt täglich neue Artikel um auf die Nothwendigkeit und die Vortheile der ruſſiſchen Intervention in Ungarn vorzubereiten. N. S. Soeben trifft die Nachricht ein, daß ſich das Hauptquartier Weldens ſeit geſtern Abend in Raab befindet.

* **Wien.** 27. April. Vom Kriegsſchauplatze kam bis geſtern Abend nichts Neues; dagegen verlautete mit Beſtimmtheit, daß 80,000 Ruſſen auf 2 Punkten, aus Polen und der Walachei, unverzüglich einrücken würden. Der Leitartikel im heutigen „Lloyd" giebt hierüber keinem Zweifel Raum. Der öſterreichiſche Patriotismus im Gegenſatz zu dem deutſchen, ungariſchen und italieniſchen, erheiſche die ruſſiſche Hilfe(!) „Wir ſind alſo," heißt es am Schluſſe, „gern bereit, ruſſiſche Hilfe anzunehmen, jedoch auf Bedingungen. Die erſte iſt, daß ſie uns ſchnell, daß ſie uns gleich zu Theil werde; die zweite, daß ſie uns in ausreichender Zahl, maſſenweiſe zukomme." In Ofen war man weniger beſorgt, da man wußte, daß ein Angriff der Feſtung ein zerſtörendes Bombardement Peſth's zur Folge haben würde, eine Eventualität, welche herbeizuführen ſich die Magyaren wohl ſchwerlich entſchließen werden. Eine amtliche Erklärung im geſtrigen Abendblatt der Wiener Zeitung erläutert den Zweck der neuen ungariſchen Anweiſungen. Eine Annäherung an das Law'ſche Syſtem in Abrede ſtellend, ſetzt ſie dieſelbe in die Kategorie der Kriegsreſerve und Quittungen und ertheilt die Verſicherung einer ſtrengen Kontrolle. Nach authentiſchen Mittheilungen war es nicht eine Pulvermine oder ein Pulverthurm, welcher zu Komorn aufgeflogen iſt, vielmehr hat eine aus der Feſtung geworfene Bombe nicht nur ein mit Munition verſehenes Donaudampfſchiff auffliegen laſſen, ſondern es ſind auch dadurch einige Schleppboote ſtark beſchädigt worden. Aus Peſth fehlt es an Briefen, doch nicht an Reiſenden. Nach ihrer Erzählung ſind etwa 200 Honved-Huſaren nach Peſth gekommen; ein Theil der Nationalgarde bewaffnete ſich und fraterniſirte mit ihnen. Koſſuth ließ eine Proklamation verbreiten, worin er die Kriegsereigniſſe ſchildert. Die ungariſchen Banknoten ſtiegen auf Pari; 2 ungariſche Zeitungen organiſiren ihre Redaktionen; der „Peſti Hirlap" iſt auf weißem Papier mit grünen Buchſtaben und rothem Rand, als Symboliſirung der Nationalfarben, erſchienen. Das Wichtigſte iſt, daß wir über unſere dort zurückgebliebenen Landsleute einigermaßen beruhigt ſein können, da Koſſuth erklärt haben ſoll, Niemand wegen ſeiner politiſchen Geſinnung verfolgen zu wollen. Ban Jellacic ſoll ſeinen Marſch auf derſelben Straße nach Kroatien genommen haben, auf der er vor mehreren Monaten gegen Peſth aufgebrochen war; er ſoll deshalb nicht auf Dampfſchiffen nach Südungarn abgegangen ſein, weil ſich durch die an der Donau bei Földvar errichteten Batterien der Ungarn die Paſſage der Donau als nicht hinlänglich ſicher herausgeſtellt habe.

Der leidende Zuſtand des Grafen Stadion iſt doch ſo erheblicher Art, daß man die Hoffnung aufgeben muß, ihn bald wieder die Leitung der Geſchäfte übernehmen zu ſehen. Die Aerzte ſollen ſogar eine mehrmonatliche Erholung für nöthig finden, und dadurch gewinnt das Gerücht mehr Bedeutung, daß Juſtizminiſter Bach definitiv das Portefeuille des Miniſterium des Innern übernehmen, und an ſeine Stelle Hr. v. Schmerling treten ſoll. Bei dem einestheils wehrhaften, anderntheils verwüſteten Stand Siebenbürgens iſt es zu vermuthen, daß die ruſſiſchen Truppen in größter Maſſe über Mähren, und zwar über Biala und Neutitſchein nach Ungarn gehen werden, während die Beförderung auf der Eiſenbahn, wegen möglicher Kolliſionen mit dem preußiſchen aufgeſtellten Obſervationskorps, vermieden werden dürfte. Man hält es nicht für unwahrſcheinlich, daß auch Wien ruſſiſche Einquartierung erhalten könnte. Die preußiſche Regierung ſoll aus Anlaß der jüngſten Kriegsereigniſſe in Ungarn, die Zuſammenziehung eines Obſervationskorps, zur Deckung der ſchleſiſchen Grenze beabſichtigen. Am 24. d. kamen auf der Nordbahn abermals 270 ungariſche Honveds an, welche bei einem Einbruch bei Skalitz in Galizien gefangen wurden. Sie befanden ſich in jeder Beziehung im elendſten Zuſtande, die meiſten von ihnen waren ohne alle Fußbekleidung. Aus Iſtrien wird eine Deputation an den Kaiſer abgehen, um die Vereinigung jener Provinz mit Krain und Görz zu verhindern, und um eine ſelbſtſtändige Vertretung oder Vereinigung mit Trieſt zu bitten. In Prag iſt der beliebte Charivari der Czechen, der „Schoteck", in Folge des Preßgeſetzes eingegangen. Aus Olmütz ſchreibt man, daß das Militär ſichtlich aus der Stadt ſchwindet, die Ausfälle ſind ſchon ohne Wachen und ſelbſt die Hauptwache zählt kaum 15 Mann, doch ſind einige neue Kanonen auf den Wällen aufgepflanzt. Aus Krakau wird berichtet, daß in Michalowice, nächſt Krakau, zuſammengezogene ruſſiſche Armeekorps ſolle verläßlichen Nachrichten zu Folge aus ungefähr 25,000 Mann und mehr als 30 Stück Feldgeſchützen beſtehen. Es werden übrigens noch namhafte Verſtärkungen erwartet, welche in den nächſten Tagen eintreffen ſollen.

Berlin, 29. April. Die königl. Regierung hat unter geſtrigem Datum folgendes Schreiben an den königl. Bevollmächtigten bei der proviſoriſchen Centralgewalt erlaſſen:

„Als Sr. Maj. dem Könige durch die Deputation der deutſchen Reichsverſammlung am 3. d. M. die Botſchaft von der auf ihn gefallenen Wahl zum deutſchen Kaiſer überbracht wurde, ſprach Se. Majeſtät, im Gefühle der hohen Bedeutung des Augenblicks für die ganze Zukunft Deutſchlands, feierlich aus, daß Er in dem an Ihn ergangenen Rufe die Stimme der Vertreter des deutſchen Volks erkenne und den Werth des Ihm durch dieſes Vertrauen gewordenen Anrechts zu ſchätzen wiſſe, daß Er aber ohne das freie Einverſtändniß der Fürſten und der freien Städte Deutſchlands eine Entſchließung nicht faſſen könne, welche für ſie und die von ihnen regierten deutſchen Stämme die entſcheidendſten Folgen haben müſſe.

Dieſer Antwort des Königs gemäß, hat die Regierung Sr. Majeſtät an demſelben Tage an ſämmtliche deutſche Regierungen die Einladung ergehen laſſen, ſich offen und umfaſſend über ihre Abſichten und Wünſche auszuſprechen.

Sie hat dieſelben um beſtimmte Erklärungen ſowohl über die Sr. Majeſtät zugedachte Stellung, als über die ganze aus den Berathungen der Nationalverſammlung hervorgegangene Verfaſſung erſucht; ſie hat es dabei nicht verhehlt, daß ſie ſelbſt dieſe eben erſt durch raſche Beſchlüſſe zur Vollendung gelangte Verfaſſung einer reiflichen Prüfung und gründlichen Erwägung unterziehen müſſe, ehe ſie dem Könige ihren Rath über die Annahme derſelben vorlegen dürfe.

Indem die königliche Regierung dieſen Weg einſchlug, iſt ſie den Grundſätzen treu geblieben, welche ſie von Anfang an für ihr Verfahren in der großen Angelegenheit der Neugeſtaltung der deutſchen Verfaſſung ſich vorgezeichnet hatte, und welche ſie eben ſo offen und klar ausgeſprochen, als mit ernſter und aufrichtiger Konſequenz feſtgehalten zu haben ſich bewußt iſt.

Dieſe Grundſätze ſind in der Note vom 23. Januar d. J. niedergelegt. Sie beruhen auf der gewiſſenhaften Achtung aller Rechte der Regierungen, wie der Nationalverſammlung, und auf der tiefgewurzelten Ueberzeugung, daß es vorzugsweiſe Preußens Beruf ſei, auf dem Wege des Rechts und Friedens auf die von der Nation geforderte Einheit, Freiheit und Macht Deutſchlands hinzuwirken. Aus dieſer nie verleugneten Ueberzeugung ging die Erklärung hervor, daß die Verfaſſung Deutſchlands nur auf dem Wege der Verſtändigung zwiſchen den Regierungen und der Nationalverſammlung feſtgeſtellt werden müſſe, und der Entſchluß, zu dieſer Verſtändigung ſelbſt die Initiative zu ergreifen. Indem Preußen ſich bereit zeigte, alle im Intereſſe der Geſammtheit von ihm zu verlangenden Dienſte dem deutſchen Vaterlande, auch mit eigenen Opfern zu erweiſen, und zugleich den feſten Entſchluß ausſprach, keine ihm angebotene Stellung anzunehmen, als mit freier Zuſtimmung der verbündeten Regierungen, durfte es als Lohn für ſeine uneigennützigen Beſtrebungen hoffen, daß durch ein einträchtiges Zuſammenwirken der Regierungen das große Werk der deutſchen Verfaſſung zu Stande kommen werde.

Die königliche Regierung betrat daher mit Vertrauen und Zuverſicht dieſen Weg der Verſtändigung, auf welchem die Mehrzahl der übrigen Staaten ſich ihr mit demſelben Vertrauen anſchloſſen. Sie erkannte das

aus den Berathungen der Nationalverſammlung in erſter Leſung hervorgegangene Werk ſeiner vollen Bedeutung nach an, indem ſie die Ueberzeugung ausſprach, daß der Entwurf im Weſentlichen die Grundlagen eines kräftigen, und den Anforderungen der Zeit gemäß geſtalteten Bundesſtaates enthalte; ſie mußte aber nach gewiſſenhafter Prüfung deſſelben auch erklären, daß ſie Abänderungen deſſelben für nothwendig und zum Heile des Gonzen, wie der Einzelnen, erforderlich halte. Die Geſichtspunkte, von welchen ſie bei dieſen Abänderungs-Vorſchlägen ausging, ſind in der Inſtruktion vom 16. Februar dahin ausgeſprochen, daß es darauf ankomme: 1) die Kompetenz der Bundesgewalt geneuer zu begrenzen, innerhalb dieſer Kompetenz aber ihr eine kräftige Handhabung zu ſichern; 2) die Exiſtenz der Einzelſtaalen als ſelbſtſtändige Organismen möglichſt zu wahren und ſie nicht weiter zu beſchränken, als zur Erreichung der weſentlichen Bedingungen des Bundesſtaales nothwendig ſei.

Dieſe Geſichtspunkte waren nicht auf das augenblickliche Bedürfniß berechnet, ſondeen liegen ſo weſentlich in der Natur der Sache und der eigenthümlichen Verhältniſſe Deutſchlands, daß die königliche Regierung dieſelben unter allen Umſtänden feſthalten mußte und davon nicht abgehen kannte, ahne die Geſammt-Entwickelung Deutſchlands auf das Ernſtlichſte zu bedrohen. Eine Verfaſſung, welche dieſe Grundlagen beſeitigte, könnte Deutſchland nicht zum Heile gereichen.

Die meiſten deutſchen Regierungen ſchloſſen ſich den Abänderungs-Varſchlägen Preußens an, welche ſich auf dasjenige beſchränkten, was aus den aben aufgeſtellten Grundſätzen mit unabweisbarer Nothwendigkeit hervorging; andere haben beſondere Varſchläge an das Reichsminiſterium gelangen laſſen, welche aber im Weſentlichen von denſelben Geſichtspunkten ausgehen.

Die Regierungen gaben dieſe Anträge der Nationalverſammlung hin, in dem Vertrauen, daß dieſelbe ſie einer eingehenden, gründlichen Berathung und Berückſichtigung würdigen werde. Wir können noch jetzt die Anſicht nicht aufgeben, daß, wenn dies in der erwarteten Weiſe geſchehen wäre, eine Verſtändigung würde zu erzielen geweſen ſein.

Es hätte alsdann aus der gemeinſamen Arbeit der Nationalverſammlung und der Regierungen der Bau einer Verfaſſung hervorgehen können, unter deren Schutz alle deutſchen Stämme einer gemeinſamen tüchtigen Entwickelung entgegengezangen wären. Und wenn einzelne deutſche Staaten noch durch ihre eigenthümlichen Verhällniſſe an der Theilnahme daran verhintert worden wären, ſo hätte ſich doch durch die Mitwirkung der Nationalveeſammlung und eine redliche Verſtändigung der Regierungen unter einander auch innerhalb des großen, beſtehenden und unter allen Umſtänden heilig zu achtenden Bundes eine engeee Gemeinſchaft bilden können, welche denen, die ſich ihr angeſchloſſen, die Gelegenheit und die Bedingnngen zu einer kräftigeren Entfaltung nach innen und außen dargeboten hälte.

Preußen hatte, nach der einen wie nach der anderen Seite hin, gethan, was an ihm war, um die Verſtändigung herbeizuführen. Es wartete mit Ruhe und Vertrauen die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ab; es hat nicht verſucht, irgend welchen weiteren Einfluß auf ihre Berathungen auszuüben, ſondern dem Patriotismus und der Weisheit der Vertreter des deutſchen Volkes vertraut. Die königliche Regierung hielt an dem eingeſchlagenen Gange ihrer Politik um ſo freudiger feſt, als die allgemeine Stimme des preußiſchen Volkes ſich auf unzweideutige Weiſe damit einverſtonden erklärt hatte.

In dieſer Stellung fand ſich die königliche Regierung, ſtark durch die Loyalität und die Treue, mit der ſie an den von ihr ſelbſt aufgeſtellten Grundſätzen des Rechts und der Verſöhnung feſthielt, als die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung über die zweite Leſung der Verfaſſung und die Wahl Sr. Majeſtät des Königs erfolgten.

Dieſe Beſchlüſſe bewieſen, daß die Nationalverſammlung auf den von uns dargebotenen Weg der Verſtändigung nicht eingegangen war. Die Vorſchläge der königlichen Regierung, ſo wie die der übrigen, waren gar keiner Berathung im Schoße derſelben unterzogen; ſie hatten ſelbſt nicht in dem Maße, wie ſie durch den vorbereitenden Ausſchuß aufgenommen waren, bei der Verſammlung ſelbſt Berückſichtigung gefunden: dagegen waren weſentliche Beſtimmungen des früheren Entwurfs in deeilter Beſchlußnahme weggefallen, andere aufgenammen, welche dem ganzen Weeke einen durchaus neuen Charakter verliehen. Als der Schlußſtein dieſes neuen Werks war die Wahl Sr. Majeſtät des Königs zum Kaiſer vorgenommen, und das ſo vollendete Ganze als ein unantaſtbarer Organismus zur Annahme hingeſtellt und Sr. Majeſtät dem Könige dargeboten.

Die königliche Regierung mußte ſich in dieſem ernſten Augenblicke die Frage vorlegen: ab ſie dadurch ſich veranlaßt fühlen dürfe, auch ihrerſeits von dem bisherigen Wege abzuweichen und dem Könige zu einer unbedingten Annahme des Dargebotenen zu rathen?

Sie hat dieſe Frage nach Pflicht und Gewiſſen beantwortet.

Der Weg, den ſie hätte verlaſſen ſollen, war der Weg des Rechtes und des Friedens, der Konſequenz und der Treue. Se. Majeſtät der König ſelbſt haben keinen Augenblick daran zweifeln können, daß auf dieſem Wege allein für Deutſchland, für Preußen, für Ihn ſelber und Sein Haus Heil und Ehre zu finden ſei. Dieſen Standpunkt haben daher auch die Antwort des Königs an die Deputation und das Cirkular der königlichen Regiernng von demſelben Tage offen und aufrichtig feſtgehalten.

Von eben dieſem Standpunkte aus ſieht Se. Majeſtät der König erſt jetzt, nachdem die durch jenes Cirkular erbetenen Erklärungen der verbündeten Regierungen erfolgt und unſererſeits die Beſtimmungen der in 2ter Leſung beſchloſſenen Veefaſſung noch der gründlichſten und ſorgſamſten Erwägung unterzogen worden ſind, Sich in der Lage, Seinen definitiven Entſchluß über den an Ihn ergangenen Ruf der Nationalverſammlung auszuſprechen.

Die Erklärungen der deutſchen Fürſten und Regierungen haben gezeigt, wie weit die Anſichten, namentlich in der Oberhauptsfeage, auseinandergehen und wie wenig Hoffnung auf Erzielung eines umfaſſenden Einverſtändniſſes vorhanden war. Während einzelne Fürſten mit einem Vertrauen, welches Se. Majeſtät nur mit hoher Genugthuung anerkennen kann, den Wunſch ausgeſprochen haben, der König möge die dargebotene Krone annehmen: haben Andere in der Errichtung eines erblichen Kaiſerthums ſelbſt die größte Gefahr für Deutſchland erblickt, und ihre Abneigung oder ihren feſten Entſchluß ausgeſprochen, einem anderen deutſchen Fürſten als Kaiſer ſich nicht unterzuordnen. Die bedeutendſten dentſchen Regieeungen haben die Verfaſſung in der Form, wie ſie voeliegt, nicht annehmen zu können erklärt.

Dagegen hat eine große Anzahl deutſcher Regierungen die Bedenken, welche ſie früher mit uns getheilt, jetzt um der Dringlichkeit der Umſtände willen aufgeben zu müſſen geglaubt und noch ehe wir die Berathungen mit ihnen eröffnen konnten, ſich gegen das Reichsminiſterium dahin erklärt, doß ſie die Verfaſſung unbedingt anzunehmen und Veränderungen derſelben nur auf dem in ihr ſelbſt beſtimmten Wege zuzuloſſen bereit ſeien. Sie ſind dabei von der durch den Erfolg nicht beſtätigten Vorausſetzung ausgegangen, daß dieſelbe durch den Beitritt der übrigen Staaten in ganz Deutſchland wirklich zur Geltung kommen werde.

Es iſt ſchon oben angedeutet worden, daß dieſe Verfaſſung bei der zweiten Leſung in ihren Grundlogen weſentlich modifizirt worden ſei und zwar nach einer Richtung hin, welche es der königlichen Regierung unmöglich machte, Sr. Majeſtät die Annahme derſelben zu rathen. Dies hat das Miniſterium ſchon der eigenen Landesvertretung gegenüber erklärt. Die weitgehenden Beſtimmungen des erſten Entwurfs über die Befugniſſe der Reichsgewalt zum Eingreifen faſt in alle inneren Verhältniſſe der einzelnen Länder, welche eine ſelbſtſtändige Verwaltung der letzteren unmöglich machen und ſie mit der Zeit abſoebiren würden, ſind nicht beſeitigt worden. Die in die Verfaſſung aufgenommenen Grundrechte enthalten einzelne, ſo tief eingreifende und in mancher Hinſicht noch zweifelhafte Grundſätze, daß es bedenklich ſcheinen muß, dieſelben, als für alle Zeiten bindend, den einzelnen Staaten aufzudrängen. Daneben iſt den letzteren durch den Wegfall des ganzen Kapitels vom Reichsrath jede Mitwirkung bei der Ausübung einer ſie ſelbſt ſo vielfach nahe berührenden Exekutivgewalt genommen; und dennoch iſt dem ſo iſolirt und in ſcheinbar einziger Machtvollkommenheit hingeſtellten Reichsoberhaupte durch die Annahme des ſuspenſiven Veto und die Ausdehnung deſſelben ſelbſt auf Verfaſſungs-Aenderungen in Wahrheit eine Stellung gegeben, bei der weder die Würde, noch die zum Heile des Ganzen, wie der Einzelnen eeforderliche Macht gewahrt werden kann. Das konſtitutionell monarchiſche Prinzip, an welchem die große Mehrzahl des deutſchen Volkes mit Liebe und Vertrauen feſthält, iſt durch dieſe Stellung in ſeinem Weſen bedroht; und in Verbindung mit dem alle Schranken niederwerfenden Wahlgeſetz erhält die ganze Verfaſſung dadurch einen Charakter, welcher ſie nur als das Mittel erſcheinen läßt, um allmälig und auf anſcheinend legalem Wege die oberſte Gewalt zu beſeitigen und die Republik einzuführen.

Durch die Annahme einer ſolchen Verfaſſung würde die königliche Regierung nicht nur die oben als maßgebend bezeichneten Geſichtspunkte gänzlich verläugnet, ſondern auch die beſonnenen, nach wahrer Freiheit ſtrebenden und konſervativen Elemente Preußens und Deutſchlands in ihrem inneeſten Weſen verletzt haben.

Ein Hinweggehen über dieſe ernſten Bedenken um des Dranges augenblicklicher Schwieeigkeiten und Gefahren willen, würde um ſo weniger zu rechtfertigen ſein, als es ſich nicht allein um die Befriedigung eines augenblicklichen Bedürfniſſes, ſondern um die Schaffung eines Werkes handelt, welches durch ſein eigenes Weſen Dauer verbürgen und die Zukunft Deutſchlands ſicher ſtellen ſoll.

Se. Majeſtät der König hat ſich demnach nicht verhehlen können, daß die Vorbedingungen fehlen, welche allein Ihm eine Annahme der auf Ihn gefallenen Wahl möglich machen konnten; und in ernſter Erwägung der Pflichten, welche Ihm gegen Deutſchland und gegen Sein eigenes Land obliegen, ſo wie der Verantwortlichkeit, welche auf Ihm perſönlich dabei ruhen würde, hat Er Sich in Seinem Gewiſſen nicht für berechtigt halten können, an Sein Land und Volk diejenigen Anforderungen zu machen, welche dieſe neue Stellung bedingt haben würde, und hat Sich daher mit dem Rathe Seines Staatsminiſteriums entſchloſſen, die auf Grund der in Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung Ihm dargebotene Kaiſerwürde abzulehnen.

Es ſind nicht die ſchweren Pflichten, es ſind nicht die Opfer, welche dieſelbe Ihm auflegen würde, vor denen der König zurückſcheut. Deutſchland hat von ſeinen Fürſten jedes Opfer zu fordern, außer dem des Rechtes, der Wahrheit und der Treue; ein ſolches Opfer würde niemals zum Heile des gemeinſamen Vaterlandes gereichen. Se. Majeſtät hegt daher auch das feſte Vertrauen, daß ſowohl die Nationalveeſammlung, wie die ganze deutſche Nation die Geſinnung anerkennen werden, aus welcher Sein Entſchluß hervorgegangen iſt.

Wie der König ſelbſt unter den Erſten geweſen iſt, aus freier Entſchließung zu der Neugeſtaltung Deutſchlands zu einem kräftigen Bundesſtaat die Hand zu bieten, ſo wird Er auch der Letzte ſein, an dem Gelingen dieſes großes Werkes zu verzweifeln. Preußen wird ſich unter keinen Umſtänden von dem Weeke der deutſchen Einigung zurückziehen, vielmehr auch jetzt alle Kraft aufbieten, um daſſelbe zu fördern. Die königliche Regierung hat zueeſt den Weg der Verſtändigung eingeſchlagen, und wenngleich ihre bisherigen Bemühungen ohne ihre Schuld fruchtlos geblieben ſind, ſo will ſie doch denſelben nicht aufgeben und erklärt daher ihre fortwährende Bereitwilligkeit, auf jede Verſtändigung einzugehen. Wie wir ſchon am 23. Januar die Anſicht ausgeſprochen haben, daß die Aufrichtung einer neuen deutſchen Kaiſerwürde zu der Erlangung einer wirklichen und umfaſſenden deutſchen Einheit nicht nothwendig ſei: ſo konnen wir auch jetzt nur an der Ueberzeugung feſthalten, daß die Ablehnung derſelben durch Se. Majeſtät den König keine Gefährdung, vielmehr eine Förderung dieſer Einheit ſein werde. Wenn die Nationalverſammlung uns wirklich in gleichem patriatiſchem Sinne entgegenkommen will, ſo liegt es noch immer in ihrer Hand, der Verfaſſungsangelegenheit eine ſolche Wendung zu geben, daß die Regierungen ſich mit ihr verſtändigen und unter ihrer Mitwirkung und auf dem Wege der Vereinbarung die oon einer ruhigen Erwägung der deutſchen Verhältniſſe geforderten Modifikationen zu Stande kommen können.

Daß es überhaupt möglich ſein muſſe, auf die Berathung der Verfaſſung noch einmal zurückkommen und Modifikationen derſelben ins Auge zu faſſen, wird, glauben wir, ſchon darum die Nationalverſammlung ſelbſt nicht verkennen, weil ſie ſich nicht ſelbſt wird verhehlen konnen, daß der

Ueberſicht.

Herrn v. d. Pfordten's bairiſche Jungfernrede.

Deutſchland. Frankfurt (Die konſtituirende Verſammlung der freien Stadt.) Poſen (Die Polen und die Deutſchen in der deutſchen Verfaſſungsfrage.) Aus der Wetterau (Das Bad Nauheim.)

Herrn v. d. Pfordten's bairiſche Jungfernrede.

≏ **München**, 25. April. Heut iſt der Tag Marcus, des Evangeliſten, deſſen Evangelium Sonderlinge in der Theologie für das Urevangelium erklärt haben, während früher recht unbefangene und verſtändige Leute daſſelbe nur als trockenen Auszug aus Lucas und Paulus bezeichneten. Ein gleiches Evangelium iſt heut auch den Baiern in der Extrabeilage der Neuen Münchener Zeitung verkündet worden. Es führt den Titel: „Erklärung der baieriſchen Regierung in der deutſchen Verfaſſungsfrage.“ Unſer Evangeliſt heißt Ludwig v. d. Pfordten und iſt Miniſter des Aeußern in Baiern geworden. In ſeiner Lehre vom römiſchen Rechte dem Miniſterium Abel zu freiſinnig, hatte er dies Geſchäft vor etwa 6—8 Jahren zu Leipzig ohne äußere Anfeindungen fortzuſetzen begonnen, bis er urplötzlich aus dem Staube der Inſtitutionen, Novellen und Pandekten auf die Miniſterbank ſtieg, um ein Stücklein Deutſchlands als nachmärzlicher Miniſter in Aufklärungs- und innern Angelegenheiten zu verwalten. Als er dort herab zu ſteigen genöthigt geweſen war, rief ihn das nachbray'ſche Baiern heran, um in der baieriſch-deutſchen Frage das Evangelium zu verkünden. Dieſe frohe Botſchaft hat nun mit dem Evangelium Marci gemein, daß man nicht genau weiß, ob es ein Urwerk, oder nur ein Auszug aus den Bray'ſchen oder Ollmützer Akten. Die Regierungspartei nennt's original, das Publikum nicht. Es käme alſo darauf an, kritiſch feſtzuſtellen, ob es mehr Schwarzenberg'ſche oder Bray'ſche Elemente enthält.

Wohl darf ich vorausſetzen, daß Ihnen bereits das fragliche Schriftſtück zu Handen gekommen, wenn dieſe Zeilen Frankfurt erreichen, obſchon ſelbſt das Münchener Publikum heut noch nicht ſo glücklich ſein würde, daſſelbe aller Orten zu finden, falls nicht die „fliegenden Buchhändler“ der geringen Verbreitung der N. Münchener Zeitung hülfreich unter die Arme gegriffen hätten, was deren Nutzen — nämlich der fliegenden Buchhändler — unwiderleglich darthut. Ich darf alſo wohl auch die Einleitung mit ihrer Berufung auf das bundestägliche Wahlausſchreiben vom 30. März und 7. April. v. J. übergehen, wonach „Nationalvertreter für das zwiſchen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende deutſche Verfaſſungswerk gewählt werden ſollten.“ Wir haben dieſe Berufung faſt wörtlich in unterſchiedlichen Noten Baierns bereits geleſen und können ſie alſo unbedenklich zur Bray'ſchen Hinterlaſſenſchaft rechnen. Ollmützer Wiederhall findet ſich erſt im zweiten Abſchnitte, worin der deutſchen Reichsverſammlung eine „Ausſchließung“ Oeſterreichs ſchuldgegeben und gleichzeitig behauptet wird: „jene Ausſchließung wäre eine Verleugnung der ganzen deutſchen Geſchichte und ein Undank des übrigen Deutſchlands gegen Oeſterreich, das zu keiner Zeit die deutſche Sache verlaſſen hat.“ Daß der neue baieriſche Miniſter mit dieſer Ollmützer „Ausſchließung“ der offenkundigen Wahrheit der Thatſachen offen in's Geſicht ſchlägt, iſt bei Gelegenheit der öſterreichiſchen Erklärungen zu klar und wiederholt allenthalben anerkannt worden, als daß wir den Leſern dieſer Blättern eine Wiederholung anmuthen möchten. Neu iſt jedoch, außer ebenfalls in einigen, doch ſchüchternen Andeutungen von öſterreichiſcher Seite, die Entdeckung, daß Oeſterreich zu keiner Zeit die deutſche Sache verlaſſen hat. Selbſt wenn man nur ein vierzehn Tage vorhaltendes Gedächtniß hat und nicht etwa damals ſchon geſchriebene Worte unbeſehen als eigene Ueberzeugung in neuere Erklärungen aufnimmt, oder wenn man die Geſchichte der Napoleoniſchen Zeiten in irgend einem Schulhandbuche nachlieſt, kann man das Gegentheil ohne große Mühe entdecken. Nein, nicht entdecken; man müßte erröthen, wenn man nachher noch ſolche Worte als Regierungs-, nicht als Parteierklärung niederzuſchreiben beabſichtigte. Dem neuen baieriſchen Miniſter ſcheint übrigens dieſer ſelbſtſtändige Gedankenaufſchwung für den folgenden Abſchnitt die Schwingen des Geiſtes gelähmt zu haben, denn dieſer beſteht wieder faſt wörtlich aus Sätzen früherer Bray'ſcher Behauptungen von der durch die Reichsverfaſſung erfolgenden Verwandlung des deutſchen Bundesſtaates in einen Einheitsſtaat, als deſſen signum characteristicum & flebile das Kaiſerthum betrachtet wird, während natürlich die entſetzliche, furchtbare, alle Einzelſtaaten desorganiſirende „Centraliſation“ im bengaliſchen Feuer um dieſen Erbkaiſer ſpielt. Eines dieſer bengaliſchen Feuergebilde erſcheint z. B. der Satz: „Eine ſolche Centraliſirung eines großen Volkes iſt nach dem Zeugniſſe der ältern und neueſten Geſchichte das Grab ſeiner gleichmäßigen Entwickelung und Bildung, ſeiner innern Ruhe und ſelbſt ſeiner Freiheit.“ Dieſes Zeugniß der „neueſten“ Geſchichte ſchielt natürlich nach der franzöſiſchen Republik mit ſchadenfrohem Lächeln; aber die „ältere“ Geſchichte eben dieſes binnen einem Jahre freilich noch nicht innerlich gefeſteten Frankreichs beweiſt ſeit dem Untergange der einzelherrſchenden Seigneurie durch einige Jahrhunderte doch recht deutlich, wie ein Staat ſich fortbilden und entwickeln, innere Ruhe genießen und die Freiheit erringen, ſogar zeitweiſe im innigſten Verhältniſſe zu Baiern, gegen Deutſchland ſtehen kann. Und iſt denn etwa Baiern mit ſeinen verſchiedenen deutſchen Stämmen ſelber frei von ſolcher Regierungscentraliſation? Allerdings, die Pfalz hat ihre beſondern Inſtitutionen, und in civilrechtlichen Angelegenheiten haben die Obergerichte nach einigen ſiebenzig verſchiedenen Civilrechten zu entſcheiden. Wir haben jedoch dieſe Mannigfaltigkeit nirgends als einen Vorzug baieriſcher Geſetzgebung loben, noch weniger einer Berückſichtigung dieſer baieriſchen Stammesverſchiedenheit in dem umzugeſtaltenden konſtitutionellen Grundgeſetz das Wort reden hören. Allein abgeſehen von dem Allen, iſt's mindeſtens eine Unrichtigkeit, wenn behauptet wird, die Reichsverfaſſung und das Erbkaiſerthum bedingen eine Centraliſation Deutſchlands. Das wieder in der Pfordten'ſchen Erklärung nach dem Muſter früherer baieriſcher Regierungsredeweiſe ſo väterlich ſorgſam hervorgehobene „Stammesleben“ wird weder durch ein deutſches Reich, noch durch deſſen Verfaſſung beſchädigt. Und endlich, wenn nun die Geſchichte großer Staaten ſo entſchieden gegen eine centraliſirende Verfaſſung ſpräche, warum hätte denn jetzt gerade Oeſterreich, daſſelbe Oeſterreich, deſſen Staatsweisheit dieſe baieriſche Erklärung durchgeiſtet, jetzt im kritiſchſten Momente ſeines Beſtandes den Einheitsſtaat für ſeine Monarchie feſtgeſtellt, eine Monarchie, welche nicht mehr aus mehreren Stämmen eines Volkes, ſondern aus den verſchiedenſten Völkerſchaften beſteht? Oder ſollen wir etwa auf das vom neuen baieriſchen Miniſter ſicherlich ſehr bewunderte ruſſiſche Reich hinweiſen, welches ja doch auch nach der abſoluteſten Centraliſation hinarbeitet, und doch gewiß nicht in der Abſicht ſich zu ſchwächen?

Aber freilich: „das iſt das Gefährlichſte, wenn einem Volke eine Verfaſſung gegeben wird, die ſeinem Weſen widerſtreitet, denn entweder wird alsdann dieſe Verfaſſung ſelbſt nicht ins Leben treten, oder ſie wird das Leben und die geiſtige Kraft des Volkes vernichten.“ Damit iſt alſo geſagt, daß die von den Vertretern aller Stämme des deutſchen Volkes erſchaffene Verfaſſung dem Weſen des deutſchen Volkes widerſtreitet. Wer kennt nun Weſen und Bedürfniſſe des deutſchen Volkes beſſer, die aus ſeiner Mitte hervorgegangenen, von ſeinen vormärzlichen Leiden mitbetroffenen, von den vom Volke geſtürzten Regierungen früher großentheils als mißliebige Agitatoren behandelten Organe des Volkes, oder die nur um ihrer fürſtlichen Herrn Souveränetätsgelüſte tief bekümmerten Diener des Partikularismus, welche jetzt immer von Neuem ihre Stimme erheben, während das von der Reichsverfaſſung angeblich im innerſten Weſen beleidigte Volk den Wahnſinn der Selbſtvernichtung ſo weit treibt, aller Orten mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln auf die Anerkennung und Geltung dieſer Reichsverfaſſung zu dringen? Jene Kämpen der offendirten Selbſtherrlichkeitsgelüſte führen ja ſonſt immer den „geſunden Sinn“ des Volkes im Munde, wenn er gerad in ihr Spiel paßt. Und auch Hr. v. d. Pfordten iſt äußerſt geſchäftig, die übereilte Erklärung der baieriſchen Kammern — deren Erklärungen bei den jetzigen Sachlagen man freilich durch eine dritte Vertagung unmöglich gemacht hat — gegen die Trennung von Oeſterreich und ein Erbkaiſerthum, wie eine wohlüberlegte Kundgebung der baieriſchen Stammeseigenthümlichkeit geltend zu machen. Aber er vergißt, daß dieſe ſelben Kammern nicht ſo übereilt, ſondern nach langen Debatten ſich eben ſo entſchieden für unbedingte Geltung der Grundrechte in Baiern ausſprachen; daß ferner dieſe ſelben Kammern nicht mehr gehört wurden nach den nachfolgenden Erklärungen Baierns wie Oeſterreichs, welches frei-

lich nach Herrn v. d. Pfordten „zu keiner Zeit die deutſche Sache verlaſſen hat.“ Da läßt ſich leicht ſagen, ſo und ſo habe ſich Jemand entſchieden, wenn man alle nachfolgenden Ereigniſſe übergeht. Ja, wer Herrn v. d. Pfordten ſelbſt, d. h. bevor er Miniſter in Sachſen wurde, über politiſche Fragen zu hören Gelegenheit hatte, würde jetzt eine Perfidie begehen, wenn er deſſen damalige Ueberzeugungen auch auf deſſen Gegenwart anwenden möchte. Aber Herr v. d. Pfordten hat immer noch einen Reſt von jenem Billigkeitsgefühl, welches ihm unter den ſanften alten Verhältniſſen zum Rufe eines freiſinnigen Mannes verhalf, er ſagt nach dieſem harten Angriffe auf die vom deutſchen Volke, trotz der bevorſtehenden Zerſtörung ſeines Weſens ſo ſtürmiſch geforderte Reichsverfaſſung verſöhnlichen Tones: „die baieriſche Regierung verkennt keineswegs, daß die deutſche Nation einer kräftigeren Einigung bedarf und fähig iſt, als ſie bisher genoß.“ Zwar iſt dieſe Wendung nicht neu, denn nicht nur Graf Bray hat ſie häufig gebraucht, ſondern auch die der deutſchen Stärke und Einheit ſo freundliche ruſſiſche Regierung ſagte in ihrer Julinote vorigen Jahres: „wir haben uns unabläſſig angelegen ſein laſſen, Eintracht und Einheit in Deutſchland zu empfehlen und zu erhalten.“ Auch ſtimmt der Folgeſatz des Evangeliums Ludovici mit dem ruſſiſchen Folgeſatze im Gedankengange ſo wunderbar überein, daß wir faſt zum Glauben geneigt wären, die neue frohe Botſchaft Baierns habe aus Verſehen dieſe Urſprungsquelle, welche vielleicht durch das Ollmützer Kabinet in das Bray'ſche Archiv floß, als originales Eigenthum des Vorgängers betrachtet und benutzt. „Freilich — ſagt nämlich die ruſſiſche Note weiter — nicht jene materielle Einheit, von welcher heut eine nivellirungs- und vergrößerungsſüchtige Demokratie träumt, ſondern die moraliſche Einheit u. ſ. w.“ Hr. v. d. Pfordten paraphraſirt dies mit ſanfterem Wortlaut: „es darf auch nicht unbeachtet bleiben, daß jedem Volk in der Weltgeſchichte ſein beſonderer Beruf zukommt, daß die politiſche Macht nach außen weder die einzige noch die edelſte Aufgabe eines Volkes iſt, daß der Grad derſelben nicht bloß durch die Verfaſſung, ſondern auch durch das Gebiet und den Geiſt des Volkes bedingt iſt, und zu dem innern Glück des Volks nicht ſelten in umgekehrtem Verhältniß ſteht.“ Welch' rührende Politik der deutſchen Zukunft! Heinrich Heine, der „arme todtkranke Jude“, wie er ſich ſelbſt bezeichnet, hat dies in ſeinen geſunden Tagen des Humors minder diplomatiſch, aber beſſer und kürzer bezeichnet:

„Franzoſen und Ruſſen gehört das Land,
Das Meer gehört drn Britten,
Wir aber beſitzen im Luftreich des Traums
Die Herrſchaft unbeſtritten.
Hier üben wir die Hegemonie,
Hier ſind wir unzerſtückelt;
Die andern Völker haben ſich
Auf platter Erde entwickelt“

Daß jedoch Hr. v. d. Pfordten in der Schwärmerei für dieſen Gedanken ſelbſt gegen ſein eigenes Ideal, einen reparirten Bundestag, wüthen werde, würde man kaum glauben, wenn man es nicht in den Worten läſe: „Nachdem ſelbſt die dermalige Geſammtverfaſſung Deutſchlands, ungeachtet ihrer Mangelhaftigkeit, ſich ſeit einem Jahre ſtark genug gezeigt hat, um die äußern und innern Feinde ſiegreich zu bekämpfen, kann man ſich überzeugen, daß Deutſchland nicht völlig centraliſiet zu werden braucht, um eine ſtarke Geſammtregierung zu erhalten.“ Für die ſiegreiche Bekämpfung der äußern Feinde iſt freilich der Malmöer Waffenſtillſtand ein glänzendes Zeichen; die Erwähnung der ſiegreichen Bekämpfung der innern Feinde deutet wahrſcheinlich in ſchalkhafter Weiſe nicht auf die Beſiegung der republikaniſchen Putſche, welche gegen die Einzelſouveränetät weit mehr als gegen den Einheitsſtaat Deutſchlands gerichtet waren, ſondern auf die gewaltigen Zwangsmaßregeln der Centralgewalt, durch welche z. B. Baiern, Sachſen, Oldenburg zur Bezahlung ihrer Matrikularbeiträge für die Flotte genöthigt wurden.

Ueberhaupt hat die baieriſche Erklärung ihre humoriſtiſchen Parthieen; denn jedenfalls iſt es nur ein Scherz des Herrn v. d. Pfordten, wenn er behauptet, die Reichsverfaſſung ſei „überhaupt“ nicht geeignet, eine ſtarke Regierung zu begründen, weil ſie, „hervorgegangen aus einer Vermittlung entgegengeſetzter Prinzipe, der vollſtändigen Harmonie entbehre.“ Denn es iſt ja eine ſo tagesläufige Wahrheit, daß eine ſtarke Regierung im modernen Staate gerad eben nur durch die aus der Vermittlung entgegengeſetzter Prinzipe hervorgegangene Verfaſſung, d. h. durch eine größtmögliche Berückſichtigung aller berechtigten Intereſſen, erreicht werden könne, daß man jene Pfordten'ſchen Worte nur als eine harmloſe Gymnaſtik des Geiſtes betrachten kann. Freilich verſtehen wir unter einer modernen Staatsregierung ein für allemal eine parlamentariſche, eine ſolche, bei welcher nicht nur die Bedürfniſſe königlicher Luſtſchlöſſer, ſondern auch und vorzugsweiſe der Geſammtheit berückſichtigt werden, welche doch „ſo zu ſagen und gewiſſermaßen“ den Beſtand des Staates, nebſt den der königlichen Luſtſchlöſſer möglich macht, nämlich des Volkes. Soviel uns bekannt, hatte ſelbſt die römiſche Staatsweisheit denſelben Grundſatz der Theilung der Gewalt zwiſchen Volk und Behörde, weßhalb die römiſche Geſetze mit den vier Buchſtaben S. P. Q. R. begannen. Dies bedeutet: Miniſterium und Volk des römiſchen Staates, was Herrn v. d. Pfordten gewiß bekannt iſt, da er ja Lehrer des römiſchen Rechts war. Indeſſen findet derſelbe den innern Widerſpruch des Geiſtes der Verfaſſung vorzugsweiſe in der „unumſchränkten Macht“ des Erbkaiſers über die einzelnen Staaten, während ihn das nur ſuspenſive Veto prinzipiell des monarchiſchen Charakters beraube. Nur ſchade, daß die Unumſchränktheit der Macht über die Einzelſtaaten eben ſo durch den Reichstag praktiſch gebrochen iſt, wie der ſuspenſive Charakter des Veto durch die Beſtimmung des darauf bezüglichen Verfaſſungs-Abſchnittes nur prinzipiell, nicht thatſächlich feſtgehalten wird. Wir gehören nun zwar ſelbſt keineswegs zu den Lobſängern des ſuspenſiven Veto, noch weniger zu den Vertheidigern eines prinzipiellen Ausſpruches, deſſen Verwirklichung durch die Form ſeiner eigenen Praxis faſt zur Illuſion gemacht wird, indeſſen iſt das Beiſpiel der eben geſchehenden Vorgänge in Würtemberg, wo der König ganz allein und perſönlich, gegen Wunſch, Willen und Bedürfniß des geſammten Volkes und ſeiner eigenen Regierungsorgane mit dieſer Waffe des königlichen Veto kämpft, doch ein keineswegs geringzuſchätzender Beweis, daß auch Fälle exiſtiren können, wo die von einem ſuspenſiven Veto bedingte Beſchränkung der konſtitutionellen Königsmacht zur unerläßlichen Nothwendigkeit wird.

Nachdem wir Hrn. v. d. Pforden's „für ganz Deutſchland in gleicher Weiſe anwendbare Gründe, welche allein ſchon die baieriſche Regierung von der Anerkennung der in Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung abhalten müſſen,“ ziemlich Schritt für Schritt begleitet haben, wird man nicht fordern, daß wir ihm auch auf dem vom Graf Bray ſchon breit getretenen Wege der ſpeziellen Anwendung auf Baiern ſchrittweiſe folgen. Er ſpricht von einer „tauſendjährigen Geſchichte“ Baierns, welches von jener „in der erbkaiſerlichen Centraliſation liegenden Vernichtung aller Selbſtſtändigkeit“ ſchwer getroffen werde, von Baierns „Größe und ſeinen eigenthümlichen Zuſtände.“ Lauter Dinge, denen wir ſchon oft in Baierns miniſteriellen Aeußerungen über die deutſche Frage begegneten, nur daß dieſe früher gewöhnlich ſo klug waren, die neuern Jahrhunderte der baieriſchen Geſchichte bei dem Jahrtauſend nicht gern zu erwähnen, da ſich darin, wie neulich die „Neue konſt. Ztg.“ ganz einfach chronologiſch zuſammenſtellte, nirgends eine Rückſicht auf Baierns Volk und auf Deutſchland im guten Sinne auffinden läßt. Hat nun aber Hrn. v. d. Pfordten's Erklärung, welche ſelbſt ihr ſchlußſätzliches Máeſtoſo nach öſterreichiſcher Kabinetsmelodie aufſpielt, bisher wenig diplomatiſche Originalität und ſtaatsmänniſch unbefangene Auffaſſung der Sachlagen gezeigt, ſo offenbart doch die häufige Hervorhebung des Stammlebens und der baieriſchen Eigenthümlichkeit ein ſeltenes Talent für raſche Auffaſſung der Volkszuſtände. Zwar ſtammt Hr. v. d. Pfordten aus dem großen Baiern, aber mehr als ein für die Umgeſtaltung der Verhältniſſe ſehr wichtiges Luſtrum hatte er ſeine Blicke nur mitunter nach der Reſidenz gewendet, und jetzt kennt er die neugeſtalteten Zuſtände des baieriſchen Volkes acht Tage nach ſeiner Rückkehr in die Reſidenz bereits wieder ſo genau, daß er, nach einigen Citationen Bray'ſcher Noten, als letzte Erklärung im Intereſſe des baieriſchen Volkes mit dem öſterreichiſchen Miniſter Schwarzenberg ausruft: „Wenn die Reichsverſammlung auf die Vereinbarung nicht eingeht, ſo kann die baieriſche Regierung die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung nicht als bindend anerkennen, und muß jede Verantwortung der ſich hieraus ergebenden Folgen von ſich abweiſen.“ Die baieriſchen Stämme dagegen, Pfälzer, Schwaben, Franken, Altbaiern und Tyroler rufen, wie das ganze deutſche Volk, trotz der von Hrn. v. d. Pfordten angedrohten Vernichtung ſeines Weſens, der deutſchen Reichsverſammlung zu: Halte feſt am vollendeten Werke, die Vereinbarung bringt uns den ganzen Jammer des alten Bundestages in doppeltem Maße zurück!

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 30. April. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt eröffnete eine Ordnungsfrage des Hrn. Dr. Binding über die Bedeutung und Autorität der ſtenographiſchen Sitzungsberichte, verbunden mit dem durch ein allerdings ſehr eklatantes Beiſpiel von Entſtellung einer Rede motivirten Antrage, das Verhältniß der Stenographen und ihrer Berichte um ſo mehr zu regeln, als ihre Anweſenheit im Berathungslokale ſelbſt und auf Veranlaſſung des erſten Vicepräſidenten der Verſammlung derſelben wenigſtens einen offiziellen Schein zu geben geeignet ſei. Die Bemerkung und der Antrag erledigten ſich indeß durch die von Seiten des Präſidiums gegebenen Aufklärungen ſowie durch die Verſicherung des Herrn Hadermann, daß er in ſeinen ſtenographiſchen Mittheilungen die größtmöglichſte Treue erſtrebe und jeden auch nur offiziellen Schein ſorgſam vermeide, eine Verſicherung, deren Werth freilich weſentlich erhöht worden wäre, wenn die ſtenographiſchen Berichte nicht wunderbarer Weiſe die in der letzten Sitzung desfalls gepflogenen Verhandlungen völlig mit Stillſchweigen übergangen hätten. Der Präſident zeigte dann abermals den Austritt zweier Mitglieder aus der Verſammlung an, des Herrn Wiſche, durch „Berufsgeſchäfte" verhindert, und des Herrn Stockhaus, der in die ſeither vorgekommenen Austrittsgründe in ſo fern einige Abwechſelung brachte, als er anführte, daß „ſeine Wähler durch Verdächtigung und Unterſtellung von ſchlechten Motiven gegen ihn aufgereizt word n" und daß, wenn gleich er ſeine Wähler für „zu vernünftig" halte, um ſolchen Einflüſterungen Glauben zu ſchenken, er es doch für „Pflicht" erachte, „zur Beruhigung ſeiner Familie" ſeinen Austritt zu erklären. Für den Geſchäftsmann und den beſorgten Familienvater werden Erſatzwahlen vorgenommen werden. Es trat ſodann Herr Dr. Neukirch mit dem als dringlich bezeichneten und als ſolchen anerkannten Antrage hervor, die Verſammlung wolle beſchließen, den Senat zu erſuchen, ungeſäumt die geſammte bewaffnete Macht des Freiſtaats, Linie und Bürgerwehr, in feierlicher Weiſe auf die Reichsverfaſſung zu verpflichten und eine gleiche Verpflichtung für ſämmtliche Civilangeſtellte eintreten zu laſſen. Der Antrag wurde, nachdem der Antragſteller als ſeinen nächſten Zweck den Schutz der Reichsverſammlung gegen jedes frevelhafte Attentat ausgeſprochen und daran die Erwartung geknüpft hatte, daß das von Frankfurt gegebene Beiſpiel auch in andern ſüddeutſchen Staaten Nachahmung finden werde, mit einer an Einſtimmigkeit grenzenden Mehrheit zum Beſchluß erhoben; der Zuſatz des Hrn. A. Friedleben dagegen, von dieſem Beſchluß dem Präſidium der Reichsverſammlung Kenntniß zu geben, mit großer Majorität verworfen. Ein weiterer „dringlicher" Antrag des zuletzt genannten Abgeordneten, das Präſidium der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats zu ermächtigen, die Verſammlung, zu welcher Zeit und Stunde es immer ſei, zuſammenzurufen, um der Reichsverſammlung jeden phyſiſchen und moraliſchen Beiſtand, der in ihren Kräften liegt, zu gewähren, fand, als der Präſident bemerkte, daß eine ſolche Ermächtigung ihm ſchon durch die Geſchäftsordnung gegeben ſei, keine Unterſtützung. Es mag indeß dieſer gleich dem vorigen Antrage Zeugniß davon ablegen, bis zu welcher Höhe die hoffentlich unbegründeten Beſorgniſſe vor einem Attentat auf die Reichsverſammlung am Orte bereits gediehen ſind.

Das Präſidium gab endlich Kenntniß von einem Vortrage des Senats, die Vermehrung des Frankfurter Reichskontingents betreffend. Aus einer angeſchloſſenen Korreſpondenz des Senates mit dem Reichskriegsminiſterium geht hervor, daß das Letztere auf die ſofortige Kompletirung des hieſigen Kontingents bis zur Höhe von 1200 Mann dringt. Der Senat iſt nun freilich der Anſicht, daß Frankfurt nur 890 Mann zu ſtellen habe; da aber auch in dieſem Fall eine Erhöhung des gegenwärtigen Effektivbeſtandes um 200 Köpfe geboten ſei, ſo trägt er auf die Zuſtimmung der Verſammlung an, daß zur Beſchaffung der erforderlichen Mannſchaft der geſetzlich vorgeſchriebene Aufruf von Freiwilligen geſchehe, die auf ſolche Weiſe nicht zuſammengebrachte Mannſchaft nach dem Geſetz von 1822 durch gleichmäßige Vertheilung auf die 1., 2., 3. und 4. Klaſſe der Kriegsdienſtpflichtigen ergänzt werde, die demnächſt zu erlaſſenden Beſtimmungen über Wehrpflicht aber, ſo weit dieſelben günſtiger als die beſtehenden Vorſchriften, auch auf dieſe Mannſchaft Anwendung erleiden. Der Vortrag wurde kurzer Hand an den Wehrausſchuß verwieſen.

Die Verſammlung ging ſodann zur fortgeſetzten Berathung der Verfaſſung über. Wir werden auch dießmal den Wortlaut der angenommenen Artikel vorausſchicken und ſpäter das Weſentlichſte aus der dießmal ſehr unbedeutenden Debatte geben. Jene Artikel lauten wie folgt:

Art. 10. Alle Titel, ſofern ſie nicht ein Amt bezeichnen, mit welchem ſie verbunden ſind, ſind aufgehoben und dürfen weder angenommen noch gebraucht werden. Art. 11. Der Staat darf keine Orden gründen. Kein Staatsangehöriger darf von einem andern Staate einen Orden annehmen, mit alleiniger Ausnahme der Militärperſonen, welchen von einem andern deutſchen Staate für Tapferkeit gegen den auswärtigen Feind ein Orden verliehen wird. Art. 12. Die öffentlichen Aemter ſind für alle Befähigten gleich zugänglich. Ueber den Nachweis der Befähigung beſtimmt das Staatsdienſtgeſetz. Art. 13. Das Waffenrecht und die Wehrpflicht iſt für Alle gleich. Stellvertretung in der Wehrpflicht findet nicht Statt. Immerwährend ſoll im Freiſtaate allgemeine Bürgerwehr mit freier Wahl der Führer beſtehen. Die Ausübung des Waffenrechtes und die Theilnahme an der Volksbewaffnung wird durch geſetzliche Beſtimmungen geregelt. Art. 14. Die Freiheit der Perſon iſt unverletzlich. Art. 15. Die Verhaftung einer Perſon ſoll, außer im Falle der Ergreifung auf friſcher That, nur geſchehen kraft eines ſchriftlichen, den Beſchuldigten ſowie die Thatſachen, deren er beſchuldigt wird, beſtimmt bezeichnenden richterlichen Befehls. Dieſer Befehl muß dem zu Verhaftenden bei der Verhaftung vorgewieſen, und ſpäteſtens innerhalb der nächſten 24 Stunden demſelben zugeſtellt werden. Jeder Verhaftete iſt in gleicher Friſt nach ſeiner Verhaftung dem zuſtändigen Richter vorzuführen. Art. 16. Die Beſtimmungen des Art. 15 finden nicht Anwendung auf die Fälle, wo die Polizeibehörde zur Unterſtützung der Strafrechtspflege oder wegen Handlungen gegen die öffentliche Ordnung nnd Sicherheit eine Perſon in Verwahrung nimmt. Die Polizeibehörde muß aber Jeden, den ſie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilaſſen oder der richterlichen Behörde übergeben. Art. 17. Jeder Verhaftete muß binnen 24 Stunden nach ſeiner Vorführung, jeder von der Polizeiſtelle einer Gerichtsbehörde Uebergebene muß binnen24 Stunden nach dieſer Uebergabe von dem zuſtändigen Richter, unter beſtimmter Mittheilung der Anſchuldigungsgründe, vernommen werden. Art. 18. Jeder Angeſchuldigte ſoll gegen Leiſtung einer vom Gerichte angemeſſen zu beſtimmenden Kaution oder Bürgſchaft der Haft entlaſſen werden, ſofern nicht dringende Anzeichen eines ſchweren peinlichen Verbrechens gegen denſelben vorliegen, welchenfalls die Beſtimmung hierüber dem richterlichen Ermeſſen überlaſſen bleibt. Uebermäßige Kautionen oder Bürgſchaften ſollen nicht gefordert, und auch eidliche Sicherheitsleiſtungen können zugelaſſen werden. Art. 19. Die Verhaftung einer Perſon wegen Verbindlichkeiten des bürgerlichen Rechts ſoll, in den Fällen, in welchen das Geſetz ſie zuläßt, nur geſchehen kraft eines ſchriftlichen, den zu Verhaftenden, ſowie den Gegenſtand der Verbindlichkeit beſtimmt bezeichnenden richterlichen Befehls. Dieſer Befehl muß dem zu Verhaftenden bei der Verhaftung vorgewieſen, und ſpäteſtens innerhalb der nächſten 24 Stunden demſelben zugeſtellt werden. Art. 20. Niemand darf ſeinem ordentlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommiſſionen ſollen nie ſtattfinden. Art. 21. Die Wohnung iſt unverletzlich. Während der Nacht hat Niemand das Recht, in dieſelbe einzudringen, außer in Fällen einer Feuer- oder Waſſernoth, einer Lebensgefahr oder eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Anſuchens. Bei Tage kann wider den Willen des Bewohners Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenſchaft ihm geſetzlich beigelegten Befugniß, oder eines ihm von einer geſetzlich dazu ermächtigten Behörde ertheilten ſchriftlichen Auftrags. Art. 22. Eine Hausſuchung iſt nur zuläſſig: 1) kraft eines ſchriftlichen, deren Grund und Zweck angebenden richterlichen Befehls, welcher dem Betheiligten vorgezeigt und ſofort oder innerhalb der nächſten 24 Stunden zugeſtellt werden ſoll; 2) im Falle der Verfolgung auf friſcher That durch den geſetzlich berechtigten Beamten; 3) in den Fällen und Formen, in welchen das Geſetz ausnahmsweiſe beſtimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieſelbe geſtattet. Die Hausſuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenoſſen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung iſt kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten. Art. 23. Das Briefgeheimniß iſt gewährleiſtet. Die bei ſtrafgerichtlichen Unterſuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Ausnahmen ſind durch die Geſetzgebung feſtzuſtellen. Das Geſetz beſtimmt die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimniſſes

der der Poſt anvertrauten Briefe verantwortlich ſind. Art. 24. Die Beſchlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Hausſuchung, nur kraft eines ſchriftlichen, deren Grund und Zweck angebenden richterlichen Befehls vorgenommen werden, welcher dem Betheiligten vorgezeigt und ſofort oder innerhalb der nächſten 24 Stunden zugeſtellt werden ſoll. Art. 25. Im Falle einer widerrechtlich verfügten und verlängerten Gefangenſchaft wie im Falle einer widerrechtlich vorgenommenen Hausſuchung oder Beſchlagnahme von Briefen und Papieren iſt der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entſchädigung verpflichtet. Art. 26. Jede von dem Geſetz nicht erlaubte Strenge oder Verſchärfung bei der Gefangennehmung oder Gefangenhaltung oder Urtheilsvollziehung iſt ſtrafbar. Art. 27. Das Geſetz wird Beſtimmungen darüber treffen, daß jeder Verhaftete den dazu bezeichneten Gemeindebeamten oder Gerichtsperſonen, oder den von dieſen dazu ermächtigten Familienangehörigen und Freunden des Verhafteten auf Verlangen vorgeſtellt werden müſſe, wenn und auf ſo lange nicht ein ausdrücklicher Beſchluß des zuſtändigen Gerichtes ausnahmsweiſe die abgeſonderte einſame Haft verfügt hat. Art. 28. Die Todesſtrafe, ausgenommen wo das Kriegsrecht ſie vorſchreibt, ſowie die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung ſind (und bleiben) abgeſchafft. Art. 29. Jeder Staatsangehörige hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck und bildliche Darſtellung ſeine Meinung frei zu äußern. Die Preßfreiheit darf unter keinen Umſtänden und in keiner Weiſe durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Cenſur, Conceſſionen, Sicherheitsbeſtellungen, Staatsauflagen, Beſchränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Poſtverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beſchränkt, ſuspendirt oder aufgehoben werden. Art. 30. Jeder Staatsangehörige hat volle Glaubens- und Gewiſſensfreiheit. Niemand iſt verpflichtet, ſeine religiöſe Ueberzeugung zu offenbaren, oder ſich irgend einer Religionsgeſellſchaft anzuſchließen. (Schluß folgt.)

⁑ **Poſen**, 19. April. Unſere polniſchen Blätter bringen heut Vater Arndts Anſprache an die deutſchen Fürſten, welche am 14. April in Ihrem Blatte erſchien. Die Ueberſetzung iſt ziemlich getreu und in der Ausdrucksweiſe eben ſo eigenthümlich gehalten, wie das Original; mit beſonderer Sorgfalt ſind die Stellen behandelt, die auf einen 5. Akt in unſerem großen Drama hindeuten. Ueberhaupt iſt die Aufmerkſamkeit der Polen jetzt mehr als je nach Frankfurt hingewandt. Sie erwarten eben ſo wohl von der Auflöſung des Parlaments (quod dii avertant) als von einer etwaigen großen Bewegung in Folge deſſelben ihren Vortheil. „Mit der Auflöſung des Parlaments wird auch die Rechtsgültigkeit ſeiner Beſchlüſſe in der poſener Frage angetaſtet," — ſo ſchließen ſie — „dieſen Nutzen haben wir, ſelbſt wenn keine Revolution folgt. Kommt aber ein Sturm, ſo bringt er, will's Gott, unſere Freiheit, die das vorige Jahr leider nicht brachte!" — Wir Deutſchen denken freilich ganz anders und unſer Vertrauen auf einen guten Ausgang der deutſchen Frage iſt unerſchüttert. Unſere Vertreter in der Berliner Kammer entſprechen meiſt dem Vertrauen der Bevölkerung. Wir ſehen ſie in der erſten Kammer in der deutſchen Sache immer mit Dyhrn, in der zweiten mit v. Vincke gehen. Auch in Frankfurt werden unſere Deputirten feſt ſtehen und nicht von der Ueberzeugung weichen, daß der Kampf des deutſchen Elementes hier, in dem großen Geſammtvaterlande ſeinen kräftigſten Beiſtand finden muß. Unſere Freiſchaar, welche neben der Bürgerwehr im vorigen Jahre organiſirt, vom Generalkommando bewaffnet und von Unteroffizieren einererziert worden war, hat ſich vor einigen Tagen, nachdem ſie ihre Bajonetgewehre abgeliefert, aufgelöſt. Die deutſche Fahne, die ſie führte, hat ſie dem General v. Steinacker übergeben. Sie trägt die Inſchrift: „Für Freiheit und Recht." Sollte es Noth thun, ſo wird ſich, wie im vorigen Jahre, unſere Jugend wieder um ſie zu ſchaaren wiſſen. Während die Abgrenzung ruht und von Seiten der Regierung Alles geſchieht, um den Polen Zugeſtändniſſe zu machen, werden die Letzteren überdieß durch die Erfolge ihrer Landsleute in Ungarn bei ihren nationalen Beſtrebungen daheim ungemein unterſtützt. Neue Hoffnungen beleben den Adel; die Liga iſt zu vollſter Thätigkeit erwacht, neue Verbindungen entſtehen. Ein Dutzend polniſcher Liebhabertheater in den Städten und Kreiſen, an welchen ſich beſonders der Landadel betheiligt, iſt ganz geeignet durch Darſtellungen nationaler Stücke die geſchichtlichen Erinnerungen zu beleben, und veranlaßt überdies häufiges Zuſammenkommen und Verkehr. Dabei wird der Landmann auf alle Weiſe von dem Adel herangezogen, und im echt demokratiſchen Geiſte behandelt, geduzt, bewirthet u. ſ. w. Eine andere Veranlaſſung zu großen Zuſammenkünften bieten die an den Jahrestagen der vorjährigen Kämpfe gefeierten Todtenfeſte. Sie werden an den Grabmälern oder auch den nächſtbelegenen Kirchen abgehalten, und die Pilgerfahrten, die von ganzen Dörfern und Städtchen dazu angetreten werden, geben unſeren Gegenden ein ſehr belebtes Anſehen. Das polniſche Leben tritt im Augenblicke ganz in den Vordergrund. Wollte Gott, daß uns Deutſchen auch bald eine freudige Kunde von Frankfurt über das endlich beendigte Interregnum Veranlaſſung gäbe, unſere deutſchen Fahnen auf die Dächer zu pflanzen, wie am 11. Mai bei der Nachricht, daß der nunmehr „ſelige" Bundestag unſere Aufnahme in den Bund beſiegelt hatte!

Die Gazeta polska ſchreibt aus Lemberg: „In Galizien hatte die öſterreichiſche Regierung, wie in Siebenbürgen, die Landesbewohner veranlaſſen wollen, ruſſiſche Hilfe herbeizurufen. So verſuchte es in Krakau General Legeditſch bei ſeinem Abzug nach Ungarn, den Rath der Stadt zu beſtimmen, eine ruſſiſche Beſatzung anzunehmen. Es wurde abgelehnt. In Lemberg fragte Hammerſtein bei derſelben Gelegenheit ſchriftlich im Stadtrath an, ob er für die Ruhe der Stadt nach Abzug der Garniſon ſtehen könne? Der Rath antwortete: „Ja!" Hammerſtein ließ ſich jedoch in ſeinen Abſichten nicht irre machen und fragte zum zweiten Male an: „Der Rath möge es ſich wohl überlegen, ob er unbedingt dafür einſtehe?" Jetzt antwortete der Rath natürlich mit dem vom General erwünſchten „Nein!" Sofort aber kamen nun an öffentlichen Orten Formulare einer Bittſchrift zum Vorſchein, welche um das Einrücken von Ruſſen zur Sicherheit der Stadt baten. Sie fanden aber nur ſpärliche Unterſchriften.

*** Aus der Wetterau, 28. April. Mit Freuden begrüßten wir neulich die von der „Deutſchen Zeitung" gemachte Mittheilung, daß die Frankfurt-Kaſſeler Eiſenbahn noch in dieſem Sommer von Frankfurt nach Friedberg, ja ſelbſt bis nach Gießen befahren werden könne. Dieſe Verheißung könnte in Erfüllung gehen, wenn die Arbeiten an der Bahn raſcher fortgeführt würden, wie es ſeither geſchehen. Wird die Eiſenbahnverbindung mit Frankfurt unſerer handelsthätigen und fruchtreichen Gegend im Allgemeinen von großem Vortheil ſein, indem ſie uns nicht allein Frankfurt, ſondern auch dem Main und Rhein nahe bringt, ſo ſteht zu erwarten, daß die raſche und erleichterte Kommunikation auch unſerm Bade Nauheim bei Friedberg von bedeutender Unterſtützung ſein wird. Nauheim hat unter den wahren Heilbädern Deutſchlands ſich bereits einen Ruf erworben, der die deutſchen Grenzen weit überſchreitet. Die Natur hat Nauheim aber auch mit einem Quellenreichthum bedacht, wie ihn ſich kein anderes Soolbad deſſen zu erfreuen hat. Der Rieſenſprudel, der vor wenigen Jahren gleichzeitig mit einer einen großen Theil Deutſchlands und Europas durchzuckenden vulkaniſchen Bewegung hervorbrach, hat die Bewunderung aller Naturkundigen und Laien erregt, welche ihn geſehen. Neben dieſem Rieſenſprudel iſt vor kurzem aber auch der mehrere Jahre verſchüttet geweſene alte Sprudel als ein Phönix, glänzender als früher entſtanden und ſoll fortan lediglich zu Gasbädern verwendet werden. Dem Bedürfniſſe und dem Wunſche Aller entſprechend, welche durch Nauheims Quellen Linderung und meiſtens Heilung ihrer Leiden erlangten und immer wiederkehren, iſt nun auch ein neues Kurhaus im Bau begriffen, das möglichſt raſch vollendet werden ſoll. Damit wird auch die längſt genährte Hoffnung einer beſſern Kurwirthſchaft in Erfüllung gehen. Angenehm iſt es uns auch melden zu dürfen, daß die ſogenannte Gänſenwaide, welche ſo lange der Zankapfel zwiſchen der Badeadminiſtration und der Gemeinde war, durch eine weiſe Einſicht der Väter der letztern von der Gemeinde abgetreten wurde und in freundliche Gartenanlagen verwandelt wird, wogegen den Bewohnern Nauheims in Erkrankungsfällen freies Bad zugeſtanden wurde. So ſteht Nauheim, das von keinem Spielverbot betroffen, ſondern nur vortheilhaft berührt werden kann, eine große Zukunft in Ausſicht. Die wohlhabenden Bewohner Nauheims erkennen dies auch und es entwickelt ſich lebhafter die Bauthätigkeit. Ueber die Wunderkräfte Nauheims ſprechen wir nicht; ſie ſind ſchon weit bekannt und in dem Buche, das Dr. Bode über das Bad Nauheim herausgab, genauer von dem mediziniſchen Standpunkte aus entwickelt.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 121. Frankfurt a. M., Mittwoch 2. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Auflöſung der deutſchen Ständeverſammlungen.

Das preußiſche Miniſterium und die Erklärung vom 28. April.

Deutſchland. Frankfurt (Die angeblichen Truppenzuſammenziehungen bei Kreuznach. Angebliche Aufforderung der preußiſchen Regierung an die preußiſchen Abgeordneten, zurückzukehren.) Olmütz (Die Slowakei.) Berlin (Der Vorfall auf dem Dönhofsplatze. Ein wichtiges Paradoxon. Neue Tödtungen. Die Auflöſung. Hr. v. Thiele. Verfolgung der Steuerverweigerer. Hr. Rodbertus. Die Aufregung.) Poſen (Polniſche und deutſche Zuſtände.) Köln (Stimmung für die Reichsverfaſſung. Berlin und Frankfurt. Krankheit des Königs von Hannover. Beſchluß des Bürgervereins. Aufruf des Gemeinderathes.) Neuwied (Kongreß der konſtitutionellen Vereine von Rheinland u. Weſtphalen.) Baiern (Adreſſen für die Reichsverfaſſung.) München (Steigende Aufregung. Thätigkeit der Regierungspartheí. Miniſterieller Beſcheid an die Bürger. Deputation. Volksverſammlungen. Prinz Karl.) Stuttgart (Aeußerung des Königs. Herr v. Schmerling. Kundmachung des Miniſteriums.) Hildesheim (Aufruf für die Reichsverfaſſung.) Konſtanz (Der Prozeß Peter's.) Freiburg (Der Prozeß gegen Fickler und Bornſtedt.) Kaſſel (Wahlbewegung. Aufgaben des bevorſtehenden Landtags. Stimmung für die deutſche Sache.) Darmſtadt (Aufruf an alle deutſchen Bürgergarden.) Aus Nordſchleswig (Stillſtand der Operationen.) Hadersleben (General von Prittwitz. Verhängnißvolles Mißverſtändniß.) Lübeck (Dampfſchifffahrt nach Lübeck.)

Großbritannien. London (Nachricht der Times über die Schlacht bei Kolding. Erbitterung gegen die däniſche Blokade. Erklärung des Lords Stanley.)

Frankreich. Paris (Nachricht aus Civita-Vecchia. Unruhen an der Porte St. Denis. Demokratiſche Erklärungen. Manifeſt der Rue Poitiers. Kandidaten der Union Electorale.

Spanien. Madrid (Der Hof nach Aranjuez. **Schreiben Narvaez** an die Königin.)

Oeſterreichiſche Monarchie. (Bem. Ruſſen in Siebenbürgen und der Bukowina. Kobilica.)

Italien. Rom (Forderungen des Pabſtes. Abreiſe des franzöſiſchen Geſandten aus Gaeta.) Turin (Entrüſtung über die Beſetzung Aleſſandria's.) Venedig (Die Blokade.) Sizilien (Palermo's Unterwerfung gewiß.)

Schweiz. Aus der Schweiz (Preußen und Neuenburg.)

Belgien. Brüſſel (Die belgiſche Marine.)

---

1. Mai.

Die Reichsverſammlung hat ſich bis jetzt mit einer ſolchen Beſonnenheit benommen, daß wir nur wünſchen, es möge ihr vergönnt ſein, dieſelbe Mäßigung auch ferner zu bewahren. Sie hat am 26. April beſchloſſen, die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfaſſung noch nicht erklärt haben, zu veranlaſſen, ſich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfaſſungsmäßigen und geſetzlichen Mittel, ſeinen Willen kund zu geben, in dieſem entſcheidenden Augenblicke geſchmälert oder entzogen würden; insbeſondere von ihrem Rechte, die Ständeverſammlungen zu vertagen oder aufzulöſen, keinen Gebrauch zu machen, welcher die Kundgebung des Volkswillens verhindert — vielmehr dieſelben in Thätigkeit zu ſetzen oder zu belaſſen. Sie beſchließt, bis zum 3. auf die Antwort der deutſchen Regierungen zu warten. Bis dahin alſo hat ſie Friſt gewonnen für ſich, um allem Drängen zu gewaltſamen Maßregeln zu widerſtehen, für die Regierungen von Hannover, Sachſen, Baiern und Preußen um zur Einſicht über den, wie es ſcheint, faſt einmüthigen Willen des Volkes zu gelangen.

Und wie benutzen die Regierungen dieſe Friſt?

Die Baieriſche Regierung, immer näher umdrängt von der über die Würtembergiſche Grenze in faſt ungeſchwächter Kraft ſich fortſetzenden Bewegung, ſetzt allen Bitten des Volkes um ſchleunige Zuſammenberufung ſeiner geſetzmäßigen Vertreter ein ſtarres Nein entgegen! Die Hannoveriſche Regierung, auf die beſcheidenſte geſetzlichſte Weiſe von den Abgeordneten angegangen, um Zuſammenberufung, um Erfüllung der Wünſche des Landes, benutzt gerade eine ſolche Eingabe als Vorwand, um die Auflöſung der Stände auszuſprechen, und ſtellt dabei in dem von den albernſten Widerſprüchen ſtrotzenden Erlaſſe Grundſätze auf, welche auf unerhörte Weiſe die Rechte der Bürger eines freien Staates beeinträchtigen. In Dresden und Berlin werden die Stände ebenfalls aufgelöſt, ebenfalls wird dieſe Auflöſung mit einem Urtheil über die Volksvertretung begleitet, wie ſie einer Staatsgewalt der andern gegenüber ebenſowenig herkömmlich wie anſtändig iſt. Wenn im Jahre 1847 die Preußiſchen Landſtände mit einem zürnenden Verweiſe über ihre Unfähigkeit entlaſſen wurden, ſo war das ganz in der Ordnung, wenigſtens in der damaligen. Denn damals glaubte man ja noch, unumſchränkte Herrſchermacht und eine vernünftige Freiheit des Volkes mit einander verbinden zu können. Ein freies Volk! hieß es damals, aber auch ein freies Volk! Nämlich ein Volk, das ſagt was es will, und ein König, der thut, was Er will. Damals ſtand die Regierung außerhalb des Volkes als ein beſonderer, höherer Wille. Gegenwärtig, wo eine konſtitutionelle Verfaſſung eingeführt — das gibt ſelbſt Hr. v. Manteuffel zu, obgleich er ſie erſt vom 5. Dezember datirt — jetzt ſoll die Regierung im Volke ſtehen. Das Volk ſoll nicht nach der Willkür oder gar der Laune eines Einzelnen, ſondern nach ſeinem eigenen Willen regiert werden. Die Grundſätze der Regierung ſollen übereinſtimmen mit dem Willen des Volkes, wie er ſich in der Mehrheit der Vertretung zu erkennen gibt. Ergibt ſich, daß eine ſolche Uebereinſtimmung zwiſchen der Mehrheit der Kammer und dem Miniſterium nicht Statt findet, ſo muß es abtreten. Ein ſolcher Fall, und zwar ein ſehr dringlicher lag vor. Das Miniſterium war in der wichtigſten Frage, in der Lebensfrage des deutſchen Staates, in der deutſchen, in der Minderheit geblieben, und zwar nicht bloß in der ſcheinbaren von ſechszehn Stimmen. Die Abſtimmung über das Amendement Schwerin bewies, daß ſelbſt ein Theil der äußerſten Rechten die Nothwendigkeit der unverweilten unbedingten Anerkennung einſieht. Das Miniſterium hat in dieſer Sache kaum ein paar Dutzend Stimmen für ſich. Aber es bleibt, bleibt ungeſtört im Amt, und ſetzt mit eherner Stirn ſeine deutſche oder vielmehr undeutſche Politik nur um ſo nachdrücklicher fort. Dann kommt die Berathung über den Belagerungszuſtand, den das Miniſterium auf eine Weiſe vertheidigt, daß man erröthen möchte. Der Juſtizminiſter entblödet ſich nicht, die alte Abgeſchmacktheit, um kein ſchlimmeres Wort zu brauchen, aufzufriſchen; gewiſſe Beſtimmungen, die geſetzlich nicht ſuspendirt werden konnten, waren auch wirklich nicht ſuspendirt. Nämlich nicht in der Bekanntmachung, wohl aber in der Wirklichkeit. Und dann erklärt der Miniſter des Innern, die Kammer habe ſich um den Belagerungszuſtand nicht zu kümmern, der ſei bloß eine Verwaltungsmaßregel. Ja, als die Kammer dennoch erklärt, der Belagerungszuſtand dürfe nicht ohne ihre Zuſtimmung fortdauern, und ſie ertheilten dieſe Zuſtimmung nicht — ſo braucht das Miniſterium das als einen Vorwand, um die Kammern aufzulöſen. Denn dadurch hatte die Verſammlung übergegriffen in die Exekutive! In die Exekutive! Die Exekutive hat das Recht, die Geſetze auszuführen, aber wahrhaftig doch nicht das Recht, die beſtehenden Geſetze nach Willkür außer Kraft zu ſetzen. Und noch einen andern Grund gibt das Miniſterium an für die Auflöſung: die ſchwankenden Mehrheiten! Sehr richtig! Die Kammer iſt hier nicht ohne Schuld. Sie hätte längſt im Angeſicht der gefährlichen Lage des Vaterlandes ihre kleinen Streitigkeiten vergeſſen, und eine feſte Mehrheit gegen die Miniſter bilden ſollen. Das iſt ihr von allen Seiten und auch von dieſen Blättern zugerufen worden. Was ſie daran verhinderte, war nur unzeitige Schonung gegen die Miniſter. Dieſe hätten längſt von ſelbſt abtreten, wo möglich gar nicht vor die Kammer treten ſollen, denn ihre Gegenwart war es, welche mehr als alles Andere die Kammer zum Tummelplatz der alten Parteileidenſchaften machte. „Wir wollen nicht abtreten!“ iſt eigentlich der Grund, weßhalb die Miniſter die Kammer auflöſen. Die Regierung hat unter allen

Umſtänden ein Recht zu einer ſolchen Auflöſung. Aber zu welchem Zwecke iſt ihr dieſes Recht verliehen? Hier nehmen die ſächſiſchen Miniſter in ihrem Aufrufe ganz den richtigen Standpunkt ein. Die Staatsminiſter, ſagen ſie, haben Sr. Majeſtät dem Könige gerathen, von dem verfaſſungsmäßigen Rechte der Kammerauflöſung Gebrauch zu machen. Sie haben dies gethan, weil ſie nicht glauben können, daß die Handlungsweiſe der Kammern den wahren Bedürfniſſen des Landes und der wirklichen Meinung des ſächſiſchen Volkes entſprochen habe. Die in Gemäßheit der Verfaſſungsurkunde und des Geſetzes vom 15. November 1848 zu veranſtaltenden Wahlen werden zeigen, ob ſich das Miniſterium getäuſcht hat.

Alſo der wahre Wille des Volkes ſoll ermittelt werden. Wir reden von Sachſen wohl nächſtens; von Preußen darf behauptet werden, daß die Kammern nicht aufgelöſt ſind, um den wahren Willen des Volkes zu ermitteln, um zu ſehen ob die neue Kammer für die Miniſter nicht günſtiger ausfallen wird. Jeder Menſch weiß, daß die Wahlen über Hoffnung und Verdienſt günſtig für die Miniſter ausgefallen ſind, daß die nächſten nach dieſer Auflöſung ungleich günſtiger ausfallen. Jedermann glaubt alſo die Abſicht der Miniſter zu durchſchauen. Sie wollen ein neues Wahlgeſetz oktroyiren. Die Voſſ. Z., welche die Rede des Hr. v. Manteuffel als Beilage gibt, bemerkt: „Daß die neuen Wahlen nach einem modificirten Wahlmodus erfolgen müſſen, ſcheint uns keiner Erörterung zu bedürfen. Wir würden wünſchen, daß die zum Heil des Vaterlandes unerläßliche Einſchränkung ohne Cenſus erfolgen könnte, ferner ſo, daß kein volljähriger Preuße von dem Antheil an den Wahlen völlig ausgeſchloſſen ſei, ſondern daß nur eine gerechte Vertheilung des Gewichtes der Stimmen angeordnet werde.“ Herr von *Vincke* iſt empört, daß der mit Müh und Noth geſchaffene neue Rechtsboden vom 5. Dezember ſo frevelhaft von den eigenen Urhebern zerſtört werden ſoll. Ein hoher Beamter und Abgeordneter der erſten Kammer erwiederte darauf: „die erſte Kammerauflöſung wäre ja ohne neues Wahlgeſetz eine Tollheit!“ Wir möchten aber hinzufügen: Auch mit demſelben! Denn allerwärts, die Rheinprovinz, wie billig voran, erhebt ſich bereits der gebildete Bürgerſtand gegen dieſes gewiſſenloſe Treiben, gegen dieſe drohende Contrerevolution.

Durch jenes Miniſterium der Nullen iſt zum tiefen Leidweſen aller derjenigen, welche raſtlos für das konſtitutionelle Syſtem kämpfen, dieſes Syſtem in üblen Ruf gebracht. Das Weſen deſſelben iſt, daß das Volk in ſeinen Angelegenheiten mitzuſprechen hat. Und jetzt ſoll ihm in dem Augenblicke, wo ſeine wichtigſten Angelegenheiten verhandelt werden, der Mund geknebelt werden! In den halbamtlichen Organen wird gar naiv die Abſicht ausgedrückt, in welcher in dieſem Augenblicke die Volksvertretungen zu Hauſe geſchickt werden müſſen. Die Regierungen müßten freie Hand haben, müßten nicht gedrängt werden. Die Reichsverſammlung ſei ſchon aus Pöbelwahlen hervorgegangen; nun müßten nicht auch noch in den einzelnen Staaten die aus den nämlichen Pöbelwahlen (wir wählen ein mildes Wort; in gewiſſen Kreiſen kann man ſchlimmere hören) hervorgegangene Kammern mitſprechen wollen. Die Regierungen müßten der Reichsverſammlung in „freier“ Entſchließung entgegen ſtehen! Da hätten wir wieder den oben beſprochenen Standpunkt: ein freies Volk, aber auch eine freie Regierung! Aus dieſem Grunde müſſen alle Sicherheitsklappen jetzt verſchloſſen werden, auf die Gefahr hin, daß das Fahrzeug in die Luft fliegt!

Wollt Ihr den Maßſtab für die Fähigkeiten des Berliner Miniſteriums haben? Hier iſt er. Es hat zehn Tage über die von ihm ſelbſt anberaumte Friſt gebraucht, um die Erklärung vom 28. April zu Stande zu bringen.

Der Vorwand kömmt gar nicht in Betracht, daß man die Erklärungen aller Regierungen über die Oberhauptsfrage habe erwarten müſſen. Es gibt in Bezug auf Preußen keine Oberhauptsfrage, wenn es die Reichsverfaſſung nicht annimmt. Alſo runde 25 Tage hat man gebraucht, um diejenigen Beſtimmungen zu entdecken, in Folge deren man uns anvertraut, „die ganze Reichsverfaſſung erhalte dadurch einen Charakter, welcher ſie nur als das Mittel erſcheinen läßt, um allmählig und auf anſcheinend legalem Wege die oberſte Gewalt zu beſeitigen und die Republik einzuführen.“

Mit unauslöſchlichem Gelächter, von der Maaß bis an die Memel, von der Etſch bis an den Belt, wird diejenige Phantaſie begrüßt werden, welche die Mehrheit der Reichsverſammlung auf den Donnersberg verſetzt.

Wir aber ſagen dem Berliner Miniſterium: wenn noch ferner, wie es gleichzeitig auf mehreren Punkten geſchehen, das innerſte Weſen des konſtitutionellen Syſtems ſo verkannt, wenn mit ſeinen Formen ein ſolcher Mißbrauch getrieben wird, dann ſind in Deutſchland die Tage der konſtitutionellen Monarchie gezählt, und es wird, nicht auf anſcheinend legalem Wege die Republik, ſondern durch die unvermeidliche Gewalt der Thatſachen die Revolution eingeführt werden.

Auch die verfaſſungstreuen Regierungen werden darunter leiden; und ſie werden wiſſen, daß es *nicht die Reichsverſammlung* iſt, welche ſie darüber anzuklagen haben. Sie werden ſich auf die Tage beſinnen, in welchen der hannoverſche Bundestagsgeſandte (es war am 31. Mai 1848) nach Hauſe ſchrieb: „Eins ſteht feſt und muß anerkannt werden, das Gewicht und die moraliſche Macht, welche ſich in der konſtituirenden Verſammlung als augenblicklicher einziger Repräſentant in der deutſchen Einheit, kundgiebt. Neben derſelben mag die einzelne deutſche Regierung innerhalb ihres Landes im Stande ſein, hier mehr, dort weniger Kraft der exekutiven Gewalt zu entwickeln; gegen die moraliſche Macht der konſtituirenden Verſammlung, *ſo lange dieſelbe in ihren Beſchlüſſen, ſelbſt wenn dieſe in die Exekutive hinübergreifen ſollten, von der öffentlichen Meinung getragen wird*, kann gegenwärtig wohl keine Regierung in Deutſchland einen ungleichen Kampf auszufechten unternehmen, mit Hoffnung auf einen andern Erfolg, als ſchließlich den Bürgerkrieg im eignen Lande, das Ziel aller republikaniſchen Wühlereien.“ Die minder mächtigen Regierungen werden ſich ſehr wohl erinnern, daß es eine Zeit gab, zu welcher die mächtigſten ſich mit ihnen genau in derſelben Lage befanden. Derſelbe Bundestagsgeſandte bezeugt es in ſeinem Bericht vom 18. Juni 1848: „Oeſterreich und Preußen werden, wie heute die Sachen ſtehen, die Beſchlüſſe der National-Verſammlung, wie ſie auch fallen, *als ein unausweichliches Faktum* annehmen, es dem waltenden Arm der Vorſehung überlaſſend, ob in der weitern Entwickelung ein Stadium eintritt, wo ſie wieder an Etablirung eines geordneten Gleichgewichts unter den Gewalten denken können; ſie ergeben ſich ins Schickſal, weil ſie *keine Geſetzlichkeit und Ordnung dabei mehr zu verlieren, ſie aber vielleicht daraus wieder zu gewinnen hoffen*.“

Die Mindermächtigen haben es nicht vergeſſen, daß die Reichsverſammlung von Anfang an die Macht eines Rieſen beſaß, daß ſie aber es verſchmähte, dieſe Macht wie ein Rieſe zu gebrauchen. Und wie, ſollte man in Berlin allein es vergeſſen haben, mit welcher Mäßigung, recht eigentlich im Sinne von „Geſetzlichkeit und Ordnung,“ die Reichsverſammlung gerade Preußen gegenüber aufgetreten iſt?

Und dieſer Verſammlung, nachdem ſie durch den Beſchluß vom 11. April Angeſichts der Nation ihre Ehre verpfändet hat, dieſer Verſammlung entblödet man ſich nicht, nachträglich die Zumuthung zu machen, ſie ſolle Modifikationen der Reichsverfaſſung vereinbaren!

Da gehen die klugen Leute herum, reiben ſich die Hände: „Was wird die Reichsverſammlung jetzt thun?“ Seid unbeſorgt; ſie wird auf ihrem Poſten ſein, ſich nicht beirren laſſen. Zunächſt hat ſie Nichts zu thun, als Nein zu ſagen; vermuthlich nicht in beſonders anmuthiger Form; vielleicht auf dem Wege einer einfachen Tagesordnung. „Aber was wird die Reichsverſammlung denn weiter thun?“

Wenn wir nun die Frage zurückgeben: Was wird das Berliner Miniſterium denn weiter thun? Wird es die preußiſchen Deputirten abrufen wollen?

Mag es den Verſuch machen, lieber heut' als morgen. Mag es der Beſchämung ſich ausſetzen, daß die Ehrenmänner bleiben, deren Ueberzeugung und Vaterlandsſinn ſie bleiben heißt. Dann wird das Maaß voll ſein, und gerüttelt voll.

Deutſchland.

Frankfurt, 1. Mai. Die Nachrichten über eine Truppenanhäufung bei Kreuznach ſind gänzlich aus der Luft gegriffen. Es ſtanden früher daſelbſt auf Anordnung der proviſoriſchen Centralgewalt 5 Kompagnien, 2 Eskadrons, 12 Geſchütze; kürzlich verminderte ſich dieſes Detachement wegen nöthiger Dislokations-

veränderungen auf 5 Kompagnien und 4 Geſchütze. Anderweit vorgekommene Truppenmärſche in der Rheinprovinz ſind ebenfalls lediglich durch ſolche unvermeidliche Ablöſungen herbeigeführt worden. (F. O.-P.-Z.)

Frankfurt, 1. Mai. Die Frankfurter Zeitung berichtet: Die Aufforderung der preußiſchen Regierung an ihre Landesangehörigen, die Paulskirche ſofort zu verlaſſen, iſt, wie wir hören, bereits hier eingetroffen, ihre Veröffentlichung wird aber, wie ſchon öfter in ähnlichen Fällen geſchah, zurückgehalten.

Ollmütz, 24. April. Man iſt hier um die Slovakei ſehr beſorgt. Bloudek konnte den Landſturm nur bis zum 19. April zuſammenhalten, an welchem Tage er auseinander ging. Das Zaudern der Regierung, die verkehrten Maßregeln der oberſten Gewalt zu Ofen haben viel geſchadet, beſonders die magyariſchen Kommiſſäre des Fürſten Windiſchgrätz. Die Magyaren wiſſen die Fehler, welche geſchehen, auszubeuten. Gleichberechtigung hat man Euch verſprochen, ſagen ſie, ſeht nur nach, in welcher Sprache die neuen Anweiſungen der Oeſterreicher ausgeſtellt ſind. Deutſch und magyariſch. Unſere ungariſchen Banknoten aber waren in deutſcher, magyariſcher, ſlaviſcher und walachiſcher Sprache verfaßt. Wir verſtanden alſo die Gleichberechtigung beſſer. (K. Bl. a. B.)

Berlin, 27. April. Der Art. 76 verordnet die Vertagung der andern Kammer, wenn eine aufgelöſt wird, Art. 49 ſetzt die Wiedereinberufung der Kammer 60 Tage nach der Auflöſung, die neuen Wahlen 40 Tage nach derſelben feſt; alſo Ende Juni eine neue zweite Kammer — mittelſt eines neuen Wahlgeſetzes? Der definitive Beſchluß der Auflöſung der zweiten Kammer iſt in der letzten Nacht, welche das Staatsminiſterium mit dem Prinzen von Preußen bei Sr. Majeſtät in Charlottenburg zubrachte, nach langer Berathung gefaßt worden. Erſt heute früh kehrten die Miniſter von Bellevue zurück und begaben ſich in die Kammer. Der wahre Grund der Auflöſung dürfte jedoch nicht in den letzten Beſchlüſſen der Kammer, der Parteiſtellung derſelben ꝛc. zu ſuchen ſein, ſondern vielmehr mit anderen Beſchlüſſen zuſammenhängen, die gleichzeitig geſtern gefaßt worden ſind und die dahin gehen ſollen, daß die Regierung dem Anſuchen Oeſterreichs nachzukommen gedenkt, mit preußiſchen Truppen zu ſubveniren, d. h. an Oeſterreich zur Dispoſition zu ſtellen, um an die Stelle der gegen die Ungarn zu verwendenden öſterreichiſchen Truppen in Böhmen zunächſt einzurücken. Wie das 10. iſt auch das 24. Regiment bereits nach der oberſchleſiſchen Grenze beordert. (Fr. J.)

** **Berlin**, 28. April. Ueber den geſtrigen Vorfall iſt Folgendes feſtſtehend: Aus einem Fenſter der Konverſationshalle, dem Verſammlungsorte der Linken, iſt nach der Ausſage eines glaubhaften Zeugen nicht geſchoſſen; dieſe Fabel wird von einem halboffiziellen Blatt ausgebeutet. Dagegen iſt der erſte Anlaß des Konflikts wenig ehrenvoll für die Bewohner dieſer Stadt. General von Uttenhoven, Lieutenant von Sacken, und Hauptmann v. Schleinitz wurden bei einem Gang über den Dönhoffsplatz von einem Haufen umringt; Herrn von Schleinitz wird der Degen aus der Scheide geriſſen; dieſen zerbricht ein Mann über dem Knie. Der General erhält einen ſchweren Hieb mit einer Latte auf den Hinterkopf; Lieutenant von Sacken wird zu Boden geworfen und wie verlautet mit Füßen getreten. Mühſam wurden die Herrn befreit. Als ſpäter ein Militär-Piquet den Platz ſäubern ſollte, ſind alle Mittel der Milde und Langmuth vergebens erſchöpft; pfeifend, tobend, inſultirend antwortet die Menge. Der dreimalige Trommelſchlag als Signal der Salve erfolgte in weiten Pauſen. Endlich fiel die Salve. Das oben erwähnte halboffizielle Blatt gibt zu verſtehen, daß Mitglieder der Linken von jenem Lokal aus den Tumult gleichſam dirigirt haben. Es waren aber in der Konverſationshalle nur 5 Perſonen während jener Vorgänge. Später als die eine Leiche, wie ich höre, dorthin gebracht iſt, füllten ſich natürlich die Räume. Das Feuer, von dem ich geſtern ſchrieb, hat eine nicht unintereſſante Bewantniß gehabt. Auf dem Petriplatz nämlich ſind mehrere Kufen oder Tienen zuſammengeſtellt, mit Stroh, das bereit gehalten war, angefüllt und dies angezündet. Sobald es brannte, ſind augenblicklich nach allen Richtungen gleichzeitig Perſonen geſtürmt, welche weiter davon die allarmirende Nachricht verbreiteten, das Gebäude der zweiten Kammer ſtehe in Flammen, Einer dieſer Fourire verſah mich mit eben dieſer Nachricht, und nach mir fernere Fußgänger. Von allen Seiten ſtrömte nun die Menge nach dem Dönhoffsplatz. Heute Morgen iſt auf dem Dönhoffsplatz ein Tumult mit den Konſtablern geweſen, wobei Verwundungen vorgefallen ſind.

** **Berlin**, 28. April. **Ceterum censeo**, neue Miniſter, ſo hab' ich von ganzem Herzen neulich wieder gerufen. Aber ich ahnte nicht, daß Jemand, von dem ich das Gegentheil annehmen zu müſſen glaubte, von dem es alle Welt annimmt, und von dem es ſo ſcheint, als brauchte er nur ein Einmaliges Censere, das müßte ſchon genügen, — im Grunde ſeines Herzens ganz daſſelbe denkt. Geben Sie dieſer merkwürdigen Nachricht Raum. Scheuen Sie keine Berichtigung. Berichtigen könnte ſie nur Einer und kaum dieſer Eine; denn ſolche Berichtigung wäre mehr Delikateſſe, als Wahrheit. Man glaubt gewöhnlich, daß die Miniſter mehrmals um ihre Entlaſſung eingekommen ſind, indeſſen der König ſie um jeden Preis halte! Aber nicht an Sr. Majeſtät iſt es gelegen, wenn das Miniſterium am Ruder bleibt. Höchſtens inſofern, als der König, deſſen menſchliche Eigenſchaften bekannt und geachtet genug ſind, ſoweit man von ihm weiß, ſich den Männern des jetzigen Kabinets, deſſen wir uns, und deſſen Se. Majeſtät nicht mit guter Art ſich entledigen kann, auf das Tiefſte zu Dank verpflichtet fühlt, für die Treue und Aufopferung welche jene Männer in Stunden der Gefahr bewieſen haben. Wenn das Miniſterium Ernſt machen ſollte mit ſeiner Entſagung der dornenvollen Laufbahn, auf welcher es ſelbſt nur Sorgen hat und dem Vaterlande Sorgen und Kummer bereitet, dann ſein Sie verſichert, daß der König der Letzte ſein wird, welcher dieſen löblichen Entſchluß wankend macht. Freilich gibt es etliche Könige der Könige; dieſe nehmen die Entlaſſung der Miniſter nur gezwungen an; dieſe verlieren eigentlich dabei die Portefeuilles, welche pſeudonym beſeſſen worden ſind.

Berlin, 28. April. Rodbertus wird ſich morgen nach Frankfurt begeben und noch andere Deputirte beider Kammern werden ihm dahin folgen.

Abends 10 Uhr. In der Stadt herrſcht wieder eine bedeutende Aufregung. An allen Ecken der Straßen ſieht man dichte Gruppen verſammelt. Das Militär hat auch heute Abend mehrfach in der Gegend des Dönhofsplatzes Feuer gegeben und ſollen ſchon wieder v i e r Menſchen erſchoſſen ſein. Die Erbitterung gegen die Soldaten und namentlich deren Führer iſt unbeſchreiblich. Einzelne Offiziere und Konſtablee dürfen es nicht mehr wagen, ſich auf den Straßen ſehen zu laſſen. Sie werden überall vom Volke niedergeriſſen. (Voſſ. Z.)

Lith. Korreſp. **Berlin**, 29. April. Die Bewegung, welche unſer geſtriger Bericht ausführlich ſchilderte, nahm erſt gegen 11 Uhr ein Ende, nachdem zwiſchen 9 und 10 Uhr die Volksmaſſen vom Dönhofsplatz vertrieben und die Eckhäuſer der dieſen Platz umgrenzenden Straßen durch Militär beſetzt war. Der Verlauf der Bewegung blieb unverändert derſelbe. Eine völlig unbewaffnete Menge, hauptſächlich aus Neugierigen beſtehend, ließ ſich von den Konſtablern und den Militärpatrouillen von einer Stelle des Platzes zur andern jagen und erwiderte hie und da die Angriffe mit Steinwürfen u. dgl., welche auch bei dem Militär einzelne Verwundungen zur Folge gehabt haben. Auf einen in die Kurſtraße zuſammengedrängten Haufen wurde auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Zwei Perſonen ſollen auf dem Platze geblieben ſein. Die Zahl der bis jetzt als todt gemeldeten Opfer der Vorgänge vom 27. und 28. wird auf 15 angegeben.

Heute ſcheint die Ruhe nicht geſtört werden zu ſollen. Die Konverſationshalle, der nichts zur Laſt fällt, als daß die Deputirten der Linken ſich in ihr zu verſammeln pflegten, iſt noch fortwährend geſchloſſen. Das Lokal iſt eine öffentliche Reſtauration und ſeine Schließung deshalb in keiner Art gerechtfertigt. Auf dem Polizeiamte hat heut eine große Anzahl von Vernehmungen darüber ſtattgefunden, ob aus den Räumen der Konverſationshalle ein Schuß gefallen ſei. Wie wir erfahren, haben die vernommenen Augenzeugen der Vorfälle vom 27. jene Behauptung in Abrede geſtellt. Auch der „Stadt London", das Hotel in welchem die Rechte der aufgelöſten Kammer ihre Parteiſitzungen zu halten pflegte, iſt von Militär beſetzt, in dieſem Falle jedoch nicht in Folge militäriſcher Willkür, ſondern auf Veranlaſſung des Beſitzers ſelbſt.

Das große politiſche Ereigniß, welches alle dieſe Begebenheiten veranlaßt hat, die Auflöſung der Kammer, wurde, wie wir aus zuverläſſiger Quelle erfahren, lediglich durch den Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung in Bezug auf Vertagung und Auflöſung deutſcher Ständeverſammlungen herbeigeführt. Die Regierung hatte bereits am 26. ſpät Abends von jenem Beſchluß auf telegraphiſchem Wege Kenntniß erlangt. Ein Miniſterrath,

dem auch der König beiwohnte, fand im Luſtſchloſſe Bellevue noch während der Nacht ſtatt. Der Prinz von Preußen, der bei einer frühern Veranlaſſung — muthmaßlich bei dem Beſchluß der Kammer in Bezug auf die Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung — ſich entſchieden gegen die Auflöſung ausgeſprochen hatte, ſcheint an dieſer nächtlichen Konferenz nicht Theil genommen zu haben. Derſelbe ſoll wenigſtens, wie man uns verſichert, einem Kammermitgliede, das ſich bei dem Prinzen verabſchiedete, erklärt haben: er habe die Maßregel ſpäter erfahren, als die Kammer. Die Miniſter hatten mit dem Könige die ganze Nacht in Bellevue zugebracht. Am Morgen des 27., eine bis zwei Stunden vor der Sitzung, welche die letzte ſein ſollte, fuhren die Miniſter gleichzeitig mit dem König, der ſich nach Charlottenburg begab, nach Berlin, um die Auflöſungsordre zu verleſen. Der Schatzminiſter des abſoluten Preußens, Generallieutenant v. Thile iſt hier eingetroffen. Die Folgen der Kammerauflöſung werden einigen Abgeordneten bereits fühlbar. Die Regierung ſcheint die Erfahrungen, welche das Ergebniß der vorigen Wahlen, in dieſer Beziehung geboten haben, nicht beachten zu wollen. Der Steuerverweigerungsprozeß wenigſtens wird energiſch betrieben. Unter Andern iſt auch der Oberbürgermeiſter von Brandenburg, Hr. Ziegler, vorgeladen worden.

‡ **Poſen**, 28. April. Während in Oberſchleſien das 6. Armeekorps auf den Kriegsfuß geſetzt wird, während hier unſere Beſatzung von früh bis ſpät unter Vernachläſſigung ſonſtiger Uebungen unaufhörlich im Schießen geübt wird, während die polniſche Liga durch ihre Erlaſſe die 152 Zweigkomites, die ihr zu Gebote ſtehen, in ſteter Wachſamkeit und Obacht erhält, während täglich eine Erhebung Galiziens und eine entſprechende Rückwirkung auf unſere Provinz erwartet wird — entwaffnet unſere Regierung die hieſige deutſche Bürgerwehr, und löſt das Freikorps auf, welches in den vorjährigen Wirren mit Begeiſterung die preußiſchen Uniformen angezogen und etwa 1000 Mann ſtark, eine kräftige Unterſtützung der hieſigen Garniſon gebildet hatte. Muß da der Deutſche nicht unwillkürlich zu dem Gedanken gedrängt werden, er ſolle wie im vorigen Jahre preisgegeben und im Stiche gelaſſen werden? Von der in Frankfurt mühevoll erkämpften Abgrenzung nach Nationalitäten iſt nicht einmal mehr die Rede! und bei der jetzigen Sachlage wäre eine Interpellation in Frankfurt unnütz, weil erfolglos. Deßhalb wird ſie wohl auch von unſeren Abgeordneten vernachläſſigt. Alle Opfer die gebracht worden, um eine Stelle in unſerem großen Vaterlande zu erringen, ſind umſonſt gebracht, und es ſollte uns nunmehr nicht wundern, wenn der Kern unſerer Bürgerſchaft, der mit unerſchütterlicher Treue zu ſeinem Könige gehalten und ſelbſt durch die Mißhandlungen des vergangenen Jahres nicht hat wankend gemacht werden können, nunmehr der radikalen Partei in die Arme getrieben wird. Denn muthwilliger konnte Niemand mit Füßen getreten werden, als der Deutſche unſerer Provinz und die Vernachläſſigungen, die ſich unſere Regierung noch täglich zu Schulden kommen läßt, ſind kaum glaublich. So iſt z. B. das polniſche Kreditinſtitut der Landſchaft, welches lediglich von Polen verwaltet wird im Augenblick ohne alle Kontrolle Seitens des Staates, obwohl es eine bekannte Thatſache iſt, daß die Güter und Pfandbriefe dieſer Landſchaft größtentheils in den Händen der Deutſchen ſind. Wie aber mit den Fonds gewirthſchaftet werden kann, davon gibt das Jahr 1846 den Beweis, wo Gelder nach Paris zur demokratiſchen Centraliſation wanderten! Jetzt ſollen diejenigen polniſchen Gutsbeſitzer, deren Güter unter Sequeſter der Landſchaft ſtehen, von dieſem Inſtitut unter der Hand mit Hülfsgeldern unterſtützt werden! So iſt das deutſche Eigenthum preisgegeben, der Kredit ſeines Inſtituts gefährdet, und es haben ſich, da dergleichen unter den Augen unſeres Oberpräſidenten ruhig geſchieht, die deutſchen Gutsbeſitzer an das Miniſterium gewandt und um einen Kommiſſarius zur Beaufſichtigung jenes Inſtitutes gebeten. Ob die Bitte gewährt wird, iſt zweifelhaft, da es im vorigen Jahre den Polen gelungen iſt, dieſen Kommiſſarius los zu werden, und man jetzt Seitens des Gouvernements ihnen wiederum alle möglichen Konceſſionen macht.

Aus der jetzigen Verwickelung der deutſchen Angelegenheiten ſehen wir leider keinen Ariadnefaden; wir haben es klar vor uns, daß eine unſelige Kabinetspolitik dort im Großen dieſelben Verwirrungen angeſtiftet hat, wie im vorigen Jahre hier im Kleinen. Die Reichsverfaſſung, die hier überall verbreitet iſt, findet natürlich den größten Anklang und Adreſſen an die Nationalverſammlung werden bald nach Frankfurt abgehen. Das iſt aber auch Alles. Gelähmt und gebrochen durch den Dämon, der uns auf dem Nacken ſitzt, und von dem wir ohne Durchführung der Abgrenzung nicht loskommen, vermögen wir es wohl ſchwerlich zu einer kräftigen Hebung zu bringen, denn ein Aufſchwung wie der vorjährige, würde eine ſtark radikale deutſche Partei in den Reihen der Polen finden und der Reſt der Deutſchen würde nichts weniger als mit Wärme auf Seiten der Regierung ſein. Dies iſt der Fluch der Politik, wie ſie bisher hier verfolgt worden.

÷ **Köln**, 29. April. Die Nachricht der Auflöſung unſerer zweiten Kammer, welche geſtern Abend hier eintraf, hat die Konſtitutionellen mit ungeheurer Beſtürzung, die Demokraten und Ultramontanen mit noch weit größerem Jubel erfüllt. Leſen Sie nur das unverhohlene Triumphgeſchrei, mit welchem die Neue Rheiniſche Zeitung dieſe neue rettende That des ſtandrechtlichen Miniſteriums anzeigt. Heute Abend finden Verſammlungen der verſchiedenen Vereine ſtatt. Dieſer letzte Schritt des Miniſteriums wird von keinem der hieſigen Parteien gut geheißen und namentlich die nichtrheiniſchen hier angeſtellten Beamten ſehen am beſorgteſten der weiteren Entwickelung der Dinge entgegen. Es ſcheint ein ſchweres Geſchick über Deutſchland zu walten. Die Annahme der Reichsverfaſſung hätte die Revolution geſchloſſen. Es ſcheint aber, daß man in Berlin noch nicht genug hat an den Märzerlebniſſen des vorigen Jahres, als wolle man nochmal in weit großartigerem Maßſtabe ſie herbeiführen. Und ſie werden gewiß nicht ausbleiben, wenn man die eingeſchlagene Bahn weiter verfolgt. Wenn aber nicht alle Anzeigen trügen, ſo wäre dies mit Konſequenz geſchehen. Es wird hier allgemein erwartet, daß demnächſt die preußiſchen Abgeordneten von Frankfurt zurückgerufen werden, und zwar will man beſtimmt wiſſen, daß ein ſolcher Schritt gemeinſchaftlich von Berlin, München und Hannover aus erfolgen und Manteuffel, Pfordten, Stüve ſich in den Ruhm dieſer rettenden That en gros theilen dürften.

Zwar muß nach unſerer oktroyirten Verfaſſung die neue zweite Kammer in 40 Tagen einberufen, in 60 Tagen aufs Neue in Berlin verſammelt ſein. Aber eine neue zweite Kammer aus dem bisherigen Wahlgeſetze hervorgegangen, würde nicht, wie die ſo eben aufgelöſte, eine kleine Majorität für, ſondern eine ungeheure Majorität gegen das jetzige Syſtem ergeben. Mithin iſt man gedrängt, auch ein anderes Wahlgeſetz zu oktroyiren. Doch auch das wird die neuen Wahlen kaum milder ſtimmen. Namentlich in der deutſchen Frage herrſcht hier nur Eine Anſicht bei allen Parteien: unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung. Das Miniſterium wird alſo in das unſeligſte Rückwärts gedrängt werden, da es einmal Va banque zu ſpielen angefangen hat. Die oktroyirte Verfaſſung war der Anfang, die Zurücknahme aller Märzverſprechungen des vorigen Jahres wird das Ende ſein müſſen. Das fühlt hier Jeder und mit ängſtlicher Beſorgniß ſehen wir konſtitutionellen Rheinländer der nächſten Zukunft entgegen.

Aller Blicke ſind auf Frankfurt, dieſen letzten Anker des aufrichtig konſtitutionellen Lebens in Deutſchland gerichtet. Aber man fürchtet, daß Frankfurt trotz des lehrreichen Beiſpiels der aufgelöſten Berliner Nationalverſammlung ſolchen Herausforderungen gegenüber nicht die Mäßigung bewahren wird, welche allein im Stande iſt, Deutſchland vor den größten Gefahren zu bewahren und das Staatsſchiff glücklich zwiſchen Despotismus und Republik hindurch zu ſteuern. Möchten die wackeren Männer in Frankfurt allen Herausforderungen gegenüber bedenken, daß es für das deutſche Parlament nur einen Weg des Heils gibt: Maaß zu halten, je mehr man anderwärts von Maßloſigkeiten ſich hinreißen läßt. Ohne maßloſe Schritte in Frankfurt iſt die Oktroyirung einer deutſchen Verfaſſung ein Ding der Unmöglichkeit. Nur ein gewagter Schritt in Frankfurt gibt den Kabinetten die Möglichkeit mit Erfolg zu oktroyiren und auf Jahre hin zu reſtauriren. Alſo Maaß und kalt Blut vor allen Dingen. Maaß allein erzwingt die Annahme der Verfaſſung. Sollte man dennoch daran denken, mit Bayonnetten die Frankfurter auseinander zu treiben, dann iſt ſolche Niederlage nur der Anfang des vollkommenſten Sieges. So eben kommt der Bahnzug von Hannover an und nach angeblich durch Privatperſonen mitgebrachten Nachrichten ſoll der König von Hannover ſchwer erkrankt ſein. Beſtätigt ſich dieſe Nachricht, dann würde auch Hannover bald in die Fußtapfen Würtembergs treten und die eiſerne Hartnäckigkeit Stüve's würde nicht länger den Wünſchen der großen Mehrheit des hannoverſchen Volkes trotzen können.

Köln, 29. April. Der hieſige Bürger-Verein hielt heute eine außerordentliche Sitzung. Das zaudernde und die öffentliche Ruhe gefährdende Verhalten des preußiſchen Kabinets bezüglich der deutſchen Verfaſſungsfrage hatte den Vorſtand des Vereins geſtern veranlaßt, dieſe Sitzung auf heute zuſammen zu berufen, um bei dem Vereine den Antrag zu ſtellen:

„Der Kölner Bürgerverein erklärt: daß das gegenwärtige preußiſche Miniſterium nicht nur ſich unfähig bewieſen, die deutſche Frage zu einer gedeihlichen Löſung zu bringen, ſondern ſich ſogar dem laut ausgeſprochenen Willen des preußiſchen Volkes feindlich entgegengeſetzt hat; daß eine ſolche Löſung nur in der ſofortigen Annahme der von der deutſchen Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung und der auf dieſer beruhenden Oberhauptswürde zu finden iſt.“

Inzwiſchen war geſtern Abend die Nachricht von der Auflöſung der zweiten Kammer eingetroffen und hatte es allen Mitgliedern nahe gelegt, daß der Augenblick gekommen ſei, der nackt hervortretenden Kontre-Revolution mit Entſchiedenheit entgegen zu treten. Der oben mitgetheilte Antrag wurde daher faſt einſtimmig angenommen. Darauf wurde beſchloſſen: „dieſe Erklärung dem Gemeinderathe von Köln mitzutheilen, mit dem Erſuchen, ſich ihr anzuſchließen und durch eine Deputation, durch eine Adreſſe oder in ſonſt geeigneter Weiſe dieſelbe Sr. Majeſtät dem Könige überreichen zu laſſen“, und ferner „den Gemeinderath in Köln aufzufordern, ſämmtliche Gemeinderäthe der Provinz einzuladen, in kürzeſter Friſt Abgeordnete nach Köln zu ſchicken, um ihre Uebereinſtimmung mit den obigen Beſchlüſſen zu erklären, eventualiter Schritte zu deren Verwirklichung zu thun.“

Der Bürgerverein beſteht bekanntlich vorzugsweiſe aus den beſitzenden und gebildeten Klaſſen. Der Gemeinderath hat bereits folgenden mit großer Schrift an der Spitze der Kölniſchen Zeitung ſtehenden Aufruf erlaſſen:

„An alle Gemeinden der Rheinprovinz. Die bedenkliche politiſche Lage des deutſchen Vaterlandes hat den Gemeinderath der Stadt Köln zu dem Beſchluſſe geführt, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlaſſen, um deren Reſultat in einer Geſammteingabe dem Könige vorzulegen. Wir haben uns erlaubt, dazu Samſtag den 5. Mai, Vormittags 9 Uhr, und als Ort der Verſammlung den großen Rathhaus-Saal dahier zu beſtimmen, und beehren uns, die Gemeinderäthe der Provinz zu erſuchen, dieſe Verſammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beſchicken. Dieſe Abgeordneten, mit gehöriger Vollmacht verſehen, können die nöthigen Eintrittskarten von Freitag den 4. Mai, Nachmittags 5 Uhr ab, auf dem Rathhauſe bei dem zu dieſem Zwecke beſtellten Komite in Empfang nehmen. Köln, 30. April 1819. Oberbürgermeiſter, Beigeordnete und Gemeindeverordnete der Stadt Köln.

= **Neuwied**, 29. April. Es wird in der nächſten Zeit ein Kongreß aller konſtitutionellen Vereine des Rhein- und Weſtphalenlandes ſtattfinden. Dort ſoll den Reichszweiflern laut zugerufen werden, daß auch unſere ſchönen Lande vor Allem die deutſche Einheit oder was in dieſem Augenblicke dem gleich iſt, die unbedingte Annahme und Anerkennung der Reichsverfaſſung unverweigerlich und den biedern Schwaben gleich, begehren. Vorgeſtern Abend hielt unſer konſtitutioneller Verein eine Sitzung zur Berathung, wie der nach jenem Kongreſſe zu ſendende Deputirte zu inſtruiren ſei und es wurde nach lebhafter Debatte der Beſchluß gefaßt, für unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung im Vertrauen auf den guten Sinn des deutſchen Volkes zu inſtruiren. Von allen andern Rheinſtädten werden Sie daſſelbe hören: Annahme der Reichsverfaſſung iſt überall das Banner, um welches ſich die Freunde des Vaterlandes ſchaaren. Unſer Adel geht mit gutem Beiſpiele voran, wie er es immer hätte thun ſollen. So ſoll auch unſer junger Fürſt, der zu den bravſten und aufgeklärteſten Bürgern des deutſchen Vaterlandes gehört, ſehr deutſch geſinnt ſein und es iſt daher in dieſem Augenblicke doppelt zu bedauern, daß er bei ſeiner Bewerbung um einen Sitz in unſrer zweiten Kammer nicht durchgedrungen iſt.

B a i e r n. Adreſſen um Anerkennung der Reichsverfaſſung ſind ferner abgegangen: von den Gemeindekorporationen von Erlangen und Nördlingen, letztere einſtimmig beſchloſſen.

Vom Magiſtrat der Stadt Nürnberg geht uns heute (29.) folgende Mittheilung zu: In Folge der vorgeſtern durch die hieſigen öffentlichen Blätter bekannt gewordenen Erklärung unſrer Staatsregierung vom 23. April, betreffend die verweigerte Anerkennung der von der Nationalverſammlung zu Frankfurt am 28. März erlaſſenen Verfaſſung des deutſchen Reichs, alſo einer neuen ſehr wichtigen Thatſache, hat der Magiſtrat unſerer Stadt ſich noch geſtern verſammelt und eine auf Anerkennung der Reichsverfaſſung von Seite der Staatsregierung, reſp. auf ſofortige Einberufung des Landtages gerichtete Adreſſe an das königliche Geſammtſtaatsminiſterium erlaſſen, welche noch geſtern Abends abgeſendet wurde. (Nürnb. Korr.)

Auch in **Bamberg** haben ſich die Gemeindebehörden für die Anerkennung der Reichsverfaſſung und die ſchleunige Einberufung der Kammer ausgeſprochen.

= **München**, 28. April. Die Aufregung ſteigt bei uns mit jeder Minute. Auch die Regierungspartei iſt thätig geworden; drei Tage hindurch von heute wird eine Adreſſe zu Gunſten der bairiſchen Kabinetserklärung vom 23. d. M. zur Unterzeichnung für Münchner Bürger und Einwohner ausliegen; alle die es nicht mit dem preußiſchen Sonderbunde, (!) ſondern mit dem ganzen Deutſchland, in welchem Baiern eine große, glänzende Stellung einnimmt, gut meinen, ſind aufgefordert ſich zu unterzeichnen. Dieſelbe Partei hat um die allgemeine Meinung zu beirren, einen Maueranſchlag veröffentlicht, in welchem dem Volke geſagt wird, es ſolle nur bedenken, daß es mit der Reichsverfaſſung 1) auch die Oberhoheit des Königs von Preußen, 2) die unbedingte Gewerbefreiheit, 3) die allgemeine Freizügigkeit d. h. Einwanderung des fremden Proletariats zur Belaſtung der Gemeinden, mit in Kauf nehmen müſſe, drei Punkte, von welchen man ſich die entſchiedenſte Bekehrung jedes gutgeſinnten Altbaiern vom deutſchen Schwindel verſpricht. In höheren Regionen ſagt man hier ganz ungenirt, der Vorgang Würtembergs habe nichts zu bedeuten, es werde ſich dort ſchon eine Reaktion einfinden und der König werde ſich in meliori fortuna damit entſchuldigen können, er ſei durch das Drängen von allen Seiten in ſeiner Willensfreiheit beirrt und zwangsweiſe beeinträchtigt worden; den braven Römer bezeichnen dieſe höchſten Kreiſe als Verräther ſeines Königs.

0 **München**, 28. April. Die Deputation von 25 Bürgern, welche dem Miniſter Kerſter eine an das Geſammtminiſterium gerichtete Adreſſe, um unverzügliche Einberufung des Landtags überreicht, erhielt den Beſcheid, daß der Landtag keinenfalls noch einmal vertagt werden ſolle: über die ſofortige Einberufung werde das Geſammtminiſterium heute noch berathen und beſchließen. Auch werde die Regierung bis morgen eine Proklamation an das Volk erlaſſen. Den Nachrichten aus den fränkiſchen Provinzen und der Pfalz ſieht man hier mit größter Spannung entgegen. Von der geſtrigen Bürgerverſammlung wurde auch eine Adreſſe an die Gemeindekollegien votirt, die ob deren troſtloſen Thatloſigkeit im gegenwärtigen ernſten Augenblicke ein Mißtrauensvotum enthielt. Morgen finden mehrere Volksverſammlungen ſtatt, unter andern eine am Eingange in das baieriſche Gebirg, in der Nähe von Tegernſee. Prinz Karl befindet ſich ſeit einigen Tagen in zunehmender Beſſerung und es ſoll keine Gefahr mehr für ſein Leben ſein, das von einer heftigen Lungenentzündung bedroht war.

§ **Stuttgart**, 26. April. In mehreren Kreiſen hat eine Aeußerung Sr. Maj. des Königs Mißſtimmung erregt, welche derſelbe gegen eine Abordnung der Ludwigsburger Bürgerſchaft gethan haben ſoll. Als nämlich dieſe ihm den Dank der Einwohner für die unbedingte Gewähr der Volkswünſche abzuſtatten kam, erwiederte der König, „man ſchulde ihm keinen Dank, indem er dem Drang der Umſtände gewichen ſei“, und verließ das Zimmer. Die Entſchiedenheit, womit die Frankfurter Zeitung erklärt, Hr. v. Schmerling ſei vergangene Woche nicht in Stuttgart geweſen, gibt hier viel zu reden, indem man verſichert, den genannten Diplomaten allerdings im Gaſthof zum Kronprinzen geſehen zu haben.

Stuttgart, 30. April. Der „Schwäb. Merk.“ enthält folgende Anſprache des Miniſteriums: „Das mit großer Einmüthigkeit kund gegebene Verlangen des würtembergiſchen Volkes, daß die ganze deutſche Reichsverfaſſung von der Staatsregierung ſofort möge anerkannt werden, iſt durch die Entſchließung Seiner Majeſtät des Königs vom 25. d. Mon. erfüllt worden. Nachdem nun dieſer für die Einheit, Freiheit und Größe Deutſchlands förderliche Schritt geſchehen, wenden ſich die Unterzeichneten, die ſich bewußt ſind, nach beſter Einſicht und gewiſſenhafter Ueberzeugung gehandelt zu haben, an ihre Mitbürger mit der ernſten und dringenden Mahnung, nunmehr ihrerſeits dahin zu wirken, daß das Volk ebenſo, wie durch lebhafte Empfänglichkeit für die große Sache des Vaterlandes, auch durch treues Feſthalten an Geſetzlichkeit und Recht ſich ehre. Mit Bedauern, aber — wo es ihm Pflicht und Ueberzeugung geböte — ohne Zögerung und mit aller Feſtigkeit würde das Miniſterium ungeſetzlichen Beſtrebungen entgegentreten, welche, hervorgegangen etwa aus dem Wahne, die Freiheit über die Grenzen der Landes- und der Reichsverfaſſung hinaus auf geſetzwidrige und gewaltſame Weiſe erweitern zu dürfen, die wahre Freiheit nur beeinträchtigen, die geſunde Entwicklung ſtören, das Vertrauen untergraben, den Wohlſtand des Landes zerrütten müßten. Darauf glauben die Unterzeichne-

ten das würtembergiſche Volk noch beſonders aufmerkſam machen zu müſſen, wie die Ereigniſſe der neuſten Zeit hinlänglich gezeigt haben, daß ſich der vernünftige Volkswille auch in der konſtitutionellen Monarchie verwirklichen laſſe. Ebendeßhalb aber machen die Gegner derſelben eine falſche Rechnung, wenn ſie meinen, die bewaffnete Macht Würtembergs, ſtehendes Heer und Bürgerwehr, werde ſich dazu hergeben, Plane der Untergrabung und des Umſturzes beſtehender Rechtsverhältniſſe zu unterſtützen. Die Regierung darf ſich vielmehr der Ueberzeugung hingeben, daß der weit überwiegende Theil des Volks, Bürgerwehren und ſtehendes Heer mit inbegriffen, ſtets bereit ſein werde, die öffentliche Sicherheit, die Ordnung und das Recht gegen geſetzwidrige Partei-Unternehmungen ſtandhaft zu vertheidigen. Die Departements-Vorſtände: Römer. Roſer. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt."

Hildesheim. Der Volksverein zu Hildesheim hat in der am 21. April d. J. ſtattgehabten ordentlichen Verſammlung beſchloſſen, feierlich und öffentlich zu erklären: daß er alle Diejenigen für Verräther am deutſchen Volke halte, welche auf anderm Wege als dem, welchen die Recht beſtehende Verfaſſung ſelbſt vorzeichnet, die Reichsverfaſſung offen oder heimlich angreifen: gleichwie denn auch der Beſchluß gefaßt iſt, dieſe Erklärung durch die Zeitungen zu veröffentlichen und die Vereine der Provinz und des Landes zum Anſchluſſe an dieſelbe aufzufordern. (Z. f. N.-D.)

*** **Konſtanz**, 29. April. Von Seite des hieſigen Volksvereins iſt eine Adreſſe an das großherzogliche Juſtizminiſterium in Karlsruhe abgegangen, worin derſelbe das Verlangen ſtellt, die Unterſuchung gegen den Regierungsdirektor Peter in Konſtanz, alsbald und zwar hier in Konſtanz einleiten, ununterbrochen fortführen und beſchleunigen zu laſſen, damit ſich herausſtelle, inwiefern die Anſchuldigung der Theilnahme an hochverrätheriſchen Unternehmungen gegründet ſei, wegen denen er ſeit einem Jahr in Anklagezuſtand ſich befindet. Er wurde bekanntlich im April 1848 bei dem erſten badiſchen Freiſchaarenzug zum Statthalter der „Republik Konſtanz" von Hecker ernannt, und hat dieſe Würde angenommen.

Freiburg, 30. März. Nächſten Mitwoch, den 2. Mai beginnen die öffentlichen Verhandlungen vor dem Geſchworenen-Gerichte gegen Joſeph Fickler von Konſtanz, Adalbert v. Bornſtedt von Stendal, Daniel Krebs von Mannheim und Karl Steinmez von Durlach, wegen Hochverraths. Als Richter werden die gleichen Mitglieder des hieſigen und Bruchſaler Gerichtshofes, wie im Struve'ſchen Prozeſſe funktioniren, mit Ausnahme des Präſidenten Litſchgi, der als Landtags-Abgeordneter abweſend iſt; ihn erſetzt im Präſidium Hofgerichts-Direktor Woll. Der Angeklagte, v. Bornſtedt iſt ſchon ſeit einiger Zeit hier, die übrigen ſind heute hierher gebracht worden. Der Erſtere wird durch Advokat Thoma von hier, die andern von Advokat Brentano vertheidigt werden. (N. Fr. Z.)

S **Freiburg**, 29. April. Das hieſige großherzogliche Hofgericht hat in ſeiner Sitzung vom 24. d. M. die Beſchwerde des Advokaten Thoma, die er im Namen Bornſtedts daſelbſt einreichte (Siehe Deutſche Zeitung vom 26. d. M.) zurückgewieſen. Auf Morgen iſt die Ankunft Ficklers hier angeſagt. Geſtern iſt ein Bataillon badiſcher Truppen zur Verſtärkung des hier liegenden Regiments eingerückt.

† **Kaſſel**, 22. April. Das hieſige politiſche Leben der letzten Wochen ſeit der Vertagung der Landſtände hat nichts Bemerkenswerthes dargeboten; erſt jetzt, wo das neue Wahlgeſetz verkündigt iſt und die Wahlen zum nächſten Landtage angeordnet ſind, wird der Kampf der Parteien auf's Neue beginnen. Die Kandidatenliſten der beiden politiſchen Parteien circuliren bereits im ganzen Lande, Sendboten gehen nach allen Richtungen ab, um an Ort und Stelle den gedruckten Worten der Programme und Aufrufe mehr Nachdruck zu geben. Die Liſte der konſtitutionellen Partei enthält die beſten und intelligenteſten Männer des Landes, während die republikaniſche nur wenige bekannte und klangvolle Namen zählt. Die Aufgabe des nächſten Landtags iſt zu groß, als daß man größeres Gewicht auf den Sieg der politiſchen Farbe, denn auf den Sieg der höheren Einſicht legen dürfte; das Rundſchreiben des Vororts des nationalen Vereins als Vorort des kurheſſiſchen Landesvereins drückt ſich in dieſer Hinſicht ſo aus: „Wir werden bei der Wahl unſerer demnächſtigen Vertreter in's Beſondere nicht vergeſſen dürfen, daß der nächſte Landtag u. A. neben der Fürſorge für den Wohlſtand des Landes, namentlich der arbeitenden Klaſſen, für eine gerechte und gleiche Beſteuerung, für eine angemeſſene Verminderung der Hofdotation, für die genügende Befeſtigung einer wahrhaft konſtitutionellen und unabhängigen Stellung unſerer verantwortlichen Miniſter, Sorge zu tragen, auch die dem Geiſte unſerer Verfaſſung widerſtreitende Stellung des Landesherrn als oberſten Militärchefs vollends zu beſeitigen ſuchen muß." Es kommt noch hinzu die Regulirung der Verhältniſſe der Kirche und Schule zu einander und zum Staate, ferner die geſetzliche Neugeſtaltung des geſammten Gerichtsweſens, z. B. die Berathung der bürgerlichen Prozeßordnung, des in Arbeit befindlichen Strafgeſetzbuches, der durchaus nothwendigen Hypothekenordnung, des Geſetzes über die Rechtsverhältniſſe des Anwaltſtandes, Alles Gegenſtände, die mit der Wohlfahrt des Landes in der innigſten Verbindung ſtehen.

Die Entrüſtung, welche das Verfahren des preußiſchen und hannoverſchen Miniſteriums hier hervorgerufen hat, iſt unbeſchreiblich, ſolche Gewaltſtreiche hat Niemand erwartet. Man zittert für die monarchiſch konſtitutionelle Regierungsform, nicht weil man eine Herſtellung des alten abſolutiſtiſchen Zuſtandes befürchtete, ſondern weil man vorher ſieht, daß die extreme Richtung jener Regierungen unabwendbar zum anderen Extreme treibt. Deſto größere Freude herrſcht hier über die Haltung der Nationalverſammlung, alle Parteien ſind mit ihren Beſchlüſſen einverſtanden und bereit, zur Durchführung derſelben Gut und Blut zu opfern.

Darmſtadt, 30. April. Dieſen Nachmittag verſammelte ſich auf dem Exerzierplatz die hieſige Bürgergarde und beſchloß eine Anſprache an alle deutſchen Bürgergarden mit der Aufforderung, mit Gut und Blut für die Reichsverfaſſung einzutreten und ſie gegen ihre Feinde zu beſchützen. Zugleich wurde eine Adreſſe an die Bürgergarde zu Stuttgart beſchloſſen, worin ihr volle Sympathie für ihre neuliche Entſchiedenheit bezeugt wird. Beide Beſchlüſſe wurden durch einmüthigen Zuruf gefaßt. (F.J.)

Ӿ Aus Nordſchleswig, 27. April. Es ſcheint nach dem letzten Gefecht bei Colding wieder einige Waffenruhe eingetreten zu ſein. Zwar rücken immer mehr Truppen gen Norden, aber von Colding ſind bis jetzt nur einige Kompagnien nördlich vorgeſchoben; wenn überhaupt nicht wieder die Diplomatie oder Unterhandlungen dahinterſtecken, ſcheint man den Kriegsplan ändern zu wollen dadurch, daß man durch unſere nunmehr geſicherte und ſtark verſchanzte Stellung auf den Düppeler Höhen die Inſel Alſen im Schach hält, um die Bewegungen nach Jütland hinein kräftiger unterſtützen zu können. Der Obergeneral von Prittwitz verlegt demzufolge heute das Hauptquartier der Reichstruppen nach Hadersleben. Die Stadt Colding, wo gegen 15 Häuſer in Flammen aufgegangen ſind, iſt zwar arg mitgenommen und theilweiſe ſtark an Fenſtern, Dächern und Mauern beſchädigt, allein ſie exiſtirt doch noch als Stadt, und iſt, wie fälſchlich behauptet worden, durchaus kein Trümmerhaufen, keine Ruine. Daß die dortigen Bürger auf unſere Truppen mit Schrot geſchoſſen, beſtätigt ſich, die Beſchuldigung der Vergiftung jedoch will ſich nicht ganz klar herausſtellen, auf der andern Seite iſt es leider wahr, daß von unſerer Seite geplündert worden, allein nur von Einzelnen und ohne Wiſſen und Willen des Generals Bonin. Die Thäter ſind arretirt und werden nach den Kriegsgeſetzen gerichtet werden.

\# **Hadersleben**, 27. April. So eben iſt General Prittwitz an der Spitze eines glänzenden Generalſtabes hier eingezogen und von den zahlreichen Truppen freudigſt begrüßt worden. Er iſt ein kräftig ausſehender Mann von etwa 60 Jahren mit einem martialiſchen Veteranengeſicht, welchem der halbgraue Schnurrbart ſehr gut ſteht. Unſere Stadt und Umgegend wimmeln von Truppen, zum größern Theil Preußen, Linieninfanterie und Landwehr zuſammen, auch eine Feldbatterie, welche hinter den Erdſchanzen nordwärts der Stadt untergebracht iſt. In der Stadt Hadersleben liegen über 3000 Mann, welche unter dem Kommando des Generals Hirſchfeld ſtehen. Die preußiſchen Jäger lagern bei Aastrup. Heute iſt Raſtag und Muſterung. Morgen bricht die preußiſche Brigade nach Colding auf. Aller Wahrſcheinlichkeit nach wird General Prittwitz ſelbſt den Hauptſchlag gegen Fridericia leiten, die weiteren Operationen aber dem General Bonin überlaſſen und dann nach dem Sundewitt zurückkehren, wo der bevorſtehende Angriff auf Alſen ſeine Gegenwart erfordert. Von einem gefangenen däniſchen Offizier erfahren wir, daß die Haupturſache ihres bedeutenden Verluſtes im Treffen bei Colding

vom 23. April ein fataler Irrthum geweſen. Die Dänen hielten nämlich die reitende Artillerie der Schleswig-Holſteiner — eine Waffengattung, welche die däniſche Armee bis jetzt nicht kennt — für deutſche Kavallerie und als ſie dieſelbe im vollen Galopp gegen ihren rechten Flügel anſprengen ſahen, formirten ſie ein Quarré. In einer Entfernung von 500 Schritten machten die 8 deutſchen Sechspfünder Halt und eröffneten mit Vollkugeln und Kartätſchen auf die geſchloſſenen Glieder der Dänen ein ſo verheerendes Feuer, daß deren Reihen wie Spreu auseinanderſtoben. Bei der heilloſen Unordnung, welche dadurch in ihre Glieder kam, dauerte es einige Zeit, bis ihre vorrückenden Plänkler, Dragoner und Huſaren die reitende Artillerie der Schleswig-Holſteiner zum Rückzug zwangen.

⊙ **Lübeck**, 28. April. Heute iſt das erſte Dampfſchiff nach Rußland abgegangen, nämlich die Düne, nach Riga beſtimmt; dagegen wird das Dampfſchiff Nikolai, welches urſprünglich ſchon am 1. Mai die Fahrten nach Kronſtadt eröffnen ſollte, erſt am 8. Mai expedirt werden, da nach eingegangenen Berichten aus dem Norden die dortigen Häfen nicht eher vom Eiſe befreit ſein werden.

Großbritannien.

* **London**, 28. April. Die „Times“ von dieſem Datum zeigt diesmal den Sieg der Deutſchen über die Dänen bei Colding unter der in die Augen fallenden Ueberſchrift an: „Defeat of the Danes“, und leitet den Schlachtbericht Bonins mit den Worten ein: „Folgendes iſt der amtliche Bericht über dieſe glänzende Affaire, welche von 16,000 Mann ungeübter Truppen über die Elite des däniſchen Heeres erfochten wurde.“ Schließlich erzählt die Times, daß jeder Angriff von den Schleswig-Holſteinern mit jenem lauten Hurrah begleitet worden ſei, welches ſie vergangenes Jahr den Berliner Garden abgelernt hätten und welches, wie damals die Dänen äußerten, das Einzige ſei, dem ſie (die Dänen) nicht Stand halten könnten. Die Schleswig-Holſteiner können ſich Glück dazu wünſchen, dieſen Sieg gegen die däniſche Uebermacht ohne eine andere Reichshilfe als die eines preußiſchen Generals erfochten zu haben, denn die politiſche Welt iſt im Allgemeinen gar ſehr geneigt, die Gerechtigkeit einer Unternehmung nach deren Erfolge abzuſchätzen. Die Engländer, von vornherein mit dem brüsken Wiederbeginn der Feindſeligkeiten Seitens der Dänen wenig einverſtanden, erkennen nun, daß der Muth, die Ausdauer und die Kriegskunſt der Dänen mit ihrer herausfordernden Prahlerei in keinem Verhältniß ſtehen, ſie erkennen jetzt andererſeits, daß es den Schleswig-Holſteinern mit ihrer Sache heiliger Ernſt iſt, daß ſie an deren Vertheidigung Blut und Leben zu ſetzen wiſſen, daß ſie an moraliſcher Kraft dem Gegner überlegen ſind. Hierzu kommt, daß die Art, wie die Dänen die Blokade betreiben, in den kaufmänniſchen Kreiſen Englands viele Erbitterung erregt, namentlich fragt man ſich, warum die engliſchen Dampfſchiffe den Blokadebeſtimmungen verfallen, die nordamerikaniſchen, holländiſchen und franzöſiſchen dagegen ausdrücklich davon ausgenommen ſind? Daily News enthält einen ſehr derben Tadel gegen die däniſche Blokade, die von dieſer Zeitung als eine ganze unſinnige Plackerei bezeichnet wird. In der Oſtſee befänden ſich zwei däniſche Kriegsſchiffe, dazu beſtimmt, die neutralen Schiffe von dem Einlaufen in baltiſche Häfen abzumahnen. Könne man mit zwei Kriegsſchiffen alle Oſtſeehäfen blokiren? Unmöglich. Daher dürfe man es auch den britiſchen Kaufleuten und Agenten in Stettin nicht verdenken, daß ſie gegen dieſe Blokade als eine „muthwillige Plackerei und Behinderung freundſchaftlicher neutraler Kauffahrteiſchiffe auf der hohen See“ Verwahrung einlegten. Aber freilich, ſetzt Daily News, hinzu: Lord Palmerſton hat zu viel mit der Aufrechthaltung des Gleichgewichts zwiſchen Fürſten und Völkern zu thun, um den Intereſſen der britiſchen Kaufleute einige Aufmerkſamkeit zu ſchenken.

Als geſtern Lord Stanley im Oberhauſe eine große Zahl von Petitionen gegen die Schiffgeſetzreformbill einreichte, gab er zugleich folgende Erklärung ab: „Mit den Bittſtellern in Betreff der Gründe, womit ſie ihr Geſuch unterſtützen, vollkommen übereinſtimmend, erlaube ich mir, dieſe früheſte Gelegenheit zu der Erklärung zu benutzen, daß ich dieſer Maßregel, ſobald ſie zur Berathung kommen wird, mich aufs entſchiedenſte, ſo weit es in meiner Kraft ſteht, zu widerſetzen beabſichtigte. (Beifall). Ich werde keine Anſtrengung und Mühe ſparen, damit es mir gelinge, die Bill über Bord zu werfen, und ich habe das feſte Vertrauen, daß keine vorausgeſetzten Schwierigkeiten, keine Drohungen, welcher Art ſie auch ſeien, Ihre Lordſchaften davon abhalten werden, gegen die Bill zu ſtimmen.“ (Beifall). Das Schickſal der Bill, woran ſich auch das Schickſal des Miniſteriums knüpft, iſt hiernach kaum noch zu bezweifeln.

Frankreich.

* **Paris**, 29. April. Geſtern Nachmittag 5½ Uhr hat die Regierung eine zweite telegraphiſche Nachricht erhalten, folgenden Inhalts;

„Der General Oudinot an den Kriegsminiſter. Civita Vecchia den 25. Wir ſind Meiſter von Civita Vecchia ohne Schwertſtreich. Die Behörden haben keinen Widerſtand gezeigt. Die Einwohner und die Nationalgarde haben uns mit Freudenrufen aufgenommen.“

Die Regierung beeilt ſich, dieſe Nachrichten zu veröffentlichen; ſie hofft vielleicht, damit günſtig auf die allgemeine Stimmung einzuwirken. Geſtern Abend ſchon gegen 6 Uhr bildeten ſich abermals bedeutende Zuſammenrottungen an der Porte St. Denis und in den anliegenden Straßen. Wie gewöhnlich beſtand der größte Theil der zuſammengeſtrömten Menge aus Neugierigen, welche durch den geſtern Nachmittag plötzlich an allen Straßenecken erſcheinenden polizeilichen Anſchlag über dieſe Zuſammenrottungen obendrein, ſo zu ſagen, amtlich dazu eingeladen worden waren. Schon um 3 Uhr wurden die Kaufläden (für die der Sonnabend gewöhnlich ein guter Tag iſt) geſchloſſen. Junge Leute in Bluſen begannen den Ruf hören zu laſſen: „Es lebe Barbes! Es lebe die ſocialiſtiſch-demokratiſche Republik!“ Um 9 Uhr war die Menge ſo angewachſen, daß die Cirkulation unmöglich wurde. In Folge deſſen erſchien endlich der Polizeikommiſſär und forderte unter Trommelſchlag das Publikum auf, auseinanderzugehen. Bei dem Widerſtande, der hier und da den Schutzmännern entgegengeſetzt wurde, fiel eine Anzahl von Verhaftungen vor, man ſagt drei bis vierhundert. Gegen 11 Uhr hatte die Umgegend der Porte St. Denis ihr gewöhnliches Anſehn wieder angenommen. Dieſe Aufregung iſt noch immer Folge der Einmiſchung der Verwaltungsbeamten in die Wahlverſammlungen. Die ſozialiſtiſch-demokratiſchen Blätter enthalten mit Bezug hierauf heute folgende Anſprache an das Volk:

„Nach einer dreitägigen Berathung hat der ſozialiſtiſch-demokratiſche Ausſchuß heute um 4 Uhr entſchieden, daß dem Rechte nach die Ueberwachung durch einen Polizeikommiſſar in keinem Falle in einer Wahlverſammlung geduldet werden kann. Heute Abend berathſchlagt derſelbe über den beſten Weg, um das freie Stimmrecht, die Hauptgrundlage des republikaniſchen Staatsrechts, unangetaſtet zu bewahren. Er hat den feſten Willen, ſich auf dem Felde der Verfaſſung zu vertheidigen.

Im Namen der ihm auferlegten Pflichten, im Namen der durch unſer muthiges Abwarten ſchon erlangten Vortheile, im Namen der überall ihren Gang wieder aufnehmenden Revolution, im Namen des unſerer Disciplin verheißenen Wahlſieges, im Namen der ſocialiſtiſch-demokratiſchen Republik! beſchwört er das Volk, die Straßen und Plätze zu verlaſſen, wohin nur ſeine Feinde es rufen, die Herausforderungen einer unterliegenden Fraktion zu verachten und abermals dem Lande zu zeigen, daß die Ruheſtörer nur diejenigen ſind, welche das Recht und die Verfaſſung verletzen. Laßt uns Denen, die einen 23. Juni wollen, durch einen 29. Januar antworten!“

Der Ausſchuß des Vereins der Rue de Poitiers hat ein Manifeſt erlaſſen, worin er abermals zu beweiſen ſtrebt, daß man recht gut Imperialiſt, Legitimiſt und Orleaniſt geweſen ſein könne, ohne darum über die Ruplik verſchieden zu denken oder gegen dieſelbe feindſelig geſinnt zu ſein. Dieſelbe wird vielmehr als die geſetzlich beſtehende Ordnung anerkannt und die ſchwebenden Fragen als lediglich die Religion, die Familie und das Eigenthum betreffend hingeſtellt. Das Manifeſt ſpricht ſich ebenfalls entſchieden für die Aufrechthaltung des europäiſchen Friedens aus, indem es die unbedingte Verantwortlichkeit Frankreichs für alle möglichen Revolutionen des erſchütterten Europa ablehnt. Zugleich hat der Centralausſchuß der „Wahlvereinigung“, deren Zweck iſt, das Zuſammenwirken aller Freunde der Ordnung, welcher Partei ſie auch angehören, bei den bevorſtehenden Wahlen zu veranlaſſen, eine vorläufige Kandidatenliſte veröffentlicht. Unter den 50 Namen derſelben bemerkt man faſt ſämmtliche Miniſter, die hervorragenden Mitglieder des Vereins der Rue de Poitiers und von gemäßigten aber aufrichtigen Republikanern nur Cavaignac, Dufaure, Birio, Lamoriciere, Marie, Garnier-Pages, Goudchaux und Francois Arago.

№ 121. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 2. Mai 1849.

Ueberſicht.

Heinrich Wuttke.
Das neue Bremen.
Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt. [Schluß.] Die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung.) Wien (Die Ausweiſung der Fremden.) Berlin (Der König willige in keine Verfaſſungsverletzung.) München (Die würtembergiſchen Ereigniſſe und die baieriſche Politik.) Regensburg (Anſprache des Abgeordneten v. Zerzog.)
Niederland. Haag (Das Limburger Kontingent. Die Univerſitäten. Die Marine.)
Ungarn. (Bericht vom Kriegsſchauplatz.)

Heinrich Wuttke.

Auch ein Bruſtbild.

Im Spätherbſte 1848 wars als mit der Miene eines Mannes, der das ganze Königreich Sachſen in der Taſche hat, ein kleiner rühriger Geſell hier in Frankfurt eintraf. Er ſchien ſehr verwundert darüber zu ſein, daß die verſchiedenen Parlamentsklubs nicht bereits in Gelnhauſen oder wenigſtens in Hanau wetteifernde Poſten ausgeſtellt hatten, um ſich einer ſo bedeutenden politiſchen Wichtigkeit womöglich in voraus zu verſichern, als in Herrn Heinrich Wuttke aus Leipzig zum Erſatze Robert Blum's im Anzuge war. Dieſe Verwunderung behielt er für ſich, aber das ſprach er offen aus, — es war gleichzeitig der Landtag in Dresden verſammelt — daß er nur des größeren geſchichtlichen Intereſſes wegen nach Frankfurt gegangen ſei, überzeugt alſo, daß er auch der Wahl in die Landeskammern an allen Ecken ſicher geweſen, ſo daß es wahrſcheinlich nur an des Verfaſſers dieſer Zeilen ungetreuem Gedächtniſſe liegt, wenn mir im gegenwärtigen Augenblicke kein einziger von den 75 königlich ſächſiſchen Wahlbezirken einfallen will, wo Herr Wuttke wirklich nach Dresden gewählt ward. Außerdem zeichnete er ſich durch eine nagelneue Viſitenkarte von der größten Vollſtändigkeit aus, auf welcher weder der Doktortitel fehlte, noch die märzerrungene „ordentliche“ Profeſſur der hiſtoriſchen Hilfswiſſenſchaften. Die dritte oder vierte Zeile des umfaſſenden lebensſchildernden Aktenſtücks endlich ward von den Worten eingenommen: „Reichstagsabgeordneter für Leipzig.“

Dennoch mußte es „der Reichstagsabgeordnete für Leipzig“ mit Schmerz erleben, daß die Klubs keinen entſprechenden Preis auf den Gewinn ſeines Kopfes ſetzten, ja daß ihm ſogar einmal und noch dazu vom „Landsberg“! die rieſenhafte Viſitenkarte, von welcher der Diener in die Verſammlung meldete, daß er draußen einen kleinen Herrn dahinter entdeckt habe, der eingelaſſen zu werden unruhig erwarte, mit der Ankündigung zurückgeſtellt ward, der Verein ſähe keine uneingeführten Gäſte bei ſich. Leicht möglich, daß die Mißſtimmung des Hrn Wuttke, durch ſo viel perſönliche Vernachläſſigung erzeugt, ſich in eine Mißſtimmung gegen das Werk der Reichsverſammlung verwandelte. Ein Werk, welches ohnehin den unverbeſſerlichen Fehler hatte, daß Herr Wuttke nicht gleich bei deſſen Plan und Begründung betheiligt geweſen! Der Abgeordnete von Leipzig ſchmähte demnach laut über „die Tyrannei der Klubs“ und ſetzte ſich ärgerlich auf einen gerade erledigten Platz im linken Centrum. Ohne Konſequenz jedoch. Denn er ſtimmte von dieſem Platze aus Kreuz und Quer, bald mit dieſer, bald mit jener, am liebſten aber gegen die Strömung, indem er ſich in allen Dingen innerer Ordnung und ſogenannter Freiheit der äußerſt gewährenden linken Partei anſchloß, in den Fragen ſolider Macht- und Reichsgeſtaltung jedoch eben ſo regelmäßig mit der noch äußerſt verſagenden Rechten ſtimmte. Nach Innen alſo jeden Zügel grenzenlos ſchließen laſſen, nach Außen aber auch das lockerſte Band der Einheit zurückweiſend, das war die deutſche Staatswelt, die uns aus den Abſtimmungen des Herrn Wuttke entgegenſproßte und dieſe Welt gelenkt — von einem zwölfjährigen Kaiſer. Denn obſchon es im Ganzen nur 14 von den 500 Mitgliedern des Hauſes waren, die ſich mit der zwölfjährigen Kaiſeridee des Herrn Waitz — ihr Urheber hat ſie ſpäter ſelbſt am Herzlichſten bereut und ſchonungslos verworfen — zu vereinigen vermochten, ſo gehört doch natürlich Herr Wuttke zu dieſen wunderlichen „Vierzehn Heiligen“ am Mainfluß.

Aber nicht blos wie ein Abgeordneter von Sachſen, ſondern geradezu als „der Abgeordnete für Sachſen, trat Herr Heinrich Wuttke — wir wiſſen nicht, ob noch mit einem anderen Rechte, als dem Mandate der eitlen Selbſtüberhebung — hier auf. Dafür zwei Fälle. Als die Verfaſſung in erſter Leſung vorlag und mehrere Regierungen ihr Einverſtändniß mit dem Erbkaiſerthum erklärten, ward in einer Zeitung mitgetheilt, auch von der königl. ſächſiſchen Regierung ſei eine Erklärung in dieſem Sinne ausgegangen. Kaum geſchehen, als ſich Herr Wuttke ſpornſtreichs zu dem Bevollmächtigten „ſeiner Regierung“ begab, und als er „auch dieſen“ ohne Anzeige einer ſolchen Erklärung fand, ſo widerſprach er auf's Feierlichſte und Bündigſte der erwähnten Zeitungsnachricht mittelſt eines gedruckten und in der Nationalverſammlung vertheilten Plakats. Dies könnte Eifer genannt werden. Allein mehr als Eifer iſt es doch wohl, daß Herr Wuttke beim Wiederausbruche des ſchleswig-holſteiniſchen Kriegs einen Brief an das Reichsminiſterium richtete, worin er dieſem den Rath ertheilte, das geſammte königl. ſächſiſche Heer gegen Dänemark zu ſenden. Denn dies — das Heer — ſei durch und durch republikaniſirt. Wie ſich von ſelbſt verſteht, ſo hat ſo wenig als früher die Reichsverſammlung, ſo ſpäter auch das Reichsminiſterium, nicht die mindeſte Notiz von der Wuttke'ſchen Verwendung genommen, die ihn übrigens in den ſchreiendſten Widerſpruch verſetzte mit dem ausdrücklich kundgegebenen Mehrheitswillen der ſächſiſchen Landeskammer, mit ſich ſelbſt, mit aller Welt.

Da ſind wir denn ſchließlich auf das gerathen, was den Charakter und Inhalt von Hrn. Wuttke's Weſen ausmacht: feindſeligen Widerſpruch. So wie er hier in Frankfurt verfahren und umhergefahren — aus dem Würtemberger Hofe zu den Oeſterreichern, von den Oeſterreichern zu den Ultramontanen und Partikulariſten — ſo wie er ſich hier gezeigt hat, unfügſam, ſtörrig, eigenſinnig und deßhalb zu jeder Zuſammenwirkung, zu jedem heilſamen Hervorbringen, welches gemeinſamen Schritt und individuellen Anſchluß zum Nutzen einer Geſammtheit erfordert, unfähig, ſo iſt er ſtets und in allen Stücken ſeiner Vergangenheit gefunden worden. Die Aerzte, wenn ſie uns ſagen ſollen, worin die Schädlichkeitsurſache der Gifte beruhe, antworten darauf, die Gifte ſeien keine aſſimilirbaren Körper, d. h. ſie vermögen nicht aufzugehen in, ſich nicht zu verbinden mit einem lebensvollen Organismus. Nun ſtellt aber nicht blos der einzelne Menſch, ſondern auch jede Menſchenvereinigung zu einem dauernden Zwecke, jede Zunft, jeder Klub, die Kirche, der Staat, die Abgeordnetenkammer einen lebendigen Organismus dar und auf einen ſolchen wirken Perſonen, die ſich nur im Widerſpruche bewegen, deren ganze Handlungsweiſe eine unaſſimilirbare iſt — giftig. Wer jemals mit Hrn. Wuttke zu thun gehabt, wer ſich mit ihm in einem Vereine, Ausſchuſſe oder Vorſtande zu einer gemeinſamen Thätigkeit verbunden ſah, für den dürfen wir ſeine Giftigkeit nicht genauer beweiſen. Auch ſelbſt für entfernter ſtehende Perſonen, die nur von Weitem die Erſchütterung und Zerſplitterung beobachtet haben, welche ſeine Wirkſamkeit z. B. dem Vaterlandsvereine in Leipzig gebracht hat, wird die Andeutung genügen. Herr Wuttke widerſpricht, auch wenn er zu bejahen glaubt. Eine ſeiner erſten Handlungen, durch die er ſich im deutſchen Parlamente lächerlich machte, war eine Verwahrung gegen das Recht der Verſammlung, die Oberhauptswürde als eine erbliche zu geſtalten. Die Nationalverſammlung, ſagte nämlich jene merkwürdig unterhaltende Urkunde, die Herr Wuttke bei der Gelegenheit einreichte, ſei zwar ſouverän, durchaus ſouverän, aber doch nur ſouverän für die Gegenwart und nicht für die Zukunft, während die Erblichkeit über das Schickſal von Kind und Kindeskind entſcheide. In eine ſolche Logik mag ſich, wie der brave Grumbrecht von Lüneburg ſagte, Till Eulenſpiegel von Mölln bei Lübeck finden, kein ordentlicher Menſch kann es. Ein humoriſtiſcher Widerſpruch ferner gegen die Wirkſamkeit ſeines Trägers iſt ſogar der Name des Hrn. Wuttke. Wódka — Wuttke bedeutet bekanntlich Branntwein in den ſlawiſchen Sprachen. Nun ſucht zwar der Reichstagsabgeordnete von Leipzig ſeine Abkunft aus der gemiſchteſten Bevölkerung Schleſiens unter dem loderndſten Polenhaſſe ſorgſam zu verbergen. Aber auch den fremden Namen mit einem ehrlichen deutſchen „Schnaps“ zu vertauſchen, hat er bis jetzt denn doch unterlaſſen.

Leipzig hat Unglück mit ſeinen Abgeordneten für Frankfurt. Der Erſte vertrat nur eine Halbſcheid der politiſchen Bevölkerung. Noch weit ſchlimmer der Zweite, der gar keine politiſche Partei ſeines Wahlkreiſes für ſich anzuführen hat. Leipzig hat wahrhaftig Unglück mit ſeinen deutſchen Vertretern. Der Erſte ward ihm in Wien erſchoſſen. Der Zweite iſt keinen Schuß Pulver werth.*)

*) Wir kennen das Original nicht hinlänglich, um über die Aehnlichkeit des Bildes urtheilen zu können; es ſcheint keinesfalles geſchmeichelt.

Das neue Bremen.

⁎⁎ **Bremen**, 22. April. In unſerem politiſchen Leben hat mit dem 18. April ein neuer Abſchnitt begonnen. An dieſem Tage iſt unſere Verfaſſung ins Leben getreten, am folgenden hat die neue Bürgerſchaft ihre Thätigkeit begonnen. Die Einführung der Verfaſſung führt nur geringe Veränderungen mit ſich, da man radikale durch eine Reihe von Uebergangsbeſtimmungen vermieden hat. Jene Veränderungen treffen beſonders den adminiſtrativen Theil unſerer Staatsverwaltung, den Senat, indem die Trennung der Juſtiz von der Verwaltung, die bisher von ihm gemeinſchaftlich gehandhabt wurden, eine der Haupterrungenſchaften unſeres 8. März iſt. Die Verfaſſung hat die Gründung eines eigenen Richterſtandes hervorgerufen, der gleich dem Senate 16 Mitglieder zählt; in dieſen ſind mehrere juriſtiſche Mitglieder des Senates übergetreten, andere bleiben noch zu wählen. Der Senat ſelbſt, der in früheren Zeiten, die vier Bürgermeiſter, und zwei Syndici eingerechnet, 30 Mitglieder zählte, hat ſich durch den Rücktritt mehrerer allmälig ſo weit reduzirt, daß für den Augenblick keine Ergänzungswahl nöthig iſt. Die Charge der Syndici, die immer keine unbedeutende war, iſt gefallen; ebenſo die der Aelterleute, inſofern ſie das Bindungsglied zwiſchen dem Senat zur Zeit ſeiner Vollmächtigkeit und dem alten Bürgerkonvente bildeten. Die Ergänzungswahlen für den Senat ſind nur dadurch vermieden worden, daß mehrere Mitglieder des Senates, die „von Gottes und Rechts wegen" der öffentlichen Meinung durch Rücktritt hätten Rechnung tragen müſſen, in ihren Stellen verblieben ſind. Der Senat hatte hierbei den ſehr guten Grund, daß er eine oder mehrere Neuwahlen ungern der am 19. April zuſammengetretenen neuen Bürgerſchaft anvertrauen wollte. Dieſe Bürgerſchaft hat nämlich einen ſehr radikalen Anſtrich, und man könnte ſich, wenn man bloß die numeriſchen Verhältniſſe ins Auge faßt, von Seiten dieſes geſetzgebenden Körpers eines ähnlichen ſouveränen Unverſtandes verſehen, wie er in den ſächſiſchen Kammern obwaltet. Bei der Senatorenwahl, wo es eben rein auf Stimmenzahl angekommen wäre, würde die Linke ohne Zweifel geſiegt und ihre Kandidaten, deren ſie ſchon einige und zwar Herren von der ausgeſuchteſten politiſchen Befähigung bei der Hand hat, durchgeſetzt haben. Im Uebrigen iſt die wahrhaft paniſche Furcht, die im konſervativen Heerlager durch die neuen Wahlen hervorgerufen iſt, gewiß übertrieben. Es ſind allerdings unglaublich viele politiſche Nullen gewählt worden, aber eben dieſe werden allmälig von den ihnen links angewieſenen Plätzen nach rechts herüber gezogen werden, ſie werden ſich bildungsfähig beweiſen. Die intelligenten Mitglieder der Bürgerſchaft ſind in der Minderheit, aber ſie können, wenn ſie geſchickt und einig wirken, ſich die Mehrheit ſichern. Dazu bedarf es freilich noch einer bedeutenden Abkühlung der Gemüther; augenblicklich iſt der Zorn des unterliegenden Konſervatismus gegen den im Siegesbewußtſein übermüthigen Radikalismus ſehr groß. Bei den Wahlen hat zu etwa Zweidritttheilen die demokratiſche Partei geſiegt.

Bei der Konſtituirung der Bürgerſchaft am 19. zeigte ſich ſofort die Stärke der Parteien. Faſt das ganze Bureau (es beſteht aus einem Präſidenten, drei Vicepräſidenten, 6 Sekretären und dem ſogenannten Bürgeramte, einem Ausſchuß von 21 Perſonen) iſt aus den Reihen der Linken gewählt, die einige Kandidaten der Rechten mit aufgenommen hatte. Der Präſident der Bürgerſchaft iſt Hr. Feldmann, ein Lehrer; man muß Bremer ſein, um das Ungeheuere zu ermeſſen, daß ein Lehrer Präſident des geſetzgebenden Körpers iſt. Er iſt ein recht tüchtiger, logiſch denkender Kopf und gewiß unparteiiſch, zugleich einer der beſten Redner der Bürgerſchaft. Unter den Vicepräſidenten iſt nur Hr. Dr. Donandt hervorzuheben, der eigentliche Verfaſſer unſerer Verfaſſung und der beſte Redner der Rechten, auf deſſen Schultern die Laſt, den Unverſtand der Linken zu bekämpfen, faſt allein ruht.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 30. April. (Schluß.) Art. 10 und 11 über Titel und Orden ſind, von einigen Redaktionsänderungen abgeſehen, ganz die grundrechtlichen Beſtimmungen, nur daß, während die Grundrechte nur die Annahme eines Ordens von einem auswärtigen (nichtdeutſchen) Staate unterſagen, die Frankfurter Verfaſſung jeden Orden eines anderen Staates verbannt. Der Herr Berichterſtatter belehrte uns, daß Frankfurt dieſen Satz ſeinem Charakter als Freiſtaat und namentlich als demokratiſcher Freiſtaat ſchuldig ſei. Art. 12 über die Befähigung zu öffentlichen Aemtern vermehrt den betreffenden Artikel der Grundrechte durch den Zuſatz: „Ueber den Nachweis der Beſtimmung beſtimmt das Staatsdienſtgeſetz." Art. 13 über die Wehrpflicht hat in ſeiner Faſſung zuvörderſt die in der zweiten Leſung der deutſchen Grundrechte abgeworfene Faſſung wieder hergeſtellt, die betreffende Beſtimmung aber außerdem durch die Verfügung bereichert: „Immerwährend ſoll im Freiſtaat allgemeine Bürgerwehr mit freier Wahl der Führer beſtehen." Hier entſpann ſich, während bis dahin bloß Hr. Dr. Jucho mit bewunderungswürdiger Ausdauer bei jeder einzelnen Abweichung die Rückkehr zu der Wortfaſſung der Grundrechte beantragt hatte, die erſte Debatte. In dem Entwurfe des Ausſchuſſes ſtand nämlich das Wort: „allgemeine Volksbewaffnung" und obgleich von beiden Seiten ganz andere Argumente geltend gemacht wurden, man fühlte es doch deutlich durch, daß auf der einen Seite die Furcht vor einer wirklichen allgemeinen Volksbewaffnung, auf der andern Seite der Wunſch, eine ſolche Volksbewaffnung ins Leben zu rufen, die einzigen Beſtimmungsgründe waren. Man einigte ſich endlich in dem vermittelnden Vorſchlag des Herrn Senator Heſſenberg, ſtatt „allgemeine Volksbewaffnung" zu ſetzen „allgemeine Bürgerwehr", wobei es freilich jedem Theil unbenommen iſt, dieſen Ausdruck nach ſeinen individuellen Anſichten zu interpretiren. Art. 14 — 22, dann 24 und 25 wurden ohne alle Diskuſſion angenommen, da ſie nur eine verfaſſungsmäßige Sanktion der Beſtimmungen des Geſetzes zum Schutze der perſönlichen Freiheit enthalten und ſelbſt ihr Wortlaut nur einmal, im Art. 30, davon abweicht; während das allegirte Geſetz beſtimmt: „Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden", ſagt Art. 20: „ſeinem ordentlichen Richter", damit, wie der Berichterſtatter erläuterte, auch durch ein Geſetz keine Ausnahme ſtatuirt werden könne. Der eingeſchobene Art. 23 dagegen, über die Verletzung des Briefgeheimniſſes, wurde weſentlich geändert. Der Ausſchuß hatte die Beſtimmung aufgenommen: „Die Verletzung des Briefgeheimniſſes wird peinlich beſtraft" und dieſe Beſtimmung in ſolcher Allgemeinheit wurde von Herrn Dr. Goldſchmidt, namentlich aber von Herrn Dr. Jucho angegriffen, und endlich in die der belgiſchen Konſtitution entlehnte Faſſung verändert: „das Geſetz beſtraft die Beamten, welche für die Verletzung des Geheimniſſes der der Poſt anvertrauten Briefe verantwortlich ſind." Das Publikum hörte aber mit Erſtaunen, wie von Zweien der bedeutendſten Juriſten in der Verſammlung, der eine, Hr. Dr. Reinganum, einen Begriff der peinlichen Strafe aufſtellte, den kein Rechtslehrer und keine Geſetzgebung je gekannt, und wie der andere, Hr. Dr. Goldſchmidt, gar unterſtellte, als ob bei der Faſſung der Kommiſſion auch eine zufällige, unabſichtliche Verletzung eines Siegels je ſtrafbar werden könne, während doch ein Verbrechen bekanntlich nothwendig ein Verſchulden vorausſetzt. Von den folgenden Artikeln gab Art. 26, welcher jede von dem Geſetz nicht erlaubte Strenge bei der Gefangennehmung, Gefangenhaltung oder Urtheilsvollziehung für ſtrafbar erklärt, zu einer längeren Verhandlung Anlaß. Es wurde mit Recht bemerkt, daß eine ſolche Beſtimmung allenfalls in eine Inſtruktion für die Gensdarmen, aber nicht in die Verfaſſung gehöre und ohnedieß in ſolcher Allgemeinheit ohne allen praktiſchen Nutzen ſei. Die Vertheidiger des Artikels wandten indeß auch diesmal den Kunſtgriff an, daß ſie Jeden, der denſelben aus der Verfaſſung entfernt wünſchte, auch ſofort für einen Gegner des darin niedergelegten Grundſatzes erklärten, und als Hr. Dr. Thomas einige fabelhafte Hiſtorien, angeblich aus Rheinpreußen, erzählte, wo die Gensdarmen die Gefangenen an die Schwänze ihrer Pferde bänden oder ihnen das eine Bein ihrer Hoſen auszögen und zu tragen gäben, als gar ein anderes Mitglied von Grauſamkeiten berichtete, welche in Frankfurt ſelbſt vorgefallen, wo zwei Bürger auf die Wache geſchleppt und „über Nacht ihren Frauen vorenthalten" worden wären, da nahm die entrüſtete Verſammlung keinen Anſtand mehr, den Artikel zu votiren. Die längſte Debatte rief der Art. 30 hervor. Der Ausſchuß hatte auch hier dem Satze der Grundrechte: „Niemand iſt verpflichtet, ſeine religiöſe Ueberzeugung zu offenbaren" eins der in der Nationalverſammlung abgeworfenen Minoritätserachten hinzugefügt: „oder ſich irgend einer Religionsgeſellſchaft anzuſchließen." Herr Dr. Goldſchmidt machte, mit beſonderer Hinweiſung auf die eigenthümlichen Verhältniſſe der iſraelitiſchen und der reformirten Gemeinde in Frankfurt, darauf aufmerkſam, daß dieſer Beiſatz leicht mißdeutet und ſelbſt als eine Provokation zum Austritt aus einer Gemeinde, um ſich den Schuldverpflichtungen derſelben zu entziehen, betrachtet

werden könne, und wünſchte deshalb denſelben entweder geſtrichen oder durch den Vorbehalt vermehrt: „unbeſchadet der Rechtszuſtändigkeiten der beſtehenden Religions-Geſellſchaften gegen ausſcheidende Mitglieder." Die Debatte war reicher an Perſönlichkeiten und Grobheiten, als an Gründen, doch iſt die Quinteſſenz der Gründe des Ausſchuſſes in den derben Worten des Hrn. Dr. Reinganum niedergelegt: „Die Verfaſſung kümmert ſich nur darum, daß Niemand eingepferchi wird; wie er wieder heraus kommt, geht die Verfaſſung Nichts an." Die Verſammlung entſchied ſich ſchließlich für die Faſſung der Kommiſſion.

Am Schluß der Sitzung erneuerte Hr. Dr. Braunfels ſeinen Antrag, die Berathungen der Verſammlung jetzt, nachdem bei der wärmeren Witterung die dagegen vorgebrachten ſanitätspolizeilichen Bedenken weggefallen, nach dem größeren Raume des Kaiſerſaales zu verlegen. Gutta cavat lapidem non vi sed saepe cadendo: Hr. Dr. Braunfels erlangte diesmal wenigſtens ſchon ſo viel, daß die Verſammlung das Bureau beauftragte, ihr einen Ueberſchlag der durch die Ueberſiedlung verurſachten Koſten vorzulegen.

*** **Frankfurt**, 1. Mai. Die geſtern von der Reichsverſammlung gefaßten Beſchlüſſe werden ſowohl an den Thronen, wie in dem Volke nicht überhört werden. Die Reichsverſammlung hat ihrem Präſidenten die Befugniß eingeräumt, zu jeder Zeit und an jedem Orte eine Sitzung zu veranſtalten, der Verſammlung ſelbſt das Recht in die Hände gelegt, daß 100 Mitglieder eine Sitzung begehren können und 150 Mitglieder beſchlußfähig ſind. Sagen wir es offen heraus, die Reichsverſammlung beginnt ſich zu rüſten und nimmt vorerſt ſolche Waffen in die Hand, welche in ihrer nächſten Machtvollkommenheit liegen. Man darf die Majorität der Reichsverſammlung keiner Inkonſequenz, keiner Uebereilung zeihen, daß ſie die obigen von der Linken gebotenen Anträge annahm. Angeſichts der Erhebung des deutſchen Volkes zum Schutze der Reichsverſammlung und der freilich vorerſt noch ſchlangenzüngelnden reaktionären Revolution mußte die Reichsverſammlung einen feſten Schritt vorwärtsgehen. Sie mußte ſowohl den allenfallſigen Abſichten einiger Regierungen gegenüber, wie in dem ſie umgebenden Vertrauen des Volks zeigen, daß ſie entſchloſſen iſt, wenn der Moment eintritt, eine ſtarke Poſition einzunehmen. Wohl war es aber beſonnen von der Reichsverſammlung, daß ſie vorerſt die den Widerſtand von oben herausfordernden, wenigſtens ſcheinbar rechtfertigenden Anträge von der Hand wies. Von der Reichsverſammlung darf keine Provokation ausgehen und berührte es doch ſelbſt geſtern die Linke ſehr unangenehm, als der Abgeordnete Zimmermann von Stuttgart von der Tribüne mehr ſagte, als er hätte thun ſollen, nämlich, daß das Volk bei Volksverſammlungen in Rheinbaiern am Sonntag bewaffnet erſchienen ſei und die Behörden dies nicht hätten hindern können. Das Volk mag ſich einſtweilen bewaffnen und es wird es, ohne dazu aufgefordert zu werden, thun, allein die Reichsverſammlung, welche von den renitirenden Regierungen noch kein letztes Wort erhalten, noch nicht überzeugt wurde, daß dieſe der Exiſtenz der Reichsverſammlung und der Durchführung der Reichsverfaſſung die Gewalt entgegenſtellen werden, darf die Selbſthülfe nicht voreilig billigen, nicht ſelbſt den Feuerbrand in die Pulvertonne werfen.

Wien, 25. April. Die vom Militärgouvernement officiell noch nicht kundgegebene Ausweiſung aller „geſchäftsloſen Fremden," Polen, Ungarn, Italiener und Norddeutſchen wird mit jener Energie betrieben, die die Behörden bei ſolchen Gelegenheiten bei uns zu entwickeln pflegen. An das beſtimmende Beiwort ſcheint man ſich übrigens nicht viel zu kehren, und überhaupt mit öſtlichem Anhauche jedem Fremden den Weg zu weiſen. Sämmtlichen polniſchen und ungariſchen Studenten, denen, als vollkommen unbedenklich, das hieſige Militärgouvernement vor nicht langer Zeit den Aufenthalt und die Studien hier gegen Aufnahmsſcheine geſtattete, wurde geſtern plötzlich bedeutet, binnen zweimal 24 Stunden die Stadt zu räumen, und erſt am 1. Oktober zum nächſten Schuljahre wiederzukehren! So erhielten auch geſtern zwei in keiner Weiſe kompromittirte, vortheilhaft angeſtellte Buchhalter aus größeren Handlungshäuſern den Befehl, Wien binnen zwei Tagen zu räumen, weil ſie Norddeutſche ſind; auch mehre norddeutſche Buchhandlungskommis und ein im allgemeinen Krankenhauſe angeſtellter Arzt, ein Pole. Wie, wenn es Wrangel einfiele, als Repreſſalie mit gleicher Rückſichtsloſigkeit die Oeſterreicher aus Berlin auszuweiſen? Der franzöſiſche Geſandte, von deſſen Landsleuten man auch mehre abſchaffen wollte, hat einen energiſchen Proteſt gegen dieſes Verfahren erhoben. An die Engländer hat man ſich gar nicht gewagt. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 28. April. In der Stadt wird der für wahrſcheinlich gehaltene Verfaſſungsbruch lebhaft beſprochen, welchen man von dem Miniſterium erwartet, nämlich die Oktovirung eines Wahlgeſetzes reſp. Beſchränkung des Wahlgeſetzes durch nachträgliche Interpretation. Aber, nachdem die Miniſter das Wort „ſelbſtändig,' Einmal authentiſch interpretirt haben, ſteht es nicht mehr frei, die authentiſche Interpretation ſo zu wechſeln, wie man den — Juſtizminiſter gewechſelt hat. Und übrigens hat ein hochgeſtellter Mann, welcher den König genau kennt, kennen muß, — geſagt, daß S. Majeſtät in keine Verletzung der Verfaſſung, in keine Oktrovirung eines Wahlgeſetzes willigen wird.

München, 27. April. Die Kunde davon, daß ſelbſt der ſtarre Charakter des Königs von Würtemberg der allgemeinen Forderung ſeines Staates nachgeben mußte, hat hier den tiefſten Eindruck gemacht. Baierns von Hrn. v. d. Pfordten ſo ſtarr eingehaltene alte Politik in der deutſchen Verfaſſungsfrage ſteht nun um ſo mehr in freier Luft. Wir wiſſen nicht, ob auch jetzt noch die Neue Münchener Zeitung den Muth haben wird, von der „großen Heiterkeit" zu ſprechen, welche die von allen und allen Seiten einlaufenden Adreſſen um ſchleunige Berufung des Landtags und ſofortige Anerkennung der Reichsverfaſſung erregen. Sie ſcheint jetzt das ganze Gewicht ihres Zorns auf die Märzvereine zu wälzen und droht natürlich mit der Republik hinter dem Kaiſerthum. Dies iſt denn auch die Hauptangſt in den Hofkreiſen, und die würtembergiſche Anerkennung hat wie ein Donnerwetter eingeſchlagen. Von Hrn. v. d. Pfordten erzählt man ſich mit vieler Beſtimmtheit, daß er ſich der Gefahr vollkommen bewußt ſei, welche ſeine ſtarre Vereinbarungserklärung hervorgerufen. Es handle ſich um Kopf und Kragen, ſoll er geſagt haben, darum müſſe man auch Beides einſetzen. Und dies phraſenhafte Wort trägt nun die miniſterielle Partei mit Triumpfgeſichtern umher, als habe ſie wirklich ſchon den Sieg davon getragen. Dagegen ſteigert wohl auch die Oppoſition die Erregung mit allerlei Redensarten. „Ehe ich nachgebe, muß Blut fließen" ſoll der König geſagt haben; eine Aeußerung die eben ſo wenig zu ſeinem Charakter, als zu ſeiner Ausdrucksweiſe paßt, alſo höchſt wahrſcheinlich auch nur eine Erfindung iſt. Aber die von den Reſidenzoffizieren — d. h. von einem großen Theil derſelben — mannichfach angeregten Soldaten bramarbaſiren natürlich dieſe Worte in mannichfachen Variationen in den Bierhäuſern. Der eigentliche Bürgerſtand, dem eine endliche Ruhe höchſtes Bedürfniß, ſteht diesmal zum größten Theil auf Seiten der nationalen Partei. Es beginnt auch in ihm aufzudämmern, daß Baierns Wohlſtand durch eine Iſolirung aufs Höchſte gefährdet wäre, trotzdem daß Hr. v. d. Pfordten in ſeiner vorgeſtrigen Erklärung unter den Gründen gegen die Reichsverfaſſung aufführte, deren Beſtimmungen über die Produktions- und Verbrauchsſteuer ſeien ganz geeignet, die Staatseinkünfte Baierns um Millionen zu ſchmälern und den Staatskredit zu vernichten. Es war dies daſſelbe Manoeuver, welches bekanntlich kurz vor der Vertagung des Landtags durch Einbringung des nachher zurückgezogenen Antrags auf Erhöhung der direkten Steuern um 25 pCt. zur Befriedigung der Reichsforderungen angewendet wurde, um die Stimmung gegen ein deutſches Reich zu gewinnen. Freilich eine Centralmacht nach den bairiſchen Vorſchlägen würde keine augenblickliche Steuererhöhung nothwendig machen, wäre aber auch nichts als ein mehr jämmerliches als lächerliches, von der Gnade der Einzelſtaaten noch mehr als der Bundestag abhängiges Zerrbild des weiland heiligen römiſchen Reiches deutſcher Nation. Die neulich in der öffentlichen Sitzung des hieſigen Märzvereins beſchloſſenen Adreſſen haben trotzdem, daß ſie nur drei Tage auslagen, viel tauſend Unterſchriften gefunden. Die Adreſſen der Augsburger Gemeindekollegien ſind Ihnen bereits bekannt. Geſtern war ein Abdruck derſelben mit der Ueberſchrift „Nehmt Euch ein Beiſpiel dran' und einer Mahnung an die hieſigen ſtädtiſchen Behörde zu gleicher That als Plakat an den Straßenecken angeſchlagen.

Regensburg, 25. April. Unſer Abgeordneter in Frankfurt, der auf der rechten Seite der Paulskirche ſitzt, hat die Ueberſendung der deutſchen Reichsverfaſſung mit folgender Anſprache begleitet: „An meine Wähler!" Da habt Ihr die Verfaſſung des deutſchen Reichs! Sie wird wohl nicht allen Leuten recht ſein. Dieſes habe ich aber noch bei allen Dingen erfahren, — auch bei

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Hr. v. Schmerling. Hr. v. Sommaruga. Vermehrung der Reichstruppen. Berichtigung. Hr. Camphauſen.) Wien (Einmarſch der Ruſſen. Die Dinge in Ungarn. Ungariſche und öſterreichiſche Juſtiz. Graf Stadion. Oeſterreich und die Königshöfe. Armeebülletin. Ungariſche Nachrichten. Die Blätter über die ruſſiſche Hülfe. Synode. Petition gegen irreligiöſe Theaterſtücke.) Berlin (Ruhigere Stimmung. Ein neues Opfer. Der engliſche Geſandte. Gerüchte über Unruhen in den Provinzen. Das Standrecht. Das Wahlgeſetz.) Stettin (Blokade. Stimmung.) München (Der Premierminiſter. Die Stadtbehörden. Eifer der Regierungspartei. Die Gerichtshöfe und die Grundrechte.) Nürnberg (Zuſammenkunft von Kammermitgliedern.) Aus der Pfalz (Die Volksbewegung.) Dresden (Die Auflöſung der Kammern.) Freiburg (Fickler.) Darmſtadt (Die zweite Kammer und die Nationalverſammlung. Beſchluß der Bürgerwehr.) Wiesbaden (Spielbank.) Schleswig (Vom Kriegsſchauplatze.)

Italien. Aus Ober-Italien (Widerſprechende Nachrichten über den Frieden aus Mailand und Turin. Erſchießungen in Como.) Meſtre (Belagerungszurüſtungen gegen Venedig.) Toskana (Verſöhnung mit dem Großherzog. Proteſt gegen die Beſetzung Parma's. Bedingungen der Livorneſer.) Sizilien (Die Palermitaner. Flucht der Regierung.)

Ungarn. (Die Rekrutirung. Der Einzug der Magyaren in Peſth. Die Exploſion bei Komorn.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 2. Mai.)

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 2. Mai. Man ſpricht von einer Vermehrung der hier garniſonirenden Reichstruppen, welche bei dem anſtrengenden Dienſte, welchen die Truppen namentlich bei den nächtlichen ausgedehnteſten Vorſichtsmaßregeln leiſten müſſen, auch nicht unwahrſcheinlich iſt.

*** **Frankfurt,** 2. Mai. Hr. v. Schmerling ſoll geſtern den Staub von ſeinen Füßen geſchüttelt und die Rückreiſe nach Wien und Olmütz angetreten haben. Vielleicht nur der bequemeren Reiſe wegen, nahm er den Weg über Berlin, wohin ihm ſein Kollege v. Sommaruga Tags zuvor vorausgegangen.

* **Frankfurt,** 2. Mai. Die Frankfurter Zeitung vom 2. Mai enthält in einem Frankfurt den 1. Mai datirten Correſpondenzartikel drei Behauptungen: 1) die Preußiſche Regierung habe an ihre Landesangehörigen die Aufforderung gerichtet, die Paulskirche ſofort zu verlaſſen; die Veröffentlichung dieſer Aufforderung werde aber noch zurückgehalten; 2) die Note vom 28. April ſei bei dem preußiſchen Bevollmächtigten, wenn auch in anderer Form, ſchon am 22. April hier eingelaufen; 3) es ſei früher eine ablehnende Antwort des Königs von Preußen auf den Welckerſchen Antrag verheimlicht. Wir ſind im Stande, dieſe drei Behauptungen als leere und durch Nichts begründete Erfindungen auf das Beſtimmteſte aus amtlicher Quelle zurückweiſen zu können.

⁝ **Frankfurt,** 2. Mai. Hr. Camphauſen iſt geſtern nach ſeinem Gute in der Nähe des Siebengebirges abgereiſt. Er gedenkt keinesfalls gegenwärtig wieder an ſeine Stelle zurückzukehren. Das letzte Schreiben des preußiſchen Miniſteriums iſt von Hrn. v. Kamptz übergeben worden.

△ **Wien,** 27. April. (Abends.) Ich habe Ihnen oft in trüben Zeiten Bericht erſtattet, nie that ich es mit ſchwererm Herzen als heute. Wir haben den Rubikon überſchritten: Die Ruſſen kommen nicht erſt — ſie ſind ſchon da! „Rußland fühlt ſich berufen, die europäiſche Anarchie in Ungarn zu bekämpfen, für jeden Fall, ſelbſt ohne die Zuſtimmung Oeſterreichs“ — aber für jetzt kommt Rußland mit deſſen Zuſtimmung und Oeſterreich iſt es, welches dem Erzfeind das Herz von Europa öffnet! Wenn jetzt die Deutſchen nicht raſch einig werden — ſo ſind alle Lehren der Vergangenheit und Gegenwart an ihnen verloren! Die Ruſſen ſind in bedeutender Anzahl über Luejos und Caranſebes ins Banat eingerückt. Rittmeiſter Hammerſtein bringt heute dieſe Nachricht von F.-Z.-M. Puchner. Koſaken und Dragoner bilden den Vortrab. Ein zweites Korps ſucht einen Weg nach Siebenbürgen, auch wenn es nicht gelingen ſollte, durch den Rothenthurmpaß einzudringen. Ein drittes kommt auf der Eiſenbahn über Krakau durch Mähren. Morgen ſoll eine Proklamation des Czaaren hier erſcheinen, welche die Motive der Intervention natürlich von ruſſiſchem Standpunkte aus darlegt, und die Beſtimmung ausſprechen ſoll, daß der ruſſiſche Kaiſer die Verpflegungskoſten ꝛc. ſeiner Truppen auf öſterreichiſchem Gebiete und für die Dauer des ungariſchen Krieges ſelbſt übernimmt, indem Rußlands Betheiligung an dem ungariſchen Kriege nicht ſowohl zu Gunſten Oeſterreichs, ſondern in eigenem Intereſſe gegen die daran theilnehmenden Polen, gegen die Umſturzpartei von ganz Europa, ſo wie zur Verhütung von Unruhen in ruſſiſch Polen, ſtattfinde.

△ **Wien,** 28. April. Die Regierung muß erwartet haben, daß das Eintreffen der Ruſſen einen ſo üblen Eindruck machen würde, als es wirklich der Fall iſt, und daß ſie auch noch etwas mehr befürchtete, beweiſt der Umſtand, daß ſämmtliches Militär in den Kaſernen konſignirt war. Aus Ungarn lauten die Nachrichten fortwährend ſchlecht. Bei Neuhäuſel ſollen unſere Truppen geſchlagen und dieſer Ort von den Magyaren beſetzt ſein! Ofen ſoll aufgefordert worden ſein, ſich binnen drei Tagen an die Letzteren zu ergeben. Man fürchtete ſehr für die in Peſth zurückgebliebenen Deutſchen. Bis jetzt ſoll Niemand beläſtigt worden ſein. Koſſuth ſoll überdies eine Erklärung erlaſſen haben, worin er vollkommene Sicherheit der Perſon und des Eigenthums, ohne Unterſchied der politiſchen Färbung, verſpricht. Ob er dies halten wird, wenn er vernimmt, daß er es nun auch mit den Ruſſen zu thun hat? Ueberdies iſt die ungariſche Gerechtigkeitspflege zuweilen ſo originell, daß wir unmöglich ruhig ſein können über das Schickſal unſerer Landsleute. Ein ungariſches Blatt berichtet z. B. folgendes Urtheil: Ein Individuum wurde verhaftet, weil es im Verdacht ſtand, in einem Dorfe Brand gelegt zu haben; es konnten durchaus keine Beweiſe noch Zeugen dafür entdeckt werden; das Urtheil aber lautete alſo: „Kann wegen Mangel an Beweiſen nicht ſchuldig gefunden werden, erhält aber zum warnenden Beiſpiele 25 Stockſtreiche.“ Unſere Centralunterſuchungskommiſſion iſt wieder ſtärker als je beſchäftigt. Der Redakteur des „Ohnehoſe“ Blumberg wurde zum zweitenmale verhaftet; auch der Bruder eines Mitarbeiters der verklungenen „Konſtitution“ wurde eingezogen. Aus Ungarn kamen in den letzten Tagen eine Maſſe Gefangene an, unter ihnen der Paſtor Hübner aus Raab. Obwohl ein Deutſcher, ſoll er geſucht haben, durch Rede und Schrift für die Magyaren zu wirken. Graf Stadion war vor einigen Tagen hier, kehrte aber wieder aufs Land zurück, indem ſeine Geſundheit den Wiedereintritt in die Geſchäfte noch nicht geſtatten ſoll. Man behauptet von gewöhnlich wohl unterrichteter Seite, er habe die Abſicht, ſein Portefeuille niederzulegen, weil das Miniſterium gegen ſeine Anſicht ſich für die ruſſiſche Intervention entſchieden. Der Courierwechſel zwiſchen Wien und München iſt noch immer ſehr frequent; man will wiſſen, Baiern, Sachſen und Hannover hätten beſchloſſen, die von Preußen verlangte Erklärung nicht zu geben, hingegen einem von Oeſterreich zu veranlaſſenden Fürſtenkongreß beizutreten.

Nachſchrift. Die Proklamation über die Intervention iſt bis jetzt nicht erſchienen; der ruſſiſche Kaiſer ſoll darin erklären, die Sorge für die Ruhe im eigenen Lande, an deſſen Grenzen er keine Revolution dulden könne, verlange dieſe ſeinem getreuen Verbündeten geſandte Hilfe vor Allem. Er bezwecke keine Vergrößerung ſeines Landes, das ihm groß genug ſei, er verlange keine Entſchädigung irgend einer Art, auch ſeine Truppen werde er ſelbſt bezahlen und erhalten, aber die Verträge von 1815 werde er feſthalten und vertreten in ihrem ganzen Umfange. Er ſoll ferner verlangen, daß die ruſſiſchen Streitkräfte unter ihren eigenen Führern ſtehen und kämpfen ſollen — doch ſeien jedem Korps öſterreichiſche Stabsoffiziere beizugeben, die das Terrain kennen, und ſoll mit ihnen im Einverſtändniß operirt werden. Alle Polen, auch die, welche die öſterreichiſche Armee zu Gefangenen macht, ſollen ihm ausgeliefert werden ꝛc. Auf unſerer Nordbahn dürfen während vier Tagen keine Güter mehr transportirt werden. Alle Waggons ſind in nördlicher Richtung abgegangen. Man vermuthet, um die Ruſſen abzuholen. Das Gerücht läßt einen Theil derſelben ſchon in Ungarn, in Lundenburg und in Göding angelangt ſein.

36. Armee-Bulletin.

Der Herr F.-M.-L. Graf Schlick erſtattet aus Puſta-Herkal unterm 26. d. M. nachſtehenden Bericht: Der Feind hatte ſeit halb 3 Uhr Morgens auf die Komorn umgebenden Truppen ein ſtarkes Geſchützfeuer aus ſeinen Verſchanzangen eröffnet, und entwickelte bei Tagesanbruch unter dem Schutze dieſer Geſchütze bedeutende Streitkräfte. Die Diviſion des F.-M.-L. Simunich nahm hierauf die Weinberge auf dem Sandberge mit dem Bajonette; die Brigade Liedler zwang den Feind Stand zu halten, während die Brigade Montenuovo ihn in Flanke und Rücken nahm, und unter Kommando des Oberſten Kießlinger von Auersperg Küraſſier, unterſtützt durch eine Raketen-Batterie, eine vollkommen gelungene Attaque ausgeführt wurde. Sämmtliche feindliche Batterien ſtellen ſogleich ihr Feuer

ein, zogen ſich zurück, und 6 Diviſionen Huſaren wurden mit Verluſt geworfen. Das Kuraſſier-Regiment Auerſperg und Civallart Uhlanen griff bei dieſer Gelegenheit 2 Diviſionen Huſaren und 2 Bataillons Honveds ſo kräftig an, daß Letztere beinahe gänzlich zuſammengehauen wurden. Bei dieſem Angriff wurde Oberſt Kießlinger und ein Rittmeiſter von Auerſperg Küraſſier, dann Rittmeiſter Eſtrbeck von Civallart Uhlanen (letzterer tödtlich) verwundet. Der Feind wurde auf allen Punkten geworfen, zog ſich jedoch unter dem Schutze der Geſchütze Komorns in die Feſtung zurück. Wien am 28. April 1849. Der landeskommandirende General und Gouverneur-Stellvertreter: Freiherr v. Böhm, F.-M.-L.

* **Wien**, 28. April. Briefe aus Krakau beſtätigen den bereits erfolgten Einmarſch ruſſiſcher Truppen, die auf dem kürzeſten Wege auf der Nordbahn und zwar bis Gänſersdorf (der zweiten Nordbahnſtation von Wien aus) befördert werden ſollen. Auf dem Marſchfelde werden bereits Anſtalten zur Verproviantirung dieſer Truppen getroffen. Die Zerſtörung der Schiffbrücke bei Peſth wird vom „Lloyd“ als ein völlig unnöthiger Vandalismus der Kroaten dargeſtellt, da mit der Abtragung der strategiſche Zweck ebenfalls erreicht worden wäre. Bei dem Einzuge der Huſaren in Peſth wehten ungariſche Fahnen von allen Thürmen und Giebeln. Es marſchiren immer mehr Truppen aus Ofen, daher das Vorhaben, dieſe Feſtung zu behaupten, immer zweifelhafter erſcheint. Ueber die todesmuthige Begeiſterung, welche ſich in Ungarn allenthalben kund gibt, herrſcht nur eine Stimme. Ein neuerliches Aufgebot von 200,000 Mann ſoll erfolgt ſein und man zweifelt nicht, es zuſammen zu bringen. Es fehlt wohl an Waffen, nicht aber an Leuten. Die bekannt gewordene Ruſſenhülfe vermochte nicht abſchreckend zu wirken. In Betreff der ruſſiſchen Hülfe ſucht der heutige „Lloyd“ die vielſeitigen Beſorgniſſe möglichſt niederzuſchlagen und erklärt die Anſicht als vollkommen abſurd, der zu Folge das öſterreichiſche Kabinet im Verein mit der ruſſiſchen Regierung beabſichtige, die Freiheit der öſterreichiſchen Völker zu kürzen, in irgend eine Gebietsabtretung einzuwilligen, Rußland die Donaufürſtenthümer zu überlaſſen oder es ſelbſt auf ſeinem Wege nach Konſtantinopel nicht zu beſchränken. Dagegen zieht die „Preſſe“ in ihrem Leitartikel die Stirne ſehr kraus über die ruſſiſche Hülfeleiſtung.

Der Kardinal und Erzbiſchof von Salzburg, Fürſt von Schwarzenberg, iſt hier angekommen, um die hier abzuhaltende Synode Sonntag zu eröffnen. Der Fürſtbiſchof von Breslau, Herr v. Diepenbrock, iſt auch zu dieſer Verſammlung hier angelangt. — Dem Miniſterium iſt eine Petition hieſiger Bürger und Frauen vorgelegt werden, welche um ſtrenge Maßregeln gegen die Aufführung von irreligiöſen und unmoraliſchen Theaterſtücken auf hieſigen Bühnen bittet. Dem Vernehmen nach hat das Klingemann'ſche Drama: Martin Luther, welches im Leopoldſtädter Theater einige Male zur Aufführung kam, den Stein des Anſtoßes gegeben, und Direktor Karl hat gegen ſein Intereſſe das Stück bei Seite legen müſſen. Aus Lemberg ſchreibt man: Fortwährend ziehen Truppen nach Ungarn, ſo daß wir bald ohne Garniſon ſein dürften. Dem Grenadierbataillon mit einer Küraſſierabtheilung folgte wieder ein Bataillon Deutſchmeiſter in Eilmärſchen nach Ungarn. Einige Tage früher marſchirten von hier zwei Schwadronen Chevauxlegers vom Erzherzog Karl Regimente mit zwei Batterien ab, an deren Stelle hier das fünfte Infanteriebataillon Bianchi aus Tarnopol eintraf.

Konſt. Korr. **Berlin**, 30. April. Der geſtrige Abend iſt ziemlich ruhig vergangen, dennoch koſtete er ein Opfer. Ein Mann inſultirte eine Patrouille in der Leipziger Straße thätlich; er wurde mit Kolbenſtößen niedergeworfen; er erhob ſich wieder und fuhr in ſeinen thätlichen Inſulten fort, worauf er alsbald niedergeſchoſſen wurde. Heute ſcheint jede Aufregung verſchwunden.

Die Abgeordneten der Linken unſerer 2. Kammer ſind bis auf wenige abgereiſt, wogegen die der Rechten noch faſt alle hier weilen, um die Ereigniſſe und die künftigen Maßnahmen der Regierung abzuwarten.

Lith. Korr. **Berlin**, 30. April. Die heute auf dem Dönhofsplatze verſammelte Menge, deren Neugier man diesmal nicht mit dem Tode zu beſtrafen entſchloſſen war, verlief ſich ruhig. Nur gegen das Hotel de Londres, das Verſammlungslokal der Rechten, in welches ein in bürgerlicher Kleidung unter dem Volke umherſpürender Konſtabler, nachdem er erkannt war, ſich geflüchtet hatte, wurden einige Steine geworfen und mehrere Fenſter zertrümmert. Die Konſtabler machten in Folge deſſen mit gezogenen Seitengewehren einen Angriff auf die Excedenten, in Folge deſſen einige erheblich verwundet ſein ſollen, einer, wie man ſagt, tödtlich. Dies dürfte das einzige Reſultat der geſtrigen Wirkſamkeit unſerer Behörden ſein.

Der engliſche Geſandte, Graf Weſtmornland, wollte in dieſen Tagen Deutſchland verlaſſen, um, wie alljährlich früher, den Sommer auf ſeinen Gütern zuzubringen; allein die Auflöſung der zweiten Kammer und die möglichen Folgen dieſer Maaßregel beſtimmen ihn, noch einige Zeit in der Nähe zu bleiben. Im britiſchen Geſandtſchaftshotel iſt der Schritt unſerer Regierung nicht gelobt worden.

Schon ſeit geſtern zirkuliren Gerüchte über Unruhen, die in Magdeburg ſtattgefunden haben ſollen. Die Gerüchte ſcheinen indeß grundlos zu ſein. Breslau ſoll ſehr bewegt ſein. In Potsdam ſcheint man gleichfalls Bewegungen zu beſorgen. Der Bahnhof iſt militäriſch beſetzt, in der Umgegend iſt ein Patrouillendienſt eingerichtet und die Wache des königl. Schloſſes erheblich verſtärkt. Hier in Berlin wurden geſtern gleich nach der Einläutung des Gottesdienſtes auf polizeiliche Veranlaſſung die Klöpfel aus den Glocken genommen, um für alle Fälle das Sturmläuten unmöglich zu machen.

Die Publikation des Standrechtes, die in der That im Werke war, ſcheiterte an der Unabhängigkeit und Menſchlichkeit der Auditeurs. Dieſe haben beſtimmt erklärt, daß die geltende Geſetzgebung die Verkündung des Martialgeſetzes in Berlin und zumal unter den hier herrſchenden Zuſtänden nicht rechtfertige.

Wir berichteten ſchon vor einigen Tagen, daß man ſich mit Modifikationen des Wahlgeſetzes für die zweite Kammer höhern Orts beſchäftige. Bis jetzt iſt unſer Gouvernement jedoch zu keinem beſtimmten Beſchluß gekommen; man fürchtet das offene Verlaſſen des oktroyirten Verfaſſungsbodens vom 5. Dezember. Die vorgeſchlagenen Modifikationen beabſichtigen die Eintheilung der Wähler in drei Klaſſen: „Höchſt-, Mittel- und Niedrigſt-Beſteuerte“. Durch dieſen Wahlmodus, bei welchem jedoch alle bisher Betheiligten wiederum als Wähler betheiligt ſein ſollen, hofft man ſich einen konſervativen Kern, wenn nicht eine konſervative Majorität von vornherein zu ſichern. Durch eine mit dieſer Wahlmodifikation verbundene neue Abtheilung der Wahlbezirke ſoll es dahin gebracht werden, daß jede der drei Steuerklaſſen ihren oder ihre Abgeordnete für ſich allein wählt. Von anderer Seite ſoll auf eine neue Interpretation des Wortes „ſelbſtſtändig“ gedrungen werden.

*** **Stettin**, 30. April. Den Dänen iſt es bisher nur gelungen, 2 preußiſche Schiffe aufzubringen, da unſere Kaufleute und Rheder durch die Erfahrung des vorigen Jahres belehrt, ihr Eigenthum in den Häfen zurückhielten. Heute iſt der Schlußtermin, bis wohin neutrale Schiffe von Stettin, Swinemünde, Wolgaſt, Greifswald und Stralſund frei auspaſſiren dürfen. Da die Blokade bisher zwar angedroht, aber nur zeitweiſe in herkömmlicher Weiſe ausgeübt wurde, ſo war der engliſche Konſul in Helſingoer von dem Stande der Dinge unterrichtet worden, um den Führern der den Sund paſſirenden engliſchen Schiffe weitere Inſtruktionen zugehen zu laſſen; der genannte Konſul, ein däniſcher Kaufmann, muß jedoch ſeine Schuldigkeit nicht gethan haben, da bereits engliſche nach Stettin beſtimmte Schiffe es vorzogen, ihre Ladung in Kopenhagen zu verkaufen. Jener Konſul ſoll ſogar die lächerliche Drohung ausgeſtoßen haben, daß engliſche Schiffe, welche ungehindert nach Erklärung der Blokade in preußiſche Häfen eingelaufen ſind, bei ihrer Rückfahrt durch den Sund aufgebracht werden würden.

Die Opfer, welche der däniſche Krieg von den Bewohnern der Oſtſeeküſte erfordert, würden mit größerer Ergebung ertragen werden, wenn nicht die traurige Befürchtung ſich immer mehr Bahn bricht, daß die ſchleswig-holſteiniſche Frage durch die Schuld des preußiſchen Kabinets keine Löſung finden werde, welche ein Aequivalent für die gebrachten Opfer gewährt. Die Auflöſung der zweiten Kammer ruft neue Erſchütterungen für den Verkehr und den Wohlſtand des Landes hervor und es klingt wie Hohn, wenn der Miniſter Manteuffel ſich rühmen durfte, daß das Miniſterium wieder den Verkehr gehoben habe. Wen Gott verderben will, den verblendet er zuvor!

= **München**, 29. April. Unſer Premier ſieht ſehr wohlgemuth aus. Er ſagt ſich alle Tage die ſchönen erbauenden Worte: Oeſterreich, Preußen, Baiern und dann wieder umgekehrt Baiern, Oeſterreich, Preußen. Mögen nun die März- und Volks- und Vaterlandsvereine, die Volksverſammlungen und die Gemeindebehörden beſchließen, was ſie wollen, er behält ſo lange Recht, als man in Nymphenburg gut unterrichtet iſt. Die Patres

und Conſules unſerer Stadt, welche Gefahr liefen, von einigen Hundert nicht ſehr einflußreichen Bürgern zum Handeln gedrängt zu werden, haben in Maueranſchlägen ihr jus inertiae zu rechtfertigen geſucht und zwar in einem Deutſch, das ebenfalls ihre Inkompetenz beweiſt. Die Regierung hat auf die Anſprache von etwa 500 deutſchgeſinnten Bürgern die Nichtdringlichkeit der Kammerberufung vor dem 15. Mai erklärt und in der Verfaſſungsfrage auf ihr Kabinetsſtück vom 23. April mit beſonderer Satisfaktion und im drohenden Hinweis auf Oeſterreich und Preußens Erklärungen verwieſen. Der Liberalismus ballt einſtweilen die Fäuſte in der Taſche und getröſtet ſich immer noch deſſen, daß die Kammern zum Handeln kommen werden; allein v. Scheurl's Aufruf im Korreſpondenten, die mit ihm gleichgeſinnten Abgeordneten möchten ſich einſtweilen in der Preſſe für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung erklären, hat, wie man ſieht, bis heute keinen Anklang gefunden. Dagegen treten die eingeſchüchtert geglaubten Ultramontanen und Büreaukraten und bürgerlichen Plutokraten auf die Bühne. Die Straßenecken tragen von ihnen zahlreiche Anſchläge, welche die Uebereinſtimmung mit dem Partikularismus oder vielmehr deutſchen Univerſalismus der Regierung aufs Entſchiedenſte erklären; der ultramontane Hauptverein für konſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit, ſowie die Filiale der Büreaukraten und Schulmeiſter, der konſtitutionell-monarchiſche Verein für Freiheit und Geſetzmäßigkeit wählen für die Regierung; ſie rechnen in ihren Blättern und Plakaten dem gemeinen Mann und den Beſitzenden auf Gulden und Kreuzer vor, wie Baiern im einigen Deutſchland und zumal unter preußiſcher Oberhoheit materiell ruinirt ſei, ſie ſchicken dieſe Berechnungen durch Kolporteurs von Haus zu Haus in ganz Altbaiern. Die Ultramontanen freuen ſich, daß die Regierung ſo innig mit ihnen einverſtanden und ihrer Hülfe ſo bedürftig; die Wolle behalten ſie dann wie John Bull für ſich und die als Mittel gebrauchte Regierung mag ſehen, wie ſie zu Rande kommt. So war's unter Abel, ſo wirds unter v. d. Pfordten kommen. Die ultramontane Partei macht alle Staatsmänner zu Schanden, am eheſten die, die ſich ſelbſt äußerſt pfiffig ihr gegenüber vorkommen.

München. Die N. M. Ztg. meldet, daß dem Vernehmen nach nicht blos ein Senat, ſondern bereits drei des Oberappellationsgerichts in drei verſchiedenen Fällen in der Frage der „Gültigkeit der Grundrechte" ſich verneinend ausgeſprochen haben.

Nürnberg, 28. April. Am 2. Mai findet hier eine Zuſammenkunft der Mitglieder der Linken und des linken Centrums ſtatt, in welcher ſie nach Art der Hannoveraner über weitere Schritte in der ſchwebenden deutſchen Sache gegenüber der ihr feindlich durch die letzte Note nach Frankfurt auftretenden Regierung berathen werden. Die meiſten Deputirten haben bereits zugeſagt. In der weiteren Umgegend bereitet man gleichfalls energiſche Adreſſen nach München vor. Die Agitation in Franken hat begonnen, und greift weiter und weiter um ſich. (Allg. Z.)

† **Aus der Pfalz**, 30. April. Am geſtrigen Sonntag iſt es an vielen Orten ſehr unruhig zugegangen. Zahlreiche Volksverſammlungen fanden ſtatt, noch zahlreicher waren die Adreſſen, welche für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung unterſchrieben wurden. Eine Schaar Frankenthaler Demokraten, die in dem benachbarten Dorfe Eppſtein von den katholiſchen Einwohnern an der Abhaltung der Volksverſammlung durch Steinwürfe verhindert wurden, kehrte alsbald mit den herbeigeholten Gewehren wieder zurück und lieferte den Bauern ein kleines Scharmützel, in welchem mehrfache Verwundungen und rohe Mißhandlungen vorfielen. Der Gemeinderath der Kreishauptſtadt Speier hat in einer Adreſſe an das Geſammtminiſterium ſeine ſehr entſchiedene Mißbilligung über die abermalige Vertagung der Kammern und die Vorenthaltung der endgiltig beſchloſſenen Reichsverfaſſung ausgeſprochen. Der Pfälzer Volksſtamm werde wie der Würtemberger unter allen Verhältniſſen der deutſchen Sache treu bleiben. Der Gemeinderath zu Frankenthal hat das Gleiche gethan. Am energiſchſten iſt der Aufruf der Demokraten und freien Chriſten zu Neuſtadt, die freilich ehedem eben ſo energiſch auch gegen die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung ſich ausgelaſſen und mit ihren Worten weniger Maß halten als mit ihren Thaten. Er lautet: „Pfälzer! Das Unglaublichſte iſt geſchehen! Maximilian von Baiern hat die durch unſere ſouveränen Vertreter zu Frankfurt feſtgeſtellte und für uns rechtsgiltige Verfaſſung verworfen. Tiefe Entrüſtung erfüllt die Bruſt eines jeden Pfälzers; es gilt zu zeigen, ob der Wille des ſouveränen Volkes oder der Wille einer volksfeindlichen Regierung maßgebend ſei. Um die nöthigen Maßregeln zu treffen, verſammelten ſich heute zu Neuſtadt a. d. Hardt Männer aus allen Vereinen und beriefen eine Volksverſammlung für Neuſtadt und ſeine Umgebung, welche von 3—4000 Männern beſucht war und in welcher folgender Antrag zum Beſchluß erhoben wurde: Es ſoll eine „allgemeine Volksverſammlung" für Süddeutſchland, insbeſondere für die Pfalz zuſammenberufen werden, wozu alle Pfälzer, alle waffenfähigen Bürger eingeladen ſind. Die Unterzeichneten wenden ſich daher im Auftrag obengenannter Verſammlung an Euch, Pfälzer, mit der Aufforderung, der auf Mittwoch den 2. Mai, Mittags 12 Uhr, zuſammenberufenen Volksverſammlung, welche der weltgeſchichtlichen Hambacher Verſammlung vom Jahre 1832 nicht nachſtehen ſoll, und in welcher das Wohl und Wehe des Vaterlandes, die von den Volksvereinen angeregte Lebensfrage der Pfalz und Deutſchlands auf dem geſetzlich errungenen Boden der Reichsverfaſſung beſprochen werden ſollen, beizuwohnen und durch kräftige That unſer heiligſtes Recht zu wahren." Dieſe Verſammlung iſt ſeit geſtern nach Kaiſerslautern beſtimmt worden, wo am erſten Mai die Vorberathungen ſtattfinden. Der ganze Landrath und ſämmtliche Deputirte der Pfalz ſind dazu eingeladen. Die Verhandlungen werden in einer ſehr entſcheidenden Sprache geführt werden, da die republikaniſchen Gelüſte mit großer Macht wieder auftauchen.

A **Dresden**, 29. April. Leider iſt die Nachricht, welche die Deutſche Zeitung ſchon am 26. April brachte, daß die Regierung am 28. April zur Auflöſung der Kammern ſchreiten werde, buchſtäblich in Erfüllung gegangen, obgleich wir uns geſtern noch der Hoffnung hingaben, die Regierung werde Angeſichts des Beſchluſſes der Nationalverſammlung vom 26. April von dieſem Wagniſſe abſtehen. Aber es iſt leider nur zu wahr, daß Sachſen keine beſſere Politik kennt, als dem Miniſterium Brandenburg-Manteuffel durch Dick und Dünn zu folgen. Bis zu dieſer Stunde iſt das Auflöſungsdekret, welches geſtern im Geſetz- und Verordnungsblatt erſchien, vielen Mitgliedern der beiden Kammern noch gar nicht bekannt; daſſelbe ſoll ſogar den verſammelten Kammern nicht eröffnet werden. Vielmehr iſt das Präſidium beauftragt, die einzelnen Abgeordneten durch Karten davon in Kenntniß zu ſetzen. Die Anſprache an das Volk, mit welcher das Miniſterium dieſes Dekret begleitet, würde vor wenigen Wochen noch überall bei den Beſonnenen Anklang gefunden haben; denn der moraliſche Kredit, welchen die Kammern im Lande genoſſen, ſtand von jeher unter dem Gefrierpunkte, und erſt von dem Augenblicke an, wo ſie zum Schutz der deutſchen Verfaſſung ſich erhoben, wendete ſich der Sinn der Beſſeren im Volke ihnen zu, und ſchien geneigt, ihnen ſo manche alte und neue Sünde zu vergeben. Wohl haben die Miniſter Recht mit dem Urtheile, welches ſie im Allgemeinen über dieſe Volksvertretung ausſprechen; aber ihr Regiſter hat ein Loch. Sie haben vergeſſen, daß ſie in der deutſchen Verfaſſungsfrage auch nicht eine einzige Stimme auf ihrer Seite haben; ſie werden es bald erfahren, daß das ganze Land ebenſo denkt. Dennoch wird Sachſen keine Agitation erleben, wie Würtemberg. Bei uns ſteht es nicht ſo gut. Neben den legalen Forderungen des deutſchgeſinnten Volkes wird auch die Anarchie ihr Haupt erheben, und das arme Land iſt ferner als je von einer geſicherten Herrſchaft des Rechtes und des Geſetzes.

Freiburg, 30. April, Abends. So eben ſind Fickler und Krebs unter militäriſcher Begleitung hier eingetroffen. Mittwoch den 2. Mai beginnt ihr Prozeß. (Fr. O. P. Z.)

△ **Darmſtadt**, 1. Mai. In der heutigen Sitzung unſerer zweiten Kammer ſtellte der Abgeordnete Reh den nachfolgenden Antrag: „Durch Beſchluß vom Geſtrigen hat die Reichsverſammlung ihren Präſidenten ermächtigt, ſie auch in einem andern Orte als Frankfurt zu einer Sitzung einzuberufen. Obwohl die Reichsverſammlung, zu deren Schutz gewiß das ganze deutſche Volk mit Blut und Leben einzuſtehen bereit iſt, allerorts im deutſchen Vaterlande die freudigſte Aufnahme finden würde, ſo iſt es doch ebenſo der bewährte patriotiſche Sinn unſerer Staatsregierung, des heſſiſchen Volkes und der Bewohner der Reſidenz Darmſtadt, wie die örtliche Lage dieſer Stadt, welche mich zu dem Antrage veranlaßt: Die Ständeverſammlung des Großherzogthums wolle der Reichsverſammlung erklären, daß ſie eintretenden Falls in hieſiger Stadt begeiſterte Aufnahme und das heſſiſche Volk zur vollen Hingebung für ſie und die von ihr vertretene heilige Sache des Vaterlandes bereit finden werde." Der Präſident verwies den Antrag an den Ausſchuß und zwar zur ſchleunigſten Berichterſtattung. Dieſe erfolgt vorausſichtlich in nächſter Sitzung, ebenſo die Berathung und die Beſchlußnahme.

* Das Kommando der Bürgerwehr zu Darmſtadt, überſendet uns nachſtehenden, am 30. v. M. von der geſammten Bürgerwehr gefaßten Beſchluß, (vgl. darüber Darmſtadt in Nr. 121), dem wir mit Vergnügen, und mit dem Wunſch zahlreicher Nachfolger, unſere Spalte öffnen: „Die Bürgerwehr zu Darmſtadt, eingedenk des von ihr aufgeſtellten erſten Grundſatzes: die März-Errungenſchaften aufrecht zu erhalten, erklärt feierlichſt als ſolche: Mit Gut und Blut für die von der deutſchen Nationalverſammlung ausgehende Reichsverfaſſung einzuſtehen.

Sie fordert ſämmtliche Bürgerwehren Deutſchlands auf, in gleichem Sinne ſich auszuſprechen."

Wiesbaden, 1. Mai. Heute, als am jährlichen Eröffnungstage der hieſigen Spielbank, fanden ſich zwar die Spielhalter um 11 Uhr an den grünen Tiſchen des Kurſaals ein, allein auf Verfügung des Miniſteriums durfte das Spiel nicht wieder eröffnet werden. (Fr. O. P. Z.)

♉ **Schleswig**, 28. April. Seit dem 23. d. M. ſind weitere Gefechte im Norden nicht vorgefallen. Die Dänen haben die Stadt Veile geräumt und ſich auf Horſens zurückgezogen. Nach Fridericia zu ſtehen die feindlichen Vorpoſten eine halbe bis eine Meile vor dieſer Feſtung. Der Oberbefehlshaber der Armee, General-Lieutenant v. Prittwitz, hat geſtern ſein Hauptquartier nach Hadersleben verlegt, das Gros der deutſchen Armee rückt der jütländiſchen Grenze zu und wird dieſelbe wahrſcheinlich ſchon überſchritten haben. Auch im Sundewitſchen ruhen augenblicklich die Waffen, ein ernſthafter Angriff auf die Inſel Alſen wird aber vielleicht nicht lange mehr auf ſich warten laſſen. Die heute eingetroffenen däniſchen Blätter enthalten einen kurzen Armeebericht über die Schlacht bei Kolding am 23. Der Oberbefehlshaber der däniſchen Armee, General v. Bülow, hat, wie ſich aus dem Berichte ergibt, ſelbſt kommandirt; dagegen ſcheint das Gerücht, daß der König von Dänemark bei der däniſchen Armee zugegen geweſen ſei, ſich nicht zu beſtätigen.

Italien.

* Aus Oberitalien. Es laufen die verſchiedenſten Nachrichten über den Stand der Friedensunterhandlungen ein. Aus Mailand ſchreibt man, ſie ſeien im beſten Gange, Da Bormida ſei zwar nach Turin gereiſt, habe aber ausdrücklich erklärt, es ſolle dies nicht für ein Abbrechen der Unterhandlungen gelten, er wolle nur perſönlich mit ſeiner Regierung Rückſprache nehmen. Aus Turin dagegen heißt es, die Friedensunterhandlungen ſeien definitiv abgebrochen; das Miniſterium habe bereits ein Manifeſt in dieſem Sinn erlaſſen. Man rechne auf England und Frankreich, und hoffe, die paar Tauſend Oeſterreicher in Aleſſandria ſchon zu Paaren zu treiben. 80,000,000 Fr. iſt die Entſchädigung, welche Oeſterreich fordert, und an der der Frieden geſcheitert ſein muß. Das Gerücht ging in Sardinien, der König wolle abdanken, es ſcheint aber unbegründet zu ſein. In Como ſind drei Menſchen ſtandrechtlich erſchoſſen worden.

Meſtre, 21. April. Das Belagerungskorps unter Befehl des F. M. L. Baron Haynau ſteht bereits vor Venedig, längs dem Lagunenrand. Die Stärke desſelben beläuft ſich auf 25000 Mann. Die Venetianer ſcheinen entſchloſſen, ſich hartnäckig zu vertheidigen, und haben auch nichts unterlaſſen, was ihnen hiezu Vorſchub leiſten könnte. Das Fort Malghera, mit drei Umwallungen (vom franzöſiſchen General Chaſſeloupe erbaut) und eben ſo vielen Waſſergräben, iſt wohl mit Geſchütz verſehen und zählt eine zahlreiche Beſatzung; die nächſten Inſeln St. Giuliano und Secondo ſind ebenfalls zur Vertheidigung hergerichtet.

Der öſterreichiſche General fordert von Padua 100,000 Sandſäcke, und ſelbſt die unglücklichen Frauen jener Stadt ſind gezwungen, zum Verderben ihrer Landsleute, Frohnarbeit zu leiſten. Die öſterreichiſchen Blätter nennen einen ſo empörenden Umſtand „luſtig!" (N. Z. Z.)

* Aus Toskana. Die Verſöhnung mit dem Großherzog geht auf das Schönſte von Statten. Während die proviſoriſche Regierung eine Adreſſe an ihn ſchickt, worin ſie ihn bittet: „Stellen Sie wieder her Ihren konſtitutionellen Thron, umgeben von volksthümlichen Inſtitutionen," empfängt ſie bereits ein Schreiben von ihm, worin er ſich für die Sympathieen bedankt, welche ihm das toskaniſche Volk bezeige, jedes Opfer zu bringen verſpricht, welches das Wohl des Vaterlandes erheiſche, und ſeine baldige Rückkehr zuſagt. Am 22. hat die proviſoriſche Regierung im Namen des Großherzogs gegen die auſtroeſtenſiſche Okkupation von Maſſa Carrara und der Provinzen von Lunigiana und Garfagnana als eine Gebietsverletzung proteſtirt.

In Livorno iſt noch immer nichts entſchieden. Die Regierungskommiſſion ſtellt unter Anderm folgende Bedingungen ihrer Unterwerfung: Erhaltung der Verfaſſung von 1848 und namentlich der Nationalgarde, Freilaſſung Guerrazzi's und Petracchi's (des Befehlshabers des Livorneſiſchen Korps) und vollſtändige Amneſtie.

* Die Nachrichten aus Sizilien reichen bis zum 23. Die ſizilianiſche Pairskammer beſchloß die Unterwerfung einſtimmig, das Haus der Gemeinen mit 60 gegen 30 Stimmen. Eine allgemeine Amneſtie iſt Alles, was die Sizilianer verlangen.

Der Admiral Baudin hat bereits eine Unterredung mit dem König Ferdinand gehabt, in der dieſer die Suspenſion der Feindſeligkeiten, freilich mit der Bedingung einer Ergebung auf Gnade und Ungnade, bewilligte. Sein Adjutant, der Oberſt Nunziante, iſt in das neapolitaniſche Hauptquartier abgegangen. Eine proviſoriſche Junta iſt in Palermo zuſammengetreten bis zu dem Augenblick, wo die königliche Macht wieder hergeſtellt wäre. Das ganze Miniſterium und der Präſident Ruggiero Settimo haben ſich nach Malta eingeſchifft; auch ſonſt eilen alle kompromittirten Perſonen möglichſt ſchnell fort.

Ungarn.

Die in den ungariſchen Komitaten für die kaiſerliche Armee ausgeſchriebene Rekrutenſtellung ward eingeſtellt, da ſie bei den Bauern Unzufriedenheit erregte. Dieſe hatten die Beſorgniß, daß gegen ihre durch die Inſurgenten früher ausgehobenen Söhne nun deren Brüder fechten würden. Die Verſicherung, letztere ſollten nicht in Ungarn verwendet werden, konnte jene Beſorgniß durchaus nicht beſeitigen. Dieſe Stimmung herrſchte ebenſo in den magyariſch-deutſchen Komitaten Wieſelburg, Oedenburg, als in dem ſlawiſchen Neutra und Trentſchin. Ein Beweis mehr, wie wenig dieſe Slowaken von der Nationalitätsmanie befallen ſind. Der Wahn, daß die Inſurgenten für Ferdinand V. kämpfen, dem auch die Bauern ihre Befreiung von den Urbarialleiſtungen verdanken, hat bei dieſen gleichfalls Wurzel geſchlagen, und befremdend iſt in der That für alle, die in den Inſurgenten nur Rebellen gegen den König bekämpfen, und den Zweck der verbreiteten Lüge nicht durchſchauen, der Ruf: „Es lebe Ferdinand V!" mit welchem die Huſaren in den Kampf ſtürzen. Der Poſtenlauf zwiſchen Wien und Ofen iſt auf Befehl des Baron Welden eingeſtellt. Die letzten Ankömmlinge melden einſtimmig, daß am 25. April früh drei Schwadronen Huſaren und ein Bataillon Honveds mit einigen Ueberreſten des Landſturms in Peſth einrückten, von der Bevölkerung mit Umarmungen, Blumenkränzen und unendlichem Jubel empfangen wurden. Abends war die Stadt beleuchtet. Ein Journal des einſtigen ungariſchen Miniſteriums „Peſti hirlap" erſchien noch denſelben Tag. Koſſuth ſelbſt war noch nicht in Peſth. Der Truppenkommandant verkündete, daß er für die öffentliche Sicherheit wachen und Niemanden ſeiner politiſchen Meinung halber verfolgen werde. Von Ofen ſah die kaiſerliche Beſatzung ruhig zu. Peſth iſt alſo im Beſitz der Inſurgenten. Das kleine Korps, welches in die Stadt rückte, zeigt, daß ſie den Ofnern keine Urſache zu einer Beſchießung geben wollen und den Punkt nicht für militäriſch wichtig halten. Bei Komorn flog ein kaiſerliches Schleppſchiff mit 200 Centnern Pulver, von der Inſurgentenbeſatzung mit Granaten beworfen, in die Luft und zündete durch die herumfliegenden Trümmer das Dorf Gönyö an, wo vierzehn Häuſer abbrannten. Die Sage, daß ein Pulverthurm in der Feſtung durch die Kaiſerlichen in die Luft geſprengt worden ſei, fand bei Unterrichteten ſchon darum keinen Glauben, weil dieſe halb in der Erde ſteckenden Thürme mit einer Tonnenwölbung von zwei Klaftern und 10 Schuh hoch mit Erde bedeckt, von außen nicht gezündet werden können. (Allg. Z.)

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 2. Mai.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. $74\frac{5}{8}$; $2\frac{1}{2}$ pCt. Metall. $39\frac{5}{8}$; Bank-Aktien fl. 1150; fl. 500. Looſe $125\frac{1}{4}$; fl. 250. Looſe $77\frac{1}{4}$; Badiſche fl. 35. Looſe $27\frac{7}{8}$; Heſſ. $27\frac{1}{2}$; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe $71\frac{1}{2}$; Polniſche fl. 500 Looſe $73\frac{3}{4}$; Friedr. Wilh.-Nordbahn $33\frac{5}{8}$; Berbach $72\frac{1}{8}$; Köln-Minden $76\frac{1}{2}$; 3 pCt. inländ. Spanier $24\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. Würt. 94; 5pCt. Bad. 96; 5pCt. Naſſ. $99\frac{3}{4}$; Belg. $83\frac{5}{8}$; Inte.g. $49\frac{3}{4}$.

In den meiſten Gattungen zeigte ſich keine Veränderung. Oeſterr. Fonds feſt, mit Ausnahme der Anlehnslooſe. Spanier und Belgiſche zu beſſern Preiſen gefragt.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 122. Frankfurt a. M., Donnerſtag 3. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Neapel und Sizilien.

Welche Maßregeln hat die Reichsverſammlung zu ergreifen?

Die Reaktion in Preußen.

Deutſchland. Frankfurt (Aufruf der hannöverſchen Reichstagsabgeordneten. Die preußiſche Erklärung und die Reichsverſammlung.) Wien (Martin Luther vom Repertoir geſtrichen.) Berlin (Die Abgeordneten bei der Auflöſung der Kammern.) Minden (Herr v. Bodelſchwingh.) Elberfeld (Große Bürgerverſammlung.) München (Die Gemeindebehörden und die deutſche Sache.) Nürnberg (Aufregung.) Aus Baden (Einigkeit der Parteien für die Reichsverfaſſung. Würtembergiſche Truppen. Die politiſchen Gefangenen.) Wiesbaden (Berichtigung.) Schleswig (Die Dänen. Landesverſammlung. Die Perſonalunion.) Hamburg (Die Schleswig-Holſteiner. Statthalterſchaft an die Zeitungsredaktionen.)

Großbritannien. London (Erbauliches und Beſchauliches der „Times“ über die deutſche Kaiſerfrage. Die deutſche Bourgeoiſie und die rothe Republik.)

Frankreich. Paris (Die Wahlbewegung. Die Verhaftung der Abgeordneten. Klagen in der National-Verſammlung. Subſidien bewilligt an Montevideo. Die ſozialiſtiſchen Preußen. Verſtärkung des Expeditionskorps.)

Italien. Turin (Die Regierung und die Beſetzung Aleſſandria's.) Civita-Vecchia (Erlaß Oudinot's.)

Schweiz. Bern (Verhandlungen der Bundesverſammlung. Eidgenöſſiſches Budget. Finanzen. Bundesverſammlung. Maßregeln gegen die lombardiſchen Flüchtlinge. Ausweiſung Heinzen's. Spielpächter in Schwyz.)

Ungarn. (Perezel.)

---

2. Mai.

Am 12. Januar 1848 brach die Revolution in Sicilien aus: gleichzeitig auf allen Punkten erhob ſich das Volk; und die beſtürzten Neapolitaner räumten die Inſel. Die Bewegung, die bald darauf auch auf dem Feſtlande von Italien begann, raubte dem König von Neapel die Möglichkeit, irgend etwas gegen die Sicilianer zu unternehmen. So konnten dieſelben in aller Ruhe ihre Unabhängigkeit durch die Einrichtung eines geregelten Staatsweſens befeſtigen. Der in Sicilien noch immer angeſehene Adel, ein wohlhabender Bürgerſtand waren Grundlagen, auf denen ſich eine freie, durch ihre Mäßigung ſtarke, Verfaſſung erbauen ließ. Ohne alle Unruhen trat ſie ins Leben; ein Ober- und Unterhaus wurde verſammelt; an die Spitze des Staates wurde der Herzog von Genua berufen, und da der König von Sardinien dieſe gefährliche Ehre für ſeinen Sohn ablehnte, ſo beſetzte man ſeine Stelle einſtweilen mit dem vom ganzen Volke hochgeachteten Ruggiero Settimo als Präſidenten.

Die Sicilianer waren ſicher, ſo lange die Neapolitaner frei waren. Nachdem aber König Ferdinand, zuerſt unter den Souveränen Europa's, die ihm vom Volk auferlegte Verfaſſung gebrochen, durch das Bombardement ſeiner Hauptſtadt ſich unabhängig von dem Willen der Volksvertreter gemacht, und nach und nach das ganze Feſtland des Königreichs Neapel unter ſeine unumſchränkte Gewalt gebeugt hatte, konnte er auch daran denken, Sicilien wieder zu unterwerfen. Im September begann der Kampf; König Ferdinand fing mit dem ihm zunächſt gelegenen nordöſtlichen Theil der Inſel, mit Meſſina, an. General Filangieri beſchoß und eroberte Meſſina. Der engliſche und franzöſiſche Admiral gaben dabei den müßigen Zuſchauer ab. Beide hätten gern intervenirt; der Engländer in dem Bewußtſein, daß er ſelbſt zu der Erhebung der Sicilianer nicht wenig beigetragen hatte, der Franzoſe aus Sympathie für alle revolutionären und republikaniſchen Bewegungen. Der Grundſatz der unbedingten Nichteinmiſchung war aber zu oft von England und Frankreich ausgeſprochen worden, als daß ſie jetzt hätten wagen können, die Sicilianer anders als heimlich zu unterſtützen. Da gaben ihnen aber die Gräuel, welche die Neapolitaner in dem eroberten Meſſina verübten, Veranlaſſung, im Namen der Menſchlichkeit Stillſtand zu gebieten. Sie erzwangen durch ihre Drohungen die Suſpenſion der Feindſeligkeiten von Seiten der Neapolitaner, und nahmen es über ſich, den Frieden mit Sicilien zu vermitteln.

Die Aufgabe, welche ſie ſich geſtellt hatten, erwies ſich als ſehr ſchwierig. Monate vergingen und ſie konnten keine Einigung zwiſchen den widerſtreitenden Forderungen der beiden Parteien zu Wege bringen. Nachdem man endlich über die Freiheiten, welche den Sicilianern bewilligt werden ſollten, ſich verſtändigt hatte, ſchien Alles wieder an den Maßregeln, die zur Durchführung des neuen Zuſtandes auf der Inſel ergriffen werden ſollten, ſich zerſchlagen zu wollen. Filangieri, jetzt zum Fürſten von Satriano ernannt, beſtand auf der militäriſchen Beſetzung der ganzen Inſel, auf einer Ergebung der Inſurgenten auf Gnade und Ungnade. Die vermittelnden Mächte fanden es billig, daß den Sicilianern wenigſtens *ein* Punkt frei von militäriſcher Beſetzung gelaſſen würde, daß eine Unterwerfung nur gegen Zuſicherung einer vollſtändigen Amneſtie ſtattfände. Die beiden Geſandten, Herr Temple und Herr von Rayneval und die beiden Admiräle, Herr Parker und Herr Baudin, begaben ſich perſönlich zum Könige, der ſich beim Papſt in Gaeta aufhielt, und erlangten von ihm das Verſprechen, daß Palermo unbeſetzt bleiben und eine Amneſtie bewilligt werden ſollte. Schon machten ſich die Admiräle fertig, um am 3. März die Friedensbedingungen nach Palermo zu überbringen, als noch am Abend des 2. Parker erfuhr, daß von der bewilligten Amneſtie 45, natürlich die Führer und alſo die beim Volk beliebteſten Männer, ausgenommen werden ſollten. Statt nach Palermo fuhr er am andern Morgen mit dem Admiral Baudin nach Gaeta. Der König empfing ſie zuvorkommender, als ſie gehofft hatten; er verſicherte, er hätte eine vollſtändige Verzeihung eintreten laſſen und nur einige gefährliche Menſchen entfernen wollen. Er reichte ihnen lächelnd die Liſte der von der Amneſtie Ausgenommenen und überließ ihnen, was ſie darüber beſtimmen wollten. Zufrieden geſtellt, ſegelten ſie nach Palermo und warfen hier am 6. Morgens Anker.

Die Palermitaner begrüßten ſie als die Vertreter der ſchützenden Mächte mit Salutſchüſſen, welche von den engliſchen und franzöſiſchen Schiffen erwiedert wurden. Die Admiräle begaben ſich zum Fürſten Butera, dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, um ihm die Friedensbedingungen mitzutheilen; er wies ſie an den Miniſterrath. Am folgenden Tage traten ſie damit vor den Miniſterrath: dieſer wollte erſt das Parlament hören. Die Ungeneigtheit, auf die Bedingungen einzugehen, zeigte ſich noch deutlicher als in dieſen amtlichen Antworten, in den Privatäußerungen der Miniſter. Zuerſt hieß es, ſie wagten nicht, mit dieſen Bedingungen vor das Parlament zu treten, dann, das Parlament könne auch gar nicht über die Unterwerfung entſcheiden; es habe einmal die Selbſtſtändigkeit Siziliens und die Abſetzung des Königs Ferdinand ausgeſprochen; es könne nicht mehr darauf zurückkommen; ein neues Parlament müſſe gewählt werden, um über den Frieden zu beſchließen. Man gab jedoch dieſen Gedanken auf und verſprach am 9. dem gegenwärtigen Parlament die Bedingungen vorzulegen.

Statt deſſen wurde in der Sitzung vom 9., ohne auch nur des Friedens zu gedenken, ein allgemeines Aufgebot aller waffenfähigen Mannſchaft vom achtzehnten bis zum dreißigſten Jahre beſchloſſen; eine aufregende Proklamation wurde erlaſſen und Emiſſäre durch das ganze Land geſchickt, das Volk zum Widerſtande zu ermuthigen. Das Miniſterium ſuchte inzwiſchen die enttäuſchten Admiräle mit allerhand diplomatiſchen Winkelzügen

hinzuhalten; es behauptete, ſie hätten durch die Salutſchüſſe bei ihrer Ankunft Sizilien als unabhängigen Staat bereits anerkannt und könnten ihm alſo jetzt keine Unterwerfung mehr zumuthen; es erkundigte ſich, ob die Vermittelung offiziell oder offiziös ſei; es meinte, wenn der König Ferdinand, wie es in der Amneſtie verſprochen hieße, Alles ſeit dem 12. Januar 1848 Geſchehene als nicht geſchehen betrachte, dann gebe es für ihn auch kein ſizilianiſches Parlament und keine ſolche Regierung, und ſeine Unterhandlung ſei alſo nicht ernſtlich gemeint. Die Admiräle wurden der Sache überdrüßig; nachdem ſie vergebens ihre Beredſamkeit aufgeboten und auf die Gefahren eines Krieges, denen ſie dann Sizilien überlaſſen müßten, aufmerkſam gemacht hatten, erklärten ſie, wenn bis zum 19. März keine Annahme der Bedingungen erfolgt ſei, ſo gelte der von ihnen im September vermittelte Waffenſtillſtand für im Namen der neapolitaniſchen Regierung gekündigt und die Feindſeligkeiten würden gemäß den Beſtimmungen des Waffenſtillſtandes am 29. wieder beginnen. Filangieri wollte kaum bis zu dieſem Tage warten; er meinte, das Aufgebot der waffenfähigen Mannſchaft ſei eine thatſächliche Aufkündigung des Waffenſtillſtandes, der alſo auch ihn nicht länger binde.

Das ſizilianiſche Volk ſprach ſich indeſſen wohin auch immer die Nachricht von den Bedingungen, welche König Ferdinand angeboten hätte, kam, mit ziemlicher Einſtimmigkeit gegen dieſelben aus. Man hat den Grund davon in den Intriguen der Regierung geſucht; andere Gründe ſcheinen aber näher zu liegen. Der Sizilianer geht ſtets von der Verfaſſung von 1812 aus; dieſe, wie ſie aus den Händen der Engländer, zu einer Zeit als Neapel im Beſitz der Franzoſen war, gekommen iſt, ſtellt Sizilien natürlich völlig unabhängig von Neapel. „Der König,“ heißt es in ihr, „wenn er ohne Bewilligung des Parlaments ſich außer Landes begibt, verliert ſein Anrecht auf die Krone.“ Die Friedensbedingungen ſagen ſtatt deſſen, „der König ernennt, wenn er nicht im Lande reſidirt, einen Statthalter.“ Die Beſtimmung mag nothwendig ſein, wenn Sizilien und Neapel vereinigt ſein ſollen, aber ſie ſchließt die Abhängigkeit Siciliens von Neapel in ſich. Ebenſo gab die Verfaſſung von 1812 den Sizilianern eine völlig ſelbſtſtändige Verwaltung und ein ſelbſtſtändiges Heer: Die ſizilianiſche Nationalität war die Bedingung zur Bekleidung eines Militär- oder Staatsamtes. Jetzt heißt es: alle Stellen, die auf gemeinſchaftliche Koſten beſoldet werden, ſollen gleichmäßig an Sizilianer und Neapolitaner vergeben werden. Nimmt man nun dazu, daß durch die Beſtimmung, der König ſolle nach Belieben und ohne an irgend welche Bedingung gebunden zu ſein, Pairs ernennen dürfen, der Adel, welcher bis jetzt ein ausſchließliches Anrecht auf die Pairie hatte, perſönlich gekränkt iſt, daß ebenſo durch die Auflöſung der gegenwärtigen Regierung und die Suspenſion aller gegenwärtigen Beamten, wovon die Vorſchläge vom 28. Februar 1849 ausgehen, ein großer Theil des Mittelſtandes in ſeinen perſönlichen Intereſſen verletzt wird, erwägt man ferner, daß auch in den Klaſſen der Bevölkerung, welche ſich nicht für politiſche Begriffe begeiſtern, die Perſon des Königs Ferdinand (l'infame bombardatore) ſo verhaßt iſt, daß Alles, was von ihm kommt, ſchon um deshalb zurückgewieſen wird, und daß kein Sizilianer das geringſte Vertrauen in die Erfüllung neapolitaniſcher Verſprechungen hegt, ſo wird man es begreiflich finden, daß das ſizilianiſche Volk einmüthig auf die ſonſt nicht unvortheilhaften Vorſchläge nicht eingehen wollte.

Es wurden die großartigſten Vertheidigungsmaßregeln ergriffen. Das Miniſterium, als ob es ſich ſelbſt nicht recht traute, verſtärkte ſich mit zweien der heftigſten Revolutionäre, Stabile, dem Präſidenten des Unterhauſes, welcher drei Monate vorher wegen ſeiner exaltirten Meinung aus dem Miniſterium entfernt worden war, und Calvi, der ſich offen für einen Vertreter der republikaniſchen Partei ausgibt. Durch das ganze Land ertönte der Ruf zu den Waffen! In Palermo arbeiteten täglich viele Tauſende an den Befeſtigungen. In feierlichem Zuge, mit Fahnen und Blumenſchmuck, zog jeden Morgen eine unendliche Menge vor die Thore, Alte und Junge, Nationalgarden und Prieſter, Kinder und Frauen. Unter den letzteren befanden ſich Damen aus den höchſten Ständen, die durch ihre Schönheit berühmten Herzoginnen von Montaleone und Gualtieri. Ohne Unterſchied des Standes, Alters und Geſchlechts gruben und ſchaufelten ſie, und in kurzer Zeit hatten ſie die Stadt mit ungeheuren Schanzen umgeben. Das Parlament hielt keine Sitzung: die Abgeordneten arbeiteten ja mit. Vergebens hoffte auch der franzöſiſche Admiral, in andern Städten Siziliens die Friedensliebe wachzurufen; überall empfing ihn der Ruf: la guerra!

Noch einen letzten Verſuch machten die vermittelnden Mächte: nachdem die Admiräle unverrichteter Sache heimgekehrt waren, machten ſich die Geſandten ſelbſt auf. Sie erſchienen am 23. vor Palermo. „Der Akt von Gaeta“ wie die ſicilianiſche Regierung das Ultimatum König Ferdinands verächtlich nannte, war dem Parlament nicht vorgelegt worden, weil es im Namen der neapolitaniſchen Regierung übergeben worden war; Hr. Temple und Hr. v. Rayneval überreichten es jetzt im Namen ihrer Regierungen. Es wurde dem Parlamente vorgelegt, und einſtimmig beſchloſſen beide Häuſer den Krieg. Prozeſſionen, Damen voran, zogen durch die Straßen und rieſen: morte al tiranno! Die Geſandten konnten nicht einmal öffentlich erſcheinen, und trafen am 28., ohne das Mindeſte erreicht zu haben, wieder in Neapel ein. Die Sizilianer hielten ſich für unüberwindlich. Sie legten die dringenden Bemühungen der vermittelnden Mächte als einen Beweis von der Furcht Ferdinands aus, und glaubten wahrſcheinlich auch nicht daran, daß England und Frankreich ſie ihrem Schickſal überlaſſen würden.

Am 31. März begann der Krieg. Die Sizilianer hatten ſich gerühmt, ſie würden den erſten Angriff bei Meſſina machen; die Neapolitaner aber kamen ihnen zuvor. Filangieri hatte beſchloſſen, ehe er ſich gegen Palermo wende, das auf der nordweſtlichen Seite der Inſel liegt, vorerſt die öſtliche Küſte, deſſen nördlichſter Punkt, Meſſina, er ſchon inne hatte, zu unterwerfen. Etwa in der Mitte der Oſtküſte liegt Catania, die ſchönſte und gewerbreichſte Stadt dieſes Theils der Inſel, mit 45,000 Einwohner, ohne eigentliche Feſtungswerke, nur durch einige ſchnell aufgeworfene Batterien geſchützt. Mierolowski, der Oberbefehlshaber der Sicilianer, hatte geglaubt, Catania zu decken, wenn er eine feſte Stellung bei Taormina einnehme, das auf dem halben Wege von Meſſina nach Catania liegt. Taormina iſt ſchon von Natur durch die dicht an die Küſte herantretenden Berge ſehr feſt; es war leicht, mit einigen Batterien die Stellung völlig uneinnehmbar zu machen. Filangieri umging ſie; ſtatt die Truppen von Norden gegen Taormina vorrücken zu laſſen, ſchiffte er ſie in Meſſina ein, landete ſie zwiſchen Catania und Taormina, und nahm am 2. Taormina durch einen Angriff von Weſten. Ohne Hinderniß gelangte er jetzt vor Catania. Am 6., dem Charfreitag, begann der Angriff zu Lande und vom Waſſer aus. Dreizehn Stunden dauerte der Kampf, bei Sonnenuntergang war die Stadt mit Sturm genommen. Eine ſchreckliche Verwüſtung wurde angerichtet; weder Alter noch Geſchlecht wurde geſchont. Im Schrecken kündigte Syrakus ſeine Unterwerfung an; die zwiſchen Catania und Syrakus gelegenen Feſtungen Notto und Auguſta folgten ſeinem Beiſpiel.

Aller Augen waren auf Palermo gerichtet. Hier, hieß es, würden die Sicilianer ihre Kräfte koncentriren. Was den Verluſt von Catania herbeigeführt hatte, der Mangel an Schiffen, konnte Palermo nicht für ſich geltend machen; denn es beſaß bereits zwei große Dampffregatten, und täglich ſollte ein neues Dampfſchiff von 600 Pferdekraft eintreffen. Aber die Hoffnung iſt getäuſcht worden. Palermo hat ſich, ohne nur einen Kampf zu wagen, ergeben. Das Parlament hat den Admiral Baudin flehentlich gebeten, für ſie mit dem König Ferdinand zu unterhandeln, und hat ſich dann aus Furcht vor der Rache des Volks, das es erſt verführt und dann verlaſſen hat, auf fremde Schiffe geflüchtet. Die einzige Bedingung, die ſie jetzt noch ſtellen, iſt Amneſtie; und wird ſie nicht bewilligt, ſo unterwerfen ſie ſich auch ohne dies.

So hat alſo auch dieſer Volksſtamm, den man als den kräftigſten von Italien rühmt, nichts als Worte für ſeine Freiheit gehabt, nichts als

„ein großes Maul,
Das Tod ausſpeit und Berge, Fels und Seen!“

Kämpfen wollten ſie ſo wenig, als die Lombarden, und der geringe Widerſtand, der geleiſtet worden, iſt von den franzöſiſchen und polniſchen Freiwilligen ausgegangen. König Ferdinand wird zwar die Freiheiten, die er in dem Ultimatum zugeſagt hatte, wahrſcheinlich auch jetzt, auf Veranlaſſung Frankreichs und Englands bewilligen; er wird ſie aber ſchwerlich einem Volke gegenüber, das ſie nicht zu ſchätzen gewußt hat, beobachten.

Wir wollen heute die Wege anzudeuten verſuchen, auf denen wir, wenn wir einmal für unſere Partei ſprechen dürfen, hoffentlich in Gemeinſchaft mit der Linken, unſer großes Ziel, die Aufrechthaltung und Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung zu erreichen für möglich halten. Der Aprilpolitik des Königs von Preußen und ſeiner Regierung gegenüber war es gewiß richtig, wenn wir den Termin der endlichen Entſchließung zu wiederholten Malen verlängerten. Denn wir hatten unſere Rechnung auf die Macht der Dinge geſtellt, von denen wir meinten, daß ſie ſtärker als die Perſonen ſein würden, wir waren der Anſicht, daß unſere Verfaſſung, daß namentlich das erbliche Kaiſerthum eigentlich nur dann einen Sinn habe, wenn das letztere auf der Krone Preußen ruhe. Wir achteten es daher für keinen Raub an der Geduld des Volkes, wenn wir auf Preußen warteten, ſo lange noch irgend eine Ausſicht ſei, daß es uns nicht vergebens werde warten laſſen. Dadurch geriethen wir der thatenluſtigen Ungeduld und dem Ungeſtüm der Linken gegenüber in eine dem Mißverſtändniß nur zu ſehr ausgeſetzte Lage. Während wir mit wenigen Ausnahmen Alle die Worte Matthy's unterſchrieben haben würden: „daß wir zu jeder, auch der weiteſt gehenden Maßregel bereit ſeien, nur daß dieſelbe an der Zeit ſein und daß ſie zum Zweck führen müſſe" — ſo konnten wir eben mit der anderen Seite des Hauſes uns nicht ſo leicht über den Begriff des wirklich Zeit- und Zweckgemäßen verſtändigen. Die Maßregeln, welche man von dort her vorſchlug, waren unpraktiſch, übereilt, unausführbar, wirkungslos und nicht nützlich, ſondern verderblich: aber es waren doch Maßregeln, es war etwas Poſitives und wir dadurch in der üblen Lage, als die Abweiſenden, als die Negativen, erſcheinen zu müſſen.

Die Zeit iſt gekommen, wo wir beweiſen werden, daß auch unſere Partei zu Rath und That bereit iſt, daß auch wir nicht Willens ſind, die Hände in den Schooß zu legen, wenn das Vaterland in Gefahr iſt, und wir denken zugleich das Lob zu verdienen, daß die Schritte, zu denen wir bereit ſind, ausführbar, und genau auf das Ziel gerichtet ſind.

Dieſe Zeit, ſagen wir, iſt gekommen. Die neueſte Note des Preußiſchen Kabinets bildet dieſen nothwendigen Wendepunkt unſres Verhaltens. Fortan gilt über Preußen, was einſt Beckerath über Oeſterreich ſagte, — das Warten auf Preußen wäre der Tod der deutſchen Einheit. Indem wir nun aber mit dieſer Ueberzeugung die andere verbinden, daß die eigentliche Erfüllung unſrer Verfaſſung doch nur dadurch erſt entſteht, daß Preußen an die Spitze des Reiches tritt: ſo wird Alles darauf ankommen, einen Schritt zu thun, welcher einerſeits die Durchführung der Verfaſſung auch ohne Preußen möglich macht, andrerſeits jedoch einen neuen Antrieb für Preußen enthält, ſich dem Reiche anzuſchließen und dieſes Reiches Spitze zu bilden. Mit andern Worten: wir dürfen nicht länger auf Preußen warten, aber wir dürfen es noch weniger ausſchließen, wir müſſen es mittelbar und moraliſch nöthigen, die ihm gebührende Stelle einzunehmen, wir müſſen ein Compello daranſetzen, dieſe ſpröde Macht für die große Sache des deutſchen Reiches zu gewinnen.

Zuerſt alſo: wir warten nicht länger auf Preußen. Wir ſtellen den Grundſatz auf, daß das Reich ins Leben tritt, auch wenn nicht alle deutſche Staaten ſich demſelben ſofort anſchließen, auch wenn insbeſondere Preußen bei ſeiner Weigerung verharren ſollte. In der Idee halten wir feſt an der Zugehörigkeit aller deutſchen Staaten, abgeſehen von den beſonderen in Bezug auf Oeſterreich geltenden Beſtimmungen: faktiſch wird das Reich und ſeine Verfaſſung exiſtiren, auch wenn nur 29 oder 30 der deutſchen Einzelſtaaten ſich zu demſelben vereinigen. Die Ausſchreibung der Wahlen wird das Mittel ſein, der Entſchließung einzelner Regierungen die nöthige Zeit zu geben, und das wirkliche Zuſtandekommen des Reiches einzuleiten.

Zweitens aber: wir müſſen für Preußen einen Impuls beſtehen laſſen, dem ſo zu Stande kommenden Bundesſtaate ſich anzuſchließen. Wir halten zu dem Ende die Beſtimmung aufrecht: daß der je regierende König von Preußen ſofort die erbliche Oberhauptswürde des Reiches antritt, ſowie ſich Preußen durch Beſchickung des Volks- und Staatenhauſes zum Gliede des Reiches gemacht hat. Für die Zwiſchenzeit wird eine Zwiſchenbeſtimmung aufzuſtellen ſein, welche einerſeits das Reich nicht ohne faktiſches Oberhaupt läßt, andererſeits die preußiſche Politik reizt, das für jetzt Zurückgewieſene nachträglich zu ergreifen. Das Oberhaupt des je größten Staates von den mittlerweile dem Reiche beigetretenen mag bis zum Eintritte Preußens die Würde eines Statthalters bekleiden.

Endlich werden alle Anſtalten getroffen werden müſſen, dieſe Bildung des Reiches zu fördern, alle Hinderniſſe deſſelben zu beſeitigen.

Solcher Maßregeln bieten ſich ungeſucht zwei dar. Die eine beſteht in einer Aufforderung an die deutſche Nation, mit allen ihr zu Gebote ſtehenden geſetzlichen Mitteln in den Einzelſtaaten die Durchführung der deutſchen Verfaſſung zu betreiben. Die andere beſteht in einer Vertagung der Reichsverſammlung. Iſt jene erſte Maßregel mehr poſſitiver, ſo iſt dieſe zweite mehr negativer Natur. Die letztere hindert jede ſtörende Reibung zwiſchen der Verſammlung und den Regierungen, ſie iſt das Bekenntniß, daß für die nächſte Zeit ein beſtimmter Stoff unſerer Thätigkeit nicht vorliegt und ſie gibt den Mitgliedern der Verſammlung Gelegenheit, auf Stimmung und Haltung der Bevölkerung zu Gunſten der Verfaſſung lebendig einzuwirken.

Wir haben im Vorſtehenden den Weg bezeichnet, von dem wir ſicher hoffen, daß er zum Ziele führt. Wir haben denſelben gleichſam logiſch aus den vorliegenden Thatſachen abgeleitet; wir könnten aber ebenſo aus den begleitenden Umſtänden die Zweckmäßigkeit deſſelben nachweiſen. Es würde dann darauf aufmerkſam zu machen ſein, wie wir uns durch ihn am beſten der Pflicht erledigen, die wir gegen die 29 bereits beigetretenen Staaten zu erfüllen haben und wie wir, was damit weſentlich zuſammenfällt, durch ihn den letzten Verſuch machen, dem Hereinbrechen der Republik zu wehren, welcher ohne einen ſolchen Schritt ohnfehlbar der Südweſten Deutſchlands zum Raube würde.

Heut, wie wir hören, hat der Dreißiger-Ausſchuß eine abermalige Sitzung. Sind wir recht berichtet, ſo werden in ſeinem Schooße ganz ähnliche Ideen wie die vorgetragenen eingebracht und durch ihn der Reichsverſammlung vorgelegt werden.

Wenn wir ſo beſonnen, aber feſt und beharrlich auf unſer Ziel zuſchreiten, ſo wird die Nation mit uns Schritt halten. Wollten wir zu haſtig voraneilen, ſo möchten wir allein gelaſſen werden. Wenn wir auf die Nation blicken, wie ſie ſich überall und jetzt auch in Preußen für das Wort ihrer Vertreter erhebt, ſo dürfen wir an deſſen endlicher Durchführung nicht zweifeln, viel weniger verzweifeln. Unſere Gegner haben keine andere Hoffnung mehr, als unſere Fehler.

„Die größte Tugend eines Staatsmannes iſt die Conſequenz! ſagte Hr. v. Manteuffel. Und wir müſſen einräumen, daß die jetzige Regierung in Preußen auf dem beſchrittenen Wege des Unheils beharrlich fortfährt. Es iſt ein abſchüſſiger Weg, der zum Verderben führt, und wir dürfen uns daher nicht wundern, daß die Geſchwindigkeit ſich beſchleunigt. Die Reaktion ſchreitet in Preußen mächtig vor. Wir wollen hier einige neueſte Nachrichten zuſammenſtellen.

Die Gerlach, die Leo, die Thile, wird der Kölniſchen Zeitung aus Berlin geſchrieben, ſind obenauf in Potsdam und Charlottenburg. „Wer nicht die mittelalterlichen Paſſionen des Königs theilt, kommt nicht heran an ihn, und welcher vernünftige Menſch kann das?" ſeufzte heute einer der erſten Staatsbeamten. In der That iſt jetzt der König durch die Kamarilla völlig abgeſchnitten von allen Wohlmeinenden und Freimüthigen. Selbſt Männer wie Griesheim ſind, als noch zu liberal, von der Kamarilla nicht ins Vertrauen gezogen. Das Nächſte, was zu thun war nach der Kammerauflöſung, war die Abänderung des Wahlgeſetzes. Die Kölniſche Zeitung berichtet, daß dazu bereits eine Kommiſſion von Beamten und Kammermitgliedern niedergeſetzt ſei, ja dieſe Kommiſſion hat ihre Arbeit bereits eingereicht.

Ueber die Arbeit ſelbſt iſt uns bis jetzt nichts Präciſes zugekommen. Unterrichtete ſprechen die Vermuthung aus, man werde es bei einer Interpretation des Wortes ſelbſtſtändig bewenden laſſen und vielleicht ſogar die Anwendung der Interpretation den mit den Wahllisten beauftragten Behörden anheim geben. Dies iſt jedenfalls wahrſcheinlicher als eine andere Angabe, der zufolge eine Klaſſifikation der Intereſſen, wie ſie Graf Arnim in ſeiner Broſchüre vorgeſchlagen hat, aufgeſtellt würde. „Es iſt gleichviel, welcher von beiden Wegen vorgeſchlagen wird. Auf beiden Wegen wird die Verfaſſung vom 5. Dezember verletzt und jedes Vertrauen zur Ehrlichkeit der Krone vernichtet. Die Neue preu-

ſiſche Zeitung eifert wie im vorigen November, jetzt nicht zu wanken und zu weichen, und von der Gewalt jeden willkürlichen Gebrauch zu machen. „Die zweite Kammer iſt aufgelöſt", ruft ſie in ihrer bekannten Weiſe, „die Geſellſchaft wird nach Hauſe geſchickt! Wahrlich, man muß ſagen, die Güte und Nachſicht der Regierung grenzt an das Unglaubliche! Wir ſtimmen gern damit überein, daß man noch einen Verſuch macht, um dem Lande den Werth jenes Wahlgeſetzes zu zeigen! aber man ſollte doch jene Wühler nicht dem Lande wieder über den Hals ſchicken, um aufs Neue daſſelbe zu vergiften, ſondern ohne Weiteres diesmal jene politiſchen Verräther faſſen und der Gerechtigkeit überliefern, der ſie leider durch ihr Kammerprivilegium ſchon ſo lange entzogen waren."

Die Mitglieder der Linken haben ſich eilig aus Berlin entfernt. Aber die Gerüchte, daß ſie wirklich verfolgt werden, entbehren bis jetzt noch einer ſicheren Beſtätigung. Die Prozeſſe gegen die Steuerverweigerer vom vorigen November werden jedoch eifrig fortgeſetzt.

Schon bei den Berathungen über den Belagerungzuſtand ward von der Miniſterbank aus die Verfaſſung auf eine Weiſe ausgelegt, daß diejenigen nur zu ſehr Recht behalten, welche in der Verfaſſung, als ſie verliehen ward, Hinterthüren erblickten. Die Bureaukraten ſind in Preußen wieder ans Ruder gekommen und beweiſen praktiſch, was ſie ſo oft verſichert, daß die Verfaſſung nur ein Stück Papier ſei. Auf dem Papier ſteht freies Vereinigungsrecht, freies Verſammlungsrecht u. ſ. w. Aber wenn die Rechte unbequem werden konnten, ſo verkündigt man unter Trommelſchlag den Belagerungszuſtand. Das iſt eine Verwaltungsmaßregel, ſagt der Miniſter des Innern, darum hat ſich Niemand zu kümmern. Ja, auch ohne Trommelwirbel, mit einem bloßen Federzuge wird das Vereins- und Verſammlungsrecht aufgehoben. Wir brachten geſtern die Nachricht, daß der Gemeinderath von Köln alle Gemeinden der Rheinprovinz aufgefordert habe, Abgeordnete zu einer Zuſammenkunft nach Köln zu ſchicken. Hierauf iſt geſtern folgende Bekanntmachung erſchienen:

„Der von dem hieſigen Gemeinderathe in ſeiner geſtrigen außerordentlich gehaltenen Sitzung, aus angeblicher Veranlaſſung der bedenklichen politiſchen Lage des deutſchen Vaterlandes gefaßte Beſchluß, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlaſſen und die in den heutigen öffentlichen Blättern bereits unter Ihrem und der Beigeordneten und Gemeindeverordneten Namen bekannt gemachte Einladung an die Gemeinderäthe der Rheinprovinz die auf den 5. d. M. im großen Rathhausſaale dahier anberaumte Verſammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beſchicken, muß uns, wenngleich es nicht für gut befunden worden iſt, uns von jenem Beſchluſſe des Gemeinderathes in Kenntniß zu ſetzen, beſtimmen, darauf aufmerkſam zu machen, daß nach der beſtehenden Verfaſſung die Vertretung der Rheinprovinz in ihren verſchiedenen Intereſſen weder dem hieſigen Gemeinderathe allein, noch auch demſelben in Gemeinſchaft mit Abgeordneten der übrigen Gemeinderäthe der Provinz zuſteht, daß ſich die Befugniſſe der Gemeideräthe nach §. 61 der Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845 vielmehr auf die Faſſung verbindender Beſchlüſſe in ihren eigenen Gemeinde-Angelegenheiten beſchränkt. Auch das durch die Verfaſſungs-Urkunde vom 5. Dezember v. J. gewährleiſtete Recht, ſich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubniß friedlich in geſchloſſenen Räumen zu verſammeln, verleiht den beſtehenden Behörden kein Recht, über die geſetzlichen Schranken ihrer Befugniſſe hinaus, die Berathung und Beſchlußnahme über Angelegenheiten außerhalb ihres Geſchäftskreiſes an ſich zu ziehen. Wenn ſodann auch nach §. 30 der Verfaſſungsurkunde Petitionen unter einem Geſammtnamen Behörden und Korporationen geſtattet ſind, ſo kann doch zu dieſen Behörden, die von dem hieſigen Gemeinderathe eigenmächtiger Weiſe berufene Verſammlung von Abgeordneten aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz unmöglich gerechnet werden.

Wir unterſagen deßhalb hierdurch die Ausführung des von dem hieſigen Gemeinderathe unbefugter Weiſe gefaßten Beſchluſſes, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Rheinprovinz zu veranlaſſen.

Die bereits erfolgten Einladungen zu der auf den 5. d. M. anberaumten Verſammlung ſind ſofort zurückzunehmen. Köln, 1. Mai 1849. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern, gez. Birck.

Dieſe Bekanntmachung ſteht recht eigentlich auf dem vormärzlichen Standpunkte. Denn im März 1848, nicht etwa nach dem 19., ſondern früher, in den erſten Tagen nach der franzöſiſchen Revolution, ward in Köln ein ähnlicher Städtetag gehalten. Es war um die Zeit, wo die Cenſur noch beſtand, aber der Cenſor bereits zahm geworden war und aus der Hand aß: wir meinen, ſich auf die Redaktion der Kölniſchen Zeitung verfügte und ergebenſt bat, doch dieſes oder jenes Aufregende nicht aufnehmen zu wollen. Damals gab es in Preußen weder freie Preſſe, noch freies Verſammlungsrecht. Aber Niemand wagte, eine derartige Zuſammenkunft zu hindern. Doch wir wollen nicht von einzelnen Erſcheinungen ſprechen, auch nicht von Preußens innern Angelegenheiten. Von der Konſequenz, mit welcher das preußiſche Miniſterium auf ſeiner unheilvollen deutſchen Politik fortſchreitet, liegt folgendes Zeugniß vor. Die Oberpoſtamts-Zeitung berichtet:

„Berlin, 30. April. Wie weit entfernt unſere Regierung von Gewaltſchritten, wie entſchloſſen ſie aber auch andererſeits iſt, der Umſturzpartei mit aller Energie entgegenzutreten, geht aus einer Note hervor, welche ſoeben allen deutſchen Regierungen überſandt worden iſt, und die, wie ich höre, ſchon morgen veröffentlicht werden ſoll. In derſelben wird das Bedürfniß des deutſchen Volkes nach einer engeren und feſteren Einigung, ſo wie nach einer ſtarken Centralgewalt als vollkommen berechtigt anerkannt, zugleich aber auch die unabweisliche Nothwendigkeit, diejenigen Elemente, welche dieſes nationale Einheitsbedürfniß erweislich nur als Deckmantel für ihre revolutionären und anarchiſchen Beſtrebungen benutzen, unnachſichtlich zu unterdrücken. Wie ſehr aber unſere Regierung geneigt iſt, das deutſche Einheitswerk auf einen vernünftigen und möglichen Wege nach Kräften zu fördern, geht daraus hervor, daß dieſelbe in dieſer Note alle übrigen deutſchen Regierungen auffordert, „ſich mit ihr über die Grundbedingungen zur Herſtellung der erſtrebten Einigung demnächſt zu verſtändigen und in Gemeinſchaft mit ihr einen neuen Verfaſſungsentwurf auszuarbeiten, welcher den Bedürfniſſen der Nation entſpräche, ohne doch die Grundfeſten der ſtaatlichen Exiſtenz, Ordnung und Geſetzlichkeit zu gefährten. Dieſer die allſeitigen Rechte garantirende Verfaſſungsentwurf ſolle alsdann der Nationalverſammlung zu Frankfurt vorgelegt, und unter ihrer Zuſtimmung und Mitwirkung zum Staatsgrundgeſetz erhoben werden. Sollte jedoch die Nationalverſammlung, wider Hoffen und Erwarten, in ihrer der aufrichtig angeſtrebten Einigung feindlichen Stellung beharren und die Berathung dieſes Verfaſſungs-Entwurfes verweigern, dann freilich werde nichts übrig bleiben, als in irgend einer, noch näher zu beſtimmenden Weiſe eine andere die Nation repräſentirende Verſammlung zu berufen und mit dieſer das Werk der Vereinbarung über die Geſammtverfaſſung zu Stande zu bringen."

Alſo Vereinbaren! Wenn jenes ſchwachſinnige Miniſterium doch vorerſt verſuchen wollte, wie ſich die Regierungen vereinbaren könnten! Die dreißig Regierungen können und wollen nicht vereinbaren. Es iſt der elenden Politik der Manteuffel-Arnim bereits gelungen, in dieſen Regionen ein gerechtes Mißtrauen zu erwecken. Die große deutſche Bewegung ſollte von jenen Herren zu nichts Weiterem benutzt werden, als Preußen mit jenen kleinen Staaten zu vergrößern. Die Abſicht iſt durchſchaut, und die natürlichſten Bundesgenoſſen Preußens ſind ihm entfremdet. Und die Könige? bemerkt die Weſer Zeitung, die königlichen Regierungen, einig allein ſo weit ſie gegen die National-Verſammlung, als den gemeinſamen Feind operiren, werden unter ſich in noch ſchärferen Gegenſätzen auseinander fallen, ſobald Preußen dennoch nicht ſo leichten Kaufs ſein „Anrecht" auf die Suprematie in Deutſchland aufzugeben gedächte. Unter dieſen Verhältniſſen, — Wer will oktroyiren und was will man oktroyiren? Eine Verfaſſung, welche Preußen in den deutſchen Angelegenheiten auf dieſelbe Stufe mit Baiern und Hannover ſtellt, wird dazu Preußen im Ernſt die Hand bieten? Oder eine Verfaſſung, aus welcher Preußen zu lieb die demokratiſchen Inſtitutionen ausgemerzt würden? Man vergeſſe doch nicht, daß die Herren von Bothmer, Beisler, Laſſaulx das Ihrige gethan haben, um eben dieſe demokratiſchen Inſtitutionen gefliſſentlich in die Verfaſſung hineinzubringen.

Schon der Verſuch einer Vereinbarung unter den königlichen Regierungen würde bald in die greulichſte Veruneinigung ausſchlagen. Der dynaſtiſche Haß der Könige gegen Preußen iſt in einzelnen Außerungen jener Vierfürſten, welche den Weg in wei-

tere Kreiſe gefunden haben, ſo bitter und unverhüllt hervorgetreten, daß man ſchon jetzt ſchwer die entente cordiale begreifen kann, in welcher dennoch die reſpektiven Regierungen miteinander Hand in Hand gegen ihre Völker gehen.

Die Politik der preußiſchen Miniſter iſt auf jede Weiſe verkehrt und verblendet. Die ſächſiſchen Kammern ſind aufgelöſt und der ſouveräne Unverſtand herrſcht jetzt an den Kriegshäfen. Wir vertrauen auf den geſunden Sinn des preußiſchen Volkes, der ſchon im vorigen Jahre das Vaterland gerettet hat. Es iſt am preußiſchen Volke, trotz aller Hinderniſſe, die man ihm in den Wege legt, in aller Treue und Geſetzlichkeit ſeine Stimme ſo laut und ſo einmüthig zu erheben, daß der König ſein Ohr dagegen nicht verſchließen kann. Ein deutſches Miniſterium und die Reichsverfaſſung.

Deutſchland.

‡ **Frankfurt**, 2. Mai. Die hannöveriſchen Reichstagsabgeordneten haben folgenden Aufruf erlaſſen:

Mitbürger!

Die Verfaſſung des deutſchen Reiches iſt in zweiter Leſung vollendet und von der verfaſſunggebenden Nationalverſammlung als Reichsverfaſſung verkündigt. Mögen die Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten die alleinige Berechtigung der Nationalverſammlung zu jenem Werke anerkennen oder mögen ſie das Recht der Einwilligung ſich beilegen, jeden Falls ſind ſie nunmehr verpflichtet, über die Verfaſſung in bündiger Weiſe ſich zu äußern. Im erſteren Falle iſt es durch Gründe der Zweckmäßigkeit, im letzteren durch geſetzliche Nothwendigkeit ihnen geboten, bei jener Aeußerung den Willen ihrer Stände zu vernehmen. Die Regierung des Königreichs Hannover hat es vorgezogen, im Zuſtande der Ungewißheit über die Verfaſſung des deutſchen Reiches ihre Stände zuerſt zu vertagen und ſodann in zweiter Kammer aufzulöſen. Durch dieſe Maßregel hat ſie ſich in die Lage geſetzt, über die Reichsverfaſſung entweder ohne ihre Stände oder gar nicht ſich zu äußern und das in einer Zeit, wo das dringende Verlangen des deutſchen Volkes nach geordneten Rechtsverhältniſſen und die Gefahren, welche von Außen das Vaterland bedrohen, auf die Verzögerung eines jeden Tages ſchwere Verantwortlichkeit häufen.

Die Regierung hat die Auflöſung der zweiten Ständekammer für nothwendig erachtet, weil die Mitglieder der damals vertagten Ständeverſammlung in ihrer Mehrheit den Verſuch gemacht haben, mit einer Bitte an die königliche Regierung zu Gunſten der Reichsverfaſſung ſich zu wenden, und jener Verſuch den Bittſtellern die nöthige Unbefangenheit bei demnächſtiger ſtändiſchen Berathung des Gegenſtandes entzogen habe. Mitbürger! Das Recht der Bitte und Beſchwerde iſt Euch verfaſſungsmäßig geſichert, ſeine Ausübung kann nicht unfähig machen zur Erfüllung ſtändiſcher Pflichten, eben ſo wenig wie das Recht der freien Rede, womit der Bewerber um Eure Wahl das Bekenntniß ſeiner politiſchen Ueberzeugung vor Euch abgelegt hat.

Die Nationalverſammlung ſoll, ſo verſichert die königliche Regierung, den allein wahren und unter den ſchwierigen und verwickelten Staatsverhältniſſen Deutſchlands doppelt gebotenen Weg ſofort verlaſſen und ſich allein Befugniſſe zugeſchrieben haben, welche ihr nur in Gemeinſchaft mit den Fürſten Deutſchlands übertragen ſeien. Berufen, das Verfaſſungswerk zwiſchen Volk und Fürſten zu Stande zu bringen, alſo durch ſchiedsrichterlichen Spruch das Recht des deutſchen Volkes auf ein einiges Vaterland gegen die mehr als dreißigjährige Verneinung der Regierungen feſtzuſtellen, hat die Nationalverſammlung ihre Stellung vom Anfange an richtig gewürdigt, überdem die völlige Unmöglichkeit eingeſehen, die beſonderen und unter einander widerſtrebenden Bedenken von dreißig und einigen Regierungen durch Vereinbarung zu beſeitigen. Auch iſt die Nationalverſammlung im anerkannten Beſitze der Geſetzgebung; ſchon dem Geſetze, wodurch die Centralgewalt geſchaffen, haben alle deutſchen Regierungen ſich gefügt. Nirgendwo aber weniger wie in Hannover kann die Wahrheit bezweifelt werden, daß in öffentlichen Rechtsverhältniſſen die ausgebildete Thatſache der wohl erworbenen Befugniß gleich ſtehe. Denn nur dieſer Wahrheit verdankt die gegenwärtige Verfaſſung des Königreichs Hannover ihre Gültigkeit ohne jene iſt ſie eine Blume, die aus dem vergiftenden Boden eines gewaltſamen Verfaſſungsumſturzes aufſchoß.

Mitbürger! Mit Recht iſt uns die Verfaſſung unſeres beſonderen Vaterlandes theuer, aber daß dieſe Verfaſſung nicht abermals der Gewalt erliege und, geſchähe es, was Gott verhüte, nicht abermals das hannoverſche Volk ungehört abgewieſen werde von den verſchloſſenen Pforten des Bundespallaſtes in Frankfurt, auch dazu hat die deutſche Nationalverſammlung eine freie Verfaſſung des deutſchen Reichs geſchaffen und eine kräftige Gewalt an deſſen Spitze beſchloſſen. Würde dieſe Verfaſſung, ihrer unabweislichen Gültigkeit ungeachtet, den widerſtrebenden Regierungen gegenüber vergebens nach Anerkennung ringen, würde gar der Rath der Kabinette ſich dahin offenbaren, die Thätigkeit des alten Staatenbundes, ſei es unter der Form des Bundestags, ſei es unter der ähnlichen eines vielköpfigen Oberhaupts wiederum zu erwecken, die Erinnerung an den mehr als dreißigjährigen Druck, dem es erlag, an die ihm gegebenen aber nicht erfüllten Verſprechungen, an ſeine gebrochenen Verfaſſungen, müßten im deutſchen Volke einen Sturm hervorrufen, der die Reichsverfaſſung mit allen einzelnen Verfaſſungen zertrümmernd, entweder unmittelbar oder durch die Zwiſchenherrſchaft eines fanatiſchen Republikanismus zur Despotie eines militäriſchen Herrſchers hinführen würde.

Mitbürger! Tragt Alles, was Eure Kräfte vermögen, dazu bei, ein ſo trauriges Ergebniß zu verhüten. Von Euch, Ihr Vertreter der Korporationen, insbeſondere der Städte des Landes, werde dies vorzüglich als heilige Pflicht erkannt! Haltet Alle feſt an der Verfaſſung des Reichs; kräftigt und belebt, wo ſie ſchwach iſt, erwecket, wo ſie ſchlummert, die Liebe zu dieſer Verfaſſung, ein Jeder in ſeiner Familie, in dem Herzen ſeiner Freunde, in den Gemüthern aller derer, die durch geſellige oder politiſche Vereinigungen zu Euch in Berührung treten. Aber vor Allem gebrauchet zum Schutze der gefährdeten Reichsverfaſſung die Rechte, welche geſetzlich Euch zuſtehen. Gebrauchet dieſe Rechte ſchnell und wartet nicht auf eine ungewiſſe Zukunft, nicht darauf, daß eine dereinſtige Wahlbewegung Euch Gelegenheit verſchaffen wird, die treuen Männer, welche in zweiter Kammer durch Feſthalten an der deutſchen Sache Eurem Vertrauen entſprachen, durch eine Wiederwahl zu ehren; gebrauchet ohne Aufſchub die Euch zuſtehende Freiheit der Rede, der Schrift und der Preſſe, gebrauchet das Euch zuſtehende Vereinigungs- und Verſammlungsrecht, um in gemeinſamer Rede und Schrift das Euch gebührende Recht auf Bitt- und Beſchwerde-Stellung zu Gunſten der Reichs-Verfaſſung auszuüben. Vergeßt nicht, daß dem nachhaltig, umfaſſend und entſchieden, in geſetzlicher Weiſe ausgeſprochenen Volkswillen eine konſtitutionelle Regierung auf die Dauer zu widerſtehen nicht vermag. Vertrauet auf die Vorſehung, welche, als die Noth am höchſten war, die Bewegung des verwichenen Frühjahrs uns ſandte, gewiß nicht, um durch deren Vereitelung dem deutſchen Volke die Unerträglichkeit ſeiner, nicht in ihm, ſondern in ſeinen Regierungen beruhenden Zerriſſenheit noch fühlbarer zu machen. Glaubet feſt an die Einheit des deutſchen Vaterlandes, die Weihe dieſes Glaubens wird Eurem Wirken Erfolg verleihen!

Genehmigt, liebe Mitbürger, dieſen Zuruf, zu dem die bedenkliche Lage des Vaterlandes und die Angriffe, welche in der königlichen Proklamation vom 25. April gegen die Thätigkeit der Nationalverſammlung gerichtet ſind, uns, die unterzeichneten aus dem Königreiche Hannover abgeordneten Mitglieder jener Verſammlung veranlaßt haben. Gott ſchütze Deutſchland und gebe ihm Einheit!

Frankfurt am Main, 1. Mai 1849.

Freudentheil. Plaß. Groß. Wedekind. H. Zachariae. Nicol. Breuſing. Röben. v. Quintus. Behncke. Oberg. Lodemann. v. d. Horſt II. Gravenhorſt. Brons. v. Reden. Meyer.

*** **Frankfurt**, 2. Mai. Die preußiſche Erklärung vom 28. April wurde geſtern Nachmittag in der Paulskirche bekannt. Dieſe Erklärung überraſchte weder, noch machte ſie einen tiefen Eindruck, denn man wußte, man war noch vor ihrem Eintreffen inne geworden, weſſen man ſich von Berlin zu verſehen hatte. Die preußiſche Erklärung iſt, wir wollen es nicht läugnen, in einem ruhigen und ſelbſt vertrauensvollen Tone abgefaßt, allein ihr innerſter Kern verbirgt das Gift, das das Werk der Nationalverfaſſung, die endgültig feſtgeſtellte Reichsverfaſſung tödten ſoll. Die Erklärung ſpricht zwar vornen nur von Verſtändigung, ſogar von einer „redlichen“ der Regierungen, dann aber von einer Vereinbarung der Regierungen mit der Nationalverſammlung — und die Oktroyirung läßt ſich zwiſchen den Zeilen leſen. Die preußiſche Regierung erkennt nach ihrer Erklärung, die Nationalverſammlung nur als eine Art Provinzialſtände an, die nur Verfaſſungsvorſchläge den Regierungen zu machen und es dieſen zu überlaſſen hatten, wie viel ſie davon gutheißen wollten. Eine unbegreifliche, ja eine jämmerliche Verblendung iſt über die preußiſche und die andern renitirenden Regierungen gekommen! Sie behaupten, im Sinne und Intereſſe des Volkes gegen die Reichsverfaſſung auftreten und ihr die wichtigſten Beſtimmungen ausmerzen zu müſſen und haben nicht den Muth, die Vertreter des Volks, die Abgeordnetenkammern ſich über die Verfaſſung ausſprechen zu laſſen! In Berlin, Dresden und Hannover wurden die Kammern aufgelöſt, in München wird die Kammer nicht einberufen und wenn die Regierungen nicht den Muth haben, auf dieſe Weiſe den Volkswillen zu erforſchen, ſo mögen ſie das Volk in den einzelnen Städten, wo nicht der Belagerungszuſtand den Fuß auf den Nacken der deutſchen Märzerrungenſchaften ſetzt, über die Annahme oder Verwerfung der Reichsverfaſſung ausſprechen laſſen und ſehen, ob ſie ein günſtigeres Reſultat erzielen. Auch dies werden dieſe Regierungen nicht wagen. Das deutſche Volk müßte aber noch verblendeter als dieſe Regierungen ſelbſt ſein, wenn es nicht erkannte, daß dieſe Regierungen nur die angebliche Wahrung der Volksintereſſen als Schild für den Schutz ihrer dynaſtiſchen Intereſſen vorhalten wollen. Soll denn das deutſche Volk in vormärzliche Bevormundung wieder zurückgeführt werden und wird es dies ruhig geſchehen laſſen? — Wir bezweifeln es. Was wird aber die deutſche Domokratie dazu ſagen, wenn ſie hört, daß die von ihr nicht anerkannte und oft geſchmähte Nationalverſammlung in der Reichsverfaſſung der Republik das Thor geöffnet? Hat man denn in Berlin ganz vergeſſen, daß am 18. September das Leben der Majorität der Nationalverſammlung von der Revolution bedroht war?

Mögen nun aber die Würfel fallen, wie ſie wollen. Die Nationalverſammlung wird keinen Fuß breit weichen von dem Standpunkte, den ſie in Erkenntniß ihrer unabweisbaren Pflicht einnehmen mußte. Sie wird und kann ſich auf eine Vereinbarung über die Verfaſſung nicht einlaſſen.

Wien, 28. April. Der Direktor des Karlstheaters, Herr Karl, hat das Klingemann'ſche Schauſpiel „Martin Luther", obgleich es, wie ſich der „Wanderer" diplomatiſch ausdrückt, „keine poſitiven Elemente zur Unterdrückung in ſich trägt", dennoch in Betracht ſeiner Stellung im Gemeinderathe, einem ausgeſprochenen Wunſche Folge leiſtend und der Kaſſe das Opfer bringend, vom Repertoire geſtrichen. (Preſſe.)

Berlin, 28. April. Es war nicht ganz 12 Uhr Mittags, als die Deputirten den Sitzungsſaal wieder verließen. Die Auflöſung war in der That Allen unerwartet gekommen, dies geht aus dem gleichmäßigen und allgemeinen Staunen der Abgeordneten ſehr deutlich hervor; daß der Präſident Grabow nichts wußte, ſah man augenſcheinlich an der faſt verwirrten Haltung, die er auf dem Präſidentenſtuhle dieſem Ereigniſſe gegenüber einnahm; der Graf Arnim-Boitzenburg, der doch ſonſt zu den Eingeweihten zu gehören pflegt, war im Augenblicke der Auflöſung noch gar nicht anweſend, ſondern wollte eben in den Sitzungsſaal eintreten, als die Abgeordneten hinausſtrömten, und ihn, den völlig Verwunderten, belehrten, was geſchehen ſei. Am Früheſten erholten ſich in der That die Mitglieder der Linken von ihrem Erſtaunen, denn ſie hatten an einen ſolchen Fall ſchon lange gedacht, und hatten auch am Meiſten Urſache damit zufrieden zu ſein; ſie verſammelten ſich ſofort in ihrem unmittelbar neben dem Sitzungsſaale gelegenen Partei-Lokale, um zu berathen, was nun zu thun ſei. (Auf die in dieſer Parteiverſammlung und in einer ferneren Berathung am Abend gefaßten Beſchlüſſe kommen wir noch zurück.) Wir richteten unſer Augenmerk auf eine Erforſchung der verſchiedenen Auffaſſungsweiſen, die dies Ereigniß bei den Mitgliedern der Rechten fand, und der unbefangenſten Prüfung nach müſſen wir ſagen, daß wir bei den Mitgliedern dieſer Seite des Hauſes nur allgemeine Niedergeſchlagenheit und faſt Verzweiflung fanden; „es iſt ein unglückſeliges Ereigniß" ſagte Hr. v. Vincke beim Herausgehen zum Grafen Schwerin und Hrn. v. Moeller (Minden), „welches das Land an den Abgrund des Verderbens führen kann und vielleicht führen wird." „Ja in der That," erwiederte ſogar der Graf Schwerin, „es iſt ein böſer Rath, den man der Krone ertheilt hat." Mit ſeinem unverwüſtlichen Lachen ſagte dagegen Graf Renard zu den vor ihrem Partei-Lokale ſtehenden Oppoſitions-Mitgliedern: „nun, nun, in einem Monate ſehen wir uns alle wieder", worauf ihm Hr. v. Berg nur entgegnete: „Sie Herr Graf, kommen ſchwerlich das nächſte Mal wieder, denn dann bilden Leute unſerer Geſinnung die äußerſte Rechte, und die Blutrothen ſitzen links, und ſollte man ein Wahlgeſetz oktroyiren, dann erſt recht." Die Herren Graf Arnim, v. Bismack, v. Kleiſt-Reetzow, Graf Ziethen, Camphauſen (der geheime Finanzrath) ſchienen am erſten wieder von ihrem Schrecken ſich erholt zu haben.

Minden, 29. April. Heute Mittag kam der Exminiſter v. Bodelſchwingh durch unſere Stadt und wurde am Bahnhof mit einer Katzenmuſik beehrt. (D. Z.)

Elberfeld, 29. April. Die „Elberfelder Zeitung" meldet heute Folgendes: Die Auflöſung unſerer zweiten Kammer gab heute Veranlaſſung zu einer Bürgerverſammlung, wie ſie größer Elberfeld noch nie geſehen hat. Ueber 3000 Bürger, Vertreter aller Stände, hatten ſich eingefunden, und es ſprach ſich einſtimmig das Gefühl aus, daß in den jetzigen Zuſtänden und bei den täglich ſich drängenden Ereigniſſen in einem Augenblicke, in dem das Volk ſeiner geſetzlichen Vertretung beraubt iſt, die Pflicht jedem treuen Bürger gebiete, handelnd aufzutreten und unſern König zur Ueberzeugung zu bringen, daß er von ſeinen Rathgebern über die Stimmung des Landes getäuſcht wird, daß die ihm angerathenen Maßregeln nur zum Unglück unſeres Vaterlandes führen. Die Verſammlung beſchloß einſtimmig folgende Erklärung:

„Das Staatsminiſterium hat in ſeinem zur Motivirung ſeines Antrags auf Auflöſung der zweiten Kammer erſtatteten Bericht die Hoffnung ausgeſprochen, daß die angerathene Maßregel von der Mehrzahl der Gutgeſinnten im Lande mit Beifall aufgenommen werde. Mit tiefem Bedauern über die Verblendung jenes Miniſteriums und mit gerechter Entrüſtung über die Verkennung der Stimmung des Landes, erklären die am 29. April 1849 verſammelten Bürger Elberfelds einmüthig: „„Daß die angerathene Maßregel nur geeignet iſt, den Bürgerkrieg mit allen ſeinen ſchrecklichen Folgen im Lande hervorzurufen, den Thron in ſeinen Grundpfeilern zu erſchüttern und die Wohlfahrt und das Glück des Volkes auf lange Jahre zu vernichten; daß die überwiegende Mehrheit des deutſchen Volkes von von dem unabweislichen Verlangen nach der Einheit und Freiheit des gemeinſamen Vaterlandes ſo tief durchdrungen iſt, daß ſie mit ihrer ganzen Kraft und mit ihrer ganzen Entſchiedenheit an den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung zu Frankfurt a. M. feſtzuhalten entſchloſſen iſt."" Die Verſammlung beſchloß ferner einſtimmig, den Präſidenten der Regierung zu Düſſeldorf durch eine ſo große Anzahl von Bürgern, als ſich dem Vorſitzenden der Bürgerverſammlung, Advokat-Anwalt Höchſter, und dem Schriftführer derſelben, Lehrer Körner, anſchließen werden, die obige Erklärung zu überbringen und denſelben zu erſuchen, die Erklärung zur ſchleunigſten Kenntniß Sr. Majeſtät zu bringen. Es wurde ferner beſchloſſen, alle Bürger der Stadt aufzufordern, ſich an dieſer Deputation zahlreich zu betheiligen, ebenſo der Wunſch ausgeſprochen, daß die einzelnen Vereine der Landwehr, Bürgerwehr und Schützen durch Deputirte ſich anſchließen möchten. Gleichzeitig wurde der Beſchluß gefaßt, ſämmtliche Gemeinden unſeres Vaterlandes aufzufordern, ſich in gleichem Sinne den Behörden gegenüber auszuſprechen. Zur Vollziehung dieſes letzteren Beſchluſſes werden ſämmtliche Redaktionen deutſcher Blätter erſucht, dieſen Artikel aufzunehmen. Schließlich wurde beliebt, daß die Deputation morgen den 30. d., Nachmittags $2\frac{3}{4}$ Uhr, mit dem Bahnzuge abgehen ſolle. Der Vorſitzende: Dr. Höchſter. Der Schriftführer: Körner."

In Folge obigen Beſchluſſes fordern wir die Betheiligten auf, ſich morgen, Montag den 30. d., Nachmittags 2 Uhr, an dem Elberfeld-Düſſeldorfer Bahnhofe in der Steinbeck, mit deutſchen Fahnen und mit ſchwarz-roth-goldenen Bändern geſchmückt, einfinden zu wollen. Elberfeld, den 29. April 1849. Die Bürgerverſammlung auf der Wilhelmshöhe. Namens derſelben: Der Vorſitzende: Dr. Höchſter. Der Schriftführer: Körner.

NB. Die Landwehr verſammelt ſich um halb 2 Uhr auf dem Neumarkt an der deutſchen Eiche.

≃ **München**, 29. April. Der Magiſtrat und die Gemeindebevollmächtigten der königlichen Haupt- und Reſidenzſtadt München ſind ihrem Syſtem des Nichtsthuns in der deutſchen Frage treu geblieben, wie ſich heut aus einer Erklärung derſelben erweiſt. Die Mißbilligungsadreſſe der vorgeſtrigen Bürgerverſammlung, welche ſich in den fünf Viertelſtunden ihres Aufliegens mit mehr als 700 Unterſchriften bedeckte, glitt ſpurlos an ihnen ab. Mit Bezug auf dies Dokument, deſſen Original ſie bis Morgen Abend zu Jedermanns nachträglichem Ergötzen im kleinen Rathhausſaal auslegen, da es doch einmal bereits geſtern an allen Straßenecken zu leſen war, erklären dieſe braven Männer, daß ſie wiederholt beſchloſſen haben, nichts zu beſchließen und noch weniger zu thun. Mit rührender Beſcheidenheit meinen ſie, ihre That ſei „unnöthig", da bereits aus ſo vielen Kreiſen des Landes der Wunſch auf ſofortige Einberufung des Landtages zur Anhörung ſeiner Stimme über Baierns Stellung zur deutſchen Verfaſſungsfrage bei der Regierung in Adreſſen niedergelegt ſei. Oder bürge ſich hinter dieſen Worten etwa gar eine feine Ironie? Sollten ſie etwa bedeuten, das halsſtarrige Miniſterium werde trotz und trotz dem auf ſeinem bisher eingeſchlagenen Wege verbleiben? Die hier in einem Schulhaus ausgelegte Beiſtimmungsadreſſe für das Miniſterium, welche geſtern Abend wirklich ſchon an Hundert Beamten- und Offiziersnamen trug, wird als einzig gültiger Beweis der Stimmung des Landes angenommen. Denn außer dieſen Kernmännern ſind ja alle übrigen Bevölkerungſchichten des großen Baierlandes durch die Demokraten terroriſirt.

Nürnberg, 30. April. Die Aufregung gegen die Ablehnung der Reichsverfaſſung von Seiten der baieriſchen Regierung ſteigert ſich in unſerem Frankenlande ins Große. So ſehr ſich auch bisher die konſtitutionellen und demokratiſchen Vereine bekämpften, es iſt jetzt Alles, die ganze Bevölkerung einig: „Anerkennung der Reichsverfaſſung, endliche Einheit des lange zerſplitterten Vaterlandes und Einſtehen für dieſelbe mit Gut und Blut." Volksverſammlung folgt auf Volksverſammlung. Am 2. Mai ſoll vor den Thoren Nürnbergs eine große Verſammlung im Verein mit den Bewohnern der umliegenden Städte und Dörfer gehalten werden. Das Nürnberger Landwehrregiment hat eine Erklärung an den König abgefaßt, die bereits von den Offizieren angenommen iſt und heute Abend den Kompagnien vorgelegt werden ſoll. Darin wird mit Entſchiedenheit ausgeſprochen, daß ſich die Landwehr nicht gegen die Reichsverfaſſung werde gebrauchen laſſen, wohl aber für ſie einſtehen wolle. Eine ähnliche Erklärung iſt vom Würzburger Landwehrregiment bereits abgegangen. (P. Z.)

⁂ **Aus Baden**, 27. April. Auch bei uns ſind alle Parteien darüber einig, daß die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Verfaſſung zur unbedingten Einführung kommen muß. In einer Adreſſe, welche dieſer Tage an den Abgeordneten des Bezirks Villingen zur Nationalverſammlung, C. Mez aus Freiburg, abgegangen iſt, von verſchiedenen Volksvereinen dieſes Bezirks, ſtellen ſich die Unterzeichner der Nationalverſammlung zur Verfügung für unbedingte Aufrechthaltung der von ihr gefaßten Beſchlüſſe. Die vor einigen Tagen auf Befehl des Prinzen Fried-

rich von Würtemberg aus dem Oberlande zurückgezogenen Truppen ſind nun wieder ſämmtlich dahin zurückgekehrt.

Wie kommt es wohl, daß Ihr Blatt, das doch täglich zweimal erſcheint, an verſchiedenen Orten täglich nur einmal ausgegeben wird, und das oft ſehr ſpäte, während Ihre Schweſtern, „Journal“ und „Oberpoſtamtszeitung“ zweimal, ja oft ſogar dreimal ausgegeben werden?*)

„ **Aus Baden**, 30. April. Dieſer Tage ſind auf Befehl des Miniſteriums des Innern 9, von den in Bruchſal verhafteten politiſchen Gefangenen entlaſſen worden, nachdem ſie 6 Monate geſeſſen; die 9 andern bleiben noch in Haft; außerdem befinden ſich noch 21 andere politiſche Gefangene in Bruchſal. Gegen vier, nämlich: Baumann, Schnepf, Lefevre und Bonaventura Meyer, Profeſſor aus Bonn wird die Verhandlung am 17. d. M. vor dem außerordentlichen Geſchwornengericht in Freiburg eröffnet werden. Dieſer Tage ſind zwei junge Militärs, beide wegen Theilnahme an dem badiſchen Freiſchaarenzuge kriegsgerichtlich behandelt und einer zu 10 Jahren, der andere zu 12 Jahren Zuchthausſtrafe verurtheilt worden.“

○ **Wiesbaden**, 1. Mai. In Ihrem Blatte Nr. 116 ſchreibt Ihr Korreſpondent von Frankfurt d.d. 26. April. „Bei der raſchen Herannäherung des 1. Mai werden die Glücksräder in Homburg, Wiesbaden und Wilhelmsbad noch raſch gedreht, und die grünen Tiſche ſind faſt Tag und Nacht belagert.“ Dieſe Nachricht iſt — was Wiesbaden betrifft — unwahr. Ihr Korreſpondent hätte leicht erfahren können, daß in Wiesbaden während der Wintermonate vom Oktober bis Mai niemals und auch in dieſem Jahre nicht geſpielt worden iſt. Gleichen Anſpruch auf Wahrheit hat die Inſinuation, daß in Wiesbaden die Spielbanken insgeheim geduldet werden würden *).

♉ **Schleswig**, 28. April. Den neueſten Nachrichten zufolge ſtehen die Vorpoſten unſerer Armee im Norden bei Veile und im Oſten bei Fridericia in Jütland. Die Dänen haben ſich nicht weiter blicken laſſen und ſollen ſich größtentheils auf Horſens zurückgezogen haben. Unſere Landesverſammlung hat ſich heute vertagt. Eine für unſre politiſche Lage wichtige Frage, die ſie zu behandeln anfing, war die der Selbſtauflöſung der Verſammlung. Die öffentliche Meinung erklärte ſich dagegen und die Verſammlung ſelbſt würde ſich dagegen erklärt haben, wenn die Regierung nicht ihren darauf bezüglichen Antrag zurückgezogen hätte So wünſchenswerth auch eine kräftige und vollſtändige Belebung unſeres Staatsgrundgeſetzes und eine Erneuerung der gegenwärtigen etwas abgenutzten Verſammlung ſein mag, ſo würde doch eine ſolche Maßregel für unſere augenblickliche Lage unpolitiſch ſein. Jetzt muß es ſich zeigen, wie viel Lebenskraft die Perſonalunion mit Dänemark im Lande noch beſitzt. Schon erheben ſich aller Orten Stimmen dagegen und, ſind wir nicht gänzlich im Irrthum, ſo werden ſehr bald zahlreiche Adreſſen und Petitionen gegen dieſes Verhältniß bei der Landesvertretung einlaufen. Von Seiten unſerer Stadt iſt es bereits geſchehen.

Hamburg, 29. April. Einer vorgeſtern erlaſſenen Aufforderung der Statthalterſchaft an die Redaktionen der ſchleswigholſteiniſchen und Hamburger Blätter, ſich fortan der Indiscretionen über Truppenſtellungen, Befeſtigungsarbeiten u. ſ. w. zu enthalten, pflichten wir vollkommen bei, aber wenn man keine Entſtellung will, ſo muß man für ſchleunige offizielle Berichte, wie ſie die Dänen geben, Sorge tragen. (O.P.Z.)

Großbritannien.

* **London**, 28. April. In einer ihrer letzten Nummern ſpielt die Times wieder einmal eine Variation auf das alte Thema von der deutſchen Kaiſerkrone, freilich wieder auf der einen bekannten Seite, aber doch mit mehr Gemeſſenheit als ſonſt. Im Eingange ihrer Betrachtung hebt ſie hervor, wie es bei dem jetzigen ungeordneten Zuſtande des Kontinents, für die Wiederherſtellung der öffentlichen Ruhe und Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens keine Frage von ſo ungeheurer Wichtigkeit gebe, als die von dem Wiederaufbau Deutſchlands unter einer Kaiſerkrone. Wenn den deutſchen Staatsmännern das Experiment gelänge, Deutſchland aus einer getheilten und zu einer föderativen Republik ſich hinneigenden Anarchie in eine große, friedliche und einheitliche Monarchie zu verwandeln, ſo müſſe man ihnen die höchſte Bewunderung und, engliſcher Seits, brüderliche Unterſtützung zu Theil werden laſſen, um ſo mehr, da das deutſche Volk dem engliſchen Stamm verbrüdert und von jeher dazu beſtimmt ſei, zwiſchen den rivaliſirenden Beſtrebungen des ruſſiſchen Despotismus und der franzöſiſchen Demokratie das Gleichgewicht zu halten. Aber wenn der König von Preußen dieſem Plane auch das höchſte Opfer bringen, und zu Gunſten ſeines der Annahme der deutſchen Krone weniger abgeneigten Nachfolgers, auf den Thron ſeiner Väter verzichten wolle, ſo ſei damit doch nur die perſönliche Frage gelöſt. Die Times bringt hierauf unter Andern Joſephs Traum in Erinnerung: „Mich däuchte, wir bänden Garben auf dem Felde und meine Garbe richtete ſich auf und ſtand, und euere Garben umher neigten ſich gegen meine Garbe. Da ſprachen ſeine Brüder zu ihm: Sollteſt du unſer König werden und über uns herrſchen? Und wurden ihm noch feinder um ſeines Traumes und ſeiner Rede willen.“ Dieſe alte Geſchichte, meint die Times, ſei die gegenwärtige Geſchichte der deutſchen Könige. Acht und zwanzig kleinere Souveräne und freie Städte hätten ſich vor der Garbe Joſephs gebeugt, aber die Könige und der Kaiſer Oeſterreichs wollten ſich nicht beugen und könnten zu dieſem Schritte, der angeblich alle Revolution enden ſolle, nur durch eine Revolution genöthigt werden.

Die Times zählt nun die verſchiedenen Gefahren auf, auf welche der Träger der neugeſchaffenen deutſchen Kaiſerkrone ſich gefaßt machen müſſe, die Schwierigkeiten, auf die er bei ſeinen Mit- und Unterfürſten ſtoßen, die kriegeriſchen Ausſichten, in die er ſich nach rechts und links, mit Oeſterreich, Rußland und Frankreich verwickeln werde u. ſ. w. Man ſieht, es ſind hier immer nur mögliche, in die Ferne gerückte und durch eine weiſe, kräftige Politik zu überwindende Gefahren und Schwierigkeiten in Rechnung gebracht; aber die viel größeren Gefahren und Schwierigkeiten, welche, wenn dieſer Plan ſcheitert, die nächſte Gegenwart bringen wird und muß und die zuletzt möglicherweiſe doch einen Ausgang nehmen könnten, der den Fürſten noch unangenehmer ſein möchte als alle ihnen zugleich einen neuen feſteren Halt gewährenden Beſchränkungen, welche ihnen die deutſche Reichsverfaſſung und das Kaiſerthum etwa auferlegen würden, dieſe Gefahren und Schwierigkeiten, die uns nicht aus der Ferne mehr drohen, ſondern von denen wir in unmittelbarer Nähe umlagert ſind, hat die Times wohlweislich unerwähnt und unberückſichtigt gelaſſen. Schließlich tadelt ſie die Anſicht gewiſſer hervorragender Staatsmänner Deutſchlands, wonach ein ſolider Krieg gegen einen gemeinſamen Feind das beſte und einzige Mittel ſei, um der Revolution ein Ziel zu ſetzen, und die Einheit des deutſchen Volkes zu feſtigen. Dieſer unſelige Irrthum, meint die „Times,“ habe leider ſo viel Einfluß auf die öffentliche Meinung Deutſchlands gewonnen, daß dadurch die Ruhe der Welt ernſtlich bedroht ſei. Es iſt ſchon immer gut, wenn man uns im Auslande ein wenig zu fürchten anfängt, obſchon leider gewiſſe deutſche Regierungen in ihren Erklärungen die politiſche Ohnmacht nach außen, und die Verfaſſungsloſigkeit nach Innen, als die höchſten und unveräußerlichen Güter des deutſchen Volks hinzuſtellen die Stirn haben. Vgl. die baieriſche Erklärung, die wohl als ein Armuthszeugniß erſcheint, wie es noch kaum eine deutſche Regierung, (und das will viel ſagen) ihrem Volke und ſich ſelbſt auszuſtellen gewagt hat.

Hierbei können wir folgende Stelle aus einer Frankfurter Korreſpondenz der „Times“ nicht unerwähnt laſſen; ſie lautet: „Dem Frankfurter Parlament iſt dieſe Reichsverfaſſung zu einer Ehrenſache geworden. Niemand kann einen abermaligen Revolutionsausbruch weniger herbeiwünſchen als Baſſermann und all ſeine Freunde aus der Bourgeoiſie; aber einige derſelben, ich weiß es, würden lieber in die Straßen hinabſteigen, und lieber der rothen Republik geſtatten, ihr Haupt ungeſtört zu erheben, als daß ſie ſich die Vernichtung ihres eigenen Werks gefallen laſſen würden!“

Frankreich.

* **Paris**, 30. April. Je näher die Wahlen rücken, um ſo mehr füllen ſich die Journale mit Wahlmanifeſten und Kandidatenliſten. Wer möchte ſie alle nur aufzählen? Plakate, die man in Folge der von der Nationalverſammlung genehmigten unbedingten Plakatfreiheit in großer Anzahl erwartete, erſcheinen dagegen faſt gar nicht. Die Straßentumulte, welche in den letzten Zeiten

*) Unſer Blatt wird jetzt überallhin, wo es möglich iſt, wie die übrigen Frankfurter Zeitungen, täglich zweimal verſandt. Wir bitten dringend der Expedition unſeres Blattes anzuzeigen, wenn irgendwo unſer Blatt nicht zweimal ausgegeben wird.

*) Wir freuen uns, daß dieſe Berichtigung aus beſter Quelle uns zukommt. In Homburg ſcheint die Regierung anderen Grundſätzen zu huldigen.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 3. Mai. Gerücht über einen preußiſcherſeits vorzulegenden neuen Reichsverfaſſungsentwurf. Baiern ſoll neuerdings ſchwanken.) Wien (Ungariſche Nachrichten. Die ruſſiſche Hülfsmacht. Teſchen (Die Ruſſen ſind eingerückt.) Berlin (Tagesnachrichten. Die zweite Berliner Poſt ausgeblieben.) Stettin (Aufregung.) Köln (Aufregung. Der Gemeinderath.) Kreuznach (Truppenzuſammenziehung.) Koblenz (Die Gemeinderäthe gehen nach Köln.) München (Wachſende Bewegung. Agitation der Regierungspartei. Kaiserslautern (Große Volksverſammlung.) Dresden (Die letzte Sitzung der Kammern. Die Motive der Auflöſung.) Leipzig (Maueranſchlag. Gerücht von einer zu erwartenden günſtigen Erklärung der Regierung.) Hannover (Energiſche Schritte.) Gießen (Die Bürgerwehr auf die Reichsverfaſſung beeidet.) Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Einrücken der Ruſſen in Siebenbürgen.) Von der galiziſchen Grenze (Einrücken der Ruſſen in Oeſterreichiſch Schleſien.)

Südungarn. (Jellacic.)

Polen. Warſchau (Einberufung der Beurlaubten.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 3. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 3. Mai.

Tagesordnung der 210. öffentl. Sitzung.
Erſatzwahl zweier Mitglieder in den Central-Legitimations-Ausſchuß und eine Reihe von ſieben Ausſchußberichten.

Die Sitzung wird 9½ Uhr Vormittags durch den Präſidenten Herrn Ed. Simſon eröffnet. Ihren Austritt zeigen an die Herren Anders von Goldberg (Schleſien) und Hirſchberg für Schwarzburg-Sondershauſen. Der Letztere jedoch erſt für Ende des Monats.

Zum Gedächtniß des Kampfes bei Eckernförde iſt eine Gedächtniß-Ehrentafel erſchienen und der Reichsverſammlung gewidmet worden. Das hierher eingeſandte Exemplar wird im Sitzungszimmer des Bureaus aufgehangen.

Von Flottenbeiträgen ſind eingegangen: Schmuckſachen von einer Oeſterreicherin und Verbandzeug für die Verwundeten im däniſchen Kriege. (Beifall.) 127 fl. aus Brieg. 68 Thaler nachträglich aus Düſſeldorf, und 285 Thaler aus Bremerförde, mit dem lebhaften Ausdrucke des Entſchluſſes, daß die Beiſteuernden unter allen Umſtänden treu an der Reichsverſammlung feſthalten werden.

Der Präſident verkündet den Eingang der bereits bekannten von Herrn v. Kamptz überreichten preußiſchen Note. Sie wird dem Dreißigerausſchuſſe überwieſen.

Hr. Sepp aus München hat den folgenden dringlichen Antrag geſtellt, deſſen Mittheilung theils das Lachen, theils den Unwillen des Hauſes erregt:

„Die hohe Reichsverſammlung wolle endgiltig beſchließen: 1) die ſämmtlichen neun und zwanzig deutſchen Fürſten, welche durch ihre eingereichte Unterwerfung unter den nominellen Erbkaiſer ihre Ohnmacht und Entbehrlichkeit zur Genüge eingeſtanden und bereits faktiſch zu regieren aufgehört haben, ſofort zu mediatiſiren, ihre Länder an die Königreiche Sachſen, Hannover und Baiern gleichmäßig zu vertheilen, ſo daß den beiden vorhandenen Großmächten keine neue Gebietserweiterung zukomme, 2) das Direktorium als die zur Zeit einzig mögliche Form der Centralgewalt unter den übrig bleibenden Regenten aufzurichten, damit nicht die Direktorial-Regierung durch die deutſchen Fürſten oktroyirt und die Reichs-Verſammlung darüber in ihrem Fortbeſtehen gefährdet werde oder 3) unverrichteter Dinge auseinander zu gehen und die Verantwortung der jetzigen Lage von der Majorität auf die Häupter derjenigen zu wälzen, welche durch die Verhetzung zur Kaiſerwahl, ohne zuvörderſt von der Annahme der Reichskrone ſich verſichert zu haben, die Reichsverſammlung ſo furchtbar komprimittirten und der rothen Republik Thür und Thor öffnen.“ (Pfui! Ziſchen und Gelächter). Da dem Antrage die Dringlichkeit abgeſprochen wird — es erhebt ſich natürlich kein einziges Mitglied dafür — ſo fällt auch der Zuſatz hinweg, den Herr Eiſenmann angemeldet hat:

„Herr Sepp möge mit der Ausführung ſeines Antrags beauftragt werden.“ (Allgemeine, anhaltende Heiterkeit.)

Darauf beſteigt der Präſident des Reichsminiſteriums, Herr v. Gagern, die Rednerbühne zu folgenden Eröffnungen:

Die verfaſſunggebende Reichsverſammlung hat am 26. v. M. in 207ter Sitzung die folgenden Beſchlüſſe gefaßt, wonach die Regierungen, welche die Anerkennung der verkündeten Reichsverfaſſung noch nicht erklärt haben, aufzufordern ſind, die Anerkennung der Reichsverfaſſung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgeſetzes nunmehr auszuſprechen; ferner daß dieſelben Regierungen zu veranlaſſen ſind, ſich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfaſſungsmäßigen und geſetzlichen Mittel, ſeinen Willen kund zu geben, in dieſem entſcheidenden Augenblicke geſchmälert oder entzogen würden ꝛc. (Vergleiche unſern Bericht über die Sitzung vom 27. v. M., Nr. 116.)

Die proviſoriſche Centralgewalt — fährt der Redner fort — hat zur Vollziehung dieſer Beſchlüſſe Bevollmächtigte an die königlichen Regierungen zu Berlin, München, Dresden und Hannover abgeordnet. Der Auftrag derſelben geht dahin, den betreffenden Regierungen den Beſchluß der Reichsverſammlung offiziell mitzutheilen, auf Erklärungen zu dringen, die Gründe geltend zu machen, welche den Widerſtand gegen die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfaſſung zu beſiegen geeignet ſind, die Centralgewalt von dem Stande der Dinge und den Meinungen in den betreffenden Landen in Kenntniß zu ſetzen. Die Bevollmächtigten nach Berlin, München und Hannover ſind am 29. v. M. abgereiſt, der Bevollmächtigte nach Dresden zwei Tage vorher, um vorerſt noch in ſeiner Heimath dringende Geſchäfte zu beſorgen.“

Hr. v. Gagern weiſt auf die Kürze der ſeitdem verlaufenen Zeit hin indem er hinzufügt: „Ich habe heut morgen nur einen vorläufigen kurzen Bericht des Bevollmächtigten nach München und ein vertrauliches Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin erhalten. Dieſe beiden Schreiben enthalten bis jetzt noch keinen Stoff, der mich veranlaſſen könnte, einen definitiven Bericht über die Aufgabe der Centralgewalt vorzulegen. Es iſt jedoch in dem Schreiben des Bevollmächtigten nach Berlin angedeutet, daß am heutigen Tage wichtige Entſchließungen der königlich preußiſchen Regierung bekannt werden würden. Der Inhalt iſt uns nur im Allgemeinen angedeutet, aber er iſt der Art, daß das Miniſterium Sie erſuchen muß, ihm Zeit zu geben, den Gegenſtand in reiſe Erwägung zu nehmen um darüber der hohen Verſammlung weitere Vorlage machen zu können. Ich bitte Sie daher, meine Herren, im Namen des Miniſteriums die heutige Sitzung ſobald als möglich zu ſchließen und auf einen der nächſten Tage eine neue anzuberaumen.“

Der Präſident Herr Simſon bemerkt hierauf, daß er dann jedenfalls noch die dringlichen Anträge zu erledigen habe, deren die ſächſiſche Kammerauflöſung betreffend drei vorliegen. Einmal der von dem Herrn Vicepräſidenten Eiſenſtuck und Genoſſen geſtellte:

1. Die deutſche Reichsverſammlung erklärt im Angeſichte des deutſchen Volkes, daß die Auflöſung der ſächſiſchen Kammern welche abermals einen deutſchen Volksſtamm der Mittel beraubt, durch ſeine geſetzlichen Vertreter den Willen der Nation in gegenwärtiger entſcheidender Stunde zur Geltung zu bringen, als eine verderbliche Maßregel zu betrachten iſt, und ſpricht deren entſchiedene Mißbilligung aus;

2. ſie beſchließt die ſächſiſche Regierung anzuhalten, unverzüglich auf den Grund des zu Recht beſtehenden ſächſiſchen Wahlgeſetzes neue Wahlen einzuleiten und den Zuſammentritt der neuen Kammer zu verfügen;

3. ſie beauftragt die proviſoriſche Centralgewalt mit ſofortiger Ausführung dieſes Beſchluſſes;

4. ſie fordert die noch beſtehenden geſetzlichen Organe des ſächſiſchen Volkes insbeſondere die Gemeindevertretungen auf, der ſächſiſchen Regierung muthig und offen den Willen des Volks für Anerkennung der Reichsverfaſſung und des Reichswahlgeſetzes auszuſprechen.

Dazu iſt von den Herren Roßmäßler und Genoſſen der folgende Verbeſſerungsantrag geſtellt: dem 4. Punkte des Antrags von Eiſenſtuck und Genoſſen, betreffend die ſächſiſche Kammerauflöſung die folgende Geſtalt zu geben:

„Sie fordert die noch beſtehenden geſetzlichen Organe des

ſächſiſchen Volkes insbeſondere die Gemeindevertretung auf, der ſächſiſchen Regierung muthig und offen den Willen des Volkes für Anerkennung der Reichsverfaſſung und des Reichswahlgeſetzes auszuſprechen, in der Erwartung, daß die Oberhauptsfrage eine dem Willen des Volks entſprechende Löſung finden werde.“

Der dritte auf die ſächſiſche Angelegenheit bezügliche Antrag rührt von den Herren Kierulff und Genoſſen her. Er lautet: die Reichsverſammlung beſchließt

1) ihre Mißbilligung der von der k. ſächſiſchen Regierung in dem gegenwärtigen entſcheidenden Zeitpunkte angeordneten Auflöſung der dortigen Volksvertretung vor dem deutſchen Volke auszuſprechen;

2) die Regierung von Sachſen aufzufordern auf das ſchleunigſte neue Wahlen anzuordnen;

3) gegen die noch übrigen geſetzlichen Organe des ſächſiſchen Staates die Erwartung auszuſprechen, daß ſie die Anſicht und den Willen des Volks in der deutſchen Verfaſſungsſache offen, muthig und ſchleunig der genannten Regierung kund thun.

Die Dringlichkeit des Gegenſtandes wird anerkannt. Als Redner hat ſich Niemand gemeldet. Dagegen ſtellt jedoch Herr Zell aus Trier den Antrag:

In Erwägung, daß die Reichsverſammlung bereits in ihrem Beſchluſſe vom 26. v. M. die ſämmtlichen Regierungen, welche die Anerkennung der Reichsverfaſſung noch nicht ausgeſprochen haben, aufgefordert hat, ihre Ständeverſammlungen weder aufzulöſen noch zu vertagen, daß die Verſammlung auch bereits über die ſeitdem erfolgten Kammerauflöſungen ihre Mißbilligung ausgeſprochen hat und daher ein abermaliger beſonderer Beſchluß wegen Auflöſung der k. ſächſiſchen Kammer nicht zweckmäßig erſcheint, daß vielmehr die Reichsverſammlung dahin trachten muß, bei den bevorſtehenden Verhandlungen ſolche allgemeine Maßregeln zu ergreifen, welche geeignet ſind den Widerſtand der renitenten Regierungen zu beſeitigen:

geht die Reichsverſammlung zur motivirten Tagesordnung über.

Die Abſtimmung entſcheidet ſich für den Antrag des Herrn Zell, alſo für die motivirte Tagesordnung, was Aeußerungen heftigen Unwillens auf Seiten der Linken hervorruft. Mit dem Bemerken, daß es in Rückſicht auf den vom Reichsminiſterium ausgeſprochenen Wunſch auf Abkürzung der heutigen Sitzung geſchähe, zieht hierauf Hr. Hartmann einen von ihm und Genoſſen in Bezug auf das Verbot des rheiniſchen Städtetags geſtellten Antrag (derſelbe will dieſe Maßregl als eine den Grundrechten widerſprechende und ungeſetzliche erklärt ſehen u. ſ. w.) zurück. Der Präſident, nachdem er ſich der Zuſtimmung des Hauſes dazu verſichert hat, ſchließt ſodann die Sitzung, indem er die Gegenſtände der heutigen Tagesordnung auf die Tagesordnung für morgen überträgt.

†* **Frankfurt**, 3. Mai. Die Andeutungen des Baſſermann'ſchen vertraulichen Schreibens ſcheinen ſich auf den, von der preußiſchen Regierung im Verein mit den größeren deutſchen Kabinetten (Oeſterreich inbegriffen) vorzulegenden neuen Verfaſſungsentwurf für Deutſchland zu beziehen. In demſelben ſollen dem Vernehmen nach die Beſtimmungen des aus erſter Leſung hervorgegangenen Entwurfs der Reichsverſammlung zum großen Theile beibehalten ſein. Volkshaus und Staatenhaus aber ſollen eine neue Einrichtung erhalten haben, und das Ganze auf Oeſterreichs Miteintritt berechnet ſein. Ferner heißt es, daß wenn dieſer Entwurf die Anerkennung der Nat.-Verſamml. nicht erlange, dennoch die neue Reichsverſammlung durch die proviſoriſche Centralgewalt ausgeſchrieben werden ſolle. Beſtätigt ſich ein Theil dieſes Gerüchtes, ſo begegneten ſich ſowohl die Nationalverſammlung als auch die Regierungen auf dem Felde gleichartiger Maßregeln und es früge ſich einfach, wer den Wettlauf gewänne. Einer andern Sage nach ſoll Baiern in die Alternative einer innern Kriſis geſtellt, welche Würtemberg und die Zuſtände in der eigenen Pfalz und Franken hervorzurufen ſcheinen, und andererſeits der Ausſicht, den Kern eines ſüdweſtlichen deutſchen Bundesſtaates nach dem neu in der Reichsverſammlung auftretenden Projekt abzugeben, in ein Schwanken gerathen ſein, ob die Verfaſſung nicht doch noch anzuerkennen ſei! Es ſcheinen demnächſt auch die baieriſchen Abgeordneten ſämmtlich noch in der Verſammlung bleiben zu wollen, und die von Einzelnen früher gefaßten Entſchlüſſe aufgegeben worden zu ſein. Die Verſammlung zählte heute weit über 300 anweſende Mitglieder; die Zahl der Beurlaubten überſteigt 60, im Mandat ſind etwa 460, nachdem die Oeſterreicher bis auf 23 ausgetreten ſind.

* **Wien** 29. April. Das geſtern Nachmittag erſchienene 36. Armeebülletin gab wenig Befriedigung. Bei einem Ausfall aus Komorn haben einige Honveds-Bataillone gelitten, ſonſt ſind keine Vortheile erlangt worden. Ob es den Ausfallenden gelungen ſei, ſich Proviant zu verſchaffen, darüber ſchweigt das Bülletin, woraus man die Beſtätigung der hierüber auf Privatwegen eingelangten Nachrichten abnehmen will. Es heißt, daß man Plänen auf die Spur gekommen iſt, um ganz Galizien zu inſurgiren und hierzu Waffendepots in Bereitſchaft zu halten. Die Ungarn werden mit Waffen aus der Türkei verſehen, wohin Sendungen von Frankreich und vorzüglich von England gemacht werden. Nach einer Zeitungsnachricht ſollen die Ungarn bereits 80,000 Flinten aus England über die Türkei erhalten haben. Die Gewehrfabrik in Großwardein ſelbſt liefert täglich 300 Gewehre. Welcher Partei man auch angehöre, muß man bekennen, daß ſich die Ungarn geſchickt benehmen. Bei den verſchiedenen Gefechten, in welchen die öſterreichiſchen Truppen ſich zum eiligen Rückzuge veranlaßt ſahen, ſchickten die ungariſchen Generäle Honveds, mit weißen Bändern geſchmückt, ins öſterreichiſche Lager, um den Offizieren die zurückgelaſſene Bagage zu überbringen. In Betreff der politiſchen Meinung werden die Zurückbleibenden in den von Magyaren beſetzten Orten nicht im Geringſten beunruhigt, auch wenn ihre Anhänglichkeit an die kaiſerliche Sache hinreichend bekannt iſt. Die miniſteriellen Organe und namentlich der „Lloyd“ beobachten fortwährend die Taktik, die ungariſche Macht als eine achtunggebietende herauszuſtellen, da ſich hierdurch die Unzulänglichkeit der eigenen Mittel von ſelbſt ergibt; nur ſteht dieſer Vorgang in Kontraſt zu den unmittelbar vorhergegangenen Manifeſtationen. Allgemeines Staunen erregt die Menge und Schönheit der Pferde der Ungarn, von denen viele durch freiwillige Spenden herbeigeſchafft wurden. Aus Eſſegg wird berichtet: Am 25. d. M. ſind alle von Peſth herabgeſendeten Dampfboote mit den zugehörigen Schleppſchiffen, ohne den mindeſten Anſtand während der Fahrt gehabt zu haben, hier angekommen. Ein ſonſt gut unterrichtetes Blatt meldet über den bevorſtehenden Einmarſch der Ruſſen: Die ruſſiſche Hilfsmacht wird in 4 Kolonnen die Grenze überſchreiten; die erſte aus der Walachei nach Siebenbürgen, die zweite aus der Moldau und über die Bukowina, die dritte, 30000 Mann ſtark, über Lemberg und Dukla, die vierte von Krakau aus bis Mähr. Oſtrau, ohne Preußen zu berühren, und von hier mittelſt der Nordbahn wahrſcheinlich nach Preßburg. Die den Kolonnen beigegebenen öſterreichiſchen Offiziere ſind bereits ernannt. Die ruſſiſche Hilfsmacht iſt lediglich zur Reſerve beſtimmt. Sie kommt daher vorerſt gar nicht ins Gefecht, ſondern wird auf dem Marchfelde und um Preßburg ein Lager beziehen. Dem Gerüchte, daß die Wiener Beſatzung durch Ruſſen erſetzt würde, iſt mit Beſtimmtheit zu widerſprechen. So viel weiß man mit Gewißheit, daß Ruſſen bereits in Teſchen einquartirt wurden.

Teſchen (Oeſterr. Schleſien), 26. April. Soeben iſt ein ruſſiſches Hülfskorps hier eingerückt. (A. Z.)

△ **Berlin**, 1. Mai. Die zweite Berliner Poſt iſt ausgeblieben. Wir haben weder Briefe erhalten, noch die Abendzeitungen. Die Stadt iſt ruhig, nur werden die Schutzmänner und das Militär hier und da verhöhnt. Das rechte Centrum der aufgelöſten zweiten Kammer hat einen Aufruf an ſeine Wähler erlaſſen, an deſſen Schluſſe es heißt:

„Noch heute halten wir feſt an dem großen Gedanken eines einigen, mächtigen deutſchen Vaterlandes. Das Miniſterium verfolgte einen andern Weg, und haben wir demſelben in dieſer Angelegenheit unſere Zuſtimmung verſagen müſſen. Wenn die Geſchichte einſt die jüngſte Vergangenheit mit ihren Folgen zuſammenſtellt, wird ſie Richter ſein!“

Die Nationalzeitung berichtet: Die ſchon früher von uns gegebene Notiz von einem nach Gotha in der deutſchen Frage zuſammenberufenen Fürſtenkongreß ſcheint ſich jetzt alsbald verwirklichen zu wollen. Nachdem die preußiſche Regierung ſchon früher dazu eingeladen hatte, ſind in dieſen Tagen definitive Depeſchen von hier expedirt worden.

Viele Familien verlaſſen die Stadt. Die Ausweiſungen ſind zahlreich.

Stettin, 28. April. Geſtern Abend, bei Ankunft des letzten Berliner Eiſenbahnzuges, hatten ſich, wie im März und November v. J., eine große Anzahl hieſiger Einwohner auf dem Bahnhofe verſammelt, um Gewißheit über die bereits Nachmittags eingegangene Nachricht von der Auflöſung der zweiten und Vertagung

der erſten Kammer zu erhalten. Als die Auflöſungsordre verleſen war, brachte die Menge der aufgelöſten zweiten Kammer ein dreimaliges Lebehoch aus. Zu heute Abend iſt eine Volksverſammlung durch Anſchlag an den Straßenecken zuſammen berufen, um über die Auflöſung und Vertagung der Kammern weitere Berathungen anzuſtellen.

, **Köln**, 1. Mai. Auf heute Nachmittag 2 Uhr war in das Lokal der Börſe bei Halin von Seiten der Demokraten eine Volksverſammlung zuſammenberufen, um eine energiſche Adreſſe an die Frankfurter Nationalverſammlung zu berathen. Da ein Entwurf zu einer ſolchen Adreſſe nicht einmal zur Vorlage kam, auch die Hauptführer der Verſammlung in einen heftigen Wortwechſel unter einander geriethen, ſo gingen bald darauf die ſehr zahlreich Erſchienenen ohne Reſultat wieder auseinander, wozu ſie der Vorſitzende aufgefordert hatte mit den Worten, es ſei überhaupt jetzt keine Zeit der Adreſſen mehr, ſie möchten nach Hauſe gehen und Kugeln gießen. Die von unſerm Magiſtrate ausgeſchriebene Verſammlung von Abgeordneten ſämmtlicher Gemeinderäthe der Rheinprovinz auf Samſtag den 5. d. M. iſt plötzlich durch einen Machtſpruch der hieſigen königlichen Regierung unterſagt worden, indem in einem Schreiben an den Oberbürgermeiſter den ſtädtiſchen Behörden in verweiſendem Tone eine jede Berechtigung zur Veranſtaltung derartiger Verſammlungen abgeſprochen wird. In dieſem Augenblick 7 Uhr Abends, iſt der Gemeinderath in außerordentlicher Sitzung verſammelt, um zu berathen, was unter dieſen Umſtänden zu thun iſt. Die Stadt iſt ruhig, doch die Stimmung ſchwül. Das maſſenhafte Patrouilliren dauert fort.

Kreuznach. Die Rhein- und Moſelzeitung meldet, daß am 1. Mai der Bürgermeiſterei in Kreuznach von Amtswegen, eröffnet wurde, daß „in und um Kreuznach 40,000 Mann Truppen aufgeſtellt werden ſollen.“ Wo iſt denn nun die Wahrheit des halboffiziellen Widerſpruches, welchen man dieſer Tage in Bezug auf dieſe Angelegenheit in einem Frankfurter Blatte geleſen hat?

Koblenz, 2. Mai. Auf die in der geſtrigen „Kölniſchen Zeitung“ enthaltene Einladung des dortigen Gemeinderathes, trat der hieſige Stadtrath am geſtrigen Abend in einer außerordentlichen Sitzung zuſammen und faßte den Beſchluß, durch die aus den Stadträthen Kaufmann Leroy, Advokat-Anwalt Aldenhoven und Advokat-Anwalt Juſtizrath Werner, früherer Abgeordneter in Frankfurt a. M., beſtehende Deputation dieſe Verſammlung zu beſchicken. Ungeachtet des inzwiſchen von der königlichen Regierung zu Köln erlaſſenen Verbotes gegen dieſe von dem dortigen Gemeinderathe ausgeſchriebenen Verſammlung werden die hieſigen Deputirten dennoch ſchon morgen Nachmittag nach Köln abreiſen, indem das allen Preußen verfaſſungsmäßig garantirte Recht, ſich friedlich ohne Waffen in geſchloſſenen Räumen zu verſammlen, nicht ſo ohne weiteres elibirt werden kann. Wie wir vernehmen werden gleichzeitig mit der hieſigen Deputation noch mehrere Deputirte der Gemeinderäthe aus der Nachbarſchaft nach Köln abreiſen. (D.P.Z.)

= **München**, 30. April. Eine tieflangende Revolution bereitet ſich bei uns in dem Gemüthern vor, der Riß geht bewußt durch die Bevölkerung hin — Deutſche und Baiern ſind die Loſungsworte. An Verſöhnung ſcheint Niemand mehr zu denken. Die da oben ſprechen laut von Kanaille, Lumpenvolk, Kartätſchenfutter, und unten hat man alles Vertrauen zu den Fürſten gründlich verloren. Der Adreſſe der liberalen Bürgerminorität mit mühſam 700 Unterſchriften ſteht die neue Gegenadreſſe der Partikulariſten auf Tod und Leben, mit bereits 10000 Unterſchriften ſtolz gegenüber; vom Schulhaus im Roſenthal hat ſie ſich bis ins Rathaus erhoben; da drunten ſchon fuhren die Ariſtokraten in ſtolzen Caroſſen zur Unterzeichnung vor, die loyale Bürgerſchaft des Geldſacks, der Gewerbgerechtſame eilte mit den Unterſchriften; alle die Hüte mit den dicken weißblauen Kokarden drängten ſich; die katholiſch-ultramontane haute volée ſandte ihre Kammerdiener, die Bureaukratie, welcher ein Stein vom Herzen iſt, ihre Bureaudiener, die Bürger ihre Geſellen und Untergebene. An den Straßenecken, die mit den Zuſtimmungserklärungen des katholiſchen und bureaukratiſchen Klubs bedeckt ſind, ſtehen gute Seelen, die begeiſtert rufen: Ja Baiern hoch! Fürſt Wrede, das geiſtreiche Mitglied der Kammer der Reichsräthe, wird im Abreißen demokratiſcher Maueranſchläge befunden, und junge Offiziere, die ſich vielleicht ein Urtheil über das mittelalterliche Treiben der unterzeichnenden Torypartei erlaubt, werden von militäriſchen Oberen auf amtlichem Wege bitter zurechtgewieſen. Mit Haſt ſieht man hier in Leſekabinetten nach der Pfälzer Zeitung greifen, eifrig nach brieflichen Nachrichten aus der Rheinpfalz und Franken fragen; heute verbreitet ſich das unverbürgte Gerücht: „In der Rheinpfalz ſei die Republik proklamirt.“ Gott wahre die deutſchen Herzen nur vor Ueberſtürzungen; dieſe Revolution muß tief aus den Geſinnungen, nicht aus den Fäuſten kommen. Gegen die feſte Geſinnung eines ganzen Volkes helfen keine Soldaten. Unſerer Volkskammer ſteht wohl auch nichts, als Auflöſung bevor, man erwartet ſie beſtimmteſt; denn ſie würde doch auch ſelbſt bei der ſiegreichſten Reaktion ihre Geſinnungen nicht ändern.

† **Kaiſerslautern**, 2. Mai. In aller Eile berichte ich Ihnen, was ich ſo eben gehört und geſehen. Die große Volksverſammlung in Kaiſerslautern iſt in vollem Gang. Die Straßen wogen von Menſchen. Ein Trupp Bluſenmänner mit rothen Fahnen, Tüchern und Bändern treibt ſich mit Flinten bewaffnet, die öffentlich geladen und hier und da abgefeuert werden, in der Stadt umher. Die „Wohlgeſinnten“, welche auch reichlich aus allen Theilen ſich eingefunden, der Landrath an der Spitze, haben eingeſehen, daß ſie nichts mehr vermögen. Auf den geſtrigen Vorberathungen hätten ſie noch einiges Gewicht und die Partei der Mäßigung ſchienen die Oberhand zu gewinnen. Man wollte ſich mit einer Deputation und letzten Erklärung an den König begnügen. Heute Morgen nahmen jedoch die radikalſten Köpfe das Heft in die Hand, darunter beſonders ein Uhrmacher, Weber, aus Neuſtadt, Vorſtand der dortigen freien Gemeinde, mit dem Freiprediger Looſe, einem abgeſetzten proteſtantiſchen Geiſtlichen aus Würtemberg, deſſen kreiſchende Stimme ſchon hinreichend verräth, daß durch ſeine Kehle nicht weniger hinabgefloſſen als jetzt herausſprudelt. So wurde denn ein Aufruf in den Vorberathungen von heute Morgen beſchloſſen, welcher Nachmittags von etwa 6 bis 8000 Menſchen auf dem Gemüſemarkt von dem Vorſitzenden Reichard, Notar in Speier und Deputirter in Frankfurt, verleſen wurde. Er erklärt die baieriſche Staatsregierung als rebelliſch, ernennt einen Wohlfahrts- oder Landesvertheidigungsausſchuß von 5 Mitgliedern, welche permanent bleiben ſollen, bis von der äußerſten Linken in Frankfurt das Signal zum allgemeinen Aufſtand gegeben wird. Auf die Landeskaſſen ſoll Beſchlag gelegt und an das Militär ein Aufruf erlaſſen werden, nicht mehr den volksverrätheriſchen Fürſten, ſondern dem Volke zu dienen. Die Republik jedoch ſelbſt ſchon zu proklamiren, dafür halte man die Zeit noch nicht für reif. Zu dem Ausſchuß gehören unter Andern der Prediger Looſe und ſein Patron Weber und Männer ähnlichen Schlags, deren ganze Tendenz die ſoziale Republik, der Communismus iſt. Unter den Rednern der Verſammlung wurde eine dreifache Richtung vertreten. Die meiſten wollten an jenem Aufrufe feſthalten und den Wohlfahrtsausſchuß beibehalten, was auch geſchehen wird, obſchon ſich in der Verſammlung ſelbſt ein bei weitem größerer Theil für jene excentriſchen jungen Leute (Schmid junior, Schreiber beim Abgeordneten Schmid, Zinn, Redakteur des Wochenblatts, Stifterling aus Ulm) mit lauter Stimme erklärte, welche die National-Verſammlung, eben ſo wie die Fürſten, als Volksverräther bezeichneten und zum augenblicklichen Handeln aufforderten; da ein Landesvertheidigungsausſchuß, ohne Gewalt das Land vertheidigen zu können, nichts als leere Phraſe ſei. Traurig iſt es, daß aber ſelbſt Mitglieder der Nationalverſammlung dieſelbe als eine Verrätherin des Vaterlandes brandmarkten und die ganze Reichsverfaſſung nur als ein Proviſorium bezeichneten, über welches man hinwegſchreiten müſſe zur Republik. Diejenigen, welche ſich für noch größere Mäßigung ausſprachen und empfahlen, auf das Signal der Linken in Frankfurt zu warten, da ein ſolcher Ausſchuß ohne eine großartige Erhebung des ganzen deutſchen Volkes wie Lächerlichkeit ſei, konnten vor häufigen Unterbrechungen kaum ihre Anſichten gehörig entwickeln. So will ſich ein Haufe verwegener Menſchen zu den Herren der Pfalz machen.

* **Dresden**, 30. April. In der letzten Sitzung der erſten Kammer berichtete Heubner über die Differenzpunkte in den Beſchlüſſen beider Kammern, die Reichsverfaſſung betreffend. Es wurde beſchloſſen, den Beſchlüſſen der zweiten Kammer allenthalben ohne Ausnahme beizutreten. Präſident Joſeph bringt der deutſchen Freiheit ein Lebehoch aus, in das die Abgeordneten einſtimmen. Darauf wurde das Auflöſungsdekret verleſen und die Sitzung geſchloſſen. In der zweiten Kammer brachte nach Ver-

Ueberſicht.

Die vlämiſche Sprachbewegung.

Graf Radetzky.

Deutſchland. Berlin (Tyrannei. Die deutſche Reform.) Poſen (Neue polniſche Politik. Ruthenen und Polen in Galizien verſöhnt.) München (Die Volksſtimmung im Lande. Prinz Karl.) Aus der Pfalz (Die deutſchen Beſtrebungen.) Stuttgart (Rede des Dr. Creiznach vor dem Landesausſchuß.) Vom Mittelrhein (Das neue Gerichtsverfahren.) Großherzogthum Baden (Medizinalpolizei. Reichswechſelordnung.)

Die vlämiſche Sprachbewegung.

** **Brüſſel.** (April.) Die vlämiſche Sprachbewegung, welche in ihrer erſten jugendlichen Aufwallung ſo zu ſagen der ganzen germaniſchen Welt mit gleicher brüderlicher Liebe entgegenſchlug, hat ſich ſeit einiger Zeit feſter begrenzt, aus dem Gebiet der Phantaſie und ſchöner Träume ſich auf das der Wirklichkeit ernüchtert und vor allem das nächſte Ziel ſich dahin geſteckt, das Bewußtſein der Zuſammengehörigkeit aller Theile und Stämme der eigentlichen Niederlande (der jetzigen Staaten Belgien und Niederland) allſeitig zu wecken und zu befeſtigen. Indem ſie ſich die äußern Grenzen aber enger und beſtimmter zog, erweiterte ſie ihren Wirkungskreis und ihre Zwecke nach innen. Sie ging hierin über das bloße Streben nach Belebung und Förderung der Mutterſprache hinaus, welche ja auch nur die eine freilich ſehr wichtige Seite der Volksthümlichkeit iſt; ſie ſuchte mehr und mehr den ganzen Menſchen und das ganze Volksleben zu umfaſſen und ſich ſelbſt als bewußtes Streben nach Ausbildung und Befeſtigung der niederländiſchen Volksperſönlichkeit zu begreifen, dem ſich nunmehr auch ſelbſt der wallonische Stamm anzuſchließen vermöge, wenn auch er ſeine niederländiſche Eigenthümlichkeit vor dem Untergehn und Verſchwinden in einer anderen um ſich greifenden Nationalität retten und ſichern wolle. Wenn daher die erſten Zeichen der vlämiſchen Bewegung in dem „vlämiſchen Sprachkongreß", den der verſtorbene vortreffliche Willems zuſammenberief, und in Kämpfen über die niederdeutſche Grammatik und Schreibung gegen die ultramontanen Partikulariſten beſtanden, welche ſich von Holland abſchließen wollten; ſo ruft jetzt Willems' Freund, Dr. F. A. Snellaert, als Vorſitzender eines ausführenden Ausſchuſſes, und im Namen des niederdeutſchen Sprachbundes, ſchon einen allgemein niederländiſchen literariſchen Congreß nach Gent zuſammen, auf dem auch alle Freunde ſelbſtſtändiger niederländiſcher Entwickelung zu erſcheinen eingeladen ſind.

„Es kann Niemand entgehen", heißt es in dem von den Herren Snellaert, Blommaert und Jules de Saint-Genois unterzeichneten vlämiſchen Programm, „wie durch ganz Europa eine Veränderung in dem Leben der Völker ſich kundgibt. Wo eigne Sprache und Art fremdartigem Einfluß aufgeopfert ſind, da ſucht das Volk die Bande zu brechen, welche ſeine ſelbſtſtändige Entwickelung feſſelten; wo eine Nation ſtaatlich zerſplittert iſt, da ringt ſie nach einheitlicher Gliederung und Zuſammenfaſſung der verſchiedenen Theile. Kein europäiſches Volk ſchlummert in alter Weiſe unbewußt fort, wir werden alle in Bewegung geſetzt durch einen eigentlichen Bildungstrieb, von deſſen tiefer geheimnißvoller Wirkſamkeit wir uns ſelbſt nicht immer Rechenſchaft zu geben wiſſen, ja die oft aller menſchlichen Vorausſicht ſpottet. Dieſer Bildungstrieb gibt ſich beſonders durch eine ungewöhnliche Geiſtesthätigkeit, durch eine gründliche Beurtheilung und Ausbildung der Volksſprachen und einen daraus entſprungenen allgemeinen Eifer nach eigenen Literaturen kund. An dieſer Bewegung nehmen die Niederlande wie Skandinavien, wie das öſterreichiſche Völkerreich, wie Deutſchland und Italien Theil. Ja, die Theile des vormals burgundiſchen Kreiſes wirken, jeder auf ſeine Weiſe, zum Vortheil eines niederländiſchen Volksgeiſtes: der Frieſe im Norden, der Wale im Süden vereinen ihre Kraft mit den Bemühungen des Holländers und Vlamings, um das jetzt „zerſpliſſene Niederland vor dem wechſelſeitigen Untergang zu behüten."

„Dieſes gemeinſchaftlichen, obſchon nicht überall gleich wirkſamen Bildungstriebes ſich bewußt, und in dem Verlangen, das was durch die Nation zum Fortleben beſtimmt iſt, durch menſchliche Verirrung nicht geſtört zu ſehen, haben die niederdeutſchen literariſchen Vereine Gents beſchloſſen, einen niederländiſchen Kongreß aus allen Freunden eigenen Volksſinnes und nationaler Entwickelung zu berufen. Alle Gegenſtände, welche auf Erhaltung des niederländiſchen Stammes ausgehen, ſind daraus zur Verhandlung zugelaſſen. Um jedoch die Thätigkeit des Kongreſſes beſtimmter anzudeuten, hat der ausführende Ausſchuß ſie vorläufig feſtgeſetzt auf niederländiſche Sprache und Literatur, niederländiſche Geſchichte (Rechtsgeſchichte), niederländiſche Bühne und Muſik, niederländiſchen Buchhandel. Jeder niederländiſche Gelehrte und Freund ſeines Vaterlandes wird es ſich ſo ſehr zur Pflicht als zum Genuß rechnen, durch ſeine Anweſenheit in der Verſammlung ſeinen Theil zur Hebung des öffentlichen Geiſtes beizutragen, damit unſer gemeinſames Gut, die niederländiſche Sprache, weder im Ganzen noch theilweiſe entarte oder verlauſe, und die Literatur einen weitern Wirkungskreis finde, würdig der Völker, die auf dem Wege der Bildung einſt vorausgingen, und denen ſich eine neue Ausſicht in die Zukunft erſchließt."

Die Verſammlung wird am 26. Auguſt unter dem Vorſitz Snellaerts zu Gent eröffnet werden, 10 Uhr Vormittags. Um zugelaſſen zu werden, muß man mit einer Karte verſehen ſein, die zur Beſtreitung der Unkoſten 2 Fr. koſtet. Mit dem Kongreſſe fällt zuſammen die diesjährige Kunſtausſtellung in Antwerpen und die landwirthſchaftliche Ausſtellung zu Gent. Für die hochdeutſchen Theilnehmer wird die unmittelbare wiſſenſchaftliche Ausbeute wohl nicht ſehr ergiebig ſein und ſich weſentlich auf Grammatik, die mittelalterliche Literatur, das altniederländiſche Recht und Geſchichte beſchränken. Und da zudem die öffentliche Verhandlung natürlich in niederdeutſcher Sprache geführt wird, ſo ſind wohl nur ſehr wenige unmittelbare Einladungen an hochdeutſche Gelehrte ergangen, die übrigens ohne Ausnahme willkommen ſein werden.

Der Lebensrichtung, welche auf dem Genter Kongreſſe vertreten ſein wird, gehört unſeres Erachtens die Zukunft Belgiens und Niederlands an, wenn dieſe ihre Selbſtſtändigkeit behaupten ſollen. Es muß ſich in den Niederlanden allmählig wie in den Hochlanden der Schweiz, um ſich zu wehren und die Völker zu ſichern gegen Einverleibung mit Frankreich, ein feſter (Bundes-)Staat ausbilden, der zwar auch gegen den deutſchen Bundesſtaat ſeine Selbſtſtändigkeit behaupten, durch den Drang der Verhältniſſe und ihre eigene Natur aber ſich dieſem entſchieden annähern wird. Nichts wäre verfehlter, als dieſem Gange natürlicher Entwickelung mit dem alten Theilungsgedanken, der ſelbſt bei deutſchen Politikern und Publiziſten Anklang gefunden hat, hier wie in der Schweiz wieder entgegenzutreten, nämlich mit dem Projekte, den mehr franzöſiſchen Theil dieſer Länder an Frankreich, den mehr deutſchen Theil an Deutſchland zu ſchließen. Möglich, daß Frankreich ſein Intereſſe dabei gewahrt ſehen möchte; wir Deutſche aber müſſen dieſen Gedanken, obwohl uns das größere Ende zugedacht wird, als politiſch völlig unrathſam und rechtlich verwerflich weit von uns abweiſen.

Die vlämiſche Geſchichtsliteratur iſt neuerdings durch ein zwar nicht ſehr umfangreiches, aber nach Form und Inhalt bedeutſames Werk bereichert worden. Seit mehreren Jahren ſchon arbeitet Dr. Snellaert an einem großen Werke über die Geſchichte der niederdeutſchen Sprache und Literatur, und die Bruchſtücke, die bisher davon bekannt geworden ſind, ſteigerten nur immer die Spannung auf das ganze Werk ſelbſt. Allein auch jetzt wird dieſe ausführliche Schrift noch nicht von dem Verfaſſer dargeboten, er hat ſich vielmehr, mit Rückſicht auf das Bedürfniß der Menge und auf den volksmäßigen Zweck, der raſche, allgemeine Verbreitung vaterländiſcher Geſchichte heiſcht, vorläufig mit der Herausgabe eines gedrungen und doch überaus klar und einfach abgefaßten Auszugs davon begnügt, unter dem Titel: „Kortbegrip van de geſchiedenis der nederlandſche Letterkunde." Die franzöſiſche Ausgabe davon, die ſchon um der vielen unwiſſenden Gegner der vlämiſchen Literatur willen nöthig war, iſt bereits vor einigen Monaten unter dem Titel: „Histoire de la literature flamande" erſchienen (231 Seiten, klein 8 ſtark) und auch äußerlich, wie die meiſten Bücher vlämiſcher Schriftſteller, ſehr artig ausgeſtattet. Wir wünſchen der Snellaert'ſchen Literaturgeſchichte die weiteſte Verbreitung auch in Deutſchland, es ſei im Original oder in einer tüchtigen hochdeutſchen Ueberſetzung, weil wir darin ein wei-

teres bedeutſames Mittel der innigen Wiederannäherung und der beſſern Erkenntniß der gegenſeitigen hohen Bedeutung für einander ſehen müſſen. Wie wir aus guter Quelle wiſſen, waren Dr. Snellaert und ſein Freund Guſtav Höfken übereingekommen, das Werk zugleich auch in Hochdeutſch erſcheinen zu laſſen; allein die Märzbewegung trat dazwiſchen und führte Höfken ins Reichsparlament nach Frankfurt. Möglicher Weiſe aber hat dieſe Verzögerung wenigſtens den Vortheil, daß aus der hochdeutſchen Ueberſetzung jetzt eine Art ſelbſtſtändiger Ausgabe werden dürfte, indem ſich in die beiden erſten Zeitabſchnitte der Literaturgeſchichte im Einzelnen einige Fehlgriffe eingeſchlichen haben, die der Verfaſſer für die Ueberſetzung ſelbſt zu verbeſſern übernommen hat. Hoffentlich wird Deutſchland über Politik nicht ganz ſeine Literatur vergeſſen und ſeine Freude ferner auch an den entfernten Quellen ſeines geiſtigen Lebens finden, zumal wenn dieſe, wie im vorliegenden Fall, noch ſo wenig ergründet und bekannt ſind.

Graf Radetzky.

Graf Joſeph Radetzky wird am 2. November dreiundachtzig Jahre alt, doch verräth ſein Aeußeres durchaus nicht ein ſo hohes Alter; er iſt nicht groß, aber kräftig gebaut, ohne ſtark zu ſein, geht gewöhnlich mit ſchnellen Schritten ſehr gerad und aufrecht umher. Seinen Kopf trägt er hoch und ſchaut frei hinaus, ſeine Züge haben einen ungemein gewinnenden Ausdruck und zeigen unverkennbar das Gepräge ſeiner Herzensgüte. Er lacht gerne, und wenn er ſich ſehr freut beim Durchleſen der Berichte über glänzende gelungene Gefechte, oder wenn er ſieht, wie die Truppen muthvoll und freudig angriffen, ſo umflort ſich dagegen ſein Blick, wenn er von Gefallenen und Verwundeten hört, und tiefe Bekümmerniß malt ſich um ſeine Züge bei Anblick eines menſchlichen Elends. In Garlaſco, wo die Soldaten, nachdem ſie den Feind bei Gravellone und la Cava zurückgeworfen, einige kleine Exzeſſe begingen, d. h. Brod und Wein wegnahmen, beſtrafte er dieſe Leute aufs ſtrengſte, ließ durch den Ortsvorſteher augenblicklich viertauſend Zwanziger austheilen und gab zu einer Sammlung, welche die Offiziere des Hauptquartiers zu demſelben Zwecke unter ſich veranſtalteten, reich und glänzend. Wie oft ſah ich, daß er zu einzelnen Schildwachen ging und denſelben — da es ihnen verboten iſt, auf dem Poſten etwas anzunehmen — einige Zwanziger in die Patrontaſche ſteckte! In Novara erzählte man häufig, wie der alte Marſchall arme Leute beſchenkt habe. Bei dem Vorbeimarſch der Truppen trat er in die Reihen, hier einen alten Unteroffizier begrüßend, dort einem Offizier auf die Schultern klopfend, und ſprach zu den meiſt blutjungen Wiener Freiwilligen und Jägern freundliche ermunternde Worte. Mit Offizieren ſeiner Umgebung lebt er auf dem vertraulich-angenehmſten Fuß; er zeigt ihnen nie den großen gewaltigen Kriegsmann. Häufig trat er mitten unter uns, wenn wir zuſammen lachten oder Geſchichten erzählten, oder um das Feuer ſaßen, und miſchte ſich gerne in die Unterhaltung; er konnte es nicht leiden, wenn alles von den Sitzen aufſprang und Feldmützen und Cigarren verſchwanden; bleiben Sie ſitzen, Freund, rief er dann, machen Sie keine Sachen! ſetzt's mir die Mützen auf! Er war beſtändig wie ein Vater unter ſeinen Kindern und ergötzte ſich namentlich an der Luſt und Fröhlichkeit ſeiner „Kibitze." „Sehen Sie," ſagte er mir eines Tages nach der Tafel, „im vorigen Feldzug hatten wir nicht ſo viel wie jetzt, da gings oft mager her, da hat mir morgens mein Freund H. eine Chokolade angefertigt;" dabei lachte der alte Herr laut und fröhlich, „und er ſoll Ihnen ſagen, wo er die Milch dazu hernahm." Das Faktum war, daß der General W. eine Ziege mit ſich führte, von welcher die jungen Offiziere in der Morgendämmerung die erſte und beſte Milch ſtillſchweigend für den alten Marſchall holten.

Die Stimme Radetzkys iſt tief und kräftig, ſeine Anrede an die Offiziere Sie; wenn er vergnügt iſt, ſagt er vielleicht „meint Ihr's nicht auch ſo Freund?" und bei außerordentlichen Fällen der Gewogenheit ſagt er Du. Der Marſchall geht früh zu Bett und ſteht dagegen auch ſehr früh wieder auf; die Stunden des Abmarſches hält er mit großer Genauigkeit, bricht wohl hie und da früher auf, aber nie ſpäter. Berichte die einlaufen läßt er ſich meiſtens vorleſen, aber alles was abgeht, lieſt er aufmerkſam ſelbſt durch. Seine Handſchrift iſt nach der alten Schule, aber deutlich und leſerlich, ebenſo ſeine Unterſchrift; bei den Dienſtſachen zeichnet er einfach: Radetzky, bei allen Courtoiſieſchreiben: Graf Joſeph Radetzky. Oft wenn es eilig iſt, unterſchreibt er ſeine Depeſchen auf dem Knie. Wenn er aber mit Jemand ſpricht, ſo faßt er ihn unter dem Arm und ſpaziert auf und ab. Der Feldmarſchall reitet feſt und ſicher und liebt die ſchnellen Gangarten: ſo bei Novara wurde mehrere Miglien zwiſchen Truppen, zwiſchen Todten und Verwundeten vorbei im ſcharfen Jagdgalopp geritten. Seine Pferde ſind ſtarke Mecklenburger, meiſtens Schimmel, ſein Sattel deutſch mit reichgeſtickter Feldmarſchallsſchabrake, das Kopfzeug des Pferdes mit goldenen Nägeln beſetzt. Sein Anzug iſt ein grauer Rock mit goldbeſetztem Kragen, dazu den Kavallerieſäbel und Hut mit grünen Federn. (Allg. Z.)

Deutſchland.

** **Berlin**, 30. April. Dieſe Manier zu regieren, wie Preußen gegenwärtig regiert wird, iſt mehr als abſolutiſtiſch. Der Abſolutismus herrſcht, ohne daß Organe des Volkswillens ihm zur Seite ſtehen; er fragt nicht nach den Neigungen und Wünſchen des Volks. Bei uns vernimmt das Miniſterium die Stimme beider Kammern; und im diametralen Gegenſatze zu dem, was beide Kammern als das Wünſchenswerthe hinſtellen, regiert es und ſetzt ins Werk, was auch nicht Eine Stimme in beiden Kammern gewollt hat. Dieſe Regierung iſt mehr als abſolutiſtiſch; ſie regiert deſpotiſch. Ihr Thun und Laſſen in der deutſchen Sache iſt — Tyrannei.

⧗ **Berlin**, 30. April. Die Regierung hat ſich der „deutſchen Reform" bemächtigt, nicht Prokeſch v. Oſten, doch ſo gut wie der Ritter vom Oſten! Hr. Oltenberg iſt von der Redaktion zurückgetreten; mit ihm faſt ſämmtliche hieſige Mitarbeiter, ſo der Abgeordnete Fr. Harkort, der die feuilletonartigen Aperçü's über die 2. Kammer verfaßte, Fr. Bodenſtedt, der früher aus Wien korreſpondirte und neuerdings über Oeſterreich ſchrieb, Schütte, der die ungariſchen Verhältniſſe behandelte, Otto Abel und L. K. Aegidi, welche Artikel über die deutſche Frage ſchrieben. Das Blatt iſt aus der Wurzel ein anderes geworden. Mag man über die kurze Laufbahn dieſer Zeitung noch ſo ungünſtig urtheilen; ſie trat unter ſchwierigen Verhältniſſen ins Leben, denen der redliche und patriotiſche Eifer ihrer Arbeiter vielleicht nicht immer gewachſen war. Doch als Organ der deutſchen Sache hat ſie auf die öffentliche Meinung des preußiſchen Landes merklich eingewirkt und iſt dieſerhalb ihr Verluſt ein insbeſondere für den jetzigen Zeitpunkt kaum zu verwindender in Preußen. War die deutſche Reform, was Freund und Feind ihr vielleicht nachſagen, ein leichtfertiges, lebendiges, doch unſchuldiges Mädchen, — jetzt iſt aus ihr eine Maitreſſe des Miniſteriums Arnim-Brandenburg-Manteuffel-Ladenberg geworden.

⁑ **Poſen**, 22. April. Die polniſchen Abgeordneten in Berlin ſtehen unſeren Polen nicht mehr auf der Höhe ihrer Tagespolitik; ſo hoch gehen hier ſchon wieder die Wogen! Ihre Proteſte ſind nicht energiſch, ihre Interpellationen nicht ſtürmiſch genug, ſie verdienen die härteſte Züchtigung der Nation, die Gazeta läßt ſie ihnen angedeihen. Sie iſt außer ſich darüber, daß in Zeiten wie die jetzigen, auch polniſche Landwehrmänner mit nach Schleswig gezogen ſind. „In Schleswig wird nicht Polens Schickſal entſchieden, wohl aber in Ungarn — und jetzt gilt es bereit ſein!" Dies lieſt man zwiſchen den Zeilen. Das „Großherzogthum" Poſen aber, ſo ſagt ſie wörtlich, gehört weder dem deutſchen Bunde, noch dem Bundesſtaate, noch dem Kaiſerthume an. Die beiden letzten Dinge exiſtiren noch gar nicht, und der deutſche Bund geht uns nichts an! Die Wiener Traktate, (und Preußen hat ſie bis jetzt noch nicht verworfen) haben uns mit dieſem Königreiche verbunden. Preußens König iſt nur unſer Großherzog und unſere Soldaten haben ihm nur für ihr „großherzogliches" Vaterland Treue zu ſchwören! nur unter großherzoglichen Fahnen haben wir für die Rechte des Großherzogs zu kämpfen! Der däniſche Krieg wird für deutſches Recht geführt, und iſt überdies ein Eroberungskrieg, er geht uns nichts an!" Man ſieht, daß die befruchtenden Ideen der projektirten ſlaviſchen Föderation in Oeſterreich hier eingedrungen ſind. Schon träumt man mit polniſcher Flüchtigkeit von einem Anſchluß Galiziens, Oberſchleſiens und unſeres Großherzogthumes an den großen Bund unter Ungarns Aegide! Uns Deutſche verſpeiſt die kühne Phantaſie der Polen, wie die Ruthenen in Galizien. Dieſe phantaſtiſchen Ideen könnten uns ergötzen, wenn nicht ſo viel Gewitterwolken über unſerem deutſchen Horizonte hingen! Was uns

ſchmerzt iſt, daß die 21 Polen in der Berliner zweiten Kammer die antideutſche Partei verſtärken! Sie gehörten gar nicht dorthin, wenn die Abgrenzung durchgeführt wäre und Polniſchpoſen ſeinen Landtag hätte! So aber nagen ſie an Deutſchlands Wunden im entſcheidendſten Augenblick und ſtimmten geſtern gegen den Rodbertus'ſchen Antrag wie Ein Mann! Gottlob, daß der wichtigſte Abſchnitt desſelben dennoch angenommen, die Endgültigkeit der Reichsverfaſſung von der preußiſchen zweiten Kammer anerkannt iſt. Dieſes Ereigniß iſt praejudiciell für die Folgezeit! wir haben es mit Jubel begrüßt. Zwar hat der elektromagnetiſche Telegraph uns die Kunde davon nicht gebracht — der ſcheint, obwohl ſeit einem halben Jahre fertig, nur ſehr ſelten und mehr von hier aus benutzt zu werden, als von Berlin — wohl aber führte uns die Eiſenbahn von Berlin Mitbürger zu, und unſer Herz iſt um Vieles leichter. Die deutſche Sache kann nun nicht mehr zerſchellen!

Aus Lemberg ſchreibt man uns, daß ſeit der Oktroyirung der öſterreichiſchen Verfaſſung die Ruthenen ſich den Polen wieder zu nähern beginnen. Da der ganz unbedeutende rutheniſche Adel nämlich immer auf Seiten der Polen war, ſo ſieht ſich der rutheniſche Stamm in ſeiner Geſammtheit nicht in der erſten Kammer Oeſterreichs vertreten. Vergebens hatte die rutheniſche Volkspartei bisher Anſtrengungen gemacht, durch Zeitungen (es exiſtiren zwei in rutheniſcher Sprache geſchriebene) den polniſchen Sinn und das Nationalgefühl zu wecken. Es iſt nicht gelungen. Selbſt die rutheniſchen Nationalſchützen, auch vom Miniſterium Stadion geſchaffen, um Gegenſätze in der Nationalwehr Galiziens hervorzurufen, ſind nicht mehr polenfeindlich geſinnt, und man beginnt einig zu werden, und dankt die Einigung der ſchlauen polniſchen Propaganda gegen Oeſterreich. Die ungariſchen Siege und die Theilnahme der Polen daran werden immer bedeutſamer.

= **München**, 25. April. Sie ſind die echten Deutſchen, dieſe wackern Schwaben; ſie ſind redlich vom Miniſter bis zum Bauersmann; ſie haben nicht viel Worte gemacht im Jahre 1848; aber nun ſtehen ſie wie Ein Mann für den Vollwerth jenes denkwürdigen Jahres ein. Erfriſchend weht der Hauch dieſes Vorantritts auch durch unſere herrlichen Gauen; bald wird auch unſer wackeres Volk zeigen, wie ernſt es ihm um eine thatkräftige deutſche Einheit iſt. Unſere Regierung hat in einem Aktenſtück vom 23. d. M. geſprochen und ſich gegen die Souveränetät des Parlaments, gegen die Reichsverfaſſung, gegen den Erbkaiſer (das Wort preußiſch iſt vermieden) beſtimmteſt erklärt und ſie iſt überzeugt, daß die bei weitem überwiegende Mehrzahl des bairiſchen Volkes zu dieſer Erklärung ſtehen werde. Wir wollen nicht vorgreifen, wir wollen uns auch nicht ſtützen auf die bereits geſchehenen Manifeſtationen des Volkswillens im Lande. Wir wollen ruhig die Stimme des geſammten Landes abwarten. Die Ultramontanen ſind nicht ſo ſiegesgewiß wie die Regierung und ihr Scribentenhäuflein; denn die Augsburger Poſtzeitung vom 21. April läßt ſich aus München vom 22. d. M. in tiefſtem Ernſte ſchreiben: „Baiern ſteht hart an der Gränze des monarchiſchen Seins oder Nichtſeins.“ Wie der katholiſchen Bevölkerung Baierns alltäglich von den ultramontanen Preßorganen deutlich zu verſtehen gegeben wird: mit der Anerkennung der Reichsverfaſſung, der Grundrechte, des preußiſchen Erbkaiſers ſei es aus auf immer mit der katholiſchen Religion, ſo ruft jetzt das offizielle Organ der bairiſchen Regierung, die „Neue Münchener Zeitung“, dem ehrbaren Fabrikanten-, Bürger-, Gewerbe- und Bauernſtande feierlich zu: „Der deutſche Zolltarif wird künftig durch Parlamentsmajoritäten und zwar, wenn die Oeſterreicher fehlen, durch norddeutſche Parlamentsglieder im Sinne des Freihandels (aufgemerkt!) beſtimmt, Baierns Induſtrie ſomit zu Grunde gerichtet werden. Gleichgefärbte Parlamentsmajoritäten ſtellen die Gewerbeordnung feſt, dekretiren die Aufhebung aller, alſo auch der bairiſchen Realrechte und vernichten dadurch mit einem Schlage ein bairiſches Nationalvermögen von mindeſtens 60, vielleicht von 100 Mill. fl., damit iſt auch Baierns Gewerbeſtand ruinirt. Dieſelbe Majorität wird im Intereſſe ihrer heimiſchen Uebervölkerung die unbedingte Ueberſiedelungsfreiheit dekretiren. Sind erſt dieſe Schleuſen geöffnet, ſo werden die Heuſchreckenſchwärme des ſächſiſchen und ſchleſiſchen Proletariats das geſegnete Baiernland überfluthen. Zerſtückelung von Grund und Boden und Ueberlaſtung der gemeindlichen Armenkaſſen in Folge dieſer Kataſtrophe werden auch dem Kern unſerer Bevölkerung, dem kräftigen, wohlhabenden Bauernſtande den Todesſtoß verſetzen.“

Vergleichen Sie Styl und Worte und Argumentation dieſes Artikels der Münchner Ztg. vom 24. d. M. mit den Argumenten des bairiſchen Aktenſtückes vom 23. d. M. gegen die Reichsverfaſſung und Sie werden eine und dieſelbe Feder erkennen. Dieſer glänzende Politiker ſieht alſo mit der Reichsverfaſſung und ihren folgenden Reichstagsgeſetzen das verarmte Preußen und Sachſen über das reiche Baiern hereinbrechen und daſſelbe mit Heuſchreckengier aufzehren. Iſt es möglich, daß man ſolchen wahrhaft cyniſchen Unſinn einem gebildeten Volke als Schreckmittel auftiſchen kann und daß nicht alsbald das ſchallende endloſe Gelächter eines ganzen Volkes darauf folgt? Es wäre ein Verbrechen an Vernunft und der jetzt ſo koſtbaren Zeit, gegen dieſen glatten Unſinn zu argumentiren. Das Volk der Baiern wird die Argumentation bald in anderer Weiſe dagegen führen; es iſt gut, ſehr gut, daß die ſtaatsmänniſche Weisheit in dem Oekonomiſchen zuerſt hervorgebrochen iſt; wer von den materiellen Intereſſen Deutſchlands ſolche bodenloſen Vorſtellungen hat, der wird gewiß der ohnmächtigſte ſein, die deutſche Einheit zu hintertreiben. Wir werden bald Gelegenheit finden, die materielle Seite der deutſchen Einheit, ſo weit ſie den Süden trifft, in unſeren Briefen fortgehend zu beleuchten.

+ **Aus der Pfalz**, 23. April. Unſere Deputirten für den Landtag in München ſind jetzt ernſtlich bemüht, den Nachtheil welchen ſie der deutſchen Sache in Baiern durch ihre einſtimmige Beifallserklärung für den Müller'ſchen Antrag bereitet, wieder gut zu machen. Sie haben den ernſten Stimmen der Zeit Gehör gegeben. Sie wollen jetzt nichts als die von der Nationalverſammlung feſtgeſetzte Reichsverfaſſung mit dem von ihr erwählten Bundesoberhaupt, und haben ſich entſchloſſen, für ihre Realiſirung in Baiern allen ihren Einfluß nach unten und oben aufzubieten. Zu dem Zweck war geſtern die Mehrzahl derſelben in Neuſtadt a. d. Hardt verſammelt. Die abermalige, nunmehr dritte Vertagung des Landtages, ſowie die immer partikulariſtiſcher ſich geſtaltende Richtung der baieriſchen Staatsregierung bewog ſie, eine Adreſſe an das Geſammtminiſterium zu erlaſſen, in welcher ſie gegen jene unter den obwaltenden Verhältniſſen des Vaterlandes ſchwer zu verantwortende abermalige Vertagung ernſtlichen Proteſt einlegten und eine ſchleunige Wiedereinberufung dringender als je nothwendig bezeichneten. Zu gleicher Zeit wenden ſie ſich auch an ihre Pfälzer Mitbürger mit dem wohlbegründeten Vertrauen, daß dieſelben in würdiger Weiſe und ernſter männlicher Haltung durch Adreſſen ihre Zuſtimmung kund geben werden. Sie hoffen, daß nicht allein die Vereine ihre Stimmen laut werden laſſen, ſondern jede Gemeinde ſich an dieſer gemeinſamen Angelegenheit betheilige, weil nur ſo der Zweck erreicht und die baieriſche Regierung von Entſchlüſſen abgehalten werden könne, die ſowohl für das deutſche Geſammtvaterland, als ganz beſonders auch für die Pfalz höchſt nachtheilig wirken müßten.

Auch die Vereine werden gerade durch jene Hinderniſſe, welche der Partikularismus der deutſchen Sache bereitet hat, immer mehr in das deutſche Intereſſe hineingetrieben und erhalten nunmehr eine politiſche Bedeutung, welche ſie bei ihren zum Theil recht abgeſchmackten ſocialiſtiſchen Phantaſtereien niemals würden erlangt haben. Man zählt in der Pfalz jetzt 173 Volksvereine, mit mehr als 15,000 Mitgliedern. Die Turner haben auf den nächſten Sonntag einen allgemeinen Kongreß nach Kaiſerslautern ausgeſchrieben. Was wird ſie dort anders beſchäftigen als eben die deutſche Sache? Dazu kommt noch, daß die Regierung an ſämmtliche Bürgerwehr-Corps der Pfalz einen Erlaß hat ergehen laſſen, in welchem ſie die von ihr im vorigen Jahre verabfolgten, nicht mehr benutzt werdenden Gewehre zurückverlangt und den Wehrmännern für jede empfangene Muskete 8 Kreuzer Transportkoſten auferlegt. Was kann das in dieſer Zeit anders zur Folge haben, als neuen Eifer für die Volksbewaffnung und zwar im Dienſte der deutſchen Reichsverfaſſung und im Intereſſe der deutſchen Einheit? So wirkt gegenwärtig gerade die Regierung am nachdrücklichſten für die deutſche Sache in der bisher nicht immer von ächtem deutſchem Geiſte erfüllten, ſchönen Pfalz.

§ **Stuttgart**, 26. April. Die Deputation, welche von dem Frankfurter politiſchen Verein „Montagskränzchen“ hierher geſandt wurde, fand ſowohl von Seiten des Landesausſchuſſes, als auch

anderer Notabilitäten, z. B. des verdienten Vorkämpfers der Grundrechte, Hrn. Schoder, die ehrendſte und herzlichſte Aufnahme. Heute wohnten die drei Mitglieder der Deputation einer Sitzung des genannten Ausſchuſſes bei; Hr. Dr. Creizenach aus Frankfurt hielt folgende Anrede an die Verſammlung:

„Meine Herren! Während unſerer Abreiſe von Frankfurt herrſchte noch Ungewißheit über den Ausgang der ſchönen vaterländiſchen Erhebung im würtemberger Lande. Wir erhielten den Auftrag, Ihnen von Seiten der Mitglieder unſeres Vereins die eifrigſte Theilnahme an Ihren edlen Bemühungen, und die Ueberzeugung auszudrücken, daß der überwiegend größere Theil der Bewohner Frankfurts dieſe Geſinnung im vollſten Maße theilt. Wir ſollten die Verſicherung hinzufügen, daß unſere Auftraggeber, wo irgend eine Möglichkeit ſich eröffnen würde, Ihre ruhmwürdigen Anſtrengungen mit jedem Aufgebot geſetzlicher Mittel zu unterſtützen bereit ſeien. Meine Herren! Wir ſollten während des Kampfes ein ermuthigendes Wort zu Ihnen reden, und freuen uns nunmehr, zu dem bereits errungenen Siege unſeren Glückwunſch darbringen zu können. Wir freuen uns beſonders, daß eine ſolche Erhebung im deutſchen Sinne gerade vom ſchwäbiſchen Volksſtamme ausgegangen iſt; von einem Stamme, der ſeine Eigenthümlichkeit mit Recht hochhält und deſſen Selbſtverleugnung zu Gunſten des großen Geſammtvaterlandes uns für zukünftige Entwickelungen eine unſchätzbare Bürgſchaft bietet. Denn im würtembergiſchen Volke lebt keine inſtinktmäßige Zuneigung, keine auf geographiſche Abhängigkeit begründete Vorliebe für das neue deutſche Erbkaiſerthum und ſeinen Träger. Was den geſchichtlichen Glanz der Kaiſerwürde betrifft, meine Herren, ſo würde derſelbe weit mehr auf Ihren Heimathgauen beruhen, von denen jenes Herrſchergeſchlecht ausging, an das die volksthümliche Erinnerung vorzugsweiſe ſich anſchließt. Ueber unklare Regungen hinaus dringend, haben Sie den ſiegreichen Gedanken der deutſchen Einheit und Freiheit erfaßt und das macht Ihre Erhebung ſo troſtreich und fruchtbringend. Auch dem Manne, der an der Spitze Ihrer Regierung ſteht, Herrn Römer, wird das Vaterland einen ſeiner beſten Kränze widmen; er hat in den ſchwierigſten Verhältniſſen nicht nach Haß und Vorliebe, ſondern ſtreng nach Maßgabe ſeines politiſchen Gewiſſens, nach dieſem kategoriſchen Imperativ gehandelt. Noch mehr wird unſere Freude dadurch erhöht, daß dieſer große Kampf, zu welchem Städter und Landmann, Bürger und Krieger in ruhmwürdiger Einigkeit zuſammenſtanden, ohne verhängnißvolle Kataſtrophe zu Ende gebracht wurde. Wohl konnte zuweilen die materielle Volkskraft als thatſächliche Folge beharrlicher Rechtsforderung eintreten; wohl iſt alsdann der Kampf weihevoll und erhebend, aber er darf ſtets nur die letzte Maßregel der Nationen ſein; deſto erfreulicher, daß diesmal der Fall nicht eintrat! So Großes vermag in einem Volke das durchgebildete Bewußtſein ſeines Rechts und ſeiner Ehre. Die Würtemberger haben jedem andern deutſchen Stamme, der etwa dieſelben Kämpfe wird beſtehen müſſen, den Sieg im Voraus erleichtert; ſie haben den erſten Stoß ausgehalten und die alte Loſung: Hie gut Würtemberg allweg! in die beſſere überſetzt: Hie Ein frei Deutſchland allweg! Empfangen Sie dafür den Dank aller Mitglieder unſeres Vereins; wir dürfen hinzuſetzen: den Dank aller Bewohner der Stadt, worin die Reichsverfaſſung berathen und beſchloſſen wurde, den Dank aller guten Deutſchen!“

⁂ Vom Mittelrhein, April. Allenthalben hört man jetzt von Vorbereitungen zur Inslebenführung des neuen Gerichtsverfahrens, und faſt alle deutſchen Landſtände beſchäftigen ſich mit Geſetzentwürfen über deſſen Regelung. Man kann ſich dabei eines unheimlichen Gefühls nicht erwehren, wenn man bedenkt, wie ſchwer ſich eine große Anzahl von Beamten in dieſe dem alten gewohnten Geſchäftsgang diametral entgegenlaufenden Formen hineinfinden, und wie langſam das Publikum aus den vielen hergebrachten Vorurtheilen über Recht und Rechtspflege ſich herausarbeiten wird. Geſetze für ſich allein, ſeien ſie noch ſo weiſe abgefaßt, verleihen dem Zeitbewußtſein nie einen erſchöpfenden Ausdruck; die vernunftgemäße Anwendung, eine wohlmeinende Praxis muß hinzukommen, ſonſt bleiben die Geſetze fremdartige Geſtalten, welche zwar von Zeit zu Zeit die Rechtsbühne in Urtheilsform überſchreiten, aber vom Volke nicht länger im Gedächtniß gehalten werden, als die Einzelnen empfindlich davon berührt werden. Die im vergangenen Sommer zu Wien verhandelten Preßprozeſſe und das Debut der Jury in Kaſſel ſind nicht eben geeignet, den Glauben zu erwecken, daß die Deutſchen ſich gleich anfangs überall mit Beſonnenheit und Geſchick des Schwurgerichtsverfahrens bemächtigen werden. Nicht ohne Bangen folgt man denn auch dem zu Freiburg i. B. jetzt ſtatthabenden öffentlichen Prozeſſe gegen die Hecker-Struve'ſchen Freiſchaaren.

Fragt man ſich, was in dieſer ſchwierigen Uebergangszeit am meiſten Noth thut, ſo iſt es gewiß die Gründung einer durchaus neuen, die Rechtsgebilde der Gegenwart nach Idee und Endzweck innigſt durchdringenden Rechtsſchule, wozu aber beſonders auch tüchtige Praktiker das Ihrige beitragen müſſen. Ein guter Weg ſcheint hierzu in der mit dem laufenden Jahre begonnenen „Zeitſchrift für volksthümliches Recht“ betitelt: „Der Gerichtsſaal“ (herausgegeben v. Dr. v. Jagemann, bei H. Enke in Erlangen) angebahnt. Wenn ihr namentlich, wie im Vorwort verheißen iſt, die Richter und Anwälte der linken Rheinſeite, kräftigen Beiſtand leiſten, ſo dürfte ſie, wenigſtens theilweiſe, jenes Bedürfniß befriedigen helfen.

= Großherzogthum Baden, April. Die neue Organiſation der Adminiſtration ſchreitet bei uns eben ſo raſch dem Vollzuge zu, als die der Juſtiz. Das Geſetz über die Schwurgerichte iſt bereits verkündet und ſeit dem 20. v. M. ſehen wir in dem Prozeſſe gegen den Aufruhr im April und September v. J. das erſte Debût der neuen Inſtitution. Die Adminiſtration wird eine bedeutende Umgeſtaltung aller übrigen, mit ihr zuſammenhängenden Inſtitutionen, nach ſich ziehen, ſo namentlich auch unſeres Medizinalweſens, welches zwar anderen Staaten gegenüber, bisher in einem die Forderungen der Zeit befriedigenderen Zuſtande ſich befand, doch aber Eines und das Andere des Zeitgemäßen wird eintreten laſſen müſſen. Der alte Polizeiſtock paßt nicht mehr zu dem Staate, der ſich ſtreng nach der Idee des Rechts bilden und entwickeln ſoll, und die ſo hochwichtige Medizinalpolizei kann nur dann eine entſprechende werden, wenn ſie ſich ganz nach den Bedingungen des Rechtsſtaates geſtaltet. Wie verſchieden hier aber die Charaktere auseinandergehen, wie ein Staatszweck ſicherer und vollkommener erreicht werden kann, wenn das Motiv in einem klaren und praktiſchen Rechtsgrunde enthalten iſt, ſehen wir in der jüngſt von Schürmayer erfolgten Bearbeitung der „mediziniſchen Polizei nach den Grundſätzen des Rechtsſtandes“ (Erlangen, Ferdinand Enke'ſche Verlagsbuchhandlung.), welche allen Staaten, von denen Reform der Medizinalinſtitutionen als Bedürfniß der Zeit erkannt werden wird, gewiſſermaßen als Grundgeſetzbuch dienen kann. Es iſt keinem Zweifel unterworfen, daß ſchon die Autorität des Verfaſſers, noch mehr aber ſein Werk ſelbſt, bei unſeren bevorſtehenden Medizinalreformen, und gewiß nur mit beſtem Erfolge, einen bedeutenden Einfluß üben wird.

In wenigen Wochen wird die neue Reichswechſelordnung in unſerem Geſammtvaterlande in Wirkſamkeit treten, und unter ihrer Aegide der Wechſelverkehr, welcher bisher durch die widerſprechenden Wechſelordnungen der einzelnen Staaten verkümmert wurde, einen neuen Aufſchwung nehmen. Natürlich wird aber auch jeder, der mit Wechſeln ſich zu befaſſen hat, nicht ohne Aengſtlichkeit dieſem Zeitpunkte entgegenſehen, weil es ſchwer iſt, ein neues Geſetz, ohne längere und nicht ſelten koſtſpielige Erfahrung in ſeiner ganzen Tragweite zu überblicken. Begierig ſieht man ſich daher nach einem ſichern Wegweiſer um, welcher uns in dem noch unbetretenen Gebiete zurechtweiſt. Wir haben die verſchiedenen Kommentare, die bis jetzt erſchienen ſind, ſorgfältig geprüft, und können unbedenklich den bei Enke in Erlangen erſchienenen Kommentar v. W. Brauer empfehlen. Der Verfaſſer, durch ſeine juriſtiſchen Arbeiten dem Publikum bereits vortheilhaft bekannt, war als Mitglied der Leipziger Wechſelkonferenz bei der Abfaſſung des Geſetzes thätig, daher zu ſeinem Unternehmen beſonders berufen. Das Werk, in welchem ſich die Klarheit mit der Gründlichkeit der Entwickelung und der Kunſt verbinden, die entſcheidenden Punkte auf die geeignete Weiſe hervorzuheben, iſt ganz geeignet die Wechſel-Ordnung in das große Publikum einzuführen. Der Rechtskundige wird darin neben gediegener Erörterung der Rechtspunkte, vollſtändigen Aufſchluß über die Form und Bedeutung der verſchiedenen Wechſelerklärungen, der Kaufmann und Private gemeinverſtändliche Belehrung in zweifelhaften Verhältniſſen finden. Ueberhaupt gibt uns dieſe belehrende Schrift einen Beleg, daß auch unſere deutſchen Schriftſteller endlich die Kunſt erlernen, wiſſenſchaftliche Gegenſtände, unbeſchadet der Gründlichkeit, in anſprechender Weiſe, und ohne den Zopf einer ſteifen Citatenkoketterie darzuſtellen.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 123. Frankfurt a. M., Freitag 4. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Oeſterreich und die ruſſiſche Hülfe.
Die neueſten preußiſchen Entwürfe.
Neue Weiſe ſich auf das Volk zu berufen.

Deutſchland. Wien (Graf Stadion. Verurtheilungen. Vermiſchte Nachrichten. Die proteſtantiſche Deputation in Ollmütz. Fiſchhof. Das Löſegeld für den Sohn von Windiſchgrätz.) Prag (Das Denkmal Radetzky's.) Berlin (Stimmung.) Magdeburg (Verſammlung der Vereine zur Wahrung der Volksrechte. Unruhe in Merſeburg.) Köln (Aufruf des Piusvereins gegen das Kaiſerthum. Die Regierung und der Gemeinderath.) Danzig (Feuersbrunſt.) Düſſeldorf (Geſandtſchaft aus Elberfeld.) München (Schreiben des Königs Ludwig an den Finanzminiſter.) Aus Baiern (Bewegung für die deutſche Sache.) Stuttgart (Die Kammer und die Reichsverfaſſung. Antrag des Fünfzehnerausſchuſſes.) Hannover (Entſchloſſene Stimmung des Landes.) Osnabrück (Hr. Stüve und ſeine Wähler.) Göttingen (Aufregung. Beſchlüſſe für die Reichsverfaſſung.) Rendsburg (Wie König Chriſtian VIII. in Rendsburg einzieht?)

Großbritannien. London (Die iriſche Kriſis. Der „Globe" über Deutſchland. Parlamentsverhandlungen. Toronto in Kanada abgebrannt.)

Frankreich. Paris (Guizot's Brief. Kammerverhandlungen. Die Porte St. Denis. Die Wahlaufregung. Die Reiſe des Präſidenten nach Troyes.)

Oeſterreichiſche Monarchie. (Nachrichten aus Siebenbürgen.)

Italien. Turin (Neue Verwicklungen. Radetzky und Bruck. Ramorino.) Livorno (Die Regierungskommiſſion.) Parma (Marſch der Oeſterreicher gegen Maſſa.) Civitavecchia (Proklamationen Manucel's und Oudinot's. Die franzöſiſchen Soldaten.) Neapel (Endliche Intervention.) Mailand (Oeſterreichiſche Vorſchläge.)

Dänemark. Kopenhagen (Spannung zwiſchen dem Reichstag und dem Miniſterium.)

Nordamerika. New-York (Schleswig-Holſteiniſche Schiffe zugelaſſen.)

---

3. Mai.

Ruſſiſche Hilfe in den öſterreichiſchen Wirren iſt ſeit Kurzem eine beſchloſſene Sache, und der Einmarſch folgt dem Beſchluß auf dem Fuße. Heeresmaſſen rücken ein, nicht von einer Seite, ſondern von allen, nicht auf das Flehen bedrängter Stadtbürger, ſondern auf das Anſuchen und in den Angelegenheiten des öſterreichiſchen Staates. Sie kommen, „um Rußlands eigene Sache gegen die polniſche Emigration zu verfechten, um die Revolutionäre aller Länder niederzuwerfen, um die Verträge von 1815 aufrecht zu halten." Wer leſen kann, lieſ't das Programm einer europäiſchen Reaktion; was wird ſich nicht regen, was wird nicht ins Spiel kommen bei dieſer günſtigen Wendung der Dinge, auf dem Hintergrund ruſſiſcher Heeresmaſſen! Ein unabſehbares Gewitter zieht herauf, nicht blos, ja vielleicht nicht ſo ſehr, über „die Revolutionäre aller Länder," als über das Feld geordneter Freiheit; und verhehlen wir uns nicht, zwiſchen Reaktion und Revolution iſt die Kraft des Widerſtandes ſchwach.

Wer ſoll helfen? wer ſoll eingreifen? Die Mächte? Die ſogenannten, geglaubten Schutzmächte der gemäßigten Freiheit? Preußen iſt ausgeſtrichen; Preußen zählt gar nicht mehr, und ganz Deutſchland mit ihm liegt in den Banden der Haugwitziſchen Politik. Was können wir, ohne Preußen, ohne Ordnung, ohne Staat, mit uns ſelber beſchäftigt, zerriſſen und haltlos? Mit unſerm tüchtigen Schiffe, mit der trefflichen Bemannung, treiben wir ganz langſam, ganz ſicher in den Strudel der Revolution, weil die Steuerleute nichts nutz ſind. Italien hat mit ſeinen Kräften noch viel weniger Haus gehalten als wir; es hat ſich erſchöpft in fruchtloſen Staatsbildungen, während die unſere möglich, erreichbar, wirklich war, und dennoch zu Grunde geht an der erbärmlichſten Politik, welche je ein Volk erniedrigt und ein Land zerrüttet hat. In Frankreich hat weder Volk noch Regierung für große Unternehmungen Sinn und Muth; ſie werden nur heimlich geſtachelt von der Sorge um ihren Einfluß, und aus dem Konflikt beider Richtungen entſtehen kleinliche Maßnahmen, wahre Tracaſſerien in dem großen politiſchen Spiel der Zeit. Eine Regierung in Rom nach Roſſi's Vermächtniß, eine eigennützige Beſchirmung Piemonts gegen Oeſterreichs Hochmuth: mehr wird von Frankreich nicht zu hoffen ſein. England ſteht am Rande einer theilweiſen Reaktion, wie das glückliche Land ſie allein zu erleben gewohnt iſt. Die Canningſche Politik hat noch gar wenig Wurzeln im Lande, und nimmt ſchon von ſelbſt aufs Intereſſe die nöthige Rückſicht. Der ſchärfere Ton in den radikalen Blättern, und die abſolutiſtiſche Sprache der Lords Stanley und Aberdeen, ſind gleich bedeutſame Zeichen für die Veränderung des Wetters. Lord Palmerſton ſteht jetzt in England ſo gefährdet und allein, wie die Sache, die er gefördert, in Europa.

Aber Oeſterreich? Wenn Preußen ſich bankerott erklärte im Rathe der Nationen, wenn es ſich unfähig zeigte zum Schirm der geſetzmäßigen Freiheit, ſo konnte darin für Oeſterreich ein Beweggrund liegen zur völligen Aenderung ſeiner Politik. Daß jenes äußere Ereigniß zuſammentraf mit einer großen Bedrängniß im Innern, war nur noch ein ſchärferer Stachel. Es war ein freier Augenblick, wo Oeſterreich die Wahl hatte, fremde Hülfe anzunehmen oder ſich auf eigene Kräfte zu ſtützen. Aber im letztern Fall mußten die Kräfte begeiſtert und angezogen werden. An Rath hat es der Regierung nicht gefehlt. Die Preſſe war auf ihrem Platz und ſah wohl den Augenblick, wo Oeſterreichs Geſchick auf der Spitze des Scheermeſſers ſchwankte. Am beredteſten hat die Oſtdeutſche Poſt das Dilemma ausgeſprochen. Es verlohnt ſich der Mühe, zwei Stimmen der Preſſe über die beſchloſſene Intervention zu hören. Frech im Glück und leichtſinnig im Unglück, repräſentirt der Lloyd ſo recht den böſen Geiſt in der öſterreichiſchen Regierung, und wir ſetzen hinzu, auch im öſterreichiſchen Volke. Ihm iſt die ruſſiſche Hülfe gar nichts; Rußland kämpft nur für ſich ſelber; es wird von Oeſterreich nichts fordern und Oeſterreich wird ihm nichts gewähren. Wie ſich von einem verſtändigen Blatt von ſelbſt verſteht, nimmt die „Preſſe" die Sache ſehr ernſthaft. „Nicht leichtfertig, ſagt ſie, darf eine ſo ernſte Lage der Dinge betrachtet werden; kein öſterreichiſcher Staatsmann, welche Sympathien er auch immer für die Freiheit der Völker haben mag, wird von der Unabhängigkeit unſeres Staates, vom Einfluſſe einer fremden Politik ohne das tiefſte Gefühl ſeiner Stellung und Verantwortlichkeit zu ſprechen wagen." Und dann folgt weiterhin die bedeutſame Stelle: „Man fürchtet die Intervention der Ruſſen aus doppelten Gründen. Es fürchten die Einen für die Unabhängigkeit des öſterreichiſchen Staates nach außen, es fürchten die Andern für die Freiheit der öſterreichiſchen Völker nach innen. Die Erſte iſt aber durch das Entfalten der unſerem Staate innewohnenden Kraft bedingt. Wer die Einheit Oeſterreichs zu ſchaffen verſteht, hat ſeine Unabhängigkeit dem Auslande gegenüber geſichert, daß dieſe Einheit aber nur durch die Freiheit und die Gleichberechtigung der Nationen geſchaffen werden könne, iſt Jedem klar, der die mannigfachen Zugeſtändniſſe Oeſterreichs an die ruſſiſche Politik noch zu Zeiten des Fürſten Metternich erfahren hat."

Die Blätter des Miniſteriums, die böſen und die wohlmeinenden, bewegen ſich in einem Cirkel. Daß die Einheit Oeſterreichs erſt noch geſchaffen werden muß, das gibt die „Preſſe" zu; und ſie ſagt ganz richtig, dieſe Einheit könne nur durch die Freiheit und durch die Gleichberechtigung der Nationen geſchaffen werden. Auf der andern Seite aber beruft ſie ſich mit den andern Blättern auf einen öſterreichiſchen Patriotismus, der jene Einheit, und zwar eine wohlthätige Einheit, ſchon vorausſetzt. Es iſt ja nichts da, wofür die Völker ſich begeiſtern können. Doch nicht etwa für die oktroyirte Verfaſſung? Nur ihr Gegenſatz bringt ſie in Bewegung, nur der Haß der einen gegen die andern ruft ſie zum Kampfe und zur Opferfähigkeit. Sie haben nur eine gemeinſame Sache, nur einen gemeinſamen Feind, und dies iſt

gerade das Miniſterium, gerade die Regierung, welche die Einheit ſchaffen ſoll, welche, wie die Dinge in Oeſterreich ſind, wie ſeine Geſchichte es mit ſich bringt, allein die Mittel, allein die Macht zur Einheit hat. Das iſt die unglückliche Lage Oeſterreichs; das hat eine ſchlechte Regierung unter fremde Hilfe gebracht.

Zu dieſer Lage iſt Oeſterreich gekommen durch Hochmuth und Selbſtüberſchätzung, und wir wollen nicht verhehlen, das Volk hat die Regierung in dieſe Wege mit hineingetrieben. Wir reden jetzt nicht von dem ungariſchen Kampfe. Die Leſer dieſes Blattes wiſſen, daß wir ernſtliche Sympathieen hegten für einen öſterreichiſchen Geſammtſtaat, mit ſo viel Freiheit und ſo viel Einheit als die Umſtände nur immer erlaubten. Reichliche Freiheit und mäßige Einheit, ſo glaubten wir, hätte am erſten zum Maße in jener und zur Stärke in dieſer geführt. Die maßloſe Repealforderung der Magyaren hat nie unſre Sympathie gehabt; ſie kämpften nicht wie Polen und Italiener für *ihre* unterdrückte Nationalität, ſondern für ihr Privilegium *gegen* die Nationalität anderer Völker. Der Krieg Oeſterreichs gegen Ungarn iſt in gewiſſem Sinne kein ungerechter. Aber die Sünde gegen Italien rächt ſich in Ungarn. Der Sieg in Italien im vorigen Sommer war die Herſtellung Oeſterreichs, und der erſte Moment, wo Mäßigung und Selbſtbeſcheidung ſich bewähren konnten. Welche Lage, wenn man raſch die Lombarden freigegeben, Italien beruhigt hätte! Geſicherte Finanzen, ein herrliches Heer, ein trefflicher Feldherr, ein Mann der ſich im Glücke zu mäßigen weiß: Mittel und Zeit zur Heranziehung Ungarns, durch Friedensſtiftung oder Krieg; gerade noch Zeit, Rußland an der Donau zu wehren. Die Stimmung war ſo günſtig für den Geſammtſtaat, ſo eingenommen gegen die Magyaren, die ſich ſo eigennützig abtrennten; Jellacic ward in Wien mit Jubel empfangen; wie viel mehr der Held von Cuſtozza! Wenn wir an die Kraft jenes Momentes glauben, wenn wir glauben, daß er ſich, ſchwächer und ungünſtiger in jeder Weiſe, nach dem Siege von Novara wiederholte, ſo beſtärkt uns darin eine Anſicht der „Preſſe", welche jetzt geradezu zur Berufung Radetzky's an die Spitze des Miniſteriums räth. Er würde ſchwerlich den Erwartungen entſprechen, man täuſcht ſich wahrſcheinlich über ſeine Befähigung, im Sinne der jetzigen Zeit zu regieren; aber man ſieht doch das Bedürfniß nach innerer Umwandlung, nach dem Gebrauch der eigenen Kraft, nach einer veränderten Politik; man gewahrt doch die Einſicht, daß nicht in Italien ſondern in Ungarn die rechte Lebensfrage iſt.

Wie die italieniſche, ſo rächt ſich die deutſche Sünde. Die Stimmung für Oeſterreich war ſehr günſtig in Deutſchland, hätte man es ſtark werden laſſen ohne Störung, es wäre der ſicherſte Bundesgenoſſe geworden. Noch mehr. Deutſchland ſah zuerſt nach Preußen; das war natürlich; es durfte von Oeſterreich nicht gehindert werden. Aber als Fürſt und Regierung in Preußen ſo unfähig, ſo klein und feig waren — als die Bevölkerung ſo laß, ſo unſelbſtſtändig, ſo beſchränkten Geſichtskreiſes war — hätte Oeſterreich nur *Macht*, nur *wirkliche Macht* gezeigt, ſo hätten ſich wieder nach Oeſterreich die Blicke gewendet. Aber man wollte einem hochgebildeten Volke, einem Volke von Denkern und Kritikern, mit Prahlerei, mit Hochmuth, mit dem Anſchein und Flitter der Macht imponiren! Man proſtituirte ſich mit Schriften, man machte ſich verhaßt durch Handlungen, man ſetzte ſich nicht in Achtung durch Thaten. Man machte ſich gründlich, vollſtändig unmöglich — und man begnügt ſich jetzt mit der ruſſiſchen Hilfe.

Ja, Oeſterreich iſt dem preußiſchen Beiſpiel gefolgt; eben gerettet vor der Revolution, hat es ſich ſelbſt erniedrigt und vernichtet; die bequeme Schande und die augenblickliche Sicherheit waren ihm lieber als Gefahr und Ehre und die mögliche Rettung für alle Zukunft. Ein Staat kann freilich viel vertragen und aus manchem Abgrund der Gefahr und Schande wieder auftauchen. Die Oeſterreicher meinen, daß dies von ihrem Staat noch ganz beſonders gelte. Ja der Lloyd entblödet ſich nicht, von der ruſſiſchen Hilfe im Jahr 1813 zu reden, wo Deutſche, Magyaren und Slawen zuſammen gegen Frankreich kämpften! Aber jetzt wüthet im Innern Oeſterreichs der Kampf! Der *Staat* Oeſterreich ſteht gar nicht mehr beiſammen! Und wie, wenn es keinen öſterreichiſchen Staat mehr gäbe, wenn dieſe Hilfe der Fremden das Zeichen wäre für ſeine Auflöſung? In andern Staaten wächſt die Regierung aus dem Volke hervor, und ſie iſt eins mit ihm, wie ſie auch wechsle. In Oeſterreich wuchs der Staat aus der Regierung hervor und ſie war und iſt ſein einziges Band. Dieſe Regierung ſoll jetzt Kraft und Beſtand aus den Völkern ziehn, und auf der andern Seite durch Kraft und Beſtand den Völkern imponiren. So iſt es immer der nämliche Cirkel. Das Heer, die Regierungskünſte, die Gewohnheit aus der alten Zeit hielten bis jetzt noch mühſam vor, ſie ſind am Rande, und man greift zu fremder Gewalt. Im Augenblick, wo die Völker ihre Macht fühlen, geſteht die Regierung ihre Schwäche und wird *fremd mit den Fremden*.

Und in Preußen iſt es wenig anders. Die öſterreichiſche Regierung ruft die phyſiſche Macht von Außen, die preußiſche greift zu Mitteln und Grundſätzen, die dem preußiſchen Volk und dem deutſchen Weſen ſo fremd und verhaßt ſind, wie nur immer dem Oeſterreicher die aſiatiſchen Schaaren der Ruſſen. So wird auch der Erfolg ein gleicher ſein. Beide Staaten haben verwandte Bedingungen des Daſeins, beide ſind gleich fern von den Einheitsſtaaten Frankreich und England. Preußen verfällt der deutſchen Gemeinſamkeit, Oeſterreich der nationalen Vereinzlung; jenes hat keine ſelbſtſtändige, dieſes keine lebendige Exiſtenz. Preußen verſcherzte ſeine Zukunft, als es die deutſche Krone nicht anzunehmen wagte; Oeſterreich verleugnete ſeine große Vergangenheit, als es Rußlands Hilfe erbat. —

Alſo das Berliner Miniſterium iſt darauf erpicht, dem preußiſchen Hofe die Schmach einer vergeblichen Einladung an die deutſchen Regierungen zu bereiten. Wie oft muß man es denn dieſen Miniſtern in's Ohr rufen, bis ſie's begreifen, daß der preußiſche Name *allein* es nicht thut, daß es darauf ankömmt, wer die Zügel in der Hand hält? Als Deutſchland durch das baieriſche Tauſchprojekt bedroht war, da einigten mit Preußen, im Lauf weniger Monde, zehn der angeſehenſten Reichsſtände ſich zum Fürſtenbund. Mag man es in Berlin wiſſen (das übrige Deutſchland weiß es!): damals regierte Friedrich der Große und Herzberg war ſein Miniſter. Aber! aber! Der Zauber iſt dahin; nur durch einen Akt der Selbſtverleugnung kann er wieder gewonnen werden.

Wir haben neulich wieder zur Sprache bringen müſſen, wie ſo gar keine Stimme noch Antwort in Deutſchland wiederklang, als Preußen im März v. J. nach Potsdam einlud, wie ſchnöde Baiern insbeſondere nach Wien hin die preußiſche Aufforderung ſignaliſirte. Preußen hat zum zweiten Mal im vorigen Jahr, unterm 17. Juli, Vorſchläge (zur Beſtellung eines Siebenerraths von Bevollmächtigten ſo vieler Staateneinheiten) ausgehen laſſen; es war Nichts damit; die ſieben Einheiten thaten ſich nicht zuſammen, ſchickten auch keine Bevollmächtigte. Und das heutige Berliner Miniſterium meint beſchaffen zu können, wir ſagen nicht, was Friedrich dem Großen und Herzberg möglich, ſondern nur, was am 16. März und 17. Juli v. J. der preußiſchen Regierung unmöglich war. Es kann nur auflöſen, belagern laſſen, oktroyiren; und vielleicht ſeine eignen Oktroyirungen wieder in Belagerungszuſtand erklären, wieder auflöſen.

Die verfaſſungstreuen 29 Regierungen können und werden nicht auf das Projekt eingehen. Sie werden nicht ihr verpfändetes Wort brechen; ſie werden nicht von der Geſammtvertretung der Nation und von ihrem durchs Volk getragenen Werk abfallen. Sie werden's nicht, gegenüber den Regungen eines Eigenwillens, der an Punkten, wo er noch nicht gebrochen iſt, ſo beſtürmt wird, daß er brechen muß. Sie werden, um ihre Weigerung zu begründen, der preußiſchen Regierung nur ihr eigenes Wort (in der Depeſche vom 28. v. M.) zurückzugeben haben: „Deutſchland hat von ſeinen Fürſten jedes Opfer zu fordern, außer *dem des Rechtes, der Wahrheit und der Treue*." Sie werden den Glauben an ihren Ernſt für Deutſchlands Einheit nicht zu Schanden werden laſſen. Wenn ſie wollten (wer ihn hegt, mag ihnen den Verdacht abbitten) — aber ſelbſt wenn ſie wollten, *ſie können nicht*. Es iſt eine ernſthafte Sache, wenn heutzutage das Volk Pfui ſagt zu der von der Regierung eingeſchlagenen Bahn.

Und wenn ſie wirklich den Kongreß beſchickten, und je mehrere ihrer den Kongreß beſchickten, ſie würden ſich nicht einigen. Die Erfahrung liegt vor. Die Regierungen haben ſich nicht einigen können über den Entwurf der Siebzehner. Preußen und Oeſterreich haben ſeiner Zeit über jenes Elaborat ſich gar nicht amtlich geäußert; (wer es weiß, daß Anfangs Mai vom preußiſchen Kabinet eine, im Weſentlichen nicht abſtimmige Erklärung darüber nach Frankfurt gelangt war, dem wird auch bekannt ſein, daß kein offizieller Gebrauch davon gemacht worden). Die Re-

gierungen konnten ſich nicht einigen über eine proviſoriſche Exekutivgewalt, als deren Einſetzung beim Bundestag beantragt war. Ueber die proviſoriſche Centralgewalt einigten ſie ſich — weil und nachdem die Nationalverſammlung entſchieden hatte. Soll nun der Verſuch noch wieder einmal gewagt werden? Wenn ein Unternehmen zwei, drei Mal nach einander fehlſchlägt, das ſchadet heutzutage dem Kredit gar ſehr.

Wie ſollt' es auch anders ſein? Wie könnten ſie ſich einigen auf eigne Hand, da die Anſichten nicht allein, ſondern auch die dynaſtiſchen Intereſſen ſoweit auseinander, ſo wild durch einander laufen? Einzig nur die Stimme des Volkes iſt's, welche den Königen abgewöhnen kann, daß ſie „von ihrem Hauſe, von ihrer Familie" reden, ſie bewegen kann, daß ſie dem Kaiſer und Reich ſich unterwerfen.

Wär' es anders; ließe ein Einverſtändniß für den Augenblick ſich zu Stande bringen, ſo wär' es nur dann und dadurch möglich, daß Preußens Uebergewalt, mit den Mächtigeren im Bunde, den Mindermächtigen das Geſetz ſchriebe, ſie intimidirte. Sich von Preußen, und was hinter Preußen ſteht, ins Schlepptau nehmen laſſen — das wäre doch viel bitterer, als was die Stimme der Nation jemals begehrt hat. Nach Preußens neueſten Erklärungen begehrt in Deutſchland überall Niemand, daß die andern Regierungen der jetzigen preußiſchen Regierung ſich unterordnen ſollten.

Die deutſche Reform, welche jetzt ein halbamtliches Organ der preußiſchen Regierung geworden, berief ſich neulich auf einen Ausſpruch Burke's: „Welche Würde in dem Beharren auf Thorheiten liegen ſoll, bin ich zu begreifen außer Stande." Unter dieſen Thorheiten verſteht das Blatt vermuthlich die Reichsverfaſſung und die Beſchlüſſe darüber. Wenn man aber bedenkt, daß Edmund Burke, damals noch geſund und freiſinnig, ſeine Worte gegen ein unfähiges hartnäckiges Miniſterium ſchleuderte, ſo liegt es viel näher, bei den Thorheiten an die Vereinbarungsgedanken der Herren Manteuffel-Arnim zu denken. Wie eifrig ſie dieſen Gedanken nachhängen, davon zeugt in der letzten Undeutſchen Reform der Schluß des leitenden Artikels: „Wir haben ſchon geſtern die Hoffnung ausgeſprochen, daß es ungeachtet der letzten, nicht zu rechtfertigenden Schritte der Nationalverſammlung noch möglich ſein wird, auf der Grundlage der von ihr berathenen Verfaſſung zu verhandeln. Allein vor allen Dingen iſt dazu nöthig, daß die Regierungen unter einander ſich vereinigen: ſie müſſen, — und darüber darf keine Friſt verſtreichen, — ihrerſeits in gemeinſchaftlicher Berathung ein vollſtändiges Verfaſſungswerk ausarbeiten, welches geeignet iſt, der bis dahin zuſammenbleibenden Reichs-Verſammlung zur Beſchlußnahme vorgelegt zu werden. Dann wird für die Frankfurter Verſammlung die Gelegenheit gegeben ſein, zu zeigen, ob auch ſie der Opfer in ihren Entſchließungen fähig iſt, welche ſie ſo oft von den Regierungen verlangt hat, um ihren Patriotismus zu bewahrheiten. Dies wird der Weg ſein zu wirklicher Vereinigung und kein Theil wird Urſache haben, ſich über unbillige Zumuthungen oder über verletzte Würde zu beklagen.

Weiſt aber die Frankfurter Verſammlung auch dieſen letzten Weg der Verſtändigung zurück, dann bleibt den Regierungen, welche es aufrichtig meinen mit der deutſchen Einheit, kein anderes Mittel, als die Berufung an das geſammte deutſche Volk."

Das iſt doch nicht zum Ernſthaftbleiben! Das Miniſterium Manteuffel-Arnim will ſich auf das Volk berufen, auf das geſammte deutſche Volk. Ruft es noch nicht laut genug: Fort mit den elenden preußiſchen Miniſtern!

Aber wir haben ein Glöcklein läuten hören, daß das Miniſterium Manteuffel ſich bereits auf ganz andere Dinge beruft, als auf das Volk: auf ſein einziges Univerſalmittel: auf Schwerter, die ſchärfer ſind, als ſein Verſtand und auf Kugeln, die beſſer treffen, als ſein Gerede. Es iſt hier eine neue preußiſche Note angekommen. Der Inhalt iſt kein Geheimniß mehr. Die Regierungen ſollen Bevollmächtigte nach Berlin ſchicken, und die ſollen eine neue Verfaſſung machen. Wenn die Reichsverſammlung damit zufrieden iſt, nun gut. Wenn nicht, ſo iſt es auch gut. Dann beruft man ein neues Staaten- und Volkshaus, ohne Zweifel nach einem vernünftigen Wahlgeſetz, nicht nach einem ſo unvernünftigen, wie das Manteuffel'ſche vom 5. Dezember. Mit denen wird ſich auskommen laſſen. Sollten inzwiſchen „Kriſen" ausbrechen, ſo iſt Preußen „auf Alles gerüſtet!"

Deutſchland.

Wien, 27. April. Die Deputation der Evangeliſchen iſt in Ollmütz ſehr gnädig aufgenommen worden; ſie hatte vorzüglich zum Zwecke, der evangeliſchen Geiſtlichkeit eine Subvention von Seiten des Staats zu vindiciren, um die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntniſſe nicht als Illuſion erſcheinen zu laſſen. Die traurige Lage, in welcher ſich in Oeſterreich ſo viele Pfarrer befinden, die nur auf die Beiträge ihrer Gemeinden angewieſen ſind, ſoll den Kaiſer und ſeine Umgebung ſichtlich ergriffen haben. Jedenfalls war die Aufnahme der Deputation eine ſehr gute. Mit Fiſchhof's Prozeſſe geht es ſehr langſam vorwärts; heute ſind Schuſelka's Ausſagen über ihn zu Protokoll genommen worden. (D. A. Z.)

***Wien**, 29. April. Graf Stadion iſt fortwährend ſehr leidend, und zwar ſind die Gehirnorgane bedeutend affizirt. Man erinnert ſich jedoch, daß der Graf ſchon als Gouverneur Trieſt's ſich eine derartige Krankheit durch übermäßige Anſtrengung zugezogen, ſie aber nach kurzer Zeit glücklich überſtanden habe. Stadion's Vater ſtarb im beſten Mannesalter, gleichfalls in Folge übertriebener Geiſtesanſtrengung. Der öſterreichiſche Patriotenverein läßt die von ihm an den Kaiſer abgefaßte Dankſagungsadreſſe, für die Reichsverfaſſung und Grundrechte, mit der Bitte um baldige Rückkehr nach Wien, zur Einſichtnahme und Unterſchrift vom 26. bis 30. April im Magiſtrat aufliegen.

Karl Geiger, lediger Graveur aus Straßburg, 27 Jahr alt, betheiligt am Oktoberaufſtande, und ausgewieſen aus der öſterreichiſchen Monarchie, wurde wegen des Verbrechens der verbotenen Rückkehr, und wegen Zeugnißfälſchung durch kriegsrechtliches Urtheil zu vierjähriger, im Wege der Gnade zu zweijähriger Schanzarbeit in leichtem Eiſen verurtheilt.

Geſtern wurde auf einem Altan, in der Vorſtadt Wieden, von der daſelbſt wohnenden Beſitzerin eine Plache (Plaue oder Markiſe) vorgerichtet, worauf mit großen Worten ſtand: Hoch lebe Koſſuth! Es verſammelte ſich alsbald eine Menge Volkes und der Auftritt endete mit Verhaftung der ungariſchen Patrioten.

Der bekannte Litterat und frühere Redakteur Andreas Schuhmacher, welcher zu zwölfjähriger ſchwerer Kerkerſtrafe verurtheilt war, iſt auf fünfjährigen einfachen Kriminalarreſt begnadigt worden; und ſoll ſich dieſe Nachſicht durch wichtige Enthüllungen erwirkt haben.

Während man geſtern die Vorpoſten der Ruſſen in Teſchen, und ihre Quartiermacher ſogar in Ungarn geſehen haben wollte, finden wir in folgender Erklärung der Direktion der Nordbahn eine Art indirekter Widerlegung dieſes Gerüchts: Auf das Gerücht als ſeien die Perſonen- oder Laſtzüge auf der Nordbahn eingeſtellt, welches auch in einigen Zeitungen Eingang fand, beeilt man ſich anzuzeigen, daß bisher ſowohl die Perſonen- als Laſttrains in der angekündigten Fahrordnung verkehren.

Dr. Fiſcher iſt nach Ollmütz berufen und man glaubt, daß er das Portefeuille des Miniſterium des Innern, und nicht das der Juſtiz übernehmen werde.

Es iſt in einem beſonderen Miniſterrath die Frage behandelt worden, ob die „Oſtdeutſche Poſt" noch einmal mit Interdikt belegt werden ſoll oder nicht.

Die Sparkaſſeneinlagen haben dieſe Woche die Rückzahlungen bedeutend überſchritten.

Wien, 29. April. Die Ungarn haben einen Sohn des Fürſten Windiſchgrätz gefangen. Auf eine Anfrage des Fürſten wegen eines etwaigen Austauſches erwiederte ihm Koſſuth, wie man erzählt: „Gib mir Robert Blum dafür und er iſt frei, eine andere Auswechſelung kann ich nicht geſtatten." (Z. f. N.)

Prag, 26. April. Im Kollegium der Stadtverordneten wurde der Antrag auf ein Denkmal für Radetzky faſt einſtimmig verworfen und zwar, wie der Lloyd angibt, aus dem folgenden höchſt merkwürdigen und bezeichnenden Grunde, weil Radetzky zwar um die Monarchie Verdienſte habe, aber nicht um die Völker Oeſterreichs und weil es den Pragern ſehr unangenehm ſein müßte, wenn die Italiener dem Fürſten Windiſchgrätz nach dem Bombardement Prags ein Denkmal geſetzt hätten."

⊲ **Berlin**, 1. Mai. Geſtern ſoll in der Landsberger Straße eine kümmerliche Prozeſſion mit einer rothen Fahne einhergezogen ſein und die Republik ausgerufen haben; in der Gegend des Landsberger Thors ward ſogar eine kleine Barrikade erbaut; aber beim erſten Blaſen des Militärs lief Alles davon. Solda-

ten und Konſtabler haben ſich im Allgemeinen mit großer Geduld und Mäßigung benommen. Die Stadt im Ganzen iſt vollkommen ruhig. Die Stimmung iſt ſehr trübe, aber reſignirt. Die Tumulte betrachtet man als unnütze Kindereien; von den gefallenen Opfern redet Niemand. Die geſtern hier umlaufenden Nachrichten von Aufſtänden, die in Magdeburg, Halberſtadt, Breslau ausgebrochen ſeien, haben ſich nicht beſtätigt. Welchen Eindruck die Auflöſung der hannöverſchen und ſächſiſchen Stände, die baieriſche Note und vor allem die unumwundene Eröffnung unſerer Regierung über ihre Ablehnung der Kaiſerwahl gemacht haben, läßt ſich leicht ermeſſen. Alles iſt voll Erwartung der Schritte, die die Verſammlung in Frankfurt thun wird. Man glaubt, unſere Regierung ſtoße ſie mit Abſicht zu irgend einem extremen Entſchluſſe zu treiben, um einen Vorwand zu gewinnen, die Abgeordneten abzuberufen. Das einzig Tröſtliche (ſo weit iſt es mit uns gekommen!) ſieht man in den Siegen der Ungarn; man wünſcht nichts ſehnlicher, als daß Wien in ihre Hände fällt; Truppen gegen ſie ſenden zu wollen, möchte ein gefährliches Spiel werden. Ueber ein neues Wahlgeſetz iſt noch nichts bekannt, es wird ſogar verſichert, das Miniſterium werde keins oktroyiren; dann iſt freilich der Sinn und Zweck der Kammerauflöſung nicht abzuſehen, da man ein gemäßigteres Unterhaus eben doch gewiß nicht zu erwarten hat. Ausweiſungen oder Verhaftungen von Abgeordneten, die man fürchtete, ſind bis jetzt nicht erfolgt. Ebenſowenig Verbote von Zeitungen. Ein gewiſſes Damoklesgefühl indeß erklärt wohl hauptſächlich die gemäßigte Haltung unſerer Blätter. Mehr als gemäßigt iſt die Deutſche Reform, die ſeit Kurzem Inhaber und Redaktion geändert hat und nun ganz miniſterielles Organ geworden iſt.

Magdeburg, 29. April. Geſtern fand hier eine Provinzialverſammlung der „Vereine zur Wahrung der Volksrechte“ Statt. Die Zahl der vertretenen Vereine war 47. Die Fragen über Vereinsangelegenheiten mußten bei der Wichtigkeit der neueſten Ereigniſſe vor der einen Frage zurücktreten, was haben wir jetzt zur Wahrung der Volksrechte zu thun? Eine dreifache Antwort ergab ſich: 1) Wir wollen für die Ausbreitung des Vereins nach Kräften thätig ſein, insbeſondere nach Gegenden und Ortſchaften hin, wo Mächte, die der neuen Ordnung der Dinge grollen, den Geiſt des Volkes noch in Unklarheit erhalten. 2) Wir wollen auf die bevorſtehenden Wahlen zur neuen zweiten Kammer ſofort unſere thätigſte Sorgfalt wenden. 2) Wir wollen mit dem Frankfurter Märzverein in Verbindung treten. Dieſer letztere Beſchluß veranlaßte die Wahl der Herren Schultze aus Delitzſch und Sachſe aus Magdeburg zu Beauftragten des Vereins, welche zu der nach Frankfurt auf den 6. Mai ausgeſchriebenen Verſammlung reiſen ſollen. Unter den Anträgen war einer auf Streichung des Bekenntniſſes zur Monarchie in den Statuten; über ihn ward mit ſämmtlichen Stimmen zur Tagesordnung hinweggegangen.

Magdeburg, 30. April. Briefe und Reiſende, welche ſo eben von Merſeburg eintreffen, berichten von bedeutenden Unruhen, die dort durch die vollzogene Verhaftung mehrerer Volksführer veranlaßt worden ſeien und ſo ernſthaft zu werden gedroht haben, daß man von auswärts Militär zu requiriren veranlaßt wurde. Als jene Merſeburger Reiſenden mit dem Dampfwagen an Halle vorbeifuhren, hörten ſie, während des kurzen Aufenthaltes am Bahnhofe, auch dort den Generalmarſch ſchlagen. Die Unruhen in Merſeburg waren übrigens bei der Abfahrt der Reiſenden noch keineswegs geſtillt.

Köln, 1. Mai. Der Vorſtand des Vereines Pius IX. zu Köln, zur Zeit geſchäftsführender Verein der katholiſchen Vereine vom Rheinland und Weſtphalen, hat es für ſeine Pflicht gehalten: 1) ſämmtliche katholiſche Gemeinden, insbeſondere alle katholiſchen Vereine von Rheinland und Weſtphalen, einzuladen, eine offene Erklärung abzufaſſen und zu veröffentlichen in dem Vereinsorgane, der „Rheiniſchen Volkshalle,“ darüber: „daß es nicht Wille des preußiſchen Volkes ſei, daß dem Könige und der Regierung Gewalt angethan werde, wie ſolche König und Regierung von Würtemberg erlitten haben; daß es eine große Lüge ſei, zu behaupten, die erfolgte Ablehnung der Oberhauptswürde über Deutſchland ſtehe dem laut ausgeſprochenen Willen des preußiſchen Volkes feindlich entgegen; daß vielmehr unſer König Friedrich Wilhelm IV. durch Ablehnung der Oberhauptswürde ſich um das deutſche Vaterland hoch verdient gemacht habe; 2) ſämmtliche katholiſche Gemeinden der Rheinprovinz dringend aufzufordern, an dem auf den 5 c. hierhin ausgeſchriebenen Abgeordnetentage der Gemeinderäthe ſich zu betheiligen, um auch in dieſer Verſammlung für die Einheit und Freiheit des geſammten deutſchen Vaterlandes kräftig in die Schranken zu treten und gegen Beſchlüſſe, welche denſelben zuwider dort vorausſichtlich in Vorſchlag gebracht werden, entſchieden Proteſt zu erheben. Köln, den 1. Mai 1849. Der Vorſtand des Vereines Pius IX. Für denſelben: Der ſtellvertretende Präſident: J. P. Bachem. Der Schriftführer: C. J. Schmitz. (Rh. V.-H.)

Köln, 1. Mai. Die Antwort des Gemeinderathes auf das Verbot der Regierung lautet:

„Der Gemeinderath, in Erwägung, daß wenn auch der Beſchluß über die Einladung von Abgeordneten der Sammtgemeinden der Rheinprovinz nach dem Buchſtaben der Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 nicht zur Kompetenz deſſelben gehören ſollte, die augenblickliche unglückliche Lage des Vaterlandes ihm eine höhere Berechtigung gegeben, dieſe Angelegenheit in die Hand zu nehmen, und bei dem beſtehenden Zwieſpalte im Intereſſe des Vaterlandes vermittelnde Schritte zu veranlaſſen, um ſolche zur Kenntniß Seiner Majeſtät des Königs zu bringen; daß bei einer ähnlichen Veranlaſſung im vorigen Jahre eine ſolche Verſammlung von der Regierung als aus einem unbefugten Beſchluſſe hervorgegangen, nicht angefochten worden, obwohl derſelbe der Behörden nicht unbekannt geblieben; daß die in dem Reſkripte der königlichen Regierung vom geſtrigen Tage enthaltene Vorausſetzung, als habe der Gemeinderath nur aus angeblicher Veranlaſſung den Beſchluß gefaßt, Seitens deſſelben mit Entrüſtung zurückgewieſen wird; daß endlich die königliche Regierung durch Aufhebung des Beſchluſſes des Gemeinderathes und öffentliche Unterſagung der Ausführung alle ihre Befugniſſe erſchöpft hat, und von einer Zurücknahme der Einladung Seitens des Gemeinderathes nicht weiter die Rede ſein, auch das Recht, dieſe zu verlangen, der königlichen Regierung nicht eingeräumt werden kann, beſchließt, daß hiermit das Reſkript der königlichen Regierung erledigt ſei.“

Danzig, 28. April. Nachdem es in dieſer Woche bereits mehrmals gebrannt hatte, entſtand in der letztverfloſſenen Nacht eine ſehr bedeutende Feuersbrunſt auf der Speicher-Inſel: deren man trotz den kräftigſten Anſtrengungen des Militärs ſowohl wie des Bürgerſtandes erſt Herr werden konnte, nachdem ſie eilf Speicher und einen Schuppen gänzlich vernichtet und einen auf 300,000 Rthlr. veranſchlagten Schaden angerichtet hatte. Mit den Speichern ſind unter andern Waaren auch 1300 Laſt Getreide zerſtört worden. Von den drei Brücken, welche die Speicher-Inſel mit der Stadt verbinden, iſt eine gänzlich niedergebrannt. (B.-H.)

Düſſeldorf, 1. Mai. Es erſchienen geſtern Nachmittag etwa 600 Bürger aus Elberfeld vor unſerer Stadt, um der hieſigen Regierung eine Erklärung einer am vorherigen Tage dort ſtattgehabten Bürgerverſammlung mit dem Erſuchen zu überreichen, dieſelbe ſofort zur Kenntniß der Krone zu bringen. Auf dem Bahnhofe angekommen, wurden ſie von der hieſigen Einwohnerſchaft, die in Maſſe ſich dort verſammelt hatte, mit lautem Hurrah begrüßt. An den zur Stadt führenden Thoren fand man inzwiſchen Militär aufgeſtellt, welches den Ankommenden den Eintritt in die Stadt verwehren wollte und von der Schußwaffe Gebrauch zu machen ſich anſchickte. Eine ungemeine Entrüſtung über dieſes ungeſetzliche Verfahren einer friedlichen und wehrloſen Bevölkerung gegenüber bemächtigte ſich Aller und es ſah einen Augenblick ſo aus, als würde es hier zum Blutvergießen kommen. Dem Zureden der Beſonneneren gelang es indeſſen, die Menge zu beruhigen, und nachdem man durch Unterhandlung mit dem kommandirenden Offizier Einlaß erhalten hatte, ſtellte man ſich auf einem nahegelegenen öffentlichen Platze in Reih und Glied auf und es wurde nun mit dem General Chlebus ſich dahin geeinigt, daß einer Deputation von 20 Elberfelder Bürgern der Eintritt in das Regierungsgebäude geſtattet werden ſollte. Auch dieſes war mit Infanterie und Kavallerie umſtellt. Die Deputation, an deren Spitze der Advokat Dr. Höchſter aus Elberfeld ſtand, überreichte ſodann dem Regierungspräſidenten die (bereits mitgetheilte) Erklärung. Nachdem die Deputation ſich ihres Auftrages entledigt hatte, begab ſie ſich in das Lokal, in welches die Theilnehmer am Zuge von den hieſigen Bürgern geleitet worden waren. Verſchiedene Redner ſprachen hier zu der Verſammlung im Sinne jener Erklärung und es gab ſich ein erfreuliches Einverſtändniß der Anſichten zweier in gar vielen andern Dingen ſo ſehr getrennten Städte in dem Falle kund, wo es ſich um die Erhaltung des Geſammtvaterlandes handelt. Mit dem letzten Bahnzuge verließen unſere Gäſte die Stadt, nachdem vorher noch die ganze Bevölkerung ihnen bis zum Bahnhofe das Ehrengeleit gegeben hatte. (D. P. Z.)

0 **München**, 1. Mai. Nach der Neuen Münchnerin hat der Finanzminiſter folgendes Schreiben vom König Ludwig erhal-

ten: „Herr Staatsminiſter der Finanzen! Von dem Geſammtminiſterium habe ich geſtern ein Schreiben, das Darlehen an Griechenland betreffend, bekommen, worauf ich — an Sie gerichtet, in deſſen Bereich dieſer Gegenſtand vorzüglich gehört — die Erwiederung abgebe, daß ich bereits vorgehabt hatte, dieſe Darleihensfrage auf eine d m baieriſchen Staatshaushalte genügende Weiſe zu bereinigen, jedoch die weitere Erklärung bis zum Eintreffen einer bald zu erfolgen habenden Rückantwort meines Sohnes, des Königs von Griechenland, dem ich geſchrieben, mir vorbehalten müßte. Wünſche, daß von dieſer meiner Erwiederung dem Geſammtſtaatsminiſterium Kenntniß ertheilt und überhaupt der geeignete Gebrauch davon gemacht werde. Mit bekannter Geſinnung Ihr Ihnen wohlgewogener Ludwig. München, 25. April 1849.“

Aus Bayern. Auch die bürgerlichen Kollegien von Schweinfurt haben eine Bitte um Anerkennung der Reichsverfaſſung und Einberufung des Landtags an den König erlaſſen. Wie bereits in Würzburg geſchehen iſt, ſo ſoll nun auch in Nürnberg die Landwehr eine Erklärung für die Reichsverfaſſung annehmen. Auch in Lindau hat die deutſche Sache geſiegt. In der Verſammlung der ganzen Bürgerſchaft am 29. April nahm der Magiſtrat einen von ihm vorgelegten Entwurf über eine Adreſſe an den König wegen Verkündigung der Reichsverfaſſung und Zuſammenberufung des Landtags zurück, weil er den Beifall der Bürger nicht hatte und einſtimmig, einſchließlich des Magiſtrats und der Gemeindebevollmächtigten, wurde die von dem Ausſchuſſe der Bürgerverſammlung entworfene Adreſſe angenommen und geht morgen an den König. In Regensburg hat der Verein für deutſche Einheit und geſetzliche Freiheit in Regensburg und Stadtamhof eine beglückwünſchende Zuſchrift an die würtembergiſche Volkskammer erlaſſen. (Schw. M.)

** **Stuttgart**, 2. Mai. Unſere Abgeordnetenkammer beharrt unter Anführung ihres Fünfzehnerausſchuſſes bei ihrer Stellung in der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit und will auch die Konſequenzen ihrer Beſchlüſſe durchführen. Sie iſt, man darf dieſes keck behaupten, hierin die getreue Vertreterin des Landes. Man ſieht die ſchlimme Lage des Vaterlandes nach dem neueſten Stand der Dinge gründlich ein und findet das Heil nur in der ausſchließlichſten Hingabe für's Reich; dieß iſt der Standpunkt des Füfzehnerausſchuſſes, der nach der geſchehenen Unterwerfung Würtemberg und die übrigen 28 Staaten als Reichsland anſieht. Die Fünfzehnerkommiſſion beantragte nun heute folgende Bitten an die Regierung: 1) um ſchleunige Einberufung und Einübung der bereits bewilligten Landwehr — jedoch ohne Vermehrung des Offizierſtandes, — 2) um ſchleunige Einbringung weniger Zuſatzbeſtimmungen zum Bürgerwehrgeſetz über Gründung mobiler Legionen der Volkswehr in eigener Weiſe, daß dieſelbe nöthigenfalls außerhalb des Landes verwendet werden kann. Wir bitten, in dieſer Richtung ſofort in Erwägung zu ziehen: „ob nicht ſämmtliche körperlich tüchtige unverehelichte Bürger von 18—25 Jahren zu dieſem Dienſte verpflichtet, unter militäriſchen Oberbefehl geſtellt, in beſonderen Abtheilungen in größere taktiſche Körper eingerahmt und die Vollziehung der Eintheilung und Einübung in Militärbezirken auf dem Lande durch zeitweiſe kommittirte Offiziere und beurlaubte Unteroffiziere alsbald eingeleitet werden könnte, um ſie für eine Feldaufſtellung vorzubereiten.“ 3) Um ſchleunige Vermehrung der Waffenvorräthe des Staates, namentlich durch möglichſte Ausdehnung der einheimiſchen Waffenfabrikation. Ferner ſtellt ſie den Antrag: „der königlichen Regierung die hiezu nöthigen Geldmittel anzubieten;“ endlich die Staatsregierung zu bitten: „mit denjenigen Landesregierungen, welche die deutſche Reichsverfaſſung bereits anerkannt haben, zu dem gemeinſamen Zwecke in Verbindung zu treten, und bei den übrigen Regierungen all ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß ſie die Gültigkeit der Reichsverfaſſung gleichfalls unverweilt anerkennen.“

Die Regierung nahm einen andern Standpunkt ein: Staatsrath Römer berief ſich auf die Nothwendigkeit der, obgleich kürzlich geſtrichenen, Vorausſetzung der erſten königlichen Erklärung, hinſichtlich der Unterwerfung: „daß nämlich die Reichsverfaſſung in Deutſchland in Wirkſamkeit trete.“ Er berechnete die Zahl der Deutſchen, deren Regierungen ſich nicht unterworfen, Würtemberg könne ſich gegen ſie zu einem Kampf für die Reichsver- mit den Waffen in der Hand nicht herbeilaſſen. Wenn Würtemberg ſich auch bis jetzt den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung unterworfen, ſo folge daraus noch nicht Unterwerfung unter ein Rumpfparlament; wenn Oeſterreicher, Preußen ꝛc. austreten; in dieſem Falle könne von unbedingter Unterwerfung nicht die Rede ſein, ſondern es komme auf die einzelnen Beſchlüſſe an. Auf eine Frage Eiſenlohrs erklärte Römer, daß, wenn ſich Würtemberg den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung unterworfen habe, dieß die verfaſſunggebenden Beſchlüſſe ſeien. Der Kriegsminiſter zeigte namentlich die Schwierigkeit in Ausführung der vorgeſchlagenen Punkte, theilte aber mit, daß die Landwehr einberufen werde. Die Uebereinſtimmung von Punkt 1. der Anträge mit den Verfügungen der Centralgewalt wurde allſeitig anerkannt. Gegen Römer, der übrigens die Nothwendigkeit der Rüſtungen aus Gründen der drohenden europäiſchen Verwicklungen anerkannte, wurde insbeſondere hervorgehoben, daß das, um was es ſich handle, nicht ein Krieg ſei von 6 Millionen Deutſchen gegen 34 Mill.; wie er es ausgerechnet, ſondern daß es gelte, der überall in den Staaten, die noch im Rückſtand ſeien mit Anerkennung der Reichsverfaſſung: in Preußen, Hannover ꝛc. mächtigen deutſchen Partei vorkommenden Falls die Hand zu bieten. Römer ward an ſein erſt vor 10 Tagen geſprochenes Wort erinnert: „Die Völker von Sachſen, Hannover, Baiern ꝛc. müſſe ihre Regierungen zur Anerkennung der Reichsverfaſſung zwingen.“ Wie bitter man das verfehlte Bürgerwehrgeſetz, das die Altersklaſſen von 25—50 Jahren zum Wehrdienſt verpflichtet und die Jugend von 17—25 Jahren frei läßt, gegenwärtig empfindet, das kam in der Debatte ſehr allgemein zur Sprache, und es fanden deßhalb die Vorſchläge des Fünfzehnerausſchuſſes viel Anklang. Bei der Entſcheidung zeigte ſich, daß namentliche Abſtimmung gar nicht nöthig war, indem die immenſe Mehrheit die Anträge des Fünfzehnerausſchuſſes annahm; bloß Punkt 2) erhielt erſt eine Faſſung, welche den Schein neuer Rekrutirung beſeitigt und auf Ausdehnung des Bürgerwehrgeſetzes auf die Jugend von 18—25 Jahren und Möglichkeit der Verwendung derſelben als militäriſcher Körper, auch außerhalb der jeweiligen Gemeinde, wie es die enge Faſſung des jetzigen Geſetzes vorſchreibt, anträgt.

* Aus Hannover haben wir weiter zu melden: In Celle hat am 27. der Bürgerwehrverein den Beſchluß gefaßt, am nächſten Sonntag eine große Parade zur Anerkennung der Reichsverfaſſung abzuhalten. Alle Parteien dieſer Stadt ſind einig, alle ſchaaren ſie ſich um das Panier der Reichsverfaſſung. Auf den Antrag des konſtitutionellen Vereins, der von Anfang an entſchloſſen geweſen iſt, ſeine in den Statuten ausgeſprochene unbedingte Unterwerfung unter die Reichsverſammlung nicht eine bloße Floskel ſein zu laſſen, haben ſämmtliche Vereine der Stadt und Vorſtädte (Volksverein, Handwerker-, Arbeiter-, Turn- und Wehrmanns-Verein) eine gemeinſchaftliche Kommiſſion niedergeſetzt, um die Schritte zu berathen, die die Gefahr des Vaterlandes erfordert. In Verden hat die Bürgerwehr gegen 3 Stimmen ſich zur Vertheidigung der deutſchen Reichsverfaſſung bereit erklärt. In Hildesheim hat am 29. eine von Tauſenden beſuchte Volksverſammlung ſehr energiſche Beſchlüſſe gefaßt, die der ſchon mitgetheilten Erklärung des dortigen Volksvereins entſprechen. In Goslar hat der vaterländiſche Verein einſtimmig beſchloſſen, gegen den König in einer Adreſſe das Bedauern über die Auflöſung der zweiten Kammer auszuſprechen, deren Mehrheit im Sinne des Landes gehandelt, und ihn um unverzügliche Einberufung der neuen Kammer zu bitten; der Reichsverſammlung das treue Halten an der Reichsverfaſſung zu verſprechen und die übrigen Vereine der Stadt zu gleichen Erklärungen aufzufordern. (W. Z.)

Osnabrück, 27. April. Der hieſige vaterländiſche Verein, der aus dem Kern der Osnabrücker Bürgerſchaft beſteht, der faſt alle die Wahlmänner in ſich vereinigt, welche Stüve für Osnabrück zum Deputirten gewählt haben, und der zum Theil ſeine Entſtehung dem Streben verdankt, ein Gegengewicht gegen die maßloſen Beſtrebungen des hieſigen Märzvereins in die Waagſchale zu legen, wird ſo kräftige Schritte thun, daß Herrn Stüve über die Anſicht von Osnabrück, auf welche er immer noch ein großes Gewicht legt, kein Zweifel bleiben kann. (F. O. P. Z.)

Göttingen, 29. April. Als ehegeſtern die Nachricht von der Auflöſung der Stände hieher kam, ertönte das Lärmhorn der Bürgerwehr und die verſammelte Bürgerwehr faßte einſtimmig den Beſchluß, den König von Hannover um ſofortige Ausſchreibung der Wahl einer neuen Ständeverſammlung zu bitten, ihm aber auch eben ſo zu erklären, daß die Göttinger Bürgerwehr die Reichs-Verfaſſung für rechtsgiltig erachte und dafür

einſtehen werde gegen Jedermann. Eine Deputation ging mit dieſer Adreſſe noch am ſelben Tage nach Hannover ab. Geſtern Abends war ins Schauſpielhaus eine Volksverſammlung berufen und ungewöhnlich zahlreich beſucht. Einſtimmig faßte ſie folgenden Beſchluß: eine Adreſſe an den König zu erlaſſen, in der um baldigſte Einberufung einer neuen Ständeverſammlung gebeten und ferner erklärt werde, daß Göttingen feſt an der Reichs-Verfaſſung halte mit Gut und Blut; außerdem möge er ſein Miniſterium entlaſſen und ein anderes an ſeine Stelle treten laſſen, das es ehrlich meine mit dem Volke und der deutſchen Einheit. Eben ſo beſchloß man, an alle Vereine und Bürgerwehren Hannovers die Aufforderung ergehen zu laſſen, ſie möchten ſich kategoriſch für die Reichsverfaſſung erklären.

Rendsburg, 28. April. Die alte deutſche Feſtung Rendsburg hatte heute ein merkwürdiges Schauſpiel; es hielt nämlich, hoffentlich zum letzten Male, ein König von Dänemark ſeinen Einzug in die Stadt. Es war das rieſige Gallionbild des Linienſchiffes Chriſtian VIII.; man hat es dem Wrack entnommen, um es bis weiter im hieſigen Arſenale aufzuſtellen. Das Bild iſt aus Eichenholz geſchnitzt, zum Theil vergoldet, ungefähr 12 Fuß lang, und bildet bis an den Gürtel ein ſehr ähnliches Porträt des verſtorbenen Königs von Dänemark im vollen Krönungsornat; unten läuft es in eine Arabeske aus; es war ziemlich wohl erhalten, nur ein Stück der Krone und der Reichsapfel waren von den deutſchen Kugeln fortgeriſſen, war das Zufall? Wahrlich, wer die von den Wellen gewaſchene Rieſengeſtalt auf dem niedrigen Blockwagen, von der Volksmaſſe umringt, mit der Langſamkeit eines Leichenzuges durch die Straßen ſchleppen ſah, die Hände von den Landleuten mit einem Stricke zuſammengebunden, gleichwie im ohnmächtigen Zorn auf der Bruſt geballt, der dachte unwillkürlich an die rächende Hand der Nemeſis, die hier im Bilde den König ſtrafte, der zuerſt am Rechte der deutſchen Herzogthümer zu rütteln wagte. So ſehr drängte ſich dieſer Gedanke Jedem auf, daß als der Wagen einen Augenblick halten mußte, ein Soldat hinzutrat, und indem er der Statue die Hand unter das Kinn hielt, ſagte: „Junge, Junge! dat heſt du wul nich dacht, as du den aapen Brief ſchrewſt, dat du ſo in Rendsburg intrecken ſchuſt.“ Hinter dem Blockwagen folgte ein Bauernwagen, auf welchem ein Landmann ſaß, den däniſchen Reichsſcepter, den man aus Vorſicht der Statue aus der Hand genommen hatte, hoch in der Hand haltend, um ihn gegen das Zerbrechen zu ſchützen.

(N. f. P.)

Großbritannien.

* **London**, 29. April. In Irrland ſteigert ſich, wenn es noch möglich iſt, die Noth fortwährend. Hierzu geſellen ſich, und gerade in den am meiſten leidenden Theilen, die Schrecken der Cholera. Die Hungertode häufen ſich im Weſten. Ueber den Grad des Uebels ſind alle Parteien einig, aber über den Sitz deſſelben und die Mittel der Abhilfe weichen ihre Anſichten nach den entgegengeſetzteſten Richtungen von einander ab. Dieſelbe ſchroffe Getheiltheit macht ſich auch leider bei den iriſchen Mitgliedern des Parlaments, bemerkbar. Hierzu kommt der allerdings furchtbar ſchleppende Geſchäftsgang der dreimaligen Leſungen und Komiteberathungen in beiden Häuſern, welcher den Gegnern einer Maßregel, namentlich unter einer weniger auf energiſches als auf bedächtiges Vorſchreiten angewieſenen Regierung, geſtattet, ſie Monate lang hinzuzögern, ehe ſie in Wirkſamkeit tritt. In chroniſchen Krankheiten mag ſich eine langſame Heilmethode bewähren, aber nicht in akuten; und die Krankheit, an welcher Irland leidet, iſt aus einer chroniſchen in eine akute übergegangen. Jeder Tag der im Parlament, für Irland verloren geht, koſtet in der Provinz Connaught ein paar Menſchenleben. Die „Times“ erſchöpft ſich in Rathſchlägen, noch mehr aber in charakteriſtiſchen Gleichniſſen, mit denen freilich mehr der Styliſtik als den Irländern gedient iſt. Die Times ſagt: „Das, woran Irland ſiecht, iſt nichts anderes als eine Revolution, denn der Hunger iſt der ſchlimmſte Anarchiſt, und der blutgierigſte Pöbel kann kaum mehr Uebles ſtiften als Verarmung, Tod und Verbannung.“ Und an einer andern Stelle: „Ein Wort drückt den Charakter der iriſchen Kriſe vollkommen aus, und iſt der Schlüſſel zu der iriſchen Schwierigkeit. Dieſes Wort lautet Bankrot. Irland iſt bankbrüchig. In ſeinem ſocialen Haushalte ſind ſeit langem alle Erwägungen der Klugheit und Sittlichkeit gänzlich mißachtet worden. Wir haben es jetzt nur noch mit einem Wrack zu thun — mit einem Wrack von Menſchen, einem Wrack von Landgütern, einem Wrack von Sitten und Geſetzen. In einem ſolchen Falle können nur außerordentliche Maßregeln helfen.“

* **London**, 1. Mai. Im Unterhauſe ging geſtern endlich die dritte Leſung der iriſchen Hilfsarmenſteuer mit 129 gegen 55 Stimmen durch; im Oberhauſe brachte der nachgerade etwas geſchwätzig gewordene Lord Brougham die Rede zum zweitenmale auf den angeblich von der republikaniſchen Regierung in Rom beabſichtigten Verkauf von Kunſtwerken, welcher von dem edlen Lord mit einer Räuberei verglichen wurde. Wie er gehört, ſei der römiſche Finanzminiſter nach Paris und London gereiſt, um hier ältere und neuere unſchätzbare Kunſtwerke, unter andern die Kameen und Münzen, ferner die Manuſkripte des Vatikans loszuſchlagen (!) Er erzählte bei dieſem Anlaß eine Anekdote von Voltaire erſt in engliſcher, dann in franzöſiſcher Sprache und erregte durch ſeinen Vortrag ein unauslöſchliches Gelächter. Lord Brougham nannte den Namen Manzoni als desjenigen, welcher gegenwärtig Chef der Finanzverwaltung in Rom ſei. Einer der Lords bemerkte, Brougham bürde hier einem Manzoni auf, was ein Mazzini vollbracht habe. Lord Brougham blieb jedoch darauf beharren, derjenige, der dieſen Kunſtdiebſtahl veranlaßt, ſei Manzoni, obſchon er keineswegs ein Wort zur Entſchuldigung Mazzini's ſagen wolle, welcher an der Spitze des Miniſteriums für den Meuchelmord in Rom ſtehe. (Hört, und Gelächter.) „Ja,“ ſetzte er hinzu, „Mazzini befand ſich an der Spitze der Polizeiverwaltung und hat nicht verhindert, daß mein theurer und gelehrter Freund Roſſi ermordet wurde, noch hat er die Mörder abfaſſen laſſen. Hr. Manzoni ſteht, wie es heißt an der Spitze des Miniſteriums für den Diebſtahl.“ Lord Beaumont kam dem edlen Lord inſofern zu Hilfe, daß er die Lords benachrichtigte, es gebe jetzt zwei Perſonen in Italien mit dem Namen Mazzini, der eine ſei Polizeikommiſſär zu Rom, der ander der große Dichter, der jetzt in Mailand in Zurückgezogenheit lebe, wenn, ſetzte er hinzu, „ein Mann von Geiſt und Intelligenz unter dem eiſernen Scepter Oeſterreichs in Ruhe leben kann.“ (Hier hat ſich Lord Beaumont wohl ſelbſt in dem Labyrinth der Namen Manzoni und Mazzini verlaufen. Unter dem großen in Mailand lebenden Dichter konnte er wohl keinen Andern meinen als Alesſandro Manzoni, den Verfaſſer der „Promessis posi“). Der Lord Beaumont ſchloß damit, daß Mazzini, der römiſche Polizeiminiſter, zu der Zeit, als Roſſi ermordet wurd, ſich nicht in Rom, ſondern in Livorno befunden habe. Im Grunde kann man auch Lord Brougham zu den gefallenen Größen unſerer Zeit zählen, er iſt, was man ſo nennt, „fertig.“

Neueren Nachrichten aus Kanada zu zufolge iſt die Stadt Toronto durch eine furchtbare Feuersbrunſt zum größern Theile in Aſche gelegt worden, hierunter die prächtige neuerbaute Hauptkirche St. Jakob. Man ſchätzt den Schaden auf 600,000 Pf.

Der Pr. St. A. entnimmt dem miniſteriellen „Globe“ folgende Stelle: „Wir ſind nicht blind gegen die Hinderniſſe, welche den Weg zur Einheit Deutſchlands noch hemmen. Wenn wir uns aber erinnern, wie oft und wie unverdient man von England geſagt hat, es blicke mit Argwohn und Eiferſucht auf die Befeſtigung von Nationalitäten, in denen es Nebenbuhler ſähe, ſo gereicht es uns zu hoher Befriedigung, zu bemerken, daß die Freunde der deutſchen Einheit von dem jetzigen Chef unſeres Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten nur freundliche Sympathie und Unterſtützung zu erwarten haben. Es ſteht natürlich nicht in unſerer Macht, die einzelnen Punkte der Verhandlungen Lord Palmerſton's mit der Regierung zu Frankfurt anzuführen; doch verlautet genug, um klar zu beweiſen, daß er den Bemühungen derſelben niemals mit Kälte begegnet iſt. Wenn uns nicht ſeine eigene Rechtfertigung in dieſer Hinſicht zu Gebote ſteht, ſo können wir wenigſtens aus den Angriffen ſeiner Gegner und aus dem beifälligen Dank der am meiſten bei der Kriſis intereſſirten Parteien ein unanfechtbares Zeugniß entnehmen. Herr Diſraeli ſagt uns, daß, wenn Deutſchland ein einiges und mit uns rivaliſirendes Reich werde, wir dies nur den Whigs zu danken haben; und die Deutſche Zeitung ſtellt Lord Palmerſton's offene Herzlichkeit dem herabſetzenden und reizenden Spott gegenüber, welchen Lord Aberdeen und ſeine Organe gegen den Lieblingstraum des deutſchen Volkes zu richten für angemeſſen halten. Wenn die Schaffung eines ſolchen Reiches ein Traum iſt, ſo iſt es wenigſtens ein liebgewonnener und ein edler Traum, und er erheiſcht deshalb Hochachtung von Seiten des Publikums eines fremden Landes.“

(In der auf die „Deutſche Zeitung" bezüglichen Stelle iſt wohl zunächſt der engliſche Artikel in Nr. 109 unſerer Zeitung gemeint, in welchem zum Beweiſe, daß Deutſchland in ſeinen Einheitsbeſtrebungen von den Whigs mehr Gunſt als von Tories und Peeliten zu erwarten habe, eine Betrachtung des Globe über Deutſchland einer andern des Morning Chronicle gegenübergeſtellt wurde. Während nämlich das Mornig Chronicle, man möchte faſt glauben aus bloßem Hohn, ſeinerſeits verſichert hatte, Deutſchland habe unter dem Bundestage ſeine glorreichſte Zeit verlebt und müſſe, um nicht unterzugehen, zu dieſem volksthümlichen und ehrwürdigen Inſtitute wieder ſeine Zuflucht nehmen, hatte Palmerſtons Organ, der „Globe", von dem Bundestage den klaſſiſchen Ausdruck gebraucht, er ſei das „Ideal organiſirter Impotenz" geweſen.)

Frankreich.

* **Paris**, 30. April. Bekanntlich iſt Guizot mit ſeiner Kandidatur in Liſieur durchgefallen: er hat in einer Vorverſammlung unter mehreren 100 nur 69 Stimmen erhalten. Einen Brief, in dem er die Aufforderung eines Freundes, perſönlich ſeine Kandidatur zu betreiben, zurückweiſt, ſchließt er mit folgenden Bemerkungen: In der Verſammlung würde meine Stellung, wäre meine Wahl auch noch ſo ſehr ohne mein Zuthun geſchehen, immer ſchwierig bleiben, und ich würde, wenn ich die Wahl annehme, eine ſchwere Laſt übernehmen. Für mich gibt es keine Rolle in den Antichambern, welche zur Verſammlung führen, ſelbſt nicht in der der Rue Poitiers. Wenn ich bei dem, was ich thue, nicht gewählt werde, ſo gehe ich nach Val-Richer und ſetze meine Arbeiten fort. Dort werde ich warten, bis die Wähler mich aufſuchen, ſobald ſie es für paſſend finden.

* **Paris**, 1. Mai. Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung begann mit der Berathung eines Geſetzes, betreffend einen Supplementkredit von 480,000 Fr. für das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten. Der Kredit wurde bewilligt. Dann folgte die ſchon neulich begonnene Berathung des neuen Militärorganiſationsgeſetzes. Die Verſammlung hörte träge zu, während einige Redner ſich um die wichtigſten Grundſätze des Heerweſens ſtritten. Der Art. 32 ſpricht den Grundſatz des Loskaufes durch Steuerumlage aus. Die Herren Desjobert und Prebois ſchlugen dazu ein Amendement vor, wonach die Renumeration der Erſatzmänner durch eine vom Staat gezahlte Leibrente geſchieht. Nachdem lange und heftig von den Amendementſtellern dafür, von den Ausſchußvertretern dagegen geſprochen worden, wurde das Amendement einſtimmig verworfen. Tamiſſier reichte ein neues Amendement ein, das von dem Loskauf ausging, und auf eine Progreſſivſteuer hinauslief. Goudchaur bekämpfte daſſelbe in einer vortrefflichen, launigen Rede. Bei der Abſtimmung ergaben ſich für den Art. 32 369, dagegen 179 Stimmen.

Die Zuſammenrottungen an der Porte St. Denis und der Porte St. Martin, die einige Tage hindurch das Publikum ſehr beunruhigten, haben ſo ziemlich aufgehört. Geſtern Abend ſah man nur noch einige Gruppen Neugieriger, die übrigens nicht einmal die Cirkulation unterbrachen, daſelbſt verſammelt. Die Haltung derſelben war ſehr friedlich und die bewaffnete Macht hatte nicht nöthig, an Ort und Stelle zu erſcheinen. Nichtsdeſtoweniger waren mehrere Regimenter konſignirt und Patrouillen durchſtreiften alle Straßen der Stadt. Die Kaufläden blieben bis zur gewöhnlichen Stunde geöffnet.

Die bevorſtehenden Wahlen beſchäftigen faſt ausſchließlich die öffentliche Aufmerkſamkeit. Man iſt beſonders begierig, zu erfahren, welches Reſultat die vorläufige Abſtimmung über die von der „Wahlvereinigung" aufgeſtellten 50 Kandidaten liefern wird, aus denen alsdann diejenigen 28, welche die meiſten Stimmen erhalten haben, als definitive Kandidaten für Paris ausgewählt werden. Die Mitglieder der „Wahlvereinigung" ſind aus den verſchiedenen Kompagnien der Nationalgarde von ganz Paris gewählt und repräſentiren daher die gemäßigten Elemente der Bevölkerung ohne Unterſchied der politiſchen Partei.

Die Organe der Regierung enthalten eine ausführliche Erzählung über die Reiſe, die der Präſident der Republik nach Troyes gemacht hat, um den Nationalgarden des Departements der Aube ihre Fahnen zu überreichen. In der ganzen Champagne, die bekanntlich in den Jahren 1792 und 1814 ſich gegen das Ausland ſo tapfer ſchlug, wurde Louis Bonaparte mit dem Rufe: „Es lebe Napoleon! Es lebe der Präſident der Republik!" empfangen. Der Bürgermeiſter von Troyes hielt an den Präſidenten eine ſehr wenig republikaniſche Anrede, in der er vorzugsweiſe um die bewährte Anhänglichkeit der Champagne und namentlich der Stadt Troyes an den Kaiſer, die ſich auch in der Wahl vom 10. Dezember gezeigt habe, ſprach. Der Biſchof von Troyes ſagte bei Gelegenheit der Fahnenweihe unter Anderem: „Dieſe Fahnen, die ihr empfangen werdet, ſind durch die Religion in Gegenwart eurer Frauen und Kinder geſegnet worden; in Gegenwart eurer Behörden, deren einziges Vorrecht heut zu Tage nur darin beſteht, zuerſt zu ſterben; in Gegenwart des Erwählten der Nation, des Neffen des Kaiſers, deſſen Name für ganz Frankreich das Sinnbild der Ordnung, des Sieges und der öffentlichen Wohlfahrt iſt und der in wenigen Monaten ſich die Achtung von ganz Europa zu verſchaffen gewußt hat, der durch die Weisheit ſeiner Regierung bereits die Stimmen und Hoffnungen Frankreichs gerechtfertigt hat. Nationalgarden! bewahret dieſe Fahnen als ein heiliges Zeichen der Eintracht, der Kraft und der Größe der Nation und wenn eines Tages das Vaterland bedroht wäre, erinnert Euch, um unbeſiegbar zu ſein, daß ſie von dem Neffen des Kaiſers berührt worden ſind, denn es liegt in dem Blut der Helden eine geheime Kraft, die ſich Allem mittheilt, was ſie berühren."

Die heutigen Courſe ſchloſſen, die 3 pCt. 56,75; 5 pCt. 88,25; Bankaktien 2400.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Siebenbürgen ſoll, wie Flüchtlinge von dort erzählen, von Bem's Korps nur ſchwach beſetzt ſein. Bem habe in den erſten Tagen des April eine bedeutende Macht gegen Dewa gezogen, Carlsburg cernirt und beſchoſſen, letzteres aber wieder aufgegeben. Kronſtadt ſei ſchwach, Hermannſtadt bloß mit 2000 Mann beſetzt; zwiſchen dem 8. und 14. April hatte Bem noch mehr Truppen an ſich gezogen und dadurch die Garniſonen abermals vermindert. Die Inſurgenten ſuchen ſich natürlich durch alle möglichen Mittel zu verſtärken, heben von allen Nationalitäten Rekruten aus, und ſuchen ſie, wo ſie es für nöthig halten, auch durch Drohungen und Gewaltmittel zum Kampfe zu ſpornen. (Oſtd. Poſt.)

Italien.

* **Turin**, 27. April. Die Verhältniſſe verwickeln ſich immer mehr. In Aleſſandria ſind Streitigkeiten zwiſchen Oeſterreichern und Piemonteſen ausgebrochen. Die Oeſterreicher ſteckten Lorbeern an ihre Tzako's, das wollten die Piemonteſen nicht dulden, ein Kampf entſtand, in dem auf beiden Seiten Todte und Verwundete blieben. Die Geldfrage bleibt jedoch die Hauptfrage. Einige ſagen, die Oeſterreicher berechneten 226 Mill. Fr., Andere gar 175 Mill. fl. Entſchädigung. Radetzky perſönlich legt weniger Gewicht auf die Entſchädigung als auf Aenderung der Verfaſſung und Verzicht auf Parma; Bruck dagegen als Finanzmann beſteht auf der beſonderen Wichtigkeit der Geldzahlung. Der Miniſter Delaunay ſchlug deßhalb vor, in den beiden letztern Punkten nachzugeben und ſo Radetzky von Bruck zu trennen. Die übrigen Miniſter und der König erklärten aber die Verfaſſung für heilig und dieſe Bedingungen für völlig unzuläſſig. Bezeichnend iſt die Art und Weiſe, wie die fremden Diplomaten ſich über die Forderungen Oeſterreichs auslaſſen. Der Engländer Abercromble meint blos, ſie wären exorbitant. Der Franzoſe Bois-le-Comte meinte auf einem Balle, den er geſtern gab, es wäre nicht zu denken, daß Frankreich nicht Vorſtellungen machte, die ſich Gehör verſchafften. Man ſagt, daß der Staatsanwalt bei dem Kriegsgericht, das über den General Ramorino das Urtheil zu ſprechen hat, auf die Todesſtrafe antragen wird.

* **Livorno**, 22. April. Die Regierungs-Kommiſſion hat den franzöſiſchen Konſul gebeten, nach Florenz zu ſchreiben, damit binnen der nächſten zwei oder drei Tagen keine militäriſchen Operationen gegen die Stadt vorgenommen werden. Sie hofft, in dieſem Zeitraum das Volk zur Vernunft zu bringen. Der franzöſiſche Konſul hat dieſes Begehren erfüllt, ohne irgend einen Rath oder eine Bemerkung hinzuzufügen. Man hatte einen Angriff auf der Seite von Piſa befürchtet und deßhalb Vertheidigungsmittel ergriffen. Es wurden in der That einige Flintenſchüſſe mit Soldaten gewechſelt, die von Piſa gekommen waren, um die Eiſenbahn zu beſchützen. Nach einem kurzen Feuer zogen ſich die Livorneſer auf die Stadt zurück.

Parma, 21. April. Heute bewegte ſich die erſte Kolonne des unter Feldzeugmeiſter Baron d'Aſpre hier ſtehenden zweiten Armeekorps auf der Straße nach Maſſa; die andern Kolonnen folgen morgen und übermorgen eben dahin. Obwohl bis jetzt über den Zweck dieſer Operation noch das größte Stillſchweigen herrſcht,

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen ber Reichsverſammlung vam 4. Mai) Leipzip (Deputationin nach Deesden.) Hannover (Deputation an den König.) Stade (Die Bürgerwehr für bie Reichsverfaſſung.)

Oeſterreichiſche Monarchie. (Brief Rabetzky's an ben Prinzen von Preußen.)

Niederland. Amſterbam (Das Limburaer Kontingent.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 4. Mai.)

Verhandlungen der Reichs=Verſammlung.

Vom 4. Mai.

Tagesorbnuna der 211. öffentl. Sitzung.
(Durch Abänderung)

Berathung über einen dringlichen Antrag des Dreiſiger=Ausſchuſſes in Bezug auf die Durchſührung der Reichsverfaſſung.

Auf den Plätzen der Abgeordneten ſcheint ſchon bei Eröffnung der heutigen Sitzung kaum noch ein in Frankfurt anweſendes Mitglied der Verſammlung zu fehlen. Sie erfolgt gegen 9½ Uhr Vormitags durch den Präſidenten Herrn Simſon. Ausgetreten ſind die Herren v. Breuning aus Aachen, Marteus aus Danzig, v. Beckerath aus Krefeld. Die Ankündigung der letztgenannten Austrittserklärung bringt eine Bewegung unwilligen Staunens im Hauſe hervor. Für die deutſche Kriegsflotte ſind eingegangen 171 Thaler von dem Jungfrauenverein zu Sagen. (Bravo!)

Hr. Viſcher von Tübingen ruft das Reichsminiſterium an wegen der Mißachtung des Geſetzes vom 8. Januar, die Aufhebung der Spielbanken betreffend, die ſich in Homburg kundgebe. Die Anruſung iſt erſt heute morgen eingebracht und es erfolgt noch keine Antwort darauf.

Darauf bemerkt der Präſident, daß ſich in den Händen der Abgeordneten ſeit heute Morgen ein dringlicher Antrag des Dreißiger Ausſchuſſes befinde. Der Antrag iſt gedruckt vertheilt und er zerfällt in ein Mehrheitserachten ſowie in drei Minderheitsanträge, die letzteren von Herrn Vogt von Gießen, von Hrn. Venedey aus Köln und von Hrn. Simon von Trier geſtellt. Das Mehrheitserachten lautet:

1) In Erwägung, daß es unmöglich iſt, bie Verfaſſung bes deutſchen Reiches auf dem in ihr ſelbſt vorgezeichneten Wege ins Leben zu führen, ſo lange das erwählte Reichsoberhaupe bieſelbe nicht anerkannt hat und die Wahlen zum Reichstage nicht ausſchreibt. 2) In Erwägung, daß die Regierungen mehrerer deutſchen Staaten die Verfaſſung Deutſchlands noch nicht anerkannt, daß die von Preußen und Baiern die entgegengeſetzte Anſicht ausgeſprochen haben. 3) In Erwägung, daß auf der Grundlage der gegebenen Verfaſſung nur dann eine gedeihliche Entwickelung des öffentlichen Rechtszuſtandes für Deutſchland zu erwarten ſteht, wenn die Würbe des Reichsoberhauptes mie der Krene Preußen verbunden wirb. 4) In Erwägung, daß wenn nach dem Abſchluß ber deutſchen Verfaſſung die deutſche Nationalverſammlung ſich auflöſen wolle, ſie den ihr vom deutſchen Volke unter Zuſtimmung der Regieeungen ertheilten Auftrag nur zur Hälfte erfüllen würde, inbem die neue Konſtituieung Deutſchlands nicht mit dem Ausarbeiten einer Verfaſſung, ſondern eeſt dann bewiekt iſt, wenn Deutſchland in Wirklichkeit unter der beſchloſſenen Verfaſſung geeinigt iſt. 5) In Erwägung, daß mit Auflöſung ber Nationalverſammlung die proviſoriſche Centralgewalt ganz gegen ihre Beſtimmung in eine rein abſolute Regierungsform umgewandelt, oder der Bedingungen ihrer Exiſtenz beraubt werden würde. 6) In Erwägung, daß die proviſoriſche Centralgewalt, welch' hoher Werth auch darauf zu legen iſt, daß ſie dis bahin, wo eine neue verfaſſungsmäßige Geſammtregierung ins Leben getreten ſein wird, im Sinne des Geſetzes v. 28. Juni 1818 fortbeſtehe und fortwirke, gleichwohl nach eben dieſem Geſetze, weder befugt noch verpflichlet iſt, Handlungen vorzunehmen, zu welchen das Recht erſt aus ber Verfaſſung ſelbſt hergeleiter werden kann, namentlich das Ausſchreiben von Wahlen, die Eröffnung bes Reichstages. 7) In Erwägung, daß der Uebertragung dieſer Funktionen auf die proviſoriſche Central=Gewalt ebenſowohl, als ber Schaffung einer neben oder an die Stelle ber Central=Gewalt treeenden neuen Gewalt, formelle und politiſche Bebenken entgegenſtehen. 8) In Erwägung, baß in dem gegenwärtigen Augenblicke der Bundestag nicht mehr beſteht, ſondern — und zwar mit Zuſtimmunz ber Regierungen — aufgehoben iſt, der wirklichen Durchführung des beſchloſſenen Bundesſtaates aber bie auseinandergehenden und zu keiner anderweiten Einigung gedeihenden bynaſtiichen Intereſſen mehrerer Regierungen in dem Maße offen unb heimlich entgegenarbeiten, als das beutſche Velk andererſeits ſich überall zu dieſer Verfaſſung dekannt, und nicht minder durch die entſchiedene und friedliche Haltung ſeiner Bürger als durch den hohen Muth ſeiner Krieger lautes Zeugniß adlegt, ſur ſeinen Beruf zu einer großen geſchichtlichen Entwickelung. 9) In Erwägung, daß Deutſchlanb, wenn die Nationalverſammlung es in dieſer Lage ſich ſelbſt, oder dem Ungefähr der ſich mannigfach kreuzenden dynaſtiſchen Intereſſen überlaſſen wollte, einem gänzlichen politiſchen Zerfallen, oder boch unſäglichen neuen Wirren, ſein Wohlſtand aber den vernichtendſten Schlägen entgegengehen würbe. 10) In Erwägung, daß bei dieſer Lage Deutſchlands ſchon ein über bem geſchriebenen Rechte ſtehendes Geſetz ber Geſammtvertretung der Nation das Recht gibt und die Pflicht auferlegt, bie Exiſtenz des gemeinſamen Vaterlandes zu ſichern und zu thun, was daſſelbe allein zu retten vermag, daß aber auch bis dahin, wo die Verfaſſung wirklich in's Leben getreten ſein wird, die höchſte geſetzgebende Gewalt für Deutſchland der Nationalverſammlung von dem Volke anvertraut iſt,

beſchließt dieſelbe wie folgt:

I. Die Nationalverſammlung fordert die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk auf, die Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

II. Sie beſtimmt den 15. Auguſt d. J. als den Tag, an welchem der eeſte Reichstag auf den Grund der Verfaſſung in Frankfurt a. M. zuſammen zu treten hat.

III. Sie beſtimmt als den Tag, an welchem im deutſchen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen ſind, den 15. Juli d. J.

IV. Sollte, — abgeſehen von Deutſchöſterreich, deſſen zur Zeit etwa nicht erfolgter Eintritt hereits durch §. 87 der Verfaſſung berückſichtigt iſt, — ein oder der andere Staat im Reichstage nicht vertreten ſein und deßhalb eine oder die andere Beſtimmung der für ganz Deutſchland gegebenen Verfaſſung nicht ausführbar erſcheinen, ſo erfolgt die Abänderung derſelben auf dem in der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege proviſoriſch bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verfaſſung überall in Wirkſamkeit getreten ſein wird. Die §. 196 Nro. 1 der Verfaſſung gedachten zwei Drittheil der Mitglieder ſind dann mit Zugrundlegung derjenigen Staaten, welche zum Volks= und Staatenhauſe wirklich gewählt haben, zu ermitteln.

V. Sollte insbeſondere Preußen im Reichstage nicht vertreten ſein, und alſo bis dahin weder ausdrücklich noch thatſächlich die Verfaſſung anerkannt haben, ſo tritt das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhauſe vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Titel eines Reichsſtatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein.

VI. Sobald aber die Verfaſſung von Preußen anerkannt iſt, geht damit von ſelbſt die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfaſſung §. 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preußen über.

VII. Das Reichsoberhaupt leiſtet den Eid auf die Verfaſſung vor der Nationalverſammlung und eröffnet ſodann den Reichstag. Mit der Eröffnung des Reichstages iſt die Nationalverſammlung aufgelöſt.

Dazu werden als von außerhalb des Ausſchuſſes kommend von folgenden Abgeordneten Verbeſſerungsanträge angemeldet.

Von den Herren Moritz Mohl, v. Reden und Ebe. Der Antrag von Mohl geht auf Bildung eines „Parlamentsheeres" und auf eine ſchleunige Regelung der Oberhauptsfrage. Die Minderheitsanträge des Ausſchuſſes theilen wir unter dem Texte mit.*)

---

*) Minoritäts=Antrag 1. des Abgeordneten Vogt von Gießen.

In Erwägung, daß Friebrich Wilhelm IV., König von Preußen, die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiſer ber Deutſchen definitiv abgelehnt hat und daburch die getroffene Wahl erledigt iſt, eine andere Wahl derzeit aber unthunlich erſcheint; in Erwägung, daß die Regierungen: Preußen, Baiern, Hannover und Sachſen die unbedingte Annahme der Verfaſſung verweigere haben; und in fernerer Erwägung, daß die Regierung von Oeſterreich durch Anrufung ruſſiſcher Hülfe ihre Bundespfliche verletzt hat, bas Gebiet bes beutſchen Reiches von ruſſiſchen Truppen wirklich überſchritten woeben iſt und ſowohl hierdurch als durch bie Weigerung ber erwähnten Regierungen das Vaterland in Gefahr iſt: beſchließt die Nationalverſammlung 1) die verfaſſungsmäßigen Befugniſſe des Kaiſers werden, bis zur völligen Durchführung der Verfaſſung in ganz Deutſchlanb, einem Reichsſtatthalter übertragen, den die Nationalverſammlung erwählt; 2) wählbar zu dieſer Würde iſt jeder volljährige Deutſche; 3) der Reichsſtatthalter leiſtet ſogleich nach Annahme der Wahl vor der Nationalverſammlung ben Eid auf die Reichsverfaſſung; 4) ſie beſtimmt den 1. Auguſt d. J. als den Tag, an welchem der erſte Reichstag auf den Grunb ber Verfaſſung in Frankfurt a. M. zuſammenzutreten hat; 5) ſie beſtimmt als den Tag, an welchem im deutſchen Reiche die Wahlen fur das Volkshaus vorzunehmen ſind, den 15. Juli d. J.; 6) mit ber Beeidigung des Reichsſtatthalters hört die proviſoriſche Centralgewalt auf; 7) die Nationalverſammlung erläßt einen Aufruf an das deutſche Volk, in welchem ſie zum Feſthalten an der Reichsverfaſſung und zur thatkräftigen Bekämpfung jeglichen Widerſtandes gegen die Durchführung derſelben auffordert; der Dreißiger=Ausſchuß iſt mit Vorlage eines Entwurfs zu dieſem Aufrufe beauftragt; 8) die Nationalverſammlung fordert ſämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einſchluß der Bürgerwehren, ſofort auf bie Reichsverfaſſung vereidigen zu laſſen. Für den Fall, daß einzelne Regierungen dieſe Vereibigung bis zum 20. Mai nicht

Die Dringlichkeit des Gegenſtandes wird einhellig anerkannt und das Mehrheitserachten iſt ſo eben von dem Berichterſtatter, Hrn. v. Wydenbrugk, mit einigen Worten eingeleitet worden, als der Präſident verkündet, daß der Unterſtaatsſekretär Hr. Widenmann Namens des Reichsminiſteriums das Geſuch an die Verſammlung richtet, ſich auf eine kurze Zeit zu vertagen, um dann eine Mittheilung des Reichsminiſteriums zu empfangen. Das Haus entſpricht dem Verlangen, indem es ſeine Verhandlung abbricht und auf eine halbe Stunde, das heißt bis 10¼ Uhr ausſetzt.

Wiederaufnahme der Sitzung.

Die Unterbrechung hat länger als angeſagt war und bis 10¾ Uhr gewährt, als erſt der Eintritt der Perſonen des interimiſtiſchen Reichsminiſteriums, Hrn. von Gagern an der Spitze, erfolgt. Der Präſident der Reichsverſammmlung verlieſt hierauf die folgende von dem interimiſtiſchen Präſidenten des Reichsminiſterraths an ihn gelangende und gerichtete Zuſchrift:

Der interimiſtiſche Präſident des Reichsminiſterrathes
an
den Präſidenten der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung
Hrn. E. Simſon.

Am 28. v. M. hat die königl. preußiſche Regierung, außer der Note, welche bezüglich der Verfaſſung des deutſchen Reichs und bezüglich der auf Sr. Majeſtät den König von Preußen auf Grund dieſer Verfaſſung gefallenen Wahl zum Reichsoberhaupt an den königl. Bevollmächtigten bei der Centralgewalt erlaſſen und in offiziellem Wege zur Kenntniß der proviſoriſchen Centralgewalt und der Nationalverſammlung gebracht worden iſt, eine weitere, denſelben Gegenſtand betreffende Cirkularnote an die königlich preußiſchen Miſſionen bei den deutſchen Regierungen gerichtet. Von dieſer Cirkularnote iſt zwar die proviſoriſche Centralgewalt nicht in offizieller Weiſe in Kenntniß geſetzt worden; ſie iſt aber durch den preußiſchen Staatsanzeiger zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Das Reichsminiſterium beehrt ſich, ein Exemplar des betreffenden preuß. Staatsanzeigers an den Herrn Präſidenten der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung, zur Vervollſtändigung des Materials zu den bevorſtehenden Verhandlungen gelangen zu laſſen.

Mit Bezug auf die Stelle der Note (Siehe unſere Extrabeilage von heute) aber, welche ſagt: „Im feſten Vertrauen auf die Zuſtimmung, die ihr von allen geſunden und redlichen Elementen im eignen Lande zu Theil werden wird, iſt ſie darauf gefaßt, den zerſtörenden und revolutionären Beſtrebungen nach allen Seiten hin mit Kraft und Energie entgegenzutreten, und wird ihre Maßregeln ſo treffen, daß ſie den verbündeten Regierungen die etwa gewünſchte und erforderliche Hülfe rechtzeitig leiſten könne. Die Gefahr iſt eine gemeinſame, und Preußen wird ſeinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut" erklärt das Reichsminiſterium Namens der Centralgewalt, daß, nachdem das Geſetz vom 28. Juni 1848 über Einführung einer proviſoriſchen Centralgewalt für Deutſchland, die vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaates betreffen, der proviſoriſchen Centralgewalt übertragen hat, ſie der Rechte wie der Pflichten, die ihr demnach obliegen, eingedenk, bei der Erfüllung derſelben auf die Unterſtützung der Einzelſtaaten, eines jeden nach ſeinen Kräften rechnet; einen Anſpruch aber auf allgemeine Leitung gemeinſamer Maßregeln zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und des Reichsfriedens, inſofern dieſer in der angeführten Stelle liegen ſollte, einem Einzelſtaate nicht zugeſtehen könnte.

Frankfurt, 4. Mai 1849. gez. H. Gagern.

Die Verſammlung beobachtet unter der Verleſung ein tiefes Schweigen, nur hier und da durch ein Hört! Hört! oder eine Aeußerung der Spannung unterbrochen. Aber ein allgemeines und begeiſtertes Beifallsklatſchen erſchüttert die weiten Räume der Paulskirche, nachdem der Präſident den Schlußſatz des Schreibens mitgetheilt hat, worin Namens der Centralgewalt die Fürſorge für den Reichsfrieden eben ſo beſtimmt als ausſchließlich in Anſpruch genommen wird.

Auf das Verlangen der Verſammlung wird hierauf auch die in obigem Schreiben angezogene Note der preußiſchen Regierung vom Schriftführer Herrn Biedermann aus dem — preußiſchen Staatsanzeiger vorgeleſen. Die Aufnahme iſt eine von dem vorigen Eindrucke ſehr verſchiedene, deren Charakter wir nicht weiter zu bezeichnen brauchen.

Der Präſident führt ſodann die Berathung auf den vorhin abgebrochenen Gegenſtand zurück, indem er verſchiedene neue auf die Vorlagen des Dreißigerausſchuſſes bezügliche Verbeſſerungs- und Zuſatzanträge zur Mittheilung bringt. Darunter ein Zuſatz von Hrn. Schober, unterſtützt von Hrn. Eiſenſtuck u. A. zu allen bereits eingegangenen Anträgen:

die Centralgewalt aufzufordern, in Beantwortung der oben verleſenen preußiſchen Note ein Reichsheer aus den Truppen der beiſtimmenden Staaten aufzuſtellen.

Darauf ergreift im Namen der Mehrheit des Dreißigerausſchuſſes das Wort

Herr Karl Welcker: „Ich kann auf die ſo eben verleſene preußiſche Note nicht blicken ohne ſie im Zuſammenhange zu betrachten mit einer langen Reihe anderer unerfreulicher Ereigniſſe. Sämmtliche deutſche Ständeverſammlungen ſprechen ſich für die von dieſer Verſammlung geſchaffene Reichsverfaſſung aus, die unendliche Mehrheit des Volks thuts aller Orten mit immer wachſendem Eifer. Ein Jeder fühlt, daß von ihrer Erhaltung ſowohl die Macht und Freiheit des Vaterlandes als die Freiheit und das Recht jedes Einzelnen abhängt und gegen dieſes berechtigte Verlangen tritt eine „unheilige Allianz" der Regierungen wider die Völker auf. Allein trennen wir die geheiligten und unverletzlichen Perſönlichkeiten der Fürſten von ihren Miniſterien. Nur mit den letzteren haben wir es zu ſchaffen und mit einem Etwas, was das konſtitutionelle England längſt nicht mehr kennt: mit den Kamarillen. Die deutſchen Ständekörper ſind, wo ſie aufgelöſt worden ſind, aus ſchlechten Gründen aufgelöſt. Sehen wir, was für die Auflöſung der zweiten preußiſchen Kammer angeführt

---

vollzogen hätten, werden ſämmtliche Abtheilungen in den betreffenden Ländern ermächtigt und aufgefordert, dieſe Beeidigung ſelbſtſtändig vorzunehmen; 9) ſämmtliche im Dienſte des Reichs ſtehenden Truppen werden ſofort auf die Reichsverfaſſung vereidigt. Die Centralgewalt wird mit der Vollziehung dieſes Beſchluſſes beauftragt; 10) die vertagten oder aufgelöſten Volksvertretungen der renitenten Regierungen werden aufgefordert und ermächtigt, ſich ſofort in ihrer letzten Zuſammenſetzung, aus eigener Machtvollkommenheit, an jedem paſſenden Orte zu verſammeln und die geeigneten Maßregeln zu treffen, um den Widerſtand ihrer Regierungen gegen die Reichsverfaſſung zu beſeitigen; 11) in den größeren deutſchen Staaten, welche die Anerkennung und Durchführung der Reichsverfaſſung verweigern, ſind die einzelnen Provinzen und Kreiſe ermächtigt und aufgefordert, die Reichsverfaſſung nebſt dem Wahlgeſetze ſelbſtändig anzunehmen und einzuführen; 12) die Nationalverſammlung erklärt jeden Vertrag über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppen ſolcher Regierungen, welche die Verfaſſung anerkannt haben, für unſtatthaft, unwirkſam und verfaſſungswidrig; 13) die Nationalverſammlung erklärt den Einmarſch ruſſiſcher Truppen in Oeſterreich für eine Verletzung des Reichsgebietes, und erklärt diejenigen, welche dieſen Einmarſch ruſſiſcher Truppen veranlaßten oder ihre Zuſtimmung dazu gaben, für Verräther am Vaterlande. Sie fordert das geſammte deutſche Volk auf, mit allen Mitteln dieſem Verrathe zu widerſtehen; entbindet diejenigen Truppen, welche zur Mitwirkung an ſolchem Verrathe befehligt werden ſollten, des Eides gegen ihre Oberen und gibt der Centralgewalt auf, ſofort in Gemäßheit dieſes Beſchluſſes den Reichskrieg gegen Rußland und die verrätheriſche Regierung Oeſterreichs zu erklären.

Zuſatzantrag des Abgeordneten Umbſcheiden zum 1. Minoritätsantrage.

Für die Wahlen zum erſten Reichstage wird von der Bildung neuer Wahlbezirke, ſo wie von den hierauf Bezug habenden Beſtimmungen des Reichswahlgeſetzes Umgang genommen. Die Wahlen finden für dieſelben Bezirke ſtatt, welche für die Wahlen zur Nationalverſammlung gebildet waren. Sollten Einzelregierungen den Wahlakten die erforderliche Mitwirkung verſagen oder denſelben ſogar Hinderniſſe in den Weg legen, ſo wird von Reichswegen die genügende Vorſorge getroffen werden.

Minoritätsantrag 2. des Abgeordneten Venedey.

Die Nationalverſammlung beſchließt:

1) Die Wahlen zum erſten Reichstage auf den 15. Juli und die Zuſammenberufung deſſelben Reichstags auf den 15. Auguſt anzuordnen. 2) Die unmittelbare Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfaſſung in allen Ländern anzuordnen, wo die Verfaſſung bereits von den Regierungen angenommen iſt.

(Der zweite Theil deſſelben wird zugleich als Zuſatz-Antrag zu dem Ausſchußantrage bezeichnet).

Minoritätsantrag 3. des Abgeordneten Simon von Trier.

Die Nationalverſammlung beſchließt:

1) Die Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten haben nach Maaßgabe der §§. 14, 191 und 193 der Reichsverfaſſung ſofort die Beeidigung ſämmtlicher Beamten des Militair- und Civilſtandes auf die Reichsverfaſſung und die zur Durchführung derſelben verpflichtete Centralgewalt vorzunehmen. 2) Die Nationalverſammlung erklärt jeden Vertrag zwiſchen Einzelſtaaten über Verbindung von Truppenkörpern renitenter Regierungen mit den Truppenkörpern ſolcher Regierungen, welche die Verfaſſung anerkannt haben, für verfaſſungswidrig, unſtatthaft und unwirkſam.

Die Minoritäten verlangen getrennte Abſtimmung auf ihre Anträge.

wird. Keinen einzigen der aufgezählten Gründe findet der Redner haltbar, worauf er den Blick auf die Auflöſung der Kammer in Sachſen, auf die Vertagung in Baiern und Hannover richtet. Auch auf das Verhältniß zu Oeſterreich kommt der Redner zurück, worauf ihm: „Der beſondere Beruf“ den nach der baierischen Note ein „jedes Volk von der Weltgeſchichte überkommen hat“ ſehr günſtigen Anlaß gibt, zur Zurückweiſung der harmloſen Anſpruchsloſigkeit, die Herr von der Pfordten auf Koſten der politiſchen Geltung Deutſchlands verräth. Das Staatsleben freier Nationen beruht auf dem Consensus omnium und aus dem letzteren rechtfertigt Herr Welcker namentlich die Beſtimmungen der deutſchen Verfaſſung über das Veto des Oberhaupts, eine Stelle ſeines Vortrags, die manche Ungeduldsäußerung unter den Zuhörern hervorruft. Uebrigens habe die preußiſche Regierung ſelbſt in ihrer Note vom 3. Januar die Nothwendigkeit anerkannt, daß die deutſche Reichsverſammlung endgiltig über die Verfaſſung entſcheide. Statt deſſen verkündet ſie jetzt ganz andere Grundſätze. Den letzten aber ſelbſt und den kleinſten Fürſten zu einem hemmenden Einſpruche gegen die Verfaſſung berechtigen — das heiße die Anarchie legitimiren und den ehemaligen polniſchen Reichstag nach Deutſchland verſetzen. „Vorwand, nichts als Vorwand ſei es,“ wenn die preußiſche Regierung an einzelnen Beſtimmungen der Verfaſſung Anſtoß nehme und dieſelbe deshalb verwerfe; die wahre Abſicht des Miniſteriums Brandenburg ſei, die Freiheit des deutſchen Volks wieder zu vernichten. (Stürmiſcher Beifall.) An den Vorgängen in Preußen, an der dort erfolgten Oktroyirung einer Verfaſſung und der dazu gefügten Auflöſung der Kammern ſolle man ſich ein Muſter nehmen für das was dem deutſchen Michel bevorſtehe. Nach dem Plane der preußiſchen Regierung ſoll die tapfere und edle preußiſche Armee dazu mißbraucht werden, als Büttel und Profoß in Deutſchland umherzuziehen und die Freiheit ihrer deutſchen Brüder zu bekämpfen. Ob ſich aber das Miniſterium darin nicht verrechnen werde! Ferner berufe das Miniſterium Brandenburg die deutſchen Regierungen zu einem Fürſtentag nach Berlin. Ich aber weiß dreißig Regierungen, welche nicht kommen werden, und wenn ſie kommen wollten, ſo möchten ihre Throne hinter ihnen umſtürzen. (Beifall.) Diejenigen aber, welche kommen, werden indeß auch keine Luſt verſpüren, auf den Plan Preußens einzugehen, um daſſelbe zu vergrößern. — Der Redner ſchließt unter ſtürmiſchem Beifall mit den Worten: „Ich ſage zu den Fürſten vor Gott und ihrem Gewiſſen: Seid billig gegen das Volk, denn das Volk iſt billig gegen Euch!“

Unter mehreren ferneren Anträgen, die auch jetzt wieder kundgegeben werden, iſt einer von Hrn. Haubenſchmidt aus Paſſau auf wiederholte Vornahme des Abſchnitts vom Reichsoberhaupte durch den Verfaſſungsausſchuß und Ausſetzung der Berathung bis über neue desfallſige Vorlagen Beſchluß gefaßt ſei.

Herr Moritz Mohl. Ich will nur eine Thatſache zu Ihrer Kenntniß bringen, von der Sie noch nicht wiſſen. In der heute angekommnen konſtitutionellen Zeitung aus Berlin, die bekanntlich des miniſteriellen Vertrauens genießt, iſt die Mittheilung enthalten, daß auch bei Erfurt ein preußiſches Heer zuſammengezogen werde. Gegen wen? Gegen uns. Wären wir nicht die lächerlichſten Düpen, wenn wir uns das thatenlos gefallen ließen. Düpirt oder noch etwas Schlimmeres. Hr. Moritz Mohl nimmt daraus ein neues Motiv für ſeinen Antrag auf ein Parlamentsheer. Denke man nicht, es ſei zu klein, weil wir es nur aus den kleinen Staaten ſammeln können. Wenn wir aus dieſer Armee dem zu bildenden Volksheere nur Offiziere und Unteroffiziere liefern können, ſo ſind wir ſtark genug. Was Hr. Mohl ferner wünſcht, um uns des Siegs unfehlbar zu verſichern iſt — die Wegſchaffung des Erbkaiſers aus der Verfaſſung. (Stürmiſche Zuſtimmung von der Linken.)

Herr Georg Beſeler weiſt nach, wie die Verfaſſung ein untheilbares Ganze ſei, an dem keine einzige Beſtimmung, kein Paragraph hinweggenommen werden könne ohne Gefahr für das Ganze. Rütteln Sie an keinem Steine — nehmen Sie keinen Stück aus dem Gebäude, auch nicht das kleinſte, warnt er. Sie könnten den Eckſtein ergriffen und das ganze Gebäude bis auf den Grund erſchüttert haben. Was nun die Mittel anlangt, mit denen die Verfaſſung durchzuſetzen iſt, ſo kann ſich der Redner bei aller Freiheit der Partei, bei aller Hingebung der Perſon an die Sache der Geſammtheit und des Vaterlandes nicht für die von Herrn Vogt vorgeſchlagenen Maßregeln erklären. Die Centralgewalt allein hat zu regieren, die Centralgewalt allein hat das Recht und die Pflicht dieſe Verſammlung zu vertheidigen und deren Beſchlüſſe durchzuſetzen. Dahingegen begründet er die Anträge der Mehrheit ſowohl den Grundſätzen nach, auf denen ſie beruhen, als in ihren Einzelnheiten. Was den Eid anlangt, der auf die Reichsverfaſſung und auf die Reichsgewalt geleiſtet werden ſoll, ſo erinnere ich Sie daran, daß ein politiſcher Eid nicht bloß eine zweiſchneidige Waffe iſt, ſondern daß wir auch uns der Gefahr ausſetzen, daß uns dieſe Eidesleiſtung von verſchiedenen Seiten verweigert werde, beſonders da die Verfaſſung allerdings rechtsgültig beſteht, dennoch aber noch nicht als vollzogen betrachtet werden kann, (Widerſpruch von der Linken). Das eben iſt das Schlimme und das Gefährliche des Uebergangszuſtands in dem wir ſtehen. Verleugnen wir uns nicht, welche Hinderniſſe uns unſre Gegner entgegenſetzen werden. Achten wir die Gewiſſenhaftigkeit des deutſchen Volks, womit es einen Eid zu betrachten pflegt, achten wir die Bedenken, auf die der von uns geforderte Eid ſtoßen könnte. Die Friſche freilich, mit der wir hierher kamen, beſitzen wir nicht mehr. Aber wir ſind deshalb nicht ſchwach und ich für meine Perſon bin ſogar der feſten Zuverſicht, daß wir des Sieges ſicher ſind; denn das Volk, die Mehrheit, die beſten Männer Deutſchlands ſtehen zu uns und wenn wir fallen — ſo fürchte ich weniger, daß wir durch unſre Feinde fallen, als durch unſre Schuld. Nachdem hierauf der Schluß der Debatte unter Vorbehalt des Worts für die Berichterſtatter angenommen worden — ergreift

Herr von Gagern das Wort. Erklärt ſich für den Mehrheitsantrag des Dreißiger-Ausſchuſſes. Kein verſtändiger Mann habe ſich über die unermeßlichen Schwierigkeiten getäuſcht, welche der deutſchen Einheit entgegenſtehen mußten. Allein nicht mit Gewalt iſt ſie durchzuſetzen, ſondern der öffentlichen Meinung in den verſchiedenen Ländern Zeit zum Durchbruche zu laſſen. Nicht indem wir jeden Widerſtand gewaltſam über den Haufen werden, ſondern in jedem einzelnen Lande, bei jedem einzelnen Stamme Deutſchlands muß ſich nach und nach und wird ſich die Mehrheit für die Verfaſſung als für eine gemeinſame Errungenſchaft erklären. Indem wir daher nur zu geſetzlichen Mitteln verſchreiten, müſſen wir vor Irrthümern warnen, wie ſie nur zu leicht in einer Lage wie die unſrige vorkommen. Indem ich die Mehrheitsanträge unterſtütze, habe ich hauptſächlich im Auge, erſtens: daß der allgemeinen Bewegung ein beſtimmtes Belt angewieſen werde, daß ſie nicht überſchwemme und überfluthe, zweitens: daß ſie der bisherigen Politik dieſer Verſammlung und den Beſchlüſſen auch in der Oberhauptsfrage entſprechen, indem ſie die letztern aufrecht halten. Für den Antrag der Mehrheit unter Nr. 1 ſchlage ich jedoch die veränderte Faſſung vor: Die Nationalverſammlung fordert auf — — an der Verfaſſung des deutſchen Reichs feſtzuhalten. (Unruhe auf der Linken.) Was für mich das Entſcheidende iſt, was ich gegen die Vereidung des Heeres auf die Verfaſſung vorzubringen habe, iſt Folgendes. Wir dürfen keine Einrichtung treffen, die eine Verſchiedenheit in unſere deutſchen Heere bringen, den einen Theil dem andern feindlich gegenüber ſtellen müßte. Auch dürfen wir eben den Regierungen, die der Verfaſſung anhängen, keine Schwierigkeiten bereiten. Denn allerdings iſt die zu beſchwörende Verfaſſung erſt vollzogen, wenn das Oberhaupt nicht mehr fehlt. Dazu iſt der Eid in den Staaten, wo man ihn leiſten würde, nicht nöthig, denn dort iſt die deutſche Sache ſchon durch alle Schichten gedrungen. Endlich iſt's das Verhältniß der Centralgewalt, worauf Herr v. Gagern verweiſt, auf die Perſon, die ſie handhabt, ſowie auf das Geſetz ihrer Begründung.

Herr Karl Vogt: Die Scheidung der Spreu von den Körnern hat begonnen. Es wird weiter geſiebt werden, um die zerſtörenden Elemente zu trennen, zu beſeitigen und das Gemeinweſen in Deutſchland auf die beſonnenen abſolutiſtiſchen Grundſätze Rußlands zu ſtellen (Heiterkeit). Die Dinge ſtehen auf der That und auf der gewaltſamen That. Da kann ich mich denn nicht mit dem Troſte beruhigen, die Verfaſſung werde eine Erbſchaft für die ſpätern Geſchlechter ſein, ſondern ich will ſie ſogleich, für die Gegenwart will ich ſie haben. Von ſeinen Vorſchlägen empfehlen ſich die unter Nr. 1, 2, folg. dadurch, daß ſie die mangelnden Executive der Centralgewalt erſetzen. Was das Minderheitserachten in Bezug auf die Ausſchreibung der Wahlen für den nächſten Reichstag beantrage, das habe zum Zweck, daß man im eignen Lager jeden Zwieſpalt entfernt halte. Auf geſetzliche Maßregeln will man uns beſchränken. Iſt es geſetzlich wie die preußiſche Regierung verfährt? Zur blanken Nothwehr drängt ſie uns.

№ 123. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 4. Mai 1849.

Ueberſicht.

Ihr Könige gebt Acht!
Die hannover'ſche Kamaritta und das Miniſterium.
Deutſchland. Frankfure (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt.) Berlin (Schreiben des Miniſteriums an die deutſchen Regierungen.) Freiburg (Beginn des politiſchen Prozeſſes.)

Ihr Könige gebt Acht!

Was Ehr im Leibe hat, ruft Einheit, Ehr und Machc
Und Tilgung langer deutſcher Schanden,
Es ruft und flucht aus allen Landen:
Ihr Könige gebt Acht!
Der biutſche Gott lebt noch und wacht.

Es lebt und wacht der Gott der Herrlichkeit und Macht,
Sein ſind die Wonnen und die Schrecken,
Die aus dem Schlaf die Völker wecken.
Ihr Könige gebt Acht!
Gote iſt's, der Sturm und Heitre macht.

Erbebt! das Welter iſt des Herrn, der blitzt und kracht,
Er wird des deutſchen Haders Drachen
Zu Staub zerblitzen und zerkrachen.
Ihr Königt gebt Achc
Auf Gottes Acht und Aberacht!

Erbebt! dinn alles Volk ruft Einheit, Ehr und Macht,
Es ſchreit den Ruf in alle Winde,
Wo es den deutſchen Kaiſer finde.
Ihr Könige gebt Acht!
Schaut, horcht, woher es blitzt und kracht!

Erbebt! erkennt die Zeit, die Gott der Herr gemacht!
Wollt länger ihr im Stolz erblinden,
Dann haue euch Gott aus den vier Winden —
Ihr Könige gebt Acht! —
Die deutſche Acht und Aberacht.

Am 3. Mai. C. M. A.

Die hannover'ſche Kamarilla und das Miniſterium.

(Zweiter Artikel.)

⚹ Aus Norddeutſchland zu Ende April. In unſerm erſten Artikel haben wir die in der Reſidenz Hannover wohnhaften Mitglieder der Kamarilla aufgeführt und zu charakteriſiren geſucht. Jetzt wollen wir auch die korreſpondirenden Mitglieder, das Miniſterium und die Diplomatie, ſo wie endlich auch den „Hof der Zukunft“ unſerer Betrachtung unterziehen. Wie in der unmittelbaren Umgebung des Königs Herr von Malortie die einflußreichſte Perſon iſt, ſo wirkt aus der Ferne am mächtigſten auf den Monarchen der Chef des geſtürzten vormärzlichen Kabinets, Herr von Falcke. Wie in anderer Beziehung ſo gleicht er auch in dieſer Hinſicht ſeinem Lehrer und intimen Freund Metternich, der nach glaubwürdigen Berichten ja ebenfalls ſogar von London aus das Ollmützer Kabinet mit „guten“ Rathſchlägen verſorgt. Herr Kabinetsrath von Falcke, weiland Mitglied der „ſchwarzen Kommiſſion“ in Mainz, wurde von König Wilhelm IV. baroniſirt, als er — o ſeltene Ironie des Schickſals! — als er daſſelbe Staatsgrundgeſetz zur Genehmigung nach London trug, deſſen Umſturz er bald darauf mit glänzendem Scharfſinn zu vertheidigen ſuchte. Er lebt jetzt zurückgezogen bei ſeinem Freund, dem Kanzleidirektor Meier in Osnabrück in otio cum dignitate. Facta loquuntur, kann man von ihm ſagen, und dieſe redenden Thaten ſeiner Vergangenheit laſſen mit nur allzugroßer Sicherheit auf den Geiſt ſeiner brieflichen Einflüſterungen ſchließen. In gleichem Sinne wirkt von ſeinem Gut im Lüneburgiſchen aus der fleißig mit dem Hof korreſpondirende Herr v. Lenthe, vormaliger Geſandter am Bundestag, wo er ſich bekanntlich beim Ausbruch der Märzſtürme nicht halten konnte. Er iſt ein eingefleiſchter Hofſchranze, der ſich in ſeiner unfreiwilligen Zurückgezogenheit ſehr unbehaglich fühlen muß.

Die wenigen Hannoverſchen Diplomaten ſind aus ſehr naheliegenden, wenn auch nicht ſehr ehrenwerthen Gründen ebenfalls gegen das Zuſtandekommen des Bundesſtaates unter preußiſcher Hegemonie. Denn wie für die geſammte Diplomatie der Einzelſtaaten die Schöpfung des Kaiſerreichs eine Art von Selbſtmord involvirt, ſo fürchten auch ſie beim Rücktritt des Königs ihre behaglichen Sinekuren zu verlieren. Darum ſuchen ſie dem Vaterlande den Dank für den ſchweren Gehalt, den ſie beziehen, dadurch zu bethätigen, daß ſie gegen ſeine heiligſten Intereſſen intriguiren. Namentlich iſt Graf Adolph Kielmannsegge in London, vormals in Paris, ein ſehr ſchlauer Geiſt, was er beſonders durch die Art gezeigt hat, wie er ſeinen Vorgänger in London aus dem Sattel gehoben hat, den darüber wahnſinnig gewordenen Geheimen Rath von Münchhauſen. Gewiß der Herr Graf iſt um die Mittel für die Erreichung ſeiner Zwecke gar nicht verlegen: welche Zwecke er aber als korreſpondirendes Mitglied der hannoverſchen Kamarilla verfolgt, darüber beſteht unter Allen, die ihn kennen, nicht der geringſte Zweifel. Aehnlich wirkt von Berlin aus ſeit drei Jahren der Graf von In- und Knyphauſen, ein Oſtfrieſe. Als reicher Grundhold — er beſitzt das ſchöne Gut Lützezburg bei Norden — nahm er zwar anfangs die Geſandtſchaftsſtelle am preußiſchen Hofe nur ungern an, hat ſich aber unter der Hand in Berlin ſehr brillant eingerichtet, iſt als ehemaliger Preuße dort gern geſehen, gedenkt ſeine Töchter in der glänzenden Reſidenz weit beſſer zu verheirathen, als auf dem einſamen Lützezburg und würde jetzt ſehr ungern ſeinen Poſten in Berlin aufgeben. Seine Gemahlin iſt die Schweſter des Grafen Kielmannsegge in London und der in unſerem erſten Artikel aufgeführten Gräfin Adelaide Hardenberg und korreſpondirt ihrerſeits auch unmittelbar mit dem König Ernſt Auguſt.

Hätte nun das Hannover'ſche Miniſterium eine entſchieden deutſche Farbe und Geſinnung, ſo würde es unleugbar neben der überaus mächtigen Kamarilla, welche den König von allen Seiten umſtrickt hält, eine ſehr ſchwierige Stellung einnehmen. Da es aber größtentheils aus „gutgeſinnten“ hannover'ſchen Partikulariſten (und worunter, nebenbei geſagt, der Hageſtolze!) beſteht, ſo ſcheint daſſelbe mit der Kamarilla ſehr gut zu harmoniren; wenigſtens merkt man in Hannover durchaus Nichts von ſo bedenklichen Konflikten, wie ſie jetzt Würtemberg erſchüttern. Die zwei bedeutendſten Mitglieder des Miniſteriums ſind ohne Zweifel Stüve und Bennigſen, jener der begabteſte, dieſer der am beſten Deutſchgeſinnte. Stüve iſt zu ſehr Juriſt und zu wenig Staatsmann im höhern Sinne. Sein Wahlſpruch iſt: fiat justitia et pereat mundus! Wenn aber der Satz: summum jus, summa injuria ſchon in der Jurisprudenz ſeine unleugbare Berechtigung behauptet, ſo gilt dies noch hundertmal mehr auf dem Gebiete der Staatsweisheit. Davon ſcheint aber Stüve keine Ahnung zu haben. Er iſt unverheirathet (daher um ſo eigenſinniger), ſpeiſt immer im Gaſthaus und faſt nie bei Hofe, obgleich ihn der König gern leiden mag, ſeitdem er ihn näher kennen gelernt. Ja, es ſoll eine wahrhaft imponirende Scene geweſen ſein, als Graf Bennigſen nach dem Sturz des Miniſteriums Falcke den frühern „Feind“ dem König präſentirte. Stüve's trocken partikulariſtiſche Richtung paßt ſehr wohl zu der hochmüthigen Perſönlichkeit des Königs. Es ſind ganz verſchiedene Faktoren und wirken doch für Ein Ziel. Bei dem Eigenſinn, womit der verknöcherte Juriſt Stüve ſich in ſein Syſtem verrannt hat, fürchten wir, daß der Troſt, den man uns gegeben hat, „Stüve werde mit der Zeit aus dem beſten Hannoveraner noch der beſte Deutſche werden“ — wenigſtens in dieſem Leben nicht in Erfüllung gehen wird.

Graf Alexander von Bennigſen, Sohn des berühmten ruſſiſchen Generals und einer noch lebenden Polin, einer ſehr würdigen Frau. Er hat zuerſt die gewöhnliche Beamtenlaufbahn durchgemacht, war dann Mitglied des Schatzkollegiums und als ſolches geborenes Mitglied der frühern erſten Kammer. In dieſer Eigenſchaft kam er in Oppoſition mit dem König. Weder Gnade, noch Ungnade konnte ſeine Geſinnung beugen; dieſe Charakterfeſtigkeit gab ihm ſeine ehrenvolle Stellung im Publikum. Man ſagt, der König habe 14 Tage Bedenkzeit gebraucht, ehe er ihn zum Miniſter nahm! Jahre lang war er gar nicht an Hof gebeten und iſt auch gar nicht aus eigner Wahl Miniſter. Er iſt ein ſtiller, einfacher Mann, dem es mehr zuſagen würde, auf ſeinem Gute Bandeln bei Elſe an der Leine Milch- und Butterwirthſchaft zu treiben, als auf dem glatten Hofboden ſich zu bewegen. Er iſt nicht antipreußiſch geſinnt, ſondern gut deutſch (was jetzt identiſch iſt), wohl aber ſehr antiruſſiſch, obſchon er der Sohn eines ruſſiſchen Generals iſt.

Herr von Bothmer, war bis zum Regierungsantritt des Königs Juſtizrath, gehörte zu der Kommiſſion, welche der König über den Verfaſſungsumſturz konſultirte und erklärte ſich muthig und beharrlich dagegen. In Folge ſeines letzten Geſprächs mit dem König über dieſen Gegenſtand, hat er dem Fürſten ſo derb die Wahrheit geſagt, daß dieſer ſich vor Aerger hat erbrechen

müſſen! Bothmer legte nach dem Verfaſſungsumſturz bekanntlich ſeine Stelle nieder und zog ſich nach Pommern zurück, wo er das Gut Carow gekauft hatte. Als im Jahre 1848 der Ruf nach ihm erſcholl, wurde Bothmer in vier verſchiedenen Wahlbezirken in die Reichsverſammlung gewählt. Auch ſeine Handlungsweiſe in Frankfurt erklärt ſich wohl zum Theil daraus, daß er zu ſehr Juriſt iſt. Ueber ſeine letzten Abſtimmungen in der Paulskirche jedoch, wo er, der Konſervative, mit einem Schmerling gegen das abſolute Veto u. ſ. w. geſtimmt, iſt er uns genügende Rechenſchaft ſchuldig, wofern wir an einem bisher hochachtbaren Charakter nicht irre werden ſollen. Möge er in dieſen Blättern ſelbſt durch ein offenes Wort ſeine Rechtfertigung verſuchen!

Herrmann von Wangenheim war bis zur Revolution Kloſterrath in Hannover und ſtand ſonach in einer ziemlich unbedeutenden finanziellen Stellung. Er iſt Germaniſt und eben hierdurch, eben ſo wie Herr von Malortie, zu Stüve in eine nähere Beziehung getreten. Hieraus erklärt man ſich, da er früher nie in diplomatiſchen Verbindungen geſtanden, ſeine Miſſion nach Frankfurt, wo er ſtatt des Herrn von Lenthe den erfreulichen Beruf zu erfüllen hatte, den Bundestag zu ſchließen. Neuerdings hat er wieder eine Miſſion nach Berlin gehabt, wo er mit Rechberg und Schmerling zuſammen getroffen ſein ſoll. Er iſt ein verknöcherter Hannoveraner, aber durchaus ehrlicher, achtungswerther Charakter, gilt als Amanuenſis von Beningſen und iſt in Hannover bekannt unter dem Namen „der lange Johann.“ Wer jemals im Britiſh Hotel geſpeiſt hat, der erinnert ſich gewiß auch ſeiner die ganze Tafel beherrſchenden ſchnarrenden Stimme. Er iſt der vierte garçon im hannoverſchen Miniſterium.

Dr. Braun war vor den Märzſtürmen ſchon Kabinetsrath, iſt jetzt Kultusminiſter, ſchlau und einflußreich. Er bringt wenigſtens die eine Hälfte des chriſtlichen Gebets: „Seid klug wie die Schlangen u. ſ. w.“ gewiſſenhaft in Erfüllung. Weniger bedeutend ſind der Finanzminiſter Lehzen und der Kriegsminiſter Prott. Der als Juſtizminiſter fungirende Juſtizrath v. Düring (ein entfernter Verwandter des in unſerm erſten Artikel genannten Generals von Düring) iſt ein braver Charakter, aber ebenfalls bornirter Hannoveraner und ohne allen Enthuſiasmus für das große Vaterland. Ja, an dieſem patriotiſchen Enthuſiasmus fehlt es überhaupt in den Hof- und Miniſter-Regionen gänzlich, ſo ſehr dieſe Geſinnung auch im braven Volke lebt. Aber, möchten wir fragen, was kann auch von einem ſolchen vertrockneten engherzigen hageſtolzen Miniſterium für die deutſche Sache Gutes kommen! Kann man auch Trauben leſen von den Dornen und Feigen von den Diſteln?

Nun rechne man noch hinzu den hemmenden Einfluß der auswärtigen in Hannover akkreditirten Diplomaten, des öſterreichiſchen Geſandten, Baron v. Kreſſenſtein, des baieriſchen Geſchäftsträgers, Hrn. v. Montgelas, die ſchon in frühern Korreſpondenz-Artikeln Ihres Blattes charakteriſirt worden ſind, ferner des ruſſiſchen Geſandten, Hrn. v. Manſuroff. Derſelbe war früher ruſſiſcher Militärgeſandter in Berlin, iſt ſeit etwa 2 Jahren in Hannover angeſtellt, (während früher gar kein ruſſiſcher Geſandter in Hannover war) und macht daſelbſt eins der glänzendſten Häuſer. Wie Rußland über Deutſchlands Wiedergeburt denkt, iſt bekannt. Zudem hat Herr v. Manſuroff einen ſehr intriguanten, in den deutſchen Verhältniſſen überhaupt und den hannoveriſchen insbeſondere wohlbewanderten Legationsſekretär, tom Hawe. Dieſer, ein geborner Hannoveraner, der, wenn wir nicht irren, längere Zeit in Turin gelebt hat, muß große Garantieen gegeben haben, da er als Deutſcher ſo außerordentliches Vertrauen von Seiten Rußlands genießt. Er wird ſehr hoch bezahlt, und für dieſen Judas-Preis verräth der geborne Deutſche ſein Vaterland an den ruſſiſchen Diplomaten! Wo findet man einen Engländer, der ſich zum Söldling eines fremden Diplomaten hergäbe? Auch die übrigen fremden Diplomaten ſind der deutſchen Einheit nicht ſonderlich gewogen. Der engliſche Geſandte, Mr. Bligh, iſt ein gutmüthiger derber Britte, aber den toryſtiſchen Anſichten ergeben, die bekanntlich den deutſchen Einheits-Beſtrebungen ſehr abhold ſind. Zwar iſt er dem König perſönlich unleidlich, aber vermöge ſeiner amtlichen Stellung und bei 3000 Pfund Sterling Gehalt natürlich nicht ohne Einfluß. Uebrigens hat Palmerſton, als er ans Ruder kam, es nicht der Mühe werth gehalten, bei dem eintretenden Wechſel des politiſchen Syſtems die Perſon ſeines Repräſentanten in Hannover zu wechſeln. Neben ihm ſteht der Legationsſekretär, George Edgecumbe, minder einflußreich, als ſeine beim König ſehr wohlgelittene, reizende und kokette Gemahlin. Der niederländiſche Geſandte, Jonkheer Dedel, ein behaglicher Sohn ſeines Vaterlandes, natürlich ſehr ſpezifiſch holländiſch geſinnt ſchon wegen der Limburger Verhältniſſe, iſt zwar durchaus keine hervorragende Perſönlichkeit, wirkt aber doch durch wiederholtes unermüdliches Schwatzen nach dem Sprichwort: „Gutta cavat lapidem non vi, sed saepe cadendo.“ Da bekanntlich auch Frankreich an der Stärke des deutſchen Reichs durchaus keinen Wohlgefallen hat, ſo dürfen wir unbedenklich annehmen, daß der franzöſiſche Geſandte in ähnlichem Sinne und Geiſte, wie ſeine Kollegen, inſtruirt iſt, wenn wir gleich, zur Ehre der franzöſiſchen Republik, an deren angebliche Proteſten gegen Deutſchlands Rekonſtituirung zu einem Erbkaiſerthum, nicht glauben mögen. Hr. v. Schleinitz aber, der Vertreter Preußens, iſt wie in Ihrem Blatte auch ſchon wiederholt angedeutet worden, durchaus nicht der Mann dazu, allen dieſen nachtheiligen, undeutſchen Einflüſſen die Spitze zu bieten. Vielleicht wünſcht er nicht einmal das Zuſtandekommen des preußiſchen Erbkaiſerthums, da die hiermit wahrſcheinlich verbundene Aufhebung der Geſandtſchaften bei den einzelnen deutſchen Staaten ihn um ſeinen angenehmen Aufenthalt in Hannover bringen könnte und da die Ausſicht auf die Geſandtenſtelle in Paris für ihn doch noch nicht vollkommen feſt ſteht!

Während ſolchergeſtalt der undeutſche Hof des Königs mit ſeinem ganzen Schweiſe dem Werke der deutſchen Einigung aus allen Kräften widerſtrebt, möchte ſich dagegen der deutſchgeſinnte Hof des Kronprinzen gern an Preußen anſchließen. Früher war der Kronprinz allerdings trotz ſeiner Blindheit und der dadurch bedingten Abhängigkeit von andern Menſchen ſehr abſolutiſtiſch geſinnt, in mancher Beziehung vielleicht noch mehr, als der Vater. Dies rührte namentlich von dem Unterricht ſeiner verſtorbenen „weltklugen“ Mutter her, welche zwar ſehr wenig hielt von den Geboten der göttlichen Moral, aber deſto mehr Gewicht legte auf die Lehren des ſogenannten göttlichen Rechtes und demgemäß ihrem Sohne die Maxime einſchärfte: „Fürſten dürften keine Freunde, ſondern nur Diener haben!“ Aber durch ſein andauerndes hoffnungsloſes Leiden, durch die zurückſtoßende Behandlung des rauhen Vaters, durch den mildernden Einfluß ſeiner ſanften Gemahlin, durch die herben Erfahrungen des ſchwiegerelterlichen Hofes zu Altenburg ſcheint ſein Gemüth erweicht und umgeſtimmt worden zu ſein. Er lebt ſehr häuslich, führt ein ſehr glückliches Familienleben, ſteht aber, wie geſagt, ſeinem Vater ſehr fern und wird zu den Staatsgeſchäften faſt gar nicht zugezogen. Dennoch darf er vor dem 7. Juni, dem Geburtstage des Königs, nicht nach ſeinem Lieblingsaufenthalte Montbrillant hinausziehen. Den Enkel, einen dreijährigen allerliebſten Knaben von — man möchte ſagen — majeſtätiſcher Haltung, ſcheint der Großvater ungleich mehr zu lieben, als den unglücklichen Sohn.

Auch die Umgebung des Kronprinzen und ſeiner Gemahlin beſteht aus lauter milden, gutgeſinnten Leuten. Namentlich wirkt in dieſem Geiſte der Kammerherr und Hofmarſchall Herr v. Oldershauſen, ferner der Hr. v. Freſe, Adjutant und Führer des Prinzen, ſeit längerer Zeit ſchon in Berlin, ein Oſtfrieſe mit aller Anhänglichkeit an Preußen, und Hofrath Bode, der frühere Lehrer und jetzige Vorleſer des Fürſten. In dem Hofſtaat der Kronprinzeſſin iſt ganz beſonders ausgezeichnet und allgemein verehrt die erſte Hofdame derſelben, Frau v. d. Gabelenz aus Altenburg. Hand in Hand mit ihr geht die harmloſe Oberhofmeiſterin Fr. v. d. Decken und die ebenfalls durchaus gutmüthige Fräulein v. Düring, Tochter des „Biedermannes.“ Alle dieſe Perſonen leiden gleichmäßig unter der Kamarilla des alten Hofes, beſonders unter der ſyſtematiſchen, bis auf den Speiſezettel ſich erſtreckenden Tyrannei des Hrn. v. Malortie. Alle würden einen Wechſel des politiſchen Syſtems nicht ungern ſehen, würden die Anerkennung der Reichsverfaſſung und des erwählten Reichsoberhauptes gern unterſtützen, wenn ihnen jetzt nicht die Hände gebunden wären.

Während wir dieſe Zeilen niederſchrieben, ſind die Dinge raſch vorgeſchritten. In Würtemberg verſucht der „deutſchgeſinnte“ König unter nichtigen Vorwänden den Widerſtand gegen „Kaiſer und Reich“ auf's Aeußerſte zu treiben, ſcheitert aber an der Einigkeit und Entſchloſſenheit des kernhaften Schwabenvolkes. In Berlin treibt das Miniſterium Brandenburg die Willkürherrſchaft „mit der konſtitutionellen Schürze“ auf die Spitze und ſpielt ein verhängnißvolles va banque; die Krone der Hohenzollern rollt nochmals an einem Abgrund, diesmal durch die handgreifliche

Schuld der Miniſter. Was kann das Miniſterium durch neue Wahlen gewinnen, wenn es nicht zuvor ein neues Wahlgeſetz oktroyrt, d. h. einen Staatsſtreich gegen die nunmehr „als zu Recht beſtehend anerkannte“ Verfaſſung vom 5 Dez. wagt? In Hannover löſt Stüve die unbequeme Mahnerin, die Ständeverſammlung, zu einer Zeit auf, wo ein wahrhaft konſtitutioneller Miniſter ihren Rath am angelegentlichſten geſucht haben würde. Freilich der Juriſt Stüve hat keinen Paragraphen der Verfaſſung verletzt, er iſt in ſeinem vollen buchſtäblichen Recht; und doch hat er der Monarchie und dem konſtitutionellen Syſtem eine tiefere Wunde geſchlagen, als alle Deklamationen der rothen Republikaner. Denn summum jus summa injuria. Mit Einem Wort: vergebens hat der „alte Plebejer“ vom Niederrhein, auf dem Grabe ſtehend, den Königen geweiſſagt. „Die Fürſten, ſagt Dülon, *) ſind es, die uns der Republik entgegentreiben und die Republik zur einzig möglichen Staatsform einer nicht fernen Zukunft machen.“ Es iſt die höchſte Zeit: discite justitiam moniti! — Du aber insbeſondre, 76jähriger Ernſt Auguſt, der Du ſchon mit einem Fuße im Grabe ſtehſt, haſt an Deinem braven Volke noch ein ſchweres Unrecht zu ſühnen, den Umſturz des Staatsgrundgeſetzes. Als geborner Engländer weißt Du ſehr wohl, daß dieſer Frevel, wenn er in England gewagt worden wäre, einen Thron gekoſtet hätte. Aber der ſtolze Britte glaubte einem Deutſchen Volksſtamm ungeſtraft Alles bieten zu dürfen. Jetzt iſt der Tag der Abrechnung gekommen. Noch ſteht es in Deiner Hand, Dein Volk durch eine hochherzige That zu verſöhnen: entweder ordne Dich dem „Kaiſer und Reich“ unter, oder entſage freiwillig dem Throne! Ein Drittes gibt's nicht. Noch iſt es Zeit, mit Ehren nachzugeben. Bald wird auch dieſe kurze Friſt abgelaufen ſein, dann erſchallt das verhängnißvolle „trop tard!“ —

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 3. Mai. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt eröffnete ein als dringlich bezeichneter und als ſolcher anerkannter Antrag des aus der Mitte der Verſammlung niedergeſetzten Wehrausſchuſſes, des Inhalts, den Senat aufzufordern, die ſämmtliche bürgerwehrpflichtige Mannſchaft in der Stadt und auf den Dorfſchaften ſofort bewaffnen, in Abtheilungen formiren und quartier- oder diſtriktsweiſe, ohne Rückſicht auf bisherige Korpseintheilung, in den Waffen üben zu laſſen. Motivirt war der Antrag dadurch, daß einerſeits der frühere Beſchluß, bis zu erfolgter Reorganiſation der Bügerwehr die Uniformirung der jungen Mannſchaft zu ſiſtiren, vielfach dahin mißverſtanden worden, als ſei die Wehrpflicht ſelbſt ſiſtirt, daß aber andererſeits jene Reorganiſation nicht ſo ſchnell zu erwirken ſei, als die der Reichsverfaſſung und der Reichsverſammlung drohende Gefahr es nothwendig mache. Dieſer Antrag zog eine Fluth von weiteren Anträgen herbei. Der Abgeordnete Hr. Herwig entdeckte in aller Eile, daß die hier garniſonirenden Oeſterreicher, Preußen und Baiern keine wirklichen Reichstruppen ſeien und formirte den doppelten Antrag, der Senat möge das Kriegsminiſterium dahin angehen, daß erſtens die Truppen gewechſelt und die Beſatzung nur aus ſolchen Truppen gebildet werde, welche vorher auf die Reichsverfaſſung vereidigt worden, zweitens aber, ſo lange ſolche Truppen hier nicht vorhanden, die Stadtwehr die Bewachung des Zeughauſes und des Pulvermagazins übernehme. Hr. Dr. Reinganum beantragte, daß der Senat erſucht werden möge, die geſammte waffenfähige Mannſchaft von Stadt und Land aufzubieten, vorläufig zu organiſiren und der Bürgerwehr zuzutheilen, und Hr. Lindheimer ſtellte den Zuſatzantrag, daß derſelbe zu erſuchen ſei, Vorkehrungen zu treffen, damit im Falle der Gefahr zum Schutze der Reichsverfaſſung und Reichsverſammlung die bewaffnete Mannſchaft mit Proviant verſehen ſei. Hr. Dr. Jucho wollte den Wehrausſchuß ſelbſt aufgefordert haben, die Vorlage ſeines Entwurfs zur neuen Organiſation der Bürgerwehr zu beſchleunigen. Hr. Dr. Schwarzſchild endlich drang darauf, daß der Senat zur ſchleunigſten Rückäußerung über den bereits an ihn gelangten Antrag auf ſofortige Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung veranlaßt werde. Der kriegeriſche Eifer des Hrn. Herwig, der ſehr geneigt ſchien, mit der Frankfurter Bürgerwehr eine offene Feldſchlacht zu liefern, fand keine bedeutende Unterſtützung, vielmehr bemerkte Hr. A. Mai, daß, ſo ſehr er der Tapferkeit der Bürger vertraue, er doch das Reſultat eines Kampfes derſelben im offenen Felde für mindeſtens ſehr problematiſch halte, und andererſeits wies Hr. Schöff Souchay und ſpäter auch Hr. Dr. Jucho nachdrücklich darauf hin, daß man die Sorge, welchen Truppen am geeignetſten der Schutz der Reichsbehörden und der National-Verſammlung anzuvertrauen, füglich dieſen Behörden und dieſer Verſammlung ſelbſt überlaſſen könne. Hr. Dr. Schwarzſchild zog ſeinen Antrag zurück auf die Bemerkung, daß der betreffende Beſchluß der Verſammlung erſt Tags vorher an den Senat gelangt ſei. Dagegen wurden die Anträge des Wehr-Ausſchuſſes und des Hrn. Dr. Reinganum, der im Laufe der Verhandlung als ein emeritirter Führer einer antiquirten Abtheilung der Bürgerwehr decouvrirt wurde, nebſt dem Zuſatzantrage des Herrn Lindheimer angenommen. Einzelne Mißtöne ausgenommen, wohin wir namentlich die gewöhnlichen platten Deklamationen des Hrn. Dr. A. Friedleben und einige ſehr unmotivirte und nicht einmal witzige Ausfälle des Herrn Dr. Reinganum rechnen, athmete die ganze Debatte übrigens eine würdige Beſonnenheit und eine ächt deutſche Geſinnung, und Aller Herzen ſchlugen höher, als Herr Schöff Souchay in entſchiedenen Worten ſeine Ueberzeugung ausſprach, daß trotz des Widerſtrebens der Regierungen durch die innere Kraft und Tüchtigkeit des preußiſchen und baieriſchen Volkes die Verfaſſung von Deutſchland werde gegründet werden.

Die Verſammlung ging nun zur fortgeſetzten Berathung der Artikel der Verfaſſung über. Faſt ohne jede Diskuſſion wurden die folgenden Artikel 31 — 41 angenommen.

Art. 31. Jeder Staatsangehörige iſt unbeſchränkt in der gemeinſamen häuslichen oder öffentlichen Uebung ſeiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieſer Freiheit begangen werden, ſind nach dem Geſetze zu beſtrafen. Art. 32. Durch das religiöſe Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen oder ſtaatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beſchränkt. Den ſtaatsbürgerlichen Pflichten darf daſſelbe keinen Abbruch thun. Art. 33. Niemand ſoll zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden. Niemand braucht die Ruhetage irgend einer Religionsgeſellſchaft zu feiern. Die allgemeinen Ruhetage beſtimmt das bürgerliche Geſetz. Art. 31. Die Formel des Eides lautet: „Ich ſchwöre es, ſo wahr mir Gott helfe.“ Art. 35. Zur Eingehung der Ehe iſt nur das Vorhandenſein und die Erfüllung der von dem Civilgeſetz vorgeſchriebenen Bedingungen erforderlich. Namentlich kann dazu die Bewilligung einer Verwaltungsbehörde, oder einer Gemeinde, oder der Nachweis eines Vermögensbeſitzes oder ſelbſtſtändigen Berufes oder eine Sicherheitsleiſtung nicht verlangt werden. Beſondere Beſtimmungen in den Fällen der Wehrpflicht bleiben vorbehalten. Art. 36. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe iſt nur von der Vollziehung des Civilaktes abhängig. Die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civilaktes ſtattfinden. Die Strafen gegen diejenigen, welche dieſer Beſtimmung zuwider eine kirchliche Trauung vollziehen, beſtimmt das Geſetz. Art. 37. Die Religionsverſchiedenheit iſt kein bürgerliches Ehehinderniß. Art. 38. Die Standesbücher werden von der bürgerlichen Behörde geführt. Art. 39. Die Wiſſenſchaft und ihre Lehre iſt frei. Art. 40. Es ſteht einem Jeden frei, ſeinen Beruf zu wählen und ſich für denſelben auszubilden, wie und wo er will. Art. 41. Jeder hat das Recht, ſich mit Bitten und Beſchwerden ſchriftlich an die Behörden des Staates und der Gemeinden, an den Volksrath und an den Regierungsrath zu wenden. Dieſes Recht kann ſowohl von Jedem einzeln, als von Mehreren vereint, und von Körperſchaften und Gemeinden ausgeübt werden. Das Recht zur Sammlung von Unterſchriften auf Petitionen unterliegt keiner Beſchränkung. Abweiſende Verfügungen der Verwaltungsbehörden müſſen mit Gründen verſehen ſein.

Die Diskuſſion dieſer Artikel war, wie geſagt, nicht erheblich. Art. 31 — 35 ſind grundrechtliche Beſtimmungen, welche in Art. 33 durch die beiden letzten Sätze nicht ſowohl vermehrt, als interpretirt werden und Art. 31 hat eine leichte Redaktionsänderung erlitten. Außerordentlich geiſtreich wurde von Herrn Dr. Reinganum Art. 35 über die Eingehung der Ehe motivirt und erläutert. Art. 36 enthält zu den Grundrechten den Zuſatz einer Strafbeſtimmung gegen Diejenigen, welche vor der Vollziehung des Civilaktes die kirchliche Trauung vornehmen, eine Beſtim-

*) Dulon Vom Kampf und Völkerfreiheit — eine Schrift, welche die Blößen des konſtitutionellen Syſtems ſchonungslos aufdeckt und binnen weniger Monate 3 Aufl. erlebte.

№ 123. Extra-Beilage zur Deutſchen Zeitung. 4. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Wirth's Denkmal. Verfügung des Miniſters Manteuffel wegen des Transports der Ruſſen.) Wien (Schlimme Nachrichten aus Ungarn. Unabhängigkeitserklärung Koſſuth's. Gerüchte von Miniſterialänderungen. Der ungariſche Feldzug. Fürſt Windiſchgrätz. Graf Stadion. Die verſammelten Biſchöfe.) Berlin (Entlaſſung des Staatsminiſters Arnim. Fortdauer der Straßenunruhen. Ausweiſungen. Die 29 Regierungen. Duchzug der Ruſſen durch preußiſches Gebiet.) Breslau (Der ruſſiſche General Berg.) München (Hr. Mathy. Proklamation der Regierung. Verſtärkung der Garniſon. Adreſſen für die Reichsverfaſſung. Aufforderung Stockinger's. Stimmung.) Nürnberg (Militäriſche Vorſichtsmaßregeln.) Kaiſerslautern (Beſchlüſſe der Volksverſammlung.) Dresden (Miniſterkriſis. Ankunft des Hrn. v. Watzdorf. Fürſt Schwarzenberg nach Berlin durchgereiſt.) Leipzig (Die Entlaſſung der Miniſter.) Freiberg (Uebertritt öſterreichiſcher Truppen.) Offenbach (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.) Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz.) Aus dem nördlichen Schleswig (Anrede des Generals v. Prittwitz an die deutſchen Truppen.)

Italien. (Abbruch der Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Gerücht vom Wiederbeginn der Feindſeligkeiten. Auf Verlangen des Großherzogs Toskana von Oeſterreichern beſetzt.) Von der italieniſchen Gränze (Die Umgebung von Malghera unter Waſſer geſetzt.) Rom (Spaltung im Triumvirat. Die Aſſemblea in Permanenz. Proklamation an die Römer. Abordnung nach Bologna.) Gaeta (Pius IX. ſoll abzudanken Willens ſein.)

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 3. Mai. Dem hier als Mitglied der Reichsverſammlung verſtorbenen Märtyrer Dr. Wirth ſoll auf dem Friedhofe ein einfaches Denkmal geſetzt werden. Der Märtyrer Robert Blum hielt Wirth die Grabesrede und pries ihn glücklich, daß er den deutſchen Jammer nicht noch habe erleben müſſen. Die Familie Robert Blums war vor einigen Tagen auf der Reiſe nach der Schweiz hier angekommen.

Frankfurt, 4. Mai. Die Berliner Nationalzeitung berichtet: So eben erfahren wir aus ganz zuverläſſiger Quelle: „Geſtern morgen erhielt die Direktion der Oberſchleſiſchen Eiſenbahn vom Miniſter des Innern die telegraphiſche Depeſche, daß 30,000 Mann ruſſiſcher Truppen von Krakau vermittelſt der Oberſchleſiſchen Bahn (als von Krakau über Myslowitz, Koſel, Ratibor, Oderberg) nach Oſterreich befördert werden würden. Die Direktion der Oberſchleſiſchen Bahn wird verſtändigt, daß die königlich preußiſche Regierung nichts dagegen einzuwenden habe, und erwarte, daß die Bahndirektion dieſem Transport in Nichts hinderlich ſein werde." Die Depeſche war unterzeichnet: v. Manteuffel.

△ **Wien** 30. April. Man erwartet hier mit jeder Minute den ruſſiſchen General Berg, welcher die Plane und Anordnungen bringt und einholt, die bei dem Einrücken aller ruſſiſchen Truppenkorps zu befolgen ſind. Was bis jetzt unſre Grenzen bei Teſchen, Krakau ꝛc. überſchritt, ſind nur Vorpoſten; die größeren Maſſen ſind angewieſen, an den Grenzen die nachrückenden Erſatzmannſchaften zu erwarten. Von der ungariſchen Armee hört man durch Reiſende, daß nach einem von unſerer Seite verlorenen Treffen bei Acs, auch der Brückenkopf vor Komorn (rechtes Ufer der Donau) der Cernirung enthoben ſei, und daß die Straßen gegen und hinter Raab von Wagen und Gepäck überfüllt ſind, das gegen Preßburg ſich bewegt. Da es an Transportpferden fehlte, um die Vorräthe in Raab wegzubringen, ſo wurde Alles in der Eile um die unglaublich billigſten Preiſe verkauft; der Zentner Mehl z. B. koſtete einen Gulden C.-M. Mit obigen Gerüchten gebe ich Ihnen zugleich die folgenden, ſehr authentiſchen Nachrichten. Der Kommandirende hat ſich überzeugt, daß der Feldzug, wenn er zu einem Reſultate führen ſoll, ganz von Neuem, und mit neuen, den früheren ganz entgegengeſetzten, Diſpoſitionen begonnen werden müſſe. Er wird daher, trotz ſeines Charakters und ſeiner Kampfluſt für's erſte die Armee zu dem erſten Punkte ihres Einmarſches in Ungarn zurückführen. Die Truppenkörper bewegen ſich auf dieſem Rückzuge vollkommen geordnet und werden nur ſelten von einem plötzlich erſcheinenden und ſchnell wieder verſchwundenen Feind beunruhigt. Geſtern befand ſich das Hauptquartier bereits in Altenburg. Die Poſitionen vor Komorn ſind alle aufgegeben und auch Raab dürfte für den Augenblick geräumt werden, ſo wie ſchon die nächſten Tage das Hauptquartier wieder nach Kidſee zurückbringen werden. Das Generalkommando der k. Armee, welches von Ofen nach Stuhlweißenburg, von dort nach Babolna, dann nach Oedenburg verlegt worden war, wird morgen oder übermorgen ſchon hier eintreffen. Der Generalmajor und Stellvertreter des Kriegsminiſters Freiherr von Kellner iſt zum erſten Flügeladjutanten des F. Z. M. Welden und Oberſt Graf Zedtwitz zum Stellvertreter des Kriegsminiſters ernannt worden. General Kellner geht ſchon heute Abend nach Ungarn ab.

Ueber die Unfähigkeit des Fürſten Windiſchgrätz als Heerführer vernehme ich von einem Augenzeugen die herzbrechendſten Fakta. Von vielen nur ein Beiſpiel. Einer unſerer tüchtigſten Offiziere war in Thätigkeit bei der letzten großen Rekognoszirung des Fürſten vor Peſth. Er erkannte den Moment, wo die feindliche Armee, die in einer unabſehbaren langen Linie ſich nach rückwärts bewegte, mit dem größten Erfolge hätte angegriffen und zum großen Theile abgeſchnitten werden können. Um die Minute zu benutzen, trug das ſchnellſte Pferd einen Adjutanten mit dieſer Nachricht zu dem Oberbefehlshaber der kaiſerlichen Truppen dieſſeits des Iſonzo. Es war gerade ¾ auf 12; die dem anzugreifenden Punkte zunächſt ſtehenden Korps ſtanden mit brennenden Fußſohlen — aber kein Entſchluß erfolgte — es wurde eins, zwei, drei Uhr — Se. Durchlaucht war noch immer nicht im Klaren was ſie thun ſollte — unter deſſen war die Armee des Feindes aus dem Geſichtskreiſe verſchwunden.

Auf der Straße nach Stry und Munkatſch ſind unſre Truppen unter General Barko von den Ungarn angegriffen worden, und mußten ſich, übrigens mit kleinem Verluſte, zurückziehen. Geſtern kam Oberſt Kießlinger von Auersperg Küraſſier hier an, deſſen das 36. Armeebulletin unter den Verwundeten erwähnt. Er wurde von einer Anzahl Huſaren überfallen und erhielt bis zur Ankunft ſeiner Küraſſiere 22 Wunden! Durch einen ſeltnen, an's Wunderbare grenzenden Zufall iſt keine derſelben ſo bedeutend, daß ſie Beſorgniß für ſein Leben erregte. Er fuhr im Fiaker hieher, ſtieg rüſtig aus und die Treppen ſeiner Wohnung hinauf. Die eben ſo ungeſchickte als taktloſe Bekanntmachung in der Wiener Zeitung, daß der Fürſt Windiſchgrätz Oberbefehlshaber aller k. Truppen dieſſeits des Iſonzo bleibe, hat der allgemeinen Entrüſtung und Mißbilligung Anlaß gegeben, ſich auszuſprechen. Da ſie überdies ſehr leicht den Rücktritt Welden's und anderer Generale hätte zur Folge haben können, (wenn dieſen Männern nicht das Vaterland höher ſtünde als die verletzte Perſönlichkeit), ſo hat ſie den Beſchluß hervorgerufen — ebenfalls um den Fürſten nicht zu tief zu verletzen — daß der Kaiſer ſelbſt den Oberbefehl über die Armee übernehme. Täglich gehen Truppen zur Armee hier durch; geſtern ging ein Bataillon Uhlanen und eine reitende Batterie ab. In den Kaſernen ſind allnächtlich die Truppen konſignirt. Die Baſteien werden um 10 Uhr geſchloſſen und auf den Kanonen liegen brennende Lunten. Die Geſundheit des Grafen Stadion ſoll ſich ſichtlich in der Landluft erholen. Er hat ſehr an Popularität gewonnen, ſeit man ihm antiruſſiſche Geſinnung zutraut. Die Offiziere unſrer Armee in Ungarn halten die ruſſiſche Hilfe für eine Schmach der öſterreichiſchen Waffen. Geſtern brachte man gegen 500 Mann Verwundete aus Ungarn, viele derſelben weinten vor Freude als ſie endlich wieder in ein Bett kamen. Sie ſcheinen jede Art Noth und Entbehrung erlitten zu haben. Nach den Kämpfen auf dem Ragoſch rief man aus: „wer noch Kraft hat zu gehn der gehe;" die Unglücklichen, die dieſem Rufe nicht mehr folgen konnten, mußten auf dem Schlachtfelde liegen bleiben; Transportmittel waren nicht vorhanden. Ein Rittmeiſter erzählte mir, wie er ſich ſchwer verwundet noch 5 Stunden fortſchleppen mußte, ehe er irgend Hilfe fand. Der eigentliche Ruhepunkt aber war erſt Wien.

So eben war eine ſolenne Meſſe für alle hier verſammelten Biſchöfe, mit einem herrlichen veni creator. Ich will uns wünſchen, daß er auch wirklich mit ſeinem Geiſte über ihn komme. Dieſe Hilfe dürfte ſehr nöthig werden, indeß ſo lange wir nicht Beweiſe des Gegentheils haben, müſſen wir das Beſte hoffen.

Nachſchrift. Der ruſſiſche Einmarſch iſt aufgehalten, weil es um vorzurücken noch einer Ordre des Kaiſers bedarf, der nach Moskau gegangen iſt. Dadurch iſt eine Verzögerung von 3—4 Tagen eingetreten. In Mähren und Oeſterreich ſind bereits 80,000 Brodportionen beſtellt. In Gänſerndorf werden die letzten vertheilt. Die Eiſenbahn wird uns immer 1000 Mann pr. Transport zuführen. Börſengerüchte verkündigen die Un-

terbrechung der Friedensverhandlungen in Mailand und die Abreiſe der Deputirten, ein ſehr blutiges Gefecht bei Acs, was ich oben berührte, Treffen bei Raab, Neuhäuſel ꝛc., dann die Unabhängigkeitserklärung Ungarns, und die Entthronung des Hauſes Habsburg-Lothringen durch Koſſuth.

* **Wien**, 30. April. Die Nachrichten, die heute aus Ungarn einlaufen, ſind ſehr entmuthigend für die kaiſerliche Sache. Die ganze Nacht hindurch wurden Verwundete auf Wägen unter Fackelbegleitung nach Kaiſer-Ebersdorf gebracht, wo ein Filialſpital zu ihrer Unterkunft errichtet ward. Andere Transporte ſind auf Dampfſchleppſchiffen angelangt. Die Schlacht bei Acs ſoll mörderiſch geweſen ſein und ſowohl in dieſer, als in den Gefechten, die bei Raab und Neuhäuſel ſtattfanden, ſollen die k. k. Truppen großen Verluſt erlitten haben. Auch wird verſichert, daß bei Kiß-Bér der Ban Jellacic total geſchlagen und ſelbſt flüchtig geworden ſei, und ſich nach der Walachei gewendet habe. General Vetter und Graf Caſimir Batthiany ſtanden ihm gegenüber. Wo Dembinski und Görgey ſtehen, weiß man nicht, und erwartet den Verfolg ihrer Operationsplane. In den obigen Treffen kommandirten Klapka und Gynon. Ein Manifeſt Koſſuths ſoll die Unabhängigkeit Ungarns und ſeiner Nebenländer von Oeſterreich ausſprechen und dieſe Länder von der Habsburg-Lothringiſchen Dynaſtie losſagen, weil ſie einen ſo unheilvollen Krieg über Ungarn herbeigeführt. Der Artillerie-Brigadier GM. Vitaliani iſt von hier nach Ungarn abgegangen, um an der Leitung der dortigen Kriegsoperationen Theil zu nehmen. Fünf in der ungariſchen Sache kompromittirte k. k. Generäle befinden ſich hier in Haft und Unterſuchung. Man ſpricht heute ſehr ſtark vom Austritte des Fürſten Schwarzenberg aus dem Miniſterium und von deſſen Erſetzung durch den Grafen Colloredo-Wallſee. Geſtern Abends hieß es, Fiſcher (Landeschef in Oberöſterreich) ſei zum Juſtizminiſter ernannt, während anderſeits ſeine Ernennung zum Miniſter des Innern behauptet wird.

Lith. Korr. **Berlin**, 1. Mai. Auch am geſtrigen Abend waren wiederum einige mehr oder minder ſchwere Verwundungen zu beklagen; Todte hat es geſtern glücklicherweiſe nicht gegeben. Der Schauplatz des Krawalls war diesmal nicht der Dönhofsplatz, ſondern die Frankfurter Linden und die Waßmannsſtraße. Unter den Frankfurter Linden verſammelte ſich ein kleiner Zug mit einer rothen Fahne an der Spitze; zwei Individuen wurden mit Schießgewehren erblickt. Als Konſtabler und ein Piquet Infanterie den Zug auseinander getrieben hatten, verſuchte man in der Waßmannsſtraße drei Barrikaden zu errichten, die jedoch von einer Abtheilung Infanterie mit gefälltem Bajonett genommen wurden. Auch einige Schüſſe ſind wiederum gefallen. Gegen 10½ Uhr war die Ruhe in jener Gegend vollkommen hergeſtellt. Auf dem Dönhofsplatze war es vollkommen ruhig.

Eine in der Voßiſchen und Spener'ſchen Zeitung enthaltene Berichtigung aus amtlicher Feder: „Einige der lithographirten Korreſpondenzen theilen mit, daß mehrere Abgeordneten der aufgelöſten zweiten Kammer von hier ausgewieſen ſeien. Es iſt eine Lüge. Es hat keine Ausweiſung von Abgeordneten ſtat:gehabt. Richtig aber iſt ſo viel, daß einige derſelben durch die neuliche Rede des Miniſters v. Manteuffel in großen Schrecken verſetzt worden ſind und aus Furcht vor gerichtlicher Unterſuchung Berlin ſchleunigſt verlaſſen haben", iſt zu ſehr nach dem vormärzlichen polizeilichen Zuſchnitt gefertigt, als daß wir uns es verſagen könnten, dieſelbe in unſern Bericht aufzunehmen, obſchon jene Mittheilung nicht von uns gemacht wurde. Gleichzeitig ſind wir jedoch im Fall, den Vorwurf einer Lüge der Berichtigung ſelbſt zurückzugeben. Die Abgeordneten Matthäi und Zimbal haben bei ihrer Abreiſe von Berlin eine ihnen zugegangene polizeiliche Ausweiſung öffentlich gezeigt.

Lith. Korr. **Berlin**, 2. Mai. Ob die Politik des gegenwärtigen Kabinets auch in der deutſchen Frage ſiegen wird, wird hauptſächlich von dem nunmehrigen Auftreten der 29 Regierungen abhängen, die die in Frankfurt gegebene Reichsverfaſſung bereits anerkannt haben. Beharren jene 29 Regierungen in der von ihnen eingenommenen Stellung zu den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung, ſo iſt noch immer zu hoffen, daß das dieſſeitige Kabinet ſeine Oktroyirungspläne aufgeben wird. Jene 29 konſtitutionellen Regierungen, getragen von den Sympathieen der regierten Volksſtämme, werden ein gewichtiges Wort in die Wagſchale der Entſcheidung werfen können; bleiben ſie feſt in ihrer jetzigen Stellung, ſo wird das mächtige Preußen ihnen nachgeben müſſen, es wird es nicht wagen, 29 verbundenen, durch die öffentliche Meinung in ihrer Macht geſtärkten Regierungen, ſowie unſtreitig einem großen Theile ſeines eigenen Volkes mit Gewalt entgegen zu treten.

Der Eindruck, den die Note gemacht, mußte in Berlin ein ungünſtiger für das Kabinet ſein; gleichwohl war es dem Kabinet vorbehalten, die herrſchende ungünſtige Stimmung noch durch eine andere Maßregel zu vermehren. Geſtern Abend verbreitete ſich hier die vollkommen begründete Nachricht, daß der Miniſter v. Manteuffel an den Direktor der oberſchleſiſchen Eiſenbahn, Hrn. Lewald in Breslau eine telegraphiſche Depeſche gerichtet habe, nach welcher 30,000 Mann Ruſſen von Krakau kommend über Coſel-Oderberg nach dem Oeſterreichiſchen befördert werden ſollen.

Berlin, 3. Mai. Se. Majeſtät der König haben Allergnädigſt geruht, den Staatsminiſter Grafen von Arnim auf ſein Anſuchen von der Leitung des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten zu entbinden und dieſelbe interimiſtiſch dem Miniſterpräſidenten Grafen v. Brandenburg zu übertragen. (Pr.St.A.)

Breslau, 30. April. Soeben iſt uns nachſtehendes Schreiben vom 29. d. M. aus Szczakowa zugekommen: „Mit dem heutigen Frühzuge aus Warſchau kam der ruſſiſche General v. Berg in Begleitung ſeines Adjutanten und des Oberſten v. Leſchinsky hier an, wartete den von Krakau um 12 Uhr ankommenden Zug hier ab und fuhr dann mit demſelben weiter nach Wien ab. Mit dem Zuge von Krakau traf der öſterr. Uhlanen-Oberſt von Choblen mit ſeinem Adjutanten, Grafen Thun, hier ein und fuhr nach einer kurzen Unterredung mit den ruſſiſchen Offizieren mit dem nächſten Zuge nach Warſchau, die Ruſſen dagegen nach Wien ab. (Schleſ. Ztg.)

0 **München**, 30. April. Wird Baiern die Kriſis, die in Würtemberg noch eine glückliche Löſung gefunden, jetzt auch durchmachen müſſen! Die Regierung thut wenigſtens das Ihrige, das Volk darauf hinzudrängen. Und doch würde der Kampf entſchieden zu ihrem Nachtheile ausfallen: in fünf von den acht baieriſchen Provinzen herrſcht nur Eine Stimme, nur Ein Wille, der ſich von Tag zu Tag in kräftigen Adreſſen für die Anerkennung der Reichsverfaſſung kund gibt. In dieſem Punkt hat ſich die demokratiſche Partei, die nicht nur in der Pfalz, ſondern namentlich auch in Franken bereits vorherrſchend iſt, mit der konſtitutionellen vereinigt, und auch aus Schwaben iſt geſtern eine Monſteradreſſe, die gegen 40,000 Unterſchriften trägt, mit derſelben Forderung hier eingetroffen. Die zweite Kammer wird mit immenſer Majorität die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung von der Krone fordern, da in dieſer Frage auch das rechte Centrum mit der bisherigen Kammermehrheit ſtimmen wird, und an eine Auflöſung wird man jetzt um ſo weniger gehen, als bei der herrſchenden Aufregung die unmittelbar anzuordnenden Neuwahlen ein für die Regierung noch viel ungünſtigeres Reſultat als die vorigen herbeiführen müßten. Erfahrung macht klug und Hr. v. d. Pfordten hat ſich ſchon in Sachſen einmal die Finger verbrannt. Löst das Miniſterium aber die Kammer nicht auf, ſo bleibt ihm nur die Alternative, ſeine Politik zu ändern oder abzutreten: denn bei einer oppoſitionellen Mehrheit, die entſchloſſen iſt, nicht eher an die Berathung des Budgets zu gehen, bis alle Hauptfragen nach ihrem Willen entſchieden ſind, läßt ſich das vormärzliche konſtitutionelle Spiel nicht erneuen, um ſo weniger, als dieſe Majorität eine mächtige Stütze im ganzen Volke hat. Die hier noch ſehr zahlreichen Blauweißen ſehen das wohl ein und man hört nicht ſelten von ihnen Stoßſeufzer, wie dieſer: „mögen alle Provinzen ſich von uns trennen, Ober- und Niederbaiern iſt groß genug, um ſich ſelbſt und ſeine Dynaſtie, und würde ſie auch wieder zur herzoglichen zu erhalten." In dieſen beiden Kreiſen iſt allerdings die Mehrheit blau-weiß durch und durch, aber ihr gegenüber ſteht eine Minderheit, die jetzt ſchon nicht unbedeutend, und im ſteten Zunehmen begriffen iſt, wie denn z. B. in Münchens näherer Umgebung ein jedes Dorf ſeinen Märzverein hat, dem meiſtens alle Gemeindeglieder angehören.

München, 1. Mai. Ein großer Theil der Beurlaubten der Infanterieregimenter der hieſigen Garniſon wurde einberufen, da die Kompagnie auf 110 Mann gebracht werden ſoll. Ein Gleiches ſoll bei den Regimentern in den Provinzen geſchehen. Adreſſen für Anerkennung der Reichsverfaſſung u. ſ. w. ſind ferner abgegangen: von den Gemeindebehörden von Fürth, Kempten, Weiſſenburg, Lauf.

Hr. Stockinger ladet in Folge der abermaligen Verta-

gung der baieriſchen Kammern in einem Rundſchreiben, d. d. Frankfurt, 26. April, ſeine „Kollegen aus der baieriſchen Volkskammer" zu einer Zuſammenkunft in Frankfurt auf den 4. Mai ein.

0 **München**, 2. Mai. Die wachſende Aufregung in hieſiger Stadt, und beſonders die Nachrichten aus Franken, Schwaben und der Pfalz haben endlich das bairiſche Miniſterium zu dem Verſuche beſtimmt, die öffentliche Meinung für ſich zu gewinnen. Ein Plakat, vom Geſammtminiſterium unterzeichnet, das ſeit heute Mittag an allen Straßenecken prangt, ſcheint wenigſtens dieſen Zweck zu haben. Es iſt übrigens ſo halb, wie alle Maßregeln der bairiſchen Regierung, und ein günſtiger Erfolg wird ſich kaum über die Grenzmarken der Hauptſtadt hinaus erſtrecken. Das Plakat lautet folgendermaßen:

„Die Erklärung der Regierung gegen die unveränderte Annahme der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung wird von Uebelgeſinnten dazu mißbraucht, die Anſicht zu verbreiten, als werde eine Zurückführung der politiſchen Zuſtände in Deutſchland und Baiern, wie ſie vor dem März 1848 geſtaltet waren, beabſichtigt. Eine ſolche Abſicht iſt weder in der genannten Erklärung ausgeſprochen, noch überhaupt vorhanden. Die Regierung wird alle Verheißungen getreulich halten und erfüllen, welche in der königlichen Proklamation vom 6. März 1848 und in den ſich daran reihenden Thronreden und Landtagsabſchieden enthalten ſind. Sie wird nach den hierin vorgezeichneten Grundlagen ſowohl für die baldige Vollendung der deutſchen Geſammtverfaſſung als für die Ausbildung der innern Zuſtände Baierns nach den Bedürfniſſen der Zeit mit allem Ernſte thätig ſein. Sie wird hierbei auch die von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Grundrechte des deutſchen Volkes, ſo weit ſie es mit ihrer pflichtmäßigen Sorge für das Wohl des Landes vereinigen kann, zur Richtſchnur nehmen, und die wenigen Beſtimmungen derſelben, welche ſie als nachtheilig erachtet, in einer Vorlage an die Kammern bezeichnen. Die Regierung wird durchaus nur den Weg gehen, den ihr die Verfaſſung und die Geſetze des Landes vorſchreiben. Sie wird aber auch die Herrſchaft der Geſetze durch alle ihr zu Gebot ſtehenden Mittel aufrecht erhalten. Ohne geſetzliche Ordnung iſt weder Freiheit noch Wohlfahrt eines Volkes denkbar. Darum fordert die Regierung das bairiſche Volk auf, in dieſen Tagen der Prüfung durch geſetzmäßiges Verhalten ſeinen Sinn für die wahre Freiheit zu bethätigen. München, 1. Mai 1849. v. Leſuire, v. Kleinſchrod, Aſchenbrenner, Dr. v. Forſter, Ringelmann, v. d. Pfordten."

Der Eindruck, den dieſe Anſprache auf das Volk macht, iſt, ſo viel ich Gelegenheit hatte zu beobachten, ziemlich kalt, und ich bin überzeugt, daß die freiſinnige deutſche Partei eben ſo wenig dadurch befriedigt wird, als die Ultramontanen daran heftigen Anſtoß nehmen. Hr. Mathy iſt ſeit geſtern Morgen hier; er hatte gleich nach ſeiner Ankunft eine Zuſammenkunft mit dem Miniſter des Auswärtigen, Hrn. v. d. Pfordten. Sonſt ſah man ihn viel mit Cloſen verkehren. Schwerlich dürfte ſeine Sendung als gelungen anzuſehen ſein, doch verlautet darüber nichts Gewiſſes. Abends war Berathung des Geſammtminiſteriums.

= **München**, 2. Mai. Die Phyſiognomie unſeres Iſar-Florenz hat ſich ſeit einigen Tagen ſehr verändert. Beide Parteien, die Deutſchen und die blauweißen und römiſchen Partikulariſten haben ſich auf der öffentlichen Arena gemeſſen. Für den Augenblick iſt der Sieg bei Letzteren, er iſt ihnen ſo leicht geworden, daß der Sturm der Leidenſchaft, womit ſie auftreten, ſich durch die Erkenntniß ihres Einfluſſes vollkommen gelegt hat. Sind nun die Deutſchen als überwunden zu betrachten? Sie ſind es nicht, wenn ſie mit der Würde, der taktvollen Ruhe der drei letzten Tage fortfahren. Man muß die Agitation den Ideen überlaſſen, wenn die brutale Gewalt das äußere Leben beherrſcht. Am 14. April hatte der hieſige Centralmärzverein an jenen in Frankfurt geſchrieben: „Möge es gelingen das Kaiſerthum wie den maskirten Bundestag zu überwinden," und den beſten deutſchen Mann an der Spitze des neuerſtandenen Vaterlandes zu ſehen." Die ultramontanen und offiziellen Organe hatten dieſe Briefſtelle an die Spitze ihrer Spalten zu ſtellen nicht verſäumt; ſie leiteten damit ihre Sonderagitation ein. Wenn ſie nun zurechnen, daß mehre der hieſigen demokratiſchen Preßorgane „der Eilbote" und „Gradaus" zu viel Ueberſtürzungen darbieten, die Partikulariſten in Eckenanſchlägen und zahlloſen Flugblättern im Volke (z. B. als Maueranſchlag „die Reichsverfaſſungszeche" als Flugblatt, „wie durch die Frankfurter Reichsverfaſſung Baierns Wohlſtand und Baierns ganzer Beſtand zu Grund gerichtet wird") Beſtürzung über finanzielle Gefahrniſſe und neue Steuern verbreiten, ſo wird klar ſein, warum der Partikularismus das Terrain behauptet. Auch haben es die Deutſchen unterlaſſen, durch gute Flugblätter und Maueranſchläge die Uebertreibungen und Aufſchneidereien der Partikulariſten zu widerlegen, und zwar ſpeziell in die Sachen eingehend. Prinz Karl iſt Reconvaleſcent. Der 1. Mai iſt ohne Bierkrawall vorübergegangen.

Nürnberg, 2. Mai. Schon geſtern rückten 5 Schwadronen Chevaurlegers vom Regimente Taxis hier ein, die ſechſte folgte heute in Begleitung der halben reitenden Batterie aus Triersdorf nach; auch die zwei Schwadronen vom Regiment Kronprinz aus Neumarkt trafen geſtern ein. Die Reiterei iſt größtentheils in den umliegenden Dörfern untergebracht. Die Garniſon hat Bereitſchaft. Der beabſichtigte bewaffnete Auszug der Turnerkompagnien der freiwilligen Landwehr zur heutigen Volksverſammlung wurde unterſagt. (N. K.)

Kaiſerslautern, 2. Mai. In der heute hier abgehaltenen Volksverſammlung ſind folgende die weſentlichen zum Beſchluß erhobenen Punkte: Es iſt ein Landesvertheidigungsausſchuß ernannt worden (derſelbe beſteht aus 10 Perſonen unter dem Präſidium eines Herrn Reichard); dieſer hielt noch geſtern Abend bis in die Nacht hinein eine Sitzung und dekretirte: 1) Steuerverweigerung (Staatsſteuern), 2) Rückberufung der pfälziſchen Soldaten, 3) Organiſation der Volksbewaffnung von 18 bis 50 Jahren; die von 30 bis 50 Jahren kommen unter die Landwehr; 4) Aufforderung an die Regierung und die Beamten zur Anerkennung der Reichsverfaſſung, 5) Aufforderung an die Gemeinden, um ihre Zuſtimmung zu erklären; 6) Beſchlagnahme der pfälziſchen Staatskaſſen; 7) Verbindung mit den angrenzenden deutſchen Volksſtämmen. Die Staatskaſſen ſind ſchon mit Beſchlag belegt und die Organiſation der Truppen iſt ausgeſchrieben. Die Erklärung der Regierung und Beamten muß in 3 mal 24 Stunden erfolgen, widrigenfalls weitere entſcheidende Maßregeln getroffen werden. (O.P.Z.)

Dresden, 30. April. Der öſterreichiſche Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg iſt hier. Man ſagt, er habe geſtern einem hieſigen Miniſterrathe beigewohnt. Wir verſichern aus zuverläſſiger Quelle, daß dieſes Gerücht durchaus unbegründet iſt. (Nach der Dresdener Zeitung iſt derſelbe nach Berlin weiter gereiſt. (D. A. Ztg.)

A **Dresden**, 1. Mai. Seit die Kammern mit dem Hochrufe auf die deutſche Reichsverfaſſung auseinandergegangen, iſt eine merkliche Aufregung unter der Bevölkerung der Hauptſtadt entſtanden. Heute Mittag verſammelten ſich viele Tauſende auf dem Pirnaiſchen Platze, um ſich einer Deputation des Vaterlandsvereins anzuſchließen, welche dem Miniſterpräſidenten Held eine Adreſſe mit der Erklärung überbringen ſollte, daß der Verein die von den Vertretern des deutſchen Volkes beſchloſſene und verkündete Reichsverfaſſung als zu Recht beſtehend anerkenne, daß er jeden Widerſtand gegen dieſe Verfaſſung vom 6. als revolutionären Akt betrachte und daß er das Geſammtminiſterium für die Folgen einer ſolchen Revolution von Oben allenthalben verantwortlich mache. Der Miniſterpräſident eröffnete der Deputation, er habe dem Könige, nachdem er ihm lange vergeblich die Annahme der Reichsverfaſſung angerathen, ſeine Entlaſſung eingereicht und dieſelbe erhalten. Gleiches haben der Miniſter des Innern, Weinlig, und der Finanzminiſter von Ehrenſtein gethan. Ueber die Bildung des neuen Miniſteriums verlautet noch nichts. Die Stadt befindet ſich in fieberhafter Spannung. Man iſt feſt entſchloſſen, kein Miniſterium zu dulden, welches die Anerkennung der Verfaſſung verweigert. Vorbereitungen aller Art werden getroffen, um die geſetzlichen Mittel anzuwenden, welche der Bevölkerung zur Kundgebung ihres Willens zu Gebote ſtehn.

A **Dresden**, 2. Mai. Wir ſehen jetzt klar in den Motiven der Kammerauflöſung. Die Miniſter Held, Weinlig und v. Ehrenſtein hatten dieſen unerläßlich nothwendigen Schritt dem Könige unter der Vorausſetzung angerathen, daß er zugleich in die Annahme der deutſchen Reichsverfaſſung und in die Abberufung des Herrn von Könneritz einwillige. Alles, was wir heute von den Anſtrengungen dieſer Männer aus der lauterſten Quelle vernehmen, um den König zu dieſer friedlichen und einzig möglichen Löſung der drohenden Wirren zu vermögen, gereicht ihrem klaren Verſtande wie ihrer patriotiſchen Geſinnung zu gleicher Ehre. Als der Widerſtand des Königs ernſter und hartnäckiger wurde, forderten und erhielten ſie ihre Entlaſſung. Wir hoffen, daß uns die erſprießliche Thätigkeit dieſer Männer oder doch des einen oder des andern unter ihnen nicht lange entzogen bleiben wird; aber unſere Lage iſt bereits in das Stadium getreten, daß der König keine Männer aufzufinden vermag, welche ſich zu Trägern ſeiner Anſichten hergeben wollen. Es iſt eine Thatſache, daß Herr v. Carlowitz die Bildung eines Miniſteriums nur um den Preis der Anerkennung der deutſchen Verfaſſung übernehmen zu können

Digitized by Google

erklärte. Hr. v. Behr hat dem König dieſelbe Antwort gegeben. Heute morgen, übermorgen treffen Deputationen von den Stadträthen, den Stadtverordneten und der Bürgerwehr vieler Städte des Königreichs ein, um den König über das aufzuklären, was geſchehen muß, wenn nicht das Land an den Abgrund der Anarchie geführt werden ſoll. Mit großem Vertrauen blicken wir auf Herrn von Watzdorf, der vorgeſtern Abend aus Frankfurt hier eintraf; ſeine Wahl iſt eine ſehr glückliche, und ſein Einfluß am geeigneten Orte nicht unbedeutend.

*** **Leipzig**, 2. Mai. Es ſteht hier in Sachſen ſehr ſchlecht. Am Montag Nachmittag reichten die Miniſter Held, Weinlig, Ehrenſtein ihre Entlaſſung ein, falls der König nicht die Reichsverfaſſung ſofort anerkenne. Der König ſchien nach Allem geneigt, auf den Wunſch des Volkes und der Miniſter einzugehen, ſprach aber noch von einer Nachricht, die er erwarte, und behielt ſich ſeinen Entſchluß vor. Am Montag Abend kam ein Adjutant des Königs von Preußen und als nun geſtern früh Held den definitiven Entſchluß des Königs einzuholen kam, wurde er entlaſſen und das augenſcheinlich in — Ungnaden. Abends empfing der König eine Deputation des deutſchen Vereins zu Dresden, die in ſehr eindringenden Worten den König anging, endlich die Verfaſſung zu proklamiren. Der König antwortete, nein! Ich werde einig mit Preußen Hand in Hand gehen und folge darin, wie in Ablehnung der Verfaſſung meiner Ueberzeugung. Das alte Lied, das alte Lied!

* **Freiberg**, 1. Mai. Heute ſind 9 Mann öſterreichiſche Palatinalhuſaren aus der böhmiſchen Garniſon Bilin über die ſächſiſche Grenze getreten, in Freiberg eingeritten und hier von unſern leichten Reitern entwaffnet worden. Eine Ordonanz wurde an das Kriegsminiſterium in Dresden abgeſendet, um dieſen Vorfall zu melden. Ein ganz unverbürgtes Gerücht ſpricht von 200 Mann, die ihnen gefolgt ſeien und die ſich weigerten, an dem Kampfe gegen die Ungarn Theil zu nehmen.

Offenbach. 3. Mai. Auch hier hat die Bürgerwehr den Beſchluß gefaßt, den Eid auf die Reichsverfaſſung zu leiſten. Heute iſt eine Deputation von hier nach Darmſtadt gegangen, um die Vereidigung auch der Linientruppen, der Beamten u. ſ. w. auf die Reichsverfaſſung bei dem Großherzoge zu befürworten. (Fr. J.)

♁ **Schleswig**, 30. April. Der General von Prittwitz hat hat geſtern ſein Hauptquartier nach Chriſtiansfeld verlegt, die preußiſche Diviſion iſt bereits bis an die jütiſche Grenze vorgerückt. Die im Sundewittſchen zurückgebliebenen Truppen werden von dem hannover'ſchen General Wynecken kommandirt. Die Dänen hatten am 28., wahrſcheinlich von Fridericia her, Vorpoſten wieder bis auf ungefähr eine Meile von Colding vorgeſchoben; ein Angriff, der von Einzelnen erwartet wurde, erfolgte aber am 29. nicht. Daß die Dänen nochmals einen ernſthaften Angiff auf die Stadt Colding verſuchen werden, dürfte wohl mehr als zweifelhaft ſein. Die Verpflegung der deutſchen Truppen auf Rechnung der okkupirten Theile Jütlands hat bereits begonnen; mit Rückſicht auf den geringen Umfang der okkupirten Diſtrikte werden indeſſen bis jetzt nur für einen Theil der ſchleswig-holſteiniſchen Armee die Verpflegungsgegenſtände in Jütland ausgeſchrieben.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 30. April. Erfreulich iſt die Mittheilung, daß General von Prittwitz, welcher nunmehr die Truppen in Maſſe nach dem Norden zuſammenzieht, beim Durchmarſch in Hadersleben einen großen Theil derſelben, nämlich verſchiedene Bataillone des 13., 15., 16., 17. Regiments, eine 12pfündige Fuß- und eine 6pfündige reitende Batterie, ſowie ein Huſarenregiment, geſtern auf dem Gemeindefelde, einem großen freien Platze an der Nordſeite der Stadt gelegen, aufſtellte und folgende Anrede an die geſammten Truppen hielt: „Heute iſt mir direkt von Sr. Majeſtät unſerm Könige von Preußen der Befehl zugegangen, daß wir nach Jütland einrücken ſollen. Se. Majeſtät wollen, daß die ſchleswig-holſteiniſche Armee, welche ſich ſo ehrenhaft und tapfer bei der letzten Schlacht benommen und wie wahre Männer für ihr Vaterland gekämpft haben, nunmehr möglichſt geſchont werden; wir wollen ſie nicht aus ihrer Stellung als Avantgarde verdrängen, inſofern ſie nicht ſelbſt dieſelbe aufzugeben geneigt ſind, aber geſchont ſollen ſie unter allen Umſtänden werden." Ein dreimaliges ſtürmiſches Hoch war die Antwort der geſammten Truppen auf dieſe Anrede. Hierauf wurde der Marſch nach dem Norden zu fortgeſetzt und das Hauptquartier iſt heute nach Chriſtiansfelde verlegt; kurze Zeit darauf rückte die baieriſche Diviſion ein, wobei beſonders v. d. Tann und Aldoſſer, welcher von ſeiner bei Düppel erhaltenen Wunde wieder geneſen, mit unendlichem Jubel begrüßt wurden.

Von allen Seiten wird es gerügt, daß noch keine amtlichen Liſten der Todten und Verwundeten in der Schlacht bei Colding von unſerer Seite erſchienen ſind.

Italien.

* Man ſchreibt der Allg. Ztg. aus Botzen vom 28. April: Sie wiſſen wohl bereits, daß die Friedensunterhandlungen mit Sardienien abgebrochen worden und die von Turin dazu beorderten Kommiſſäre bereits dahin zurückgekehrt ſind. Die bedeutende Differenz über die Kriegsentſchädigung machte jede weitere Verhandlung unmöglich, Piemont wollte ſich nur zu 60 Millionen Livres verſtehen. Der Waffenſtillſtand iſt zwar bis jetzt noch nicht gekündigt. (In Frankfurt war heute, 21., das Gerücht verbreitet, daß die Feindſeligkeiten zwiſchen Sardinien und Oeſterreich bereits wieder ihren Anfang genommen hätten.) Der Großherzog von Toskana erklärte nicht eher in ſeine Staaten zurückzukehren als bis ſie von unſern Truppen beſetzt wären. Das unter dem Befehl des Feldmarſchall-Lieutenants d'Aſpre ſtehende Korps hat ſich demzufolge mit dieſem General an der Spitze bereits dahin in Marſch geſetzt.

* Von der italieniſchen Grenze, 27. April. Nach den aus dem Feſtlande bei Venedig eingetroffenen Nachrichten haben die Truppen der Republik die Schleußen des Forts Malghera geöffnet, und hierdurch die Umgegend mit Einſchluß von Meſtre unter Waſſer geſetzt. Es iſt begreiflich, daß dieſe Vorkehrung den Operationen des Belagerungskorps namhafte Schwierigkeiten bereitet. Erzherzog Leopold befand ſich bereits im dieſſeitigen Lager, Feldmarſchall Radetzky wurde bis zum Beginn der Operationen erwartet. (Allg. Ztg.)

Rom, 21. April. Eine Spaltung iſt im Triumvirat eingetreten, Armellini und Saffi ſtanden gegen den Apoſtel der Demokratie, Mazzini. Deßhalb ſoll ein neues Triumvirat, wahrſcheinlich aus Camerata von Ancona, Sterbini und Sturbinetti gebildet werden. Geſtern hielt der Generalausſchuß aller römiſchen Clubs Sitzung, um der Regierung die Mittel zu bezeichnen, wie die gegenwärtige Gefahr von der Republik abgewendet werden könnte. Unter andern wird gerathen, auf den Höhen des Gianicolo Verſchanzungen anzulegen, um von dort bei einer reaktionären Bewegung die Stadt beſchießen zu können. Durch das Papiergeld iſt der Preis der Lebensmittel außerordentlich geſtiegen und die Mißſtimmung allgemein geworden. Nun iſt es auch gewiß, daß das Tabakmonopol abgeſchafft werden ſoll. Dadurch verliert der Staatsſchatz ein ebenſo bedeutendes Einkommen wie durch die Salzſteuer. Dabei iſt zu bemerken, daß die Rothſchild'ſche Anleihe für die päpſtliche Regierung theilweiſe von dem Fürſten Torlonia garantirt wurde, der dafür ſeine Monopole verpfändete. (A. Z.)

* **Rom**, 25. April. Die Nachricht von der Landung der Franzoſen hat hier große Beſtürzung hervorgebracht, die ſich aber unter den Schein der Entrüſtung zu bergen ſucht. Die Aſſemblea erklärt ſich permanent, und jeden Abgeordneten, der ſeinen Sitz verließe, für einen Verräther. Sie erließ eine Proklamation an die Römer mit der Verſicherung, „ihres feſten Entſchluſſes Widerſtand zu leiſten." Das Triumvirat erließ eine zweite mit der Bitte, durch Ruhe die Reiſe zur Freiheit zu beweiſen. Die Streitigkeiten im Schooß des Triumvirats ſind übrigens beigelegt, Mazzini, Armellini, Saffi haben die letzten Proklamationen unterzeichnet. Die Abgeordneten Audinot und Pedrino ſind in außerordentlicher Miſſion nach Bologno abgegangen. Die Klubs ziehen durch die Straßen, das Volk ſchaut dem Ganzen mit Ruhe zu.

* **Gaeta**, 21. April. Es verlautet, daß Pius IX nach Herſtellung der weltlichen päpſtlichen Gewalt abdanken werde, um einem andern (man raunt ſich ſchon Lambruſchini in die Ohren!) die Führung des doppelten Scepters zu überlaſſen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzelle mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 124. Frankfurt a. M., Samſtag 5. Mai. **1849.**

Ueberſicht.

Das preußiſche Miniſterium auf dem Wege der Revolution.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 4. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Die neue preußiſche Cirkularnote. Die Politik des Centrums. Hr. v. Beckerath. Die Partikulariſten.) Berlin (Hr. v. Radowitz. Der König und die Offiziere.) Köln (Aufforderung des Gemeinderathes. Die Rheiniſche Volkshalle. Piusverein.) Königsberg (Unverantwortliches Benehmen.) Magdeburg (Verſammlung von Vereinen.) Aus Franken (Adreſſen für die Reichsverfaſſung.) Hannover (Große Volksverſammlung.) Alfeld (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.) Burgdorf (Stadtbehörden für die Reichsverfaſſung.) Hildesheim (Aufregung) Karlsruhe (Das Offizierkorps und die Reichsverfaſſung.) Braunſchweig (Beſchlüſſe des Volksvereins.) Altona (Annehmlichkeit der Kriegsgefangenſchaft.)

Großbritannien. London (Zahlreiche Bittſchriften gegen die Abſchaffung der Schiffahrtsgeſetze. Beſchwerde über die däniſche Blokade. Ein Palmerſton'ſches Rundſchreiben. Die Times über die ungariſch-öſterreichiſche Angelegenheit. Parlamentsverhandlungen. Drei Kriegsdampfſchiffe für Deutſchland.)

Frankreich. Paris (Wahlagitation. Die Parteienbildungen. Die Statuquiſten. Herzöge von Joinville und Aumale. Napoleon Bonaparte. Salvandy. Larochejaequelin. Der 4. Mai-Antrag auf Amneſtie der Junitransportirten. Paris ruhig. Flüchtlinge. Cabrera. Beſoldete Socialiſten. Die franzöſiſchen Truppen erhalten Ordre nach Rom zu marſchiren.)

Italien. (In Genua Gerücht von der Abdankung des Königs.) Livorno noch nicht übergeben. Der König von Neapel will Palermo die Amneſtie nicht zugeſtehen.)

Ungarn. (Nachrichten vom Kriegsſchauplatze.)

---

4. Mai.

Die preußiſche Regierung hat den Boden des Geſetzes verlaſſen und den Weg der Revolution betreten. Sie hat in ihrer neueſten Cirkularnote vom 28. April in die Befugniſſe der von ihr ſelbſt anerkannten Centralgewalt eingegriffen, indem ſie, entgegen dem Geſetze vom 28. Juni 1848, welches der Centralgewalt die oberſte Leitung aller die Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands betreffenden Maßregeln überträgt, ſich das Recht anmaßt, auf eigene Hand in die innern Verhältniſſe anderer deutſcher Staaten mit Waffengewalt einzugreifen. Mit Recht hat die Centralgewalt ſofort energiſch gegen dieſe Anmaßung des preußiſchen Kabinets proteſtirt. Sie hat ferner die Abſicht kundgegeben, nach Vereinbarung mit den übrigen Regierungen eine Verfaſſung für Deutſchland zu machen, und dieſelbe, wenn die Reichsverſammlung ſich zu Abänderungen der von ihr beſchloſſenen Verfaſſung nicht entſchließe, ohne ſie ins Leben zu führen, ſie dem deutſchen Volke „darzubieten", wie man ſich ausdrückt, d. h. auf gut deutſch: aufzuzwingen. Woher will die preuß. Regierung das Recht dazu herleiten? Aus der alten Bundesverfaſſung? ſelbſt wenn dieſe noch exiſtirte, ſelbſt wenn nicht das Geſetzgebungsrecht des Bundestags außer Kraft geſetzt und untergegangen wäre in der durch den Bundestag angeordneten und von den Regierungen vollzogenen Berufung der Reichsverſammlung, ſelbſt dann würde der Weg, den die preuß. Regierung in der Note vom 28. April betreten hat, kein geſetzlicher, kein Bundesverfaſſungsmäßiger ſein. Denn nach der alten Bundesverfaſſung durften organiſche Geſetze, Abänderungen der Grundgeſetze des Bundes nur mit Einſtimmigkeit beſchloſſen werden. In der Note vom 28. April dagegen ladet die preußiſche Regierung nicht alle deutſche Regierungen zur Theilnahme an der von ihr beabſichtigten Verfaſſungsoktroyirung ein, ſondern nur diejenigen, „welche zu weiteren Berathungen über den jetzt einzuhaltenden Gang und die fernere Entwickelung des Verfaſſungswerkes mit Preußen geneigt ſind." Sie konnte auch nicht alle einladen, denn 30 Regierungen hatten ja bereits erklärt, daß ſie die in Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung annähmen; dieſe könnten alſo doch nicht nach Berlin Geſandte ſchicken, um dort eine andere Verfaſſung zu machen. Wenn das Miniſterium Brandenburg auch vielleicht im Stillen hoffen mag, daß andere Kabinette ebenſo ſchlecht, ebenſo treulos gegen Recht und Pflicht ſein würden, wie es ſelbſt, hat es doch noch ſo viel Scham gehabt, dies nicht öffentlich auszuſprechen, jene Regierungen nicht öffentlich zum Treu- und Wortbruch aufzufordern. Hätte es ſie aber auch aufgefordert, ſie würden nicht gekommen ſein, denn, wie der badiſche Bevollmächtigte Welcker es ſo wahr auf der Tribüne ausſprach „ſie würden bei ihrer Rückkehr ihre Throne umgeſtürzt finden." Wenn nun aber dieſe 30 Regierungen ſich nicht mit Preußen zur Oktroyirung einer Verfaſſung vereinigen werden, wer ſoll den oktroyiren? Die 4 Könige von Preußen, Baiern, Sachſen, Hannover ſammt dem Kaiſer von Oeſterreich, dem Herzog von Limburg und den Fürſten von Homburg und Lichtenſtein? Wo iſt da auch nur der Schein eines geſetzlichen Bodens? Sechs bis acht Regierungen wollen eine Verfaſſung für Deutſchland machen, wollen einen neuen Bundesvertrag aufrichten, dem ſich alle Regierungen und Völker Deutſchlands fügen ſollen. Das iſt offenbare Rebellion, nicht bloß gegen die von der geſetzlichen Nationalvertretung beſchloſſene Reichsverfaſſung, ſondern auch gegen den alten Bundesvertrag, gegen die Bundesverfaſſung von 1815. Preußen ſtellt ſich mit dieſem Schritt auf den Standpunkt, von welchem aus beim Wiener Kongreſſe die fünf deutſchen Großfürſten unter ſich allein die Bundesverfaſſung fertig machen und ſie den kleineren Regierungen und dem Volk aufdrängen wollten. Damals proteſtirten gegen dieſe Eigenmächtigkeit die ſämmtlichen mittleren und kleinen Regierungen, und ebenſo werden jetzt gegen die Anmaßung und Ungeſetzlichkeit des preußiſchen Kabinets die 30 Regierungen proteſtiren, welche ſich bereits der Reichsverfaſſung unterworfen haben. Sie müſſen proteſtiren um ihrer Ehre und um ihrer Sicherheit willen; ſie müſſen proteſtiren, wenn ſie nicht entweder von Preußen unterjocht, oder von ihren über ſolch' unerhörten Treubruch empörten Völkern das Aeußerſte befürchten wollen.

Der Schritt iſt aber auch ungeſetzlich, weil das deutſche Verfaſſungswerk beinahe in allen Staaten, ganz beſonders aber gerade in den Staaten, von denen jetzt die Oktroyirung einer Verfaſſung für Deutſchland ausgehen ſoll, an die Mitwirkung der Stände gebunden worden iſt, alſo auch eine Veränderung in dem Gange dieſes Verfaſſungswerkes, wenn überhaupt nur unter Zuſtimmung der Stände vorgenommen werden könnte. In Preußen hat man die Wahlen zur Reichsverſammlung unter Zuſtimmung der damaligen Stände des vereinigten Landtags angeordnet; in Baiern iſt das Wahlgeſetz gleichfalls mit den Ständen vereinbart, in Sachſen iſt daſſelbe wenigſtens nachträglich dem Landtage zur Genehmigung vorgelegt worden. Und ſo überall. Könnte man daher überhaupt geſetzlicher Weiſe das Verfaſſungswerk aus den Händen der Reichsverſammlung nehmen und in andere übertragen — wie man es unbedingt nicht kann — ſo könnte man es doch ſicherlich nur unter Mitwirkung und Zuſtimmung der Volksvertretungen in den einzelnen Staaten.

So ſteht der neueſte Schritt des preußiſchen Miniſteriums nach allen Seiten hin außerhalb des Geſetzes, außerhalb aller und jeder bundes- und landesverfaſſungsmäßigen Formen und Vorausſetzungen, er ſteht rein auf dem Boden der Revolution. Und das nennt die Zirkularnote: „der Revolution in Deutſchland ein Ziel ſetzen!"

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 4. Mai. (Nachmittagſitzung.)

Tagesordnung der 211. öffentl. Sitzung.

Schluß der Berathung über den dringlichen Antrag des Dreißiger-Ausſchuſſes.

Nachdem die Sitzung wieder eröffnet iſt, hat zur Vertheidigung des Minderheitserachten Nr. 3 Hr. L. Simon von Trier das Wort:

„Heute muß es ſich entſcheiden, ob wir noch in der bisherigen Verbindung zuſammen gehen können. Sie haben hier und

wir mit Ihnen die feierliche Erklärung vor dem Volke abgelegt, daß wir unwandelbar an der Verfaſſung feſthalten würden. Sie haben außerdem einen Ausſchuß mit der Vorbereitung der Maßregeln beauftragt, welche zur Durchführung der Verfaſſung erforderlich ſind, und ich denke nicht mit ſolchen Maßregeln, welche dahin zielen, daß wir hier auseinander müſſen und ſpäter die Verfaſſung „vielleicht" einmal in Wirkſamkeit tritt, ſondern mit Maßregeln, welche dazu dienen, um augenblicklich in der Gegenwart das Vaterland zu retten. (Bravo!) Ich habe keine Luſt, mit dem Miniſterium Brandenburg über ſeinen Beruf zu rechten, ich betrachte es nur als einen Ausdruck der energiſchen Brutalität, welche aber unter Umſtänden beſſer einwirkt, als ſchwächliche Humanität. Ich finde auch keine Veranlaſſung, über die Konſequenz, über die Wahrheit und über die Treue einer Politik zu ſprechen, welche am 11. April 1817 ſich dahin äußerte, daß es keiner Macht der Erde gelingen ſolle, ſie zu bewegen, daß ſie auf eine konſtitutionelle Verfaſſung eingehe und dann von Camphauſen im allgemeinen Landtag die bekannten Erklärungen geben ließ. Ueber eine Politik, welche nachher im vollen konſtitutionellen Staate vor eine konſtituirende Kammer tritt und nachdem ſie dieſe aufgelöſt hat, ein Zweikammerſyſtem oktroyirt, abermals doppelt und dieſesmal im Scheine des Scheinkonſtitutionalismus auftritt — wer dann noch von Konſequenz, Treue und Wahrheit ſpricht, der muß von dieſen edlen Gütern keinen Begriff haben. (Bravo.) Ich habe auch keine Luſt die zerſtörenden Elemente gegen ein Miniſterium in Schutz zu nehmen, welches in dieſem Augenblicke die unſchuldigen Leiber wehrloſer Männer und Frauen in einer von ihm ſelbſt herbeigeführten Kriſis zerſtören läßt. Meine Herren, ich frage nur nach den Mitteln, welche uns zu retten vermögen, und da kenne ich nur Ein Mittel. Das Miniſterium Brandenburg hat geſagt: Niemals, niemals, niemals. Ich ſage Ihnen, das einzige Mittel heißt jetzt: Waffen, Waffen und abermals (Beifall auf der Gallerie; Zuruf rechts: Die Gallerie räumen, der Gallerie Ruhe gebieten. Präſ.: ich habe es ſchon gethan und werde es nicht unbeachtet laſſen.) Waffen! Ich weiß aber auch, daß das Miniſterium klug genug iſt, um ſobald es von der hier herrſchenden Stimmung Kenntniß erlangt und ſobald es erfährt von den Plänen Derjenigen, welche zwar nicht unmittelbar Etwas thun wollen, die aber durchſchimmern laſſen, daß es geſchehen ſolle, ich weiß, daß das Miniſterium ſo klug iſt, unmittelbar und augenblicklich gegen die Nichtgerüſteten einzuſchreiten. M. H., man will die Wahlen ausſchreiben, ich halte das für geeignet, ich möchte aber, daß die Vereidung gleichzeitig ausgeſprochen werde. Für die Vereidigung führt der Redner an: Sie ſind der Ordnungspunkt, um den ſich jetzt Alles dreht. Geben Sie es auf, der Ordnungspunkt der Parteien und Bewegungen Deutſchlands zu ſein, ſo geben ſie die Leitung und damit die Sache verloren. Sie wiſſen, daß anhaltiſche Geſandte um Einverleibung der anhaltiſchen Truppen in das preußiſche Herr unterhandeln. Eilen Sie, ſonſt kommen Sie zu ſpät. So viel werden die deutſchen Krieger in den 10 Monaten eingeſehen haben, daß ſie ihre Stellung begreifen. Unwürdig iſt die Art und Weiſe, wie mit den deutſchen Soldaten im däniſchen Kriege umgegangen wird, und ſoeben wird mir noch eine Nachricht überreicht. Sie iſt aus Pillau. Das däniſche Kriegsſchiff St. Croix ward von einem heftigen Weſtwinde unter die Kanonen der Feſtung getrieben. Als die Einwohner der Stadt den Feſtungskommandanten unthätig bleiben ſahen, mahnten ſie ihn, das Fahrzeug zu beſchießen. Er erwiederte: er ſei angewieſen, ſich ſtreng in der Defenſive zu halten. (Vielfaches Pfui! Pfui! Verrath! Eine Stimme von der Linken: Und dahin hat man uns verhandeln wollen!) Das iſt ein ſchändlicher Mißbrauch, den man mit den Söhnen Deutſchlands treibt — Offiziere wie Soldaten als Scheiben hinzuſtellen um ſie todtſchießen zu laſſen, das thut auch keine ehrliche abſolutiſtiſche Regirrung. Auf wen aber ſoll die Vereidung erfolgen? Daß der Kaiſer nicht da iſt, iſt nicht unſere Schuld. Ueber die Centralgewalt haben wir heute Auskunft erhalten durch das Reichsminiſterium. Sie iſt zur Führung der deutſchen Angelegenheiten verpflichtet, bis das Verfaſſungswerk ausgeführt iſt. Deßhalb ſchlage ich als Eidesformel vor: „Ich ſchwöre Treue der Reichsverfaſſung und der ſie ausübenden Centralgewalt." Mit Würtemberg, Baden und den übrigen deutſchen Staaten, die ſich für uns erklärt haben, bringen wir zu 2 pCt. der Bevölkerung gerechnet, 160,000 Mann auf die Beine. Aber geben Sie zunächſt dem Kriegsminiſter nur 50,000 Mann und er läßt ſie ſiegreich marſchiren durch ganz Deutſchland. Auch durch Preußen, denn das Volk gehört zu uns, das Miniſterium Brandenburg wird fallen, allein Preußen wird der deutſchen Sache gerettet ſein. Diejenigen, die hier die Verfaſſung nicht für ſich, ſondern für Kind und Kindeskinder machen, die ſollen uns doch lieber verlaſſen, anſtatt der Gegenwart zum Hemmſchuh zu werden. Das Land iſt von Mißtrauen erfüllt, das Volk gegen die Soldaten, die Soldaten gegen das Volk. Sammeln Sie beide Parteien unter dem Banner der Reichsverfaſſung. Meine Herren! Ihre Wirkung in dieſem Augenblicke iſt von europäiſcher Bedeutung. Ihr Entſchluß entſcheidet über die Fortſchritte der Despotie des Oſtens. Wer die Größe des Augenblicks nicht verſteht, der möge lieber von uns ſcheiden und die ans Werk laſſen, die entſchloſſen ſind, ſich ihm ganz hinzugeben.

Herr v. Gagern: Die Worte von dieſer Tribüne erſchallen weit. Erlauben Sie mir daher, daß ich die Führer des deutſchen Heeres gegen Dänemark vor Ihnen rechtfertige. Ich leugne nicht, daß das preußiſche Miniſterium den Frieden mit Dänemark lebhaft wünſcht. Allein es hat ſich von den Gründen der Centralgewalt überzeugen laſſen, wornach der Friede noch nicht möglich ſcheint. Was aber die Führer der deutſchen Truppen anlangt, ſo hat der Reichskriegsminiſter rechtzeitig durch einen Offizier dem Oberbefehlshaber in Schleswig-Holſtein die Eröffnung gemacht, daß dem Vorrücken gegen Jütland kein politiſches Hinderniß mehr entgegenſtehe. Dieſer Offizier wurde von allen Seiten mit der lebhafteſten Freude empfangen, und ſofort wurden die Anſtalten zum Vorrücken des Heeres getroffen. Auch was ſonſt der Präſident hinzufügt, iſt geeignet, den General v. Prittwitz gegen die mancherlei Vorwürfe in Schutz zu nehmen, die gerüchtsweiſe kürzlich gegen ihn erhoben wurden.

Hr. Ludwig Simon aus Trier bemerkt, daß er keinen Führer und Soldaten angegriffen, ſondern ſie vielmehr in Schutz genommen habe vor Einflüſſen, von denen er gewünſcht hätte, ſie möchten nie vorhanden ſein. Dazu ſpricht er die Ueberzeugung aus, daß das deutſche in Schleswig-Holſtein kämpfende Heer der deutſchen Sache aufs treueſte ergeben ſei.

Anſtatt des Hrn. v. Wydenbrugk erſcheint zur Rechtfertigung des Mehrheitserachtens Hr. Stahl von Erlangen auf der Tribüne: Deutſchland iſt ſtark genug, um jeder Einwirkung von Oſten zu widerſtehen. Zum Beweis deſſen bedarf es keiner Kriegserklärung. Dann ſchildert der Redner die Erfolge, die der nach Berlin berufene Fürſtentag wahrſcheinlich haben, wie er zunächſt nur von wenigen beſucht werden, denn es verlaute aus ſicherer Quelle, daß Baiern nicht entfernt daran denkt, auf das Projekt Preußens einzugehen, und wie er nach 10 oder 12monatlicher Thätigkeit unverrichteter Sache auseinander gehen werde. Daß wir nicht der Begeiſterung des Augenblicks, ſondern einer beſonnenen Ueberzeugung folgen, ſind wir dem Vaterlande ſchuldig. Die Verfaſſung muß aufrecht erhalten und vor 34 umwühlenden Händen geſchützt werden. Das iſt die Aufgabe und die Berückſichtigung des Geſetzes über die Erſchaffung der Centralgewalt. Das Volk iſt in zwei politiſche Parteien geſpalten, die ſich allerdings jetzt zu dem Einen Ziel, das heißt zur Durchſetzung der Verfaſſung verbunden haben. Aber nur, wie auch wir hier, nur für das Ziel, nicht für die Mittel. Wir müſſen uns daher vor Maßregeln hüten, die eine Spaltung in das Volk bringen. Die Bewegung, ſagt man mit Recht, ſei überall von großem Eifer und Nachdruck. Ich kann das aus meiner eigenen Erfahrung beſtätigen, aus dem Stande der Dinge in Franken. Aus dieſer Erfahrung eben ſage ich, daß wahrlich kein Vorwärtsdrängen nöthig iſt. Eher Mäßigung. Denn geht die eine Provinz über das Ziel hinaus, ſo bleibt die andere um ſo viel ſtörriger und weiter zurück. Wir ſind noch nicht dahin gebracht, daß wir uns ſchon aller unſerer Waffen bedienen müßten. Die Vereidung ſoll die Durchführung der Verfaſſung, ſoll die Wahlen zum nächſten Reichtage ſichern. Man glaubt in der Beeidigung des Militärs einen Schutz zu ſuchen, damit man die Wahlen ins Leben führen könne. Ich glaube meine Herrn, das iſt ein Sich im Kreiſe drehen. In den Staaten, in welchen man vereiden läßt, wird man auch wählen laſſen, und wo man nicht wählen läßt, wird man auch nicht vereiden laſſen. (Sehr wahr!) Wohl Alle ſind damit einverſtanden was Hr. Simon ſagt, daß ſich Deutſchland theilen wird, daß der eine Theil ſich um die Verfaſſung ſchließen, der andere dagegen ſich wegdrängen wird, aber wir wollen nichts dazu thun, um durch dieſe Förmlichkeiten die Scheidung bei dem Volk in Fleiſch und Blut übergehen zu laſſen. Wir ſind dafür, daß durch die Wahlen, wenn der

Reichstag zuſammentritt, klar es ſich herausſtellen wird. Die ſind für die Verfaſſung und dann ſolche Schritte vorzunehmen. Aber dann wird, was Hr. Simon will, eintreten, von hieraus wird auf die nicht eingehenden Staaten moraliſch gewirkt werden, ſo daß es einer materiellen Einwirkung gar nicht bedarf. Ich ſchließe einfach damit, Sie daran zu erinnern, daß der ganze Streit der hier vorliegt, rein der iſt, den die Parteien ſeit 11, faſt 12 Monaten mit einander gekämpft haben. Ich bin der feſten Ueberzeugung und habe mich nie in einer andern Richtung ausgeſprochen, daß alle Parteien im Hauſe das Wohl des Vaterlandes wünſchen, daß aber immer ihre Anſichten verſchieden waren, in Bezug auf den Weg und die Mittel. Es gilt jetzt denſelben Kampf und ich wünſchte, daß wir in dem Wege der Mäſſigung, den wir immer eingehalten haben, ebenſo ſtreng fortführen. Denn verlaſſen wir den Weg, ſo haben wir das erfüllt, was Preußen eigentlich erwartet (Bravo der Mehrheit des Hauſes, Ziſchen von der Linken.)

Nach dem auf dem Wege gewöhnlicher Abſtimmung eine Reihe von verſchiedenen Anträgen der Herren Haubenſchmidt, Erbe, Wigard, Wedekind, Venedey, abgelehnt worden ſind, erfolgt Abſtimmung durch Namensaufruf über die Nummer 7 des Vogtſchen Minderheitsantrages:

„Die Reichsverſammlung erläßt einen Aufruf an das deutſche Volk, in welchem ſie zum Feſthalten an der Reichsverfaſſung und zur thatkräftigen Bekämpfung jeglichen Widerſtandes gegen die Durchführung derſelben auffordert.“

Der Antrag wird verworfen mit 258 gegen 138 Stimmen. Ebenfalls durch Namensaufruf kommt ſodann der ganze dringliche Mehrheitsantrag des Dreißigerausſchuſſes in allen ſeinen 7 Punkten zur Abſtimmung und wird mit 190 gegen 188 Stimmen angenommen. Die geringe Mehrheit rührt daher, daß der Antrag von der Linken als zu wenig beſagend verneint wird, während ſich natürlich die Mitglieder der äußerſten Rechten und die Partikulariſten ebenfalls dagegen erklären. *)

Durch Namensaufruf wird ferner abgeſtimmt über den handſchriftlich eingebrachten Verbeſſerungsantrag von Ludwig Simon:

„Die Reichsverſammlung beſchließt in proviſoriſcher Suspenſion des §. 14, in Verbindung mit den §§. 191 und 193 der Reichsverfaſſung: 1) die Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten haben ſofort die Beeidigung ſämmtlicher Beamten des Militär- und Civilſtandes auf die Reichsgewalt in folgender Form vorzunehmen: Ich ſchwöre Treue der Reichsverfaſſung und Gehorſam der ſie ausführenden Reichsgewalt.“

Er wird mit 214 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Der Verkündigung dieſes Ergebniſſes folgt ein wüthendes Pfuigeſchrei von Seiten der unterliegenden Partei. Dies Geſchrei wiederholt ſich in noch ſtärkerer Weiſe, als auf dem Wege gewöhnlicher Abſtimmung auch der Venedey'ſche Antrag fällt: „Auf die unmittelbare Beeidigung aller Behörden und Truppen auf die Verfaſſung in den Ländern, welche die Verfaſſung anerkannt haben.“

Die namentliche Abſtimmung über 8 des erſten Minderheitserachtens (Vogt): „Die Nationalverſammlung fordert ſämmtliche Regierungen auf, ihre ganze bewaffnete Macht mit Einſchluß der Bürgerwehren auf die Reichsverfaſſung vereiden zu laſſen ꝛc.“ entſcheidet ſich ebenfalls verneinend mit 221 gegen 135 Stimmen. Damit ſind zugleich gefallen oder werden auf dem Wege gewöhnlicher Abſtimmung beſeitigt Nummer 9, 10 u. folgende des Vogtſchen Minderheitserachtens, ſowie ein Antrag von Wedekind und die Zuſatzanträge von Schoder (die Nationalverſammlung beſchließt die Centralgewalt aufzufordern in Beantwortung der preußiſchen Note ein Reichsheer auf den Truppen der zuſtimmenden Staaten aufzuſtellen) von Moritz Mohl, von Reden u. A.

Die Zeit iſt über die neunte Abendſtunde unter dieſen Abſtimmungen vorgerückt. Noch kommt ein dringlicher Antrag zur Verleſung, von den Herren Zitz, Erbe, Schlöffel, welcher in Folge der preußiſchen Note das Vaterland in Gefahr erklärt, allgemeine Volksbewaffnung u. ſ. w. angeordnet wiſſen will. Für die Dringlichkeit des Antrags erhebt ſich keine Mehrheit, worauf ihn die Antragſteller zurückziehen. Zweitens ein dringlicher Antrag von Herrn Wedekind, ebenfalls in Folge der preußiſchen Note geſtellt und verſchiedene Gegenmaßregeln vorſchlagend. Auch ihm wird die Dinglichkeit aberkannt. Nächſte Sitzung findet Montag den 7. Mai Statt und die bereits zweimal zurückgelegte Tagesordnung wird auf dieſe Sitzung übertragen. Die aus der Paulskirche austretenden Mitglieder werden auf dem nächtlichen Platze von einem kräftigen Pfeifen und Ziſchen empfangen. Dazwiſchen ſchallen noch lautere Lebehochs auf die deutſche Verfaſſung und auf einzelne Abgeordnete. Endlich ſcheint ſich das ſehr aufgeregte Publikum doch ohne weitere Störungen zu zerſtreuen.

Parl. Korreſp. **Frankfurt**, 4. Mai. Die letzte preußiſche Zirkularnote, die ihrem weſentlichen Inhalte nach Nichts weiter iſt als eine vollſtändige Abwendung Preußens von der deutſchen Politik, wie von der Politik der Freiheit und Ehre, und eine Rückkehr Preußens zu der Politik des Baſeler Friedens, wurde heute Morgen von dem Reichsminiſterium, welches nicht auf offiziellem Wege ſie empfangen hatte, aus dem „preußiſchen Staatsanzeiger“ der Verſammlung mitgetheilt, und erregte natürlicherweiſe eine allgemeine Entrüſtung, zu der auf der einen Seite ſich eine allgemeine Schadenfreude, auf der andern Seite ein tiefes Bedauern über die ſchmähliche Rolle geſellte, welche ein preußiſches Kabinet dem preußiſchen Staat anweiſt, ein Bedauern das um ſo größer ſein muß, als mit dieſer Zirkularnote, an der auch ein Mann Theil zu haben ſcheint, von dem man Beſſeres erwartet hatte, vielleicht die letzte Hoffnung auf das jetzige Preußen verſchwunden iſt.

Trotz dem halten wir an der Idee feſt, in welcher wir das Heil für Deutſchland gefunden haben. Daraus erklärt ſich in dem von unſerer Partei im Dreißigerausſchuſſe geſtellten Antrage die Stelle, welche beſtimmt: Sobald die Verfaſſung von Preußen anerkannt iſt, geht damit von ſelbſt die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfaſſung §. 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preußen über. Weil aber die Reichsverfaſſung bei der Lage des Vaterlandes ſofort in Wirkſamkeit treten muß; ſo ſind andere Beſtimmungen hinzugefügt, welche dies möglich machen ſollen. Wir können die einzelnen hier nicht berühren; auch nicht auseinanderſetzen, warum wir für jetzt den Anträgen der Linken auf einen förmlichen Aufruf ans Volk und Vereidigung der bewaffneten Macht nicht zuſtimmen können, Anträgen, worüber in der heutigen Verhandlung Genug und Gründliches geſagt worden iſt. Nur Das müſſen wir hier

---

*) Der Deutlichkeit wegen wiederholen wir dieſe Punkte:

I. Die Nationalverſammlung fordert die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk auf, die Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

II. Sie beſtimmt den 15. Auguſt d. J. als den Tag, an welchem der erſte Reichstag auf den Grund der Verfaſſung in Frankfurt a. M. zuſammen zu treten hat.

III. Sie beſtimmt als den Tag, an welchem im deutſchen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen ſind, den 15. Juli d. J.

IV. Sollte, — abgeſehen von Deutſchöſterreich, deſſen zur Zeit etwa nicht erfolgter Eintritt bereits durch §. 87 der Verfaſſung berückſichtigt iſt, — ein oder der andere Staat im Reichstage nicht vertreten ſein und deshalb eine oder die andere Beſtimmung der für ganz Deutſchland gegebenen Verfaſſung nicht ausführbar erſcheinen, ſo erfolgt die Abänderung derſelben auf dem in der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege proviſoriſch bis zu dem Zeitpunkte, wo die Verfaſſung überall in Wirkſamkeit getreten ſein wird. Die §. 196 Nro. 1 der Verfaſſung gedachten zwei Drittheil der Mitglieder ſind dann mit Zugrundlegung derjenigen Staaten, welche zum Volks- und Staatenhauſe wirklich gewählt haben, zu ermitteln.

V. Sollte insbeſondere Preußen im Reichstage nicht vertreten ſein, und alſo bis dahin weder ausdrücklich noch thatſächlich die Verfaſſung anerkannt haben, ſo tritt das Oberhaupt desjenigen Staates, welcher unter den im Staatenhauſe vertretenen Staaten die größte Seelenzahl hat, unter dem Titel eines Reichsſtatthalters in die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes ein.

VI. Sobald aber die Verfaſſung von Preußen anerkannt iſt, geht damit von ſelbſt die Würde des Reichsoberhauptes nach Maßgabe der Verfaſſung §. 68 ff. auf den zur Zeit der Anerkennung regierenden König von Preußen über.

VII. Das Reichsoberhaupt leiſtet den Eid auf die Verfaſſung vor der Nationalverſammlung und eröffnet ſodann den Reichstag. Mit der Eröffnung des Reichstages iſt die Nationalverſammlung aufgelöſt.)

bemerken, daß wir bei allen unſern Anträgen als oberſten Grundſatz den befolgt haben, auf dem geſetzlichen Wege zu beharren, ſo lange man uns nicht davon ſtößt, und durch die verfaſſungsmäßigen Gewalten zu wirken, ſo lange dieſe ſich nicht ſelbſt rein auf den Boden der Revolution ſtellen. Möchten in ſolcher Zeit nur Männer, die durch politiſche Einſicht und durch Beſonnenheit von Einfluß ſind, ſich nicht durch untergeordnete Bedenken dazu bewegen laſſen, der Thätigkeit für die Reichsverfaſſung ſich zu entziehen! Wir wenigſtens können es nicht billigen, daß ein Beckerath im gegenwärtigen Augenblick aus der Reichsverſammlung und aus dem Miniſterium austritt, was wir zu unſerem ſchmerzlichen Bedauern eben vernehmen.

Weniger dürften wir es zu bedauern haben, wenn heute noch die Nachricht ſich beſtätigt, die wir ebenfalls vernehmen, daß einige Partikulariſten aus der Verſammlung austreten wollen!

Berlin, 29. April. Herr von Radowitz hat bei den Schwarz-Weißen in Potsdam keineswegs einen angenehmen Eindruck gemacht. Zunächſt hat er ſich bei Weitem mehr Deutſch geſinnt gezeigt, als man ihn dort zu ſehen wünſchte und zweitens hat er ſich halb und halb als Sozialiſt erwieſen. Er hat geſagt, der Sozialismus ſei als eine fruchtbare Zeitidee anzuerkennen, und eine vorſchauende Regierung müſſe, nach ſeinem Ausdruck, „da anknüpfen, wo das Kapital aufhöre," und in Folge dieſer Anſicht hat er eine Menge von Einrichtungen als nothwendig bezeichnet, welche eine radikale Umwälzung der ſozialen Verhältniſſe des Volkes herbeiführen würden. Hienach iſt es nicht ſehr wahrſcheinlich, daß Herr v. Radowitz bald Preußiſcher Miniſter wird. (L.M.)

Berlin, 30. April. Wir bemerken, daß der König ſich auf das Entſchiedenſte für eine möglichſte Schonung ausgeſprochen haben und ganz verwundert geweſen ſein ſoll, als er von der Anwendung der Schußwaffe an dem erſten Tage und von der in Folge davon geſchehenen Tödtung mehrerer Menſchen hörte, denn fuhr er, genau zu derſelben Zeit, als dies auf dem Dönhofsplatze vorging, von Charlottenburg aus die Linden entlang zu dem Herzog von Parma im Hotel de Ruſſie, und wurde auf dem ganzen Wege von dem Publikum mit der größten Ehrfurcht begrüßt. Als bezeichnendes Gegenſtück erwähnen wir denn aber einer Aeußerung, die wir in Beziehung auf einen als möglich vorausgeſetzten ferneren Konflikt zwiſchen dem Volke und dem Militär von einem hochgeſtellten Offizier hörten, der da meinte: „der erſte Schuß gehört dem Könige, die folgenden aber uns," womit geſagt ſein ſoll, der König möge darüber beſtimmen, wann der Kampf beginnen ſoll, habe er aber einmal begonnen, dann werde er nicht, wie einſt am 19. März v. J., ohne eine vollſtändige Entſcheidung abgebrochen werden. (Aach. Z.)

× **Köln**, 3. Mai. Unſer Gemeinderath, der ſich auf das eigenmächtige, der beſtehenden Verfaſſung ſchnurſtracks zuwiderlaufenden Verbote der Regierung beruft, hatte in ſeiner erſten Erwiederung zwar ſeine Entrüſtung ausgeſprochen, ſchien ſich dem Verbote des Hrn. Birck aber dennoch fügen zu wollen. Wie ſich doch die Zeiten ändern! Wie weit wir bereits wieder hinter dem erſten März ſtehen. Dieſer nämliche Regierungsrath Birck, wie geſchäftig empfahl er im vorigen Jahre den beabſichtigten Städtetag. Das wäre das beſte Mittel, ſagte er, die Stimmung auszudrücken, und ein ganz geſetzliches. Nun iſt es mit einem Male ein ganz ungeſetzliches geworden. Der nämliche Hr. Birck kann das jetzt mit wer weiß wie vielen Paragraphen belegen. Aber man kennt ja unſere Beamten. Eher geht den Flüſſen das Waſſer aus, als ihnen die Paragraphen; noch vor §. 1, ſteht ein geheimer Paragraph, §. 0, der lautet auf franzöſiſch: Tel est notre plaisir! Und auf deutſch: Wollt Ihr wohl gehorchen? Indeß haben ſich unſere Gemeinderäthe doch ermannt, und werden der ungeſetzlichen Verfügung nicht gehorchen. An der Spitze der Kölniſchen Zeitung ſteht heute folgende Aufforderung:

„An alle Gemeinde-Verordneten der Rheinprovinz. Mit Bezug auf den heutigen Beſchluß des hieſigen Gemeinderaths erlauben ſich die Unterzeichneten, zu der Verſammlung von Mitgliedern aller Gemeinderäthe der Rheinprovinz einzuladen, um in Betracht der bedenklichen politiſchen Lage des deutſchen Vaterlandes über möglich gleichmäßige Schritte beim Könige zu berathen, damit die allgemeine Meinung des rheiniſchen Volkes offen und unzweideutig einen geſetzlichen Ausdruck finde. Wir haben uns erlaubt, dazu Dienſtag den 8. Mai, Vormittags 9 Uhr, und als Ort der Verſammlung den großen Kaſino-Saal dahier zu beſtimmen, und beehren uns, alle Gemeinde-Verordneten der Provinz zu erſuchen, dieſe Verſammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte zu beſchicken. Dieſe Abgeordneten können die nöthigen Eintritts-Karten von Montag den 7. Mai, Nachmittags 5 Uhr ab, im Bönniſchen Poſthauſe bei Hilgers am Kaſinoplatze in Empfang nehmen, wo mehrere der Unterzeichneten anweſend ſein werden. Köln, 2. Mai 1849. Die Mitglieder des Gemeinderathes zu Köln: H. J. Becker. G. A. Böcker. D. Broix. J. DuMont. Th. Guilleaume. B. J. Klein. P. Michels. D. Nückel. Riffart. J. Schmitz. C. Schneider."

Und es leidet kein Zweifel, daß die Abgeordneten aller Gemeinden ſich einfinden werden. Die Stimmung in den Rheinlanden iſt entſchieden Deutſch.

Der Gemeinderath von Boppard, ſo wie die Vertreter der Landgemeinden beſchloſſen bereits, einen Proteſt gegen die Rechtsgültigkeit des Verbots der Regierung zu erheben, und zwar auf Grund der §§. 27, 28; 29, 30 der oktroyirten Verfaſſung, um ſo mehr auch, als §. 61 der rheiniſchen Kommunal-Ordnung hier gar nicht in Anwendung kommen könne, indem nicht die Rede ſei von einem verbindenden Beſchluſſe, ſondern von einer Kundgebung der allgemeinen Geſinnung in der Rheinprovinz.

Die Kölniſche Zeitung, welche noch vor Kurzem eine lange Polemik gegen Ihr Blatt und die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung brachte, iſt jetzt völlig Ihrer Meinung geworden. Die Gefahr des Vaterlandes iſt reichlich ſo groß wie im vorigen März. Nur durch eine allgemeine entſchiedene moraliſche Demonſtration iſt das unſelige blos auf das Militär und die ruſſiſche Hülfstruppen bauende Miniſterium von ſeinem Poſten zu vertreiben und ein blutiger Konflikt im Vaterlande zu verhindern. Gegen die Reichsverſammlung ſind hier nur die äußerſten Demokraten und leider muß ich hinzufügen, auch ein Theil der ſtrengen Katholiken. Gewiß iſt es zu billigen, daß dieſe in den Rheinlanden mächtige Partei in der Rheiniſchen Volkshalle ſich ein größeres und beſſeres Organ verſchafft hat, als ehedem die Rhein- und Moſelzeitung gewahrte und großen Eifer darauf verwendet. Selbſt daß die Rheiniſche Volkshalle aus religiöſen Sympathien die Kaiſerkrone dem Kaiſer von Oeſterreich zuwenden will, iſt eine Anſicht, die man der politiſchen Lage nicht angemeſſen finden kann, über die man aber ſtreiten mag. Leid thut uns aber die Schärfe und die Bitterkeit, mit welcher dieſes einflußreiche Blatt die entgegenſtehenden Anſichten bekämpft. Soll der unſelige Hader der Konfeſſionen denn jede politiſche Wiedergeburt unſeres Vaterlandes unmöglich machen? So gerechtfertigt das Miniſterium der Katholiken in früheren Zeiten geweſen iſt, ſo ſcheint es doch jetzt bei der Umgeſtaltung der Verhältniſſe, bei der völligen Freiheit der Kirche, faſt nicht denkbar, daß die Intereſſen der katholiſchen Kirche durch ein proteſtantiſches Reichsoberhaupt gefährdet werden könnten. Wie mancher Proteſtant bringt freudig ſein Scherflein zum Bau des Kölner Domes; und die Katholiken ſollten gar keine Opfergabe zum Bau des deutſchen Domes bringen? Der Aufruf des Piusvereines hat nicht bei allen Mitgliedern Anklang gefunden, denn Viele wünſchen, und wie uns ſcheint mit Recht, die Piusvereine ganz auf religiöſem Gebiete erhalten zu ſehen. Mehrere Mitglieder des Vereines haben Folgendes veröffentlicht: „Die Unterzeichneten mißbilligen durchaus die in dem „Aufrufe" vom 1. Mai c. ausgeſprochenen Grundſätze, die ſie für ganz unvereinbar erachten mit der Tendenz der Piusvereine. Sie proteſtiren mit aller Entſchiedenheit gegen den Erlaß einer „Erklärung", wodurch man den Piusverein zu einer politiſchen Partei machen und auf eine Bahn lenken würde, die im fremd bleiben muß."

Königsberg, 27. April. Ich beeile mich, Ihnen ein Faktum mitzutheilen, das hier allgemein den größten Unwillen hervorgerufen hat. Das däniſche Blokadeſchiff iſt vor Pillau, die Kutterbrigg „St. Croix" von 12 Kanonen. Am 23. d. M. erhob ſich ein ungemein heftiger Weſtwind, ſo daß die „St. Croix" die ſtark vor Anker trieb, ſich genöthigt ſah, die Anker aufzunehmen und die hohe See zu ſuchen. Der Sturm jedoch trieb das Schiff dem Lande zu, und ſo lag daſſelbe volle zwei Stunden hindurch im Bereiche der Feſtungsbatterien. Als die Einwohner Pillau's ſahen, daß der Feſtungskommandant, Oberſtlieutenant v. Zollikofer unthätig blieb, entſendeten ſie eine Deputation an denſelben mit der Aufforderung, das feindliche Schiff zu beſchießen. Der Kommandant antwortete: „er habe keine Inſtruktionen!" ſah ſich aber doch veranlaßt, in Folge deſſen den kommandirenden General, Graf Dohna, um Inſtruktionen anzugehen.

Dieſer hat nun, wie man hört, den Feſtungskommandanten angewieſen, „ſeinerſeits keine Feindſeligkeiten zu eröffnen, ſondern ſtrenge defenſiv zu verfahren." Nach dem Urtheile Sachverſtändiger wäre es ein Leichtes geweſen, das durch den hohen Seegang an ſchnellen Evolutionen behinderte Schiff durch eine kurze Beſchießung zum Streichen der Flagge zu zwingen. Müſſen wir ſchon die Unthätigkeit des Kommandanten ſchwer anklagen, ſo iſt uns die Antwort des kommandirenden Generals, wie wir ſie aus guter Quelle mitgetheilt haben, vollends ein Räthſel; vielleicht dürfte jedoch die Löſung dieſes Räthſels mit der Führung des däniſchen Kriegs preußiſcher Seits überhaupt zuſammenhängen. Nachdem die „St. Croix" die hohe See gewonnen hatte, war ſie am 24. und 25. d. nicht ſichtbar, und es liefen in dieſen Tagen 15 neutrale Schiffe unbehindert ein; geſtern erſchien ſie abermals auf der Rhede, und wies einen anſegelnden Holländer zurück. (K. Z.)

Magdeburg, 29. April. Der Verein zur Wahrung der Volksrechte hatte zu geſtern ſeine Zweigvereine und ſonſtige Vereine mit ähnlichen Tendenzen in der Provinz aufgefordert, Deputirte zu ſenden, um einen engern Anſchluß unter ſich zu bewirken und die Statuten zu revidiren. Es waren Deputirte von 50 Vereinen erſchienen und wenn man nach den Abgeordneten die von ihnen vertretenen Vereine beurtheilt, ſo ſteht es mit der Sache des Volkes ſo, daß ein Widerſtand zu erwarten iſt gegen alle Willkür von oben. Die Berathungen und Beſchlüſſe fielen unter dem Einfluſſe der Nachrichten von Berlin von der Kammerauflöſung entſchieden oppoſitionell gegen die Regierung aus, beſonders als plötzlich mehrere Deputirte der aufgelöſten Kammer: v. Unruh, Schulze-Delitzſch, Pax, v. Berg, Eidam, Richter (Jerichow) und der frühere Deputirte Schulze-Wanzleben in die Verſammlung traten und aus ihrer friſchen Erfahrung, eben von Berlin kommend, die Zuſtände Berlins, Preußens, Deutſchlands mit beredten Worten ſchilderten und auf die Verſammlung einen tief ergreifenden Eindruck machten. Beſonders war es der Deputirte v. Berg, der in ſeiner eigenthümlichen, ſcharf treffenden Weiſe das Syſtem der jetzigen Regierung enthüllte, und dadurch einen außerordentlichen Enthuſiasmus hervorrief. Unter dieſen Eindrücken wurden wichtige Beſchlüſſe gefaßt. 1) Die in der Provinz Sachſen beſtehenden Volksvereine und Zweigvereine für Volksrechte machen, wo es nur angeht, Propaganda und ſchließen ſich eng an den Centralverein Magdeburg. Der Anſchluß wurde von den Deputirten ſofort erklärt. 2) Ebenſo wurde der Anſchluß an den Frankfurter Märzverein erklärt und zur Beſchickung des Kongreſſes deſſelben am 6. Mai die beiden Deputirten: Schulze-Delitzſch und Prediger Sachſe von hier gewählt. Ueber einen Antrag, den Ausdruck im §. 1 der Statuten: „wir halten feſt an der konſtitutionell-monarchiſchen Regierungsform" zu ſtreichen, ging man einſtimmig zur Tagesordnung über. Obgleich man fühlte, daß die jetzige Regierung durch ihr befolgtes Syſtem der Republik in die Hände arbeite, ſo wußte man doch auch, daß zu einer Republik auch Republikaner gehören und die republikaniſchen Tugenden nicht in der Maſſe zu finden ſind. Heute früh wurde unter freiem Himmel in einem öffentlichen Garten eine Volksverſammlung abgehalten, in welcher obige Redner mit großem Beifall ſprachen. Außer den drittehalb tauſend Männern, die den Verein zur Wahrung der Volksrechte hier bilden, außer den Deputirten der Zweigvereine hatten ſich noch ſehr viele andere Zuhörer aus dem Kaufmanns- und Beamtenſtande, auch Militär eingefunden, beſonders viele Konſervative, denen jetzt die Augen über das Miniſterium der „rettenden That" aufzugehen anfangen. Daſſelbe hat hier wie wohl überall ſeit ſeiner Entſcheidung in der deutſchen Frage nur noch die „rothen" Reaktionäre auf ſeiner Seite, deren Sprecher bei der Anweſenheit der Kaiſerdeputation die Deutſche Kaiſerkrone eine Dornenkrone nannte. In der heutigen Volksverſammlung wurde der Antrag eines Halberſtädter Stadtverordneten zum Beſchluß erhoben: die Gemeindebehörden in Stadt und Land durch die Gemeinden zu veranlaſſen, ſich im Auftrage der letzteren für die Giltigkeit der deutſchen Verfaſſung zu erklären. Das Beiſpiel der Würtemberger mit ſeinem günſtigen Erfolge findet ſomit Anklang und Nachahmung und was die Vertreter des Volkes nicht mehr thun können, das macht das Volk ſelbſt zu ſeiner Aufgabe. (Aach. Ztg.)

Aus Franken. Der Magiſtrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten von Ansbach haben eine Adreſſe an den König, die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und die ſofortige Einberufung des Landtags bezweckend, angenommen. (N. K.)

* **Hannover.** Die Weſer-Zeitung enthält folgende Aufforderung: „Sonntag, den 6. Mai, Mittags 12½ Uhr, nach Ankunft des Bremer und Hannöveriſchen Zuges, ſoll bei dem Eiſenbahnhofe zu Eiſtrup eine Volksverſammlung ſtattfinden. Hauptzweck dieſer Verſammlung iſt, der durch die Reichsverſammlung in Frankfurt endgiltig beſchloſſenen und publizirten Reichsverfaſſung Treue und Gehorſam zu geloben und die Mittel zu berathen, dieſelbe partikulariſtiſchen und rein dynaſtiſchen Intereſſen gegenüber ins Leben zu rufen und zu ſchützen. Jeder Deutſche, dem ſolches Ziel am Herzen liegt, insbeſondere die Mitglieder der politiſchen Vereine der nächſtgelegenen Provinzen und der freien Stadt Bremen werden ſämmtlich eingeladen, dieſe Verſammlung möglichſt zahlreich zu beſuchen. Die Vorſtände der Volksvereine zu Hoya, Nienburg, Aſendorf, Vilſen, Bruchhauſen und Moor, Rotenburg, Stolzenau, Syke."

Alfeld, 30. April. Eine große Anzahl Bürger und Einwohner der Stadt hat den Magiſtrat und die Bürgervorſteher angegangen, ſofort öffentlich zu erklären, daß ſie die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung für Deutſchland, alſo auch für Hannover, als bindend anerkennen, und die bis dahin von der hannoverſchen Regierung befolgte Politik durchaus mißbilligen. Es läßt ſich mit Beſtimmtheit erwarten, daß Magiſtrat und Bürgervorſteher eine ſolche Erklärung abgeben. Geſtern hielt die Bürgerwehr einen Aufzug und erkannte die Reichsverfaſſung als zu Recht beſtehend an. (Z. f N.)

Burgdorf, 30. April. Unſer Magiſtrat und Bürgervorſtehercollegium hat in einer Eingabe an den König demſelben das ſchmerzliche Bedauern über die Auflöſung der 2. Kammer der allgemeinen Ständeverſammlung ausgeſprochen und den König erſucht, die Reichsverfaſſung, wie ſie von unſerm höchſten geſetzlichen Organe in Frankfurt uns verliehen, unbedingt anzuerkennen, da auf dieſem Wege nur allein unſer Land von der größten Gefahr gerettet werden könne, während auf entgegengeſetztem Wege die Aufregung im Volke einen ſolchen Grad erreichen werde, daß nur mit der größten Beſorgniß den nächſten Tagen entgegengeſehen werden könne. (Z. f. N.)

Hildesheim, 30. April. In der geſtrigen Volksverſammlung ſtellte der Abgeordnete Weinhagen folgenden Antrag, welchen der Abgeordnete Ahrens zu dem ſeinigen zu machen aufgefordert werden ſoll: „daß die hohe Nationalverſammlung die Petenten zu allen Mitteln autoriſiren möge, welche dazu dienen, die endgültig beſchloſſene Reichsverfaſſung zu vollziehen. Zu dieſen Mitteln werde gerechnet als gelindeſtes die Steuerverweigerung, auch bewaffnete Selbſthülfe nicht ausgeſchloſſen." Dieſer Antrag wurde durch Acclamation genehmigt. Noch verlas der Advokat Gottsleben einen bemerkenswerthen Antrag: Er fordert alle Communen und Vereine des Landes auf, in Maſſe am 7. Mai in Hannover zu erſcheinen, um dem Könige gegenüber in ernſter, friedlicher Haltung die Ueberzeugung auszuſprechen, daß das Miniſterium durchaus im Widerſpruche mit dem Volkswillen ſtehe, und ihn aufzufordern, das freiheitsfeindliche Miniſterium ſofort zu entlaſſen, ſowie auch den König ſelbſt aufzufordern, dem Beiſpiele der hannoverſchen Staatsbürger durch ſelbeigne Unterwerfung unter die Reichsgewalt und Reichsverfaſſung als erſter Reichsbürger, zu folgen.

× **Karlsruhe**, 3. Mai. Aus allen Theilen unſeres Landes läuft die gleiche, erfreuliche Nachricht ein, daß dort der feſte, unbeugſame Entſchluß gefaßt iſt, die Reichsverfaſſung aufrecht zu erhalten. „Das badiſche Offizierkorps beabſichtigt, eine öffentliche Erklärung abzugeben, daß es die Reichsverfaſſung vertheidigen wird und an ſeine Waffenbrüder im geſammten Vaterlande die Aufforderung zu richten, ſich in ähnlicher Weiſe auszuſprechen."

Braunſchweig, 1. Mai. Daß hier, wo die deutſche Einheits-Idee vielleicht tiefer und entſchiedener Wurzel gefaßt hat, als ſonſt irgendwo in Deutſchland, die letzte Erklärung der preußiſchen Regierung einen um ſo ſtärkeren und tieferen Eindruck gemacht hat, kann Niemand befremden, der die hieſigen Zuſtände und politiſchen Anſichten nur im Mindeſten kennt. Man las geſtern Nachmittags an den Straßenecken die Ankündigung einer außerordentlichen Verſammlung des Volksvereins und als Gegenſtand der Tagesordnung: „Die Auflehnung der preußiſchen Regierung gegen die Souverainetät der Nationalverſammlung." Die Ver-

ſammlung fand Abends 8 Uhr in dem Saale des mediziniſchen Gartens Statt, welcher zum Erſticken voll war. Die höchſt aufgeregte Stimmung brach ſich in entſprechenden Vorträgen Bahn: man ſprach unumwunden aus, daß in Deutſchland nichts mehr nützlich ſei als die Republik, und daß jetzt die Zeit der Worte vorüber, vielmehr die der Thaten gekommen ſei. Es wurden von dem Dr. Aronheim folgende Punkte vorgeſchlagen und angenommen: 1) Den Kommandeur der hieſigen Volkswehr durch eine Deputation aufzufordern, ſo ſchleunig als möglich die Organiſation derſelben zu beſorgen und Munition anzuſchaffen; 2) den Geſammt-Ausſchuß der Volkswehr aufzufordern, ſich permanent zu erklären; 3) es ſollten Deputirte in alle Theile des Landes, namentlich in alle Städte, abgeſandt werden, um überall zu gleichem Handeln aufzufordern; 4) als gemeinſchaftlicher Mittelpunkt ſolle der Volksverein eine parmanente Kommiſſion von 20 Perſonen ernennen, die ſich ſchon heute Vormittags 10 Uhr zu verſammeln und ihre Bekanntmachungen durch Ecken-Anſchläge zu veröffentlichen habe. Endlich ward noch beſchloſſen, daß die Deputation zur allgemeinen Verſammlung des Märzvereins ſtatt am Donnerstage gleich auf der Stelle nach Frankfurt abgehen ſolle. Die Deputation hat heute zwei Sitzungen gehalten. In der Vormittags-Sitzung wurde beſchloſſen, daß die Abſendung von Deputirten in das Land aufgeſchoben bleiben ſolle, bis die nach Frankfurt abzuſendende Deputation Nachricht gegeben haben würde. Ferner iſt eine von dem Volksvereine an die Landesverſammlung zu richtende Petition beſchloſſen, daß die Beſtimmung des Volkswehr-Geſetzes, wonach das 2. und 3. Aufgebot der Volkswehr ſich auf eigene Koſten zu bewaffnen hat, dahin abzuändern ſei, daß die Bewaffnung ſofort auf Koſten der Gemeinden geſchehen ſolle. Ferner iſt ein Aufruf an das ganze Land beſchloſſen, welcher durch den Druck verbreitet und auch an alle inländiſche und ausländiſche befreundete Vereine mit der Aufforderung geſandt werden ſoll, in gleichem Sinne zu handeln.

Altona. Fünf von Alſen weggeführte Gefangene ſollten gegen fünf däniſche Gefangene ausgetauſcht werden. Zu dem Ende ſtellt die Kommandantſchaft in Rendsburg den dortigen Gefangenen frei, welche von ihnen zurückkehren wollten. Es meldet ſich Keiner; es wird hierauf geſagt, daß vorzugsweiſe die Verheiratheten und Familienväter die Rückkehr antreten könnten, worauf erwiedert wird, daß ſolche nicht unter ihnen; endlich muß das Loos entſcheiden, aber die ſolchergeſtalt Gewählten vertauſchten demnächſt zu verſchiedenen Malen das Loos, worauf das ganze Verfahren ſiſtirt wird: ein Zeichen, daß es den Dänen beſſer gefällt in der Gefangenſchaft als in ihrer Heimath. (A. M.)

Großbritannien.

***London,** 1. Mai. Es iſt bemerkenswerth, daß dem Unterhauſe gegenwärtig 132 Eingaben gegen die Bill zur Abſchaffung der beſtehenden Schifffahrtsgeſetze mit 123,120 Unterſchriften, für dieſelbe nur 16 Bittſchriften mit nur 4003 Unterſchriften vorliegen.

In der kleinen Stadt Wick (Schottland) wurde neulich unter dem Vorſitz eines Hrn. Murdoch ein aus der Umgegend zahlreich beſuchtes, meiſt aus Fiſchhändlern beſtehendes Meeting gehalten, um eine Denkſchrift an das Miniſterium zu berathen, worin ſie gegen die Blokade der Oſtſeehäfen durch die Dänen Beſchwerde erheben und das Kabinet auffordern, unverzüglich für eine Verſtändigung zwiſchen beiden kämpfenden Parteien Sorge zu tragen, weil ſonſt der Haupthandelzweig jener Gegend, der Fiſchhandel, ruinirt ſei. Schade, daß ſich dieſe ſchottiſchen Fiſchhändler nicht direkt an das deutſche Reichsminiſterium gewandt haben, welches am Ende in dieſer Sache doch mehr thun kann, als das engliſche.

Der „Standard" bemerkt: „Dem Parlamente iſt ein vom Lord Palmerſtom ausgegangenes und an die diplomatiſchen Agenten Englands gerichtetes Rundſchreiben vorgelegt, worin die Eintreibung von Schuldforderungen britiſcher Unterthanen an fremde Staaten in Ausſicht geſtellt wird, wenn nothwenoig, vi et armis. Wir ſind in Verlegenheit, den Grund anzugeben, warum Lord Palmerſton ſein Rundſchreiben gerade unter den jetzigen eigenthümlichen Zeitumſtänden erlaſſen hat. Dieſes Rundſchreiben ſieht einem Vorſpiel zur Herausklaubung eines Streits mit irgend einem verſchuldeten Staate ſo ähnlich, daß es nur dazu dienen kann, bei uns und in der Fremde große Beſorgniſſe zu erregen. Spanien ſchuldet Ihrer Maj. Unterthanen 70 Mill. Pfd., und Lord Palmerſton lebt mit der ſpaniſchen Regierung auf geſpanntem Fuße. Iſt die Drohung gegen Spanien gerichtet? Oder iſt ſie ein Vorwand, um Partei zu ergreifen gegen den König von Dänemark, der ebenfalls ein Schuldner Englands iſt? Darauf können wir uns verlaſſen, daß gegen die amerikaniſchen ſchlechten Zahler oder gegen die neue franzöſiſche Republik kein Angriff beabſichtigt iſt, obſchon, wie Hr. Rothſchild zufällig weiß, Frankreich engliſchen Häuſern, wenn nicht Engländern ſelbſt verſchuldet iſt." Der Standard, in ſeiner hämiſchen Weiſe, ſetzt hinzu: „Deſſen ſind wir ziemlich gewiß, das dies Rundſchreiben dahin zielt, der Vorläufer irgend einer gefährlichen Thorheit zu ſein, oder es müßte nicht von Lord Palmerſton herrühren."

Die „Times" enthält einen Artikel über den ungariſchen Krieg, worin ſie zuvörderſt ein Gemälde der letzten Kriegsoperationen aufrollt und ſodann bemerkt: „Man muß bekennen, daß die Ungarn in dieſem Kriege eine bei weitem größere Militärkraft und einen größeren Nationalfonds entwickelt haben, als das übrige Europa glaubte. Als im Oktober Wien in den Händen einer wilden Inſurrektion war, welche ſie angeſchürt hatten, da ließen ſie die Stadt in Stich, ohne einen nachdrücklichen Verſuch zu ihrer Rettung zu machen, und ſechs Monate ſpäter ſind ſie im Stande, eine zahlreiche und glänzende Armee aus dem Königreiche zurückzuſchlagen." Die „Times" meint nun, daß es im Intereſſe beider Parteien liege, ſobald als möglich Frieden zu ſchließen, ſonſt laufe Oeſterreich Gefahr, daß ſeine öſtlichen Provinzen dem ruſſiſchen Einfluß anheimfielen, daß ſeine deutſchen Provinzen dem preußiſchen (oder vielmehr dem deutſchen!) Kaiſerreiche einverleibt würden, daß ihm endlich Frankreich in der Suprematie über Italien folge. Die Times ſchließt: „Streicht das öſterreichiſche Kaiſerreich als politiſchen Körper von der europäiſchen Karte, und dieſe Ergebniſſe ſind unvermeidlich; und wir fügen hinzu, daß ein ſolches Reſultat mehr als jedes andere den von England in ſeinen Beziehungen zum Kontinent ſeit Jahrhunderten feſtgehaltenen Grundſätzen und Intereſſen zuwieder, oder mehr als jedes andere geeignet ſein würde, die Welt in einen abermaligen europäiſchen Krieg zu verſtricken." Wie aber, wenn es dennoch im Gange der Weltgeſchichte bedingt wäre, daß Oeſterreich in ſeiner alten Geſtalt von der europäiſchen Karte verſchwände? Es hatte hiſtoriſche Bedeutung als Wehr gegen die Osmanen im Oſten, gegen die Franzoſen im Weſten, (obſchon es uns hier ſchöne Stücke deutſchen Reichslandes verloren gehen ließ), es hat aber, wie es ſcheint, ſeine welthiſtoriſche Nothwendigkeit für immer eingebüßt, ſeitdem es aufhörte, der Vorkämpfer deutſcher Kultur und Macht gegen den Oſten zu ſein, ſeitdem es ſeinen Stolz und ſeine Aufgabe darein ſetzte, als Hüter und Förderer des Despotismus es Rußland mindeſtens gleich zu thun und ſeitdem es ſchließlich ſeinen Beſtand von der Gnade des Czaren abhängig gemacht und dadurch ſeinen moraliſchen und politiſchen Bankerot erklärt hat, ſtatt ſich an Deutſchlands neuer wachender Kraft zu verjüngen und aufzurichten. Oeſterreichs demüthigende Niederlagen in Ungarn laſſen ſeine Vermeſſenheit und trotzige Hochfahrenheit in Italien nur um ſo thöriger erſcheinen. Doch wen Gott verderben will, den verblendet er!

***London,** 2. Mai. In der geſtrigen Oberhausſitzung lenkte der immerhin trotz ſeiner hohen Jahre unermüdliche Lord Brougham die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf das beſtehende, vom Parlament ſanktionirte Eiſenbahnaktienſyſtem und auf die Nothwendigkeit, die Betrügereien, Uebervortheilungen und Schmähereien, die es den Eiſenbahngeſellſchaften geſtattet, genauer zu überwachen. Der Lord hob in ſeiner langen Rede die Uebel des jetzigen Syſtems in ſo beredter Weiſe hervor, daß wir nach dieſer Probe ſeines lebendigen, gewiſſen Angelegenheiten immer noch gewachſenen Geiſtes unſern von Lord Brougham geſtern gebrauchten Ausdruck, er ſei „fertig", einigermaßen bedauern. Nur muß er ſich nicht mehr zum Schiedsrichter über politiſche Fragen der Gegenwart aufwerfen wollen. Herr Ewart ſtellte im Unterhauſe ſeinen gewöhnlichen Antrag auf Abſchaffung der Todesſtrafe, der jedoch, nachdem auch der Miniſter des Innern, Sir G. Grey, gegen ihn geſprochen, mit 75 gegen 51 Stimmen verworfen wurde. Hr. John O'Connell unterhielt das Haus eine Zeitlang mit dem poſſierlichen Antrage, den Herausgeber der „Times" vor die Schranken des Hauſes zu rufen, weil ſeine Reden in dieſer Zeitung entſtellt worden ſeien. O'Connor drückte ſeine Hoffnung aus, daß der Antragſteller das Haus nicht weiter um ſeine koſtbarere Zeit beſtehlen werde, indem er hinzufügte: „Wenn irgendein Mitglied des Hauſes das

Recht hat, ſich über Entſtellungen zu beklagen, ſo habe ich's, und ich fange jedesmal an, an der Identität meiner Perſon zu zweifeln, wenn die Zeitungen meine Reden wirdergeben oder von mir Gutes ſprechen. (Gelächter.) Die Times theilt nicht mit, was der Antragſteller (Hr. John O'Connell) geſprochen, andere Zeitungen theilen mit, was er nicht geſprochen; ſo hebt eins das Andere auf und ergänzt ſich." (Gelächter.) John O'Connell zog ſchließlich ſeinen Antrag zurück. Aus der vorgeſtrigen Oberhausſitzung iſt noch zu erwähnen, daß Lord Stanley, außer von andern Orten, auch aus Liverpool eine mit 47,212 Unterſchriften verſehene Bittſchrift gegen die Abſchaffung der beſtehenden Schifffahrtsgeſetze einbrachte und befürwortete. Dieſe Ankündigung wurde mit einem dreifachen Hört! aufgenommen.

Dem „Obſerver" zufolge werden auf Rechnung der deutſchen Centralgewalt in Briſtol drei mächtige Kriegsdampfſchiffe erbaut. Ein britiſcher Seeoffizier führt darüber die Aufſicht.

Frankreich.

0 **Paris**, 1. Mai. Wie? Unter dieſen Hrrren ſind ja fünf Söldlinge der Polizei! rief Ducour aus, als er unlängſt die Liſte der Kandidaten des ſozialiſtiſch-demokratiſchen Wahlkomite's zur Hand bekam. Ein antiſozialiſtiſcher Freund hatte nichts Eiligeres zu thun, als dieſe Worte bei einem Manne zu wiederholen, welcher ſelbſt Vizepräſident eines ſinnverwandten Komite's iſt. Denken Sie ſich ſein Erſtaunen, als der Herr des Hauſes auf dieſe Mittheilung blos mit den Worten antwortete: Das dachte ich mir ſchon ſelbſt. Dieſe Anekdote, deren Wahrheit ich verbürge, iſt charakteriſtiſch für den Stand jener Partei, die, wenn ſie je zum Ruder käme, ſich gegenſeitig damit erſchlagen möchte. Die Uneinigkeit zwiſchen Proudhon's „Peuple" und Delescluſe's „Revolution democratique et sociale" iſt nun bereits offenkundig. Der Eine ruft zum bewaffneten Widerſtande, der Andere ſagt, ſeine Anhänger würden ſich nie von Jemanden rufen laſſen, würden aber auch, wenn ſie hinabſtiegen, Niemanden rufen. Dieſe Sprache iſt bedeutungsvoll, da Delescluſe bekanntlich einer der Leiter der geheimen Geſellſchaft der Menſchenrechte iſt.

Ich erfahre ſo eben, daß das Miniſterium einen Eilboten nach Civitavecchia geſchickt hat. Derſelbe bringt dem General Oudinot den Befehl, ſobald alle ſeine Truppen am Land ſind, unverzüglich nach Rom zu marſchiren.

* **Paris**, 2. Mai. Die Wahlagitation geht in dem großartigſten Maßſtabe vor ſich. Seltſamere Zerſetzungen und Verſchmelzungen von Parteien, als die verwickelten Manöver der ſich gegenſeitig bekämpfenden Wahlkomite's hervorrufen, mögen ſchwerlich ſchon vorgekommen ſein. Eine der merkwürdigſten Beiſpiele dieſer Parteikryſtalliſation iſt die Geſellſchaft der „Statuquistes" Sie beſteht aus 50 Männern, die ſich das Wort gegeben haben, weder ein Staatsamt, noch eine Abgeordnetenſtelle anzunehmen, dabei aber durch Reichthum oder Namen auf alle Kreiſe der Geſellſchaft einen bedeutenden Einfluß ausüben. Sie gehen von dem Gedanken aus, daß jeder Zuſtand richtig benutzt, zur Vermehrung des Volkswohles ausgebeutet werden könne, daß eine Revolution daher mindeſtens überflüſſig ſei, und ſuchen nun alle Parteien in dieſem Sinn zum Frieden- und Zuſammenwirken zu bewegen. Während ſie die Sozialiſten belehren, daß Gewalt ihrem eignen Intereſſe widerſpricht, zeigen ſie der Regierung, daß ein Nachlaſſen an der Strenge, die ſie bis jetzt geübt, ihr ſelbſt vortheilhaft ſei. Ihre Kraft beruht auf dem Geheimniß; ihre Zuſammenkünfte ſind geheim, Keiner kennt ihre Namen, man ſieht moderne Freimaurer. Was aber wieder die eigentlichen Wahlmanöver angeht, ſo hat ſich die Rue Poitiers in einem Schreiben an den Wahlausſchuß des Departements der Unteren Charente, der Napoleon Bonaparte auf ſeine Kandidatenliſte geſetzt hatte, entſchieden gegen dieſe Kandidatur erklärt. Es heißt in dem Schreiben unter Anderm: „Sie fürchten, daß dieſe Kandidatur dem Präſidenten der Republik Verlegenheiten und vielleicht eine gefährliche Nebenbuhlerſchaft bereiten könne. Der von dem Präſidenten an ſeinen Vetter gerichtete Brief, deſſen Echtheit unbeſtreitbar iſt, antwortet genügend auf den Ihrigen; unſere Beſorgniſſe waren nur zu ſehr begründet. Alle diejenigen, welche der Regierung des Erwählten vom 10. Dezember anhängen und ſeine perſönliche Politik unterſtützen, können heut zu Tage Hrn. Napoleon Bonaparte, deſſen Wahl überdies zu Korſika geſichert iſt, ihre Stimmen nicht geben. Die mehrfache Erwählung Napoleon Bonaparte's könnte nur eine, der Politik der Regierung entgegengeſetzte Politik unterſtützen und die gemäßigte Partei zerſpalten. Indem wir dieſe Sprache führen, ſind wir verſichert, die perſönlichen Anſichten und Wünſche des Präſidenten der Republik auszuſprechen." Dieſes Aktenſtück, durch welches der Bruch der Partei der Rue de Poitiers mit Napoleon Bonaparte öffentlicht geworden iſt, trägt als Unterſchrift die Namen der Hrn. Mole, Thiers, Berryer u. a. Die Wahl des Prinzen Joinville im Departement der oberen Marne ſcheint geſichert. Der Prinz hat bekanntlich in dieſem Departement ausgedehnte Beſitzungen, bei deren Beſuch er ſich durch ſeine Leutſeligkeit die Zuneigung der Bewohner erwarb. Der Miniſter des Innern, Leon Faucher, hatte angeordnet, die dem Prinzen von Joinville zufallenden Stimmen nicht zu zählen. Allein die Wahlausſchüſſe der Obern Marne haben darauf beſtanden, daß die Stimmen gezählt und die Frage, ob der Prinz als Repräſentant einzuberufen ſei, der Nationalverſammlung anheimgeſtellt werden.

In Algier ſoll man Willens ſein, den Herzog von Aumale zu wählen. Salvandy hat auf ſeine Candidatur verzichtet. Larochejacquelin ſoll erklärt haben, er werde, wenn die „Regentistes" nicht mehr die Legitimiſten unterſtützen, ſich mit ſeinem Anhang zu den Republikanern de la veille zu ſchlagen.

Zur Feier des 4. Mai werden auf dem place de la Concorde bereits die Vorbereitung getroffen, Gerüſte aufgeſchlagen, und was ſonſt dazu gehört. Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung gehörte ebenfalls dieſer Feier. Der Ausſchuß zur Begutachtung des Geſetzes über die Feier-Gelder hat einen Artikel beigefügt, worin den Juni-Transportirten eine vollkommne Amneſtie gewährt wird. Leon Faucher widerſetzt ſich dieſem Antrag als unzeitig; die Regierung habe ſchon eine gewiſſe Anzahl der Juni-Inſurgenten in Freiheit geſetzt und werde noch mehrere bei Gelegenheit des bevorſtehenden Feſtes vom 4. Mai frei laſſen, allein ſie könne dies nicht bei allen Transportirten ohne Unterſchied thun, indem unter denſelben mehrere ſehr gefährliche Individuen ſeien. Goutay als Berichterſtatter, vertheidigt den Antrag, unter den Transportirten ſeien keine Rädelsführer; dieſe ſeien zu andern Strafen von den Kriegsgerichten verurtheilt worden. Der Miniſter habe ſelbſt im Innern der Commiſſion erklärt, daß man ohne Gefahr 900 von den noch übrigen 2000 Transportirten frei laſſen könne. Die Maßregel ſei übrigens um ſo wünſchenswerther, als die Transportation ohne alle gerichtlichen Formen ausgeſprochen worden ſei. Leon Faucher: Der vorliegende Fall kann mit keinem andern verglichen werden, denn die Inſurgenten haben ſich nicht gegen die eine oder andere Regierungsform aufgelehnt, ſondern gegen die Geſellſchaft und die Civiliſation ſelbſt. Er beharrt daher darauf, daß eine allgemeine Freilaſſung aller Transportirten ſehr gefährlich wäre. Lauſſedat: In einem Lande wie Frankreich, wo ſeit 60 Jahren alle politiſchen Meinungen abwechſelnd am Staatsruder oder am Schandpfahl waren, iſt eine unerbittliche Härte beſonders unpaſſend. Senard: Unter meinem Miniſterium wurde die Maßregel der Transportation vorgeſchlagen, aber die Art, wie dieſelbe ſpäter ausgeführt wurde, änderte ſie in eine wahre Haft, die um ſo ungerechter iſt, als viele von denen, welche als beſonders ſchuldig, den Kriegsgerichten zugewieſen wurden, von dieſen zu viel geringeren Strafen verurtheilt worden ſind. Um aber allen Entgegnungen von Gefahr für die öffentliche Sicherheit vorzubeugen, ſchlage ich als Amendement vor, daß der Regierung ein Zeitraum von 6 Monaten gelaſſen werde, um die Maßregel auszuführen.

Odilon Barrot. Die Verſammlung weiß nicht, welchen gefährlichen Leuten ſie die unbedingte Freiheit geſtatten will. Dieſe Leute, welche ihre Anhänger als glorreiche Märtyrer betrachten, haben noch vor kurzer Zeit bei einer Art Feſt, das ſie in ihrem Gefängniß gaben, die Verbrecher, welche als Mörder des Generals Brea vor kurzem hingerichtet wurden, hochleben laſſen und ihren Tod als ein heiliges Märtyrerthum proklamirt. Kann man in einer Zeit, wo alle Ideen von Recht und Freiheit verdreht und angegriffen werden, den Anſtiftern von Unruhen neue Helfershelfer durch eine unzeitige Amneſtie zuſchicken wollen? Die Regierung hält es für ihre heilige Pflicht, ſich dieſem ſo unbeſonnenem Verlangen zu widerſetzen.

Da das Miniſterium ſeine Uebereinſtimmung mit den Grundſätzen der Milde, von denen der Ausſchuß ausgegangen war, ausſprach, und nur die Beurtheilung, wenn und in welchem Maße die Milde einzutreten habe, ſich vorbehielt, ſo fand die Verſammlung keine Veranlaſſung, hier einzuſchreiten. Sie gab dem Miniſterium mit 339 gegen 288 Stimmen ein Vertrauensvotum, indem ſie den Vorſchlag ſowohl des Ausſchuſſes als von Herrn

Digitized by Google

Nº 124. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** **5. Mai 1849.**

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Hr. v. Beckerath. Kongreß des Märzvereins.) Wien (Amtliche Anzeige der ruſſiſchen Intervention. Kriegsnachrichten aus Ungarn. Räumung der Spitäler in Preßburg. Die Polen im ungariſchen Heer.) Berlin (Einberufung der Landwehr. Drei Truppenkorps von 30,000 Mann. Der Rücktritt des Grafen Araim. Straßenunruhen.) Greifswald (Unruhen auf der Inſel Uſedom.) Münſter (Unzufriedenheit.) Kreuznach (Truppenzuſammenziehung.) München (Die Anſprache des Miniſteriums. Mathy. Die Preſſe. Der 3. Mai. Mathy's Audienz. Die Kammern.) Augsburg (Adreſſe der Landwehr an den König.) Nürnberg (Volksverſammlung.) Aus der Pfalz (Die Revolution iſt organiſirt.) Dresden (Aufregung. Abſchlägliche Antwort des Königs an die Deputationen. Die Adreſſe der Kommunalgarde.) Leipzig (Deputationen nach Dresden. Die Miniſterkriſis. Eindruck der preußiſchen Note. Adreſſe des akademiſchen Senats an den König.) Hannover (Stüve zum Oktroyirungscongreß. Stimmung des Landes. Rundſchreiben an die erſte Kammer.) Oſterode (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.) Karlsruhe (Bevorſtehende Verkündidung der Reichsverfaſſung.) Flensburg (Lieferungen von Lebensmitteln in Jütland. Truppenverſtärkungen.) Altona (Glückliches Seegefecht.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Bildung eines Lagers.)

Italien. Mailand (Die Ausführung der Intervention.) Rom (Die Maßregeln des Triumvirates.)

Ungarn. (Die Magyaren vor Peſth. Das Haus Habsburg des Throns für verluſtig erklärt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 5. Mai.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 5. Mai. Es überraſchte natürlich geſtern in der Paulskirche ſehr, daß Herr v. Beckerath ſein Mandat als Abgeordneter von Crefeld niedergelegt. Wie man erfährt, glaubte ſich dazu der Reichsfinanzminiſter beſtimmen zu müſſen, nachdem ſeine Kollegen im Miniſterium ſich entſchieden dagegen erklärt, daß Hr. v. Beckerath, wie er beabſichtigt, gegen den Majoritätsantrag des Dreißigerausſchuſſes ſpreche.

*** **Frankfurt,** 5. Mai. Für den hier morgen ſtattfindenden Kongreß der Märzvereine haben bereits zahlreiche Anmeldungen von Deputationen ſtattgefunden.

* **Wien,** 1. Mai.*) Die Wiener Zeitung enthält über die ruſſiſche Intervention den folgenden amtlichen Artikel: „Der Aufſtand in Ungarn hat ſeit einigen Monaten eine ſolche Ausdehnung gewonnen, und er zeigt in ſeiner dermaligen Phaſe ſo entſchieden den Charakter einer Vereinigung aller Kräfte der europäiſchen Umſturzpartei, daß das Intereſſe ſämmtlicher Staaten ein gemeinſchaftliches iſt, die kaiſerliche Regierung in dem Kampfe gegen die ſich dort vorbereitende Auflöſung aller geſellſchaftlichen Ordnung zu unterſtützen. Aus dieſen wichtigen Gründen hat ſich die Regierung Sr. Maj. des Kaiſers bewogen gefunden, die bewaffnete Hilfe Sr. Maj. des Kaiſers von Rußland in Anſpruch zu nehmen, und ſelbe iſt ihr von dem Kaiſer mit edelſter Bereitwilligkeit ſofort und in dem ausgiebigſten Maße zugeſichert worden. Die Ausführung der beiderſeits verabredeten Maßregeln iſt in vollem Gange."

Die ruſſiſchen Quartiermacher ſollen bereits in Göding angekommen ſein.

Die Nachrichten aus Ungarn ſind fortwährend ſehr ungünſtig. Der Lloyd vom 30. April meldet: Feldzeugmeiſter Welden hatte ſein Hauptquartier am 27. April in Raab, (jetzt, wie wir vernehmen, in Karlburg). Dort hörte man am 26. April in der Richtung gegen Gönyö ein lebhaftes Bombardement. Die Ungarn ſollen vom Komorner Brückenkopfe einen Ausfall gemacht haben, der zu einem lebhaften Treffen führte. Nach Briefen der Allg. Zeitung vom 30. April mußte (wie unſer △ Korreſpondent ſchon geſtern meldete) in Folge dieſer Treffen bei Komorn und Acs die Belagerung der Feſtung aufgegeben worden. Die Truppen unter Feldmarſchallieutenant Simunic haben ſich gegen Raab und Hochſtraß zurückgezogen, General Wohlgemuth ſteht noch auf der Inſel Schütt. Die Magyaren rückten gegen Preßburg vor, wo es leicht zu einer bedeutenden Schlacht kommen könnte. Welden läßt auf der Ebene gegen Juaka, auf welcher Strecke die Ungarn von Dioßegh (3 Meilen von Preßburg) her vorrücken, Verſchanzungen aufwerfen, und will alſo hier alle Verſtärkungen und wie man ſagt, auch das ruſſiſche Hilfskorps abwarten. Da dieſe Stellung die Kommunication mit Wien durch die Eiſenbahn ſichert, ſo iſt ihre Behauptung von der größten Wichtigkeit. Ein Sieg der Ungarn bei Preßburg, ehe die Armee die Verſtärkungen an ſich gezogen, würde in ſeinen Folgen für Wien höchſt bedenklich ſein. Auch Gran ſoll bereits von den Magyaren beſetzt ſein. Die Kaſſenbeamten in Oedenburg haben den Befehl erhalten, ihre Gelder nach Grätz zu bringen. In der Nacht des 30. war Welden in Preßburg. Drei kaiſerliche Regimenter ſtanden ſchon auf deutſchem Boden und marſchirten gegen Kaiſer-Ebersdorf. Bei Raab verloren die Kaiſerlichen 18 Kanonen und ungeheuere Bagage — die ganze Nacht kamen bei Fackelſchein Verwundete in die Wiener Spitäler — und in den letzten Gefechten war Dembinski's Korps gar nicht im Gefecht. Guyon und Klapka kommandiren bei Raab. Karanſebes iſt genommen, und ein Theil von Bem's Korps ſteht vor Temeswar. Er ſelbſt ſoll in Kophau geweſen ſein. Der „Wanderer" vom 1. Mai berichtet, daß das Hauptquartier Weldens ſich bereits wieder in Kittſee (eine Stunde herwärts von Preßburg, das erſte Hauptquartier des Fürſten Windiſchgrätz beim Beginn des Feldzugs) befindet; alſo völlig wie unſer △ Korreſp. bereits geſtern gemeldet und vorausgeſagt.

Ueber den Banus ſind die Nachrichten ganz widerſprechend. Nach der einen ſoll er, ohne auf ein beutendes feindliches Korps zu ſtoßen, die untere Donaugegend erreicht haben; nach andern iſt er mit dem bei Földvar (unterhalb Peſth) über die Donau gegangenen Korps unter Vetter und Kaſimir Batthyani völlig geſchlagen worden, nach dem Lloyd und andern Gerüchten hat er dieſes Korps geſchlagen und befindet ſich in Eſſegg.

Die Schleſiſche Zeitung meldet aus Breslau: Reiſende, welche heute Nachmittags aus Wien hier angekommen ſind, theilten uns mit, daß dort geſtern gegen 1000 verwundete Soldaten, welche bisher in den Spitälern zu Preßburg verpflegt wurden, angekommen und in den Wiener Militär-Spitälern untergebracht worden ſeien. Für heute erwartet man dort einen neuen Transport Verwundeter aus Preßburg, wo ſämmtliche Spitäler in kürzeſter Zeit geräumt werden ſollen. Demnach ſteht zu erwarten, daß entweder in den nächſten Tagen bei Preßburg eine bedeutende Schlacht geſchlagen werden ſoll, wobei möglicherweiſe dieſe Stadt zu Grunde gehen kann, oder der öſterreichiſche Obergegeneral beabſichtigt, die Stellung ſeiner Armee um Preßburg und damit gleichzeitig auch dieſe Stadt ſelbſt aufzugeben. Beide Fälle machen ihm die vorherige Fortſchaffung der Verwundeten aus dieſer Stadt unerläßlich.

Wien. Die Zahl der bei den Magyaren kämpfenden Polen wird durch die hieſigen Journale ſehr übertrieben: Görgey hat, wie unterrichtete kaiſ. Offiziere behaupten, nur 1200 Polen in ſeinem ganzen Korps. Die meiſten zählt Bem; man ſagt 8000. Bei der ganzen ungariſchen Armee ſollen nicht über 12,000 Polen fechten. (Allg. Z.)

Lith. Korr. **Berlin,** 3. Mai. Nachdem die Landwehr zuſammenberufen iſt, ſollen, ſo wird uns von achtbarer Hand mitgetheilt, drei Truppenkorps von je 30,000 Mann in Thüringen, Schleſien und am Rhein aufgeſtellt werden. Das Kabinet findet in der in jenen Gegenden herrſchenden Aufregung vollkommenen Grund für die Aufſtellung einer ſo bedeutenden Truppenmacht.

Der endlich erfolgte Rücktritt des Grafen Arnim von ſeiner Stellung als Chef des auswärtigen Departements iſt für jetzt ohne jede höhere politiſche Bedeutung. Die proviſoriſche Uebertragung des Portefeuilles an den Miniſterpräſidenten Grafen Brandenburg giebt nur dafür Zeugniß, daß das Kabinet ſich zu einer entſchiedenen Richtung in der auswärtigen und in specie in der deutſchen Politik noch nicht geeinigt hat. Die Uebertragung des Portefeuille an Graf Brandenburg iſt eine rein nominelle; Graf Brandenburg iſt auch nicht einmal der Mann, der die nothwendige Repräſentation des auswärtigen Departements dem diplomatiſchen Korps gegenüber zu übernehmen vermöchte.

Am 9. werden unſere Aſſiſen eröffnet. Die Journaliſtik erblickt hier ein neues Feld ihrer Thätigkeit, wie es ſcheint will man ihr jedoch dieſes Feld ganz entziehen. Mehrfache Anträge hieſiger Journaliſten bei dem Juſtizminiſter wie bei dem Gerichtsdirektor um permanente Billets ſind zurückgewieſen worden.

Geſtern Abend iſt es leider auf der Landsbergerſtraße wieder zu Konflikten zwiſchen der Menge und der bewaffneten Macht gekommen. Todte ſind nicht auf dem Platze geblieben, doch ſollen wiederum mehrfache Verwundungen vorgekommen ſein.

*) Weder Briefe noch Zeitungen ſind uns heute aus Wien zugekommen. Wir folgen in unſerm Berichte den Leipziger Blättern und der Allg. Ztg.

⊙ **Greifswald**, 2. Mai. Die Inſel Uſedom, die durch die Wahl Rodbertus früher ihre entſchiedene Geſinnung zeigte, legt ſie heute durch eine offene Revolution an den Tag. Da kein Militär dort ſteht, iſt eine Kompagnie Jäger von hier dorthin datachirt, um die Ruhe herzuſtellen.

Münſter, 30. April. Der Eindruck, welchen hier die Auflöſung der zweiten Kammer hervorgerufen hat, iſt, wie ich nach ſorgfältiger Erkundigung verſichern darf, ein höchſt bedenklicher. Die Regierung hat damit dem konſervativen Mittelſtande, welcher mit jener Kammer in ſofern noch leidlich zufrieden war, als man eine konſervative Majorität gar nicht erwartet hatte, in das Geſicht geſchlagen. Von ſehr ruhigen, bisher ganz royaliſtiſch geſinnten Bürgern vernimmt man Ausdrücke der höchſten Unzufriedenheit — größtentheils eine Folge der Ueberzeugung, daß die nächſten Wahlen überwiegend im Sinne der Oppoſition ausfallen werden. So dürfte das Miniſterium Brandenburg, welches im December den geſammten beſitzenden Mittelſtand für ſich hatte, auf die Partei der Adels- und Militair-Ariſtokratie reducirt ſein, welche nur mit Bayonetten zu regieren im Stande iſt. Wir wollen abwarten, wie lange ſich damit regieren läßt. (K. Z.)

Kreuznach, 1. Mai. Unſerer Bürgermeiſterei wird heute von Amtswegen eröffnet, daß in und um Kreuznach 40,000 Mann Truppen aufgeſtellt werden ſollen. (Rh- u. M. Z.)

= **München**, 2. Mai. Obgleich geſtützt durch die ultramontane, bureaukratiſche und pfahlbürgerliche Partei (die Geldbrotzen, wie ſie das Volk nennt), durch eine mächtige Zuſtimmungsadreſſe (worin die Diener den Herrn überwiegen) hat das bairiſche Geſammtminiſterium ſich doch nicht geſtärkt genug gefühlt; die Beamten aus allen Kreiſen haben über die Volksſtimmung berichtet und dieſe Berichte haben wenig Troſt erhalten; darum findet ſich heute von der höchſten Hand ein Maueranſchlag vor, der da ſagt: „Uebelgeſinnte hätten ausgeſprengt, das Volk ſolle um ſeine Märzerrungenſchaften gebracht werden; dies beabſichtige die Regierung nicht, vielmehr den organiſchen Ausbau derſelben wie den Ausbau der Einheit Deutſchlands." Es iſt viel Tröſtliches in dem Anſchlag geſagt, das Volk aber hat keinen Glauben mehr und mit Recht; nur das vollendetſte Mißtrauen kann helfen; die friedliche Revolution in den Gemüthern iſt nicht zu verſöhnen, bis der Dom der Einheit gewölbt ſein wird von Volkeshand. Mathy — in der Allg. Ztg. iſt er auf gut bairiſch „Staatsrath von Mathy" genannt — iſt ſeit vorgeſtern hier und hat bereits längere Konferenzen mit den Miniſtern gehabt. Die Poſtzeitung der Ultramontanen begrüßt ihn mit den Worten: „Reichswühler, Reichsmaulwurf." Während das ultramontane Blatt „Scherz und Ernſt" einen Zuſchauer in München ganz à la „Neue preuß. Ztg." angelegt hat und der ultramontane „Volksbote" die perfideſten Lügen ausſtreut, erſteht ein neues demokratiſches Organ „die Volksbötin" redigirt von unſerem genialen Humoriſten Bertram (Schleich); die bedeutendſten hieſigen Schriftſteller haben bereits einmüthig ihre Mitarbeiterſchaft zugeſagt. Auch der unermüdliche Friedrich Rohmer hat ein offenes Sendſchreiben an's baieriſche Staatsminiſterium für Anerkennung der Reichsverfaſſung erlaſſen. Alſo auch die Partei Rohmer-Bluntſchli gegen die Hofweisheit. Heute Abend tagt der Märzverein und wird Beſchluß faſſen wegen Beſchickung des Frankfurter Märzkongreſſes.

≈ **München**, 3. Mai. Heute iſt ja der entſcheidende 3. Mai, bis zu welchem den renitenten Königen — denn von den Königreichen kann man nicht ſprechen, da das Volk überall unbedingt auf Seiten der Reichsverſammlung ſteht — noch Gelegenheit und Zeit gegeben iſt, ihre Sonderpolitik in volksthümlichere Bahnen zu lenken. Aber nach Preußens letzten Erklärungen und Behaben iſt dafür weniger Hoffnung, als vorher. Wir gelangen ſonach, wie es ſcheint, mit dem heutigen Tage auf den traurigen Standpunkt, wo nur noch die Frage iſt nach der ſtärkeren Gewalt, der von vier Königen oder der des deutſchen Volks. Der Tag iſt verhängnißvoll; nirgends auch nur ein leiſer Hoffnungsſtrahl einer friedlichen Löſung. Hier, in der altbaieriſchen Reſidenz bemerkt man in der That heute wenig von der Wichtigkeit des Momentes. Die Aufregung hat ſich in der verfloſſenen Woche mit zu viel Worten Luft gemacht, und die geſtrige Bekanntmachung des „königlichen Geſammtſtaatsminiſteriums", welche eigentlich gar nichts verſpricht, als daß die Regierung ihre gegebenen Märzverſprechungen einhalten, ſowie die Grundrechte „mit geringen Abänderungen" (aber welche?) zur Grundlage ihrer Kammer-Vorlagen nehmen werde, hat bei dem theils quietiſtiſchen, theils von den Lockfreuden umumfangenen Publikum den willkommenen Anlaß zur Unthätigkeit gegeben. Die Beiſtimmungsadreſſe für die bairiſche Regierung zählt, nach der „Neuen Münchener Ztg." 9000 Unterſchriften, und daſſelbe Blatt verſpricht dazu binnen wenigen Tagen abermals 9000. Dagegen ſchweigt es von der Adreſſe mit 40,000 Unterſchriften allein aus der Pfalz für Anerkennung der Reichsverfaſſung, welche der Abgeordnete Schlund dem Könige überreicht hat. Herr Reichskommiſſar Mathy hatte vorgeſtern bereits eine lange Konferenz mit dem Miniſterium; man kennt jedoch deren Ergebniß nicht. Geſtern Nachmittag wurde er vom König im Beiſein des geſammten Miniſteriums empfangen. Die Audienz, bei welcher ſich der König in ziemlich ſtarken Worten im Sinne der Pfordten'ſchen Erklärung ausgeſprochen haben ſoll, war ſehr kurz. An einen Erfolg dieſer Miſſion, wenn ſie nicht durch das Volk und beſonders durch die Kammern noch einen zwingenden Nachdruck erhält, glaubt man durchaus nicht. Daneben befürchtet man auch, daß die Kammern nur zuſammengerufen werden, um beim erſten Wort gegen die Haltung der baieriſchen Regierung in der deutſchen Frage, wie in Preußen, Hannover und Sachſen aufgelöſt zu werden. Die Neuwahlen werden dann allerdings, in welcher Weiſe man auch das Wahlgeſetz oktroyire (denn an ſolcher Oktroyirung zweifelt ebenfalls Niemand), eine noch fragloſer demokratiſche Oppoſition, eine noch größere Mehrheit für den vollen Anſchluß an das deutſche Reich ringen. Aber wer ſagt unter den jetzigen Sachlagen voraus, welche Ereigniſſe zwiſchen Auflöſung und Neuwahl treten?

Augsburg, 3. Mai. Geſtern fand eine Verſammlung der Landwehr und des Landwehr-Freikorps zur Beſprechung der deutſchen Frage ſtatt. Die nicht unbedeutenden Räumlichkeiten des Verſammlungslokals konnten den großen Andrang der Betheiligten kaum faſſen. Es wurde eine Adreſſe an den König für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung einſtimmig beſchloſſen, gefertigt und ſogleich von den Anweſenden unterzeichnet. (Allg. Z.)

△ **Nürnberg**, 3. Mai. Wer die Stimmung des fränkiſchen Volkes in Betreff der deutſchen Verfaſſung nur einigermaßen mit unbefangenem Blick geprüft, dem konnte es nicht zweifelhaft ſein, daß ſich daſſelbe in der entſcheidenden Stunde für das Geſchenk der Reichsverſammlung erheben werde. Aber eine ſo impoſante, einmüthige und würdige Demonſtration, wie ſie die geſtrige Volksverſammlung auf dem ſogenannten Judenbühl bildete, dürfte ſelbſt den Leitern der Bewegung unerwartet gekommen ſein. Mehr als 15,000 Menſchen haben wie aus Einem Munde erklärt und gelobt, mit der Reichsverſammlung ſtehen und fallen zu wollen. Das zündende Wort der Lostrennung Frankens von Baiern, wenn die Regierung trotzig auf ihrem engherzigen Partikularismus beharren ſollte, iſt geſtern zum erſten Male unverblümt ausgeſprochen worden; die Regierung möge das Volk nicht zur That reizen. Noch iſt ihr ein ehrenvoller Rückzug möglich; wenn aber erſt die Sympathie des Militärs in dieſer Frage, die bereits triebſame Wurzeln gefaßt hat, weiterrankt, ſo ſteht ſie mit den Ultramontanen allein da und kann nicht mehr Stand halten. Unſere Blätter bringen kein richtiges Bild von der geſtrigen Verſammlung; ſie war wirklich eine bedeutſame. Der Korreſpondent v. u. f. D. hält ſich nur an das Thatſächliche, ohne an die möglichen ſchweren Folgen zu erinnern, und die übrigen verderben ihre Berichte durch demokratiſchen Beigeſchmack, den die Verſammlung nicht eigentlich hatte. Die auf den 13. d. M. angeſagte weitere große Volksverſammlung für die geſammte Provinz wird entſcheidend für das ganze Land und die Krone.

† Aus der Pfalz, 3. Mai. Die Volksverſammlung in Kaiſerslautern iſt äußerlich beſſer abgelaufen, als man gefürchtet hatte. Die Nacht verlief ohne alle Exzeſſe, ausgenommen, daß nicht Wenige aus der republikaniſchen Begeiſterung zu tief ſich in die Gläſer verirrt hatten. Den größten Theil der Nacht hindurch hielten die Gemäßigteren, welche auf der Volksverſammlung faſt unterlegen waren, Berathungen, entfernten die Sozialiſten Looſe und Weber aus dem Landesvertheidigungsausſchuß und wählten hinein: Reichard von Speier, Schmidt von Kaiſerslautern, Hepp von Neuſtadt, Fries von Frankenthal, Schüler von Zweibrücken, Notar Schmidt von Kirchheimbolanden, Greiner, Hainz und Dintrer von Landſtuhl, lauter Männer der äußerſten Linken. Ihr Programm iſt folgendes: 1) An die Nationalverſammlung ſoll eine

Interpellation geſtellt werden, um die Pfalz in ihren Maßregeln zu ſchützen. 2) Alle Beamten der Pfalz werden aufgefordert, ſich der Reichsgewalt unbedingt zu unterwerfen und ſich binnen 3 Tagen auf die Reichsverfaſſung vereidigen zu laſſen, woſern ſie nicht als Rebellen erklärt und behandelt werden wollen. 3) Dieſe Beſchlüſſe werden den Gemeinden mitgetheilt. 4) Das Volk wird bewaffnet. 5) Dem Staat werden die Steuern verweigert. 6) Mit den badiſchen und heſſiſchen Demokraten wird eine Verbindung hergeſtellt. 7) Alle Eltern werden aufgefordert, ihre Söhne nicht mehr zum Militär zu ſchicken. 8) Alle Offiziere, die gegenwärtig in der Pfalz ſind, werden aufgefordert, der Sache des „Volkes" zu dienen und die Landwehr zu organiſiren. 9) Eine allgemeine Volkswehr ſoll organiſirt werden. 10) Die Gemeinden werden verpflichtet, die Ortsbürger aus den Gemeindegelder zu bewaffnen.

Zur Durchführung dieſer höchſt unüberlegten und dem Willen der Pfälzer nur zum kleinſten Theil entſprechender Beſchlüſſe wurde heute eine Verſammlung der Bürgerwehrmänner in der Fruchthalle zu Kaiſerslautern gehalten. Etwa 40 Gemeinden waren von vielleicht zweihundert Wehrmännern vertreten. Es wurde beſchloſſen, ſich unbedingt in den Dienſt des Landesſicherheits-Ausſchuſſes zu ſtellen, die ganze Bürgerwehr der Pfalz nach 4 Bezirken zu organiſiren, und die entſcheidenſten Schritte zum ſchnellen Handeln zu thun. Sind auch die Mehrzahl der Pfälzer zu beſonnen, um ſolche Plane zu unterſtützen, ſo iſt ein nicht unmächtiger Haufe bereits ſo fanatiſirt, daß er dieſe Gelegenheit zu Unruhen ſich ſchwerlich wird entgehen laſſen.

Dresden, 3. Mai. (Mittags 11 Uhr). Die D. A. Z. bringt durch Extrablatt folgende Nachrichten: Heute iſt Alles in großer Aufregung. Auf der Schloßgaſſe und auf dem Markte ſtehen dichte Menſchengruppen, welche von einzelnen Sprechern harangirt werden. Man ſieht ſelbſt einzelne Gewehre und andere Waffen umhertragen. Der König hat dieſen Morgen die Deputationen der Bürgerwehr und der ſtädtiſchen Behörden empfangen, die betreffenden Adreſſen entgegengenommen, aber eine abſchlägliche Antwort ertheilt. Nur wenn Preußen und Baiern die Reichsverfaſſung anerkennen würden, könne und würde auch er ſie anerkennen, ſoll der König geſagt haben. Der König erklärte insbeſondere der Deputation der ſtädtiſchen Behörden, daß er zu jedem Opfer bereit ſei, wie er dies ja auch in früherer Zeit bewieſen habe. Er könne aber, ſetzte er hinzu, von ſeiner Weigerung nicht abgehen, denn die Reichsverfaſſung werde Deutſchland nicht groß, einig und ſtark machen, ſondern zerſtückeln, zerreißen; ohne daß Preußen und Baiern ſie annehme, könne er ſie nicht anerkennen. Ungeachtet einiger Einwendungen, die einzelne Deputirte machten, beharrte der König bei ſeiner Anſicht, und ſtellte insbeſondere auch die Befugniß und das Recht der Nationalverſammlung in Abrede, die Reichsverfaſſung allein zu geben. In dieſem Augenblicke befinden ſich die Leipziger und die Freiberger Deputationen auf dem königl. Schloſſe. Es verbreitet ſich das Gerücht, daß dieſe Nacht zwei Regimenter Preußen in Sachſen eingerückt ſein und bereits bei Großenhain ſtehen ſollen. Dieſes jedenfalls noch ungegründete Gerücht trägt viel dazu bei, die Aufregung zu vermehren, die aber noch keine beſtimmte Richtung angenommen hat.

Die Adreſſe der Communalgarde lautet: Königliche Majeſtät! Bei der hohen Wichtigkeit, welche die in dieſem Augenblicke in allen Theilen des deutſchen Vaterlandes verhandelte Frage über die endliche lang erſehnte Geſtaltung eines mächtigen und freien deutſchen Bundesſtaats auch für Sachſen gewonnen hat; bei den lauten Beſorgniſſen, welche über einen gefahrdrohenden Widerſtreit der Anſichten über dieſe Frage hervorgetreten ſind, hält es die Dresdner Bürgerwehr für eine heilige Pflicht, Ew. königl. Maj. gegenüber hierdurch ehrerbietigſt, aber offen zu erklären, daß die Bürgerwehr die Ueberzeugung von der dringenden Nothwendigkeit der ſofortigen Anerkennung der Beſchlüſſe der Frankfurter Nationalverſammlung wegen der deutſchen Reichsverfaſſung theilt, und daß ſie ihrer Pflicht zur Aufrechthaltung der geſetzlichen Ordnung jederzeit eingedenk, doch gegen ihre Mitwirkung zu Maßregeln, welche die Gültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung in Frage ſtellen ſollten, ſich feierlichſt verwahrt. In größter Hochachtung verharren Ew. königl. Maj. treuergebenſte ꝛc. Dresden, den 2. Mai 1849.

§ **Leipzig**, 3. Mai. Mit der Deputation von Stadtrath und Stadtverordneten ſind heute auch der Rektor Erdmann und Profeſſor Albrecht als Abgeſandte des akademiſchen Senats nach Dresden gefahren, um dem König die Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung dringend ans Herz zu legen. Sie werden dem Könige auf ſeinen Weinberg folgen, wohin er ſich zurückgezogen hat, nachdem Dr. Zſchinsky, wie man hört, die Bildung eines neuen Miniſteriums übernommen hat. Man wollte nicht glauben, daß er, ohne das vorhergehende Zugeſtändniß des Königs in Bezug auf die deutſche Verfaſſung, darauf eingegangen ſein würde. Ohne die Anerkennung derſelben iſt kein Miniſterium möglich; man hat in Sachſen keinen Brandenburg, keinen Neger, der in ſeiner — Unbefangenheit die Perle bohrt, ohne die Verantwortlichkeit zu kennen, die er dabei auf ſich ladet. Einmal gelingt dergleichen wohl, aber es iſt doch ein ſehr ſchädlicher Irrthum, wenn man nun glaubt, die treuherzige Unfähigkeit ſei allen ſchwierigen Aufgaben gewachſen. Die letzte preußiſche Note hat hier den, wie es ſcheint beabſichtigten, erſchreckenden Eindruck nicht gemacht. Man erſieht daraus nur, daß das Miniſterium Brandenburg weder in Preußen noch im übrigen Deutſchland die Stimmung kennt, aber man glaubt keineswegs, daß es ihm gelingen werde, ſeine ſchwache Einſicht in Deutſchland durch Waffengewalt zu verbreiten. Die Meſſe vereinigt hier Männer aus allen Gegenden Deutſchlands; unter ihnen allen, die Preußen nicht ausgenommen, möchten nur wenige wunderliche Käuze ſein, die zu dem Miniſterium Brandenburg ein größeres Zutrauen hätten, als zu Heinrich von Gagern und der Reichsverſammlung. Das iſt aber doch undenkbar, daß das Schwert Deutſchlands, welches den Dänen gegenüber etwas feſt in der Scheide zu ſitzen ſcheint, ſeine Schärfe den Männern zeigen ſollte, die mit Gut und Blut zu der Einheit Deutſchlands ſtehn. Die Spada d'Italia iſt zerbrochen; möge das Schwert Deutſchlands vor unehrenhaften Scharten bewahrt bleiben!

* **Leipzig**, 3. Mai. Folgende Adreſſe hat heute der akademiſche Senat an den König geſandt:

„In einem Augenblicke, in welchem drohendere Gefahren als je das Vaterland bedrängen, wagt es der Senat der Univerſität Leipzig, an Eure königliche Majeſtät in treueſter Liebe und Verehrung vertrauensvolle Worte zu richten. Die deutſche Reichsverfaſſung iſt von der Nationalverſammlung zu Frankfurt am Main aufgeſtellt worden und die Mehrheit der deutſchen Regierungen hat ſie anerkannt. Die königlich ſächſiſche Regierung gehört zu denen, welche ihre Anerkennung zurückhalten. Ueber einzelne Punkte dieſer Verfaſſung, die aus den Kämpfen eines tieferregten Jahres hervorgegangen iſt, deren Ausbildung und Verbeſſerung aber die Zeit bringen wird, kann das Urtheil verſchieden ſein; aber darin iſt die große Mehrheit des Volkes, darin ſind Alle, die es mit dem Vaterlande wohl meinen, einig, daß dieſe Verfaſſung zur Geltung gelangen müſſe, wenn nicht neue und ſchlimmere Kämpfe Deutſchland zerrütten ſollen. In dem deutſchen Volke iſt das Streben nach der Einheit und Stärke Deutſchlands ſo kräftig und lebendig geworden, daß es durch nichts zurückgedrängt, durch keine halben Zugeſtändniſſe beſchwichtigt werden kann. Auch wir ſind der Ueberzeugung, daß in der beſchloſſenen Reichsverfaſſung der Talisman gegeben iſt, der allein die Gewalt verderblicher Revolution feſſeln kann; wir ſind der Ueberzeugung, daß durch Verwerfung der Reichsverfaſſung das deutſche Volk auf Bahnen gedrängt würde, deren Ziel in dem Umſturze alles Beſtehenden läge; daß durch das Verſchmähen der dargebotenen Rettung Deutſchland wüſter Verwirrung preisgegeben würde, durch welche Wohlſtand, Bildung und Sittlichkeit des Volkes auf lange Zeit gebrochen wären. In ernſter Erwägung der Zuſtände und Stimmungen, die auch in Sachſen ſich immer bedrohlicher geſtalten, in inniger Liebe zu Eurer königlichen Majeſtät, zu unſerm engern Vaterlande Sachſen und zu Deutſchland, in feſtem Vertrauen zu Eurer königlichen Majeſtät edler, kein Opfer ſcheuender Vaterlandsliebe, legen wir Ihnen die dringende Bitte an das Herz, Eure königliche Majeſtät wolle die von der verfaſſunggebenden Verſammlung in Frankfurt am Main beſchloſſene deutſche Reichsverfaſſung durch Ihre Regierung anerkennen und vollziehen, ſowie für die allgemeine Anerkennung derſelben alle geeigneten Schritte thun. Der Dank des Vaterlandes, die befeſtigte Liebe Ihrer Sachſen, das Urtheil der Geſchichte, das Bewußtſein edelmüthiger That wird Eurer königlichen Majeſtät lohnen.

‡ **Hannover**, 3. Mai. Stüve geht morgen oder übermorgen nach Berlin um mit dem letzten hannoveriſchen Bundestagsgeſandten, Herrn von Wangenheim an der preußiſchen Oktroyirung einer deutſchen Verfaſſung Theil zu nehmen. Ein Manteuffel war mit der betreffenden Einladung hierhergeſandt. Seiner Anſicht zufolge hätten die letzten blutigen Ereigniſſe in Berlin eine ſo entſchiedene Theilnahmloſigkeit gefunden, daß man es nun wagen könne, der Sache der Revolution ein für allemal ein Ende zu machen. Dieſer lockenden Stimme konnte Stüve nicht widerſtehen. Die Politik Stüve's in der deutſchen Sache wurde von Berlin diktirt; ſein Rücktritt war aus eigenem Entſchluſſe, ſein Wiedereintritt erfolgte auf beſtimmte Ordre von Berlin. Gegenwärtig war Hannover geradezu an die puniſche Politik des preußiſchen Miniſteriums verrathen. Die Stände, die Korporationen, die Vereine, bis zur Hefe des Volks hinunter, alle, alle ſind die-

Ueberſicht.

Oeſterreich und die Ruſſen auf deutſchem Boden.
Brief des Fürſten Metternich an den Fürſten Pückler-Muskau.
Die Ruſſen als deutſche Bundesgenoſſen.
Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt.) Wien (Der Prozeß Fiſchhof's. Die Ausweiſung der ungariſchen Studenten.) Prag (Zeitſchrift der Slowanska Lipa.) Freiburg (Der rolitiſche Prozeß.)
Oeſterreichiſche Monarchie. Zara (Truppen nach Ungarn.) Brody (Ruſſiſche Prozeduren.)

Oeſterreich und die Ruſſen auf deutſchem Boden.

Bs. Man kann es jetzt Niemandem zumuthen, ſich eines Zeitungsartikels mehrere Wochen zurück zu erinnern; und doch möchte ich, daß man wenigſtens des Grundgedankens dächte, wie er ſich vor etwa fünf Wochen in dieſen Blättern in einem Aufſatze ausſprach, welcher den Titel trug: „Oeſterreichiſch-ruſſiſche Kriegserklärungen gegen Deutſchland.“ Wir fanden damals in dem erſten Einrücken der Ruſſen in Siebenbürgen nur das Reſultat der fortgeſetzten Kriegserklärungen Oeſterreichs gegen die deutſche Einheit, wie gegen die Idee der freien Staatsgeſtaltung überhaupt; wir deuteten darauf hin, wie die öſterreichiſchen Gewaltmaßregeln in der eigenen Monarchie gegen deren errungene Freiheiten oder die naturnothwendigen Konſequenzen der Errungenſchaften, ſo wie die feindlichen Erklärungen gegen eine Neugeſtaltung Deutſchlands aus dem Schooße der Reichsverſammlung ſeit der Mitte des vorigen Jahres mit den drohenden, ſchreckenden, oder auch ſchmeichelnden und beſchwichtigenden Kundgebungen Rußlands in Bezug auf dieſe Angelegenheit ſowohl der Zeit als der Art nach in fortwährender Wechſelwirkung geſtanden halten. Wir deuteten ferner darauf hin, welche unermeßliche Gefahr die ganze politiſche Entwicklung Oeſterreichs durch die von dankbaren Verpflichtungen gegen Rußland bedingte Abhängigkeit von deſſen Einflüſſen und Einwirkungen bedrohe, wie aber dieſe Gefahr bei einem engen Bündniſſe Oeſterreichs mit Rußland kaum in minderem Grade ſich gegen die geſammte deutſche Bewegung heranwälzt. Denn daß die Beſiegung des ungariſchen Aufſtandes ſchon damals nur **nächſter** Zweck Oeſterreichs war, daß die Viktoriaſchüſſe dieſes Sieges gleichzeitig als erſte Signalſchüſſe des Kampfes gegen die geſammte moderne Volksbewegung zu betrachten ſeien, konnte nur bezweifeln, wer gegen die bisherigen Offenbarungen des Miniſteriums Schwarzenberg, gegen das Gebahren ſeines Alba-Windiſchgrätz in ſtumpfer Gedankenloſigkeit Aug und Ohr verſchloſſen hatte. Die deutſche Kaiſerwahl gab Oeſterreich Gelegenheit, ſeine bisher negative Politik in der deutſchen Frage in eine offene feindliche zu verwandeln. War die nun offiziell ausgeſprochene Stellung — Abweis der ganzen bisherigen Ergebniſſe einer Konſtituirung des deutſchen Bundesſtaates neben dem Feſthalten des bundestäglichen Verhältniſſes Oeſterreichs zu dem weiland deutſchen Staatenbunde — in gewiſſer Art ein Glück zu nennen, weil das neue Deutſchland ſeinerſeits dadurch aller Verpflichtungen gegen Oeſterreich los und ledig wurde, ſo wuchs doch auf der andern Seite die öſterreichiſch-ruſſiſche Gefahr für Deutſchland. Oeſterreich gewann durch ſein ſtarres Beharren auf einem faktiſch unmöglichen Verhältniſſe jeden Augenblick Gelegenheit, in die Neugeſtaltung der Dinge Deutſchlands ſeinerſeits mit rückſichtsloſeſter Gewalt einzugreifen, es war aber dazu vor Allem genöthigt, ſich Rußland noch unbedingter als vorher in die Arme zu werfen. Daß Zweck und Ziel der ſogenannten ungariſchen Pacifikation keineswegs eine Geſtaltung der magyariſchen Staatszuſtände auf Grund der nachmärzlichen Zugeſtändniſſe war, erkannte man immer deutlicher aus dem Verhalten der öſterreichiſchen Regierung gegen die konſervative ariſtokratiſche Partei der Magyaren. Als Windiſchgrätz, durch die Einflüſterungen dieſer Partei eingelullt, auch den Krieg ſelber ruhen und dadurch die nationalmagyariſche Partei zu immer größern Erfolgen kommen ließ, ward er freilich abberufen. Sein Fehler war indeſſen in den Augen der Regierung, daß er nicht verſtanden hatte, die Zwecke der Ariſtokratenherrſchaft in jeder Hinſicht zu berückſichtigen und dabei gleichzeitig das demokratiſche Element vernichtend zu Boden zu ſchlagen. Unterdeſſen hatten auch in Deutſchland ſelber die Dinge eine neue Wendung genommen; der bisherige Streit zwiſchen den Partikulariſten und Nationalen, zwiſchen den Erbkaiſerlichen und denen, welche in einem Direktorium oder einer Reichsſtatthalterſchaft den Regierungen Zeit und Gelegenheiten geben wollten, durch ſogenannte Vereinbarung wieder die bundestägliche reparirte Verfaſſung Deutſchlands herzuſtellen, exiſtirte in der Geſammtheit des deutſchen Volkes nicht mehr, ſondern nur noch zwiſchen Volk und Fürſten, bald nur noch zwiſchen Deutſchland und vier Königen. Preußen, oder vielmehr das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ſtellt ſich jetzt hier in offener dynaſtiſcher Reaktion der geſammten Idee der deutſchen Volkserhebung entgegen, und findet an Baierns wie Hannovers Miniſterien entſchiedene, an Sachſens Regierung halbe Bündner gegen das Volk. Die offene Revolution ſteht vor der Thür, denn ein Verlauf derſelben wie in Würtemberg iſt in den andern Königreichen nicht ſehr wahrſcheinlich. Von dieſen grenzen drei unmittelbar an Oeſterreich, während Baierns Miniſterium in der That bereits ſeine Befehle von Ollmütz einholt, Sachſen ſeine frühere Abhängigkeit von Wiener Hofeinflüſterungen noch nicht abzuſtreifen vermag und Preußens Brandenburg-Manteuffel, alle frühere Rivalitäten vergeſſend, in dieſem Kampfe für die unbeſchränkte Souveränetät gegen die moderne echt konſtitutionelle Königsbefugniß wiederum verſtändigende Blicke mit der öſterreichiſchen Kabinetspolitik zur Bekämpfung der Volksberechtigungen wechſelt.

In dieſem Augenblicke ruft nun Oeſterreich die ruſſiſche Heeresmacht abermals heran, und ſie dringt gleichzeitig auf vier Seiten in die Monarchie. In Siebenbürgen von drei Punkten aus; aber auch, und dieß iſt das Bedenklichſte für das übrige Deutſchland, über Krakau hervorbrechend in Schleſien mit 25,000 Mann. Von dieſem Punkte aus kann die ruſſiſche Hülfe ebenſo bequem gegen die Ungarn, wie auf einen leiſen Wink des Grafen Brandenburg gegen Preußen, gegen ganz Deutſchland operiren.

Das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel hat durch ſeine Erklärung in der deutſchen Verfaſſungsfrage zuerſt mit ganz Deutſchland, dann durch die ſtärkſte ſeiner unkonſtitutionellen Handlungen, die mit Hannover gleichzeitig verfügte Kammerauflöſung, mit dem preußiſchen Volke ſpeziell gebrochen. Es iſt ein Bruch, welcher jeden Tag zum blutigen Bürgerkrieg zu führen vermag. Das preußiſche Miniſterium Brandenburg geht mit dem öſterreichiſchen Schwarzenberg in der fürſtlichen Souveränetätsfrage ſogar offenbar Hand in Hand. Herr v. d. Pfordten in Baiern folgt herzlich gern, Stüve in Hannover desgleichen.

Um die Gefahr der ruſſiſchen Hilfe Oeſterreichs gegen Ungarn zu verdecken, ſpricht man zwar von einem demnächſt zu erlaſſenden Manifeſte des Zaren, worin derſelbe erklären ſoll, daß er keinen Länderzuwachs, keine Einmiſchung in die Verwaltung beabſichtige, ſondern dem Kaiſer von Oeſterreich nur in der Bekämpfung einer Revolution beiſtehen wolle, welche die Zerſtückung der öſterreichiſchen Monarchie und die Herrſchaft einer Partei bezwecke, welche mit dem allgemeinen Umſturz der Ordnung auch ſein Reich der größten Gefahr ausſetze. Allein dies Manifeſt, wenn es wirklich erſcheint, läßt ſich vom Standpunkte der ruſſiſchen Anſchauungen **wörtlich** auch auf das übrige Deutſchland anwenden. Ja, es ſind dieſelben Worte bereits früher in dieſen Beziehungen angewendet worden. Man erinnere ſich des zariſchen Aufrufs an die ruſſiſchen Völker gegen „die Heiden“, welchem freilich nachher eine diplomatiſche Erläuterung folgte, worin ausdrücklich geſagt war, daß Rußland ſich unter keiner Bedingung in den Gang der deutſchen Angelegenheiten miſchen werde, falls die Bewegungen nicht die ruſſiſche Grenze ſelbſt überſchritten. Aber wie lang galt dies Wort? Man erinnere ſich doch weiter des berufenen Manifeſtes vom Juli vorigen Jahres, worin es heißt: „Wann in der That hat ſich Deutſchland über uns zu beklagen gehabt? Wann haben wir Pläne gegen ſeine Unabhängigkeit geſchmiedet? Wann haben wir es nur mit einer Invaſion bedroht? Welchen Theil ſeines Gebietes haben wir genommen oder begehrt? Während jenes langen, drei und dreißigjährigen Friedens, deſſen Wohlthaten abzuleugnen der aufregende Geiſt der heutigen Generation ſo gern geneigt iſt, haben wir uns unabläſſig angelegen ſein laſſen, Eintracht und Einheit, die aufrichtige Uebereinſtimmung in Deutſchland zu empfehlen und zu erhalten. Freilich nicht jene materielle Einheit, von welcher heute eine nivellirungs- und vergrößerungsſüchtige Demokratie träumt, ſondern die moraliſche Einheit, die aufrichtige Uebereinſtimmung der Anſichten und Abſichten aller politiſchen Fragen, welche der Deutſche Bund nach Außen zu verhandeln hatte. Dieſe Einheit zu erhalten, die Bande, welche die deutſchen Regierungen mit einander verbinden, enger zu ſchließen, nur das iſt es, was unſere Politik erſtrebte, weil wir den europäiſchen

Frieden wollten und weil in unſern Augen die ſicherſte Bürgſchaft dieſes Friedens ſtets in ſtrenger Verbindung aller Regierungen geruht hat, welche den Deutſchen Bund bilden.“ Und dann wiſſen wir weiter noch recht wohl von jenen freilich halbgelungenen Noten, deren eine im Herbſte vorigen Jahres dem „geliebten Schwager“ ruſſiſche Soldatenhülfe darbot, als die Kammerauflöſung und die Oktroyirung der Verfaſſung erfolgt war, deren andere in dieſem Winter mit einer ruſſiſchen Intervention drohte, falls Friedrich Wilhelm der Vierte die Kaiſerkrone eines Deutſchland annähme, deſſen Verfaſſung nicht auf dem Grunde der Bundesverträge von 1815 errichtet ſei, deren dritte endlich abermals einen unmittelbaren Angriff auf Preußen, einen mittelbaren Krieg gegen Deutſchland durch Dänemarks Unterſtützung und eine ruſſiſche Blokade der Oſtſeehäfen in Ausſicht ſtellte, falls Deutſchland ſein Recht auf die deutſchen Herzogthümer Schleswig und Holſtein noch weiter verfechten werde.

Soweit iſt Rußland ſchrittweis gegen die deutſche Neugeſtaltung vorgegangen, daß es jetzt nur noch des Einmarſches ſeiner Truppen bedarf, nachdem es Oeſterreich vollkommen abhängig von ſich gemacht hat, ſo daß dieſes auch, abgeſehen von ſeiner prinzipiellen, weil dynaſtiſch feindlichen Stellung gegen Deutſchlands neue Conſolidirung — ſogar dann nicht im Stande wäre, dagegen eine Verwahrung einzulegen, wenn es zu der Erkenntniß käme, daß ein ſolches Ereigniß ſeine Stellung als Großmacht des von ihm feſtgehaltenen deutſchen Bundes thatſächlich vernichtet. Aber bei Oeſterreichs blinder Erbitterung gegen die nach Geltung ringende Nationalpolitik überhaupt, dürfen wir nicht einmal die leiſeſte Hoffnung ſelbſt nur auf ſolche Erkenntniß haben. Oeſterreich kennt noch mehr einen Kampf zwiſchen Dynaſten und Volk; ebenſo das preußiſche Miniſterium Brandenburg. Der Kaiſer von Rußland aber glaubt ſeine weltgeſchichtliche Aufgabe, wie allbekannt, in der unabläſſigen Verfechtung der abſoluten Legitimität, in der Aufrechthaltung des politiſchen status quo von 1815 enthalten, ſoweit dieſer nämlich die Stellung des Volkes zu den Fürſten betrifft. Daß er auch ſelbſt die Intervention in Ungarn von dieſem bedingungsweiſe chevaleresken Standpunkt aus betrachtet, erweiſt die ſcheinbar überraſchende Verſicherung öſterreichiſcher miniſterieller und halbminiſterieller Blätter, ſowie der Allg. Ztg. wonach er zu ſeinen oben erwähnten Erklärungen gefügt hat, er wolle dadurch keinen ausſchließlichen Einfluß in den Donaufürſtenthümern erwerben, auch die Koſten ſeines Hilfskorps ſelbſt tragen und es ſogar dem Befehle des Feldmarſchallieutenant Welden unterordnen.

Wie weit jedoch die Tragweite ſolcher vom Zaren vielleicht und im Augenblicke ganz ehrlich gemeinten Verſicherungen reicht, zeigt uns die ganze moderne Geſchichte der ruſſiſchen Politik. Auch beim erſten Einrücken der Ruſſen in Siebenbürgen hieß es, die Truppen würden unter Puchners Befehl geſtellt. Und wir wiſſen jetzt, daß beim erſten Verſuche des öſterreichiſchen Generals, von dieſem On-dit Gebrauch zu machen, die ruſſiſchen Heerführer ſich vollkommen unfügſam bewieſen, ſich ausſchließlich auf ruſſiſche Befehle beriefen. Bezüglich der nichtbeabſichtigten ruſſiſchen Alleinherrſchaft in den Donaufürſtenthümern wiſſen wir ferner, wie mit dieſer Verſprechung ſeit der Feſtſtellung des jetzigen Verhältniſſes dieſer Lande zum Divan fortwährend und durch jede einzelne Handlung der empörendſte Hohn getrieben wurde. Dies bereits zu einer Zeit, da Oeſterreich an erſter, die andern europäiſchen Großmächte an zweiter Stelle ihre Stimmen noch wirkſam dagegen erheben konnten. In dem Verſprechen des Zaren, die Koſten des Hilfskorps ſelbſt zu tragen, liegt endlich die höchſte Gefahr; denn es zeigt, daß es ſich mit dieſer Hilfe keineswegs nur um einen Schutz der ruſſiſchen Grenze gegen eine Ueberſchreitung durch die Revolution, ſondern um den Anfang eines Krieges des abſoluten Zaren gegen die ganze europäiſche Bewegung handelt. Kaiſer Nikolaus mag ſich deſſen im Augenblicke ſeines Verſprechens vielleicht nicht bewußt geweſen ſein. Er hat vielleicht damit nur, wie er es liebt, ein „Exempel ſtatuiren“ wollen zum Schrecken der etwaigen polniſchen Abſichten, ſowie der deutſchen, von einer „materiellen Einheit träumenden nivellirungs- und vergrößerungsſüchtigen Demokratie“. Aber die ruſſiſche Diplomatie wird ihm baldigſt beweiſen, wie er ſich mit dieſem erſten Schritte verpflichte zu deſſen Konſequenzen, wie er ſich mit der Beihilfe zur „Pacificirung“ Ungarns zu einer gleichen Beihilfe zur „Pacificirung“ Deutſchlands „moraliſch“ anheiſchig gemacht habe.

Die ruſſiſche Pacificirung Deutſchlands wird beſtimmt verſucht werden, wenn das Miniſterium Brandenburg Preußens Geſchicke fort und fort bedingen darf. Denn dieſes Miniſterium will mit Schwarzenberg im Bunde Deutſchland zwingen, ſein dreifaches Niemals und damit die Vernichtung eines nationalen, auf freie Inſtitutionen gegründeten deutſchen Reiches anzuerkennen. Dies kann Deutſchland nicht, es wird das Schwert der Revolution von Neuem erheben müſſen, und Baierns, Sachſens, Hannovers Regierungen werden ſich dadurch nur um ſo berechtigter glauben, immer ſtarrer auf ihrem ſogenannten Vereinbarungsprinzip zu beharren, immer feſtere Koalition mit jeder Regung der dynaſtiſchen Reaktion zu machen. Ja, vielleicht werden ſie ſich nicht ſcheuen, dazu die ruſſiſche Hülfe anzurufen, wenn Rußland nicht ſchon zuvor, und zwar ohne Brandenburg's, Schwarzenberg's, von der Pfordten's, ja ſelbſt vielleicht ohne Stüve's und Held's Einrede, für gut befindet, irgend einen der vielen Vorwände ſeiner Erklärungen zu einem Einmarſch in Deutſchland zu benutzen.

Welche günſtige Stellung für ſolche Abſicht das durch eine neueſte Aushebung wiederum verſtärkte ruſſiſche Heer bereits durch ſeinen Einmarſch im öſterreichiſchen Schleſien ſelbſt in dem Falle hat, daß die genannten Miniſter noch ſo viel Achtung vor dem deutſchen Nationalgefühl und der deutſchen Ehre bewahrten, um nicht ſelber die ruſſiſche Hülfe zur Durchführung ihrer Abſichten zu benutzen, mag anſtatt aller weitern Ausführung eine Stelle aus General Peucker's „Beiträgen zur deutſchen Wehrverfaſſung“ zeigen. Nachdem er dargethan hat, wie ſchutzlos überhaupt die deutſchen Oſtgrenzen einem von Rußland geſchaffenen, faſt unbezwinglichen Landesreduit in Polen gegenüberliegen, führt er in Bezug auf die hier zunächſt in Frage kommenden Theile der Oſtgrenze fort: „Der ganze rechte, jener vorhin bezeichneten ruſſiſchen Poſition gegenüberliegende Flügel unſerer Oſtgrenze entbehrt zwiſchen Glogau und Coſel, d. h. gerade auf derjenigen Strecke, welche durch die große Handels- und Heerſtraße von Oſten nach Weſten durchſchnitten wird, jedes natürlichen und fortifikatoriſchen Schutzes, weil die Befeſtigung von Breslau ſeit der im Jahr 1807 erfolgten Sprengung der dortigen Werke, nicht wieder hergeſtellt worden iſt. Breslau iſt aber nicht nur das Herz und die Schatzkammer Schleſiens, der ſtrategiſche Straßenknoten der dort ſich ſchneidenden europäiſchen Kommunikationen, der wichtigſte Oderbrückenkopf, ſondern auch das Centrum der Operationsbaſis der obern Oder und des Vertheidigungsſyſtemes von Schleſien überhaupt. Das ganze wohlgeordnete ſchleſiſche Feſtungsſyſtem iſt, ſeitdem ihm in Breslau der verbindende Mittelpunkt fehlt, als geſprengt zu betrachten, und hat, da es nur noch Raum zu partiellen Feſtungskämpfen gibt, den größten Theil ſeiner Einwirkung auf die größern Kriegsbegebenheiten verloren. Seit die wichtige von Warſchau über Breslau nicht nur nach Berlin, ſondern direkt auch in das Herz von Deutſchland führende große Heerſtraße durch keine Bundesfeſte gedeckt iſt, kann Breslau von einem aus den polniſchen Stellungen hervorbrechenden Heere in wenigen Tagen erreicht und nur durch die Kraft eines dieſſeitigen mächtigen, ſchnell aufzubietenden, nach Flankenbewegungen cooperirender Truppen zu unterſtützenden Heeres geſchützt werden.“

Die Flanke dieſes Grenzflügels iſt bereits durch den auf öſterreichiſche Veranlaſſung erfolgten Einmarſch der Ruſſen in Teſchen umgangen. Hierherwärts drohte aber nicht einmal eine ungariſche Gefahr. Denn General Vogel ſtand am 22. April in Eperies, General Benedek in Käsmark; drei Tage früher waren bereits weder mehr in Miskolcz noch in Rimaßombat ungariſche Truppen. Man mußte in Wien ſogar das Gerücht erfinden, Bem habe den abenteuerlichen Plan, mit 30,000 Mann gegen Ober-Ungarn zu marſchiren, um einen Einfall in Galizien, Ruſſiſch-Polen und Poſen zu verſuchen, damit doch wenigſtens einiger Grund für den Einmarſch der ruſſiſchen Truppen an dieſer Stelle vorhanden ſcheinen möge. Wer möchte da noch zweifeln, daß dieſe 25,000 Ruſſen weit mehr gegen Deutſchland, als gegen Ungarn gerichtet ſind?

Brief des Fürſten Metternich an den Fürſten Pückler-Muskau.

Brighton, 23. Dec. 1848. „Theurer Fürſt! Karl Hügel hat mir Ihren Brief vom 12. mitgetheilt. Die Gefühle, welche ein Verſtorbener dem andern ausdrückt, haben mir Vergnügen gemacht. Sie gehören zu den Lebenden, und es könnte am Ende kommen, daß mit der Zeit mehr Leben in den Verſtorbenen, als

in Denen ſei, welche ſich des Lebens rühmen. Sie täuſchen ſich nicht, wenn Sie auf meine Ruhe rechnen. Dieſer Muth gehört von Rechtswegen Denen an, welche wiſſen, was ſie wollen, denn ſie wiſſen was Recht iſt. In dieſer Ueberzeugung beſteht meine Kraft, welche ſich durch Ruhe in Bewegung geſetzt hat. Die Geſchichte, dieſes große Schwurgericht, gründet ihre Urtheile auf zwei Grundlagen: auf die Vergangenheit und Zukunft, den Anfang und das Ende. Die Gegenwart iſt nur eine Brücke von einem dieſer Ströme zum andern. Das Leben verrinnt auf den Strömen und nicht auf der Brücke, und die Geſchichte wird mir dadurch Gerechtigkeit zollen, daß ſie zugibt, ich habe meine Zeit nicht auf den Durchgang gepflanzt. Eine andere noch ernſtere Lehre bietet die Geſchichte, die nämlich, welche die Freiheit allein auf dem Boden des Rechts (und dieſer iſt gleichzeitig der der Ordnung) zeitigt. Ich habe für die Ordnung gelebt und demgemäß die Freiheit gewollt, (!) nicht die anſcheinende, ſondern die wahre, erwärmende, belebende Freiheit. Habe ich mich getäuſcht, ſo lag das nicht in meinem Willen, ſondern in der Schwäche meines Geiſtes. Die letzten Monate ſcheinen mir für die Auſchuldigung nicht ſehr günſtig, wenigſtens haben ſie meine moraliſche Ruhe nicht erſchüttert. Wer lebt, ſieht! Ich gehöre nicht zu den Letzteren. Aber die Geſchichte wird leben, und ich denke mit Heiterkeit an ihr Urtheil. (!) Meine Frau dankt herzlich für Ihr Andenken und freut ſich, gleich mir, Sie wieder zu ſehen, falls wir uns hienieden noch begegnen ſollten. Wer vermag zu ſagen, wo und wann? Ich kenne auf der Welt nur zwei Orte: die Bühne oder die Loge. Da ich von erſterer abgetreten bin, ſo habe ich mich in die letztere begeben. Ich weiß mich nicht zu halten. Die Geſellſchaft des Parterre iſt mir zu gemiſcht und das Paradies (Gallerie) ſuche ich in jener, nicht in dieſer Welt. Sie wiſſen alſo, wo ich jetzt bin. Empfangen Sie die Verſicherung meiner liebevollen Geſinnungen.

(gez.) Metternich."

Die Ruſſen als deutſche Bundesgenoſſen.

00 **Frankfurt**, 3. Mai. Alſo es iſt entſchieden! Die ruſſiſche Hilfe, anfänglich nur „aus Menſchlichkeit zum Schutz der Städte Hermannſtadt und Kronſtadt" erbeten, wird jetzt gegen die Ungarn im umfaſſendſten Maaße in Anſpruch genommen, nachdem das öſterreichiſche Miniſterium durch ſein bisheriges Verfahren die öffentliche Meinung abgeſtumpft glaubt, daß ſie ſich die Hülfe des Erbfeindes deutſcher Freiheit und Einheit, wider welchen vor einem Jahre das deutſche Volk inſtinktmäßig einſtimmig zum Kriege rief, gefallen läßt, nachdem man die deutſche Centralgewalt und Reichsverſammlung durch die wohlberechneten Abſtimmungen der Abgeordneten der öſterreichiſchen Regierung genugſam geſchwächt glaubt, um Ruſſen den deutſchen Reichsboden betreten zu laſſen. Es heißt, die Ruſſen ſollen allein, nur mit Beigebung öſterreichiſcher Stabsoffiziere, gegen Magyaren und Polen kämpfen, eine weiſe Maßregel, denn die Deutſchen haben ſich nie mit ihren ruſſiſchen Bundesgenoſſen befreunden können. Sind gleich die Zeiten nicht mehr ſo rauh, wie 1620, wo zum erſtenmale, von dem befreundeten Polenkönig zu Hülfe geſchickt, Koſaken nach Wien kamen, welche mit Plündern, Stehlen und Saufen in einer Weiſe ſich benahmen, daß man der Wallonen und Heyduken über ſie vergaß, daß man Preiſe auf ihre Köpfe ſetzte, worauf die Bauern der Umgegend förmliche Treibjagden auf ſie hielten, ſie erſchlugen und auffingen, ſo ſchrieb doch noch 1805 der damals noch preußiſche Gentz: „Uns empörte zuletzt doch auch dieſer blinde, dumme und unverſchämte Nationalſtolz, mit welchem die Ruſſen überhaupt über Deutſchland, als einen verächtlichen Theil der Erde, wo nichts als Verräther und Memmen zu finden wären, herfielen. Ich verachte die Oeſterreicher, ich erzürne mich über ſie, aber ich bemitleide ſie doch auch, und wenn ich ſie von jenen Barbaren mit Füßen getreten ſehe, ſo kehren ſich meine deutſchen Eingeweide um und ich erkenne, daß ſie meine Brüder ſind." Im Jahr 1813 ſpielte, bis zu Oeſterreichs Beitritt, Rußland, Preußen gegenüber, entſchieden die Hauptmacht; alle gemeinſamen Unternehmungen ſtanden unter ruſſiſcher Oberleitung; die Mahnungen und Rathſchläge unſerer beſten Männer: Scharnhorſt's, Gneiſenau's, Bülow's, York's wurden mit Eiferſucht betrachtet, oft mit Hochmuth abgewieſen. „Wir haben," ſchreibt Gneiſenau, „manchen Verdruß, wir ſehen unſer Land nicht minder durch unſere Freunde als durch unſere Feinde ausgeplündert, ſelbſt unſeren Soldaten raubt man die Transporte, die wir mit Sorge und Kummer herbeigeſchafft haben, es empört, zu ſehen, daß unſre eignen Verwundeten auf dem Schlachtfeld durch unſere Verbündete ausgeplündert werden." Es iſt ferner bekannt, daß, wenn man beim Lager von Kaliſch 1835 das Fraterniſiren preußiſcher und ruſſiſcher Truppen als Einleitung zu gemeinſamen Feldzügen betrachtet haben ſollte, dieſes Ziel als verfehlt zu betrachten war. Vielmehr brachte damals das gemeinſame Lager in allen Graden des preußiſchen Heeres die wohlthätige Ueberzeugung hervor, daß ſie einer körperlich wohlgepflegten, und geiſtig durchgebildeten, wohlgeführten und ehrenhaften Volksbewaffnung aus allen Ständen angehörten, während ihre ruſſiſchen Waffengefährten Nachts heimlich herüberkamen und, halbverhungert, um Kommisbrod baten, weil die geringbezahlten ruſſiſchen Oberoffiziere, welchen die Regimentsökonomie anvertraut iſt, ſie ſelbſt in dieſem Luſtlager unter den Augen des Kaiſers darben ließen.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 3. Mai. (Schluß.) Die weiter angenommenen Artikel lauten wie folgt: Art. 42. Jeder hat das Recht, öffentliche Beamte wegen ihrer verfaſſungswidrigen oder geſetzwidrigen Handlungen, die ihn benachtheiligen, gerichtlich in Anſpruch zu nehmen; einer vorherigen Erlaubniß der Oberbehörde bedarf er dazu nicht. Berufen ſich die Beamten auf höheren Befehl, ſo wird dadurch ihre eigene Verantwortlichkeit nicht aufgehoben. Art. 43. Die Staatsgenoſſen haben das Recht, ſich friedlich und ohne Waffen zu verſammeln; einer beſondern Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksverſammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden. Art. 44. Die Staatsgenoſſen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieſes Recht ſoll durch keine vorbeugende Maßregel beſchränkt werden. Art. 45. (S. unten.) Art. 46. Das geiſtige Eigenthum ſoll nach den Vorſchriften der Reichsgeſetzgebung geſchützt werden. Art 47. Jeder Grundeigenthümer kann ſeinen Grundbeſitz unter Lebenden oder von Todeswegen ganz oder theilweiſe veräußern. Das Recht, für die todte Hand Liegenſchaften zu erwerben, oder zu Gunſten der todten Hand darüber zu verfügen, kann durch die Geſetzgebung beſchränkt werden. Art. 48. Die aus dem guts- und ſchutzherrlichen Verbande fließenden perſönlichen Abgaben und Leiſtungen ſind ohne Entſchädigung aufgehoben; es fallen damit auch die Gegenleiſtungen und Laſten weg, die dem bisher Berechtigten dafür oblagen. Art. 49. Alle auf Grund und Boden haftenden Abgaben und Leiſtungen, insbeſondere die Zehnten, ſind ablösbar. Es ſoll fortan kein Grundſtück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leiſtung belaſtet werden. Art. 50. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienſte, Jagdfrohnden und andere Leiſtungen für Jagdzwecke ſind ohne Entſchädigung aufgehoben. Nur ablösbar jedoch iſt die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen läſtigen mit dem Eigenthümer des belaſteten Grundſtückes abgeſchloſſenen Vertrag erworben iſt. Die Ausübung des Jagdrechtes aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Geſetzgebung vorbehalten. Die Jagd auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit beſtellt werden. Art. 51. Die Familien-Fideikommiſſe erlöſchen nach den geſetzlichen Beſtimmungen. Die Errichtung neuer Familienfideikommiſſe oder die Vergrößerung beſtehender iſt unterſagt. Art. 52. Aller Lehensverband iſt aufzuheben. Die Ausführungsweiſe bleibt der Geſetzgebung vorbehalten. Art. 53. Die Strafe der Vermögenseinziehung ſoll nicht ſtattfinden. Art. 54. Die Beſteuerung zu Staats- und Gemeindezwecken ſoll immer ſo geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände, Perſonen oder Güter nicht ſtattfinde. Art. 55. (S. unten.)

Ein ſehr lange Debatte rief ſofort der Art. 42 hervor. Der erſte Theil deſſelben wurde freilich nur als überflüſſig, weil dieſe Beſtimmung ſchon nach den beſtehenden Geſetzen nicht dem geringſten Zweifel unterliege, der zweite Theil dagegen, welcher jeden Beamten in jedem Falle für ſeine Handlungen verantwortlich macht, als geradezu ſchädlich angefochten, und namentlich Hr. Schöff Souchay führte, geſtützt auf die Autorität der bedeutendſten Geſetzgebungen und Rechtslehrer, mit Schärfe und Beredtſamkeit aus, wie es die ganze Kraft der Behörden lähmen heiße, wenn ein untergeordneter Beamter ſelbſt dann noch in Anſpruch genommen werden könne, wo er von ſeiner kompetenten Oberbe-

hörde in der geſetzlichen Form einen Befehl erhalte, der nicht etwa eine in die Augen ſpringend verfaſſungs- oder geſetzwidrige Handlung involvire. Die Vertheidigung des Artikels bewegte ſich in den allergewöhnlichſten Phraſen von Volksfreiheit und Beamtenwillkür, verfehlte aber, wie in der Regel, auch diesmal nicht, den zahlreichen Schweif des rechtsgelehrten Führers der Linken an ſeine Meinung zu feſſeln und der Artikel wurde, wenn auch nicht mit der gewöhnlichen ſtarken Majorität, in namentlicher Abſtimmung mit 51 gegen 39 Stimmen angenommen, nachdem abermals Hr. Dr. Thomas gegen die Gendarmen im Allgemeinen und gegen die preußiſchen Gendarmen insbeſondere mit einem ſolchen Aufwand von Entrüſtung geſprochen, daß wir faſt vermuthen möchten, Herr Dr. Thomas habe Gelegenheit gehabt, mit jenen Herrn in unangenehme perſönliche Berührung zu kommen; in abstracto haßt man nicht ſo gründlich. Art. 43 und 44 ſind rein grundrechtlich. Art. 45 lautet in der Faſſung des Ausſchuſſes wie folgt: „Das Eigenthum iſt unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rückſichten des gemeinen Beſten, nur auf Grund eines Geſetzes und gegen gerechte Entſchädigung vorgenommen werden. Die Forderung der Entſchädigung„ wenn ſie ſtreitig wird, iſt Rechtsſache.“ Herr Dr. Goldſchmidt ſtellte den Antrag, daß ſowohl aus allgemeinen Gerechtigkeitsgründen als um einen Konflikt mit dem Frankfurter Expropriationsgeſetze zu vermeiden, die Enteignung, vorbehaltlich die in Nothfällen ꝛc. gebotenen Ausnahmen, nur gegen vorgängige Entſchädigung zu geſtatten ſei, und der Artikel wurde, zur Redigirung dieſes Zuſatzes, an den Ausſchuß zurückverwieſen. Die Art. 46—63, ebenfalls rein grundrechtlich, wurden ohne Debatte angenommen. Vor Art. 54. des Entwurfs, der zu keiner Debatte Anlaß gab, wurde, auf den Vorſchlag des Hrn. Dr. Manhain ein neuer Artikel eingeſchoben, alſo lautend: „Eine Steuer kann nur kraft eines Geſetzes erhoben werden.“ Sehr lange Erläuterungen aber rief Art. 55. hervor: „Steuerbefreiungen ſind ohne Entſchädigung aufgehoben.“ Der Berichterſtatter mußte, obgleich er die Ausnahmsfälle mit vielem Scharſſinn und bewundernswürdiger Sophiſtik als kaum der Rede werth darzuſtellen bemüht war, doch am Ende zugeben, daß der Ausſchuß in dieſem Artikel den durch Vertrag oder durch einen oneroſen Rechtstitel erworbenen Steuerbefreiungen keine Rechnung getragen, und daß gleichwohl deren Aufhebung ohne Entſchädigung nicht ſtatthaft ſei, und er machte ſeiner üblen Laune durch Ausfälle und Bemerkungen Luft, deren Plumpheit durch die zugleich würdige und feine Erwiederung ſeines Gegners nur in ein um ſo helleres Licht trat. Herr Schöff Souchay ſpricht immer ſo, wie er in guter Geſellſchaft ſprechen würde, Herr Dr. Reinganum ſcheint bisweilen vorauszuſetzen, daß er ſich nicht in guter Geſellſchaft befinde, Herr Dr. A. Friedleben wüthet in einer Manier, die unter keinen Umſtänden in gute Geſellſchaft gehört. Der Shakeſpeare'ſche Clown führt ſieben Grade der Grobheit auf; hätte er Gelegenheit, Herrn Dr. Friedleben zu hören, er würde unbedenklich noch einen achten Grad ſtatuiren.

Wien 28. April. Die ungariſchen Studenten müſſen wirklich fort. Sie baten bei F. M. L. Böhm um eine Audienz, und wollten ihm vorſtellen, daß ſie in die traurige Nothwendigkeit verſetzt würden, entweder zu verhungern, oder zu Hauſe, da ſie nicht parteilos geduldet würden, in die Reihen der Inſurrektion zu treten. Sie wollten nachweiſen, daß ſie in Wien ihre Exiſtenz gefunden hätten, und durch die Verweiſung von Wien gezwungen würden, Rebellen zu werden. Sie wurden nicht vorgelaſſen. (C. Bl. a. B.)

Wien, 29. April. Fiſchhofs Prozeß ſcheint in eine für den Beklagten günſtige Sphäre getreten zu ſein. Man will wiſſen, daß nach Widerlegung aller ſonſtigen Beſchuldigungen ihm noch das einzige zur Laſt gelegt werde, er habe am 30. Oktober, nachdem er vom Obſervatorium des Stephansthurmes herabgekommen, das Volk haranguirt und zu weiterem Widerſtande aufgerufen. Schuſelka ward in dieſer Beziehung als Zeuge verhört, konnte aber über die Thätigkeit Fiſchhofs in jener Stunde keine Auskunft geben. (C. Bl. a. B.)

* **Prag,** 30. April. Unter den zahlloſen Blättern, die dem neuen Preßgeſetz zum Opfer fallen, iſt auch die Zeitſchrift des Slowanska Lipa. Sogar für das Wochenblatt, das an die Stelle des Tageblattes treten ſoll, hat die Geſellſchaft die Caution noch nicht aufgebracht.

S **Freiburg,** 3. Mai. Heute fand die zweite Sitzung des Aſſiſengerichts in dem Prozeß Fickler, Bornſtedt, Steinmetz, Krebs, ſtatt. Zuerſt wurde die Liſte der Geſchworenen verleſen; ſodann nahm Advokat Brentano das Wort, um Einſprache zu erheben, ſowohl gegen die Zuſammenſetzung des Geſchworenengerichts als überhaupt gegen das ganze Verfahren; Anwalt Thoma ſchließt ſich dem Proteſte Brentano's an und hält das Verfahren ſchon deßhalb für ungeſetzlich, weil nicht die Amtsrichter, wie der Geſetzentwurf es verlange, ſondern die Polizeibeamten der Regierung die Geſchworenen ausgeſucht hätten. Der Staatsanwalt findet ſich nicht veranlaßt, hierauf etwas zu erwiedern, weshalb ſofort zur Frageſtellung an die Angeklagten geſchritten wird. Mit Bornſtedt wird der Anfang gemacht, der Ausführliches über die Vorbereitungen zur Bildung der Pariſer deutſchen demokratiſchen Legion erzählt, wie dieſelbe ſich gebildet habe, wie er zum Vicepräſidenten und Herwegh zum erſten Präſidenten ernannt worden ſei u. ſ. w. Der Zweck derſelben ſei die Unterſtützung der deutſchen Revolution geweſen; die Franzoſen, die ſich zur Aufnahme in die Legion gemeldet, habe er nicht angenommen. Einige aufgefundene Aktenſtücke, z. B. ein Exercierreglement, ein Kaſſabuch u. ſ. w. will er nicht als von ihm herrührend anerkennen, und gibt an, daß das Exercierreglement von dem im Kampfe gefallenen Schimmelpfennig herrühre. Mehrere Proklamationen und ein Brief des Centralkomite's an Dr. Fickler und ſeine Antwort darauf werden verleſen. Hieraus nimmt Fickler Anlaß, ſich gegen die Verbindung ſeines Prozeſſes mit dem Bornſtedt'ſchen zu erklären; er verſichert, keinen Antheil an dieſer deutſchen demokratiſchen Legion in Paris gehabt zu haben. Bornſtedt beſtätigt dieß und behauptet der Brief an Fickler ſei bloß deßhalb an ihn adreſſirt worden, weil ſein Name dem Centralkomite als der eines „Volksmannes“ bekannt geweſen ſei. Wie übrigens der Brief in die Hände der badiſchen Regierung gekommen, ſei ihm ein Räthſel. Bei dieſem Anlaß kommt er auf die damals ausgeſtreuten Gerüchte, von einem Einfall der Franzoſen in Baden und Würtemberg zu ſprechen und macht der Regierung den Vorwurf, ſolche Gerüchte ausgeſtreut zu haben, um Anlaß zu einer Truppenaufſtellung an der Grenze zu haben. Auf die Aufforderung des Staatsanwaltes, hiefür Beweiſe anzugeben, ſucht Fickler ſolche auf; er behauptet namentlich, es ſeien an verſchiedenen Orten, in Konſtanz, Karlsruhe ꝛc. offizielle Depeſchen über den Einmarſch der Franzoſen angelangt, und dieſe Depeſchen hätten das ganze Land in Aufregung verſetzt, man habe Anſtalten zur Vertheidigung getroffen u. ſ. w., während die Regierung ſich die Hände gerieben habe, daß ihr Plan ſo gut geglückt. Bekk, der Miniſter, habe in einer Kommiſſionsſitzung, worin die Erlaubniß zur Verhaftung des Abgeordneten Hecker nachgeſucht und berathen wurde, dieſe Gerüchte ſelbſt ausgeſtreut und beſtätigt. Nachdem Fickler noch weitere Beweiſe beizubringen verſucht hat, wird dieſer Gegenſtand verlaſſen, und Bornſtedt fährt in ſeiner Erzählung über die Pariſer Legion fort. (Schluß folgt.)

Oeſterreichiſche Monarchie.

Zara, 21. April. Mittelſt telegraphiſcher Depeſche iſt das Dalmatiner Generalkommando angewieſen worden, das zweite Bataillon des Liccaner Grenzregiments auf dem Seewege unverzüglich entweder nach Zengg oder Fiume abgehen zu laſſen, von wo es in forcirten Märſchen nach Siſſek befördert werden ſoll, um daſelbſt ſeine weitere Beſtimmung zu erhalten. (Lloyd.)

Brody, 25. April. Kurz nach der Einnahme Wiens wurde hier ein junger Mann wegen angeblicher polniſcher Wühlereien aſſentirt, und trotz ſeiner phyſiſchen Untauglichkeit ſofort abgeſtellt. Dieſer Fall blieb damals vereinzelt. Vor einigen Tagen iſt abermals an mehrere ſogenannte wühleriſche Individuen, die bereits Familienväter und längſt über das Alter der Militärpflichtigkeit hinaus ſind, die Aufforderung ergangen, ſich auf dem Aſſentplatz zu ſtellen. Der ſolchergeſtalt zur Strafe umgewandelte Dienſt des Vaterlandes wird über die Beſchuldigten, ohne jedwedes gerichtliche Verhör, ohne irgend welche, gegen ſie ſprechende ſchriftliche oder mündliche Beweiſe verhängt. (K. Bl. a. B.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2¼ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 125. Frankfurt a. M., Sonntag 6. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Pfalz und Baiern.

Die Linke und die Rechte.

Deutſchland. Frankfurt (Die letzte Abſtimmung. Aufſtand in Dresden. Preußiſche Truppen. Reichskommiſſär nach Homburg. Reichskommiſſär nach Rheinbaiern. Aufruf der baieriſchen Abgeordneten.) Wien (Maifeier. Die ruſſiſche Intervention. Nachrichten aus Südungarn. Das Miniſterium. Ungariſche Nachrichten. Tagesbegebenheiten.) Berlin (Tagesbegebenheiten. Jakobi. Camphauſen. Ziegler. Oeſterreich ſoll in den Bundesſtaat willigen. Die Gardelandwehr nach Halle. Das neue Wahlgeſetz.) Köln (Zuſammenkunft der Gemeinderäthe von Rheinland und Weſtphalen. Adreſſen. Der Stadtrath von Dortmund.) Bonn (Beſchlüſſe der Volksverſammlung.) Elberfeld (Adreſſen an den König.) Crefeld (Einſtimmigkeit für die Reichsverfaſſung.) Remſcheid (Einſtimmigkeit für die Reichsverfaſſung.) Hannover (Embargo auf däniſches Eigenthum.) Mannheim (Der Proteſt des vaterländiſchen Vereins an das preuß. Volk.) Freiburg (Fortſetzung des Fickler'ſchen Prozeſſes.) Braunſchweig (Erklärung des Staatsminiſteriums.) Schleswig (Embargo auf däniſche Schiffe.) Ratzeburg (Neue Statthalterſchaft.) Altona (Die Kadetten. Die Taucherglocke.) Hamburg (Elende Kriegführung.)

Großbritannien. London (Mittheilung der Morning-Poſt aus Toskana. Trüber Eindruck der Nachrichten aus Deutſchland. Morning-Chronicle und Times über die deutſche Kriſis.)

Frankreich. Paris (Die Nachrichten aus und Betreff Italiens. Das Attentat gegen Ledru Rollin. Das Juſtiz- und Kriegsbudget.) Straßburg (Telegraphiſche Depeſche.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Die Serben)

Italien. Rom (Einrücken von Oudinot. Einfluß der franzöſiſchen Diplomatie in Gaeta. Die Adreſſe des Stadtraths an General Oudinot.)

Niederland. Haag (Parlamentariſches Miniſterium. Der Staatsrath. Defizit.)

Norwegen. Gothenburg (Anſichten in Stockholm über den däniſchen Krieg.)

Ungarn. Von der untern Donau (Sieg Stratimirovich's über die Magyaren. Bem im Banat.)

Oſtindien. Britiſch Oſtindien (Die Sikhs und ihre Anführer erklären ihre unbedingte Unterwerfung. Verfolgung der Afghanen. Die Briten beſetzen Attock und überſchreiten den Indus. Meteorologiſches.)

---

5. Mai.

Es waren in dieſen Tagen im deutſchen Süden und Weſten die beunruhigendſten Gerüchte verbreitet über einen neuen 18. März in Berlin, man erzählte vom Uebergang ganzer Regimenter zur deutſchen Sache und wollte von einem blutigen Kampfe wiſſen, in welchem das alte Preußenthum und ſeine Politik der heiligen Allianz gegen einen zweiten nachdrücklichen Stoß der deutſchen Revolution erlegen ſei. Wir wiſſen nicht, ob es müßige Erfindungen waren, mit denen ein Schalk die ernſte Spannung dieſer Tage noch ſteigern wollte, oder ob die Wünſche, wie ſie da und dort ſchon unverholen auftauchten, ſich zu Gerüchten und Thatſachen von immer wachſender Stärke geſtaltet haben. Eines nur war dabei höchſt bedenklich und ließ einen tiefen Blick in die innere Bewegung unſers Volkes thun: man nahm dieſe Sturmbotſchaften mit unzweideutiger ja ungetheilter Freude auf, forſchte nicht genauer nach dem wie und woher, ſondern ſchien ſich wie von einem Alpe, der auf die deutſche Entwicklung drückte, mit einem Schlage befreit zu fühlen. Nahm man das kleine Häuflein hartgeſottener vormärzlicher Erhaltungsmänner aus, deren Mienen recht „heuleriſch" drein ſchauten, alle übrigen Parteiſchattirungen von den Konſtitutionellen im Centrum an bis zur äußerſten, alleräußerſten Linken hin waren wieder einmal ganz einig, wie in den Flitterwochen unſerer Freiheit im vorigen März. Man warf ſich nicht einmal die Frage auf: was nun weiter? Man prüfte nicht mehr, ob nicht etwa unter einem ſo wiederholten und verſtärkten Stoße der Volksgewalt, Reichsverfaſſung, Kaiſerthum und Alles was daran hängt von konſtitutionellen Errungenſchaften mit in die Brüche fallen würden: man war zufrieden über die angebliche neue Revolution, denn man erblickte in ihr die gerechte Nemeſis für die Thoren und Blinden, deren Wahnſinn im Begriffe iſt, den Talismann der Revolution abermals mit unbegreiflichem Leichtſinn zu zerbrechen.

So iſt die Stimmung im deutſchen Süden und Weſten: das Volk iſt wieder auf den alten Standpunkt zurückgekehrt, wo es nur von großen gewaltſamen Erſchütterungen eine Löſung ſeiner Kriſe hoffte, es begibt ſich des Troſtes, auf dem Wege der friedlichen Reform zum Ziel zu kommen! Die Politik der „rettenden Anarchie" hat eine ungeheuere Eroberung gemacht: die Konſtitutionellen vom Jahr 1848 vergeſſen den bittern Groll gegen die ſtürmiſchen Bewegungsmänner zur Linken und der vormärzliche Bund zwiſchen Liberalismus und Radikalismus wird durch deſperate Lage des Augenblicks von neuem angeknüpft. Man geſteht jetzt den Gegnern von geſtern ein, daß man ſich getäuſcht habe in den gutmüthigen Hoffnungen auf die Sinnesänderung der „angeſtammten" Politik; die Idee von der friedlichen „Evolution" wird ziemlich frank und frei von ihren eifrigſten Anhängern preisgegeben. Der innere Groll und die Erbitterung wächſt, aber er richtet ſich nur gegen die, denen man die Schuld der unglückſeligen Täuſchung aufbürdet.

Die Männer zur Linken ſind dabei ungemein rührig; ſie wiſſen vielleicht nicht die Bedeutung, aber doch jedenfalls den Vortheil dieſes Augenblicks richtig zu erfaſſen und verhehlen ihre Freude nicht, daß nun doch endlich die Zeit gekommen, wo wieder ihr Waizen blühe. Das Krawallmachen und alle bekannten Hausmittel der äußerſten „Demokratie" ſchienen abgenützt und waren um ihren Kredit gekommen; die rothe Politik fing an von den Heulern als eine Antiquität angeſehen und mehr mit Spott als mit ernſter Polemik verfolgt zu werden. Wie raſch hat ſich das aber geändert; die Souveraine à la Pfingſtweide ſind mit der unverwüſtlichen Zähigkeit, die ihnen eigen iſt, wieder lebendig geworden, halten Volksverſammlungen im alten Styl und die verblüfften Konſtitutionellen ſind aus rührigen Gegnern faſt ſchon müſſige Zuſchauer geworden. Indem wir dies ſchreiben, langt die Kunde an, daß man in der bairiſchen Pfalz alle Anſtalt macht, die Revolution in dieſem Style wieder zu organiſiren. Sicherheitsausſchuß oder proviſoriſche Regierung, allgemeine Volksbewaffnung, Beſchlagnahme der Staatskaſſen, Losſagung von der bairiſchen Monarchie — ſo lautet das Programm dieſes neueſten Verſuchs, ſtatt mit der Reform es wieder mit der Revolution zu probiren.

Wir überſchätzen die innere Stärke dieſer Bewegung nicht und würden zehnmal mehr Erfolg von ihr erwarten, wenn ſie in die Wege jener maſſenhaften aber geſetzlichen Oppoſition eingelenkt wäre, wie das Volk in Würtemberg. Wir kennen das leichte, raſchblütige Volk der Pfälzer zu gut, um nicht zu wiſſen, daß man in Kaiſerslautern und Neuſtadt die Spannkraft und Ausdauer nicht hat, um eine Vendée für die deutſche Reichsverfaſſung zu werden. Wir wollen auch nicht einmal unterſuchen, wie viel von der Aufregung, die ſich dort kund gibt, der Reichsverfaſſung ſelbſt gelte oder nur der Vorwand für andere Hintergedanken ſei; noch weniger möchten wir behaupten, daß die fürſtliche Reſtaurations- und Reaktionspolitik an dieſem Felſen Schiffbruch leiden wird. Im Gegentheil, es däucht uns, als würde es ihr hier wieder einmal recht leicht gemacht, mit den beliebten Argumenten, nöthigenfalls dem bekannten „Pulver und Blei" für jetzt wenigſtens Ruhe herzuſtellen. Aber bei allem dem ſcheinen uns die Zuſtände, wie ſie ſich dort geſtalten, der ernſteſten Erwägung werth und wer nicht ganz blind geworden iſt für die Zukunft, in die man uns hineintreibt, kann an dieſem einen Beiſpiel erkennen, wem die neue Reſtaurationspolitik am unfehlbarſten in die Hände arbeitet.

Dieſe Rheinpfalz mit ihrem behäbigen, leicht aufgelegten Volke gehörte zu den ruhigſten Gebieten Deutſchlands, als im vorigen

Jahre die Wogen am höchſten gingen; der republikaniſche Radikalismus wollte dort nur mühſam Wurzel ſchlagen und man ſchien die alten Reminiscenzen wälſcher und bonaparteſcher Art ganz abgeſtreift zu haben. Heute ſcheint es, als wolle ſich dort Alles wieder kopfüber in die Hambacher Zeit zurückwerfen; Namen und Dinge erinnern in gleicher Weiſe daran. Vielleicht taucht auch die alte Franzoſenthümelei wieder auf, die ſich damals zu Wirth's Aerger in Hambach ſo breit machte; vielleicht kommt ber böſe Ausſchlag, der überwunden ſchien, noch einmal zu Tage, zumal da ſich für rheiniſche Winkelrepubliken die Chancen beſſer anlaſſen als im Jahr 1832. Eine treffl.che Ausſicht für Deutſchland, wenn ſo die eigenen Regierungen alles aufbieten, die rheiniſchen Vorlande zu unterwühlen um dem lauernden Parteigeiſte fremder Propaganda die Wege zu ebnen.

Wir fühlen uns von der optimiſtiſchen Hoffnung ganz frei, daß dieſe Dinge an dem gottverlaſſenen Hofe in München irgend einen tiefern und wohlthätigen Eindruck machen werden; dort iſt man zu feſt verrannt, um ohne noch handgreiflichere Argumente auf beſſere Wege gebracht zu werden. Dort hat man ſchwerlich eine Ahnung davon, wie erbarmungswerth die Rodomontaden von baieriſcher Größe und Herrlichkeit in einem Augenblicke lauten, wo dieſe ganze rheinbündiſche Schöpfung Gefahr läuft auseinanderzufallen. Dort fühlt man auch offenbar keine Anwandlung von Scham, gegenüber der noch friſchen Erinnerung napoleoniſcher Zeiten, wo das taciteiſche ruere in servitiam baieriſche Staatsmarime geworden war. Dieſe reguli bonaparteſcher Mache haben ſich ungeheuer raſch in alle Thorheiten angeſtammter und uralter Legitimität hineinſtudirt; ſie wollen nicht preußiſche Präfekten werden, ſie haben aber doch ihrer Zeit wenig Bedenken dabei gehabt, franzöſiſche Präfekten zu ſein! Sie erinnern mit vieler Granbezza an die alten Zeiten baieriſcher Herrlichkeit; aber die hiſtoriſchen Citaten ſind gefährlich, das Volk wird ſich daran erinnern, was einſt die deutſchen Landesfürſten waren.

Doch Geduld; dieſe moderne Rheinbündelei hat in ihren alten Freunden bereits Vertheidiger gefunden, welche ſie ſchärfer anklagen, als eine deutſche Feder es vermöchte. Hören wir, wie ein franzöſiſches Blatt vom 29. April über die jüngſte Phaſe der deutſchen Verfaſſungsfrage ſich ausläßt. Sehen wir, ſagt es wörtlich, wie der älteſte und treueſte Verbündete Frankreichs, wie Baiern dem preußiſchen Ehrgeiz (!) Widerſtand leiſtet, ſo iſt es unzweifelhaft, daß auf dieſer Seite unſer franzöſiſches Intereſſe liegt; dies gebietet uns auch ſtets die Freundſchaft der deutſchen Staaten zweiten Ranges zu verdienen, indem wir ihnen gegen die großen Staaten, die ſie zu verſchlingen drohen, unſere uneigennützige Unterſtützung anbieten. Zu dieſer „uneigennützigen" Politik des Gebietens iſt auch Bonaparte der Kleine klug genug und zu der Rolle des Dieners genügen allerdings auch viel einfältigere Leute, als Montgelas war.

Die geſtrige Sitzung der Reichsverſammlung gehört zu den denkwürdigſten, welche ſie gehalten hat. Die neue preußiſche Cirkularnote hat eine gerechte Entrüſtung im Hauſe hervorgerufen, zugleich aber bei Vielen Beſorgniſſe erregt, die uns nicht hinreichend begründet erſcheinen. Dem Verſuche, eine Erekutivgewalt auf dem Boden bewaffneter Reaktion in die Hand zu nehmen, iſt die Centralgewalt in ihrer kräftigen und würdigen Erklärung entgegengetreten, welche mit ungeheurem Beifall wie von dem Hauſe ſo gewiß auch von der Nation aufgenommen werden wird. Die kundgebene Abſicht, das Verfaſſungswerk fortan auf eigene Hand, ohne oder gegen die Reichsverſammlung, durchzuführen, ſcheint uns jegliche Ausſicht auf Erfolg zu ermangeln und eben darum auch nicht gefährlich zu ſein. Es iſt ein letzter Verſuch, auf die Wege zurückzukommen, welche ſchon oft in dieſen Blättern aufgedeckt worden ſind: die deutſchen Staaten unter Preußens Schirmvogtei zu ſtellen, indem man ſich von ihnen eine Verfaſſung und eine Herrſchaft zurecht machen läßt, wie ſie bequem iſt. An Oeſterreichs Theilnahme iſt offenbar nicht gedacht, da an einem einheitlichen Oberhaupte feſtgehalten wird; ſchon damit iſt angedeutet, daß auch Baiern auf die Sache nicht eingehen kann und wird. Muß es einer ſolchen Ordnung ſich fügen, dann wird es unzweifelhaft viel lieber dem Verlangen ſeines Volkes folgen und die verkündete Reichsverfaſſung anerkennen: das Widerſtreben dagegen droht ihm den Verluſt wichtiger Provinzen, die es ebenſowenig wie die Altbaiern durch eine Verfaſſung im Sinne des Berliner Kabinets beruhigen wird. Sachſen und Hannover mögen für den Augenblick mit Preußen einverſtanden ſein; ſie ſind es aber auch allein, und die drei Staaten werden wahrlich nicht eine Verfaſſung für Deutſchland zu Stande bringen. In allen dreien geht die Bewegung für die Reichsverfaſſung kräftig vorwärts; in Sachſen iſt bereits eine ähnliche Kriſe wie in Würtemberg eingetreten. Sollte man wirklich um des Suspenſiveto und einiger Paragraphen der Grundrechte willen die Revolution heraufbeſchwören oder ihr entgegen die Gewaltherrſchaft begründen wollen? Von den Staaten, welche die Verfaſſung bereits angenommen, reden wir nicht: daß ſie den Standpunkt aufgeben, den ſie eingenommen, muß Jeder für unmöglich halten.

Darum halten wir die Lage der Dinge bei weitem nicht ſo ungünſtig, wie viele glauben und andere glauben machen wollen. Nur verkehrte Beſchlüſſe der Reichsverſammlung oder große Uebereilung des aufgeregten Volkes könnten die Sache zu Grunde richten. Zu den ganz verfehlten Beſchlüſſen rechnen wir den, welchen die Linke geſtern vor allem verlangte, die Beeidung auf die Verfaſſung. Wir wollen nicht die in der Verhandlung dagegen vorgebrachten Gründe wiederholen; wir wollen nur bemerken, daß ein wahrer Eid auf die Verfaſſung weder möglich, noch wenn er ſtattfände, dem erſtrebten Zwecke irgend förderlich wäre: weder die Reichsverſammlung noch die Centralgewalt ruhen auf dem Boden der Verfaſſung. L. Simon hat das recht erkannt, als er in einem Antrage einen ganz neuen Eid forderte, der dann weit genug war, um auch auf jeden von der Zukunft gehofften Vollziehungsausſchuß zu verpflichten. Das außerdem die Beeidigung eines Theiles deutſcher Truppen auf die Reichsverfaſſung die gefährlichſte Spaltung zwiſchen ihnen herbeiführen, eine entſchiedene Trennung Deutſchlands in zwei ſich feindlich gegenüberſtehende Hälften veranlaſſen würde, liegt auf der Hand. Und es iſt klar, daß dabei die Centralgewalt nicht beſtehen, eine gemeinſame Leitung militäriſcher Verhältniſſe für irgend einen Zweck nicht ſtattfinden könnte; und das in einem Augenblicke, wo wir einen bedeutenden auswärtigen Krieg zu führen haben. Der Entſchluß des Miniſteriums, aus dieſer Sache eine Cabinetsfrage zu machen, iſt gewiß vollſtändig gerechtfertigt.

Sollte die Linke, wie ſie gedroht, um dieſes Beſchluſſes willen es aufgeben, in Gemeinſchaft mit den Centren für die Verfaſſung zu wirken — ſie würde es zu verantworten haben. Ueber die Art, wie die Linke die Lage der Dinge aufzufaſſen geneigt, gab uns geſtern Ludwig Simon deutliche Winke. Die Linke, ſagte er, ſtände für die Verfaſſung wie ſie aus der Verſammlung hervorgehen werde. Und dann: Wenn ein großer Theil des Hauſes ihren Weg nicht wandeln wolle, ſo möge er lieber gehen und ſie auf ihre Weiſe gewähren laſſen. Die Linke rechnet, wie es ſcheint, darauf, daß die ſchwierigere Stellung des Parlamentes, die drohende Lage der Dinge manche Mitglieder zur Entfernung veranlaſſen wird; die Herabſetzung der beſchlußfähigen Anzahl würde ihr und den zunächſt ſtehenden Theilen des Hauſes es möglich machen, allein formell gültige Beſchlüſſe zu faſſen. Da würde ſich vieles ſchon, durch die Umſtände entſchuldigt, auch an der Verfaſſung ändern laſſen. Eben deßhalb ſcheint es mehr als jemals Pflicht, daß die Mitglieder des Centrums und ſelbſt die der rechten Seite den Platz nicht verlaſſen. Es gilt die Ehre des Parlamentes und das Werk der Verfaſſung zu wahren, zu retten. Mit Bedauern ſehen wir, daß Mitglieder dieſer Seiten Manate lang in Urlaub abweſend ſind und entweder gar keine Miene der Rückkehr machen oder nach langer Friſt ihre Entlaſſung einſchicken. Wir glauben einzelne Fälle des Austrittes geradezu hier hervorheben zu müſſen. Die Deputirten von Elbing und Danzig, welche zugleich für die Berliner Verſammlung gewählt waren, konnten ſich nicht entſchließen, während der Dauer derſelben ihr hieſiges Mandat niederzulegen; jetzt wo die dortige Kammer aufgelöſt iſt und ihrer Rückkehr hierher kein ſichtbares Hinderniß entgegenſteht, ſenden ſie ihre Entlaſſung ein.

Es veranlaßt uns dies auch, des Austrittes von Beckerath zu gedenken, der einen ſchmerzlichen Eindruck auf viele gemacht hat. Wir ehren im hohen Grade die Gewiſſenhaftigkeit der trefflichen Männer, die ihn zu dem Schritte bewog, da er mit ſeinen Kollegen im Miniſterium und der Mehrzahl ſeiner politiſchen Freunde im Widerſpruch war. Aber wir glauben, er hätte bedenken ſollen, ob nicht eine nahe liegende, wenngleich falſche Auffaſſung des Schrittes, der Sache weſentlich ſchaden könne, für die, wie wir überzeugt ſind, er auch abweſend von Frankfurt mit allen Kräften ſtreben und kämpfen wird.

Schließlich ſprechen wir die ſichere Hoffnung aus, daß in dieſer bedeutungsvollen Zeit die Männer, welche bis dahin auf weſentlich gleichem politiſchen Boden geſtanden haben, wie auch die Dinge kommen mögen, nur gemeinſam handeln, und nicht durch vereinzelte Schritte ſich von den Freunden trennen werden. Wir kennen ja den Wahlſpruch, welchen die Gegner der Einheit und der Freiheit angenommen haben: Viribus unitis!

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 5. Mai. Es war ein heißer Tag, der geſtrige. Es laſtete nicht allein die ſchwüle Luft der Paulskirche zwölf Stunden lang auf den Gemüthern, ſondern es drückte ſie noch weit mehr die dumpfe Ahnung des Ausganges der geſtrigen parlamentariſchen Schlacht der Nationalverſammlung. Er war kein erfreulicher, wenigſtens kein befriedigender, dieſer Ausgang. Der Majoritätsantrag des Dreißigerausſchuſſes wurde zwar mit einer Majorität von 2 Stimmen, alſo eigentlich nur durch das Spiel des Zufalles angenommen, er wäre aber durchgefallen und es würde gar kein Beſchluß zu Stande gekommen ſein, wenn nicht ein halbes Dutzend Mitglieder der Linken, unter welchen man L. Simon, Weſendonk, Venedey, Cullmann nennt, abſichtlich der Abſtimmung aus dem Wege gegangen wären. Wenn aber geſtern Vormittag, wie man ſich ſelbſt auf der Linken kein anderes Prognoſtikon ſtellte, der Annahme des Majoritätsantrags des Dreißigerausſchuſſes eine ſtarke Majorität in Ausſicht ſtand, ſo iſt die Frage zu prüfen, warum dieſe Ausſicht ganz vereitelt wurde? Es gelang dies nicht nur den Partikulariſten und der ſich zur äußerſten Rechten geformten Rumpkoalition des „Hotel Schröder", ſondern es war nur die Frucht des Eindruckes der preußiſchen Cirkularnote, die letzte Hoffnung auf, wenn auch nur noch einen Funken deutſcher Geſinnung auf das preußiſche Miniſterium war verſchwunden und es wurde klar erkannt, daß die Preußiſche Regierung den Weg der Revolution betreten, indem ſie nicht allein in ihrer Cirkularnote die Abſicht an den Tag legte, die Machtvollkommenheit der deutſchen Centralgewalt ſich anzueignen, ſondern durch dieſe Abſicht auch zugleich die proviſoriſche Centralgewalt ſelbſt nicht weiter anerkannt. So wurden viele Gemüther der Paulskirche geſtern mit den bitterſten Gefühlen durch die preußiſche Cirkularnote erfüllt. Die männliche Erklärung des Reichsminiſteriums auf den Eingriff der preußiſchen Regierung in die Befugniſſe der Centralgewalt beſänftigte zwar, konnte aber keine volle Beruhigung ſpenden. Der Antrag der Majorität des Dreißiger-Ausſchuſſes wurde unter den plötzlich ſo ſehr veränderten Umſtänden von vielen Mitgliedern nun als unzureichend betrachtet und ſie entzogen ihm ihre Stimme.

*** **Frankfurt**, 5. Mai. Reiſende, die ſo eben aus Leipzig kommen, melden, daß in **Dresden** ein **Aufſtand** ausgebrochen und in **Leipzig** die **Eiſenbahnſchienen** aufgebrochen worden, als die Jäger nach Leipzig geſendet werden ſollten.

*** **Frankfurt**, 5. Mai. Wie man hört, iſt in der Umgegend ein Bataillon neuer preußiſcher Reichstruppen eingerückt.

⁝ **Frankfurt**, 5. Mai. In Folge der aus Rheinbaiern eingetroffenen beunruhigenden Nachrichten iſt ein Reichskommiſſar dorthin abgegangen.

⁝ **Frankfurt**, 5. Mai. Die in Frankfurt verſammelten baieriſchen Abgeordneten zur Deutſchen Nationalverſammlung und zur baieriſchen Volkskammer in München haben folgende Proklamation an das baieriſche Volk erlaſſen:

„Jeder Vaterlandsfreund ſieht die Anzeigen des nahen Gewitterſturmes, der über unſer Vaterland loszubrechen droht. Nicht bloß die Einheit Freiheit und politiſche Wiedergeburt unſeres großen Vaterlandes — alle die Errungenſchaften vom März vorigen Jahres —, ſondern auch die bürgerliche Freiheit überhaupt — die Humanität und Civiliſation in ganz Europa ſind bedroht. Das Bündniß zwiſchen den Mächten des Abſolutismus, zwiſchen Rußland, Oeſterreich und Preußen zur Durchführung der Gegenrevolution liegt offen zu Tage. Bereits haben ruſſiſche Krieger, herbeigerufen von einer deutſchen Regierung, den deutſchen Boden betreten, um das ungariſche Heldenvolk, das zunächſt für ſeine eigene nationale Exiſtenz und Freiheit und damit zugleich für die politiſche Freiheit des ganzen Welttheiles kämpft, durch die Uebermacht erdrücken zu helfen.

Ein volksverrätheriſches Miniſterium in Preußen gibt in ſeiner letzten an die deutſchen Hofe gerichteten Note zu erkennen, daß es dem nach ſeiner Einheit und Freiheit ringenden deutſchen Volke ein gleiches Schickſal zugedacht hat, und demſelben den in der deutſchen Reichsverfaſſung ſo mühſam errungenen Rechtsboden durch Ströme von Bürgerblut entreißen will. Gelänge dieſer Plan, dann beſtünde kein ſchützender Damm mehr gegen weitere Schritte der rohen Gewalt, und keinerlei Bürgſchaft ferner auch für die Verfaſſungen der Einzelſtaaten.

Das bairiſche Staatsminiſterium ſchließt ſich den Kabinetten von Oeſterreich und Preußen an, und hat der Reichsverfaſſung, wie ſie die hiezu einzig und allein berufenen Vertreter der ganzen deutſchen Nation endgültig verkündigt haben, in unbefugter Anmaßung die Anerkennung ebenfalls verſagt. Nachdem es durch eine wiederholte dreimalige Vertagung des baieriſchen Landtages den erneuten legalen Ausdruck des Volkswillens; den es übrigens ſchon in der Adreſſe auf die Thronrede ausgedrückt finden mußte, zu entfernen geſucht, hat daſſelbe die Kühnheit, in ſeiner Note auszuſprechen, daß es auf die Zuſtimmung der Mehrheit der Volksvertretung und der Mehrheit des baieriſchen Volkes rechnen zu können glaube.

Mitbürger! Jetzt iſt der Augenblick gekommen, wo Einigkeit vor Allem Noth thut, und wo ſich das ganze Volk um das Panier der Reichsverfaſſung, — ſein wohlerworbenes Recht, das ihm durch keine Gewalt der Erde verkümmert werden ſoll, — wie ein Mann ſchaaren muß. Die verfaſſunggebende deutſche Nationalverſammlung, erkennend die große Gefahr des Vaterlandes, hat durch ihren geſtrigen Beſchluß, „die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk aufgefordert, die Verfaſſung des deutſchen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

Laſſet uns dem Rufe der ſouveränen Vertretung der deutſchen Nation, welcher ſich die deutſchen Fürſten, wie die Volksſtämme zu unterwerfen haben, freudigſt und ſchleunigſt Folge leiſten. Wir richten darum an das ganze baieriſche Volk die Aufforderung, daß es zur Ausführung des Beſchluſſes der deutſchen Nationalverſammlung ſofort in allen ſeinen Gemeinden, womöglich unter Vorantritt der Ortsvorſteher, zuſammentreten, und Beſchlüſſe in folgendem Sinne faſſen möge:

1) Die von der verfaſſunggebenden deutſchen Nationalverſammlung verkündigte Reichsverfaſſung iſt mit ihrer Verkündigung Geſetz in ganz Deutſchland geworden*).
2) Die Nichtanerkennung derſelben von Seiten einer einzelnen Regierung iſt eine ſtrafbare Auflehnung gegen die neugeſchaffene, geſetzliche Ordnung; jeder gewaltthätige Angriff hierauf ein Hochverrath gegen die deutſche Nation.
3) Jeder Bürger verpflichtet ſich, mit Gut und Blut für das Reichsgrundgeſetz einzuſtehen, und jeden Angriff hierauf, mag er kommen, woher es auch ſei, durch die That abzuwehren.
4) Es findet in Gemäßheit der §§. 14, 191 und 193 der Reichsverfaſſung die freiwillige Beeidigung des Volks und insbeſondere der Bürger- und Landwehren auf die Reichsverfaſſung ſtatt.
5) Das Volk erklärt es für eine heilige Pflicht ſeiner in der deutſchen Nationalverſammlung ſitzenden Vertreter, unter allen Umſtänden auf ihrem Poſten auszuharren, und einer Abberufung, wenn dieſelbe von Seiten des baieriſchen Staatsminiſteriums erfolgen ſollte, keine Folge zu geben.

Dieſe Beſchlüſſe, welche nach unſerer Anſicht ſofort ſowohl der deutſchen Nationalverſammlung, als auch dem königlich baieriſchen Staatsminiſterium mitzutheilen, darum in doppelten Exemplaren von den Bürgern zu unterzeichnen und dann durch die Preſſe zu veröffentlichen wären, werden die ernſte Antwort bilden auf die Note des baieriſchen Staatsminiſteriums und ihm, wenn möglich, die Augen öffnen über die gefährliche Bahn, welche es wandelt. Sie werden aber auch in dem Volke offen den Bund beſiegeln zur Vernichtung der volksfeindlichen Reaktion."

(Folgen die Unterſchriften.)

Frankfurt, 5. Mai. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß heute ein Reichskommiſſär von hier nach Homburg abgehen wird, um die Spielbank zu ſchließen. Hr. Dr. Knyn, Staatsprokurator beim Kreisgerichte zu Mainz, iſt von dem Reichsminiſterium mit dieſem Geſchäft beauftragt. (O.P.A.Z.)

△ **Wien**, 1. Mai. Von der üblichen glänzenden Praterfahrt des 1. Mai und von den Maifeſten die der Hof im Schönbrunner Treibhauſe gab, iſt natürlich diesmal keine Spur zu finden. Statt den eleganten Equipagen ſieht man Leiterwägen, die Verwundete aus Ungarn bringen. Geſtern war eine ungewöhnliche Menſchenmenge in den Straßen, an mehreren Punkten waren ganze Züge verwundeter Soldaten zu ſehen, die ſich aus Ungarn kommend in die hieſigen Spitäler ſchleppten; das Publikum murrte laut darüber, daß ſie in dieſem Zuſtande zu Fuße gehen mußten. An andern Orten ſammelte ſich die Menge um Honveds und ungariſche Militärs (an 3000 — 4000 Mann) die in verſchiedenen Richtungen ebenfalls aus Ungarn unter Eskorte hieher transportirt wurden. Die konſervativen Blätter beeilen ſich heute zu erklären, daß die ungewöhnliche Lebhaftigkeit in den Straßen nur der Neugierde zuzuſchreiben ſind, was ich auch ſelbſt glaubte, und keineswegs einer üblen Stimmung. Heute erhielten wir in der W. Z. die erſte offizielle Aufklärung über die ruſſiſche Intervention. Dieſer Erklärung zu Folge ſucht Oeſterreich die Intervention dadurch zu modificiren, daß wir nicht ſowohl einen Krieg mit Ungarn, als mit der europäiſchen Revolution in Verbindung mit Ungarn führen. Was Rußland betrifft, ſo dürfte es leicht geneigt ſein, dieſe vermittelnde Rolle noch weiter auszudehnen, und wir möchten deßhalb endlich die Revolution in Deutſchland durch Annahme Preußens geſchloſſen ſehen. Die Vorgänge in Berlin ge-

---

*) Ein Theil von uns huldigt bekanntlich der Anſicht, daß durch die Ablehnung des Königs von Preußen die Oberhauptsfrage wieder eine offene geworden ſei.

ben aber wenig Hoffnung dazu und es wäre die höchſte Zeit, daß dort Manteuffel einmal einem Mann Gottes Platz machte, der dem deutſchen Kaiſer die Krone aufſetzte, noch ehe Rußland mit Ungarn fertig iſt.

Meine geſtrige Angabe über die Ernennung des General Kellner zum Flügeladjutanten bei dem F.-Z.-M. Welden muß ich dahin berichtigen, daß Kellner Flügeladjutant bei dem Kaiſer geworden und alſo geſtern Abend nicht nach Ungarn, ſondern nach Ollmütz abging. Man fürchtet hier ſehr, daß die Ungarn noch vor der Ankunft der Ruſſen einen neuen Angriff gegen die Hauptarmee machen werden. Heute cirkulirt das Gerücht, daß die Ungarn Eſſegg genommen; man vermuthete Percel in jener Gegend, doch ſagen andre Nachrichten, der Banus ſei noch in Eſſegg. Die letzten Zugeſtändniſſe der Regierung an die Südſlaven haben nicht den gewünſchten Eindruck gemacht. Sie ſind nicht zufrieden geſtellt und verlangen jetzt, daß das Banat in der künftigen Woiwodowina mitbegriffen ſei, und daß die Nationalverſammlung ſogleich einberufen werde um die Wojwodſchaft zu organiſiren und einen Wojwoden zu wählen.

Dem Gerüchte, daß Graf Stadion abdanken werde, hat ſich noch das von der Abdankung Fürſt Schwarzenberg's und Bach's beigeſellt, doch widerſpricht der Lloyd heute auf entſchiedene Weiſe; vom Grafen Stadion ſagt er, daß er ſogar bald wieder in die Geſchäfte eintreten werde.

* **Wien**, 1. Mai. So viel man bis geſtern Abend als glaubwürdig annehmen konnte, wurden Vorkehrungen getroffen, um das Hauptquartier des F. Z. M. Welden nach Parendorf nächſt Bruck a. L. zu verlegen; nach Andern wäre es daſelbſt ſchon aufgeſchlagen. Man wollte wiſſen, Preßburg ſei von den k. k. Truppen geräumt, ja ſelbſt die Ungarn ſeien ſchon daſelbſt eingezogen.

Ueber das Eintreffen der Ruſſen verlautet noch immer nichts Beſtimmtes. Das Uebereinkommen hinſichtlich ihrer Verpflegung ſoll von der Art ſein, daß die Verproviantirung dem beſetzten Lande zur Laſt fällt, die Löhnung aber von ruſſiſcher Seite verbleibt.

Aus der Slovakei wird berichtet, daß Czacza vom k. k. Militär geräumt ſei. Die Magyaren ſind mit einer Macht von 15,000 Mann und 40 Kanonen in das Saroezer Komitat eingefallen und halten die Komitatsſtädte St. Marton und Moſſecz beſetzt.

Der Poſtenlauf zwiſchen hier und Peſth iſt fortwährend unterbrochen. Doch kommen Reiſende ſtündlich an, die mit Bauernpferden den Weg zurücklegen.

Von ſolchen Reiſenden wird erzählt, daß in Peſth die vollkommenſte Ruhe herrſche. Koſſuth iſt in Debreczin. Thatſache iſt, daß der dortige Reichstag auf den 10. Mai nach Peſth einberufen iſt. An die ruſſiſche Intervention will man in Ungarn nicht glauben. Komorn iſt ganz in Magyariſchen Händen. In einem blutigen Gefechte wurde dies am 26. entſchieden.

Die hier verſammelten katholiſchen Biſchöfe hielten am 28 April bei dem Erzbiſchof und Metropoliten die erſte vorberathende Sitzung. Geſtern hat die zweite Sitzung ſtattgefunden. Der Gegenſtand der Berathung iſt die Regelung der Verhältniſſe zwiſchen Kirche und Staat. Der geſtrige Abendlloyd erwähnt mit ſcharfer Rüge der in Innsbruck wieder auftauchenden Wunder des bekannten Fürſten Hohenlohe. Es iſt nun wohl über ein Vierteljahrhundert, daß der Wunderfürſt zum erſten Mal auftrat, aber das Wunder der egyptiſchen Finſterniß in Tyrol beſteht noch heute wie damals. Es ſind geſtern gegen 1200 Verwundete hier angelangt, bei Manchem ſtecken noch die Kugeln in Fleiſch und Knochen, da es an Aerzten gebricht. Die Bevölkerung beeilt ſich Hülfe und Linderung zu verſchaffen; von allen Seiten wird Unterſtützung dargebracht, und die hieſigen chirurgiſchen Gehülfen haben ſich freiwillig zur unentgeltlichen Dienſtleiſtung in den ihnen freigegebenen Nachmittagsſtunden angeboten. Es iſt neuerdings ein Urtheil von der Militärcentraluntersuchungskommiſſion gefällt worden. Ein Bänkelſänger und ehemaliger Schauſpieler hatte ſich zur Harfe einige ungebührliche Improviſationen gegen den Fürſten Windiſchgrätz und ein „Eljen Koſſuth“ erlaubt. Er wurde zu achtwöchentlichem Stockhausarreſt iſt Eiſen verurtheilt, jedoch aus Rückſicht für ſein vorgerücktes Alter (er iſt 61 Jahre alt) auf ſechswöchentlichen Sockhausarreſt ohne Eiſen, begnadigt: Heute ſind wieder 1000 Mann hier eingerückt, ſo daß die hieſige Beſatzung nun 22,000 Mann zählt. Die Preßprozeſſe in Linz und Gratz haben ungemein viel Theilnahme erregt, und aus der Nähe und Ferne eine zahlreiche Zuhörerſchaft herbeigelockt. In Linz war es der Aufſatz „der Tod der Wahrheit und der Mord des Rechts“ in Nr. 17 des freien Linzer Poſtillion, welcher den Antrag des Staatsanwalts auf ein Jahr Kerker für den Autor und auf acht Monate für den Redakteur begründete. In Gratz war die Verhandlung gegen Gretſchnigg, den früheren Redakteur des Volksboten gerichtet. Das in beiden Fällen auf *Nichtſchuldig* ausgeſprochene Verdikt der Jury wurde mit ungeheurem Jubel begrüßt. Aus Prag wird geſchrieben, daß das Verbot des von Privaten ausgegebenen Papiergeldes ganz fruchtlos ſein wird. Wenn auch noch ſo viel Scheidemünze geprägt würde, es wäre nutzlos. So lange das Volk auf dem Lande die Furcht vor den Ruſſen nicht verloren hat, wird alles Geld in den Schoos der Mutter Erde ſich bergen. In der Nähe von Wien an der Schwechat und im Marchfelde werden Lager errichtet, Brunnen gegraben und Backöfen gebaut.

Berlin, 2. Mai. Nicht nur die Selbſtſtändigkeit wird im Wahlgeſetze modifizirt werden, ſondern es ſoll eine dreifach indirekte Wahl ſtattfinden. Laſſen Sie mich die Sache durch ein Beiſpiel verdeutlichen. Bei einer Wahl betheiligen ſich hundert Individuen, die bis jetzt hundert Urwähler ausmachten und etwa neun Wahlmänner ſtellten; ſie werden in drei Klaſſen getheilt. Die erſte umfaßt die Nichtbeſteuerten, ſechzig an der Zahl, ſie ernennen drei Wahlmänner. Die zweite umfaßt die, welche acht Thaler Klaſſenſteuer bezahlen, dreißig an der Zahl, ſie ernennen drei Wahlmänner. Endlich die dritte Klaſſe derer, welche mehr als acht Thaler bezahlen, ſie ernennen ebenfalls drei Wahlmänner. Das iſt Arnim's Gedanke in ſeiner Broſchüre. Das Wahlgeſetz, ſo raiſonnirt das Miniſterium, iſt ein Theil der Verfaſſung und unterliegt daher dem Artikel 105. der letzteren. Außerdem bleiben die nicht Selbſtſtändigen ausgeſchloſſen. Meine früheren Nachrichten waren richtig, denn es ward zuerſt die Frage wegen der Selbſtſtändigkeit verhandelt. Aber meine heutigen Nachrichten ſind nicht minder richtig, wenn ſie auch dreimal trauriger ſind.

(K. Z.)

△ **Berlin**, 3. Mai. Bei dem geſtrigen Leichenbegängniß der in den letzten Unruhen Gebliebenen ſah man einen Leichenwagen, der die Gebeine eines Ehepaars verſchloß. Ein Tiſchlermeiſter und ſeine Frau trugen am 27. April Abends eine Laſt über den Dönhofsplatz, als *eine* Kugel Beide niederſtreckte. Wie romantiſch! nicht wahr? Dafür entbehrten die übrigen Vorgänge, welche durch die Aufregung nach der Kammerauflöſung hervorgerufen worden, um ſo mehr aller Poeſie. Durch eine Myſtification der Polizeibehörde iſt geſtern der unter dem Vorſitz des Profeſſors *Henſel* tagende Preußenverein unterbrochen worden. Muthwillige hatten den Verein als einen Demokratiſchen denunzirt. Man unterhält ſich noch immer viel von den letzten Vorgängen in der zweiten Kammer, namentlich von folgendem: Als Jakobi am 26. April in ſeiner Rede von der Miniſterialkonferenz im Schloſſe Bellevue Anfangs September erzählte, in der die nothwendige Auflöſung der Nationalverſammlung beſprochen wurde und der König in die Worte ausbrach: „Wie Friedrich Barbaroſſa liege ich zu Ihren Füßen und flehe Sie an, retten Sie die Monarchie!“ eilte Vincke ſogleich zu Auerswald und wollte ihn bewegen, den Worten Jakobi's zu widerſprechen. Dieſer verweigerte das aber, weil er ſehr wohl wußte, daß Jakobi die gewichtigſten Beweiſe in ſeinen Händen hat. Man erzählt, daß Geh. Finanzrath *Camphauſen*, der Bruder des ehemaligen Miniſter-Präſidenten und Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, gleichfalls aus dem Staatsdienſte ſcheiden wolle. Oberbürgermeiſter Ziegler aus Brandenburg hat in der Steuerverweigerungsſache bereits die zweite Vorladung erhalten. Herr Ziegler befindet ſich jedoch, wie die meiſten Berliner Deputirten, in Frankfurt a. M.

Berlin, 3. Mai. Die vier Bataillone Gardelandwehr des hieſigen Bezirks, zuſammen an 4000 Mann ſtark, ſind geſtern Abend aufgeboten, werden heute eingereiht, und marſchiren bereits morgen vorerſt nach Halle ab. (D.P.A.Z.)

Berlin, 3. Mai. Oeſterreich ſoll in der letzten Zeit eine völlig veränderte Stellung zur preußiſchen Regierung eingenom-

men haben und der Errichtung eines deutſchen Bundesſtaates ohne Oeſterreich kein Hinderniß mehr in den Weg legen. Damit wäre wohl auch Baierns Widerſtand gebrochen und an ſeinem Anſchluß an den deutſchen Bundesſtaat nicht mehr zu zweifeln. Man ſieht, es hängt Alles von Preußens Haltung ab. Könnte die Nationalverſammlung mit Preußen jetzt noch einig werden, ſo wäre Alles gewonnen. (D.P.A.Z.)

Köln, 3. Mai. Rußland arbeitet jetzt, auf diplomatiſchem Wege und gemeinſchaftlich mit England, am Vermittelungswerke, die däniſch-deutſche Streitſache zu erledigen. Mit Kopenhagener Depeſchen, die wahrſcheinlich vom dortigen ruſſiſchen Geſandten überſchickt waren, ging der hieſige ruſſiſche Generalkonſul, Herr v. Bacherachi, bereits vor etwa acht Tagen als Courier nach London ab. (K. Z.)

× **Köln**, 4. Mai. Wie ſchon gemeldet, haben die Mitglieder des hieſigen Gemeinderathes ihren Entſchluß nicht aufgegeben. Sie ſind nur genöthigt worden, den Aufruf zur Zuſammenkunft von Mitgliedern der Gemeinderäthe als Einzelne zu erlaſſen, ſtatt des Rathhausſaales den Kaſinoſaal als Ort der Zuſammenkunft zu beſtimmen, und haben den Tag vom 5. Mai auf den 8. d. anberaumt. Nun ſind aber bereits eine ziemliche Anzahl Abgeordneter eingetroffen, die von dem auf dem Fuße folgenden Verbote der Regierung (dem Hr. v. Manteuffel durch den Telegraphen ſeine Billigung ertheilt hat) noch keine Kunde erhalten hatten. Sie haben ſchon heute eine Zuſammenkunft anberaumt. Zum 8. d. wird die Provinz hier ſehr zahlreich vertreten ſein, und der Ausſpruch der Verſammlung wird um ſo ſchwerer ins Gewicht fallen, weil die Gemeinderäthe in ihrer jetzigen Verfaſſung natürlich aus Notabeln beſtehen, und den beſitzenden ruheliebenden Bürgerſtand vertreten. Aber das ſehen alle ein, daß eine Ruhe, wie Manteuffel und Genoſſen ſie mit den Bayonnetten zu ſchaffen beabſichtigen, keinen Beſtand verſpricht. Auch in Weſtphalen iſt die Aufregung groß. Die Stadtverordnetenverſammlung von Paderborn hat folgenden Aufruf erlaſſen:

Aufruf!

An alle Gemeinden der Provinz Weſtphalen.

Die bedenkliche politiſche Lage des deutſchen Vaterlandes hat die Stadtverordneten der Stadt Paderbon zu dem Beſchluſſe geführt, eine allgemeine Berathung aller Gemeinden der Provinz zu veranlaſſen, um deren Reſultat in einer Geſammteingabe dem Könige vorzulegen. Wir haben uns erlaubt, dazu

Dienſtag, den 8. Mai, Morgens 10 Uhr,

zu beſtimmen, und zum Ort der Verſammlung die Stadt Münſter als Provinzial-Hauptſtadt gewählt. Das Verſammlungslokal wird der Magiſtrat in Münſter die Güte haben, näher zu bezeichnen.

Wir erſuchen ſämmtliche Stadt- und Landgemeinden der Provinz Weſtphalen dieſe Verſammlung durch Abgeordnete aus ihrer Mitte beſchicken zu wollen. Dieſe Abgeordneten, mit gehöriger Vollmacht verſehen, haben die nöthigen Eintrittskarten beim Magiſtrat in Münſter in Empfang zu nehmen.

Bereits gehen aus der Rheinprovinz und Weſtphalen entſchiedene Adreſſen nach Berlin. So heißt es am Schluſſe der Areſſe, welche der konſtitutionelle Verein von Trier an den König geſandt hat: Möge Deutſchland nicht zu dem Gedanken gezwungen werden, daß es ſich ſeinen Kaiſer außerhalb der Dynaſtien ſucht!

In der Adreſſe des Magiſtrates und der Stadtverordneten von Dortmund heißt es: Seit dem Augenblicke, als unſere Stadt und ihr Gebiet der Krone Preußen anheimfiel, haben ihre Bewohner und ihre Vertretung mit der innigſten Liebe an Ew. Majeſtät und dero Königlichem Hauſe gehangen und nie die Treue verletzt, die ſie öffentlich und in ihrem Herzen gelobt. Darum glauben wir, ein heiliges Anrecht und eine unabweisbare Pflicht zu haben, uns dem Throne nahen zu dürfen, da wir das Land, ſo weit wir es zu überſehen vermögen, theils in der furchtbarſten Aufregung, theils in der größten Beſtürzung und ſelbſt die Treueſten der Treuen irre werden ſehen. Wir können, wir dürfen es Ew. Majeſtät nicht verhehlen, daß die Stimme des Volkes ſich laut gegen die Ablehnung der deutſchen Kaiſerkrone, die Verwerfung der deutſchen Reichs-Verfaſſung, die Aufhebung, beziehungsweiſe Vertagung der Kammern und gegen die Rathgeber erhebt, die dieſe Maßregeln hervorgerufen haben.

So in Weſtphalen, dem ſprichwörtlich konſervativen Weſtphalen. Wir halten es geradezu für **unmöglich**, ein ganzes Volk, ſobald es zu dem Bewußtſein gekommen iſt, einen eigenen Willen zu haben, gegen ſeinen einmüthigen Willen zu regieren. Die Reichsverſammlung hat nicht nöthig, zu überſtürzenden Maßregeln zu greifen. Es iſt mit Recht geſagt: Das deutſche Volk iſt der beſte Vollziehungsausſchuß!

Bonn, 2. Mai. Geſtern hielt der Bonner Bürgerverein eine Volksverſammlung, in welcher er folgende Anträge einſtimmig mit Acclamation annahm: 1) daß die Volksverſammlung erkläre, daß das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ein freiheitsfeindliches, volkswidriges und hochverrätheriſches ſei, 2) daß man eine Adreſſe an die Reichsverſammlung abſende, worin die Anerkennung der Reichsverfaſſung ausgeſprochen werde. (N. B. Ztg.)

Elberfeld, 2. Mai. Aus vielen Städten und Gemeinden der Umgegend gehen Adreſſen ſowohl an die deutſche Reichsverſammlung, als an den König, worin einerſeits zum Feſthalten an der Reichsverfaſſung ermahnt, andererſeits energiſcher Tadel gegen die Auflöſung der zweiten preußiſchen Kammer, wie das Begehren der Entlaſſung des Miniſteriums ausgeſprochen wird. Die hieſige Zeitung veröffentlicht heute wieder ſolche Erklärungen aus Laasphe, Hückeswagen, Hagen (Grafſchaft Mark) und Limburg an der Lenne. (Fr. J.)

Crefeld, 3. Mai. Die Gefahr des Vaterlandes hat hier für den Augenblick alle Parteien vereinigt. Der „Deutſche Verein" hatte auf vorgeſtern eine Verſammlung der geſammten Bürgerſchaft ausgeſchrieben, um bei den jetzigen verhängnißvollen Verhältniſſen gemeinſame Schritte zu veranlaſſen. Die Verſammlung wurde von allen Klaſſen und Parteien der hieſigen Bevölkerung äußerſt zahlreich beſucht. Das Reſultat derſelben war die einſtimmige Annahme zweier Adreſſen, von welchen die eine der Nationalverſammlung die unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung ausſpricht, die andere den König von Preußen in ſehr entſchiedenen Ausdrücken um Entlaſſung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel bittet. Der hieſige „Konſtitutionelle Verein" trat in ſeiner geſtrigen öffentlichen Sitzung dieſen Adreſſen bei, und heute ſind bereits beide, mit mehr als 3000 Unterſchriften bedeckt, nach ihrem Beſtimmungsorte abgeſandt worden. Die hieſige Landwehr hat in einer geſtrigen Generalverſammlung beſchloſſen, ſich der Nationalverſammlung zur Verfügung zu ſtellen, und heute ſind bereits Deputationen aus den Nachbargemeinden eingetroffen, um dieſem Beſchluſſe beizutreten. Sie ſehen, die Aufregung wird hier allgemein, und das in einer Stadt, welche bis heran mit Recht den Ruf hatte, ſehr konſervativ geſinnt zu ſein. (K. Z.)

Remſcheid, 1. Mai. Wie überall, ſo ſind auch hier die Gemüther durch die ſich überſtürzenden Ereigniſſe in ungeheurer Aufregung. Eine vorgeſtrige Volks-Verſammlung beſchloß einſtimmig eine Adreſſe an die deutſche National-Verſammlung: daß man die Verfaſſung und das Wahlgeſetz als rechtsgültig anerkenne und entſchloſſen ſei, muthig und treu für die Aufrechthaltung derſelben einzuſtehen. Eine zweite Adreſſe an die Krone ſprach das Verlangen aus, ſofort andere Räthe zu ernennen und das gegenwärtige volks- und freiheitsfeindliche Miniſterium zu entlaſſen. Der Gemeinderath machte beide Adreſſen in einer geſtrigen außerordentlichen Sitzung mit ſehr geringfügigen Abänderungen auch zu den ſeinigen. (Noch aus vielen rheiniſchen und weſtphäliſchen Städten ſind uns ähnliche Mittheilungen zugegangen; der Raum geſtattet uns nicht, mehrere aufzunehmen. Viele der Adreſſen findet man in dem für Inſerate beſtimmten Theile des Blattes.) (K. Z.)

Hannover 1. Mai. Der hieſigen „Morgen-Zeitung" zufolge iſt auf Requiſition des Reichsminiſteriums alles **Eigenthum der däniſchen Krone** im hieſigen Lande mit Beſchlag und die däniſchen Schiffe mit Embargo belegt. Die Verfügung ſei von Frankfurt an das hieſige Finanzminiſterium ergangen und von dieſem der Generaldirektion der indirekten Steuern zur Ausführung übergeben. (F. J.)

Mannheim 1. Mai. Der Vorort der vaterländiſchen Vereine Badens erläßt eine Proklamation an das preußiſche Volk. Deutſche Brüder, heißt es, die Würfel ſind gefallen. Jetzt gilt es oder nie! Darum wenden wir uns an euch in dieſen entſcheidenden Tagen und rufen euch auf zur Rettung des Vaterlandes. Die Proklamation ſchließt mit den Worten: Ergreift das ſchwarz-roth-goldene Reichspanier und vergeſſet nicht, daß auch eure Landesfarben zuerſt von deutſchen Rittern an die Ufer der Oſtſee getragen wurden als Zeichen deutſcher Macht und deutſcher Sitte. Darum vorwärts! Das Vaterland hofft auf euch. Machet nicht, daß es einſt fluchen muß, wo es ſegnen möchte!

Freiburg, 4. Mai. Die Verhandlungen in dem Fickler-Bornſtedt'ſchen Hochverraths-Prozeſſe wurden heute vor dem Geſchwornen-Gerichte von 9 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends, mit kurzer Unterbrechung um die Mittagsſtunde, fortgeſetzt. Sie beſchränkten ſich auf die Abhörung von 41 Zeugen und Vorleſung einzelner Aktenſtücke. Unter den Zeugen war Hauptmann Lipp, der im Gefechte der Würtemberger mit den Freiſchaaren bei Doſſenbach verwundet worden, die intereſſanteſte Erſcheinung. (N. Fr. Z.)

Braunſchweig, 3. Mai. Die geſtern in der Abgeordnetenverſammlung abgegebene Erklärung unſeres Staatsminiſteriums lautet genau wie folgt:

„Die Landesregierung hat bereits in der heute Vormittag ſtattgehabten Sitzung ihre Erklärung wiederholt, daß ſie auch jetzt bei den früher von ihr in der deutſchen Sache dargelegten Anſichten beharre. Sie hat der geehrten Verſammlung einen von dieſer beantragten und neu angenommenen Geſetzentwurf vorgelegt, in deſſen §. 2 ausdrücklich erklärt iſt, daß die von der proviſoriſchen Centralgewalt erlaſſenen oder zu erlaſſenden Brrfügungen zur Ausführung gebracht werden ſollen, und dieſes Geſetz wird zur Publikation kommen. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die hieſige Regierung, wie bisher ſo auch ferner, drn Anordnungen der Centralgewalt Folge geben wird und es iſt daher auch völlig unbedenklich, daß ſie ſich hierüber gegen die Centralgewalt in geeigneter Weiſe ausſpricht, da die geehrte Brrſammlung hierauf einen Werth legt, und die Landesregierung davon durchdrungen iſt, daß gerade in dem gegenwärtigen Augenblicke ein volles Einverſtändniß zwiſchen drr Regierung und der Abgeordnetenverſammlung ein dringendes Bedürfniß iſt. Die Regierung erkennt auch vollſtändig an, daß die durch die neuſten Ereigniſſe hervorgerufenen großen Gefahren dringend dazu auffordern, die Organiſation und Bewaffnung der Volkswehren zu beſchleunigen, ſie wird daher nach Kräften dahin wirken, daß das Geſetz vom 22. Auguſt v. J. ſchnell zur Ausführung gebracht werde, und ſie wird verfügen, daß die zur Bewaffnung des erſten Aufgebotes der Volkswehr beſtellten Gewehre, inſoweit ſie bereits aus den Fabriken geliefert ſind, ſo wie auch die im Zeughaus vorhandenen Gewehre, welche für die Zwecke des aktiven Korps entbehrt werden können, auf angemeſſene Weiſe unter die Volkswehren vertheilt werden. (D. Rchsz.)

Schleswig, 1. Mai. Das Departement der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht folgendes Rundſchreiben an ſämmtliche Obrigkeiten in den Herzogthümern Schleswig-Holſtein vom 27. April: „Der Reichsminiſterrath hat beſchloſſen, zum Zwecke möglichſter Sicherſtellung der demnächſt geltend zu machenden Erſatzforderungen an Dänemark, ſowohl alles innerhalb des deutſchen Bundesſtaates vorhandene Eigenthum der däniſchen Krone in Beſchlag zu nehmen, als auch ein Embargo auf die in deutſchen Häfen befindlichen däniſchen Schiffe und deren Ladungen ſofort als eine allgemeine Retorſionsmaßregel eintreten zu laſſen. Sämmtliche Obrigkeiten in den Herzogthümern Schleswig-Holſtein werden hierdurch angewieſen, förderſamſt das hiernach Erforderliche wahrzunehmen, den Beſtand des mit Beſchlag belegten däniſchen Staats-Eigenthums, ſo wie der unter Embargo gelegten Schiffe und Ladungen zu ſichern und über jeden einzelnen Fall, in welchem eine ſolche Beſchlagnahme zum Vollzuge gekommen iſt, unverzüglich an das unterzeichnete Departement zu berichten." (H. C.)

Ratzeburg, 1. Mai. Hier iſt folgende Bekanntmachung erſchienen: „Durch die Aufkündigung des Waffenſtillſtandes vom 26. Auguſt 1848 Seitens der königlich däniſchen Regierung ſind, Uebereinkunft gemäß, am 26. März d. J. die Funktionen der gemeinſchaftlich von der Centralgewalt Deutſchlands und dem König-Herzog eingeſetzten höchſten Landesbehörde des Herzogthums Lauenburg erloſchen, und es hat ſeitdem dieſe Behörde nur mit Genehmigung der deutſchen Reichsgewalt und im Auftrage derſelben die Regierung des Landes bis zum heutigen Tage einſtweilen fortgeführt. Nunmehr wird an die Stelle der ſeitherigen höchſten Landesbehörde zu weiterer Regelung der Verhältniſſe hiermit eine Statthalterſchaft eingeſetzt, welche, vorbehältlich der Rechte des König-Herzogs, die Regierung des Herzogthums Lauenburg im Auftrage und im Namen der Centralgewalt Deutſchlands bis zu einem Frieden mit Dänemark, nach Maßgabe der beſtehenden Geſetze und Verordnungen des Landes, ſo wie der erforderlich werdenden und in Wirkſamkeit tretenden weiteren Geſetze und Verordnungen, zu führen hat. Die Statthalterſchaft beſteht aus dem Hrn. Grafen v. Kielmannsegge als Präſidenten, den HH. Walter und Höchſtädt als Räthen. Alle Angehörige und Einwohner des Herzogthums haben den Anordnungen dieſer, im Einverſtändniſſe mit der Landesvertretung verordneten Statthalterſchaft pünktlichſte und willige Folge zu leiſten, wie dieß bei ihrer bewährten vaterländiſchen Geſinnung ohnehin nicht anders ſein kann. Sämmtliche Behörden und Angeſtellte werden insbeſondere, ſtatt neuer ausdrücklicher Verpflichtung hiemit auf die Pflichten verwieſen, in welchen ſie zu der deutſchen Reichsgewalt und zu dem Lande ſtehen. Ratzeburg, den 30. April 1849. Der außerordentliche Reichskommiſſar Wintzingerode." (H. C.)

Altona, 27. April. Die beiden von Bonin den Dänen zurückgeſchickten jungen Kadetten, gefangen mit der Mannſchaft vom „Chriſtian VIII.", ſind bereits wieder auf dem in ſeiner Ausrüſtung jetzt wohl vollendeten Linienſchiffe „Skjold" angeſtellt worden — um ihnen einen ehrenden Beweis der Anerkennung ihres bei Eckernförde bewieſenen Muthes zu geben. An eben genanntem Orte erwartet man jetzt die Tanchergloke aus Hamburg, um die ſo mannigfachen, noch auf dem Grunde des Meeres befindlichen Gegenſtände, die einſt zu dem zerſtörten Linienſchiffe gehörten, heraufzuholen. (K. Z.)

⊙ **Hamburg**, 2. Mai. Die ganze däniſche Landmacht auf Alſen und in Jütland beträgt circa 30,000 Mann, wovon 2 Drittheil auf dem Feſtlande und 1 Drittheil auf den Inſeln ſich befinden. Unſere effektive Militärſtärke betrug in der Mitte April über 60,000 Mann in Schleswig. Wenn man demnach circa 25,000 Mann dieſſeits der Düppeler Höhen zurück ließ, wären 35,000 Mann zur Beſetzung von Jütland disponibel. Mit der größten Ungeduld harrte die Nachbarſchaft und das Heer auf den Befehl zum Einmarſch in Jütland. Der Eindruck nach der Eroberung der beiden großen Kriegsſchiffe, wenn unſere Truppen im Siegesmarſch auch Jütland beſetzt hätten, wie es ein Leichtes war, würde in Kopenhagen ohne allen Zweifel die Kriegspartei geſtürzt und den Frieden herbeigeführt haben. Das lag aber nicht im Plan des Kaiſers Nikolaus und ſo wurden dem General Prittwitz von Berlin befohlen, daß er nicht vorwärts gehen ſolle. Die Armee knirſchte vor Wuth bei ſolcher Ueberlegenheit an Zahl, das eigene Land aufzehren und müſſig ſtehen bleiben zu müſſen. Nicht General Bonin war es, es ſind die Truppen wider ſeinen Willen geweſen, die in Jütland einrückten. Erſt am 29. April hat General Prittwitz dem Offizierkorps mitgetheilt, daß er einen eigenhändigen Brief Sr. Majeſtät ſeines Königs erhalten habe, dem zufolge man in Jütland einrücken werde.

Großbritannien.

* **London**, 2. Mai. Die „M. Poſt" enthält folgende Stelle aus Florenz: „Vergangenen Sonnabend ſchickten die franzöſiſchen und engliſchen Geſandtſchaften ihre reſp. Sekretäre nach der Grenze, um den öſterreichiſchen General zu erſuchen, daß er nicht die Grenze überſchreite, nicht nach Toskana komme. Hätten dieſe liebenswürdigen jungen Herrn unterwegs lieber den Hals gebrochen (!) es wäre dies für die Menſchheit und das allgemeine Beſte eine Wohlthat geweſen (!) Die Bauern beten Tag und Nacht für die Oeſterreicher, und ſelbſt diejenigen, welche früher vom wüthendſten Haß gegen die Deutſchen beſeſſen waren, betrachten ſie jetzt als den einzigen Rettungsanker."

Die deutſchen Verhältniſſe beſchäftigen die Aufmerkſamkeit des britiſchen Publikums im höchſten Grade. In dem Börſenbericht des „Standard" von geſtern heißt es: „Die Nachrichten aus Deutſchland ſind geeignet, die Gemüther derjenigen, welche mit dieſem Theile Europa's in geſchäftlichem Verkehr ſtehen, erheblich zu beunruhigen." Der „Globe" führt als Beweis, wie ſehr der Kredit und die Geldverhältniſſe in Deutſchland erſchüttert ſeien, den Umſtand an, daß in der Umgebung vieler deutſchen Städte herrliche Gärten und Häuſer um den vierten Theil ihres Werthes ausgeboten würden. „Times" und „Morning Chronicle" ſchreiben lange und klägliche Jeremiaden. Letzteres ſagt, jedes

Band der Ordnung von der böhmiſchen Grenze bis zum Rhein ſei gelockert, jede Regierung ohne Kraft und Macht, Jedermann ſehe ein, daß es ſo nicht bleiben könne, Jedermann ſei unzufrieden und fühle den Boden unter ſeinen Füßen ſchwanken, Jedermann ſpähe mit ängſtlichen Blicken in die Zukunft. Wäre Friedrich Wilhelm ein preußiſcher Napoleon, ſo würde er den Handſchuh für Deutſchland aufheben und gerade einen europäiſchen Krieg als das geeignetſte Mittel betrachten, um ſeine „zerbrechliche“ Monarchie wieder zuſammenzukitten; ſo aber müſſe er wohl mit der Regierung von Ollmütz an Einer Leine ziehen u. ſ. w. Aehnlich die „Times“; ſie beginnt einen Leitartikel mit der Bemerknng, daß die innere Lage Deutſchlands mit jedem Tage ſich drohender und verwickelter geſtalte und daß das große deutſche Volk jetzt an einem Punkt der Revolution angelangt ſei, wo ſelbſt die Klugheit des Weiſeſten und die Autorität des Stärkſten nur wenig thun könne, um den Gang der Ereigniſſe zu regeln oder zu lenken. Das Gefährlichſte ſcheint der „Times“ indeß, die Trennung Oeſterreichs von Deutſchland zu ſein, inſofern, als in Folge dieſer Alternative Gefahr da ſei, daß der eine Theil Deutſchlands koſakiſch, der andere rheinbündneriſch-republikaniſch und von Frankreich abhängig werde. „Solche Spaltungen,“ meint die Times ſchließlich, führen zu den bedauerlichſten Folgen; und dieſe Folgen ſind um ſo eher zu fürchten, da auf der einen Seite die Regierungen von Berlin, Frankfurt u. ſ. w. gegen den Strom einer demokratiſchen Revolution, den ſie zu regeln hoffen, ohne Erfolg ankämpfen, während die gefährdete Lage Oeſterreichs droht, eine ruſſiſche Heeresmacht in den Mittelpunkt Europa's einzuſchleppen. Ein direkter Zuſammenſtoß beider Gewalten würde einen Weltbrand aufleuchten laſſen.“

Frankreich.

*Paris, 3. Mai. Die Thätigkeit der franzöſiſchen Expedition nach den Kirchenſtaaten iſt begreiflicherweiſe der Gegenſtand, dem man jetzt hier die meiſte Aufme kſamkeit ſchenkt. Die Regierung ſoll bereits die Nachricht erhalten haben, daß die franzöſiſchen Truppen in Rom ebenfalls ohne Schwertſtreich eingerückt ſind. Die Regierung will ſich übrigens für alle Fälle, auch für den Fall des Widerſtandes der Römer, bereit halten: ſie verſtärkt deßhalb das Expeditionskorps noch immer. Unwittelbar nach der Landung ſind die Schiffe, auf denen die erſten Truppen überfuhren, zurückgefahren, um neue Soldaten an Bord zu nehmen. Vier Dampffregatten trafen am 27. in Toulon wieder ein, um es mit 5000 Mann Infanterie, 2 Batterien und einigen Escadrons Jäger zu Pferde am 2. Mai wieder zu verlaſſen.

Der Auftritt, den Ledru Rollin geſtern in der Nationalverſammlung erwähnte, der ihm in Moulins zugeſtoßen iſt, ſcheint ernſthafter geweſen zu ſein, als man anfangs glaubte. Als der Wagen, in dem er und ſeine zwei Begleiter ſaßen, auf dem Rathhausplatze angekommen war, wurde er von dem dort ſtationirten Nationalgardenpoſten plötzlich angehalten, und ſo gewendet, daß er nicht aus der Stelle konnte. Ledru Rollin wurde nun zuerſt geſchmäht, dann bedroht, zuletzt thätlich angegriffen. Der Wagen iſt an mehreren Stellen durchſtoßen, auch fand ſich eine Kugel in demſelben. Als durch einen glücklichen Zufall der Wagen einen Augenblick freigelaſſen wurde, und ſich im Galopp entfernte, richteten ſich die Flinten der Nationalgardiſten auf ihn. Ein Arbeiter, der Ledru Rollin bis dahin begleitet hatte, und gerade Abſchied von ihm nahm, als der Auftritt begann, ſprang hinten auf das Wagenbret und rief: Wenn Ihr ſchießt, tödtet Ihr mich. Damit rettete er dem modernen Danton das Leben.

Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung galt dem Juſtiz- und Kriegsbudget. Vor der Vollendnng der beiden Geſetzen über Juſtiz- und Militärorganiſation, die bekanntlich beide noch in der Arbeit ſind, kann füglich auch keine weſentliche Aenderung in den Budgets dieſer Staatszweige vorgenommen werden. So wurde denn auch das Juſtizbudget ohne Weiteres erledigt. Bei dem Kriegsbudget wollte der Ausſchuß 80 Kompagnien aufheben und zugleich 750 Offiziere entlaſſen. Das erſtere ginge noch; aber dem letzteren widerſetzten ſich Cavaignac, Lamoriciere, Baraguay d'Hilliers und alle dii minorum gentium der Militärintereſſen. Verringert den Effektivbeſtand, ſagten ſie, aber verſchont die Cadres, verſchont den Generalſtab; dann könnt Ihr wenigſtens zu allen Zeiten, wo es noth thut, das ſchönſte Heer wieder errichten. Der General Cavaignac ſchlug einen Zuſatzartikel vor, wonach die Cadres des aktiven Heers durch Specialgeſetze feſtgeſetzt werden ſollen, welche innerhalb zwei Jahren vorgelegt werden ſollen. Die Verſammlung nahm den Antrag an, ſetzte nur die zwei Jahre auf eins herab. Sonſt wurden noch bei dem Budget mehreren Generälen die Repräſentationskoſten geſtrichen.

○ Straßburg, 4. März, 7 Uhr Abends. Hier iſt ſo eben folgende telegraphiſche Depeſche eingetroffen:

Paris, 4. Mai. Der Miniſter des Innern an die Präfekten: Der Jahrestag der Verkündigung der Republik durch die Nationalverſammlung iſt heute mit großem Pompe und in vollkommener Ordnung gefeiert. Die Nationalverſammlung, der Präſident, die Miniſter, das diplomatiſche Korps u. ſ. w. wohnten dem Tedeum bei, das auf dem Eintrachtsplatze geſungen wurde. Die Nationalgarde war zahlreich vertreten, der Präſident ward empfangen mit dem Ruf: „Es lebe die Republik! Es lebe Napoleon!“ Paris iſt vollkommen ruhig.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Agram 25. April. Knicanin, der Perczel gegenüber ſteht, ſoll durchaus keine Serben aus dem Fürſtenthum herübergebracht haben, da in Folge öſterreichiſcher Inſtruktionen die Zuzüge ſerbiſcher Freiſchaaren in die Woiwodina verboten worden und die fürſtliche Regierung trotz aller Bemühungen des Patriarchen und Knicanins ſich ſtreng an jene Weiſe hielt. (Konſt. Bl. a. B.)

Italien.

* Aus Rom ſind die neueſten Nachrichten die über Paris gekommenen (ſ. oben) Obgleich die Stadt ſchon von den Franzoſen beſetzt war, fuhr das Triumvirat doch fort die Regierung zu führen. Oudinot war mit 10,000 Mann einmarſchirt. Der Reſt der Truppen hatte er in Civitavecchia und der Umgegend aufgeſtellt ſo daß er ſich im Nothfall auf ſie ſtützen könnte. Den Grund, weßhalb Oudinot ſich ſo beeilte, nach Rom ſelbſt vorzugehen, will man darin finden, daß die Stimmung in Gaeta den franzöſiſchen Einflüſſen ſehr abhold geweſen ſein ſoll. Früher hörte man die Rathſchläge des Herrn v. Harcourt mit großer Geneigtheit, ſeit einiger Zeit wurden ſie von denen anderer Geſandten überwogen. Um nun Wünſchen, die freiwillig nicht erfüllt werden möchten, mit ſanft zwingender Gewalt Gehör zu ſchaffen, hielt man es für das Angemeſſenſte, ſich eine feſte Stellung im Mittelpunkt ſelbſt zu ſchaffen. Die Abgeordneten des Stadtrathes haben nebenbei eine der ſeltſamſten flehendſten Adreſſen an den General Oudinot erlaſſen. Sie verſprechen ihm den Segen des Volke, wenn er als Bruder komme. Sie bitten ihn den Namen der Franzoſen nicht dem Fluch der Nachwelt zu übergeben, und erinnere ihn an die gemeinſamen glorreichen Kämpfe der Franzoſen und Römer. — Schließlich rufen ſie ihm Willkommen zu, und Gott ſchütze Frankreich und die römiſche Republik.

Niederland.

** Haag, 26. April. Wir ſind mit unſerm konſtitutionellen Syſtem hier nicht viel beſſer daran, als in Preußen; nur daß freilich für uns nicht ſo viel auf dem Spiele ſteht, daß nicht das Schickſal einer Nation von vierzig Millionen in die Wagſchale fällt, wie dort der Fall iſt. Auch unſere Miniſter, ſo ſcheint es, wollen nicht abtreten, werden die Geſetzentwürfe, die ſie vor die Kammern bringen, auch von dieſen verworfen; ſie weichen keinen Mißtrauensvoten, ſo wenig wie Manteuffel und Brandenburg. Aber ſie beeilen ſich nach ihren Niederlagen denn doch mindeſtens neue Geſetzentwürfe vorzulegen, und zwar nun ganz im Sinne der Kammermehrheit. Es rührt das noch von dem alten Syſtem her, wo die Miniſter gewöhnlich ſchon nach den vertraulichen Verhandlungen in den Abtheilungen der Kammer die vorgelegten Geſetzentwürfe änderten, und wo ſie nicht der genaue Ausdruck der Mehrheit der Generalſtaaten zu ſein brauchten, weil dieſe ſelbſt keinen ſolchen darſtellten. Doch auch das neue Verfahren ſteht im Widerſpruch mit dem Konſtitutionalismus, weil es folgerecht die Regierung zum bloßen Vollziehungsausſchuß der Volksvertretung machen würde. Eines konſtitutionellen Miniſteriums iſt es unwürdig, ſeine Vorſchläge jedesmal gehorſam nach dem Willen der Kammermehrheit umzuwandeln; das hieße

ſagen: wir werden alles thun was ihr wollt, laßt uns nur unſere Portefeuilles. Die Regierung wird auf ſolche Weiſe zum Vollziehungsausſchuß, die Miniſter zu willenloſen Werkzeugen, zu Beamten oder Kommis der Kammern. An die Volksvertretung aber wird dadurch übertragen, was ihr nicht zukömmt: ſie gelangt von Schritt zu Schritt zu jener parlamentariſchen Allmacht, welche, für ſich allein alle Gewalt uſurpirend, die Regierung zu ihrer gehorſamen Dienerin, zur Vollzieherin ihrer Befehle macht. Es iſt faſt eben ſo heillos, wenn ein Miniſterium den Kammern gegenüber keinen eigenen Willen mehr vertritt, wie jetzt bei uns, als wenn es den Regenten gegenüber keine Selbſtändigkeit beſitzt, wie in Preußen, ſondern ſich zu ſeinem willfährigen Werkzeuge hergibt, nur zu häufig zu deſſen eigenem Verderben. In dem Einen wie in dem Andern liegt eine gefährliche Schwächung des konſtitutionellen Prinzips, ein Mißbrauch, der mit raſchem Laufe zum Staatsumſturz führen kann. Dem konſtitutionellen, dem parlamentariſchen Miniſterium gebührt eine durchaus ſelbſtſtändige Stellung mitten inne zwiſchen der Volksvertretung und der Krone, und es darf ſeinen Platz ſo wenig in die Kammer als in das Kabinet des Königs verrücken laſſen, wenn nicht das konſtitutionelle Verhältniß zwiſchen der Regierung und der Volksvertretung auf die eine oder andere Weiſe aus den Fugen geriſſen werden ſoll. Wehe dem konſtitutionellen Staate, deſſen Geſchäfte bei ſchwierigen Zeiten in den Händen ſchwacher oder beſchränkter und ungeſchickter Miniſter ruhen — ſie werden entweder zu allmächtigen Parlamenten führen oder die Krone auf die Spitze des Schwertes ſtellen. Bei der letzten Verfaſſungsreviſion iſt über die Beibehaltung des Staatsrathes (einer Inſtitution, deren Wurzeln in Niederland ſo alt wie die Generalſtaaten ſind) viel hin und her berathen worden. Zum Schluſſe hat man ihm als ein berathendes Kollegium, das noch immer 50 — 60,000 fl. jährlich koſtet, auf den Antrag der Regierung beibehalten. Seine Nützlichkeit zu beweiſen, hatte es bei Unterſuchung der organiſchen Geſetze zur Durchführung der neuen Grundgeſetzbeſtimmungen die beſte Gelegenheit. Allein dies iſt ihm ſo wenig geglückt, da dieſe Geſetzentwürfe ganz unglücklich ausgefallen, daß der Staatsrath, der „Brennpunkt der Talente", von jetzt an in den Augen des Landes als verloren anzunehmen iſt.

Das Miniſterium ſcheint noch dabei zu beharren, den Ausfall im Staatsſchatz durch eine außerordentliche Steuer decken zu wollen. Pläne anderer Art tauchen faſt täglich auf. Wir erwähnen nur 2 davon als die beachtenswertheſten, nämlich Verkauf der Krondomainen, die man auf einen Werth von 16 bis 20 Millionen Gulden ſchätzt und über welche der Staat durch das Ableben Wilhelms II. wieder das freie Verfügungsrecht erhalten hat; ſodann die Ausgabe von Geldpapier zu 5 und 10 Gulden im Betrage des Ausfalls, womit Hr. van Zuylen zugleich die bevorſtehende Umſchmelzung der alten niederländiſchen Goldmünzen verbinden will. Jenes Papiergeld würde dann die Lücke füllen zwiſchen dem Reichsthaler von 2½ Fl. und dem Bankſchein von 25 Fl. Das Beiſpiel der franzöſiſchen Aſſignaten ſchlägt bei einer mäßigen Anwendung von Papiergeld nicht durch, wie überhaupt die Argumentation gegen den Gebrauch nicht aus dem Mißbrauch hergenommen werden ſollte, denn eine ſolche kann gegen jede noch ſo nützliche Maßregel ſich richten. Zur Zeit der franzöſiſchen Aſſignaten waren geſunde Begriffe über Geld und Umlauf kaum bei Einigen vorhanden, ja gerade dieſer Mißbrauch hat mehr als ſonſt etwas dazu beigetragen, die Vorſtellungen darüber aufzuklären. Die Forderung nach Papiergeld geht hier nicht von der Regierung, ſondern vom Lande, beſonders dem Handelsſtande aus, zumal man die Bequemlichkeit deſſelben vorübergehend bei der Umſchmelzung der Silbermünzen kennen gelernt hat. Profeſſor Ackers-Dyck rechnet in einer vor kurzem erſchienenen Schrift „Over belastingen en bezuiniging", daß eine Ausgabe von 20 Millionen an Kaſſenſcheinen vom holländiſchen Kredit ſehr gut könne getragen werden. In der Landesmünze ſind während 1848 für Staatsrechnung 5,427,612 Reichsthaler, 7,499,360 Gulden, 4,049,904 halbe Gulden ꝛc., zuſammen 24,689,300 fl., und für Privatrechnung 3,417,470 Reichsthaler und 4,372,907 Gulden, zuſammen für 37,605,882 fl. geſchlagen worden. Von den niederländiſchen, belgiſchen, franzöſiſchen und engliſchen Inhabern ſpaniſcher Fonds ſind die Niederländer Hr. Drucker und Graf v. Ranzow nach Madrid abgeordnet worden.

Norwegen.

Gothenburg, 26. April. Der Gothenburger Handels- und Schiffahrtszeitung wird aus Stockholm geſchrieben, daß, trotz aller Kuriere aus Kopenhagen, trotz der Nachrichten von einer neuen, durch England vorgeſchlagenen, Friedensbaſis und einem ruſſiſchen Proteſte gegen Jütlands Beſetzung, ja trotz der dänenfreundlichen „potzluſtigen Aeußerungen Se. Majeſtät des Königs von Preußen an Krethi und Plethi," für Dänemark nicht an ein günſtiges Reſultat des Zwiſtes zu glauben ſei, wenn nicht entweder Waffenglück oder Deutſchlands Spaltung ihm zu Hülfe komme. Das genannte Blatt berührt dann kurz die innere und äußere Schwäche der däniſchen Widerſtandskräfte und wie es durch ſeine Nichtachtung der gegebenen Rathſchläge und Friedensbemühungen ſich das engliſche und ſchwediſche Kabinet entfremdet, und widerlegt die Nachricht, als ob die ſchwediſche Regierung auf Anſuchen Dänemarks ſchwediſche und norwegiſche Seeoffiziere bewilligt habe. (K. Z.)

Ungarn.

Von der untern Donau. Stratimirovich hat die Magyaren abermals geſchlagen; er iſt aus dem Chaikiſtendiſtrikte nach Jarak vorgerückt, wo er von den Magyaren angegriffen wurde, die den Ort mit dem Bajonette zu ſtürmen verſuchten und zurückgeworfen wurden, worauf die Serben einen Sturm verſuchten und den Feind warfen, der viele Todte, 20 Gefangene und einen Munitionskarren zurückließ. Dagegen iſt Bem in's Banat eingerückt und hat bereits Karanſebes und Lugos beſetzt. Feldmarſchalllieutenant Rukavina verlangte von dem General Todorovich Hilfe, um dem Andringen Bem's ein Ziel zu ſetzen; ſie wurde ihm verweigert. Die Serben trauen dieſem General nicht. Er iſt durch ſeine Haltung zu ſehr in Zerwürfniß mit ihnen gerathen. (Oſtd. Poſt.)

Oſtindien.

* Britiſch-Oſtindien. Die neueſte oſtindiſche Ueberlandpoſt brachte Zeitungen aus Bombay, die bis zum 3. April reichen. Die Folgen des Sieges bei Gudſchrat ſind hiernach ſo vollſtändig, als man ſie britiſcher Seits nur wünſchen kann. General Gilbert, der mit 15,000 Mann und 40 Feuerſchlünden den flüchtigen Feind verfolgte, hatte, ohne auf Widerſtand zu ſtoßen, den Dſchelum überſchritten und das vom Feind geräumte Fort Rhotas beſetzt, worauf am 6. März Major Lawrence mit ſeiner Gemahlin, die Lieutenants Herbert und Bowie und Herr und Frau Thomſon, welche ſeit Monaten in feindlicher Gefangenſchaft geweſen, freigegeben wurden, am 8. aber der Oberbefehlshaber der Sikhs, Shir Singh, ſelbſt in das engliſche Feldlager kam, um zu erklären, daß die übrigen Häuptlinge und Truppen zur Niederlegung der Waffen bereit ſeien. Doch ſchien ſich in den nächſten Tagen einige Widerſpenſtigkeit unter den Sikhs zu zeigen, was den General Gilbert bewog, ſeine Vorkehrungen zu treffen und ſich in Schlachtordnung aufzuſtellen. Da kamen am 14. Tſchutter Singh, Schir Singh, Aotar Singh und 13 andere Häuptlinge zu General Gilbert und erklärten ihre Unterwerfung. Mit ihnen ſtreckten 16000 Mann ihre Waffen und ergaben ſich der Gnade der Briten. Die Soldaten durften ihre Pferde behalten und erhielten jeder eine Rupie als Zehrpfennig, um nach Hauſe zurückzukehren; die Anführer wurden nach der Hauptſtadt gebracht. 41 Geſchütze wurden ebenfalls abgeliefert, ſo daß ſeit dem Januar im Ganzen 160 Geſchütze in die Hände der Sieger gefallen ſind. Gilbert langte am 17. März bei der Veſte Attock an; am 18. Morgens überſchritt ein Theil ſeiner Truppen den Indus, der andere Heertheil ſollte auf dem Fuße folgen. Die Affghanen befanden ſich im vollen Rückzuge, doch hatte man Hoffnung, ſie zu erreichen und abzuſchneiden, bevor ſie an den berühmten, für die Briten einſt ſo verhängnißvoll gewordenen Keyberpäſſen angekommen ſind. Der Generalgouverneur befand ſich in Firoſpur, der Generaliſſimus jenſeits der Tſchenab. Die Regierung des Fünfſtromlandes wird fortan in den Händen eines aus drei Männern: Sir H. Lawrence, John Lawrence und C. G. Manſell zu bildenden Rathes ruhen; ihnen ſind vier Kommiſſäre beigegeben. Sonſt iſt Alles ruhig in Indien. In Bombay erblickte man am 19. März eine prächtige Feuerkugel, die auf einem Raume von faſt 300 engl. Meilen in der Richtung von Süd nach Nord und in noch weiterer Ausdehnung von Weſt nach Oſt geſehen wurde. Man klagt über die in Bombay zu der Zeit herrſchende drückende Hitze.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 126. Frankfurt a. M., Montag 7. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Rußlands und Oeſterreichs Pläne mit Preußen.

Deutſchland. Wien (Ungariſche Nachrichten. Das Miniſterium. Die verſammelten Biſchöfe. Die Verwundeten aus Ungarn. General Bem. Preußiſche Truppen an der Gränze.) Prag (Deſertion ungariſcher Huſaren.) Berlin (Das neue Wahlgeſetz. Das Miniſterium und die Nationalverſammlung. Der Geiſt im Heere. Nachricht aus Dresden von einem Kapitulationsantrage der Aufſtändiſchen. Truppen nach Dresden.) Magdeburg (Große Volksverſammlung.) Koblenz (Abgeordneter Müller ſeines Amtes entſetzt.) Wetzlar (Truppen nach Koblenz.) München (Die Armee auf den Kriegsfuß. Politiſche Phantaſien. Militäriſche Maßregeln. Mathy abgereiſt. Der König. Adreſſe für die Reichsverfaſſung.) Nürnberg (Adreſſe für die Reichsverfaſſung.) Sulzbach (Volksverſammlung.) Stuttgart (Arbeiten der zweiten Kammer. Die Proklamation des Miniſteriums.) Dresden (Zſchinsky erſter Miniſter. Abreiſe des Hrn. v. Watzdorf. Aufſtand. Flucht des Königs. Aufruf der proviſoriſchen Regierung. Der König und die Deputationen.) Leipzig (Große Aufregung. Unruhen. Blutiger Kampf in Dresden. Bewaffneter Zuzug. Ein Abgeordneter nach Frankfurt.) Freiburg (Fortſetzung des Fickler-Bornſtedt'ſchen Prozeſſes.) Kaſſel (Erklärungen für die Reichsverfaſſung. Aufruf des nationalen Vereins für Deutſchland.) Mainz (Abmarſch öſterreichiſcher Truppen.) Tübingen (Kanzler von Wächter.) Schleswig (Bericht des Generals Bonin. Die ſchleswigſchen Inſeln.) Altona (Hr. v. Schmerling an der Hamburger Börſe.) Hadersleben (Vom Kriegsſchauplatz.) Kiel (Wegnahme däniſcher Schiffe.)

Großbritannien. London (Interpellation wegen Kanada. Ein Hofball und die Judenemanzipationsbill.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Der Banus. Proklamationen Perczel's an die Serben.)

Ungarn. Ofen (Plane der magyariſchen Partei.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

7. Mai.

Wie ſteht es mit dem berühmten Berliner Kongreß? Wird das erſte Heft ſeiner Verhandlungen bald fertig werden? Ach nein — bis jetzt iſt nur ein einziger Bevollmächtigter eingetroffen, der hannöverſche; und zwar im Gefolge des Herrn Stüve, deſſen Stärke bekanntlich im Neinſagen beſteht. Die zur Zeit hier in Frankfurt anweſenden Bevollmächtigten ſind übereingekommen, ihren Regierungen von der Beſchickung nach Berlin abzurathen; wir glauben hinzufügen zu dürfen, wenn eine oder die andere Regierung ſich ſelbſt ſo wenig achten ſollte, um andern Sinnes zu werden, ſo würde kein Einziger jener Ehrenmänner ſich dazu hergeben, als Bote des Abfalls von der deutſchen Sache nach Berlin zu wandern. Damit iſt nicht geſagt, daß nicht da oder dort ein diplomatiſirendes enfant perdu ſich finden möchte, das zu der heroiſchen Ueberzeugung gelangen könnte, an ſeinem Rufe ſei ſelbſt durch eine ſolche Miſſion Nichts zu verderben. Dann würde das Berliner Miniſterium die Genugthuung haben, die Weiſe zu intoniren: „Das ſind die Kleinen von den Meinen." Und ein ſauberer Kongreß mag es werden.

Dagegen werden wir nicht in Abrede ſtellen, daß dieſen Augenblick allerdings in Berlin ein weltgeſchichtlicher Kongreß in vollem Zuge ſich befindet. Er beſteht aus Hrn. Meyendorf und dem Ritter Prokeſch von Oſten. Glaubt irgend Jemand, das Berliner Miniſterium würde zu ſolchen Bocksſprüngen auf eigene Hand ſich entſchließen? Die Beziehungen zwiſchen den beiden abſolutiſtiſchen Großmächten und der heutigen preußiſchen Regierung liegen klar zu Tage. Rußland und Oeſterreich wiſſen genau, was ſie wollen; Preußen weiß es nur zur Hälfte.

Sage Niemand, der Plan ſei nicht angelegt. Alles, was von Rußland kömmt, iſt fein angelegt. Man ſieht, daß der Volksgeiſt in Deutſchland doch recht ernſtlich zur Einheit drängt. Man wird ſuchen, ſich ſeiner zu bemächtigen, ihn in die Bahn eines neuen harmloſen Sonderbundes abzuleiten; harmlos, weil die Leitung einer ergebenen Hand anvertraut wird. Ohne Zweifel hat die preußiſche Regierung Permiß, einen Sonderbund zu ſtiften; ohne Oeſterreich und ohne Baiern. Aber ſie ſoll es aus (ſcheinbar) eigner Machtvollkommenheit vollbringen, aus den Händen der Nationalverſammlung, das iſt, der Revolution, Nichts annehmen, ſelbſt die Krone ſich aufſetzen, eine Verfaſſung des Sonderbundes oktroyiren.

Das Feinſte iſt, daß man wirklich an der Reichsverfaſſung ſo wenig als möglich ändern wird. Man wird ſich wohl hüten, alle die „zerſtörenden Elemente", welche „eingedrungen" ſind, mit einem Male wegſchaffen zu wollen. Kömmt Zeit, kömmt Rath. Man wird für's Erſte vielleicht nur ein Exempel ſtatuiren an dem ſuspenſiven Veto. Es iſt ein wahrer Fund, ein Strandſegen iſt es, dieſes ſuspenſive Veto. Wenn man es nicht vorfände, man müßt' es erfinden, um dagegen ein abſolutes zu oktroyiren. Mit dem Uebrigen, was anſtößig iſt, wird man ſchon fertig werden. Chi va piano, va sano. Freilich, um damit fertig zu werden, wird es eines tüchtigen Rückhaltes, es wird guter Freunde bedürfen in der Noth. Sie ſind da. Die beiden abſolutiſtiſchen Großmächte werden ferner helfen, wenn ſie die Pathenſtelle bei dem Sonderbund vertreten haben. Und Preußen wird dadurch gerade ſo weit in Abhängigkeit verſetzt, es wird bei den denkenden Männern der Nation gerade ſoweit diskreditirt werden, um nicht aus der Rolle fallen, nicht eine unbequeme Popularität bis zu dem Maße ausbrüten zu können, daß es, ſtark durch den Nationalgeiſt, aus den Feſſeln Oeſterreichs und Rußlands ſich losreißen könnte.

Worauf man rechnet, um das Gelingen des Planes zu verbürgen? Nun, man hat die Erfahrung zweier Jahrzehente vor ſich liegen. Preußen hat bereits denſelben Dienſt gethan. Es hat den Schleppträger der abſolutiſtiſchen Großmächte gemacht im deutſchen Bunde. Es hat daneben die Mittel gefunden, durch den Zollverein das Streben nach Einheit zu divertiren.

Man rechnet auf die Bereitwilligkeit einer Anzahl von Regierungen, denen man ihr Fortbeſtehen, unangefochten von revolutionären Antaſtungen, verheißt, wenn ſie unter Preußens Fittige ſich begeben. Das abſolute preußiſche Veto haben ſie auch im Zollverein getragen; daß ihr eignes, Preußen gegenüber, faktiſch nicht viel bedeutet, waren ſie ſchon gewohnt; mögen ſie es jetzt ſchwinden laſſen, es dem Einheitsdrang großmüthig zum Opfer bringen.

Man rechnet auf den Ordnungsſinn der Mittelklaſſe, die ſich nach Wiederaufrichtung des zerrütteten Wohlſtandes ſehnt. Dieſe Klaſſe hat ſich die Bundesbeſchlüſſe ſeit 1832 gefallen laſſen, indem man ihr die Ausſicht eröffnete, durch den Zollverein ihre materiellen Intereſſen gefördert zu ſehen.

Wir ſagen nicht, Rußland habe die Gründung des Zollvereins begünſtigt. Nein, es hat durch die bekannte Denkſchrift von 1834 dagegen intriguirt; es hat im Jahr 1842 ſich ſehr barſch gegen den Zollverein benommen. Aber die Zeiten ſind anders geworden. Man muß ſchon Konzeſſionen machen; der Sonderbund wird jetzt gute Dienſte thun; er wird das monarchiſche Prinzip retten, die Schließung der Revolution anbahnen, Preußens Abhängigkeit von Rußland und Oeſterreich aufs Neue beſiegeln.

Deutſchland.

* **Wien**, 2. Mai. Es blieb während des ganzen geſtrigen Tages ungewöhnlich ſtill mit Nachrichten vom ungariſchen Kriegsſchauplatze; dagegen erhielten wir Abends die offizielle Kunde von dem erfolgten Einmarſche der ruſſiſchen Vorhut,

Digitized by Google

8000 Mann ſtark, in das Krakauer Gebiet. Das Gros der Armee wird bald folgen. Es ſollen im Ganzen 30,000 Mann, lauter Kerntruppen, von dieſer Seite einrücken. Die beſagte Avantgarde wird morgen in ungariſch Hradiſch und Göding erwartet. Das preußiſcher Seits bei Ratibor aufzuſtellende Korps iſt nur ein Obſervationskorps zur Deckung der eigenen Grenzen, keineswegs ein Hilfskorps. Die Details der ſeither vorgefallenen Gefechte vermiſſen wir gänzlich; nur läßt ſich aus den hierhergebrachten zahlreichen Verwundeten ſchließen, daß ſie den öſterreichiſchen Truppen vielen Schaden zugefügt haben. Die Mehrzahl ſind jedoch nicht Verwundete, ſondern Kranke.

Reiſende verſichern, daß die k. k. Truppen in Raab und deſſen Umgebung bis Göngö ſtehen, von dem magyariſchen Heere keine Spur vorhanden (?) und die Poſtſtraße nach Wien frei ſei. Von Peſth bleibt die Poſt fortwährend aus; auch in weſſen Händen Ofen ſei, iſt unbekannt. F.-M.-L. Vogel und G.-M. Benedek ſind aus Galizien in Ungarn eingerückt; der letztere fand bei Beſetzung Käsmarks einigen Widerſtand; er entwaffnete die Bürger und wendete ſich gegen Leutſchau. Die Einwohner der Kronſtädte ſcheinen den Magyaren anzuhängen. Laut anderweitigen als ſicher angegebenen Nachrichten befindet ſich das k. k. Hauptquartier in Kittſee, 1 Stunde herwärts von Preßburg. Der wohlhabendere Theil der Bewohner Preßburgs flüchtet nach Steiermark, da man ſehr ſtark der Vermuthung Raum gibt, die k. k. Truppen würden den Magyaren in der Nähe der Krönungsſtadt ein Treffen liefern. Viele Tauſende von Arbeitern ſind bei Preßburg mit Aufwerfen von Schanzen beſchäftigt. Die hier poſtirten k. k. Truppen, deren Anzahl ſehr bedeutend, ziehen täglich Verſtärkungen an Mannſchaft, Geſchützen und Munitionsvorräthen an ſich. Aus der Steiermark wurde ein ambulantes Korps in der Richtung gegen Steinamanger geſendet, um einen möglichen Einfall der Ungarn zu verhindern.

Die Vermuthung, Graf Stadion würde wegen anhaltender Kränklichkeit das Miniſter-Portefeuille aufgeben, iſt ungegründet. Miniſterielle Blätter ſagen, daß er ſo weit hergeſtellt iſt, um bald ſein Amt übernehmen zu können. Die „Preſſe“ wird vom Lloyd wegen der dargeſtellten Miniſterialveränderungen und namentlich wegen der berührten Unpopularität des Miniſters Bach angefochten. Hinſichtlich des letztern Paſſus bemerkt ſie in ihrem heutigen Leitartikel: „Wir glaubten, der Miniſter des Innern in Oeſterreich müſſe, wenn auch nicht im gewöhnlichen Sinne des Wortes, populär, was vielleicht Herr Graf Stadion ſelbſt nicht werden konnte, wenigſtens ein Mann ſein, dem jene Widerſprüche des politiſchen Lebens ſchwer nachzuweiſen wären, welche das Volk wenig begreift, noch ſeltener entſchuldigt. Die beſtimmte Erklärung eines miniſteriellen Blattes, dieſe Kombination ſtehe durchaus nicht bevor, enthebt uns übrigens, die Gründe weiter zu entwickeln, die wir uns blos anzudeuten begnügen.“

Die hier verſammelte Geiſtlichkeit hat zu ihrem Präſidenten einſtimmig Se. Eminenz den Kardinal Fürſt Schwarzenberg gewählt. Die Sitzungen ſollen, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich von 9 bis 2 Uhr Mittags ſtattfinden. Auf die erſte Kunde der hierher eingebrachten zahlreichen Verwundeten, hat der Vorſtand der hieſigen Iſraelitengemeinde das derſelben gehörige Spital in der Roßau der Militärkommandantur zur Dispoſition geſtellt. Zugleich wurde Anſtalt getroffen, die Kranken, welche ſchon in der Geneſung ſind, zu entlaſſen, um möglichſten Raum zu gewinnen. Ergreifend war der ernſte Anblick des Transports der Verwundeten, welche auf der großen Praterwieſe einſtweilen abgeſetzt wurden, bis man weitere Vorkehrungen zu ihrem Unterkommen getroffen hatte. Der menſchenfreundliche Sinn der Wiener tritt hier beſonders in der unteren und mittleren Schichte der Geſellſchaft hervor. Von allen Seiten drängte man ſich, Unterſtützungen und Erfriſchungen herbei zu ſchaffen, Fiaker erboten ſich, unentgeltlich die Transportirung der Kranken zu übernehmen; armſelig gekleidete Weiber aus dem Volke, die ſelber ein Almoſen zu bedürfen ſchienen, drängten ſich heran, um den leidenden Soldaten den „Heller der Wittwe“ zu reichen; ſelbſt Schulknaben gaben ihr Taſchengeld den armen Verwundeten. Heute bei Tagesanbruch will man Kanonendonner in der Richtung von Preßburg her, namentlich in der Leopoldſtadt vernommen haben. Die ungariſche Poſt iſt nicht angekommen, dahin jedoch von hier expedirt worden. Vorgeſtern iſt der kaiſ. ruſſiſche Generaladjutant v. Berg nebſt zwei Adjutanten hier eingetroffen, welche bereits wieder nach Ollmütz und nach Warſchau als Couriere abgegangen ſind. Aus zuverläſſiger Quelle wird über die Truppenſendung preußiſcher Seits an die öſterreichiſche Grenze Folgendes berichtet: Gegenwärtig ſtehen bereits 2000 Mann zwiſchen Ratibor und Oderberg, binnen kürzeſter Zeit ſoll dieſes Korps bis auf 8000 Mann vermehrt werden. Außerdem wird ein Obſervationskorps von 10,000 Mann an den Grenzen des ci-devant freien Staates poſtirt werden, und zwar auf preußiſchem Boden im Halbkreiſe um die kleine Stadt Neuberaun.

Prag, 1. Mai. Geſtern Nacht iſt die ganze Eskadron von Palatinalhuſaren, welche in Saaz ſtationirt war, deſertirt, nur der Rittmeiſter blieb zurück. (C. Bl. a. B.)

♂ **Berlin**, 4. Mai. Als zuverläſſig kann ich Ihnen melden, daß Preußen drei Armeekorps aufſtellen wird; zwiſchen der Grenze von Poſen und Krakau, zwiſchen Halle und Erfurt und in der Nähe von Wetzlar. Jedes dieſer Korps wird 50,000 Mann ſtark ſein. Die Berliner Landwehr ſoll nächſter Tage nach Halle abgehen. Heute beriethen die Miniſter über eine Aenderung des Wahlmodus. Wie man hört, will das Miniſterium nicht nur einen andern Wahlmodus in Preußen einführen, ſondern das Ergebniß ſeiner heutigen Berathung auch den andern Regierungen zur Annahme empfehlen, um ſo eine gleichmäßige Wahlart für ganz Deutſchland zu erzielen! Sie ſehen, daß man dabei beharrt, die deutſche Verfaſſung, wie ſie dermalen iſt, nicht anzuerkennen, und daß die Sendung Baſſermann's in dieſer Beziehung fruchtlos geblieben. Auf der andern Seite ſind aber Anzeichen vorhanden, daß die Regierung über alles wünſcht, einen förmlichen Bruch mit der Nationalverſammlung zu vermeiden und den Weg der Verſtändigung wieder zu gewinnen. Man fühlt wohl, daß man ein gefährliches Spiel ſpielt; und wenn man es vergeſſen hätte, würden die Vorgänge in Sachſen, wo man dem Beiſpiel Würtembergs folgen zu wollen ſcheint, wieder daran erinnern. Aber — Berlin iſt ruhig und auch die Nachrichten aus den Provinzen lauten ſo, daß man etwas glaubt wagen zu können. Wir werden ſehen, wie viel!

Lith. Korr. **Berlin**, 4. Mai. In mehreren Kompagnien der hieſigen Garniſon ſoll es zu Zwieſpalten gekommen ſein, die von den Vorgeſetzten mit beſorglichem Auge angeſehen werden. Die aus den gebildeteren Ständen in den Soldatenſtand eingetretenen Freiwilligen ſtehen im Geruch demokratiſcher Geſinnungen und Beſtrebungen. Von den Kameraden wie von den Offizieren werden ſie deshalb mißtrauiſch überwacht. Gleichwohl ſollen dieſe Gebildeteren einzelne der Uebrigen für ihre Ueberzeugungen gewonnen und dadurch Zwiſtigkeiten hervorgerufen haben. Dieſe politiſche Meinungsverſchiedenheit gibt ſich im Militär auf eine eigenthümliche Weiſe kund. Auf dem Marſche nach und von den Schießſtänden ſtimmt die reaktionäre Hälfte der Kompagnie das Lied: „Ich bin ein Preuße“ an, während die andere Hälfte: „Was iſt des deutſchen Vaterland?“ ſingt. Unter den Konſtablern geht es in gleicher Art zu. Auch hier beſteht eine demokratiſche Partei, welcher meiſt diejenigen angehören, die früher gewerbtreibende Bürger waren, in Folge der Märzrevolution keine Geſchäfte hatten und gleich bei der Bildung der Schutzmannſchaft eintraten. Viele dieſer Männer ſchieden bei dem Wiederaufleben des Verkehrs und wurden durch begünſtigte Perſonen erſetzt. Dieſe gehören meiſt der Reaktion an.

Auch das Luſtſchloß Bellevue im Thiergarten, in welchem der König jetzt öfter weilt und wo in der Regel die Miniſter-Konferenzen ſtattfinden, denen Se. Majeſtät beiwohnt, hat jetzt gegen den früheren Gebrauch eine militäriſche Beſatzung von 100 Mann des zweiten Königs-Regiments erhalten. Möglich auch, daß dieſe Beſatzung des Schloſſes zu dem Zwecke ſtattfindet, um den Aufenthalt der Prinzeſſin Louiſe, Tochter des Prinzen Karl von Preußen, die gegenwärtig in Freienwalde reſidirt, in Kurzem aber das Luſtſchloß beziehen wird, gegen alle Eventualitäten zu ſichern.

Berlin, 4. Mai. Baſſermann iſt nicht offiziel vom Könige empfangen worden, und wird abreiſen, wenn dieß nicht ſchon geſchehen iſt, ohne etwas erlangt zu haben.

Die Einkleidung der Berliner Landwehr hat bereits heute begonnen und wird morgen und übermorgen fortgeſetzt werden; es ſcheint jedoch faſt, als ob man ſich fürchte, dieſe Einkleidung hier vornehmen zu laſſen; man hat es wenigſtens für angemeſſen erachtet, die Mannſchaften nach der zwei Meilen von hier entlegenen Feſtung Spandau zur Einkleidung zu beordern. (K. Z.)

Berlin, 5. Mai. Das Kaiſer Alexander Grenadier-Regiment iſt heute mittelſt Eiſenbahn nach Dresden befördert worden, um die königlich ſächſiſchen Truppen bei Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterſtützen. Bedeutendere Streitkräfte ſtehen bereit, um erforderlichenfalls ſogleich nachzurücken. (St.-A.)

Berlin, 5. Mai, 2 Uhr Nachmittags. So eben aus Dresden eingehenden Nachrichten vom heutigen Tage zufolge, war der erſte Transport preußiſcher Truppen dort angelangt, hatte ſogleich die wichtigſten Punkte der Altſtadt und zwar zunächſt die Brühl'ſche Terraſſe beſetzt. Die Aufſtändiſchen verlangen zu kapituliren und in dieſem Augenblicke iſt, aller Wahrſcheinlichkeit nach, die Ordnung bereits wieder hergeſtellt. (Conſt. Z.)

× **Magdeburg**, 4. Mai. Geſtern Abend ward in einem Garten an dem Thor die größte Volksverſammlung abgehalten, welche Magdeburg vielleicht je geſehen hat; man rechnet, daß achttauſend Menſchen zugegen waren. Es ward beſchloſſen, eine Erklärung gleichzeitig nach Berlin an Se. Majeſtät den König und an die Reichsverſammlung nach Frankfurt zu ſenden, des Inhaltes: „wie Magdeburgs Bewohner in der allergrößten Mehrzahl die in der letzten Note der Regierung an Hrn. Camphauſen ausgeſprochenen Grundſätze für durchaus falſch erklären, und unter allen Umſtänden an der Rechtsbeſtändigkeit der Verfaſſung des deutſchen Reiches feſthalten, ja, dafür Blut und Leben einſetzen wollen.“ Bereits lag dieſe Erklärung in 12 Exemplaren zur Unterſchrift offen und wurde mit Tauſenden von Namen bedeckt; dann mit allen Namensunterſchriften gedruckt und abgeſendet.

Koblenz, 3. Mai. Der zur Fraction Rodbertus gehörige Abgeordnete Müller aus Zell, welcher bei der Vereinbarungsverſammlung und der eben geſchloſſenen zweiten Kammer den Kreis Zell vertrat und ſich beſonders für die Steuerintereſſen der Moſel intereſſirte, iſt ohne weitern Grund ſeines Amtes als Poſterpediteur enthoben worden. Auf ſeine desfallſige Anfrage hat man ſich ſogar geweigert, irgend Motive anzugeben. Es kann alſo nicht zweifelhaft ſein, daß bloß ſeine übrigens noch durchaus gemäßigte politiſche Geſinnung dieſe Maßregel hervorgerufen hat. (Rh.- u. M.-Z.)

Wetzlar, 4. Mai. Dieſen Morgen 7 Uhr ſind 2 Kompagnien der ſeit einem halben Jahr dahier in Garniſon gelegenen 25er zu ihrem Regiment nach Koblenz von hier abgegangen. Die Ordre traf geſtern hier ein. (Fr. J.)

= **München**, 3. Mai. Freundliche Geſichter unter Blauweißen, Ultramontanen und Demokraten! Der König von Preußen hat beſtimmt die Kaiſerkrone abgelehnt und die Reichsverfaſſung dazu. Nun iſt es unmöglich und hoffentlich auch Preußen dazu; ſo tröſtet man ſich und die Segel der Hoffnungen ſchwellen friſch hinaus in die Zukunft. Nur muß noch die preußiſche Politik in Schleswig-Holſtein offen werden; dann, dann! Es gibt Inſpirirte, welche meinen, eben auf einen Krieg nach außen ſei es bei den Monarchen abgeſehen, um die Völker zuſammenzukitten, weil dieſe, eiferſüchtig auf ihre Selbſtſtändigkeit für ſich und die Throne, wieder in hellen Kampf gezogen würden; dabei ſtieße man auch das Proletariat als Kanonenfutter aus. Andere meinen und fürchten, die drei deutſchen Großſtaaten wünſchten eine recht volle Volkserhebung, um — im Hintergrunde Rußland — dann ein Recht zu einem großartigen militäriſchen Einſchreiten zu gewinnen und die Mediatiſirung der Kleinſtaaten durch Truppeninvaſion mit einem Schlage als fait accompli hinzuſtellen. Bei uns iſt es äußerlich friedlich; ſeit drei Tagen ſind jedoch die Wachen verſtärkt, die Bierhäuſer mit militäriſcher Obhut belegt und allabendlich ſtreifen Maſſen von Patrouillen. Die Kavallerie ſoll marſchbereit ſein; man ſagt ſich, in Frankfurt ſolle ein großes Heerlager zuſammen gezogen werden. Wie lange werden die Kaſſen dieſe Truppenwanderungen aushalten? Mathy iſt heute unverrichteter Sache abgereiſt. Die offizielle Neue Münchener Zeitung hat von ſeiner Sendung bisher keine Notiz genommen. Der hieſige Centralmärzverein ſendet nach Frankfurt zum Märzvereinkongreß die Herren Advokat Dr. Riedl und Partikulier Knorr, ein emſiger Förderer des Flugſchriftenweſens.

München, 3. Mai. Geſtern Abend erſchien der König unvermuthet unter der Bürgerwache auf dem Rathhauſe und unterhielt ſich auf das freundlichſte mit der Mannſchaft, ſich dahin ausſprechend, daß er ſich ganz auf ſeine Münchner Bürger verlaſſe. Die Adreſſen aus den Städten des Königreichs mehren ſich, ſo daß bald wohl der Name keiner irgend bemerkenswerthen Stadt mehr fehlen dürfte. Auch im bayeriſchen Oberland, bei Tegernſee, hat eben eine Volksverſammlung ſich für die Reichverfaſſung ausgeſprochen. (A. Z.)

0 **München**, 4. Mai. Die ganze baieriſche Armee iſt auf den Kriegsfuß geſtellt worden und alle Kavallerie-Regimenter, Chevaurlegers wie Küraſſiere haben den Befehl erhalten, marſchbereit zu ſein. Der nächſte Grund zu dieſen Maßregeln möchte wohl in den in Franken, Schwaben und in der Pfalz drohenden Volksbewegungen zu ſuchen ſein; beſonders bedenklich ſollen die Berichte der Regierungspräſidenten in Anſpach und Speier lauten. Wie man wiſſen will, hat der letztere erklärt, daß ſich die Regierung bei dem Verſuche dieſe Erhebung für Deutſchlands Einheit und Freiheit mit Gewalt niederzuhalten und zu erdrücken, auf die in der Pfalz garniſonirenden Truppen nicht verlaſſen könne; doch iſt das nur ein Gerücht, das zwar allgemein geglaubt aber nicht verbürgt iſt. Andere wollen wiſſen, die arrière pensée des baieriſchen Miniſteriums bei der Mobilmachung des Heeres ſei auf Frankfurt gerichtet. Noch kann ich nicht daran glauben, obwohl dieſe Anſicht einigermaßen an Halt dadurch gewinnt, daß, wie man aus guter Quelle erfährt, das baieriſche Miniſterium in der ſichern Vorausſicht, daß bis zum 15. Mai die Dinge in Frankfurt ihr Ende erreicht haben werden, für jetzt nicht geſonnen iſt, die Kammer aufzulöſen. Andrerſeits ſollte man freilich glauben, Herr v. d. Pfordten ſei zu klug um für Andere die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, und für Andere ſich die Finger zu verbrennen.

Geſtern machte der ehemalige Oberregiſſeur des Hoftheaters, Hofſchauſpieler Heigel, ſeinem Leben in den Fluthen der Iſar ein freiwilliges Ende. Er wurde zwar noch lebend aus dem Waſſer gezogen, verſchied aber kurz darauf. Körperliche Leiden ſollen die Veranlaſſung dieſes Selbſtmordes geweſen ſein.

Nürnberg, 2. Mai. Die von den Gemeindebevollmächtigten und Bürgern hieſiger Stadt an den König gerichtete Adreſſe wegen Anerkennung und Durchführung der Reichsverfaſſung iſt geſtern Abends, mit 3651 Unterſchriften verſehen, nach München abgegangen. Noch ſpäter eingelaufene 203 Unterzeichnungen ſollen nachgeſendet werden. (N. C.)

Sulzbach, 26. April. Sonntag den 22. April fand bei Weigendorf die erſte Volksverſammlung in der Oberpfalz ſtatt. (Nbg. Kur.)

** **Stuttgart**, 5. Mai. Geſtern und heute erledigte unſere Kammer der Abgeordneten den ihr vorgelegten Geſetzentwurf über Aufhebung des mit dem Fürſten von Thurn und Taxis beſtehenden Poſtlehensverbandes. Der Entwurf wurde beinahe unverändert angenommen. Es wird darnach vom 20. Mai d. J. an der Lehensverband gelöst und das nutzbare Eigenthum, wie die Verwaltung ſämmtlicher Poſten an den Staat zurückfallen, die Diener der Poſt gehen mit ihren Dienſtrechten in den Staatsdienſt über, das Inventarium, die Gebäude der Poſt werden vom Staate käuflich übernommen. Die Entſchädigung des Fürſten beſteht in einer vom 20. Mai ab zu zahlenden Rente, deren Bemeſſung, wenn Verſtändigung nicht zum Ziele führt, im ordentlichen Rechtswege erfolgt. Hierbei ſetzte die Kammer noch feſt, daß dem Staate ſämmtliche Einreden und Rechtsmittel insbeſondere gegen die Giltigkeit des Vertrags von 1819 vorbehalten bleiben, und daß die Rente vom Staate jederzeit im 20fachen Betrag abgelöst werden kann. Die Berathung des Entwurfs, ſchon begonnen, wäre beinahe durch die von Miniſter Duvernoy erfolgte Vorleſung der Korreſpondenz der Regierung mit dem Reichsminiſterium aufgehalten und vertagt worden, indem einige Abgeordnete in den Noten des letztern ein Inhibitorium gegen das Verfahren der Regierung, einen Konflikt mit der Centralgewalt erblicken wollten. Die Mehrheit mit der Regierungsbank fand dies nicht darin. Entſtehen nun auch keine Schwierigkeiten mit der Centralgewalt, ſo fehlt doch leider dem Entwurfe die Zuſtimmung der erſten Kammer, und dieſe wird er ſchwerlich erlangen — war doch ſchon die Haltung der Ritter in der zweiten Kammer eine ſolche, daß man vollends über die der Standesherren zum durchaus nicht im Zweifel ſein kann. Es wäre ſehr bedauerlich, denn im Publikum iſt dieſer Geſetzentwurf mit der ungetheilteſten Freude aufgenommen worden. Schwerlich wird die Kammer noch viele weitere Angelegenheiten ſo ſehr zur allgemeinen Zufriedenheit zum Ziele führen können. Die Ablöſungsfragen ſchleppt ſie, im unerquicklichen Ringen mit der Standesherrenkammer, faſt endlos hin, und Niemand glaubt an das Zuſtandekommen des Geſetzes; der Schwur-

gerichtsentwurf iſt noch nicht einmal von der Kommiſſion erledigt und wird auch ſchwerlich zur Berathung kommen; künftige Woche handelt es ſich um die Deckungsmittel, dieſe ſchlimmſte aller Aufgaben. Die Kammer iſt ermüdet, erwartet ſehnlich, nach Erledigung des Budgets und des Wahlgeſetzes, die Beendigung ihrer Miſſion. Ueber das Wahlgeſetz finden fortwährend Berathungen der ſtändiſchen Kommiſſion ſtatt, an denen auch Staatsrath Römer theilnimmt. Die Differenzpunkte ſind, wie bekannt, nicht unweſentlich, doch hört man von Fortſchritten in der gegenſeitigen Einigung.

Sie haben von der Proklamation unſeres Miniſteriums gegen etwaige ungeſetzliche Beſtrebungen wohl Notiz genommen. Man verkennt keineswegs, daß dieſelbe gut gemeint iſt, aber ſehr vielfach hört man bedauern, daß in derſelben, noch mehr aber in einem Erlaß an die Oberämter, worin dieſe gegen etwa geſchehene oder erſt noch vorkommen ſollende Ungeſetzlichkeiten in Folge der jüngſten Bewegung einzuſchreiten aufgefordert werden — daß in dieſen Aktenſtücken ſich kein Wort der Anerkennung für die große Volksbewegung findet, an der doch das Miniſterium ſelbſt ſeinen wohlverdienten Antheil hatte, ſondern daß Angeſichts der Thatſache der Unbeflecktheit unſerer Volksbewegung durch irgend welche Geſetzloſigkeit, eine Warnung vor ſolcher beinahe wie Mißtrauen erſcheint. Heute muſterte der König in Cannſtadt einen Theil unſeres Heeres, auch Theile der hieſigen Beſatzung. Etwa 10 unſerer Abgeordneten ſind heute, zum Theil zum Kongreß der Märzvereine, nach Frankfurt abgereiſt.

Dresden, 2. Mai. Se. Königl. Majeſtät haben die Staatsminiſter Dr. Held, v. Ehrenſtein und Dr. Weinlig auf ihren Wunſch ihrer Funktion als Staatsminiſter zu entheben und dem Geheimenrathe Dr. Ferdinand Zſchinsky, unter Ernennung zum Staatsminiſter, das Departement der Juſtiz neben dem Vorſitz im Geſammtminiſterium zu übertragen, auch auf denſelben den Auftrag in den evangeliſchen Angelegenheiten zu erſtrecken geruhet. Wegen der Wiederbeſetzung des Miniſteriums der Finanzen, des Kultus und öffentlichen Unterrichts und des Innern haben Allerhöchſtdieſelben die Entſchließung Sich noch vorbehalten und angeordnet, daß die zeither mit deren Leitung beziehendlich proviſoriſch beauftragten Staatsminiſter die Geſchäfte annoch fortführen, bis deren Nachfolger eingetreten ſein werden. (L. Z.)

Dresden, 3. Mai. Als heute Vormittag 9½ Uhr von je 3 Deputirten des Stadtrathes und der Stadtverordneten (Pfotenhauer, Hitzſchold, Lehmann, Blöde, Minckwitz, Seidenſchnur) dem Könige eine eindringliche Adreſſe überreicht war, und der Sprecher, Stadtrath Pfotenhauer, den König auf die dringende Gefahr aufmerkſam gemacht, in der das bisher feſte Band zwiſchen Fürſt und Volk in Sachſen ſtehe, wenn Erſterer noch länger ſich in Widerſpruch mit Letzterem befinde, erwiderte Se. Majeſtät Anfangs mit bewegter Stimme: Er ſei immer und mehr als jeder andere deutſche Fürſt zu Opfern bereit geweſen und noch bereit, werde aber nie den Boden des Rechts verlaſſen, könne daher auch die Reichsverfaſſung nicht als Geſetz anerkennen, ſo lange nicht die größern Staaten Preußen und Baiern ſie angenommen. Auf verſchiedene von Dr. Minckwitz, Blöde, Hitzſchold und Pfotenhauer gemachte Einwendungen und Vorſtellungen bemerkte der König: die Souveränetät der Reichsverſammlung habe keine Regierung anerkannt, die Verfaſſung werde ein zerſtückeltes, uneiniges Deutſchland hervorrufen, kein großes und mächtiges, bis jetzt ſei noch kein Zwieſpalt zwiſchen Volk und Regierung in Preußen, daß von Radowitz die preußiſche Politik leite, thue Nichts zur Sache.

A **Dresden**, 3. Mai. (3 Uhr Mittags.)*) Wir ſind mitten in der ernſteſten Kriſis. Die Aufregung hat eine ſolche Höhe erreicht, daß nur das ſchleunige Nachgeben des Königs vor einem blutigen Zuſammenſtoße retten kann. Zahlreiche Deputationen von Stadträthen, Stadtverordneten und Bürgerwehren aus verſchiedenen Städten des Landes wurden heute Morgen von 10—12 Uhr vom Könige empfangen und Alle abſchläglich beſchieden. Der Eindruck, den dieſe Nachrichten auf die harrenden Volksmaſſen hervorbrachte, war ungeheuer. Der Kommandant der Bürgerwehr ließ gegen 1 Uhr Generalmarſch ſchlagen und alle Garden eilten unter die Waffen. In allen Straßen wurden die Läden und zum Theil die Häuſer geſperrt. Die Thore des Schloſſes wurden geſperrt und verrammelt, nachdem ein Bataillon vom Infanterieregiment Albert in den Schloßhof gezogen worden war. Um zwei Uhr verſuchte der Wagen des Königs von einer Anzahl Reiter begleitet ſich durch das Georgenthor (des Schloſſes) Bahn zu brechen; aber das Volk drängte ihn in den Schloßhof zurück. Alle Zugänge des Schloſſes werden mit Argusaugen bewacht, um eine Flucht des Königs zu verhindern. Um halb 3 Uhr erſchien ein Straßenanſchlag, welcher den Antrag der Stadtverordneten mittheilte, um 4 Uhr in Gemeinſchaft mit dem Stadtrath und der Bürgerwehr einen Vertheidigungsausſchuß zu bilden, da die Befürchtung vor dem Einrücken preußiſcher Truppen allgemein iſt.

Dresden, 3. Mai. Der Reichskommiſſar, Miniſter von Watzdorf, iſt heute von Dresden nach Weimar zurückgereiſt, indem er ſeine Miſſion für beendigt erklärt. (D. A. Z.)

A **Dresden**, 4. Mai. Seit 24 Stunden herrſcht die Revolution in der Stadt. Nachdem alle geſetzlichen Mittel erſchöpft waren, um den König zur Anerkennung der Reichsverfaſſung zu vermögen, griff das Volk zu den Waffen. Geſtern um 4 Uhr ertönten zuerſt die Sturmglocken und es kam bei einem Angriff auf das Zeughaus zu einem blutigen Zuſammenſtoße, bei dem eine Anzahl Todte blieben. Das Artillerietrainzeughaus wurde genommen. Die Soldaten aus dem Zeughauſe eröffneten das Feuer. In allen Straßen der inneren Stadt wurde das Pflaſter aufgeriſſen und Barrikaden gebaut. Die Errichtung der Barrikaden währte ununterbrochen die ganze Nacht bis heute gegen Mittag. Gegen Tagesanbruch entfloh der König unbemerkt auf der Elbe, landete jenſeits Königſtein und erreichte unerkannt die unzugängliche Feſtung. Prinz Johann, die Prinzeſſinnen Amalie und Auguſte, auch die Königin haben ſich ebenfalls entfernt. Der geheime Rath Zſchinsky war ſchon vorgeſtern Abend ſo dummdreiſt geweſen, den Vorſitz im Geſammtminiſterium, welches außer ihm noch aus von Beuſt und Rabenhorſt beſteht, zu übernehmen. Dieſem Miniſterium gegenüber ſteht eine Art proviſoriſche Regierung, welche heute um 2 Uhr eingeſetzt worden ſein ſoll und dem Vernehmen nach aus Heubner, Todt und Tzſchirner beſteht. Den Oberbefehl über die Bürgerwehr und die Bewaffneten führt der Bataillonskommandant Heinze; der Oberkommandant, Seidenhändler Lenz, entzog ſich in der Stunde der Gefahr feig den Pflichten ſeines Amtes. Die Wuth der Bürgerwehr und des Volkes gegen dieſen Mann iſt ſo groß, daß er zu ſeinem eigenen Schutze verhaftet werden mußte; ſeine Magazine wurden demolirt. Die Bevölkerung hat ebenſo wie die Truppen aus den benachbarten Städten Zuzug erhalten. Heute hat noch kein Kampf ſtattgehabt; aber von Stunde zu Stunde erwartet man den Angriff der Soldaten. Ein ernſtlicher Kampf ſcheint uns nicht bevorzuſtehen, da die Bürgerwehr durch den Rückzug ihres Führers entmuthigt, nur ſehr ſpärlich erſchienen iſt; der ganze Aufſtand hat durch die Einwirkung Tzſchirners eine republikaniſche Färbung bekommen, welche der Mehrzahl der Bevölkerung nicht behagt. Die zahlreichen Barrikaden ſind nur ſchwach vertheidigt.

Dresden. Die proviſoriſche Regierung hat folgenden Aufruf erlaſſen: „Mitbürger! Der König und die Miniſter ſind entflohen. Das Land iſt ohne Regierung, ſich ſelbſt überlaſſen worden. Die Reichsverfaſſung iſt verleugnet. Mitbürger! das Vaterland iſt in Gefahr! Es iſt nothwendig geworden, eine proviſoriſche Regierung zu bilden. Der Sicherheitsausſchuß zu Dresden und die Abgeordneten des Volks haben nun unterzeichnete Mitbürger zur proviſoriſchen Regierung ernannt. Die Stadt Dresden iſt dem Vaterlande mit dem rühmlichſten Beiſpiele vorangegangen und hat geſchworen, mit der Reichsverfaſſung zu leben und zu ſterben. Wir ſtellen Sachſen unter den Schutz der Regierungen Deutſchlands, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben. Zuzug von allen Ortſchaften des Vaterlandes iſt angeordnet und wird hiermit angeordnet. Wir fordern den ſtrengſten Gehorſam für die Befehle der proviſoriſchen Regierung und des Oberkommandanten Oberſtlieutenant Heinze! Wir werden Parlamentäre an die Truppen ſenden und ſie auffordern, den Befehlen der proviſoriſchen Regierung gleichfalls Gehorſam zu leiſten. Auch ſie bindet keine andere Pflicht, als die, für die beſtehende Regierung, für die Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes! Mitbürger, die große Stunde der Entſcheidung iſt gekommen! Jetzt oder nie. Freiheit oder Sklaverei! Wählt! Wir ſtehen zu Euch, ſtehet Ihr zu uns! Die proviſoriſche Regierung. Tzſchirner. Heubner. Todt.

*) Dieſe Nachricht, ſo wie die von § Leipzig iſt unſern ſtädtiſchen Leſern bereits geſtern durch ein Extra-Blatt mitgetheilt worden.

§ **Leipzig**, 4. Mai. Die Erwartungen, welche man von Zſchinsky hatte, ſind leider ſchrecklich getäuſcht worden, er hat ſich zum Knechte des Knechtes gemacht, zu einem willigen Handlanger des Miniſteriums Brandenburg, und in Folge deſſen ſteht das ganze Land Sachſen in Aufruhr. Die dringenden Bitten der Deputationen, welche aus allen Theilen des Landes vor den König traten, wurden wohlwollend angehört, aber Erfolg hatte nur der Abgeſandte Brandenburgs. Es wird Ihnen aus Dresden berichtet ſein, daß dort der Sturm losgebrochen und daß das Blut in Strömen gefloſſen iſt. Auch hier iſt die Aufregung über alle Beſchreibung; die verſchiedenen politiſchen Vereine hatten ſich geſtern, aller bisherigen Feindſchaft vergeſſend, zu gemeinſchaftlicher Oppoſition verbunden, und Stadtrath, Stadtverordnete und Kommunalgarde zeigten ſich im Ganzen mit ihnen einverſtanden; aber die größte Erbitterung trat erſt ein, als heute früh bekannt wurde, die Deputation von Rath, Stadtverordneten und akademiſchem Senat ſei ohne allen Erfolg zurückgekehrt, und in Dresden ſchieße man mit Flinten und Kanonen. In der Nacht hatte man hier Barrikaden gebaut, um den gefürchteten Einmarſch preußiſcher Soldaten zu hindern, und, wiewohl vergeblich, die Eiſenbahnſchienen weggeriſſen, um die Fahrt ſächſiſcher Schützen nach Dresden unmöglich zu machen. So eben ſind einige freiwillige Kompagnien der Kommunalgarde, 300 Mann, wie man ſagt, auf der wiederhergeſtellten Eiſenbahn bewaffnet nach Dresden gefahren, um gegen die Soldaten zu kämpfen. Leider miſchen ſich aber ſehr unreine Elemente in die Bewegung, und das dem Gerüchte nach mehr noch in Dresden als hier. Dort ſoll Tzſchirner die Bewegung für die Reichsverfaſſung, wie ſich nach ſeiner bisherigen Stellung erwarten ließ, nur zum Vorwande genommen haben, um bald in den Kampf für die rothe Republik in Sachſen mit Widerſtreben gegen die deutſche Einheit überzugehen. Seine Anhänger, heißt es, fangen in dem Stadttheile, welchen ſie inne haben, zu plündern an, und die Dresdner Communalgarde habe zu ihrer Bekämpfung mit den Soldaten gemeinſchaftliche Sache gemacht. Wir hören von Dresden leider nur unbeglaubigte Gerüchte, zu denen auch gehört, der König wolle die Regierung niederlegen, Prinz Johann auf die Nachfolge verzichten, und deſſen älteſter Sohn, Prinz Albert, der ſich jetzt in Schleswig die begeiſterte Anhänglichkeit der ſächſiſchen Soldaten erworben hat, werde König werden und unzweifelhaft alsbald die Reichsverfaſſung anerkennen. Das iſt die Erwartung der Konſervativen, und unwahrſcheinlich erſcheint dieſe Wendung nicht, obwohl alle Gerüchte ſagen, daß der baldige Sieg der Soldaten in Dresden gewiß ſei. Der hieſige Stadtrath hat mit Zuſtimmung der Stadtverordneten beſchloſſen, einen Bevollmächtigten an die Centralgewalt abzuſenden, um von der Lage des Landes Bericht zu erſtatten und um vermittelndes Einſchreiten zu bitten. Einen Waffenladen am Markte wollte heute das Volk erbrechen, doch gelang es der Communalgarde, das Eigenthum zu ſchützen.

Für friedlichen Verkehr ſind ſolche Vorgänge nicht ermunternd, die Meſſe wird ſehr geſtört, manche Fremde packen ſogar ſchon ein, und werden von Leipzig mit dankbarem Herzen gegen Brandenburg und Zſchinsky ſcheiden. Möchte nur überall, in Sachſen wie in Frankfurt, ein gemäßigter und beſonnener, aber deſto feſterer, Widerſtand den Feinden der deutſchen Einheit entgegenwirken. In Baiern mag man ſich an Sachſen ein Beiſpiel nehmen, und ſehen wie die Saat des Herrn von der Pfordten ſich ausnimmt, wenn ſie zur Reife kommt.

*** **Leipzig**, 4. Mai. Wir haben eine unruhige Nacht gehabt. Die Gerüchte über den Ausbruch ernſtlicher Unruhen hatten geſtern die Gemüther ſehr aufgeregt und das ſteigerte ſich auf's Höchſte, als plötzlich die hieſige Garniſon nach dem Dresdner Bahnhof marſchirte und man hörte, ſie ſollten nach Dresden eilen, weil man dort des Militärs nicht ſicher ſei. Es gab des Abends einen bedeutenden Auflauf; die Leute, meiſt aus den unterſten Schichten und unter Anführung der ſozialiſtiſchen Matadors, verlangten Waffen ꝛc., nachdem man den Abmarſch der Schützen durch Ausreißen der Schienen verhindert hatte. Sie ſind ſpäter auf Umwegen zur nächſten Station marſchirt. Die Kommunalgarde ſchritt gegen die Tumultuanten erſt ein, als ſich dieſelben eines Glockenthurmes bemächtigt hatten und Sturm läuteten. Bei dieſer Gelegenheit wurden 13 derſelben arretirt. Hierauf trat dann die ganze Kommunalgarde zuſammen, das einmal ermuthigte Völkchen aber ließ man den Muth kühlen durch Bauen einer Barrikade am Frankfurter Thor, wo man nämlich den Einmarſch preußiſcher Truppen erwartete. Heut früh ſind auch die letzten Schützen verſchwunden. Der Rath und die Stadtverordneten erklären durch Plakate, daß der König die Deputation abſchlägig beſchieden habe, auch als ſie zum zweiten Male nach dem erſten blutigen Zuſammenſtoß ihn dringend anging. Die ſtädtiſchen Behörden haben ſich nun allen Einmarſch fremder Truppen hier verbeten und rechnen auf treue Unterſtützung aller Bürger zur Durchführung der deutſchen Verfaſſung und zum Schutz des Eigenthums. Heut früh ſind alle politiſchen Vereine, d. h. alſo alle, die nicht ſozial ſind, zu gemeinſchaftlichem Handeln zuſammengetreten und werden mit Rath und Stadtverordneten Hand in Hand geben.

S **Freiburg** i. B., 3. Mai. (Schluß des Berichts über die Sitzung des Aſſiſengerichts). In der Fortſetzung ſeiner Erzählung über die Pariſer Legion ſagt Bornſtedt, daß dieſelbe von der franzöſiſchen Regierung durch Geld unterſtützt worden ſei. Er gibt an, welchen Weg dieſelbe eingeſchlagen bis zu ihrem Einfall ins Badiſche, ſowie daß ſie, als ſie geſehen hätten, wie viele Truppen das Land beſetzt hielten, nicht an einen Angriff gedacht, ſondern ſich in die Schweiz hätten zurückziehen wollen, aber von den würtembergiſchen Truppen angegriffen, ſich lediglich zur Wehr geſetzt hätten. Ueber den Zweck des Unternehmens vom Präſidenten befragt, gibt er an, man habe ſich mit Hecker verbinden wollen, im Sinne der Majorität des deutſchen Volks. Er gab zu, die Volksverſammlungen in Freiburg, Offenburg ꝛc. beſucht und für dieſen Zweck gewirkt zu haben. Krebs will ſich der deutſchen Legion blos angeſchloſſen haben, um zu Hecker zu ſtoßen. Nachdem noch über das Doſſenbacher Gefecht Ausſagen gemacht worden, die nur längſt bekannte Details berühren, wird zur Frageſtellung an Fickler geſchritten. Auf die Frage des Präſidenten, über einige Vorgänge bei der Volksverſammlung in Achern, weiß der Angeklagte ſich derſelben nicht mehr zu erinnern; ſein Gedächtniß habe während der langen Unterſuchungshaft ſehr abgenommen. Von Achern ſei er nach Frankfurt gegangen, um mit Struve zu ſprechen und den Bundesgeſandten Welker, zu veranlaſſen, daß er die badiſche Regierung dazu bewege, das Volk darüber abſtimmen zu laſſen, ob es die Republik wolle, oder nicht. Auf die Aufforderung Welckers, dieß Geſuch ſchriftlich einzureichen, thut Fickler dieß. Welker habe dieſe Schrift dann nach Carlsruhe geſchickt und jetzt liege ſie als Beweismittel gegen ihn bei den Unterſuchungsakten. Dieſe Schrift, ſowie zwei Artikel in den „Seeblättern" werden verleſen. Auf die Frage des Präſidenten, ob er für dieſe Artikel verantwortlich ſei, geſteht er, daß er, weil ihm der Staatsanwalt für dieſen Fall Hafterleichterung zugeſagt habe, allerdings einige dahin bezügliche Geſtändniſſe gemacht habe, die er aber jetzt wieder zurücknehme, da dieſe Hafterleichterung doch nicht eingetreten ſei. Er läugnet bei dem Erſcheinen der Artikel in Conſtanz geweſen zu ſein. Er verlangt Vorlage der Belegeblätter, ob dieſelben von ihm unterſchrieben ſeien. Staatsanwalt Amann drückt ſein Erſtaunen aus, daß Fickler jetzt läugnet, und verſpricht dieſe Belegeblätter alsbald beizubringen. Anwalt Brentano macht die Geſchwornen auf das ungeſetzliche Verfahren gegen Fickler aufmerkſam und ſagt, daß er nach dreizehnmonatlicher Haft endlich vor Gericht geſtellt werde. Fickler erzählt jetzt ausführlich den Hergang bei ſeiner Verhaftung, wobei es an Ausfällen gegen die Miniſter Mathy und Bekk nicht fehlt. Staatsanwalt Amann entgegnete, daß nicht allein die Artikel in den „Seeblättern" ſondern Ficklers Auftreten in Achern und andere Umſtände ſeine Verhaftung veranlaßt hätten. Der Angeklagte Steinmetz wird hierauf vernommen; er kann nicht begreifen, wie ſeine ſo unbedeutende Rede in Achern die Veranlaſſung zu ſeiner Arretirung geweſen ſei. Nachdem die Sitzung auf eine halbe Stunde unterbrochen worden, wird zur Zeugeneinvernehmung geſchritten. Mehrere Zeugen fehlen mit Entſchuldigung; auch der Bundestagsgeſandte C. Th. Welcker in Frankfurt konnte wegen dringender Geſchäften, die ihn nicht abkommen laſſen, nicht erſcheinen. Auf Antrag des Anwalts Brentano, denſelben in hundert Gulden Strafe zu verurtheilen und auf Montag nochmals zu laden, beſchließt der Gerichtshof, dies zu thun. Auf die Beſchwerde Brentano's, daß Unterſtaatsſekretär Mathy in Frankfurt nicht geladen ſei, erklärt Fickler, daß er nicht auf deſſen Ladung beſtehe. Die erſten Zeugen, die nun vernommen werden, betreffen Fickler's Aufenthalt in Straßburg am Tage vor der Volksverſammlung zu Achern, ſowie ſeinen Verkehr mit der pariſer deutſchen demokrati-

ſchen Legion; was er mit derſelben unterhandelt habe, konnte nicht conſtatirt werden. Es folgten die Zeugen, welche über ſeine Theilnahme an der Volksverſammlung in Achern Ausſagen machen konnten. Es wurde bezeugt, und iſt auch ſchriftlich bewieſen, daß er dem Volke den Anmarſch der pariſer deutſchen Legion, ſowie einer ſolchen aus der Schweiz angezeigt habe. Sie werde jedoch nicht kommen, bis das Volk ſie verlange. Die Verſammlung habe dann natürlich gerufen: „ſie ſolle kommen," das Militär halte zum Volk u. ſ. w. Die Sitzung wird nach 7 Uhr geſchloſſen; morgen findet die Fortſetzung ſtatt.

* **Kaſſel**, 4. Mai. Der Vorort des nationalen Vereins für Deutſchland erläßt folgenden Aufruf: „Der unterzeichnete Vorort des nationalen Vereins für Deutſchland ſieht ſich durch die gefahrvolle Lage des Vaterlandes veranlaßt, die deutſchen nationalen Vereine, ſo wie alle diejenigen politiſchen Vereine Deutſchlands, welche an den Gelöbniſſen des Jahres 1848, an dem Ergebniſſe der deutſchen Revolution, an der, von der dazu berufenen Reichsverſammlung endgültig feſtgeſtellten deutſchen Reichsverfaſſung unbedingt und unter allen Verhältniſſen feſtzuhalten gedenken, aufzufordern, zu einem nationalen Kongreſſe ſich am 14. Mai 1849 zu Frankfurt am Main zur Berathung der gemeinſamen einzuſchlagenden Schritte einzufinden. Die nähere Auskunft über die Abgabe der Anmeldungen und Mandate wird ſpäteſtens am 11. d. M. in den Frankfurter Blättern mitgetheilt werden. Kaſſel, 4. Mai 1849. Der Vorort der nationalen Vereine für Deutſchland. Dr. B. Wilh. Pfeiffer, S. Hahndorf, Dr. R. Harnier, Hartwig, Herzog, Koch, Luckhard, Lücken, Meyer, Dr. A. Pfaff, Schnackenberg, Schultheiß, Schwarzenberg, Weibezahn, Wiederhold."

Die Zeitungsredaktionen werden erſucht, dieſen Aufruf in ihren Blättern zu verbreiten.

Kaſſel, 4. Mai. In der Generalverſammlung des hieſigen Bürgervereins von heute Abend wurde beſchloſſen: 1) eine Adreſſe an die Staatsregierung, um dieſelbe zu erſuchen a) die deutſche Reichsverfaſſung geſetzlich zu publiciren b) die Beamten, das Heer und die Bürger darauf verpflichten zu laſſen, c) die von der preußiſchen Regierung verlangte Berathung zu Berlin über die deutſche Verfaſſung nicht zu beſchicken. Ferner 2) eine Erklärung an den Centralmärzverein zu Frankfurt, daß der Bürgerverein zu ſeinen Schritten zur Unterſtützung der deutſchen Nationalverſammlung gegen alle wider ihre Beſchlüſſe über die Reichsverfaſſung und zur Durchführung derſelben gerichtete Unternehmungen mitzuwirken bereit ſei und inſofern die Bedenken, welche früher gegen einen Anſchluß an dieſen Verein ausgeſprochen, bei Seite ſetze. (K. A. Z.)

Mainz, 5. Mai. Heute Nacht iſt Ordre hierhergelangt, ein Bataillon Oeſterreicher abgehen zu laſſen. Sie marſchiren ſchon im Laufe dieſes Tages nach Regensburg ab. (M. Z.)

Tübingen, den 4. Mai. Kanzler v. Wächter, der ſeit vorigen Herbſt mit großem Beifall wieder Vorleſungen hält, hat einen Ruf nach Leipzig an von der Pfordtens Stelle erhalten. (Schw. M.)

♉ **Schleswig**, 2. Mai. Der Bericht des Generals von Bonin über das Treffen bei Kolding iſt bei der Statthalterſchaft eingegangen und wird nebſt den Verluſtliſten unſerer Armee baldmöglichſt veröffentlicht werden. Aus dem ſehr umfangreichen Berichte ergibt ſich, daß den ſchleswig-holſteiniſchen Truppen, welche 14 Infanteriebataillone, 10 Schwadronen Kavallerie und 6 Batterien Feldartillerie zählten, däniſcher Seits gegenüberſtanden: 19 Infanteriebataillone, 4 Dragonerregimenter, 2 Huſarenſchwadronen, zuſammen 18 Schwadronen Cavallerie und 6 Batterien à 8 Stück Geſchütze, außerdem 1 Kriegsbrigg und 2 Kanonenböte im Koldinger Meerbuſen. Unſere Armee zählt nur 47 Todte, 245 Verwundete und etwa 69 Vermißte, welche, zum Theil wohl verwundet, dem Feinde in die Hände gefallen ſein werden. Unter den Todten befindet ſich kein Offizier, unter den Verwundeten 12. Zu den Verwundeten gehören unter Anderm der Gutsbeſitzer Vollertſen von Freienwillen und der Phyſikus Dr. Valentiner in Kiel, welche, obgleich Familienväter und über die Jahre der Jugend lange hinaus, dennoch beim Wiederausbruche des Krieges als freiwillige Schützen in die Reihen unſerer Krieger eingetreten waren.

Die Dänen geben ihre Todten und Verwundeten auf 300 an, der General von Bonin ſchätzt ſie auf 7 bis 800. An Offizieren zählen die däniſchen Blätter 5 als todt, 16 als ſchwer verwundet, 6 als leicht verwundet auf. Mehrere Blätter ſprechen ſich in Betreff der Koldinger Affaire, die ſich weder in ſtrategiſcher, noch in politiſcher Hinſicht vertheidigen laſſe, ſehr ſtark gegen die Kriegsbehörde aus, nur Flyvepoſten (ein Kopenhagener Blatt, welches von einem dortigen Witzblatte beſtändig „Lyvepoſten", d. h. die Lügenpoſt genannt wird) weiß ſich die Sache ſo zurecht zu legen, daß für die Dänen eine ehrenvolle Kampfprobe herauskommt.

Auch auf den zum Herzogthum Schleswig gehörenden Weſtſeeinſeln werden die Dänen zum Rückzuge gezwungen. Die Inſel Föhr iſt am 30. April von ihnen geräumt, auch von Sylt wird man hoffentlich bald das Gleiche hören. Als die Beſetzung der Weſtſeeinſeln durch die Dänen bekannt wurde, wurden einige hieſige Kanonenböte dorthin geſchickt, um die Inſeln und das, größeren Fahrzeugen nicht zugängliche Fahrwaſſer zwiſchen den Inſeln und dem Feſtlande von den ungebetenen Gäſten zu reinigen. Das Erſcheinen derſelben und einige Kanonenſchüſſe, welche mit der Beſatzung auf Föhr gewechſelt wurden, genügten zu dem angegebenen Zwecke. Die in der Liſter Tiefe bei Sylt liegenden kleinen däniſchen Fahrzeuge nahmen bei dem Anrücken der Kanonenböte eiligſt die Flucht, ohne ſich die Zeit zu laſſen, die Beſatzung von Sylt mitzunehmen. Mit derſelben Haſt ward Föhr mit Hülfe der daſelbſt liegenden kleinen Schiffe verlaſſen, mehrere Soldaten mußten, um nur mitzukommen, bis an den Leib ins Waſſer ſpringen, ein Boot ſchlug bei dem Einſchiffen um und ein mit Proviant beladenes Fahrzeug, welches feſtgerieth und nicht gleich wieder abgebracht werden konnte, ward zurückgelaſſen.

Nach den heute eingegangenen Nachrichten beſtand die Beſatzung der Inſel Föhr aus 350 Rekruten, welche 4 Espagnolen und 2 Achtzehnpfünder mit ſich führten. Das Betragen der Truppen und der ſie begleitenden Civilbeamten war ruhig und in keiner Weiſe kränkend. Die Eingeſeſſenen haben ſich muſterhaft benommen. Die Zahlung von Steuern und die Leiſtung von Fuhren für daß Militär ward beharrlich verweigert. Es ward militäriſche Exekution angedroht, als ſich die Landſchaft dadurch aber nicht einſchüchtern ließ, die Drohung nicht verwirklicht. Aller Gewaltthätigkeiten haben ſich freilich auch diesmal die Dänen nicht enthalten. Ein Beamter auf der Inſel, der Zollbevollmächtigte Junge, iſt als Gefangener fortgeſchleppt, weil er ſich weigerte, von den Dänen eine Anſtellung anzunehmen, ein zweiter, der Poſtmeiſter Hübener, der eine gleiche Erklärung abgab, ward anfänglich arretirt, ſpäter aber wieder auf freien Fuß geſtellt. Aus dem Norden kann ich Ihnen nichts Weiteres melden, als daß der General von Prittwitz mit den Reichstruppen die jütiſche Gränze noch nicht überſchritten hat.

Altona, 2. Mai. Zwei bekannte öſterreichiſche Gäſte langten geſtern Abend, über Haarburg kommend, in Hamburg an, Freiherr v. Sommaruga und Appellationsgerichtsrath v. Schmerling. Man zweifelte anfangs, daß Letzterer wirklich der Ex-Reichs-Miniſter des Innern ſei. Er hat Familie und Dienerſchaft bei ſich, es verlautet er gehe nach Rendsburg. Dabei ahnt der Schleswig-Holſteiner nichts Gutes. Eine däniſche Fregatte hat geſtern gerade vor der Elbmündung, nahe bei Kurhaven Anker geworfen.

Nachſchrift. So eben erfahren wir, Herr v. Schmerling ſei heute Mittag an der hamburgiſchen Börſe erſchienen, wo man ihn erkannte und um ihm einen Beweis der Achtung zu geben, welche man ihm zollt, unter Pfeifen und Ziſchen heraus komplimentirte. (K. Z.)

Hadersleben, 3. Mai. Kouriere kommen, Kouriere gehen; General Bonin hat ſein Hauptquartier in Kolding, General Prittwitz das ſeinige in Chriſtiansfeld; darauf beſchränken ſich die Neuigkeiten aus dem Norden. Unſere Vorpoſten ſtehen jenſeits Kolding, eine Viertelmeile von den feindlichen.

Kiel, 3. Mai. Nach einem bei dem hieſigen Marinebureau heute eingegangenen Berichte hat der Marinelieutenant Kjär, Kommandeur der ſchleswig-holſteiniſchen Kanonenböte in der Weſtſee, zwei däniſche Kauffahrer, einen Schoner (der Werth wird auf 40 bis 50,000 Mrk. angegeben) und eine kleine Jacht, von geringem Werthe, als Priſe genommen. (B. H.)

Großbritannien.

* **London**, 3. Mai. In der geſtrigen Unterhausſitzung frage Hr. Herries, mit Bezugnahme auf den aufgeregten und Beſorgniß erweckenden Zuſtand von Kanada, ob die Regierung vom Generalgouverneur, Lord Elgin, Depeſchen erhalten habe und ob ſie es für paſſend finde, Abſchriften davon oder Auszüge

daraus dem Hauſe mitzutheilen? Lord J. Ruſſell erwiederte im Weſentlichen: der Miniſter der Kolonien habe allerdings von Lord Elgin Briefe, jedoch ſämmtlich Privatbriefe, erhalten, worin derſelbe erkläre, daß er über dieſe Angelegenheit irgend andere Depeſchen einzuſchicken nicht Willens ſei, indem derlei öffentliche Aktenſtücke, wenn man ſie dem Parlament vorlege, die in Kanada beſtehende Aufregung nur vermehren könnten, während es im Gegentheil höchlichſt zu wünſchen ſei, daß dieſe Aufregung beſchwichtigt würde. Der Miniſter glaubte übrigens anzeigen zu dürfen, daß den letzten Nachrichten zufolge, die Aufregung in Kanada ſich etwas gelegt habe. Weiter führte er als Beſtätigung der von Elgin aufgeſtellten Anſicht frühere Beiſpiele an, wo die Veröffentlichung von Depeſchen aus den Kolonieen ernſtliche Uebelſtände zur Folge gehabt habe. So habe ſich der verſtorbene Lord Metcalfe einmal bitter über die Veröffentlichung einer Depeſche beklagt, weil dadurch in Jamaika große Unruhe und Beſorgniß erzeugt worden ſei. Was die Sanktionirung oder Nichtſanktionirung der Entſchädigungsbill, welche die ganze Aufregung veranlaßt, durch den Generalgouverneur betreffe, ſo verlaſſe ſich die Regierung in dieſer Hinſicht ganz auf die Klugheit Lord Elgins, dem ſie vollkommenes Vertrauen ſchenke. Die übrigen Verhandlungen an dieſem Tage ſind für das Ausland von möglichſt geringem Intereſſe.

Während die Monarchen des Feſtlandes mit ihren Unterthanen Kugeln wechſeln, tanzt die Königin von England mit den ihrigen. Sie gab am 30. April einen prachtvollen Hofball im Buckinghampallaſt, welchem nicht weniger als 1600 Perſonen beiwohnten. Strauß mit ſeiner Muſikbande ſpielte den Tanzenden auf. Die Königin ſelbſt eröffnete den Ball mit dem Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz. Die Damen ſtrahlten von Diamanten. Es ſieht faſt aus, als wolle die Königin durch dieſe Feſtlichkeit den Fürſten des Feſtlandes zeigen, wie gut es ſich als konſtitutioneller Monarch leben laſſe. Die „M. Poſt" ſchwelgt vor Entzücken, indem ſie die Herrlichkeiten dieſes Balls und namentlich die Anzüge der Damen bis ins Einzelnſte beſchreibt. Namentlich ſcheint ſich der Anzug der Gräfin von Seafield durch Luxus an Diamanten und Edelſteinen ausgezeichnet zu haben. Die „M. Poſt" iſt förmlich verliebt in dieſe Gräfin. Engliſche Blätter enthalten ein Namensregiſter der ausgezeichnetſten Gäſte. Sie zerfallen in folgende Gruppen: Herzoge, Herzoginnen, Marquis, Marquiſinnen, Grafen, Gräfinnen, Viscounts, Viscounteſſen, Ladies, Sehr Ehrenwerthe, Ehrenwerthe, Barone (hierunter Lionel von Rothſchild), Baroneſſen (hierunter Baronin Anſelm v. Rothſchild), Sirs, Doktoren, Herren, Miſtreſſes, Miſſes, Feldmarſchall (Grosvenor), Admirale, Generale, Oberſten, Majore, Kapitäne, Lieutenants. Außerdem, wie ſich von ſelbſt verſteht, alle in London anweſenden auswärtigen Fürſten und Prinzen, ſämmtliche Hofſchranzen, Miniſter, höchſte Beamten und das diplomatiſche Korps. „Daily News" macht darauf aufmerkſam, daß dieſes Hofballs wegen die zweite Leſung der Bill wegen Abänderung des Parlamentseides, d. h. für Wählbarkeit der Juden, abermals verſchoben wurde. Indeß war ja Baron Rothſchild ſelbſt auf dem Hofball anweſend; er wird ſich daher zu tröſten wiſſen, daß ſein Volk wieder acht Tage länger auf ſeine Emanzipation warten muß, eben dieſes Hofballs wegen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Agram, 29. April. Am Kriegsſchauplatz in der Wojwodowina ſind keine bedeutende Veränderungen vor ſich gegangen. Die Serben halten ſich meiſt defenſiv, bis das Korps des General Mayerhoffer zuſammengezogen und das Armeekorps des Banus mit dieſem vereinigt iſt. Der Ban ſoll bereits in Eſſeg angekommen ſein, wo er einſtweilen ſein Hauptquartier aufſchlagen und die Verſtärkungen abwarten wird, die ihm gegenwärtig von mehreren Seiten zuziehen. Er wird dann in Vereinigung mit Mayerhoffer und den Serben in der Richtung gegen Peſth operiren. In der nächſten Woche haben wir den Durchmarſch mehrerer Linienbataillons zu gewärtigen, die aus dem Küſtenlande kommend, zum Armeekorps des Banus ſtoßen. Die Trieſter haben den Serben eine Batterie Kanonen zum Geſchenke gemacht, welche ſich bereits unterwegs befindet. Die ſerbiſchen Blätter erwähnen der Proklamationen Perczels an das ſerbiſche Volk, in welchem dieſes aufgefordert wird, ſich an die Magyaren anzuſchließen und in Gemeinſchaft mit ihnen gegen die Dynaſtie zu kämpfen, Perczel garantirt im Namen der ungariſchen Nation den Serben ihre Nationalſprache, die ſie im Wege der Literatur und Civiliſation, im edlen Wetteifer mit den Magyaren, zur höchſten Stufe der Ausbildung und Blüthe emporzuheben berechtigt ſeien. Zugleich wird den Serben verſichert, daß ſie ihre Induſtrie und ihren Handel unbeirrt entwickeln können und für ihre Religion nichts zu befürchten haben, deren Unterdrückung von der öſterreichiſchen Regierung planmäßig verfolgt werde. In einer andern Proklamation verkündet Perczel, daß das Tſchaikiſtenbataillon von nun an kein militäriſch organiſirter, ſondern ein freier, bürgerlich eingerichteter Bezirk ſei, und als ſolcher einen integrirenden Theil des conſtitutionellen Ungarns bilden werde. Alle Abgaben, die die Tſchaikiſten dem Aerar bisher leiſten mußten, ſeien für immer abgeſchafft; das Gemeindevermögen werde der Gemeindevorſtand, die Staatsgüter aber der Bezirks-Stuhlrichter verwalten. Dieſe Proclamationen haben nicht den mindeſten Erfolg gehabt; die ſerbiſchen Blätter donnern ihnen einſtimmig das verhängnißvolle Trop tard entgegen. (C. Bl. a. B.)

Ungarn.

Ofen, den 27. April. Ueber die politiſchen Anſichten und Plane der ungariſchen Partei theile ich Einiges mit. Des Sieges gewiß, wollen ſie das Land einem Koburg-Cohary anbieten, um einen König zu haben, der mit den größten Mächten verwandt wäre. Den unter ihnen kämpfenden 28 Bataillonen Polen, die den Kern der Armee bilden, zu Gefallen, ſoll der Herzog von Leuchtenberg König von Polen werden. Der König von Preußen wird als deutſcher Kaiſer unbedingt anerkannt, und dem ſoll ſich Oeſterreich nach Verluſt von Italien ꝛc. anſchließen oder vielmehr unterordnen. Rußland ſoll ſeine Truppen aus der Moldau und Walachei entfernen, die Türken durch den Wiederbeſitz dieſer Provinzen ein ſtarkes, unabhängiges befreundetes Reich werden. Bem ernannte man zum „Erbherrn auf Alcſuth" (Privateigenthum des verewigten Palatin), was er ſich freilich erſt erobern ſoll. Madaraß und Palffy aber ſollen in gefänglicher Haft ſitzen, weil bei der Einziehung der Güter und Effekten des Grafen Eugen Zichy (bekanntlich unter dem Präſidium von Görgey im September 1848 zum Galgen verurtheilt) mehrere ſehr werthvolle Diamanten verſchwunden ſein ſollen. Pulsky iſt ſchon ſeit einiger Zeit in England thätig, um bei Lord Palmerſton der obenerwähnten Politik Eingang und Sympathie zu verſchaffen. Beöthy iſt in gleicher Abſicht nach Konſtantinopel geſandt. Graf Ladislaus Teleki thut dieß bereits ſeit länger in Paris. (A. Z.)

Frankfurter Börſenbericht.
(Wochenbericht.)

Die beunruhigenden Gerüchte, welche am 28. April die Börſe in Schrecken verſetzten, haben ſich meiſtens nicht beſtätigt. Schon am folgenden Tage war die ſichere Haltung zurückgekehrt. Im Laufe der Woche fehlte es zwar nicht an bedrohlichen Einwirkungen. Die Auflöſung und Vertagung der Kammern in Berlin, Hannover und Dresden, die unruhigen blutigen Scenen an erſterm Orte und die fieberhafte Aufregung, welche ſich in Folge dieſer Ereigniſſe kund gab. Alles dies war wohl im Stande einen ängſtlichen Einfluß auf unſere Börſenmänner zu üben. Dennoch iſt davon wenig zu vermerken. Unſere Geſchäftsleute ſind zähe geworden. Die ernſten Ereigniſſe gehen ſpurlos an ihnen vorüber, da ſie ſchon ſo oft vergebens geängſtiget worden und alle peſſimiſtiſchen Anſichten bisher ohne Folgen geblieben ſind. Der ſichere Inſtinkt, daß wir an dem Wendepunkt unſerer proviſoriſchen Zuſtände angekommen, und die verwickelten Fragen auf eine, ihrer optimiſtiſchen Anſchauungsweiſe entſprechenden Weiſe, ſich löſen werden, erhält und befeſtigt das Vertrauen, wenn auch die bekannten Erklärungen der preußiſchen und baieriſchen Regierungen und die Konflikte, welche in deren Folge mit der Reichsverſammlung und der Centralverwaltung eingetreten ſind, ſeit einigen Tagen auf die weniger verhärteten Gemüther ihren Einfluß nicht verfehlt haben. Dafür ſpricht der ſucceſive Rückgang mehrerer Gattungen ſüddeutſcher Papiere, die heute ſogar bedeutend unter der Notiz der unter dem Einfluß einer Panique ſtehenden Börſe vom 28. April, abgegeben wurden. Die Wiener Coursnotirungen, namentlich für Metalliques-Obligationen, ſind ſeit einiger Zeit nicht immer maßgebend für unſere Börſe,

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 7. Mai. Hr. Eiſenſtuck als Reichskommiſſär nach Rheinbaiern. Kongreß der Märzvereine. Hr. Eichorius eingetroffen. Aufruf von der äußerſten Linken der Nationalverſammlung an das Volk. Verſammlung der Bürgerwehrmänner. Aufruf des Kongreſſes der Märzvereine Deutſchlands.) Berlin (Die ruſſiſchen Truppen.) Dresden (Proklamation des Königs und Proteſt gegen die Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung. Aufruf der proviſoriſchen Regierung an die Soldaten. Neueſte Nachrichten.) Leipzig (Aufregung.) Hannover (Polytechniker aufgelöſt. Widerſtand derſelben. Verbot der Maſſendeputationen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 7. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 7. Mai.

Tagesordnung der 212. öffentl. Sitzung.

1) Erſatzwahl zweier Mitglieder in den Central-Legitimations-Ausſchuß.
2) Berathung des vom Abgeordneten v. Reden, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, über die in Beziehung auf das Poſtweſen vorliegenden Anträge und Eingaben.
3) Berathung des vom Abgeordneten Degenkold, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichts, über Petitionen von Kattundruckern und Formenſtechern.
4) Berathung des vom Abgeordneten Lette, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes erſtatteten Berichts, über die Petitionen wegen Aufhebung der Feudalverhältniſſe.
5) Berathung des vom Abgeordneten Schwarzenberg, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, über eine Eingabe des Hrn. Auguſt Bögeler zu Minden, die Abtretung einer neuen Erfindung betreffend.
6) Berathung des vom Abgeordneten Schwarzenberg, Namens des volkswirthſchaftlichen Ausſchuſſes, erſtatteten Berichts, über eine Bittſchrift der vaterländiſchen Geſellſchaft zu Aßbach, Kreis Wetzlar, um Aufhebung aller Branntweindrennereien.
7) Berathung des vom Abgeordneten Schutze aus Potsdam, Namens des Ausſchuſſes für Wehrangelegenheiten, erſtatteten Berichts über mehrere Petitionen aus dem Großherzogthum Baden, in Betreff der Beſetzung des badiſchen Oberlandes durch Reichstruppen.
8) Berathung des vom Abgeordneten Schulze aus Potsdam, Namens des Ausſchuſſes für Wehrangelegenheiten erſtatteten Berichts über verſchiedene Petitionen aus dem Großherzogthum Baden, in Betreff der Ergänzung des großh. badiſchen Armeekorps.

Der Platz um die Paulskirche iſt von Menſchengruppen umſtanden, doch nur von einzelnen und nicht bedrängt. Im Innern des Verſammlungsraumes gewahren wir zur Linken vom Bureau auf den für Herren vorbehaltenen Zuhörertribünen die Mitglieder der Hauptverſammlung des Märzvereins. Ein anderer Theil dieſer Mitglieder hat Platz auf der geſperrten Emporkirche genommen. Das Gerücht von einem erfolgten Einmarſche der Preußen in Sachſen wird von einigen Seiten her als eine Erfindung der Reaktionäre bezeichnet, wie überhaupt die erſchütternden Nachrichten aus dieſem Lande ſeit mehreren Tagen ſchon der Hauptinhalt aller Beſprechungen und der Gegenſtand allgemeiner Bekümmerniß ſind. Von Sachſen gerade und von dem als echt konſtitutionell geltenden Sinne ſeines Königs hatte man ſich des blutigen Zwieſpalts am allerletzten verſehen!

Die Sitzung wird von dem Präſidenten Hrn. Eduard Simſon 9¼ Uhr Vormittags eröffnet. Austrittserklärungen haben eingereicht die Herren von Schrenck, Graf, Philipps, v. Beisler, Neumayer, Eckart v. Lohr, Obermüller, v. Nagel von Oberviechtach, v. Xylander, v. Wulffen, Laſſaulx (höhniſches Bravo), Daxenberger, v. Grundner, (die Genannten ſämmtlich ſind Abgeordnete von Baiern) Graf v. Schwerin, Engel aus Kulm.

Der Präſident des Reichsminiſteriums Herr Heinrich v. Gagern beſteigt die Rednerbühne zu folgender Mittheilung.

„Die Störung des Reichsfriedens in Sachſen hat die Centralgewalt veranlaßt, einen Reichskommiſſär zu bevollmächtigen, um die den obwaltenden Verhältniſſen entſprechenden Maßregeln zur Wiederherſtellung deſſelben, weſentlich im Sinne der von mir am 4. d. M. im Namen der Centralgewalt abgegebenen Erklärung, von Reichswegen anzuordnen.

Auch in der baieriſchen Rheinpfalz ſind Ereigniſſe eingetreten, die die Abſendung eines Reichskommiſſärs zur Folge gehabt haben, um vermittelnd einzuſchreiten, Gewaltſamkeiten zu verhüten und eventuell Uebergriffe in die Schranken zurückzuweiſen.“

Sodann beantwortet der Juſtizminiſter Herr Robert v. Mohl eine frühere Anrufung:

„Das Geſetz vom 20. Jan. hat überall in Deutſchland ſeine Vollziehung erhalten, mit Ausnahme von Homburg. Als am 1. Mai die Kunde von der Fortdauer des öffentlichen Spiels daſelbſt hier eintraf, wurde ſogleich nach Maßgabe der Bundesexekutionsordnung eingeſchritten; und weil die landgräfliche Regierung durch alle Stadien des vorgeſchriebenen Verfahrens hindurch ſich weigerte, dem Geſetze zu folgen, ſo mußte am Ende zur wirklichen Verfügung der Exekution geſchritten werden. In dem gegenwärtigen Augenblicke ſind die Exekutionstruppen unterwegs, um die Schließung der Bank zur bewerkſtelligen.“

Herr Wedekind aus Hannover ruft den Dreißigerausſchuß über das Schickſal ſeines in letzter Sitzung eingebrachten Antrags an. Eine Berathung darüber hat noch nicht ſtattgefunden, weil der Vorſitzende des Dreißigerausſchuſſes Herr v. Wydenbrugk keine Sitzung des Ausſchuſſes veranlaßt hat. Die Verſäumniß erklärt ſich durch die amtliche Anzeige des Präſidenten, daß der Hr. v. Wydenbrugk den 6. Abends zur Vertretung des Hrn. v. Watzdorf nach Weimar hat abreiſen müſſen.

Von Hrn. Weſendonck und Genoſſen wird folgender dringlicher Antrag geſtellt:

In Erwägung, daß das deutſche Volk ſich überall zum Schutze der Reichsverfaſſung erhebt, reſp. Sachſen und die baieriſche Rheinpfalz für dieſelben in vollem Aufſtande begriffen ſind;

in Erwägung, daß die Nationalverſammlung verpflichtet iſt, dieſe Erhebung zu unterſtützen und um ſo kräftigere Maßregeln zu ergreifen, als die im Dienſte der renitenten Regierungen ſtehenden Bajonette dieſelbe zu unterdrücken ſuchen:

In Erwägung, daß insbeſondere das preußiſche Militär verwandt wird, und es daher nothwendig iſt, daſſelbe über ſeine Pflicht aufzuklären beſchließt die Nationalverſammlung

1) Sämmtliche deutſche Truppen ſind unter den Befehl eines von der Centralgewalt zu ernennenden Oberkommandanten zu ſtellen.

2) Sämmtliche deutſche Truppen haben ſofort den Eid der Treue gegen die Reichsverfaſſung und die ſie ausführende Reichsgewalt zu leiſten.

3) Reichskommiſſarien werden ſofort in alle deutſchen Länder und insbeſondere zu allen Truppentheilen abgeſandt, um dieſen Beſchluß, ſowie denjenigen vom 4. Mai zur Ausführung zu bringen.

Die Dringlichkeit wird mit großer Mehrheit anerkannt, worüber ein Beifallsjubel ausbricht.

Herr v. Gagern: Ich habe für die Dringlichkeit des Antrags geſtimmt, damit die brennende Frage offen behandelt werde. Ich werde aber dagegen ſprechen und appellire an die politiſche Vernunft und das ſittliche Gefühl unſeres Volks. Wir wollen die Verfaſſung zur Anerkenntniß bringen. Die Verfaſſung für die überwiegende Mehrheit dieſes Hauſes einzuſtehen entſchloſſen iſt, iſt verkündet und zur Durchführung ſind die Beſchlüſſe vom 30. April gefaßt worden, die der Redner aufzählt. Das ſind zweckmäßige Beſchlüſſe geweſen und wer die Bewegung der letzten Tage überblickt, der wird nicht leugnen, daß ein Fortſchritt der öffentlichen Meinung Statt gefunden hat. In den nächſten Tagen werde ich im Stande ſein, Ihnen über die Lage der Dinge aus den Berichten der von der Centralgewalt abgeſandten Bevollmächtigten umfaſſende Mittheilung vorlegen. Bis dahin bitte ich, daß Sie Ihre Entſcheidung verſchieben. Bedenken Sie, daß die verſchiedenen Theile Deutſchlands von ſo verſchiedener Stimmung ſind, daß ein Schritt, der hier und da mit Enthuſiasmus aufgenommen würde, an anderen Orten uns zum Vorwurfe gemacht werden würde. Ueber die militäriſchen Hinderniſſe der Beeidigung wird Ihnen dann der Kriegsminiſter Eröffnung machen. Bei dem Kriege, den wir ſchon gegen Dänemark mit den vereinten Kräften verſchiedener deutſcher Staaten führen, bei einem anderen ſchwereren Kriege der uns zu drohen ſcheint, wie wäre es da zu rechtfertigen, wenn wir unter die Truppen eine Abſonderung brächten, dadurch, daß wir die Einen in Eid nähmen, die Andern nicht. Die Regierungen müſſen wir gewinnen, dann werden wir auch die Heere haben. Ein Eid iſt eine heilige Sache, namentlich dem deutſchen Volke. Wir ſelbſt, die wir die Verfaſſung geſchaffen, haben noch keinen Eid darauf abgelegt, wie dürfen wir von den Truppen einen ſolchen fordern, wie ſie in eine Unſicherheit bringen hinſichtlich deſſen was nun ihre Pflicht iſt. Ich berufe mich auf Ihr ſittliches Gefühl und Sie werden von Ihrem Verlangen abſtehen. Dazu hat ein ſolcher Eid auch noch das Hinderniß: bei den Heeren gilt der Kriegsherr. Von ihm empfängt der Soldat ſeine Befehle. So lange wir dem Heere keine Kriegsherren zu benennen haben, (den Erzherzog! Ruf

von der Linken) dürfen wir auch den Eid nicht von ihm fordern."
Nachdem mehrere Verbeſſerungsanträge angemeldet ſind, nimmt das Wort der Reichskriegsminiſter Hr. v. Peucker:

„Zur Zeit ſind alle deutſchen Truppen durch ihren Fahneneid ihren Landesfürſten als ihren Kriegsherrn verpflichtet. Vermöge dieſes beſtehenden Eides kann ihnen ein neuer Eid nur durch dieſe Kriegsherrn ſelbſt aufgelegt werden; denn die Truppen würden ſchwerlich ſich zu einer Eidesleiſtung verſtehen, die ihnen nicht von ihren Kriegsherren zugewieſen würde. Von den deutſchen Fürſten hat nur ein Theil bis jetzt die Verfaſſung anerkannt, und zwar iſt dazu die von ihnen repräſentirte Kriegskraft nicht der bedeutendere Theil. Denn werden von den ſämmtlichen Fürſten, die die Verfaſſung anerkannt haben, die Befehle ertheilt, die Truppen auf die Verfaſſung beeidigen zu laſſen, ſo würden die letzteren ungefähr nur den achten Theil der ganzen deutſchen Kriegsmacht darſtellen. In allen Fällen, wo bis jetzt Truppen von der Reichsgewalt im Reichsdienſte verwendet worden ſind, hat kein Unterſchied ſtattgefunden, nur in dem edlen Wetteifer der Dienſtpflicht und der Dienſttreue haben die Truppen ſelbſt einen Unterſchied zu begründen geſucht. (Bewegung.) In keinem Theile des deutſchen Staatslebens in keinem Theile Deutſchlands iſt bis jetzt die Einheit ſo zur Wahrheit geworden, als im Kriegsheer und im Feldlager." (Allſeitiges lebhaftes Bravo.) Ich erlaube mir, Sie an das zu erinnern, was hier unter Ihren eigenen Augen vorgegangen iſt: Während die verſchiedenen politiſchen Fraktionen, die verſchiedenen deutſchen Volksſtämme ſich in der Paulskirche, wie in den Geſellſchaften und Klubbs bekämpft, haben die Truppen derſelben Volksſtämme hier zu gemeinſamem Schutze hier vor Ihren Augen ihre Dienſte gethan, und in dieſem Augenblicke verſpritzen die Truppen faſt aller deutſchen Volksſtämme in dichtgeſchloſſenen Bruderreihen ihr Herzblut für das gemeinſame deutſche Vaterland. (Allſeitiges Bravo.) Laſſen Sie einen Theil des Heeres jetzt auf die Verfaſſung vereidigen, ſo wecken Sie dadurch im Heere das Bewußtſein einer politiſchen Verſchiedenheit und begründen dadurch auf der Stelle eine politiſche Spaltung. Dieſe verſchiedenen Truppen würden ſich mit Argwohn und Mißtrauen wechſelſeitig anſehen, und welche bedenkliche Folgen dieſes bei denjenigen Theilen des Heeres haben müßte, die dem Feinde gegenüberſtehen, meine Herrn, dies muß ich Ihrer ernſten Erwägung anheimgeben. Das Heer iſt der exekutive Theil der Staatsgewalt. Vermöge dieſes eigenthümlichen Charakters tritt in ihm überall die Perſon hervor; und es wird Ihnen unmöglich werden, dem Soldaten begreiflich zu machen, daß der abſtrakte Theil einer Staatsverfaſſung der Inbegriff ſeines Fahneneides ſei. Sie werden ihm dieſen Begriff verkörpern müſſen und zwar in der Perſon des Kriegsherrn, deſſen Befehlen er unbedingt Gehorſam leiſten muß, ohne welche keine Disziplin, keine Handhabung der Ordnung im Heere möglich iſt. Die Verfaſſung hat jetzt noch kein Oberhaupt. Es würden daher, da die Truppen ſich von dem bezeichneten Begriffe nicht trennen können, auch Zweifel in der Bruſt des einzelnen Soldaten erregt werden. In Frankreich, wo die Vereidigung der Truppen auf die Verfaſſung bereits beſtand, hat man, von dem geringen Nutzen der Maßregel überzeugt, gerade dieſe Vereidigung in neuerer Zeit aufgehoben. (rechts Hört!) Durch eine theilweiſe Vereidigung würden Sie, weit entfernt, die Kriegskraft des Heeres zu ſtärken, in ihren wichtigſten Grundlagen dieſelbe erſchüttern, und der Centralgewalt, der dieſe Truppen zur unbedingten Verfügung ſtanden, die aber die Spitze der Verfaſſung nicht bilden kann, eine Bedrückung in ihrer Verwendung auflegen." (Bravo rechts und im Centrum.)

Herr Ludwig Simon: Wir haben die Wahlen zum neuen Reichstage von Ihnen gefordert und gewährt erhalten, allein wir müſſen auch auf der ſofortigen Vereidigung beſtehen. Wollen wir etwa warten, bis das Miniſterium Brandenburg, bis die Fragen in Preußen überhaupt in der Lage eines friedlichen Abſchluſſes ſind? Umgekehrt, dies Miniſterium will uns bewaffnet zwingen. Wir müſſen uns ebenfalls bewaffnen und es ſtürzen. Man hat uns geſagt, wer die Regierungen hat, der hat die Heere. Ich kehre den Satz um, mit den Heeren werden wir die Regierungen haben (Beifall). Sehen Sie, wie man überall darauf wartet, daß wir die Beeidigung ausſprechen: in Würtemberg, in der Pfalz und zum Theil ſelbſt in der preußiſchen Landwehr. Grauſam wäre es Offiziere und Soldaten in ihrer ſchwankenden Lage zu laſſen. Jeder Tropfen Blut, der vergoſſen wird durch ſolch' eineu im Abdrücken noch ſchwankendenFinger kommt über ihre Häupter. (Beifall.)

Herr Rieſſer: Es iſt uns eine Nachricht zugekommen, deren Richtigkeit ich nicht zu beurtheilen vermag, nämlich daß preußiſche Truppen in Sachſen eingerückt ſeien zur Unterdrückung der dortigen Bewegung. Wäre dieſe That der unrechtmäßigen Gewalt geſchehen, ſo wäre allerdings unſer Standpunkt ein ſehr veränderter. Aber eben deshalb rathe ich an, daß wir unſere Berathung vertagen bis wir Gewißheit über dieſe Vorfälle haben. (Unruhe auf der Linken) Selbſt wenn diejenigen Recht hätten, die uns von jeher zuriefen, Euer Glaube an die Vernunft der Regierenden iſt irrig, ſelbſt wenn das Wort der Fauſtdichtung ſich bewahrheitete: „Verwünſcht, daß doch der Teufel immer Recht behält!" ſo werden wir es doch nie bereuen, ſtreng auf dem Boden des Rechts und Geſetzes beharrt und niemals eine Maßregel gebilligt zu haben, die dieſe Bahn verließ. Deutſchland will ſeine Freiheit durch die Einheit erreichen, und die Souveränetät dieſer Verſammlung beruht darauf, daß das Verlangen nach Einheit allen deutſchen Stämmen gemeinſam iſt. Die Thatſachen ſind für uns. Der Drang nach Einheit hat ſich überall ausgeſprochen. Nur dynaſtiſche Intereſſen widerſtreben ihr, und deshalb weiſe ich auch jetzt noch jede Gewaltmaßregel zurück. Sollte ſich Preußen vermeſſ.n, die Politik der dreißiger Jahre wieder aufzunehmen, ſollte es wirklich durch Gewalt die Freiheit in den deutſchen Ländern zu unterdrücken ſuchen, (Zuruf: Es thut es bereits! die Note!) dann müßte Gewalt mit Gewalt vertrieben werden, damit Deutſchland nicht einem blutigen und mißtrauiſchen Despotismus zum Opfer falle. Was den Eid anlangt, ſo macht der Redner darauf aufmerkſam, wir würden damit in den Truppen auch den Eid brechen, den ſie der Verfaſſung ihres Einzelnſtaates geleiſtet haben. Das ſei eine unſtatthafte Anmuthung, wie denn auch der Eid der Truppen auf die Verfaſſung der Einzelnſtaaten die zu uns halten, ganz hinreiche. Ich weiſe ferner auf den Ausſpruch Römers hin, wornach er im Namen Würtembergs erklärt, dies werde jeden Verfaſſungsbeſchluß der Verſammlung ohne Weiteres anerkennen, dagegen es ſich bei Beſchlüſſen, die in die Exekutive eingreifen, eine Prüfung vorbehalten müſſe. Die Eidesforderung aber iſt eine Exekutive. Das Beiſpiel Ungarns führt man uns an. Sind wir aber dahin gebracht, daß wir ſchon jeden und auch den letzten Blutstropfen zur Rettung unſerer Freiheit aufbieten müßten? Noch nicht, Gott ſei Dank! Vermeiden Sie es, den ſchmählichſten Argwohn in das Herz des deutſchen Volks zu werfen, als riefe eine deutſche Macht fremde barbariſche Völker zur Unterdrückung Deutſchlands heran. Geben Sie dem Durchmarſche der Ruſſen durch Schleſien nicht dieſe Deutung. Machen Sie eine Regierung nicht ſchuldig, indem Sie ſie verdächtigen. Denn dann wäre der Bürgerkrieg in Deutſchland erklärt, wir Alle würden uns erheben, und der Kampf würde Jeden von uns an ſeinem Platze finden.

Zimmermann von Stuttgart: Herr von Gagern vertraut, Herr Rieſſer hofft. Erwarten Sie aber von mir keine politiſche Vernunft in dieſem Sinne, ſondern nur den ganz einfachen politiſchen Verſtand, daß ich die Thatſachen mit unſern Mitteln vergleiche. Alſo dann erſt finge der Bürgerkrieg an, wenn von Preußen ruſſiſche Hülfe herbeigerufen würde? (Bewegung und Spottesäußerung.) Herr Rieſſer hat ſich auf Würtemberg und auf Römer berufen. Allein die Sache verhält ſich anders. Eben Römer hat zu dem Abgeordneten Schoder geſagt, daß er ſchon die Ausfertigung bereit habe, um auf den Beſchluß der Verſammlung die Vereidung zu vollziehen. Hätten wir von je mehr auf das Volk als auf die Höfe geſehen, ſo hätte uns die Baſſermannſche Staatsklugheit nicht in dies Dilemma geführt. Der Redner ſetzt dann die großen Fehler auseinander, deren ſich die Verſammlung in ihrer bisherigen Wirkſamkeit ſchuldig gemacht und wie ſie die einfachſten Sätze der Politik verleugnet habe.

Herr Stavenhagen (Oberſt in preußiſchen Dienſten) ſpricht vom militäriſchen Standpunkte gegen die Vereidigung. Das Heer auflöſen, es desorganiſiren heiße es, aber es keineswegs zu geordneter Kraft vereinigen, wenn man die Vereidigung verfüge. Es liegt zuletzt die Summe unſerer Politik an dem Gewinne Preußens für unſere Sache, womit Alles gewonnen wäre. (Sehr wahr!) Allein wenn Sie das Miniſterium Brandenburg ſtützen wollen, ſo ſprechen Sie die Vereidigung aus. Wollen Sie hingegen das Hinderniß der deutſchen Einheit entfernt ſehen, ſo beharren Sie bei mäßigen und zweckdienlichen Entſchlüſſen. Das ſchleswig-holſteiniſche Heer iſt hier geſagt worden, wolle man um die Theilung zu vermeiden von dem Eide entbinden. Allein dieſe Truppen hängen mit ihrer Heimath zuſammen und die Trennung würde auch ſo erfolgen. Die Bande die ein zuſammengeſetztes

Heer zuſammen halten ſind oft ſehr zarter Natur. Lockern Sie nicht daran, laden Sie nicht da, wo Deutſchland jetzt allein ehrenvoll repräſentirt wird, Schmach auf die deutſche Sache.

Herr **Wigard** von Dresden: Wie ſoll die öffentliche Meinung zum Durchbruche kommen? Auf dem Wege der langweiligen und nichtsnutzigen Adreſſen etwa? Und gegen wen, als gegen die verrätheriſchen Fürſten, die der Verfaſſung widerſtreben? Es iſt uns geſagt worden, wenn wir unſere Befürchtungen ausſprachen, die Reaktion werde nie bis zu gewaltſamen Maßregeln gehen. Blicken Sie auf Dresden, was ſich für die Reichsverfaſſung erhoben hat und nur für die Reichsverfaſſung und wo das erſte Blut für dieſe Verfaſſung gefloſſen iſt. Wollen Sie aber auf einem friedlicheren Wege zum Ziele gelangen, wollen Sie das Bürgerblut ſparen, ſo vereiden Sie die Truppen. Ein Stück des alten Zopfes iſt's, wenn hier behauptet wird, der Eid des Soldaten müſſe ſich ſtets auf eine beſtimmte Perſon beziehen. Die Sache iſt's, um die es ſich handelt, und die deutſchen Soldaten wiſſen recht gut, was es mit der Reichsverfaſſung zu beſagen hat. Die dringende Aufforderung, mit der Herr Wigard für die Vereidung ſchließt, wird lebhaft von dem zuſtimmenden Theile des Hauſes beklatſcht.

Herr **Breuſing** aus Osnabrück nimmt ſeine Motive gegen die Vereidung aus ſeinen hannoveriſchen Erfahrungen. Wir ſind zwar mit unſerm Kampfe gegen den verfaſſungsbrüchigen König unterlegen, aber das Rechtsgefühl iſt uns geblieben. Daher auch der entſchiedne und unblutige Umſchwung der Dinge im Jahre 1848. Jetzt ſetzt ſich abermals ganz Hannover zu einer allgemeinen und ruhigen Demonſtration innerhalb der Grenzen der Geſetzlichkeit für die Reichsverfaſſung in Bewegung. Sie wird durchdringen, wenn Sie dieſe Bewegung nicht durch excentriſche Maßregeln ſtören und Sie haben dann die ganze Bevölkerung und auch die konſervativſten Elemente darunter für ſich.

Herr **Vogt** v. Gießen: Herr Breuſing hat Ihnen eben in der naivſten Weiſe auseinandergeſetzt, wohin die geſetzlichen Maßregeln führen, indem Hannover im Jahre 1837 die Verfaſſung verlor aber ſein Rechtsgefühl bewahrte. (Lachen). Allein wir wollen nicht blos unſer Rechtsgefühl behaupten ſondern auch die Verfaſſung in's Leben ſetzen. Ich bitte das Volk um Verzeihung, daß ich mich nach einem langen Aufenthalt in Frankfurt über ſeine Stimmung getäuſcht hatte. Ich hatte ihm nicht ſo viel Kraft und Schwung zugetraut, als ſich überall in lebendigſter Weiſe kundgibt, wovon uns die Abgeordneten der Märzvereine die überraſchende Kunde zu bringen. Mit Gut und Blut ſteht das Volk zu uns. Aber es iſt die letzte Stunde und wir hier in der Verſammlung ſind dahin gelangt, daß uns ein zweifelhafter Freund mehr Schaden thut, als ein gewiſſer Feind. Herr Rießer ſagt, wir müßten erſt nähere Nachrichten aus Dresden abwarten. Ich will ſie geben. Das preußiſche Kaiſer-Alexanderregiment iſt mittelſt Eiſenbahn nach Sachſen abgegangen um die königlich ſächſiſchen Truppen in der Aufrechthaltung der Ordnung zu unterſtützen. Die Zuſammenſetzung der proviſoriſchen Regierung von Sachſen zeigt, daß die unendliche Mehrheit des ſächſiſchen Volkes in dieſer Regierung vertreten iſt. Die deutſche Reichsfahne weht in Dresden und gegen ſie marſchiren preußiſche Bataillone — die Centralgewalt ſchickt einen Reichskommiſſär. Nach der Pfalz gehen baieriſche Kürraſſiere, um die Kundgebung für die Reichsverfaſſung niederzudrücken und hier geſchieht? nichts, nichts und abermals nichts! Wir beantragen die Vereidigung, um das Heer gegen den Verrath ſeiner Obern zu ſchützen. Ich kann Ihnen noch eine Thatſache angeben: der Träger der deutſchen Centralgewalt hat einen Brief an den König von Würtemberg gerichtet, worin er das Prinzip der Vereinbarung für das einzig richtige erklärt, auf dem die Regierungen beharren müßten. (Bewegung) Ein würtembergiſcher Miniſter hat die Abſchrift dieſes Briefs geſehen (Stürmiſche Unwillensäußerungen von der Linken) Der Redner kritiſirt das bisherige Verfahren dieſer Reichsgewalt. Er fragt, wird das Reichsminiſterium den baieriſchen Truppen den Weg in die Pfalz verlegen, wo man nichts zur Vertheidigung für die Verfaſſung hat, als ſein Herz. Wird es die Preußen aus Sachſen hinauswerfen? Das iſt eben der faule Fleck der Sache, daß man ſich hier die Ohren verſtopft gegen den Kriegslärmen, daß man zuſieht und abwartet. Die Athener hatten ein Geſetz, welches den Bürgern verbot, parteilos zu bleiben vor vaterländiſchen Fragen. (Zur Rechten) Ergreifen Sie alſo Ihre Partei meine Herren, für das Vaterland, oder für den Verrath — aber ergreifen Sie Partei." (Stürmiſcher Beifall.) Herr Vogt läßt aus der konſtitutionellen Korreſpondenz aus Berlin vom 5. Mai hinzufügen, daß 2 Bataillone, 2000 Mann preuß. Truppen in Dresden einrücken ꝛc., und welche impoſante Macht Preußen in verſchiedenen Lagern aufſtellt.

Wir brechen den Bericht wegen Mangels an Raum hier ab und liefern die Fortſetzung im morgenden Hauptblatte. Beſchloſſen wird die motivirte Tagesordnung über den Antrag Weſendonck's in namentlicher Abſtimmung mit 209 gegen 140 Stimmen.

Dann wurde eine lange Reihe von Anträgen, die ſächſiſchen Angelegenheiten betreffend, eingebracht. Die Dringlichkeit ward anerkannt, die Behandlung nahm jedoch einen ſo gereizten Charakter an, daß die Sitzung auf eine halbe Stunde aufgehoben werden mußte. Ihr Ausgang war die Ueberweiſung ſämmtlicher auf Sachſen bezüglicher Anträge an das Reichsminiſterium zur Ergreifung ſchleuniger Maßregeln.

Frankfurt, 6. Mai. In Folge der über die Bewegungen in der baieriſchen Rheinpfalz am 5. d. M. eingekommenen Nachrichten, hat ſich Seine kaiſerliche Hoheit der Reichsverweſer veranlaßt geſehen, den zweiten Vicepräſidenten der Reichsverſammlung, Eiſenſtuck, als Reichskommiſſär dorthin abzuordnen. Heute erfolgte weiter die Ernennung des großherzoglich ſächſiſchen Staatsminiſters v. Watzdorff zum Reichskommiſſär für das Königreich Sachſen, zum Zweck der Wiederherſtellung des geſtörten Reichsfriedens. (O.P.Z.)

* **Frankfurt**, 6. Mai. Die äußerſte Linke der Nationalverſammlung (Klub Donnersberg: Brentano, Culmann, Damm, Dietſch, Erbe, Hönniger, Hoffbauer, Junghanns, Martiny, Mohr, Peter, Reichardt, Reinhardt, Richter, Rühl, Schlöffel, Schlutter, Schmidt, Schmitt, Schüler, Schütz, Titus, Trützſchler, Werner, Wiesner, Würth) hat folgende Ansprache an das Volk erlaſſen:

„Deutſche Männer! Die Gewaltherrſchaft der Könige hat ihre Maske abgeworfen! Sie hat es gewagt — Angeſichts der Völker Europas — mit Vernichtung zu bedrohen Alles, was civiliſirten Nationen hoch und heilig iſt! Sie hat die ruſſiſche Barbarei auf Deutſchlands Boden gerufen! Wortbrüchig verläugnet ſie den letzten Schimmer von unſeres Volkes Selbſtſtändigkeit und Freiheit, die ſie vor wenigen Monden bebend anerkannte! Fürſtenwillkür vernichtet, was die Vertreter des ſouveränen Volkes beſchloſſen! — Deutſche! Jetzt gilt es abermals, zum letzten Male, Eure Freiheit gegen die Angriffe der Fürſten zu ſchützen. Blicket auf das Beiſpiel der thatenſchloſſenen Pfälzer. Säumet nicht, bewaffnet Euch, organiſirt Euch, benutzet Euere Vereine, wählet leitende Wehrausſchüſſe, ſeyd mannhaft gerüſtet für den Augenblick, wo Ihr Euch den Gewaltſchritten der Willkürherren entgegen zu ſtellen habt! Und Ihr, Männer der Pfalz! — die Ihr für Freiheit, Ehre und Recht bereits in die Schranken getreten ſeid gegen den Verrath der Könige, haltet muthig Stand! Pfälzer! Deutſchlands Männer können und werden nicht thatlos und feig Eurer Erhebung zuſehen; ſie werden es nicht geſchehen laſſen, daß der Despotismus über Eure Leichen hinweg auch zur Vernichtung ihrer und des ganzen Volkes Freiheit ſchreite! Frankfurt a. M., am 5. Mai 1849." (F. J.)

Frankfurt, 7. Mai. In der geſtrigen Sitzung des Congreſſes der Märzvereine kam, nach Feſtſtellung der Geſchäftsordnung und der Wahl des Abgeordneten Fröbel zum Präſidenten, des Abgeordneten Raveaux zum Vicepräſidenten, der Abgeordneten Golz aus Brieg und Böhler aus Frankfurt zu Schriftführern, die Gefahr zur Sprache, in welcher die deutſche Reichsverfaſſung und mit ihr das ganze deutſche Vaterland ſchwebe. Der erſte Beſchluß in dieſer Angelegenheit geht dahin: „Alle in der heutigen Verſammlung für die Durchführung der Reichsverfaſſung gefaßten Beſchlüſſe ſind für alle hier vertretenen Vereine bindend." Als erſter Gegenſtand der Tagesordnung ſteht das Banner, um welches ſich die Märzvereine zur Erreichung ihrer Zwecke ſchaaren ſollen. Nach Verwerfung verſchiedener Zuſatz- und Abänderungsanträge wird der Antrag, als Banner die Volksſouveränetät und die Durchführung der Reichsverfaſſung, ſo wie der von der Nationalverſammlung gefaßten und noch zu faſſenden Beſchlüſſe zu bezeichnen, angenommen. Der zweite Punkt war der Vorſchlag: einen Aufruf an das deutſche Volk und an die deutſchen Truppen zu erlaſſen. Zu dieſem Zweck werden zwei Kommiſſionen ernannt, welche am Schluſſe der Sitzung zu berichten haben. Der dritte Gegenſtand bezieht ſich auf die künftige Organiſation des Vereins. Der darüber von dem Frankfurter Ausſchuß verfaßte Entwurf wird einer aus allen Provinzen Deutſchlands zuſammengeſetzten Kommiſſion zur Begutachtung überwieſen, bevor derſelbe in ſeinen Einzelnheiten bekannt gemacht werde. In Folge eines dringlichen Antrags wird beſchloſſen: noch heute eine Deputation an den Präſidenten der Nationalverſammlung zu ſenden, mit der ſchriftlichen Aufforderung, die Beeidigung des deutſchen Volkes, der Truppen und aller Staatsbeamten auf die Reichsverfaſſung unverzüglich anzuordnen. Der ziemlich lange Aufruf an die

Truppen wird verleſen und mit ſtürmiſchem Beifall angenommen. Die Sitzung wird nun $8\frac{1}{4}$ Uhr Abends ſuſpendirt und ihre Wiederaufnahme auf 9 Uhr angeſetzt. Die Berathung betrifft nun die nach innen und außen zu befolgende Politik. Vor dem Schluß der Sitzung erſucht der Präſident die Mitglieder, alles aufzubieten, um jeden auch nur ſcheinbaren Konflikt mit den das Haus umgebenden aufgeregten Volksmaſſen zu vermeiden, indem der geringſte Vorfall Veranlaſſung geben könnte, daß morgen der Belagerungszuſtand über Frankfurt verhängt würde. (O. P. Z.)

⁝ **Frankfurt**, 7. Mai. Geſtern traf hier Herr Cichorius, Stadtverordneter von Leipzig, hier ein, um die Vermittlung der Reichsgewalt in den ſächſiſchen Wirren in Anſpruch zu nehmen.

⁝ **Frankfurt**, 7. Mai. Auf heute Abend 8 Uhr iſt eine Verſammlung ſämmtlicher Bürgerwehrmänner im Wolfseck anberaumt.

⁝ **Frankfurt**, 7. Mai. Der Congreß ſämmtlicher Märzvereine Deutſchlands hat einen Aufruf an das deutſche Volk und das deutſche Heer erlaſſen, welchen wir im morgigen Blatte bringen werden.

Lith. Korr. **Berlin**, 5. Mai. Im Miniſterium ſoll geſtern Abend die Meldung eingegangen ſein, daß ein Zuzug ruſſiſcher Hilfstruppen gegen die Ungarn nicht ſtatthaben werde. Wie es ſcheint, hat eine energiſche Note der britiſchen Regierung dieſe Entſchließung des Kaiſers von Rußland hervorgerufen. Anderſeits vermuthet man auch, daß dieſelbe in einer Aufregung ihren Grund habe, die im innern Rußlands ſelbſt die Lage der Regierung immer ſchwieriger macht.

A **Dresden**, 4. Mai. 6 Uhr Abends. Die proviſoriſche Regierung hat folgenden Aufruf erlaſſen und verbreitet denſelben durch Kommiſſäre in alle Garniſonen der Provinz:

Soldaten! Brüder! Die proviſoriſche Regierung, welche nach der Flucht des Königs und der Miniſter in der Stadt Dresden niedergeſetzt worden iſt, ruft Euch zu, das Land gemeinſchaftlich mit ihr zu ſchützen, dem Volke die Bruderhand zu reichen und Euch zur Verfügung der Landes- und Reichsverfaſſung zu ſtellen! Folgt dem Beiſpiele anderer braver Soldaten, vergeßt nicht, daß Ihr vereidete Staatsbürger ſeid und daß Ihr für Aufrechthaltung der Rechte und Freiheiten des Volkes zu wachen habt. Ihr ſeid erwählt, dem Volke zu zeigen, daß Ihr mit ihm geht, nicht gegen daſſelbe ſeid. Soldaten! Auf denn, haltet zu uns, die proviſoriſche Regierung hat die Pflicht, in der jetzigen Zeit die Gefahr des Vaterlandes abzuwenden und braucht Eure Kräfte. Die proviſoriſche Regierung:

Tzſchirner. Heubner. Todt.

A **Dresden**, 5. März, 12. Uhr. So eben erſcheint folgende Poklamation:

„Die meinem Herzen wahrhaft ſchmerzlichen Ereigniſſe des geſtrigen und heutigen Tages, welche zugleich in gewaltſame Angriffe auf das Zeughaus und ſelbſt auf mein Schloß ausarteten, während ein großer Theil der Communalgarde ſeiner Pflicht, für Erhaltung und Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung mitzuwirken, nicht nachkam, nöthigen mich, Dresden einſtweilen zu verlaſſen und mich auf die Feſtung Königſtein zu begeben. Wenn ich den von vielen Seiten an mich geſtellten Anträgen, die von der Nationalverſammlung zu Frankfurt verkündete deutſche Reichsverfaſſung ſofort anzuerkennen, zu willfahren Bedenken trug, ſo bin ich dabei nur der innerſten Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer einſtweiligen Beanſtandung dieſer Maßregel gefolgt, und habe dabei nur das wahre Wohl des gemeinſamen Vaterlandes im Auge gehabt, ſo wie ich auch durch dieſen meinen Entſchluß die Grenzen des mir unzweifelhaft zuſtehenden Rechts auf keine Weiſe überſchritten habe. Ich hoffe von dem früher ſo oft bewährten Sinne meiner geliebten Sachſen für Recht und Geſetzlichkeit, daß es weitern ernſten Einſchreitens nicht bedürfen ſoll und daß ich deßhalb auch in kürzeſter Zeit in meine theure Reſidenzſtadt wieder zurückzukehren im Stande ſein werde. Uebrigens iſt Fürſorge getroffen, daß durch meine Abweſenheit von hier die Regierungsgeſchäfte nicht unterbrochen werden. Dresden, 4. Mai 1849. Friedrich Auguſt. Dr. Ferdinand Zſchinsky.

Die unterzeichneten Staatsminiſter erfüllen ihre Pflicht, die obige Proklamation Sr. Majeſtät des Königs zu veröffentlichen. Die unterzeichneten Miniſter haben weder Se. Majeſtät den König, noch die Regierung des Vaterlandes verlaſſen. Sie ſind ſofort auf ihre Poſten zurückgekehrt, nachdem ſie Sr. Majeſtät des Königs perſönliche Sicherheit geſchützt ſahen. Sie halten es für ihre Pflicht, im Namen Sr. Majeſtät des Königs gegen die Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung Verwahrung einzulegen. Sie hoffen, daß das ſächſiſche Volk dem Rufe des Geſetzes, den Pflichten der Treue und den Mahnungen der Beſonnenheit folgen werde. Dresden, 5. Mai 1849. Die Staatsminiſter: v. Beuſt. Rabenhorſt.

Dresden, 5. Mai, Abends 10 Uhr. Um 1 Uhr trafen die aus Leipzig abgegangenen Schützen (800 Mann) in Neuſtadt ein, wo ſie ſofort theils auf der Brücke, theils im Blockhauſe poſtirt wurden. Es wurden von der Altſtadt Verſuche gemacht, die Proklamationen der proviſoriſchen Regierung an das Militär zu vertheilen, jedoch wurden mehrere Leute, die ſich an dieſes kitzliche Geſchäft gemacht, verhaftet.

Bald nach 1 Uhr kam der ehemalige griechiſche Obriſtlieutenant Heinzen, jetzt Kommandant der Kommunalgarden, in griechiſcher Uniform, von einem Tambour und einem Kommunalgardiſten begleitet, welch' letzterer ein weißes Tuch auf dem Bajonet ſeines Gewehrs trug, aus dem Georgenthor und ging in Begleitung eines Schützenoffiziers nach dem Blockhaus in der Neuſtadt, wo ſich das Hauptquartier der Truppen befindet, um die Anerkennung der proviſoriſchen Regierung zu fordern. Man ſchlug dies natürlich ab. Um 4 Uhr war der Waffenſtillſtand zu Ende und das Militär rückte in die frühere Stellung wieder ein. Um dieſelbe Zeit ging das am Zeughaus ſtationirte Militär zum Volke über. Das Zeughaus ward von der proviſoriſchen Regierung ſofort für Nationaleigenthum erklärt und von Militär und Kommunalgarde beſetzt. Die Zahl der übergetretenen Militäre ſind 100 Mann von der Artillerie, 200 Mann vom Regiment Prinz Albert und eine Anzahl Schützen. Der Jubel, den dieſes Ereigniß verbreitete, war ungeheuer.

In Folge der Uebergabe des Zeughauſes hat die proviſoriſche Regierung am 4. Mai Abends folgende Kundmachung veröffentlicht: „Sachſen! Das brave ſächſiſche Militär hat dem Gebote der Pflicht gegen die heiligen Intereſſen des Vaterlandes Genüge geleiſtet. Das Zeughaus iſt übergeben und von Militär und Bürgerwehr gemeinſchaftlich als Nationaleigenthum beſetzt. Deutſchland iſt dem ſächſiſchen Militär zu Dank verpflichtet. Sachſen! Steht auf wie Ein Mann! Das Volk, das ganze Volk iſt eins! Es gilt nur, dem äußeren Feind entgegen zu treten. An euch iſt es, Deutſchland einig, frei zu machen. Das Vaterland, die proviſoriſche Regierung, rechnet auf euch." (F. J.)

Leipzig, 5. Mai. (Abends 7 Uhr.) $\frac{1}{2}$5 Uhr wurde wieder Generalmarſch geſchlagen. Magiſtrat und Stadtverordneten waren in Permanenz zuſammengetreten und erklärten der an ſie geſendeten Deputation der am Nachmittage gehaltenen Urverſammlung, daß ſie über ihr Verhältniß zur proviſoriſchen Regierung nicht eher Beſchluß faſſen könnten, als bis die Deputation, welche ſie nach Dresden geſendet, um an Ort und Stelle ſich von der Sachlage genauere Kenntniß zu verſchaffen, zurückgekehrt ſei. Einer weiteren Forderung der hieſigen verbündeten Vereine, um ſofortige Verabfolgung von 50,000 Thaler zur Ausrüſtung ward ein abſchläglicher Beſcheid, und man hat nur Lieferung von Waffen ſo weit möglich in Ausſicht geſtellt.

Mündliche Nachrichten aus Dresden von heute beſagen, daß der Kriegsminiſter dem Militär auf's neue den Eid für den König abgenommen und daß das Militär ihn geleiſtet habe. (F. J.)

Hannover, 4. Mai. Das Korps der bewaffneten Polytechniker iſt aufgelöſt, die polytechniſche Schule bis auf weiteres geſchloſſen. Die Deputation des Magiſtrats zu Lüneburg iſt vom König nicht empfangen und hat ihr bekanntes Geſuch ſchriftlich hinterlaſſen. Mittags. Die 11. Compagnie der Bürgerwehr (Hauptmann Schläger) hat ſich mit 89 gegen 4 Stimmen für den ganzen Antrag des Volks- und Wehrmannsvereins erklärt, mithin zur feierlichen Anerkennung der Reichsverfaſſung eine große Parade abzuhalten; ſie hat die Erklärung abgegeben, auch nöthigenfalls zugleich der Reichsverfaſſung Geltung zu verſchaffen. Hr. Stüve iſt heute früh nach Berlin abgereiſt. Der König wird dem Vernehmen nach morgen das Sommerſchloß zu Herrenhauſen beziehen. (H. M.) So eben ergeht (melden hieſige Blätter) von der hieſigen Polizeidirektion das Verbot der für den 7. dieſes beabſichtigten Maſſendeputation. Nachmittags 4 Uhr. Einige 20 Polytechniker haben ihre Waffen abgeliefert, die übrigen weigern ſich entſchieden. Mehrere Compagnien der Bürgerwehr, unter andern die 10., ſind aufgefordert, dieſelben zu entwaffnen, ſie haben ſich aber geweigert, dieſen Befehl zu vollführen.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 7. Mai.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. $75\frac{1}{2}$; $2\frac{1}{2}$ pCt. Metall. $39\frac{7}{8}$; Bank-Aktien fl. 1155; fl. 500. Looſe 126; fl. 250. Looſe 78; Badiſche fl. 35. Looſe $27\frac{5}{8}$; Heſſ. 27; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe —; Großh. Heſſ. 50 fl. Looſe $70\frac{5}{8}$; Polniſche fl. 500 Looſe 72; Friedr. Wilh.-Nordbahn $32\frac{1}{2}$; Berbach 71; Köln-Minden $75\frac{1}{2}$; 3 pCt. inländ. Spanier $24\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. Würt. $93\frac{3}{4}$; 5pCt. Bad. $95\frac{7}{8}$; 5pCt. Naſſ. $99\frac{3}{4}$; Belg. $83\frac{1}{4}$; Integ. $49\frac{1}{2}$.

In Folge höherer Notiz aus Wien und fortgeſetzter Ankäufe für Amſterdamer und Antwerpener Rechnung ſind 5 pCt. und $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. nambaft geſtiegen. Die meiſten übrigen Effekten, mit Ausnahme 3pCt. Spanier, blieben niedriger und mehr angeboten.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 127. Frankfurt a. M., Dienſtag 8. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Durchführung der Reichsverfaſſung.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 7. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Aufruf des Kongreſſes der Märzvereine an das Volk und an das Heer. Die Sitzung. Truppenmärſche. Proteſt gegen die Abſendung Eiſenſtuck's.) Wien (Die Stellung des Heeres bei Preßburg unverändert. Die Ungarn ſcheinen den Ruſſen entgegenrücken zu wollen. Der Lloyd über die deutſche Frage. Oedenburg geräumt. Görgey. Die ungariſche Unabhängigkeitserklärung. Kriegsnachrichten. Die biſchöfliche Synode. Hr. v. Würth. Ein türkiſches Reſervekorps. Theatercenſur. Die niederöſterreichiſchen Stände.) Berlin (Die Ereigniſſe in Dresden. Adreſſe nach Frankfurt. Die neuen Wahlen.) Koblenz (Einberufung der Kriegsreſerve. Hr. v. Bodelſchwingh.) München (Bewegung in den Provinzen. Stille in der Reſidenz. Mathy.) Aus der Pfalz (Die Beſchlüſſe von Kaiſerslautern. Die Vorgänge in Eppſtein.) Hannover (Das Verbot des Aufzuges. 3000 Mann Preußen erwartet.) Hildesheim (Der Verein der Gewerke für die Reichsverfaſſung. Die Aufregung in Hannover.) Freiburg (Der Fickler-Bornſtedt'ſche Prozeß.) Koburg (Amneſtie für Jagdvergehen.) Braunſchweig (Hr. v. Vincke.) Hamburg (Hr. Heckſcher.)

Großbritanien. London (Verſchiedene Mittheilungen in Betreff der däniſchen Angelegenheiten. Parlamentsverhandlungen.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen der Nationalverſammlung. Briefwechſel zwiſchen dem Präſidenten und ſeinem Vetter. Gerüchte aus Italien. Nachrichten aus Perſien.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Galizien (Bedrohliche Zuſtände. Einbruch der Ungarn.)

Italien. Aus Ober-Italien (Friedensunterhandlungen noch nicht aufgenommen. d'Azeglio Miniſter.) Rom (Die Franzoſen ſind noch nicht eingerückt. Gerücht von ihrer Niederlage. Das Verfahren der Triumvire.)

Ungarn. Peſth (Neues Miniſterium. Verhaftung. Türkenhilfe. Magyariſcher Enthuſiasmus. Rekrutirung. Das Debrecziner Parlament hier erwartet.) Ofen (Alle Verbindungen mit Peſth abgebrochen)

---

7. Mai.

Waffen! ruft Ludwig Simon, Waffen! Waffen!

> Ad arma cessantes, ad arma
> Concitat, imperiumque frangit.

Mit Waffengewalt will er die Reichsverfaſſung durchführen. Bedenklicher Weiſe verlangt das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel nichts Anderes. Wie die Ultra's in der Kammer ungeſcheut ihren Wunſch ausſprechen, „daß der eiſerne Würfel noch einmal fallen möge," ſo iſt auch dem Miniſterium der Ultra's nichts willkommener, als wenn die Frage über die deutſche Verfaſſung auf gewaltſame Weiſe zur Entſcheidung käme. Denn es verſteht ſich ja auf nichts, als auf rohe Gewalt. Darin beſteht ſeine Stärke. Je eher je lieber möchten die Herren Manteuffel und Genoſſen den Kampf herüberſpielen auf dieſes Gebiet von dem moraliſchen, auf welchem ſie dem Unterliegen bereits nahe, ganz nahe ſind. Die Bewegung für die deutſche Verfaſſung pflanzt ſich von Landſchaft zu Landſchaft, von Stadt zu Stadt, von Ort zu Ort weiter und immer weiter fort. Selbſt der zähe Norden wird bereits ergriffen und die Zeit iſt nahe, wo die Miniſter für ihre unſelige Politik Niemand mehr haben werden, als die Soldaten — und vielleicht auch dieſe nicht. Wenn alle Parteien, alle Klaſſen des Volkes ſich einmüthig für die Verfaſſung erheben, wird es möglich ſein, ihnen dieſelbe zu verweigern? An der Macht der öffentlichen Meinung ſind ſchon ganz andere Köpfe zerſchellt, als dieſe hohlen. Es iſt wahr, das nämliche Miniſterium hat ſchon einmal der öffentlichen Meinung Trotz geboten. Aber es würde ſehr irren, wenn es glaubte die öffentliche Meinung beſiegt zu haben. Vielmehr verdankte es ſeinen Sieg nur der öffentlichen Meinung, als dieſe nicht durch ihr eigenes Verdienſt, ſondern durch die Fehler ihrer Gegner ihnen zugewandt wurde. Als durch die Steuerverweigerung die ganze Ordnung des Staates in Frage geſtellt ward, Unruhen, bewaffnete Aufſtände ausbrachen, da flüchtete das Volk unter den Schutz der noch ebenſo verhaßten Bajonette. Auf eben ſolche Fehler ihrer Gegner rechnen die preußiſchen Miniſter auch jetzt, ſie haben keine andere Hoffnung mehr. Wenn es uns gelingt, die Bewegung nur noch eine kurze Zeit auf dem moraliſchen Gebiete zu erhalten, ſo ſind die Miniſter und ihre ſchmachvolle Politik verloren. Sie müſſen erliegen in dem Kampfe, von dem die Aachener Zeitung bemerkt: „Der Kampf bedarf der Hände nicht, er bedarf nur der Geiſter und ſie fehlen nicht. Die Freiheit hat ihren Boden gewonnen. Wollte man ſie vernichten, ſo würden auch die Unbewaffneten die Gräben, mit denen die Reaktion ſich umgeben wird, auszufüllen wiſſen und den Feind erdrücken. Aber man weiß, daß dies nicht gewagt werden kann." Wenn indeß, ehe die geiſtige Bewegung ihr Ziel erreicht, der Waffenkampf entbrennt, dann, nur dann darf das elende Miniſterium hoffen, ſein nichtswürdiges Spiel zu gewinnen.

Denn es kommt auf vielfache Weiſe in Vortheil. Es gebietet über das beſte ſchlagfertige Heer mit allen Hilfsmitteln, während ihm größtentheils ungeordnete Maſſen entgegenſtehen. Bei einem ſolchen wilden Losbruche iſt es ferner gar nicht zu verhüten, daß die gute Sache ſchlechte Genoſſen erhält, daß Unordnungen ausbrechen, daß Ungeſetzlichkeiten vorfallen, daß das Eigenthum des Staates wie der Einzelnen angegriffen wird. Dadurch werden dem Miniſterium aller Orten Bundesgenoſſen zugeführt, welche noch eben zu ſeinen Gegnern zählten. Der beſitzende Bürger will vor allen Dingen Sicherheit ſeines Eigenthums und fällt dem zu, der ihm dieſen Schutz gewährt. Es hilft nichts, geringſchätzig von dieſer Partei zu reden, ſie iſt deshalb doch nicht minder zahlreich und beachtenswerth. Bedenke man doch, daß allein in Berlin ſich noch jüngſt neunzehntauſend Menſchen gefunden haben, welche die Bittſchrift um Fortdauer des Belagerungszuſtandes unterſchrieben. Und in den öſtlichen Provinzen, wo das Land zu dünn bevölkert iſt, um bei politiſchen Bewegungen ſehr ins Gewicht zu fallen, iſt in den Städten eine ähnliche Stimmung ſehr verbreitet. In Danzig werden ſelbſt ſchon jetzt Unterſchriften für eine Erklärung geſammelt, welche die Auflöſung der Kammer billigt. Wie ſehr wird ſich dieſe Partei verſtärken, ſobald es dem Miniſterium gelingt, ſich als Wächter der öffentlichen Ordnung und Sicherheit darzuſtellen! Alle höheren Intereſſen würden darüber vergeſſen werden. Und was würden die Soldaten thun, welche ſich zuletzt ſchwerlich ausſchließen würden, wenn alle Klaſſen des Volkes ohne Ausnahme, alle Städte, mit ihren Obrigkeiten an der Spitze, alle Bürger, vornehm und gering, reich oder arm, einmüthig, friedlich und geſetzlich, für die Reichsverfaſſung ſich ausſprechen? Die preußiſchen Offiziere kennen ihre nächſte Pflicht, die Pflicht des Gehorſams gegen ihre Landesregierung. Aber ſie achten ſich ſelbſt zu hoch, um ſich zu blinden Werkzeugen jedes, auch des elendeſten Miniſteriums, um ſich zu allen, auch den fluchwürdigſten Plänen mißbrauchen zu laſſen. Das iſt die Stimmung am ganzen Rhein. Aber die nämlichen Offiziere, dieſelben Soldaten werden doch nicht anſtehen können, Unordnungen und Zerſtörungen und gewaltſamen Angriffen entgegenzutreten.

Es ſind nicht bloß Behauptungen, welche wir hier ausſprechen, es ſind bereits Thatſachen. Leider iſt in Sachſen die friedliche geſetzliche Bewegung in einen ungeordneten Aufſtand ausgeſchlagen, begleitet von all den Umſtänden, welche wir ſo eben anführten. Uns ſchmerzt das vergoſſene Bürgerblut um ſo mehr, als es nutzlos verſpritzt iſt. Der Aufſtand kam dem Soldatenminiſterium in Berlin wie beſtellt. Es wird nicht unterlaſſen mit jenem Blute ſeine ſchlechte Sache beſtens aufzufärben; es wird ſich hinſtellen als den Schutz vor Unordnung und Empörung. Und doch tragen ſie, die elenden Miniſter, die Schuld an all dem Blute, was in dieſem Jahre in Deutſchland vergoſſen werden mag. Die mildeſte Stimme, welche in dieſen Blättern erſchallte, hat es ihnen im Voraus zugerufen: „Unſer Blut komme über Euch!",

Wir wiſſen noch nicht den Ausgang der Ereigniſſe in Dresden; eins aber iſt ſicher: das Königthum iſt in den Herzen der Sachſen durch die preußiſchen Bajonette nicht befeſtigt worden. Und wir beklagen das. Denn wir ſind beſſere Freunde des Königthums, als deſſen augenblicklich verblendeten Träger. Im Uebrigen können wir nur wiederholen, was wir vor einigen Tagen bemerkten: „Ein gewaltſamer Zuſammenſtoß wäre auf das äußerſte zu beklagen. Er würde unſer Volk von der Bahn geſetzmäßiger Entwicklung abführen. Niemand kann ſagen, wohin dieſe abſchüſſige Bahn führen würde, ob zur Willkürherrſchaft oder zur Fürſtenloſigkeit. Jeder Freund des Vaterlandes, jeder der nur von der geſetzlichen Ordnung Heil erwartet, muß daher auf das Aeußerſte wünſchen, einen ſolchen Zuſammenſtoß zu vermeiden."

Wir billigen es, daß man auch auf das Schlimmſte ſich gefaßt mache, und rüſte. Wir vernehmen mit Genugthuung, daß bereits Befehl ertheilt iſt zur Zuſammenziehung von Reichstruppen. Aber wie eben Heinrich von Gagern ſagte noch iſt die Zeit nicht gekommen, um das Schwert zu ziehen und die Scheide wegzuwerfen. Noch jetzt, trotz deſſen, was in Sachſen ſchon geſchehen iſt, in der Pfalz zu beſorgen ſteht, laſſen wir nicht unſeren Glauben fahren, daß eine unblutige Erhebung der Millionen der beſte und ſicherſte Weg iſt um die Reichsverfaſſung durchzuführen. Nur das letzte Heil liegt im Schwerte. Unſern Feinden den Willen thun, den Kampf mit dem Schwerte hervorrufen, ehe die ſtets wachſende Bewegung ſich über alle Theile Deutſchlands verbreitet und überall alle Parteien vereinigt hat, das ſieht nur aus wie Muth: es iſt nichts als Unbeſonnenheit.

Ihr aber, Ihr Könige, die ihr einen Frevel am deutſchen Volke zu begehen im Begriffe ſteht, wogegen Alles, was dieſes Volk Euch ſeit einem Menſchenalter vorwirft, ein Geringes iſt, haltet ein auf dem furchtbaren Wege. Er führt durch Blut und Blut, und zuletzt werdet Ihr doch darin ausgleiten und fallen. Denkt an die Worte, die Euch ein achtzigjähriger Greis zuruft, deſſen Haupt dem deutſchen Volke ſo heilig iſt, wie irgend eins, das Kronen trägt. Denkt an die Acht und Aberacht! Es wohnt kein treueres, beſſeres, gutmüthigeres Volk auf Erden als das deutſche. Wollt Ihr die Milch ſeiner frommen Denkart in gährend Drachengift verwandeln? Faßt Vertrauen zu Eurem Volke, es will Euch ja lieben und ehren wie ſonſt; entlaßt Eure ſchlechten Rathgeber; geht mit Eurem Volke. Es hat Euch ſeine Wünſche einmüthig, in allen, allen, allen Landen vorgetragen; gewährt ſie ihm; gönnt ihm ſeine Reichsverfaſſung, bei der niemand mehr gewinnt als Ihr. Wollt Ihr aber ſeine Wünſche mit Waffengewalt unterdrücken, wahrlich, wahrlich, ſo werdet Ihr und die Eurigen dem Gerichte des Volkes ebenſowenig entrinnen, wie den gerechten Gerichten Gottes!

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.
Vom 7. April. (Schluß.)

Hr. v. Gagern: Es iſt ungerecht, wenn man an die exekutirende Centralgewalt die Forderungen eines einheitlichen Staates ſtellt. Wir ſind nur ein Bundesſtaat. Gegen die Anerkenntniß dieſer Schwierigkeit ſich verſchließen zu wollen, das kann nur der Phantaſie oder dem Muthwillen erlaubt ſein. Wir ſind auch nicht in der Lage, als gälte es, gegen einen auswärtigen Feind das Schwert zu ziehen und die Scheide wegzuwerfen. Wären wir aber bis zum Bruderkampfe gekommen, ſo würde ich ſelbſt auf den Platz eilen um meinen Leib zwiſchen die Bayonette zu werfen. (Spöttiſches Gelächter von der Linken, Beifall von Rechts.) Nur Buben können dieſe Aeußerung verlachen. (Unterbrechung, wornach der Präſident Hrn. v. Gagern zur Ordnung ruft.) Ich bitte den Präſidenten und das Haus um Verzeihung. Aber es iſt hart für Jemanden, der ſich bewußt iſt, ſein Vaterland von ganzem Herzen zu lieben, ſeine Gefühle alſo verhöhnt zu ſehen. Allerdings habe ich dem Reichskommiſſär kein Heer nach Sachſen mitgeben können. Allein daß die Stunde der Entſcheidung gekommen, ſtelle auch ich nicht in Abrede und es hat bereits die Centralgewalt Befehl zur Vermehrung der Streitmacht gegeben (hört!). Ueber die öffentliche Meinung ſteht auch mir ein Urtheil zu und ich komme nicht blos mit Einer Schicht des Volkes in Berührung. Ich glaube gern, daß die Märzvereine Männer hierher geſandt haben, die es redlich mit dem Vaterlande meinen, allein nach den Gründern des Vereins iſt anzunehmen, daß ſich darin eine ganz beſtimmte Meinung ausdrückt und hier ſtehen wir auf dem Standpunkte einer Vereinigung und die politiſche Partei, der ich ſelber angehöre, iſt nicht mit Sack und Pack ins andere Lager übergegangen, ſondern zu gemeinſchaftlichem Handeln bedarf es der jedesmaligen Verſtändigung. In der Pfalz ſind die Civil- und Militärbehörden angewieſen, den Anordnungen des Reichskommiſſärs Folge zu leiſten. Zur Vereidigung der Truppen, kann das Miniſterium ſeine Zuſtimmung nicht ertheilen, und nicht verſagt ſie dieſelbe bloß im Namen des Inhabers der Centralgewalt. Aber entrüſtet bin ich über den Mißbrauch, den man hier mit einer Privatkorreſpondenz dieſes Inhabers der Centralgewalt getrieben hat, von der mir nichts bekannt iſt, und die nicht in die öffentliche Wirkſamkeit dieſes Inhabers fällt, die ſich ſtets innerhalb der Befugniſſe des Geſetzes vom 28. Juni gehalten hat.

Nachdem u. A. noch ein Zuſatzantrag des Herrn Würth aus Sigmaringen auf „Vertilgung der rebelliſchen Fürſten" mitgetheilt und der Schluß der Verſammlung beliebt worden, erhält als Antragſteller Herr Weſendonck das Wort: Wenn der Herr Reichsminiſterpräſident im Schlußworte ſich zum Rücktritte bereit erklärte, ſo muß ich das Reichsminiſterium daran erinnern, daß es vor Allem ſeine Aufgabe iſt, nicht und in keinem Falle von ſeinem Platze zu weichen, als bis die Verfaſſung durchgeführt iſt. Die Maßregeln Preußens zeigen, daß an eine friedliche Löſung nicht mehr zu denken iſt. Nichts bleibt übrig, als eine Erhebung des deutſchen, namentlich des preußiſchen Volks. Nun, wenn Sie das zugeſtehen, ſo gewähren Sie auch die Mittel dazu, zunächſt die Vereidigung. Wenn Sie ſich nicht an die Spitze der Bewegung ſtellen, ſo wird dieſe ſelbſt endlich an dem Abſolutismus verloren gehen. Rufen Sie dem deutſchen Volke zu, es ſoll ſich für die Verfaſſung erheben — die preuß. Rheinprovinz namentlich wartet nur auf einen Wink von uns dazu — erinnern Sie das Heer daran, daß es noch andere Pflichten zu erfüllen hat, als die bereits beſchworenen.

Die Abſtimmung findet hierauf durch Namensruf Statt über den von Hrn. Briegleb und Genoſſen eingebrachten Antrag: „daß die Verſammlung über den von Weſendonck und Genoſſen geſtellten Antrag zur motivirten Tagesordnung übergehe."

Die motivirte Tagesordnung wird mit 209 gegen 140 Stimmen angenommen. Obſchon die Zuhörer heute öfters Zeichen ihrer aufgeregten Theilnahme gegeben und wiederholte Warnungen des Präſidenten nöthig gemacht haben, ſo enthalten ſie ſich dennoch aller Unwillensäußerungen bei der Verkündigung dieſes Ergebniſſes.

Es liegt noch eine Reihe dringlicher Anträge vor, wie der von Hrn. Moritz Mohl, daß alle Staaten, welche die Verfaſſung anerkannt haben, ihre Truppenmacht auf die vorſchriftsmäßige Stärke bringen, die allgemeine Volkswehr organiſiren ſollen und daß aus dieſen Mitteln ein Heer bei Frankfurt zuſammengezogen werde. Die Dringlichkeit wird ihnen jedoch abgeſprochen:

Auf eine von der proviſoriſchen Regierung von Sachſen eingegangene Erklärung, die hierauf verleſen wird und worin dieſelbe ihr Wirken unter den Schutz der Nationalverſammlung ſtellt, beziehen ſich die dringlichen Anträge:

1) von den Herren Henſel und Genoſſen die Reichsverſammlung wolle die Centralgewalt auffordern, ſofort durch alle Mittel das Königreich Sachſen gegen fremdes beſonders preußiſches Einſchreiten zu ſchützen.

2) von Hrn. Wigard: Daß der preußiſchen Regierung jede Einmiſchung in die ſächſiſchen Zuſtände und namentlich jeder Einmarſch unter Androhung von Gewalt unterſagt, daß verbündete Truppen an den ſächſiſchen Grenzen aufgeſtellt, die proviſoriſche Regierung anerkannt und daß die ſächſiſchen Truppen zum Gehorſam au dieſelbe gewieſen werden.

3) Von Hrn. v. Trützſchler und Genoſſen: Den Dank der Verſammlung für die heldenmüthige Erhebung Sachſens, namentlich Dresdens, die Zuſicherung von Beiſtand auszuſprechen und aus den benachbarten Ländern Freiſchaarenzüge zu organiſiren.

4) Von Hrn. Rößler von Oels: Daß ſich der Reichskommiſſär ſofort mit der proviſoriſchen Regierung Sachſens in's Einvernehmen ſetze, gegen den preußiſchen Einmarſch proteſtire, dieſen Proteſt allen Autoritäten zufertige, alle verfügbaren Truppenabtheilungen der thüringſchen Staaten nach Sachſen rufe ꝛc.

Die Dringlichkeit des Gegenſtandes wird anerkannt, worauf der Reichsminiſterpräſident erklärt: in der Vollmacht des Reichscommiſſärs für Sachſen ſei namentlich hervorgehoben, das ausſchließliche Recht der Centralgewalt auf die Anordnung gemeinſamer Maßregeln zur Sicherung des Friedens in Deutſchland. Deshalb erſucht der

Redner das Haus, den Bericht des Reichscommiſſärs zu erwarten, bevor ein Beſchluß gefaßt werde.

Herr Dietzſch: „Das ſächſiſche Volk wird keine große Hoffnungen auf dieſe Verſammlung ſetzen. Allein wenn Sie auch gar nichts für daſſelbe thun wollen, ſo machen Sie doch lieber, daß Sie fortkommen.“ Lärmender Beifall auch von den Gallerien, worauf Herr Plathner die von dem Präſidenten vorhin angedrohte Schließung der Sitzung fordert. Herr Vicepräſident Bauer führt ſeit der Erledigung des Weſendonck'ſchen Antrags den Vorſitz. Obſchon Herr Ludwig Simon der Meinung Plathners entgegentritt, ſo verfügt Herr Bauer doch die Aufhebung der Berathung auf eine halbe Stunde in Folge der herrſchenden Aufregung.

Wiederaufnahme der Sitzung, Nachmittags 2½ Uhr.

Ein Antrag auf Vertagung der Berathung erhält nicht die erforderliche Mehrheit. Dagegen wird von Hrn. v. Soiron der Antrag kurz begründet: Die ſämmtlichen heute in Bezug auf das Königreich Sachſen geſtellten Anträge dem Reichsminiſterium zur Ergreifung ſchleuniger Maßregeln zu überweiſen. Die Verhältniſſe des Königreichs Sachſen ſind uns nur durch Zeitungsberichte bekannt. Wir haben keine ſichere Einſicht in die Dinge. Nur das iſt gewiß, daß ſich die Bevölkerung in einer ſehr gefährlichen Lage befindet. Beauftragen und veranlaſſen wir das Reichsminiſterium zu den erforderlichen Maßregeln.

Hr. Biedermann hat zum Henſel'ſchen Antrage einen Verbeſſerungsantrag geſtellt. Nach der Mittheilung deſſelben ergreift

Hr. Zimmermann aus Stuttgart das Wort: Wir ſtehen auf dem geſetzlichen Boden und auf demſelben haben wir die Revolution durchzukämpfen. Die Mittel dazu fehlen uns auch jetzt noch nicht. Das Reichsminiſterium ziehe nur die Truppen der zuſtimmenden Staaten zuſammen und bilde aus ihnen den militäriſchen Kern, um den ſich dann das Volk zu Hunderttauſenden ſchaaren wird. Will das Miniſterium nicht handeln, ſo trete es lieber ab. Verſäumen wir den Augenblick, ſo wird die Woge des empörten Volkes hoch auch über dieſe Verſammlung ſchlagen.

Herr Erbe: Ich will an Ihr Ehrgefühl appelliren. Sie haben das ſächſiſche Volk in den Kampf geſchickt, den es jetzt beſteht. Verlaſſen und verrathen Sie es, ſo wird man ſagen, daß, wie die Nationalverſammlung die Mörderin des Volkes in Wien und Berlin geweſen, ſo habe ſie auch das Volk von Dresden ermordet. Herr v. Gagern hat heute erklärt, ehe er einen Kampf zwiſchen deutſchen Ländern geſtatte, ſo werde er ſich mit ſeinem Leibe zwiſchen die Bajonette werfen. Warum handelte er nicht alſo am 18. Sept (Unwille)? Will die Mehrheit nicht handeln, ſo überlaſſe ſie doch einer entſchiedenen Minderheit das Feld.

Herrn Erbe's Vortrag hat den Wunſch nach Schluß weſentlich gereift. Die Abſtimmung entſcheidet ſich für folgenden Beſchluß: (Nach dem Antrage Soirons.)

„Sämmtliche Anträge, welche das Königreich Sachſen betreffen, dem Reichsminiſterium zur Ergreifung ſchleuniger Maßregeln zu überweiſen.“

Darnach geht die Sitzung zum Schluſſe und die ganze heutige Tagesordnung auf die morgende Sitzung über. Kaum aber hat der Präſident dieſe Verkündigungen beendet, ſo brechen die Gallerien in ein wüthendes Pfuigeſchrei aus, unter deſſen Schalle die Abgeordneten das Haus verlaſſen.

: **Frankfurt**, 7. Mai. Der Kongreß ſämmtlicher Märzvereine Deutſchlands hat folgende Aufrufe erlaſſen:

„An das deutſche Volk. Deutſche Männer! Der Augenblick iſt gekommen, wo es gilt, für die Freiheit, für die Einheit des geſammten deutſchen Vaterlandes Gut und Leben einzuſetzen. Die Verfaſſung, welche die Vertreter des Volkes beſchloſſen und endgültig verkündet haben, ſoll durch die Gewalt rebelliſcher Regierungen umgeſtürzt, vernichtet werden. Die preußiſche Regierung erklärt, daß ſie überall rechtzeitig erſcheinen werde, um gewaltſam die Erhebung des Volkes zu Gunſten der Verfaſſung niederzuſchlagen. Ruſſiſche Horden ruft man zu Hülfe, um die Freiheit zu unterdrücken und die Macht des einigen Deutſchlands auf's Neue zu lähmen. Die Nationalverſammlung hat das geſammte Volk, alle Behörden und Gemeinden aufgefordert, die Verfaſſung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. An Euch iſt es, dieſen Beſchluß auszuführen. Tretet zuſammen, als freie Männer und ſchwöret Treue der Verfaſſung, wie wir Alle ſie geſchworen haben. Wer Waffen tragen kann, rüſte ſich ſie zu gebrauchen! Bildet Wehrvereine, ſchließt Euch an einander; ſchließt Euch uns und dem Central-März-Vereine an! Einheit thut vor Allem Noth! Einheit des Planes, Einheit der That! Einzeln können wir unterliegen, vereinigt müſſen wir ſiegen! Frankfurt den 6. Mai 1849. Der Kongreß ſämmtlicher Märzvereine Deutſchlands. In deſſen Auftrag: Der Präſident: Julius Fröbel. Der Vicepräſident: Franz Raveaux. Die Schriftführer: Goltz, Hellmuth Wöhler.“

„Aufruf an das deutſche Heer! Deutſche Krieger! Die Stunde iſt gekommen, da es ſich entſcheiden wird, ob Deutſchland frei und ſtark, oder geknechtet und verachtet ſein ſoll. Die Vertreter der deutſchen Nation, von allen Bürgern und von Euch gleichfalls gewählt, haben die Reichsverfaſſung für ganz Deutſchland beſchloſſen und als unverbrüchliches Geſetz verkündigt. Die ganze Nation iſt feſt entſchloſſen, die Reichsverfaſſung durchzuführen. Aber dieſelben Menſchen, welche Deutſchlands Freiheit und Einheit ſeit vielen Jahren auf unerhörte Weiſe daniederhielten, ſie ſtemmen ſich auch jetzt wieder entgegen. Die größeren Fürſten und ihre Kabinette verweigern der Reichsverfaſſung den Gehorſam. Sie ſind Rebellen gegen den Willen und das Geſetz der Nation. Soldaten! in dieſe Rebellion will man Euch hineinſtürzen. Man will Euch mißbrauchen, gegen Geſetz und Ordnung, gegen Vaterland und Familie, gegen Freiheit und Gleichheit zu kämpfen, man will Euch zu Polizeibütteln machen, welche die Menſchenwürde mit Füßen treten, ja — hört es, wackere deutſche Krieger — man treibt den ſchwarzen Verrath ſo weit, Eure rühmlich getragenen und geführten Waffen im Dienſte des ruſſiſchen Despotismus zu beflecken. Soldaten! Wir Vertreter von Millionen Deutſchen aus allen Gauen des Vaterlandes, wir fragen Euch: werdet Ihr es dulden, daß Fürſten und Miniſter, welche das Geſetz der Nation mit Füßen treten, Euch gegen Eure Brüder und Väter hetzen? Nein! Ihr werdet Eure Ehre, Eure Vaterlandsliebe höher ſtellen als die Laune und Willkürherrſchaft der Fürſten und Peiniger des Volkes! Ihr werdet dem Willen der ſouveränen deutſchen Nationalverſammlung gehorchen, welche das geſammte Volk, und ſomit auch die Soldaten, aufgefordert hat, die Reichsverfaſſung zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Soldaten! Ihr habt geſchworen dem Fürſten und dem Vaterlande. Wenn aber ein Fürſt gegen das Vaterland rebellirt, ſo darf in der Bruſt des braven ehrliebenden Kriegers nur der wahre Eid, der höchſte Eid für das Vaterland lebendig bleiben. Erwäget es wohl, deutſche Krieger! Wenn Ihr gegen die Reichsverfaſſung kämpft, wenn Ihr Euch an den Vertheidigern derſelben vergreift, ſo vergreift Ihr Euch an Euch ſelbſt, ſo wühlt Ihr in Euren eigenen Eingeweiden. Wollt Ihr nicht ſelbſt freie Männer werden? Nun wohlan! Streitet für die deutſchen Grundrechte, welche den deutſchen Soldaten erſt zum freien Menſchen machen. Wer hat den Soldaten auf ewig vom Offizierſtande fern gehalten? Der alte fürſtliche Abſolutismus, welcher jetzt mit unerhörter Frechheit ſich wieder erhebt und dabei auf Eure Hülfe zählt. Wer hat auf Euch die Schmach geladen, daß Eure Invaliden hungernd vor den Thüren betteln müſſen? Das alte Regiment der Junker und Schreiber. Jetzt aber hat auch für Euch die Stunde der Befreiung geſchlagen. Die Reichsverfaſſung befähigt Euch zu allen Ehrenſtufen aufzuſteigen, ſie gibt Euren Invaliden Ehre und Brod, ſie gewährt Euch alle Freiheitsrechte, welche Eure bürgerlichen Mitbrüder beſitzen. Darum, deutſche Soldaten, wendet eure Waffen nicht gegen eure Brüder, ſondern kämpft für die heilige Sache der ganzen Nation. Nur im Felde gegen den äußeren Feind wachſen Eure Lorbeeren; aber Schimpf und Schande dem, welcher gegen die Vertheidiger des Geſetzes die Befehle hochverrätheriſcher Oberen vollzieht. Gedenket eurer Kameraden in Würtemberg und Sachſen und folget ihrem ruhmvollen Beiſpiele! Sie haben ſich nicht erniedrigen wollen durch Feindſeligkeit gegen die Freiheit, ſie haben ſich verdient gemacht um das Vaterland. Und das ganze deutſche Volk jubelt ihnen zu! So thuet denn desgleichen! Ihr insbeſondere noch, preußiſche Landwehrmänner, erklärt überall, was eure edlen Kameraden zu Elberfeld und Krefeld erklärt haben: daß ſie der Nationalverſammlung und der Reichsverfaſſung Gehorſam leiſten werden. Deutſche Krieger! Höret die Stimme des Vaterlandes. Es rufet Euch, es erwartet auch von Euch ſeine Rettung. Es wird denen fluchen, welche brudermörderiſch ihre Waffen entehrten, es wird aber die ſegnen, welche zum Volke ſtanden. Höret es, deutſche Krieger, und thut, was Ehre, Freiheit und Vaterland fordern! Frankfurt am Main, den 6. Mai 1849. Der Kongreß ſämmtlicher Märzvereine Deutſchlands. In deſſen Auftrage: Der Präſident: Julius Fröbel. Der Vizepräſident: Franz Raveaux. Der Schriftführer: Hellmuth Wöhler. Der Schriftführer: Ludwig Simon von Trier.

Frankfurt, 7. Mai. Zu der geſtrigen Sitzung des Kongreſſes der Märzvereine war der Saal im Wolfseck eigens geſchmückt. Auf der einen Seite hing Robert Blum's Bildniß mit Trauerflor und Blumen umgeben; hinter der Rednerbühne waren folgende Verſe zu leſen:

„Sie ſind vorbei der Freiheit Flitterwochen,
Es bricht heran der ernſte Morgen,
Und an das Haus, das man begründet, pochen
Der Kampf des Lebens und die Sorgen.“

Es mögen etwa 500 Abgeordnete der Märzvereine anweſend geweſen ſein. Naſſau iſt am ſtärkſten (durch 36 — 40 Abgeordnete) vertreten. Von Preußen hat bloß Magdeburg, Breslau, Stettin, Elberfeld ꝛc. durch einige Männer den Kongreß beſchickt. Von bekannten Perſönlichkeiten iſt Fenner von Fenneberg aus Wien, den Rüdesheim geſchickt hat, und Braklow aus Schleswig-Holſtein anweſend. Als Gäſte waren mehrere Abgeordnete der zweiten aufgelöſten Kammer in Berlin erſchienen, unter A. Rodbertus, Hanſen, und Andere. Erfreulich war es zu ſehen, daß die republikaniſchen und Konventgelüſte Einzelner, die ſich bereits in den Vorberathungen der letzten Tage im deutſchen Hofe geltend machen wollten, bei der großen Mehrheit keinen Anklang fanden, und war es beſonders Vogt, der geſtern Morgen im deutſchen Hofe ſie überzeugte, wie man nur dann zu etwas gelangen könne, wenn man auf eine geſetzliche Grundlage, die Reichsverſammlung, ſich ſtütze. Wie anders war es im vorigen Jahre auf dem Demokratenkongreſſe, wo man die Reichsverſamm-

lung nicht genug ſchmähen und herabſetzen konnte. Man entnimmt daraus, daß das deutſche Volk in dieſem Jahre viel gelernt hat; es haben nun die Führer dafür zu ſorgen, daß die Blüthe der Politik unſeres Volkes auch ſchöne und geſunde Früchte bringe und dieſe ganz reifen. Zu dem Banner, unter dem ſich alle Märzvereine ſchaaren ſollen, „iſt Volksſouveränetät und Durchführung der Verfaſſung", beſtimmt. Viele der Abgeordneten ſind freilich mit andern Hoffnungen hierher gekommen; der Eine ſah ſich bereits als Mitglied eines „Wohlfahrtsausſchuſſes" für Deutſchland, der Andere hatte eine „europäiſche Rede" einſtudirt, um den Herren in der Paulskirche zu zeigen, daß es außer ihnen auch noch Demoſthene im deutſchen Vaterlande gibt. Erſteres wurde durch den guten Sinn und das einträchtige Zuſammengehen aller Gutgeſinnten, letzteres durch einen Paragraphen der Geſchäftsordnung vereitelt, der jedem Redner 5 Minuten Zeit gönnte. Fröbel präſidirte; er war auch Vorſitzender des Demokratenkongreſſes im vorigen Jahre: aber wer ihn damals und wer ihn geſtern ſah, konnte ſich überzeugen, daß er in der Zwiſchenzeit den Flegeljahren der Politik entwachſen und politiſch klüger geworden ſei. Intereſſant waren die Mittheilungen von Spatz, der eben aus der baieriſchen Pfalz kam und erzählte, der dortige Landesvertheidigungsausſchuß habe 10 Bürger mit der Durchführung der Verfaſſung beauftragt, und allen Beamten drei Tage Bedenkzeit zur Anerkennung der Verfaſſung gegeben; nach Ablauf derſelben ſind die ſich Weigernden ihres Dienſtes entlaſſen. (F.O.-P.-A.-Z.)

♈ **Frankfurt**, 7. Mai. Geſtern morgen iſt auf der Main-Neckar-Eiſenbahn, in Folge der aus der Pfalz eingegangenen Nachrichten, zuerſt das ſeit dem Abmarſche eines Jägerbataillons nach Schleswig-Holſtein hier garniſonirende Bataillon des 6ten baieriſchen Infanterie-Regiments, ſpäter auch die gleichfalls zur hieſigen Garniſon gehörende Schwadron baieriſcher Chevauxlegers nach der Pfalz befördert worden. Unmittelbar darauf traf mit einem Extrazuge der Eiſenbahn zum Erſatz jener Truppen das 1ſte Bataillon des 3ten kurheſſiſchen Infanterie-Regiments aus Hanau hier ein. Heute morgen marſchirte ein öſterreichiſches Bataillon und eine Schwadron öſterreichiſcher Kavallerie hier durch nach Homburg, wo die beabſichtigte Schließung der Spielbank Unruhen veranlaßt haben ſoll.

Frankfurt, 4. Mai. Der königl. baieriſche Bevollmächtigte hat gegen die Abſendung Eiſenſtuck's als Reichskommiſſär in die Rheinpfalz Proteſt eingelegt. (Fr. Z.)

△ **Wien**, 2. Mai. Aus Czernowitz wird gemeldet, daß 12,000 Ruſſen über Dorna in Siebenbürgen eingerückt ſind, im krakauiſchen Gebiete ſtehen 8000 Mann Vorhut, denen das Gros unverzüglich folgen wird. Von Krakau gelangt man mit der Eiſenbahn in 18 Stunden hierher; die verhängnißvolle Intervention kann längſtens in ſechs Tagen zur Thatſache geworden ſein. Die amtliche Erklärung weiſ't auf große Maſſen hin, die von Rußland zur Dispoſition geſtellt ſind. Der Czaar beſtreitet alles aus eigenen Mitteln und es gibt hier Leute die vor Rührung über ſeinen Edelmuth die Worte nicht finden können, um hinreichend ihre Bewunderung auszudrücken; ſie ſehen ſchon den Augenblick wo er im Verein mit Frankreich auch Deutſchland auf eben ſo uneigennützige Art durch ſeine Koſaken pacifiziren wird! und man muß geſtehen, daß ihm der König von Preußen mit dem eines Verwandten würdigen Entgegenkommen die Gelegenheit dazu verbreiten hilft. In unſerem Miniſterrathe herrſcht natürlich die größte Befriedigung über die neueſte ablehnende Note. Der Lloyd hält der deutſchen Verfaſſung bereits eine Leichenrede, er hofft, daß die Konſervativen in Deutſchland ſiegen werden, — glaubt er etwa die Republikaner hätten den Kaiſer gewählt? zuletzt rückt er mit ſeinem großen Hülfsmittel heraus, mit der Oktroyirung einer Verfaſſung durch die Fürſten; „durch ſie würde ſich der Horizont, der ſich ſo plötzlich verfinſtert hat, eben ſo ſchnell wieder aufhellen."

So eben kommt die Nachricht, daß Oedenburg von unſeren Truppen geräumt wurde; das ſchreibende Hauptquartier iſt in Wiener Neuſtadt. Alle Kavallerie wird koncentrirt, der Stab des Regiments Wrbna iſt bereits hier angekommen. Von Görgey weiß Niemand wo er ſteht; hat er ſich, wie zu vermuthen, mit ſeiner ganzen Macht Feldmarſchalllieutenant Vogel entgegengeworfen, ſo wird dieſer ihn nicht aufhalten können, da ihm nur 8000 Mann Truppen zu Gebote ſtehen; freilich iſt dabei noch unſer Benedeck, auf den wir rechnen können.

Wien, 2. Mai. Schon vor mehreren Tagen kamen Flüchtlinge aus Temeswar an; über das Schickſal der Feſtung ſelbſt war man im Zweifel. Die geſtrigen Abendblätter bringen die Nachricht, daß Bem ſich der Feſtung Temeswar bemächtigt haben ſoll. Würde ſich dieſes beſtätigen, (und unwahrſcheinlich iſt es gerade nicht, da Bem ſchon früher Karanſebes genommen, und der Weg von dahin direkt nach Temeswar führt), ſo hätten wir bald entſcheidende Gefechte zwiſchen den Truppen des Banus und Bem zu gewärtigen. Von dem oberungariſchen Kriegsſchauplatze erfahren wir wenig Offizielles. Die Beſetzung von Raab durch die Ungarn wird von allen Seiten beſtätigt. (?) Die ungariſchen Vorpoſten ſollten ſogar gegen Wieſelburg vorgeſchoben ſein. Gänzlich ſchweigt die Fama von dem Vogel'ſchen Armeekorps, deſſen Einrücken in Ungarn über Dukla und die Karpathen vor wenigen Wochen bekannt gegeben war. (Oſtd. Poſt.)

Wien, 2. Mai. In der Stellung der beiderſeitigen Armeen um Preßburg hat ſich keine Veränderung ergeben. Das ganze Korps Görgey's weilt, nach Zurückziehung der Vorpoſten, hinter dem Fluſſe Waag. Feldmarſchall-Lieutenant Simunitſch hat ſich mit Wohlgemuth vereinigt um die Uebergangspunkte dieſes Fluſſes zu überwachen, und ſo lange Görgey hier nicht vorrücken kann, wird ſein linker Flügel auf der Inſel Schütt kaum etwas gegen Preßburg unternehmen. Gran, Gönyö, Raab auf dem rechten Donau-Ufer ſind fortwährend von kaiſerlichen Truppen beſetzt. In den Städten Preßburg und Oedenburg iſt alles ruhig, doch wurden die politiſchen Gefangenen von letzterer Stadt nach Gratz gebracht. Bei dieſem augenblicklichen Stillſtand der Inſurgentenoperationen kann ich nur meine geäußerte Meinung wiederholen daß Görgey nach und nach dem Inſurgentenkorps unter Damianitſch über die Bergſtädte folgt, welches die Stadt Trentſchin beſetzt hat und den 29. April in Sillein war, an welchem Tage ſogar in Jablunka Huſaren geſehen wurden, die ſich hier um die Ruſſen erkundigten. Die Abſicht der Inſurgenten, den Ruſſen die Eingangspunkte ſtreitig zu machen, leuchtete aus dieſen Bewegungen hervor. Dembinski ſoll von Komorn aus die Operationen leiten, und das linke Donau-Ufer bis Gran mit ſeinem Korps beſetzt halten. (Allg. Z.)

△ **Wien** 3. Mai. Seit geſtern haben wir offizielle Nachricht über die Anträge und Abſtimmungen in Debreczin, vermöge deren Ungarn als ſelbſtſtändiger Staat in die europäiſche Politik einzutreten erklärt, die Familie Habsburg-Lothringen mit manchen nicht ſehr ſchmeichelhaften Beiſätzen, des Thrones entſetzt und der Verbannung überliefert, ſodann Koſſuth in Anbetracht des Vertrauens des Landes zum Regenten ernannt und ein Miniſterium zu bilden ermächtigt wird. Das alles ſcheint mir, wenn es auch noch nicht der Anfang des Endes iſt, doch mit großen Schritten hinzuführen, denn unter den Tauſenden, welche jetzt für die ungariſche Sache kämpfen, glaubte die größere Zahl noch immer für ihren rechtmäßigen König die Waffen zu führen. Die moraliſche Wirkung muß alſo ſehr bedeutend ſein oder glauben die Führer ſie nicht mehr nöthig zu haben? Darin würden ſie ſich wohl ſehr täuſchen.

Mit der Bewegung der Ruſſen ſcheint es ſo außerordentlich raſch nicht zu gehen; aus Krakau wird berichtet, daß außer den bewußten 8000 noch keine geſehen wurden. Jedoch geben Lemberger Briefe an, daß bereits eine ſehr bedeutende Macht über Suczava gegen Siebenbürgen vorrücke. Sie beſtätigen auch meine frühere Nachricht von einem Kampfe auf der Straße von Stoy nach Manſart. Die Beſorgniſſe wegen der Vertheidigung des Paſſes bei Jablunkau mehren ſich; es ſind alle Anzeigen vorhanden, daß die Ungarn dieſen Paß um jeden Preis zu gewinnen ſich anſchicken.

Feldzeugmeiſter Welden kam geſtern mit dem ruſſiſchen General Berg hier an, verweilte 2 Stunden und war mit Blitzesſchnelle wieder bei der Armee, welche von der Raab bis in die Umgegend von Preßburg nun vollſtändig koncentrirt iſt. Auch hier war das Gerücht verbreitet, daß der Kaiſer von Rußland hierherzukommen gedenke, trotz mannichfacher Anfragen habe ich keine Beſtätigung dafür erhalten.

Nach dem geſtrigen Abendblatte der Wiener Zeitung ſoll in Lemberg amtlich bekannt gemacht worden ſein, daß 230,000 Ruſſen theils eingerückt, theils an der Grenze ſtehen; mir kommt vor, als ob dieſe Bekanntmachung für die Galizier berechnet ſei. In Galizien waren von der letzten Rekrutenaushebung, welche

25,670 Mann betragen ſoll, ſchon beinahe 18,000 eingereiht. Es zeigt dies von einer ſehr ſeltenen Thätigkeit.

Der Biſchof von Fünfkirchen wurde auf ſeiner Reiſe hierher von Honveds gefangen und ſo gänzlich ausgeplündert, daß er wieder nach Hauſe mußte um ſich Reiſemittel zu holen und auf einem andern Wege nach Wien zu gehen.

Karlsburg, obgleich mehrere Male beſchoſſen, iſt noch in unſern Händen, ebenſo Orſova, was gar nicht angegriffen wurde. Dieſen Morgen ſprach ich einen Reiſenden, der gerade von Eperies kömmt und die verſchiedenen Beſetzungen dort mit angeſehen hat; er erzählt, wie gedrückt die Stimmung überall ſei, weil beſonders die Beſitzenden in immerwährender Angſt ſchweben. Wenn der Ungar einrückt, ſo nennt er den Hausherrn einen Schwarzgelben, der nur auf der Welt ſeie, um herzugeben, und kommt dann der Oeſterreicher, ſo erklärt er ſehr gemeſſen, es ſei mehr als Großmuth, wenn man von einem ſo verfluchten Magyaren ſich gut verköſtigen laſſe, anſtatt ihn ſogleich zu hängen. Dieſen Wechſel und alle ſeine Konſequenzen, ſchloß er, haben wir nun in Eperies ſchon zum neunten Male durchgemacht.

Die Fakultäten der hieſigen Hochſchule haben geſtern den k. k. Obermedizinalrath Dr. v. Well zum Rektor Magnifikus gewählt.

Schon füllen ſich unſere Blätter mit Andeutungen und gutem Rath für die verſammelte biſchöfliche Synode. Der Lloyd geht dem Ultramontanismus ſcharf zu Leibe — er greift eine Macht an, die gefährlicher als der Fürſt Windiſchgrätz ſein könnte — wir ſind geſpannt, wie weit er ſich wagen wird, dieſe Fehde zu verfolgen.

* **Wien**, 3. Mai. Es iſt fortwährend ſtille vom nahen, wie vom entfernteren Kriegsſchauplatze, und übrigens begreiflich, daß die ſich vorbereitenden Operationen möglichſt geheim gehalten werden, wie dies von einem offiziellen Artikel im geſtrigen Abendblatt der Wiener Zeitung umſtändlich dargelegt wird. Nicht geringes Aufſehen macht die Aufſtellung eines türkiſchen Reſerve-Korps von 40,000 Mann bei Okna an der ſiebenbürgiſchen Grenze im Einverſtändniſſe Oeſterreichs. Allgemein wird geglaubt, daß Temeswar in die Hände der Magyaren gefallen ſei. Die denkwürdigen Beſchlüſſe der beiden ungariſchen Repräſentantenkammern werden heute vom öſterreichiſchen Korreſpondenten aus ungariſchen Zeitungen mitgetheilt. Die Umſtände rieſen ſie hervor, „damit, heißt es in dem abzuhaltenden europäiſchen Kongreſſe über uns nicht ohne uns entſchieden werde." Das treubrüchige Haus Habsburg-Lothringen, das ſogar die bewaffnete Macht eines auswärtigen Staates zum Morde des Volkes zu verwenden ſich erfrechte, und alle Banden, die zwiſchen demſelben in Ungarn und ſeinen Appertinenzen beſtanden, mit eigenen Händen zerriſſen, wird als thronverluſtig ausgeſchloſſen und verbannt erklärt. Die Nationalverſammlung wird ein zukünftiges Regierungsſyſtem feſtſtellen; bis dahin wird Koſſuth zum Regierungspräſidenten ernannt, und zur Bildung eines Miniſteriums ermächtigt. Bei dem in Preßburg angeordneten Baue von Schanzen hat ſich nur geringe Theilnahme von Seite der Bevölkerung kundgegeben. Die Fanatiſirung des Landes hat durch die ruſſiſche Intervention und das Verbrennen der Peſther Schiffbrücke neue Nahrung genommen. Koſſuth hat folgende ſieben, des Verraths an der magyariſchen Sache beſchuldigten Perſonen proſkribirt: Pazmandy jun., Moriz Szent-Kiralyi, Graf Moritz Almaſy, Johann Havas, Babarczy, Graf Paul Sennyey und Kapi. Am 29. April verſammelten ſich die Wahlmänner des Bezirkes Joſephsſtadt, um von ihrem Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung, Joſeph von Würth, einen Bericht zu vernehmen. Er ſetzte die Gründe auseinander, welche ihn und einen ſeiner Geſinnungsgenoſſen bewogen hatten, nach Eintreffen der oktroyirten öſterreichiſchen Verfaſſung ſeinen Sitz in der Paulskirche zu verlaſſen, und dieſe erhielten den vollſten Beifall der Verſammlung. Der Gemeinderath hat das Geſuch mehrerer Bürger Wiens um Einführung einer Theater-Cenſur dem Miniſterium mit wärmſter Fürſprache unterbreitet. Der Herrenſtand von Niederöſterreich wird ſich auflöſen; am 28. April fand die letzte Sitzung im landſtändiſchen Saale ſtatt. Sämmtliche ſtändiſche Beamte, mit Ausnahme derjenigen, die 40 Dienſtjahre zählen, werden auf halben Gehalt geſetzt. Das geſammte ſtändiſche Vermögen von 33,000 fl. K.-M. wurde dem vom F.-Z.-M. Welden gebildeten Invalidenfond geſchenkt.

Wien, 3. Mai. Das aus Krakau kommende ruſſiſche Korps wird ſich, wie wir hören, der Eiſenbahn von Krakau aus bedienen, nachdem Preußen den Durchzug durch das preußiſche Gebiet (von Myslowitz bis Oderberg) geſtattet hat. (Preſſe.)

Z. **Berlin**, 4. Mai. Wäre nicht der Druck des Belagerungszuſtandes, ſo würden von hieraus ſchon zahlreiche Kundgebungen deutſcher Geſinnung und treuen Feſthaltens an dem Parlament nach Frankfurt gedrungen ſein. Daß unſer Magiſtrat, wie es ihm ziemte, ſich offen und männlich ausſprechen ſollte, daran ſcheint er vor der Hand noch nicht zu denken: man glaubt mit der Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefs an Gagern ſat und vielleicht ſuper ſeine Pflicht gethan zu haben. Der Magiſtrat aber in ſeiner lauen und ſchwankenden Haltung entſpricht keineswegs den Geſinnungen des Kerns der Einwohnerſchaft. Unter dieſer cirkulirt jetzt in allen Bezirken folgende Adreſſe, die trotz der Unmöglichkeit ſie öffentlich zur Unterſchrift aufzulegen, zahlreich unterzeichnet und demnächſt nach Frankfurt geſendet werden wird:

„Hohe Nationalverſammlung! Wir, die Unterzeichneten, erklären in Uebereinſtimmung mit dem Beſchluſſe der zweiten preußiſchen Kammer vom 21. April unverbrüchlich feſtzuhalten an der von den freigewählten Vertretern des deutſchen Volkes beſchloſſenen und verkündeten Reichsverfaſſung mit Einſchluß der Grundrechte und des Wahlgeſetzes, wir fordern die Reichsverſammlung auf, dieſe von ihr feſtgeſtellten Rechte gegen die undeutſche und freiheitsfeindliche Politik der Kabinette durch energiſche Maßregeln aufrecht zu erhalten."

Die Regierung verzögert die Ausſchreibung der Wahlen. Das neue Wahlgeſetz aber ſoll bereits vom Könige unterzeichnet ſein. Ehe das Geſetz bekannt iſt, läßt ſich an Organiſation der Wahlbewegung nicht denken. Hoffentlich werden wir nicht wählen, wenn uns das allgemeine Wahlrecht verkümmert wird. An dieſem feſtzuhalten dazu ermahnt eine von Waldeck verfaßte Anſprache des „Centralkomite für volksthümliche Wahlen im preußiſchen Staate."

Berlin, 5. Mai. Die Conſt. Z. bringt über die Dresdner Ereigniſſe Folgendes: Bereits vorgeſtern Abend traf ein königl. ſächſiſcher Offizier mit dem Eiſenbahnzuge aus Dresden hier ein und ſuchte um bewaffneten Beiſtand nach. Ein zweiter Officier mit derſelben Miſſion iſt ihm geſtern Abend durch ein außerordentliches Convoy gefolgt, und wie wir vernehmen, iſt auch bereits mit einem Extrazuge, der in der Nacht nach Dresden befördert wurde, ein Bataillon des Kaiſer-Alexander-Grenadier-Regiments abgegangen, dem heute morgen auch die beiden anderen Bataillone dieſes Regiments über Rieſa gefolgt ſind. Mit den genannten königl. ſächſiſchen Offizieren iſt zugleich der Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs, General von Bonin, von hier nach Dresden gereiſt.

Ueber den Gang der Ereigniſſe in Dresden gehen uns von unſerm dortigen Korreſpondenten auch noch einige ſpätere, bis zum geſtrigen Abend reichende Notizen zu. Hiernach hat ſich das königlich ſächſiſche Militär tapfer geſchlagen und hielt bei Abgang der Poſt ſowohl das Schloß als das Zeughaus beſetzt; ebenſo war auch die Elbbrücke in den Händen der Truppen. Ein gegen das Zeughaus gerichteter Sturm der Menge, welche vorzugsweiſe den unteren Volksklaſſen angehörte, die, wie es heißt, von Studenten geführt wurden, denen ſich einige Kommunalgardiſten angeſchloſſen hatten, ward mit Erfolg zurückgeſchlagen. Die Miniſter von Beuſt und Rabenhorſt befanden ſich im Schloſſe, umgeben von den treuen Truppen und leiteten mit großer Energie das Ganze. Der König von Sachſen iſt nicht, wie anderweitig gemeldet wird, gewaltſam zurückgehalten worden, ſondern befindet ſich auf dem Königsſtein, nachdem er mit ſeiner Gemahlin vorgeſtern Abend über die Elbbrücke gegangen, ein Schiff beſtiegen und mit Eskorte den Strom hinauf gefahren war. Leider agirt ein großer Theil der Dresdener Kommunalgarden, mit Ausnahme derer in der Neuſtadt, ebenfalls gegen das Militär. In der Altſtadt ſind die Barrikaden haushoch; auch hat ſich dort ein Wohlfahrtsausſchuß gebildet, an deſſen Spitze Herr Tzſchirner als Präſident ſteht. Unter den Leitern der Menge befanden ſich, einem Bericht zufolge, mehrere bekannte Berliner Demokraten, wie z. B. Herr Schramm. Auf der Neuſtadt dagegen und in der Gegend des Eiſenbahnhofes, war bei Abgang des geſtrigen Abendzuges Alles ganz ruhig.

* **Pillau**. Die Nachricht von der Schonung der däniſchen Kriegsbrigg St. Croix ſcheint ſich nicht zu beſtätigen.

Koblenz, 6. Mai. Geſtern ging der Befehl an die betreffende Behörde zur ſchleunigen Einberufung eines Theiles der

Kriegsreſerven des 8ten Armeekorps von hier ab. Da dieſelben ſchon bis zum 10. d. M. bei ihren Regimentern eintreffen ſollen, ſo gingen auch ſchon zugleich die Kommandos zur Empfangnahme derſelben nach den Sammelplätzen ab. Mit Beſtimmtheit wird mitgetheilt, daß das nun hier ſtehende ganze 30. Regiment gleich nach Ankunft der Reſerven nach dem Oberlande abmarſchiren würde, ſowie das 7. Dragoner-Regiment einſtweilen in die Ortſchaften unſerer Umgebung kommen ſoll. Das 5., 6. und 7. Armeekorps ſoll ſchleunigſt mobil gemacht und beſonders das 7. Armeekorps beſtimmt ſein, in der Gegend bei Wetzlar zu kantoniren. Nebenbei ſoll ein Theil der Landwehr des 8. Armeekorps ebenfalls einberufen werden. Daß wichtige Dinge in kurzer Zeit ſich begeben werden und zu welchem Zwecke dieſe Maßregeln getroffen werden, ſieht wohl der Blödſinnigſte ein. Bei unſerm Generalkommando geht es äußerſt rührig zu.

Des Hrn. v. Bodelſchwingh Empfang in Minden ſollte ſich, nach der Abſicht der zu dem Ende bei dem Bahnhofe verſammelten Menge, keineswegs auf eine Katzenmuſik beſchränken. Der Gewalt der Töne ſollte, dafür hatten die Muſiker ſich gerüſtet, noch andere eindringlichere Gewalt hinzugefügt werden. Wie der Bedrohte ihr entrann, wie es ihm gelang, das Wirthshaus zu erreichen, kann ich nicht ſagen; wohl aber weiß ich, daß er, dahin verfolgt, von Stube zu Stube getrieben, das Aergſte zu erwarten hatte, als die Frau von Bodelſchwingh, in der Verzweiflung ſich ermuthigend, unter die Wüthigen trat und durch Bitten und Thränen, daß ſie von ihrem Beginnen ablieſſen, erwirkte. (Rh.- u. M.-Z.)

⩸ **München**, 5. Mai. Hier in der Reſidenz ſteht noch Alles unverändert. Die Bewegung in den Provinzen für die Anerkennung der Reichsverfaſſung gewinnt ſogar bis in die oberbaieriſchen, früher ganz von Ultramontanismus beherrſchten Berge hinein täglich an Kraft. Franken und die Pfalz ſtehen in der That auf dem Punkte, ſich vom Verbande mit Baiern loszuſagen, Schwaben drängt auch aus den kleinſten Städten zur Anerkennung, und die Reſidenz glaubt bereits auf ihren Adreſſen, wie auf Lorbeern eines errungenen Sieges ruhen zu dürfen. Sie trinkt Bockbier, ſie hat Zeit ſich um den Selbſtmord eines Schauſpielers zu kümmern, ſie ſchläfert ſich mit der Rede ein, die neulich ihre Gemeindevorſtände gebrauchten, da ſo zahlreiche Adreſſen aus den Provinzen einliefen, ſei ihre fernere Bewegung „unnöthig." So ſtill iſt's plötzlich hier durch den Bock und das prächtige Maiwetter geworden, daß die Regierung es ſelbſt wagt, einem ihrer Garderegimenter, den Küraſſieren, Befehl zur Marſchbereitſchaft zu geben. Iſt dies die Folge der Pfordten'ſchen Erläuterung zur Pfordten'ſchen Erklärung? Faſt ſcheint es ſo. Aber mächtiger als alle Erklärungen und Erläuterungen ſcheinen mir leider Bockbier und Sommerbier.

Ueber den Fortgang der Mathy'ſchen Verhandlungen verlautet nur wenig. Herr Mathy ſelbſt ſoll ſich nicht unzufrieden geäußert haben. Wichtiger erſcheint mir ſeine Verſicherung, daß er nicht vom Platz weichen werde, es ſei denn, daß er mit Gewalt verjagt würde, als bis er einen Erfolg ſeiner Miſſion erreicht habe. Sein perſönliches Weſen macht übrigens den beſten Eindruck. Jedes Wort verräth wie er des Kampfes mit widerſtrebenden Partikularintereſſen gewohnt und ſtets gewaffnet iſt, deren Vertreter mit ihren eigenen Worten zu ſchlagen. Hoffentlich läßt er ſich nicht in gleicher Weiſe durch eine falſche Freundlichkeit befangen, wie es die Pfordten'ſche Erläuterung znr Erklärung bei einem Theile des Publikums gethan. Allerdings aber auch nur bei einem Theile. Ein anderer Theil ſieht darin wieder bloß einen Verſuch zum Temporiſiren, ein noch anderer, und keineswegs der ungebildeſte, einen auf Wittelsbacher neue Kaiſerhoffnungen ſpekulirenden Schritt zur Gewinnung der öffentlichen Meinung, nicht nur Baierns, ſondern Deutſchlands überhaupt. Allerdings liegt bei dem Beſtehen des preußiſch-öſterreich-ruſſiſchen Bündniſſes eine ſolche Wendung nicht außer der Möglichkeit. Es ließe ſich denken, daß die Kaiſerkrone nach Preußens letzter Erklärung auf das Haus Wittelsbach überginge, falls Baiern ſich dem deutſchen Reich günſtiger zeigt. Dann, wenn ſich ſolche Ausſichten zeigten, würde Baiern ſchwerlich mehr große Vorbehalte an die Annahme knüpfen. Und für dieſe Eventualität, ſagt man, ſolle die Erläuterung den Weg anbahnen. Qui vivra verra — ſchreibt Metternich an den Fürſten Pückler-Muskau. Eine ſehr luſtige Wendung wär's freilich.

† **Aus der Pfalz**, 5. Mai. Die zu Kaiſerslautern gefaßten Beſchlüſſe ſind in den folgenden Tagen doch noch weſentlich moderirt worden, und der Ausbruch eines Aufſtandes, den die Mehrzahl jener Verſammlung ſogleich verlangte, wird ſich doch wohl noch hinaus ziehen. Man will jetzt nicht mehr ſogleich die Steuern verweigern und die Staatskaſſen mit Beſchlag belegen, ſondern nur für den Fall, daß die pfälziſchen Regierungsbeamten die Anerkennung der Reichsverfaſſung entſchieden ablehnen. Die Regierung von Speier hat übrigens bereits ihre Gelder und Akten in die Feſtung Germersheim geflüchtet, und durch Eſtafette nach München Militär requirirt, da ſie ſelbſt keinen Tag mehr für die Ruhe in der Pfalz bürgen könne. Das wenige Militär, welches jetzt in unſerm Kreiſe ſtationirt iſt, ſoll meiſt aus eingebornen Pfälzern beſtehen und bereits die Zuſicherung gegeben haben, der Volksbewegung keine Hinderniſſe in den Weg zu ſtellen. Als Oberkommandanten der pfälzer Bürger- oder, wie ſie ſich jetzt nennt, Volkswehr, hat man ſich den Schweizer General Dufour (!) auserſehen, an welchen ſogleich auch die Einladung zur Uebernahme dieſer ſehr mißlichen Stellung abgegangen iſt. Der Landrath der Pfalz hat von Kaiſerslautern aus in einer Adreſſe die dringende Bitte an den König ausgeſprochen, die Kammern ſogleich zuſammen zu berufen, das „volksfeindliche" Miniſterium zu entfernen, und die Reichsverfaſſung anzuerkennen. Das kleine Scharmützel, welches am vorigen Sonntag, den 29. April in Eppſtein bei Frankenthal ſtatt fand, hatte ſeinen Urſprung nicht blos in politiſcher, ſondern mehr noch in religiöſen Zerwürfniſſen. Der dortige katholiſche Geiſtliche hatte ſeinen freiſinnigen katholiſchen Schullehrer bis zur Abſetzung gebracht und die Bauern, die größten Theils katholiſch ſind, durch Errichtung eines Piusvereines für ihren Glauben zu fanatiſiren gewußt. Als nun auf der von den Frankenthaler Demokraten veranſtalteten Volksverſammlung ein proteſtantiſcher Schullehrer aus der Nähe in ſeiner Rede die Wirkſamkeit dieſes Geiſtlichen zum Gegenſtand ſeiner heftigen und ſpöttiſchen Polemik machte, wurde in den zuhörenden Bauern der Haß entzündet, der ſie trieb die Verſammlung zu ſprengen. Männer und Frauen betheiligten ſich beim Angriff und jagten die Verſammlung mit Miſtgabeln und Steinwürfen in die Flucht. Dieſe hatten ihre Schußwaffen und es entſtand nun ein Akt der roheſten Barbarei. Mehrere Häuſer wurden demolirt, in das Pfarrhaus allein drangen vier Kugeln, Pfarrer und Bürgermeiſter wurden nur durch die Flucht gerettet, und auf jeder Partei ein Mann lebensgefährlich verwundet. Da im Orte ſelbſt heftige Parteiungen ausgebrochen ſind, ſo wurden an den folgenden Tagen auf Anſuchen mehrerer Ortsbürger 25 Mann Soldaten nach Eppſtein gelegt, mit deren Hülfe bisher die Ruhe erhalten worden iſt. Die zahlreichen Piusvereine in der Pfalz, ſo wie die ganze katholiſche Geiſtlichkeit iſt beſonders jetzt Gegenſtand des Haſſes unſerer Liberalen und dürften bei einem etwaigen Ausbruch der Revolution wohl am meiſten zu leiden haben, da im übrigen in der freien Pfalz eigentlich kein volksfeindliches Objekt vorhanden iſt. Die Regierung iſt ſeit dem vorigen Jahre eine pure Null.

Hannover, 4. Mai. Am 7. Mai wollen Deputationen aus allen Theilen des Landes hier eintreffen, um vom Könige unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und ſofortige Einberufung der Stände zu fordern. Die Volks- und Arbeitervereine betheiligen ſich lebhaft bei dieſen Beſtrebungen für das Geſetz gegen den Willen Einzelner. Dagegen hat der hieſige Polizeidirektor, ein ehemals liberaler Advokat, ganz im Sinne des alten Polizeiſtaates folgende Warnung erlaſſen: „Der Vorſtand des Volksvereins zu Hildesheim hat im Auftrag einer daſelbſt abgehaltenen Volksverſammlung und Namens verſchiedener Hildesheimer Volksvereine das hannoveriſche Volk in einem durch mehrere Blätter und durch viel verbreitete beſondere Abdrücke veröffentlichten Aufrufe aufgefordert, am Montage den 7. d. M. in Schaaren zu Sr. Majeſtät dem König zu ziehen um, Entlaſſung der Miniſter und unbedingte Unterwerfung der Regiernng unter das angeblich in Geltung getretene Reichsverfaſſungsgeſetz zu erlangen. Auf Verfügung hieſiger königl. Landdroſtei wird in Anlaß dieſer zum Aufruhr führenden Aufforderung hierdurch warnend bekannt gemacht, daß maſſenhafte Züge zu Sr. Majeſtät dem Könige oder zu den Behörden nicht geduldet werden können, und daß alle erforderlichen Anſtalten getroffen ſind, um jeden Verſuch, dem entgegenzuhandeln, oder ſonſt in hieſiger Stadt Unruhe zu erregen, mit den kräftigſten Maßregeln, nöthigenfalls mittelſt der zum Schutz für Ruhe und Ordnung in hinlänglicher Stärke herbeige-

zogenen Waffengewalt, von vorn herein zu unterdrücken.“ Die gegen das angeblich in Geltung getretene Reichsverfaſſungsgeſetz herbeigezogene Waffengewalt beſteht nicht alleiu aus Hannoveranern. Unſere Truppen ſchwanken, ob ſie die Disciplin höher achten müſſen, als die Reichsverfaſſung, ob ſie die Waffen gegen ihre Brüder gebrauchen dürfen. Mehrere höhere Offiziere ſollen erklärt haben, daß ſie nicht darauf rechnen könnten, daß ihnen die Mannſchaften gehorchen würden, wenn es einen Kampf gegen das Volk gelte. So ſind denn auf morgen 3000 Preußen in der nächſten Umgebung der Stadt angeſagt, die auf einem Marſche nach Süddeutſchland hier einige Ruhetage halten werden.
(F. O. P. A. Z.)

Hildesheim, 1. Mai. Der hieſige Verein der Gewerke hat geſtern Abend feierlichſt die Erklärung an Eidesſtatt abgelegt: „In alle Wege, ſelbſt mit Aufopferung des Lebens, die deutſche Reichsverfaſſung ſammt Grundrechten und Wahlgeſetz feſtzuhalten und zu ſchützen!“ (Hld. Z.)

* Aehnliche Nachrichten laufen aus allen Theilen Hannovers ein. Die Aufregung in der Hauptſtadt iſt bedenklich. Die Vereine ermüden indeſſen nicht; ihnen angeſchloſſen haben ſich der Volksverein der Vorſtadt, die Arbeiter an der Eiſenbahn, die Arbeiter der Egeſtorff'ſchen Maſchinenfabrik, die Arbeiter zweier Wagenfabriken; ſie ſenden morgen eine Deputation an Magiſtrat und Bürgervorſteher, um ſie einzuladen, ſich mit den Abgeordneten der andern Städte des Landes am Montage zum Könige zu begeben und ihn zu unbedingter Anerkennung der Reichsverfaſſung aufzufordern.

S **Freiburg**, i. B. 4. Mai. Fortſetzung des Fickler-Bornſtedt'ſchen Prozeſſes. Alsbald nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Aſſiſengerichts wird mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Unter den Nichterſchienenen befindet ſich auch Maler Adelmann; ſeine Ausſagen werden daher verleſen; die Angeklagten behaupten, er ſei ein Spion, was ſich auch ſo ziemlich herauszuſtellen ſchien. Er befindet ſich im Augenblick in Schleswig-Holſtein, als Soldat eines badiſchen Infanterieregiments. Die von Fickler vorgebrachten Entlaſtungszeugen, worunter auch Bürgermeiſter Huntlin und der Reichstagsabgeordnete Kunzer von Konſtanz, ſtimmen in ihren Ausſagen darin überein, daß Fickler bei den Volksverſammlungen, die im Seekreis ſtattgefunden, das Volk eher zur Ruhe und Beſonnenheit als zur Anwendung von Gewalt gemahnt hätte. Ferner bringen ſie vor, daß Fickler von der Regierung in Conſtanz als Commiſſär mit noch andern nach dem Oberland abgeſchickt worden, um ſich zu erkundigen, wie es ſich mit dem ſogenannten Einfall der Franzoſen verhalte. Auf die Bemerkung des Staatsanwalts Amann, daß Fickler auf dieſer Miſſion für die Einführung der Volksbewaffnung thätig geweſen ſei, ohne dazu Auftrag gehabt zu haben, — entgegnet Fickler, daß er es für Pflicht gehalten habe, für Bewaffnung aufzutreten, denn man habe ja dieſe Gerüchte für wahr gehalten, und ſo hätte ſich ja das Volk gegen dieſe „franzöſiſchen Mordbrenner“ doch zur Wehr ſetzen müſſen. Zeuge Krenzer ſagt aus, daß Fickler, als man bei einer Volksverſammlung in Engen den Vorſchlag gemacht habe, bewaffnet nach Karlsruhe zu ziehen, die Erfolgloſigkeit dieſes Unternehmens auseinandergeſetzt und entſchieden davon abgerathen habe; auch ſei der Großherzog von Baden noch einer von den beſſern Regenten; er ſei ſodann von dieſer Verſammlung zum Deputirten für das Vorparlament in Frankfurt gewählt worden, mit der Aufgabe, ſich daſelbſt für die Republik zu erklären. Auf ſeinem Rückwege nach Konſtanz ſei er dann von dem Abgeordneten Mathy verhaftet worden. — Nun beginnt die Vernehmung der Zeugen über den Zug der pariſer demokratiſchen Legion. Die meiſten ſtimmen in ihren Ausſagen darin überein, daß ſich die Legion durchaus keinerlei Exzeſſe habe zu Schnlden kommen laſſen, vielmehr ſich ſehr anſtändig betragen habe. Sie habe auch alle Lieferungen von Proviant bezahlt und für die Waffen Scheine ausgeſtellt; ſie wäre übrigens gar nicht herübergekommen, wenn ſie nicht ſehr getäuſcht worden wäre über die Geſinnung des Volkes. Das Benehmen des Militärs wird nicht gelobt. Ueber das Gefecht bei Doſſenbach macht Hauptmann Lipp, der daſelbſt verwundet wurde, ausführliche Ausſagen, über die ich nicht weiter eingehe, und nur noch bemerke, daß auch Lipp ſich günſtig über das Betragen der Legion äußerte. — Noch wird das Mitglied des Centralcommités dieſer Legion über den geſtern erwähnten Brief an Fickler befragt, er erklärt, ihn geſchrieben zu haben, weil ihm Fickler aus ſeiner Zeitung und ſeinen Schriften bekannt geweſen ſei, ſonſt hätte er ihn nicht gekannt. Hierauf erfolgt um 6 Uhr der Schluß der Sitzung. Morgen wird mit dem Zeugenverhör fortgefahren.

* **Koburg**, 1. Mai. Der Herzog hat für alle im vorigen und in dieſem Jahre begangene Jagdvergehen eine Amneſtie ertheilt.

* **Braunſchweig**, 5. Mai. Nach der Rchsz. reiſte Herr v. Vincke am Morgen nach dem Rheine durch.

* **Hamburg**, 4. Mai. Herr Heckſcher iſt ſeit einigen Tagen hier, läßt ſich aber nicht ſehen, thät auch wohl daran.

Großbritanien.

* **London**, 4. Mai. Der „Globe“ erwähnt, daß das Hamburger Dampfboot in London begonnen habe, Ladung einzunehmen, und daß dies als ein Zeichen nahe bevorſtehenden Friedens zwiſchen Deutſchland und Dänemark angeſehen werde. Der „Globe“ haſcht übrigens ſeit langem nach jedem kleinen Umſtand, um daran die Verſicherung zu knüpfen, daß der Frieden ſo gut wie gewiß ſei. Nachdem in den Zeitungen bemerkt worden war, daß holländiſche Fahrzeuge von der däniſchen Blokade ausgenommen ſeien, wird dem „Standard“ aus Danzig gemeldet, daß dies nicht der Fall ſei, indem eben erſt ein holländiſches Schiff, welches in den Hafen von Danzig einlaufen wollte, durch einen von einem däniſchen Kriegsfahrzeuge auf daſſelbe abgefeuerten Schuß zurückgewieſen worden. Die „Times“ enthält ein Schreiben aus Kopenhagen, worin die deutſchen Berichte über das Treffen bei Colding als entſetzlich übertrieben hingeſtellt werden. Zwar ſei die Affaire ernſt genug geweſen, aber das Reſultat derſelben kaum nennenswerth. Erſt hätten die Dänen die Deutſchen aus der Stadt herausgeſchlagen, dann aber hätten die Deutſchen auf den Hügeln jenſeits Batterien aufgepflanzt und die Stadt beſchoſſen, worauf die Dänen, um nicht in der niedrigeren Gegend dem Geſchützfeuer ausgeſetzt zu ſein, die in ſtrategiſcher Hinſicht unwichtige Poſition aufgegeben und ſich in ihre alten Quartiere weiter nördlich zurückgezogen hätten, ohne verfolgt zu werden. Man poche Seitens der Inſurgenten freilich darauf, daß es die Armee der ſchleswigholſteiniſchen Armee geweſen, vor welcher ſich die däniſche zurückziehen mußte; aber dieſe Armee habe eine dreimal ſtärkere deutſche Reichsarmee hinter ſich, auch werde durch einen gelegentlichen Vortheil nicht die Sache, durch Kanonen nicht das Recht entſchieden u. ſ. w. Folgen Klagen über die deutſchen Fürſten, die zu Hauſe doch ſelbſt auf ihre Legitimität hielten und Inſurrektionsverſuche bekämpften, und trotzdem ihre ſchützende Hand vorgeſtreckt hätten, damit ſich dahinter und unter dem Schutze eines Waffenſtillſtandes, welchen Dänemark nur auf den dringenden Rath ſeiner Verbündeten angenommen, die ſchleswig-holſteiniſche Armee organiſiren und ausbilden könne. Habe doch zu dieſem Zwecke ein „königlicher Bruder“ den Inſurgenten einen ſeiner ausgezeichnetſten Generäle abgetreten u. ſ. w.

Die geſtrigen Unterhausverhandlungen betrafen namentlich die Bill, wonach das Verbot zur Verehlichung in gewiſſen Verwandtſchaftsgraden aufgehoben ſein ſoll. Die Debatte wurde vertagt. Man ſieht, das engliſche Parlament nimmt ſich in kleinen Dingen mehr Zeit, als andere Nationalverſammlungen in großen.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Mai. Wir haben dem Bericht unſeres Korreſpondenten über die Feier des 4. Mai wenig hinzuzufügen. An den Ecken der auf den Pallaſt der Nationalverſammlung führenden Brücke waren vier hohe Säulen angebracht, auf deren Gipfel koloſſale Bildſäulen ſtanden. Um den in der Mitte des Platzs ſtehenden Obelisk von Luxor war eine Eſtrade errichtet, auf deren weſtlicher Seite gegen die elyſäiſchen Felder hin ein reichgeſchmückter Altar mit einem äußerſt koſtbaren Thronhimmel in Goldbrokat ſtand. Eine aus reichen Fußteppichen belegte Treppe führte zu dieſem Altar hinauf. Auf den drei übrigen Seiten der Eſtrade ſtanden koloſſale Bildſäulen (Allegorien der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit), zwei andere Bildſäulen, die Religion und die Eintracht vorſtellend, waren am Fuße der zum Altare führenden Treppe. Um den ganzen Platz her längs des innern Standes der Gräben waren Roſtralſäulen, jede dieſer Säulen trug in einem Wappenſchilde den Namen eines Departements; die im Innern des Platzes befindlichen Laternenpfoſten waren mit Fahnen, Büſcheln und Waffentrophäen geſchmückt und an 4 koloſſalen Maſten flatterten hoch in der Luft dreifarbige Banner mit dem Datum der Revolutionstage in goldenen Buchſtaben. Auf dem ſo geſchmückten Platze wurde in Gegenwart aller Mitglieder der Nationalverſammlung, aller Behörden des Civils und Militärs, den Präſidenten an der Spitze, vom

№ 127. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 8. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Veehandlungen der Reichsverſammlung vom 8. Mai. Der Austritt der baierlſchen Abgeordneten. Schluß des Kongreſſes der Märzvereine. Zuſammenkunft der Turnervereine und der nationalen Vereine.) Wien (Die Ruſſen. Die Stellung dee Heere in Ungaen. Gefecht bei Raab. Veränderungen im Hofſtaat. Die Verwundeten.) Berlin (Die ſächſiſchen Eiſenbahnen zerſtört, die Truppenzuzüge gehindert. Nachrichten aus Sachſen. Der Durchmarſch dee ruſſiſchen Truppen.) München (Die Studenten. Militäriſche Maßregeln der Regierung. Lebhafter Verkehr mit Berlin. Das Miniſterium und die deutſche Frage.) Kaiſerslautern (Landau in Belagerungszuſtand erklärt.) Dresden (Fortdauer des Kampfes. Preußiſche Truppen eingerückt und ſogleich im Feuer. Peeußiſches Geſchütz erwartet. Zuzug aus Leivzig. Brand. Aufruf der proviſoriſchen Regierung.) Leipzig (Geoße Aufregung. Die politiſchen Vereine und die Stadtbehörden.) Mannheim (Ankunft von baieriſchen Truppen.) Gießen (Ein Auszugsbataillon. Leitung der Volksbewaffnung.) Mainz (Truppenſendung.) Schleswig (Mitglieder der Statthalterſchaft in's Hauptquartier. Die Kriegführung. Kleine Gefechte.) Flensburg (Rekognoscirung. Unwillen im Heere.)

Italien. Palermo (Unbedingte Unterweefung.) Venedig (Zuſtand in der Stadt.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 8. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 8. Mai.

Die Tagesordnung der heutigen 213. öffentlichen Sitzung iſt die an der Spitze des geſtrigen Berichts mitgetheilte.

Vicepräſident Herr Bauer von Bamberg eröffnet die Sitzung 9½ Uhr Vormittags. Ausgetreten iſt Herr Pfeuſer aus Landshut. Für die Flotte ſendet der würtembergiſche Abgeordnete Herr Notter 100 fl. als ohngefähren Betrag der Summe ein, die er weniger empfangen haben würde, wenn die Stuttgarter Kammer auf ſeinen Vorſchlag zur Herabſetzung der Diäten eingegangeu wäre. (Bravo!)

Eine Anrufung des Herrn Schoder wird zurückgelegt eine andere des Herrn Venedey an das Reichskriegsminiſterium, kann ebenfalls nicht zur Vorleſung kommen, weil die Mitglieder des Miniſteriums im Hauſe nicht anweſend ſind. Herr Umdſcheiden trägt auf ſofortige Vorladung des Miniſteriums an. Herr Rüder räth, erſt die Tagesordnung zu erledigen, welchem Vorſchlage Herr Hoffbauer mit Heftigkeit widerſpricht. Herr Umdſcheiden weiſt auf die dringenden Ereigniſſe in der Pfalz hin, Herr Heiſterbergk auf den noch fortwährenden Kampf in den Straßen von Deesden. Herr Plathner: Es handelt ſich darum, ob wir die Tagesordnung erledigen und dem Miniſterium dadurch für ſeine wichtigen Berathungen einige Stunden Zeit laſſen wollen. Die Linke drängt ſich gegen die Tribüne, indem ſie den Redner durch unmittelbare Zwiſchenreden unterbricht. Herr Schmidt von Löwenberg: Die Truppen, die das Reichsminiſterium in die Pfalz geſendet hat, ſind geſchickt zur Unterdrückung der „anarchiſchen Bewegung" — ſo geht man um mit dem Blute des Volkes! — Wüthendes Geſchrei der Entrüſtung und Lärmen unter welchem der Reichskriegsminiſter Herr v. Peucker eintritt.

Vicepräſident Herr Bauer: Eine der Anrufungen betrifft die ſächſiſchen Verhältniſſe. Ich ſtelle die Frage ob die Dringlichkeit der Anrufung anerkannt wird. Die nöthige Anzahl von Mitgliedern erhebt ſich nicht für die Dringlichkeit. Bewegung furchtbarer Empörung folgt nach dieſer Entſcheidung von der linken Seite des Hauſes. Vicepräſident Herr Bauer: „die Handhabung des Vorſitzes, die Berathung überhaupt wird durch ſolch ein Gebahren unmöglich. Ich hebe deshalb die Sitzung auf. Ich vertage ſie bis „Donnerstag."

Darauf drängt ſich die Linke mit dem Rufe gegen das Bureau: „das iſt Verrath! wir weichen nicht. Geht Ihr, ſo ſetzen wir allein die Sitzung fort!" Nachdem das Getöſe eine Zeitlang fortgewährt hat, ohne daß irgend Jemand den Saal verläßt, tritt eine allgemeine Stille ein bei dem Erſcheinen des Präſidenten Herrn Eduard Simſon auf der Tribüne und wirklich gelingt es ihm den Sturm zu beſchwören: „Nachdem der Herr Vicepräſident Bauer die Sitzung aufgehoben und bis Donnerstag vertagt hat, ſo benutze ich die zufällige Anweſenheit der Mitglieder der Reichsverſammlung in dieſem Raume zu der Ankündigung, daß 110 Mitglieder ſchriftlich eine außerordentliche Sitzung verlangt haben. Unſerm Beſchluſſe vom 30. April gemäß, muß dieſem Antrage gefügt werden und ſo lade ich Sie ein, heute Mittags 12 Uhr zu derſelben hier zu erſcheinen." Beifall, wornach ſich die Verſammlung trennt.

Außerordentliche Sitzung Mittags 12 Uhr.

Der Präſident Hr. Ed. Simſon eröffnet die Sitzung bald nach 12 Uhr Mittags mit der Austrittsanzeige des Hrn. Oſterrath aus Danzig. Es liegen fünf die Verhältniſſe der baieriſchen Rheinpfalz betreffende Anrufungen vor. Nachdem die Dringlichkeit derſelben anerkannt iſt, erfolgt die Verleſung der Interpellation des Herrn Schoder: wegen des Durchmarſches baieriſcher Truppen durch Würtemberg zur Unterdrückung der Bewegung der Pfalz für die Reichsverfaſſung, und ob dieſer Durchmarſch ungehindert Statt finden ſolle?

der Anrufung von Herrn Schlöffel: über die Abſendung preußiſcher verfaſſungsfeindlicher Truppen in die Pfalz;

des Herrn Umdſcheiden: ebenfalls wegen des in letzter Nacht in die Rheinpfalz abgeſendeten preußiſchen Militärs, wegen der Verwahrung, die der baieriſche Bevollmächtigte gegen Abſendung eines Reichskommiſſärs eingelegt haben ſoll und wie dem Bürgerkriege in der Pfalz vorgebeugt werden ſolle;

des Herrn Würth von Sigmaringen: ebenfalls über die Truppenſendungen in der Pfalz.

Die Anrufung Herrn Nauwerck's endlich wird zurückgenommen.

Da die Angelegenheit des Königreichs Sachſen ebenfalls als eine dringliche anerkannt wird, ſo erfolgt ferner die Verleſung der Anfrage der Herren Erbe, Heiſterbergk und Genoſſen: wegen des Einmarſches der Preußen in Sachſen und ob das Reichsminiſterium geſonnen ſei dem Staate Sachſen thatſächliche Hülfe dagegen zu leiſten. In derſelben Richtung bewegt ſich die zweite Anfrage des Herrn Venedey.

Der Praſident des Reichsminiſteriums, Herr von Gagern, erſcheint auf der Tribüne. Der Redner bedauert zunächſt die Aufregung, die heute morgen über die Abweſenheit des Miniſteriums entſtanden ſei, und rechtfertigt letztere. Was die Haltung des Miniſteriums zu der Bewegung in Deutſchland anlangt, ſo will Herr v. Gagern morgen, ſpäteſtens übermorgen darüber Mittheilung geben. Die Verhältniſſe in Sachſen betreffend, ſo hat Herr v. Watzdorf das ihm durch Herrn v. Wydenbrugk überbrachte Reichskommiſſariat abgelehnt, und iſt Herr Briegleb aus Koburg zu ſeiner Stellvertretung abgeſandt worden. Der Reichsminiſter erſucht, deſſen Berichte zu erwarten.

Reichskriegsminiſter Herr v. Peucker: Meine Herren, auf die Interpellation des Herrn Abgeordneten Schoder habe ich zunächſt Folgendes zu erwiedern: Sowohl nach der alten Bundesverfaſſung als nach §. 13 der neuen Reichsverfaſſung hat jeder Einzelſtaat die freie Verfügung über ſeine bewaffnete Macht in ſoweit als ſolche nicht für den Dienſt des Reichs in Anſpruch genommen wird. Die Centralgewalt hat dem nach der Pfalz entſendeten Reichskommiſſär, behufs Wahrung des Reichsfriedens, auch die bewaffnete Macht daſelbſt zur Verfügung geſtellt. (Langer Beifall.)

Auf die Anrufung des Herrn Schlöffel erkläre ich Folgendes. Dem Reichskriegsminiſterium iſt bekannt, daß in der Perſon des Abgeordneten Eiſenſtuck ein Reichskommiſſär in die Pfalz geſendet worden iſt, welcher den Auftrag erhalten hat, ſich zur Aufrechthaltung oder Wiederherſtellung der Herrſchaft der Geſetze mit den Militär- und Civilbehörden in Verbindung zu ſetzen und Fürſorge zu treffen, damit die von einem ſich ſelbſt konſtituirten Landesvertheidigungs-Ausſchuß gefaßten Beſchlüſſe, welche in den Wirkungskreis der beſtehenden geſetzlichen Behörden eingreifen, wieder aufgehoben werden, oder erforderlichenfalls ſolche von Reichswegen ſelbſt aufzulöſen (Links Ziſchen) und Alles vorzukehren, was die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands dort fordern. Der Kommandant der Reichs- und Grenz-Feſtung Landau zeigt durch einen hierhergeſandten Offizier in der Nacht vom 6. zum 7. d. M. an, daß der gegenwärtige Beſtand des ihm anvertrauten Reichsplatzes die nöthige Gewähr für die Erhaltung deſſelben nicht mehr darbiete, daß die einberufenen Beurlaubten dem an ſie ergangenen militäriſchen Befehl nicht gehorcht und nicht eingekommen ſeien (links Beifall, Ziſchen rechts), daß der nach eingegangener Meldung bekannt gewordene Aufenthalt ausländiſcher Offiziere an der franzöſiſchen Grenze zu Beſorgniſſen Veranlaſſung geben (hört!) und daß vorausgeſetzt werde, daß der Reichs- und Grenzfeſtung Landau irgend ein Handſtreich drohen könne. (hört) Der Kommandant habe ſich daher genöthigt geſehen, nach Maßgabe des dort gültigen franzöſiſchen Geſetzes vom 21. Dez. 1811, die Feſtung in den Kriegszuſtand zu erklären und trage auf un-

verzügliche Verſtärkung der Garniſon des Platzes demzufolge bei der Reichsgewalt an. Die proviſoriſche Centralgewalt hat in Erfüllung ihrer Pflicht, die dem Reiche gehörige Reichs- und Grenzfeſtung Landau in ihrem Bereich gegen jeden Angriff, er komme woher er wolle, für das Reich ſicher zu ſtellen, die Verſtärkung des Platzes mit 2 Bataillonen derjenigen Truppen verfügt, welche am nächſten in Bereitſchaft ſtanden, und dazu ein Bataillon der im Reichsdienſt ſtehenden Beſatzung der Reichsfeſtung Mainz und ein großherzoglich Badiſches Bataillon von Mannheim beſtimmt. Die gedachten beiden Bataillone haben keine andere Beſtimmung als die Wahrung des gedachten Reichs-Platzes. Andere Truppen ſind von Reichswegen nicht nach der Pfalz geſendet.

In Folge dieſer Anrufungen und der darauf ertheilten Antwort ſtellen die Herren Ludwig Simon und Vogt den Antrag: In Erwägung, daß die Volkserhebungen in der baieriſchen Pfalz und in Sachſen die Durchführung der Reichsverfaſſung zum Gegenſtand haben, daß daher der Reichsfrieden durch Unterſtützung dieſer Erhebungen gegen die renitenten Regierungen, nicht aber durch Bekämpfung derſelben zu bewirken iſt, — aus dieſen Gründen beſchließt die National Verſammlung:

die Volkserhebungen in Sachſen und der baieriſchen Pfalz ſind zur Durchführung der Reichsverfaſſung thatkräftig zu ſtützen und zu ſchützen.

Die Antragſteller wollen ihren Antrag als einen dringlichen behandelt und die Berathung darüber auf die morgende Sitzung 10 Uhr Vormittags unter Schließung der heutigen vertagt ſehen.

Herr Schmidt von Löwenberg verwahrt ſich gegen den Schluß der Sitzung, denn er hat mit mehreren Genoſſen einen Antrag eingebracht, das Reichsminiſterium des Kriegs in Anklageſtand zu verſetzen eben ſeines Verfahrens gegen die Rheinpfalz wegen.*)

Herr Schmidt verlieſt dieſen Antrag, wornach ſich das Reichskriegsminiſterium des Verraths am Volke ſchuldig gemacht, und das Geſammtminiſterium ſofort den Rückzug ſämmtlicher Reichstruppen aus der Pfalz zu verfügen hat. Von den Herren Dietſch und Schütz liegt ein gleicher Antrag auf in Anklageverſetzung des Reichskriegsminiſteriums vor. Beiden Anträgen wird vom Hauſe die Dringlichkeit abgeſprochen, worauf ſie von den Antragſtellern zurückgezogen werden. Dahingegen wird der oben mitgetheilte Antrag der Herren L. Simon und Vogt als ein dringlicher anerkannt, und ſeine Berathung auf die morgende Vormittagsſitzung unter Schließung der heutigen Sitzung anberaumt.

*** **Frankfurt**, 8. Mai. Die Reichsverſammlung erfreute ſich geſtern des Austrittes eines Dutzends bairiſcher Abgeordneten, welche den Rumpfkoalitionen des „Hotel Schröder“ angehörten und ſich als treue Stützen der mit der Reaktion engverbundenen ultramontanen Beſtrebungen bewährt hatten und im freieren Spielraume in ihrem Heimathlande noch mehr bewähren werden. Einige Irrlichter ſind noch zurückgeblieben; allein es ſteht zu hoffen, daß auch ſie ſich bald in die gewohnten Sümpfe zurückverlieren, wo es ihnen beſſer gelingt, den Wanderer zu täuſchen.

*** **Frankfurt**, 8. Mai. Der Kongreß der deutſchen Märzvereine, der von circa 400 Deputationen beſchickt war, hat ſeine Sitzungen beendigt und die Deputationen werden in die Heimath zurückeilen, um die zum Heile der Aufrechthaltung der Einheit und Freiheit des Vaterlandes vom Kongreſſe gefaßten Beſchlüſſe zur Ausführung zu bringen. Die äußerſte Linke desavouirte förmlich den Kongreß der Märzvereine. Sie erkennt nicht allein ſeinen Kampf für die Aufrechthaltung der Freiheit nicht an, ſondern behauptet vielmehr, daß er gegen dieſelbe handle. So weit iſt es bereits gekommen.

---

*) Die Antragſteller legen dieſem Verlangen nachſtehende Urkunde in beglaubigter Abſchrift zu Grunde:

Frankfurt a. M. d. 6. Mai 1849.

Das Reichsminiſterium des Kriegs
an das
Kommando der Großherz. Badiſchen Truppen zu Mannheim.

Das Kommando der großherz. badiſchen Truppen zu Mannheim wird hierdurch erſucht, Angeſichts dieſes zur Sicherung der Reichsfeſtung Landau, gegen die in der Pfalz ausgebrochene anarchiſche Schilderhebung, welche dieſen wichtigen Grenzplatz ernſtlich bedroht, durch Eiſenbahn eines der beiden dort ſtehenden badiſchen Bataillons, mit Zurücklaſſung der noch ganz unbrauchbaren Rekruten und durch Marſch einer Eskadron des dortigen Dragonerregiments nach Landau zu ſenden und zur Verfügung des dortigen Gouvernements zu ſtellen, bis deſſen Ablöſung durch anderweitige Truppen möglich wird.

Der Reichskriegsminiſter
Peucker.

Für die richtige Abſchrift Mannheim, 7. Mai 1849.
Der Garniſonskommandant Roggenbach, Oberſt.

: **Frankfurt**, 8. Mai. Der Turnverein in Darmſtadt fordert alle Turnvereine auf zu einer Zuſammenkunft in Frankfurt am 13. Mai und der Vorort der nationalen Vereine für Deutſchland zu einem nationalen Kongreſſe ebenfalls in unſerer Stadt am 14. Mai.

△ **Wien**, 4. Mai. Die ſchwüle und gedrückte Stimmung des Landes über die bevorſtehende Ankunft der Ruſſen ſcheint ſich ſogar der Natur bemächtigt zu haben, die täglich mit furchtbarem Donner und Blitzen ſich Luft macht. Das unglückliche Ungarn hätte ſich den vereinigten und noch lange nicht erſchöpften Kräften der Monarchie wohl ergeben müſſen und hätte es am Ende auch wohl noch vergleichsweiſe gethan. Wird es jetzt von den Ruſſen für uns erobert, ſo wird nie mehr Verſöhnung in die Gemüther der jetzigen Generation eindringen! Ihre Hauptarmee iſt für uns verſchwunden, wie ſeinerzeit die Truppen Bems es waren vor der Einnahme von Hermannſtadt. Ein Plan auf die deutſchen Provinzen ſcheint nicht zu befürchten; Kouriere die aus Ofen hieher gelangten, haben das rechte Donauufer leer gefunden. Das Hauptquartier Weldens iſt in Karlburg; im Schloßhof, einer Privatbeſitzung des Kaiſers an der mähriſchen Grenze, werden Anſtalten getroffen für die Aufnahme des ruſſiſchen Korpskommandos; hier ſind Wohnungen für ſieben ruſſiſche Generale beſtellt. Raab ſoll nun doch von unſern Truppen geräumt und die Brücke über die Raab abgebrochen ſein. Vor 3—4 Tagen fand ein Zuſammentreffen jenſeits der Raab ſtatt, wobei wir wie es ſcheint viele Leute verloren haben. Ein Bataillon Deutſchmeiſter-Grenadiere und zwei Bataillons Hohenlohe-Infanterie waren jenſeits der Raab poſtirt, plötzlich wurden ſie von einer Maſſe Huſaren überfallen und theils zuſammengehauen, theils zu Gefangenen gemacht. Zurück kam kein Einziger der 3000 Mann. Das Bataillon Wocher-Infanterie, das kommandirt war, ihnen zu Hilfe zu eilen, kam nicht mehr zum Angriff; es fand auf dem Platze nur Leichen und die Huſaren waren mit den Gefangenen ſchon auf und davon. Das Oberſtkämmereramt iſt in ſeiner bisherigen Geſtalt aufgelöſt und wird nur in einem kleinen Zweig derſelben fortbeſtehen. Die übrigen einzelnen Theile werden dem Oberhofmeiſteramt und dem Oberſtmarſchallamt unterſtellt. Man hofft dadurch Erſparungen zu erzielen. Die Zahl der Verwundeten, die aus Ungarn kommen, nimmt täglich zu. Die Lokalitäten des Augartens ſind nun auch ſchon davon überfüllt, und es wird bald an Raum fehlen, um ſie alle unterzubringen.

Lith. Korr. **Berlin**, 6. Mai. Die ſächſiſchen Ereigniſſe ſtehen begreiflich noch im Vordergrund der allgemeinen Theilnahme. Der Bahnzug, der geſtern gegen Abend von hier nach Dresden abgegangen war, iſt im Laufe der Nacht hierher zurückgekehrt, ohne ſeinen Beſtimmungsort erreicht zu haben. Schon geſtern Abend wurde erzählt, daß die Eiſenbahn in der Nähe von Jüterbogk durch Aufreißen der Schienen unfahrbar gemacht ſei. Heute erfährt man, daſſelbe ſei zwiſchen Rieſa und Dresden geſchehen. In Folge dieſer Unterbrechungen der Bahn, die ſo radikal ſein ſollen, daß die Arbeiten zur Wiederherſtellung der beſchädigten Strecken vor 4—5 Tagen nicht zu vollenden ſeien, ſoll von den preußiſchen Truppen nur ein Bataillon K. Alexander, das geſtern früh um 6½ Uhr von hier aufgebrochen war, in Dresden eingetroffen ſein; die übrigen preußiſchen Zuzüge ſollen nicht einmal die ſächſiſche Grenze paſſirt haben. Der Bahnhof in Röderau, wo man den dieſſeitigen Truppen Hinderniſſe bereitete, ſoll in Belagerungszuſtand erklärt ſein. Dem Lokomotivführer ſollen preußiſche Soldaten das Bayonnet auf die Bruſt geſetzt haben, um den Weitertransport zu erzwingen, der durch die gemeldeten Störungen unmöglich gemacht war.

Lith. Korr. **Berlin**, 6. Mai. Als wir vor einigen Tagen mittheilten, wie der Miniſter v. Manteuffel dem Eiſenbahndirektor Lewald in Breslau mittelſt telegraphiſcher Depeſche den Durchmarſch von circa 30,000 Mann Ruſſen annoncirte, waren wir zu dieſer Mittheilung durch die genaueſte Kenntniß der Thatſache vollkommen berechtigt. Hieſige Blätter haben zwar in aus offizieller Feder gefloſſenen Notizen behauptet, daß ein Befehl des Miniſters zur Beförderung ruſſiſcher Truppen an die Direktion der oberſchleſiſchen Eiſenbahn nicht abgegangen ſei. Die Richtigkeit jener offiziellen Notizen iſt nur in ſo weit nicht zu beſtreiten, als in der nach Breslau abgegangenen Depeſche nicht die Rede von einem „Befehl“ war (ein Wort, das wir auch bei der damaligen Mittheilung nicht gebrauchten); man begnügte ſich mit einer einfachen Anzeige. Thatſache iſt daß dieſe Depeſche den Durch-

marſch von circa 30,000 Mann Ruſſen meldete. Der Grund, warum dieſer Durchmarſch nicht erfolgte, iſt lediglich in der Politik des Kabinets zu St. James zu ſuchen. Die Rolle, die Rußland in den öſterreichiſch-ungariſchen Wirren bereits zu ſpielen angefangen hat und auch in der deutſchen Frage zu ſpielen die beſte Luſt zeigte, konnte der Aufmerkſamkeit des engliſchen Kabinets nicht entgehen. Eine ſo weite Einmiſchung Seitens Rußlands konnte die engliſche Politik nicht billigen. Die Macht Rußlands der Erſchöpfung Oeſterreichs gegenüber bedrohte die ſtaatlichen Verhältniſſe eines Theils Europa's. Man kannte die Anſprüche die Rußland gern auf die Donaufürſtenthümer geltend machen würde, ſobald ſich eine paſſende Gelegenheit dazu zeigte. Der türkiſche Geſchäftsträger hatte ſchon vor einiger Zeit den Höfen zu Paris und London ein Memoire überreicht in dem auf die Intenſionen Rußlands hingewieſen wurde. Das engliſche Gouvernement ſah ſich jetzt im Einverſtändniß mit der franzöſiſchen Regierung zu einer Note veranlaßt, die den Erfolg gehabt, den weiteren Einmarſch von Truppen (und ſo auch durch Schleſien) nach Ungarn zu verhindern. Dieſelbe Note ſpricht ſich, wie verſichert wird, auch ziemlich deutlich über die Politik die England in der deutſchen Frage befolgen wird, aus; England erklärt unumwunden, daß es eine direkte Einmiſchung Rußlands in die deutſchen Angelegenheiten eben ſo wenig dulden werde, als es ſelbſt direkt in die deutſche Entwickelung eingreifen werde. Die neuern Nummern der Times bringen leitende Artikel, die dieſen von dem engliſchen Miniſterium eingeſchlagenen Weg, deutlich genug vertreten.

0 **München**, 6. Mai. Die deutſche Partei hat mit Beginn des Sommerſemeſters Verſtärkung erhalten, durch die zahlreich wieder eingetroffenen Studenten. Fünf Verbindungen laden heute ihre akademiſchen Mitbürger zu einer allgemeinen Verſammlung auf morgen Abend im Praterſaale durch Straßenplakate ein. Die Nachrichten aus der Pfalz werden hier wahrhaft verſchlungen; man hofft, daß die drohende Haltung dieſer Provinz die Regierung nachgiebiger machen werde, ohne daß ſie es zum Kampfe kommen läßt. Unterdeſſen bereitet ſie ſich zu letzterem vor und es ſollen zu dieſem Zweck zwei Heerlager in Franken und Schwaben errichtet werden, worin ſich der größere Theil der bairiſchen Armee konzentriren würde. Zugleich wird verſichert, daß man, nicht aller Regimenter ſicher, ein Anſuchen an das Miniſterium Brandenburg geſtellt habe, das fränkiſche Lager durch preußiſche Truppen zu verſtärken. Der Kourierwechſel zwiſchen hier und Berlin iſt ſehr lebhaft und im gegenwärtigen Augenblicke verweilt hier ein Adjutant des Prinzen von Preußen. Auch der Reichskommiſſär Mathy ſcheint ſeine Sendung noch nicht vollendet zu haben, wenigſtens ſcheint er bis jetzt noch keine Anſtalten zur Abreiſe getroffen zu haben.*) Im Miniſterium ſelbſt ſoll einiger Zwieſpalt der Meinungen hinſichtlich der deutſchen Reichsverfaſſungsfrage herrſchen, indem beſonders der Miniſter des Innern, Herr Forſter, in der Hoffnung, daß das erbliche Kaiſerthum beſeitigt werde, der Anerkennung der Reichsverfaſſung nicht abgeneigt ſein ſoll, vielleicht beſtimmt durch die wachſende Aufregung in den Provinzen. Legt man doch dem König ſelbſt das Wort in den Mund: „Kann ich denn König von München ſein?" Bis zu dieſem Augenblick hat noch keines der hier garniſonirenden Regimenter Marſchbefehl erhalten; vielleicht erwartet man erſt die Entſcheidung über die Dreißigeranträge.

Kaiſerslautern, 6. Mai. 10 Uhr Morgens. Geſtern iſt Landau in Belagerungszuſtand erklärt worden. Alle Fremden mußten die Stadt verlaſſen. Das 9. Regiment ſoll den Gehorſam verweigert haben, überhaupt etwa nur 1/3 des Militärs für die Regierung, der Reſt für die Bürger ſein. Hier iſt Alles bewaffnet. Beſtändig werden Patronen gemacht. (Mz. Z.)

A **Dresden**, 6. Mai, (Morgens).**) Der Revolutions-Kampf iſt im furchtbarſten Gange. Starke Barrikaden im Innern der Stadt, die nur mit Kanonen und großen Militärmaſſen genommen werden können. Mit Kanonen wurde vom Schloßplatz auf das Georgenthor in die Schloßſtraße geſchoſſen. Das Schloß ſelbſt iſt ganz mit Militär beſetzt. Doch konnte noch kein Ausfall gemacht werden. Heute Morgen früh rückte ein Bataillon Preußen vom Kaiſer-Alexanderregiment ein und iſt zum Theil gleich in den Kampf gekommen. Der Zwingerwall iſt ſeit geſtern mit Militär beſetzt und wird auf die aus den Häuſern der Oſtraallee hinauf Schießenden ſtark geſchoſſen. Jetzt ſind Kanonen hinauf gefahren und wird damit das große Thurmhaus, worin ſich eine ſtarke Zahl Schützen vom Volke feſtgeſetzt, beſchoſſen; es ſind auch bereits ſtarke Breſchen geſchoſſen und die Schützen daraus vertrieben. Das große Opernhaus iſt von dem Volke in Brand geſteckt und mit ihm gehen die nächſtliegenden Zwingerpavillons ſammt ihren Kunſtſchätzen in Flammen auf. Noch wird das Schießen vom Zwingerwall in die Oſtraallee ſtark fortgeſetzt. Die vom Volke ſcheinen unter keiner Bedingung weichen und ſich ergeben zu wollen. Wir ſehen noch entſetzlichen Zeiten entgegen; der Wohlſtand des ſchönen Dresdens iſt auf lange vernichtet. Alle Fremde, die es nur konnten, ſind geflohen. Das Zeughaus iſt ganz im Beſitz des Militärs; von den ſtarken Kämpfen dort werden Sie ſchon gehört haben; am erſten Tage blieben im Kartätſchenfeuer dort 14 Todte und viele Verwundete vom Volk. Dann war nach Uebereinkunft eine Abtheilung Kommunalgarde als Beſatzung angenommen worden. Sie mußte ſich aber geſtern Morgen wieder zurückziehen. Eben jetzt rückt ein Theil des preußiſchen Militärs die Schloßgaſſe hinauf; dort ſind aber die Barrikaden ſehr ſtark. Die proviſoriſche Regierung hat ihren Sitz im Rathhaus. Wir, die wir hier außen wohnen, erhalten gar keine Nachricht aus der innern Stadt, ſondern hören nur das unausgeſetzte Feuern von Flinten und dann und wann Kanonen.

Eine Abtheilung Preußen wird mit Artillerie noch erwartet.

*) Die Nachricht unſeres = Correſpondenten über Mathy's Abreiſe war wohl irrig.

) Dieſe Nachricht, ſo wie die * Leipzig haben wir heute unſern ſtädtiſchen Leſer in einem Extra-Blatt mitgetheilt.

A **Dresden**, 6. Mai, Mittags. (Aus Neuſtadt.) Hier liegen vor der Brücke am Markt preußiſche Soldaten; eben rückt eine neue Kompagnie über die Brücke. Es wird Sukkurs, namentlich Artillerie erwartet; doch wird dieſe durch die nach Görlitz und Berlin zu aufgeriſſenen Eiſenbahnſchienen noch aufgehalten. Das feindliche Thurmhaus wird jetzt zuſammengeſchoſſen. Auch in Neuſtadt ſind alle Läden verſchloſſen, die Menſchen ſtehen auf den Straßen und harren der Dinge, die von drüben kommen.

Nachſchrift. Von Leipzig ſind geſtern 300 Mann Studenten mit der Eiſenbahn zum kämpfenden Volke gekommen.

* **Dresden**, 5. Mai. Die proviſoriſche Regierung hat folgenden Aufruf erlaſſen:

„An unſere Mitbürger!

Der König von Sachſen hat preußiſches Militär herbeikommen laſſen, um ſeinen Eigenwillen dem Willen des Volkes gegenüber durchzuſetzen. Das ſächſiſche Volk, welches ſeine beſten Söhne auf die Barrikaden geſandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutſchlands zu kämpfen und Sachſen insbeſondere vor den unwürdigen Feſſeln eines verrätheriſchen Sonderbündniſſes zu bewahren, wird dieſe Kunde mit einem Schrei der Entrüſtung aufnehmen. Es iſt heute mit ſeltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit doppeltem Muthe fortgeſetzt werden. Dank Euch, Ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit iſt ſchön und der Sieg iſt Euer im Leben und Sterben.

Kämpft fort, wie Ihr gekämpft habt. Du aber, ſächſiſches Volk, ſtehe wie bisher feſt zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfaſſung und durch die Reichsverfaſſung die Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes, das Heil Sachſens, und für das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode!

Dresden, den 5. Mai 1849. Abends 8 Uhr.

Die proviſoriſche Regierung.

Tzſchirner. Todt. Heubner.

*** **Leipzig**, 5. Mai. Aus einem Chaos von Begebenheiten kurz das Neueſte. Der geſtrige Tag iſt in äußerſter Aufregung vergangen. Die ſozialiſtiſch-demokratiſchen Klubs ſuchten bis zum Augenblick im Trüben zu fiſchen unter dem deckenden Schild der angeſeheneren politiſchen Vereine. Auf deren guten Namen hin hofften ſie Waffen, Geld ꝛc. zur Dispoſition zu erhalten. Es tagte aber gegen Abend hinlänglich, und ſo ſagten ſich denn der deutſche Verein und der gemäßigte deutſche Vaterlandsverein von den genannten Klubs feierlich los, als es dahin kam, daß man darauf drang, die Anarchie zur Herrſchaft zu bringen, die Wehrmannſchaften gewaltſam zu entwaffnen ꝛc. Die beiden genannten Vereine, mit den andern zu gemeinſamem Wirken zuſammengetreten, um das Aergſte zu verhindern um die Leute in vernünftige Bahnen zu lenken, ſahen die Unmöglichkeit, ihre politiſchen Abſichten zu verwirklichen ein, und erklärten das gegen die Behörden, wie gegen das Publikum Heut Morgen war nun durch Plakate die Einſetzung der proviſoriſchen

№ 127. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 8. Mai 1849.

Ueberſicht.

Die deutſche Einheit und das Preußenthum.

Deutſchland. Frankfurt (Der Hergang in Dresden.) München (Die Pfordten'ſche Erklärung.) Aus der Pfalz (Die Phyſiognomie der Pfälzer Volksbewegung.)

Frankreich. Paris (Die Jahresfeier.)

Ungarn. Peſth (Proklamationen Koſſuth's.)

Die deutſche Einheit und das Preußenthum.

E.M.A. Man klagt uns ſogenannte Preußen mit allen geſcholtenen Erbkaiſerlichen verderblicher Herrſchſucht des deutſchen Nordens und falſcher Einheitsbeſtrebungen an, womit das gegenwärtige preußiſche Miniſterium ſein Uniſono ſingt. Man ſagt und klagt, durch die Schreibfedern ſogenannter gelehrter Wirrköpfe (Doktrinäre) und metaphyſiſcher und metapolitiſcher Luftſpinner ſei in die deutſchen Köpfe etwas hinein geklügelt und geſponnen, was allem ächten deutſchen Volksſtreben immer und ewig widerwärtig und fremd geweſen ſei, die Idee einer Einheit und Macht, eines Glanzes nach außen, die einem von Natur ſo ſtillen und zahmen Volke künſtlich eingefälſcht und eingeſchwatzt ſei.

Solches müſſen wir uns von den Malten und Feigen vorhalten laſſen als Urtheil und Ausſpruch über ein Volk, welches nur 800 Jahre (vom Jahr 450 — 1250 nach Chriſti Geburt) das ſchwere und gewaltige Herrſcherſzepter der Geſchichte Europas geführt hat, ohne welches damals in der Welt nichts geſchehen durfte, ja ohne welches ſelbſt in ſeinem ſechshundertjährigen zerfallenen Zuſtande nichts Großes in der Welt empfunden, erfunden, gedacht und gethan worden iſt. O geruhten die Geſichter der deutſchen Friedriche und Heinriche, der Wallenſteine und Dörflinger vor euch Lobpreiſern des ſtillen und zahmen Volkes aufzutreten, würdet ihr euch vor den Edlen und Stolzen noch ſolcher Rede erkühnen?

Solches Urtheil, ſolchen Spruch ſollen wir uns von preußiſchen Miniſtern gefallen laſſen? ich ſage nicht, von entdeutſchten, verkümmerten und verkrümmelten Ultramontanen?

Nein! nein! nimmer! nimmer! Wir fühlen, daß wir das größte edelſte Volk der Erde ſind, daß wir von Gott die höchſte Beſtimmung für dieſen kleinen Planeten haben, daß wir wieder ein ganzes, ein volles Volk werden müſſen, daß wir einen Herrn der Einheit und Macht des Reichs, einen deutſchen Kaiſer, haben müſſen. Wir müſſen ihn haben, wir wollen ihn haben — und ſollten wir ihn aus der Erde kratzen, und ſollten wir mit dem treuen gläubigen deutſchen Volke meinen, die Felſen des alten Kyffhäuſers müßten in einer glücklichen Nacht klingen und ſpringen und der junge Barbaroſſa müßte in voller geharniſchter Herrlichkeit daraus hervorſpringen.

Man ſchilt unſre Idee der deutſchen Einheit einen verworrenen idealen Traum, einen Traum, der den Gefühlen des Volkes und ſeiner einzelnen Stämme fremd, ja widerlich ſei. Ich bitte doch: ſchaut euch ein wenig um, horcht ein wenig umher auf das Geſumſe und Gemurmel der Volksſtimmen. Was ſollen uns hier die Geſchwätze von allen den verſchiedenen Anſichten, Strebungen, Widerſtrebungen und Sträubungen der mancherlei deutſchen Stämme und von den Gefahren, welche dieſe ſchöne Verſchiedenheit mit Auslöſchung und Vernichlung drohen? Höret das Volk und ſchämt euch! ja hört Gott und ſeine wunderſame und allmächtige Panflöte, welche durch den weiten Wald der Weltgeſchichte ſchauerlich hintönt! Das Volk und Gott träumen unſern Traum; ſie wollen Einheit, Größe und Majeſtät des Vaterlandes; das Volk träumt dieſen hohen und edeln Traum nicht blos ſo mit, weil es die Träume anderer Träumer erzählen gehört hat, ſondern es träumt ihn aus Gott. Es geht eine Sage von Träumen, die man kurz vor dem Anbruch des Morgenroths träumt, daß ſie wahr werden. Ich meine, ein ſolches deutſches Morgenroth der Zukunft dämmere heran. Wer ſträubt ſich aber am heftigſten den Geſichten und Hoffnungen dieſes Traumes? Sind es nicht die deutſchen Könige, die ſich der Größe und Hoheit ihres Volkes am heftigſten weigern? Sind es nicht gerade die Könige von Gottes Zorn und von Napoleons Zorn, der gern alles Hohe, was er nicht ſelbſt war, erniedrigte. Streiten ſie nicht für die kleine Größe, damit, wenn bei ihnen die Entſcheidung ſtünde, die große Größe eine Unmöglichkeit würde?

Ueber Auslöſchung und Vernichlung der deutſchen Stämme wird der albernen Klagen und Klänge eine Unendlichkeit gehört. Wahrlich Stamm und Stammesverſchiedenheit die in Deutſchland allerdings eine Erſcheinung der größten Mannigfaltigkeit und Schönheit ſind, werden ſo leicht nicht ausgelöſcht, als die Haſſer und Neider der deutſchen Größe den Dummen einbilden wollen. Schweden, ſo lange wir es kennen, eine Einherrſchaft unter Königen, zeigt bis dieſen Tag die Verſchiedenheit von zwei großen und wohl von zwölf fünfzehn kleinen Stämmen. Geht nach England und Schottland und ihr könnt das Gleiche gewahren und entdecken. Ja ſelbſt in dem alles uniformirenden Frankreich könnt ihr es ſehen. Nur der eiſernen Fauſt einer erbarmungsloſen und unmenſchlichen fremden Tyrannei, wie die Roms weiland war und die Rußlands zum Theil noch iſt, möchte dergleichen halb gelingen. Es gibt bei uns Deutſchen wirklich keine Widerſtrebung und Gegenſtrebung gegen eine mehr geſchloſſene Einheit der ſogenannten deutſchen Stämme, deren Verſchiedenheiten uns mit viel helleren Farben gemalt werden, als ſie dieſelben jemals getragen haben. Es gibt in dem ganzen weiten Germanien nur zwei ſpecifiſch beſonders geartete und gezeichnete Stämme, die ſich nebſt einigen Königen gegen die deutſche Einheit und Majeſtät ſträuben, und dieſe will ich ſogleich nennen. Es ſind die Ultramontanen auf der einen Seite und auf der andern Seite die vornehmen Junker des Ritterthums und des Chriſtenthums.

Die Ultramontanen. Jeder zeichnet ſie ſich leicht; ſie ſind auch von uns oft und klar genug gezeichnet. Viele von dieſen haben kein Vaterland; ſie ſind verbiſſene Kosmopoliten, eine Art chriſtlicher Juden. Sie haben nur ihren Gott und ihren Papſt; die beſten unter ihnen haben höchſtens nur ein halbes Vaterland. Sie leben vorzüglich durch den Südweſten des Vaterlandes hin, mitten durch Schwaben, hie und da am Rhein hin, bis zur Ems und Weſer hinab, zerſtreut und zerſprengt; ihr verklumpter und geſchloſſener Klüngel liegt im alten Baierlande und Tyrol gleich einem ſtachlichten Igel zuſammengerollt.

Die vornehmen Junker des Ritterthums und des Chriſtenthums. Ich enthalte mich bei dieſen Benennungen und Bezeichnungen der gemeinen Schimpfwörter, welche manche Gegner und Feinde derſelben gegen dieſe große und zum Theil ehrenwertheſte Klaſſe gebrauchen. Ich lege hier gern das Bekenntniß ab, daß ich unter ihnen viele der würdigſten und frömmſten Männer kenne. Es ſind die übertriebenen frommen Altlutheraner und Gottesgnadenmänner Martin Luthers, deſſen Anſichten über Staatsregierung und Fürſtengewalt von den Anſichten ſeiner großen Mitkämpfer Zwingli und Kalvin in vielen Punkten weit abwichen. Wie geſagt, unter dieſen ſind viele wackerſte Männer aber beſchwert von vielen Zierrathen und Feierkleidern des Mittelalters, welche ſie jetzt mit verdoppeltem Gefühl der Würde und Schwere tragen; aber ſie ſind verblendet und verblenden ſich ſelbſt in ihrer Empfindung und Beurtheilung der Zeit, wie ſie eben ſteht oder vielmehr ſeit einem Jahrſechszig begonnen hat; ſie verblenden ſich über die Entwickelungen, welche Gott, der ſichtbar und unſichtbar durch unſre kleinen Menſchengeſchichten hinwandelt, mit uns vorhat. Sie wollen nicht mitſchreiten, ſie wollen Unmögliches verſuchen — ein Verſuch, den ſie Gebot Gottes nennen — ſie wollen zurückſchreiten und zurücktreiben. Sie meinen durch fromme Gelübde und tapfere Degen, ja wenn es ſein müßte durch tapfere Todte, die Gefühle und Gedanken dieſer Zeit wie das Volk ſie trägt, zuſammenhauen zu können. O Wahn, auf Geiſter einzuhauen! Es wird ihnen nicht gelingen, ſie könnten die Könige und Fürſten, indem ſie ſie zu retten meinen, mehr noch als die Rothen und Entwurzler verderben.

Dieſe Beiden alſo ſind in Deutſchland die ganz beſonderen Arten. Neid und Haß hat hier in der Paulskirche von einem ſpezifiſch-preußiſchen Stamm geſprochen, durch welchen, wenn das Kaiſerthum an den König von Preußen käme, die übrigen deutſchen Stämme ausgelöſcht, ja durch das Preußenthum endlich mit Stumpf und Stiel vertilgt und aufgefreſſen werden würden. Kein Geſchwätz iſt in der That alberner, als dieſes: denn Preußen hat ſeit drei Jahrhunderten eine ſolche Mannigfal-

tigkeit der Arten und Stämme gehabt und hat ſie in dem letzten Jahrfünfzig ſo ſehr vermehrt bekommen, daß ich wirklich keine Stelle wüßte, wo man den ſpezifiſch-preußiſchen Stamm aufweiſen könnte. Aber *eine preußiſche Art* hat es ſchon länger als ein Jahrhundert gegeben, eine beſondere preußiſche Art, und Haltung, eine trotzige ſpartiſche Art, durch außerordentlichſte Könige und Helden und ein eigenthümliches Kriegsheer und eine ſtrenge, großartige Kriegsordnung geſchaffen: eine Art, worin auch manche trotzige Unart ſteckte, die dem alten lotterlichen und aufgelöſten Süddeutſchland des achtzehnten Jahrhunderts — ich meine, dem Reichsdeutſchland — eine widerliche und ſchauderhafte Gegenſpiegelung der morſchen und verfaulten deutſchen Zuſtände in voller Nacktheit zeigte. Von den Gebrechen und Flecken dieſer Art und der oft zu vermeſſenen und hoffährtigen Gegenſpiegelung iſt das Meiſte Gottlob längſt verwiſcht; die Einbildungen und Vorurtheile haben aber ein zähes Leben.

Die Preußen in der hieſigen Reichsverſammlung und die für den preußiſchen Erbkaiſer Kämpfenden und Streitenden haben mit ſolchen Vorſtellungen und Vorurtheilen, die gegenwärtig doch veraltet heißen ſollten, genug zu kämpfen gehabt und haben, um leeren und gehäſſigen Zank zu vermeiden, gegen ungerechte und hämiſche Urtheile und Angriffe kaum halbe Lanzen heben gekonnt. Soll ich von mir reden, ſoll ich von vielen wackern und tapfern Männern des deutſchen Nordens wie des deutſchen Südens ſprechen, warum wir bei dieſer preußiſchen Frage Preußen ſind, ganz Preußen ſind und ganz an Preußen halten? Wir ſind es, weil wir für uns und für das Vaterland durch einen allgemeinen Umſturz nicht glauben groß werden zu dürfen, weil wir in Preußen einſtweilen noch die zuſammengeſchloſſene Kraft und Macht ſehen, an welche die kleineren und ſchwächeren Staaten ſich anſchließen und das deutſche Volk in ſolcher Weiſe ſeiner hohen Weltbeſtimmung entgegenführen können. In dieſem Schluß und Zuſammenſchluß zu Einheit und Macht mit möglicher Erhaltung der einzelnen deutſchen Völkerſchaften und Fürſtenthümer ſehen wir die Möglichkeit, daß wir den Fremden gegenüber eine Weltmacht werden, daß wir die Herrſchaft unſerer Meere durch Flotten behaupten, daß wir über die Länder und Welttheile hin, den Hunderttauſenden, ja Millionen unſers Volkes, die weit draußen wohnen, den erhaltenden und beſchirmenden Arm reichen könnten.

Die Wogen der Zeit, die uns treiben, gehen hoch, ſie können möglicher Weiſe Gutes und Schlechtes mit einander in den Abgrund hinab ſpülen; finſtere, ſehr finſtere Wolken hangen über dem deutſchen Horizont. Verhüte Gott, daß aus den Wetterwolken kein Blutregen falle! Man kann die deutſchen Menſchen jetzt eintheilen in die *Rothen* und *Weißen*, ich möchte ſagen in die *Rothen* und *Grünen*. Ich habe immer zu den Grünen gehört, ja häufig meinen Freunden gegenüber zu den Grünſten, das heißt zu den Hoffnungsvollſten. Was auch Wahnſinn der Narren und Schalkheit der Buben und Eitelkeit und Uebermuth der Könige ſündigen und freveln mögen, ich bin dieſer meiner Hoffnung gewiß, wenn ich auch ihre Erfüllung nicht erlebe: *das deutſche Volk wird und muß ein einiges mächtiges Volk werden, es wird und muß wieder werden, was es ſeit ſechs Jahrhunderten nicht mehr geweſen iſt.* Dies, dieſer ſtolze Traum der deutſchen Zukunft, den ich mit allem Volk und aus allem Volk träume, ſitzt ſo feſt in meiner Seele, daß, wenn meinem Kopf durch die wüthigen und zerreißenden Bachanten der Zeit begegnen könnte, was dem Orpheus weiland begegnet iſt, daß er ſchwimmend den Rhein zum Ocean hinunter triebe, er gewiß, wie jener *Eurydice, Eurydice! Deutſchland! Deutſchland!* rufen würde.

Deutſchland.

⊙ **Frankfurt**, 7. Mai. Wir erhalten ſo eben einen Familienbrief vorgelegt, der aus Dresden und allerdings vom 4. Mai herrührt. Aber trotz neuerer Nachrichten ſeit dieſer Zeit, glauben wir ihm die Erzählung des Hergangs entlehnen zu dürfen. „Seit geſtern" meldet der Brief, „iſt ein furchtbarer Aufſtand über uns ausgebrochen. Die Weigerung des Königs, die Reichsverfaſſung anzuerkennen, hat ihn herausgefordert. Der König iſt durch keine Vorſtellung zu bewegen geweſen, Bürgerwehr, Stadtrath, Vaterlands- und deutſche Vereine beſchicken ihn. Er blieb kalt und wurde immer ſchnöder und ſchnöder. Noch geſtern ſchickte der „deutſche", als konſervativ bekannte und als royaliſtiſch verſchrieene „Verein" eine Adreſſe an den König, die ein eiſernes Herz hätte rühren müſſen. Man machte ihn auf die furchtbare Wendung aufmerkſam, die ſein Verfahren herbeiführen würde. Vergebens und er ließ deutlich merken, daß er die Preußen zu Dienſten habe. Ein König von Sachſen, der ſich auf Preußen ſtützt und gegen ſein Volk auf die Bajonette deſſelben Nebenbuhlers ſtützt, deſſen Erhöhung unſere Erniedrigung, die Zerſplitterung unſeres Landes geweſen! Da verſammelte ſich um 1 Uhr die Kommunalgarde, um noch eine friedliche Demonſtration zu verſuchen. Der König ließ aber Infanterie ins Schloß rücken *und wollte fort*. Das Volk auf dem Schloßplatze hielt den Wagen auf und nöthigte ihn zu bleiben. Der Schloßplatz, der Neumarkt und der Theaterplatz waren mit Kommunalgarden und Turnern bedeckt. Um 3 Uhr ward jedoch das Bataillon, bei dem dein Bruder ſteht, zurückgezogen. Plötzlich ertönen die Sturmglocken. Die Menſchen, die ſich ſchon wieder auf den Straßen und Spaziergängen zeigten, ſtoben auseinander. Es ward Generalmarſch geſchlagen, Läden und Häuſer geſchloſſen und die Leute lauſchten in der entſetzlichſten Spannung auf den Plätzen und an den Fenſtern. Um 4 Uhr fielen die erſten Schüſſe von einem allgemeinen Rufe des Schreckens begleitet. Ein ſtarkes Gewehrfeuer entwickelte ſich, durch die Stadt fuhr man die Gefallenen, um ſie der Bevölkerung vor Augen zu bringen. Da erſchütterte unſer Haus unter den Kartätſchenſchüſſen vom Zeughauſe. Die Kugeln fielen in die Gärten an der Promenade unter unſern Fenſtern herüber. Bis 8 Uhr dauerte das Schießen. Dann trat Ruhe ein bis 10 Uhr, als das Feuer wieder begann, um 10½ Uhr hörte es jedoch nochmals auf. Nachdem die Nacht ruhig vergangen, ward um 3 Uhr zu den Waffen getrommelt, eben ſo um 10 Uhr dieſen Morgen (den 4.). Einzelne Gewehrſalven fallen, ohne daß es zum Kampfe gekommen ſein ſoll. Im Klinikum liegen 15 Todte und eben ſo viele Verwundete. Geſtern war der Angriff planlos, ungeordnet und ohne Führer. Heute hat ſich Alles feſt geſtaltet. Barrikaden ſind erbaut; auf den Sammelplätzen wimmelt es von Bewaffneten — aber der König iſt entflohen. So eben wurde unſer Haus von einem Haufen durchſucht, der nach Waffen verlangte und Flinten und Säbel empfing, wo dergleichen irgend vorhanden waren. Allein von den Bürgern wollen viele von den Barrikaden hinwegbleiben. *Man weiß leider nicht, für wen man ſtreitet, ſeit Tzſchirner und ſeine Genoſſen auf dem Rathhauſe ſind,* Befehle ertheilen und neben den deutſchen auch *rothe* Fahnen ausſtecken. Schon wieder Schüſſe in unſerer Nähe! Sie kommen vom Zeughauſe, welches gewiß heute noch geſtürmt wird. Die Bauern ſtrömen in die Stadt. Auch Bergleute kommen. In Preußen heißt es hier ſei ebenfalls ein Aufruhr ausgebrochen. Das erwartete Einrücken der Preußen aber hat auch die Sachſen von altem Schrot und Korn in Wuth und manchen davon zu Tzſchirner gebracht. Jetzt iſt — Nachmittags 1½ Uhr — Alles wieder einmal ruhig. Nur an den Barrikaden wird gebaut und ich benutze die Friſt, um den Weg zur Poſt zu verſuchen.

= **München**, 4. Mai. Unterſtaatsſekretär Mathy, um nicht zu ſagen Reichskommiſſär, iſt am 2. d. M. durch den Mann der univerſalen deutſchen Einheit, Dr. Ludwig v. d. Pfordten, beim Könige Max in Nymphenburg in Privataudienz vorgeſtellt worden; ſie war noch kürzer, noch politiſch unbedeutender als die Konferenz beim Vorſtellenden. Frhr. v. Cloſen hatte es übernommen, dem ungebetenen Gaſt die monumentalen Schätze der baierſchen Metropole zu zeigen, dieſer Metropole, die den traurigen Ruhm erlangt hat, unter allen Städten Baierns allein gegen Deutſchland und ſeine Verfaſſung ihrer einflußreichen Mehrheit nach zu ſtehen. Eine eigene Fügung der Vorſehung war es, wie die Neue Münchener Ztg. ſagt, daß Hr. Mathy in ſeiner Audienz beim Könige mit 9 Bürgern Münchens zuſammentraf, welche das Corpus sacrum der Anti-Reichsverfaſſungsadreſſe mit den 11,000 Unterſchriften überbracht hatten. Der König hat ſich zu dieſen Ehrenmännern dahin ausgeſprochen: er werde nie den Willen einer unſeligen Fraktion, die Deutſchlands Untergang wolle, ſondern nur der *immenſen* Mehrheit der Gutgeſinnten Gehör geben. Seit Wochen ſpricht das Hofblatt von der *immenſen* Mehrheit der gegen die Reichsverfaſſung Geſtimmten in Baiern und in Deutſchland; auch die baieriſche Regierungserklärung vom 23. April ſtützt ſich auf die bei weitem überwiegende Mehrheit des baieriſchen Volkes. Die Erklärung vom 23. April und die Münchener Bürgeradreſſe vom 2. Mai mit ihren 11,000 Unterſchriften haben Deutſchland von dem Untergange gerettet. Der Adreſſenſturm in Baiern, in ganz Deutſchland für die Reichsverfaſſung

iſt der Catilina, der Cicero aber iſt v. d. Pfordten, und die Beſonnenheit der immenſen Mehrheit der Bürger und Einwohner in München hat den Ausſchlag gegeben. Wie München im März 1848 glorreich vorausgegangen, ſo iſt es im Mai 1849 glorreich zurückgegangen, für München die deutſche Bürgerkrone, da ohnehin die letzten deutſchen Fahnen vom Rathhaus und von der Feldherrnhalle hinweggenommen ſind. Mit welcher bodenloſer Frechheit das Organ der Ultramontanen, „der Reichsbote", über Frankfurt und die Reichskommiſſäre herfällt, davon einige Beiſpiele. Es ſagt Hrn. Mathy: „er werde wohl eingeſehen haben, daß in München nichts zu reichskommiſſären ſei", er möge nur immerhin in Frankfurt ausrichten: „ein' Gruß und wär' nichts." Den geſetzlichen Abgeordneten des deutſchen Volkes nennt es: „Ritter von der traurigen Geſtalt"; es ſagt: „die ganze Frankfurter Glorie vom deutſchen Reich ſei für ein mit Steuern und Schulden überladenes Volk kein Pfund Lumpen werth und mit ihrer deutſchen Einheit können die Verfaſſungshelden keine Katze fett machen," ferner: „das Corps unter dem Namen Reichsverſammlung, das auf den Bänken der Paulskirche hin- und herrutſcht." Dies ſchreibt ein Blatt, geleſen in allen hieſigen höheren, mittleren und niederen katholiſchen Kreiſen, ein Blatt, deſſen Redakteur, einſt Jude, dann Proteſtant, jetzt Katholik iſt; bedenkt man, wie tief dieſes Blatt in's katholiſche Volk eindringt, ſo wird man den Schaden ermeſſen; der Namen dieſes Mannes, der den Schimpf auch mit auf die Koryphäen der eigenen Partei ſchleudert, auf Döllinger, Philipps, Sepp, Laſſaulx, iſt E. Zander.

† Aus der Pfalz, 4. Mai. Die Volksverſammlung in Kaiſerslautern, welche noch weit zahlreicher beſucht worden wäre, wenn die Einladungen dazu einige Tage früher hätten ausgeſendet werden können, hat den unzweideutigſten Beweis geliefert, daß die Staatsregierung in Baiern durch ihre partikulariſtiſche Politik und ihre beharrliche Oppoſition gegen die Nationalverſammlung bereits einen Sturm heraufbeſchworen hat, der leicht über ſie ſelbſt vernichtend dahin brauſen kann. Was die große Erbitterung gegen die Staatsregierung hervorruft, iſt die Treuloſigkeit in der Erfüllung gegebener Verſprechungen und die Gewiſſenloſigkeit in der Verwaltung der Staatsgelder, die man ihr ſchuld gibt, und ganz beſonders ihre Hartnäckigkeit im Widerſtreben gegen die deutſche Reichsverfaſſung. Der ſo entſtandene Haß hat nun zwar zum Theil die überſpannteſten Projekte und höchſt lächerliche Zornesäußerungen auf der Volksverſammlung hervorgerufen. Man wollte binnen 3 Tagen die Regierung der Pfalz auf die Reichsverfaſſung beeidigen, ohne weder den zu bezeichnen, der dieſen Eid abnehmen ſollte, noch ihm die Gewalt zu ſchaffen, die dazu gehören würde. Der Abgeordnete S c h m i d t ſagte: Nur über unſere Leichen wird man in die Paulskirche dringen können, fügte aber gleich darauf hinzu: werden wir jedoch geſprengt, ſo wird ſich die Linke einen andern deutſchen Ort wählen und die Leitung Deutſchlands übernehmen. Er rühmte ſich öfters zur äußerſten Linken zu gehören, die allein eine wahre Freundin des Volkes ſei, während die übrigen Mitglieder mit am Verrath des Vaterlandes ſich betheiligt hätten. Er verſicherte, daß er ſein Herzblut für die Freiheit des Volkes zu verſpritzen bereit ſei; er ſei mit Leib und Seele ein Republikaner von jeher geweſen und auch die Reichsverfaſſung wolle er nur, um durch ſie zur Republik zu gelangen. Weber und Looſe mochten wohl Gründe haben, beſonders auf die Beſchlagnahme der Kaſſen zu dringen. Stifterling nannte die Verſammlung eine heilige Verſammlung. Die übrigen radikalen Köpfe ſpieen Feuer und Flammen gegen Fürſten und Nationalverſammlung und riefen durch ihr Toben nicht geringe Heiterkeit hervor. Grimm'ge Leidenſchaftlichkeit bemächtigte ſich mehr und mehr auch der Beſonnenſten. Keiner wagte mehr ein entſchiedenes Wort zur Mäßigung zu reden. Mit Mühe nur vermochte es Reichard zu verhindern, daß mißliebige Redner nicht durch beſtändiges Schießen der Rothrepublikaner aus der Verſammlung heraus unterbrochen wurden. Unter den blauen und grünen Waffenröcken unſerer Bürgerwehrmänner ſchlagen biedere deutſche Herzen. Sie waren durchgängig weit davon entfernt, die von der Regierung ihnen übergebenen Waffen gegen dieſe ſelbſt zu kehren. Aber ſie haben auf der Verſammlung in Kaiſerslautern am 3. Mai einen Eid darauf geleiſtet, der deutſchen Reichsverfaſſung getreu zu bleiben und für ſie Gut und Blut einzuſetzen. Ihre Stellung iſt jedenfalls höchſt bedenklich. Sie ſtehen zwiſchen dem doppelten Feuer des geregelten Militärs und der kommuniſtiſchen Rothen. Aber im Vertrauen auf ihre gerechte Sache ſcheuen ſie um des Vaterlandes willen keine Gefahr. Und ſollte es möglich ſein, aus dynaſtiſchen Intereſſen dieſe Ehrenmänner zu opfern? Wäre ein deutſcher Fürſt im Stande, durch ihre Vertilgung ſeinen Thron zu befeſtigen? Sie hatten Gelegenheit zu erkennen, daß nur der eigentliche Bürgerſtand die Stütze des Fürſten iſt, und daß er auch noch da Kraft beſitzt, um eine feſte und freiſinnige Staatsregierung herzuſtellen.

Frankreich.

0 **Paris**, 5. Mai. Ich will Sie nicht mit einer Beſchreibung des geſtrigen Feſtes langweilen, aber derlei Feierlichkeiten eignen ſich ſehr zur Beobachtung Derer, die an ihnen Theil nehmen, und deßhalb will ich Sie auf mehrere charakteriſtiſche Züge aufmerkſam machen. Obgleich Changarnier von jeder Legion der Nationalgarden blos 600 Mann aufgeboten hatte, und der erſten ariſtokratiſch geſinnten Legion ausſchließlich die Ehre vorbehalten war, in der Nähe des Altars zu ſtehen, hatten ſich doch einige Nationalgarden freiwillig auf dem Eintrachtsplatze eingefunden. Während nun die andern ſchweigend ihren Dienſt verſahen, riefen dieſe der Republick in dem Augenblicke, als Louis Napoleon Bonaparte an den Altar ſprengte, ein lautes Lebehoch zu. Der Präſident benahm ſich, als höre er dieſen unter den gegenwärtigen Umſtänden bedeutungsvollen Ruf gar nicht. Wenn er die Stille liebt, ſo muß er mit ſeiner Umgebung freilich zufrieden geweſen ſein, denn es rang ſich aus ihr gar kein Schrei los. Man wird die offiziellen Blätter wohl nicht hindern von allgemeinem Jubel und Enthuſiasmus zu reden; wer aber die Begeiſterung miterlebt hat, welche die erſten Feſte der Republik verherrlichte, der mag heute in ſich gehen, und betrübende Betrachtungen über die Verwandlung der Menſchen anſtellen. Hatte Paris doch nicht einmal ein feiertagmäßiges Anſehen, machte ſich das eigentliche Volk doch nur wenig bemerkbar. Die eleganten Maſſen aber benahmen ſich mit einer Neugierde, der eben gar keine politiſchen Gefühle zur Unterlage dienten. Die Beleuchtung und das Feuerwerk waren allerdings ſehr ſchön und reich, aber die wogenden Maſſen ſahen in ihnen „ein Schauſpiel, ach! ein Schauſpiel nur!" Gegen Mitternacht war dieſes denn auch zu Ende. Da trug ſich denn eine wahrhaftige Volksſcene zu. Bei tauſend Blouſenmänner durchzogen die Boulevards und ließen die Miniſter, Ledru-Rollin und Barbès leben, während ſie für Fallour und Leon Faucher laute „Nieder!" hatten. Die unheimliche Rotte hielt nirgends an, keine aufrühreriſchen Geſänge ertönten, ſie zog raſch dahin, als wäre ihr nur darum zu thun, ihre beabſichtigte friedliche Proteſtation gegen das Miniſterium ſo bald als möglich zu Ende zu bringen. Die Polizei trieb ſie nicht auseinander, weil ſie keine Zuſammenrottung bildete, und begnügte ſich einfach damit, die Thatſache, welche ſich zu ſpät zutrug um noch in den heutigen Blättern erwähnt werden zu können, an den Präfekten der Seine zu berichten, den ſo eben die letzten Tafelgäſte verlaſſen. Ehe die Antwort kam war ſchon Alles ſtille; wer aber dieſe Manifeſtation geſehen hat, dem hinterläßt ſie einen unheimlichen Eindruck. Auch heute fand wieder eine Feierlichkeit ſtatt, an der ſich das Volk jedoch noch weniger betheiligte. In der Kirche der Invaliden wurde der Todestag des großen Napoleon durch eine Seelenmeſſe gefeiert. Napoleon der Kleine war, umgeben von allen ſeinen perſönlichen Freunden, in der Mitte der greiſen Ueberreſte der Kaiſerarmee erſchienen, welche in den veralteten Uniformen ihrer betreffenden Regimenter ſtolz einhergingen. Als das Amt zu Ende war, verweilte der Präſident der Republik im Hofe, wo der Ruf: „Es lebe Napoleon!" nimmer enden wollte. Er ſcheint ihm beſſer gefallen zu haben als der geſtrige: es lebe die Republik! Das Volk aber glänzte bei dieſer formalen Feierlichkeit blos durch ſeine Abweſenheit. Es iſt, als fühlte es, daß ſeine Intereſſen mit denen des Hauſes Bonaparte auch nicht in der entfernteſten Verwandtſchaft ſtehen.

Ungarn.

Peſth, 25. April. Hier iſt nachſtehende Proklamation Koſſuth's veröffentlicht worden:

Ungarn! Ihr uralten freien Bewohner des tauſendjährigen freien Landes Arpads ſeid gegrüßt!

Der Gott der Volksfreiheit, der die gerechte Sache niemals verläßt und die heroiſche Tapferkeit unſerer Armee, ließen uns nach vielen Leiden den Tag erleben, an dem wir den Feind aus unſern Grenzen vertrieben. Jenen Feind, der mit den Worten der Freundſchaft und des Friedens mit ſcharf geſchliffener Waffe die Grenzen unſeres Vaterlandes überſchritt, um zu rauben, zu morden, zu verheeren und unſere ungariſche Nation aus der Reihe der Lebendigen zu löſchen. Jenen Feind, welcher den der Nation geleiſteten heiligen Schwur brechend, welchem zufolge er unſere Freiheit, unſere uralte Verfaſſung bewahren wird, einen gottloſen, ſündhaften Schwur ablegte, den Ungarn von ſeinem Boden zu vertilgen, auf welchem er ein

Jahrtauſend als freie Nation lebte, und welcher, um dieſen Fluch zu verwirklichen, Alles aufbot, was gottlos iſt, alle Mittel anwendete, das Entſetzlichſte, das Niedrigſte. Die tapſere Armee des Landes verjagt jenen Feind, deſſen vaterlandesverrätheriſche Kommiſſäre in Nograd, Schomogy ſchon wieder anfiagen, das Volk unter das Joch der Robot zu bringen, welche das Geſetz aufhob und welche Euch aufzubürden wir nimmermehr zulaſſen werden. Sie verjagt den Feind, welcher im verfloſſenen Monat einen kaiſerlichen Befehl erließ, daß dort, wo das Urbarium aufgehoben iſt, der Unterthan die Preishälfte der aufgehobenen Robot und Zehend aus ſeinem eigenen Sacke zahlen muß, obſchon Euch das ungariſche Geſetz dieſer Zahlung enthob, welches zum Schutze Eurer Freiheit aufrecht zu erhalten unſer feſter Entſchluß iſt.

Unſere tapſere Armee verjagt von Euren Grenzen jenen Feind, deſſen Kaiſer zu ſagen wagte: Ungarn exiſtirt nicht und wird nie mehr exiſtiren, und der unſere Bruder in Siebenbürgen von uns zu trennen wagte, Kroatien Ungarn zu entreißen, unſer eigenes Vaterland zu zerſtückeln und aus unſeren fruchtbarſten Gegenden ein beſonderes Raizenreich zu gründen, für jene raiziſchen Räuber, mit denen zur Ausrottung der ungariſchen Nation ſich zu verbünden er nicht zurückſchrak.

Unſere tapſere Armee verjagt von Euren Grenzen jenen Feind, welcher, wohin er ſich wendete, auf ſeiner Flucht raubte, wie Straßenräuber rauben; welcher ſich nicht damit begnügte, was er geſtohlen, geraubt, was er eſſen und trinken konnte, ſondern was er nicht aufzuzehren vermochte zerſtorte und verwüſtete er, um Hungersnoth Euch zurückzulaſſen; noch mehr, er riß mit unmenſchlicher Wildheit aus purem räuberiſchen und ſchadenfrohen Triebe die Polſter hinter den Köpfen Eurer Kinder, gab die Federn dem Winde preis; ſogar Euere Kirchen verſchonte er nicht, er riß die Marmorſteine von den Altären, brannte die Dächer der Kapellen nieder; unter deſſen Offizieren es Menſchen gab, welche dort, wo ſie bewirthet worden, die ſilbernen Löffel einſteckten, und ſo iſt der Feind, den der öſterreichiſche Kaiſer in unſer Land ſchickte, um es zu vernichten, unſere Nation zu vertilgen und das Volk zum Sklaven und Bettler zu machen! Allein es lebt der Gott der Gerechtigkeit deſſen ewige Allgüte und Fürſorge über unſer Vaterland wacht. — Er ſchickte über uns die Tage des Leidens, um im Herzen des Volkes die heilige Vaterlandsliebe zu erwecken, um ſeine lange Geduld zu erſchöpfen, mit welcher es Jahrhunderte lang den Druck und die Sklaverei erlitt; Gott ſchickte über uns die Tage des Leidens, auf daß wir fühlen den Werth der bedrohten Freiheit und daß wir, unſere Kräfte ſammelnd, die unſerm Vaterlande von Gott beſtimmte künftige Glückſeligkeit durch Anſtrengung und Opfer verdienen.

Ich habe Euch vor Monaten prophezeit, daß aus der Tyrannei des öſterreichiſchen Kaiſers Ungarns Freiheit, Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit erblühen wird.

Und Gott ſei Dank, ſo iſt's! Geprieſen ſei dafür der heilige Name des Herrn, aber geſegnet ſei auch mit dem ewigen Danke der Nation die tapfere ungariſche Armee, welche, ihr Leben, ihr Blut für's Vaterland mit Freuden opfernd, mit unerſchrockener Tapferkeit die Geſammtmacht des Feindes ſchlug und, mit immerwährenden Siegen dem Ziele der Glorie zueilend, dich, o ungariſches Volk, mit dem Preiſe ſeines heldenmüthigen Blutes frei, glücklich macht! Der Feind brüſtete ſich mit lügenhaften Siegen, um das ungariſche Volk zu täuſchen, in Verzweiflung zu ſtürzen. Das iſt eine bezeichnende Feigheit, denn zu lügen iſt nur der Feige fähig. Er täuſchte dich mit lügenhaften Berichten, daß er unſere Truppen aus Siebenbürgen ſchlug, daß Szegedin von Jellacic mit Sturm genommen worden, und doch konnte er noch nie deſſen Gegend ſehen.

Ja, was noch mehr iſt, — jetzt, während er innerhalb von fünf Tagen viermal geſchlagen, aus ſeiner ſtärkſten Poſition hinausgedrängt, Windiſchgrätz, Schlick, Jellacic mit ihrer ganzen Armee insgeſammt von Poroszlo bis Peſth und Waitzen laufen; jetzt, während ich dies hier in Gödöllö in demſelben Zimmer ſchreibe, in welchem 24 Stunden früher Windiſchgrätz von der Unterjochung Ungarns zu träumen wagte, jetzt, noch während ſeine ganze Armee geſchlagen lauft und wir ganz Siebenbürgen, zwei Drittheile von Ungarn den Klauen des Tyrannen entriſſen haben, auch jetzt ſchämt er ſich noch nicht in den beſoldeten Peſther Zeitſchriften die Lüge zu verbreiten, „daß er bei Jaßbereny geſiegt habe.“

Auf dieſen Zweifel theile ich euch, meine Brüder! meine Freunde, die beruhigende Antwort mit, daß ich und die vortrefflichen Anführer unſerer Helden mit unſerer Armee in Gödöllö ſind, wohin ſich unſere unerſchrockenen Honved's mit dem Bajonette Bahn brachen. In Gödöllö, von deſſen Ufern unſere Huſaren die Laufenden bis zur Peſther Donau verfolgen. Und dort in Siebenbürgen iſt kein kaiſerlicher Feind mehr. Dieſer Kaiſer ſchickte die wilden Moskowiten über uns, aber Bem und unſer ungariſches Heer in Siebenbürgen ſchlugen aus dem heiligen Lande Siebenbürgens den Feind bis auf den letzten Mann hinaus, ſammt ſeinen moskowitiſchen Gönnern.

Und unten in der Bacska hat Perczel St. Thomas eingenommen, deſſen Sturm ſonſt ſo viel verſchwendete Blutstropfen gekoſtet hat. Und er befreite Peterwardein, welches öſterreichiſcher Verrath umſpann, und reinigt von den raiziſchen Räubern das geſegnete Alföld. Hier oben aber, wo die Hauptmacht des Feindes Ungarn unterwerfen wollte, hat der Hauptanführer Görgei und unter ihm die Generäle Damianics, Aulik, Klapka, Gaspar, Schlick bei Hatvan, Jellacic bei Tapio-Bieske, Windiſchgrätz, Schlick aufs neue mit Jellacic vereinigt, an den fürchterlichen Punkten Iſaſzeg geſchlagen, und nachdem ſie mit unſern ſiegreichen Truppen Gödöllö genommen haben, ſtehen ſie bereits auf den Rakos. Noch einige Tage, und Ungarn wird frei ſein und kein frevelhafter Feind wird den Boden unſeres Vaterlandes betaſten. Dies gebe ich euch zur freudigen Nachricht, meine Brüder!

Es lebe das freie ungariſche Vaterland!

Geſchrieben im Hauptquartier Gödöllö am Auferſtehungstage Chriſti, den 7. April 1849. Ludwig Koſſuth, Regierungs-Präſident.

Peſth, 25. April. Nachſtehendes Plakat verkündigt heute die Reichstagsbeſchlüſſe über die Unabhängigkeit Ungarns und die Thronerledigung:

„Der 14. April des Jahres 1849 bleibt ein ewiges Denkmal in der Geſchichte Ungarns.

Die Vertreter der Nation verſammelten ſich an dieſem Tage in Debreczin in ihrem gewöhnlichen Berathungsſaale, um eine der Hauptfragen ihrer großartigen Aufgabe zu löſen und um über das Loos Ungarns und des an deſſen Spitze geſtandenen Habsburg-lotharingiſchen Herrſcher-Hauſes zu entſcheiden. Damit aber die zu faſſenden Beſchlüſſe mit einer um ſo größeren Oeffentlichkeit und Feierlichkeit ſtattfinden können, wurde die Sitzung in der großen Kirche der Reformirten abgehalten, in Gegenwart von Tauſenden aus dem Volke.

Ludwig Koſſuth, der Präſident des Landesvertheidigungs-Ausſchuſſes, ſtattete Bericht ab über die gewonnenen Schlachten und vom dem ſiegreichen Fortſchreiten unſerer tapferen Armee; er hob beſonders den Umſtand hervor, daß jetzt die Zeit gekommen iſt, daß Ungarn ſeine 300jährigen Feſſeln abſchüttele, im Familienkreiſe der europäiſchen Staaten ſeinen würdigen Platz einnehme und daß es mit jener Dynaſtie in's Reine komme, welche ſich die Liebe und Treue der großmüthigen, in der Treue unerſchütterlichen Nation durch ihre ewigen Meineide und unerſchöpfliche Verräthereien leichtſinniger Weiſe auf immer verſcherzt hat. Dieſen Beſchluß der Nationalverſammlung verlangt die Nation, welche die Laſten unſeres Freiheitskampfes treu und mit patriotiſcher Bereitwilligkeit trägt; es fordert dieſes von ihr die tapfere Armee, welche zur Rettung des Vaterlandes ihr Leben aufopfert; dies fordern die Umſtände, daß man in dem europäiſchen Kongreſſe, welchen man beabſichtigt, abzuhalten, ohne uns nicht beſchließen könne; mit einem Worte, das Vaterland, die Welt und Gott fordert dazu das Repräſentantenhaus auf, daher auch der Herr Regierungs-Präſident zu folgenden Beſchlüſſen das Repräſentantenhaus aufforderte:

Anträge: Im Namen der Nation werde beſtimmt ausgeſprochen:

1) Ungarn, ſammt dem damit geſetzlich vereinigten Siebenbürgen und allen dazu gehörigen Theilen, Ländern und Provinzen wird als ein freier, ſelbſtſtändiger und unabhängiger europäiſcher Staat öffentlich erklärt; die Flächen-Einheit dieſes ganzen Staates wird als untrennbar und ſeine Integrität als unverletzlich erklärt!

2) Das Habsburg-Lotharingiſche Haus hat durch ſeinen Verrath, Meineid und Waffenergreifung gegen die ungariſche Nation, nicht minder durch die Kühnheit, die Zerſtückelung der Bodenintegrität des Landes, die Trennung Siebenbürgens und Kroatiens von Ungarn und die Auslöſchung des ſelbſtſtändigen Staatslebens des Landes mit bewaffneter Gewalt zu verſuchen und zu dieſem Zwecke vor dem Gebrauche fremder bewaffneter Macht zur Ermordung der Nation nicht zurückbebend; mit ihren eigenen Händen die pragmatiſche Sanktion gebrochen, eben ſo, wie überhaupt jenes Band, welches auf Grundlage gegenſeitiger Verbindungen zwiſchen ihm und Ungarn ſammt ſeinen Ländern beſtand, dieſes meineidige Habsburg-Lotharingiſche Haus wird von der Herrſchaft über Ungarn, dem damit vereinigten Siebenbürgen und allen dazu gehörenden Theilen und Ländern im Namen der Nation auf ewig ausgeſchloſſen, entſetzt und von dem Genuſſe des Landesbodens und aller Bürgerrechte verbannt.

So wie daſſelbe auch hiermit des Thrones verluſtig, ausgeſchloſſen und verbannt, im Namen der Nation, erklärt wird

3) Indem die ungariſche Nation zufolge ihrer unentfremdbaren Naturrechte in die europäiſche Staatenfamilie als ſelbſtſtändiger und unabhängiger freier Staat eintritt, erklärt ſie zugleich, daß ſie allen anderen Staaten gegenüber, wenn ihre eigenen Rechte nicht verletzt werden, in Friede und Freundſchaft zu leben, beſonders mit jenen Völkern, welche ehemals mit uns unter einem Oberhaupte ſtanden, wie auch mit dem benachbarten türkiſchen Reiche und den italieniſchen Staaten eine gute Nachbarſchaft zu gründen, in derſelben fortzuleben und auf Grundlage gegenſeitiger Intereſſen ſich in freundſchaftliche Verbindungen einzulaſſen, ihr feſteſter Entſchluß iſt.

4) Das künftige Regierungsſyſtem in allen ſeinen Details wird die Nationalverſammlung zu Stande bringen; ſo lange aber, bis dieſes durch Grundprinzipien zu Stande kommt, wird das Land in ſeiner geſammten Ausdehnung von einem Regierungspräſidenten mit ihm an die Seite gehenden Miniſtern unter ſeiner eigenen und perſönlichen Verantwortlichkeit der durch ihn zu ernennenden Miniſter regiert werden.

5) Mit der Abfaſſung der in dieſen Beſchlüſſen enthaltenen Prinzipien wird ein Ausſchuß, beſtehend aus 3 Gliedern, betraut.

Die Vertreter der Nation haben die Motionen des Herrn Regierungspräſidenten Ludwig Koſſuth mit *einem* Willen und einſtimmig zu den ihrigen gemacht, und Tauſende aus dem Volke haben mit hoher Begeiſterung der ſanktionirenden Stimme der Vertreter der Nation ihre Zuſtimmung gegeben.

Freudenthränen ſtrahlten in den Augen des Volkes und es iſt kein Zweifel, daß der einſtimmige Donner von Millionen des Volkes Europa und der Welt kund that, daß in den heutigen denkwürdigen Beſchlüſſen des Repräſentantenhauſes ſich der Wille Gottes, der das Geſchick der Menſchen und der Nationen leitet, offenbarte. Dieſe donnernde Stimme von Millionen aus der Nation iſt das Wiegenlied der Auferſtehung unſerer Nation und das Schwanenlied des verbannten meineidigen Herrſcherhauſes.

Auf den vierten Antrag des Repräſentanten Ludwig Koſſuth erklärte das Haus mit einem Herzen und mit einer Seele, daß es ſein ganzes ungetheiltes Zutrauen der unerſchütterlichen Vaterlandsliebe dem bisherigen Herrn Regierungspräſidenten Ludwig Koſſuth ſchenke, daher es ihn zum Regierungspräſidenten wählt und mit der Bildung eines verantwortlichen Miniſteriums beauftragt. Mit der Abfaſſung der in den gebrachten Beſchlüſſen enthaltenen Prinzipien aber ſind die Herren Repräſentanten Ludwig Koſſuth, Emerich Szacsvay und Stephan Gorove betraut.

Aus der am 14. April im Oberhauſe abgehaltenen Sitzung. Der Präſident des Oberhauſes, Baron Pereny, hielt es für ſeine unabläſſige Pflicht, die in der heutigen Sitzung gefaßten Beſchlüſſe des Repräſentantenhauſes dem Oberhauſe eilends zu unterbreiten. Das Oberhaus nahm ſie ohne fernere Debatte mit feierlicher Erhebung von ihren Sitzen und Einſtimmigkeit an.“

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 12[illegible]. Frankfurt a. M., Mittwoch 9. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Pläne der Reaktion.

Deutſchland. Frankfurt (Sitzung des Märzvereins. Die Parteienſtellung in der Paulskirche. Adreſſe der Bürgerwehr an den Senat.) Wien (Halbofficielle Berichtigung. Tagesnachrichten. Konferenz bei Preßburg mit dem ruſſ. General Freitag.) Prag (Oeſterr. Banknoten in Ungarn verfertigt. Verhaftung. Adreſſe um Einberufung des böhm. Landtags.) Poſen (Mobilmachung der Landwehr.) Berlin (Die konſt. Zeitung. Uebertritt zum Judenthum. Die Stimmung. Die ſächſiſche Hülfe. Beabſichtigte Verſammlung. Der Prinz und die Prinzeſſin von Preußen.) Koblenz (Die Gemeinderäthe.) Breslau (Lauigkeit der Stadtbehörde.) Köln (Beſchluß der konſtitut. Vereine. Stimmung.) München (Die Stimmung im Lande. Mobilmachung der Armee. Die Einberufung der Beurlaubten zurückgenommen.) Nürnberg (Unterſuchung gegen die Leiter der Volksverſammlung. Eröffnung der Eiſenbahn von Donauwörth nach Nördlingen.) Aus der Pfalz (Der Reichskommiſſär. Die Volksverſammlung. Wirkſamkeit des Landesvertheidigungsausſchuſſes. Pf. Beckmann.) Freiberg (Truppen an die böhmiſche Gränze. Volksverſammlung.) Zuzug nach Dresden.) Zſchoppau (Wahl zur Nationalverſammlung.) Hannover (Magiſtrat und Stadtverordneten. Das Militär. Volksverſammlung.) Lehrte (Ankunft preußiſcher Truppen.) Mannheim (Truppen nach Landau. Baieriſche Truppen nach der Pfalz. Kongreß der Volksvereine.) Altona (Briefwechſel zwiſchen der Statthalterſchaft und dem Reichsverweſer.)

Großbritannien. London (Große Verſammlungen der Protektioniſten. Bildung eines Vereins zum Schutze des engliſchen Gewerbfleißes und Kapitals.)

Frankreich. Paris (Neue Kandidatenliſten. Emeute im 7. Regiment.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Die Stellung und die Operationen des Banus.)

Italien. (Unſichere Nachrichten aus Civitavecchia. Deputation der Klubs an Oudinot. Aeußerungen deſſelben. Stimmung in Gaeta gegen die franzöſiſche Intervention.)

Ungarn. (Verſuchter Angriff auf Ofen.)

---

8. Mai.

Fürſt Metternich verſicherte neulich, er hätte ſtets die Freiheit zu befördern geſucht — natürlich nur eine ſolche, wie ſie ſich nach nüchterner Erwägung aller beſtehenden Verhältniſſe als möglich darſtellt — und wir dürfen dem Miniſterium Manteuffel auch wohl Glauben ſchenken, daß es ſich fortwährend mit Plänen für die deutſche Einheit trage. Als ſolche Pläne bezeichnet eine Korreſpondenz der Weſerzeitung folgende:

„Der nächſte Schritt wird nun der ſein, daß man der Nationalverſammlung, als wäre nichts geſchehen, die Vereinbarungsgegenſtände vorlegt. Die Liſte der Deſiderien iſt bereits fertig und in der preußiſchen Note vom 28. April an Camphauſen, ſo wie in der baieriſchen Erklärung ſchon umſchrieben. Man weiß, daß die Nationalverſammlung nicht darauf eingehen kann. Aber man wünſcht auch nicht einmal, daß ſie darauf eingehe. Es würde ſonſt bedenklich um die weitern Entwürfe ſtehen. Man hegt vielmehr die Vorausſetzung, wenn man nicht gar ſagen muß die Hoffnung, daß die Parteien in der Nationalverſammlung, deren Eintracht in der Hauptſache ein wenig läſtig wird, von neuem erwachen und ſich befehden ſollen. Als ſicher ſetzt man dann weiter voraus, daß der Zerfall der Nationalverſammlung das Ende dieſes Haders ſein müſſe. So würde, lediglich auf dem Wege einer heuchleriſchen Friedensſtiftung, der Hauptgegner, der mit materiellen Mitteln nicht zu überwinden iſt — denn was würden Bajonette helfen, wenn man mit Ränken zum Ziele zu kommen hofft — auf die Seite gedrängt ſein. Die einzelnen Abgeordneten, in ihre Heimath zurückgekehrt, würden dann, man täuſcht ſich darüber nicht, ebenſo viele Agitatoren gegen die gemeinſame Reaktion ſein und vorausſichtlich die Flamme in alle Einzelſtaaten tragen. Aber weit entfernt dies zu fürchten, iſt dies gerade ein Ziel der Regierungen. In den einzelnen Staaten hofft jetzt jede ſchon ſelbſt fertig werden zu können und um ſo leichter, da der „Heerd der deutſchen Revolution" gelöſcht iſt. Deutſchland würde den Mittelpunkt verloren haben, der gefährlicher däucht, als zwanzig Revolutionen in zwanzig Staaten und ein halbes Tauſend von Revolutionären in allen Winkeln und Ecken.

Wenn das Ziel erreicht iſt, wird man „mit tiefem Schmerze" von den getäuſchten Hoffnungen des deutſchen Volkes reden und es für eine heilige Aufgabe der deutſchväterlichen Regierungen halten, dem heißen Verlangen des deutſchen Volkes das zu gewähren, was durch faktioſes Treiben ſo lange ihm vorenthalten worden. Deutſchlands väterliche Regierungen werden dem hohen Bunde, der noch keineswegs erloſchen ſei, einen neuen Bundestag verleihen, der ſeine große Aufgabe mit Treue und umſichtiger Beachtung des Beſtehenden zu löſen ſich verpflichtet halten wird. Was die ſelbſtſüchtigen Klubs verhindert und aufgehalten, wird der neue Bundestag dann mit beſonnener Eile zu Stande bringen, eine Verfaſſung, wie ſie Hr. v. Radowitz im Herbſte 1847 nicht umſonſt erfunden haben will und mit der man ſchon deßhalb Glück machen muß, weil Metternich ihr keinen Geſchmack abgewinnen konnte. Daß darin alle gewonnenen Poſten der Demokratie ohne Weiteres ausgemerzt werden, verſteht ſich von ſelbſt und wird Niemanden irre machen, da man doch endlich zu der Einſicht gelangt ſein wird, daß der Unſinn der Pöbelherrſchaft eine Endſchaft erreichen muß. Man wird einen Reichsrath als neue Form des Bundestages wählen, ein Staatenhaus ohne Konkurrenz der radikalen Vertretungen in den Einzelſtaaten aufſtellen, ein Volkshaus mit beſchränkten Befugniſſen, ein Wahlgeſetz mit dreifacher Wahlſtufe und Beſchränkung der aktiven Wahlfähigkeit verleihen und ein Reichsgericht gründen, um nöthigenfalls den Zweifeln über dies neue Staatsrecht mit richterlichen Entſcheidungen entgegentreten zu können."

Wir haben von andern Plänen munkeln gehört; vielleicht weiß man in Berlin ſelbſt noch nicht, was man will. Gewiß aber iſt, die Entwürfe für Deutſchlands Einheit, Ehre, Macht und Größe beſchäftigen jetzt den Hrn. v. Radowitz, den nunmehrigen Leiter der preußiſchen Geſchicke und nehmen alle ſeine Zeit in Anſpruch. So ſehr iſt er okkupirt, daß es ihm unmöglich war, Herrn v. Vincke und Herrn Flottwell zu ſprechen. Sogar auf ſchriftliches Erſuchen mußte er bedauern, gar keine Zeit zu haben für den angenehmen Beſuch. Der Freiherr aus Weſtphalen hat nämlich noch ſo alterthümliche Grundſätze und Redensarten, z. B. Ein Mann, ein Wort! und wollte ſich bei Hrn. v. Radowitz erkundigen, ob ſich wirklich zwiſchen den Anſichten, welche Hr. v. Radowitz in Frankfurt über die Reichsverfaſſung geäußert, und denen, welche er jetzt in Berlin vertritt, mit der bekannten feinen Dialektik des Herrn v. Radowitz eine, wenn auch nur entfernte Aehnlichkeit nachweiſen laſſe. Inzwiſchen thut der Gang der Ereigniſſe viel, um die kunſtreichen Irrgänge der Politik des Hrn. v. Radowitz zu vereinfachen. Wir machten ſchon geſtern darauf aufmerkſam, wie willkommen die Ereigniſſe in Sachſen dem preußiſchen Miniſterium ſein würden. Der jüngſte leitende Artikel des miniſteriellen Organs beutet ſie in der That, ſchon beſtens aus: „Wir hören, heißt es in der Deutſchen Reform, daß Herr Baſſermann den Vorſchlag gemacht hat, die preußiſche Regierung möge, nachdem ſie ihr gutes Recht der Form nach durch ihre Erklärungen gerettet, nun die Anerkennung der Verfaſſung nicht ferner von ſich weiſen. Heißt das nicht der preußiſchen Regierung die Zumuthung ſtellen, ſie ſolle, nachdem in Würtemberg und Sachſen das Königthum durch das Andringen der Volksmaſſen zu einem bloßen Schatten herabgewürdigt worden, nun auch durch ihr eigenes Verhalten den Beweis liefern, daß es ſich bei ihren Erklärungen ebenfalls um nichts weiter gehandelt habe, als nur den Schein der Selbſtſtändigkeit noch zu retten?"

„Die Selbſtſtändigkeit der Regierung!" das iſt fortwährend das Schlagwort einer Partei, die Anſtandshalber vergibt eben-

falls konſtitutionell zu ſein. Doch war dieſe „Selbſtſtändigkeit der Regierung“ in Preußen auch ſchon vor 1848 an der Tagesordnung. Ein freies Volk, hieß es ſchon damals, aber auch ein freier König. Nämlich ein Volk, das ſagt was es will, und ein König! der thut was er will. Seitdem hat die preußiſche Politik einen ganzen Kreislauf beſchrieben, nur daß ſie dabei, wie der Mond noch eine gute Strecke auf ihrer Bahn zurückgeblieben iſt. Statt Hrn. v. Bodelſchwingh hat Hr. v. Manteuffel das Heft in Händen, welchem die frühere abſolute Regierung noch zu freiſinnig war. Selbſtſtändigkeit der Regierung iſt jetzt noch mehr das Schlagwort, wie ſonſt. „Der höhere Staatswille, wie Miniſterialrath Oeder in den Geſprächen aus der Gegenwart von Herrn von Radowitz es ausdrückte, muß in der Regierung koncentrirt bleiben.“ Das Parlament darf in ſo wichtigen Fragen, wie die deutſche gar nicht in Betracht kommen. Es iſt zu Hauſe geſchickt, damit die Regierung „in freier Entſchließung,“ d. h. in offenbarem Widerſpruch mit der Volksvertretung der deutſchen Reichsverſammlung gegenübertrete. Kann es einen größeren Hohn geben auf Alles, was konſtitutionelle Regierung heißt? Eine konſtitutionelle Regierung ſoll in Uebereinſtimmung ſein mit dem Willen des Volkes, wie er ſich in der Mehrheit ſeiner Vertreter ausſpricht. Wenn ein Miniſterium glaubt, die Mehrheit der Vertreter ſei nicht mehr gleichbedeutend mit der Mehrheit des Volkes, ſo bleibt ihm der Verſuch, die Kammer aufzulöſen. Aber hier wird die Kammer aufgelöſt, obgleich das Miniſterium weiß, daß die neue Vetretung noch weit ungünſtiger für daſſelbe ausfallen wird. Es will die Zwiſchenzeit zu „freien Entſchließungen“ benutzen. Dieſe freche Verhöhnung wird in allen deutſchen Staaten getrieben. Das dieß kein konſtitutionelles Staatsleben iſt, kann der einfachſte Verſtand begreifen. Zum Ueberfluß geben wir in unſerer heutigen zweiten Beilage ein ſtaatsrechtliches Gutachten darüber. Die freien Entſchließungen des Miniſteriums Manteuffel wenden ſich zunächſt auf das Wahlrecht. Dieſer neue Rechtsbruch wird mit der ſchamloſeſten Offenheit betrieben. Bittſchriften dafür laſſen ſich kaum zuſammenſtoppeln, obgleich Beamte ſich nicht ſcheuen, Formulare in Umlauf zu ſetzen. Und ſolche Bittſchriften, welche die Regierung zu einer offenbaren Rechtsverletzung auffordern, werden im Preußiſchen Staatsanzeiger gedruckt! Die Voſſiſche Zeitung ſagt ganz unbefangen: „Es wird nicht noch einmal nach dem alten Wahlmodus gewählt werden, und die Beſchränkung wird ſehr wahrſcheinlich in ſo liberaler Weiſe ausfallen, als es mit der Sicherheit des Staates und dem Gedeihen Aller verträglich iſt.“ Die Neue Preußiſche Zeitung geht natürlich noch einen Schritt weiter; ſie findet durch Interpretation des Wortes „ſelbſtſtändig“, durch Eintheilung in Klaſſen könne die Regierung andere Wahlen herbeiführen, „ohne ein Jota an der zu Recht beſtehenden Verfaſſung zu ändern.“ „Siehſt du, Baſſanio! Ein Teufel kann ſich auf die Schrift berufen.“

Wir wollen über dies Vorhaben nichts weiter bemerken, als die Worte eines anerkannt beſonnenen und gemäßigten Blattes, der Indépendence Belge. Dieſes Blatt bemerkt: „Wenn die Regierung ſo wenig Achtung vor einem Geſetze beweiſen ſollte, welches ſie aus eigner alleiniger Initiative, ohne Mitwirkung der Volksvertreter, vor kaum fünf Monaten erlaſſen hat, wie könnte ſie erwarten, daß das Volk in größerem Maße die oktroyirte Verfaſſung achte, welche denſelben Urſprung hat und von der das Wahlgeſetz gewiſſermaßen nur eine Ergänzung iſt? „Dem Vernehmen nach beabſichtigt die preußiſche Regierung alle deutſche Regierungen zur Nachahmung ihres Verfahrens aufzufordern. Damit wäre die Einleitung zu einer oktroyirten Reichsverfaſſung gegeben. Alle Schwierigkeiten, welche ſich der Oktroyirung etwa noch entgegenſtellen könnten, hofft man jetzt löſen zu können. Oder vielmehr nicht zu löſen, ſondern man hofft durch die neuſten Vorgänge Gelegenheit zu bekommen, den Knoten mit dem Schwerte zu zerhauen. Man höre nur den Schluß des leitenden Artikels der Deutſchen Reform: „Wenn die Reichsverſammlung fortfährt, ſtatt laut ihre Mißbilligung über die Akte offenen Aufruhrs auszuſprechen, durch ihre Beſchlüſſe zu ähnlichen Thaten zu provoziren, alſo die rohe Gewalt heraufbeſchwört, wo ſie die Anerkennung des Geſetzes ſchaffen will, ſo wird ſie ſich nicht wundern dürfen, wenn die Könige in Deutſchland auch ihrerſeits der Macht vertrauend, mit der Schärfe des Schwertes die Antwort geben, nachdem der Verſuch der Verſtändigung hartnäckig ausgeſchlagen worden iſt. Dann wird der preußiſchen Regierung die Aufgabe zufallen, durch Rettung des monarchiſchen Prinzips mit der Kraft des Schwertes zugleich ganz Deutſchland vor der Republikaniſirung zu bewahren, zu welcher die Halsſtarrigkeit und die Verblendung der Paulskirche das Vaterland zu führen im Begriffe ſteht. Dann wird Preußen aber auch das Recht erwerben, mit der Kraft des Schwertes die Bedingungen vorzuſchreiben, unter welchen eine gemeinſame Verfaſſung für Deutſchland noch zu Stande kommen ſoll.“ Das heißt freilich deutlich ſein. Mit dem Schwerte will das Miniſterium Manteuffel dem deutſchen Volke das Geſetz auf den Rücken ſchreiben. Wenn es ihm nur nicht geht wie — Orla Lehmann.

Welch einen traurigen Anblick gewährt uns in dieſem Augenblicke Preußen, wo das Erbe der Jahrhunderte allem Anſchein nach in wenig Wochen vergeudet werden ſoll. Das unfähige, einer äußerſten Partei angehörige Miniſterium erinnert nur zu ſehr an das Miniſterium Polignac und man möchte ausrufen, wie damals, 1829, geſchah: „Unglückliches Land! Unglücklicher König!“

Deutſchland.

Frankfurt, 7. Mai. In der heutigen Sitzung des Kongreſſes der „Märzvereine“ wurde gleich anfangs als dringlich der Antrag geſtellt, den Central-Märzverein zu beauftragen: „ohne Verzug die Erhebung des deutſchen Volkes zur Durchführung der Verfaſſung und insbeſondere zur Unterſtützung der rheinpfälziſchen und ſächſiſchen Bewegung zu veranlaſſen und diejenigen Mittel zu ergreifen, welche zur Organiſirung und Vollbringung des Aufſtandes zweckmäßig erſcheinen.“ Dieſer Antrag erregte mehrfaches Bedenken, beſonders ob durch die Ausführung deſſelben der geſetzliche Boden, auf dem man ſich immer zu halten ſuchen müſſe, nicht verlaſſen werde. Er wird dagegen von Raveaux und Löwe von Calbe unterſtützt; der Letztere beantragt jedoch die Streichung der Worte: „ohne Verzug“. Von anderer Seite wird eine motivirte Tagesordnung über denſelben vorgeſchlagen, dahin gehend: „Alle diesfallſigen Anordnungen dem Central-Märzvereine anheim zu ſtellen,“ was nach längerer Debatte von der Mehrheit angenommen wird. Ferner wird beſchloſſen, daß jedes hier anweſende Mitglied zur Beſtreitung der Auslagen eine Zahlung von 2 fl. zu leiſten, jedes einzelne Mitglied der Lokalvereine aber einen monatlichen Beitrag von wenigſtens 1 Kreuzer in die Vereinskaſſe zu entrichten habe. Ueber einen Antrag des Dr. Löwenthal von Frankfurt: die Aeuſſerung des Reichsminiſters von Gagern, als bilde nur die Linke den Anhang des Märzvereins und ſympathiſire mit ihm, als irrig zu erklären, da es notoriſch ſei, daß in dieſem Vereine alle Meinungsfraktionen vertreten ſeien, wird zur Tagesordnung geſchritten. Es werden nun mehrere Anträge, welche theils untergeordnete Gegenſtände, theils aber auch die innere Organiſation und das Verwaltungsweſen betreffen, die einen durch die Tagesordnung beſeitigt, die andern dem Centralverein zur Erledigung überwieſen. Die in der geſtrigen Sitzung herrſchende größere Einigkeit iſt nicht mehr vorhanden, im Gegentheil zeigt ſich eine Stimmung, welche auf mannigfach getäuſchte Erwartung ſchließen läßt, und in dieſer Stimmung löſt ſich der Kongreß gegen 8 Uhr Abends auf. (O. P. A. Z.)

*** **Frankfurt**, 8. Mai. Die Paulskirche beſteht in dieſem Augenblicke aus vier Lagern. Die Avantgarde bildet die, kaum noch aus zwei Dutzend Mitgliedern beſtehende äußerſte Linke „der Donnersberg“, welcher ihr kampfdurſtiges Blut kaum abzukühlen vermag und lieber in dieſer als in der andern Stunde nach Sachſen oder Rheinbaiern ziehen würde, um ſich an die Spitze der Bewegung zu ſtellen und die Republik zu proklamiren. Die äußerſte Linke ſteht auf dem Punkte mit der Linken ganz zu brechen und Männer wie Ludw. Simon, Vogt, Weſendonck ꝛc. zu den Unentſchiedenen und Fügſamen zu zählen. Die Linke, „der deutſche Hof“, an deren Spitze die ebengenannten Mitglieder noch ſtehen, iſt allerdings nicht mehr ſo feſt gegliedert wie die kurze Kette der äußerſten Linken, allein ſie ſteht noch auf dem alten entſchiedenen Standpunkte, ja inſofern eher auf dem republikaniſchen als die äußerſte Linke, weil ſie ſich der Majorität unterordnet. Auch die Linke will die Erhebung des Volks, die Reichsverſammlung und die proviſoriſche Centralgewalt zu entſcheidenden und gewaltigen Maßregeln drängen, allein vorerſt nur, um die Reichsverfaſſung zur Durchführung zu bringen Das Maß der Geduld und Langmuth glaubt die Linke als erſchöpft und auf Wien und Berlin hinweiſend, hat ſie allerdings Recht, wenn ſie behauptet, daß von reichskommiſſariſchen Berichterſtattungen wenig Heil zu erwarten ſei und ſo auch für

Sachſen. Das dritte Lager, das Gros der Paulskirche, „der Weidenbuſch", glaubt noch auf eine unblutige Entſcheidung über die Verfaſſungsfrage rechnen zu dürfen und zu müſſen. Das vierte Lager der Paulskirche, die nach- und rückzügelnde Arrièregarde, iſt die aus verſchiedenen Reſten kombinirte äußerſte Rechte. Sie ſucht ihr Gewichtlein in die Wagſchaale der Abſtimmung zu legen, wie es ihr eben in ihren Kram paßt. Die geſtrigen Reſultate der Verhandlung der Reichsverſammlung entſprangen aus der eben bezeichneten Parteiſtellung.

Y **Frankfurt**, 8. März. Die hieſige Bürgerwehr hat in einer Generalverſammlung die folgende Adreſſe an den Senat beſchloſſen: „Hoher Senat! Geſtützt auf den Beſchluß der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung vom 4. März d. J., durch welchen ſämmtliche Regierungen, geſetzgebende Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk aufgefordert worden, die Verfaſſung des deutſchen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen, unter Hinweiſung ferner auf den Vorgang der Bürgerwehren anderer Städte, ſtellen die gehorſamſt unterzeichneten Bürgerwehrmänner des Freiſtaats Frankfurt an hohen Senat die dringende Bitte: Hoher Senat wolle die Bürgerwehr und das Linienmilitär des Freiſtaats Frankfurt ſofort auf die deutſche Reichsverfaſſung vom 28. März d. J. beeidigen laſſen." Die Adreſſe wird mit den Unterſchriften, welche ſie im Laufe des heutigen Tages noch erhalten, bereits morgen frühe dem Senate übergeben werden.

Wien, 2. Mai. Der „öſterreichiſche Korreſpondent" erklärt ſich in ſeiner heutigen Nummer für „ermächtigt, die Behauptung der lithographirten Korreſpondenz aus Berlin, daß Oeſterreich eine Unterſtützung durch preußiſche Truppen nachgeſucht habe, als unwahr zu bezeichnen. (D. C. Z.)

***Wien**, 4. Mai. Die Nachricht von den Beſchlüſſen des ungariſchen Reichstags, von der Losreißung Ungarns von der Dynaſtie und dem öſterreichiſchen Staatenverbande macht ungeheueres Aufſehen. Die Regierungsorgane äußern ihre unverhohlene Freude darüber; ſie erblicken in dieſem extremen Schritte den letzten und entſchiedenen Akt der ungariſchen Rebellion und auch die Oppoſitionspreſſe ſieht darin eine fördernde Diverſion zu Gunſten der öſterreichiſchen Partei. Raab iſt von den k. k. Truppen geräumt und von den Ungarn beſetzt worden. Unſere Blätter ſind voll des Jubels, der in Peſth ſeit dem Einzuge der Ungarn herrſcht. Durch das ausgeſprengte Gerücht, die öſterreichiſche Nationalbank habe fallirt, erhält die Inſurrektion die Mittel, öſterreichiſche Noten gegen Koſſuthzettel einzutauſchen. Der Miniſterpräſident Ernſt Schwarzenberg iſt nach Preßburg abgereiſt. Der Banus hat den unumſchränkten Oberbefehl über die Südarmee erhalten. Er erwartet neue Verſtärkungen, um wieder die Offenſive zu ergreifen. Die jetzige Stärke ſeines Armeekorps wird auf 30,000 Mann angegeben. In Becskerek wurde am 25. April der reiche iſraelitiſche Handelsmann Menzer von den Serben durch Kolbenſtöße und Bajonettſtiche getödtet und ſein Haus völlig geplündert. Man ſoll in ſeiner Fußbekleidung geheime Korreſpondenzen mit den Magyaren gefunden haben. Das Armee-General-Kommando wurde nicht nach Larenburg verlegt, ſondern bleibt vorerſt noch auf Befehl des Feldzeugmeiſters Welden in Oedenburg. Uebrigens iſt dies nicht von Wichtigkeit, da hierunter nur die Kaſſen- und Militärarchive begriffen ſind. Ein Schreiben von der Militärgrenze vom 28. April ſetzt von der ernſtlichſten Bedrohung Temeswar's und Arad's — beide Erſtgenannten ſeien nur auf 14 Tage verproviantirt — und der Beſetzung von Verſek, Lugos und Karanſebes in Kenntniß. Nach neueren Nachrichten iſt auch Temeswar bereits genommen. Die Stimmung der banater und ſlavoniſchen Grenze, ſowie die in den ſüdlichen Gegenden herrſchende Beſtürzung wird mit den düſterſten Farben geſchildert. Nach einer Korreſpondenz von der galiziſch-ſchleſiſchen Grenze hatten die ruſſiſchen Truppen am 30. April das Krakauer Gebiet noch nicht betreten, doch waren für dieſelben in Podgorze und Wadowice Brodportionen beſtellt. In Biala befand ſich am 29. ein preußiſcher Rittmeiſter, der die Anzeige machte, daß 6000 Mann Preußen in Pleß einrücken, und ſollte man ſie in Biala brauchen, zur Verfügung ſtehen würden. (?) Auf Befehl des kommandirenden Generals Rukavina ſind die ſerbiſchen Zeitungen: Belgrader „Srbske Novine", „Napredak" und „Vjeſtnik" in Temeswar bei ſtrengſter Strafe verboten worden und dürften in Semlin bald daſſelbe Schickſal erfahren. Aus Tarnow erfährt man, daß in der Nähe dieſer Stadt die Ruſſen mittelſt einer Pontonsbrücke den Uebergang nach Galizien bewerkſtelligen.

Am Stefansplatz wurde in den letzten Tagen ein ungariſcher Handſchuhmachergeſelle, Markus Strakuſch, arretirt, weil er ſich erlaubt hatte, einer um ihn verſammelten Menſchenmenge eine Standrede im Sinne eines ungariſchen Emiſſärs zu halten. Geſtern wurde einem Bilderhändler am Glacis vor dem Spittelberge ein Paquet von Portraits des Koſſuth konfiszirt, welche er öffentlich zur Schau ausſtellte. Die Sicherheitswache ſoll von den Anweſenden ſelbſt herbeigeholt worden ſein. Aus den mähriſchen Grenzorten gegen Ungarn ſind die Kaſſen nach Brünn in Sicherheit gebracht worden. Die Gödinger Nationalgarde hat Patronen erhalten, um einen etwaigen Einfall der Magyaren abzuwehren. Man verſichert heute, der Kaiſer wolle ſich nach Karlsbad begeben und Manche wollen hieraus ſchließen, daß man für die Sicherheit des Hofes in Ollmütz nicht ohne Beſorgniß ſei. Einige Zeitungen ſind in Wien eingegangen, unter andern der mit vielem Pomp angekündigte Poligraf, mit einem Deficit von 8000 Fl. Der neueſte Bankausweis zeigt den Baarvorrath faſt unverändert, dagegen haben ſich die in Umlauf geſetzten Noten um 4½ Million vermehrt.

Neueſte Nachricht. Geſtern Nacht war auf dem Donaudampfſchiff bei Preßburg eine Konferenz zwiſchen dem Fürſten Schwarzenberg, dem Kriegsminiſter Kordon, Feldzeugmeiſter Welden und dem ruſſiſchen General Freitag, um die zunächſt erforderlichen Militärdispoſitionen zu treffen. Es hat der Uebergang von 15000 Mann nebſt Artillerie vom rechten Donauufer, über die Schiffbrücke bei Presburg, auf das linke ſtattgefunden, wahrſcheinlich um die Verbindung mit den ruſſiſchen Truppen herzuſten. Die Verpflegungsmagazine der Armee ſind vom ungariſchen Boden auf öſterreichiſchen verlegt worden.

Prag, 3. Mai. Aus Preßburger Briefen geht als unzweifelhafte Thatſache hervor, daß Koſſuth, als Repreſſalie für das Verbot ſeiner Banknoten, öſterreichiſche Noten in Maſſen drucken läßt. (L. Z.)

Prag, 3. Mai. Heute Morgen wurde der bekannte Schriftſteller E. M. Löbenſtein, der ſich vom März v. J. bis Ende Oktober v. J. zu Wien aufgehalten hatte, verhaftet. Was am meiſten Aufſehen erregte, war der Umſtand, daß die Verhaftung auf Requiſition des Generalkommandos, alſo mit Umgehung der Civilbehörde erfolgt war, während Prag dem Martialgeſetze keineswegs unterliegt. In der geſtrigen Nachmittagsſitzung des Stadtverordnetenkollegiums ward die Adreſſe angenommen, worin der Monarch um Einberufung des böhmiſchen Landtages mit Umgehung der durch die oktroyirte Verfaſſung in Ausſicht geſtellten Wahlcenſusbeſtimmungen gebeten werden ſoll. Die Regierungspreſſe zeigt ſich dieſem Verſuche nicht freundlich und es dürfte daher von dem Landtage ſein Abkommen haben. (L. Z.)

⁑ **Berlin**, 6. Mai. Man iſt ſehr — ruhig in Madrid! Nach all den wechſelnden Erſchütterungen iſt hier Alles in Abſpannung verſunken. Doch kann man über die eigentliche Geſinnung der Einwohner wohl nicht in Zweifel ſein. Die eigentliche Partei der jetzigen Regierung iſt zwar nicht zahlreich, aber deſto einflußreicher. Beim Könige haben die Gerlachs, Thile's und Genoſſen das Spiel gewonnen, und hinter allen ſteht geheimnißvoll als Groß-Magus der Herr v. Radowitz. Die Zahl derer, welche dem jetzigen Regiment von Herzen ergeben ſind, kann ſelbſt in Berlin nicht ſehr groß ſein. Die Auflöſung der Kammern und die deutſche Politik des Miniſteriums hat allgemeinen Mißmuth erregt. Aber der Berliner findet es am bequemſten, ſich auf das bequeme Ruhebette der Ironie auszuſtrecken, höchſtens, daß man die Adreſſe nach Frankfurt unterzeichnet, ſonſt ſteht man ruhig als Zuſchauer da bei dem Drama, deſſen erſter Akt jetzt in Dresden eröffnet iſt. Preußen hat ſein Wort, die verbündeten Regierungen gegen ihre Unterthanen zu unterſtützen, raſch erfüllt. Die Hilfe zu leiſten, dazu mochte es nach den Bundesrechten wohl befugt ſein, da ein ſächſiſcher Offizier, Major Funck, die Hilfe in Anſpruch nahm. Aber unbedingt hat das eingerückte preußiſche Militär der Centralgewalt zu gehorchen. Aber wir werden ſehen, ob es ihr beſſer gehorcht, als — in Schleswig. Die dortige Kriegsführung iſt nach den hier eintreffenden Nachrichten eine Sünde und eine Schmach. Hier werden die Kriegsrüſtungen fortwährend betrieben, die Landwehr eingekleidet u. ſ. w.

Seit Kurzem zieren ſogar Schießſcharten die zur Vertheidigung wohl ſchwerlich beſtimmte Stadtmauer, und zwar zunächſt am Potsdamer und Brandenburger Thore. Auch hört man viel von Unterhandlungen der Militärbehörde mit den Beſitzern einzelner an ſtrategiſch wichtigen Punkten gelegener Häuſer, ſo zum

Beiſpiel in der Nähe des Alexanderplatzes, Behufs Ueberlaſſung an die Militärbehörden. Die Stimmung iſt abgeſpannt, ſagten wir vorhin, aber wie bei Gewitterluft. Von Unruhen in der Stadt iſt nichts mehr zu ſpüren. Der König hat ſich mißbilligend über das vorſchnelle Schießen geäußert, und ſo hat das Militär ſich ſpäter vorſichtiger und ſchonender benommen. Hr. Held hatte eine Volksverſammlung in Zehlendorf, außerhalb des 2meiligen Umkreiſes, ausgeſchrieben, aber General v. Wrangel hat den Zuzug auf der Eiſenbahn unterſagt. Vielleicht hat Hr. Held ſeine alte „Idee" auffriſchen wollen, den Prinzen von Preußen zum König zu machen: Kinder und Narren ſagen die Wahrheit. Die Nachrichten von einem Zwieſpalte zwiſchen den königlichen Brüdern ſind mit Vorſicht aufzunehmen. Wenigſtens leidet das Zartgefühl des Prinzen nicht irgend ein Zeichen davon zu verrathen. Gewiß iſt, daß er von der Auflöſung der Kammer vorher nichts gewußt hat, und man hofft, daß er in der deutſchen Frage dieſelbe Wärme beſitzt, wie ſeine ſchöne, allverehrte Gemahlin, die uns noch wie ein Hoffnungsſtern am trüben Himmel leuchtet. Wie tief der Antheil iſt, den ſie an der großen Frage des Vaterlandes nimmt, davon erzählen die Zeitungen Folgendes: Die Stimmung am Hofe und in der Umgebung des Prinzen von Preußen charakteriſirt wohl am beſten folgender verbürgter Zug. Als vor wenigen Tagen die Prinzeſſin von Preußen nach einem Konzerte ſich der Frau Crelinger näherte, um ihr einige Worte der Anerkennung über ihre Deklamation zu ſagen, und die Künſtlerin dabei das Bedauern äußerte, daß das Theater ſo wenig durch den Beſuch der Hoheiten erfreut werde, erwiderte die Prinzeſſin, indem ſie in Thränen ausbrach: „Ach, wer kann jetzt die Stimmung finden, ins Theater zu gehen!" Von ihren Gefühlen überwältigt, mußte ſie ſich abwenden und entfernte ſich ſchweigend.

Lith. Korr. **Berlin**, 6. Mai. Mit der „Konſtitutionellen Zeitung" wird vom Juli ab ein literariſches Beiblatt verbunden werden. Daſſelbe ſoll den Abonnentenverluſt decken, welche der durch die Kammerauflöſung entſtande Wegfall der Kammerberichte herbeizuführen droht. Die Auflage beträgt bis jetzt nicht mehr als 800, die Aktien ſind zu 25 pCt. feil, das Unternehmen ſelbſt wird deshalb indeß nicht aufgegeben werden, da die Fonds reichlich genug ſind, um ein längeres Abwarten zu geſtatten.

Vor einigen Tagen hat ſich hier ein Vorfall ereignet, der in dieſem Jahrhundert der erſte ſeiner Art ſein dürfte. Eine ganze Chriſtenfamilie iſt zum Judenthum übergetreten. Der Vater, als Jude geboren und ſeit einer Reihe von Jahren Chriſt, hat ſich zum Rücktritt in ſeine frühere Glaubensgenoſſenſchaft veranlaßt geſehen, die Frau und die Kinder, die als Chriſten geboren ſind, folgten dem Beiſpiele des Vaters. Der ſchon 18 Jahre alte Sohn überſtand die an ihm unter Aſſiſtenz mehrerer der berühmteſten Wundärzte vollzogene rituelle Operation ſehr leicht.

Poſen, 4. Mai. Geſtern Abend iſt ganz unerwartet der Befehl aus Berlin hier eingetroffen, daß unſere geſammte, bis jetzt noch nicht einberufene Landwehr in kürzeſter Friſt mobil gemacht werden ſoll. (O. P. Z.)

Breslau, 4. Mai. Nachdem am geſtrigen Tage wegen der hochwichtigen Berathung über die deutſche Frage auf heute Abend Schlag 6 Uhr, eine Stadtverordneten-Verſammlung beſtimmt ward, und die einzelnen Stadtverordneten noch beſonders eingeladen worden ſind, ſah ſich heute Abend kurz vor 7 Uhr der Vorſteher Prof. Dr. Regenbrecht, genöthigt, „die Verſammlung aufzuheben, weil ſie wegen nicht hinlänglicher Anzahl der Verſammelten nicht beſchlußfähig war." Mit tiefer Entrüſtung hörte das zahlreiche Publikum die Erklärung des Vorſitzenden, der ſich bitter über die Lauigkeit der Herren Väter der Stadt beſchwerte. (A.O.Z.)

Breslau, 4. Mai. Auch nach den heute eingegangenen Nachrichten aus Krakau hat ein Einmarſch der Ruſſen noch nicht ſtattgefunden und wird lediglich nur das beſtätigt, was wir bereits meldeten, daß nämlich an der Krakau-polniſchen Grenze ruſſiſches Militär gar nicht mehr zu ſehen iſt. Dagegen haben wir mitzutheilen, daß heute auf der Eiſenbahn von Oderberg über Coſel, Myslowitz nach Krakau hin unerwartet ein Zug mit 200 Mann öſterreichiſchen Soldaten befördert wurde, deren Beſtimmnngsort angeblich Krakau iſt, um die dortige ſehr kleine Garniſon zu vermehren. Dieſer Umſtand dürfte dem umlaufenden Gerüchte, daß ein Einmarſch der Ruſſen nach Krakau vor der Hand nicht ſtattfinden werde, allerdings einigen Halt geben. Dazu kommt, daß nach einer hier eingegangenen, allerdings nicht verbürgten Nachricht, in den nächſten Tagen Truppenbeförderungen von Oderberg aus auf der Eiſenbahn nach Krakau hin ſtattfinden ſollen. (Schleſ. Z.)

Köln, 6. Mai. Die Abgeordneten der verbündeten konſtitutionellen Vereine Rheinlands und Weſtphalens waren heute hier zum Kongreſſe verſammelt, um über den bedrohten inneren Frieden des Vaterlandes und ſeine etwa noch mögliche Bewahrung Raths zu pflegen. Unter ſolchen, das ganze Gemüth aufregenden und es mit Bangen erfüllenden Umſtänden hatten die Vereine noch nie getagt. Daß der Ernſt des Augenblickes Alle ergriffen hatte, das bewies die ganze Haltung der Debatten. Ermuthigend und erhebend war es, die verſammelten Abgeordneten zweier an Stammesart ſehr verſchiedenen Landſchaften in der ganzen Auffaſſung der Lage des Vaterlandes und in allen weſentlichen, den Weg der Rettung betreffenden Anſichten ſo durchaus übereinſtimmend zu erblicken. Man darf hieraus die Hoffnung ſchöpfen, daß die entgegenſtehenden zu bekämpfenden Anſichten ſich um ſo eher von ihrer Verlaſſenheit überzeugen und ſie dem einmüthigen Willen des Volkes zum Opfer bringen dürften. Es wurden von den Verſammelten eine Adreſſe an des Königs Majeſtät und eine öffentliche Erklärung beſchloſſen. Die letztgenannte lautet:

Der Kongreß der verbündeten konſtitutionellen Vereine Rheinlands und Weſtphalens erklärt: 1) daß er die von der verfaſſungsgebenden Reichsverſammlung am 28. März d. J. verkündete deutſche Reichsverfaſſung anerkenne und daß eine Aenderung derſelben nur durch die Reichs-Verſammlung oder auf dem in der Verfaſſung vorgeſehenen Wege erfolgen darf. 2) Das jetzige preußiſche Miniſterium hat das Vertrauen des preußiſchen Volkes verloren, und kann nur durch deſſen Rücktritt eine gedeihliche Löſung der bedrohlichen Staats-Verhältniſſe gefunden werden. Es ſoll Se. Majeſtät der König gebeten werden, das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ungeſäumt zu entlaſſen und ſich mit einem volksthümlichen, wahrhaft konſtitutionellen und deutſchgeſinnten Miniſterium zu umgeben.

Genaueren Bericht behalten wir uns vor. (Köln. Z.)

Köln, 3. Mai. Der D. R. wird folgende Mittheilung, die freilich mit ihren jetzigen Tendenzen wenig ſtimmt: Iſt es jemals Pflicht der Organe der Oeffentlichkeit geweſen, von unparteiiſchem Standpunkte aus die Stimmung des Volkes in ſeiner Totalität zu ſchildern, ſo in dem jetzigen Augenblicke. Die Ultrademokraten freuen ſich, wie nie zuvor, über die in ihren Augen näher gerückte Verwirklichung ihrer lang gehegten Wünſche; ſie ſind ſo feſt von dieſer baldigen Realiſirung überzeugt, daß ſie zu einem ruhigen, beſchaulichen Verhalten mahnen, da die kraſſeſte Reaktion die Revolution am beſten fördere. Sie werden in aller Ruhe am 6. d. M. einen großartigen Kongreß in Deutz halten und auf dieſem vielleicht dem jetzigen ernſteſten Augenblicke eine kleine Betrachtung widmen. In der Reichsverſammlung zu Frankfurt ſahen von vorn herein und ſehen jetzt beſonders dieſe Demokraten das Urtheil Deutſchlands, nicht, weil keine deutſche Einheit zu Stande gekommen, nein, weil die Reichsverſammlung der Errichtung der Republik im Wege geſtanden: als Feind betrachten ſie alſo den, der jetzt durch eine Adreſſe an die Reichsverſammlung entweder dieſelbe aufrecht halten, oder zu thatkräftigem Handeln ermahnen will. Die Freude einer anderen, glücklicher Weiſe nicht ſehr ſtark vertretenen Partei, über die Ablehnung der Kaiſerkrone von Seiten unſers Königs, über die Nichtanerkennung der Frankfurter Beſchlüſſe, iſt die der Ultramontanen, derjenigen bornirten Katholiken, denen Religion und Politik identiſch iſt. Antipreußiſch bis auf die höchſte Potenz haben die Organe dieſer Partei, deren Anhänger gleichzeitig faſt ohne Ausnahme Mitglieder der Piusvereine ſind, die Handlungen der preußiſchen Regierung verdächtigt, angefeindet, in das ſchlechteſte Licht geſtellt, um nur die Wahl des Königs von Preußen zum deutſchen Kaiſer zu hintertreiben.. Einer Seits nun iſt ihr Ziel erreicht, der König hat die Krone abgelehnt: und deshalb wird dieſer bis jetzt geſchmähte König auf gleiſſneriſche Weiſe gelobt und ihm Recht gegeben in Allem, was er vornimmt. Die Schadenfreude der Ultramontanen macht ſich Luft, wo es nur eben angeht. Der konſtitutionellen Partei überhaupt hat ſich Niedergeſchlagenheit und Indignation bemächtigt.

Koblenz, 7. Mai. Unſere Deputirten des Gemeinderaths gehen heute nach Köln. Von Kreuznach, Saarlouis, Ehrenbreitſtein ſahen wir dieſelben ſchon hier vorbeireiſen. Um zu verhindern, daß die Deputirten der Gemeinderäthe der kleineren Ortſchaften Theil an der Verſammlung in Köln nehmen, ſind Cirkulare an die Landräthe ergangen, um mit allem ihrem Einfluß dagegen zu wirken. (Fr. J.)

÷ **München**, 5. Mai. Das preußiſche Kabinet wünſcht die Oktroyirung; wir haben von dieſem elenden Kabinet nie etwas anderes gehofft. Zum Oktroyiren hat es Muth und Genie ſich an die Spitze Deutſchlands zu ſtellen, und den Fürſten-Kongreß nach Berlin, der gegenwärtigen Metropole des abſolutiſtiſchen Konſtitutionalismus zu berufen. Dieſer Fürſtenkongreß wird wohl von den Volksereigniſſen überholt werden; es iſt ſehr fraglich ob von ihm die neue deutſche Aera datiren wird. Es hat hier auch nicht befremdet, wenn auch aufs tiefſte empört, daß das preußiſche Kabinet den ruſſiſchen Bajonetten den Durchgang durch Schleſien eröffnet hat. Es ſteht bei ihm ſeine und Deutſchlands verpfändete Ehre wieder einzulöſen. Unſer Volk hat ſich geregt, hat Zeugniß abgelegt in allen ſeinen blühenden vom Zauber vergangener deutſcher Hoheit geweihten Gauen; es hat gezeigt daß das ultramontane München nicht Baiern iſt.

Mit Triumph verkündet heute unſer Hofblatt „daß der König von Preußen die „Krawallkrone" verſchmäht." Hinter dieſem Hochmuth ſchleicht eine fürchterliche Zeit einher; Vertrauen und Liebe des Volkes kehren niemals wieder, niemals, niemals niemals! Die Revolution wird permanent werden, die Revolution der Geiſter und Gemüther, nicht die verächtlichen Putſche und Krawalle. Fürſt von Leiningen weilt in unſerer Mitte. Mannhaft hat er vor König Ludwig im März 1818 vor der Entſcheidung ſeine Ueberzeugung in Briefen ausgeſprochen, ſollte er auch zu König Max noch ſprechen müſſen? Die Sturmvögel ziehen herauf; aus der Pfalz hören wir heute bereits, daß die Volksbewaffnung begonnen hat, die Landwehr und das Landwehrfreikorps der altehrwürdigen zweiten Reſidenz Augsburg haben ſich bereit erklärt mit Anerkennung der Reichsverfaſſung Gut und Blut dafür einzuſetzen. Die Zahl der aus dem ganzen Lande zu Gunſten der Reichsverfaſſung einlaufenden Adreſſen nähert ſich den Tauſenden.

In Regensburg, der Hauptſtadt eines Landestheils, die man in den Händen der Schwarzen wähnte, haben die Gemeindebevollmächtigten bereits den Magiſtrat angegangen, in großer Bürgerverſammlung die nöthigen Schritte in der deutſchen Frage zu thun, desgleichen verſammelt ſich dort die Landwehr zu gleichen Schritten, worin die Landwehr von Bamberg und Würzburg bereits voraufgegangen; in Mindelheim und Mintraching verſuchten die Schwarzen Störung der Volksverſammlung, wurden aber von den Bauern in die Flucht getrieben. Wenn nur die Pfalz ſich nicht überſtürzt, wenn ſie die Steuerverweigerung nur einem geſetzlichen Beſchluſſe in der Kammer nicht unbeſonnen vorweggenommen. Die äußere Phyſiognomie unſerer Stadt iſt ruhig. Es beſtätigt ſich daß die ganze Armee mobil gemacht wird; die Beurlaubten ſind überall einberufen.

München, 5. Mai. Der Reichskommiſſär Herr Matäy befindet ſich noch in unſrer Stadt, und gedenkt noch mehrere Tage zu verweilen. Hieraus und aus dem Umſtand, daß die N. M. Zeitung bis jetzt die Anweſenheit des Hrn. Reichskommiſſärs faſt gänzlich ignorirte, will man ſchließen, daß ſeine Miſſion wenigſtens nicht gänzlich geſcheitert ſei: denn wäre dies der Fall, ſo würde wohl, glaubt man, das genannte Blatt alsbald davon Mittheilung machen. (N. C.)

München, 5. Mai. Die vom Staatsminiſterium des Kriegs angeordnete Einberufung ſämmtlicher Beurlaubten zum Zwecke der Herſtellung der bairiſchen Armee auf den Kriegsfuß iſt in Folge eines Beſchluſſes im jüngſten Miniſterrath wieder zurückgenommen worden. (A. Z.)

Nürnberg, 6. Mai. Laut einer Bekanntmachung der Generalverwaltung der Poſten und Eiſenbahnen wird die Eiſenbahnſtrecke von Donauwörth nach Nördlingen und Oettingen am 15. Mai dem Verkehr übergeben. (N. K.)

Nürnberg, 4. Mai. Wie mir auf das Beſtimmteſte verſichert worden iſt, ſo beabſichtigt man gegen die Leiter der vorgeſtern dahier abgehaltenen Volksverſammlung eine Unterſuchung einzuleiten. (D. C. Z.)

† Aus der Pfalz, 6. Mai. Unſer Landesvertheidigungsausſchuß, beſtehend aus 10 Männern, die wegen ihrer ultraradikalen Geſinnung ſchwerlich die Sympathien der Pfalz in dem Grade beſitzen, der ſie zur Ausführung ihrer Plane befähigen würde, hat ſeine Wirkſamkeit damit begonnen, daß er unterm 3. Mai an ſämmtliche Beamte der Pfalz ein Schreiben gerichtet, in welchem er als Beſchluß der Volksverſammlung ihnen kundmacht: 1) „die Reichsverſammlung ſoll um Unterſtützung ſeines Vorhabens angegangen werden; 2) die Regierung, die Gerichte und ſämmtliche Beamte der Pfalz werden aufgefordert, ſich binnen drei Tagen nach Zuſtellung dieſer Aufforderung ſchriftlich zu erklären, ob ſie die unbedingte Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung, ſo wie alle Beſchlüſſe der Reichsverſammlung anerkennen. Im Falle der Weigerung ſind ſie Rebellen und ihre Akte wirkungslos. (Vom Eid iſt man klugerweiſe zurückgekommen.) 3) Bei Widerſetzlichkeit werden die Steuern verweigert. 4) Die Gemeinden der Pfalz ſind aufzufordern, alle waffenfähige Männer ſchleunigſt mit Waffen zu verſehen." Bei dieſen und ähnlichen Aufforderungen dürfte es im Weſentlichen vor der Hand ſtehen bleiben. Ohne Hilfe von außen her wird dieſer Ausſchuß wenig ausrichten. Das Pfälzer Volk iſt viel zu überlegt und beſonnen, und in Folge der freiſinnigen Inſtitutionen, die es ſchon ſeit mehr als 30 Jahren genoſſen, viel zu ſelbſtſtändig, um dieſen Putſchmachern in großen Maſſen zuzufallen.

Pfarrer Berkmann war auf der Volksverſammlung zu Kaiſerslautern zwar anweſend, hat jedoch die Maſſe mit ſeinen Kraftworten zu erſchüttern nicht für gut gefunden. Nur eine Aeußerung iſt von ihm bekannt geworden, die ihn zugleich trefflich charakteriſirt. Als in einem kleineren Kreiſe die Frage aufgeworfen wurde: Wo nehmen wir Geld her? verwies er auf die Kirchenkaſſen und ſagte, daß er die Ausſtände der Kirchen ſchon wüßte einzutreiben. Seinen Wühlereien verdankt die Umgegend von Kirchheimboladen, die wahrhaft fanatiſirt iſt, das Korps der Rothen, das ſich in Kaiſerslautern durch ſein wüſtes Treiben beſonders bemerklich machte.

† Aus der Pfalz, 7. Mai. Einige Blätter ſcheinen ſich zu bemühen, die Bewegungen in der Pfalz in einem viel größeren Maße darzuſtellen, als ſie es wirklich erreicht haben. Eine eigentliche republikaniſche Schilderhebung iſt noch nicht erfolgt, ſie iſt auch trotz der Freiſinnigkeit der Pfälzer, ja gerade wegen derſelben, wohl nicht ſo leicht zu bewerkſtelligen, als man ſich vorſtellt. Während die Kreisregierung, deren Autorität wegen ihrer gänzlichen büreaukratiſchen Charakterloſigkeit nicht groß iſt, unter dem 4. Mai eine Anſprache an das Volk erlaſſen, worin ſie zur Geſetzlichkeit, in der ſich die Pfälzer bisher ſo rühmlich ausgezeichnet, und Beſonnenheit auffordert, und erklärt, daß ſie als Organ der oberſten Staatsgewalt in Baiern keine Vollmacht habe in Fragen der Verfaſſung, daß ſie derſelben aber ihre Geſinnung über die Geltung der Reichsverfaſſung bereits in vielfacher Weiſe zu erkennen gegeben — hat der Landesvertheidigungsausſchuß bereits die Regierungsbeamten zur Annahme der Reichsverfaſſung, die Soldaten zum Abfall, die Deutſchen im jenſeitigen Baiern zur Unterſtützung dieſer gemeinſamen Angelegenheit öffentlich aufgefordert, eine Deputation an den General Dufour in die Schweiz wegen Uebernahme des Kommandos geſendet und 30 polniſche Offiziere engagirt.

Zu ſchnelleren Bewegung des Volkes wurde geſtern in Neuſtadt abermals eine große Volksverſammlung abgehalten, welche die ganze Tendenz dieſes Ausſchuſſes ebenſo treffend charakteriſirt, wie jene zu Kaiſerslautern. Da mein Bericht über die letztere im Mannheimer Journal parteiiſch genannt wurde, ſo werde ich mich durch rein objektive Darſtellung der Neuſtadter Verhandlungen Ihnen zu zeigen bemühen, daß ich dort nicht zuviel geſagt. Etwa 5000 Menſchen hatten ſich auf dem freien Platz am Bahnhof verſammelt. Von Eiſenſtuck, dem Bevollmächtigten der proviſoriſchen Centralgewalt für die Pfalz, wurde eine gedruckte Anſprache an ſeine deutſchen Mitbürger in der deutſchen Pfalz vertheilt, worin er die eifrigſte Unterſtützung aller der Maßregeln zuſichert, welche die deutſche Sache in der Pfalz zum Sieg zu führen geeignet ſeien, aber auch die Erwartung ausſpricht, daß ſich Niemand zu Schritten verleiten laſſen wird, welche gegen die Geſetze gegen die Ordnung im Staate, gegen die Grundlagen der Geſellſchaft gerichtet ſind. Der als ſozialiſtiſcher Agitator und als Vorſtand der freien Gemeinde bekannte Uhrmacher Weber eröffnete die Verſammlung, indem er ſagte, daß ſie mit dieſer Revolution durchaus auf geſetzlichem Boden ſtänden. Der Reichstagsabgeordnete Schmidt von Kaiſerslautern wurde hierauf als Präſident von ihm bezeichnet und Eiſenſtuck als Reichstagskommiſſär vorgeſtellt. Der Letztere ermahnte zum Anſchluß an die Centralgewalt und die Majorität der Nationalverſammlung, ein Abgeordneter aus Bamberg, (Titus?) that daſſelbe, indem er den Pfälzern wegen ihres muthigen Voranſchreitens manche Logeserhebung machte. Sie ſeien die Huſaren, die den Kampf gegen den Feind eröffneten, die übrigen deutſchen Länder die In-

fanterie, die die Schlacht durchführe. Aber ohne jene könnten ſie nichts ausrichten. Deßhalb ſollten ſie nicht zu weit in ihrem Eifer voranſchreiten. Nun aber folgten Redner, welche zum Theil noch weit entſchiedener, als die zu Kaiſerslautern zum raſcheſten Handeln aufforderten. Sie wollten nicht bloß dem Namen nach, wie die vorigen, Republikaner ſein, ſondern durch die That es beweiſen. Die Nationalverſammlung wurde lächerlich gemacht, ſowie die ganze Partei der Mäßigung. Reichskommiſſäre, ſagte ein mir Unbekannter, hätten noch nirgends etwas ausgerichtet, wohl aber hätten die Doktrinärs, die Profeſſorenſeelen ꝛc. Alles verdorben. Donnernde Bravos erſchallten von allen Seiten. In ähnlicher Weiſe ſprachen Meier, Demokrat aus Mainz, und ein Geſinnungsgenoſſe aus Darmſtadt. Das Werk der Reichsverſammlung, die ſeit den Malmöer Friedensverhandlungen allen Kredit verloren, könne höchſtens als Barrikade dienen, um die Fürſten zu demüthigen und die Republik zu erkämpfen. Dr. Greiner führte hierauf ein ſchauerliches Sündenregiſter der Fürſten vor, der Prediger Looſe warnte vor dem Reichskommiſſar und ſtürmte mit den blutrotheſten Worten, die geſprochen wurden, auf die Republik los. Während die Magyaren von Oſten kämen, müßten ſie von Weſten aufbrechen, um die Fürſten in ihrer Mitte zu zerquetſchen. Jeder Blutstropfen Robert Blum's müſſe gerächt werden. Die Schwaben hätten wieder einen Schwabenſtreich gemacht, indem ſie ihren König doch noch auf dem Thron gelaſſen. Geiſtvoller ſprach Schlöffel ſen., deſſen Rede das meiſte Intereſſe erweckte. Er zog gegen die Fürſten, wie gegen den Reichskommiſſär zu Felde und machte das Auftreten des Letzteren förmlich lächerlich. Er gebe zu, ſagte er, daß er ein Ehrenmann ſei. Aber Ehrenmänner ſeien auch Baſſermann, Welcker ꝛc. Selbſt die Fürſten könne man noch ſo nennen. Doch ſolche Ehrenmänner ſeien bisher immer unſer Elend geweſen; ſie hätten unſere Erwartungen beſtändig getäuſcht. Die Reichsverſammlung, der er auch das Glück habe anzugehören, wie er mit ſpöttiſcher Miene bemerkte, trage einzig die Schuld, daß bis jetzt noch nichts erreicht ſei. Gleich müſſe die Republik proklamirt werden, nur ſie ſei unſere Rettung und unſer Heil. Gegen ſie eiferten nur diejenigen, die ſich gemäſtet vom Schweiße des Volkes. Dieſer fließe gleichſam in einem großen Kübel zuſammen. Um ihn herum ſtänden die Leute mit den rothen Kragen zur Bewachung. Aus ihm ſchöpften die Fürſten und ihre Knechte. Das Volk aber brauche die Fürſten nicht, es könne nach ſeinen eigenen Geſetzen leben. Es lebe die Republik! Alles fiel ſtürmiſch in dieſen Ruf mit ein.

Bruckmann aus Düſſeldorf, der raſendſte Redner, der alle Fürſten als Meineidige, Spitzbuben und Lumpen bezeichnete und darunter den König von Preußen als den größten, nannte die Reichsverſammlung ihre ärgſte Feindin; die Reichsverfaſſung würde den Pfälzern gar keine Vortheile bringen. Höchſtens das Wahlgeſetz habe noch einigen Werth. Uebrigens habe uns die Reichsverſammlung an die Fürſten verkauft, wie das liebe Vieh. Sobald er nach Hauſe komme, werde er von Ort zu Ort gehen und für die Republik wirken. Als hierauf Cullmann zur Mäßigung ermahnte, obſchon er mit Leib und Seele Republikaner ſei, konnte er vor häufigen Unterbrechungen und dem lauteſten Zwiſchenrufe, runter! runter mit ihm! kaum zu Ende reden. Noch drei Redner riefen zum ſofortigen Aufſtand auf und Uhrmacher Weber, dem der Geldpunkt hier wie in Kaiſerslautern beſonders am Herzen lag, forderte auf, eine Kriegsſteuer, die der Ausſchuß ausſchreiben werde, zu zahlen, da ohne Geld nichts ausgerichtet werden könne. Die Hände erhoben ſich, ob ſie ſich aber auch reichlich öffnen werden, iſt zu bezweifeln. Schlöffel junior erinnerte bei ſeiner Rede, mit der er gegen die Mahnungen Cullmanns polemiſirte, an das Sprichwort: „Wie die Alten ſungen, ſo zwitſchern auch die Jungen." Und endlich ſchloß der Abgeordnete Schmidt, daß der bisherige Streit ein Streit geweſen ſei um des Kaiſers Bart, da die Republik mit der Einſetzung der proviſoriſchen Regierung thatſächlich bereits beſtehe.

Die Verſammlung ging indeß in aller Stille auseinander. In Speier hat ſich zwar einiges Militär angeſammelt; aber zu einem eigentlichen Kampf ſcheint es ſich nirgends zu geſtalten. Die Regierung iſt größtentheils nach Germersheim geflüchtet. Die beiden Feſtungen ſind geſchloſſen. Auch der katholiſche Biſchof und ein anderer verhaßter katholiſcher Geiſtlicher haben Speier verlaſſen. Indeß werden ſich jene Herren an unſerem Landvolk verrechnen, das wohl einmal mit ſchreit, aber ſchwerlich bei ſolchen Unbeſonnenheiten mit handelt. Große Städte aber, die für ſich etwas ausführen könnten, haben wir nicht. Der Plan bei der ganzen Sache iſt, daß die äußerſte Linke, zu der zu gehören ſich unſere Deputirten, wenn ſie ſchon in der Verſammlung ſelbſt als bloße Standfiguren erſcheinen, ſich vor dem Volke beſtändig auf das Nachdruckvollſte rühmen, die Pfalz zu dem Herde ihrer Agitationen auserkoren und von hier aus auf das übrige Deutſchland ihre feurigen Pfeile ſchleudern will.

Freiberg, 3. Mai. Heute früh iſt eine Schwadron des hieſigen Regiments nach der böhmiſchen Grenze abgegangen wegen des Uebertritts der Ungarn. Indem ich dies ſchreibe (Abends 10 Uhr) iſt die größte Bewegung in unſerer Stadt in Folge der Nachrichten aus Dresden. Eine Volksverſammlung wird abgehalten, die Kommunalgarde aufgeboten und Zuzug von Freiwilligen nach Dresden beſchloſſen. (D. A. Z.)

Zſchopau, 3. Mai. Bei der im 16. Wahlbezirke heute hier ſtattgefundenen Ergänzungswahl eines Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung iſt der Advokat Heinrich Graichen zu Leipzig mit abſoluter Stimmenmehrheit zum Nationalvertreter für dieſen Wahlbezirk erwählt worden. (D. A. Z.

** **Hannover**, 6. Mai. Das Miniſterium Stüve hat dem konſtitutionellen Syſtem wie es ſcheint den Rücken gewendet, es will ohne das Volk, das es berufen, fortregieren. Alles Drängen und Treiben des Volkes iſt vergeblich und wir ſind unſeres Theils zweifelhaft, ob die Erſchöpfung aller geſetzlichen Mittel zum Rücktritt des Miniſteriums und ſomit zur Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes führen wird. Jetzt iſt Stüve in Berlin, um mit ſeinem Geſinnungsgenoſſen Brandenburg-Manteuffel die Maßregeln zu ergreifen, welche ſie für die Ruhe und Ordnung in ihren Sinne anwenden wollen. Das Militär und die Beamten ſchütteln die Köpfe und die Ariſtokraten, denen er nur die Kaſtanien aus dem Feuer holen ſoll, laſſen ſchon hie und da die Worte fallen, daß Stüve kein Staatsmann ſei. Sie werden alſo zu rechter Zeit ihn mit beſeitigen helfen, aber dafür ſich an den Platz ſetzen wollen. Hier in der Stadt hat die deutſche Frage eine große Mehrheit in der Bürgerwehr erhalten, und ihr Chef, der Leibchirurg Dr. Holſcher hat ſein Amt niederlegen müſſen, nachdem ſeine Phraſen von allen Seiten desavouirt wurden. Nur die Beamten und einige Hofkrämer ſprechen ſich für ſeine entſchiedene Haltung aus, nachdem er früher ſo oft in hochklingenden Worten verkündete, ſein Herzblut für die deutſche Einheit vergießen zu wollen. Aber jetzt ſcheint es Ernſt werden zu wollen und mit der ſo oft hervorgehobenen Parteiloſigkeit reicht man nicht mehr aus, man mag ſtehen, wo man will. Geſtern kam die deutſche Frage bei dem Magiſtrat und dem Bürgervorſteherkollegium zur öffentlichen Berathung, Deputationen aller Vereine forderten die Gewerbebehörden auf, ſich an die Spitze der Bewegung zu ſtellen, allein der Magiſtrat beſteht aus ſchwachen Männern, deren Kraft kaum hinreicht in gewöhnlichen Zeitläuften, vollends aber in der Bewegung ganz unzureichend iſt. Die Zuhörermaſſe war außerordentlich. Der gutmüthige Stadtdirektor Evers faßte den Entſchluß, ſich gegen die Rechtsbeſtändigkeit der Reichsverfaſſung zu erklären, dem außer einem Stadtrichter Baldinus und Senator Hoffmann, die übrigen Magiſtratsmitglieder beifielen, ſofort aber davon zurücktraten, als das Bürgervorſteherkollegium eine Adreſſe an den König beſchloß, worin ſie von ihm die Reichsverfaſſung anerkannt zu ſehen und eine ſofortige Einberufung der zweiten Kammer wünſchten, nachdem durch die Annahme eines Verbeſſerungsantrags daſſelbe für ſich die Reichsverfaſſung anerkannt hatte. Der Beſchluß war das Wenigſte; indeſſen wurde doch die Entſchiedenheit kräftigſt durch die Bürgervorſteher Peters und Schläger, wiewohl vergebens vertreten. Das ganze Land iſt, wie ſie wiſſen, in Agitation, faſt keine Stadt iſt zurückgeblieben, wo es galt, ſich für die Reichsverfaſſung auszuſprechen, und auf morgen waren große Zuzüge aus allen Provinzen hier angekündigt, um dem König die Ueberzeugung zu verſchaffen, er ſei ſchlecht berathen und das Volk wolle die Unterordnung unter das deutſche Reich. Die Polizei, an deren Spitze als gehorſamer Diener der Stadtdirektor ſteht, deſſen Seele aber Wermuth iſt, hat die maſſenhaften Zuzüge verboten; eine ungeheure Zahl Truppen iſt in die Nähe der Stadt gezogen, ſo daß die vereinigten Vereinsvorſtände abgemahnt haben, um unnützes Blutvergießen zu vermeiden. Mit

unſern Truppen ſcheint man ſich aber noch nicht ganz ſicher. Unſere Unteroffiziere und ein großer Theil der Gemeinen fängt allerdings an einzuſehen, daß ſie nicht gegen ihre Brüder gebraucht werden dürfen, allein in unſerm Offizierkorps herrſcht nach wie vor die Ariſtokratie, die gewiß alles aufbieten wird, die deutſchen Brüder wieder in die althannoverſche Glückſeligkeit zurückzuführen. Wie es möglich iſt, daß das preußiſche Heer ſo willig ſich zu allem gebrauchen läßt, iſt uns ein Räthſel, wir werden ſehen, wie es hier auftreten wird. Um die kleinen Handwerker gegen Frankfurt aufzureizen, hat die Hannoverſche Zeitung und die Königlichen Anzeigen den Entwurf der Gewerbeordnung abgedruckt und verbreitet, allein ſolche Manövers ſind nachgerade fruchtlos, aber des herrſchenden Syſtems würdig. Heute findet noch eine große Volksverſammlung hier und in Eiſtrup ſtatt. Möge nur die Nationalverſammlung ernſt und entſchieden feſthalten, in der Zeit der Noth wird es an dem hannoverſchen Volke nicht fehlen! Wir kommen zum Ziele, wenn auch immer zuletzt.

Lehrte, 5. Mai. Die bevorſtehende Ankunft von 5 bis 6000 Mann preußiſcher Truppen wurde heute Morgen nach der hieſigen Eiſenbahnſtation telegraphirt.

Mannheim, 6. Mai. Dieſen Vormittag 11 Uhr kam hier ein Bataillon des 6. baieriſchen Infanterieregiments, das voriges Jahr hier und zuletzt in Frankfurt gelegen, hier durch und marſchirte nach der Rheinpfalz. Dieſes Bataillon beſteht aus Rheinpfälzern und iſt ihr Herz, nach verſchiedenen Aeußerungen der Sache ihrer Landsleute zugewendet. Es ſollen, wie man verſichert, gegen 9000 Mann aus Altbaiern nach der Pfalz auf dem Marſche ſein und Fürſt Tar.s ſoll den Oberbefehl über dieſe Truppen führen.

Der Landesausſchuß der Volksvereine hat auf Samſtag den 12. Mai einen allgemeinen Landeskongreß der Volksvereine und auf Sonntag den 13. Mai eine Volksverſammlung, beides nach Offenburg ausgeſchrieben. Die Mannh. Abendztg. enthält einen Aufruf, den Rheinbaiern in ihrem Beſtreben für die Reichsverfaſſung auf den erſten Ruf zu Hülfe zu eilen; ferner einen Aufruf des Landesausſchuſſes, ſich der Einquartirung bairiſcher Truppen, die etwa nach Rheinbaiern ziehen, wenn ſie nicht auf ausdrücklichen Befehl der Centralgewalt marſchiren, zu widerſetzen.

(Schw. M.)

Mannheim, 7. Mai. Auf Befehl des Reichsminiſteriums iſt heute ein Bataillon und eine Schwadron zur Sicherung der Reichsfeſtung Landau von hier aus dorthin abgegangen.

(Karlsr. Ztg.)

Altona. Der „Alt. Merk." theilt folgendes Schreiben mit:

„An den Reichsverweſer. Durchlauchtigſter Erzherzog-Reichsverweſer! Kaiſerliche Hoheit! Als am 5. d. M., einem Tage, der ſich den denkwürdigſten in der deutſchen Kriegsgeſchichte angereiher hat, die ſtolzen Orlogsſchiffe Dänemarks, welche die friedlich offene ſchleswig-holſteiniſche Stadt Eckernförde bedrohen ſollten, der Gnade einer kleinen Zahl heldenmüthiger Vertheidiger ſich ergeben mußten, da richtete ſich das traurige letzte Bemühen des Feindes darauf hin, daß nicht ſein gedemüthigtes Ehrenzeichen dem Sieger in die Hände falle. Die geſtrichene Flagge des Linienſchiffes „Chriſtian der Achte" ward in das Meer verſenkt. So mußte der Feind ſelber, nach dem unerkannten Willen der Vorſehung, es bewirken, daß ſein vielbeſungenes Seebanner, der vor ſechs Jahrhunderten vom Himmel herab geſendete Danebrog, nicht wieder mit dem Schiffe, deſſen Zierde es geweſen war, in die Höhe der Luft empor gehoben werden und dort ſich auflöſen konnte. Das Meer hat ſeine Beute zurückgegeben. Die im Namen der Reichscentralgewalt Deutſchlands eingeſetzte Statthalterſchaft der deutſchen Herzogthümer Schleswig-Holſtein kann es ſich nicht verſagen, die in ſolcher Weiſe ihr zugekommene Orlogsflagge des durch deutſches Geſchütz bis zur Vernichtung beſiegten däniſchen Linienſchiffes „Chriſtian der Achte" Ihrem durchlauchtigſten Erzherzog-Reichsverweſer rc. ehrfurchtsvoll zu überreichen. In Ihrem deutſchen Herzen, königliche Hoheit, hat das deutſche Volk den Mittelpunkt gefunden, um welchen es ſein Streben nach einer würdigen und kräftigen ſtaatlichen Geſtaltung vereinigen konnte. Unter Ihren Auſpizien ſehen wir die deutſchen Krieger aus den verſchiedenſten Gauen des Bundesſtaates beiſammenſtehen zur gemeinſamen Abwehr feindlichen Angriffs von der treuen Nordmark. Nehmen Ew. kaiſerliche Hoheit das Ihnen dargebrachte Siegeszeichen als ein vollgültiges Zeichen dafür entgegen, daß Schleswig-Holſtein nimmer davon ablaſſen wird, einig und ungetrennt dem deutſchen Vaterlande anzugehören. Am Herzen Deutſchlands, von wo jetzt ſeine Schlagadern ausgehen, möge die errungene Flagge des Feindes aufbewahrt werden, bis ſie nach Sicherſtellung der Nordgrenze des deutſchen Schleswig-Holſtein etwa dahin zurückgeführt werde, wo ſie zuerſt eine deutſche Hand ergriff. Gottorff, den 22. April 1849. Die Statthalterſchaft der Herzogthümer Schleswig-Holſtein. (gez.) Reventlou. Beſeler. Hardou."

„An die Statthalterſchaft Schleswig-Holſteins. Aus den Händen des erlauchten Prinzen, welchen die Statthalterſchaft der Herzogthümer Schleswig-Holſtein an mich geſendet hat, habe ich die Orlogsflagge jenes Linienſchiffes erhalten, welches der Stolz der feindlichen Seemacht war und durch die ausdauernde Tapferkeit und Kriegskenntniß der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen vernichtet worden iſt. Indem ich Letzteren meinen Glückwunſch zu dieſer ſchönen Waffenthat abſtatte, welche in den Jahrbüchern des Krieges in ihrer Eigenthümlichkeit einzig daſteht, bitte ich die Statthalterſchaft insbeſondere, jenen Tapferen, welche ſie verrichteten und ſich dadurch einen dauernden ehrenvollen Platz in der Kriegsgeſchichte Deutſchlands erworben haben, den Dank auszudrücken, welchen ich mich verpflichtet fühle, im Namen des geſammten deutſchen Vaterlandes hiermit auszuſprechen.

Die innige Theilnahme Deutſchlands an den Geſchicken der Herzogthümer hat nicht lebendiger ausgedrückt werden können, als durch das denſelben zugeſendete Heer, in welchem die überwiegende Mehrheit der deutſchen Volksſtämme vertreten iſt, in deſſen Reihen deutſche Fürſten ſtehen und welches ſich mit den tapfern Söhnen der deutſchen Nordmark zur kräftigen Abwehr des feindlichen Angriffs vereinigt hat. Frankfurt a. M., den 28. April 1849. Der Reichsverweſer (gez.) Johann."

Großbritanien.

* **London**, 5. Mai. Die Partei der Protektioniſten macht die gewaltigſten Anſtrengungen, um am Vorabend der im Oberhauſe bevorſtehenden Abſtimmung über die Schifffahrtsgeſetzreformbill ihre Reihen dichter zu ſchließen und den „Druck von Außen" auf das Haus der Lords durch dem Zweck entſprechende Meetingsbeſchlüſſe möglichſt zu verſtärken. Eine große Verſammlung der Protektioniſten, der auch die Blüthe der protektioniſtiſchen Lords außer Stanley beiwohnte, fand unter andern am 1. Mai in der Handelshalle zu London ſtatt, unter dem Vorſitze des Herzogs von Richmond, der eine mit lauteſtem Beifall aufgenommene Rede hielt, die im Allgemeinen wie im Einzelnen darauf hinauslief, daß das Vereinigte Königreich und ſeine Kolonien durch das freihändleriſche Syſtem zu Grunde gerichtet würden. Hr. E. Ball von Cambridge ſchlug die Stiftung eines „Nationalvereins für den Schutz britiſchen Gewerbfleißes und Kapitals" vor, welcher Vorſchlag mit größtem Enthuſiasmus aufgenommen wurde.

Die Verſammlung ſchritt ſofort zur Ernennung eines Ausſchuſſes, welcher mit der Entwerfung der Vereinsſtatuten beauftragt wurde. Bemerkenswerth iſt die Rede eines gewiſſen Hrn. Foskett, welcher unter andern äußerte: „Nächſten Montag wird Lord Stanley im Hauſe der Lords die Verwerfung der Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze beantragen. (Beifall). Ich glaube, verſichern zu können, daß Lord Stanley bereit iſt, das Amt zu übernehmen, wenn es ihm von der Königin angetragen werden ſollte. (Lauter Beifall). Es iſt geſagt worden, daß, ſo lange das jetzige Unterhaus da ſei, Lord Stanley unmöglich daran denken könne, die Regierung zu übernehmen; aber der edle Lord hat ein Auskunftsmittel. (Beifall und Gelächter). Er braucht nur das Parlament aufzulöſen; und ſo weit ich die Anſichten des Landes kenne, darf ich zuverſichtlich behaupten, daß das Haus bei der Vornahme neuer Wahlen einen von dem jetzigen ganz verſchiedenen Charakter erhalten würde. (Beifall). Etliche ſcheinen der Anſicht zu ſein, daß es ſchwer halten würde, paſſende Männer für die Regierung zu finden; aber wie die Statue im Marmor enthalten iſt, ſo die Staatsmänner im Volk, und ich zweifle nicht daran, daß es Männer in guter Zahl gibt, welche ein dem jetzigen weit überlegenes Kabinet zu bilden fähig ſind." (Beifall). Ein Freihändler, der ſich George Beacon nannte, hatte den Muth gehabt, ſich einzuſchleichen und den Herren ins Geſicht zu ſagen, daß ſie mit dem Ackerbau- und Induſtrieſchutz nichts weiter beabſichtigten, als die ariſtokratiſchen Familien zu bereichern. Dieſer Mißklang wurde von den protektioniſtiſchen Herren mit Unwillen zurückgewieſen.

Ein anderes großes protektioniſtiſches Meeting veranſtalteten die Landwirthe von Kent in der Stadt Maidſtone unter dem Vorſitze des Grafen Stanhope. Bei dieſer Gelegenheit äußerte W. S. Marriott: „Die ärgſten Feinde, welche die Ackerbauintereſſen je gehabt, ſind Cobden und ſeine Anhänger (Man fällt dem Redner in's Wort: Nein, nein — Peel!) Ich habe die feſte Ueberzeugung, daß Cobden die Inſtitutionen des Landes zu zerſtören beabſichtigt, daß er wünſcht, unſer verehrungswürdiges Haus der Peers abzuſchaffen und das Land dafür mit einem Hauſe von Mancheſterer Baumwollſpinnern zu beglücken, daß er unſere Königin zu entthronen und ſie durch einen andern Oliver Cromwell in Geſtalt Richard Cobdens zu verdrängen gedenkt."

Frankreich.

* **Paris**, 6. Mai. Der Sonntag bringt in der Regel wenig Neuigkeiten, der heutige aber ſo gut wie gar keine. Einige neue Kandidatenliſten, deren Zahl ſchon ſo groß iſt, daß eine Unterſcheidung unmöglich wird, einiges Gerede über den Streit zwiſchen Louis Napoleon und Napoleon Bonaparte, eine kleine Emeute in dem 7. Regiment — voilà tout. Das Letzte iſt

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 9. Mai. Ankunft Ruge's.) Wien (Ankunft des Kaiſers in Schönbrunn. Neuer Sieg der Ungarn.) Berlin (Erklärung der Regierung über die letzten Beſchlüſſe der Reichsverſammlung. Schreiben des Hrn. Baſſermann. Antwort der Regierung.) Magdeburg (Telegraphiſche Depeſche.) Breslau (Unruhige Auftritte.) Neuſtadt Dresden (Fortdauer des Kampfes. Ankunft preußiſcher Truppen. Proklamation. Neuer Juſtizminiſter. Kundmachungen. Tagesbefehle. Beſatzung.) Leipzig (Dauernde Aufregung und Kampf. Die Stadt ſtellt ſich unter den Schutz der Centralgewalt. Angriff auf das Schloß. Die Meſſe geſchloſſen.) Schleswig (Gefecht. Die Dänen von den weſtlichen Inſeln vertrieben.)

Italien. Ancona (Belagerungszuſtand.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 9. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 9. Mai.

Tagesordnung der 215. öffentl. Sitzung.

Verhandlungen über den in der außerordentlichen Sitzung vom 8. Mai a. c. von den Abgeordneten Ludwig Simon und Vogt eingebrachten Antrag.

Gedränge an den Thüren, unruhiges Wogen im Innern der Paulskirche, wo der Präſident Hr. Eduard Simſon die Sitzung Vormittags 10¼ Uhr eröffnet. So ſind denn durch die unheilvollen Maßregeln deutſcher Kabinete, wie im Lande draußen, ſo auch im Innern der Reichsverſammlung, die Parteien wiederum zum erbitterten Kampfe getrieben. Was die Reichsverfaſſung vereinigte, was alle Gutgeſinnten zum Schutz der öffentlichen Ordnung verband, dies Banner iſt zerriſſen, niedergetreten oder mißbraucht, um allen böſen Elementen wieder Thür und Thor zu öffnen.

Eine Anrufung des Hrn. Rösler von Oels richtet ſich gegen das dem Einrücken der Reichstruppen in Homburg zum Trotz daſelbſt fortgeſetzte Spiel, worauf der Reichsjuſtizminiſter v. Mohl ſofort erwiedert, daß, nachdem die nach Homburg geſchickten Exekutionstruppen zu Gewaltmaßregeln angewieſen worden, die landgräfliche Regierung ſich gefügt und die Bank heute ſchließen laſſen zu wollen erklärt hat.

Präſident des Reichsminiſteriums Hr. v. Gagern: Ich habe geſtern ein Programm über die Stellung des Reichsminiſteriums zu den Bewegungen in Deutſchland in ſpäter Abendſtunde dem Erzherzog Reichsverweſer vorgelegt. Nach einer Konferenz heute Morgen hat der Reichsverweſer eine Bedenkzeit von 24 Stunden verlangt. Ich komme daher auf meine Bitte von geſtern zurück, die Sitzung bis morgen zu vertagen. Niemand kann verkennen, daß die Entſcheidung des Reichsverweſers, nach welcher Seite ſie ſich immer neigen möge, von der größten Wichtigkeit ſein muß. Sollte das Haus auf meine Bitte nicht eingehen, ſo könnte das Miniſterium als ſolches an den Verhandlungen keinen Theil nehmen.

Was die Zuſtände in Sachſen betrifft, ſo habe ich die Ehre gehabt, Ihnen geſtern mitzutheilen, daß der zuerſt ernannte Reichskommiſſär ſeine Vollmacht nicht annehmen zu wollen, durch eine telegraphiſche Depeſche hierher erklärt hat. Als aber das Mitglied der Verſammlung Herr Wydenbrugk nach Weimar kam und die dringenden Verhältniſſe die in Sachſen das Einſchreiten der Reichsgewalt ſo ſehr wünſchenswerth machen, von dem ernannten Kommiſſär in Erwägung gezogen wurden, hat er alle Bedenklichkeiten bei Seite geſetzt und durch telegraphiſche Depeſche bin ich geſtern Abends in Kenntniß geſetzt worden, daß er ſich ſofort nach Dresden begeben hat, um ſeiner Vollmacht gemäß zu handeln. Wie dringend es nothwendig iſt, über die ſächſiſchen höchſt traurigen Zuſtände vorerſt die Berichte dieſes Kommiſſärs abzuwarten, das kann niemand verkennen, denn es iſt jetzt leider ſchon zur öffentlichen Kenntniß gekommen, daß auch in Sachſen ſelbſt die Parteien einander ſchroff gegenüberſtehen, abgeſehen von der Interventionsfrage. Die Stadt Leipzig hat ſich durch einen Abgeordneten an das Reichsminiſterium gewendet, — ich erlaube mir, das Schreiben, welches an das Reichsminiſterium gerichtet wurde mitzutheilen, damit ich nichts ſage was nicht von dieſem Schreiben aktenmäßig begründet iſt:

An die deutſche Centralgewalt zu Frankfurt.

Durch unſern Bevollmächtigten, den hieſigen Stadtverordneten Herrn Adv. Cichorius wird die deutſche Centralgewalt bereits von den Zerwürfniſſen in Kenntniß ſein, welche zwiſchen der Regierung und dem Volke Sachſens wegen Seitens der erſteren verweigerten ſofortigen Anerkennung der von der Nationalverſammlung zu Frankfurt a. M. beſchloſſenen und verkündeten Verfaſſung des deutſchen Reiches entſtanden ſind, und welche die Entfernung des Königs aus ſeiner Reſidenzſtadt Dresden, ſowie den Eintritt einer proviſoriſchen Regierung Sachſens zur Folge gehabt haben, von welcher das Anſinnen, ſie anzuerkennen, an die geſetzlichen Vertreter der Stadt Leipzig gerichtet worden iſt. Rath und Stadtverordnete haben ſich jedoch nicht entſchließen können, dieſe Anerkennung auszuſprechen, da ſie aus dem Berichte ihrer zur Erhebung der obwaltenden Thatſachen nach Dresden entſendeten Deputirten zu der Ueberzeugung gelangen mußten, daß dieſe proviſoriſche Regierung andere Wege gehe, als ſolche, mit welchen ſich die Gemeindevertreter Leipzigs einverſtanden zu erklären vermögen. Eben ſo mußten ſie aus jenem Berichte aber auch leider die Gewißheit gewinnen, daß die verfaſſungsmäßige Regierung unſeres Landes, abgeſehen davon, daß ſie ſich mit dem allſeitig und laut ausgeſprochenen Willen ſeines Volkes in Bezug auf die deutſche Verfaſſungsfrage in den ſchroffſten Widerſpruch geſetzt und ſchon deshalb nicht mehr auf die Unterſtützung des Volkes zu rechnen hat, gegenwärtig außer Stand iſt, die Pflichten einer Regierung zu erfüllen und unſerer Stadt den nothwendigen Schutz gegen Anarchie zu gewähren. Wir haben daher

in Anbetracht, daß das dermalige königl. Miniſterium in ſeiner amtlichen Thätigkeit durch den Konflikt, welcher zwiſchen der Krone und dem Volke in Folge verweigerter Anerkennung der deutſchen Verfaſſung ausgebrochen, beengt iſt,

in Anbetracht, daß die Stadt Leipzig die Vermittelung der deutſchen Centralgewalt angerufen hat,

in Anbetracht, daß die in Dresden aufgetretene proviſoriſche Regierung einen andern Weg eingeſchlagen hat, als die Vertretung der Stadt Leipzig,

in Anbetracht, daß nur ein Miniſterium, welches ſich für Anerkennung der deutſchen Verfaſſung ausſpricht, die volle Kraft der Regierungsgewalt in Sachſen, die nur da iſt, wo ſie im Volke wurzelt, wieder erwerben kann,

beſchloſſen:

Die Gemeinde Leipzig ſtellt ſich bis zum Austrag der Konflikte zwiſchen Krone und Volk unter den Schutz der deutſchen Centralgewalt.

Indem wir die deutſche Centralgewalt, die wir als die einzig rechtmäßige Macht anerkennen, welche wir in ſo ſchweren Konflikten anzurufen haben, von dieſem Beſchluſſe hierdurch in Kenntniß ſetzen, bitten wir:

Dieſelbe möge uns den erbetenen Schutz angedeihen laſſen, und zu dieſem Ende ſofort einen mit ausgedehnteſter Vollmacht verſehenen Reichskommiſſär hierher abordnen.

Wir halten treu und feſt zu Frankfurt, wir ſtehen unerſchütterlich zur verkündeten deutſchen Reichsverfaſſung und hoffen deren Anerkennung auch für Sachſen durch feſte geſetzliche Haltung, nicht aber durch die Hilfe der Anarchie, zu erringen.

Leipzig, 6. Mai 1849. Der Rath und die Stadtverordneten zu Leipzig.

Was nun die Zuſtände in der Pfalz betrifft, ſo beſteht dort gar kein Konflikt zwiſchen den verſchiedenen Parteien oder zwiſchen den Parteien und den Civilbehörden. Nach den Berichten des Hrn. Reichskommiſſärs, die ich geſtern Abend erhalten habe, ſcheint die Bevölkerung dort im Weſentlichen übereinſtimmend zu ſein. Es iſt alſo irgend eine Dringlichkeit zum Einſchreiten in der Pfalz nur inſoweit vorhanden, als die Frage zu erörtern bleibt, welche der verſchiedenen Schritte, die dort geſchehen, zu rechtfertigen ſind oder nicht. Das iſt die Frage, die zwiſchen der Centralgewalt und dem Reichskommiſſär verhandelt wird. Ich glaube alſo, daß die Zuſtände in der Pfalz wenigſtens keine ſolche Dringlichkeit darbieten, daß nicht die Verhandlung über den eingebrachten Antrag auf die kurze Zeit, die ich gewünſcht habe verſchoben werden könnte. Ich wiederhole daher meinen Antrag und meine Bitte, daß der Gegenſtand, welcher auf der heutigen Tagesordnung ſteht, auf die nächſte Tagesordnung geſetzt werden möge.

Hr. Umbſcheiden bekämpft das Vertagungsverlangen des Miniſteriums. Aus den Vorlagen über die Verhältniſſe in Sachſen und der Pfalz leitet er den ganz entgegengeſetzten Schluß ab, und an der Verſammlung ſei es, der Centralgewalt ihren Weg vorzuzeichnen, nicht umgekehrt, von der Centralgewalt Maßregeln zu erwarten.

Hr. Raveaux von Köln erklärt ſich ebenfalls gegen den Aufſchub, während Dresden beſchoſſen werde, während dort Hunderte von Menſchen fallen. Wir müſſen heute wiſſen, was das Miniſterium zu thun entſchloſſen iſt, denn morgen ſchon iſt es vielleicht zu ſpät. Eine Vertagung hält er für ein Verbrechen am Vaterlande. Verſäume man es, die Leitung der Bewegung zu ergreifen, ſo werde die Bewegung über Alle gehen — über uns Alle — mögen wir auf dieſer oder jener Seite dieſes Hauſes geſtanden haben.

Herr Schwetſchke iſt für die Vertagung. Ueber die Lage von Sachſen könne eine telegraphiſche Depeſche Auskunft geben, wornach die Gemeinde Leipzig Hrn. Göſchen nach Braunſchweig abgeſendet hat, um 600 Mann zu requiriren. Denn in den Straßen von Leipzig kämpfte die Kommunalgarde mit einer ſocialen Schilderhebung.

Herr v. Trützſchler: Dresden wird ſeit Tagen beſchoſſen, es brennt, Tauſende eilen hinzu, um für die Reichsverfaſſung, um für dieſe Verſammlung ihr Blut zu verſpritzen, und Sie wollen hier die Hände in den Schooß legen? Wird ein Reichskommiſſär das preußiſche Heer abzuwehren vermögen? Ich ſehe kein Mittel der Ehre für das Reichsminiſterium, als daß es anſtatt Dresden wie Wien im Bürgerblut erſaufen zu laſſen, daß es in Perſon dorthin eile und einen ehrlichen Tod von einer preußiſchen Kugel ſuche. (Donnernder Beifall von der Linken und der Gallerie.)

Herr G. Beſeler: Auf dieſe Verſammlung wälzt man mit Unrecht die Verantwortung gewaltſamer Mittel. Dazu hat ſie nicht aufgefordert. (Ruf von Herrn Raveaux: „Zur Durchführung der Reichsverfaſſung") Im Gegentheil. Vergleichen Sie meine Aeußerungen, vergleichen Sie die Erklärung des Miniſter-Präſidenten in jener Sitzung, und Sie werden finden, daß wir gewaltſame Mittel eben ausdrücklich und entſchieden ausſchloſſen. Was die Vertagung anlangt, ſo ſehe ich nicht ein, wie wir durch einen ſchnelleren Beſchluß etwas fördern wollen. Wenn Sie Truppen wollen marſchiren laſſen — geſetzt, Sie hätten deren hinreichend zur Verfügung — ſo kämen Sie doch damit zu ſpät, um Dresden zu entſetzen.

Herr Wigard aus Dresden: Dresden wird bombardirt, es ſteht in Flammen. Sind da 24 Stunden nicht von dem äußerſten Gewicht? Das Auftreten des Reichsminiſteriums geht gegen Alles, was von ihm erwartet werden durfte. Und es verſchweigt uns, was es ſehr wohl weiß, nämlich daß ganz Sachſen mit der Dresdner Bewegung übereinſtimmt, mit alleiniger Ausnahme von Leipzig. Verlieren Sie keine Stunde. Faſſen Sie einen Beſchluß. Das Volk wird an Ihrer Seite und der Sieg nicht zweifelhaft ſein. (Beifall)

Hr. v. Gagern: Ich habe nichts verſchwiegen, denn nur von dem Stadtrathe von Glauchau iſt ſonſt noch ein Abgeordneter aus Sachſen bei mir eingetroffen. Die überbrachte Schrift kann ich dem Hauſe vorlegen. Sie enthält nichts Allgemeines über die ſächſiſchen Verhältniſſe.

Unterſtaatsſekretär Hr. Fallati: Wer etwas unterſtützen will, muß einen feſten Boden unter ſich haben, ſonſt wird er hingeriſſen mit dem, was er unterſtützen will. Der feſte Boden des Miniſteriums iſt ſeine Uebereinſtimmung mit dem Reichsverweſer. Darüber aber werden wir erſt Morgen in Klarheit ſein. Das Miniſterium iſt zugleich bekämpft von der Reaktion und von der Revolution, zu der es ſeine Einwilligung nicht geben kann. Das iſt die Lage aller mittleren Parteien, daß ſie Gefahr laufen zermalmt zu werden. Aber das Miniſterium will die allgemeine Verwaltung der deutſchen Angelegenheiten, den Krieg in Schleswig, die Marine nicht aus der Hand geben — und in weſſen Hand — bis es muß. Das letztere wird ſich morgen entſcheiden.

Darauf wird der Schluß der Debatte angenommen und auf Hrn. Raveaux's Antrag namentlich abgeſtimmt über den Antrag des Miniſteriums, die Verhandlung bis morgen zu vertagen.

Der Vertagungsantrag wird mit 221 gegen 133 Stimmen angenommen, welches Ergebniß diesmal mit tiefem Schweigen aufgenommen wird. *)

Hr. Dietſch ruft das Reichskriegsminiſterium an, wegen der Truppen, die während der heutigen Sitzung in der Nähe der Paulskirche aufgeſtellt worden ſind. Der Kriegsminiſter Herr v. Peucker erwiedert, er wiſſe nicht, welche Maßregeln die für die Sicherheit der Verſammlung verantwortliche Stadtkommandantur getroffen habe. Allein was er davon als unnütz erkenne, wolle er zurücknehmen laſſen, wie er bereits in der That ſchon eine Kompagnie, die er unterwegs hierher getroffen, nach Hauſe geſchickt. (Beifall.)

*) In Bezug auf ſeine Abſtimmung (mit Ja) gibt Hr. Biedermann folgende Erklärung zu Protokoll: Bei der dringlichen Lage der Dinge insbeſondere in Sachſen habe ich für eine Vertagung der Entſcheidung über die deshalb zu ergreifenden Maßregeln nur ſtimmen können in Andetracht deſſen, daß ein heut zu faſſender Beſchluß dennoch noch nicht zum Vollzug gelangen könnte, bevor der Reichsverweſer ſich über ſeine Mitwirkung zu derartigen Beſchlüſſen beſtimmt erklärt hat, ſowie in der Zuverſicht, daß das Miniſterium das für den Augenblick Nothwendigſte, namentlich die ſofortige und energiſche Zurückweiſung der preußiſchen Intervention in Sachſen in Gemäßheit ſeiner neulichen Erklärung von ſich aus bereits vorgekehrt habe und mit allem Ernſt durchführen werde.

Nachdem ſich zur Unterſtützung eines Antrags des Herrn Schlöſſel, die Centralgewalt und das Reichsminiſterium für Verräther am Vaterlande, ihre Abſetzung ꝛc. zu erklären kaum drei oder vier Mitglieder erhoben haben, theilt der Präſident mit, daß die Beſchlüſſe vom 4. durch das Bureau und den Dreißigerausſchuß gemeinſchaftlich den deutſchen Regierungen zugefertigt werden ſollen. Auf die morgende Tagesordnung kommt außer dem erwähnten Berathungsgegenſtande die Präſidentenwahl für die nächſten vier Wochen.

⁝ **Frankfurt,** 8. Mai. In Leipzig muß die ſocialiſtiſche Erhebung zu Ende ſein; denn einer ihrer Hauptführer, Arnold Ruge, iſt hier ſehr verſtimmt eingetroffen. Als Diejenigen, deren Entſchiedenheit es hauptſächlich zu danken iſt, daß dieſer Schilderhebung wenigſtens auch nicht aus ſtädtiſchen Mitteln Waffen dargeboten worden, nennt man die HH. Haupt und Göſchen.

* **Wien,** 4. Mai. An dieſem Tage früh 6 Uhr iſt ganz unerwartet der Kaiſer Franz Joſeph in Begleitung ſeines Adjudanten, Grafen Grünne in Schönbrunn eingetroffen. Die Ungarn haben bei Szered, drei Stunden von Preßburg, einen neuen Sieg erfochten und Szered beſetzt. In Preßburg herrſcht große Beſtürzung. Morgen Näheres.

△ **Berlin,** 7. Mai. Der eben erſcheinende Staatsanzeiger enthält mehrere Aktenſtücke, aus welchen unzweideutig hervorgeht, daß die preußiſche Regierung entſchloſſen iſt, auf ihrem eingeſchlagenen Wege zu beharren. Das erſte iſt ein Erlaß an die Oberpräſidenten, in welchem auseinandergeſetzt wird, daß die Reichsverſammlung in Frankfurt durch ihre letzten Beſchlüſſe ſich ein Recht angemaßt, das ihr ſelbſt von denjenigen Staaten, welche ſich zur Annahme der von ihr beſchloſſenen Verfaſſung bereit erklärt haben, nicht zugeſtanden werden könne. Durch die Aufforderung an das deutſche Volk, die Verfaſſung zur Anerkennung zu bringen, ſetze die Nationalverſammlung ſich der Gefahr aus, dahin verſtanden zu werden, als wolle ſie die einzelnen Körperſchaften und das Volk veranlaſſen, die Verfaſſung ſelbſtſtändig, alſo auf dem Wege der Gewalt und der Revolution zur Anerkennung zu bringen. Alle Beamten ſeien daher aufzufordern, alle geſetzwidrigen Verſuche zur Durchführung der in Frankfurt berathenen Verfaſſung auf das Schleunigſte und mit aller Energie zu verhindern. Uebrigens würde die Regierung mit ganzer Kraft dem hohen Ziele der deutſchen Einigung u. ſ. w. Das zweite Aktenſtück iſt ein Schreiben des Reichskommiſſärs, Hrn. Baſſermann, an das preußiſche Miniſterium. Er entledigt ſich ſeines Auftrages an die preußiſche Regierung, in Ausführung des Beſchluſſes vom 26. April: Die Anerkennung der Reichsverfaſſung, der Wahl des Oberhauptes und des Wahlgeſetzes nunmehr auszuſprechen; ſich aller Anordnungen zu enthalten, durch welche dem Volke die verfaſſungsmäßigen und geſetzlichen Mittel, ſeinen Willen kundzugeben, in dieſem entſcheidenden Augenblick geſchmälert oder entzogen würden, insbeſondere von ihrem Rechte, die Ständeverſammlung zu vertagen oder aufzulöſen, keinen Gebrauch zu machen, vielmehr dieſelben in Thätigkeit zu ſetzen oder zu belaſſen, bis die Reichsverfaſſung zur Anerkennung gebracht ſein wird.

Den erſten Theil dieſes Auftrages, ſchreibt Hr. Baſſermann, fand ich bei meiner Ankunft durch das in Nr. 117 des Preußiſchen Staatsanzeigers veröffentlichte Schreiben vom 28. v. M. an den königlichen Bevollmächtigten bei der proviſoriſchen Centralgewalt, in welchem die königliche Staatsregierung die Anerkennung ſowohl der Reichsverfaſſung, als der Wahl des Reichsoberhaupts und des Wahlgeſetzes ablehnt, bereits erledigt.

Zur Ausführung des zweiten Theiles ſeines Auftrages ſtellt Hr. Baſſermann das Erſuchen, den Zuſammentritt der neu zu wählenden Kammer möglichſt zu beſchleunigen, und den Belagerungszuſtand aufzuheben. Das Miniſterium antwortet ad 1, daß Hr. Baſſermann ſelbſt bemerke, dieſer Theil ſeines Auftrages ſei erledigt. Ad 2. die Centralgewalt habe ſich nicht um innere Angelegenheiten des Königreichs Preußen zu kümmern. Der Styl dieſer Antwort iſt im Uebrigen gemäßigt; ſie ſchließt aber mit dem Kraftſpruche, die königliche Regierung gebe ſich der Hoffnung hin, daß ſie nicht in den Fall kommen werde, ihr Recht anders als durch die einfache Darlegung deſſelben wahren zu müſſen. Unmittelbar darauf folgt die Nachricht: „Es iſt aus dem Kriegsminiſterium der Befehl erlaſſen worden, daß noch mehrere preußiſche Truppentheile von verſchiedenen Richtungen aus unverzüglich nach Dresden aufbrechen ſollen." Ueber Dresden wer-

den hier unaufhörlich ſo falſche und fabelhafte Gerüchte verbreitet, daß ein Blatt mit ſolchen Nachrichten ſogar von der Polizei konſiscirt wurde. Es iſt gewiß im höchſten Grade zu beklagen, daß die reine friedliche und geſetzmäßige Bewegung in Sachſen in gewaltſamen Aufruhr umſchlug, der ſich mit den unreinſten Elementen miſchte.

(Telegraphiſche Depeſche.) **Magdeburg**, 7. Mai. Doktor Göſchen, Vorſteher des deutſchen Bundes zu Leipzig, iſt heute früh ½6 Uhr mit einem Extrazuge von Leipzig in Magdeburg angekommen, und ſofort mit einem Extrazuge nach Braunſchweig gegangen, um 500 Mann dortiger Truppen zur Unterſtützung der Kommunalgarde in Leipzig zu requiriren, welche ſeit geſtern Abend im Kampfe mit dem Pöbel ſich befindet.

Breslau, 5. Mai, Abends 10 Uhr. Es ſind gegen 9 Uhr tumultuariſche Scenen vorgefallen. Auf der Ohlauer Straße iſt Herr Paul v. Nimptſch gröblich mißhandelt worden. Das Militär iſt eingerückt und hat mehrere Straßen abgeſperrt. Nach zweimaligem Trommelſchlage ergriff die zuſammengerottete Menge die Flucht. Es iſt trotz der großen Aufregung, die ſich auf den Straßen kund gab, bis jetzt gelungen, weiteren Ruheſtörungen vorzubeugen, obwohl die Anhäufungen, namentlich auf der Ohlauer Straße, noch fortdauern. (Schleſ. Z.)

A **Dresden**, 6. Mai. 5 Uhr Nachmittags.*) (Neuſtadt.) Seit 27 Stunden wird die Stadt beſchoſſen, ohne Erfolg. Von preußiſchen Truppen iſt erſt das Füſilierbataillon von Kaiſer Alexander hier. General v. Homilius iſt tödtlich verwundet.

A **Dresden**, (Neuſtadt) 7. Mai. Mittags 12 Uhr. Heute um 10 Uhr kam das erſte Grenadierbataillon des Kaiſer-Alexanderregimentes aus Berlin hier an. Es iſt am 5. Mai Mittags in Berlin abgefahren. Die Eiſenbahn zwiſchen hier und Berlin iſt an ſehr vielen Stellen demolirt **). Aus der Altſtadt fehlen alle Nachrichten. Kanonade und Gewehrfeuer dauern mit Unterbrechungen mehrere Stunden fort. Tzſchirner ſoll geflohen ſein.

A **Dresden**, 7. Mai. 5 Uhr. (Neuſtadt.) Der Stand der Dinge ſcheint noch derſelbe zu ſein. Von der Altſtadt iſt das königliche Schloß, der Schloßplatz und der weſtliche Theil der Stadt mit der Frauenkirche im Beſitz der Truppen. Der Kommandant der Altſtadt, Oberſtlieutenant Heinze, ſoll gefallen ſein. Durch die Stadtthore nach dem Erzgebirge hin ſind bedeutende Zuzüge von Kämpfern eingerückt, beſonders Bergleute aus Freiberg mit allen ihren Pulvervorräthen. Geſtern Mittag wurde von den Städtern das alte Opernhaus am Zwinger in Brand geſteckt und iſt gänzlich niedergebrannt. Der geſtern tödtlich verwundete Artillerie-General Homilius iſt heute Morgen verſchieden. Die Miniſter v. Beuſt und Rabenhorſt befinden ſich in der Neuſtadt im Blockhauſe; Miniſterpräſident Zſchinsky iſt bei dem Könige auf dem Königſtein. Oberappellationsrath v. Frieſen ſoll zum Juſtizminiſter ernannt ſein. Der Sorge für die Rechtspflege werden ihm wohl die preußiſchen Generale entheben. Noch iſt der Belagerungszuſtand nicht proklamirt, aber ſeine Vorboten ſind der Art, daß Schlimmeres nicht mehr kommen kann.

≈ **Dresden**, 6. Mai, Nachmittags. Wann und ob Ihnen dieſer Brief zukommen wird, kann ich nicht beſtimmen. Aller Verkehr in unſerer Stadt iſt abgebrochen. Ueberall in der Stadt hört man ſchießen. Vom Zwingerwall hinab mit Flinten und Kanonen; die nächſtſtehenden Häuſer ſind bereits von Militär beſetzt. Nach dem Neumarkt durch die Auguſtusſtraße ſind ſtarke Militärabtheilungen geſchickt; auf die Barrikaden nach der Moritzſtraße und Pirna'ſchen Gaſſe wird mit Kanonen gefeuert. Am Georgenthor vor einer Barrikade der Schloßgaſſe iſt der Kommandant der Artillerie ſchwer verwundet worden, das Bein iſt ihm zerſchmettert. Einige Offiziere ſind ebenfalls verwundet; viele Schützen ſind geſtern ſchon geblieben; heute hat ſich nun freilich die Zahl der Todten und Verwundeten im Militär ſehr gemehrt. Sehr ſtark wird der Theaterplatz von einer Barrikade an der Sofienkirche, nicht weit von den brennenden Zwingergebäuden, von Kugeln beſtrichen. Noch immer bleibt der Sukkurs der Preußen aus; wahrſcheinlich durch zerſtörte Eiſenbahnen aufgehalten. Aus dem Zwinger iſt das unſchätzbare Kupferſtichkabinet gerettet. Die Gemäldegallerie leidet ſehr; indem von den Barrikaden und Häuſern gegen die dort ſtehenden Truppen ſtark gefeuert wird. Viele Gemälde ſind durchſchoſſen; doch höre ich, ſind mit großer Aufopferung die werthvollſten Gemälde jetzt ſicher geſtellt worden.

≈ **Dresden**, 7. Mai. (Morgens 7 Uhr.) Geſtern Nachmittag haben einige Compagnien Preußen und Sächſiſche Schützen den Neumarkt nach vorausgegangenem Kanonenfeuer überſchritten, die beiden Hotels „Stadt Rom" und „de Saxe", zwiſchen denen eine große Barrikade, der Moritzſtraße, mit Sturm genommen und die Barrikade zerſtört. Bei dieſem Sturm iſt es furchtbar hergegangen, von den Soldaten ſind viele geblieben, aber auch in den Hotels iſt gegen die dort Streitenden ſchrecklich verfahren worden. Gegen Abend wurden mehrere Gefangenen, wie es ſchien angeſehene Leute, über die Brücke geführt. Vom Zwingerwall ſind ebenfalls in der Oſterallee nach dem Poſtplatz ſtarke Vorſchritte gemacht worden. Geſtern Abend ſchon wurden die Barrikaden dort mit Kanonen tüchtig beſchoſſen. Die Nacht war Waffenruhe, heute Morgen um 4 Uhr begann die Kanonade nach jener Richtung weiter; dann wurde die Spiegelfabrik, worinnen ſich viele Schützen vom Volke aufhielten und fortwährend ſchoſſen, mit Kugeln beſchoſſen, ebenſo die Sophienkirche. Ein großer Trupp Soldaten rückte dann die Oſterallee vor; ſie ſind bis zum Poſtplatz gekommen und haben die benachbarten Häuſer in der Oſterallee beſetzt; dort arbeiten jetzt die Kanonen gegen die größte und ſtärkſte der Barrikaden an der Wilsdruffergaſſe. Wie ſchauervoll die Gebäude durch die Kanonen zugerichtet werden kann man ſich denken. In der Schloßgaſſe ſind mehrere kleine Kanonen in den Händen des Volkes, mit welchen bis hinaus durch das Georgenthor zur Brücke geſchoſſen wird. Von einer der Kugeln wurde General Homilius getroffen, der geſtern Abend noch an ſeiner Verwundung geſtorben iſt. Leipzig hören wir iſt ebenfalls ſeit zwei Tagen in Revolution; Truppen werden verlangt; aber woher ſie nehmen, da man hier nicht genug hat? Armes Dresden! Armes Sachſen!

Nachſchrift. Die Sturmglocken ertönen wieder von den Thürmen der Stadt. Eben iſt eine neue Abtheilung Preußen vom Alexanderregiment über die Brücke gekommen und nach der Oſtraallee gegen den Poſtplatz vorgeſchritten. Von dorther ertönt Kanonen- und Gewehrfeuer, bald vereinzelte Schüſſe, bald Pelotonfeuer.

Proklamation.

Die Regierung des Königs beſteht. Laſſet Euch Sachſen nicht irre leiten durch die, welche nach Art. 81 u. folg. des Kriminalgeſetzbuches ſich eines Hochverrathes ſchuldig machten.

Nochmals ermahnt Euch die Regierung Sr. Majeſtät des Königs: Laſſet ab von Euerem ungeſetzlichen Beginnen! Kehret zurück zu Euerer Pflicht! Es handelt ſich jetzt um Abwendung des fürchterlichſten Unglückes. Bedenkt Euer und Euerer Kinder Wohl! Bedenkt die Ehre des Vaterlandes!

Feſt entſchloſſen iſt des Königs Regierung, ſich gegen das Beginnen der ihm feindlichen Kräfte zu behaupten, und alle Mittel anzuwenden, die Geſetz und Umſtände erheiſchen zur Sicherung des Thrones, der Perſonen und des Eigenthumes. Dresden, den 6. Mai 1849.

Geſammt-Miniſterium.
v. Beuſt. Rabenhorſt.

* **Dresden**, 6. Mai. Eine Bekanntmachung in der Lpz. Ztg. erklärt, das Dresdner Journal ſei nicht Organ der beſtehenden verfaſſungsmäßigen Regierung. Ein Tagesbefehl an ſämmtliche Kommunalgarden macht dieſelben darauf aufmerkſam, daß ſie geſetzlich nur auf Requiſition der zuſtändigen Behörden in bewaffneten Abtheilungen die Grenzen ihres Wohnorts überſchreiten dürfen. Das Generalkommando hofft, daß diejenigen Kommunalgarden, welche ſich dieſer Ungeſetzlichkeit ſchuldig gemacht haben ſollten, augenblicklich in ihre Wohnorte zurückkehren werden.

Die Leipz. Zeitung vom 8. Mai bringt ferner die folgenden Aktenſtücke:

Tagesbefehl an ſämmtliche Kommunalgarden vom 6. Mai. Das unterzeichnete Generalkommando weiſt die Kommunalgarden des Landes hiermit auf das Beſtimmteſte an, nur den Requiſitionen der zuſtändigen Behörden Folge zu leiſten, ſich allen Anordnungen der verfaſſungs- und geſetzwidrig zuſammengetretenen ſogenannten proviſoriſchen Regierung kräftigſt entgegenzuſtellen und ſo ihrer Pflicht nachzukommen, den Geſetzen des Landes eine kräftige Stütze zu ſein. Königliches General-Kommando der Kommunalgarden. v. Mandelsloh.

Tagesbefehl. Dresden, den 7. Mai 1849, früh 6 Uhr. Die braven königl. preußiſchen und königl. ſächſiſchen Truppen fahren fort ſich auf allen Punkten mit der größten Tapferkeit und Hingebung zu ſchlagen. Sie erringen mit jeder Stunde neue Erfolge. Bald wird das Ziel erreicht, der Aufſtand gedämpft, Geſetz und Ordnung hergeſtellt ſein! Soldaten! Die Mehrzahl der Bewohner Sachſens, ja des geſammten Deutſchlands, blicken mit Stolz und Vertrauen auf Euch! Noch eine kurze Zeit der Ausdauer

*) Dieſe Nachrichten, ſo wie die § Leipzig haben wir heute unſern ſtädtiſchen Leſer in einem Extra-Blatt mitgetheilt.

**) Nach neueren Berichten iſt die Bahn wieder hergeſtellt.

Ueberſicht.

Die deutſchen Regierungen.
Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt.) Wien (Die Debrecziner Reichstagsbeſchlüſſe. Die Oſtdeutſche Poſt und die Regierung. Metternich, und die Ruſſen.) Prag (Auſtro-Ruſſiſche Juſtizpflege.) Berlin (Letzte Zuſammenkunft des Königs mit Beckerath.) Königsberg (Aufnahme der Nachricht von der Auflöſung der Kammern.) Aachen (Erklärung des konſt. Vereins.) Aus dem Bergiſchen (Die deutſche Geſinnung im Bergiſchen und in der Mark.) München (Friedrich Rohmer's Sendſchreiben.) Stuttgart (Erklärung Römer's. Verkündigung der Reichsverfaſſung.) Karlsruhe (Erklärung der Bürgerwehr.) Darmſtadt (Anſprache an die durchpaſſirenden Soldaten.) Braunſchweig (Geſetz über die Verordnungen der Reichsgewalt.)

Die deutſchen Regierungen.

⊙ **Heidelberg,** Anfang Mai. Die Kabinete der mächtigeren deutſchen Fürſtenhäuſer konnten in Jahr und Tag nicht über eine Verfaſſung für Deutſchland zu irgend einer Vereinbarung gelangen. Nachdem nun die Abgeordneten der deutſchen Nation ihr Werk vollendet, ſetzen jene einſtimmig die Behauptung entgegen: die neue Verfaſſung könne nur durch Vereinbarung zwiſchen den „Regierungen und der Nationalverſammlung" endgiltig zu rechtlichem Beſtande gelangen. Verſtände man, wie ſich von Rechtswegen gebührt, unter Regierung die oberſte Staatsbehörde in der Bedeutung und Stellung, welche ſie in einem wahrhaft konſtitutionellen Staate haben muß, dann würde jene Behauptung ſich rechtfertigen laſſen. Sie könnte dann im Weſentlichen ſo zu verſtehen ſein: Die deutſche Nation, nachdem ſie die nicht mit ihr vereinbarte bisherige Bundesverfaſſung beſeitigt, hat ſich durch die von ihr beſtellte konſtituirende Verſammlung über die Form vereinigt, in welcher ſie fortan ihre Freiheit und Einheit gewahrt wiſſen will. Zur Vollziehung der vereinbarten Verfaſſung bedarf es jedoch ſelbſtredend der förmlichen Anerkennung der einzelnen Staaten. Dieſe iſt nun allerdings auszuſprechen durch die Fürſten, inſofern ſie die verfaſſungsmäßigen Organe der Souveränetät, und Repräſentanten der Einheit des Staates ſind. Sie ſind dies jedoch nur, ſoweit ſie mit Einſtimmung ihrer verantwortlichen Miniſter, handeln, welche an die ausdrückliche Zuſtimmung der von ſämmtlichen Staatsbürgern gewählten Vertreter gebunden ſind. Nur unter dieſen Vorausſetzungen iſt der Ausſpruch eines Fürſten in Bezug auf Verfaſſungsangelegenheiten eines konſtitutionellen Staates als Erklärung ſeiner Regierung anzuerkennen. Leider wird in jenen Eingangs erwähnten der deutſchen Reichsverfaſſung entgegengehaltenen fin-de-non-recévoir das Wort „Regierung" keineswegs in dem eben angegebenen Sinne genommen, da durch Auflöſung oder Vertagung der Ständeverſammlungen Baierns, Preußens, Hannovers und nun auch Sachſens die Staatsbürgerſchaften dieſer Länder des verfaſſungsmäßigen Organs zur Kundgebung ihres Willens beraubt ſind. Hierdurch wird Aufſtellung und Beantwortung der Frage unabweislich, mit welchem Rechte jetzt fürſtliche Kabinete für ſich allein die Befugniß in Anſpruch nehmen, ein Veto den Beſchlüſſen einer von ihnen ſelbſt zur Feſtſtellung einer neuen Verfaſſung Deutſchlands mitberufenen Verſammlung entgegenzuſetzen? Von vornherein iſt auffällig, daß die Gewalthaber, welche dieſe Verfaſſung anzuerkennen ſich weigern, ihre Renitenz formell dadurch rechtfertigen wollen, daß ſie gegen die ſog. Einzig-und-allein-Souveränetät der Nationalverſammlung proteſtiren, — während ſie ſelbſt doch ſich ermächtigen, einzig-und-allein — nämlich ohne Vereinbarung mit den verfaſſungsmäßigen Organen der Staatsbürgerſchaft — über die wichtigſte, heiligſte Angelegenheit derſelben zu entſcheiden! So nehmen einige wenige Fürſten gegen die Vertretung der ganzen Nation ein Recht in Anſpruch, welches ſie ſelbſt der Geſammtheit ihrer Staatsangehörigen verſagen. Sie ſelbſt iſoliren ſich auf dieſe Weiſe, und widerſtreben in Bezug auf die Reichsverſammlung dem Prinzip der Nationalität und der bundesſtaatlichen Einheit — in Bezug auf den eigenen Staat dem Prinzip der Konſtitutionalität und der ſtaatsbürgerlichen Freiheit. Und doch ſind dieſe beiden Prinzipien jetzt die einzigen, welche in den einzelnen Staaten, in ganz Deutſchland, ja in der ganzen civiliſirten Welt der frühern Gewaltherrſchaft, wie der durch ſie veranlaßten Revolution ein Ende bringen und eine dauernde Rechtsordnung zu errichten vermögen. Nur in einer ſolchen können die regierenden Häuſer einen geſicherten Beſtand gewinnen; nur durch rückhaltloſes Eingehen in die neue Lebensordnung können ſie vergeſſen machen, wie ſie zu der Gewalt gelangt ſind, die ſie noch beſitzen, wie ſie ſich der Macht bedient, die ſie ohne Zuſtimmung des Volkes erworben. — Oder könnte etwa noch in Abrede geſtellt werden, daß die ſchon vor einem Jahrhundert begonnene, immer durchgreifendere Umgeſtaltung der Anſichten, Glaubensmeinungen und Rechtsverhältniſſe — noch weit, — ſehr weit hinausreicht über jene gewaltige Umwälzung, welche man — nicht paſſend — die Reformation genannt hat? So wenig aber damals die kirchliche Umgeſtaltung durch die Renitenz einzelner geiſtlicher Herrn gehindert werden konnte, noch viel weniger wird jetzt die ſtaatliche und nationale Transformation durch den Widerſpruch einiger weltlichen Herrn gehemmt werden dürfen und können.

„Bisher", ſo wurde ganz richtig in einer ſchon im Auguſt v. J. zu Berlin erſchienenen Schrift *) bemerkt, „bisher war die Betheiligung an der Herrſchaft über die deutſche Nation einzig und allein" geknüpft an den bloß durch Fürſtenverträge anerkannten Beſitz eines Stückes von Deutſchland. In Folge dieſer anormalen durchaus willkürlichen Einrichtung war das deutſche Volk in ſeinem organiſchen Leben, ſeiner Geſtaltung, Entwickelung und ſeinen Beziehungen zu der Außenwelt zum Theil ſogar abhängig von Regenten anderer Völker. Der Art. 7. der Bundesakte hatte feſtgeſtellt: „wo es auf Annahme oder Abänderung der Grundgeſetze, auf organiſche Bundeseinrichtungen, auf jura singulorum oder Religionsangelegenheiten ankommt, kann, weder in der engeren Verſammlung" (worin jeder Staat eine Stimme hatte) „noch in pleno" (wo Hannover ſo viel Stimmen hatte als Preußen, Holſtein ſowohl als Luxemburg ſo viel als Baden und Kurheſſen) ein Beſchluß „durch Stimmenmehrheit gefaßt werden." Hiermit war alſo in allen jenen weſentlichen Punkten ſowohl dem Könige der Niederlande, als dem Könige von Dänemark, eventuell ſogar dem Kaiſer von Rußland und dem engliſchen Königshauſe ein Veto eingeräumt und die Selbſtherrlichkeit der deutſchen Nation im Tiefinnerſten verletzt, ja entſchieden negirt. Der höchſte Aufſchwung aber, den das nicht-ruſſiſche, nicht-türkiſche Europa jemals genommen, beſteht gerade darin, daß das Recht der Nationen auf Selbſtherrlichkeit als ein unveräußerliches zum Bewußtſein gekommen und das Bedürfniß zu deſſen Bethätigung ſo energiſch geworden iſt, daß alle anderen Bedürfniſſe ſich demſelben unterordnen müſſen. Man hat nämlich einzuſehen angefangen, daß alle anderen Rechte und Freiheiten, wie das Gedeihen jedes anderen Lebenskreiſes ihre Gewähr erſt finden durch Feſtſtellung jenes Rechtes der Nationen."

Und die Verwirklichung dieſes Rechtes doch wohl auch der deutſchen Nation ſollte durch das Veto einiger Fürſten gehemmt werden dürfen, welche nur als Repräſentanten von Einzelſtaaten, als ſolcher, und zwar nur innerhalb der durch die beſtehenden Verfaſſungen beſtimmten Grenzen, keineswegs aber bezüglich der erſt zu gründenden Nationalverfaſſung, auftreten können.

Als Franz II. die Reichsregierung niederlegte, motivirte er dieſe Verzichtung namentlich *) durch die dem Preßburger Frieden gegebenen Folgerungen und „die am 12. Juli 1806 zu Paris unterzeichnete Uebereinkunſt mehrerer vorzüglicher Stände zu ihrer gänzlichen Trennung vom Reiche u. ſ. w., wodurch es ihm unmöglich geworden, die durch den Wahlvertrag eingegangenen Verpflichtungen" oder, wie es weiterhin heißt, „die Pflichten unſeres kaiſerlichen Amtes länger zu erfüllen." „Wir entbinden," heißt es zum Schluß, „zugleich Kurfürſten, Fürſten und Stände und alle Reichsangehörigen von ihren Pflichten, womit ſie an uns, als das geſetzliche Oberhaupt des Reichs, durch die Konſtitution gebunden waren." Treffend bemerkte aber der ehrwürdige Vater des jetzigen deutſchen Miniſterpräſidenten in der 17ten Sitzung des Bundestages 1817: „Ich kenne wohl eine kaiſerliche Abdikation, die des Reiches nicht, oder derer, die es zunächſt anging." Die deutſche Nation alſo, welche ſich zum Reich geſtaltet, ſich ihre Konſtitution geſchaffen und durch Wahlvertrag das kaiſerliche Amt an Franz II. übertragen, ſie hat doch fürwahr nicht durch den Preßburger Frieden oder irgend eine ohne ihre rechtmäßige Zuſtimmung gewillkührte Akte des unveräußerlichen Rechtes beraubt

*) Souveränität der deutſchen Nation und Kompetenz, ihrer konſtituirenden Verſammlung. Von F. W. Carové, Mitglied des Vorparlaments zu Frankfurt a. M. Berlin, 1848. Verlag der Decker'ſchen Geh. Ober-Hofbuchdruckerei. S. 42.

*) S. Abdikationsurkunde S. k. M. Franz II. dat. 6. Aug. 1806.

werden können, ſich von Neuem zeitgemäß zu konſtituiren und das kaiſerliche Amt Demjenigen zu übertragen, der geeignet und gewilligt erſchiene, die durch die Verfaſſung beſtimmten „Verpflichtungen zu erfüllen".

Der neue Bund, der jetzt von den deutſchen Stämmen und Staaten geſchloſſen werden ſoll, darf nun allerdings, als hervorgehend aus dem Elemente der vollbewußten Freiheit, keinem derſelben aufgezwungen werden; aber kein Staat, noch viel weniger ein Fürſt Deutſchlands darf die andern deutſchen Staaten hindern, auf den Grund der von der Reichsverſammlung vereinbarten Verfaſſung zu dem neuen Bunde ſich zu vereinigen, der, wie nicht zu bezweifeln, in nächſter Zeit das geſammte Reich deutſcher Nation umfaſſen und ſeiner welthiſtoriſchen Beſtimmung entgegenführen wird.

Die deutſchen Fürſten aber mögen — nicht zu ſpät — erwägen, daß ihr blos hiſtoriſches Recht in keinem anderen Fundament wurzelt, als dasjenige, welches ſie ſelbſt durch Mediatiſirungen und Säkulariſirungen ſeiner Geltung beraubt haben; dagegen ihr gegenwärtig von den Staatsbürgern anerkanntes Herrſcherrecht durch die Funktion, durch das Amt bedingt iſt, welche ſie zum Beſten des ganzen Staatsorganismus und in Anerkennung der heiligſten Strebungen nach rechtlicher Freiheit und nationaler Einheit zu erfüllen berufen ſind.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 7. März. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt ſtand zunächſt die Wahl eines neuen Bureaus, welche indeß heute nicht zu Stande kommen ſollte. Die erſten Wahlzettel hatten, 82 gegen 3 Stimmen, Herrn Dr. Kugler abermals zum Präſidenten proklamirt, als dieſer ſich erhob und die Erklärung abgab, daß er, ſo ſehr er das ehrende Vertrauen der Verſammlnng zu würdigen wiſſe, doch in der nächſten Zeit einestheils durch ſeinen Beruf vielfach in Anſpruch genommen werde, anderntheils aber den lebhaften Wunſch hege, ſich thätig an den bevorſtehenden wichtigen Debatten zu betheiligen, und aus beiden Gründen ſich nicht im Stande ſehe, die Präſidialgeſchäfte fortzuführen. Die Verſammlung beſchloß nach dieſer Erklärung die Wahlen des geſammten Bureaus 8 Tage auszuſetzen: Herr Dr. J. Friedleben aber trat im Namen aller Parteien auf, als er ſein tiefes Bedauern ausſprach, einen Mann vom Präſidentenſtuhle ſcheiden zu ſehen, der das Vertrauen und die Achtung der ganzen Verſammlung genoß und verdiente. Das Präſidium verlas darauf das Antwortsſchreiben der würtembergiſchen Volkskammer auf die von der verfaſſunggebenden Verſammlung an ſie erlaſſene Dank- und Zuſtimmungs-Adreſſe, ſodann kam eine Reihe von dringlichen Anträgen zur Verhandlung, von der gewöhnlichen Courtoiſie der Konſtituante auch ſofort als dringlich anerkannt. Der erſte derſelben, von Herrn Dr. A. Friedleben, den Senat zu erſuchen, „die für den 10. d. M. angeordnete Erſatzwahlen für die neuerdings ausgeſchiedenen Mitglieder der Verſammlung bis dahin auszuſetzen, daß zugleich die Erſatzwahl für das inzwiſchen mit Tode abgegangene Mitglied, Schöff de Neufville, angeordnet werden könne", war bald erledigt: die Verſammlung erklärte ſich damit einverſtanden. Eine längere Verhandlung veranlaßte aber ein weiterer Antrag des erſten Vicepräſidenten, Herrn Hadermann. Der Antragſteller war ſehr erſtaunt, daß noch keine Rückäußerung des Senats auf ſeinen früheren Antrag über eine geſetzwidrige Verhaftung durch die Militärgewalt erfolgt ſei, hält es aber einſtweilen für die heilige Pflicht der Volksvertretung ſich überall der Gewalt entgegenzuſtemmen, damit nicht endlich einmal der Faden der Volksgeduld reiße und aus großem Unrecht großes Unglück entſtehe. Er berichtete darauf, nach glaubwürdigen Zeugenausſagen, von dem Abreißen eines Plakats durch preußiſche Soldaten, welche ſogar die Plakatenanhefter verhaftet haben würden, wenn nicht ein freiheitsliebender Schiebkärcher ihnen ſeinen Karren zwiſchen die Beine geſchoben hätte, weiter nach unverbürgten Mittheilungen von einer Verhaftung, welche nicht im Dienſte befindliche öſterreichiſche Soldaten in einem öffentlichen Lokal an einem Gaſte vollzogen, der auf das Wohl der Ungarn getrunken, endlich von der Konfiskation von Waffen auf öffentlicher Straße. Und nach dieſer Geſchichtserzählung folgte der Antrag, den Senat dringend zu erſuchen, 1) dieſen geſetzwidrigen Eingriffen der Militärgewalt in die Rechte u. Freiheiten der Bürger ſchleunigſt ein Ende zu machen, 2) ebenfalls ſchleunigſt ausreichende Garantien zum Schutze der Bürger zu fordern, und endlich 3) mitzutheilen, was er in dieſer Beziehung bereits gethan habe oder noch thun werde. Es erhob ſich darauf Hr. Dr. Behaghel und erzählte eine höchſt konfuſe Geſchichte, aus der nur ſo viel mit einiger Klarheit zu entnehmen, daß an der Hauptwache drei Männer, weil ſie Seitengewehre trugen, in „nicht ſehr zarter" Weiſe verhaftet und darauf zum General v. Bechtold geführt ſeien und daß dieſer erklärt habe, die Sache beruhe auf einem Mißverſtändniß und er werde ſämmtlichen Wachen befehlen, in Zukunft nur noch ſolche Individuen zu verhaften, welche ſich mit Schießgewehr betreten ließen. Ein Mitglied vom Lande bemerkte, daß in Bornheim das Militär Befehl erhalten habe, Jeden zu verhaften, der unbefugter Weiſe Waffen trage. Hr. Bürgermeiſter Cöſter erklärte, daß der Senat dem angeregten Gegenſtande bereits ſeine ernſtlichſte Aufmerkſamkeit zugewandt habe, daß er perſönlich indeß nur mangelhafte Auskunft darüber zu geben im Stande ſei. Hr. Schneider wollte von einem höheren Offiziere die Mittheilung haben, daß der Befehl an die Soldaten nur dahin laute, bewaffnete Haufen, namentlich wenn ſie in geſchloſſenen Reihen marſchirten, anzuhalten und zu entwaffnen, ſowie in der Nähe der Schildwachen keine Plakate zu dulden; alles Andere ſei ein Uebergriff der einzelnen Soldaten. Hr. Dr. Hoffmann dagegen hatte die Nachricht, daß der Befehl dahin gerichtet ſei, Jedem, welcher verdächtig ausſehe, die Waffen abzunehmen. Damit ſchien das Material an Mordgeſchichten erſchöpft, der Antrag des Hrn. Hadermann wurde zum Beſchluß erhoben und die Verſammlung ſchickte ſich eben an, zu ihrer Tagesordnung überzugehen, als Hr. Dr. J. Friedleben mit nicht weniger als ſechs „dringlichen" Interpellationen hervortrat, welche der Senat durch einen Kommiſſär zu beantworten hat: 1) Ob zur Zeit der ältere Bürgermeiſter nicht mehr die Oberleitung der geſammten bewaffneten Macht hat? 2) Wer die Stadtkommandantur eingeſetzt hat, und von wem dieſelbe Befehle erhält? 3) Ob es wahr iſt, daß Bürgern auf der Straße die Waffen abgenommen ſind? 4) Wenn es wahr iſt, von wem der Befehl dazu gegeben? 5) Ob der Senat bereits Kenntniß von dieſen Uebergriffen genommen? 6) Welche Schritte er gethan hat, oder thun wird, ihnen ein Ende zu machen? Die Verſammlung genehmigte in aller Eile auch noch dieſe Interpellationen. Wir aber wollen die Reichstruppen hiermit alles Ernſtes gewarnt haben, Hrn. Dr. J. Friedleben kein Gewehr abzunehmen: Hr. Dr. J. Friedleben wird, wie er feierlich erklärte, Jeden niederſchießen, der es verſuchen ſollte.

(Schluß folgt.)

Wien, 3. Mai. Das Ereigniß des Tages, das allgemeine Geſpräch aller Kreiſe bildeten heute die Nachrichten von den Ereigniſſen in Debreczin und der Ernennung Koſſuths zum Präſidenten des ungariſchen Reichs. Wahrhaft räthſelhaft bleibt es, wie ein ſo wichtiges Ereigniß ſo lange unbekannt blieb. Jene Debrecziner Reichstagsſzene fand bereits am 14. April ſtatt, während die Anekdote durch alle Blätter ging, das magyariſche Heer habe am 19. April den Geburtstag des Kaiſers Ferdinand gefeiert. (Oſtd. Poſt.)

△ **Wien**, 3. Mai. Die Oſtdeutſche Poſt ergeht ſich mit vieler Bitterkeit gegen die „fünfzehn Zeilen hölzernſten Styles", womit die Regierung in der Wiener Ztg. die ruſſiſche Intervention anzeigte und begründete. Sie weiſt darauf hin, daß ein ganzes Volk dieſer Maßregel wegen um ſeine Freiheit und ſeine Ehre zittre, und daß man ihm dennoch die mit Rußland gepflogenen Unterhandlungen und Stipulationen darüber vorenthält. Sie fragt, ob unſre Armee bei einem Beſtand von 600,000 Mann nicht ſtark genug ſei, um dem ungariſchen Kriege zu genügen, den man noch vor wenigen Tagen mit Geringſchätzung behandelte und wenn die ungeheuren Hilfsquellen Oeſterreichs denn nicht mehr genügen ſollten, warum man nicht den deutſchen Bundesgenoſſen zu Hilfe aufruft und ſtatt ſeiner den inſtinktmäßig gefürchteten Nachbar? Schon nach wenigen Stunden wurde der Verleger der Oſtdeutſchen Poſt, Herr Buchhändler Karl Gerold, zur Centralunterſuchungskommiſſion beſchieden und erhielt wegen dieſes Artikels eine ſcharfe Zurechtweiſung, die ihm der Gouverneur Stellvertreter in ſeiner bekannten derben Sprache ſelbſt ertheilte, mit der Androhung, daß ſein Journal augenblicklich ſuſpenſirt werde, wenn er noch einen ähnlichen Artikel darin aufnähme. Wenn man lieſt, was in Prag, in Agram gedruckt werden darf, ſo findet man dies Verfahren zum wenigſten inkonſequent und kann nur den einen Grundſatz darin ausgeſprochen finden, daß in den

deutſchen Provinzen weder eine gemäßigte noch überhaupt eine Oppoſition geſtattet iſt.

△ **Wien,** 4. Mai. Beim Einmarſch der Ruſſen begegnen wir wieder einem Namen, der mit Rußland durch Jahrzehnte die Freiheit der Völker niederhielt. Wer könnte das anders ſein als Metternich? Sein letzter Rath im März 1848 war der: „rufen Sie den Fürſten Windiſchgrätz." Dieſer Rath wurde befolgt, wenn auch erſt ſpäter. Fürſt Windiſchgrätz hat uns jetzt Ungarn verloren, und ſomit haben wir noch dem letzten Rathe des Exminiſters die Ruſſen zu verdanken. Ungarn gibt den erſten Anlaß zum Sprunge des ſchon lange „lauernden Tigers", der ſich mit einer Beute nicht begnügen wird. Ein doppelter Schrei des Schmerzes ringt ſich aus der Tiefe der deutſchen Bruſt bei dem Anblick des Vaterlandes, das weniger als je gerüſtet daſteht!

Prag, 1. Mai. Die Deutſche Zeitung aus Böhmen bringt das nachfolgende höchſt merkwürdige und ächt Ruſſiſche Aktenſtück: „Praesidiale Nr. 153 —p. Da ſich in jüngſter Zeit erneuert die Fälle ergeben haben, daß durch Aufreizung einiger für die öffentliche Sicherheit beſonders gefährlichen Individuen, Zuſammenrottungen des Proletariats hervorgerufen worden ſind, gegen ſolche Individuen aber ſehr oft keine genügenden Anhaltspunkte vorhanden ſind, um ſelbe der ſtrafgerichtlichen Amtshandlungen zu unterziehen, deren Unſchädlichmachung aber dennoch immer wünſchenswerth bleibt, ſo hat in Folge deſſen das hierländige Landespräſidium bei dem Generalkommando den Antrag geſtellt, ſolche Erzedenten der Aſſentirung zu unterziehen und, um deren Enrolirung im Militär zu erleichtern, über leichtere die gänzliche Militäruntauglichkeit nicht begründende Körpergebrechen hinauszugehen, da die Aſſentirung einiger dieſer Individuen auf das Benehmen der Uebrigen einen gewiß ſehr wohlthätigen Einfluß üben würde.

Aus Anlaß dieſes vom Landespräſidium hierher gemachten, die vollkommene Billigung des Generalkommando erhaltenden Anſuchens wird demnach das Werbbezirkskommando beauftragt, die Mitglieder der Aſſentirungskommiſſion anzuweiſen, damit bei ſolchen Individuen, welche der Kommiſſion von dem Bürgermeiſter oder ſonſtigen politiſchen Ortsvorſteher als Erzedenten der erwähnten Art bezeichnet werden, in Beurtheilung der Militär-Dienſttauglichkeit nach Zulaß möglichſt nachſichtig vor ſich gegangen werde, und dieſelben zu jener Truppengattung oder Dienſtleiſtung aſſentirt werden, zu der ſie ſich ohne Nachtheil des Dienſtes am eheſten qualifiziren laſſen.

Es verſteht ſich übrigens von ſelbſt, daß die geſtattete nachſichtigere Beurtheilung in der Militär-Dienſttauglichkeit ſolcher Individuen im Intereſſe des allerhöchſten Dienſtes nicht zu weit ausgedehnt werde. Prag am 24. April. In Ermangelung des Kommandirenden: Khevenhüller.

Berlin, 3. Mai. Der Korreſpondent der Daily News in Berlin ſchreibt demſelben über die letzte Zuſammenkunft Beckeraths mit dem Könige Folgendes, was er aus „guter Quelle" zu haben behauptet: „Der Frankfurter Miniſter machte zuerſt die bekannten Gründe geltend, die in einer öffentlichen Adreſſe Platz finden können, wie daß die Größe und das Glück Deutſchlands von dem preußiſchen Kaiſerthum abhänge u. ſ. w. Hierauf antwortete der König: „Wenn ich ein Friedrich II. wäre, ſo würde ich annehmen; aber das iſt nicht mein Charakter. Ich fühle, daß ich nicht dazu gemacht bin, eine ſolche Rolle zu ſpielen; ich habe keinen innern Beruf dazu, und ich habe die Anſicht, daß jeder Menſch in Uebereinſtimmung mit ſeinem innerſten Weſen handeln muß, und daß der, welcher in einen Wirkungskreis tritt, für den er von Natur nicht gemacht iſt, ſeiner Beſtimmung widerſpricht und daß nichts, was er unternimmt, gelingen kann. Er wird das Verderben auf ſich und auf Alle, die von ihm abhängen, herabziehen. Dieſe meine Anſicht mag wahr oder falſch ſein, aber ſie iſt zu einer eingewurzelten Ueberzeugung geworden, und es iſt mir unmöglich, dagegen zu handeln." Nachdem Beckerath auf den Patriotismus oder den Ehrgeiz des Königs vergebens zu wirken geſucht, verſuchte er es mit der religiöſen Seite, und meinte, es ſei ſeine Pflicht als Chriſt, die kaiſerliche Krone anzunehmen. Auf dieſem Boden fand natürlich Hr. Beckerath an dem König einen mehr als ebenbürtigen Gegner. Als der Geſandte ſo mit ſeinem Vorrath von Gründen zu Ende war, war er im Begriff, ſich zurückziehen und bemerkte noch: „Radowitz meint, daß Sie es annehmen müßten." Dies ſchien auf den König einen tiefen Eindruck zu machen. „Wie — Radowitz! Radowitz war immer meiner Meinung — das iſt merkwürdig — Radowitz verändert!" Beckerath ſah, daß er einen verwundbaren Punkt berührt, und nachdem er etwas näher in die Anſicht Radowitz eingegangen war, verließ er den König in einer nachdenklichen Stimmung."

Königsberg, 1. Mai. Am Abende des 29. April gelangte die Nachricht von der Auflöſung der Kammer hierher. Im Theater, das auf Veranlaſſung der Gaſtvorſtellung Devrient's in allen Räumen dicht gedrängt beſetzt war, wurde durch den Regiſſeur Wolf die Auflöſungsordre verleſen. Bei den Worten: „Hoffentlich wird dieſe Maßregel von den Gutgeſinnten des Landes mit Beifall aufgenommen werden", brach ein fürchterlicher Tumult los, der in ein tauſendfältiges „Pereat dem Miniſterium" überging. Am geſtrigen Tage fand eine von dem Wahlmännervereine berufene Verſammlung von Wahlmännern und Urwählern Statt. In derſelben wurde eine Adreſſe an die deutſche Reichsverſammlung und ein Proteſt gegen die Maßregel des Miniſteriums angenommen. Ferner wurde eine Deputation ernannt, die den Magiſtrat auffordern ſollte, eine Verſammlung der Urwähler Königsbergs zu veranſtalten. Die Adreſſen wurden im Laufe des Abends in den Verſammlungen der ſtädtiſchen Reſſource und des Arbeitervereins mit Tauſenden von Unterſchriften bedeckt. (Köln. Z.)

* **Aachen,** 5. Mai. Der konſtitutionelle Verein für Aachen und Burtſcheid hat die Erklärung abgegeben: daß nur die Entfernung des Miniſteriums Brandenburg und die Erſetzung deſſelben durch ein ſolches, welchem das Vertrauen der Nation entgegenkommen kann, ſo wie die Anerkennung der Reichsverfaſſung das Land vor größerer Gefahr retten kann; er fordert alle Gutgeſinnten, an welche das Miniſterium zu appelliren gewagt hat, auf, durch öffentliche Kundgebung ihrer Ueberzeugung ſchon jetzt die übelberathene Krone darüber aufzuklären, daß die jetzige Regierung des Vertrauens gänzlich entbehre; hält es zunächſt für Pflicht aller Gemeinderäthe und konſtitutionell geſinnten Vereine, zu dieſer Aufklärung beizutragen, und erſucht endlich die Vereine des Regierungsbezirks Aachen, ſich den obigen anzuſchließen.

⊙ Aus dem Bergiſchen, 4. Mai. In unſerm ganzen Lande, wo man ſo treu am Könige hing, weil man in ſeiner Geſinnung eine Bürgſchaft der deutſchen Einheit wähnte, und Preußen für die Krone der neuen Geſtaltung Deutſchlands anſah, iſt jetzt der Rückſchlag der Enttäuſchung furchtbar. Volksverſammlungen wechſeln mit öffentlichen Einladungen zu Volksverſammlungen. In Frankfurt nur ſieht man noch Heil. Alle halten zur deutſchen Reichsverſammlung. Gottlob iſt Alles jetzt in dieſem einen Punkte einig. Nicht die Demokraten in unſerm Lande, ſondern die ruhigſten, beſonnenſten, wohlhabendſten Leute ſind am Meiſten empört über die unſelige Politik von Berlin namentlich in unſern ſo konſervativen Städten Elberfeld, Lennep, Remſcheid, Solingen, Hükeswagen u. ſ. w. Und gegen den König ſelbſt richtet ſich ſogar dieſe Mißſtimmung, die um ſo bitterer iſt, weil das Vertrauen ein ſo unbedingtes war. In Gaſthäuſern und Wirthsſtuben werden die Bildniſſe des Königs entfernt. Nur die evangeliſchen Geiſtlichen verſuchen ihm hier und dort noch das Wort zu reden; Hohn iſt die Antwort. Alle Bürgermeiſtereien (die Gemeindeverordneten ſind nach dem Geſetz vom 5. Juni 1845 aus den Meiſtbeerbten gewählt) haben den Städtetag in Köln zu beſchicken beſchloſſen, mit Ausnahme von Wipperfürth, wo die Stimmen im Stadrath getheilt waren und der Bürgermeiſter den Anſchlag gegen die Beſchickung gab. So groß auch die Aufregung iſt, ſo hört man doch nirgends bis jetzt von Exceſſen. Vorgeſtern waren bei Lüttringhauſen 6 bis 7000 Menſchen verſammelt. Alle Reden hatten eine gemäßigte Haltung, wiewohl eine entſchiedene, und mahnten das Volk zum treueſten Feſthalten an der Reichsverfaſſung. In nächſter Woche wird ſich auch die bergiſche Landwehr erklären. Gott erhalte den Aufſchwung rein und von Ueberſchreitung der geſetzlichen Grenzen frei! Nach allen Nachrichten ſteht es übrigens eben ſo wie unſere Bergiſchen auch in der nahen Grafſchaft Mark, die doch früher preußiſcher noch als der König ſelber war. Ich lege hier eine kurze aber bezeichnende Adreſſe bei, welche in dieſen Tagen von mehreren Hundert Einwohnern der Stadt Hückeswagen an den Reichtagsabgeordneten des Kreiſes zur Ueberreichung in der Reichsverſammlung abgegangen iſt:

„Hohe Verſammlung!

Die Beweggründe, welche das Berliner Miniſterium in ſeinem Antrage auf Auflöſung der zweiten Kammer ausſprach, haben die hieſige Bewohnerſchaft mit der tiefſten Entrüſtung erfüllt.

Gerade die durch Ihn erhoffte Einheit des Vaterlandes war es, was uns mit feſter Treue für unſern König erfüllte.

Wir können jetzt nur vertrauensvoll unſere Blicke der Hohen Reichsverſammlung zuwenden und hoffen, daß es ihr gelingen werde, die unſelige Verblendung, welche über den Augen der Fürſten liegt, zu beſeitigen und die längſt erſehnte Einheit des Vaterlandes zu erreichen.

Für ſie wird uns kein Opfer zu ſchwer und zu groß ſein."

0 **München**, 4. Mai. Wenn das jetzige Miniſterium nur einigermaßen ſeine Zeit verſtünde, ſo würde es auf die Rathſchläge eingehen, die ihm Friedrich Rohmer in ſeinem „Sendſchreiben an das baieriſche Staatsminiſterium für Annahme der deutſchen Reichsverfaſſung" gibt. „Die deutſche Revolution von 1818 in ihrem ächten Inhalte erfaßt", ſagt Rohmer, „iſt der Ausfluß des lebendigen und wahrhaften Liberalismus, der jene ſeit 1818 beſtandenen aber lebloſen und betrügeriſchen Formen nicht blos erweitern, ſondern mit dem Geiſte eines großen und freien Staatslebens erfüllen will; des Liberalismus, welcher, das monarchiſche Prinzip mit freier Offenheit feſthaltend, doch keinen Urſprung der Souveränetät kennt, als die Geſammtheit des Volks, keine Geſetzgebung als die von Haupt und Gliedern gemeinſchaftlich ausgeübte, und keine Regierungsgewalt, die nicht verpflichtet wäre, für ihre ſämmtlichen Akte die unzweideutigſte Verantwortung zu ſtellen. Indem Oeſterreich und Preußen auf jene Weiſe dem Geiſte der Bewegung den Handſchuh hingeworfen und für ſich den Scheinkonſtitutionalismus angenommen haben, der für das übrige Deutſchland der Anlaß 30jähriger innerer Reibungen und die Urſache des Ausbruches war, haben ſie erklärt: das Gegentheil von dem zu wollen, was Deutſchland will. An Baiern war es jetzt, durch rückhaltloſe Erfaſſung der konſtitutionellen Freiheit nach innen, durch Vorangehen in allen Opfern für die nationale Ehre und Einheit nach außen ſich an die Spitze des Liberalismus zu ſtellen." Nachdem ſodann der Verfaſſer des Sendſchreibens das Miniſterium in einen Spiegel hat blicken laſſen, worin es ſeine eigenen und ſeiner Vorgänger Sünden gegen das Geſammtvaterland wie gegen das engere finden kann, ruft er ihm energiſch zu, daß es auch jetzt noch nicht zu ſpät ſei, daß es Alles noch retten könne, wenn es die Reichsverfaſſung mit dem Wahlgeſetze ungeſäumt anerkenne. Die Gefahren zergliedernd, welche aus einem fernern Widerſtand gegen den Willen des Volks hervorgehen, gelangt er zu dem Schluſſe, daß zur Befriedigung des nationalen Einheitstriebs kein anderer Weg übrig bleibe, als die Annahme der Reichsverfaſſung: zur Oktroyirung ſei es nie Zeit geweſen und werde es nie Zeit werden, und zur Vereinbarung ſei die Zeit vorüber. Nicht auf den Inhalt der Verfaſſung, der vielleicht manches zu wünſchen übrig laſſe, komme es jetzt an, ſondern auf den nationalen Fortſchritt der mit ihrer Annahme gemacht werde und auf die dadurch bedingte Beruhigung der Gemüther. Für Baiern fordert er, damit es in einem Deutſchland ohne Oeſterreich längere Zeit beſtehen könne, einen beſonderen Zollvertrag mit Oeſterreich, der zugleich das Mittelglied zwiſchen dem Zollſyſtem Oeſterreichs und Deutſchlands werden müſſe. Durch ſeine moraliſche Macht würde Baiern vom künftigen Reichstag ein ſolches Zugeſtändniß erhalten; auf welche Weiſe dieſe Ausnahmeſtellung Baierns ſtatt zu finden habe, unterläßt der Verfaſſer näher zu beſtimmen. Dem Direktorium zieht Rohmer die einheitliche Oberleitung vor und findet, falls der König von Preußen mit derſelben lebenslänglich (gegen die Erblichkeit ſpricht er ſich ſehr entſchieden aus) betraut würde, die Stellung Baierns als Haupt der ſüddeutſchen Oppoſition weil günſtiger als die preußiſche, die offen an die Spitze geſtellt zur größten Vorſicht genöthigt würde.

Stuttgart, 7. Mai. Der Schw. M. enthält folgende Erklärung Römer's: Geſtern Abend wurde mir die Ulmer Chronik vom 5. Mai (Nr. 101) zur Einſicht mitgetheilt. Mit Verwunderung finde ich darin einen vom 4. Mai aus Stuttgart datirten Artikel, worin die Behauptung aufgeſtellt wird, daß mir General-Lieutenant v. Miller über die vielbeſprochene Dislokation der würt. Truppen in Baden einen Brief geſchrieben, daß ich den Inhalt dieſes Briefes meinem Sohne, dem Rechtskonſulenten Robert Römer eröffnet, und daß dieſer ihn ſeinen Bekannten hinter dem Glaſe ausgepoſaunt habe. Dieſe Behauptung iſt von der erſten bis zur letzten Sylbe eine Lüge. Ich wechsle mit dem General-Lieutenant v. Miller nie Briefe, derſelbe hat mir über die Dislokation der würtemb. Truppen in Baden weder mündlich noch ſchriftlich, weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Mittheilung gemacht, und ich habe über dieſe Dislokation mit meinem Sohne zu keiner Zeit irgend eine Unterhaltung der erwähnten Art gepflogen. Um den Schreiber des Aufſatzes in der Ulmer Chronik bekümmere ich mich nicht, aber den intellektuellen Urheber deſſelben, wer er auch ſei, fordere ich auf, ſich zu nennen, um ihm ſagen zu können, was ich von ihm halte. Wohl weiß ich, daß ich in gewiſſen viel vermögenden Perſonen der höhern Regionen ſehr entſchiedene Gegner habe, welche mir nicht verzeihen, daß ich reaktionäre Pläne nicht begünſtige, ebenſo weiß ich, daß mir im Volke eine Partei entgegenſteht, welche höchlich bedauert, daß der kaum geſchlichtete Streit zwiſchen der Krone und dem Miniſterium eine friedliche Löſung erhalten; wohl weiß ich endlich, daß der Sieg der einen oder andern der ebenbezeichneten Parteien die Beſeitigung des gegenwärtigen Miniſteriums zur Folge haben wird; diejenigen aber kennen meine ehrenwerthen Kollegen und mich nicht, welche da meinen, Gefahren ſolcher Art werden uns beſtimmen, den Weg unſerer bisherigen Politik zu verlaſſen und den des Rückſchritts oder der Revolution einzuſchlagen. Wir beſitzen den Muth und die Kraft, nach oben ſtandhaft und nach unten vernünftig zu bleiben, und wenn wir vom öffentlichen Schauplatze abtreten, ſo werden wir nicht geſtürzte Miniſter ſein, ſondern ſolche, die aufrecht von dannen geben. F. Römer.

Stuttgart, 7. Mai. Mit dem heutigen Regierungsblatt wurde das 16. Stück des Reichsgeſetzblattes, enthaltend die Verfaſſung des deutſchen Reichs, ausgegeben. (Schw. M.)

Karlsruhe, 7. Mai. Die hieſige Bürgerwehr hat heute in einer zahlreichen Verſammlung die folgenden Beſchlüſſe gefaßt:

1) Die Regierung auf das dringendſte zu erſuchen, daß ſie ſogleich nach dem Erſcheinen der Reichsverfaſſung im Regierungsblatt die Beeidigung auf dieſelbe gleich der auf die Landesverfaſſung vornehme. 2) Die Karlsruher Bürgerwehr iſt bereit, die Reichsverfaſſung gegen jeden verfaſſungsverletzenden Angriff zu vertheidigen. 3) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert ſämmtliche Bürgerwehren des Landes auf, ſich in demſelben Sinne zu erklären und ſich zum Einſtehen für die Reichsverfaſſung bereit zu halten. 4) Die Karlsruher Bürgerwehr fordert insbeſondere die badiſche Regierung auf, bei der Centralgewalt ſchleunigſt die nöthigen Schritte zum Schutz des Nachbarlandes Rheinbaiern, welches ſich für die Reichsverfaſſung ausgeſprochen, zu thun; namentlich wolle die Centralgewalt keinerlei Durchmärſche von Truppen ſolcher Staaten, die die Reichsverfaſſung nicht anerkannt haben, nach Rheinbaiern geſtatten. 5) Die Karlsruher Bürgerwehr erläßt einen Aufruf an ihre Kameraden in Würtemberg und Heſſen, in derſelben Weiſe das Ihrige zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung und insbeſondere zum Schutze Rheinbaierns einzuleiten. (Bad. Bl.)

Darmſtadt, 6. Mai. Auch hier ſind die Gemüther bis zum tiefſten Grunde erregt. Geſtern Abend beſchloſſen in einer Generalverſammlung die hieſigen demokratiſchen Vereine die Niederſetzung einer Kommiſſion zur Bildung einer Freiſchaar, beſtimmt in die Reihen derer einzutreten, welche zur Vertheidigung der Reichsverfaſſung in die Schranken treten wollen. Heute Morgen kam mit einem Extrazuge von Frankfurt her ein Regiment baieriſcher Infanterie. Die Gemeinen ſahen ſehr fröhlich aus und riefen ein Vivat (wem, war nicht erkennbar); die Offiziere ſahen verlegen drein. Folgende Anſprache ward in vielen gedruckten Exemplaren in die Waggons geworfen:

Soldaten! Ihr ſeid Bürger, Söhne des Volkes! Das Volk hat Euch ausgerüſtet, um ſeine Freiheit und ſeine Rechte zu ſchützen! Ihr werdet wiſſen, was Ihr zu thun habt, wenn man Euch gegen das Volk führt, deſſen Freiheit und Verfaſſung Ihr vertheidigen ſollt. Im Namen Eurer Väter, Eurer Mütter, Eurer Brüder, im Namen unſeres deutſchen Vaterlandes fordern wir Euch auf, führt die Waffen nicht gegen das Volk! Fechtet namentlich nicht gegen die, welche die National-Verſammlung und die von ihr beſchloſſene Reichs-Verfaſſung aufrecht erhalten wollen, zu deren Schutz auch Ihr verpflichtet ſeid. Soldaten! Deutſchland zählt auf Euch! Unauslöſchliche Schande würde den treffen, der die Waffen auf ſeine Brüder zückte! Bedenkt, daß Ihr dereinſt einmal wieder an Euren häuslichen Heerd zurückkehrt und dann Bürger ſeid wie die, gegen die man Euch jetzt führen will! Es lebe das deutſche Volk! Es lebe das brave deutſche Heer! Viele Bürger Darmſtadts. (K. Z.)

Braunſchweig, 5. Mai. Unſer Regierungsblatt vom heutigen Tage enthält folgendes Geſetz:

§. 1. Zur Beſeitigung aller formellen Bedenken deklariren Wir hierdurch, daß der §. 12 des Landesgrundgeſetzes durch die Reichsgeſetzgebung aufgehoben iſt und keine Anwendung mehr findet. §. 2. Es wird anerkannt, daß die ſämmtlichen von der proviſoriſchen Centralgewalt erlaſſenen und ferner zu erlaſſenden, nach Maßgabe des Reichsgeſetzes vom 27. Sept. v. J. publizirte oder noch zu publizirenden Geſetze und Verordnungen ohne Weiteres in Wirkſamkeit treten. §. 3. Daſſelbe gilt rückſichtlich der Geſetze und Verordnungen, welche die geſetzgebende oder exekutive Gewalt des Reiches in Gemäßheit der neuen Reichsverfaſſung erläßt, ſobald die durch dieſe Verfaſſung begründete Centralgewalt in's Leben getreten ſein und dadurch die jetzige proviſoriſche Centralgewalt ihre Endſchaft erreicht haben wird. (D. Rchsz.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 129. Frankfurt a. M., Donnerſtag 10. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Stimmungen im deutſchen Süden und Weſten.

Deutſchland. Frankfurt (Das Montagskränzchen. Hr. Titus. Das Miniſterium. Parteirn. Neueſte Nachrichten aus Dresden. Hr. v. Beckerath. Verſtärkung des mobilen Korps. Der Erzherzog Reichsverweſer. Der Kampf in Sachſen.) Wien (Stand des ungariſchen Feldzugs. Anſprache des Banus an das kroatiſche Volk. Katzenmuſik. Ankunft des Kaiſers in Schönbrunn. Sieg der Ungarn bei Szered. Die Ruſſen. Vermiſchte Nachrichten. Fürſt Schwarzenbrrg. Die Ruſſen auf der preuß. Eiſenbahn.) Berlin (Eheſcheidung des Prinzen Albeecht. Die deutſche Reform.) Magdeburg (Die Stadtverordneten für die Reichsverfaſſung.) Münſter (Aufregung.) Crefeld (Die Landwehr.) Köln (Die Verſammlung der Gemeinderäthe. Unruhen in Neuß.) Liegnitz (Truppen an die ſächſiſche Gränze.) Unna (Grafſchaft Mark.) Poſen (Die Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung. Beamtenthum und Volk.) München (Feier der ungariſchen Siege. Antideutſche Wühlerei.) Speier (Bekanntmachung der Kreisregierung. Ankunft baieriſcher Truppen. Die Abgeordneten des baieriſchen Landtags.) Tübingen (Aufruf an die deutſchen Studirenden.) Leipzig (Näheees über die Uneuhen.) Emden (Adreſſe der Deputation.) Karlsruhe (Aufruf und Erklärung der Bürgerwehr.) Heidelberg (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung. Abnahme der Studentenanzahl.) Mannheim (Erklärung des Gemeinderaths.) Freiburg (Schluß des politiſchen Prozeſſes. Freiſprechung Fickler's.) Kaſſel (Publikation der Reichsverfaſſung. Gelöbniß der Bürgerwehr auf die Reichsverfaſſung.) Aus Nordſchleswig (Die Kriegführung) Schleswig (Wrangelei der Reichsarmee. Schleswig-Holſteiner in Jütland.) Hamburg (Hr. v. Schmerling. Die deutſche Juſtiz.)

Großbritannien. London (Die Sein- und Nichtſeinfrage des Miniſteriums. Roebuck in's Parlament gewählt.)

Frankreich. Paris (Wirkung der italieniſchen Neuigkeiten. Kammerverhandlungen über Italien. Die Wablen. Das verbotene Duell.)

Italien. Aus Ober-Italien (Gefahren der Oeſterreicher in Aleſſandria.) Aus dem Kirchenſtaat (Die Franzoſen bei dem Verſuch in Rom einzudringen, geſchlagen.) Turin (d'Azeglio nicht Miniſter. Geſuch des Großherzogs Leopold. Der Frieden.) Gaeta (Der Pabſt.) Livorno (Ein Gefecht.) Rom (Manucci in Anklage geſetzt.) Neapel (Ganz Sizilien unterworfen.)

Ungarn. Preßburg (Die Magyaren wenden ſich nach Mähren.) Ofen (Rüſtungen der Magyaren.)

---

9. Mai.

„Wer Wind ſäet, wird Sturm ernten.“ — Dies alte faſt verbrauchte Wort wurde uns dieſer Tage wieder lebhafter als je vor die Erinnerung gerufen. Die Nachrichten aus Sachſen, aus der Rheinpfalz, aus dem ganzen Südweſten Deutſchlands verkünden den nahen Sturm, den Deutſchland der nichtswürdigen und gewiſſenloſen Politik jener „Großmächte“ zu verdanken hat. Wir ſind mit einem Male wieder in ganz ungewiſſe Zuſtände zurückgeworfen und müſſen jeden Augenblick gewärtig ſein, daß nicht mehr der beſonnene Pateiotismus, ſondern die Gewalt der Maſſen von dieſer oder von jener Seite über die Geſchicke Deutſchlands das Loos werfe. Die republikaniſche Partei ſchien gelähmt und vertagte ihre Hoffnungen auf künftige Zeiten; über alles Erwarten raſch ſind aber dieſe Zeiten ſchon jetzt eingetreten und die alte Zuverſicht macht ſich ſo trotzig und drohend wie je zuvor geltend. Jener wilde Uebermuth der Maſſen, jenes ungeduldige Gelüſt, die letzten ſchmalen Schranken der Ordnung zu überſpringen, tritt wieder laut und herausfordernd auf; alle die böſen Neigungen und zügelloſen Leidenſchaften, welche der Herrſchaft der „rettenden Anarchie“ die Wege ebnen wollten, treten wieder unverhüllt an die Oberfläche. Die alten Mittel der Agitation, die verbraucht ſchienen, werden mit neuem Erfolge angewandt; durch den ganzen Süden und Weſten Deutſchlands ſind die Minen gelegt und gefüllt, um beim erſten äußern Anſtoße zu explodiren. Es ſollte uns nicht wundern, wenn in der nächſten Zeit da und dort das alte Putſchgelüſte wieder lebendig würde; ſein Erfolg wäre diesmal maſſenhafter und fände nicht den paſſiven Widerſtand, wie vor einem Jahre.

So raſch ſind die Dinge umgeſchlagen, daß wir Gegenden bezeichnen könnten, wo noch vor wenig Wochen Niemand es gewagt hätte mit den alten Künſten der rothen Politik offen hervorzutreten wo ſie aber jetzt ohne Widerſtand und Widerſpruch geübt werden. Mit der Hoffnung auf eine definitive und feſte Geſtaltung unſerer Zuſtände ſind auch die Kräfte und Mittel geſchwunden, den böſen Stoff der Gährung zu bewältigen, der bereits anfängt auch die ganz geſunden anzugreifen. Man hatte die Hoffnung einer friedlichen Schlichtung unſerer Wirren mit Geduld gehegt und wach erhalten; dieſe Hoffnung iſt nun zerſtört und der revolutionäre Peſſimismus macht rieſige Fortſchritte. Die konſervative Geſinnung im beſten Sinne des Wortes, die Sache der konſtitutionellen Monarchie hat in den letzten Wochen mehr Terrain eingebüßt, als ihr alle republikaniſchen Putſche und Einfälle jemals entreißen konnten.

Die Konſervativen des Jahres 1848 haben alle Luſt und Kraft des Widerſtandes verloren: dieſe bittere Wahrheit kann man aus aller Munde hören. Gegen die Putſchgelüſte vom April 1848 hatten ſie den Hinweis auf den guten Willen der Regierungen und auf das von allen entweder laut oder ſtillſchweigend als ſouverain anerkannte Parlament zur Rechtfertigung und Abwehr; ſie wieſen die revolutionäre Praxis zurück, weil noch kein einziges der geſetzlichen Mittel erſchöpft und der gute Wille der Dynaſtien und Regierungen unzweifelhaft ſchien. Es mochte das optimiſtiſch gedacht ſein; aber wehe den Regierungen und ihren „unverantwortlichen“ Häuptern, wenn ſie dieſen optimiſtiſchen Glauben zerſtörten. Den Zweiflern und Ungläubigen gegenüber hatten ſich die Konſervativen von 1848 gewiſſermaßen mit ihrer Ehre für die Aufrichtigkeit der Regierungen und Dynaſtien verbürgt; wehe den Regierungen, wenn ſie ſtatt dieſes ehrliche Zutrauen zu erwiedern jetzt, wo die Kriſis ihrer Löſung nahe war, nur die alte pharaoniſche Verſtocktheit an den Tag legten. Die beſten Freunde von geſtern können die bitterſten Feinde für morgen werden; die Enttäuſchung war zu bitter, die ſittliche Empörung über das unwürdige Gaukelſpiel zu tief, als daß nicht die ruhigſten Gemüther jeden Gedanken an neue Kapitulationen entſagen ſollten.

Möglich, daß es der brutalen Gewalt noch einmal glückt, aber gewiß iſt es das letzte Mal und es braucht keinen zweiten Sieg mehr wie dieſen, um den völligen Ruin zu vollenden. Wie unheilvoll hat nicht ſchon im Innern der Nation der Unwille und die Verbitterung gewirkt, die eine Folge der erbärmlichen Politik der letzten dreißig Jahre war; wie ganz anders wird aber der ingrimmige Haß, den die jüngſte Dynaſtenpolitik auch bei den Geduldigſten geweckt, dem Volke ins Fleiſch und Blut gehen. Wohl gibt es noch beſonnene Leute, die auch jetzt noch an der Zukunft der Monarchie nicht verzweifeln; auf die Zukunft der Dynaſtien baut nach den letzten Ereigniſſen kaum noch Jemand, deſſen Augen offen, deſſen Sinne geſund ſind, ſondern auch die Ruhigſten ſehen mit Reſignation dem „Anfang und Ende“ entgegen, der die Unſchuldigen mit den Schuldigen unter einem Schutte begraben wird.

Ueber den Sinn der jüngſten Akte deutſcher Königspolitik macht ſich im Süden und Weſten kein Menſch mehr Illuſſionen: es gibt keinen Thören mehr, der da glaubt, nur die Schattenſeite der Reichsverfaſſung machten die Königshöfe ſo bedenklich, man iſt ſich ganz klar darüber, daß es ihr Urſprung iſt, den die Fürſten nicht verzeihen können und daß es vorzugsweiſe die guten Seiten ſind, woran man dort Anſtoß nimmt. Die Reichsverfaſſung iſt dem Volke ein theures Gut geworden, ſeit es geſehen hat, daß die Dynaſtien darüber mißvergnügt ſind, jede Oktroyirung wird ein todtgeborner Verſuch ſein, auch wenn das Unmögliche eintrete und ſämmtliche Regierungen darüber einig würden. Die Berliner Miniſterkonferenzen wird keine von den 29 Regierungen beſchicken; der erſte Verſuch, ſich an dieſer neuen diplomatiſch-fürſtlichen Verſchwörung zu betheiligen, wird das Signal zur Revo-

lution im Süden und Weſten ſein. Mit dieſen Verſuchen der „Vereinbarung“ hat man auch die Möglichkeit der Verſtändigung erſchwert und es iſt die Bevölkerung einmüthig entſchloſſen, lieber es zum Aeußerſten kommen zu laſſen, als die neue Schmach Karlsbader und Wiener Konferenzen zu ertragen. Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Dieſe Ueberzeugung iſt am tiefſten bei denjenigen eingedrungen, welche fühlen, daß ſie jetzt die Schuld des Vertrauens vom Jahr 1848 zu ſühnen haben. Davon ahnen die mitleidswürdigen Staatskünſtler nichts, in deren Hände des Himmels Zorn die Geſchicke deutſcher Länder gelegt hat; indeſſen hat alles den Anſchein, als ſei für die Brandenburg, Manteuffel, Pfordten und was daran hängt, auch die Friſt einer deutſchen Geduld bald abgelaufen.

Deutſchland.

Frankfurt, 5. Mai. Hr. v. Beckerath hat an ſeine Wähler ein Schreiben erlaſſen, in welchem es unter Andern heißt:

„Das Miniſterium durfte in einer Frage von dieſer Bedeutung (wie die über Ausſchreibung des Reichstages) nicht geſpalten vor die Verſammlung treten, ich durfte nicht durch offenen Widerſpruch die Stellung der Männer erſchweren, mit denen gemeinſames Wirken für eine heilige Sache mich bis zu dieſem Augenblicke eng verbunden hatte und denen Vaterlandsliebe und ihre gewiſſenhafte Ueberzeugung in jenem Schritte einen Ausweg aus der gefahrdrohenden Lage zeigten; ich durfte aber auch, ſo lange ich Mitglied der National-Verſammlung und des Miniſteriums war, den Ausdruck meiner Ueberzeugung nicht zurückhalten, und entſchied mich um ſo mehr, noch vor der Verhandlung auszutreten, als durch Annahme des Antrags, für welchen man eine große Mehrheit erwartete, die National-Verſammlung nach meiner Anſchauung in einen Weg eintrat, den ich nicht mitzugehen feſt entſchloſſen war.“

„Die Verſammlung mußte, wie ſchwierig auch ihre Lage gegenüber den negirenden Erklärungen der vier Königreiche einerſeits und der ſteigenden Bewegung im Südweſten andererſeits ſich geſtaltet hatte, ihrer früheren Richtung getreu bleiben, ſie mußte die Durchführung der Verfaſſung von der Thätigkeit des Volksgeiſtes in den Einzelnſtaaten, dem die freie Preſſe, das Verſammlungs-, das Vereins- und Petitions-Recht zu Gebote ſtehen und dem das Forum der Kammern doch nur vorübergehend entzogen werden kann, erwarten; ſie konnte in einem Aufeuf an die Nation zum Beſchreiten aller geſetzmäßigen Bahnen auffordern, die zur Verwirklichung der endlich gefundenen Formel deutſcher Einheit führen, ſie mußte aber die Nation durch ihr Beiſpiel daran erinnern, daß große geſchichtliche Umbildungen, wenn blutige Kataſtrophen vermieden warden ſollen, nicht durch raſches Ungethüm, ſondern nur durch ruhiges männliches Beharren, das England und Amerika groß gemacht hat, vollzogen werden konnen. Wäre dieſer Standpunkt zu gewinnen und eine Vertagung von ſechs Wochen zu erreichen geweſen, ſo würde dieſe Friſt ſich für die feiedliche Durchführung der Reichsverfaſſung feuchtbar erwieſen, auch würde ſich nach Ablauf derſelben herausgeſtellt haben, ob denn die Regierungen der ſämmtlichen Staaten, außer Oeſterreich, wirklich im Stande ſind, ſich über ein Verfaſſungswerk zu einigen, was den Bedürfniſſen der Nation mehr entſpricht, als das von der Nationalverſammlung geſchaffene. Ich glaube nicht, daß die Verſammlung ſich bei ihrem Wiederzuſammentritt noch in der peinlichen Lage befunden haben würde, aus welcher ſie ſich jetzt durch einen großen Entſchluß zu befreien geſucht hat.“

„Die Hoffuung mildert den Schmerz, mie dem ich von hier ſcheide. Das Banner der deutſchen Einheit ſinkt. Aber dies höchſte Palladium der Nation wird nicht verloren gehen; um die ſinkende Fahne werden ſich aller Orten die treuen Kämpfer deſto feſter ſchaaren und endlich wird ſie dennoch ſiegreich in den Lüften wehen!“

Frankfurt, 5. Mai 1849. Hermann v. Beckerath.“

*** **Frankfurt**, 9. Mai. In Folge eines Beſchluſſes des Montagskränzchens ſoll auch hier die Volksbewaffnung unterſtützt werden.

*** **Frankfurt**, 9. Mai. Die neueſten aus Dresden eingetroffenen Nachrichten lauten herzzerreißend. Der Kampf dauerte vorgeſtern Abend noch fort. Das Volk kämpfte mit einem Todesmuth, der die Reihen des nicht minder hingebend kämpfenden Militärs ſchon ſtark lichtet. Durch das Sprengen einer Mine ſollen circa 300 Preußen getödtet und verwundet worden ſein.

*** **Frankfurt**, 9. Mai. Die in einem Berichte aus der Pfalz gemachte Andeutung, es habe der Abgeordnete Titus aus Bamberg bei der Volksverſammlung in Neuſtadt geſprochen, iſt dahin zu berichtigen, daß Titus jener Volksverſammlung gar nicht beiwohnte.

*** **Frankfurt**, 9. Mai. So heftig von Seiten der Linken der in der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung von dem Miniſterium geſtellte Antrag, die Debatte über den L. Simon-Vogt'ſchen Antrag, auf morgen zu vertagen, bekämpft wurde, ſo ruhig wurde es von der Linken vernommen, daß dieſer Antrag mit einer Majorität von faſt Einhundert Stimmen angenommen war. Die ſtarke Majorität, welche das Gagern'ſche Miniſterium in der Nationalverſammlung noch beſitzt, mußte allerdings zur Beſonnenheit zurückführen, andererſeits war es aber auch billig, daß man dem Reichsminiſterium feſten Boden gönnen mußte, um in der Debatte Theil nehmen zu können. Bis morgen wird es ſich entſcheiden, ob die Centralgewalt zur Durchführung der Reichsverfaſſung entſchloſſen iſt, oder nicht. Was man von dem vom Reichsminiſterium dem Reichsverweſer in dieſer Hinſicht vorgelegten Programm vernimmt, ſo ſpricht ſich dieſes eben ſo entſchieden für die Durchführung der Reichsverfaſſung, als gegen die unterlaufenden revolutionären Beſtrebungen aus. Das Reichsminiſterium darf, wenn es in dieſem Sinne ſich gegen die renitirenden Regierungen ausſpricht, der kräftigſten Unterſtützung des Kerns der deutſchen Nation ſicher ſein. Nach zuverläſſigſten Nachrichten — und auch die Linke hat ſich von dem Stande der Dinge in Rheinbaiern überzeugt — will ſelbſt das rheinpfälziſche Volk die Republik nicht und würde zu ihrer Proklamirung nur im äußerſten Falle ſchreiten. Dieſe neugewonnene Ueberzeugung mußte abkühlend auf den republikaniſchen Drang der äußerſten Linken wirken und ſelbſt der Antrag des Hrn. Schlöffel, welchen derſelbe am Schluſſe der heutigen Sitzung auf Abſetzung der Centralgewalt und Einſetzung eines Vollziehungsausſchuſſes ſtellte, wurde nur von einem halben Dutzend Mitgliedern der äußerſten Linken in der Dringlichkeitfrage unterſtützt.

♈ **Frankfurt**, 9. Mai. Das unter dem Oberbefehl des Generalmajors von Bechthold hier konzentrirte mobile Korps iſt heute durch ein Bataillon Würtemberger vom 8. Infanterieregiment verſtärkt worden, doch heißt es allerdings, daß dagegen ein entſprechender Theil der gegenwärtigen Garniſon von Frankfurt uns verlaſſen wird. In die Stadt ſelbſt iſt übrigens einſtweilen nur ein kleiner Theil der Mannſchaft eingerückt: die größere Abtheilung hat ihr Kantonnement jenſeits des Mains, auf den Ortſchaften. Baiern ſind bereits fort, Preußen und Oeſterreicher werden, wie man ſagt, jetzt fortgehen und ſtatt ihrer ſind Kurheſſen und Würtemberger eingerückt: Kurheſſen aber und Wü-temberg haben die Reichsverfaſſung anerkannt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 9. Mai. Die Weidenbuſchpartei wird den Erzherzog heute Nachmittag durch eine Deputation beſchicken und es wird von ſeinem Patriotismus und ſeiner Weisheit erwartet werden, daß er in der Stunde der Gefahr den Poſten nicht verläßt, auf den die Nation ihn gerufen hat. Die Stellung, welche das Ollmützer Miniſterium, dem Reichsverweſer gegenüber einzunehmen gewagt hat, als ob derſelbe in gewiſſem Sinne von ſeinen Rathſchlägen und Einflüſſen abhängig ſei, die Eingriffe Preußens in die Befugniſſe der Centralgewalt, durch die Note vom 28. April verkündet und ſeither durch das Einſchreiten in Sachſen ins Werk geſetzt, werden wohl auch das Ihrige dazu beitragen, um dem Erzherzog zu Gemüth zu führen, daß er die Würde der Nation wie ſeine eigene verletzen würde, wenn er jetzt weichen wollte. Es iſt ein großer Akt ſelbſtverleugnender Vaterlandsliebe, in dieſem Moment, wo die verderblichſte Reaktion, die jemals die Geſchicke der Völker in Verwirrung geſtürzt hat, alle böſen Eigenſchaften aufwühlt, die in der Tiefe des Volkslebens ſchlummern, das Banner des Geſetzes in ſtarker Hand aufrecht zu erhalten und der Gewalt von oben und von unten zu wehren. Um den Erzherzog und ſein Miniſterium wird ſich die Partei immer feſter ſchaaren, die, wie heute treffend bemerkt wurde, die Märtyrerkrone der Mäßigung trägt, ihr Muth und ihre Ausdauer wird dazu mitwirken, die geſetzlichen Elemente zu ermuthigen, aber wir dürfen es uns nicht verhehlen, ſie wird unter dieſem Zeichen nicht lange zuſammenhalten können, wenn nicht die größeren deutſchen Regierungen bald die Lage des Vaterlandes begreifen lernen.

Der mehrtägige Kampf in Dresden muß das preußiſche Miniſterium davon überzeugen, daß dieſer Weg ſchleunigſt verlaſſen werden muß, wenn ſich nicht Preußen den traurigen Ruhm erwerben will, die ſämmtlichen Hauptſtädte des Vaterlandes zu beſchießen. Wenn es noch einmal gelingt, die Centralgewalt für die nächſten Wochen zu friſten, ſo möge dieſer Wink in Preußen wohlverſtanden werden; es iſt zum letztenmale die weiße Fahne aufgeſteckt, zum letztenmal iſt ihm dann der Anlaß geboten worden, die gräßliche Verantwortlichkeit von ſich abzuwälzen, daß es ſtatt der Macht und Einheit Deutſchland den Bürgerkrieg gebracht hat.

△ **Wien**, 4. Mai. Alles, was F.-Z.-M. Welden bis jetzt zu bezwecken ſcheint, entſpricht ſeinen früheren Anſichten gleich nach ſeiner Ankunft im Hauptquartier zu Gran. Er äußerte da-

mals, daß alles, was die vorgefundenen Dispoſitionen noch zu thun geſtatteten, für ihn ſich darauf beſchränken, die Armee mit den wenigſt möglichen Verluſten an die Grenze zurückzuziehen. zu konzentriren und Verſtärkungen an ſich zu ziehen. Die Konzentrirung ſcheint jetzt erreicht und der Zuzug von Truppen dauert noch immer fort. Das Hauptquartier rückt, wie ich Sie ſchon vor ſechs Tagen darauf vorbereitet habe, uns immer näher und wird nun von Karlburg nach Preßburg verlegt. Der ruſſiſche General Freitag iſt am 3. dort eingetroffen und hat mit dem Miniſterpräſidenten, Fürſt Schwarzenberg, dem Kriegsminiſter Kordon und dem F.-Z.-M. Welden eine Konferenz von mehreren Stunden gehabt, der auch der ruſſiſche General Berg beiwohnte. Die Miniſter und General Berg ſind bereits wieder hier eingetroffen. Die ungariſche Armee ſcheint plötzlich wieder aufgefunden; ihre Vorpoſten ſollen längs der Raab ſtehen, die unſern bis Hochſtraß. Auf der Inſel Schütt will man in der Richtung der Feſtung Leopoldſtadt Kanonendonner vernommen haben. Die Plane der Ungarn ſcheinen durch das Abbrennen der Donaubrücke bei Komorn und der Waagbrücke durch Wohlgemuth einen Aufſchub erlitten zu haben, der einer gänzlichen Vereitelung gleichkommen könnte. Sie wollten offenbar auf öſterreichiſches Gebiet vordringen, die Herſtellung von Brücken raubte ihnen aber ſo viel Zeit, daß unſere Armee ſich konzentriren und Verſtärkungen anſammeln konnte. Die Offiziere, die von der Armee kommen, erzählen nachträglich, daß die Stimmung vor der Abſetzung Windiſchgrätz's ſo hohen Grad von gerechter Erbitterung erreicht hatte, daß, wo ſich nur ein Mitglied des Generalſtabs zeigte, es mit Murren und lautem Ziſchen empfangen wurde. Aus dem Banat und von Temesoar ſind heute die Poſten ausgeblieben und man iſt beſorgt um die Feſtung. Ueber Südungarn herrſcht hier überhaupt die größte Beſorgniß; man vermuthet, daß Bem dort mit ſeiner ganzen Macht und Geſchicklichkeit dem Banus gegenüber ſtehen wird. Ob der Banus dem gewachſen iſt, darüber gab er bis jetzt keine Gelegenheit, ein Urtheil zu gewinnen. Wir wiſſen nur, daß er bei ſeinem erſten Erſcheinen eine Schlappe von den Ungarn erhielt und einen Waffenſtillſtand einging, den er benutzte, um vor Wien zu erſcheinen. Seither war ſeine Stellung ſekundär. Bei Jas-Berenyi ſoll er übrigens perſönliche Tapferkeit bewieſen haben und wir hoffen, daß er die unbeſchränkten Vollmachten, die ihm übertragen wurden, beſſer rechtfertigt, als der „hochgeſtellte" Fürſt. Die Zahl der Verwundeten aus Ungarn, die hier untergebracht werden müſſen, iſt bereits auf 3000 angewachſen.

* **Wien**, 4. Mai. Die Blätter widerſprechen der von der D. Allg. Z. gebrachten Nachricht von der Anweſenheit der Fürſten Schwarzenberg in Dresden. Er war um dieſelbe Zeit in Preßburg.

Wien, 4. Mai. Das Direktorium der (preußiſchen) oberſchleſiſchen Eiſenbahn hat hierher notifizirt, der eventuellen Tranſitobeförderung ruſſiſcher Truppen auf den preußiſchen Eiſenbahnen von Myslowitz nach Oderberg ſtehe kein Hinderniß entgegen und die Beförderung werde wie bei preußiſchen Truppen zur Hälfte des tarifmäßigen Perſonenfahrgeldes erfolgen können. (Pr.)

△ **Wien** 5. Mai. Die heutigen Nachrichten aus Süd-Ungarn beſtätigen die Beſetzung von Lugos, Karanſebes ꝛc. durch Bem's Truppen. Zugleich bringt die ſüdſlawiſche Zeitung Aktenſtücke, die alle Beachtung verdienen. Es ſind Worte Jellacic's an das Volk von Kroatien, Dokumente über ſeine mißliche Stellung zu der Zeit, wo ſich Windiſchgrätz in den Händen und unter dem ausſchließlichen Einfluſſe der ungariſchen Ariſtokratie befand, nebſt einer dieſe Verhältniſſe betreffende Eingabe an den Kaiſer. Das Blatt macht dazu die Bemerkung, daß die ungariſche Geſellſchaft des Fürſten, die Grafen Karoly, Batthyani, Zichy, Zapary ꝛc. nun gefänglich eingezogen ſind und in dieſen Tagen zur Unterſuchung hier eintreffen werden. Dieſe Nacht hatten wir, trotz dem Belagerungszuſtande, eine ſehr impoſante Katzenmuſik, als am Jahrestage der berühmten Fiquelmont'ſchen; dies Mal galt es aber nur einigen Fleiſchern, welche trotz der für den laufenden Monat ſchon veröffentlichten Fleiſchtare vom Gemeinderath die Genehmigung erlangt hatten, ſie noch um einen Kreuzer zu erhöhen.

Heute früh um 6 Uhr kam plötzlich der Kaiſer Franz Joſeph in Begleitung ſeines Adjutanten, Graf Grünne, ganz unerwartet in Schönbrunn an, und zwar ſo unerwartet, daß gar keine Anſtalten zu ſeinem Empfange getroffen waren und ſogar ſein Frühſtück aus Hitzing in der Eile herbeigeholt werden mußte. Seine Anweſenheit iſt noch kaum bekannt und viele Perſonen in den bedeutendſten Stellungen ziehen ſie in Zweifel. Man vermuthet, daß er ſchon heute Abend wieder nach Ollmütz zurückkehren wird. Die Urſache ſeiner Anweſenheit ſoll ein wichtiger Miniſterrath ſein; warum dieſer nicht, wie gewöhnlich, in Ollmütz abgehalten wird, begreift man freilich nicht, — aber mit einem Worte, der Kaiſer iſt in Schönbrunn, und man hat bereits eine Batterie und vermehrte Wachtmannſchaft dahin beordert.

* **Wien**, 5. Mai. So viel man noch geſtern Abend mit Beſtimmtheit erfuhr, war ein Treffen bei Szered, 3 Stunden von Preßburg, abermals zu Gunſten der Ungarn ausgefallen und ein Stromübergang (welcher?) über eine Faßbrücke gelang denſelben vollkommen. Szered war in ihren Händen. In Preßburg herrſcht große Beſtürzung und man zweifelte, daß die Stadt ſich werde behaupten laſſen. Starke Infanterie- und Kavalleriemaſſen hatten ſich dahin zurückgezogen, Brod- und Ochſentransporte kamen ihnen nach. Auffallend waren bei dieſen Zügen die vielen Wägen mit Uhlanen, wie denn überhaupt in den letztern Tagen viele Kavalleriſten ohne Pferde zurückgekommen waren. Auch die geringen, höchſt elend ausſehenden Reſte des Hurban'ſchen Korps waren angelangt. Man glaubte ſich am Vorabend höchſt wichtiger Ereigniſſe. Ungeachtet der ruſſiſche General Freitag in Preßburg angekommen war, wußte man noch nichts Näheres über den Marſch der ruſſiſchen Truppen und glaubte die Verzögerung ihrer Ankunft in den noch mangelnden Vorkehrungen zur Verpflegung finden zu ſollen. Die lange Unterredung zwiſchen Welden und Freitag fand auf dem Dampfboote „Franz Karl" ſtatt. Ein großer Theil der Preßburger Einwohner war Augenzeuge davon. F.Z.M. Welden fuhr dann unter Begleitung einer großen Volksmenge über die Brücke nach Karlburg wieder zurück. Die zu erwartenden ruſſiſchen Truppen werden Anfangs mehr zur Beſetzung der Städte und Dörfer, als zu Operationen verwendet werden. Iſt dieſes der Fall, ſo ſind wohl die durch die ruſſiſche Dazwiſchenkunft aufgeſtachelten Gefühle unter den öſterreichiſchen Truppen nicht ohne Einfluß dabei geblieben. Man will wiſſen, daß Görgey den über Galizien einbrechenden Truppen entgegen gegangen und daß es bereits zu einem Gefechte gekommen ſei. Ueber die Umtriebe Kobylicza's in Galizien war man beſorgt. Man kannte deſſen Aufenthalt nicht, wohl aber die Thätigkeit zahlreicher ungariſcher und polniſcher Emiſſäre. Man unterhält ſich in vielen Abendkreiſen von einer Auslaſſung in den famöſen ungariſchen Beſchlußakten. Es ſoll darin geheißen haben, daß man vorerſt den erledigten Thron dem König Ferdinand anbieten wolle und nur deſſen Neffen von der Thronfolge als ausgeſchloſſen betrachte; erſt nach einer entſchiedenen Weigerung deſſelben ſolle Ungarn in die Kathegorie eines Wahlreiches treten. Die Direktion der Ferdinand-Nordbahn hat den Auftrag erhalten alle Waggons, behufs des Transports der ruſſiſchen Truppen, zur Dispoſition der Regierung zu ſtellen. Die genannte Direktion hat ſich jedoch einen Tag zur allgemeinen Benützung vorbehalten. Heute ſollen mehrere kompromittirte ungariſche Kavaliere unter ſtarker Bedeckung, über Wiener Neuſtadt hier eingebracht werden. Man nennt unter ihnen die Namen Bathiany, Caroly, Zichy u. ſ. w. Von den 21 Bauern, welche bei Güns die Kroaten überfielen und ermordeten, wurden fünf bereits vom hieſigen Kriminalgerichte zum Tode verurtheilt. Einige hieſige Blätter fordern die reichen Klöſter und Stifte auf, Kloſterneuburg, Göttweih, Melk, Heiligenkreuz, Lilienfeld, die verwundeten Krieger bei ſich aufzunehmen und an ihnen das Werk chriſtlicher Liebe zu üben. Wir gehen hier einer Theuerung der erſten Lebensbedürfniſſe entgegen, wooon ſich die erſten Symptome bereits im Fleiſch- und Getreide-Aufſchlag ergeben. Zum Glück ſtehen die Saaten nah und fern vortrefflich. Die Kommiſſion, welche von Seiten des Miniſteriums zur Erhebung des im Oktober erlittenen Schadens von Privaten, beſtimmt wurde, arbeitet bereits fleißig unter dem Vorſitze des Regierungspräſidenten Grafen Chorinsky. Die bisher eingegangenen Angaben des erlittenen Schadens überſteigen bereits 3½ Millionen Gulden. Der Gemeinderath von Görz iſt im Begriff eine Deputation nach Ollmütz abzuſenden um dem Kaiſer für die freiverliehene Konſtitution zu danken, und zugleich die Bitte zu ſtellen, daß die Grafſchaften Görz und Gradiska als ein autonomes Kronland erklärt werden möchten.

Berlin, 6. Mai. Es gehen mir einige Details zu über die vor einigen Wochen gerichtlich ausgeſprochene Eheſcheidung zwiſchen dem Prinzen Albrecht und der Prinzeſſin Mariane der Niederlande.

Den Statuten des königlichen Hauſes zufolge war zu der Eheſcheidung die Einwilligung des Königs erforderlich, der ſie ſtets verweigert hatte. Ein Familienrath mußte ſich daher begnügen, auf des Prinzen Verlangen, der Unverträglichkeit der Gemüthsart als Motiv anführte, die einfache Trennung auszuſprechen. Seit dieſer Zeit reſidirte die Prinzeſſin nicht mehr in Preußen. Im vergangenen Monat Juni nun gab der König, man weiß nicht unter welchen Umſtänden, die mündliche Erlaubniß. Der Juſtizminiſter ließ dem Prinzen Albrecht die desfallſige ſchriftliche Notifikation zugehen, und da der Advokat der Prinzeſſin das authentiſche Aktenſtück der königlichen Einwilligung nicht forderte, ſo ward die Scheidung auf den genannten Brief des Juſtizminiſters hin ausgeſprochen. Man glaubt, der Prinz werde eine morganatiſche Ehe eingehen. (K. Z.)

* **Berlin**, 7. Mai. Der neue Redakteur der Deutſchen Reform Hr. Graßmann übernimmt ſein Amt mit folgender an der Stirn des Blattes ſtehender Erklärung:

„Mit dem heutigen Tage übernehme ich die verantwortliche Redaktion der Deutſchen Reform, ſehe mich aber zugleich genöthigt, mich gegen eine Menge niedriger Verdächtigungen zu verwahren, welche von Freund und Feind ſchon vor meinem Eintritte in die Redaktion über mich und über das Blatt verbreitet ſind. Ich will hier auf die Taktloſigkeit, welche einzelne Blätter unſerer Partei hierdurch bewieſen haben, nicht weiter eingehen; mir genüge zu erklären, daß alle jene ausgeſtreuten Gerüchte, (wie z. B. der Ritter Prokeſch habe das Blatt gekauft, oder das Blatt ſolle ein halboffizielles werden) durchaus unwahr ſind, und daß ich jene Verdächtigungen mit Unwillen zurückweiſe. Das Blatt hat eine vollkommen unabhängige Stellung. Es wird dieſelben Grundſätze vertreten, für welche ich ſeit einem Jahre in der Norddeutſchen Zeitung gekämpft habe, d. h. die Grundſätze der konſervativ-liberalen Partei Berlins, oder wie ſie in den Provinzen genannt wird, der konſervativ-konſtitutionellen Partei, deren Organ und Vorkämpfer es ſein will. Nach den Grundſätzen dieſer Partei wird es die Handlungen des Miniſteriums, beurtheilen, und unbekümmert um Verdächtigungen von der einen, oder Anfeindungen von der anderen Seite nach reiflichſter Ueberlegung und beſter Ueberzeugung Anerkennung oder Mißbilligung ausſprechen. Nie aber wird es die Taktloſigkeit nie den Verrath an der eignen Partei begehen, daß es zu Zeiten der Kriſis den Standpunkt der eigenen Partei verlaſſen, und in des Feindes Lager übergehen ſollte, wie dies die Deutſche Reform und die Kölner Zeitung im November und jetzt von Neuem bei der deutſchen Frage gethan haben. Mag man dem Jünglinge, der im Sturm der Thatſachen die Haltung verliert, die Uebereilung verzeihen; für den gereiften, den beſonnenen Mann wäre ſolche That ein nie zu ſühnendes Vergehen. Ich habe zu einer ſchweren Zeit ein ſchweres Amt übernommen, und bin mir der Verantwortlichkeit, welche dasſelbe mir auferlegt, vollkommen bewußt. Ich habe es nicht übernommen im Vertrauen auf meine eigene Kraft; im Vertrauen auf die Kräfte der konſervativ-liberalen Partei und auf deren Mitwirkung habe ich es unternommen, und ich fordere dieſelben hiermit auf, ſich mit mir zu vereinigen, um gemeinſchaftlich mit kräftiger Hand den bevorſtehenden Kampf zu beſtehen. R. Graßmann.

Daß die Deutſche Reform den Namen eines Blattes fortführt, dem ſie ein nie zu ſühnendes Vergehen vorwirft, iſt etwas auffallend. Der leitende Artikel enthält eine Polemik gegen Hrn. v. Vincke und den Grafen und ſchließt mit einer Berufung an den ſtarken Arm der Söhne des preußiſchen Volks: „Die Berliner Preſſe, bemerkt die Aachener Zeitung, iſt vielleicht die einzige, welche in dieſem Augenblicke die Politik der Regierung vertheidigt.“

Magdeburg, 6. Mai. Die in der großen Volksverſammlung am 3. Mai angenommene und mit circa 4500 Unterſchriften bedeckte „Erklärung deutſcher Männer“ in der deutſchen Sache iſt heute Morgen dem Oberpräſidenten, Hrn. v. Bonin, mit dem Erſuchen eingehändigt worden, dieſelbe unmittelbar Sr. Majeſtät dem Könige zu überreichen. Auch unſere Stadtverordneten-Verſammlung hat ſich geſtern in öffentlicher Sitzung für die deutſche Reichsverfaſſung erklärt, dieſelbe als zu Recht beſtehend anerkannt und eine Adreſſe in dieſem Sinne an den König zu richten beſchloſſen. Nur ein einziges Magiſtratsmitglied erſchien in dieſer Verſammlung und erklärte, von dem Magiſtrate zu dem Vorſchlage ermächtigt zu ſein, in deſſen Namen die Bereitwilligkeit auszuſprechen, ſich der an das Staatsminiſterium zu richtenden Bitte „um Anerkennung der Reichsverfaſſung“ anzuſchließen. Dieſer Vorſchlag wurde von den Stadtverordneten nicht angenommen, dagegen dem Magiſtrate eine Friſt bis heute Morgen 9 Uhr geſtellt, worauf denn derſelbe heute ganz früh eine Extraſitzung hielt und in derſelben beſchloß, der vorgelegten Adreſſe der Stadtverordneten nicht beizutreten. (K. Z.)

Münſter, 7. Mai. Die politiſche Aufregung iſt groß; faſt täglich Volksverſammlung. (K. Z.)

Crefeld, 7. Mai. Geſtern fand in unſerem Schauſpielhauſe eine äußerſt zahlreich beſuchte, durch ſtarke Zuzüge aus der Nachbarſchaft noch bedeutend vermehrte Verſammlung ſämmtlicher Landwehrmänner und Reſerviſten der Gemeinde Crefeld Statt, um gegenüber der drohenden Lage des Landes und einer möglichen Einberufung gemeinſame Beſchlüſſe zu faſſen. Die Stimmung in der Verſammlung war eine äußerſt aufgeregte, doch blieben weitergehende Anträge, wie z. B.: auf dem heutigen Appell nicht zu erſcheinen, bewaffnet nach Frankfurt zu ziehen ꝛc., in der Minorität. Dagegen wurde faſt einſtimmig beſchloſſen, auf dem heutigen Appell die feierliche „Erklärung“ abzugeben, daß die Crefelder Landwehr ſich der deutſchen Reichsverſammlung zur Verfügung ſtelle, einer Einberufungs-Ordre des preußiſchen Miniſteriums aber nicht Folge leiſten werde. Es iſt bereits zu unruhigen Auftritten gekommen. (K. Z.)

Köln, 6. Mai. (N. R. Z.) Heute Abend von Neuß hier angelangte Reiſende berichten, daß dort am heutigen Tage das Zeughaus erſtürmt, und der Landwehrmajor zur Flucht genöthigt worden. (Von Düſſeldorf iſt bereits eine Abtheilung Militär nach Neuß abgeſchickt worden.)

Köln, 8. Mai, Mittags. Ueber 500 Gemeindeverordnete ſind heute hier anweſend. Um 9½ Uhr traten die Abgeordneten zur Berathung zuſammen. Im Namen der einladenden Gemeindeverordneten von Köln eröffnete Hr. Compes die Sitzung mit einigen Worten und theilte den Vorſchlag einer Erklärung mit. Nachdem man ſich längere Zeit mit verſchiedenen Formfragen beſchäftigte, wurden die Gemeinderäthe HH. Zell von Trier zum erſten und Werner von Koblenz zum zweiten Vorſitzenden gewählt. Die HH. Böcker von Köln und Bloem I. von Düſſeldorf wurden zu Schriftführern beſtimmt. Gleich im Beginne der eigentlichen Verhandlungen erklärte auf den Antrag eines Mitgliedes die Verſammlung faſt einmüthig, daß ſie das von der königlichen Regierung zu Köln erlaſſene Verbot als dem in der preußiſchen Verfaſſung zugeſicherten freien Verſammlungsrechte widerſprechend erachte, und gab dem Beſchluſſe des Kölner Gemeinderathes vom 2. Mai in Bezug auf jenes Verbot ihre vollſte Zuſtimmung. Es wurde nun folgender Vorſchlag einer Erklärung der einladenden Gemeindeverordneten der Stadt Köln vorgelegt:

„In der bedenklichen politiſchen Lage des deutſchen Vaterlandes und Preußens, insbeſondere mit Rückſicht auf die Auflöſung der preußiſchen zweiten Kammer und mit Rückſicht auf das durchaus ablehnende Verhalten der preußiſchen Regierung gegen die Reichsverfaſſung, erklären die unterzeichneten Gemeindeverordneten der Rheinprovinz: daß ſie die Reichsverfaſſung vom 28. März d. J., unter dem Vorbehalte der Reviſion auf dem in der Verfaſſung ſelbſt vorgeſehenen Wege, als endgültig beſchloſſenes Geſetz für die Rheinprovinz anſehen, die baldigſte Einberufung der preußiſchen Kammern und die Entlaſſung des Miniſteriums für nothwendig erachten, und daß ſie ihre Ueberzeugung dahin ausſprechen müſſen, daß bei Nichtbeachtung des Inhaltes dieſer Erklärung dem Vaterlande Zerwürfniſſe drohen, durch die ſelbſt der Beſtand Preußens in ſeiner gegenwärtigen Zuſammenſetzung gefährdet iſt.“

Man beſchloß jedoch, daß vorerſt eine Kommiſſion von fünf Mitgliedern aus anderweitigen eingegangenen Anträgen eine beſondere Erklärung zuſammenſtelle, um die Stimmung der Provinz darzulegen. Gegen eine Adreſſe ſprach man ſich allgemein aus. Der betreffende Ausſchuß beſteht aus den HH. Dr. Behrends von M.-Gladbach, Guſtav Bleibtreu von Bilich, J. Compes von Köln, Dr. Höchſter von Elberfeld, Abgeordneten Zell von Trier. (Köln. Z.)

Liegnitz, 4. Mai. Verfloſſene Nacht und den heutigen Tag über ſind mehrere Eſtaffetten bei dem hieſigen Brigade-Kommando angelangt, in Folge deren das 2. Bataillon des 20. Infanterie-Regiments, welches ſeit dem Oktober v. J. hier ſtationirt war, die Weiſung erhalten hat, ſich marſchfertig zu halten, da es vielleicht ſchon in den nächſten Tagen an die ſächſiſche Grenze rücken werde. Sämmtliche drei Bataillone des 20. Infanterie-Regiments, von den die beiden andern gegenwärtig in der Mark und in Pommern garniſoniren, werden ſich in den nächſten Tagen bei Haynau vereinigen und in Regimentsmaſſe an den Ort ihrer nächſten Beſtimmung marſchiren. Das vierte Küraſſier-Regiment, von dem ein Theil in der hieſigen Umgegend kantonirt, wird morgen ſchon ſeinen Marſch an die ſächſiſche Grenze antreten. (Schleſ. Z.)

⊙ **Unna**, 3. Mai. Wie entſchieden deutſch die Stimmung ſelbſt in den früher durch ihr ſpezifiſches Preußenthum bekannten Gegenden der weſtlichen Provinzen unter allen Klaſſen der Be-

völkerung iſt, zeigt die Adreſſe, welche heute von unſerem konſtitutionellen Verein an die deutſche Nationalverſammlung erlaſſen worden iſt. In derſelben kommt unter anderen folgende Stelle vor: „Dem Markaner war Preußen ſtets theuer; Deutſchlands, des **Vaterlandes**, Freiheit, Einheit und Ehre aber ſteht ihm höher. Wir werden zu der Reichsverſammlung ſtehen. Ihr vertrauen wir. Sie wird Mittel und Wege finden, des deutſchen Volkes Einheit und Freiheit trotz aller Sonderbündelei der Fürſten feſt zu begründen.“

‡ **Poſen**, 5. Mai. Vorgeſtern ſind zwei Adreſſen der hieſigen Bürgerſchaft in der deutſchen Angelegenheit nach Berlin und nach Frankfurt an die Nationalverſammlung abgegangen. In der erſten wird die Auflöſung der zweiten Kammer als ein Unglück für das Land bezeichnet, in der zweiten feierlich die Rechtsgültigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung anerkannt. Nur bei dem Beamtenthume finden dieſe Willensäußerungen keinen Anklang, dieſem ſteht eben der Staatsmechanismus höher als das Vaterland und die Nationalehre, und ſie können ſich nicht zu dem Gedanken erheben, daß die preußiſche Nationalität nur ein fingirter Begriff ſei. Sie wollen es nicht verſtehen, daß eine Heeresorganiſation und eine beſtimmte Verwaltungsform nicht das Volksleben ſind. Das aber iſt Preußens Unglück, daß ſeine Kabinetspolitik ebenfalls jenes Faktors entbehrt, auf dem jede große Politik beruhen muß, den warmen Puls des Nationalgefühls. Wozu dieſer Faktor führen, zu welcher Macht er erheben kann, das ſehen wir am ſchlagendſten bei unſeren Polen. Wie glüht da Alles! der Greis und der Knabe haben keine andern Träume als das Vaterland, und doch hat Polen kein Auferſtehungsfeſt gefeiert wie unſer Deutſchland. — Die Gazeta beginnt übrigens auch unſeren Gefühlen für die deutſch nationale Erhebung gerecht zu werden und findet ſie über Erwarten lebendig. Wäre die Propaganda der Beamten nicht, welche Frankfurt als das Neſt der rothen Republik bezeichneten, die richtige Auffaſſung der Sachlage würde dem Volke leichter werden. Doch ſieht man langſam die Theilnahme ſich mehren, und wenn ein Wunſch im Intereſſe der großen deutſchen Sache Berückſichtigung verdiente, ſo wäre es der von Frankfurt aus durch Aufrufe in unſeren nordöſtlichen Provinzen zu wirken, welche den Kern der Frage populär beleuchteten. Das Volk ſteht hier dem Brennpunkte zu fern, die Provinzialpreſſe weckt mehr den ſpecifiſch preußiſchen Stolz, welcher Deutſchland mit dem Schwerte in der Hand erobern möchte, und fördert ſo den Abſolutismus.

= **München**, 6. April. Unſer Arbeiterbildungsverein tagt heute auf der Monterſchwaige in Feſtfeier zu Ehren der ungariſchen Sieger; auch die Muſenſöhne ſind zum Feſte geladen; das halbe München iſt mitgewandert. Die Nachrichten der ſächſiſchen Blätter über den blutigen Straßenkampf in Dresden und die Hartnäckigkeit des Königs erfüllen hier mit tiefem Schmerz. Der ultramontane Hauptverein für konſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit, 1500 Mitglieder zählend, entwickelt im Bunde mit dem Bureaukratenklub für Freiheit (!) und Geſetzmäßigkeit die ungeheuerſte Thätigkeit in der Preſſe, in Sitzungen, in Maueranſchlägen und in Cirkularen an die Zweigvereine in Ober- und Niederbaiern und Oberpfalz, dieſe drei von Prieſtern und Beamten dominirten Regionen: Der ultramontane „Volksbote“ und das ultramontane Tagblatt „Scherz und Ernſt“ erſcheinen mit geiſtlichen Sonntagsblättern zur Erbauung des gemeinen Mannes. Im baieriſchen Hochland und rings um München auf den Dörfern ſagen die Geiſtlichen geradezu den Bauern, in München wollten die Republikaner den guten König Max fortjagen und ſeine Miniſter ermorden; da ſind denn die Leute bereit, mit Heu- und Miſtgabeln, mit Picken und Hacken nach der Stadt auf das erſte Lärmſignal über die deutſchen ſogenannten Republikanern hereinzubrechen; das hat man von den Leuten aus dem Oberland ganz naiv hier auf dem Markte erzählen hören. Sonſt leben wir in äußerlich vollkommener Ruhe.

Speyer, 6. April. Geſtern erſchien eine Bekanntmachung der k. Kreisregierung, worin die Bewohner der Pfalz ermahnt werden, den geſetzlichen Boden nicht zu verlaſſen und mit Vertrauen den in wenigen Tagen bevorſtehenden Zuſammentritt des Landtags zu erwarten. Gegen die Zumuthungen, welche den Beamten von Kaiſerslautern aus gemacht wurden, verwahrt ſich der Aufruf. (N. Sp. Z.)

Speyer, 7. Mai. Geſtern Mittag rückte hier ein Bataillon des 6. baieriſchen Infanterieregiments und Abends eine Schwadron des 5. Chevaurleger-Regiments, von Frankfurt kommend, ein. Die Truppen (im Reichsdienſt ſtehend, vom Reichsminiſterium zum Schutz der Feſtung Landau geſchickt) wurden mit einem Lebehoch empfangen. Sie wollen ein einiges Deutſchland. Die am 5. Mai in Frankfurt verſammelt geweſenen Abgeordneten zum baieriſchen Landtage ſind übereingekommen, im Falle die baieriſche Kammer aufgelöſt oder vertagt werden ſollte, ſofort in Frankfurt wieder zuſammen zu kommen, um nach der Lage der Verhältniſſe ſich über weitere Maßnahmen zu vereinigen. (N. Sp. Z.)

Tübingen, 4. Mai. Aufruf an Deutſchlands Jünglinge, beſonders an die Studirenden der deutſchen Hochſchulen. Die Studirenden Tübingens haben in einer allgemeinen Verſammlung beſchloſſen, der allem Anſchein nach bedrohten Nationalverſammlung im Falle der Noth ſchützend zur Seite zu ſtehen. Sie fordern nun alle Jünglinge des Geſammtvaterlandes auf, durch gleiche Entſchlüſſe ſich gegenſeitig zu ſtärken, den Feinden der Freiheit und Einheit aber ein Schrecken zu ſein, daß ſie es nicht wagen, ihr freches Haupt zu erheben. Beſonders werden die Studirenden anderer deutſchen Hochſchulen aufgefordert, durch Bekanntmachung ähnlicher Entſchlüſſe den übrigen Jünglingen Deutſchlands Vorbild und Anhaltspunkt zu ſein. — Im Namen der allgemeinen Studentenverſammlung: K. Grosmann, Theol. Stud., Präſident.

Leipzig, 7. Mai. Die Leipziger Ztg. enthält über die Vorfälle der Nacht folgendes Nähere: Man erwartete trotz der fulminanten Reden der Führer vom Nachmittag die Nacht ruhig verſtreichen zu ſehen, als gegen 9 Uhr ein Volkshaufe in geſchloſſenen Reihen die Straßen der Stadt durchzog und ſich zum Petersthor hinaus nach der äußeren Seite des Schloſſes wendete. Dort wurde ein an ſich unbedeutender Conflikt dazu benutzt, durch geradezu lügenhafte Gerüchte die Leidenſchaften der Maſſe zu entflammen. Die Menge empfing nämlich die heranreitende Eskadron der Kommunalgarde mit Geſchrei und Steinwürfen, ja es wurde ſogar aus der Menge ein Terzerol auf ſie abgefeuert. Die Eskadron konnte die dadurch ſcheu gemachten Pferde nicht ganz in ihrer Gewalt behalten, und ſo geſchah es, daß ein Mann, der ſich gegenwärtig im Hoſpitale unter ärztlicher Behandlung befindet, überritten und durch einen Hufſchlag heftig an der Stirn verwundet wurde. Aus dieſem einfachen Verlaufe machte erhitzte Einbildungskraft oder Böswilligkeit das Gerücht, die Eskadron ſei in reinem Uebermuthe in die Menge hineingeſprengt und einer der Reiter habe ohne alle Veranlaſſung unter die Menge gefeuert und jenen Mann getödtet, den man unter wildem Geſchrei nach Rache zum Petersthore hereintrug. Es fehlte nicht an Augenzeugen, die jene That geſehen haben wollten, man nannte ſogar den Namen des Thäters und trug den Helm, den er verloren haben ſollte, als Standarte und Rachezeichen umher. Im Nu erſcholl auch durch die ganze innere Stadt das Getöſe der zu Barrikaden niedergeworfenen Meßſtände und Waarenkiſten und der Schläge gegen den Meißner'ſchen Gewehrladen im Thomasgäßchen, der erbrochen und geplündert wurde. Die Kommunalgarde ſah ſich genöthigt, zuerſt an jener Ecke des Marktes Feuer zu geben. Die Wuth der Menge ſtieg. Es folgten ſich mehrere Stunden lang, jedoch in längern Zwiſchenräumen, mehrere Pelotonfeuer, durch die man die Tumultuanten zwang, die am Thomaskirchhof, an der Reichsſtraße und am neuen Neumarkt errichteten Barrikaden zu räumen. Die größte und feſteſte Barrikade hatte man am Grimmaiſchen Thore am Kafé francais errichtet, gegen die während der Dauer der Nacht von Seiten der Kommunalgarde auch ein ernſtlicher Angriff nicht gemacht wurde. Nicht wenig wurde aber die Beſtürzung der Stadt und das Schauerliche der ganzen Scene erhöht, als plötzlich vom Auguſtusplatz die helle Lohe emporſchlug und das Gerücht ſich verbreitete, man habe ſämmtliche Buden, die den Platz bedecken, in Brand geſteckt. Es ſtellte ſich jedoch heraus, daß man nur einzelne Meßſtände abgebrochen und zu einem Scheiterhaufen aufgethürmt hatte, um durch den Feuerſchein die Dörfer zu alarmiren, auf deren Zuzug und Unterſtützung unſere Demokraten bei jeder Gelegenheit rechnen. Die Barrikade am Grimmaiſchen Thore wurde erſt nach Tagesanbruch von der Kommunalgarde aus den Fenſtern der anliegenden Häuſer beſchoſſen und von Freiwilligen erſtiegen. Die Anzahl der Todten auf Seiten der Tumultuanten beträgt zwei, auf Seiten der Kommunalgarde zwei, die gegen die letzterwähnte Barrikade gefallen ſind (Seidenhändler und Konſul Gon-

tard und Schneidermeiſter Müller). Die Zahl der Verwundeten iſt noch nicht genau ermittelt, auf Seiten der Kommunalgarde leider allem Vernehmen nach unverhältnißmäßig ſtark, und zwar wurde von den Barrikaden aus mit Spitzkugelbüchſen gefeuert. Die Anzahl der zum Theil mit den Waffen in der Hand Verhafteten beträgt dem Vernehmen nach gegen ſechzig.

Emden, 3. Mai. In der auf dem Rathhauſe vorgenommenen Wahl ſind zu der Deputation nach Hannover gewählt, die Herren: Syndikus Bueren, J. Hemkes, J. H. Reeſe, W. Brons und Dr. Jung. Dieſelben reiſten geſtern Abend 7 Uhr ab von einer unzähligen Menge Menſchen begleitet. Die Bürgerwehr-Offiziere, Schützen und Arbeitervereine hatten ſich dem Zuge mit 3 Fahnen angeſchloſſen. Die Bürgerwehr und Schützen haben ſich ſchriftlich verpflichtet, ſo viel in ihren Kräften ſteht der Reichs-Verfaſſung Gehorſam zu verſchaffen.

= **Karlsruhe**, 5. Mai. Die geſtern in einer Verſammlung der hieſigen Bürgerwehr beſchloſſene Erklärung (ſ. den obigen Aufruf), der wohl ähnliche im ganzen Lande folgen werden, gewinnt dadurch ein ganz beſonderes Gewicht, daß die Karlsruher Bevölkerung und Bürgerwehr ſeit März 1848 als die loyalſte weithin bekannt war, und dieſen Ruf im beſten Sinne auch während der ſchlimmſten Zeiten bewahrt hat. Aus der Stimmung, wie ſie aus dieſen Anträgen herausklingt, können Sie entnehmen, wie bei uns die „Heuler," die „Fanatiker der Ruhe" geſinnt ſind, und wie weiſe jene Politik handelt, welche alle konſervativen Leute gewaltſam ins revolutionäre Lager hinüberdrängt. Die Beeidigung unſeres Heeres wird allerwärts verlangt und auch in der Kammer deshalb Anträge geſtellt werden; daß der Wunſch des Heeres ſelbſt damit zuſammenſtimmt, iſt Ihnen ſchon früher berichtet worden.

⨯ **Heidelberg**, 8. Mai. Heute Abend zwiſchen 5 und 6 Uhr hat ſich die geſammte, ſehr zahlreiche Heidelberger Bürgerwehr für energiſche Aufrechthaltung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung erklärt. Die Zahl der Studenten iſt in dieſem Semeſter gering. Die Zeitumſtände erklären den namentlich auch für den hieſigen Hausbeſitzern und Gewerbetreibenden unangenehmen Umſtand hinlänglich. Auch die Abnahme der Reiſenden iſt ſeit 1847 ſehr zu ſpüren. Indeſſen wir wollen uns nicht nach den Fleiſchtöpfen Aegyptens ſehnen, ſondern muthig durch die Wüſte zum gelobten Lande ziehen.

Mannheim, 7. Mai. Der Gemeinderath und Bürger-Ausſchuß der Stadt Mannheim proteſtirt gegen jede Truppenzuſammenziehung, welche ohne die Anordnung der Reichsgewalt ſtatt findet, verlangt von der Reichsgewalt, daß die nach der Rheinpfalz gerichteten Truppenzüge verboten und verhindert werden, ebenſo von der badiſchen Staatsregierung, daß ſie die in ihren Händen befindliche öffentliche Gewalt in ihrem ganzen Umfange benütze, um alle Durchmärſche von baieriſchen Truppen durch unſer Land, welche nicht von der Reichsgewalt angeordnet ſind, unmöglich zu machen. (Mannh. J.)

S **Freiburg**, 8. Mai. Abends ½9 Uhr. Die heutige Sitzung des Geſchwornengerichts wurde beinahe ganz durch die Reden der Angeklagten und ihrer Vertheidiger ausgefüllt. Um 5 Uhr, nach Beendigung derſelben, ſtellte der Gerichtshof an die Geſchwornen vierzehn Fragen. Nach mehrſtündiger Berathung verneinten die Geſchwornen ſämmtliche vierzehn Fragen mit Ausnahme der dritten, welche lautet: „Iſt der Angeklagte Adalbert von Bornſtedt ſchuldig, mit der demokratiſchen Legion, welche ſich in Paris gebildet hat oder doch mit einem Theile derſelben ins Badiſche Gebiet eingerückt zu ſein, um ſich daſelbſt mit der zum Umſturz der beſtehenden Regierung und Einführung der Republik organiſirten Partei zu verbinden?" Nachdem die Geſchworenen gegen acht Uhr aus dem Berathungszimmer in den Gerichtsſaal zurückgekehrt waren, wurden die drei Angeklagten Steinmetz, Fickler und Krebs ſofort in Freiheit geſetzt und von der unten am Eingang des Gebäudes harrenden Volksmenge mit Jubelruf empfangen. Bornſtedt wurde zu einem Jahr Einzelhaft verurtheilt. Morgen näheres. Um 7 Uhr dieſen Abend ſind die badiſchen Truppen in den Kaſernen konſignirt worden.

† **Kaſſel**, 7. Mai. Das wichtigſte Ereigniß ſeit meinem letzten Berichte iſt die unterm heutigen Tage erfolgte Publikation der Reichsverfaſſung im hieſigen Geſetzblatte durch das Geſammt-Staatsminiſterium. Gleichzeitig hat heute Nachmittag die geſammte hieſige Bürgerwehr, beſtehend aus 16 Kompagnien, laut und feierlich das Gelöbniß abgelegt, mit Gut und Blut für die Verfaſſung einzuſtehen und ſie gegen jeden Feind, er komme, woher er wolle, zu vertheidigen. Daraus können Sie entnehmen, welchen Eindruck die neueſte preußiſche Cirkularnote, vielleicht das niederträchtigſte Aktenſtück der Diplomatie ſeit langer Zeit, hier hervorgebracht und welche Aufnahme ſie gefunden hat. Bis jetzt merkt man von preußiſchem Einfluſſe hier Nichts; ob nicht bald das Verlangen einer Aenderung des Miniſteriums wird geſtellt werden? Die Bürger und das Militär Kaſſels würden übrigens das jetzige Miniſterium zu vertheidigen und zu erhalten wiſſen; die Bürgergarde verdoppelt von morgen an ihre Uebungen, namentlich die Schießübungen und verſieht ſich mit reichlicher Munition, um für den Fall der Noth vollſtändig ſchlagfertig zu ſein.

Aus Nordſchleswig, 3. Mai. Die Reichstruppen liegen — unthätig, die Schleswig-Holſteiner fallen — in zweckloſen Rekognoscirungsgefechten, und die Dänen — laufen. So ungefähr iſt das Bild der augenblicklichen Kriegszuſtände hier im Norden. (H. K.)

♉ **Schleswig**, 5. Mai. Frühere Nachrichten, daß die Reichsarmee bereits in Jütland eingerückt ſei, ſind falſch geweſen. Bis heute hat noch das „Wrangeln" ſeinen ungeſtörten Fortgang und General Prittwitz ſcheint von dem preußiſchen Miniſterium verurtheilt zu ſein, ſeine Schaar, wie ein zweiter Moſes, wenn auch nicht 40 Jahr in der Wüſte, ſo doch mindeſtens 40 Tage in dem geſegneten Schleswig-Holſtein umherzuführen und dieſes der Reaktion ſo unfrundliche Land recht unmanierlich zu belaſten! Während der Zeit ſchlägt die ſchleswig-holſteiniſche Armee ſich allein mit den Dänen in Jütland herum; kann aber der Uebermacht gegenüber nur ſehr langſam vordringen und die Dänen haben ſchöne Zeit, Alles bei Seite zu bringen, ſich bequem einzuſchiffen und die „deutſchen Narren" auszulachen!

Hamburg, 5. Mai. Der Ex-Miniſter Schmerling iſt hier wirklich verſchwenderiſcher Art mit Aufmerkſamkeit bedacht worden. Eine Katzenmuſik, deren Dauer die volle Zeit eines Konzertabends, 2½ Stunde, erreichte, wurde geſtern Abend zwiſchen 9 und 12 Uhr vor dem Hotel de l'Europe exekutirt. Unter den zahlreichen Virtuoſen, die ſich dabei betheiligten, ſahen wir viele ſehr anſtändig gekleidete Perſonen. Auch einige Scheiben wurden eingeworfen, ſo daß der Beſitzer des Hotels Bürgergarde und Polizei requirirte, bei deren Erſcheinen man ſich auf eine harmloſe Fortſetzung der Katzenmuſik beſchränkte. Der ehemalige Reichsminiſterpräſident iſt heute Morgen nach Berlin weiter gereiſt. (Weſ. Z.)

** **Hamburg**, 6. Mai. Unſre deutſche Juſtiz hat wiederum einen Sieg erfochten. Profeſſor Dr. Lehmann, ein Vetter des däniſchen Exminiſters Orla Lehmann und Profeſſor der Botanik an unſerm akademiſchen Gymnaſio, welcher wegen mehrerer Unrechtfertigkeiten angeklagt und ſuspendirt war, hat endlich ſeinen Prozeß gewonnen durch einen Urtheilsſpruch der Juriſtenfakultät zu Halle, welcher ſelbſt den Fiscus zu Tragung der Koſten verurtheilt. Um ſich aber einen Begriff von unſerer deutſchen Juſtiz zu machen, iſt es nöthig, zu wiſſen, daß die Akten ein Jahr in Roſtock gelegen haben und von da ohne Urtheilsſpruch zurückkamen, da das Spruchkollegium unvollſtändig geweſen ſei. Man habe immer geglaubt, es werde vollſtändig werden, doch da dies nicht geſchehen, ſo ſende man nach Jahresfriſt die Akten ohne Spruch zurück. Iſt das nicht ein Beweis von deutſcher Gründlichkeit.

Großbritanien.

* **London**, 5. Mai. Dem „Globe" zufolge hat die Exiſtenzfrage des Kabinets ſchließlich doch noch eine günſtige Wendung genommen, indem, wie er verſichert, eine Anzahl bei Lord Lonsdale verſammelt geweſener konſervativer Lords beſchloſſen habe, am Montag, wo das Oberhaus über die Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze zu entſcheiden hat, ſich ihrer Stimmen zu begeben, indem ſie zwar die Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze nicht billigen können, aber auch nicht das Ihrige zu der gefährlichen Bildung eines protektioniſtiſchen Miniſteriums, welche eine nothwendige Folge der Verwerfung der miniſteriellen Maßregel ſein würde, beitragen wollen. Dagegen beharrt der „Spectator" auf der Anſicht, daß nach der Meinung Aller eine Miniſterkriſis und eine Auflöſung des Parlaments unabwendbar ſei. Stanley ſei

entſchloſſen, die Bildung eines protektioniſtiſchen Kabinets zu übernehmen, doch gedenke er, ſeine Politik dem Geiſt der Zeit und den Bedürfniſſen des Landes möglichſt anzupaſſen. Eine ſehr zahlreiche Verſammlung konſervativer Lords (an Zahl etwa 60) verſammelte ſich geſtern in der Wohnung Lords Stanley, und hier wurde beſchloſſen, die Verwerfung der Schifffahrtsbill mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln zu betreiben. Der „Standard" iſt in großem Zorn über die Miniſter, welche ſich nicht nur der unpaſſenden Drohung bedient hätten, daß ſie im Fall der Verwerfung der Bill zurücktreten würden, ſondern auch die Anſicht im Publikum zu verbreiten ſuchten, und zwar wie es ſchiene mit Erfolg, daß ihr Rücktritt Emeuten und Aufruhr zur Folge haben würde. Daran ſei in England nicht zu denken, denn die Briten hätten keine Luſt, wie Franzoſen, Deutſche oder Italiener, aus bloß abſtrakter Neigung zur Rebellion ihr Land durch Bürgerkriege zu verwüſten. Was aber die Drohung der Miniſter betreffe, daß ihr Rücktritt zur Revolution führen müſſe, ſo ſei dies „ein ſo verbrecheriſches Verfahren, wie ſich nur je ein britiſches Miniſterium zu Schulden kommen ließ. Schließlich fordert der „Standard" das Land auf, zu Stanley zu halten, um dieſen miniſteriellen Despotismus abzuſchütteln.

Der bekannte Radikale Roebuck iſt nun für Sheffield, wo ſich ihm kein Gegenkandidat ſtellte, wirklich ins Unterhaus gewählt worden. Da der ſeit Jahr und Tag kränkelnde Radikale Duncombe gleichzeitig ſo weit wieder hergeſtellt iſt, um an den Sitzungen des Parlaments baldigſt wieder theilnehmen zu können, ſo hat die Seite der Radikalreformer im Unterhauſe jetzt einen tüchtigen Zuwachs erhalten.

Frankreich.

* **Paris**, 7. Mai. Das Schickſal des franzöſiſchen Heeres im Kirchenſtaat ſetzt alle Gemüther in Bewegung. Man wußte, daß die Regierung bereits vor 2 Tagen eine telegr. Depeſche von Civita Vecchia erhalten hatte, und gerade die Geheimhaltung derſelben gab zu den beunruhigendſten Gerüchten Veranlaſſung. Etwas myſtiſch drückte ſich der „Moniteur du Soir" aus: Nach einer telegraphiſchen Depeſche welche die Regierung erhalten hat, wäre der General Oudinot in ſeinem Marſche auf Rom, wohin ihn allen Berichten zufolge der Wunſch der Bevölkerung rief, auf unerwartete Hinderniſſe und einen ernſtlichen Widerſtand von Seiten der Fremden geſtoßen, welche Rom inne haben und hätte deshalb in einiger Entfernung von der Stadt Halt gemacht, um Verſtärkung zu erwarten? (ſ. unter Italien). In dem Verhältniß, als die Verlegenheit der Regierung über dieſe Unglücksfälle wächſt, ſteigt die Heftigkeit der Ultra's. Sie finden neuen Stoff zu Anklagen. Solche erhob in der heutigen Sitzung der Nationalverſammlung Jules Favre. Nachdem einige unbedeutende Geſetze erledigt waren, erhielt er das Wort um über die italieniſchen Angelegenheiten zu interpelliren. Er habe gehofft, daß das Miniſterium ſich über die traurigen Nachrichten, die aus Italien angelangt ſeien, gegen die Verſammlung ausſprechen werde. Der Miniſter des Auswärtigen habe ihm aber auf ſeine Anfrage geantwortet, daß die Nachrichten, die er erhalten nicht beſtimmt genug ſeien, um ſie offiziell mittheilen zu können. Der Redner geht hierauf auf die Sitzung der Nationalverſammlung ein, worin die Expedition nach Rom beſchloſſen wurde und erinnert daran, wie die Verſammlung und Miniſterium ſich gegen alle Einmiſchung in die Regierungsform des römiſchen Volkes verwahrt hätten. Wie kann man aber dieſe Verſicherung mit dem Benehmen des Generals Oudinot in „Civita Vecchia" vereinbaren? Ich ſage es mit Schamröthe auf der Stirne. Das Blut unſerer Soldaten floß im brudermörderiſchen Kampfe gegen die geſetzmäßige Regierung der römiſchen Republik. Der Miniſter hat auf Befragen geäußert, daß der Befehlshaber des Expeditionskorps auf die Verſicherung, daß die Sympathie der Bevölkerung Roms den franzöſiſchen Truppen erworben ſei, ſich mit ſeinen Truppen dahin begeben, aber als er ſich vom Gegentheil überzeugt, er ſich wieder zurückgezogen habe. Dies iſt aber nicht ſo vor ſich gegangen. Der Redner gibt nun eine Erzählung der wirklichen Thatſachen (ſiehe unter Italien) und frägt dann, in welchem Intereſſe das Blut der franzöſiſchen Soldaten gefloſſen ſei? Es ſei höchſt nothwendig, daß die Verſammlung noch in derſelben Sitzung eine Kommiſſion ernenne, welcher das Miniſterium die dem General Oudinot gegebenen Verhaltungsbefehle mitzutheilen habe. Man müſſe dieſen General zurückberufen und außer einem neuen Befehlshaber noch mehrere Volksvertreter auf den Schauplatz dieſer Ereigniſſe ſchicken. Oder wollt Ihr, daß das italieniſche Volk, verlaſſen und verrathen, ſich in die Arme der abſolutiſtiſchen Koalition werfe, welche, wenn ſie die Freiheit in Deutſchland unterdrückt hat, zur Wiederholung deſſen was ſie die Ordnung nennen, auch in unſerem Lande thätig ſein wird. Wenn Ihr nicht wollt, daß alle Nationen gegen uns aufſtehen, die einen aus Intereſſe, die andern aus Verachtung gegen uns, ſo iſt ein energiſcher Entſchluß vor Allem nöthig. (Bravo, ſehr gut). Odilon Barrot verwahrt ſich gegen die Anſchuldigung eines Angriffes auf die Freiheit des italieniſchen Volkes, ſein ganzes politiſches Leben ſpreche dagegen. Während die Neapolitaner und Oeſterreicher die Abſicht ausſprachen in Rom einzuſchreiten, habe die franzöſiſche Regierung für unklug gehalten, ſich in der Sache zurückzuhalten, die Verſammlung habe dem Miniſterium beigeſtimmt, und Letzteres habe keines falſchen Vorwandes bedurft, um dieſes Votum zu erlangen. Das Miniſterium habe laut erklärt, daß es nicht die Rettung der römiſchen Republik, wohl aber den Schutz der Freiheit in dieſem Staate wolle. Wenn man, fährt er fort, die dem General Oudinot gegebenen Inſtruktionen mit meiner Sprache auf dieſer Tribüne vergleichen wird, ſo wird man die Ueberzeugung gewinnen, wie leichthin der vorhergehende Redner uns anklagt. Wenn der General den ihm gegebenen Inſtruktionen nicht treu geblieben wäre, ſo hätten wir nicht die Interpellationen erwartet, um ihn hierüber zur Rede zu ſtellen. Der Miniſter erklärt ſich mit Einſetzung der von J. Favre verlangten Kommiſſion einverſtanden. Damit iſt der Verhandlung eigentlich die Spitze abgebrochen. Flocon aber nimmt das Wort um zwei Briefe aus Toulon und Marſeille zu verleſen, welche die ſchon bekannten Thatſachen beſtätigen und durch einige Nebenumſtände, die ſie anführen, einen vom Redner keineswegs beabſichtigten Eindruck hervorbringen. Es erhellt nämlich aus ihnen, daß mehrere franzöſiſche Einwohner Roms, deren Republikanismus de la veille außer allem Zweifel iſt, der franzöſiſchen Intervention keineswegs feindlich ſind, ſo wie, daß der Widerſtand Roms weſentlich von der fremden Revolutionären ausgeht, die ſich zahlreich daſelbſt eingefunden haben. Lamoriciere faßt die Befugniſſe, welche die Kommiſſion erhalten ſollte, in einem kurzen Vortrage zuſammen. Die Regierung ſolle ihr die ihren Agenten gegebenen Inſtruktionen mittheilen, ebenſo die eingelaufenenen telegraphiſchen Depeſchen und endlich auch ihre Abſichten für die Zukunft. Die Verſammlung beſchließt einſtimmig, ſich ſofort in ihre Büreaus zurückzuziehen, und eine Kommiſſion zu ernennen, die noch denſelben Abend ihren Bericht erſtatten ſoll. Die Sitzung endet um 5 Uhr ſehr ſtürmiſch, und wird um 9 Uhr wieder aufgenommen werden.

Die Wahlliſten wachſen noch täglich. Dufaure wird faſt von allen Parteien empfohlen, und ſeine Wahl iſt ſo gut wie geſichert in Paris. Dagegen werden allem Anſchein nach nicht in die Legislatur gewählt werden — Lamartine, auf ſeinen eignen Wunſch, und Marraſt, der durch allzuviel Enthüllungen ſehr anrüchig geworden iſt, und von allen Parteien zurückgewieſen wird.

Die Akten über den Streit zwiſchen den beiden Neffen des großen Kaiſers ſind noch lange nicht geſchloſſen. Man erzählt ſich von einem perſönlichen Zuſammentreffen, bei dem es faſt zu Thätlichkeiten gekommen ſei. Napoleon Bonaparte ſoll ſogar Louis Napoleon gefordert, der Miniſterrath aber entſchieden haben, daß der Präſident nicht annehmen dürfe.

Die heutigen Courſe ſchloſſen 3 pCt. 57,45; 5 pCt. 89,25; Bankaktien 2400.

Italien.

Aus Oberitalien. Es ſcheint, die Oeſterreicher wollen ſich für den Fall eines neuen Krieges Aleſſandriens verſichern; ſie arbeiten auf mehreren Punkten an den Befeſtigungen und ſcheinen ſich überhaupt als die Herren und Meiſter zu benehmen. Schlägereien mit der ſardiniſchen Beſatzung wiederholen ſich häufig; Stiletſtiche ſind dabei die Antwort der letztern auf die Neckereien der Oeſterreicher.

* **Turin**, 4. Mai. D'Azeglio tritt nicht in's Miniſterium. Er findet die Schwierigkeiten zu groß und ſeine Kollegen den Verhältniſſen nicht gewachſen. Eine neue Verwicklung iſt hinzugekommen. Leopold von Toskana will nicht ohne den Schutz bewaffneter Macht in ſein Land zurückkehren; er ſelbſt hat keine

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 10. Mai. Wien (Der Kaiſer zur Armee.) Berlin (Neue Truppenſendung. Trübe Stimmung der Truppen. Aufregung. Das Wahlgeſetz.) Breslau (Unruhen.) Görlitz (Truppen nach Dresden.) Köln (Die Beſchlüſſe der Gemeindeverordneten.) München (Die Kriegsrüſtungen aufgegeben. Staatsrath Volz als Regierungskommiſſär nach der Pfalz. Rücktritt der Miniſter des Innern und der Juſtiz.) Mutterſtadt (Widerſtand gegen die preußiſchen Truppen. Zerſtörung der Eiſenbahn.) Dresden (Frhr. v. Frieſen, Miniſter des Innern. Fortdauer des blutigen Kampfes. Preußiſche Truppen angekommen, andere erwartet. Heintze gefangen.) Leipzig (Die Ruhe nicht mehr geſtört. Der Kampf in Dresden.) Flensburg (Preußen und Baiern über die jütiſche Gränze. Vorrücken der Schleswig-Holſteiner gegen Fridericia. Empörende Behandlung der Gefangenen in Kopenhagen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 10. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 10. Mai.

Tagesordnung der 216. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präſidenten und der beiden Vicepräſidenten.
2) Verhandlungen über den in der außerordentlichen Sitzung vom 8. Mai a. c. von den Abgeordneten Ludwig Simon und Vogt eingebrachten Antrag.

Noch ehe die Sitzung eröffnet wird, was 9½ Uhr durch den Vicepräſidenten Hrn. Bauer v. Bamberg geſchieht, iſt der Stoff der zu erwartenden Mittheilungen in Aller Munde. Die Gefahr wächſt durch die Zurückweiſung, die das miniſterielle Programm durch den Reichsverweſer erfahren hat und durch die angenommene Entlaſſung des Miniſteriums Gagern. Man nennt von vielen Seiten mit Hoffnung den Namen des Königs von Würtemberg, als des deutſchen Fürſten, der ſowohl die Liebe zum Volke als die Liebe des Volks in einem gleich hohen Grade beſäße, um durch die Uebernahme der Reichsſtatthalterſchaft über die zuſtimmenden Staaten, den Reichsverweſer zu erſetzen und den erſchütterten Verhältniſſen eine feſte Leitung zu geben. Ausgetreten ſind die Hrn. Nöthig aus Weißholz (Schleſien), Schrott aus Wien, Stieber aus Bautzen, Heimbrod aus Sorau. Neueingetreten dagegen Hr. Schubert aus Annaberg in Sachſen für v. Watzdorf. Für die Kriegsflotte ſind eingegangen 100 Gulden von einer deutſchen Frau in Mannheim. (Bravo!)

Zuſtimmungsadreſſen an die Reichsverſammlung ſind wiederum mehrere eingelaufen, worunter die von Hrn. Zell aus Trier, Namens des rheiniſchen Städtetags, überreichte durch den Schriftführer Hrn. Sprengel zur Verleſung kommt. (Siehe den Artikel Köln.) Sie wird Satz für Satz mit geſpannter Aufmerkſamkeit gehört und am Schluſſe erfolgt ein allgemeiner Beifallsruf.

Der Vicepräſident verlieſt ſodann das nachfolgende an die Reichsverſammlung gerichtete Schreiben:

Der interimiſtiſche Präſident des Reichsminiſterrathes
an den Herrn Präſidenten der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung dahier.

Wie bereits geſtern der hohen Nationalverſammlung mitgetheilt wurde, hat das Reichsminiſterium Seiner Kaiſerlichen Hoheit dem Erzherzoge Reichsverweſer ein Programm vorgelegt, welches die Regel des Verhaltens des Reichsminiſteriums zu den Bewegungen beſtimmen ſollte, die zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfaſſung in einigen Theilen Deutſchlands entſtanden ſind, und zu Bürgerkrieg und Zerſtörung leider geführt haben.

Der Reichsverweſer hat dieſem Programme ſeine Genehmigung nicht ertheilt.

Das Miniſterium hat ſich dadurch genöthigt geſehen, um ſeine definitive Entlaſſung Seine Kaiſerliche Hoheit zu erſuchen, und es iſt dieſem Geſuche heute ſtattgegeben worden. Der Reichsverweſer hat dabei erklärt, daß er ein anderes Miniſterium nach ſeiner Pflicht und Gerechtſame zu bilden ſofort verſuchen werde. Das Reichsminiſterium hat nicht verſäumt, Seiner Kaiſerlichen Hoheit die unmittelbar dringende Nothwendigkeit, ein anderes Miniſterium zu bilden, vorzuſtellen.

Frankfurt, 10. Mai 1849. H. Gagern.

Nach der Meinung des Vicepräſidenten wäre dies Schreiben dem Dreißigerausſchuſſe zuzuweiſen. Herr Raveaux hingegen will ſofort in Folge deſſelben eine Deputation an den Erzherzog-Reichsverweſer geſendet wiſſen, die ihn wo möglich noch zur Anerkenntniß des miniſteriellen Programmes beſtimmen ſoll.

Herr Ludwig Simon: Der Herr Erzherzog Reichsverweſer hat dem Geſetze über Schaffung der Centralgewalt gemäß nichts mit der Verfaſſung und deren Durchführung zu ſchaffen. Vor Allem iſt der von mir und Vogt eingebrachte Antrag in Berathung zu ziehen. Die deutſche Geſchichte aber wird Notiz davon zu nehmen haben, daß von Denjenigen, welche die Bewegung des Jahres 1848 an ihre Perſon gefeſſelt haben, Herr Heinrich Gagern, anſtatt uns das zurückgewieſene Programm mitzutheilen, in dieſem Augenblicke und an dieſem Platze fehlt.

Während über einen dringenden Antrag verhandelt wird, den der Antragſteller Herr Wigard inzwiſchen ſelbſt wieder zurückzieht, erſcheint Herr Heinrich von Gagern im Hauſe und ſogleich auf der Rednerbühne:

Ich begreife nicht, wie Herr Simon ſich darüber hat wundern können, daß ich noch nicht auf der Tribüne erſchienen bin. Ich habe dieſe Stelle in keinem entſcheidenden Momente vermieden. Das dem Reichsverweſer vorgelegte Programm kann ich nicht mittheilen. Allein heute wie früher beharre ich auf dem Grundſatze, daß dieſe Verſammlung das Verfaſſungswerk, worüber eine Verſtändigung mit den vierunddreißig verſchiedenen Regierungen unmöglich geweſen, endgültig zu beſtimmen habe, und ich werde allezeit für das, was zur Durchführung der Verfaſſung erforderlich iſt, einzuſtehen wiſſen. (Beifall)

Darauf erfolgt die Wahl des Präſidenten für die nächſten vier Wochen. Sie fällt mit 330 unter 338 Abſtimmenden — alſo faſt mit Einhelligkeit — auf Hrn. Eduard Simſon aus Königsberg. (Beifall) Der Gewählte iſt, durch Unwohlſein abgehalten, nicht im Hauſe zugegen. Zum erſten Stellvertreter des Vorſitzenden wird Hr. Reh aus Darmſtadt von 314 Mitgliedern mit 177 Stimmen ernannt. 123 Stimmen ſind auf Bernhard Eiſenſtuck gefallen. Hr. Reh beſteigt ſofort, nachdem er ſeinen Dank für dies Vertrauen ausgeſprochen, den Präſidentenſtuhl, um die Wahl des zweiten Vicepräſidenten zu leiten. Die Wahl erklärt ſich unter 308 Abſtimmenden mit 155 Stimmen für Hrn. Bernhard Eiſenſtuck aus Chemnitz. Die nächſtgrößte Stimmzahl hat Hr. Widenmann aus Düſſeldorf erhalten.

Der zweite Gegenſtand der Tagesordnung iſt die Berathung des Simon-Vogt'ſchen Antrags, wozu verſchiedene Zuſatz- und Verbeſſerungsanträge geſtellt werden, wir heben darunter hervor den — ſpäter zurückgezogenen — Antrag des Hrn. Schüler von Jena, der die Fürſten, welche ſich der Einführung der Reichsverfaſſung widerſetzen oder Truppen zu ſolchem Widerſtande hergeben, ihrer Throne verluſtig erklärt wiſſen will. Als Redner gegen den Simon-Vogt'ſchen Antrag iſt nur Hr. Grävell eingezeichnet (Heiterkeit) wozu ſich ſpäter noch Hr. Buß aus Freiburg meldet.

Hr. Ludwig Simon erklärt ſeine und Hrn. Vogt's Uebereinſtimmung mit dem Reden'ſchen Verbeſſerungsantrage *). Da-

*) In Erwägung, daß die Reichsverſammlung durch die Beſchlüſſe vom 28. April und 4. Mai d. J. die geſetzliche Mitwirkung des Volkes zur Durchführung der Reichsverfaſſung in Anſpruch genommen hat, indem ſie die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk aufgefordert hat, die Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen; — in Erwägung, daß der Widerſtand einzelner Regierungen gegen die zu Recht beſtehende Reichsverfaſſung und die ſehr allgemein für dieſelbe ausgeſprochenen Sympathien des deutſchen Volkes in einigen Theilen Deutſchlands zu Verſuchen gewaltſamer Unterdrückung geführt hat oder vorzuſchreiten droht; — in Erwägung, daß derartige Maßregeln, welche ebenſo verwerflich ſind, als anarchiſche Beſtrebungen von unten, den Reichsfrieden geſtört haben oder bedrohen, deſſen Bewahrung nach oben wie nach unten, durch Geſetz vom 28. Juni 1848, alleinige Berechtigung und Verpflichtung der proviſoriſchen Centralgewalt iſt; — in Erwägung, daß die geſetzliche Berechtigung der proviſoriſchen Centralgewalt, ſowohl — „als vollziehende Gewalt in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaates betreffen, als zur Oberleitung der geſammten bewaffneten Macht“ — die Anwendung jedes innerhalb dieſer Grenzen liegenden Mittels zur Herſtellung des Reichsfriedens geſtattet; — aus dieſen Gründen beſchließt die Reichsverſammlung:

1) dem ſchweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußiſche Regierung durch unbefugtes Einſchreiten im Königreich Sachſen ſich hat zu Schulden kommen laſſen, iſt durch alle zu Gebote ſtehenden Mittel entgegen zu treten.

2) Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ſind diejenigen Beſtrebungen des Volkes und ſeiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beſchloſſenen Reichsverfaſſung geſchehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen.

Die proviſoriſche Centralgewalt iſt zur Ausführung dieſer Beſchlüſſe aufzufordern.

Digitized by Google

gegen bringen die Herren **Beſeler** und Genoſſen den folgenden Antrag ein, welcher die Meinung der Centren ausſpricht:

1) In Erwägung, daß es die Aufgabe der Centralgewalt iſt, die vollziehende Gewalt zu üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaats betreffen,

2) In Erwägung, daß die Nationalverſammlung durch ihre Beſchlüſſe vom 28. April und 4. Mai d. J. die unzweideutige Abſicht zu erkennen gegeben hat, die Reichsverfaſſung durch alle dem Volkswillen zu Gebote ſtehenden geſetzlichen Mittel, nicht durch Gewaltmaßregeln ins Leben zu führen,

3) In Erwägung, daß die von einzelnen Regierungen verſagte Anerkennung der Reichsverfaſſung unter gleichzeitiger Auflöſung oder Vertagung der Volksvertretung, bewaffnete Volkserhebungen und offenen Aufſtand hervorgerufen hat,

4) In Erwägung, daß die Durchführung der Reichsverfaſſung als eine allgemeine deutſche Angelegenheit betrachtet werden muß und deshalb bei einer dadurch herbeigeführten gewaltſamen Störung des Rechtszuſtandes in einem deutſchen Staat nicht die Regierung eines andern Einzelſtaats für ſich, ſondern nur die Centralgewalt einzuſchreiten befugt iſt,

5) In Erwägung, daß das ohne Autoriſation der Centralgewalt erfolgte Einſchreiten einer Macht, welche ſelbſt zur Zeit die Reichsverfaſſung nicht anerkannt hat, das Mißtrauen und die Erbitterung über den andauernden Widerſpruch einzelner Regierungen gegen die Anerkennung der Reichsverfaſſung nothwendig ſteigern muß;

aus dieſen Gründen beſchließt die Reichsverſammlung die Centralgewalt aufzufordern:

1) jeder Störung des Reichsfriedens, von woher ſie auch komme, zu begegnen und demgemäß einen gewaltſamen Angriff gegen die Regierungen mit aller Kraft zurückzuweiſen und die geſtörte Ordnung wieder herzuſtellen, dagegen aber auch, zur Vermittelung eines dauernden Friedenszuſtandes, mit gleicher Kraft und allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln darauf zu dringen, daß dem geſetzlich ausgeſprochenen Volkswillen in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfaſſung, die ihm gebührende Geltung nicht länger verweigert werde.

2) jedem Eingriff von Seiten eines Einzelſtaats in die Befugniſſe der Centralgewalt, namentlich auch dem militäriſchen Einſchreiten eines Staats in andere deutſche Staaten ohne Autoriſation der Centralgewalt mit Entſchiedenheit entgegenzutreten.

Das Wort ergreift Herr **Zimmermann** von Stuttgart. Er will, daß ſich die Verſammlung durch eine Deputation davon überzeuge, in wie weit das Vaterland und die wahrhaft deutſche Politik in der gegenwärtigen Stunde der Gefahr auf den Erzherzog-Reichsverweſer rechnen könne. Nach dem Ausfall der Antwort ſeien dann die entſprechenden Beſchlüſſe zu faſſen. Der Redner verlieſt zur Unterſtützung ſeiner Forderung, daß für die Verfaſſung endlich „gehandelt" werde, einen Brief aus Altenburg in Sachſen. Nachdem ſich Herr **Grävell** im entgegengeſetzten Sinne erklärt hat, wird die Debatte geſchloſſen und Herr **Vogt** nimmt das Schlußwort: Ein Miniſterium, welches die Beſchlüſſe der Mehrheit dieſes Hauſes ausführt, wird von Ihrem „unverantwortlichen" Reichsverweſer nicht angenommen. Wollen Sie ſich nun, unthätig gemacht, hinſchleppen laſſen, oder zerbrechen wir nicht lieber die Centralgewalt wie wir ſie geſchaffen haben? In Sachſen kämpft man einen Kampf der Verzweiflung für die Verfaſſung gegen die durch Preußen verſtärkten ſächſiſchen Truppen. Hat unſer in Berlin befindlicher Reichskommiſſär Proteſt gegen dieſe Verwendung preußiſcher Truppen eingelegt? Widerſprechen hätte er müſſen nicht blos durch eine Zuſchrift, ſondern in allen Zeitungen durch Anſchlag an allen Straßenecken, bis er gefangen geſetzt worden wäre vom Miniſterium Brandenburg. Aber das iſt die Folge wenn man ſich mit unfähigen Subjekten umgibt. Den Erklärungen des rheiniſchen Städtetags, ſelbſt der Landwehr in Elberfeld, und auf der andern Seite den Vorſchritten des preußiſchen Miniſteriums gegenüber — wollen Sie noch länger warten? Der Redner weiſt auf den Berliner Fürſtentag, auf die Lage der Dinge in Sachſen, auf die Ruſſen hin und ſchließt mit der Mahnung: „Es iſt der letzte Augenblick wo Sie noch zeigen können, daß Sie Männer ſind. So ſeien Sie denn Männer."

Zur Abſtimmung durch Namensaufruf kommt hierauf der obenmitgetheilte Antrag des Hrn. v. **Reden** und wird mit 188 gegen 147 Stimmen **angenommen**. Der Verkündigung folgt ein ſtürmiſches Beifallsbezeigen durch Zuruf und Händeklatſchen. Der Zuſatz dazu von Moritz **Mohl**: auf Zuſammenziehen eines Reichsheeres wird abgelehnt. Der Antrag von **Nagel** aus Balingen, den Hinterbliebenen und im Kampfe für die Verfaſſung Verwundeten die Unterſtützung des Reichs zuzuſichern wird zurückgezogen. Mithin lauten die heutigen Beſchlüſſe dahin:

1) dem ſchweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußiſche Regierung durch unbefugtes Einſchreiten im Königreich Sachſen ſich hat zu Schulden kommen laſſen, iſt durch alle zu Gebote ſtehenden Mittel entgegen zu treten.

2) Neben Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit ſind diejenigen Beſtrebungen des Volks und ſeiner Vertreter, welche zur Durchführung der endgültig beſchloſſenen Reichsverfaſſung geſchehen, gegen jeden Zwang und Unterdrückung in Schutz zu nehmen.

Die proviſoriſche Centralgewalt iſt zur Ausführung dieſer Beſchlüſſe aufzuforden.

Abgeſtimmt wird ſodann über die Dringlichkeit des Antrags des Hrn. **Umbſcheiden** und Genoſſen, daß ſofort eine Deputation von 12 Mitgliedern ernannt werde, um den Erzherzog Reichsverweſer zum Vollzuge obiger Beſchlüſſe aufzufordern. Das Haus ſoll permanent bleiben bis nach Empfang der Antwort. Die Dringlichkeit des Gegenſtandes wird mit 169 gegen 162 Stimmen anerkannt. Hr. **Biedermann**: die an den Erzherzog zu ſtellende Forderung kann nur lauten, daß er ſich mit einem Miniſterium umgebe. Dies letztere wird dann zur Vollziehung obiger Beſchlüſſe anzuhalten ſein. Hr. **Umbſcheiden** vereinigt ſich nach einer kurzen Verhandlung mit dem Verbeſſerungsantrage des Hrn. Gravenhorſt, wonach dem Erzherzoge eine Abſchrift der gefaßten Beſchlüſſe zu überbringen und derſelbe um Antwort auf die Frage zu erſuchen iſt, ob er geneigt ſei, in Anbetracht der dringlichen Sachlage ſobald als irgend möglich ein Miniſterium zu bilden, welches ſich der Ausführung der Maßregeln unterzieht.

Der Antrag wird angenommen und die Ernennung der Deputationsmitglieder dem Bureau übertragen.

Nachdem ſich das Bureau auf kurze Zeit zurückgezogen hat, verkündet es die folgende Zuſammenſetzung der Deputation: **Löwe** aus Kalde, **Raveaux**, Ludwig **Simon**, **Zell**, **Kirchgeßner**, von **Reden**, **Hollandt**, **Clauſſen**, **Hallbauer** aus Meißen, **Rösler** von Wien, **Eckert** aus Bromberg, **Jucho**.

Verhandlungen finden natürlich während ſich die Deputation anſchickt, ihrem Auftrage zu genügen, nicht Statt, und das Haus wird von dem größten Theile der Mitglieder verlaſſen.

Die Deputation kehrt ſo eben, 3½ Uhr, vom Reichsverweſer zurück. Sie iſt, was die Durchführung der Verfaſſung anlangt, ausweichend beſchieden worden. Die Bildung eines Miniſteriums hingegen hat der Erzherzog zugeſagt und daneben geäußert, daß er die Ordnung zu handhaben wiſſen werde. Das Genauere und die Wiederaufnahme der heutigen Sitzung liefern wir im morgenden Hauptblatte.

* **Wien**, 6. Mai. Der Kaiſer begibt ſich Morgen zur Armee nach Ungarn, um den Oberbefehl zu übernehmen. In einem halboffiziellen Artikel wird darauf hingewieſen, daß dies geſchehe, um der Armee ein Oberhaupt von unzweifelhafter Autorität zu geben. Die Ungarn ſtehen Szered gegenüber mit 3000 Mann und 9 Geſchützen. Der Donauübergang auf dieſem Punkte ſcheint von ihnen aufgegeben zu ſein.

Von **Berlin***) ſind neue Truppen nach **Sachſen** geſchickt. Die Stimmung der Truppen war trübe. Wrangel ließ Kanonen durch die Straßen fahren, wie man glaubt, um von einem Aufſtande abzuſchrecken.

* In **Breslau** iſt die Aufregung ſehr groß. Eine Volksverſammlung unter freiem Himmel ward verboten. Sechstauſend Menſchen verſammelten ſich in einem Saale und dem daranſtoßenden Garten; man wollte keine Truppen nach Dresden abziehen

---

*) Dieſe Nachrichten, ſo wie die von Dresden und § Leipzig haben wir heute unſern ſtädtiſchen Leſer in einem Extra-Blatt mitgetheilt.

laſſen u. ſ. w. Es kam zu Straßenunruhen, bei denen die Küraſſiere flach einhieben. Abends wurden einige Barrikaden erbaut, und das Militär feuerte. Ein Hr. v. Nimpiſch, der früher durch ultrakonſervative Aeußerungen ſich verhaßt gemacht hat, iſt vom Volke ermordet.

Görlitz, 7. Mai. Von der Diviſion Holleben rücken heute bereits vier Bataillone, vier Geſchütze und eine Schwadron gegen Bautzen vor und werden übermorgen in Dresden ſein. (Pr. St. A.)

, **Köln**, 8. Mai. Da die preußiſche Regierung die zweite Kammer, nachdem dieſelbe ſich für die unbedingte Annahme der deutſchen Verfaſſung vom 28. März d. J. ausgeſprochen hatte, aufgelöſt, und dadurch das Volk ſeiner Vertretung und Stimme in dem gegenwärtigen entſcheidenden Augenblicke beraubt hat, ſind mehr als 500 Verordnete der Städte und Gemeinden der Rheinprovinz zuſammengetreten, um zu berathen, was dem Vaterlande noth thue. Die Verſammlung hat unter dem Vorſitze der Stadtverordneten Zell von Trier und Werner von Koblenz und in Aſſiſtenz der Protokollführer, der Stadtverordneten Boecker von Köln und Bloem I. von Düſſeldorf beſchloſſen wie folgt:

1) Sie erklärt, daß ſie die Verfaſſung des deutſchen Reiches, wie ſolche am 28. März d. J. von der Reichsverſammlung verkündet worden, als endgültiges Geſetz anerkennt und bei dem von der preußiſchen Regierung erhobenen Konflikte auf der Seite der deutſchen Reichsverſammlung ſteht. 2) Die Verſammlung fordert das geſammte Volk der Rheinlande, und namentlich alle waffenfähigen Männer, auf, durch Kollektiverklärungen in kleineren und größeren Kreiſen ſeine Verpflichtung und ſeinen unverbrüchlichen Willen, an der deutſchen Reichsverfaſſung feſtzuhalten und den Anordnungen der Reichsverſammlung Folge zu leiſten, auszuſprechen. 3) Die Verſammlung fordert die deutſche Reichsverſammlung auf, nunmehr ſchleunigſt kräftigere Anordnungen zu treffen, um dem Widerſtande des Volkes in den einzelnen deutſchen Staaten und namentlich auch in der Rheinprovinz jene Einheit und Stärke zu geben, die allein im Stande iſt, die wohlorganiſirte Gegenrevolution zu Schanden zu machen. 4) Sie fordert die Reichsgewalt auf, die Reichstruppen baldmöglichſt auf die Verfaſſung zu beeidigen und eine Zuſammenziehung derſelben anzuordnen. 5) Die Unterzeichneten verpflichten ſich, der Reichsverfaſſung durch alle ihnen zu Gebote ſtehenden Mittel in dem Bereiche ihrer Gemeinden Geltung zu verſchaffen. 6) Die Verſammlung erachtet die Entlaſſung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel, und die Einberufung der Kammern ohne Abänderung des beſtehenden Wahlmodus für unbedingt nothwendig. 7) Sie erblickt insbeſondere in der jüngſt erfolgten theilweiſen Einberufung der Landwehr eine unnöthige, den inneren Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel und erwartet deren ſofortige Zurücknahme. 8) Die Unterzeichneten ſprechen ſchließlich ihre Ueberzeugung dahin aus, daß bei Nichtbeachtung des Inhaltes dieſer Erklärung dem Vaterlande die größten Gefahren drohen, durch die ſelbſt der Beſtand Preußens in ſeiner gegenwärtigen Zuſammenſetzung gefährdet werden kann. (Folgen die Unterſchriften.)

0 **München**, 8. Mai. Die Beurlaubten ſind noch nicht einberufen worden, und die baieriſche Armee wird nicht auf den Kriegsfuß geſtellt, denn die Staatskaſſen können die Mobilmachung des Heeres nicht vertragen. Man hat daher beſchloſſen nach der Pfalz ſtatt eines Heeres einen Regierungskommiſſär zu ſenden, der geſtern in der Perſon des Staatsraths Voltz dahin abgereiſt iſt. Freilich möchte es dieſem Staatsmann ſchwer werden, ſeine Aufgabe durchzuführen, da man hier wohl einige Conceſſionen machen wird, aber an eine unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung um ſo weniger denkt, als die beiden Miniſter welche dieſelben am energiſchſten befürwortet haben, die Miniſter des Innern und der Finanzen, Forſter und Aſchenbrenner, in der letzten Sitzung des Geſammtminiſteriums in der Minorität verblieben ſind und deshalb ihre Demiſſion eingereicht haben. *) Man erwartet heute wieder die Veröffentlichung eines königlichen Manifeſts, das wieder mit einigen Conceſſionen ſo wenig befriedigen wird, als die letzte königliche Bekanntmachung, die bekanntlich im ganzen Lande äußerſt kühl aufgenommen wurde.

+ **Mutterſtadt** in der Pfalz, 8. Mai. Die letzte Nacht brachte unſere Gemeinde in eine noch nie dageweſene Aufregung. Unſer zahlreicher Volksverein hatte die Nachricht erhalten, daß ein Korps Preußen in der Nacht vom 7. auf den 8. auf der Eiſenbahn von Ludwigshafen nach Speier befördert werden ſollte. Die Abtheilung der pfälzer Volkswehr, welche den Auftrag hatte, ihre Ausſchiffung zu verhindern, war zu ſpät an den Rhein gekommen. Da erſchallte plötzlich heftiges Sturmgeläute. Die Bewaffneten Mutterſtadts und benachbarter Orte ſammelten ſich zu einer Schaar von etwa 500 und demolirten die Eiſenbahn, mit der Abſicht, ſo die Preußen ins Verderben zu ſtürzen. Zwiſchen Neuſtadt und Haßlach geſchah bald darauf daſſelbe. Glücklicherweiſe gelangten die Signale in Ludwigshafen noch zur rechten Zeit an, ſo daß das Unglück verhütet wurde. Das Korps Preußen, 700 Mann ſtark, mußte nun zu Fuß ſeinen Weg nach Speier fortſetzen, wo es die Thore verbarrikadirt und Alles unter den Waffen fand. Der Haß gegen die Preußen, die man für Unterdrücker der Freiheit und Bundesgenoſſen der Ruſſen hält, iſt fürchterlich. Die Kunde von ihrem Einrücken brachte die Dörfer in weiten Umkreiſen in die heftigſte Aufregung. Abends 5 Uhr langten in Mutterſtadt etwa 300 Mann vom Landſturm aus Oggersheim, Oppau und Frankenthal an, um nöthigenfalls die Preußen zu verfolgen. Bei ihrer ſchlechten Bewaffnung würden ſie jedoch in einem offenen Kampf wenig ausrichten. Die Volksbewaffnung wird in der Pfalz mit allem Eifer und in ausgedehnteſtem Maße getrieben. Unter den Frauen ſieht man viel traurige Geſichter. Neuſtadt iſt ebenfalls nach allen Seiten verbarrikadirt. So kann der Belagerungszuſtand für die Pfalz ſchwerlich lange mehr ausbleiben.

Vormittags 11 Uhr war die Eiſenbahn wieder ſo weit hergeſtellt, daß von Ludwigshafen bis Haßlach gefahren werden konnte. Auf einem außerordentlichen Bahnzuge wurden mehrere Deputirte der Linken von Frankfurt befördert, die nach Kaiserslautern zu dem Landesvertheidigungsausſchuß eilten. Indeß bleiben die regelmäßigen Fahrten bis auf Weiteres ausgeſetzt.

Dresden, 6. Mai. Die Leipziger Ztg. enthält die folgende amtliche Nachricht: Se. Königl. Maj. haben den zeither im Miniſterium des Innern angeſtellten Regierungsrath Richard Freiherrn v. Frieſen unter Ernennung zum Staatsminiſter das Departement des Miniſteriums des Innern zu übertragen geruhet.

≡ **Dresden**, 8. Mai. Vom Neumarkt aus iſt geſtern nach langem Kampfe die Moritzſtraße genommen worden; von Haus zu Haus die Wände durchbrechend, bahnten die Sapeurs den Soldaten den Weg durch die Häuſer; am längſten hielt ſich das fürſtl. Schönburg'ſche Palais mit ſeinen unermüdlichen Schützen aus dem Volke. Das Gewandhaus iſt erſtürmt worden und ſo der Eingang der Kreuzgaſſe nach der Kirche und dem Markte zu. Bei der Erſtürmung des Hotel de Saxe iſt ein Prinz v. Schwarzburg von den eindringenden Soldaten niedergeſtoßen worden. Der von Chemnitz her bekannte Böttcher wurde am Neumarkt kämpfend von einer Kugel tödtlich getroffen. Beim erſten Sturm gegen die ſchon erwähnten Hotels, wurden die zuſammenkämpfenden preußiſchen und ſächſiſchen Truppen zurückgeworfen. Es wird mit einer unbeſchreiblichen Tapferkeit gekämpft. Von der durch Kugeln ſchwer beſchädigten Gemäldegallerie, durch die Schöſſergaſſe, dringen die Truppen mit Durchbrechung der Häuſerwände nach der ſich bis jetzt ſo furchtbar haltenden Schloßgaſſe vor. Das Schloß wird von den Kämpfern der Barrikaden fortwährend beſchoſſen; die Soldaten dürfen ſich an den Fenſtern nur mit größter Vorſicht ſehen laſſen. In der Stadt Gotha ſollen es beſonders Polen ſein, die da ſchießen. Freiberger Bergleute haben hinter den Barrikaden tiefe Gräben gezogen, welche die vordringenden Truppen aufhalten ſollen. Engel's Reſtauration und die Sophienkirche, beides wichtige Poſitionen zum Vordringen nach der Stadt, dem Markte zu, ſind von den Truppen erſtürmt; nach der großen Brüdergaſſe und der Wilsdrufergaſſe wird nun der Kampf von Haus zu Haus gehen. Geſtern ward beſtimmt, daß die Stadt durch die Truppen von allen Seiten cernirt werden ſoll; werden aber die Soldaten ausreichen? und ſind nicht Angriffe im Rücken von den vielen verſammelten Kämpfern in den Vorſtädten, namentlich der Wilsdrufer und Pirna'ſchen wie von Friederichsſtadt aus zu befürchten? Dieſe letztere, durch die Weiſeritz von der eigentlichen Stadt getrennt, iſt auch durch Barrikaden ſtark geſchützt; große Zuzüge vom Lande haben ſich dort zur Hilfe des Volkes verſammelt. Allerdings ſind mehrere Kanonen nach jener Richtung aufgeſtellt. Die Pulvermühle außerhalb der Wilsdrufer Vorſtadt iſt in den Händen des Volkes. Die nach Dresden führenden Eiſenbahnen ſind an vielen Stellen aufgeriſſen, darum kommt die preußiſche Hülfe nur langſam an. Geſtern Mittag war es das zweite Bataillon vom Alexander-Regiment, das einrückte; noch erwartet man eine Batterie ſchweren Geſchützes und das dritte Bataillon. Nachrichten oder gar Zeitungen von außen kommen uns gar nicht zu; wir wiſſen bei alle dem Jammer, den wir ſehen, nicht, wie es in der Welt zugeht.

*) Die Allg. Ztg. gibt als Urſache des Rücktritts neben der obenerwähnten noch den vom Kriegsminiſter einſeitig erlaſſenen unmittelbar nachher aber wieder zurückgenommenen Befehl zur Herſtellung des Heeres auf den Kriegsfuß an. Nach demſelben Blatte hätte Staatsrath Voltz die Miſſion nach der Pfalz abgelehnt.

№ 129. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 10. Mai 1849.

Ueberſicht.

Das abgetretene ſächſiſche Miniſterium.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der konſtituirenden Verſammlung vom 10. Mai.) Köln (Die demokratiſch-konſtitutionellen Vereine.) Elberfeld (Beſchlüſſe der Landwehr.) Stuttgart (Anträge in der Verfaſſungsfrage. Erklärungen Römer's.) Göttingen (Die Vereine. Die Parteien.)

Amerika. Kanada (Fortdauernde Gährung. Exzeſſe in Toronto. Ein Nationalkonvent zu Montreal. Nordamerikaniſche Freiſchaaren organiſirt. Die Entſchädigungsbill und der Generalgouverneur.) Neubraunſchweig (Die geſetzgebende Verſammlung für Einführung des Schutzzollſyſtems.) Vereinigte Staaten (Verbot der Ausfuhr ungeprägten Goldes aus Kalifornien. Schrecklicher Ausgang der Fremont'ſchen Expedition nach dem Goldbezirk. Die Sandwichinſulaner. Centraleiſenbahn durch Michigan. Der „Beamtenauskehr“. Die nordamerikaniſche Diplomatie. Der ruſſiſche Geſandte.) Venezuela (Beleidigung der nordamerikaniſchen Flagge.) Mexiko (Geldbewilligung für den Pabſt.) Braſilien (Sklavenaufſtände.)

Das abgetretene ſächſiſche Miniſterium.

✗ Die Auflöſung der ſächſiſchen Kammern iſt mit nicht geringem Anſcheine von Wahrheit in den Zuſammenhang gebracht worden, als ſei damit von der damaligen Regierung ein Widerſtreben gegen die Mahnung der Nationalverſammlung und ein Ablehnen der Anerkennung der Reichsverfaſſung ausgeſprochen geweſen. Es kann aber mit Beſtimmtheit verſichert werden, daß hiermit auf die abgetretenen drei Miniſter, alſo die Mehrheit im früheren Miniſterium, ein falſcher Schein fällt, wie ſich aus dem nachfolgenden Bericht ergeben wird.

Die Miniſter v. Ehrenſtein und Weinlig hatten von ihrem Eintritt in das Miniſterium an mit Entſchiedenheit den Plan verfolgt, die Kammern, ſobald die Gewißheit, daß ſie die Steuern nicht bewilligen wollten, da wäre, aufzulöſen, zugleich aber eine kräftige Anſprache an das Volk zu richten und noch am Tage der Auflöſung die Anerkennung der Reichsverfaſſung zu proklamiren, gerade um recht deutlich zu zeigen, daß man in dieſem Punkte die Stimme der Kammern für identiſch mit der des Volkes halte, aber auch nur in dieſem einen, da ſie im Uebrigen darauf rechneten, anders zuſammengeſetzte Kammern aus der Volkswahl hervorgehen zu ſehen. Es war ſo dem Könige ein Moment freier Entſchließung gegeben, der ſo benutzt, eine äußerſt günſtige Wirkung machen mußte. Unter dem Eindruck der Anerkennung ſollten die neuen Wahlen angeordnet werden, und es war wohl keine falſche Rechnung der Miniſter, daß die Wahlen durchaus nicht zu Gunſten der alte Regierung hindernden äußerſten Linken ausfallen würden. Durch die Anerkennung der Reichsverfaſſung wäre auch jede Mißdeutung wegen der Auflöſung der Kammern beſeitigt worden, ein Zuſammenhang mit den Vorgängen in Berlin und Hannover, ein Widerſtreben gegen die Frankfurter Beſchlüſſe hätte gar nicht vermuthet werden können. Indeſſen hatten der König und die diſſentirenden Miniſter ſich weder für noch gegen die Anerkennung mit Beſtimmtheit ausgeſprochen, man wollte abwarten, ob nicht die Nationalverſammlung ſich noch zur Unterhandlung mit Preußen entſchließen würde. Die Miniſter Held, v. Ehrenſtein und Weinlig, denen bekannt geworden war, daß das Gegentheil noch am Tage der Auflöſung durch den Reichskommiſſar v. Watzdorf in Dresden erklärt werden würde, verließen ſich auf die beſtimmte Erfahrung, daß der König erſt im letzten Moment nachzugeben pflegt, und hatten daher die Proklamation, welche die Anerkennung der Reichsverfaſſung ausſprechen ſollte, ſchon entworfen, und die Druckerei war auf den in der Nacht zum erſten Mai zu bewirkenden Druck angewieſen. Der Miniſter Weinlig hatte bereits am 28. April dem Könige in einem ſchriftlichen Exposé und in mehrſtündiger Unterredung ſeine Anſicht auseinandergeſetzt und ſein Bleiben im Miniſterium von Anerkennung der Reichsverfaſſung abhängig gemacht, und dieſer Erklärung mit eventuellem Entlaſſungsgeſuch ſchloſſen ſich am 30. April früh von Ehrenſtein und Held an. Man kann den drei Miniſtern den Vorwurf machen, daß ſie mit zu großer Sicherheit dem Erfolge ihres Schrittes entgegengeſehen haben, aber man wird ihnen dieſen Fehler nicht zu hoch anrechnen, wenn man bedenkt, daß ihre Rechnung gut und richtig geweſen wäre ohne den Eingang der preußiſchen Nachrichten, welche die beiden andern Miniſter von Beuſt und Rabenhorſt in ihrer Anſicht beſtärkten und den König plötzlich zu einer feſten der Anerkennung ungünſtigen Haltung brachten. Als nun auch v. Watzdorfs Vorſtellungen nichts fruchteten, ſahen ſich die drei Miniſter in dem Falle, die definitive Genehmigung ihres Austritts fordern zu müſſen, und ſo ſcheiterte zum Schaden des Landes ein Plan, der, das unerwartete Einwirken Preußens abgerechnet, ganz richtig kombinirt war, deſſen Gelingen einen entſchiedenen Sieg der gemäßigten Fortſchrittspartei in Sachſen herbeigeführt haben und für Deutſchland ein wichtiger Schritt zum Heile geweſen ſein würde. Bei dieſem unglücklichen Ausgange erſchien freilich die Kammerauflöſung nur als eine Nachahmung von Berlin und Hannover, und dieſen Eindruck machte die Sache auch in Sachſen zum Vortheil der Kammern und zum Nachtheil der Regierung. Seit man aber den wahren Verlauf kennt, kann man den Miniſtern Held, Weinlig und v. Ehrenſtein wohl einen Rechnungsfehler vorwerfen, aber man wird ſie gewiß als deutſche Ehrenmänner gelten laſſen.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 7. Mai. (Schluß.) Mit dem dritten Abſchnitt des Verfaſſungsentwurfs: „Von den Staatsgewalten“, beginnt die Reihe der großen Prinzipienfragen, welche den kleinen Freiſtaat in zwei Lager theilen, und wenn auch von verſchiedenen Seiten der Verſuch gemacht wurde, dieſe Fragen heute noch zu umgehen, es brach ſich bald die Ueberzeugung Bahn, daß ſchon der erſte Artikel dieſes Abſchnittes, in der geſetzgebenden Gewalt über Ein- oder Zweikammerſyſtem, in der vollziehenden Gewalt darüber entſcheide, ob Kollegialſyſtem oder nicht. Art. 56 des Entwurfs lautet: „Die Ausübung der geſetzgebenden Gewalt iſt dem Volksrathe, die der vollziehenden Gewalt dem Regierungsrathe, die der richterlichen Gewalt den Gerichten übertragen.“ Ein Minderheitserachten des Herrn Dr. Binding beantragt ſtatt deſſen: „Die der vollziehenden Gewalt einem Präſidenten“, und um die ganze Prinzipienfrage hier ſchon zur Entſcheidung zu bringen, nahm Herr Dr. Hoffmann einen Theil jenes Minderheitserachtens ſchon in dieſen Artikel herüber und ſtellte den Antrag, den erſten Satz deſſelben ſo zu amendiren: „Die Ausübung der geſetzgebenden Gewalt iſt gemeinſchaftlich dem großen und kleinen Volksrathe zu übertragen.“ Es kann natürlich nicht unſere Abſicht ſein, den ſämmtlichen Gründen und Gegengründen in einer Frage zu folgen, welcher kaum noch eine neue Seite abzugewinnen iſt: wir werden uns begnügen, den Gang der Debatte im Allgemeinen zu bezeichnen. Hr. Dr. Binding eröffnete die Diskuſſion. Es ſcheint uns ein Fehler, daß die Partei, deren Ausdruck, im Großen und Ganzen genommen, das Minderheits-Erachten deſſelben iſt, gerade dieſes Mitglied im Kampfe voranſtellt oder ſein Voranſtellen nicht, vi, clam oder precario, verhindert hat: Hr. Dr. Binding iſt ein ſehr wohlmeinender und ſehr unterrichteter Mann, aber ſein weitſchweifiger Vortrag, durch das Organ des Redners eben nicht gehoben, gehört zu dem ſchlimmſten Genre aller Vorträge, zu dem langweiligen. Hr. Dr. J. Friedleben hätte ſich die vornehme Geringſchätzung erſparen können, mit welcher er auf die Gründe des eben genannten Abgeordneten herabblickte, denn Gründe und gute Gründe führte derſelbe in der That wenigſtens für einen Theil ſeines Antrags an: ein Lichtpunkt ſeiner Rede war namentlich der, wo er von der Natur des Veto ſprach, als eines unausreichlichen rein negativen Surrogats für das poſitivſchaffende Zweikammerſyſtem; nicht ohne Wärme und Nachdruck wies er ferner darauf hin, wie der Entwurf ausſchließlich das bewegende, drängende Element im Staate zur Geltung gebracht, dem ruhenden und erhaltenden dagegen nicht die mindeſte Rechnung getragen habe; er erinnerte endlich mit Glück daran, daß alle Völker, welche ſchon ſeit Jahrhunderten die Freiheit beſäßen, das Zweikammerſyſtem als die feſteſte Stütze derſelben betrachteten und daß neuerdings von den freien Städten Deutſchlands auch Bremen dieſem Syſtem gehuldigt, welches ohnehin in Frankfurt kein neues zu nennen ſei. Das Alles, wie geſagt, war vortrefflich, aber das Alles ſchwamm in einer ſolchen Atmoſphäre von Langweile, daß der Eindruck ein entſchieden ungünſtiger war. Herr Dr. Braunfels ſprach mit großem Nachdruck, wie gewöhnlich, lauter geſcheite Sachen, aber diesmal Sachen, die kein Menſch bezweifelt hatte und bezweifeln konnte. Herr Dr. Thomas, der perſönliche Feind der preußiſchen Gensdarmen, ſprach mit noch größerem Nachdruck, ebenfalls wie gewöhnlich, darunter nicht geſcheute Sachen, die ihre Spitze in dem ſtaats-

rechtlichen Orakelſpruch erreichten: „Das Zweikammerſyſtem iſt ſeit dem Jahre 1848 in Deutſchland zur Unmöglichkeit geworden und wo es noch beſteht, eine Anomalie: das Zweikammerſyſtem iſt nur in Föderativſtaaten möglich.“ Hr. Schöff Souchay führte die Debatte, die ſich abwechſelnd in Belgien, England und Amerika bewegte, nach Frankfurt und den eigenthümlichen Verhältniſſen Frankfurts zurück, begnügte ſich aber einſtweilen, als dieſen Verhältniſſen nicht entſprechend und für den verfaſſungsmäßig ihm zugetheilten Wirkungskreis nicht genügend, ſich gegen einen einzigen Präſidenten auszuſprechen. Hr. Dr. A. Friedleben ſtellte ſich abermals auf den Boden der Neuzeit, von welchem herab er abwechſelnd mitleidig auf die politiſche Unreife von Norddeutſchland herabſchaute und durch einige ſehr wenig witzige Witze und ſehr grobe Grobheiten die Bewunderer dieſer gediegenen deutſchen Natur von Neuem hinriß; dann nahm Herr Dr. Reinganum das Wort. Man merkt es Herrn Dr. Reinganum an, daß er auf dem betretenen Gebiete nicht heimiſch iſt, aber ſeinem Talent gelingt es auch hier, ſich Erfolge zu erringen, obgleich ſein Vortrag mehr eine geiſtreiche und unterhaltende Moſaik als ein gediegenes Erfaſſen und Durchdringen des Gegenſtandes war. Er ſprach bunt durcheinander für Alles und gegen Alles. Herr Dr. Binding hatte in dem Entwurf namentlich auch die Gefahr begründet gefunden, welche jedem zu demokratiſchen Staate drohe, die Gefahr, daß augenblickliche Stimmungen den Ausſchlag geben könnten und die Wirkſamkeit des Volksrathes nicht ein Ausdruck der geſammten Bürgerſchaft, ſondern nur der herrſchenden Partei ſein möchten. Herr Dr. Reinganum nennt es dagegen die Berechtigung der herrſchenden Partei, in allen ſchwebenden Fragen die Entſcheidung zu geben, und er kennt keinen zu demokratiſchen Staat: er will ungehinderte Bewegung „ohne Korſetten, Korrektive und Elixire“, er hat „viele Throne ſchwanken ſehen, aber nicht einen einzigen Schweizer Kanton.“ Eine erſte Kammer hat für ihn nur dann Sinn, wenn ſie eine Ariſtokratie iſt: „und ſoll jetzt — fragte der Redner mit einem kühnen Sprunge — die Ariſtokratie verfaſſungsmäßig werden in Frankfurt?“ Werden zwei Kammern anders beſchließen, als eine einzige, wenn beide ganz nach denſelben Grundſätzen gewählt werden? Man könnte einen Cenſus für die erſte Kammer vorſchlagen, aber ein Cenſus für die Ausübung politiſcher Rechte wäre eine „Niederträchtigkeit“; man könnte das Erforderniß eines höheren Alters aufſtellen, aber gerade die älteren Männer ſind das „bewegliche, drängende“ Element, denn ſie „ſehen in eine Zeit voll Gräuel zurück“, die nimmer wiederkehren darf. Das Beiſpiel Bremens endlich gilt ihm Nichts: „unſere Schweſterſtädte ſind ganz brave Städte, aber in politiſchen Dingen können wir Nichts von ihnen lernen. Ein Mann, der um Deutſchland viele Verdienſte haben ſoll, hat durch ſich und ſeine Vetterſchaft Bremen immer unter der Zange gehabt und, nach der neuen Verfaſſung zu urtheilen, iſt es noch nicht aus der Zange heraus.“ Die ohne Zweifel bedeutendſten Vorträge bildeten den Schluß der Sitzung. Zunächſt Hr. Dr. Süpf für den Entwurf. Er folgte in einem eben ſo gründlichen als anſprechenden Vortrage den Rednern, welche ſich für das Zweikammerſyſtem auf die bewährten Vorzüge deſſelben in andern freien Staaten bezogen und wies nach, daß dieſe Vorzüge theils höchſt zweifelhaft, theils durch die eigenthümlichen Verhältniſſe jener Staaten gegeben und begründet ſeien. Eine erſte Kammer in Frankfurt könne keine andere ſein, als eine durch einen Cenſus bedingte: werde aber wohl irgend ein Reicher in Frankfurt den Muth haben, ſich in eine ſolche Kammer zu ſetzen? In allen materiellen und Geldfragen könne man jedoch ſicher darauf rechnen, daß alle Parteien, ohne Unterſchied der Farbe, mit der größten Vorſicht und Beſonnenheit zu Werke gehen würden, und was die übrigen Fragen angehe, welche zur Verhandlung kommen könnten, ſo möge man doch die kleinen Verhältniſſe des Freiſtaats nicht überſchätzen: die meiſten dieſer Fragen ſeien der Mühe einer Berathung in zwei Kammern gar nicht werth. Eben ſo gediegen und mit noch größerer Wärme ſprach aber Herr Dr. Burkard für das Zweikammerſyſtem, welches in der Geſetzgebung dieſelbe Berechtigung anzuſprechen habe, wie der Inſtanzenzug in der Rechtſprechung und welches allein die Schaffung eines ruhenden und erhaltenden Elementes geſtatte. Der Menſch, ſo lange er geht, iſt geſund, hatte Herr Dr. Reinganum geſagt und mit dieſem Spruche gegen die Nothwendigkeit einer erhaltenden Beimiſchung argumentirt. Der Menſch, wiederte Herr Dr. Burkard darauf, geht nicht immer, er ruht auch, und ohne dieſe Ruhe geht er zu Grunde. Der Redner hat übrigens in beredten und kräftigen Worten, daß man die gegenwärtige Frage nicht von einem vorgefaßten Parteiſtandpunkte auffaſſen möge: „die Aufgabe des Staates kann es nicht ſein, irgend ein beſtimmtes Syſtem durchzuführen; das Syſtem muß für den Staat zugeſchnitten werden, nicht der Staat für das Syſtem.“

Köln, 7. Mai. Geſtern hatten ſich die Abgeordneten der demokratiſch-konſtitutionellen Vereine Rheinlands und Weſtphalens in Deutz zu einem Kongreſſe verſammelt, um über ihre Stellung zur deutſchen Reichsverſammlung zu berathen. Mit einer an Einſtimmigkeit gränzenden Majorität wurden folgende Beſchlüſſe gefaßt:

1) Die deutſche Reichsverfaſſung, wie ſie am 28. März d. J. verkündigt worden, erkennt der Kongreß als für ganz Deutſchland rechtsgültiges Grundgeſetz an; 2) es ſoll eine Adreſſe an die verfaſſunggebende Nationalverſammlung ſofort abgeſandt werden, um derſelben die Indignation über die-malten Beſchlüſſe vom 4. d. M. auszudrücken und ſie aufzufordern, energiſche Maßregeln im Sinne des Vogt'ſchen Antrages zu faſſen, indem der Kongreß die Ueberzeugung hegt, daß die nach Inhalt deſſelben zu faſſenden Beſchlüſſe von der Mehrheit des deutſchen Volkes mit Begeiſterung aufgenommen werden, und vorzugsweiſe geeignet ſeien, das zu erſtrebende Ziel, die Durchführung der Reichsverfaſſung, zu erreichen; 3) eine Anſprache an das Volk ſoll ergehen, um daſſelbe aufzufordern, die Reichsverfaſſung anzuerkennen und zur kräftigen Durchführung derſelben mitzuwirken; 4) der Verband der Vereine ſchließt ſich in ſeiner Geſammtheit dem Märzvereine zu Frankfurt am Main an, um zur Vollziehung der für die Durchführung der Reichsverfaſſung zu beſchließenden Maßregeln einen Centralpunkt zu erlangen. (K. Z.)

Elberfeld. In der Generalverſammlung der Elberfelder Landwehr am 3. Mai d. J. erkannten alle Anweſenden, Landwehrmänner und Reſerviſten, daß nur das innigſte Zuſammenhalten Aller die der Freiheit und dem deutſchen Vaterlande drohende Gefahr abwenden könne, und ernannten deshalb ein Komite, beſtehend aus den Wehrmännern Hillmann, Pothmann, Kirberg, Leuſer und Joni zur Entwerfung proviſoriſcher Satzungen, welche das brüderliche Band knüpfen und als maßgebende Richtſchnur dienen ſollen. Dieſelben haben nun die nachſtehenden Satzungen berathen und vorläufig feſtgeſetzt:

Satzungen.

1) Zur Landwehr gehört jeder Reſerviſt, die Landwehr des erſten und zweiten Aufgebots, des Landſturms, Train und die Veteranen. 2) Die Landwehr tritt zuſammen, wenn eins oder mehrere ihrer Mitglieder eingefordert, wegen politiſcher Handlungen angeklagt oder beſtraft wird. 3) Die Abladung hierzu geſchieht durch die Unteroffiziere, Preſſe ꝛc. 4) Die Landwehr folgt dem Rufe der Nationalverſammlung in Frankfurt. 5) Zum organiſchen Verbande wird alljährlich ein Generalappell anberaumt, die Betheiligten werden in Züge eingetheilt, die ihre Führer aus ſich wählen; das Ganze wählt einen Hauptmann, einen Adjutanten und einen Fähndrich. 6) Sollte ein plötzlicher Appell nöthig ſein, was der Hauptmann oder 2 Zugführer oder 4 Unteroffiziere beſtimmen, ſo haben auf dem Appell die Chargirten die nöthigen Anordnungen und Geſchäfte zu leiten. Jeder Wehrmann tritt ſofort in ſeinen Zug, um die gefaßten Beſchlüſſe möglichſt ſchnell zur Ausführung zu bringen. Zuſatz zu Art. 2. Wird eines dieſer Mitglieder wegen politiſcher Handlungen eingezogen, ſo ſorgen die übrigen Landwehrmänner für die hinterbliebene Familie. Zuſatz. Sollte der Fall eintreten, daß es nöthig erſcheint, die Waffen mitzubringen, ſo haben es die Chargirten ebenfalls mitzutheilen. 7) Die anvertrauten Waffen gibt die Landwehr unter keiner Bedingung zurück.

Dieſes haben am 6. Mai d. J. auf der Wilhelms-Höhe zu Elberfeld die Deputationen von Schwelm, Hagen, Ronsdorf, Lüttringhauſen, Lennep, Hückeswagen, Solingen, Neuß, Dortmund, Eſſen, Mülheim a. d. Ruhr ebenfalls einſtimmig beſchloſſen. Der heute (am 6. Mai) formulirte Beſchluß ſämmtlicher Landwehrmänner und der anweſenden Deputationen lautet wie folgt:

Die Landwehr u. ſ. w. tritt nicht auf die geſchehene Aufforderung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel und Konſorten ein, weil ſie nach dem Geſetze von 1815 und 1816 keine Gefahr fürs Vaterland zu erkennen vermag, vielmehr erſt wiſſen will, gegen welchen Feind ſie die Waffen ergreifen ſoll. Aus dieſem Grunde erkennt ſie jede Aufforderung für ungültig und wartet den Befehl der Vertreter des Vaterlandes in Frankfurt a. M. ab, wird ſich aber auch jeder bewaffneten Abführung ihrer Mitglieder widerſetzen und ihre verbündeten Vereine darin unterſtützen, ſo wie auch jede Unterſtützung von allen verbündeten Vereinen zugeſagt worden. Das Komite der Elberfelder Landwehr im Einverſtändniß mit den benachbarten Deputirten. (Köln. Ztg.)

** **Stuttgart**, 8. Mai. Es wurde auch in der Deutſchen Zeitung kürzlich über Erklärungen unſeres Staatsraths Römer über das Verhältniß Würtembergs zur Nationalverſammlung und ihren Beſchlüſſen berichtet, Erklärungen welche, wie man in der Kammer von einigen unſerer in Frankfurt geweſenen Abgeordneten heute erfuhr, dort mißverſtanden und in ſchiefem Sinne gedeutet wurden. Anträge, welche in der deutſchen Frage heute von Schnizer in der Kammer geſtellt wurden, veranlaßten Römer zu einer Reihe von Erklärungen und Mittheilungen, welche für unſere

Stellung von Bedeutung ſind. In der Eröffnungsrede beim Beginn des Landtags ſei lediglich von den verfaſſunggebenden Beſchlüſſen der Nationalverſammlung die Rede geweſen. Wenn Würtemberg nun die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung als bindend anerkenne, ſo ſeien es damit nicht die Beſchlüſſe eines ſogenannten Rumpfparlaments, das blos aus einzelnen Vertretern und nicht im Sinne der Reichsverfaſſung beſtehe. Die Bewegungen in Sachſen und der Pfalz betreffend genüge es, wenn Würtemberg in dieſer Beziehung allen Anordnungen der Centralgewalt Folge zu leiſten erkläre; eine andere Erklärung wiſſe er nicht zu geben, allein und ſelbſtſtändig z. B. gegen durchmarſchirende bairiſche Truppen könne Würtemberg nicht handeln. Von der Centralgewalt iſt, ſo verkündete Römer, der Befehl gegeben worden, 2 Bataillone Würtemberger aus dem badiſchen Oberland nach Frankfurt zum Schutz der Nationalverſammlung zu ſenden; dieſer Befehl wird vollzogen werden. Die letzte preußiſche Aufforderung exiſtirt für Würtemberg nicht; es iſt von Preußen aufgefordert worden, an einem Fürſtenkongreß Antheil zu nehmen, hat aber erwiedert, dieſer Einladung keine Folge zu geben, da Würtemberg ſich der Reichsverfaſſung unterworfen habe. Bereits iſt hiernach der würtembergiſche Geſandte in Frankfurt inſtruirt. In Betreff ſeiner früheren Erklärung über die Nichtverbindlichkeit der Beſchlüſſe eines „Rumpfparlaments" erläuterte Römer, daß er ein ſolches nicht etwa dann annehme, wenn einzelne Regierungen ihre Abgeordneten aus Frankfurt abberufen, dieſe aber nicht gehen, da keine Regierung ein Recht habe, die vom Volk gewählten Abgeordneten abzuberufen. Wenn nur die verſchiedenen Völkerſtämme Deutſchlands in der Paulskirche vertreten ſeien, ſo beſtehe dort ein Parlament; nicht aber wenn z. B. alle Preußen, Hannoveraner, Baiern fehlen, und blos noch Würtemberger und Badener zurückbleiben; man müſſe übrigens ſeine Erklärung von neulich cum grano salis verſtehen. Die Zahl 150, welche jüngſt die Nationalverſammlung feſtgeſetzt, ſei lediglich Sache der Geſchäftsordnung. Die Erklärungen Römers wurden allſeitig als befriedigend und die Mißverſtändniſſe, welche über ſeine jüngſten Aeußerungen beſtehen konnten, beſeitigend aufgefaßt. Die Anträge endlich, welche die Verhandlung veranlaßten, wurden dem Fünfzehnerausſchuß überwieſen, und werden wohl ſchon morgen berathen werden. Sie gehen auf eine Aufforderung an die Centralgewalt, ſie möge die Einſchreitungen von Einzelſtaaten gegen die Verfaſſungsbewegung in andern ohne Befehl der Centralgewalt nicht dulden, die Regierung möge der Centralgewalt die würtembergiſchen Streitkräfte zum Schutz der legalen Volksbewegungen zur Verfügung ſtellen, die Regierung möge auf eigene Verantwortung den Durchmarſch anderer als Reichstruppen durch Würtemberg nach Rheinbaiern nicht dulden. Die jüngſten Nachrichten vom Einmarſch der Preußen in Sachſen werden mit allſeitiger Trauer aufgenommen.

♃ **Göttingen, 7. Mai.** Die Politik der Reichsverſammlung, das Volk der Einzelſtaaten wirken zu laſſen für die Anerkennung der Reichsverfaſſung Seitens der Regierungen derſelben, bewährt ſich bis jetzt vollkommen. Ich will abſehen von dem Erfolge, den dieſe Politik ſchon in Würtemberg blutlos errungen hat, und nur das hervorheben, daß in Folge derſelben alle Theile des Volks wieder auf einen Punkt konzentrirt werden, und dadurch die Willenseinheit wieder hergeſtellt wird, von der die Märzbewegung des vorigen Jahres ihren Ausgangspunkt nahm. Beſonders deutlich hat ſich dies auch in unſerem Göttingen gezeigt. Nächſt Hildesheim war Göttingen im verwichenen Herbſt wohl diejenige Stadt des Königreichs, die am Meiſten Terrain bot für die Wühlereien. Nur mit Mühe war es gelungen, einen konſtitutionellen Verein, der in Uebereinſtimmung mit dem deutſchen Vereine in Leipzig für die Sache der deutſchen Einheit wirkte, zu gründen. Wie wenig Anhang dieſer Verein im Anfange des Jahres beſaß, zeigte ſich bei den Wahlen zur letzten Ständeverſammlung, wobei die Wahlmänner der konſtitutionellen Partei in keinem der 12 Bezirke der Stadt durchgingen. Damals wurde einhellig gewählt der Dr. Elliſſen, deſſen Deviſe „erſt die Freiheit, dann die Einheit" lautete. Nur der undeutſchen Politik Stüves iſt es zu danken, daß auch ſolche Männer zu Vorkämpfern der deutſchen Sache wurden, während der Prof. Briegleb und der Paſtor Sander, beide Mitglieder des konſtitutionellen Klubs, in der erſten Kammer die Grundſätze verleugneten, welche ſie durch Unterſchrift der Statuten jenes Vereins bekannt hatten. Was für Leute von ächt patriotiſcher Geſinnung von der Bürgerſchaft Göttingens nie zu erwarten geweſen wäre, daß ſie ſich entſchieden und thatkräftig für die von der Reichsverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung erklären würde, das hat ſie jetzt gethan. Die Volksverſammlung, ſonſt nur ein Heerd für die ſozialiſtiſchen Aufklärungsverſuche einiger Studenten, der Bürgerverein unter dem Präſidio des Prof. Stern, der konſtitutionelle Verein, endlich eine von beiden letztern Vereinen gemeinſchaftlich im Theater abgehaltene Urwählerverſammlung, die von reichlich drei Vierteln der hieſigen Urwähler beſucht geweſen ſein mag, haben ſich auf das Entſchiedenſte für die Reichsverfaſſung erklärt. Magiſtrat und Bürgervorſteherkollegium ſind nicht zurückgeblieben. Magiſtrat und Bürgervorſteherkollegium haben 4 Mitglieder aus ihrer Mitte, die Urwählerverſammlung 12 Bürger, einen aus jedem Bezirke, nach Hannover entſendet, um bei dem Könige die Anerkennung der Reichsverfaſſung zu bewirken. Dieſer Deputation haben ſich noch ungefähr 100 Einwohner angeſchloſſen, um am 7. mit den verabredeten Maſſenzuzügen aus andern Gegenden des Königreichs in Hannover einzutreffen. Jene Deputation hat den ungetheilten Beifall aller Gutgeſinnten. Sie iſt in Wahrheit der legitime Ausdruck des Willens der Einwohnerſchaft Göttingens. Wir würden es gleich beklagen, wenn die Regierung ſich nicht überzeugen ſollte, und mit Gewalt die Aufregung niederhielte, als wenn die Volksſtimme ſich ſelbſt nur durch Gewalt Geltung verſchaffte.

Rechnet man die Männer der Juſtizkanzlei, und etwa die Hälfte der Lehrer der Univerſität ab, ſo iſt keine Stimme in Göttingen, die es wagte, ſich für die Oktroyirungsgelüſte der königlichen Regierungen Deutſchlands zu erheben. Traurig fürwahr iſt es, daß die Männer der Wiſſenſchaft ſo wenig Charakter beweiſen. Die Göttinger Profeſſoren empfingen neulich von der Hannover'ſchen Zeitung das zweideutige Lob, ſie ſeien von ihrem Märzrauſche zurückgekommen, mit der für Herrn Prof. Zachariae in Frankfurt höchſt ehrenvollen Bemerkung, daß er alle Sympathieen bei ſeinen Kollegen verſcherzt habe.

Amerika.

* **Kanada.** Die Gährung in Oberkanada iſt den neueſten mit dem Dampfſchiff Hermann in England eingetroffenen Nachrichten zufolge eher im Steigen als in der Abnahme begriffen. Nachdem in Toronto (das, wie bereits gemeldet, ſeitdem zum größten Theil in Flammen aufging), am 22. März bekannt wurde, daß das kanadiſche Oberhaus die der engliſchen Bevölkerung von Oberkanada ſo anſtößige Entſchädigungsbill mit vier Stimmen Mehrheit angenommen, verbrannte man ſofort drei von den Hauptunterſtützern der Bill in effigie und beging zugleich andern Unfug, der mit ſolchen Exceſſen verbunden zu ſein pflegt. Der Generalgouverneur, Lord Elgin, wurde ſelbſt perſönlich im Theater inſultirt. Ein Bericht im „Standard" ſagt geradezu, daß wenn Lord Elgin die Bill beſtätige, es mit ſeiner Regierung aus ſei. In Montreal hat ſich ein aus Abgeordneten aller britiſchen Kolonien zuſammengeſetzter Nationalkonvent gebildet, welcher den Anſpruch darauf macht, als eigentliches Parlament zu gelten. Um die Verwirrung vollſtändig zu machen, beſteht noch eine britiſche League, deren in einem Manifeſt offen ausgeſprochener Zweck es iſt, Unterkanada zu entfranzöſiren. Die Irländer in den Vereinigten Staaten, namentlich die im vergangenen Jahre flüchtig gewordenen iriſchen „Patrioten", ſind bereits mit der Organiſation von Freiſchaaren beſchäftigt, zu welchem Zwecke man Offiziere, die im mexikaniſchen Kriege die nordamerikaniſchen Freiſchaaren befehligten, in Sold genommen hat. Die Ausgaben beſtreitet man zum Theil aus den Fonds, die von den für den verunglückten iriſchen Aufſtand vorigen Jahres geſammelten Beiträgen übrig geblieben ſind. Freilich muß man abwarten, ob der iriſche Wind diesmal einen wirklichen Sturm anzufachen im Stande ſein wird. Dem protektioniſtiſchen „Standard" zufolge iſt der kanadiſche Tarif in beiden Häuſern ſowohl in ſeinem Prinzip wie in den Einzelbeſtimmungen ſo verändert worden, daß er ſich aus einem freihändleriſchen faſt in einen ſchutzzöllneriſchen verwandelt hat.

* **Neu-Braunſchweig.** Der „Standard" berichtet von hier mit Vergnügen, daß dieſe Kolonie unter allen britiſchen Kolonien zuerſt ſich durch ihre geſetzgebende Verſammlung für Einführung des Schutzzollſyſtems, als das einzige Mittel, den geſunkenen Wohlſtand der Provinz zu heben, ausgeſprochen hat.

* **Vereinigte Staaten.** Der „Globe" entnimmt einem Privatſchreiben aus Mazatlan folgende Stelle: „Der Gouverneur von Kalifornien, General Smith, traf auf ſeinem Wege nach San Francisco hier ein; nach ſeiner Ankunft hat er eine Art Proklamation erlaſſen, worin er anzeigt, daß er fortan den Ausländern nicht geſtatte, in Kalifornien Gold zu ſammeln.

Dieſes eine Beiſpiel beweiſt, daß er von der Ausdehnung der Placeres und von der Zahl der Fremden in jener Gegend keine Kenntniß hat. Eben ſo gut vermöchte er den Lauf des Sacramento zu ändern. Er wird ſich davon bei ſeiner Ankunft ſchon überzeugen und von allen ſolchen illiberalen und thörichten Vorſätzen abſtehen. Die amerikaniſche Regierung iſt willens, in Kalifornien eine Münze zu errichten und die Ausfuhr ungeprägten Goldes zu verbieten." Die Zahl der Schiffe, welche aus Häfen der Vereinigten Staaten nach Kalifornien abgegangen ſind, beträgt 270, mit 17,341 Paſſagieren, wovon zwei Drittheile den Weg um das Cap Horn wählten.

Die nordamerikaniſchen Blätter enthalten traurige Berichte über den Ausgang einer vom Oberſten Fremont nach Kalifornien unternommenen Expedition, welche, nachdem ſie unterwegs in den Schlüften und Schneelagern der Rocky Mountains das Härteſte erduldet, unverrichteter Sache nach Taos in Neu-Mexiko zurückkehrte. Bei einem Schneeſturm, welcher den Zug in dem genannten Gebirge überfiel, gingen mehr als 100 Maulthiere zu Grunde. Aber auch mehrere von den theilnehmenden Perſonen kamen vor Froſt und Hunger um. Ein Brief des Engländers Cathcart, welcher an dieſem verunglückten Zuge theilnahm, lautet: „Taos in Neu-Mexiko den 10. Febr. Nachdem ich ſeit dem 16. Dezbr. jedes ſchrecklichſte Leid ausgeſtanden, traf ich am heutigen Tage hier ein, einer der Ueberlebenden von Fremonts unglücklicher Expedition. Wir verloren alle unſere Thiere (107 Maulthiere) in den tiefen Schneelagern der Gebirge. Da keine Hilfe kam, nach der wir ausgeſandt, verließen die Letzten, 22 Perſonen, das Lager am Rio del Norte, halbverhungert. Dies geſchah am 16. Januar; 10 von uns ſtarben am 24. d. den ſchrecklichſten aller Tode, den Hungertod. Welche Sterbeſcenen mußte ich mit anſehen! Aber Gott ſei Dank! die Gnade Gottes erhielt mich, während kräftigere Naturen unterlagen. Ich bin ein vollkommenes Gerippe, von Schnee faſt erblindet, kaum fähig, mich aufrecht zu halten. Grüße N. P. und A. Was werden ſie ſagen, daß ich Wochenlang von Leder und dergleichen lebte, und dann Tagelang gar keine Nahrung hatte." Zuletzt erzählt der Verfaſſer das ſchauderhafte Faktum, daß mehrere der Ueberlebenden das Fleiſch ihrer geſtorbenen Kameraden verſpeiſt hätten!

Ein Trupp von Cabets Ikariern, etwa 350 Perſonen, will ſich in Iowa niederlaſſen, wo ſie einen bedeutenden Strich Landes am Fort Madiſon, nahe bei der Verbindung des Fluſſes des Moines mit dem Miſſiſſippi, angekauft. Mehrere dieſer Ikarier ſtarben in Orleans an der Cholera; die Ueberlebenden befanden ſich jedoch bei guter Geſundheit, als ſie ihren neuen Wohnſitzen ſich näherten. Die „Poſt" enthält eine Mittheilung, wonach mehrere unternehmende Bewohner der Sandwichinſeln in Geſellſchaft nach Kalifornien gegangen ſeien, um hier Gold zu ſammeln. Sonſt ſoll die Bevölkerung dieſer Inſeln in Folge der unter ihnen wüthenden Maſern und des Keuchhuſtens immer dünner werden, und die „Poſt" ſieht ſchon die Zeit voraus, wo die Sandwichinſeln faſt ausſchließlich von Nordamerikanern bevölkert und regiert ſein werden. Die Zentraleiſenbahn quer durch Michigan, vom See Erie bis zum See Michigan, iſt jetzt vollendet; Dampfboote auf jedem See werden mit dieſer Bahn in Verbindung ſtehen, ſo daß künftig eine Reiſe von New-York nach Chicago in Illinois nur noch 3 Tage dauern wird.

Einer Newyorker Korreſpondenz der Allg. Zeitung vom 1. Mai entnehmen wir folgende charakteriſtiſche Stellen:

Noch immer iſt die Stellenvergebung (patronage) von Seite der Exekutive der Gegenſtand faſt aller unſerer auf innere Politik bezüglichen Verhandlungen und Beſprechungen, und nur wer den bisherigen Umfang des ſeit Jackſon Sitte gewordenen Beamtenauskehrs (sweeping) bei dem jedesmaligen Präſidentenwechſel kannte, vermag ſich ein Bild des allgemeinen Intereſſes an der Wiederkehr einer ſolchen Periode zu machen, wo nach neudemokratiſchen Prinzipien die „Rotation in office" zur jedesmaligen politiſchen Nothwendigkeit, zur demokratiſchen Kardinaltugend werden ſoll. Da nun General Taylor bekanntlich das Waſhington'ſche, von John Quincy Adams zuletzt befolgte Prinzip in Bezug auf Beamtenwechſel und Stellenbeſetzung wieder geltend machen will, verhältnißmäßig alſo viele Beamte in ihren Stellen verbleiben, ſo ſind diesmal die Leute der getäuſchten Hoffnungen zahlreicher als die der befürchteten Verluſte, und des Nachzählens, Aufpaſſens, Deutelns und Bekrittelns iſt kein Ende. Im diplomatiſchen Korps ſind noch immer wenig Veränderungen vorgenommen worden, doch hat man Ellsworth aus Schweden ſofort zurückberufen und ein gleiches ſteht zunächſt wohl Saunders in Madrid bevor. Der dortige Legationsſekretär Thomas Conte Reynolds, welcher Ende vorigen Jahres von ſeiner Stelle abgegangen war, hat in einem langen an den Charleſton (S. C.) Kourier gerichteten Briefe vom 21. März d. J. ergötzliche Aufſchlüſſe über die Unfähigkeit des eben nur mit ſeiner engliſchen Mutterſprache vertrauten Geſandten Saunders zu diplomatiſchen Verhandlungen gegeben, und dabei das Gerücht beſtätigt, daß letzterer Inſtruktionen erhalten habe, um wegen etwaiger Abtretung der Inſel Cuba an die Union zu unterhandeln oder wenigſtens ſich zu vergewiſſern, zugleich aber auch die Einleitung der bezüglichen Unterhandlungen ſo geſchildert, daß deren Erfolgloſigkeit als nothwendige Folge dieſer Einleitung erſcheinen muß. Im ganzen iſt der Brief des auf der Univerſität Heidelberg (wo er 1842 ſeine Inauguraldiſſertation de vera judicii juratorum origine, natura et indole hielt) juriſtiſch gebildeten Hrn. Reynolds für die amerikaniſchen diplomatiſchen Verhältniſſe ſehr bezeichnend, und es würde ſolcher Briefe kein Ende geben, wäre jeder unſerer Geſandten mit einem ſolchen secrétaire terrible beglückt, wie es Hr. Saunders war, zu deſſen diplomatiſchen Geheimniſſen der Zugang unendlich leicht geweſen ſein muß, da wenigſtens Hr. Reynolds denſelben nach Belieben benutzt zu haben andeutet. Die Unterhandlung des Hrn. Saunders mit General Narvaez, welche durch den dazu erforderten Apparat doppelter Verdolmetſchung ebenſo ſchwerfällig als erfolglos ſein mußte, iſt Hrn. Reynolds Schilderung zufolge als ein linguiſtiſch-diplomatiſches Kurioſum merkwürdig, leider aber bei einer Mehrzahl amerikaniſcher Diplomaten nicht ganz ohne Seitenſtücke. Nimmt doch unſere praktiſche Demokratie auch dieſe Sachen gar leicht, und ſcheint es ihr von dem Waſhington'ſchen Standpunkt des diplomatiſchen Verkehrs mit Europa aus ganz genügend, wenn der Abgeſandte die Sprache des Landes, in welchem er die Intereſſen der Union wahrnehmen ſoll, erſt in dieſem Lande ſelbſt lernt, ſofern er dies überhaupt für gut befindet. Am 19. März dieſes Jahres wurde der ruſſiſche Geſandte, Hr. Bodisco, mit ſeinem Geſandtſchaftsperſonal dem Präſidenten vorgeſtellt, deſſen „konſervative Tendenzen" er in ſeiner Anrede beſonders hervorhob und worauf von Taylor ſehr geeignet auf die neuen nachbarlichen Verhältniſſe am ſtillen Meere hingedeutet und gute Nachbarſchaft gewünſcht wurde. Daß die Nordamerikaner gute Nachbarſchaft halten, möchte freilich dem ruſſiſche Reiche ſehr wünſchenswerth ſein.

* Venezuela. Die früheren Berichte über Aufſtände, die in mehreren Provinzen zu Gunſten des Generals Paez ausgebrochen wären, wie über Gefechte, die ſich zum Vortheil der Aufſtändiſchen entſchieden hätten, ſcheinen ſich nicht zu beſtätigen. Wenigſtens thun neuere Nachrichten ihrer keine Erwähnung. Dagegen hieß es, daß die bei Marakaibo gefangenen Paeziſten, hierunter zwei Söhne des Paez, ſpäter ermordet worden ſeien, was jedoch hoffentlich auch nur ein aller Wahrheit entbehrendes Gerücht ſein wird. Präſident Monagas hat den Kongreß mit einer Präſidentenbotſchaft eröffnet. Die holländiſche Regierung ſoll den Wunſch ausgeſprochen haben, daß Paez ſich von Curaçoa wegbegeben möge. Vieles Aufſehen hat es in den Vereinigten Staaten erregt, daß, als ſämmtliche im Golf von Marakaibo liegenden nordamerikaniſchen Schiffe, an Waſhingtons Geburtstage (22. Febr.) ihre Flaggen aufgezogen hatten, ihnen von den venezolaniſchen Behörden befohlen wurde, ſie wieder niederzulaſſen. Der britiſche Exkonſul, der den Amerikanern zu Ehren ebenfalls ſeine Flagge aufgezogen hatte, wurde dafür mit 100 Doll. beſtraft!

* Mexiko. Die Regierung hat dem Papſte eine Summe von 25,000 Dollars bewilligt, obſchon ſie ſelbſt nicht weiß wo aus noch ein. Eine nach Kalifornien durchziehende Geſellſchaft war mit den mexikaniſchen Truppen zuſammengerathen und es ſcheint ein förmliches kleines Gefecht gegeben zu haben.

* Braſilien. Die Zeitungen von Rio Janeiro zeigen an, daß Admiral Lepredour, Befehlshaber der franzöſiſchen Flotte zu Montevideo, nach Buenos Ayres abgereiſt iſt, um die Zurückberufung der argentiniſchen Truppen aus dem Gebiet der Banda Oriental zu verlangen.

Der engliſche „Globe" meldet ganz kurz: „Ein Sklavenaufſtand iſt in Pernambuko, Rio Janeiro und Bahia ausgebrochen. Aller Handel hatte aufgehört, und die Schiffe hatten die Häfen verlaſſen."

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 130. Frankfurt a. M., Freitag 11. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die ſächſiſchen Ereigniſſe und die Reichsverſammlung.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 10. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Die verfaſſungsgebende Verſammlung vertagt ſich. Der öſterreichiſche Bevollmächtigte. Die Abgeordneten des Centrums.) Wien (Der Kaiſer in Wien. Beleuchtung. Große Parade. Antwort des Kaiſers an Gemeinderath und Deputation der Stadt Wien. Die Debrecziner Reichstagsbeſchlüſſe. Vom Kriegsſchauplatz. Vermiſchtes.) Berlin (Neue Truppenſendung. Trübe Stimmung der Truppen. Aufregung.) Köln (Bekanntmachung des Oberpräſidenten.) Elberfeld (Die Landwehr. Aufruf an alle Wehrmänner.) München (Depeſchen aus Berlin. Studentenverſammlung. Die Regierung und die Pfälzer.) Neuſtadt (Zuſtände.) Speier (Widerſtand gegen die preußiſchen Truppen.) Dresden (Kundmachungen.) Chemnitz (Unruhige Auftritte. Zuzug nach Dresden.) Hannover (Die große Deputation abgewieſen.) Weimar (Volksverſammlung.) Eiſenach (Erklärung der politiſchen Vereine. Eidesleiſtung auf die Reichsverfaſſung.) Schwerin (Die Note vom 28. April in der Kammer. Militärkonvention.) Aus Nordſchleswig (Die deutſchen Truppen.) Neumünſter (Schleswig-holſteiniſche Volksvereine.) Hoyer (Räumung von Sylt und Föhr ſeitens der Dänen.) Kiel (Bargum, Civilkommiſſär für Jütland.) Hamburg (Die Bürgerwehr für die Reichsverfaſſung.)

Großbritannien. London (Keine Spaltung im Lager der Protektioniſten.)

Frankreich. Paris (Das Verfahren des Miniſteriums gemißbilligt.)

Italien. Civita-Vechia (Die Stellung des franzöſiſchen Heeres. Die Gefechte am 30. April und 1. Mai. General Oudinot.)

Ungarn. (Die letzten Gefechte. Die Polen im ungariſchen Heer. Neues Miniſterium.)

---

10. Mai.

„O wie ſonderbar!“ ruft die Deutſche Reform aus, „am Ende muß das verſchrieene Rußland mit ſeinen barbariſchen Horden ſogar eintreten zum Schutz der europäiſchen Geſittung!“ Die Ultras, welche jetzt in Berlin am Ruder ſind, werfen bereits jede Hülle weg.

„Gelingt dieſer Sieg, fährt jenes Blatt fort, und wir zweifeln daran nicht, dann werden auch die kleinen deutſchen Staaten ſich wieder aufrichten, die im erſten Andrange natürlich übergerannt wurden. Man hat geſagt, Preußen hätte durch eine ſogleich hervortretende Entſchiedenheit, durch ſcharf geſtellte Bedingungen bei dem Antrag der Kaiſerkrone den kleinen Fürſten eine Richtung und einen Halt geben ſollen. Allein letzteres hätte ohne materielle Unterſtützung nicht wohl geſchehen können, ſie wären nur in noch härteren Konflikt mit den aufgeregten Kammern und Maſſen gerathen. Die Sache iſt ſo weit gediehen, daß ſie nur noch durch das Schwert gelöſt und entſchieden werden kann: allein wir hoffen es zu Gott, ohne großes Blutvergießen.

Dann kommt der zweite Akt, welcher die Sicherheit Deutſchlands erſt vollenden muß. Die Revolution iſt erſt geſchloſſen, der ſchwankende Boden unter unſern Füßen iſt erſt befeſtigt, wenn wir ein vernünftiges Wahlgeſetz haben. Auf dies müſſen jetzt die Augen aller Vaterlandsfreunde gerichtet ſein, und wir werden nach unſeren beſten Kräften es uns zur hauptſächlichſten Aufgabe machen, Gründen der Vernunft und Motiven der allgemeinen Wohlfahrt Gehör zu verſchaffen.“

In der nächſten Nummer wird dann aus Ariſtoteles Pol. VI, 3 und mehreren anderen Stellen bewieſen, daß das allgemeine Wahlrecht nichts tauge, und ſchließlich erklärt, „das Reineinkommen ſei die praktiſche Selbſtſchätzung.“ Ariſtoteles beweiſt freilich auch, die Sklaverei ſei eine Einrichtung der Natur und hat inſofern noch heute Recht, als es geborne Sklavenſeelen zu geben ſcheint. Jammerſchade, daß man die alten Heiden zitirt, um einen Vorwand zu bekommen, im „chriſtlichen“ Staate die öffentliche Moral mit Füßen zu treten. Denn für etwas Anderes können wir die vom preußiſchen Miniſterium beabſichtigte einſeitige Veränderung des Wahlgeſetzes nicht erachten. Soviel erhellt aus Allem, daß Gewalt jetzt vor Recht gehen ſoll, und das Berliner Miniſterium nichts dringender wünſcht, als zu offenen Gewaltmaßregeln übergehen zu können, ehe ſeine moraliſche Vernichtung vollſtändig geworden und daß ihm nichts erwünſchter iſt, als ein Vorwand dazu.

Um ſo mehr ſollten wir uns hüten, ihm einen ſolchen Vorwand, ſei es auch ein noch ſo unzulänglicher, darzubieten. Wir wünſchen, daß dieſe Betrachtung heute in der Reichsverſammlung vor Allem beachtet worden wäre. Es galt die preußiſche Einmiſchung in die ſächſiſchen Angelegenheiten. In der moraliſchen Beurtheilung der Frage ſtimmen wohl alle Unbefangenen überein. Wir gaben geſtern aus zuverläſſiger Quelle eine Darlegung der letzten Schritte der abgetretenen ſächſiſchen Miniſter. Es geht daraus hervor, daß ſelbſt die Männer, welche die ſächſiſchen Kammern auflöſten, dieſen Schritt nur unter der Vorausſetzung genehmigten, daß der König von Sachſen gleichzeitig ſeine Anerkennung der Reichsverfaſſung ausſprechen würde. Sie hofften mit Sicherheit darauf. Die Schuld, daß dieſe Hoffnung vereitelt wurde, trägt ein preußiſcher Sendling, der heimlich den König zum Widerſtande gegen die einmüthigen Wünſche ſeines Volkes aufſtachelte. Wir können es nimmermehr als ein konſtitutionelles Verfahren betrachten, daß ein König gegen einen ſo einhellig nicht bloß von beiden Kammern und von ſeinen Miniſtern, ſondern auch von ſeinem ganzen Volke und deſſen ſämmtlichen Behörden ihm vorgetragenen Wunſch auf fremde Bayonette vertrauend ein ſtarres Nein! entgegenſetzt. Das heißt die Theorie auf eine Spitze treiben, wo der konſtitutionelle Herrſcher noch weit unumſchränkter regieren würde als ein abſoluter. Bei einem ſolchen Nie poz volam! richtet das Königthum ſich ſelbſt zu Grunde. Es iſt nicht gut wohnen in einem Palaſte, welcher von fremden Truppen gegen die eigenen Unterthanen vertheidigt iſt. Das preußiſche Miniſterium trägt dieſe Verantwortlichkeit zu vielen andern. Es iſt bekannt geworden, daß dieſes Miniſterium allein auch Herrn Stüve und das hannoveriſche Miniſterium von der Anerkennung der Reichsverfaſſung zurückgehalten hat. Namentlich unſere Partei mußte durch die Nachrichten aus Sachſen aufs tiefſte betrübt und erbittert werden. Denn ſo iſt der Weg verlaſſen, der ſicher zum Ziele führte, die friedliche geſetzliche Bewegung, die moraliſche Demonſtration des ganzen Volkes. Je länger der ſtarre Widerſtand der Gewalt dauerte, um ſo mehr würde deren Nichtberechtigung hervorgetreten ſein. Jetzt iſt unſere reine Sache befleckt durch unredliche Bundesgenoſſen, durch wüſte Demagogen, durch fremde Herumtreiber und ſchlechtes Geſindel. Das beſorgten wir ſtets am meiſten. Deshalb wünſchten wir ſo ſehr jeden gewaltſamen Zuſammenſtoß zu vermeiden, wo alles hervorkommt, was ſonſt im Dunkeln ſchleicht, und die Feinde der Freiheit ſich ſofort als Beſchützer der Ordnung darzuſtellen beeifern. Ja, es iſt ein trauriger Kampf, der in Sachſen, wo der gute Bürger nach beiden Seiten ſich wehren muß. Es iſt ein wahrhaft unheiliges Beginnen, welches dieſen Kampf hervorgerufen, und den König von Sachſen im Intereſſe einer elenden dynaſtiſchen Politik mit ſeinem eigenen Volke verfeindet hat.

Doch eine ganz andere Frage iſt die formale. Der König von Sachſen ließ die preußiſche Regierung um Hilfe bitten. War die preußiſche Regierung ermächtigt, ſie ohne vorgängige Ermächtigung der Reichsgewalt zu ertheilen? Es kann das alte deutſche Staatsrecht, es kann die Gefahr im Verzuge dafür angeführt werden, und jedenfalls war es unnöthig, die nicht hinlänglich unterſuchte Frage auf eine ſo beſtimmte Weiſe, wie heute geſchehen iſt, zu enſcheiden. Allein es iſt eine bekannte Erfahrung, daß in aufgeregten Zeiten eine Verſammlung allmälig mehr links gedrängt wird. Um ſo

mehr iſt es Pflicht der Mitglieder der gemäßigten Partei, in ſo gefahrvollen Zeiten nicht von ihrem Platze zu gehen. Sie tragen keine Verantwortlichkeit, wenn ſie überſtimmt werden, aber ſie tragen eine große Verantwortlichkeit, wenn ihre Stimmen fehlen. Eine einzige fehlende Stimme kann großes Unheil über das Vaterland bringen. Möge das Jeder bedenken und treu ſeine ſchwere Pflicht erfüllen. Man kann einzelne zarte Gemüther ſchonend beurtheilen, wenn ſie wie Schmetterlinge bei den erſten fallenden Tropfen des Ungewitters verſchwunden ſind; feſten Männern ſoll das Vaterland über Alles gehen. Es iſt aber nicht blos die Sache des einzelnen Abgeordneten, ob ſein Platz in der Reichsverſammlung leer ſtehen ſoll. Jeder Wahlkreis hat das Recht, jetzt hier vertreten zu ſein, und die Pflicht, dies Recht auszuüben. Wir möchten jeden Wahlkreis, namentlich alle, denen Ordnung und Geſetz vor Allem am Herzen liegt, dringend auffordern, ſeinen Vertreter ungeſäumt hierher zu ſenden.

Jeden aber fordern wir auf, am Vaterlande, an der Löſung der ſchwierigen Konflikte nicht zu verzweifeln. Vielleicht iſt eine glückliche Wendung der Dinge näher, als man glaubt. Wir erhalten ſo eben eine Nachricht aus Berlin, die wir nicht verbürgen können, die uns aber von beachtenswerther Hand und eigentlich nur zu eigenem Troſt, nicht zur Veröffentlichung mitgetheilt wird. Es iſt indeſſen eine frohe Botſchaft und wenn wir auch ſagen möchten:

Die Botſchaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!

ſo halten wir uns doch nicht berechtigt, ſie unſern Leſern vorzuenthalten:

Der König von Preußen hält die Reichsoberhauptswürde nicht an ſich für Unrecht. Wie die engliſche Preſſe berichtet, ſo hat er ſogar geäußert, er würde die dargebotenen Wünſche annehmen, wenn er Friedrich der Große wäre. Aber er hält ſeine Individualität nicht für ein ſolches Unternehmen gemacht. Er will aber nicht, daß ſeinetwegen ganz Deutſchland mit Blut und Leichen gefüllt werde. Es iſt ſoviel davon geſprochen, daß jetzt jeder ein Opfer bringen müſſe zum Altare des Vaterlandes. Der König will hochherzig das größte Opfer darauf niederlegen; er will dem Vaterlande durch Entſagung dienen. Er will die Regierung ſeinem Bruder übergeben, und dieſer wird die Oberhauptswürde mit der Reichsverfaſſung annehmen.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 10. Mai.

Wiedereröffnung der Sitzung Nachmittags nach 4½ Uhr.

Die Deputation tritt endlich ein und über den Erfolg ihrer Sendung erſtattet Herr Raveaux nachfolgenden Bericht: Die Deputation begab ſich zu Sr. kaiſerl. Hoheit dem Herrn Erzherzog-Reichsverweſer. Die Unterredung die wir mit ihm gehabt haben, haben wir verſucht wörtlich niederzuſchreiben.

„Das Ergebniß iſt Folgendes: Der Sprecher der Deputation, Abgeordneter Raveaux theilte dem Reichsverweſer den von der Verſammlung gefaßten Beſchluß unter wörtlicher Vorleſung mit.

Der Reichsverweſer antwortete: Nach dem Geſetze und dem konſtitutionellen Gebrauche ſteht der Reichsverweſer in keiner direkten Beziehung zur Reichsverſammlung, ſondern nur durch ein verantwortliches Miniſterium. Daß das bisherige interimiſtiſche Miniſterium abgetreten iſt, iſt richtig; aber erſt heute morgen, deshalb habe ich noch kein neues bilden können. Das zu bildende Miniſterium wird der Reichsverſammlung meine Antwort auf die mir überreichten Beſchlüſſe mittheilen.

Auf die Frage des Sprechers: Ob Se. kaiſerl. Hoheit geneigt ſei, ein Miniſterium zu bilden, welches die Verfaſſung und die mitgetheilten Beſchlüſſe durchzuführen übernehme? erwiederte der Reichsverweſer:

Ich werde ein Miniſterium bilden, das nach meiner Anſicht den Bedürfniſſen der Zeit gemäß handeln wird.

Auf die fernere Bemerkung, daß die Zeit dränge, und daß bei längerer Ungewißheit über die Stellung der Centralgewalt zur Reichsverfaſſung und deren Durchführung die Gefahren immer größer würden, erwiederte der Reichsverweſer:

Ich habe nie geſäumt, ich bin ein alter Soldat; ich werde raſch handeln. Ich kenne meine Pflicht gegen das Vaterland und werde Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

Auf die Entgegnung: man ſei überzeugt, daß Se. kaiſerliche Hoheit die Ordnung und Ruhe nach unten aufrecht erhalten werde; aber die Ruhe und Ordnung ſei jetzt durch die Fürſten, welche die Verfaſſung nicht anerkennen wollen, geſtört, und gegen dieſe Störung ſeien die betreffenden Beſchlüſſe ebenfalls gerichtet; und man wünſche Gewißheit darüber zu erhalten, ob das zu ernennende Miniſterium auch beſtimmt ſei, in letzterem Sinne zu wirken? erwiederte der Reichsverweſer:

Das ſind Prinzipien. Sie handeln nach Ihren, ich nach meinen; darüber können wir hier keine Polemik führen.

Auf die ſchließliche dringende Anfrage, mit Hinweiſung auf die Gefahr des Augenblickes: bis wann das Miniſterium ſpäteſtens ernannt ſein könnte: — erfolgte die Antwort:

Das kann ich nicht ſagen. Es kann in 3 Minuten, 3 Stunden, vielleicht auch in 3 Tagen geſchehen. Verlaſſen Sie ſich darauf, daß ich meine Pflicht thun werde als redlicher Mann.

Frankfurt, den 10. Mai 1849.

Raveaux, v. Reden, Hollandt, Kirchgeßner, Klauſſen, Löwe aus Kalbe, Zell, Jucho, Hallbauer, Eckert, Rösler aus Wien.

Hr. Raveaux fügt mündlich hinzu, daß der Erzherzog Reichsverweſer nach jeder ſeiner Antworten eine Verbeugung gemacht habe, als ob ſich die Deputation als entlaſſen betrachten ſolle. (Heiterkeit). Sie habe es aber für ihre Pflicht gehalten, die Unterredung ſo weit fortzuſpinnen.

Von Hrn. Schüler von Jena, Tafel von Stuttgart, Ludwig Simon und Genoſſen wird der Antrag geſtellt — und dem Gegenſtand die Dringlichkeit zuerkannt — der Dreißigerausſchuß habe ſofort in Berathung zu treten, um bis zur morgenden Sitzung Maßregeln nach der Lage der Sache zum Vorſchlage zu bringen.

Einen ähnlichen Antrag hat Hr. Goltz eingebracht mit dem Zuſatze den Dreißiger-Ausſchuß zu ermächtigen, daß falls der Erzherzog nicht binnen kürzeſter Zeit ein zur Ausführung der heutigen Beſchlüſſe bereitetes Miniſterium ernenne, die geeigneten Maßregeln ſelbſt zu verfügen.

Hr. Wedekind, daß die Reichsverſammlung die unterm 28. März bedingt eingegebene Reſignation des Erzherzogs nunmehr annehme und für morgen 10 Uhr die Wahl eines neuen Reichsverweſers anſetze.

Hr. Weſendonck: auf Ernennung eines Fünfer-Ausſchuſſes zur Ausführung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung ſolange der Reichsverweſer kein Miniſterium habe.

Hr. v. Soiron beantragt einfach ſämmtliche Anträge ſowie die Antwort des Reichsverweſers an den Dreißiger-Ausſchuß zu verweiſen und von dieſem darüber Bericht in morgender Vormittagsſitzung erſtatten zu laſſen.

Hr. Ludwig Simon verlieſt, um die obwaltenden Rechtsverhältniſſe feſtzuſtellen, die Antwort, die der Erzherzog Reichsverweſer der nach Wien entſendeten Deputation bei Uebernahme ſeiner Würde ertheilte und die Verhandlung, die bei ſeinem Amtsantritt in der Paulskirche Statt gefunden. Dazu das Geſetz über die Errichtung der proviſoriſchen Centralgewalt und das — auch in Preußen amtlich verkündete Geſetz — zum Schutz der Reichsverſammlung mit ihren Strafandrohungen gegen Jeden, der ſich eines Angriffs dagegen ſchuldig macht. Im Uebrigen begnügt er ſich damit, wenn der Antrag Soirons angenommen würde. Hr. Wedekind ergreift ebenfalls das Wort zur Vertheidigung ſeines Antrags wornach der Schluß der Debatte beliebt wird. Die Abſtimmung entſcheidet ſich für den Antrag des Hrn. v. Soiron. Der Dreißiger-Ausſchuß wird demnach in der morgenden — Mittags 12 Uhr zu eröffnenden — Sitzung über die heutigen Anträge, ſo wie über die Antwort des Reichsverweſers Bericht zu erſtatten habe.“

Ein dringlicher Antrag der Hrn. Schlöſſel, Titus ꝛc. den Erzherzog Johann als Feind des deutſchen Volkes zu erklären und ihn durch einen Vollziehungsausſchuß zu erſetzen, der am Schluſſe der Sitzung zur Anzeige kommt, erregt die lebhafteſten Unwillensäußerungen in dem Hauſe. Auch unterſtützt ihn Niemand als die Antragſteller ſelbſt.

□ **Frankfurt**, 10. Mai. Die Spannung des heutigen Tages iſt zu groß, um einer geſammelten und ruhigen Berathung untergeordneter Intereſſen Raum zu laſſen; die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat deshalb die heutige, ohnehin ſehr unvollzählig beſuchte Sitzung vertagt.

Parl. Korr. **Frankfurt**, 10. Mai. Das Programm des Miniſteriums, welches ſich für Durchführung der Reichsverfaſſung von Seiten der Centralgewalt, aber für eine Durchführung auf rein geſetzlichem Weg erklärte, iſt von dem Erzherzog Reichsverweſer nicht angenommen worden. Sr. kaiſerl. Hoheit haben erklärt, Sie würden von Ihrem konſtitutionellen Rechte der Ernennung eines neuen Miniſteriums Gebrauch machen; wir erwarten zunächſt, daß Sr. kaiſerl. Hoheit, in Gemäßheit des lockenden Beiſpiels von Preußen, Hannover, Baiern, Sachſen, ein Miniſterium der Minderheit zu bilden und zu erhalten verſuchen werden. Welchen Charakter Dieſes haben würde, wenn es zu Stande kommen ſollte, dürfen wir wohl kaum auch nur andeuten, wenn wir erwähnen, daß am geſtrigen Tag Herr v. Rechberg mehrfache Unterredungen mit dem Erzherzog Reichsverweſer gehabt hat, und daß derſelbe Bevollmächtigte Oeſterreichs ſich geſtern mehrfach dahin geäußert hat, ein Direktorium und eine Verfaſſung nach Oeſterreichs Bedürfniſſen und Wünſchen würde jetzt wohl für Deutſchland geſichert ſein. Wir ſind freilich auch jetzt noch anderer Meinung. Wir verkennen keineswegs die Schwierigkeiten unſerer Lage. Wir ſehen es, wie die reaktionäre Regierung Preußens uns dahin zu drängen ſucht, daß wir entweder unſer Werk aus der Hand geben, oder die Bahn der Revolution betreten. Wir ſehen, wie eine äußerſte Partei der andern Seite dieſe unſere Lage zu benutzen ſucht, um entweder uns zu ſich herüberzuziehen, oder einen großen Theil von uns zum Ausſcheiden zu bewegen und ſo das Feld für ſich allein zu erhalten. Unſere Partei wird heute vielleicht ſchon nach den verſchiedenen in ihr herrſchenden Anſichten von der Rechtlichkeit und Ausführbarkeit dieſer oder jener Maßregel, auseinander gehen; ein Theil wird vielleicht die Verſammlung verlaſſen, ein anderer den vielfachen Aufforderungen aus allen Theilen Deutſchlands, von Volksvertretungen, Gemeinden, Korporationen, Folgen und jedes geſetzliche Mittel anwenden, an der Anwendung jedes geſetzlichen Mittels Theil nehmen, um die Reichsverfaſſung, den ſonderbündleriſchen und abſolutiſtiſchen Beſtrebungen einzelner Fürſten und ihrer Anhänger entgegen, mit Entſchiedenheit durchzuführen. Aber das hoffen, das wiſſen wir Alle, wie wir auch über die Art, die Verfaſſung durchzuführen geſinnt ſein mögen, mit Herrn v. Gagern, daß alle Erwartungen, die Einheitsbeſtrebungen unſeres Volkes ſcheitern zu machen, werden zu Schanden werden, und daß die Reichsverfaſſung ein Ideal ſein wird, das einſt und zwar eher, als Manche glauben, in die Wirklichkeit übergehen wird.

△ **Wien**, 5. Mai. Es ſcheint, daß die Nachricht von den Beſchlüſſen des ungariſchen Reichstags vom 15. April, welche der öſterr. Korreſpondent zuerſt brachte, eine voreilige war (?) Die miniſterielle Partei bedauert dies lebhaft; ſie hatte gehofft, daß ein ſolcher Akt das Volk der Sache Koſſuths entfremden würde. Unſere Truppen machen leider noch immer „Flankenbewegungen", ſie haben jetzt auch Tyrnau geräumt und die Eiſenbahnſchienen hinter ſich ausgehoben. Flüchtlinge aus Oedenburg erzählen, daß am 2. eine Abtheilung ungariſcher Huſaren gegen die Stadt im Anzuge waren. — Unſere Truppen ſtehen jetzt zwiſchen Preßburg und Raab. Auf dem rechten Donauufer ſollen die Inſurgenten außer Gran keine Poſition inne haben.

△ **Wien** 6. Mai. Daß der Kaiſer den Oberbefehl über die ungariſche Armee übernommen hat, weiß man, ob er ihn aber auch faktiſch übernimmt und zu der Armee abgeht? Man vermuthet es und führt als Grund die Rückſicht für die ruſſiſchen Hilfstruppen an. Andere Stimmen bringen die Ankunft des Kaiſers mit den Gerüchten über eine bevorſtehende Anweſenheit des Kaiſers von Rußland und des Königs von Preußen in Verbindung. Man erzählt, daß eine große Menſchenmenge im Laufe des geſtrigen Tages nach Schönbrunn ſtrömte und daß der Kaiſer überall „von dem Jubel der entzückten Bevölkerung" begrüßt worden ſei. Ich bin nicht dabei geweſen und kann den Jubel nicht verbürgen, der übrigens unter andern mehr naturgemäßen Verhältniſſen ſehr natürlich wäre. Ich weiß nur, daß in der Stadt die höchſte Theilnahmsloſigkeit herrſchte, ſo daß die Altkonſervativen in die bittere Klage ausbrachen, „daß von der alten Anhänglichkeit an das Kaiſerhaus doch ſo gar keine Spur mehr vorhanden ſei." Die Stadt und die Vorſtädte waren Abends erleuchtet, aber die Menge wogte geräuſchlos durch die Straßen, nirgends ein Symptom von Freude, überall nur theilnahmsloſe Neugierde. Die Beleuchtung ſelbſt war zwar vollſtändig, wenigſtens in den Hauptſtraßen der Stadt und Vorſtädte, doch nichts weniger als glänzend. Nur Wenige hatten ihre Fenſter glänzender beleuchtet und ſie mit den Bildniſſen des Kaiſers, Radetzky's, Jellacic's, Weldens, worunter die Namen transparentirt, geſchmückt; auch das Bildniß — wer ſollte es glauben — von Windiſchgrätz prangte an einem Hauſe, man hatte aber vermieden, den Namen beizufügen. Je ſtiller es aber in den Straßen herging, deſto lauter war es in den Kaſernen, die Volkshymne ertönte aus denſelben beinahe unaufhörlich und die „Hoch dem Kaiſer" folgten ſich raſch. Aber ſchon um 11 Uhr waren alle Lichter verlöſcht, alle Straßen leer und heute fragt man ſich neugierig, ob wohl der Kaiſer in die Stadt kommen, ob er den Belagerungsſtand aufheben, ob er eine Amneſtie bewilligen wird.

Nachſchrift. So eben wurde eine große und glänzende Kirchenparade auf dem Glacis zwiſchen dem Burg- und Schottenthore abgehalten. Ungefähr 10,000 Mann waren aufgeſtellt, meiſtens neue und noch kaum eingeſchulte Bataillons. In der Mitte des Glacis ſtand ein Zelt für den Altar, ihm gegenüber ein zweites mit einem Betſchemel und Fauteuil für den Kaiſer. Hinter demſelben ſechs Stühle. Auf beiden Seiten waren Zelte angebracht für die hohe Geſellſchaft von Fürſten und Fürſtinnen, Grafen ꝛc., die ziemlich zahlreich vertreten war durch die Fürſten Lichtenſtein, Eſterhazy u. A. Schlag 10 Uhr ſprengte der junge Kaiſer, umgeben von einem zahlreichen Gefolge, auf den Platz. Die Volkshymne und ein donnerndes „Hurrah" empfing ihn. Der Kaiſer, jugendlich aufgeſchoſſen, mit einer guten und gewandten Haltung, ſitzt feſt und ſchön zu Pferde; ſein Auftreten, nachdem er das Militär in allen Linien abgeritten hatte, war unbefangen und verrieth eine gewiſſe Sicherheit, die wohlthuend wirkt. Er hörte die Meſſe meiſtens mit Aufmerkſamkeit, doch entfernt von Frömmelei. Hinter ihm war der Miniſterpräſident, der Kriegsminiſter, der ruſſiſche General Berg, Graf Grünne u. ſ. w. Im weiteren Kreiſe der Gouverneur-Stellvertreter F.-M.-L. Böhm und die Generalität. Nach der Meſſe defilirten die Truppen vor dem Kaiſer, an deſſen Seite der obengenannte Ruſſe ſich befand. Alles glaubte, der Kaiſer werde ſich nach der Parade direkt nach Schönbrunn begeben, ſtatt deſſen wandte er ſein Pferd gegen das Schlittenthor, wohin in einem Nu eine unabſehbare Menſchenmaſſe voranſtrömte. Ich nahm den Weg zur Burg und hörte, daß die Bevölkerung verwundert und überraſcht ſich in den Straßen drängte, als er über die Freiung, den Hof, den Kohlmarkt in die Burg ritt. Auf dem Michaelisplatze und in der Burg ertönte lauter Zuruf. In dem Burghofe beſtieg der Kaiſer den Wagen, dem ein Meer von Köpfen nachwogte. Ich glaube, daß der Eindruck, da er weder vorbereitet noch erwartet war, den Kaiſer angenehm berührt haben muß, obgleich er ihn freilich nicht mit dem Tage vergleichen darf, an welchem er ſeinen Oheim auf deſſen Fahrt zur Univerſität begleitete. In Schönbrunn wird der Kaiſer den Gemeinderath ꝛc. empfangen, dann iſt Tafel von 40 Gedecken. Ueber ſeine Abreiſe zur Armee, die anfangs auf morgen beſtimmt war, iſt noch kein Entſchluß feſtgeſtellt.

△ **Wien**, 6. Mai. Folgendes iſt die Antwort des Kaiſers an den Gemeinderath und die Deputation der Stadt Wien: „Der Ausdruck der loyalen und patriotiſchen Geſinnungen den Sie mir im Namen der Bürger meiner Reſidenz überbringen, hat meinem Herzen wohlgethan. Bei der Lage des Kampfes, welcher leider in Ungarn noch fortdauert, habe ich beſchloſſen mich in die Nähe des Kriegsſchauplatzes zu begeben. Es iſt mir Bedürfniß mit meinen Völkern Gutes und Schlimmes zu theilen; ich habe daher meinen Sitz in der Hauptſtadt meines Reiches genommen, der Stadt, die mir als meine Vaterſtadt doppelt nahe ſteht. Zwar iſt die Lage der Dinge ernſt, doch werden alle Kräfte aufgeboten um die Größe und Ehre des Vaterlandes feſt zu begründen und den Beſtrebungen jener Faction, die den Untergang deſſelben will, für immer ein Ziel zu ſetzen. Ich vertraue auf den Schutz des Himmels und den kräftigen Beiſtand aller meiner getreuen und wohlgeſinnten Bürger. Bringen Sie der Reſidenz meinen freundlichen kaiſerlichen Gruß."

* **Wien**, 6. Mai. An 300 wegen polititiſchen Vergehungen in Peſth verhafteten Perſonen erhielten durch die Ankunft der Ungarn ihre Befreiung. Vorige Woche ſind in Czuczawa in der Bukowina Quartiere für 10,000 Ruſſen angeſagt worden. Reiſende von der Grenze behaupten aber, daß die Ruſſen Ordre durch einen Kurier aus Petersburg erhalten haben, die Grenze nicht zu überſchreiten und daß ſie ſogar eine rückgängige Bewegung gemacht haben. Privatbriefe, Reiſende und Zeitungsnach-

richten ſtimmen darüber überein, daß bis zum 2. d. M. Abends der Einmarſch der Ruſſen in Krakau noch nicht erfolgt ſei. Die Wachtfeuer an der krakau-polniſchen Grenze von Myſlowice an ſollen verſchwunden ſein und die ruſſiſchen Truppen ſich wieder ins Innere Ruſſiſch-Polens zurückgezogen haben.*) Allgemein wiederholt man das ſchon vor mehreren Tagen verbreitete Gerücht von einer drohenden engliſchen Note gegen die ruſſiſche Intervention in Ungarn. Aus Grätz wird berichtet, daß am 2. d. M. ſämmtliche ungariſche Landeskaſſen unter Militärbedeckung dahin gebracht wurden. Vorgeſteen iſt der mähriſche Gubernialrath als Landeskommiſſär für das ruſſiſche Korps nach Prerau abgereiſt. Aus Carlowitz wird berichtet, daß die Magyaren alle ſerbiſche waffenfähige Jugend in die Bacska und im Banat unter die Honveds geſteckt haben. Die Serben in Sombor müſſen dem General Perczel eine Kontribution von Conv. fl. 40,000, jene in Stapar Conv. fl. 4000 bezahlen und 300 Mann ſtellen. Ebenſo wurden die andern Ortſchaften gebrandſchatzt. Aus Peſth wird gemeldet, daß die Kaufleute daſelbſt glänzende Geſchäfte machen. Die Läden ſind bis ſpät in die Nacht geöffnet und die Käufer drängen ſich noch zu ſpäter Stunde, um Einkäufe zu machen. Bei Deutſch-Altenburg wird von den k. k. Truppen eine ſtarke Brücke geſchlagen. Die in Wien weilende Deputation des kroatiſch-ſlawoniſchen Landtagsausſchuſſes hat eine Petition an den Kaiſer beſchloſſen, worin um die Erledigung der Landtagsbeſchlüſſe vom vorigen Jahre, um die Beſtätigung des Banalrathes, die Anerkennung der Nationalſprache als der diplomatiſchen Sprache im Lande und bei der Centralregierung, die Genehmigung des Landtagsausſchuſſes in Betreff der Militärgrenze, um die Einverleibung der Mur-Inſel zu Croatien und um die Sanktionirung des Verbandes des dreieinigen Königreichs mit der ſerbiſchen Wojwodſchaft gebeten wird. Es heißt, daß der Fürſt Caſkiewicz unter dem Oberkommando des Kaiſers die ruſſiſche Armee in Ungarn befehligen werde. F.-Z.-M. Welden würde das anvertraute Kommando als Chef des Generalſtabs behalten. Eben iſt ein großer Militärtransport aus Ungarn in ſehr ungeregeltem Zuſtand hier angelangt. Die Soldaten ſehen erſchöpft aus. Die perſönliche Anweſenheit des Kaiſers im Lager ſoll einen nochmaligen Aufruf an die Ungarn zur Unterwerfung veranlaſſen. Man hat Grund, bei den einlaufenden bedenklichen Berichten über die Landesverſorgung mit den erſten Bedürfniſſen, die Aufhebung oder doch die bedeutende Ermäßigung des Einfuhrzolls auf Getreide und Schlachtvieh, namentlich in Bezug auf Rußland zu gewärtigen. Die Centralkommiſſion der k. k. Stadt-Kommandantur hat an den Gemeinderath die Aufforderung ergehen laſſen, nähere Aufklärungen über die im Oktober vorigen Jahrs an den Oberkommandanten der Nationalgarde abgeführten Geldbeträge zu liefern. Nach dem Entwurfe der künftigen Landesverfaſſung beſteht der tyroliſche Landtag aus 84 Abgeordneten, wovon 42 auf die beiden wälſchen Kreiſe und Vorarlberg und eben ſo viel auf die vier übrigen Kreiſe entfielen. Ein Drittheil von dieſen wäre aus den Höchſtbeſteuerten zu wählen. Außerdem, träfe es die Städte Innsbruck und Trient je zwei, und die Städte Botzen, Roveredo, Feldkirch und Bregenz, je einen Abgeordneten. Die übrigen hätten aus der Volkswahl hervorzugehen, wobei die im Gemeindegeſetz für Gemeindewahlen feſtgeſetzten Wahlbeſtimmungen zu Grunde gelegt würden. Dem Feldmarſchall Radetzky ſoll vom Prager Handelsſtande, zufolge eines Aufrufes, ein ſilberner Lorbeerkranz überreicht werden. In Linz und Grätz ſoll es die Staatsanwaltſchaft für gut befunden haben, die noch anhängigen Preßprozeſſe niederzuſchlagen.

♀ **Berlin**, 7. Mai. Heute iſt das Füſilierbataillon des 21. Regiments den zwei Bataillonen des Alexanderregiments nach Dresden nachgefolgt. Es traf gegen 4 Uhr Nachmittags beſtaubt und ermüdet von dem Orte Franzöſiſch-Buchholz hier ein und marſchirte durch die Stadt zur Eiſenbahn. Ich ſah ſie unter den Linden und bemerkte wenig Freudigkeit in den Geſichtern. Heute Vormittag wurden eine ziemliche Anzahl Kanonen durch die Straßen gefahren. Man ſagt, Wrangel wolle dadurch die Berliner vor einem Aufſtand warnen, den ein Gerücht auf heute Abend angekündigt habe. Ein Extrablatt, in welchem die Nachricht ſtand, daß das erſte Bataillon Preußen in Dresden aufgerieben und das zweite auf dem Wege vom ſächſiſchen Volke angegriffen worden ſei, verſetzte die Stadt in große Aufregung. Später hörte man, daß dieſe Nachricht unbegründet ſei. Das Miniſterium ließ gegen Abend ein wiederlegendes Plakat anſchlagen, das mehrfach abgeriſſen wurde. Nächſter Tage ſoll das neue Wahlgeſetz bekannt gemacht werden. Bin ich recht berichtet, ſo iſt feſtgeſtellt, daß künftig nach drei Steuerklaſſen gewählt werden ſoll. Ueber den Erlaß eines neuen Wahlgeſetzes in dieſem Momente ſchütteln auch konſervative Männer die Köpfe. Doch ſei's drum! Die Geſchicke Deutſchlands ſollen ſich jetzt erfüllen!

*) Die Breslauer Blätter verſichern fortwährend das Gleiche.

* **Köln**, 8. Mai. Hier iſt folgende Bekanntmachung erſchienen:

Die aus der heutigen Verſammlung im hieſigen Caſino-Saal hervorgegangenen Erklärungen legen mir die Pflicht auf, die Bewohner der Rheinprovinz wiederholt darauf hinzuweiſen, daß dieſe Verſammlung in keiner Art einen repräſentativen oder amtlichen Charakter in Anſpruch nehmen darf, daß vielmehr die beſchloſſenen Erklärungen nur als die Anſicht derer, die ſie unterzeichnet haben, anzuſehen ſind. Wenn ich aber mit Schmerz am Schluſſe dieſer Erklärungen die wenig verhüllte Drohung einer gewaltſamen Losreißung der Rheinprovinz von der preußiſchen Monarchie, alſo Rebellion und Bürgerkrieg erblicke, ſo habe ich das gute Vertrauen zu den loyalen Bewohnern der Rheinprovinz, daß ſie ſich mit Abſcheu von ſolchen Beſchlüſſen abwenden, daß ſie den Weg der Geſetzlichkeit, den Ruhm der Rheinländer, nicht verlaſſen und die Regierung nicht in die traurige Nothwendigkeit verſetzen werden, von den Mitteln der Gewalt, die ihr zu Gebote ſtehen, Gebrauch zu machen. Köln, den 8. Mai 1849. Der Ober-Präſident der Rheinprovinz, Eichmann.

Elberfeld, 7. Mai. So eben wird hier an allen Straßenecken folgendes großgedruckte Plakat angeſchlagen:

„Aufruf an alle Landwehrmänner des Großherzogthums Berg und der Grafſchaft Mark. Das volksverrätheriſche Miniſterium Brandenburg-Manteuffel benutzt jedes ungeſetzliche Mittel, um die errungenen Freiheiten zu unterdrücken. Wir betrachten insbeſondere die Einberufung der Landwehr erſten Aufgebots als ein ſolches, da dadurch nicht allein Maſſen Familienväter ohne allen Grund ihren Angehörigen entriſſen, ſondern die beſte Stütze des Volks benutzt werden ſoll, gegen ihre Angehörigen, gegen alle Freiheitsbeſtrebungen die Waffen zu kehren, um der Contre-Revolution der preußiſchen Kamarilla zu dienen. Wir vertrauen der Ehrenhaftigkeit aller unſerer Kameraden, daß keiner der Aufforderung Folge leiſtet und Jeder entſchloſſen iſt, wie ein Mann zuſammenzuhalten und gegen dieſe *ungeſetzliche* Aufforderung nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand *feierlich* zu proteſtiren. Die Zeit des paſſiven Widerſtandes iſt vorüber, wir können nur noch durch gemeinſchaftlich energiſche Handlungen unſern Zweck erreichen. Es gilt nur noch einen letzten entſcheidenden Kampf, da jede Vermittlung zwiſchen dem volksfeindlichen Miniſterium und der Nation unmöglich geworden iſt. Wir fordern daher alle Landwehrleute auf, ſich morgen den 8. Mai, ſo früh wie möglich, mit ihren Waffen hierſelbſt zu verſammeln. Die Ankommenden melden ſich bei dem unterzeichneten Komite, was ſich bei Böttger auf der Wilhelmshöhe permanent erklärt hat. *Einigkeit macht ſtark und wir werden ſiegen, wenn wir einig ſind.* Elberfeld, den 7. Mai 1849. Das Komite: Hillmann. Pothmann. Kirberg. Leuffer.“

= **München**, 8. Mai. Aus Berlin ſind in dieſen Tagen Kourierdepeſchen eingegangen, die wahrſcheinlich die Aufforderung zu ſtrengem Widerſtande enthalten; es iſt in Folge deſſen ſchon mehrmals Miniſterrath geweſen und man ſagt, nicht alle Kabinets-Mitglieder ſeien gleich ſtreng geſinnt. Geſtern hat unſere Studentenſchaft im Prater getagt; nach dreiſtündiger parlamentariſcher Debatte ward eine Adreſſe an das baieriſche Geſammtminiſterium votirt, welche die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung fordert. Der Zuſatzantrag: „Die Studentenſchaft erklärt, wenn binnen 5 Tagen keine genügende Antwort erfolgt, die Stadt zu verlaſſen und ſich eine andere Univerſität zu beſſerer Wirkſamkeit aufzuſuchen“, konnte keine Mehrheit erlangen, obgleich er anfangs mit ſtürmiſchem Beifall begrüßt worden. Die Motivirung einiger Redner: „gerade in dem ultramontanen München erwarte gute Arbeit die freiſinnige Studentenſchaft“ überzeugte; auch der Antrag fiel durch, daß das bewaffnete Freikorps eine Demonſtration à la Stuttgart unternehmen ſollte, desgleichen ein Antrag auf Rückverlegung der Univerſität nach Landshut. Die Redner ſprachen ſehr fulminant über München und Oberbaiern, in der Adreſſe iſt ein Paſſus, der geradezu ſagt: „die von ihren Verbündeten in Deutſchland herbeigerufenen Ruſſen ſtehen an der Grenze des Vaterlandes.“ Das Miniſterium Wallerſtein, welches zu Gunſten der Lola die Univerſität zu ſchließen allerhöchſt angegangen wurde und ſich in Vorausſicht der kommenden Dinge auch gern angehen ließ, hat den Einfluß der Studentenſchaft ans Licht gebracht, unſere Bürger würden die vermögenden Studenten am wenigſten abziehen laſſen. Die äußere Ruhe iſt bisher keinen Augenblick getrübt worden, man fürchtet den Belagerungszuſtand. Zwiſchen hier und Speier iſt der Eſtafettenwechſel ſehr lebhaft. Die Regierung wird den Forderungen der Rheinpfalz nicht willfahren, weil man die Stimme des daſigen Wohlfahrtsausſchuſſes nicht für die des Volkes anerkennen will.

Neuſtadt a. d. Haardt, 8. Mai, Morgens 5 Uhr. Seit geſtern Abend bis zum Augenblick ſind wir in vollſtändiger Revolution. Geſtern um 6 Uhr kam plötzlich durch Eſtaffette von Kaiſerslautern die Nachricht, daß gegen den Willen des Reichsminiſteriums ein Korps preußiſcher Truppen die Grenze überſchritten habe und daß ſämmtliche Volkswehr ſich zum Angriffe bereit halten ſoll. Sogleich ertönte der Generalmarſch. Nicht bloß die Volkswehr, ſondern auch alle waffenfähige Männer, welchen Gewehr und Senſen fehlten, und ſich deßhalb mit Aexten, Heu- und Miſtgabeln u. dgl. verſahen, erſchienen in größter Schnelligkeit und Vollſtändigkeit: Zuzüge von den ringsum liegenden Ortſchaften langten an, ſo daß Abends um 10 Uhr der ganze Bahnhof mit wenigſtens 1500 Bewaffneten beſetzt war, um die Preußen mit Gebühr zu empfangen. Um Mitternacht ſollte der Zug ankommen, doch wurde in der Nähe Mitterſtadts die Bahn ſchon vorher zerſtört, ſo daß die Fahrt unmöglich wurde.

Morgens 8 Uhr. Es wurden heute Morgen die Wachen organiſirt und eine permanente Kommiſſion zur Regelung des Betriebes eingeſetzt. Soeben geht die Nachricht ein, daß die Preußen Ludwigshafen paſſirt und durch das Sturmläuten der umliegenden Orte geängſtigt, ſich ſtatt gegen Neuſtadt nach Speyer gewendet hätten.

Mittags 12 Uhr. Der Zug kommt ſo eben an mit einer Ladung Schienen, welche 2 Stunden von hier aufgebrochen wurden, um jeden Zuzug zurückzuhalten.

Mittags 2 Uhr. Eiſenſtuck iſt nach Landau geeilt. Eine Proklamation für die Bewohner Speyers, von dem k. Regierungsdirektor Bettinger und dem Bürgermeiſter Kolb unterſchrieben, ſagt: „Die Reichsgewalt habe Reichstruppen, namentlich ein Bataillon preußiſche und ein Bataillon badiſche Infanterie und eine Eskadron badiſche Kavallerie beordert, um die Reichsfeſtung Landau zu beſetzen. Da in der Pfalz der Glaube herrſche, dieſe Truppen wären feindlich geſinnt, ſo werde hiermit veröffentlicht, daß dieſelben Speyer nur der Erfriſchung wegen berühren und dann ſogleich nach Landau abgingen." Dieſer bekannt gewordenen Erklärung folgte der Ruf: Verrath! Verrath!

Mittags 3 Uhr. Die Kreiskaſſe in Speyer iſt ſchon vor einigen Tagen um Mitternacht in die Feſtung in Gewahrſam gebracht worden. In Speyer ſollen Barrikaden erbaut werden. Die Preußen lagern im Schifferſtadter Walde, in der Nähe von Speyer. Die baieriſchen Truppen ſollen die betreffenden Punkte, vereinigt mit den Bürgern, beſetzt haben. Es regnet ſehr ſtark und beſtändig.

Mittags 4 Uhr. Mannheims Stadtkollegium und die badiſche Regierung ſoll ſich energiſch ausgeſprochen haben, keine preußiſche oder baieriſche Truppen durchmarſchiren zu laſſen. Wie kommt es aber, daß das an der Spitze der Bewegung ſtehende, die Verfaſſung vertheidigende Reichsminiſterium Preußen ſendet?

Mittags 5 Uhr. Die Preußen haben ſich nach Geinsheim, 2 Stunden von hier, gezogen, weil ſie geſehen, daß ſie in Speyer keinen Eingang erkämpfen können. Die baieriſche Beſatzung Landau's ſoll ſich auch beſtimmt weigern, dieſe Truppen in ihre Mauern aufzunehmen. Ob ſie nun hierher kommen oder den Ausgang der Pfalz bei Ludwigshafen wieder ſuchen, müſſen wir abwarten.

† **Speier**, 7. Mai. Heute Morgen befand ſich unſere Kreisſtadt in ungewöhnlicher Aufregung. Seit Sonntag Nachmittags war hier das 6. Regiment der baieriſchen Infanterie einquartirt, welches eben von Frankfurt heraufgekommen war. Es wurde auf alle mögliche Weiſe bearbeitet, ſich der Volksbewegung anzuſchließen und in die Dienſte des Landesvertheidigungsausſchuſſes zu treten. Ein Aufruf des letztern wurde maſſenweis unter das Militär vertheilt. Ebenſo die übrigen Aufrufe, in denen die bereits getroffenen Maßregeln, die 30 polniſche Offiziere, die 30,000 Bajonettgewehre u. ſ. w. zur Kenntniß gebracht werden. Hierdurch und durch maßloſe Spenden von Bier und Wein gelang es, in den Soldaten einen ſehr bedenklichen Geiſt zu erzeugen, ſo daß ein Hauptmann von ihnen mißhandelt und ein Theil von ihnen nur mit großer Mühe heute Morgen aus der Stadt auf einige benachbarte Dörfer gebracht werden konnten. Als ſie abgezogen waren, erſcholl der Ruf: die Preußen kommen. Obſchon die Eiſenbahn bei Mutterſtadt und Haßlach demolirt war, hatten 700 Mann Preußen, von Mainz kommend, mit einer Schwadron badiſcher Kavallerie, trotz des ſtarken Regenwetters, Speyer erreicht, um hier eine kurze Raſt zu halten und dann in Auftrag der Centralgewalt nach Landau weiterzuziehen. Augenblicklich wurden die Thore verbarrikadirt, den Marktleuten ihre Wagen abgeführt, die Bürgerſchaft zuſammengetrommelt, und in der Stadt eine außerordentliche Aufregung hervorgerufen. Alles, was Waffen, oder Miſtgabeln, Aexte, Prügel, Senſen erwiſchen konnte, eilte an die Thore, ſelbſt Frauen miſchten ſich mit darunter. Die Preußen gaben die beſten Worte. Sie hätten ja nicht im Geringſten böſe Abſichten. Nein! Leute, die die Verfaſſung nicht anerkannt, dürften nicht in die Stadt, war der Gegenruf. So mußten die deutſchen Brüder aus Preußen ſtundenlang unter den Bahnhofgebäuden warten und hungern. Endlich ſchlug ſich der in Speier ſtationirte General und der Regierungspräſident ins Mittel. Durch Anſprache an das Volk wurde daſſelbe ſo weit beruhigt, daß einige Fäſſer Wein und hinreichend Brod und Fleiſch den Hungernden gereicht wurde, worauf dieſelben nach Landau in ſtarkem Regen weiter zogen. Die Stimmung des Volkes, wenigſtens in der Nähe der Städte, wird natürlich immer gereizter.

Dresden, 8. Mai. Die ſächſiſchen Blätter bringen folgende Bekanntmachungen:

I. Es hat ſich während der ununterbrochenen Anweſenheit Sr. Maj. des Königs und der verantwortlichen Staatsminiſter im Lande eine ſogenannte proviſoriſche Regierung für Sachſen in Dresden gebildet, welche Befehle an die Behörden erläßt und ſogar zu bewaffneten Zuzügen nach Dresden auffordert. Es werden daher alle Polizeibehörden des Landes unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Geſammtminiſteriums vom 6. d. M. und unter Hinweiſung auf die ſie treffende ſchwere Verantwortlichkeit hierdurch angewieſen, mit allen ihnen zu Gebote ſtehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das Anſehen der Geſetze und der beſtehenden verfaſſungsmäßigen Regierung aufrecht erhalten und dem verbrecheriſchen Beginnen der ſogenannten proviſoriſchen Regierung energiſch entgegengetreten werde.

Alle ihrem König und der Verfaſſung treuen Bewohner des Landes werden aufgefordert, ſich unter den jetzigen ſchwierigen Verhältniſſen nicht paſſiv zu verhalten, ſondern die Bemühungen der pflichtgetreuen Behörden auf alle Weiſe zu unterſtützen!

Die Regierung wird nicht wanken in der Erfüllung ihrer Pflicht, die Herrſchaft der Geſetze aufrecht zu erhalten und wieder herzuſtellen, wo ſie momentan unterbrochen war.

Ein großer Theil der aufrühreriſchen Stadttheile Dresdens befinden ſich bereits in der Gewalt der Truppen, deren Treue, Muth und ausdauernde Tapferkeit im Kampfe für König und Verfaſſung den Dank des Vaterlandes im höchſten Grade verdienen. Die völlige Unterdrückung des Aufſtandes in der nächſten Zeit iſt außer Zweifel. Dresden, 7. Mai 1819. Miniſterium des Innern. Im Auftrage des Miniſters, v. Frieſen.

II. Bekanntmachung. Es iſt zur Kenntniß des unterzeichneten Miniſteriums gekommen, daß das Gerücht verbreitet worden ſei, die Geſandten von England und Frankreich hätten gegen das Einrücken königl. preußiſcher Truppen in Sachſen Einſprache erhoben. Zur allgemeinen Benachrichtigung dient hiermit, daß eine derartige Dazwiſchenkunft in keiner Weiſe erfolgt iſt. Dresden, 7. Mai 1849. Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten. v. Beuſt.

III. Bekanntmachung. Die Nothwendigkeit möglichſt raſcher und vollſtändiger Unterdrückung einer Empörung, deren Fortdauer das Vaterland an den Rand des Verderbens bringen könnte, hat der Staatsregierung die traurige Pflicht auferlegt, Maßregeln in Anwendung zu bringen, deren kräftige Ausführung nicht ohne großes Blutvergießen und vielfache Zerſtörung des Eigenthums möglich war. Die Regierung muß jede Verantwortung zurückweiſen, wenn der Ausdruch eines offenbar ſeit längerer Zeit in der ausgedehnteſten und berechnendſten Weiſe und zwar allem Anſchein nach unter vornehmlicher Leitung und Theilnahme von Ausländern verbreiteten Aufruhrs einen Zuſtand der Dinge herbeigeführt hat, welchem ein raſches und weniger blutiges Ende zu ſetzen nicht in der Macht der Regierung lag, da ihr in der ſchwachen Garniſon der Reſidenz kein hinreichendes Mittel zu Gebote ſtand, die von Seiten der Bürgerwehr größtentheils unerfüllt gelaſſene Pflicht ihrer Beſtimmung zu erſetzen und damit den von den Aufrührern mit außerordentlicher Schnelligkeit ausgeführten Vertheidigungsanſtalten gleich anfangs wirkſam entgegenzutreten.

So feſt nun auch die Staatsregierung im Bewußtſein der gegenwärtig in ihren Händen vereinigten Kräfte entſchloſſen iſt, in der Bewältigung des Aufſtandes mit allem Nachdruck voranzuſchreiten, ſo hat dieſelbe doch denjenigen Vorſtellungen ihr Ohr nicht verſchloſſen, welche die Verhütung weitern Blutvergießens zum Zwecke hätten. Da das Volk in dieſer ſowie in ſo mancher andern Beziehung irregeleitet wird, ſo hält die Staatsregierung es für ihre Pflicht, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen: Daß am 5. d. M. Abends, nachdem eine Deputation des Stadtraths und der Stadtverordneten von Altſtadt-Dresden bei dem Staatsminiſterium erſchienen war, um die Einſtellung des Feuers nachzuſuchen, derſelben die nachverzeichneten Bedingungen, über welche ſich die Deputation bis zum 6. Mai Mittag 12 Uhr zu erklären haben werde, vorgelegt wurden, nämlich: 1) Geſtellung der Anſtifter des Aufruhrs und insbeſondere der Mitglieder der ſogenannten proviſoriſchen Regierung. 2) Ablieferung der Waffen binnen 24 Stunden an das Gouvernement zu Neuſtadt-Dresden. 3) Wegräumung der Barrikaden binnen 24 Stunden. 4) Wiederherſtellung der Straßen in frühern Stand, insbeſondere Deckung der Schleuſen, beides binnen 48 Stunden. 5) Die Stadt haftet für den durch die Dämpfung des Aufruhrs erwachſenen öffentlichen Aufwand. Das Feuer beginnt morgen Nachmit-

tag 2 Uhr, wenn bis dahin eine definitive Vereinigung nicht zu Stande gekommen oder eine unbedingte Unterwerfung nicht erfolgt iſt. Unerwartet der hierauf zu ertheilenden Antwort wurde ſofort der Befehl zum Einſtellen des Feuerns gegeben, in der Vorausſetzung, daß von Seiten der Aufſtändigen ein Gleiches geſchehen werde. Eine Erklärung auf obige vorgelegten Bedingungen erhielt jedoch die Regierung nicht, ſondern es erfolgten nach Verlauf weniger Stunden erneuerte Angriffe von Seiten der Aufſtändiſchen und bald darauf wurden zwei öffentliche Gebäude mit werthvollen Sammlungen ein Raub der Flammen, ſo daß eine weitere Schonung von Seiten der Staatsregierung nicht möglich war. Dresden, am 7. Mai 1849. Geſammtminiſterium. v. Beuſt. Rabenhorſt.

Aus **Chemnitz**, wo von einer Seite her auf die Abſendung der Kommunalgarde nach Dresden gedrungen worden war, ſchickte man in Folge deſſen Mitglieder des Raths und der Stadtverordneten nach Leipzig und Dresden, um ſelbſtſtändige Nachrichten über die Lage der Verhältniſſe einzuziehen. Allein ohne daß die Rückkehr derſelben abgewartet ward, ſollen Rath und Kommunalgarde zur Anerkennung der in Altſtadt-Dresden proklamirten proviſoriſchen Regierung, nach anderer Angabe zum Eid auf die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Verfaſſung genöthigt worden ſein. Die Kommunalgarde iſt am 7. Mai früh gezwungen worden, nach Dresden zu marſchiren. Wer nicht kam, wurde geholt. Rath und Stadtverordnete haben 300 Gewehre zur Vertheilung ankaufen und eventuelle Fürſorge für Verwundete und ihre Angehörigen treffen müſſen. (D. A. Z.)

Hannover, 7. Mai. (Das Ereigniß des Tages.) Schon am frühen Morgen durchzogen ſtarke Abtheilungen von Militär aller Waffengattungen die Stadt. An jedem Thore waren doppelte Wachen, an der Eiſenbahn Geſchütze aufgeſtellt, die Hauptmacht vor der Stadt. Im Schloſſe des Königs gleichfalls eine ſtarke Abtheilung Infanterie, die Hauptſtraße hielten einige Kompagnien der Bürgerwehr beſetzt. Die Abgeordneten der Magiſtrate, Gemeinden und Vereine waren zum Theil ſchon am Abend zuvor eingetroffen, theils am Morgen mit der Eiſenbahn. Die Räume des Arbeitervereins waren zu klein für die zahlreiche Verſammlung, zu zweien zogen ſie durch die mit Soldaten überfüllte Stadt, in ein größeres Lokal. Die Aufnahme einer Liſte zeigte, daß faſt keine Stadt, ſelbſt kein größerer Flecken des Landes es verſäumt hatte, durch Herſendung eines Abgeordneten ihre Anhänglichkeit an die Reichsverſammlung auszuſprechen. Namentlich ſtark waren Oſtfriesland, das Göttingſche, das Hildesheimſche vertreten, auch die Vaterſtadt Stüve's hatte mehrere Abgeordnete geſendet. Zum Präſidenten wurde Advokat Freudentheil, zu ſeinem Stellvertreter Bueren von Emden gewählt. Die vier Forderungen zuerſt von den Oſtfrieſen geſtellt, dann von den Vereinen der Hauptſtadt zu den ihrigen gemacht, wurden einſtimmig angenommen und ſollten an den König gelangen. Sie lauten (wie ſchon frühere Briefe angeführt haben): unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung, unbedingte Unterwerfung unter das zu wählende Reichsoberhaupt, ſofortige Ausſchreibung von Wahlen zur nächſten Ständeverſammlung, Entlaſſung des Miniſteriums Stüve.

Ein weiterer Beſchluß ging dahin, eine Deputation aus ſechs Abgeordneten aus den ſechs Landdroſteibezirken ſolle die Wünſche des Landes dem Könige ausſprechen und dieſelben zugleich ſchriftlich überreichen. Alle Abgeordneten, faſt fünfhundert, ſollten die Deputation begleiten. Während ſich die ſechs zur Deputation gewählten Männer über die ſchriftliche Eingabe beriethen, wurde eine Deputation an das Kommando der Bürgerwehr geſandt, um ſie zu erſuchen den Zug der Abgeordneten des Landes zu ſchützen. Das Kommando entſprach dieſer Aufforderung, es werde gern den ganzen Zug bis vor das Schloß des Königs gelaſſen, wo ſich dann die Deputation Audienz erbitte. Später benachrichtigte ein Major der Bürgerwehr den Präſidenten der Verſammlung: laut einem Beſchluſſe des Geſammtminiſteriums ſollten nur die ſechs Männer der Deputation bis zum Schloſſe gehen, der Zug ſelbſt dürfte nur bis an die Abtheilungen der Bürgerwehr kommen. Die Miniſter wollten nicht, fügte der Präſident dieſer Nachricht hinzu, daß der König erfahre, wieviel Männer das Land geſandt habe ſeinen Willen auszuſprechen. Der Zug ging zum Schloſſe, zwei und zwei, die Männer die noch einmal friedlich erklären wollten, daß Hannover deutſch ſein will. Viele Landleute, viele Abgeordnete früherer und der aufgelöſten Kammern, Anwalte, Gemeindebeamte, Lehrer, Handwerker ſind die Männer des Vertrauens, des Ausdruckes des Volkswillens, ſeit Stüve die Stände des Landes zu hören verſchmäht. Das Volk dicht geſchaart begrüßte ſie mit Jubelrufen, es weiß was dieſe Männer wollen. Auch die Bürgerwehr brachte ihnen Hurrahruf.

Der Erfolg der Deputation war, daß der dienſthabende Flügeladjutant erklärte, Sr. Majeſtät habe Gründe in dieſen Tagen keine Deputationen zu empfangen; man ſolle ſeine Eingaben ſchriftlich vorlegen. Die Abgeordneten gingen in ihren Verſammlungsſaal zurück; es iſt ſchwer, den Eindruck zu ſchildern, den die Abweiſung machte. Das letzte friedliche Mittel erſchöpft! ſo der Ruf der Abgeordneten, die älteſten Männer heftig erregt. Dieſen Nachmittag hat eine zweite Berathung ſtattgefunden; der Grundgedanke in ihr war die friedlichen Mittel ſind erſchöpft. Es ſind eine Reihe energiſcher Beſchlüſſe gefaßt, die in dieſen Tagen durch die Preſſe veröffentlicht werden ſollen. Die Haltung des Volkes iſt muſterhaft, eine Ruhe wie ſonſt ſelten. Alle gehorchen dem Beſchluſſe der Vereine: Deutſchland bedarf noch Eurer Kräfte, ſpart ſie auf.

Hannover 7. Mai, $4\frac{1}{2}$ Uhr. Im Palais erklärte der Flügeladjutant den Herren: Majeſtät werde die Deputation nicht annehmen, ſie könnten jedoch ihre Wünſche ſchriftlich überreichen. „Dazu ſind wir nicht hergeſandt und nicht ermächtigt,“ erwiederte Bueren, der Sprecher der Deputation. Sie verließen das Palais, verſammelten ſich im Remishofe und beſchloſſen einen permanenten Ausſchuß von ſechs Mitgliedern niederzuſetzen.

Hannover, 7. Mai. Der Reichskommiſſär v. Seebeck iſt geſtern früh wieder abgereiſt.

Weimar, 7. Mai. Geſtern war hier eine Volksverſammlung im Schießhaus, bei welcher ſich jedoch wenig Bürger betheiligten, da der demokratiſche Verein zu derſelben aufgefordert und daher auch nur ein paar hundert Landleute zu kommen veranlaßt hatte. Gegenſtand der Berathung war die Reichsverfaſſung und eine Deputation beantragte beim Miniſter v. Watzdorf ſofortige Publikation derſelben, Vereidigung auf dieſelbe und Verwendung der Soldaten zum Schutz derſelben. Die Antwort war, daß auch ohne Deputation die Verfaſſung ſofort publicirt worden ſein würde, da eben aus Frankfurt die nöthigen Zuſchriften angelangt wären, daß das Militär den Befehlen der Reichscentralgewalt untergeſtellt ſei, daß aber eine Vereidung auf die noch nicht in Vollzug geſetzte Verfaſſung jetzt anzuordnen bedenklich ſein müſſe, zumal die Nationalverſammlung ihrerſeits Anordnungen deshalb zu treffen nicht gemeint ſei. (L. Z.)

Eiſenach, 7. Mai. Geſtern Abend hielten die vier hieſigen politiſchen Vereine eine gemeinſchaftliche Verſammlung, an welcher mehrere Hundert Bürger Antheil nahmen und folgende Beſchlüſſe, faſt durchgängig mit Stimmeneinhelligkeit, faßten: Es iſt die Staatsregierung aufzufordern: 1) wegen der jetzigen bedenklichen Lage des Vaterlandes den Landtag binnen acht Tagen zuſammen zu berufen; 2) die Reichsverfaſſung unverzüglich, und ohne allen Rückhalt auch auf landesgeſetzlichem Wege anzuerkennen, wie bereits auf diplomatiſchem Wege geſchehen; 3) dahin ernſtlich zu wirken, daß alle Regierungen, welche die Anerkennung bereits ausgeſprochen, ſofort ſich enger vereinigen und das deutſche Reich beginnen; 4) unverzüglich anzuordnen, daß das geſammte Militär, wie ſämmtliche Behörden und Beamten, auf die Reichsverfaſſung verpflichtet werden; 5) dafür zu ſorgen, daß das Militär des Großherzogthums zum Schutze der Reichsverfaſſung verwendet und keinem Kommandirenden untergeordnet, oder gar mit einem Staate zu einem Militärganzen vereinigt werde, welcher die Reichsverfaſſung nicht rückhaltslos anerkennt, und den von der preußiſchen Regierung anberaumten Kongreß, nicht zu beſchicken. Zugleich beſchloß man, daß ſämmtliche Bürger hieſiger Stadt eingeladen werden ſollen, auf dem öffentlichen Markt den Eid auf die deutſche Reichsverfaſſung abzuleiſten.

Nachſchrift. Eben hat die erwähnte freiwillige Vereidigung in höchſt impoſanter Weiſe unter dem Geläute aller Glocken ſtattgefunden. Unſer beliebter Kanzelredner, Ober-Konſiſtorialrath Trautvetter, nahm ſelbſt den Eid ab, der dahin ging, ſich gegen die von der National-Verſammlung verkündete Reichsverfaſſung treu und gehorſam zu beweiſen und ſie mit Gut und Blut zu vertheidigen. Die ganze Bürgerwehr hatte ſich an dieſem feierlichen Akte betheiligt. (Fr. J.)

▷ **Schwerin**, 8. Mai. In der vorletzten Landtagsſitzung kam folgender Antrag von Wilbrandt zur Verhandlung: 1) Aus Veranlaſſung des vom preußiſchen Miniſterium unter dem 28. April an die deutſchen Regierungen erlaſſenen Cirkulars ſpricht die Kammer der Abgeordneten die ſichere Erwartung aus, daß die Regierung bei der von ihr erklärten Anerkennung der Rechtsgültigkeit der von der deutſchen Nationalverſammlung be-

ſchloſſenen und verkündigten Reichsverfaſſung treu beharren werde. 2) Dieſer Beſchluß iſt den Herren Kommiſſarien mitzutheilen. Der Antrag wurde mit 79 Stimmen gegen 9, von denen ſich 7 der Abſtimmung enthielten, angenommen. Auf eine Interpellation von **Wiggers** II. wegen der Militärkonvention mit Preußen gab der Kommiſſarius v. **Lützow** die Erklärung, „daß bei dem Reichsbeſchluſſe, das deutſche Heer auf zwei vom Hundert der gegenwärtigen Bevölkerung zu bringen, ſich die Unmöglichkeit herausſtelle, daß die bisherige Armeekorps-Verbände bleiben. Um nun einen geeigneten Anſchluß an eine größere Heeresabtheilung herbeizuführen, iſt ſeit einigen Monaten eine Verhandlung mit der preußiſchen Regierung unter Vorwiſſen und Billigung der Reichs-Centralgewalt geführt worden. Dieſe Verſammlung, bei der eine Einverleibung des mecklenburgiſchen in das preußiſche Militär nicht ſtattfindet, vielmehr die Selbſtſtändigkeit Mecklenburgs gehörig gewahrt iſt, iſt noch nicht vollſtändig geſchloſſen." Der radikalen und gemäßigten Preſſe gegenüber will eine ſtark konſervative Partei, die vorzüglich unter dem Adel und den Gutsbeſitzern Vertretung findet, mit nicht unbedeutenden Mitteln ein neues politiſches Organ gründen, welches im Voraus kurzweg als die künftige „Adels"- oder „Kreuz" Zeitung bezeichnet zu werden pflegt. Ich brauche weiter Nichts über die Farbe zu ſagen, die dieſes Blatt haben wird, als höchſtens noch, daß v. **Florencourt** als der Redakteur deſſelben genannt wird.

☓ **Aus Nordſchleswig**, 6. Mai. Wie erſchüttert und aufs bitterſte aufgeregt auch unſere Gemüther hier im Norden ſind beim Hinblick auf das übrige Deutſchland, wo mehrere Fürſten frech der Stimme des Volks zu trotzen wagen, um es wo möglich aufs neue zu knechten, ſo ſcheint doch augenblicklich wieder ein Sonnenblick aus unſerm in der ſpäteſten Zeit umflorten politiſchen Horizont hervorbrechen zu wollen. Ob der Obergeneral Prittwitz den Befehlen ſeines Königs, oder denen der Centralgewalt endlich Gehorſam leiſtet, wir wiſſen es nicht; berichten aber können wir, daß er, der die hieſigen Reichstruppen und mittelbar die ſchleswig-holſteiniſche Armee, ſei es auf weſſen Ordre es wolle, bisher allerdings angeführt, aber nicht vorgeführt hat, heute endlich Jütlands Grenze überſchritten und ſein Hauptquartier von ſchleswig-holſteiniſchem Boden nach Kolding verlegt hat. Gleichzeitig marſchirt der nach Thaten ſehnſüchtige General Bonin an der Spitze der Schleswig-Holſteiner tiefer in Jütland hinein, um den Feind aufzuſuchen und zu ſchlagen, wo er ihn findet. Die Baiern, Kurheſſen, Altenburger, Bückeburger, Weimaraner, Alles rückt nach und ſchon ſind ein großer Theil genannter Truppengattungen durch Hadersleben weiter poſtirt.

Neumünſter, 6. Mai. In der heute hier ſtattgehabten Centralverſammlung der ſchleswig-holſteiniſchen Volksvereine, auf welcher 20 Vereine durch Abgeordnete vertreten waren, iſt der Beſchluß gefaßt worden, an die Landesverſammlung den Antrag zu ſtellen: dieſelbe möge 1) nach bereits geſchehener Anerkennung der Reichsverfaſſung nunmehr auch das die Herzogthümer an Dänemark noch knüpfende Band der Perſonalunion für aufgelöſt erklären, und 2) bei der Staatsregierung die geeigneten Anordnungen zur ſchleunigſten und energiſchen Entwickelung aller Wehrkraft des Landes erwirken. (N. Fr. Pr.)

Hoyer, 4. Mai. Die Dänen haben Föhr und Sylt geräumt. Seit einiger Zeit liegen 4 unſerer Kanonenböte zwiſchen hier und Sylt und bereits iſt von einem derſelben eine recht gute Priſe gemacht. Ein däniſcher Schooner (Kapt. Boyſen) nach Island beladen, ward zwiſchen Liſt und Romö aufgebracht und nach dem hieſigen Hafen geführt, nachdem der Marinelieutenant Kier, als Kommandeur der Weſtſeediviſion, die Mannſchaft entlaſſen und dem Fähndrich v. Warnſtedt das Kommando auf demſelben übergeben hatte. Außer dieſer ſehr werthvollen Ladung iſt auch das ballummer Fährboot von deu Kanonenböten aufgebracht. Dieſen Augenblick weht ſchon wieder die deutſche Flagge von den Sanddünen bei Liſt.

Aus einem andern Schreiben entnehmen wir die Notizen, daß nach **Föhr**, vor dem die Dänen es verlaſſen, von unſeren Kanonenböten einige Bomben geworfen wurden, deren erſte eine Schilderwache am Damm, eine andere die Salzſiederei bei der Batterie traf. Die Dänen zogen ſich ſo eilig von Föhr zurück, daß ſie die Batterie mitzunehmen vergaßen. Wir werden ſie wohl auch gebrauchen können. (N. F. P.)

Kiel, 6. Mai. Wie hier behauptet wird, iſt Hr. **Bargum** zum Civilkommiſſär von Jütland beſtellt, und iſt bereits zu dieſer ſeiner Beſtimmung abgegangen. Man verſichert, daß der General v. Prittwitz ſelbſt die Beſtellung eines Civilkommiſſärs verlangt habe, woraus die Abſicht, Jütland wenigſtens theilweiſe zu beſetzen, unzweifelhaft hervorgehen würde. Bei der indeſſen immer noch obſchwebenden Unſicherheit und Ungewißheit über unſere nächſte Zukunft hören wir mit Freuden, daß neue Truppenaushebungen von der Regierung beabſichtigt werden. Der Kommandant unſerer Reſervebrigade, Oberſt Fabricius, inſpizirte vorgeſtern das hieſige Jägerkorps, welches jetzt als vollſtändig eingeübt gelten kann. Auch unſrer Hafenbefeſtigung hat ſich die Aufmerkſamkeit des Generalkommando's neuerdings wieder zugewandt. Der Wunſch nach Aufhebung der Perſonalunion wird hier immer lauter und man hofft, daß die Landesverſammlung jetzt nicht zu lange mehr zögern wird, endlich einmal ſich mit dieſer Angelegenheit ernſtlich zu beſchäftigen. (N. F. P.)

** **Hamburg**, 7. Mai. Geſtern Nachmittag ſchon hielt das Bürgermilitär eine große Volksverſammlung, worin es ſich für die Durchführung der von der Nationalverſammlung entworfenen Reichsverfaſſung ausſprach und zugleich eine Deputatiou an ihren Chef, Obriſt Nicol ſandte, um ihn aufzufordern, mit ihnen gemeinſam zu gehen. Obriſt Nicol erklärte ſich mit dieſen Forderungen einverſtanden, doch könne er allein die Bürgerwehr nicht auf die Reichsverfaſſung vereiden laſſen und müſſe dieſer Schritt von dem Generaliſſimus, Oberbürgermeiſter Bartels ausgehen. Die Deputation verfügte ſich zu dieſem und war erſt Willens, die Antwort noch ſpät Abends den Bürgerwehren zu publiziren, doch da man Tumult befürchtete, ſchrieb man auf heut Abend eine Verſammlung der verbundenen 9 demokratiſchen Vereine aus, in welcher die Antwort publizirt werden ſoll.

Großbritannie.

* **London**, 8. Mai. Im Hauſe der Lords beantragte geſtern der Marquis von Lansdowne die zweite Leſung der Bill zur Abſchaffung der beſtehenden Schifffahrtsgeſetze, oder vielmehr, wie er ſich ausdrückte, für die Abſchaffung ſolcher Stücke und Fragmente der Schifffahrtsgeſetze, als gegenwärtig noch zu Recht beſtünden. Das Publikum, hierunter auch viele fremde, hatten ſich ſehr zahlreich zu dieſer wichtigen Sitzung eingefunden, die jedoch noch nicht die Entſcheidung brachte. Die Debatte wurde vertagt. Im Unterhauſe wurde die zweite Leſung der Bill für die Aenderung des Parlamentseides, oder für Zulaſſung der Juden ins Parlament, mit 278 Stimmen gegen 185 zugeſtanden. Hr. Roebuck ſprach nach ſeiner Wiederwahl zum erſtenmal, natürlich für die Bill, ebenſo Peels Sohn, der bei dieſem Anlaß ſeine nicht ungeſchickte, mit großem ermunternden Beifall aufgenommenen „Jungfernrede" hielt. Die „M. Poſt" erklärt ſich autoriſirt, der Erzählung des miniſteriellen „Globe", daß eine Anzahl protektioniſtiſcher Peers ſich der Abſtimmung über die Bill für Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze enthalten wolle, aufs entſchiedenſte zu widerſprechen. Es habe zu dieſem Zwecke gar keine Verſammlung bei Lord Lonsdalo ſtattgefunden, Lonsdalo im Gegentheil gehöre zu Stanleys unerſchütterlichſten Freuden, und noch nie ſei die protektioniſtiſche Partei ſo einmüthig geweſen als gerade im gegenwärtigen Augenblick.

Frankreich.

* **Paris**, 8. Mai. Die Nationalverſammlung hat das Verfahren des Miniſteriums in der italieniſchen Politik gemißbilligt. (Das Nähere in der zweiten Beilage.)

Italien.

* **Civitavecchia**. Die Nachrichten (die ſämmtlich über Frankreich kommen) geben noch immer kein klares Bild von dem ſtattgehabten Kampfe (ſ. geſtrige Beil. und oben). Fünfmal ſoll Oudinot angegriffen haben und fünfmal zurückgeworfen worden ſein. Er war auf das rechte Tiberufer hinübergegangen, um von da aus in die Stadt zu dringen, hat ſich aber, um wieder auf ſeine Verbindungslinie mit Civitavecchia zu kommen, auf das linke zurückziehen müſſen. Seiner Depeſche vom 4. ſcheint jedoch ein ſpäteres glückliches Gefecht zu Grunde zu liegen. Die unglücklichen Gefechte hatten am 30. April und 1. Mai ſtatt. Er traf am 30. April an der Spitze einer Vorhut von 2000 Mann vor Rom ein. Die Artillerie, aufgehalten durch die Abbrechung einer Brücke, war zurückgelaſſen worden. Die feindlichen Demonſtra-

№ 130. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 11. Mai 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. V.

Deutſchland. Frankfurt (Das weimariſche Miniſterium und die Reichsverfaſſung.) Nürnberg (Bürgerwehrverſammlung. Garniſonswechſel. Die Stimmung der Truppen.) Stuttgart (Beſchlüſſe der Kammer in der deutſchen Frage.) Darmſtadt (Beſchluß der Kammer in der Verfaſſungsfrage.)

Frankreich. Paris (Die Nacht-Sitzung vom 8. Mai. Die Verſammlung beſchließt, die Expedition nach Rom habe ſich innerhalb der von ihr geſteckten Gränzen zu halten. Entgegengeſetzte Maßregeln der Regierung. Der Antrag auf Verminderung des Heeres verworfen.)

Italien. Palerma ((Zuſtände.)

Von der Donau.

V.

♉ Das Miniſterium hat dem öſterreichiſchen Kaiſerſtaate ein Ehrenzeichen eingebrannt für ewige Zeiten. Es ſandte den Kaiſer barfuß und den Strick um den Hals nach Petersburg, um vom großen Czaaren Rettung in der bedrängten Lage zu erbetteln. Der Czaar iſt ein braver gutmüthiger Mann und hilft ſeinen Brüdern, denn die Fürſten nennen ſich Brüder; er ſtreckte den Zeigefinger aus, und zahlreiche Koſakenſchwärme jagen über die polniſche Grenze auf öſterreichiſches Gebiet. Wir finden dies im innerſten Weſen der miniſteriellen und dynaſtiſchen Politik zu Ollmütz wohl begründet. Nur junge Phantaſten und alte Schelme mochten nichts von einem Bündniſſe der ruſſiſchen Knute mit dem öſterreichiſchen Haſelſtock verlautbaren, das jedoch Allen klar war, welche im Oktobermonat 1848 in der Nähe des Hofes weilten. Man kann den Leitern des Kabinets eine ziemliche Doſis Bornirtheit zumuthen und braucht nicht zu fürchten durch ſchwere Gewichte auf der Wagſchale ſie zu überbieten; jedoch der Trieb der Selbſterhaltung ließ ſie gar wohl erkennen, daß ſolche Reaktionsſchritte nur dann möglich ſind, wenn man den Rücken gedeckt hat. Der Widerſpruch liegt nur darin, daß man ſtets von dem Vertrauen des Landes zu dieſem Miniſterium ſpricht und von dem Jubel, womit die oktroyirte Charte und die organiſchen Geſetze überall aufgenommen werden. Da ſollte man meinen, daß ſich die Regierung nur ans Volk zu wenden hätte, um die weitern Mittel zur Kriegführung zu erhalten. Der Reichstag, alſo das Volk, billigte ja den Krieg in Ungarn und bewilligte dafür 80 Millionen Gulden. Warum wagt man es nicht, nach den erlittenen Niederlagen ſich wieder ans Volk zu wenden, und ſeine Kräfte zur Erhaltung der Monarchie, zum Schutz der Krone und der glorioſen Konſtitution, zur Befeſtigung dieſer Einheit des Kaiſerſtaates und zur Gleichberechtigung aller Nationalitäten in Anſpruch zu nehmen?! Klingt es nicht ſonderbar, daß man nach den, an Wunder ſtreifenden Siegen in Italien und der Beglückung der deutſchen Provinzen gegen ein paar Rebellen in Ungarn Rußland zu Hülfe holen muß, und zwar mittelſt Dampfwagen, damit ſie früher eintreffen, als die Ungarn Ollmütz oder Brünn überrumpeln!

Aus dieſem Kabinetsſtreiche, dem letzten Trumpf des jetzigen Miniſteriums, iſt deutlicher als aus allem Raiſonnement zu erkennen, wie unterhöhlt der Boden in Oeſterreich iſt. Die Herren Schwarzenberg-Stadion haben es dahin gebracht, daß der Thron des Hauſes Habsburg in Trümmer zerfällt, wenn ihn nicht Koſaken mit ihren Lanzen ſtützen. Auf den armen Windiſchgrätz wollen ſie jetzt alle Schuld des Mißgeſchickes in Ungarn wälzen, und dieſer Mann, oder vielmehr ſeine Soldaten haben ſo lange geſiegt, bis die Ungeſchicklichkeit des Miniſteriums durch die Auflöſung des Reichstags den Magyaren Tauſende und Tauſende Streiter für Freiheit, Konſtitution und Nationalität zuführte. Die Schlacht bei Karolna war auf keiner Seite gewonnen, auf beiden große Verluſte; die Inſurgenten waren aber ermattet und nur die oktroyirte Charte entflammte ihren patriotiſchen Fanatismus und vermehrte ihre Schaaren mit todesmuthigen Kämpfern gegen ein rebelliſches Miniſterium. Seit jener Stunde folgte Niederlage auf Niederlage, alle Sympathien flogen den Magyaren zu, obwohl man recht gut weiß, daß die Siege der Magyaren keine Siege Oeſterreichs ſind, und die folgenden Ordonnanzen bewirken, daß die Radikalen noch zu gut von dieſem Miniſterium dachten. Die Stimmung des Volkes in Geſammt-Oeſterreich iſt daher in offener Feindſchaft gegen die Regierung, und die Czechen rufen: „Eljen Koſſuth“! Den Miniſtern blieb alſo nichts anderes übrig, als Oeſterreich unter ruſſiſchen Schutz zu werfen. Die Miniſter ſelbſt fühlen, daß ſie hierdurch ſich an den Pranger der Geſchichte ſtellen und jeder einzelne ſtreift von ſich die Theilnahme ab; beſonders Bach und Stadion bemühen ſich durch alle publiziſtiſchen Mittel dem Publikum glauben zu machen, ſie hätten gegen den Einmarſch der Ruſſen im Kabinetsrathe geſtimmt. Man kann aber dieſen Herren ſelbſt dieſen papiernen Schimmer nicht laſſen. Abgeſehen davon, daß ſie ihre Portefeuille's hätten abgeben müſſen, wenn ſie in einer ſo wichtigen Angelegenheit überſtimmt worden wären, iſt es die volle Wahrheit, daß dieſer Beſchluß einhellig gefaßt wurde. Bach, dem es um nichts als um Beibehaltung der Miniſterſtelle zu thun iſt, und der dieſem Ruhmgeize die Freundſchaft, die Ehre, den Charakter, die Volksgunſt zum Opfer brachte, wagt es nicht einmal ſeinen hocharistokratiſchen Kollegen, denen er bald à la Kübeck durch einen neugeſchaffenen Adel formell zugeſellt wird, zu widerſprechen. Bach weiß es ſehr wohl, daß er nur ſo lange in dieſem Miniſterium geduldet wird, ſo lange er ſich gefügig und geſchmeidig benimmt, und ſeine juriſtiſchen Fähigkeiten zur Dienſtmagd der reaktionären Politik hergibt. Stadion aber, der ſein Syſtem um jeden Preis ausführen will, nimmt Abenteurer in ſeine Dienſte und würde morgen Demokraten und Republikaner zu Hilfe rufen, um ſeine Zwecke zu verfolgen. Stadion hat ſich die engliſche Idee zu eigen gemacht, daß für Geld Alles zu erlangen ſei und glaubt, man könne den beſchworenen Beſen wieder nach dem Gebrauch ins Winkelchen ſtellen. Man muß dieſen Mann kennen, deſſen Urtheilsfähigkeit nicht über die Naſenſpitze hinausreicht. Er glaubt wirklich, die Ruſſen kämen nur freundſchaftlich und würden dann wieder nach geleiſtetem Dienſte ohne irgend einen Anſpruch Oeſterreich verlaſſen. Stadions jetzige Krankheit iſt kein neues Uebel; es ſtammt aus der Knabenzeit und Aerzte wiſſen, daß hiedurch das Gehirn geſchwächt wird. Schon in ſeiner Glanzperiode zu Trieſt wurde dieſe Schwachheit wahrgenommen, aber wie bei allen Kranken dieſer Art war mit der Schwäche eine gewiſſe Bonhommie verbunden, die ihm eine Anerkennung erwarb, welche man dem Staatslenker vollſtändig verſagen muß. Dieſe kurze Charakteriſtik diene nur als Beleg, daß ſelbſt dieſe zwei Herren nicht gegen den Einmarſch der Ruſſen ſtimmen konnten.

Eine Frucht dieſes Beſchluſſes genießt ſo eben Wien. Der Kaiſer kam plötzlich, blos in Begleitung des Oberhofmeiſters Grafen Grünne, nach Schönbrunn. Niemand wußte früher etwas davon. Aber kaum angelangt, beeilte ſich das Militärkommando zwei Batterien ins Schloß zu ſenden und Park und Umgebung mit Militär vollzupfropfen. Und das Kommando hat Recht. Der Haß gegen das Miniſterium iſt ſeit dem Einmarſch der Ruſſen noch um einige Prozente gewachſen, ſo daß ſelbſt ein Attentat auf den Kaiſer nicht mehr zu den Unmöglichkeiten gehört, wie noch im Monat Oktober. Vor einigen Monaten wäre die Ankunft des jungen Kaiſers mit Jubel begrüßt worden und hätte er ein Wort der Gnade geſpendet, ſo wären ihm die Herzen zugeflogen. Aber der durchlauchtigſte Fürſt Schwarzenberg widerrieth es, und ließ erſchießen und hängen durch ſeinen durchlauchtigſten Schwager Windiſchgrätz, dem er ſelbſt darauf das Zeugniß der Impotenz im Felde und im Staatsrath ausſtellen mußte. Der Kaiſer iſt noch jetzt ohne Wiſſen der Miniſter und alſo gegen ihren Willen nach Wien gekommen; aber zu ſpät. Der Eindruck war unter Null. Auf der Börſe verſuchte man einige Manövers zu Gunſten der Metalliques, allein die Papiere **fielen**, ſtatt zu ſteigen. Der Magiſtrat und Gemeinderath ſandten ihre Diener in jedes Haus und **befahlen** Abends zu illuminiren. Eine traurigere Illumination wurde aber wohl noch nicht geſehen. Die neugierigen Wiener gingen ſtill durch die Straßen, während das Militär mit Sack und Pack in den Kaſernen bereit ſtand. Kein einziger lauter Vivatruf, aber viele geheime Bonmots. Die beſoldeten Journale werden wieder von Freude und Jubel berichten, während die Bevölkerung ihre Geſinnung durch dieſes Benehmen deutlich genug kund gab.

Die Veranlaſſung aber der Hierherkunft des Kaiſers iſt der Zwieſpalt, der unter den Heerführern ausgebrochen iſt. Die ruſſiſchen Generale Freitag und Berg wollen ſich nicht dem General Welden unterordnen; ſie wollen allein operiren. Die erſte Zuſammenkunft der Generale, auf einem Dampfboot bei Preßburg, war keine freundliche. Um dieſem bedauerlichen Streite und dem letzten Schatten des kaiſerlichen Alter Ego Windiſchgrätz ein Ende zu machen,

übernimmt der Kaiſer den Oberbefehl über die Armee, welcher Autorität natürlich Niemand widerſtreiten kann. Oeſterreich erlebt alſo das Schauſpiel, daß der Kaiſer ſeinen eigenen Völkern Tod und Verderben kommandirt und ſeine Länder der Verwüſtung und Plünderung fremder Horden unter eigener Anführung anheimgibt. Der junge Prinz wurde von verblendeten Rathgebern zu ſolchem Schritte gedrängt. Es ſcheinen ihm aber, dem Verſchloſſenen, bereits entgegengeſetzte Anſichten klar zu werden. Denn **trotz** dem Rathe der Miniſter und **gegen** ihren Willen kam er hieher, und all ihre Vorſpiegelungen ſeit dem November ſind plötzlich desavouirt. Die militäriſchen Vorſichtsmaßregeln wurden bei der heute (Sonntags) abgehaltenen Revue vom Kaiſer wenig beachtet, und voller Angſt folgten die Standrechtsherren den Bewegungen des kühnen Reiters. Das Volk verhielt ſich wieder ſtill und gemeſſen, denn es ſah neben der paradirenden Soldateska auf dem Glacis einen Trupp Marodeurs und Kranker durch den Stadtgraben marſchiren, welche das Mitleid aller Anweſenden in hohem Grade erregten. Erſt durch dieſe Züge erfährt man, welche Schlachten von den öſterr. Führern verloren wurden. Faſt die ganze kaiſerliche Armee iſt kampfunfähig gemacht. Dadurch erklärt ſich die Haſt, mit welcher man die Ruſſen herbeirief. Die Magyaren ſtehen heute bei Oedenburg, Wieſelburg und Tyrnau, während die öſterr. Truppen ſich an der Donau bei Preßburg ſammeln, um die Reſidenz zu decken und den linken Arm den Ruſſen zu reichen. Der Kaiſer wird, wider den Willen der Miniſter, hier bleiben und höchſtens auf einen Tag ſich nach Schloßhof, an der ungariſchen Gränze, nächſt der Brücke über die March und der Preßburger Eiſenbahn, begeben. Schwarzenberg-Stadion ſind alſo nicht mehr Hähne im kaiſerlichen Korbe, und der jugendliche Monarch hört vielleicht zu ſeinem und unſerem Wohle hier Wahreres über die Lage des Landes und des Volkes. Sollte er, wie jüngſt den Fürſten Windiſchgrätz, ſo jetzt die Miniſter ſammt und ſonders in ihr altes Nichts zurückwerfen, ſo erhebt ſich das ganze Reich in neuem Vertrauen jubelnd und in Liebe für den Kaiſer. Nicht die Ruſſen und alle Generale zuſammen können Oeſterreich pacificiren. Wenn die rebelliſchen, volks- und thronverrätheriſchen Miniſter vor ein Gericht geſtellt würden, dann ſiegte Oeſterreich und ſein Kaiſer über alle Schwierigkeiten.

Deutſchland.

♃ **Frankfurt**, 10. Mai. Das heute in der Rede des Abgeordneten Vogt in der Nationalverſammlung durchblickende Gerücht, als habe das weimariſche Miniſterium, trotz ſeines Beitrittes zu der Note der 28 Regierungen, Abänderungen in der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen deutſchen Verfaſſung verlangt und werde demzufolge wahrſcheinlich die Berliner Konferenz beſchicken, können wir aus ſicherer Quelle als völlig ungegründet bezeichnen.

△ **Nürnberg**, 8. Mai. Unſere Stadt- und Landwehr hält heute Abend eine öffentliche Verſammlung, worin der Wunſch, auf die Reichsverfaſſung beeidigt zu werden, beſprochen und die Mittel berathen werden ſollen, wie dieß zu bewerkſtelligen ſei. Das hier garniſonirende 5. Regiment wird uns übermorgen verlaſſen und an ſeine Stelle ein altbaieriſches Regiment einrücken; wohin der Marſch des erſtgenannten geht, iſt zur Stunde noch nicht genau bekannt; es heißt nach Mainz. Wahrſcheinlich iſt aber der Wechſel nur darum angeordnet, weil man die deutſchen Sympathien des zu dislocirenden Regiments fürchtet, während das gutköniglich geſinnte, erwartete altbaieriſche Regiment, wenn es wirklich zu einem Konflikte kommen ſollte, keinerlei Beſorgniß erweckt. „Die beurlaubten Soldaten in Franken" haben heute in einem hieſigen Blatt einen Aufruf an die „Männer in Franken" erlaſſen, worin ſie dieſe zur Nachahmung der Schritte der Pfälzer auffordern und, den König anredend, folgende Erklärung von ſich geben: „Wenn Du Kämpfer brauchſt gegen einen äußern Feind, dann verlaſſe Dich auf uns; wir werden kämpfen, bis auf den letzten Blutstropfen. Wenn Du aber Kämpfer brauchſt gegen die Freiheit, gegen die Völkerrechte, gegen unſere Väter, Brüder, Freunde ꝛc.: dann König verlaſſe Dich nicht auf Dein Heer, auf die Kinder des Volks. Sie werden keine Vater- und Brudermörder; ſie werden keine Freiheits- und Volksmörder ꝛc." Seit geſtern bivouakirt ein Theil unſerer Garniſon bei regneriſchem Wetter außerhalb der Stadt im Freien, angeblich wegen Mangel an Kaſernen, oder, wie die mißtrauiſche öffentliche Meinung glaubt, um ſie der Berührung mit der deutſchgeſinnten Bürgerſchaft zu entziehen. Das Komite für Volksverſammlungen fordert deshalb in einem Maueranſchlag die Bürger auf, die Soldaten in ihre Häuſer aufzunehmen und ſchreibt zu dem Ende auf Morgen Abend eine Verſammlung aus.

** **Stuttgart**, 9. Mai. Die in der geſtrigen Sitzung unſerer Abgeordnetenkammer von **Schnizer** geſtellten Anträge in der deutſchen Frage kamen heute zur Berathung, und wir hatten wieder eine wegen des Geiſtes der Einmüthigkeit ſehr erfreuliche Sitzung. Die Schnizerſchen Anträge waren geſtern dem Fünfzehnerausſchuß zugewieſen worden, Namens deſſen heute **Schoder**, der geſtern von Frankfurt hier angekommen iſt, berichtete, und mit unweſentlichen Aenderungen die Annahme der Schnizerſchen Anträge empfahl. Schoder begründete in ausgezeichneter Rede die Nothwendigkeit der vorgeſchlagenen Beſchlüſſe gerade für Würtemberg. „Wenn die Centralgewalt nicht ſo energiſch zu Werke geht, ſagte der Redner, als ſie es vielleicht ſollte, ſo liegt ein Grund hiervon zum Theil darin, daß ſie glaubt, ſich nicht gehörig auf Volk und Regierungen derjenigen Einzelſtaaten verlaſſen zu können, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, daß ſie fürchtet, bei energiſchen Schritten werden auch ſolche Regierungen nicht folgen, und dann die Reihen der renitenten Regierungen verſtärken. Deßhalb iſt es Pflicht der Staaten, welche anerkannt haben, ſich beſtimmt auszuſprechen." Gerade in dieſer Richtung ſeien in Frankfurt die jüngſten Erklärungen Römers z. B. von Rießer mißdeutet worden. Aus ſolchen Gründen verlangte Schoder die Annahme der geſtellten Anträge. Staatsrath Römer war ſonach eine nochmalige Gelegenheit geboten, über die Geſinnungen der Regierung ſich offen auszuſprechen und ſeine falſch gedeuteten Worte jetzt beſtimmter zu faſſen. **Römer** that dies nicht nur mit ſeiner bekannten Offenheit, ſondern diesmal auch in minder ſchroffer Form, in einer dem Fünfzehnerausſchuß und der Kammer eher entgegenkommenden Weiſe. Er fand eine Gefahr für die Nationalverſammlung von Seite Preußens nicht ſo drohend, als ſie Schoder in Ausſicht geſtellt hatte. Von den Anträgen ſei Punkt 1) die Bitte an die Centralgewalt, ſie möge Eingriffe, wie ſie die preußiſche Note in Ausſicht ſtellt, und wie ſie in Sachſen begonnen ſind, nicht dulden — eigentlich überflüſſig, ſofern er beſage, was die Reichsverſammlung ſchon ausgeſprochen. Man brauche nicht zum 10. oder 20. Mal zu ſagen, daß Würtemberg die Beſchlüſſe der Centralgewalt in jeder Beziehung vollziehe. Wenn man ein Reichsheer aufſtelle, und es verlange, ſo werde auch Würtemberg ſein Kontingent ſtellen. In Betreff der an ſeinen Worten aufgeworfenen Zweifel ſollte die Erklärung genügen, daß die würtembergiſche Regierung bereit iſt, der Centralgewalt mit aller ihrer bewaffneten Macht zu Gebot zu ſtehen. Der zweite Punkt: Die Aufforderung zur Einberufung eines Reichsheers, falle mit dem erſten zuſammen, inſoferne die Centralgewalt alles thun werde zur Durchführung des erſten Punkts. Noch unterſchied der Miniſter ſehr zwiſchen einer legalen moraliſch nöthigenden oder gewaltſamen Volkserhebung und einem gewaltſamen Angriff mit anderen Zwecken. Der Punkt 3: Die Regierung möge bei eigener Verantwortlichkeit den Durchmarſch anderer als Reichstruppen nach der Pfalz durch Würtemberg hindern, war dem Miniſter am anſtößigſten. In den Worten: „bei eigener Verantwortlichkeit" war Römer zuerſt geneigt, eine Drohung zu finden, worüber jedoch ſogleich Reyſcher und Schoder beruhigten. Dann ſtieß er ſich an der präzeptiven Faſſung, Würtemberg habe aus eigenem Antrieb nicht in der deutſchen Sache ſelbſt zu handeln, ſondern blos auf Anordnung der Centralgewalt. Schließlich ermahnte er zu Mäßigung, zu Beſchlüſſen, welche die Regierung auch vollziehen könne. Schoder erläuterte Punkt 3, der keine eigenmächtige Handlung der würtemb. Regierung verlangen, ſondern nur ein gemeinſames Handeln mit der Centralgewalt anbahnen ſolle, damit nicht ohne Willen Truppen durchziehen. Deßhalb änderten er und Reyſcher die Form des Antrags in einer Art, welche den letzten Ermahnungen Römers entſprechen konnte. **Schnizer** ſprach kräftig für ſeine Anträge, welche nur der ultramontane Profeſſor Kuhn und der Frhr. v. **Wöllwarth** angriffen; Kuhn wollte dem Reichsheere die Beſtimmung gegen Anarchie gegeben wiſſen — „von oben" fiel eine Stimme ein. **Scherr** berief ſich auf Worte, welche Präſident Simſon kürzlich in Frankfurt zu ihm geſprochen: „das Heil Deutſchlands beruhe jetzt beſonders auf Würtemberg,

die Schwaben ſollen doch bei der Reichsſturmfahne bleiben.“ Schließlich wurden die Anträge der Kommiſſion angenommen und zwar Punkt 1. mit 59 gegen 17 Stimmen, die beiden andern, von denen der 3. eine mildere Faſſung durch Reyſcher erhalten hatte, durch Aufſtehen und Sitzenbleiben mit ſehr großer Mehrheit. Die Beſchlüſſe lauten demnach ſchließlich dahin, an die königliche Staatsregierung folgende dringende Bitte zu richten: 1) Die Staatsregierung möge, mit Bezugnahme auf die von der Krone Preußen in ihrer letzten Cirkularnote ausgeſprochene und zum Theil bereits in Ausführung gebrachte Drohung, die Centralgewalt auffordern, nicht zu dulden, daß ein deutſcher Staat wegen einer Volkserhebung zu Gunſten der Reichsverfaſſung in einem andern deutſchen Staate ohne ausdrücklichen Befehl der Centralgewalt einſchreite und zur Wahrung des Reichsfriedens, wie zum Schutze der geſetzlichen Volksbewegungen für Anerkennung der Verfaſſung ein Reichsheer aufzuſtellen; 2) ſie möge der Centralgewalt zu dieſem Zwecke unverzüglich die geſammten würtembergiſchen Streitkräfte zur Verfügung ſtellen; 3) ſie möge in Verbindung mit der Centralgewalt Schritte thun, um zu verhindern, daß andere als Reichstruppen unter den Befehlen der Centralgewalt in Folge der Erhebung in der Rheinpfalz durch Würtemberg durchmarſchiren.

△ **Darmſtadt**, 9. Mai. Mehrere Abgeordnete, unter der Führung des Hrn. Lehne, hatten geſtern in der zweiten Kammer einen Antrag geſtellt, welcher 1) die Erhebungen von Rhrinbaiern und Sachſen zu Gunſten der Reichsverfaſſung, 2) „keine andern Truppen den Durchzug durch das Land zu geſtatten, als ſolchen, welche im Dienſte der Reichscentralgewalt handeln und ſich durch ſpeziellen Befehl derſelben als hierzu berechtigt erweiſen,“ und 3) die zu beantragende Beeidigung auf die Reichsverfaſſung im ganzen Lande, vor Allem für Beamte und das Militär, betraf. Die Berathung, welche heute ſtattfand, hatte ſehr lebhafte Stellen, und unſtreitig war denen, welche für alle Theile des Antrags ſprachen, die dankbare Rolle dabei zugefallen. Die Abg. Krug und v. Rabenau II erklärten ſich gegen alle Theile des Antrags; für einzelne die Abgeordneten Schenck, Köſter und Volhard. Bei der Abſtimmung wurde der erſte Punkt mit 21 gegen 17 Stimmen von der Kammer angenommen; der zweite mit 22 gegen 16 Stimmen abgelehnt; der dritte mit 27 gegen 11 Stimmen angenommen. Von Abgeordneten, welche auch bei der Reichsverſammlung ſind, war nur der Abgeordnete Mohr gegenwärtig; Zitz, welcher allerdings nicht mehr zu dieſer gehört, hat ſich ſeit Wochen oder Monaten in der Kammer nicht mehr ſehen laſſen.

Frankreich.

* **Paris**, 8. Mai. Dem ungünſtigen Eindruck, welchen die Ereigniſſe in Rom ſchon für ſich ſelbſt auf die Nationalverſammlung machen mußten, kam Jules Fivre's glänzende Beredſamkeit zu Hilfe: ſo erklärt ſich die Niederlage, welche das Miniſterium in der geſtrigen Nachtſitzung erlitt. Nach heißen Kämpfen ſchritten die Abtheilungen zur Wahl der Mitglieder der Kommiſſion. Es ſind Lamoriciere, Dupont (de Buſſac), Grevy, Gouin, Treſion, Lanjuinais, Roger (de Soiret), General Subervic, Chavoir, Coqueret, Dubodon, Schoelcher, Goudchaux, Ulem Rouſſeau, Senard. Goudchaux wurde zum Vorſitzenden gewählt. Die Berathungen zogen ſich über die zum Anfang der Sitzung beſtimmte neunte Stunde hinaus. Endlich um 10¾ beſteigt der Berichterſtatter Senard die Rednerbühne: die Kommiſſion, ſagte er, hat den Miniſter-Präſidenten, den Miniſter des Auswärtigen und den des Kriegs vor ſich berufen. Sie erinnert an das was früher in der Nationalverſammlung vorgegangen. Als die Expedition nach Civitavecchia beſchloſſen wurde, handelte es ſich durchaus nicht um einen Angriff auf die römiſche Republik. Dennoch iſt der franzöſiſche General feindlich gegen Rom vorgeſchritten. Es geht aus den mitgetheilten Depeſchen und Inſtruktionen hervor, einmal, daß die der Expedition gegebene Wendung den von der Nationalverſammlung ausgeſprochenen Abſichten ganz entgegen iſt; ferner, daß die dem General gegebenen Inſtruktionen durchaus nicht mit den vom Miniſterium der Verſammlung gegebenen Verſicherungen übereinſtimmen, mit der nämlich daß die Expedition die Regierungsform in Rom weder befeſtigen noch ſie angreifen ſolle. Die Kommiſſion trägt daher darauf an, daß die Verſammlung die Regierung einlade die Expedition, welche von dem ihr urſprünglich geſteckten Ziele abgeleitet worden iſt, wieder auf denſelben zurückzuführen. (l'assemblée invite le gouvernement à ramener l'expédition au but dont elle a été détournée.) Drouyn de L'Huys: Folgendes iſt der Inhalt der dem General Oudinot gegebenen Verhaltungsmaßregeln: General! eine fremde Intervention bedroht Rom; die franzöſiſche Regierung hat eine Truppenſendung in die Kirchenſtaaten angeordnet, um nicht nur den Einfluß Frankreichs in Italien aufrecht zu erhalten, ſondern auch um die vom Papſte früher gegebenen liberalen Inſtitutionen gegen alle gewaltſame Reaktion zu beſchützen. In dieſer Abſicht wollte ſie Unterhandlungen mit der jetzigen Regierung von Rom anknüpfen, aber ſorgfältig allen Anſchein einer offiziellen Anerkennung dieſer Regierung von unſerer Seite vermeiden. (Lebhafte Unterbrechung.) Wenn Sie übrigens bei der Beſatzung Civita-Vecchia's Widerſtand finden, ſo kehren Sie ſich nicht an die Einwendungen einer Regierung, welche von keiner Nation in Europa anerkannt wurde. (Lärm.) Sie werden ſich mit Hrn. v. Harcourt in Gaeta in Verbindung ſetzen und in Rom durch einen Offizier erklären laſſen, daß der Zweck der Expedition durchaus nicht iſt, die beſtehende republikaniſche Regierung zu beſchützen. Ihr Marſch auf Rom an der Spitze der Truppen wird die Ehrenmänner in Rom ermuthigen, ſich die revolutionäre Regierung vom Halſe zu ſchaffen. Uebrigens überlaſſen wir die nähere Ausführung Ihrer eigenen Einſicht.“ Konnten wir, fährt der Miniſter fort, ruhig zuſehen, daß die Oeſterreicher und die Neapolitaner auf Rom losmarſchirten, worüber wir ganz ſichere Nachrichten hatten? Wäre nicht ſo ganz der Zweck der Expedition, einer gewaltſamen Reaktion vorzubeugen, verfehlt geweſen. Was die dem General Oudinot gemachten Vorwürfe über die Unzweckmäßigkeit ſeines Marſches auf Rom betrifft, ſo können wir hierüber nicht urtheilen, ohne nähere Nachrichten, die uns bis jetzt noch fehlen, erhalten zu haben. Der General hat Civita-Vecchia mit 5,600 Mann und ohne Artillerie verlaſſen; würde er dies gethan haben, wenn ſeine Abſicht geweſen wäre, Rom mit Sturm zu nehmen; wenn er nicht vielmehr im Gegentheil geglaubt hätte, daß man ihm die Thore Roms von ſelbſt öffnen würde? Wenn die franzöſiſche Armee auf einen lebhaften Widerſtand in Rom geſtoßen iſt, ſo iſt noch nicht damit geſagt, daß dieſer Widerſtand von der Einwohnerſchaft Roms herrührt, und das Poſtſcript des von Hrn. Flocon (ſ. geſtern) mitgetheilten Briefes mag uns darüber Andeutungen geben, denn es heißt darin: „Rom iſt von Abenteuern aus allen Ländern beſetzt, welche ſich unſerm Einzuge aus allen Kräften widerſetzen werden.“ Was übrigens die von der Kommiſſion vorgeſchlagene Tagesordnung betrifft, ſo iſt dieſelbe nicht beſtimmt genug; man muß entweder erklären, daß die franzöſiſche Regierung die römiſche Republik unterſtützen ſoll, oder daß die Expeditionstruppen nach Civita-Vecchia zurückkehren müſſen. (Ja, Ja!) Wohlan, ich antworte, Nein! Im Augenblick, wo eine öſterreichiſche und eine neapolitaniſche Armee auf den Kirchenſtaat losmarſchiren, kann Frankreich nicht ſein Heer aus Rom zurückziehen. Senard: Das Miniſterium vergißt die Beſetzung von Ancona durch den im Adriatiſchen Meer befehlenden Kapitän Ricaudy, wenn es behauptet, daß wir keinen Einfluß hätten ausüben können, ohne in Civita-Vecchia zu bleiben. Man kann ſich übrigens einen Begriff von dem ſchmerzlichen Erſtaunen der Kommiſſion machen, als wir in den erſten Zeilen der Depeſche des Generals Oudinot folgenden Satz laſen: „Die Männer, welchen es gelungen iſt, ſich der Regierung in Rom zu bemächtigen, ſcheinen entſchloſſen zu ſein, die Gewalt nicht freiwillig niederlegen, ſondern im Gegentheil uns herausfordern zu wollen (Vouloir nous défier).“ Unſere Einmiſchung iſt übrigens ſchnurſtracks den Beſtimmungen unſerer Konſtitution zuwider. Nachdem nun noch Goudchaux und Odilon Barrot das Wort genommen und letzterer den Vorſchlag der Kommiſſion für unkonſtitutionell erklärt hatte, wurde über dieſen Vorſchlag durch Zettel abgeſtimmt und derſelbe mit 328 gegen 241 Stimmen angenommen. Der Ruf: „Es lebe die Republik“ ertönte bei Verkündigung dieſes Reſultates.

Was nun die Regierung thun werde, iſt die Frage, die ſich Allen aufdrängt. Unvorbereitet trifft ſie dieſer Schlag nicht; ſie hatte die telegraphiſche Depeſche über die Niederlage vor Rom 2 Tage zurückgehalten, immer in der Hoffnung, eine zweite Depeſche würde einen ſühnenden Sieg melden; beides zugleich bekanntgemacht, wäre ihr nicht gefährlich geworden, eine Niederlage allein aber mußte die Antipathieen gegen die Expedition überhaupt überwältigend machen. Die zweite Depeſche iſt eingetroffen (ſ. d. geſtr. Beil.) aber zu ſpät, das Votum der Verſammlung iſt nun einmal da. Das Miniſterium ſcheint aber entſchloſſen, ſich weder

zurückzuziehen, noch ſeine Politik zu ändern. Gleich nach Schluß der Nachtſitzung trat es zu einem Kabinetsrath zuſammen, der bis an den frühen Morgen dauerte, in dem es dieſen Beſchluß faßte. Es hat ſofort zwei Stabsoffiziere an den General Oudinot abgeſandt, mit der Erklärung: „daß die Regierung Nichts an den früher ertheilten Inſtruktionen ändere.“ (Der Telegraph konnte heute Morgen der Witterung wegen nicht arbeiten). Zu gleicher Zeit hat es beſchloſſen, die nöthigen Truppenverſtärkungen zur Verfügung des Generals Oudinot zu ſtellen, um ſich ungeſäumt Roms bemächtigen zu können und hat demgemäß Befehle zur ſchleunigſten Ausrüſtung der nöthigen Transporte nach den ſüdlichen Häfen gegeben. Ferner iſt ein Flügel-Adjutant des Kriegsminiſters nach Lyon abgegangen, um dem Marſchall Bugeaud confidentielle Inſtruktionen zu überbringen, für den Fall, daß die italieniſchen Angelegenheiten eine ernſtere Wendung nehmen ſollten.

Die ultrademokratiſchen Journale frohlocken inzwiſchen über das Votum der National-Verſammlung und Conſiderant veröffentlicht einen Antrag auf Anklage des Präſidenten und des Miniſteriums, den er bereits geſtern ſtellen wollte und ſtellen wird.

Mit den Angaben der Regierung, daß neapolitaniſche und öſterreichiſche Truppen den franzöſiſchen den Rang ablaufen wollen, ſcheint es übrigens Ernſt zu ſein. Droyun de l'Huys hatte mit dem päpſtlichen Nuntius in der Zwiſchenzeit zwiſchen den beiden geſtrigen Kammerſitzungen eine Unterredung, in welcher er offenbar dahin gehende Nachrichten erhielt. Und die halbamtliche Patrie von geſtern Abend will nach ganz authentiſchen Quellen wiſſen: 1) daß die Oeſterreicher in Bologna eingerückt ſind, 2) daß der General d'Aspre auf Livorno marſchirt, in Folge eines von dem Großherzog Leopold ausdrücklich ausgeſprochenen Wunſches. Es wäre freilich möglich, daß dieſe Mittheilung den Zweck haben ſollte, auf die Verhandlungen und das Votum in der nächtlichen Sitzung der Nationalverſammlung einzuwirken. Die erſtere Nachricht erhält jedoch Glaubwürdigkeit dadurch, daß (um das Gleichgewicht herzuſtellen) die franzöſiſche Regierung den Kommandeur im Adriatiſchen Meer angewieſen hat, Ancona zu beſetzen.

Die heutige Sitzung der Nationalverſammlung, wenn ſie auch mit der geſtrigen ſich nicht an Intereſſe meſſen kann, war doch ſehr wichtig. Die Verſammlung war unaufmerkſam, ſolange es ſich um den Poſtvertrag zwiſchen Spanien und Frankreich und um einige gleichgültige Poſten des Militair-Budgets handelte. Als man aber an den Abſchnitt: Sold und Unterhaltung der Truppen kam, bei dem der Ausſchuß eine Ermäßigung von $12\frac{1}{2}$ Mill., und damit eine Verminderung des Heeres von 75,000 Mann, und zwar den Aelteſten Beſtgeübteſten verlangte, und als Lamartine das Wort forderte, hörten wie mit einem Schlage die Privatgeſpräche auf. So lange Europa, ſagte er, uns nicht verbündet iſt, iſt es unmöglich, die Streitkräfte Frankreichs einzuſchränken und vor einer ungekannten Zukunft Verpflichtungen zu übernehmen. In dieſem kritiſchen Jahre haben wir zwei große Dinge zugleich zu ſchaffen, die Ordnung im Innern Frankreichs, den Frieden draußen. Wenn Petersburg, Wien und Berlin ſich verbünden, wenn die ruſſiſche Intervention in Oeſterreich, die öſterreichiſche in Italien unſerer Zukunft ſo dringende Gefahren bereiten, in ſolchem Augenblick die Entlaſſung eines Theils der Truppen zu verlangen, heißt zu gleicher Zeit den Frieden und den Krieg verrathen. Einſtimmig verwarf die Verſammlung den vom Ausſchuß dahin formulirten Antrag: der Kriegsminiſter hat dafür zu ſorgen, daß vom 1. September an das Heer auf 285,000 Mann beſchränkt werde, und nahm den Poſten an. Sie beſchloß ferner auf den Antrag des Hrn. Alem-Rouſſeau, daß künftig alle Anordnungen der Regierung bezüglich einer Auflöſung der Bürgerwehr dem Staatsrath vorher unterlegt würden.

Italien.

* **Palermo**, 19. April. Ich hatte die Ehre, Ihnen vorgeſtern durch den Vauban zu ſchreiben. Seitdem iſt hier nichts Weſentliches vorgefallen. Der Alarm wird täglich größer und die neapolitaniſche Armee mit zuwachſender Ungeduld erwartet. Die Munizipali und die Penſioniſti wollen nicht mit leeren Händen abziehen. Geſtern hat ſich der bekannte Bandit, jetzt Obriſt, Scordato an die Spitze derſelben geſetzt, um zu plündern. Man hat ihm 1000 G. angeboten um zu verreiſen, was er verſprochen hat anzunehmen. Die Nationalgarde fängt an müde zu ſein beſtändig unter den Waffen zu ſtehen. Bis jetzt ſind 1000 Reiſepäſſe ausgeliefert worden. Mit einem vorgeſtern nach Malta abgegangenen Dampfſchiff ſind bloß 40 Perſonen verreiſt, worunter mehrere Deputirte und die Ex-Miniſter, mit Ausnahme von Stabile und Fürſt Scordia, welche, wie man glaubt, auf einem engliſchen Linienſchiff verſteckt ſind, und mit dem nächſten Dampfboot abgehen werden. Der Präſident will bis zum letzten Augenblicke bleiben. Der General Mieroslawski iſt geſtern ſtark verwundet hier angekommen, nachdem er mehrere Male von den Sizilianern, die ihn ermorden wollten, angegriffen, aber immer von der Fremdenlegion gerettet worden iſt. Er ſagt, daß es unmöglich ſei, ſich einen Begriff von der Feigheit der Sizilianer zu machen! Die Trümmer der ſizilianiſchen Armee, die bloß noch aus den Fremden beſteht, hat er in Caſtrogiovanni gelaſſen, und wartet jetzt nur eine Gelegenheit ab, um mit dem General Trobriant und allen hier anweſenden fremden Offizieren zu verreiſen. Beim Angriff von Catania iſt der Oberſt Luccheſi Palli, Sohn des Fürſten von Campofranco, von ſeinen eigenen Soldaten erſchoſſen worden. Ein Detachement der mobiliſirten Nationalgarde, welches nach Trapani geſandt und dann wieder zurückberufen wurde, ſoll bei ſeinem Durchmarſch in Alcamo von den Einwohnern ganz niedergehauen worden ſein. Ueberhaupt ſoll man im Innern überall ſehr unbarmherzig mit den Palermitanern umgehen. Der General Filangieri ſoll ſich immer noch in Catania befinden.

* **Palermo**, 20. April. Die beiden Kammern haben ſich aufgelöſt, und die Sitzungen auf den 1. Auguſt verſchoben. Geſtern wollten auch die neuen Miniſter abdanken, die National-Garde hat ſie aber gezwungen an ihren Poſten zu bleiben. Geſtern iſt der Ariel mit dem Hrn. Meuzin, Chef des Generalſtabs des Admirals Baudin, von Gaeta angekommen, und hat die Antwort des Königs gebracht. Dieſelbe ſoll blos lauten, man ſolle ſich à discrétion ergeben, und das Uebrige von der königlichen Gnade erwarten. Nun herrſcht wieder große Gährung. Einige Kompromittirte, exaltirte Köpfe, welche ſich aus Mangel an Gelegenheit noch nicht haben einſchiffen können, ſuchen das Volk aufzuwiegeln. Sie werden aber nichts ausrichten, und die verlangte unbedingte Unterwerfung wird wahrſcheinlich dem König von einer Deputation überbracht werden, die man ernennen will. Die neapolitaniſche Armee ſoll bei Leonforte vorgerückt ſein. Da dieſelbe nirgends mehr Widerſtand findet, im Gegentheil überall mit Freuden aufgenommen wird, ſo iſt zu hoffen, daß ſie in wenigen Tagen hier eintreffen werde.

* **Palermo**, 21. April. Geſtern Nachmittag haben wir einen gefährlichen Augenblick gehabt. Die noch anweſenden, aber verborgenen Ex-Miniſter Stabile und Fürſt Scordia haben unter der Hand das raubſüchtige Volk ſo aufhetzen laſſen, daß es, um tüchtig plündern zu können, auf dem Punkte war die Nationalgarde anzugreifen, und die für den Frieden geſtimmten Miniſter zu zwingen ſich für den Krieg zu erklären. Dank der guten Haltung der Nationalgarde und des Publikums im Allgemeinen iſt die Kriſis glücklich vorüber gegangen — und iſt beſchloſſen worden, dem General Filangieri durch eine Deputation die Unterwerfung zukommen zu laſſen. Wir wollen nun hoffen, daß der „Independente“ heut von Malta zurückkommen werde um einen zweiten Transport von Unruheſtiftern einſchiffen zu können. Unſere gegenwärtige erſchütterte Lage hat einen ſo fatalen Eindruck auf viele hervorgebracht, daß geſtern 37 Perſonen, alle von den beſſern Klaſſen, ins Narrenhaus gebracht worden ſind.

* **Palermo**, 22. April. Wie ſind am Ende des Lieds. Heut haben die Miniſter vielleicht zum 10. Mal abgedankt. Dagegen iſt eine proviſoriſche Regierung von 3 Mitgliedern ernannt worden, welche beſchloſſen hat, ohne Zeitverluſt dem General Filangieri eine Deputation zu ſenden, ihm die unbedingte Soumiſſion einzureichen, und ihn zu bitten, ſo ſchnell wie möglich Beſitz von Palermo zu nehmen. Dieſe Deputation geht mit einem franzöſiſchen Dampfſchiff ab, mit welchem ich Ihnen gegenwärtiges über Meſſina befördere. Zwei hieſige Dampfſchiffe gehen auch unter Eskorte eines franzöſiſchen Dämpfers auf der Stelle ab, um die Kompromittirten nach Marſeille zu transportiren.*)

*) Obige Briefe aus Palermo ſind uns alle zu gleicher Zeit zugegangen. Obgleich das Ende der Kriſis, die ſie ſchildern, ſchon bekannt iſt, wird man ſie doch nicht ohne Intereſſe leſen. Sie geben ein anſchauliches Bild der ſicilianiſchen Zuſtände.

Redacteur: O. Kruſe.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

No. 131. Frankfurt a. M., Samſtag 12. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Das Miniſterium Brandenburg und die National-Verſammlung.

Deutſchland. Frankfurt (Eine amtliche Widerlegung und deren Berichtigung Militäriſche Vorſichtsmaßregeln.) Wien (Der Oberbefehl des Kaiſers über die Armee. Vermiſchte Nachrichten.) Trieſt (Hr. v. Bruck.) Berlin (Das Komplott gegen Hrn. Held und ſeine Volksverſammlung. Für unſern König unſer Blut. Die Landwehr. Das Wahlgeſetz. Die Geſchwornen Hannover und Frankfurt.) München (Adreſſen der Landwehr verboten. Die Studentendeputation. Das Militärbudget. Die Städte für die Reichsverfaſſung. Ultramontane Wühlerei. Das Hotel der Gräfin Landsfeld. Studentenverſammlung.) Kempten (Volksverſammlung.) Kaiserslautern (Erklärungen der Beamten für die Reichsverfaſſung) Aus der Pfalz (Bekanntmachung des Reichskommiſſärs. Gerüchte aus Landau. Zuſchrift des Landesvertheidigungsausſchuſſes.) Sachſen (Königliche Verordnungen. Proklamation.) Mannheim (Die preußiſchen Truppen in der Pfalz. Die Abberufung Eiſenſtuck's) Freiburg (Sitzung des Geſchwornengerichts.) Aus Nordſchleswig (Die Truppen konzentriren ſich um Velle. Proklamation an die Jütländer.) Schleswig (Erwarteter Angriff.)

Großbritannien. London (Chartiſtenverſammlung. Kriegsdampfboote nach den deutſchen Küſten. Seeleute für den deutſchen Flottendienſt. Die Bill für Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze mit geringer Mehrheit von den Lords angenommen.)

Frankreich. Paris (Die Inſtruktion Oudinot's. Das 7te Regiment nach Afrika. Der Brief Napoleon's an Oudinot. Conſiderant's Anklage. Die Verhandlungen der Nationalverſammlung. Leſſeps nach Rom. Wichtige Nachrichten aus Italien. Empörung in Marſeille.

Portugal. Oporto (Karl Albert. Deputation aus Sardinien.)

Italien. Rom (Römiſche Berichte über den Kampf am 3. Okt.) Turin (Ramorino zum Tode verurtheilt.) Florenz (Geſuch der Regierung an Oudinot, ſie zu ſchützen.)

Ungarn. (Die Stellung der Heere. Die Unabhängigkeitserklärung. Ungariſch-Altenburg ſoll von den Magyaren genommen ſein. Neuſatz von den Serben beſetzt.)

---

11. Mai.

Das Miniſterium Brandenburg hat neue Dokumente zu ſeiner traurigen Geſchichte geliefert. Der Preußiſche Staatsanzeiger enthält zwei prunkvolle Manifeſte, das eine zur Abwehr gegen die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung vom 4., das andere zur Abfertigung des Bevollmächtigten der Centralgewalt. Dieſes Kabinet war in ſeiner Geburt ſchon inkonſtitutionell, ſeine Wiege war ein Staatsſtreich, Ausnahmszuſtände ſeine Lebensluft — wie ſteht ihm die juriſtiſche Starrheit, der konſtitutionelle Formalismus an, der ſich in dieſen Aktenſtücken ſo breit macht? Wie großgezogen ſieht es aus in den feinſten Formen der konſtitutionellen Etikette, aber wir wollen ſehen, was hinter dieſem Plunder ſteckt.

Die Reichsverſammlung beſtimmte am 4. Mai den Tag, wo die Wahlen zum Volkshauſe vorzunehmen ſind, wo der erſte Reichstag zuſammentreten ſoll. Das ſind Beſchlüſſe, ſagt der Staatsanzeiger, welche offen ins Gebiet der ausführenden Regierungsgewalt übergreifen. Wer das geſchrieben hat, der wußte wohl, wie viele Gelegenheiten, wie große Verſuchungen dieſe Verſammlung gehabt und ſiegreich beſtanden hat, nicht blos in die Regierungsgewalt überzugreifen, ſondern ſie ganz, und zwar mit dem ſicherſten Erfolg, in ihre Hände zu nehmen; und ein anderer hätte die Lächerlichkeit geſcheut, der Verſammlung jetzt, im ungünſtigſten Augenblicke, Regierungsgelüſte aufzubürden. Der „Uebergriff in die Exekutive" iſt eben eins von den Paradepferden des konſtitutionellſten aller Miniſterien, das bei jeder Gelegenheit herhalten muß, auch wo es die kläglichſte Figur macht. Uebrigens fällt uns hier eine Theorie des nämlichen Miniſteriums ein, wonach vor dem 5. Dezember und der oktroyirten Verfaſſung Preußen kein konſtitutioneller Staat war. Das hat ſich die Verſammlung vielleicht zu Nutze gemacht; ſie denkt vielleicht, daß ein Staat ohne Oberhaupt ſo wenig ein fertiger Staat iſt, wie ein Staat ohne Verfaſſung. Sie hat ein Oberhaupt gewählt, das ſo kläglich ihre Hoffnungen täuſchte, wie die Konſtituante im Konzertſaale die Hoffnungen Preußens; wie das Miniſterium Brandenburg die konſtituirende Gewalt an die Exekutive riß, ſo nahm die Reichsverſammlung die exekutive Gewalt in die konſtituirende auf. Darüber dürfte doch das Miniſterium Brandenburg ſich am allerletzten beſchweren. Wir aber dürften es, und wir würden es auch, wenn die Reichsverſammlung nicht aus ganz andern und aus viel beſſern Gründen ſo gethan hätte, wie ſie that. Sie erinnerte ſich einer Zeit, wo in Deutſchland nichts ſchwächer war, als eine Regierung, und wo in allgemeiner Auflöſung kein leitender Stern mehr war, als der nahe geſicherte Zuſammentritt einer Verſammlung, zu der die Nation Vertrauen hatte und die es nicht täuſchte. Sie gedachte dieſer Zeit in der gegenwärtigen, wo bitterer Haß und wilde Leidenſchaft noch geſtachelt wird durch betrogene Hoffnung, und jeden Augenblick auszubrechen droht in die Herrſchaft der rohen Gewalt; ſie wollte der Nation noch einmal einen Augenpunkt und einen Troſt geben für die nahe Zukunft, ſie wollte den thörichten verblendeten Regierungen noch einmal eine Friſt geben, um alles nach Möglichkeit beſſer zu machen. Zu dieſem großen Zweck trat ſie mit vollem Bewußtſein an den Rand ihrer Befugniß. Das iſt konſervative Politik, von der konſervative Miniſterien freilich ſich nichts träumen laſſen. Zuletzt aber müſſen wir fragen: Wer iſt denn die Exekutive im deutſchen Reich? Glaubt etwa die Regierung des ablehnenden Kaiſers, ſie habe jetzt das Reich und die Nationalverſammlung der Exekutive beraubt, und ihr Veto ſei das der Regierungsgewalt? So lange kein Oberhaupt vorhanden, ſteht die proviſoriſche Centralgewalt neben der Reichsverſammlung als Exekutive da, und das preußiſche Kabinet weiß recht wohl, daß das Reichsminiſterium jene Beſchlüſſe gebilligt und an ihrer Ausführung ſeinen Theil übernommen hat.

Das Miniſterium Manteuffel iſt aber für die neue Reichsverfaſſung noch weit zärtlicher beſorgt als für die eigene oktroyirte, mit deren Interpreation man es lange ſo genau nicht nimmt. Nach der Reichsverfaſſung ſelbſt liegt die Berufung des Reichstags nur in den Befugniſſen des Reichsoberhauptes! Wo aber gar die Reichsverfaſſung nicht einmal anerkannt und eingeführt iſt, da können jene eigenmächtigen Beſchlüſſe vollends durchaus keine Geltung und rechtliche Wirkung finden. Es würde jede Ordnung in Deutſchland zerſtört werden, wenn es der Verſammlung geſtattet werden könnte, die Verfaſſung einſeitig und partiell ins Leben zu rufen. Nun, das Miniſterium Brandenburg ließ den König ſagen und ſagte ſelbſt, was nimmer ſo hätte geſagt werden ſollen, daß jeder deutſche Staat nach Belieben zum Bundesſtaat zutreten oder ſich ausſchließen könne; war das keine partielle Einführung? Und das nämliche Miniſterium will eine Verfaſſung oktroyiren, durch einen Regierungskongreß ſie verfertigen laſſen, mit Ausſchließung eines anerkannten Faktors, der Reichsverſammlung; iſt das keine einſeitige Einführung?

„Indem aber die Reichsverſammlung durch einen weitern Beſchluß vom 4. Mai, neben den Regierungen auch die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten und das geſammte deutſche Volk aufforderte, die von ihr beſchloſſene Verfaſſung zur Anerkennung und Geltung zu bringen, droht ſie die rechtlich nothwendige Mitwirkung der Regierungen zu umgehen und ſetzt ſich der Gefahr aus, dahin verſtanden zu werden, als wolle ſie die einzelnen Körperſchaften und das Volk veranlaſſen, die Verfaſſung ſelbſtſtändig und ohne die Sanktion der Regierungen, alſo auf dem Wege der Gewalt und der Revolution, zur Ausführung zu bringen." Es gab eine Zeit, wo der Weg der Gewalt und Revolution vor der Reichsverſammlung offen lag, und wo ſie ihn nicht betrat, und es iſt lächerlich, ſagen wir noch-

mals, dieſer Verſammlung Revolutionsgedanken unterzulegen. Niemanden fällt dies ein, als Manteuffel und ſeinen Genoſſen; die Radikalen auf der Linken wiſſen ſchon längſt, was ſie in jener Beziehung von der Verſammlung zu halten haben, die Radikalen von der Rechten ſind aber vergeßlicher. Die Reichsverſammlung mußte hier wieder, wie ſo oft, klüger ſein als die Regierungen. Sie kannte die Macht des Einheitsgedankens und die Stärke einer Bewegung in ſeinem Namen. Darum machte ſie Luſt, ſo viel ſie konnte, nach allen Seiten. Wenn die Ventile offen ſind, zerſpringt die Maſchine nicht. Darum verlangte ſie von Körperſchaften, Gemeinden und Volk, nicht zu revolutioniren, wie die thörichten Leute glauben, ſondern ſich zu regen und ihre Stimme zu erheben, damit nicht revolutionirt werde; nicht wie jene glauben, um die Mitwirkung der Regierungen zu umgehen, ſondern um ihre konſtitutionellen Regierungen zur Mitwirkung zu bewegen. Das war konſervativ und konſtitutionell; es iſt das reinſte Weſen des Konſtitutionalismus, daß alles, was im Volke von geiſtigem Leben, von Nothwendigkeit und Bedürfniß ſich regt, auf die Regierung ſeinen Einfluß übe. Das Miniſterium Brandenburg aber, wenn es jedes Ventil verſchließt, jede Aeußerung der öffentlichen Meinung abſperrt und ſich dagegen in Poſitur ſtellt, ſetzt ſich der Gefahr aus, verſtanden zu werden, als ob es die Gewalt und Revolution provocire und herbeiwünſche. Und durch keine günſtige Vermuthung, durch keine reine Vergangenheit, wie die der Reichsverſammlung, wird es geſchützt vor dieſem Verdachte!

Aus dem Mittelpunkt jener Politik der Verſammlung, aus dem Bedürfniß einer großen und freien Volksbewegung iſt die Inſtruktion Baſſermanns hervorgegangen, die das Miniſterium in ſeiner Blödſichtigkeit ſo ſchnöde abzufertigen ſich erlaubte. In einem Augenblick, der über des deutſchen Volkes Zukunft entſcheidet, ſollte ihm die Möglichkeit nicht entzogen werden, durch den Ausſpruch ſeiner verfaſſungsmäßigen Organe ſeinem Willen Ausdruck zu verleihen. Dieſer rein konſtitutionelle Grundſatz, aufgeſtellt von der Executivbehörde des deutſchen Reichs, mußte dem preußiſchen Kabinet ein hinreichender Kommentar ſein zu dem Beſchluſſe vom 4. Mai, um dieſen gegen alle Verdächtigung zu ſchützen. Es hat aber auch nicht gewagt, gegen den Grundſatz ſich anders aufzulehnen als durch ſeine Thaten. Vor dem Reichskommiſſär nahm man ſeine Zuflucht zu einem andern Hülfsmittel. Baſſermann hatte ſeine Meinung entſchieden ausgeſprochen; er iſt der Mann, um es nicht zu bereuen, daß er einſt dieſem Miniſterium, um der Ordnung willen, einen Dienſt geleiſtet, aber er iſt auch der Mann, um gerade deßhalb ihm jetzt um ſo entſchiedner entgegenzutreten. Wie geſagt alſo, man trat dem Reichskommiſſär nicht entgegen in der Sache, man wählte für ihn einen Ausweg, wie er ſchnöder ſich nicht denken läßt. Man ſagt zu ihm, wie Windiſchgrätz zu Welcker und Moſle, daß ihn die Sache nichts anginge; die Maßregeln der Regierung beträfen innere Angelegenheiten. Und das iſt die nämliche Regierung, welche vor Kurzem in die Kompetenz der Centralgewalt eingriff, und von ihr eine würdevolle Abweiſung hinnahm? die im nämlichen Athem verſichert, „ſie werde ſich in keinem Falle abhalten laſſen, auf die eine oder die andere Weiſe Alles zu thun, um das wahre Bedürfniß der deutſchen Nation zu befriedigen, und derſelben zugleich eine geſetzliche Mitwirkung bei der Geſtaltung der deutſchen Verhältniſſe zu ſichern?" Die preußiſche Regierung alſo muß im Angeſichte der drohenden Bewegung in Deutſchland Alles thun, innerhalb und außerhalb ihrer Grenzen, um dieſelbe von ſich abzuhalten und die Ruhe Deutſchlands zu ſichern, die Centralgewalt aber, der noch ausdrücklich Sorge und Verantwortung aufgebürdet wird für die allgemeine deutſche Sicherheitspolizei, die Centralgewalt darf ſich nicht regen, muß ſtille ſtehen vor den Grenzpflöcken des preußiſchen Staates, wenn das preußiſche Miniſterium durch ſeine Blindheit und Hartnäckigkeit, gerade in der Behandlung der gemeinſamen deutſchen Sache, dieſe Sache ſelbſt ins Verderben, und ganz Deutſchland in den Abgrund der Revolution führt? Iſt der Dresdner Aufſtand nicht eine ſächſiſche Angelegenheit? Warum ſandte denn Preußen ſeine Truppen? Unzweifelhaft aus dem nämlichen Grunde, aber mit ungleich beſſerem Rechte, ſandte die Reichsgewalt Hrn. Baſſermann nach Berlin.

Es iſt eben ſo unerfreulich wie von wenigem Nutzen, mit Sophismen wie die obigen ſich zu befaſſen. Wir haben es diesmal gethan, um an dieſem Beiſpiel zu zeigen, wie man die Politik der vernünftigen Freiheit ſo lange mit täuſchenden Worten entſtellt und verläumdet, bis ſie den Großen gleichbedeutend erſcheint mit Republik und Anarchie, und den Vielen mit der berüchtigten Erhaltungspolitik des Abſolutismus. Mit ſolchen Mitteln arbeitet das Miniſterium Manteuffel in ſchöner Eintracht mit den Radikalen dahin, die Reichsverſammlung auf falſche Wege zu treiben, und das einzige Einheitsorgan in der Meinung der Nation zu vernichten. Aber Niemand, weder Staat, noch Behörde, noch Fürſt oder Staatsmann bilde ſich ein, er werde der Erbe des allgemeinen Vertrauens ſein. Ein Chaos von Zerriſſenheit wird über uns einbrechen, und dann wird Schuld und Strafe diejenigen heimſuchen, die ſo frevelhaft mit elenden Gründen die fertige Reichsverfaſſung zurückwieſen. Indem wir für diesmal Abſchied nehmen vom Miniſterium Manteuffel, müſſen wir ihm mit auf den Weg geben, was ein öſterreichiſches, ebenſo konſervatives als politiſch durchgebildetes Blatt über die Reichsverfaſſung urtheilt. „Die deutſche Verfaſſung, heißt es in der „Preſſe", enthält allerdings Beſtimmungen, welche mehr den Formen republikaniſcher als monarchiſcher Regierung angehören; aber man ſollte ſich durch Formen nicht ſchrecken laſſen, wo das Weſen, der engere Bundesſtaat mit Preußen an der Spitze, erreicht war. Immer lag es in der Hand der Regierung, eine ſtarke Exekutivgewalt in dem neugeſchaffenen Staate zu bilden und zu behaupten, Erfahrung und Beſonnenheit hätten das Herbeiführen des Aeußerſten und Letzten bei jedem Zerwürfniß gehindert, eine Verſtändigung wäre auf dieſem Wege noch möglich geweſen. Weder das allgemeine Stimmrecht noch das ſuspenſive Veto ſind nach der Lehre erfahrener Staatsmänner der Gewalt des Monarchen verderblich."

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 11. Mai. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile Folgendes: „Die in dem heutigen Extrablatt der „Deutſchen Zeitung" gegebene Nachricht: „daß ſich die Feſtung Landau am 9. d. M. Abends in den Händen des Volkes befunden, und eine Emeute der Garniſon die Eröffnung der Feſtung herbeigeführt habe", wird hier amtlich als unwahr erklärt."

Die Nachricht in unſerm Extrablatt beſagt nicht, daß das Obige geſchehen ſei, ſondern daß es in der Pfalz durch Eſtafette von Ort zu Ort kundgegeben wurde. Dieß iſt, wie wir wohl zu unterſcheiden bitten, die Thatſache, die ein gewiſſenhafter Korreſpondent uns berichtet. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß damit für die Wahrheit jener Nachricht oder ihrer Einzelheiten durchaus keine Verantwortlichkeitübernommen wird. Man vergleiche unten in dem Artikel Neuſtadt die faſt gleichlautende Nachricht des Frankfurter Journals, des einzigen Blattes, das heute außer uns direkte Nachrichten aus der Pfalz mittheilt. Durch Privatmittheilung erfahren wir, daß Herr Oberſt Spieß vom Kriegsminiſterium, der heute von Landau eintraf, die verbürgte Nachricht gebracht habe, daß Niemand erſchoſſen worden, als ein Schulmeiſter, der bei Nacht auf den Werdaruf einer Schildwache keine Antwort gab; ſonſt ſei gar nichts vorgefallen. Die ſofortige Veröffentlichung ſo beruhigender Nachrichten aus einer höchſt aufgeregten Gegend, nach der alle Blicke ſich mit Spannung richten, würde ohne Zweifel das geeignetſte Mittel ſein, um den naturgemäß auftauchenden Allarmgerüchten zu begegnen und die Preſſe, die ſich offizieller Nachrichten nicht zu erfreuen hat, vor Irrthümern zu behüten.

, Υ **Frankfurt**, 11. Mai. Als geſtern Nachmittag die Deputation des Parlaments das Hotel des Reichsverweſers betreten hatte, wurde an dem Thurn- und Taxis'ſchen Palais von einer Abtheilung Oeſterreicher unter Kommando eines Offiziers und unter eigener Leitung des Stadtkommandanten die Eſchenheimergaſſe für größere Haufen abgeſperrt. Einzelne Fußgänger und Wagen wurden indeß unbehindert durchgelaſſen, und die Maßregel hörte auf, ſobald die Deputation den Rückweg angetreten. Die Wache an der Paulskirche war bedeutend verſtärkt; die Verſtärkung zog ab, als gegen ſechs Uhr die Sitzung geſchloſſen wurde. Der Abend aber ſollte uns ein Bild gewähren, welches uns lebhaft in die Zeiten des Belagerungszuſtandes zurückverſetzte. Mit Einbruch der Dunkelheit wurden auf dem Paradeplatz Wagen mit Stroh und Karren mit Holz abgeladen und alsbald erſchien, von einem Offizier befehligt, eine Abtheilung preußiſcher Truppen und bezog ein Bivouak. Auf Stroh gelagert, um ein großes Feuer, welches zum Erſtaunen der Anwohner plötzlich mitten auf dem Platze in die

Höhe loderte, ließen ſie bis in die ſpäte Nacht hinein ihren fröhlichen Geſang erſchallen. Mit Tagesanbruch zogen ſie wieder ab; das Stroh iſt indeß geblieben und wird ſich deßhalb das Bivouak vorausſichtlich heute Abend wiederholen. In den übrigen Theilen der Stadt waren, abgeſehen von der Beſetzung des Roßmarktes, an welche wir uns ſchon ſeit einigen Wochen gewöhnt haben, keine beſondern militäriſchen Vorkehrungen ſichtbar, nur die beiden Poſten, welche das Hotel des Reichsverweſers einſchließen, das Thurn und Taxis'ſche Palais und die Wache am Eſchernheimer Thore, waren ſtark beſetzt. Die Ruhe war aber noch tiefer als gewöhnlich und der Tritt der zahlreichen Patrouillen ſchallte durch faſt leere Straßen.

* **Wien**, 7. Mai. Ueber nachfolgende Punkte hat ſich der Kaiſer beim Oberbefehl der Armee die Entſcheidung vorbehalten: 1) Alle größeren Truppenbewegungen aus einem Generalkommando in das andere; kleine Aenderungen in der Truppendislokation, welche dringende Umſtände erheiſchen, ſind Mir nachträglich ſogleich zur Kenntniß zu bringen. 2) Da ich in meiner obgedachten Eigenſchaft der Aufrechthaltung der beſtehenden, reinmilitäriſchen Normen und Reglements meine beſondere Sorgfalt widmen werde, ſo können grundſätzliche Abänderungen dieſer Vorſchriften auch nur von mir ausgehen. 3) Die Perſonalien vom Stabsoffizier aufwärts nach den Anträgen Derjenigen, welche bisher hierzu befugt waren, oder nach meiner eigenen Selbſtbeſtimmung. In Betreff der Ernennung, Anſtellung, Penſionirung u. ſ. w. der Generäle werde ich mich mit den kommandirenden Generälen der Armee im Felde und mit jenen in den Ländern, welche die hier allein maßgebende Befähigung kompetent zu beurtheilen in der Lage ſind, direkt in Verbindung ſetzen und dann nach meiner Ueberzeugung entſcheiden. 4) In Kriegszeiten kann nur einem allein die außerordentliche Dispoſition über das geſammte Kriegsmaterial zu Land und zur See anheimgeſtellt ſein, nicht minder in Friedenszeiten die Ausführung der fortifikatoriſchen Bauten, in ſo ferne ſelbe überhaupt gehörig bewilligt und bedeckt ſind, auch in Bezug auf die etwa von der Vorſchrift abweichende Art und Weiſe ihrer Vollendung. Zur Beſorgung dieſer Geſchäfte werde ich mir eine Militär-Central-Kanzlei bilden, zu deren Vorſtand ich meinen erſten General-Adjutanten beſtimme.

Die früher vernachläſſigten Sommerwohnungen in Hietzing werden durch die Ankunft des Hofes plötzlich ſtark geſucht und zu hohen Preiſen erlaſſen. Eine Wohnung, die man noch vor wenig Tagen mit fl. 700 haben konnte, wurde geſtern zu fl. 1000 CM. vermiethet. Da es der Zufall gerade wollte, daß bei der geſtrigen Revue angekommene kranke und verwundete Soldaten im Stadtgraben nächſt dem Burgthore ſich auf dem Raſen gelagert hatten, um auszuruhen, ſo ritt der Kaiſer zu ihnen hinab, befragte, tröſtete ſie und verhieß väterliche Vorſorge. Auch hat der Kaiſer ein Militärſpital beſucht. Bei der Sparkaſſe ſind in dieſer Woche die Einlagen von den Rückzahlungen anſehnlich, mit fl. 168,882 gegen fl. 106,096, überſtiegen worden.

Trieſt, 4. Mai. Geſtern kam ganz unerwartet der Handelsminiſter, Hr. v. Bruck, von Mailand hier an. Der Telegraph war den ganzen Nachmittag bis ſpät in der Nacht in Thätigkeit, es ſcheint, daß der Hr. Miniſter dem Miniſterium wichtige Mittheilungen zu machen gehabt habe. Es wird allgemein behauptet, daß der Frieden ſeinem Abſchluſſe nahe ſei. Hr. v. Bruck iſt bereits heute morgen nach Meſtre abgereiſt, wo er mit dem greiſen Marſchall zuſammentreffen wird. (Allg. Z.)

Berlin, 7. Mai. Unter den Diplomaten geht die Sage, Hannover werde, in der Nähe geſehen, mehr nach Frankfurt und Deutſchland neigend erkannt, als man darauf gefaßt war. Wir erfahren das aus indirekter, aber untrüglicher Quelle. Eine Verſtändigung iſt möglich, aber ſchwer. Bis jetzt hat man ſich nicht verſtanden, das liegt zu Tage. (Hannov. Z.)

♄ **Berlin**, 9. Mai. Sie wiſſen, der bereits im vorigen Jahre „abgetretene Demagog" (wie er ſich ſelbſt in ſeinem Abſchiedsanſchlage nannte) der große H e l d iſt wieder auf der politiſchen Bühne erſchienen. Er wollte die Agitation für die deutſche Sache in die Hand nehmen. Daß Wrangel ſie ihm aus der Hand genommen hat, wiſſen Sie auch bereits. Held hat nun die Geſchichte der vereitelten Volksverſammlung, die er am vergangenen Sonntag außerhalb des Belagerungsrayons projektirt hatte, in einer beſonderen Schrift behandelt. In der Vereitelung ſeiner Abſichten erblickt er ein Komplott zwiſchen der Demokratie, ſoweit ſie durch die Redaktion der Nationalzeitung vertreten iſt, und der Reaktion. Der Vorgang iſt folgender. Zunächſt durften die Bahnzüge nach Potsdam an der Halteſtelle Zehlendorf diesmal nicht anhalten. Als ſich nichtsdeſtoweniger bei Zehlendorf eine ziemlich bedeutende Anzahl Leute verſammelt und auch Herr Held ſich dort eingefunden hatte, erſchien an der Spitze einer Abtheilung rother Huſaren ein Major, der die Verſammlung zum Auseinandergehen aufforderte. Man entgegnete, daß die Verſammlung dem Ortsſchulzen als der betreffenden Polizeibehörde annoncirt und von demſelben nicht verboten worden ſei; hierauf erklärte der Major, daß Zehlendorf unter der Polizeibehörde von Berlin ſtehe, und daß der Oberbefehlshaber in den Marken als die dem Berliner Polizeipräſidium vorgeſetzte Behörde die Verſammlung verbiete und er beauftragt ſei, die Verſammlung ſchlimmſten Falls mit Anwendung von Waffengewalt auseinanderzutreiben. In Folge dieſer Erklärung ging man auseinander. Dies das Komplott! Die Sache hat freilich auch ihre ernſthafte Seite. Aber der Ernſt iſt nicht mehr an der Tagesordnung. Der Berliner geht ins Theater und ſieht die Elsler tanzen. Ad vocem Theater: bei der geſtrigen Aufführung des Feldlagers in Schleſien mußte im zweiten Akt die Stelle: „Für unſern König unſer Blut!" unter ſtürmiſchem Beifall wiederholt werden. Erinnert das nicht an Paris, wo man auch, gleich nach der Einführung der Republik, alle Anſpielungen auf Wiederherſtellung der Monarchie beklatſchte und unter allgemeiner Zuſtimmung fragen durfte: iſt hier vielleicht zufällig ein Republikaner? So wenig aber die Republik in Frankreich gefallen iſt, ſo wenig möchte der Enthuſiasmus für den König ernſthaft ſein. Daß die Landwehr ſich ihrer Einberufung willig fügt, liegt mehr in der ehrenwerthen Geſinnung des Volkes, welches dem Staatsgeſetze genügen will, als in der Anhänglichkeit an die Sache, die der König gegenwärtig verficht: daß die Landwehr ſich aber willig fügt, kann trotz aller demokratiſchen Gegenverſicherungen nicht bezweifelt werden. Selbſt die Landbewohner, welche gerade jetzt eine weſentliche Störung in ihren Geſchäften erleiden, eilen dennoch freudig zu den Fahnen. Die Anmeldung von Freiwilligen iſt zahlreich und nimmt mit jedem Tage zu. Einzelne Landwehrleute, die ſich, da ſie verheirathet waren, Freiſcheine verſchafft hatten, ſtellten ſich dennoch und fragten den Magiſtratsdeputirten, ob für die zurückgelaſſenen Frauen Seitens der Kommune geſorgt würde, und auf die Bejahung dieſer Frage erklärten ſie, von dem Freiſchein keinen Gebrauch machen zu wollen. Auf die Landwehr geſtützt, wird die Regierung nun auch bald mit ihren Reformplänen vortreten. Man iſt im Miniſterrath bereits über die Art und Weiſe das Wahlgeſetz zu ändern („das Wahlgeſetz organiſiren", wie gewiſſe Blätter es nennen) einig geworden. Danach nämlich würde man von einer beſchränkenden Interpretation des Worts „ſelbſtſtändig" Umgang nehmen und ſich mit der Klaſſifikation der Urwähler nach Steuerklaſſen begnügen. Es ſollen 3 Klaſſen gebildet werden, und zwar, Nichtbeſteuerte, Niedrigbeſteuerte und Höchſtbeſteuerte, von denen Jede ein Drittheil der Wahlmänner zu wählen hat. Inwiefern dieſer Wahlmodus in den größeren Städten, wo keine Klaſſenſteuer beſteht, etwa eine Abänderung erleiden ſoll, darüber iſt zur Zeit noch nichts bekannt. Die Geſchwornen werden am 14. zum erſten Mal ſitzen. Der erſte Fall, in welchem ſie zu urtheilen haben werden, iſt eine Anklage auf Majeſtätsbeleidigung, die der Literat Springer durch einen Artikel im Pommern-Vereinsblatt begangen haben ſoll. Wie ſich unſere ehrbaren Bürger dabei wohl ausnehmen mögen!

* **München**, 8. Mai. Laut Entſchließung des Staatsminiſteriums des Innern dürfen Adreſſen von Landwehrkorps nicht befördert noch angenommen werden. Dieß iſt durch das Münchener Brigadekommando den Offizieren ſämmtlicher Landwehr- und Freikorps durch Rundſchreiben eröffnet worden.

= **München**, 8. Mai. Ein Zwieſpalt herrſcht im Kabinet; der Miniſter des Innern, Hr. v. Forſter, nicht ganz undeutſch, und der Finanzminiſter, Hr. Aſchenbrenner, der nur leere Kaſſen nachweiſen kann, ſind die Veranlaſſung dazu. Von geſetzmäßigen 7 Millionen iſt das Militärbudget auf 12 Mill. Gulden angelaufen und jetzt ſollen neue Truppenverſtärkungen wegen der Pfalz und Franken vorgenommen werden. Wo will das hinaus? Die Stadtbehörden von Augsburg, Aſchaffenburg, Ansbach, Bamberg, Erlangen, Feuchtwangen, Fürth, Hof, Kaufbeuern, Kempten, Kitzingen, Kronach, Langenzam, Lauf, Lindau, Nördlingen, Nürnberg, Regensburg, Schweinfurt, Weißenburg, Würzburg, alſo alle bedeutende Städte, haben ſich in Adreſſen an den König für die

Reichsverfaſſung erklärt; der Hof ſteht mit München allein, die Pfalz iſt unter Waffen. Dennoch ſagt die Neue Münchner Zeitung, die trotz der Kaſſenleere immer neue Zuſchüſſe von oben erhält, die immenſe Mehrheit der Gutgeſinnten ſei für den König mit der Regierung. Das gute Volk trägt ſich mit dem Glauben, der König werde doch noch nachgeben und ſich an die Spitze der deutſchen Bewegung ſtellen. Friedrich Rohmers Schrift, die dazu ernſtlich räth, hat ſchon die zweite Auflage erlebt. Die Schwarzen aber ſind ſehr thätig unterm Volk; in der ultramontanen Druckerei von Weiß wird Tag und Nacht an Flugblättern für Soldaten und Bauern gearbeitet. Den Bauern ſagt man, mit der Unterſchrift zu Adreſſen für die Reichsverfaſſung verpflichteten ſie ſich zugleich lutheriſch zu werden und die Republik einführen zu helfen. Aus etwa 5 bis 6 Gemeinden hat die Münchener 11,000-Adreſſe gegen die Reichsverfaſſung Zuſtimmung erhalten. Einen heutigen Aufruf an den Straßenecken, worin die würtembergiſchen Handwerkervereine die bairiſchen Brüder auffordern, ſich ja nicht durch das Geſchrei der Schwarzen von unbedingter Gewerbefreiheit verführen zu laſſen, hat die Polizei heute überall von den Mauern herabreißen laſſen. Das ehemalige Hotel der Lola reſp. Gräfin Landsfeld wird am 21. d. M. verſteigert werden, mit Vorbehalt des Widerſpruchs der Frau Beſitzerin, wie es im amtlichen Proklam heißt — eine ſchöne Epiſode in unſerer politiſchen Sturmzeit. In einer Studentenverſammlung, die auf den 10. d. M. ausgeſchrieben iſt, ſollen zwei in der geſtrigen Studentenverſammlung unterſtützte Anträge votirt werden: 1) Aufruf an alle Univerſitäten für die Reichsverfaſſung mit der That einzuſtehen. 2) Aufruf an alle Arbeiter, Turner, Handwerker, Künſtler, Freikorps und Bürger, ſich zu bewaffnen und an die Centralgewalt und die Nationalverſammlung über dieſe bewaffneten Kräfte Meldung zu machen. Sie ſehen, es wird auch hier ein Thatleben; noch iſt Ruhe in der Stadt.

≃ **München**, 9. Mai. Was geſtern noch kaum zu erwarten ſchien, iſt doch heute eingetreten: München iſt in voller Bewegung für die deutſche Reichsverfaſſung. Es kommt nur noch darauf an, ob der von den Provinzen und hier ſpeziell von den Studirenden gegebene Anſtoß von nachhaltiger Wirkung ſein wird. Die geſtern beſchloſſene Adreſſe ſollte heute früh durch einen Zug der geſammten Studentenſchaft dem Miniſterium überbracht werden. Der Zug ſollte um 10 Uhr ſtattfinden. Aber die Polizei verbot ihn, und die geſammte militäriſche Beſatzung der Stadt war bereits vom früheſten Morgen an in einer Vollſtändigkeit in den Kaſernen konſignirt, daß ſelbſt die Arbeiter des Zeughauſes ihre Arbeiten hatten einſtellen und den Torniſter auf den Rücken nehmen müſſen. Auch ſah man an den Stationspunkten der Artillerie die Geſchütze zum Gebrauch vollſtändig vorbereitet, die Beſpannung in Bereitſchaft ꝛc. Der Stadtkommandantſchaftshof war von Ordonnanzen erfüllt. Natürlich daß ſolche Bereitſchaften die ganze Bevölkerung auf die Beine brachten. Um nun aber den von der Regierung herzlich gewünſchten Zuſammenſtoß zu vermeiden, ſandte die im Univerſitätsgebäude zahlreich verſammelte Studentenſchaft nur eine Abordnung von 25 ihrer Mitglieder mit der Adreſſe an das Miniſterium. Die ſofort dort empfangene Antwort lautete, die Adreſſe werde mit den andern Adreſſen gleichen Sinnes bei dem in 5 Tagen zuſammen tretenden Landtag zur Verhandlung kommen und dort ihre Erledigung finden. Ein im Miniſterium des Aeußern gleichzeitig mit der Bewegung auf den Gaſſen entſtehender blinder Feuerlärm vermehrte natürlich das Drängen und Laufen. Es iſt indeſſen nirgends zur geringſten Unordnung gekommen. Einen ſehr guten Eindruck hat es hier in den altbaieriſchen Kreiſen gemacht, daß der pfälziſche Landesvertheidigungsausſchuß das „jenſeitige Baiern" nicht vergeſſen hat. So eng und klein ſind bei Manchen die Gründe der Zuneigungen und Abneigungen, wo es ſich um Deutſchland handelt!

* **Kempten**, 6. Mai. Geſtern wurde hier eine Volksverſammlung gehalten, an welcher 30 Märzvereine, über 10,000 Männer, theilnahmen. Die Vereine von Memmingen, Kaufbeuern, Krumbach, Augsburg und Nördlingen, dann von Jſny, Wangen und Ravensburg waren durch Deputationen vertreten. Es wurde eine Adreſſe an die zweite Kammer berathen und einſtimmig angenommen, worin ſie aufgefordert wird, ſich keinen Treubruch gegen Deutſchland zu Schulden kommen zu laſſen.

Kaiſerslautern, 7. Mai. Der durch den Landesvertheidigungsausſchuß unterm 3. d. M. erlaſſenen Aufforderung an die Beamten der Pfalz entſprechend, haben bereits 85 Beamte ihre, die unbedingte Giltigkeit der Reichsverfaſſung anerkennende Erklärung direkt eingeſendet. Außerdem haben über 200 Beamten ihre unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung in einer Adreſſe an den König ausgeſprochen. (Fr. J.)

Aus der Pfalz. Die „neue Speyerer Zeitung" enthält folgende Bekanntmachung:

„Zur Sicherung der öffentlichen Zuſtände und zur Vermittelung der Verfaſſungsfrage in der Pfalz, im Namen der proviſoriſchen Centralgewalt des deutſchen Reiches und in Gemäßheit der Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung vom 11. April und 4. Mai dieſes Jahres, iſt Folgendes feſtgeſetzt: 1) der am 2. Mai dieſes Jahres, in den Perſonen der Parlamentsmitglieder Schüler, Reichard, Culmann und Schmitt, der Landtagsabgeordneten Dr. Greiner, Dr. Hepp, Dr. Hannitz, Notar Schmidt aus Kirchheimbolanden, Oeconom Didier von Landſtuhl und Rechtskandidat Fries aus Frankenthal für die Pfalz gebildete Landesvertheidigungsausſchuß wird als ein Landesausſchuß für Vertheidigung und Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung hiermit beſtätigt. 2) Der Landesausſchuß iſt berechtigt: a. Alle ihm erforderlich ſcheinenden Maßregeln zur Vertheidigung der deutſchen Reichsverfaſſung in der Pfalz einzuleiten, inſoweit ſie nicht in die Befugniſſe der zu Recht beſtehenden Landesbehörden eingreifen, demnach insbeſondere die Organiſation der Volkswehr zu leiten und zu überwachen. b. Denjenigen Volkswehren und Truppenabtheilungen, ſo wie denjenigen Landesbeamten in der Pfalz, welche auf Grund der Paragraphen 14 und 193 der deutſchen Reichsverfaſſung die Vereidigung auf die Verfaſſung verlangen ſollten, den Eid abzunehmen. c. Gegen gewaltſame Angriffe auf die Reichsverfaſſung in der Pfalz äußerſten Falles ſelbſtſtändig einzuſchreiten. 3) Der Landesausſchuß hat ſeinen Sitz in Kaiſerslautern. Fünf anweſende Mitglieder deſſelben ſind beſchlußfähig. 4) Der Landesausſchuß beſteht bis zu vollſtändiger Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung in der Pfalz. 5) Durch die in §. 2 dem Landesausſchuſſe ertheilten Befugniſſe ſind alle bis heute von dem Landesvertheidigungsausſchuſſe gefaßten Beſchlüſſe, ſo weit ſie dieſen Befugniſſen zuwiderlaufen, hiermit aufgehoben. Kaiſerslautern, den 7. Mai 1849. Eiſenſtuck, Bevollmächtigter der proviſoriſchen Centralgewalt für die Pfalz.

Neuſtadt a. d. H., 9. Mai, Mittags 2 Uhr. So eben langt eine Eſtafette von Landau an, welche die Kunde von einem großen Aufſtande in Landau brachte, wobei 6 bairiſche Offiziere gefallen ſind. Geſtern Abend rückte das Bataillon badiſcher Infanterie und die Eskadron badiſcher Dragoner ein, welche ſogleich mit den gaſtfreundlichen Bürgern gemeinſchaftliche Sache machten. Dieſes mißfiel den bairiſchen Offizieren und dadurch wurde eine Hetzerei bis zum Ausbruche getrieben. Aber ſtatt auf die Bürger zu feuern, kehrte ſich das bairiſche Militär gegen ſeine Führer. Der Gehorſam iſt verweigert. Eine Kaſerne iſt demolirt. Die Ordnung iſt jedoch dadurch wieder hergeſtellt worden, daß die bairiſchen und badiſchen Soldaten ſich mit der Volkswehr vereinigten. Heute Morgen ſind Zuzüge von Frankenthal, Oppau und andern Orten hier angekommen. Man erwartet immer noch bedeutende Mannſchaft, namentlich von Jenſeits. Stündlich langen bairiſche Soldaten an, die entweder nach Hauſe gehen oder ſich zu der Volkswehr begeben.

Mittags 5 Uhr. Der Generalmarſch hat ſämmtliche Mannſchaft dahier zuſammenberufen. Der Bürgerwehroberſt ſtellte den vom Hauptquartier Kaiſerslautern beorderten neuen Kommandanten vor, welcher ſogleich in Aktivität treten ſoll. Es iſt der Oberlieutenant Straſſer aus Wien. Auf der betreffenden Zuſchrift iſt Fenner von Fenneberg als Generaliſſimus des Hauptquartiers und als Schriftführer Dr. Hepp von hier unterſchrieben. Alle Befehle gehen von Kaiſerslautern aus. Die aus 5 Mitgliedern beſtehende Kommiſſion nennt ſich nun auf Antrag des Reichskommiſſärs: „Landesausſchuß zur Vertheidigung der deutſchen Verfaſſung."

In einer gedruckten Anſprache dieſes Landesausſchuſſes an ſämmtliche Wehrmänner der Pfalz heißt es: „Mitbürger! Wir benachrichtigen Euch hiermit, daß wir den Bürger Fenner von Fenneberg, Oberkommandanten der Wiener Nationalgarde während des Oktoberkampfes, zum Oberbefehlshaber aller Wehrmänner der Pfalz proviſoriſch ernannt haben."

Abends 6 Uhr. Vierhundert Mann Bürgerwehr, Scharfſchützen und Senſenmänner, als Freiſchaaren, ſind beordert worden, das Thal zu beſetzen. Soeben ziehen ſie gegen Kaiſerslautern ab.

Nachſchrift. Soeben wird durch die Schelle bekannt gemacht, daß auf der pfälziſchen Ludwigsbahn morgen wieder die regelmäßigen Fahrten beginnen. (Fr. J.)

*Sachſen. Die Leipziger Ztg. vom 10. Mai enthält eine königliche Verordnung aus Königſtein vom 7. Mai, das Verfahren bei Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit betreffend; ferner eine Ermächtigung des Königs für das Geſammtſtaatsminiſterium, alle Regierungshandlungen für ihn vorzunehmen, zu denen

ſeine Entſchließung wegen der erſchwerten Kommunikation nicht eingeholt werden kann; endlich die folgende Proklamation:

„Sachſen! Der Kampf, der noch immer in den Straßen der Hauptſtadt wüthet, iſt ein Kampf der Monarchie mit der Republik, der geſetzlichen Freiheit mit der Anarchie! Laſſet Euch nicht täuſchen, Mitbürger, dadurch, daß die Empörer unter der Fahne der Reichsverfaſſung kämpfen. Dieſelben Männer, die bis vor Kurzem Alles thaten, um das Zuſtandekommen der Verfaſſung zu verhindern, dieſelben Männer, die bis vor Kurzem einen integrirenden Theil dieſer Verfaſſung, das erbliche Kaiſerthum, nicht nur bekämpften, nein! mit allen Waffen des Spottes und des Hohnes herabzogen, dieſelben Männer können nicht heute das Panier der blutigſten Empörung für dieſe Verfaſſung, für dieſes Kaiſerthum erheben! Ihr ſeid begeiſtert für die Idee der Einheit unſeres großen Vaterlandes, Eure Herzen ſchlagen warm für deutſche Ehre, Freiheit und Größe! Aber Ihr wollt dieſe Güter in Wahrheit, und Ihr wißt, daß ſie nicht erobert werden im Kampfe der wildeſten Leidenſchaft, Ihr wißt, daß ſie nur von Beſtand ſein können, wenn ſie erlangt werden durch das freie Einverſtändniß der deutſchen Fürſten und Völker. Se. Majeſtät der König theilt Eure Liebe für unſer großes Vaterland, Eure Hingebung für deutſche Ehre, Größe und Freiheit. Wenn der König in Seinem Gewiſſen Sich für verpflichtet erachtet hat, der Reichsverfaſſung, wie ſie nun als Ganzes vorliegt, für jetzt noch Seine Genehmigung zu verweigern, ſo hat Er einen Schritt gethan, zu welchem Er nach der beſtehenden ſächſiſchen Verfaſſung unzweifelhaft berechtigt war, der nothwendig wurde, nachdem Preußen die Verfaſſung, wie ſie aus den Berathungen der Nationalverſammlung hervorgegangen war, nicht anerkannt hatte, alſo feſtſtand, daß dieſe Verfaſſung in Deutſchland nicht ins Leben treten konnte. Se. Majeſtät der König und die Männer, die heute Seine Regierung bilden, werden darum nicht aufhören in ihren Bemühungen für die Einheit, Freiheit und Größe des deutſchen Volkes, ſie gehen mit Euch zu demſelben Ziele, der feſten Begründung einer deutſchen Verfaſſung. Wir werden ſie nur erreichen, wenn wir den Weg des unerſchütterlichen unbeugſamen Rechtes nicht verlaſſen. Ihr Alle, Mitbürger, die Ihr in einer deutſchen Verfaſſung etwas Anderes ſehet als einen Waffenſtillſtand der Parteien, den jede nur ſo lange anerkennt, bis ſie Kräfte geſammelt hat, ihn zu brechen, Ihr Alle, die Ihr nicht Herrſchaft einer Partei, ſondern gleiche Freiheit Aller wollt, ſchaaret Euch muthig um Euren König, den Ihr ſeit 18 Jahren aus Seinem Wirken, deſſen Liebe zu Euch Ihr kennt, ſchaaret Euch um die Männer, die Seinen Rath bilden, verlaßt Euch auf ſie, ſie werden feſthalten, unerſchütterlich feſthalten an dem heiligen Eide, den ſie dem Könige den ſie der Verfaſſung geſchworen haben. Dresden, den 8. Mai 1849. Miniſterium des Innern.

Richard von Frieſen.

§ **Mannheim**, 11. Mai. Die preußiſchen Truppen, welche nach Landau beſtimmt waren, haben die Pfalz, wie ich Ihnen aus zuverſichtlicher Quelle mittheilen kann, auf den ausdrücklichen Befehl des Reichskommiſſärs Eiſenſtuck verlaſſen. Derſelbe ſoll gefährliche Konflikte von einem Zuſammenſtoß, nicht nur mit der aufgereizten Bevölkerung, ſondern auch mit den in Landau garniſonirenden, meiſt aus Pfälzern beſtehenden baieriſchen Truppen befürchtet haben.

In der Nacht vom 10. auf den 11. traf ihn ein Abberufungsſchreiben von Seiten des Miniſteriums Gagern in Kaiſerslautern, zugleich verbreitete ſich der Allarm, es rückten preußiſche Truppen von Homburg in der Nähe Zweibrückens in die Pfalz ein. Es wurde ſofort Allarm geſchlagen und es entſtand eine ungeheure Aufregung. In der Nacht reiſte Eiſenſtuck noch ab, ließ jedoch eine Proklamation an ſeine Mitbürger in der Pfalz zurück, worin er ihnen ſeine Abberufung anzeigt und bedauert, daß vielleicht ſchon im Augenblicke ſeines Scheidens, den Pfälzern feindliche Truppen in deren Gebiet einrückten, ohne daß er es jetzt hindern könne. Dieſer Aufruf hat eine unbeſchreibliche Bewegung erzeugt. Heute Morgen ſahen wir Eiſenſtuck am linken, Mannheim gegenüber liegenden Rheinufer in Begleitung Schmidt's von Löwenberg. Nachdem er erfahren, daß das Miniſterium Gagern abgedankt, ſoll er ſich entſchloſſen haben, nach der Pfalz zurückzukehren.

S **Freiburg** i. B., 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Geſchwornengerichts fand das Verfahren gegen eine dritte Gruppe von der Theilnahme am Septemberaufſtand Angeklagten ſtatt, nämlich gegen Baumann aus Lahr, Schnepf und Landgut aus Eiringen, Lefevre aus Berlin und Meir, Profeſſor aus Rom. Nachdem der Gerichtshof ſich konſtituirt hatte, wurde die Anklageakte verleſen und die Angeklagten ſelbſt befragt; man erſieht aus ihrem Verhör, daß ſie nur ſehr untergeordnete Stellungen im Freiſchaarenzug eingenommen haben. Alsbald begann das Zeugenverhör, mit dem morgen fortgefahren werden wird, ohne daß es bis jetzt ein allgemeines Intereſſe geboten hätte.

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 6. Mai. Die geſammten ſchleswig-holſteiniſchen Truppen konzentriren ſich nun um Veile und dürfte wohl noch heute das Hauptquartier des Generals v. Bonin dahin verlegt werden, worauf alsdann in den nächſten Tagen der Angriff auf Fridericia unternommen werden ſoll.

Die Inſel Sylt, an der Weſtküſte gelegen, ſowie die übrigen kleinen Weſtſeeinſeln, ſind, nachdem dieſe durch 4 unſerer Kanonenböte unter deutſcher Flagge angegriffen wurden, von den Dänen gänzlich geräumt. Der Präſident unſerer Landesverſammlung, Advokat Bargum, iſt bereits in Kolding angelangt, um die Stelle eines Civilgouverneurs in den von deutſchen Truppen okkupirten Theilen Jütlands zu übernehmen.

* **Aus Nord-Schleswig**, 6. Mai. Der Oberbefehlshaber hat folgende Proklamation an die Jütländer erlaſſen:

„Einwohner Jütlands!

Zum zweitenmal binnen Jahresfriſt betritt ein deutſches Heer euren Boden. Nicht feindſelige Geſinnungen gegen euch, nicht der Wunſch zu erobern führt dieſes Heer über eure Gränze. Die Deutſchen begehren nicht eure Feinde zu ſein oder euch Schaden zuzufügen. Sie werden euren Frieden heilig halten und eures Wohlſtandes ſich freuen, ſobald das Recht eurer deutſchen Nachbarn in den Herzogthümern nicht mehr gekränkt iſt Deutſchland hat alles gethan, um den unglückſeligen Streit friedlich zu löſen, aber dieſen Bemühungen zum Trotze hat Dänemark den Waffenſtillſtand aufgekündigt und iſt zu Lande und zur See zum Angriff geſchritten. Nur zur Abwehr dieſes ungerechten Angriffs bin ich genöthigt, euch die Uebel des Krieges zu bringen. Ich werde ſorgen, daß ihr dieſe Uebel nur in dem Maße empfindet, in welchem die Handlungsweiſe eurer eigenen Regierung dies unvermeidlich macht Die däniſchen Kriegsſchiffe bemächtigen ſich der friedlichen deutſchen Handelsſchiffe und greifen dadurch zerſtörend in den Wohlſtand und Gewerbfleiß Deutſchlands ein. In den Ländern an der Oſt- und Nordſee erleidet der Handelsſtand unerträgliche Verluſte und viele Tauſende ſind mit Noth und Entbehrung heimgeſucht. Ihren Klagen muß gerechte Abhülfe werden. Ich werde in Jütland die Mittel für den ſchuldigen Erſatz derjenigen Verluſte ſicher ſtellen, welche die Seemacht Dänemarks der deutſchen Schifffahrt zufügt.

Sämmtliche öffentliche Behörden ſo wie die Geiſtlichen werden hiermit aufgefordert, auf ihrem Poſten zu verbleiben und zur regelmäßigen Vollziehung der nöthigen Anordnungen ſo wie zur allgemeinen Beruhigung im Bereiche ihrer Amtspflichten mitzuwirken. Meinerſeits habe ich alle Militärautoritäten angewieſen, die größtmöglichſte Schonung und Erleichterung der Bewohner eintreten zu laſſen. Daß gegen eure Perſonen und euer Eigenthum keine Willkür wird geübt werden, dafür bürgt euch die erprobte Mannszucht und der Ruhm der von mir geführten Krieger. Chriſtiansfeld, den 29. April 1849. Der Oberbefehlshaber der deutſchen Reichstruppen in Schleswig-Holſtein: v. Prittwitz, General-Lieutenant.“

ↄ **Schleswig**, 7. Mai. Endlich iſt die jütiſche Grenze wirklich von dem General v. Prittwitz überſchritten worden. Die erſten preußiſchen Truppenabtheilungen ſtanden geſtern bei Harthe, einem jütländiſchen Dorfe, etwa eine halbe Meile weſtlich von Kolding. Längs der ſchleswig'ſchen Grenze fand eine ſtarke Bewegung unter den Truppen ſtatt, die ſämmtlich dem Norden zurückten. Die Baiern haben gleichfalls geſtern die Stadt Hadersleben verlaſſen und ſind von den nachrückenden Sachſen abgelöſt. Der General Prittwitz ſelbſt hatte ſchon am 5. d. ſein Hauptquartier nach Kolding verlegt. Man erwartete, daß heute Morgen ein allgemeiner Angriff auf die däniſchen Stellungen ſtattfinden werde. Im Sundewittſchen ſcheint es völlig ſtill geworden und eine Art Waffenſtillſtand zwiſchen Deutſchen und Dänen eingetreten zu ſein. Gefechte kommen wenigſtens in neueſter Zeit gar nicht mehr vor und mitunter findet ein ganz freundſchaftlicher Verkehr zwiſchen den beiderſeitigen Vorpoſten ſtatt. Uebrigens iſt die Umgegend der Düppeler Höhen dem friedlichen Verkehre völlig entzogen. Starke Poſtenketten verhindern jede Annäherung an die Höhen und die darauf belegenen Schanzen; ſelbſt Offizieren wird der Zugang zu den Schanzen nur mit Genehmigung des kommandirenden Generals geſtattet. Die hannöveriſch-ſächſiſche Diviſion, welche bisher die Poſition Alſen gegenüber inne hatte, iſt in den letzten Tagen durch die unter dem Kommando des Generallieutenants Bauer ſtehende, zum zweiten Aufgebot gehörende, Diviſion abgelöſt worden.

Die während des Treffens bei Kolding am 23. v. M. den Dänen in die Hände gefallenen Schleswig-Holſteiner ſind größtentheils ſchon wieder ausgewechſelt worden und zwar gegen eine Anzahl derjenigen Dänen, die an demſelben Tage von unſeren Truppen zu Gefangenen gemacht wurden.

Großbritannien.

* **London**, 7. Mai. Seit langer Zeit hört man wieder einmal von einer chartiſtiſchen Verſammlung, welche unter dem Vorſitze eines Arbeiters, Namens Davis, in der Cowperſtreet ſtattfand und unter Andern auch von dem Parlamentsmitglied für Nottingham, dem bekannten F. O'Connor, angeredet wurde. O'Connor geſtand Eingangs ſeiner Rede, daß ihm die „Atmoſphäre“ dieſer Verſammlung viel beſſer behage als diejenige im Parlament, (dieß iſt nun freilich Geſchmackſache) und daß er nicht anſtehe, das jetzige Parlament das ſchlechteſte zu nennen, das er je kennen lernte. Der Redner wies im Verlauf ſeiner Rede darauf hin, daß Oeſterreich, Preußen und Frankreich ein weit

volksthümlicheres Wahlrecht hätten, während man in dieſem „kleinen Eilande“ den Feudalismus aufrecht zu erhalten hoffe. Er rathe nicht zur Anwendung phyſiſcher Gewalt, denn er wiſſe, daß man hier von Spionen umgeben ſei. Sein Wahlſpruch ſei: „Damit eine Nation frei ſei, iſt es hinreichend, daß ſie es ſein will.“ Schließlich rieth er den Arbeitern, ſich als geſonderte Klaſſe feſt zuſammenzuſchließen und auf der Forderung der natürlichen Menſchenrechte beſtehen zu bleiben. Ein anderer bekannter Chartiſt, J. Harney, beantragte, daß ſich die Verſammelten dahin erklären möchten: „daß die politiſche und ſoziale Lage des Volkes in dieſem Königreiche deutlich die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Radikalreform des Unterhauſes herausſtelle.“ (Die Chartiſten, gemäß der den Engländern angebornen praktiſchen Klugheit und Beſonnenheit, laſſen das Oberhaus für's erſte ungeſchoren, weil ſie wiſſen, daß wenn das Unterhaus durch und durch demokratiſirt iſt, das Oberhaus von ſelbſt zerfallen oder zur gänzlichen Ohnmacht herabſinken muß.) Der Redner ſagte weiter: „Die große Maſſe des Volkes in dieſem Lande beſteht aus Leuten, die in politiſcher wie ſozialer Hinſicht Sklaven ſind. Sie bezahlen 80 Mill. Pf. Steuern und Abgaben der verſchiedenſten Art und wofür? Um die Spione zu bezahlen, von denen ſie überwacht werden, Polizeidiener, von denen ſie geknufft werden, Soldaten, von denen ſie niedergeſäbelt werden, Armenpfleger, von denen ihnen der Hungertod bereitet wird, und was das Uebelſte iſt, Leute, von denen ſie hinter's Licht geführt werden.“ Dieſe Sprache, deucht uns, klingt uns Feſtländern gegenwärtig ſchon ziemlich bekannt. Zuletzt wurde eine Petition an das Unterhaus um gänzliche Reform deſſelben beſchloſſen. Bekanntlich ſind die ſechs Reformforderungen der Chartiſten folgende: Allgemeines Wahlrecht, geheime Wahlen, ein- (ſtatt ſieben-) jährige Parlamente, gleiche Wahlbezirke, keinerlei Eigenthumsqualifikationen, Taggelder für die Mitglieder des Parlaments.

* **London**, 8. Mai. Marquis Lansdowne ſchloß ſeine geſtrige Rede zu Gunſten der Navigationsbill mit den Worten: „Da der edle Lord auf der Gegenſeite offen und männlich erklärt hat, daß er die Folgen der Verwerfung der Bill auf ſich nehmen will, ſo möge es mir geſtattet ſein, für mich und im Namen meiner Amtsgenoſſen zu erklären, daß auch wir für dieſen Fall unſern Entſchluß gefaßt haben.“ (Oder wie der „Globe“ ſagt „die Regierung hat ihre Fahne an den Maſt genagelt und hat gelobt, zu ſiegen oder zu ſterben.“) Lord **Brougham** ſprach gegen die Bill, obſchon an ihrem Schickſal auch das ſeiner alten politiſchen Freunde, der Whigs, hängt und es iſt nicht zu leugnen, daß ſeine Rede, möge man über den darin genommenen Standpunkt denken wie man wolle, von oratoriſcher Kraft, Witz und Schärfe zeugt. Brougham hat Augenblicke, wo man noch immer den alten Rieſen in ihm wieder erkennt, während er allerdings im Allgemeinen etwas geſchwätzig und ein klein wenig zu konſervativ geworden iſt. Vielleicht hat die Times doch nicht ganz unrecht, ihn in gewiſſer Hinſicht den erſten Redner ſeiner Zeit zu nennen. Er äußerte unter Andern: „Der edle Marquis (Lansdowne) hat von Ueberbleibſeln der Schifffahrtsgeſetze geſprochen, aber in jedem Fall ſind ſie gediegene Bruchſtücke eines mächtigen Syſtems, welches unſern Seehandel groß werden ließ und unſere Flotte mit einer Pflanzſchule von Seeleuten verſorgte. Wenn ich auf den gegenwärtigen Zuſtand von Europa blicke, hier die Franzoſen in Civitavecchia, dort die Ruſſen in Ungarn einfallend, endlich Deutſchland in krampfhafter Bewegung, nicht zu gedenken der auf allen Seiten vorhandenen Urſachen zum Unfrieden — ſo muß ich das Haus fragen, ob dieſer Augenblick der geeignetſte iſt, um unſere Pflanzſchule von Seeleuten zu vernichten und das Land fremden Angriffen bloßzuſtellen. Ich glaube, daß dieſe Maßregel nur ein Brocken iſt, den man der neuen Schule der Finanzreformer (Cobden und ſeinen Anhängern) zur Beſchwichtigung hinwirft, oder daß die Regierung dadurch ſich von der Beſchuldigung des Nichtsthuns losmachen will u. ſ. w.“

Dem „Standard“ zufolge war eine Meldung aus Portsmouth, wonach auf Befehl der Admiralitätslords zwölf Dampfboote ſo eilig als möglich in kriegsfertigen Stand geſetzt werden ſollten, von den Börſenpolitikern als ein unheilverkündendes Zeichen angeſehen worden. Wie der Standard verſichert, ſeien dieſe Dampfboote beſtimmt, zum Schutze des britiſchen Handels an den Seeplätzen zwiſchen den Mündungen der Elbe und Weſer vertheilt zu werden. Und zwar habe ſich die Regierung zu dieſer Maßregel veranlaßt geſehen durch die vielen Klagen, die von den Kaufleuten in den letzten 14 Tagen darüber erhoben worden, daß ſeit der Wiederaufnahme der däniſchen Blokade nicht ein einziges engliſches Kriegsſchiff an der deutſchen Küſte zum Schutze des engliſchen Handels aufgeſtellt ſei. Das „Portsmouth Journal“ bemerkt, daß gegen 370 von den Schiffen St. Vincent, Rodney und Vanguard abgelöhnte Seeleute in den deutſchen Marinedienſt eingetreten ſeien. Ihre Löhnung betrage monatlich 2, 3 bis 5 Pf. Sterl. Ihre Dienſtzeit ſei an keinen beſtimmten Termin gebunden, ſie könnten austreten, wann ſie wollten. Sie ſeien bereits von Portsmouth mit der Eiſenbahn nach London abgegangen, um ſich von hier nach Bremen zu begeben. Auch mehrere Werftenaufſeher ſeien in den deutſchen Flottendienſt getreten.

* **London**, 9. Mai. Obgleich in der geſtrigen Sitzung des Oberhauſes Lord Stanley all ſeine glänzende Beredſamkeit aufbot, um den Lords die Gefahren, die mit der Abſchaffung der beſtehenden Schifffahrtsgeſetze für das Land verbunden ſeien, vor Augen zu ſtellen und ſo die Verwerfung der Navigationsbill herbeizuführen, wurde die Bill ſchließlich doch mit 173 Stimmen, hierunter 68 übertragene (ſog. proxies) gegen 163, hierunter 41 übertragene, alſo mit einer Mehrheit von 10 Stimmen angenommen. Die Whigs können mithin, wenn ſie wollen, im Amte bleiben, obgleich die Stimmenmehrheit in einer ſo wichtigen Angelegenheit nur ſchmal iſt und die Bill bei der Berathung der Klauſeln leicht bis zu einem Geripp ihrer ſelbſt verſtümmelt werden könnte. Die „Times“ hofft jedoch, die Lords würden Großmuth üben, betrachtet die Sache als entſchieden und äußert zum Schluſſe eines leitenden Artikels: „Wir dürfen ſicherlich dem Lande Glück wünſchen, daß es einen zweiten großen Schritt gethan und ein zweites Beiſpiel im Fortſchritt der Freiheit aufgeſtellt hat. Zum Freihandel iſt nun auch die freie Schifffahrt gekommen.“

Frankreich.

0 **Paris**, 8. Mai. Bei den Verhandlungen über die römiſche Frage, erregte die vom Miniſter verleſene Inſtruktion des Generals Oudinot das größte Aufſehen. In dieſer Inſtruktion kömmt ein ausdrücklicher Befehl im Falle mit Gewalt einzuziehen allerdings nicht vor; allein das Miniſterium wiederholt dem General Oudinot unzähligemale, daß er es mit einer Republik zu thun habe, welche Frankreich nicht anerkannt habe. Die Stelle deren Leſung am meiſten Entrüſtung hervorbrachte, war folgende: „Durch das Näherrücken Ihrer Armee werden Sie, Hr. General, gewiß die rechtſchaffenen Leute in Rom ermuthigen.“ Dieſe rechtſchaffenen Leute, wer ſind ſie? rief man hundertſtimmig. Die Feinde der Republik? Worin wollt Ihr ſie ermuthigen? Zum Umſturz derſelben! Solch eine hingeworfene Meinung nimmt ſich aus der Feder eines Miniſteriums, das am 17. April ausdrücklich erklärt hat, es handle ſich bloß darum den franzöſiſchen Einfluß in Rom und die römiſche Freiheit zu ſchützen, allerdings ſehr zweideutig aus. Oudinot iſt übrigens ein gelehriger Schüler der Herren Odilon Barrot und Drouyn de Lhuys. Er lag in Civitavecchia ebenſo dreiſt wie dieſe in der Kammer. Am 21. April erläßt er hier eine Proklamation, um die Ankunft der franzöſiſchen Truppen in Civitavecchia zu verkünden. In derſelben verſichert er ausdrücklich das franzöſ. Gouvernement werde den Römern durchaus keine Regierungsform aufdringen. Der General verſichert ebenſo nach der Landung: Frankreich habe gar nicht im Sinne die Verhältniſſe des Landes zu ordnen. Am 26. wiederholt er dieſelben Verſicherungen, entwaffnet die Garniſon der Stadt, erklärt ſie in Belagerungszuſtand, und rückt am 28. nach Rom, woſelbſt er mit Gewalt einzuziehen Befehle erhalten zu haben vorgibt. Daß er geheimen Inſtruktionen Folge leiſtete, iſt außer Zweifel, wie es auch Lamoriciere bewies. Das Mißtrauensvotum iſt für ein ſolches Benehmen des Miniſteriums ſehr gelinde ausgefallen; es fordert dieſes einfach auf, die nöthigen Maßregeln zu nehmen, daß die Expedition ſich nicht länger von ihrem Zwecke entferne. Deſſen ungeachtet will man von der Auflöſung der Verſammlung wiſſen. Dieſes Gerücht erſcheint uns jedoch als voreilig. Das 7. leichte Infanterieregiment iſt heute Nacht nach Afrika geſchickt worden. Das Miniſterium war für den Fall, daß es ſich noch länger geweigert hätte, aufs Aeußerſte entſchloſſen. Beinard iſt heute an der Cholera geſtorben.

0 **Paris**, 9. Mai. Die Aufregung, die geſtern bereits bedeutend war, iſt heute früh noch geſtiegen. Man hört von allen Seiten die Verſicherung, man müſſe ſich von einer oder der andern Seite auf einen Staatsſtreich gefaßt machen. Der Präſi-

dent handelt aber auch zu übermüthig. Am Morgen des geſtrigen Tages brachten die Zeitungen das Mißtrauensvotum der Kammer, das auf die Miniſter ſelbſt einen ſolchen Eindruck gemacht hat, daß ſie dringend um ihre Entlaſſung gebeten haben. Der Präſident nahm dieſelbe nicht nur nicht an, ſondern nahm es gleich auf ſich, den General Oudinot, wenn auch nicht zu rechtfertigen, doch ihm einen öffentlichen Beweis ſeiner Huld zu geben. Am Abend bereits brachte die Patrie einen Brief, in welchem er ſeinen lieben General Oudinot im geraden Gegenſatze mit dem Beſchluſſe der Aſſemblee verſichert, er werde ihm ſogleich die nothwendigen Verſtärkungen ſenden. Er fordert ihn zugleich auf, den Soldaten zu erklären, daß ſie auf ſeine Unterſtützung und Dankbarkeit rechnen können. Dieſe Zeilen enthalten eine wahrhaft höhniſche Mißachtung für die Aſſemblee, bei welcher in Paris die größere Seite des Volkes ſteht, die Saiten ſind nun ſo geſpannt, daß ſie höchſt wahrſcheinlich reißen müſſen (?) Die Linke ſtreitet noch immer darüber, ob ſie auch den Präſidenten und ſeine Miniſter in Anklageſtand verſetzen ſoll, wie Conſiderant vorſchlägt. Ich erfahre ſo eben von einem Abgeordneten der Rechten, daß der Antrag Conſiderants bereits von 80 Mitgliedern unterzeichnet aber noch immer im Pulte Conſiderants iſt. Sie wollen ihn aufs Aeußerſte aufbewahren.

* **Paris**, 9. Mai. Der Brief des Präſidenten, den unſer Korreſpondent erwähnt, lautet: „Mein lieber General! Die telegraphiſche Nachricht von dem unerwarteten Widerſtande, dem Sie unter den Mauern von Rom begegnet ſind, hat mich lebhaft geſchmerzt. Ich hoffte, wie Sie wiſſen, daß die Bewohner von Rom, der Evidenz ihre Augen öffnend, auf das Freudigſte eine Armee empfangen würden, die einen wohlwollenden und uneigennützigen Auftrag bei ihnen erfüllen ſollte. Es iſt anders gekommen, unſere Soldaten ſind als Feinde empfangen worden; unſere militäriſche Ehre iſt im Spiel; ich werde nicht dulden, daß ſie im Geringſten angetaſtet werde. Die Verſtärkungen werden Ihnen nicht fehlen. Sagen Sie Ihren Soldaten, daß ich ihre Tapferkeit zu würdigen weiß, daß ich ihre Schmerzen theile und daß ſie ſtets auf meine Unterſtützung und meine Dankbarkeit rechnen können. Empfangen Sie, mein lieber General, die Verſicherung meiner Hochachtung. Louis Napoleon Bonaparte."

Das Miniſterium hatte dem Präſidenten im Miniſterrathe nach der Nachtſitzung erklärt, es bleibe nur dann in ſeiner Stelle, wenn Louis Bonaparte die perſönliche Verantwortlichkeit der Expedition in den Kirchenſtaat auf ſich nehmen wolle. Darauf hin erſchien der Brief in der Patrie. Die Entrüſtung über denſelben machte ſich auch in der Nat.-Verſ. geltend. Gleich nach Eröffnung der Sitzung nimmt Grevy das Wort, um das Miniſterium zu fragen, ob dieſer Brief ein Privatbrief oder ein offizieller Akt ſei, ſodann ob die Regierung entſchloſſen ſei, dem von der Nat.-Verſ. vorgeſtern gefaßten Beſchluſſe nachzukommen oder nicht. Odilon Barrot erwiedert: Der Brief iſt ein Privatbrief. Was den zweiten Theil der Interpellation betrifft, ſo wollte der Beſchluß offenbar nicht der Regierung die Freiheit des Handelns nehmen. Wäre dem anders geweſen, ſo würden wir nicht an unſern Stellen geblieben ſein. Im Augenblick, wo wir wußten, daß die Oeſterreicher und Neapolitaner auf Rom losmarſchirten, konnten wir nicht anders handeln als der abſolutiſtiſchen Reaktion durch eilige Beſetzung Roms zuvorzukommen. Wir erwarten morgen die näheren Depeſchen über das Gefecht an den Thoren Roms, dieſelben ſind auf unerklärliche Weiſe verſpätet. Zwei der Triumvirn nahmen unſere Einmiſchung in Anſpruch; ein einziger, und dieß war ein Fremder, wiederſetzte ſich. Es iſt möglich, daß General Oudinot in eine Falle gelockt wurde; verdammen wir ihn nicht, ohne die nähern Nachrichten erhalten zu haben! Auch iſt Hr. Leſſeps bereits von uns nach Rom geſchickt worden, mit dem beſondern Auftrage, darüber zu wachen, daß die Intervention nicht von dem ihr vorgeſteckten Ziele, dem Schutze der Freiheit Roms abgewendet werde, er ſoll der Regierung jeden Tag Depeſchen über den Stand der Dinge zuſchicken. Die Lage Europas iſt nicht ſo einfach, als man vielleicht glauben mag: unſere Beziehungen zu mehreren fremden Regierungen haben in dieſem Augenblick eine ſolche Wichtigkeit und können ſo gewichtige Folgen haben, daß eine Spaltung der Gemüther höchſt bedauerlich wäre; laßt uns mit Sorgfalt die Einheit der Nation bewahren, nach der die fremden Völker in dieſem Augenblick aus allen Kräften ſtreben und zu deren Erlangung ſie vielleicht erſt nach furchtbaren Kämpfen gelangen werden. Eine Nation kann große Dinge nur dann vollbringen, wenn ſie bei ſchwierigen Umſtänden allen Partei-Leidenſchaften Stillſchweigen auferlegt um blos der Vaterlandsliebe Gehör zu geben. (Sehr gut!) Damit hatte Odilon Barrot geſchickt die Frage auf ein anderes Gebiet hinübergeſpielt, und Grevy wollte die Interpellation auf morgen verſchieben. Ledru Rollin erneuerte aber den Angriff: „Der Präſident der Republik hat die Depeſchen, welche den Einmarſch der Oeſterreicher und Neapolitaner ankündeten, ſeit 5 Tagen gekannt, und erſt den Tag nach dem Votum der Nationalverſammlung ſeinen Brief geſchrieben. Dies iſt ein Schimpf für uns und ein Verrath gegen die Republik; denn Euer geheimer Gedanke iſt Nichts als der Umſturz der römiſchen Republik. Man ſpricht vom Schimpfe, den die franzöſiſchen Fahnen erlitten, aber die Niederlage derſelben im Kampfe gegen die Freiheit eines Volkes, iſt keine Schande für uns." Clement Thomas bemerkt: Der Präſident, im Auslande erzogen: kannte unſere Sitten nicht, dieß mag vielleicht ſeinen Brief erklären, aber ich ſchlage vor, eine Adreſſe an den Präſidenten zu richten, worin ihm die Verſammlung ihre Meinung über das Unpaſſende in ſeinem Briefe ausdrückt! Flocon ſchlägt folgende Tagesordnung vor: Da kein vom Präſidenten ohne die Unterſchrift eines Miniſters unterzeichneter Artikel Rechtsgültigkeit hat, ſo erklärt die Nationalverſammlung deſſen Brief an den General Oudinot für null und nichtig. Die Verſammlung lacht, und verſchiebt die weitere Verhandlung bis nach dem Eingang weiterer Depeſchen vom General Oudinot.

Die Neuigkeiten aus Italien drängen ſich übrigens in überwältigender Fülle: Die Regierung hat noch folgende telegraphiſche Depeſche erhalten:

„Turin, 3. Mai. Lyon, 5. Mai."

„Der franzöſiſche Geſandte an den Miniſter des Aeußern. Den 1. ſind von Mailand 6000 Mann in der Richtung nach Ferrara abgegangen. Man ſagt, ſie ſollen Bologna beſetzen. Andere Truppen ſind nach Toscana abgegangen."

„Turin, den 4. Mai. Lyon, den 6. Mai.

Der franzöſiſche Geſandte an den Miniſter des Aeußern: ‚Radetzky iſt geſtern von Mailand nach Malghera abgereiſt. Er ‚hat einem Korps von 27,000 Mann Befehl zum Einmarſch in die Romagna und in Toskana ertheilt. Drei Bataillon ſind von Trieſt abgeſchickt worden um Ankona zu beſetzen. Die Garniſon von Mailand iſt auf 5000 Mann beſchränkt."

„Livorno, den 5. Mai.

Der franzöſiſche Generalkonſul an den Miniſter des Aeußern: „Die Oeſterreicher ſind dieſen Morgen in Lucca eingerückt. Man erwartet ſie dieſen Abend in Piſa."

„Gaeta, den 30. April.

Der franzöſiſche Geſandte an den Miniſter des Aeußern: Der König von Neapel iſt geſtern an der Spitze von 5000 Mann in den Kirchenſtaat eingezogen. In Terracina empfing das Volk den König mit dem Rufe: „Es lebe Pius IX!" Die Flottille hat bei Terracina gelandet und einige Seeleute und Soldaten ſind auf Porto d' Anzo los marſchirt."

Dieſe Nachrichten ſcheinen allerdings dem Miniſterium politiſch Recht zu geben — ohne es freilich von dem Vorwurf der Zweizüngigkeit vor der Verſammlung freizuſprechen. Doch würde die Anklage, von der unſer Korreſpondent ſpricht, ſchwerlich irgend Erfolg haben; das Miniſterium wird nicht vor der Conſtituante ſondern nur vor der Legislative weichen, und da die Politik des Miniſteriums im Allgemeinen vom Lande gebilligt werden wird, ſo hat es von einer augenblicklichen Aufregung nichts zu beſorgen. Die Nachricht war heute verbreitet, daß zwei Infanterieregimenter, welche nach Italien in Marſeille eingeſchifft werden ſollten, ſich empört hätten, der Stadtrath hätte ſich in Permanenz erklärt, um über die zu ergreifenden Maßregeln zu berathen.

Portugal.

* **Oporto**. Der „Sun" enthält von hier Folgendes: „Karl Albert hat, wie es in einem Briefe vom 30. April heißt, ein Haus für drei Monate gemiethet, um ſich ſpäter nach Nordamerika oder Braſilien zu überſiedeln. Er geht allen Bekanntſchaften aus dem Wege. Bei der Königin Maria ließ er ſich entſchuldigen, daß er das ihm angebotene Dampfſchiff nicht benutze, um nach Liſſabon zu gehen, er wünſche für den Augenblick als Privatmann nahe bei Oporto zu wohnen. Er war im Ho-

№ 131. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 12. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 12. Mai. Programm des Miniſteriums Gagern. Nachrichten aus Elberfeld. Nachrichten aus der Pfalz.) Wien (Die Ruſſen. Stellung der kaiſerlichen Armee.) Prag (Aufſtandsgerüchte.) Berlin (Gerücht von der Abdankung des Königs. Geſetz über den Belagerungszuſtand.) Köln (Die Landwehr. Aufregung.) Düſſeldorf (Barrikadenkampf.) Elberfeld (Unruhen.) München (Lerchenfeld-Kefering zum Berliner Kongreß. Proklamation. Abreiſe Mathy's.) Dresden (Die Stadt von den Truppen beſetzt. Belagerungszuſtand. Die Gefangenen. Fortdauernde Ankunft preußiſcher Truppen.) Leipzig (Der Reichskommiſſär Briegleb nach Dresden.) Aus dem Hannoverſchen (Die Bürgerwehr.) Karlsruhe (Beeidigung der zweiten Kammer auf die Reichsverfaſſung. Berathung des Wahlgeſetzes.) Heidelberg (Die Rheinſchanze bei Mannheim von den Pfälzern beſetzt.) Schleswig (Sieg der Deutſchen.) Bremen (Verkündigung der Reichsverfaſſung.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Fortgeſetzter Einmarſch der Ruſſen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 12. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 12. Mai.

Tagesordnung der 218. öffentl. Sitzung.

1) Wahl des Präſidenten.
2) Wahl zweier Schriftführer.
3) Fortſetzung der Abſtimmung über die Anträge des Ausſchuſſes für Durchführung der Verfaſſung.

Vicepräſident Hr. Reh eröffnet die Sitzung 9½ Uhr Vormittags. Eine als äußerſt dringlich bezeichnete Adreſſe aus Nürnberg vom dem Ausſchuſſe der fränkiſchen Volksvereine an die Reichsverſammlung wird verleſen. Unter der Erklärung unerſchütterlicher Anhänglichkeit des Volkes von Franken an die Reichsverfaſſung, wird zur Vermeidung drohender Zuſammenſtöße um Zuſendung eines Reichskommiſſärs gebeten und werden die HH. Vogt, Raveaux, Simon von Trier in der Adreſſe dazu namhaft gemacht. Abgeordneter Hr. v. Reden gründet den Antrag darauf, daß das Reichsminiſterium zur ſofortigen Abſendung von Reichskommiſſären nach Franken aufgefordert werde, die im Sinne des von der Reichsverſammlung unterm 10. Mai gefaßten Beſchluſſes zu beauftragen ſind. Der Antrag wird angenommen.

Von Zuſtimmungsadreſſen kommt wieder eine anſehnliche Reihe zur Anmeldung. Ihre Urſprungsorte zerſtreuen ſich von Konſtanz am Bodenſee bis Schleſien, in die Grafſchaft Mark und in das Königreich Hannover. Die zahlreichſten rühren vom Rheine und beſonders aus der bairiſchen Pfalz her.

Die Herren Zell von Trier, Werner aus Koblenz und Genoſſen, theilen im Auftrage des rheiniſchen Städtetags eine Abſchrift der dort gefaßten Beſchlüſſe mit.

Während Herr Hirſchberg aus Sondershauſen ſeine früher gegebene Austrittserklärung zurücknimmt, legen heute ihre Vollmachten nieder die Herren: v. Selaſinsky, Hugo aus Göttingen, v. Bothmer (dieſe Beiden ſind Hannoveraner. Die übrigen Preußen.) Teichert, Siehr, Graf von der Golz, Brescius, von Kalkſtein, Falk aus Ottolangendorf, Rahm, Scholz aus Neiſſe, Pinder, v. Wrochem, Bandelow, Kutzen, Oertel, Deetz und Schrötter.

An der hierauf vorgenommenen Präſidentenwahl betheiligen ſich 313 Mitglieder, von denen 165 Stimmen auf Herrn Reh aus Darmſtadt, 142 auf Herrn Löwe von Kalbe fallen. Herr Reh wird demnach als Präſident der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung verkündet und übernimmt dieß Amt mit der Bitte, ihm „eine Nachſicht und Unterſtützung zu gewähren, wie ſie keiner ſeiner Vorgänger nöthig hätte." Den ſich häufenden Austrittserklärungen entgegen drückt der Präſident ſodann die Ueberzeugung aus, daß es jetzt vielmehr die dringende Pflicht Aller ſei, in feſter Stellung auszuharren, um den beiden um Deutſchland kämpfenden Feinden der „Reaktion und der Anarchie" (Ziſchen von der Linken bei „Anarchie") die Spitze zu bieten. Der Anarchie und der Reaktion müſſen wir mit allen uns zu Gebote ſtehenden geſetzlichen Mitteln entgegentreten. Meine Herren, wir allein können den die Freiheit, Einheit und den Wohlſtand des Vaterlandes auf lange Zeit gefährdenden Zuſammenſtoß verhindern. Wir allein nehmen noch eine feſte Stellung zwiſchen dieſen zwei Feinden ein, und wir allein können hoffen, ſie mit Gottes Hilfe zu bezwingen. Meine Herren, laſſen Sie uns die Wichtigkeit unſerer Pflicht in ihrem ganzen Umfang erkennen; laſſen Sie uns den großen Gefahren muthig in den Weg treten; rechtfertigen Sie das Vertrauen, das aus allen Theilen des Vaterlandes uns entgegentritt. Wir ſollen nicht eine Revolution machen; nein wir ſollen ſie ſchließen. Seien wir einig und beſonnen, Einigkeit und Beſonnenheit werden dann auch wie in den Vertretern ſo im Volke herrſchen, Sie werden die Zukunft des Vaterlandes retten, ſeine Freiheit und ſeine Einheit. (Lebhafter Beifall von der Mitte, links Ziſchen).

Sodann wird die Einſammlung der Stimmzettel zur Wahl zweier Schriftführer angeordnet.

Beim Uebergange zum dritten Gegenſtande heutiger Tagesordnung iſt eine Nachricht über die Bildung eines neuen Reichsminiſteriums noch immer nicht an's Haus gelangt und es erklärt Hr. Hagen Namens der Mehrheit des Dreißiger-Ausſchuſſes, daß ſich dieſelbe dem Antrage von Hrn. Backhaus, Böcking und Genoſſen anſchließe. Die Abſtimmung durch Namensaufruf ergibt für das Minderheitserachten (der Herren Waitz, Plathner, Wurm, Böcler, Welcker, Breuſing, Stahl, Langerfeldt, Wernherr, Duncker, Fiſcher aus Jena), wornach über ſämmtliche Anträge der Herren Wedekind, Goltz, Weſendonck und Moritz Hartmann zur motivirten Tagesordnung überzugehen iſt nur 143 bejahende Stimmen. Von 172 wird die Frage hingegen verneint und der Antrag mithin verworfen.

Hr. v. Hermann zieht ſeinen Antrag *) unter dem Vorbehalte zurück, ihn ſpäter wieder einzubringen. Der Backhauſiſche Antrag dagegen:

„Die Reichsverſammlung beſchließt:

1) die geſammte bewaffnete Macht Deutſchlands einſchließlich der Landwehr und der Bürgerwehr iſt zur Aufrechthaltung der endgültig beſchloſſenen Verfaſſung feierlich zu verpflichten.

2) die proviſoriſche Centralgewalt wird aufgefordert, das demgemäß Erforderliche unverzüglich zu veranlaſſen, ſo weit in den einzelnen Staaten nicht ſofort aus eigener Bewegung danach vorgeſchritten wird."

wird mit 163 Stimmen angenommen. Verneinende 142, der Abſtimmung enthalten ſich 2.

Hr. v. Gagern: Es iſt heute von der hohen Verſammlung der Antrag des Hrn. v. Reden zum Beſchluß erhoben worden, das Miniſterium zur ungeſäumten Abſendung von Reichskommiſſarien nach Franken aufzufordern. Meine Herren, ich gebe es Ihrer Ueberlegung anheim, ob Sie künftig ſolche in die Exekutive eingreifende Anträge für dringlich erachten und ſofort zum Beſchluſſe erheben wollen. Beſonders in gegenwärtiger Kriſis des Miniſteriums. Allein blicken wir auf §. 51 der deutſchen Reichsverfaſſung ſelbſt, auf die dort gegebenen Vorſchriften, ſo hat eine Störung des Friedens in Franken noch nicht ſtattgefunden und ebenſo iſt keine Anrufung von Seiten der baieriſchen Regierung erfolgt. Mithin ſind die Bedingungen zur Abſendung eines Reichskommiſſars nach Franken nicht vorhanden. Ich vertraue der geſunden Vernunft des deutſchen Volks, daß es die ausgedehnten ihm verliehenen Freiheiten in den gehörigen geſetzlichen Schranken zu gebrauchen und Zuſammenſtöße, wie die in Franken befürchteten, zu vermeiden wiſſen werde. Nimmermehr hat aber die Mehrheit bei Faſſung ihrer Beſchlüſſe vom 28. April und vom 4. Mai irgend welche gewaltſame Mittel zur Durchführung der Verfaſſung im Auge gehabt. Sie aber verlangen in dem betreffenden Beſchluſſe

---

*) In Erwägung, daß die Mitwirkung der Centralgewalt bei Errichtung der Reichsverfaſſung ausgeſchloſſen iſt; — in Erwägung, daß der Abſchnitt vom Reichsoberhaupte, nachdem der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen abgelehnt hat, unausführbar geworden; — in Erwägung, daß die Durchführung der Reichsverfaſſung nur demjenigen möglich iſt, dem die ganze Gewalt zuſteht, welche die Verfaſſung dem Reichsoberhaupt ertheilt hat; — in Erwägung, daß außer dem Abſchnitte vom Reichsoberhaupte auch einige andere Beſtimmungen der Reichsverfaſſung der Reviſion bedürfen und daß es an ſich zweckmäßig, gegenüber der öſterreichiſchen Regierung aber dem Beſchluſſe der Reichsverſammlung vom 13. Januar d. J. entſprechend iſt, bei ſolcher Reviſion die Vorſchläge der Einzelſtaaten zu berückſichtigen; — beſchließt die Reichsverſammlung:

1) dem Erzherzog Reichsverweſer wird die Gewalt des Reichsoberhauptes nach den Beſtimmungen der Reichsverfaſſung proviſoriſch übertragen;
2) er beginnt die Reichsregierung nach der Verfaſſung vom Tage der Uebernahme dieſer Gewalt an;
3) der von ihm zuſammen zu berufende Reichstag hat in Bezug auf Verfaſſungsänderungen das Recht einer konſtituirenden Verſammlung;
4) die Einzelſtaaten ſind befugt, ihm Vorſchläge über Abänderungen einzelner Beſtimmungen der Reichsverfaſſung zu machen;
5) ſobald die definitive Reichsregierung nach den Beſchlüſſen des Reichstags über das Reichsoberhaupt konſtituirt iſt, legt der Reichsverweſer die Gewalt des Reichsoberhauptes nieder.

von dem abgetretenen Miniſterium einen Schritt, der ſelbſt über die Beſchlüſſe vom 10. Mai hinaus gehen würde. Wir ſind nicht im Stande ihn auszuführen. Ich bitte deshalb die Sache noch einmal in Erwägung zu ziehen und ſogleich, denn die fränkiſchen Abgeordneten, die ſich hier befinden, haben erklärt, daß der Reichskommiſſär morgen um 2 Uhr in Nürnberg eingetroffen ſein müſſe, wenn ſeine Sendung irgend von Wirkſamkeit ſein ſolle. Noch auf einen Punkt muß ich Sie aufmerkſam machen. Das ſind die drei Perſonen, welche von Nürnberg aus im Voraus für dies Reichskommiſſariat bezeichnet werden. Ich achte die Lauterkeit der Beſtrebungen dieſer Herren. Aber ich kann, und auch nach der Erfahrung an Hrn. Eiſenſtuck in der Pfalz, nicht annehmen, daß ſich ihre Handlungsweiſe ganz und überall im Sinne des Miniſteriums bewegen werde.

Da auf dieſe Erklärung des Hrn. v. Gagern kein Antrag geſtellt wird, ſo bleibt die Sache auf ſich beruhen. Für den abweſenden Hrn. v. Peucker beantwortet der Präſident des bisherigen Reichsminiſteriums eine geſtrige Anfruſung des Hrn. Ludwig **Simon** genauer dahin:

Daß von den aus Homburg zurückkehrenden Exekutionstruppen allerdings eine halbe Schwadron öſterreichiſcher Dragoner in Frankfurt zurück behalten worden ſei, um der durch die Züge nach Schleswig-Holſtein geſchwächten Garniſon den Dienſt zu erleichtern. Die Wachen ſeien ferner angewieſen, bewaffnet auftretenden Nichtmilitärs die Waffen abzunehmen. Auch iſt das Tragen **rother** Abzeichen verboten, Maßregeln, die ſich nach der Meinung des Redners durch die Zeitereigniſſe von ſelbſt rechtfertigen.

Den beiden Anträgen, die Hr. Ludwig Simon in Folge obiger Antwort ſtellt:

1) daß das Miniſterium aufgefordert werde, keine Truppen von Staaten hierher zu ziehen, die der Reichsverſammlung den Krieg erklärt haben;

2) daß die Nat.-Verſ. das gegen die Bürger einſeitig gerichtete Verbot des Tragens von Waffen und andern als ſchwarz-roth-goldenen Abzeichen für geſetzlich unbegründet erkläre,

wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt.

Zur Ergänzung des Dreißigerausſchuſſes ſind die Herren Liebmann, Stedmann, Nauwerck, Zachariä von Göttingen, Kudlich und Backhaus gewählt. Die nächſte Sitzung der Reichsverſammlung findet Montag, den 14. Mai, Statt.

⁝ **Frankfurt,** 12. Mai. Das Programm des abgetretenen Reichsminiſteriums Gagern, welches die Genehmigung des Erzherzogs Reichsverweſers nicht erhielt, lautete folgendermaßen:

1) „Die Reichsverſammlung hat den Weg, auf welchem die deutſche Reichsverfaſſung durchzuführen iſt, durch ihre Beſchlüſſe vom 28. April und 4. Mai d. J. vorgezeichnet. Dieſe Beſchlüſſe können nicht miteinander im Widerſpruch ſtehend, ſondern müſſen als ſich ergänzend verſtanden und ausgeführt werden.

2) Die Bedeutung des Beſchluſſes vom 4. Mai unter 1, dahin gehend:

„„Die Reichsverſammlung fordert die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk auf, die Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen,““

iſt von mehreren Mitgliedern der Reichsverſammlung, namentlich dem interimiſtiſchen Reichsminiſterpräſidenten bei der Diskuſſion des Antrags genügend praeliſirt worden. Er iſt im Zuſammenhang mit den übrigen Theilen deſſelben Beſchluſſes unter II. bis VII. dahin zu verſtehen, daß die Durchführung der Verfaſſung, mittelſt des Ausſchreibens der Wahlen und vermöge der Mittel, welche der Beſchluß sub 2b vom 28. April bezeichnet, geſchehen ſoll; nämlich:

a) unbeſchränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Preſſe, des Petitions-, des Verſammlungs- und Aſſociations-rechtes;

b) die Benützung der konſtitutionellen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.

3) Die Anwendung von Zwang zur Anwendung der Verfaſſung iſt von der Reichsverſammlung weder beabſichtigt noch gutgeheißen, wie ſchon aus dem Beſchluſſe unter IV. vom 4. Mai erhellt, indem danach der Fall vorgeſehen iſt, daß ein oder der andere Staat nicht gewählt haben und darum im Reichstag nicht vertreten ſein würde.

4) Ebenſowenig kann Seitens der proviſoriſchen Centralgewalt nach der rechtlichen Stellung derſelben, ſo wie nach den ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln, die Ausübung eines Zwanges zur Durchführung der Reichsverfaſſung in den Einzelſtaaten ihre Aufgabe ſein; aber das Reichsminiſterium hält ſich für befugt und verpflichtet, mit allen geſetzlichen und friedlichen Mitteln, und durch das Gewicht der moraliſchen Macht der Centralgewalt die Durchführung der Reichsverfaſſung in den deutſchen Staaten zu unterſtützen und für die Beſeitigung aller Hinderniſſe Sorge zu tragen, welche dieſer Durchführung und der darauf gerichteten geſetzlichen Aeußerung des Volkswillens in den Einzelnſtaaten entgegentreten müſſen.

Angriffsweiſe Auflehnung gegen die Regierung und gewaltthätige Eingriffe in die Funktionen der ordentlichen Behörden müſſen im Sinne der Beſchlüſſe vom 28. April und 4. Mai zurückgewieſen werden.

5) Schreitet eine Regierung, auch wenn ſie die Verfaſſung noch nicht anerkannt hat, dagegen im eigenen Lande ein, ſo wird als die Aufgabe der Centralgewalt erkannt, vermittelnd einzutreten.

6) Indem das Reichsminiſterium die Frage der Durchführung der Reichsverfaſſung als eine allgemeine deutſche Angelegenheit betrachtet, wird es jeder Intervention eines oder mehrerer Einzelſtaaten zur Unterdrückung etwaiger Bewegungen zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfaſſung in anderen Einzelſtaaten entgegentreten.

⊙ **Frankfurt,** 12. Mai. In **Elberfeld**, ſo vernehmen wir aus Briefen, die an Mitglieder der Paulskirche angelangt ſind, hat ſich der Kampf zwiſchen Linie und Landwehr dermaßen zum Vortheil der Letzteren entſchieden, daß die Soldaten aus der Stadt hinausgeſchlagen worden ſind. (Wir wiſſen nicht, ob dieſe Nachricht ſich auf einen neuen Kampf bezieht.) *)

⊙ **Frankfurt,** 12. Mai. Einem Mannheimer Briefe vom geſtrigen Datum an ein Mitglied der Reichsverſammlung entlehnen wir folgende zuverläſſige Mittheilungen: „Bei uns in Mannheim iſt es ruhig, aber in der baieriſchen Pfalz ſieht es kriegeriſch aus und die Bewegung ſcheint die ganze Bevölkerung bis ins tiefſte ergriffen zu haben. Heute Morgen haben das ganze ſechste baieriſche Regiment und einige Kompagnien des neunten erklärt, daß ſie, ſo lange das Volk auf der Reichsverfaſſung beſteht, nicht nur nicht gegen daſſelbe kämpfen, ſondern mit ihm treu gegen jeden Angriff auf die Verfaſſung ſtehen und fallen wollen. Sie haben ihre Offiziere, welche ſich nicht für die Verfaſſung erklärten, **eingeſperrt** und ihnen bemerkt, ſie würden andere Offiziere wählen, wenn ſie ihnen nicht beitreten ſollten.“

* **Wien,** 7. März. Heute ging die Nachricht ein, daß 7—8000 Mann Ruſſen am 4. in Krakau eingerückt waren. In Lemberg war auf den 6. für 8000 Mann Quartier angeſagt. Gleiche Abtheilungen ſollen unausgeſetzt einander folgen bis zu einer Zahl von über 100,000 Mann. Das ganze Armeekorps ſoll ſich vorzugsweiſe nach Siebenbürgen wenden. Die kaiſerliche Armee ſteht um Preßburg konzentrirt und hält Oedenburg noch beſetzt. Die Ungarn machen Miene anzugreifen.

△ **Wien,** 8. Mai. Es wird heute behauptet, daß die Magyaren auf die Inſel Schütt ſchon bis Szerdahely vorgedrungen ſeien. Der Verkehr von Preßburg aus iſt nur zwei Stunden weit geſtattet. Der durbaniſche Landſturm befindet ſich in Preßburg, doch ſollen häufige Beiſpiele von Deſertionen zu den Ungarn darunter vorkommen. In Oedenburg ſteht noch immer Feldmarſchallieutenant Caſtiglione, doch wurden die k. k. Kaſſen von dort nach Bruck an der Leitha gebracht und die Eiſenbahn übernimmt keine Sendungen mehr dahin. Heute Abend erwartet man ein Wiener Freiwilligen-Bataillon aus Italien, welches gleich morgen früh nach Ungarn abmarſchiren ſoll.

Prag. Die Regensburger Ztg. v. 9. d. ſchreibt: „Wir melden als unverbürgtes Gerücht, daß Prag in Aufſtand iſt; die heutigen Poſten von dort ſind ausgeblieben.“

Lith. Korr. **Berlin,** 10. Mai. In einer Soiree, die geſtern bei einem ehemaligen Miniſter ſtattfand, war alles Ernſtes von dem Plane die Rede, der ſchon in früherer Zeit öfter in den Zeitungen erwähnt wurde. Der König, hieß es, wolle zu Gunſten des Prinzen von Preußen abdiciren, der dann mit einem neuen Kabinet die deutſchen Angelegenheiten in deutſchem Sinne erledigen werde.

* **Berlin.** Der Preußiſche Staats-Anzeiger enthält ein oktroyirtes Geſetz über den Belagerungsſtand. Näheres darüber Morgen.

*** **Köln,** 10. Mai. Die ſtündlich hier eintreffenden Nachrichten über die Unruhen in Düſſeldorf, den förmlichen Aufruhr in Elberfeld, ſo wie die Ruheſtörungen noch an vielen anderen Orten, meiſt herbeigeführt durch die Mannſchaften der Landwehr, welche ſich dem an ſie ergangenen Aufgebote zum Wiedereintritte in den aktiven Dienſt beharrlich widerſetzen, haben auch hier mächtige Aufregung hervorgerufen. Und wahrlich, es muß weit, ſehr weit gekommen ſein, wenn dieſe preußiſche Landwehr, ehemals der Stolz der Armee und der innerſte, nachhaltigſte Lebensnerv der preußiſchen Wehrhaftigkeit, welche doch ſonſt auf den Ruf ihres Königs ſo freudig unter die Fahne eilte, nun auf einmal dem Miniſterium dieſes Königs geradezu den Gehorſam verweigert, und es offen ausſpricht, daß wenn man Zwang anwenden

*) Dieſe Nachricht, ſo wie die von Schleswig-Holſtein haben wir heut unſern ſtädtiſchen Leſern in einem Extra-Blatt mitgetheilt.

wolle, Gewalt mit Gewalt vertrieben werden ſolle! Dieſe Widerſetzlichkeit der Landwehr greift immer mehr um ſich und droht allgemein zu werden. Auch hier ſieht man heute an allen Straßen-Ecken große rothe Plakate, welche die Landwehrmänner und Reſerviſten auf heute Abend zu einer wichtigen Berathung im gewöhnlichen Verſammlungslokale der Demokraten zuſammenrufen. Uebrigens herrſcht hier ein recht kriegriſches Leben. Bei Tage und bei der Nacht dauern die Truppenbewegungen fort; Dampfboote und Eiſenbahnen bringen Soldaten und führen ſie von hier auch wieder an diejenigen Orte, wo ſie nöthiger ſind, als hier. Daß man auch hier einen Losbruch beſorgt und darauf gerüſtet iſt, beweiſt, daß heute Infanterie und Artillerie in den Kaſernen konſignirt war. So ſcheinbar ruhig die Stadt auch iſt — es gährt dennoch tief in allen Schichten der Bewohner.

Düſſeldorf, 10. Mai. Der traurige Konflikt zwiſchen Krone und Volk hat in unſerer Stadt blutige Scenen hervorgerufen und viele Familien in namenloſes Leid geſtürzt. Geſtern Abend 8½ Uhr hatten einzelne Gruppen ſich vom Mittelpunkte der Stadt in Bewegung geſetzt und bald nachher hieß es, daß man an den Häuſern mehrerer höheren Civil- und Militärbehörden argen Unfug verübt. Es dauerte nicht lange, ſo erſchien Infanterie und gleichzeitig ertönte das Lärmhorn der Bürger. Man riß das Pflaſter auf, und in allen Straßen des ältern Stadttheils erhoben ſich mit Blitzesſchnelle Barrikaden. Man erſtieg die Thürme und das Sturmläuten wurde bald vom Donner der Kanonen und Pelotonfeuer aſſiſtirt. Furchtbar war der Lärm und mit jeder Stunde vermehrte ſich das Feuern. Einzelne Barrikaden wurden von den Truppen genommen, nachdem die Kartätſchen ihre vernichtende Wirkung vorher daran erprobt. Gegen 3 Uhr heute in der Frühe ſchien auf beiden Seite Waffenruhe eingetreten, wenigſtens vernahm man längere Zeit keine Schüſſe und die Glocken ſchwiegen. Zuzug, welcher von den benachbarten Ortſchaften herbeigeeilt, kehrte vor den Thoren wieder um, da dieſelben von Militär beſetzt, auch dieſer Succurs ohne Waffen erſchienen war, da eine vorherige Verabredung, wie es ſcheint, nicht ſtattgefunden. Mehr und mehr tritt die Ruhe ein, und in dieſem Augenblick (10 Uhr Morgens) iſt das Militär Herr aller Poſitionen. Viele Familien haben in der Nacht die Stadt eiligſt verlaſſen, und die große Aufregung, ſo wie das Säubern aller Straßen Seitens des Militärs, machen es uns unmöglich, alle Thatſachen in dieſem Augenblick wahrheitsgetreu zu referiren. Mit ziemlicher Beſtimmtheit wird uns verſichert, daß die Bürger zwölf Todte haben, während das Militär nur vier Verwundete und vier Pferde todt zählt. (Düſſeld. Z.)

Elberfeld, 10. Mai. Von der auf heute einberufenen Landwehr hatte ſich ein großer Theil in einer am vorigen Sonntag auf der Wilhelmshöhe deßhalb veranſtalteten Verſammlung mit Hand und Wort gelobt, dieſer Einberufung unter den gegenwärtigen Verhältniſſen des deutſchen Vaterlandes nicht nachzukommen. Bei der in Folge dieſes Beſchluſſes und des auf der Wilhelmshöhe ſeit Sonntag in Permanenz verbliebenen Landwehrausſchuſſes in der Stadt herrſchenden Gährung hielt es die Regierung für angemeſſen, Truppen hierher zu ſchicken, obgleich, dem Vernehmen nach, der Magiſtrat gegen die Heranziehung des Militärs bei der herrſchenden Stimmung entſchieden proteſtirt haben ſoll. So rückten denn geſtern gegen Mittag eine Escadron Uhlanen von Düſſeldorf und zwei Kompagnien vom 16. Regiment aus Köln nebſt zwei Kanonen hier ein. Jetzt ſtieg die Aufregung auf den höchſten Grad. In wenig Augenblicken waren die Hauptſtraßen der Stadt mittelſt Barrikaden geſperrt, auf dem Neumarkt wurden die zur Maimeſſe aufgeſchlagenen Buden abgebrochen und zum Barrikadenbau verwandt. Die Sturmglocken ertönten: aus den umliegenden Ortſchaften Remſcheid, Solingen u. ſ. w. eilten bis ſpät in die Nacht Zuzüge hierher. Gegen 10 Uhr Abends erfolgte von Seiten des Militärs die erſte Flintenſalve gegen eine in der Nähe des Rathhauſes errichtete Barrikade, der bald darauf mehrere Kanonenſchüſſe folgten. Gleich beim erſten Angriff fiel der Führer der ſtürmenden (8.) Kompagnie. (Sein Name iſt von Uttenhofen). Die Zahl der Verwundeten ſoll ſich beiderſeits auf 12 bis 15 belaufen, worunter mehrere ſchwer Verwundete. Jetzt Morgens 9 Uhr iſt die Ruhe wieder hergeſtellt. Das Militär hat die Stadt verlaſſen, und ſeinen Weg nach Düſſeldorf genommen, woſelbſt, wie es heißt, ebenfalls Unruhen ausgebrochen ſein ſollen. (Elb. Z.)

0 **München**, 10. Mai. Schon am geſtrigen Abend ſprach man von einer Proklamation, die während der Nacht gedruckt, am heutigen Morgen angeſchlagen werden ſollte. Das geſtrige Abendblatt der Neuen Münchner Zeitung, welches die Nachricht von der Sendung Lerchenfeld-Köfering's zum Berliner Kongreſſe brachte, hatte zum Voraus die Hoffnung auf eine von vielen Seiten angekündigte Unterwerfung unter die Reichsverfaſſung zerſtört, und ſo erwartete man denn nicht viel Anderes, als was der heutige Morgen in nachſtehender Proklamation brachte. Sie lautet:

An das baieriſche Volk. Das Streben nach Anerkennung der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung hat in einigen Theilen des Landes zu geſetzwidrigen Handlungen geführt. In der Pfalz hat ſich ſogar ein ſogenannter Landesvertheidigungs-Ausſchuß gebildet, welcher ſich Befugniſſe beilegt, die nur der geſetzmäßigen Regierung des Landes zukommen, und die Beamten zur Pflichtverletzung, das Volk zur Gewaltthat auffordert. So klar auch die Geſetzwidrigkeit dieſer Handlungen zu Tage liegt, ſo richtet doch die Regierung dieſes Wort der Mahnung an die Irregeleiteten. In wenigen Tagen tritt der Landtag zuſammen. Den Vertretern des Volkes wird die Regierung diejenigen Punkte der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung bezeichnen, welche von ihr mit der Einigung von ganz Deutſchland und dem Wohle von Baiern für unverträglich gehalten werden. Sie wird zeigen, daß ſie keineswegs beabſichtigt, die alte Bundesverfaſſung wieder herzuſtellen. Auch ſie will dem deutſchen Volke die kräftige Einigung nach auſſen und die freie Entwicklung nach innen durch eine ſtarke Centralregierung und durch vollſtändige Vertretung des Volkes geſichert ſehen. Die Regierung wird den Kammern darlegen, welche Schritte ſie gethan hat, um auf raſche Erreichung dieſes Zieles durch Reviſion der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung hinzuwirken. Im Bewußtſein ihres Rechtes und ihrer guten Abſichten wird die Regierung aber auch alle ihre Kräfte zum Schutze der öffentlichen Ordnung aufbieten. Sie erklärt daher hiermit den ſogenannten Landesvertheidigungs-Ausſchuß in der Pfalz für eine geſetzwidrige Vereinigung, und alle ſeine Beſchlüſſe für nichtig und unverbindlich. Sie fordert alle Civil- und Militärbehörden des Königreiches auf, ihrer Pflicht getreu die Geſetze des Landes zu vollziehen, und jeder Uebertretung derſelben mit Kraft zu begegnen. Alle Bürger des Landes aber ermahnt die Regierung, auf dem geſetzlichen Wege zu beharren, der allein zum Frieden und zur Freiheit führt. München den 9. Mai 1849. Königl. Geſammt-Staatsminiſterium. v. Leſuire. v. Kleinſchrod. Dr. Aſchenbrenner. v. Forſter. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Der General-Sekretär: Miniſterialrath v. Benning.

= **München**, 10. Mai. Reichskommiſſär Mathy iſt geſtern erſt nach Frankfurt zurückgereiſt in Folge von am 8. d. M. von dort erhaltenen Briefen. Alles iſt hier ruhig.

::: **Dresden**, 9. Mai. 2 Uhr Nachmittags. Wie ich es nach der Einnahme der Hauptbarrikade und Hauptpoſition am Poſtplatze vorhergeſagt, ſo iſt es geſchehen; die Aufſtändiſchen haben ſich nicht mehr halten können, in großen Zügen nach Freiberg zu haben ſie die Stadt verlaſſen und die ganze Stadt iſt von Truppen eingenommen und beſetzt. Unter den Soldaten herrſcht großer Jubel, in der Stadt viel Jammer; ſie iſt grauenvoll zugerichtet, namentlich in der Schloßgaſſe. Todte, Verwundete überall. Auch das Militär hat vielen Verluſt, die Sachſen mehr noch als die Preußen. Reitende Artillerie mit Kavallerie iſt den Aufſtändiſchen nach Freiberg nach. Von heute Abend 6 Uhr tritt der Belagerungszuſtand für die Stadt ein; vorzüglich Preußen werden in der Altſtadt einquartiert; unſere Truppen ſind ſeit acht Tagen in ſteter Thätigkeit geweſen und nicht aus den Kleidern gekommen. Kleine Kanonen ſind viel gefunden worden, vier ſtehen auf dem Markte, der natürlich jetzt von Truppen beſetzt iſt, aufgepflanzt. Tzſchirner — die proviſoriſche Regierung und Genoſſen, alſo die eigentlichen Anführer, haben ſich noch in der letzten Nacht aus der Stadt geflüchtet. Viele Gefangene ſind nach Neuſtadt abgeführt worden; man weiß ſie kaum mehr unterzubringen; einige wurden bei der Hinaufführung von den wüthenden Soldaten von der Brücke in die Elbe geſtürzt. Eine Erbitterung hat zwiſchen den kämpfenden Parteien geherrſcht, die ihres Gleichen ſucht; die Truppen ſind freilich hart mitgenommen worden. Die Schloßgaſſe mit dem Schloſſe ſollte noch zu guter Letzt von den Aufſtändiſchen, man ſagt von Bergleuten, die ſchon verſucht hatten das Schloß in die Luft zu ſprengen, in Brand geſteckt werden, man hat die aufgehäuften Pechkränze in den Häuſern gefunden. Die Fortſchritte des Militärs gegen die Stadt haben die Aufſtändiſchen noch rechtzeitig verjagt; die Schloßgaſſe war von ihnen verlaſſen, als das Militär vordrang.

::: **Dresden**, 10. Mai. Nach dem geſtern erſchienenen Befehl des Oberbefehlshabers der bewaffneten Macht wird der über unſere Stadt ausgeſprochene Kriegszuſtand in menſchlichſter Form gehandhabt werden. In Wien und auch in Berlin herrſcht das Militär mit größerer Härte, als bei uns nach ſo gräuelvollen Tagen, ſolchem Blutbad und ſolcher Zerſtörung. Gefangene ſind geſtern in ſolcher Maſſe gemacht worden, daß ſie vorläufig zu Hunderten in der Frauenkirche und der Kreuzkirche untergebracht werden mußten; von da werden ſie ſeit geſtern Nachmittag abthei-

№ 131. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 12. Mai 1849.

Ueberſicht.

Die Parteien im deutſchen Süden und Weſten.
Deutſchland. Breslau (Die Parteien.) Nürnberg (Aufruf der Arbeiter) Leipzig (Der Kampf in Dresden und die Haltung Leipzig's.) Freiburg (Die Schlußſitzung im Fickler-Bornſtedtſchen Prozeß.) Meiningen (Verkündigung der Reichsverfaſſung. Die Domänenfrage.) Weimar (Gemeinſame Geſetzgebung für die thüringiſchen Staaten.) Wiesbaden (Kammerbeſchluß über die Beeidigung auf die Reichsverfaſſung.)
Italien. (Der Angriff der Franzoſen auf Rom.)
Schweiz. Zürich (Verfaſſungsreviſion im Thurgau und in Uri. Redaktion der „N. Z. Z." Oeſterreichiſche Deſerteurs in Graubündten.)
Griechenland. Athen (Desorganiſation des Kriegsweſens. Hr. v. Werther abgereiſ't. Miniſterwechſel.)

Die Parteien im deutſchen Süden und Weſten.

†† Aus Süddeutſchland, im Mai. Die Reichsverfaſſung iſt das Loſungswort, um welches ſich die getrennten Parteien wieder einträchtig ſchaaren. Für die offnen und verkappten Republikaner, auch wenn es ihnen im Einzelnen wenig um die Beſtimmungen der Verfaſſung zu thun iſt, gilt der Kampf um ſie als der Kampf um die eigne politiſche Exiſtenz; ſie fühlen, daß die kecke und plumpe Reaktion, welcher jene Verfaſſung als erſtes Opfer fiele, ſich bald mit ungeduldiger Haſt beeilen würde, uns in die alten Zuſtände zurückzuführen. Sie ſehen ein, auch wenn ſie noch ſo ungeberdig über Einzelnes thaten, daß dieſe Verfaſſung doch das letzte Bollwerk iſt, welches die „Märzerrungenſchaften" vor dem Andrang der alten Politik beſchützt. So leichtfertig ſie ſonſt über den „Rechtsboden" ſpotteten, es leuchtet ihnen jetzt doch ein, welch mächtige Grundlage für ihre Agitation gegeben iſt, ſo lange ſie ſich zugleich auf dieſen angefochtenen Rechtsboden einer beſtehenden und vom Volke anerkannten Verfaſſung ſtützen kann. Denn es ſind doch zwei ganz verſchiedene Dinge, für eine abſtrakte vage Form, wie ihre Republik oder ihre Volksſouveränetät bisher war, ins Gefecht zu gehen, und eine Verfaſſung zu ſchützen, die fertig vor uns liegt, die das Volk in ſeiner unermeßlichen Mehrheit einzuführen entſchloſſen iſt. Verſteht ſie dieſen Kampf mit Maß und Berechnung der eignen Kräfte zu führen, hält ſie ſich von der renommiſtiſchen und burſchikoſen Politik frei, die ſo überaus wohlfeil iſt, ſo lange man ſicher iſt in der Minorität zu bleiben, ſo muß ſie nach und nach ihr verlorenes Terrain wieder gewinnen und einen Einfluß auf die Leitung der Dinge erlangen, der ihr bei einer feſten Geſtaltung der deutſchen Zuſtände entzogen blieb.

Die conſtitutionelle Partei iſt von der jüngſten Wendung der Cabinetspolitik am tiefſten verwundet; ſie iſt gelähmt und wird bei einer neuen Kataſtrophe den Kampf gegen die ungeſtümen Dränger von der Linken nur mit halber Kraft erneuern. Die Regierungen, auch wo es ihnen vielleicht weniger an gutem Willen als an dem richtigen Urtheil fehlt, ſcheinen nicht geahnt zu haben, wie tief ſie mit ihrer falſchen Reſtaurationspolitik gerade der aufrichtigſten und patriotiſchſten Partei ins Fleiſch geſchnitten haben; die Erinnerungen vom vorigen Jahre haben ſich bei ihnen ſo raſch verwiſcht, daß es Noth thut, ſie an die Lage der Dinge, wie ſie damals war, zu erinnern. Sie ſind in dem falſchen Glauben, die Waffengewalt der ſtehenden Heere habe ſie im drohendſten Augenblick geſchützt und werde ſie auch fernerhin mit einem ehernen Schilde decken; ſie vermiſchen die unſinnigen Putſche mit der Erhebung des ganzen Volkes im März 1848. Sie vergeſſen, daß in der Zeit, wo alle alten Gewalten gelähmt waren und die vormärzlichen Erhaltungsmänner ſich theils in den Winkel verkrochen hatten, theils dem revolutionären Chorus mit dem wohlfeilen Muthe der Feigheit ſich am lauteſten anſchloſſen, daß damals wo ſelbſt auf die militäriſche Kraft der Heere wenig Verlaß war, nur die entſchloſſene aber genügſame Geſinnung der conſtitutionellen und alten Liberalen dem ungeſtümen hochwogenden Strome revolutionärer Gelüſte als Damm ſich entgegen ſtellte. Ließen dieſe ſich im März von den Führern der gewaltſamen Erſchütterung fortreißen, machten ſie zur Zeit des Vorparlaments mit der Linken gemeinſchaftliche Sache, ſo hielt „keine Macht der Erde" den drohenden Umſturz aller beſtehenden Zuſtände auf. Dies begriffen am richtigſten eben die Männer von der revolutionären Linken; ihr bitterſter Haß wandte ſich nicht gegen die Repräſentanten der alten Revolution, ſondern zunächſt gegen die liberalen Freunde von ehedem. Es wurde kein Mittel der Verdächtigung und Verläumdung geſpart, gegen diejenigen, denen der Weg der Reform patriotiſcher ſchien, als der der Revolution; aber eben dieſe leidenſchaftliche Polemik gab das lauteſte Zeugniß dafür, auf welcher Seite die Exaltirten den entſchloſſenſten Widerſtand fürchteten und fanden.

Die Regierungen ſcheinen zu glauben, in den Conſervativen vom März eine neue Regierungspartei für die alten Künſte gewonnen zu haben; ſie wähnen offenbar, jene ſtarke Phalanx der Conſtitutionellen vom Jahre 1848 werde ſich im Jahre 1849 in die Cadres der alten Reaktionsarmee eintheilen laſſen, ſie glauben vielleicht gar, dieſelbe ſei im verfloſſenen Jahre um der Dynaſtien willen für die Monarchie eingeſtanden. Die Conſtitutionellen de la veille, die man in dieſem Augenblick mit aller Gewalt zu Republikanern du lendemain machen will, fühlten recht wohl das Hinderniß, welches einige dreißig ſogenannte Monarchien der deutſchen Einheit entgegen ſtellen würden, aber ſie begriffen auch mit vollkommen klarer Einſicht, was ſie zu natürlichen Feinden der angeblichen republikaniſchen Partei machen mußte. Waren ſie vielleicht in der großen Mehrzahl keine Freunde der vielen Monarchien, ſo waren ſie doch um ſo einiger in dem Kampfe für die deutſche Monarchie, für die überlieferte einzig geſchichtliche Form deutſcher Einheit, Macht und Freiheit. Wollten ſie zwar nicht die alte bundestägliche Anarchie der drei Dutzend von ſouveränen monarchiſchen Gewalten fortdauern ſehen, ſo wünſchten ſie um ſo mehr, die einheitliche Macht an der Spitze geſtärkt und vor den Zufällen dynaſtiſcher und faktiöſer Intrigue hingeſtellt zu ſehen. Ihre monarchiſche Geſinnung war der Monarchie en detail nicht eben günſtig, der Monarchie en gros aber um ſo entſchiedener zugewendet. Es ſtieß ſie das widrige Putſchgelüſte der „republikaniſchen" Partei zurück, womit einzelne Faktionshäupter das große Werk der National-Einheit ſtören wollten; ſie hatten einen tiefen Ekel vor der neuen Demokratie, die von der alten Politik die ſchlimmſten Künſte erlernt zu haben ſchien, ſie erſchracken vor dem Unterwühlen jeder einheitlichen geſetzlichen Gewalt, womit der junge Republikanismus ſeine Revolutionsarbeit begann. Es konnte ihnen nicht verborgen bleiben, daß man eine Staatsform, die ſeit Jahrhunderten mit unſerem Leben, unſerer Erziehung, Bildung und Sitte aufs engſte verwachſen iſt, nicht ſo ohne Weiteres wegfegen könne, ohne das Gute zugleich mit dem Unkraut auszurotten. Denn es bleibt ewig wahr, was Dahlmann ſagt: mancher bleibt mit dem Höcker bis ins Alter geſund, während ihm die Operation das Leben koſten würde. Dieſe Operation ſcheuten die Conſtitutionellen, weil ſie mit allem Grunde fürchteten, die Cur auf Tod und Leben könne mehr — als den monarchiſchen Höcker koſten.

Unter allen Vorwürfen, die man im März 1848 und früher der alten Politik entgegenſetzte, war bei den conſtitutionellen Liberalen keiner ſo laut und bitter betont worden, als der: daß unſere Nation jeder volksthümlichen Einigung, jeder politiſchen Macht nach Außen entbehrte. Mochten die vormärzlichen Conſervativen über den politiſchen Beruf des deutſchen Volks ungläubig lächeln und ſich mit der Glorie ſeiner Culturthätigkeit begnügen, mochten die Radikalen in ihrer kosmopolitiſchen Gleichgültigkeit alle Anſprüche nach dieſer Richtung hin als fromme Wünſche beſpötteln, der conſtitutionelle Liberalismus verzweifelte nicht an ſeinem Glauben, daß aus den deutſchen Staaten ein deutſches Volk gemacht werden könne und müſſe; er gab die Hoffnung nie auf, daß uns etwas Beſſeres beſtimmt ſei, als die Rolle des politiſchen Aſchenbrödels. Darum wurde von ihnen die Einheit am nachdrücklichſten betont unter den Forderungen im März; in welcher Form ſie erreicht würde, war ihnen im äußerſten Falle gleichgültig, wenn ſie überhaupt nur erreicht ward. Wer die innere Geſchichte der Parteien, wie ſie dem erſten deutſchen Parlamente voranging, genauer kennt, weiß am beſten, daß hier zuerſt die innere Scheidung der Parteien der vormärzlichen Oppoſition vor ſich ging. Die Konſtitutionellen wollten die deutſche Einheit um jeden Preis, die Radikalen deutſche Republiken um jeden Preis; hier ſchieden ſich die Wege.

Heute haben ſich die Dinge nur in einer Beziehung geändert. Im Mai 1848 ſahen die Konſtitutionellen und alten Liberalen in der Monarchie die beſte und einzig mögliche Form einer deutſchen Einheit, ſie ſcheuten die Republik zunächſt in der natürlichen Beſorgniß, daß dieſe die Einheit vollends zerſtöre. Im Mai 1849 iſt dieſer fromme Glaube bis auf den Grund er

ſchüttert und der Republikanismus iſt im Begriff eine Eroberung zu machen, die ihm die ungeſchickten Träger der Monarchie unter die Flügel jagten.

Deutſchland.

☿ **Breslau**, im Mai. Nach zuverläſſigen Nachrichten iſt in den letzten Tagen ein ſtarkes ruſſiſches Truppenkorps durch Krakau marſchirt, um dem bedrohten Oeſterreich zu Hilfe zu eilen. Gleichzeitig faſt hat auch die Direktion der oberſchleſiſchen Eiſenbahn hierſelbſt vom Miniſterium in Berlin die Erlaubniß erhalten, andre ruſſiſche Truppen von Myslovic nach Coſel und Bromberg transportiren zu dürfen. So werden denn ausländiſche Truppen den Boden des deutſchen Bundesgebietes betreten, zum erſtenmale, ſeitdem der deutſche Bund geſchloſſen ward!

Der Eindruck, welchen die Auflöſung der Kammer hier auf die verſchiedenen politiſchen Parteien gemacht hat, iſt begreiflich ein ſehr verſchiedener. Er iſt weſentlich durch die Stellung bedingt, welche die Parteien bereits zur deutſchen Frage eingenommen hatten. Daß die ſozial-demokratiſche und die rein demokratiſche Partei von Frankfurt und alle dem, was dort beſchloſſen worden iſt, nicht erbaut waren, verſteht ſich von ſelbſt. Aber auch die hieſige konſtitutionelle Partei hat mit der Nationalverſammlung völlig abgebrochen. Die Erfolge, welche die Politik Heinr. Simons bei der zweiten Leſung der Verſammlung erreicht hat, ſind den hieſigen Konſtitutionellen ein Dorn im Auge und ſie wollen lieber eine deutſche Einheitsverfaſſung durch die Kabinette von Wien, Berlin, München und — Petersburg oktroyirt ſehen, als eine Verfaſſung annehmen, welche das ſuspenſive Veto und das allgemeine Stimmrecht bei den Wahlen enthält. Sie fürchten als Folge dieſer beiden Ungeheuer den unfehlbaren Sieg der rothen Republik, und finden ſich umſomehr in dieſem Glauben beſtärkt, als das Miniſterium Brandenburg ihr Glaubensgenoſſe iſt. Denn die Maſſe dieſer Partei beſteht freilich mehr aus Freunden der vormärzlichen Ordnung der Dinge, als aus wahrhaft konſtitutionell geſinnten Männern, und ihre, an ſich freilich nicht unberechtigte Furcht vor der Anarchie, treibt ſie mit dieſem Miniſterium um jeden Preis zu gehen. Sie hätte auch die Frankfurter Beſchlüſſe ſich zuletzt gefallen laſſen, wenn Brandenburg-Manteuffel dieſe Parole ausgegeben hätten. Die Folge hiervon iſt alſo, daß die deutſche Frage der Demokratie Preis gegeben wird, welche denn auch, ſo ſpröde ſie lange gegen Frankfurt gethan hat, dieſelbe als Hebel ihrer Zwecke in die Hand nehmen, und hierbei die demokratiſch-konſtitutionelle Partei überflügeln wird, welche ſich abgeſtoßen von den Konſtitutionellen nothwendig mit jener verbinden mußte. Dieſe letztere Partei, deren Führer größtentheils theoretiſche Republikaner ſind und praktiſche Konſtitutionelle ſein wollen, hat hier ſeit lange das wärmſte Intereſſe für Frankfurt und die deutſche Verfaſſung gehegt, und es iſt zu bedauern, daß einerſeits die republikaniſchen Neigungen jener, und andererſeits die ſpröde Haltung der Konſtitutionellen ſtets eine Verbindung dieſer beiden Parteien verhindert und die erſtere immer wieder zur Verbindung mit den Demokraten und Sozial-Demokraten getrieben haben. Das iſt die Stellung der hier in Klubs und Vereinen organiſirten Parteien zur deutſchen Frage. Was aber die Maſſe des Volks ſelbſt betrifft, ſo iſt dieſer jene Frage faſt gleichgiltig. Zwar ward in einer Volksverſammlung, welcher mehr als 3000 Menſchen beiwohnten, der Beſchluß angenommen: die deutſche Verfaſſung ſei rechtsgiltig; allein man würde ſehr irren, wenn man auf Beſchlüſſe der Art ein erhebliches Gewicht legen wollte. Sie ſind Früchte des Augenblicks und gehen mit dem Augenblick ſpurlos vorüber, denn ſie kommen nicht aus dem Innern des Volks, ſondern werden ihm äußerlich zugeführt, und ſchlagen jetzt um ſo geringere Wurzeln, als der Kern unſers Volks der politiſchen Bewegung müde iſt und ſich nach Ruhe und Ordnung ſehnt. Für die Meiſten iſt eine ſolche Verſammlung ein Schauſpiel, bei welchem ſie ſich ergötzen, wie an einer Seiltänzerbande, und nichts weiter. Nur die allezeit bereiten Wühler und deren Leibgarden möchten hiervon eine Ausnahme machen.

Für die deutſche Frage darf man alſo von hier nichts im Sinne Frankfurts erwarten, es ſei denn, daß die letzten Schritte des Miniſteriums Brandenburg der Agitation der Demokraten neuen Boden bereiten und dieſe Partei, im Falle ſie ſiegt, dem Kaiſerthum und der deutſchen Verfaſſung treu bleibt (?). Ob ſie überhaupt ſiegen wird, ſteht freilich dahin. Denn der nächſte Schritt des Miniſteriums Brandenburg muß irgend eine Veränderung des Wahlgeſetzes ſein.

Hierin ſtimmen alle Parteien überein. Die Demokraten aller Farben fürchten, die Konſtitutionellen hoffen es. In dieſer Hoffnung, und wegen dieſer Hoffnung ſtimmen ſie in die Auflöſung der Kammer größtentheils freudig ein, und ſcheinen entſchloſſen, den Bruch der Verfaſſung, der in der Oktroyirung eines neuen Wahlgeſetzes liegt, nicht nur hinzunehmen, wie ſie ſchon ſo manches der Art hingenommen haben, ſondern auch nach Kräften dazu zu thun, daß er erfolge. Das Wohl des Staates, ſagen ſie, iſt das höchſte Geſetz, ein Grundſatz, der freilich in ſeiner Allgemeinheit unantaſtbar iſt, der aber höchſt verderblich wird, wenn er dazu führt jeden Bruch eines geſetzlich beſtehenden Rechtes entſchuldigen oder gar rechtfertigen zu ſollen. Er öffnet dann der Willkür der Einzelnen, wie der Parteien Thor und Thür und führt uns nicht zur Herrſchaft des Geſetzes und der Ordnung, ſondern zur Herrſchaft der Gewalt.

* **Nürnberg**, 7. Mai. Hier iſt der **D. k. Ztg.** zufolge ein Aufruf an alle Arbeiter Frankens erſchienen, worin als „einziges Mittel, dem wucheriſchen Kapital und deſſen Beſitzern gegenüber, Vereinigung und zwar aller Arbeiter Deutſchlands" empfohlen wird. Bemerkt zu werden verdient die nachdrückliche Hinweiſung darauf, daß „das Band der Vereinigung der arbeitenden Klaſſe bereits nicht bloß ganz Deutſchland umfaßt, ſondern daß es ſich bereits nach Frankreich und England erſtreckt." Der Aufruf iſt vom Bezirksverein für Mittelfranken ausgegangen.

◁ **Leipzig**, 9. Mai. So eben geht aus Dresden die offizielle Nachricht ein, daß heute früh um 9 Uhr die Altſtadt vollſtändig in den Beſitz der Truppen gelangt iſt, und die Inſurgenten nach allen Seiten fliehen; aber furchtbare Opfer an Gut und Blut hat dieſer Sieg gekoſtet. Ob man ſich dieſes Sieges halber Glück wünſchen muß? ich ſage unbedenklich ja! obwohl ich es beklage, daß dieſer Sieg mit Hülfe der Preußen hat erfochten werden müſſen, und obwohl mir vor den Folgen bangt, die daraus für die deutſche Sache möglicherweiſe hervorgehen können. Aber es iſt nur zu klar, daß der Kampf in Dresden kein Kampf für oder gegen die Reichsverfaſſung war, ſondern ein Kampf der Republik gegen die Monarchie, der Anarchie gegen das Geſetz. Alles weiſt darauf hin, daß das Unternehmen der proviſoriſchen Regierung, ein längſt und wohl vorbereitetes war; die Inſurgenten haben offenbar nach einem wohldurchdachten Plane gehandelt und ſind im Beſitze der wirkſamſten Mittel geweſen, um ihn mit Energie durchzuführen; auch an auswärtiger Hülfe hat es denſelben nicht gefehlt. Die deutſche Frage iſt von ihnen nur zum Vorwand genommen worden, um ihre verbrecheriſchen Plane durchzuführen, und leider haben ſich durch dieſes Panier viele ehrliche Leute (Heubner?) blenden und verführen laſſen. Leipzig, in ſeiner Geſammtheit, hat dieſer Verſuchung glücklich widerſtanden; es iſt ſeiner Ueberzeugung von der Gerechtigkeit der deutſchen Sache treu geblieben, ohne zu verbrecheriſchen Mitteln behufs der Geltendmachung dieſer Ueberzeugung ſeine Zuflucht zu nehmen, es hat die Anarchie bekämpft, nicht getäuſcht durch die ſchwarzrothgoldene Fahne, die ſie vortrug; es hat ſie aber ſelbſtſtändig bekämpft, ohne die zweideutige preußiſche Hülfe, ja ſelbſt ohne der ſächſiſchen Regierung, die es ganz ohne Beiſtand ließ, ja ſogar im bedenklichſten Momente die wenigen Truppen, die hier in Garniſon waren, noch wegholte, irgend einen Dank ſchuldig zu ſein, die es ſich im Gegentheil durch ſein geſetzliches, treues Verhalten, und das Beiſpiel was es dadurch anderen Gemeinden gegeben hat, zum größten Danke verpflichtet hat. Der Stimme Leipzigs muß nach dieſen Vorgängen auch in der deutſchen Sache ein bedeutendes moraliſches Gewicht beigelezt werden, welches gänzlich verloren gegangen wäre, wenn es ſich der „proviſoriſchen Regierung," wie es gar viele unbeſonnene Enthuſiaſten verlangten, thörichter Weiſe in die Arme geworfen hätte. Möchte ſich doch auch die Nationalverſammlung ſo lange als nur irgend möglich, auf dem geſetzlichen Boden halten; ſie verliert unbedingt an moraliſchem Gewicht mit jedem Schritte, den ſie davon weg thut. Sind denn diejenigen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, nicht zu vermögen, einen entſchiedenen Schritt für die Nationalverſammlung und ihr Werk gegen die widerſtrebenden Regierungen zu thun? Das, ſollte ich meinen, müſſe einen guten Eindruck machen. Unſer Miniſterium iſt neuerdings durch die

Ernennung des Regierungsraths v. Frieſen (der früher in Leipzig war) zum Miniſter des Innern, verſtärkt worden; ein kluger, energiſcher, taktvoller, junger Mann. Seine politiſchen Anſichten ſind mir unbekannt; die Politik iſt aber zunächſt bei uns in den Hintergrund getreten; es handelt ſich jetzt nur erſt darum, die geſetzlichen Zuſtände wieder herzuſtellen. Die höchſten bürgerlichen Lorbeeren hat Vicebürgermeiſter Koch ſich erworben; es iſt nur eine Stimme — unter denen, auf deren Stimme Gewicht zu legen iſt; die Andern haſſen ihn — daß er ſich vortrefflich benommen und ſich die größten Verdienſte um Leipzig erworben habe.

S **Freiburg** i. B., 9. Mai. Zur Vervollſtändigung unſeres Berichts über die ſechste und letzte Sitzung des Aſſiſengerichts in der Fickler-Bornſtedtſchen Angelegenheit theilen wir noch mit, daß alsbald nach Eröffnung der Sitzung der Anwalt Ziegler als zweiter Vertheidiger Ficklers das Wort nahm und in einem ausführlichen Vortrage denjenigen Theil der Anklage zu entkräften ſuchte, der zwei in Ficklers Blatte enthaltene Aufſätze betrifft, worin zum Umſturz der beſtehenden Regierungsform und Einführung der Republik aufgefordert wird. Er hob insbeſondere hervor, daß zu der Zeit, wo dieſe zwei Artikel in den „Seeblättern" erſchienen ſeien, Fickler gar nicht in Konſtanz anweſend war, alſo auch als Redakteur dieſelben nicht zur Aufnahme in das Blatt bezeichnet habe und aus dieſem Grunde auch nicht dafür verantwortlich ſein könne. Brentano trat nun auf und ſuchte in einem größern Vortrag, dem die Zuhörer mit Spannung folgten, die gegen Fickler vorgebrachten Anſchuldigungen, mit der deutſchen Legion in Paris in Verbindung geſtanden und in Achern für die Republik gewirkt zu haben, zu widerlegen, wobei es an Ausfällen gegen Hrn. Mathy nicht fehlte. Nach dieſem trat der Angeklagte Krebs auf und ſuchte ſich in Betreff des Gefechts bei Doſſenbach ſo gut als möglich zu vertheidigen, indem er dieſes als eine Nothwehr gegen den Angriff der würtembergiſchen Truppen bezeichnet. Auch kommt er in ſeiner Rede auf die ſchlechte Behandlung während ſeiner Haft zu ſprechen und beklagt ſich namentlich über den Direktor der Strafanſtalt in Bruchſal. Steinmetz hält einen längern Vortrag, der mehr auf das Prinzip als die Thatſachen ſich einläßt. Nachdem noch Staatsanwalt Ammann kurz geantwortet, ſprechen die Angeklagten und der Anwalt Bornſtedts, Thoma einige Worte. Das Publikum ließ nun die Republik und den Anwalt Brentano hoch leben, was ihm eine ernſthafte Rüge des Präſidenten zuzog. Ueber die Fragestellung und Urtheilsfällung habe ich Ihnen bereits berichtet.

x **Meiningen**, 6. Mai. Geſtern iſt das 16. Stück des Reichsgeſetzblattes mit dem Regierungsblatt amtlich ausgegeben, und ſomit auch von Seiten unſerer Regierung jede Form erfüllt, welche die Rechtsbeſtändigkeit der deutſchen Verfaſſung außer Zweifel ſetzen kann. Die Verpflichtung unſerer Bürgerwehr auf die Verfaſſung wird wahrſcheinlich ſtatt finden, ſobald eine neue Organiſation derſelben, welche eben im Werke iſt, beendigt ſein wird. Daß unſere Regierung den neueſten preußiſchen oder vielmehr Miniſterium-Brandteufelſchen Verſuchungen zu neuen Verhandlungen über die Verfaſſung nicht nachgeben wird, ſteht feſt. Weniger gut ſteht es leider mit unſern einheimiſchen Angelegenheiten, obgleich man dieſelben über den großen vaterländiſchen Fragen weniger beachtet. Ein unglückſeliges Domänengeſetz vom Jahre 1816, welches zwar nicht, wie unſere Radikalen dem Volke vorlügen, die Domänen zum Eigenthum des herzoglichen Hauſes machte, aber die reichen Erträgniſſe derſelben faſt ganz dem Herzog anheim gab, übt jetzt ſeinen ganz natürlichen Rückſchlag. Man will jetzt nicht nur die Domänen für Staatseigenthum erklären, was die Regierung ſelbſt angeboten hat, ſondern gleich noch eine bedeutende Herabſetzung der Civilliſte — mit einer Minderung von 40,000 Gulden war der Herzog dem Landtage entgegengekommen — und einige andere Beſtimmungen erzwingen; z. B. ſoll der Regierung bei einer vom Landtag beantragten Zerſchlagung von Domänengütern nur ein Suspenſivveto zuſtehen, während es noch nicht ausgemacht iſt, ob daſſelbe in der neuen Verfaſſung Aufnahme finden wird oder nicht. Mehrfache Verhandlungen über dieſe Angelegenheit haben noch zu keinem Reſultate geführt; einmal ſchien es, als würde das Miniſterium darüber zurück treten, ein Verluſt, der den Gewinn der reichſten Domänen bei Weitem aufwöge; jetzt ſcheint die Regierung entſchloſſen, die Domänenfrage einſtweilen auf ſich beruhen zu laſſen, während allerdings nicht zu leugnen iſt, daß ihre definitive Löſung mehr als bloßer Wunſch des Landes iſt. Soll nicht ſehr bald gänzliche Zerrüttung unſeres Staatshaushaltes eintreten, ſo muß Papiergeld ausgegeben werden; das gibt der Landtag vollkommen zu und doch will er nicht einmal geſtatten, daß einſtweilen die Anfertigung des Papiergeldes in Auftrag gegeben werde, bis ſeinen Forderungen in der Domänenfrage genügt iſt.

* **Wiesbaden**, 10. Mai. Das Miniſterium hat die von der Kammer beantragte Vereidigung der Truppen und Beamten auf die Reichsverfaſſung abgelehnt. Die Kammer hat nun heute auf Antrag des Abg. Lang mit 23 gegen 9 Stimmen beſchloſſen: Das Miniſterium wiederholt aufzufordern, die Beeidigung der Truppen, Beamten und Bürgerwehr auf die Reichsverfaſſung ſofort vorzunehmen.

Weimar, 8. Mai. Geſtern ſind hier Bevollmächtigte der thüringiſchen Staaten zuſammengekommen, um die Entwürfe einer gemeinſchaftlichen Strafgeſetzgebung und Gerichtsverfaſſung einer gemeinſchaftlichen Berathung zu unterziehen, ſowie auch um gemeinſchaftliche Geſetzentwürfe zur Ausführung der Grundrechte zu berathen. (D. A. Z.)

Italien.

Ueber Florenz erhalten wir durch gefällige Mittheilung aus Rom folgende Nachrichten: Geſtern Abends den 29. April fand wenige Meilen von Rom ein kleines Scharmützel ſtatt; heute früh den 30. ſtand der Feind vor den Thoren Roms; die Kanonen der franzöſiſchen Republik haben ihre erſte Kugel gegen das Kapitol der römiſchen Schweſter geſchleudert. Ein erſter Angriff auf die Porta Cavallegieri ward abgeſchlagen, doch dauert die Kanonade fort; das Volk verlangt Waffen und bereits eilen im Quartiere Traſtevere Männer und Frauen zu den Barrikaden, letztere an Fenſtern, Zinnen und Dächern Wurfgeſchoße aller Art in Bereitſchaft haltend. Der Enthuſiasmus iſt unbeſchreiblich und auch vom Lande eilen bewaffnete Schaaren herbei. — 11 Uhr. Die Franzoſen greifen die Porta Cavallegeri und die Baſteien des päpſtlichen Gartens an, werden aber von unſerm Feuer wiederholt zerſprengt und ziehen ſich zurück, um ſich wieder zu ſammeln und zu verſtärken. — 1 Uhr Nachmittag. Die Franzoſen ſuchen ſich des Monte Mario zu bemächtigen, der von unſerer Artillerie vertheidigt wird; ihre Truppen nähern ſich der Villa Pamfili und den dortigen Baſteien; es ſcheint jedoch nur ein Scheinangriff; am heftigſten wird die äußere Baſtei des Vatikans beſtürmt, wo die feindliche Artillerie Poſition gefaßt hat. Doch nahmen die Unſrigen dem Feinde zwei Mörſer. Garibaldi iſt leicht verwundet, kann aber zu Pferd bleiben; wir haben keine unſerer Poſitionen aufgegeben; der Feind zieht ſich von der Porta Pancrazio zurück. Vor der Porta Cavallegieri ſtehen unſererſeits die Legion Garibaldi's, das Univerſitätsbataillon und ein Korps Freiwilliger; dieſe griffen den Feind unerſchrocken an, tödteten und verwundeten viele und machten circa 300 Gefangene. Das Feuer dauerte 4 Stunden; das Feld iſt mit Todten bedeckt; die Feinde wagten es aber ſelbſt in der Nacht nicht, ſie zu holen. Wir zählen 60 Mann verwundet und todt, worunter ein Hauptmann und ein lombardiſch-venetianiſchen Offizier.

1. Mai. Heute früh haben unſere Kanonen das Feuer eröffnet; es wurde inzwiſchen nicht erwiedert. Vielleicht ſehen wir nun alle feindlichen Streitkräfte anrücken, bis jetzt kämpften nur 9—10,000, während die ganze Expedition 15,000 Mann zählen ſoll; wir ſehen ihnen getroſt entgegen und haben inzwiſchen noch 4 Kanonen erbeutet. Die Gefangenen ſagen, ſie ſeien betrogen worden, man habe ihnen vorgegeben, ſie müſſen gegen die Oeſterreicher kämpfen. Wenn heute kein Angriff erfolgt, iſt's ein ſicherer Beweis, daß ihr Verluſt bedeutend iſt, was übrigens ſchon daraus hervorgeht, daß ſie von uns Chirurgen verlangt haben. Die Franzoſen haben ſich 4 Meilen von Rom zurückgezogen und kampiren; ihr Verluſt ſoll ſehr groß ſein; wir zählen verhältnißmäßig wenige Todte und Verwundete. (N. Z. Z.)

Schweiz.

+ **Zürich**, 9. Mai. Der Gr.-Rath von Thurgau ſprach ſich vor einigen Wochen für eine ſehr ſpärlich zugemeſſene partielle Reviſion der Verfaſſung aus, beſchloß jedoch zugleich, wenigſtens inſoweit der öffentlichen Meinung, die mehr verlangte, Rechnung

zu tragen, daß er dem Volke die Entſcheidung über die Frage geſtaltete, ob ein Verfaſſungsrath aufgeſtellt werden ſolle oder nicht. Das Volk hat ſich nun am letzten Sonntage in den Urverſammlungen mit ungeheurer Mehrheit für Totalreviſion der Verfaſſung, und zwar durch einen Verfaſſungsrath, erklärt. Anders war es bei der am gleichen Tage abgehaltenen Landsgemeinde von Uri; auch hier wurde die Frage der Verfaſſungsreviſion aufgeworfen, aber in dem bornirteſten ultramontanen Sinne, um die wenigen liberalen „Errungenſchaften,“ die dem Urner Volke in Folge der Niederlage des Sonderbundes zu Theil wurden, wieder auszutilgen. Die Landesgemeinde ſetzte wirklich eine aus ariſtokratiſchen Häuptlingen und Pfaffenknechten beſtehende Kommiſſion nieder, um die Reviſion der Verfaſſung in jenem Sinne vorzuberathen. Die Beamtenwahlen an den 8 Tage vorher abgehaltenen Landsgemeinden von Ob- und Nidwalden fielen in demſelben retrograden Geiſte aus; Schwyz und Zug erfreuen ſich bekanntlich ſeit ein paar Jahren des alt-ehrwürdigen, leider aber ſehr verkommenen Inſtitutes der Landsgemeinden nicht mehr.

In Zürich gibt die Wiederbeſetzung der Redaktion der durch Daverio's Tod verwaiſ'ten „N. Z. Z.“ viel zu reden; interimiſtiſch wird ſie auf höchſt patriarchaliſche Weiſe von der Verlagsbuchhandlung (Orell, Füßli und Komp.) ſelbſt beſorgt, der es vollkommen gleichgiltig iſt, ob Bingen in Baden, Heſſen oder ſonſt wo liegt, wenn ſie nur jede Gelegenheit beim Schopf ergreifen kann, ihrem wahrhaft gaſſenjungenhaften brutalen Deutſchenhaß den Zügel ſchießen zu laſſen. Es wird jetzt davon geſprochen, den R. R. Steiger von St. Gallen, Redakteur des „Erzählers“, für die „Neue Z. Z.“ zu berufen; Hr. Steiger iſt ein Legalradikaler durch und durch, aber bei ihm hat der ſonſt etwas philiſterhafte Legalradikalismus einen eigenthümlich pikanten burſchikoſen Anſtrich gewonnen, der ſich durch ſtets bereite Kampffertigkeit, durch raſche Benutzung der gegneriſchen Blößen und derbes Zuſchlagen, durch friſche, lebendige Sprache und Darſtellung, und durch Beleuchtung der Tagesfragen mittelſt kurzer, treffender Schlagwörter nicht unvortheilhaft charakteriſirt. Inwieweit Hr. Steiger höheren publiziſtiſchen Anforderungen entſpreche, mögen Sie daraus entnehmen, daß er Heinzen ſchon zu den ſehr verhaßten deutſchen „Gelehrten“ rechnet, was ihm wirklich in der Hitze des Gefechtes einmal paſſirte. Da die „N. Z. Z.“ jedenfalls das geleſenſte Blatt der deutſchen Schweiz iſt, ſo verdient die Frage der Leitung derſelben gewiß alle Aufmerkſamkeit.

Der „Alpenbote“ von Graubündten erzählt ein ſauberes Stückchen von verſuchtem Menſchenhandel: Am 26. April kamen drei öſterreichiſche Deſerteurs von Tirano nach dem bündneriſchen Dorfe Puſchlav; der öſterreichiſche Grenzkommandant, der an den Ausreißern gern ein abſchreckendes Exempel ſtatuirt hätte, verſprach für jeden zurückgebrachten Soldaten die von der Regierung ausgeſetzten 72 Gulden und außerdem noch 100 Gulden aus ſeiner Taſche. Es fand ſich Niemand, der dieſes Sündengeld verdienen mochte, als ein Oberzolleinnehmer Gredig aus Capocologna; dieſer ließ eigenmächtig die Deſerteurs durch Landjäger in Puſchlav verhaften, mit dem Befehle, ſie zu ihm zu führen, um ſie dem öſterreichiſchen Grenzkommandanten wieder auszuliefern. Allein der Gemeindevorſtand von Puſchlav widerſetzte ſich und befreite die armen Teufel aus ihrer Haft, und berichtete ſofort über den ganzen Handel an den Kl. Rath, der denn auch nicht zögerte, den ſeelenverkäuferiſchen „Zöllner und Sünder“ nach Chur zu berufen, um Rechenſchaft über ſeine polizeilichen Uebergriffe abzulegen.

Mit allgemeinem Erſtaunen vernehmen wir, daß, trotz des Verbots der deutſchen Nationalverſammlung, in **Homburg** auch nach dem 1. Mai noch fortgeſpielt wird; die Reichsgewalt wird ſich doch die freche Nichtachtung und Verhöhnung ihrer Beſchlüſſe nicht gefallen laſſen! Auch bei uns hat ſich das Ungeziefer noch nicht abſchrecken laſſen; von den Kantonsbehörden von Luzern, Schwyz, Bern u. ſ. w. abgewieſen, verſuchten ſie es auf andere Weiſe, gerade wie die ehrwürdigen Väter Jeſuiten, die, weil die Geſetze von Schwyz es verboten, die Frage ihrer Berufung vor die Kantonsbehörde zu bringen, ſich einfach von den Bezirksbehörden aufnehmen ließen; — ſie wandten ſich nämlich an Herrn Düggelin, den allmächtigen Regenten der March, des bedeutendſten Bezirks von Außerſchwyz, und ſollen durch dieſen gottesfürchtigen Mann den Beſitz des Bades **Nuolen** am Züricher See erlangt haben, wo ſie vor der Hand im Geheimen ihre Netze auswerfen werden, falls nicht die Bundesverſammlung ein kräftiges Veto ſpricht, was vielleicht in dieſem Augenblick ſchon geſchehen iſt, da Hr. **Jenni** von Glarus im Nationalrath eine dahin zielende Motion angekündigt hat.

Die verſchiedenen Handelskammern in der Schweiz, z. B. die von Zürich, von St. Gallen, vom Kanton Teſſin u. ſ. w., ſprechen ſich in Petitionen und Adreſſen an die Bundesverſammlung entſchieden gegen die projektirten „Schutzzölle“ aus; die teſſiniſche Handelskammer namentlich ſchildert mit grellen Farben das Unglück, welches die „Schutzzölle“ und die Schmuggelei in deren Gefolge über Frankreich gebracht, „ob man ſich denn nicht ſcheue, ein ähnliches Mißgeſchick über die Schweiz heraufzubeſchwören?“ Abgeſehen von den Uebertreibungen, bedenken die guten Leute nicht, daß die **franzöſiſchen** „Schutzzölle“ wahre **Prohibitivzölle** ſind, die **ſchweizeriſchen** dagegen ſo mäßig angeſetzt ſind (von Fabrikaten durchſchnittlich etwa 3 pCt.), daß die Schutzzöllner denſelben durchaus nur den Charakter von **fiskaliſchen** Zöllen zugeſtehen. Daß das Intereſſe der Kaufleute überall dem der Fabrikanten entgegenſteht, iſt übrigens nichts Neues, Beide ſind Partei in ihrer Sache.

Griechenland.

** **Athen**, 29. April. Der Miniſterwechſel iſt hier in Permanenz. Gewiß iſt, daß der Finanzminiſter Bulgaris ſchon vor 14 Tagen definitiv ſeine Entlaſſung gegeben hat und nur dazu ſich verſteht, die Geſchäfte bis zu ſeinem Erſatze fortzuführen, ferner daß Glarakis für ſeine Regierungspolizei den Dank erhält, den er verdient, d. i. einen ſchlechten. Was die Uebrigen betrifft, iſt noch nichts unterſchrieben, die vom Courrier d'Athènes gegebene neue Liſte iſt mindeſtens verfrüht. Sie enthält den defroquirten Mönch Balbis, den ſogar Kolettis wieder abſetzen mußte, andere ſprechen von Chriſtides, dem fatalen Vor-September-Miniſter. Geſtern Nacht war großer Rath im Palaſte; was er bringen wird, iſt ziemlich gleichgültig; eine Aenderung des Syſtems bringt er nicht.

Das Schlimmſte iſt bei der gegenwärtigen Weltlage die Desorganiſation des Kriegsweſens. Der jetzige Kriegsminiſter, Mauromichalis, hat ſich, gleich dem General Gardikiotis, eine Leibwache gebildet und zu dieſem Zwecke 30 Landsleute aus der Maina kommen laſſen. Andererſeits hat er wieder 2 Stabsoffiziere, die Redakteure des Beobachters der Land- und See-Waffen, fragen laſſen, wo ſie außerhalb Athen ihren Wohnſitz wählen wollen. So ſind nun 10 alte Offiziere der Linie verwieſen. Junge Leute dagegen werden fortwährend dutzendweiſe zu Offizieren ernannt; ihre Titel ſind Gunſt und Verwandſchaft; Erfahrung und namentlich militäriſche Bildung mangelt ihnen gänzlich. Mehrere europäiſche Offiziere, die beides beſitzen, bleiben entweder vergeſſen, oder ſie ſind der Kamarilla ein Dorn im Auge. Ein Kriegsminiſter aus der unregelmäßigen Kriegerkaſte von Weiland löſt den andern ab und mag der eine etliche Falten mehr an ſeiner Fuſtanelle tragen als der andere, ein europäiſches Kriegsweſen vermögen ſie nimmer herzuſtellen. Zum Kriegsweſen rechnen wir natürlich auch die Marine. Wer will dem alten Seehelden Kanaris die Achtung verſagen? Aber ſeitdem es Kriegsdampfer gibt, iſt die Zeit der Brander vorüber. Und der ältere Sohn des Miaulis, früher Referent im Marineminiſterium als Ordonnanzoffizier des Königs, ein auf engliſchen Kriegsſchiffen in der Nautik gebildeter Offizier, hat ſich aus Geſundheitsgründen zurückgezogen.

Mit innerer Hülfe kommt man nicht mehr heraus aus der Sackgaſſe, in die man auch hier ſich verrannt hat. Von Außen muß die Hülfe kommen und zwar vom deutſchen Reiche. Heute verläßt der preußiſche Geſandte, Hr. v. Werther, Athen, ſo daß nur noch ein bevollmächtigter Miniſter aus Metternich'ſcher Schule hier bleibt, der baieriſche. Aber dieſer genügt, und Prokeſch ſetzt ſich auch noch fort im deutſchen Theil der Kamarilla und in der übrigen Diplomatie deutſcher Zunge. Ein deutſcher Reichsgeſandte alſo, die Zeit drängt!

Nachſchrift. Das Miniſterium iſt gebildet. Geblieben ſind: Präſident und Marineminiſter Kanaris und Kult- und Unterrichtsminiſter Kalyphronas. Der bisherige Miniſter des Innern Glarakis iſt zum Miniſter des Aeußern ernannt. Neu ernannt ſind: Chriſtides zum Miniſter des Innern, Chreſtenithes der Finanzen, Zavellas des Kriegs, Antonopulos der Juſtiz. Durch dieſes Miniſterium iſt das Syſtem beſſer gewahrt, als jemals.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 132. Frankfurt a. M., Sonntag 13. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Zur Ermuthigung.

Deutſchland. Frankfurt (Amtlicher Bericht über die Vorgänge in Schleswig.) Wien (Der Kaiſer. Die Beſchießung von Malghera. Die vormärzliche Partei und die deutſche Frage. Ungariſche Nachrichten. Die Deutſchen im Banat. Vermiſchtes. Die Antwort des Kaiſers an die kroatiſche Deputation und das Memorandum des Banus.) Berlin (Die Verfaſſungskonferenzen. Die Verordnung über den Belagerungszuſtand.) Poſen (Eine Volksverſammlung verboten. Aufhebung der Vereine. Die Zeitungen unter Cenſur.) Köln (Die Landwehr.) Neuß (Die Landwehr.) München (Ungeſtörte Ruhe. Partikulariſtiſche Wühlereien in der Armee. Die Regierung und die Reichsverfaſſung. Kein Kommiſſär nach der Pfalz. Die Inſtruktionen des Grafen Lerchenfeld.) Würzburg (Bewaffnung der Studirenden. Deputationen der Städte nach München.) Aus der Pfalz (Thätigkeit des Landesvertheidigungsausſchuſſes. Eidesleiſtung auf die Reichsverfaſſung in Speier. Erklarung des Hrn. Eiſenſtuck.) Stuttgart (Verkündigung der deutſchen Wechſelordnung.) Dresden (Der Tod des Prinzen von Rudolſtadt. Adreſſen für die Reichsverfaſſung.) Hannover (Hr. v. Borries als Kommiſſär nach dem Süden. Die Charlottenburger Verhandlungen.) Heidelberg (Pöbeldemonſtrationen gegen Welcker.) Freiburg (Freiſprechung der politiſchen Gefangenen.) Baden (Die Spielbank geſchloſſen.) Heſſen-Darmſtadt (Zuzüge nach der Pfalz. Truppen an die Bergſtraße.) Altenburg (Heubner verhaftet.) Meiningen (Antrag der Kammer auf Amneſtie.) Aus dem nördlichen Schleswig (Die preußiſchen Truppen.) Flensburg (Stellung des däniſchen und deutſchen Heeres. Der Sieg. Das däniſche Heer.) Schleswig (Volksverſammlung in Neumünſter.) Hamburg (Die Lebenslänglichkeit des Senats aufgehoben. Volksbewaffnung.)

Großbritannien. London (Die Abſtimmung im Oberhauſe über die Navigationsbill. Der deutſche Einfluß.)

Frankreich. Paris (Römiſche Gerüchte. General Foreſt verweigert Marraſt den Gehorſam. Die kautionsfreien Blätter. Obſervationskorps am Rhein.)

Italien. Aus dem Kirchenſtaat (Die Wahrheit über den Kampf vor Rom. Römiſche Anſchauungen.) Turin (Gioberti verlangt ſeine Entlaſſung.) Ferrara (Angebliche Verluſte der Oeſterreicher vor Malghera.)

Ungarn. (Gefecht zwiſchen Raab und Oedenburg. Bewegungen der Magyaren gegen Galizien.) Streit der Nationalitäten im Süden.)

---

12. Mai.

Herr Simſon iſt durch ſeine ſeit längerer Zeit ſehr leidende Geſundheit, zum großen Bedauern aller Parteien, verhindert, das mit ſo bewundernswerther Feſtigkeit und Geſchicklichkeit gehandhabte Präſidium der Reichsverſammlung fortzuführen. Als heute Herr Reh ſtatt ſeiner die Leitung der Verhandlungen übernahm, ſprach er vor allen Dingen ſeine Ueberzeugung aus, es ſei dringende Pflicht Aller, feſt auf dem anvertrauten Platze zu beharren. Seine Stimme war gewiß die Stimme des ganzen Vaterlandes. Ja, möchte es jeder machen, wie jener wackere Abgeordnete, der wegen ſchweren Familienleidens ſchon ſeinen Austritt angemeldet, aber jetzt, da ſo viele Abgeordnete uns verlaſſen, wieder eingetreten iſt; denn, wenn der Feind nahe ſcheine, ſo müſſe ein guter Soldat ſeinen Poſten nicht verlaſſen. Unter den Männern, welche in dieſen Tagen von uns geſchieden ſind und für ihren Austritt verſchiedenartige Gründe angegeben haben, ſind manche uns als redliche Männer bekannt, und wir wollen von ihnen nichts Anderes ſagen, als daß ſie beſſeren Muth haben ſollten. Wir können allerdings uns gedrückt fühlen, wenn wir die Schwierigkeiten unſerer eigenen Lage erwägen; aber unſere Zuverſicht muß ſich heben, wenn wir die viel mißlichere Lage unſerer Widerſacher bedenken.

Da ſind ſie nun auf den Ruf des preußiſchen Miniſteriums in Berlin zuſammengekommen, die deutſchen Bevollmächtigten, um eine beſſere Reichsverfaſſung auszuklügeln für das deutſche Volk, als diejenige iſt, welche das ganze deutſche Volk haben will. Das heißt, dreißig ſind zu Hauſe geblieben und drei ſind gekommen. Nämlich ein Bevollmächtigter von Oeſterreich, welcher die Reichsverfaſſung dadurch verbeſſern will, daß er das Volkshaus ausſtreicht. Sodann der bairiſche Bevollmächtigte, der noch keine Vollmacht hat, und Alles ad referendum nimmt. Endlich der hannoverſche Unterhändler, Herr Stüve, mit dem ſich aber nicht gut unterhandeln läßt. Man hat von Herrn Stüve geſagt, er gehe in ſeinem Eigenſinne immer gerade aus, wie eine Wanderameiſe, wenn er dabei auch in das Waſſer hineingehe. Jetzt iſt er wirklich ins Waſſer gekommen. Er hat ſein Lebelang nichts ſo gründlich gehaßt, wie die preußiſchen Beamten, und wenn die Bremer aus Schwedenhaß dem Teufel auf dem Dombilde eine blaugelbe Uniform gegeben, ſo ſtellte Hr. Stüve ſich den Teufel gewiß in ſchwarzem Fracke mit weißer Weſte vor. Nun hat er ſich doch dem Manteuffel ergeben müſſen. Aber wenn wir recht berichtet ſind, ſo hat er ſich bereits mit ihm erzürnt. Sein eigenes Blatt bemerkt ſchon, Hannover neige mehr zu Deutſchland, als man denke. Außerdem wird von guter Hand verſichert, daß Würtemberg und Braunſchweig bei jenen Berathungen officiös vertreten wären. Man ſpricht auch von beiden Mecklenburg. Doch glauben wir vorläufig annehmen zu müſſen, daß jene Nachrichten nur Verläumdungen ſind. Das iſt unter dem Vorſitze des Herrn v. Radowitz der Kongreß der Regierungen, die vereinbaren wollen. Wir zweifeln, daß ſie ſich untereinander vereinbaren können; denn ſie ſind ja nur in dem einig, was ſie nicht wollen. Das Werk wird ſchwerlich beſſer gelingen, wie alles Andere, was Herr v. Radowitz unternahm.

Die Hoffnungen der Ultras ſind aber nicht ſo ſehr auf Verhandlungen und Vereinbarungen gerichtet, als auf offenbare Gewalt. Sie machen gar kein Hehl daraus, daß ſie nichts ſehnlicher wünſchen, als daß die Sache mit dem Schwert entſchieden werde. Sie ſprechen dieſen verruchten Wunſch ohne alle Scheu und Schande aus. Dieſer Tage hielt in Berlin der „Royaliſtenbund“ unter Graf Luckner's Vorſitz ſeine erſte große Sitzung und es hieß dort unter Anderm in einer Rede: „Soldaten, ein neuer Kampf ſteht Euch bevor. Die Frankfurter Verſammlung hat eine Verfaſſung gemacht, darauf berechnet, die Fürſten abzuſchaffen; an Euch iſt es, Soldaten, mit Eurem reinen Schwerte gut zu machen, was die Frankfurter mit ihrer Feder vergiftet haben!“ Die Probe genügt, um den Geiſt zu bezeichnen, der bei jenen „Royaliſten“ herrſcht. Und ſagt nicht die Deutſche Reform geradezu: „Die Sache iſt ſo weit gediehen, daß ſie nur noch durch das Schwert gelöſt und entſchieden werden kann; allein wir hoffen zu Gott, ohne großes Blutvergießen!“ Welch frommer Wunſch! „Ein Aderlaß! rief der Marquis von Tavannes, als er in der Bartholomäusnacht der Bluthochzeit durch die Straßen von Paris ſprengte. Ein Aderlaß iſt im Auguſt ſo gut, wie im Mai!“ Jene Verruchten ſagen umgekehrt: „Ein wenig Blutvergießen ſchadet jetzt ſo wenig im Mai, wie damals im Auguſt! Iſt es ja doch nur das Blut von politiſchen Ketzern.“ Aber je mehr jene Partei der Ultras zu gewaltſamen Entſcheidungen drängt, je mehr ſollten wir uns dafür hüten. In Sachſen iſt es ihnen bereits gelungen, eine ſolche Entſcheidung hervorzurufen. Zu unſerm tiefen Schmerze iſt dort die Durchführung der Reichsverfaſſung ſtatt auf geſetzlichem Wege auf dem Wege der Gewalt verſucht werden, und alles Nichtswürdige, was dort in wildem Kampfe geſchehen, wird jetzt von der miniſteriellen Preſſe benutzt, um die gute Sache zu verdächtigen. Die ganze deutſche Bewegung in Sachſen wird dargeſtellt als das Werk derer, welche nach fremdem Gute lüſtern waren. Zum guten Glücke können wir auf Leipzigs brave Bürger hinweiſen, welche mit der einen Hand die Aufrührer bekämpften und mit der andern die deutſche Fahne ſchwangen. Und ganz Sachſen wird hoffentlich nach dem unſeligen Kampfe eben ſo einmüthig für die deutſche Sache einſtehen wie vordem. Es iſt um ſo verkehrter den Weg der Gewalt zu beſchreiten, als auf dem Wege des Geſetzes der Sieg uns nahe bevorſteht. Schon am 15. Mai kommen die baieriſchen Stände zuſammen. In Preußen iſt der Wiederzuſammentritt an eine kurze Friſt gebunden. Auch in Sachſen ſtehen die Neuwahlen bevor, und keine Hartnäckigkeit wird hinreichen, um den feſten Willen zu beugen, mit welchem das hannoverſche Volk ſich für die Reichsverfaſſung erhebt. In allen dieſen Ländern wächſt mit jedem Tage die Theilnahme für die deutſche Sache, wenn ſie

ihr nicht entzogen wird durch den Widerwillen, welchen wüſte Aufſtände und Unordnungen erregen müſſen. In allen Kammern wird eine ſehr große Mehrheit ſich für die Reichsverfaſſung ausſprechen. Und ſo lange das konſtitutionelle Syſtem nicht offenbar mit dem Despotismus vertauſcht wird, iſt ein fernerer Widerſtand nach wenigen Wochen unmöglich. Gelänge es uns bis dahin, die Bewegung ruhig und friedlich zu erhalten! Dazu iſt vor allen Dingen nöthig, daß die Reichsverſammlung ihre Beſonnenheit bewahrt. Wir haben es ſchon oft geſagt, die Reichsverſammlung hat das Ihrige gethan; jetzt hat die Nation zu handeln, nicht ſo thöricht, wie in Dresden, ſondern ſo verſtändig wie in Hannover. „Handeln, Handeln war das beſtändige Motto, welches der Reichsverſammlung zugerufen wurde; der Mangel an Macht, welcher das Handeln wirkungslos und ſchon deßhalb ſchädlich machte, wurde niemals berückſichtigt. Die ganze Macht der Reichsverſammlung hat vom Anfange an nur eine moraliſche ſein können, ihr Anſehen war ihre Macht, mit dem Anſehen müßte auch die Macht verloren gehen. Und nichts untergräbt das Anſehen ſo ſehr als Unternehmungen und Gefahren, denen die Ausführung und die zu dieſer nöthigen Kräfte fehlen.“ Das Volk hat Kräfte genug, um auf geſetzlichem Wege die deutſche Sache durchzuſetzen. Unſer Sieg iſt uns noch jetzt gewiß, wenn wir ihn nicht aus den Händen ſpielen. Das thun wir, wenn wir von hier aus angreifend verfahren wollen. Es ſind ſchlechte Schachſpieler, welche, wie Karl der Zwölfte, mit dem Könige zu ziehen beginnen. Die Reichsverſammlung hat jetzt nichts zu thun als ſich ſelbſt zu beherrſchen. Es iſt bedauernswerth, daß uns gerade jetzt ſo viele Gemäßigte verlaſſen. Aber ſelbſt die Linke fühlt, daß wenn ſie nicht Alles in Verwirrung ſtürzen und doch nichts ausrichten will, ſie jetzt gemäßigt auftreten muß. An ihrem heutigen Verfahren, an dem Zurückziehen ihrer Sturm- und Dranganträge, läßt ſich erkennen, daß ſie ſelbſt die Nothwendigkeit eines beſonnenen Handelns einſieht. Sie fühlt, daß wenn faſt die ganze Nation ihre Anhänglichkeit an die Nationalverſammlung erklärt hat, ſtillſchweigend eine Verſammlung darunter verſtanden iſt, in welcher die Gagern und die Dahlmann ſitzen. Sobald dieſe Männer austreten — und ſie werden den richtigen Augenblick erkennen; wer von dannen geht, ſo lange ſolche Männer die Fahne halten, iſt ein Deſerteur — ſobald die Vertrauensmänner der Nation austreten, iſt die Reichsverſammlung nur ein Konvent, in welchem Herr Vogt zuſehen kann, wie lange es dauert, bis ihn Herr Schlöffel entthront. Wenn die Nationalverſammlung ihre feſte beſonnene Haltung bewahrt, ſo verzweifeln wir noch jetzt an nichts, ſondern hoffen auf Alles.

Am wenigſten beſorgen wir von dem, worauf die Reaktion in Berlin jetzt ihre größte Hoffnung ſetzt, auf eine eigenmächtige Veränderung des Wahlgeſetzes. Denn ſo lange das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel am Ruder bleibt, können wir für die deutſche Einheit nichts hoffen, und jener Staatsſtreich wird gewiß ſein letzter ſein. Es wird hoffentlich auch in dieſem Punkte dem Miniſterium Polignac gleichen, welches ſtürzte, als es das Wahlgeſetz ändern wollte. Und wie ſoeben Magiſtrat und Stadtverordnete von Königsberg in ihrer Adreſſe an den König von Preußen ſagen: „Nicht Friede, nicht Verſöhnung kann bei uns einkehren, ſo lange die gewitterſchwere Wolke des Miniſteriums Brandenburg uns die Sonne des Glückes und der Freiheit verdunkelt.“

Deutſchland.

⊙ **Frankfurt**, 12. Mai. Der amtliche Bericht aus dem Hauptquartier Kolding an das ſchleswig-holſteiniſche Kriegsdepartement über die neueſten Vorfälle lautet nach einer uns zugegangenen Abſchrift folgendermaßen:

„Ew. ꝛc. verfehle ich nicht zu berichten, daß der General von Bonin heute früh, ungefähr 9 Uhr den Feind in ſeiner Vorpoſtenſtellung zwiſchen Viert und Gudſoe angriff. Beſonders hartnäckig ward der Eingang des Defile bei Gudſoe vertheidigt, nicht ſo heftig war der Kampf um das Defile ſelbſt. Nach 7ſtündigem Gefecht war der Feind aus allen Stellungen gegen Fridericia zurückgeworfen; der Brückenkopf zu Snoghoi iſt von der Avantgarde genommen. Die Armee hat Bivouacs auf Kanonenſchußweite von Fridericia bezogen. Die Stärke des Feindes wird von dem General auf 3 Brigaden (16 — 18 Bataillone) geſchätzt. Bei dem hartnäckigen Kampfe iſt unſer Verluſt leider nicht ganz unerheblich, mehrere Offiziere ſind verwundet (Baron Heintze nicht gefährlich an der Seite); über die Größe deſſelben läßt ſich jedoch für den Augenblick kein Ueberſchlag machen, doch iſt unſer Verluſt bei Weitem nicht ſo bedeutend, wie vor 14 Tagen. Hauptſächlich im Gefecht waren heute die Avantgarde und darauf auch die zweite Brigade. Sämmtliche Truppen haben ſich brav und zur Zufriedenheit des Generals benommen.

Die Preußen haben ein, wenn auch ziemlich lebhaftes doch weniger bedeutendes Gefecht nach Veile zu gehabt. Bekannt iſt nur, daß ſie vorgedrungen ſind; Näheres iſt noch nicht zu meiner Kunde gekommen.

Was ferner beabſichtigt wird, läßt ſich ſchwer ſagen; Bonin hat den ihm von Prittwitz ertheilten Auftrag, ſich des Terrains zwiſchen Kolding, Veile und Fridericia zu bemächtigen, bereits ausgeführt.

Das Dorf Gudſoe ward von den Dänen zur Deckung ihres Rückzuges angezündet, und iſt größtentheils abgebrannt. Kolding, 7. Mai 1849.

Die Freude in den Herzogthümern über dieſe Erfolge iſt allgemein und ſcheint um ſo größer zu ſein, als durch die längere Unthätigkeit der deutſchen Hilfstruppen dem Mißtrauen und der Beſorgniß reiche Nahrung geboten war.

△ **Wien**, 7. Mai. Der Kaiſer hat heute den erſten Beſuch in der Stadt gemacht, und zwar in dem Militärſpitale bei den Verwundeten der ungariſchen Armee. Man erzählt darüber rührende Züge, die wenn ſie wahr ſind, eben ſo dem jugendlichen Herzen des Kaiſers, als den braven Soldaten zur Ehre gereichen. Jedenfalls war dieſer erſte Gang des Kaiſers eine ſehr glückliche Wahl und übt bereits auf die öffentliche Meinung einen wohlthuenden Einfluß. Morgen beginnt die Beſchießung von Malghera; ſchon nach ſieben Stunden erfahren wir was dort vorgeht. Man bezweifelt den Erfolg jetzt keineswegs mehr, da die nächſten Batterien auf 1800 Fuß von den Mauern der Feſtung glücklich und beinahe ohne Verluſt von Menſchenleben aufgeführt ſind. Alles ſtrömt nach Meſtre; ſelbſt von hier aus ſind viele Liebhaber kriegeriſcher Schauſpiele dahin abgereiſt. Unſere Blicke ſind voll Sorge nach Dresden und überhaupt nach Deutſchland gerichtet. Die große Beſonnenheit der Nationalverſammlung in Frankfurt ſteigert hier die Beſorgniſſe der vormärzlichen Partei; ſie hoffte auf Ueberſtürzungen, welche einen Theil des Volkes der Reaktion zuführen müßten, und die ſofort ein „energiſches Einſchreiten“ gerechtfertigt hätten. So ſicher man auch ſeiner Sache war und wohl auch noch iſt, ſo hätte man doch den Anſtoß zur gewaltthätigen Löſung lieber von der Paulskirche ausgehen ſehen. Dieſe geiſtige Phalanx ängſtigt mehr als man ſich ſelbſt geſtehen möchte. Darum erhalte Gott der Nationalverſammlung die Beſonnenheit und dem deutſchen Volke den einen belebenden Gedanken, die Uebereinſtimmung in der Verfaſſungsfrage.

* **Wien**, 8. Mai. Man erfährt auf Privatwegen, daß die Ungarn in Madern, zwiſchen Tyrnau und Preßburg ſtänden, was allerdings ſeltſam mit der geſtern Abend vom Lloyd mitgetheilten Nachricht aus Preßburg vom 5. d. kontraſtirt, „daß die Ungarn durch unſere Truppen verhindert, trotz aller Anſtrengung den Waagfluß nicht paſſiren konnten, um ſich nach Tyrnau durchzuſchlagen.“ In Preßburg wird die Bevölkerung durch gefällte Strafurtheile von ungemeiner Strenge in Furcht gehalten. So wurde der ungariſche Student Karl Kapuſztyak, 17 Jahre alt, wegen einer aufreizenden Stelle in einem Briefe zu 2jährigem Kerker verurtheilt. Dieſelbe Strafe wurde dem bürgerlichen Schiffsmeiſter J. Heybl wegen Verbreitung falſcher Nachrichten zuerkannt.

Der ſerbiſche Patriarch fordert eine zu dieſem Ende niedergeſetzte Kommiſſion des Nationalkomite's auf, ein Preßgeſetz für die Wojwodina alsbald zu verfaſſen.

Die Magyaren ſcheinen in den Beſitz des ganzen Banates gelangt zu ſein. Bem ſoll in der Gegend von Orſowa und Mehadia ſtehen, um das Vorrücken der Puchner'ſchen Truppen nach dem Banate zu verhindern. F.-M.-L. Rukavina hat in den deutſchen Gemeinden im Banate eine Rekrutirung angeordnet, der ſich aber die Deutſchen widerſetzten und endlich ihre Rekruten den Magyaren ſchickten, welchen ſie überhaupt allen möglichen Vorſchub leiſten. In Oravica (im Banate) haben die Deutſchen, als ſie von den magyariſchen Siegen hörten, die kaiſerliche Fahne zerriſſen, die ungariſche Trikolore aufgepflanzt und den magyariſchen Stuhlrichter Veliczay im Triumphe auf den Armen durch die Ortſchaft getragen.

F.-Z.-M. Welden fährt fort, Verſtärkungen an ſich zu ziehen, wodurch ſeine Armee wieder auf 50—60,000 Mann angewachſen iſt. Die ruſſiſche Heeresmacht, die trotz aller Gerüchte von Contreordre unzweifelhaft heranrücken wird und auf mehr als 100000 Mann angegeben iſt, dürfte nicht vor 14 Tagen vollkommen konzentrirt ſein. Es ſteht nun zu erwarten, ob die Ungarn in der Zwiſchenzeit im Stande ſein werden, einen Schlag auszuführen. Man vermuthet, daß Görgey dem F.-M.-L. Vogel, der aus Galizien in Ungarn einbrechen ſollte, entgegen gegangen ſei.

Ohngeachtet der Kriegsſchauplatz immer näher rückt, iſt man dennoch ohne Beſorgniß vor einem magyariſchen Ueberfall. Einer-

ſeits beruhigt die ſtark vermehrte Garniſon und der Zweifel, daß eine Beſetzung Wiens in den Kriegsplänen der Ungarn liegen könne; anderſeits das bishr gerühmte Benehmen der Ungarn gegen wehrloſe Einwohner, ſelbſt bei politiſcher Meinungsverſchiedenheit. Erzherzog Franz Karl nebſt Gemahlin begeben ſich nach Iſchl. Kaiſer Ferdinand gedenkt in Prag zu bleiben. Zur Unterſtützung der in der Wallachei befindlichen ſiebenbürgiſchen Flüchtlinge hat das Finanzminiſterium neuerdings einen Betrag von 20,000 fl. C. M. an den k. k. Agenten in Bukareſt abgeſendet. Ein weiterer Transport von 557 Kranken iſt vorgeſtern aus Preßburg hier eingetroffen. Die aus Wien vorgeſtern in Gratz angekommenen 14 ungariſchen Gefangenen, worunter Graf Bathyani, verließen den Bahnhof nicht, ſondern mußten daſelbſt, von ihrer Militärbedeckung bewacht, die Nacht zubringen, worauf ſie in das Kaſtell von Laibach weiter befördert wurden. Einem Gerücht zufolge ſoll F.-M.-L. Schönhals das Portefeuille des Krieges übernehmen. Die böhmiſchen Katholiken verlangen in einem Memorandum an die Biſchöfe eine Diöceſan- und Provinzialſynode um die kirchlichen und Schulangelegenheiten zu regeln, wobei aber auch Laien und die ſubalternen Geiſtlichen zugezogen werden ſollen.

* **Wien**, 8. Mai. Die Antwort des Kaiſers auf die Forderungen der kroatiſchen Deputation iſt in der gewohnten Weiſe ausgefallen. Sie drückte beſonders großes Lob aus für die Anhänglichkeit der Kroaten an das Kaiſerhaus, wie dieß namentlich in der letzteren Zeit der Fall geweſen. Die Erfüllung der ausgeſprochenen Wünſche dagegen machte der Kaiſer von einer ruhigeren Zeit abhängig und zwar unter dem Vorbehalt, ſo weit ſie ſich mit den Intereſſen des geſammten Kaiſerreichs vereinbaren laſſen würden. Damit ſteht möglicherweiſe in Verbindung, daß der „Oeſtreichiſche Korreſpondent" erklärt, daß der Kaiſer das zuerſt von der Südſlawiſchen Zeitung mitgetheilte Memorandum des Bans nicht erhalten habe, ein ſolches überhaupt nicht exiſtire.

Berlin, 9. Mai. Preußen iſt bei den Konferenzen durch Radowitz vertreten. Die letzten Nachrichten von den Debatten des Parlaments haben böſes Blut gemacht und im Miniſterrathe ward heute die Frage der Abberufung unſerer Deputirten angeregt, die Entſcheidung ſcheint jedoch vertagt worden zu ſein. Würtemberg und Braunſchweig betheiligen ſich an den Konferenzen in offiziöſer Weiſe. Man ſpricht viel von einer Modifikation des Miniſteriums und nennt den Grafen Arnim-Boitzenburg. Es iſt dieß mehr als Gerücht, aber noch keine Gewißheit. (Köln. Z.)

§ **Berlin**, 11. Mai. Das Miniſterium hat auf Grund des Art. 105 der Verfaſſungsurkunde (!) ein Geſetz über den Belagerungszuſtand erlaſſen. Darnach kann „auch für den Fall eines Aufruhrs der Belagerungszuſtand, ſowohl in Kriegs- als in Friedenszeiten erklärt werden." Die Erklärung des Belagerungszuſtandes geht regelmäßig vom Staatsminiſterium aus; bei Gefahr im Verzuge kann auch der Verwaltungschef des Regierungsbezirks oder der Militärbefehlshaber des Ortes denſelben erklären. Trommelſchlag und Trompetenſchall begleitet die Erklärung. Mit der Bekanntmachung geht die vollziehende Gewalt an die Militärbefehlshaber über, d. h. die Civilverwaltungs- und die Kommunalbehörden haben den Anordnungen und Aufträgen der Militärbefehlshaber Folge zu leiſten. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Grundrechte im Belagerungszuſtand ſuſpendirt werden können: aber man denke! „erfolgt die zeit- und diſtriktsweiſe Suſpendirung, ſo muß den Kammern ſofort nach ihrem Zuſammentreten darüber Rechenſchaft gegeben werden." Und doch iſt die Erklärung der Kammern über den Belagerungszuſtand ein Eingriff in die Exekutive! Aber das Schlimmſte kommt noch! Es giebt auch eigene Strafgeſetze für den Belagerungszuſtand. Mit dem Tode wird beſtraft, „wer ſich der vorſätzlichen Brandſtiftung, der vorſätzlichen Verurſachung einer Ueberſchwemmung oder des Angriffs oder des Widerſtandes gegen die bewaffnete Macht oder Abgeordnete der Civil- oder Militärbehörde in offener Gewalt und mit Waffen oder gefährlichen Werkzeugen verſehen ſchuldig macht" und wer den Mund nicht hält, d. h. „wer in Beziehung auf die Zahl, die Marſchrichtung oder angeblichen Siege der Feinde oder Aufrührer wiſſentlich falſche Gerüchte ausſtreut oder verbreitet, welche geeignet ſind, die Civil- oder Militärbehörden hinſichtlich ihrer Maßregeln irre zu führen, oder ein im Intereſſe der öffentlichen Sicherheit erlaſſenes Verbot übertritt oder zu ſolcher Uebertretung Andere aufreizt, oder zu den Verbrechen des Aufruhrs, der thätlichen Widerſetzlichkeit, der Befreiung eines Gefangenen oder zu anderen §. 8. vorgeſehenen Verbrechen, wenn auch ohne Erfolg, auffordert, oder Soldaten zu Verbrechen gegen die Subordination oder Vergehungen gegen die militäriſche Zucht und Ordnung zu verleiten ſucht, ſoll, wenn die beſtehenden Geſetze keine höhere Freiheitsſtrafe beſtimmen, mit Gefängniß von ſechs Wochen bis zu Einem Jahre beſtraft werden." Und damit einem ſolchen Verbrecher die ordentlichen Richter, die ja ſtets als Theilnehmer am Aufruhr zu präſumiren ſind, nicht durchhelfen, darf ein Kriegsgericht eingeſetzt werden, das aus 2 Civilperſonen und 3 Militärperſonen beſteht. Und das Verfahren iſt ſehr ſummariſch, und die Todesſtrafe wird innerhalb 24 Stunden vollzogen. Aber (ein Troſt iſt dabei) wer noch nicht erſchoſſen iſt, wenn der Belagerungszuſtand wieder aufhört, wird an die ordentlichen Gerichte abgegeben, damit die Strafe in diejenige umgewandelt werde, welche, abgeſehen von dem Belagerungszuſtande, die geſetzliche Folge der von dem Kriegsgerichte als erwieſen angenommenen That geweſen ſein würde. Wie gnädig!

‡ **Poſen**, 7. Mai. Plakate beriefen geſtern eine Volksverſammlung in der Verfaſſungsangelegenheit. „Mitbürger! In den ſtürmiſchen Tagen des verfloſſenen Jahres habt Ihr eure Augen ſehnſuchtsvoll nach Frankfurt gewandt. Ihr wolltet, daß das Land, welches ihr bewohnt, zu Deutſchland gehören ſollte und verlangtet einen Ausſpruch der Vertreter der deutſchen Nation. Frankfurt hat eure Wünſche erfüllt. Jetzt blickt unſer Reichstag von Frankfurt aus hieher, er fordert, daß Ihr die von ihm gegebene und verkündete Verfaſſung als rechtsgültiges Geſetz für Deutſchland anerkennt. Laßt Euch nicht abhalten Eure deutſchen Geſinnungen offen auszuſprechen, zeigt daß ihr den Muth beſitzt Eure Vertreter in Frankfurt zu unterſtützen!" Der Verein der deutſchen Verbrüderung. Kurze Zeit nachdem dies Plakat an die Ecken geheftet worden, erſchien ein zweites neben demſelben, von dem kommandirenden General und dem erſten Kommandanten der Feſtung. Es verbot unter Bezugnahme auf den §. 110 der Verfaſſung vom 5. Dezember die Verſammlung, weil der Belagerungszuſtand beſtehe. Dies Verbot wurde unter Trommelſchlag außerdem kundgemacht. 1 Bataillon Linie ſtellte ſich ſofort auf den Kanonenplatz und 1 Kompagnie auf den betreffenden Verſammlungsort. Außerdem aber erſchien heute eine Bekanntmachung, welche alle Vereine aufhebt, überhaupt keine Verſammlungen mehr duldet (geſtern war der Preußenverein noch gehalten worden) und ſämmtliche Zeitungen und Plakate der Cenſur der Polizei unterwirft! Wie die Polen über dieſe Ereigniſſe jubeln, läßt ſich kaum beſchreiben, ſie hoffen nun eine gemeinſame Oppoſition gegen die Regierung mit den Deutſchen zu bilden. Letztere wollen die Volksverſammlung außerhalb des Umkreiſes der Feſtung abhalten und ſofort Deputirte nach Frankfurt a. M. und Berlin in der Verfaſſungsangelegenheit entſenden.

, **Köln**, 11. Mai. Die geſtern Abend abgehaltene Verſammlung von Landwehrmännern und Kriegs-Reſerviſten war ſehr zahlreich beſucht, es mochten in dem ehemaligen Eiſer'ſchen Saale wohl gegen 2 — 3000 Perſonen ab- und zu anweſend ſein, jedoch waren die Redner beinahe ausſchließlich die gewöhnlichen des demokratiſchen Vereins. Es wurde hier gar manches heftige, leidenſchaftliche Wort geſprochen, wozu die ſtündlich aus Elberfeld und Düſſeldorf eingehenden Nachrichten, deren ohnehin trauriger Inhalt noch übertrieben dargeſtellt wurde, den Stoff lieferten. In Bezug auf die Einberufung der Landwehr wurde auch hier der Beſchluß gefaßt, nicht eintreten zu wollen und nöthigenfalls der Gewalt Gewalt entgegenzuſetzen.

Neuß, 9. Mai. Die heute hier einberufene Landwehr iſt nicht eingekleidet worden. Es hatte ſich nur ein Mann gemeldet, der aber ſpäter wieder zurückgetreten ſein ſoll. Das Menſchengewühl war ungeheuer, und wäre die Militärmacht eingeſchritten, ſo hätte dies die ſchrecklichſten Folgen haben müſſen. (Düſſ. Z.)

* **München**, 9. Mai. Der „Allg. Zeitung" zufolge wird die Abordnung eines außerordentlichen Regierungskommiſſärs in die Pfalz unterbleiben; wenigſtens werde, wie man ihr ſchreibt, der zu dieſer Miſſion auserſehene Juſtizminiſterialrath Molitor vorerſt nicht dahin abreiſen, und es ſcheine demnach, als wolle man die Herſtellung des geſetzlichen Zuſtandes in jener Provinz dem Reichs-

Kommiſſär überlaſſen und vorderhand die Erfolge ſeines Auftretens abwarten.

Die „Neue Münchner Zeitung" berichtet, daß auf die von Seiten der preußiſchen Regierung an die übrigen deutſchen Regierungen ergangene Einladung zu einem Uebereinkommen über die deutſche Verfaſſung nach Berlin Bevollmächtigte zu ſchicken, von Seite der baieriſchen Regierung der dortige baieriſche Geſandte, Graf Lerchenfeld-Köfering, mit den hierzu nöthigen Inſtruktionen beauftragt worden iſt. Dieſe Inſtruktionen ſind auf das Programm der großdeutſchen Partei in Frankfurt begründet, „mit welcher die Regierung den alten Bund nicht mehr will, ſondern eine Neugeſtaltung desſelben, welche Deutſchlands Größe nach Außen und deſſen freieſte Entwicklung im Innern bedingt, mit einem Volks- und Staatenhauſe."

≃ **München**, 10. Mai. Der Reſt des geſtrigen Tages, ſowie der Abend verliefen in ungeſtörteſter Ruhe. Auch nicht das leiſeſte Zeichen einer Gaſſendemonſtration. Gegen Mittag ſchon begannen ſogar die verſtändigern Beamten und Offiziere einzuſehen, daß die Stadtkommandantſchaft mit ihrer überängſtlichen Aufbietung aller Militärmacht nur das gethan habe, was man unhöflich: „ſich blamiren", nennt. Trotzdem waren am Abend gleiche Rüſtungen gemacht worden. Ich habe ſchon früher darauf hingewieſen, wie den verſchrieenen „Wühlereien" bei den Soldaten durch die ſogenannte Demokratie (denn dazu rechnet Baiern Alle, welche in der deutſchen Frage nicht zum baieriſchen dynaſtiſchen Sonderintereſſe halten) ganz gleiche wirkliche Wühlereien durch eine große Zahl der Offiziere entgegengeſetzt werden. In den letzten Tagen hatte ich Gelegenheit, von verſchiedenen Soldaten verſchiedener Waffengattungen zu hören, welche Anſichten man ihnen beibringt. Die deutſche Reichsverfaſſung, ſagt man ihnen, ſei nur der Vorwand, um den König ſelbſt vom Throne zu ſtoßen und die Republik einzuführen. Gelänge dies, ſo ſei es vor Allem auf das Eigenthum der kleinen Beſitzer abgeſehen, aus deren Reihen ja die Mehrzahl der Soldaten hervorgeht, um beſonders die Städte auf Koſten des Flachlandes zu heben. Daß der Bauer ganz unberückſichtigt bleiben ſolle, zeige ſchon der Umſtand, daß in der Verfaſſung nur von Rechten des Bürgers (Staatsbürgers) die Rede ſei. Auch ſollen die Soldaten künftighin viele der kleinen Vortheile ihres Standes verlieren u. ſ. w.; daß man ferner auch die Beſchwerlichkeit des jetzigen Dienſtes, die allnächtlichen Streifwachen ꝛc. als nothwendige Folgen beſtehender Verſchwörungen hinſtellt, braucht wohl nicht erſt erwähnt zu werden. Bei einem Theile der Armee haben dieſe Vorſpiegelungen vollkommen den gewünſchten Erfolg; indeſſen erkennt auch ein großer Theil die Lügenhaftigkeit. Von einem ſichern Verlaß auf die Truppen iſt alſo auch in Baiern nicht die Rede. Nebenbei ſcheint es, als wolle man von Seiten der Regierung doch endlich in eine verſöhnlichere Stellung zur Reichsverfaſſung einlenken. Bemerkenswerth iſt wenigſtens in dieſer Hinſicht gewiß der ſeit einigen Tagen weit gehaltenere Ton der N. Münchener Z. bei Beſprechung der Bewegungen für die Anerkennung der Verfaſſung. Von „Komödie" und „Komödianten" iſt in dieſer Beziehung nicht mehr die Rede. Von großem Eindruck iſt im Publikum die Anſprache der 50 baieriſchen Deputirten aus Frankfurt geweſen, und deſto größer die Mißbilligung des Austrittes von 13 baieriſchen Abgeordneten aus der Nationalverſammlung. Die hierher Zurückkehrenden, beſonders Hr. Daxenberger, welchem man ſeine frühere Cenſurtyrannei (im Landboten, der Landbötin und den fliegenden Blättern) auch noch nicht vergißt, dürften ſich ſchwerlich eines freundlichen Empfangs gewärtigen. Von denjenigen hieſigen Truppen, welche bereits ſeit mehreren Tagen den Befehl zur Marſchbereitſchaft erhielten, ſcheint ein Theil der reitenden Artillerie noch heut ausrücken zu ſollen. Bis heute Morgen wußten indeſſen ſelbſt die Offiziere den Beſtimmungsort nicht, ja nicht einmal die Richtung des Marſches. In den nächſten Tagen wird nun auch ein Theil der hieſigen Bürgerwehr als ſolcher eine ſehr entſchiedene Adreſſe für die Reichsverfaſſung einreichen. Das Künſtlerfreikorps hat ſich zu dieſem Zweck mit einem Bataillon der Landwehr vereint. Dieſes Landwehrbataillon gilt überhaupt für freiſinnig, und die hieſige Kommandantſchaft erkennt dies durch die Thatſache an, daß ſie daſſelbe bei den Befehlen zur Sicherheitswache ſeit dem Beginn der Bewegung für die Reichsverfaſſung übergeht.

Die neue Anſprache des Geſammtminiſteriums erklärt im zürnenden Theile den pfälziſchen Landesvertheidigungsausſchuß als ungeſetzlich, ſeine Befehle als unverbindlich; der verſöhnliche Theil verheißt, daß das Miniſterium die für eine Einigung Deutſchlands und Baierns Wohl ſchädlich erachteten Punkte der Reichsverfaſſung den Kammern „bezeichnen" werde. Eine Bundestagsverfaſſung wolle Baiern durchaus nicht wieder. Man werde vielmehr Vorlagen zur Reviſion der Reichsverfaſſung machen u. ſ. w. In dem Plakat iſt das Verſprechen, die Verfaſſungspunkte, welche man für unhaltbar erachte, den Kammern vorlegen zu wollen, ein großer Annäherungsſchritt an die Anerkennung. Bisher iſt höchſtens von den Grundrechten die Rede geweſen, und von einer entſcheidenden Stimme der Kammern über die nach miniſterieller Anſicht angeblich unannehmbaren Punkte der Reichsverfaſſung vollends noch gar nicht.

≈ **Würzburg**, 11. Mai. Heute Mittag forderte eine große Anzahl Studenten der hieſigen Univerſität die Waffen des Studentenfreikorps zurück, welche den Winter über im Univerſitätsgebäude aufbewahrt worden waren. Auf die Weigerung dieſelben herauszugeben, öffneten die Studenten ſelbſt das Aufbewahrungslokal und jeder nahm ſeine Waffe mit nach Hauſe. Ferner haben heute unſer Magiſtrat und das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten den Beſchluß gefaßt, nachdem die von denſelben an den König erlaſſene Adreſſe bis jetzt keinen Erfolg hatte, eine Deputation nach München an den König zu ſenden, um demſelben die Gefahr des Vaterlandes vorzuſtellen, welche nur durch unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung beſeitigt werden könne. Die übrigen größeren Städte Baierns ſollen eingeladen werden, zu demſelben Zweck Deputationen abzuſenden, welche zu gleicher Zeit mit der hieſigen Deputation in München eintreffen und dadurch die Erreichung einer zuſagenden Antwort bewirken ſollen. Die hieſige Landwehr wollte ebenfalls wie an andern Orten geſchehen, ausrücken und den Eid auf die Reichsverfaſſung leiſten, es wurde aber von dem Stadt- und Feſtungskommandanten unterſagt. Die Landwehrmänner berathen jetzt, welche Schritte weiter zu ergreifen ſeien.

† **Aus der Pfalz**, 10. Mai. Unſer Landesvertheidigungsausſchuß geht in ſehr energiſcher Weiſe vorwärts. Viele Beamte haben ſich bereits der Reichsverfaſſung unterworfen, die Bürgerwehr in den meiſten Orten hat ſie beſchworen, und die Aufregung in dem lebhaften Volk der Pfalz läßt mindeſtens einen raſchen Verlauf der Unternehmung erwarten. Zur Regelung dieſer ganzen Bewegung hat der Ausſchuß am 6. Mai noch folgende Beſchlüſſe gefaßt: 1) die Volkswehr ſoll überall eifrigſt organiſirt werden, 2) die Gemeinderäthe ſollen Liſten zur Einzeichnung freiwilliger Beiträge auflegen, welche für die Volksbewaffnung und für die Beſoldung der Offiziere benutzt werden, 3) auch aus den Gemeindegeldern ſoll ein Theil zu gleichem Zwecke von den Gemeinderäthen bewilligt werden, 4) alles ſoll an die Gebrüder Karcher in Kaiſerslautern abgeliefert werden gegen Beſcheinigung, 5) alle Bürger ſollen ihre Gewehre, die ſie nicht nöthig haben, dem Gemeinderath zur Volksbewaffnung überlaſſen, 6) wo Schußwaffen fehlen, ſollen Senſen verwendet werden, 7) für jeden Kanton wird ein Kantonalvertheidigungsausſchuß gewählt, von dem drei Mitglieder als beſchlußfähig in beſtändiger Permanenz zu verbleiben haben, 8) der Landesvertheidigungsausſchuß umgibt ſich mit einer Volksvertretung, wozu jeder Kanton ein Mitglied zu wählen hat aus allen volljährigen Pfälzern nach abſoluter Stimmenmehrheit und direkter Wahl. Bis zum 14. Mai müſſen die Wahlen vollendet ſein; 9) allen wird die energiſchſte Thätigkeit und Verbreitung dieſer und der übrigen Beſchlüſſe durch die Preſſe, Volksverſammlungen und Emiſſäre empfohlen.

Am 7. Mai fand in Speier die Vereidigung der Bürgerwehr auf die Reichsverfaſſung ſtatt. Man ſammelte ſich gegen Abend in der Nähe des Bahnhofes, zog in die Stadt und machte in der Hauptſtraße vor dem Stadthauſe Halt. Hier bildeten die Wehrmänner ein offenes Carré und gelobten dann, nachdem ihnen Oberlieutnant Umbſcheiden die wichtigen Errungenſchaften, welche die deutſche Nation in der Reichsverfaſſung gemacht, vorgeführt, mit einem lauten einſtimmigen Ja, Gut und Blut für dieſelbe einzuſetzen. Der funktionirende Oberſt, Notar Kiſſel, verlas hierauf die vom Landesvertheidigungsausſchuß vorgeſchriebene Eidesformel, worauf ſämmtliche Wehrmänner den Eid leiſteten. Der Bürgermeiſter Kolb ſprach nach dieſer Feierlichkeit zu dem verſammelten Volk vom Balkon des Stadthauſes herab gegen die Ariſtokratie, Bureaukratie und das Sonderintereſſe der Fürſten, und forderte zum Schluß die ganze verſammelte Volksmaſſe, in

der ſich viel baieriſches Militär befand, zur Leiſtung deſſelben Eides auf, was auch ſogleich geſchah.

Es brechen unter dieſer Bewegung allmählich alle bisher gültigen Ordnungen zuſammen. In den Städten und größeren Orten kommt das Proletariat faſt gar nicht mehr aus dem Taumel der Betrunkenheit, der bei den niedrigen Weinpreiſen ſehr wenig koſtet. Aus Dürkheim brach in der verfloſſenen Nacht ein Haufe von 5 – 600 Mann nach Oggersheim auf um die Preußen, die gar nicht kamen, zurückzutreiben. Die gänzliche Unthätigkeit des Volkes verſchlimmert den Geiſt deſſelben täglich; der geringſte Zweifel an der Trefflichkeit der getroffenen Maßregeln oder Anſtand beim Bezahlen der Beiträge, beim Leiſten der Unterſchriften, zieht ſchlimme Ausbrüche roher Leidenſchaften nach ſich.

* Hr. Eiſenſtuck veröffentlicht im Frankfurter Journal folgende Darſtellung ſeiner Wirkſamkeit als Reichskommiſſär:

„Die widerſprechenden, zum Theil völlig entſtellten Berichte öffentlicher Blätter über die Zuſtände in der baieriſchen Rheinpfalz veranlaſſen mich, über meine Sendung hierher folgende authentiſche Nachricht der Oeffentlichkeit zu übergeben:

Auf das entſchiedene Verlangen der Pfälzer Abgeordneten zu Frankfurt übernahm ich den Auftrag der Centralgewalt. Dieſe Freunde waren einmüthig der Anſicht, daß es dringend erforderlich ſei, der allgemeinen Erhebung dieſes Landes für die deutſche Sache eine nachhaltige Stütze zu verleihen, daß es aber auch zu dieſem Zwecke unerläßlich erſcheine, diejenigen Beſchlüſſe des im erſten Sturme der Bewegung gebildeten Landesvertheidigungsausſchuſſes, welche die allgemeine Ordnung gefährden konnten, ſo zu modifiziren, als es die ſichere Erreichung des gemeinſamen Zieles erfordere. Demgemäß übernahm ich das Mandat des Reichsminiſteriums, welches die Weiſung enthielt, die am 5. Mai gefaßten Beſchlüſſe des Landesvertheidigungsausſchuſſes aufzuheben, dagegen alles Dasjenige vorzuſehen, was die öffentliche Ordnung der Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutſchland erfordert. Ich erklärte meinen Auftraggebern, daß es nach Lage der Dinge mir zunächſt nothwendig erſcheine, einen geſetzlichen Haltpunkt für die deutſche Erhebung des Volkes zu ſchaffen, wie er von den, einer renitenten Regierung untergeordneten Landesbehörden nicht wohl erwartet werden könne, daß man dieſen Haltpunkt wahrſcheinlich nur in einer Organiſation des gebildeten Landesvertheidigungsausſchuſſes finden könne, daß man im äußerſten Falle aber, wenn man wirklich ſeitens der Centralgewalt dem deutſchen Volke mit Kraft und Nachdruck zu ſeinem guten Rechte verhelfen wolle, ſelbſt nicht vor Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung in der Pfalz zurückſchrecken dürfe. So betrat ich die Provinz mit einer Anſprache. Ein allgemeiner Jubel begrüßte mich; die Volkswehren der Städte, die ich betrat, die Behörden derſelben, die Vorſtände der politiſchen Vereine ſtellten ſich zu meiner Verfügung. Die Beamten des Landes ſprachen mir in überwiegender Mehrheit ihre aufrichtige Hingebung an die deutſche Sache mit tiefer Betrübniß über das Verhalten ihrer vorgeſetzten Regierung aus. Es war ſichtbar von allen Seiten und in allen Klaſſen der Bevölkerung, daß man auf Rettung hofft in der höchſten Noth und daß man in der Abſendung eines Abgeordneten, deſſen politiſche Anſicht der allgemeinen Volksgeſinnung in der Pfalz näher ſteht, als die ſeitherige Richtung des Reichsminiſteriums, eine Gewähr dafür erblickt, die Centralgewalt wolle in der That ſich entſchließen, nach längerem Zögern den Weg der Energie und Entſchiedenheit für die Unterſtützung der einzelnen Volksſtämme in Hingebung an die Reichsverfaſſung und in ihrem Kampfe gegen den Widerſtand der Regierungen zu betreten. Je länger ich in der hartbedrängten Provinz weile, um ſo mehr wird es meine feſte Ueberzeugung, daß die Erhebung des Pfälzer Volkes durch alle Schichten hindurch nichts Anderes iſt, als der tiefgefühlte Unwille eines durch ſeine freien Inſtitutionen durch und durch politiſch gebildeten Volksſtammes über die Schmach einer unerträglichen Rechtsverletzung. In dieſem Lande iſt nicht von Anarchie und Kommunismus, nicht von ſocialem Umſturz die Rede, ſolche Ausbrüche können und werden — wie ſie das Geleite jeder Revolution ſind — erſt erſcheinen, wenn man nicht alle Mittel anwendet, die Bewegung zu organiſiren und ihr eine feſte Grundlage zu geben. Man bewaffnet ſich von allen Seiten, die beſitzenden Klaſſen wetteifern, Geldbeiträge herbeizuſchaffen, in den Gemeinden werden allſeitig von den Vorſtänden Mittel aufgebracht, aber dies Alles geſchieht nur, um ein zu Recht erkanntes Geſetz bis aufs Aeußerſte zu vertheidigen, wo es gefährdet ſein ſollte. Darum betrachtet man jedes militäriſche Einſchreiten von Truppen, welche nicht der Verfaſſung vereidiget ſind, unbedingt als eine feindliche Invaſion und es iſt meine erſte Aufgabe geweſen, der nach Landau einrückenden preußiſchen Truppenabtheilung ſofort Gegenordre zu geben, da ihr Verbleiben unabweislich ein gräßliches Blutbad herbeigeführt haben würde. Im Angeſichte dieſer Zuſtände und in völliger Uebereinſtimmung mit meinem Mandate, habe ich den am 2. Mai gebildeten Landesvertheidigungsausſchuß durch einen Erlaß konſtituirt.

Ich habe in der Zuſammenſetzung der Männer, welche ihn bilden, darum keine Veränderung eintreten laſſen, weil ſie in der Stunde der Gefahr in einer Weiſe erwählt wurden, welche dem bei der Wahl eingeſchlagenen Verfahren zufolge alle Theile des Volks vertrat, weshalb ich anzunehmen habe, daß ſie die Männer des öffentlichen Vertrauens wirklich ſind. Dieſe Maßregel hat allſeitige Zuſtimmung gefunden, was mir ſtündlich aus allen Theilen des Landes verſichert wird, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß der Ausſchuß die ſchwierige Aufgabe, welche ihm geſtellt iſt, mit Umſicht und Beſonnenheit zum Heile des Landes löſen wird. Von allen Seiten droht Gefahr, mit Beſorgniß und Aufregung blickt die Bevölkerung nach den offenen Gränzen, von wo allerwärts Truppen einbrechen können, welche der Verfaſſung Feind ſind, und gern wird man militariſche Hülfe im Innern begrüßen, wenn ſie nur aus Truppenkörpern beſteht, denen die mit Recht mißtrauiſche Bevölkerung eine entſchiedene deutſche Geſinnung zutraut. Mit banger Beſorgniß ſieht man von vielen Seiten auf Frankfurt, denn die unerwarteten Einmärſche undeutſcher Truppen auf Anordnung der Centralgewalt haben die höchſte Aufregung hervorgerufen. Man ſteht gerüſtet und man wird kämpfen, wenn die deutſche Sache von Frankfurt irgend verleugnet werden ſollte, und dahin zu wirken, daß dies nicht geſchehe, iſt das einzige, aber auch ſichere Mittel, das Land vollkommen zu beruhigen. In dieſem Augenblick verbreitet ſich das Gerücht vom Einmarſche altbaieriſcher Truppen, um das Land zu beſetzen — das würde neue Gefahren bringen, und ich glaube, die Bevölkerung hat das Recht, ſie mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln abzuwehren.

Dies iſt die augenblickliche Lage des Landes, jede andere Schilderung eine entſtellte oder irrige.“ Eiſenſtuck.

Stuttgart. Das Regierungsblatt vom 11. Mai enthält das Geſetz, betreffend die Einführung der allgemeinen deutſchen Wechſelordnung im Königreich.

Dresden. Zahlreiche Adreſſen gehen noch immer aus allen Theilen des Landes ein, um die Regierung zur Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung zu bewegen. So aus Oſchatz, Roßwein, Annaberg von Stadtrath und Stadtverordneten, aus Zittau von der daſigen Bürgerwehr, aus Plauen von dem Volksverein, Deutſchen Verein und Märzverein.

Dresden, 9. Mai. Ueber den Tod des k. k. Oberſten, Prinzen von Schwarzburg-Rudolſtadt (welcher der Heilung eines Augenübels wegen in Dresden ſich aufhielt und die Stadt Rom bewohnte, wo er von preußiſchen Truppen, welche dieſen Gaſthof mit Sturm nahmen, aus einem Mißverſtändniß erſtochen wurde), hört man, daß ſein Kammerdiener den ſtürmenden Soldaten mit Piſtolen entgegengetreten ſei, wonach allerdings, bei den Bandagen, die der Prinz ſelbſt am Kopfe trug, das Schickſal Beider erklärlich wird, indem die ſtürmenden Truppen den Letztern für einen verwundeten Inſurgenten hielten. (L. Z.)

Hannover, 9. Mai. Die Regierung hat den Herrn v. Borries als Kommiſſär mit unbeſchränkten Vollmachten nach den ſüdlichen Landestheilen geſchickt. Truppen und Geſchütze ſind ſchon vor mehreren Tagen dorthin abgegangen. (M.-Z.)

Die Hannov. Ztg. meldet: Von Berlin erfahren wir gerüchtsweiſe Folgendes: Die Konferenzen ſind im Gange. Hannover hält ſich entſchieden deutſch und will Alles verſuchen, mit Frankfurt zu gehen ſo lange es geht. Eine Verſtändigung mit Preußen ſteht in Ausſicht. Preußen und Hannover wollen das Volkshaus feſthalten.

Oeſterreich iſt in der Konferenz vertreten, man glaubt, daß es das Volkshaus nunmehr auch anerkennen werde. (!) Der baieriſche Geſandte hat Vollmacht Theil zu nehmen, doch fehlt ihm noch ſpezielle Inſtruktion. Sachſen wird Theil nehmen, ſobald der Kampf in Dresden geſchloſſen iſt.

(Aus einem Privatbriefe erſehen wir, daß Stüve doch in den Charlottenburger Konferenzen nicht in alle Gewaltmaßregeln Manteuffels gegen Frankfurt unbedingt gewilligt, ſondern der Berliner Willkür gegenüber die Sprache des Rechtes hat hören laſſen.) (W. Z.)

⊙ **Heidelberg**, 11. Mai. Vorgeſtern Abend iſt der Abgeordnete Welcker, als er vom Bahnhof nach Hauſe gehen wollte, vom Pöbel auf die gemeinſte Weiſe mißhandelt worden. Kaum fand er Schutz in dem Hauſe eines befreundeten Bürgers, zu dem er flüchtete. Solche Pöbeldemonſtrationen werden den Mann nicht irren und ihm keine trübe Stunde bereiten, der Gunſt und Ungunſt geſchmeckt hat, und durch beide ſich auf ſeinem Pfad nicht hat irren laſſen.

* **Freiburg**, 11. Mai. In der heutigen Sitzung des Geſchwornengerichts ſprachen die Geſchwornen über die dritte Gruppe der politiſchen Angeklagten das Nichtſchuldig. Der Staatsanwalt verzichtete darauf auf die Anklage gegen die 11 weitern Angeſchuldigten, die alsbald in Freiheit geſetzt wurden.

Baden, 7. Mai. Dem hieſigen Spielpächter wurde am Sonntag Abend ein Miniſterialerlaß eröffnet, daß die Spielbank am 10. d. nicht geöffnet werden dürfe. (Bad. Bl.)

* Großherzogthum Heſſen. Aus mehreren Gegenden von Rheinheſſen wird von ſtarkem bewaffnetem Zuzug nach der Rheinpfalz gemeldet. Von Darmſtadt ſind Truppen nach Heppenheim an der Bergſtraße gegangen, wie man hört, zum Schutze der Eiſenbahn und wegen Steuerverweigerungen im Odenwalde.

Altenburg, 10. Mai. Dieſen Vormittag nach 9 Uhr wurden von Penig und Chemnitz als Gefangene hier eingebracht: der Kreisamtmann Heubner, der Hofpoſtſekretär Martin, ein Ruſſe

(wie es heißt Bakunin) und ein Sattler, von den letzten Beiden kann ich die Namen nicht angeben. Sie führten außer Paßkarten ꝛc. auch viele Papiere mit ſich, ſowie das Siegel der ehemaligen proviſoriſchen Regierung Sachſens. Sie haben im Ganzen nur die Summe von 26 Thlr. und einigen Groſchen mit ſich geführt. (Wie man vernimmt, ſind noch heute, den 10. Mai, die oben genannten vier Gefangenen durch Leipzig auf der Eiſenbahn nach Dresden gebracht worden.) (L. Z.)

Meiningen, 8. Mai. Die Kammer hat beſchloſſen, bei der Regierung zu beantragen, nunmehr über alle die „unglücklichen" Bewohner des Herzogthums, welche ſeit dem vorigen Jahre unter den Begegniſſen unſerer Zeit ſich zu unmittelbaren politiſchen, oder durch dieſelben veranlaßten Verirrungen fortreißen ließen, Gnade ſtatt des ſtrengen Rechts walten zu laſſen. (D. A. Z.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 9. Mai. Geſtern haben auch die Preußen, nachdem ſie des Morgens von Kolding ausrückten, ein kleines Gefecht mit einigen Bataillonen Dänen zu beſtehen gehabt, dieſelben zogen ſich jedoch als ſie gewahr wurden, daß es Preußen ſeien (dieſe ſtehen vom vorigen Jahre bei den Dänen in gutem Andenken) eiligſt zurück und gegen Mittag rückten die Preußen in Veile ein. In Kolding ſind dafür Baiern eingerückt und von dort bis zur Grenze ſtehen Sachſen, welche aus dem Sundewitt'ſchen durch die unter dem heſſiſchen General Bauer ſtehende Diviſion des 2. Aufgebots der Kurheſſen abgelöſt wurden. Es ſteht demnach eine völlig geſchloſſene Truppenkette vom Sundewitt, den Düppeler Höhen über Chriſtiansfelde, Kolding, Veile bis Fridericia, vom welchem letzten Ort wir hoffentlich morgen die Einnahme werden melden können.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 10. Mai. Morgens. Es wird jetzt wirklich ernſt mit dem Angriff auf die Dänen, denn ſo eben läuft der zuverläſſige Bericht ein, daß noch am 8. das Bombardement von Fridericia mit aller Heftigkeit durch die ſchleswig-holſteiniſchen Truppen begonnen hat; der Kanonendonner iſt mehrere Meilen weit gehört worden und die Stadt hat bereits an mehreren Stellen Feuer gefangen, ſo daß die hellen Flammen weit hinaus ſchlugen. Bei dem anhaltenden Oſtwinde war es den Dänen nicht möglich, ihre Truppen auf Fünen überzuſetzen und hält dieſer noch ſo lange an, bis die Unſeren Fridericia genommen haben, ſo dürften ſie einen großen Theil der däniſchen Armee, welche nun in Fridericia eingeſchloſſen iſt, gefangen nehmen, da dieſelbe einen Rückzug nicht bewerkſtelligen kann, indem unſere Truppen die Stadt in weitem Umkreiſe eingeſchloſſen haben. Die Preußen ſtehen mit anſehnlicher Macht in Veile und ſoll in einigen Tagen ein Angriff auf die zwiſchen Veile und Horſens in einer Ebene von den Dänen aufgeſtellten 16 Schwadronen Huſaren und Dragoner unternommen werden, wozu noch von uns bedeutende Kavallerieabtheilungen herangezogen werden ſollen. Baiern und Sachſen ſtehen zwiſchen Veile und Fridericia, um die Verbindung dieſer beiden Plätze zu bewerkſtelligen.

Der General v. Prittwitz hat geſtern den Jüten bekannt gemacht, daß er täglich 40,000 Rationen bedürfe, welche ſie ihm zu liefern hätten, er hat ferner die Aufforderung an den Grafen v. Sponneck, einen großen einflußreichen Gutsbeſitzer und Bruder des Finanzminiſters in Kopenhagen ergehen laſſen, mit in die Civilverwaltungskommiſſion, welche aus den Präſidenten der Landesverſammlung, Bargum und Pauli beſteht, einzutreten. Der Graf weigerte ſich, worauf denn Prittwitz erklärte, daß es ſonſt unmöglich ſei, eine geordnete Lieferung der Rationen zu beſchaffen und er es jedem Soldaten frei ſtellen müſſe, ſich ſeine Ration, wo und wie er wolle, zu holen. Hierauf bleibt dem Herrn v. Sponneck nichts übrig als einzutreten, und iſt damit das Gouvernement für Jütland vollſtändig.

Wir erfahren aus zuverläſſiger Quelle, daß der ruſſiſche Geſandtſchaftsrath von Nicolay, welcher als Attaché der Geſandtſchaft in London beigegeben, im Namen des Kaiſers von Rußland dem König von Dänemark die Mittheilung gemacht, daß er es ſehr bedaure, daß der König von Dänemark gerade zu dieſer Zeit den Krieg wieder aufgenommen, wo die europäiſchen Verwickelungen ſo allgemein wären und Rußland in ſehr umfangreichem Maße beſchäftigten, weshalb es ganz unmöglich ſei, ihm Hilfe angedeihen zu laſſen, ſollte ſich aber die Streitfrage bis zu einem ruhigeren Zeitpunkte verzögern, ſo werde ſolche unbedingt ſtattfinden.

Flensburg, 7. Mai. Die letzten Nachrichten aus dem nördlichen Schleswig beſtätigen das Einrücken der deutſchen Reichstruppen in Jütland und bemerken, daß das preußiſche Kontingent den linken, das baieriſche den rechten Flügel, die Schleswig-Holſteiner das Centrum und die Avantgarde der Operationsarmee bilden. Veile und Fridericia dürften ſonach zugleich angegriffen werden und ſind in dieſem Augenblick vielleicht ſchon von deutſchen Truppen beſetzt. Die Entfernung zwiſchen Kolding und Fridericia beträgt 3½ Meilen. Das Terrain iſt ziemlich coupirt. Ueber die Bewegungen der däniſchen Armee iſt man daher wegen Mangels an erfolgreichen Rekognoscirungen ganz im Unklaren. Sollte ihr rechter Flügel noch bei Veile ſtehen, ſo läuft derſelbe Gefahr, ganz abgeſchnitten zu werden, da in Veile-Fjord ſchwerlich eine hinreichende Zahl von Kriegsſchiffen ſtehet, um die Landtruppen aufzunehmen. Sämmtliche däniſche Schiffe, welche nicht zur Blokade der deutſchen Häfen verwendet werden, ſcheinen bei Alſen und vor Fridericia zu liegen. Föhr und Sylt ſind von den Dänen geräumt. Da mit Ausnahme von Hadersleben und Apenrade deutſche Zeitungen im nördlichen Schleswig kaum zu finden ſind, ſo ſcheint auch die große deutſche Bewegung des Augenblicks unſern deutſchen Soldaten bis jetzt noch ziemlich unbekannt geblieben zu ſein. Auch die Offiziere im Sundewitt wiſſen davon nur von Hörenſagen. Dagegen findet man im hieſigen Kaſino die bedeutendſten deutſchen Zeitungen und die Theilnahme unter der ſächſiſchen Beſatzung von Flensburg an den Ereigniſſen in der Heimath iſt unverkennbar groß.

Flensburg, 8. Mai. Ein ſiegreiches Treffen hat ſtattgefunden. Das ſchleswig-holſteiniſche Armeekorps ſtieß auf ſeinem Marſche nach Fridericia zwiſchen Bilsdrup und Gudſoe auf den Feind, der in einer vortheilhaften Stellung hinter Erdſchanzen, welche die Landſtraße ſperrten, den Kampf annahm. Beide Flügel der Dänen waren durch Buchenwäldchen gedeckt. Däniſche Kriegsſchiffe im Meerbuſen zwiſchen Strandhum und Skjäbäck unterſtützten das Feuer ihrer Feldbatterien. Das Artilleriegefecht dauerte von 9 Uhr Morgens bis Nachmittags 4 Uhr. Als der rechte Flügel der Dänen von den Deutſchen in der Richtung von Bilsdrup umgangen war, gaben ſie ihre günſtige Poſition auf und zogen ſich kämpfend hinter die Wälle von Fridericia zurück. Gudſoe wurde von den Dänen in Brand geſteckt, um die Verfolgung der Deutſchen aufzuhalten. Die Schleswig-Holſteiner lagerten geſtern Abend dicht vor Fridericia. Ein heftiger Oſtwind ſcheint die Flucht der Dänen nach Fünen zu hindern und zwingt ſie vielleicht zu einem verzweifelten Widerſtand. Die Preußen und Baiern rückten geſtern gegen Veile vor. Die Baiern deckten den rechten Flügel, welcher in der Richtung nach Fridericia bloßgeſtellt war. Nach fünfſtündigem Marſche ſtießen die Preußen bei Hoyen auf däniſche Dragoner, Huſaren und Jäger, die aber faſt ohne Widerſtand ihre ſchöne Stellung aufgaben und ſich jenſeits des Veile-Fjord auf der Straße nach Horſens zurückzogen. Veile wurde am Abend von den Preußen beſetzt. Die Baiern ſollen bei Stvärup ſtehen, von wo ſie den Schleswig-Holſteinern nöthigenfalls die Hand reichen können wenn dieſe der Unterſtützung bedürfen ſollten.

♉ **Schleswig**, 8. Mai. In einer Verſammlung der Vorſtandsmitglieder der Schleswigholſteiniſchen Volksvereine in Neumünſter am 6. d. M. iſt einſtimmig beſchloſſen mit allen Kräften dahin zu wirken: 1) daß unſere Beamte und das Heer ſofort auf die Reichsverfaſſung beeidigt werden, 2) daß die Kriegsrüſtungen ununterbrochen fortgeſetzt, und 3) daß die Perſonalunion mit Dänemark für alle Zeiten aufgehoben werde. Orla Lehmann ſitzt noch immer hier auf Gottorff und ſoll bisweilen hiſtoriſche lucida intervalla haben.

** **Hamburg**, 9. Mai. Dieſe Nacht war die entſcheidende für Hamburgs Zukunft. Schon ſeit 2 Tagen war die Frage über Lebenslänglichkeit des Senats oder Wählbarkeit deſſelben auf Zeit an der Tagesordnung. Die beſten Kräfte der Konſtituante gingen ins Treffen theils für, theils gegen. Alles wurde aufgeboten, um ſeine Meinung durchzuſetzen und die Sitzung dauerte von 6 Uhr bis ½1 Uhr des Nachts. Dr. Baumeiſter und Dr. Feldmann traten für die Lebenslänglichkeit in die Schranken, wogegen Dr. Ree, Dr. Wiebel und 10 bis 12 Andere dagegen ſprachen. Es kam nach vielen Kämpfen endlich des Nachts 12 Uhr zur Abſtimmung, und das ſonſt ſtreng an ſeinem Führer haltende und mit demſelben ſtimmende Centrum ſtimmte zum großen Theil gegen den Antrag des Dr. Baumeiſter und für die Wählbarkeit des Senats auf 6 Jahre.

Die allgemeine Volksbewaffnung findet hier ungewöhnlichen Anklang, in wenigen Tagen haben ſich mehrere Tauſende zur Einzeichnung gefunden und ſchon werden Lanzen, Piken u. ſ. w. angefertigt, um eine Wehrbarmachung herbeizuführen.

Großbritannien.

*** London.** 9. Mai. Der „Standard" ſucht mit allerlei Troſtgründen ſich den Aerger über den Sieg des Miniſteriums bei Gelegenheit der Schifffahrtsbill zu vertreiben. Die Sache ſei noch nicht aus, meint der „Standard", obſchon die Miniſter ſo glücklich geweſen ſeien, durch eine kleine Mehrheit von 10 Stim- noch eine kurze Weile ihr Daſein zu friſten; aber dieſe 10 Stimmenmehrheit in einem Hauſe von 336 Lords hätten ſie auch nur durch Drohungen und andere höchſt unkonſtitutionelle Mittel für ſich gewonnen. Was auch das letzte Ergebniß der Maßregel ſein möge, ſo viel könne verſichert werden, daß noch keine engl. Regierung zu keiner Zeit eine nur halb ſo wichtige Maßregel mit ſo geringer Mitwirkung des Volks durch das Parlament gebracht habe. In dieſer Hinſicht mag der „Standard" wohl Recht haben, wenn man die geringe Zahl der Petitionen und Meetings für und die zahlreichen Meetings und Petitionen gegen eine Maßregel zum Maßſtab für ihre größere oder geringere Volksthümlichkeit nehmen darf. Dagegen iſt folgende Verſicherung des Standard wohl etwas gewagt: „Die Abſtimmung am vergangenen Abend nicht hat die Frage in Betreff der Schifffahrtsgeſetze, aber unſers Meinens wohl das Schickſal des Miniſteriums entſchieden." Die „Morning Poſt" beklagt, daß jetzt Alles und Jedes nur den Vortheilen der Kaufleute geopfert werde, während es doch nicht die Kaufleute allein ſeien, welche den Thron der Königin aufrecht erhielten.

Ein Liverpooler Blatt bringt folgende Bemerkung, welche Manches zu rathen gibt: „Gegenwärtig thut ſich ein anderweitiger Einfluß hervor, und zwar ein deutſcher, der, durch den Herzog von Wellington, den britiſchen Intereſſen entgegenarbeitet. Man möchte den Muth verlieren, wenn man ſoviel Geld für ſo viel Unrecht bezahlen ſoll. Wir müſſen es für den Augenblick dulden, aber das Vergehen wird zuletzt ſich ſelbſt beſtrafen."

Die Staatspapiere halten ſich ziemlich feſt, trotz der bedenklichen Weltlage, und obſchon man der Anſicht iſt, daß der Angriff der Franzoſen auf Rom zu Gunſten des Papſtes der radikalen Partei in ganz Europa nur neue Kräfte zuführen könne. Die Konſols ſtanden heute auf 91⅛.

Frankreich.

*** Paris**, 10. Mai. Die Aufmerkſamkeit iſt natürlich ausſchließlich auf Italien gerichtet. Die Nat.-Verſ. wollte die römiſche Frage ſchon heute verhandeln, da aber ausführliche Berichte oder nur amtliche Nachrichten vom General Oudinot noch immer nicht eingegangen waren, verſchob ſie die Verhandlung wieder auf morgen. Inzwiſchen entſchädigte ſie ſich mit allerhand Gerüchten, die über die römiſche Expedition umliefen. Bald hieß es, ſie ſei von Neuem geſchlagen, bald, ſie ſei völlig friedlich in Rom eingezogen. Auch ſprach man von vielen Franzoſen, die bei der Einnahme gefangen worden wären, und nannte ſogar beſtimmte Namen, wie Kerſauſie und Laviron. Man ſetzte hinzu, bei einigen mit Waffen in der Hand gefangenen Franzoſen ſeien wichtige Papiere in Beſchlag genommen worden, wodurch ſehr bedeutende Perſonen vom Berge hier kompromittirt würden. Der Generalprokurator ſei deshalb in den Miniſterrath berufen worden; die in Rom gefangenen Franzoſen würden als des Hochverraths ſchuldig nach Frankreich gebracht werden, um hier vor Gericht geſtellt zu werden.

Von den Verhandlungen in der Nationalverſammlung iſt nur eines Zwiſchenfalls Erwähnung zu thun, den Marraſt ſelbſt anregte. Kraft ſeines Rechtes über die bewaffnete Macht zum Schutz der Verſammlung zu verfügen, hatte er den Gen. Foreſt geſtern um 2 Bataillone gebeten. Derſelbe gehorchte nur theilweiſe und zögernd. Marraſt verlangte ſeine Beſtrafung. Odilon Barrot geſtand das Unrecht des Generals ein, und Rulhières erklärte, er habe bereits die nöthigen Befehle gegeben, daß dergleichen nicht wieder vorkomme. Conſiderant aber nahm davon Veranlaſſung in die Anklageakte gegen das Miniſterium — die er nun wirklich eingereicht hat — auch eine Anklage gegen Changarnier aufzunehmen, als ſchuldig, durch ſeine Befehle die Weigerung des Generals Foreſt veranlaßt zu haben.

Die Wahlbewegung und die damit verbundene Kautionsfreiheit hat eine Menge Blätter, für einige Wochen wenigſtens, ins Leben gerufen. Die Verkäufer dieſer Produktionen ſind am zahlreichſten und vollſtändigſten in der Paſſage des Panoramas zu finden Die Titel der von ihnen ausgerufenen Journale ſind drollig genug z. B. „die Hölle der Ariſto's" (populäre Verkürzung des Wortes: Ariſtokraten). „Die Verbrechen der Rue de Poitiers", „Das Krokodil vom Berge", „Ueber was beklagt Ihr Euch? (Letzteres Blatt iſt von Eugen Sue redigirt).

Es heißt heute, daß die franzöſiſche Regierung beſchloſſen hat, ein Beobachtungsheer von 150,000 Mann am Rhein zu bilden.

Die heutigen Kurſe ſchloſſen die 3 pCt. 57; 5 pCt. 88, 80; Bankaktien 2392,50.

Italien.

* Aus dem Kirchenſtaat. Der Kampf von Rom ſinkt allmählig in die wahren Dimenſionen die er gehabt hat, aus dem vergrößernden Nebel, in den ihn die Ungewißheit gehüllt, zurück. Als Oudinot in die Nähe Roms kam, ſchickte er zur Rekognoscirung des Terrains einige kleine Abtheilungen vor, die ſich in Tirailleurs aufgelöſt, in den Gärten der Vorſtädte zerſtreuten. Ein heftiges Feuer, das von den Gärten und Barrikaden auf ſie eröffnet wurde, reizte ſie, ſich unbeſonnen in die Stadt ſelbſt zu wagen. Oudinot mußte um ſie wieder zu ſammeln, mit größeren Abtheilungen nachrücken. Einzurücken in die Stadt hatte er gar nicht beabſichtigt, ſobald er ſah, daß ſie zum Widerſtand beſetzt war. Nachdem er ſeine Tirailleurs geſammelt, zog er ſich in ſein Hauptquartier von San-Reolo zurück, wo er die Ausſchiffung der 3. Brigade erwartet, um dann mit genügenden Streitkräften in die Stadt einzurücken. Der Verluſt der Franzoſen beträgt etwa 40 Todte und 180 Verwundete, die wie ſchon gemeldet, nach Baſtia gebracht worden ſind.

In den Augen der Römer hat inzwiſchen dieſer Kampf (einen Erfolg kann man es kaum nennen) einen unglaublichen Enthuſiasmus hervorgebracht. Er kam zu unerwartet! Die Deputirten haben ihre Sitzung nach dem Quirinal verlegt, und gegen Abend erſchienen mehrere derſelben mit tricoloren Binden zu Pferd auf dem Corſo, wo ſie das Volk anredeten und den Jubelruf: Evviva la repubblica, evvivano le barricate zur Antwort erhielten. Die vornehmſten Damen pflegen die Verwundeten, und Alles wetteifert, den heldenmüthigen Vertheidigern ſeine Bewunderung auszudrücken. Welch' fabelhafte Dinge aber auch von dieſem Kampf erzählt werden, das überſteigt jede nicht italieniſche Phantaſie. Faſt alle Berichte ſprechen davon, daß die Franzoſen 600 Todte und 425 Verwundete zählten. Offiziere und Artillerie wären mit 4 Geſchützen zu den Römern übergegangen. Die Franzoſen hätten einen Parlamentär nach Rom geſchickt und um 6 Wundärzte gebeten, die ihnen ſogleich großmüthig zugeſchickt worden. Die Franzoſen wären ſämmtlich mit Doppelflinten bewaffnet geweſen! Der amtliche Bericht Garibaldi's lautet: „Bürger Kriegsminiſter! ..... Der Feind hat uns angegriffen und wir haben ihn in die Flucht geſchlagen, das Feld behauptet und circa 700 Gefangene gemacht, worunter ein Major und ein Lieutenant. Der Verluſt auf beiden Seiten kann nicht genau angegeben werden; wir haben 4 Offiziere verloren, der Feind aber bedeutenden Schaden erlitten. Alle Truppen, die an dieſem Kampfe Theil genommen, haben ſich um das Vaterland verdient gemacht. Eine Menge Waffen und andere Kriegseffekten ſind unſere Beute geworden." Die Freude wird nur kurz ſein; am 5. oder 6. werden die Franzoſen wohl ſchon Rom beſetzt haben.

*** Turin**, 4. Mai. Gioberti hat entſchieden ſeine Entlaſſung als Staatsminiſter und außerordentlicher Geſandter in Paris verlangt.

* Aus Ferrara kommen Nachrichten, wonach die in die Romagna beſtimmten öſterreichiſchen Truppen eine rückgängige Bewegung gemacht hätten. Als Grund wird angegeben, daß die Oeſterreicher vor dem Fort Malghera (das ſie jetzt ernſtlich anzugreifen begonnen haben) bedeutende Verluſte erlitten hätten. Auch aus Treviſo u. a. O. kommen Gerüchte über ungeheure Mengen

von Verwundeten, die in Folge eines glücklichen Ausfalls der Venetianer vom Heer forttransportirt wurden. Man möchte gut thun, dieſe Nachrichten mit Vorſicht aufzunehmen.

Ungarn.

Man ſchreibt der Allg. Z. aus Wien vom 7. Mai: Auf dem rechten Flügel der kaiſerl. Armee ſtieß ein Streifkorps von 1500 Mann bei Kapuvar (auf der Straße von Raab nach Oedenburg bei dem Sumpf des Neuſiedler Sees, Hanſchag genannt) auf ein Inſurgentenkorps von 6000 Mann mit 18 Kanonen, welches die Kaiſerlichen ſogleich angriff und zerſprengte. Zwei kroatiſche Bataillone rückten hierauf von Oedenburg zum Succurs nach Zinkendorf und nahmen hier, nachdem ſich das zerſprengte kaiſerl. Streifkorps ihnen angeſchloſſen hatte, eine Stellung gegen die vorrückenden Inſurgenten ein. In der Beſorgniß, durch die von Wieſelburg aus entſendete Kavallerie abgeſchnitten zu werden, zogen ſich nun die Ungarn wieder bis Kapuvar zurück. Aus Oedenburg flüchteten ſich mehrere im erſten Schrecken hieher, nun ſcheint die Furcht vor der Beſetzung Oedenburgs durch die Inſurgenten zu verſchwinden. Vor Preßburg fiel nichts bedeutendes vor. Dembinski iſt mit einem Korps von 25,000 Mann in Eperies eingerückt und marſchirt an die Grenzen Galiziens. Dieſe Bewegung ſcheint mit Görgey's Vorrücken bis Jablunka in Verbindung zu ſtehen und auf die Revoltirung Galiziens abzuzielen. Was nun die Generale Vogel und Benedek, erſterer in Leutſchau, letzterer in Roſenau oder vielleicht ſchon in Rimaſombat, jedenfalls faſt im Rücken der Inſurgenten, beginnen werden, müſſen wir nächſtens erfahren. Von den Ruſſen weiß man hier nur ſoviel, daß ſie in Krakau ſich ſammeln, die Eiſenbahn hat in dieſe Gegend noch keine befördert

* In den untern Donauländern zeigt ſich die Antipathie der Deutſchen und Romanen gegen die Serben. Die Deutſchen ſympathiſiren offenbar mit den Magyaren (ſ. oben Wien), und die kaiſerlich geſinnten Romanen wollen nichts wiſſen von der ſerbiſchen Wojwodowina. Der Biſchof Schaguna geht als Wortführer der Romanen nach Wien. Die nach der Wallachei zum ruſſiſchen General Lüders geſandten Abgeordneten ſind mit der Zuſage baldiger Unterſtützung zurückgekehrt. Die ruſſiſche Macht hat aus nationalen und religiöſen Gründen bei der ſlawiſchen Bevölkerung viele und ſeit langem klug genährte Sympathieen. Die Kriegsnachrichten ſind für die Kaiſerlichen nicht ſehr günſtig. Kikinda, Zenta und vielleicht auch Werſchetz ſind in den Händen der Magyaren.

Redacteur: **H. Kruſe.**

[206] Bei Hoffmann & Campe in Hamburg ſind erſchienen und in allen Buchhandlungen zu bekommen, in Frankfurt vorräthig in der Joh. Chr. Hermann'ſchen Buchhandlung, Zeil 15:

Spezialkarte von Holſtein . . .	**Preis fl. 1. 32 kr.**	
„ „ „ **Nord-Schleswig**	„ „ — **33** „	
„ „ „ **Süd-Schleswig**	„ „ — **33** „	
„ „ „ **Jütland** . . .	„ „ — **33** „	

Dieſelben ſind ſämmtlich auch auf Batiſt gedruckt zu haben.

Dieſe, auf trigonometriſchen Vermeſſungen beruhenden, Karten ſind die genaueſten und beſten von allen im deutſchen Buchhandel erſchienenen.

[80]* Bei uns iſt erſchienen:

Fünf Bücher

deutſcher

Lieder und Gedichte.

Von A. von Haller bis auf die neueſte Zeit.

Eine

Muſterſammlung

mit Rückſicht auf den Gebrauch in Schulen.

Herausgegeben

von

Guſtav Schwab.

Dritte neu vermehrte Auflage.

Fein gebunden. 51 Bogen in 8°. Preis 1⅓ Thaler.

Auch bei dieſer dritten Auflage iſt an der Anlage und Anordnung des Buches ſo wie an dem Inhalte nichts verändert worden, doch iſt der Herausgeber bemüht geweſen, die Sammlung bis auf die neueſte Zeit fortzuführen. Er hat ſich aber hierbei, gemäß ſeiner Aufgabe, wo möglich Muſterhaftes auszuwählen, darauf beſchränken dürfen, von den ſeit dem Erſcheinen der zweiten Auflage in Deutſchland neu aufgetretenen Dichtern nur dasjenige aufzunehmen, wovon er überzeugt war, daß es auch eine ſpätere Zeit noch gern und mit Anerkennung in dieſer Sammlung finden würde. Ungeachtet der ſtärkern Bogenzahl und der koſtſpieligeren Ausſtattung des Buches iſt der Preis derſelbe geblieben, und die Sammlung wird daher auf den Beifall, der ihr bisher in ſo reichem Maße zu Theil geworden, auch fernerhin Anſpruch machen dürfen.

Leipzig. **Weidmann'ſche Buchhandlung.**

[203]* Die bereits unterm 27. Oktober vorigen Jahres zum Verkauf ausgeſchriebene, zur Gantmaſſe des Simon Armbruſter von Schappach gehörende

Mechaniſche Zwirnerei am Hohenſtein
bei Schiltach im Kinzigthale

wird auf gantrichterliche Verfügung am 22. März dieſes Jahres No. 3520 am
Dienſtag den 29. Mai d. J. Vormittags 9 Uhr
im Sonnenwirthshaus in Schiltach
einer zweiten und letzten Verſteigerung ausgeſetzt, und der Zuſchlag auch dann ertheilt, wenn das Meiſtgebot unter dem Anſchlag von 70000 fl. bleibt.

An gleichem Tage und Ort werden noch beſonders — jedoch nur gegen Baarzahlung — vier Maſchinen zur Fabrikation von Glanzfaden und noch verſchiedene Geräthſchaften öffentlich verſteigert.

Eine genaue Aufnahme der Zwirnerei und der dazu gehörigen Maſchinen kann, gleich den Verſteigerungs-Bedingungen, bei der unterzeichneten Stelle eingeſehen oder von ihr erhoben werden.

Hornberg, den 28. April 1849.

Großh. Badiſches Amtsreviſorat:
Hönig.

[207] **Der Pflanzenſaft**

des Doktor Boyveau-Laffecteur, allein autoriſirt, iſt weit vorzüglicher als der Syrup Cuiſinier's, Larrey's, Salſepareille's u. ſ. w. — Er heilt gründlich ohne Queckſilber die Hautausſchläge, Flechten, Skrofeln, die Folgen der Krätze, Geſchwüre, der von Entbindungen in den kritiſchen Jahren herrührenden Unglücksfälle, und die erbliche Schärfe der Säfte. Als mächtiges Blutreinigungs-Mittel iſt er für die Flüſſe der Harnblaſe und Schwäche der Organe ſehr dienlich. Als ſyphilitiſches Gegenmittel heilt dieſer Saft in kurzer Zeit die friſchen oder hartnäckigen eiterigen Harngangsflüſſe, welche immer wiederkehren in Folge der Anwendung von Copahu, Kubeben oder der Einſpritzungen, die das Gift nur zurücktreiben, ohne es unwirkſam zu machen. — Der Boyveau'ſche Saft iſt hauptſächlich anempfohlen gegen friſche, eingewurzelte, oder dem Queckſilber und der Verbindung des Potaſſiums widerſpenſtigen ſyphilitiſchen Krankheiten. Der Proſpektus über deſſen Behandlung wird gratis und franko denjenigen zugeſchickt, welche ihr desfallſiges Verlangen an Dr. Giraudeau de St. Gervais, 12, Rue Richer in Paris, ergehen laſſen; derſelbe ertheilt ärztliche Konſultationen durch Korreſpondenz unentgeldlich. Preis des Saftes 7 Fres. 50 Cents; zu haben bei nachſtehenden Apotheken: Lamentius, Dorotheenſtraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Gullet in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tipmer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odeſſa; Burgers, Kalverſtraat, 165, in Amſterdam.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2¼ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 133. Frankfurt a. M., Montag 14. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt. Amtliche Darſtellung der Kriegsereigniſſe in Schleswig.) Wien (Ungariſche Nachrichten. Tagesbegebenheiten. Der Kaiſer nach Preßburg. Die ungariſche Armee. Die Ruſſen. Jellacic in Agram.) Prag (Volksauflauf.) Reichenberg (Truppen nach der ſächſiſchen Gränze.) Berlin (Die deutſchen Konferenzen.) Stettin (Die Parteien. Die Reform.) Soeſt (Die Landwehr. Düſſeldorf (Proteſt des Gemeinderaths.) Elberfeld (Beſtattung der Gebliebenen.) München (Der Landtag. Befehl zur Einberufung der Beurlaubten. Studentenverſammlung.) Nürnberg (Die Bürgerwehr. Militäriſche Vorkehrungen. Unruhige Auftritte auf dem Lande. Unterſuchung gegen die Redner der Volksverſammlung.) Aus der Pfalz (Wachſende Aufregung. Das badiſche Militär.) Dresden (Proklamation. Der Anblick der Stadt. Militärkommiſſion. Die preußiſchen Truppen. Zuſtände auf dem Lande. Die beſchädigten Gebäude. Verluſt an Menſchen.) Leipzig (Scharmützel mit einem Freiſchaarenkorps. Erklärung des Raths und der Stadtverordneten.) Heidelberg (Meuterei in Raſtatt. Rückkehr des Zuzugs aus der Pfalz. Gervinus abgereiſt.) Freiburg (Soldatenverſammlung.) Vom Oberrhein (Militärtumult in Lörrach.) Rheinheſſen (Zuzug nach Rheinbaiern.) Flensburg (Vom Kriegsſchauplatz.) Schleswig (Die Preußen in Veile.)

Großbritannien. London (Interpellationen im Unterhauſe. Viscount Ponſonby. Der Smith O'Brien'ſche Prozeß vor dem Oberhauſe.)

Frankreich. Paris (Ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium in der italieniſchen Frage, ſowie der Antrag auf Verſetzung in den Anklagezuſtand verworfen.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Die Ruſſen.)

Schweiz. Bern (General Dufour.)

Ungarn. (Das Hauptquartier in Preßburg. Die Stellung der Heere. Die Ruſſen. Stand der Dinge in Peſth und Ofen und im Banat.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

Frankfurt, 13. Mai. Die O.-P.-Z. enthält im amtlichen Theile folgende Darſtellung der neueſten Kriegsereigniſſe in Schleswig:

Am 7. Mai rückte der Oberbefehlshaber der Operationsarmee mit einem Theile der letzteren in Jütland ein, und zwar die Reſervekavalleriebrigade auf Nebel und Aagard, und die preußiſche Diviſion auf der großen Straße von Kolding nach Veile, während die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion von Kolding auf Fridericia vorging. Alle Kolonnen ſtießen auf den Feind und wurden in ernſthafte Gefechte verwickelt, die überall zum Vortheile der dieſſeitigen Waffen ausgefallen ſind. Das linke Seitendetachement der preußiſchen Diviſion warf eine überlegene Truppenaufſtellung bei Donsmühle zurück, die Avantgarde ſiegte zunächſt bei Alminde, ſodann bei Brief und endlich unter Mitwirkung eines Theils des Gros der Diviſion in einem Gefechte im Waldabſchnitte jenſeits des letzteren Ortes. In Folge dieſer Gefechte, welche von 8 Uhr Morgens bis 4 Uhr Nachmittags währten, wurde der Feind bis über Hoyen, dem letzten Abſchnitte vor Veile, hinaus zurückgedrängt, und der Oberbefehlshaber hatte die Abſicht, am Morgen des 8. die Offenſivbewegung auf Veile fortzuſetzen. Unter den Getödteten der preußiſchen Truppen befand ſich der Major Graf von Schlieffen, Kommandeur des 7. Jägerbataillons, und der Lieutenant von Schmeling der 1. Artilleriebrigade. Gleichzeitig mit jenen Gefechten der preußiſchen Diviſion beſtand auch die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion ein glänzendes Gefecht in der von ihr eingeſchlagenen Richtung, an dem Abſchnitte zwiſchen Gudſoe und Bilstrup, an welchem beſonders die Artillerie Theil nahm, und wodurch der Feind zum vollſtändigen Rückzuge in die Feſtung Fridericia gezwungen wurde, nachdem noch vorher der Brückenkopf zu Snoghoi von der Avantgarde der ſchleswig-holſteiniſchen Diviſion genommen worden war.

□ **Frankfurt**, 13. Mai. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat geſtern, zur Erledigung der laufenden Geſchäfte, eine Sitzung gehalten, welche indeß zur größeren Hälfte abermals durch eine Reihe dringlicher Anträge ausgefüllt wurde. Zuvörderſt erfüllte indeß die Verſammlung eine Pflicht, als ſie durch einmüthiges Erheben ihre Zuſtimmung zu den warmen Worten kund gab, mit welchen der Präſident des langen, edlen und gemeinnützigen Wirkens ihres mit Tode abgegangenen Mitgliedes, Schöff de Neufville, gedachte; nachdem darauf der Austritt zweier fernerer Mitglieder, der Herren Gille und Scholderer — Motive des Austritts waren nicht angeführt — mitgetheilt worden, verlas der Präſident einen als dringlich bezeichneten und ſofort als ſolcher anerkannten Antrag des Wehrausſchuſſes, den Senat zu erſuchen, daß während der Dauer des gefahrdrohenden Zuſtandes des Vaterlandes als Volksbewaffnungsausſchuß eine aus 3 Mitgliedern des Rathes, 3 Mitgliedern der ſtändigen Bürgerrepräſentation und 8 Mitgliedern der konſtituirenden Verſammlung beſtehende Kommiſſion niedergeſetzt werde, ermächtigt, ſogleich alle Staatsangehörige vom 19. bis zum 50. Lebensjahre, welche noch nicht in die erſte Altersklaſſe der Bürgerwehr eingetheilt worden, zum Schutze der Reichsverfaſſung und der Reichsverſammlung, ſowie zum Wohle und zur Sicherheit des Freiſtaats Frankfurt unter die Waffen zu rufen, dieſelbe beſtens zu bewaffnen und in zwei Aufgebote zu formiren, die in Frankfurt wohnenden Nicht-Frankfurter zum Anſchluß an dieſe Bewaffnung aufzufordern, die geſammte in ſolcher Weiſe aufgebotene Mannſchaft ſchleunigſt in den Waffen zu üben und endlich dieſelbe unter das Kommando eines ſtrategiſch gebildeten zuverläſſigen Oberſten zu ſtellen. Die Motivirung des Antrags iſt hinlänglich durch den Zweck deſſelben ausgeſprochen, doch konnte Hr. Habermann, welcher Namens des Wehrausſchuſſes das Wort führte, ſich nicht verſagen, darauf hinzuweiſen, daß es nothwendig geſchienen habe, die vorgeſchlagenen Maßregeln, „welche vielleicht eine beſondere Energie erforderten“, nicht in die Hände der beſtehenden Behörden, ſondern einer „der neuen Zeit angemeſſenen“ („auf dem Boden der Neuzeit ſtehenden“, würde Hr. Dr. A. Friedleben geſagt haben) Behörde zu legen. Einige untergeordnete formale Einwendungen des Hrn. Dr. Binding wurden leicht erledigt, aber auch die Bedenken, welche Hr. Bürgermeiſter Göſter namentlich aus den eigenthümlichen Verhältniſſen der Stadt zu dem Oberkommando der Reichstruppen entlehnte, wurden von der Verſammlung nicht getheilt. Hr. Dr. Reinganum bemerkte dagegen, daß die Befugniſſe dieſes Oberkommandos durch die vorgeſchlagene Bewaffnung ſelbſtverſtändlich in keiner Weiſe afficirt würden, daß man aber gegenwärtig, „wo die Reichstruppen ſo viel auswärtige Geſchäfte hätten“, nicht beſtimmen könne, wie lange dieſelben noch in Frankfurt blieben und daß, wenn Truppen hierher kommen ſollten, welche keine Reichstruppen wären, ſondern die „Truppen rebelliſcher und hochverrätheriſcher Fürſten“, die Nationalverſammlung ohne Schutz ſein würde; Hr. Dr. Mappes endlich wies darauf hin, daß die in Frage ſtehende Maßregel nicht blos vom Patriotismus, ſondern ſelbſt von der gewöhnlichen Klugheit geboten ſei, um „die unſauberen Geiſter mit den reinen zu verbinden“ und dem wild fluthenden Strome der Aufregung ein geſetzliches Bette anzuweiſen. Der Antrag wurde ſchließlich einmüthig angenommen und, auf Anregung des Hrn. Dr. A. Friedleben, auf Montag Morgen 10 Uhr eine außerordentliche Sitzung zur Entgegennahme der Rückäußerung des Senats anberaumt, gegen welchen zugleich der Wunſch ausgeſprochen werden ſoll, eventuell die Wahlen aus ſeiner Mitte und aus dem Schooße der ſtändigen Bürgerrepräſentation noch im Laufe des Vormittags jenes Tages vornehmen und der Verſammlung mittheilen zu laſſen. Ein damit in Verbindung gebrachter Antrag des Abgeordneten Herrn Burkard, daß der Senat eine Proklamation an die Einwohner erlaſſen möge, in welcher er dieſelben auffordere, der Reichsverfaſſung treu und ergeben zu ſein, zugleich aber die Ruhe und Ordnung zu wahren, wurde, obgleich der Hr. Antragſteller in ſehr heftigen Worten behauptete, daß man Krawaller bezahlen werde, um den Belagerungszuſtand bei den Haaren herbeizuſchleifen, ſpäter zurückgezogen.

Es folgte ſodann ein dringlicher Antrag des Abgeordneten Herrn Hadermann, die Verſammlung wolle, den fortwährenden Uebergriffen der Militärgewalt gegenüber, den Senat erſuchen, mit allen Mitteln dieſem „anarchiſchen Zuſtande von oben,“ ein Ende zu machen, zugleich aber eine Beſchwerde deshalb an die Reichsverſammlung gelangen zu laſſen. Motivirt wurde dieſer Antrag durch eine Reihe neuer Thatſachen, von welchen wir indeß nur die bedeutendſten anführen. Eine Eingabe des Literaten Herrn Friedrich Funk theilte mit, daß eine Anzahl von 250 Männern, welche ſich zum Schutz der Reichsverfaſſung verbunden, ſich an das Polizeiamt mit der Anfrage gewandt, ob ihren Waffen-Uebungen Etwas im Wege ſtehe; das Polizeiamt habe ſie an die Stadtkommandantur gewieſen, dieſe wieder an das Oberkommando, und hier ſeien ſie mündlich dahin beſchieden worden, daß ſich das Oberkommando nicht veranlaßt ſehe, auf die Eingaben Einzelner etwas zu erwiedern, ſondern eine Eingabe durch Vermittlung der Civilbehörden abwarten müſſe. Herr Dr. J. Feiedleben verlas darauf einen in Bornheim durch die Schelle bekannt gemachten Tagesbefehl des Oberkommandos d. d. 10. Mai, in welchem das geſammte Militär angewieſen wird, von nun an bis auf weiteren Befehl allen Nichtmilitärs, die ſich mit Waffen irgend einer Art außerhalb ihrer Wohnungen betreten ließen, dieſelben abzunehmen, auch auf der Straße keinerlei rothe Kopfbedeckungen, Federn und ähnliche Abzeichen zu dulden. Eine weitere Anführung des Hrn. Hadermann ſelbſt, daß von Seiten des baieriſchen Kommandos in Sachſenhauſen dem dortigen Militär der Befehl gegeben ſei, ſich truppweiſe an die Straßenecken zu ſtellen und bei dem kleinſten Anlaß ſogleich einzuhauen, iſt augenſcheinlich nur die unverantwortliche leichtfertige Wiederholung eines aus ſehr unzuverläſſiger Quelle ſtammenden Gerüchts. Der Antrag rief eine kurze aber ſehr leidenſchaftliche Debatte hervor über dieſe „Janitſcharenherrſchaft“ und dieſe „geſetzloſe Gewalt.“ Herr Dr. A. Friedleben machte beſonders nachdrücklich darauf aufmerkſam, daß die Ehre des Freiſtaats es fordere, allen Eingriffen einer fremden Gewalt in die ausſchließliche Kompetenz der hieſigen Staatsbehörden auf das Entſchiedenſte entgegenzutreten und Herr Dr. Reinganum ſprach in ſchneidenden Worten ſeine gerechte Entrüſtung über den Hohn aus, mit welchem man ſolche Anordnungen zu vollziehen wage, ohne ſie auch nur zu publiciren. Der Antrag wurde, nachdem Hr. Senator Kloß erklärt, daß der ältere Bürgermeiſter in dieſer Angelegenheit bereits Schritte gethan, ebenfalls einmüthig, jedoch mit der von dem letztgenannten Redner beantragten Modifikation genehmigt, die Verſammlung beſchließe, wenn von der Militärbehörde keine Abhilfe der Beſchwerden erfolge, ſich an das Parlament zu wenden. Eine von Herrn Dr. Braunfels in Vorſchlag gebrachte ſtyliſtiſche Verbeſſerung, „Anarchie von oben“ ſtatt „anarchiſcher Zuſtand von oben“ hätte beinahe eine namentliche Abſtimmung veranlaßt. Außerdem aber wurde auf den Antrag des Herrn Dr. J. Friedleben beſchloſſen, daß in der nächſten Sitzung ein Senatskommiſſär zu erſcheinen habe, um über das Verhältniß der Militärgewalt zu den Behörden des Freiſtaates Auskunft zu ertheilen. (Schluß f.)

* **Wien**, 9. Mai. Ueber den Einmarſch der Ruſſen erfährt man Folgendes aus Meſtek vom 7. Mai: Heute ſind 25,000 Mann ruſſiſche Infanterie und 8000 Mann Kavallerie in M. Oſtrau, zwei Meilen von hier, angekommen und von dort theilweiſe auf der Nordbahn nach Ungarn weiter befördert worden. Zwei Kolonnen zogen geſtern über Saipuſch gegen Jablunkau. Es ſcheint nicht, daß man ſich vorerſt mit dem in ſeinen Engpäſſen ſchwer zugänglichen Siebenbürgen beſchäftigen und dadurch die Kräfte zerſplittern werde. — Von der ungariſch-mähriſchen Grenze wird berichtet, daß die Magyaren ſich bei Sillein über die Waag zurückgezogen haben. Aus Preßburg iſt geſtern eine Deputation, beſtehend aus dem kaiſerlichen Kommiſſar Graf Franz Zichy, Vizegeſpan Janko und Bürgermeiſter Nemeth hierhergekommen, um den Kaiſer auf der Hinabreiſe zu begleiten. Die Reſidenz iſt in Schloßhof. Preßburg wird ſehr ſtark verſchanzt. Die Brücke, welche über den linken Donauarm nach der Schüttinſel führt, iſt mit Pechkränzen belegt, um im Nothfalle ſogleich abgebrannt zu werden; die Preßburger Schiffbrücke hat die Anker der mittlern Pontons gelichtet, um raſch beſeitigt werden zu können. Im Audörſchen, in Oberufer und bei den Ziegelhütten ſtehen große Maſſen Fußvolk, dagegen ſieht man wenig Reiterei und Geſchütze. Das Hurban'ſche Freikorps, kaum 300 Mann ſtark, iſt nach Holitſch abgegangen. Die Ungarn ſtehen mit ihrer Hauptmacht dieſſeits der Donau von Komorn die Waag entlang, deren Uebergang von den Kaiſerlichen bewacht wird; deshalb können auch die Poſten nach Tyrnau und Trentſchin abgehen, während ſie von Neutra und von Oſen abgeſchnitten ſind. Am 6. Nachmittags wurde das Hauptquartier des Feldzeugmeiſters nach Preßburg verlegt. Die Geſinnung dieſer Stadt ſoll nichts weniger als gut kaiſerlich ſein. Geſtern Abend erſchien der Kaiſer unvermuthet im Burgtheater. Bei Ankunft des Kaiſers brach das zahlreich verſammelte Publikum in vollen Jubel aus, welcher nicht eher endigte, bis die Volkshymne zu wiederholten Malen geſpielt wurde. Das Benehmen des jungen Kaiſers befriedigt jeden; es iſt voll ungezwungenen Anſtands und Freundlichkeit. Sowohl im Hofraum als im Park von Schönbrunn ſind die früher dort aufgeſtellten Kanonen ſeit Ankunft des Kaiſers verſchwunden. Die Wiener Zeitung meldet, daß bei den letzten Vorgängen in Dresden die bekannten Wiener Flüchtlinge: Füſter, Goldmark, Häfner, Gritzner und Frank thätigen Antheil genommen haben; ſie ſollen mit rothen Fahnen die Stadt durchzogen ſein und das Volk zum Angriff aufgereizt haben. Es ſcheint beinah, daß die ganze Nachricht nur wegen der Schlußfolgerung: „Man ſieht hieraus, welches Schickſal dieſe Volksbeglücker der Kaiſerſtadt zugedacht hatten“ aufgenommen wurde, denn anderweitige Berichte melden hiervon nichts. Kuranda unternimmt eine Reiſe, die ihn einige Zeit von Wien entfernt.

△ **Wien**, 10. Mai. Unſer junger Monarch ſcheint es ſich zur ernſtlichen Aufgabe geſtellt zu haben, die Gemüther zu verſöhnen und zu gewinnen und die Natur, die ihn immer im rechten Momente das rechte Wort finden läßt, ſcheint ihn dabei zu begünſtigen. Alle, die ſich ihm nahten, ſind ſeines Lobes voll. Im Hauptquartier in Preßburg iſt alles auf ſeine Ankunft vorbereitet. Ueber die Pläne der Ungarn iſt nichts Verläßliches zu erfahren; daß ihre Vorpoſten bis zwei Stunden vor Preßburg reichen, kann man ſicher annehmen; doch wird behauptet, daß ihre Hauptmacht ſich gegen die Bergſtädte gewendet habe, um ſich den über Jablunka einrückenden Ruſſen entgegen zu ſtellen. Nach Andern ſollten ſie einen ernſten Angriff unſeres Centrums am 10. (alſo heute) beabſichtigen. Oedenburg iſt gedeckt durch 10,000 M. die in ſeiner Umgebung lagern und F.-M.-L. Caſtiglione hat das Anerbieten einer weiteren Verſtärkung abgelehnt. Auch Tyrnau ſcheint nicht von den Ungarn beſetzt. Ein Kurier, welcher vorgeſtern aus der Feſtung Temeswar hier eintraf, berichtet, daß die Feſtung bis zu ſeiner Abreiſe weder belagert war noch bedroht ſchien. Die in jenen Gegenden zerſtreuten Honveds ſollen muſterhafte Disziplin halten und ſo gut eingeübt ſein, daß ſie es mit unſern beſten Truppen aufnehmen können. Die Gräuel, welche vorkommen, gehen gewöhnlich nur von den irregulären Truppen, vorzüglich aber von dem ſerbiſchen Landſturme aus. Der ſerbiſche General Stratimirovic macht Miene ſein Kommando niederzulegen, da er ſich durch die Ernennung des Major Buncſich zum Oberkommandanten ſeines Bataillons verletzt fühlt. Es wäre ein großer Mißgriff, dieſen Mann ſo ohne weiteres zur Seite zu ſchieben, da er einen großen Anhang unter den Serben hat. Würde er ſich den Magyaren zuwenden, ſo bliebe dies ſicher kein vereinzeltes Faktum. Major Trenk ſteht jetzt wieder in Jablunka, nachdem er zwiſchen Budatin und Varin Poſto gefaßt hatte und von den Magyaren zurückgedrängt worden war. Dem Vernehmen nach wird General Zeisberg die Leitung der Operationen im Banat übernehmen, da F.-Z.-M. Puchner an Jahren zu ſehr vorgerückt ſcheint, um dieſer Aufgabe noch gewachſen zu ſein. Unterdeſſen kommen von allen Seiten die Berichte von dem Einrücken der Ruſſen in den größten Maſſen. Der Widerwille gegen dieſe „Ordner Europas“ iſt hier eher noch im Zunehmen und es bedarf des ganzen Bewußtſeins unſrer Ohnmacht, um dieſen unerwünſchten Freundſchaftsdienſt ſo ganz ohne Demonſtration hinzunehmen. Außer der hohen Generalität finden ſie nicht einmal im Heere Sympathien. Doch kann man nicht in Abrede ſtellen, daß ſich eine bedeutende Partei unſerer Hauptſtadt ihrer Mitwirkung freut. Unſere Pfahlbürger ſind darunter nicht die Letzten, ſeit ſie wiſſen, daß der Czaar die Verpflegungskoſten ſeines Heeres überall mit klingender Münze zu zahlen verſpricht. Und ſogar gegen eine Theuerung hat der „edle und uneigennützige Czaar“ Vorſorge getroffen, ſo rühmt man ihm nach, denn Getreide, Heu und Schlachtvieh darf zollfrei aus Podolien und Volhynien nach Oeſterreich eingebracht werden; wir gewähren ihm nichts dafür als was er immer beſaß — die Suprematie von Europa, und die iſt ein leerer Begriff für unſere Pfahlbürger. Die Schließung der

kaum begonnenen Univerſitätsſtudien ſoll ſchon dekretirt geweſen ſein, weil die ſtudirende Jugend allzu laut ihre Sympathieen für Ungarn und für das verpönte Deutſchland in den Hörſälen beſprochen haben ſoll, doch gelang es einigen einflußreichen Vätern, deren Söhne ſtudiren, dieſe Maßregel für den Augenblick noch zurück zu halten.

Heute läuft das Gerücht um, daß die Feſtung Arad nun dennoch in die Hände der Magyaren gefallen ſei. Dann wäre auch für Temesvar zu fürchten, das weniger feſt iſt als Arad. Ueber Dembinski, von dem wir lange nichts mehr hörten, ſagt eine jedoch unverbürgte Nachricht, daß er mit 80,000 Mann an der mähriſch-ſchleſiſchen Grenze ſtehe.

In wenigen Tagen dürfte ich Ihnen entſcheidende Schritte zu berichten haben. Heute früh begab ſich der Kaiſer zur Armee nach Preßburg, wo er indeß nur eine große Heerſchau zu halten gedenkt und dann wieder hieher zurück kehren wird. Die Armee wird dann ſogleich die Offenſive ergreifen.

Alle Waggons nnd Laſtzüge der Nordbahn ſind heute nach Oderberg abgegangen um uns die Ruſſen zuzuführen. Ein Theil derſelben wird nach Angern und Göding gebracht um von dort in Ungarn einzurücken. Ein zweiter Theil geht über Gänſerndorf nach Preßburg, ein dritter in das Lager des Reſervecorps, welches im Marchfeld zuſammen gezogen wird. Das Lager iſt bereits ſo weit vorgerückt um gleich bezogen zu werden. Die Schanzen ſind aufgeworfen, die Brunnen gegraben, die Oefen zum Brodbacken in bedeutender Anzahl hergeſtellt; in mehreren Dörfern des Marchfeldes ſind bereits Truppen eingerückt.

Die F. O. P. Z. bringt aus Berlin die Nachricht, daß Oeſterreich geſonnen ſei in die Errichtung eines engeren Bundesſtaates zu willigen. Dieſe Angabe verſetzt uns hier in das höchſte Erſtaunen. So weit wir unterrichtet ſind, dürfte Oeſterreich jetzt weniger als je dazu geneigt ſein.

Agram iſt in unbeſchreiblichem Jubel; Ban Jellac'c iſt dort angekommen. Briefe und die Agramer Zeitung geben den ganzen Enthuſiasmus kund, der dort herrſcht.

Das erſte Tauſend Ruſſen, das in Göding angekommen, ſoll nicht ſehr günſtig in die Augen fallen. Es iſt Infanterie, von der Kavallerie ſpricht man anders. Wir haben ſoeben telegraphiſche Nachrichten von der Ankunft des Kaiſers in Preßburg; Heer und Volk hat ihn beinahe in den Palaſt getragen. Seine Perſönlichkeit wird elektriſch auf die Truppen wirken. Dieſe Wirkung hat ſich bisher überall unbezweifelt bewährt, und ſelbſt bei Bevölkerungen, welche weniger empfänglich zu ſein ſcheinen.

In **Prag** hat am 6. Mai, veranlaßt durch die Verhaftung zweier Freiſchärler vom Hurban'ſchen Korps, ein großer Volksauflauf ſtattgefunden, der übrigens ohne weitere Folgen blieb.

Reichenberg, 8. Mai. Der Kreischef hat, auf die Nachricht von den Dresdener Vorgängen, eine Kompagnie Infanterie an die ſächſiſche Grenze beordert. (C. Bl. a. B.)

Berlin, 11. Mai. Das Miniſterium hat die preußiſchen Beamten, welche zugleich beim Reichs-Miniſterium angeſtellt ſind, abberufen. Dieſes gilt beſonders von den Beamten des deutſchen Handels-Miniſteriums. Die Berathungen des Kongreſſes, wenn wir gut unterrichtet ſind, haben durch die letzten Ereigniſſe eine Unterbrechung erlitten. Sie wiſſen, daß mehrere deutſche und alle ausländiſchen Regierungen von der auch in mancher anderen Sphäre feſtgehaltenen Anſicht ausgeben, das Geſetz vom 28. Juni und der Bundes-Beſchluß vom 12. Juli habe als Bundes-Organ die proviſoriſche Centralgewalt an die Stelle des Bundestages geſetzt, aber der auf den Verträgen von 1815 begründete Bund beſtehe zu Recht. Nun geſchieht ein Schritt weiter. Da jetzt der Rücktritt des Reichsverweſers vorhergeſehen wird, ſo iſt die Rede davon, die proviſoriſche Centralgewalt an Preußen zu übertragen. Angeſichts der drängenden Umſtände und der Gefahr des Vaterlandes würde dieſe Uebertragung von Seiten der Regierungen geſchehen. Es ſoll der Verſuch gemacht werden, dieſen Plan der Genehmigung der Nationalverſammlung unterzubreiten. Doch ermeſſen Sie leicht, daß in dieſen Momenten über die Form der Ausführung kein beſtimmter Gedanke vorherrſchen kann. Daß der Gedanke ſelbſt ſeiner Verkörperung ſich nähert, iſt gewiß. (Köln. Z.)

, **Stettin**, 10. Mai. Die Früchte in Pommern reifen ſpät. Soviel Herzen auch hier für die deutſche Sache ſchlagen mögen, es bedarf immer erſt eines längeren Zeitabſchnittes, ehe die geiſtige Bewegung auch das Gros der Bevölkerung durchdringt. Mehrere Volksverſammlungen in Stettin hatten die Anerkennung der deutſchen Verfaſſung zum Gegenſtande der Berathung gewählt, entſprechende Reſolutionen wurden gefaßt, und gleiche Lebenszeichen in der Provinz hervorgerufen. Schultze-Delitzſch und Arntz aus Cleve, Mitglieder der aufgelöſten zweiten Kammer, ſprachen unter großem Beifalle in einer Verſammlung über die Bedeutung der Kammerauflöſung und deren Folgen. Letzterer erging ſich weiter über die ſoziale Frage. Am 8. wurde der ehemalige Abgeordnete Waldeck vergebens erwartet, um gleichfalls in einer Volksverſammlung zu ſprechen. Sogleich wurden die peinlichſten Vorſichtsmaßregeln getroffen, die Truppen in den Kaſernen konſignirt und jeder Soldat mit 60 ſcharfen Patronen verſehen. Soweit ſind wir auch hier gekommen! Das Junkerparlament, welches aus der Provinz die Meuſebach und Kleiſt-Reetzow als Vertreter ſeiner Intereſſen in die aufgelöſte zweite Kammer geſandt, arbeitet andererſeits mit den verbündeten Vereinen, um durch Adreſſen dem Miniſterium die Oktroyirung eines neuen Wahlgeſetzes ans Herz zu legen. Die Marionetten verrathen jedes Mal die Intentionen zu Berlin. Die Befürchtung, daß man durch eine ſolche Maßregel auch die Armee, namentlich die Landwehr erbittern und ſo die einzige noch übrig gebliebene Stütze ſich abwendig machen werde, ſcheint beſeitigt zu ſein.

In dem Geiſte der letzten Partei wird jetzt die D. Reform in Berlin redigirt, deren neuer Redakteur R. Großmann bisher in Stettin ein unbedeutendes Provinzialblatt, die Norddeutſche Zeitung, redigirte, welche ebenſo geſchmack- wie geiſtlos die Intereſſen der konſervativen Partei vertrat. Nach den Antecedentien des Hrn. Graßmann, welche durchaus keine publiziſtiſche Befähigung erkennen ließen, dürfen wir der Reform jede hervortretende bedeutendere Einwirkung von vornherein inſofern abſprechen, als eine ſolche von dem Chef-Redakteur hauptſächlich abhängt.

○ **Soeſt**, 11. Mai. Auch hier hat das ganze Landwehr-Bataillon erklärt, daß es von dem Miniſterium Brandenburg-Manteuffel keine Befehle mehr annehme, ſondern ſich zur Verfügung der deutſchen National-Verſammlung ſtelle. Immer ſtärker macht ſich dort, wie in andern weſtphäliſchen Städten das Verlangen nach einem Reichskommiſſär geltend. Man fürchtet, daß ohne einen Solchen die republikaniſch-ſozialiſtiſche Partei ſich der bis jetzt rein deutſchen Bewegung bemächtigen möchte.

Düſſeldorf, 11. Mai. Der hieſige Gemeinderath, der ſich in Permanenz erklärt hat, hat heute auf das Entſchiedenſte gegen die Anordnungen der Militärbehörde, ſo wie namentlich gegen die Maßregel, daß die „Düſſeld. Ztg." und einige andere Blätter in hieſiger Gemeinde nicht ausgegeben werden ſollen und auch gegen die Publikation des Standrechts, als durchaus ungeſetzlich, proteſtirt. Es wurde dabei beſchloſſen, daß der vorſtehende Beſchluß ſowohl dem Regierungspräſidium als dem Diviſionskommando zugeſtellt und öffentlich bekannt gemacht werden ſolle. (Düſſ. Z.)

Elberfeld, 12. Mai. Von Militär iſt nichts zu ſehen und zu hören; auch iſt wohl nicht anzunehmen, daß daſſelbe ſich den hieſigen wohlorganiſirten Vertheidigungsanſtalten gegenüber auf einen neuen Straßenkampf einlaſſen wird, weil derſelbe zu viele Opfer koſten würde. Geſtern fand die feierliche Beerdigung der drei Opfer des Barrikadenkampfes ſtatt, worunter auch der getödtete Hauptmann der 8ten Kompagnie, von Uttenhoven. Die Leiche des Hauptmanns von Uttenhoven wurde in einem reichen Sarge getragen und demſelben von der vereinigten Landwehr und Bürgerwehr die letzten militäriſchen Ehren erwieſen. (Elberf. Z.)

0 **München**, 11. Mai. Der Landtag wird beſtimmt in 4 Tagen zuſammentreten, die Abgeordneten werden, wie man jetzt vernimmt, Alle erſcheinen; auch die Rheinpfälzer, wenn die Verhältniſſe in ihrer Heimath es nur einigermaßen geſtatten. Der Befehl zur Einberufung der Beurlaubten und Erhöhung des Heeres auf den Kriegsfuß iſt nun endlich doch erfolgt, woher das Geld zur Ausführung genommen werden wird, iſt noch ein Geheimniß. Vielleicht entſchließt ſich unſer Finanzminiſter auf das Drängen ſeines militäriſchen Kollegen dazu, bei der Ablöſungskaſſe Anlehen zu machen, wenn ſchon dieſe Kaſſe geſetzlich eine ganz andere Beſtimmung hat. In einer vorgeſtrigen Verſammlung der Studenten erklärte eine Deputation der Polytechniker für dieſelben, ſich allen Beſchlüſſen des Studentenfreikorps unterordnen zu wollen. Eine neue Organiſation der Freikorps wurde beſchloſſen und dieſelben der Nationalverſammlung zur Verfügung geſtellt. Heute Abend wird Dr. Riedel in öffentlicher Sitzung

des Märzvereins Bericht abſtatten über ſeine Sendung zum Frankfurter Kongreſſe.

△ **Nürnberg**, 11. Mai. Die guten Nürnberger hängen nicht nur Keinen, ſie hätten ihn denn vor, ſie blamiren ſich auch zeitweilig, ehe ſie ſich zu einem raſchen Entſchluß verſtehen. Erſt gelobten und beſchloſſen 2000 Wehrmänner in einer Verſammlung wie aus Einem Munde, geſtern auszurücken und auf die Reichsverfaſſung zu ſchwören, und nachdem einige bedenkliche Bourgeoiſie-Offiziere erklärten, daß ſie ſich zu ſolch' ungeſetzlichem Schritt nicht an die Spitze ihrer Mannſchaft ſtellen würden, faßten ſie den zahmen Beſchluß, der Reichsverfaſſung gelegentlich eine „Huldigung" darzubringen. Eine Kommiſſion hat dieſen kühnen Griff in die Hand genommen und wird vielleicht in einiger Zeit Bericht darüber erſtatten, wie das Ding auszuführen ſei. Inzwiſchen verſichern und ſchwören ſie fort und fort, Gut und Blut für die Reichsverfaſſung zu laſſen und mit ihr zu ſtehen und zu fallen. Zu ganz ähnlichen Reſultaten iſt geſtern die Wehrmannſchaft in Fürth gekommen, nur hat ſie noch eine ziemlich feſte Erklärung an die Regierung zu Gunſten der Verfaſſung erlaſſen. Die Regierung rüſtet ſich ihrerſeits gegen jeden Angriff, der etwa auf der großen fränkiſchen Volksverſammlung nächſten Sonntag beſchloſſen werden könnte. Die Straßenecken ſind mit der jüngſten Proklamation des Miniſteriums bedeckt, die Kirchen ſind mit Wachen beſtellt, damit nicht Sturm geläutet werde und Morgen rückt ein neues Regiment Soldaten aus Augsburg in unſere ohnehin von Militär ſo vollgepfropfte Stadt, daß außerhalb der Stadt, auf der Peterhaide, ein Lager errichtet werden mußte. Der Demokraten-Aufruf an die Bürgerſchaft, die dem Sturm und Wetter ausgeſetzten Soldaten bei ſich in der Stadt aufzunehmen und unentgeltlich zu beköſtigen, hat ſehr günſtigen Erfolg gehabt; es ſind 668 Anmeldungen erfolgt. Die Kommandantſchaft hat jedoch die Erlaubniß zur Ueberſiedelung nicht gegeben. Vorgeſtern waren beiläufig 500 Bauern aus der Gegend von Lauf in Anmarſch auf die Stadt, weil ihnen ein Aufwiegler weiß gemacht hatte, der Abgeordnete Schmitt ſei verhaftet worden. Dem Abgeordneten Cramer gelang es, den Zug zur Heimkehr zu bewegen, ehe noch eine entgegengeſchickte Abtheilung von Chevauxlegers mit ihm zuſammenſtieß. In Herzogenaurach hat es vor einigen Tagen bedauerliche Auftritte gegeben. Ein vermeintlicher Holzfrevler hatte ſich der Verhaftung durch Flucht entzogen; zwei Gensdarmen eilen ihm nach, holen ihn ein und der Eine haut dem Unglücklichen mit ſcharfem Säbel über den Kopf, ſo daß er zuſammenſtürzt. Als er nun blutend in die Stadt gebracht wurde, rottete ſich das Volk zuſammen, entriß den Arreſtanten, verjagte die Gensdarmen und brachte den Verwundeten auf das Rathhaus, wo er auf Koſten des Landrichters verpflegt wird.

△ **Nürnberg**, 12. Mai. Es iſt nun wirklich gegen die Landtagsabgeordneten, welche auf der letzten Volksverſammlung auf dem Judenbühl als Redner aufgetreten ſind, Unterſuchung eingeleitet worden. Die Anklage gegen Tröger, welcher geſtern zum erſten Male vom Stadtgericht verhört wurde, lautet auf Hochverrath und Majeſtätsbeleidigung; er hat jedoch gegen die Kompetenz dieſer Behörde proteſtirt und ſich auf keine weitere Vertheidigung eingelaſſen. Schmitt, der ebenfalls eine Vorladung erhalten, war abweſend. Er iſt mit noch zwei andern Mitgliedern des Volks-Comite's nach Frankfurt abgereiſt, um die Herren Raveaux und Vogt zu dem großen fränkiſchen Volkstag auf Morgen einzuladen, welcher den Behörden ſo viel Beſorgniß macht; gleichzeitig wird die Deputation der Nationalverſammlung eine Adreſſe zu Gunſten der Reichsverfaſſung überreichen und über die Stimmung des fränkiſchen Volkes referiren. Von Fürth war für Morgen bewaffneter Zuzug zugeſagt; das Comité hat denſelben aber abgelehnt.

† Aus der Pfalz, 11. Mai. Die Aufregung ſteigt mit jedem Tage. Es wird bereits wenige Gemeinden geben, die nicht davon ergriffen wären, da die Bürgermeiſter und Gemeinderäthe in den Städten vorangegangen ſind. Liſten zum Einzeichnen von Geldbeiträgen für den Landesausſchuß liegen zahlreich überall auf, und ſchon ſind anſehnliche Summen zuſammengeſchoſſen. Es fehlt auch nicht an allerlei Lügen um das Volk aufzuregen. Dahin gehörte die Ueberlieferung Landaus an das Volk. Eine Militäremeute ſoll jedoch ſtattgefunden haben, und dieß iſt um ſo glaublicher, als die Bürgerſchaft Landaus ſich der Volksſache entſchieden angeſchloſſen hat. In Dürkheim und Neuſtadt, wo die rothen Fahnen ſchon ſeit einigen Tagen aufgepflanzt ſind, und das niedere Volk nicht aus dem Rauſche und aus den Waffen kommt, werden alle Reiſenden angehalten, darunter eine Eſtafette des Regierungspräſidenten, wodurch er den Einfall fremder Truppen abhalten wollte, ein Bote des Landkommiſſärs, durch den er ſeine Unterbeamten zur Unterzeichnung der Reichsverfaſſung aufforderte, und in Dürkheim ſelbſt der Reichskommiſſär Eiſenſtuck, der von Kaiſerslautern dem mit 9000 Mann herbeiziehenden Fürſten Taxis entgegeneilte. In Ludwigshafen liegen ſchon ſeit einigen Tagen beträchtliche Haufen des Landſturms, um den Uebergang fremder Truppen abzuhalten; ſie werden darin von der Mannheimer und Wormſer Volkswehr unterſtützt. Viele Soldaten aus der Pfalz haben ſich bereits dem Volke angeſchloſſen oder wenigſtens erklärt, nicht auf daſſelbe zu ſchießen. Ein Brief unterm 9. Mai aus Kaiſerslautern meldet mir, daß man dort das Einrücken von 13,000 Preußen von Saarbrücken her vernommen, daß die dortige Bürgerwehr bereits an jenem Tage ihnen entgegenmarſchirt ſei, und daß unter der Bürgerſchaft jener Stadt die ängſtlichſte Stimmung herrſche. Zuzüge aus nah und fern ſeien bereits zugeſagt. Selbſt der ganze Odenwald wolle ſich erheben und der Pfalz zu Hülfe eilen. Eben ſind zwei Bataillone baieriſches Militär abgefallen, die von Speier nach Ludwigshafen gekommen waren. Sie ſind in Dürkheim und den benachbarten Orten einquartirt. Es ſind an 500 Mann. In Nußdorf bei Landau iſt ein Schullehrer, der ſich ſehr gefliſſentlich damit beſchäftigte, Soldaten abfällig zu machen, von einem Soldaten erſchoſſen worden.

* Sachſen. Die Leipz. Ztg. vom 12. Mai enthält folgende königliche Anſprache an das ſächſiſche Volk:

„Sachſen! ſchwere Gefahr droht unſerm ſchönen Vaterlande! Eine Anzahl theils übelgeſinnter, theils Verführter, in Verbindung mit fremden Böſewichtern, ſind bemüht das Band zu lockern, welches ſeit Jahrhunderten Sachſens Volk mit ſeinen Fürſten verbunden hat. Sie drohen Thron und Verfaſſung umzuſtoßen, Recht und Ordnung aufzuheben, Glück und Wohlſtand nach allen Seiten hin zu vernichten; ſie verſchmähen es nicht, die verwerflichſten Mittel anzuwenden zu Erreichung ihrer verbrecheriſchen Zwecke. Wir nähern uns dem Abgrunde des Verderbens, wenn nicht die bewährte ſächſiſche Treue, der geſunde Sinn einer an moraliſcher und geiſtiger Bildung ſo hochſtehenden Bevölkerung die Oberhand gewinnt. Sachſen! blickt zurück auf die Zeiten des Friedens und der Eintracht, wo Glück und Segen über unſeren blühenden Gefilden ſchwebten. Vergleicht damit die gegenwärtigen Zuſtände und fragt Euch, die Hand aufs Herz, ob ſie beſſer ſind als die früheren, ob Ihr glücklicher ſeid als damals, ob Euer Wohlſtand im Zunehmen oder Abnehmen begriffen iſt. Fragt Euch mit Ernſt und Gewiſſenhaftigkeit, was ſicherer zum Heile des Ganzen und des Einzelnen führt, wenn Fürſt und Volk mit gegenſeitigem Vertrauen Hand in Hand gehen, oder wenn Ihr feindlich Eurem König gegenübertretet, der, ich rufe Gott zum Zeugen an, kein anderes Streben kennt, keinen innigeren Wunſch hegt, als das Glück, das Wohl ſeines Volkes! — Sachſen! könnt Ihr zweifelhaft ſein? — Denkt an Eure Väter und Mütter, an Eure Frauen und Kinder, an Alle, die Euch theuer ſind, an die folgenden Geſchlechter, die Euer fluchen oder Euch ſegnen werden! denkt an die Verantwortung, die auf Euch ruht, an die Pflichten, die Euch mahnen! Kehrt zurück, die Ihr verführt oder verirrt ſeid, verſchließt Euer Ohr den Einflüſſen Fremder, welche Euch mißbrauchen, einzelner Ehrgeizigen und Habſüchtigen, die nur ihren eigenen Vortheil wollen. Vereinigt Euch Alle auf dem Wege der Pflicht, ſchaart Euch um Euren König, unterſtützt ihn und die rechtmäßigen Landesbehörden mit Kraft und Muth, damit Geſetz und Ordnung erhalten, die Verfaſſung geſchützt, das theure Vaterland gerettet werde! Vereinigt Euch mit mir zum innigen Danke gegen die tapferen Soldaten der vaterländiſchen Armee und die auf geſetzlichem Wege herbeigerufenen braven königlich preußiſchen Krieger, welche ſieben Tage lang gekämpft haben für die gerechte Sache, mit einer Hingebung und Ausdauer, die über alles Lob erhaben iſt.

Fürchtet nichts für die gemeinſame deutſche Sache. Auch in meiner Bruſt ſchlägt ein deutſches Herz, auch ich will Deutſchlands Größe und Glanz. Ich will aber, daß ſo erhabenes Ziel auf geſetzmäßigem Wege erreicht werde. Ich gab Euch mein Wort, mit zu wirken für Deutſchlands Einheit. Ich habe es bis jetzt redlich gehalten und werde ſtets ihm treu bleiben. Die Annahme der von der Nationalverſammlung in Frankfurt a. M. berathenen deutſchen Verfaſſung habe ich nie unbedingt verſagt; ich habe nur auf verfaſſungsmäßigem Wege und in Uebereinſtimmung mit den größeren Nachbarſtaaten in dieſer hochwichtigen Angelegenheit vorſchreiten wollen. Daß in dieſer Hinſicht etwas Anderes nicht geſchehen konnte, wird jeder Unbefangene bei ruhiger Prüfung ſelbſt ermeſſen. Was bis jetzt hat angeordnet werden müſſen, um durch außerordentliche Maßregeln Ruhe und Ordnung herzuſtellen, die Verfaſſung aufrecht zu erhalten, dem Geſetze Geltung zu verſchaffen, war unvermeidlich, war hervorgerufen durch offenen Aufruhr, durch Gewaltthätigkeiten, ausgeführt mit den Waffen in der Hand. Ich mache mir darüber keinen Vorwurf; ich war in meinem Rechte, ich folgte dem Gebote der Pflicht und wahrlich nicht der leichteſten. Es wird auch ferner mit aller Kraft und Energie den Feinden des Vaterlandes entgegen getreten werden, aber unendlich wohl wird es meinem Herzen thun, wenn Ruhe und Ordnung wiederkehren, ohne daß Strenge angewendet zu werden braucht. Feſtung Königſtein, den 9. Mai 1849.

Friedrich Auguſt. Dr. Ferdinand Zſchinsky.

Digitized by Google

Dresden, 10. Mai. Die Häuſer der Schloßgaſſe, ſowie der nach der Stadt gewendete Theil des königl. Schloſſes haben äußerlich ſehr gelitten. In der kleinen Brüdergaſſe ſind zwei Häuſer, ferner das alte Opernhaus mit dem größten Theile der koſtbaren Theatergarderobe ꝛc. und einige in der Nähe befindliche kleine Gebäude, ebenſo der eine Zwingerpavillon zum Theil mit den darin befindlichen Sammlungen, und zwei Häuſer auf der Zwingerſtraße in der Wilsdruſer Vorſtadt in Flammen aufgegangen. Auf dem Neumarkte hat Stadt Rom am meiſten gelitten, auch äußerlich die Bildergallerie, doch ſoll kein Bild von einiger Bedeutung beſchädigt worden ſein, ſowie auch die Kupferſtichſammlung vollſtändig geborgen worden iſt; nächſtdem iſt den Eckhäuſern an der Zwingerſtraße, an der Wilsdruſer- und Scheffelgaſſe, ſowie dem Poſtgebäude nicht unerheblicher Schaden zugefügt worden. Was den Menſchenverluſt anlangt, ſo iſt er bei dem Militär weit geringer, als bei dem Civil. Erſteres mag außer den Offizieren etwa 120—130 Todte und Verwundete haben (nach einer Angabe der Leipz. Ztg. hat das ſächſiſche Militär 23 Todte und 67 Verwundete), letzteres gewiß noch einmal ſo viel, worunter leider aber bei obwaltenden Umſtänden auch unvermeidlicherweiſe mancher Unſchuldige ſein dürfte. (D. A. Z.)

≈ **Dresden**, 11. Mai. Morgens. Rauchende Ruinen da und dort, zerſchoſſene Häuſer, zerſtörte Straßen, Leichen hier und dort getragen, Kriegslager, Wachen an vielen Orten, gramvolle und erſchreckte Menſchengeſichter, Neugierige in Maſſe durch die Zerſtörung der Stadt wandernd, Gefangene in Gotteshäuſern, zu denen immer neue aus dem Lande gebracht werden: das iſt der Anblick unſerer Stadt. Ein trauriger fruchtloſer Sommer ſteht für Dresden in Ausſicht. Im Hotel de Luxembourg, der Frauenkirche nahe, befindet ſich eine Militärkommiſſion, vor welche die Gefangenen aus der Kirche geführt, verhört — ich weiß nicht ob auch verurtheilt — und dann in weitere Gefängniſſe abgeführt werden. Die Truppenmacht der Preußen in Sachſen ſoll bis auf 30,000 Mann (!) geſteigert werden, die ſich im Lande einquartiren: noch weiß ich nicht, wie viel für Dresden zurückbehalten werden; dieſe Stadt und das ganze Land hat alſo nach ſo viel Unheil auch noch ſolche Laſten zu tragen. Freilich iſt überall im Lande Bewegung und Aufregung ſichtbar und eine andere Beruhigung als durch Militärmacht kaum zu erwarten. Hinter Tharandt ſteht ein Inſurgentenhaufen verſchanzt; in Chemnitz, in Freiberg Anerkennung der proviſoriſchen Regierung und Unruhe. In dem uns benachbarten Pirna Unruhe, die Behörden ſind dort vom Volke abgeſetzt u. ſ. f. Nach dieſen Gegenden ſind Truppen, preußiſche und ſächſiſche, abmarſchirt. Gegen 13,000 Mann Preußen können bis jetzt noch mit den Eiſenbahnen nach Dresden gefördert worden ſein. Preußen muß ſich alſo bei ſolchen Truppenſendungen ſicher und ſtark genug fühlen; aus der Gegend von Görlitz ſind Bataillone, ſo viel ich weiß vom 12. Regiment hier angekommen, alſo trotz der Unruhen in Breslau ſcheint man dieſe nicht zu brauchen. Eine große Abtheilung Militär iſt nach der böhmiſchen Grenze hinmarſchirt.

*** **Leipzig**, 11. Mai. Heute früh hörte man in der Nähe der Stadt Schüſſe. Zwiſchen Liebertwolkwitz und Probſthaide hatte ſich ein von Dresden zurückkehrender Freiſchaarenzug feſtgeſetzt von etwa 100—150 Mann Leipziger Studenten, demokratiſche Turner ꝛc. Sie hatten einige Pferde und einen Bagagewagen bei ſich. Eine Kompagnie Schützen wurde beordert, die Leute zu entwaffnen. Sie ſetzten ſich jedoch zur Wehr und fingen ein Gewehrfeuer an. Dem Vernehmen nach iſt einer von ihnen auf dem Platz geblieben, 2 andere ſind verwundet hier eingebracht und eben bringt die rückkehrende Kompagnie noch 18 Mann gefangen mit, nebſt einem Wagen voll Waffen und 2 Pferden. Man hat bei dem Anführer einen Plan gefunden, nach dem man Leipzig aufs Neue alarmiren wollte.

Heute Morgen haben Stadtrath und Stadtverordnete aus ihrer Mitte ein Komite gewählt, um Beiträge zu ſammeln für die unglücklichen Familien, die ohne ihr Verſchulden in größte Bedrängniß gerathen ſind. Ferner hatten die Stadtverordneten und der Rath heute Abend eine Plenarſitzung, in der berathen wurde, was auf eine Anfrage der Kreisdirektion bezüglich der Erklärung der ſtädtiſchen Behörden, Leipzig unter den Schutz der Centralgewalt zu ſtellen, zu antworten ſei. Die Kreisdirektion fragt darin unter andern, ob man ſich damit hätte losſagen wollen von der ſächſiſchen Regierung. Die Antwort lautet: „Die an den mitunterzeichneten Stadtrath gelangte Verordnung der königl. Kreisdirektion vom 7. d. M. beehren wir uns mit folgendem zu beantworten. Gedrängt von einem großen Theile der hieſigen Einwohnerſchaft, uns für die in Dresden aufgetretene proviſoriſche Regierung zu erklären, ferner nur in Sachſens innigem Anſchluß an Deutſchland das einzige aber ſicherſte Mittel erblickend, durch welches die dem Vaterlande drohenden Gefahren abzuwenden, haben Rath und Stadtverordnete die Gemeinde unter den Schutz der deutſchen Centralgewalt geſtellt, welche von der ſächſiſchen Regierung als proviſoriſche Oberhoheit über Deutſchland anerkannt worden iſt. Die Stadt bedurfte des Schutzes, die königl. Staatsregierung entzog ihr den vorhandenen, gewährte ihr keinen in den Tagen der Gefahr und nöthigte die Stadt nicht nur ſich ſelbſt und das ihr während der gerade inſtehenden Meſſe anvertraute fremde Eigenthum, ſondern auch das Staatseigenthum allein zu ſchützen und ein Einmarſch fremder Truppen ließ beſorgen, über Leipzig werde ein gleiches Unheil ſich verhängen, wie über Dresden. Rath und Stadtverordnete haben daher das gethan, wozu ſie ihre Ueberzeugung, wie die Nothwendigkeit drängte, ohne daß jedoch, wie ſie auf Grund des über ihre Verhandlungen geführten Protokolls hiermit erklären, durch jenen Beſchluß das Verhältniß der Gemeinde Leipzigs zur königlichen Staatsregierung und den von ihr eingeſetzten königlichen Behörden für aufgelöſt hat betrachtet werden ſollen oder können."

∼ **Heidelberg**, 12. Mai. Geſtern brach eine Meuterei in der Feſtung Raſtatt aus. Der Zweck ſoll geweſen ſein, die Feſtung der morgen zu Offenburg ſtattfindenden Volksverſammlung in die Hände zu ſpielen. Ein Offizier (Degenfeld) wurde mißhandelt, einem Oberſten wurde das Pferd verwundet, der Feſtungskommandant (Cloſſmann) wurde verhöhnt. Als Generalmarſch geſchlagen ward, gehorchten die Soldaten, aber die Stimmung war, ſo weit man bemerken konnte, nicht zufriedenſtellend. Es wurde ſogleich Kavallerie (Dragoner) und eine Batterie leichtes Geſchütz hinbeordert, auch der Kriegsminiſter (General Hoffmann) iſt von Karlsruhe nach Raſtatt gereiſt. Die Ruhe iſt wieder hergeſtellt und die Rädelsführer ſind verhaftet, eine Wiederholung ſteht nicht zu befürchten. So eben erfährt man, daß der Heidelberger Zuzug nach Rheinbaiern wieder hierher zurückkehren werde. Die Rheinpfälzer ſollen erklärt haben, fernerer Zuzug ſei — für jetzt — nicht nöthig, ſie hätten Leute genug und Gefahr ſei für jetzt keine vorhanden. Gervinus iſt heute von Heidelberg abgereiſt, weil ſich bübiſche und gefährliche Angriffe auf ſeine Wohnung wiederholt haben.

∼ **Heidelberg**, 13. Mai. Geſtern ſchrieb ich Ihnen, die Meuterei in Raſtatt ſei gedämpft, die Rädelsführer gefangen, und eine Wiederholung nicht zu fürchten. Es iſt leider nicht ſo! Die Offiziere der Raſtatter Garniſon ſind zum Theil zu Boden geſchlagen, zum Theil mußten ſie ſich entfernen, und die Bundesfeſtung Raſtatt iſt in dieſem Augenblick in den Händen von 4000 Soldaten, größtentheils Rekruten ohne Offiziere. Den Kriegsminiſter Hoffmann wollte man gefangen nehmen, als er nach Raſtatt kam, um ihn „als Geiſel" zu haben; ein Theil der nach Raſtatt beorderten Dragoner ſoll zu den Meuterern übergetreten ſein. Was die Soldaten eigentlich wollen, weiß kein Menſch; wahrſcheinlich wiſſen ſie es ſelbſt nicht, um ſo gefährlicher iſt die Sache! Auch in Lörrach Meuterei der Soldaten! Ein Offizier (Rottberg) iſt durch einen Schuß verwundet. Die Volksverſammlung zu Offenburg ſcheint ruhig abzulaufen und man hört verſichern, es werde kein extremer Beſchluß zu Stande kommen. Vergangene Nacht iſt Raveaux als Kommiſſär der Centralgewalt (?) mit einem Extrazug nach Karlsruhe und Offenburg geeilt. Was man aus Rheinbaiern hört, beweiſt, daß ſich die Bewegung mit jedem Tage, ja mit jeder Stunde mehr und mehr überſtürzt; was aus dieſem Chaos werden wird, und welchen Einfluß dieſe Zuſtände auf die benachbarten Länder haben werden, vermag niemand voraus zu ſagen.

S **Freiburg** i. B., 11. Mai. In Folge eines Aufrufs des Märzvereins in Frankfurt an das deutſche Militär und eines gleichen von Seite des Landesausſchuſſes der badiſchen Volksvereine an die badiſchen Soldaten, hat geſtern Abend auf dem nahe bei der Stadt gelegenen Schloßberg eine Beſprechung von über 1000 Mann von dem hier liegenden 2. badiſchen Infanterieregiment ſtattgehabt, worin verſchiedene Redner auftraten und über den wahren Beruf des deutſchen Soldaten ſprachen. Es wurde der Beſchluß gefaßt, nie und unter keiner Bedingung gegen Mitbürger zu kämpfen! Es wurde alsdann ein allgemeiner Soldaten-

Verein gegründet, als deſſen Präſident man den Herrn Advokat C. v. Rotteck dahier wählte. Am Sonntag den 13. iſt eine zweite Verſammlung.

*** Vom Oberrhein, 12. Mai. Heute brach in Lörrach ein Militärtumult aus. Die allgemeine Unruhe der Geiſter, der Strafarreſt einiger Soldaten und die Aufreizung eines fremden Emiſſärs brachte die Emeute zum Losbruch. Die Soldaten ſtürmten zum Gefängniß mit geladenen Gewehren, der entgegentretende Oberſt und eine Wache erhielten Kugeln durch den Leib, mehrere wurden verwundet. Mit den befreiten Kameraden ihrer Waffe zog die Infanterie tobend ab. Dragoner und Artillerie blieben ganz ruhig. Der Aufſtand hatte blos einen disciplinariſchen (a non lucendo), nicht einen politiſchen Charakter. Das Volk betheiligte ſich nicht an der Angelegenheit.

* Rheinheſſen. Nach der „Darmſt. Ztg." ſchätzt man die Zahl der nach Rheinbaiern zu Hilfe Gezogenen auf 20,000 Mann; Mainz ſoll davon einige Tauſend geliefert haben, ſo daß faſt alle Werkſtätten leer ſtehen. In den Orten der Umgegend ſoll dabei vielfacher Zwang geübt worden ſein.

Flensburg, 9. Mai. Nach ſo eben eingetroffenen Nachrichten aus Kolding von dieſem Morgen hörte man dort wieder ſtarken Kanonendonner in der Richtung von Fridericia und glaubt daher, daß der Angriff gegen dieſe Stadt begonnen habe. Verwundete Militärs, welche geſtern aus Jütland kamen, beſtätigen die Einſchließung von Fridericia durch die Schleswig-Holſteiner und die Beſetzung der Stadt Veile in der Nacht vom 7. auf den 8. Mai. In Kolding verſicherte man auf das Beſtimmteſte, daß die däniſche Brigade Rye, welche zum Theil aus Freiwilligen von Kopenhagen beſteht, durch einen Flankenmarſch der Preußen von Skjärup gegen Fridericia völlig abgeſchnitten ſei und ſich nach Starup geworfen habe, um ſich wahrſcheinlich im Rücken der Preußen nach dem Weſten Jütlands durchzuſchlagen. Da aber die Baiern eine Meile über Kolding hinaus bei Alminde und Vilsdrup als Reſerve Stellung genommen haben, ſo hofft man, daß der däniſchen Brigade der Weg zur Flucht verſperrt ſei. Ob die Preußen nach ihrem Rechtsabmarſch noch am Kampfe vor Fridericia Theil genommen, oder ob die Ehre des dort erfochtenen Sieges den Schleswig-Holſteinern allein zukommt, darüber lauten die Nachrichten widerſprechend. Sicher aber iſt, daß die Baiern bei Abgang der letzten Berichte weder einen Schuß gethan, noch Befehl zum Vorrücken erhalten haben. Wir ſchließen daraus, daß der Erfolg vor Fridericia geſichert ſei. Auch ſoll nach Signalen von den öſtlichen Hügeln des Koldinger Meerbuſens das Ab- und Zufahren däniſcher Dampfſchiffe zwiſchen Fünen und Fridericia beobachtet worden ſein. Für Segelſchiffe macht der fortdauernde heftige Nordoſtwind die Fahrt im kleinen Belt ungemein ſchwierig und gefährlich.

Nachſchrift. Nachts 10 Uhr. Die däniſche Brigade Rye ſoll nach dem hier allgemein umlaufenden Gerücht die Waffen geſtreckt haben. Vielleicht iſt dieſe Nachricht voreilig. Aber eingeengt in dem Dreieck zwiſchen Kolding, Veile und Feidericia dürfte dieſer däniſchen Heeresabtheilung, deren Stärke auf 4000 Mann angegeben wird, und welcher die deutſchen Reichstruppen alle Rückzugswege verſperrt halten, das Entkommen ſchwerlich gelingen. In Flensburg ſind bereits ziemlich viele leicht Verwundete eingetroffen. Hier iſt das Hauptdepot für die Kranken der Reichsarmee und nicht weniger als 10 Hospitäler ſind zu ihrer Verpflegung eingerichtet. Leider hat Profeſſor Langenbeck von Berlin vor wenigen Tagen Flensburg verlaſſen. Profeſſor Strohmeyer von Kiel, ein eben ſo berühmter Operateur, befindet ſich noch hier. Das Chloroform übt hier ſeine wohlthätigen Wirkungen im Großen und die armen Amputirten ſind während der leidigen Operation in einer faſt ſeligen Stimmung. Nach dem Erwachen aus dem Chloroformrauſche erſtaunen ſie, einen Arm oder ein Bein weniger zu haben.

♄ **Schleswig**, 9. Mai. Es beſtätigt ſich, daß die Stadt Veile von den Preußen beſetzt iſt. Die Dänen halten ihre Hauptmacht vor Fridericia konzentrirt, nördlich nach Veile zu ſtand aber ein Korps unter dem Befehle des Generals Rye und der größte Theil der Kavallerie. Die Preußen ſtießen bei ihrem Vorrücken auf dieſes Korps und warfen es nach einem lebhaften Gefechte nach Veile zurück. Veile ſelbſt ward nicht ernſthaft vertheidigt und von den Preußen mit leichter Mühe genommen, welche in dem Gefechte am 7. etwa 25 Mann an Todten und Verwundeten verloren haben. Unter den Todten wird ein Major vom 7. preußiſchen Jägerkorps genannt. Die Lage der nördlich von Veile befindlichen däniſchen Truppen iſt eine ſehr üble, da ihnen der Rückzug nach Fünen über Snoghoi verſperrt iſt und durch ein raſches Nachrücken der Preußen ihnen die Möglichkeit genommen werden kann, ſich weiter im Norden Jütlands einzuſchiffen. Man erwartete geſtern ein abermaliges Zuſammentreffen mit dem Feinde nördlich von Veile. Vor Fridericia iſt bis zum geſtrigen Abend nichts von Erheblichkeit vorgefallen, die Dänen unterhielten freilich im Laufe des Tages ein lebhaftes Feuer aus ihren Kanonenböten auf die deutſchen Truppen, aber ohne den geringſten Schaden anzurichten. Fridericia ward inzwiſchen enger cernirt. Die in Fridericia eingeſchloſſenen däniſchen Truppen werden von den Generälen von Moltke und Schleppegrell kommandirt. Dem Vordringen nach Fridericia haben die Dänen, wie es ſcheint, einen längern und nachhaltigen Widerſtand entgegenzuſetzen beabſichtigt. Zwiſchen Gudſoe und dem Dorfe Taulow, wo ihre Hauptſtärke ſtand, war jeder Terrainabſchnitt durch feſte Geſchützſtände verſchanzt, hinter Gudſoe die Chauſſee durchſtochen. Das Vordringen der 2. ſchleswig-holſteiniſchen Brigade in der rechten Flanke des Feindes nöthigte ihn zum Rückzuge, während auf der Straße nach Fridericia ſelbſt eine 12pfündige Batterie treffliche Dienſte leiſtete und die Dänen zwang, ihre Poſitionen aufzugeben. Die feindlichen Operationen wurden durch ein Kriegsdampfſchiff und mehrere Kanonenböte unterſtützt, welche, glücklicher Weiſe ohne ſonderliche Wirkung, den rechten Flügel der Schleswig-Holſteiner beſchoſſen. Die Avantgarde, welche Snoghoi beſetzt hielt, hatte noch am Abend des 7. ein Gefecht mit den Schiffen zu beſtehen, welches etwa um 5½ Uhr ſich entſpann und mit dem Rückzuge der Schiffe endigte. Der Verluſt auf Seiten der Schleswig-Holſteiner an Todten und Verwundeten wird im Ganzen auf 60 bis 70 geſchätzt, darunter verhältnißmäßig viele Offiziere. Etwa 16 Gefangene ſind gemacht worden.

Großbritannien.

* **London**, 11. Mai. Im Hauſe der Gemeinen zeigte geſtern Hr. Osborne an, daß er morgen an die Regierung eine Frage richten werde betreffend den Einmarſch der Ruſſen in ungariſches Gebiet, und daß er hiermit die Frage verbinden werde, ob die engliſche Regierung beabſichtige, wegen Ungarns ihre Vermittelung anzubieten. Auf eine Frage Hrn. Anſtey's wiederholte Lord Palmerſton ſeine frühere Verſicherung, daß, wie die Regierung unterrichtet ſei, die Sendung des ruſſiſchen Generals Grabbe nach Konſtantinopel einen friedlichen Charakter habe. Eine andere Interpellation Hrn. Cochranes veranlaßte Palmerſton zu der Erklärung, daß er die griechiſche Regierung fortwährend dränge, ihren Verpflichtungen nachzukommen, indem ſie ſich anheiſchig gemacht, das erſte Erträgniß der Einkünfte Griechenlands zu einer Abſchlagszahlung an England zu verwenden; aber es thue ihm leid, ſagen zu müſſen, daß die Vorſtellungen der engliſchen Regierung bisher keinen Erfolg gehabt (Gelächter.) Hr. Cochrane ſagte hierauf: dieſelbe Antwort habe er vor nun faſt ſechs Jahren erhalten, und er müſſe weiter fragen, ob der edle Lord dem Hauſe nicht die Verhaltungsbefehle mittheilen wolle, die man dem Hrn. Wyſe auf ſeiner Reiſe nach Griechenland mitgegeben habe? Palmerſton antwortete: das könne nicht geſchehen, denn dieſe Verhaltungsbefehle ſeien bloß mündlich geweſen (Gelächter.) Uebrigens möge man bedenken, daß außer England auch Frankreich und Rußland die griechiſche Anleihe gewährleiſtet hätten, und daß daher England kein Verfahren einſchlagen könne, welches von demjenigen Rußlands und Frankreichs gänzlich abweichend ſei.

Geſtern wurde der engliſche Geſandte in Wien, Viscount Ponſonby, durch Lord Palmerſton der Königin vorgeſtellt. An demſelben Tage begannen im Oberhauſe die Verhandlungen über den Prozeß von Hrn. Smith O'Brien und Genoſſen, welche an das Haus der Lords das Geſuch geſtellt hatten, den vom Dubliner Gerichtshof gefällten Urtheilsſpruch wegen gewiſſer Formfehler umzuſtoßen. Die Verhandlungen betreffen jedoch nur Formalitäten und ſind daher von keinem allgemeinen Intereſſe. Zuletzt ſprachen Hr. Seager für O'Brien und O'Collaghan für M'Manus.

Die Konſols ſanken geſtern auf 90⅛, da die feſtländiſchen Nachrichten allgemein als ſehr ungünſtig angeſehen wurden.

Frankreich.

Paris. Telegraphiſche Depeſchen.

Paris, 11. Mai.

Der Miniſter des Innern an die Präfekten.

Nach einer ſehr lebhaften Berathung über die italieniſchen Angelegenheiten, hat die Nationalverſammlung, durch Uebergang zur Tagesordnung mit 329 Stimmen unter 621, den Antrag des Hrn. Jules Favre: die Miniſter des Vertrauens des Landes verluſtig zu erklären, verworfen. Dieſe Abſtimmung befeſtigt die öffentliche Ruhe. Die Wühler (**les agitateurs**) erwarteten nur eine dem Miniſterium feindliche Abſtimmung der Verſammlung, um zu den Barrikaden zu eilen, und die Tage des Juni zu erneuern. Paris iſt ruhig.

Paris, den 12. Mai, 3$\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags.

Der Miniſter des Innern an die Präfekten.

In der geſtrigen Sitzung haben nach der erſten Abſtimmung die Hrn. Ledru Rollin und Conſiderant der Nationalverſammlung vorgeſchlagen, den Präſidenten der Republik und die Miniſter in Anklagezuſtand zu verſetzen. Die Ueberweiſung dieſes Vorſchlages in die Bureaus wurde mit 388 Stimmen unter 526 abgelehnt; 138 Stimmen haben ſich nur für den Antrag des Haupts des Berges erhoben, der ſomit beſeitigt iſt.

Geben Sie dieſer Nachricht größtmöglichſte Verbreitung!

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg. 5. Mai. Ich theile Ihnen in Eile die offizielle Nachricht mit, daß das 3te und 4te ruſſiſche Armeekorps unter dem Oberkommandanten Fürſt Paskewitſch und den Korpskommandanten G. d. Kav. Graf Rüdiger und G. d. Inf. Tſcheodajeff ſeit geſtern auf ſechs Punkten den galiziſchen Boden betritt und in der Zahl von beiläufig 120,000 Mann (darunter 27,000 Pferde) und 350 Geſchützen nach Ungarn zieht. Bedeutende Heerſäulen folgen aus dem Innern Rußlands nach und werden Polen und ſeine Südgrenze beſetzen. Rechnet man zu dieſen Hilfstruppen jene 60,000 Ruſſen, die bereits in Siebenbürgen ſind und von deren Operationen wir noch nichts zu erfahren vermochten, ſo hat Rußland faſt 200,000 wohlgerüſtete Krieger ins Feld geſtellt. Man ſagt, 20,000 Ruſſen bleiben bei Lemberg in Lager. (Die Zahlen ſcheinen durchgängig ſehr übertrieben.) (N. C.)

Schweiz.

Bern, 9. Mai. General Dufour hat, ſo ſehr er für die deutſche Freiheit begeiſtert iſt, in Anbetracht ſeines Alters und ſeiner Stellung zur Eidgenoſſenſchaft die Einladung in die Rheinpfalz abgelehnt. (Schw. M.)

Ungarn.

Preßburg, 6. Mai. Die Magyaren gönnen unſern Truppen wenig Raſt, und ſie ſcheinen es zu ihrem nächſten Zwecke machen zu wollen, noch vor Ankunft ruſſiſcher Hülfe in den Beſitz von Preßburg zu gelangen. Dies beſtätigt beſonders der Umſtand, daß heute Nachmittags um 4 Uhr das Hauptquartier von Karlburg hierher in das Primatialgebäude verlegt wurde. (Wand.)

Die deutſche Reform meldet: Die Nachrichten von Preßburg lauten mit jedem Tage bedrohlicher. Die Inſurgenten rücken in drei Abtheilungen, deren Bewegungen miteinander kombinirt ſind und eine verſtändige Leitung nicht verkennen laſſen, auf unſere Stellung vor. Der linke Flügel operirt auf dem rechten Donauufer und hatte ſeine Vorpoſten vorgeſtern bereits oberhalb Wieſelburg ſtehen, während er fliegende Korps zur Inſurgirung und Beunruhigung bis hart an die öſterreichiſche Grenze ſendete und ſogar einen Verſuch zur Ueberrumpelung der Stadt Oedenburg machte. Das verhältnißmäßig ſchwache Centrum dringt, von der Beſatzung Komorns gedeckt und unterſtützt, auf der Schüttinſel gegen Preßburg vor, und dürfte kaum weiter als zwei Stunden von dieſer Stadt entfernt ſein. Der rechte Flügel, bis vor Kurzem im Beſitz des linken Waagufers, hat bei Szered dieſen Fluß überſchritten. Ueber den weiteren Erfolg der Operationen dieſes Flügels kreuzen ſich widerſprechende Nachrichten. Einigen zufolge wäre die über die Waag geſchrittene Abtheilung nach großem Verluſte wieder zurückgeſchlagen worden, und das rechte Waagufer noch immer frei vom Feinde; andere Berichte hingegen laſſen bereits Tyrnau von den Inſurgenten genommen und dieſe auf dem Marſche nach Preßburg begriffen ſein. Man will ſogar wiſſen, daß ſchon bei Madern (3 Stunden von Preßburg) feindliche Abtheilungen ſich zeigten. *) Zahlreiche fliegende Korps erhalten auf dem linken Donauufer die Verbindung mit der im Norden an der galiziſchen Grenze operirenden Inſurgenten-Armee und bereits iſt das Arvaer, Thuroczer, Liptauer, der größte Theil des Zipſer, ja ſogar der obere Theil des Trentſchiner Komitats in der Gewalt der Inſurrektion, die ſich in ihnen durch Geld und neu ausgehobene Mannſchaft verſtärkt. Wie erſichtlich, ſind die Operationen der auf beiden Donauufern und auf der Schütt anrückenden Inſurgenten gleichmäßig auf den einen Punkt, Preßburg, gerichtet; und wenn man erwägt, daß Preßburg, die Eingangspforte von Oeſterreich nach Ungarn, einer der wichtigſten ſtrategiſchen Punkte im Donauthale iſt, ſo wird es nicht nur wahrſcheinlich, ſondern zur evidenten Gewißheit, daß ein entſcheidender Kampf um oder vielleicht auch in dieſer Stadt demnächſt entbrennen wird.

Nach Briefen der Allg. Ztg. ſoll mit der Ankunft des Kaiſers in Preßburg (ſeine Abreiſe dahin wurde neuerdings verſchoben) die Offenſive beginnen; Welden wartet den Einmarſch der hierzu nöthigen Ruſſen ab, die um jedem Ueberfall der an den Eingangsſtationen poſtirten Magyaren zu begegnen, nun nicht mehr mit der Nordeiſenbahn transportirt, ſondern von Krakau aus zu Fuß ihren Marſch in ſtarken Korps fortſetzen ſollen. Sie gehen nicht über die Jablunka, ſondern direkt über Saypuſch ins Waagthal nach Ungarn. Werden die Magyaren das Eintreffen der Ruſſen erwarten, ohne zuvor einen Hauptſchlag zu führen? Welden hatte der Armee durch Tagsbefehl verkündigt, daß der Kaiſer ſich an ihre Spitze ſtellen werde.

* Wenn ſelbſt die Wiener miniſteriellen Organe nicht genug Worte finden, um die in Peſth herrſchende Begeiſterung zu ſchildern, ſo darf man wohl daran glauben. So berichtet der Lloyd vom 8. Mai, daß Peſth einem großen Werbeplatz gleiche. Alle männlichen Individuen, die nur etliche geſunde Glieder haben, treten ohne Handgeld in die Reihen, die Frauen vertauſchen das Oberkleid mit dem Attila, die Schmiede, Schloſſer, Gelbgießer, ja ſelbſt Klempner verfertigen Waffen. Gegen Nichtungarn, ſelbſt gegen ſolche, die nichts weniger als mit der Inſurrektion ſympathiſiren, wird mit auffallender, faſt unheimlicher Freundlichkeit verfahren. Koſſuth wurde täglich mit ſeiner Familie aus Debreczin erwartet. Er kauft alle Lebensmittel auf und ſcheint den Feind durch Hunger bezwingen zu wollen. Allem Anſchein nach wird dieſer Kampf ein Verzweiflungskampf werden, wie ihn die Geſchichte nicht aufzuweiſen hat.

Ofen iſt auf längere Zeit reichlich mit Proviant verſehen, das Schloß mit 120 Mörſern in der Richtung gegen Peſth ausgerüſtet, um im ſchlimmſten Fall über dieſe Stadt Tod und Verderben zu verhängen. Die Kettenbrücke hat einen Brückenkopf, und da auch Kammerminen zur Hand ſind, ſo iſt von der Peſther Seite an keine Gefahr zu denken, während Peſth ein Unterpfand iſt, daß von anderer Seite ein Angriff vermieden werden wird.

Im Süden wird die Belagerung von Peterwardein durch den Oberſten Mamula energiſch betrieben. Man ſchätzte die um Peterwardein liegenden kaiſerlichen Truppen mit den Serben, unter General Theodorovich, Oberſtlieutenant Puffer und den Serbenführern Knicanin und Stratimirovich, auf nahezu 35,000 Mann mit 40 Geſchützen. Thodorovich hat „aus ſtrategiſchen Rückſichten“, wie das Konſt. Bl. a. B. meldet, Becskerek den Magyaren überlaſſen. Nach demſelben Blatt hat man Stratimirovich das Kommando genommen. Das Puchner'ſche Korps (durch Bem aus Siebenbürgen vertrieben) iſt aus der Wallachei jetzt im Banat angelangt, wo es zwiſchen Orſova und Mehadia, mit den Vorpoſten bis Karanſebes, wieder Bem gegenüberſteht, der letzteren Ort im Beſitz hat.

Frankfurter Börſenbericht.
(Wochenbericht.)

An der Börſe zu Wien ſteigen oder fallen die Metalliques nach Maßgabe der Annäherung der Ruſſen. Jeder weitere Tagemarſch bringt $\frac{1}{2}$ pCt. Hauſſe. Somit können wir bei'm Einzug in Wien das längſt erſehnte Pari begrüßen. Zwiſchen der Wiener und Pariſer Börſe beſtehet eine augenfällige Sympathie. An der erſtern ſteigen die Metalliques bei den Fortſchritten der Ruſſen, an der letztern fallen die Renten bei den Siegen der Ungarn. Im Gegenſatz äußern die Hamburger Börſenleute ihre Geſinnungs-

*) Die erſtere Angabe iſt ohne Zweifel die richtige. S. die ungar. Nachrichten im Art. Wien.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 14. Mai. Tagesbefehl des Reichsverweſers. Beſchlüſſe der konſtituirenden Verſammlung der freien Stadt. Markgraf Max von Baden.) Wien (Der Einmarſch der Ruſſen. Gefechte in Nordungarn. Nachrichten aus Siebenbürgen. Jellacic. Tagesnachrichten.) Prag (Der Belagerungszuſtand proklamirt.) Berlin (Hr. v. Canitz nach Wien. Das neue Wahlgeſetz. Das Spiel in Spaa.) Königsberg (Städtetag.) Neuß (Truppen eingerückt. Verhaftungen.) Düſſeldorf (Fortdauernde Aufregung.) Dresden (Preußiſche Truppen nach Halle abgegangen. Bakunin, Heubner und Todt gefangen. Die Miniſter. Amtliche Angabe des Verluſtes der Truppen. Der Reichskommiſſär.)

Frankreich. Paris (Verhandlungen über die italieniſche Frage. Changarnier's Widerſetzlichkeit und Abſetzung.)

Italien. Aus dem Kirchenſtaat (Waffenruhe. Rüſtungen gegen die Neapolitaner. Terracina von Spaniern beſetzt und den Neapolitanern übergeben.) Turin (Azeglio Miniſter. Romarino's Kaſſationsgeſuch.) Florenz (Einrücken der Oeſterreicher in Toskana. Serriſtori Regierungskommiſſär. Das Miniſterium tritt ab.)

Frankfurter Börſenberichte (Vom 14. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 14. Mai.

219. öffentliche Sitzung.

Die Sitzung wird $10\frac{1}{4}$ Uhr Vormittags durch den Präſidenten, Hrn. Theod. Reh, eröffnet. Mehrere Buchhandlungen, (worunter die größeren Buchhandlungen Erlangens) kommen zur Anmeldung, die ihren Verlag der Reichsbibliothek zur Auswahl geſtellt haben. Im Ganzen haben bis jetzt 41 Buchhandlungen dazu beigetragen und die Bibliothek zählt bereits über 2000 Exemplare. Vom Reichsminiſterium der Finanzen iſt eine Berechnung der Koſten der Kaiſerbotſchaft nach Berlin (!) eingegangen, die an den Finanzausſchuß gewieſen wird. Ausgetreten aus der National-Verſammlung ſind die preuß. Abgeordneten HH. v. Ende, Gieſebrecht und Fuchs. Außerdem und noch dazu mit einem Proteſt wider die Einverleibung Limburgs in Deutſchland Hr. v. Scherpenzeel.*) Die Stände der Landgrafſchaft Heſſen-Homburg erklären der Nat.-Verſammlung ihre Anhänglichkeit an die Reichsverfaſſung. Unter den ſonſtigen zahlreichen Zuſtimmungsadreſſen, die ſeit vorgeſtern fernerweit eingelaufen ſind, ſind drei aus Berlin mit 9,700 Unterſchriften. Außerdem mehrere aus Oſt- und Weſtpreußen, dem Herzogthum Sachſen und aus verſchiedenen andern Landſchaften Preußens.

Der Erzherzog-Reichsverweſer läßt durch den Präſidenten Hrn. Reh der Verſammlung anzeigen, daß er mit der Bildung des neuen Miniſterium ſoweit vorgeſchritten geweſen ſei, um deſſen Perſonen heute dem Hauſe zur Anzeige bringen zu können. Da ihm jedoch eine telegraphiſche Depeſche von Berlin einen Kommiſſär der preußiſchen Regierung mit wichtigen Mittheilungen angekündigt habe, ſo will er die Ernennung bis nach dem Empfange dieſer Mittheilungen vertagen, und erſucht das Haus ſich dieſen Aufſchub gefallen zu laſſen.

Die Mißhandlungen — bis zu tödtlichen Verwundungen — deren ſich die öſterreichiſchen hier garniſonirenden Soldaten geſtern Abend an verſchiedenen bürgerlichen Perſonen ſchuldig gemacht haben, geben hierauf Veranlaſſung zu mehreren dringlichen Anträgen. Der Präſident Hr. Reh hat Erkundigung über den Hergang einziehen wollen, aber den erkrankten Kriegsminiſter Hrn. v. Peucker ohne Meldung von dem Vorgefallenen gefunden. (Pfui! Pfui! von der Linken.) Von Seiten des Stadtkommandanten dagegen wird folgendes Schreiben (durch den Vicepräſident Hrn. Eiſenſtuck, den wir alſo als wieder anweſend zu begrüßen haben) verleſen:

Herr Präſident! Die beklagenswerthen Exceſſe, welche geſtern Abend in hieſiger Stadt vorgekommen ſind, haben das Reichsminiſterium veranlaßt, das Oberkommando der hier verſammelten Reichstruppen und mich ſelbſt mit der ſofort anzuſtellenden genaueſten Unterſuchung zu beauftragen. Es ſind demzufolge die zweckdienlichen Schritte ohne Verzug geſchehen, und wenn dieſelben in dieſem Augenblicke noch kein Reſultat gegeben haben, ſo liegt dies einzig in der Kürze der Friſt, die bisher dazu verwendet werden konnte.

Ich beeile mich, Ihnen Hr. Präſident auf Verfügung des Oberkommando's zur vorläufigen Beruhigung hiervon ergebenſt Mittheilung zu machen. Frankfurt, 14. Mai 1849. Deetz, Major und Kommandant.

In Folge der erwähnten Exzeſſe werden mehrere dringliche Anträge geſtellt. Zuerſt einer von Hrn. Schlöffel:

„In Erwägung, daß am geſtrigen Tage mehrere wehrloſe Bürger von Soldaten gefährlich verwundet worden und daß angeblich einige dieſer verwundeten Bürger bereits an den erhaltenen Wunden verſtorben ſind; daß nach der öffentlichen Meinung die Verwundungen in öffentlichen Schenklokalen von bewaffneten Soldaten außer Dienſt an wehrloſen Civilperſonen verübt worden ſind; daß trotz der herbeigerufenen ſtarken Patrouille der Friedensſtörer nicht verhaftet worden iſt, ſondern frei ausgegangen ſein ſoll; daß in dieſem Verfahren ein die geſellſchaftliche Sicherheit aufs höchſte gefährdender Mißbrauch enthalten iſt; — in Erwägung, daß eine Verordnung den Civilperſonen das Tragen von Waffen unterſagt und wo ſolches ſtattfindet dergleichen Civilperſonen dem Militär als zur Verfolgung bezeichnet worden ſind; daß bei dem Mangel geſetzlichen Schutzes, wie er ſich geſtern manifeſtirt hat, die Bürger völlig wehrlos jedem Angriffe roher Gewalt ausgeſetzt ſind; in Erwägung, daß Verwundungen und der Tod mehrerer Civilperſonen ihren Grund in einer rothen Halsbinde, welche eine Civilperſon getragen hat; — daß dieſer Krawall unter den Augen und von Werkzeugen der ſtark ausgerüſteten proviſoriſchen Centralgewalt verübt worden iſt; — in Erwägung, daß zu Freiheitsverkümmerungen und Gewaltakten, wie ſie hierorts ſtattgefunden haben, kein deutſches Geſetzbuch noch weniger Grundrechte und Verfaſſung berechtigen, und daß endlich alle Mitglieder dieſer Verſammlung ohne Unterſchied der politiſchen Parteiſtellung Gefahren ausgeſetzt ſind, erklärt die Nat.-Verſ. die Sicherheit ihrer Berathungen und Perſonen in Frankfurt und Umgegend ſo lange gefährdet, als die Garniſon verfaſſungsfeindlicher Regierungen hier Dienſte leiſtet und beſchließt: die ſofortige Verlegung der hieſigen Garniſon und Heranziehung von Truppen aus einer deutſchen Provinz, deren Regierung das Militär auf die Verfaſſung bereits verpflichtet hat. (Unterſtützt von Zimmermann aus Stuttgart und 13 Genoſſen.)

Ein anderer dringlicher Antrag von den Herren Nauwerck, Wigard und Genoſſen geht ebenfalls auf Entfernung der Truppen verfaſſungsfeindlicher Staaten aus Frankfurt und der Umgegend. Endlich fordert auch ein dringender Antrag von Herrn Jucho: ſofortige Entfernung der hier garniſonirenden öſterreichiſchen Truppen und Erſetzung durch Truppen ſolcher Staaten, die die Verfaſſung anerkannt haben.

Die Abſtimmung darüber ob den verſchiedenen dieſen Gegenſtand betreffenden Anträgen die Dringlichkeit zuzuerkennen ſei, hat einen zweifelhaften Erfolg. Es wird daher die Zettelabſtimmung nöthig, in der ſich eine förmliche Stimmgleichheit nämlich 147 gegen 147 Stimmen herausſtellte. Die Dringlichkeit iſt daher als verweigert zu betrachten.

Herr Schlöffel aus Halbendorf fordert das Haus und den Präſidenten auf, diesmal von der Geſchäftsordnung abzugehen, um der dringenden Sache, die das Leben der friedlichen Bürger, ja der Verſammlungsmitglieder ſelbſt jeden Augenblick gefährde, ihr Recht angedeihen zu laſſen.

Der Präſident glaubt jedoch nicht auf dieſen Antrag eingehen zu dürfen, dagegen wird der Antrag des Hrn. Löwe aus Kalbe angenommen: die Sitzung bis um 4 Uhr aufzuheben

---

*) Dieſer Proteſt lautet: „In Erwägung, daß in Folge des Beſchluſſes der konſtituirenden Nationalverſammlung vom 12. Juni 1848 der deutſche Bund, ſowie er durch den Wiener Kongreß im Jahre 1815 konſtituirt worden, zu exiſtiren aufgehört hat; — in Erwägung, daß der neue Staat, welchen zu konſtituiren die genannte Nationalverſammlung berufen worden, nicht in Kraft getreten iſt; — in Erwägung, daß bis am heutigen Tage den Beſchlüſſen der genannten Verſammlung vom 19. Juli und vom 25. Nov. 1848 keine Folge geleiſtet worden; — in Erwägung, daß die doppelte Stellung, worin ſich das Herzogthum Limburg, ſowohl Deutſchland als dem König von Holland gegenüber, befindet, ein unnatürlicher Zuſtand iſt, in welchem ein Volk unmöglich exiſtiren kann; — in Erwägung, daß die politiſche Stellung Deutſchlands die jetzige Lage des genannten Herzogthums Limburg völlig unhaltbar macht; — in Erwägung, daß Deutſchland einerſeits von einem Rückfall zum Abſolutismus und andererſeits von der Anarchie bedroht wird; — in Erwägung, daß die Limburger eine liberale Konſtitution haben und ſich folglich dem Verluſte ihrer Freiheit nicht ausſetzen können; — in Erwägung, daß die republikaniſche Regierungsform den Limburgern nicht genehm ſein kann, ſo erfüllt der Endesunterzeichnete, alleinige jetzt hier anweſende Abgeordnete für das Herzogthum Limburg, jedoch ſprechend und handelnd im Namen ſeines Kollegen, des Herrn A. Schoenmaeckers, indem ſie nur das Wohl des Landes, das ſie zu vertreten die Ehre haben, berückſichtigen, die traurige Pflicht, gegen die fernere Vereinigung des Herzogthums Limburg mit Deutſchland zu proteſtiren. Er legt ſein Mandat als Abgeordneter nieder und zeigt in Vereinigung mit ſeinem Kollegen, Herrn A. Schoenmaeckers, durch dieſes den Austritt aus der konſtituirenden deutſchen Verſammlung an. So geſchehen den 14. Mai 1849. v. Scherpenzeel-Heuſch."

und den Kriegsminiſter zum Erſcheinen in dieſer Nachmittagsſitzung einzuladen. Ueber den Antrag Hrn. Ludwig Simons dagegen, daß der Dreißiger-Ausſchuß bis Nachmittag auch Bericht erſtatte über die heute eingebrachten Anträge, und daß dann die Verſammlung ſofort in Berathung darüber trete, muß ebenfalls wegen Zweifelhaftigkeit des Ausfalls durch Zettel abgeſtimmt werden. 168 gegen 133 Stimmen lehnen demnach die Dringlichkeit ab.

Hr. Wilhelm Jordan aus Berlin bittet in das amtliche Protokoll die Thatſache aufzunehmen, daß den Abgeordneten — namentlich vorhin Hrn. Kapriem, von der Gallerie herab die Aufforderung: Auf! auf! zugerufen werde, wenn es ſich um dringliche Anträge, wie z. B. den Schlöffel'ſchen handle. Auch eine leidenſchaftliche Bemerkung des Hrn. Weſendonck rügt Hr. Jordan. Ein Zwiſchenruf des Hrn. Schlöffel zur Rechtfertigung der Gallerie zieht dieſem Abgeordneten den Ordnungsruf des Präſidenten zu.

Die Herren v. Raumer aus Dinkelsbühl und Simſon aus Stargard ſind in letzter Sitzung zu Schriftführern der Nationalverſammlung ernannt. Nach einer Verhandlung voll kleiner und widerwärtiger Perſönlichkeiten, die durch Hrn. Jordans Rüge veranlaßt worden iſt, ſchließt der Präſident gegen 12 Uhr die Vormittagsſitzung.

Y **Frankfurt**, 13. Mai. Der Erzherzog Reichsverweſer hat den folgenden Tagsbefehl an die im Reichsdienſte ſtehenden Truppen erlaſſen:

„Deutſche Krieger! Ein unglückſeliger Streit über die Reichsverfaſſung iſt in Deutſchland ausgebrochen. Alle wahren Freunde des Vaterlandes vereinigen bereits ihre Kräfte für den Zweck, daß die Löſung dieſes Streites auf geſetzlichem Wege und nicht durch einen Krieg von Brüdern gegen Brüder erfolge. Nur eine Partei, welcher es nicht um die Verfaſſung, ſondern um anderweitige verderbliche Zwecke zu thun iſt, bedient ſich des Verfaſſungsſtreites als eines Vorwandes, um Angriffe gegen Geſetz und Ordnung zu richten, Zerrüttung und Bürgerkrieg über Deutſchland zu verbreiten. Gegen dieſe Partei gilt es, den Frieden und das Glück des theuren Vaterlandes, den Wohlſtand und Erwerb ſeiner Bürger muthig zu ſchirmen. Deutſche Krieger! Die Sicherheit des geſammten deutſchen Vaterlandes iſt Eurer Ehre anvertraut! Alle Verſuche, Euch in Eurer Pflicht wankend zu machen, werdet Ihr mit Verachtung von Euch weiſen. Während in dieſem Augenblicke Euere ſiegreichen Waffenbrüder in herzlicher Eintracht feſtgeſchloſſene Reihen gegen den äußeren Feind bilden, werdet Ihr auch gegen den inneren Feind einig ſein. Wenn Anarchie und Verwilderung es wagen ſollten, das Haupt zu erheben, dann werdet Ihr durch die That beweiſen, daß die unerſchütterliche Treue, der feſte Muth und die brüderliche Eintracht des deutſchen Heeres das mächtige Schild ſind, welches das theure Vaterland gegen jede Gefahr, ſie komme woher ſie wolle, ſiegreich zu ſchirmen vermag. Der Reichsverweſer: Erzherzog Johann. In Vertretung des Kriegsminiſteriums: Peucker."

□ **Frankfurt**, 14. Mai. Die heute morgen in außerordentlicher Sitzung verſammelte verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat, auf Anlaß einer Reihe empörender Gewaltthaten, welche Unteroffiziere und Soldaten eines Theils der hier garniſonirenden Truppenkörper im Laufe des geſtrigen Abends gegen die Bürger begangen, die folgenden Beſchlüſſe gefaßt. Auf den Antrag des Herrn Dr. Textor: „Nochmals den Senat dringlich zu erſuchen, den gegen die Uebergriffe der Militärgewalt bereits gerichteten Anträgen ſchleunigſt Statt zu geben, außerdem aber, mit Bezug auf die Verfügung des Oberkommando's gegen das Tragen rother Abzeichen, ſofort, um etwaigen Angriffen der Reichstruppen gegen das Löſchbataillon vorzubeugen, dem Oberkommando anzuzeigen, daß das genannte Bataillon rothe Abzeichen und ſelbſt eine rothe Fahne führe." Auf den Antrag des Hrn. Dr. Schwarzſchild: „Den Senat durch eine an denſelben abzuſendende Deputation zu erſuchen, die nöthigen Schritte beim Reichskriegsminiſterium zu thun, um diejenigen Truppenkörper, von deren Angehörigen die blutigen Ereigniſſe des geſtrigen Abends verſchuldet, ſchleunigſt aus Stadt und Gebiet des Freiſtaats zu entfernen." Auf den Antrag der Herren Dr. Thomas, Mappes und A. Friedleben: „Ebenfalls eine Deputation mit einer Adreſſe an die Reichsverſammlung zur Unterſtützung der Schritte des Senates abzuſenden, welche Adreſſe zugleich die Verſicherung enthalte, daß die geſammte Bürgerſchaft zum Schutz der Reichsverſammlung bereit ſtehe." Endlich auf den Antrag des Hrn. Dr. Jucho: „Den ältern Herrn Bürgermeiſter zu erſuchen, ſich mit dem Präſidenten der verfaſſunggebenden Verſammlung ſofort zu dem Reichskriegsminiſter zu begeben, um von dieſem die nöthigen einſtweiligen Vorkehrungen allenfalls durch Konſignirung der Truppen, gegen die Wiederkehr ähnlicher Ausbrüche der rohen Wuth zu treffen." Nachdem noch die vorläufige Mittheilung eingegangen war, daß der Senat ſich auf den Antrag, eine gemiſchte Volksbewaffnungskommiſſion niederzuſetzen, vollkommen beipflichtend geäußert habe wurde die Sitzung auf eine halbe Stunde bis zur Entwerfung der Adreſſe an die Nationalverſammlung, vertagt.

: **Frankfurt**, 14. Mai. Markgraf Max, Bruder des Großherzogs von Baden, iſt hier eingetroffen. Die Nachrichten aus dem Badiſchen lauten fortwährend beunruhigend.

* **Wien**, 10. Mai. Wir erhalten endlich authentiſche Nachrichten über den Einmarſch der Ruſſen, bekräftigt durch die einſtweilige Einſtellung des Güteverkehrs auf der Nord- und Staatsbahn. Unter dem Oberbefehl des Fürſten Paskiewicz ſind jetzt 106,000 Mann ruſſiſche Truppen, worunter 23,000 Mann Kavallerie, im Anmarſche begriffen und theilweiſe ſchon auf unſerem Boden. Am 4. Mai zogen 17,000 Mann über Krakau zu uns herüber. Am folgenden Tage 22,000 Mann mit 11,450 Pferden. Am 8. überſchritten 15,000 Mann zu Tarnogrod und 26,000 Mann zu Brody die öſterreichiſche Grenze, mit ihnen 9800 Pferde. Am 9. rücken in Woloſczyo 17,000 Mann ein und am 11. werden zu Huſſyatyn 9000 Mann nachfolgen. Hierbei ſind die 2 großen Korps nicht mitgerechnet, welche über die Bukowina und Walachei nach Siebenbürgen marſchiren. Unter Feldmarſchall Paskiewicz kommandiren als oberſte Heerführer die Generale Rüdiger und Tſcheodajeff. Die Truppen bringen ſämmtlich alles dasjenige in natura mit, was ſie für die erſten 15 Tage, welche ſie auf unſerem Gebiete zubringen, bedürfen. Vom 15. Tage an werden alle Bedürfniſſe auf gewöhnlichem Lieferungswege gegen ſofortige Baarzahlung beigeſchafft. Man vermuthet, daß Görgey mit ſeiner auf 80,000 Mann geſchätzten Armee gegen Mähren und Schleſien marſchirt ſei. Nach anderweitigen Nachrichten ſind die Grenzpäſſe Mährens bereits ſämmtlich militäriſch beſetzt mit Ausnahme jenes von Sodomierczyk, welcher einſtweilen, bis Militär aus Göding anlangt, von dem dortigen Landſturm bewacht wird. Die letzte Kavalleriekolonne des ſiebenbürgiſchen Armeekorps rückte am 26. April in Orſowa ein, wonach alſo dieſes ganze Korps im Banate ſteht. Die Zahl der Magyaren in Kronſtadt war nur gering. Das Schloß und die Anhöhen waren mit Kanonen beſetzt und eine Proklamation verhieß Beſchießung der Stadt bei der geringſten Bewegung oder beim Anrücken der Ruſſen. Bei Sillein hat ein kleines Gefecht ſtattgefunden, in Folge deſſen die Oeſterreicher ſich auf das rechte Ufer der Waag zurückzogen. Der Verluſt derſelben war bei 40 Todte oder Verwundete. Auch unweit Pollena, auf der Straße von Stry nach Munkacs, fand ein Gefecht ſtatt; eine öſterreichiſche Kolonne, bei der 2 Bataillone Deutſchmeiſter mit 9 leichten Geſchützen, hatte ſich zu weit vorgewagt und wurde von einer überwiegenden Anzahl Magyaren mit 18 Zwölfpfündern angegriffen. Es kam nur zu Schußgefechten, doch konnten die Oeſterreicher dem überlegenen feindlichen Geſchützfeuer der Magyaren nicht widerſtehen und mußten ſich, nachdem ſie mehrere Geſchütze vernagelt hatten, zurückziehen. Beſonders litt ein Bataillon Deutſchmeiſter, zumeiſt aus Wienern beſtehend. Sie hielten, ohne zu weichen, im heftigſten Kugelregen aus, bis man ihnen zurückzumarſchiren befahl. 17 Offiziere blieben. Auch der Oberſt des Regiments, v. Bubna, wurde ſchwer verwundet nach Stry gebracht, wo er ſtarb. Ueber die Stellung des F.M.L. Vogel wird mancherlei behauptet, während die Einen ihn in Kaſchau und den G.M. Benedek in Käsmark ſagen, behaupten die Andern, er ſei wieder nach Galizien zurückgegangen. Bei Budatin und Warin mußte Oberſt Trenk dem 3000 Mann ſtarken Feinde, dem er nur 14 Kompagnien entgegenſtellen konnte, weichen und ſich nach Jablunka zurückziehen. Zu Ehren der am 7. in Agram erfolgten Ankunft des Ban Jellacic wurden alle Glocken geläutet und die Stadt war Abends auf das Feſtlichſte beleuchtet. Der Ban gedachte am andern Tage wieder abzureiſen. Die Agramer Zeitung, die hierüber mit großen Lettern berichtet, gibt ſich der Hoffnung ſeiner bleibenden Wiederkehr hin, um durch ſeine kräftige und wirkſame Verwendung das Land, deſſen Oberhaupt er iſt, aller Wohlthaten, die ſich auf Gerechtigkeit und billige Forderungen gründen, theilhaftig zu machen. Geſtern Nachmittags kamen wieder große Züge von Verwundeten und Kranken von der Armee in Ungarn hier an und wurden in das Militärſpital gebracht. Verfaſſer, Drucker und Verleger der während des Belagerungszuſtandes bereits verbotenen Broſchüre „die Revolution

in „Wien" ſind wegen des dennoch ſtatt gehabten Erſcheinens des 7. Bandes zu 1jährigem, 8monatlichem und 6wöchentlichem Arreſt, und der Verfaſſer Unterreiter zu 1jährigem Feſtungsarreſt verurtheilt worden. Nach Linz, Prag und Grätz ſind Miniſterialweiſungen ergangen, alle bis jetzt (d. h. unter der Herrſchaft des alten Preßgeſetzes) anhängig gemachten Staatsprozeſſe in Preßſachen fallen zu laſſen. Das in Böhmen liegende Palatinal-Huſaren-Regiment wird nach Tyrol dislozirt werden.

Prag, 10. Mai Morgens. Soeben wird der Belagerungszuſtand für Prag und Umgegend proclamirt. Aufrufe aus dem aufrühreriſchen Nachbarlande, heißt es in dem Plakat des Kommandirenden Khevenhüller, ſeien verbreitet worden; eine verbrecheriſche Fraction wolle Revolution machen, darum werde Prag und 15 Ortſchaften in Belagerungszuſtand erklärt. Die Nationalgarde bleibt fortbeſtehen, aus ſtrategiſchen Rückſichten, jedoch wird die Garde und Bürgerwehr der Kleinſeite entwaffnet; die Kanonen aber überall der Garde abgenommen. Die Preſſe iſt ſuspendirt, ohne Bewilligung der Militärbehörde darf nichts gedruckt werden, die politiſchen Behörden haben nur unter Aufſicht der Militärbehörde weiter zu fungiren. Die Stimmung iſt ſehr überraſcht, jedoch nicht bedeutend aufgeregt. Einige Mitglieder der Slowanska Lipa ſind verhaftet worden. Die Stadt iſt ruhig. (D. A. Z.)

Berlin, 10. Mai. Das neue Wahlgeſetz hat auf Stüve's Veranlaſſung, der zu Rath gezogen wurde, nachträgliche Modifikationen erhalten. Es iſt vorgeſtern unterzeichnet worden und wird binnen Kurzem erſcheinen. Preußen und Frankfurt haben die belgiſche Regierung zu veranlaſſen geſucht, das Spiel in Spaa aufzuheben. Aber die belgiſche Regierung hat darauf hingewieſen, daß, ſo lange die Lotterien in Preußen und Deutſchland große Summen aus dem Auslande an ſich ziehen, dies unmöglich geſchehen kann. (Köln. Z.)

** **Berlin**, 11. Mai. Auf die Nachricht von dem Rücktritt des Reichsminiſteriums iſt in beſonderer Miſſion der ehemalige Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten, Mitglied der erſten Kammer, Freiherr v. Canitz, geſtern Abend ſchleunig nach Wien gereiſt. Diesmal alſo Freiherr v. Canitz mit einer Inſtruktion des Herrn v. Radowitz, wie im Jahr 1848 Herr v. Radowitz mit einer Inſtruktion von Baron Canitz! Die Wahl dieſes Botſchafters iſt ominös; Herr v. Canitz hat die Unterwürfigkeits-Politik gegenüber dem Kabinet von Wien während der Verwaltung des preußiſchen auswärtigen Amts bis zur Karrikatur outrirt; ſein jüngſt erſchienenes Schriftchen ward nachſichtig ignorirt; der Verfaſſer wußte ſich wohl à l'abri der Unbedeutendheit; denn auf Dementi's hätte derſelbe ſich ſonſt gefaßt halten müſſen. Wir erwähnen dies auch nur beiläufig, da das Miniſterium durch dieſe Wahl Herrn v. Canitz aus dem Staube der glücklichſten Vergeſſenheit gezogen hat. Seit der Ernennung des Grafen Arnim iſt der „traditionellen" Politik keine ſo eklatante Huldigung dargebracht, als mit dieſer Wahl! Indeſſen, ſo gern geſehen Baron Canitz am Hoflager des Kaiſers ſein wird, iſt nicht zu überſehen, daß derſelbe in ſeinen Anſichten und Richtungen eine in unterrichteten Kreiſen ſprüchwörtlich gewordene Flexibilität beſitzt.

× **Königsberg**, 10. Mai. Magiſtrat und Stadtverordnete der hieſigen Haupt- und Reſidenzſtadt haben auf den 19. d. einen Städtetag der Provinz Preußen ausgeſchrieben. Das Polizeipräſidium beeilte ſich, hiervon Anzeige bei der Königlichen Regierung zu machen. Allein die Mitglieder der Regierung ſind mit wenigen Ausnahmen nichts weniger als erbaut von dem Treiben des Miniſteriums Mantruffel und beſchloſſen mit allen Stimmen gegen drei, daß gegen das Unternehmen des Magiſtrats nichts einzuwenden ſei. Der Städtetag wird auf dem hieſigen Rathhauſe abgehalten werden. In dem Widerwillen gegen das jetzige Miniſterium haben unſere politiſchen Parteien, natürlich mit Ausnahme der Preußenvereine, ihre Einigung gefunden.

***Neuß**, 11. Mai. Die Vorräthe des Zeughauſes ſind auf der Erft nach Düſſeldorf geſchafft. Truppen mit Geſchütz ſind eingerückt und mehrere Perſonen zur Haft gebracht.

***Düſſeldorf**, 12. Mai. Die Aufregung iſt noch groß. Geſtern ward ein Uhlane in der Nähe des Jägerhofes von dem Sohne des vorgeſtern gefallenen Fuhrmannes Schwieger erſchoſſen. Die Soldaten erſtachen den Thäter. Elberfeld iſt noch in Revolution. Dr. Höchſter iſt Bürgermeiſter, Aſſeſſor Riotte Präſident des Sicherheitsausſchuſſes. In den Straßen erheben ſich haushohe Barrikaden, zu welchen auch elegante Möbel, koſtbare Seidenballen u. ſ. w. benutzt ſind.

≈ **Dresden**, 11. Mai. (Abends). Vor einigen Stunden ſah ich auf der Leipziger Eiſenbahn die beiden Bataillone des 24. Regiments, ſo wie ein Bataillon von Kaiſer Alexander nach Halle abfahren, ich müßte mich ſehr irren, wenn ihre Beſtimmung nicht nach dem weſtlichen Deutſchland wäre. Die Bataillone vom 20. Regiment ſind nach den Freiberger Gegenden abgegangen. Doch haben mich Offiziere verſichert, daß es ſowohl in Freiberg als Chemnitz beruhigt ſei. Aus Chemnitz wurden über Altenburg und eine halbe Stunde hinter Leipzig, wohl um Aufſehen in der Stadt zu vermeiden, nach dem Dresdener Bahnhof der berüchtigte und in der Dresdner Revolution ſo ſchrecklich wirkſame Ruſſe Bakunin, ſo wie Heubner, Mitglied der proviſoriſchen Regierung, der Poſtſekretär Martin, bekannt als ein fanatiſcher Freund der Polen, unter Militärbedeckung hier eingebracht. Auch Todt iſt gefangen nach Dresden gekommen; er ſoll wahnſinnig geworden ſein. Es iſt zu beklagen, daß dieſe Kraft nun wohl dem Vaterland entzogen wird. Von allen Seiten werden Gefangene nach Dresden eskortirt. Die Kirchen, von denen die Sophienkirche zerſchoſſen, die Frauenkirche für Gefangene hergerichtet iſt, können vielleicht noch nächſten Sonntag für den Gottesdienſt nicht verwendet werden; das Theater iſt, wie man ſich denken kann, noch auf lange Zeit geſchloſſen. Dr. Zſchinsky der Miniſterpräſident iſt beim König, Richard von Frieſen iſt zum Miniſter des Innern ernannt und bereits in großer Thätigkeit. An eine Reaktion der ſächſiſchen Regierung iſt nicht zu denken; die konſtitutionellen Freiheiten werden gewahrt werden, aber für die deutſche Verfaſſung wird ſich Sachſen nun wohl erſt mit Preußen erklären.

* **Dresden**, 12. Mai. Nach amtlicher Mittheilung des Miniſteriums des Innern ſind zur Aufrechthaltung (oder vielmehr Wiederherſtellung) der öffentlichen Ruhe und Sicherheit in Sachſen fünf außerordentliche Regierungsbevollmächtigte ernannt. Ueber den Verluſt an Todten und Verwundeten beim Dresdener Straßenkampf von Seiten der Truppen veröffentlicht das königl. ſächſiſche Kriegsminiſterium unterm 11. Mai eine genaue Liſte. Es ſind darnach im Ganzen an Getödteten geblieben: 31 Mann, nämlich 8 Preußen und 23 Sachſen. An Verwundeten 96 Mann — 31 Preußen und 62 Sachſen. Wenn wir damit die unverhältnißmäßig größere Anzahl der gefallenen Aufſtändiſchen vergleichen — 320 ſind bereits nach der Leipz. Ztg. gezählt — ſo geht doch daraus hervor, welch' einen erſtaunlichen Vortheil das Kriegshandwerk gewährt. Der getödtete Prinz von Rudolſtadt war mit einer Gräfin von Schönburg verheirathet. Der Reichskommiſſär Herr Briegleb hat nach Empfang einer telegraphiſchen Depeſche ſeine Entlaſſung genommen und iſt am 12. Mai, Mittags, von Dresden abgereiſt, wohin er am 10. Abends gekommen war. Seine Thätigkeit beſchränkte ſich auf die Vornahme vorbereitender Schritte bei dem ſächſiſchen Miniſterium.

Frankreich.

0 **Paris**, 11. Mai. Die geſtrige Sitzung mit all' ihrem Gedränge und Lärm, mit ihrer Hitze und Aufregung, war nur die Einleitung zur heutigen, welche jedenfalls die wichtigſte der ganzen Seſſion iſt. Es war bereits zwei Uhr vorüber und noch hatte ſich kein Miniſter ſehen laſſen. Armand Marraſt erklärt, die Kammer werde nicht mehr länger als fünf Minuten warten. Endlich traten ſie herein. Ledru Rollin betritt gleichzeitig die Tribüne, um von Neuem die italieniſche Frage zu beſprechen. Eine ängſtliche Stille nimmt ſeine Worte auf. Es ſei nicht wahr, daß man die Franzoſen nach Civitavecchia gerufen habe; die Bevölkerung ließ ſich blos herbei, ſie einzulaſſen. Er beſitze Briefe, die beweiſen, wie bedeutend die Verluſte der Franzoſen ſind. Zwei Offiziere ſchreiben ihm, Oudinot habe ſeinen Soldaten geſagt, die Neapolitaner ſeien in Rom und es handle ſich, die römiſche Republik gegen ſie zu vertheidigen. Wollt ihr einen neuen Beweis der Mißachtung haben, welche das Gouvernement für dieſe Aſſemblee hegt? Ledru Rollin lieſt den letzten Armeebefehl Changarniers vor, der Brief des Präſidenten an Oudinot ſteht an der Spitze und Changarnier fordert alle Soldaten nochmals zur Treue an dem Oberhaupt des Staates auf. Hierauf faßt der Redner die Stellung des Miniſteriums im Allgemeinen auf: im Auslande

ſeid ihr mit Neapolitanern und Oeſterreichern vereint, im Inland an der Spitze der Kontrerevolution. Vertheidigt euch, oder gebt einen Beweis, daß Oudinot eure Inſtruktionen mißverſtanden hat, ruft die Armee zurück, anerkennt die römiſche Republik! Odilon Barrot nennt die Vorfälle von Rom einen beklagenswerthen Konflikt und fügt hinzu, er ſei der Linken ſehr gelegen gekommen. Hiermit hört die Sitzung für beiläufig zehn Minuten auf, die herausforderndſten Reden durchkreuzen ſich, von allen Seiten hört man das Wort Bürgerkrieg, deſſen Eindruck der berühmte Redner durch eine ſeiner ſchärfſten Improviſationen vergeſſen machen möchte. Endlich erinnert er ſich wieder des eigentlichen Gegenſtandes ſeiner Rede, und gibt es ſelbſt zu, daß die Veröffentlichung der fatalen Briefe im Armeebefehl demſelben einen politiſchen Charakter verleihe, der ihm nicht zuſteht. Darüber möge ſich Changarnier rechtfertigen. Was Italien anbelangt, ſo verſichert er wieder „feierlich und im Angeſichte Gottes“, die Expeditionsarmee ſolle durchaus kein Gouvernement aufſtellen, ſondern blos ein vermittelndes Korps zwiſchen Römern, Neapolitanern und Oeſterreichern ſein. Zum Schluſſe ſtellt er die Forderung auf, die Kammer möge ſich durch ein Votum entweder für die Politik des Kabinets, oder für die von Ledru-Rollin vorgeſchlagene Anerkennung der römiſchen Republik entſcheiden. Bevor ich ſchließe, will ich Ihnen noch das jüngſte Gerücht mittheilen, das in der Kammer zirkulirt. Das Kabinet ſoll von dem Präſidenten der Republik einſtimmig die Abſetzung Changarniers als Oberkommandanten von Paris verlangt haben.

* **Paris**, 11. Mai. Wir fügen den weiteren Verlauf der Sitzung hinzu. Clement Thomas war es geweſen, der zuerſt mit dem Worte Bürgerkrieg Odilon Barrot unterbrochen hatte. Er nahm jetzt das Wort ſich zu rechtfertigen. Ich habe, ſagte er, die größte Achtung vor dem perſönlichen Charakter des Hr. Barrot, aber ich bedaure ihn mit Männern ſich verbinden zu ſehen, die nichts als der verdorbene Nachtrab der Reaktionäre vom Jahr 1815 ſind. Auf dieſe offene Ehrenerklärung eilte Odilon Barrot auf ihn zu, und ſie drückten ſich herzlich die Hände. Die Verſammlung war ſichtlich ergriffen. Doch ließ J. Favre ſich in ſeinen bittern Angriffen auf das Miniſterium nicht ſtören; er las einen Brief des römiſchen Kriegsminiſters (Avezzana) vor, in dem die Verluſte der Franzoſen wohlgefällig aufgezählt werden. Das beleidigte das Nationalgefühl der Verſammlung; nach einer ſtürmiſchen Unterbrechung eilte General Leflo auf die Tribüne, und gab dem Unwillen der Verſammlung Worte. Bedeau und Lafontaine bewieſen ihm offen ihren Dank. Vergebens ſuchte Dupont noch einmal die Verhandlung zum Vortheil ſeiner Partei zu wenden; der Antrag Favres, dem Miniſterium ein Mißtrauensvotum zu geben, fiel durch, ebenſo der Antrag auf Verſetzung der Miniſter in den Anklagezuſtand (ſ. die telegraphiſche Depeſche im Hauptblatt.)

Der erwähnte Tagesbefehl Changarnier's lautet: Soldaten! Ihr habt in den Journalen den Brief geleſen, den der Präſident der Republik an den Befehlshaber der Truppen gerichtet hat, welche ſo muthig aber ohne Erfolg unter den Mauern Roms gekämpft haben. Der General en chef wünſcht, daß der Brief in allen Klaſſen des Militärs bekannt werde. Derſelbe muß die Anhänglichkeit des Heers an das Haupt des Staates befeſtigen; er bildet einen glücklichen Kontraſt mit der Sprache der Männer, die franzöſiſche Soldaten unter dem Feuer des Feindes, ſtatt aller Ermuthigung desavouiren.

Dieſen Tagesbefehl hat Präſident Marraſt ſofort dem Miniſterpräſidenten mitgetheilt und Genugthuung dafür verlangt. Odilon Barrot hat geantwortet, daß er unverzüglich einen Miniſterrath hierüber zuſammenberufen wolle. Die Abſetzung Changarniers wurde in dieſem Rathe beſchloſſen, nachdem der General auf die Einladung, ſelbſt ſeine Entlaſſung einzugeben, verneinend geantwortet hat. Um allen unglücklicherweiſe hieraus entſtehenden Konflikten zuvorzukommen, ſind drei Kavallerieregimenter von Verſailles und St. Germain als Verſtärkung der ſchon ſo bedeutenden Garniſon herbeigezogen worden. Die Aufregung gegen Changarnier iſt unbeſchreiblich; nicht allein, daß er dieſen Brief, nachdem ihn das Miniſterium und die Verſammlung desavouirt hatte, ſeinem Tagesbefehl zu Grunde legt; er lehnt ſich auch ſonſt gegen die Verſammlung auf, indem er das Recht des Präſidenten, die bewaffnete Macht zu requiriren, anzuerkennen geradezu verweigert. Einer Anklage wird er ſchwerlich entgehen.

Italien.

* Die direkten Nachrichten aus dem Kirchenſtaate reichen bis zum 4. Mai. Die Waffenruhe dauerte fort. Die Franzoſen ſtanden noch immer bei Caſtel de Guido, 7 Miglien von Rom. Oudinot ſoll krank ſein, und zweimal zur Ader gelaſſen haben. Garibaldi wollte die Wege abſchneiden, um die Franzoſen zu verhindern, Lebensmittel an ſich zu ziehen. Inzwiſchen iſt die neapolitaniſche Armee in das römiſche Gebiet eingerückt, und Alles rüſtet ſich, ſie zu empfangen. Es wird fortwährend an den Verſchanzungen und Barrikaden gearbeitet. Die Kommiſſion der Barrikaden, beſtehend aus drei Volksvertretern, hat folgende Proklamation im römiſchen Moniteur erlaſſen: „Römer! Der Einzug der Franzoſen in Rom hat begonnen, ſie ſind durch das Thor S. Pancracio als Gefangene eingezogen. Für uns, Volk von Rom, iſt dies kein Wunder; allein es wird einen merkwürdigen Eindruck in Paris hervorbringen. Das iſt gut. Römer! der Angriff wird wieder beginnen; machen wir es ebenſo; beſonders keine Furcht vor den Kanonenkugeln! Die Kanonade erſchüttert die Ohren und ein wenig die Häuſer, allein ſie vermag nicht die feſten Maſſen des Volkes niederzuſchmettern u. ſ. w. Es lebe Italien! Es lebe die Republik!“

Ueber den Einmarſch der Neapolitaner berichtet ein Brief in Galignani's Nachmittags-Meſſenger aus Terracina vom 29. April: Dieſen Morgen bei Tagesanbruch erſchien die ſpaniſche Flotte vor dieſem Hafen. Die Stadt ergab ſich ohne Widerſtand und die päbſtliche Flagge wurde unter dem Jubelruf der Einwohner wieder aufgepflanzt. Einige Stunden nachher zog der König von Neapel in die Stadt ein. Die ſpaniſchen Truppen übergaben unter den gewöhnlichen Feierlichkeiten die Forts an die neapolitaniſchen Truppen, an deren Spitze der König von Neapel marſchirte. Die Stadt iſt ruhig und ſcheint daſelbſt eine große Fröhlichkeit zu herrſchen.

* **Turin**, 7. Mai. Der Miniſterwechſel iſt nun doch eingetreten. Der König hat heute die Entlaſſung des Generallieutenants De Launay als Miniſters der auswärtigen Angelegenheiten und Konſeilpräſidenten angenommen und ihn durch den Ritter Maſſimo Tapparelli d'Azeglio erſetzt. Da der Generallieutenant Ramorino ein Kaſſationsgeſuch gegen das vom Kriegsgericht über ihn verhängte Todesurtheil eingereicht hat, ſo hat der König die Vollſtreckung des Urtheils ſuspendirt, bis der Kaſſationshof ſich ausgeſprochen haben würde. Ramorino greift das Urtheil des Kriegsgerichts auf Grund ſeiner Eigenſchaft als Deputirter an.

* **Florenz**, 5. Mai. Ein Korps von 10,000 Oeſterreichern iſt von Maſſa her auf toskaniſches Gebiet vorgerückt und marſchirt über Pietra Santa auf Lukka los. Der kommandirende General Aſpre hat zwei Proklamationen erlaſſen, worin er erklärt, daß ſeine Expedition keinen andern Zweck habe, als die Wiederherſtellung der öffentlichen Ruhe. Die interimiſtiſche Regierung hat dieſe Intervention nur auf indirektem Wege erfahren. Der Großherzog aber hat jedenfalls darum gewußt, denn gleichzeitig iſt die Einſetzung eines außerordentlichen Regierungskommiſſärs bekannt gemacht worden. Dieſer Kommiſſär, Graf Serriſtori, der am 3. Mai von Gaeta in Florenz ankam, hat nämlich am 4. Mai ſein Amt angetreten, an demſelben Tage, wo General Aſpre in ſeiner Proklamation ſagte, daß er auf die Mitwirkung des Regierungskommiſſärs zähle. Die erſte Handlung des letzteren war, die proviſoriſche Regierungskommiſſion und ihr Miniſterium aufzulöſen. Zwar hat Graf Serriſtori ſogleich wieder alle Miniſter in ihren Poſten beſtätigt, mit Ausnahme eines einzigen, der ſich weigerte anzunehmen; allein als dieſen Morgen die Nachricht von dem Einzug der Oeſterreicher ankam, gab das geſammte Miniſterium ſeine Entlaſſung ein.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 14. Mai.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5 pCt. Metall. $73\frac{5}{8}$; $2\frac{1}{2}$ pCt. Metall. $39\frac{1}{4}$; Bank-Aktien fl. 1135; fl. 500. Looſe $123\frac{1}{2}$; fl. 250. Looſe 75; Badiſche fl. 35. Looſe $27\frac{1}{8}$; Heſſ. Rthlr. 40 Looſe 27; Großherzgl. Heſſ. 50 fl. Looſe $69\frac{3}{4}$; Polniſche fl. 500 Looſe $72\frac{3}{8}$; Friedr. Wilhelm-Nordbahn $32\frac{7}{8}$; Bexbach $69\frac{1}{2}$; Köln-Minden $75\frac{3}{4}$; 3 pCt. inländiſche Spanier $24\frac{1}{8}$; $4\frac{1}{2}$ pCt. Würtemberg. 91; 5pCt. Bad. $95\frac{1}{2}$; 5pCt. Naſſ. $99\frac{3}{4}$; Belg. $83\frac{3}{8}$; Integ. 50.

Für Belgiſche und Holl. Papiere zahlte man beſſere Courſe. Oeſterr. Fonds feſt bei geringem Handel. Im Uebrigen keine weſentliche Veränderung.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 134. Frankfurt a. M., Dienſtag 15. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Das Interregnum.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 14. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Beſchlüſſe der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats. Die Offenburger Volksverſammlung.) Wien (Die Abreiſe des Kaiſers. Ungariſche Nachrichten. Fünfkirchen für Koſſuth. Die Stimmung der Stadt. Die Ruſſen.) Berlin (Die Ultras. Die deutſche Sache.) Stettin (Truppendislokation.) Aus dem Bergiſchen (Der Remſcheider Gemeinderath gegen die Einberufung der Landwehr.) München (Der König. Die Nürnberger Adreſſe zurückgewieſen. Bildung eines Lagers außerhalb der Stadt.) Kaiserslautern (Erklärung des Hrn. Eiſenſtuck.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Die Freikorps und die Bürgerwehr.) Dresden (Kampfſcenen. Die Poſt. Keine ſtandrechtliche Hinrichtung. Die Zahl der preußiſchen Truppen. Verhaftungen. Der Schade an Gebäuden.) Freiberg (Der Rückzug der Freiſchaaren.) Raſtatt (Struve und Blind nach Bruchſal gebracht.) Schwerin (Zweideutige Regierungserklärung in der deutſchen Angelegenheit.) Oldenburg (Verkündigung der Reichsverfaſſung.) Schleswig (Stellung der Truppen. Das neue däniſche Linienſchiff.) Lübeck (Die Reichsverfaſſung verkündigt. Kanonenſchaluppe.)

Großbritannien. London (Interpellation im Unterhauſe über den Einmarſch der Ruſſen in Ungarn. Die iriſche Hilfsarmenſteuer. Das Kaſſationsgeſuch Smith O'Briens verworfen.)

Frankreich. Paris (Der Streit zwiſchen Odilon Barrot und Changarnier. Seine Beilegung. Energiſche Erklärung der Regierung gegen Rußland. Römiſche Depeſche.)

Italien. Rom (Die Neapolitaner bei Velletri. Die Unterhandlungen vor dem Angriff der Franzoſen.) Florenz (Der Kommiſſär fordert die Oeſterreicher auf, um Livorno zu beſetzen.)

---

14. Mai.

Wohl hatten Leipzigs Bürger einen harten Stand, als ſie ſich für die Reichsverfaſſung erheben und gleichzeitig gegen diejenigen kämpfen mußten, für welche die Reichsverfaſſung nur eine Barrikade iſt, um zu ihren politiſchen Tollheiten zu gelangen. Aber wo kämpfen wir nicht alle denſelben Kampf, welche nicht von blinder Leidenſchaft das Heil des Vaterlandes erwarten, ſondern von ruhiger Beſonnenheit? Müſſen wir uns nicht fortwährend nach beiden Seiten wehren? Rechts und links von uns ſtehen äußerſte Parteien, ſehr verſchieden in ihren Abſichten, einig in ihren Mitteln, in dem Wunſche, mit roher Gewalt auf einander zu ſchlagen. Der Weg der Geſetzlichkeit iſt in Baden, in der Pfalz, am Rhein bereits offen verlaſſen, ja die Politik der preußiſchen Miniſter hat es dahin gebracht, daß ſelbſt in Weſtphalen und der Grafſchaft Mark, Landſchaften, deren Treue ein Sprichwort geworden, der Sinn für Geſetzlichkeit wankt. So blind und ziellos wogen an manchen Orten die Leidenſchaften bereits durcheinander, daß man über den Streit beinahe die Urſache vergißt. Man thut wohl ſich dieſelbe noch einmal klar zu betrachten.

Die Reichsverſammlung hatte nach Ueberwindung von Schwierigkeiten, welche faſt unüberſteiglich ſchienen, ihre Aufgabe endlich gelöſt und eine Verfaſſung zu Stande gebracht. Selbſt Diejenigen, welche das Recht der Verſammlung, die Verfaſſung einſeitig ohne Zuſtimmung der Regierungen zu Stande zu bringen, am lebhafteſten beſtritten, räumten doch ein, daß es, alle Umſtände wohl erwogen, für die Verſammlung nicht möglich ſei, neue Aenderungen in der Verfaſſung vorzunehmen. Und wenn ſie es könnte, ſo würde eben durch jene Aenderungen die Einmüthigkeit zerſtört ſein, mit welcher das Volk ſich für die Verfaſſung ausſpricht. Die meiſten Regierungen haben ſich für die Verfaſſung erklärt, und auch die übrigen würden es jetzt längſt gethan haben, ſobald der König von Preußen die Kaiſerwürde auf Grund der Verfaſſung angenommen hätte. Wenn Preußen dennoch die Verfaſſung verwarf, ſo ſollte man denken, daß es nicht ohne die gewichtigſten Gründe geſchehen ſei. Aber wenn wir die angegebenen Gründe, wenn wir die neulich im preußiſchen Staats-Anzeiger abgedruckte Staatsſchrift prüfen, ſo wird eigentlich nur ein hauptſächlicher Grund, weshalb die Verfaſſung abzulehnen ſei, angeführt, weil ſie das Mittel gewähre, die monarchiſche Verfaſſung auf geſetzlichem Wege in eine Republik zu verwandeln, nämlich durch das ſuspenſive Veto. Worin beſtehet dieſe angeblich mit der Monarchie unverträgliche Beſtimmung?

Die Verfaſſung kann ohne Genehmigung des Kaiſers nur dann abgeändert werden, wenn in drei ſich unmittelbar folgenden ordentlichen Sitzungsperioden derſelbe Reichstagsbeſchluß unverändert und zwar jedesmal auf folgende Weiſe gefaßt iſt: In jedem der beiden Häuſer, im Staatenhauſe, deſſen Mitglieder zur Hälfte von den Regierungen ernannt ſind, müſſen wenigſtens zwei Drittel der Mitglieder anweſend ſein. Sie müſſen, beide Häuſer, denſelben Beſchluß in zwei Abſtimmungen faſſen, zwiſchen welchen ein Zeitraum von wenigſtens acht Tagen liegen muß. Und bei jeder ſolchen Abſtimmung muß der Beſchluß mit einer Stimmenmehrheit von wenigſtens zwei Dritteln der anweſenden Mitglieder gefaßt werden. Ein jeder vernünftige Menſch ſieht auf der Stelle, daß ein ſolcher Fall niemals, geradezu niemals eintreten kann. Und doch argumentirt die Partei der preußiſchen Miniſter ganz ernſthaft, die Republikaner würden ſogleich wühlen, um auf legalem Wege das Kaiſerthum abzuſchaffen u. ſ. w. Daß ganz Deutſchland von der Nordſee verſchlungen würde, iſt, dagegen gehalten, ein ſehr wahrſcheinlicher Fall, und dieſe Weiſe, nämlich durch Ueberſchwemmung das Kaiſerthum abzuſchaffen, könnte man auch keine illegale nennen. Die Aachener Zeitung hat Recht, wenn ſie die ganze Frage über das ſuspenſive Veto geradezu kindiſch nennt. Und doch ſoll dieſe Abgeſchmacktheit als Vorwand benutzt werden, um ganz Deutſchland mit Blut und Leichen zu füllen? Die Macht, welche dem Kaiſer durch die Verfaſſung eingeräumt wird, iſt weit weit größer, als je ein Nachfolger Karls des Großen ſie beſeſſen, oder, um es deutlicher zu machen, weit größer als die wirkliche Macht, welche der König von England ausübt. Ein König von England denkt nicht daran, einen Beſchluß, der ihm mit zwei drittel Mehrheit von beiden Häuſern vorgelegt wird, auch nur ein einziges Mal zu verwerfen. Hören wir darüber eins der angeſehenſten engliſchen Blätter, den Globe, und ſehen dabei zugleich, wie im „Lande der Erbweisheit ohne Gleichen“, von einem Blatte, welches der engliſchen Regierung am nächſten ſteht, das Verfahren des preußiſchen Miniſteriums beurtheilt wird:

„Düſtere Wetterwolken, ſagt der Globe vom 3. Mai, ſo düſter wie die der Februarrevolution, verfinſtern den deutſchen politiſchen Horizont ringsum. Der ſtolze Eigenwille einzelner Herrſcher und, wie man ſagen muß, der gerecht geſteigerte Verdacht ihrer reſp. Unterthanen, haben endlich eine, mit organiſchen Erſchütterungen, wachſenden Revolutionen, vermiſchte Kriſe erzeugt, welche ſchließlich Alle enttäuſchen wird, ſo ihre Hoffnungen darauf geſetzt haben, daß es dem deutſchen Stamme vergönnt ſein werde, ſeine Einheit auf der Grundlage der Monarchie und erneuerten, aber geſchichtlichen Inſtitutionen friedlich zu gründen... Im Norden löſt ein Souverän nach dem andern die Volksvertretung auf oder vertagt ſie... Es war in der Mode, die Freiſinnigkeit der deutſchen Fürſten zu erheben und ihrer Bereitwilligkeit, Verfaſſungen nach engliſchem Muſter einzuführen, Beifall zu zollen. Jene ſcheinen indeß ganz vergeſſen zu haben, daß, wenn ſie die Segnungen engliſcher Ruhe und geordneter Selbſtregierung herausführen wollen, ſie auch gemeinſinnig die engliſche Verfaſſung, ohne deren eigentliche Triebkraft zu verſtümmeln und deren neuere Entwickelung außer Acht zu laſſen, verpflanzen müſ-

ſen. Die ganze Errungenſchaft (conquest) unſerer langen engliſchen Revolution war der Nichtgebrauch des königlichen Veto und die Ausſchließung des perſönlichen Herrſcherwillens von dem politiſchen Kampfplatze. Aber es war thöricht, zu erwarten, daß das forſchende und republikaniſirte Deutſchland des 19. Jahrhunderts die begränzte Freiheit annehmen werde... Alle perſönlichen Tugenden der guten Königin Viktoria würden ihre ſeltene Popularität nicht hervorgebracht haben, wenn ſie nicht den bewundernswerthen Takt hätte, ihr freies, herzliches Zutrauen den, ihr von dem Parlamente gegebenen, Miniſtern zu ſchenken. Es wäre ſehr gut, wenn einige der Herrſcher, welche Gelegenheit hatten, an Viktoria's Hofe zu verkehren, und den Gang der engliſchen geſetzgebenden Körperſchaften zu beobachten, ſich die Mühe gegeben hätten, das Geheimniß des Glückes dieſer Königin zu lernen. Statt deſſen haben ſie es aber vorgezogen, für geringen Beifall Namensfreiheit, und dieſe noch dazu nur halb, zu bewilligen. Wie Ludwig Philipp haben ſie lieber regieren, als herrſchen wollen, Preußen wird in dieſem Augenblicke von einer Willkür geleitet, welche in England ſeit dem langen Parlamente nicht vorgekommen iſt. Selbſt Georg III. fiel es im Traum nicht ein, ſeine Whig-Miniſter zu entlaſſen, bis ſeine Intrigue ſie in Mißkredit gebracht hatte. Das Miniſterium Brandenburg wird nun in Preußen durch einen dritten Staatsſtreich gehalten. Zuerſt wurde die konſtituirende Verſammlung aufgelöſt, dann eine neue Verfaſſung mit einem modificirten Wahlgeſetz verkündet, und jetzt wird das, nach eben dieſem Wahlgeſetze gewählte Parlament aufgelöſt. Mag eine dieſer Maßregeln noch immerhin entſchuldbar ſein, jede ſolche Zwangshandlung verliert indeß durch öftere Wiederholung ihre Rechtfertigung. Die Fürſten nehmen ein Vor- und Aufſichtsrecht über die Parlamente in Anſpruch, wie ſie ſelbſt der wildeſte Parteieiferer der Königin von England nie zuzuſprechen gewagt hat."

Und der Globe weiß noch nichts von den neuen Staatsſtreichen eben dieſes Miniſteriums. Schon das Geſetz über den Belagerungszuſtand vom 10. Mai iſt eine ſolche neue Gewaltthat. Wir wollen darüber ein Blatt ſprechen laſſen, dem man keine Parteilichkeit gegen das Miniſterium Manteuffel vorwerfen kann, die Conſtitutionelle Zeitung. Sie ſagt darüber am folgenden Morgen: „Cenſur in Breslau und in Poſen; hier ein oktroyirtes Geſetz über den Belagerungszuſtand, welches nicht ausdrücklich die künftige Zuſtimmung der Kammern vorbehält, und nach welchem Kriegsgerichte nicht nur über Rebellen richten können, die mit den Waffen in der Hand ergriffen werden, ſondern auch über Verbreiter „falſcher Gerüchte," über jeden, der irgend ein „im Intereſſe der öffentlichen Sicherheit erlaſſenes Verbot übertritt. Wir wollen nicht wiederholen, welche ſchwere Verantwortlichkeit das Miniſterium mit ſolchen Ausnahmsmaßregeln übernimmt, denn die Sache hat eine viel tiefer gehende Bedeutung: der Revolution wird Tag für Tag Paroli geboten, und hier, wie dort, ſcheint man zu glauben, der Kühnſte werde den Sieg davon tragen."

Und dies Geſetz über den Belagerungszuſtand iſt nur ein Vorläufer zu dem neuen Wahlgeſetze, welches uns vielleicht ſchon morgen der preußiſche Staats-Anzeiger bringt. Wenn man ſo Preußen „beruhigt" hat, ſo wird man ſich gegen Deutſchland wenden, um auch dort die Revolution niederzuwerfen. So folgt Gewaltthat auf Gewaltthat und ein Ende iſt nirgend abzuſehen. Die Partei des Miniſteriums hofft Alles mit Waffengewalt durchzuſetzen, und bei ihrer geringen Weisheit kommt die Thorheit ihrer Gegner ihr ſehr zu Statten. Dieſe wüſten Aufſtände hier und dort im Vaterlande befördern die Zwecke des preußiſchen Miniſteriums mehr, als alles Andere. Die Geſetzloſigkeit, welche im vorigen Jahre herrſchte, war das Kapital, von welchem das Miniſterium bisher verſchwenderiſch gelebt hatte. Es war faſt aufgezehrt, als es plötzlich von Neuem mit Aufſtänden und Unordnungen beſchenkt wird. Auf beiden Seiten toben äußerſte Parteien, und uns könnte faſt der Muth entfallen, es mit beiden aufzunehmen.

Und doch iſt es unſere Pflicht, gegen Beide zu kämpfen und alle Redlichen und Einſichtigen im Vaterlande aufzufordern, ſich der drohenden Willkürherrſchaft von oben und von unten gleich entſchloſſen zu widerſetzen. Wer ſoll dem drohenden Bürgerkriege wehren? Noch blickt ganz Deutſchland hoffend auf die Nationalverſammlung, in welcher die gemäßigte und beſonnene Partei bis jetzt die Oberhand behalten hat. Sie wird es aber ſchwer haben ſobald täglich einer oder der andere zaghaft von dannen geht und mehr an ſeine eigene Sicherheit und Bequemlichkeit denkt, als an das Wohl und die Rettung des Vaterlandes. Und äußere Kraft iſt ohnedieß gelähmt, ſobald Reichsgewalt und Reichsverſammlung nicht mehr zuſammengehn. Wenn Gagerns ſo gemäßigtes Programm die Billigung des Reichsverweſers nicht erhält, ſo iſt die Bildung eines andern Miniſteriums nur ein Schattenſpiel. Denn ein ſolches Miniſterium kann ja in der Reichsverſammlung keine Mehrheit erhalten. So wenig tröſtlich die Lage der Reichsverſammlung iſt, ſo muß ſie doch ausharren und Alles verlieren, nur die Ehre nicht. Ihre Ehre aber beſteht darin, daß ſie ſelbſt den Weg des Geſetzes nicht verläßt. Mag ſie ſelbſt untergehn; ihr Werk, das iſt unſere Ueberzeugung, iſt ein immerwährender Beſitz des deutſchen Volkes. Als auf der aufgeſchlagenen Reichsverfaſſung dem Könige von Preußen die ſchönſte Krone der Erde dargeboten ward, da ward von allen Seiten eindringlich vorgeſtellt, daß nur die ungeſäumte Annahme der Verfaſſung der Talisman ſei, um die heraufziehenden Stürme zu beſchwören. Das hat ſich inzwiſchen vielfach bewahrheitet. Es iſt wahrhaft abgeſchmackt, Sachſens Beiſpiel dagegen anzuführen. die Nichtannahme der Verfaſſung hat dort blutigen Bürgerkrieg und das Hervorbrechen der ſchlimmſten Beſtrebungen verſchuldet. In Würtemberg waren republikaniſche Neigungen und Umſturzgelüſte nicht minder reichlich vorhanden, aber die Annahme der Verfaſſung beſchwichtigte und bannte ſie. Der preußiſche Hof hat wohl Urſache, noch einmal zu überlegen, ob er weiter fortſchreiten ſoll auf dem Wege des Unheils und alle Schrecken des Bürgerkrieges über Deutſchland entfeſſeln. Bereits iſt ſein eigener Staat, der ſo feſt begründet ſchien, in ſeiner Tiefe, bis zu ſeiner Wehrverfaſſung erſchüttert. Das ganze Land von Trier bis Königsberg beſchwört den König um Entlaſſung des Miniſteriums Manteuffel, welches ein anderer Name geworden iſt für undeutſche Politik. Wenn Preußen dieſes Miniſterium und deſſen unſelige Politik aufgibt, wenn es die Reichsgewalt nicht proviſoriſch, ſondern definitiv übernimmt, ſo kann Deutſchland vielleicht noch jetzt gerettet werden.

Wie lange ſoll das Interregnum währen? Möge ſie endlich enden, die kaiſerloſe, die ſchreckliche Zeit!

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 14. Mai.

Nachmittags-Sitzung.

Vier Uhr ½ Nachmittags eröffnet der Präſident Herr Reh die Sitzung. Er verlieſt zunächſt eine Zuſchrift der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaates Frankfurt in Bezug auf die geſtern Abend von den Soldaten verſchiedener Truppenkörper verübten groben Mißhandlungen, die bereits einen Todesfall zur Folge gehabt haben. Die Vertreter der Stadt Frankfurt ſprechen darneben den Wunſch aus, daß ihren Bürgern ohne Weiteres und allein der Schutz der Nationalverſammlung anvertraut werde. (Beifall von der Linken.)

Der inzwiſchentliche Reichskriegsminiſter Herr v. Peucker beſteigt darnach die Rednerbühne zu der Mittheilung:

„Die Centralgewalt beklagt wie irgend Jemand in dieſer hohen Verſammlung die bedauernswerthen Exceſſe, welche geſtern hierſelbſt durch Soldaten der Garniſon verübt worden ſind, und es bedarf wohl nicht erſt der Verſicherung, daß die ſtrengſte Unterſuchung gegen alle unmittelbar und mittelbar Betheiligten bereits im Gange iſt und die ermittelten Schuldigen nach aller Schärfe des Geſetzes werden beſtraft werden. Die Aufrechthaltung der Disciplin, welche die unerläßliche Grundlage militäriſcher Tüchtigkeit iſt, wird vom Reichskriegsminiſterium als eine der wichtigſten Aufgaben erkannt. Es liegt die Anordnung der nöthigen Maßregeln vor zur Vorbeugung einer Wiederholung ähnlicher Unfälle, ſowie auch zum wirkſamen Schutze dieſer hohen Verſammlung, ebenſo ſehr in ſeinen Pflichten wie in ſeinen Rechten. Dasſelbe bittet daher die hohe Verſammlung: mit Vertrauen ihm dieſe Anordnungen nach Maßgabe deſſen zu überlaſſen, was auf den Grund der Ergebniſſe der Unterſuchung ſelbſt als zweckmäßig erachtet werden kann.

Das Oberkommando der hieſigen Truppen hat in Bezug auf die für die nächſte Zeit zu nehmenden Vorſichtsmaßregeln bereits heute Mittag die Kommandeure ſämmtlicher Truppen mit den erforderlichen Weiſungen verſehen.

Die Frage: ob den Soldaten das Tragen der Waffen außer Dienſt zu geſtatten ſei, iſt ziemlich in allen Armeen vielfach berathen, und es ſind dabei die Gründe, welche für die Bejahung ſtimmen, aus allgemeinen militäriſchen Beziehungen ſtets als übereinſtimmend erkannt worden.

Das Reichskriegsminiſterium kann daher aus dem vorliegenden einzelnen Falle, ſo beklagenswerth es auch immer iſt, nicht eine Berechtigung zur Anordnung allgemeiner Maßregeln ableiten, welche tief in das militäriſche Leben eingreifen."

Namens des Dreißiger-Ausſchuſſes, dem die betreffenden Anträge zur Begutachtung überwieſen ſind, berichtet Hr. Backhaus, daß das Erachten des Ausſchuſſes dahin gehe, die Centralgewalt aufzufordern, daß ein Wechſel der Frankfurter Garniſon ſtattfinde und daß dieſelbe aus Truppen von ſolchen Staaten erſetzt werde, welche die Verfaſſung anerkannt haben.

Hr. Stedmann erklärt für die Minderheit des Dreißiger-Ausſchuſſes, daß dieſelbe, bevor die Beantwortung des Reichskriegsminiſters erfolgt geweſen, zu keinem Beſchluſſe habe gelangen können und Herr v. Peucker erinnert wiederholt daran, daß der Schutz der Verſammlung eine Pflicht der Centralgewalt ſei und daß man ihr daher auch die Rechte nicht ſchmälern dürfe, ohne welche die Erfüllung ihrer Pflicht zur Unmöglichkeit werde. Ein Beſchluß aber wie der beantragte greife in die Exekution ein.

Da das Protokoll des Dreißiger-Ausſchuſſes, deſſen Erachten der Berathung zur Unterlage dienen ſolle, erſt herbeizuſchaffen iſt, ſo wird indeſſen zum erſten Gegenſtande der für heute feſtgeſetzten Tagesordnung vorgeſchritten, nämlich zur Wahl eines Vicepräſidenten des Hauſes. Von 306 Abſtimmenden hat Hr. Biedermann aus Leipzig 157 Stimmen erhalten (Herr Löwe von Kalbe 141) und wird daher als zum erſten Vicepräſidenten erwählt verkündet. „Der überraſchende Beweis von Vertrauen, ſagt Hr. Biedermann, in den Worten, womit er das Amt annimmt, den ich ſo eben von Ihnen empfange, zeigt mir, daß noch immer ein gemeinſamer Mittelpunkt für beide Richtungen, in die ſich neuerdings die Mehrheit dieſer Verſammlung geſpalten hat, vorhanden iſt. Wie ſich denn alle, die es aufrichtig mit der Verfaſſung meinen, im gegenwärtigen Augenblicke zu dem Einen Zwecke zu vereinigen haben: zur Rettung des Vaterlandes." (Beifall von der Mehrheit des Hauſes.)

Hr. Backhaus ſtellt jetzt den formulirten Antrag für die Mehrheit des Dreißiger-Ausſchuſſes in dem oben mitgetheilten Sinne, während die Minderheit des Ausſchuſſes beantragt, in Betracht der vom Kriegsminiſter gegebenen Erklärungen zur motivirten Tagesordnung über den Antrag der Ausſchußmehrheit überzugehen. Dazu werden mehrere Verbeſſerungsanträge geſtellt, auf einen gemiſchten Unterſuchungsausſchuß, auf Verbot des Waffentragens außer Dienſt u. A.

Hr. Plathner ſpricht für den Antrag der Minderheit des Dreißigerausſchuſſes. Er mahnt an die Beſonnenheit, die Volksvertretern gezieme, und welche die Verſammlung auch dieſem Falle gegenüber nicht verlaſſen dürfe. Der Heerbefehl iſt Sache der Centralgewalt und was den Garniſonswechſel anlangt, ſo erinnert er daran, daß wenn z. B. die Preußen aus Frankfurt weggewieſen würden, damit auch das preußiſche Volk beleidigt würde, „welches identiſch ſei, mit dem preußiſchen Heer."

Hr. Raveaux: So hätten wohl auch die preußiſchen Regimenter die in Sachſen einfielen, im Sinne des preußiſchen Volkes gehandelt? Ich würde mich ſchämen ein Preuße zu ſein, wenn dies behauptet werden könnte. Hr. Raveaux ſucht vielmehr zu beweiſen, daß die preußiſchen Linientruppen nur ein blindes und widerwilliges Werkzeug in der Hand der despotiſchen Reaktion ſeien. Der Tagesbefehl des Erzherzogs, der die Soldaten zum Gehorſam und zur Treue ermahnt, iſt nach ihm von höchſt gefährlicher Tendenz, auch hier werde die Bewegung für die Reichsverfaſſung fortwährend als Anarchie bezeichnet, von dem Vaterlandsverrath rebelliſcher Fürſten aber ſei niemals die Rede. Die Beſetzung Frankfurts mit Truppen, die auf die Verfaſſung vereidigt ſind, iſt eine Nothwendigkeit und wenn die Verſammlung noch immer nicht ans Handeln, ſich nicht an die Spitze der Bewegung ſtellen will ſo wird die Bewegung in andere Hände fallen, in Hände von Perſonen, die weit, weit über alle Parteien der Paulskirche hinaus ſind. Das Vaterland iſt in der größten Gefahr und Sie rufen: kein Eingriff in die Exekutive, Sie wollen uns nicht einmal den Punkt ſichern, auf dem wir uns ſelbſt befinden — Frankfurt.

Hr. v. Peucker: Der Abgeordnete Hr. Raveaux hat u. A. der Verſammlung geſagt, die Centralgewalt habe nichts für die Sicherheit von Raſtatt, nichts für das Wiedererringen dieſer wichtigen Grenzfeſtung gethan. Schöpft Hr. Raveaux etwa das Recht zu dieſer Behauptung daraus, daß ihn die Centralgewalt nicht ausdrücklich von den Maßregeln in Kenntniß ſetzt, die ſie für die Wohlfahrt und Ordnung des Vaterlands ergreift? Damit widerſpricht der Redner den Aeußerungen Herrn Raveaux's auf das Beſtimmteſte.

Nachdem der Schluß der Debatte beliebt worden, bemerkt Hr. Stedmann für die Minderheit des Ausſchuſſes: die Truppen heißt es, würden hier behalten, damit ſich aus ihren Reibungen mit den Bürgern ein „Putſch" entwickele. Nun, ich erinnere an einen Putſch, der vor einem halben Jahre hier ſtattfand, deſſen Wiederholung wir gewiß nicht wünſchen und wo es ein großes Glück war, daß dieſe braven Truppen ihre Schuldigkeit thaten, ohne irgend welche politiſche Bedenklichkeit. Auch muß ich als ein preußiſcher Bürger beſtätigen, daß in der That in Preußen Volk und Heer identiſch ſind, und wenn Sie alle Bewegung, die wir hier und da allerdings als Anarchie bezeichnen, für eine Bewegung für die Reichsverfaſſung ausgeben, ſo frage ich Sie iſt nicht grade in Baden die Reichsverfaſſung vollkommen anerkannt. Hört! hört! und lebhafter Beifall von der Rechten und aus der Mitte, beim Schluſſe von Stedmanns Worten, welche die Annahme der Mehrheitsanträge dringend widerräth.

Für dieſe Mehrheit tritt Herr Ludwig Simon auf. Iſt etwa das Miniſterium Brandenburg identiſch mit dem preußiſchen Volke? Ihr (zur Rechten) Vertrauen auf die Fürſten iſt grimmig getäuſcht worden, alle Ihre Vorausſetzungen haben ſich gegen Sie gewendet und auch das Vertrauen auf die ſchlichte Ehrlichkeit im tyroler Gewande, die Sie zum Reichsverweſer erwählten, nicht „weil" ſondern „obgleich" ſie ein Fürſt war. Wir ſollen nicht in die Exekution eingreifen. Wohlan ſo thue die Centralgewalt ihre Schuldigkeit. Wir hätten die Lawine abgelöſt und ins Thal gerollt? Nein, die rothe Monarchie im Norden hat es gethan, Herr Wernher v. Nierſtein. 34 Millionen Deutſcher waren einig über die Reichsverfaſſung, nur vier Königsfamilien waren nicht dafür disponirt. Wen beſchuldigen Sie nun der Anarchie? In Raſtatt herrſchen keine Aufrührer, ſondern Soldaten, wie ich aus guter Quelle weiß, die auf die Reichsverfaſſung vereidet ſein wollen. Nicht in den Konflikten iſt für mich der eigentliche Anlaß unſeres Antrags enthalten, ſondern in den Umſtänden, aus welchen dieſe Konflikte hervorgehen: der Zwieſpalt unter den Truppen, das Umringen mit verfaſſungsfeindlichen Truppen, das Verbot des Waffentragens an die Bürger. In Bockenheim iſt der Bürgerwehr bedeutet worden, daß ihr der Exerzierplatz verboten ſei und einer Abtheilung, die ſich dorthin zur Uebung begab, ſind vom Militär die Waffen abgenommen worden. (Stürmiſches Pfui! von der Linken. das iſt eine Infamie!) alle hieſigen politiſchen Vereine mahnen zur Ruhe und zum Frieden. Wie aber der Herr Kriegsminiſter? Der Redner verlieſt den Tagesbefehl an die deutſchen Truppen, worin über die Reichsverfaſſung leicht hingegangen und dafür der „Wohlſtand" und die „Ordnung" des Vaterlandes deſto lebhafter hervorgehoben werde. Wir wollen aber dieſe Ordnung nur unter der Reichsverfaſſung aber es ſcheint, daß es eine rechte Partei gibt, die ebenfalls die Reichsverfaſſung nur zum Vorwand ihrer Abſichten nimmt. Wollen Sie nun warten, bis Sie vollkommen cernirt ſind und bis man ſie fragt: „Wollen Sie, oder wollen Sie nicht?" So warten Sie denn bis das Gewebe des Verraths rings um die Paulskirche geſchlungen iſt. Wir aber (von der Linken) wollen uns nicht feig ergeben. Wir halten feſt auf unſerm Poſten aus und ſollten ſich die Bajonnette gegen unſre Bruſt richten — ſo empfangen wir ſie mit Luthers Worten: „Ich kann nicht anders, Gott helfe mir!" Der bewegenden Rede Hrn. Simons folgt ein anhaltender Beifallsſturm unter welchem auf der Rednerbühne erſcheint

Hr. v. Gagern. Tiefe Stille, als der interimiſtiſche Reichsminiſter von ſeinem Rechte der Zwiſchenrede Gebrauch macht: Ich muß bitten, die doppelte Stellung zu unterſcheiden, in der ich mich befinde, einer amtlichen und einer ſtaatsbürgerlichen. Die Schwierigkeit derſelben ſollte Ihnen wohl einige Schonung zur Pflicht machen. Dies bemerkt der Redner einem perſönlichen Vorwurf des Hrn. Simon gegenüber, indem er ſich darauf beſchränkt, den Träger der Centralgewalt gegen Verdächtigungen in Schutz zu nehmen. Sie ſeien ganz unbegründet. „Ich bin mit dem Del-

zweig hierhergekommen," ich werde niemals meine Unterſtützung dazu gewähren, „daß man die Nationalverſammlung trete," aber ich kann auch nicht dulden, daß man die Regierungen trete —" das ſei eine Aeußerung, die der Reichsverweſer noch vor Kurzem an ihn gerichtet. Aber der Erzherzog ſei ſeines Amtes müde und werde es in der kürzeſten Zeit niederlegen. Wir ſind in einer Kriſis. Allein ſie iſt nicht mit einem Schlage zu beenden. Wir wollen gewaffnet ſein, ich werde jede Maßregel unterſtützen, die dazu dienen kann. Aber (zur Linken) geben Sie ſich nicht der Beſorgniß hin, daß es auf einen Angriff wider dieſe Verſammlung abgeſehen ſei. Bei der entſchiedenen Stimmung der Bevölkerung um uns her, würden die wenigen hier befindlichen Truppen nicht einmal dazu im Stande ſein. Auch über andere Beſorgniſſe ſucht der Redner zu beruhigen. Namentlich daß der baieriſchen Pfalz kein Angriff drohe der Verfaſſung wegen. Möchte ſie nur keine Kräfte aufbieten und namentlich keine „fremden Kräfte", die ſo leicht aufgeregt und ſo ſchwer wieder beſchwichtigt ſind! Endlich rechtfertigt Hr. v. Gagern den Tagesbefehl des Kriegsminiſters, und betheuert von dem letztern ſelbſt, daß Niemand in dieſer Verſammlung ſei, der die Durchführung der Reichsverfaſſung lebhafter wünſche und ehrlicher erſtreben könne, als eben der Kriegsminiſter, der ſie unumgänglich nothwendig halte für das Wohl Deutſchlands, für das Wohl Preußens! Bewegung und Beifall. Da hierauf unter dem Eindrucke der gewichtigen Worte Gagerns abgeſtimmt wird — und durch Namensaufruf und zunächſt über den Antrag der Minderheit des Dreißiger-Ausſchuſſes, ſo iſt die Entſcheidung nicht zweifelhaft. Die motivirte Tagesordnung über ſämmtliche Anträge wird angenommen mit 189 gegen 121 Stimmen, wodurch ſich zugleich alle weiteren Abſtimmungen über den Gegenſtand erledigen.

Herr Ludwig Simon bringt daher als einen ſelbſtſtändigen und dringlichen Antrag ein: daß das einſeitig an die Bürger erlaſſene Verbot, Waffen und andere als ſchwarz-roth-goldene Abzeichen zu tragen, als gefährliche Konflikte herbeiführend, von der Verſammlung bezeichnet werde. Die Dringlichkeit wird aber dem Antrage verweigert. Ein Antrag von Umbſcheiden, die Bewegung in der Pfalz unter den Schutz des Reichs zu ſtellen, wird dem Dreißiger-Ausſchuſſe zur Berichterſtattung überwieſen.

Die nächſte Sitzung findet morgen, 11 Uhr Vormittags ſtatt.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 14. Mai. Bei der Fülle des andrängenden Stoffs müſſen wir uns einſtweilen darauf beſchränken, kurz die Reſultate der um zwei Uhr heute Nachmittag wieder aufgenommenen Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats aufzuzeichnen. Der Präſident machte zuvörderſt die Mittheilung, daß der Reichskriegsminiſter der an denſelben entſandten Deputation die Verſicherung gegeben habe, daß das geſammte Militär bereits in ſeine Kaſernen konſignirt ſei. Es wurde darauf die von den Herren Prof. Heſſemer, Hadermann und Dr. A. Friedleben redigirte Adreſſe an die Nationalverſammlung und dann eine von derſelben Kommiſſion entworfene und baldmöglichſt anzuheftende Proclamation an die Einwohnerſchaft, welche dieſelbe, mit Hinweiſung auf die bereits geſchehenen Schritte und im Vertrauen auf die Thätigkeit und den Eifer ihrer Behörden, zu fortgeſetzter Ruhe und Beſonnenheit ermahnt, durch Acclamation genehmigt. Schließlich wurde die inzwiſchen eingelangte Rückäußerung des Senats auf den Beſchluß der Niederſetzung eines Volksbewaffnungsausſchuſſes verleſen, der, wie bereits bemerkt, im Ganzen ſich vollkommen beiſtimmend äußert, dagegen die Ausdehnung der Bewaffnung auf junge Männer unter 19 Jahren für ungeeignet hält, die Zuziehung der Handwerksgeſellen und des Geſindes mit Rückſicht auf die beſtehende Geſetzgebung beanſtandet, die Vorausſetzung ausſpricht, daß es auch hier an der Beſtellung der Waffen auf eigene Koſten ſein Bewenden habe, wegen der Wahl der Führer auf ſeine früheren Erklärungen verweiſt, die Ernennung des Oberſten dagegen unbedingt als ein Recht der vollziehenden Gewalt in Anſpruch nimmt, es endlich als ſelbſtverſtändlich annimmt, daß die Stellung der jetzt aufzuſtellenden bewaffneten Mannſchaft dieſelbe ſei wie die der ſeitherigen Bürgerwehr. Die Verſammlung entſchied indeß mit Stimmenmehrheit, bei ihrem vorgeſtrigen Beſchluß lediglich zu verharren.

Frankfurt, 14. Mai. Von der großen Offenburger Volksverſammlung iſt eine Deputation an den Großherzog von Baden geſchickt, um von demſelben die Bildung eines neuen Miniſteriums und die Berufung der Mitglieder der Nationalverſammlung Chriſt und Brentano in daſſelbe, ferner die Einberufung einer neuen Kammer auf Grund eines neuen Wahlgeſetzes zu verlangen. Im Weigerungsfalle ſoll mit ſofortiger Proklamirung der Republik gedroht worden ſein. Raveaux ſcheint alſo zu ſpät gekommen zu ſein. (Fr. J.)

(Wir wollen bei dieſer Gelegenheit die heute hier umlaufenden Gerüchte nicht unerwähnt laſſen, einerſeits daß der Großherzog die obigen Forderungen bewilligt habe, andererſeits daß die großherzogl. Familie nach der Feſtung Germersheim geflüchtet, eine proviſoriſche Regierung in Karlsruhe eingeſetzt ſei u. ſ. w. Reiſende wollen wiſſen, daß in Karlsruhe gekämpft werde.)

♀ **Wien**, 10. Mai. Statt geſtern, wie es beſtimmt war, fuhr der Kaiſer erſt heute Morgen 4 Uhr mit dem Dampfwagen nach Preßburg. Im Süden Ungarns haben ſich mehrere Städte, darunter auch das reiche Fünfkirchen für Koſſuth erhoben, ſo daß von Gratz eine Militärabtheilung in jene Komitate abgeſandt werden mußte. Peſth, heißt es aus nicht zuverläſſiger Quelle, werde ſo eben bombardirt, weil ein Angriff auf Ofen geſchehen ſei. Der dortige Kommandant, abgeſchnitten von aller Kommunikation mit den Kaiſerlichen, aber wohl verproviantirt, droht ſich in die Luft zu ſprengen und warnt vor jeder Verbindung mit der „polniſch-magyariſchen Republik". Dagegen ließen ſich an einem Tage 900 Freiwillige in Peſth anwerben und Tauſende exerziren, obwohl mit Stöcken ſtatt der noch fehlenden Waffen. Einſtweilen werden Senſen geſchmiedet. Hier verſpürte man weder was von der Anweſenheit noch von der Abreiſe des Kaiſers; die „Gutgeſinnten" jubeln, aber im Stillen und die große Maſſe ſchweigt. Ein neuerliches Urtheil der Militärbehörde, wonach 3 Individuen wegen Druck und Verbreitung einer Broſchüre zu Feſtung- und Stockhausſtrafe kondemnirt wurden, empört um ſo mehr, da dieß jetzt unter den Augen des Kaiſers geſchieht, der doch wenigſtens die offizielle Wiener Zeitung lieſt. Welche Ausſichten für Oeſterreich, wie ein ſolches Regiment durch Siege in Ungarn ſich befeſtigt! Die Ruſſen kommen in einer Zahl von 180,000 Mann an 3 Punkten und der Czaar liefert Frucht und Fleiſch, woran wir bereits Mangel leiden und wofür doch keine Papiere ausgefolgt werden können, wie ſtatt Gold und Silber.

⁑ **Berlin**, 12. Mai. Wohin ſoll das führen? Unſere Ultras werden nachgerade zu Non plus Ultras. Bereits ſchimpfen ſie auf Herrn Eichmann, weil er den Rheiniſchen Städtetag nicht mit Dragonern geſprengt hat, und ſchmähen auf die Königsberger Regierung, weil ſie den preußiſchen Städtetag nicht verboten habe. Der Prinz von Preußen und ganz beſonders die herrliche Prinzeſſin iſt jetzt der Gegenſtand ihrer giftigen Anfeindungen. Seit Dresden unterlag, ſind ſie ſo gierig, wie eine Katze die Blut gekoſtet. Allerdings hat die rothe Fahne, welche dort neben der deutſchen ausgehängt wird, der deutſchen Sache ſehr geſchadet. Der beſitzende Bürger hat ſeit vorigem Sommer einen gründlichen Abſcheu gegen die rothe Farbe. Ueberhaupt iſt er hier abgeſpannt. Zwar iſt die Adreſſe für Anerkennung der Reichsverfaſſung ſchon mit mehr als 13,000 Unterſchriften bedeckt; aber ſie gehören mehr den höchſten und den niedrigen Kreiſen an, als dem Kern des Bürgerſtandes. Die Ereigniſſe am Rhein und in Weſtphalen haben den Uebermuth hier allerdings etwas gedämpft. Man fühlt ſich im eigenen Hauſe nicht ſicher, und wenn man auf dem bisherigen Wege fortſchreitet, ſo begreift man gar nicht, wie man hoffen kann, bei irgend einem neuen Wahlgeſetze am 26. Juni, wo die Kammern wieder zuſammenkommen müſſen, eine Kammer zu erhalten, mit welcher das jetzige Miniſterium nur einen Tag auskommen kann.

. **Stettin**. 11. Mai. Einem heute von hier aus nach Sachſen abgegangenen Bataillone des 24. Regiments folgt morgen nach demſelben Beſtimmungsorte ein 2. Bataillon deſſelben Regimentes und drei Landwehr-Bataillone der Provinz ſind einberufen, um die hieſige Garniſon zu bilden. Im höchſten Nothfalle beabſichtigt man das Marinebataillon von Swinemünde auf Dampfſchiffen heranzuziehen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu halten. Ob der Kommandant Stettin's mit Landwehr- und Marineſoldaten einen Sturm bei Octroyirung eines neuen Wahlgeſetzes gewachſen ſein wird, bezweifeln wir, denn der hier angehäufte Zündſtoff wird wahrſcheinlich auflodern, wenn durch einen Verfaſſungsbruch jenes Geſetz geändert werden ſollte.

Aus dem Bergiſchen, 11. Mai. Der Gemeinderath zu Remſcheid hat eine Vorſtellung an die Regierung in Düſſeldorf gerichtet, in der es unter Anderen heißt: Der Remſcheider Gemeinderath erklärt ſich gegen Einberufung der Landwehr. Auch der unterzeichnete Gemeinderath ſieht in der erfolgten Einberufung der Landwehr eine unnöthige, den inneren Frieden in hohem Grade gefährdende Maßregel, und bittet daher die Königliche Regierung, dahin wirken zu wollen, daß ſie ſofort zurückgezogen werde.

München, 11. Mai. Se. Majeſtät der König beſucht faſt täglich die Kaſernen, und unterhält ſich auf das freundlichſte mit den Soldaten; auch ſieht man den Monarchen jetzt oft durch die Straßen wandern, was früher nie oder höchſt ſelten geſchehen. Vorgeſtern wollte eine Deputation des hieſigen Märzvereins die in der am 2. d. M. zu Nürnberg abgehaltenen großen Volksverſammlung beſchloſſene und mit 15,000 Unterſchriften verſehene Adreſſe dem König überreichen, erhielt aber von dem dienſtthuenden Adjutanten den Beſcheid, daß Se. Majeſtät in der deutſchen Sache ohne Beiſein der Miniſter keine Audienz ertheile. Heute empfing nun die Deputation, welche die Adreſſe wieder mitgenommen, weil ſie den Auftrag hatte, die perſönliche Antwort des Königs einzuholen, in allerhöchſtem Auftrag ein Schreiben, worin dieſelbe benachrichtigt wird, daß Se. Majeſtät die Adreſſe nicht annehmen werde. (Allg. Z.)

München, 11. Mai. In Folge eines heute aus dem Kriegsminiſterium ergangenen Befehls wird morgen von einem Theile der hieſigen Garniſon ein Lager außerhalb der Stadt bezogen werden. Mangel an Raum für die einberufene jetzt beurlaubte Mannſchaft ſoll die nächſte Veranlaſſung zu dieſer Maßregel ſein. (Allg. Z.)

(Nach dem Frankfurter Journal hätten ſich die Soldaten des Leibregiments, welche dieſes Lager beziehen ſollten, einſtimmig geweigert, dahin abzugehen.)

* Aus Kaiſerslautern vom 12. Mai bringt das Frankfurter Journal folgende weitere Darſtellung des Hrn. Eiſenſtuck:

In der Nacht vom 10. zum 11. um 12 Uhr erhielt ich vom Miniſterium Gagern meine Abberufung aus der Rheinpfalz. Sie lautetete:

„Nachdem Sr. kaiſerl. Hoheit dem Reichsverweſer Vortrag darüber erſtattet worden iſt, daß der mit Vollmacht vom 5. d. M. in die Pfalz entſendete Reichskommmiſſär, Hr. Eiſenſtuck, verſchiedene Maßregeln angeordnet und im Namen der Reichsgewalt genehmigt hat, welche mit dem Inhalt der gedachten Vollmacht, ſowie mit den die Durchführung der Verfaſſung betreffenden Beſchlüſſen der Nationalverſammlung und mit der rechtlichen Stellung der Centralgewalt nicht vereinbar ſind, ſo hat der Reichsverweſer beſchloſſen, die dem Reichskommiſſär Eiſenſtuck ertheilte Vollmacht zurückzuziehen. Der Unterzeichnete, mit Vollziehung dieſes Beſchluſſes beauftragt, hat hiernach Herrn Eiſenſtuck zu erſuchen, vom Empfange gegenwärtiger Verfügung an die auf den Grund der erloſchenen Vollmacht geübte Thätigkeit einzuſtellen. Frankfurt a. M, 1849. Der interimiſtiſche Präſident des Reichsminiſterrathes: gez. H. v. Gagern"

Es brachte mir dieſes Dokument ein Abgeordneter des Miniſteriums, den ich am Tage vorher nach Frankfurt geſendet hatte, um im Einverſtändniſſe mit dem Landesausſchuſſe den Einmarſch des Frankfurter Bataillons, eines Bataillons Würtemberger und eines Bataillons heſſiſcher Truppen nach Neuſtadt, Kaiſerslautern und Zweibrücken zu verlangen, zum Schutze der Pfalz gegen verfaſſungsfeindliche Invaſion. Ich ſtellte ſofort meine amtliche Thätigkeit ein und erließ die nachſtehende Proklamation:

„An meine deutſchen Brüder in der Pfalz! Vor wenigen Tagen kam ich in Eure Mitte, mit dem heißen Wunſche im Herzen, Eurer glorreichen Erhebung für die deutſche Sache Kraft und Nachdruck zu geben. Der Auftrag, den mir das Miniſterium Gagern ertheilte, ging dahin, alles Dasjenige vorzukehren, was die öffentliche Ordnung in der Pfalz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutſchland erfordert. Ich habe den Einmarſch der Euch feindlichen preußiſchen Truppen, welche ohne mein Wiſſen von dem Reichskriegsminiſter nach Landau kommandirt waren, abgewehrt. Ich habe Befehl gegeben, keine militäriſche Gewalt die Grenzen dieſes Landes überſchreiten zu laſſen, welche nicht der Verfaſſung zugethan iſt. Ich habe dem Landesausſchuſſe für Vertheidigung und Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung ſeine geſetzliche Schranke und Grundlage gegeben, um Eurer patriotiſchen Begeiſterung für die Freiheit und Größe unſeres gemeinſamen Vaterlandes geſetzliche Mittel und geordnete Leitung zu verſchaffen. Das Miniſterium Gagern iſt der Meinung, daß ich durch dieſe Maßregeln meine Vollmacht überſchritten und gegen den Willen der Nationalverſammlung gehandelt habe. In dieſem Augenblicke wird mir mein Mandat zurückgefordert; ich habe aufgehört, Bevollmächtigter für die Rheinpfalz zu ſein. Vielleicht ſtehen ſchon jetzt die feindlichen Heere an Euren Gränzen, um einzurücken, ſobald ich es nicht mehr verhindern kann. Mit blutendem Herzen ſcheide ich aus Eurer Mitte, wo ich ſo herzlichen Empfang, ſo aufrichtige Hingebung, ſo freudige Theilnahme an meinen ſchwachen Beſtrebungen fand. Mein Dank bleibt Euch für immer! Gott ſchütze Deutſchland, Gott ſchütze das brave Volk der Pfälzer! Kaiſerslautern, den 11. Mai 1849. Eiſenſtuck."

Morgens 3 Uhr verließ ich Kaiſerslautern. Die Bürgerwehr war am Bahnhofe verſammelt und umringte mich mit dem Ausdrucke des tiefſten Schmerzes. Es ſtanden Thränen in der deutſchen Männer Augen, als ſie ihre gerechte Sache von Frankfurt wieder verlaſſen ſahen, denn nicht einmal die Zuſage neuer Hilfe durch Abſendung eines Nachfolgers an meiner Stelle konnte ich ihnen verkünden. In Ludwigshafen angelangt, empfing mich ein Abgeſandter der pfälzer Deputirten zu Frankfurt mit der dringenden Bitte, die Pfalz nicht zu verlaſſen. Ich erklärte mich dazu bereit und ſendete ſofort einen Abgeordneten nach Frankfurt mit dem Geſuche an die Nationalverſammlung, mir, falls man mein Bleiben wünſche, eine neue Vollmacht zu ſenden, da ich nur nach den Anordnungen der Nationalverſammlung zu handeln mich befugt erachten könne. Die baieriſchen Truppen zu Ludwigshafen hatten ſich auf den geſetzlichen Boden der Verfaſſung geſtellt und den Eid auf dieſelbe geleiſtet, da ihre Führer ſie verließen und auf ein nochmaliges Geſuch durch Deputationen der Mannſchaft, den geſetzlichen Weg nicht zu verlaſſen, bei ihrer Weigerung verharrten, ſo veranlaßte der Landesausſchuß die Truppen, ſich neue Führer zu wählen. Dieſes geſchah und die Truppen traten ſofort den Marſch nach Kaiſerslautern an. Ich erklärte ihnen, daß ich in die Pfalz geſendet geweſen, um die Sicherheit der Provinz gegen Angriffe auf die deutſche Reichsverfaſſung zu ſchützen, daß ich mit Freuden erfahren, wie auch ſie den Weg des Geſetzes betreten und daß ich ihnen die feſte Verſicherung gebe, man werde ſie allenthalben als treue Freunde und Brüder begrüßen. Ein jubelndes Hoch auf die deutſche Reichsverfaſſung war die Antwort der Krieger. Ich bin hierher zurückgekehrt, um die Befehle der Nationalverſammlung zu erwarten.

Eiſenſtuck.

⁂ **Dresden**, 12. Mai. Meine beiden erſten Berichte an Sie habe ich nicht ohne Lebensgefahr befördert; von Kugeln umſauſt ging ich nach der Elbe, um mich überſetzen zu laſſen, und kam nur mit größter Mühe wieder herüber, da die Brücke mit Militär beſetzt war, das Niemand paſſiren laſſen wollte. Das Poſtgebäude war während des ganzen Kampfes vom Volke beſetzt und wurde bei ſeiner Einnahme hart mitgenommen, ſo daß es erſt zwei Tage nach Einnahme der Stadt, ſo weit einigermaßen in Stand geſetzt werden konnte, daß wieder daſelbſt expedirt wird. Man kann ſich denken, welche Maſſe von Briefen und Zeitungen ſich daſelbſt angehäuft hatten und daß auch wohl in ſo ſchrecklichen Tagen einige Verwirrung in dieſe Geſchäfte kommen mußte. In der Altſtadt konnte kein Brief befördert werden, nur wer die Eiſenbahnen in der Neuſtadt benutzen konnte, konnte auch Briefe abſenden. Wir ſind während der Schreckenstage durchaus ohne Zeitungen und ohne alle andere Nachrichten, als welche uns Gerüchte zuführten, von außen her geweſen.

Es war in der Stadt vielfach verbreitet, daß am 10. Mai Morgens mehrere aufſtändiſche Gefangene nach Abführung aus der Frauenkirche in das Hotel de Luxembourg und dortiger Aburtheilung im Zwinger und auf dem Paradeplatz in Neuſtadt ſtandrechtlich erſchoſſen worden. Ich habe dies nicht geglaubt und Ihnen nichts davon mitgetheilt. Am Montag ſchon ſollte das Standrecht in Neuſtadt publizirt werden, es wurde aber durch Einſpruch des Oberappellationsgerichts verhindert, und ſomit konnte auch dieſes Kriegsrecht nicht in Ausführung gebracht werden. Nach genauerer Erkundigung bei verſchiedenen Beamten und Offizieren kann ich Ihnen auf das beſtimmteſte mittheilen, daß ein Standrecht in Bezug auf Civilperſonen in Sachſen zur Zeit nicht beſteht („es iſt kein Mandat dafür vorhanden," ſprach das Oberappellationsgericht aus) und daß nach kriegsrechtlichem Spruch Niemand in Dresden bis jetzt erſchoſſen worden iſt. Hierher können die Fälle nicht gezählt werden, wo die Soldaten während des Kampfes bewaffnete Gefangene machten und ſie ſogleich exekutirten; auch die nicht, wo Soldaten in ihrer Wuth auch über eskortirte Gefangene herfielen, ſie mißhandelten und niederſtreckten. Soldaten haben in einem Haus des Schuhmachergäßchens, die daſſelbe im dritten Stock beſetzt haltenden und von da herabſchießenden Aufſtändiſchen unvermuthet überfallen und fünfzehn Perſonen zum Fenſter hinunter auf die Straße geſtürzt, daß man am anderen Tage noch die Blutlache auf der Straße ſehen konnte. In die Elbe ſind von der Brücke herab einige Gefangene von den Soldaten hinabgeſtürzt worden oder wie dieſe ſagen, ſie haben entfliehen wollen und ſich ſelbſt hinuntergeſtürzt. Von den Aufſtändiſchen wurden mehrere Soldaten, Kavalleriſten auf dem Lande, gefangen genommen, die ſpäter wieder ſich frei machten; mehrere Perſonen, meiſt Angeſehene, ſo der Prinz von Deſſau wurde als Spion oder ſonſt verdächtig in der Stadt und um dieſelbe gefangen genommen und in die Frohnfeſte abgeführt, wo ſie bis zur Einnahme der Stadt durch das Militär blieben; andere wieder wurden in ihre Zimmer eingeſperrt.

** **Dresden**, 12. Mai. Der gegenwärtige Beſtand der Truppen, mit denen die preußiſche Regierung Sachſen zu beſchenken für gut befunden hat, beträgt etwa 5000 Mann; zwei Bataillone des Garderegiments Kaiſer Alexander; ein Bataillon vom 24. und eins vom 20. Linienregiment; das 5. Bataillon Jäger

von Görlitz; dazu Artillerie, rothe Huſaren und Theile des 8. und 12. Landwehrregiments. Das Füſilierbataillon vom 24. Linienregiment, daſſelbe, welches ſich die Bürgerſchaft Berlins am 31. März v. J. wegen ſeiner beſonnenen Haltung als erſte Garniſon erbat, geht nach Halle, Merſeburg und Umgegend. Der Verluſt der Truppen an Todten iſt für ſieben Kampftage nicht eben bedeutend. Unter den Getödteten befindet ſich auch der Abgeordnete Adv. Böttcher von Chemnitz; mehrere Abgeordnete der aufgelöſten Kammer ſind verhaftet, darunter Tzſchucke, Heubner (von der proviſoriſchen Regierung) Blöde, Heinze der Oberkommandant, Herz und Bertling. Die Zahl aller Verhafteten beträgt gegen 500. Der Schaden an Gebäuden iſt nicht von Bedeutung. Das alte Opernhaus war zum Abbruch reif; die Südſeite des Zwingers kann ebenfalls verſchmerzt werden, ſammt den darin verbrannten werthloſen Thierbälgen. Außerdem ſind vier Privathäuſer gänzlich niedergebrannt. Die Kunſtſammlungen haben nicht gelitten mit Ausnahme der Gemäldegallerie, deren größter Verluſt ein ſehr beſchädigter Murillo iſt.

Aus **Freiberg** vom 10. Mai meldet die D. A. Z., daß am 8. Mai die flüchtige proviſoriſche Regierung, durch Heubner allein repräſentirt, dort ankam; er wollte um jeden Preis die Stadt vertheidigen; auf das Widerſtreben einer ſtädtiſchen Deputation wandte er ſich an die Volksmaſſe und an die Freiſchaaren, und erhielt natürlich deren Zuſtimmung. Eine Berathung am ſpäten Abend lieferte aber das Reſultat, Freiberg aufzugeben und ſich in Chemnitz zu halten. Heubner entfernte ſich in der Nacht, und am andern Morgen verließen die Freiſchaaren die Stadt in großer Eile, da die Ankunft ſächſiſcher Truppen gemeldet ward.

Raſtadt, 12. Mai Morgens. Soeben erfahre ich, daß man heute Nacht Struve und Blind von hier nach Bruchſal gebracht hat, wahrſcheinlich, weil man wegen der geſtrigen Vorfälle unter dem Militär dieſelben hier für nicht ſicher genug geborgen gehalten hat. (N. Fr. Ztg.)

▷ **Schwerin**, 10. Mai. Roſtock, die größte Handelsſtadt im Lande Mecklenburg und die kleinſte Univerſität in Deutſchland, das erbverträglich an die Krone geknüpfte Roſtock mit ſeinen alten Giebelhäuſern und ehrwürdigen Kirchen und ſeinen Eiſenbahnverſuchen daneben bietet wie in ſeiner äußern Erſcheinung, ſo in ſeinen innern Verhältniſſen eine Zuſammenſetzung von Zopf und Demokratenbart. Das beweiſt ſich, wie in den meiſten Vorkommniſſen daſelbſt, ſo auch in dem Votum, das die Stadt über die Aufhebung der alten Landſtände gen Schwerin geſchickt hat. Die demokratiſchen Stadtverordneten proteſtiren feierlich gegen alle und jede einſeitige Aenderung der ſtaatsrechtlichen Stellung und wohlerworbenen Rechte Roſtocks. Darum ſoll das Geſetz wegen Aufhebung der alten Landſtände, für welches die Kammerlinke ſo unverdroſſen kämpft, nicht eher die landesherrliche Zuſtimmung erhalten, als bis wegen der von Roſtock an die Aufgebung der ſtändiſchen Rechte geknüpften Bedingungen ein zufriedenſtellendes Abkommen getroffen iſt. Ganz unbefangen wird in dem Aktenſtück auf die böſen Folgen hingewieſen, die eintreten müſſen, ſobald „die Erkennung erduldeter Vergewaltigung" allgemeiner würde. Dieſer letzte nicht undeutliche Fingerzeig harmonirt mit dem Bezeigen der Roſtocker Demokraten bei Gelegenheit einer Volksverſammlung wegen der Reichsverfaſſungsfrage. Während der frühere Abgeordnete für Frankfurt, Dr. Drechsler in einer Vertheidigung des Frankfurter Verfaſſungswerkes ſich die überwiegende Billigung der Anweſenden erwarb, fehlte es doch nicht an republikaniſchen Angriffen auf dieſelbe. Man war ergiebig in Beſchließungen von Adreſſen, deren 4 an verſchiedene Körperſchaften genehmigt wurden. Außerdem eine Proklamation an das Volk, welche anhebt: „Mecklenburger, die Stunde iſt gekommen! Das Netz der Reaktion iſt fertig, an dem jeder Faden eine Lüge, jeder Knoten ein Betrug iſt. Noch eine Weile des müßigen Zauderns — und Ihr ſeid in ihm gefangen, und der Zuchthauskarren der Knechtſchaft wartet Eurer auf's Neue! Welche haarſträubende Dinge, um ein braves Volk ſagen zu machen: „Das iſt die Reichsverfaſſung, das iſt unſer, das laſſet uns behaupten!" Und wie wenig bedarf es ſolcher Aufmunterung. Wie ſehr iſt das ganze Volk durchweg für die Reichsverfaſſung geſtimmt. In Criwitz und Hagenow haben abgehaltene Volksverſammlungen das gleichfalls beſtätigt. Im letztgenannten Orte hat man ſogar — der interimiſtiſche Bürgermeiſter leitete die Verſammlung — die Bewaffnung einer Kompagnie aus dem Volke mit Gewehre und eine andere mit Piken oder geraden Senſen beſchloſſen. Auch hier in Schwerin hat eine zahlreiche Zuſammenkunft einhellig ſich für die Reichsverfaſſung, wie ſie aus der zweiten Leſung hervorgegangen, erklärt. Es ſoll ein Jeder, der ſich in Bündniß gegen dieſelbe einläßt und ſie anzutaſten wagt, als ein Verräther am Vaterlande betrachtet werden. Einem Hamburger Demokraten, Schramm, der Republik predigte, traten andere Redner, hauptſächlich Abgeordnete entgegen, und als jener Apoſtel ſich ſonſtwo durch aufrühriſche Reden bemerkbar machte, wurde er feſtgenommen und nach Bützow in's Gefängniß fortgeſchafft. Möchte man doch feſthalten an der Beſonnenheit, die jetzt noch in Frankfurt die Oberhand hat.

Unſere Kammer arbeitet jetzt wie durch ſtillſchweigende Uebereinkunft aller Parteien raſch vorwärts. Sie hat die erſte Leſung des Verfaſſungsentwurfs faſt beendet und inzwiſchen beſchloſſen, die zurückgeſtellten §§. ſchon jetzt herzuziehen. Das waren meiſtens ſolche, welche den alten Prinzipienſtreit, ob die Kammer vereinbarend oder konſtituirend ſei, aufzuregen im Stande waren. Jetzt durften ſie ohne Gefahr zur Debatte kommen. Die Vertheidigung der „konſtituirenden Partei" war nicht ſehr lebhaft und ſo wurde mancher Paragraph geſtrichen, unter andern der, welcher unſerer Verfaſſung ewige Dauer zu ſichern ſich vermaß. Hier und da bedauert man, den Entwurf der Kommiſſarien nicht zu Grunde gelegt zu haben und will jetzt wenigſtens nach der Redaktion der erſten Leſung dieſelbe den Kronräthen mit dem Erſuchen zu ſtellen, ihre Bemerkungen der Kammer zur Berückſichtigung bei der zweiten Leſung mitzutheilen. Es iſt als ob unſere Bauleute, einträchtiger wie ſonſt, eilen, um uns unſer Haus fertig zu ſchaffen, ehe denn der Sturm kommt.

Oldenburg, 12. Mai. Wie es von unſerer Regierung, die ſchon früher die Feſthaltung an der Nationalverſammlung und der Centralgewalt ausgeſprochen hatte, deshalb nicht anders zu erwarten war, ſo iſt es jetzt geſchehen. Wie ich Ihnen mit Beſtimmtheit melden kann, iſt die „Verfaſſung des deutſchen Reichs" nebſt dem „Wahlgeſetz" unter der Preſſe und wird in den nächſten Tagen ausgegeben werden. (Weſ.-Ztg.)

** **Schleswig**, 10. Mai. Die heutigen Nachrichten aus dem Hauptquartier des General Prittwitz, welches noch immer in Kolding iſt, ſind nicht von großer Erheblichkeit. Der größte Theil der däniſchen Armee hat ſich in die Feſtung Fridericia zurückgezogen. An der der Feſtung gegenüber liegenden fühnenſchen Küſte liegen zahlreiche Transportſchiffe, ohne Zweifel dazu beſtimmt, für den Fall eines Angriffes auf Fridericia die däniſchen Truppen aufzunehmen und ſicher nach den Inſeln hinüber zu führen. Auf den Wällen der Feſtung bemerkte man von Außen viel Geſchütz; doch glaubt man nicht, daß die Dänen an eine ernſthafte Vertheidigung denken, zumal da die außerordentlich ausgedehnten Feſtungswerke für eine kleine Truppenmacht gar nicht zu halten ſind. Vor der Feſtung liegen bis jetzt nur Schleswig-Holſteiner, die aber in den nächſten Tagen und ehe ein Angriff unternommen wird, durch Baiern und Sachſen werden verſtärkt werden. — Ein Theil der däniſchen Truppen, etwa 4 Bataillone und mehrere Schwadronen Kavallerie, hatte ſich von Veile in nördlicher Richtung zurückgezogen, und wird jetzt von den Preußen nach Horſens hin verfolgt.

Statt des in die Luft geſprengten Chriſtian VIII. haben die Dänen über alle Erwartung ſchnell ein anderes Linienſchiff, den Skjold, ausgerüſtet und in See geſchickt; doch mag die Ausrüſtung und Bemannung wohl ziemlich mangelhaft ſein. Wie es ſcheint, ſoll der Skjold die Scharte des Chriſtian VIII. auswetzen. Erſt vor wenigen Tagen iſt er von Kopenhagen ausgelaufen und ſchon geſtern hat man den ſtolzen Dreidecker vor dem Eckernförder Meerbuſen kreuzen ſehen. Es weht in dieſen Tagen wieder ein recht friſcher Oſtwind; wenn der Skjold in dieſelbe Falle gehen will, wie der Chriſtian und der Geſion, ſo wird man in Eckernförde jetzt noch beſſer, als am 5. April, auf einen geeigneten Empfang ſolcher Gäſte gerüſtet ſein. Wir ſind in der Zwiſchenzeit nicht müßig geweſen. Eine neue Batterie iſt an der Südſeite des Hafens gebaut und armirt; die beiden älteren Batterien ſind verſtärkt und erwarten kampfluſtig einen neuen Angriff.

⊙ **Lübeck**, 11. Mai. Heute iſt die deutſche Reichsverfaſſung in unſerm Regierungsblatt veröffentlicht worden. Der hieſige politiſche Verein hat geſtern beſchloſſen, zu dem auf den 14. Mai nach Frankfurt ausgeſchriebenen Kongreß des nationalen Vereins einen Abgeordneten aus ſeiner Mitte zu entſenden, und dazu den Advokaten Görtz erwählt. Die von Seiten des Marine-

miniſteriums bei einem hieſigen Schiffbaumeiſter beſtellte Kanonenſchaluppe liegt bereits ſeit vier Wochen zum Ablaufen fertig auf unſern Schiffswerften; bisher hat ſich jedoch Niemand eingefunden, um dieſelbe entgegen zu nehmen.

Großbritannien.

*London, 12. Mai. Hr. Osborne richtete geſtern im Unterhauſe die bereits von ihm angekündigten Fragen in Betreff Ungarns an die Regierung. „Ich wünſche zu wiſſen, ſagte er, ob die Regierung über den Einmarſch eines ruſſiſchen Heeres in das unabhängige Königreich Ungarn Nachricht erhalten hat. (Gelächter) Ich wiederhole, das freie und unabhängige Königreich Ungarn (Gelächter). Die ehrenwerthen Herren, welche lachen, ſcheinen mit der Geſchichte Ungarns nicht ſehr vertraut zu ſein (Gelächter). Zweitens wünſche ich zu wiſſen, ob es irgend einen Vertrag giebt, wodurch wir die Unabhängigkeit Ungarns gegen eine ruſſiſche Inverſion zu ſchützen verpflichtet ſind. Drittens, ob die Miniſter beabſichtigen, zwiſchen dem Kaiſer von Oeſterreich und dem freien Volke Ungarns zu vermitteln. Palmerſton erwiederte im Weſentlichen: Die Hülfe Rußlands ſei auf Oeſterreichs ausdrückliches Geſuch gewährt worden; einen Vertrag, wie der in der zweiten Frage berührte, gäbe es nicht; um Vermittelung ſei Großbrittanien von Oeſterreich in keiner Weiſe angegangen worden. Hr. B. Cochrane fragte, ob die britiſche Regierung Willens ſei, zwiſchen den Franzoſen und dem römiſchen Volke zu vermitteln (Gelächter). Palmerſton antwortete: die britiſche Regierung beabſichtige Solches keineswegs. Das Haus der Gemeinen ſchien diesmal ſehr lachluſtig zu ſein; denn auch die Antwort Palmerſtons erregte Gelächter. Im Oberhauſe kündigte Lord Beaumont an, daß er nächſten Montag eine Frage an die Regierung richten werde in Betreff des franzöſiſch-öſterreichiſch-neapolitaniſchen Einfalls in das Gebiet der Römer, eines Volkes, welches in der tiefſten Ruhe gelebt und keinem andern Lande den Krieg erklärt habe. Die zweite Leſung der Bill für Ausſchreibung einer außerordentlichen Armenſteuer in Irland wurde von den Lords mit der Mehrheit von nur 1 Stimme (48 gegen 47) angenommen.

Der Lord Kanzler, die Lords Lyndhurſt, Brougham und Campbell ſammt den Richtern verſammelten ſich geſtern früh im Hauſe der Lords, um den Schluß der Beweisführungen für und gegen das Kaſſationsgeſuch Hrn. Smith O'Briens anzuhören. Nach dem Schluſſe der Vorträge beriethen der Lord Kanzler und die Richter miteinander, worauf der Lord Kanzler ſagte, er habe die gelehrten Richter zu Rath gezogen und er betrachte es als ſeine Pflicht, das Haus von dem Reſultat in Kenntniß zu ſetzen. Die gelehrten Richter ſeien nämlich der Anſicht, daß das Kaſſationsgeſuch nicht aufrecht erhalten werden könne und daß das von dem Gerichtshofe zu Dublin gefällte Urtheil beſtätigt werden müſſe; derſelben Anſicht ſei auch er, mithin wäre es wohl unnütz, noch weitere Beweiſe für das Gegentheil anzuhören. Die Lords Lyndhurſt, Brougham und Campbell waren gänzlich derſelben Anſicht. Das vom Dubliner Gerichtshof über Smith O'Brien und Genoſſen ausgeſprochene Urtheil bleibt mithin zu Recht beſtehen.

Frankreich.

* Paris, 12. Mai. Nachdem der Streit wegen des Briefes des Präſidenten der Republik beinahe den Austritt Od. Barrot's aus dem Kabinet veranlaßt hätte, iſt er jetzt beigelegt, und Alle ſind verſöhnt. Der Vorgang iſt folgender. Man entſinnt ſich, daß Odilon Barrot das Verfahren Changarnier's öffentlich gemißbilligt hatte; er ſteht ſeit einiger Zeit auf dem beſten Fuße mit Marraſt und der Nationalverſammlung; er beſchloß deßhalb der Nationalverſammlung eine Genugthuung für die beiden in der letzten Zeit ihr durch Changarnier zugefügten Beleidigungen zu verſchaffen. Changarnier hatte nämlich einmal den Oberſten Foreſt autoriſirt, den Requiſitionen Marraſts keine Folge zu geben, und dann durch den Oberſten Perrot den Brief Louis Napoleons an Oudinot in den Tagesbefehl an die Soldaten einflechten laſſen. Odillon Barrot und Marraſt ſetzten nun eine Note für den Moniteur folgenden Inhalts an: „Der Präſident hat erfahren, daß ein Tagesbefehl, unterzeichnet vom General Changarnier, den Truppen mitgetheilt worden iſt, welcher eine politiſche Geſinnung, entgegen dem kundgegebenen Willen der Nationalverſammlung, ausſpricht. Er hat ſich deßhalb an den Präſidenten des Kabinets gewendet. Der letztere hat geantwortet, daß das Kabinet keine Kenntniß von dieſem Tagesbefehl gehabt hätte, und hat eingewilligt, daß eine ausdrückliche Mißbilligung in den Moniteur gerückt werde." Dieſe Note wurde dem Moniteur zugeſchickt, erſchien aber am folgenden Morgen nicht, weil, wie Marraſt und Odilon Barrot auf ihre Erkundigung erwiedert wurde, ein Befehl aus dem Elyſee National es verboten hätte. Odilon Barrot reichte ſogleich ſeine Entlaſſung ein. Er ward nach dem Elyſee National beſchieden, und jetzt ging die Verſöhnung vor ſich. Changarnier entſchuldigte, daß die Veröffentlichung der Nationalverſammlung verzögert worden wäre, weil er vorher feſtzuſtellen wünſche, daß nicht er ſondern Perrot den Tagesbefehl verfaßt hätte. Er erkenne die Autorität der Verſammlung vollkommen an, und ſei bereit, das Dekret vom 4. Mai 1848 über das Recht des Präſidenten zur Requiſition von Truppen durch einen Tagesbefehl von Neuem einzuſchärfen. Die Verſöhnung vollſtändig zu machen, wurde Foreſt geopfert. Er erhielt Arreſt, und muß, ſobald er herauskommt, der Verſammlung eine Ehrenerklärung geben. Marraſt machte gleich einen Verſuch mit ſeinem nur anerkannten Recht und derſelbe fiel ſehr befriedigend aus.

So iſt die Verſammlung vor ihrem Tode noch in alle ihre Würden eingeſetzt — vor ihrem Tode, denn morgen beginnen die Wahlen. Die heutige Sitzung war ruhig, obgleich nicht ohne Intereſſe. Flocon erhielt das Wort zu der Interpellation, welchen Antheil die Regierung an den in Deutſchland und Ungarn vor ſich gehenden Ereigniſſen genommen habe und welche Politik das Miniſterium gegenüber der ruſſiſchen Intervention in Ungarn zu befolgen denke. Druyn de l'Huye erwiederte: Sobald wir Kenntniß von dem Plane Rußlands in Ungarn einzuſchreiten erhalten hatten, kündigten wir in Petersburg, Berlin, Wien und London an, daß ein ſolches Ereigniß, welche die ganze Geſtaltung der Dinge in Deutſchland ſowohl als im Orient gänzlich umändern könne, nicht unbemerkt vorüber gehen dürfe; daß daher die franzöſiſche Regierung entſchloſſen ſei, auf diplomatiſchem Wege alle Mittel anzuwenden, um den verderblichen Folgen eines ſolchen Ereigniſſes zuvorzukommen. Die Regierung wird auf dieſem Wege beharren, ſo lange auch derſelben eine friedliche Löſung der Frage zu hoffen iſt, ſollten aber die jetzt anhängigen diplomatiſchen Verhandlungen nicht mehr als hinreichend erkannt werden und die Regierung genöthigt ſein, energiſche Mittel anzuwenden, ſo wird ſie keinen Augenblick zaudern, der Verſammlung hierüber die nöthigen Vorſchläge zu machen.

Dieſe faſt drohende Sprache Drouye de l'Huys iſt um ſo bemerkenswerther, je größer ſeine ſonſtige Zurückhaltung iſt. Die Regierung iſt übrigens der ruſſiſchen Intervention gegenüber in einer übeln Lage, nachdem ſie eben ſelbſt in Rom intervenirt iſt. Der ruſſiſche Geſandte ſoll deshalb die römiſche Intervention auch vor Allen angerathen haben.

Italien.

• Die Nachrichten aus dem Kirchenſtaat bringen mehr Einzelnheiten der ſchon bekannten Ereigniſſe, als neue Thatſachen. Man wollte zwar am 12. in Paris die Nachricht haben, daß Oudinot in Rom eingezogen ſei, doch durchkreuzte ſich dies Gerücht mit der entgegengeſetzten von einer neuen Niederlage. Ueber die Verhandlungen, welche dem Kampfe vorangingen, erfährt man Folgendes: Zwei der Triumvirn, Armellini und Saffi, ſowie mehrere angeſehene Männer, wie Rusconi, Pescantini u. a. waren der Anſicht, die Franzoſen als Freunde und Verbündete zu empfangen nach der Verſicherung des Generals Oudinot, vom Pabſte die Bildung eines rein weltlichen Miniſteriums zu erlangen. Aber die fremden Volksführer Mazzini, Avezzana und Garibaldi haben allen Vergleich dadurch unmöglich gemacht, daß ſie den Kampf, ohne dazu Befehl von den Triumvirn erhalten zu haben, eröffneten.

Aus Rom ſelbſt ſchreibt man: Die Neapolitaner ſind zu Velletri, wo Garibaldi ſich ihnen entgegengeſtellt hat. In den Straßen liegen hier Haufen Steine mit Schildern, worauf geſchrieben ſteht: „Waffen für die Frauen." Viele Frauen waren auf den gefahrvollſten Poſten, mit Flinten und Meſſern bewaffnet. Man zerſtört alle Paläſte und Villen der Umgegend von Rom. Die Stadt iſt voll Ruhe und Selbſtvertrauen. Man hat heute die Todten von römiſcher Seite in den päbſtlichen Gala-Caroſſen auf das Capitol gebracht. Die Neapolitaner ſtehen 4500 Mann ſtark unter den Befehlen des Generals Zucchi, und 6000 unter den Befehlen eines Schweizer Generals. Wir würden uns gegen die Neapolitaner mit noch mehr Erbitterung ſchlagen als gegen die Franzoſen, weil wir wiſſen, daß die Folgen eines Sieges der

Nr. 134. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 15. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 15. Mai. Verkündigung der Reichsverfaſſung. Anſprache des Senats. Die Beeidigung auf die Reichsverfaſſung. Hr. Schaffrath. Die Konflikte zwiſchen Militär und Bürgern.) Wien (Ungariſche Nachrichten. Bombardement von Peſth. Tagesnachrichten.) Berlin (Graf Arnim-Boitzenburg.) Barmen (Elberfeld und die Umgegend.) Nürnberg (Die Fränkiſche Volksverſammlung.) Dresden (Kundmachung. Einzelheiten des Aufſtands. Die Unterſuchungskommiſſion. Freilaſſung vieler Gefangenen. Tzſchirner gefangen.) Vom Neckar (Die Volksverſammlung in Offenburg und die Vorgänge in Karlsruhe.) Mannheim (Volksverſammlung. Sicherheitsausſchuß.) Freiburg (Sicherheitsausſchuß. Entfernung des General Miller.) Mainz (Die Geldſammlungen.)

Frankreich. Paris (Telegraphiſche Depeſche. Paris ruhig. Nachricht von dem Zuſtand des Expeditionskorps.)

Italien. Aus dem Kirchenſtaat (Gerücht von einer Niederlage der Neapolitaner.) Mailand (Die Rekrutenaushebung durch paſſiven Widerſtand ſuspendirt.) Gaeta (Hr. v. Uſedom Geſandter am Neapolitaniſchen Hof.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 15. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 15. Mai.

220. öffentliche Sitzung.

Vicepräſident Herr Karl Biedermann aus Leipzig eröffnet die Sitzung 11½ Uhr Vormittags. In den Dreißigerausſchuß iſt an die Stelle der Herren Reichenſperger und Detmold von der betreffenden Abtheilung gewählt worden: Hr. Sprengel und Hr. Demel. Ausgetreten iſt Hr. Müller aus Aachen und Hr. Hoppenſtedt aus Hannover. Für Letzteren iſt jedoch als Stellvertreter Hr. Gadebuſch bereits eingetroffen.

Von Zuſtimmungsadreſſen kommt wieder eine große Anzahl aus den verſchiedenſten Gegenden Deutſchlands zur Anzeige. Aus Berlin geht ein „vierter Band" von Adreſſen für die Reichsverfaſſung mit mehr als 2000 Unterſchriften ein, ſo daß ſich im Ganzen bis jetzt 11,000 Unterſchriften von dort für die Reichsverfaſſung erklärt haben.

Herr Präſident Reh eröffnet darauf, daß er abermals zum Reichsverweſer beſchieden geweſen, um von ihm die Mittheilung in Empfang zu nehmen, daß Morgen der preuß. Abgeſandte an ihn in Frankfurt eintreffen werde. Se. kaiſerl. Hoheit fügte dieſer Eröffnung den Wunſch hinzu, daß die Reichsverſammlung in ihrer Beſchlußfaſſung bis dahin vertage. Der Präſident konnte auf dies Verlangen natürlich keinen Beſcheid ertheilen, ohne vorher das Haus befragt zu haben. Anſtatt deſſen richtete er die Bitte an den Erzherzog, daß dieſer bei der Wichtigkeit des Augenblickes die Maßregel ergreifen möge, das zurückgewieſene Programm anzunehmen und das darnach abgetretene Miniſterium wieder in's Amt zu berufen. Se. kaiſerliche Hoheit wies dieſen Vorſchlag nicht zurück. Im Gegentheil, er erklärte, er erkenne die unendliche Wichtigkeit der Augenblicke, in denen wir jetzt lebten. Man müßte ihm aber eine kurze Nachſicht geſtatten, um die Bitte und die Gründe mit ſich zu erwägen. Er würde morgen in der Lage ſein, gleichzeitig, wenn der Geſandte von Berlin käme, auch in dieſer Beziehung ſich zu äußern und ſeine Entſchließung kund zu geben. Der Erzherzog hat weiter erklärt: „Niemand könne die Lage des Vaterlandes tiefer beklagen als er. (Bewegung links) Was geſchehen kann, dieſe Lage zu wenden, das Vaterland einer beſſern Zukunft entgegenzuführen, das wird geſchehen, ſoweit meine Kräfte es erlauben. Ich bin ein alter ſchwacher Mann geworden, allein meine Liebe für das Vaterland iſt noch in ungeſchwächter Jugend. Was man auch von mir glauben wird, der Glaube ſoll mir bewahrt werden, daß ich ein ehrlicher Mann bin. Die Nationalverſammlung ſoll überzeugt ſein, daß ich für ſie Alles thun, daß ich keine Maßregeln unterſtützen werde, die gegen die Nationalverſammlung gerichtet ſind. Ich werde eintretendenfalls ſelbſt mein Leben einſetzen für die Nationalverſammlung." (Beifall von der Mehrheit.)

Die Linke begleitet die den Erzherzog-Reichsverweſer betreffenden Mittheilungen mit Aeußerungen des Unglaubens und des Hohns, die von der Mehrheit der Verſammlung mit Entrüſtung zurückgewieſen werden. Die Rednerbühne nimmt ſodann mit Eifer in Anſpruch der greiſe

Herr E. M. Arndt, um die „Majeſtät" des Volks und dieſer Verſammlung, die ſich in der Würde und Perſon des Erzherzogs-Reichsverweſers ausdrückt, in Schutz zu nehmen vor Aeußerungen des Verdachts, die hier nie hätten gehört werden ſollen, und um unbeirrt von dem Gelächter und den ſpöttiſchen Unterbrechungen der Linken, der Verſammlung anzurathen, auf den Wunſch des Erzherzogs Reichsverweſers einzugehen.

Herr Wigard aus Dresden beantwortet dagegen den Antrag, daß eine Deputation an den Erzherzog abgeſendet werde, um ihn zur Bildung eines Miniſteriums, unerwartet der Ankunft des preußiſchen Bevollmächtigten, noch am heutigen Tage zu veranlaſſen. Hr. Bresgen und Genoſſen andrerſeits bringen einen ſehr umfaſſenden Antrag ein, der auf Beſeitigung und Erſetzung der Centralgewalt gerichtet iſt. Da letzterem Antrage die Dringlichkeit abgeſprochen wird, ſo wird er dem Dreißiger-Ausſchuſſe zur Berichterſtattung überwieſen. Eben dahin gelangt der Antrag der Herren Biedermann und Genoſſen, der ebenfalls die Centralgewalt zum Gegenſtande hat:

Die verfaſſunggebende Reichsverſammlung, in Anbetracht der gefährlichen Lage des Vaterlandes und der dringenden Nothwendigkeit, alsbald einen feſten, verfaſſungsmäßigen Zuſtand für Deutſchland herbeizuführen; in Erwägung, daß eine kräftige Durchführung der beſchloſſenen Reichsverfaſſung erſt dann möglich, wenn dieſelbe in allen ihren Theilen vollendet, insbeſondere für Ausübung der Befugniſſe des Reichsoberhauptes Fürſorge getroffen iſt; in Erwägung, daß eine kräftige, ſelbſtſtändige Regierungsgewalt, bei den täglich drohender werdenden Ereigniſſen nicht länger entbehrt werden kann, zur Zeit aber nicht einmal ein Miniſterium mit voller Verantwortlichkeit beſteht, beſchließt auf Grundlage und zur Ergänzung ihrer Beſchlüſſe vom 4. Mai: 1) Die Verſammlung wählt ſofort, womöglich aus der Reihe der regierenden Fürſten, einen Reichsſtatthalter, welcher bis zu dem im Beſchluſſe v. 4. Mai (Nr. 5 u. 6) vorgeſehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichsoberhaupts nach Abſch. III. der Verfaſſung ausübt. 2) Der Reichsſtatthalter leiſtet den in §. 190 der Verfaſſung vorgeſchriebenen Eid auf die Reichsverfaſſung vor der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung und tritt dann die Regierung an. 3) Der Reichsſtatthalter hat ſofort nach Antritt der Regierung wegen Leiſtung des in den §§. 191 und 193 vorgeſchriebenen Eides der Reichsbeamten und der Angehörigen der Einzelſtaaten auf die Reichsverfaſſung das Nöthige zu verfügen. 4) Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum erſten Reichstage und Berufung des Reichstags, in Gemäßheit der Beſchlüſſe vom 4. Mai (Nro. 2 und 3) Vorkehrung zu treffen. 5) Zur Ausführung der §§. 77 ff., 85 ff. der Verfaſſung tritt, bis zur Zuſammenkunft des erſten Reichstags, die gegenwärtige Verſammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstags ein und übt ſolche nach Maßgabe des Abſchnitts 4, Art. 5, 6, 7, 8, 9 der Reichsverfaſſung. Ausgenommen hiervon iſt die Beſtimmung wegen der beſchlußfähigen Mitgliederzahl, rückſichtlich welcher es bei dem Beſchluſſe vom April verbleibt. 5) Sollten der in Nr. 5 und 6 der Beſchlüſſe vom 4. Mai vorgeſehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächſtgrößten Staaten Deutſchlands nicht zu beſeitigende Hinderniſſe im Wege ſtehen, ſo führt der gewählte Reichsſtatthalter ſein Amt auch nach dem Zuſammentritt des Reichstages fort, und es hat ſodann Letzterer wegen Ausführung des §. 79 der Verfaſſung die nöthigen Beſtimmungen zu treffen. 7) Bis zum Regierungsantritt des gewählten Reichsſtatthalters führt der Präſident des bisherigen Reichs-Miniſteriums, Heinrich von Gagern, die Regierung im Namen deſſelben ſelbſtſtändig fort und wird demſelben die Bildung eines Miniſteriums unter ſeiner Verantwortlichkeit anheimgegeben. 8) Mit dem Vollzuge dieſes Beſchluſſes, als wodurch das Verfaſſungswerk in Deutſchland zu ſeiner Ausführung gebracht wird, hört, gemäß dem Geſetze vom 28. Juni 1848, §. 15. die Thätigkeit der proviſoriſchen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugniſſe in dem erweiterten Umfange, wie ſolches der Abſchnitt „die Reichsgewalt" beſtimmt, auf den Reichsſtatthalter über.

Sowie ein Antrag des Hrn. Schneer:

In Erwägung, daß die Reichsverfaſſung im §. 87 die Möglichkeit eines engeren und weiteren Bundes in Deutſchland zuläßt. In Erwägung, daß dieſe in Ausſicht geſtellte Möglichkeit durch die Anerkennung der Verfaſſung von 29 deutſchen Staaten und Nichtanerkennung derſelben von den übrigen deutſchen Staaten verwirklicht erſcheint und in dem Beſchluſſe vom 4. Mai d. J. ihre Berückſichtigung gefunden. In Erwägung, daß der einzige Zuſammenhang des weiteren Bundes (als Fortſetzung des Bundes im Umfange der Verträge von 1815) in der Centralgewalt beruht und daß es nicht die Abſicht derjenigen Staaten ſein kann, welche ſich um die Verfaſſung ſchaaren, jede Verbindung mit den deutſchen Staaten aufzuheben, die ſich der Verfaſſung bisher nicht angeſchloſſen haben. In Erwägung, daß ſomit bis zur Durchführung der Verfaſſung in allen deutſchen Staaten oder bis zur näheren vertragsmäßigen Feſtſetzung der dießfälligen Verhältniſſe des engeren und weiteren Bundes zwiſchen den Staaten, welche in, und denen, welche außerhalb der Verfaſſung ſtehen, die Centralgewalt nach dem Geſetze vom 28. Juni v. J. in Wirkſamkeit erhalten werden muß. In Erwägung, daß die Mitwirkung der Centralgewalt bei Errichtung der Reichsverfaſſung ausgeſchloſſen iſt. In Erwägung endlich, daß die ſchleunigſte Einführung der Reichsverfaſſung in den Staaten, welche die Verfaſſung ſchon anerkannt haben, dringendes Bedürfniß iſt, ſolche Einführung jedoch nur Demjenigen möglich iſt, dem die Gewalt ganz zuſteht, welche die Verfaſſung dem Reichsoberhaupte ertheilt hat: beſchließt die Nationalverſammlung in Uebereinſtimmung mit ihren Beſchlüſſen vom 4. Mai d. J. und in Vervollſtändigung derſelben:

1) Dem Inhaber der proviſoriſchen Centralgewalt wird neben der proviſoriſchen Centralgewalt, nach dem Geſetze vom 28. Juni 1848 für die geſammten deutſchen Lande, die Gewalt des Reichsoberhauptes nach den Beſtimmungen der Reichsverfaſſung für diejenigen deutſchen Staaten proviſoriſch übertragen, welche die Verfaſſung bereits anerkannt haben.

2) Der Inhaber der proviſoriſchen Centralgewalt beginnt die Reichs-Regierung über die ad 1 näher bezeichneten Staaten ſobald er ſich auf die Verfaſſung unter Bezugnahme auf gegenwärtige Beſchlüſſe vor der Nationalverſammlung verpflichtet hat.

3) Sobald die nach dem Beſchluſſe vom 4. Mai d. J. im Monat Auguſt d. J. zu konſtituirende Reichsregierung beſtellt ſein wird, legt der Inhaber der proviſoriſchen Centralgewalt die proviſoriſche Gewalt des Reichsoberhaupts für die in der Verfaſſung ſtehenden Staaten nieder.

Der Antrag des Herrn **Wigard** hingegen wird einfach beſeitigt, da ihm die Dringlichkeit abgeſprochen wird.

Herr **Raveaux** berichtet für den Dreißigerausſchuß, daß derſelbe die Dringlichkeit des vom Abgeordneten Umbſcheiden eingebrachten Antrags, die Erhebung der Pfalz unter den Schutz des Reichs zu ſtellen, anerkenne. Das Haus ſolle daher ſofort den Bericht des geweſenen Reichskommiſſäres Hrn. Eiſenſtuck und die etwaigen Aufklärungen des Miniſteriums vornehmen, wornach ſich der Ausſchuß ſeine Anträge vorbehalte.

Herr v. **Gagern** bemerkt, daß die vom Dreißiger-Ausſchuß vorgeſchlagene Geſchäftsbehandlung nicht in der Ordnung ſei, ſondern daß der Ausſchuß vielmehr die Perſonen, von denen er Auskunft für ſeine Berichterſtattung verlange, nicht vor das Haus, ſondern in ſeine Sitzung laden ſolle. Die Verſammlung lehnt es demgemäß ab, ſchon jetzt den Bericht zu dem ſich Herr Eiſenſtuck meldete zu hören. Sodann vertagt auf den Antrag des Herrn Langerfeldt das Haus die heutige Sitzung bis 4 Uhr Nachmittags, damit inzwiſchen der Dreißiger-Ausſchuß ſeine Vorberathung über die pfälziſche Angelegenheit halte.

□ **Frankfurt**, 13. Mai. In der heutigen Sitzung der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt verlas der Präſident ferner die Rückäußerung auf den Antrag, die bewaffnete Macht des Freiſtaats und die Beamten auf die Verfaſſung des Reichs zu beeidigen. In dieſer Rückäußerung d. d. 8. Mai erklärt der Senat ſich bereit, jenem Antrage, ſobald es thunlich erſcheine, zu entſprechen und zwar in der Weiſe, daß nicht bloß das Militär und die Beamten, ſondern jeder Bürger den Eid auf die Verfaſſung zu leiſten habe; er iſt jedoch der Anſicht, daß dieſer Augenblick noch nicht gekommen ſei, da einestheils §. 14 der Reichsverfaſſung bei dem Fahneneide des Reichsoberhauptes erwähne, ein ſolches aber noch nicht vorhanden, da anderntheils die Vereidigung des Frankfurter Linienbataillons gegenwärtig ſchwerlich ohne Vermittelung des Oberkommando's der Reichstruppen geſchehen könne, dieſe Vermittelung aber um ſo weniger zu erwarten ſtehe, als das Parlament ſelbſt noch keinen entſcheidenden Beſchluß gefaßt, da endlich, nachdem §. 93 der Reichsverfaſſung die Beſtimmung enthalte, daß der Eid auf die Reichsverfaſſung mit dem Eide auf die Landesverfaſſung verbunden werden und dieſem vorhergehen ſoll und nachdem die Verfaſſung von Frankfurt noch in der Berathung begriffen ſei, jene Vereidigung zweckmäßig bis nach Vollendung dieſer Verfaſſung ausgeſetzt bleibe; ſollte indeß die Nationalverſammlung die Beeidigung verlangen, ſo würde der Senat keinen Augenblick Anſtand nehmen, dieſem Verlangen Folge zu leiſten. Bekanntlich hat, ebenfalls im Laufe des geſtrigen Tages, die Nationalverſammlung dahin zielende Beſchlüſſe gefaßt und ſo war denn die Rückäußerung des Senats gewiſſermaßen antiquirt. Herr Dr. J. Friedleben verſicherte noch, daß die Mannſchaften des Frankfurter Kontingents mit Sehnſucht dem Augenblick ihrer Vereidigung auf die Reichsverfaſſung entgegenſähen, „weniger indeß die Offiziere, welche ſich geſchmeichelt fühlten durch den Umgang mit öſterreichiſchen und preußiſchen Offizieren und welche erſt ſo eben einem Bankett beigewohnt hätten, auf dem man ein Hoch auf die Fürſten und ein Pereat der Verfaſſung ausgebracht“: dann ſchritt man zur Abſtimmung über den von Herrn Dr. Neukirch formulirten Antrag, unter Bezugnahme auf den letzten Theil der Rückäußerung und mit Hinweiſung auf die neueſten Beſchlüſſe der Nationalverſammlung den Senat wiederholt zu erſuchen, die Beeidigung des Linienmilitärs, der Bürgerwehr und der Beamten auf die Reichsverfaſſung zu verfügen. Der Antrag wurde einſtimmig angenommen.

♈ **Frankfurt**, 15. Mai. Die heute ausgegebene Nummer des Amtsblattes der freien Stadt Frankfurt verkündet die deutſche Reichsverfaſſung vom 28. März l. J. Durch öffentlichen Anſchlag fordert der Senat ſowohl als die konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats die Einwohnerſchaft dringend auf, ſich durch die letzten Exzeſſe der Truppen, deren Wiederholung zu verhüten die Behörden bereits alles Mögliche gethan, nicht zu unbeſonnenen Schritten hinreißen zu laſſen. Die Haltung der Bewohnerſchaft jenen Exzeſſen gegenüber iſt denn auch muſterhaft geweſen.

*** **Frankfurt**, 15. Mai. Den neueſten Mittheilungen aus Baden zufolge, hat ſich das badiſche Militär der Bewegung angeſchloſſen. An der Spitze der Bewegung ſtehen von Itzſtein und Brentano, doch ſoll letzterer erkrankt ſein. An der Spitze der Bewegung in der Reichsfeſtung **Raſtatt** ſollen Franzoſen und Polen ſtehen. Wo ſich die großherzogl. badiſche Familie befindet, weiß man noch nicht genau; nach den Einen ſoll ſie in Germersheim, nach Andern ſogar in Straßburg ſein. Die badiſchen Abgeordneten der Linken nennen die Flucht der großherz. Familie eine Thorheit.

*** **Frankfurt**, 15. Mai. Der Abg. Schaffrath, Vicepräſident der aufgelöſten ſächſiſchen zweiten Kammer, wohnte geſtern nach längerer Abweſenheit den Sitzungen in der Paulskirche wieder bei. Heinrich **Simon** iſt aus Italien zurück und erſchien heute wieder in der Paulskirche. Der Abgeordnete Briegleb, der in Sachſen ſein Mandat als Reichskommiſſär niederlegte, iſt gleichfalls hier zurück.

*** **Frankfurt**, 15. Mai. In Folge der vorgeſtern Abend von öſterreichiſchen und preußiſchen Reichsſoldaten an Civilperſonen verübten Gewaltthaten ſind von den Behörden die Mittel ergriffen worden, um die Rückkehr ſolcher Scenen zu verhindern. Die Truppen waren bereits geſtern Abend um 7 Uhr in ihren Kaſernen konſignirt. Geſtern Nachmittag beſorgten ängſtliche Gemüther indeſſen einen ernſten Soldatenkonflikt, der aber durch die Beſonnenheit der Frankfurter Reichsſoldaten, welche durch öſterreichiſche provocirt worden ſein ſollen, vermieden wurde.

* **Wien**, 11. Mai. Die heutigen Zeitungen enthalten ſehr unvollkommene Nachrichten über die ungariſchen Angelegenheiten. Wir entnehmen durch beſondere Gelegenheit der Peſther Zeitung vom 6. d. folgende Nachrichten: Nach dem letzten Berichte vom 6. Nachmittags 4 Uhr war **Ofen** durch 24 Stunden bombardirt und bereits Breſche geſchoſſen worden. Die ungariſchen Batterien ſtanden auf dem Adler-, Schwaben- und Blocksberg. Die Huſaren haben die ganze Stadt Ofen beſetzt (?). Das Bombardement Peſth's von Seite Ofen's hatte bereits am 4. Mai mit der gröbſten Gattung von Wurf- und Belagerungsgeſchütz begonnen und namentlich hat die Donauzeile ſtark gelitten. Auch viele Menſchenleben werden beklagt. Am 6. Nachmittags hatte das Bombardement Peſths aufgehört und Görgey wurde vom Regierungskommiſſär Iranyi beauftragt, einen Parlamentär nach Ofen zu ſenden und die Beſatzung aufzufordern, die Beſchießung Peſth's einzuſtellen, widrigenfalls die ganze Beſatzung bei der erfolgenden Einnahme über die Klinge ſpringen würde. Der „Peſti Hirlap“ vom 4. Mai enthält eine Verordnung des bevollmächtigten Kommiſſärs in Peſth, Daniel Iranyi, daß aus allen Siegeln der Doppeladler und jedes auf die Herrſchaft Oeſterreichs ſich beziehende Abzeichen oder Bild, ſowie die Krone über dem Wappen wegzubleiben haben; das amtliche Wappen der ungariſchen Herrſchaft iſt das ungariſche Wappen ohne Krone. General Klapka iſt nach Debreczin gereiſt, um das Kriegsminiſterium proviſoriſch anzutreten. Iranyi verkündigt in einem Aufruf vom 2. Mai, daß der Landtag zu den bereits bewilligten und größtentheils geſtellten 200,000 Mann eine Verſtärkung von 50,000 Mann bewilligt habe. Bem hat an die Szekler eine Proklamation erlaſſen, worin er alle Familienhäupter von 26—40 Jahr auffordert, in Marosvaſarhely zu erſcheinen, wo ſie in 4 Bataillons eingetheilt, und durch ſeine Truppen unterſtützt, in den Beſitz der eroberten Länder eingeſetzt werden ſollen. Den Vorzug haben Jene, die ſich ſchnell melden; denn wie eine Kompagnie beiſammen iſt, wird zur Beſitzergreifung geſchritten. Die Vertheilung der Ländereien geſchieht durch eine Kommiſſion, die von den Szeklern ſelbſt gewählt werden ſoll.

Lith. Korr. **Berlin**, 13. Mai. Wenn wir vor einigen Tagen bereits mittheilten, daß man höhern Orts an ein neues Kabinet, mit Graf Arnim-Boytzenburg an der Spitze, denke, ſo hatte dieſe Nachricht ihre gute Stütze. Es ſind wirklich mit dem Grafen Unterhandlungen angeknüpft geweſen, die auch heute noch nicht abgebrochen zu ſein ſcheinen. Nicht unmöglich, daß für eintre-

tende Eventualitäten ein Miniſterium Arnim bereit gehalten wird. Auffälliger dürfte es ſein, wenn Graf Arnim wirklich, wie verſichert wird, ſich nach Frankfurt hinneigt und eine gänzliche Losſagung von dem deutſchen Parlamente für nicht an der Zeit hält. Vielleicht iſt die Anſicht dieſes einflußreichen Staatsmannes dann mit ein Grund dafür, daß Preußen noch nicht dem Beiſpiele Oeſterreichs gefolgt iſt und ſeine Abgeordneten von Frankfurt zurückberufen hat.

*** **Barmen**, 11. Mai. Elberfeld iſt in den Händen des „Volkes." Alle Straßen ſind durch hohe Barrikaden abgeſperrt. Die Stadt wimmelt von Bewaffneten, worunter ein großer Theil aus Solingen, Waldeck, der Gegend der Waffenfabriken. Die geſetzlichen Behörden in Elberfeld beſtehen nicht mehr. Ein „Sicherheitsausſchuß," beſtehend aus Höchſter, Körner u. A. leitet die Verwaltung und Regierung der Stadt. Herrn Höchſter iſt es bis jetzt noch gelungen, die Ordnung zu behaupten und das Eigenthum zu ſchützen. Er hat durch Plakate kund gegeben, daß jeder Angriff auf das Eigenthum ſofort mit dem Tode beſtraft werden würde. (?) Nicht lange kann und wird der ungeſetzliche Zuſtand in Elberfeld dauern. Ein bedeutendes Truppenkorps iſt im Anzuge. Ein ſchreckliches Schickſal ſteht der Stadt, worin ſo viel koſtbares Eigenthum, ſo viele Fabriken gefährdet ſind, bevor. Die Aufſtändiſchen, meiſt gut bewaffnet, ſind entſchloſſen, ſich aufs Aeußerſte zu vertheidigen. Viele Familien ſind bereits geflüchtet. Alles iſt in der größten Beſorgniß. Hr. Höchſter hat verkündigt, daß die Bewegung eine politiſche Tendenz, nämlich die Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung zum Beweggrunde habe. Barmen hat, allem Vermuthen nach, nichts zu befürchten. Unſere Bürgerwehr verhält ſich neutral. Der deutſche Bürger- und Bruderkrieg hat alſo begonnen! Er hätte vermieden werden können; davon bin ich überzeugt. Die Politik, der Weg, den unſer Miniſterium verfolgt, führt nimmer zur deutſchen Einheit. Dieſer Weg geht über viele tauſend Leichen deutſcher Bürger; er führt nicht zum Glück und Frieden unſeres Vaterlandes. Gott ſchütze uns, uns Alle!

*** **Barmen**, 12. Mai. Ich glaubte Ihnen heute eine Entſcheidung mittheilen zu können, verſchob daher die Abſendung dieſes Briefes. Es iſt aber in Elberfeld im Weſentlichen noch beim Alten. Einige Zuzüge zogen geſtern Abend wieder ein. General v. d. Gröben ſoll nach Berlin berichtet haben, er bedürfe eine Macht von 10,000 Mann, um die Stadt einzunehmen. Aus der benachbarten Mark lauten die Nachrichten ebenfalls ſehr betrübend. In Iſerlohn iſt es aus ähnlichen Gründen wie in Elberfeld zum Kampfe gekommen. Nähere Nachrichten fehlen, da die Poſten ausgeblieben ſind.

△ **Nürnberg**, 13. Mai. Die große fränkiſche Volksverſammlung auf dem Judenbühl iſt, obſchon dieſelbe von 50 bis 60,000, nach anderer Schätzung von 80,000 Theilnehmern beſucht war, ſoeben in muſterhafter Ordnung auseinander gegangen. Auch Vogt von Gießen wohnte derſelben bei und zeigte ſich in ſeinem Vortrage, der mit ſtürmiſchem Beifall belohnt wurde, ziemlich gemäßigt. Als bedeutendſten Moment der impoſanten Demonſtration hebe ich den einmüthig dem Präſidirenden Schmitt (Abgeordneter in München) nachgeſprochenen Schwur: „Ich ſchwöre Treue zu der Reichsverfaſſung, ſo wahr mir Gott helfe!" hervor, der mit entblößtem Haupte und aufgehobener Rechten geleiſtet wurde. Beſchlüſſe wurden folgende gefaßt: 1) Die Beſchlüſſe der großen Volksverſammlung vom 2. Mai anzuerkennen. 2) Den Beſchlüſſen der baieriſchen Abgeordneten in Frankfurt und München mit dem Zuſatze zu Nr. 5 beizuſtimmen: „zugleich erklärt das Volk, daß es ſeine Vertreter unter allen Umſtänden in Schutz nehmen wird." 3) Eine Verwahrung und Proteſtation gegen ein Plakat der Regierung von Mittelfranken, worin das Volkskomite als die Ruhe und Ordnung ſtörend ꝛc. bezeichnet wird. 4) Mehrere Beſchlüſſe über Organiſation politiſcher Vereine in Baiern, unter anderen die folgenden: Ueberall, wo noch keine politiſchen Vereine ſind, ſollen ſolche gebildet werden; dieſe haben ſich dem Centralmärzverein in Frankfurt anzuſchließen; in jedem Orte ſollen ſich Wehrvereine mit Waffenübungen bilden und zu dieſem Zwecke eine Kommiſſion niedergeſetzt werden; der Reichsverſammlung und der Centralgewalt ſoll angetragen werden, daß dieſe Vereine helfen werden, alle Beſchlüſſe der Nationalverſammlung zur Durchführung zu bringen; die Reichsverſammlung ſoll um Reichsſchutz für dieſe Vereine gebeten werden. 5) Ein letztes „offenes Sendſchreiben an den König der Baiern", worin ziemlich unverblümt mit Abfall der fränkiſchen Provinzen gedroht wird, wenn er ſich ferner weigern ſollte, die Reichsverfaſſung anzuerkennen. Auch die Verweigerung des Budgets in den übermorgen zuſammentretenden Kammern wurde in Ausſicht geſtellt; das Ergreifen der Waffen aber nur für den Fall angerathen, wenn der König zuerſt das Volk mit Waffengewalt zwingen wollte.

A **Dresden**, 13. Mai. Geſtern Abend erſchien folgende Bekanntmachung: Die beiden unterzeichneten Miniſterien bringen in Berückſichtigung verbreiteter Gerüchte zur öffentlichen Kenntniß, daß noch kein einziges Todesurtheil in Folge ſtandrechtlicher Unterſuchung gegen die beim Aufſtande wider die geſetzmäßige Regierung Se. Majeſtät des Königs betheiligten Perſonen erkannt, vielweniger vollzogen worden und eine ſtandrechtliche Unterſuchung überhaupt noch nicht vorgekommen iſt.

Dresden, 12. Mai 1849.

Miniſterium des Kriegs und des Innern.
Rabenhorſt. v. Frieſen.

≈≈ **Dresden**, 13. Mai. Ich habe Ihnen die Richtung ſchon angedeutet, welche der unſelige Dresdener Bürgerkampf in den letzten Tagen genommen. Wie viele tüchtige und edle Männer und Jünglinge glaubten für die deutſche Verfaſſung zu kämpfen und gaben, ohne es zu wiſſen, die Werkzeuge für eine nach ganz anderem Ziele ſtrebende Geſellſchaft ab. Trotz dieſer Wendung aber, welche der Kampf genommen, vernimmt man nichts, daß von Seiten des Volkes und des herbeigelaufenen Geſindels etwa Raub und Plünderung (an Eßwaaren ausgenommen) verübt worden; auch die gefangenen Soldaten ſollen überall vom Volke gut behandelt worden ſein und die Herren, die von einigen Volksführern als verdächtig oder als Spione ergriffen worden, können nicht klagen, daß ſie irgend gemißhandelt worden, ſie wurden einfach eingeſperrt in der Frohnfeſte, oder wo ſonſt ein geeigneter Ort erſchien. Dagegen muß man es ſehr beklagen, daß die Soldaten nicht allein ſehr ſtreng mit denen verfuhren, die gegen ſie kämpften und über die ſie Herr wurden, ſondern daß ſie auch die, welche ſie bereits gefangen genommen und abführten, viel mißhandelten. Von der Brücke in die Elbe wurden mehrere Gefangene von den erbitterten Soldaten hinuntergeworfen, (das geſchah allerdings, als der Kampf noch hartnäckig vom Volke in der Stadt geführt wurde) andere wurden hier und da noch erſchoſſen, wieder andere mit Flintenkolben hart getroffen. Wir können uns nur freuen, daß das Standrecht nicht verkündet werden konnte; auch durfte nach den Geſetzen kein Belagerungszuſtand über Dresden verhängt werden, es iſt der mildere Kriegszuſtand, in welchen wir verſetzt worden. Eine große Vorunterſuchungs-Kommiſſion iſt niedergeſetzt worden, deren Vorſitz der Stadtrichter von Neuſtadt mit 2 Beiſitzenden, Stadtgerichtsräthen, und 14 Aktuaren führt. Eine gute Anzahl Gefangener wurde bereits geſtern, nachdem der Einſpruch des Oberkommandanten gegen ihre ſofortige Freilaſſung als juriſtiſch nicht gerechtfertigt gehoben war, als nicht ſchuldig am Aufruhr freigelaſſen. Dieſe armen Leute werden viele Angſt in der nicht leicht gemachten Gefangenſchaft auszuſtehen gehabt haben. Iſt die Vorunterſuchung beendigt, ſo werden nach unſern Geſetzen Aſſiſen zum Urtheil zuſammenberufen. Aus der Neuſtadt und der Frauenkirche ſind die Gefangenen, deren Zahl bis nahe an 500 gebracht ſein ſoll (von denen nun allerdings ſchon viele freigegeben), in das beſſer eingerichtete Gewandhaus geführt worden. Polen befinden ſich, wie ich erfahren, wenige oder gar keine unter ihnen. Die Slawen übertreffen uns Deutſche in politiſchen Dingen ſehr an Liſt und Schlauheit! Wie viel wußte man von den polniſchen Mitkämpfenden zu erzählen.

Nachſchrift. Tzſchirner iſt geſtern gefangen eingeführt worden.

* **Vom Neckar**, 14. Mai. Von der Volksverſammlung in Offenburg hoffte man, ſie werde ſehr mäßig ausfallen; dies würde auch der Fall geweſen ſein, hätte nicht eben der Abfall der Truppen in Raſtatt der rothen Partei ein Selbſtvertrauen und eine Keckheit gegeben, welche die konſtitutionell monarchiſche Partei nicht hat und nicht haben kann, ſeitdem ihre Hoffnung auf ein Reichsoberhaupt ſo ſchmählich getäuſcht worden iſt. Nach Offenburg begab ſich einen Tag vor der Verſammlung (12.) ein ſogenannter Ausſchuß, um die Forderungen des Volkes vorläufig zu redigiren, welche am folgenden Tage berathen und beſchloſſen werden ſollten. Dieſe Kommiſſion ſtellte 4 Forderungen an den

№ 134. **Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 15. Mai 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. VI.
Das Vaticinium Francofurtense.
Schreiben des General Bem an Lord Dudley Stuart.
Deutſchland. Frankfurt (Amtliche Darſtellung der Kriegsereigniſſe in Jütland.) München (Verzicht des Königs auf ſeine Jagdvorrechte. Gedicht König Ludwigs. Proben der ultramontanen Preſſe.) Stuttgart (Kammerverhandlungen. Die Freikorps und die Bürgerwehr.) Dresden (Der Zuſtand des Landes.) Hannover (Auflöſung der Coppenbrügger Bürgerwehr.) Darmſtadt (Interpellationen. Das Wahlgeſetz.) Weimar (Verkündigung der Reichsverfaſſung.) Wiesbaden (Die Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfaſſung.) Schwerin ((Zweideutige Erklärung der Regierung in der deutſchen Verfaſſungsfrage.) Flensburg (Das letzte Treffen. Die Stadt Fridericia.)

Von der Donau.

VI.

☐ Die deutſchen Angelegenheiten liegen für Oeſterreich jetzt in einem noch dunkleren Winkel als ſonſt. Der Lüge, daß die Oeſterreicher mit Haut und Haar ſich an Frankfurt ergeben hätten, folgt nunmehr die Täuſchung, daß ſie ſich davon ganz losſagen wollen. Mit der Lüge wurde das Volk betrogen, mit der Täuſchung betrügt ſich die Regierung. So viel die Magyaren und Ruſſen an Theilnahme übrig laſſen, widmet man den Affairen in Deutſchland, nur kann man den Gedanken nicht überwinden, daß das Volk der Denker blos Kämpfer im paſſiven Widerſtande liefert, während die Ungarn ihr Urrecht, das jus resistendi in entſcheidenderer Weiſe gebrauchen. Dennoch erwartet man, daß die unkluge Oppoſition deutſcher Fürſten einen Losbruch herbeiführen wird, wogegen die Vorgänge in Stuttgart und Dresden nur Vorſpiele ſind. Sie wiſſen dies aber beſſer zu beurtheilen, und es ſoll hier nur die Anſicht unſerer Gewalthaber darüber dargelegt werden. Die ultima ratio regum hat durch das Kabinet Schwarzenberg eine Variante erhalten; nicht mehr die Kanonen ſind es, die von den Völkern erobert oder vernagelt werden, ſondern die Koſaken. Die ultima ratio Caesaris ſind die Ruſſen, und ſo wie dieſe gegenwärtig die Einheit, Macht und Größe des öſterreichiſchen Kaiſerſtaates zu befeſtigen beauftragt ſind, werden ſie im Nothfalle die Einheit, Macht und Größe Deutſchlands nach Brandenburg-Schwarzenberg'ſchem Modell ausführen. Unſer Miniſterium ſieht ſeine Politik gegen Frankfurt dadurch gekrönt, daß die Entſcheidung den Waffen anheimgegeben iſt; ſeine Furcht war nur damals groß, als eine friedliche Verſtändigung, eine Vereinbarung zwiſchen Fürſt und Volk möglich war. Miniſter die blos durch Gewalt und Schrecken, durch Krieg und Standrecht ſich erhalten können, ſehen es ungern, wenn in ihrer Nachbarſchaft ſchwierige Probleme friedlich gelöſt werden. Unſere Miniſter ſchmunzeln zufriedengeſtellt, ſobald ſie die Nachricht vom Barrikadenbauen u. dgl. erhalten; die Geringſchätzung des Volkes und all ſeiner Vertreter läßt keine Sorge wegen eines Erfolges gegenüber den Armeen bei ihnen auftauchen. Sie haben nur den einen Kummer, daß ſie nicht ſelbſt Weißjacken unter Anführung eines Windiſchgrätz oder Haynau zu Hilfe ſenden können. Zweifle Niemand daran, daß das öſterreichiſche Miniſterium, wenn es nur halbwegs Truppen entbehren kann, dieſelben an die deutſchen Grenzen, in die Bundesfeſtungen, nach Frankfurt und Kreuznach ſenden wird, und unbekümmert um die etwaige Einſprache des Reichsminiſteriums und Reichsverweſers nach Dresden oder München marſchiren läßt, um dortigen Bewegungen entgegen zu treten. Das öſterreichiſche Kabinet fühlt ſich um ſo ſicherer, ſeit die franzöſiſche Republik mit ihm in Italien alliirt iſt, und das Pariſer Kabinet wird nicht einmal an den Rhein, noch viel weniger über den Rhein marſchiren laſſen, wenn der Kaiſer von Oeſterreich der Nationalverſammlung bewaffnet gegenübertritt. Die längſt beſchloſſene, eigentlich nie unterbrochene Verbindung mit dem Czaar hat das Publikum nicht überraſcht; als Fiquelmont, gerade jetzt ein Jahr, Miniſter wurde, galt die Demonſtration gegen denſelben, die ihn zum Rückzug zwang, blos der ruſſiſchen Allianz. Sie datirt alſo nicht von neuem Datum. Allein voriges Jahr konnte Niemand ahnen, daß die republikaniſche Regierung zu Paris ſich mit dem abſoluten Regime zu Wien vereinen werde. Von England behauptet man, daß es eine Note gegen den Einmarſch der Ruſſen eingeſandt habe; und es iſt nicht ohne Wahrſcheinlichkeit; gewiß aber iſt es, daß der Präſident Napoleon in guter Freundſchaft mit dem Czaar und mit dem Kaiſer von Gottes Gnaden verbleiben will, und nicht blos nicht gegen ſie, ſondern ſogar für ſie ſeine Maßnahmen trifft. Auf Ungarn hat dies wenig Bezug; dort entſcheidet allein die Maſſe, nicht das Schwert, denn die Magyaren ſtürzen ſich mit ihren Hauſtöcken und Drahtſchlingen auf die Truppen, das Volk kämpft, im wahren Sinn, gegen die Soldaten. Auf Deutſchland jedoch nimmt dieſes Verhalten des Pariſer Kabinets dann Bezug, wenn die Könige ihre Truppen einander zuſendrn, und Oeſterreichs Adler ſeine Krallen nach der Paulskirche ausſtreckt. Das öſterreichiſche Volk wurde, bei ſeiner ſüdlichen Natur, deßhalb von Frankfurt entfremdet, weil keine That zum Vorſchein kam, und weil es keine Macht gewahrte hinter all den ſchönen und gelehrten Reden. Das öſterreichiſche Volk weiß auch was Freiheit und Recht iſt, aber noch hat es nicht die Erfahrung gemacht, daß Debatten und paſſiver Widerſtand ein günſtiges Reſultat erzielen. Aus dieſem Grunde intereſſirt es ſich auch weniger für Deutſchland, das es doch als Bruderland liebt, als für Ungarn, von dem es eigentlich nichts Gutes erwarten kann. Allein das Volk verſteht es genau, daß viel eher die Magyaren als die Deutſchen das jetzige Syſtem und die jetzigen Miniſter verdrängen werden. Das iſt für den Moment das einzige Ziel **aller** Parteien, ſelbſt die terroriſirten Beamten nicht ausgenommen, gegen welche ein Miniſterialerlaß ausgegeben werden mußte, daß ſie ſich jeder Freudenbezeigung bei den Siegen der Magyaren zu enthalten haben. Die Sympathieen für die Ungarn ſind ſeit dem Herbeiruf der Ruſſen ſo gewachſen, daß nicht blos die Beamtenwelt, ſondern ſogar das Militär davon ergriffen iſt. Man fürchtet, wenn auch nicht eine maſſenweiſe Deſertion, doch eine Verweigerung des Kampfes in Gemeinſchaft mit den Ruſſen. Die Offiziere ſind an ihrer Ehre gekränkt, und die Tauſende Ungarn, welche in der kaiſ. Armee dienen, können es wohl nicht mit Gleichmuth anſehen, wenn die wüthenden Horden ihr Vaterland bluttriefend durchſtreifen. Schmerz genug, daß oft der Vater unter ſchwarzgelber Fahne ſeinem Sohne unter der Tricolore gegenüberſteht. Um dieſen betrübenden Einflüſſen entgegen zu wirken, kam der Kaiſer nach Wien und beſucht das Hauptquartier in Preßburg. Eine Proklamation an die Armee wurde bereits im Miniſterkonſeil ſtyliſirt, wobei jedoch Stadion fehlte, der wohl nicht mehr ins Amt tritt. Die Magyaren aber erobern indeß ihr Land bis an die galiziſch-mähriſch-öſterreichiſch-ſteiriſche Grenze, und voll Schrecken erzählt man, ihre Vorpoſten ſtünden in Wieneriſch-Neuſtadt. Das kaiſerliche Heer iſt unfähig eine Schlacht anzunehmen, und die Generäle wagen nur einzelne Gefechte, in denen ſie aber immer, wie auch die offiziellen Blätter hartnäckig läugnen mögen, den Kürzeren ziehen. Um Preßburg ſammeln ſich die geſchlagenen Trümmer der kaiſerlichen Armee, und die einrückenden Ruſſen ſollen den linken Flügel bilden, längs der March aufgeſtellt. Um das Rivaliſiren der Befehlshaber und die Reibungen der einzelnen Korps zu verhindern, übernimmt der Kaiſer ſelbſt den Oberbefehl, und der verſchollene Hofkriegsrath tritt in neuer Form als Kabinetskanzlei ins Leben. Dieſes Arrangement bringt den ſelbſtſtändig agirenden Führern der Magyaren neue Vortheile, die gleichen Sinnes, fern von nichtiger Eitelkeit und militärariſtokratiſcher Ueberſchätzung, ihre Operationen gemeinſam berathen und vollziehen. Sonderbarerweiſe wiſſen die miniſteriellen Organe gar nichts über die Stellungen und Bewegungen der ungariſchen Armee. Im Kriegsminiſterium wundert man ſich, wenn ein Kourier ungefährdet aus Ofen anlangt, und dann vermuthet man, daß Raab noch nicht von den Magyaren beſetzt ſei, während Huſaren bereits in Oedenburg erſchienen. Im Hauptquartier fehlt es an verläßlichen Kundſchaftern, und ſelbſt die große Beſtechung vermag nicht die Landbewohner zu Spionen gegen ihre Landsleute zu machen. Zum Staunen iſt es, daß weder über Görgey, Dembinski, Vetter, Bem, noch über die Hauptſtadt eine zuverläſſige Nachricht beim Oberkommando oder Miniſterium bekannt iſt; der Magiſtrat von Peſth **ſoll** in ſeiner letzten Sitzung dem Reichstagsbeſchluſſe über die Thronentſetzung der Habsburgiſchen Dynaſtie **beigetreten** ſein. Faſt 200 Geſchütze drohen von Ofen herüber, aber der Patriotismus und die Freiheitsliebe laſſen alle Drohungen vergeſſen. Solche Thatſachen begeiſtern mehr, als Gemeindeproteſte. Man bemüht ſich hohen Ortes, den Kampf als einen magyariſch-polniſchen darzuſtellen, und durch den letztern Moment ſucht man auch Preußen in die Schlacht zu ziehen; aber es iſt dem innerſten Weſen nach vielmehr ein Kampf gegen Kabinetsrevolutionen. Die Gegner der Magyaren ſchließen ſich darum ihnen an, ſo wie die, von den **Kaiſerlichen** aus-

gehobenen Rekruten aus dem deutſchen Banat ſogleich zu den Ungarn übergingen. Hurban hat vom ganzen ſlovakiſchen Heere kaum 200 Mann behalten, viele kehrten in ihre Dörfer zurück, die meiſten gingen zu den Magyaren über, und ſelbſt dieſe 200 ſind nicht vom Gros der kaiſerlichen Armee wegzudetaſchiren, ſonſt werfen ſie die Waffen weg. Niemand, ſelbſt die Kroaten nicht mehr, wie es das vom Miniſterium als unecht bezeichnete Memorandum des Banus Jellacic erweiſt, will für das jetzige Syſtem, für dieſe oktroyirte Charte und für die verhaßteſten aller Miniſter einſtehen. Der kroatiſch-ſlavoniſchen Deputation wurden vom Kaiſer ſüße Worte über ihre Treue geſagt, allein den unterbreiteten Wünſchen will er, in ſo weit dieſelben ſich mit den Intereſſen des geſammten Kaiſerreichs in Einklang bringen laſſen, und ſobald (ſoſpät) es die Umſtände geſtatten, Erfüllung bringen. Aber die Wünſche der Kroaten und Slovenen ſind gar nicht mit den Geſammtintereſſen in Einklang zu bringen, denn ſie fordern eine eigene oberſte Landesverwaltung, Inkorporation der Militärgrenze, die Nationalſprache ausſchließlich zur amtlichen, Einverleibung Dalmatiens und der Murinſel. Das Miniſterium Schwarzenberg hat aber ſeine eigenen Werke ſo oft ſelbſt Lügen geſtraft, daß es ihm auf ein Verſtümmeln der oktroyirten Charte mehr oder weniger nicht ankömmt. Die Kroaten aber glauben auch nicht mehr. So ſind die treueſten Völker offene oder verſteckte Feinde des Miniſteriums, und wären die nationalen Antipathien nicht, ſie ſtänden alle zuſammen wie ein Mann gegen das jetzige Kabinet. Dieſes erkennt auch ſeine Lage, und hat eben deßwegen Fremde ins Land gerufen, da es in der Heimath nicht Einen Freund, nicht Eine Stütze findet. Wenden ſich die deutſchen Angelegenheiten zu Gunſten der Reichsverfaſſung, ſo iſt der Sturz unſeres Miniſteriums gewiß; ſonſt aber wird, wie eine Miniſterrevolution den Marſchall Windiſchgrätz beſeitigte, erſt eine Palaſtrevolution den Kaiſer von dieſen Verderben bringenden Räthen befreien.

Das Vaticinium Francofurtense,

eine Fortſetzung der Lehnin'ſchen Weiſſagung.

(In einem alten Grabgewölbe gefunden.)

Incipit Vaticinium.
Vaticinium Francophordonse
Post impletum Lehninense
Canitur nunc Germanis
Clericis et prophanis.

O Pater sancte celostis,
Oramus to vultibus moestis,

Pedes nostri ne cadant,
Per desortum fortiter vadant.

Elexit Israel regem,
At pastor neglexit gregem.

Corona immaculata
Periit in Arce cremata.

Ultimus stemmatis iuit
Via, quam Rehabeam triuit.

Venient nunc tempora illa,
Ubi Phonix latet in fauilla.

Ut auem turbent et situm
Grassantur in Paululum nidum

Leo et albus caballus
Aquilao nigrae vasallus.

Et voluitur in nidum
Saxum borealiter situm.

Rubrao campanae sonant,
Atra nubila tonant:

Quid deliratis reges?
Discito Aureas legos.

Flamma celesti truncus
Consumitur piger et uncus.

In nidum cadit scintilla
Et Phenix euadit fanilla.

En nouam spem segetum,
Eu viride nouum quercetum,

En silua media stantem
Rosam ex horto meantem,

Quo quatuor cantant prophete
Dulce decus Musagete.

Germania legem
Et lex constituet gregem.

Felicitas temporum rara,
Saga cum togis sunt clara.

Aquila pellit boues
Angues vulpes et oues.

Diffugit longe et late
Generalis cum Societate.

Iani templa sunt clausa
Triumphabit tandem bona causa.

Schreiben des Generals Bem an Lord Dudley Stuart.

▽ „Daily News“ theilt ein an Lord Dudley Coutts Stuart gerichtetes Schreiben des Generals Bem aus Siebenbürgen mit, welches dem Lord durch die Vermittelung des engliſchen Generalkonſuls in der Wallachei, Herrn Colquhoun, zugefertigt wurde. Das Schreiben trägt die Unterſchrift: „Der Oberbefehlshaber der ungariſchen Armee in Siebenbürgen, Bem“, und iſt datirt „Mühlenbach, 4. April.“ Es ſind darin einige intereſſante und mittheilenswerthe Geſtändniſſe und Aufklärungen enthalten, obſchon der General ſchwerlich ganz aufrichtig iſt, wenn er z. B. in Wien bloß für die Einſetzung einer verfaſſungsmäßigen Regierung gekämpft zu haben verſichert. Dieſe Verſtellung, die überhaupt dem eben ſo tapfern als liſtigen Sarmaten geläufig iſt, glaubte er ſich dem konſtitutionellen Engländer gegenüber geſtatten zu müſſen. Auch ſonſt ſind die Thatſachen und Motive wohl hier und da ein wenig verdreht. Er ſei, ſchreibt der General, um ſich von dem Stande der Dinge in Kenntniß zu ſetzen und vielleicht ſeinem Vaterlande dienen zu können, aus Galizien nach Wien gereiſt, ſei hier (aus bloßem Zufall?) wenige Tage nach der Revolution und nach der Abreiſe des Kaiſers eingetroffen und habe das ihm angebotene Oberkommando der Nationalgarde angenommen, die aber unglücklicherweiſe nie mehr als 10,000 Mann gezählt habe. Indeß hätten die Sachen für uns (die Polen oder die Deutſchen? die Konſtitutionellen oder Republikaner?) damals ein günſtiges Ausſehen gehabt. Die öſterreichiſchen Truppen, von den Ungarn geſchlagen, ſeien unter die Mauern von Wien geflüchtet und wenn die Ungarn ſie bis dahin verfolgt hätten, ſo würde es ihnen und den Wienern ein Leichtes geweſen ſein, die Kaiſerlichen gänzlich zu vernichten und auch Windiſchgrätz zu ſchlagen. (Somit wäre wenigſtens, wenn anders der General Bem hier die Wahrheit ſagt, Jellacic von dem Verdacht gereinigt, daß ſeine Bewegung gegen Wien eine längſt vorbereitete und vorbedachte geweſen; der Ausſage Bem's zufolge drängte ihn die Noth hierzu; Jellacic erſchien vor Wien mit einem flüchtigen Heere). Im Falle des Sieges, meint General Bem, könnte man ohne Schwierigkeit den Kaiſer von Ollmütz nach Wien zurückbringen. Die Angelegenheit wäre dann geordnet und die konſtitutionelle Regierung eingerichtet worden. (Daß nur der konſtitutionelle Zweck der Wiener Erhebung zu Grunde gelegen hätte, iſt, wie geſagt, eine ſchwer glaubliche Verſicherung.) An demſelben Tage, an welchem das durch die Nationalgarden ſchwach vertheidigte Wien unter dem mörderiſchen Feuer der öſterreichiſchen Truppen fiel, wäre endlich, erzählt Bem weiter, das ungariſche Heer bei Schwechat erſchienen, aber nur von jungen Offizieren angeführt, weil die Ungarn ſich ihrer verrätheriſchen

alten Generale und Oberoffiziere, die an ihrem ſpäten Erſcheinen Schuld geweſen, vor dem Abmarſch entledigt gehabt. Die Ungarn ſeien geſchlagen worden, hätten ſich nach Preßburg zurückgezogen, wohin es ihm, Bem, in Verkleidung zu entkommen gelungen ſei. Man habe ihn mit dem Oberbefehl des Heeres betraut, welches den Auftrag gehabt, Siebenbürgen „zurückzuerobern", wo ſich 16 bis 18,000 Mann öſterreichiſcher Truppen befunden. Die Hilfe von 10,000 Mann Ruſſen habe ſeine Fortſchritte mittlerweile etwas aufgehalten, bis er das Glück gehabt, beide, die Oeſterreicher und Ruſſen, aus Siebenbürgen herauszuſchlagen, und dem unglücklichen Lande (auch dem Sachſenlande?) die Freiheit wiederzugeben. Der General ſetzt hinzu: „Man kann ſich denken, welches Vergnügen es mir macht, wenn das Schickſal mir Gelegenheit gibt, die Moskowiter zu dreſchen" (étriller). Der General fährt fort: „Ich hoffe, daß ich, nachdem ich die Angelegenheiten in dieſem Lande geordnet, im Stande ſein werde, in Ungarn einzurücken und zur Verjagung oder Vernichtung des Windiſchgrätziſchen Heeres mitwirken zu können. Unſere Erfolge können nicht zweifelhaft ſein, unſere Armee iſt tüchtig und zahlreich; mehr als 100,000 Mann, wohl bewaffnet und von einem ausgezeichneten Geiſt beſeelt, können zuſammengebracht und gegen das öſterreichiſche Heer geführt werden. Schwächer an Zahl und umgeben von einer feindſeligen Bevölkerung, wird, wie ich hoffe, das Heer des Windiſchgrätz durch meine Ankunft an der Spitze eines wohlgeſchulten und kampfgewohnten Heeres einen tödlichen Streich erhalten. Ich ſchreibe nicht an unſern theuern Sculczowski oder einem andern meiner Freunde, denn ich war unglücklich genug, einen meiner Finger an der rechten Hand durch eine Kugel zu verlieren, woran ich noch leide; aber ich grüße dieſe Freunde alle aufs herzlichſte. Ich glaube, es wird Hrn. Young lieb ſein zu hören, daß, obſchon eine zweite Wunde meine körperlichen Leiden vermehrt hat, und obſchon mein Bein noch nicht vollkommen geheilt iſt, doch keine neuen Splitter ſich davon abgelöſt haben, ſo daß ich ohne einen Stock gehen und zu Pferde ſitzen kann. Ich habe die fröhliche Hoffnung, daß ich an den großen Operationen, welche ſich für das gegenwärtige Jahr vorbereiten, thätigen Antheil werde nehmen können."

In Verbindung kam General Bem mit dem engliſchen Generalkonſul in der Wallachei dadurch, daß dieſer durch einen Sendboten die Freilaſſung einer Lady Horatia Weſton forderte, welche ſeit Monaten in der Feſtung Karlsburg gefangen gehalten werde. Die Dame, vom General Bem mit jeder Rückſicht behandelt, befindet ſich bereits ſeit dem 15. April in Buchareſt. Weshalb und auf weſſen Veranlaſſung die Engländerin gefangen gehalten wurde, iſt nicht erwähnt, doch ſcheint hieraus hervorzugehen, daß Karlsburg, der letzte von den Oeſterreichern in Siebenbürgen beſetzt gehaltene Punkt, nun auch in den Händen der Inſurgenten iſt.

Deutſchland.

Frankfurt, 14. Mai. Die O.-P.-Z. meldet im amtlichen Theile:

Die Offenſive der Reichstruppen in Jütland iſt mit Erfolg fortgeſetzt worden. Am 8. d. M. nahm die preußiſche Diviſion Beſitz von Veile und dem Terrainabſchnitt dieſer Stadt. Allein da der Feind die jenſeitigen, für ihn ſehr günſtig gelegenen bewaldeten Thalabhänge ſtark beſetzt hielt, und es daher niche gerathen erſchien, in dieſer feſten Fronte der feindlichen Stellung aus Veile zu debouchiren, ſo erhielt der Befehlshaber der preußiſchen Diviſion, General von Hieſchfeld, den Auftrag, den Feind durch eine Umgehung in ſeiner eechten Flanke zum Abzuge aus ſeiner Stellung zu nöthigen und ſodann die Operationen in der Richtung auf Horſens fortzuſetzen.

Der General von Hirſchfeld entledigte ſich noch im Laufe des 8. dieſes Auftrages mit vollſtändigem Erfolge, und am 9. rückte die Avantgarde der preußiſchen Diviſion in der Richtung auf Horſens vor.

Die ſchleswig-holſteiniſche Diviſion, welche den Feind, 14 Bataillone und 5 Schwadronen ſtark, vollſtändig nach Fridericia hineingeworfen hatte, iſt vor der Hand zur Einſchließung dieſer Feſtung beſtimmt worden.

= **München**, 11. Mai. Die fortdauernden Exceſſe der ergrimmten Bauern gegen die königlichen Jagdreviere haben nunmehr dahin geführt, daß der König Max ſich der Ausnahmgeſetze für alle königlichen Jagden begeben hat und daß ein deßfallſiger Geſetzentwurf den Kammern vorgelegt werden ſoll. In einem Gedicht vom 19. April datirt beſingt König Ludwig in unſerem Hofblatt die Unverwüſtlichkeit „ſeines Oeſterreichs." Die Idee iſt nicht neu; Radetzky hat in ſeinem Brief an Zedlitz aus Mailand 2. Februar d. J. die Sache noch poetiſcher ausgedrückt. Wenn in König Ludwig's Poem Oeſterreich nur im Bilde eines unerſchütterlichen Felſen erſcheint, ſo verſetzt der kühne Feldmarſchall ſein Land in die ewigen Wölbungen des Himmels; denn er ſagt: „Schöner als je ſteigt Oeſterreichs Stern aus tiefſter Nacht." Man verſetze ſich nun aus dem Reich der Dichtung in die fahle Wirklichkeit: „Oeſterreich an Ehren und an Siegen reich," dem die Preſſe bereits ein „delenda Austria" entgegenruft, wendet ſich, um gegen die fort und fort ſiegenden Magyaren nur etwas zu vermögen, abwechſelnd an Rußland, an Baiern, an Preußen. Die ultramontane Partei verſichert im „Volksboten" (nicht „Reichsboten" wie Sie neulich abgedruckt) redigirt von E. Zander: „beſchließen können ſie viel in der Paulskirche, aber mit dem Beſchließen iſt's aber auch aus und Amen; ob wir danach handeln iſt eine andere Sache." Fallmerayer wird in derſelben Nummer der Münchener Poſſenreißer genannt, es wird den ausgetretenen baieriſchen Abgeordneten gratulirt, daß ſie den Staub der Paulskirche, der Souveränetätsſchwindler abgeſchüttelt hätten; auch wird noch die Rede eines Mitgliedes des ultramontanen Club, des Herrn Jörg angeführt, der beweiſt, daß Deutſchlands Elend genau mit der Reformation angefangen hat. Es ſind, im Fall auf die Landtagsdebatten oder reſp. durch Auflöſung des Landtags Unruhen entſtehen ſollten, alle militäriſchen Maßregeln ergriffen und hohe Offiziere verſichern trocken: dann würde belagert.

** **Stuttgart**, 12. Mai. Unſere Kammer iſt bei einem ihrer letzten Geſchäfte, der Berathung der Deckungsmittel für unſer ordentliches und außerordentliches Budget angekommen. Sie hat die Kapitalſteuer von bisherigen 6 auf 15 kr. vom Hundert Gulden Kapital erhöht gemäß dem Regierungsentwurfe; ſie erledigte die Steuer von Beſoldungen, Penſionen rc., wobei auf Eiſenlohrs Antrag, mit Rückſicht auf den im Entwurfe des Wahlgeſetzes vorgeſehenen Cenſus, auch das kleine Einkommen der Schullehrer, um ihnen das Wahlrecht zu ſichern, ganz niedrig beſteuert wurde. Bei der hieran ſich reihenden Bewilligung des Bedarfs der Apanagen wurde die Bitte um Reviſion des königl. Hausgeſetzes erneuert und die fernere beigefügt, es möchte ins künftige die Erlaubniß zur Verzehrung der Apanagen im Ausland nicht mehr gegeben werden. Auf Frhrn. v. Hornſteins Antrag werden vom 17. Januar (Grundrechte) an die „Donativgelder" (dafür daß die Mitglieder der fürſtl. Familie nicht katholiſch erzogen werden, bewilligt) nicht mehr anerkannt. Heute erhielt der Geſetzesentwurf die Zuſtimmung der Kammer, der an die Stelle der bisherigen Stempel- und Kammerkanon-Abgaben der politiſchen Zeitungen eine Beſteuerung des Einkommens der Eigenthümer, wie überhaupt des ſchriftſtelleriſchen Erwerbs, gleich dem der Aerzte, Advokaten rc. ſetzt. Sodann kam der Bericht der Finanzkommiſſion über Ausfüllung der Lücken im Staatshaushalte zur Berathung. Die früheren Plane der Regierung: durch Erhöhung der direkten Steuer und ein Zwangsanlehen die Lücke zu decken, ſind, ſeit das Defizit die Summe von 4½ Millionen fl. erreicht hat, aufgegeben worden, und dafür der Vorſchlag eines freiwilligen Staatsanlehens von 2½ — 3 Millionen, ſowie die Errichtung einer Bankanſtalt und Ausgabe von 3 Millionen Banknoten gemacht worden. Ueber die Nothwendigkeit eines Staatsanlehens waren Kommiſſion und Kammer mit der Regierung einig und es wurde der Geſetzentwurf über Aufnahme eines Anlehens bis zu 3 Millionen unter den möglichſt billigen Bedingungen genehmigt. Ueber den zweiten Punkt beſtehen verſchiedene Anſichten in der Kommiſſion, und zwar gehend auf Schaffung von Staatspapiergeld (Zeller) Bank mit Privatbetheiligung (Seybold) und Staatsbank (Schweikhard). Die Berathungen der Kammer darüber haben heute erſt begonnen.

Hier und in anderen Städten, in Ulm, Reutlingen, Tübingen ſind in den letzten Tagen Freikorps, mit dem ausgeſprochenen Zweck der Vertheidigung der Reichsverfaſſung, theils gebildet, theils zur Bildung aufgefordert worden. Den Aufruf der Studentenſchaft hierzu haben Sie mitgetheilt. Das Reutlinger Korps zählt bereits 200 Mann. Es iſt nun heute eine Verordnung des Staatsraths Duvernoy erſchienen, worin er vor Bildung ſolcher Freikorps als einer ungeſetzlichen Handlung warnt, hingegen dem Eintritt der nicht bürgerwehrpflichtigen Jugend in dieſe als Freiwillige nichts entgegenhält. Das beſte Mittel, dem Bedenklichen der Freikorps abzuhelfen, iſt jedenfalls die ſchleunigſte Reorganiſation der Bürgerwehr und die Aufnahme der jungen Kräfte unter ſie als integrirenden Theil. Das Miniſterium beräth gerade in dieſen Tagen mit Abgeordneten der Bürgerwehren über dieſe Re-

organiſation. Sicher werden ſie dem jetzt wie von der Kammer, ſo in vielen Petitionen angeregten Wunſche in den Berathungen Nachdruck und dem Drange der Jugend durch ihre Beiziehung zum Inſtitute eine vernünftige und mögliche Richtung geben!

A **Dresden**, 11. Mai. Die Ruhe iſt hergeſtellt, aber um einen Preis, der es auch der leichtſinnigſten Regierung einleuchten laſſen muß, daß ſie jetzt noch einen ſchwereren Stand hat, als vor dem Aufſtande. Wir haben uns über deſſen Charakter keinen Augenblick getäuſcht. Schon am 2. Mai hat die Deutſche Zeitung die nur zu gerechtfertigte Befürchtung ausgeſprochen, daß die Bewegung Sachſens für die Durchführung der Reichsverfaſſung alterirt werden müſſe durch anarchiſche Elemente, und daß das arme Land von der Herrſchaft der Freiheit und des Geſetzes ferner als je ſei. So ſteht es heute. Die deutſche Frage, die Lebensfrage Sachſens wie des ganzen Vaterlandes, iſt unerledigt, und vor ihrer Löſung giebt es keine Freiheit und kein Geſetz. Die Krone der Weltiner rollt nicht am Abgrunde; ihre berufenen und verpflichteten Vertheidiger werfen ſie ſelbſt über Bord. Mißglückt, was Gott verhülen wolle, das Werk der Nationalverſammlung, der deutſche Bundesſtaat, in dem die Rechte der Völker und Fürſten mit gleicher Wage gewogen werden, ſo wird Sachſen gewaltſam in die Arme Preußens getrieben. Die Provinz Oberſachſen könnte ihr ehemaliges Königshaus eben ſo vergeſſen, wie das 1815 einverleibte ſächſiſche Land. Der gegenwärtige Zuſtand Sachſens läßt keinen Zweifel daran übrig, daß der Kriegszuſtand nur mit Hülfe preußiſcher Truppen aufrecht erhalten werden kann und Monate lang fortdauern muß. Seit dem 1. Mai erhebt die Regierung die Steuern ohne Bewilligung der Volksvertretung. Die Einberufung der Kammern iſt unmöglich, wenn der königliche Hof in ſeiner Verblendung beharren will, denn ihr erſtes und letztes Votum würde lauten: „Anerkennung der Reichsverfaſſung."

Hannover, 9. Mai. Die Bürgerwehr von Coppenbrügge iſt in Folge ihrer Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung durch Verfügung königl. Landdroſtei zu Hannover vom 7. Mai aufgelöſt. Sie hat beſchloſſen, gegen dieſe Verfügung Recurs einzulegen, ſich jedoch für den Augenblick der Gewalt des Geſetzes zu fügen. (Rchs.-Z.)

) **Darmſtadt**, 12. Mai. Miniſterpräſident Jaup beantwortete in der heutigen Sitzung unſerer zweiten Kammer mehrere in den letzten Tagen an ihn gerichtete Interpellationen, die für den jetzigen Stand der deutſchen Verhältniſſe von beſonderem Intereſſe ſind. Abgeordneter Hillebrand hatte den neulichen Marſch von baieriſchen Truppen aus Frankfurt nach der Rheinpfalz, am 6. d. M., zum Gegenſtande verſchiedener Fragen gemacht. Er wollte wiſſen, auf weſſen Gebot jene Truppen nach der Rheinpfalz gezogen, ob unſere Regierung um den Durchzug gefragt worden und ob ſie, welche doch die Reichsverfaſſung anerkannt habe, da jene Volksbewegung weder Rebellion noch Anarchie ſei, den Durchzug geſtattet hätte? Der Miniſterpräſident antwortete, daß die Centralgewalt den Marſch der baieriſchen Truppen angeordnet habe und daß dazu keine Zuſtimmung von unſerer Regierung verlangt worden, dies auch nicht nöthig geweſen ſei. In Folge einer anderen Interpellation, vom Abgeordneten Cretzſchmar, erklärte der Miniſter, daß der von der preußiſchen Regierung in der Note vom 28. April vorgeſchlagene Kongreß von der unſrigen nicht beſchickt werde. Die Regierung werde an der anerkannten Verfaſſung nebſt Wahlgeſetz halten, und ließe ſich nicht einſehen, was zu irgend einem Zweifel hieran Anlaß geben ſollte. Endlich hatte Abgeordneter Lehne gefragt, ob die Regierung die Centralgewalt und Nationalverſammlung in Kenntniß geſetzt habe, daß ihnen die dieſſeitige bewaffnete Macht zur Verfügung ſtände? Der Miniſterpräſident erwiederte, die deutſche Centralgewalt ſei vom Großherzog anerkannt und hätten ihr deſſen Truppen bereits in Baden, in Schleswig-Holſtein, in Frankfurt zur Verfügung geſtanden oder ſtänden ihr noch zur Verfügung. In Frankfurt ſelbſt kommandire ein heſſiſcher General die Reichsbeſatzung, welche in den letzten Tagen erſt noch durch heſſiſche Reiterei aus Butzbach verſtärkt worden ſei. Wo Thatſachen ſo offen ſprächen, da beſtehe kein Grund zum Zweifel. Ein neues Anerbieten von Truppen ſei darum nicht nöthig. Dieſe hätten der Centralgewalt ſtets zu Gebot geſtanden und ſtänden ihr auch ferner zu Gebot. Unſer neues Wahlgeſetz ſoll nach einem Antrage des Ausſchuſſes nun, den Beſtimmungen der Grundrechte gemäß, in gemeinſchaftlicher Sitzung beider Kammern zur endlichen Erledigung kommen.

* **Weimar**, 20. Mai. Im geſtrigen Regierungsblatte iſt die Reichsverfaſſung erſchienen. Dagegen hat das Miniſterium in einer Bekanntmachung vom 8. erklärt, die Vereidigung der Staatsdiener und des Militärs auf die Reichsverfaſſung werde zur Zeit noch nicht angeordnet werden, da auch in der Reichsverſammlung ein hierauf gerichteter Antrag verworfen worden. Zugleich hat das Miniſterium beim Großherzog den Antrag auf baldigſte Einberufung des Landtags geſtellt.

* **Wiesbaden**, 12. Mai. Die Regierung hat der Kammer ein Schreiben des Reichskriegsminiſters übergeben, worin die von der Kammer zweimal geforderte Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfaſſung abermals verweigert wird. Sehr heftige Stimmen wurden darüber laut, heftige Anträge wurden geſtellt, blieben aber in der Minorität. Die Kammer wies die Sache an eine Kommiſſion.

▷ **Schwerin**, 12. Mai. In der heutigen Sitzung gelangte eine großherzogliche Botſchaft an die Verſammlung, in welcher es heißt:

Wenn nun zwar durch dieſe Unſere Anerkennung Unſererſeits jeder Anſpruch auf Abänderung einzelner Punkte der Reichsverfaſſung aufgegeben iſt, ſo hängt das Wirkſamwerden derſelben überhaupt, mithin auch für Mecklenburg, von einer der Verfaſſung entſprechenden Bildung des Reichsverbandes und Löſung der Oberhauptsfrage ab. Nur erſt dann, wenn dies verwirklicht worden, iſt das Verfaſſungswerk für Deutſchland als vollendet anzuſehen, und erſt dann wird für Uns die Verpflichtung vorhanden ſein, ſolche Beſtimmungen und Verfügungen zur Ausführung zu bringen, welche verurſachen, daß die Verfaſſung, ſo wie ſie beſchloſſen und von Uns anerkannt iſt, für Deutſchland wirkſam in's Leben getreten iſt. Hieran werden Wir feſthalten und auf dem bisher befolgten Wege fortſchreiten.

Darauf wurde eine Anrufung des Abgeordneten Müller aus Fürſtenberg wegen der preußiſchen Cirkularnote vom 28. durch den Kommiſſarius von Lützow beantwortet. Derſelbe erklärte: „Auf die Note iſt vom großherzoglichen Miniſterio bereits eine Antwort und zwar in dem Sinne erfolgt, daß Se. Königl. Hoheit der Großherzog zu dem in Berlin ſtattfindenden Konferenzen zur Zeit keinen Bevollmächtigten abordnen werden, — Sich jedoch die weitere Entſchließung hierüber je nach der fernern Entwickelung der deutſchen Verhältniſſe vorbehalten haben." Eine große Bewegung in der Verſammlung und auf den Gallerien folgte dieſer Erklärung. Es ward alsbald von Wiggers II der Antrag eingebracht und ſodann angenommen, einen Ausſchuß von 7 Mitgliedern zu erwählen, um die vernommene Erklärung zu begutachten. Von den Großherzoglichen Kommiſſarien iſt der Dr. Kippe, der ſich mit ſeinen Kollegen in dieſer Angelegenheit nicht in Uebereinſtimmung befand, aus dem kommiſſariſchen Verhältniſſe ausgetreten.

Flensburg, 10. Mai. Die neueſte Poſt aus Jütland, welche Koiding geſtern um 8 Uhr Morgens verlaſſen hat, bringt vom Kriegsſchauplatz nichts Neues von Bedeutung. Die Beſchießung von Fridericia dauerte fort. Von der preußiſchen Diviſion hatten ſich 3000 Mann mit den Schleswig-Holſteinern vereinigt. Dieſe Streitmacht iſt mehr als hinreichend, den Dänen im freien Felde die Spitze zu bieten. Auch läßt ſich nach den bisherigen Erfolgen erwarten, daß die Feſtung Fridericia ſich nicht lange halten wird. Der Verluſt der Schleswig-Holſteiner in den Gefechten vom 3. Mai beträgt höchſtens 100 Todte und Verwundete, von welchen die Mehrzahl bereits in Flensburg auf Wagen eingetroffen iſt. Die Preußen verloren nur einige Dutzend Leute an Todten und Verwundeten. Der Widerſtand, den ſie im Buchenhaine nördlich von Hoyen fanden, war unbedeutend. Von den verwundeten Schleswig-Holſteinern hört man, daß die Mehrzahl ihre Verletzungen durch die Batterien der Inſel Fünen erhielten, welche den dieſſeitigen Strand bei Snoghoi beſtrichen. Man arbeitet deutſcher Seits an Strandbatterien um das Feuer von Fünen zu erwiedern. Der bairiſche Oberſtlieutenant v. d. Tann begleitete den General Bonin und ſoll wieder große Proben ſeiner perſönlichen Bravour gegeben haben. Ueber die Bevölkerung von Fridericia erfahren wir, daß ſie unter allen Städten Jütlands am wenigſten däniſch geſinnt ſei. Ein Drittheil dieſer Bevölkerung ſpricht deutſch. Merkwürdig iſt dieſe Stadt durch ihre vielen religiöſen Secten im Gegenſatz zu den däniſchen Inſeln, wo außer dem Lutherthume keine Konfeſſion geduldet wird. Chriſtian V. bewilligte ihr das Aſylrecht für die auf den Inſeln verfolgten Secten, unter welchen die Wiedertäufer beſonders zahlreich in Fridericia wohnen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Die Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeliſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 135. Frankfurt a. M., Mittwoch 16. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Badiſche Zuſtände.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 15. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Oberſt Fiſcher. Die preußiſchen Pläne.) Wien (Die Verwundeten aus Ungarn. Drohende Theurung. Der Belagerungszuſtand in Prag. Kuranda. Die Ruſſen. Die Preſſe. Das Lager auf dem Marchfeld.) Berlin (Die Ereigniſſe. Die Preſſe. Der Belagerungszuſtand. Der Kongreß der Diplomaten. Zuſammenziehung eines Korps am Rhein.) Elberfeld (Der Zuſtand der Stadt.) Hagen (Die Landwehr. Der Aufſtand in der Grafſchaft Mark.) Düſſeldorf (Ende des Aufſtandes. Der Aufſtand in Elberfeld.) Siegen (Volksverſammlung.) München (Spaltung der Gemüther. Militäriſche Maßregeln. Volksverſammlungen.) Aus der Pfalz (Anordnungen des Landesausſchuſſes. Die Pfälzer Abgeordneten.) Speier (Die Truppen.) Dürkheim (Uebergang von drei baieriſchen Kompagnien.) Stuttgart (Die Kammer für Papiergeld.) Vom Neckar (Nachrichten aus Karlsruhe.) Freiburg (Abfall der Soldaten.) Aus Schleswig-Holſtein (Däniſche Verluſte zur See. Stimmung in der Verfaſſungsfrage.) Aus Nordſchleswig (Die Jütländer.) Hadersleben (Vom Kriegsſchauplatz. Die Cernirung von Fridericia.)

Großbritannien. London (Iriſche Nachtſtücke. Friſches Blutgeld nach Gaeta. Die Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze.)

Frankreich. Paris (Der Beginn der Wahlen. Die Note im Moniteur. Proteſt gegen die Einmiſchung Preußens in Sachſen. Verſtärkungen des Römiſchen Expeditionskorps.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Folgen der ruſſiſchen Intervention.)

Italien. Aus dem Kirchenſtaat (Die Neapolitaniſche Intervention.) Livorno (Widerſtand gegen die Oeſterreicher.) Florenz (Abtritt der interimiſtiſchen Miniſter und der Municipalität von Piſa. Proteſtation des Hrn. von Harcourt.)

Ungarn. (Das Miniſterium. F.-M.-L. Bem. General Barko. Magyariſche Schilderhebung auf dem rechten Donauufer. Das Banat. Stratimirovich).

---

15. Mai.

Baden hat eine Kataſtrophe erlebt, deren Nachwirkungen für die Wohlfahrt und Freiheit des Landes eine verhängnißvolle Entſcheidung bringen können; ein wilder und zügelloſer Militäraufſtand hat die beſtehende Staatsgewalt umgeworfen und für den Augenblick die Fäden der Regierung der äußerſten Partei in die Hände geſpielt, die in zwei mißlungenen Aufſtänden vergeblich verſuchte, auf den Trümmern der beſtehenden Staatsform ihre republikaniſchen Wünſche zu befriedigen. Man glaube nicht, und jeder Unbefangene wird ſich daſſelbe ſagen, daß es ſich hier um die Reichsverfaſſung und ihre Durchführung handelt, richtiger wird man urtheilen, wenn man die Tendenz der Bewegung auf das Gegentheil zurückführt. Hatte doch die Regierung unter allen am rückhaltloſeſten die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung anerkannt, war ſie doch mit der Anerkennung und Publicirung der Reichs-Verfaſſung faſt allen deutſchen Regierungen entſchloſſen vorangegangen, hatte ſie doch noch in jüngſter Zeit von dem Berliner Oktroyirungskongreß ſich offen losgeſagt, war ſie doch in der eben angeordneten Beeidigung des Militärs, der Bürgerwehr und der Staatsbürger ſelbſt weiter vorgegangen, als die Reichsverſammlung verlangte. Auf der andern Seite war die Partei, die jetzt auf einige Momente am Ruder ſteht, von Anfang an und immer konſequent in dem Bemühen geweſen, das Anſehen des Parlaments herabzuwürdigen, die Reichsverfaſſung zu verſpotten, und hatte doch noch jüngſt einer ihrer Wortführer in der Preſſe in derben Worten erklärt, derjenige Demokrat, der in das Geſchrei für die Reichsverfaſſung einſtimme, habe dadurch von ſelbſt das Vertrauen des Volkes verwirkt. Während anderwärts das Widerſtreben der Regierungen und Dynaſtien zum Theil einen Vorwand gab für die revolutionäre Praxis, war hier jede Berufung auf die Verfaſſung ganz ſinnlos und das Beſtreben über ſie hinweg zu einem andern Ziele zu gelangen, war nicht einmal durch einen dünnen durchſichtigen Schleier zu verhüllen.

Seit längerer Zeit ward auf dieſes andere Ziel hingearbeitet: das Land mit einem Netz von Klubs überzogen, die Preſſe mit einer jedes Maß überſchreitenden Keckheit zur Untergrabung aller ſtaatlichen und geſetzlichen Ordnung ausgebeutet und mit einer unermüdlichen Taktik darauf hingewirkt, Volk und Heer für einen neuen Schlag in Bereitſchaft zu ſetzen. Trifft die Regierung hier ein Vorwurf, ſo wäre er zunächſt dahin zu richten, daß ſie zu ſorglos dieſem Treiben zuſah, ſich zu feſt auf die Schwerkraft einer beſtehenden Staatsordnung verließ und nicht dieſelben Mittel, namentlich die Preſſe und Vereinsrecht, als Hebel benützte, das feindſelige Treiben zu neutraliſiren. Die Regierung war hier zu ſehr in den Angewöhnungen der alten bureaukratiſchen Regierungsweiſe feſtgebannt, als daß ſie unermüdlich darauf hingewirkt hätte, die Mittel der neuen politiſchen Entwicklung kräftig in die Hand zu nehmen und die Gegner, wenn auch nicht mit denſelben, doch mit verwandten Waffen zu bekämpfen.

Sie wußte doch, mit welcher Ausdauer und Unverwüſtlichkeit die Gegner den Gang der Staatsordnung zu lähmen und einen neuen gewaltſamen Stoß vorzubereiten ſuchten. Dieſer neue Stoß mußte mit dem Momente zuſammentreffen, wo ſich die deutſche Verfaſſungsfrage ihrer endlichen Entſcheidung näherte; gelang die friedliche Durchführung der neuen Staatsform oder gelang dies nicht, in beiden Fällen mußte etwas geſchehen. Nur war die Lage wie ſie iſt, der Partei entſchieden günſtiger, als jener andere Fall, wo das Begründen einer definitiven Staatsordnung und die Beſtellung einer einheitlichen Gewalt von ſelbſt jedem revolutionären Gelüſte die Ausſichten eines glücklichen Erfolgs beſchränken mußte. Jetzt freilich, wo der Widerſtand der Könige alle patriotiſchen und alle revolutionären Leidenſchaften neu geweckt hat, wo die Konſtitutionellen rathlos und mißvergnügt nur eine Verwicklung ohne Ende vor Augen ſehen, wo ſie ſelber in ihren Hoffnungen bitter getäuſcht die moraliſche Kraft des Widerſtandes zu verlieren anfangen, jetzt waren die Chancen eines neuen Gewaltſtreichs entſchieden günſtiger.

Bei der Verſtimmung und dem Unmuthe aller Konſtitutionellen war ein momentaner Sieg dann um ſo eher zu hoffen, wenn es gelang, das Heer zu desorganiſiren; darauf waren daher alle Anſtrengungen gerichtet. Es war dies erleichtert in einem kleinen Lande, deſſen bewaffnete Macht der Zuchtloſigkeit aus natürlichen Gründen viel leichter ausgeſetzt iſt, als in einem größern Staate; es war noch mehr erleichtert durch die in Folge der Reichsverfaſſung nöthig gewordene raſche Vermehrung des Kontingents, das man nun mit Rekruten ergänzen mußte. Das plötzliche Aufheben des Einſtandsweſens, die nur kurze Uebungszeit, auf die man aus löblichen Gründen der Sparſamkeit ſich beſchränkte, machte es in dem badiſchen Militär faſt unvermeidlich. Es kamen Mißverhältniſſe des alten Syſtems, zunächſt die ſchiefe Stellung der Offiziere zu den Soldaten hinzu und machten eine Auflöſung der Disciplin möglich, die einen unauslöſchlichen Flecken auf die Ehre der badiſchen Truppen werfen muß, auch wenn tröſtliche Ausnahmen vorhanden ſind, denen Ehre und Gewiſſen mehr galt, als Willkür und Zuchtloſigkeit.

So wurden zum Theil mit handgreiflichen Mitteln jene Auftritte in Raſtatt möglich, welche am Ende der vorigen Woche plötzlich eine der wichtigſten deutſchen Reichsfeſtungen in die Hände einer zügelloſen und erbitterten Soldatenmaſſe lieferten. Gleichzeitig ward die Verſammlung der republikaniſchen Partei in Offenburg angekündigt und daß ſie ſich unter dieſen Konſtellationen nicht auf fromme Wünſche beſchränken würde, war vorauszuſehen. In Bruchſal, in Karlsruhe ſelbſt machten ſich ähnliche Symptome wie in Raſtadt geltend und es war hohe Zeit, dem Handſtreiche, der unverkennbar drohte, mit Entſchloſſenheit entgegenzutreten.

Am Tage der Offenburger Verſammlung, 14. Mai, erſchien eine Deputation in Karlsruhe, welche dem Miniſterium im Namen der Volksvereine ihre dringendſten Forderungen vorlegte;

es war Auflöſung der Kammer, Berufung einer konſtituirenden Verſammlung, Bildung eines neuen Miniſteriums und allgemeine Amneſtie. Das Miniſterium konnte, wenn es nicht den konſtitutionellen Weg verlaſſen und ſich durch Klubs und Volksvereine wollte regieren laſſen, ſchwerlich eine andere Antwort geben als die, welche es gab: die Auflöſung der Kammer ſei bereits auf den 19. Mai angekündigt, die Reviſion der Verfaſſung werde von der neuen Verſammlung vorgenommen werden und die Amneſtie werde man noch weiter ausdehnen, als ſie ſchon ausgedehnt ſei. Was ſeinen eigenen Rücktritt anging, ſo erklärte das Miniſterium, es werde darin ganz den konſtitutionellen Regeln folgen, d. h. vor einer oppoſitionellen Majorität der neuen Kammer zurücktreten. Wer nicht das A-B-C der repräſentativen Staatsordnung überſieht, wird zugeben müſſen, daß eine andere Antwort auf die Forderungen der Volksvereine und ihrer Ausſchüſſe nicht möglich war. Dies begriffen auch die leitenden Männer in Offenburg ohne Zweifel ſehr wohl; ſie waren ſicher auf die Antwort gefaßt und ihre Maßregeln waren danach genommen. Die weitern Beſchlüſſe, die man dann noch faßte und welche in den öffentlichen Blättern bereits mitgetheilt ſind, verlaſſen offenbar die Baſis jeder konſtitutionellen Staatsordnung; die dort geforderten Veränderungen ſind zum Theil ganz revolutionär, zum Theil unausführbar und werden am beſten durch den ſocialiſtiſchen Kram charakteriſirt, den man als Beiwerk hinzufügte und womit die bethörte Menge auf eine ebenſo unglückliche und koſtſpielige Art getäuſcht werden wird, wie das franzöſiſche Volk von der proviſoriſchen Regierung des 24. Februar getäuſcht worden iſt.

Wenn es noch eines Beweiſes bedürfte, worauf man ausging, ſo genügten die Namen des proviſoriſchen Landesausſchuſſes; erklärte Republikaner oder Leute wie Fickler, Brentano u. ſ. w. können dort noch als mildere Nuance erſcheinen, es iſt darin auch das frechſte anarchiſche Gelüſte würdig vertreten. So ſtanden die Sachen, als am Abend des 13. Mai in Karlsruhe der Soldatenputſch erfolgte, deſſen Zuſammenhang und Verlauf nach authentiſchen Berichten und mit genauer Darſtellung der Einzelheiten, wie ſie Augenzeugen angeben können, wir einem weitern Artikel vorbehalten müſſen.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 15. Mai.

Wiedereröffnung der Sitzung Nachmittags 4¼ Uhr.

Da die Mitglieder des Miniſteriums noch nicht zugegen ſind, ihre Anweſenheit aber bei der nachfolgenden Verhandlung erforderlich ſcheint, ſo verordnet der Präſident Herr Theodor Reh inzwiſchen die Einſammlung der Stimmzettel zur Ergänzung des Centrallegitimationsausſchuſſes. Die Wahl fällt auf die Herren Behnke und v. Rappard.

Herr Umbſcheiden berichtet alsdann, daß die Mehrheit des Dreißigerausſchuſſes der Verſammlung folgenden Beſchluß empfiehlt:

„Die Reichsverſammlung ſtellt die in der bairiſchen Rheinpfalz zur Durchführung der Reichsverfaſſung entſtandene Erhebung unter den Schutz des Reiches und fordert die Centralgewalt auf, ſofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung dieſes Schutzes zu treffen, namentlich ſogleich einen Reichskommiſſär in die Pfalz abzuſenden, welcher ſeine Thätigkeit dahin entfalte, daß die Reichsverfaſſung durchgeführt und der Bürgerkrieg vermieden werde."

Der Berichterſtatter ſucht vor Allem die Pfalz gegen den Verdacht zu rechtfertigen, als habe die dortige Bewegung republikaniſche Zuſätze, oder als ſei ſie gar von der franzöſiſchen Fremde, an deren Grenze ſie liegt, beeinflußt. Die Erhebung ſei vielmehr eine rein deutſche jetzt wie früher. Er verlieſt zu dieſem Behufe den Eid, den der Landesausſchuß die Volkswehrmänner leiſten läßt und der nichts enthält, als die Verpflichtung das Reich und die Reichsverfaſſung mit Gut und Blut zu vertheidigen.

Herr Zachariä von Göttingen tritt für den Minderheitsantrag des Dreißiger-Ausſchuſſes (zehn Stimmen: Kierulff, Wurm, Stedmann, Sprengel u. ſ. w. gegen ſechzehn der Mehrheit) auf, welcher folgendermaßen lautet:

„Die Reichsverſammlung ſtellt die bairiſche Rheinpfalz bei der in derſelben zur Durchführung der Reichsverfaſſung entſtandenen Bewegung unter den Schutz des Reiches und fordert die Centralgewalt auf, ſofort die geeigneten Maßregeln zur Verwirklichung des Schutzes, der allen Rechten und Intereſſen gebührt, zu treffen."

(Zachariä, Kierulff, Duncker, Eckert, Sprengel, Stedmann, Welcker, Wurm, Langerfeld, Böckler.)

Herr Vicepräſident Eiſenſtuck bedauert, daß ihm heute morgen das Wort zur Berichterſtattung über ſeine Reichsſendung in die Pfalz — gegen den Gebrauch des Hauſes — verweigert worden ſei. Er benutzt die Unterſtützung, die er dem Mehrheitsantrage zu leiſten im Begriffe iſt, dazu, vor Allem eine eben ſo aufrichtige als klare Darſtellung ſeiner Wirkſamkeit in der Pfalz zu geben. Er habe dem Miniſterium vor ſeinem Abgange auf ſeinen Poſten die Maßregeln deutlich vorgezeichnet, die er zu ergreifen gedenke. Namentlich daß er das Einrücken von Truppen aus Staaten, welche die Verfaſſung nicht anerkannt haben, als eine feindliche Invaſion betrachten werde, ſowie daß er ſelbſt die Möglichkeit vorgeſehen habe, daß eine proviſoriſche Regierung eingeſetzt werden müſſe. Er gibt dann Rechenſchaft von ſeinen Schritten in der Pfalz und ſchildert den begeiſterten Empfang, den er in der Pfalz von Seiten der Bevölkerung gefunden. Nicht ſeiner Perſon habe dieſer Jubel gegolten, ſondern ſeinem Auftrage. Und ſchon ſei es die höchſte Zeit geweſen, der Bewegung einen geſetzlichen Halt zu geben und ſie auf das gehörige Maß zurückzuführen. In Kaiſerslautern habe er den Landesvertheidigungsausſchuß perſönlich aufſuchen müſſen, weil ſich derſelbe in Permanenz erklärt hatte. Dieſe Behörde genoß des allgemeinſten Vertrauens, ſie hatte die bewaffnete Macht des Landes zu ihrer Verfügung, Adreſſen der Zuſtimmung, Beiträge für ihre Zwecke gingen von allen Seiten ein und von dem wohlhabenden Theile der Einwohnerſchaft mit eben ſo großem Eifer als von dem ärmern. Auch die Perſonen des Ausſchuſſes waren auf eine Weiſe zu ihrem Amt berufen worden, die Herrn Eiſenſtuck keinen Zweifel darüber ließ, daß es Männer des öffentlichen Vertrauens ſeien. Daher habe er in den Mitgliedern dieſer Behörde weder eine Veränderung vornehmen, noch den Ausſchuß ſelbſt auflöſen dürfen, er habe ſich damit begnügt, die Befugniſſe dieſer Volksbehörde genau zu beſtimmen und zu begrenzen. Seine Anordnungen brachten eine unbeſchreibliche Freude in der ganzen Pfalz bei Bürgern wie bei Beamteten hervor. Denn das eigenthümliche an dieſer Landſchaft ſei eben, daß ſie ſeit 50 Jahren der freieſten Inſtitutionen genieße und daher ihrem rechtlichen Sinne an der Wiederherſtellung des geſetzlichen Bodens unter ihren Füßen Alles hätte gelegen ſein müſſen. Dann geht der Redner auf ſeine ſonſtigen Maßregeln über, bis plötzlich das Land in die furchtbarſte Aufregung gerathen ſei bei der Nachricht: es rückten Truppen ein von einem Staate, der die Verfaſſung nicht anerkannt hat — preußiſche Truppen. Der Reichskommiſſär hatte verſichert, ſolche Einmärſche würden nicht Statt finden. Das Mißtrauen gegen die Centralgewalt kehrte zurück und richtete ſich gegen Herrn Eiſenſtuck ſelbſt. Das Volk legte ſich an die Bahnhöfe wie die Katze vor das Mausloch. Es hätte das blutigſte Zuſammentreffen gegeben, wenn der Einmarſch der Preußen nicht rückgängig gemacht ward. Darneben rührte die ganze Verlegenheit des Befehlshabers in Landau nur daher, daß die Truppen auf die Verfaſſung beeidigt ſein und daß die Pfälzer nur ſchwarz-roth-goldene Truppen in der Feſtung wiſſen wollten. Das ſeien die Gründe, aus denen er die Preußen zurückſendet und weßhalb er drei Bataillone deutſcher Truppen — Frankfurter, Würtenberger, Badner habe er vorgeſchlagen — aus der Verfaſſung anhänglichen Staaten in die Pfalz gefordert habe. Die Antwort auf dies an das Reichsminiſterium geſtellte Verlangen ſei die Rücknahme ſeiner Vollmacht geweſen. Aber was ihn mehr als die Abberufung verletzt habe, das ſei der Umſtand, daß ihm ein Kurier die Abberufung überbracht habe und nicht ſein Nachfolger und daß bis jetzt noch die entſtandene Lücke nicht wieder ausgefüllt ſei. Endlich ſchließt er mit dem Verleſen eines Briefs, der den gegenwärtigen Zuſtand der Pfalz als äußerſt gefährlich, von Außen durch Truppenzuſendungen bedroht darſtellt und die Nachricht hinzufügt, daß man Vertrauensmänner aus allen Kantonen nach Kaiſerslautern beſchieden habe, um eine proviſoriſche Regierung zu errichten. Indem der Redner dann auf ſein engeres Vaterland, auf Sachſen, hinweiſt, wo „der Peſthauch der rothen Monarchie" die Hoffnungen des Volkes verwelken läßt, beſchwört er die Verſammlung um entſchiedene Maßregeln für die Pfalz. Sein Vortrag ruft einen förmlichen Beifallsſturm hervor, der noch lange fortdauert, nachdem Herr Eiſenſtuck ſchon auf ſeinen Platz zurückgekehrt iſt.

Herr v. Gagern: Der Eindruck dieſer allerdings mächtigen Rede kann dennoch kein anderer ſein, als daß es unmöglich iſt, mit einer ſo einſeitigen Parteiabſicht Hand in Hand mit einer Verwaltung zu gehen, von der man Vollmachten erhalten hat. Der Miniſterpräſident theilt darauf den Wortlaut dieſer Vollmachten mit. Es ergebe ſich daraus, daß Hr. Eiſenſtuck die zu weit gehenden Beſchlüſſe des Landesvertheidigungsausſchuſſes entweder durch dieſen ſelbſt oder von Reichswegen habe beſchränken ſollen, was auch die Meinung derſelben Perſonen geweſen, auf deren Andringen ein Reichskommiſſär in die Pfalz abgeſendet worden ſei, um die aufgeregte Provinz zu beruhigen. Anſtatt deſſen hat Herr Eiſenſtuck den Landesvertheidigungsausſchuß — allerdings unter Aufhebung zweier der bedenklichſten Beſchlüſſe — ſogar mit einer überwiegenden Autorität von Reichswegen ausgerüſtet. Damit hat er ſeine Vollmachten überſchritten und das Reichsminiſterium in die Nothwendigkeit verſetzt, ihn zu desavouiren. Was die Rückſendung einer militäriſchen Verſtärkung für Landau, eines preußiſchen und eines badiſchen Bataillons, anlangt, ſo haben wir Hrn. Eiſenſtuck ſofort durch Kourier davon benachrichtigt. Das Blutbad, welches den preußiſchen Truppen in der Pfalz drohte, kann doch nicht ſo ernſtlich gemeint geweſen ſein. Denn ſie ſind bis drei Stunden vor Landau gekommen, haben in der Pfalz übernachtet und ſind zwar nicht in die Städte eingelaſſen, auf dem Lande aber wohl verpflegt worden. Dazu erſtreckt ſich die Vollmacht eines Civilkommiſſärs niemals auf Kriegsplätze, wie die Feſtung Landau. Er überſchritt daher auch durch die Rückſendung jener Verſtärkung ſeine Befugniß. Die dritte Maßregel, die von ihm ausging, iſt die Eidesabnahme, zu der er den Landesvertheidigungsausſchuß autoriſirte und die er auch auf Truppenabtheilungen ausdehnte. Sie ſteht im Widerſpruche gegen den Beſchluß dieſer Verſammlung. Allerdings war dieſe Eidesleiſtung als eine freiwillige bezeichnet, allein man weiß, wie es in ſo aufgeregten Zeiten um dieſe Freiwilligkeit ſteht. Ein Gensd'armerie-Offizier leiſtete dieſen Eid — freiwillig — und iſt jetzt im Irrenhauſe. (Bewegung.) Auch habe nicht zur Beruhigung der Pfalz beitragen können, daß Hr. Eiſenſtuck in ſeinem Abſchiedsworte geſagt, „vielleicht ſtehen die feindlichen Heere ſchon jetzt an Euren Grenzen". Hr. v. Gagern erklärt ſich für das Minderheitserachten des Ausſchuſſes, wodurch die Bewegung in der Pfalz in ein geſetzliches Bett zurückgeführt und deshalb doch nicht von ihrem Ziele entfernt werde. (Beifall von der Mehrheit. Ziſchen von der Linken.)

Hr. Haubenſchmidt aus Paſſau ſtellt einen auf zahlreichen Erwägungen beruhenden Antrag auf Uebergang zur motivirten Tagesordnung über beide Ausſchußvorſchläge, wornach noch beide Berichterſtatter, Hr. Zachariä um den Unterſchied des Minderheitserachtens von dem Mehrheitsvorſchlage zu erörtern und Herr Umbſcheiden das Wort nehmen. Der Letztere ſucht auszuführen, daß Hr. Eiſenſtuck nicht blos eine Parteirichtung in der Pfalz vertreten habe, ſondern daß er vielmehr die paſſendſte Perſon für den Auftrag geweſen ſei und daß er die paſſendſten Maßregeln ergriffen. Ueber das Fortbeſtehen des Landesvertheidigungsausſchuſſes ſei er überdies mit dem Miniſterium einig geweſen, keine pfälziſche Behörde beſchwere ſich über die dieſem Ausſchuſſe verliehene Autorität die ſich aus der Urſache und dem Hergange, ſeiner Beſtehung vollkommen rechtfertige. Daß das Einrücken der preußiſchen Truppen zu einem Gemetzel würde Veranlaſſung gegeben haben, das belegt Hr. Umbſcheiden mit dem Vorleſen eines Berichts aus der Pfalz, vom Bürgermeiſter in Speier, wenn ich recht höre. Auch dieſer Redner erhält den lebhaften Beifall ſeiner Meinungsgenoſſen, worauf ſich die Abſtimmung unter Verwerfung des Mehrheitsantrages (durch Zettel mit 180 gegen 136 Stimmen) für den Antrag der Minderheit des Dreißigerausſchuſſes entſcheidet. Noch kommt der dringende Antrag von Hrn. Mittermaier zur Unterſtützung und Abſtimmung: die Centralgewalt zu erſuchen, ſofort zwei Reichskommiſſäre mit ausgedehnter Vollmacht nach Baden zu ſenden, um die nöthigen Maßregeln im Intereſſe des Reichs, des Landes und der Verfaſſung zu treffen. Nachdem noch Herr Buß bemerkt hat, ſein engeres Vaterland Baden befinde ſich allerdings in trauriger Auflöſung, weil die Kammer und das Miniſterium von ihrem Poſten „entlaufen" ſeien, erhebt das Haus den Mittermaierſchen Antrag zum Beſchluß.

Deutſchland.

Frankfurt, 14. Mai. Der für heute Abend noch erwartete preußiſche Kommiſſär wird der Oberſt Fiſcher ſein, welcher eine Zeitlang zur Geſandtſchaft des Hrn. Camphauſen gehört hat. Die Verhandlungen der vier königlichen Bevollmächtigten ſollen in Berlin beendet ſein, und die Entfernung der anſtößigſten Stellen in der Reichsverfaſſung einſchließlich des Wahlgeſetzes zum Gegenſtand gehabt haben. Das Ergebniß, ſo vernimmt man von einer Seite, ſoll nun der hieſigen Verſammlung einfach zur Annahme oder zur Verwerfung vorgelegt werden. Nach einer andern Behauptung würden die vier Kabinete erklären laſſen, daß die zweite Leſung der Verfaſſung in ungültiger Weiſe vollbracht worden, indem man die öſterreichiſchen Deputirten dabei habe mitwirken laſſen, während durch die ſtaatsrechtlichen Veränderungen im Kaiſerſtaate ihr Mandat erloſchen geweſen ſei. Es käme alſo nunmehr darauf an, die zweite Leſung der Verfaſſung noch einmal vorzunehmen, und dabei die Punkte zu beachten, welche die Kabinete als die wichtigſten bezeichnet haben. Dieſe ſollen denn ſein die Verwandlung der erblichen Kaiſerwürde in eine erbliche Reichsſtatthalterwürde, die Beſtellung eines Reichsrathes, das Zugeſtändniß des abſoluten Veto und die Umformung des Wahlgeſetzes durch Herſtellung gewiſſer Wahlſtufen. Möchte die Reichsſammlung darauf nicht eingehen, ſo würde, und darin ſind die Varianten einig, auf Grund eines zu oktroyirenden Wahlgeſetzes eine neue Verſammlung berufen, unterdeſſen aber von dem Könige von Preußen die Reichsverweſerſchaft übernommen werden. Ich darf anzuführen nicht vergeſſen, daß nach der Behauptung des Berichterſtatters Oeſterreich mit allen dieſen Maßregeln einverſtanden ſein, und für ſich nur die Fortdauer der Verbindung auf der Grundlage des Bundesvertrages von 1815 begehren ſoll. (O. P. Z.)

△ **Wien**, 10. Mai. Die Anzahl der Verwundeten aus Ungarn wächſt täglich, ſo daß es bereits an Unterkunftsorten für ſie fehlt und man genöthigt war, 300 davon mittelſt Dampfſchiff nach Krems zu befördern. Jeder ankommende oder abgehende Transport erhält unzweifelhafte Zeichen der Theilnahme der hieſigen Bevölkerung aller Klaſſen. Zu der politiſchen Aufregung der Gemüther geſellt ſich jetzt auch eine Aufregung materieller Art. Ein miniſterielles Blatt hatte es kürzlich übernommen, uns auf eine bevorſtehende Theuerung vorzubereiten, und ſchon folgen Verfügungen, welche beweiſen, daß jene Vorbereitung nicht zufällig war. Zuerſt wurde der Preis des Fleiſches erhöht und eine Verordnung des Magiſtrats hebt nun auch für alle Gebäcksſorten mit Ausnahme des Roggenbrods jede Taxe auf, vom 16. d. M. angefangen. Das betreffende Plakat iſt immer umlagert und man hört laute Ergießungen des Unmuths. Die Nachricht von dem Belagerungszuſtand in Prag verbreitete anfangs Schrecken; man glaubte, daß dort ernſte Konflikte müßten ſtattgefunden haben, aber man beruhigte ſich darüber, als man ſah, daß die kleinen Kravalle die dort vorfielen nur als Vorwand gebraucht wurden, um auch dort die große Errungenſchaft der Regierungen in Anwendung zu bringen. Böhmen hat man zwar lange und vieles nachgeſehen, aber jetzt verſchwindet auch dieſe Rückſicht; die Ruſſen ſind da, nun braucht man auch Böhmen nicht mehr zu fürchten; denn unſere Regierung ſchont nur ſo lange ſie fürchtet.

△ **Wien**, 11. Mai. Der Jubel über die Unterwerfung Dresdens, die heute Morgen telegraphirt wurde, iſt bei der vormärzlichen Partei beinahe ebenſo groß, als ſeinerzeit bei der Einnahme Wiens. Wenn man auch wünſcht, daß die gute Sache der konſtitutionellen Monarchie nicht an der Republik ſcheitere, ſo wird man bei dem Jubel dieſer Partei doch unwillkürlich an die Knute erinnert, man wird ganz irre an ſich ſelbſt und an der eigenen Ueberzeugung. So mag es auch der Fall mit Kuranda ſein. Er verließ Wien, weil es ſeinem deutſchen Sinne widerſtrebte, die Ruſſen einrücken zu ſehen. Dem Vernehmen nach langt heute ein Transport derſelben in Göting an und der Kaiſer wird ſie in Perſon empfangen und willkommen heißen. Alle Briefe aus Preßburg ſtimmen überein, daß der Enthuſiasmus bei der Ankunft des jugendlichen Monarchen daſelbſt ein ungetheilter und bei dem Bürgerſtand eben ſo ſtürmiſch war, als bei dem Militär. Die „Preſſe" hat heute einen Artikel, der viel Aufſehen erregt und aufs Neue beweiſt, daß dies Blatt, trotz ſeiner oft allzu miniſteriellen Tendenzen, doch einen Grad von Unabhängigkeit ſich zu wahren weiß. Der Artikel drückt ſeine Befriedigung aus über die Uebernahme des Oberbefehls der Armee durch den Kaiſer, ta-

delt aber zugleich, daß das betreffende Dokument von keinem Miniſter gegengezeichnet iſt, und mahnt das Miniſterium Sorge zu tragen, daß die Verfaſſung zur Wahrheit werde.

* **Wien**, 11. Mai. Fürſt Franz von Dietrichſtein hat dem hieſigen Gemeinderath für die neugegründete Radetzky-Stiftung 6000 fl. K.-M. übergeben. Die Aktiengeſellſchaft der vormaligen Dampfmaſchinenfabrik Punchert und Fletcher, am Michaelbauern'ſchen Grunde, hat den 1. und 2. Stock ihres Gebäudes zu einem Spital für 600 Kranke an das k. k. Militär überlaſſen. Aus Lemberg fordert ein Generalbefehl alle Truppenkommando's auf, den Ruſſen überall mit aller Zuvorkommenheit entgegen zu kommen. Gubernialrath Sacher von dem galiziſchen Landesgubernium reiſte den 4. Mai als Regierungskommiſſär nach Polen. Für das bei Gernsdorf im Marchfelde aufzuſtellende Reſervekorps von beiläufig 9000 Mann, welche im Freien lagern werden, iſt die Viktualienlieferung vom 10. d. angefangen, bereits ausgeſchrieben worden. Dem Vernehmen nach ſoll dieſes Reſervekorps bis auf 25,000 Mann verſtärkt werden.

⁑ **Berlin**, 13. Mai. Mit welcher Spannung wir hier auf die Nachrichten von alle den Erſchütterungen im Vaterlande lauſchen, welche die nothwendige Folge der Politik unſeres Miniſteriums ſind, brauchen wir nicht erſt zu bemerken. Das Geſchäft auf der Börſe iſt erlahmt; ſelbſt die Nachricht von der Beendigung des Kampfes in Dresden vermochte nicht es zu beleben. Denn thürmen ſich nicht im Weſten neue Wolken auf? Staatsſchuldſcheine wurden einmal zu 77 pCt. vergebens ausgeboten. Auf Frankfurt blickt man mit Sorge. Die miniſteriellen Blätter thun ihr Möglichſtes, um die dortigen Vorgänge als möglichſt bedenklich zu ſchildern. Die Beſchlußfähigkeit bei Anweſenheit von 150 Mitgliedern däucht der deutſchen Reform ſchon eine Beſtätigung, daß die Verſammlung aufgehört habe, die Vertretung des deutſchen Volkes zu ſein. Die Konſtitutionelle Zeitung druckt einen langen Aufſatz von Benjamin Conſtant ab, welcher dahin abzielt, daß es eine nothwendige Befugniß der Regierung ſei, die Repräſentantenverſammlung aufzulöſen, und was man gegen Frankfurt zunächſt im Schilde führt, geht wohl aus folgenden Worten der Deutſchen Reform hervor: „Die deutſche Nationalverſammlung iſt innerlich und äußerlich in der Auflöſung begriffen. In der Hand der Einzelregierungen liegt es, wenigſtens formell dieſes Ende ſogleich herbeizuführen, indem ſie, wie es ſchon Oeſterreich gethan, ihre Deputirten zurückrufen. Jenen edleren Elementen der Verſammlung wird das ein willkommenes Erlöſungswort ſein, wie ſie es durch ihre bisherige Haltung wohl verdient haben. Sie werden ſich zuverſichtlich beeilen, ihre ſchiefe Stellung in einer Verſammlung aufzugeben, die bereits in den letzten, krampfhaften Todeszuckungen liegt, einer Verſammlung, deren dann noch zurückbleibende Elemente ſicherlich nur die Sympathien eines ſehr kleinen Volkstheiles beanſpruchen dürfen. Möchten die Einzelregierungen nicht anſtehen, dem beſſeren Theile unſerer Volksvertretung dieſe letzte Wohlthat zu gewähren." Wie edelmüthig! Die preußiſche Regierung ſoll die preußiſchen Abgeordneten zurückrufen, die ihr Mandat doch nicht von der Regierung erhalten haben. Uns fällt dabei ein, was Henry Percy zum alten Glendower ſagt, welcher ſich rühmt, er könne die Geiſter aus der Tiefe herbeirufen:

„Und das kann ich, und das kann Jedermann;
Doch werden ſie auch kommen, wenn du rufſt?"

Ein Spötter meinte freilich: „In den erſten acht Tagen wird Niemand kommen!" Dahin iſt es mit der großen Bewegung des vorigen Jahres gekommen, daß ein paar Menſchen im Dunkel des Kabinets nach Gefallen das Facit daraus glauben ziehen zu dürfen. Wir werden ſehen, was die Bevollmächtigten der drei oder vier Regierungen zu Stande bringen. Die Neue preußiſche Zeitung wüthet unverdroſſen im alten Style gegen die Frankfurter „gemäßigten Hochverräther" und ruft den Schatten des hochſeligen Königs aus dem Grabe hervor, um zu einer neuen heiligen Allianz zu ermuntern. Wir ſind hier matt, und es läßt ſich nicht abſehen, was geſchehen muß, um uns aufzurätteln. Die Regierung hat einen langen Entwurf zu einer neuen Gemeinde-Ordnung bekannt gemacht. Man redet kaum davon. Nach dem neuen Geſetze iſt unſer Belagerungszuſtand geſchärft worden. Bisher fand man in den hieſigen Leſekabinetten die neueſten Nachrichten in Plakatform mitgetheilt. Seitdem das Geſetz über Belagerungszuſtände erſchienen iſt, ſind alle derartigen Mittheilungen von den Wänden verſchwunden.

Berlin, 13. Mai. Die deutſche Frage iſt unſerem Kabinette in ihrer ganzen umfangreichen Bedeutung erſt durch den jetzt hier zuſammentretenden Kongreß aufgegangen. Zwar haben ſich unſere Miniſter zu dieſem Kongreſſe fleißig vorbereitet, ſie haben ſich Jeder zu dieſem Behufe von der ſplendiden Ausgabe der Reichsverfaſſung ein papierdurchſchoſſenes Exemplar eng beſchrieben, doch treten ihnen durch die bis hieran vorgebrachten Meinungsäußerungen ſo viel neue Bedenken entgegen, daß ſie ſich nicht wenig betroffen fühlen, und ihre über dieſe Frage bisher einhellig geweſene Ueberzeugung auseinanderzugehen beginnt. Wir müſſen es dabei als einen ſehr bedeutſamen Umſtand anſehen, daß außer Sachſen (v. Könneritz), Baiern (Lerchenfeld), Hannover (Wangenheim) und Oeſterreich (Prokeſch) auch der Reichsverfaſſung beigetretene Regierungen, wie Mecklenburg, Braunſchweig und, wie wir eben erfahren, Baden und beide Heſſen, (?) zu dem hieſigen Kongreſſe Bevollmächtigte geſandt haben, um abweichende Erklärungen abzugeben. (D. P. Z.)

Berlin, 13. Mai. In Folge der Unruhen bei Iſerlohn, Düſſeldorf ꝛc. wird dem Vernehmen nach auf das Schleunigſte unter dem Generalmajor von Hanneken ein ſtarkes Korps bei Hamm und Dortmund zuſammengezogen. Daſſelbe ſoll aus 20 Bataillonen, 12 Schwadronen und 24 Geſchützen beſtehen, und wird alſo eine Stärke von über 20,000 Mann erreichen, mithin genügend ſein, in kurzer Friſt die Ruhe in jenen Gegenden wieder herzuſtellen. (Konſt. Z.)

Elberfeld, 13. Mai. Aus Elberfeld ſind in dieſem Augenblicke die Augen Deutſchlands gerichtet, das Vaterland verlangt von ihm, daß Bürger- und Landwehr gemeinſchaftlich ihre Kräfte vereinen, die Sache der deutſchen Nation vor dem Schmutze gemeiner Vergehen und Verbrechen zu bewahren. So weit wir ſelbſt beobachten konnten, müſſen wir geſtehen, daß eine muſterhafte Ordnung und Ruhe in der Stadt geherrſcht habe; wären die Barrikaden weggeräumt und ſähe man nicht die Maſſen der Bewaffneten, würde Jeder glauben, daß die gewohnte Ruhe nicht aus Elberfeld gewichen ſei. Es kommen noch immer bewaffnete Zuzüge aus der Umgegend herein und dieſen Morgen langte noch eine Abtheilung Solinger an, die wohlbewaffnet war und, nach der Haltung zu urtheilen, größtentheils aus Landwehrmännern zu beſtehen ſchien. Die Solinger ſollen das Landwehrzeughaus zu Gräfrath geſtürmt, und aus demſelben außer einer Anzahl Piſtolen und Säbel, 1500 Flinten genommen haben. (Elb. Z.)

Hagen, 11. Mai. Die Bewegung für die deutſche Reichsverfaſſung iſt auch im Herzen der „treuen" Grafſchaft Mark zur That geworden. Die verkehrte Maßregel der Einberufung der Landwehr hat dieſes zur That werden beſchleunigt. Geſtern ſollte das Iſerlohner Bataillon hier zur Einkleidung in Empfang genommen werden; die Leute erklärten jedoch faſt einſtimmig, daß ſie ſich nur der Reichsverſammlung in Frankfurt zur Dispoſition ſtellten. Der Major mußte ſich mit dieſem Beſcheide entfernen. In dem benachbarten Iſerlohn iſt man auf einen ernſthaften Kampf gerüſtet. Barrikade über Barrikade iſt in der Stadt. Geſtern marſchirten 2 Kompagnien vom 17. Infanterieregiment ſowie eine halbe Schwadron Uhlanen hierdurch, um gegen Iſerlohn verwandt zu werden. Die Iſerlohner, die die Waffen des Zeughauſes, ſo wie mehrere Geſchütze in Händen haben, ſind darauf vorbereitet. Zuzüge von allen Seiten gehen nach Iſerlohn; auch von Hagen und Umgegend zog dieſen Morgen eine gut bewaffnete Schaar von 7—800 Mann den Iſerlohnern zu Hülfe. Greift das Militär an, ſo wird viel Blut fließen; man glaubt aber noch nicht an ein ernſthaftes Einſchreiten des Militärs. In Hagen ſelbſt iſt ein Sicherheits-Komite zur Aufrechthaltung der Ordnung gegen anarchiſche Beſtrebungen eingerichtet. Die Begeiſterung für die deutſche Bewegung iſt allgemein und man beſtrebt ſich, ſie von unreinen Elementen fern zu halten. Vielleicht hat die Grafſchaft Mark noch den Triumph, dem Miniſterium Brandenburg-Manteuffel die Augen über die Stimmung des Volkes geöffnet und es zum Abtreten genöthigt zu haben. (Elbf. Z.)

○ **Hagen**, 13. Mai. Die Einberufung der Landwehr hat das Signal zu einem allgemeinen Aufſtande gegeben. Während hier die Landwehr ſich weigerte, einzutreten, ward in Iſerlohn ſchon das Zeughaus geſtürmt und jetzt iſt ſo ziemlich die ganze Bevölkerung in Wehr und Waffen. Von hier und von Iſerlohn, wahrſcheinlich auch von andern Orten ſind Deputationen nach Berlin geſandt, um die Forderungen der ſonſt ſo getreuen und ſpecifiſch preußiſchen Grafſchaft Mark an den König zu überbrin-

gen, nämlich Entlaſſung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel und unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung.

Düſſeldorf, 11. Mai. Geſtern wurden viele Verhaftungen vorgenommen, darunter auch Wolf ſich befand, und die Barrikaden weggeräumt, dennoch fielen aber immer noch einzelne Schüſſe aus den Häuſern, weßhalb in einzelnen Straßen das Erſcheinen an Fenſtern und Thüren verboten wurde, wenn man ſich nicht den Kugeln der Truppen ausſetzen wollte, die Befehl hatten, auf Jeden, der ſich an Fenſter oder Thüre zeigen würde, zu ſchießen. Bei dieſer Gelegenheit wurde auch eine Dienſtmagd erſchoſſen, doch ſcheint es eher durch einen Schuß aus einem Hauſe, der auf einen Polizeibeamten gemünzt war, als von einem Soldaten. An der Mündung der Elberfelder Eiſenbahn waren zwei Kanonen aufgeſtellt, welche auf die Bahn gerichtet waren; der Kommandant hatte den Befehl, auf jeden bewaffneten Zuzug ſofort mit Kartätſchen zu ſchießen, wenn er nicht zurückgehe; ein jeder kommender Zug wurde durch ein Signal verwarnt, ſchnell zu fahren und ſo wurde zuerſt der Zug revidirt und dann eingelaſſen, wenn ſich zeigte, daß die erwartete Hilfe von Elberfeld ſich nicht in dem Zuge befand. (D. Ref.)

× **Düſſeldorf**, 14. Mai. Seit geſtern weilt der Oberpräſident Eichmann hier. Er hat einen Aufruf an die Bewohner von Elberfeld erlaſſen zur Ordnung und Geſetz zurückzukehren. Die Elberfelder haben eine Deputation geſchickt, um unter folgenden Bedingungen zu kapituliren: 1) Allgemeine Amneſtie 2) nicht Einberufung der Landwehr 3) nicht Einrücken der Truppen. Der Oberpräſident verwies auf Berlin. Die Deputation fragte, ob bis nach deren Zurückkunft von militäriſchem Einſchreiten abgeſtanden werden würde. Aber der Oberpräſident zuckte die Achſeln. Die Verbindung mit Elberfeld iſt unterbrochen. Die Eiſenbahnzüge können nicht mehr gehen, und die Poſten haben aufgehört, da 29 Poſtwagen zu den Barrikaden benutzt ſind, deren ſich in den Straßen mehr als hundert erheben ſollen. Viele bewaffnete Zuzüge ſind in der Stadt eingetroffen. Die Ruhe wird durch den Sicherheitsausſchuß bewahrt. Die Lebensmittel fangen bereits im Preiſe zu ſteigen an. Hier in Düſſeldorf iſt die Ruhe des Belagerungszuſtandes. Unſere eigenen Zeitungen ſind uns verboten.

⊙ **Siegen**, 14. Mai. Bei der geſtern hier abgehaltenen Volksverſammlung, welche von 5—6000 Menſchen beſucht war, wurde folgende Addreſſe einſtimmig angenommen und unterzeichnet:

„Hohe Reichsverſammlung! Die unter dem heutigen Tag hier abgehaltene Volksverſammlung des Kreiſes Siegen erkennt die beſchloſſene Reichsverfaſſung in allen ihren Punkten als endgiltig an, und wünſcht zu dieſem Zwecke, daß hohe Reichsverſammlung zur Durchführung derſelben alle ihr zu Gebote ſtehenden und als zweckdienlich erſcheinenden energiſchen Mittel in Anwendung bringe. Die Verſammlung ſtellt zu dieſem Behufe der hohen Reichsverſammlung alle ihr zu Gebote ſtehenden Kräfte zur Verfügung.“

Trotz der bedeutenden Aufregung der Gemüther, welche ſowohl die gefahrdrohende Lage unſeres Vaterlandes im Allgemeinen, wie noch beſonders die Vorfälle in benachbarten Städten von Mark und Berg hervorgerufen haben, herrſchte die muſterhafteſte Ruhe und Ordnung von Anfang bis zu Ende der Verſammlung.

Der Kreis Siegen war bisher ſtreng preußiſch; ſeitdem aber die volksverrätheriſchen Abſichten des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel an's Tageslicht gekommen, iſt ſofort ein vollſtändiger Umſchwung der Meinung entſtanden.

= **München**, 12. Mai. Eine düſtere Stimmung lagert über unſerer ſchönen Stadt. Die Glühhitze der Leidenſchaften bei Deutſchen und Altbaiern iſt groß; ſie macht ſich auf der Straße, in Geſellſchaften und Verſammlungen oft mit Hintanſetzung aller geſelligen Rückſichten Luft. Der tiefe Riß geht auch durch die Studentenſchaft; die Deutſchgeſinnten wollen ſich nun zu einem Freikorps organiſiren, und die Verfaſſung beſchwören, die Weißblauen wollen ihre Waffen ans k. Zeughaus ausliefern, und der bisherige Major hat ſein Amt niedergelegt. Unverſöhnbarkeit überall, wohin das Auge ſchaut. Unter den Dienſtboten ſelbſt wird Propaganda von Hüben und Drüben gemacht; monarchiſch geſinnte Stiefelputzer ſind geſucht, und den Bräuten wird im Beichtſtuhl bei Verweigerung der Abſolution aufgegeben, ihr Herz zu entdemokratiſiren. Mit Bangen und doch mit Verlangen ſieht man dem Landtag entgegen, der am 15. d. M. zuſammentritt. Geſchütze werden hier täglich durch die Stadt auf- und niedergefahren, und ein Zeltlager wächſt dicht an der Stadt aus dem Boden, 7000 Mann Infanterie ſammt Kavallerie und Artillerie, die in den ſtädtiſchen Kaſernen nicht unterzubringen ſind. Der Märzverein will es noch einmal mit einer Abordnung an den König verſuchen, um demſelben die wahre Lage des Landes zu entſchleiern, obgleich die Märzvereinsmitglieder, welche den Auftrag hatten, die Nürnberger Volksverſammlungsadreſſe (mit 15,000 Unterſchriften) dem Könige perſönlich zu überreichen, eine ſchriftliche Verweigerung der Audienz geſtern erhalten haben. Das Vertrauen des deutſchen Volkes ſtirbt nur eines ſehr langſamen Todes. Nach dem geſtrigen Berichte des Märzvereins in ſeiner öffentlichen Verſammlung, der nahe an 3000 Menſchen beiwohnten, ſind bis zum 17. d. M. wohl an 20—30 Volksverſammlungen der verſchiedenen Filialmärzvereine in Baiern angekündigt.

* Aus der Pfalz. Der Landesausſchuß hat „auf Grund der im Namen der proviſoriſchen Centralgewalt durch den Reichskommiſſär Eiſenſtuck ihm ertheilten Befugniſſe,“ die geſammte Wehrmannſchaft der Pfalz in 3 Aufgebote getheilt, in die bewegliche Wehrmannſchaft, die bleibende Wehrmannſchaft und die Reſerve. Jeder waffenfähige ledige Pfälzer bis zum 30. Jahre hat ſofort in die bewegliche Wehrmannſchaft einzutreten, ſich zu bewaffnen, wenn auch vorläufig mit gerade gemachten Senſen und ſogleich zu exerziren. Jeder waffenfähige ledige Mann vom 30. bis 40. Jahre, und jeder waffenfähige verheirathete Mann bis zum 40. Jahre hat in die bleibende Wehrmannſchaft einzutreten, ſich zu bewaffnen und zu exerziren. Jeder waffenfähige Mann vom 40. bis 60. Jahre hat in die Reſerve einzutreten, ſich ebenfalls zu bewaffnen und zu exerziren. Jeder Pfälzer iſt perſönlich verantwortlich für ſeinen Eintritt in die Wehrmannſchaft, ebenſo jeder Bürgermeiſter für die Bekanntmachung und den Vollzug dieſer ſowie aller andern Anordnungen des Landesausſchuſſes. Zugleich verkündigt ein Tagsbefehl des Oberkommandanten Fenner von Fenneberg, aus dem Hauptquartier Kaiſerslautern vom 14. Mai, eine Heer-Ordnung, eingeleitet durch folgende Worte:

„Kameraden! Wenn Eure Begeiſterung für die Freiheit und Euer Muth das erſetzen ſollen, was Euch an ſoldatiſcher Gewandtheit und Uebung abgeht, ſo kann es nur dadurch geſchehen, daß Ihr den Befehlen Eurer Führer unbedingten Gehorſam leiſtet. Ihr ſeid darum keine Maſchinen, kein Futter für Pulver, wie die Söldlinge der Fürſten, welche, gleichviel gegen wen und warum ſie ihre Waffen gebrauchen, nur darum gehorchen, weil ſie in ſklaviſcher Zucht auferzogen, die Knute und die Eiſen ſtets hinter ſich ſehen. Ihr habt Euch freiwillig geſtellt, um Euer von den Fürſten unterjochtes Vaterland zu befreien, Ihr ſeid Euch des hohen Zwecks Eures Kampfes bewußt! Ihr müßt dieſen Zweck auch würdig zu erfüllen ſuchen.“

Von regulären Truppen befinden ſich etwa 5—600 Mann baieriſche Truppen, welche den Eid auf die Reichsverfaſſung geleiſtet und ſich dem Landesausſchuß zur Verfügung geſtellt haben, in Kaiſerslautern. Der größere Theil der Pfälzer Abgeordneten iſt zum Landtag nach München abgereiſt.

Speyer, 12. Mai. Heute früh marſchirte der Reſt des 6. Linieninfanterieregiments von hier ab. Es war ein ſehr kleines Häuflein. Bis zum letzten Augenblicke fanden fortwährend Uebertritte von Soldaten zum Volke ſtatt. Noch auf dem Marſche durch die Straßen der Stadt traten einzelne Soldaten aus den Reihen, um überzugehen. Viele der übergetretenen Soldaten riſſen die baieriſchen Kokarden von ihren Kasketen ab und verbrannten dieſelben; auch die Bleche mit dem Namenszeichen des Königs und der Krone wurden häufig abgeriſſen. Eine bedeutende Anzahl Soldaten vom 6. Regimente ſind einfach nach Hauſe gegangen. (N. Sp. Z.)

Dürkheim an der Haardt, 13. Mai. Geſtern Abend ſind „drei Kompagnien ſchwarz-roth-goldene Baiern“, welche bisher bei Frankfurt ſtationirten, unter dem Jubel der Bevölkerung hier eingerückt. Sie ſollten bei Ludwigshafen den Brückenkopf beſetzen; allein die Volkswehr kam ihnen zuvor und ſchickte ſie, nachdem ſie gemeinſchaftliche Sache mit der Volkswehr gemacht hatten, hierher. Auf dem freien Platze an der Badanlage leiſteten ſie den Eid auf die Verfaſſung. (Fr. J.)

Stuttgart, 14. Mai. Die Kammer hat heute mit 39 gegen 37 Stimmen beſchloſſen, Staatspapiergeld zu ſchaffen. (Schw. M.)

* Vom Neckar, 15. Mai. Geſtern früh zog Brentano in Karlsruhe ein; am Bahnhof empfing ihn der Oberpoſtdirektor von Mollenbeck, um ihm vorzuſtellen, daß im Intereſſe Aller die Poſt und Eiſenbahn in geregeltem und geſichertem Betrieb bleiben müſſe, daß das Briefgeheimniß und die Sicherheit und Schnelligkeit der Verſendungen unter allen Umſtänden Schutz brauche, und daß

Brentano in geeigneter Weiſe dafür ſorgen möge. Es wurde ihm hierauf beruhigende Zuſicherung ertheilt. In einer öffentlichen Rede, welche Brentano hält, ſprach er als erſten Grundſatz aus: Feſthalten an der Reichsverfaſſung; er äußerte ſein Bedauern, daß der Großherzog Karlsruhe verlaſſen hätte; es ſei dafür gar kein Grund vorgelegen; gegen ihn habe man gar nichts. Alle Erklärungen und Proklamationen der neuen Gewalt ſollen ſehr mild abgefaßt ſein (geſehen habe ich noch nichts); wir wollen ſehen, was nachkommt.

Das Militär war nicht durchaus zum Abfall bereit; einzelne Abtheilungen blieben lange ſtandhaft: aber einige Offiziere fielen im Kampf, andere ſcheinen durchaus nicht die Fähigkeit beſeſſen zu haben, in ſolchem Tumult ihr Anſehen und ihren Einfluß zu behalten. Die Karlsruher Bürgerwehr hat gethan, was eine Bürgerwehr leiſten konnte, aber ſie war zu ſchwach. Das Straßengefecht in Karlsruhe war nicht ſo ſehr blutig, wie es die erſten Nachrichten ſchilderten.

In Mannheim war allgemeines Verbrüderungsfeſt zwiſchen ſ. g. Volk und Militär, doch ſoll beſchloſſen ſein, zur Sicherheit von Perſonen und Eigenthum gemeinſchaftlich zu wirken. Unſere Zuſtände ſind deſolat; wir haben keine geordnete Heeresmacht mehr, wir haben keine legalen Autoritäten, die Landbewohner rüſten ſich, die Städte zu beſuchen, „um ihnen zu helfen“. Herr Struve und Herr Blind ſind frei und ſind nach Karlsruhe geeilt.

Hr. Arnold Ruge war einige Tage in Heidelberg; Germain Metternich iſt im Lande, und wie man ſagt, Hauptleute vom Hecker'ſchen und Struve'ſchen Zuge, z. B. Willich u. dgl. m.

S **Freiburg** i. B., 14. Mai. Nachmittags 2 Uhr fand eine große Verſammlung ſämmtlicher Soldaten des hier liegenden zweiten Infanterieregiments ſtatt, worin der Beſchluß gefaßt wurde, ſämmtlichen Offizieren den Gehorſam zu verweigern und ſie für entlaſſen zu erklären, ſowie morgen eine Wahl neuer Offiziere vorzunehmen. Von dem Verſammlungsplatz, der auf dem Schloßberg war, zogen die Soldaten begleitet von einer großen Anzahl hieſiger Einwohner durch die Stadt auf den Bahnhof, um daſelbſt die von der Offenburger Verſammlung Zurückkommenden zu begrüßen, was auch, jedoch in aller Ordnung, geſchah. Nach 8 Uhr trennte ſich die große Maſſe Soldaten und Volk ruhig. Dieſen Morgen, als einige in der Umgegend ſtationirte Kompagnien eines andern badiſchen Regiments von dem Beſchluß der hieſigen Soldaten hörten, kündigten ſie ebenfalls ihren Offizieren den Gehorſam und zogen mit der Fahne ſoeben, 8 Uhr, hier ein, ohne Offiziere, um ihren Kameraden hier beizuſtehen, falls man ſie zwingen wollte, von hier abzumarſchiren (dieſer Befehl war geſtern von den inzwiſchen abgeſetzten Offizieren gegeben worden.) Die hieſigen Soldaten zogen nun vor das Haus des Kommandanten um ihre Fahne dort zu holen, was ihnen auch nach vergeblichem Widerſtand der Offiziere gelang. Um 9 Uhr hieß es plötzlich, würtembergiſches Militär ſei auf dem Wege hierher. Es wurde Generalmarſch geſchlagen und die Garniſon trat unter die Waffen. Mittags: So eben tritt die Bürgerwehr unter die Waffen. Durch die Schelle wird bekannt gemacht, daß alsbald noch mehr Truppen eintreffen werden. Die Stadt iſt in Folge dieſer Vorgänge und der Nachrichten aus dem Unterland ſehr bewegt. Geſtern Abend noch hat ſich ein Sicherheitsausſchuß gebildet, der alsbald zur Berathung der nöthigen Maßregeln zuſammentrat.

** Aus Schleswig-Holſtein, 12. Mai. Die Dänen werden in dieſem Jahre von einem ungeahndeten Unglück verfolgt, wo ſie ſich ſehen laſſen, verlieren ſie, wenn auch nicht immer wie bei Eckernförde den Kopf, doch den Kragen. Geſtern zeigte ſich aufs Neue der „Skirner“ vor Kiel, er mußte zurückgehen, kam auf dieſer Retirade Friedrichsort zu nahe und das Schickſal wollte, daß eine Kugel, von Friedrichsort aus dem Skirner nachgeſandt, ihm den Schornſtein vernichtete. So ſieht ſich denn der Skirner veranlaßt ſeine Fahrten einzuſtellen, nach Kopenhagen zurückzukehren und ſich reſtauriren zu laſſen; daſſelbe Schickſal traf ſchon die kaum ausgelaufene Fregatte „Nymphen“, ſie mußte nach Kopenhagen zurückkehren, um ſich einen neuen Maſt einſetzen zu laſſen. Auch die Brigg „Oernen“, welche erſt von Weſtindien zurückgerufen wurde, iſt ſeeuntüchtig geworden und bedarf einer größern Reparatur, ebenſo das Dampfſchiff „Sonderbur“ und die Bellona hat ſich von den ſchleswig-holſteiniſchen Kanonenböten von der Weſtküſte vertreiben laſſen. Die Feſtung Fridericia iſt nun ſchon von den Schleswig-Holſteinern zernirt, ſie ſind ſchon bis nach Middelfahrt, Snoghoi und dem Walde Eriſtö vorgerückt; die Infanterie liegt in dem Walde bei Eriſtö, einem ſchönen grünen Buchenwalde, wie ſie längs der ganzen Oſtküſte zu finden ſind. Das bunte ſoldatiſche Treiben in dieſem Walde iſt höchſt intereſſant, heute arbeitet z. B. faſt die ganze Infanterie in dem Walde an ihrer häuslichen Einrichtung, jeder baut ſich Zelte und ſorgt für Stroh, wogegen morgen ſtatt dieſer friedlichen Arbeit vielleicht ſchon wieder Kugeln pfeifen und ernſtlich gekämpft wird, obgleich den Soldaten angedeutet iſt, daß ſie einige Mühe auf die Einrichtung ihres Bivouaks wenden ſollen. Nacht um Nacht ſchanzt ein anderes Bataillon, während dem die Dänen ſich bemühen durch Schießen die Schanzarbeit zu hindern. Für unſere Soldaten wird übrigens auf das Beſte geſorgt, die Soldaten erhalten das Nöthige aus den Magazinen, welche von den Jüten gefüllt werden müſſen. Wo die Magazine zu weit entfernt ſind, müſſen die Quartiergeber das Nöthige hergeben. Um das etwa noch Fehlende anzuſchaffen werden ein Offizier, ein Dolmetſcher, der Bauernvogt und eine Abtheilung Soldaten auf Requiſition ausgehen und herbeiſchaffen. Jeder Wirth muß ſeinem Einquartierten Frühſtück und ein Glas Grog mindeſtens geben. Bei guter Verpflegung iſt auch der Soldat tüchtig und tapfer. Die Stimmung in unſerm Lande in Betreff der deutſchen Wirren iſt ganz zu Gunſten der Nationalverſammlung und man iſt im ganzen Lande bereit die Verfaſſung, wie ſie iſt, mit Leib und Seele zu vertreten.

X Aus Nordſchleswig, 11. Mai. Obgleich die Jütländer beim Vordrängen der Reichstruppen ihr Eigenthum im Stich laſſen und mit den fliehenden Dänen ziehen, wird ihnen dieſe Maßregel nicht ſonderlich zu Statten kommen; denn, wenn ſie ſich nicht nach einer gegebenen Friſt ſtellen, um die ihnen als Repreſſalien auferlegten Requiſitionen herbeizuſchaffen, wird ihr im Stich gelaſſenes Beſitzthum der Vernichtung preisgegeben. Sie werden demnach wahrſcheinlich bald zur Beſinnung kommen und einſehen, daß von zwei Uebeln das kleinſte vorzuziehen ſei.

Hadersleben, 11. Mai. Die Preußen ſind am 10. Nachmittags in Horſens eingerückt. Dieſer kleine Seehafen liegt 4 Meilen nordweſtlich von Veile in ebenſo reizender Umgebung von Buchenhainen und Wieſen. Die däniſche Brigade Roe und die geſammte feindliche Kavallerie flohen vor den Reichstruppen, ohne irgendwo Stand zu halten. General Roe, welchen man in Kolding bereits abgeſchnitten und gefangen glaubte, iſt nun doch über den Veiler-Fjort entkommen und zieht ſich nach Aarhuus zurück, wo ihm die deutſche Kavallerie, welche einige Meilen weſtlich von der großen Heerſtraße im raſchen Vorrücken nach dem Norden Jütlands begriffen iſt, vielleicht den Weg verrannt hat. So ſcheint wenigſtens der Plan dieſes Feldzugs zu ſein, wenn es dem General Prittwitz anders mit der raſchen Verfolgung und der Vernichtung des Feindes Ernſt ſein ſollte, was noch immer Viele bezweifeln. Das Journal des Debats theilt unter der Ueberſchrift: on nous écrit de Hambourg die ſchamloſeſten Lügenberichte über den däniſchen Krieg mit. Jeden Erfolg, welchen die deutſchen Waffen erringen, ſucht der hämiſche Neid der Franzoſen zu läugnen oder wenigſtens zu verkleinern. Das Journal des Debats entblödet ſich nicht, die deutſche Kriegsführung als eine barbariſche darzuſtellen, während die Geſchichte ſchwerlich einen Krieg kennt, der mit ſo viel Schonung und Menſchlichkeit deutſcherſeits geführt wurde wie dieſer. Den ruhmvollen Sieg der Schleswig-Holſteiner bei Kolding ſchildert das franzöſiſche Blatt nicht nur als eine Niederlage, ſondern fügt noch die freche Verleumdung bei: General Bonin habe bei ſeinem Rückzuge die Stadt in Brand ſtecken laſſen. Es thut uns wahrlich leid, daß ein ſonſt ſo achtbares Journal ſeine Spalten däniſchen Berichterſtattern nur öffnet, um der Wahrheit ins Geſicht zu ſchlagen. Unſere gutgemeinte Warnung iſt freilich für die Herren vom Journal des Debats eine vergebliche, da dieſelben weder deutſch verſtehen noch eine ehrlich gemeinte Zurechtweiſung aufzunehmen pflegen.

Vom Kriegsſchauplatz, 10. Mai. Das ſchleswig-holſteiniſche Heer umſchließt fortwährend Fridericia, größtentheils in Biwachten lagernd. Heute beim Morgengrauen weckte ſie Geſchützdonner aus verſchiedenen Richtungen. Unſrerſeits wurde ein Blockhaus beſchoſſen, an dem die Belagerten arbeiten. Geantwortet wurde von den Wällen der Feſtung, von den Schiffen und ſelbſt der Küſte Fühnens her. Manche däniſche Bombe zerſprang in der Luft, manche Kanonenkugel peitſchte das Waſſer, keine ſchadete. Die Mehrzahl unſerer Leute ſetzte dabei ihren Morgen-

Digitized by Google

ſchlummer unter dem Schirm ihrer Strohhütten fort. Die Preußen ſollen bis Horſens vorgedrungen ſein.

Hadersleben, 11. Mai. Friedericia wird wahrſcheinlich bald und zwar ohne bedeutenden Widerſtand in unſere Hände fallen, denn 2 Dampfer und eine Menge Jachten ſcheinen damit beſchäftigt zu ſein, die Dänen von Fridericia wegzuführen. Ihre gegen unſere aufgeworfenen Schanzen entſendeten Granaten dürften eher dazu beſtimmt ſein, uns aufzuhalten, bis ſie ihren Zweck erreicht haben, als uns auf die Länge Widerſtand zu leiſten. Auch die der Middelfahrt gegenüber bei Snoghoi vom Feinde aufgeworfenen Schanzen ſind von uns genommen worden. (N. F. Preſſe.)

Großbritannien.

* **London.** 12. Mai. Die Zuſtände Irlands ſind wahrhaft ſchauerlich. Man ſollte glauben, es müſſe England endlich ſelbſt unerträglich werden, dieſen hinſiechenden, halbtodten Körper an ſich gefeſſelt zu haben, der mehr als jedes Andere das Parlament in ſeinem legislativen Fortſchreiten behindert. Hier einige Nachtſtücke: Einem Farmer im Kirchſpiele Dyſert krepirte vor Kurzem eins ſeiner Pferde; kaum war die Haut abgezogen, als einige ſchmutzige Elende über das Aas herfielen nnd die Eingeweide und den Kopf gierig verzehrten. Aus dem Arbeitshauſe zu Kenmare wurden neulich 176 Perſonen entlaſſen, zwei Tage darauf fand man ſechs derſelben todt auf der Straße. Dr. Mayburn, welcher die Körper zum Zweck der Todtenſchau-Jury unterſuchte, ſtellte das Gewiſſen der Geſchworenen mit der Ausſage zufrieden, daß die armen Geſchöpfe, als ſie das Arbeitshaus verließen, bei guter Geſundheit geweſen, und daß ſich noch Speiſe in ihrem Magen befunden, welche ſie 8 bis 10 Stunden vorher zu ſich genommen hätten; ſie ſeien nur in Folge der Erkältung geſtorben. Ein Konſtabler fand auf offener Straße die Leiche eines Umgekommenen, die er, damit die gefräßigen Hunde ſie nicht verzehrten, auf freiem Felde einſcharrte. In dem Armenarbeitshauſe zu Ballinrobe ſtarben in einer Woche 146 Perſonen, und die übrigen 400 entflohen daraus, weil ſie, wie ſie ſagten, lieber unter freiem Himmel als in dieſem Peſthauſe ſterben möchten. An dieſem Elend und Hunger im Weſten und Süden Irlands, namentlich in dec Provinz Connaught, iſt aber nicht bloß die Hartherzigkeit Englands Schuld, welches freilich gewerblich und kommerziell jenen Theil Irlands ausſaugt und dabei jeden Kreuzer umwendet, den es zur Abhilfe der iriſchen Noth beiſteuern ſoll, nicht bloß die Härte und der Geiz der blühenderen Provinzen Irlands, wo zum Theil proteſtantiſche Hände ſchaffen, nicht bloß die ſchlechten geſetzlichen oder vielmehr ungeſetzlichen Einrichtungen im Pachtweſen, ſondern namentlich auch der ſtockkatholiſche Klerus, welcher das Volk zu ſeinen Zwecken ausbeutet und es abſichtlich in ſeiner Faulheit, Stumpfheit und Unwiſſenheit erhält. Erſt neulich nahm der Papſt in Gaeta aus der Diözeſe von Meath das Sünden- und Blutgeld von 1266 Pfund in Empfang, welches der dortige Biſchof in ſeinem Sprengel geſammelt oder vielmehr der Armuth abgepreßt hatte. Der Biſchof empfing dafür vom heiligen Vater ein ſehr freundliches und rührendes Dankſchreiben! In einer einzigen Kapelle von Cork wurden Sonntag den 6. Mai für den Papſt 72 Pfund geſammelt. Der neulich verſtorbene Biſchof von Limerick hatte ein jährliches Einkommen von 5000 Pd. Der „große Magen" der Kirche verzehrt und verdaut auch die armen Irländer.

Bei der Wichtigkeit, welche die Verhandlungen im Oberhauſe über die Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze haben, iſt noch nachträglich zu erwähnen, daß Lord Stanley am 10. Mai im Oberhauſe an den Marquis von Lansdowne die Frage richtete: ob die Regierung die Bill für Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze in unverkürzter Geſtalt durchſetzen oder ob ſie ſich auch Verbeſſerungen gefallen laſſen wolle? Marquis von Lansdowne erwiederte; Die Regierung ſtehe mit der Bill wie ſie ſei, habe aber nichts gegen etwaige Aenderungen, die ſie ſelbſt billige. Lord Stanley deutete bei dieſer Gelegenheit an, daß man bei der demnächſt bevorſtehenden Berathung der einzelnen Klauſeln Amendements zu erwarten habe, welche die Bill ſehr weſentlich verändern würden. Mithin iſt ſie noch nicht außer aller Gefahr.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Mai. Der entſcheidende Wahlakt hat heute früh 9 Uhr begonnen und wird bis Morgen Abend 4 Uhr dauern. Alles geht bis jetzt in der größten Ruhe und Ordnung von ſtatten. Das Reſultat der Wahlen in Paris wird nächſten Donnerſtag, das von ganz Frankreich wohl den folgenden Montag offiziell bekannt ſein. Jedoch ſchon nächſten Mittwoch Abend wird man ein ziemlich richtiges Urtheil über die Zuſammenſetzung der legislativen Nationalverſammlung fällen können. Die zwiſchen Marraſt und Changarnier verabredete Note iſt dieſen Morgen im Moniteur erſchienen. Sie ſtellt den Sachverhalt ſo dar, als ob Changarnier den Brief Bonaparte's vor den in der Nationalverſammlung ſtattgefundenen Debatten auf den Tagesbefehl der Armee geſetzt habe. Er verwahrt ſich vor der Abſicht einer Beleidigung der Nationalverſammlung, deren Vorrechte als einer der großen Staatsgewalten er ehre.

Hr. Drouyn de l'Huys hat dem preußiſchen Geſandten eine Note überreicht, in welcher Frankreich gegen das Einſchreiten Preußens in Sachſen proteſtirt.

Aus Rom ſind keine weiteren Nachrichten eingetroffen. In Toulon und Marſeille werden täglich neue Verſtärkungen für das Expeditionskorps eingeſchifft, ſo daß Oudinot ſehr bald im Stande ſein wird, jedem Widerſtand zu begegnen. Es hieß heute, die Nachricht ſei eingetroffen, daß Livorno von den Oeſterreichern beſetzt ſei. Man brachte damit das Gerücht in Verbindung, daß die Alpenarmee Befehl zum augenblicklichen Aufbruch erhalten habe.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Krakau, 10. Mai. Die ruſſiſchen Generale betragen ſich hier wie Herren der Stadt. Auf die Anfrage des Kommandanten General Legeditſch an den General Paniutin, wie lange ſeine Truppen hier zu bleiben gedächten, entgegnete Dieſer, daß er darüber öſterreichiſchen Behörden Nichts mitzutheilen habe. Die polniſchen Emigranten, ſelbſt ſolche, denen der einſtweilige Aufenthalt noch geſtattet war, ſchweben jetzt in großer Gefahr, nachdem Legeditſch ihnen erklärt hat, für ihre Sicherheit nicht länger einſtehen zu können. Sie wollen ſich nach Bern begeben. Die Cenſurſtrenge hat hier jetzt eine Höhe erreicht, die ſie nie hatte, die erſte Folge ruſſiſcher Intervention. (C. Z.)

Italien.

* Bis jetzt nichts weſentlich Neues aus dem **Kirchenſtaate.** Die Franzoſen waren noch immer zwiſchen Palo und Oſtia an der Mündung der Tiber konzentrirt. Die Römer bereiteten ſich ihrerſeits vor, um den Angriff der Neapolitaner zurückzuſchlagen, die jeden Augenblick erwartet werden. Der König von Neapel hat ſeine Armee eingeholt. Bevor er die Grenze ſeiner Staaten überſchritt, hatte er dem General Oudinot den Beginn ſeines Feldzugs durch einen äußerſt höflichen Brief angezeigt. Man erzählt ſich, daß der König Ferdinand das Gelübde gethan hatte, den Papſt in Rom wieder einzuſetzen, wenn der Himmel ihm die Wiedereroberung Siciliens gewähre. Es hieß, daß Garibaldi dem König von Neapel entgegen marſchiren wollte, der indeſſen ſchon am 4. zu Velletri, 3 Stunden von Rom, angekommen war, ohne den geringſten Widerſtand zu erfahren. Man kann bis jetzt nur Vermuthungen aufſtellen über die ſonderbare und jedenfalls ſehr ſchwierige Rolle, die der General Oudinot der neapolitaniſchen Invaſion gegenüber ſpielen wird.

* **Livorno**, 7. Mai. Der Gemeinderath hatte in der Ueberzeugung, daß es unmöglich ſein würde, den Oeſterreichern zu widerſtehen, entſchieden, daß man kapituliren wolle. Einigen Exaltirten iſt es dagegen gelungen, das Volk zum Widerſtande aufzuregen und der Gemeinderath iſt daher abgetreten. Dieſen Morgen wurde die Bildſäule Leopold des II. auf dem Platz Voltone verſtümmelt. Alle Läden ſind geſchloſſen. Das Volk ſchickt ſich zur Vertheidigung an; man will nichts wiſſen von den Oeſterreichern. Ihre Vorhut iſt bereits vor den Thoren.

* **Florenz**. Es beſtätigt ſich, daß die interimiſtiſchen Miniſter bei der Nachricht von dem Einmarſche der Oeſterreicher in Toskana ihre Entlaſſung gegeben haben. Ihre Stellung war in der That ſehr peinlich geworden. Bei ihrem Eintritt in die Geſchäfte nach dem Sturz der proviſoriſchen Regierung hatten ſie verkündigt, daß die Rückkehr zur früheren Ordnung der Dinge Toscana die Schande und die Koſten einer fremdem Invaſion erſparen würde. Sie wollen nicht, daß man ſie beſchuldigen könne, ihr Land getäuſcht zu haben. Die Oeſterreicher bilden 3 Kolonnen; die eine iſt nach Piſa, die beiden andern nach Lucca marſchirt. Das Hauptkorps ſoll auf Livorno marſchiren. Man hatte behauptet, daß der General d'Aſpre alle Orte vermeiden würde,

wo die Autorität des Großherzogs wiederhergeſtellt ſei. Dies war irrig, denn in der Nacht des 5. rückte die ganze Kavallerie 14,000 Mann Infanterie und 36 Stück Geſchütze in Piſa ein. Die Municipal-Kommiſſion der Stadt gab ſofort ihre Entlaſſung ein.

Der franzöſiſche Bevollmächtigte Hr. v. Harcourt hat bei dem Einmarſch der Oeſterreicher in Toscana an den großherzoglichen Kommiſſär Serriſtori die Anfrage geſtellt, ob die öſterreichiſche Intervention auf das Verlangen oder mit dem Einverſtändniß des Großherzogs ſtattfinde, unter dem Bemerken, daß die Antwort die Ehre und das künftige politiſche Benehmen Frankreichs im höchſten Grade intereſſire. Am 4. Mai hatte Serriſtori noch nicht geantwortet und ſchien auch nicht geneigt ſein Schweigen zu brechen. Die Sprache des franzöſiſchen Bevollmächtigten war indeſſen ſehr entſchieden. Auch bemerkte er, daß er ſeine Note dem ganzen diplomatiſchen Korps mitgetheilt habe.

Ungarn.

*Die Peſther Ztg. vom 6. Mai bringt nachſtehendes Edikt: „Ich Ludwig Koſſuth, gemäß dem Befehle der Nation Gouverneur-Präſident von Ungarn und allen dazu gehörigen Ländern, Theilen und Provinzen, gebe hiermit allen Jurisdiktionen ꝛc. kund und zu wiſſen, daß ich Betreffs der proviſoriſchen miniſteriellen Staatsregierung und der Regierungsverfaſſung der Nationalverſammlung folgende Unterbreitung und reſp. Berichterſtattung überreicht habe. An die Nationalverſammlung. Ich halte es für meine Pflicht anzuzeigen, daß ich Kraft der mir vom Reichstage übertragenen Gewalt folgende Männer zu Miniſtern ernannt habe: Inneres und Präſidentſchaft Barthol. Szemere, Auswärtiges Graf Kaſimir Batthyany, Finanzen Duſchek, Kommunikationen Cſanyi, Kultus der Cſanader Biſchof Michael Horvath, Juſtiz Vukovics; Krieg und Handel wird ſpäter angezeigt.“ Hinſichtlich der künftigen Regierungsform wird die Nationalverſammlung entſcheiden. Obige Ernennungen wurden der Nationalverſammlung am 1. Mai unterbreitet und von derſelben am 2. beſtätigt. Bem wurde zum F.-M.-L. ernannt und erhielt den 1. ungariſchen Verdienſtorden. Der k. General Barko, der im nördlichen Ungarn operirt und dort kürzlich eine Niederlage erlitt, hat jetzt, nach der „Preſſe“, die Vereinigung ſeiner Brigade mit den Truppenabtheilungen der Generale Vogel und Benedek bewerkſtelligt. Von Barko und Benedik, die beide geborne Ungarn, des Landes und der Sprache kundig ſind, erwartet man viel für den Verlauf des Krieges.

Fünfkirchen hat ſich für die Magyaren erhoben; die k. Fahne wurde herabgeriſſen, die Trikolore aufgepflanzt, die aus 4 Grenzer-Kompagnien beſtehende Beſatzung unter dem Kommando des Obriſten Reiche mußte die Stadt räumen. Schon zur Zeit des Kroaten-Einmarſches hatte die Stadt ſich feindſelig gezeigt. Der Ban hat die hinreichende Truppenmacht abgeſendet, um die Stadt zur Streckung der Waffen und einer Brandſchatzung von 100,000 Fl. in Zwanzigern anzuhalten, widrigenfalls ſie nach Ablauf von 12 Stunden bombardirt werden ſoll. Am 4. Abends kamen die Truppen vor Fünfkirchen an; der Ausgang der Unternehmung iſt noch nicht bekannt. Auch Kaposvar hat ſich für die Ungarn erhoben, die Avantgarde des Ban mußte bei Szexart am 27. v. M. eine Schaar Magyaren auseinander ſprengen. Die Verlegenheiten beginnen ſonach auch am rechten Ufer der Donau, wo man ſich bisher zu fügen ſchien. Das magyariſche Geld und die Emiſſäre, von denen das Land wimmelt, haben das Ihrige gethan. Aus dem Banate läuft das Gerücht ein, Arad ſei gefallen, der Schlüſſel zu den Operationen gegen Siebenbürgen. Sicher ſind die bewohnlichen Gebäude der Feſtung zerſtört, die Beſatzung durch große Sterblichkeit decimirt und der letzte Verproviantirungs-Verſuch mißglückt, weil die Magyaren jede Kommunikation zwiſchen Temeswar und Arad abgeſchnitten hatten. Perczel hauſt im Banate. G.-M. Todorovich hat ſein Hauptquartier von Beckereck 2 Meilen ſüdwärts verlegt, umſchwärmt von Magyaren. Puchner hat noch keine ernſtliche Operation vornehmen können. (Preſſe.)

Aus **Semlin** wird unterm 3. Mai gemeldet, daß Stratimirowich vom Kommando zurücktreten wollte, ſich jedoch auf die Bitten ſeiner Truppen zur weitern Fortführung deſſelben entſchloß.

Redacteur: **H. Kruſe.**

---

[208]

Eine Bitte für Dresden.

Dresden hat unter dem einwöchentlichen Kampfe in ſeinen Mauern unſäglich gelitten. Nicht blos ſeine Häuſer und Straßen, ſo daß auf der Schloßgaſſe zum Beiſpiel kein Erker und keine Fenſterſcheibe mehr ganz iſt, ſondern noch viel entſetzlicher iſt das Elend, welches jetzt innerhalb jener Häuſer wohnt und in den unverletzt gebliebenen nicht minder als in den von den Kugeln zerſchmetterten. „Wir ſind ſchon ganz erſchöpft vom Geben“, ſchreibt man mir von Seiten einer in Dresden lebenden Familie. „Aber unmittelbar neben uns liegen acht Verwundete, von allen Hilfsmitteln entblößt, und Kranke und verwaiſt Hinterlaſſene nehmen allerwärts ein Mitleiden in Anſpruch, welches wir bald nur noch durch Thränen werden bethätigen können. Wäre es nicht möglich, Etwas in Frankfurt für unſere unglückliche Stadt zu ſammeln? So arm, ſo bedürftig iſt's hier geworden, daß auch die kleinſte Gabe hoch willkommen wäre.“

Ich bringe dieſe Mittheilung mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Expedition der Deutſchen Zeitung (Paulsgaſſe No. 5 im Hofe) und daß ich perſönlich (Hanauer Chauſſee im Gehlhaar'ſchen Garten) zur Empfangnahme von Gaben auch des kleinſten Betrags für Dresden, ſo wie zur dankbaren Rechnungsablegung darüber bereit ſind. Damit verbinde ich das dringende Geſuch an menſchenfreundliche und einflußreiche Perſonen, namentlich von der ſtändigen Einwohnerſchaft Frankfurts, dieſe meine Fürbitte zu der ihrigen zu erheben und durch anderweite Aufforderungen und Sammlungen der hier gegebenen Anregung Kraft und Umfang zu verleihen.

Frankfurt a. M., 13. Mai 1849. Robert Heller.

---

[212] **Heppenheim**, 14. Mai. Die Unterzeichneten geben den Eltern ihrer Zöglinge Nachricht, daß ſie eine halbe Stunde nach der ihnen gewordenen Kunde von dem Ausbruche der Revolution im Badiſchen das Land mit allen Zöglingen verlaſſen haben und die Schule an einem anderen Orte, den ſie in wenig Tagen bezeichnen werden, fortzuſetzen gedenken.

H. & C. Bender.

[213]

Zwölfte Verſammlung deutſcher Land- und Forſtwirthe in Mainz im Oktober 1849.

In Gemäßheit des Beſchluſſes der eilften Verſammlung zu Kiel im Jahre 1847 ergeht hiermit die Einladung zur grundgeſetzlichen Theilnahme an der vorgenannten Verſammlung, welche zu Mainz am 1. Oktober dieſes Jahres Morgens 9 Uhr eröffnet und am 6. Oktober geſchloſſen werden wird. Die Bekanntmachung der Themata und der Empfangs-Einrichtung erfolgt nächſtens in den land- und forſtwirthſchaftlichen Zeitſchriften.

Die Redaktionen aller öffentlichen Blätter ſind um Verbreitung gegenwärtiger Einladung erſucht.

Laubach und Darmſtadt, den 9. Mai 1849.

Der Vorſtand obiger Verſammlung.

Graf Otto zu Solms-Laubach. Freiherr v. Wedekind.

[214] In unſerem Verlage iſt erſchienen:

Die

Volkswirthſchaftslehre

für Jedermann

und

ſechs volkswirthſchaftliche Trugſchlüſſe

des Herrn Baſtiat

bearbeitet von

Karl Junghanns.

8. brochirt. Preis 3 Ngr.

Die

Fabrikinduſtrie

des

Zollvereins.

8. brochirt. Preis 3 Ngr.

Leipzig. Weidmann'ſche Buchhandlung.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 135. Frankfurt a. M., Mittwoch 16. Mai. (Zweite Ausgabe.) 1849.

Ueberſicht.

Die Franzoſen vor Rom. I.

Die Abberufung der preußiſchen Abgeordneten.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 17. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Die Nationalverſammlung und die Volkserhebungen. Nachrichten aus dem Badiſchen. General Hoffmann gefangen.) Wien (Das Bombardement von Peſth. Der ungariſche Krieg und die ruſſiſche Intervention. Die Zuſtände in Prag und im Banat. Ernennungen im Hofſtaat.) Prag (Thereſienſtadt im Kriegszuſtand.) Königsberg (Verbot des Städtetages.) Thorn (Feuersbrunſt.) Hagen (Die Bewegung im Bergiſchen.) Münſter, Düſſeldorf (Truppenbewegungen.) Augsburg (Zuſammenſtoß zwiſchen Militär und Arbeitern.) Speyer (Der Großherzog von Baden in Germersheim.) Stuttgart (Erklärung Römer's. Flüchtlinge aus dem Badiſchen. Eindruck der badiſchen Nachrichten. Das Papiergeld. Einberufung der Beurlaubten.) Buer (Hr. v. Vincke.) Karlsruhe (Die Vollziehungsbehörde. Freiſchaaren.) Kaſſel (Bekanntmachung des Miniſteriums.) Hamburg (Volksverſammlung an der Sternſchanze.)

Großbritannien. London (Erklärung des auswärtigen Amts über die däniſche Blokade. Die Sendung des ruſſiſchen Generals Grabbe. Feſtlichkeit bei Bunſen.)

Frankreich. Paris (Das Mißtrauensvotum gegen Leon Faucher. Sein wahrſcheinlicher Rücktritt. Der Ausfall der Wahlen in Paris. Proteſtation des päpſtlichen Nuntius.)

Italien. Genua (Gerücht von der Niederlage der Neapolitaner.) Rom (Armellini iſt für Aufnahme der Franzoſen. Des Papſtes Stimmung.)

Ungarn. (Der Marſch des ruſſiſchen Hilfskorps. Der Banus. Die Sachſen und Wallachen. Koſſuth im jüdiſchen Bethauſe.)

Nachſchrift.

---

16. Mai.

Sardinien war durch Radetzky gezwungen worden, den Kampf für die Unabhängigkeit Italien's aufzugeben; Genua, das im Widerſpruch mit ſeiner eignen Regierung und der Mehrheit der Gemäßigten des ganzen Landes durch einen Aufſtand gegen die Vollziehung des Waffenſtillſtandes von Novara proteſtirt hatte, war wieder unterworfen. In Florenz war Guerazzi geſtürzt und hatte die Diktatur mit einem Kerker vertauſcht; eine proviſoriſche Regierung, welche die Gewalt im Namen des Großherzogs auszuüben erklärte, hatte ſchnelle Anerkennung im ganzen Lande gefunden, und bereitete die Rückkehr Leopold's vor; nur Livorno widerſetzte ſich noch der Wiederherſtellung des alten Zuſtandes. Sicilien hatte nach einem kurzen Kampf die Waffen geſtreckt und daſſelbe Palermo, das eben noch Bedingungen verwarf, die ihm eine beinahe unbedingte Selbſtſtändigkeit gewährleiſtet hätten, hatte ſich auf Gnade und Ungnade ergeben; der König Ferdinand, der in ſeinem Lande dieſſeits der Meerenge ſchon vorher die Bande des konſtitutionellen Staatsweſens abgeſtreift hatte, waltet jetzt unumſchränkt in Neapel und Sicilien — und noch immer beſtand ein Mittelpunkt Italiens in Rom, die Herrſchaft Mazzini's und ſeiner Anhänger.

Mazzini hatte nach der franzöſiſchen Februarrevolution zuerſt in Paris einen Klub gegründet, der als Vertreter der italieniſchen Nation mit der proviſoriſchen Regierung auf dem Stadthauſe, wie es damals in dem erſten Rauſch einer edlen Begeiſterung auch von andern Seiten geſchah, gegenſeitige Wünſche für die Freiheit der Völker austauſchte. Beim Beginn des Kampfes in der Lombardei begab ſich Mazzini nach Mailand, und trotz ſeines Verſprechens, alle Streitigkeiten über die künftige Verfaſſung Italiens bis nach beendigtem Kampfe für die Unabhängigkeit ruhen zu laſſen, konnte er, als fanatiſcher Prieſter einer allein ſelig machenden Theorie, ſich doch nicht enthalten, den Beſchluß der lombardiſchen Gemeinden über die Einverleibung in Piemont anzugreifen, und im Rücken des ſardiniſchen Heeres eine Polemik gegen Karl Albert zu beginnen, die, indem ſie die Sympathien des Volkes theilte, zum unglücklichen Ausgange des Feldzugs vielleicht mehr als alle Fehler Karl Alberts und ſeiner Feldherrn beigetragen hat. Als das ſardiniſche Heer aufgelöſt, Karl Albert in ſeine Staaten zurückgekehrt war, erklärte Mazzini, der Krieg der Könige ſei zu Ende, der Krieg der Völker werde beginnen; er gab ſeine Zeitung auf und ergriff die Flinte. Ein italieniſcher Abenteuerer, der längere Zeit in Montevideo gedient hatte, Garibaldi, war gerade nach Genua zurückgekehrt, und warb eine Legion, die niemals im Felde erſcheinen ſollte; ihr ſchloß ſich Mazzini an. Sie zerſtob bei der Annäherung Radetzky's. Mazzini zog ſich in die ſchweizer Berge zurück, und von Lugano aus verbreitete er ſeine Lehren: „An die Jünglinge. Zur Erinnerung" über ganz Italien. Er gab das Stichwort an, mit dem dann ſeine Schüler aller Orten die Bevölkerungen in Bewegung ſetzten, und nachdem der Ruf nach einer Konſtituante Piemont in die Hände der Radikalen gegeben, in Toscana den Großherzog zur Flucht veranlaßt, und in Rom nicht nur den Pabſt nach Gaeta getrieben, ſondern auch die Herrn Mamiani, Sterbini und Mazzarelli, die als proviſoriſche Regierung den Boden des Geſetzes nicht verlaſſen wollten, zum Fall gebracht hatte, trat er ſelbſt endlich aus ſeiner Zurückgezogenheit hervor, und zog auf das Kapitol, den Göttern für die Herſtellung der Republik zu danken.

Daß dieſe Republik, die Mazzini ſelbſtſtändig leitete, wenn ihm auch zwei dem Namen nach gleich berechtigte Triumvirn zur Seite ſtanden, nicht zugleich mit ihrer Schweſterrepublik Toskana fiel, hat ſchwerlich ſeinen Grund in ihrer größeren inneren Feſtigkeit, ſondern mehr in dem Umſtande, daß ſie dem Felde, wo die Geſchicke Italiens ſich entſcheiden, entfernter liegt. Wie wenig ſicher Mazzini ſich in Rom fühlte, nachdem Oeſterreich die Möglichkeit bekommen hatte, ſeine Hand über Mittelitalien auszuſtrekken, beweiſt die Thatſache, daß er die Regierung nach Ancona verlegen wollte, und bereits der Tag feſtgeſetzt war, wo Rom verlaſſen werden ſollte. In der That, die Einmiſchung Oeſterreichs konnte nicht lange auf ſich warten laſſen. Pius IX hatte ſchon vor Monaten die Hülfe aller katholiſchen Mächte in Anſpruch genommen, um in ſeine Staaten wieder eingeſetzt zu werden, und wenn Spanien und Neapel aus Mangel an Streitkräften, Frankreich aus Scheu vor dem Namen Republik die Hülfe bisher nicht geleiſtet hatte, ſo war kein Zweifel, daß Oeſterreich, nachdem es Karl Albert beſiegt hatte, Pius IX. zurückführen würde. So lebte man in Rom in täglicher Erwartung der Nachricht, daß die Oeſterreicher den Po überſchritten hätten, als plötzlich die Kunde eintraf, die Franzoſen ſeien in Civitavechia gelandet.

Die franzöſiſche Regierung hat offenbar die Einmiſchung in die Angelegenheiten Roms nur mit größtem Widerſtreben ausgeführt; ſie weiß, welch' gefährliche Waffe ſie ihren einheimiſchen Gegnern damit in die Hände gibt; ſie hatte deßhalb die größten Anſtrengungen gemacht, auch die andern Kabinette von der Einmiſchung abzuhalten; ſobald ſie dieſelben aber nicht mehr zurückhalten konnte, war ſie nach ihrer Meinung gezwungen, auch ihrerſeits ſich einzumiſchen. Es iſt ein alter Gedanke der franzöſiſchen Regierung, der nicht erſt ſeit Einführung der Republik datirt, daß der franzöſiſche Einfluß in Italien dadurch bedingt ſei, daß an jeder Einwirkung von auswärts auf einen italieniſchen Staat Frankreich mit betheiligt ſei. Als in Folge der angeblichen Verſchwörung der römiſchen Prieſterpartei vom 16. Juni 1847, wo die italieniſche Revolution eigentlich begann, weil an dieſem Tage die Exekutivgewalt aus den Händen des römiſchen Miniſte-

rlums in die Hände der Bürgerwehr überging, der damalige franzöſiſche Geſandte, Roſſi, die Möglichkeiten, die aus dieſem Ereigniß entſtehen könnten, und namentlich auch die einer fremden Einmiſchung in einem Brief an Guizot erörterte, ſchrieb Guizot zurück: daß nur im Falle einer materiellen Gefahr und einer Anrufung fremder Hülfe nichts ohne uns geſchieht! daß man von Niemanden etwas fordert, ohne es, mindeſtens gleichzeitig, auch von uns zu fordern! Und als die revolutionäre Gefahr durch die Aufregung, welche der Konflikt in Ferrara hervorgerufen hatte, ſchon einen bedeutenden Schritt näher gekommen war, ſetzte Guizot in einer Depeſche vom 7. Sept. nochmals alle Fälle, die eintreten könnten, und das Verhalten, das Frankreich in jedem zu befolgen hätte, auseinander. „Wenn die Oeſterreicher," ſchrieb er, „in die römiſchen Staaten einrücken, ſo ſind auch wir bereit, unſererſeits einzurücken; es frägt ſich nur noch, an welchem Punkt." Und ſchon damals wurde — auf Guizot's Befehl — bei Toulon und Marſeille daſſelbe Korps ausgerüſtet, das, nachher zweimal eingeſchifft, ohne unter Segel zu gehen, nun endlich doch abgegangen iſt. Es iſt die alte, ererbte, ſtationäre Politik de la haute influence, wie Thiers ſie ſpottend nannte, Thiers, der ſie als Miniſter früher ebenſo befolgt hat, und jetzt, wenn er Miniſter wäre, wahrſcheinlich ebenſo befolgen würde.

Odilon Barrot erwog, daß, wenn Pius IX. durch öſterreichiſche Waffen zurückgeführt würde, er hinterher auch öſterreichiſchen Rathſchlägen Gehör geben, daß Italien, ſo lange die Beute von Frankreich und Oeſterreich, im letzteren Falle dieſem allein anheimfallen würde: die Eitelkeit der Franzoſen hätte ihm das nimmermehr vergeben. Nun kam freilich die Schwierigkeit, die Sympathieen der Republikaner nicht zu verletzen. Den Papſt zurückführen, hieß die Republik ſtürzen; mit welchem Geſicht wollten Republikaner das unternehmen? Odilon Barrot dachte mit einigen geſchickten Redewendungen ſich zu helfen. Er ließ das Expeditionskorps in Toulon und Marſeille ſich zur Abfahrt rüſten, trat dann am 17. April vor die Nationalverſammlung und erklärte feierlich, die Abſicht ſei nicht, der römiſchen Republik feindlich entgegenzutreten, ſondern nur zu verhindern, daß die liberalen Inſtitutionen, welche Pius IX. den Römern vor ſeiner Flucht bewilligt hätte, ihnen jetzt durch die Oeſterreicher wieder entriſſen würden. Den Römern ſolle damit keine Verfaſſung aufgedrängt werden; ſie ſollten freie Hand bei der Einrichtung ihres Staates behalten; ihre Freiheit ſolle vielmehr gegen Beſchränkung von Außen geſichert werden. Die Nationalverſammlung war mit dieſer Darlegung der Abſichten der Regierung zufrieden, bewilligte den zur Beſtreitung der Koſten erforderlichen Kredit, und am 22. ging die Flotte von Marſeille unter Segel.

Hier iſt heute ein königlich preußiſcher Oberſt eingetroffen, mit dem Auftrage, die preußiſchen Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung abzuberufen und dann zu ſehen, wie die Lage der Dinge in Frankfurt ſei. Vielleicht wäre es zweckmäßiger geweſen, der Abgeſandte des preußiſchen Miniſteriums hätte ſich zuerſt von der Lage der Dinge unterrichtet, ehe das Miniſterium zu einem neuen, nicht bloß das preußiſche, ſondern auch das deutſche Volk auf das tiefſte verletzenden Gewaltſchritte, ſich hinreißen ließ. Aber gleichzeitig traf auch ſchon ein Blatt des preußiſchen Staatsanzeigers ein, welches die folgende königliche Kabinetsordre enthält:

„Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen auf den Antrag Unſeres Staatsminiſteriums hiermit, was folgt:

§. 1. Das Mandat der auf Grund der Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April 1848 und Unſerer Verordnung vom 11. des letzteren Monats im preußiſchen Staate gewählten Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung iſt erloſchen.

§. 2. Den Abgeordneten iſt gegenwärtige Unſere Verordnung durch Unſeren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zur Nachachtung und mit der Weiſung zuzuſtellen, ſich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Verſammlung zu enthalten.

Gegeben Charlottenburg, den 14. Mai. 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe. Simons."

Es geht ſchon aus den Worten der obigen Verordnung hervor, daß die preußiſche Regierung ſo wenig wie irgend eine andere ein geſetzliches Recht beanſpruchen kann, ein Mandat für erloſchen zu erklären, welches auf Grund von Bundesbeſchlüſſen und zu einem Zwecke, der bis jetzt nicht erledigt iſt, von den preußiſchen Wählern ertheilt ward. Doch iſt man es ja nicht Anders gewohnt, als daß das Miniſterium Manteuffel bei ſeinen Handlungen nach Gründen des ſtrengen Rechtes nicht fragt. Womit will es denn dieſen neuen Rechtsbruch beſchönigen? In der vom Staatsminiſterium dem Könige eingereichten Denkſchrift werden zweierlei Entſchuldigungsgründe angeführt, zuerſt, daß die Reichsverſammlung nicht vereinbaren wolle und in dieſem Sinne Beſchlüſſe gefaßt. Der Vorwurf iſt ſo alt wie die Verſammlung ſelbſt und wir wollen nicht darauf zurückkommen. Aber wer Wahrheit liebt, dem muß die Heuchelei wehe thun, mit welcher dieſer Verſammlung von den bekannten Widerſachern fortwährend Souveränetätsſchwindel vorgeworfen wird. Was ſind denn das für herrſchſüchtige Menſchen die verbotenem Ehrgeize fröhnen, nach hohen Stellen jagen, Provinzen ausſaugen, und über Länder zu gebieten ſtreben? Es ſind gute ehrbare Leute, die am 28. März ſich froh umarmten, in der Hoffnung, daß nun ein Jeder nach vollbrachter ſchwerer Pflicht in die Heimath zum eigenen Heerd und Geſchäft zurückkehren könne. Wenn ſie nicht vereinbaren wollten, ſo thaten ſie das nicht aus Herrſchſucht, ſondern weil ſie, wie die preußiſche Regierung ſelbſt anerkannt hat, die Vereinbarung für nicht wohl ausführbar hielten. Und ſelbſt ſolche, welche wie Hr. v. Vincke die Vereinbarung in der Theorie feſthielten, haben doch zugeſtanden, daß fernere Aenderungen in der Reichsverfaſſung, wie ſie jetzt in der Mehrzahl der deutſchen Staaten bereits Landesgeſetz iſt, von dieſer Verſammlung nicht mehr vorgenommen werden könnten. Wahrlich, der Souveränetätsſchwindel iſt anderswo zu finden. Doch warum von Dingen reden, welche dem ganzen deutſchen Volke bekannt ſind? Als den zweiten Entſchuldigungsgrund führt das preußiſche Miniſterium die Feindſeligkeit an, welche die Reichsverſammlung gegen Preußen, ja, wie es an einer andern Stelle heißt, gegen den preußiſchen Staat gezeigt habe. Wie darf das Miniſterium Manteuffel ſich ſelbſt und ſeine verkehrte Handlungsweiſe für einerlei halten mit dem preußiſchen Staate? L'état c'est moi! Auch bei der Auflöſung der zweiten Kammer hatte es die Selbſtverblendung ſich auf alle Gutgeſinnten zu berufen, und ſich deren Beifall zu verſprechen. Jetzt hat das preußiſche Volk von Aachen bis Königsberg laut genug ſeine Mißbilligung des Miniſteriums, ſeine Feindſeligkeit gegen deſſen das Vaterland ins Verderben ſtürzende Politik ausgedrückt. Nach der Logik des Miniſteriums hätte ſich Preußen alſo feindſelig gegen Preußen gezeigt. Wir glauben, ſagt das Miniſterium auch dießmal, daß das preußiſche Volk in ſeiner großen Mehrheit und ſeinem geſunden Kerne mit uns die Ueberzeugung theilt u. ſ. w.! Wenn das Miniſterium ſo konſtitutionell wäre, wie es bei ſeiner inkonſtitutionellen Entſtehung einmal über das andere verſprach, ſo würde es die Volksvertretung für den Ausdruck der großen Mehrheit des Volkes genommen haben, welches ihm laut genug ſagte, daß es die miniſterielle Politik in der deutſchen Frage nicht billige.

Im Bewußtſein der Schwäche ſeiner Gründe geht das Miniſterium ſo weit, daß es ſich ſogar auf die Schwächſten der Schwachen ſtützen möchte, auf eine Anzahl von Mitgliedern aus Preußen, welche freiwillig ausgetreten wären. Wir wollen die derben Worte nicht wiederholen, welche die Ober-Poſtamts-Zeitung über die ausgetretenen preußiſchen Beamten ausgeſprochen hat. Aber das müſſen wir den preußiſchen Miniſtern bemerklich machen, daß ſelbſt die Ausgetretenen, ſo viel wir deren kennen, nicht blos die Politik des Miniſteriums aufs äußerſte mißbilligen, ſondern auch ein Recht der preußiſchen Regierung, die preußiſchen Abgeordneten abzuberufen, durchaus in Abrede ſtellen. In welcher unſeligen Verblendung das Miniſterium lebt, geht auch daraus hervor, daß es dem Könige ſagt, eine große Anzahl Abgeordneter warte nur auf die Erklärung der Regierung Sr. Majeſtät, um auszutreten, ja, die Behauptung wagt, kein Preuße werde es mit der Vaterlandsliebe und der Nationalehre preußiſcher Staatsbürger für verträglich halten, ſich an Berathungen zu betheiligen, welche zu Beſchlüſſen führen, die eine offene Feindſchaftserklärung gegen den preußiſchen Staat enthalten! Die beſte Antwort hierauf iſt die Erklärung geweſen, welche heute die preußiſchen Abgeordneten abgegeben haben. Sie können, ſagen ſie, die erwähnte königlich preußiſche Verordnung für rechtsverbindlich nicht halten, und finden ſich ihr zu folgen nicht verpflichtet. Ueberzeugt, daß die Durchführung des deutſchen Verfaſſungswerkes nur mit ge-

ſetzlichen Mitteln zu erſtreben iſt, werden ſie der deutſchen Nationalverſammlung ſo lange angehören, als ſie ſich im Stande ſehen, mit Erfolg in dieſem Sinne zu wirken, und nehmen das Recht für ſich in Anſpruch, allein nach ihrem gewiſſenhaften Ermeſſen über ihr Bleiben und ihr Austreten zu entſcheiden.

Das preußiſche Volk in ſeiner großen Mehrheit wird eine eben ſo männliche als beſonnene Erklärung billigen, und gewiß nicht ſäumen, ſeinen freudigen Beifall öffentlich auszuſprechen. Die Namen der Männer, welche unter jener Erklärung ſtehen, leiſten Bürgſchaft, daß ſie ihr Wort halten und mit geſetzlichen Mitteln dem großen Ziele zuſtreben werden. Und da namentlich von den Organen des preußiſchen Miniſteriums verkehrte Vorſtellungen über dieſe Verſammlung ausgeſtreut werden, ſo bemerken wir zur Beruhigung, daß die Reichsverſammlung in dieſem Augenblicke nichts weniger iſt, als aufgereizt und maß- und ziellos. Wenn unter dem erſten Eindrucke der Nachrichten aus Sachſen die Verſammlung in Entrüſtung über die elende Politik, welche all den Jammer herbeigeführt, einen Beſchluß faßte, den wir als voreilig mißbilligten, ſo ſind doch unter den anzuwendenden „möglichen Mitteln“ unſerer Anſicht nach geſetzliche Mittel zu verſtehen. Der Beſchluß iſt alſo wenigſtens nicht ungeſetzlich und die ruhigere Beſonnenheit iſt längſt zurückgekehrt. Selbſt die Linke fühlt die Nothwendigkeit, gemeinſchaftlich und alſo gemäßigt zu handeln, und die Mehrheit, die große Mehrheit, iſt noch auf Seiten unſerer Partei. Das Verlangen der Linken, die öſterreichiſchen und preußiſchen Truppen aus Frankfurt zu ziehen, welches möglicher Weiſe die Verſammlung der Einſchüchterung der Maſſen hätte überliefern können, ward mit 68 Stimmen abgelehnt. „Bei der geſtrigen Verhandlung über die Pfalz, bemerkt die heutige Parlaments-Korreſpondenz, haben wir es durchgeſetzt, daß die Bewegung in der Pfalz nur inſoweit anerkannt iſt, als ſie auf Durchführung der Reichsverfaſſung gerichtet iſt, daß die Verſammlung ſich für einen gleichmäßigen Schutz aller Rechte und Intereſſen in der Pfalz erklärt, und die Wahl der geeigneten Maßregeln zu dieſem Schutze der Exekutive überlaſſen hat.

Ob nach ſolchen ſolchen Abſtimmungen, die Nationalverſammlung bereits zum Konvente geworden, ob die erbkaiſerliche Partei von der Linken ins Schlepptau genommen iſt, wie die „Deutſche Reform“, welche ſich übrigens auch durch noch offenbare Unwahrheiten und Verdrehungen auszeichnet, zu behaupten wagt: Die Entſcheidung hierüber können wir dem Urtheile des deutſchen Volkes getroſt überlaſſen.“

Jene deutſche Reform hat auch behauptet, die Abberufung würde „den edleren Elementen der Verſammlung ein willkommenes Erlöſungswort ſein.“ Sie fordert daher die Einzelnregierungen auf, „dem beſſeren Theile der Volksvertretung dieſe letzte Wohlthat zu erweiſen.“ Hr. Piepmeyer wird es gewiß mit Stolz vernehmen, daß er zu den edleren Elementen gehört. Sein Wahlſpruch: Feſt wie Deutſchlands Eichen! erinnert uns unwillkürlich an jenen Abgeordneten, der unter ſein Bild ſchrieb: Nil desperandum! heute dafür eiferte, daß jeder an ſeinem Platze bleiben müſſe, und morgen verſchwunden war. Doch wir wollen die Schonung gegen die Schwäche Einzelner auch jetzt noch walten laſſen. Aber im Intereſſe des Vaterlandes erſuchen wir, nicht ſowohl jeden Abgeordneten an ſeinem Platze zu bleiben — denn dies wird Jedem ſein Gewiſſen ſagen, daß er im Sturm zum Steuer eilen müſſe und nicht zum Rettungsboot — ſondern wir fordern jeden Abgeordneten, der zufällig abweſend ſein ſollte dazu auf, ungeſäumt zurückzukehren, wohin die Pflicht ihn ruft. Wie ſchmerzlich wird hier ein Mann wie Vincke vermißt! Die hieſige Verſammlung wird bis zu Ende ihren wohlerworbenen Ruf bewahren. Das deutſche Volk möge verſichert ſein, daß hier nicht aufgeregte Hitze und taumelnder Uebermuth herrſche, ſondern der Ernſt der Umſtände, das Unheil des Vaterlandes die Gemüther zu ſorgenvoller Beſonnenheit ſtimmt. Es ſind ſchwere Pflichten, die hier zu erfüllen ſind. Aber in jedem Wahlkreiſe wird doch Ein Mann zu finden ſein, der ſie um des Vaterlandes willen bereitwillig übernimmt. Möge kein Wahlkreis einen Augenblick ſäumen, ſeinen Vertreter hierher zu entſenden. Jeder wird gewiß einverſtanden ſein mit den folgenden Worten der Weſer-Zeitung:

„Dahlmann's Mahnung“, ſchreibt daſſelbe Blatt, „es ſei nicht die Zeit, um am Vaterlande zu verzweifeln,“ wünſchen wir die allerernſteſte Beherzigung. Möge Jeder, wenn er in dem Wirbelſtrom der Gegenwart den ruhigen ſicheren Blick verlieren will, dieſer Mahnung eingedenk ſein und den Kopf oben behalten. Aber vor Allem iſt der Mahnung Dahlmann's bei Denjenigen der Erfolg zu wünſchen, an welche ſie zunächſt gerichtet war, bei den Mitgliedern der Centren. Der Entſchluß derſelben, aus der Nationalverſammlung auszutreten und in einem Augenblicke das Feld zu räumen, in welchem die Centralgewalt mit dem Rücktritt des letzten und einzig möglichen Reichsminiſteriums ihren Halt verloren und der letzte Mittelpunkt der Einheit in Deutſchland in Gefahr ſteht, einer Gewaltthat von oben oder von unten zu erliegen, — in dieſem Augenblicke iſt der von den Centren vorbereitete Entſchluß ein höchſt unheilvoller, möge er nun zu einer Auflöſung der Verſammlung, oder zur Verwandlung derſelben in einen Konvent führen. Die Nationalverſammlung iſt auch in ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung, nach welcher ſie doch noch immer die rechtmäßige Vertreterin aller Stämme des deutſchen Bundesſtaats darſtellt, der letzte Halt, der Leuchtthurm, welcher auf dem ſtürmiſchen Meere Tauſenden die Richtung gibt. Die beſonnenen ſtaatskundigen Männer der Centren mögen erwägen, was ſie thun, wenn ſie durch ihr Verzweifeln am Vaterlande in der That die Verwirrung zu einer bodenloſen machen. Ihr Austreten wird nach den blutigen Ausbrüchen, welche die Herrſchaft der Linken unfehlbar herbeiführen wird, der Sieg der Kontrerevolution, der Anfang der Militär-Despotie ſein, welchem unſer Vaterland alsdann verfallen iſt. Die Centren, ſo lange ſie die Majorität der Nationalverſammlung inne hatten, haben die Politik der Nationalverſammlung und das von ihr geleitete Volk auf den Punkt gebracht, auf welchem wir uns jetzt befinden. Die Centren müſſen auch jetzt den Muth haben, auf ihrem Poſten zu bleiben, ſie dürfen nicht im entſcheidenden Augenblick das in ſeinen Tiefen aufgeregte Volk der Leidenſchaft ausſchweifender oder treuloſer Führer, am Ende aber der Gnade oder Ungnade des Siegers überlaſſen.“

Nachſchrift. Wir erfahren ſo eben, daß Herr Grävell Reichsminiſter-Präſident ſein ſoll und Hr. Delmold Juſtizminiſter. Wenn Herr Detmold dem deutſchen Reiche Gerechtigkeit widerfahren laſſen ſoll, ſo ſcheint der jüngſte Tag nahe. Aber wir bewahren unerſchütterlich die Hoffnung, daß die hohe Verſammlung ſich nicht ſelbſt durch eigene Unbeſonnenheit auflöſen, ſondern dieſe Schmach denen überlaſſen werde, welche ſchon ſo Vieles zu verantworten haben.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 16. Mai.

221. öffentliche Sitzung.

Präſident Hr. Theodor Reh eröffnet die Sitzung 4 1/4 Uhr Nachmittags mit der Mittheilung der vom Kongreſſe ſämmtlicher nationalen Vereine Deutſchlands — die, vorzugsweiſe aus den konſervativen Elementen der Bevölkerung deutſcher Staaten hervorgegangen, einen Gegenſatz zu den Märzvereinen bilden — gefaßten Beſchlüſſe. Sie ſind des Inhalts, daß ſie ſich für die unbedingte Annahme der Reichsverfaſſung und für deren Vertheidigung mit Gut und Blut erklären.

Se. kaiſerliche Hoheit der Erzherzog-Reichsverweſer hat den Präſidenten der Reichsverſammlung zu ſich beſchieden, um ihm die erfolgte Ankunft des königl. preußiſchen Bevollmächtigten anzuzeigen. Der Zweck der Sendung ſei: „1) die preußiſchen Abgeordneten abzuberufen (Geräuſch des Unwillens), 2) ſich die hieſigen Verhältniſſe anzuſehen.“

Bei der Verkündigung des zweiten Auftrags des königlich preußiſchen Bevollmächtigten bricht die Verſammlung in ein lang andauerndes Gelächter aus. Der Präſident: „Meine Herren, ich habe mich für verpflichtet gehalten, Ihnen die deßfallſige Aeußerung Sr. kaiſerlichen Hoheit wörtlich mitzutheilen.“ (Sehr gut!)

Sodann wird nachfolgende Erklärung zur Kenntniß des Hauſes gebracht, deren Verleſung mit tiefem Schweigen angehört wird, nur hier und da von Aeußerungen der Zuſtimmung unterbrochen.

Erklärung:

„Durch eine königlich preußiſche Verordnung vom 14. d. M. abgedruckt im Staatsanzeiger Nr. 132. wird das den preußiſchen Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung ertheilte Mandat für erloſchen erklärt und denſelben aufgegeben, ſich der weiteren Theilnahme an den Verhandlungen der Verſammlung zu enthalten.

Die Unterzeichneten ſind der Anſicht, daß das ihnen ertheilte Mandat, zwiſchen den Regierungen und dem Volke das deutſche Verfaſſungswerk zu Stande zu bringen, von einer deutſchen Staatsregierung nicht aufgehoben werden kann.

Sie können daher die erwähnte königlich preußiſche Verordnung für rechtsverbindlich nicht halten und finden ſich ihr zu folgen nicht verpflichtet. Ueberzeugt, daß die Durchführung des deutſchen Verfaſſungswerkes nur mit geſetzlichen Mitteln zu erſtreben iſt, werden ſie der deutſchen Nationalverſammlung ſo lange angehören, als ſie ſich im Stande ſehen, mit Erfolg in dieſem Sinne zu wirken und nehmen das Recht für ſich in Anſpruch, allein nach ihrem gewiſſenhaften Ermeſſen über ihr Bleiben oder Austreten zu entſcheiden. Frankfurt a. M., 16. Mai 1849.

G. Beſeler. Ed. Simſon. Saucken. Meviſſen. E. M. Arndt. Schwetſchke. W. Jordan. G. Simſon. Duncker. Verſen. Schubert v. Königsberg. Goeden. Marks. Graf Keller. Wiethaus. Lette. Schneer. Bürgers. Stedmann. Overweg. Keudell. Matthies. Löw (Magdeburg). Gier. Anderſon. Degenkolb. Viebig. Haym. Leverkus. Stenzel. Küntzel. Tellkampf. Anz. Plathner. Götz. Markus. Veit. Jordan aus Gollnow. Deiters. Schwarz. Hausmann. Bock. von Borries. Schleuſing. Maſſow. Scholten. Löw aus Poſen. Waldmann. Schirmeiſter. Köſteritz. Sturm. Schick. Albert. Evertsbuſch. Ottow. Ebmeier."

Präſident Hr. Reh: „Herr Widenmann und Genoſſen haben den folgenden dringlichen Antrag eingebracht:

In Erwägung, daß keiner Regierung die Befugniß zuſteht, die von der deutſchen Nation vollzogenen Wahlen zu der deutſchen konſtituirenden Reichsverſammlung durch Abberufung der gewählten Abgeordneten unwirkſam zu machen und dadurch mittelbar die Reichsverſammlung aufzulöſen, beſchließt die Reichsverſammlung:

Sie erklärt die königlich preußiſche Verordnung d. d. Charlottenburg den 14. Mai 1849, wodurch das deutſche Mandat der im preußiſchen Staate gewählten Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung für erloſchen erklärt und die Abgeordneten angewieſen werden, ſich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Verſammlung zu enthalten, als unverbindlich für die preußiſchen Abgeordneten und erwartet von dem deutſchen Patriotismus der preußiſchen Abgeordneten, daß ſie ſich der ferneren Theilnahme an den Verhandlungen der Reichsverſammlung nicht entziehen werden. Frankfurt, den 16. Mai 1849.

Unterſtützt von: Albert. Stenzel. Gier. Verſen. Lette. Haym. Schneer. Scholten. Simſon v. Königsberg. Waldmann. Degenkolb. Anz. Grüel. Marcks. Keudell. Wiethaus. Schick. Jordan von Gollnow. Plathner. Overweg. v. Saucken. Cetto. Küntzel. Marcus. Schirmeiſter. Viebig. Hennig. Dahlmann. Simſon v. Stargardt. Stedmann. Groß v. Leer. Deiters. H. v. Raumer. Brons. v. Thielau. Hausmann. Ebmeier. v. Borries. Zachariä aus Göttingen. Francke. Leverkus. Widenmann. Schwarz. Eckert v. Bromberg. Schwetſchke. Oſtendorf. Fallati. Goeden. Böcking.

Präſ. „Nur der Ordnung wegen frage ich, ob dieſem Gegenſtande die Dringlichkeit zuerkannt wird." Als ſich auf dieſe Aufforderung die ganze Verſammlung wie Ein Mann erhebt, fallen auch die überfüllten Gallerien in das allgemeine Beifallsklatſchen ein — welches laute Zeichen der Theilnahme ihnen diesmal ungerügt hingeht.

Der Antragſteller, zur Begründung ſeines Antrags auf die Tribüne gerufen, bemerkt, daß er die Verſammlung nur beleidigen würde, wenn er eine Motivirung für nöthig hielte. Der Antrag kommt darauf zur namentlichen Abſtimmung, in Folge welcher er mit 287 gegen 2 Stimmen angenommen wird. Die beiden Verneinenden ſind die Herren v. Treskow und v. Köſteritz. (Letzterer iſt Mitunterzeichner obiger Erklärung!) Die Mitglieder der äußerſten Rechten fehlen lieber wie es ſcheint, während der Abſtimmung im Hauſe, oder enthalten ſich des Votums, als daß ſie das Gewicht der bejahenden Stimmen ſchwächen wollten.

Herr Groß von Prag und Genoſſen ſtellen darauf den dringlichen Antrag, daß auch die Abberufung der öſterreichiſchen Abgeordneten für eine ungültige erklärt werde. Für die Dringlichkeit erhebt ſich eine hinreichende Anzahl von Mitgliedern. Die Verhandlung die ſich darüber entſpinnt, iſt kurz, aber ſie wird nicht ohne Gereiztheit zwiſchen den Herren Jordan von Berlin (der über den Gegenſtand zur Tagesordnung übergehen will) und Herrn Plathner einer- ſowie von Herren Raveaux, Ludwig Simon, Fröbel andererſeits geführt. Endlich kommt der Antrag des Herrn Oſtendorf und Genoſſen auf „motivirte Tagesordnung" zur Abſtimmung. Sie wird mit 174 gegen 107 Stimmen verworfen. Dagegen wird im Wege gewöhnlicher Abſtimmung angenommen — der bezeichnete Antrag des Herrn Groß. Ihren Austritt zeigen an die Herren Reichensperger und Grävell.

Von Anrufungen kommt zur Verleſung eine von dem Herrn Simon von Trier, ob es wahr ſei, daß der Reichskriegsminiſter das Großherzogthum Baden, welches ſich für die Verfaſſung erhoben habe (Oho! aus der Mitte und von der Rechten) mit heſſiſchen oder andern Truppen bedrohe, während er die „rothe Monarchie" in Sachſen ungehindert habe gewähren laſſen.

Einer Anfrage des Herrn Mohr von Ingelheim dagegen in Bezug auf den Anmarſch preußiſcher Truppen gegen Frankfurt wird die Dringlichkeit nicht zugeſtanden.

Da die Simonſche Anrufung, in Abweſenheit des Herrn v. Peucker, ohne Beantwortung bleiben muß, ſo ſtellt der Interpellant den Antrag, daß der Reichskriegsminiſter vorgeladen werde. Es muß, weil das Ergebniß der Abſtimmung zweifelhaft iſt, zur Zettelabgabe verſchritten werden. Während dies geſchieht tritt in ſchwarzem Frack und mit zierlicher Geberde der vorhin ſoeben als aus der Reichs-Verſammlung ausgeſchieden verkündete Herr Grävell ein. Er lenkt ſeine Schritte gegen die Miniſterbank. Sein Erſcheinen bringt aber ſofort eine eben ſo lebhafte als heitere Bewegung hervor. Entweder von dem dadurch entſtehenden Lärmen oder durch die Zurufe: „Ausgetreten! Was will Hr. Grävell noch in unſerer Mitte!" betroffen, entfernt ſich das vormalige Mitglied für Schleſien wieder. Der Simon'ſche Antrag iſt inzwiſchen als abgelehnt ermittelt und die Berichterſtatter der Mehrheit und der Minderheit des Dreißiger-Ausſchuſſes tragen die von einander ſehr abweichenden Anträge dieſes Ausſchuſſes vor.

Die Berathung darüber wird auf die Freitagsſitzung, den 18. Mai angeſetzt, worauf auf den ſchriftlichen Antrag von mehr als Einhundert Mitglieder (von der Linken) der Präſident auch für morgen Nachmittag eine Sitzung anſagt.

Die Sitzung ſoll eben geſchloſſen werden, als von dem Präſidenten des abgetretenen Reichsminiſteriums ein Schreiben an die Verſammlung eingeht, welches in der That die Ernennung des Geheimen Juſtizraths Hrn. Dr. Grävell zum Miniſter des Innern und zum Vorſitzenden des Miniſterrathes anzeigt. (Staunen und Unwille) Zugleich erſcheint Hr. Grävell ſelbſt auf der Tribüne mit der Hinweiſung auf ſein graues Haupt und der Verſicherung, daß es nicht der Ehrgeiz ſei, der ihn zur Uebernahme eines ſo verantwortungsvollen Amtes getrieben. Er bittet, daß es ihm die Verſammlung nicht erſchwere, und kündigt an, daß die Bildung des Miniſteriums ſoweit vorgeſchritten ſei, daß er Hrn. Detmold für die Juſtiz, den General Hrn. Jochmus für das Auswärtige, Hrn. Merck für die Finanzen benennen könne. Für den Krieg ſei der Miniſter ebenfalls ernannt und habe angenommen; weil er aber noch nicht in Frankfurt eingetroffen ſei, ſo wolle er (Hr. Grävell) mit deſſen Bezeichnung vor der Hand zurückhalten *).

Ludwig Simon richtet ſofort die dringende Anfrage an den neuen Herrn Reichsminiſterpräſidenten, ob derſelbe bereit ſei, die von der Nationalverſammlung für Deutſchland beſchloſſene Verfaſſung zur Durchführung zu bringen.

Der Miniſterpräſident vertagt die Antwort bis morgen, wo er das Programm des Miniſteriums vorlegen werde, welches ſich ſehr ausführlich über dieſen Gegenſtand ausſpreche.

Noch kommt eine Austrittserklärung von Hrn. v. Amſtetter (Schleſien) zur Anzeige, dann wird bald nach 7 Uhr die Sitzung geſchloſſen.

*** **Frankfurt**, 16. Mai. Das geſtrige Reſultat der Abſtimmung in der Paulskirche über die Anträge des Dreißigerausſchuſſes in Betreff des Antrags von Umbſcheiden, liefert die Ueberzeugung, daß die Majorität der Nationalverſammlung, trotz ihrer entſchloſſenen Haltung für die Durchführung der Reichsverfaſſung, die Beſonnenheit noch nicht verloren hat, die Volkserhebungen die geſetzlichen Schranken nicht durchbrechen zu laſſen, wenigſtens ſie nicht dazu aufzumuntern. Daß dieſes zum Heile der großen Sache des deutſchen Vaterlandes nöthig iſt, davon zeugt das Schickſal des unglücklichen Dresden, dafür ſprechen die Ereigniſſe in Baden. Wir dürfen und werden es uns nicht läugnen, daß die Erhebung des deutſchen Volkes für die Durchfüh-

*) Fürſt A. Wittgenſtein heißt es von unterrichteter Seite her.

rung der Reichsverfaſſung mit unreinen Elementen vermiſcht wird. Dieſes war auch in Sachſen der Fall und die der freieſten Richtung angehörenden Sachſen geſtehen ein, daß die Erhebung Dresdens für die deutſche Sache verloren war, von dem Augenblicke an, wo die rothe Republik ſich bei der Bewegung betheiligte, und ſich an ihre Spitze zu ſtellen ſuchte. In Baden ſcheint der Aufſtand denſelben Charakter annehmen zu wollen, und deshalb wurde die Flucht des Großherzogs eben ſo getadelt, als der Einmarſch Struve's mit einem Haufen Freiſchärler in Karlsruhe. Dieſe ſollen allerdings beſtimmt worden ſein, die rothen Farben mit den deutſchen zu vertauſchen, allein dadurch kann die wahre Abſicht kaum verdeckt werden. Wie ſich die Dinge in Baden weiter geſtalten werden, läßt ſich vorerſt nicht ſagen. Die badiſchen Abgeordneten der Paulskirche waren geſtern Nachmittag zuſammen getreten, konnten ſich aber über eine an das badiſche Volk zu richtende Anſprache nicht einen; einverſtanden war man dagegen, über den geſtern Abend von der Nationalverſammlung angenommenen Anſprache, zwei Reichskommiſſäre nach Baden zu ſenden. Die Centralgewalt hat ſofort dieſen Beſchluß zum Vollzug gebracht. Möge ein günſtiger Erfolg nicht ausbleiben!

* **Frankfurt**, 16. Mai. Nachrichten aus dem Badiſchen, welche heute hier umliefen, zufolge, iſt General Hoffmann, der wie wir heute morgen gemeldet, mit einem Artilleriepark bei Ladenburg ſich hielt, von dem Landſturm angehalten, feſtgenommen und ſein Geſchütz nach Karlsruhe gebracht worden.

△ **Wien**, 12. Mai. Das ſeit zwei Tagen hier verbreitete Gerücht, daß Ofen von unſern Truppen geräumt ſei, hat ſich als unwahr bewieſen. Die Magyaren hatten den Verſuch gemacht, Ofen vom Blocksberge aus zu beſchießen, die Antwort des Ofener Feſtungskommandanten Hentzi war ein Bombardement von Peſth, worauf die Magyaren die Beſchießung Ofens augenblicklich einſtellten. Der Ofener Judengemeinde wurde neuerdings eine Strafe von 20,000 Fl. C. M. auferlegt, weil ſie trotz des geſchärften Verbotes Lieferungen an die Inſurgenten gemacht haben ſoll. Der Fanatismus der Stadt Peſth für die Sache Koſſuths ſoll alle Begriffe überſteigen; ſie wird freiwillig ein Bataillon Mannſchaft ausrüſten. Ueber die 200,000 Mann neu auszuhebender Truppen ſoll der Landtag, nach Angabe der Peſther Regierung, noch 50,000 Mann bewilligt haben. Alles drängt ſich zur Werbung, dagegen ſoll es an Waffen und neuerlich ſogar an Pulver fehlen. Alle Gewerbe, die ſich nur entfernt zur Waffenfabrikation eigenen, werden dazu in Anſpruch genommen. Unſere Blätter bemühen ſich, alle Dokumente aufzubringen, welche den Thronerledigungsbeſchluß der ungariſchen Reichsverſammlung zu beſtätigen geeignet ſind; in Ungarn ſelbſt aber ſcheint das Faktum nicht die gehoffte abſchreckende Wirkung auf die Bevölkerung hervorzubringen, ſie eilt nach wie vor unter die Fahnen Koſſuths. Als Rechtfertigung für die Rechtmäßigkeit der ruſſiſchen Intervention führt man an, daß ſogar die ungariſchen Journale zugeben, daß der Krieg in Ungarn mehr ein Kampf der europäiſchen Demokratie, als ein nationaler Kampf ſei, und alle unſere Blätter bringen zum Beleg eine Rede Gögeys an ſeine Truppen in Komorn, worin die Stelle hervorgehoben wird, „viele unter uns meinen, daß die erſehnte Zukunft ſchon erſtritten iſt; aber täuſchet Euch nicht, denn dieſer Krieg wird nicht zwiſchen Oeſterreich und Ungarn entſchieden, es wird ein europäiſcher Krieg werden, ein Krieg, den das natürliche und heilige Völkerrecht gegen die unverſchämte Tyrannei ficht." Ein amtlicher Bericht über die „Vorgänge bei der Armee in Ungarn" beſtätigt das Vordringen der Magyaren auf der Inſel Schütt, und gibt die Verſicherung, daß die kaiſerliche Armee durch ihre nunmehrige „Stellung in und um Preßburg à cheval der Donau" eine Manövrirfähigkeit erlangt habe, wie dies nicht der Fall geweſen „ſeit ſie genöthigt geweſen, Peſth aufzugeben." Als Pivot der ungariſchen Armee wird Komorn angegeben. Seit einigen Tagen ſcheint große Bewegung in dem feindlichen Lager zu herrſchen, deſſen Aufmerkſamkeit gegen das Waagthal gerichtet ſcheine. „Klapka ſteht zwiſchen der Waag und Neutra mit einem Korps von 8000 Mann und ſoll aus Komorn Verſtärkungen erhalten haben, woraus man auf einen bevorſtehenden Angriff der Ungarn ſchließt." Was man auch von einer bevorſtehenden Offenſive unſerer Truppen wiſſen wollte, man ſcheint es doch vorzuziehen, dazu das Eintreffen größerer ruſſiſcher Heeresabtheilungen abzuwarten. Ein dem Anſchein und der Sprache nach offizieller Artikel der Wiener Zeitung ſucht heute die Befürchtungen einzelner Journale (wie z. B. der Oſtdeutſchen Poſt) daß die Entwickelung unſerer verfaſſungsmäßigen Zuſtände und unſere Unabhängigkeit durch die ruſſiſche Intervention gefährdet werde, zu widerlegen. Man führt an, daß der ſocialen Revolution gegenüber, welche durch ganz Europa über die Herzen aller Reiche hinüber, ſich die Hand reiche, auch alle regelmäßigen geſetzlichen Gewalten ſich verbinden müſſen zur Bekämpfung dieſer höchſten Gefahr der Geſellſchaft. Es ſei daher nicht zu verlangen, daß die treuen Völker Oeſterreich allein die Opfer bringen, für eine Gefahr, welche allen Staaten gleichmäßig drohe. Um unabhängig zu bleiben, müßten wir uns nicht erſchöpfen, ſondern ſtark bleiben! Nicht nur die Integrität, ſondern auch die Freiheit und Ehre des Landes werde gewahrt bleiben; die Grundbedingung der Entwicklung unſrer verfaſſungsmäßigen Inſtitutionen ſei aber vor Allem der geſicherte Beſtand des Reiches.

Aus Prag wird gemeldet, daß die Stadt vollkommen ruhig iſt. Als Grund für den Belagerungszuſtand wird angegeben, daß man dem Plane eines Aufſtandes auf die Spur gekommen ſei. Verhaftet wurden mehrere Mitglieder der Slovanska Lipa, wie Junk, Feitſch jun., Sarbina, Slod Bovski ꝛc. Bei zwei Hauptleuten der Nationalgarde wurden kleine Waffenvorräthe in Beſchlag genommen. Doch ſcheint das Ganze mehr das Reſultat einer Beſorgniß von Seite des angrenzenden Sachſen zu ſein, da die Grenze ſtark mit Militär beſetzt und auch Ollmütz in kriegsmäßigen Vertheidigungszuſtand geſetzt wird. Aus der Backa und dem Banat flüchten die Bewohner fortwährend nach Slavonien, Syrmien und Serbien. Von Zambor bis Neuſatz ſollen die Dörfer beinahe leer ſtehn. Aber in der Gegend von Pancſova nimmt die Bewegung eine andre furchtbare Wendung. Man flüchtet von dort nicht aus Furcht vor Perczel, ſondern aus Furcht vor den Pancſovaer Kommuniſten und Bauern, die jetzt ausführen, was wir ſchon ſo lange fürchteten, ſie drohen den Beſitzenden mit Mord und Plünderung. Der Patriarch Bajacic wird ſich auf Bitte der Pancſovaer Abgeordneten dieſer unglücklichen Flüchtlinge annehmen, und Sorge tragen, daß ſie wenigſtens nicht Hungers ſterben.

Hier ſind plötzlich mehrere der ſeit langer Zeit unbeſetzt gebliebenen Hofchargen wieder beſetzt worden. F.-M.-L. Fürſt Karl Lichtenſtein, wurde zum Oberſthofmeiſter, Graf Lazanski zum Oberſtkämmerer, (welche Stelle ſeit der Thronbeſteigung Franz Joſephs ſein Adjutant Major Graf Grünne proviſoriſch bekleidete) und der bisherige Oberſtſtallmeiſter Graf Wrbna, zum Oberſtjägermeiſter ernannt. Man glaubt daß dieſe Reſtauration des Hoflagers veranlaßt ſei durch den ſchon lange gerüchtweiſe gemeldeten Beſuch des Kaiſers von Rußland, der nun doch noch erfolgen ſolle. In Schönbrunn wird der Kaiſer heute zurück erwartet. Bei ſeiner Anweſenheit in Preßburg wohnte er im Hauſe des Grafen Zapari, wo anfangs Grenadiere Wache hielten. Später wurden ſie aber durch Szeredſchaner abgelöſt, was einen empfindlichen Eindruck auf die Erſteren machte.

Prag, 12. Mai. Ich beeile mich, Ihnen die Mittheilung zu machen, daß nunmehr auch die Feſtung Thereſienſtadt, nächſt Leitmeritz gelegen, in Belagerungsſtand erklärt worden iſt. Der Rückzug der proviſoriſchen Dresdener Regierung nach Freiberg hat Beſorgniſſe für das gleichfalls proletarierreiche böhmiſche Erzgebirge rege gemacht. Die Zahl der Verhaftungen überſteigt bis jetzt nicht die Zahl zwölf. Einem hier umlaufenden Gerüchte zu Folge ſoll die Belagerungserklärung nunmehr auch in Ollmütz und Brünn, jedoch nur aus ſtrategiſchen Rückſichten, erfolgt ſein.
(L. Z.)

⨯ **Königsberg**, 11. Mai. Mit allen Stimmen gegen drei hatte die hieſige Regierung entſchieden, daß in dem vom hieſigen Magiſtrat auf den 19. d. anberaumten Städtetag nichts Ungeſetzliches zu finden ſei. Seitdem iſt eine Verfügung vom Miniſterium eingegangen, in Folge deſſen die königliche Regierung Folgendes bekannt macht: „Die heutigen Zeitungen enthalten eine Aufforderung des hieſigen Magiſtrats und der Stadtverordneten-Verſammlung wegen Abhaltung eines Provinzial-Städtetags. Es werden darnach die Stadtgemeinden der Provinz veranlaßt, Abgeordnete zu einer gemeinſamen Berathung über die deutſche Verfaſſungsfrage herzuſenden und mit Legitimationen zu verſehen. Ein ſolcher Beſchluß liegt außer den Grenzen der den ſtädtiſchen Behörden durch die Geſetze ertheilten Befugniſſe, gleichwie die übrigen Städte nicht berechtigt ſein würden, durch Abſendung von Abgeordneten eine gemeinſame Vertretung der Stadtgemeinden zu konſtituiren. Wir fordern den Magiſtrat deshalb hiermit auf,

dieſem Beſchluſſe keine weitere Folge zu geben. Sämmtlichen Magiſtraten unſeres Bezirkes, ſo wie den Regierungen der Provinz haben wir Abſchrift dieſer Verfügung zugehen laſſen.“

Indeß fand geſtern Abend wiederum eine Volksverſammlung unter dem Schutze der Bürgerwehr zu Pferde und zu Fuß im Böttchershöfchen ſtatt. In derſelben wurde mitgetheilt, daß mit der geſtrigen Abendpoſt die Einladungen des Magiſtrats trotz des Verbots der Regierung abgeſchickt wären, auch ward beſchloſſen, wenn der Magiſtrat dem Befehle der Regierung doch Folge leiſten wolle, ihn durch eine neue Deputation von dieſem Beſchluſſe abzubringen. So iſt jenes unſelige Miniſterium nicht bloß mit den ſtädtiſchen Obrigkeiten, ſondern auch offenbar mit dem Regierungsperſonal ſelbſt in Zwieſpalt und man möchte auf den Troſt des Pſalmiſten rechnen: Jedes Regiment, das in ſich uneins iſt, wird zerſtört werden.

Thorn, 8. Mai. Die Garniſon aus dem Brückenkopf war heute früh um 7 Uhr zum Exerziren herausmarſchirt, unter Zurücklaſſung von 20 Mann Wache in der Kaſerne, wie ſonſt gewöhnlich. Um 10 Uhr Vormittags bricht plötzlich unter dem Zinkdache Feuer aus, und es währte keine halbe Stunde, ſo ſtand bei dem großen Sturme die ganze Kaſerne in einem Feuermeer und brannte bald gänzlich herunter. Die ſämmtlichen Montirungskammern befanden ſich dort, nebſt 2—3000 neuen Gewehren. Die Soldaten hatten die ſchlechteren Montirungen an, welche ſie nun auch behalten haben, denn die dreifach beſſeren Montirungen ſind verbrannt. Der Schrecken während des Brandes bei dem großen Sturme war für die Stadtbewohner unbeſchreiblich, da ſich von jeder Seite, etwa 150 Schritt von der brennenden Kaſerne, zwei Pulvermagazine befinden, mit circa 1200 Centner Pulver und man jeden Augenblick eine fürchterliche Exploſion befürchtete, allein da es vor der Glut unmöglich war, die Kaſerne zu retten, ſo warfen ſich die Artillerieofficiere mit ihren muthigen Artilleriſten auf die Pulvermagazine, da der Wind die Flamme gerade auf dieſelben trieb, und es gelang, die Pulvermagazine zu retten, indem man die Luken mit Raſen und Erde verſtopfte, und ſo viel Erde als möglich hinauswarf. Es gewährt ein ſchreckliches Bild, dieſe ſchöne große Kaſerne jetzt in Trümmern zu ſehen. Man glaubte, wenn das Dach heruntergebrannt ſein würde, daß das Feuer nicht weiter um ſich greifen würde, da auf den oberen Balken ſechs Fuß Erde lagen, allein der Sturm trieb das Feuer in untere Fenſteretagen, wodurch Treppen zu brennen anfingen und auf Stellen die Balken mit der Erde durchbrachen (Danz. Z.)

Hagen, 12. Mai. Unſere Bewegung dauert fort; Iſerlohn iſt, nachdem geſtern beſchloſſen worden, es aufs Aeußerſte zu vertheidigen, neuerdings mit feſteren Barrikaden angefüllt. Geſtern Morgen zählte man deren 25. Weiber und Kinder werden aus der Stadt gebracht, und großer Zuzug ſtrömt aus allen märkiſchen Orten diesſeits der Ruhr hin. Magiſtrat und Stadtverordnete von Lüdenſcheid haben eine Anfrage nach Iſerlohn gerichtet, wie viel Bewaffnete man von dort aus wünſche. Außer Hagen, das faſt zuerſt in Iſerlohn vertreten war, haben Hedecke, Böhlen, Schwerte, Weſthofen, Menden, Limburg, Balve, Altena, Lüdenſcheid, Plettenberg, Meinertzhagen, Kirſpe und Dahlen ihren Zuzug ſchon hingeſchickt, reſp. angeſagt. Gegenwärtig befinden ſich etwa 5000 Wohlbewaffnete in Iſerlohn, und der Mangel an Munition iſt durch den hier angehaltenen ſehr bedeutenden Patronen-Transport gedeckt. Einige Stunden im Umkreiſe von Iſerlohn ſind alle Päſſe und Brücken beſetzt; die bei Langſchede iſt zerſtört. „Die im Widerſtande gegen das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel begriffenen Gemeinden und Städte der Grafſchaft Mark“ haben einen Aufruf erlaſſen, in welchem ſie ſich auf die Beſchlüſſe der deutſchen Nationalverſammlung vom 10. Mai beziehen. (K. Z.)

Münſter, 13. Mai. Im Laufe dieſer Woche wird eine Brigade Infanterie aus der Mark Brandenburg bei Hamm ſich aufſtellen, um von dort aus gegen Iſerlohn und Elberfeld zu operiren. Der Iſerlohner Deputation ſoll General v. d. Gröben geſagt haben: „Sie haben mich bis jetzt den frommen Gröben genannt, binnen Kurzem werde ich bei Ihnen der ſtrenge Gröben heißen!“

Düſſeldorf, 14. Mai. Mittags 12 Uhr. So eben rückt eine halbe Batterie und die 8. Jäger-Abtheilung mit Eiſenbahn nach Camen, wo eine große Militärmacht zuſammengezogen wird. (Düſſ. Ztg.)

* **Augsburg**, 14. Mai. Die Allg. Z. berichtet über einen hier in der vorhergegangenen Nacht ſtattgehabten Zuſammenſtoß zwiſchen Militär und Arbeitern, dem wohl keine direkten politiſchen Motive zum Grunde lagen, außer der geſteigerten Gereiztheit zwiſchen Militär und Civil überhaupt, der jedoch vier oder fünf ſtarke Verwundungen zur Folge hatte, indem das Militär ſich veranlaßt ſah, von ſeinen Waffen Gebrauch zu machen.

Speyer, 15. Mai. Geſtern Vormittag kam der Großherzog von Baden mit ſeiner Familie auf der Flucht von Karlsruhe in der Feſtung Germersheim an. Eine Kavallerieabtheilung begleitete ſie bis an die Rheinbrücke und zog dann wieder nach Karlsruhe zurück. (Speyr. Z.)

* **Stuttgart**, 15. Mai. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer hat Staatsrath Römer folgende Erklärung abgegeben: „Oeffentliche Blätter enthalten die Nachricht, daß der würtembergiſche Geſandte an der Konferenz in Berlin, welche die Aufgabe hat, die promulgirte Reichsverfaſſung in einzelnen Punkten zu modificiren, auf offiziöſe Weiſe Theil genommen haben ſoll. Hierauf erkläre ich nicht nur offiziös, ſondern offiziell, daß der würtembergiſche Geſandte weder mittelbar noch unmittelbar in irgend einer Weiſe Theil genommen haben kann. Wir haben demſelben in dieſer Beziehung die gemeſſenſte Inſtruktion ertheilt und erklärt, daß er ſich in keiner Weiſe bei dieſen Verhandlungen betheiligen ſoll, um auch jeden Schein zu vermeiden. Ich glaube nicht, daß der würtembergiſche Geſandte es gewagt haben wird, ſich auch nur offiziös zu betheiligen. Ich werde übrigens Recherchen anſtellen laſſen und wenn er ſich je betheiligt haben ſollte, ſo wird von der würtembergiſchen Regierung geſchehen, was Rechtens iſt.“ Viele Familien aus dem Badiſchen ſind flüchtend in Stuttgart angekommen. Der Markgraf Wilhelm von Baden traf am 14. Abends dort ein und ging ſogleich weiter nach Kirchheim.

** **Stuttgart**, 15. Mai. Die Nachrichten aus Baden wirken ſehr aufregend. Wir ſahen heute Soldaten mit gieriger Haſt die Nachrichten der neueſten Extrablätter verſchlingen. Man wartet ängſtlich auf die weitere Entwickelung. Das Hauptbeſtreben unſerer Entſchiedenen, namentlich in der Kammer, wird dahin gehen, zu verhüten, daß nicht württembergiſche Truppen gegen Baden geſandt werden. Ohne Zweifel bringt der Fünfzehnerausſchuß die Sache morgen in der Kammer zur Sprache. Die Regierung wollte bekanntlich, ſtatt des von der Kammer beſchloſſenen Papiergeldes, eine Bank kreiren; da nun jener Kammerbeſchluß blos mit 2 Stimmen Mehrheit beſchloſſen worden, und namentlich da St.-R. Goppelt heute eine Art Verwahrung gegen Folgerungen einlegt, die man aus ſeiner Betheiligung an der Debatte ziehen könnte, ſo hält man es für leicht möglich, daß die Regierung die Sache zu nochmaliger Faſſung ihres Entſchluſſes noch an ſich ziehen wird. Die Beurlaubten unſerer Infanterieregimenter ſind einberufen. Die Organiſation von Freikorps oder Jugendbannern geht fort; ſie laſſen ſich, um mit dem Geſetz zu harmoniren, in die Bürgerwehr aufnehmen. Eine Bürgerwehrverſammlung in Reutlingen beſchloß, zum Zweck der Organiſation der Bürgerwehren, den Schwarzwaldkreis, wie dies ſchon in Oberſchwaben geſchehen, in Wehrkreiſe zu theilen.

Buer, im Amte Grönenberg (Königreich Hannover), 6. Mai. Geſtern iſt der Landrath v. Vincke von Berlin hier auf ſeinem Gute Oſtenwalde angekommen und wird, dem Vernehmen nach, den Sommer über hier verweilen. (H. Mgz.)

* **Karlsruhe**, 15. Mai. Nach der Mannh. Abendztg. hat der Landesausſchuß eine Vollziehungsbehörde ernannt, beſtehend aus den Bürgern Eichfeld, fürs Kriegsweſen, Brentano für die innern Angelegenheiten, Peter für die Juſtiz, Goeg für das Finanzweſen. Als Mitglieder des Landesausſchuſſes ſind zugezogen worden: die Bürger Struve, Damm von Tauberbiſchoffsheim und Ziegler von Karlsruhe. Eine große Menge bewaffneter Freiſchaaren zieht fortwährend ein. Heute ſoll das Militär beeidigt werden. Viele Perſonen flüchten. Exzeſſe ſind keine vorgefallen.

* **Kaſſel**, 14. Mai. Die Kaſſelſche Zeitung enthält eine Bekanntmachung des Miniſteriums in Bezug auf die Anerkennung der Reichsverfaſſung, deren vollſtändige Mittheilung wir aus Urſache des beengten Raumes uns verſagen müſſen. Man erſieht daraus, daß die Abſendung eines Deputirten zu dem von der Krone Preußen vorgeſchlagenen Kongreſſe von der Regierung abgelehnt worden; auch hat dieſelbe die Ueberzeugung erlangt, daß eine ſolche Abſendung von keinem der Staaten geſchehen iſt, welche

die Reichsverfaſſung anerkannt haben. Die kurheſſiſche Regierung wird dahin wirken, daß ein Angriff auf die Verfaſſung die zu ihrem Schutze verbundenen Staaten zur Abwehr und zu gegenſeitigem Beiſtande gerüſtet finde. Eine Betheiligung der Volkswehr in dieſer Richtung ſoll eintreten, ſobald dies nothwendig wird, und es ſind bereits die erforderlichen Anordnungen eingeleitet, um die beſtehende Volkswehr durch eine geeignete Organiſirung hierzu tauglicher zu machen, auch die Mängel ihrer Ausrüſtung und Ausbildung nach Kräften zu beſeitigen. Die Regierung wird in dieſer Richtung jede thunliche Thätigkeit entwickeln und ſich dabei der landſtändiſchen Unterſtützung zu verſichern ſuchen. Die Beeidigung des Volks — einſchließlich des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfaſſung wird erfolgen; doch gebietet die Rückſicht auf das in der gegenwärtigen Lage ſo dringend nothwendige Einvernehmen mit den gleichgeſinnten Regierungen, daß dieſer Schritt nur im Einverſtändniß mit denſelben vorgenommen werde, zu welchem Zwecke die nöthige Einleitung bereits getroffen iſt. Der Inhalt dieſer Kundmachung iſt ſo befriedigend wie ihr Anlaß ächt konſtitutionell; ſie iſt nämlich die öffentliche Antwort auf eine wegen der Durchführung der Reichsverfaſſung dem Miniſterium übergebene Eingabe von Gemeindebehörden und Vereinen aus 19 Städten und 5 Landgemeinden, deren Deputirte in dieſen Tagen hier zuſammengetreten waren. Die Bürgerwehr verſicherte ſogleich das Miniſterium ihrer freudigen und thatkräftigen Zuſtimmung. Nicht ſo befriedigt zeigten ſich die Deputirten ſelbſt. Sie verwieſen die Antwort des Miniſteriums an eine Kommiſſion, die unter den Auſpicien des Hrn. Bayrhoffer ſich für unbefriedigt erklärte. Eine weitere Petition an das Miniſterium ſowie die Zurücklaſſung eines ſtändigen Bureaus wurde beſchloſſen.

△ **Hamburg**, 12. Mai. Heute wurde hier eine Volksverſammlung auf der Sternſchanze abgehalten, an der 8000 Menſchen Theil nahmen. Es wurde von verſchiedenen Rednern zur Volksbewaffnung in dringenden und kräftigen Worten aufgefordert, um die deutſche Reichsverfaſſung mit Gut und Blut ſchützen zu können, beſonders wurde aber darauf aufmerkſam gemacht, daß man ſich organiſiren müſſe, um den deutſchen Brüdern in Hannover, wo dieſerhalb ein ernſtlicher Konflikt in Ausſicht ſteht, auf das Schnellſte zur Hülfe herbeieilen zu können. Aber auch ſelbſt für unſere Vaterſtadt iſt es nothwendig, denn unſer Senat beobachtet ſtets eine zwitterhafte Stellung, um ſich dahin wenden zu können, wo der Wind am ſtärkſten weht; man hat die Reichsverfaſſung zwar unteramtlich abdrucken laſſen; allein von Einführung iſt noch keine Spur, indem man ſich dieſelbe bis zum Fertigwerden der hieſigen Verfaſſung reſervirt, in welcher der Vicepräſident Senator Lutheroth erklärte, daß nachdem der Senat ſeine Lebenslänglichkeit verloren, (er ſoll auf 6 Jahre gewählt werden) er unerſprichlich ſei, ferner dahin zu wirken, und Gefahr fürs Vaterland darin liege, die Verfaſſung einführen zu können.

Großbritannien.

* **London**, 13. Mai. Das Parlamentsmitglied, Hr. Sandars, hatte an Lord Eddisbury, Unterſekretär im auswärtigen Amte, ein Schreiben gerichtet, worin er ſich in Bezug auf gewiſſe mit der däniſchen Blokade verknüpfte Punkte Auskunft erbat. Mit der den engliſchen Staatsmännern in ſolchen Fällen eigenen Bereitwilligkeit und Zuvorkommenheit hatte Lord Palmerſton ſeinen Unterſekretär beauftragt, Hrn. Sandars ſofort eine Antwort zugehen zu laſſen, aus der wir folgende Stellen entnehmen:

„Ich bin beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß Ihrer Majeſtät Geſandter zu Kopenhagen bereits die Weiſung empfangen hat, Erklärungen von der däniſchen Regierung hinſichtlich der angeführten Unzulänglichkeit der däniſchen Blokade der Oſtſee-Häfen zu begehren, und daß Ihrer Majeſtät Regierung noch andere Maßregeln treffen wird, um die Genauigkeit oder Ungenauigkeit der von den Kaufleuten Stettins gemachten Angaben zu ermitteln. (Die engliſchen Agenten und Kaufleute hatten ſich nämlich beſchwert, daß die däniſche Blokade meiſt nur eine Namensblokade und daher für neutrale Schiffe eine ganz zweckloſe bloße Plackerei ſei.) Ihre zweite Frage iſt folgenden Betreffs: Ob es nicht dem Völkerrecht gemäß iſt, daß eine Nation, welche einen oder mehrere Häfen in Blokadezuſtand erklärt, auch, inſoweit das Wetter es erlaubt, jederzeit an Ort und Stelle eine zum Erzwingen der Beobachtung einer ſolchen Blokade hinreichende Macht gegenwärtig haben muß? In Erwiederung hierauf habe ich Ihnen zu eröffnen, daß dies, wofern nicht die eben angeführte Rückſicht obwaltet, allerdings die Pflicht einer blokirenden Gewalt iſt. Eine thatſächlich nicht unterſtützte Blokade-Erklärung kann nicht genügen, um eine geſetzliche und gültige Blokade zu begründen, und Jedweder, deſſen Schiff oder Ladung wegen Verletzung einer Blokade in Beſchlag genommen worden, wenn in der That keine Blokade beſtände, würde Anſpruch auf eine Rückerſtattungs-Verfügung haben."

Das „Morning Chronicle" enthält aus Konſtantinopel eine Mittheilung, wonach die Sendung des Generals Grabbe den Zweck hat, die Pforte zu einer neuen Konvention mit Rußland zu veranlaſſen, wodurch die früheren Verträge von 1841, in denen ſich Frankreich und England für die Integrität des osmaniſchen Reiches verbindlich machten, annullirt werden würden. Die Pforte habe ſich jedoch aufs entſchiedenſte geweigert, irgend eine neue Uebereinkunft abzuſchließen.

Die traurige Lage des deutſchen Vaterlandes hat dem preußiſchen Geſandten die Luſt an Feſtlichkeiten noch keineswegs verdorben. Die „Times" zeigt an, daß Ritter Bunſen Freitag den 11. Mai mehreren ausgezeichneten Gäſten, als dem Lord Palmerſton und Gemahlin, der Herzogin von Sutherland, dem Herzog und der Herzogin von Argyl, dem Marquis von Stafford, dem Baron Heintze u. ſ. w., ein Mittagsmahl gegeben hat. Abends trugen die Hauptmitglieder der deutſchen Oper deutſche Nationalgeſänge vor und Hr. Stulhart von Würzburg ſpielte mit großem Erfolge auf der von ihm verbeſſerten Zither oder, wie die Times ſie nennt, „deutſchen Guitarre". Ueberhaupt iſt, wunderbar genug, London die Stadt des Virtuoſenthums und des Amüſements geworden, ſeitdem ſich Paris, Wien, Mailand u. ſ. w. den Kehraus geſpielt.

Frankreich.

* **Paris**, 14. Mai. Man erinnert ſich der telegraphiſchen Depeſche des Miniſters des Innern vom 12. Mai an die Präfekten: nachdem der Miniſter das Reſultat der Kammerabſtimmung in der italieniſchen Frage angekündigt, ſetzt er hinzu: „Dieſes Votum befeſtigt den öffentlichen Frieden; die Ruheſtörer warteten nur auf ein dem Miniſterium feindliches Votum, um Barrikaden zu errichten und die Junitage zu erneuern. Folgen nun die Namen der Volksvertreter, welche für das Miniſterium ſtimmten und welche dagegen. Sobald dieſes Wahlmanöver hier bekannt wurde, erregte es unter den Abgeordneten aller Parteien den heftigſten Unwillen. Kaum war Leon Faucher heute in den Sitzungsſaal der Nationalverſammlung eingetreten, als Millard ihn fragt, mit welchem Rechte er den Departements durch beſondere Courriere das Votum ihrer Vertreter mittheile und die gegen das Miniſterium Stimmenden als dem Aufruhr günſtig bezeichne. Leon Faucher erwiedert: Ich habe nur meine Pflicht erfüllt, indem ich Nachrichten zur Kenntniß der Departements brachte, welche ſie beruhigen konnten; dies geſchah um ſo mehr, als von hier aus die extreme Partei die ſchrecklichſten Gerüchte verbreiten ließ. So z. B. cirkulirte im Oberrhein der Brief, worin es hieß, daß die verrätheriſche Regierung in Paris geſtürzt, Ledru-Rollin mit der Diktatur bekleidet, Odilon Barrot verhaftet ſei und die übrigen Miniſter die Flucht ergriffen hätten. Dieſe Entſchuldigung befriedigt nicht; von allen Seiten erheben ſich die lauteſten Klagen über die Beſchränkung des Wahlrechts. Donatien Marquis bemerkt: Ich habe gegen die Tagesordnung des Hrn. Jules Favre geſtimmt und doch wurde ich vom Miniſter in ſeiner Depeſche als abweſend beim Votum bezeichnet. Clement Thomas äußert: Wenn eine einzelne Wahl wegen betrügeriſcher Umtriebe für nichtig erklärt wird, ſo verdienten die unter dem Eindruck dieſer ſchändlichen Depeſche gemachten allgemeinen Wahlen eben ſo gut ſämmtlich für nichtig erklärt zu werden. Laroche Jacquelin meint: Die Depeſche wäre nicht tadelnswerth, wenn ſie nicht die Art, wie die einzelnen Abgeordneten ſtimmten, enthielte. Ich halte es für meine Pflicht, aufs ſtärkſte gegen ein Mannöver zu proteſtiren, was Alles übertrifft, das unter der vorigen Regierung ungeſetzmäßiges geſchah. Wir müſſen nicht bloß an den heutigen Tag, ſondern auch an die Zukunft denken, und ein ſolches Benehmen könnte die allerſchlimmſten Folgen haben. Baragnay d'Hilliers ſchlägt die einfache Tagesordnung vor, damit man nicht zum Voraus die Wahlen als nichtig erkläre. Doch werden eine Menge von motivirten Tagesordnungen beantragt, unter andern von Millard: Die Verſammlung ſpricht ihren Tadel über die Depeſche vom 12. Mai aus und geht zur Tagesordnung über. Odilon Barrot ſucht ſeine Kollegen durch eine Hinterthür zu retten. Er ſagt: Dieſe Verſammlung befindet ſich in einer beſondern Lage, denn noch nie hat eine geſetzgebende Verſammlung der Wahl der ſie erſetzenden Verſammlung beigewohnt. Daher muß ſie in ihren auf Wahl betreffenden Handlungen ſehr umſichtig ſein. Die vorgeſchlagene Tagesordnung iſt unkonſtitutionell. Haben Sie denn nicht, meine Herren, die allgemeine Zufriedenheit getheilt, als die Wahlen in Folge Ihres Votums

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Garniſonswechſel. Die Einquartirungslaſt. Badiſche Nachrichten. Sitzung des nationalen Kongreſſes.) Wien (Der Einmarſch der Ruſſen. Ungariſche Nachrichten. Vermiſchtes.) Berlin (Abberufung der preußiſchen Abgeordneten aus Frankfurt. Parade der Landwehr. Die Stimmung bei Hofe.) Nürnberg (Das Sendſchreiben an den „König der Baiern".) Aurich (Die oſtfrieſiſche Ständeverſammlung.) Karlsruhe (Kundmachungen des Landesausſchuſſes. Die großherzogliche Familie. Ankunft des Landesausſchuſſes.) Heidelberg (Ein Kommiſſär des Landesausſchuſſes.) Freiburg (Drohung des Generals v. Miller. Aufruf der Regierung. Die Soldaten.) Darmſtadt (Zuſammenziehung eines Truppenkorps an der badiſchen Gränze.)

Italien. Toskana (Proklamationen des Generals d'Aspre.) Turin (Ramorino's Brief an den König. Todtenfeier. Der Frieden.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 16. Mai.)

Deutſchland.

Frankfurt, 15. Mai. Geſtern verſammelte ſich der Kongreß der deutſchen Nationalvereine im Gaſthof zum Weidenbuſch. Mehr als 100 Vereine ſind durch 72 Abgeordnete vertreten. Preußen und Oeſterreich ſind nicht repräſentirt. In dieſer vorbereitenden Sitzung wurde zum Präſidenten erwählt: Profeſſor v. Sybel von Marburg. Dann wurden folgende Gegenſtände verhandelt: Auf den Antrag verſchiedener Abgeordneten wurde beſchloſſen: die Mitglieder der Nationalverſammlung aufzufordern, auf ihrem Poſten zu beharren und nicht auszutreten. Dann kamen mehrere Anträge zur Sprache, dahin gehend: in einer Adreſſe das Parlament aufzufordern, aus denjenigen 29 Staaten, welche die Reichsverfaſſung angenommen haben, einen proviſoriſchen Centralſtaat zu bilden. Dieſer Antrag wurde nach längerer Debatte verworfen. Nach längeren Erörterungen wurde ferner beſchloſſen: dem Centralmärzverein die Bereitwilligkeit des nationalen Kongreſſes zu erklären, mit ihm zum Zweck der Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung in Verbindung zu treten, und zwar in der Art, daß a) jeder der beiden Vereine ſeine Organiſation beibehält; b) daß aber eine Verſtändigung über die zu ergreifenden Maßregeln und wechſelſeitige Mittheilung aller gethanen Schritte ſtattfindet; daß es den Einzelvereinen in den Orten, wo ein März-Verein und ein National-Verein beſtehen, überlaſſen bleibt, ihr gegenſeitiges Verhältniß zu regeln. c) Einen Ausſchuß von fünf Mitgliedern mit der unverzüglichen Ausführung dieſes Beſchluſſes zu betrauen. Die nächſte Sitzung wird hierauf für den 15. Mai, Morgens 9 Uhr, anberaumt. (O. P. Z.)

*** **Frankfurt,** 16. Mai. Sicherm Vernehmen nach wird auf die dringenden Vorſtellungen der ſtädtiſchen Behörden bei der proviſoriſchen Centralgewalt in den nächſten Tagen ein theilweiſer Wechſel der hieſigen Garniſon eintreten. Nahe Orte des kurheſſiſchen Amtes Bergen ſind ſeit kurzem auch wieder okkupirt und zwar von öſterreichiſchen Truppen.

: **Frankfurt,** 16. Mai. Oberſt Fiſcher iſt von Berlin hier eingetroffen. Die Herren Zell und Chriſt ſind nach Baden als Reichskommiſſäre abgereiſt.

; **Frankfurt,** 16. Mai. Von dem, was die von Baden kommenden Reiſenden berichten, erſcheint Folgendes als das Glaubwürdigſte. Ganz Baden iſt in einer Bewegung, deren Ziel und Zweck der Mehrzahl ſelbſt unklar iſt. In Karlsruhe ſucht Brentano an der Spitze des Landesausſchuſſes die Ruhe zu erhalten. Um die dortigen Verhältniſſe zu bezeichnen, genüge die Nachricht, daß Herr von Bornſtedt als Oberbefehlshaber in den Straßen herumreitet. Hr. Eichfeld fungirt als Kriegsminiſter. Hr. Blind iſt Redakteur der Karlsruher Zeitung, die heute hier mit dem Titel: „Organ des Landesausſchuſſes" eingetroffen. General Hoffmann ſteht mit vierzehn Geſchützen bei Ladenburg, augenblicklich von den Inſurgenten umringt, die von allen Seiten herbeieilen. Die Bauern vom Odenwald kommen mit Heugabeln und Dreſchflegeln herbei. In Heidelberg weiß keiner, wer Koch oder Kellner iſt, doch iſt das Eigenthum ſicher. Die waffenfähige Mannſchaft hat Befehl zum Aufgebote und darf ſich nicht vom Ort entfernen. Doch erſtreckt ſich dieſer Befehl nicht auf die Studenten, von denen übrigens den 20 bewaffnet nach Rheinbaiern geeilten Niemand weiter gefolgt iſt. Unter Struve's Anführung ſind zwei Züge von Freiſchärlern nach Mannheim geeilt. Dagegen ſieht es in Raſtadt beſſer aus. Die Soldaten haben den früheren Kommandanten (v. Cloßmann) wieder anerkannt und ſind großentheils zum Gehorſam zurückgekehrt. So lauten die Nachrichten, welche am meiſten Glauben zu verdienen ſcheinen.

* **Wien,** 12. Mai. Der Einmarſch der Ruſſen wird ſehr myſteriös behandelt. So wird aus Krakau unterm 6. d. geſchrieben: Geſtern früh kam Generallieutenant Saß, Generalquartiermeiſter des Rüdiger'ſchen Korps an. Nicht einmal rückſichtlich der Verpflegung will er die Stärke und Richtung der marſchirenden Kolonnen angeben. So wiſſen wir nicht, ob heute 12, 14 oder 20,000 Mann einrücken. Nur ſoviel ſteht feſt, daß die geſtern angekommenen erſt in der Stunde abrücken, wenn die neuen einziehen und dies ſo fortgehen wird, bis zuletzt 5000 Mann als Beſatzung Krakau's zurückbleiben. Weiterhin vernimmt man: Zwei große Militärtransporte mit ruſſiſchen Truppen ſind am 11. d. früh 4 Uhr von Oderberg in Prerau angekommen; die übrigen Transporte werden in kurzen Zwiſchenräumen nachfolgen. Erſtere wurden ſogleich weiter transportirt und dürften am ſelben Tage Mittags in Göding eingetroffen ſein, von wo ſie ſich nach Ungarn begeben. So viel man glaubt, müſſen zur Stunde ſchon Ruſſen zur Weldenſchen Armee geſtoßen ſein. Ein in Kapuvar gelegenes öſterreichiſches Streifkorps unter Major Grobois, mehr als 2000 Mann ſtark, wurde von den Magyaren angegriffen, dabei gänzlich umgangen und faſt total aufgerieben. In Preßburg macht ſich die magyariſch-freundliche Geſinnung durch Unzuvorkommenheit bei Einquartierung der k. k. Truppen ſehr bemerkbar. Die der Peſther Zeitung vom 6. d. geſtern entnommenen nähern Details über das wechſelſeitige Bombardement Buda-Peſths werden heute bezweifelt. Reiſende, welche Peſth am 9. um 10 Uhr früh verließen und ſowohl die ungariſchen als k. k. Vorpoſten ungehindert paſſirten, verſichern, daß die Ungarn zweimal fruchtlos verſucht haben, Ofen zu nehmen und immer mit Verluſt zurückgeſchlagen wurden. Das Bombardement war auf beiden Seiten wieder eingeſtellt worden. Geſtern früh ſind 2 Trains mit ruſſiſchen Truppen von Oderberg abgegangen. Die geſtern 12 Uhr 10 Minuten von Prag abgegangene telegraphiſche Depeſche des Gubernialpräſidiums meldet: „Die Ruhe iſt keinen Augenblick unterbrochen, der Verkehr nicht gehemmt. Auf den Straßen keine Aufregung ſichtbar." Die geſtern ausgeſprochene Rüge der Preſſe, daß das kaiſerliche Edikt, hinſichtlich der Uebernahme des Armeebefehls, keine miniſterielle Gegenzeichnung hatte, veranlaßte die Abendblätter, den Beweis zu geben, daß das Original von Schwarzenberg mitunterzeichnet ſei, und nur einem Verſehen einiger Zeitungen dieſe Vernachläſſigung ſchuld zu geben iſt. Eine Deputation iſt nach Mailand abgereiſt, um Radetzky den Ehrenſäbel von Wien zu überreichen. Es iſt dem Vernehmen nach ein Miniſterialdekret erſchienen, welches die Beſtimmung enthält, daß künftighin zum Militär aſſentirte Studenten der Medizin zu feldärztlichen Gehilfen verwendet werden, und erſt nach Beendigung des Krieges einen Urlaub zur Fortſetzung der Studien erhalten ſollen. Die in Thereſienſtadt bisher in Gewahrſam gehaltenen polniſchen Emigranten wurden den 9. früh über Zdiby nach Biechowitz, ohne Prag zu berühren, abgeführt. Ihre Beſtimmung iſt Trieſt, von dort aus ſollen dieſelben nach Amerika gebracht werden. Aus Leipzig erfährt man, daß ſich die Wiener Flüchtlinge faſt alle theilnahmlos verhalten haben. Ein einziger Legionär der nach Dresden ging, wurde dort erſchoſſen. Alle übrigen haben keinen Theil am Kampfe genommen.

Lith. Korr. **Berlin,** 14. Mai. Geſtern paradirte die Berliner Landwehr vor Sr. Majeſtät in Potsdam, ein Theil derſelben iſt nach den Rheinprovinzen, ein Anderer nach Weſtphalen abmarſchirt. Der König richtete bei der Revue einige Worte an die Landwehr und ſprach die Hoffnung aus, daß gerade die Berliner Landwehr wie ſonſt ſo auch jetzt in einer ſchweren Zeit ihre Pflicht erfüllen, und die anarchiſchen Aufſtände in der Provinz, nach der ſie abgingen, niederhalten würde.

Man faßt übrigens in den höchſten Kreiſen die Verhältniſſe ſehr ernſt auf. Die Berichte der Präſidenten v. Eichmann und v. Möller ſchildern die Verhältniſſe allerdings auch in einer Art, die vollkommen geeignet iſt, große Beſorgniß an höchſter Stelle zu erregen und zur reiflichſten Erwägung aufzufordern, ehe man noch einen Schritt weiter geht. Dieſe Berichte konveniren freilich der jetzt ſo mächtigen Partei der Herren v. Gerlach, Leo ꝛc. nicht, dieſe Partei drängt zu den äußerſten Maßregeln; daraus erklärt

ſich auch das Auftreten der Neuen Preuß. Zeitung, des Organs dieſer Ultra's gegen Hrn. Eichmann, der, obſchon prinzipiell ein Anhänger jener abſolutiſtiſch-pietiſtiſchen Partei, die Energie der Führer nicht beſitzt. Die gemäßigte Partei dürfte bei Hofe vielleicht durch jene Eichmann'ſchen Berichte wieder einiges Terrain gewinnen und möglicherweiſe iſt es dieſem Umſtande zuzuſchreiben, daß man noch immer mit der Veröffentiichung des bereits ausgearbeiteten neuen Wahlgeſetzes zögert.

Auffällig iſt übrigens, daß man ſich in Kreiſen, die nicht gewohnt ſind, ſich mit Gerüchten zu beſchäftigen, ernſtlich davon unterhält, daß die Abrikation Sr. Majeſtät zu Gunſten des Prinzen von Preußen vielleicht in ſehr kurzer Zeit devorſtehe.

Berlin, 15. Mai. Der Pr. St.-A. enthält im amtlichen Theile Folgendes:

Als am 30. März des vorigen Jahres die Bundesverſammlung den Beſchluß gefaßt, „die Bundesregierungen aufzufordern, in ihren ſämmtlichen dem deutſchen Staatenſyſteme angehörigen Provinzen auf verfaſſungsmäßig beſtehendem oder ſofort einzuführendem Wege, Wahlen von Nationalvertretern anzuordnen — um zwiſchen den Regieruugen und dem Volke das deutſche Verfaſſungswerk zu Staade zu dringen", und am 7. April deſſelben Jahres dieſen ihren Beſchluß durch nähere Beſtimmungen über den Wahlmodus vervollſtändigt hatte: haben Ew. königliche Majeſtät durch die Verordnung vom 11. deſſelben Monats im Umfange des preußiſchen Staats die Wahlen von Abgeordneten zu der deutſchen Nationalverſammlung angeordnet, welche auf Grund dieſer Beſchlüſſe demnächſt in Frankfurt zuſammengetreten iſt.

Dieſe Bundesbeſchlüſſe und die von der Regierung ausgeſchriebenen Wahlen bilden demnach den geſetzlichen Boden, auf welchem die Nationalverſammlung bisher in ihrem rechtlichen Beſtande geruht hat, und wonach ihr Mandae und ſpeziell das der preußiſchen Abgeoedneten zu bemeſſen iſt.

Die Regierung Ew. königl. Majeſtät hat mit nicht minderem Vertrauen als das deutſche und preußiſche Volk den Ergebniſſen der Berathungen dieſer Verſammlung entgegengeſehen. Sie hat es ſich zur Pflicht gemacht, derſelben auf alle Weiſe, ſowohl durch die Publikation der in ihrer Kompetenz liegenden Beſchlüſſe, als durch die entgegenkommende Erklärung ihrer Anſichten und Bedenken in Bezug auf die Reichsverfaſſung, jede mögliche Unterſtützung und Anerkennung zu Theil werden zu laſſen.

Mit der zweiten Leſung des Verfaſſungsentwurfs und der an dieſelbe geknüpften Wahl eines Reichsoberhauptes konnte das beabſichtigte Werk, nach Maßgabe jener Bundesbeſchlüſſe, noch nicht als abgeſchloſſen und vollendet angeſehen werden. Es mußte vielmehr die Theilnahme der Regierungen der einzelnen Staaten vorbehalten bleiben, durch deren Mitwirkung allein die neue Geſtaltung des deutſchen Bundes ins Leben treten konnte, wenn das Verfaſſungswerk wirklich „zwiſchen den Regierungen und dem Volke zu Stande gebracht" werden ſollte. Der Entwurf der Verfaſſung, wie er aus den Berathungen der Nationalverſammlung hervorgegangen, lag den Regierungen vor, als Grundlage der Vereinbarung, welche durch eine von beiden Seiten in entgegenkommender Weiſe angeſtrebte Verſtändigung zu erzielen geweſen wäre. Die Regierung Ew. königl. Majeſtät hielt zu dem Ende Abänderungen dieſer Verfaſſung im wahren Intereſſe Preußens und Deutſchlands für unerläßlich und war bereit, auf eine Verhandlung und Verſtändigung mit der Nationalverſammlung darüber einzugehen.

Die letztere aber, ſtatt auf dieſe Weiſe die vollſtändige Erfüllung ihrer Aufgabe zu ſichern, hat es nicht für gut gefunden, dieſen Weg einzuſchlagen.

Sie hat ausdrücklich erklärt, daß ſie ſich auf keine weitere Verhandlung über die von ihr beſchloſſene Verfaſſung einlaſſen werde.

Sie hat vielmehr durch eine Reihe rechtswidriger Beſchlüſſe die alleinige und endgiltige Feſtſtellung der Veefaſſung für ſich ſelbſt in Anſpruch genommen, zu einer thatſächlichen, wo nicht gewaltſamen Durchführung derſelben die Aufforderung erlaſſen und ſelbſt dazu den Verſuch gemacht, endlich in die Befugniſſe der exekutiven Gewalt offen hinübergegriffen, und ſich eine Machtvollkommenheit angemaßt, durch welche ſie ſich ſelbſt über alles Recht und Geſetz ſtellte, und damit den Boden des Rechtes und Geſetzes fur ſich aufgab.

Das unterthänigſt unterzeichnete Staats-Miniſterium kann daher nicht umhin, Ew. Königlichen Majeſtät die Ueberzeugung auszuſprechen, daß in der jetzigen Verſammlung in Frankfurt nicht mehr die geſetzliche Vertretung der deutſchen Nation in ihrer Geſammtheit zu erkennen ſei, daß dieſelbe vielmehr ihr Mandat ſelber vernichtet und ihr bisheriges Recht verleugnet und aufgehoben habe, und daß daher jede Hoffnung auf eine weitere Mitwirkung derſelben zu gedeihlicher Entwickelung der deutſchen Zuſtände aufzugeben ſei. Es wird daher der Regierung Ew. Königlichen Majeſtät auch nicht möglich ſein, den weiteren Verhandlungen und Beſchlüſſen derſelben irgend eine Art von Gültigkeit und Bedeutung noch ferner beizulegen.

Wenn die Regierung Ew. Königlichen Majeſtät mit aufrichtigem Bedauern zu dieſer Ueberzeugung hat gelangen müſſen, ſo kann ſie nur mit dem entſchiedenſten Ernſte den ſchmähenden Vorwurf und den Akt offener Feindſeligkeit zurückweiſen, welcher in dem, am 10. d. M. gefaßten Beſchluſſe liegt: „daß dem ſchweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußiſche Regierung durch unbefugtes Einſchreiten im Königreiche Sachſen ſich habe zu Schulden kommen laſſen, durch alle zu Gebote ſtehenden Mittel entgegenzutreten ſei."

Die in dieſem Beſchluſſe liegende Verleugnung und Verletzung der bundesgeſetzlich feſtſtehenden Rechte und Pflichten der Mitglieder des deutſchen Bundes, die offen darin ſich kundgebende Feindſeligkeit gegen Preußen zeigt auf unzweideutige Weiſe, welchen Einflüſſen die Verſammlung in ihrer jetzigen Majorität Preis gegeben iſt.

Es kann keinem Zweifel unterworfen ſein, daß unter dieſen Umſtänden und nach dieſen Vorgängen auch das Mandat der preußiſchen Abgeordneten zur Nationalverſammlung als erloſchen zu betrachten iſt, und ihre Theilnahme an den weiteren Verhandlungen derſelben nicht gerechtfertigt erſcheinen kann.

Eine Anzahl von Mitgliedern aus Preußen hat dies ſchon durch ihren freiwilligen Austritt anerkannt. Eine große Anzahl Anderer warten nur auf die Erklärung der Regierung Ew. Majeſtät, um einen gleichen Schritt zu thun.

Damit daher über die Willensmeinung Ew. königlichen Majeſtät kein Zweifel bleibe und Niemanden ein Vorwand zur Irreleitung der Gemüther gelaſſen werde, ſo hält es das unterzeichnete Staatsminiſterium, „in Erwägung, daß die Aufgabe der deutſchen Nationalverſammlung nach Lage der Sachen und ihrerſeits erfolgter Ablehnung jeder weiterer Verſtändigung und Vereinbarung als durch die Berathung der Verfaſſung erledigt angeſehen werden muß, die Verſammlung aber nicht mehr auf geſetzlichem Boden ſteht und überdies ſich in offene Feindſeligkeit gegen Preußen geſetzt hat," für ſeine Pflicht, bei Ew. königlichen Majeſtät allerunterthänigſt zu beantragen, daß Allerhöchſtdieſelben ausdrücklich erklären wollen, „wie das auf die Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April v. J. und die Verordnung vom 11. des letzteren Monats gegründete Mandat der preußiſchen Abgeordneten nunmehr erloſchen und die Abgeordneten daher zum Austritt zu veranlaſſen ſeien."

Wir glauben, daß das preußiſche Volk in ſeiner großen Mehrheit und ſeinem geſunden Kern mit uns die Ueberzeugung theilt, daß der Weg, welchen die Nationalverſammlung eingeſchlagen hat, weder dem wahren Intereſſe Deutſchlands, noch dem Willen der deutſchen Nation entſpreche, und daher auf eine Mitwirkung derſelben zum Heile des Geſammtvaterlandes nicht länger zu hoffen ſei, und daß es demgemäß auch die von uns beantragte Erklärung Ew. königlichen Majeſtät als den Ausdruck ſeiner eigenen Geſinnung begrüßen werde. Kein Preuße wird es mit der Vaterlandsliebe und der Nationalehre preußiſcher Staatsbürger für verträglich halten, ſich an Berathungen zu betheiligen, welche zu Beſchlüſſen führen, die eine offene Feindſchaftserklärung gegen den preußiſchen Staat enthalten.

Berlin, den 14. Mai 1819. Das Staatsminiſterium.

(gez.) Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

An des Königs Majeſtät.

Königliche Verordnung.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen auf den Antrag Unſeres Staatsminiſteriums hiermit, was folgt:

§. 1. Das Mandat der auf Grund der Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April 1818 und Unſerer Verordnung vom 11. des letzteren Monats im preußiſchen Staate gewählten Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung iſt erloſchen.

§. 2. Den Abgeordneten iſt gegenwärtige Unſere Verordnung durch Unſeren Bevollmächtigten in Frankfurt a. M. zur Nachachtung und mit der Weiſung zuzuſtellen, ſich jeder Theilnahme an den weiteren Verhandlungen der Verſammlung zu enthalten.

Gegeben Charlottenburg, den 14. Mai 1819. Friedrich Wilhelm.
Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

Verordnung
betreffend die Abberufung der preußiſchen Abgeordneten
von der National-Verſammlung zu Frankfurt a. M.

△ **Nürnberg**, 14. Mai. Nachſtehend der Wortlaut des auf der geſtrigen fränkiſchen Volksverſammlung beſchloſſenen Offenen Sendſchreiben an den König der Baiern:

„Wahrheit will ich vor Allem!" dies ſind die Worte, die König Maximilian bei der Thronbeſteigung zu ſeinem Wahlſpruch wählte! „Wahrheit will ich vor Allem!" dieſe Worte ſprach König Max in ſeiner Thronrede bei Eröffnung des diesjährigen Landtages. Sollen dieſe Worte nicht bloß leerer Schall ſein, ſo hat das Volk ein Recht, eine Pflicht, ſeine Wünſche, ſeine Forderungen vor ſeinen Fürſten zu bringen, ohne deshalb ſtaatsverrätheriſcher Zwecke bezüchtigt werden zu können. Staatsverrath wäre es vielmehr, wollten wir in einem Augenblick ſchweigen, in welchem das Vaterland in der höchſten Gefahr ſchwebt, wollten wir dieſe Gefahr dem Landesfürſten verbergen. Staats- und Hochverräther ſind diejenigen Rathgeber der Krone, welche dem König die Stimmung des Landes verſchweigen. Das fränkiſche Volk hat in allen ſeinen Gauen ſich entſchieden für die Anerkennung der von der Nationalverſammlung endgültig beſchloſſenen Reichsverfaſſung ausgeſprochen; es hat ſich dahin erklärt: es werde mit dieſer Reichsverfaſſung ſtehen und fallen. Selbſt die Lostrennung Frankens von der baieriſchen Krone hat vielfach ſchon Raum gefunden in der Bruſt manches fränkiſchen Mannes. Das Beiſpiel der Pfalz iſt nicht wirkungslos geblieben und das fränkiſche Volk wird eben ſo feſt und unerſchütterlich an ſeinen theuerſten Gütern: an den Errungenſchaften der Märzrevolution des Jahres 1848, an den Beſchlüſſen ſeiner freigewählten Vertreter in Frankfurt a. M., an der Reichsverſammlung feſthalten. Das fränkiſche Volk will ein einiges, freies und ſtarkes Deutſchland! König der Baiern! Weiſen Sie dieſe treugemeinte Stimme des Volkes nicht zurück, rufen Sie nicht den Bürgerkrieg wach, bei welchem ſelbſt der mögliche Sieg der Krone nur eine ſchwere Niederlage wäre. Wir können nicht glauben, daß die tauſend und abertauſend Stimmen, die durch Adreſſen und Deputationen an den Thron gebracht wurden, zu Ihren Ohren gedrungen ſind; deshalb wählten wir dieſen Weg der Oeffentlichkeit. Ein konſtitutioneller König, ein wahrhaft konſtitutioneller König kann und darf nicht gegen den Willen

Digitized by Google

des Landes regieren, er wird und muß die falſchen Rathgeber entfernen, die das Land in's Verderben ſtürzen wollen. Das fränkiſche Volk verlangt von Ihnen, daß Sie die unbedingte Anerkennung der Reichsaerfaſſung ſofort ausſprechen. König der Baiern! Geben Sie dieſer Stimme Gehör, es iſt die Stimme eines wackeren Volksſtammes, der nur auf dem Boden des Geſetzes ſeine höchſten Güter ſich wahren will; es iſt nicht blos die Stimme des fränkiſchen, es iſt die Stimme des baieriſchen, des deutſchen Volkes!"

Die Kirchthürme ſind noch immer militäriſch beſetzt; obſchon die größte Ruhe herrſcht.

Aurich, 11. Mai. Die Oſtfrieſiſche Ständeverſammlung iſt geſtern am gewöhnlichen Tage eröffnet; dieſelbe kann geſetzlich vom König weder aufgelöſt noch vertagt werden und iſt mithin jetzt das einzige Organ des Landes Hannover in der deutſchen Sache, welches von der hannoverſchen Regierung auf geſetzlichem Wege nicht zum Schweigen gebracht werden kann.

In dieſem Sinne iſt der nachfolgende Antrag des Syndikus Bueren heute in der Ständeverſammlung geſtellt und wird am Montage, den 14., zur Abſtimmung kommen:

1) Die oſtfrieſiſche Landſchaft möge beſchließen durch eine Deputation von 9 Mitgliedern, 3 aus jeder Kurie, folgende aier Punkte als Forderungen des hannoaerſchen Volkes in Bezug auf die deutſche Verfaſſungsfrage Seiner Majeſtät dem Könige vorzutragen: a. Unbedingte Anerkennung der deutſchen Reichsaerfaſſung einſchließlich des Reichsaahlgeſetzes, ſo wie ſolche von der deutſchen Reichsaerſammlung beſchloſſen und aon der Centralgewalt aerkündet worden ſind; b. unbedingte Unterordnung und Unteraerfung der hannoverſchen Regierung unter das aon der Reichsaerſammlung gewählte oder ferner noch zu wählende Reichsoberhaupt; c. ſofortige Wiederberufung der Landesvertreter nach Hannover; d. Entlaſſung des Miniſterii Stüve und Ernennung eines neuen volksthümlichen Miniſterii, das ſich zur Ausführung der Punkte a, b, c bereit erklären wird.

2) Die oſtfrieſiſche Landſchaft möge ferner beſchließen für den Fall, daß ihre Deputation in Hannover abgewieſen werde oder erfolglos bleibe, daß die erwählte Deputation nach Frankfurt reiſe, um bei der Centralgewalt die Vollziehung der Reichsbeſchlüſſe in Bezug auf die deutſche Verfaſſung für das Königreich Hannoaer und die Provinz Oſtfriesland zu beantragen.

3) Die oſtfeieſiſche Landſchaft wolle ſodann beſchließen zu erklären: „daß der im Schlußſatz der oſtfrieſiſchen Verfaſſung vom 5. Mai 1846 aorgedachte Fall des Aufhörens aller ſtändiſchen Vertretung in Hannover eingetroffen und mithin den oſtfrieſiſchen Ständen ihre alten Rechte, mit denen Oſtfriesland an Hannoaer übergegangen iſt, wieder zugefallen ſeien."

4) Die Oſtfeieſiſche Landſchaft wolle jedenfalls beſchließen, bis dahin, daß ihre Forderungen ad Nr. 1 von Sr. Majeſtät dem Könige zu Hannover erfüllt ſein werden, ſich ſelbſt für permanent zu erklären oder einen permanenten Ausſchuß zu ernennen, der die Verwaltung und Vertheidigung Oſtfrieslands in die Hand nehme.

5) Die Oſtfrieſiſche Landſchaft wolle endlich beſchließen, daß bei fortwährender Weigerung der hannoverichen Regierung die Reichsverfaſſung und Reichsgeſetze zur Geltung zu bringen, bis zur Unterwerfung der Krone Hannoaer unter die Reichsgewalt, Oſtfriesland ſich für reichsunmittelbar erkläre und der Reichsgewalt unmittelbar unterordne.

Aurich, 11. Mai. In der heutigen Sitzung der Provinzial-Landſchaft wurde von dem Deputirten der Stadt Leer, Rektor Ehrlenholz, gegen den Antrag des Deputirten der Stadt Emden, Dr. Bueren, folgender Verbeſſerungsantrag geſtellt:

1) daß in einer an Se. Majeſtät den König von Hannoaer zu erlaſſenden Petition der dringende Wunſch ausgeſprochen werde, unaerzüglich die neuen Wahlen zur allgemeinen Ständeverſammlung auszuſchreiben zu laſſen und ſich mit der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung des deutſchen Reiches einverſtanden zu erklären;

2) dieſe Petition durch eine ſtändiſche Deputation aon 6 Mitgliedern Sr. Majeſtät dem Könige überreichen zu laſſen und

3) bis zur Erledigung dieſer Angelegenheit keine weiteren Geſchäfte vorzunehmen, ſondern ſich auf 8 Tage zu vertagen.

Dieſer Verbeſſerungs-Antrag wurde mit dem Bueren'ſchen Hauptantrage durch Majoritätsbeſchluß der Stände auf die Tagesordnung am Montag, den 14. d., geſtellt. (Oſtfr. Z.)

* **Karlsruhe**, 4. Mai. Der Landesausſchuß hat folgende Kundmachung erlaſſen:

„Mitbürger! Die Regierung des Landes iſt entflohen, der Gemeinderath der Stadt Karlsruhe, zweifelnd an dem ferneren Vertrauen ſeiner Wähler, hat ſeine Entlaſſung genommen. Land und Stadt iſt ſomit ohne die nöthige Leitung. Der Gemeinderath wird bis zur neuen Wahl ſeine Dienſtobliegenheiten erfüllen, der Landesausſchuß hat in Anbetracht der Gefahr des Vaterlandes eine Exekutiakommiſſion niedergeſetzt, beſtehend aus den Bürgern Brentano, Peter, Eichfeld und Goegg, welche ſogleich in Thätigkeit getreten iſt. Wir fordern alle Behörden, alle Bürger auf, den Anordnungen dieſer Exekutivkommiſſion unweigerlich Folge zu leiſten, indem es nur auf dieſe Weiſe möglich iſt, die Ordnung im Lande zu erhalten, Eigenthum und Perſonen zu ſchützen. Mitbürger! Es gilt die Freiheit zu retten! Darum wird kein Freund des Vaterlandes unthätig bleiben."

* Die Karlsruher Ztg. die uns, in ein Organ des Landesausſchuſſes umgewandelt, heute wieder zukommt, enthält ferner folgende Aktenſtücke:

„Dreizehn Monate harten Kampfes, dreizehn Monate ſchwerer Opfer ſind vorüber. In ſolcher Zeit hat uns nur die Hoffnung aufrecht erhalten, daß unſer ſchönes Vaterland die Freiheit erringen, und daß ein Bruderband alle Deutſchen umſchlingen werde. Doch kaum iſt die deutſche Verfaſſung endgültig von den Vertretern der Nation feſtgeſtellt, ſo tritt die Verſchwörung der Könige, ihre landesaerrätheriſche Verbindung mit dem Czaren von Rußland zur Knechtung des deutſchen Volkes, welches im aorigen März ſeine Großmuth bethätigt hat — es tritt die Kontrereaolution keck und unverſchleiert hervor. Nochmals ſoll die abſolute Fürſtenherrſchaft gegründet, nochmals ſollen die Ketten geſchmiedet werden, die wir im März aerfloſſenen Jahres zerriſſen haben. Mitbürger! In einem ſolchen Kampfe konnte die tapfere Armee, konnten unſere und euere Brüder nicht zweifelhaft ſein, daß ihre Pflicht ſie auf die Seite des Volkes rief; ſie haben es erkannt, daß ſie, die Söhne des Vaterlandes, für die Freiheit des Volkes, für die Einheit der deutſchen Lande, und für die Größe der Nation fechten ſollen. Die Armee hat ſich daher mit uns verbunden. Sie kämpft nicht gegen das Volk, ſie kämpft nur gegen die Feinde der Freiheit und des Vaterlandes. Dieſe Verbindung des Heeres mit dem Volk war offenbar kein Grund, daß der Großherzog geflohen iſt, wozu ihm verrätheriſche Miniſter den Rath gegeben, die dann die Regierung verließen und die Geſchäfte des Landes dem Ungefähr anheimſtellten. Mitbürger! Eingedenk der Verpflichtung, die wir gegenüber der großen Landesverſammlung in Offenburg übernommen, und folgend dem Rufe der Gemeindebehörde hieſiger Stadt, ſind wir heute Mittag an der Spitze unſerer braaen Soldaten hier eingezogen. Wir werden unſere Kräfte daran ſetzen, bei der Erringung eines aolksmäßigen Staatszuſtandes die volle Freiheit der Perſon und den Schutz des Eigenthums zu wahren. Wir werden Alles aufbieten, um die Regierungsmaſchine im Gang zu erhalten; wir werden auf dem Platze bleiben, den die Pflicht und der Ruf des Volkes uns angewieſen, bis das Volk ſelbſt über die Regierung das Nöthige aerfügt hat. Mitbürger! unſere Aufgabe iſt eine ſchwierige. Aber wir fühlen in uns den kräftigen Willen, ſie zu löſen. Unterſtützt uns überall in unſerem Beginnen, und wir zweifeln nicht, daß die Freiheit zum Siege gelangen wird. Der Landesausſchuß; und Namens deſſelben: Brentano. Heinrich Hoff. Richter. A. Goegg. Werner. Rehmann. Karlsruhe, 14. Mai 1818.

An ſämmtliche Gemeindebehörden des Landes. In Folge der letzten Ereigniſſe haben viele Soldaten des badiſchen Armeekorps ihre Garniſonsorte verlaſſen. Dieſelben werden hiermit aufgefordert, ſo ſchnell als möglich zu ihren Heeresabtheilungen wieder zurückzukehren, um der Sache der Freiheit nützlich zu ſein. Alle Gemeinden des Landes werden beauftragt, die Soldaten, welche ihre Garniſonsorte verlaſſen haben, mit allen ihnen zuſtehenden Mitteln in ihre Garniſonsorte zurückzubringen. Im Auftrag der Exekutivkommiſſion: Eichfeld. Karlsruhe, 14. Mai 1849.

Aufforderung an die Offiziere. Sämmtliche Offiziere, die in Folge der jüngſten Ereigniſſe nicht mehr bei ihren Fahnen ſtehen, werden aufgefordert, ſich dem Kriegsminiſterium zur Verfügung zu ſtellen, inſofern ihnen die Freiheit des Volkes und das Wohl des großen deutſchen Vaterlandes am Herzen liegt, und ſie ſich zu deren Vertheidigung aerpflichtet fühlen. Im Auftrag der Exekutiakommiſſion: Eichfeld."

Karlsruhe, 14. Mai. Die großherzogliche Familie ſoll ſich nach Germersheim gewendet haben, der Großherzog durch den Park, unter Begleitung einer Grenadierkompagnie bis auf 2 Stunden Entfernung. Der Stadtkommandant, General Schwarz, ging voraus. Markgraf Maximilian paſſirte Eggenſtein und ging von Leopoldshafen nach Leimersheim über den Rhein. Viele Familien ſind ſelbſt in das franzöſiſche Lauterburg. — 2 Uhr. Der Landesausſchuß macht durch Straßenanſchlag bekannt, daß er heute hier eintreffen und für die Sicherheit ſorgen werde. Markgraf Wilhelm mit Familie iſt nach Würtemberg. 5 Uhr Abends. Um 4 Uhr kam der Landesausſchuß hier an mit einem Bataillon Infanterie. Brentano hielt vom Balkon des Rathhauſes eine Rede und ſprach von Durchführung der Reichsverfaſſung; auch Hoff von Mannheim ſprach, gemäßigt, für Ordnung; er hatte Beifall. Das angekommene Bataillon ſoll einquartirt werden. Es herrſcht zur Stunde Ruhe und Ordnung in der Stadt. (Schw. M.)

~ **Heidelberg**, 15. Mai. Der badiſche Landesausſchuß hat bis jetzt noch kein Zeichen ſeiner Machtvollkommenheit gegeben, keine Proklamation erlaſſen; aber er hat in der Perſon eines Herrn Gallus Maier, eines bisher als nicht ungeſchickter Chirurg bekannten Mannes, einen Kommiſſarius aufgeſtellt und mit Vollmacht verſehen, wodurch er ermächtigt iſt, über alle Civilbehörden und die Bürgerwehr in Heidelberg und der Umgegend zu verfügen.

Dieſer Kommiſſarius hat auf heute die Stadt- und Staatsbehörden auf's Rathhaus beſchieden, um von ihnen den Eid auf die Reichsverfaſſung*) und den Eid der Treue gegen den proviſoriſchen Landesausſchuß (Brentano, Hoff und Gögg) entgegenzunehmen.

S **Freiburg** i. B., 14. Mai. Der königlich würtembergiſche Generallieutenant von Miller, welcher ſich ſeit geſtern in der Nähe der Stadt befindet, hat einen Parlamentär der ungehorſamen badiſchen Soldaten empfangen, der ihm die Bedingungen, unter welchen ſie ſich den Befehlen der Offiziere fügen würden, mit-

*) Vorbehaltlich, wie es heißt, der Modifikationen, welche durch die Ablehnung der Kaiſerwahl Seiten Preußens nöthig ſein würden.

Ueberſicht.

Die ſächſiſchen Ereigniſſe.

Ein Lied aus dem Weidenbuſch.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats.) Wien (Das Promemoria des Banus.) Berlin (Preußen und die Reichsverſammlung.) München (Die Plane der Reaktion. Verhaftungen. Die Studenten.) Pfalz (Die Vollmacht des Reichskommiſſärs Eiſenſtuck.)

Frankreich. Straßburg (Die Wahlen.)

Polen. Von der polniſchen Gränze (Kaiſer Nikolaus in Kaliſch erwartet.)

Die ſächſiſchen Ereigniſſe.

⊙ Die Antworten der ſächſiſchen Regierung auf Reichsfragen pflegen zu lauten: „Wir verweigern unſern Flottenbeitrag nicht. Im Gegentheil, wir ſind bereit ihn zu zahlen, — nur müſſen vorher auch die andern größeren Staaten gezahlt haben.“ Desgleichen in der Verfaſſungsangelegenheit. „Die Annahme der von der Nationalverſammlung in Frankfurt a. M. berathenen deutſchen Verfaſſung,“ läßt der Miniſter Dr. Zſchinsky ſeinen König ſprechen, „habe ich nie unbedingt verſagt. Ich habe nur auf verfaſſungsmäßigem Wege und in Uebereinſtimmung mit den größeren Nachbarſtaaten vorſchreiten wollen.“ Es iſt wahrhaftig nicht das Verdienſt einer ſolchen Politik des Ausbeugens und Hinterhertretens, daß auch nur ein Spahn mit ſchwarzrothgoldnem Wimpel auf dem deutſchen Meere ſchwimmt, wie denn von den ſächſiſchen Beiſteuern zur Kriegsflotte unſers Wiſſens bis jetzt noch kein Pfennig in die Reichskaſſe kam, aber allerdings iſt es die Schuld dieſer Politik, daß gegenwärtig in Dresden die Straßen von Blut und Trümmern, und die öffentlichen Gebäude von Gefangenen erfüllt ſind, daß preußiſche Truppen eine friſche fröhliche Reiterjagd auf ſächſiſchem Boden wider Flüchtlinge und Verſprengte halten, daß ſich über die Hauptſtadt der Belagerungszuſtand und über das ganze Königreich das Elend des Aufruhrs und der Strafgerichte erſtreckt.

Wir werden ſo viel Licht über die Ereigniſſe in Sachſen zu bringen bemüht ſein, als ſich jetzt ſchon darüber geben läßt, indem wir auf Grund öffentlicher gedruckt vorliegender Mittheilungen und zugleich mit Benutzung vertraulicher Briefe, die uns vom Schauplatz zugegangen ſind, den Hergang der Dresdener Begebenheiten überſichtlich muſtern. Für die Bevölkerung waren die Tage des Kampfes Tage unerhörter Aengſte. Ganze Familien der Altſtadt haben ſie in Höfen, Kellern und auf den Treppen ſitzend zugebracht, weil die Wohnzimmer den Kugeln ausgeſetzt waren. Trat eine Waffenruhe oder die Nacht ein, ſo ſchreckten Feuersbrünſte, die das große Opernhaus, einen Theil des Zwingers und auf der großen Brüdergaſſe mehrere Häuſer ergriffen, deren unglückliche Bewohner aus dem vierten und fünften Stockwerke mit kleinen Kindern auf Leitern herabgerettet werden mußten. Kugeln umſauſten ſie auf dem an ſich halsbrechenden Wege und die Getroffenen riſſen in ihrem Sturze die Unverletzten mit ſich hinab. Am 11. Mai wurden fünf Perſonen begraben, die in ihren Stuben von den Geſchoſſen fielen. Eine viel größere Anzahl liegt noch gefährlich darnieder und Kranke ſtarben vor Angſt und vor dem ſich immer erneuerndem Entſetzen. Das fürchterlichſte Loos aber bedrohte die, in deren Häuſern ſich die Aufſtändiſchen feſtſetzten. Es iſt mancher Büchſenſchütz mit fußfälligen Thränen beſchworen worden, den vortheilhaften Platz am Fenſter oder in der Dachluke aufzugeben, um nicht durch ſeinen Angriff die Rache der Soldaten auf wehrloſe Unſchuldige heranzulocken. „Ich hätte viel zu melden von ſolchen Scenen,“ heißt es in einem vor mir liegenden Briefe, „wollte ich auch nur von den Fällen ſprechen, die in unſerm Kreiſe ſich ereignet.“

Daß die königliche Weigerung der Anlaß des Aufruhrs war, wird von Niemand geleugnet. Ob aber auch die Urſache, das ſtellen Diejenigen in Frage, welche den Dresdener Kampf zu einem längſt vorbereiteten Aufſtande ſtempeln, der ganz andere Zwecke hatte, als die Reichsverfaſſung und der einmal beſchloſſen, durch die Gelegenheit nicht hervorgerufen, nur beſchleunigt ward. In den erſten Tagen des Mai herrſchte eine ungeheure Aufregung im Lande. Ueberall die Vereine in Thätigkeit, überall Verſammlungen, der König von Botſchaften über Botſchaften der Gemeinden beſtürmt, die Reichsverfaſſung anzuerkennen. Es mögen ſich wohl Manche dieſen dringenden Bitten angeſchloſſen haben, weniger weil ſie ſo ſehr nach der Verfaſſung verlangten, als vielmehr damit um jeden Preis die furchtbare Wendung vermieden würde. Sie wäre durch die Annahme des Königs vermieden, ſie wäre ſelbſt noch Freitag den 4. Mai ohne große Erſchütterungen beſeitigt worden, wenn der König nicht aus Dresden entfloh. Es heißt, mehr auf Antrieb ſeiner Gemahlin, als aus eigenem Entſchluß. Er begab ſich auf den Königſtein. Von dieſer Felſenveſte ſah einer ſeiner Vorfahren im Jahre 1756 das ganze ſächſiſche Heer von den Preußen unter Friedrich II. auf der Hochebene bei Pirna nach ſiebenzehntägiger Aushungerung kläglich gefangen nehmen. Von dieſer Bergveſte herab ſah König Friedrich Auguſt im Jahre 1849 eine Woche lang der Verwüſtung ſeiner Reſidenz zu, und diesmal wurden die Preußen als Kampfhelfer dazu gerufen. Es könnte wohl ſcheinen, daß zu der unthätigen Zeugenſchaft im Jahre 1849 keine geringere moraliſche — Selbſtüberwindung eines Königs von Sachſen gehörte, als im Jahre 1756 dazu, Friedrich dem Großen das Bündniß wider Oeſterreich ſelbſt um den Preis der Rettung des treuen Heeres abzuſchlagen.

Der Kampf in Dresden beginnt. Wenigſtens ſein Anfang zeigt gerade ganz das Gegentheil von einem feſten Plan und von irgend welcher Vorbereitung. Die Kommunalgarde irrte rath- und führerlos umher. Ihr Befehlshaber hatte am Morgen abgedankt: die Angriffe, die Statt finden, wiſſen nicht gegen wen ſie ſich zu richten und weſſen Abwehr ſie zu beſorgen haben. Freitag, den 4. Nachmittags erklären ſich die Truppen, die im Zeughauſe ſtehen, für neutral. Das arme Volk glaubt, die Soldaten machen gemeinſchaftliche Sache mit ihm. Ein allgemeiner Jubel bricht los. Arm in Arm ſieht man Bürger und Militärs und die Erſteren in Dankbarkeit wetteifern dafür, daß nun das Blutvergießen erſpart, der Bürgerkrieg vermieden, eine friedliche Löſung möglich ſcheint. Allein die Soldaten erwarten nur die Annäherung der Verſtärkungen, um den trügeriſchen Frieden ſofort abzuſchneiden. Sonnabend, den 5. beginnt plötzlich der Kampf von Neuem. Die Schützen beſetzen das Zeughaus und die Teraſſe und nun, nachdem für das Heer das Bewußtſein der Uebermacht gewonnen iſt, währt das Gefecht mit geringen Unterbrechungen der Erſchöpfung fort und mit einer Erbitterung deren Wuth von Seiten der Truppen durch die verhältnißmäßig geringe Zahl ihrer Gefallenen keineswegs gerechtfertigt wird, bis zum Ende, bis zum Mittwoch am 9. Vormittags.

Während der Pauſe hatte ſich die proviſoriſche Regierung, wie ſie nach der Flucht des Königs zuſammengetreten, mit einiger Organiſation zu umgeben geſucht. Als ſich Alles wieder auf den Kampf ſtellte, was Wunder, daß die Führer, daß die Vertheidigungsmittel genommen wurden wo man ſie fand und was ſich bot. Der Name Tzſchirners wirkte erkältend und Mißtrauen einflößend auf den Kern der Einwohnerſchaft. Um ſo ſicherer kamen Perſonen an die Reihe, die nicht zu dieſem Kerne der Bevölkerung gehören und Dresden iſt eine Stadt der Fremden. Eine Gaſthofs- und Frühlingsaufenthaltsſtadt für halb Europa! Auch viele Polen ſind ſchon ſeit 100 Jahren das heißt ſeit der Verbindung Polens mit Sachſen in Dresden faſt nicht weniger als in Warſchau zu Hauſe. Die Anweſenheit ſelbſt die Leitung der Fremden auf den Barrikaden darf uns daher noch nicht als giltiger Verdächtigungsgrund gelten. Auch dürfte es uns nicht über den reinen Urſprung der Bewegung täuſchen, hätte ſie ſich in ihrem Fortgange ſelbſt der ſchädlichſten Zuſätze nicht entſchlagen können. Wie viel ſich ihr von letzteren aufdrängte und anhängte, wozu ſie von Republikanern mißbraucht und von Sozialiſten ausgebeutet werden ſollte, das kann erſt ermittelt werden, wenn ihr Umfang und Inhalt deutlicher zur Anſchauung gelangt iſt. Daß Heubner und daß ſich beſonders Todt für eine proviſoriſche Regierung mit Tzſchirner hergaben, ſcheint geſchehen zu ſein, damit ein vermittelndes und mäßigendes Element darin nicht fehle und damit nicht alle Gunſt des Augenblicks in die Hände von Leuten fiele, von denen Tzſchirner ſelbſt in der Nacht eine rothe Fahne auf die Barrikade pflanzte.

Wenn aber irgend etwas an dieſem traurigſten aller Kämpfe erfreulich ſein kann, der mit einer Erhebung für die deutſche Sache

begann, in der Verwirrung ſein Banner an republikaniſche Fäuſte verlor und endlich, die letztere Thatſache ſteht feſt, in Blut und Trümmern erſtickt ward, ſo iſt es die Tapferkeit, mit der von beiden Seiten geſtritten ward, von Seiten der Aufſtändiſchen nicht minder, als von Seiten der Truppen. Denn Tapferkeit, wo ſie ſich immer zeige, iſt ein Beweis für die Geſundheit des Volkes, welches ſie beſitzt und damit die Gewähr einer hoffnungsreichen Zukunft. Das Volk hat ſich in den Straßen von Dresden mit einem Heldenmuthe und mit einer Todesverachtung geſchlagen, die unter allen Umſtänden unſere Achtung in Anſpruch nimmt. Die preußiſchen Soldaten haben dieſen Muth in vielfältigen Aeußerungen bewundert, die ſächſiſchen waren eifriger dazu, ihn zu beſtrafen. Leider wird in letzterer Hinſicht manches ſo Widerwärtige berichtet, daß wir nur wünſchen können, es möge ſich als Uebertreibung, noch lieber als baare Lüge erweiſen. Die Gefangenen ſind von den Soldaten oft unmenſchlich behandelt worden; wiederholt wird erzählt von Wehrloſen und bereits Verhafteten, die über die Elbbrücke ins Waſſer geworfen wurden, ja auf die geſchoſſen worden ſein ſoll, wenn ſie ſich dann durch Schwimmen zu retten ſuchten. Ich kann zur Erklärung ſo barbariſcher Unglaublichkeiten nur annehmen, dieſe Gefangenen haben ſich bei dem Marſch über die Brücke ſelbſt in das Waſſer geſtürzt, um ſich durch die Flucht zu befreien. In der Stadt Rom am Neumarkte ſollen Turner, die das Gebäude vertheidigt hatten, aus dem dritten Stockwerke von den Siegern auf das Pflaſter geſchleudert worden ſein. Man ſagt ſechzehn Turner. Aus den Fenſtern eines uns wohlbekannten Mannes ſchoſſen die Preußen auf Jeden ohne Unterſchied den ſie erblickten. Ganz unſchuldige Leute, welche die Noth aus dem Hauſe trieb, fielen ſo auf dem pirnaiſchen Platze. Mit derſelben rückſichtsloſen Mordluſt verfuhren die Schützen, die im botaniſchen Garten ſtanden. Aber daß die Barrikaden wie Feſtungen vertheidigt wurden, daß beſonders die Jugend unter den Kämpfern eine Ausdauer und einen Sinn der Unerſchrockenheit, der beſten Sache würdig, entwickelte, darüber hört man nur eine Stimme. In der Brüdergaſſe, verſichert ein Augenzeuge, floß im wörtlichen Sinne das Blut. Acht Mann ſollten dort auf demſelben Platze erſchoſſen worden ſein. Uebrigens wurden die zuletzt genommenen Stellungen der Altſtadt deren Eroberung ſo große Anſtrengung erforderte, von den Aufſtändiſchen endlich nur noch gehalten, um der Menge Zeit zum Rückzuge zu verſchaffen, der ſchon in der Nacht vor dem völligen Siege der Truppen durch den plauenſchen Grund hin angetreten ward.

Ein Lied aus dem Weidenbuſch.

E.M.A. Wir ſitzen im Schatten des Weidenbuſches, laßt uns ein Liedlein aus dem Weidenbuſch ſingen. Wir kennen aus der engliſchen und ſchottiſchen Romantik the songs of the willow, willow, wir kennen dieſen Geſang der Wehmuth und Klage aus dem Shakeſpeare. Die wahnſinnige Ophelia hat Zweiglein des Weidenbuſches in ihren Brautkranz geflochten und zerrupft deren Blätter, und bei dieſem Anblick und bei vielen andern Anblicken ſeiner verdüſterten Umgebung ruft Hamlet: Es iſt Etwas faul und garſtig in Dänemark. Möchten die deutſchen Könige und Fürſten die Kränze, welche wir in Wehmuth flochten und deren Blätter wir zerrupfen oder zerrupfen laſſen müſſen, mit hamletiſchen Augen anſchauen und ſich zurufen: Es iſt Vieles faul und garſtig in Deutſchland!

Ja, wir ſitzen unter dem Weidenbuſche der Wehmuth, wir ſind die Männer der Wehmuth und Trauer; wir wandeln ſeit einem Jahre unter den von der Sturmfluth der Zeit fortgetriebenen Trümmern und Denkmälern der Vergangenheit, und ſinnen in Wehmuth, wie wir einiges Schöne und Herrliche, was noch über den Gräbern der Enkel in der deutſchen Geſchichte emporragen und leben ſollte, bergen und erhalten möchten. Seit einem Jahre iſt dieſe Wehmuth verdoppelt, denn auch die Könige und Fürſten haben uns die ſchwere Arbeit verdoppelt, da auch ſie und ihre Geſchlechter auf die alten Denkmäler und niedergeworfenen Herrlichkeiten hinweiſen, ſelbſt wenn manche von ihnen wenig herrlich ſind.

In dieſer unſerer Sorge und Arbeit liegt eine unendliche Schwermuth, ja eine Schwermuth; denn wir haben meiſtens nur als die Ritter von der traurigen Geſtalt erſcheinen gekonnt; wir ſind in der unleidlichen und unlieblichen Fechterſtellung geſtanden, daß wir mehr Streiche abwehren mußten, als ſie geben konnten. Denn für unſre Gegner ſtanden alle magiſchen und fanatiſchen Zauber und Begeiſterungen, alle in Halblichtern ſchimmernden und Augen blendenden Luſtgebilde mit dunſtigen und weſenloſen Panzern und Schilden, an welchen auch die beſten Kämpfer mit unvermeidlicher Nothwendigkeit ſich die Arme müd und die Säbel ſtumpf hauen mußten. So ſind wir viele Monate geſtanden und beſtanden unter dem Hohngelächter unſrer Gegner und des armen verführten Volks, das gewöhnlich nicht weiß, worüber es lacht, doch nicht immer bloß lacht und höhnt, ſondern zuweilen auch zuſchlägt.

Aber, aber . . . nicht bloß Diejenigen, gegen welche wir gekämpft haben, ſondern viel mehr noch Diejenigen, für welche wir gekämpft haben, unterſtehen ſich jetzt uns gelindeſt Träumer und Narren, oft auch wohl Thronenumſtürzer und Hochverräther zu ſchelten. O daß die Blinden und Undankbaren ſich hüten! daß ſie ſich ſieben Mal und ſieben und ſiebenzig Mal hüten nach dem altteſtamentlichen Fluch! Denn wenn Wehmuth und Schwermuth, die aus Liebe und Treue viel geduldet haben, zornig werden, ſo bricht ſolcher Zorn Stein und Eiſen. Daß ſie ſich hüten, die tollkühnen, ja die ſchlimmer als tollkühnen, die dummkühnen Räthe und Miniſter der Könige, welche viel verwegener um Kronen ſpielen, als die wildeſten Radikalen mit ihnen ſpielen möchten!

Ich will ihnen ein Gleichniß vorhalten; es ſei das von dem Volke, welches ich einem Elephanten vergleiche. Siehe aus den Sümpfen der Umwälzungsüberſchwemmung iſt alles denkbare Ungeziefer ausgebrütet und aufgeſtiegen und hat ſich auf den Rücken des im Ganzen gutmüthigen, gelaſſenen und gelehrigen Thiers geſetzt. Das von dem Ungeziefer gebiſſene und geſtachelte Thier iſt ſchon ungeduldig geworden und hat ſich oft aufgeſchüttelt, und ſein Ungeziefer iſt mit wüſtem, mächtigen Geſumſe und Gebrauſe umhergeflogen, und gegen dieſe von dem gewaltigen Thiere aufgeſchüttelten und abgeſchüttelten Bremſen, Mücken und Flöhe iſt ſchon mehrmals mit Schwerdtern und Stangen ausgelaufen worden, und die Ausläufer haben wohl gemeint, ſie hätten ſchon mit dem Elephanten ſelbſt gefochten. Jetzt ſind auch die Jäger des großen Thiers ſchon aus dem Walde herausgelaufen und ſtampfen und trampeln wild genug; er ſelbſt ſteckt noch in dem Dickicht doch vermeint man durch das Rauſchen der Büſche und das Krachen der Zweige, daß er auf den Beinen und daß er zornig iſt. Darum rufe ich zum dritten und vierten Male: hütet Euch!

Ja, die Maurer, die unter dem Weidenbuſche ſitzen, ſie ſitzen wie die weiland an den Waſſern Babylons von dem Wiederaufbau ihres Tempels, von der Wiederaufrichtung des Reichs Iſrael Träumenden. Sie ſind Männer der Wehmuth und der Trauer, ſie ſingen und klagen von der vergangenen Herrlichkeit des Volkes und des Reiches, die ſie wieder aufrichten möchten; ſie träumten und ſie träumen noch einen hohen und ſtolzen Traum — können ſie dafür, daß die da groß empfinden und denken ſollten, klein empfinden und denken? Aber wenn dieſe Letzten gegen jede Warnung und Weiſung der Zeit blind und taub werden wollen, der Traum jener Erſten wird doch erfüllt werden.

Dieſe haben das Kreuz für die Könige getragen, ſie tragen es heute noch, ſie wollen nicht, daß die wilden Wogen der Zeit auch edle und prächtige Trümmer mit den allgemeinen Trümmern wegtreiben. Nun haben ſich aber neben ihnen oder vielmehr ihnen gegenüber oder gar gegen ſie andere Kreuzritter aufgethan, ſolche, die wirklich ein mittelaltriges Kreuz an ihre Schilde und Degen geheftet haben und ſich die Retter und Verfechter der Könige nennen. Und dieſen, unter welchen wirklich tapferſte und frommſte Männer aber blindeſte ſind, wird nichts gelingen: die Geiſter haben keine Knochen, man haut die Gedanken der Zeit nicht in die Pfanne; dem Wirklichlebendigen und Edlen der Gegenwart wird durch ein unvermeidliches Schickſal der Sieg werden: die Männer des Eiſens und wären ſie die tapferſten und wackerſten und ſchrieben ſie mit den härteſten Stahlfedern, werden den Männern der weichſten Schreibfedern erliegen.

Und weil wir von dem Kreuz und von den Kreuzrittern ſprechen: es iſt ein großes Wahres in dem Kreuze, es ſteht und ficht etwas Wahrſtes und Wirklichſtes unter dem Zeichen des Kreuzes. Das Kreuz war und iſt und wird, ſeit Jeſus Chriſtus in die Welt gekommen, ewig ſein das Zeichen der Freude und des Troſtes für die Armen und Mühſeligen, der beſeligende Himmelstraum der Unſchuldigen und Unterdrückten. Jeſus Chriſtus

war kein Großprophet noch Großpapa des lüderlichen und wahnſinnigen Kommunismus unſerer Tage, aber er war der heilige Lehrer und Weiſer der Göttlichkeit und Freiheit unſeres ganzen Geſchlechtes, und in Mitten aller Narrheiten und Verkehrtheiten unſerer Zeit dämmert doch auch auf Erden und für dieſe Erde das Bild einer ſchöneren, menſchlicheren — ich will das rechte Wort ſprechen — chriſtlicheren Menſchheit immer mehr herauf. Wer ſich vor dem Kreuze Jeſu Chriſti und vor dieſem Bilde in dieſem Sinne recht gedemüthigt und zum ritterlichen Kampfe wieder aufgerichtet hat, der wird recht und chriſtlich zu gleicher Zeit für die Rechte und Ehren der Könige und Fürſten und für die Rechte und Ehren des Volkes fechten. Ich glaube, die meiſten der Weidenbüſchler ſind die rechten Kreuzritter des deutſchen Reichs und Kaiſerthums und der deutſchen Könige und Fürſten geweſen.

Wir ſitzen alſo unter dem Grün, und wer unter dem Grün ſitzt, der ſitzt unter der Hoffnung; ſo ſtehe hier denn zum Schluſſe auch ein Verschen aus einem Liedchen von der Weide, ein Verschen, welches Hoffnung und Leben verkündet:

O Weidenbuſch, du kleiner Strauch,
Dir kann der erſte Frühlingshauch
Die bloſſen grünen Blätter wecken.
Wie biſt du ſaft- und lebensreich!
Gleich wächſt und grünt dein kleinſter Zweig,
Den wir nur in die Erde ſtecken.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 13. Mai. Den Schluß der heutigen Sitzung der konſtituirenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt bildete ein Vortrag des Senatskommiſſärs, Herrn Senator Kloß, über den Betrag und die Modalitäten der ſeit dem 18. Sept. v. J. von dem hieſigen Staate der Reichskaſſe geleiſteten Vorſchüſſe. Die Verſammlung hatte in dieſer Beziehung drei Fragen präciſirt, die Höhe der Vorſchüſſe, den Betrag der etwa erfolgten Rückzahlungen und die Art und Weiſe der Herbeiſchaffung der Vorſchußfonds. Herr Senator Kloß erklärte zuvörderſt, daß ein baarer Vorſchuß an die Reichskaſſe überall nicht geleiſtet ſei, ſondern es ſich ausſchließlich um den Betrag einer Reihe von Verwendungen für das Reich handle; dieſe Verwendungen beſtehen theils in Ausgaben für die Unterſuchungskommiſſion, die ſich bis Ende März auf 32,000 fl. belaufen, theils in Ausgaben für die Verpflegung der Reichstruppen, Viktualien, Fourage, bauliche Einrichtungen (bloß die Kaſernen koſten 233,000 fl.), im Geſammtbetrage, bis Ende März, von circa 617,000 fl., zu welchen bis zum 17. April noch weitere 13,000 fl. hinzukommen. Eine Rückzahlung auf dieſe Vorſchüſſe iſt noch nicht erfolgt; die Reichskaſſe hat vor Kurzem 50,000 fl. zur Befriedigung der Quartiergeber angewieſen, mit denen natürlich jene Vorſchüſſe nichts zu thun haben, aber eine Rückzahlung iſt trotz der vielfachſten und dringendſten Mahnungen noch nicht erfolgt, das Reichsminiſterium hat vielmehr noch letzthin erklärt, daß es ſich zu ſeinem Bedauern ganz außer Stande ſehe, auch nur das Geringſte zu zahlen. Herbeigeſchafft endlich ſind die Vorſchüſſe zum bei weitem größten Theile aus einzelnen Betriebsfonds, ſo daß die Koſten bis jetzt ſich ſehr unbedeutend ſtellen; nur einige kleinere Summen ſind zu 3 und 3½ pCt. angeliehen. Das waren die erſten Aufklärungen, welche der Herr Senatskommiſſär gab; weitere Mittheilungen mußten ihm tropfenweiſe abgepreßt werden, und dieſe Zurückhaltung begreift ſich, weil die ganze Angelegenheit einen wahrhaft troſtloſen Blick in die finanziellen Verhältniſſe der Reichsbehörden und des Reiches gewährt. So erfuhren wir denn weiter, daß das Reichsminiſterium, nachdem es vielfältige Reklamationen unberückſichtigt gelaſſen, nur für die Erſetzung des Aufwandes für Fourage, Krankenpflege und Transport, nicht aber für die Kaſernirung, die nur ein Surrogat der Einquartierung ſei, eine Verpflichtung anerkenne, wogegen ſich freilich einwenden läßt, daß für die Einquartierung doch wenigſtens 18 kr. täglich vergütet werden, für die Kaſernirung aber gar Nichts. Wir erfahren ferner, daß die Mittel des Reichs nicht einmal ausreichten, die Verpflegung für die nach Schleswig-Holſtein hier durchmarſchirenden Truppen zu beſtreiten. Die Reichsbehörden hatten angezeigt, die betreffenden Truppen würden ihre Verpflegung ſelbſt beſtreiten, im andern Falle aber erwarte man, daß die Verpflegung vorſchußweiſe gewährt werden würde; die Rechnungen wurden eingegeben, aber nicht bezahlt. Wir erfuhren endlich, daß die Verpflegungskommiſſion nach beſchaffter Kaſernirung in einer Art von Verzweiflung erklärt habe, ſie werde jetzt nur noch bis Ende des Monats die Verpflegung fortführen: aber das Oberkommando der Reichstruppen ſchrieb ſogleich zurück, daß es ſich in dieſem Falle genöthigt ſehe, die Truppen aus den Kaſernen wieder in die Häuſer der Bürger zu legen und dieſe Drohung wirkte; wenn auch Hr. Dr. Süpf witzig bemerkte, daß ihre Ausführung nicht geſchadet haben könnte, da ſie die Truppen civiliſirter geſchliffen haben würde, ſo ſind doch am Ende die Bürger nicht da, um Schleifſteine für das Militär abzugeben, und es leidet keinen Zweifel, daß die Behörden, als ſie ſelbſt um hohen Preis die abermalige Einquartierung abwendeten, die geſammten Bürger zu lebhaftem Danke verpflichtet haben.

Nachdem noch der Herr Senatskommiſſär die Summe des laufenden Aufwandes für die Truppenverpflegung auf durchſchnittlich 21,000 fl. monatlich angegeben, nahm ſchließlich Herr Dr. Reinganum das Wort. Er wies mit Nachdruck darauf hin, daß Frankfurt dieſe „doppelte Haushaltung" für ſich und für das Reich nicht länger führen könne, ohne ſich zu Grunde zu richten. Der Aufenthalt der Reichstruppen ſowohl als die Inſolvenz des Reiches könne noch lange dauern, die laufenden Einnahmen des Staates deckten den doppelten Aufwand nicht, und die Verwendung des Betriebsfonds ſei nur momentan möglich, denn der Augenblick trete ein, wo dieſe Fonds wieder vorhanden ſein müſſen. Der Redner ſtellte dann den Antrag, den Senat zu erſuchen, irgend weitere Zahlungen für die Reichskaſſe nicht zu leiſten, ſo lange nicht der laufende Saldo vollſtändig getilgt ſei, die ſtändige Bürgerrepräſentation aber, ihre Kommiſſäre anzuweiſen, mit Ausnahme der aus beſtehenden Lieferungsverträgen herrührenden Verpflichtungen, vom 26. d. M. an keine Zahlungsanweiſungen mehr zu unterſchreiben. Der Antrag wurde einſtimmig angenommen und von Hrn. Bürgermeiſter Köſter ausdrücklich bemerkt, daß es dem Senat nur erwünſcht ſein könne, durch ein ſolches Votum der Verſammlung bei ſeinen Schritten unterſtützt zu werden.

Wien, 8. Mai. Mit dem merkwürdigen Promemoria des Banus hat es eine eigene Bewandtniß. Daß es — wie der Lloyd ſagt — dem Kaiſer nicht überreicht worden iſt, iſt allerdings wahr. Es iſt aber aus zuverläſſiger Quelle bekannt worden, daß dieſe Schrift allerdings in Wirklichkeit exiſtire, und dem Miniſterium zugekommen ſei, daß ſie aber ignoriren zu wollen ſcheint. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 13. Mai. Wenn Preußen ehrlich wäre, ehrlich in dem, was in unſeliger Verblendung ſeine blinden Leiter für das Rechte halten, — ſo wird nur zu bald und zu ſchrecklich an den Tag kommen, daß ohne den Halt im Volk, welchen die Unterſtützung der Reichsverſammlung allein gewährte, Preußen nichts vermag. Der Hohn der öſterreichiſchen und baieriſchen Staatsmänner wird nicht ausbleiben. Schon ruft die „deutſche Reform": „Die Regierungen ſind verloren, wenn ſie jetzt dem deutſchen Volke nicht bieten, was es befriedigt." Und Preußen wird es nicht bieten können und das Uebrige ergiebt ſich! — Erwägen Sie nun, wenn die Nationalverſammlung in ſcheinbarer Unthätigkeit, meinethalben durch Vertagung ſich dem Vaterland erhalten hätte, — das verzweifelnde, an dem Uebermuth der Königreiche verzweifelnde Preußen hätte ihr die Hand geboten. Freilich Graf Brandenburg niemals, aber ein beſſerer. Oder wäre noch nicht Alles verloren in der Paulskirche? Wäre den Regierungen der erwünſchte Vorwand nicht gegeben? Denn, daß das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel einen derartigen Vorwand, wie die vorjährige preußiſche Verſammlung willfährig bot, auch von dem Parlament ſehnlichſt erwartete, das nehme ich an. Ich glaube, nicht mit Unrecht. Denn, warum ließ das Miniſterium die Centralgewalt ohne Nachricht, ohne ſchuldige Nachricht über die Dresdener Vorgänge? Irren wir nicht, ſo liegt hierin unverhüllt der ſchmählichſte Verrath.

Als die Kunde von der Verwerfung der Anträge der Linken in Betreff der Vereidigung hierher gelangte, war ein wahrhaftes Hochgefühl, das ſich aller Freunde des Parlaments und des Vaterlandes bemächtigte; die miniſterielle Preſſe ſchwieg. Ja, in Berlin war keine Zeitung, worin dieſes hier allgemein herrſchende freudige bewundernde Gefühl ſich äußern durfte. Denn die Nationalzeitung begeiſterte Gagern, und war auf Seite der Linken wenigſtens in ihren Frankfurter Korreſpondenzen, in denen ſich ein berühmter Redner der Paulskirche an leeren Bänken rächen ſoll. Wenn es jetzt noch möglich wäre — Es darf nicht verzweifelt werden! Auch wenn die Rechte ausgetreten iſt, wie man ſagt. So dringe man auf neue Wahlen für die Ausgetretenen. Unſer Parlament, es darf nicht ſchimpflich enden, weder durch

Gewalt von Außen, noch durch Vernunftloſigkeit von Innen! Vielleicht helfen uns Ergänzungswahlen. Unſere Reichsverſammlung muß wieder aufrecht ſtehen.

Gelingt es heute noch, das Parlament in ſeiner Majeſtät emporzuheben, — in kurzer Friſt kehrt Preußen, gedemüthigt von Oeſterreich und Baiern, zum Bunde mit der Nationalvertretung zurück, den es ſo ſchnöde gebrochen hat.

Oder ſoll es wahr werden, was das Morning Chronicle am 23. Mai 1848 ſchrieb?: „Einheit in Deutſchland, pah, das iſt Unſinn. Jedes Mitglied des Frankfurter Parlaments wird an ſich ſelbſt die Uneinigkeit zur Erſcheinung bringen, und die Arbeiten des Parlaments werden damit endigen, wie ſie begonnen haben, mit utopiſchen Beſchlüſſen.“

= **München**, 13. Mai. Wie man aus guten Quellen vernimmt, iſt jede, auch die beſcheidenſte Hoffnung auf Nachgeben des Königs und der Miniſter nichtig. Man wird in der deutſchen Frage mit Oeſterreich und Preußen, Hannover und Sachſen gehen. Mit Auflöſung der Reichsverſammlung in Frankfurt, mit energiſchem Einſchreiten gegen alle politiſchen und demokratiſchen Vereine ſo wie gegen die geſammte freiſinnige Preſſe, durch Ausrottung des Plakatenſturmes und des Colportirens der Pfennig- und Kreuzerliteratur, durch Abſetzung und Penſionirung aller nur irgend anrüchigen Beamten, durch Einſtecken aller bekannten Demagogen und Literaten, durch baldmögliche Beendigung des Dänenkrieges und fortgeſetzte Vertagungs- und Auflöſungsverſuche der Kammern und vor allem durch die neue große Erfahrung: „Wenn man bis zum letzten Augenblicke erbarmungslos kartätſchen laſſe, ſiege man unfehlbar; in dieſer Hinſicht ſei bei allen frühern Revolutionen zu zeitig der Kopf verloren worden,“ (ſo wenigſtens hört man aus dem Munde offiziell Inſpirirter) hofft man noch einmal mit der deutſchen Bewegung und zwar für einen großen Theil der weiteren Zukunft fertig zu werden. Bei uns ſitzen bereits die beiden Redakteure des radikalen „Gradaus“ in gefänglicher Haft; es heißt gegen den Ausſchuß der Märzvereins ſolle jedenfalls eingeſchritten werden, und die Leiter der Studentenbewegung, die Brüder Sensburg ſeien entflohen, weil man ihnen nachſtelle. Nichtsdeſtoweniger verſammeln ſich die Studenten morgen im Prater, um ihre Bewaffnung und den auf die Reichsverfaſſung zu leiſtenden Eid zu berathen. Ihr neuprojektirtes Freikorps wird nicht genehmigt werden; den Polytechnikern ſind ihre Gewehre geſtern abgenommen worden. Herrn v. Abel bemerkt man hier ſeit lange in eifrigem Verkehr mit dem öſterr.-ruſſ. Geſandtſchaftshotel.

* Pfalz. Die Neue Münchner Zeitung theilt die folgende Vollmacht des Reichskommiſſärs Eiſenſtuck mit:

„Nachdem es aus öffentlichen Blättern wie aus Berichten von Augenzeugen zur Kenntniß der proviſoriſchen Centralgewalt über Deutſchland gelangt iſt, daß in der königl. bayeriſchen Provinz der rheiniſchen Pfalz eine allgemeine Bewegung zum Zwecke der Anerkennung der Reichsverfaſſung eine ſolche Wendung genommen, daß ein Landesvertheidigungsausſchuß, hervorgegangen aus Wahlen einer Volksverſammlung, ſich als eine öffentliche Behörde konſtituirt und Beſchlüſſe gefaßt hat, welche in den Wirkungskreis der beſtehenden geſetzlichen Behörden eingreifen; nachdem ferner eine Anzahl baieriſcher Abgeordneter zur deutſchen Reichsverſammlung, ſowie mehrere hier anweſende Abgeordnete zur baieriſchen Ständeverſammlung, den Wunſch des Landes vorgetragen haben, daß die Reichsgewalt vermittelnd einſchreiten möge; nachdem es ferner zu befürchten ſteht, daß die der geſetzlichen Landesbehörde zur Verfügung ſtehenden Kräfte unzureichend ſein könnten, um die Geſetze und die öffentliche Ordnung überall aufrecht zu halten: ſo habe ich mich bewogen gefunden den Abgeordneten Hrn. Eiſenſtuck, zweiten Vicepräſidenten der deutſchen Reichsverſammlung, zum Reichskommiſſär für die baieriſche Rheinpfalz zu ernennen, und denſelben zu beauftragen im Namen der Reichsgewalt alle zur Aufrechthaltung oder Wiederherſtellung der Herrſchaft der Geſetze in jenem Lande erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, ſich deßhalb ſowohl mit den Civil- als Militärbehörden in das Einvernehmen zu ſetzen, insbeſondere Fürſorge zu treffen, daß der von gedachtem Landesvertheidigungsausſchuſſe am 3. Mai zu Kaiserslautern gefaßte Beſchluß wieder aufgehoben werde, oder denſelben erforderlichen Falles von Reichswegen ſelbſt aufzuheben, überhaupt aber alles dasjenige vorzukehren was die öffentliche Ordnung der gedachten Provinz und die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt von Deutſchland erfordert. Sämmtliche Civil- und Militärbehörden der baieriſchen Rheinpfalz werden hiermit angewieſen, den zu gedachtem Zwecke zu erlaſſenden Verfügungen des Reichskommiſſärs Folge zu leiſten, und denſelben in Durchführung aller von ihm zu treffenden Maßregeln kräftigſt zu unterſtützen. Deſſen zur Urkunde habe ich dem Vicepräſidenten Herrn Eiſenſtuck gegenwärtige Vollmacht ausſtellen und dieſelbe mit meinem Inſiegel verſehen laſſen. (L. S.) Der Reichsverweſer gez. Johann. Der interimiſtiſche Reichsminiſter des Innern gez. H. v. Gagern.

Frankreich.

** **Straßburg**, 9. Mai. Wir leben in dem Wahlfieber. Wohin wir unſern Blick wenden, überall ſieht er Verwirrung, nirgends entſcheidende Momente. Wie in der Hauptſtadt, ſo treiben ſich in dem Lande die Parteien durcheinander; jede mit ihren Kandidaten, nirgends eine Vermittelung. Die ausſöhnende Rue de Poitiers hat auch hier einen Zweig getrieben; aber die diplomatiſche Auswahl der Kandidaten hat ſich meiſt auf unbekannte, unbedeutende Individuen gewendet. Die Liſte ſelbſt iſt die Verſöhnung, aber nicht die Kandidaten, die ſie enthält: Dieſe gehören weit auseinander liegenden Meinungen an. Neben ihr haben wir eine Liſte der gemäßigten Republikaner, die ſich rühmen vor dem Februar es geweſen zu ſein, eine andere der Rothen, verbunden mit Kommuniſten und Sozialiſten, und eine vierte des Klerus. Neben ihnen drängt ſich die der Napoleoniſten durch, die aus alten und jungen Anbetern des kaiſerlichen Wohls beſteht, aber nicht für einen Präſidenten, ſondern geradezu für die Verjüngung des Kaiſerthrones ſich ausſpricht. Perſönlich iſt wohl der Präſident ihr fremd: aber die Thätigkeit, die Opfer, welche gebracht werden, ſcheinen auf die in deſſen Nähe ſtehende Kamarilla hinzuweiſen. Lüge und Mythe empfehlen dieſe Namen dem Heere und dem Landvolke, das unter der Kaiſerkrone die Wiederkehr des goldenen Zeitalters träumt.

Aengſtlich ſehen Bürger und Behörden dem Ausgange entgegen: die Regierung verzweifelt, daß der Schlag in Italien, der ihr viele Stimmen geben ſollte, nicht gelungen iſt. Alles ruht unterdeſſen: namentlich wird für das Heer nichts gethan. Die Regimenter in den Garniſonen ſind ſchwach, an die Einberufung der Konſkribirten wird nicht gedacht. Eine Wahlkonzeſſion haben wir hier vor wenigen Tagen geſehen. Der die Diviſion kommandirende General Bousjolly, ſchon von Lyon her als abſoluter Militär bekannt, der mit dem Treiben der Republikaner ſich nicht befreunden konnte, war auch hier ſehr übel angeſchrieben, und von der Bürgerwehr fürchtete man mißliebige Aeußerungen, wenn man ſie zu dem Feſte des 4. Mai's rief. Daher war auch beſchloſſen ſie zu Hauſe zu laſſen und die Truppenſchau nur mit den Soldaten vorzunehmen. Allein in Paris fürchtete man in den jetzigen Augenblicken die Folgen einer ſchweren Beleidigung, und noch den Tag vor dem Feſt wurde der General in die Hauptſtadt gerufen. Nun durfte man auch die Nationalgarde zur Revue ziehen, und alles verlief in Ruhe und Ordnung.

Polen.

Lith. Korreſp. Von der polniſchen Grenze, 3. Mai. Vor 8 Tagen iſt der Militär-Gouverneur Fürſt Galiczyn aus Warſchau nach Kaliſch zurückgekehrt und ſeit dieſer Zeit werden die kaiſerlichen Gemächer in Kaliſch mit der größten Eile neu ausgeſtattet und zum Empfange des Allerhöchſten Gaſtes eingerichtet. In der Stadt iſt eine große Zahl der ſchönſten Wohnungen in Beſchlag genommen, und für hohe Offiziere und Herrſchaften deſignirt. Man ſpricht allgemein, daß zum 16. d. Mts. der Kaiſer mit dem Thronfolger nach Kaliſch kommen wird, um hier eine längere Zeit zu verweilen. Es heißt, daß noch andere hohe Gäſte hier eintreffen werden. Vielleicht werden hier wie im Jahre 1813 die erſten Beſprechungen der Fürſten ſtattfinden, um vorbereitet auf einem großen europäiſchen Kongreſſe das Schickſal der Völker zu entſcheiden.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 136. Frankfurt a. M., Freitag 18. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Der Aufruhr in Baden.

Deutſchland. Wien (Die Stimmung gegen Ruſſen und Magyaren. Die polniſchen Emigranten. Die Lage Ofens. Rückkehr des Kaiſers. Stockung im Einmarſch der Ruſſen. Die Lage der Dinge in Ungarn. Die politiſchen Gefangenen. Die Preſſe über Deutſchland. Ungariſche Nachrichten. Die lombardiſchen Kaſſenanweiſungen. Vermiſchtes.) Berlin Die Verfaſſungskonferenzen. Die Bieliner Landwehr. Deputation von Elberfeld.) Pillau (Berichtigung über die letzten Vorgänge.) München (Ankunft der Abgeordneten. Die Kammern und die Reichsverfaſſung. Bildung eines Lagers von 10,000 Mann. Tilgung des griechiſchen Anlehens. Ankunft des franzöſiſchen Geſandten. Oberſt Kratzeiſen.) Nürnberg (Verhaftung eines Journaliſten.) Aus der Pfalz (Anordnungen des Landesausſchuſſes. Gewaltherrſchaft.) Stuttgart (Kammerverhandlungen über die badiſchen Zuſtände.) Dresden (Zuſtände der Stadt. Ankunft preußiſcher Truppen. Zwei Verordnungen der proviſoriſchen Regierung.) Baden (Zuſammenſtellung der neueſten Nachrichten.) Karlsruhe (Kundmachungen. Die ſeitherigen Miniſter. Hr. Schlöffel. Die Befreiung Struve's und Blind's.) Mannheim (Eid auf die Reichsverfaſſung. Die Stimmung der Soldaten.) Kaſſel (Erklärung der Städte- und Vereinsdeputirten.) Darmſtadt (Kundmachung des Miniſteriums des Innern.) Hadersleben (Stimmung in der deutſchen Sache. Nachrichten von Fridericia.)

Großbritannien. London (Der König von Hannover erwartet. Erklärung Palmerſton's in Betreff der däniſchen Frage. Ausbruch eines Aufſtandes in Kanada.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Hinrichtung.)

Ungarn. (Die Beſchießung Peſth's. Rückzug der Magyaren von der galiziſchen Gränze. Die Stimmung im Süden.)

---

17. Mai.

Wir haben im erſten Artikel die Vorgänge in Kürze zuſammengefaßt, welche dem Soldatenaufſtand und der Verbindung des rebelliſchen Militärs mit der republikaniſchen und anarchiſchen Partei vorausgingen; wir wenden uns heute zum weitern Verlauf der Bewegung, und ſtellen die Thatſachen wie wir ſie erlebt haben, den ſinnverwirrten und zuſammenhangloſen Berichten entgegen, womit die Verwirrung und der Drang des Augenblicks in der Preſſe und in der mündlichen Ueberlieferung den wahren Sachverhalt entſtellten.

Daß die Bewegung vom 13. und 14. Mai nicht der Durchführung der Reichsverfaſſung galt, daß nur die baarſte Unkenntniß aller Verhältniſſe und die ſteigende Konfuſion der Zuſtände und Anſichten etwas der Art vorausſetzen kann, dies zu erweiſen, genügten wenige Andeutungen, wie wir ſie neulich gaben. Auch daran glaubten wir nicht zweifeln zu dürfen, daß der Schlag ein vorbereiteter war und daß ein großer Optimismus dazu gehört, in den ſyſtematiſchen Vorarbeiten und dem ganz gleichzeitigen Ausbruch des Soldatenaufſtandes von Lörrach an bis Bruchſal lediglich Zufälligkeiten zu erblicken. In jenen erſten Forderungen, womit man die Deputation nach Karlsruhe entſandte, und die mit der Reichsverfaſſung gar keinen Zuſammenhang hatten, konnten wir nur den Verſuch erblicken, die Lage der Dinge zu ſondiren; gab die Regierung nach, ſo hatte ſie freiwillig abgedankt und alle konſtitutionelle Gewalt hörte auf; gab ſie nicht nach, ſo hatte man ja den erwünſchten Anlaß, die zuſammengetriebenen Maſſen zu Gewaltſchritten fortzureißen. Wir haben unbefangene Augenzeugen geſprochen, welche dagegen glaubten, die Gemäßigtſten unter den Exaltirten in Offenburg wären wirklich mit der Bewilligung jener Forderungen befriedigt geweſen und erſt allmälig hätten die äußerſten Richtungen das Uebergewicht gewonnen, daß ſie in den durchaus revolutionären und was ſchlimmer iſt, zum Theil ganz unſinnigen Beſchlüſſen vom 13. d. geltend machten. Allein wir erinnern an alles das, was ſeit Monaten vorbereitet war, an die planmäßige und ſyſtematiſche Thätigkeit zur Unterwühlung der militäriſchen Disziplin, an die offen zugeſtandene revolutionäre Taktik, wie die Erlaſſe des demokratiſchen Landesausſchuſſes ſie ausſprachen, und fragen dann jeden Unbefangenen, ob die Gewalt und Tragweite der angewandten Mittel nicht unverkennbar noch weit über das Ziel hinausgingen, das jene vier Forderungen bezeichneten? Man löſt nicht alle Bande der ſtaatlichen und militäriſchen Ordnung auf, lediglich um einen Miniſterwechſel und eine ohnedem erfolgende Kammerauflöſung zu Stande zu bringen; man ſetzt nicht alle Hebel des wilden und zügelloſen Parteigeiſtes in Bewegung, um das harmloſe Ziel eines Miniſteriums Chriſt-Peter-Brentano zu erreichen. Man treibt nicht die brodloſen Commis voyageurs der Revolution von allen Ecken und Enden zuſammen, man verbündet ſich nicht mit den ehrlichen und rückhaltloſen Predigern einer geſellſchaftlichen Anarchie und eines Pöbelterrorismus, um für die noch übrigen politiſchen Gefangenen — Amneſtie zu erlangen. Oder wenn in der That diejenige Fraktion in Offenburg, welcher die Revolution nur Mittel nicht Zweck war, ſich dem naiven Glauben hingab, ſie könnte dem einmal entfeſſelten Strome demagogiſcher Wühlerei, ſoldatiſcher Zuchtloſigkeit und faktiöſer Erbitterung nach Belieben Halt gebieten und die Blutfarbe des Aufſtandes ſo bald es ihnen gefiele wieder mit Mäßigungsgedanken verwäſſern, ſo wären ſie die ungeſchickteſten Zauberlehrlinge, die jemals mit dem böſen Geiſte der Revolution getändelt haben. Die Linkseſten von geſtern wären ja ſchon morgen in die Kategorie der „Heuler“ eingetheilt worden und das wohl erworbene Renommee eines Fickler oder Brentano hätte ſie nicht davor geſchützt, als „Volksverräther“ auf die Proſkriptionsliſte zu kommen. Für ſo thöricht darf man aber dieſe Demagogen von Profeſſion nicht halten, daß ſie geglaubt hätten den Dämon der Revolution, den ſie mit allen Künſten heraufbeſchworen hatten, nach Gefallen wieder bändigen zu können; ſie mußten wiſſen, daß ihre Verbündeten von der wildeſten und verzweifeltſten Sorte ſich nicht umſonſt in Dienſt nehmen und brauchen ließen.

In dieſem Sinne war es in Raſtatt verſucht und gelungen, jene militäriſche Empörung zu Stande zu bringen, in dieſem Sinne wurden auch in Bruchſal ein paar Kompagnien des Leibinfanterieregiments erſt trunken gemacht und dann zur Zuchtloſigkeit verführt. Unbegreiflicher Weiſe brachte man am Sonntag Nachmittag dieſe Horde — nach Karlsruhe, wo ſich bis dahin von ernſter Widerſetzlichkeit noch keine Spur gezeigt hatte. Kaum waren ſie angelangt, ſo begann daſſelbe wüſte und zügelloſe Treiben wie an den anderen Orten und ſteigerte ſich im Laufe des Abends zu Exceſſen, die ein unmittelbares und ernſtes Einſchreiten dringend erforderten. Schon zwiſchen acht und neun Uhr ſahen wir, wie an der Kaſerne des Leibinfanterieregiments die Fenſter und Gitter eingeſchlagen, Waffen und Geräthe herausgeworfen wurden, kurz ein widriges Bild der Zerſtörung ohne Plan und Sinn, wozu das wilde Gebrüll einer trunkenen Maſſe die würdige Begleitung bildete. Allenthalben fanden wir die einzelnen Soldaten umringt von Gruppen, die ſie hetzten und aufregten; es waren darunter wenig einheimiſche Geſichter zu ſehen, wohl aber fanden ſich die Bummler von Profeſſion wie überall ſo auch hier wieder raſch am Platze ein. Inzwiſchen geſchah nichts, durchaus nichts, dem Unweſen, das hier noch im Keime zu erſticken war, ernſtlich zu ſteuern; ſeit Mittag hatte man von einer höhern leitenden Behörde keinen Befehl, kein Lebenszeichen erhalten und wenn ſich allmälig auf dem Marktplatze um das Rathhaus zu ſchützen Bürgerwehrmänner ſammelten, ſo war das mehr guter Wille als planmäßige Ordnung.

Ungeſtört raſ'ten die trunkenen Soldaten, und ihre Treiber von außen; es ſchien keine Autorität und keine Regierung mehr

vorhanden zu ſein. Wenn nun einzelne Offiziere, man erzählte unter andern auch Prinz Friedrich, bei ihrem Beſtreben Ordnung zu ſchaffen, in der Kaſerne inſultirt wurden, ſo bedurfte es ja nur eines leitenden feſten Mittelpunkts, um in die zerſtreuten und in ihrer Zerſtreutheit wirkungsloſen Kräfte Einheit und Zuſammenhang zu bringen; das tief beſchämende und für Baden ewig ſchmachvolle Beiſpiel eines Heeres ohne Führer und moraliſche Verbindung wäre dadurch erſpart worden. Allein es ſchien, als habe die Gewalt ſich ſelbſt aufgegeben; Regierung nnd Miniſterium waren bereits unſichtbar. Mochte es dem krank darniederliegenden Miniſter des Innern nicht zuzurechnen ſein, daß in dieſer Kriſe nichts geſchah, ſo hatte man alles Recht zu fragen, wo denn das Kriegsminiſterium blieb, und dieſe Frage wird öffentlich und unumwunden beantwortet werden müſſen. Wer Augenzeuge war von der Rathloſigkeit und den unſeligen Folgen dieſer Anarchie von oben, wird zugeben müſſen, daß dieſe Forderung nach Aufklärung der Sachlage eine ganz allgemeine war, möge ſie nun ausfallen, wie ſie wolle.

Nach 9 Uhr fielen um die Kaſerne und aus derſelben einzelne Schüſſe; zum Theil ohne Plan und Ziel, wie es von einer zügelloſen und trunkenen Schaar zu erwarten war. Eine beſtimmte politiſche Farbe war in dem Treiben der rebelliſchen Soldaten nicht zu erkennen; es machte nur den abſtoßenden und ekelhaften Eindruck einer aufgelöſten und entfeſſelten rohen Gewalt, ſo widrig wie ihn ſelbſt ein Pöbelaufruhr kaum einflößen mag. Die Reichsverfaſſung, die am Morgen beſchworen war, mochte der Rauſch ſchon verweht haben; von Republik und dergleichen wußten ſie, wie wir am folgenden Tage aus dem Munde vieler auf dem Heimwege hören konnten, wenigſtens im Zuſtande der Nüchternheit durchaus nichts. Das Ideal ihrer Freiheit beſtand, wie ſie uns in größter Naivetät verſicherten, zunächſt darin, daß ſie weniger Strapazen und mehr Behagen wünſchen; „wir wollen nichts, ſagte uns einer, als unſere Offiziere wählen, aber ſo, daß ſie uns gehorchen müſſen und wir nicht ihnen.“ Und der Mann war ganz nüchtern und befand ſich auf dem Wege nach Hauſe, rühmte ſich aber, bei allem Skandal voran geweſen zu ſein. Andere erzählten von den Flugſchriften und Zeitungen, die ſie ſeit Monaten „aufgeklärt“ hätten; allen aber ging der große politiſche Kampf der Zeit wie ein dumpfes Mühlrad im Kopf herum und ſie wußten mit den Stichwörtern, die ſie in Volksvereinen und Verſammlungen aufgeſchnappt, noch nicht recht umzuſpringen. Eine große Zahl der Beſſern war durch die unſelige Verwicklung der Dinge in der Pfalz und in Sachſen über ihre Lage ganz ins Unklare gekommen; perſönlicher Mißmuth gegen dieſen oder jenen Oberen gab aber meiſtens den Ausſchlag.

Inzwiſchen hat die offizielle Sophiſtik der Demagogie, wie wir mit eignen Ohren vernahmen, bereits als Urſache und Rechtfertigung entdeckt, daß die Soldaten die Anerkennung der Reichsverfaſſung von Seiten der badiſchen Regierung nicht rückhaltlos genug gefunden hätten; die Prätorianer des proviſoriſchen Landesausſchuſſes und die Reichsverfaſſung! Wenn es nicht zu traurig wäre, könnte man darüber lachen. Wohl aber weiſt dieſer ganze Zuſtand auf eine tiefe Fäulniß der Grundlagen des Heeres und auf einen ganz geringen moraliſchen Einfluß der Offiziere hin.

So war es möglich, daß der Skandal fortdauerte, daß ſich der wirre Knäuel von rebelliſchen Soldaten, patentirten Bummlern und Karlsruher Mob zwiſchen 9 und 10 Uhr durch die lange Straße der Stadt wälzte, an den Wohnungen einiger Offiziere grobe Exceſſe verübte und ſich dann dem Marktplatz zuwandte. Dazwiſchen einzelne Schüſſe, auch wohl kleine Salven, ſo planlos, daß einzelne ehrliche Spießbürger lange Zeit des frommen Glaubens blieben, es ſeien nur blinde Freudenſchüſſe. Die Bürgerwehr am Rathhaus ganz ohne beſtimmte Weiſung, ohne Kenntniß darüber, ob ſie einen Angriff zu gewärtigen habe und ſich vertheidigen ſolle oder nicht. Dann auf einmal erklang mitten in dieſem Gewirre, das ſich immer noch wie eine Art Gaſſenſpektakel anſah, der Ruf: nach dem Zeughaus! Der erſte Ruf kam wie es ſchien, nicht von Soldaten oder doch jedenfalls von ſolchen, die Civilkleider trugen. So brauſte der immer mehr anwachſende Schwarm, nur in den vorderſten Reihen wenig geordnet, durch die Straßen weiter nach dem Zeughaus; daß von oben Befehl gegeben war, dies zu ſchützen, haben wir nicht gehört, die Ordre verlief ſich nicht weiter, als zum Bürgerwehrkommando. Ein Fähnlein war auf Umwegen hingeſandt worden; ein anderes in der nahen polytechniſchen Schule aufgeſtellt zog ohne höheres Kommando hin. Zwei Fähnlein Bürgerwehr, zum Theil ſchon aus Bürgern reiferen Alters beſtehend, freiwillig und ohne Generalmarſch erſchienen, ohne militäriſche Oberleitung, ſchickten ſich an, das Zeughaus gegen eine raſende Soldateska zu vertheidigen — ein bezeichnendes Beiſpiel zur Verwirrung und Sinnloſigkeit der Lage.

Wenig Sekunden entfernt war die Dragonerkaſerne, zum größten Theil von einer tüchtigen, wenn auch nicht zahlreichen Truppe beſetzt, wenige Minuten vor dem nahen Durlacher Thor lag die Artillerie, wie ſich ſpäter auswies, ebenfalls von überwiegender guter Disziplin und noch unter ihren Offizieren. Ein raſches Herbeieilen beider mußte den ſinnloſen Angriff auf's Zeughaus in eine vollſtändige Einſchließung der Rebellen und eine totale Niederlage derſelben verwandeln. Dazu gehörte freilich eine Führung; die aber fehlte eben. Ein braver Artillerielieutenant, der früher durch Mißgeſchick einen Arm verloren, war die einzige militäriſche Perſon, welche die Vertheidigung der wackern Bürgerwehrmänner mit Umſicht und Kaltblütigkeit leitete.

Inzwiſchen war eine Abtheilung Dragoner mobil geworden; ſie machte einen raſchen Angriff in die Flanke der Rebellen, der unglückliche Fall des Führers (Rittmeiſter Laroche) machte die erſte Anſtrengung erfolglos. Sie zogen ſich ohne Leitung in ihre Kaſerne zurück, obwohl ſie die Gegner zurückgedrängt hatten. Nun folgte (es war gegen eilf Uhr) Andrang auf das Gitter des Zeughauſes, die erſten Schüſſe fielen von den Angreifenden, wurden aber von der Bürgerwehr ſogleich erwiedert. Eine Salve auf die andere; auch wohl einzelne Schüſſe aus den gegenüberliegenden Häuſern, wo die Rebellen Poſto gefaßt hatten. Die Schüſſe freilich waren ſchlecht gezielt, meiſt zu hoch, der ganze Angriff wo möglich noch planloſer als Alles, was von der andern Seite geſchah; doch dauerte das Gewehrfeuer von eilf bis gegen drei Uhr. Die Bürgerwehr hatte Verwundete, aber keine Todten; von den aufrühreriſchen Soldaten wurden *neun* auf dem Platze gezählt.

Die anliegenden Straßen boten indeſſen ein eigenthümliches Bild; unter dem Knattern der Gewehrſalven hie und da einzelne verſprengte Gruppen, die ohne Mütze oder auch noch in voller Rüſtung durch die Gaſſen wankten und ihre Gewehre abdrückten. Am Schloß dagegen war Todtenſtille und im Hofe Dragoner aufgeſtellt, am Marktplatze die Ruhe nur noch einmal durch den Anlauf einer Rotte unterbrochen.

Als der Morgen dämmerte, verliefen ſich die Stürmenden; das Zeughaus war im Beſitz der Bürgerwehr geblieben und der Zuzug neuer Wehrmänner, die ſich freiwillig geſammelt hatten, hatte deren Muth gehoben. Wer um drei Uhr den Platz verließ, nahm die Ueberzeugung mit, daß alles gewonnen ſei und konnte nicht daran zweifeln, daß die beſtehende Regierungsgewalt Nutzen ziehen würde aus dem braven und aufopfernden Benehmen einer Bürgerwehr, die zuerſt verlangt hatte, auf die Reichsverfaſſung beeidigt zu werden und die auch zuerſt mit Muth einſtand, ihren Eid zu halten gegen Pöbel- und Prätorianergewalt. Die Regierung war aber inzwiſchen ganz unſichtbar geworden; und darüber iſt ſie ſich ſelbſt und der Welt vollſtändige Aufklärung und Rechenſchaft ſchuldig.

Deutſchland.

☿ **Wien**, 12. Mai. Man glaubt es kaum, daß man ſich am Sitz einer Regierung befindet, die auf zwei Seiten Kriege führt und $^2/_3$ des Reiches mittelſt Kriegsrecht adminiſtrirt; hier iſt es ſtill, wenn auch nicht ruhig, und man erfährt wenig, was auf dem Schauplatz der Thaten und der Berathungen vorgeht. Der Kaiſer iſt beim Heere, und die Wiener Journale wollen das Hurrah der Soldaten gehört haben. Allein dieſe ſagen auch das öſterreichiſche Volk wünſche die Ruſſen herbei, während das mähriſche Gubernium gezwungen iſt, die höchſten Strafen anzudrohen und eine militäriſche Beſetzung anzuordnen, weil man fürchtet, daß die Eiſenbahn zerſtört wird, um die Beförderung des einrückenden Heers zu hemmen. Von magyariſchen Emiſſären wird gefabelt, weil überall Sympathieen für Koſſuth laut werden; da müßte man aber die Miniſter einſperren, welche die geſchickteſten Emiſſäre für die Magyaren ſind. Ihre abſoluten Tendenzen laſſen die ſeparatiſtiſchen der Ungarn noch als Freiheits- und Rechtskämpfe erſcheinen. Die Miniſterjournale geſtehen es ſchon

ſelbſt, daß die Slovaken und die Kroaten die Reihen der Ungarn freiwillig vermehren, und die deutſchen Legionen, die in Peſth gebildet werden, beſtehen faſt ganz aus deutſchen Oeſterreichern, die den Tod mit den Magyaren dem Leben mit den Ruſſen vorziehen.

Nach einem Miniſterial-Erlaß müſſen ſich alle kaiſerliche Polen bis zum erſten Juni in ihrem heimiſchen Bezirke perſönlich ſtellen; ſonſt werden ſie als Theilnehmer am Aufſtande in Ungarn proſcribirt. Dieſer Tage paſſirten hier gegen 100 polniſch-ruſſiſche Emigranten, die wahrſcheinlich über Trieſt nach Amerika gebracht werden. Kranke und Gefangene ſind jetzt die tägliche Augenweide, und die armen Soldaten befinden ſich im bedauernswertheſten Zuſtande. Ehrlich aber geſtehen ſie, daß der Kampf in Ungarn kein menſchlicher ſondern ein teufliſcher ſei, denn ſie kämpften nicht gegen Soldaten ſondern gegen das Volk.

Kaum wurde in Ungarn bekannt, daß in Oeſterreich ein Invalidenfond geſtiftet werde, ſo veranſtaltet man Sammlungen für einen Huſarenfond, von dem die verwundeten Krieger eine Unterſtützung erhalten ſollen. Während man hier bereits die konfiszirten Güter der magyariſchen Rebellen fiskaliſch verkauft, ohne ſie zu haben, vertheilt der ſiegende Bem die ſiebenbürgiſchen Ländereien unter ſeine Soldaten, und gewinnt ſich ſo neue Anhänger, denen er materielle Vortheile bietet. Ofen iſt entweder ſchon gefallen, oder fällt in den nächſten Tagen. Von allen Anhöhen beſchoſſen, ſcheint der öſterreichiſche Kommandant nur aus Rache ſeine Bomben nach Peſth geſchleudert zu haben. Kapitulirt er nicht, ſo ſteht ihm der Tod ſicher bevor, denn an Entſatz kann vor 4 Wochen, wenn es den Ruſſen noch ſo glücklich geht, nicht gedacht werden. Das iſt wieder ein Welden'ſches Schlachtopfer, der es wiſſen mußte, daß Ofen unhaltbar iſt.

△ **Wien**, 12. Mai. Heute Nachmittag um 6 Uhr iſt der Kaiſer von Preßburg zurück gekommen. Beinahe unbemerkt und unerkannt fuhr er durch die Stadt, da nur Wenige von ſeiner Ankunft Kenntniß hatten. Von den Ruſſen wiſſen wir nichts als daß ſie geſtern in Göding, wo ſie von Oderberg eintreffen ſollten, nicht anlangten. Die miniſterielle Partei iſt darüber ſehr betreten. Von vielen Seiten wird behauptet, ſie hätten Ordre erhalten, an der ſchleſiſchen Grenze ſtehen zu bleiben bis auf weitern Befehl. Andere wollen wiſſen, Dembinski habe ihnen den Weg geſperrt; man behauptet ſogar, es ſei zu einer Schlacht gekommen.

△ **Wien**, 13. Mai. Der Eindruck, welchen das Gerücht des ſiſtirten weiteren Einmarſches der Ruſſen auf die Mehrzahl der Bevölkerung machte, war unſtreitig ein freudiger zu nennen, denn ſelbſt eine große Zahl von denen, welche die Intervention durch die Noth des Augenblickes für geboten halten, können doch ihre Antipathie dagegen nicht überwinden. Die Freude war aber von kurzer Dauer; heute heißt es wieder, die Ruſſen ſeien über Prerau in Hradiſch eingetroffen. Das Regierungsblatt beobachtet darüber ein undurchdringliches Schweigen; dagegen deuten die andern miniſteriellen Blätter an, daß die erſte ruſſ. Truppenkolonne nur ſo lange in Schleſien ſtill ſtehn werde, bis eine zweite nachgerückt ſei u. ſ. f. um Schleſien gegen einen Einfall Görgey's oder Dembinski's zu ſchützen. Der aus dem Tſcherkeſſenkriege bekannte ruſſ. General Saß ſoll Kommandant der erſten Kolonne ſein. In dem Lager bei Preßburg herrſcht noch immer Ruhe; die Hauptmacht der gegenüber ſtehenden Inſurgenten, von welchen man nie recht weiß, ob Klapka oder Görgey den Oberbefehl hat, ſoll ſich nicht gegen Oedenburg, ſondern gegen Güns gewendet haben. Im Sohler Komitate wird alles Eigenthum der Geflüchteten durch die Magyaren konfiszirt und verkauft. Schemnitz iſt noch immer von ihnen beſetzt und in Kremnitz, Neuſohl und Thurocz ſtehn größere Streitkräfte von Honvéd's, welche die Päſſe bei Turtſok, Hermanetz und Sturecz befeſtigen. Im Banat wird die Lage immer bedenklicher. Temesvar ſcheint ſich noch zu halten, aber nach den neueſten, jedoch unverbürgten Nachrichten ſoll Arad genommen ſein. Auch Lugoſch und Werſchetz iſt von den Magyaren beſetzt, und Teodorovic hat ſich aus Beckerek bis nach Tomaſevac zurückgezogen. Die Magyaren wollen jetzt das Cſaikiſten-Bataillon auch zu Waſſer angreifen und ſind von Szegedin aus bereits mit mehreren Dampfſchiffen bis Curug vorgerückt. Die Serben ſchoſſen auf die Fahrzeuge aber ohne Erfolg. Stratimirovic ſcheint das Kommando nicht niedergelegt zu haben und noch in der Römerſchanze zu ſtehen. Knicanin ſteht im Bacer Komitate und Puchner noch immer in Orſova und Mehadia; es ſcheint, daß die Munition, welche man ihm zuſandte, noch nicht eingetroffen iſt. Man glaubt übrigens noch immer, daß er den Oberbefehl an Zeisberg oder Malchovski abtreten wird. Der Banus hat in Agram das Volk zum Feſthalten an dem Kaiſerhaus aufgerufen und vor den falſchen Propheten gewarnt. Auch hat er Anſtalten getroffen zu einer neuen Werbung von zwanzig Bataillonen für Kroatien und Slavonien. Seit einigen Tagen ſieht man wieder ungewöhnlich viele politiſche Gefangene transportiren. Vor einigen Tagen wurde der Präſident des Studentenkomites (in den Oktobertagen), der ſich in der Umgegend aufhielt, denunzirt und gefänglich eingezogen. Auch ſoll ein demokratiſcher Klub in der Nähe der jetzt zur Kaſerne dienenden Aula entdeckt worden ſein. Gegen hundert polniſche Legionäre, welche in Ungarn in Gefangenſchaft geriethen, ſind nach Grätz abgeführt worden; die Grafen Louis Batthyany (geweſener ungar. Miniſterpräſident) und Karoly wurden in das Kaſtell von Laibach gebracht, mit ihnen jene 28 magyariſchen Bauern, welche die Kroaten in Güns ermordeten. Der Prozeß des unglücklichen Fiſchhof ſcheint in ein Stadium getreten zu ſein, das unter ſeinen Freunden große Beſorgniſſe erregt. Es ſoll nämlich erwieſen ſein, daß er es war, welcher den General Bem veranlaßte nach Wien zu kommen und zwar noch während ſeiner Amtsthätigkeit als Miniſterialrath; auch daß er ihn mit Geld unterſtützte, wird als Grund einer Anklage geltend gemacht. Vorgeſtern wurde unter militäriſcher Bedeckung ein Frauenzimmer aus Ungarn gebracht, das man in unſerm Lager als Spion ergriffen hatte. Die Furcht ſcheint der Unglücklichen epileptiſche Unfälle zugezogen zu haben. Eine ungeheure Menſchenmenge ſtrömte in Folge ihres Geſchreies vor der Stadtkommandantur zuſammen und man bat die Bedeckung ſie frei zu laſſen. Dieſem Verlangen konnte aber von den Soldaten, obgleich ſie ſelbſt Mitleid mit ihr zu haben ſchienen, natürlich nicht entſprochen werden. Ein anderer noch furchtbarerer Fall ereignete ſich in der Vorſtadt, St. Ulrich, wo mehrere Knaben den Tod Latours als Spiel nachahmten *); einer nach dem andern wurde aufgehängt und dann wieder abgelöſt, bis die Reihe an den Sohn eines kaiſerlichen Reitknechts (von 11 Jahren) kam. Dieſer arme Knabe wurde nicht zu rechter Zeit von ſeinen Kameraden wieder befreit, als er plötzlich Zeichen des nahenden Todes gab, erſchracken die Andern ſo, daß ſie die Flucht ergriffen, und ſo ward der Knabe ein Opfer dieſes grauſamen Spieles. Unſere Preſſe fährt in vornehmer Ignoranz über die deutſchen Zuſtände mit den härteſten Urtheilen über das deutſche Volk und die Frankfurter Verſammlung fort; ein wirklich deutſches Blatt beſitzen wir nicht einmal in der oſtdeutſchen Poſt. Der ſuperkluge Lloyd iſt mit Frankfurt auf dem Punkte unſres Miniſteriums, und die „Preſſe“ kennt nur ein Nord- und ein Süddeutſchland. Aber ſie hat wenigſtens Einſicht in die Lage der Dinge und den Muth ihrer Meinung.

* **Wien**, 13. Mai. Ueber das Bombardement Peſth's enthält die Peſther Zeitung v. 6. d. folgende Notiz: Seit 6 Stunden iſt die Kanonade mit längeren Zeitintervallen vernehmbar; auch ſcheint ſich die Wuth gegen unſere harmloſe Stadt, woher bis zur Stunde kein Angriff auf die Feſtung erfolgte, gelegt zu haben. Ob wir während der kommenden Nacht nicht eine Wiederholung des geſtrigen Vandalismus zu befürchten haben, laſſen wir dahin geſtellt ſein. Es heißt, daß unſere Angriffsbatterien auf der Ofner Seite bereits eine Breſche in die Feſtungsmauern geſchoſſen haben. Auch ſoll man noch wirkſameres Belagerungsgeſchütz erwarten, welches den ſeit 28 Stunden ununterbrochen dauernden Angriff auf die Feſtung einem erwünſchten Erfolge zuführen ſoll. Der ungariſchen Gewehrfabrik in Großwardein fehlt es an Arbeitern. In Peſth wurden daher alle zur Waffenverfertigung Fähigen aufgefordert, ſich dahin zu verfügen. Vom Kriegsſchauplatze wird gemeldet: Das 1. und 2. Armeekorps unter F.-M.-L. Schlick und Cſorich ſtehen auf dem rechten Donauufer, das 3. — F.-M.-L. Simunich, — auf der großen Schütt, das 4. — F.-M.-L. Wohlgemuth, — auf dem linken Donauufer gegen Tyrnau. Die Ungarn haben ſich gegen Güns gezogen. Um den neuen, für das lombardiſch venezianiſche Königreich beſtimmten Kaſſeanweiſungen im Belaufe von 70 Mill. Lire ſicheren Eingang zu verſchaffen, werden nunmehr dieſelben als Zwangsanlehen auf die Gemeinden im ganzen Königreiche angelegt. Der Kaiſer hat bei ſeinem Aufenthalte in Preßburg zwei Generäle penſionirt,

*) Dieſer Umſtand wird in verſchiedenen Blättern verſchieden erzählt, in dem Factum ſtimmen ſie alle überein.

und einen andern Stabsoffizier zum Profoßen geſchickt. Bei ſeinem unvermutheten Beſuch des Wiener Militärſpitals war kein einziger Arzt anweſend; auch koſtete der Kaiſer die Suppe und fand ſie ſehr ſchlecht. Er rügte dieſe Mängel ſtreng, und es machen derartige Vorgänge, die an den Einen großen Namen erinnern, welchen der Kaiſer trägt, ſehr guten Eindruck. Vom 7. bis 12. Mai wurden bei der hieſigen Sparkaſſe fl. 79,370. C.-M. eingelegt und fl. 107,709. erhoben.

Lith. Korr. **Berlin**, 15. Mai. Die geſtern durch den Staatsanzeiger veröffentlichte Abberufungsordre der Frankfurter Abgeordneten Seitens Preußen kam keineswegs unerwartet, aber ſie war deswegen in einem Augenblicke erlaſſen, wo ganze Provinzen im Aufſtande, doch von nicht geringer Bedeutung; man erſah aus dieſer Maßregel, daß das Gouvernement Brandenburg entſchloſſen iſt, weiter den Weg der Gewalt zu gehen, daß dieſes Kabinet keinen Anſtand mehr nimmt, auch ſich offen gegen Bundesbeſchlüſſe aufzulehnen. Wenn, wie das Miniſterium in der Verordnung ſelbſt ſagt, die Abgeordneten (alſo auch die preußiſchen) ihr Mandat empfangen haben auf Grund der Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April 1848, ſo ſteht es Preußen, ſelbſt wenn man annimmt, daß die Mandate durch Bundesbeſchluß ertheilt ſeien, nicht zu, Beſchlüſſe des Bundes einſeitig aufzuheben. Preußen hätte ſich hierüber erſt mit den übrigen Bundesgliedern in Einvernehmen ſetzen müſſen, und das iſt nicht geſchehen. Durch dieſe letzte Maßregel des Kabinets Brandenburg iſt Preußen in eine Stellung den ſüddeutſchen Regierungen gegenüber gekommen, die von dieſen, mit Ausnahme von Baiern, leicht als eine feindliche angeſehen werden dürfte. Die Regierungen von Würtemberg, Baden, Heſſen-Kaſſel und Heſſen-Darmſtadt haben der dieſſeitigen bereits in ſehr entſchiedener Weiſe, wie früher gemeldet, die Anerkennung und das Feſthalten an der Reichsverfaſſung notifizirt, man hat ſogar von dieſer Seite her ſich verwahrt gegen die rechtswidrige einſeitige Oktroyirung einer Verfaſſung durch die preußiſche Regierung. Jene Gouvernements halten feſt an dieſer Erklärung und wir können verſichern, daß die von verſchiedenen Zeitungen gegebene Nachricht, es ſeien von Baden und Heſſen Bevollmächtigte zu dem preußiſchen Kongreß geſandt, wenn auch, um eine abweichende Erklärung Namens ihrer Regierungen zu geben, ungegründet iſt. Es ſind weder von Baden noch von Kurheſſen oder Heſſen-Darmſtadt Regierungsbevollmächtigte hier anweſend, außer den gewöhnlichen Geſchäftsträgern, die jedoch keineswegs beauftragt ſind, dem Kongreſſe überhaupt nur beizuwohnen; ſie haben vielmehr ſchon früher die ihnen von ihren reſp. Regierungen zugefertigten Gegenerklärungen überreicht.

Die Berliner Landwehr iſt nach Hamm abgegangen, jedoch nicht, wie es vorher beſtimmt war, bis Magdeburg ohne Waffen. Dieſelben wurden den Fordernden noch vor dem Abmarſch gewährt. Der König hielt bei der Revue eine Anrede an die Landwehr, in der er ſie an die alte Treue erinnerte und die Erwartung ausſprach, daß ſie dem Beiſpiel ihrer Väter folgen würden. Ein Paſſus der Rede Sr. Majeſtät, welcher von den „Buben“ ſprach, die in der Provinz auf Empörung ſinnen, wurde mit heftigem Ziſchen und Pfeifen aufgenommen, worauf Se. Majeſtät in mildern Ausdrücken fortfuhren. Ein Theil der Landwehr (20. Regiment) hat übrigens die preußiſche Kokarde abgeriſſen und trägt nur die deutſche. Vor der Abfahrt kam es auf dem Bahnhofe noch zu einer Prügelei zwiſchen einigen Landwehrmännern und einem Major, ob in oder außer Dienſten wiſſen wir nicht.

Von Elberfeld und Iſerlohn iſt geſtern Abend eine Deputation eingetroffen, die zum König geführt zu werden verlangte. Das Miniſterium oder wenigſtens der Miniſterpräſident hat jedoch nicht für gut befunden, dieſem Wunſche zu willfahren, obſchon die Deputation aus ſehr konſervativen Männern beſtand und unter ihnen ſich auch ein Bruder des derzeitigen Juſtizminiſters Simons befand. Die Deputation ſah ſich ſo genöthigt nur dem Herrn Grafen Brandenburg von der entſetzlichen Aufregung Bericht zu erſtatten, ſie hob beſonders hervor, wie die Bewegung keineswegs blos vom Proletariat ausgehe, ſondern wie vielmehr auch die Bourgeoiſie lebhaft an der Erhebung Theil nehme. Der kommandirende General und Miniſterpräſident Graf Brandenburg hatte für die Deputation keine andere Antwort, als daß man mehr Truppen hinſchicken würde, wenn die dorthin dirigirten Bataillone nicht ausreichten.

* Ueber den Vorfall bei **Pillau** bringt die „Deutſche Reform“ folgende Berichtigung, bei der indeſſen die Ausfälle gegen Herrn Ludwig Simon hätten geſpart werden können. Denn die irrige Nachricht, auf welche er ſich bezog, lief durch alle Zeitungen, und daß ſie Glauben fand, iſt bei der empörenden Vernachläſſigung des deutſchen Intereſſe in der ſchleswigſchen Angelegenheit, welche der damalige preußiſche Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten ſich hat zu Schulden kommen laſſen, eben nicht ſehr zu verwundern. Die Berichtigung lautet: „Uns liegt ein von der Kommandantur zu Pillau eingeſandter und vor der Rede des Herrn Simon abgefaßter Bericht vor, woraus hervorgeht, daß das betreffende Blokadeſchiff ſich am 30. v. M., Morgens halb zehn Uhr, dem Strande nach ungefährer Schätzung bis auf 5000 Schritte genähert habe. Da eine Möglichkeit vorhanden war, das feindliche Fahrzeug zu erreichen, ſo ward eine 25pfündige Bombenkanone abgefeuert. Die Bombe fiel etwa 300 Schritt vor dem feindlichen Schiffe in die See. Dies zog ſogleich auf ſeinem Fockmaſt die Parlamentärflagge auf, und da zugleich ein Boot, ebenfalls mit der Parlamentärflagge verſehen, vom Schiffe abruderte, ſo ward das Feuern eingeſtellt und der Lootſenkommandeur mit ſeinem Boote, einen Parlamentär an Bord, dem Feinde entgegen geſandt. Um halb eilf Uhr trafen die Boote zuſammen. Der Kapitän des däniſchen Schiffes verlangte die Liſte der noch im dieſſeitigen Hafen befindlichen neutralen Schiffe, die aber nicht gegeben werden konnte, weil die hieſigen Konſuln dieſelbe nicht verabfolgen laſſen wollten. Nachdem der däniſche Offizier noch gefragt: „ob man ihm nichts Erfreuliches mittheilen könne“ und hierauf der Lootſenkommandeur ihm erwiedert: „daß Kolding genommen und däniſcher Seits viele Menſchen dabei geblieben ſeien“, welches ſichtlich auf den Offizier und ſeine Leute einen erſchütternden Eindruck machte, trennten ſich die beiden Boote. Punkt 12 Uhr zog die däniſche Brigg ihre Segel auf und ſteuerte in See.“

München, 14. Mai. Der neuernannte Geſandte der franzöſiſchen Republik, Hr. Armand Lefevre, iſt hier angekommen. (Allg. Z.)

München, 14. Mai. Oberſt Kratzeiſen, Mitglied der zweiten Kammer für München, hat ſein Mandat niedergelegt. Als ſein Stellvertreter wird Hr. Reinsdorf, zweiter Bürgermeiſter der Stadt München, in die Kammer treten. Er wird, wie ſich bei einem Münchener Magiſtrat faſt von ſelbſt verſteht, zur partikulariſtiſchen Fraktion derſelben gehören. (Münchn. Bl.)

0 **München**, 15. Mai. Die Abgeordneten aus Schwaben und Altbaiern ſind großentheils, die aus Franken theilweiſe hier angekommen, die meiſten aber werden erſt heute hier eintreffen, und ſo wird kaum vor Freitag die erſte Sitzung ſtattfinden können. Wie ich höre, hofft Pfordten zuverſichtlich auf eine Mehrheit in der zweiten Kammer für das Miniſterium und ſeine Politik in der deutſchen Sache, und gedenkt, wenn er in der Minderheit bleibt, ſein Portefeuille niederzulegen. Da ohnerachtet des Ausbleibens einiger im Landesvertheidigungsausſchuſſe ſitzender Pfälzer doch eine große Mehrheit ſich für die Anerkennung der Reichsverfaſſung ausſprechen wird, was Niemand, das Miniſterium ausgenommen, bezweifelt, ſo dürfte Pfordten bald ſeinen Bündel ſchnüren, um in irgend einem an miniſteriellen Kriſen leidenden Staate ein Portefeuille zu ſuchen, nachdem er Baiern in unſägliche Verwirrung geſtürzt, die Parteien gegen einander aufgehetzt, und eine noch nie dageweſene Spaltung zwiſchen Volk und Fürſt hervorgerufen hat. Er wird gehen, ohne den von ihm geſchürzten Knoten gelöſt zu haben, und überläßt es ſeinem Nachfolger dies zu thun oder ihn mit dem Schwerte zu zerhauen. Vielleicht iſt das erſtere noch möglich, da ſich nun auch in der Kammer der Reichsräthe eine Partei bildet für die Anerkennung der Reichsverfaſſung, die bereits viele Namen angeſehener und intelligenter Männer zählt. Wallerſtein, Zu-Rhein, Giech, Leiningen und noch andere werden genannt, die theils aus prinzipiellen Gründen, theils in der Erkenntniß der nunmehr zur Nothwendigkeit gewordenen Anerkennung zur deutſchen Fahne ſchwören. Sanguiniker hoffen ſogar in dieſer Kammer auf eine Mehrheit für die Reichsverfaſſung. Unterdeſſen wird für alle Fälle bei Donauwörth ein Lager von 10,000 Mann zuſammengezogen um von da mit der Eiſenbahn ebenſoſchnell nach Schwaben als nach Franken hin operiren zu können. Von Infanterieregimentern, welche dieſes Lager beziehen ſollen, werden aufgeführt das 4., 5., 11. und 15. Dazu ſoll noch Kavallerie von Augsburg und Artillerie beordert werden. Heute Nachmittag wird das Studentenfreikorps nach einem geſtern gefaßten Beſchluſſe ſich in der Aula einfinden, um dort den Eid

auf die Reichsverfaſſung abzulegen. Wahrſcheinlich wird aber vorher ſchon die Auflöſungsordre erfolgen, wodurch die Studenten gezwungen würden, ihre Waffen abzugeben. Geſtern endlich hat König Ludwig die griechiſche Schuld getilgt, gerade noch vor Thorſchluß, ehe die Kammer in Berathung über den Kolbſchen Antrag gehen konnte. Die Sache wird übrigens noch als großes Geheimniß behandelt. Bis um 10 Uhr Vormittags waren erſt 46 Abgeordnete in der Anmeldungsliſte eingezeichnet. Doch ſind mit dem Mittagszuge wieder viele eingetroffen.

Nürnberg, 13. Mai, Morgens. Geſtern iſt Hr. Lang, Redakteur des „freien Staatsbürgers" verhaftet und alsbald in das Gefängniß abgeführt worden. (D. k. Z.)

† Aus der Pfalz, 15. Mai. Unſer Landesvertheidigungsausſchuß, der ſich bereits als die alleinige Regierung der Pfalz gebärdet, hat wieder eine Reihe von Beſchlüſſen erlaſſen, von denen ich Ihnen hier die Hauptpunkte mittheile. 1) Alle Pfälzer, welche Pferde haben, oder bekommen können, ſollen zur Bildung einer berittenen Volkswehr zuſammen treten. 2) Den Wehrmännern, welche es verlangen, ſoll Lohn gezahlt werden, jedoch nur für jene Tage, welche ſie ausſchließlich im Dienſte zubringen. Der Gemeine erhält täglich 6 Kr., der Unteroffizier 9 Kr., der Offizier 30 Kr., der Hauptmann 1 Gulden. Sind ſie außerhalb ihres Wohnorts beſchäftigt, ſo erhalten ſie außerdem noch freie Verpflegung und Verköſtigung (natürlich vom Volke). 3) Alle zum Volke übergetretenen Soldaten ſollen als Unteroffiziere, alle Unteroffiziere als Offiziere mit täglichem Sold in die Pfälzer Volkswehr eingetheilt werden. 4) Außer dem Befehlshaber Fenner v. Fenneberg iſt noch der polniſche Kapitän Racquillert als Oberkommandant angeſtellt worden. 5) Der Landesausſchuß wird fortan ſeine Beſchlüſſe, Proklamationen ꝛc. durch ein beſonderes Blatt veröffentlichen, auf welches ſchleunigſt und zahlreichſt zu abonniren iſt. 6) Alle Volkswehrmänner, welche früher Artilleriſten waren, ſollen ſich zur Bildung eines Artilleriekorps unverzüglich melden. (Es ſind nämlich die großen Eiſengießereien in Weſtrich, beſonders die von Herrn Guinant, gegenwärtig damit beſchäftigt, Kanonen und Munition dafür anzufertigen. An 30 Stück Sechspfündner ſollen ſchon vollendet ſein. Auch Ludwigshafen wird bereits von einigen Kanonen bewacht.) An den Bürgermeiſtern findet der Ausſchuß die gehorſamſten Organe. Die Landkommiſſariate Homburg und Cuſel, welche die Eintreibung der Geldbeiträge verhindert, werden dafür als für einen Eingriff in die Sache des Volkes noch beſonders gezüchtigt werden. Ein proteſtantiſcher Geiſtlicher bei Speier, welcher am vorigen Sonntag gegen den Landesausſchuß und ſein Verfahren von der Kanzel herab geſprochen, iſt, wie berichtet wird, von 6 Mann nach Kaiſerslautern abgeführt worden. Jeder Reiſende muß es ſich gefallen laſſen, in den Städten angehalten zu werden. Die Geldbeiträge, welche, wenn ſie nicht freiwillig kommen, mit Gewalt erpreßt werden, belaufen ſich zum Theil auf ſehr beträchtliche Summen. Manchem Privatmann ſind bis an 500 Gulden auferlegt. Keine Gemeinde bleibt verſchont. Dazu kommt das gänzliche Stocken aller Geſchäfte und eine Unmaſſe neuer, nicht unbedeutender Ausgaben. Die ruhigeren Gemeinden, welche mit der Betheiligung zögern, werden durch Drohungen in Schrecken gejagt oder erhalten Einquartirung. Ein ganzes Heer von Vagabunden hat ſich bereits in der Pfalz geſammelt, die Land und Leute leichter zu Grunde richten, als vertheidigen werden. Sie ſtehen dem Ausſchuß in Allem zur Verfügung.

** **Stuttgart**, 16. Mai. In der Kammer der Abgeordneten erſtattete heute die ſtaatsrechtliche Kommiſſion Bericht über die mehrbeſprochene Dislokation der würtembergiſchen Truppen in Baden zur Zeit unſerer Verfaſſungsbewegung. Die Kommiſſion hatte die Akten des Kriegsminiſteriums zur Verfügung und bemerkte nach denſelben einmal, daß es eine eigene Art von Truppendislokation zur Erleichterung der Quartierlaſt, wie die Sache dargeſtellt worden, ſei, wenn man konzentrirte Stellungen einnehme. Sie fand ferner, daß, während das Kriegsminiſterium angeordnet hatte, von Dislokationen, ſobald der Befehl dazu ertheilt ſei, Meldung zu machen, Prinz Friedrich aufgegeben hatte, erſt nach Beziehung der neuen Stellungen dieſe Meldung zu erſtatten. Die Kommiſſion fand übrigens, daß aus den würtembergiſchen Akten der Sache nicht auf die Spur zu kommen ſei und beantragte Verwendung der Regierung bei der Centralgewalt, daß das Ergebniß der Unterſuchung durch das Reichskriegsminiſterium hieher mitgetheilt werde, ſowie eine Anfrage an die Regierung, was auf die Bitte der Kammer um Aufhebung des Korpskommando's geſchehen ſei. Die Sache gab Veranlaſſung zu neuen Debatten über die Stelle des Korpskommando's, welche die Kammer durch Erneuerung ihrer Bitte um Aufhebung dieſer vielſeitig bedenklich erſcheinenden Stelle an ſich, ohne Rückſicht auf ihren Inhaber endigte. Was die Unterſuchung durch das Reichskriegsminiſterium betrifft, ſo wurde die betreffende Bitte durch die Zuſage der Regierung erledigt. Römer ſelbſt ſchlug den Weg einer Interpellation an das Reichskriegsminiſterium durch einen Reichstagsabgeordneten namentlich auch dahin vor, ob, wie ein Abgeordneter mitgetheilt, der vom Reichskriegsminiſter abgeſandte Adjudant den Marſchbefehl des Prinzen Friedrich im Original vorgefunden habe. Weiter ſagte er zu, ſeinerſeits das Reichsminiſterium um eine Aktenmittheilung angehen zu wollen und da der Abgeordnete Wolff äußerte, das 4. Infanterieregiment habe ſchon Marſchbefehl auf Stuttgart erhalten gehabt, auch Unterſuchung in dieſer Richtung. Aus den Aeußerungen des Miniſters ging ferner hervor, daß im Falle der erwieſenen Schuld die Stelle des Korpskommando's wohl nicht wieder beſetzt werden würde. Weiter brachte Abgeordneter Reyſcher Namens des Fünfzehnerausſchuſſes die badiſchen Verhältniſſe zur Sprache, durch die Anfrage, ob von der Centralgewalt Würtemberg zur Abſendung von Truppen nach Baden aufgefordert worden und welche Einleitungen getroffen ſeien. Römer bejahte erſteres; ein würtembergiſches und ein heſſiſches Truppenkorps ſollen einrücken. Nun ſtellte Reyſcher den Antrag, um alles Mißtrauen zu beſeitigen, um nicht den Schein auf ſich zu laden, als ob die Würtemberger gleich den Preußen in Sachſen einmarſchiren, die Erwartung auszuſprechen, daß die geſammte bewaffnete Mannſchaft, ſammt der Bürgerwehr, den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung gemäß auf die Reichsverfaſſung beeidigt werde. Aus der Antwort Römers hierauf und aus ſeinen Aeußerungen über die badiſchen Vorfälle iſt Folgendes hervorzuheben: Er für ſeine Perſon würde ſich jeder Einſchreitung in Baden enthalten; die Centralgewalt habe aber im Intereſſe des Reichsfriedens und der Reichsfeſtung Raſtatt das Anſinnen geſtellt, das Geeignete vorzukehren, deshalb habe die Regierung Vorkehrungen getroffen und die Einberufung der Beurlaubten verfügt. (Die Centralgewalt hat das erſte Contingent und die Reſerven verlangt). Die Regierung werde ſuchen, die Centralgewalt zu vermögen, daß ſie die Ordnung der Badiſchen Verhältniſſe den Badenſern ſelbſt überlaſſe, und wo möglich nicht durch Waffen, ſondern durch Kommiſſäre den Reichsfrieden herſtelle. Es werde ſich dann zeigen, ob wirklich die Bewegung eine Bewegung für die deutſche Reichsverfaſſung ſei; ſei ſie eine republikaniſche, ſo müßte das frühere Verhältniß am Ende ſelbſt mit Waffengewalt hergeſtellt werden. Die Beeidigung betreffend, ſo ſei ja die Verfaſſung als Geſetz verkündet, alſo bereits jede Verletzung derſelben ſtrafbar. Beeidigung könnte blos negativ dahin gehen: Ich gelobe nichts gegen die Reichverfaſſung zu thun. Die Regierung ſtehe übrigens in Verbindung mit anderen Staaten zu gemeinſamer Beeidigung. Noch machte der Redner auf das Einſchreiten der Centralgewalt ſelbſt gegen die Beeidigung der naſſauiſchen Truppen aufmerkſam. Der Abg. Becher, der der Verſammlung in Offenburg angewohnt und bis zum 14. Abends in Karlsruhe geweſen war, auch ſeinen Einfluß angewandt hatte, um ein republikaniſches Vorſchreiten zu verhüten, gab nun eine Schilderung des ganzen Verlaufs in Baden, worin er die Hilf- und Haltungsloſigkeit aller Behörden, und in Folge dieſer die ſo unerwartete Einſetzung des Landesausſchuſſes in Karlsruhe darſtellte und ſich dagegen beſchwerte, daß die Centralgewalt, ſtatt auf die Wahrung der Reichsintereſſen in der Feſtung Raſtatt ſich zu beſchränken, die Truppen aufbiete, um den „anarchiſchen Zuſtänden" in Baden ein Ende zu machen. Römer würde Würtembergs Einſchreiten gegen das Nachbarland tief beklagen; an Proteſtationen gegen Zumuthungen würde es die Regierung nicht fehlen laſſen, wenn aber die legale Gewalt verlange, mit unſern Truppen einzuſchreiten, ſo ſehe er keinen Ausweg. Wenn der erſte Erlaß der Centralgewalt von Anarchie in Baden rede, ſo werde ein zweiter vielleicht anders lauten, wenn inzwiſchen die Centralgewalt erfahren habe, auf welche unerhörte Weiſe die badiſche Regierung gefallen ſei. Die Geſchichte kenne vielleicht kein Beiſpiel von einem ſolchen Zuſammenfallen einer Regierung. Wenn die Sache nicht ſo ernſt wäre, ſo müßte man ſie außerordentlich komiſch finden. Der Antrag auf Beeidigung wird erſt in einer folgenden Sitzung erledigt werden, da ſich für die Dringlichkeit nicht ¾ der Mit-

glieder fanden. Dagegen ſtimmte die Kammer dem Antrag Scherrs zu, den Fünfzehnerausſchuß zu beauftragen, Anträge in Betreff der badiſchen Frage der Kammer vorzulegen. Scherr hatte erſt eine Abendſitzung für heute verlangt; er ſtand aber ſelbſt davon ab, als Staatsrath Römer erklärte: ehe die würtembergiſchen Truppen abmarſchirten, könne die Kammer noch manchen Beſchluß faſſen. Daraus geht hervor, daß die Intervention nicht ſehr eilt. Ueber die Stimmung der Soldaten hört man Verſchiedenes; eine höchſt geringe Neigung ſoll bei den Einberufenen ſich zeigen, gegen Baden einzuſchreiten. Eine gutgeſchriebene „Aufforderung der badiſchen Soldaten an ihre Kameraden im übrigen Deutſchland" wurde geſtern Abend vielfach unter die hieſigen Soldaten ausgetheilt, und findet ſich da und dort angeſchlagen, ſo heute früh an allen 4 Seiten der Jubiläumsſäule.

≈ **Dresden**, 14. Mai. Ohne Glockengeläute und ohne Gottesdienſt in den drei großen ſehr beſchädigten Kirchen ging der geſtrige Sonntag dahin; auf den Straßen wurde gepflaſtert, an den Häuſern wurden Schäden reparirt und durch die Gaſſen, über die Plätze drängten ſich neugierige Menſchenmaſſen; aus Berlin, Leipzig und Breslau und überall her mit den Eiſenbahnen und aus dem Lande waren die Neugierigen gekommen, um Dresdens Zuſtand nach der Revolution zu ſehen. Der Poſtmeiſter von Wilsdruf wurde geſtern gefänglich hier eingebracht. Preußen, das erſte Bataillon vom 8. Landwehrregiment, ſind geſtern hierher gekommen und bereits in der Stadt einquartiert. In dieſer Nacht ſind zwei preußiſche Soldaten vom 12. Landwehrregiment, wie man ſagt in einer engen Gaſſe, meuchelmörderiſch erſchoſſen worden. Ich theile Ihnen anbei die beiden letzten größern Verordnungen der proviſoriſchen Regierung mit, deren zwei ich durch beſondere Güte erhalten, denn ſie ſind kaum noch aufzufinden, und welche merkwürdige Aktenſtücke für unſere Revolution abgeben:

1) „An unſere Mitbürger! Der König von Sachſen hat preußiſches Militär herbeikommen laſſen, um ſeinen Eigenwillen dem Willen des Volkes gegenüber durchzuſetzen. Das ſächſiſche Volk, welches ſeine beſten Söhne auf die Barrikaden geſandt hat, um für die Einheit und Freiheit Deutſchlands zu kämpfen und Sachſen insbeſondere vor den unwürdigen Feſſeln eines verrätheriſchen Sonderbündniſſes zu bewahren, wird dieſe Kunde mit einem Schrei der Entrüſtung aufnehmen. Es iſt heute mit ſeltenem Muthe gekämpft worden. Gegen die von außen herbeigeführten Streitkräfte wird der Kampf mit doppeltem Muthe fortgeſetzt werden. Dank Euch, Ihr Helden der Freiheit! Der Tod für die Freiheit iſt ſchön und der Sieg iſt Euer im Leben und Sterben. Kämpft fort, wie Ihr gekämpft habt. Du aber, ſächſiſches Volk, ſtehe wie bisher feſt zur Sache, die wir führen. Wir wollen die Reichsverfaſſung und durch die Reichsverfaſſung die Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes, das Heil Sachſens, und für das, was wir wollen, kämpfen wir bis zum Tode!" Dresden, den 5. Mai 1849. Abends 8 Uhr. Die proviſoriſche Regierung. Tzſchirner, Todt, Heubner.

2) „An unſere Mitbürger! Nach ſechstägigen Barrikadenkämpfen gegen ein doppeltes, mit allen Mitteln wohlausgerüſtetes Kriegsheer ſtehen unſere tapfern Freiheitsſchaaren noch eben ſo unerſchüttert, friſch und freudig auf ihren Poſitionen, wie am erſten Tage. Wir ſind durch Zuzüge aus vielen Theilen des Landes ſtark geworden, und der glücklichſte Erfolg hat unſer Werk gekrönt. Der Feind wird bald vernichtet ſein, und wäre es ſchon lange, wenn nicht viele herbeigekommene Hilfsſchaaren, den lügenhaften Verläumdungen unſerer Gegner Glauben gebend und allen perſönlichen Muthes baar, anſtatt mit uns in die Mitte des Kampfes zu eilen, ſchmachvoll zurückgegangen wären. Wir erwarten, daß dies von dieſem Augenblicke an anders werde. Es ergeht hiermit an alle Kommunalgarden des Landes, kraft dieſes öffentlichen Ausſchreibens, das als förmliche Verordnung zu betrachten iſt, der Befehl, ſofort allerwärts zum Kampfe für die Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes herbeizueilen. Dieſe heiligen Güter müſſen jetzt errungen werden, ſei es im ſtädtiſchen Barrikadenkampfe, ſei es in offener Feldſchlacht, oder ſie werden nie erobert werden. In dieſem Kampfe darf kein deutſcher Mann, der noch irgend zum Dienſte tauglich iſt, fehlen. Viele Behörden im Lande haben uns bereits anerkannt. Diejenigen, welche uns binnen 24 Stunden vom Abdruck gegenwärtiger Bekanntmachung in der Leipziger Zeitung (in welche ſie freilich nicht gekommen iſt) oder in dem am Orte geleſenen Lokalblatte an, noch nicht anerkannt haben werden, muß das Volk dazu zwingen. Mitbürger! handelt, wie es ſich für Männer gebührt, und die gerechte Sache wird ſiegen. Dresden, den 8. Mai 1849. Die proviſoriſche Regierung von Sachſen. Tzſchirner. Heubner." (Todt war ſchon geflohen.)

Dresden, 14. Mai. Die hier ſich aufhaltenden Polen proteſtiren heute öffentlich im Anzeiger gegen das Gerücht, daß ſie in Maſſe an der Inſurrection Theil genommen hätten. (D.A.Z.)

† Aus Baden, 16. Mai.*) In Freiburg ſtehn Freiſchaaren, die täglich durch neue Zuzüge aus der Umgegend anwachſen; es mögen ſchon 3000 Mann in der Stadt ſein. In der Nähe der Stadt ſteht dreierlei Militär: auf der einen Seite General Miller mit ſeinen würtembergiſchen Truppen, Uhlanen ꝛc., auf die er vollkommenes Vertrauen ſetzen kann; auf der andern die treu gebliebene badiſche Reiterei (etwa 400 Mann Dragoner) und etwas Fußvolk unter Gayling, auf der dritten das aufrühreriſche 2. badiſche Infanterieregiment unter Hauptmann Dreier, welchen ſich das Regiment aus ſeinen Offizieren zum Kommandanten wählte. Dreier iſt ſonſt ein achtungswerther Charakter und ein tüchtiger Soldat. Alle Truppen ſind heute noch der Meinung, ihrem Fürſten treu zu ſein, nur von den Offizieren, die ihnen nicht gefielen, hätten ſie ſich befreit. Die Verhältniſſe in Raſtatt ſind räthſelhaft; es ſcheinen da verſchiedene Pläne und Motive, die einander ſehr ferne ſtehen, und welche die Handelnden im Augenblick der verhängnißvollen Schritte ſelbſt nicht alle kannten, zuſammengewirkt zu haben. Bis jetzt iſt ſoviel gewiß, daß den Wohlmeinenden in der Feſtung gelungen iſt, Anarchie und weitere Unordnung zurückzuhalten. Hinkeldey mit etwa 150 Dragonern und zwei Batterien reitende Artillerie iſt zwiſchen den aufrühreriſchen Haufen durchgezogen bis in die Nähe von Mannheim, von dort aus hat er den Weg nach Sinsheim eingeſchlagen, und wird wahrſcheinlich mit ſeiner Abtheilung die würtembergiſche Grenze erreichen. Auch zu dem Gayling'ſchen Korps bei Freiburg finden ſich jeden Tag einzelne Zerſprengte und auch viele Verführte ein, welche ihren Schritt bereuen; dieſes Wiederfinden und wieder Anſchließen ſoll einen wunderbar rührenden Eindruck machen und manchem alten Soldaten ſoll eine Thräne, deren er ſich wahrhaftig nicht zu ſchämen hat, den Schnurrbart darob bethaut haben.

In Heidelberg ſind am 16. etwa 500 Mann „zum Volk" übergetretenes Fußvolk mit 2 Haubitzen und 2 Kanonen einmarſchirt, gefolgt von einem wilden Haufen Freiſchärler, meiſt Bauern mit Beilen, Senſen, Miſt- oder Heu-Gabeln bewaffnet; das Militär ſchien wenig erbaut von dieſer Geſellſchaft, die Offiziere blickten gar nicht in die Höhe; Augenzeugen verſichern, ſie hätten keinem in die Augen ſehen können, ſo tief ſei der Tſchako in die Stirn gedrückt geweſen.

Brentano hat von Karlsruhe aus gleich bekannt gemacht, es ſollten die Beamten unter der „neuen Regierung" nicht von ihren Stellen entfernt werden, ſie möchten fort fungiren! Die Sache verhält ſich aber ſo: es wird vom neuen Regiment ein Eid gefordert auf die Reichsverfaſſung „mit den durch die Umſtände nöthig werdenden Modifikationen" und auf Treue für den Landes-Ausſchuß; der Großherzog iſt nicht dabei genannt, auch nicht die beſtehende Landes-Konſtitution *). Verweigert ein Beamter dieſen doppelten Eid, ſo wird er auf der Stelle entlaſſen, und dann heißt's im Volke: „er hat die Reichsverfaſſung nicht anerkennen wollen." Ob dergleichen rabuliſtiſche Künſte auch beim Soldaten verfangen werden?

Brentano hat allerdings geäußert, der Großherzog hätte da bleiben ſollen, gegen ihn habe man gar nichts; zugleich aber iſt der reitenden Artillerie, welche den Großherzog begleitete, nachgeſetzt worden, um ihr die Kanonen abzujagen. Eine Botſchaft ſoll an den Großherzog abgegangen ſein, um ihm die Bitte um ſeine Rückkehr vorzulegen; nur ſoll damit die Bedingung verknüpft worden ſein, daß er den neuen Zuſtand der Dinge gutheiße, und alles, was bis jetzt geſchehen iſt, anerkenne. Auch ſoll ihm — auf Struve's Vorſchlag — eine peremtoriſche Präkluſiv-Friſt von wenig Tagen zur Rückkehr geſetzt worden ſein. Dies kann ich indeß nur als Gerücht geben, denn unſere gegenwärtige Regierung iſt ungeachtet ihres Freiſinns und ihres Sinnes für Oeffentlichkeit ſehr vorſichtig und zurückhaltend mit ihren Mittheilungen an's ſouveräne Volk.

Der alte Hr. v. Itzſtein hält ſich noch ganz ſtill im Bau; das iſt ein Zeichen, daß er noch verdächtige Witterung ſpürt. Zum Befehlshaber der Bürgerwehr und des Freiſchaaren-Zuzugs zu Freiburg iſt ein Sohn Welcker's vom Landes-Ausſchuß erwirkt. Das gefliſſentlich verbreitete Gerücht, auch Chriſt werde eine hohe Stelle in der neuen badiſchen Regierung annehmen, iſt wenig glaublich.

17. Mai. Die Parlaments-Mitglieder Chriſt und Zell ſind geſtern als Reichskommiſſäre nach Karlsruhe gereiſt.

Die Kolonne Hinkeldey (ſ. oben) iſt glücklich mit den Geſchützen über die würtembergiſche Gränze gekommen und ſteht im Augenblicke in oder bei Heilbronn. Die Freiſchaarenzüge ſind nicht ſo groß als man ſich vorſtellt, wenn man ſie kommen und gehen

*) Die Leſer werden die leicht erklärliche loſe Form dieſer Mittheilungen entſchuldigen, die uns aus ſehr geſchätzter und gewiſſenhafter Hand zukommen und bei der Sparſamkeit und Unzuverläſſigkeit aller badiſchen Nachrichten von doppeltem Gewichte ſind.

*) Letztere Angabe ſcheint irrig; man vergl. den Artikel Karlsruhe.

ſieht. Man führt ſie auf der Eiſenbahn im Lande herum, ſo daß derſelbe Haufe bald in Karlsruhe, bald in Mannheim, bald in Heidelberg, bald in Freiburg auftritt und — imponirt. Die Art und Weiſe, wie dieſe Züge zu Stande kommen, iſt gleichfalls eigenthümlich; den Städten droht man mit Freiſchaarenzügen vom Lande, wenn ſie ſich nicht in Allem unterwerfen; den Landbewohnern ſagt man, wenn ſie nicht bewaffnet in die Stadt kämen, ſo werde Militär und Volkswehr aus der Stadt kommen und ſie alle todt ſchießen. Alles die majorem Dei gloriam.

Das Briefgeheimniß ſcheint nicht überall reſpektirt zu werden. In Freiburg z. B. ſind Briefe angekommen, welche Spuren von Eröffnung tragen. Der Freiſchaarenführer Sigel iſt auch im Lande.

* **Karlsruhe**. Die Karlsruher Ztg. vom 16. Mai bringt zwei neue Kundmachungen: die eine an das badiſche Volk, worin im Namen des Finanzminiſteriums Hr. Gögg (ein Mannheimer, bisher zweiter Vorſtand des Landesausſchuſſes), verſichert, daſſelbe werde alle ſeine Kräfte aufbieten, daß ein geregelter Geſchäftsgang ſtattfinde; es habe namentlich Vorſorge getroffen, daß im Kaſſenweſen des Staates keine Störung vorkomme, und nach wie vor alle Verpflichtungen, welche die badiſche Regierung durch Vermittelung des Finanzminiſteriums übernommen, pünktlich erfüllt werden. Die zweite Kundmachung iſt ein Aufruf des Ober-Lieutenants Eichfeld an die badiſchen Soldaten, worin er ſie ermahnt: „Reihet euch, Kameraden, feſt aneinander, folgt euren freigewählten Führern, haltet unverbrüchlich jene Kriegszucht, die den Sieg verbürgt," und ſie verſichert, daß „ihre Brüder in den Gauen weit umher jubelnd ihre Geſinnung theilen." Daſſelbe Blatt enthält folgende Mittheilung: Die hier anweſenden Mitglieder des ſeitherigen Miniſteriums haben an alle Behörden folgende Erklärung mitgetheilt: „Durch die Ereigniſſe der letzten Tage wurde der Großherzog bewogen, das Land zu verlaſſen, und auch die Mitglieder des Staatsminiſteriums ſind nicht anweſend. Ein Landesausſchuß hat die Zügel der Regierung ergriffen, und übt thatſächlich die öffentliche Gewalt aus. Die hier befindlichen Mitglieder der Miniſterien haben geglaubt, eine Pflicht gegen das Land zu erfüllen, wenn ſie bis auf Weiteres ihre Amtsverrichtungen fortſetzen, damit die verfaſſungsmäßigen Organe der Staatsverwaltung möglichſt in Thätigkeit erhalten werden. Sie werden den verlangten Eid, welcher neben der Reichsverfaſſung auch die Landesverfaſſung wahrt, in nachſtehender Formel leiſten: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewiſſen, unbedingt und ohne Rückhalt die Durchführung der Reichsverfaſſung mit allen meinen Kräften zu unterſtützen und den Anordnungen des Landesausſchuſſes für Baden, unbeſchadet meiner auf die Landesverfaſſung geſchehenen Verpflichtung, Folge zu leiſten, ſo wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig iſt." Hr. Schlöffel iſt in Karlsruhe eingetroffen.

Die Berichte der Reiſenden aus Baden geben von dem augenblicklichen Zuſtand des unglücklichen Landes ein Bild wie von den wüſteſten Saturnalien. Schaaren von betrunkenen Freiſchärlern, mehr auf den Wagen als in denſelben ſitzend, überfüllen die Bahnzüge, die ſich nur langſam und jeden Augenblick anhaltend fortbewegen. Entfällt einem der Souveräne die Pfeife, ſo muß der Zug anhalten. Fortwährend wird aus den Zügen geſchoſſen. In den Warteſälen vergnügt man ſich damit, Kugeln in die Decke zu ſchießen.

* Struve, Blind und Bornſtedt ſollen nach der Mannheimer Abendztg. nicht vom Militär, ſondern von Bruchſaler Bürgern befreit worden ſein, nachdem Sonntag Nachts die Kunde von den Offenburger Beſchlüſſen dorthin gelangt war. Nach einer andern Verſion ſind ſie durch Dragoner aus Raſtatt befreit und nach Raſtatt gebracht worden.

Mannheim, 15. Mai. Die Militärkommiſſion, welche geſtern hier gebildet wurde, iſt nun in voller Thätigkeit; die Kavallerie hat bereits dieſen Vormittag auf die Reichsverfaſſung geſchworen, und die Infanterie wird es, wie es heißt, um 4 Uhr thun. Geſtern Abend fielen noch manche merkwürdige Scenen hier vor; verſchiedene Soldaten traten als Redner auf und wurden von ihren Kameraden auf den Schultern getragen; dieſen Morgen aber und theilweiſe noch in letzter Nacht verließen viele Soldaten mit voller Ausrüſtung den hieſigen Platz und ſchickten ſich zur Heimkehr an; auf erhaltene Anzeige ſind aber hiegegen ſcharfe Vorkehrungen getroffen worden. Ein Theil des Militärs, hauptſächlich die Dragoner und Unteroffiziere der Infanterie, ſcheint übrigens der neuen Wendung der Dinge nicht beſonders geneigt zu ſein. Hier und vornämlich in Ludwigshafen wimmelt es von jungen bewaffneten Bürgern, denen immer noch der Name Freiſchaaren zu Theil wird. Man exerzirt über dem Rhein bereits mit Kanonen. Die Beamten des Stadtamts haben ihre Thätigkeit eingeſtellt und ſich entfernt. (Schw. M.)

Kaſſel, 15. Mai. Die Erklärung, welche von den dahier verſammelt geweſenen Abgeordneten mehrerer Gemeinden und Vereine Kurheſſens in ihrer Verſammlung vom 13. Nachmittag (in Gegenwart eines zahlreichen Auditoriums) auf die Antwort des Miniſteriums beſchloſſen wurde, geht dahin: 1) In Betracht, daß die Reichsverfaſſung für die zuſtimmenden deutſchen Regierungen endgiltig feſtſtehe, daß darin von einem Einvernehmen aller Regierungen zur Durchführung einer verfaſſungsmäßigen Beſtimmung keine Rede iſt, daß nach §. 193 der Reichsverfaſſung alle Staatsbürger zu beeidigen ſind; zu erklären, daß ſich die Verſammlung mit der Antwort des h. Geſammtſtaatsminiſteriums über den Beeidigungspunkt nicht einverſtanden erklären könne, vielmehr nur in der ſofortigen reichsverfaſſungsmäßigen Beeidigung, welche das ganze Volk verlangt, die wirkliche Unterordnung der Staatsregierung unter das Reich erblicke; 2) die Beeidigung des Kurfürſten ſei in den Beſchluß zu 1) mit einbegriffen; 3) die Unterordnung unter das Reichsminiſterium und ein Zuſammenwirken aller die Reichsverfaſſung anerkennenden Staaten erſcheine zwar nothwendig, der kurheſſiſche Staat vermöge aber die von der Verſammlung geſtellte Forderung auch ohne Rückſicht auf das Einverſtändniß der andern Staaten für ſich zu erfüllen und jede Volkserhebung zu dieſem Zwecke zu unterſtützen, wie es von unſerer Regierung zuverſichtlich zu erwarten ſei; 4) die Forderung hinſichtlich des Berliner Kongreſſes ſei durch die Antwort des Geſammtſtaatsminiſteriums erledigt; 5) hinſichtlich der Forderungen in Betreff der Abbrechung des geſandtſchaftlichen Verkehrs und der Verſiegelung des Telegraphen, ſo ſei eine Vergrößerung der bereits beſtehenden Spaltung zwiſchen den renitenten und den übrigen Regierungen nicht möglich, und wäre die Widerſetzlichkeit der Gegner endlich mit Entſchiedenheit zurückzuweiſen; 6) in Betreff der allgemeinen Volksbewaffnung ſei man inſofern mit dem Erlaß des kurfürſtlichen Miniſteriums des Innern vom 12. d. M. einverſtanden, als dadurch kein Waffenfähiger von der allgemeinen Volksbewaffnung ausgeſchloſſen und der freien Selbſtbewegung des Volkes in dieſer drängenden Zeit nicht entgegengetreten werden ſoll. Zu dieſer Entfaltung der Volkskraft verlangen ſie hauptſächlich Mittel des Kampfes, Waffen und Geſchütz, letzteres nebſt geübten Artilleriſten fordern namentlich die Städter. Die meiſten Deputirten ſind heute abgereiſt. (K. A. Z.)

* **Darmſtadt**, 15. Mai. Der Miniſter des Innern, Miniſterpräſident Jaup, hat eine Anſprache erlaſſen, die zunächſt gegen die Verſuche zu eigenmächtiger Bewaffnung, die Bildung von Freiſchaaren und die Forderung von Waffen und Geldbeiträgen zu dieſem Zweck, ſei es mit offener oder verſteckter Drohung, gerichtet iſt. Die großh. Regierung iſt gern bereit, die Ausdehnung der Volksbewaffnung, ſoweit ſie in geſetzlicher Ordnung und zum Schutze derſelben geſchieht, zu fördern. Sie hat Einleitung getroffen zur Vereinigung der Bürgerwehr einzelner Orte zu größeren Verbänden, unter geordneter Führung. Dieſen Einrichtungen möge ſich anſchließen, wer die allgemeine Volksbewaffnung zu gutem Zweck, nicht aber zur Untergrabung der öffentlichen Ordnung will." Die Regierung, heißt es zum Schluß, kann nicht dulden, daß bewaffnete Korps ſich bilden, welche ſich der beſtehenden Ordnung der Volksbewaffnung nicht einreihen, daß Einzelne oder Vereine, welche nicht als Glieder der geordneten Volksbewaffnung dazu ermächtigt ſind, in die Bildung ſolcher Korps eingreifen, oder Mittel einfordern, um ſie in andere Hände, als die der geſetzlichen Autorität gelangen zu laſſen. Sie kann auch keine Unternehmungen der Bürgerwehr im Ganzen oder einzelner Wehrmänner dulden, zu welchen ſie nicht ordnungsmäßig berufen und ermächtigt ſind. Insbeſondere iſt der eigenmächtige bewaffnete Einfall in das Gebiet anderer deutſcher Staaten als eine ſtaatsgefährliche, rechts- und geſetzwidrige Ueberſchreitung des Zwecks und der Befugniſſe der Volksbewaffnung anzuſehen. Die Regierung kann nichts mehr, als von ſolchem Friedensbruche abmahnen. Die Stärke und der Einfluß der Regierungen, welche mit der großh. heſſiſchen dieſelbe politiſche Stellung einnehmen, ſind um ſo größer, je mehr ſie ſich in den Grenzen ihres guten Rechts halten. Hierbei können ſie auf die Unterſtützung der öffentlichen

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 18. Mai.) Berlin (Die Verſchärfung des Belagerungszuſtandes. Das Verbot der Nationalzeitung. Die Berliner Preſſe. Das Miniſterium. Gerücht.) Breslau (Der Belagerungszuſtand.) Köln (Verhaftung.) Kaiſerslautern (Die Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung beſchloſſen.) Baden (Erklärung der Miniſter.) Freiburg (Entfernung des Generals Miller.) Karlsruhe (Zuzüge. Die Bürgerwehr.) Darmſtadt (Truppenmärſche nach der badiſchen Gränze.) Schleswig (Erklärung der Statthalterſchaft.)

Frankreich. Paris (Rücktritt Leon Fauchee's. Die Miniſterkriſis. Ausfall der Wahlen im Seinedepartement.) Valenciennes (Ausfall der Wahlen hier und in der Umgegend.)

Italien. Rom (Nachrichten über Garibaldi's Sieg. Erlaſſe des Triumvirats. Prinzeſſin Belgiojoſo.) Turin (Erklärung d'Azeglio's.) Livorno (Einnahme.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 18. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.*)

Vom 18. Mai.

Tagesordnung. 222. öffentliche Sitzung.

1) Wahl eines Schriftführers.
2) Berathung über den vom Dreißigerausſchuß erſtatteten Bericht, in Bezug auf die Anträge von Bresgen, Biedermann und Schneer.

Präſident Herr Reh eröffnet die Sitzung 12¼ Mittags. An neuen Flottenbeiträgen ſind eingegangen: 50 Gulden aus dem Traunkreiſe (Oeſterreich), 40 Louisd'or von den Deutſchen in Manilla durch den Hamburger Konſul, 4 Thaler von einem Leipziger Studenten.

Ausgetreten iſt Hr. Wagner aus Jaſtrow, ferner mit einer ſehr umfänglichen Erklärung wider die Allmächtigkeit, welche ſich die Verſammlung fälſchlich beigelegt habe, Hr. Gombart aus München.

Von weiteren Anhänglichkeitsadreſſen werden ſo viele angemeldet, daß die Angabe ihrer Urſprungsorte endlich in einem allgemeinen Geräuſche untergeht.

Der Miniſterpräſident Herr Grävell beantwortet die Anrufung des Herrn Ludwig Simon vom 16. Mai dahin, daß nicht gegen die Reichsverfaſſung, ſondern zur Wiedernahme von Raſtatt und zur Deckung der blosgeſtellten badiſchen Grenze ein Armeekorps von würtembergiſchen und großherzogl. heſſiſchen Truppen zuſammengezogen werde.

Daran wünſcht Hr. Grävell einige Worte über das Mißtrauensvotum zu knüpfen.

„Als das vorige Miniſterium ſich in die Nothwendigkeit geſetzt ſah, dem Hrn. Reichsverweſer ein neues Programm vorzulegen, fand derſelbe ſich nicht bewogen, darauf einzugehen. Ich habe weder einen Beruf noch eine Veranlaſſung mich über die bisherige Verwaltung auszulaſſen, ebenſowenig über die Gründe, die den Hrn. Reichsverweſer bewogen haben zu erklären, daß er auf dieſes Programm nicht eingehe. Die natürliche Folge davon iſt geweſen, daß das bisherige Reichsminiſterium ſeine Entlaſſung verlangt hat und daß, da der Herr Reichsverweſer ſeinen Sinn nicht geändert hat, es auch dahin kommen mußte. Der Hr. Reichsverweſer hat ſich viel Mühe gegeben ein anderes Miniſterium zu bilden, allein die Ausſichten die damit verbunden ſind, ſind von der Art geweſen, daß ſich Niemand getraute das Amt anzunehmen. Es iſt ihm am Ende der Vorſchlag gemacht worden, ſich an mich zu wenden, und ich habe natürlich nur einwenden können, daß ich weiß, wie unbeliebt ich bei der Mehrheit der Verſammlung bin, (Auf allen Seiten: ſehr wahr!) daß dies eine Schwierigkeit mehr ſein würde in der Verwaltung des Amtes und daß ich daher gern davon dispenſirt ſein möchte. Was dann weiter verhandelt worden iſt, gehört nicht zur Sache. Ich will Ihnen die Gründe anführen, die den Herrn Reichsverweſer bewogen haben, nicht ſofort abzutreten und die uns bewogen haben, ihn nicht im Stiche zu laſſen, ſondern auf ſeinen Wunſch dieſen unangenehmen Auftrag zu übernehmen. Bis an die letzten Tage der Verwaltung des vorigen Miniſteriums iſt von demſelben ausgeſprochen worden, daß es die Hoffnung zu einer Verſtändigung noch nicht ganz aufgegeben habe. Ich kann mir nicht denken, daß irgend Jemand iſt, den nicht der lebhafte Wunſch beſeelt, wenn Deutſchland auf dem Wege des Friedens und der Eintracht zum Ziele zu bringen iſt, daß dies nicht verhindert werde durch ein eigenſinniges Beſtehen auf nur wenigen Worten.

Denn es verſteht ſich von ſelbſt, daß die Regierungen, wenn ſie weſentliche Veränderungen vornehmen wollten, leeres Stroh dreſchen würden. Dieß vorausgeſetzt habe ich es für meine Pflicht gehalten, nicht zurückzutreten, und der Herr Reichsverweſer hat den letzten Verſuch gemacht, der noch übrig blieb, indem er geſtern einen Kourier mit einem Schreiben an den König von Preußen nach Berlin abgeſandt hat. Dieſer iſt angewieſen die entſchiedenſte Antwort zurückzubringen auf die kategoriſch geſtellte Frage. Ich werde nicht ermangeln, Ihnen Anzeige davon zu machen und zu erklären, ob überhaupt der gegenwärtige Zuſtand noch länger fortdauern kann. (Bewegung des Unwillens auf der Linken.) Ein zweiter Grund warum der Reichsverweſer ſich nicht entſchließen konnte, ſein Amt dazumal niederzulegen, lag in ſeiner Stellung ſelbſt. Sie erinnern ſich, meine Herren, daß er der Deputation der Reichs-Verſammlung die Erklärung gab, daß er in Folge der eingegangenen Genehmigungen der Regierungen den an ihn geſtellten Antrag übernehme. Sie werden ſich erinnern, daß der Reichsverweſer zwar in ſein Amt hier eingeführt und verpflichtet worden iſt, aber daß ihm dann der Bundestag im Namen der deutſchen Regierungen ſeine Gewalt übertragen hat. (Unruhe) Als ein ſtreng gewiſſenhafter Mann wird er ſich nie beikommen laſſen, ſein Amt in eine andere Hand niederzulegen, als in die Hände Derjenigen, die es ihm gegeben haben, das heißt in Ihre Hände. Er wird aber ebenſo und kann nicht anders als treuer Verwalter der von den Regierungen ihm anvertrauten Macht, dieſe Macht auch nur wieder in die Hände der Regierungen zurückgeben. (Lautes Gelächter auf der Linken).

Ein dritter und entſchiedenſter Gegenſtand war der däniſche Krieg. Bedenken Sie, welche Folgen jetzt ein Austritt des Hrn. Reichsverweſers und eine Scheidung Deutſchlands gehabt hätte für dieſen Krieg. Bedenken Sie, daß die Ehre Deutſchlands auf dem Spiele ſteht. Bedenken Sie, daß dort, nach dem was ſchon früher bemerkt worden iſt, der Kernpunkt der Vereinigung der deutſchen Völker in der gemeinſchaftlichen Armee beſteht, wozu ich noch füge, daß ſoeben eine Depeſche von dem engliſchen Kabinet eingetroffen iſt, die einen Waffenſtillſtand beantragt. Dies ſind die Gründe, die den Herrn Erzherzog bewogen haben, in ſeinem wichtigen Amte auszuharren und unter dieſen Umſtänden glaubte ihm das Miniſterium ſeine Dienſte nicht verſagen zu dürfen.“

Hr. Wedekind ſtellt den Antrag, einen von ihm vorgelegten „Geſetzesvorſchlag über die Verantwortlichkeit der Reichsminiſter“ an einen Ausſchuß zur ſchleunigen Berichterſtattung zu überweiſen.

Die HH. Weſendonck und Zimmermann beantragen, daß die Anſprache des Königs von Preußen vom 14. Mai und die darin wider die Reichsverſammlung erhobenen Beſchuldigungen mit einer Aufforderung an das deutſche Volk zum Schutze der Reichsverfaſſung die Waffen zu ergreifen erwiedert werde. Die Dringlichkeitsfrage ſoll indeſſen bis nach der Berathung des Antrags vom Dreißigerausſchuſſe verſchoben werden.

Nach einer Pauſe, während welcher die Stimmzettel zur Wahl eines Schriftführers eingeſammelt werden — ſie fällt auf Herrn Goltz aus Brieg — und nachdem noch der Austritt des Abgeordneten Herrn Rudloff (Hannover) zur Anzeige gebracht iſt, geht die Berathung auf den Bericht des Dreißigerausſchuſſes über. Der desfallſige Mehrheitsantrag, geſtellt von 16 Stimmen gegen 12 lautet:

1) Es wird ſofort mit abſoluter Stimmenmehrheit eine Reichsregentſchaft von 5 Mitgliedern durch die Nationalverſammlung und aus der Nationalverſammlung und dieſer letzteren verantwortlich, zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfaſſung und der Beſchlüſſe der Nationalverſammlung gewählt.

2) Die Mitglieder der Reichsregentſchaft leiſten vor der Nationalverſammlung den Eid auf die Verfaſſung.

3) Sobald dies geſchehen, hört die auf den Grund des Geſetzes vom 28. Juni 1848 eingeſetzte proviſoriſche Centralgewalt auf.

4) Die Reichsregentſchaft tritt ab, ſobald die Verfaſſung durchgeführt und das Reichsoberhaupt mit Ableiſtung des Verfaſſungseides die Reichsregierung angetreten hat.

Ein Minderheitsantrag I. geſtellt von den Abgeordneten Herrn

*) Die Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 17. Mai haben wir in einer Extrabeilage unſern Leſern mitgetheilt.

Welcker, **Eckert**, **Wurm** und **Kierulff** dagegen macht den Antrag des Abgeordneten **Biedermann** (vergl. deutſche Zeitung vom 15. Mai Nro. 134) mit Auslaſſung des 7. Punktes zu dem ſeinigen.

Ein zweites Minderheitserachten des Dreißiger-Ausſchuſſes endlich lautet:

„In Erwägung, daß durch die vorliegenden Anträge die proviſoeiſche Centralgewalt ganz oder theilweiſe beſeitigt werden ſoll, auf dieſe Weiſe aber das einzige noch vorhandene einheitliche Regierungsorgan Deutſchlands dem In- und Auslande gegenüber zerriſſen werden würde; daß ſeener auf den vorgeſchlagenen Wegen die angeſtrebte Einheit Deutſchlands nicht erreicht, ſondern derſelben neue Hinderniſſe entgegengeſtellt werden würden; daß endlich der drohende Bürgerkrieg durch die Beſeitigung der Centralgewalt nicht verhindert, ſondern in Folge der mit der Centralgewalt dann nothwendiger Weiſe entſtehenden Konflikte nur noch mehr befördert werden würde, — geht die Reichsverſammlung über die vorliegenden Anträge zur motivirten Tagesordnung über."

Zachariä von Göttingen. Langerfeldt. Stedmann. Böcler. Breuſing. Duncker. Sprengel. v. Wydenbrugk.

Die dazu theils neu geſtellten, theils zurückgezogenen oder abgeänderten Anträge und Zuſatzanträge bilden eine ſo anſehnliche Maſſe, daß wir bis zur etwaigen Beſchlußfaſſung über den einen oder den anderen auf ihre Mittheilung verzichten müſſen. Nur mit dem Antrage des Herrn **Würth** von Sigmaringen machen wir eine Ausnahme, indem er nichts Geringeres enthält, als das Verlangen, daß ſich die Verſammlung unter Anerkennung der Revolution als Konoent konſtituire. In einem ganz andern Sinne bewegt ſich hingegen ein Antrag des Herrn **Wedekind** von Hannover, der den Erzherzog Johann durch den **Prinzen von Preußen** definitiv erſetzen will.

Von den zedn **gegen** den Mehrheitsantrag eingezeichneten Rednern erhält zuerſt das Wort Hr. **Stahl** von Erlangen, indem er auf die Konſequenzen hinweiſt, die er in der Umwandlung der Centralgewalt erblickt. Er zweifelt, daß die Bewegung für die Verfaſſung weiter gehen werde, als ſie bis jetzt vorgeſchritten. So iſt beſonders der Zuſtand der Pfalz durchaus nicht geeignet, der Verfaſſung im übrigen Königreiche Baiern Freunde zu eewerben, eben ſo wenig als die Vorgänge in Dresden und Baden in Deutſchland einen der Verfaſſungsſache günſtigen Eindruck heevorbringen konnten. Dazu kommt, daß, wenn wir die Bewegung in die Hand nehmen wollen, ſie einem bewäheten Erfahrungsſatze gemäß gewiß nicht in unſerer Hand bleiben würde. Sogar die Eventualität eines Kampfes nicht bloß Deutſchland gegen Deutſchland leitet der Redner aus einer gewaltſamen Erhebung für die Verfaſſung ab, ſondern eines Kampfes Frankreichs gegen Rußland, des Oſtens gegen den Weſten von Europa, aus dem vieles nicht zu ver..chtende vielleicht hervorgehen könnte, nur eines gewiß nicht: die Einheit, Freiheit und Kraſt Deutſchlands. Wie alſo auch die Bewegung geführt und geendet weede, nie könne man das, was wir allein wollen, dadurch erreichen, nämlich die Durchführung der Verfaſſung. Die vorliegende Frage, die Beſeitigung der Centralgewalt, biengen innig hiermit zuſammen, denn Niemand wird erwaeten, daß der Reichsverweſer auf einen Beſchluß der Reichsverſammlung hin gebe. Der thatſächliche Konflikt mit der Centralgewalt iſt mit einem ſolchen Beſchluß vorhanden und wird den materiellen Kampf dee Extreme ſogleich hervorrufen. Wer nun dieſe Bewegnng nicht wolle, ſei es aus Rechtsgründen, ſei es weil er keinen Erfolg davon erwarte, dürfe für keinen Antrag ſtimmen, welcher die Beſeitigung der proviſoriſchen Centralgewalt zum Zweck hat.

Herr **Zimmermann** von Stuttgart erinnert an die unendliche Verſchiedenheit der Lage dieſer Verſammlung ihrer Hoffnungen und ihres Vertrauens im vorigen Jahre und der heutigen Verhältniſſe. Der Wechſel aber kommt ihm nicht unerwartet. Dagegen erwiedert er auf Hrn. Stahls Befürchtungen, daß eben um die Einmiſchung unreiner Elemente in die Bewegung abzuwehren, die National-Verſammlung die Leitung der Dinge ergreifen müſſe. Die Ausſicht auf einen europäiſchen Kampf ſchreckt ihn nicht. Möge ſich denn die alte Weiſſagung erfüllen, wornach auf deutſchem Boden der Kampf der Freiheit mit der Despotie ausgefochten werden ſoll. Gegen die Anſprache des Königs von Preußen will er das Geſetz zum Schutze der Reichsverſammlung in Anwendung gebracht wiſſen und er ſchließt mit einer ſo dringenden Empfehlung für die Mehrheitsanträge, daß Alle, die nicht für dieſelben ſtimmen, zu Blödſinnigen oder Verräthern werden.

Hr. **Buß** aus Freiburg: Die Centralgewalt hat dem deßfallſigen Geſetze gemäß in Wirkſamkeit zu bleiben bis das Verfaſſungswerk vollendet iſt. Die Verfaſſung iſt aber nicht vollendet, da der König von Preußen die Oberhauptswürde nicht angenommen, und dazu müſſe er aus ſeiner Kenntniß des Volks verſichern, daß der Reichsverweſer bei demſelben in viel beſſerer Liebe und Achtung ſtehe, als die ganze Reichsverſammlung. Denn er habe nicht bloß Ein Jahr verfehlter politiſcher Wirkſamkeit hinter ſich, ſondern eine ehrenvolle Thätigkeit ſeit Anfang dieſes Jahrhunderts. Die verſchiedenen Vorſchläge auf Abſchaffung der Centralgewalt ſeien entweder Vorſchläge zu einem mehr zahmen oder mehr „wilden" Konvente, oder Vorſchläge zur Herſtellung einer Zwiſchengewalt. Herr Buß verwirſt in einer dialogiſchen Unterhaltung mit der Linken alle dieſe Anträge. Dagegen will er eine Ergänzung der Verſammlung veranſtaltet und von ihr das Verfaſſungswerk noch einmal aufgenommen ſehen.

Hr. **Löwe** von Calbe ſpricht für den Mehrheitsantrag. Wenn eine Regierung, wie die gegenwärtige von Preußen, welche die Geſchichte ihres Volkes an der Wurzel abſchneidet und die Ehre der preußiſchen Nation in den Koth tritt, jemals die Mehrheit des Volkes für ſich gewönne und ſich erhielte, ſo wüede ich aufhören ein Preuße zu ſein. Preußen iſt ein Kulturſtaat. Aber die jetzige Regierung kämpft gegen die Kultur. Hr. Löwe fürchtet nicht, daß ſich eine ſo verkehrte Gewalt der Barbarei und des Despotismus in Preußen für eine längere Dauer behaupte. Geſchähe es, ſo wäre die proteſtantiſche Macht Deutſchlands vernichtet. Der Redner geht ſo eben von der Tribüne, als wir dies Blatt — gegen 3 Uhr — unter die Preſſe ſchicken. Ihm folgen die HH. **Ahrens**, **Bresgen**, **Jordan Henkel**. Dann wird die weitere Berathung auf morgen, 10 Uhr Vormittags, vertagt.

Berlin, 15. Mai. Der Pr. Staatsanzeiger enthält folgende

Bekanntmachung.

Beſchluß.

In Erwägung, daß die Gründe, welche die durch Beſchluß des Staatsminiſteriums vom 12. Nov. v. J. ausgeſprochene Verhängung des Belagerungszuſtandes über die Hauptſtadt bedingten, noch nicht beſeitigt ſind, in Erwägung ferner, daß noch in neueſter Zeit in hieſiger Stadt Verſuche und Beſtrebungen, Aufruhr zu erregen, hervorgetreten ſind, in Erwägung endlich, daß ein Zuſtand, welcher die Aufhebung der für Berlin angeordneten Ausnahmemaßregeln geſtattet, nur durch kräftige und vollſtändige Anwendung aller geſetzlichen Mittel heebeigeführt werden kann, beſchließt das Staatsminiſterium: 1) Der über Berlin und ſeinen zweimeiligen Umkreis verhängte Belagerungszuſtand bleibt einſtweilen nach den Beſtimmungen und unter der Form des Geſetzes vom 10. Mai c. fortbeſtehen; 2) die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27 und 28 der Verfaſſungs-Urkunde vom 5. Dez. v. J werden für die Dauer des Belagerungszuſtandes außer Kraft geſetz; 3) der Oberbefehlshaber in den Marken, General der Kavallerie, v. Wrangel, wird mit Ausführung dieſer Anordnung beauftragt.

Berlin, den 14. Mai 1819. Königliches Staatsminiſterium.
Graf v. Brandenburg. v. Ladenberg. v. Manteuffel. v. Strotha.
v. d. Heydt. v. Rabe. Simons.

Nach vorſtehendem Beſchluſſe des königlichen Staatsminiſteriums verbleibt es bei den, zur Aufrechthaltung der Ordnung während des Belagerungszuſtandes, von mir erlaſſenen Beſtimmungen, und wird das Kriegsgericht angeordnet, welches die in den §§. 8, 9 und 10 des Geſetzes vom 10. d. M. vorgeſehenen Verbrechen und Vergehen zu unterſuchen und darüber abzuurtheilen hat.

Berlin, den 15. Mai 1849. Der Oberbefehlshaber in den Marken:
v. Wrangel.

⁑ **Berlin**. 16. Mai. Man erzählt von einem Berliner Bürger, der beim Kampf am 18. März v. J. einen Arm verloren hatte, aber die hieſige Nationalzeitung in der Hand, vergnüglich ſagte: „Es ſchadet nichts; dafür kann man jetzt doch alle Morgen ſeine Nationalzeitung leſen!" Aber auch dieſe Errungenſchaft iſt dahin. Die Zeitung iſt ſo eben verboten. Sie war die einzige, welche ſich im belagerten Berlin damit beſchäftigte Oppoſition zu machen, und ſoll zuletzt 11,000 Abonnenten gehabt haben. Selbſt die deutſche Reform, welche mit Haut und Haar an das Miniſterium Brandenburg verkauft ſchien, wagt einen ſchüchternen Tadel gegen dieſes Verbot. Sie meint, man müſſe doch einen Gegner haben. In der Berliner Preſſe iſt kaum noch einer zu finden. Wilibald Alexis bemerkt in der heutigen Nummer der Voſſiſchen Zeitung über die Berliner Preſſe ſehr richtig: „Wer nur unſere Zeitungen lieſt, ich meine die in Berlin erſcheinenden, und die Adreſſen, die Gedichte, die Abhandlungen, die Aufforde-

rungen, die Loyalitätsbetheuerungen, die Deduktionen, daß man der Umſturzpartei nur eine ernſte Stirn und eine geballte Fauſt zu zeigen brauche, um die Geſpenſtererſcheinung zuſammen ſinken zu machen, der könnte meinen mit der Erklärung: man wolle ein guter Preuße bleiben, wie man es geweſen, könne man ſich ruhig zu Bette legen, und wenn man am Morgen aufſteht, werde das Ungewitter vorübergegangen ſein. Leider nur gibt es in Deutſchland viele Zeitungen, ſo viele, daß die Berliner darin wie Tropfen im Waſſer verſchwinden, und in dieſen allen ſteht es anders. Die Berliner Zeitungen ſind unter den preußiſchen ſo ziemlich die einzigen, welche ſo gut ſind, gut zu finden, was außer uns Wenige gut finden."

Das Miniſterium geht immer weiter auf ſeinem Wege. Unter Trommelſchlag ward heute die Verſchärfung des Belagerungszuſtandes verkündet. Die Proklamation des Königs: An mein Volk! hat ſelbſt unter der miniſteriellen Partei eine getheilte Aufnahme gefunden. Die beſten Bundesgenoſſen des Miniſteriums ſind die Männer, welche die Republik in Baden proklamirt (?) und die ungemäßigten Reden in der Paulskirche halten. Könnte ſich die Reichsverſammlung nach dem Beſchluſſe vom 10. Mai, der hier viel böſes Blut gemacht, noch einmal zu einer ruhigen, feſten, beſonnenen Haltung aufraffen, ſo möchte ihre Sache noch jetzt auf den Sieg rechnen können. Ungemäßigte Beſchlüſſe, revolutionäre Maßregeln werden ihr den Norden und Oſten völlig entfremden. Wie geſagt, wenn die Verſammlung in Frankfurt ſich außerhalb des Strudels der Revolution halten kann, ſo muß das hieſige unnatürliche Regiment zuſammenbrechen. Es iſt weit entfernt davon, auch nur in ſich einig zu ſein. Das neue Wahlgeſetz iſt fertig und gedruckt. Aber das Miniſterium wagt nicht, es zu veröffentlichen. Was würde ihm auch ein noch ſo hoher Cenſus helfen? Die neue Kammer würde darnach ſogleich ſich gegen das Miniſterium erheben. Es ſinnt daher auf einen neuen noch ärgeren Bruch der Verfaſſung. Es will die Kammern gar nicht zu der geſetzmäßigen Zeit berufen. So ſagt wenigſtens das Gerücht, was ſchon ſeinen Weg in die Voſſ. Ztg. gefunden hat. Sie meldet: „Geſtern verbreitete ſich die Nachricht, daß das Miniſterium beſchloſſen hat, den Zuſammentritt und die reſpektive Wahl der Kammern nicht binnen der geſetzmäßigen Friſt von 40 Tagen ſeit Auflöſung der Kammern ſtattfinden zu laſſen, ſondern vielmehr in der alleinigen verantwortlichen Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten fortzufahren bis eine größere Ruhe in den Provinzen es abſehen laſſen wird, daß die vorzunehmenden Neuwahlen unbefangen genug gerathen könnten, um eine dauerhafte Seſſion endlich möglich zu machen. In der letzten Zeit iſt das Gerücht gewöhnlich der Schatten der kommenden Dinge geweſen und bei dieſem Miniſterium muß man ſich leider immer auf das Schlimmſte gefaßt halten.

Breslau, 14. Mai. Der Gouverneur von Breslau, Generallieutenant v. Quadt, hat nachſtehende Bekanntmachung erlaſſen:

Das königliche Staatsminiſterium hat, nach Einſicht der von dem kommandirenden General des 6. Armeekorps und dem Oberpräſidenten der Provinz Schleſien am 7. d. M. und der von dem königlichen Gouvernement zu Breslau am 8. d. M. erlaſſenen Verfügungen, aus welchen hervorgeht, daß in der Stadt Breslau ein Aufruhr entſtanden und in Folge deſſen der Belagerungszuſtand erklärt worden iſt, auf Grund des Artikels 110 der Verfaſſungsurkunde und der §§. 2 und 5 der Verordnung vom 10. Mai 1849 folgenden Beſchluß gefaßt: Die Erklärung der Stadt Breslau mit einem Umkreiſe von zwei Meilen in Belagerungszuſtand wird hierdurch genehmigt, und treten für deſſen Dauer die Artikel 5, 6, 7, 24, 25, 26, 27, 28 der Verfaſſungs-Urkunde außer Kraft. Berlin, den 11. Mai 1849. Das Staatsminiſterium. (Bresl. Z.)

Köln, 16. Mai. Heute Nachmittag wurde der frühere Gerant der „Neuen Rheiniſchen Zeitung", H. Korff, verhaftet. (Rh. Volksb.)

△ **Kaiſerslautern**, 17. Mai. Nachmittags 4 Uhr. 29 Abgeordnete der Kantone der Pfalz ſind heute hier zuſammengetreten unter dem Vorſitz des „Bürgers" Waltz aus Speier. Schmidt trug im Namen des Landesausſchuſſes auf Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung an. Nach einer ſehr getheilten Debatte, in welcher der Vorſitzende Waltz gegen den Antrag ſich ausſprach, wurde mit 15 gegen 13 Stimmen die Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung beſchloſſen, deren (5) Mitglieder ſo eben gewählt werden. Schütz aus Mainz bot im Laufe der Sitzung im Namen des Badener Landes der Pfalz ein Schutz- und Trutzbündniß an.

* Nachſtehende öffentliche Erklärung wird uns von Lauterburg mitgetheilt:

Die unterzeichneten Mitglieder des großherzoglichen Staatsminiſteriums erfüllen ihre Pflicht nach dem Verlangen Sr. königl. Hoheit des Großherzogs, indem ſie ſich von Karlsruhe entfernen und dem Großherzog dahin folgen, wo Höchſtderſelbe verweilt, um ſeinen weitern Regierungshandlungen, ſo lange ſie die verantwortlichen Miniſter ſind, zur Seite zu ſtehen. Nur der größte Drang der Umſtände, die Schlag auf Schlag ſich folgenden Ereigniſſe, der Abfall eines Theils der großherzoglichen Truppen von ihrer Fahnentreue, welche ſich mit Gewalt der Reichsfeſtung Raſtatt bemächtigten, die ungeſetzlichen Beſchlüſſe einer Volksverſammlung in Offenburg und die daraus unmittelbar hervorgegangenen Gefahren eines bewaffneten Zuzugs nach Raſtatt und Karlsruhe, endlich die ganz unerwartete Meuterei eines Theils der hieſigen Garniſon (wenn gleich hier wie in Raſtatt die militäriſche Treue Anderer, und namentlich ſämmtlicher Offiziere und eines großen Theils der Unteroffiziere bei ungenügenden Kräften nur um ſo heller hervortrat) — nur all dies zuſammen konnte den Großherzog, nachdem jede Bürgſchaft für die Erhaltung einer wohlgegründeten Ordnung und Sicherheit für den Augenblick verſchwunden war, nach dem Rathe Seiner Miniſter bewegen, ſeine Reſidenz auf kurze Zeit zu verlaſſen, um ſich wo möglich an den Sitz der proviſoriſchen Centralgewalt nach Frankfurt zu begeben. Unter dieſen Umſtänden, und da auch die hieſigen Einwohner ſich außer Stand fühlen, dem Andrang bewaffneter Zuzüge wirkſam entgegenzutreten, kann unſere Anweſenheit dahier von keinem Erfolge mehr, und daher unſer Platz nur in der Nähe des Großherzogs ſein. Indem wir Karlsruhe verlaſſen, verwahren wir die Rechte Sr. königl. Hoheit des Großherzogs und Seiner verfaſſungsmäßigen Regierung gegen jeden ungeſetzlichen Eingriff, und fordern alle Bürger Badens, alle Behörden und Beamten auf, in ihrer Treue gegen den Großherzog, gegen die Reichs- und die Landesverfaſſung unerſchütterlich zu beharren. Karlsruhe den 14. Mai 1849. (gez.) Duſch. Bekk. Hoffmann. v. Stengel.

Karlsruhe, 16. Mai. Heute ſind wieder große Zuzüge angeſagt; die unbewaffneten empfangen hier ihre Waffen und ziehen ſodann weiter nach Norden. Das Ziel iſt unbekannt. Als Kommiſſär für das Poſt- und Eiſenbahnweſen iſt Poſtpraktikant Dung ernannt. Die Führer der Bürgerwehr ſollen in dieſen Tagen neu gewählt, überhaupt die ganze Anſtalt neu organiſirt werden. (N. Fr. Z.)

S **Freiburg**, 16. Mai. Abends. Reichsgeneral v. Miller hat ſeine Poſition in der Nähe der Stadt verlaſſen und den Rückmarſch nach Würtemberg *) angetreten; man verſichert in Folge eines Befehls des Königs von Würtemberg (?) Den ganzen Nachmittag dauerte der Einzug einzelner Abtheilungen der badiſchen Regimenter fort. Die Verpflichtung auf die deutſche Verfaſſung findet morgen ſtatt.

) **Darmſtadt**, 17. Mai. Wie ich Ihnen geſtern berichtete, kam heute Nacht und heute früh das großherzogliche 4. Inf. Regiment auf der Eiſenbahn hier vorbei nach der badiſchen Grenze. Ihm folgte ein Bataillon des k. würtembergiſchen 4. Infanterieregiments, ſowie ſpäter das 1. Bataillon des 8. würt. Inf. Regiments, das die Nacht durch aus der Gegend von Frankfurt (Neuiſenburg ꝛc.) hierher marſchirt war. Nachmittags gingen auch noch Reiterei und reitende Artillerie, letztere von Frankfurt aus mit der Eiſenbahn, dahin ab, ſo daß jetzt bereits 6 Bataillone Heſſen, 2 Bataillone Würtemberger, 1 Bataillon Naſſauer, mit heſſiſcher Reiterei und Artillerie, dort ſtehen, während hier noch 2 Bataillone mit Reiterei und Artillerie in Reſerve ſind, und wie man hört noch bedeutende Truppenmaſſen, namentlich Preußen ſich nähern. Dieſe haben bereits Oppenheim beſetzt, wie man ſo eben vernimmt, gegen die nach Worms vorgedrungenen Freiſchärler, welche das dort ſtehende heſſiſche Infanterieregiment am Abmarſche hindern wollten, allein zu ſpät kamen. Durch Oberheſſen zieht ebenfalls, wie man hört, dieſer Tage ein bedeutendes preußiſches Truppenkorps, vielleicht das Obſervationskorps bei Wetzlar. Unſer Obſervationskorps gegen Baden befehligt der General Schäffer von Bernſtein, ein ſehr tüchtiger Offizier, längere Zeit Geſandter in Berlin, auch in der neueſten Zeit als Reichskommiſſär zur Beſtimmung der Demarkationslinie in Poſen öfters genannt. Ein Tagsbefehl des Großherzogs an die Truppen wird ſeine Wirkung auf ihr Pflichtgefühl gewiß nicht verfehlen.

* **Schleswig**, 13. Mai. Die Statthalterſchaft von Schleswig-Holſtein hat eine öffentliche Erklärung erlaſſen, worin ſie zu einem gemeinſchaftlichen Kongreſſe von je 8—12 däniſchen und ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten auffordert, welche in Lübeck oder Hamburg zuſammenkommen ſollten, um den Frieden zu Stande zu bringen. Das Nähere Morgen. Vom Kriegsſchauplatz nichts von Bedeutung. Das Bombardement von Fridericia, deſſen Beſatzung noch 6000 Mann beträgt, ſollte beginnen.

Frankreich.

0 **Paris**, 15. Mai. Der heutige Moniteur zeigt an, daß Leon Faucher geſtern noch vor dem Schluſſe der Sitzung dem Präſidenten der Republik ſeine Entlaſſung überreicht habe. Er

---

*) Oder nach Raſtatt?

№ 135. Extra-Beilage zur Deutſchen Zeitung. 18. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 17. Mai.) Berlin (Die Menge der Fremden. Die Vertheidigungsmaßregeln. Proklamation des Königs.) Düſſeldorf (Die Elberfelder Deputation.) Elberfeld (Die Elberfelder bitten um den Reichsſchutz.) München (Unheimliche Gerüchte. Die Stimmung der Soldaten.) Würzburg (Deputation ans Miniſterium. Ausſchuß zum Schutz der Stadt.) Kaiſerslautern (Zuſammentritt einer Landesvertretung.) Raſtatt (Eid auf die Reichsveefaſſung. Der Zuſtand der Stadt.) Freiburg (Abmarſch der badiſchen Truppen. Beeidigung der Bürgerwehr auf die Reichsverfaſſung. Rückkehr der Truppen. Ultimatum des Gen. v. Miller. Ein Kommiſſär nach Frankfurt.) Darmſtadt (Mittheilung der Regierung über die Truppenbewegungen in Baden.) Aus dem nördlichen Schleswig (Fanatismus der jütiſchen Bauern. Die weſtphäliſche Landwehr.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 17. Mai.

222. öffenctliche (außerordentliche) Sitzung.

Tagesordnung:

Anhörung des miniſteriellen Programms.

An den Straßenecken wird ein Anſchlag des Elberfelder Vertheidigungsausſchuſſes an die „deutſchen Brüder“ angeheftet. Die Zuhörerräume ſind, durch den Feiertag begünſtigt, überfüllt. Pünktlichkeit wenigſtens wird von der neuen Verwaltung zu loben ſein: der Miniſterpräſident Hr. Grävell befindet ſich in Zeiten auf der Miniſterbank, aber er bleibt in einer ſehr vereinſamten Lage. Die Sitzung wird nach 4¼ Uhr Nachmittags eröffnet.

Ausgetreten ſind die Herren v. Wegnern, v. Schleuſſing, Reitmayr, Seydel, Graf Giech, v. Rotenhan, Suchan, Döllinger, v. Treskow und Wiethaus.

Der Miniſterpräſident betritt die Tribüne zur Beantwortung 1) einer Anrufung des Hrn. M. Mohr aus Oberingelheim, und 2) einer Anrufung des Hrn. Rösler von Oels. Die Antworten lauten dahin, daß ad 1) dem Miniſterium nichts von der Ankunft neuer preußiſcher Truppen in Mainz bekannt ſei; und ad 2) daß es zur Erſatzwahl eines Abgeordneten für Rheinpreußen bei der preußiſchen Regierung die nöthigen Schritte gethan habe.

Von dem Erzherzog-Reichsverweſer wird mittelſt Schreibens an den Präſidenten der Reichsverſammlung das königl. preußiſche Abberufungspatent mitgetheilt. Da die Verſammlung bereits geſtern Beſchluß darüber gefaßt habe, ſo, fährt das Schreiben fort, ſei von Seiten des Reichsverweſers dabei nichts weiter zu thun.

Sodann kommt ein zweites Schreiben vom Erzherzog-Reichsverweſer zur Mittheilung:

Herr Präſident!

Ich benachrichtige Sie, daß ich an die Stelle der abtretenden Miniſter

1) den Generallieutenant Jochmus zum Miniſter des Aeußern und der Marine;
2) den Advokaten J. H. Detmold zum Miniſter der Juſtiz, und
3) den Deputirten der National-Verſammlung Ernſt Merck zum Miniſter der Finanzen

ernannt habe.

Der von mir berufene Kriegsminiſter iſt noch nicht eingetroffen. Bis dahin führen die beiden Direktoren der Departements des Kriegsminiſteriums, General Eberle und Oberſt Stavenhagen, die Geſchäfte deſſelben in Vertretung des Miniſters fort, wie ſolches bereits in dem genehmigten Budget Tit. I. §. 1—3 Nr. III. für den Fall der Abweſenheit oder Behinderung des Kriegsminiſters abgeorduet iſt. In ſolchen Angelegenheiten, mit denen eine über die ordentliche Geſchäftsführung hinausgehende Verantwortlichkeit verbunden iſt, ſollen ſie dem Geſammtminiſterium Vortrag machen und in deſſen Namen und Unterſchrift expediren.

Das Miniſterium des Handels bleibt zur Zeit unbeſetzt, weil nach dem Berichte und Antrage des abgetretenen Miniſters Duckwitz die Arbeiten deſſelben, zumal im Zoll- und Conſulatweſen, ſo weit gediehen ſind, daß ohne die Beſtimmung der Ausdehnung und der politiſchen Geſtaltung Deutſchlands kein Schritt weiter zur Ausführung gethan werden kann. Die wenigen Eingänge in den laufenden Angelegenheiten wird der in dieſem Miniſterium angeſtellte Rath Philipp Schneider einſtweilen auftragsweiſe ſelbſtſtändig bearbeiten und nur dann, wo verantwortliche Bedenken eintreten, darüber dem Geſammtminiſterium Vortrag machen und unter deſſen Namen ausfertigen. Der neue Finanzminiſter hat ausdrücklich dieſes Departement abgelehnt, damit bei ſeiner bekannten Richtung im Handels- und Zollweſen Jedermann überzeugt ſein könne, daß der Zukunft überall nichts darin präjudizirt werde.

Schließlich füge ich noch eine Abſchrift des mir von dem neuen Miniſterium vorgelegten und von mir genehmigten Programms zur Kenntnißnahme bei.

Frankfurt, 17. Mai 1849.

Reichsverweſer Erzherzog Johann.

Der Reichsminiſter des Innern und interim. Präſident des Reichsminiſterrathes: Dr. Grävell.

Das Programm dieſes Miniſteriums iſt folgendes:

1) Die Errichtung des Verfaſſungswerkes iſt durch das Geſetz vom 28. Juni 1848 von der Thätigkeit der Centralgewalt ausgeſchloſſen. Schon aus dieſem Grunde hält die Centralgewalt eine Wirkſamkeit, behufs Durchführung der Verfaſſung, für außerhalb ihrer Befugniſſe und Pflichten liegend. Wie ſie jedoch einerſeits gern bereit iſt, eine Anerkennung der Verfaſſung bei den Regierungen zu vermitteln, ſo erachtet ſie es andererſeits als durch die ihrer Obhut anvertrauten Wohlfahrt und Sicherheit Deutſchlands geboten, allen ungeſetzlichen und gewaltſamen Bewegungen, welche die Durchführung der Verfaſſung zum Vorwand oder Anlaß haben, mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln entgegenzutreten, ſobald die Hülfe und Vermittelung der Centralgewalt von der betreffenden Regierung nachgeſucht wird.

2) Wie die Centralgewalt innerhalb der ihr durch das Geſetz vom 28. Juni 1848 angewieſenen Competenz von der der Reichsverſammlung zuſtehenden Errichtung des Verfaſſungswerkes ſich durchaus ferngehalten hat und ferner zu halten entſchloſſen iſt, alſo erachtet ſie es auch als eine Pflicht, die ihr ausſchließlich zuſtehende Regierungsgewalt vor jeder Einmiſchung zu bewahren, und jeden Eingriff in dieſelbe zurückzuweiſen.

Dr. Grävell. Jochmus. Detmold. Merk.

In Folge dieſes Programms wird ſofort der dringliche Antrag geſtellt 1) von Hrn. Welcker:

„Die Nationalverſammlung erklärt, nachdem ſie die Ernennung des Reichsminiſteriums und deſſen Programm vernommen, daß ſie zu dieſem Miniſterium nicht das geringſte Vertrauen haben kann, ſondern vielmehr dieſe Ernennung unter den obwaltenden Umſtänden als eine Beleidigung der Nationalrepräſentation betrachten muß.

Sie beſchließt, dem Erzherzog Reichsverweſer alsbald durch eine Deputation das beſtimmte Anſuchen zu ſtellen, baldigſt ein Reichsminiſterium zu ernennen, welches gewillt und geeignet iſt, die Reichsverfaſſung durchzuführen und in Vollzug zu ſetzen und Höchſtdeſſen Erklärung in Beziehung auf dieſes Anſuchen entgegen zu nehmen.“

2) ein dringlicher Antrag von Hrn. Freudentheil, der dem Sinne nach mit dem erſten Theile des Welcker'ſchen ſo übereinſtimmend iſt, daß ihn der Antragſteller darum zurückzieht.

Hr. Karl Welcker: Ich will zur Rechtfertigung meines Antrags nur den Moment hervorheben, daß es von den gefährlichſten Folgen für Deutſchland, für ſeine öffentliche Ruhe und Sicherheit ſein würde, wenn ein Miniſterium an der Verwaltung bliebe, wie das gegenwärtige!

Auch Hr. Freudentheil beruft ſich einfach auf das Gefühl, welches Alle erfaßte bei der Anhörung der Namen dieſes Miniſteriums! „Wie ein Hohn des deutſchen Volkes kommt es mir vor.“ Hr. Grävell entfernt ſich nach dieſen Aeußerungen unter ſchallendem Hohngelächter von der Miniſterbank und aus dem Hauſe.

Hr. Ludwig Simon: Es hat ſich dieſes Hauſes eine Heiterkeit bemächtigt, die ich nicht theilen kann; denn das miniſterielle Programm ſtellt ſich außerhalb des Rechts und des Geſetzes. Selbſt aus dem berüchtigten Lepel'ſchen Promemoria vom 4. Mai 1848 geht hervor, daß dieſer Verſammlung das Recht des Konſtituirens niemals, weder ſtillſchweigend noch ausdrücklich, iſt beſtritten worden. Noch mehr: das Recht der Einmiſchung in das Verfaſſungswerk iſt nicht blos der Centralgewalt, ſondern auch den Einzelregierungen abgeſprochen. Will man uns das ſtreitig machen und am Ende durch einen energiſchen Kriegsminiſter gar

mit Gewalt: ſo wäre dies eine verrätheriſche und meineidige Gewalt. (Lauter, lebhafter Beifall.) Herr v. Gagern hat dem Fürſtenthume Dienſte geleiſtet, wie faſt noch nie ein Mann, aber es hat auch Niemand jemals einen ſchwärzeren Undank geerntet, als Herr v. Gagern von den deutſchen Fürſten. (Bewegung.) Die preußiſche Regierung hat dieſer Verſammlung den Krieg erklärt mit dem Einmarſch in Sachſen, — dennoch iſt der Unterſtaatsſekretär Herr Baſſermann in Berlin geblieben, — die preußiſche Regierung hat dieſer Verſammlung mit der Abberufung ſeiner Abgeordneten einen Schlag ins Geſicht gegeben, — in einem jüngſten Aktenſtücke endlich werden Sie Alle — ja auch Sie von der rechten Seite — thronumſtürzende Empörer genannt. Die Auflöſung des Südens von Deutſchland rührt daher, weil Sie es verſäumt haben, ihm Gerechtigkeit widerfahren zu laſſen. Das allgemeine Stimmrecht hätte ertheilt, konſtituirende Verſammlungen hätten bewilligt werden müſſen und mit der Vereidigung auf die Verfaſſung hätte man nicht zögern dürfen. So haben Sie denn in Baden jetzt revolutionäre Soldaten. Das ſchamloſe Geſtatten des Einmarſches der Ruſſen auf deutſchem Boden hat im Volke ein tiefes Mißtrauen hervorgerufen. Auch bei mir ſelbſt. Die Rückkehr des Despotismus iſt es, welche man fürchtet. Den Krieg müſſen vielmehr die deutſchen Regierungen den Ruſſen erklären, oder der Krieg wird ihnen doch erklärt werden — vom Volke. Anſtatt abzuwarten, anſtatt theoretiſch zu ſchwatzen, räth der Redner ſich auf den Süden Deutſchlands zu ſtützen und damit den Norden zu gewinnen. Wie Koſſuth den Erzherzog Stephan behandelt und Ungarn gerettet hat, ſo verfahren Sie mit dem Erzherzog Johann. (Beifall.)

Herr Wilhelm Jordan: Handeln Sie ſo, daß dieſe Verſammlung nicht ſinke in der ſittlichen Achtung der Nation. Es gehört kein Seherblick mehr dazu, die facies hippocratica an Ihnen zu erkennen. Vergleichen Sie die heutige Haltung dieſer Verſammlung mit ihrer Vergangenheit. Wir ſind ins Form- und Regelloſe geworfen, und vor Dringlichkeitsanträgen kommen wir kaum noch zu einem beſonnenen Urtheil. Die Seite des Hauſes, die dann eine Bedenkzeit verlangt, nennt man „Verrätherin an der Nation". Als geſtern der neue Miniſterpräſident vor uns trat, ſo erblickte ich in ihm nicht den ehemaligen Abgeordneten Grävell, ſondern den Premierminiſter des Reichsverweſers. Nicht die Perſon haben wir vor uns, ſondern das Reichsamt. Unſer eignes Geſetz müſſen wir in ihm achten, damit nicht ſeine Mißachtung auf die Geſetzgeber ſelbſt zurückfällt. Wir ſind es dem Miniſterium ſchuldig, ſein Programm gründlich zu prüfen, und hat es die Mängel, die ihm Herr Ludwig Simon vorgeworfen, — und ich glaube ſelbſt es hat dieſe Mängel — ſo wollen wir das Miniſterium ſtürzen. Seiner Meinung nach wäre das Programm einem Ausſchuſſe zu überweiſen, der Montag darüber Bericht zu erſtatten hätte.

Herr Nauwerk von Berlin: „Dieſe Verſammlung ſinkt nicht in der öffentlichen Meinung, ſie ſteigt?" Was der Redner aber ſelbſt vorbringt, ſeine Perſönlichkeiten, die ſogar den Träger der Centralgewalt unparlamentariſch genug antaſte, ſowie ſeine ſchreiend hervorgeſtoßene Anklage gegen „die Raubthiere, die aus den fürſtlichen Wappenſchildern geſprungen," gegen „die königl. Verräther und Rebellen", iſt leider nicht geeignet, ſeine eigne obige Behauptung zur Wahrheit zu machen.

Herr Buß aus Freiburg unterſtützt den von Jordan jetzt in beſtimmter und veränderter Weiſe geſtellten Antrag, wornach das miniſterielle Programm dem Dreißigerausſchuſſe zur morgenden Berichterſtattung überwieſen werden ſoll. Herr Buß kritiſirt bei dieſer Gelegenheit die Verfaſſung, kommt trotz des Rufs: zur Sache! auf die Ausſchließung Oeſterreichs zurück und behauptet, das Volk ſei für die Einheit, aber nicht für die Verfaſſung.

So heiter die Einleitung iſt, mit der hierauf Hr. Karl Vogt zuvörderſt die unzeitigen Buß- — und Moralprediger zurückweiſt, (Lachen) ſo ernſthaft iſt der Fortgang ſeiner Rede. Die facies hippocratica ſchreckt ihn nicht, wenn nur der Kranke mit Ehren ſtirbt. Ja, die Autorität dieſer Verſammlung iſt geſunken, ſeit dem Augenblick, wo die Corruption Platz ergriffen, und ſeit die Centralgewalt die Umwandlung der perſönlichen Ueberzeugung durch Aemterverleihung belohnte. Dann wendet ſich ſein Vortrag mit bekannter ätzender Schärfe gegen die Politik der Theorie, die hier geherrſcht habe und jetzt geſchlagen werde durch ihre eignen Beſchlüſſe. An der Möglichkeit eines ſolchen Miniſteriums, an der, ſei's auch nur 24ſtündigen Exiſtenz deſſelben zeige ſich recht deutlich, wie falſch der Weg geweſen, den man bei der Uebertragung der Centralgewalt auf ein unverantwortliches Haupt eingeſchlagen. Denn Sie werden, daran zweifle ich nicht, dem Miniſterium Ihr Mißtrauensvotum geben, aber — es wird nicht abtreten. Was thun Sie dann, da Ihnen jedes konſtitutionelle Mittel des Zwanges, der Steuerverweigerung zum Beiſpiel fehlt? Die Centralgewalt umgeſtalten, iſt Hrn. Vogt's Antwort darauf, und je eher, deſto beſſer, was längſt hätte geſchehen ſollen. Der Redner dringt ſchließlich auf ſofortige Entſcheidung über den Welckerſchen Antrag. Denn wer jetzt noch einer Berichterſtattung nöthig hat, iſt unfähig unſere Lage zu begreifen, während doch die Ereigniſſe auch dem Blindeſten hätten die Augen öffnen müſſen.

Die Abſtimmung verwirft Jordan's Vertagungsvorſchlag, und die Eile, zu der ſonach die Verſammlung genöthigt wird, rettet noch einige Stimmen für das Miniſterium, die ihm ſonſt ebenfalls zu einer bedachtſamer gefaßten Mißtrauenserklärung beigetreten wären.*) Der erſte Theil des Welcker'ſchen Antrags wird angenommen mit 191 gegen 12 Stimmen. Der Abſtimmung enthalten ſich 44 Mitglieder. Den zweiten Theil zieht Hr. Welcker als überflüſſig zurück. Denn die Geſinnung des Reichsverweſers ſei klar, nachdem er auf die frühere Deputation durch die Ernennung dieſes Miniſteriums geantwortet. Habe er (Welcker) ſich aber geirrt, ſo werde ſich dies aus den Maßregeln ergeben, die der Erzherzog in Folge des heutigen Beſchluſſes ergreife.

Die Sitzung wird darauf, 7 Uhr Abends, geſchloſſen und die morgende auf 12 Uhr Mittags angeſetzt.

♃ **Berlin**, 14. Mai. Der Zuſtand von Berlin iſt faſt ſo, wie er im Jahre 1840 war zur Zeit des alten Königs. Ueberall ruhig, gar keine Exzeſſe. Dabei ſind die Berliner bei dem ſchönen Wetter ſo auf den Beinen, als wenn ſie nach langer Entbehrung ſich mal etwas zu Gute thun wollten. Wer ruhig und ungeſtört leben will, muß nach Berlin kommen; es ſtrömen jetzt alle, die früher die Stadt verlaſſen hatten, hierher zurück und kommen noch viele aus Dresden, Weimar ꝛc. hinzu, ſo daß, weil auch der Adel aus Furcht nicht auf's Land geht, augenblicklich hier ein ungeheurer Zuſammenfluß von Menſchen bemerkbar iſt. Das Miniſterium thut auch Alles, Berlin zu einem wahren Aſyl für alle Märzmüden zu machen. Abgeſehen vom Belagerungszuſtand und dem Geſetz über den Belagerungszuſtand ergreift es noch augenſcheinlichere Sicherungsmaßregeln. Seit mehreren Tagen bemerkt man nämlich an verſchiedenen Stellen in unſerer Stadtmauer Schießſcharten, die aber ſeltſamer Weiſe nicht von außen nach innen, ſondern von innen nach außen gehen. Es gewinnt ferner den Anſchein, als ob man zwiſchen dem Schleſiſchen und Stralauer Thore ein Blockhaus erbauen wollte. Endlich aber ſoll vom Militärkommando die Anlegung von Schanzen und Gräben vor dem Prenzlauer Thore angeordnet worden ſein. Die Berliner müßten undankbar ſein, wenn ſie dieſe Sorgfalt für ihre Ruhe und Sicherheit nicht anerkennen wollten, und ſich jetzt nicht ungeſtört dem Vergnügen hingäben. Dabei hat Hr. v. Küſtner aber wieder ſeinen großen Fehler gemacht. Er will Fanny Elsler, die eben jetzt ihre ſechs Gaſtrollen beendet und als Honorar 300 Frd'or erhalten hat, wegen der jetzigen Zeitumſtände (!) nicht für einen zweiten Cyclus engagiren.

Berlin, 15. Mai. Der Pr. Staats-Anzeiger enthält im amtlichen Theile Folgendes:

„An mein Volk! Unter dem Vorwande der deutſchen Sache haben die Feinde des Vaterlandes zuerſt in dem benachbarten Sachſen, dann in einzelnen Gegenden von Süd-Deutſchland die Fahne der Empörung aufgepflanzt. Zu meinem tiefen Schmerze haben auch in einigen Theilen unſeres Landes Verblendete ſich hinreißen laſſen, dieſer Fahne zu folgen und unter derſelben, im offenen Aufruhr gegen die rechtmäßige Obrigkeit, göttliche und menſchliche Ordnung umzuſtürzen.

In ſo ernſter und gefahrvoller Zeit drängt es Mich, ein offenes Wort zu Meinem Volke zu reden.

Ich habe auf das Anerbieten einer Krone ſeitens der deutſchen Nationalverſammlung eine zuſtimmende Antwort nicht ertheilen können, weil die Verſammlung nicht das Recht hatte, die Krone, welche ſie Mir bot, ohne Zuſtimmung der deutſchen Re-

*) Dies beſtätigt auch die ausdrückliche Erklärung, welche die Herren Plathner, Brons, Dahlmann und 23 Genoſſen in Bezug darauf abgeben, daß ſie ſich in der obigen Frage ihrer Stimmen enthalten haben.

gierungen zu vergeben, weil ſie Mir unter der Bedingung der Annahme einer Verfaſſung angetragen ward, welche mit den Rechten und der Sicherheit der deutſchen Staaten nicht vereinbar war.

Ich habe fruchtlos alle Mittel verſucht und erſchöpft, zu einer Verſtändigung mit der deutſchen Nationalverſammlung zu gelangen. Ich habe Mich vergebens bemüht, ſie auf den Standpunkt ihres Mandats und des Rechtes zurückzuführen, welches nicht in der eigenmächtigen und unwiderruflichen Feſtſtellung, ſondern in der Vereinbarung einer deutſchen Verfaſſung beſtand, und ſelbſt nach Vereitelung Meiner Beſtrebungen habe Ich in der Hoffnung einer endlichen friedlichen Löſung nicht mit der Verſammlung gebrochen.

Nachdem dieſelbe aber durch Beſchlüſſe, gegen welche treffliche Männer fruchtlos ankämpften, ihrerſeits den Boden des Rechtes, des Geſetzes und der Pflicht gänzlich verlaſſen, nachdem ſie uns um deshalb, weil wir dem bedrängten Nachbar die erbetene Hülfe ſiegreich geleiſtet, des Friedensbruchs angeklagt, nachdem ſie gegen uns und die Regierungen, welche ſich mit Mir den verderblichen Beſtimmungen der Verfaſſung nicht fügen wollten, zum offenen Widerſtande aufgerufen, jetzt hat die Verſammlung mit Preußen gebrochen. Sie iſt in ihrer Mehrheit nicht mehr jene Vereinigung von Männern, auf welche Deutſchland mit Stolz und Vertrauen blickte. Eine große Zahl iſt, als die Bahn des Verderbens betreten wurde, freiwillig ausgeſchieden, und durch Meine Verordnung vom geſtrigen Tage habe Ich alle preußiſchen Abgeordneten, welche der Verſammlung noch angehörten, zurückgerufen. Gleiches wird von anderen deutſchen Regierungen geſchehen. In der Verſammlung herrſcht jetzt eine Partei, die im Bunde ſteht mit den Menſchen des Schreckens, welche die Einheit Deutſchlands zum Vorwande nehmen, in Wahrheit aber den Kampf der Gottloſigkeit, des Eidbruches und der Raubſucht gegen die Throne entzünden, um mit ihnen den Schutz des Rechtes, der Freiheit und des Eigenthums umzuſtürzen. Die Greuel, welche in Dresden, Breslau und Elberfeld unter dem erheuchelten Rufe nach Deutſchlands Einheit begangen worden, liefern die traurigen Beweiſe. Neue Greuel ſind geſchehen und werden noch vorbereitet. Während durch ſolchen Frevel die Hoffnung zerſtört ward, durch die Frankfurter Verſammluag die Einheit Deutſchlands erreicht zu ſehen, habe Ich in Königlicher Treue und Beharrlichkeit daran nicht verzweifelt. Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutſchen Staaten, welche ſich Mir angeſchloſſen, das in Frankfurt begonnene Werk der Verfaſſung wieder aufgenommen.

Dieſe Verfaſſung ſoll und wird in kürzeſter Friſt der Nation gewähren, was ſie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargeſtellt durch eine einheitliche Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Intereſſen Deutſchlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, geſichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalverſammlung entworfene Reichsverfaſſung iſt hierbei zu Grunde gelegt, und ſind nur diejenigen Punkte derſelben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeſtändniſſen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entſchieden nachtheilig ſind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die ſich dem Bundesſtaate anſchließen, wird dieſe Verfaſſung zur Prüfung und Zuſtimmung vorgelegt werden. Deutſchland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preußiſchen Regierung; ſein Vertrauen wird nicht getäuſcht werden.

Das iſt Mein Weg. Nur der Wahnſinn oder die Lüge kann ſolchen Thatſachen gegenüber die Behauptung wagen, daß Ich die Sache der deutſchen Einheit aufgegeben, daß Ich Meiner früheren Ueberzeugung und Meinen Zuſicherungen untreu geworden.

Preußen iſt dazu berufen, in ſo ſchwerer Zeit Deutſchland gegen innere und äußere Feinde zu ſchirmen, und es muß und wird dieſe Pflicht erfüllen. Deshalb rufe Ich ſchon jetzt Mein Volk in die Waffen. Es gilt, Ordnung und Geſetz herzuſtellen im eigenen Lande und in den übrigen deutſchen Ländern, wo unſere Hilfe verlangt wird; es gilt, Deutſchlands Einheit zu gründen, ſeine Freiheit zu ſchützen vor der Schreckensherrſchaft einer Partei, welche Geſittung, Ehre und Treue ihren Leidenſchaften opfern will, einer Partei, welcher es gelungen iſt, ein Netz der Bethörung und des Irrwahns über einen Theil des Volkes zu werfen.

Die Gefahr iſt groß, aber vor dem geſunden Sinne Meines Volkes wird das Werk der Lüge nicht beſtehen; dem Rufe des Königs wird die alte preußiſche Treue, wird der alte Ruhm der preußiſchen Waffen entſprechen.

Steht Mein Volk zu Mir, wie Ich zu ihm in Treue und Vertrauen einträchtig, ſo wird uns Gottes Segen und damit ein herrlicher Sieg nicht fehlen.

Charlottenburg, den 15. Mai 1849.

Friedrich Wilhelm.

Graf v. Brandenburg."

Düſſeldorf, 14. Mai. Eine Elberfelder Deputation, beſtehend aus dem Präſidenten Philippi, Dr. Pagenſtecher und Simons, war hier, um zu bitten, daß der Hr. Oberpräſident in Berlin eine Amneſtie für die Elberfelder Landwehrmänner erwirke. Nach einer Verhandlung von längerer Dauer verſprach der Herr Oberpräſident, er wolle die Bitte um Amneſtie ꝛc. beim Könige befürworten, wenn die Landwehr die angedeuteten Vorſätze zur That mache. (Und wirklich ſoll dieſelbe bereits 200 rothe Republikaner aus Elberfeld transportirt haben.) Wahrſcheinlich in Folge der Unterredung begaben ſich mehrere Mitglieder der Deputation gleich nach Berlin; ein Mitglied wird zum kommandirenden General reiſen. (K. Z.)

Elberfeld, 13. Mai. Wir erfahren aus ſicherer Quelle, daß der Sicherheitsausſchuß einen Deputirten nach Frankfurt entſandt, um der Reichs-Centralgewalt die Verhältniſſe unſerer Stadt und Provinz offen darzulegen und den Reichsſchutz in Anſpruch zu nehmen. (Elberf. Z.)

0 **München**, 14. Mai. Es gehen unheilverkündende Gerüchte durch die Stadt und je näher der Wiederbeginn der Kammerverhandlungen heranrückt, deſto großartiger werden die militäriſchen Vorſichtsmaßregeln der Regierung. Hat ſie einen Staatsſtreich vor? Will ſie mit der Auflöſung der Kammer vielleicht auch über München den Belagerungszuſtand verhängen, ein Recht, das ihr doch erſt nach Annahme der Reichsverfaſſung zuſteht, da kein baieriſches Geſetz dieſes Inſtitut kennt? Oder weil ſie die widerſpenſtigen Mitglieder der Abgeordnetenkammer verhaften, um den Reſt zu entmuthigen? Auch das wäre ein Staatsſtreich; denn ohne Zuſtimmung der Kammer kann kein Abgeordneter verhaftet werden. Wozu dieſe Anhäufung von Militär in und um die Stadt, wenn man nicht Etwas beabſichtigte, das man nur durch Bajonette durchſetzen kann? Bereits ſind zwei Nürnberger Abgeordnete, Tröger und Schmidt, wegen ihrer in Volksverſammlungen gehaltenen Reden in Unterſuchung gezogen und verhört worden; weiter wagt man in Nürnberg, wo Stadt- und Landvolk wie Ein Mann zu den Abgeordneten ſteht, nicht zu gehen, ob man aber in München, wo der Bevölkerung größerer Theil indolent, die Garniſon gegen zehntauſend Mann ſtark iſt, nicht weiter gehen wird. Das ſind Fragen, die man ſich nebeneinanderſtellt, und die nur noch von Optimiſten entſchieden verneint werden. Sind dieſe Vermuthungen auch ungegründet, ſo ſagen ſie doch deutlich genug, was man von der Regierung erwartet. Heute beziehen zwei Bataillone der hieſigen Garniſon ein Lager außerhalb der Stadt: geſtern hatten Verſammlungen unter den betreffenden Regimentern ſtattgefunden, die ſich darüber beriethen, ob ſie dem Befehl Folge leiſten ſollten. Man ſieht, die Soldaten fangen nun auch an ſich zu fühlen, die täglichen Beſuche des Königs in den Kaſernen tragen nur dazu bei, dieſes Selbſtgefühl zu ſteigern. Der König ſelbſt mußte dies aus dem Munde eines einfachen Schwabenkindes erfahren, als er vorgeſtern die im Dechanthofe einlogirten Truppen beſuchte und einen Soldaten fragte, ob er eingewöhnt ſei? „Sie brauchen ſich nicht zu fürchten, Majeſtät, wir Soldaten halten ſchon zu Ihnen," war die naive, ſehr überraſchende Antwort des ſchwäbiſchen Soldaten. Die Leute wiſſen die Ehre des königlichen Beſuchs zu beurtheilen.

Würzburg, 12. Mai. In der hieſigen Magiſtratsſitzung vom 11. d. M. wurde der Beſchluß gefaßt, eine Deputation zum Zwecke der Durchführung der Reichsverfaſſung an das Miniſterium abzuſenden. Ferner ward beſchloſſen, einen Ausſchuß zum Schutze der Stadt zu bilden bei einer etwaigen Bewegung. (N. W. Z.)

Kaiſerslautern, 15. Mai. Bis übermorgen tritt hier eine Landesvertretung zuſammen, welche dem Ausſchuſſe zur Seite ſtehen ſoll. Jeder der 31 Kantone wählt einen Vertreter. Wählbar und wahlberechtigt iſt jeder großjährige Pfälzer. Die bisher bekannt gewordenen Wahlen ſind entſchieden radikal ausgefallen, und das Reſultat der übrigen iſt bei der gegenwärtigen Stimmung, in der ſich die geſammte Bevölkerung befindet, kaum zu bezweifeln. Unſere Stadt iſt in ein vollkommenes Kriegslager

umgeſchaffen, täglich langen neue Truppenabtheilungen an, und andere gehen wieder ab, welche auf Extrabahnzügen weiter befördert werden. So kamen geſtern-Abend noch etwa 100 Mann der in Zweibrücken garniſonirenden Jäger hier an, um ſich zur Verfügung des Landesausſchuſſes zu ſtellen. Die noch zurückgebliebene Hälfte würde nachfolgen, heißt es. Zuzüge von unbewaffneten Leuten, wenn ſolche nicht gerade Militärdienſte geleiſtet haben, werden übrigens nicht mehr angenommen. Auch aus Sachſen haben wir Gäſte erhalten. Es befinden ſich flüchtige Mitglieder der aufgelöſten Kammer darunter. (D. P. Z.)

Raſtatt, 14. Mai. Heute zwiſchen 12 und 1 Uhr leiſteten die hieſige Bürgerwehr, die ganze Garniſon mit den noch anweſenden Offizieren und ſelbſt die öſterreichiſche Artillerie und techniſchen Truppen den Eid auf die Reichsverfaſſung. Dieſer Eid wurde von Brentano abgenommen, welcher vom Balkon des Rathhauſes herab verkündete, daß die bisherige Regierung in Karlsruhe geflohen ſei, er alſo nebſt den übrigen Mitgliedern des Landesausſchuſſes der Volksvereine den Auftrag übernommen habe, für Handhabung des Geſetzes und der Ordnung im Lande Sorge zu tragen. Man erwartet hier ſtarken bewaffneten Zuzug, und weil nicht abgeſehen werden kann, ob die Feſtung nicht gegen auswärtige Feinde ſpäter zu vertheidigen iſt, ſo ſollen einſtweilen alle Feſtungsarbeiter von hier entfernt werden, um im Nothfalle nicht eine Menge Leute hier zu haben, die zur Vertheidigung nichts beitragen. Sonſt iſt es hier ziemlich ruhig, nur wird hin und wieder ein mißliebiger Offizier aufgeſucht und in Haft gebracht, wenn er gefunden iſt. Viele entzogen ſich dieſer Möglichkeit durch die Flucht. Der hieſige Theil des Heeres hat ſich nun ſeine Führer ſelbſt gewählt, alle aber, die entflohen ſind, ihrer Stellen entſetzt. Mehrere wurden durch dieſe Procedur raſch befördert, ſo iſt Hauptmann Greiner durch den Willen der Bürger und Soldaten Gouverneur der Feſtung, und General Cloßmann, der dieſe Stelle bisher inne hatte, wird ſtreng bewacht. Auch der Bannerführer der Bürgerwehr mußte heute früh abtreten und ſeine Stelle einem bisherigen Leitmanne überlaſſen. Aus der Stadt ſind viele Familien geflüchtet. (N. Fr. Z.)

S **Freiburg** i. B., 15. Mai. Abends. Heute früh um 7 Uhr ſind ſämmtliche hier befindlichen badiſchen Truppen nebſt 8 Geſchützen von hier abmarſchirt, worauf General-Lieutenant v. Miller erklärt hat, er werde nun die Stadt nicht beſetzen. Die Offiziere rückten mit den Truppen aus. Der ſeitherige Direktor der hieſigen Kreisregierung, Hr. v. Marſchall, hat ſeine Stelle niedergelegt und die proviſoriſche Regierung in Folge deſſen den Obergerichts-Advokaten Dr. v. Rotteck dahier zum proviſoriſchen Direktor dieſer Stelle ernannt und demſelben zugleich den Befehl gegeben, alle Staatsbeamten, ſowie die Gemeindbehörden auf die deutſche Verfaſſung zu beeidigen. Die Gemeindebeamten haben ſich entſchloſſen den Eid zu leiſten, die Staatsdiener jedoch um eine Bedenkzeit bis den folgenden Tag gebeten, welche ſie auch erhielten. Um 5 Uhr wurde die geſammte Bürgerſchaft auf die deutſche Verfaſſung vereidigt. Heute ſind mehrere politiſche Gefangene befreit worden. Zwei Mitglieder der proviſoriſchen Regierung (Fickler nnd Peter) waren dieſen Nachmittag eine Stunde hier und ſind dann wieder nach Karlsruhe abgereiſt.

S **Freiburg**, 16. Mai. Morgens 9 Uhr. So eben rücken ſämmtliche Truppen, welche geſtern von hier abmarſchirt ſind, wieder hier ein, um auf die Reichsverfaſſung beeidigt zu werden. Eine Stunde von hier ſteht an der Spitze eines würtembergiſchen Regiments der Reichsgeneral v. Miller, ſowie die Generäle Hoffmann (?) und v. Gayling. Einige Artilleriſten mit mehreren Geſchützen, ſowie einige Reiterei, ſind zu dieſen übergegangen. Alle Bemühungen dieſer Generäle, die badiſchen Infanterie-Regimenter wieder zum Gehorſam zu bewegen, ſind fruchtlos geblieben. Auf General Miller's Ultimatum: wenn ſie nach ſtattgehabter Verpflichtung auf die Reichsverfaſſung zum Gehorſam zurückkehrten, werde alles Vorgefallene vergeſſen ſein, erklärten ſie, unter allen Umſtänden an den Offenburger Beſchlüſſen feſthalten zu wollen. Auf ſeine Schlußerklärung: ſo müſſe er als Feind in die Stadt einrücken und ſämmtliche Widerſetzenden als Rebellen behandeln, — trat ſogleich der Magiſtrat in Berathung, in Folge welcher ſo eben der Bürger Adolph Emerling nach Frankfurt abgeht, um an das Reichsminiſterium die Bitte zu ſtellen, einen Kommiſſär hierher zu ſenden; denn General v. Miller hat erklärt, er habe von der Centralgewalt den Auftrag, ſo zu handeln.

) **Darmſtadt**, 15. Mai. Heute in der Sitzung unſerer zweiten Kammer machte der Kriegsminiſter Graf Lehrbach offizielle Anzeige von den Anſtalten, welche die Centralgewalt gegenüber dem Aufſtande im Badiſchen ergriffen hat, ganz ſo wie ich ſie Ihnen geſtern mitgetheilt. Er verlas das deßfallſige Schreiben des Reichskriegsminiſters an den heſſiſchen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt. Ein in der Reichsfeſtung Raſtatt ausgebrochener Militäraufſtand habe dieſen wichtigen Punkt für den Augenblick in die Hände zügelloſer Empörer fallen laſſen, während andere Empörungen in Baden im Zuſammenhange damit, dem Geſammtvaterlande große Gefahren drohten. Der würtembergiſche Gen. Lieut. v. Miller habe ſofort Befehl erhalten, ſich mit allen zu ſeiner Verfügung ſtehenden Truppen des mobilen Corps nach Raſtatt zu wenden und den wichtigen Platz wieder zu nehmen. Alle verwendbaren Truppen ſollten unverzüglich jenes Corps verſtärken und zu dem Ende ſchleunigſt alle großherzoglich heſſiſchen Truppen, inſoweit ſie nicht ſchon im Reichsdienſte ſtänden, zuſammenberufen werden, um durch mit aller Energie geführte Operationen den Aufſtand und die Anarchie nachdrücklich zu bekämpfen. Es wird zugleich Angeſichts der die öffentliche Ordnung und Sicherheit ganz Deutſchlands bedrohenden Zuſtände für unumgänglich nöthig erachtet, daß überhaupt alle ausgebildete Mannſchaft der aktiven Armee wie der Reſerve, ſo weit ſolche in beſtimmte Formationen eingereiht und bewaffnet werden können, ſogleich einberufen und unter die Waffen geſtellt werden, um dieſer bedrohlichen Lage des Vaterlandes gegenüber nicht allein in kürzeſter Friſt über größere Streitkräfte verfügen zu können, ſondern auch verführeriſchen Einflüſterungen alle waffenfähige Mannſchaft möglichſt zu entziehen. Das Reichskriegsminiſterium zweifelt nicht, daß es in dieſer Kriſis, welche nur durch das Zuſammenwirken aller Kräfte des Geſammtvaterlandes beſtanden werden könne, von der großherzoglichen Regierung die möglichſte Unterſtützung finden werde, da es keines Beweiſes bedürfe, daß es ſich jetzt nicht mehr um lokale Intereſſen, ſondern um die Wohlfahrt und Exiſtenz des Ganzen und aller ſeiner Theile handle. — Wirklich ſind ſchon zwei Regimenter Infanterie (das 2te und 3te) nach der badiſchen Grenze abgegangen, jedes 2000 Mann ſtark, mit Reiterei und Artillerie. Die Truppen zeigten den beſten Geiſt und viel Enthuſiasmus bei ihrem Abmarſche. Heute Nacht noch wird, wie man hört, das 4te Infanterie-Regiment auf der Eiſenbahn hier vorbeiziehen, gleichfalls nach der Bergſtraße. Ein kleines Korps treu gebliebener badiſcher Truppen, mit einer Anzahl geretteter Kanonen, ſoll von den Inſurgenten hart bedrängt am Neckar ſtehen und es zunächſt die Befreiung dieſer Braven gelten, ſo ſagt man. In Oberheſſen ſollen ſtarke Züge preußiſcher Truppen angekündigt ſein.

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig** 12. Mai. Geſtern Morgen 8 Uhr war die dreitägige Waffenruhe, welche Bonin den Dänen zur Schonung Fridericias bewilligt, abgelaufen, ein Bombardement auf genannte Feſtung iſt bis heute früh noch nicht erfolgt. Von dem Fanatismus der jütiſchen Bauern kann man ſich kaum einen Begriff machen, auf der Straße zwiſchen Kolding und Veile wurde aus den Bauernhäuſern wiederholt auf preußiſche Offiziere geſchoſſen; in ſolchen Fällen wurden die Häuſer umzingelt, und in Brand geſchoſſen.

Wir hörten, daß unter der weſtphäliſchen Landwehr des 15. und 16. Regiments großer Jubel entſtand, als ſie auf dem Marſche gewahr wurden, daß die rheiniſche Landwehr ſich für die deutſche Verfaſſung erklärt habe, und bereits in Elberfeld mit der Linie in Konflikt gerathen ſei, ein großer Theil ſagte, das iſt der Grund weßhalb man uns hierher geſchickt, während Linie und Reſerve zurückgeblieben ſind. Die polniſche Landwehr iſt einmal dicht vor Veile mit den Dänen zum Gefecht gekommen, hat ſich aber mit vieler Energie, wie es dieſem Volksſtamm ſtets eigen iſt geſchlagen, doch hatten ſie nur einige leicht Verwundete. Ob die Preußen noch weiter nach dem Norden als bis Horſens, welches ſie jetzt beſetzt haben gehen werden, iſt ſehr zweifelhaft, denn dieſer war auch im vorigen Jahre der nördlichſte Punkt, welchen ſie inne hatten.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 137. Frankfurt a. M., Samſtag 19. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Schleswig-Holſtein.

Baden.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 18. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Miniſterrath. Der preußiſche Abgeſandte. Der Reichsverweſer. Der Geburtstag der Reichsverſammlung.) Wien (Die Cumanen und Japygen. Die Beſchießung von Malghera. Die Lage Ofens. Hofnachrichten. Hr. v Canitz. Der Transport der Ruſſen. Die verſammelten Biſchöfe. Die Börſe.) Prag (Proteſt der Gemeindebehörden gegen den Belagerungszuſtand. Spaltung unter den Czechen. Ausbreitung des Kriegszuſtandes.) Berlin (Preußiſches Anerbieten nach Dänemark. Das Verbot der Nationalzeitung. Miniſterium und Preſſe. Die Reſultate der Verfaſſungskonferenzen. Beitritt Hannovers zum Zollverein.) Köln (Uebergabe von Elberfeld und Iſerlohn) München (Eid des Studentenfreikorps auf die Reichsverfaſſung. Der Landtag. Rüſtungen der Regierung. Die Stimmung im baieriſchen Gebirge.) Stuttgart (Schickſale des Hinckeldey'ſchen Korps.) Dresden Ausweiſung der Polen. Neue preußiſche Truppen.) Hannover (Stüve's Berathung mit dem Miniſterium. Militäriſche Vorſichtsmaßregeln.) Karlsruhe (Zuzüge. Die Bürgerwehr. Kundmachungen und Beſchlüſſe des Landesausſchuſſes. Ankunft der Reichskommiſſäre.) Mannheim (Der Großherzog in Lauterburg.) Raſtatt (Abmarſch der öſterreichiſchen Beſatzung. Beſitznahme von der Feſtung. Rüſtungen.) Aus dem nördlichen Schleswig (Aarhaus genommen.) Schleswig (Bevorſtehende Beſchießung von Fridericia.)

Großbritannien. London (Interpellationen und miniſterielle Erklärungen über auswärtige Angelegenheiten und den kanadiſchen Aufſtand. Austragung des Zwiſtes mit Dänemark demnächſt erwartet.)

Frankreich. Paris (Ausfall der Wahlen hier und in den Departements. Die Nationalverſammlung. Depeſche Oudinot's.) Straßburg (Der Ausfall der Wahlen. Flüchtlinge aus Baden. Keine Spur von einer Rheinarmee.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Czernowitz (Kommiſſion für die Verfaſſung der Bukowina.)

Italien. Bologna (Bombardement.) Aus dem Kirchenſtaat (Die Römer wollen ſich freiwillig den Franzoſen unterwerfen.)

Amerika. Kanada (Oberkanada in Aufſtand. Das Parlamentshaus und Staatsarchiv zu Montreal eingeäſchert. Mexiko (Cholera.) Hayti (Angriff auf St. Domingo.) Buenos Ayres (Uebereinkunft des Generals Roſas mit dem britiſchen Geſandten.)

Nachſchrift.

---

18. Mai.

Den auswärtigen Geſandten iſt amtlich mitgetheilt worden, daß Preußen das däniſche Kabinet aufgefordert habe, einen Bevollmächtigten nach Berlin behufs der zu eröffnenden Friedensunterhandlungen ſchleunigſt zu entſenden. Gleichzeitig theilt der Globe, deſſen Beziehung zum engliſchen auswärtigen Amte bekannt iſt, Folgendes mit: „Die von Lord Palmerſton der däniſchen und preußiſchen Regierung gemachten Vorſchläge in Betreff der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheit ſind von dem däniſchen Geſandten angenommen worden, und wir haben Grund, zu glauben, daß der preußiſche Bevollmächtigte in unſerem Lande dieſem Vergleiche ſeine Zuſtimmung von Seiten ſeiner Regierung geben wird. Es ſind demnach alle Ausſichten vorhanden, daß dieſer Streit — die Quelle ſo vieler politiſchen Erbitterung und kommerzieller Nachtheile und Verluſte — raſch ſeinem Ende naht.“ Demnach ſteht zu erwarten, daß der däniſche Krieg von der Diplomatie zu einem erwünſchten Ende gebracht werden wird, wenn man etwa nur wüßte, welcher Ausgang der hohen Politik erwünſcht kommt. Was die preußiſche Politik insbeſondere betrifft, ſo iſt es nur zu bekannt, daß ſie den Krieg weniger als einen nationalen betrachtet hat, denn als eine Auflehnung von Unterthanen gegen ihre rechtmäßige Obrigkeit. Kein Wunder, daß ſie dieſen widerwärtigen Krieg um jeden Preis beizulegen wünſchte, und zu den Enthüllungen, welche wir über die — Gefügigkeit des Grafen Arnim bereits gebracht haben, könnten wir neue hinzufügen.

Aber während die Diplomatie nach alter Weiſe über Land und Leute verfügen will, ohne Land und Leute zu fragen, haben die Schleswig-Holſteiner ihre eigene Kraft mit den Dänen gemeſſen, ſie haben bei Eckernförde, Kolding und Gudſoe geſiegt und wahr gemacht, was wir ihnen bei der Kündigung des Waffenſtillſtandes zuriefen:

> In native swords, in native ranks
> The only hope of courage dwells!

Bei dieſer Erhebung ihres Selbſtgefühls empfinden ſie um ſo mehr das Unwürdige, daß fremde Diplomaten über ihr Schickſal entſcheiden, ohne daß ſie ſelbſt erfahren,, auf welche Weiſe, viel weniger eine Stimme in den Verhandlungen hätten, von denen zu wenig Gutes zu erwarten die Erfahrung ſie gelehrt hat. Während alſo ruſſiſche Kouriere hin- und herfliegen, hat die Statthalterſchaft eine Staatsrathſitzung gehalten und eine offene Erklärung ausgehen laſſen, in welcher ſie dies Recht der Herzogthümer noch einmal wahren. Wie der Angriff auf die Verbindung der Herzogthümer, heißt es in dieſer Erklärung, die letzte Urſache ihrer Erhebung geweſen war, ſo würde der Abſchluß eines Friedens durch den die Trennung beider Lande verſucht werden möchte, dieſelbe Wirkung hervorrufen, wie das Patent vom 24. März v. J.; kein ehrenhafter Mann in den Herzogthümern würde zur Ausführung eines ſolchen Friedens die Hand bieten. Als das durch den Frieden zu ſichernde Recht der Herzogthümer wird die unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer, ſtaatsrechtlich geſicherte, vollkommene Unabhängigkeit dem Königreich Dänemark gegenüber und innigſte Theilnahme an dem deutſchen Bundesſtaate bezeichnet. Durch gemeinſchaftliche Landtage waren Jahrhunderte lang beide Herzogthümer vertreten und nachdem im vorigen Jahre der von däniſcher Seite verſuchte Angriff die Erhebung der Herzogthümer zur gemeinſamen Abwehr nothwendig gemacht hatte, iſt ihre konſtitutionelle Einheit im Geiſte der Gegenwart aufs Neue urkundlich beſtätigt worden durch das Staatsgrundgeſetz vom 15. September 1848, welches den Wünſchen und Bedürfniſſen der Schleswig-Holſteiner entſpricht, von dem ſie jetzt am wenigſten abgehen werden. Dagegen ſagt die Statthalterſchaft durch ihr Schweigen, daß ſie den Wünſchen nach Aufhebung der Perſonal-Union, welche je länger der Krieg währt, je länger die Bewohner der Herzogthümer in ihrem König ihren Feind erblicken müſſen, deſto lebhafter ſich kund geben, keinen Raum verſtattete, daß die Herzogthümer zu ſonſtigen Opfern bereit ſein werden, wenn ſie damit ihr Kleinod, ihr öffentliches Recht für immer ſichern können. Es liegt indeß in der Natur der Sache, ſo ſchließt die Erklärung, und die Erfolgloſigkeit aller bisherigen Verhandlungen hat es bewieſen, daß nur von denjenigen, welche mit dem nächſten Intereſſe für die Sache auch die genaueſte Kunde der Verhältniſſe verbinden, ein gedeihliches Reſultat der Verhandlungen zu erwarten ſteht. Es ſcheint deshalb wünſchenswerth, daß eine Zuſammenkunft von Delegirten des Königreichs Dänemark und der Herzogthümer vermittelt und von denſelben das Friedenswerk berathen und weiter gefördert werde. Die Zahl der beiderſeitigen Abgeordneten dürfte auf 8 oder 12 feſtzuſetzen ſein, von denen je 2 oder 3 von der Statthalterſchaft und der ſchleswig-holſteiniſchen Landesverſammlung, ſowie von der königlich däniſchen Regierung und vom däniſchen Reichstage zu deſigniren wären. Als Ort der Zuſammenkunft wäre die Stadt Lübeck oder Hamburg in Vorſchlag zu bringen.

Es freut uns, das ruhige Gefühl männlicher Selbſtſtändigkeit, welches im Uebrigen den Nordländer auszeichnet, ſo auf das politiſche Gebiet, wo es lange niedergehalten war, verpflanzt zu ſehen. Ob die Dänen auf jenen Vorſchlag eingehen werden? Wir wünſchen es mehr, als daß wir es zu hoffen wagen, denn die Dänen rechnen auf den Bürgerkrieg, welcher das Ende aller unſerer Einheitsbeſtre-

bungen zu werden droht. Ja es iſt traurig, daß wir mit einer ſolchen Ausſicht heute den Jahrestag feiern, an welchem die deutſche verfaſſunggebende Reichsverſammlung zuſammentrat. Sie hat ihr Werk zu Stande gebracht und über alles Erwarten erhob ſich nirgends in den deutſchen Volksſtämmen ein ernſtlicher Widerſpruch. Das Unglück war, daß ſich die Bewegung nicht gleichzeitig und gleichmäßig in den Norden und Oſten verbreitete. So kam es, daß ſich die Bewegung im Süden überſtürzte, ehe ſie im Norden den Eigenwillen verblendeter Herrſcher überwältigte. Die Lage der Reichsverſammlung iſt der Art, daß es ihr ſchwer wird, jene Beſonnenheit zu bewähren, welche allein ſo noch die Möglichkeit des Sieges gewähren kann. Sie gleicht dem edlen Andaluſiſchen Stier, welcher rings von der blutigen Meute gehetzt vom rothen Tuche des Matadore gereizt, in ihrer Wuth ſich leicht die Blöße gibt, wo der Todesſtoß gelingt. Ihre Macht ruht in der Nation; aber dieſe wird von ihr abfallen, ſobald ſie zu gewaltſamen Maßregeln greift. Denn es iſt ein eitles Reden, die Verſammlung ſolle die Bewegung in die Hand nehmen; die Erfahrung lehrt, daß ſchon jetzt die Bewegung ihre eigenen verderblichen Wege einſchlägt. Die Verſammlung muß auch den Schein der Uebereilung vermeiden. Allerdings war es ein Hohn, ihr ein Miniſterium anzubieten, das im Hauſe gar keine Partei hat. Umſomehr konnte ſie ſich in Vortheil ſetzen, wenn ſie das Programm einer vorgängigen Prüfung unterwarf und dann mit ruhiger Würde ihre Achtung ausſprach. Doch das iſt beiſpielsweiſe ein Geringes den wichtigſten Entſcheidungen gegenüber, welche bevorſtehen. Wenn die Verſammlung den Weg der Geſetzlichkeit verläßt, ſo iſt ſie, ganz abgeſehen von der Rechtsfrage und der ſittlichen Ueberzeugung nach der jetzigen Lage der Dinge verloren. Sie arbeitet dem ſicheren Siege der Reaktion ſo in die Hände. Wenn es ihr dagegen gelänge, ſich auf ihrem Platze, innerhalb ihrer Befugniſſe noch eine kurze Friſt zu behaupten, ſo könnte ſie ihren Sieg trotz Allem noch erleben. Denn wie lange kann ſich das jetzige Regiment in Preußen noch behaupten?

Wir haben zuletzt die Rathloſigkeit geſchildert, in welcher ſich die Regierung und faſt alle öffentlichen Gewalten in Karlsruhe am Abend des 13. Mai befanden. Die ehrenwerthen Bemühungen der Gutgeſinnten, die Aufopferung der Bürgerwehr, das vierſtündige Gefecht am Zeughaus — Alles war erfolglos, wenn ſich kein leitender Mittelpunkt und keine Behörde mehr fand, welche die Fäden der Regierung in den Händen behielt. Baden war zwar, wie alle kleine Staaten, dem gewaltſamen Stoße einer rührigen und unbeſonnenen Partei vorzugsweiſe ausgeſetzt, aber ſo ſchlimm ſtanden die Dinge nicht, daß alle beſtehenden Gewalten vor einem Militärkrawall, der an verſchiedenen Orten geſiegt hatte, in der Hauptſtadt mißlungen war, ſofort die Flucht ergreifen mußten. War ja doch am Abend des 13. der Sturm aufs Zeughaus abgeſchlagen worden, hatte ſich doch die tüchtige Geſinnung der Karlsruher Bürgerſchaft vollſtändig bewährt, war doch auf die durch das ganze Land verbreiteten und an vielen Orten überwiegenden Konſtitutionellen, wenn man von oben Entſchloſſenheit zeigte, mit Sicherheit zu rechnen — warum räumte man alſo das Feld vor einer Partei, deren Unhaltbarkeit ſelbſt die Muthloſeſten eingeſtehen mußten? Wenn in Dresden der König und die Regierung floh, ſo wichen ſie vor einer Erhebung, die möglicher Weiſe das ganze Volk ergreifen konnte, und die, wenn die Thorheit der äußerſten Partei ſich ihrer nicht bemächtigte, in ihren Folgen unabſehbar war. Warum aber in Karlsruhe fliehen, wo zu einer gewaltſamen Erhebung für die Reichsverfaſſung nirgends eine Urſache vorlag, wo man vor dem Handſtreiche einer Partei, nicht vor einer Revolution des Volkes, Land und Volk zu ſchützen hatte? Weßhalb die Eilfertigkeit im Verlaſſen des anvertrauten Poſtens, wo es ſich nicht um ein dynaſtiſches Intereſſe, ſondern um die Entſcheidung einer großen deutſchen Kriſis handelte? Warum der Politik den „Niemals, Niemals" ſo raſchen willkommenen Triumph bereiten, daß eine Regierung mit allen Konzeſſionen doch die revolutionäre Bewegung nicht beſchwichtigen könne, die ſich hinter der Agitation für die Reichsverfaſſung verſteckte? Daß der Verſuch der rothen Republik in Baden höchſtens den Werth einer lehrreichen Kur auf Tod und Leben haben könne, darüber konnte man ſich doch ſchwerlich eine Illuſion machen; ſo wenig, wie man ſich darüber täuſchen konnte, daß ein ſolches Intermezzo nur die niemals ruhenden Gedanken an Mediatiſirung eines ſo ohnmächtigen Staates von Neuem wecken mußte.

Wir kommen auf dieſe Seite des badiſchen Aufſtandes ſpäter noch zurück; für jetzt wollen wir nur den peinlichen Eindruck hervorheben, den die Deſertion des Hofes und der Regierung auf alle Wohlgeſinnten machen mußte. Hof und Regierung können aber nicht dazu ſchweigen, daß man ihnen die Hauptſchuld aufbürdet, dem dritten Putſch des badiſchen Radikalismus die Wege geebnet zu haben; wir unſererſeits, die wir vorher nie an dem guten Willen Beider für die Reichsverfaſſung gezweifelt haben, konnten beinahe bedenklich werden, als wir ſahen, wie man die bewaffnete Reſtauration auf dieſe Weiſe gewiſſermaßen ins Land hereinlockte. Denn ganz unklug mag die Politik nicht ſein, die wühleriſchen Elemente ſich ſo zu dieſem Experimente aufbrauchen und aufreiben zu laſſen, damit der ungeſtörten Rückkehr des alten Syſtems kein Hinderniß mehr im Wege ſtehe; nur kann in dieſem Verſuch dem Lande und Volke eine Wunde geſchlagen werden, welche die Reſtaurationspolitik ihm nimmer heilen kann. Die Perſönlichkeit des Regenten mag ſolchen Rückzugsgedanken allerdings ſehr zu Hilfe gekommen ſein; wußten aber die Rathgeber und Treiber auch, welch gefährliches Spiel ſie ſpielten, als ſie riethen, vor einer auf die Dauer ganz unmöglichen Gewalt die Monarchie Chamade ſchlagen zu laſſen?

Der Eindruck, den der Rückzug der Regierung am Morgen des 14. auf alle Wohlgeſinnten machte, iſt kaum zu beſchreiben; man ging mit der Ueberzeugung des Sieges nach Hauſe und wurde mit der Botſchaft der Niederlage aufgeweckt. Ganz früh am Morgen erfuhren wir, daß man auf dem Rathhaus daran denke, mit dem „proviſoriſchen Landesausſchuß" in Verhandlung zu treten; wir waren wie alle andern aufs tiefſte betroffen, konnten uns aber die Schwierigkeit nicht verhehlen, die ein fortgeſetzter Kampf gegen das rebelliſche Militär in einer ſchutzloſen von der Regierung verlaſſenen Stadt mit ſich führe. Gleich nach Tagesanbruch fing der Skandal vom Abend wieder an, wir ſahen Soldaten ſchon nach fünf Uhr betrunken durch die Straßen ziehen und Schießen; auch ſprach man von Zuzügen einiger nahgelegener Orte und es ſchien eine zeitlang ungewiß, ob ſich nicht der Kampf vom Abend erneuern würde. Erſt allmälig verlief ſich das rebelliſche Militär, meiſt in die Heimath; ein höheres Ziel ihrer Errungenſchaften ſchienen ſie ſich nicht geſteckt zu haben.

Auf dem Rathhauſe, wo ſich der Gemeinderath und einige Beamten befanden, war eine ruhige und entſchloſſene Stimmung, aber man fühlte die Schwierigkeit unter dieſen Umſtänden ohne Regierung, ohne Leitung, ohne Offiziere den Kampf fortzuſetzen. So entſchloß man ſich mit ſchwerem Herzen zur Abſendung einer Deputation nach Raſtadt, die ſich mit dem „Landesausſchuß" in Vernehmen ſetzen und wenigſtens die Sicherheit der Stadt verbürgen ſollte. Daß die Bürgerwehr in der Ungewißheit der Lage und ohne die genügende Bürgſchaft für die innere Ruhe der Stadt den weitern Kampf nicht aufnehmen würde, war vorauszuſehen; der Gemeinderath mußte der Stimmung gegenüber, die ſich allmälig geltend machte, zunächſt das Intereſſe der Stadt berückſichtigen. Wie viel aber eine tüchtige Leitung und Organiſation vermochte, bewies ein einziges Beiſpiel: der Reſt des Leibregiments, der weder rebelliſch geweſen war noch in der allgemeinen Rathloſigkeit ſeinen Poſten verlaſſen wollte, ſuchte einen Offizier auf, der das Vertrauen der Mannſchaft genoß, und forderte ihn auf, die Leitung zu übernehmen. Raſch waren dieſe 400—500 Mann, die ſich dem Gemeinderath zur Verfügung ſtellten und bei den Bürgern einquartirt wurden, wieder in Reih und Glied vereinigt, ebenſo raſch Bürgerwehr in Verbindung mit ihnen zum Schutz der wichtigſten öffentlichen Gebäude und Kaſſen aufgeboten. Ein Beweis, daß tüchtige Kräfte vorhanden waren, wenn man ſie nur zu leiten und ihnen Vertrauen einzuflößen verſtand.

Inzwiſchen begann eine eilige und regelloſe Flucht in der Stadt; Hunderte verließen mit dem was ſie tragen konnten, Haus und Hof, auch ganze Wagen mit Hausrath zogen durch die verſchiedenen Thore und alle Straßen nach den benachbarten Dörfern waren mit ſolchen Wanderzügen bedeckt. Ein charakteriſtiſches Zeugniß für das Vertrauen, womit man der neuen Gewalt entgegenkam! Dieſe Gewalt ſelbſt mochte überraſcht ſein über ihr ſchnelles Gelingen, Einzelne vielleicht auch verlegen über die Richtung der Bewegung, die ſie plötzlich in die fatale Nothwendigkeit

verſetzte, die bequeme Wühlerrolle mit der ſchwierigen Aufgabe des Regiments zu vertauſchen.

In der Stadt nahm die Verwirrung zu; die republikaniſchen Elemente unter den Turnern und jungen Leuten, die guten Freunde vom Proletariat und die fremden „Geſtalten“ fingen an munter zu werden. Rings um die Stadt konnte man die verſchiedenſten Eindrücke empfangen. Da Flüchtlinge, dort kleine Anfänge von Zuzügen; in der Mehrzahl der Landbevölkerung aber Beſtürzung und eine dunkle Ahnung, daß hier ein grelles Unrecht mit einem großen Unglück Hand in Hand gehe. Auf den einzelnen Ortſchaften begegnete man den heimziehenden Soldaten und konnte aus ihren Aeußerungen entnehmen, wie ſinnlos und begriffsverwirrt Alles war, womit man ſie zum Bruch des Fahneneides verführt hatte. Bei Graben am Rhein trafen wir einen andern Zug, der einen wohlthuenderen Eindruck machte; den größten Theil der badiſchen Artillerie, noch trefflich bemannt von den Offizieren angeführt und von einer kleinen Eskorte Dragoner unter einem Oberlieutenant begleitet. Die braven Leute wollten ſich überall hinführen laſſen, nur nicht zu den Rebellen; ihre Richtung ging jetzt nach Germersheim. Die Stimmung womit die Bauern ſie unterwegs empfingen, bewies mehr als alles, daß man Ehre und Treue in Baden noch zu ſchätzen wußte. „Wir ſind zwei Brüder bei der Batterie, hören wir einen zu den erfreuten Landleuten ſagen, aber unſer Vater hätte uns alle zwei todtgeſchlagen, wenn wir als Schurken nach Hauſe gekommen wären.“

Gegen Abend zog der proviſoriſche Landesausſchuß in Karlsruhe ein; die Geſinnungsgenoſſen hatten offiziellen Jubel vorbereitet und der neue Souverain gab ſich alle Mühe, ſo ignorirend wie möglich die kurzen Flitterwochen ſeiner Gewalt zu eröffnen.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 18. Mai. (Schluß.)

Herr Ahrens aus Salzgitter hebt unter den verſchiedenen Gründen, aus welchen der König von Preußen abgelehnt habe, als den hauptſächlichſten hervor die tiefe Abneigung, die das Ausland gegen die Wiederherſtellung des deutſchen Kaiſerthums hege. Nachdem ſich ſomit die Unmöglichkeit des Erbkaiſerthums herausgeſtellt habe, ſei eine Reviſion der Verfaſſung unerläßlich und dieſe dem nächſten Reichstage auf dem Wege gewöhnlicher Geſetzgebung zu überlaſſen. Herr Bresgen aus Ahrweiler hat den Antrag geſtellt, daß die Oberhauptswürde des Reichs proviſoriſch an einen der regierenden Fürſten aus der Reihe derer, welche die Verfaſſung anerkannt haben, durch Wahl verliehen werde. Denn die Centralgewalt müſſe vor Allem beſeitigt werden, das rufe die Linke dem Hauſe ſeit 14 Tagen ſchon zu. Möchte ſie Gehör finden, ehe es auch hier heiße „zu ſpät.“ Seine Maßregel ſei keine revolutionäre, ſondern ſie bewege ſich auf ganz legalem Boden.

Herr Jordan von Berlin: Die Partei, der ich angehöre, iſt nicht im Stande, einen poſitiven Vorſchlag zu machen, ſie muß ſich darauf beſchränken, die vorhandenen zu beſtreiten. Freilich liegt darin ein Bekenntniß unſerer Ohnmacht. Wir müſſen einräumen, wir ſind beſiegt. Zwar hat Herr Vogt geſagt, wir hätten uns durch unſer ſtarres Feſthalten an dem Konſtitutionalismus unſer Grab ſelbſt gegraben. Das mag ſein — es iſt wahr, wir ſterben an unſerm Vertrauen. Aber dieſer Tod iſt kein unehrenhafter, er gereicht uns vielmehr zum Ruhme und Ihnen (zur Linken) zum Nutzen. Denn in der Politik gilt nur die Erfahrung. Die Geſchichte hat geſprochen, das Volk weiß jetzt, was es von den Monarchien zu befahren hat. Wenn Sie daher jetzt auf anderen Wegen als den unſrigen Erfolge gewinnen, wenn ſich die Mehrheit des Volkes für Sie erhebt, ſo haben Sie es uns (von der Rechten) zu verdanken, eben weil wir das Vertrauen erſchöpft haben. Unſere Stellung aber iſt eine unhaltbare geworden. Getäuſcht von den Kabinetten, mißbraucht und verleugnet von ihnen, ſehen wir uns leider in dem noch viel traurigeren Falle, auch einen Theil des Volkes verleugnen zu müſſen, der ſich doch für uns zu erheben meint. Allein trotz des traurigen Endes dieſer Verſammlung erwartet die Partei, der ich angehöre, mit Ruhe das Urtheil der Geſchichte. Denn ſie wird ihr das Zeugniß edler Mäßigung nicht verſagen und die Anerkenntniß des treueſten Willens. Nach der Sündfluth iſt von Ihnen (zur Linken) geſagt worden, kommen wir. Nein, nur während der Sündfluth werden Sie kommen und oben aufſchwimmen. Allein wenn ſich die Wogen verlaufen haben und wenn am Himmel der Regenbogen der Verſöhnung erſcheint, dann wird ſich unſer Banner erheben, denn unſer iſt die Zukunft.

Es herrſchte ſchon ſeit einer Stunde viel Unruhe im Hauſe. Dennoch erhält der wiederholte Antrag auf Schluß der Debatte keine Mehrheit und Herr Henkel aus Kaſſel ſetzt die Gründe aus einander, die ihn zu folgenden Anträgen beſtimmt haben:

1) diejenigen Staaten, deren Regierungen die Reichsverfaſſung bereits anerkannt haben, werden alsbald auf den Grund dieſer Verfaſſung und Behufs deren Durchführung in ihren Gebieten, unter einem gemeinſamen Oberhaupte, welches den Titel „Generalſtatthalter der vereinigten deutſchen Staaten“ führt, vereinigt; 2) dieſem Oberhaupte ſtehen, ſoweit nicht die Natur der Sache Modifikationen erheiſcht, worüber vorerſt die Nationalverſammlung und ſpäter der Reichstag der vereinigten Staaten entſcheidet, alle verfaſſungsmäßigen Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes, bezüglich der anerkennenden Staaten zu; 3) die Nationalverſammlung wählt in einer dazu anzuberaumenden Sitzung mit abſoluter Stimmenmehrheit dieſes proviſoriſche Oberhaupt aus den Regenten der anerkennenden Staaten; 4) der Gewählte wird durch eine Deputation eingeladen, die Regierung alsbald mittelſt Angabe des verfaſſungsmäßigen Eides (mit der entſprechenden Modifikation) im Schooße der Nationalverſammlung anzutreten; 5) derſelbe umgibt ſich mit einem Miniſterium, welches bis zur Eröffnung des Reichstages der vereinigten Staaten, der Nationalverſammlung, nachher aber jenem verantwortlich iſt; 6) die Nationalverſammlung vertritt auch außerdem bis dahin die Stelle jenes Reichstags; 7) der Sitz der Regierung der vereinigten Staaten iſt Frankfurt, im Fall der Noth iſt jedoch der Generalſtatthalter befugt, dieſelbe an einen andern Ort zu verlegen; 8) der Generalſtatthalter eröffnet den nächſten Reichstag und führt die Regierung der vereinigten Staaten ſo lange fort, bis entweder nach Anleitung des Beſchluſſes vom 4. Mai d. J. oder nach Beſtimmung des Reichstages ſein Nachfolger eingetreten iſt; 9) die Centralgewalt und neben ihr die Nationalverſammlung, welche ſich nach Ermeſſen auf längere oder kürzere Zeit mit oder ohne Zurücklaſſung eines bleibenden Ausſchuſſes vertagen kann und im Falle des Abgangs einzelner Mitglieder auf den Grund der beſtehenden Wahlgeſetze zu ergänzen iſt, bleibe für die allgemeinen deutſchen Angelegenheiten beſtehen, bis die Verfaſſung von allen deutſchen Staaten außer Oeſterreich anerkannt ſein wird.

Anſtatt des Verlangens, die Debatte zu ſchließen, wird jetzt der Antrag auf Vertagung derſelben und der Abſtimmung eingebracht und angenommen. — Nächſte Sitzung morgen 10 Uhr Vormittag.

*** **Frankfurt**, 18. Mai. Während der Berathung über den Welcker'ſchen Antrag waren die Reichsminiſter geſtern plötzlich aus der Paulskirche verſchwunden. Man wollte geſtern Abend wiſſen, es habe alsbald ein Miniſterrath ſtatt gefunden, in welcher die Frage von der Auflöſung der Nationalverſammlung berathen und der preußiſche Abgeſandte, Obriſt Fiſcher, mit in dieſe Berathung gezogen worden. Es ſoll der preußiſche Abgeſandte nicht blos dahin inſtruirt ſein, ſich die hieſigen Dinge anzuſehen, ſondern er ſoll auch nach Umſtänden zu handeln befugt ſein.

*** **Frankfurt**, 18. Mai. Der König von Sachſen und die deutſche Nationalverſammlung begehen heute ihren Geburtstag. Auf die Feier dieſes Tages werden wohl Beide verzichten, doch ſoll der Nationalverſammlung ein „beſonderes Angebinde“ zugedacht ſein.

♂ **Frankfurt**, 18. Mai. Wiederholt wird behauptet, der Erzherzog Reichsverweſer habe für ſeine Abreiſe von hier Alles vorbereitet.

△ **Wien**, 14. Mai. Wir erhielten ſoeben eine für die kaiſerliche Sache ſehr wichtige Nachricht aus Ungarn. Die Kumanen und Jazygen haben ſich widerſetzt, als man die ungariſche Königskrone von ihren Fahnen ꝛc. entfernen wollte, und erklärt, daß ſie nur für ihren König zu Felde ziehen würden. Wenn dies Ereigniß glücklich benutzt wird, ſo können dadurch leicht die beſten ungariſchen Reiter unter die kaiſerlichen Fahnen zurückgeführt werden, was ſchon wegen des moraliſchen Eindrucks von großem Nutzen wäre, abgeſehen davon, daß es in unſrem Heere an leichter Reiterei fehlt.

General Zeisberg (welchen das Gerücht gefangen und in Anklageſtand verſetzt ſein ließ) war vor einigen Tagen in Eſſegg, und hat mehrere Expeditionen auf der Donau geleitet. Jetzt iſt er bei dem Ban von Kroatien. Offiziere welche in ſeinem Auftrage in Semlin und Belgrad waren, können die Freundlichkeit der Türken und ihre günſtige Stimmung für Oeſterreich nicht genug rühmen. Beſonders überbietet Omer Paſcha alle andern an Beweiſen von Großmuth und Wohlthätigkeit gegen die unglücklichen Flüchtlinge, und ſucht ſie ſelbſt durch Feſte und andre Aufmerkſamkeiten zu zerſtreuen.

Dem hier anſäſſigen reichen Banquier Baron Sina wurde geſtern eine Ueberraſchung ganz eigener Art zu Theil.. Er erhielt eine Zu-

ſchrift von der ungariſchen Regierung, welche ungefähr folgenden Inhaltes war: „Da die Gräfin Czaky ſich um das Vaterland ſehr verdient gemacht hat, ſo wolle ihr die ungariſche Nation eine Nationalbelohnung übergeben, und da er — Baron Sina — ſich gar nicht um Ungarn verdient gemacht, ſo ſei dazu ſeine große Herrſchaft Trentſchin beſtimmt und der Gräfin Czaki bereits übergeben worden. Er ſolle ſich daher nie mehr unterfangen, irgend einen Anſpruch an dieſe Herrſchaft geltend machen zu wollen, und ſich im Uebrigen für die Zukunft beſſer verhalten — da er noch anderweitige Herrſchaften in Ungarn beſitze!“ Aus dieſem Erlaſſe geht zugleich hervor, daß die Ungarn unbedingte Herren des obern Waagthales ſind, in deſſen Mitte Trentſchin ſelbſt liegt.

In Meſtre und Mulghera dürften unſre Angriffe doch nicht den ſchnellen Erfolg haben, den man ſich anfänglich verſprach. Man erwartete unſrerſeits noch mehr grobes Geſchütz, und wollte das Bombardement ungefähr vom 3. bis 10. ernſtlicher wieder fortführen. Unterdeſſen treiben ſich unſre Truppen hinter und zuverſichtlich vor der Feſtung, beſonders in den Laufgräben herum, während die Kugeln aus Mulghera über ihre Köpfe wegſauſen, ohne ſie zu beſchädigen.

Ueber Ofen lauten die Nachrichten widerſprechend und authentiſche Berichte liegen nicht vor. Eine Breſche ſcheint bis jetzt nicht geſchoſſen zu ſein und die Feindſeligkeiten ſcheinen ſogar eingeſtellt, da der Feſtungskommandant Hentzi den Magyaren erklärt haben ſoll, ehe Ofen falle, ſolle von Ungarns Augapfel, dem ſchönen Peſth, kein Stein mehr auf dem andern ſtehen. Er iſt der Mann ſein Wort zu halten, ſtarr und unbeugſam wie Haynau. Die Ungarn wiſſen dies und würden ſich zweimal beſinnen ehe ſie einen weitern Angriff wagen.

Unſer Gemeinderath hat in ſeiner unerſchöpflichen Demonſtrationsſucht in Ermangelung eines paſſenden Anlaſſes einen unpaſſenden ergriffen und eine Deputation an die Erzherzogin Sophie beſchloſſen, welche ihr Glück wünſchen ſoll zu dem Jubel, womit Wien die Ankunft des jungen Kaiſers begrüßte. Der Präſident und Vicepräſident der Verſammlung haben zwar das Taktloſe und Demüthigende einer ſolchen Beglückwünſchung erkannt und davon abgemahnt, aber vergeblich. Die Deputation wird auch ohne Präſidenten abgehen.

Nachſchrift. Die Ungarn haben Kanonen des ſchwerſten Kalibers von Komorn nach Peſth bringen laſſen (ohne Zweifel zur Beſchießung Ofens) deren Aufſtellung jedoch vielen Schwierigkeiten unterliegt. Die Beſchießung Ofens vom Blocksberge aus kann nur dann Erfolg haben, wenn eine uns gehörige Batterie welche dort angebracht iſt, vorher erſtürmt würde. Am 5. erließ General M. Hentzi folgende Proklamation an die Bewohner von Peſth: „Bei dem geſtrigen Angriff auf die Feſtung Ofen, fielen zur Unterſtützung der Waſſerſtadt Kanonenſchüſſe von Peſth gegen die Kettenbrücke, wovon gleich die erſten Kugeln in die Landpfeiler einſchlugen; nur um zwanzig Schritte kürzer, hätten dieſe Schüſſe die vier Minenöfen gezündet und das achte Weltwunder, das herrliche Kunſtwerk wäre nicht mehr. Ich habe bis jetzt nur nothgedrungen und ſchonend mit Geſchütz geantwortet, aber wenn mit den zweckloſen Angriffen zur Zerſtörung der Bürgerhäuſer von Ofen fortgefahren wird, ſo hört auch jede Schonung auf, und es mögen den Vandalismus jene verantworten, die mit teufliſcher Wuth einer fremden Faktion in ihren eigenen Eingeweiden wüthen; — der Fluch der Nachwelt wird ihnen nicht entgehen.“

Bem wurde von Koſſuth zum Feldmarſchallieutenant ernannt, und erhielt den Verdienſtorden erſter Klaſſe. Mudarasz (der Polizeipräſident) ſoll wirklich, weil er im Beſitz der dem Grafen Zichy geraubten Pretioſen iſt, zur Kriminaluntersuchung bezeichnet ſein. Es beſtätigt ſich, daß Fünfkirchen ſich für die Ungarn erklärte, die kaiſerlichen Fahnen herabriß und die ungariſchen aufpflanzte. Der Ban entſandte auf dieſe Nachricht General Ottinger mit Truppen dahin ab und ließ eine Kontribution von 100,000 fl. nebſt Ablieferung der Waffen von der Stadt verlangen, im Weigerungsfalle wird ſie mit einem Bombardement bedroht. Ueber den Erfolg fehlen uns die Nachrichten. Heute früh fand die Vereidigung der neu ernannten Hofchargen in Schönbrunn ſtatt, dann folgte eine große Repräſentation des nunmehrigen Oberhofmeiſters in dem großen Ceremonienſaale der Hofburg, welcher aber der Kaiſer nicht beiwohnte. Baron Kanitz, der frühere preußiſche Geſandte, iſt ſeit einigen Tagen hier, um wie es den Anſchein hat, eine übereinſtimmende Erklärung der deutſchen Könige mit Oeſterreich zu „vereinbaren.“

* **Wien**, 14. Mai. Der Transport der ruſſ. Truppen in Mähren geht mit ungemeiner Raſchheit Tag und Nacht vor ſich. Dabei wird das Geheimniß über deren Bewegungen ſo ſtreng beobachtet, daß ſelbſt die unmittelbar dabei Betheiligten ſo ſpät als nur immer thunlich davon Kunde erhalten. Auf der Nordbahn ſind bis geſtern 9—10,000 Mann nach Göding geführt worden, von wo ſie die ungar. Grenze überſchritten. Bis Gänſerndorf iſt zur Zeit noch kein Transport gegangen. Die in den hieſigen Zeitungen enthaltene Nachricht, daß der Fürſt Paskiewicz das Oberkommando der ruſſiſchen Hülfstruppen übernommen habe, beruht auf einem Irrthum. Der General Rüdiger iſt Commandant der ruſſ. Corps, welche von der galiziſch-ſchleſiſch-mähriſchen Seite in Ungarn einrücken. Die Mannſchaft ſpricht nur ruſſiſch und ſelbſt bei den Offizieren trifft man unter 12—15 kaum Einen der deutſch oder franzöſiſch ſpricht. Der regierende Fürſt Lichtenſtein hat einen großen Theil ſeiner Schlöſſer zur Verfügung für Militärſpitäler geſtellt. Die treugebliebenen Huſaren-Offiziere haben bis auf weitere Anordnung die weißen Armee-Uniformen (wie die penſionirten und mit Charakter quittirten Offiziere) ſtatt der ungariſchen zu tragen. Die hier verſammelten Erzbiſchöfe und Biſchöfe ſetzen ihre Berathungen über die Neugeſtaltung der Verhältniſſe der kathol. Kirche mit dem größten Eifer fort; doch verlautet nicht das Mindeſte über das Reſultat derſelben, da alle Glieder den Eid abgelegt haben, Nichts davon vor der Zeit verlautbaren zu laſſen. Doch weiß man, daß unter den Berathenden eine entſchiedene Uebereinſtimmung der Anſichten herrſcht. Man verſichert, daß am heutigen Tage die Hauptarmee vorzurücken beſtimmt iſt. Soeben verlautet das unverbürgte Gerücht, daß ein ungar. Inſurgentenkorps in Mähren eingefallen ſei. Die Börſe hält ſich ſehr feſt, wiewohl die Unruhen am Rhein bekannt geworden waren.

Prag, 14. Mai. Der Bürgermeiſter iſt geſtern nach Wien gereiſt, um beim Kaiſer auf Grundlage der Verfaſſung gegen den Ausnahmezuſtand zu proteſtiren, und zwar, weil er verhängt ſei, ohne daß innere Unruhen ausgebrochen, und daß Inhaftirungen vor dem Verkünden des Belagerungszuſtandes ohne Zuziehung der Ortsbehörde vorgenommen wurden. Unter den Czechen ſelbſt iſt eine unheilbare Spaltung eingetreten, die Slowanska Lipa wüthet gegen die Mitglieder der Reichstags-Rechten, die allgemein als die Denuncianten der Verſchwörung erklärt werden, die, um mit den Czechen zu reden, eine Verſchwörung gegen gewiſſe Autoritäten (Palacky, Brauner, Pinkas ꝛc.) ſein ſollte. Außer Prag iſt auch in Königgrätz, Joſephſtadt, Leitmeritz der Belagerungszuſtand publizirt worden. (D. A. Z.)

Der „H. Ztg.“ wird aus Berlin vom 13. Mai geſchrieben: Den auswärtigen Geſandten iſt offiziell mitgetheilt worden, daß Preußen das däniſche Kabinet aufgefordert habe, einen Bevollmächtigten nach Berlin behufs der zu eröffnenden Friedens-Unterhandlungen ſchleunigſt zu entſenden. Durch das Einrücken der Truppen in Jütland ſei die Ehre der Armee gewahrt und die Ausſicht eröffnet, daß Dänemark den Schaden, welchen ſeine Schiffe angerichtet, erſetzen würde. Sie dürfen dieſe Nachricht als authentiſch entgegennehmen.

Berlin, 15. Mai. Obgleich die geſtrige Sitzung des Kongreſſes eigentlich noch immer eine vorbereitende war, ſo hat man ſich doch über die weſentlichſten Punkte verſtändigt. Dieſelben ſind in der Proklamation des Königs enthalten, und ich brauche ſie Ihnen daher nicht näher zu bezeichnen. Sie ſehen zwei Dinge beſtätigt, die ich Ihnen ſtets als ſicher gemeldet habe: zuerſt, daß am Volkshauſe feſtgehalten wird, dann, daß der engere Bundesſtaat ſeinerſeits nicht aufgegeben iſt. Daß die Verfaſſung der Zuſtimmung des künftigen Reichstages (dieſes iſt unendlich mehr als Reviſion) vorbehalten bleibt, wird Ihrer Aufmerkſamkeit nicht entgehen. Alles ſoll entſchieden feſtgeſtellt werden, ſobald Beuſt, der heute nach Dresden zurückreiſen muß, auf mehrere Tage wird hier bleiben können. Auch ein baieriſcher Bevollmächtigter wird noch neben Lerchenfeld eintreffen. Endlich will man Nachrichten von Canitz erwarten, der Oeſterreichs Zuſtimmung zum engeren Bunde und eine Allianz mit ihm erwirken ſoll. Dieſe gefährliche Friedens-Miſſion hatte geſtern noch Sorgen erweckt. Man fürchtete neue Schwierigkeiten von Seiten Oeſterreichs. Doch durch ſeine Proklamation iſt der König fortan engagirt. Der Bund wird ſich alſo nöthigenfalls auch ohne Oeſterreichs Einwilligung bilden. Hinzufügen muß ich noch, daß die Reichs-Wahlen nach dem zu erlaſſenden Geſetze in Preußen und den drei Königreichen ausge-

ſchrieben werden ſollen. Man beſorgt nicht, daß nicht könnte gewählt werden, denn die hannover'ſche Oppoſition z. B. hat in früheren Jahren erfahren müſſen, wohin das führt. Als Sitz des Reichstages iſt Erfurt wieder in Vorſchlag gebracht. (Köln. Z.)

Berlin, 15. Mai. Die Verhandlungen der Bevollmächtigten Baierns, Sachſens und Hanovers mit Preußen in Betreff der deutſchen Angelegenheit werden, wie wir als zuverläſſig andeuten können, heute zum Schluſſe und zur Erledigung gedeihen. Nach der bisherigen Haltung, welche Oeſterreichs Vertreter dieſen Verhandlungen gegenüber beobachtet hat, ſcheint es keinem Zweifel zu unterliegen, daß Oeſterreich den auf einen engern deutſchen Bundesſtaat hinzielenden Beſchlüſſen ſeine Zuſtimmung ertheilen werde, unter der Vorausſetzung jedoch, daß Oeſterreich mit ſeinen ſämmtlichen Völkerſchaften in dem weitern, durch ſo viele Jahrhunderte befeſtigten Verhältniß mit Deutſchland ohne alle und jede Abſchwächung der früheren Bundesbeziehungen verbleibe. Binnen Kurzem dürfte die Veröffentlichung der Beſchlüſſe erfolgen. Nach der unter den genannten deutſchen Staaten zu Stande gekommenen Uebereinkunft wird die von der deutſchen Nationalverſammlung beſchloſſene Reichsverfaſſung faſt in allen Punkten, mit Ausnahme des Wahlgeſetzes, unverändert beibehalten werden. An diejenigen deutſchen Staaten, welche ſich nicht an den Verhandlungen durch entſendete Bevollmächtigte betheiligt haben, wird die Aufforderung ergehen, dem zu erſtrebenden engern Bundesſtaate ſich anzuſchließen, indeſſen dem freien Ermeſſen dieſer Staaten es anheimgegeben bleiben, ob ſie beitreten oder in anderer Stellung, dieſem Bundesſtaate gegenüber, verharren wollen. Jeder Zwang ſoll in dieſer Beziehung durchaus vermieden werden. Vor Allem bedeutungsvoll iſt der von den beitretenden Staaten feſtgeſtellte Beſchluß, daß Preußen die ausübende Gewalt in den jenen engern Bundesſtaat betreffenden Angelegenheiten in die Hand nehmen, und ſofort an die Spitze dieſes Bundesſtaates trete, der mithin einſtweilen aus Preußen, Baiern, Hannover und Sachſen beſtehen würde. Preußens König iſt als Oberhaupt des aus den genannten vier Königreichen beſtehenden engern Bundesſtaates anerkannt. Daß bei dieſer Geſtaltung von einem Kaiſerthum abgeſehen wurde, leuchtet von ſelbſt ein. Es ſcheint wohl nicht zweifelhaft zu ſein, daß das geſammte Norddeutſchland Preußen und Hannover folgen werde, da die kleinern norddeutſchen Staaten aus vielfachen Gründen und Intereſſen keine abgeſonderte Stellung werden behaupten wollen noch können. Das iſt der gegenwärtige Stand der Sache, wie wir ihn aus guten Quellen mittheilen. (O. P. Z.)

Berlin, 15. Mai, Abends. In aller Eile will ich Ihnen die wichtige Nachricht mittheilen, daß „das Königreich Hannover alsbald dem deutſchen Zollverein beitritt. (K. Z.)

** **Berlin**, 16. Mai. Die Nationalzeitung iſt verboten. Wieder ein Ventil geſchloſſen. Beſondere Sympathien für das verbotene Blatt werden Sie mir nicht beimeſſen; aber das Verbot dieſes viel geleſenen Blattes empört mich. Wenn die Preſſe ſchon gewrangelt werden ſoll, ſo hat das nach der Logik des Belagerungszuſtandes einen Sinn, daß Blätter unterdrückt werden, welche die Rebellion der Gemüther auf die Gaſſe zu verpflanzen ſich bemühen; aber auch nach abſolutiſtiſcher Logik iſt es geradeswegs ſinnlos, ein oppoſitionelles Organ zu ſuspendiren, welches den Aufruhr der öffentlichen Meinung in die Bahn der Diskuſſionen, der freimüthigen Beſprechung lenkt. Die Nationalzeitung war demokratiſch und radikal, wenn Sie wollen; doch nur in Ermangelung wirklich demokratiſcher und radikaler Organe. Die ſelige deutſche Reform behauptete früher, die Nationalzeitung arbeite für die Republik; ba muß man hinzuſetzen: jedenfalls unter der erblichen Regierung der Hohenzollern. Uebrigens lange nicht mit ſolchem Erfolge, wie das Miniſterium Brandenburg-Radowitz! Die Nationalzeitung konnte ſich Seiner Majeſtät allerloyalſte Demokratie nennen. Doch das Miniſterium kann mit der Nationalzeitung nicht regieren. Sie wird verboten und — tu l'as voulu George Dandin! Weshalb nicht ein ſo „unabhängiges Blatt" vorſtellen, wie die deutſche Reform geworden, welche mit den Miniſtern Ein Herz und Eine Seele iſt? Eine Zeitung kann ja „völlig unabhängig" ſein, und doch zu Allem, was die Miniſter thun, nicht bloß a posteriori, ſondern a priori „Amen" ſagen! Wie hundertfach hat die Geſchichte des geiſtvollſten Miniſteriums das Thema ſchon variirt, daß die Miniſter „nicht regieren können." Am 12. Nov. konnten ſie nicht regieren ohne Belagerungszuſtand. Sodann nicht mit der zweiten Kammer. Ferner nicht mit der deutſchen Reichsverſammlung. Jetzt nicht nut der Nationalzeituug! Vor allem nicht mit dem allgemeinen Wahlrecht, mit keiner freien Preſſe — ſie können überhaupt nicht konſtitutionell regieren. Es iſt ſogar die Frage, ob, wenn der Belagerungszuſtand d. h. der alte Abſolutismus vor des Merzen Idus in dem ganzen Staat eine Wahrheit würde, dieſes Kabinet auch daun regieren könnte? Nicht ohne den Souffleur von Luzern! Das Miniſterium gibt übrigens nicht wenig auf die öffentliche Meinung, ſogar in der „entſtellten" Darſtellung derſelben in der Zeitungspreſſe. Den Werth der Zeitungen überſchätzt ſogar das Miniſterium. Es ſcheint zu meinen, daß, wenn eine gewiſſe Meinung ihr Organ in der Preſſe verliert, dieſe gewiſſe Meinung überhaupt aufhöre. Die „Deutſche Reform" vor ihrer „Unabhängigkeitserklärung" vertrat die Sache der deutſchen Reichsverfaſſung, der Weidenbuſchpartei der Reichsverſammlung, des erblichen Kaiſerthums. Flugs wird ſie dem Ariſtoteles in die Lehre gegeben und Hr. v. Prokeſch ſieht ſeine Beſchwerden berückſichtigt; die Wiener erfuhren aus dieſem Berliner Blatt ſo Manches, was in Wien nicht zu erfahren iſt. Jetzt gilt die Deutſche Reform den Miniſtern als ein geachtetes Organ der Preſſe und Hr. v. Manteuffel, der ſie um Neujahr abbeſtellt haben ſoll, lieſt gewiß mit vielem Nachdenken, was die „öffentliche Meinung" ihm in Betreff des Wahlgeſetzes „anräth."

Die Nationalzeitung verbreitete ſehr mißliebige Anſichten, z. B. über die rechtliche Unmöglichkeit einer Veränderung des Wahlgeſetzes, auch trotz Ariſtoteles, trotz Seeger! Ja, könnte das Miniſterium dieſe Meinungen loswerden, wie leicht wäre es dann, den Kern des Volks, die Gutgeſinnten zu beglücken. Flugs, die Nationalzeitung wird verboten. Für das Miniſterium exiſtiren jene Meinungen nicht mehr; es erfährt davon in ben ihm vorliegenden Berichten über die Stimmen der Preſſe nichts. Dagegen häufen ſich nun die gegentheiligen Stimmen, die Schleſ. Ztg., der Magdeburger Korreſpondent und andre unabhängige Organe der öffentlichen Meinung. Die wenigen Uebelgeſinnten, wie die Deutſche Ztg., Aachener Ztg., Kölner Ztg., Elberfelder Ztg. ꝛc., werden in der Deutſchen Reform in Ermanglung eines Verbots für „außer ſich" erklärt. Sagen Sie ja nicht, daß das Miniſterium Leider-Niemals auf die öffentliche Meinung keiu Gewicht legt. Aber Sie dürfen Sich der Eigenthümlichkeit des Vogels Strauß erinnern! Wie das Miniſterium ſich ſtreng an den Buchſtaben des Geſetzes hält, welches für den beſtimmten Fall von dem Miniſterium oktroyirt iſt, lehrt die neue verbeſſerte Auflage der an Hrn. v. Wrangel ertheilten Diktatur; wir werden jetzt nicht mehr anarchiſch, ſondern nach Paragraphen belagert. Am 12. feierten wir übrigens das halbjährige Jubiläum des Belagerungszuſtandes; da bedurfte es wohl für Hrn. v. Wrangel der Erneuerung jener vom Miniſterium am 12. Novbr. ertheilten Verſicherung, „die Civilbehörden" ſeien unfähig, den Staat zu regieren. Nähmen wir an der Weltgeſchichte nur äſthetiſches Intereſſe, wahrlich, ſo müßte man im Hinblick auf das noch wenig kultivirte deutſche Luſtſpiel bekennen, dieſes Miniſterium könnte nicht komiſcher erfunden werden, als es Gott in ſeinem Zorn geſchaffen hat. Wenn dieſes Satyrſpiel nur nicht ſo grauſig wäre wie die römiſchen Gladiatorenkämpfe und ſpaniſchen Stiergefechte! Wenn ſie nur nicht Blut koſtete, dieſe miniſterielle Poſſe!

* Der „Frankfurter Oberpoſtamts-Zeitung" geht durch Eſtafette aus Koblenz die folgende Nachricht zu: **Köln**, 17. Mai, Nachmittags 5 Uhr. Elberfeld hat die Revolutionäre ausgetrieben. Mirbach iſt mit 1000 Mann nach Süddeutſchland ausgewandert. Die Barrikaden werden beſeitigt. Iſerlohn hat ſich geſtern ohne Schuß ergeben und man ſagt, daß der Sicherheitsausſchuß ausgeliefert iſt.

0 **München**, 16. Mai. Geſtern Nachmittag zog das Studentenfreikorps, dem ſich das Korps der Polytechniker angeſchloſſen, da man ihnen die Aula verweigert hatte, auf eine Wieſe nahe bem Univerſitätsgebäude, und leiſtete dort feierlich den Eid auf die Reichsverfaſſung. Ein Hoch auf dieſelbe gebracht, ſchloß den ſolennen Akt, der durch die Behörben auf keine Weiſe geſtört wurde, wiewohl eine Mahnung des Rektors, denſelben zu unterlaſſen, worin er den Eid als etwas durchaus Ungeſetzliches bezeichnete, dergleichen vermuthen ließ. Die Studenten waren ſo vorſichtig, bie Waffen zu Hauſe zu laſſen, und ſo war denn auch für die Regierung kein vernünftiger Grund vorhanden, die Sache zu verhindern. Bis geſtern Abend war bereits eine beſchlußfähige Zahl von Abgeorbneten der zweiten Kammer hier eingetroffen,

unter ihnen mehrere der ausgezeichnetſten Pfälzer, Stockinger, Willich, Schüler, deſſen Kommen man bezweifelte und der deshalb mit um ſo größerer Freude empfangen wurde. Wie ich höre werden alle Pfälzer mit Ausnahme Tafels, der im Dreißigerausſchuſſe ſitzt, ihre Plätze in der Kammer einnehmen, wodurch alle Beſorgniſſe, daß die Mehrheit einen Wechſel erleiden würde, beſeitigt ſind. Die Mehrheit für die Anerkennung wird eine impoſante werden, die nicht nur die meiſten Mitglieder des rechten Centrums, ſondern auch mehrere die bisher immer mit der ultramontanen Faktion geſtimmt haben, von ihren Wählern dazu beauftragt, für die unbedingte Geltung der Reichsverfaſſung ſtimmen werden. Wie ich Ihnen geſchrieben, wird die erſte Sitzung übermorgen ſtattfinden. Unterdeſſen dauern die Kriegsrüſtungen der Regierung fort, und zu der ſchon jetzt gegen 9000 Mann ſtarken Garniſon werden wiederum einige Eskadrons Küraſſiere erwartet, die von Landshut und Freiſing hierherverlegt werden. Gleich als ſtünde der Feind vor den Thoren, ſo ziehen die Soldaten mit Sack und Pack, mit vielen ſcharfen Patronen und Fourage auf 24 Stunden auf die Wache. Dagegen fangen die Truppen, welche geſtern das Lager vor der Stadt bezogen haben, bereits an ſchwierig zu werden, wiewohl ſie eine Zulage von 4 kr. per Tag erhalten: ſie verlangen während des regneriſchen Wetters nach ihren Quartieren in der Stadt zurückgebracht zu werden. Bis jetzt iſt aber ihrem Verlangen nicht willfahrt worden. Auf eine andere Hülfe, die ſich die Regierung vom Gebirge erwartete, hat ſie verzichten müſſen, und die Sendung des Generalkommandanten der oberbaieriſchen Landwehr, des Herzogs Max, nach Miesbach, zur Beredung der Gebirgsſchützen iſt an dem geſunden Sinne der Bergbewohner völlig geſcheitert. „Wir ſchießen nit auf Münchener Bürger, um Euch zu helfen, denn Ihr haltet's mit den Ruſſen," war die Antwort, die der Herzog erhielt, als er ſie aufforderte, ihre Stutzen bereit zu halten, um auf ſeinen erſten Wink nach München herabzukommen. Die angebotene freie Bewirthung der anweſenden Gemeindevorſteher wurde derb abgelehnt und die angeſagte große Muſterung im Miesbacher Bezirk wurde ſchleunigſt wieder abgeſagt. Das iſt die erſte Folge der Volksverſammlung an der Kreuzſtraße bei Tegernſee und des Mahnrufs des Märzvereins. Noch weiter im Gebirge, in Partenkirchen, haben ſämmtliche Wähler gegen Eine Stimme beſchloſſen, ihrem Abgeordneten das Mandat zu geben für die Reichsverfaſſung zu ſtimmen.

Stuttgart, 17. Mai, 2 Uhr Mittags. Wir erfahren, daß die auf würtembergiſches Gebiet übergetretenen badiſchen Truppen von badiſchen Freiſchaaren verfolgt und von den Heilbronnern in Schutz genommen wurden. Die Offiziere wurden mit der Eiſenbahn nach Ludwigsburg befördert, während die Kanonen den badiſchen Freiſchaaren ausgeliefert wurden. Der badiſche Kriegsminiſter, General Hoffmann, befindet ſich unter den Offizieren in Ludwigsburg. Eine Anzahl der Soldaten kehrte in's Badiſche zurück. (Schw. M.)

≡ **Dresden**, 16. Mai. Alle hier ſich aufhaltenden Polen haben die ſtrengſte Weiſung erhalten, mit dem heutigen Tage die Stadt und das Land zu verlaſſen. — Vorgeſtern war unter den Soldaten das Gerücht verbreitet: es ſeien zwei von ihren Kameraden in der Nacht meuchlings von noch verſteckt ſich haltenden Aufrührern erſchoſſen worden; bei näherer Erkundigung hat ſich gefunden, daß jenes Gerücht durchaus unbegründet iſt. Uebrigens iſt man hier allgemein zufrieden mit dem Benehmen und Verhalten unſerer preußiſchen Einquartierung, die geſtern noch gewachſen iſt, indem noch ein Bataillon vom 12. Regiment hier (von Landshut kommend) eingetroffen, das in Friedrichsſtadt einquartirt worden.

Hannover, 14. Mai. Geſtern Abend kam der Miniſter Stüve mit dem Eiſenbahnzuge von Berlin hier an. Heute von 11 bis 1 Uhr war Sitzung des Geſammtminiſteriums. Schon mit dem heutigen Nachmittagszuge trat Hr. Stüve die Rückreiſe nach Berlin wieder an. Der Kloſterrath v. Wangenheim, welcher am 5. d. mit dem Miniſterium nach Berlin gereiſt war, iſt inmittelſt in Berlin geblieben. Vermuthlich hatte die kurze Anweſenheit des Hrn. Stüve zum Zweck, perſönlich hier die Punkte zu diskutiren, wegen deren eine Uebereinkunft mit Preußen und anderen Regierungen in Ausſicht ſteht und perſönlich neue Inſtruktionen für den Abſchluß des projektirten Vereinigungswerkes einzuholen. Die militäriſchen Vorkehrungen gegen etwa vorkommende Ruheſtörung dauern hier noch immer fort und ſollen, wie man hört, noch längere Zeit in umfaſſendem Maße fortgeſetzt werden. Ein Theil des hier liegenden Militärs iſt auf das Land verlegt, aber ſo, daß es in kürzeſter Zeit in der Stadt ſein kann. Uebrigens iſt der Geiſt der hieſigen Bürgerwehr ſo, daß ſie keine Störung der Ruhe und Ordnung dulden würde, und daß alſo militäriſche Zurüſtungen kaum weiter nöthig erſcheinen möchten.

* **Karlsruhe**, 18. Mai. Die Karlsruher Zeitung enthält abermals eine Reihe von Bekanntmachungen. Eine derſelben widerſpricht dem Gerücht, als befänden ſich die Glieder des Landesausſchuſſes in Zwieſpalt; eine andere entſetzt die geflüchteten Miniſter ihrer Stellen; durch eine dritte wird der Eingangszoll auf Waffen aufgehoben; eine vierte warnt vor Aufregung gegen die Juden. Alle Soldaten von Oberwachtmeiſter und Oberfeldwebel an erhalten vom 16. Mai an täglich 4 Kreuzer Löhnungszulage. Ferner werden folgende Beſchlüſſe des Landesausſchuſſes promulgirt, welche alle bereits in der Ausführung begriffen ſind. 1) Allgemeine Volksbewaffnung mit ſofortiger Mobilmachung des erſten Aufgebots, beſtehend aus allen waffenfähigen ledigen Bürgern von 18—30 Jahren. Auch alle übrigen Bürger werden bewaffnet und das zweite und dritte Aufgebot hergeſtellt. 2) Neuwahl des Landesausſchuſſes binnen 10 Tagen. 3) Auflöſung der Kammern und Zuſammenberufung einer konſtituirenden Verſammlung. Jeder der 20 Wahlbezirke hat 4 Abgeordnete zu wählen. Alle volljährigen Bürger ſind wahlfähig und wählbar. 4) Die politiſchen Flüchtlinge ſind zurückberufen. Der Bürger Hecker iſt ſpeziell zurückberufen und eingeladen, in den Landesausſchuß einzutreten. 5) Außerdem ſind ſchon die wichtigſten Veränderungen im ganzen Lande vorgenommen worden. An die Stelle der alten reaktionären Beamten, von denen viele entflohen ſind, ſind neue freiſinnige Beamte getreten. Das Militär und die Beamten ſind auf die Durchführung der Reichsverfaſſung und die Anerkennung des Landesausſchuſſes beeidigt. 6) Es iſt militäriſche Union mit der Pfalz beſchloſſen und in Anordnung begriffen.

Halboffiziell wird verſichert, daß der Landesausſchuß von einer Abordnung an den Großherzog, um ihn zur Rückkehr zu bewegen, nichts wiſſe.

Die Reichskommiſſäre Chriſt und Zell ſind am 16. Abends in Karlsruhe angekommen, desgleichen Hr. Karl Heinzen.

Major Hoffmann, Bruder des Kriegsminiſters, iſt des Verrathes beſchuldigt von ſeinen Leuten in Karlsruhe eingebracht worden. Von ſehr zweifelhafter Richtigkeit iſt das nachſtehende lakoniſche Bülletin: „Sinsheim, 17. Mai. Das Kommando der Turnfeuerwehr Heidelberg an den Gemeinderath Heidelberg. Heute früh um 2 Uhr machte ich in Vereinigung mit Sinsheimer und Wieslocher Bürgerwehr einen Angriff auf Hinkeldey. Die 16 Kanonen, Feldſchmiedwaffen aller Art ſind in unſeren Händen. Die Offiziere ſind ſämmtlich gefangen; wir ſind im Anmarſch mit den Geſchützen nach Sinsheim. Gilbert."

Mannheim, 16. Mai. Heute Nacht, vom 15. auf den 16. Mai flüchtete ſich der Großherzog von Baden bei Germersheim über den Rhein und kam in Lauterburg an, wo er bei dem Pfarrer logirt. (Mainz. Z.)

Raſtatt, 15. Mai. Geſtern ließ ſich eine Kommiſſion der proviſoriſchen Regierung die Kaſſen der Feſtungsbaudirektion, der Obereinnehmerei, der Zollverwaltung und des Lyzeums aushändigen, worüber Protokolle aufgenommen und Quittungen ausgeſtellt wurden. Heute wird öffentlich verkündet, daß Bürgermeiſter Sallinger zum Civilgouverneur der Feſtung Raſtatt vom Landesausſchuſſe ernannt ſei. Von den Feſtungsarbeitern dürfen diejenigen bleiben, welche bis morgen von der Feſtungsbaudirektion Beſcheinigung nachweiſen, daß ſie Beſchäftigung erhalten haben; man ſcheint alſo auf den Fort- und Ausbau der Feſtung eben ſo ernſtlich, als auf deren Vertheidigung bedacht zu ſein. Diejenigen Wallgeſchütze, welche bisher im Schloßhofe und Garten aufgehäuft lagen, werden möglichſt raſch auf Laffetten und die Wälle gebracht und junge Leute zu deren Bedienung eingeübt. Zuzüge von Außen erhielten wir noch nicht. (N. Fr. Z.)

Raſtatt, 17. Mai. Die ſämmtliche hieſige öſterreichiſche Beſatzung hat uns heute verlaſſen. Der Befehl zu ihrem Abmarſch kam geſtern vom badiſchen Kriegsminiſterium, beziehungsweiſe der Exekutionskommiſſion. Dieſe Truppen, Artillerie und techniſche Truppen werden durch einen dieſſeitigen Kommiſſär begleitet und nehmen ihren Marſch über Freudenſtadt (in Würtemberg) und Friedrichshafen nach Bregenz. Es ſoll ihnen laut höhern Befehls überall kein Hinderniß in den Weg gelegt, vielmehr jeder Schutz gewährt werden. (Fr. J.)

Aus dem nördlichen Schleswig, 16. Mai Morgens. Vorgeſtern früh rückte die Avantgarde der Preußen, beſtehend aus dem 18. Landwehr und 16. Linienregiment 1 Schwadron Huſaren und 1 Batterie Artillerie ohne Schwertſtreich in Aarhaus ein; die Dänen hatten ſich immer zurückgezogen wo ſie die Preußen nur gewahr wurden. Das Hauptquartier befand ſich an dieſem Tage noch in Horſens, wird aber heute nach Aarhaus verlegt werden. Die Verbindung der einzelnen Truppenkorps iſt durch eine vollſtändig geſchloſſene Kette vom Sundewitt bei Aarhaus bewerkſtelligt, wodurch zu der Befürchtung, daß bei dem ausgedehnten Terrain, welches die Truppen einnahmen, ein Theil vom Feinde abgeſchnitten werden könnte, durchaus keine Veranlaſſung iſt.

♉ **Schleswig**, 15. Mai. Der General von Prittwitz hat am 13. ſein Hauptquartier nach Veile verlegt, die baieriſche Brigade iſt ihm dahin gefolgt: Am Tage vorher haben die Dänen einen Ausfall aus Friedericia mit 3 Bataillonen und etwas Feldbatterie, unterſtützt von dem Feſtungsgeſchütze, gemacht, der indeß nach kurzem Gefecht zurückgeſchlagen wurde. Ein vor der Feſtung belegenes Blockhaus, welches zur Deckung einer Waſſerleitung diente, iſt von der Artillerie der Belagerer in Brand geſchoſſen, das eigentliche Bombardement der Feſtung ſelbſt hatte am Morgen des 13. noch nicht begonnen. Die dazu erforderlichen Verſchanzungen waren aber ihrer Beendigung nahe.

Großbritannien.

* **London**, 16. Mai. Die letzten beiden Sitzungen waren durch einige Zwiſchenfragen, namentlich über die bewaffnete franzöſiſche Intervention in Italien und die ruſſiſche in Ungarn gewürzt. Vorgeſtern hielt im Oberhauſe der liberale Lord Beaumont eine lange Rede, oder eigentlich einen hiſtoriſchen Vortrag über die jüngſte römiſche Revolution, die ihn in ein kleines Wortgefecht mit Brougham verwickelte. Marquis von Lansdowne erklärte ſodann: Allerdings ſei der britiſchen Regierung von der franzöſiſchen die Mittheilung geworden, daß man Seiten Frankreichs in Rom zu interveniren gedenke, aber nur zu dem Zwecke, den Frieden in Italien und eine konſtitutionelle und regelmäßige Regierung wiederherzuſtellen. Ueber die Invaſion Seitens Oeſtreichs und Neapels ſeien der Regierung keine Mittheilungen gemacht worden. England übrigens habe zu dieſer dreifachen Invaſion in keiner Weiſe angeregt oder ſie gefördert. Graf Aberdeen ging in ſeinen Bemerkungen bis auf die bekannte Rundreiſe Lord Minto's zurück, die weiter keinen Erfolg gehabt, als daß das römiſche Gebiet jetzt von ſo und ſo viel tauſend Franzoſen okkupirt werde. Die Tories lieben es, alle Unfälle von denen Italien in jüngſter Zeit betroffen worden, wie alle Revolutionen, in denen es ſich abmüdete, dem Lord Minto in die Schuhe zu ſchieben. Geſtern interpellirte Lord Brougham den Miniſter wegen der ruſſiſchen Kooperation in Ungarn; die dadurch veranlaßten Erklärungen des Miniſters waren jedoch ſehr unbedeutend und wie alle Erklärungen Lansdowne's wegen des leiſen Vortrags faſt unverſtändlich. Soviel geht aus ſeiner Erklärung übrigens hervor, daß die angebliche Note Palmerſton's gegen das Einrücken der Ruſſen nur eine Fiktion ſein kann. Warum Lord Brougham, der freilich überall mit darein ſprechen muß, eigentlich den Miniſter in dieſer Angelegenheit interpellirte, iſt nicht wohl einzuſehen, indem er ſchließlich bemerkte, daß er, wie er ausdrücklich verſichere, keineswegs die ruſſiſche Regierung tadele, wenn ſie Oeſterreich zur Unterdrückung von Unruhen in den öſterreichiſchen Beſitzungen ihren Beiſtand gewähre. In beiden Häuſern wurde die kanadiſche Inſurrektion zur Sprache gebracht, im Oberhauſe durch Lord Stanley, im Hauſe der Gemeinen durch Hrn. Harries. Dort erwiederte Graf Grey im Weſentlichen: Die Regierung habe allerdings Depeſchen über dieſe Unruhen erhalten, die ſie in der nächſten Sitzung dem Hauſe vorlegen werde. Es ſei wahr, daß in Montreal ſehr böſe Unruhen ſtattgefunden hätten, doch ſei ein Raçenkrieg (zwiſchen der Bevölkerung angelſächſiſchen und franzöſiſchen Stamms) in Kanada wohl nicht zu fürchten. Lord Elgin habe übrigens mit ſeiner gewöhnlichen Umſicht gehandelt. — Dieſe kanadiſche Inſurrektion, wie wir im Vorübergehen bemerken, kommt den Whigs ohne Zweifel ſehr zur Unzeit, namentlich dem Miniſter der Kolonieen, der ſo viel Antipathieen gegen ſich hat. Der „Standard" ſagt: „In einer Hinſicht wird, wie man glaubt, dieſe Demonſtration ſchließlich zum Guten ausſchlagen, da ſie klar die Gefahren darlegt, welche man bei einem Miniſterium läuft, das mit der franzöſiſchen Partei in Kanada gemeinſchaftliche Sache macht und ſie aufmuntert."

Man lieſt in der „Daily News": „Die von Lord Palmerſton den Regierungen von Preußen und Dänemark gemachten Vorſchläge in Betreff der ſchleswig-holſteiniſchen Frage ſind vom däniſchen Geſandten angenommen worden, und man hat guten Grund zu glauben, daß der preußiſche Geſandte hierſelbſt Seitens ſeiner Regierung ebenfalls ſeine Einwilligung geben wird. Es iſt daher gegründete Ausſicht, daß dieſe Fehde, die ſo vieles böſes Blut machte und ſo vielen Schaden und Verluſt im Handel zur Folge hatte, nun bald beendigt ſein wird."

Frankreich.

* **Paris**, 16. Mai. Die Angaben über den Sieg der Socialiſten erweiſen ſich als ſehr voreilig. Dieſen Nachmittag 5 Uhr kannte man das Reſultat von 274,000 Wahlzetteln in Paris. Darnach ſollen die Socialiſten bloß 4 ihrer Kandidaten durchgebracht haben. Doch kann dieſe Nachricht ſo gut wie die früheren ſich als falſch erweiſen. Alle Journale enthalten heute Wahrſcheinlichkeitsberechnungen über den Ausfall. Ein jeder hält ſich an die Stimmen desjenigen Arrondiſſements, die ſeiner Farbe am günſtigſten ſind; man kann ſich darnach die Verſchiedenheit der Reſultate denken. Zwiſchen Paris und den Departements macht ſich übrigens der Unterſchied geltend, daß hier gewöhnlich Rothe und Gemäßigte von der Rechten ſich gegenüberſtehen, während in Paris die gemäßigten Republikaner wohl die Hauptſtärke beſitzen. Die Regierung ſoll aus 26 Departements den Ausfall der Wahlen ſchon erfahren haben, und die meiſten der bekannten ſind auf Gemäßigte gefallen. Wir enthalten uns die einzelnen anzuführen. Merkwürdig iſt das Reſultat in Excideuil. Die 10 Kandidaten ſind ſcharlachroth; dann kommt — Bugeaud.

Die Nationalverſammlung hat heute den Bericht über das Verbot der Cumulation zweier Kommando's (der gegen Changarnier geht) trotz des Andringens Grevys nicht berathen wollen; ſie hat die Berathung bis Montag verſchoben. Damit iſt (bei der Kürze der Zeit, die ſie noch zu leben hat) der Geſetzentwurf ſo gut wie beſeitigt.

Vom General Oudinot iſt eine neue Depeſche datirt Palo den 8. Mai, eingelaufen. Er theilt mit, daß er den Hafen von Fiumicino beſetzt habe, und erzählt nachträglich, daß am 30. 200 und einige Soldaten gefangen worden ſeien, die ihm die römiſche Regierung zurückgeſchickt habe, wogegen das in Civitavecchia gefangene Bataillon freigegeben worden ſei. Schließlich meint er die politiſche Lage ſei äußerſt verwickelt, hofft jedoch, daß in Kurzem die Römer die franzöſiſche Republik ſelbſt als „Schiedsrichterin" anrufen werden. Er hält die ihm geſandten Truppen für hinreichend, um den Einfluß Frankreichs in Italien gehörig zu wahren.

** **Straßburg**, 16. Mai. Die Aufzählung der eingegebenen Liſten weiſt bis jetzt eine Majorität zu Gunſten der Sozialiſten oder auch Rothen aus. Lauter Namen ohne weitern Klang, aus tiefern Schichten des Volks. Die Diplomatik der Verſöhnungspartei hat wenig Anklang gefunden; die von ihr am meiſten empfohlenen Kandidaten ſtehen tief unten. Auch die Namen reiner Republikaner ſind in Minorität, mit Ausnahme ſolcher, welche zu dem Extrem ſich hinneigen. So wie in dieſem Departemene, ebenſo ſoll es in den benachbarten ſtehen.

Unſere Grenzorte füllen ſich mit Flüchtlingen aus Baden. Die Requiſition der unter die Waffen gerufenen Mannſchaft von 18—35 Jahren wird in dem nahen Lande mit Strenge betrieben. Auch der Familienvater iſt nicht ausgenommen und muß zur Eintheilung nach Karlsruhe. Hier finden ſich ſeit geſtern überall Anſchläge mit der Ueberſchrift: Es lebe die deutſche Republik! In wenigen Worten werden alle Flüchtlinge eingeladen ſchnell in die Heimath zurückzukehren, um dem Vaterlande zu dienen.

Der Diviſionsgeneral, der nach Paris gerufen worden, um der Feier des 4. d. nicht im Wege zu ſein, ſcheint wirklich nicht zurückzukehren. Von einer franzöſiſchen Rheinarmee haben wir noch keine Spuren bemerkt.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Czernowitz, 4. Mai. Das Miniſterium hat die Einſetzung eines Comités von Vertrauensmännern zur Verfaſſung des Entwurfs der Landesverfaſſung und der Wahlordnung für die Bukowina angeordnet. (Lloyd.)

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 19. Mai. Hr. v. Wally nach Berlin. Seine Botſchaft und die Verfaſſungsoetroyirung.) Wien (Offenſivbewegung der Armee in Ungarn. Das Bombardment von Peſth. Der Kaiſer nach Ollmütz.) Berlin (Die neue Reichsverfaſſung. Hr. Baſſermann.) München (Militäriſche Maßregeln. Angeblicher Brief Louis Bonaparte's. Erſte Sitzung der Kammern. Programm der Miniſter.) Kaiserslautern (Die proviſoriſche Regierung.) Aurich (Beſchluß der oſtfrieſiſchen Stände.) Baden (Zerſtörung der Eiſenbahn. Das Armeekorps an der Gränze.) Karlsruhe (Durchzug von Freiſchaaren. Flüchtlinge in Lauterburg.) Mannheim (Eid der Truppen auf die Reichsverfaſſung.) Raſtatt (Die öffentlichen Kaſſen. General v. Cloßmann.) Freiburg (Die Generale v. Gayling und Hoffmann gefangen.)

Italien. Benedetto (Verſtärkungen für General Wimpfen unterweges.) Rom (Zeitungen bis zum 7.) Neapel (König Ferdinand. Verhaftungen. Decarreteo.)

Ungarn. (Fortgeſetzte Beſchießung Ofens.)

Frankfurter Börſenberichte (Vom 19. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 19. Mai.

Tagesordnung. 224. öffentliche Sitzung.

Fortſetzung der Berathung und Abſtimmung über den vom Dreißiger-Ausſchuß erſtatteten Berichte in Bezug auf die Anträge von Bresgen, Biedermann und Schneer.

Die Sitzung wird gegen 10½ Uhr Vormittags durch den Präſidenten HH. Theod. Reh eröffnet. Ausgetreten ſind die Abgeordneten Hrn. Houben, v. Gladis und Vogel aus Dillingen, Lelek aus Hultſchin (preuß. Schleſien), Arndts aus München und v. Hartmann aus Münſter.

Die Berathung über den Gegenſtand heutiger Tagesordnung ruft Hrn. v. Hermann aus München auf die Tribüne: Nur das Reichsoberhaupt iſt berufen und im Stande, die Reichsverfaſſung in's Werk zu ſetzen. Auf dem Wege, den wir jetzt betreten haben, gerathen wir nur in eine immer grenzenloſere Verwirrung. Die Verfaſſung iſt in's Leben gerufen, ſobald das Reichsoberhaupt vorhanden iſt und darnach regiert. Eröffnen wir daher von Neuem die Frage vom Reichsoberhaupt, erklären wir ſie als eine ſchwebende und laſſen darüber entweder die nächſte Reichsverſammlung entſcheiden oder ergänzen wir die gegenwärtige Verſammlung dadurch, daß wir zur Beſetzung aller vakanten Stellen in dieſem Hauſe Veranlaſſung geben. Allerdings iſt dieſe Vervollſtändigung nicht vorzunehmen ohne Mitwirkung der Regierungen und dieſe wären dann meinem weiteren Vorſchlage nach einzuladen, uns ihre Verfaſſungsvorſchläge inzwiſchen vorzulegen, damit dann eine endgültige Verſtändigung Statt finde. Das heißt der Souveränetät der Nation nichts vergeben, es heißt ein Werk retten, welches ſonſt allein in die Hände der Regierungen fällt.

Herr Georg Beſeler erklärt ſich vor allem gegen den von Hermann'ſchen Vorſchlag, den er für durchaus unausführbar hält. Dann muſtert er die Vorſchläge die zur Herſtellung einer neuen Centralgewalt, die abermals nur eine vorläufige ſein würde, eingebracht ſind. Das Geſetz über die Schaffung der Centralgewalt iſt lückenhaft. Ich wenigſtens finde darin keine unmittelbare Verpflichtung für dieſelbe zur Durchführung der Verfaſſung ausgeſprochen, und ſo ſehr ich die Ablehnung des Programms Gagern beklage, durch welches uns die Durchführung der Verfaſſung ermöglicht worden wäre, ſo erblicke ich doch keinen geſetzlich dargebotenen Weg, um die Centralgewalt durch eine andere zu erſetzen. Man macht es uns zum Vorwurfe, daß wir uns nicht an die Spitze der Bewegung geſtellt haben. Weit eher darf dagegen die vormalige Mehrheit dieſes Hauſes gegen Sie (zur Linken) den Vorwurf erheben, daß unſere Bahn der ruhigen, verfaſſungsmäßigen Mittel, deren Kraft wir von hier aus unterſtützen konnten, verlaſſen worden iſt. Ich bin gewiß, dieſe Entwickelung hätte uns zum Ziele geführt, während die gewaltſamen Bewegungen, zu denen man griff, nicht blos ihren Rückſchlag auf die Regierungen geäußert haben, ſondern auch auf das Volk. (Unruhe auf der Linken.) Ich verweiſe Sie auf Baden, um Ihnen zu zeigen, welche ſchädliche Kräfte ſich des Vorwands einer Erhebung für die Verfaſſung bedient haben. Unſere (die rechte) Partei iſt der Gegenſtand vielfacher Anſchuldigungen und ungerechter Klagen geweſen. Man hat uns vorgeworfen, wir wollten die Freiheit nicht. Aber die Grundrechte, in der Faſſung, in der ſie über Deutſchland ergangen ſind, wir haben ſie gegeben. (Auf ein Geräuſch zur Linken.) Ein noch größeres Maß der Freiheit verlangen Sie? Meine Herrn, Sie kennen das deutſche Volk ſchlecht, wenn Sie meinen, daß es ein noch größeres Maß von Freiheit verlangte, als das in den Grundrechten verliehene. Sie haben uns Unfähigkeit vorgeworfen. Sie haben uns zugerufen: Gehen Sie nach Hauſe, Sie bringen doch nichts zu Stande! aber wir haben allerdings eine Verfaſſung zu Stande gebracht, die den Beifall des Volkes für ſich gewonnen, und die Schwierigkeiten ihrer Durchführung liegen außer unſerer Schuld.

Was aber ſchlagen Sie nun zur Durchführung der Verfaſſung vor? ſo fragen Sie und wir berufen uns dagegen einfach auf das, was wir gewollt und auf die Mittel, die wir Ihnen vorgeſchlagen haben. Auf Ihre Anträge können wir aber darum dennoch nicht eingehen, weil unſere Mittel nicht die Ihren ſind. Die moraliſche Würde, das angetaſtete Rechts- und Ehrgefühl der Nation wird unſerer Verfaſſung eine Kraft verleihen, die ihr immer noch den Sieg in Ausſicht ſtellt. Die Geſchicke einer großen Nation werden durch kein despotiſches Miniſterregiment entſchieden. Wie ſchwere Zeiten und Kämpfe unſerem Volke bevorſtehen mögen, das Gefühl der Einheit, welches in Deutſchland neben dem Gefühl der Freiheit in Deutſchland zum lebendigen Bewußtſein gekommen, iſt die neue Errungenſchaft unſerer Zeit. Die deutſche Bewegung iſt durchgedrungen bis an das Meer, das Bedürfniß nach Macht iſt erwacht, das Verlangen nach unmittelbarer Theilnahme an der Geſchichte der geſammten civiliſirten Welt iſt allgemein geworden. Darin erblicke ich die Bürgſchaft der deutſchen Zukunft. Das Machtverlangen in unſerem Volke iſt etwas, was erſt in der neueſten Zeit zum Bewußtſein gekommen iſt. Und dieſes Gefühl, dieſes Streben nach einer ſelbſtſtändigen Mitwirkung an den großen Weltbegebenheiten ſichert uns eine Zukunft in Deutſchland, die, wenn ſie eintritt, erſt zeigen wird, welche ungeheueren Schätze in der Nation vergraben ſind. Es iſt möglich, daß wir noch eine ſchwere Prüfungszeit werden überſtehen müſſen. Es iſt möglich, daß die nächſten Erfolge nicht von der Art ſind, daß ſie uns erfreuen, daß ſie die Nation zu dem Erſtrebten führen. Aber, meine Herren, wenn ſolche Gefahren drohen, und mag ſelbſt der Bürgerkrieg ausbrechen — es iſt ein ſchweres Wort was ich da ausſpreche — mag der ausgebrochene Bürgerkrieg weiter um ſich greifen, ich ſtehe hier in dem feſten Vertrauen: den großen Kampf, den das deutſche Volk begonnen hat um ſeine Freiheit und Einheit, es wird dieſen großen Kampf ſiegreich zu Ende führen.

Der Schluß der Debatte wird hierauf angenommen und als Berichterſtatter des Minderheitserachtens, welches die Tagesordnung über alle die geſtellten Anträge verlangt, hebt Hr. Zachariä von Göttingen noch einmal die Verwirrung hervor, die einbrechen würde nach Auflöſung der Centralgewalt. Weder ein Statthalter noch ein Vollziehungsausſchuß würde das nöthige Anſehen haben, um ſeinen Maßregeln in Deutſchland Geltung zu verſchaffen. Auch iſt er nicht der Meinung, daß der Nationalverſammlung aus dem Grunde auch das Recht der Zerſtörung der Centralgewalt zuſtehe, weil ihr dieſelbe ihre Entſtehung verdanke. Herr Zachariä ſchließt mit den Worten:

„Wir haben keine Mittel anzugeben, um die Durchführung der Verfaſſung zu bewirken. Dies iſt aber nicht unſere Schuld, ſondern des ſouveränen Unverſtandes von Oben und Unten, der ſich unſerm wohlgemeinten und mit patriotiſchem Sinne zu Stande gebrachten Werke entgegenſtellt; von Oben, inſofern der Eigendünkel verſchiedener Miniſterverſtände oder Unverſtände uns widerſtreit, von Unten, inſofern man ſich ſelbſt überſtürzt, und von Mitteln Gebrauch macht, die die Verwirrung nur zu vermehren geeignet ſind." (Beifall.)

Hr. Karl Welcker als Berichterſtatter der zweiten Minderheit des Dreißigerausſchuſſes, die den Biedermann'ſchen Antrag mit Ausſchließung des Punktes unter 7 zu dem ihrigen gemacht hat, wiederholt meiſt nur, was und zum Theil von ihm ſelbſt, ſchon vorgebracht worden. Die Verſammlung dürfe nicht vor unvermeidlichen Konſequenzen ihrer eignen Beſchlüſſe zurückſcheuen. Die furchtbare Lage des Vaterlandes fordere außerordentliche Maßregeln, die aber darum noch keine ungeſetzlichen ſeien. Den zahlreichen Austrittserklärungen aber hält er die Behauptung entgegen, daß noch durch keinen Beſchluß der Verſammlung irgendwo das gute Recht verletzt worden ſei. Vielmehr weiſt er der preußiſchen Regierung aus deren eignen jüngſten Erlaſſen ein ſo treuloſes

Verhalten gegen die Nationalverſammlung nach, daß ſich das Gefühl der ganzen Nation gegen eine ſolche Politik empören müſſe. „Die Verſammlung hat den Einmarſch der Preußen in Sachſen einen Landfriedensbruch genannt. Das war ein Urtheil, ſelbſt wenn es falſch geweſen wäre, iſt ein Urtheil eine Revolution? Uebrigens werden Sie in den nächſten Tagen eine ſtaatsrechtliche Auseinanderſetzung in der „Deutſchen Zeitung" leſen, die gründlich nachweiſt, daß Preußen allerdings nicht berechtigt war zum Einſchreiten in Sachſen (Bravo von der Linken.) Wenn Preußen ſich anmaßt, mit Hintanſetzung der Centralgewalt ganz Deutſchland mit ſeinen Heeren zu bedrohen, um Ordnung zu ſchaffen, wenn es ſeine Abgeordneten aus der Paulskirche abberuft — handelt es da nicht revolutionär? Unter Hinweiſung auf die Staaten, die ſich der Verfaſſung bereits angeſchloſſen endet er: „bei ihnen ſtehe ich. Denn ich ſtehe und falle überall mit dem Volke!"

Endlich vertheidigt Hr. Vogt von Gießen den Antrag der Mehrheit des Dreißigerausſchuſſes: Die rechten Parteien hätten ihren Bankerutt erklärt und die Verfaſſung betrachteten ſie als ihr Teſtament, welches vielleicht ſpät aber ſicher, wenn auch erſt nach Jahrhunderten zur Geltung kommen werde. Wer aber werde nach Jahrhunderten noch nach der Verfaſſung fragen! Die Freiheitserrungenſchaften der Grundrechte habe das Volk nicht der rechten ſondern im Gegentheil der linken Seite des Hauſes zu verdanken. Der Redner ſetzt dann den Austrittserklärungen der Rechten das muthige Ausharren der Linken im Hauſe entgegen, die unter viel ſchwierigern Lagen ihrer Pflicht gegen das Volk dennoch unverbrüchlich getreu geblieben ſeien. Und wo ſind nun die Staatsmänner, die unſere Rathſchläge und Forderungen fortwährend mit ſo hochmüthigem Selbſtbewußtſein zurückwieſen? Wo ſind ſie jetzt, die mit kleinen Intriguen und Mitteln in Frankfurt und Berlin die Zukunft Deutſchlands zu begründen meinten? (Der Präſident droht mit dem Ordnungsrufe, wenn ſich dieſe Aeußerungen auf Mitglieder des Hauſes beziehen ſollen.) Herr Vogt: Geſtern hätten ſie ſich allerdings noch auf ein Mitglied des Hauſes bezogen. Nach der Austrittserklärung — es iſt die des Herrn Baſſermann — die heute in der O. P. Ztg. zu leſen, nicht mehr. Der Redner vertheidigt dann die Erhebung des Volks namentlich gegen den Vorwurf unreiner und unredlicher Zuſätze. In Dresden habe ſich das kämpfende Volk nicht den geringſten Eingriff in das Eigenthum erlaubt. Die Juweliergewölbe auf dem Neumarkte könnten hingegen ſagen, auf welcher Seite der Streiter die Ehrlichkeit geweſen iſt. Die proviſoriſche Regierung habe nicht einen Pfennig aus den öffenlichen Kaſſen genommen. Eben ſo nimmt er die badniſchen Ereigniſſe in Schutz, und das günſtigſte Zeugniß legt er in Folge der Nürnberger Volksverſammlung für den geſetzlichen und mannhaften Sinn des Volks von Franken ab. Leider nur, daß ihnen alle geſetzlichen Mittel nicht helfen würden gegen die ungeſetzliche Verfaſſungsfeindſchaft der Regierung. „Die Ruſſen ſtehen jetzt auf deutſchem Boden, Herr Rieſſer, und mir blutet das Herz, wenn ich ſehe wohin unſere deutſchen Krieger getrieben werden, zu welchen Bundesgenoſſenſchaften, zu welchen entſetzlichen Kämpfen gegen ihre Brüder, ihr Volk." In Baden herrſche ein Prätorrianeregiment, ſo ſagt man. Was herrſcht denn aber in Berlin als die ſchändlich mißbrauchten Soldaten? Mit Dänemark ſoll ein Waffenſtillſtand geſchloſſen ſein — eine Schmach iſt wie die Sachen ſtehen, (Bravo von allen Seiten) ein ſolcher Waffenſtillſtand. Ich will den Krieg nicht verlängert wiſſen, aber ich will ihn nur geendet ſehen durch den Frieden. (Allgemeine Zuſtimmung.) Und eine Centralgewalt, die dieſen Waffenſtillſtand mit Dänemark annehmen wird, weigern Sie ſich, abzuſchaffen? Das Miniſterium hat Ihr Mißtrauensvotum hingenommen und iſt nicht abgetreten. Es bleibt nichts übrig als die Centralgewalt zu beſeitigen und dazu ſind wir ſeit der Verkündigung der Verfaſſung vollkommen berechtigt. Man hat von einem Kampfe der Reaktion und Anarchie geſprochen. Wo iſt die Anarchie? In Baden etwa, wo Jeder in geſetzlicher Sicherheit lebt, oder nicht vielmehr in Sachſen, welches unter der Herrſchaft blutſchnaubender Maßregeln und geſetzloſer Ausnahmszuſtände ſteht? Ja, ich hoffe von einer Hilfe des Auslandes, ich hoffe, daß die ungariſchen Siege, ich hoffe, daß in Frankreich der Sturz einer ſchmählichen Regierung erfolgen und auch in Deutſchland dem Teige die Hefe bieten, die Bewegung wieder in Fluß bringen ſoll. Ich hoffe auf dieſe Hefe, ohne mich deßhalb für einen Landesverräther zu halten, weder für einen ganzen noch für einen halben. Die Betrachtung des politiſchen Gegenſatzes zwiſchen Nord- und Süddeutſchland bringt den Redner noch einmal auf den Staatsmann zu ſprechen, der in Berlin „zur Oktroyirung übergelaufen iſt". Wer denn alſo von beiden Reichskommiſſären ſeinen Auftrag verrathen habe, ob der, welcher es in der Pfalz mit dem Volke gehalten, oder der „Staatsmann", der in Berlin zu den Oktroyirern übergegangen. „Und doch iſt Keiner hier zu gut, ihn ſeinen Freund zu nennen", wiederholt er dabei mit dem bitterſten Spotte die Gagern'ſchen Worte. Sein Rath iſt, im Süden eine feſte Poſition für die Freiheit und Einheit Deutſchlands zu nehmen zum Kampfe gegen Barbarei und Knechtſchaft. Als General Hoche einſt einem Offiziere die Vertheidigung eines Engpaſſes anbefahl, ſagte er ihm: „Sie mit Ihrer ganzen Mannſchaft werden verloren, aber das Heer wird gerettet ſein." „Sehr wohl, General", war die einfache Antwort, mit der ſich der Hauptmann auf ſeinen Poſten begab. Das Volk ſagt jetzt zu Ihnen meine Herren: „Nehmen Sie Ihre Stellung. Sie werden Alle verloren, aber das Vaterland wird gerettet ſein." Geben Sie die Antwort darauf: „Sehr wohl." (Langer und ſtürmiſcher Beifall aus dem Hauſe und von den Gallerien.)

Die Abſtimmung erfolgt zuerſt und mit Namensaufruf über den Antrag der Minderheit: Zachariä, Langerfeldt, Stedmann und Genoſſen, daß über ſämmtliche vorliegende Anträge zur motivirten Tagesordnung übergegangen werde. Abgelehnt mit 161 gegen 108 Stimmen.

Auch über den Antrag der Minderheit des Dreißigerausſchuſſes — auf Erwählung einer Reichsregentſchaft von fünf Mitgliedern — erfolgt die Abſtimmung durch Namensaufruf. Wird verworfen mit 158 Stimmen gegen 97. Der Abſtimmung enthalten ſich 2. Ebenſo wird der Antrag von Bresgen in namentlicher Abſtimmung verworfen mit 136 gegen 103 Stimmen. Daſſelbe Schickſal ſcheint allen andern auf Beſeitigung und Erſatz der Centralgewalt gerichteten Anträgen vorbehalten zu ſein. Die Abſtimmung währt beim Schluſſe des Blattes noch fort. Ueber ihren Ausgang im morgenden Stück.

⊙ **Frankfurt**, 19. Mai. Nach der Zuſammenſetzung des gegenwärtigen ſogenannten Reichsminiſteriums wird es wohl kaum überraſchen, daß der nach Berlin entſendete Courier, der dort auf der entſchiedenſten Antwort beſtehen ſoll — Hr. Alex. v. Bally iſt! Sein Brief ſoll die Bitte enthalten, daß Preußen doch „um Gottes Willen" — auch dieſer Ausdruck wird uns von gut unterrichteter Seite verbürgt — die Centralgewalt übernehmen möge. Kein Wunder bei einer Verwaltung Grävell, der neben der phyſiſchen Macht auch jedes moraliſche Anſehen mangelt. Die deutſche Reichsverfaſſung, mit welcher vier Könige das Vaterland begnadigen wollen, liegt fertig. Vielleicht hätte ſie der preußiſche Bevollmächtigte Hr. Fiſcher bereits an die Straßenecken unſerer Parlamentsſtadt anſchlagen laſſen, hätte er nicht bei näherem Zuſehen in der Reichsverſammlung noch immer zu ſeiner Ueberraſchung einen viel impoſanteren Körper gefunden, als er nach den zugefügten Unbilden und Schmälerungen erwartet haben mochte. Die feierliche Verwahrung und Verwerfung der fürſtlichen Verfaſſung iſt's, die gefürchtet wird. Und in der That, auch wenn deren Verkündigung noch nicht ſobald erfolgte, ſo ſollte die Reichsverſammlung ſich nicht weiter trennen und auflöſen, ohne darüber einen Willensausdruck abgegeben zu haben. Deutſchland bedarf einer gemeinſamen Politik der oktroyirten Verfaſſung gegenüber. Das Parlament muß ſich über Annahme oder Ablehnung entſcheiden. Bei dem feſten Entſchluſſe der dreißig vereinigten Staaten, daß ſie auf der von Frankfurt ausgegangenen Reichsverfaſſung beharren wollen, bei der Gefahr, die es hat, das Rechtsgefühl und Selbſtbewußtſein der Nation durch eine abermalige gelungene Oktroyirung vollends zu vernichten ſcheint, die Antwort im Voraus vorgeſchrieben.

△ **Wien**, 15. Mai. Endlich hat unſre Armee die längſt verheißene Offenſiv-Bewegung gemacht. Sie rückte am 12. gegen Luipersdorf und Sommerein vor, wo Gefechte ſtattfanden, und drängte den Feind gegen Szerdahely zurück. Die Brigade Wyß hat bei Eneſſe ein Gefecht beſtanden und in Folge davon Kony beſetzt. Soweit geht der offizielle Bericht. Das Gerücht fügt noch hinzu, daß Raab von dem F.-M.-L. Schlick und Tyrnau von den über Göding kommenden Ruſſen, 17,000 an der Zahl, beſetzt ſei. Börſenberichte fügen bei, daß dies auch der Fall ſei mit dem ganzen Arvaer Komitate.

* **Wien**, 15. Mai. Der Kaiſer hat ſich geſtern Abend nach Ollmütz begeben um dem auf heute fallenden Namensfeſte ſeiner Mutter beizuwohnen.

* **Wien**, 15. Mai. Die erſten Kolonnen des über Krakau und Hradiſch eingerückten ruſſiſchen Korps unter General Saß ſind bereits in Tyrnau eingerückt. In Peſth hat das Bombardement fortgedauert. Reiſende, die am 9. d. die Stadt verließen, erklärten, daß wenig Schaden angerichtet worden; dagegen wollten Andere, die am 10. abreiſten, vom Einſturze mancher Mauern und Häuſer wiſſen. Auf dem Joſephsplatze war man beſchäftigt, Erdſäcke zu füllen, angeblich um Batterien zur Beſchießung der Feſtung zu errichten. Es hieß allgemein, man wolle die Feſtung um jeden Preis nehmen, ſelbſt wenn Peſth dabei zu Grunde gehe. Iranyi erließ eine Kundmachung, worin er die Bewohner auffordert, ſo gut ſie können, für ihre Sicherheit zu ſorgen. Die Stadt war beinahe ganz verlaſſen, die Läden geſchloſſen und eine große Anzahl Menſchen kampirte im Freien vor dem Stadtwäldchen unter Zelten. Von der untern Donau erfährt man, daß Oberſtlieutenant Puffer, der das Brigadekommando des F.-M.-L. Thodorovich übernommen hatte, von den Magyaren angegriffen und geſchlagen wurde. Letztere drangen gegen Pancſova vor.

* **Berlin.** Die zweite Berliner Poſt iſt ausgeblieben und wir haben weder den Staatsanzeiger noch Briefe erhalten. Auch die Rheiniſche Volkshalle berichtet unter dem 16.: „Die Regierungen von Preußen, Hannover, Sachſen und Baiern haben ſich über die weſentlichſten Punkte der deutſchen Verfaſſung verſtändigt. In der heutigen Berathung ſollten die letzten kleinen Differenzen ausgeglichen werden. Nach dem, was bis jetzt bekannt iſt, wird das Werk der Nationalverſammlung nur die nöthigſten Aenderungen erfahren. Das Wahlrecht ſoll in etwas beſchränkt und die Einzelſtaaten ſollen freier geſtellt werden, als in der Verfaſſung der Nationalverſammlung. Einer Entſcheidung der Vetofrage hat man ſich enthalten; man überläßt ſie dem zu berufenden Parlament. Sobald die Verfaſſung veröffentlicht iſt, was demnächſt geſchehen ſoll, tritt Preußen als Exekutivgewalt an die Spitze des Bundesſtaats, und zwar mit der Zuſtimmung Oeſterreichs, das mit dem Bundesſtaate den engſten Bund für ewige Zeiten ſchließen will.“ Ob die vorläufigen Verſtändigungen der Regierungsbevollmächtigten wirklich ſchon einer definitiven Verſtändigung der Regierungen gleich zu achten, erhellt noch nicht. Die geſtrige Frankfurter Zeitung verſichert: Oeſterreich werde ſich nicht aus dem engeren Bunde herausdrängen laſſen. Ueber das Wahlrecht, verſichert man, ſei das Auskommen getroffen, daß jeder Staat nach dem für ſeine beſondere Vertretung giltigen Wahlgeſetz wähle. Hr. Baſſermann, der noch in Berlin verweilt, richtet in der Ober-Poſtamts-Zeitung ein Schreiben an ſeine Wähler, in welchem er ſeinen Austritt aus der Reichsverſammlung anzeigt.

„Nach meiner Anſicht fördern die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ſeit dem 4. Mai nicht mehr eine Einigung Deutſchlands ſondern den Bürgerkrieg, und ein Beharren auf dem betretenen Wege könnte, ſtatt zu einer einheitlichen Geſtaltung eines ſtarken Vaterlandes, im beſten Falle nur noch dazu führen, daß Deutſchland in zweierlei Verfaſſungen, in zweierlei Reichstage getheilt und geſchwächt würde.

Ein ſolches Ziel iſt nie das meine geweſen. Einer Verſammlung, welche nach meiner Ueberzeugung ein anderes Ziel, als ein ſolches, nicht mehr erreichen kann, glaube ich nicht mehr angehören zu dürfen. Darum mein Austritt.“

Auf die Frage, welcher Weg einzuſchlagen ſei, gibt Herr Baſſermann folgende Antwort: „Wer von dem Grundſatze der Freiheit ausgeht, wird nicht beſtreiten, daß die Nation auch jetzt noch die Freiheit habe, mit den Regierungen über die Neugeſtaltung Deutſchlands einen Vertrag zu ſchließen. Wenn die mächtigſten deutſchen Regierungen das, was die National-Verſammlung geboten, nicht angenommen, folgt daraus, daß nun die Nation nicht annehmen ſoll, was die Regierungen bieten? Sie dürfte es nur dann nicht annehmen, wenn es nicht den Hauptbedürfniſſen der Nation entſpräche. Der Inhalt der darzubietenden Verfaſſung wird alſo entſcheiden müſſen. Dieſen Inhalt ſoll eine Vertretung des vernünftigen Volkswillens prüfen und über Annahme oder Nichtannahme nach freiem (ſouveränem) Ermeſſen entſcheiden. Niemand wird behaupten können, daß dieſer Weg — der Weg des freien Vertrags — einer Nation nicht würdig ſei. Ein großer Vorzug dieſes Weges iſt aber unſtreitig, daß, weil die mächtigſten Regierungen ſich im Voraus gebunden, an ihrer Uneinigkeit wenigſtens oder ihrem Widerſtande die Einheit Deutſchlands nicht mehr ſcheitern kann.“

0 **München**, 17. Mai. Auf den Antrag des Klubs der Linken wurde auf heute morgen die erſte Sitzung des wiedereröffneten Landtags angeſagt, wiewohl der Präſident einige Beſorgniß hatte, die orthodoxe Seite des Hauſes und die ebenſo rechtgläubige Regierung durch Anberaumen dieſer Feiertagsſitzung zu kränken. Die Regierung hat übrigens alle ihre Vorbereitungen vollendet. Geſtern rückte eine friſche Eskadron Küraſſiere mit klingendem Spiele in die Stadt und durchritt dieſelbe in ihrer ganzen Länge, um ihre Kantonnements in benachbarten Dörfern zu beziehen. Wiederum wurden von geſtern an die Gymnaſialſchulen bis auf unbeſtimmte Zeit geſperrt, weil während des Landtags Unruhen zu erwarten ſeien; ferner erhielt von geſtern an jeder die Wache beziehende Mann, und deren ſind über 1000, vierzig ſcharfe Patronen, und auf dem die Stadt beherrſchenden Gaſteigberge wurde den Grundbeſitzern aufgegeben, Wieſen und Aecker ſofort abzumähen, weil die Artillerie dorthin kommandirt ſei. Außerdem wurden geſtern die Freikorps der Studenten und der Künſtler, erſtere, weil ſie die Reichsverfaſſung beſchworen, letztere, weil ſie gegen ein Edikt des Landwehrkommando's proteſtirt und ſich ſomit auf einen der Regierung feindlichen Standpunkt geſtellt haben, aufgelöſt und denſelben aufgegeben, mit Androhung geſchärfter Zwangsmaßregeln, binnen 21 Stunden ihre Waffen im Zeughauſe abzuliefern. Wenn man damit ſein Ziel nicht erreicht, ſo ſollen alle Fremde ausgewieſen, und wie Herr Miniſter Aſchenbrenner verſichert, von morgen an die Univerſität geſperrt werden. Das geht den Bürgern in den Geldbeutel und wird deshalb die beabſichtigte Wirkung nicht verfehlen, da ohnedem ſchon durch den Uebermuth der Soldateska in Augsburg, Orb u. a. O. ein nicht unmerklicher Umſchlag bei der Bourgeoiſie eingetreten iſt. Geſtern iſt eine Eſtafette von Paris hier angekommen, die ein Schreiben von Louis Bonaparte an König Max überbrachte (?).

0 **München**, 17. Mai. In der heutigen 16. Sitzung der Abgeordnetenkammer legte das vollzählig erſchienene Staatsminiſterium durch den Mund des Hrn. v. Kleinſchrod ſein Programm vor, dem ich folgende Hauptdata entnehme: Was die Reichsverfaſſung betreff:, ſo glaubt die Regierung an der Vereinbarung feſthalten zu müſſen, indem ſie auf ihrer Erklärung beharrt. Auf die unveränderte Annahme der Reichsverfaſſung glaubt ſie nicht eingehen zu können. Uebrigens ſeien bereits entſchiedene Schritte geſchehen, die zu einer Vereinbarung führen dürften. Das Miniſterium habe für gut gefunden, ſich an dieſen Verhandlungen zu betheiligen. Eine ſpezielle Vorlage über die manichfachen Bedenken, welche die Regierung hege, werde ſie am nächſten Sonnabend frühe an die Kammer gelangen laſſen. Die Annahme der Grundrechte würde ihre befriedigende Erledigung finden, indem das Miniſterium nur ſehr wenige Paragraphen beanſtande. Als beſondere Vorlage führt der Miniſter auf: den Entwurf zu einer Umgeſtaltung der Verfaſſungsurkunde, beſonders bezüglich der Umbildung der Kammer der Reichsräthe, Geſetzentwürfe betreffend eine auf Oeffentlichkeit und Mündlichkeit baſirte Civilprozeßordnung, Polizeiſtrafgeſetzbuch, Strafgeſetzbuch, Notariatsgeſetz, einen Entwurf über einen Staatsgerichtshof zur Aburtheilung der angeklagten Staatsminiſter, über die Gleichſtellung der Iſraeliten, ein Jagdgeſetz und ein Geſetz über die Hausſteuer. Ferner kündigt der Miniſter einen Entwurf für ein Repreſſivgeſetz gegen die Preſſe an, deren Freiheit nicht angetaſtet werden ſolle.

Auf dieſe Erklärung hin ſtellte Kolb aus Speier den Antrag: „Die Kammer erklärt, daß ſie die Reichsverfaſſung als Geſetz für ganz Deutſchland anerkenne; die Kammer behält ſich vor, alle geſetzliche Maßregeln zu ihrer Durchführung anzuwenden ſofort aber eine Kommiſſion zu wählen, die eine Adreſſe, welche die Kammer an die Krone erlaſſen ſoll, zu entwerfen hat.“ Die Debatte über die Zuläſſigkeit dieſes Antrags, welche bald ins politiſche Gebiet hinübergeſpielt wurde, war äußerſt ſtürmiſch. Pfordten, der durchaus keinen Beſchluß gefaßt wiſſen wollte, bevor die Vorlage der Regierung berathen ſei, ging ſo weit, auf den Vorwurf hin, daß er den Bürgerkrieg in Sachſen verſchulde, zu erwiedern: er ziehe den Ausbruch eines Bürgerkriegs der kleinſten Abweichung von der konſtitutionell-monarchiſchen Bahn vor. Was Pfordten unter letzterer begreift, zeigt ſein neueſtes Benehmen. Uebrigens wurde er in allen ſeinen Argumenten von Schüler ſchlagend widerlegt. Die beiden Präſidenten weigern ſich auf das Entſchiedenſte, die erſte Hälfte des Antrags zur Abſtimmung zu

№ 137. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 19. Mai 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. VII.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats.) Prag (Der Belagerungszuſtand.) Berlin (Die Abberufung der Abgeordneten.) München (Der Zuſammentritt des Landtags. Soldatenübermuth.) Leipzig (Das Bundesrecht und die preußiſche Intervention in Sachſen. Eindruck der preußiſchen Erlaſſe.)

Von der Donau.

VII.

♄ Das Ungarland iſt ſo hermetiſch abgeſperrt, daß man über die Wahrheit der Angaben lange in Zweifel bleibt. Nur aus dem was die vom Miniſterium beſoldeten Journale theils unwillkürlich, theils aus Unwiſſenheit ihrer Feder entſchlüpfen laſſen, erräth man, was bei den Magyaren vorgeht. Aeußerſt charakteriſtiſch iſt in dieſer Beziehung ein Brief, aus Peſth datirt, aber augenſcheinlich von einem Wiener Schwarzgelben verfaßt; darin heißt es unter Anderem: „Wie läßt ſich der Enthuſiasmus erklären, der Tauſende unſerer jungen Leute noch jetzt, nachdem die hochverrätheriſchen Gelüſte des Agitators und ſeines ebenbürtigen Anhanges Jedermann klar geworden, in die Reihen der Inſurgenten führt, wie die Selbſtverleugnung, mit welcher der Vater den Sohn, die Braut den Bräutigam in den Kampf ſchickt, wie der Taumel der ſelbſt Männer ergriffen, welche ſonſt an politiſchen Bewegungen ſich nur wenig betheiligt haben?“ Aus dieſer Frage des miniſteriellen Blattes erſehen wir alſo, daß Tauſende unſerer jungen Leute zu den Magyaren gehen, und obwohl dieſe Blätter ſeit ihrer Konzeſſion durch die Standrechtsbehörde keinen Grund gegeben haben, ihre Artikel und Nachrichten als richtig und wahr anzunehmen, darf man ihnen in dieſem Falle doch Glauben beimeſſen. Alt und Jung, Mann und Frau, alle Nationalitäten kämpfen für die Magyaren, und die Erklärung liegt ganz einfach darin, weil ein Miniſterium an der Spitze des Kaiſerſtaates ſteht, dem man mit allen geiſtigen und phyſiſchen Waffen zur Rettung des Rechtes, der Freiheit und der Völker entgegentreten muß. Ganz richtig bemerkt der miniſterielle Skribent, daß die Magyaren Anfangs nicht ſo enthuſiaſtiſch für die Sache Koſſuths geſtimmt waren; aber mit dem 4. März nahm es eine andere Wendung, denn an dieſem Tage hat das Miniſterium den unerfahrenen Kaiſer eine Konſtitution unterſchreiben laſſen, deren Feſthaltung nur durch den Bruch jahrhundertalter Verträge und durch Meineid bewerkſtelligt werden könnte. Von dieſem Tage an flogen die Sympathien Aller zu Koſſuth, und mit dem Einmarſch der Ruſſen in Siebenbürgen erdröhnte ein millionenfacher Fluch gegen das Kabinet. Von dieſer Stunde an füllten ſich die Reihen der Magyaren. Der Peſther Briefſteller ſelbſt geſteht: „die geſammte ſtudirende Jugend Ungarns, der größte Theil des Adels, und ein bedeutendes Kontingent aus dem Beamtenſtande, und was ſie ſtark macht, iſt nicht ſo ſehr die eiſerne Waffe, es iſt das vermeinte Recht, wofür ſie zu kämpfen vorgeben!“ Wohl wahr und was Oeſterreich ſchwach macht in dieſem Kampfe, während es in Italien glorreich ſiegte, iſt das Unrecht, das ſeine Heere darniederdrückt. Eben ſo richtig bemerkt der Briefſchreiber über den Eindruck, den das Heranrücken der Ruſſen in Peſth macht: „Hie und da iſt wohl mancher von unheimlichem Schreck vor dem Koloß ergriffen worden, auf die großen Maſſen unſerer jungen Republikaner aber ſcheint die Nachricht mehr einen freudigen Eindruck gemacht zu haben.“ Ja wohl freudig, denn man hat es mit einem demaskirten Feinde zu thun, deſſen Fratze wohl abſchreckend, aber nicht gleißneriſch verſteckt iſt. Das Wollen und Wirken des Miniſteriums Schwarzenberg kann nicht mehr durch negative Noten und phraſenhafte Erlaſſe verlarvt werden; es darf es nicht mehr wagen, die Fahne des Fortſchritts durch ſein Schwingen zu entweihen. Schwarzenberg iſt nichts als der ungeſchickte Zögling Metternichs, und während Oeſterreich früher ein Polizeiſtaat war, iſt es jetzt ein Prätorianerſtaat. Sonſt herrſchte Sedlnitzky mit ſeinen Vertrauten, jetzt regiert Welden mit der uniformirten Polizei. Früher war der Bundestag die Zwingburg alles Freiheitsſtrebens, jetzt iſt der Bundestag von Frankfurt nach Petersburg verlegt worden, und ſtatt der Unterſuchungskommiſſäre erſcheinen ruſſiſche Regimenter. Man iſt freudig darüber, daß dies nun offen zu Tage liegt und den Miniſtern die ſcheinheilige Larve abgeriſſen wird. Das beſtandrechtete Wien und die geknechteten Provinzen werden neuerdings ihren Nacken unter das Joch beugen, obwohl nicht mehr 35 Jahre dahinſchwinden werden, um es zu zerbrechen. Die Magyaren aber werden den Kampf auskämpfen, verbluten und ſterben, ehe ſie den gemietheten Czaaren als Sieger über ihre Pußten ziehen laſſen. „Nach ſolchem Meineid und ſolcher Willkür noch immer zu den Füßen der Tyrannen herumkriechen, wäre eine Ehrloſigkeit, worüber nur das Angeſicht eines in viehiſcher Natur dahin vegetirenden Sklaven nicht erröthen würde“, ſchreibt der magyariſche Közlony. Und dieſe ſelben Enragés, welche in nationalem Enthuſiasmus ſogar den hunderttauſenden Ruſſen muthig entgegenrücken, inſtalliren keine Standrechtsbehörden, wie die kaiſerl. Regierung: das miniſterielle Journal ſelbſt geſteht: „daß man bisher keinen politiſchen Erzeß irgend einer Art zu beklagen gehabt.“ Während die Magnaten und Edlen des Reiches, der frühere Premierminiſter Batthyany darunter, in Gefangenſchaft geſchleppt werden, läßt die rebelliſche Regierung in Peſth Jeden frei einhergehen, welche Geſinnung er auch habe; freilich wiſſen ſie, daß Alle, Alle ihres Sinnes ſind, während die öſterreichiſche Regierung im vollen Bewußtſein lebt, daß Niemand, Niemand ihres Sinnes iſt. Zwiſchen ſolchen Elementen iſt eine Ausgleichung, eine Pacifikation unmöglich. Der Kaiſer, der am 10. früh 4 Uhr nach Preßburg fuhr, müßte dort die Entlaſſung für ſeine jetzigen Miniſter ſchreiben und dem Fürſten Paskewitſch als Oberfeldherr der öſterreichiſchen Armee Halt zurufen, ehe irgend eine Unterhandlung ſtatt finden kann; dies wird nicht geſchehen, und alle Manifeſte ſind leere Worte. Wo Eide und Traktate gebrochen wurden, findet kein Glauben und Vertrauen mehr ſtatt. Das Schwert allein wird entſcheiden, nicht etwa wo das Recht iſt, ſondern wo die Macht iſt; zwei der mächtigſten Fürſten dieſer Erde ziehen gegen ein kleines Völkchen in den Krieg und der Sieg des letztern wäre mehr als Wunder. Allein ſelbſt in ſeiner Niederlage wäre ein Triumph und den blutriefenden Lorbeeren würden manche Stacheln beigeſellt, die weder Ruhe noch Raſt gönnen.

Deutſchland.

☐ **Frankfurt**, 17. Mai. Wir haben zuvörderſt aus der Montagsſitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt einige thatſächliche Mittheilungen nachzuholen und wollen dabei zugleich bemerken, daß wir bei der andrängenden Maſſe des wichtigſten Stoffes für die nächſte Zeit genöthigt ſein dürften, auf die Verhandlungen der Verſammlung ſelbſt nicht eingehen, ſondern nur die Reſultate dieſer Verhandlungen geben zu können. Nachzutragen möchte ſein die Austrittserklärung von zwei weiteren Mitgliedern, wiederum der Minorität, des Herrn Joſeph Bolongaro „wegen einer demnächſt anzutretenden Geſchäftsreiſe“ und des Herrn Dr. Schäffner, der den ehrlichen Muth hat, offen zu erklären, „daß er ſein ferneres Verbleiben in der Verſammlung mit ſeiner Ueberzeugung nicht in Einklang zu bringen vermöge.“ Außerdem die Zuſammenſetzung des gemiſchten Volksbewaffnungs-Ausſchuſſes; in denſelben ſind gewählt von Seiten des Senats Herr Schöff von Heyden, Herr Bürgermeiſter Köſter und Herr Kalb des Raths, von Seiten der ſtändigen Bürgerrepräſentation die Herren Dr. Ohlenſchlager, Schaffner und Major von Lucaſich, von Seiten der verfaſſunggebenden Verſammlung die Herren Dr. Mappes, A. May, Dr. Kugler, Dr. Reinganum, Hadermann, Löw, Kayſer, und Dr. A. Friedleben. Endlich die durch die Ablehnung des ſeitherigen Präſidenten bedingte Neuwahl des Büreaus. Die Majorität der Linken hat es diesmal angemeſſen gefunden, ihre unbeſtrittene Herrſchaft auch durch ein äußeres Zeichen kund zu geben: mit 63 unter 90 Stimmen wurde Herr Hadermann auf den Präſidentenſtuhl erhoben. Dagegen wurde bei der Wahl der Vicepräſidenten Großmuth geübt und Herr Senator Heſſenberg zum erſten Vicepräſidenten gewählt. Als zweiter Vicepräſident — Herr Dr. Binding erhielt die Ehre einer Wiederwahl nicht — fungirt jetzt der frühere Schriftführer, Herr Notar Müller, und ſtatt ſeiner — die übrigen Schriftführer ſind beſtätigt — Herr Hahn als vierter Schriftführer.

Die geſtrige Sitzung eröffnete ein dringlicher Antrag des Hrn. Dr. Stein, den Volksbewaffnungsausſchuß dringend aufzufordern, für die Beſchaffung einer Batterie von 8 Geſchützſtücken für die Artillerie der Bürgerwehr ſowie der erforderlichen Munition mit Kugeln, Kartätſchen und Shrapnel's Sorge zu

tragen, auch die vorhandenen alten Geſchütze nicht in Zahlung zu geben, ſondern zu den Uebungen in Reſerve zu behalten. Der Antrag rechtfertigt ſich zur Genüge dadurch, daß eben jetzt die Artilleriemannſchaften ſelbſt eine Zuſchrift an den Ausſchuß vorbereiten, in welcher ſie erklären, daß ihre Geſchütze durchaus nicht im Stande ſeien, ſcharf zu ſchießen, was allerdings, wenn man die Eventualität eines Angriffs ins Auge faßt, kein ganz unerheblicher Mißſtand iſt. Die Verſammlung beſchloß, den Antrag zur Berückſichtigung an die gemiſchte Commiſſion zu verweiſen. Einen zweiten dringlichen Antrag ſtellte darauf Herr Dr. Mappes, den Senat zu erſuchen, daß er die Unterſuchung und Aburtheilung der zwiſchen Militär und Bürgern hier vorgefallenen Streitigkeiten und aller dabei Betheiligten einzig und allein durch die zuſtändigen Gerichte des Freiſtaats verlange. Nachdem Herr Bürgermeiſter Köſter die Mittheilung gemacht, daß die Unterſuchung von dem hieſigen Auditeur bereits eingeleitet ſei und ſowohl der Reichskriegsminiſter als der Oberbefehlshaber der Reichstruppen den lebhaften Wunſch ausgeſprochen hätten, es möge von Seiten des Freiſtaats Frankfurt Jemand deſignirt werden, den Verhandlungen beizuwohnen, wurde der Antrag einmüthig angenommen und zwar mit der von Herrn Dr. Reinganum vorgeſchlagenen Modifikation, daß in demſelben Bezug genommen werde auf diejenigen Paragraphen der hier geltenden Militärſtrafprozeßordnung, welche in Fällen, wie der vorliegende, die Competenz der Gerichte der Stadt ausdrücklich begründeten.

Die auf der Tagesordnung ſtehende fortgeſetzte Berathung der Verfaſſung und zwar über das Grundprincip derſelben leitete ein Antrag des Herrn Dr. Schwarzſchild auf Schluß der Debatten über die Prinzipienfrage ein, ein Antrag, der kaum mit einigen nothdürftigen Rückſichtsnahmen überkleiſtert war, ſondern ziemlich einfach dahin lautete: Ihr, die Minorität, mögt ſchwatzen, was Ihr wollt, es hilft Euch doch Nichts: wir, die Majorität, votiren das Prinzip des Verfaſſungsentwurfs doch, verliert alſo weiter keine unnütze Zeit. Der Antrag war ſo verletzend für die Minorität, die doch wenigſtens das Recht anſprechen darf, mit ihren Anſichten und der Begründung ihrer Anſichten gehört zu werden, ſelbſt wenn ſie im Voraus weiß, daß Niemand auf ſie achtet, daß ſich der überwiegende Theil der Linken ſelbſt gegen denſelben entſchied, und die Berathung nahm ihren Fortgang. Nach abermaligen, ſehr intereſſanten Verhandlungen, an welchen ſich die Herren Dr. Mappes, Dr. Creizheim, Dr. Hoffmann, Dr. Binding, Dr. Neukirch, Dr. Goldſchmidt und Dr. Reinganum betheiligten, wurde in namentlicher Abſtimmung für das Prinzip des Verfaſſungsentwurfs, für das Einkammerſyſtem in der geſetzgebenden und für das Kollegialſyſtem in der vollziehenden Gewalt entſchieden, für das erſte mit 87 gegen 7 Stimmen (Dr. Binding, Dr. Burkard, Dr. Creizheim, Prof. Heſſemer, Dr. Hoffmann, Dr. von Oven und Dr. Varrentrapp), für das zweite mit 88 gegen 2 Stimmen (Dr. Binding und Dr. Creizheim); doch gab Herr Schöff Souchay nebſt dem größten Theile der gewöhnlichen Minorität die Erklärung zu Protokoll, daß ſie nur unter der Vorausſetzung für einen einzigen Volksrath geſtimmt, daß durch andere Beſtimmungen des Verfaſſungsentwurfs dem entſprochen werde, was die vorgeſchlagene Theilung der geſetzgebenden Gewalt zu erreichen beabſichtigte. Die übrigen Artikel des Abſchnitts von den Staatsgewalten wurden ohne Debatte angenommen, nur daß Art. 61 einen von Herrn Dr. Jucho beantragten Zuſatz erhielt in den Worten: „die öffentliche Wohlfahrt zu fördern." Art. 62 wurde, da die Worte des vorgeſchriebenen Eides: „die Geſetze zu vollziehen", auf richterliche Beamten nicht paſſen, zur neuen Redaktion an den Ausſchuß zurückverwieſen. Die angenommenen Artikel lauten nun wie folgt:

Dritter Abſchnitt. Von den Staatsgewalten.

Art. 56. Die Ausübung der geſetzgebenden Gewalt iſt dem Volksrathe, die der vollziehenden Gewalt dem Regierungsrathe, die der richterlichen Gewalt den Gerichten übertragen. Art. 57. In einer Perſon dürfen nicht vereinigt ſein: 1) eine Stelle der Verwaltung und des Richteramtes, 2) zwei Stellen der Verwaltung oder des Richteramtes, von denen die eine zu der andern im Verhältniſſe der Unterordnung ſteht. Art. 58. In keiner Staatsbehörde, mit Ausnahme des Volksrathes, können gleichzeitig ſein: 1) Verwandte in auf- und abſteigender Linie, 2) Schwiegervater und Schwiegerſohn, 3) Brüder, 4) Schwäger, und Männer, deren Ehefrauen Schweſtern ſind, 5) Oheim und Neffe durch Blutsverwandtſchaft. Es macht in den Fällen 2 und 4 keinen Unterſchied, ob die Ehe noch fortdauert oder nicht. Art. 59. Kein Mitglied einer Staatsbehörde und kein Beamter des Staates darf von einem andern Staate ein Amt, einen Gehalt, oder ein Geſchenk annehmen. Der Uebertreter dieſes Verbots iſt ſeiner Stelle verluſtig. Art. 60. Niemand, der ein Amt in einem andern Staate bekleidet, kann Mitglied des Volksraths oder des Regierungsraths oder eines Gerichts werden, wenn er nicht ſeine Stelle im andern Staate aufgibt. Art. 61. Alle Mitglieder des Regierungsrathes haben bei ihrem Amtsantritte folgenden Eid in einer öffentlichen Sitzung des Volksrathes zu leiſten: Ich ſchwöre Treue der Verfaſſung des deutſchen Reiches. Ich ſchwöre, die Rechte des Volkes und der Bürger zu achten, die Verfaſſung des Freiſtaats zu wahren, die Geſetze zu vollziehen, die öffentliche Wohlfahrt zu fördern und das mir übertragene Amt treu zu verwalten. So wahr mir Gott helfe. Art. 62. Alle Beamten der richterlichen und vollziehenden Gewalt leiſten denſelben Eid (Art. 61.) vor dem Regierungsrathe, wenn das Geſetz nicht eine andere Behörde mit der Abnahme des Eides beauftragt. (Siehe indeß oben.)

□ **Frankfurt**, 19. Mai. Die geſtrige, der Erledigung der laufenden Geſchäfte gewidmete Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt eröffnete ein Vortrag des Senats in Bezug auf die Heranziehung eines Staatsanwalts aus fremden in hieſige Dienſte, welche durch die neue Organiſation der Gerichte geboten erſcheint. Der Senat erklärt, daß er, um eine ausgezeichnete Perſönlichkeit für dieſen wichtigen Poſten zu gewinnen, von der blos aushülfsweiſen Verwendung eines auswärtigen Rechtsgelehrten habe abſehen müſſen und von einer dauernden Anſtellung deſſelben die Rede ſei, daß aber dieſelben Gründe einen ſo hohen Beſoldungsſatz — Beſoldung 2500 Thaler, Ruhegehalt 1500 Thaler, beides unter Erſatz der Umzugskoſten — erforderten, daß er ohne die Genehmigung der Verſammlung die ſchwebenden Verhandlungen nicht vollends abzuſchließen vermöge: es war noch hinzugefügt, daß dem beregten Staatsanwalt das Amt vorerſt kommiſſariſch auf 1 Jahr übertragen werde, und demſelben anheimgegeben ſei, ſich dann erſt für eine dauernde Anſtellung im hieſigen Staate zu entſcheiden. Die Mittheilung wurde, mit der Bitte um beſchleunigte Berichterſtattung, an den Ausſchuß für das Strafverfahren verwieſen. Es folgte ſodann die Verleſung einer Petition der hieſigen Septembergefangenen um Aufhebung des Unterſuchungsarreſtes gegen Leiſtung eines Kautionseides. Aus der Petition ſelbſt erfuhren wir, daß die Haft der Petenten „doppelt drückend ſei in einer Zeit, wo das Vaterland zucke unter der erbärmlichſten und feigſten Tyrannei ſeiner Führer", ob ſie zur Rettung des Vaterlandes die ſogenannte Erhebung vom 18. Sept. zu wiederholen gedenken, iſt nicht ausdrücklich hinzugefügt. Die Verſammlung beſchloß, die Petition empfehlend dem Senat zu überreichen. Sofort aber nahm Herr Dr. Reinganum das Wort, um eine förmliche Apotheoſe jener „vorzeitigen" Inſurgenten, „der Schlachtopfer einer teufliſchen Politik" zu liefern, welche „klarer geſehen als wir Alle," und welche „nur in der Form etwas zu weit gegangen," etwas ſehr weit, würden wir vielleicht hinzufügen dürfen. Der Redner war ſo ergriffen und begeiſtert von ſeinem Gegenſtande, daß wir dem Antrage entgegen ſahen, die Verſammlung möge erklären, daß ſich die Barrikadenkämpfer vom 18. Sept. um das Vaterland wohl verdient gemacht: er ließ es indeß bei dem Antrage bewenden, den Senat zu erſuchen, der konſtituirenden Verſammlung ein Amneſtiegeſetz für die Betheiligten des 18. Sept. baldigſt vorzulegen. „Wenn dann auch das gegenwärtige Reichsminiſterium dieſe Amneſtie hintertreibt, ſo haben wir wenigſtens unſere Pflicht gethan, wie in Baden, wo das Volk im Namen der Reichsverfaſſung amneſtirt hat." Die Verſammlung erhob den Antrag zum Beſchluß, ob ſie ſich auch die Motivirung deſſelben angeeignet, mag dahingeſtellt bleiben. Auf den Antrag der betreffenden Kommiſſion wurde ſodann einer von Kommiſſarien des Senats und der fürſtlich Thurn und Taxis'ſchen Generalpoſtdirektion abgeſchloſſenen Uebereinkunft die Genehmigung ertheilt, nach welcher Uebereinkunft der durch frühere Verträge begründete privilegirte Gerichtsſtand der Mitglieder und Angeſtellten der Generalpoſtdirektion aufhört und dieſelben hinfort in allen Civil-, Kriminal- und Polizeiſachen den Geſetzen und Gerichten des Freiſtaats Frankfurt unterworfen ſind. Ein Geſetzentwurf Seitens des Senates, welcher in Gemäßheit des Art. 43. der Grundrechte, mit Aufhebung der §§. 5, 6 und 7 der hieſi-

gen Militärſtrafprozeßordnung, ſtatt dieſer §§. die Beſtimmungen enthält, daß bei gemeinen Verbrechen einer Militärperſon dieſelbe den zuſtändigen Civilgerichten übergeben werde und ſofort vom Dienſte zu ſuspendiren ſei, ſowie durch das Erkenntniß auf eine entehrende Strafe jedesmal die Entlaſſung aus dem Dienſte zur Folge habe, wurde einer Kommiſſion überwieſen. Nach Erledigung einer Reihe theils lächerlicher, theils wenigſtens unbedeutender Petitionen ging die Verſammlung zum Budget über, oder, wie man in Frankfurt dieſen fremdländiſchen Ausdruck verdeutſcht, zum status exigentiae. Die Finanzkommiſſion (Berichterſtatter: Hr. Bürgermeiſter Köſter) ſchickte ihrem Berichte die Bemerkung voraus, daß die Ausgaben durch die gegenwärtigen Geſetze und durch die beſtehenden organiſchen Einrichtungen gerechtfertigt und bedingt ſeien und daß es nicht angemeſſen erſcheinen könne, vor der alsbald bevorſtehenden Umgeſtaltung aller Verhältniſſe hier Ausſtellungen zu erheben, und daß, was die Einnahmen betreffe, in derſelben Weiſe eine durchgreifende Aenderung des Abgabenſyſtems zweckmäßig bis zu jenem Zeitpunkte verſchoben werde. Die Anträge lauteten alsdann dahin, den Voranſchlag der Einnahmen und Ausgaben für das laufende Jahr (Ausgaben circa 1,125,000 fl., Einnahmen circa 921,000 fl.) zu genehmigen, die Deckung des hiernach ſich ergebenden Deficits aber durch eine vom Recheneiamte verzinslich aufgenommene Anleihe zu decken, ebenſo ſich mit dem veranſchlagten Status der Schulden-Tilgungskaſſe (Ausgaben 500,000 fl., Einnahmen 514,000 fl.; der Ueberſchuß wird zur Ausklooſung von Obligationen der Anleihe von 1839 verwandt) und endlich mit dem Status des Pfandamts (Ausgabe 7100 fl., Einnahme 7500 fl.; der Ueberſchuß wird zum Betriebsfonds geſchlagen) einverſtanden zu erklären; ſodann aber den ſämmtlichen Behörden die umſichtigſte Sparſamkeit zu empfehlen und endlich den Senat zu erſuchen, die Frage wegen Errichtung neuer Schulen in Erwägung zu ziehen und das Nöthige deshalb einzuleiten. Aus den einzelnen Poſten des Etats möchte anzuführen ſein, daß das Amt eines Reſidenten in Paris, in der Erwartung einer Vertretung durch das Reich, ſeit dem 1. Januar d. J. aufgehört hat und daß hinfort die Feier des 18. Oktobers wegfällt. Die Debatte, die im Ganzen mit einem hohen Grad von Sachunkenntniß gepflogen wurde, war bald beendet, nur ein Antrag des Herrn Dr. J. Friedleben auf Kompenſation der Reichsobliegenheiten mit den bedeutenden Forderungen des Staates an die Reichskaſſe, als einziges Mittel, die der Reichskaſſe gemachten Vorlagen zurückerſtattet zu erhalten, rief eine ſehr lange und ſehr lebhafte Erörterung hervor, die, obgleich der Antrag ſchließlich zurückgezogen wurde, uns die Ueberzeugung gewinnen ließ, daß, wenn nach dem Ausſpruche eines bekannten preußiſchen Staatsmannes in Geldfragen die Gemüthlichkeit aufhört, in Frankfurt in Geldfragen der deutſche Patriotismus aufhört. Geſtrichen wurde in dem ganzen Budget nur eine antiquariſche Kurioſität, ein Beitrag von 35 fl. 30 kr., welchen die Judengemeinde ſeither zu Neujahr gezahlt hat und in welchen ſich, neben dem „bürgerlichen Tambour" den beiden rothröckigen Hellebardieren und andern Würdenträgern auch der Major und der Oberſt des Linienmilitärs theilten. Die Anträge des Finanzausſchuſſes wurden im Uebrigen ſämmtlich angenommen, nur mit der Modifikation, daß die Schulfrage an die Verfaſſungs-Kommiſſion überwieſen iſt. Das Reſultat einer Schlußdebatte, in welcher ſich die verfaſſunggebende Verſammlung in die Details der Straßenreinigung vertiefte, hat Ihr Berichterſtatter nicht abgewartet.

♂ **Prag**, 11. Mai. Ein Donnerſchlag, obwohl nicht aus heiterem Himmel. Wir wußten es wohl, was in den Wiener Regionen gegen die Hauptſtadt Böhmens vorbereitet wird. Wie kann ein ſolches Miniſterium, das täglich Anlaß zum Nachweis ſeiner Unpopularität, ſeiner Unfähigkeit, ſeiner Unkenntniß gibt, wie kann ein ſolches Miniſterium es dulden, daß die Preſſe frei bleibt, nachdem ſein Preßgeſetz durch die Urtheile der Jury in Nichts zerfällt? Als Hawliceck, ein czechiſcher Brauſekopf ohne tiefere Bildung, unter dem Jubel der Anweſenden „nichtſchuldig" erklärt wurde, und der Staatsanwalt blaß bis in die Lippen all die Vorwürfe gegen die Regierung anhören mußte, war es Jedem klar, daß auch dieſes Winkelchen der letzten Errungenſchaften vom Miniſterium und ſeinen Kreaturen verſtopft werden würde. Allein wir dachten, daß es doch mit Geſchicklichkeit, unter günſtigem Prätert geſchehen werde! Nein. Die Beſchränktheit eines Wachtpoſtens, welcher zwei Theilnehmer des ſlowakiſchen Freikorps in Ungarn arretirte, weil er wähnte, ſie dürften keine Waffen tragen, erregte einigen Lärm. Das Ganze iſt bereits ausgeglichen, der Bürgermeiſter und der Oberkommandant der Nationalgarde veröffentlichen ihren Dank für die Haltung der Bürgerwehr, die tiefſte Ruhe herrſcht — da erklärt der Gouverneur den Belagerungszuſtand! Auf den Anhöhen erblickt man Geſchützmündungen, die Plätze und beſonders die beiden Brücken ſind mit Kanonen beſetzt, bei denen Kanoniere mit brennenden Lunten ſtehen, das Militär lagert wieder auf dem Straßenpflaſter, und an den Straßenecken hängen die Plakate. Einer ſieht den Andern erſtaunt an, man frägt ſich und weiß keine Antwort, man kann ſich des Lachens nicht erwehren. Aber es iſt ein konvulſiviſches Lachen! Das Eljen Koſſuth, das bis jetzt nur leiſe vorgebracht wurde, ertönt jetzt lauter ſogar aus czechiſchen Kehlen, und das Volk ſieht ein, wohin man es ſchleppt. In den finſtern Kerker des früheren öſterreichiſchen Regierungsſyſtems! Vielleicht wird das Miniſterium bald die Ruſſen auch nach Böhmen ſchicken. Das beſte für unſere Monarchie wäre wohl, ſich eine einige Beſatzung vom Czaaren zu erbitten. Die Verhaftungen, die hier vorgenommen werden, ſind der deutlichſte Beweis, daß der Gouverneur nicht die mindeſte äußere Veranlaſſung hatte, zu ſolchen außerordentlichen Maßregeln zu flüchten. Wenn die Abneigung gegen das Miniſterium, ja der Haß und die Verachtung, die Alle gegen dieſe Männer hegen, ein Grund ſind, ſo iſt der Belagerungszuſtand wohl motivirt. Vielleicht wird noch ſtandrechtlich angeordnet, man müſſe Schwarzenberg und Konſorten lieben. Die Beamten haben ſchon eine ſolche Ordonnanz. Der Kampf in Dresden findet wohl bei den Intelligenteren Intereſſe, aber das Volk hat wenig Theilnahme daran.

** **Berlin**, 14. Mai. Abends. Das Mandat der in Preußen gewählten Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung iſt heute für erloſchen erklärt. Mit welchem Recht? Wir ſind gefaßt auf den Hohn von den Ultra's beider Seiten. Und dennoch fragen wir nach dem Recht und werden nicht aufhören, nach dem Recht zu fragen. Die Revolution wird uns niemals Achtung abgewinnen, gleichviel, ob ſie eine gekrönte Revolution iſt, oder ob ſie eine phrygiſche Mütze trägt. Das Recht zur Auflöſung der preußiſchen Vereinbarungsverſammlung konnte beſtritten werden. Das Recht zur Kaſſation der in Preußen vorgenommenen Abgeordnetenwahlen zur Paulskirche kann nicht behauptet werden. Die in Preußen gewählten Mitglieder der Nationalverſammlung ſind nicht die Vertreter von Preußen, nicht die Vertreter des preußiſchen Staats, ſondern, wie die preußiſchen Dokumente anerkennen, ſie repräſentiren die deutſche Nation. Der König von Preußen hat gegenüber den Vertretern ſeines Volks, auch wenn das geſchriebene Recht ihm nicht zur Seite ſteht, ein Recht der rettenden That, über deſſen Ausübung Gott richtet. Aber neben den Vertretern der deutſchen Nation, oder auch nur einem Theil derſelben, nämlich den innerhalb ſeines Staats gewählten Vertretern der deutſchen Nation, ſteht der erlauchte Repräſentant des größten deutſchen Staats nicht ebenbürtig. Es war in ſeine Hand gegeben, dieſem Parlament ebenbürtig zu werden; dieſer Fürſt zog es vor, unter ſeinen Standesgenoſſen zu bleiben was er war, der höchſte Ausdruck einer Macht, welche die von der deutſchen Nationalverſammlung repräſentirte Größe nicht erreicht. Seine Majeſtät von Preußen hat kein Recht, der deutſchen Nation Vorſchriften zu machen, wann die Mandate ihrer Repräſentanten erloſchen ſind; Seine Majeſtät hat kein Recht, die Mandate deutſcher Abgeordneten zu kaſſiren; Seine Majeſtät von Preußen hat hiezu kein Recht, als — das Recht der Thatſache.

Wir ſtehen in tiefer Trauer — doch nicht an der Gruft unſerer erſten Nationalrepräſentation; nein, vor der Unterſchrift des Königs Friedrich Wilhelm. Ein ächter Preuße kann und wird Eines nicht vergeſſen, wenn er auch freudig Vieles ſchon vergaß: Dieſe Unterſchrift diktirte dem Nachfolger unſeres großen Friedrich ein Jeſuit. Das vergeſſen wir niemals, niemals, niemals.

≏ **München**, 16. Mai. Wahrſcheinlich werden die Kammern erſt übermorgen ihre Sitzungen beginnen. Es fehlen noch viele Mitglieder, Herr v. Lerchenfeld war erſt am 14. Mittags gekommen, das Direktorium war geſtern noch nicht vollſtändig. Wir läugnen nicht, daß ſolche Saumſeligkeit in ſolcher Zeit, wie die jetzige, in den meiſten hieſigen Kreiſen einen ſehr übeln Eindruck gemacht hat. Beſonders nachdem die Bitten und Adreſſen aus allen Landestheilen bei der Regierung darauf gerichtet gewe-

Nr. 137. Extra-Beilage zur Deutſchen Zeitung. 19. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (v. Itzſtein und Peter. Der Großherzog von Baden.) Berlin (Die Proklamation vom 15. Mai.) Aus der Provinz Preußen (Verſtärkung der Königsberger Garniſon. Drohender Belagerungszuſtand.) Stettin (Sicherheitsmaßregeln. Verurtheilung.) Köln (Die Landwehr.) Düſſeldorf (Waffenablieferung. Strenge des Belagerungszuſtandes.) Nürnberg (Einſchreitungen gegen die Preſſe und die Redner der Volksverſammlung.) Dresden (Reg.-Rath Behr zum Finanzminiſter ernannt. Züge zur Charakteriſirung des Aufſtandes. Die Gefangenen. Kirchen und Theater.) Schleswig (Die Herzogthümer und Deutſchland. Vom Kriegsſchauplatz.) Kiel (Annäherung der däniſchen Flottille.)

Deutſchland.

= **Frankfurt**, 18. Mai. Die geſtern Nachmittag mündlich überbrachten Nachrichten aus Karlsruhe beſagen, daß der Gang der Dinge dort vorerſt noch ein ruhiger ſei. Wo ſich der Großherzog befand, wußte man noch nicht. Hier hieß es, er ſei über Metz nach Belgien gegangen und komme — hierher.

= **Frankfurt**, 18. Mai. Der geſtrigen Nachmittagsſitzung der Reichsverſammlung wohnte auch der Abgeordnete Hr. v. Itzſtein bei, den das Gerücht an der proviſoriſchen Regierung in Baden Theil nehmen ließ. Wie der Abgeordnete Peter bei einem überaus leidenden Geſundheitszuſtand in dieſelbe gewählt werden konnte, begreift man nicht. Er ſcheint nur mit ſeinem Namen figuriren zu ſollen.

** **Berlin**, 15. Mai. Was mich an dem unkonſtitutionellen Gebahren des jetzigen Miniſteriums mit am meiſten anwidert, das iſt der Leichtſinn, womit die Perſönlichkeit des Staatsoberhaupts in den Vordergrund geſchoben wird, gleichſam um an der Verantwortlichkeit der Räthe der Krone zu partizipiren. Bei jeder wichtigen Gelegenheit wird der Monarch in Schritte des Miniſteriums verwickelt und in die Lage verſetzt, ſich öffentlich im Sinne dieſer Miniſter auszuſprechen, oder ſie ziehen ſeine Perſon, wie bei Gelegenheit des Belagerungszuſtandes, ſogar in den Staub der parlamentariſchen Verhandlung herab. Das iſt die gehäſſige Manier des abſolutiſtiſchen Syſtems, welche das Königthum im Glauben der Völker ſo tief erſchüttert hat. Wenn man ſich nicht erinnerte, daß dieſe Miniſter erſt ſeit kurzer Zeit mit dem Gedanken eines konſtitutionellen Staatslebens ſich befreundet haben, wenn man ſich nicht daraus dieſe Taktloſigkeit leicht erklärte, ſo müßte man darauf verfallen, anzunehmen, dieſe Herrn, welche wohl wiſſen, daß ihre Namen ihren wärmſten Freunden gleichgiltig ſind, hielten für rathſam, von der Popularität des Königs zu zehren und unter dem Deckmantel des königlichen Namens einige Gunſt zu kollektiren. Leichter könnte geſchehen freilich, daß, wenn der König gar ſo häufig auf den Rath dieſer Herren perſönlich handelnd hervortritt, die Verantwortlichen nichts gewinnen, aber der Fürſt durch ſolche Gemeinſchaft einbüßt. Camphauſen und Auerswald hielten es für ihren Ruhm, ſich als einen Schild vor den Königsthron zu ſtellen; die Herren Graf Brandenburg und Baron Manteuffel für ihre Namen und ihre bloßgeſtellte Politik bedienen ſich der königlichen Autorität als eines Schildes! Ein Miniſterium, welches ſich mit der Dynaſtie gleichſam identifizirt, welches ſich dem Staatsoberhaupt klettenartig anhängt, leiſtet wenigſtens der Dynaſtie böſe Dienſte. Denn den Wechſel verbannen aus der Region der verantwortlichen Räthe, heißt ihn in eine höhere Region verlegen. Und ſo lange hat dieſes Miniſterium ſeine Stellung bereits gemißbraucht, daß derartige Wünſche, welche dem preußiſchen Volke vorher fremd waren, jetzt allgemein werden. Wenn das preußiſche Volk die Möglichkeit einſähe, daß dieſer König dieſe Miniſter entließe, ſo würde es aufhören, mit Begierde den Gerüchten zu lauſchen, welche den Wechſel in jener höchſten Region verkündigen. Aber vielleicht hat dieſes Miniſterium den weltgeſchichtlichen Beruf, nicht nur einen König, woran es redlich arbeitet, ſondern das Königreich und das Königthum zu Grunde zu richten.

Aus der Provinz Preußen, 13. Mai. Es wird heute von verſchiedenen Seiten her berichtet, daß die Regierung eine ſo namenloſe Furcht vor dem am 19. d. Mts. zuſammentretenden Städtetag habe, daß ſie, um ihn durch ein wirkſameres Mittel, als durch ein bloßes Regierungsverbot, verhindern zu können, Königsberg in Belagerungszuſtand erklären werde. Daß die Königsberger Garniſon durch Infanterie und Kavallerie namhaft verſtärkt wird, iſt gewiß. Zugleich kann ich Ihnen melden, daß die Beſchlüſſe Ihres Gemeindekongreſſes bei uns den allgemeinſten Enthuſiasmus erregt haben, und daß unſer Städtetag ohne Zweifel ſich mit denſelben vollkommen einverſtanden erklären wird. Preußen und Rheinland, Königsberg und Köln, werden ſich wieder die Hand reichen, wie ſie es ſchon vor den Märztagen gethan hatten. (Köln. Z.)

‚ **Stettin**, 16. Mai. Seit drei Tagen ſind hier von den Behörden die auffälligſten Sicherheitsmaßregeln gegen eine Schilderhebung getroffen worden, welche zur höchſten Befriedigung der Furchtſamen zur äußern Blokade der Stadt noch die innere hervorrufen würde. Man hat jedoch die Behörde myſtificirt und es iſt Alles ruhig geblieben. Durch eine Verfügung des Miniſters v. Manteuffel ſind Volksverſammlungen unter freiem Himmel in unſerer Provinz bis auf Weiteres von vornherein unterſagt, da dieſelben wegen der deſtruktiven Pläne der Umſturzpartei als der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gefährlich zu erachten ſeien. Wenn dies ſchon in Pommern am grünen Holze geſchieht, was ſoll am dürren geſchehen. Am 12. Mai wurden die Artillerie-Lieutenants v. Duecker, Menz und Schultze, welche bis zum November in Colberg garniſonirten und während des Konfliktes zwiſchen der Krone und Nationalverſammlung für letztere Partei nahmen, kriegsrechtlich verurtheilt. Das Urtheil zur Beſtätigung dem Könige vorgelegt und deshalb noch nicht publizirt lautet für den Hrn. v. Duecker außer Kaſſation auf langjährige Feſtungsſtrafe, und zwar beträgt die Länge derſelben wegen verſuchten Hochverraths und Majeſtätsbeleidigung mehr als das dreifache von dem Arreſte, zu welchem Struve in Baden verurtheilt iſt. Wer jedoch mit der preußiſchen Militärgerichtsbarkeit und in specie mit den Perſönlichkeiten bekannt iſt, welche hier zu Gerichte ſaßen, wird das Urtheil nicht befremdend finden. Der ganze Prozeß ſoll der Oeffentlichkeit übergeben werden.

Köln, 15. Mai. Man hat es bisher vermieden, die rheiniſche Landwehr einzuberufen. Nur an einigen Orten ſind je 100 Mann eingekleidet worden, um die Zeughäuſer zu beſchützen. Heute iſt aber der Befehl hier eingetroffen, auch 100 Mann des Kölner Bataillons einzuziehen. Daß ſich bei Einzelnen Widerſtand zeigen wird, iſt faſt mit Gewißheit zu erwarten. Die ganze Gegend iſt arm an Naturerzeugniſſen, aber reich an Menſchen. Sie kann deshalb ohne Zufuhr von Lebensmitteln nicht beſtehen. Schneidet man dieſe ab, ſo wird die Bewegung in ſich erſticken. Alles deutet darauf hin, daß die Regierung dieſen Plan verfolgt. (D. P. Z.)

Düſſeldorf, 16. Mai. Soeben, Mittags 1 Uhr, wird in allen Straßen durch Trommelſchlag verkündet, daß die Einwohner bis ſpäteſtens 3 Uhr alle ihre Privatwaffen an die Militärbehörde abzuliefern haben, widrigenfalls gegen die Renitenten Hausſuchung verordnet und im Falle Waffen bei ihnen gefunden werden, ſie kriegsrechtlich behandelt werden ſollen. Auch die Mitglieder des hieſigen Schützenvereins, die alle bis an die Zähne bewaffnet ſind, werden von dieſen Maßregeln betroffen, die ſich ſelbſt auf die Waffenhandlungen erſtreckt. Der Belagerungszuſtand wird überhaupt hier mit aller Strenge gehandhabt und ſtört Handel und Verkehr. So iſt z. B. der morgen beginnende Jahrmarkt, der 4 Tage dauert und Düſſeldorf durch das Zuſammenſtrömen der Landleute aus der ganzen Umgegend, die hier ihre Einkäufe für den Sommer zu machen pflegen, großen materiellen Vortheil bringt — verboten. Sogar die gottesdienſtlichen Uebungen der Katholiken, inſofern ſie ſich auf öffentliche Umzüge ausdehnen, haben unterbleiben müſſen. Zeitung und Kreisblatt erſcheinen nur noch als Anzeigeblätter, nur die Kölniſche Zeitung darf hier offen ausgegeben werden. Unſere Garniſon bivouakirt fortwährend auf den öffentlichen Plätzen und unſere Stadt hat fortwährend die Phyſiognomie einer eroberten Feſtung. Daß unter dieſen Umſtänden an Handel und Verkehr nicht gedacht werden kann, iſt ſelbſtredend. So haben den auch die bereits begonnenen Vorbereitungen zu dem an den Pfingſttagen hier zu begehenden großen Niederrheiniſchen Muſikfeſte eingeſtellt werden müſſen — ein neuer, für die Stadt höchſt empfindlicher Nachtheil! Viele hieſigen Familien haben die Stadt verlaſſen, dagegen kommen täglich Flüchtlinge aus Elberfeld die hier Schutz ſuchen. (D.P.Z.)

△ **Nürnberg**, 16. Mai. Die Aufregung, die noch in voriger Woche hier herrſchte, hat ſich in der großen Volksverſamm-

lung am Sonntage vollſtändig gebrochen. Aller Augen ſind gegenwärtig nach der Pfalz und auf die Vorgänge in Baden gerichtet. Zudem ſind unſere Kammern heute in München zuſammengetreten und es muß ſich in den nächſten Tagen zeigen, welche Richtung die allgemeine Stimmung nehmen ſoll und wird. Von einem Abgeordneten der Linken erfuhr ich, daß die geſammte Linke ſich zu keiner Debatte oder Beſchlußnahme herbeilaſſen werde, bis nicht die deutſche Frage eine für ſie befriedigende Löſung gefunden habe. Die Unterſuchung gegen die Redner der vorigen Volksverſammlung iſt im vollen Gange; faſt täglich werden Mitglieder des Komite's als Zeugen vernommen. Auch gegen den Redakteur der Mittelfr. Ztg., Dr. Mayer, ſoll eine Unterſuchung eingeleitet, oder, wie Andere wiſſen wollen, gar ein Verhaftsbefehl ausgefertigt werden. Der „freie Staatsbürger", der wegen Verhaftung ſeines zweiten Redakteurs, Lang (der erſte Redakteur Hr. Dietzel iſt aus der Stadt verwieſen und lebt in der Nähe) einige Tage nicht erſchienen iſt, wird ſeit einigen Tagen wieder ausgegeben, fährt aber fort, dieſelbe maßloſe Sprache zu führen wie früher und wird dadurch nach und nach alle ſeine bisherigen Anhänger von ſich abwendig machen. Unſerer Stadt- und Landwehr ſollen durch ein geſtern eingetroffenes Regierungsreſkript die Waffenübungen unterſagt worden ſein. Geſtern ging das unverbürgte Gerücht, es ſollen in Ansbach 60 Chevaurlegers mit Sack und Pack nach der Pfalz geflüchtet ſein. Ingleichen wird behauptet, der Regierungspräſident v. Welden habe an den König geſchrieben, er könne ihm bei der Stimmung des Militärs nur anrathen, nachzugeben und die Reichsverfaſſung anzunehmen. Dieſe Nachricht klingt zwar bei der bekannten Denkweiſe des Regierungspräſidenten ſehr auffallend, erhält aber durch die Wahrheit des erſteren Theiles derſelben einige Wahrſcheinlichkeit und wird mit ſoviel Nebenumſtänden erzählt, daß ſie ſchwer zu bezweifeln iſt.

== **Dresden**, 15. Mai. Der bisherige Geh. Regierungsrath (früher Finanzrath) Behr iſt zum Finanzminiſter ernannt und mit ihm unſer Miniſterium vervollſtändigt worden. Behr iſt eine geachtete Perſönlichkeit und ſoll ein tüchtiger Finanzmann ſein; ſeine Anſichten ſollen ſich dem Miniſterium Held nähern, weshalb man in ſeiner Ernennung eine Annäherung an die Annahme der deutſchen Verfaſſung ſieht (?) Ich habe Ihnen ſchon angedeutet, daß von einer durch die Aufſtändiſchen vorgenommenen Plünderung und von Raub in den Häuſern in Dresden nichts gehört wird; ſo muß ich auch ganz beſonders hervorheben, daß die proviſoriſche Regierung von keiner der öffentlichen Kaſſen Geld entnommen hat. Das gehört zur Charakteriſirung unſerer Revolution. Was das eingedrungene Geſindel und das Proletariat nach beendigtem Kampfe vorgenommen hätte, wo es vielleicht denen, die es herbeigezogen, über den Kopf gewachſen, kann bei dieſen Dingen nicht in Betracht gezogen werden; es iſt eben nicht ausgeführt worden. Wohl aber müſſen wir die von der proviſoriſchen Regierung, allerdings zum Theil zur Bekämpfung der Truppen angeordneten oder doch genehmigten Zerſtörungsmittel der Häuſer durch Brand rc., bei denen keine Rückſicht auf den Beſitz der Bürger genommen wurde, hierbei erwähnen. Unparteiiſch, wie ich in meiner Darſtellung der Ereigniſſe mich zu ſein bemüht habe, führe ich dieſe verſchiedenen Umſtände zur nähern Kenntniß unſeres Aufſtandes an. Nachdem die Gefangenen aus den ihrer Geſundheit nachtheiligen Räumen der Tuchhalle und der Frauenkirche in das Gewandhaus gebracht worden, müſſen ſie dort, wie ich höre, auf Bänken ohne Lehnen ſitzen. Fortwährend werden Gefangene nach dem Verhör als nicht ſchuldig freigegeben — ich weiß nicht, ob darunter ſolche, die von Soldaten mißhandelt worden ſind; — aber auch fortwährend kommen neue Transporte Eingefangener aus dem Lande; ich ſah ſolche Unglückliche zwei und zwei zuſammengebunden zwiſchen Kavalleriſten laufend, vor Mattigkeit konnten ſie kaum noch die Füße heben, weit aus dem Lande herbeibringen. Nächſten Donnerstag, an Himmelfahrt, haben wir endlich wieder, nachdem zwei Sonntage ausgefallen, in allen Kirchen großen feierlichen Gottesdienſt. Auch das Theater hör' ich ſoll bald eröffnet werden, und mit Recht; die Bewohner Dresdens brauchen die heilſame und verſöhnende Zerſtreuung der Kunſt, die ſie trübem Nachdenken und anderer wenig beruhigenden Unterhaltung entzieht. Einſtellen, wie ſich das Gerücht hier verbreitet hat, kann der König das Theater nicht, ſolange er einen Zuſchuß von 80,000 Thalern vom Lande zu demſelben erhält.

= **Schleswig**, 14 Mai. Die gefährliche Kriſis, welcher durch die Verblendung des preußiſchen Miniſteriums unſer Vaterland entgegengeht, hat auch unſer Land in die äußerſte Aufregung verſetzt und beſchäftigt gegenwärtig alle Gemüther mehr, als der Krieg, welcher um das nächſte Schickſal unſeres Landes geführt wird. Sind doch die glänzendſten Erfolge dieſes Krieges bedeutungslos, wenn das mühſam zu Stande gebrachte Werk der deutſchen Nationalverſammlung an dem rohen Widerſtand der königlichen Regierungen ſcheitert. Nachdem das Reichsminiſterium abgetreten iſt, liegt die Beſorgniß nahe, daß die Nationalverſammlung an dem immer ſtärker hervortretenden Widerſpruch über die Mittel zur Durchführung der Reichsverfaſſung auseinander fallen, daß die Centralgewalt geſtürzt, daß nach dem Ausſcheiden der bisherigen beſonnenen Mehrheit von der übrigbleibenden Linken ein Vollziehungsausſchuß eingeſetzt werden könne. Vielleicht iſt inzwiſchen ein Theil dieſer Beſorgniß ſchon erfüllt; vielleicht iſt durch irgend eine günſtige unerwartete Wendung der Ausbruch des äußerſten Konfliktes noch vermieden; vielleicht kann er ganz vermieden bleiben. Jedenfalls erfordert, abgeſehen von der großen deutſchen Frage, die eigenthümliche Lage der Herzogthümer die vorſorglichſte Erwägung. Die Statthalterſchaft iſt von der deutſchen Reichsgewalt eingeſetzt, und regiert im Namen des Reiches. Mit der Reichsgewalt fällt auch der ganze eben erſt geſicherte Boden unſeres ſtaatlichen Zuſtandes; unſerer Regierung ſchwindet dann der Boden unter den Füßen; wir werden dann gezwungen ſein, uns vorläufig auf uns ſelbſt zu ſtellen, bis wieder ein feſter Einheitspunkt in Deutſchland gewonnen ſein wird. Unter dieſen Umſtänden erſcheint es nothwendig, daß im entſcheidenden Augenblicke unſere Volksvertretung der Statthalterſchaft zur Seite ſteht. Das Büreau der Landesverſammlung iſt deshalb ſeit geſtern hier verſammelt, um über die Einberufung der Verſammlung zu berathen. Bis jetzt iſt noch kein Beſchluß gefaßt und das Büreau wird auch, ſo lange nicht dringend eine Entſcheidung der Verſammlung nothwendig wird, dieſelbe nicht zuſammenberufen. Dieſe Zögerung iſt gewiß ſehr wohl motivirt. Ueber die Anerkennung der Reichsverfaſſung herrſcht in unſerem Lande die vollkommenſte Einmüthigkeit; die Statthalterſchaft und die Landesverſammlung haben ihre Anerkennung derſelben offen und rückhaltlos erklärt und dabei wird man unwandelbar beharren. Eine weitere Einmiſchung aber in die einzelnen bei der Durchführung der Verfaſſung entſtehenden Konflikte ſcheint für uns in keiner Weiſe rathſam. Wir könnten dadurch Deutſchland nicht nützen; denn unſer Land, das ſelbſt der deutſchen Hülfe gegen Außen bedarf, kann kein materielles Gewicht in die Waagſchale der Entſcheidung werfen. Wohl aber könnten wir durch eine verfrühte Entſchließung unſere beſondere Lage aufs Aeußerſte gefährden und den ganzen bis jetzt unerwartet günſtigen Gang unſeres Krieges gegen Dänemark hemmen. Das deutſche Heer, das jetzt zum größten Theil bereits in Jütland ſteht, iſt aus Contingenten aller deutſchen Staaten zuſammengeſetzt; wenn ſonſt Alles auseinanderfällt, ſo wird hier gegen Außen noch Deutſchland als Einheit repräſentirt bleiben. Wie aber immer der Gang der Ereigniſſe ſein mag, wir ſind gewiß, daß die Herzogthümer einmüthig zu derjenigen Partei ſtehen werden, an deren Spitze ſie das Banner der wahren Einheit Deutſchlands erkennen. — Aus dem Norden erhalten wir die Nachricht, daß General Bonin geſtern Abend mit dem Bombardement von Fridericia beginnen wollte. Das Hauptquartier des Generals Prittwitz iſt in Veile. Die preußiſche Diviſion unter General Hirſchfeld hatte ſchon vor einigen Tagen Horſens beſetzt, und vorgeſtern waren von da aus Truppentheile in der Richtung auf Viborg vorgeſchoben, ſo daß bald der größte Theil von Jütland in den Händen der Unſerigen ſein wird.

+ **Kiel**, 16. Mai. Geſtern wurde unſere Stadt in ziemliche Aufregung verſetzt und die ganze bewaffnete Macht allarmirt, es ließ ſich in nicht allzuweiter Entfernung von unſerem Hafen eine däniſche Flottille, aus 13 Segeln beſtehend, blicken. Nachdem dieſelbe über eine Stunde umherkreuzte, verloren wir ſie aus den Augen, indem ſie in nordöſtlicher Richtung ihren Weg nahm. In unſerm Hafen, welcher ſtark befeſtigt iſt, hätten ſie bei einer zu bewerkſtelligenden Landung einen noch übleren Empfang haben können, als bei Eckernförde.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 138. Frankfurt a. M., Sonntag 20. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Franzoſen vor Rom. II.
Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 19. Mai.
Deutſchland. Frankfurt (Die Austrittserklärung Baſſermann's. Vermehrung der großdeutſchen Partei. Truppendislokationen. Zuſammenziehung einer Truppenmacht um Frankfurt. Hr. v. Blittersdorf.) Wien (Die Stärke der ruſſiſchen Hilfsmacht. Der Aufſtand um Fünfkirchen. Arbeiterbewegung. Der 15. Mai. Vermiſchte Nachrichten.) Berlin (Verhaftung Waldeck's. Ein Regiment nach Frankfurt.) Königsberg (Städtetag.) Münſter (Verhaftsbefehle.) Köln (Truppen gegen die Elberfelder Freiſchaaren. Iſerlohn in den Händen der Truppen. Marx ausgewieſen. Letzte Nummer der Neuen Rheiniſchen Zeitung.) Barmen (Beendigung des Aufſtandes in Elberfeld.) Elberfeld (Rückkehr der Deputation aus Berlin. Abzug der Freiſchaaren.) München (Die Bewegung für die Reichsverfaſſung. Einſchreitungen gegen die Preſſe.) Augsburg (Verhaftungen.) Aus der Pfalz (Gelderhebungen. Der Großherzog von Baden. Die Beſchlüſſe der Generalſynode anerkannt.) Kaiserslautern (Einſetzung der proviſoriſchen Regierung. Rüſtungen.) Hannover (Durchzug preußiſcher Truppen.) Heidelberg (Rekrutirung. Schlöffel und die proviſoriſche Regierung.) Vom Oberrhein (Ruhe im Oberland. Die Aufforderung zu Freiſchaarenzügen abgelehnt.) Freiburg (Eid auf die Reichsverfaſſung. Widerſtand gegen die proviſoriſche Regierung in Lörrach.) Braunſchweig (Stimmung der preußiſchen Truppen. Stüve.) Arolſen (Proklamation der Regierung.) Wiesbaden (Die Beamten auf die Reichsverfaſſung beeidigt.) Homburg (Die Landesverſammlung vertagt.) Kolding (Das Entkommen der Dänen. Unverantwortliche Kriegführung.)
Großbritannien. London (Zeitungsbetrachtungen über die revolutionären Ausbrüche in Dresden und am Rhein. Parlamentsverhandlungen. Das Bildniß der Königin. Der iriſche Statthalter plötzlich nach London beſchieden. General Paget.)
Frankreich. Paris (Ausfall der Wahlen hier und in den Departements. Die Nationalverſammlung. Die Vorſchläge Rußlands an die Pforte und die franzöſiſche Regierung.)
Italien. Aus dem Kirchenſtaat. (Geneigtheit der Römer zu kapituliren. Geſuch um Intervention an Palmerſton (?). Freilaſſung der franzöſiſchen Gefangenen.) Aus Sicilien (Aufſtand in Palermo.)
Rußland. St. Petersburg (Kaiſerliches Manifeſt.)
Nachſchrift.

---

19. Mai.

Am Vormittag des 24. April warf die franzöſiſche Flotte im Hafen von Civitavecchia Anker. Die Ausſchiffung der Truppen erfolgte, ohne daß irgend Widerſtand von Seiten der Beſatzung oder der Einwohner geleiſtet wurde. Das Bataillon Melara, welches die Beſatzung bildete, ergab ſich ſogar freiwillig zu Gefangenen. Freudenrufe empfingen die franzöſiſchen Soldaten, als ſie ſich in der Stadt verbreiteten — wenigſtens verſichert ſo der Befehlshaber des Zuges, General Oudinot, in dem amtlichen Berichte an ſeine Regierung. Eine Bekanntmachung wurde erlaſſen, welche die ruhigen Bürger der franzöſiſchen Einmiſchung noch günſtiger ſtimmen ſollte; nicht in die inneren Angelegenheiten Roms ſich zu miſchen, erklärte Oudinot, ſeien ſie gekommen, ſondern nur die Einſetzung einer Regierung zu unterſtützen, die gleich weit von den Mißbräuchen der ehemaligen, wie von der Anarchie der gegenwärtigen entfernt ſei. Offenbar, nur um ſein Gewiſſen zu wahren, proteſtirte der Präfekt der Stadt gegen den Ausdruck „Anarchie der gegenwärtigen Regierung;“ dieſelbe ſei vielmehr Regierung der Moralität und Ordnung. Als Oudinot hierauf wie beiſtimmend erwiederte, der Präfekt ſolle in ſeinem Amte erhalten werden, und ſogar für die ihm verurſachte Extra-Mühe auch eine Extra-Belohnung erhalten, als öffentlich bekanntgemacht wurde, die Franzoſen bezahlten, was ſie brauchten, baar, da war Alles einverſtanden und zufrieden, und die ganze Unternehmung ſchien ohne Schwertſtreich von Statten gehen zu ſollen.

Auch in Rom ließen ſich die Sachen darnach an. Am Vormittag des 24., ſelbſt als man noch in glücklicher Unwiſſenheit von der bereits geſchehenen Ankunft der Franzoſen war, wurde Mazzini in der Nationalverſammlung wegen der Gerüchte interpellirt, die ſich über Rüſtungen in Marſeille und Toulon verbreitet hätten. Er antwortete, die franzöſiſche Kammer hätte allerdings am 17. einen Kredit zu einer Unternehmung nach den Küſten des Römiſchen Staates bewilligt, er glaube aber nicht, daß die Drohung ausgeführt werden würde; das Triumvirat habe weder eine amtliche noch halbamtliche Kunde davon erhalten. Und als nun bald nach dem Schluß der Sitzung die Nachricht anlangte, die Franzoſen ſeien da, als die Abgeordneten, die ſich ſchnell wieder verſammelt hatten, den Kriegsminiſter General Avezzana — denſelben, der bei dem Aufſtand in Genua befehligt hatte — beſtürmten, Auskunft zu geben über die Vertheidigungskräfte der Republik und dieſer erklärte: es ſeien zwar 10,000 Mann in der Stadt, aber lauter Rekruten; weder Artillerie noch Kavallerie ſeien eingeübt; die übrigen Truppen, 8000 Mann, ſtünden an der neapolitaniſchen Grenze, welche in dieſem Augenblicke unmöglich entblößt werden könne; die Bürgerwehr von Rom ſei 4000 Mann ſtark, aber ungeeignet, einen ernſten Kampf auszuhalten; da ſuchte unter dem Eindruck dieſer wenig tröſtlichen Auskunft die Verſammlung nur noch den Schein zu retten. Zum Widerſtande hatte ſie in zahlloſen früheren Erklärungen ſich feierlich verpflichtet; am Widerſtande wurde alſo feſtgehalten, die Art des Widerſtandes aber dahin beſtimmt, daß man dem völkerrechtswidrigen Benehmen der Franzoſen mit Ruhe und Würde begegne. In dieſem Sinne wurden mehrere Anſprachen an das Volk gerichtet, die eine von der Verſammlung unmittelbar, die andere von den Triumvirn. „Ordnung, feierliche Ruhe, koncentrirte Energie!“ ſo ſchloß die letztere. „Schließt Euch um uns zuſammen Bürger! Gott und das Volk, das Geſetz und die Kraft wird triumphiren!“ Die Regierung ſchien ſogar entſchloſſen, dieſen Weg des „paſſiven Widerſtandes“ nöthigenfalls mit Gewalt zu verfolgen. Denn als am 25. das Volk von den Klubrednern aufgeregt, Unruhe und die Abſicht des bewaffneten Widerſtandes verrieth, rief die Regierung die Nationalgarde zuſammen, konſignirte die Truppen in den Kaſernen und ließ die Karabiniere, denen man wegen ihrer ultrademokratiſchen Geſinnung nicht recht traute, in ihren Kaſernen förmlich bewachen. Der Pater Gavazzi, einer der beim Volke beliebteſten Sprecher, redete im Auftrage der Regierung dem Volke zur Ruhe und zum Frieden zu, und erreichte es wirklich, daß alle äußeren Spuren der Aufregung verſchwanden. Die Thore wurden geſchloſſen und man ſchien in Schweigen das Kommando erwarten zu wollen.

Oudinot war von allen dem ſehr wohl unterrichtet: die Regierung hat ihm ſogar ausdrücklich durch zwei Abgeſandte, den Miniſter des Auswärtigen, Rusconi, und den früheren Bevollmächtigten, Peſcantini, die an das Volk erlaſſenen Anſprachen mitgetheilt. Ohne Zweifel ſollten von dieſen Abgeſandten auch Unterhandlungen gepflogen oder wenigſtens Erkundigungen eingezogen werden über das Verhalten, welches Oudinot, den Oeſterreichern und Neapolitanern und dem Pabſt gegenüber, befolgen würde. Der Erfolg dieſer Verhandlungen iſt nicht bekannt. Nachdem Oudinot noch 2 Tage in Civitavecchia verweilt hatte, um die Angelegenheiten dort zu regeln, vielleicht auch, um ſeinen Truppen Raſt zu gönnen, rückte er am 28. auf der Straße nach Rom vor. Er hatte im Ganzen erſt 9000 Mann bei ſeinen Fahnen; 1800 ließ er davon als Garniſon in Civitavecchia zurück. Es mag leichtſinnig erſcheinen, mit einer ſo kleinen Schaar gegen eine Stadt von 200,000 Einwohnern zu marſchiren, aber Nachrichten, auf die er, wie er in ſeinem Berichte bemerkt, „ſich verlaſſen zu können glaubte, ließen ihn hoffen, daß er in Rom keinen Widerſtand finden würde.“

Indeſſen hatten ſich hier die Verhältniſſe geändert. Garibaldi war mit ſeiner ſogenannten Legion, trotz des Verbotes der Triumviren, die eine heiſige Scheu vor ihr hatten, in die Stadt gezogen. Zugleich war eine Schaar von etwa 600 Lombarden

eingetroffen, welchen, als ſie in Civitavecchia landeten, die Franzoſen den Durchzug nur unter der Bedingung gewährt hatten, daß ſie nicht für die Republik kämpfen wollten. Das Volk kam wieder in Bewegung. Barrikaden wurden in allen Straßen gebaut, förmliche Schanzen vor den Thoren aufgeworfen, die Mauern befeſtigt, Ponte Molle und die Engelsbrücke minirt: Eine eigne „Kommiſſion der Barrikaden" ward ernannt, ein Verein zur Pflege der Verwundeten trat auf die Aufforderung der Fürſtin Belgiojoſo zuſammen, Mönchs- und Nonnenklöſter wurden zu Kaſernen und Lazarethen eingerichtet.

Rom liegt zum größten Theil auf dem linken Tiberufer. Nur etwa ein Sechſtel der Stadt liegt auf dem rechten, weſtlichen Ufer. Dieſes Quartier führt nach ſeiner Lage den Namen Transtevere. Die Transteveriner rühmen ſich, das alte Römerblut in ihren Adern zu haben. Sie ſind der roheſte aber auch der kräftigſte Theil des römiſchen Volks. Zugleich iſt dieſes Quartier ſtärker befeſtigt, als das übrige Rom. Eine dicke und hohe Mauer mit Schießſcharten, die auf beiden Seiten bis an die Tiber reicht, ſchließt es ganz ein. Die Engelsburg ſchützt die nördliche Seite. Zunächſt der Engelsburg und dem ſich daran ſchließenden Vatican ſind die Thore Cavallegieri und Angelica, mehr ſüdlich die Thore San Pankratio und Porteſe. Auf dieſen Theil der Stadt nun mußten die Franzoſen zuerſt ſtoßen: Die Straße von Civitavecchia, das etwa 10 Meilen nordweſtlich von Rom liegt, führt gerade auf das Thor Cavallegieri. Der Weg vor demſelben, durch die Vorſtadt San Antonio, iſt eng und gewunden; Garibaldi vermehrte noch die natürlichen Schwierigkeiten deſſelben. Die Häuſer und Hecken zu beiden Seiten wurden eigens für Schützen zugerichtet.

Oudinot inzwiſchen zog unbekümmert ſeine Straße. Die erſte Hälfte, bis zum Flecken Palo, geht der Weg am Meere hin, dann wendet er ſich landeinwärts gerade auf Rom zu. Das kleine Heer war am 28. bis Palo gekommen; am 29. Morgens rückte es von hier aus; am 30. Vormittags erreichte der Vortrab die Vorſtadt San Antonio. Garibaldi mit ſeiner Legion von 1500 Mann hielt ſie beſetzt. Hinter Häuſern und Hecken haben die Italiener vortrefflichen Muth. Ein heftiges Feuer wurde auf die Franzoſen eröffnet und fügte ihnen ſtarken Verluſt zu. Doch drangen ſie immer vorwärts, trieben die Römer vor ſich her, zwangen ſie, ſich durch das Thor Cavallegieri zu retten, und verfolgten ſie ſo heftig, daß ein Theil von ihnen zugleich mit den Römern in die Stadt drang und abgeſchnitten wurde. Die Zahl derſelben iſt ungewiß. Die franzöſiſchen Berichte erwähnen dieſelben gar nicht; die erſten römiſchen ſprechen von 200, die ſpäteren vermehren ſie bis in die Tauſende. Zweihundert ſcheint die höchſte Zahl, denn ſie ergaben ſich ohne weiteren Widerſtand zu Gefangenen, was ſie bei größerer Anzahl ſchwerlich gethan hätten*). Allmälig war die ganze franzöſiſche Macht herangekommen. Sie ſtürmte gegen das Thor Cavallegieri, aber vergebens, — es war zu ſtark befeſtigt. Drei Geſchütze ſtanden auf der Barrikade davor und beſtrichen die ganze Breite der Straße. Oudinot wollte auf andern Punkten in die Stadt dringen; zugleich an allen vier Thoren dieſer Seite verſuchte er einen Angriff; aber ſie waren alle gleich gut befeſtigt und beſetzt. Er hatte weder genug Truppen zu einem andauernden Angriff, noch Geſchütz zu einer Belagerung; er beſchloß deshalb, für jetzt abzuſtehen und das Eintreffen der Verſtärkungen abzuwarten. Denn die Schiffe waren gleich nach der Landung des erſten Transports zurückgegangen, um den zweiten zu holen. Er ſammelte ſeine Truppen außerhalb der Schußweite und zog ſich nach Palo zurück. Er hatte, wie er ſich in ſeinem Berichte euphemiſtiſch ausdrückt, „eine ſtarke Rekognoszirung ausgeführt".

Der Jubel, den dieſer glückliche Widerſtand bei dem römiſchen Volk hervorbrachte, überſteigt jede Vorſtellung und Beſchreibung. Sie wurden in ihren eigenen Augen das tapferſte und zugleich — das großmüthigſte Volk; Tauſende von todten und verwundeten Franzoſen lagen nach ihren Erzählungen auf dem Schlachtfelde; und ſie ſelbſt hatten ihnen Wundärzte und Arzneimittel hinausgeſchickt. Zwar in den höheren Kreiſen der Römer herrſchte ſo große Siegestrunkenheit nicht; die beiden römiſchen Triumvirn, Saffi und Armellini, waren noch immer geneigt, lieber die Franzoſen friedlich aufzunehmen, als ſie durch Widerſtand ſich zu Feinden zu machen; aber ſie vermochten nichts mehr gegen die Außerrömiſchen Helden, die ſich einmal vorgeſetzt hatten, wie es in einer Proklamation heißt, die nach dem Fall von Sardinien und Toskana erlaſſen wurde, „von Rom aus, mit der Kraft des Beiſpiels Leben in die zerſtreuten Glieder der großen italieniſchen Familie zu hauchen." Mazzini und mehr noch Avezzano und Garibaldi waren die Herren der Stadt. Als die Nationalverſammlung verlangte, daß der Kriegsminiſter ihr über die ergriffenen Maßregeln Rechenſchaft ablegte, erhob ſich der Abgeordnete Andreini, ein Schüler Mazzini's, und ſagte unwillig: Die Vertheidigungsmaßregeln gingen die Militärbefehlshaber an: den Abgeordneten der Nationalverſammlung läge nur ob, auszuführen und ausführen zu laſſen, was jene befohlen. Nur heimlich konnten die Römer mit Oudinot unterhandeln. Er erzählt in ſeinem Bericht, Armellini und Saffi hätten einen Unterhändler, den Pater Ventura zu ihm geſchickt um ihm ſagen zu laſſen, daß das Gefecht vom 30. April nur ein Mißverſtändniß geweſen ſei, und daß die Sachen leicht wieder arrangirt werden können, wenn er die feierliche Erklärung gäbe, daß er ſich nicht in die Regierungsform der Republik miſchen wolle. Seine Antwort hierauf wäre geweſen, daß er ſchon offen die Abſichten ſeiner Regierung ausgeſprochen hätte, als Mittelsmann zwiſchen der Anarchie und dem Despotismus zu dienen; er hätte deshalb nichts Weiteres hinzuzufügen.

Daß General Oudinot gerade jetzt am wenigſten Zugeſtändniſſe machen kann, begreift ſich leicht. Die Waffenehre der Franzoſen iſt verletzt; ihr Verluſt kann nicht gering geweſen ſein. Außer den Gefangenen müſſen ſie etwa 600 Todte und Verwundete eingebüßt haben. Oudinot erwähnt in ſeinem Bericht zwar nur 150 Verwundete, die er nach Baſtia geſchickt, und dann 30, die er beim Heere hätte; 600 iſt aber die Zahl, welche die unpartheiiſchen Berichte der Engländer angeben. Dieſe Scharte müſſen die Franzoſen wieder auswetzen; ſobald Oudinot ſich ſtark genug fühlt (und bis auf 13,000 Mann war ſein Heer durch die eingetroffenen Verſtärkungen nach den letzten Nachrichten ſchon angewachſen) ſo wird er den Angriff erneuern, deſſen endlicher Erfolg nicht zweifelhaft ſein kann. Daß die Römer inzwiſchen auch die Neapolitaner, welche ſchon bis auf wenige Meilen vor Rom, bis Albano, vorgerückt waren, geſchlagen haben, wird wenig Unterſchied machen. Mögen ſie immerhin beſſere Soldaten als die Neapolitaner ſein; einem verhältnißmäßig ſtarken franzöſiſchen Heer haben ſie noch keinen Widerſtand zu leiſten gelernt.

Trotz alledem aber — was haben die Franzoſen mit dieſer Unternehmung gewonnen? was konnten ſie überhaupt gewinnen? Oeſterreich, Neapel und Spanien wollen den Papſt in ſeine Staaten zurückführen; Frankreich fühlt ſich nicht berufen, die römiſche Republik trotz ihrer Aufforderungen gegen dieſen Angriff zu ſchützen; andererſeits gönnt es jenen Staaten nicht das traurige Vorrecht, allein die Polizei in Italien zu üben; es ſchließt ſich der Einmiſchung an — es thut mehr: es kommt ihr zuvor, oder ſucht ihr zuvorzukommen. Doch kann die franzöſiſche Regierung, wegen der inneren Verhältniſſe Frankreichs, nicht ſo entſchieden für den Papſt Partei nehmen, daß ſie nicht mehr oder zugleich die Freiheit der Römer zu ſchützen ſchiene. Oudinot darf deßhalb die päpſtliche Herrſchaft und ihre Symbole nicht ohne Weiteres wieder herſtellen; er hat in Civita-Vecchia die franzöſiſche, aber nicht die päpſtliche Fahne aufgeſteckt, und den vom Papſt ernannten Gouverneur hat er nicht zugelaſſen. „Vor unſerm Ausmarſch aus Civita-Vecchia", erzählt er ſelbſt in ſeinem Bericht, „kam daſelbſt Monſignor Valentini, den der Papſt zum Statthalter in dieſem Platze ernannt hatte, an, um von ſeinem neuen Amte Beſitz zu nehmen. Auf mein Bemerken, daß ich in meinen Handlungen eine vollkommene Freiheit haben müſſe, iſt er jedoch wieder nach Gaeta abgereiſt." Durch dies Verfahren wird Pius IX. leichtbegreiflich gegen Frankreich nur erbittert; er hat ſeinen Nuntius in Paris ſogar angewieſen, gegen die Handlungen Oudinot's Verwahrung einzulegen. Wenn er nun nach ſeiner Rückkehr an die Regelung der römiſchen Verhältniſſe geht, wird er den Rathſchlägen Frankreichs abgeneigter als je zuvor ſein. Und ſollten die Franzoſen ihm beſtimmte Bedingungen vor ſeiner Rückkehr ſtellen wollen, ſo wird er dieſelben, auf Oeſterreich und Neapel geſtützt, wie bisher verwerfen. Daß Frankreich dann gegen den Papſt und ſeine Bundesgenoſſen die Waffen, die es eben für ihn geführt, wenden werde, läßt ſich nicht erwarten, und ſo iſt ihm ſeine Stellung für die diplomatiſchen Unterhandlungen, in

*) Die Depeſche Oudinot's vom 8., die wir erſt nachträglich erhalten, beſtätigt unſere Vermuthung.

denen die Sache zuletzt doch ausgefochten wird, durch ſeine militäriſche Ueberlegenheit vielmehr verſchlimmert.

Zugleich hat es die übrigen Mächte durch die Eitelkeit beleidigt, mit der es ihre Mitwirkung zur Unterwerfung der Römer hat ausſchließen, und ſich allein den zweideutigen Ruhm dieſer Kriegsthat hat vorbehalten wollen; es hat ſeine Konkurrenten am päpſtlichen Hofe zu möglichſtem Widerſtande gegen ſeine Anſprüche gereizt. Der diplomatiſche Krieg zwiſchen Frankreich und Neapel iſt bereits im beſten Gange: hin und her wird proteſtirt: der franzöſiſche Geſandte proteſtirt gegen den Einmarſch der Neapolitaner, der neapolitaniſche gegen den Einmarſch der Franzoſen.

Rechnet aber die franzöſiſche Regierung, daß ſie die Sympathieen des römiſchen Volks gewinnen, und damit doch ihren Einfluß in Rom ſichern würde, ſo vergißt ſie, daß dieſelbe Halbheit, die ſie dem Papſt Pius nicht als Freundin erſcheinen läßt, ihre Freundſchaft auch den Römern verdächtig macht. Der Kampf, der ſtattgefunden hat, mag als etwas Zufälliges gelten; ohne Garibaldi, der den Römern den Widerſtand aufgedrungen hat, wären die Franzoſen wahrſcheinlich friedlich in Rom aufgenommen worden. Und auch jetzt kann dies noch geſchehen. Die Römer behandeln die gefangenen Franzoſen mehr wie Freunde, als Feinde; ſie bewirthen ſie feſtlich, zeigen ihnen die Merkwürdigkeiten der Stadt, und entlaſſen ſie ohne alle Bedingungen. Aber zugleich verbreiten ſie, dieſe franzöſiſchen Gefangenen hätten geſtanden, ſie wären im Glauben geweſen, gegen Neapolitaner und Oeſterreicher ſollten ſie fechten, nur deßhalb hätten ſie ſich vor Rom führen laſſen. Sie hoffen offenbar noch, durch Zuvorkommenheit die Franzoſen zu einer Stütze ihrer Republik, zu einem Schutze gegen den Papſt zu machen. Wenn die Franzoſen nun dennoch den Papſt zurückkehren laſſen, ſo wird der Haß der Römer nur geſteigert ſein. Die liberalen Inſtitutionen den Römern zu erhalten — das Stichblatt mit dem Odilon Barrot und Oudinot ſich deckten — wird ſchwerlich in drm Umfang gelingen, wie die Römer verlangen; und wenn auch — ein Protektorat, welches dem ſchwächeren Volke gegen ſeinen Willen ſein Glück aufdrängt, ſchafft keine Dankbarkeit. Der franzöſiſche Miniſter hatte verſucht, die römiſche Regierung zu einem Geſuch zu veranlaſſen, worin das Verfahren, das Frankreich beobachten wollte, im Voraus erbeten würde. Er ſuchte ihr dieſen Schritt möglichſt zu erleichtern, und hatte deßwegen um ihr die Mühe zu erſparen das Interventionsgeſuch ſelbſt abzufaſſen, eigenhändig ein ſolches für ſie entworfen und nach Rom geſchickt. Es heißt darin: „Die Unterzeichneten, welche die Regierung der römiſchen Republik bilden, haben die Ehre dem Hrn. Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten zu erklären, daß ſie, vertrauend auf die loyalen und hochherzigen Geſinnungen der franzöſiſchen Republik, die Regierung der franzöſiſchen Republik bitten, die Vermittlersrolle übernehmen zu wollen, ſowohl zwiſchen Sr. Heil. dem Papſt Pius IX. und der römiſchen Republik als gegenüber den fremden Mächten, damit dieſe während der Vermittelung nicht das römiſche Gebiet verletzen können.“ Die römiſche Regierung iſt trotzdem auf das an ſie geſtellte Verlangen nicht eingegangen. Frankreich hätte ſich daraus die Lehre nehmen können, daß eine Mittlersſtellung zwiſchen Papſt nnd Republik ihm in Rom wenig Freunde ſchaffen würde.

Das franzöſiſche Miniſterium hoffte ohne Zweifel auch, durch die römiſche Unternehmung ſich bei den Wahlen einen Stein mehr ins Brett zu rücken; die etwaigen republikaniſchen Sympathieen, dachte er, würden durch den Stolz auf eine gelungene Waffenthat überwogen werden. Auch das iſt mißglückt. Der erlittene Unfall hat den Widerwillen, welchen die Republikaner gegen die ganze Unternehmung haben mußten, erſt recht wach gerufen. Zum zweiten Mal wollte man die Italieniſche Frage zu einem Wahlpuff benutzen; zum zweiten Mal iſt das Manöver zum eignen Nachtheil ausgeſchlagen.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 19. Mai. (Schluß.)

Unſere Erwartung, daß keiner der auf Hinwegräumung der Centralgewalt gerichteten Anträge eine Mehrheit erlangen werde hat ſich nicht beſtätigt. Sondern nachdem noch mehrere Anträge gefallen waren, fand der Vorſchlag der Minderheit Welcker, Eckart, Wurm, Kierulff Annahme, wornach der Biedermann'ſche Antrag mit Weglaſſung des Punktes unter Nr. VII. zum Beſchluß erhoben wird. Ebenſo erlangte eine Mehrheit der von Reden'ſche Zuſatz und ein Zuſatz von Ludwig Uhland. Die heutigen Beſchlüſſe lauten demnach folgendermaßen:

1) Die Verſammlung wählt ſofort — wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürſten — einen Reichsſtatthalter, welcher bis zu dem im Beſchluſſe vom 4. Mai (Nr. 5 und 6) vorgeſehenen Zeitpunkte die Rechte und Pflichten des Reichsoberhauptes — nach Abſchnitt III der Reichsverfaſſung — ausübt. 2) Der Reichsſtatthalter leiſtet den in §. 190 der Verfaſſung vorgeſchriebenen Eid auf die Reichsverfaſſung vor der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung und tritt dann die Regierung an. 3) Der Reichsſtatthalter hat ſofort nach Antritt der Regierung wegen Leiſtung des in den §§. 191 und 191 vorgeſchriebenen Eides der Reichsbeamten und der Angehörigen der Einzelſtaaten auf die Reichsverfaſſung das Nöthige zu verfügen. 4) Er hat ferner wegen Vollziehung der Wahlen zum erſten Reichstage und Berufung des Reichstages, in Gemäßheit der Beſchlüſſe vom 4. Mai (Nro. 2 und 3) Vorkehrung zu treffen. 5) Zur Ausführung der §§. 77 ff., 85 ff. der Verfaſſung tritt, bis zur Zuſammenkunft des erſten Reichstages, die gegenwärtige Verſammlung in alle Rechte und Pflichten des Reichstages ein und übt ſolche nach Maßgabe des Abſchnittes IV. Art. V. VI. VII. VIII. IX. der Reichsverfaſſung. Ausgenommen hiervon iſt die Beſtimmung wegen der beſchlußfähigen Mitgliederzahl, rückſichtlich welcher es bei dem Beſchluſſe vom 30. April verbleibt. 6) Sollten der in Nr. 5 und 6 der Beſchlüſſe vom 4. Mai vorgeſehenen Uebertragung der Oberhauptswürde auf den Monarchen des größten oder eines der nächſtgrößten Staaten Deutſchlands nicht zu beſeitigende Hinderniſſe im Wege ſtehen, ſo führt der gewählte Reichsſtatthalter ſein Amt auch nach dem Zuſammentritt des Reichstages fort, und es hat ſodann Letzterer wegen Ausführung des §. 69 der Verfaſſung die nöthigen Beſtimmungen zu treffen. 7) Fällt weg. 8) Mit dem Vollzug dieſes Beſchluſſes, als wodurch das Verfaſſungswerk für Deutſchland in Ausführung gebracht wird, hört, gemäß dem Geſetze vom 28. Juni 1848, §. 15, die Thätigkeit der proviſoriſchen Centralgewalt auf, und es gehen deren Befugniſſe in dem erweiterten Umfange, wie ſolches der Abſchnitt „die Reichsgewalt“ beſtimmt, auf den Reichsſtatthalter über.

Dazu (nach dem v. Reden'ſchen Antrage) beſchließt die Reichsverſammlung:

1) zu erklären, daß ſie jedem Angriffe gegen die verfaſſungsmäßigen Regierungen derjenigen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, ihrerſeits entgegentreten wird; 2) die verfaſſungsgetreuen Regierungen aufzufordern, ſofort, in Uebereinſtimmung mit der Centralleitung durch planmäßiges Zuſammenwirken, die zur Durchführung der Verfaſſung und Aufrechthaltung der geſetzlichen Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen.

So wie endlich auf den Antrag Hrn. Ludwig Uhlands: Sollte die von der Reichsverſammlung geſchaffene Reichsverweſerſchaft, nach Androhung des neuen Miniſteriums verſuchen, die im Geſetz vom 28. Juni 1848 begründete proviſoriſche Regierungsgewalt in andere Hände abzugeben, als an eine von der verfaſſunggebenden Verſammlung neu beſtellte Centralbehörde, ſo iſt eine ſolche Uebertragung durchaus wichtig und für die deutſche Nation unverbindlich.

Gegen den Beſchluß wegen der Reichsſtatthalterſchaft geht eine Verwahrung ein. Als aber die Verſammlung als die Unterzeichner die Namen der Hrn. Wuttke, Buß, Weckbecker verkündigen hört, lehnt ſie die Vorleſung des Proteſt's unter dem Rufe: „drucken laſſen!“ ab.

Der Präſident ſchließt darnach die heutige Sitzung gegen 5 Uhr Nachmittags und ſagt die nächſte für Montag den 21. Mai an.

⊙ **Frankfurt**, 19. Mai. Die aus Berlin datirte Austrittserklärung des Hrn. Baſſermann in der heutigen O. P. Z. hat großes Befremden erregt, und nicht am wenigſten unter ſeinen politiſchen Freunden von der Rechten, mit denen er keine Rückſprache über dieſen Schritt genommen. Nicht einmal dem Präſidium iſt bis jetzt die übliche Anzeige zugekommen.

* **Frankfurt**, 19. Mai. Die hier noch anweſenden Mitglieder der großdeutſchen Partei, Wuttke, Beck u. a. haben eine von der Frankfurter Ztg. mitgetheilte Verwahrung gegen den heutigen Beſchluß der Reichsverſammlung eingelegt.

♈ **Frankfurt**, 19. Mai. Das hier konzentrirte mobile Truppenkorps hat in der letzten Zeit abermals einige weſentliche Veränderungen bereits erfahren oder es ſtehen ihm ſolche für die nächſte Zeit bevor. Das ſeit Monaten hier und in den umliegenden Ortſchaften kantonnirende Bataillon vom preußiſchen 35. Infanterieregiment iſt nach Mainz abmarſchirt und ſtatt ſeiner iſt geſtern Nachmittag mit der Eiſenbahn das 2. Bataillon des 3. kurheſſiſchen Infanterieregiments eingetroffen und ſofort nach Bonames gelegt: das erſte Bataillon deſſelben Regiments iſt bekanntlich ſeit 14 Tagen, zum Erſatz der abgegangenen Baiern, hier eingerückt. Die Hälfte der zur hieſigen Garniſon gehörenden heſſen-darmſtädtiſchen reitenden Batterie iſt, nebſt einer Schwadron der heſſen-darmſtädtiſchen Chevauxlegers, von welcher gegenwärtig noch 250 Pferde zurückgeblieben ſind, an die badiſche Grenze be-

ſebligt und ſtatt ihrer geſtern, vom Hurdsrück kommend, eine halbe Batterie der preußiſchen 8. Artilleriebrigade einmarſchirt. Die beiden öſterreichiſchen Bataillone endlich, welche hier garniſoniren, werden demnächſt durch das dritte Bataillon ihres Regiments, zur Zeit noch in Mainz, verſtärkt werden und dagegen iſt von Bregenz in Tyrol bereits ein ganzes öſterreichiſches Regiment auf dem Marſche nach Mainz. Außerdem ſpricht man von der Zuſammenziehung einer Macht von im Ganzen 60,000 Mann, deren Mittelpunkt Frankfurt bleiben würde, darunter 4000 Mecklenburger, 6000 Hannoveraner und 15,000 Preußen, letztere zum Theil von den Truppen, welche in Dresden gefochten haben. In Hanau iſt ſchon zu heute Abend Quartier für 4000 Mann Preußen, wie man hört vom Kaiſer Alexander Regiment, angeſagt; in Frankfurt ſelbſt ſind geſtern 6000 Quartierzettel gedruckt worden. Von jenen 60,000 Mann würden zwei Korps, jedes in der Stärke von 15,000 Mann, als mobile Kolonnen in Baden verwandt werden.

*** **Frankfurt**, 19. Mai. Wie man vernimmt hat Herr v. Blittersdorf zeitweilig mit ſeiner Familie unſere Stadt verlaſſen, und das Gerücht, er werde ins Reichsminiſte ium eintreten, zerfließt in Nichts.

△ **Wien**, 11. Mai. Aus guter Quelle kann ich Ihnen folgende ganz authentiſche Angaben über die Anzahl und die Punkte des Einmarſches der Ruſſen geben. Ueber Krakau kommen 17,000 Mann unter General Bonjatin; über Pilsno 22,000 Mann und über Brezow 15,000 unter General Rüdiger. Ueber Brody 26,000, über Tarnopol 17,000 und unter Czorskow 9000 unter General Künizow. Durch die Bukowina 29,000 Mann unter General Lüders. In Siebenbürgen 40,000 Mann unter General Soltikow. Ueber Hradiſch, Göding, Gänſerndorf 65,000 Mann unter Paskievitſch, Berg, Saß, wovon ein Theil nach Tyrnau vorrückt, der andere das Reſerve-Lager im Marchfelde mit unſern Truppen beziehen wird, wo auch der Oberbefehlshaber der ruſſiſchen Truppen Paskievitſch, ſeinen Aufenthalt abwechſelnd nehmen wird. Nach dieſer Angabe beträgt alſo die Geſammtmacht des ruſſiſchen Hilfskorps die runde Zahl von 210,000 Mann.

△ **Wien**, 15. Mai. Aus direkten Briefen von Flüchtlingen, die am 2. Mai in Folge des bewaffneten Aufſtandes von Fünfkirchen und der ganzen Umgegend Schutz in Eſſegg und Warasdin ſuchten, erfährt man, daß der Befehl zum Rückzuge an die 4 Kompagnien Kroaten, welche Fünfkirchen beſetzt hielten am 1. Mai Abends von dem Kommandanten der Feſtung Eſſegg F.-M.-L. von Trebersburg gegeben wurde, worauf die wenigen dortigen kaiſerlich Geſinnten ſich dem Rückzug der Kroaten angeſchloſſen. Die k. Kriegskaſſe wurde nach Warasdin geflüchtet, wo ſie am 11. noch war, da ſich Fünfkirchen noch nicht ergeben hatte. Der Ban wurde von Agram kommend in Eſſegg erwartet. Geſtern wurde hier allgemein erzählt, die Arbeiter, welche an den Verſchanzungen des Laaerberges nächſt Wien beſchäftigt ſind, hätten ſich geweigert den Nachmittag zu arbeiten, da heute der Jahrestag der Sturmpetition des v. J. ſei und ſie deßhalb eine Vorfeier dieſes Tages begehen wollten. Hierauf habe der Gouverneur-Stellvertreter 2 Kompagnien Kroaten und 1 Batterie hinaus beordert: was die Wirkung gehabt haben ſoll, daß die Leute ihrer feſtlichen Stimmung entſagten und ruhig fort arbeiteten. Ich ſprach heute noch Niemand, der den genauen Hergang weiß; übrigens waren heute Nacht die Kaſernen in Bereitſchaft kommandirt, was auf irgend eine Beſorgniß der Militärbehörde ſchließen läßt. Außer Prag iſt nun auch die Feſtung Thereſienſtadt und Königgrätz in Belagerungszuſtand erklärt; bald wird dem Geſetz kein Winkel der Monarchie mehr übrig bleiben.

* **Wien**, 15. Mai. Dem Vernehmen nach ſoll durch ein kaiſerliches Handbillet dem k. k. Militär das Tragen von Civilkleidern unterſagt worden ſein. Dem Civil wäre andererſeits das Tragen von militäriſchen Abzeichen ſtreng verboten. Nach einem Erlaſſe des Finanzminiſteriums ſollen die ruſſiſchen Truppen bei ihrem Einmarſche in die k. k. Staaten in Rückſicht auf die Zollvorſchriften dem k. k. öſterreichiſchen Militär gleichgehalten werden. Geſtern iſt der Ritter von Schmerling von Berlin kommend hier eingetroffen. Geſtern ſind viele ruſſiſche Verwundete nach den hieſigen Spitälern eingebracht worden. Sämmtliche Feſtungen Böhmens ſollen auf den Kriegsfuß geſetzt werden. Die größten Zurüſtungen und Befeſtigungen werden bei der Feſtung Ollmütz vorgenommen. Heute ſollen hier 15,000 Mann Ruſſen ihren Durchzug halten, um auf der Gloggnitzer Bahn nach Oedenburg befördert zu werden. Auf allerhöchſten Befehl wird für das laufende Jahr 1849 der Militärſchematismus nicht erſcheinen. Die Redakteure der beiden mähriſchen Landeszeitungen, der deutſchen und böhmiſchen, mußten Erklärungen ausſtellen, daß ſie den beiden Blättern eine Haltung bewahren wollen, wodurch die Kaution in keinerlei Gefahr der Schmälerung, eigentlich Ergänzung kommt.

Berlin, 16. Mai. Heute Nachmittags um 4 Uhr fuhren zwei Droſchken vor die Wohnung des Geh. Obertribunalraths und vormaligen Abgeordneten Waldeck. Aus der einen ſtieg ein Polizeirath, aus der anderen drei Schutzmänner. Oben in der Wohnung wurden Waldeck's Papiere mit Beſchlag belegt und er ſelbſt verhaftet. Die eine Droſchke nahm dann ihn und den verhaftenden Polizei-Beamten, die andere ſeine Papiere und die Schutzmänner auf. Das 10. Infanterieregiment, welches am 6. d. hier aus Schleſien einrückte, iſt heute nach Frankfurt a. M. befördert worden. (Köln. Z.)

Königsberg, 14. Mai. Unſer Magiſtrat hat definitiv beſchloſſen, bei der Ausſchreibung des Provinzial-Städtetages der Regierung gegenüber feſt zu beharren, und fordert bereits durch die Zeitungen alle Mitbürger auf, Wohnungen für die eintreffenden Deputirten zur Dispoſition zu ſtellen. (Köln. Z.)

Münſter, 16. Mai. Sicherem Vernehmen zufolge ſind gegen die hieſigen, aber abweſenden Agitatoren, den Abgeordneten des Wahlbezirks Münſter, Caspari, den Referendar Jacobi und den Redakteur der „Weſtf. Volkshalle“, v. Mirbach, Verhaftsbefehle erlaſſen. (Köln. Z.)

Köln, 18. Mai. Geſtern Nachmittags gegen 4 Uhr rückten in aller Eile zwei Schwadronen Uhlanen aus Deutz auf der Agger- und anderen Straßen vor, um den von Elberfeld abgezogenen Haufen entgegenzugehen, die unter von Mirbachs Führung, einige Hundert Mann ſtark, nach der Pfalz ſich durchzuſchlagen beabſichtigen. Wie wir beſtimmt vernehmen, haben viele Bürger Elberfelds ihren Abzug mit mehreren Tauſend Thalern erkauft, die durch freiwillige Beiträge aufgebracht wurden. Der Haufen ſoll auf ſeinem Zuge Hückeswagen gebrandſchatzt haben. Die Bürgerwehren der benachbarten Ortſchaften ſind zu Hülfe geeilt. Die detachirten Uhlanen-Schwadronen ſind auf Lindlar gezogen, wo dieſe Rotte erwartet wurde. Aus Iſerlohn haben wir die Nachricht, daß am 17., Morgens halb 10 Uhr, der Angriff auf die Stadt vom 24. Infanterieregiment und von Detachements des 13. und 17. Regiments begonnen hat. Um 11 Uhr war die Stadt vollſtändig in den Händen der Truppen und die Bürgerſchaft höchſt erfreut über die Befreiung vom Terrorismus. Anfangs haben die Truppen ſehr milde verfahren und ſehr viele Gefangene gemacht; nachdem aber der Oberſt-Lieutenant Schrötter des 24. Infanterieregiments durch einen Schuß in die Bruſt gefallen war, haben namentlich ſeine Leute den Kampf mit außerordentlicher Erbitterung fortgeſetzt, und ſind viele der Aufſtändiſchen gefallen. Die Truppen, ſowohl jene des 24. Regiments als auch die Rheinländer und Weſtphalen des 17. und 13. Regiments, haben mit großer Ausdauer und mit regem Eifer gekämpft. (Köln. Ztg.)

. **Köln**, 18. Mai. Es iſt dem Redakteur en Chef der „Neuen Rheiniſchen Zeitung“, Hrn. Karl Marx, von Seiten unſeres Regierungs-Präſidenten der Befehl zugegangen, binnen 24 Stunden Köln zu verlaſſen, widrigenfalls man Zwangsmaßregeln anzuwenden ſich gezwungen ſehe. Als Motiv wird in dem Schreiben des Regierungs-Präſidenten angeführt, daß Hr. Marx durch die in den letzten Nummern ſeiner Zeitung herrſchende maßloſe Sprache, durch Verhöhnung und Beleidigung der königlichen Regierung und der Behörden, ſo wie durch offenbares Hinarbeiten auf die ſoziale Republik das ihm gewährte Gaſtrecht ſchmählich verletzt habe. Da auch gegen die anderen Mitarbeiter Verhaftsbefehle ſollen in Vollzug geſetzt werden, dieſe daher flüchten wollen, ſo wird morgen früh die letzte Nummer der „Neuen Rheiniſchen Zeitung“, und zwar roth gedruckt, erſcheinen. Auch wird dieſe Nummer ein merkwürdiges Abſchieds-Gedicht Freiligraths enthalten. Die Redakteurs ſammt den Arbeitern ſollen ſich ungeſäumt nach der Pfalz begeben wollen.

*** **Barmen**, 17. Mai. Die Abſetzung reſp. Vertreibung der geſetzlichen Behörden, die Gewaltherrſchaft unbefugter Perſonen im Verein mit meiſt fremdem Geſindel, die mehrtägige Abſperrung der Straßen durch Barrikaden, die Ausſicht, jeden Augenblick einem Alles zerſtörenden Bombardement ausgeſetzt zu werden,

dieſes Alles mußte natürlich für die Stadt Elberfeld verderbliche Kalamitäten erzeugen. Der Handel, die Fabriken ſtocken, die meiſten wohlhabenden Familien haben ſich geflüchtet. Als ich vor einigen Tagen die Stadt beſuchte, empfand ich ſehr den unheimlichen Eindruck der traurigen Veränderung in der ſonſt ſo lebendigen, gewerbthätigen Stadt. In allen Straßen große, meiſt ſtark befeſtigte Barrikaden. Nicht ohne Abſcheu waren die zerlumpten, bewaffneten Wächter derſelben anzuſehen. Wie werden die Miniſter v. d. Heydt und Simons über das Verderben, welches ſo bald nach der Kammerauflöſung über ihre Vaterſtadt hereingebrochen, urtheilen? Ja, es iſt ein unſeliges Verhängniß, welches über unſer ganzes Vaterland hereingebrochen iſt. Durch weiſere, beſſere Entſchlüſſe und Maßregeln hätten die böſen Elemente, welche jetzt faſt allerwegen gähren, gebändigt und gezügelt werden können! Die preußiſche Regierung mußte ſich gleich anfangs offen und klar ausſprechen. An dem Balſam, der jetzt auf die gefährlichen, böſen Wunden gelegt werden ſoll, iſt zu lange präparirt worden.

Nachſchrift. Wir ſollten doch noch einen frohen Himmelfahrtstag feiern. „Elberfeld iſt gerettet! Die Aufſtändiſchen haben in vergangener Nacht ſammt und ſonders die Flucht ergriffen! Im gegenwärtigen Augenblicke iſt man überall beſchäftigt, die Barrikaden wegzuräumen!" Ein Truppenkorps von 20,000 Mann iſt im Anmarſche. Heute Nachmittags werden die erſten Bataillons hier eintreffen. Das Geſetz und die Ordnung haben gottlob geſiegt! Möchte dieſer Sieg die Regierung nur nicht in dem Glauben beſtärken, daß die Meinungen des Volkes den hochfluthenden, lebloſen Wellen gleich zu achten ſeien und mit den Bajonnetten jener Geiſt niedergehalten werden müſſe. In der Liebe und dem Vertrauen des Volkes findet der Fürſt und ſein Thron ſeine beſte Stütze; ja auf die Dauer ſeine alleinige Stütze. Wehe Denen, welche unſerm Könige dieſe Stütze unterwühlen!

Elberfeld, 17. Mai, Morgens 9 Uhr. Geſtern Abend iſt die nach Berlin geweſene Deputation zurückgekehrt. Den König ſelbſt haben ſie nicht geſprochen, dem Miniſterium jedoch die bedrohliche Lage der Stadt und des ganzen Landes vor Augen geſtellt. Amneſtie hat das Miniſterium nicht bewilligen wollen, bevor die Barrikaden weggeräumt, eine milde Beſtrafung jedoch verſprochen. v. Mirbach iſt, reichlich mit Geld verſehen, mit ſeinen Freiſchaaren abgezogen, wie es heißt, nach der Pfalz; die übrigen Mitglieder des Militärausſchuſſes ſind auf der Flucht.
(Rh. Volksbl.)

Elberfeld, 17. Mai. Geſtern Abend vor 9 Uhr wurde dem hieſigen Sicherheitsausſchuſſe eine telegraphiſche Depeſche folgenden Inhalts mitgetheilt: „Minden, 15. Mai 1849. Auf Befehl des Herrn Miniſters v. d. Heydt. An den Sicherheitsausſchuß zu Elberfeld. Der anſtrengenden Bemühung Preußens iſt es gelungen, die deutſche Frage unter weſentlicher Zugrundelegung der Frankfurter Verfaſſung zur vollſtändigen Einigung mit den bisher widerſtrebenden Königreichen zu führen. Die Verkündigung wird ſchon in wenigen Tagen erfolgen. Eine Proklamation des Königs erſcheint ſchon heute. Berlin, 15. Mai 1849. Die Deputirten von Elberfeld, Grafſchaft Mark und Weſtphalen (gez.) Dr. Pagenſtecher, Simons, Köhler, Phillippi ꝛc." — Kaum eine halbe Stunde nachher langte einer der Deputirten, Dr. Pagenſtecher, mit dem letzten Eiſenbahnzuge hier an. Nach ſeinen mündlichen Mittheilungen iſt die deutſche Reichsverfaſſung, wie ſie aus erſter Leſung hervorgegangen, unverändert angenommen; nur die wenigen Beſtimmungen des Paragraph 1 und was damit zuſammenhängt, haben eine Umänderung erlitten, wie ſie namentlich Oeſterreich gegenüber geboten war. Sie können denken, welchen Eindruck dieſe Mittheilungen hier hervorgebracht haben. Noch bis geſtern Abend wurde an denjenigen Stellen, wo vorausſichtlich der Straßenkampf am erbittertſten ſich geſtalten konnte, das Pflaſter aufgeriſſen, um neue Barrikaden zu errichten, welche das Anſehen von Feſtungsmauern hatten. Heute Morgen, in dem Augenblicke, wo ich Ihnen dieſe Mittheilung mache, iſt man dagegen auf vielen Punkten beſchäftigt, die Barrikaden zu beſeitigen. Die Haltung des bergiſchen Landes und der Grafſchaft Mark hatte keinen andern Zweck, als die Beförderung der nothwendig gewordenen Anerkennung der deutſchen Verfaſſung. Haben wir das erreicht, ſo werden die Schwerter freudig in die Scheide geſteckt und ruhig kehrt unſer Volk zu ſeiner Arbeit zurück. (D.P.Z.)

= **München**, 15. Mai. Wir ſind in ein neues Stadium der Agitation für die deutſche Sache getreten; die Zeit der Adreſſen däucht den Meiſten vorüber: es nehmen nun die Gemeindebehörden des Reiches die deutſche Sache in die Hand durch Abordnungen an den König; ſo befinden ſich bereits als die Vertreter der Stadt Würzburg 3 Magiſtratsräthe hier, um den König zur Annahme der Reichsverfaſſung zu bewegen. In Memmingen haben Landwehr und Landwehrfreikorps der Reichsverfaſſung bewaffnet gehuldigt, in Schweinfurt iſt die Beeidigung der Landwehr, der Turner, der Arbeiter auf dieſelbe erfolgt; in Dinkelsbühl, der Stadt, die zuerſt den Adreſſenſturm und die Sammlungen für Beſeler und Schleswig-Holſtein eröffnete, und Holtebrechts haben die ſtädtiſchen Kollegien Adreſſen in ähnlichem Sinn an den König erlaſſen, desgleichen die Landgemeinden Schopfloch und Sinnbronn, die Volksverſammlung in Deppingen, das Freikorps und Landwehrbataillon in Günzburg ſammt den Diviſionen in Leipheim und Jſchenhauſen. — Das demokratiſche „Vorwärts", deſſen Redakteure, die Gebrüder Sensburg, Studenten, entflohen ſind, weil ihre Verhaftung beabſichtigt wurde, hat einſtweilen aufgehört zu erſcheinen; das „Gradaus", deſſen zwei Redakteure verhaftet ſind, und wovon einige Nummern konfiszirt waren, erſcheint heute wiederum in dem alten Geiſte. Plakate dürfen nur angeheftet werden, wenn ihr Verfaſſer ſich gehörig legitimirt. In der Oeſchlerſchen Druckerei wurden eine Menge Papiere mit Beſchlag belegt, doch iſt der Inhaber, auf den man es abgeſehen hatte, bei Zeiten in Sicherheit gekommen. Die Einſchreitungen gegen die Preſſe werden einen wahren Sturm in der Kammer hervorbringen; denn nichts verletzt in Baiern ſo tief, als die Knebelung der Preſſe. Ich wiederhole es nochmals, an Baiern wird ſich der Starrſinn der Regierungen brechen. Das Kanonengeraſſel, womit man uns hier täglich 4 mal auf den Straßen regalirt und ſelbſt die Verhängung des Belagerungsſtandes werden die baieriſche Regierung aus der Klemme nicht reißen, in die ſie ſich und die Monarchie geſtürzt hat. Nur unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung kann die Dynaſtie vor großem Unglück und vor dem gänzlichen Verluſt der Liebe ihres bisher ſo muſtergiltigen Volkes bewahren.

Augsburg, 16. Mai. Geſtern wurde der Buchdrucker Schatz, Herausgeber des „Poſtillons", und dieſen Morgen Herr Kronacher, der Vorſtand des hieſigen Märzvereins, gefänglich in die Frohnfeſte abgeführt. (H. K.)

† Aus der Pfalz, 17. Mai. Der nervus rerum, das Geld, iſt auch bei unſerm Landesausſchuß ein Gegenſtand der eifrigſten Sorge geworden. Unterm 14. Mai richtete er an alle Höchſtbeſteuerten folgendes Schreiben: „In dieſem Augenblicke der Gefahr iſt es Pflicht eines jeden Pfälzers mit Gut und Blut für das Vaterland einzuſtehen. Es ergeht daher an Sie die dringende Aufforderung, ſich bis zum 16. d. Vormittags 12 Uhr dahier bei uns einzufinden, um mit Ihren Mitteln für die Sache der Pfalz, welche die Sache Deutſchlands iſt, einzuſtehen. Wir erwarten, daß Sie Ihrer Pflicht nachkommen. Es lebe die freie Pfalz!" An etwa 1200 Bürger ſoll dieſe Zuſchrift gegangen ſein, aber kaum der dritte Theil hatte ſich geſtern eingefunden. Der Landesausſchuß machte geltend, daß, während er den Kopf eingeſetzt, es billig ſei, daß die Vermögenden wenigſtens die Mittel darreichten. Auf die Bürgſchaft für ein aufzunehmendes Anlehen ließen ſich die Anweſenden wohlweislich nicht ein. Dagegen wurde beſchloſſen, eine Umlage auf die Geſammtſteuer von 50pCt. auszuſchreiben und freiwillige Beiträge zu ſammeln. Doch auch die Theilnahme an jener Steuerentrichtung erklärte der Ausſchuß nur als eine freiwillige. An Beiträgen unterzeichneten die Anweſenden ſogleich gegen 12,000 fl. Seit dem letzten Befehl, bis zum 60. Jahr zu exerciren, hat übrigens die Begeiſterung unter dem Volk ſichtbar nachgelaſſen. Auch bringen die beſtändigen Zahlungen ſehr Viele wieder zur Nüchternheit. An der deutſchen Reichsverfaſſung wird man jedoch unabänderlich feſthalten. Auch die Beamten der verſchiedenſten Dienſtzweige haben in zahlreichen Adreſſen die Nothwendigkeit ihrer Anerkennung dem Könige aufs Kräftigſte ausgeſprochen. Der Großherzog von Baden iſt von Germersheim heute unter Militärbegleitung mit einigen ſchwer beladenen Wagen durchs franzöſiſche Thor abgereiſt. Die Beſchlüſſe der vorjährigen außerordentlichen Generalſynode ſind vom Miniſterium anerkannt, nur mit der Abänderung, daß an die Stelle des bisherigen Regierungsdirektors ſogleich ein ſelbſtſtändiger Präſident dem Konſiſtorium in Speier vorgeſetzt werden ſoll.

△ **Kaiſerslautern**, 18. Mai. In der geſtrigen Nachmittagsſitzung der „Pfälzer Volksvertretung," wurde die proviſoriſche Regierung gewählt. Die Abgeordneten welche dagegen geſtimmt,

nahmen an der Wahl Theil, und erklärten ihre volle Hingebung an die einzuſetzende Regierung. Glockengeläute und Kanonendonner verkündeten die geſchehene Wahl. Die Gewählten nahmen alsbald an. Die herrſchende Partei ſieht in dieſer Wahl die Trennung der Pfalz von Baiern. Einſtimmig beſchloß die Verſammlung ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden. Am Abend rief der Generalmarſch die Bevölkerung zuſammen, die proviſoriſche Regierung wurde verkündigt.

Die Rüſtungen werden eifrig betrieben. 8 Geſchütze ſind wieder auf dem Höllenmarkt der H. H. Gienauth in Hochſtein beſtellt. Man denkt ein Heer von 30,000 Mann auf die Beine zu bringen. Heute früh ſollen wieder 50 Mann von der 3. Schützenkompagnie aus Landau hier angekommen ſein. Der ehemalige Abgeordnete Zitz von Mainz hat in Rheinheſſen, wie es heißt, eine Freiſchaar von 1800 Mann zuſammengebracht, und ſteht damit im Alſenzthale, wo man einen Angriff der Preußen vom nahen Kreuznach her befürchtet.

Hannover, 16. Mai. Die Truppenzüge nach der Rheinprovinz dauern fort und nehmen an Bedeutung zu. Außer dem Kaiſer-Alexander-Regiment, was erſt vor wenig Tagen in Dresden ſo traurigen Ruhm erwarb, paſſirten geſtern einige Tauſend Mann Berliner Landwehr unſern Bahnhof. Die Stimmung der letzteren ſchien offenbar nicht ſehr geeignet, den Rheinländern große Beſorgniß einzuflößen. Die Soldaten, welche weder auf die Befehle noch auf die Bitten ihrer Offiziere im mindeſten achteten, brachten den Hannoveranern und den Demokraten ein Hoch. Mehrere von ihnen ſollen ſogar die preußiſche Kokarde von ihren Mützen geriſſen, dieſelben mit Füßen getreten und unverholen geäußert haben, daß mit ihrem Zuge die ſüddeutſche Republik 2000 Mann gewinne. Stände es mit der preußiſchen Landwehr allenthalben ſo, dann möchte es gerathen ſein, im Kongreß zu Berlin etwas zu eilen. (Weſ. Z.)

Heidelberg, 18. Mai. Heute Morgen erließen die Kommiſſäre der Exekutivgewalt eine Verordnung, wonach alle unverheiratheten Badenſer vom 18. bis 30 Lebensjahr ſich zur Rekrutirung zu ſtellen haben. Diejenigen, welche dieſem Befehl nicht Folge leiſten, ſollen nach der Strenge des Kriegsgeſetzes beſtraft werden. Zu gleicher Zeit verbreitet ſich das freilich ſehr unverbürgte Gerücht, die Fraktion Schlöffel (Schlöffel iſt gegenwärtig in Baden) beabſichtige einen Sturz der proviſoriſchen Regierung, weil ſie nicht „entſchieden" genug ſei. Auf Befehl der proviſoriſchen Regierung ſind die 800 Mann Infanterie vom 4. Regiment geſtern nach Mannheim verlegt worden, ohne daß man indeſſen angeben kann, welches Motiv hier obgewaltet. (Fr. J.)

*** Vom Oberrhein, 18. Mai. Die ganze obere Gegend iſt ganz ruhig und keine Unordnung iſt zu bemerken. Wir haben zwar keine Regierung und nur dem Namen nach eine proviſoriſche. Sie wird ſich ſchwerlich halten können, weil ſie nach der Militärbewegung die Republik nicht ausgerufen hat. Falls in den benachbarten Ländern nicht ebenfalls die Regierungen verjagt werden, hält ſie keine 14 Tage. Mittel hat ſie keine, außer die Gewalt des Beiſpiels. Aufforderungen zu Freiſchaarenzügen wurden beſtimmt abgelehnt von den Hauptgemeinden Lörrach, Schopfheim und Kandern. Moraliſch beſteht die geflüchtete Regierung nach wie vor, das Militär iſt aufgelöſt, was ſoll da feſt ſtehen.

Freiburg, 17. Mai. Dieſen Abend haben ſämmtliche Staats- und Gemeindebeamten Verſammlung gehabt, um auf die Reichsverfaſſung beeidigt zu werden. Bürger Willmann wird morgen als Civil- und Militärkommiſſär für den Seekreis nach Konſtanz abreiſen. Das zweite Infanterieregiment hat heute den Lieutenant Maler zum Major, und drei Feldwebel zu Hauptleuten ernannt. „Der Gemeinderath der Stadt Lörrach hat mittelſt Schreibens an die inzwiſchen abgetretene und neu konſtituirte Regierung des Oberreinkreiſes dieſe benachrichtigt, daß derſelbe den Landesausſchuß nicht anerkenne, ſondern dem „Aufruhr" mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln entgegentreten werde. In Folge deſſen geht morgen ein Landeskommiſſär nach Lörrach ab, um die Beamten abzuſetzen und neue zu beſtellen. (O. P. Z.)

Man ſchreibt der O. P. Z. ferner aus Straßburg, daß der Großherzog von Baden von Lauterburg nach Hagenau gekommen ſei, wo er einſtweilen verbleiben werde.

Braunſchweig, 16. Mai. Seit mehren Tagen haben wir täglich preußiſche Truppen mit der Eiſenbahn durchpaſſiren ſehen, namentlich geſtern und heute Berliner Landwehr. Unter den Leuten ſchien eine große Aufgeregtheit und eine ſolche Geſinnung zu herrſchen, die keineswegs auf eine unbedingte Folgſamkeit rechnen ließe, wenn man ſie gegen den Aufſtand in den Rheinlanden führt. An Vielen bemerkte man nur die deutſche Kokarde, und an Reden nicht blos gegen das Publikum, ſondern auch gegen die Offiziere, daß ſie auf das Volk nicht ſchießen würden, ſoll es nicht gefehlt haben. Eine große Erbitterung ſprach ſich unter ihnen gegen die überall bevorzugten, beſſer beſoldeten Garden aus.

Einem Gerüchte nach ſoll geſtern Stüve auf ſeinem Rückwege von dem Berliner Vereinbarungskongreſſe erzählt haben, daß noch bis zum nächſten Freitag die Verfaſſung publicirt werden ſolle. Man werde ſich darüber wundern, wie deutſch ſie ſei. Nur drei Punkte ſeien geändert, der Titel Kaiſer in Schirmherr, das ſuspenſive Veto in ein abſolutes, die geheime Abſtimmung in eine öffentliche umgewandelt (!?). (D. Rchsz.)

* **Arolſen**, 18. Mai. Eine Proklamation der Regierung beſagt, daß dieſelbe die von der Reichsverſammlung ausgegangene Verfaſſung unbedingt anerkenne und dem gemäß publizirt habe; die Beeidigung des Militärs und der Civilbeamten werde ſtattfinden, ſobald von der proviſoriſchen Centralgewalt oder der verfaſſungsmäßigen Reichsregierung der Zeitpunkt und die Form vorgeſchrieben ſei; die Regierung habe übrigens die Ueberzeugung, daß auch ohne eidliches Angelöbniß jeder Staatsbürger ſeine Treue gegen die Verfaſſung bethätigen werde. Der Kongreß in Berlin werde von der Regierung nicht beſchickt werden.

Wiesbaden, 16. Mai. Heute iſt bereits die Vereidigung der Civilbeamten auf die Reichsverfaſſung begonnen worden. (Naſſ. Bl.)

* **Heſſen-Homburg**, 13. Mai. Geſtern wurde die konſtituirende Landesverſammlung von dem Landgrafen bis zum 4. Juni auf den Wunſch ihrer Majorität vertagt, nachdem ſie die Landesverfaſſung, eine Gemeindeordnung und ein Geſetz über die Einführung von Bezirksräthen berathen und beſchloſſen hatte.

Kolding, 15. Mai. Geſtern iſt eine preußiſche Brigade unter dem Oberbefehl des Generals Hirſchfeld, 4000 Mann ſtark mit einem Huſarenregiment in Aarhuus ohne Widerſtand eingerückt. Aarhuus iſt ein kleiner Hafen der Oſtſee, 14 Meilen nördlich von Kolding gelegen. Das däniſche Armeekorps des General Rye hatte die Ankunft der deutſchen Avantgarde nicht abgewartet. Da die Dänen, wie voraus zu ſehen war, in Aarhuus keine Schiffe zur Flucht nach den Inſeln fanden, ſchlug General Rye die Richtung nach Randers ein und wird ſich wahrſcheinlich von dort über Aalborg nach Frederikshavn, der nördlichſten Hafenſtadt Jütlands, zurückziehen. Ueber Aalborg hinaus werden ihm die Reichstruppen ſchwerlich folgen können. So ſcheint alſo der Rückzug des däniſchen Generals, deſſen Truppencorps nach dem Urtheil ſachverſtändiger Militärs und genauer Kenner des Kriegsſchauplatzes bei einem raſchen Vorrücken der Reichsarmee verloren geweſen wäre, geſichert und die Kopenhagener haben wieder einmal gegründeten Anlaß über die langſame Schwerfälligkeit der Deutſchen zu lachen. Daß es dem General Prittwitz gar nicht in den Sinn gekommen, die Dänen, als ſie vor dem Buchenwald bei Hoyen nördlich von Veile in Schlachtordnung ſich aufgeſtellt hatten, durch ſeinen linken Flügel und die an Zahl den Dänen ſo weit überlegene deutſche Kavallerie, welche über Brorup und Bekke nordwärts vorgerückt war, umgehen und ihnen den Rückzug über den Veiler Fjort abſchneiden zu laſſen, iſt allen Beobachtern der letzten Kriegsoperationen unbegreiflich. Der Feind war dort ſo leicht zu überflügeln, daß ſelbſt der unbefangenſte Mann, indem er die Dänen nach einem kleinen Scharmützel ſich ſo gemächlich durch die ihnen offen gelaſſene Thüre auf der Straße nach Horſens zurückziehen ſah, an eine abſichtlichen Lauheit der Kriegführung von Seiten des Generals Prittwitz denken mußte. Nach zuverläſſigen Nachrichten, welche uns aus den Lagern der deutſchen Reichstruppen zugekommen, herrſcht der Glaube, daß bei dem däniſchen Kriege nur ein ſchändliches Spiel getrieben und das Leben des Soldaten in einem nutzloſen Scheinkampfe geopfert werde, ziemlich allgemein ſelbſt unter den gemeinen Soldaten. Vor Fridericia ſtanden die Schleswig-Holſteiner kampfbereit und harrten mit Ungeduld des Befehls zum Angriff. Auf den Breſchebatterien waren Mörſer und 24Pfünder aufgepflanzt. Beim Abgang des letzten Feldkouriers, welcher Erriſö geſtern Vormittag um 11 Uhr verlaſſen hat, hatte die Beſchießung noch nicht begonnen. Das Hauptquartier des Generals Prittwitz befindet ſich fortwährend in Veile, wo geſtern die Baiern eingerückt ſind. Bei Kolding ſtehen Kurheſſen,

Digitized by Google

Sachſen, Braunſchweiger u. ſ. w. Außer einigen Dampfbooten und einem Dutzend Transportſchiffen ſah man bei Fridericia keine däniſchen Kriegsſchiffe. Ein Geſchwader von 15 Segeln ſoll zwiſchen Kiel und Alſen kreuzen.

Großbritannien.

* **London**, 16. Mai. Das M. Chronicle knüpft an die Dresdener Ereigniſſe folgende Bemerkungen:

„Dresden iſt der Heerd des Radikalismus im Norden des Mains, wie Mannheim und Stuttgart ſeine Mittelpunkte in Süden ſind. Die Sachſen, welche ein bevölkertes und freundliches (smiling) Land bewohnen und ſich einer ſo großen politiſchen und bürgerlichen Freiheit erfreuen, wie nur immer die Unterthanen irgend eines andern deutſchen Staats (wir dürfen kaum Baden ausnehmen), gehören doch zu denen, die am ſchwerſten zu regieren ſind. Ihre Kammern waren ſeit Langem thatſächlich abſolut, durch den unfühlbaren Druck eines Szepters, der ſo leicht war wie eine Haſelruthe, nicht beengt. Den König, ein Mann von Bildung, liberalen Neigungen und Sinn für Häuslichkeit, kannte man faſt nur als beſten Jäger und höflichſten Gentleman in ſeinen Beſitzungen. Aber die genaue Verſchmelzung zwiſchen dem Unitarismus des Frankfurter Parlaments und jenem demokratiſchen Geiſte, dem allein es ſeine Stärke und ſeine Bedeutung verdankt, hat ſich nirgends ſo grell gezeigt, als in dem Gebiete dieſes volksthümlichen und harmloſen Monarchen. Die eben aufgelöſte Kammer war radikal bis zum letzten Mann, und wir erinnern uns, daß zur Zeit ihres Zuſammentritts deutſche Zeitungsſchreiber ſich ein Vergnügen daraus machten, darüber zu ſpekuliren, wie wohl eine Regierung neben und mit einer Volkskammer beſtehen könne, deren Zuſammenſetzung auch nicht durch ein einziges Theilchen loyalen und konſervativen Elements gemäßigt und gemildert war.“ Das M. Chronicle wie die Times, beide in ihrem Kreiſe leider einflußreiche Zeitungen, haben bekanntlich von jeher den deutſchen Einheitsbeſtrebungen entgegengearbeitet, und ſo darf es nicht wundern, wenn beide für die demokratiſchen Ausbrüche in Deutſchland einzig und allein das Frankfurter Parlament verantwortlich machen. Das M. Chronicle ſagt, Deutſchland ſei nicht groß genug, als daß ein König von Preußen und ein Frankfurter Parlament neben einander beſtehen könnten, und daß, wenn letzteres im Kampfe gegen Preußen den Sieg davon trüge, zwiſchen Rhein und Weichſel nicht eine einzige Macht übrig ſein würde, fähig, Achtung einzuflößen und Ordnung und Geſetz aufrecht zu erhalten.

Ein ähnliches Klagelied ſtimmt die „Times“ in einer ihrer neueſten Nummern an, und leider ſind einige der letzten Beſchlüſſe der Frankfurter Verſammlung („resolutions of extreme folly and violence,“ nennt ſie die Times) nicht ſehr geeignet, den Briten eine beſondere Bewunderung für die politiſche Taktik der Deutſchen einzuflößen. Die Rheinländer macht die „Times“ mit Recht darauf aufmerkſam, daß Preußen und Baiern viel eher ohne ſie, als ſie ohne Preußen und Baiern beſtehen könnten; ohne den Schutz und den Rückhalt dieſer beiden Mächte ſeien ſie jedem Angriff Frankreichs bloßgeſtellt, und viel zu ſchwach, ſich ſelbſt zu ſtützen, würden ſie alsbald eine Beute des gierigen Nachbars ſein. Die „Times“ ſagt: „Ihre Demagogen ſprechen von deutſcher Nationalität, während Alles und Jedes, ihre Barrikaden, ihre Klubs, ihr Socialismus, ja ſelbſt ihre Weiſe, zum Volke zu reden und zu agitiren, nur erbärmliche Kopieen der letzten pariſer Revolutionsmode ſind; während die Truppen, die jetzt ihr Blut im Bürgerkrieg vergießen ſollen, deutſche Soldaten ſind, deren Muth und Treue allein ſie gegen die ſonſt leichte Unterwerfung durch eine fremde Macht ſchützen könne. Doch ſie ſind noch nicht ſo entſittlicht, um an ihrem gemeinſamen Vaterlande Verrath zu üben, und bevor ſie ſich auf der Bahn der Revolution weiter wagen, wird, wir hegen die feſte Ueberzeugung, die hochgebildete Bevölkerung dieſer Provinzen daran denken, daß dies nur ihre Wohlfahrt zerſtören hieße, um die Einbrüche eines fremden Feindes zu erleichtern.“ Gegen die Richtigkeit dieſer letztern Bemerkungen läßt ſich ſchwerlich ſelbſt von denen etwas einwenden, welche ſonſt der Politik der „Times“ nicht gerade hold ſind.

* **London**, 17. Mai. Im Hauſe der Gemeinen wurden geſtern die auf die kanadiſchen Wirren bezüglichen Aktenſtücke vorgelegt. Es entſpann ſich über dieſe Angelegenheit eine lange Beſprechung zwiſchen Hrn. Roebuck, der ein an Hrn. Hume gerichtetes Schreiben aus Montreal von etwas beruhigenderem Inhalte vorlas, Hrn. Gladſtone, Hrn. Hawes (Unterſekretär im Miniſterium der Kolonialangelegenheiten) und Sir G. Grey, die jedoch keinen eigentlichen Abſchluß hatte. Hr. Gladſtone ſprach mit freundſchaftlichem Eifer für den Generalgouverneur, Lord Elgin, den er ſchon ſeit früher Jugend kenne und der ein Edelmann von den vortrefflichſten Eigenſchaften ſei. Lord J. Ruſſell kündigte an, daß er in der nächſten Sitzung, Freitag den 18., die Ausſtoßung Smith O'Briens aus dem Unterhauſe beantragen werde.

Zu den wenigen Gegenſtänden, welche mit Lebensgefahr und großer Anſtrengung aus dem vom Pöbel in Brand geſetzten Parlamentsgebäude zu Montreal gerettet wurden, gehört, das ſehr ſchöne Bildniß der Königin, das jedoch der „M. Poſt“ zufolge ſpäter in den Straßen vernichtet wurde, man weiß nicht, ob aus Abſicht oder Zufall.

Das „Dublin Journal“ meldet, daß der Statthalter von Irland plötzlich nach London beſchieden ſei, wohin er den 19. ſeine Reiſe antreten werde. Der Dubliner Korreſpondent der „Times,“ der dieſe Nachricht beſtätigt, ſetzt hinzu, daß man ſich im Publikum über den Grund, weshalb Lord Clarendon ſo plötzlich nach London beſchieden worden, den Kopf zerbreche, daß hierüber jedoch vollkommenes Dunkel herrſche.

Den 13. Mai ſtarb der ehemals mit Ruhm genannte General Sir E. Paget, im 74. Lebensjahre. Der Verſtorbene war ſchon bei der Seeſchlacht am Kap. St. Vincent zugegen, und bekleidete von 1822 bis 1825 den Poſten eines Oberbefehlshabers der britiſchen Heere in Oſtindien. Zuletzt war er Gouverneur des Hoſpitals zu Chelſea.

Frankreich.

* **Paris**, 17. Mai. Heute, als am Himmelfahrtstag, hält die Nationalverſammlung keine Sitzung. Wer weiß, ob ſie dieſe Woche noch überleben wird. Mehr als die Hälfte dieſer Mitglieder hat ſchon die Gewißheit, nicht wieder gewählt zu werden. Wie können ſie mit ſolchem Bewußtſein noch tagen?

In den Wahlausſichten von Paris iſt wieder eine kleine Schwankung eingetreten: jetzt heißt es $\frac{2}{3}$ der Kandidaten werden der gemäßigten, $\frac{1}{3}$ der ſocialiſtiſchen Partei angehören. Aus den Departements lauten die Nachrichten der Conſervativen ſehr günſtig. An der Spitze der Liſten ſtehen größtentheils ehemalige Deputirte, Pairs oder legitimiſtiſche Landbeſitzer. Von berühmten Männern die nicht wieder gewählt werden, nennt man Lamartine, ferner Dupont de l'Eure, der ſchon im Rathe der 500 ſaß und ſeit dieſer Zeit Mitglied aller legislativen Verſammlungen war. Ebenſo werden die beiden Lafayette, Sohn und Enkel des Generals, im Departement Seine und Marne nicht wieder gewählt werden. Von 52 Departements waren heute Mittag 3 Uhr 454 Wahlen bekannt, davon gehören (nach einer miniſteriellen Correſpondenz) den Gemäßigten 298; Demokraten und Sozialiſten 85 zweifelhaft 71.

Eine Privat-Korreſpondenz aus Konſtantinopel vom 29. April im Journal des Debats gibt über die von Rußland durch den General Grabbe der Pforte gemachten Anträge folgende Aufſchlüſſe: 1) Rußland verlangt die Donaufürſtenthümer durch ſeine Truppen beſetzt zu halten, bis die innere Verwaltung derſelben gänzlich reorganiſirt iſt. Die Pforte willigt ein, will aber, daß die Occupationsarmee aus den Truppen beider Mächte zu gleichen Theilen gebildet ſein und ſich nach einem Jahre wieder zurückziehen ſolle. 2) Rußland ſchlägt die Ernennung von zwei Hospodaren mittelſt Einverſtändniſſes zwiſchen den beiden Mächten ohne Zuziehung der Nationalverſammlung vor. Die Pforte will, daß dieſelben aus einer von der Nationalverſammlung vorzuſchlagenden Liſte gewählt werden ſollen. 3) Rußland trägt ferner darauf an, daß das Verfaſſungsſtatut der beiden Fürſtenthümer revidirt und die Preßfreiheit unterdrückt werden ſolle. Die Pforte hingegen willigt bloß in eine Beſchränkung der Preßfreiheit. 4. Endlich noch verlangt Rußland in das Banat, wohin es vom griechiſchen Patriarchen zu Hilfe gerufen wurde, einziehen zu dürfen und will, daß die Pforte einen neuen offenſiven und defenſiven Vertrag mit ihm abſchließen dürfe. Beide Punkte aber wurden hartnäckig von der Pforte verweigert.

Ueber dieſe Vorſchläge hat der Miniſter des Aeußeren geſtern Abend mit dem Otomaniſchen Botſchafter eine lange Konferenz gehalten und ſoll die Abſicht geäußert haben, den Vertrag nicht anzuerkennen. Auf das von Graf Teleky geſtellte Geſuch hat die franzöſiſche Regierung zwei Genie-Offiziere ermächtigt, in ungariſche Dienſte zu treten.

Italien.

* Die neuen Nachrichten aus dem Kirchenſtaat beſtätigen die ſchon geſtern von uns ausgeſprochene Vermuthung, daß die Römer freiwillig den Franzoſen die Thore öffnen werden. Eine Depeſche des Vice-Admirals Frehourat aus Toulon vom 16. Mai Morgens ſagt: „Vorgeſtern Abend um 7 Uhr bin ich von Civita-Vecchia abgefahren, wo ich am 13. Abends von dem Obergeneral des Expeditions-Korps in Kaſtel Gelido einen Brief folgenden Inhalts erhalten hatte: „„Schon ſind mir ernſtliche Unterweiſungsanträge von den Römern gemacht worden. Sie beginnen einzuſehen, daß wir für ſie der einzige Rettungsanker ſind.““ Der Times wird dagegen aus Civita-Vecchia vom 10. geſchrieben, daß die Herren Ronconi und Peſcantini zu Palmerſton geſchickt würden, um ſeine Intervention zu erwirken. Oudinot habe ſich verpflichtet, vor ihrer Rückkehr nicht vorzugehen (?).

Die Schlacht zwiſchen Neapolitanern und Römern beſtand, wie ſich jetzt herausſtellt, nur in dem Austauſch weniger Schüſſe. Ein großer Theil der Truppen Garibaldi's iſt bereits zurückgekehrt; er ſelbſt aber hat ſich nicht wieder ſehen laſſen.

Das Dekret des Triumvirats, wodurch die franzöſiſchen Gefangenen wieder in Freiheit geſetzt werden, hat in der römiſchen Bevölkerung die lebhafteſten Sympathien für die Franzoſen zu Tage gefördert. Die Straßen, durch welche die franzöſiſchen Gefangenen kommen ſollten, waren voll Menſchen. Die Freude und der Enthuſiasmus waren unbeſchreiblich. Die Franzoſen und die Römer, Soldaten aller Waffen umarmten ſich. Viele hatten Thränen in den Augen. Die 14 gefangenen franzöſiſchen Offiziere wurden eingeladen ſich in den Palaſt der Triumvirn zu begeben, um den Beſchluß der Regierung zu vernehmen, Mazzini richtete mehrere würdevolle Worte an ſie. Der franzöſiſche Stabs-Offizier antwortete ebenſo. Die franzöſiſchen Offiziere verließen darauf den Palaſt in Begleitung der römiſchen Offiziere. Im Hotel Berlini verlangte das Volk ſie zu ſehen. Sie zeigten ſich ſofort auf dem Balkon und ſogleich erſcholl der tauſendſtimmige Ruf: „Es lebe die franzöſiſche Republik! Es lebe die römiſche Republik! Es lebe die allgemeine Republik! Das römiſche Orcheſter ſpielte die Marſeillaiſe. Die franzöſiſchen Offiziere, augenſcheinlich bewegt durch dieſe unerwartete Demonſtration, antworteten mit dem lebhafteſten Enthuſiasmus. Ein Nationalgardiſt trug die römiſche Fahne Roms. Die Offiziere mengten ſich unter das Volk, man überſchritt den Platz Colonna und kam zu dem Caſtel Sant Angelo und zum St. Peters-Dome. Die Offiziere drückten den Wunſch aus, die erſte Kirche der Welt zu ſehen. Alle Welt trat ein. Als der Dom voll war, ließ eine Stimme die Worte vernehmen: „Franzoſen und Italiener, werfen wir uns vor dem Allmächtigen nieder und bitten wir ihn um die Befreiung aller Völker und die allgemeine Verbrüderung. Dieſer Augenblick war feierlich. Alle Welt fiel auf die Knie. Endlich verließen Franzoſen und Italiener den Tempel und umarmten ſich zum letzten Male an der äußerſten Barrikade der Porta Cavaleggieri.

* Aus Sicilien. In Palermo hat in Folge der letzten Ereigniſſe in Italien die Widerſtandspartei abermals die Oberhand gewonnen, die angebotene Uebergabe verworfen und eine neue proviſoriſche Regierung errichtet. Beim Empfang dieſer Nachrichten ging die neapolitaniſche Flotte ſofort unter Segel, die königliche Armee ſetzte ſich gegen Palermo in Bewegung und ſchlug ihr Hauptquartier in Calta Niſetta auf.

Rußland.

St. Petersburg, 8. Mai. Hier iſt folgendes kaiſerliches Manifeſt erſchienen:

„Wir von Gottes Gnaden Nikolaus I. ꝛc. Kund und jedermänniglich zu wiſſen: Durch unſer Manifeſt vom 14./26. Mai v. J. hatten Wir Unſere treue Unterthanen von den Drangſalen benachrichtigt, welche das weſtliche Europa heimgeſucht. Zugleich verkündigten Wir Unſern Entſchluß, Unſeren Feinden entgegenzutreten, wo ſie ſich nur zeigen würden, und mit Hintanſetzung Unſerer eigenen Perſon, im unauflöslichen Bunde mit Unſerem geheiligten Rußland, die Ehre des ruſſiſchen Namens und die Unantaſtbarkeit Unſerer Grenzen zu ſchirmen. Seitdem haben die Wirren und aufrühreriſchen Bewegungen im Weſten nicht nachgelaſſen. Sträfliche Verleitungen haben den leichtgläubigen Haufen durch trügeriſche Vorſpiegelungen eines Glücks hingeriſſen, welche niemals aus der Zügelloſigkeit (swoiewolle) und der Eigenmächtigkeit entſprungen, und haben ſich bis zum Orient in unſere benachbarten, der türkiſchen Regierung unterworfenen Fürſtenthümer Moldau und Wallachei Bahn gebrochen. Das bloße Einrücken unſerer Truppen gleichzeitig mit denen der Pforte hat die Ruhe hergeſtellt und hält ſie aufrecht. In Ungarn und Siebenbürgen dagegen haben die Bemühungen der öſterreichiſchen Regierung, durch einen anderweitigen Krieg getheilt, — im Kampfe mit auswärtigen und einheimiſchen Feinden, — bisher den Aufruhr noch nicht zu bezwingen vermocht, vielmehr hat der Aufſtand durch das Zuſtrömen Unſerer polniſchen Landesverräther vom Jahre 1831 und Zuzüge aus mehreren anderen Ländern von Ueberläufern und Vagabunden im bedrohlichſten Umfang Ueberhand genommen. Mitten unter dieſen verderblichen Ereigniſſen haben ſich Se. Maj. der Kaiſer von Oeſterreich an Uns gewandt, mit der Bitte, Ihm gegen Unſern gemeinſchaftlichen Feind beizuſtehen. Wir werden Ihm dieſe Hilfe nicht verſagen. Nachdem Wir den höchſten Lenker der Schlachten und den Herrn der Heerſchaaren zur Beſchirmung der gerechten Sache angerufen, haben Wir Unſerem Heere den Befehl ertheilt, ſich in Marſch zu ſetzen, um den Aufruhr zu dämpfen und die Verwegenen zu vernichten, welche auch die Ruhe Unſerer Provinzen zu erſchüttern drohen. Gott ſei mit Uns und Niemand wird Uns widerſtehen können! So, deß halten Wir Uns überzeugt, ſo fühlt, ſo hofft, ſo redet Jedermann in Unſerem unter Gottes Obhut ſtehenden Reiche, jeder Ruſſe und getreue Unterthan, und Rußland wird ſeinen heiligen Beruf erfüllen. Gegeben zu St. Petersburg, den 8. Mai 1849. Nikolaus.“

Nachſchrift.

: **Frankfurt**, 19. Mai. Wie iſt es mit der vereinbarten Verfaſſung? Ritter Prokeſch hat das Protokoll der Konferenz unterzeichnet, aber wie man wiſſen will, behauptet er, das heiße nur, er ſei zugegen geweſen! Baiern, ſo ſagt man, beſteht auf dem Direktorium! Und an der gerühmten Trefflichkeit der Verfaſſung iſt gewiß nicht zu zweifeln, wenn, wie man verſichert, der Reichsrath eine beſchließende Stimme hat!

Heute Abend iſt Verſammlung im Kaſino, um über Bleiben oder Gehen zu berathen.

Redacteur: H. Kruſe.

[217]

Erklärung.

Die Offiziere des badiſchen Armeekorps, welche durch die neueſten unglücklichen Ereigniſſe in ihrem Vaterlande genöthigt waren, auf fremdem Boden Schutz zu ſuchen, ſehen ſich veranlaßt, die Beweggründe zu dieſem äußerſten Schritte zur öffentlichen Kenntniß zu bringen:

Vor einigen Tagen brach in der Reichsfeſtung Raſtatt eine Meuterei und Empörung unter dem größten Theil der Beſatzungs-Mannſchaft aus, welche alle Bande der Disziplin löſte, die geſellſchaftliche Ordnung, die geſetzliche Freiheit ſo wie das Eigenthum bedrohte. Den Offiziren, welche Alles verſuchten, die Aufrührer zur Treue zurück zu bringen, wurde unter grauſamer Mißhandlung ihrer Perſon und theilweiſer Zerſtörung ihres Eigenthums der Gehorſam auf das hartnäckigſte verweigert. Die Feſtung gerieth in die Hände der Meuterer.

Raſch nach einander wurde die Fahne des Aufruhrs in andern Orten aufgepflanzt. Namentlich war es in Karlsruhe, wo am Abend des 13. Mai die Empörung trotz der an demſelben Tage ſtattgehabten Beeidigung auf die Reichsverfaſſung alle Schranken des Geſetzes durchbrach.

Mit der größten Aufopferung und mit gänzlicher Hintanſetzung der eignen Perſon haben die Offiziere, ſo wie treu gebliebene Unteroffiziere und Soldaten auch hier der Empörung Einhalt zu thun verſucht, doch vergebens. Im Vereine mit einem wüthenden Pöbel fanden thätliche Widerſetzlichkeiten der gröbſten Art ſtatt, die Pflichtgetreuen wurden bedroht, mißhandelt, ja ſelbſt getödtet; Raub und Plünderung geſellten ſich dazu.

Die Offiziere verharrten ſo lange auf ihrem Poſten, bis auch die letzte Ausſicht auf Wiederherſtellung des Gehorſams und der Disziplin verſchwunden war. Der Großherzog nebſt ſeiner Familie war, ſo wie ſeine Miniſter gezwungen, ſich zu entfernen. Die meuteriſchen Soldaten ſtellten ſich freiwillig unter die Befehle einer „proviſoriſchen Regierung“, die als nicht verfaſſungsmäßig von den Offizieren in Folge ihrer geſchwornen Treue nicht anerkannt, noch weniger unterſtützt werden konnte.

Jene Offiziere daher, welche nicht mit Gewalt zurückgehalten wurden, ſahen ſich Angeſichts dieſer Zuſtände zur Wahrung ihres Eides und um nicht mit offnen Empörern ſich verbinden zu müſſen, außer Stand, länger an der Spitze ihrer Truppen zu bleiben.

Bei dieſem Sachverhalt glauben die betreffenden Offiziere nur den Geſetzen der Ehre und ihrem Eide gewiſſenhaft nachgekommen zu ſein. Sie ſehen ſich, um jeder Mißdeutung ihres gethanen Schrittes vorzubeugen, veranlaßt, dieſe Erklärung mit dem Anfügen niederzulegen, daß ſie nur die Befehle ihres Fürſten, beziehungsweiſe deſſen verfaſſungsmäßigen Miniſteriums für ſich als bindend anerkennen.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 139. Frankfurt a. M., Montag 21. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Das neue Regiment in Baden.

Deutſchland. Frankfurt (Aufforderung an die Abgeordneten der Linken. Schlöffel in Heidelberg. Die rechte Seite der Nationalverſammlung größtentheils ausgeſchieden). Wien (Der ungariſche Feldzug. Eindruck der deutſchen Ereigniſſe. Hr. v. Canitz. Kaiſer Ferdinand. Kleider-Ordnung. Ungariſche Nachrichten. Vermiſchtes). Berlin (Armeebefehl des Königs). München (Das Künſtlerfreikorps. Unruhen im Militär-Gefängniß. Baiern und Preußen. Das Treiben an den Höfen. Verein der Franken. Das miniſterielle Programm. Der König und die Reichsverfaſſung. Hr. v. Lerchenfeld). Regensburg (Magiſtrat und Bevollmächtigte gegen die Reichsverfaſſung). Würzburg (Konflikt zwiſchen Militär und Studenten). Dürkheim (Neues Vergehen). Stutegart (Die Kammer für die Beeidigung auf die Reichsverfaſſung). Ludwigsburg (Die übergetretenen badiſchen Offiziere). Sigmaringen (Abreiſe der fürſtlichen Familie. Beeidigung auf die Reichsverfaſſung). Dresden (Zahl der Gefangenen. Fortdauernde Truppenmärſche. Unruhige Auftritte auf dem Lande.) Baden (Proklamation des Großherzogs.) Karlsruhe (Dekrete und Kundmachungen. Beeidigung der Truppen auf die Reichsverfaſſung. Die Reichskommiſſäre. Die militäriſche Vereinigung Badens mit der Pfalz. Der Großherzog in Hagenau. Ein Kommiſſär der Centralgewalt nach Raſtatt. Selbſtmord zweier Offiziere.) Freiburg (Uebergang ſämmtlicher Truppen im Oberland.) Villingen (Truppenkorps bei Donaueſchingen.) Kaſſel (Truppen nach Waldeck.) Koburg (Eid der Gemeindebehörden und der Ständekammer auf die Reichsverfaſſung. Adreſſe an die baieriſche zweite Kammer.) Altenburg (Feſthalten der Regierung an der Reichsverfaſſung. Die preußiſche Garniſon.) Schwerin (Volksverſammlung bei Güſtrow.) Daſſow (Aufregung.)

Großbritannien. London (Die Times über die däniſche Angelegenheit. Lord Cowley erwartet.)

Frankreich. Paris (Die Veröffentlichung der pariſer Wahlen. Die Wahlen in den Departements.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Sympathieen für die Ungarn. Die Sicherheit der polniſchen Emigranten.) Krakau (Verbot der Gazeta Krakowska. Die polniſchen Emigranten.)

Italien. Modena (Belagerung von Bologna.)

Ungarn. (Die Regierungsform. Verordnungen. Der Beginn der Offenſive. Die Belagerung Ofens.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

20. Mai.

Wir haben den Verlauf des badiſchen Aufſtandes geſchildert, um denen, die den Verhältniſſen und Perſonen ferner ſtehen, die richtige und unbefangene Beurtheilung zu erleichtern. Daß es ſich hier um einen Kampf für die Reichsverfaſſung nicht handelt, daß die Führer und Schürer ganz anderes beabſichtigen, auch wenn ſie es vorerſt für nöthig halten, die Unklaren und Verworrenen mit dem Scheine jenes angeblichen Zieles zu täuſchen, das wird ſich Niemand verbergen können, dem es um die ernſte, bittere Wahrheit zu thun iſt. Es gehört zu den Krankheiten unſerer Zeit, daß die Parteien ſich die Unwahrheit ſo leicht eingewöhnen und ſtatt die Dinge nüchtern anzuſehen wie ſie ſind, lieber in die ſelbſtgemachten Phantome ſich vernarren, die ſie dem wahren Bilde der Dinge vorſchieben möchten. So wird auch mit dem Kampfe für Parlament und Reichsverfaſſung, dem ſich die beſten Patrioten in reiner rückhaltloſen Begeiſterung anſchloſſen, im gegenwärtigen Momente ein Spiel getrieben, deſſen innere Unwahrheit für Betrogene wie für Betrüger ſich noch zeitig genug enthüllen wird. Die lauernde Politik, die im Hintergrunde ſteht, hat lange genug auf den Augenblick gewartet und ihn herbeizuführen kein Mittel unterlaſſen, wo jener Kampf für die Geſetzlichkeit ſich mit ungeſetzlichen Elementen aller Art vermiſchen, wo die rothe Republik die Anhänger der Verfaſſung gewaltſam an ihr Schlepptau nehmen würde; ſie hat dieſen Augenblick als den erkannt, wo eine neue „rettende That" keinen allzugroßen Widerſtand fände. Dieſer Augenblick iſt uns durch den jüngſten badiſchen Putſch plötzlich ſehr nahe gerückt, und wir ſehen den Zeitpunkt vor uns, wo für Baden und für Deutſchland die Leidenſchaft, der Unverſtand und der Egoismus Alles das wird zu Grabe tragen helfen, was patriotiſche Einſicht vergebens hat zu erretten ſuchen.

Für Baden zunächſt mögen die Optimiſten kein Unglück darin erblicken, daß die Partei ans Ruder gelangt iſt, die ſeit langer Zeit jede geordnete Regierung unmöglich zu machen ſuchte und deren Grundſätze, wenn ſie konſequent feſtgehalten werden ſollten, überhaupt mit jeder geordneten Regierung und einem geſicherten Rechtszuſtande unverträglich ſind. Die Optimiſten werden ſich freuen, daß der Partei nun Anlaß gegeben iſt, vor allem Volke ſich im Glanze ihrer Unfähigkeit zu zeigen und ein ähnliches warnendes Exempel zu liefern, wie auf größerem Raume jene proviſoriſche Regierung, die am 24. Februar in Paris die Zügel der Regierung an ſich riß. Es wird ſich, denken ſie, bald erweiſen, daß alle Untugenden der alten Gewalt in verſtärktem Maße in die neue übergegangen ſind und daß die Partei der Zügelloſigkeit und Demagogie aller ſittlichen und materiellen Hebel entbehrt, ein halbwegs erträgliches Regiment zu beſtellen. Allerdings wird dieſe Erfahrung viel raſcher gemacht ſein, als in Paris; dort ſaßen wenigſtens noch ehrliche Phantaſten wie Lamartine im Kreiſe der Regierungskommiſſion und konnten doch nicht hindern, daß alle Schlechtigkeit und Gewiſſenloſigkeit der alten Politik im Namen der neuen Gewalt geübt ward und daß die Staatsgeſellſchaft mit Rieſenſchritten einer Auflöſung entgegenging, vor der ſie nur durch die „rettende That" einer ſtraffen Militärdiktatur bewahrt werden konnte. In Baden wird dieſer Prozeß um ſo raſcher vor ſich gehen, je weniger da auch nur die dürftige Garantie gegeben iſt, daß ſich der kalten demagogiſchen Sophiſtik und der rohen Gewalt irgend ein Widerſtand in der oberſten Behörde ſelbſt entgegenſtellen wird. Gleichwohl können wir uns der raſchen Abwickelung dieſes Prozeſſes nicht freuen; ein kleines Land kann eine ſolche Radikalkur nicht ſo leicht überſtehen, wie das große und mächtige Frankreich, und bis die theure Erfahrung gemacht iſt, kann Land und Volk ſeine tödtliche Wunde davon getragen haben.

In dem proviſoriſchen Landesausſchuß waren ſchon die ſeltſamſten Elemente durcheinander gewürfelt. Der ehrgeizige, ſtellenſüchtige Advokaten-Radikalismus, deſſen Politik ſich in das ôte toi pour que je m'y mette zuſammenfaſſen läßt, der aber allenfalls ein Schattenbild der beſtehenden Verfaſſung ſich noch gefallen ließ, fand ſich dort mit denen vereinigt, die um des eigenen Bankerutts willen auf den Bankerutt der vorhandenen Geſellſchaft ſpekulirten, oder er hatte ſich geradezu mit jener Jugend rekrutirt, deren man im Augenblick bedarf, damit ſie die heißen Kaſtanien aus dem Feuer hole. Bei jedem politiſch mündigen und fähigen Volke wäre ein ſolches mixtum compositum, in welchem die Rabuliſterei, der Bankerutt und der aberwitzige Knabenunverſtand die Beſtandtheile bildeten, als eine luſtige Satyre auf Regiment und Staatsordnung, überhaupt angeſehen worden; in Baden ward ſie zur bittern Wahrheit und darf, wenn auch nur auf kurze Zeit, doch immer viel zu lang, mit der Wohlfahrt und Freiheit des Landes va banque ſpielen.

Aus dem Landesausſchuſſe hat ſich allmählig eine Art von Miniſterium ausgeſchieden und die übrigen guten Freunde ſind an verſchiedene Poſten vertheilt, zum Theil ſo ſinn- und planlos, daß man ſich, wäre die Sache nicht ſo tief betrübend, in eine politiſche Faſtnachtspoſſe verſetzt glauben möchte. Das Miniſterium oder die „Exekutivkommiſſion" beſteht aus den „Bürgern" Brentano, Peter, Goegg und Eichfeld; Redakteur des offiziellen Blattes iſt Karl Blind. Brentano hatte als Führer der republikaniſchen Wühlerei, die den Putſch vorbereitete, natürlich den erſten Anſpruch an das revolutionäre Regiment; ob er ſich wohl dabei fühlen mag, iſt freilich eine andere Frage. Mit den Mitteln, die er brauchte, mit den Elementen, die er heraufbeſchwor, mit den Grundſätzen, die er aufſtellte, läßt ſich

wohl ganz gut wühlen und auflöſen, aber weder ein Land noch ein Heer regieren; er muß entweder den ſo oft pathetiſch verkündeten Grundſätzen untreu werden oder an dem Widerſtreben ſeiner eigenen Partei Schiffbruch leiden. Sehr möglich, daß ehe ihm zum erſten Zeit gelaſſen wird, dieſes letzte ihn ſchon erreicht und auch er von der Nemeſis getroffen wird, ein Heuler und Reaktionär zu ſein. Wie er ſich dabei benehmen wird, iſt freilich ſchwer zu ſagen, da bei dem ganzen politiſchen Kampfe dieſes radikalen Dandy mehr Ehrgeiz, und perſönliche Verbiſſenheit mitſpielten, als eine enthuſiaſtiſche oder fanatiſche Erregung. Eine eherne Rabuliſtenſtirn, dreiſte Sophiſtik und Verdrehung, die Zungenfertigkeit eines routinirten Advokaten reichen wohl zu einem Oppoſitionsmann heutigen Schlags aus, aber nicht zu einem Staatsmann; die Armuth an ſchöpferiſchem Geiſt und Charakter, der Mangel jedes wahren Patriotismus wird dann ſplitternackt zu Tage kommen, wenn es freilich für unſer armes Vaterland zu ſpät iſt.

Brentano's Kollege iſt Peter, der verunglückte Erſtatthalter der Republik Konſtanz. Man weiß, daß dieſer Mann unter dem alten Syſteme bis zum März vielfach verfolgt worden und daß er eine von den vielen kleinen Größen iſt, welche durch eine falſche Regierungspolitik ſo recht eigentlich großgezogen worden ſind. Zum Märtyrer konnte ihn dieſe Politik hinaufſchrauben; geſcheidter und fähiger, als er von Natur iſt, konnte ſie ihn nicht machen. So hat denn in ihm die „Exekutivkommiſſion" einen Mann, in welchem die Unfähigkeit mit und großem Eigenſinn gepaart iſt und der keinen Anſpruch mitbringt, als daß er vor dem März zu den politiſch Verfolgten gehörte und nach dem März wegen ſeines thörichten Streichs in Konſtanz von der Regierung in Unterſuchung genommen iſt. Kameralpraktikant Goegg, dem die Staatsfinanzen anvertraut ſind, wird den finanziellen Ruin des badiſchen Landes vollenden helfen; wenn auch, wie die Geſchwornen in Freiburg ſagen würden, „ohne Vorbedacht"! Politiſches weiß man von dem jungen Menſchen nichts, als daß er mit Brentano an der Spitze des republikaniſchen Centralausſchuſſes ſtand; während er hier den Putſch mit organiſiren half, blieb er — und dies charakteriſirt die vorige Regierung ungemein — unangefochten im Staatsdienſte. Das Kriegsweſen iſt Lieutenant Eichfeld anvertraut, wohl dem ehrenhafteſten Manne von der ganzen Geſellſchaft. Wegen Konflikten dienſtlicher Art zur Feſtungshaft verurtheilt, galt auch er bei den Radikalen für einen Märtyrer; ob er ihnen jetzt genügen wird, muß ſich bald zeigen. Militäriſchen Leſern iſt er vielleicht durch die kleine Schrift „ſtehendes Heer und Volkswehr" bekannt, die im Frühjahr 1848 erſchien und nichts weniger als eine vollſtändige Auflöſung des beſtehenden Heerweſens verlangte. Dieſe Auflöſung wäre in Baden nun vorhanden; ob der enthuſiaſtiſche und ganz theoretiſche Mann aber etwas Neues auf den Trümmern organiſiren kann, müſſen wir unumwunden bezweifeln. Die neue Gewalt, die ſeit dem 14. in Karlsruhe ſitzt, hat die völlige Desorganiſation nach Kräften befördern helfen; ſie wird zuerſt die Frucht davon ernten.

Deutſchland.

Frankfurt, 20. Mai. Das Frankf. Journ. enthält folgende Aufforderung: „Alle auswärts ſich befindenden Parlamentsmitglieder der Linken fordern wir hierdurch auf, nächſten Montag, am 21., ſich in der Sitzung des Parlaments einzufinden, da die Wahl eines Reichsſtatthalters in Ausſicht ſteht. Frankfurt, 19. Mai 1849. Hagen. Hoffbauer. Fröbel. Vogt. L. Simon. Eiſenſtuck."

§ **Frankfurt**, 21. Mai. Schlöffel ſoll ſich geäußert haben, er ſei nach Baden gegangen, um zu ſehen, daß der Struve nicht wieder dumme Streiche mache; ob ihm Jemand den gleichen Dienſt erweiſen wird, hat man nicht gehört. Jetzt ſitzt er in Heidelberg im badiſchen Hof als landesausſchüſſiger Regierungscommiſſär, zwei Mann von der Bürgerwehr ſind ſeine Ehrenwache. Es heißt, es ſollen keine andere deutſchen Truppen in Baden einrücken, man wolle dem Lande überlaſſen, ſeinen Schaden ſelbſt auszuheilen, und nur die Grenzen bewachen. Zur Belehrung Badens und des übrigen Deutſchlands möchte dieſer Weg ganz gut ſein, doch macht einiges Bedenken, was indeſſen aus den vielen beſonnenen Bürgern, und was aus der Reichsfeſtung Raſtatt werden ſoll. Die Eiſenbahn zwiſchen hier und Heidelberg iſt nicht unterbrochen. Die aufgeriſſenen Schienen ſind wieder gelegt, aber die heſſiſche Regierung läßt weder ankommende noch abgehende Züge über die Grenze gehen.

§ **Frankfurt**, 21. Mai. Geſtern Abend haben nach langen Kämpfen die Mitglieder des Kaſino aus der Nationalverſammlung auszuſcheiden beſchloſſen. Eine Minderheit, an ihrer Spitze Dahlmann, hat lange widerſtrebt in Hoffnung guter Nachrichten von den königlichen Regierungen; da aber die Majorität auf ihrem Beſchluſſe beharrte, wollte die Minorität auch in der letzten Handlung keine Spaltung zeigen, ſondern lieber ſich fügen. Heute früh mit dem erſten Bahnzuge ſind die Meiſten ſchon abgereiſt.

△ **Wien**, 15. Mai. Noch wiſſen wir nichts vom ungariſchen Kriegsſchauplatz als daß unſere Truppen nach drei Richtungen, gegen Tyrnau, gegen Raab und auf der Inſel Schütt in maſſenhaften Kolonnen vorrücken. Auf der Inſel Schütt wo ſie die Magyaren bis Szerdahely zurückgedrängt hatten, haben dieſe trotz dieſes augenblicklichen Zurückweichens die Offenſive wieder ergriffen, und unſre Truppen mußten Sommerein wieder räumen, da die Ungarn eine Flankenbewegung vorwärts gemacht hatten. Doch iſt dies wohl nur ein momentaner Vortheil. Gegen Streitkräfte wie ſie von allen Seiten im Anzuge ſind — gegen 240,000 ruſſiſche und 200,000 öſterreichiſche Bajonette — hält auch der für ſeine Sache fanatiſirteſte Kopf nicht Stand. Die Gerüchte, daß Raab von den öſterreichiſchen, Tyrnau und das Arvaer Komitat von den ruſſiſchen Truppen beſetzt ſei, erhalten ſich auch heute, doch fehlt jede offizielle Beſtätigung. Von anderer Seite wird behauptet, die Stadt Raab ſei zwar von den Magyaren geräumt, aber die Bevölkerung wolle ſich dem Einmarſche unſerer Truppen, die noch in Wieſelburg ſtehen ſollen, auf eigne Fauſt widerſetzen. Die ſogenannten „kleinen Gefechte", welche ſeit dem Aufbruche der k. Armee (am 12.) vorfielen, ſcheinen hartnäckig genug geführt zu ſein; bis geſtern waren ſchon über 300 Verwundete nach Preßburg gebracht worden. Man iſt nun eifrig bemüht fliegende Feldſpitäler zu errichten und Feldärzte anzuſtellen; an beiden fehlte es unter Windiſchgrätz beinahe durchgängig und wir verloren durch dieſe unverzeihliche Vernachläſſigung mehr Mannſchaft, als durch den unmittelbar erfolgten Tod im Kampfe. Alle aſſentirten Studenten der Medizin werden zu Feldärzten verwendet. Reiſende erzählen, das Bombardement von Ofen ſei vom Blocksberge aus wieder von den Magyaren fortgeſetzt worden. Zwei Waſſerleitungen ſollen bereits zerſtört ſein und die Richtung der Kanonen gehe nun dahin auch die dritte und letzte zu zerſtören. Wenn dies gelänge, ſo müßte ſich Ofen ergeben. Ein ungariſcher Offizier der am 13. bei Szered durch die Waag ſchwamm und zu der k. Armee überging, ſoll berichtet haben, daß in Folge der Debrecziner Beſchlüſſe vom 14. April große Aufregung unter den Huſaren herrſche, die ſeitdem geneigt ſeien bei günſtiger Gelegenheit zum k. Heer überzugehen; an Beiſpielen zum Beleg dieſer Behauptung fehlt es aber bis jetzt gänzlich. Görgey ſoll an den Oberbefehlshaber der k. Truppen ein Schreiben gerichtet haben, worin er ihn bittet, die ungariſchen Gefangenen nach dem Kriegsgebrauch zu behandeln, ſeinerſeits aber die Erklärung abgibt, daß jeder gegen Ungarn kämpfende geborne oder naturaliſirte Ungar den Tod des Landesverräthers ſterben müſſe. Koſſuth ſcheint noch immer in Debreczin zu ſein. Seine Frau als Vorſteherin des „Frauenvereins", und ſeine Schweſter, die Frau eines der früheren Kommandanten Komorns (Meszlenyi) als „Oberpflegmutter aller Spitäler", haben einen Aufruf an die Frauen von Buda-Peſth ꝛc. erlaſſen, worin ſie jede derſelben bitten, wenigſtens ſo viel Spitalrequiſiten in Bereitſchaft zu halten, als zur Verpflegung eines Kriegers nothwendig ſei.

Der vorgeſtrige Arbeiterkrawall hat wirklich ſtattgefunden, doch hatte er außer einigen Verhaftungen keine weiteren Folgen. Der verpönte 15. Mai ging geſtern ganz ruhig vorüber und brachte uns nichts Neues, denn an den Anblick von Verwundeten, deren geſtern wieder einige Hundert aus Preßburg hier anlangten, haben wir uns ſeit dem Oktober v. J. gewöhnen müſſen.

Der Rücktritt des Miniſteriums Gagern hat hier in allen Parteiungen die verſchiedenartigſte Senſation erregt. Die deutſche Partei zittert, daß man nun von Seiten der Regierungen den Bewegungen in der Pfalz, in Rheinpreußen ꝛc. den Stempel der Anarchie aufdrücken wird, nachdem der moraliſche Einfluß Gagerns und ſeiner Partei den dynaſtiſchen Beſtrebungen geopfert ward. Die Altkonſervativen jubeln laut und halten es für ein leichtes, den Trotz „des todgebornen Zwerges den man Kleindeutſchland

nenne" nun vollends zu brechen. Die Diplomaten glauben ſich jetzt ganz beſonders nöthig und betrachten die Centralgewalt und die deutſche Reichsverſammlung bereits als beſeitigt.

* **Wien**, 16. Mai. Ueber das Schickſal Oſens iſt man noch immer im Dunkeln; ein verbreitetes Gerücht, daß es in die Hände der Ungarn gefallen ſei, jedoch mit einem Opfer von 3000 Mann, bedarf gar ſehr der Beſtätigung. Durch die bisher erfolgten Truppenmärſche dürfte jetzt in Hradiſch und deſſen Umgebung ein Hilfskorps von 20,000 Ruſſen konzentrirt ſein. Sie ſind meiſt Männer im vorgerückten Alter, lauter Kerntruppen. Die ruſſiſche Intervention hat die Gemüther in Ungarn noch mehr entflammt und zur Ergreifung der Waffen bei jedem Alter und Stande angeſpornt. Es iſt begreiflich, daß die vielen Polen in Ungarn hierzu mächtig beitragen. In Klauſenburg wurde am 29. April die ungariſche Republik verkündet und durch ein Kirchenfeſt gefeiert. Die ungariſche Regierung hat das Standrecht über Alle verhängt, welche mit den Aſſentirungen für die k. k. Truppen betraut waren; als erſtes Opfer fiel der Präſes einer ſolchen Kommiſſion, von Miskey. Die Agramer Landtafel hat die Abſchickung einer Deputation der Stadt Fiume nach Olmütz zur Bezeugung ihres Dankes für die in der Konſtitutionsurkunde beſtätigte Autonomie des als Kronland erklärten freien Gebiets von Fiume gemißbilligt. Durch ein Reſkript von Agram wurde der Munizipalbehörde in Fiume eine Eidesformel vorgelegt des Inhalts: „treu zu ſein dem Könige und der Nation des dreieinigen Königreichs, gehorſam und unterwürfig den hohen Autoritäten dieſes Königreichs." Der in Pleno verſammelte Gemeinderath wollte ſich in dieſe Eidesformel nicht fügen und verlangte einen Aufſchub, um ſich deshalb an den Kaiſer zu wenden. Auf die diesfällige Verweigerung des Banalkommiſſärs und Vorſtellung der Dringlichkeit der Eidesleiſtung legte der Gemeinderath den Eid unter gleichzeitiger Inkenntnißſetzung des Geſchehenen ab. Der Kaiſer hat bei ſeiner Anweſenheit im Lager vor Preßburg an die in den letzten Gefechten ausgezeichnete Mannſchaft eigenhändig goldene und ſilberne Tapferkeitsmedaillen vertheilt. Da es nothwendig erſcheint wegen Verpflegung und Bequartierung der ruſſiſchen Truppen an Ort und Stelle thätig und mit Aufmerkſamkeit einzuſchreiten, ſo hat der Landeschef von Mähren Graf Lazansky einſtweilen in Hradiſch ſeinen Aufenthalt genommen, wo er ſich bereits überzeugt hat, daß die getroffenen Verfügungen von dem ruſſiſchen General von Berg mit voller Zufriedenheit anerkannt werden.

† **Wien**, 16. Mai. Der königl. preußiſche Generallieutenant Freiherr v. Canitz, welcher in einer beſonderen Miſſion hier anweſend war, hat ſeine Rückreiſe wieder angetreten.

Kaiſer Ferdinand wird ſich während der Badeſaiſon in Begleitung des Erzherzog Franz Karl und der Erzherzogin Sophie, nach Iſchl begeben.

In den Lycealklaſſen der hieſigen Gymnaſien wurde ein Erlaß des Herrn Stadtgouverneurs Böhm verleſen, nach welchem es den Studenten verboten iſt, weiße Ausſchlagkrägen, lange Haare, Studentenkappen, weite Burſchenhoſen, Meißner Pfeifenköpfe und verſchnürte Studentenröcke zu tragen.

Berlin. Der P. St.-A. enthält folgenden Armeebefehl des Königs:

„Soldaten der Linie und Landwehr! Als Ich vor ſechs Monaten Eure Dienſte zum Schutze des Geſetzes aufbot, da ſank dem Feinde der Muth vor Eurer Feſtigkeit und Treue. Ohne Kampf wich die Partei des Umſturzes vor Euch zurück. Im Geheimen aber verſuchte ſie, durch alle Künſte der Verführung Euren Sinn für Pflicht, Ehre und Kriegergehorſam zu untergraben und damit das preußiſche Heer — die feſte Stütze des Thrones und der geſetzlichen Ordnung — zu vernichten. Dieſe verbrecheriſchen Verſuche ſind zu Schanden geworden. Die Tage von Dresden, Breslau und Düſſeldorf, wo die Aufſtände blutiger Empörer durch Eure und Eurer Brüder ſiegreiche Waffen zu Boden geworfen wurden, geben Zeugniß von der ungeſchwächten Treue und Tapferkeit des preußiſchen Heeres. Jetzt erhebt im Weſten der Monarchie, ſo wie in einigen anderen deutſchen Ländern, der Aufruhr von neuem ſein Haupt. Unter dem Vorwande von Deutſchlands Einheit wird ein Kampf entzündet gegen Geſetz und Ordnung, gegen jede rechtmäßige Obrigkeit, ein Kampf gegen unſer ruhmvolles Preußen, das die Feinde vernichten, ein Kampf gegen den Thron Eures Königs, den ſie umſtürzen wollen. Zur Abwehr ſolcher verbrecheriſchen Angriffe habe Ich jetzt abermals Mein Heer berufen und die Landwehr aufgeboten. Es gilt zu kämpfen und zu ſiegen wider Eidbruch, Lüge, Verrath und Meuchelmord. Es gilt, den Thron zu ſchützen vor ſeinen erbitterten Feinden. Es gilt, das Vaterland zu retten vor Geſetzloſigkeit und Republik. Es gilt, Preußens Stärke, Preußens Ehre aufrecht zu erhalten und dadurch die Größe und Einheit des deutſchen Vaterlandes feſt zu begründen. Das iſt das Ziel, wofür Ich Mein ſieggewohntes Heer in den Kampf rufe. Soldaten! Seid ferner eingedenk des Ruhmes preußiſcher Tapferkeit und Kriegertreue, des Jahrhunderte alten Erbes, welches Ihr Euren Vätern verdankt! Gedenkt der in den Jahren 1813, 14 und 15 zur Vertreibung fremden Druckes erfochtenen Siege des preußiſchen Heeres, und Ihr werdet Euch auch jetzt durch preußiſche Kriegertugend als Schutz und Hort der werthvollſten Güter eines freien und gebildeten Volkes, dem preußiſchen und deutſchen Vaterlande zum ewigen Ruhme bewähren! Charlottenburg, den 16. Mai 1849."

Friedrich Wilhelm. v. Strotha."

= **München**, 17. Mai. Heute hat das aufgelöſte Künſtlerfreikorps ſeine Waffen ausgeliefert. Im Militärgefängniß fand eine unruhige Bewegung der Sträflinge ſtatt, die viel Volk herbeizog. Militär beſetzte den Platz vor dem Gefängniß.

= **München**, 18. Mai. An Nachgiebigkeit unſerer Regierung iſt nicht zu denken; man geht mit Preußen; ſchon vor einigen Tagen wußten hier hohe Beamte die Abberufung der preußiſchen Abgeordneten, die geſtern erſt durch den Staatsanzeiger hier bekannt wurde. Baiern geht mit Preußen; man ſchlägt die Bewegung durch den Popanz: Republik, moraliſch todt. Mittlerweile gehen aus Franken und der Pfalz die beunruhigenſten Berichte ein, und aus Privatbriefen hoher Perſonen erfährt man, daß die Kamarilla in Stuttgart gleichfalls in Thätigkeit iſt. Man will verhüten, daß das Parlament nach Stuttgart überſiedle, man will der Nation den Einheitspunkt entziehen. Alle hier lebenden Franken ſind in einen Verein zuſammengetreten. Die Stadt iſt ruhig.

0 **München**, 18. Mai. Da die geſtern im Auszuge mitgetheilte Erklärung des Geſammtminiſteriums für gegenwärtigen Landtag die Bedeutung einer Thronrede hat, wiewohl Pfordten zur Verhinderung der Adreſſe dies leugnete, will ich wenigſtens den Paſſus über die Verfaſſungsfrage dem Wortlaute nach mittheilen: „Was die von der deutſchen Nationalverſammlung beſchloſſene Verfaſſung betrifft, ſo glaubte das Staatsminiſterium an dem Standpunkte der Vereinbarung feſthaltend, die unbedingte Anerkennung jener Verfaſſung verſagen zu müſſen, und hat ſeine deßfallſigen Gründe in der unter dem 23. April an das Reichsminiſterium abgegebenen Erklärung niedergelegt. Es iſt hierbei ebenſo von der gewiſſenhaften Ueberzeugung, daß die unveränderte Annahme jener Verfaſſung die Intereſſen Baierns ſchwer verletzen würde, ohne die Einigung und das Wohl von ganz Deutſchland zu begründen, als von der Erwägung geleitet worden, daß ohne Mitwirkung der beiden größten deutſchen Staaten eine gedeihliche Löſung der Verfaſſungsfrage nicht möglich iſt. Es ſind übrigens in der jüngſten Zeit entſchiedene Schritte zur Vereinbarung gethan worden, und das Staatsminiſterium hat ſich hierbei um ſo freudiger betheiligt als es hier nur den wiederholt ausgeſprochenen Willen Sr. Majeſtät des Königs zur Geltung bringt, die deutſche Einheit auf jede mit dem Wohle des geſammten Deutſchlands und des baieriſchen Volkes zu vereinigende Weiſe zu fördern. Ueber dieſen hochwichtigen Gegenſtand wird ſofort den Kammern eine ſpezielle Vorlage gemacht werden, wobei ſodann auch die Frage über die Annahme der deutſchen Grundrechte ihre befriedigende Erledigung finden wird."

Das ganze Programm ward äußerſt kalt aufgenommen, der Paſſus über die Reichsverfaſſung, der von der anſcheinenden Nachgiebigkeit in der von der Angſt diktirten Proklamation vom 9. Mai wieder zur Entſchiedenheit der Note vom 23. April zurückkehrt, erbitterte ſogar allgemein, natürlich die rechte Seite des Hauſes ausgenommen, und umſomehr, als man glauben mußte, daß das Miniſterium von der Rückberufung der preußiſchen Abgeordneten in Frankfurt bereits Kenntniß hatte. Von einer Unterſtützung dieſes Miniſteriums von Seite der Kammern iſt gar keine Rede. Vorgeſtern waren die Fürſten Leiningen und Wallerſtein beim König, um ihn zur Anerkennung der Reichsverfaſſung zu beſtimmen. Der König ſchien ſehr geneigt, auf die ſofortige Anerkennung einzugehen — da kam zur unrechten Stunde Prinzeſſin Luitpold, mit welcher Hr. v. Abel im täglichen Verkehr iſt — und Seine Majeſtät ſoll wieder abgeneigter als jemals ſein, den Wünſchen des Volks nachzugeben. Hr. v. Lerchenfeld erklärte geſtern, ſein Präſidium niederlegen zu wollen. Und er thut wahrlich wohl daran, da er zu keinem Amte wohl weniger befähigt ſein mag, als zu der Leitung einer Kammer. Ein leidenſchaftlicher Parteimann, wie er, wird jedenfalls für ſeine Sache beſſer als Parteihaupt wirken. Morgen Mittag haben die Reichsräthe ihre erſte Sitzung. Die Studenten gaben geſtern, in offenen Wagen je zwei durch die Straßen fahrend, die Hüte geziert mit auffallend großen blau-weißen Kokarden, ihre Waffen zurück.

Regensburg, 13. Mai. Der hieſige Magiſtrat hat in 2 vergangene Woche abgehaltenen Sitzungen jede Antheilnahme an einer Adreſſe zu Gunſten der unbedingten Anerkennung der Reichsverfaſſung zunächſt aus jenen Gründen abgelehnt, welche die Gemeindekollegien in München zu einem gleichen Beſchluſſe beſtimmt haben. (N. M. Z.)

* In **Würzburg** haben am 16. Mai Abends Konflikte zwiſchen Studenten und Militär in einem Wirthſchaftslokal ſtatt gefunden, wobei das letztere, wie es ſcheint, angriffsweiſe verfuhr. Die Studenten haben ſich an den Senat gewendet und drohen die Stadt zu verlaſſen, wenn ihnen nicht genügende Sicherheit für ihre Perſon und ihr Eigenthum gewährleiſtet wird.

In Dürkheim wurde Bürgermeiſter Sülzer von Ungſtein im Bierhauſe von Soldaten ſchwer mißhandelt, weil er, wie die N. Sp. Z. ſich ausdrückt, „die Soldaten zum Gehorſam gegen den König zu verleiten ſuchte.“ (Schw. M.)

* **Stuttgart**, 18. Mai. Die zweite Kammer berieth in ihrer heutigen Sitzung über die Stellung Würtembergs gegenüber der badiſchen Erhebung und über die Beeidigung aller Staatsbürger auf die Reichsverfaſſung. Der Abg. Reyſcher trug die Anſicht der Commiſſion über den erſten Gegenſtand vor. Sie beſtreitet der Centralgewalt nicht das Recht, das geſammte reichsgeſetzliche Contingent Würtembergs in Anſpruch zu nehmen, namentlich zu dem Zweck, die Reichsfeſtung Raſtatt wieder unter das Reichscommando zu bringen. Die Commiſſion hat aber in Erwägung gebracht, daß der Einmarſch würtembergiſcher Truppen in's Badiſche in dieſem Augenblicke leicht einen den Zwecken der Centralgewalt entgegengeſetzten Erfolg haben könne, daß ferner die Bewegung ſeit dem Erlaß der Centralgewalt einen ruhigeren, für die Sicherheit der Nachbarländer nicht gefährlichen Charakter angenommen habe. Dieſe Rückſichten ſcheinen die Sache zu einer vorgängigen Communication zwiſchen der Centralgewalt und der Regierung geeignet zu machen. Die Commiſſion hat ſich überzeugt, daß die Departementschefs von derſelben Anſicht der Sachlage ausgingen, und daß zunächſt nur Einleitungen zum Abmarſch der Truppen getroffen ſind. Sie ſchlägt daher der Kammer vor, bei dieſer Mittheilung der Departementschefs ſich fürs erſte zu beruhigen: welchem Antrag die Kammer einſtimmig beitrat. Der Commiſſionsantrag wegen Beeidigung auf die Reichsverfaſſung geht dahin: die K. Staatsregierung zu bitten, die feierliche Verpflichtung der Staatsbürger, insbeſondere der Staatsdiener und des Heeres, auf die Reichsverfaſſung, und zwar nach einer den Ständen zuvor mitzutheilenden Form, ſofort anzuordnen. Er wurde nach längerer Debatte mit 62 gegen 14 Stimmen angenommen. Staatsrath Römer entwickelte mit vieler Schärfe alle Gründe, die gegen die Vereidigung ſprechen, ohne indeß im Namen der Regierung eine beſtimmte Weigerung auszuſprechen, dagegen verweigerte er zum voraus aufs beſtimmteſte die vorgängige Mittheilung der Eidesformel an die Kammer, weil den Ständen hierüber keine Cognition zuſtehe. Wenn die Regierung, ſagte er, eine Beeidigung für nöthig erachten ſollte, ſo wird ſie den Ständen die Formel nicht vorlegen. Die Kammer fand ſich dadurch bewogen, dieſen Punkt nur als einen Wunſch von ihrer Seite auszuſprechen.

Ludwigsburg, 17. Mai. Heute Vormittag mußten eiligſt zwei Schwadronen Reiterei und ein Bataillon Infanterie des erſten Regiments ſich marſchfertig machen, um nach Heilbronn abzugehen, wo zerſprengte badiſche Artillerie mit 14 Geſchützen und eine Anzahl badiſcher Offiziere die würtembergiſche Gränze überſchritten hatten, um ſich dem Schutze Würtembergs zu übergeben. Nach $1\frac{1}{2}$ Uhr zog die Reiterei ab, und die Infanterie ſollte um 2 Uhr per Eiſenbahn folgen, da kam Gegenbefehl. Eine Anzahl badiſcher Offiziere, man ſagt 16, unter ihnen der badiſche Kriegsminiſter, General Hoffmann, waren von Heilbronn mit der Eiſenbahn angekommen und mit ihnen die Nachricht, daß die 14 Kanonen mit ihrer vollſtändigen Mannſchaft und Beſpannung ins Badiſche umgekehrt haben; der Zweck der militäriſchen Expedition war alſo nicht mehr zu erreichen. 3 Uhr. Soeben komme ich vom Gaſthof zum Waldhorn, wo ich zum Theil aus dem Munde der, ſämmtlich dort abgeſtiegenen badiſchen Offiziere ſelbſt erzählen hörte, wie ſie ſeit vier Tagen auf fluchtähnlicher Reiſe, von Gefahren bedroht, hart an der würtembergiſchen Grenze bei Bonfeld durch ſie verfolgende badiſche Schaaren unzweifelhaft den Tod gefunden hätten, wenn nicht das Pompierkorps der Heilbronner Bürgerwehr ſie gerettet hätte. (Schw. M.)

Sigmaringen, 17. Mai. Geſtern ſind lichtenſteiniſche Truppen hier eingetroffen und ſollen morgen mit dem hieſigen Contingent abmaſchiren. Die fürſtliche Familie iſt heute Nacht 1 Uhr nach der Weinburg abgereiſt, der Fürſt folgt morgen nach, man ſagt, in Folge der badiſchen Ereigniſſe. Unſer Militär wurde heute auf Verlangen der Soldaten auf die Reichsverfaſſung beeidigt. Die Beamten ſollen bald nachfolgen. (Beob.)

≈ **Dresden**, 17. Mai. Bis jetzt iſt die Zahl der als am Aufſtand betheiligt in Haft Genommenen bis 550 geſtiegen; davon ſind aber bereits 80 wieder entlaſſen worden, worunter 9 auf Handgelöbniß. Angeſehene Gefangene wurden aus dem Lande geſtern Abend noch unter ſtarker Militäreskorte zum Plauenſchen Schlage hereingebracht. Von den nambaften Perſonen, die gefangen ſitzen, nenne ich Ihnen neben Bakunin und Heubner, den Abgeordneten Advokat Blöde, Bürgermeiſter Tzſchucke von Meißen, Bertling und Röckel, dann Dr. Minckwitz, Obmann des Vaterlandsvereines, Profeſſor Richter, ausgezeichneter Arzt ꝛc. Die früher ultraradikale Dresdener Zeitung erſcheint noch, die darauf genannten Redakteure aber ſind flüchtig. Mit Steckbriefen werden eine Menge Bürgermeiſter, andere ſtädtiſche Beamte und heute auch der geniale Baumeiſter Semper, ſowie der Direktor der hieſigen Handlungsanſtalt, Dr. Munde, verfolgt. Das heutige Dresdener Journal macht die Namen von 77 Perſonen bekannt, die auf Befehl der proviſoriſchen Regierung, theils in der Frohnfeſte, theils im Polizeihaus unter dem Vorwande der Spionirerei, während des Aufſtandes gefangen gehalten worden ſind, unter ihnen figurirt ein Prinz von Anhalt-Deſſau unter dem Namen Graf von Stolzenberg; ich habe einige von den auf ſolche Weiſe Verhafteten geſprochen, keiner klagte über üble Behandlung, außer als daß er eben feſtgehalten worden. Truppenzuzüge, Truppenabmärſche bringen fortwährende Bewegung in unſere Stadt; ein Bataillon vom Alexanderregiment iſt nach Berlin abgegangen, das zweite wird ihm in dieſen Tagen folgen. Nach Chemnitz und Zwickau ſind dieſen Morgen 1800 Mann vom 12. Regiment abmarſchiert; es ſcheint demnach die Bewegung noch fortzudauern. In Waldheim ſollten die Gefangenen aus dem großen Zuchthauſe von Aufſtändiſchen befreit werden und es herrſchte daher große Aufregung; das Vorhaben mißlang; es ging geſtern noch eine Schwadron ſächſiſcher Grenadiere dahin ab, dem anderes Militär folgte. Wir erwarten heute noch eine bedeutende Zahl preußiſcher Truppen (Landwehr). Heute am Himmelfahrtstage ſind alle Kirchen geöffnet (die Hauptkirchen ſind freilich noch ſehr ſtark beſchädigt) und wird der erſte große allgemeine Gottesdienſt nach ſo langer Zeit wieder gehalten.

* Baden. Der Großherzog hat aus Lauterburg folgende Proklamation erlaſſen:

„An das badiſche Volk! Bürger Badens, Solbaten, Landsleute! Eine Verketeung unglücklicher Ereigniſſe, herbeigeführt durch ſolche, denen keine geſetzliche Freiheit genügt, die vielmehr den Weg des Umſturzes, der Zerſtörung und des Bürgerkriegs verfolgen, und ich ſage es mit tiefem Schmerze, herbeigeführt auch durch einen Theil meiner ſonſt treuen und tapfern Soldaten, die der Fahne untreu geworden, war ich gezwungen, meine Reſidenz zu verlaſſen. Empörer, die an dem Vaterland Verrath üben, verſuchen es, eine ungeſetzliche Regierung zu errichten, und fangen ſchon an, durch gewaltſame Anordnungen das frühere glückliche Land in Jammer und Elend zu ſtürzen. Schon werden Eure Söhne vom jugendlichſten Alter, noch nicht entwickelt in hinlänglicher Kraft, zum Theil unentbehrlich für Euren Feldbau und Eure Gewerbe, von Eurer Seite geriſſen, um ihr Blut für eine treuloſe Sache zu verſpritzen. Bald werden Bürger gegen Bürger, Deutſche gegen Deutſche im brudermörderiſchen Kampf fallen. Nicht genug, bald wird auch Euer Eigenthum eine Beute gewinn- und raubgieriger Menſchen werden und unter dem mißbrauchten Namen des Rechts und der Freiheit werden Recht und Freiheit untergehen. Ich verwahre feierlich meine und meiner verfaſſungsmäßigen Regierung Rechte, ſowie die Rechte und das Glück meines Volkes gegen dieſes frevelhafte Beginnen und erkläre für null und nichtig, was von dem Landesausſchuß oder andern ungeſetzlichen Behörden verfügt wird. Badner! Ihr wißt, mit welch freudiger Bereitwilligkeit ich ſtets das deutſche Verfaſſungswerk unterſtützte, wie ich alle Opfer zu bringen erklärte, welche die Größe, Macht, Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes erfordern mögen. Ihr wißt es, wie ich, als kaum die Vertreter des deutſchen Volkes ihr Werk beendigt hatten, daſſelbe ſogleich unbedingt anerkannte, und daß der Beiſatz in meiner Erklärung vom 11. v. M., den Viele als einen Vorwand zu Angriffen benutzten, nur die Abwendung eines in Ausſicht geſtellten Sonderbundes bezweckte. Ihr wißt, daß ich die Reichsverfaſſung alsdann ohne allen Vorbehalt ſelbſt durch das Regierungsblatt verkünden ließ, und die allgemeine Beeidigung auf dieſelbe vornehmen laſſen wollte, wie ſolche zum Theil, ſo weit nämlich die Kürze der Zeit und der Drang der Umſtände es erlaubten, auch wirklich ſchon vollzogen wurde. Diejenigen, welche ſich mit bewaffneter Hand gegen eine Regierung erheben, die auf ſolche Weiſe die deutſche Sache zu befördern ſuchte, verſündigen ſich zugleich an den großen Intereſſen des deutſchen Vaterlandes, indem ſie an den Tag legen, daß es

ihnen nicht um die deutſche Reichsverfaſſung, ſondern um andere Dinge zu thun iſt, und indem ſie dadurch den Gegnern der deutſchen Einigung Waffen in die Hände geben. Ich gebe mich übrigens der Hoffnung hin, daß die unglückſeligen Zuſtände, in die mein geliebtes Volk durch die Ereigniſſe gerathen iſt, nicht von langer Dauer ſein werden. Bürge dafür iſt mir mein gutes Recht, Bürge die Reichsgewalt, welche den Reichsfrieden und die Aufrechthaltung der verfaſſungsmäßigen Ordnung zu ſichern hat, Bürge endlich der geſunde Sinn der großen Mehrheit meines Volkes, welches die Herrſchaft derjenigen, die die verfaſſungsmäßige Regierung vertrieben, und ſich ſelbſt die öffentliche Gewalt angemaßt haben, nicht dulden, welches ſich die errungene Freiheit und geſetzliche Ordnung, bei der allein die Wiederkehr des Wohlſtandes möglich iſt, durch ſolche Anmaßungen nicht entreißen laſſen wird. Auch an Euch, die Ihr dem lockenden Tone ehr- und gewinnſüchtiger Volksſchmeichler zu viel Gehör geſchenkt, wende ich mich. Vertraut auf Euern Großherzog. Ich habe das Recht, Vertrauen von Euch zu erwarten, denn Ihr ſelbſt bei ruhiger Ueberlegung müßt mir das Zeugniß laſſen, und einſt in der unparteiiſchen Geſchichte wird man es leſen, daß ich ſtets in ſchlimmen wie in guten Tagen mein Volk geliebt, daß ich für die Entwicklung ſeines Wohlſtandes, ſeiner Bildung und einer geſetzlichen Freiheit nach Kräften geſorgt, und nur dem unheilvollen Mißbrauch zu ſteuern geſucht habe, und daß ich mit Bereitwilligkeit vorangegangen bin in der allgemeinen Bewegung für die Größe, Mache und Freiheit des gemeinſamen deutſchen Vaterlandes, ſo wie ich den auf verfaſſungsmäßigem Wege an mich gebrachtin Wünſchen meines Volkes überhaupt ſtets bereitwilliges Gehör geſchenkt habe. In dieſem Bewußtſein ermahne ich die Verführten, von ihrem Irrthume zur Beſinnung und geſetzlichen Ordnung zurückzukehren. Ihr aber, die Mehrheit meines geliebten biedern Volkes, die Ihr ſtets treu geblieben ſeid, und einſehet, in welches Elend Alles verfallen müßte, wenn es den Empörern gelänge, ihr Ziel zu verfolgen, haltet feſt und treu an Eurem Großherzog, wie er an Euch feſthält, und an der deutſchen Centralgewalt, an der freiſinnigen Reichs- und Landesverfaſſung! Soldaten! Ich weiß, Ihr ſeid nur verführt worden durch alle Mittel und Künſte, die eine böſe Abſicht zum Verführen anwendet, und der Verrath iſt nicht aus Eurer Seele gekommen; ſammelt Euch wieder um die Fahne Eures oberſten Kriegsherrn und thut Ihr es ohne Zögern, ſo ſei das Geſchehene vergeſſen und Euch volle Amneſtie ertheilt. Bedenkt aber, daß Treue länger dauert als Verrath! Gegeben zu Berg in der Rheinpfalz, den 17. Mai 1819. Leopold. Duſch. Bekk. Hoffmann. v. Stengel."

* **Karlsruhe**, 19. Mai. Das Regierungsblatt bringt ein Dekret v. 17. Mai, wonach die Kammer aufgelöſt und eine conſtituirende Verſammlung einberufen iſt; ferner ein (oktroyirtes) Wahlgeſetz, wonach jeder 21jährige Staatsbürger wahlfähig und wählbar iſt; die Wahlbezirke ſind dieſelben wie bei der Wahl zur Nationalverſammlung; jeder derſelben ernennt vier Abgeordnete; die Wahlen ſind direkt mit geheimer Stimmgebung; am 3. Juni werden die Wahlen ſtattfinden, am 10. wird die Verſammlung in Karlsruhe eröffnet werden. Ein weiteres Dekret hebt alle Strafurtheile wegen „ſogenannter politiſcher Vergehen" auf, ſchlägt alle Unterſuchungen nieder, und verfügt die Freilaſſung aller politiſchen Gefangenen. Endlich erſcheint hier folgendes Dekret, das wir ſeinem Wortlaut nach mittheilen:

In Erwägung, daß ſich Bürger Friedrich Hecker von Mannheim um das Vaterland und die Freiheit verdient gemacht; in Erwägung, daß in der jetzigen Zeit das Vaterland Männer braucht, die erprobt ſind im Kampfe für die Freiheit, und die den Muth und die Kraft beſitzen, zum Heile für das Volk zu wirken; in Erwägung, daß ſolche Männer die Verpflichtung haben, in den Tagen der Gefahr ſich an die Spitze des Volkes zu ſtellen; wird verfügt: 1) Bürger Friedrich Hecker von Mannheim, dermalen in Nordamerika wohnend, wird aufgefordert, in das Vaterland zurückzukehren und ſich demſelben zur Verfügung zu ſtellen. 2) Der Vorſtand der Exekutivkommiſſion iſt mit dem Vollzug beauftragt."

Man zweifelt, daß Hecker dieſem Rufe folgen werde.

Die Karlsr. Ztg. vom 18. Mai enthält einen Aufruf Brentano's zur patriotiſchen Geldunterſtützung; Jahrhunderte lang habe das Volk mit ſeinem Schweiße die ungeheuern Summen verdienen müſſen, welche zu ſeiner Knechtung verwendet wurden; jetzt möge es nach Kräften dazu beitragen, um dieſer Knechtung ein für allemal ein Ende zu machen; der Waffenvorrath ſei erſchöpft; die proviſoriſche Regierung bedürfe bedeutender Geldmittel, um die Volksbewaffnung durchzuführen.

Am 18. früh wurden die Truppen in Karlsruhe vor dem Stadthauſe auf die Reichsverfaſſung und die gegenwärtige Regierung beeidigt. Die Eidesformel lautete: „Ich verpflichte mich auf Ehre und Gewiſſen, die Durchführung der Reichsverfaſſung mit allen meinen Kräften zu unterſtützen und den Anordnungen des Landesausſchuſſes unweigerlich Folge zu leiſten, ſo wahr mir Gott helfe und meine Ehre mir heilig iſt."

Am 17. Abends wurde eine Anzahl badiſcher Offiziere gefangen eingebracht, und nach kurzem Verhör theils auf freien Fuß geſetzt, theils ins Gefängniß abgeführt. Unter den Letztern befand ſich der Oberſt von Hinkeldey.

„Die Reichskommiſſäre, verſichert die Karlsr. Ztg. in gelungenem Offizialſtyl, haben (im Laufe von zwei Tagen) hinlängliche Kenntniß von dem gegenwärtigen Stande der Dinge in Baden genommen, um dem würdigen und geordneten Gang unſerer Bewegung volle Anerkennung zollen zu müſſen. Sie äußerten ſich gegen die Mitglieder des Landesausſchuſſes freudig überraſcht von der allerwärts herrſchenden Ordnung und Sicherheit, welche unter ſolchen Verhältniſſen bisher unerhört geweſen, und Jedem, der nicht ſelbſt Augenzeuge war, freilich kaum glaublich erſcheinen mag. Morgen werden die Kommiſſäre das Oberland bereiſen und ihr Bericht wird die fabelhaften und verläumderiſchen Ausſtreuungen, welche zum Theil in die Oberpoſtamtszeitung und ähnliche Blätter übergegangen, in Bälde Lügen ſtrafen." Dieſe Angaben beweiſen wenigſtens das Vergebliche dieſer Sendung.

Die Vorſchläge zur militäriſchen Vereinigung mit der Pfalz beruhen nach der Karlsr. Ztg. ungefähr auf folgenden Grundlagen: 1) In militäriſcher Beziehung bilden Baden und Rheinbaiern ein Land; 2) wird das badiſche Kriegsminiſterium vorerſt als das gemeinſchaftliche beider Länder betrachtet; 3) alles Zollgeld auf Brücken, welche Baden und Rheinbaiern verbinden, iſt ſofort aufgehoben. Die Entſchädigung privatrechtlicher Anſprüche bleibt vorbehalten. Die Unterhaltungskoſten ſind gemeinſchaftlich und gleichheitlich zu tragen; 4) die Einwohner beider Länder werden in allen Beziehungen ſo angeſehen, als gehörten ſie einem und demſelben Staate an.

Karlsruhe, 19. Mai. Seit geſtern befindet ſich der Großherzog mit ſeiner Familie in Hagenau, wo er vorerſt einige Tage zu bleiben gedenkt. Die franzöſiſchen Behörden behandeln den flüchtigen Regenten mit aller Rückſicht und der zarteſten Aufmerkſamkeit. Von Straßburg ſendete der dortige Militärbefehlshaber eine Abtheilung Lanciers nach Lauterburg, um den Großherzog nach Hagenau zu geleiten, wo er bei dem dortigen Oberſt wohnt. Ueberhaupt genießen unſere Flüchtlinge, beſonders die Offiziere, bei unſern elſäſſiſchen Nachbarn im Allgemeinen eine faſt rührende Unterſtützung. Vorgeſtern ſind die Reichskommiſſäre Chriſt und Zell von hier nach Raſtatt und von da nach kurzem Aufenthalt nach Freiburg. Vom Reichskriegsminiſterium iſt in dieſen Tagen auch ein öſterreichiſcher Offizier aus Frankfurt nach Raſtatt geſendet worden, um über das Feſtungsbauweſen, über die Verhältniſſe und Stellungen der gegenwärtig die öffentlichen Angelegenheiten leitenden Militärperſonen ſich zu unterrichten und über den Fortbau der Feſtungswerke Anordnungen zu treffen. In letzterer Beziehung war jedoch nichts mehr zu ändern, da die Feſtungsarbeiter bereits entlaſſen waren. In Kehl hat ſich der Infanteriehauptmann von Fick, und in der Gegend von Pforzheim der Artilleriehauptmann Großmann erſchoſſen. Erſterer war von einem Soldaten thätlich mißhandelt, und Letzterer auf der Flucht mit Oberſt Hinkeldey und einigen andern Offizieren gefangen genommen worden. Beide waren wackere und allgemein beliebte Offiziere, welche nun als Opfer unſerer unglückſeligen Ereigniſſe gefallen ſind. (O.P.Z.)

Freiburg, 18. Mai. Der Anſchluß der badiſchen Truppen im Oberland an den Landesausſchuß iſt nun vollſtändig erfolgt. Wir haben bereits mitgetheilt, daß vorgeſtern ein Bataillon des dritten, und eines des Leibregimentes, dann eine halbe Batterie Fußartillerie hier eintrafen. Dieſe Truppen ſind auf der Eiſenbahn nach Karlsruhe abgegangen. Als General Miller am 16. mit den Württembergern aus dem Kirchzarter Thal nach dem Seekreis abzog, marſchirten das zweite Infanterie-Regiment, das Leib-Dragoner-Regiment und eine halbe Batterie an der Stadt vorüber, ebenfalls thalaufwärts, ohne Zweifel auf Befehl des Reichsgenerals, um ſich dieſem anzuſchließen. Schon am nämlichen Tage aber kehrte ein großer Theil des zweiten Regimentes hierher zurück. Heute nun iſt der ganze übrige Theil dieſer Truppen in Freiburg eingetroffen, und hat ſich unter die Befehle des Landesausſchuſſes geſtellt. Zuerſt rückte die Artillerie mit ihren Offizieren ein, abgeholt durch die Militärmuſik des zweiten Regiments und begleitet von einer großen Menſchenmenge. Die Straßen wurden zur Begrüßung der Truppen mit deutſchen Fahnen geſchmückt. Nach einiger Zeit hielt das ganze Leibdragonerregiment, unter dem Kommando vieler Offiziere, jedoch ohne Stabsoffiziere, ſeinen Einzug. Daſſelbe wurde von dem Civil- und Militärkommiſſär des Landesausſchuſſes, Hrn. Heuniſch durch eine Anſprache begrüßt. Zuletzt folgte eine Abtheilung des zweiten Infanterie-Regiments, welches 17 Offiziere, darunter 3 Stabsoffiziere gefangen mit ſich führte. General Gayling, Kommandant der badiſchen Diviſion im Oberland, war ſchon Tags vorher in Neuſtadt genöthigt worden, ſeine Truppen zu verlaſſen. Er

kam geſtern auf ſeinem Landgut in Ebnet bei Freiburg unter dem Schutze einiger Bürgerwehrmänner an. Die Soldaten des zweiten Infanterieregiments haben neue Offiziere gewählt, welche ſich bereits im Dienſt befinden. Die Ruhe und Ordnung in hieſiger Stadt iſt fortwährend ungeſtört.

Die „N. Fr. Z.", der wir vorſtehendes entnehmen, berichtet weiter, daß am 18. Nachmittags 5 Offiziere des 2. Infanterie-Regiments unter Eskorte auf den Bahnhof gebracht worden ſeien. Sie gingen nach Karlsruhe. Der Civil- und Militärkommiſſär Heuniſch habe ſie des nöthigen Schutzes wegen begleitet, wie denn überhaupt die herrſchende Demokratie mit ganzer Strenge darauf halte, daß jeder Exzeß vermieden werde.

Villingen, 17. Mai. Nach ſo eben eingetroffener Nachricht iſt geſtern der Reichsgeneral Miller (von Freiburg kommend) in Donaueſchingen eingerückt, und es ſoll in der Gegend von Donaueſchingen, Villingen und Rottweil ein beträchtliches Truppenkorps (Würtemberger und Baiern) zuſammengezogen werden. Auf heute iſt durch eine in verfloſſener Nacht eingetroffene Eſtafette für 1000 Mann Würtemberger auf 2 Tage Quartier hier angeſagt worden. (Karlsr. Z.)

Kaſſel, 18. Mai. Heute Morgen iſt eine mobile Kolonne, beſtehend aus einer Jäger-Abtheilung und einem Detachement Huſaren nach Arolſen abmarſchirt. Sicherem Vernehmen nach iſt der Abmarſch auf den Antrag der Regierung des Fürſtenthums Waldeck (deſſen Contingent bekanntlich gegenwärtig ſeine Verwendung im Reichsdienſte in Schleswig-Holſtein findet) in Folge einer von der proviſoriſchen Centralgewalt ihr gewordenen Anweiſung angeordnet, um geſetzwidrige Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in dem genannten durch Anerkennung der Reichsverfaſſung mit Kurheſſen verbundenen Staate zu unterdrücken; ſie iſt deshalb zur Dispoſition der dortigen Regierung geſtellt. (K.A.Z.)

* **Koburg**, 16. Mai. Magiſtrat und Stadtverordnete haben heute in öffentlicher Sitzung den feierlichen Eid auf die Reichsverfaſſung geleiſtet. Sie fordern zugleich durch Plakat die Bürger auf, ſich Sonntag den 20. auf dem Marktplatz zu verſammeln und in Gemeinſchaft mit der Bürgerwehr zu ſchwören, daß ſie an der Verfaſſung feſthalten, und zu deren Anerkennung in ganz Deutſchland in jeder geſetzlich erlaubten Weiſe mitwirken wollen. Man erwartet von Gemeinde zu Gemeinde das gleiche Gelöbniß.

** **Koburg**, 17. Mai. Nach Vorgang der beiden ſtädtiſchen Kollegien hat heute auch unſere Ständeverſammlung auf die deutſche Reichsverfaſſung feierlich geſchworen. Nach einer Mittheilung in der heutigen Ständeſitzung wird die Staatsregierung aus Anlaß der verſchiedenen desfallſigen Anträge an ſie eine Veröffentlichung ergehen laſſen, gemäß welcher ſie zwar eine zwangsweiſe Anordnung der Verpflichtung auf die Reichsverfaſſung zu verfügen ſich nicht in der Lage findet, es jedoch für wünſchenswerth anerkennt, wenn eine ſolche Verpflichtung unter Leitung der Gemeindebehörden freiwillig erfolgt. Die Ständeverſammlung hat ferner einſtimmig eine Adreſſe an die baieriſche zweite Kammer beſchloſſen und abgeben laſſen. Es heißt in derſelben:

„Von Ihnen hofft der Freund des gemeinſamen Vaterlandes, daß Sie durch das mächtige Gewicht Ihres moraliſchen Einfluſſes auf geſetzlichem Wege die Krone Baierns beſtimmen werden, der von der Nationalverſammlung in Frankfurt a. M. uns geſchaffenen Verfaſſung des deutſchen Reichs, die leider bis jetzt verſagte Anerkennung zu Theil werden zu laſſen. Von Ihnen hofft der Freund des Vaterlandes, daß Sie dem Beiſpiele der biederen Würtemberger folgen, daß Sie alle geſetzlichen Mittel aufbieten werden, Deutſchlands Größe, Macht und Ehre den Sieg zu verſchaffen über beklagenswerthe ſelbſtſüchtige Beſtrebungen.

Auch wir, die Vertreter eines zwar kleinen, aber von warmer Liebe für das große deutſche Vaterland durchdrungenen Theils des deutſchen Volkes, hegen dieſe Hoffnung und vertrauen zu Ihnen, Vertreter eines mächtigen Theils deſſelben, daß Sie Ihre hohe Aufgabe als Deutſche würdig löſen werden. Deutſche, ſtammverwandt mit den ſchönſten Provinzen Baierns, den fränkiſchen, können wir uns nicht verſagen, Ihnen dieſe Hoffnung, dieſes Vertrauen auszuſprechen.

Die gute Sache des deutſchen Volkes muß ſiegen und ſie wird ſiegen, wenn auch die edeln Baiern um ſein Panier, die Verfaſſung des deutſchen Reichs, ſich ſchaaren."

, **Altenburg**, 17. Mai. Unſere Regierung hat bis jetzt treu und charaktervoll bei der Reichsverfaſſung ausgehalten. Seit dem 15. d. iſt auch bei uns dieſelbe amtlich publicirt. In einer der Deputation einer Volksverſammlung gegebenen Antwort iſt auch das Verfahren bei derſelben von der Regierung zugeſichert worden. Wie freilich nach der neueſten Berliner Erklärung ihre Stellung ſein wird, läßt ſich nicht abſehen. Unſer Militär ſteht in Schleswig, das Land iſt von preußiſchen Truppen beſetzt.

Seit einiger Zeit ſchon wird von einem Wechſel des hier liegenden preußiſchen Militärs geſprochen. Die deshalb ergangenen Befehle ſind aber wiederholt, ſelbſt an einem Tage mehre Male widerrufen worden. Auffällig könnte es ſein, daß die vor einiger Zeit entlaſſenen, dann aber in voriger Woche von Halle aus wieder zurückberufenen Ausgedienten der hieſigen Garniſon heute wiederum mit Sang und Klang aus der Stadt geführt, alſo entlaſſen ſind.

× **Schwerin**, 15. Mai. Die Erklärung unſerer Regierung, ſie habe zur Zeit — der großherzogliche Kommiſſär, Hr. v. Lützow, betonte dieſes Wort, — noch keinen Bevollmächtigten zur Konferenz der Regierungen in Berlin geſandt und die ſonſtigen zweideutigen Aeußerungen der Regierung haben große Aufregung im Lande verurſacht. Am 20. d. wird allgemeine mecklenburgiſche Volksverſammlung in Güſtrow abgehalten werden. Von hier brechen zwei Kompagnien des Gardebataillons nach Güſtrow auf. Das von der lauenburgiſchen Landesverſammlung beſchloſſene Grundgeſetz hat die Genehmigung des Reichskommiſſairs, Hrn. v. Wintzingerode, erhalten.

Daſſow in Mecklenburg, 14. Mai. Die Aufregung in unſerem Lande, hervorgerufen durch das zweideutige Benehmen des Großherzogs, iſt ungeheuer. Alles bewaffnet, alles rüſtet ſich, und jedenfalls wird es ſchwer werden, das einmal aufgeregte Volk (wenn auch die Entſcheidung der Regierung zu ſeinen Gunſten ausfällt) zu vermögen, den Konflikt ohne Ruheſtörungen zu löſen. Der Reformverein, deſſen Zweigvereine ſich durch das ganze Land erſtrecken, hat überall und beſonders unter den Landleuten einen Aufruf zur Bewaffnung ertheilt. Dieſe, dem Aufruf nur allzugern folgend, haben ſich nun in Maſſe erhoben und wollen gegen Schwerin ziehen. Ihre Waffen ſind theils geradegeſchlagene Senſen, theils Piken und Gewehre. In Schwerin ſelbſt iſt die Aufregung ſehr groß; der Großherzog wird Tag und Nacht in ſeinem Schloſſe von dem Volke militäriſch bewacht, weil man glaubt, er wolle entfliehen. Uebrigens iſt Schwerin ſtark mit Truppen beſetzt, in die umliegenden Dörfer ſind die Dragoner aus ihrem Standquartier Ludwigsluſt eingerückt. Dagegen iſt auch die Anzahl des bewaffneten Volks nicht unbedeutend. In Hagenow ſtehen zwei Abtheilungen, die eine mit Senſen, die andere mit Gewehren bewaffnet, unter dem Befehl des Dr. Raber, zum Ausmarſche bereit. So ſtehen die Dinge in jedem Dorf, in jedem Flecken. Alles harrt auf den Ruf des Reformvereins, um loszuſchlagen. (Lüb. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Mai. Die „Times" kommt auf ihre Verſicherung zurück, daß Palmerſton die von der däniſchen Regierung gemachten Waffenſtillſtandsvorſchläge gebilligt habe. Hiernach würde Schleswig in zwei Hälften jenſeits und dieſſeits Flensburg getheilt und die nördliche von däniſchen Truppen, die ſüdliche von der deutſchen Streitmacht beſetzt werden. Die „Times" macht bei dieſer Gelegenheit neuerdings ihrer übeln Laune Luft, indem ſie zwar zugibt, daß die Dänen mit der Erneuerung der Feindſeligkeiten eine Dummheit begangen hätten, und daß ſie dafür auch durch eine Reihe Unglücksfälle beſtraft worden ſeien, indem ſie aber andererſeits ihren alten Sermon von der Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der ſchleswig-holſteiniſchen Forderungen zum hundertſtenmale wiederholt und zum hundertſtenmale verſichert, daß nur der demokratiſche Geiſt, der in der Paulskirche walte, dieſen Krieg verſchuldet habe. Die Lehre, daß die Siege dem Siegenden zu Gute kommen, wird von der „Times" ſo verſtanden, daß ſie in dieſem Falle dem Beſiegten zu Gute kommen ſollen. Freilich meint die „Times": „Die Reihe von Erfolgen deutſcherſeits war ſo unrühmlich, daß die europäiſchen Zeitungen ſie kaum einer Erwähnung würdigten." Im Gegentheil wird die Großmuth Dänemarks gerühmt, welches ſeine Saiten nicht höher ſpanne in einem Augenblick, wo Deutſchland mit ſich ſelbſt beſchäftigt und innerlich ſo zerrüttet ſei, wie es noch nie geweſen. Weiter räth die Times, welche überdies dem Grafen Brandenburg zu ſeinen letzten Maßregeln Glück wünſcht, daß die deutſchen Truppen aus Jütland zurückgezogen werden mögen, um den innern Feind der Demokratie zu bewältigen, und daß die auswärtigen Mächte der Frankfurter Verſammlung und Regierung ihre Anerkennung verſagen und ihre Geſandten aus Frankfurt zurückrufen. Auch treffe es ſich gerade jetzt glücklich, daß Lord Cowley im Begriffe ſtehe, nach England zurückzukehren. In der That zeigt auch der „Globe" an, daß Lord Cowley täglich in London erwartet werde.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Mai. Heute um 6 Uhr wurde auf dem Stadthaus feierlich das Ergebniß der Pariſer Wahlen bekannt gemacht. Die Sitzung zur Durchſicht der Wahlprotokolle hatte ſchon des Morgens um 8 Uhr begonnen. In keinem Arrondiſſement waren Beſchwerden erhoben worden. Eingeſchriebene Wähler ſind 377,043; davon haben geſtimmt 281,140. Gewählt ſind: 1) Murat mit 134,825 Stimmen; 2) Ledru Rollin 129,070; 3) Lagrange 128,087; 4) Boichot 127,998; 5) Bedeau 125,101; 6) Lamoriciere 121,632; 7) Dufaure 119,375; 8) Moreau 118,146; 9) Paſſy 117,138; 10) Hugo 117,069; 11) F. Pyat 116,085; 12) Vavin 115,013; 13) Lamennais 113,131; 14) Bixio 112,918; 15) Odilon Barrot 112,675; 16) Th. Bac 112,259; 17) Cavaignac 111,305; 18) V. Conſiderant 111,241; 19) Wolowski 110,636; 20) Rattier 110,482; 21) Coquerel 110,450; 22) P. Leroux 110,127; 23) Peupin 109,162; 24) Garnon 109,150; 25) Roger 108,309; 26) Rapatel 107,825; 27) Perdiguier 107,825; und 28) Laſteyrie mit 107,820 Stimmen. Davon ſind 10 entſchiedene Socialiſten, 4 Anhänger der Partei des National, die übrigen mehr oder minder aufrichtig der gemäßigten Republik zugethan. Die eigentlichen Anhänger einer der drei Dynaſtien ſind faſt gar nicht vertreten. Auch die Wahlen in den Provinzen ſcheinen nicht ſo vollſtändig im Geiſte der Reaktion auszufallen, als vermuthet wurde. Denn nach den Mittheilungen der Regierung an die ihr ergebenen Blätter kommen auf 454 bereits bekannte Wahlen in 52 Departements 298, die der gemäßigten Partei angehören, 81 Socialiſten, und 75, deren Farbe nicht mit Beſtimmtheit anzugeben iſt. Hierbei iſt aber zu bemerken, daß zu den 298 Kandidaten der gemäßigten Partei auch die des einſtigen linken Centrums gerechnet werden.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg, 9. Mai. Ein Cirkular des Gouverneurs Goluchowski beſagt: „Nach den mir zugehenden Nachrichten zeigen ſich in Galizien für den ungariſchen Aufſtand Sympathien, welche immer mehr zunehmen, man befaßt ſich wieder emſig mit einer Werbung für die Sache des Aufſtandes, und bis jetzt noch ereignen ſich häufige Vorfälle, daß die Bethörten ihre Heimath verlaſſen, in der Abſicht, ſich über die Grenze nach Ungarn zu begeben und ſich daſelbſt mit den Inſurgenten zu verbinden." Es wird deßhalb ſtrengſte Ueberwachung der Grenzen empfohlen. Viele junge Polen, ſchreibt man der Bresl. Z., haben ſich Päſſe nach Churew an der ungariſchen Grenze, unter dem Vorwande, den Ruſſen auszuweichen, genommen und gehen von dort zur ungariſchen Inſurgentenarmee über. Man erzählt ſich auch, daß der Polengeneral Dwernicki, der in Galizien Bürgerrechte beſitzt, beim Landesgouverneur Grafen Goluchowski angefragt, ob er in Lemberg von den Ruſſen Nichts zu befürchten habe. Goluchowski ſoll ihm zur Antwort gegeben haben: er könne ihm ſeine perſönliche Sicherheit nicht gewährleiſten, und in Folge deſſen habe Dwernicki Lemberg verlaſſen. Wir ſind alſo ſchon ſo weit gekommen, daß ein öſterreichiſcher Gouverneur im eigenen Lande nicht die Macht beſitzt, einem öſterreichiſchen Staatsbürger ſeine perſönliche Freiheit zu garantiren."

Krakau, 14. Mai. Zufolge einer am 12. d. M. von der Gubernial-Commiſſion erlaſſenen Verordnung iſt das weitere Erſcheinen der Gazeta Krakowska verboten. (Schleſ. Z.)

Mit vieler Befriedigung meldet der Oeſterr. Korreſp., daß ſich alle Polniſche Emigranten, auch diejenigen, die von der Regierung die Erlaubniß zum zeitweiligen Aufenthalt im Oeſterreichiſchen Kaiſerſtaat erlangt hatten, nach und nach davon gezogen. Man freut ſich alſo ſehr darüber, daß Bewohner des Oeſterreichiſchen Staats auf deſſen Gebiet vor den Ruſſen nicht mehr ſicher ſind.

Italien.

§ **Modena**, 13. Mai. Ich hoffe, Sie haben meinen Brief aus S. Benedetto erhalten. Die Kolonne, von der ich ſagte, ſie hätte den Po paſſirt, iſt heute 12 Uhr in Modena eingetroffen. Haufen von Bürgern, Frauen mit ihren Kindern auf dem Arme kamen uns entgegen. Als wir in die Stadt einrückten, wurden wir mit Enthuſiasmus empfangen. Morgen geht es nach Bologna, wo wir uns dem Korps von Wimpfen anſchließen, der noch ſeine frühere Stellung vor Bologna inne hat. Geſtern fand ein heftiges Gefecht ſtatt. Die Garniſon von Bologna machte einen Ausfall. Ihre Avantgarde beſtand aus 200 Reitern, 190 davon wurden in Stücke gehauen. Wir haben an Verwundeten in Modena 5 Offiziere und 70 bis 90 Gemeine. Wir hoffen bald auf die Einnahme des Forts St. Michele del Bosco. Es beherrſcht die ganze Stadt. Iſt das erſt in unſerer Hand, ſo kann Bologna nicht länger Widerſtand leiſten. Es ſcheint, daß in Bologna 2 Partheien ſind, die eine für den Papſt, die andere für die Republik. Die Letzteren haben jedoch keine Waffen, und ſind daher gezwungen, ſich der Uebermacht zu fügen.

Nachſchrift. Das Fort St. Michele del Bosco iſt eben genommen.

Ungarn.

Koſſuth gibt in einem Memorandum an den Debrecziner Reichstag nebſt ſeiner Miniſterliſte auch ſein Programm kund. Er erklärt die Verſammlung als ſouverän. Sie allein hat über die Regierungsform und über Alles, was ſie ſelbſt betrifft, zu beſchließen. Die proviſoriſche Regierung iſt ihr verantwortlich, hat ihr Rechnung zu legen und ſich ihren Beſchlüſſen zu fügen. Der Gouverneur regiert durch die Miniſter, ſeine Erläſſe müſſen von einem Miniſter kontraſignirt ſein. Er beſtimmt die Geſammtpolitik des Reiches und die ſie organiſirenden Erlaſſe, verleiht Aemter und Würden, in ſeinem Verwaltungszweige jedoch iſt jeder Miniſter unabhängig. Beſchlüſſe über Krieg, Frieden und Bündniſſe hat die Nationalverſammlung zu beſtätigen. Anſtatt des Miniſters, der an der Seite des Königs zu ſein hätte, wird ein Miniſter des Auswärtigen ernannt. Der Schwur des Gouverneurs und der Miniſter ſoll demgemäß eingerichtet werden und ſich nur auf die Erhaltung der Unabhängigkeit und den Gehorſam gegen die Nationalverſammlung erſtrecken. Wie vorauszuſehen war, hatte die Verſammlung, das Echo Koſſuths, dieſe Vorſchläge genehmigt. (Oſtd. Poſt.)

Eine Verordnung bedroht in Peſth alle Handwerker, Kaufleute, Induſtrielle und Fabrikanten mit Konfiskation ihrer Güter, wenn ſie in der begonnenen ſträflichen Tarirung ihrer Waaren fortfahren. Es ſei eine ſchmerzliche Ueberraſchung, daß die peſther Fabrikanten, Induſtrielle, Kaufleute und Handwerker die Preiſe der für die ungariſche Armee erforderlichen Artikel und Fabrikate bis ins Unglaubliche ſteigern und das dem Vaterlande gebührende aufopfernde Gefühl verläugnen. Ferner iſt jeder (über 18 Jahre alte) Staatsbürger oder Bewohner Ungarns, wenn derſelbe gegen Ungarn, deſſen Konſtitution ꝛc. die Waffen ergreift oder dem Feinde was immer für einen Dienſt erweiſt, dem proklamirten Standrechte unterworfen. (Bresl. Z.)

* Die Operationen haben begonnen durch gleichzeitiges Vorrücken von ſtarken und großen Kolonnen auf drei Seiten gegen Raab, gegen die Inſel Schütt und nordwärts gegen Tyrnau. Es iſt eine ausgedehnte Schlachtordnung; rechter und linker Flügel und Centrum operiren zugleich. In halbkreisförmiger Bewegung marſchiren die Heeresmaſſen; an den Grenzen ſchließen an die auslaufenden Punkte des Halbkreiſes ruſſiſche Truppen ſich an und bilden dann eine Peripherie um die ganze ungariſche Armee. Der nördliche Flügel deckt den Einmarſch der erſten ruſſiſchen Kolonne, die am 13. Mai in Hradiſch angeſagt war. Man ſchreibt darüber der Allg. Z.: Von dem ruſſiſchen Korps iſt nur der kleinere Theil nach Göding, die größere Hälfte blieb in Ungariſch-Hradiſch, um von dort direkt auf Trentſchin zu marſchiren. Fürſt Paskewitſch leitet die Bewegungen der Ruſſen von Warſchau aus. Der eigentliche Kommandant bleibt General Rüdiger, der mit dem ſtärkſten Korps über Lemberg anrückt, jedoch vor Ende Mais kaum an den Grenzen Ungarns ſein wird. Ob bis dahin Baron Welden größere Offenſivbewegungen beginnt, ſteht dahin. Bis jetzo ſtehen die Ruſſen an den Eingangspunkten bei Göding, Hradiſch, Jablunka und Szandez. Vom Dembinskiſchen Korps haben ſich die polniſchen Honved getrennt und, während die Magyaren von den Grenzen ſich entfernten, den Weg nach Dukla fortgeſetzt, um dieſen polniſchen Theil Galiziens zu revoltiren. Dabei waren ſie vermuthlich ſehr gut über den Marſch der Ruſſen unterrichtet, die auf dieſer Seite ſpäter einrücken können als von Krakau aus über Zipſen und Trentſchin. Sie kamen von Dukla bis Jaslo (acht Meilen von Rzeszow und 30 Meilen von Lemberg). Hier, von einigen Kompagnien des Infanterieregiments Haynau und dem galiziſchen Landſturm angegriffen, wurden ſie mit großem Verluſt geſchlagen, ein Haupt-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 21. Mai.) Wien (Ungariſche Nachrichten. Proklamationen des Kaiſers an die Ungarn. Vermiſchtes.) Berlin (Die Verhandlungen über die Reichsverfaſſung. D'Eſter ſteckbrieflich verfolgt. Das Wahlgeſetz. Der Treubund.) Stettin (Einberufung der Landwehr.) München (Entwurf der Adreſſe an den König. Vorlage der Regierung über die Reichsverfaſſung. Verhandlungen der Kammer.) Würzburg (Soldatenerzeſſe. Auszug der Studenten.) Kaiſerslautern (Proklamation der proviſoriſchen Regierung. Verlegung ihres Sitzes nach Speier.) Stuttgart (Aufruf des Kriegsminiſters. Rückkehr der Truppen aus Baden.) Karlsruhe (Dekrete und Proklamationen. Brecker von Biel Oberbefehlshaber.) Mainz (Geſchärfte Sicherheitsmaßregeln.) Aus dem nördlichen Schleswig (Bombardement von Fridericia.)

Frankreich. Paris (Die Union Electorale und die Rue Poitiers. Die Socialiſten. Boichot. Abſchaffung der Trankſteuer.)

Italien. (Friedliche und kriegeriſche Nachrichten aus dem Kirchenſtaat.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 21. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 21. Mai.

Der Verſammlung — nur noch ein Schatten von dem was ſie geweſen — fangen die Räume der Paulskirche an viel zu weit zu werden. Unter den Abgeordneten von der Rechten, die wir heute noch im Hauſe wahrnehmen, haben ſich mehrere nur eingefunden, um von ihren Freunden Abſchied zu nehmen. Vor der Eröffnung der Sitzung, 10½ Uhr Vormittags, verordnet der Präſident Hr. Reh eine Zählung des Hauſes. Eine beſchlußfähige Anzahl von Mitgliedern iſt dennoch vorhanden. In ihrer Mitte verbreitet ſich die Nachricht von einer neuen konſtitutionellen Maßregel des deutſchen Königthums: in Baiern ſeien die Kammern aufgelöſt. Abermals ſind dreißig Adreſſen ſeit dem 19. Mai eingegangen, welche ſich für die deutſche Reichsverfaſſung erklären.

Der Reichsminiſterrath legt ein Schreiben des königlich ſächſiſchen Bevollmächtigten in Abſchrift vor, welches die Abberufung der ſächſiſchen Abgeordneten enthält. Bei dem unmittelbaren Bezuge den dies Aktenſtück auf den preußiſchen Vorgang nimmt werden Aeußerungen des Hohnes laut. Vizepräſident Herr Eiſenſtuck: Ich bin beauftragt in Folge dieſes Schreibens, welches materiell auf einer königlich preußiſchen Verordnung beruht, zugleich im Namen der ſächſiſchen Abgeordneten: v. Dieskau, Mammen, Günther, Schaffrath, Scharre, Biedermann, Roßmäßler, Hallbauer, Langbein und Heiſterbergk zu erklären, daß ſie ſich weder für berechtigt noch verpflichtet halten, dieſer Abberufung zu gehorchen. Nachdem der Austritt der Abgeordneten Herren von Bodbien, Sepp, Winter, von Selchow, Henſel, Baſſermann, Trabert, Richter von Danzig, von Borries, Behnke, Viebig von dem Präſidenten verkündet iſt, wird nachfolgende gemeinſame Austrittserklärung von mehr als ſechzig Mitgliedern des Kaſinoklubs gegeben verleſen:

Die Unterzeichneten legen ihr Mandat als Abgeordnete zur verfaſſunggebenden Reichsverſammlung mit dem heutigen Tage gemeinſam nieder. Sie halten ſich verpflichtet, vor ihren Wählern und vor der ganzen Nation deshalb Rechenſchaft zu geben.

Mit dem Beſchluſſe vom 28. März d. J. war das Verfaſſungswerk von Seiten der Reichsverſammlung vollendet. Die Unterzeichneten ſind überzeugt, daß dieſe Verfaſſung der einzige unter den gegebenen Verhältniſſen zu erreichende Ausdruck einer friedlichen Löſung und einer Verſöhnung der Intereſſen und Rechte der verſchiedenen deutſchen Stämme, Staaten und Dynaſtien war; daß in Ermangelung eines von den Regierungen vorgelegten Verfaſſungsentwurfes, und bei der unüberwindlichen Schwierigkeit die vielen unter ſich widerſtreitenden Intereſſen zu einer Vereinbarung zu bewegen, die konſtituirende Reichsverſammlung eine ſchiedsrichterliche Stellung zwiſchen Regierungen und Völkern einzunehmen berufen war, und daß keine andere Macht erſetzen kann, was in dem Bewußtſein der Nation als der freie Ausdruck ihrer Selbſtbeſtimmung bereits gewurzelt hat. Nach der Berufung der mächtigſten deutſchen Krone an die Spitze des neuen Bundesſtaates, nach der darauf folgenden Anerkennung von 29 Regierungen und der wachſenden Zuſtimmung der großen Mehrzahl der geſetzlichen Organe in den übrigen deutſchen Staaten, war nur das Eintreten des erwählten Reichsoberhauptes zu erwarten, um die Durchführung der Reichsverfaſſung auf einem glücklichen und friedlichen Wege zu ſichern. Von dieſer Ueberzeugung geleitet, haben die Unterzeichneten bisher zu allen Beſchlüſſen mitgewirkt, welche die Anerkennung der Reichsverfaſſung in jedem Einzelſtaate durch die landesverfaſſungsmäßigen Mittel und durch die Macht der öffentlichen Meinung herbeiführen konnten; zuletzt noch zu dem Beſchluſſe vom 4. Mai, welcher das Ausſchreiben der Wahlen zum erſten ordentlichen Reichstage einleitet. Zu ihrem tiefen Schmerze haben ſich die Ereigniſſe anders geſtaltet, und die Hoffnungen des deutſchen Volkes drohen, ſo nahe der Erfüllung, zu ſcheitern. Im Angeſichte der höchſten Gefahren des Vaterlandes haben auf der einen Seite vier deutſche Kronen, worunter die Preußiſche ſelbſt, den durch die Reichsverfaſſung gebotenen Ausdruck der Vermittelung zwiſchen den widerſtreitenden, das Jahrhundert bewegenden Prinzipien abgelehnt.

Auf der anderen Seite erhebt ſich außerhalb der Reichsverfaſſung und gegen einen ihrer weſentlichſten Theile, die Oberhauptsfrage, eine gewaltthätige Bewegung ſelbſt in ſolchen Ländern, welche die Verfaſſung bereits anerkannt haben. Von beiden Seiten wird die Gewalt der Waffen angerufen — während die proviſ. Centralgewalt eine Wirkſamkeit behufs Durchführung der Reichsverfaſſung für außerhalb ihrer Befugniſſe und Pflichten liegend erklärt. Endlich iſt ſeit dem 10. Mai von einer neuen Mehrheit in der Verſammlung eine Reihe von Beſchlüſſen gefaßt worden, welche theils unausführbar ſind, theils derjenigen Richtung gänzlich widerſtreben, welche von der früheren Mehrheit, zu welcher die Unterzeichneten gehörten, verfolgt worden iſt.

In dieſer Lage der Dinge hat die Reichsverſammlung nur die Wahl, entweder unter Beſeitigung der bisherigen Centralgewalt das letzte gemeinſame und geſetzliche Band zwiſchen allen deutſchen Regierungen und Völkern zu zerreißen und einen Bürgerkrieg zu verbreiten, deſſen Beginn ſchon die Grundlagen aller geſellſchaftlichen Ordnung erſchüttert hat; oder auf die weitere Durchführung der Verfaſſung durch geſetzgebende Thätigkeit von ihrer Seite und unter Mitwirkung der proviſoriſchen Centralgewalt, Verzicht zu leiſten.

Die Unterzeichneten haben unter dieſen beiden Uebeln das letztere für das Vaterland als das geringere erachtet; ſie haben die Ueberzeugung gewonnen, daß die Reichsverſammlung in ihrer gegenwärtigen Lage und Zuſammenſetzung, wobei ganze Landſchaften nicht mehr vertreten ſind, dem deutſchen Volke keine erſprießlichen Dienſte mehr zu leiſten vermag; und wie ſie bisher in allen weſentlichen Stücken treu zuſammengeſtanden, ſo haben ſie ſich auch zu dieſem letzten gemeinſamen Beſchluſſe, dem des Austritts aus der Verſammlung vereinigt. Nachdem ſie durch alle geſetzlichen Mittel den Eintritt der reichsverfaſſungsmäßigen Gewalten vorbereitet haben, übergeben ſie das Verfaſſungswerk für jetzt den geſetzlichen Organen der Einzelſtaaten und der ſelbſtthätigen Fortbildung der Nation. Frankfurt, den 20. Mai 1849. Dahlmann. v. Saucken. Lette. H. v. Gagern. Droyſen. G. Beſeler. Keudell. M. v. Gagern. Briegleb. E. M. Arndt. Degenkolb. Kerſt. Schubert von Königsberg. Bürgers. Jordan von Berlin. Schneer. Stenzel. Groß aus Leer. Maſſow. Sturm. Köſteritz. Overweg. Verſen. v. Keller. Leverkus. Jordan aus Gollnow. Evertsbuſch. G. Simſon. Scholten. Bock. Meviſſen. Anderſon. Münch. Waldmann. Plathner. Haym. Veit. Oberg. Löw aus Magdeburg. Marcks. Duncker. Waitz. Matthies. Hausmann. Herzog. Albert. Meier aus Bremen. Brons. Stedmann. Stohlmann. Schröter. Schwarz. Sylv. Jordan. Löw aus Poſen. Schirmeiſter. Sellmer. Schwetſchke. Götz aus Neuwied. v. Thielau. Deiters. K. Mathy. Ed. Simſon. Rättich. Metzke. Thöl. Nachträglich wird auch noch der Austritt angezeigt der Herren Langerfeld aus Wolfenbüttel und Haubenſchmied aus Paſſau.

Bei verſchiedenen Namen, beſonders aber bei denen der Herren Dahlmann, v. Gagern, G. Beſeler, Waitz, Ed. Simſon u. A. geht ein Geräuſch des Staunens, der Mißbilligung oder des Hohnes durch das Haus.

Hr. Cetto und Genoſſen beantragen in Folge ſo maſſenhafter Austrittserklärungen die Vertagung der Sitzung auf morgen. Hr. Clauſſen iſt der Meinung, daß zuvor der dringliche Antrag auf Herabſetzung der beſchlußfähigen Mitgliederzahl auf 100 zu erledigen ſei. Vizepräſident Hr. Eiſenſtuck will nicht blos über dieſen, ſondern über ſämmtliche vorliegende Dringlich-

keltsanträge entſchieden ſehen, wovon er ſelbſt einen auf die ſächſiſche Abberufung bezüglichen eingebracht hat.

Hr. Moritz Mohl: Gehen Sie dieſen Vormittag nicht fort, ohne daß ſie es denjenigen, die hier ausharren, anſtatt fortzulaufen, da ſich die Schwierigkeiten unſeres Werkes häufen, ermöglichen, ihre Pflicht auch ferner zu erfüllen. Trennen wir uns alſo nicht, ohne die Beſchlußfähigkeit auf 100 herabgeſetzt zu haben.

Hr. Rüder aus Oldenburg unterſtützt den Cetto'ſchen Antrag, Hr. Schott hingegen ſtellt den Verbeſſerungsantrag, die Sitzung nur bis heute Nachmittag 4 Uhr zu vertagen. Die Zwiſchenzeit reiche vollkommen aus für die verſchiedenen Fraktionen, um ſich über die zu ergreifenden Maßregeln zu verſtändigen.

Auf Herrn Eiſenſtucks Verlangen werden die verſchiedenen dringlichen Anträge zur Kenntniß des Hauſes gebracht, die beim Präſidium angemeldet ſind. Dann erfolgt die Abſtimmung über die Vertagung auf morgen. Sie wird abgelehnt mit 99 gegen 91 Stimmen; angenommen dagegen die Ausſetzung der Sitzung auf Nachmittag 4 Uhr.

* **Wien**, 17. Mai. Vom Kriegsſchauplatze verlautet nichts Neues und es dürfte einige Zeit dauern, bis ſich daſelbſt Größeres vorbereitet. Es iſt daher auch erklärlich, daß F. M. L. Schlick ſelbſt einen Tag hier verweilte. Ueber die Vorgänge von Ofen und Peſth weiß man noch immer nichts Gewiſſes. Nach einem Berichte aus Ofen hatten die Ungarn am 10. d. auf dem Peſther Rathhausplatze eine Batterie aufgeführt und die Beſatzung der Feſtung beunruhigt. Der Feſtungskommandant ließ hierauf Peſt neuerdings 1½ Stunden bombardiren, wodurch viele Gebäude bedeutend beſchädigt wurden. Für den 9. d. war der ſtärkſte Angriff gegen Ofen beſtimmt. Görgey ließ 150 Stück ſchweres Geſchütz, mehrere hundert Leitern und anderes Belagerungserforderniß aus Comorn herbeiſchaffen. Auch wurden mehr als 1000 Maurer und Zimmerleute in Bereitſchaft gehalten. Die Stellung der Ungarn war am Blocksberg, dem großen und kleinen Schwabenberg und auf dem Calvarienberg bei Ofen. Weder die Beſetzung Raabs noch Tyrnaus durch die k. k. Truppen haben ſich bis jetzt beſtätigt. Die letzteren haben ſich aus Sommerein wieder zurückgezogen. Major Trenk, welcher nach dem Gefechte bei Budatin ſich zurückziehen mußte, hat Befehl erhalten wieder vorzugehn um ſich mit den ruſſ. Truppen, die bereits bis Thuroz vorgedrungen ſind, zu vereinigen. Man hegt die Beſorgniß, daß Dembinski, deſſen Avantgarde zwiſchen Eperies und Bartfeld ſteht, in Galizien einfallen werde, um die Ruſſen, die über Rzeszow und Jaslo im Anzuge ſind, zu empfangen. Krosno wird allgemein als derjenige Punkt bezeichnet, wo es zur Schlacht kommen dürfte. Der bekannte magyariſche Dichter Petöfi iſt Adjutant bei Bem und von dieſem mit der milit. Verdienſtmedaille dekorirt worden. Eine Anzahl gleicher Medaillen hat Bem an die Ausgezeichneteren ſeines Heeres vertheilt. Als den gegenwärtigen Commandanten der Feſtung Comorn bezeichnet man den ungar. General Guyon, von iriſcher Abkunft, der früher in öſterreich. Dienſten geſtanden und ſpäter einer Fabrik in der Umgegend Wiens vorſtand. Eine **Proklamation** des Kaiſers, datirt aus Schönbrunn 12. Mai, richtet ſich an die Ungarn, ſie zur Rückkehr zu Geſetz und Ordnung auffordernd und warnend vor dem Treiben einer verbrecheriſchen Faktion. Seltſam genug iſt, daß der Courier — ehemalige Theaterzeitung — dieſe Proklamation zuerſt mittheilt. Geſtern wurde der türkiſche Geſandte vom Kaiſer in feierlicher Audienz empfangen, zu welcher er ſich ſammt Gefolge in zwei Gallawagen nach Schönbrunn verfügte.

Konſt. Korr. **Berlin**, 18. Mai. Das Ausbleiben des neuen Wahlgeſetzes gibt hier zu allerlei Beſorgniſſen und Befürchtungen Anlaß, namentlich daß die Neuwahlen überhaupt über die geſetzlich vorgeſchriebene Zeit würden hinausgeſchoben werden.

Vorgeſtern fand die zweite Generalverſammlung des Treubunds für König und Vaterland im Saale des Geſellſchaftshauſes ſtatt. Es ließen ſich hierbei auch unter Andern der Prof. Keller und Dr. Andr. Sommer vernehmen. Es iſt zu beklagen, daß zu Werbeoffizieren für dieſen Verein auch ſehr zweideutige Leute benutzt werden.

* Die Nachrichten, welche wir geſtern über die Verhandlungen über die Reichsverfaſſung in Berlin brachten, ſcheinen ſich zu beſtätigen. Die konſtitutionelle Korreſpondenz meldet: **Berlin**, 19. Mai. Ueber den Stand der Verhandlungen der hier zuſammengetretenen Abgeordneten deutſcher Regierungen erfahren wir aus ſicherer Quelle Folgendes: Die Nachricht, daß man in der deutſchen Verfaſſung das ſuſpenſive Veto mit gewiſſen Beſchränkungen feſthalten werde, iſt falſch, Hannover, Sachſen und Preußen ſollen in der Verfaſſungsarbeit in vollſter Harmonie ſein; Hr. Prokeſch von Oſten nimmt an den Arbeiten nur als Zuhörer zu ſeiner Information Antheil, eine Stimme führt er dabei nicht. Ueber Bayerns Stellung kann man etwas Zuverläſſiges nicht erfahren; viele Perſonen wollen wiſſen, daß ſeine Haltung nicht gerade die loyalſte und aufrichtigſte ſei; indeß wird ſich das geben, wenn die ſüddeutſche Bewegung in ihrem Fortſchreiten die völlige Machtloſigkeit und Morſchheit dieſes Staates offen an den Tag gebracht hat. Waldeck iſt nicht, wie es heute hieß, ſeiner Haft entlaſſen. Auch d'Eſter und der Handlungsdiener Ohm werden, des Hochverraths angeklagt, ſteckbrieflich verfolgt.

*** **Stettin**, 19. Mai. Nach ſoeben eingetroffener Ordre des Kriegsminiſters ſoll die geſammte Landwehr des 2. Armee-Korps zuſammenberufen werden. Dieſe Maßregel ſteht im genauen Zuſammenhange mit der bevorſtehenden Oktroyirung eines neuen Wahl- Preß- und Verſammlungsgeſetzes, wie man uns aus guter Quelle verſichert. Im Falle, daß die zuſammenzuziehenden Truppen aus der Provinz nach andern Gegenden dislocirt werden ſollten, wird außerdem das 2. Aufgebot der Landwehr zum Schutze der Feſtungen Pommerns einberufen.

0 **München**, 19. Mai. Die von der Kammer der Abgeordneten ernannte Kommiſſion hat beifolgende Adreſſe entworfen, und den Abgeordneten Schüler zum Referenten ernannt:

„Königliche Majeſtät! Die der verfaſſunggebenden deutſchen Nationalverſammlung gewordene Aufgabe iſt gelöſt, die deutſche Reichsverfaſſung, durch dieſelbe geſchaffen, iſt von ihr als endgültiges Grundgeſetz verkündigt, und ſowohl die Regierungen, wie auch die geſetzgebenden Korper der Einzelſtaaten ſind aufgefordert worden, die Verfaſſung des deutſchen Reiches zur Anerkennung und Geltung zu bringen. Die Kammer der Abgeordneten hat ſchon in der Sitzung vom 7. Februar bei Berathung der Antwortsadreſſe auf die Thronrede, die Unterordnung unter die Beſchlüſſe der konſtituirenden Nationalverſammlung und der Centralgewalt anerkannt, was den Rücktritt des damaligen Miniſteriums Eurer Königlichen Majeſtät zur Folge hatte. Durch wiederholte Erklärungen vom 23. April, 3. und 17. Mai hat aber auch das gegenwärtige Geſammtminiſterium Euerer Königlichen Majeſtät, den Grundſatz der Vereinbarung im Widerſpruch mit dem Beſchluſſe dieſer Kammer aufſtellend, die förmliche Weigerung ausgeſprochen, die von der Nationalverſammlung endgültig beſchloſſene und verkündete Reichsverfaſſung anzunehmen und vollziehen zu laſſen; es hat ſich den Abſichten der preußiſchen Regierung, welche nach dem Cirkular derſelben vom 28. April den Verſuch bezwecken, die von der Nationalverſammlung verkündigte Reichsverfaſſung durch eine im Rathe der Fürſten zu beſchließende zu erſetzen, dadurch angeſchloſſen, daß es der Aufforderung jener Regierung, zu dieſem Ende einen Bevollmächtigten nach Berlin abzuſenden, entſprochen hat. Dieſe Nichtbeachtung des Kammerbeſchluſſes vom 7. Februar und dieſes fortgeſetzte Widerſtreben des Geſammtminiſteriums Euerer Königlichen Majeſtät gegen die von der Nationalverſammlung, als Trägerin der Machtvollkommenheit der deutſchen Nation, beſchloſſene Reichsverfaſſung, die insbeſondere von der fränkiſchen, ſchwäbiſchen und rheinpfälziſchen Bevölkerung Baierns laut und freudig begrüßt wurde, in welcher der freiheitsliebende und friedfertige Bürger die einzige Hoffnung und das einzige Mittel erblickt, um den erſehnten geſetzlichen Boden dauernd zu gewinnen und dadurch Ruhe und Ordnung zu ſchaffen, deren Anerkennung daher zur dringenden Nothwendigkeit geworden iſt, wenn das Streben und die Bewegung aller Stämme der deutſchen Nation nach Einigung einen Ruhepunkt finden, wenn wir nicht auf's Neue in blutige Revolutionen geſtürzt und ſelbſt Gefahr laufen ſollen, den jetzigen Beſtand des Königreichs bedroht zu ſehen, — dieſes Widerſtreben des Geſammtminiſteriums Euerer Königlichen Majeſtät lege der Kammer der Abgeordneten die ernſte Pflicht auf: „einerſeits Eurer Königlichen Majeſtät zu erklären, daß ſie dem Geſammtminiſterium alle und jede Unterſtutzung uberhaupt, insbeſondere aber die verlangte zur Ausführung ſeines Programms vom 17. d. M. verſagen müſſe; anderſeits Euerer Königlichen Majeſtät die dringende Bitte an's Herz zu legen, unverzüglich ein Miniſterium zu berufen, das die unbedingte Anerkennung der von der Nationalverſammlung endgültig beſchloſſenen Reichsverfaſſung ſammt dem dazu gehörigen Wahlgeſetze ausſprechen und ſofort thatſächlich in Ausführung bringen wird.“ Eurer Königlichen Majeſtät treugehorſamſte Kammer der Abgeordneten.“

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung beſtieg Miniſter Kleinſchrod die Rednerbühne, um die Vorlage der Regierung über die Punkte der Reichsverfaſſung mitzutheilen, welche von der baieriſchen Regierung beanſtandet werden, und das zu bezeichnen, wodurch ſie das ihr nicht Genehme erſetzt wiſſen will. Ich beſchränke mich für jetzt auf die Aufzählung der weſentlichſten Momente dieſer Vorlage. Es ſind namentlich drei Hauptpunkte, welche die baieriſche Regierung entſchieden bekämpft: 1) die Ausſchließung Oeſterreichs, welche durch die erſten §§. der Verfaſſung bedingt ſei, 2) die der Reichsgewalt eingeräumten Befugniſſe, welche nach

*) Aus dieſer wenig überzeugenden Berichtigung ſehen wir wenigſtens mit Vergnügen, daß das Organ des Miniſteriums den Stimmen der auswärtigen Preſſe Beachtung ſchenkt.

ihrer Anſicht viel zu weit gehen, und anſtatt eines Bundesſtaats den Einheitsſtaat bilden ſollen, und endlich 3) das Wahlgeſetz, welches ſie dahin geändert wiſſen will, daß die Wählbarkeit zwar freigegeben, die Wahlfähigkeit aber an beſtimmte Bedingungen zu knüpfen ſei. Vom Allgemeinen zum Speziellen übergehend hat die baieriſche Regierung gegen den I. Abſchnitt der Reichsverfaſſung mit Ausnahme der §§. 2 und 3 nichts einzuwenden; dagegen beanſtandet ſie in Abſchnitt II. die §§. 31—36, in denen ſie den Ruin Baierns zu finden glaubt. Beſonders wird hervorgehoben, daß der Malzaufſchlag, der zur Schuldentilgung beſtimmt iſt, an die Reichskaſſe fließen und dadurch eine neue Steuer nothwendig werden würde. Die §§. 35—44 werden aus demſelben Grunde beanſtandet, weil dadurch ganz beſondere Eingriffe in die Rechte der Einzelſtaaten gemacht würden. Die Erſparniſſe die durch Einziehung der Geſandtſchaften gemacht werden könnten, ſeien zu unbedeutend um den Ausfall zu decken. Sie will die Centralgewalt auf Matrikularumlagen beſchränkt wiſſen und auf die Einnahme des über das ganze Reichsgebiet ausgedehnten Zollvereins. Die §§. 57 und 58 gingen über den Bundesſtaat hinaus. Den III. Abſchnitt über das Reichsoberhaupt verwirft ſie gänzlich, und will den Erbkaiſer durch ein Direktorium erſetzen, das in der Zahl beſchränkt, nicht auf Inſtruktionen angewieſen, nach Stimmenmehrheit handelt. Auch gegen die Abſchnitte V. und VII. hat ſie einige Bedenken, die aber ſo unerheblich ſind, daß ſie nicht abgeneigt iſt, dieſelben fallen zu laſſen. Doch um ſo mehr Beanſtandung findet der VI. Abſchnitt über die Grundrechte, von denen ſie ſich gegen §. 133 als den Gewerbſtand ruinirend, entſchieden ausſpricht. Zu §. 137 gibt ſie Interpretationen in ihrem Sinne und verwirft den Paſſus über das Aufhören der Stellvertretung beim Heere. Auch §. 139 bezüglich der Abſchaffung der Todesſtrafe iſt ihr nicht genehm. Die §§. 144—151 verwirft ſie wegen der Löſung des Bandes zwiſchen Kirche und Staat, und glaubt den §. 157, der eine neue Beſteuerung der Gemeinden nothwendig machen würde, erſt allmählig einführen zu können. Durch die §§. 165—170 iſt nach ihrer Anſicht der Bauernſtand zu ſehr beeinträchtigt, als daß ſie dieſelben mit Ausnahme der von ihr genehmigten Aufhebung adeliger Fideikommiſſe gutheißen könnte. Ueber alle dieſe Punkte hofft ſie eine Vereinigung mit den beiden Kammern zu Stande zu bringen auf verfaſſungsmäßigem Wege. Von einer Vereinbarung mit der Nationalverſammlung, von welcher das baieriſche Miniſterium bisher ſo viel geſprochen, ſcheint man jetzt gänzlich abzuſehen, da ihrer nicht weiter gedacht wurde. Nach Angabe dieſer Erklärung wurde darüber debattirt, ob die Adreſſe der Kommiſſion ſogleich zur Berathung kommen oder auf eine ſpätere Sitzung aufgeſchoben werden ſolle. Gegen die Dringlichkeit ſprach vor Allem ſehr entſchieden der jetzige Führer des rechten Centrums, Frhr. v. Lerchenfeld. Nach dem Schluß ſeines Vortrags erklärte Kleinſchrod Namens des Geſammtminiſteriums an der Diskuſſion über die Adreſſe aus Delikateſſe nicht theilnehmen zu wollen, und verließ trotz einer energiſchen Proteſtation Kolbs, der auf den parlamentariſchen Gebrauch aller Länder hinwies, mit ſeinen Kollegen und Unterbeamten den Saal. Die Miniſter blieben draußen, aber die Herren Miniſterialräthe kehrten alsbald zurück. Hierauf erſtattete Schüler Bericht über die Adreſſe, und wies dabei die ewig wiederkehrenden Inkonſequenzen in der baieriſchen Regierungspolitik durch eine Vergleichung aller betreffenden Aktenſtücke auf das Schlagendſte nach, citirte den königlich preußiſchen Aufruf: „An mein Volk!“ woraus er mit Recht folgerte, daß die Regierung ſich der preußiſchen Politik angeſchloſſen habe und wahrſcheinlich ihrem Beiſpiele zu folgen und gar nicht mehr mit der Nationalverſammlung zu vereinbaren gedenke. Es erhob ſich eine längere Debatte über die Dringlichkeit der Adreſſeberathung: der darauf gehende Antrag wurde aber mit 68 gegen 61 Stimmen abgelehnt. Die Adreſſe wird deshalb erſt am Montag auf die Tagesordnung kommen. Nur die Linke und wenige Mitglieder des linken Centrums ſtimmten für die Dringlichkeit. Nach der Abſtimmung erklärte Stockinger im Namen ſeiner politiſchen Geſinnungsgenoſſen für jetzt weder an einer Berathung, noch einer Abſtimmung mehr Theil zu nehmen. Ob das linke Centrum wirklich von der Majorität abgefallen iſt, oder nur der Minorität Zeit laſſen wollte, die miniſterielle Vorlage vor der Berathung des Mißtrauensvotums genau kennen zu lernen, oder ob das Mißtrauensvotum ihm zu gefährlich dünkt, ſo daß es aus Furcht vor einer Auflöſung und deren Folgen mit der ſtimmte Rechten, darüber wage ich noch nicht zu entſcheiden.

In der Kammer der Reichsräthe interpellirte Fürſt Wallerſtein in einem formulirten Antrage das Staatsminiſterium wegen der deutſchen Reichsverfaſſung; da kein Miniſter anweſend war, ſo wurde die Sitzung ſofort geſchloſſen. Man ſprach heute früh als ganz gewiß von einer heute erfolgenden Auflöſung der Kammern und der ſofortigen Verhaftung mehrerer Mitglieder der Linken; aber nur wenige derſelben beachteten die zahlreich einlaufenden Warnungen und entfernten ſich, die andern nahmen muthig ihre Plätze ein. Nach der heutigen Abſtimmung iſt für jetzt natürlich an keine Auflöſung mehr zu denken.

Würzburg, 20. Mai. Im Laufe des Abends fanden ſchwere Exzeſſe von Seiten des Militärs ſtatt, deren Folge Verwüſtungen und Verwundungen waren. In Folge dieſer Exzeſſe verließen die Studenten heute Morgen in einem großen Zuge unſere Stadt. Das Stadtgericht hat beſchloſſen, energiſche Schritte in dieſer Angelegenheit zu thun.

* **Kaiſerslautern**, 19. Mai. In einer Proklamation der proviſoriſchen Regierung vom 18. Mai wird die Pfalz zur Mitwirkung an dem großen Unternehmen der Verwirklichung der Einheit und Freiheit Deutſchlands aufgefordert. Die beſtehenden Behörden werden in ihren Aemtern beſtätigt und haben ihre Amtshandlungen im Namen des pfälziſchen Volkes auszuüben. Alle wegen politiſchen Vergehen und Verbrechen Verurtheilten ſind amneſtirt und alle politiſchen Unterſuchungen niedergeſchlagen. Die Regierung hat ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden abgeſchloſſen.

Ein Theil der Artillerie aus Landau ſoll am 18. Mai mit Geſchützen in Kaiſerslautern eingetroffen ſein. Es wird berichtet, der Kommandant von Landau habe die Thore ſchließen laſſen und den Belagerungszuſtand erklärt. Die proviſoriſche Regierung hat ihren Sitz nach Speier verlegt.

* **Stuttgart**, 17. Mai. Der Kriegsminiſter v. Rüpplin hat einen Aufruf an die Soldaten erlaſſen, zunächſt beſtimmt, einem Aufruf der badiſchen Soldaten an ihre Kameraden im übrigen Deutſchland entgegenzuwirken, der, wie der Kriegsminiſter ſagt, in Stuttgart verfaßt ſei und nicht von badiſchen Soldaten herrühre. Der Miniſter ermahnt die Soldaten zum Feſthalten an ihrem Eid, an Ordnung und Gehorſam, und verſichert dagegen bei ſeiner Verantwortlichkeit, ſie würden nie zu Handlungen befehligt werden, die gegen Recht und Geſetz ſind, oder die nicht in Uebereinſtimmung wären mit den Pflichten des Bürgers wie des Soldaten.

* Die bisher in Baden ſtationirten würtembergiſchen Truppen ſind wieder auf würtembergiſchem Gebiete angekommen. Sie rückten am 18. Mai in Rottweil ein, mit ihnen 25 badiſche Dragoner, die ſich unter würtembergiſchen Schutz geſtellt hatten. Auch die öſterreichiſchen Feſtungstruppen aus Raſtatt ſind auf dem Marſch durch Würtemberg begriffen.

* **Karlsruhe**. Die Blätter vom 20. bringen eine Menge neuer Dekrete und Proklamationen. Von letzteren zunächſt eine an das deutſche Volk, eine andere an die deutſchen Soldaten, beide in gleichem Sinne: „Freiheit, Wohlſtand, Bildung, für Alle, iſt unſer Wahlſpruch. Der Bund der Völker gegen ihre Tyrannen wird bald ſchon zur Wahrheit werden. Die Morgenröthe der Freiheit iſt über Deutſchland aufgegangen. Was vor bald zwei Jahrtauſenden eine heilige Stimme in der Wüſte lehrte, iſt in die Herzen der Völker eingedrungen und wird ins Leben eingeführt werden. Keine Rache, kein Haß gegen unſere Mitmenſchen erfüllt uns, die wir durch das Vertrauen des Volkes für den gegenwärtigen Augenblick an die Spitze der Bewegung des Landes berufen wurden. Doch werden wir auch vor den ſtrengſten Maßregeln nicht zurückweichen, wenn das Wohl des Volkes ſie erheiſchen ſollte.“ Zwei andern Aufrufen an das deutſche Volk und die deutſchen Soldaten, entnimmt man daß die Herren Raveaux, Trützſchler und Erbe, da ein verrätheriſcher Bund der Tyrannen Deutſchlands, an deſſen Spitze der König von Preußen, damit umgeht, die Nationalverſammlung zu ſprengen, in der Mitte des Landesausſchuſſes von Baden erſchienen ſind, mit der Bitte um Schutz für die gefährdete Verſammlung. Der Ausſchuß hat ihnen ſeinen kräftigſten Beiſtand zugeſichert. Die betreffenden Aufrufe ſind von den genannten Herren mitunterzeichnet. Die neueſten Beſchlüſſe des Landesausſchuſſes ſind nach der Karlsr. Z. folgende: 1) Alle reaktionäre Beamte ſind für die Zeit der Gefahr unſchädlich zu machen. Die Befriedigung aller Penſionsanſprüche bleibt der konſtituirenden Verſammlung überlaſſen. 2) Der fran-

zöſiſchen Regierung und der Schweiz iſt die Flucht ſämmtlicher Miniſter, des Großherzogs und der Regierungsantritt des Landesausſchuſſes anzuzeigen. (Bereits geſchehen.) 3) Die Hinterbliebenen der im Kampfe Fallenden werden aus Staatsmitteln verſorgt. 4) Es ſind ſogleich alle Gefängniſſe zu unterſuchen, ob noch irgendwo politiſche Gefangene ſitzen. Alle Beſchlagnahmen ſind aufzuheben, alle (auf politiſche und Preßſachen bezüglichen) Kautionen zurückzugeben. 5) Sämmtliche Grundlaſten ſollen unentgeltlich aufgehoben werden. 6) Die Gemeinden werden unbedingt ſelbſtſtändig erklärt. Neue Gemeindewahlen ſind im ganzen Lande anzuordnen. 7) Die Beſchlüſſe der Kammern ſeit dem 17. Februar ſind null und nichtig, jedoch mit dem Vorbehalt, Vorſorge zu treffen, daß dadurch in dem Staatshaushalt keine Störung entſtehe. 8) Diejenigen Beſchlüſſe, welche das Miniſterium beſtätigen will, ſind dem Landesausſchuß vorzulegen. Ueber die weiter in Wirkſamkeit getretenen Kammerbeſchlüſſe behält ſich der Landesausſchuß ſeine Anordnungen vor. 9) Preßgeſetz. Einziger Artikel. Die Preſſe iſt frei. Ueber Preßvergehen entſcheiden Geſchworne. Sämmtliche bisherige Geſetze und Verordnungen über die Preſſe ſind aufgehoben. 10) Den Subalternbeamten bei der Eiſenbahn, den Lokomotivführern, Zugführern, Kondukteuren u. ſ. w. ſind wegen der außerordentlichen Anſtrengungen angemeſſene Belohnungen ſogleich zugeſichert.

Der Bürger Becker von Biel iſt zum oberſten Befehlshaber der Volkswehr in Baden ernannt.

Mainz, 20. Mai. Unſere Bürgermeiſterei hat heute zur Anzeige gebracht, daß das Feſtungsgouvernement neue Maßregeln zur Erhaltung der Ruhe und Ordnung erlaſſen habe, welche ſich auf Feſtſetzung der Polizeiſtunde auf 11 Uhr Nachts, Viſitation der Eiſenbahnzüge ꝛc. beſchränken werden. (O. P. Z.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 18. Mai. Von einem ſchleswig-holſteiner Jäger welcher hier geſtern Vormittag 9 Uhr auf der äußerſten Vorpoſtenlinie vor Fridericia ſtand, erfahren wir ſoeben; daß geſtern früh 2 Uhr das Bombardement auf Fridericia begonnen.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Mai. Das Ergebniß der Wahlen (ſ. im Hauptblatt) hat bei einem großen Theil des Publikums überraſcht. Nicht einer der Koryphäen der rue Poitiers iſt in Paris gewählt, nicht Thiers, nicht Fallour, nicht Fould, nicht Montalembert, Molé oder Berryer, auch nicht der Marſchall Bugeaud. Dagegen ſind auch von den Socialiſten die Ultras durchgefallen, namentlich Proudhon, und nur die ſind gewählt, denen man eine wiſſenſchaftliche Befähigung nicht abſprechen kann, wie Conſiderant und Felix Pyat. Die Union electorale triumphirt ſowohl über die Socialiſten, als die rue Poitiers. Bekanntlich hat die letztere von der gemeinſchaftlich mit der Union electorale entworfenen Liſte noch in den letzten Tagen 4 Namen ſtreichen wollen, welche auch die amis de la constitution (du National) auf ihre Liſte geſetzt hatten, Lamoriciere, Dufaure, Cavaignac und Laſteyrie. Deſſenungeachtet ſind die letzteren nicht nur gewählt, ſondern ſtehen auch in der Liſte der Gewählten ziemlich oben. Merkwürdig iſt das Schickſal des Feldwebels Boichot. Ein ganz unbekannter Mann, erlangt er plötzlich durch eine Disciplinarſtrafe, die man für ungerecht ausgibt, allgemeine Theilnahme, wird auf die Kandidatenliſte geſetzt und als der vierte gewählt. Er war noch im Gefängniß von Vincennes, als ſeine Wahl bekannt wurde. Changarnier entließ ihn ſogleich, rief ihn zu ſich und erklärte ihm, er betrachte ihn jetzt nur noch als ſeinen Kollegen in der Nationalverſammlung, und er hoffe zu ſeiner Einſicht und ſeiner Ehre, daß er die Disciplin, welche die geſellſchaftlichen Verhältniſſe nöthig machten, zu befeſtigen und nicht zu lockern beitragen werde. Wenn aus den Departements mehr Socialiſten als man erwartet hatte, in die Legislative kommen, ſo trägt die Schuld oder das Verdienſt davon der Südoſten Frankreichs. Er iſt vorzugsweiſe roth. In den übrigen Theilen ſiegen die Gemäßigten mit ungeheurer Mehrheit. Die Fortſchritte des Socialismus laſſen ſich aber daraus erſehen, daß jetzt nur etwa 80 Socialiſten in der Verſammlung ſitzen, und die Legislative vielleicht zu einem ganzen Drittel aus Socialiſten beſtehen wird. Daß man die Wichtigkeit dieſes Ergebniſſes in Paris nicht unterſchätzt, beweiſt die Unruhe, welche daſſelbe auf der Börſe hervorgebracht hat. Auf die Nachricht davon ſind die 5 pCt. um 2 Fr. 15 C., die 3 pCt. um 2 Fr. gefallen. Die Nationalverſammlung hat zu guter Letzt der Regierung noch einen revolutionären Streich geſpielt. Sie hat die Steuer auf Getränke aufgehoben und dadurch dem Schatz 130 Mill. entzogen, ohne für den Erſatz dieſes Ausfalles etwas anderes zu thun, als ſich weitere finanzielle Maßregeln vorzubehalten. 293 gegen 269 Stimmen haben dieſen weiſen Beſchluß gefaßt.

Italien.

* Die direkten Nachrichten aus Rom reichen nur bis zum 8, der „Corriere mercantile“ in Genua will Nachrichten bis zum 11. haben, und die franzöſiſche Regierung hat eine telegraphiſche Depeſche des Generals Oudinot aus Caſtel Guido vom 13. erhalten, worin es heißt: „Der Konſul von Würtemberg, begleitet von einem römiſchen Stabsoffiziere, iſt im Hauptquartier mit Friedensanträgen angekommen.“ Hiernach beſtätigen ſich alſo die Ausſichten zu einer friedlichen Beilegung, während die Berichte des Kor. Merc. ſehr kriegeriſch lauten. Er wiederholt die Nachricht, welche ſchon früher gemeldet, dann aber in Abrede geſtellt worden iſt, General Garibaldi habe am 9. Mai ein vorgeſchobenes, 7000 Mann ſtarkes Armeekorps der Neapolitaner, worunter 800 Reiter, bei Valmontone, in der Nähe von Paleſtrina, mit großem Verluſt geſchlagen. Zur Feier des Sieges war Abends die Stadt Paleſtrina beleuchtet. Am 11. Vormittags kehrte Garibaldis Kolonne nach Rom zurück, und wurde mit Enthuſiasmus empfangen. An demſelben Tage zogen 1000 Mann Verſtärkung aus den Provinzen in Rom ein. An den Befeſtigungen der Stadt wurde Tag und Nacht gearbeitet. Man ſah einem neuen Angriffe der Franzoſen entgegen, und auch die bei Fiumicino gelandeten Spanier ſcheinen am 10. eine Bewegung die Tiber aufwärts gemacht zu haben. Indeſſen ſagt das Blatt in einer Nachſchrift: „Durch das eben eingelaufene Dampfsboot „Ville de Marſeille“ erfahren wir, daß man am 13. in Civitavecchia allgemein glaubte, Oudinot habe den Angriff auf Rom noch nicht wiederholt, ſondern ſtatt deſſen ſeien Unterhandlungen mit dem Triumvirat eingeleitet (intavolate).“ Dem Monitore Toscano zufolge wäre Hr. Rusconi, der Miniſter des Auswärtigen, von Hrn. Peſcantini begleitet nach Paris abgereiſt. In Folge der Ausweiſung des römiſchen Geſandten, Hr. Maeſtri, von Florenz, der unter Militärbedeckung an die römiſche Grenze gebracht wurde, wollte man in Rom den toscaniſchen Konſular-Agenten Pandolfini auf gleiche Weiſe heimſchicken; auf Fürbitte Maeſtri's begnügte man ſich jedoch ihn einfach auszuweiſen.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 21. Mai.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $73\frac{3}{8}$; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. 39; Bank-Aktien fl. 1106 *; fl. 500 Looſe 122; fl. 250 Looſe 74; Badiſche fl. 35 Looſe $25\frac{1}{4}$; Heſſiſche $26\frac{5}{8}$; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe $68\frac{5}{8}$; Polniſche fl. 500 Looſe $72\frac{1}{2}$; Friedr.-Wilh.-Nordb. $33\frac{5}{8}$; Berbach $67\frac{1}{2}$; Köln-Minden $76\frac{3}{4}$; 3pCt. inländ. Spanier $23\frac{1}{2}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würtemb. $92\frac{3}{4}$; 5pCt. Badiſche $73\frac{1}{2}$; 5pCt. Naſſauiſche $99\frac{3}{4}$; Belgiſche $82\frac{5}{8}$; Integrale 50.

Die niedrige Renten-Courſe von Paris und die durch anhaltende Verkäufe entſtandene Vermuthung, daß die Taubenpoſt abermals weichende Notirungen bringe, erzeugte eine flaue Stimmung.

Nachſchrift.

⊙ **Frankfurt**, 21. Mai. Fürſt A. Wittgenſtein tritt wirklich als Reichs-Kriegsminiſter ein. General-Lieutenant Herr v. Peucker iſt zum Oberbefehlshaber (Höchſtkommandirenden) ſämmtlicher im Süden von Deutſchland wirkender Reichstruppen ernannt. Beide Ernennungen werden heute noch der Reichsverſammlung kundgegeben werden.

Redacteur: **H. Kruſe**.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 140. Frankfurt a. M., Dienſtag 22. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Die Reichsverſammlung und die austretenden Abgeordneten.

Der Rücktritt des Reichsminiſteriums Gagern.

Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 22. Mai.

Deutſchland. Frankfurt (Fürſt Wittgenſtein zum Kriegsminiſter ernannt. Verunglückter Angriff auf Landau. General Hoffmann. Die Stimmung im badiſchen Oberland. Volksverſammlung in Werthheim. Die Würzburger Studenten. Advokat Höchſter. Flüchtlinge aus Baden.) Wien (Der Transport der Ruſſen. Schmuggelhandel nach Ungarn. Die Verhandlungen über die deutſche Frage. Eine Berichtigung der Wiener Zeitung. Vermiſchtes.) Berlin (Engliſch-preußiſches Bündniß. Die octrovirte Reichsverfaſſung. Suſpenſion der Volksvertretung.) Königsberg (Der Städtetag. Arbeiterunruhen. Die Blokade.) Köln (Mirbach gefangen. Verhaftungen. Die Redakteure der Neuen Rheiniſchen Zeitung.) München (Proben der ultramontanen Preſſe. Adreſſen. Fremdenpolizei. Vorſichtsmaßregeln.) Aus der baieriſchen Pfalz (Die Beſatzung von Landau.) Dresden (Die Armee auf dem Kriegsfuß.) Tharand (Berichtigung.) Leipzig (Des Königs Geburtstag ſtill vorübergegangen.) Hannover (Hr. Stüve.) Karlsruhe (Bornſtedt und Stay. Das Verfahren der Regierung. Zerwürfniſſe in derſelben. Das Militär. Die Offizierswahlen.) Darmſtadt (Keine Preußen in Oppenheim.) Aus dem nördlichen Schleswig (Das Bombardement von Fridericia.) Schleswig (Heimliche Unterhandlungen. Orla Lehmann.)

Großbritannien. London (Miniſterielle Erklärungen im Ober- und Unterhauſe über auswärtige Angelegenheiten. Erklärung Lord Stanley's in Betreff der Schifffahrtsbill. Engliſche Matroſen für die deutſche Flotte. Hr. Abercrombie.)

Frankreich. Paris (Die Bonapartiſten. Die Ausſichten der Sozialiſten. Launen der Wahlurnen. Die Börſe. Cavaignac's Anſchluß an den Präſidenten. Die Nationalverſammlung nimmt Changarnier das doppelte Kommando.)

Italien. Rom (Friedensunterhandlungen. Siegesbericht Garibaldi's.) Toskana (Oeſterreichs Pläne.)

Schweiz. Bern (Die Aufhebung der Militärkapitulationen im Ständerath abgelehnt. Profeſſor Zeller nach Marburg. Internirung der badiſchen Flüchtlinge.)

Ungarn. (Das Banat in den Händen der Magyaren.)

---

21. Mai.

Was ſoll die Reichsverſammlung thun? ſo fragte man ſchon vor Wochen voller Verlegenheit. Wir antworteten: die Wahlen ausſchreiben und ſich vertagen! obgleich wir wußten, daß der Rath ſchwerlich durchdrang. In aufgeregten Zeiten wird Vernunft leicht als Verbrechen verſchrieen, obgleich ihre Unſchuld bald zu Tage kommt. Bei einer Vertagung wäre die damals in ſich einige Verſammlung nicht geſpalten, nicht mit ſich ſelbſt und den widerſtrebenden Regierungen in Conflict gerathen. Die Loſung war gegeben, und die Nation hatte angefangen die Reichsverfaſſung auf jenem geſetzlichen Wege durchzukämpfen, von dem allein wir Heil erwarten. Und es ſcheint, wir hatten Recht; denn ſobald das Geſetz in Sachſen zu unſerm Schmerze verlaſſen ward, erlitt der bis dahin ſiegreiche Kampf für die Reichsverfaſſung eine Niederlage, deren Rückwirkung ſich weit über ſeinen nächſten Schauplatz hinauserſtreckte. Wir haben ſeitdem auch an andern Orten Erfahrungen gemacht, und die Urſache, weßhalb wir die Reichsverfaſſung nicht mit Waffengewalt durchführen wollen, iſt ſehr einfach die, weil wir ſie auf dieſem Wege nicht durchführen **können**. Denn ein allgemeiner Bürgerkrieg würde zu allem Andern führen als zur Reichsverfaſſung. Sie würde uns zur Republik verhelfen und zwar zur rothen. Und die wollen wir nicht. Wir bleiben daher bei dem Wege, welchen Gagern angab:

„Die Durchführung der Reichsverfaſſung ſoll geſchehen mittelſt des Ausſchreibens neuer Wahlen, und durch unbeſchränkte Ausübung der durch die Grundrechte gewährten freien Preſſe, des Petitions-, des Verſammlungs- und Aſſociationsrechts, und die Benutzung der konſtitutionellen Mittel, den Willen der Majorität zur Geltung zu bringen.“

Wir verkennen die ungeheuern Schwierigkeiten nicht, welche ſich auf dieſem Wege uns entgegenſtellen. Aber wir wiſſen auch, daß die Deutſchen nicht nachlaſſen. In Sachſen iſt die Bewegung, ſeit ſie auf den falſchen Weg gerieth, für den Augenblick nieder geworfen. Aber auch nur für den Augenblick. Der mißleitete König iſt ſeines Sieges nicht froh. Er ſitzt niedergebeugt noch immer auf dem Königſtein, und traut ſich nicht, ſich unter ſein entfremdetes Volk, in ſein zerſchoſſenes Schloß zurückzubegeben. Der Trieb der Einheit kann im deutſchen Volke mit dem Eiſen niedergemäht werden, aber er wächſt über Nacht wieder auf. Sobald die Kammern wieder zuſammentreten, iſt der König wieder ebenſo weit, als damals, wo er ſie auflöſte. Ueber Hannover und die angrenzenden Landſchaften bringt uns die Weſerzeitung, die ſich als das treuſte Organ des Nordens in der Preſſe bezeichnet, folgenden Bericht:

„Die Grenze der Geſetzmäßigkeit iſt im Norden nirgendwo verlaſſen; der den Regierungen mehr noch als den Wühlern verhaßte „paſſive Widerſtand“ dauert fort und wird, ſobald ihm die unrechtmäßig vorenthaltene Stimmkugel wieder dargeboten wird, im Ständeſaal in einen aktiven gegen das abſolutiſtiſch handelnde Miniſterium übergehen. Die oſtfrieſiſche Landſchaft, welche vor Kurzem geſprochen hat und deren in der Sache ſelbſt einmüthiges Votum um ſo ſchwerer wiegt, als gegen dieſe nach altem ſtändiſchen Brauch zuſammengeſetzte und von demokratiſcher „breiteſter Grundlage“ weit entfernte, altehrwürdige Körperſchaft auch die Nichts einwenden können, welche von keiner allgemeinen Repräſentation des Volkes etwas wiſſen wollen. Auch die oſtfrieſiſche Landſchaft hat die drohenden Anträge des Syndikus Bueren verworfen, um ſich völlig innerhalb der geſetzlichen Schranken zu halten, aber was ſie nach dem Rechte fordern kann, das hat ſie dem Weſen nach in allen drei Kurien gefordert: Anerkennung der Reichsverfaſſung und Wiederberufung der Stände.

Eben ſo deutſch iſt die Geſinnung in Oldenburg. Die Beſchlüſſe der daſelbſt gehaltenen Volksverſammlung, welche an die Nationalverſammlung den Zuruf richten, auszuharren und feſtzuhalten, ſind darum bemerkenswerth, weil ſie allen Verſicherungen nach nicht die einſeitigen Forderungen **einer** Partei, ſondern der Ausdruck aller Parteien in jener Stadt ſind (natürlich mit Ausnahme derer, welche der ganzen Zeitbewegung **feindlich** entgegentritt). In Bremen herrſcht dieſelbe Geſinnung überall da, wo überhaupt nach politiſcher Geſinnung zu fragen iſt; innerhalb der Linie des Rechts will man zum Ziel. Die „Bürgerſchaft“, welche gewiß eben ſo weit von übergroßer Aengſtlichkeit, wie von undeutſchem Partikularismus entfernt iſt, hat die an ſie gerichteten Anträge um Vereidigung des Militärs auf die Reichsverfaſſung nicht unmittelbar angenommen, ſondern in ſehr richtiger Würdigung der gegründeten Bedenken, welche gegen den Eid auf eine Verfaſſung ſich erheben, die in ihren wichtigſten Theilen, d. h. in allen, die mit dem Bundesoberhaupt zuſammenhängen, noch keinen Beſtand gewonnen hat, ſind jene Anträge von der Bürgerſchaft an eine Kommiſſion übergeben, zur Prüfung, ob und wie dieſe Vereidigung vorzunehmen ſei.

So treten in dieſem nördlichen Theile unſers Vaterlandes, im ganzen alten niederſächſiſchen Lande für den, welcher ſehen will, überall in dieſer großen Frage dieſelben Geſinnungen und Entſchlüſſe ſicher unzweideutig hervor. Unverbrüchliche Treue an dem Werke der Einheit, zu deſſen Erſchaffung die Nationalverſammlung von Fürſten und Volk gemeinſam berufen war, daneben unverbrüchliche Treue dem Geſetz, dem Recht und der Obrigkeit. Nirgend ein Ueberſtürzen, nirgend ein Drängen zur Gewalt. Aber der Ernſt und die Zähigkeit, die Gott zu einem Erbtheil unſers Stammes gemacht hat, werden ſich wahrlich auch in dieſer großen Angelegenheit nicht verläugnen. Am deutſchen Norden wird Deutſchlands Einheit nicht ſcheitern.“

Um auf dieſem Wege fortzuwandeln, bedurfte es nicht, daß

die Reichsverſammlung alle Tage zuſammenkam, um über „Kattundrucken und Formenſtechen" zu berathen. Dem Drange in den Gang der Dinge einzugreifen, ohne doch die Macht zu einem ſolchen Eingreifen zu haben, ließ ſich nicht widerſtehn. Unter dem erſten Eindrucke der Nachrichten aus Sachſen und von den Beſchlüſſen des rheiniſchen Städtetages kam der Beſchluß vom 10. d. zu Stande. Ueber den Rechtspunkt läßt ſich ſtreiten; wir bringen eine rechtliche Begutachtung in unſerer zweiten Beilage. Selbſt die Urheber jenes Beſchluſſes werden uns jetzt nicht mehr ableugnen, daß er ein politiſcher Fehler war, daß er dem preußiſchen Miniſterium einen willkommenen Vorwand lieh. Ein noch größerer Fehler war der Beſchluß vom vorigen Samſtag, eine neue Centralgewalt zu ſchaffen, und einen Reichsſtatthalter zu ernennen. Moraliſch, wenn wir ſo ſagen dürfen, iſt jener Beſchluß nur zu ſehr gerechtfertigt. Es liegt jetzt offen zu Tage, daß die jetzige Reichsgewalt nicht auf Seiten der beſchloſſenen Reichsverfaſſung ſteht. Aber das Geſetz vom 28. Juni 1848 fängt einmal mit den Worten an: „Bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutſchland u. ſ. w. und ſchließt mit den Worten: „Sobald das Verfaſſungswerk für Deutſchland vollendet und in Ausführung gebracht iſt, hört die Thätigkeit der proviſoriſchen Centralgewalt auf." Auf Grund jenes Geſetzes hat der Reichsverweſer ſeinen Poſten angenommen. Nur mit einer definitiven Regierungsgewalt erliſcht ſeine Würde; die Reichsſtatthalterſchaft iſt aber wiederum nur eine proviſoriſche. Man wendet zwar ein, die Verſammlung müſſe ein Geſetz, das ſie ſelbſt gegeben, auch verändern können; die Centralgewalt ſei ihr Geſchöpf, ſie könne damit machen, was ſie wolle. Nach dieſem Grundſatze ließe ſich freilich allenfalls auch der Kindermord rechtfertigen. Doch laſſen wir die rechtliche Seite der Frage. Wenn jener Beſchluß kein Unrecht iſt, ſo iſt er wenigſtens ein Fehler. Zuerſt iſt er nicht ausführbar. Man würde die Reichsſtatthalterſchaft ſchwerlich los, und wenn man ſie an den Mindeſtfordernden verſteigern wollte. Es iſt eine Poſſe, und erinnert an die Zeit, wo die belgiſche Krone keinen Liebhaber fand. „Jakob, ſetz' die Mütze auf, damit dir die Reichsſtatthalterſchaft nicht auf den Kopf fällt." Die beiden Abgeordneten der Linken, welche nach München gereiſt ſind, werden ſicherlich eine Berliner Reiſe machen. Und wer würde dem Reichsſtatthalter gehorchen? Doch ſchlimmer als das. Der Reichsverweſer wird ſeine Würde ſicherlich nicht an einen Reichsſtatthalter abzugeben geneigt ſein. Er wird ſeinen Poſten gewiß auf Grund deſſelben Geſetzes behaupten, auf welchem er ihn übernommen hat. Mithin hat die Reichsverſammlung das Band zerſchnitten, was ſie noch mit den Regierungen verknüpfte. Schon mit der Reichsgewalt verbunden, vermochte die Reichsverſammlung wenig, war, wie ſo oft wiederholt ward, ein Schatten. Jetzt, von der Reichsgewalt losgelöſt, ja mit ihr verfeindet, iſt ſie nur eines Schatten Traum. Nachdem die Lage der Verſammlung durch jenen Beſchluß aufs Neue mißlicher geworden, ſind heute gegen ſiebenzig Mitglieder bei dieſem Anlaſſe ausgetreten. Ueber den eigentlichen Grund ihres Austrittes ſpricht ſich in ihrem Namen die heutige Parlamentskorreſpondenz folgendermaßen aus:

„Unſere Partei, welche bisher und zwar ein ganzes Jahr hindurch die Richtung des Parlaments beſtimmte und die weſentliche Urheberin der Verfaſſung war, befand ſich ſchon ſeit einigen Wochen in einer nicht nur bedrängten, ſondern geradezu in einer furchtbaren Situation. Unſere Theilnahme und Unterſtützung konnten wir nur einer legalen Agitation für die Reichsverfaſſung zuwenden. Die Mittel zu einer ſolchen waren mit dem Beſchluſſe vom 4. d. M. erſchöpft. Nachdem dieſer Beſchluß theils nicht eingeſchlagen, theils mißverſtanden, theils durch die Gewalt der Bewegung überholt war, ſo blieb uns keine andere Haltung als die negative des Verhinderns und die paſſive des Abwartens. Inzwiſchen aber ging im Zuſammenſtoß der Extreme die Bewegung über unſern Köpfen hinweg. Der Charakter dieſer Bewegung ſtellt ſich je länger je mehr als ein Kampf zwiſchen dem Norden und dem Süden unſeres Vaterlandes dar. Die Verfaſſungsbewegung iſt nicht mehr eine allgemeine deutſche. Das Fortagiren der Nationalverſammlung im Sinne des Beſchluſſes vom 11. April würde den Norden nur immer mehr rebelliren, während es den Süden in immer geſteigerte Fluktuation verſetzte, deren Ziel doch ſicher über der Reichsverfaſſung hinauslägе. So entſchieden wir daher auch der von uns vollendeten Verfaſſung vor jeder, auch der beſten oktroyirten Verfaſſung im Intereſſe des Ehr- und Rechtsgefühls des deutſchen Volkes den Vorzug geben, ſo halten wir es doch unter den bezeichneten Umſtänden für höchſt bedenklich, daß eben die Reichsverſammlung fortfahre, für jene und gegen dieſe Verfaſſung zu agitiren. Aber weiter. Es iſt ein nicht abzuleugnendes Faktum, daß die jetzige Majorität der Reichsverſammlung nicht mehr die moraliſche Macht hat, im Sinne der früheren konſervativen Majorität fortzuwirken. Es iſt dies eine Folge des Umſtandes, daß wir keine poſitive Politik mehr hatten, und es äußerte ſich in der ganzen Haltung der Verſammlung in der letzten Zeit.

Dieſelbe hatte nicht mehr die Kraft ein Miniſterium Grävell zu ſtürzen, und angeſichts dieſer Thatſache frägt man ſich billig, wo die Macht herkommen ſoll, den verfaſſungsfeindlichen Regierungen gegenüber? Und doch nach einer anderen Seite hin, hatte dieſe Verſammlung noch eine Macht. Wir meinen den Einfluß der Verſammlung auf die öffentliche Meinung eines Theiles von Deutſchland. Nur daß dieſer Einfluß kein ſegensreicher, ſondern ein verderblicher war. Hier im Süden ſieht man die hieſigen Beſchlüſſe noch ebenſo an wie ehemals; die Autorität der Verſammlung iſt hier weſentlich dieſelbe geblieben, während eine anderartige Mehrheit das Weſen der Verſammlung verändert hat. An dieſer Verwirrung und Irreleitung des Volkes wollten wir uns nicht länger ſchuldig machen. Wir wollten das Unſrige thun, die dem Vaterlande nachtheilige Verſammlung ihrem Ende entgegenzuführen. Die Frage des Austritts war uns identiſch mit der der Auflöſung der Verſammlung und jener Austritt galt uns daher als ein „Staatsſtreich zu Gunſten des Wohles Deutſchlands." Auch ohne einen ſolchen Parteiaustritt wäre das Ganze früher oder ſpäter zerfallen: aber uns ſchien es würdiger, durch eigenen Willen und Entſchluß das Ende herbei zu führen, als es duldend über uns ergehen zu laſſen. Es handelt ſich für uns nur noch um die Art des Todes, nicht um den Tod ſelbſt; der freie Tod ſchien der beſſere. Von dieſer Ueberzeugung ausgehend durften wir aber den geeigneten Moment nicht vorübergehen laſſen. Der Beſchluß vom 19. bezeichnete dieſen Moment: derſelbe wurde nun zur Wetterſcheide des Bleibens und Austretens. Wir fühlten daß wir ſpäter gemeinſames Austreten nicht mehr ſo in der Hand haben würden, und dieſe Gemeinſamkeit mußte doch der beabſichtigten Wirkung wegen unſere Hauptſorge ſein."

So die Motivirung des ſofortigen Austrittes, für welchen ſich geſtern Abend auf dem Kaſino 48 Abgeordnete unter 85 Anweſenden entſchieden. Wir ſtehen auf Seiten der Minderheit von 37 Abgeordneten, welche mit Dahlmann an der Spitze entſchloſſen war, auf dem ſchweren Platze in der Paulskirche auch jetzt noch auszuharren und nur deßhalb gingen, weil ſie ſtets der Meinung geweſen, der Austritt müſſe ein gemeinſchaftlicher ſein. Wir vermögen die obige Motivirung nicht in allen Stücken zu unterſchreiben, noch weniger ſind wir in der Lage, der Standhaftigkeit aller Mitglieder unſerer Partei während dieſer letzten Prüfungszeit eine Lobrede zu halten. Vielmehr müſſen wir bei dieſer Gelegenheit eine in dieſen Blättern oft erhobene Klage wiederholen, daß die Kraft ſo ſelten mit der Einſicht, und die Einſicht ſo ſelten mit der Kraft verbunden ſei. Wir kommen darauf zurück. Deſtomehr einverſtanden ſind wir mit den Abſchiedsworten der Parlaments-Korreſpondenz: „Wir ſcheiden aus der Verſammlung mit der ſicheren Erwartung, daß doch dereinſt unſer Werk, die Reichsverfaſſung, das Panier werden wird, um welches die Patrioten ſich ſchaaren müſſen. Wir glauben, nach dem Ausdrucke eines unſerer beſten Mitglieder, daß dieſe Verfaſſung eine Saat ſein werde, welche „in die tiefe Furche des deutſchen Gemüths eingeſenkt" in nicht allzuferner Zukunft aufgehen muß. Wir haben uns Wort und Handſchlag gegeben, in der Heimath unſer Werk fortzuſetzen und überall die Verkünder deſſelben und werkthätige Arbeiter für deſſen Durchführung zu ſein."

Die „Oberpoſtamtszeitung" bringt einen Artikel, den ſie als „aus amtlicher Quelle ihr zugegangen," bezeichnet, in welchem die Behauptung ſich findet, „das Verhalten der Nationalverſammlung habe das vorige Miniſterium, das aus ſo volksbeliebten Männern beſtand, dahin gebracht, dennoch abtreten zu müſſen." Wenn dieſe Behauptung einen Sinn haben ſoll, ſo kann es nur dieſer ſein, das vorige Miniſterium ſei in der Minorität geblieben, und ſei deßwegen zurückgetreten. Dies war der Fall am 21. März, nach der Verwerfung des Welcker'ſchen Antrages. In Folge dieſer Abſtimmung allerdings hat das Miniſterium ſeine Entlaſſung gegeben, und die Fortführung der Geſchäfte nur interimiſtiſch übernommen. Aber Jedermann weiß, daß nach erfolgter Feſtſtellung

der Verfaſſung, nach Annahme der Erblichkeit, nach vorgenommener Kaiſerwahl der Grund beſeitigt war, welcher den Rücktritt des Miniſteriums veranlaßt hatte. Was auch die Gründe geweſen ſein mögen, welche dem definitiven Wiedereintritt des Miniſteriums entgegenſtanden, in dem Verhalten der Nationalverſammlung haben ſie nicht gelegen. Es iſt Thatſache, daß das Miniſterium Gagern in der Zwiſchenzeit vom 21. März bis zu ſeinem definitiven Rücktritt nicht in der Minorität ſich befunden hat. Der definitive Rücktritt des Miniſteriums war am Morgen des 10. Mai angekündigt, und durch den Umſtand begründet worden, daß der Reichsverweſer dem vorgelegten Programm ſeine Genehmigung nicht ertheilt hatte. „Das Miniſterium", heißt es in dem Schreiben des Miniſterpräſidenten, „das Miniſterium hat ſich dadurch genöthigt geſehen, um ſeine definitive Entlaſſung ſeine kaiſerliche Hoheit zu erſuchen, und es iſt dieſem Geſuche heute ſtattgegeben worden." Das Programm ſelbſt iſt nicht von der Reichsverſammlung, ſondern vom Reichsverweſer abgelehnt; der Reichsverſammlung hat es bis zur Stunde noch nicht einmal vorgelegen. Ueber den Beſchluß vom 10. Mai, ſelbſt über das Verhältniß dieſes Beſchluſſes zu dem Programm, mag man denken, wie man will; der Reden'ſche Antrag iſt nur erſt eingebracht worden, nachdem das Miniſterium definitiv zurückgetreten war; der Reden'ſche Antrag war dem Programm nicht entgegengeſtellt, denn das Programm lag dem Hauſe nicht vor; der zurückgetretene Miniſterpräſident hat auch nicht gegen den Reden'ſchen Antrag geſtimmt, denn er war bei der Verhandlung und Abſtimmung nicht im Hauſe zugegen, ſondern, nach Ausweis der Stimmliſten, mit Entſchuldigung abweſend. Es war alſo nicht das Verhalten der Reichsverſammlung, ſondern das Verhalten des **Reichsverweſers**, wodurch das Miniſterium Gagern ſich genöthigt geſehen hat, definitiv abzutreten.

Das neue Miniſterium wird wohl thun, ſeine Organe anzuweiſen, daß ſie in Zukunft mit dem Sachverhalte, mit dem inneren Zuſammenhange der Dinge, mit den Thatſachen, es etwas genauer nehmen.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 21. Mai.

Wiedereröffnung der Sitzung Nachmittags 4½ Uhr.

Durch Namensaufruf antworten 189 Mitglieder mit „Hier". Das Haus iſt alſo beſchlußfähig und der Präſident Hr. Reh theilt folgende Zuſchrift des Reichsverweſers mit:

„Der Reichsverweſer an den Präſidenten der Reichsverſammlung, Herrn Reh daher.

Ich benachrichtige Sie, behufs der Mittheilung an die Reichsverſammlung, daß ich den großherzoglich heſſiſchen General-Lieutenant, Fürſt **Auguſt von Sayn-Wittgenſtein-Berleburg**, nachdem derſelbe auf meine dringende Aufforderung zur Uebernahme des Reichskriegsminiſteriums ſich bereit erklärt hat, zum Reichsminiſter des Kriegs ernannt habe.

Frankfurt, 21. Mai 1819. Erzherzog **Johann.**

Der interimiſtiſche Präſident des Reichsminiſterrathes Reichsminiſter des Innern: Grävell."

Ausgetreten ſind die Herren **Jungkmann** aus Weſtphalen, **Kahlert** aus Leobſchütz, **Brockhauſen** aus Warendorf und **Cornelius** aus Braunsberg. Dagegen iſt für Hrn. Stenzel eingetreten Hr. **Wolf** aus Breslau.

Der **Präſident** nimmt Veranlaſſung, in Bezug auf zwei von Karlsruhe ausgegangene und von den Herren **Raveaux**, v. **Trützſchler** und **Erbe** unterzeichnete Aktenſtücke, es öffentlich auszuſprechen, daß jene Herren dabei nicht in irgend welchem Auftrage des Hauſes handeln. Sodann verlieſt Hr. **Fallati** den folgenden dringlichen Antrag:

In Erwägung, daß in Folge der großen Anzahl von Austritten die Reichsverſammlung bei der Zettelabſtimmung vom heutigen Morgen nicht mehr als 190 Mitglieder zählte; — in Erwägung, daß dieſer noch anweſende Theil der Verſammlung nur noch formell, nicht aber in Wahrheit als Vertretung des deutſchen Volkes nach ſeinen verſchiedenen Stämmen, Intereſſen und politiſchen Richtungen erſcheint; — in Erwägung, daß hiernach eine Fortführung des regelmäßigen Geſchäftsganges der Verſammlung zu Beſchlüſſen führen müßte, welche in Wirklichkeit nicht den Ausdruck des Geſammtwillens der Nation bilden, vielmehr unter der täuſchenden Form von Beſchlüſſen der Volksvertretung nur die Anſicht einer zurückgebliebenen kleinen Minderheit ausſprechen würde; — in Erwägung, daß eine Vertagung einerſeits die Möglichkeit darbietet, in mehreren Ländern durch die Kraft der öffentlichen Meinung und die Bemühungen der Landſtände eine Ergänzung der Verſammlung eintreten zu laſſen, falls das deutſche Volk die fortdauernde Wirkſamkeit der Reichsverfaſſung für nothwendig erachtet; — in Erwägung, daß andererſeits bei einer Vertagung der Fortbeſtand der Verſammlung, welchen das Geſetz vom 28. Juni v. J. neben dem der proviſoriſchen Centralgewalt vorausſetzt, nicht unterbrochen wird und der Wiederzuſammentritt für ſolche Fälle, in welchen die Thätigkeit der Centralgewalt von der formellen Mitwirkung der Verſammlung abhängig iſt, namentlich alſo für den Abſchluß eines Friedens mit Dänemark gewahrt bleibt; — in Erwägung, daß die Zurücklaſſung des Bureaus die Einberufung der Verſammlung für ſolche und ſonſtige dringliche Fälle ermöglicht, beſchließt die National-Verſammlung mit Hintanſetzung aller andern dringlichen Anträge:

1) „Die Verſammlung vertagt ſich bis zum 20. Juni d. J.

2) Sie läßt das Bureau mit dem Auftrag zurück: Die Mitglieder in dringenden Fällen wieder zuſammenzurufen.

3) Der Beſchluß der Nationalverſammlung, nach welchem 100 Mitglieder die Anberaumung einer außerordentlichen Sitzung von dem Präſidenten verlangen dürfen, wird für die Zeit dieſer Vertagung ſuſpendirt."

Die Namen derjenigen, die den Fallati'ſchen Antrag unterſtützten (und jetzt noch das konſervative Element der Verſammlung vertreten) ſind folgende:

Federer. Barth. Wieſt. Mann. Schierenberg. Wurm. Decke. Hollandt. Zeltner. Hennig. Zoellner. Schepp. Henkel. Zerzog. Küntzel. Breuſing. Rösler von Wien. Welcker. Steindorff. Hans von Raumer. Wiedenmann. Emmerling. Zachariä von Göttingen. Hallbauer. Brackebuſch. v. Wydenbrugk. Schorn. Becker von Trier. Cetto. Oſtendorf. Knyrim. Plaß. Buß. Stahl. Michelſen. Gior. Emmers. Gülich. Weigle. Huck. Kierulff. von Buttel. Siemens. Rosmann. Krafft. Rieſſer. von Soiron. Rümelin. Eckert. Grüel. Markus.

Sein Inhalt ruft erbitterten Widerſpruch von Seiten der Linken hervor. Der Präſident will Hrn. **Fallati** zur Begründung ſeines Antrags das Wort ertheilen, aber Hr. **Weſendonck** greift den Präſidenten deßhalb mit einer ſolchen Heftigkeit an, daß der Ordnungsruf wider den Redner erfolgt und ſich eine gereizte Debatte über die bloße Geſchäftsbehandlung entwickelt. Als es dann zur Abſtimmung kommt, erhebt ſich für die Dringlichkeit des **Fallati'ſchen Antrags** keine hinreichende Mehrheit.

Dagegen wird die Dringlichkeit zuerkannt dem Antrage von Hrn. **Goltz**: „daß die Beſchlußfähigkeit der Verſammlung auf **Einhundert** Mitglieder herabgeſetzt werde."

Hr. **Böcler** aus Schwerin bittet den Antrag zurückzuziehen, denn dadurch werde die Verſammlung geſprengt.

Hr. **Umbſcheiden**: die Verſammlung wird thatſächlich beſchlußfähig ſein auch wenn ſie nicht mehr 150 Mitglieder umfaßt. Würde ſie übrigens geſprengt, wer hätte es zu verantworten? Blicken Sie auf die geleerten Bänke der Rechten. Allein diejenigen, die gegangen ſind, hatten wenigſtens den Muth ſich offen für ihren Austritt zu bekennen. Das ſind die eigentlich Feigen, die geblieben ſind, um den Vertagungsantrag zu ſtellen.

Hr. **Fallati**: Wir empfinden die eingetretene Wandlung ſo ſchmerzlich wie Sie und ich beklage es von ganzem Herzen, daß eine große Anzahl von Mitgliedern in aller Stille und vereinzelt von uns gegangen ſind. Für politiſche Männer kann ich ſie nicht halten, die ſo gehandelt haben. Anders verhält es ſich mit der Austrittserklärung, die wir heute empfingen. Ich kann dieſen Schritt bedauern, aber ich kann ihn nicht verurtheilen. Der Redner ſetzt dann die Gründe auseinander, die ihn und ſeine Genoſſen zu dem Vertagungsantrage beſtimmt haben, mit dem Bemerken, daß ſie zu dem letzten Mittel, was ihrer Minderheit bleibe, ſchreiten und das Haus verlaſſen würden, um den Beſchluß über den Antrag des Hrn. Goltz zu vereiteln.

Herr **Löwe** von Calbe: Wir (von der Linken) haben viele von Ihren Beſchlüſſen für unheilvoll gehalten — der Redner zählt mehrere derſelben auf und führt die Warnungen an, die er dem Hauſe zugerufen — allein nie haben wir es verſucht die Beſchlußfähigkeit dieſes Hauſes zu vereiteln. Gerade weil Sie uns drohen, gerade weil Sie uns jetzt ſelbſt mit der Minderheit noch tyranniſiren wollen, beſtehen wir auf unſerem Rechte, auf unſerem Antrage.

Herr **Buß** aus Freiburg: Ein Rumpfparlament wie das gegenwärtige hat nicht die nöthige moraliſche Achtung. Ganze Landſchaften Deutſchlands und große politiſche Meinungen ſind hier nicht mehr vertreten. Sie haben bereits illegale Beſchlüſſe gefaßt, Sie überſtürzen uns mit dringlichen Anträgen und ſchaden damit der guten Sache. Um die Nationalvertretung zu retten

ſind wir für die Vertagung (Gelächter) Herr Buß kommt auf die Bewegung in Baden zu ſprechen, wo die Autorität dieſer Verſammlung mißbraucht werde wie der in Karlsruhe erlaſſene Aufruf des „ſogenannten Landesausſchuſſes" beweiſe, den er verlieſt. Er will ſodann die ebenfalls von Baden aus an die Soldaten gerichtete Anſprache zergliedern. Der Widerſpruch der Linken nöthigte ihn zur Sache zurück. Geben Sie dem Volke Ruhe (Lachen.) In der Aufregung, in der Sie ſich befinden iſt es nicht möglich beſonnene Beſchlüſſe zu faſſen.

Herr Ludwig Simon: Eine wohl organiſirte bewaffnete Minorität hält in Deutſchland die berechtigte Mehrheit nieder. (Baden! ruft Herr Buß) Baden war ſchon beim Beginn dieſer Bewegung im vorigen Jahre im republikaniſchen Sinne hier vertreten. Wie beſtätigt ſich aber jetzt das Wort Rieſſers, daß dieſe (auf die rechte Seite deutend) Bänke im Augenblicke der Gefahr am gedrängteſten erfüllt ſein würden? Wo ſind jetzt die Freunde des Volks, die feierlich ſeine Souveränetät verkündigten, ſie, die unerſchütterlich an der Verfaſſung feſthalten wollten? Hat uns das Ausſcheiden der Oeſterreicher nicht gehindert, unſere Berathungen fortzuſetzen, ſo dürfen wir auch jetzt, und wenn dieſe Verſammlung auch nur noch auf Süddeutſchland angewieſen wäre, nicht daran zweifeln, daß wir Deutſchland vertreten. Als wir zu 600 hier im Hauſe waren, gehörten 200 zur Beſchlußfähigkeit. Jetzt ſind wir unter 200. Ich bitte Sie, ſtimmen Sie gegen einen Beſchluß, der Ihnen nicht gefällt, aber machen ſie uns nicht beſchlußunfähig durch Ihr Nichttheilnehmen an der Abſtimmung.

Herr Siemens aus Hannover wird ſich der Abſtimmung entziehen, obſchon es ihm nicht ganz unzweifelhaft ſcheint, ob dies Verfahren im Rechte eines Volksvertreters liege.

Hr. C. Welcker bittet ebenfalls, daß man den Goltziſchen Antrag zurücknehmen möge, um der Erhaltung der Verſammlung willen. In Bezug auf Baden aber appellirt der Redner an das geſunde Urtheil des deutſchen Volks, ob man die geſtürzte und vertriebene Regierung des Großherzogthums eine volksfeindliche nennen könne. Gewiß nicht, nach ſeiner beſten Ueberzeugung.

Die Abſtimmung findet ſodann durch Namensaufruf Statt. Viele Mitglieder verlaſſen den Saal. Von 101 Stimmen wird der Goltziſche Antrag bejaht, von 39 verneint. Da ſich mithin nicht 150 Stimmen an der Frage betheiligt haben, ſo erklärt der Präſident den ſo eben gefaßten Beſchluß für erfolglos.

Die nächſte Sitzung wird für Donnerſtag den 24. Mai angeſagt.

* **Frankfurt**, 21. Mai. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile die Verordnung des Reichsverweſers, wodurch der großh. heſſiſche Generallieutenant Fürſt Auguſt von Sayn-Wittgenſtein-Berleburg zum Reichsminiſter des Kriegs ernannt wird.

*** **Frankfurt**, 21. Mai. Der Advokat Höchſter, der an der Spitze der Bewegung in Elberfeld ſtand, iſt auf der Reiſe nach Baden hier durchgekommen. Fortwährend treffen hier noch Flüchtlinge aus Baden ein, dagegen ſollen auch einige Familien, und gerade nicht von den unbemittelſten, von hier nach Belgien und Holland aufgebrochen ſein. Auch werden ſtarke Baarſummen von hier rheinabwärts gebracht.

*** **Frankfurt**, 21. Mai. Bei der großen Volksverſammlung in Werthheim a. M. zogen geſtern die Würzburger Studenten, 240 an der Zahl, in Werthheim ein. Sie wurden mit Jubel empfangen und bei den Bürgern einquartiert.

§ **Frankfurt**, 21. Mai. General Hoffmann befindet ſich gegenwärtig hier. Er war mit andern Offizieren nach Würtemberg hinübergedrängt und wäre dort faſt in die Hände der Fürfelder und Heilbronner Demokratie gefallen; in Heilbronn iſt jedoch die Bürgerwehr zu ſeinem Schutz aufgetreten. Vom badiſchen Oberlande hört man, daß es dort ziemlich ruhig ausſieht; man hat das Struve'ſche Glück früher genoſſen und hat an einem Male genug. Hoffentlich wird das übrige Baden eben ſo ſchnell aus dieſer Lehre kommen. Wenn der Landesausſchuß mit den geplünderten Kaſſen fertig iſt, ſo wird es wohl auch mit ſeiner Macht ein Ende haben.

Frankfurt, 21. Mai. Heute früh traf die Nachricht hier ein, daß Neuſtadter Freiſchaaren, ſechs- bis achttauſend Mann ſtark, vor Landau gerückt ſind, um dieſe Reichsfeſtung mit Hilfe einer unter der Beſatzung anzuzettelnden Meuterei zu nehmen; ſtatt deſſen wurden ſie mit Kartätſchen empfangen und zerſprengt.

(Frankf. J.)

Wien, 17. Mai. Der Transport der ruſſiſchen Truppen auf der Nordbahn ſcheint beendigt, von heute an läßt die Bahn wieder alle Perſonen, Poſt und Laſtzüge nach der gewöhnlichen Fahrordnung eintreten. Seit einigen Tagen ſtrömt das neugierige Publikum in Maſſen nach dem nördlichen Bahnhof, da das Gerücht einen Beſuch der Ruſſen in Wien ſelbſt ankündigte, aber die Neugierigen kehrten immer unbefriedigt zurück; was wir bis jetzt von den Ruſſen ſahen, waren nur einzelne Generale und Offiziere, die von den inneren Stadtbewohnern dem größeren Theile nach nicht gerade ungern geſehen, in den Vorſtädten aber mit ſchiefen Blicken beobachtet wurden. Geſtern erblickte man zum erſtenmale wieder einen Hofwagen, beſpannt mit den wohlbekannten ſechs Schimmeln, in den Straßen; es war die Wittwe des Erzherzog Palatin's, welche mit ihrer 12jährigen Tochter dem Kaiſer in Schönbrunn einen Beſuch machte. Sie hat ihre frühere Wohnung in den Räumen des Augartens bezogen. Da die Lieferungen von hier nach Ungarn mit Umgehung des Verbots fortwährend ſtark betrieben wurden, und erſt vor einigen Tagen ein Kaufmann 80 Ballen Commißtuch unter falſcher Angabe dahin einſchmuggeln wollte, ein Verſuch, den er mit 3000 fl. Strafe bezahlen mußte, ſo erſchien heute abermals eine entſprechende Kundmachung des Militär- und Civil-Gouvernements. Der neuernannte Oberkämmerer Graf Lanzkawnsky wird auch die obere Leitung der beiden Hoftheater an der Burg und am Kärnthnerthore, ſo wie der k. Muſeen erhalten, da dieſe Inſtitute auch vor dem März 1848 unter dem Oberkämmereramte ſtanden, und man in den Angelegenheiten des Hofs das alte Regime ſo viel thunlich beizubehalten ſucht. Herr v. Kanitz iſt noch hier, die Conferenzen zwiſchen ihm und dem Miniſterium folgen ſich raſch, aber das diplomatiſche Geheimniß wird ſtreng beobachtet. Doch will ein Berliner Korreſpondent „der Preſſe" wiſſen, daß Oeſterreich geneigt ſei, in Bezug des Volkshauſes Konzeßionen zu machen. Beſagter Korreſpondent ſcheint aber für die Integrität Oeſterreichs noch beſorgter als ſelbſt unſer Miniſterium; er behauptet, daß im Intereſſe Oeſterreichs gegen jede Conzeßion Proteſt eingelegt werden müſſe, wodurch die Exiſtenz einer von Oeſterreich beſchickten und für Oeſterreich verpflichtenden geſetzgebenden Verſammlung zugegeben würde. Dies müſſe man hier begreifen lernen, aber man ſei aus der Periode, wo der Weltgeiſt Politik machte, in die Periode der „Vorſchwebungen" getreten, der nun endlich die klare Einſicht und die überlegte That folgen müſſe. Der Schreiber ſcheint zu vergeſſen, daß er mit der Negation einen Rath gibt, den unſer Miniſterium längſt befolgte, der aber, wie die Dinge jetzt ſtehn, nur auf „ruſſiſche Baſis" geſtützt, auf welche auch Preußens miniſterielle Organe ſchon unzweideutig anſpielen, in Ausführung zu bringen. Die hieſigen Journale erhielten geſtern eine „letzte Verwarnung" keine Nachrichten vom Kriegsſchauplatze zu geben, die ſich nicht in der Wiener Zeitung befinden. Die Erzherzogin Sophie mit ihrem Gemahle und ihren Söhnen wird ſoeben in Schönbrunn erwartet. Erzherzog Albrecht hat ſein herrliches Palais zu einem Spitol für die Verwundeten gegeben, wozu die Bürger Wiens alle Bedürfniſſe unentgeltlich liefern. Der Kaiſer gab für die Reconvalescenten alle ſeine geſchloſſenen Gärten auf der Baſtey zum Gebrauch.

* **Wien**, 17. Mai. Die Wiener Zeitung hat es nöthig gefunden, zur Widerlegung der „lügenhaften" Angabe, in einem Artikel der deutſchen Zeitung, daß die Rückkehr des Monarchen, gegen den Rath, ja ſogar ohne Vorwiſſen des verantwortlichen Miniſteriums geſchehen ſei, den Umſtand in Erinnerung zu bringen, daß der Kaiſer bei ſeiner Ankunft in Wien vom Miniſterpräſidenten Fürſten Schwarzenberg im Bahnhofe erwartet und empfangen wurde. *) Die heutige oſtdeutſche Poſt enthält folgenden Artikel: „Heute iſt uns ein an ſämmtliche Redaktionen gerichtetes Cirkular von der Militärkommandantur als letzte Verwarnung zugekommen, welches uns aufs ſtrengſte unterſagt, Nachrichten vom Kriegsſchauplatz über die Lage, Stellung und Stärke des Truppenkorps und über Kriegserfolge, ſo lange ſie nicht offiziell bekannt gemacht ſind, unſern Leſern mitzutheilen. Wir bitten daher es zu entſchuldigen, wenn wir von nun an nichts weiteres über dieſen Gegenſtand bringen, als die offiziellen Mittheilungen der Wiener Zeitung." Die Wiener Bür-

*) Aus dieſer wenig überzeugenden Berichtigung ſehen wir wenigſtens mit Vergnügen, daß das Organ des Miniſteriums den Stimmen der auswärtigen Preſſe Beachtung ſchenkt.

ger haben ein beſonderes Spital für verwundete Offiziere der Armee gegründet, wozu der Inſpektor des Palais des Erzherzog Albrecht die Räume hergegeben. Die Einrichtung iſt ſo vortrefflich, daß in Betreff des Comfort kein zweites Inſtitut dieſer Art aufzuweiſen iſt.

Lith. Korr. **Berlin**, 17. Mai. In diplomatiſchen Kreiſen iſt von einem Bündniß Preußens mit England die Rede, das ſeinem Abſchluſſe nicht fern ſein ſoll. Von den Bedingungen und dem nächſten Ziele dieſer Allianz verlautet Nichts, was über den Kreis naheliegender Vermuthungen hinausginge. Nur ſo viel ſcheint ſicher, daß die ſofortige Beendigung des däniſchen Krieges zu den Vorausſetzungen des Traktats gehört.

Berlin, 19. Mai. Der hannoverſche Staatsminiſter Dr. Stüve iſt wieder zurückgekehrt; er war in Hannover, um ſich mit den übrigen Mitgliedern des hannöverſchen Miniſteriums über die ihm hier gewordenen Mittheilungen und Vorlagen in Bezug auf die von der hieſigen Miniſterkonferenz zu entwerfende Reichsverfaſſung zu berathen. Wie es ſcheint, iſt auch Hannover der Vorlage, wie ſie von Preußen ausging, beigetreten. Darf man Gerüchten Glauben beimeſſen, ſo hätten wir die Veröffentlichung dieſer Reichsverfaſſung ſehr bald zu erwarten. Nach Allem was in gut unterrichteten Kreiſen über den Entwurf in ſeiner gegenwärtigen Geſtalt verlautet, verhält derſelbe ſich zur Reichsverfaſſung ungefähr ſo wie Verfaſſungsurkunde vom 5. Dezember zu dem von der Kommiſſion der preußiſchen Nationalverſammlung vorgelegten Entwurf. Die meiſten Artikel ſtimmen wörtlich mit der Reichsverfaſſung überein. Das abſolute Veto iſt in die Verfaſſung aufgenommen, die Vetofrage aber für die künftige Reviſion als offne behandelt; das Wahlgeſetz iſt weſentlich modifizirt, die Artikel über die beiden Häuſer dagegen mit geringen Aenderungen angenommen. Der König von Preußen iſt Schirmherr von Deutſchland und dieſe Würde im Hauſe Hohenzollern erblich. Man ſpricht von einer zweiten Proklamation Sr. Majeſtät an das preußiſche Volk, in welcher unter Bezugnahme „auf die vorzüglich im Süden und Weſten Deutſchlands ſich leider kundgebenden revolutionären und anarchiſchen Beſtrebungen“ die Nothwendigkeit eines energiſchen Einſchreitens allenthalben wo ſich revolutionaire Bewegungen zeigen, dargethan wird. Es ſoll durch jene Kabinetsordre gleichzeitig die Zuſammenberufung der Kammer, welche nach Artikel 49 der Verfaſſung innerhalb 5 Wochen erfolgen müßte, bis zu der Zeit hinausgeſchoben werden, in welcher die Verhältniſſe im geſammten Vaterlande ſich konſolidirt hätten, jedoch ſoll dieſe Suspenſion der Volksvertretung keinesfalls länger als ein Jahr dauern und die am 5. Dezember. 1848 gegebene Verfaſſung ſchon jetzt von Sr. Majeſtät, dem Heere und den Beamten feierlich beſchworen werden. (?) Wir nehmen keinen Anſtand dieſe wie es ſcheint begründete Nachricht mitzutheilen, um ſo mehr als auch einige der letzten leitenden Artikel der miniſteriellen „Deutſchen Reform“ auf einen derartigen entſcheidenden Schritt hinzudeuten und vorzubereiten beſtimmt zu ſein ſcheinen. (Aach. Z.)

× **Königsberg**, 11. Mai. Unſer Magiſtrat hat ſich einem wiederholten von der Regierung gegen den preußiſchen Städtetag erlaſſenen Befehle gefügt. Die Stadtverordneten haben zwar beſchloſſen, auf Abhaltung des Städtetages zu beharren; doch wird jetzt ſchwerlich viel daraus werden. Unſer Regierungspräſident Wallach hat Urlaub genommen und iſt durch den Grafen Eulenberg erſetzt worden. Den hieſigen Feſtungsarbeiten ward ein Lohnabzug von 2 Sgr. gemacht. Es kam darüber geſtern zu Unruhen, die vorläufig auf Verſprechungen gedämpft ſind. Die Blokade unſerer Häfen durch die däniſchen Kriegsſchiffe iſt fortwährend ſehr unvollſtändig.

Köln, 19. Mai. Mirbach iſt mit ſeinen wenigen Leuten bei Lüttringhauſen von einer Art Landſturm gefangen genommen worden. Höchſter und Bohnſtedt ſind in Sicherheit. Jellinghaus in Solingen iſt verhaftet. Der Generalprokurator Nikolovius iſt nach Elberfeld abgereiſt. Den einzelnen Redakteuren der Neuen Rh. Ztg. iſt Folgendes widerfahren: Fr. Engels wird wegen ſeines Auftretens in Elberfeld kriminell verfolgt, Marx, Dronke und Weerth haben als Nichtpreußen die dieſſeitigen Staaten zu verlaſſen, F. Wolff iſt, da er ſeiner Militärpflicht nicht genügt, und W. Wolff wegen politiſcher Vergehen, die früher in den alten Provinzen vorgekommen ſein ſollen, mit Unterſuchungen bedroht worden. Die Freilaſſung Korffs gegen Kaution iſt heute von der Rathskammer abgelehnt worden. (D. Z.)

= **München**, 18. Mai. Das Organ des Ultramontanismus, der „Volksbote,“ häuft heute alle Schmähungen auf die rothen Pfälzer, auf Kolb und ſeine Verrathsgeſellen, wie er ſie nennt, auf das Galleriegeſindel mit ſeinen Judenbuben, die Gallerien nämlich hatten mehrmals den Reden Schülers Beifall gezollt; der Volksbote ſagt nichts von dem Benehmen der Rechten wo der fromme Abel ſaß und welche Seite der ihr zuneigende Präſident wiederholt von Anſtand und Geſetz zu erinnern ſich genöthigt ſah. Der Volksbote nennt die Nationalverſammlung nun gar „Reichsgaſſenbuben und Hochverrätherklub.“ Der hieſige konſtitutionell-monarchiſche Verein für Freiheit (!) und Geſetzmäßigkeit hat eine Adreſſe an den Reichsverweſer geſandt, mit der Bitte, derſelbe möge unter allen Umſtänden auf ſeinem Poſten ausharren, bis eine andere definitive Centralgewalt eingeſetzt ſei, dann eine Adreſſe an die Kammern erlaſſen, daß der Eintritt, reſp. die Beſchlußfähigkeit der Abgeordneten einer im Aufruhr befindlichen Provinz unzuläſſig ſei. Das Hofblatt trägt letzteres Aktenſtück heute bedeutungsvoll an ſeiner Stirne.

= **München**, 19. Mai. Laut polizeilicher Bekanntmachung an alle Hausbeſitzer und Miether wird auf alle Fremden, namentlich Polen, Italiener, Franzoſen, Ungarn ſtreng vigilirt und ſoll jeder Miether und Hauswirth über jeden Fremden auf Verlangen die ſpeziellſte Auskunft ertheilen. Die Landwehr iſt ſeit einigen Tagen benachrichtigt, beim Generalmarſchſchlagen nicht auszurücken, damit man im Fall des Tumults, die Bürger von den eigentlichen Tumultuanten wohl unterſcheiden könne. Die Gemüther ſind erregt, äußerliche Ruhe herrſcht vor.

§ Aus der baieriſchen Pfalz, 19. Mai. „Flüchtig aus des Reiches Dienſt,“ ſo klingt uns nach langer Zeit ein Wort aus der Erinnerung nach, das wir einſt in der deutſchen Reichs- und Rechtsgeſchichte vernommen haben, als das Schimpflichſte, was einem ehrlichen Deutſchen konnte nachgeſagt werden. Man iſt vorangeſchritten im Lauf der Zeiten. Wer durch die Thore der deutſchen Gränz- und Reichsfeſtung Landau geht, vor denen einſt das berühmte: „Landau ou la mort“ todesmuthig erſchallte, begegnet jeden Augenblick Soldaten, die — meiſt halbtrunken freilich ſich rühmen, mit den Waffen auf und davon zu gehen. In ihren Heimathgemeinden angekommen, wo allenfalls noch der Geiſt jugendlicher Erinnerungen weht, wo unbewußt die erſten Eindrücke von Pflicht und Ehre wieder wach werden, da ſagen ſie dann theilweiſe halblaut: „ah, wir haben Urlaub“ — ſo ſtark drückt das böſe Gewiſſen. Und doch, was treibt dieſe Leute von ihren Fahnen, denen ſie zugeſchworen, warum werfen ſie den Helm weg, an dem über der weißblauen Kokarde die ſchwarz-roth-goldene des Reiches prangt? Ungehindert fraterniſiren ſie ja mit den Bürgern, und noch iſt ihnen nicht zugemuthet worden, gegen die Reichsverfaſſung in Waffen zu ſtehen oder das Blut ihrer Brüder und Landsleute zu verſpritzen. Rein diſſolute Geſinnung, auf deutſch Leichtſinn und Pflichtvergeſſenheit, treibt ſie mit Sack und Pack, Waffen und Allem, zugweiſe, Trommler und Pioniere voran, am hellen Tage unter ſchallendem Gelächter wegzulaufen von der Gränzwacht, die vielleicht einen Tag ſpäter die Beute des ſtets wachen und ehrgeizigen Nachbarn wird.

Am 15. Mai ſprach der Kommandant von Landau zu der Garniſon: „Soldaten! Es ſind höchſt betrübende Beiſpiele von Nichtbeachtung der beſchworenen Militärgeſetze durch Ungehorſam und Zügelloſigkeit vorgekommen. Laßt Euch nicht bethören durch politiſche und Verfaſſungsfragen, laßt Euch nicht zum Trunke verführen und zu Schritten hinreißen, welche ihr ſpäter bereuen müßt, wandelt einfach und ſtreng den Pfad der Pflicht und Ehre und bedenkt, daß ihr, durch die Bande der Disciplin eine ſtarke Schutzwehr bildend, die Feſtung vertheidigen müßt, nicht im Intereſſe einer Partei oder einer Provinz, nein zum Wohle des großen deutſchen Vaterlandes und aller Völkerſtämme, welche es bewohnen. Bedenkt, daß es diejenigen, welche eine Reichsfeſtung angreifen oder verrathen, mit Deutſchland unmöglich gut meinen. Wer ſeinem Eide nicht getreu bleiben, wer nicht ſeine höchſte Ehre in die Vertheidigung derſelben ſetzen will, der möge unſere Reihen ſogleich verlaſſen; die braven Kameraden mögen ſich um ſo leichter und dichter *) aneinander ſchließen.“

*) Die Benützung dieſes Anerbietens macht dichte Reihen nahezu zur Unmöglichkeit; auch die Artillerie und die badiſchen Dragoner wollen fort.

* **Dresden**, 16. Mai. Zu Folge Bekanntmachung des Kriegsminiſteriums tritt vom 20. Mai an die geſammte aktive Armee auf den Kriegsfuß.

* Die Leipz. Z. enthält folgende Berichtigung:

Tharand, 13. Mai. Die Beilage der „Deutſchen Zeitung“ vom 11. d. M. enthält in einem Artikel aus Dresden vom 9. d. M. die Angabe, daß unter den Gefangenen der Dresdener Inſurgenten ſich Tharander Akademiſten befunden, mit dem Nachſatze: „Einige davon waren verwundet“. — Das Letztere iſt ganz unrichtig und das Erſtere nur in ſo fern wahr, als zwei hieſige Akademiker beim Frühſtück am 9. d. M. in einem Gaſthauſe verhaftet wurden, welche jedoch, nachdem ſie ihre Unſchuld nachgewieſen, frei gelaſſen und bereits am 13. wieder wohlbehalten hieher zurückgekehrt ſind. — Wir erſuchen alle Zeitungen, welche obigen Artikel mitgetheilt haben, dieſe Berichtigung aufzunehmen.

Die Akademie-Direction. v. Berg.

§ **Leipzig**, 18. Mai. Heute iſt des Königs Geburtstag, den zu feiern gegenwärtig keine Neigung vorhanden iſt. Der Groll iſt tief eingedrungen; gerade die anhänglichſten Sachſen hört man oft ſich am tiefſten verletzt ausſprechen. Solche, die der deutſchen Erhebung ziemlich fremd blieben, und die nicht gern von dem Aufgehn Sachſens in Deutſchland etwas wiſſen wollten, empfinden noch viel ſchmerzlicher die preußiſche Leitung, deren nächſte Folge die Verwüſtung von Dresden geweſen iſt. Ueberhaupt hat die politiſche Stimmung gerade in dem trägeren Theile der Bürgerſchaft einen Umſchwung erlitten, die unreinen Elemente ſind zum größten Theil ausgeeitert, man hat nicht mehr das Gefühl gegen dieſe ſich ſeiner Haut wehren zu müſſen, man blickt auf die größeren Verhältniſſe Deutſchlands, und ſehnt ſich hier einen Abſchluß zu ſehen. Ruge hat ſich dadurch lächerlich gemacht, daß er als Paſtor Werner aus dem Thore geflüchtet iſt. Die heute Abend bekanntgewordene Erklärung der preußiſchen Abgeordneten, der Abberufung keine Folge zu leiſten, iſt ebenſo freudig aufgenommen worden, als man die Bildung des neuen Reichsminiſteriums mit Erſtaunen vernommen hat. Sollten ſich Männer dazu hergeben, die Centralgewalt durch Lächerlichkeit zu ruiniren? Von Herrn Detmold gibt es einen langweiligen Roman: die todte Tante; er hätte den Titel für das jetzige Miniſterium aufbewahren ſollen. Den Reichsverweſer hat man hier bisher ſehr in Ehren gehalten; aber die Wahl dieſes unglaublichen Miniſteriums wird es ſchwer machen, in dieſer Geſinnung zu verharren.

Hannover, 17. Mai. Die geſtrige Abreiſe des Miniſters Stüve von Berlin iſt im preußiſchen Staatsanzeiger gemeldet worden; doch kam er heute hier nicht an, auch wird ſeine nahe Ankunft nicht erwartet. Man vermuthet, daß er eine Miſſion über Sachſen nach München übernommen und die Reiſe ſchon angetreten habe, um dort an Ort und Stelle die Gemeinſamkeit Bayerns am Einigungswerke zu erwirken. Wahrſcheinlich reiſet er dann von München nach Frankfurt und betreibt die Verſtändigung über die differirenden Punkte mit der Nationalverſammlung. (H. C.)

† **Karlsruhe**, 19. Mai. Die neue Regierung benimmt ſich mäßig, wären nicht Struve, Blind und Konſorten hier, und gäbe es nicht in den andern Städten ähnliche Extreme, die Alles umſtürzen möchten, ſo könnte man hoffen, daß ſich dieſe Bewegung in ein ruhiges Bett leiten ließe. Viele Freiſchärler ziehen bewaffnet umher; die Soldaten haben ſich hier, wie in andern Garniſonen ſo ziemlich wieder zu ihren Fahnen eingefunden; viele tragen rothe Bänder und Federn an den Mützen, man möchte wohl mit Recht ausrufen: „Herr vergieb ihnen, denn ſie wiſſen nicht, was ſie thun.“ Die Offiziers-Wahlen ſind meiſtens ſehr unglücklich ausgefallen; es ſind Leute gewählt worden, die kaum ſchreiben können. Die Artillerie beſonders iſt ſehr verwahrloſt. Der neue Kriegsminiſter Eichfeld, ſonſt ein gemüthlicher Mann, hat gleich da nachgeholfen, was am meiſten fehlte; er hat den Sold der Unteroffiziere und Soldaten erhöht; er hat ſich geäußert, daß die Offiziers-Wahlen in dieſer Weiſe nicht bleiben können, was denn auch jeder halbwegs Vernünftige einſieht.

** **Karlsruhe**, 20. Mai. Struve und Blind ſollen bereits mit Brentano und Eichfeld im Zerwürfniß ſein, weil dieſe nicht unbedingt das monarchiſche Prinzip verwerfen. So wenigſtens geht die Rede. Hier befinden ſich jetzt viele Offiziere, die ſich früher geflüchtet hatten, jetzt aber theils ſich freiwillig geſtellt haben, theils gefangen worden ſind. Sie ſind ohne weitere Gefahr und nur einſtweilen unter Bewachung, da ſie ſich der Bewegung nicht angeſchloſſen haben. Mehrere ſind auch, theils wegen ſogenannten Verraths, theils wegen Verdachts in ſtrenger Haft. Major Hoffmann, weil er ſeinen Bruder, den Kriegsminiſter, nicht gefangen nahm, iſt verhaftet; ebenſo Oberſt Hinkeldey, der ſich nicht, wie es hieß, erſchoſſen hat. Aber Oberſt v. Reck und Hauptmann Großmann, zwei tüchtige Artillerie-Offiziere, ſollen ſich erſchoſſen haben, desgleichen Hauptmann Fik von der Infanterie, der in Kehl von ſeinen Soldaten inſultirt worden war. Bezeichnend iſt es, daß, als dieſe That von Kehl in Straßburg bekannt wurde, viele franzöſiſche Offiziere und Soldaten nach Kehl herüber kamen, und unſern Soldaten das Schändliche ihrer Aufführung auf eine Weiſe vorhielten, die den tiefſten Eindruck zurückließ, ſodaß unſere Soldaten wie vernichtet daſtanden.

Darmſtadt, 19. Mai. Daß preußiſche Truppen in Oppenheim ſeien, wie einige Zeitungen wollten, war und iſt eben ſo falſch, als das Gerücht, daß in Gießen preußiſche Truppen eingerückt ſeien oder hätten einrücken wollen. (Darmſt. Z.)

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 18. Mai Ueber das Bombardement von Friedricia werden folgende Thatſachen darüber mitgetheilt, in der Nacht vom 15. auf den 16. wurde mit großem Eifer an den Verſchanzungen gearbeitet, es wurden in dieſer Nacht drei lange Schanzen aufgeworfen, welche ſo eingerichtet, daß eine ziemliche Anzahl Infanterie darin aufgenommen werden, die völlig gedeckt, das Terrain bis gegen die Feſtungswälle beſtreichen können, dann 4 außerordentlich hohe Schanzen welche mit Mörſer bis zu 164 Pfund beſetzt werden ſollen. Der Tag des 16. wurde benutzt um ſämmtliche Schanzen mit Geſchützen, von denen ein Theil erſt an dieſem Tage anlangte, zu beſetzen ſo wie Munitionsvorräthe in gehöriger Zahl für jede Schanze zu beſchaffen, ſo daß am Abende dieſes Tages zum Angriff alles vorbereitet war. Der Himmelfahrtstag erſchien, und bei ſeinem Anbruch mögen die Dänen ſich nicht wenig erſchreckt haben, denn um 2 Uhr wurde gleichzeitig von faſt allen Schanzen das Bombardement eröffnet, welches größtentheils aus Hohlkugeln, welche aus Mörſern geworfen wurden, beſtand; kurze Zeit darauf fingen die Dänen an von ihren Wällen das Feuer zu erwiedern, bis 9 Uhr wo der Jäger die Umgegend von Friedericia verließ, dauerte das Bombardement ununterbrochen fort, indem die Dänen ſpäter ſogar ihr Feuer verſtärkten, welches aber nicht den geringſten Schaden bis zu jener Zeit angerichtet hatte.

Wir hoffen morgen ausführlicheres berichten zu können, denn nach aller Urtheil, welche Friedericia kennen, kann es ſich lange unmöglich halten. Die Wohlhabenderen der Einwohner, beſonders Damen, ſind ſchon mehrere Tage vorher auf Dampfböten nach Fühnen übergeſetzt worden, ſo daß ſich in der Stadt kaum die Hälfte der geſammten Einwohner noch befindet.

Die Preußen ſtehen mit ihrer 1. Diviſion unter General v. Hirſchfeld um Aarhaus concentrirt, obgleich das Hauptquartier noch immer in Horſens ſich befindet; in dem Hafen v. Veile lagen 10 däniſche Kauffarteiſchiffe, welche wegen des konträren Windes nicht hätten auslaufen können, dieſelben wurden gezwungen bis nahe an die Stadt zu kommen, wo ſie mit Beſchlag belegt wurden; es ſind dabei 800 Tonnen Hafer, welche für Rechnung der däniſchen Intendantur verladen worden, den Preußen in die Hände gefallen.

(N. C.) **Schleswig**, 17. Mai. Ihr Kopenhagener Korreſpondent ſchreibt neulich von der Abſendung des däniſchen Verfaſſungs-Entwurfs für das ſelbſtſtändige Schleswig an die vermittelnde Macht England. Man will hier ſchon wiſſen, daß Lord Palmerſton den Entwurf ſofort wieder zurückgeſandt und die Vermittelung auf ſolcher Baſis abgelehnt habe, mit dem Bemerken, daß er ſchon nach Einſicht des §. 1 (von der ewigen politiſchen Verbindung des Herzogthums Schleswig mit Dänemark) dieſen Entſchluß gefaßt: Daher die jetzt vorherrſchend ruſſiſche Vermittelung am Berliner Hofe.

Als Kurioſum mache ich Ihnen von einem Geſuche (aus Altona) Mittheilung, worin um die Auslieferung Orla Lehmann's gebeten wird, um ihn für Geld ſehen zu laſſen. Es wird die Summe von 10,000 fl. Cour. geboten und anſtändige Behandlung zugeſagt. Der Bittſteller ſoll es durchaus ernſtlich meinen.

Großbritannien.

* **London**, 19. Mai. Im Unterhauſe wurden geſtern wieder einige Interpellationen über auswärtige Angelegenheiten

an die Miniſter gerichtet. Auf Anlaß einer ſolchen Zwiſchenfrage erklärte Lord J. Ruſſell, daß es gegenwärtig keine unabhängige Regierung de facto in Sizilien gebe, die man als ſolche anzuerkennen habe. Lord Palmerſton erklärte daſſelbe, und äußerte in Betreff der aus England nach Sizilien gelieferten Schießwaffen, daß dieſelben nach Syrakus geſandt worden ſeien und ſich jetzt in den Händen des Königs beider Sizilien befänden. Es ſei allerdings richtig, daß Oberſt d'Aubray, ein britiſcher Offizier, nach England geſandt worden ſei, um Leute für die britiſche Regierung anzuwerben, es ſeien jedoch keine angeworben worden. Auf das Gerücht hin, daß das Dampfboot „Bombay" für den Dienſt der Regierung zu Palermo ausgerüſtet werde, habe man es für einige Zeit mit Beſchlag belegt, dann aber frei gegeben. Auf eine Anfrage Herrn Wyld's erwiederte Lord Palmerſton: „Ihrer Maj. Regierung hat gegen das Einrücken ruſſiſcher Truppen in Ungarn *keine* Verwahrung eingelegt." Sodann beantragte Lord J. Ruſſell nicht, wie er angekündigt, daß Smith O'Brien förmlich aus dem Hauſe ausgeſtoßen werde, ſondern er wählte den milderen Ausweg: der Sprecher möge ermächtigt werden, für Limerick eine neue Wahl auszuſchreiben, da Hr. Smith O'Brien als überführter Hochverräther nicht mehr Mitglied des Parlaments ſein könne. Wurde zugeſtanden.

Im Oberhauſe berichtigte Marquis von Lansdowne eine früher von ihm abgegebene Erklärung dahin, daß Lord Palmerſton allerdings von der Abſicht Oeſterreichs, in Mittelitalien zu interveniren, durch den öſterreichiſchen Geſandten am Londoner Hofe in Kenntniß geſetzt worden ſei. Graf Aberdeen drückte darüber ſeine Verwunderung aus, wie der edle Marquis früher ſo pathetiſch habe verſichern können, daß die öſterreichiſche Regierung der britiſchen keine ſolche Anzeige gemacht habe, und glaubte zugleich darauf aufmerkſam machen zu müſſen, daß die Mittheilung des franzöſiſchen Geſandten nur mündlich geſchehen, dabei in hohem Grade unbeſtimmt ſei und dadurch ſehr unvortheihaft gegen die offene, unzweideutige Eröffnung der öſterreichiſchen Regierung abſteche. Lord Stanley brachte eine Bittſchrift gegen die Schiffahrtsbill ein und kündigte an, daß er nächſten Montag bei der Komiteeberathung gewiſſe Amendements beantragen werde, die, wie er allerdings geſtehe, die Bill in ihrem Prinzip ſelbſt angreifen und verändern würden. Die dritte Leſung der iriſchen Hilfsarmenſteuerbill ging in derſelben Sitzung mit einer Mehrheit von 8 Stimmen (37 gegen 29) durch. Das „Chronicle" enthält folgende Notiz: „Aus Minden wird, wie unſer deutſcher Korreſpondent meldet, die Mittheilung gemacht, daß 20 oder 30 engliſche Matroſen, in London für die deutſche Flotte angeworben — d. h. für die Flotte der deutſchen Centralgewalt, welche man wohl nicht mehr als beſtehend betrachten darf und deren Flagge, wenn ſie je beſtand, nicht anerkannt iſt — auf ihrem Wege nach Bremen durch dieſe Stadt gekommen ſind. Iſt dieſe Anwerbung engliſcher Matroſen mit dem Völkerrecht verträglich?" Dieſe Notiz haben wir, ihrer charakteriſtiſchen Naivetät wegen, ganz mittheilen zu müſſen geglaubt. — Der „Globe" zeigt an, daß Abercrombie, der britiſche Geſandte in Turin, nebſt ſeiner Gemahlin, demnächſt in Paris auf ſeiner Reiſe nach London erwartet wird.

Frankreich.

0 **Paris**, 19. Mai. Das Reſultat der Wahlen von Paris befriedigt allgemein. Im Lager der Sozialiſten, im Heere der gemäßigten Republikaner, herrſcht ein gleicher Jubel. Die Bonapartiſten wären freilich berechtigt, ſich mißmuthig bei Seite zu ſchleichen, weil nur einer ihrer Kandidaten, Lucian Murat, erwählt worden iſt. Aber ſie thun auch, als ſei ihr Ehrgeiz ſchon dadurch befriedigt, daß er den erſten Platz auf der Liſte einnimmt, obgleich Jedermann weiß, daß er dieſen hauptſächlich dem Umſtande verdankt, daß er auf der ſiegreichen Liſte der Union électorale aufgeführt worden war. Wie gering der bonapartiſtiſche Anfang iſt, erſieht man am beſten aus der Stelle, auf welcher die Namen Pierre's und Napoleon's Bonaparte in der Reihe jener vorkommen, die aus der Urne hervorgegangen ſind; da behauptet der erſte den ſiebenzigſten, der zweite den einundſiebenzigſten Platz. Die „Liberté" wird über dieſen Undank ganz trübſinnig. Sie vergißt ſich ſo weit, dem Präſidenten die Republik vorzuwerfen, daß er es verſäumt habe, jene vor Millionen erprobten Anhänger zu vereinigen, mit deren Hülfe er ſowohl die demokratiſchen Bewegungen als die reaktionären Verſchwörungen unwirkſam hätte machen können. Nächſt der Niederlage der Bonapartiſten iſt die Erwählung der zehn Sozialiſten wohl die bedeutendſte Thatſache. Ihre Wichtigkeit würdigt man dann erſt vollends, wenn man erwägt, daß ſich die ſiegreichen Namen dieſer Partei blos auf der Liſte des „Peuple" befanden, daß ſie ſonach ihre Ernennung blos der geſchloſſenen Schaar ihrer Freunde verdanken. Von dieſer Seite betrachtet iſt die Anzahl der Stimmen, welche die Zehn vereinigten, ungleich bedeutender, als die der übrigen achtzehn Repräſentanten von Paris, welche ſich aber, ohne Ausnahme, mindeſtens auf zwei der verbreitetſten Liſten befunden haben! Je reicher wir hier an Nachrichten über die in den Departements ſtattgefundenen Wahlen werden, deſto ſtolzer ſehen die Sozialiſten umher. Sie behaupten heute, der Erwählung von 150 der ihrigen gewiß zu ſein, und unterdrücken, in der Erwartung der Dinge, die da kommen ſollen, ihren Groll über die verunglückte Kandidatur ihres Häuptlings Proudhon, der blos 103,513 Stimmen vereinigt hat. Die Genugthuung, die beiden Sergeanten Boichot und Rattier in die Kammer gebracht zu haben, gibt ihnen neuen Muth zur Gewinnung der Armee, in der ſie, das iſt eine unläugbare Thatſache, kürzlich Fortſchritte machen, ſeitdem ihnen Changarnier durch ſeine unverſtändige Willkür geradezu in die Hände arbeitet. Die heutige „Republique" verfehlt dieſe Hoffnung nicht; ſie weiſt mit Freuden darauf hin, wie groß die Majorität der ſozialiſtiſchen Wähler in der Armee von Paris war, und ſchließt einen hoffnungsvollen Artikel mit den Worten: Ja, in einiger Zeit, vielleicht ſchon in einem Jahre wird ganz Frankreich rufen: Es lebe die demokratiſche und ſoziale Republik! Ob dieſe Freude, dieſe Zuverſicht, aufrichtig gemeint iſt, wollen wir dahingeſtellt ſein laſſen, ſo viel aber iſt gewiß, daß die Sozialiſten nun zum erſtenmale als politiſche Partei in der Kammer das große Wort führen werden, und daß ein kluges Gouvernement ſich nicht genug beeilen könnte, durch die Erfüllung der im Artikel 13. der Konſtitution gegebenen Verſprechungen ihnen gewiß zu weit gehende, wahrſcheinlich gewaltthätige Initiative zu benehmen.

* **Paris**, 19. Mai. Man hat ſämmtliche Stimmen, die in Paris abgegeben worden ſind, für die gewählten und nicht gewählten Kandidaten, nach den Rubriken Union électorale und Liste socialiste zuſammengezählt; darnach ergibt ſich für jene 3,073,908 Stimmen, (jeder Wähler ſchreibt 28 Namen auf) für dieſe 2,980,311 Stimmen. Unterſchied: nur 3,500 Stimmen! Ein lehrreiches Rechenexempel! Sonſt beſteht die Hauptfreude der Parteien darin, jeder die Gefallenen der andern aufzuzählen. Von den Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung ſind gewählt: Arago, Cremieur, Ledru Rollin, durchgefallen Lamartine, Marraſt, Dupont, Garnier Pages, Marie, Flocon, Louis Blanc und Albert. Von den 4 Herren, die nach einander den Präſidentenſtuhl der Konſtituante eingenommen haben, Buchez, Senard, Marie und Marraſt iſt nicht einer wiedergewählt.

Die unerwartet große Zahl der gewählten Sozialiſten hat auch auf der heutigen Börſe ihre Wirkung geübt: Die Kourſe fielen bis auf 82,50 die 5 pCt und 75 die 3 pCt. Dann überlegte man ſich, daß die Lage doch nicht gar zu verzweifelt wäre, daß die unzweifelhafte Mehrheit doch immer den Gemäßigten geſichert ſei, daß die ſtarke Oppoſition ſogar die wohlthätige Wirkung haben würde, alle Spaltungen unter den Gemäßigten auszugleichen, und die Kourſe hoben ſich wieder.

Die wohlthätige Wirkung der ſozialiſtiſchen Wahlen auf die Verſöhnung der gemäßigten Fraktionen ſoll ſich ſchon erwieſen haben: Cavaignac und alle Mitglieder ſeines Miniſteriums ſollen dem Präſidenten ihre Dienſte zu Gebot geſtellt, und die Regierung ihrer aufrichtigen Mitwirkung verſichert haben.

Einſtweilen aber beweiſen die Todten in der Nat.-Verſamml. daß ſie noch leben. Sie war lange nicht ſo rührig, wie jetzt, geſtern die Trankſteuern abgeſchafft, heute das doppelte Kommando des Generals Changarnier. Mit 291 gegen 354 Stimmen wurde zuerſt die Vertagung abgelehnt, dann mit 293 gegen 210 Stimmen der Geſetzentwurf verworfen, welche die Verbindung des Kommando's der Linie und der Nationalgarde in den Händen Changarnier's für fernere drei Monate ſanktioniren ſollte. Das Recht iſt unzweifelhaft auf Seite der Entſcheidung; warum hat man aber den unrechtmäßigen Zuſtand 6 Monate lang geduldet?

№ 140. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 22. Mai 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Gegenwärtiger Beſtand der Nationalverſammlung). Wien (Ungariſche Nachrichten. Ruſſiſcher Polizeidienſt. Verurtheilungen. Vermiſchtes). Berlin (Hr. Camphauſen. Hr. Waldeck. Verbot. Adreſſe des Magiſtrats an den König.) Stettin (Embargo auf däniſches Eigenthum). Münſter (Belagerungszuſtände). Köln (Gräfin Hatzfeld). München (Die Regierung und die Berliner Konferenzbeſchlüſſe. Die Haltung des Landtags). Suttgart (Kammerverhandlungen über das Wahlgeſetz. Ein Reiterregiment nach der badiſchen Gränze. Der Kriegsminiſter. Raveaux). Dresden (Ertrag der Geldſammlungen. Der Prozeß gegen die Aufſtändiſchen. Die Ausweiſung der Polen. Preußiſche Truppen. Beabſichtigter Beſuch des Königs. Stärke der preußiſchen Truppen). Karlsruhe (Bornſtedt und Slay. Erklärung des Landesausſchuſſes. Verordnungen. Truppen nach dem untern Neckar. Die Bürgerwehr. Vorgang bei der Beeidigung der Truppen). Darmſtadt (Die Truppen an der badiſchen Gränze. Die Eiſenbahnverbindung). Von der Königsau (Das Bombardement von Fridericia). Hamburg (Kriegsnachrichten. Der Senat und die Volksbewaffnung).

Portugal. Liſſabon (Unglückliche Entbindung der Königin. Handelsnachrichten. Das Wetter).

Oeſterreichiſche Monarchie. Galizien (Kundmachungen).

Italien. (Rom ruhig. König Ferdinand in Caſtel Gandolfo).

Frankfurter Börſenberiche (Vom 22. Mai.)

Nachſchrift.

Deutſchland.

⊙ **Frankfurt,** 22. Mai. Wenn wir die Reichsverſammlung in dem Mitgliederverzeichniß betrachten, wie es bis heute amtlich fortzuführen iſt, ſo ſtellt ſie noch immer eine anſehnliche Körperſchaft der deutſchen Volksvertretung dar. Trotz der maſſenhaften Austritlserklärungen und trotz der geringen Anweſenheit am geſtrigen Tage (190) zählt ſie nämlich doch noch 323 berechtigte Stimmen und darunter nicht wenige von dem allerkonſervativſten Charakter, wie z. B. die Herren v. Bally, Detmold, v. Radowitz, Naumann aus Frankfurt a. d. O. Jürgens aus Stadt Oldendorf, v. Linde aus Mainz u. A. Bei näherem Betracht freilich findet ſich, daß viele Geſpenſter (Revenants, von denen aber die meiſten gewiß nicht zurückkehren), auf dieſer Namensliſte zu betreffen ſind, das heißt Perſonen, die ihre Vollmachten nur formell nicht, thatſächlich aber längſt zurückgelegt haben. Das bezieht ſich nicht blos auf Mitglieder wie Hr. v. Radowitz, deren Handlungsweiſe auch ohne die preußiſche Abberufung als eine hinreichende Austrittserklärung gelten kann — auf Verſchwundene und in der Paulskirche Verſchollene wie Hr. v. Vincke — auf durch andere bindende Pflichten entfernt Gehaltene wie Hr. Otto Koch, der Bürgermeiſter von Leipzig, ſondern hauptſächlich auch auf die große Anzahl von Solchen, die der Verſammlung zum Theil bereits ſchon den Rücken gekehrt haben, zum Theil zwar noch nahe ſind, allein ihr doch nur noch ſcheinbar und von der nächſten Sitzung an vermuthlich auch nicht zum Schein mehr angehören werden, wie die HH. Wernher von Nierſtein, Stahl aus Erlangen, Maukiſch aus Dippoldswalde, Hergenhahn aus Wiesbaden, Wiedenmann aus Düſſeldorf, Heckſcher, deſſen Ankunft in Paris die Blätter melden, Godeffroy aus Hamburg, Gruel, u. m. A. Ueberblicken wir die Abgänge nach den Buchſtaben, ſo hat ſich nur das Z. und das Q. erhalten, ohne irgend einen Verluſt zu erleiden. Beim Q. war dies leicht, denn dieſer Buchſtabe hatte nur Herrn v. Quintus-Icilius aus Fallingboſtel aufzuweiſen, der dem Hauſe bis jetzt treu verblieben iſt. Aber auch das Z. iſt in allen ſeinen elf Namen (Zachariä (2) aus Bernburg und aus Göttingen, Zell, Zeller, v. Zerzog, Ziegert, Zimmermann (2) aus Stuttgart und Spandow, Zittel, Zöllner und Zum Sande) vollſtändig erhalten, während im O. von 7 nur 2, worunter überdies ein Geſpenſt (Herr Ottow aus Labian) im A. nur 4 worunter ebenfalls ein Geſpenſt (von Andrian aus Wien) im S., dem ſtärkſten Buchſtaben, von 84 ſelbſt mit Anrechnung aller Geſpenſter (wie die Herren Schultze von Liebau, Strache aus Rumburg, Servais aus Luremburg ꝛc.) nur noch 42 Namen vorhanden ſind. Den Staaten nach hat ſich Würtemberg, von deſſen Abgeordneten nur Herr Mathy ausgetreten, Fürſt Waldburg-Zeil aber freilich neuerdings verſchwunden iſt, Baden, woher gar keine Austrittserklärung erfolgte, dann Sachſen, Kurheſſen, Oldenburg, Schleswig-Holſtein mit Lauenburg und Mecklenburg Schwerin am vollzähligſten in der Paulskirche behauptet. Ueber den Austrittsentſchluß des Kaſino ward namentlich in der Sonntagsſitzung des Klubbs abgeſtimmt. 48 Stimmen gegen 38 entſchieden ſich für das Ausſcheiden aus der Verſammlung. Unter denen die für den Austritt ſtimmten waren 15 nichtpreußiſche Mitglieder. Unter den 38 das Verbleiben Fordernden: 10 Preußen.

* **Wien,** 18. Mai. Die Wiedereröffnung der gewöhnlichen Trains auf der Nordbahn beſtätigt die außerdem verbreitete Kunde, daß nunmehr alle ruſſiſchen Truppen ſich auf ungariſchem Boden befinden. Durch das ſtrenge erneuerte Verbot, Nachrichten über Truppenbewegungen zu geben, ſind unſere Zeitungen ſehr dürftig an dahin gehörigen Neuigkeiten geworden und man vernimmt auch ſonſt nur wenig darüber. Der Schauplatz der Ereigniſſe des magyariſchen Krieges bereitet ſich in Oberungarn vor, wo die ruſſiſchen Truppen an den Eingangspunkten Dukla, Altendorf, Jablunka und Jardonof aufgeſtellt ſind und die Magyaren unter Dembinski und Görgey Mähren, Schleſien und beſonders Galizien zu revolutioniren verſuchen werden. Dadurch iſt eine Verlegung des Kriegsſchauplatzes nach Galizien möglich. F.-Z.-M. Welden hält ſeine Armee um Preßburg konzentrirt. Alle vorgefallenen Scharmützel ſind bloße Scheinangriffe der Magyaren, die auf der ganzen Linie der kaiſerlichen Armee gegenüber, mit kaum 30,000 Mann operiren, um jede Bewegung gegen Nordungarn abzuhalten und ſelbſt wenn Görgey von den Ruſſen geſchlagen ſich zurückziehen müßte, Welden in ſeiner jetzigen Stellung feſtzuhalten. Greifen die öſterreichiſchen Truppen auf der ganzen Linie an, ſo ziehen ſich die Magyaren in die Feſtung Komorn zurück, um, ſo wie Welden gegen Görgey vorrückt, wieder hervorzubrechen. In Preßburg iſt es ſtill und auch in der Umgegend iſt kein Kanonendonner mehr zu vernehmen. Fortwährend gehen Kavalleriezuzüge nach der Schütt. 3 Stunden hinter Szerdahely-Somerein ſteht das Gros der magyariſchen Armee. Der ruſſiſche General Saß hat in den erſten zwei Tagen ſeiner Anweſenheit im Lager zu Spylkowice vier bekannte Wühler und Aufwiegler feſtnehmen und an das Wadowicer Kreisamt abſtellen laſſen.

Von der unteren Donau erfährt man, daß Temeswar (?) und Pancſova, mithin das ganze Banat in den Händen der Magyaren ſich befinden. In Somogy (Zalaer Komitat) hat ſich ein bereits 25,000 Mann ſtarker Landſturm zuſammengezogen, wovon die Hälfte mit Feuergewehren bewaffnet iſt. Die Beſatzungen von Marczaly, Kaposvar, Lad und Szigeth haben ſich über die Drau zurückgezogen. Noßlopy's Aufruf zum Landſturm verbietet zugleich bei Todesſtrafe: 1) Brandlegung; Raub; Plünderung; 2) Tödtung eines politiſchen Verbrechers ohne gerichtliches Urtheil und 3) jeden, irgend einem Windiſchgrätz'ſchen Beamten irgendwie geleiſteten Gehorſam. Nach angeblich zuverläſſigen Berichten iſt Ofen bereits von den Magyaren eingenommen worden. Der Kaiſer beſuchte geſtern unverhofft das Militärſpital in Mauer. Er verſuchte die Spitalkoſt und nach Beſichtigung der Anſtalt in all ihren Räumen verließ er dieſelbe, ſeine Befriedigung ausſprechend. Die Deputation des Prager Stadtverordnetenkollegiums, welche dem Kaiſer die Petition wegen Einberufung des böhmiſchen Landtags überreichen ſollte, iſt von Wien unverrichteter Sache zurückgekehrt. Aus Innsbruck wird amtlich gemeldet, daß Kaiſer Ferdinand am 29. daſelbſt eintreffen werde; gleichzeitig erwartet man auch daſelbſt den Erzherzog Rainer. Eine Reihe von kriegsrechtlichen Verurtheilungen zu mehrmonatlichen oder wöchentlichen Gefängnißſtrafen iſt neuerdings erfolgt; das Merkwürdigſte dabei ſind die beſtraften Vergehungen: Majeſtätsbeleidigung im 2. Grade; aufreizende Aeußerungen an öffentlichen Orten; aufwiegelnde und drohende Reden in Bezug auf eine neuerliche Staatsumwälzung; Verbreitung falſcher Nachrichten vom Kriegsſchauplatze mit der Abſicht auf die Stimmung mehrerer k. k. Soldaten entmuthigend einzuwirken.

Lith. Korr. **Berlin,** 20. Mai. Hr. Camphauſen iſt von Köln h eher berufen worden und ſeine Ankunft wird heute erwartet. Die Berufung des Herrn Camphauſen ſoll auf den Wunſch Sr. Majeſtät erfolgt ſein, der Rath eines Mannes, der in ſchwerer Zeit der Krone mit ſeltener Hingebung gedient hat, wird auch jetzt wieder angeſprochen und ſteht zu hoffen, daß ſein Gewicht auch von den jetzigen Miniſtern nicht verkanut werden wird.

Die Theilnahme der Berliner an dem Schickſale Waldecks gibt ſich in einer Menge Erzählungen kund, die über ihn im Umlaufe ſind. So erzählt man, daß der Gefängnißdirektor, Hr. v. Rohr, ſich geweigert habe, Hrn. Waldeck als Gefangenen anzunehmen, da ein richterlicher Verhaftsbefehl nicht beigebracht war.

Waldeck machte lächelnd der Verlegenheit des Polizeibeamten, der ihn ſonach hätte freilaſſen müſſen, ein Ende, indem er Herrn v. Rohr erſuchte, ihm ſo lange zu geſtatten, ſich bei ihm aufzuhalten, bis der richterliche Befehl herbeigeſchafft ſei; dies geſchah und erſt eine halbe Stunde ſpäter wurde der Verhaftsbefehl des Unterſuchungsrichters herbeigeſchafft. Vorgeſtern und geſtern wurde Waldeck mehrere Stunden lang von dem Unterſuchungsrichter, Kriminalrath Schlötke, verhört, dem Verhöre wohnte auch der Regierungsrath Hr. Lüdemann, wahrſcheinlich im Auftrage der Polizeibehörde bei. Wie verlautet, ſoll Waldecks Verhaftung erfolgt ſein, weil man ihn für betheiligt hält an einer Verſchwörung gegen Sr. Majeſtät Leben oder Freiheit, die man entdeckt haben will.

Gottſchall's „Marſeillaiſe" (Rongot do l'Isle), die heute auf der Königſtadt in Scene gehen ſollte, kann „wegen eingetretener Hinderniſſe" heute nicht gegeben werden. Die Hinderniſſe ſind wahrſcheinlich in einem Verbote des Hrn. General v. Wrangel zu ſuchen. Ein gleiches Loos trifft ein kleines Genrebild von E. Dohm: „Eine Leipziger Barrikade", deſſen Aufführung im Friedrich Wilhelmſtädtiſchen Theater ebenfalls auf heute feſtgeſetzt war. Die „Neue Rheiniſche Zeitung" iſt für Berlin und deſſen zweimeiligen Umkreis verboten. Eben ſo die „Neue Kölniſche Zeitung."

Berlin. Der hieſige Magiſtrat hat ſich in Veranlaſſung des Manifeſtes des Königs an ſein Volk vom 15. d. M. folgende Adreſſe an Se. Maj. den König zu richten gedrungen gefühlt:

Allerdurchlauchtigſter König und Herr! Ew. Königliche Majeſtät haben in dem Manifeſt vom 15. d. M. an Ihr Volk ein offenes Wort gerichtet, für deſſen Wahrheit einſt die Geſchichte zeugen wird. Aber auch ſchon jetzt wird daſſelbe, durch die Gefahren der Gegenwart hervorgerufen, ſeinen Weg zu dem Herzen jedes wahren Preußen finden und den Ausdruck der Treue als ſeinen Wiederhall zurückſenden.

Mit gerechtem Kummer haben wir die Bahn verfolgt, welche die deutſche Nationalverſammlung eingeſchlagen hat, als Ew. Königliche Majeſtät im tiefen Gefühl der Verantwortlichkeit vor Gott und Menſchen eine Krone ablehnten, die nicht von der freudigen Beiſtimmung aller deutſchen Stämme ihren Glanz erhielt; — als Ew. Königliche Majeſtät einem Verfaſſungswerke ihre Zuſtimmung verſagten, das neben vielem Trefflichen, doch auch Feſtſetzungen enthält, welche die Einheit nicht zu verwirklichen, die Macht Deutſchlands wie Preußens vielmehr zu untergraben drohten und welche, indem ſie den Rückgedanken der Parteien für ihre Zwecke nur zu erwünſchte Hoffnungen darboten, dem Vaterlande einen dauernden inneren Frieden nicht gewähren konnten. Ohne deshalb an der Herſtellung eines einigen und freien Deutſchlands zu verzweifeln, haben Ew. Königliche Majeſtät hierzu der deutſchen Nationalverſammlung bereitwilligſt die Hand geboten. Dieſe Hand iſt zurückgewieſen worden. Der friedlichen Verſtändigung entſagend, hat dieſe Verſammlung ſich zu Beſchlüſſen hinreißen laſſen, welche nimmermehr die Einheit fördern können.

Mit tiefem Schmerze blicken wir auf die Verſammlung, deren frühere Beſtrebungen unſere und des Vaterlandes Hoffnungen auf eine glückliche Geſtaltung der Verhältniſſe belebten. Mit patriotiſcher und ſittlicher Entrüſtung aber verwerfen wir Maßnahmen, durch welche eine Faktion den Bürgerkrieg in den deutſchen Ländern zu entzünden im Begriff ſteht. Preußen, deß ſind wir gewiß, wird auch dieſen Sturm beſtehen, der gegen das deutſche Vaterland, gegen die wahre Freiheit und Geſittung heraufbeſchworen wird. Preußen, dem noch ſo eben eine Stimme im Auslande das Zeugniß gibt, daß ſeit ſeines großen Friedrichs Zeit alle wahren Deutſchen in ihm den Träger ihrer beſten Kraft und höchſten Nationalität erkannten, wird auch jetzt für Deutſchlands Einheit und Freiheit einzuſtehen und ſeine und aller Deutſchen höchſten Güter zu ſchützen wiſſen. Dafür bürgt uns Ew. Majeſtät ſo eben geſprochenes königliches Wort, dem wir mit voller Seele vertrauen. In tiefſter Ehrfurcht erſterben wir Ew. Königliche Majeſtät treu gehorſamſt. Der Magiſtrat zu Berlin. Berlin, den 17. Mai 1849.

Die geſtrige außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten-Verſammlung erregte ein allgemeines, lebhaftes Intereſſe und gab Anlaß zu ſehr heftigen und anhaltenden Debatten. Die Stadtverordneten haben ſich an jenem Schritte des Magiſtrates nicht betheiligt. Dagegen genehmigte die Verſammlung mit 53 von 91 Stimmen, die folgende von dem Stadtverordneten Ulfert entworfene Anſprache an die Mitbürger für die Zeitungen:

„Mitbürger! Die wahre Einigung Deutſchlands, der ſeit Jahren die Beſtrebungen der Beſten galten, iſt auch von uns in ihrer vollen Bedeutung aufgefaßt. Nur in ihr finden wir die Bedingungen für Deutſchlands dauernde und ſteigende Macht, die zugleich Preußens Größe iſt, nur in ihr den Schluß der deutſchen Revolution. Daß wir es ernſt mit der Sache des großen Vaterlandes meinen, iſt von uns an den Tag gelegt und von unſerer Ueberzeugung gedenken wir nicht zu weichen. Aber eben damit das große Ziel erreicht werde, iſt Vertrauen nöthig. Mitbürger! Ein ernſtes Wort iſt zum Volke geſprochen worden. Preußens Fürſt will für die Erreichung deutſcher Einheit die ſtarke Hand ſein und ſo dem Lande Frieden geben. Nehmen wir es an, dieſes Wort, als ein königliches, an dem man nicht deuteln ſoll. Wir, die wir aus Eurer Wahl als Eure Vertreter hervorgegangen ſind, wir haben Vertrauen, habt auch Ihr es! Die Partei des Umſturzes hat das Banner des Vaterlandes gemißbraucht, um dahinter ihre republikaniſchen Gelüſte zur Geltung zu bringen. Seht nach Dresden, ſchauet hin nach Baden, wo der Fürſt des Landes, der ſogar die von der Nationalverſammlung zu Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung anerkannt hatte, zur Flucht gezwungen iſt. Es iſt hohe Zeit, daß die Männer wahrer Freiheit zu einanderſtehen. Wir hatten es ehrlich mit der wahrhaft konſtitutionellen Monarchie, wir ſind feindlich ihren Feinden und werden von unſerem Standpunkte aus dieſe bekämpfen, mögen ſie der einen oder der anderen äußerſten Partei angehören. Deshalb verbindet Euch mit uns; ſeid einig mit uns in dem Sinn für ächte Freiheit, für die deutſche Einheit und im Vertrauen zum Könige! Berlin, den 19. Mai 1849. Stadtverordnete zu Berlin."

* **Stettin**, 19. Mai. Auf die däniſchen Schiffe und Ladungen und auf das Eigenthum der däniſchen Krone innerhalb Preußens iſt Embargo gelegt.

* **Münſter**, 18. Mai. Die Kreiſe Iſerlohn, Hagen, Elberfeld und Solingen ſind in Belagerungszuſtand erklärt.

Köln, 20. Mai. Heute am ſpäten Nachmittage iſt hier die Gräfin Hatzfeld verhaftet worden. (Rh. Volksb.)

≃ **München**, 20. Mai. Wie der Anfang, ſo der Fortgang. Man erwartete geſtern von der Kammer eine entſcheidende That und beſorgte von der Regierung ein Gleiches, Beides geſchah nicht. Das linke Centrum hat die Linke, wohl unter dem Eindruck der Gerüchte von einer drohenden Kammerauflöſung, bei der Adreßfrage im Stiche gelaſſen; Centrum und partikulariſtiſche Rechte ſcheinen aus der preußiſchen Königsrede neue Hoffnungen für ihre Abſichten geſchöpft zu haben, das Miniſterium bekundete deutlich durch ſein ſpezielles Programm in der deutſchen Verfaſſungsfrage, daß es entweder von der Berliner Konferenz ohne Nachricht, oder daß Baiern von den dort vereinbarenden Fürſten vollſtändig düpirt iſt. Seine ſpeziellen Beanſtandungen gegen Reichsverfaſſung und Grundrechte ſind genau dieſelben, welche Graf Bray's Erklärungen bei der Reichsverſammlung gemacht, die angeblich Pfordten'ſchen Vorſchläge an Stelle der beanſtandeten Beſtimmungen ganz und trotz der erneuten Verſprechungen poſitiver Vorſchläge genau nur jene, welche ſchon vor beinahe einem Vierteljahre in Frankfurt eingebracht wurden: ein Direktorium anſtatt des Kaiſers, Beſchränkung der Reichseinkünfte auf die Matrikularbeiträge, alſo das Verlangen nach einer bettelhaften, von jedem größeren Einzelſtaate abhängigen Reichsgewalt. Uebrigens nichts, gar nichts, als die alten Verneinungen. Und unterdeſſen leſen wir in den Zeitungen, daß die Vereinbarung der Berliner Konferenz die einheitliche Spitze beibehält, auch ſonſt ſchon in vielen Dingen auf die urſprüngliche Verfaſſung eingegangen iſt, welche das Miniſterprogramm geſtern noch abwies. Alſo iſt Baiern von den Vereinbarern ſelbſt düpirt. Das iſt die Folge ſeiner halt- und gedankenloſen Politik. Eben ſo vollkommen rathlos ſteht übrigens auch das Miniſterium in den Fragen der innern Staatsangelegenheiten, beſonders hinſichtlich der Pfalz. Wenn man es einen Sieg nennen will, ſo war der geſtrige Beſchluß zur Vertagung der Adreßdebatte ein ſolcher; ja, es iſt nicht unmöglich, daß dieſe Debatte dazu ſelbſt den neuen Sieg fügt, daß die Adreſſe, in jeder Hinſicht abgeſchwächt, nicht einmal ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium, nicht einmal die Ueberzeugung von der Endgültigkeit der durch die Nationalverſammlung beſchloſſenen Reichsverfaſſung enthält. Durfte doch Hr. v. Lerchenfeld ſogar ausſprechen, das deutſche Volk ſei noch nicht reif genug für die von dieſer Verfaſſung gewährte Freiheit! Aber um welchen Preis ſolche lokale Siege? Um den Preis der vollen Zerklüftung des ganzen baieriſchen Staats. Geſtern bereits erklärte die Linke nach dem Beſchluß der Vertagung der Adreßdebatte, daß ſie an der fernern Behandlung der Tagesordnung keinen Theil nehme. Morgen werden die Pfälzer und Franken den Landtag in Maſſe verlaſſen, ſobald die Adreſſe abgeſchwächt wird. Was die perſönliche Bedrohung mehrerer Abgeordneten anbetrifft, ſo ſcheint dieſelbe doch keineswegs auf bloßen Gerüchten zu beruhen. Berkmann aus Einſelthum und Hannitz aus Zweibrücken haben wirklich für gut befunden, nach ihrer Heimath abzureiſen; ſie wohnten bereits der geſtrigen Sitzung nicht bei. Unterdeſſen proteſtirt der konſtitutionell-monarchiſche Verein gegen die Rechtsverbindlichkeit der von einem Landtag gefaßten Beſchlüſſe, deſſen Mitglieder die dazu gewählten Pfälzer und Franken ſeien!

** **Stuttgart**, 20. Mai. Unſere Kammer beſchleunigt ihr letztes und wichtigſtes Werk, den Geſetzesentwurf über unſere konſtituirende oder revidirende Beſammlung, mehr als man geglaubt hätte; ihr Schluß ſteht ſomit bald bevor. Sie iſt geſtern ſchnell über die Hauptſchwierigkeiten des Geſetzes weggekommen, um ſo

leichter, als Miniſterium und Kammermehrheit ſich vorher verſtändigt hatten. Darnach erhält in Gemäßheit der deutſchen Reichsverfaſſung die revidirende Verſammlung auch das Recht des Geſetzesvorſchlags und es ſoll ihr auch zuſtehen, andere Staatsgeſchäfte, als die Verfaſſungsreviſion vorzunehmen, welche ihr von der Regierung vorgelegt, oder von der Verſammlung ſelbſt mit einer Mehrheit von zwei Drittheil als dringlich, d. h. nicht auf den nächſten Landtag aufſchiebbar, erkannt werden. Beides, das Recht des Geſetzesvorſchlags und die obenerwähnte Befugniß, war im Entwurfe nicht enthalten, der für die dringlichen Geſchäfte neben der neuen Verſammlung noch einen Ausſchuß der jetzigen Stände beſtehen laſſen, und dieſem die Befugniſſe einer Ständeverſammlung übertragen wollte. Wenn in dieſen Punkten die Regierung nachgab, ſo hat in einem andern die demokratiſch geſinnte Kammer ihre Neigungen bezähmt, indem ſie, weil das Miniſterium auf einem Cenſus als Grundlage des aktiven Wahlrechts beharrte, nachgab und den Cenſus anerkannte. Dieſer Cenſus iſt übrigens beinahe verſchwindend klein, wer überhaupt nur irgend welche direkte Steuer zahlt, daß heißt wer auch nur 15 Gulden Kapital hat, kann Wähler ſein. Weiter hat die Kammer die Zahl der Abgeordneten auf 64 beſtimmt; der Entwurf gab, indem je 2 Bezirke 3 Abgeordnete wählen ſollten, deren 96; 64 iſt ſicher für unſer Land genug. Ohne Zweifel wird die Kammer morgen den Entwurf zu Ende bringen. Ein Hinderniß für die baldige Erhebung deſſelben zum Geſetz: unſere Standesherrenkammer, ſcheint ſich von ſelbſt zu heben. Dieſe Kammer iſt nämlich derzeit nicht mehr in beſchlußfähiger Anzahl verſammelt. Es wird ſomit das Wahlgeſetz, ſowie das Poſtgeſetz, das eigentlich am heutigen Tage in Wirkſamkeit hätte treten ſollen, ohne Mitwirkung der erſten Kammer zu Stande kommen. Heute früh hat uns ein Reiterregiment verlaſſen; es ſoll an die badiſche Grenze gehen. Der Unfug einzelner Freiſchaaren macht dies nothwendig, welche den Gränzpfahl nicht achteten, und z. B. in Bonfeld die Rohheiten an dem Leichnam des badiſchen Offiziers verübten, der ſich dort erſchoſſen hat. Für Unterkunft unſerer einberufenen Beurlaubten wird durch Einquartirung der Truppen in unſerer Nähe geſorgt. Uebrigens erſcheinen die Einberufenen, beſonders vom Schwarzwald, gar nicht oder nur ſehr ſaumſelig bei den Fahnen.

Stuttgart, 20. Mai. Geſtern Abend erhielt der Vorſtand des Kriegsminiſteriums, General von Rüpplin, von der Garniſon ein Ständchen. Der Reichstagsabgeordnete Raveaux iſt hier angekommen. (Schw. M.)

Dresden, 18. Mai. Heute macht der „Hülfsverein" den erſten Ertrag ſeiner Geldſammlung bekannt. Eingegangen ſind bei dieſem Verein bis geſtern 7444 Thlr. 8 Ngr., wozu unſer verehrtes Königshaus allein 4500 Thlr., nämlich der König 1500 Thlr., die Königin 1000 Thlr., Prinz Johann und die Prinzeſſinnen Johanna, Auguſte und Amalie je 500 Thlr. und unſere ſo wohlthätige Schweſterſtadt Leipzig bis jetzt ſchon 1200 Thaler beigetragen. (L. Z.)

Dresden, 19. Mai. Das Juſtizminiſterium hat ſoeben eine Verordnung erlaſſen, nach welcher die Regierung nicht gemeint iſt, die wegen Theilnahme an dem Aufſtande vom 3.—9. Mai unter Anklage Gebrachten vor Geſchworenengerichte zu ſtellen. Sie will alſo von der ihr durch das Geſetz vom 18. Nov. v. J. verliehenen Ermächtigung, Strafſachen vor Geſchworenengerichte zu verweiſen, diesmal keinen Gebrauch machen. Gleichzeitig hat das Miniſterium die Kompetenzverhältniſſe durch Verordnung beſtimmt und zwar dahin, daß der Aufſtand ſelbſt und jeder Theilnehmer daran vor dem hieſigen Stadtgerichte, wohin auch Alles vorläufig durch das hieſige Appellationsgericht gewieſen war, verhandelt werden und die etwa als ſelbſtſtändig, wenn ſchon mit Beziehung vielleicht auf den Aufſtand begangenen Verbrechen Auswärtiger vor dem ordentlichen Richter der Thäter zur Unterſuchung kommen ſollen. Bei der großen Anzahl der Angeſchuldigten bekommen wir ſonach einen Rieſenprozeß. Die Ausweiſung der Polen wird unnachſichtlich ſtreng geübt. Der preußiſche und der franzöſiſche Geſandte haben ſich vergeblich für einzelne verwendet. (D. A. Z.)

Dresden, 19. Mai. Geſtern und vorgeſtern ſind zwei Bataillone vom 20. preußiſchen Infanterieregimente und geſtern noch ein Landwehrbataillon hier eingetroffen. Dagegen ſind geſtern und heute zwei bisher hier befindlich geweſene preußiſche Bataillone, ſowie mehre kleine Detachements ſächſiſcher Truppen nach dem Erzgebirge und Voigtlande abmarſchirt. Heute und morgen werden hier und in der Umgegend noch eine Batterie Fußartillerie, eine Batterie reitender Artillerie, zwei preußiſche Jägerbataillone, ein Bataillon Landwehr und das 4. preußiſche Küraſſierregiment eintreffen. (D. Z.)

Die ſächſiſchen Blätter wimmeln von Loyalitätsbezeigungen, Glückwunſchadreſſen ans Militär, Steckbriefen und Anzeigen von Verhaftungen.

A **Dresden**, 20. Mai. Seit vorgeſtern wartet man täglich auf den König, welcher von ſeiner Felſenveſte herunter nach der Neuſtadt-Dresden kommen ſollte, um über die verſammelten preußiſchen und ſächſiſchen Truppen eine Parade abzuhalten und ihnen für ihre tapfern Dienſte ſeinen Dank auszuſprechen. Dieſer Schritt ward dem Könige von Seiten des kommandirenden Generals v. Schirnding und des neuerdings zum Generalmajor erhobenen Kriegsminiſters Rabenhorſt dringend angerathen, theils um der militäriſchen Etiquette Genüge zu thun, theils um ſo die Bewohner Dresdens eines Hoffnungsſtrahles der wiederkehrenden königlichen Gnade theilhaftig zu machen. Seine Majeſtät ſoll zwar von der Nothwendigkeit dieſer Operation überzeugt, aber dennoch ſehr unſchlüſſig zur Ausführung derſelben ſein. Hierauf ſind von Seiten des Hofes, welcher ſämmtlich auf dem Königſtein verſammelt iſt, Schritte in Berlin gethan worden, damit dieſe militäriſche Feierlichkeit unter Aſſiſtenz des Königs von Preußen vor ſich gehen könne. Die Feſtlichkeiten des 18. Mai, des königlichen Geburtstages, beſchränkten ſich demnach hauptſächlich auf die Vertheilung einiger tauſend Kannen inländiſchen Weines unter die Soldaten, welchen Landwehr und Linie ohne merklichen Schaden für ihre Geſundheit (es ſind ſehr viele Schleſier unter ihnen) zu ſich nahm, und den die Berliner Garde entweder „mit Zucker abzog" oder ſtehen ließ. Die Garde war bekanntlich der erſte in Dresden einrückende Truppentheil, und hat ſeit ihrer Ankunft eine zu vertraute Bekanntſchaft mit Küche und Keller der Gutgeſinnten gemacht, als daß ſie den Spenden des vorgeſtrigen Tages ein lebhafteres Intereſſe hätte abgewinnen können. Die Aufnahme der preußiſchen Soldaten iſt überhaupt von der Art, daß jeder Mund von dem Lobe des Quartiergebers überfließt; zudem macht die angeborne ſächſiſche Höflichkeit auf die ungeleckten Söhne Pommerns und Schleſiens einen halb wohlthuenden halb komiſchen Eindruck. Der Geſammtbeſtand der preußiſchen in Sachſen liegenden Truppen beträgt 12 Bataillone Infanterie (das geſammte 12. und das geſammte 8. Landwehrregiment nebſt dem zu dieſen Regimentern gehörigen 35. Reſervebataillon, das geſammte 20. Linienregiment, ein Grenadierbataillon vom Garderegiment Kaiſer Alexander, welches jedoch baldigſt nach Berlin zurückkehrt, und das zum 5. Armeekorps gehörige 500 Mann zählende Jägerbataillon) zuſammen 9300 Mann Infanterie; ferner ein ganzes Küraſſier- und ein ganzes rothes Huſarenregiment, und 20 Geſchütze, welche der 4., 5. und 6. Artilleriebrigade angehören. Die Geſammtzahl der preußiſchen Truppen in Sachſen, über deren Dislokationen in Zukunft Ihnen die zuverläſſigſten Nachrichten zugehen ſollen, beläuft ſich alſo auf 10—11,000 Mann.

Karlsruhe, 18. Mai. Bornſtedt iſt definitiv beſeitigt, er wollte die rothe Republik und die Guillotine einführen; die einen ſagen, er ſei fort, andere ſagen, er habe ein Kommando erhalten, andere behaupten, er ſei eingeſperrt und die große Mehrzahl will beſtimmt wiſſen, er ſei wegen Verrücktheit bei Seite geſchafft. Auch Stay ſoll entfernt ſein. (Schw. M.)

Karlsruhe, 19. Mai. Geſtern fand hier ein Vorfall ſtatt, der in die Stimmung wenigſtens eines Theils unſeres Militärs einen Blick thun läßt und leicht ernſte Folgen hätte haben können. Ein Bataillon des dritten Infanterie-Regiments, nach der Pfalz beſtimmt, ſollte vor dem Abmarſch auf die Reichsverfaſſung beeidigt werden. Es wird ihm die von der Struve'ſchen Partei im Landesausſchuſſe durchgeſetzte Eidesformel vorgeleſen, die keinen Vorbehalt der badiſchen Landesverfaſſung enthält. Die Offiziere erklären, nur einen dieſen Vorbehalt in ſich begreifenden Eid leiſten zu wollen. Die Soldaten werden aufgefordert, andere Offiziere zu wählen, was ſie aber verweigern. Es wird hierauf zwiſchen dem Landesausſchuß und den Offizieren verhandelt, und endlich tritt Brentano auf den Balkon des Rathhauſes und verkündet, der Landesausſchuß habe beſchloſſen, die Verfaſſungsklauſel in den Eid aufzunehmen, der nun willig geleiſtet wird, worauf das Bataillon nach der Pfalz abmarſchirt*). (Schw. M.)

*) Badiſche Blätter läugnen dieſen Vorgang.

Ueberſicht.

Das Miniſterium Manteuffel und das Bundesrecht.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats.) München (Die erſte Kammerſitzung.) Leipzig (Sachſen und Preußen und die Reichsverfaſſung.) Heilbronn (Näheres über den Uebertritt der badiſchen Offiziere.) Feldlager bei Fridericia (Leben im Lager.)

Schweiz. Bern (Die deutſchen Demokraten in der Schweiz. Neff's Bauernpolitik. Dufour.)

Das Miniſterium Manteuffel und das Bundesrecht.

Herr Redakteur!

Das Berliner Miniſterium hört nicht auf, dem Beſchluß vom 10. d. M. gegenüber, ſich auf das Bundesrecht zu berufen. Es iſt ſehr möglich, daß da oder dort dieſe zuverſichtlichen Behauptungen einigen Eindruck machen. Das Publikum iſt nicht ſtark in der Kunde des Bundesrechts; die es gekannt, haben es gutentheils wieder vergeſſen; glaubte man doch noch vor vier Wochen, es werde bald den Antiquitäten zugezählt, nur den zukünftigen Mitgliedern des Reichsgerichtes als ſubſidiariſche Norm ihrer Entſcheidungen von Bedeutung bleiben. Um ſo mehr iſt's an der Zeit, mit dem Berliner Miniſterium einen Gang auf dem Felde des Bundesrechts zu machen, und zu zeigen, wie weit denn ſeinen Behauptungen die Wahrheit, oder auch nur ein Schimmer, ein Schein, ein Schatten von Wahrheit zur Seite ſtehen mag.

Unter all dem vielen und heftigen Reden iſt es dem Berliner Miniſterium und ſeinen Organen nur ein einziges Mal, unſeres Wiſſens, begegnet, ſich auf eine poſitive Beſtimmung des deutſchen Bundesrechts zu berufen. Ein Artikel des preußiſchen Staatsanzeigers vom 11. Mai ſagt, mit Bezug auf das ſächſiſche Hülfegeſuch: „Die preußiſche Regierung konnte ſich dieſem Geſuch ohne direkte Verletzung ihrer Bundespflichten nicht entziehen; ſie hat in Art. XI der Bundesakte mit allen Mitgliedern des Bundes verſprochen, ſowohl ganz Deutſchland, wie jeden einzelnen Bundesſtaat gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen — und ſie wird dieſem Verſprechen immer treu bleiben."

Sagen Sie mir doch, wenn man den Artikel XI im Zuſammenhang durchlieſt, ob es menſchenmöglich iſt, an etwas Anderes dabei zu denken, als an einen Angriff von außen. Der Artikel fährt fort: „bei einmal erklärtem Bundeskrieg darf kein Mitglied einſeitige Unterhandlungen mit dem Feinde eingehen, noch einſeitig Waffenſtillſtand oder Frieden ſchließen." Bedarf es noch einer ferneren, authentiſchen Interpretation? Hier iſt ſie, zu allem und allem Ueberfluß. Der Artikel 36 der Wiener Schlußakte ſagt: „Da im XI. Artikel der Bundesakte alle Mitglieder des Bundes ſich verbindlich gemacht haben, — ſo kann kein einzelner Bundesſtaat von Auswärtigen verletzt werden, ohne daß die Verletzung zugleich und in demſelben Maaße die Geſammtheit des Bundes treffe."

Mag die Bewegung in Sachſen geweſen ſein, was ſie will; mag ſie eine röthliche, mochte ſie ſelbſt eine rothe geweſen ſein; eine Verletzung von Auswärtigen war ſie nicht. Ich frage, iſt es erlaubt in dieſer Weiſe die Grundgeſetze zu mißbrauchen?

Aber es iſt klar, was den Staatsanzeiger auf die falſche Spur geführt hat. Der ſächſiſche Miniſter des Auswärtigen, Herr von Beuſt, hatte ſein Hilfegeſuch vom 3. Mai, in ſeiner, vielleicht verzeihlichen Haſt, durch das Citat des Artikels XI der Bundesakte zu motiviren geſucht. Darauf hin citirt der Staatsanzeiger dieſen Artikel! Laſſen Sie uns mitleidig ſprechen: si tacuisses!

Das iſt denn Alles, was der Staatsanzeiger aus dem Bundesrecht anzuführen weiß. Herr von Beuſt ging ſeinerſeits weiter. In ſeiner Noth beſann er ſich auf die Wiener Schlußakte und citirte die Art. 25 und 26, offenbar ohne ſie nachgeleſen zu haben. Dem Staatsanzeiger gereicht es zu einiger Ehre, daß er Hrn. v. Beuſt darin nicht nachgegangen. In den Art. 25 — 28 iſt für den Fall einer Widerſetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung, eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesſtaaten, durchaus nur von einer Mitwirkung der Geſammtheit, von einer Obliegenheit der Bundesverſammlung zur Erhaltung und Wiederherſtellung der Ruhe, und durchaus nicht von einem Recht, noch weniger von einer Pflicht einzelner Regierungen die Rede, einſeitig, und ohne Auftrag der Bundesverſammlung, anderen Regierungen, ſei's gerufen oder ungerufen, Hilfe zu leiſten.

Was aus den Grundgeſetzen des deutſchen Bundes anzuführen verſucht worden, beweiſt demnach für Preußens Berechtigung oder Verpflichtung Nichts, und die einzige für den Fall zutreffende Beſtimmung rechtfertigt keinen Augenblick ein eigenmächtiges Einſchreiten einer einzelnen Regierung, ohne Auftrag der Bundesverſammlung, des Organes der Geſammtheit.

Laſſen Sie uns mit Schonung und Milde verfahren und der kläglichen Unwiſſenheit des Miniſteriums Manteuffel unſrerſeits zu Hilfe kommen. Es wird ja wohl unſern Beiſtand nicht verſchmähen, wenn wir ihm nachweiſen, was es etwa für ſich hätte anführen können, allerdings nicht aus den Grundgeſetzen des Bundes, der nach ſeiner Anſicht noch lebt, aber doch wenigſtens aus vorübergehend gefaßten Beſchlüſſen des Bundestages, von welchem Jedermann weiß, daß er todt iſt.

Am 21. Oktober 1830 in einem Augenblick der größten Frankfurt rings umdräuenden und weithin Alles erſchütternden Gefahr, faßte der Bundestag einen Beſchluß, welcher in allen denjenigen Fällen, in welchen nach dem Artikel 26 der Wiener Schlußakte die Mitwirkung des Bundes zur Wiederherſtellung der Ruhe und Ordnung in den Bundesſtaaten begründet iſt, ſämmtliche Bundesglieder zur gegenſeitigen Hilfsleiſtung auch ohne vorgegangenen Auftrag des Bundestages verpflichtet ſein ſollten. Aber freilich, ſchaut man dieſem Beſchluß näher ins Auge, ſo wird nicht viel für die erforderliche Beweisführung gewonnen ſein. Der Beſchluß vom 21. Oktober 1830 kündigt ſich ausdrücklich nur an, als beſtimmt „für die Dauer der gegenwärtigen Zeitverhältniſſe." Er wollte alſo und ſollte gar nicht dauernde Geltung in Anſpruch nehmen. Wär' es anders, hätt' er es geſollt oder gewollt, ſo könnte er im J. 1849 nichts mehr bedeuten. Es war ein Ausnahmsbeſchluß, einer jener Ausnahmsbeſchlüſſe, welche der Bundestag im April vorigen Jahres, als williger Diener des Vorparlaments, auf des Letzteren Geheiß, förmlich abgeſchafft hat. Nun aber das Schlimmſte, wäre der Beſchluß von 1830 nicht in's Grab aller Montagues und aller Capulets hinabgeſtiegen, wär' er noch lebenskräftig und geltend, er würde die Handlungsweiſe des Miniſteriums Manteuffel nicht rechtfertigen, ſondern verdammen. Denn dieſer Beſchluß ſetzt feſt, wenn ſich eine des Beiſtandes des Bundes bedürftige Regierung an ein oder das andere benachbarte Bundesglied wendet, ſo ſoll dieſes ſeine militäriſche Hilfe Namens des Bundes leiſten. Außerdem ſollte in dieſem Falle der Bundesverſammlung jedenfalls nachträglich unverweilt die nöthige Anzeige gemacht werden. Hätte das Berliner Miniſterium dieſen Beſchluß gekannt, wollte es ihn jetzt für ſich anführen, ſo iſt klar, daß die Centralgewalt an die Stelle der Bundesverſammlung getreten iſt, und daß das eigenmächtige Verfahren der preußiſchen Regierung nicht eine Erfüllung, ſondern eine grobe Verletzung des Beſchluſſes vom 21. Oktober 1830 geweſen wäre.

Es gibt noch einen Beſchluß — und daß dieſen die preußiſche Regierung nicht gekannt hat, mag allerdings auffallen — den Beſchluß vom 15. März 1818. An dieſem Tage zum erſten Male ward außer Augen geſetzt, was man ſelbſt noch im Oktober 1830 feſtgehalten hatte. Laſſen Sie uns zuſehen, wie es mit jenem Beſchluſſe ſich verhält, wie er entſtanden und was er bedeuten kann. In der 19. vorjährigen Sitzung (§. 150) brachten Oeſterreich und Preußen die an mehreren Punkten Deutſchlands ausgebrochenen Unruhen zur Sprache. Es ſei dadurch die Nothwendigkeit gegeben, daß alle Regierungen ohne Ausnahme ihre Bundeskontingente in die bundeskriegsverfaſſungsmäßige Bereitſchaft ſetzen. Die Höfe von Oeſterreich und Preußen glaubten daher ungeſäumt eine Reihe von Punkten in Vorſchlag bringen zu müſſen, von welchen die Nummern 1 — 4 militäriſche Anordnungen betreffen, Nr. 5 aber lautet, wie folgt: „Alle Regierungen übernehmen es, auf ergangene direkte Requiſition in Fällen von Angriffen auf die Sicherheit der Perſonen und des Eigenthums ſich gegenſeitig möglichſt Hilfe zu leiſten." Dieſe Anträge ſind nicht etwa ſofort zum Beſchluß erhoben, ſondern die Bundesverſammlung ſprach das Vertrauen aus, „daß den Bundesverhältniſſen gemäß dieſe Vorſchläge ſchon ſofort von ſämmtlichen Regierungen möglichſt berückſichtigt werden," und erbat ſich zum Behuf der Beſchlußfaſſung innerhalb 14 Tagen Inſtruktion. Von

den 17 Stimmen des engeren Rathes hatten bis Mitte April 14 ihre Zuſtimmung erklärt. Am 17. April (36. Sitzung v. 1848, §. 290) machte Naſſau die Anzeige, daß die ſtandesherrlichen Behörden in Braunfels (königl. preuß. Kreiſes Wetzlar) die Hilfe naheſtehender herzoglicher Truppen in Anſpruch nehmen. Die Regierung (ohne, wie es ſcheint, der von der Mehrheit bereits gebilligten Anträge vom 15. März ſich zu erinnern) ſah um ſo mehr zunächſt einer Verfügung der Bundesverſammlung entgegen, als die herzoglichen Truppen zum Anſchluß an das 8te Armeekorps beſtimmt ſeien. Auf Antrag des Militärausſchuſſes ward beſchloſſen: auf den Bundesbeſchluß vom 15. März d. J. mit dem Beifügen Bezug zu nehmen, daß ein anderer Beſchluß nicht entgegen ſtehe, kleinere Abtheilungen naſſauiſcher Truppen zur Unterſtützung der benachbarten Behörden nach Ermeſſen der herzoglichen Regierung zu verwenden.

Das iſt Alles, was in Bezug auf den Beſchluß vom 15. März 1848 in den Verhandlungen des Bundestages ſich vorfindet. Er war gefaßt zur Zeit, als der Alp des furchtbaren Volksunwillens dem Bundestag die Bruſt zuſammenpreßte. Was die Macht des Bundestages, die Aufrechthaltung der Grundſätze, die Möglichkeit einer Geltendmachung der alten Autorität damals bedeutete, das iſt bekannt genug. Man war's zufrieden, wenn nur die Zügel des Geſetzes noch einigermaßen angezogen wurden, gleichviel von welchen Händen, gleichviel in weſſen Namen. „Rette ſich wer da kann" war die Loſung; warum denn nicht auch: „rette den Nachbar, wer da kann"? Dahin war dieſer Ausnahmsbeſchluß vom 15. März 1848 gerichtet — und als ſolcher, indem er aufſtellt, was mit den Prinzipien der Grundgeſetze nicht im Einklang ſteht, iſt auch er dahin und verſchwunden, ſeit den Tagen des Vorparlaments.

In welchem Sinn die Grundgeſetze das Verhältniß ſolcher Hilfeleiſtung aufgefaßt, das erhellt am beſten aus den Bedingungen, die man bei noch nicht geſtörtem Bewußtſein, im Oktober 1830 für den Ausnahmefall hoher Noth feſtſetzte. Dieſe Bedingungen fließen mit folgerichtiger Sicherheit aus dem Begriff des Bundesverhältniſſes. Wozu wäre denn eine oberſte Behörde, wie die Bundesverſammlung es war, mit der Fürſorge für die Ordnung und Sicherheit im Bunde beauftragt, wenn ohne ihr Geheiß, wenn anders als in ihrem Namen, wenn ohne ihr Vorwiſſen die Waffen des einen Bundesſtaates in dem Gebiete eines andern blutige Arbeit verrichten könnten? Wo bliebe denn die Verbürgung des Rechtszuſtandes, wenn im Innern der Staaten das Waffenwerk je von zwei Regierungen auf gemeinſchaftliche Rechnung nach ihrem Belieben getrieben werden dürfte ohne daß die oberſte Bundesbehörde ſich darum zu bekümmern hätte? Nicht allein jeder ungeſetzliche, ſondern auch jeder geſetzliche Widerſtand könnte dann durch ein ſolches Uebereinkommen zweier gleich ſchlechten Regierungen im Lande der einen durch die Bajonette der andern niedergeworfen, das Aſſociationsrecht zu Boden getreten, die Volksvertretung geſprengt werden. Oder ein nichtswürdiger Miniſter könnte die Truppen einer andern Regierung, an die er den eignen Staat verkauft hätte, ins Land rufen. Rede man nicht von der Verantwortlichkeit; auch die oberſte Staatsbehörde hat ihre Verantwortlichkeit, denn ſie hat ein Oberaufſichtsrecht, das ſie nicht üben kann, wenn dergleichen Dinge ganz ohne ihr Vorwiſſen mit offener Gewalt geſchehen können. Das deutſche Bundesrecht ſtellt den Grundſatz der Nichteinmiſchung oben an. Allerdings; an der Spitze des Art. 25 der Wiener Schlußakte lieſt man die Worte: „die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesſtaaten ſteht den Regierungen allein zu." Selbſt der Geſammtheit iſt nur in Ausnahmsfällen das Recht und die Pflicht der Einmiſchung beigelegt; viel weniger konnte man daran denken, einer einzelnen benachbarten Regierung die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in einem andern Bundesſtaat ſtillſchweigend zuweiſen zu wollen.

Das Miniſterium Manteuffel iſt „gottesfürchtig und dreiſt." Seine Unwiſſenheit, indem es ſeinen Standpunkt auf der Baſis des Bundesrechtes zu nehmen beliebte, wird nur noch übertroffen durch die Vermeſſenheit, mit welcher es die proviſoriſche Centralgewalt ignorirt. Ich ſage Vermeſſenheit, weil die Abſichtlichkeit in der Cirkularnote vom 28. v. M. zu Tage liegt. Da iſt die Rede von gefährlichen Kriſen, welche in manchen Ländern entſtehen könnten; denſelben entgegenzutreten, ſie zu verhindern, ſei „die Aufgabe und Pflicht der Regierungen Deutſchlands." Die preußiſche Regierung ſei bereit, „den verbündeten Regierungen die etwa gewünſchte und erforderliche Hilfe rechtzeitig zu leiſten. Preußen werde ſeinen Beruf nicht verleugnen, in den Tagen der Gefahr einzutreten, wo und wie es Noth thut."

Sagen Sie mir doch, iſt denn etwa das Geſetz vom 28. Juni 1848 abgeſchafft? Ich weiß Nichts davon. Oder iſt denn die proviſoriſche Centralgewalt dem König von Preußen übertragen? Ich habe wohl geleſen, was das Miniſterium Manteuffel am 3. April vom Munde gegeben hat, daß der König von Preußen Luſt habe, ſie zu übernehmen. Aber wer hat ſie ihm denn übertragen? Die Nationalverſammlung nicht; ſonſt müßte ich, es müßten alle meine Freunde, Ihr eigener vortrefflicher Berichterſtatter müßte geſchlafen haben. Oder haben die Regierungen ſie ihm übertragen? In welch tiefem Geheimniß müßte das paſſirt ſein; und wer hätte ihnen dazu ein Recht gegeben? Zudem ſpricht Hr. Grävell tagtäglich vom Erzherzog Reichsverweſer; der Erzherzog Reichsverweſer iſt ohne Zweifel zur Zeit noch in anerkannter Wirkſamkeit.

Iſt dies der Fall, ſo war vom Standpunkte des Geſetzes vom 28. Juni 1848 und nach der Analogie der Grundſätze des Bundesrechts, das preußiſche Einſchreiten in Sachſen ein unbefugtes, es war ein Bruch und, den begleitenden Umſtänden nach, ein ſchwerer Bruch des Reichsfriedens.

Einer aus der Majorität vom 10. Mai.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 21. Mai. Es iſt abermals in der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt ein heißer Kampf gekämpft worden, und abermals hat, obgleich diesmal gegen eine ungewöhnlich ſtarke Minorität, der Verfaſſungsausſchuß und die von der Mehrheit deſſelben repräſentirte Partei den Sieg davon getragen. Die Verhandlungen über die Zuſammenſetzung und Wahl des Volksrathes haben begonnen. Ohne Widerſpruch zu finden, gingen die beiden Artikel durch, welche die Zahl der Mitglieder des Volksraths auf 96 feſtſetzen und dieſelben aus unmittelbaren Wahlen in geheimer Abſtimmung hervorgehen laſſen, aber eine faſt vierſtündige Debatte entſpann ſich über die Bildung der Wahlbezirke. Während der Entwurf nur 2 Wahlbezirke kennt, den Wahlbezirk der Stadtgemeinde und den der vereinigten Landgemeinden, verlangte Herr Dr. Mappes, daß die Stadt ſich in 8 Wahlbezirke theile, deren jeder 10 Abgeordnete ernenne, jede Landgemeinde aber einen eigenen Wahlbezirk bilde und je nach ihrem Umfange 1, 2 oder 3 Mitglieder des Volksraths wähle. Es wird nicht geläugnet werden können, daß nur wenige Bürger im Stande ſein werden, mit voller und eigener Ueberzeugung 80 Namen ſolcher Männer zu ſchreiben, die ſie für würdig und geeignet halten, ihre Vertreter zu ſein und es wird eben ſo wenig geläugnet werden können, daß, namentlich in einer minder aufgeregten Zeit, nur wenige Bürger ſich die Mühe geben werden, ſich an einer ſo ausgedehnten Wahl zu betheiligen: Wahlkomite's und Klubs, ſeien es nun Klubs, welche, nach Herrn Dr. Reinganums Ausdruck, die Politik nur zur linken Hand geheirathet haben oder in bürgerlicher rechtsgültiger Ehe mit ihr leben, werden die Sache in die Hand nehmen und dem ſouveränen Volk hier dieſen, dort jenen Wahlzettel in die Hand ſtecken. Hr. Dr. Mappes in ſeiner gewöhnlichen klaren Weiſe, Hr. Schöff Souchay in einem wahrhaft glänzenden Vortrage, Hr. Bürgermeiſter Köſter in warmen und edlen Worten hoben das überzeugend hervor, aber auch die andere Seite ſandte ihre beſten Kämpfer in's Feuer, und wenn Hr. Süpf mit undankbaren Rechenexempeln ausführen mußte, daß die Vermehrung der Wahlbezirke nur ein Mittel ſei, käufliche Majoritäten zu ſchaffen, ſo hatte Hr. Dr. Reinganum die dankbarere Aufgabe übernommen, mit den gangbaren Kraftworten zu wirken und die in dem Verfaſſungsentwurf vertretene Anſicht als eine revolutionäre und demokratiſche, im Gegenſatz des krämerhaften und philiſtröſen Elements des Gegenentwurfs, zu bezeichnen. Hr. Süpf iſt übrigens ohne Zweifel der bedeutendſte und gefährlichſte Redner der Majorität, wenngleich nicht ſo blendend, wie Hr. Dr. Reinganum, der nur augenblicklich beſticht durch kleine geiſtreiche Einfälle oder beluſtigt durch die wunderbarſten Gedankenſprünge und Ideen-Aſſociationen.

Die heute angenommenen Artikel lauten wie folgt: „Vierter Abſchnitt. Von dem Volksrathe. Erſte Abtheilung. Zuſammenſetzung und Wahl des Volksraths. Art. 63. Der Volksrath beſteht aus ſechs und neunzig Abgeordneten. Art. 64. Dieſe werden

durch unmittelbare Wahl in geheimer Abſtimmung ernannt. Art. 65. Es werden zwei Wahlbezirke gebildet: der der Stadtgemeinde und der der vereinigten Landgemeinden." Ueber den letztgenannten Artikel wurde die namentliche Abſtimmung verlangt und derſelbe mit 61 gegen 33 Stimmen (J. K. de Bary, Dr. de Bary, Dr. Binding, Kornill, Bürgermeiſter Köſter, Dr. Kreizheim, Donner, Sattlermeiſter Frank, Fries, Dr. Goldſchmidt, Dr. von Guaita, Profeſſor Heſſemer, Senator Heſſenberg, Silberarbeiter Heſſenberg, Dr. Hoffmann, Kayſer, Senator Kloß, Dr. Loren, Dr. Manhayn, Dr. Mappes, A. May, J. W. Maier, Ed. Maier, Minoprio, Senator Neſtle, Ohlenſchlager, Dr. von Oven, Pfeffel, Dr. Renner, Dr. Scharff, Schiele, Dr. Souchay und Dr. Varrentrapp) angenommen.

≃ **München**, 18. Mai. Die Mittheilungen Ihres Berichterſtatters über die geſtrige Sitzung der Abgeordnetenkammer, womit dieſe nach dreimaliger Vertagung wieder zuſammentrat, werden bereits in Ihren Händen ſein. Es bleiben alſo nur einige gelegentliche Bemerkungen übrig. Heute iſt keine Sitzung; die aus den Herrn Roßbach aus Würzburg, Kolb aus Straubing, Willich, Mayer von Ansbach, Schüler, Rög aus Memmingen, Rubner aus Wunſiedel zuſammengeſetzte Kommiſſion, welche die Adreſſe an den König entwerfen ſoll, iſt heute mit Löſung ihrer Aufgabe beſchäftigt. Uns ſcheint durch Beſeitigung des erſten Theiles des Kolb'ſchen Antrags, wonach die Kammer die endgültig beſchloſſene Reichsverfaſſung mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln durchzuführen ſtrebt, als deren erſtes ſie dieſe Adreſſe betrachtet, die Kraft des geſtrigen Tages gebrochen. Die Adreſſe wird eben als Willensausſpruch einer zufälligen ſtändiſchen Mehrheit betrachtet werden, und die Reichsrathskammer wird ſicher nicht ermangeln der Regierung einige ihrer Politik zuſtimmenden Höflichkeiten zu ſagen. Das ſagen aber dann die vornehmen, in Nympfenburg wohlangeſehenen Herrn, Barone und Grafen, deren Söhne als Offiziere von der Verläßlichkelt der Bajonette und ihrer eigenen Bravour reden. Jenes ſind nur Volksmänner; und noch dazu recht unbequeme. Denn ſo friedlich auch die endliche Beſchlußfaſſung der geſtrigen Kammerſitzung lautet: es ſind dem Miniſterium und Hrn. v. d. Pfordten perſönlich Dinge geſagt worden, bei denen wir im Augenblicke, trotz der gewohnten Anſchauung parlamentariſcher Schlachtfelder, Bedauerniß mit den am Miniſtertiſche ſitzenden Opfern empfanden. Hrn. v. d. Pfordtens ſonſt ſo friſchrothe Wangen entfärbten ſich auch bei einigen Aeußerungen und ſeine Lippen kniffen ſich ſchmal zuſammen. Das waren die treffenden Streiche der Gegner. Im Uebrigen muß man geſtehen, er, der einzige Miniſter, welcher ſich in die prinzipielle Debatte miſchte, ſpricht klar, gut, einfach und hat viel parlamentariſchen Takt, beſonders auch eine Mäßigung, von welcher ein Theil dem nun zurückgetretenen Präſidenten von Lerchenfeld ſehr wohlthun würde. Nur als Hr. v. d. Pfordten auf den bis zur Langweiligkeit entgegengeſchleuderten Vorwurf, er ſei ein „Freund des Bürgerkriegs" beinahe gemüthlichen Tones mit Berufung auf ſeine Freunde aus der frühern Zeit ſeines baieriſchen Lebens antwortete, welche ihn ja ſtets als „friedliebenden Mann" gekannt, konnten wir uns nicht enthalten dieſe weinerliche Phraſe vor der Reichsverſammlung geſprochen zu denken; und das homeriſche Spottgelächter gellte uns erſchreckend ins Ohr, welches dort die Lächerlichkeit des Redners konſtatirt haben würde. Hier blieb's ganz ſtill. Indeſſen ſcheinen die Freunde vom ſächſiſchen Ex- und baieriſchen äußern Miniſter gewichen zu ſein, Niemand nahm ihn perſönlich in Schutz, auch vor Beginn der Sitzung ſtand er ſeltſam iſolirt bei ſeinen von vielen Bekannten begrüßten Kollegen. Uebrigens waren's nicht gerade die lauteſten und rückſichtsloſeſten Angriffe, welche Hr. v. d. Pfordten geſtern in der „Verſtändigung der Regierung mit den Vertretern des Volkes vor allem Volke" am ſchwerſten trafen, vielmehr waren's jene ſcharfen, kurzen, zerbröckelnden Hammerſchläge, welche beſonders Schüler gegen den ganzen Geiſt des Miniſteriums führte, als deſſen Seele Hr. v. d. Pfordten auch geſtern in der Kammer bezeichnet wurde. Was war gegen ſolche prinzipielle, mit Anwendung der eigenen Redewendungen des Miniſters gebrauchte Angriffe zu thun? Schweigen wäre am Beſten geweſen und Hr. v. d. Pfordten that es auch in Bezug hierauf. Aber nun kamen die hülfreichen Freunde, ein Paar langathmige Pfarrer, geſchäftstrockene Beamte, der gern für einen Diplomaten gehaltene Hr. v. Oberkamp aus Abel-Metternich'ſcher Schule und verdarben, was irgend noch haltbar geweſen wäre. Drüben auf der Oppoſitionsſeite gab's allerdings auch ſolche Leute, aber der Drang verlieh ihnen doch eine gewiſſe Friſche. Hier nichts als abgebrauchte Redensarten, eine erſchreckende Mittelmäßigkeit und Trivialität. Dieß Unglück, in der Kammer höchſt bedeutungslos vertreten zu ſein, kann ſich die Regierung ſelbſt nicht verläugnen. Und dieſe Mittelmäßigkeit zu der Bedeutungsloßigkeit des Programms, womit ſie vor die Kammer trat! Kein einziger Gedanke, keine einzige Richtung des „Geſichtspunkts unter welchen ſie ihre ſchwierige Aufgabe erfaßt" hat, welche nicht bereits bis zur Wörtlichkelt in gleicher Weiſe vor der beinahe vierteljährigen Vertagung, vor all den wichtigen Ereigniſſen der letzten Monate von den miniſteriellen Vorgängern ausgeſprochen waren, nur eine noch grimmigere Wuth gegen die Preſſe und ein freudiges Händereiben, womit ſchließlich die Erledigung der griechiſchen Anlehensfrage „durch Deckung des ganzen Betrags von Seite Sr. Maj. des Königs Ludwig" verkündet wird. Aber der Preſſe, dieſer böſen Preſſe ſoll's ſchlimm ergehen. „Anerkennend den hohen Werth der Preßfreiheit wird das Staatsminiſterium — ſo heißt es im Programm — nie einen Schritt unternehmen, welcher die durch die freie Preſſe geſchützte Oeffentlichkeit des Staatslebens auch nur entfernt durch Präventiomaßregeln antaſten könnte. Allein es iſt auch von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Geſetzgebung eine ihrer wichtigſten Aufgaben darin finden müſſe, dem ſchändlichen Unfuge, mit welchem bisher die Freiheit der Preſſe zur Untergrabung aller Grundlagen des Staatslebens und zur Zerſtörung aller Begriffe von Recht und Moral mißbraucht wurde, durch Repreſſivvorſchriften ein Ziel zu ſetzen. Zu dieſem Ende wird ſogleich der Entwurf eines Geſetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Preſſe den Kammern in Vorlage gebracht werden, da hier nach dem Urtheile aller Gutgeſinnten eine Abhilfe dringend geboten iſt." Es iſt dieß der einzige energiſche Paſſus des ganzen Programms; denn ſelbſt in Bezug auf die Vereinbarung über die Reichsverfaſſung und den Erfolg der in dieſer Beziehung gethanen Schritte herrſcht jene falſche Sanftmuth des zäheſten Verweigerrs, wie wir ihr an aller alten Politik, außer den formverletzenden Kundgebungen der Brandenburg'ſchen Staatsweisheit, immer und immer wieder ſeit der Märzrevolution begegnen. Und Hr. v. d. Pfordten, dem man die Blutſchuld der baieriſchen Verfaſſungsrevolution entgegenwälzte, ſagte in dieſen halben Tönen höchſt milde: das aber ſei ja eben der Weg des Friedens, welchen das baieriſche Miniſterium durch ſein Vereinbarungsprinzip feſthalte, nur die Umſturzpartei, welche den Umſturz um des Umſturzes willen erſtrebe, entflamme den Bürgerkrieg. Es war wirklich ſchade, daß Schüler ſo höflich war, dieſe „abgebrauchte Redensart" nur durch Nichtbeantwortung zu beantworten.

Es wäre leicht aus der geſtrigen Verhandlung noch tauſend derartige charakteriſtiſche Momente aufzuführen. Sie bewegte ſich eigentlich trotz der großen Frage in kleinen Wendungen, obſchon das Tamtam großer Worte von beiden Seiten nicht geſpart wurde. Es war augenſcheinlich, die nationale Partei beherrſchte ſich, um nicht zu allen kritiſchen Erſcheinungen des Augenblicks die Kammerauflöſung treten zu laſſen, obſchon ein Redner dem Miniſterium ſagte, wenn es wirklich konſtitutionell handeln wolle, ſo müſſe es entweder ſofort zurücktreten oder durch eine Kammerauflöſung an das Volk appelliren. Das Volk des Ständeſaales, die Gallerien, verhielten ſich übrigens, einige Bravo's für Kolb, Schüler und Stockinger abgerechnet, ſehr ruhig, wurden aber freilich auch von beiden Präſidenten bei der leiſeſten Störung ſofort bedroht. Auf den Gaſſen merkte man gar nichts von der Aufregung, die im Kammerſaal herrſchte, trotzdem daß Feiertag war. Doch ſollen Streifwachen am ganzen Tage durch die leeren Straßen gezogen ſein. Am Abende jagten ſie einander.

§ **Leipzig**, 16. Mai. Der Wunſch eines Abſchluſſes im Sinne des Königs von Preußen lebt auch heute noch, aber die Furcht iſt überwiegend, daß es dafür ſchon zu ſpät ſei. Traurige Regierungen, deren Stärke faſt allein auf den Fehlern ihrer Feinde beruht. Hätte man in Sachſen die Reichsverfaſſung anerkannt, ſo iſt es zwar möglich, daß dennoch ein Aufſtand erfolgt wäre, denn die Veranſtaltungen dazu ſind älter als Tzſchirners Auftreten für die Reichsverfaſſung, ſie ſchreiben ſich aus einer Zeit her, wo er deren größter Gegner war. Man hatte auch fremde Hülfe nicht verſchmäht, wie ich geſtern auf das Unzweideutigſte belehrt wurde. Ein ſtruppiger von Branntwein glühender und duftender Mann ſprach mich auf der Straße um eine Gabe an; „ick bin dirigé nach Leipzig", ſagte er, „pour faire revolution, aber ick ſein ſehr malheureux, Alles ruhig und ick ſein ohne Arbeit." Es iſt alſo zweifelhaft, ob der König durch ein Zugeſtändniß, wie es in Würtemberg gemacht worden iſt, den Sturm

hätte gänzlich abwenden können, aber gewiß iſt, daß viele ehrliche Enthuſiaſten ſich nicht betheiligt haben würden und daß von der Verwüſtung Dresdens das Geſindel allein die Schuld zu tragen gehabt hätte, während man jetzt die Regierung keineswegs davon befreit. Freilich die Verſchuldung iſt gering im Verhältniß zu der des preußiſchen Miniſteriums, welches die dem Könige gebotene Kaiſerkrone Deutſchlands zurückwies, um dafür, wie jeder Verſtändige erkannte, den Bürgerkrieg aufzunehmen. Und jetzt trachtet daſſelbe Miniſterium die Nationalverſammlung zu zerſtören, welche vielleicht allein im Stande geweſen wäre, die aufgeregten Gegenden zu beſchwichtigen und die nöthige Verhandlung mit den 29 Staaten, welche die Reichsverfaſſung bereits anerkannt haben, zu ermitteln. Und dennoch möchte man den aufopfernden Patriotismus der Nationalverſammlung anrufen, daß ſie ihr nächſtes Ziel ſein laſſe dem Bürgerkrieg zu wehren, der die Reichsverfaſſung mit der Rechten und Linken und ſammt den Fürſten verſchlingen würde, ohne daß ſich berechnen ließe, wem endlich die Beute zufallen müſſe. Eine billige Rückſicht auf die Gefahr des Vaterlandes würde ihr den Dank und die Anhänglichkeit des Volkes ſichern, mit Hartnäckigkeit könnte ſie nur ihr Prinzip aber nicht die Sache retten. Ich wiederhole meine Ueberzeugung, daß eine Geſtaltung als Konvent ihr einen großen Theil Deutſchlands entfremden würde. Die Worte an ſein Volk haben dem Könige von Preußen viele Herzen gewonnen, es würde die meiſten Parteien verſöhnen, wenn hierauf noch ein Verſtändniß mit der Nationalverſammlung möglich wäre. Hat das Volk es vergeſſen, daß man in Berlin die rechte That zur rechten Zeit verſäumt hat, ſo kann es wohl auch die Nationalverſammlung.

Heilbronn. Der Schw. Merkur gibt aus dem Heilbronner Tagblatt und andern Berichten nähere Einzelheiten über den Uebertritt der badiſchen Truppen ins würtembergiſche Gebiet. Das badiſche Korps beſtand aus Artilleriemannſchaft und 16 Stücken Geſchütz, gut mit Munition verſehen, ſowie etwa aus 200 Mann Dragonern und einzelnen Soldaten verſchiedener Waffengattung. Am 17. Morgens 3 Uhr zog die Heilbronner Bürgerwehr aus, der Grenze zu, und ſchickte 4 Offiziere zu den Truppen in Bonfeld als Parlamentäre voraus. Inzwiſchen erſchien bei ihrer Vorhut ein badiſcher Dragoner und gab die Erklärung ab, die ſämmtlichen badiſchen Truppen ſeien entſchloſſen, ſich dem badiſchen Landesausſchuß zu unterwerfen und ſich auf badiſches Gebiet zurückzuziehen. Dies wurde ſogleich ausgeführt, während die in Bonfeld befindlichen Kanonen auf der Straße nach Fürfeld ins Badiſche abgeführt und von den Dragonern begleitet wurden. Von den Parlamentärs traf die Nachricht ein, daß die Offiziere ſich unter den Schutz der Heilbronner Bürgerwehr begeben wollten. Der Kommandant gewährte dieſen Schutz durch eine nach Bonfeld geſandte Abtheilung. Ein gleichfalls dort anweſender Regierungskommiſſär erklärte, daß er abgeſandt ſei, die in friedlicher Abſicht das würtembergiſche Gebiet betretenden badiſchen Truppen in Schutz zu nehmen. Die Freiſchaaren thaten dagegen heftige Einſprache, aber die Bürgerwehr blieb feſt. Schon als ſie die Offiziere in ihre Mitte genommen und auf dem Marſche ſich befand, ſtürmte eine Schaar von etwa 600 Mann, mit Flinten, Heugabeln und Senſen bewaffnet, herbei und verlangte die Herausgabe der Offiziere. Von weiteren Einzelheiten wird erzählt, daß ein badiſcher Artilleriehauptmann (der Name wird verſchieden angegeben, vermuthlich Großmann) ſich erſchoſſen und deſſen Leiche von einigen Freiſchärlern auf die grauſamſte Weiſe mißhandelt worden ſei. Ebenſo ſoll Oberſt Hinkeldey in Raſtadt von den badiſchen Bauern gefangen worden ſein. (Wird von der Karlsr. Ztg. beſtätigt.) Unter den geretteten Offizieren befand ſich General Hoffmann. Man erwartet, daß die würtembergiſche Regierung für die Verletzung ihres Gebietes durch die Freiſchaaren Genugthung begehren werde. Die rohe Behandlung des Leichnams durch die Freiſchaaren war eine alle Menſchlichkeit entehrende That und ließ darauf ſchließen, welches Schickſal die Offiziere getroffen hätte, wenn ſie ihnen in die Hände gefallen wären. Um ſo größere Ehre gebührt der Heilbronner Bürgerwehr für die Feſtigkeit, mit der ſie die Auslieferung verweigerte.

Feldlager bei Fridericia, 16. Mai. Heute Morgens um 3 Uhr fiel die erſte Bombe aus unſeren Batterien nach Fridericia. Heute Nacht wurden unſere Batterien fertig und die Beſatzung von Fridericia wird wohl ſchon erkannt haben, daß wir es ernſtlich meinen. Unſere Schüſſe fallen ſehr ſparſam, jedoch ſind ſelbe ſtets gut gezielt; was uns aber befremdet, iſt, daß der Däne uns bis jetzt noch keiner Antwort werth gehalten hat. Mit großer Keckheit ſind von unſeren Truppen die Schanzarbeiten ausgeführt worden, unmittelbar vor den feindlichen Vorpoſten wurden die Batterien aufgeworfen, und die Dänen machten ſtets nach Sonnenaufgang, wenn ſie die über Nacht wie die Pilze aus der Erde gewachſenen Batterien ſahen, ihrem Aerger durch einige Schüſſe auf dieſelben Luft. Im Bivouac iſt ein großartiges Leben, alles was das Herz begehrt, iſt zu haben, und die Marketender machen ein gutes Geſchäft dabei; ganze Cigarrenlager, Champagner ꝛc. ſind vorräthig, und die Soldaten guten Muthes dabei. Da wird geſungen, dort gekocht, hier gebraten, im Hintergrunde Theater geſpielt, am andern Ende kommt ein koſtümirter Zug heran, hie und da ſtößt ein Huhn den letzten Schrei aus, und dazu obligater Kanonendonner mit etwas Bomben vermiſcht, und Sie haben ein kleines Bild von dem Lager bei Fridericia. Die deutſche Fahne weht keck nach Fridericia hinüber, als wenn ſie uns den Weg zeigen wollte, wo ſie aufgeſteckt ſein will, und wenns Gott gibt, — bald auf Fridericia's Wällen.

(N. Fr. Pr.)

Schweiz.

) **Bern**, 18. Mai. Die jüngſten Ereigniſſe in Baden und der Pfalz haben auch die deutſchen Demokraten in der Schweiz in eine fieberhafte Bewegung gebracht, und ſchon ſind die Häupter derſelben, Becker, Schüler ꝛc. nach Baden abgereiſt. Bei der Kriſe, welche Baden ergriffen hat, iſt ein vor wenigen Tagen erſchienenes Schriftchen nicht ohne Bedeutung: „Fr. Neff, Beiträge zur Bauern-Politik, oder wie dem niedergetretenen Mittelſtand wieder aufzuhelfen iſt." Der Zweck dieſer Schrift iſt Revolutionirung des deutſchen, zunächſt des badiſchen Volkes zur Gründung einer Sozial-Republik. Der Verfaſſer, bekannt von den beiden Einfällen in Baden, führt eine offene Sprache. Man ſoll die Hunde, d. h. die Könige, todtſchlagen, das Volk durch Schauder und Schrecken aufrütteln, die Feinde der edlen Menſchlichkeit verfolgen, durch ſteigende Einkommens- und Erbſchaftsſteuer (bis auf 50 Procent) die großen Vermögen beſchneiden, unter einem fürchterlichen Schwure Kugeln gießen und ſich Regiſterlein machen von denen, welche zum Gedeihen der Republik ſterben müſſen, die fürſtenſchmeichleriſchen, hündiſchdemüthigen Gebetbücher verbrennen, die feige Religion der chriſtlichen Demuth von ſich werfen, dagegen annehmen die Religion der Tapferkeit und des Freiheitsſtolzes ꝛc. So heißt es unter anderem: „Die Alten haben ihrem Götzen-Gotte Menſchen geopfert; wir müſſen dem Gotte der Freiheit Menſchen opfern; ... Dem Kühnen ſtehen die Götter und die Teufel bei; dem Verzagten bläuen ſelbſt die Lahmen den Rücken durch." „Erſt wenn das Blut von Tauſenden von Menſchenopfern zum Himmel geſtiegen ſein wird, wird Friede, Freiheit und Liebe wieder auf Erden einkehren." „Nach einigen Jahren wird Deutſchland eine große Bundesrepublik ſein. Die Schweiz wird ſich als ſelbſtſtändiger Staat an Deutſchland anſchließen; dann wird der deutſche Mann eben ſo gut Bürger ſein in Seckenheim wie in Wien, Berlin, Dresden, München, Bern und Frankfurt." In dem Abſchnitt von dem „republikaniſchen Völkerbündniß aller Nationen" heißt es: Ueberhaupt muß die Hauptpolitik der verbündeten Demokraten aller Länder ſein, vorläufig in den beſtehenden Republiken Leute ihrer eigenen Partei ans Ruder zu bringen. Bis ſie dieſes erreicht, kann ihr Wirken nur ein geheimes, nur ein vorbereitendes ſein. Um aber dieſe unſere Leute ans Ruder zu bringen, müſſen alle verbündeten Demokraten eine Propaganda bilden für die Durchſetzung ihrer Zwecke vorläufig in Frankreich. In der Schweiz iſt ihr der Boden noch nicht ſo gedeihlich. Dort mangelt noch das Hauptelement, das Proletariat; aber auch dort ſind ſchon bedeutende Vorarbeiten gemacht und einzelne Männer wirken für die große Sache der europäiſchen Sozialrepublik. In Paris haben wir außer Proudhon bedeutende Männer für unſere Sache: Raspail, Ledru-Rollin ꝛc.; in Deutſchland Ruge, Marx, Struve u. A.; in der Schweiz Becker, Niggeler, J. Fazy u. A. Niggeler, geweſener Großrathspräſident, hat für gut gefunden, jede Verbindung mit der deutſchen Propaganda in einer öffentlichen Erklärung in Abrede zu ſtellen. Die ſchweizeriſchen Republikaner entſetzen ſich über dies religiös-politiſche Glaubensbekenntniß der Deutſch-Republikaner. Daß die Pfälzer dem General Dufour das Kommando über ihre Landwehr angeboten haben, beweiſt ihre völlige Unkenntniß hieſiger Verhältniſſe. Daß Dufour ablehnen werde, wußte hier Jedermann zum Voraus.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

N° 141. Frankfurt a. M., Mittwoch 23. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Baden.
Wer iſt betrogen?
Deutſchland. Frankfurt (Erklärung des Hrn. v. Reden. Der Anblick der Paulskirche. Die praktiſche Wirkſamkeit der äußerſten Linken. Flüchtlinge. Zuſammenziehung eines Truppenkorps in der Gegend von Frankfurt). Wien (Die kaiſerliche Proklamation an die Völker Ungarns. Ein Theil der Garniſon nach Ungarn. Vermiſchte Nachrichten). Graz (Die Beſtrafung des Geelſcheagiſchen Attentats). Berlin (Die deutſche Sache. Das Miniſterium. Das Wahlgeſetz. Die preußiſchen Truppen. Rüſtungen. Schmachvolle Behandlung der ſchleswig'ſchen Sache). Poſen (Verhalten der Deutſchen und Polen). Münſtereifel (Aufſtand). Trier (Unruhen in der Gegend). München (Baiern und Preußen. Die Kammer der Reichsräthe. Volksverſammlungen). Nürnberg (Deputation der Gemeindebehörden an den König). Stuttgart (Beſchluß der Kammer). Dresden (Ausſehen und Stimmung der Stadt. Die Zahl der Todten bei den Aufſtändiſchen). Karlsruhe (Beſchlüſſe und Proklamationen. Die Bürgerwehr. Eidesleiſtung der Beamten). Mannheim (Volksverſammlung). Heidelberg (Hr. Schlöffel. Badiſche Kolonie an der Bergſtraße). Darmſtadt (Bekanntmachung des Miniſteriums des Innern). Mainz (Verſtärkung der Garniſon). Brake (Beſuch des Großherzogs auf der Flotte). Aus Schleswig-Holſtein (Die Belagerung von Fridericia).
Großbritannien. London (Die Ruſſenhilfe in Ungarn. Die Elgin'ſchen Depeſchen über den Aufſtand in Kanada. Verſchärfung der däniſchen Blokade. Waffenſtillſtandsvorſchläge des däniſchen Geſandten.
Frankreich. Changarnier im Befehl der Nationalgarde erſetzt. Uneinigkeit und bevorſtehende Aenderung des Miniſteriums. Ausſicht auf eine kriegeriſche Politik. Stand der Renten. Wahlbemerkungen.)
Oeſterreichiſche Monarchie. Siebenbürgen (Terrorismus der Magyaren gegen Sachſen und Romanen).
Italien. Civitavecchia (Friedliche Abſichten des Pabſtes). Rom (Annäherung Oudinot's). Bologna (Heldenmüthiger Widerſtand). Livorno (Grauſamkeit der Oeſterreicher).
Schweiz. Baſel (Gebietsverletzung von badiſcher Seite). Zürich (Bundesverſammlung zu Bern. Zuſtände und Fortſchritte in den Kantonen).
Norwegen. (Die Blokade der deutſchen Häfen und der norwegiſche Handel).
Ungarn. (Dembinski und die Ruſſen. Die Belagerung von Ofen. Agitation unter den Serben).

---

22. Mai.

Der Großherzog von Baden hat in einer warmen und herzlichen Anſprache ſich an ſein Volk gewendet; ſie wird ihren Eindruck nicht verfehlen, wenn auch der Wirrwarr der Zeit mehr auf eine Entſcheidung mit dem Schwerte als auf eine Löſung durch beſchwichtigende Worte hinzudrängen ſcheint. „Treue währt länger als Verrath“, dies Wort wird im Volke um ſo ſtärker anklingen, je troſtloſer der Blick in die nächſte Zukunft; ja ſchon jetzt läßt ſich in einzelnen Kundgebungen der abenteuerlichen proviſoriſchen Regierung und ihrer Helfershelfer zwiſchen den Zeilen deutlich genug leſen, wie ſchwankend der Boden iſt auf dem ſie ſteht, und in den Reſten des Heeres beginnt dem Rauſche die Ernüchterung, das heißt dem Abfall die Reue zu folgen. Dies iſt auch einer der Hauptgründe warum die Partei ſich ſcheut, dem Kinde den Namen zu geben und die „Republik“ auszurufen; ſie fürchten den Rückſchlag unter der Bevölkerung und ganz beſonders den neuen Abfall der Soldaten, die wie ein Plakat mit unbeſchreiblicher Naivetät ſagt, „ihrem neuen Eide ſo treu bleiben werden wie ihrem alten.“ Zwölf Monate lang hat die Faktion in der Preſſe, auf Verſammlungen, in Klubs und vor den Schranken der Gerichtshöfe uns die abſolute Vortrefflichkeit der republikaniſchen Regierungsform einzureden geſucht und jetzt wo ſie einen Moment am Ruder iſt, ſcheut ſie ſich zum lebhaften Aerger der Ungeduldigen, das erſehnte „fiat lux“ auszuſprechen. Warum ſie es nicht thut, liegt aber zu Tage; ſie will nicht, daß die Vorſpiegelung, als gelte es nur der Reichsverfaſſung, gleich in den erſten Stunden ſich als die plumpe Täuſchung erweiſe, die es in der That iſt; ſie will nicht, daß die Prätorianer, die man mit dem Köder gefangen, unwirſch werden und die Waffen für den Herrn von Geſtern gegen die Herren von Heute wenden. Drum wird die Komödie mit der Reichsverfaſſung noch kurze Zeit fortgeſetzt werden, bis die Vorarbeiten zu dem neuen republikaniſchen Rheinbunde erledigt ſind und man nicht mehr nöthig hat, die durchſichtige Maske der Legalität vorzuhalten.

Der Großherzog durfte mit Recht in ſeiner Anſprache rühmen, daß er zu jeder Zeit der erſte Fürſt geweſen ſei, der dem deutſchen Verfaſſungswerk ſeine Anerkennung und Unterſtützung gewährt habe; denn er that dies in einem Augenblick, wo die Revolutionspartei vom 13. Mai noch nicht für nöthig hielt, die Agitation für die Reichsverfaſſung zum Vorwande ihrer Putſchgelüſte zu nehmen, wo ſie noch ſpöttelte über das ganze Werk und ſeine Urheber ſchmähte. Die ganze Geſetzgebung Badens ſeit dem letzten Jahre ſteht mit der Geſinnung, wie ſie die Regierung in der deutſchen Frage bewies, vollſtändig im Einklang; in keinem deutſchen Lande war man ſo raſch bei der Hand, die Grundrechte nicht etwa nur zu publiciren, ſondern die beſtehende Geſetzgebung nach ihnen ganz umzuſchmelzen, nirgends war man ſo bereitwillig, der legislativen Richtung der neueſten Zeit in allen Gebieten der Staatsverwaltung nachzugeben. Der Vorwurf illiberaler Geſinnung konnte bei allen dieſen Geſetzgebungswerken auch nicht mit einem Schein von Wahrheit gemacht werden, eher konnte ſich die Frage erheben, ob mit dieſer loſen und laxen Entfeſſelung der alten Staatsorganiſation überhaupt noch eine feſte und kräftige Regierung vereinbar war? Daß die Leute vom proviſoriſchen Landesausſchuß, wenn ſie den Geſetzen ſo treu bleiben wollten, wie ihre Vorgänger, damit nicht vier Wochen regieren können, daß dieſe Schrankenloſigkeit der Preſſe, des Vereinsrechts u. ſ. w., allein ſchon dieſe Toleranz in Handhabung der geſetzlichen Mittel zur Abwehr mit einer republikaniſchen Verwaltung am allerwenigſten verträglich iſt, darüber würde uns die am Ruder ſtehende Partei ſehr bald den Beweis liefern, wenn man ihr die Zeit dazu ließe.

Noch in den letzten Tagen ihres Zuſammenſeins hatte die zweite Kammer das Wahlgeſetz für die künftige Landesvertretung votirt: zwei Kammern, wovon für die zweite das Reichswahlgeſetz lediglich adoptirt war, für die erſte nach drei Steuerklaſſen in direkten Wahlen, alſo ohne Ausſchluß irgend eines Steuerpflichtigen, gewählt werden ſollte. In dieſem Geiſte war die ganze Geſetzgebung Badens ſeit zwölf Monaten; der einzige Zweifel, der gegen die Trefflichkeit dieſer Richtung erhoben werden konnte, ward von den Männern der alten Politik geltend gemacht und enthielt das Bedenken, ob mit ſolch einer Staatsorganiſation und ſo ſchrankenloſen demokratiſchen Einrichtungen überhaupt noch eine feſte, einheitliche Gewalt verträglich ſei? Die Empfindungen, welche die Zweifler dieſes Schlags bei der Flucht des Großherzogs hatten, waren ungefähr dieſelben, wie die, welche man zu Wien, Berlin, Hannover u. ſ. w. gehabt haben mag. „Das habt ihr von eurem Liberalismus“, flüſterte die alte Partei faſt ſchadenfroh; „das habt ihr von euren Konzeſſionen“, werden die Brandenburg, Manteuffel und Konſorten ausgerufen haben. Möglich, daß die freiſinnigen und wohlmeinenden Männer, die ſeit einem Jahre an der badiſchen Regierung und Geſetzgebung Theil nahmen, in Einzelnem irrten; in dem größern Ganzen dürfen ſie die Zeit einer unbefangenen Beurtheilung nicht ſcheuen und wenn das Land die bittere Prüfungszeit revolutionärer und militäriſcher Gewaltherrſchaft durchlitten hat, wird auch die Zeit kommen, wo es ſeinen freien und geſicherten Rechtszuſtand, wie er bis zum 13. Mai vorhanden war, als ein koſtbares Gut wird zu erhalten ſuchen.

Wenn überhaupt dann ein Baden noch exiſtirt — müſſen wir hinzuſetzen; und wir geſtehen unverholen ein, daß wir an der Möglichkeit dieſer Exiſtenz zu verzweifeln anfangen. Wir hören es in den Blättern rühmen, daß Alles ohne Unordnung und Störung ſeinen Verlauf nehme; wir können aber in dieſem Rüh-

men nur ein neues Zeugniß neben vielen andern erblicken, wie verwirrt und verwildert die Begriffe über Staat und Staatsordnung überhaupt geworden ſind. Wenn jetzt im erſten Schrecken der erſten acht Tage noch keine Gegenbewegung ſich geltend gemacht hat, wenn Deutſchland noch ruhig zuſieht, wie man im Südweſten die rothe Fahne einer neuen rheinländiſchen Republik aufzupflanzen im Begriffe iſt und die bedeutendſte Reichsfeſtung am Oberrhein ſich in den Händen einer rebelliſchen Faktion befindet, wenn die revolutionäre Partei in dieſen paar Tagen noch die anarchiſchen Elemente unter ſich bewältigt hat, wenn inzwiſchen achtzehn- oder zwanzigjährige Knaben als Regierungskommiſſäre an der Regierungsmaſchine herumpfuſchen und einſtweilen Dekrete erlaſſen werden, die wenigſtens den Anlauf zu einer Organiſation des „gemüthlichen" Schreckens nehmen, und wenn dabei Alles, Groß und Klein, mit Spieß und Stangen Tag und Nacht auf den Beinen iſt, um Sicherheit und Eigenthum zu ſchützen — ſo rühmt man das als einen Zuſtand abſonderlicher Ordnung und Geſetzlichkeit! Wenn der Staatshaushalt dem Bankerutte entgegengetrieben wird, Unfähigkeit und Unreife ſich mit der „Organiſation" abgeben, die Organe der Staatsmaſchine nur durch die Furcht vor Schlimmerem noch im Gang erhalten werden können, man zugleich Geſetze erläßt, die alle Rechtsbegriffe im Volke verwirren müſſen, und Heer und Volk der baarſten Desorganiſation zueilen — ſo preiſt man das, weil eben noch nicht geſtohlen und gemordet wird, als ein Muſter geſetzlicher und volksthümlicher Zuſtände! So ſehr ſind die Begriffe verwildert, ſo wenig weiß man zwiſchen dem Despotismus der Kabinete und dem der Parteien die geſunde Mitte ſich auch nur vorzuſtellen. In Baden ſtammt dies Uebel nicht erſt von heute; es iſt tief ins Volk eingewurzelt und darum verzweifeln wir an der Möglichkeit, hier mit Palliativen eine Heilung zu finden.

Aus München erfahren wir, daß die baieriſche Regierung ſich von der Angſt erholt hat, welche ihr der Aufruhr vom 9. Mai eingab, das Miniſterium ſteht völlig wieder auf dem Standpunkte der Erklärung vom 23. April, welche die Reichsverfaſſung ſo zu ſagen in Bauſch und Bogen verwirft, und unverſchämt genug iſt, zu behaupten, die deutſche Nation habe keinen Beruf zu politiſcher Macht. Das partikulariſtiſche Miniſterium tritt am 17. Mai dreiſt vor die Kammer und verwirft die ſogenannte Ausſchließung Oeſterreichs, die Befugniſſe der Reichsgewalt, das Wahlgeſetz, die Grundrechte und vor Allem das Reichsoberhaupt. Es beſteht auf dem Direktorium. Alſo die Hoffnungen des deutſchen Volkes ſind in Baiern ärger als je getäuſcht. Und während deſſen erläßt der König von Preußen am 15. Mai einen Aufruf an ſein Volk, in welchem es heißt: „Meine Regierung hat mit den Bevollmächtigten der größeren deutſchen Staaten, welche ſich Mir angeſchloſſen, das in Frankfurt begonnene Werk der Verfaſſung wieder aufgenommen. Dieſe Verfaſſung ſoll und wird in kürzeſter Friſt der Nation gewähren, was ſie mit Recht verlangt und erwartet: ihre Einheit, dargeſtellt durch eine einheitliche Exekutivgewalt, die nach außen den Namen und die Intereſſen Deutſchlands würdig und kräftig vertritt, und ihre Freiheit, geſichert durch eine Volksvertretung mit legislativer Befugniß. Die von der Nationalverſammlung entworfene Reichsverfaſſung iſt hierbei zu Grunde gelegt, und ſind nur diejenigen Punkte derſelben verändert worden, welche aus den Kämpfen und Zugeſtändniſſen der Parteien hervorgegangen, dem wahren Wohle des Vaterlandes entſchieden nachtheilig ſind. Einem Reichstage aus allen Staaten, die ſich dem Bundesſtaate anſchließen, wird dieſe Verfaſſung zur Prüfung und Zuſtimmung vorgelegt werden. Deutſchland vertraue hierin dem Patriotismus und dem Rechtsgefühle der preußiſchen Regierung; ſein Vertrauen wird nicht getäuſcht werden."

Während wir inzwiſchen ſchon wiſſen, daß es nichts iſt mit dieſer Einſtimmigkeit der Regierungen, daß der verſchmitzte öſterreichiſche Geſandte durch die Unterſchrift ſeines Namens unter die Protokolle der Konferenz weiter nichts geſagt haben will, als daß er zugegen geweſen, während wir von München her erfahren, daß Baiern ſo weit wie je davon entfernt iſt, den oben erregten Erwartungen zu entſprechen, fährt man von Berlin aus fort, uns mit ganz falſchen Hoffnungen zu täuſchen.

„Es gereicht uns zur höchſten Befriedigung, ſchreibt die Konſtitutionelle Zeitung vom geſtrigen Datum, nach der zuverläſſigſten Quelle verſichern zu können, daß in der nächſten Zeit ſchon der geſammten Nation unzweifelhafte und rechtsverbindliche Bürgſchaften gegeben werden, daß die Erhebung des Jahres 1848 ſo für die verfaſſungsmäßige Freiheit, wie für die nationale Einigung nicht verloren gehen wird, wenn die Empörung und die Anarchie durch das Schwert niedergeſchlagen ſind.

Es handelt ſich nicht von einer oktroyirten Verfaſſung für Deutſchland. Die größeren Staaten, welche — theils durch ihren eigenen Fehler, ſo lange die Arbeiten der Paulskirche als ſchweigſame Zuſchauer betrachtet, ohne ihre Anſichten, ihre Anſprüche mit Nachdruck und Ernſt zur Geltung gebracht zu haben, theils durch die beklagenswerthe Richtung und Zerklüftung der deutſchen Nationalverſammlung ſeit der erſten Leſung des Verfaſſungswerkes — die Verfaſſung vom 28. März nicht annehmen können, weil ſie in derſelben Elemente der Zerſtörung aller öffentlichen Macht, Mangel an Berückſichtigung der wohlbegründeten Anſprüche der Einzelſtaaten und verderbliche Schulweisheit erblicken, Preußen, Baiern, Hannover und Sachſen ſind nunmehr zu einem Einverſtändniſſe gelangt, und wir haben allen Grund zu der Vermuthung, daß auch Oeſterreich ſich der Einigung derſelben mit den übrigen deutſchen Staaten zu einem engern Bundesſtaate, welcher in ewige und innige Allianz mit der öſterreichiſchen Monarchie treten wird, nicht entgegen ſetzt. Man wird an dem Gedanken feſthalten, daß Deutſchland nach Außen nothwendig eine ungetheilte Einheit darſtellen muß, damit die Nation in den Angelegenheiten Europas ihrer Größe und Würde entſprechend vertreten ſei, damit den übrigen Völkern und Staaten klar werde, daß Deutſchland, das ganze, einige Deutſchland eine wirkliche Großmacht iſt. Nach Innen ſoll die freie Bewegung der Einzelſtaaten nur auf dem Punkte beſchränkt ſein, wo das höhere, allgemeine Intereſſe es erheiſcht, oder wo Konflikte entſtehen. Der Einheitsſtaat, den die graue Theorie der Doktoren der Paulskirche, einer achthundertjährigen Geſchichte zum Trotz, aufgerichtet, ſoll ein wahrer, aufrichtiger Bundesſtaat werden, eben ſo fern von jener undeutſchen Schöpfung, als von dem alten, durch das erwachte Nationalitätsgefühl verurtheilten Staatenbund. Die Centralgewalt ſoll in den Händen ruhen, welche allein ſie mit Macht und Ehre üben können, welchen die Nationalverſammlung ſelbſt ſie übertragen wollte, nicht aus Sympathie, ſondern nach der beſtehenden Nothwendigkeit, in der Hand des Königs von Preußen. Die Reichsverfaſſung, wie ſie aus der erſten Leſung hervorging, iſt dem Entwurf der vier königl. Regierungen Deutſchlands zu Grund gelegt, und nur in der oben angedeuteten Richtung die unerläßlichen Aenderungen angebracht. Das Präſidium des Reichsrathes wird Baiern zuſtehen. Staatenhaus und Volkshaus werden eine wahre Repräſentation ſo der einzelnen Staaten, als der Nation im Ganzen bilden. Das Wahlgeſetz ſoll auf vernünftige Grundlagen zurückgeführt werden, vollkommen entſprechend der liberalen Meinung, was ſo viel heißt, als demokratiſch im edleren Sinne des Wortes und eben deßhalb nicht revolutionär.

Mit dieſem Entwurfe, zu deſſen Verwirklichung und Durchführung die Regierungen Preußens, Baierns, Sachſen und Hannovers ſich feierlich und vor der ganzen Nation verbindlich machen werden, den alſo die Staaten, welche die weitaus überwiegende Mehrzahl der Deutſchen in ſich faſſen, angenommen haben, werden die Regierungen vor den künftigen Reichstag treten und deſſen Zuſtimmung verlangen. Das Recht der Nation zur freien Mitberathung iſt damit gewahrt, und nur die Initiative — durch die Macht der Verhältniſſe — auf eine andere Seite übergegangen."

So die Konſtitutionelle Zeitung. Die Centralgewalt ſoll in den Händen des Königs von Preußen ruhen! Und doch beſteht Baiern auf dem Direktorium! Wer iſt betrogen? Preußen hofft auf Oeſterreichs Einverſtändniß, und Baiern hofft ebenfalls auf Oeſterreichs Einverſtändniß und König Ludwig ſingt in der Münchener Zeitung:

An Oeſterreich.

Mein Oeſterreich! Du wirſt in Ungarn ſiegen,
Wie du in Welſchland herrlich haſt geſiegt,
Wo die Empörung mußte Dir erliegen,
Die mit Verrath und Treubruch Dich bekriegt.

Wenn Alles in den Fluthen fortgeriſſen,
Das Feſteſte zerſtäubet und verweht,
Wird, der mit Dir iſt, keine Stütze miſſen,
Du biſt der Fels, auf dem ſichs ſicher ſteht!

Wer iſt betrogen? Wir glauben faſt Preußens kurzſichtiges Miniſterium iſt betrogen. Betrogen und doppelt betrogen, nicht blos was die definitive, ſondern auch was die proviſoriſche Centralgewalt anlangt. Denn ſo ſchließt der obige zuverſichtliche Artikel der konſtitutionellen Zeitung:

„In der gegenwärtigen Bedrängniß der Centralgewalt, deren Träger ſelbſt in der Nationalverſammlung den unparlamentariſchſten, ſchmachvollſten Angriffen ausgeſetzt iſt, werden die vier königlichen Regierungen, im Vereine mit Oeſterreich dafür zu ſorgen haben, daß nicht auch noch dem Auslande gegenüber die urſprünglich nationale deutſche Bewegung in eine ſolche ausarte, welche das Vaterland zum Hohn und zum Spott Europa's mache. Dieſes kann nur geſchehen, wenn ſie alsbaldige Uebertragung der proviſoriſchen Centralgewalt an Preußen verlangen.

Die Nationalverſammlung iſt im Begriff den würdigen Erzherzog-Reichsverweſer — nach dem brutalen Ausdrucke eines Mitgliedes der Linken — „wieder dahin zu ſchicken, woher er gekommen." Der Reichsverweſer trägt, durch Delegation, die Gewalt des ehemaligen Bundes. Die mächtigſten Fürſten und Staaten Deutſchlands müſſen Sorge tragen, daß dieſe nicht in die Hand der Anarchiſten falle, ſondern in die des mächtigſten unter ihnen übergehe. Sie werden es thun."

In dieſer Zuverſicht kommt der preußiſche Oberſt Fiſcher hier an, und ſein Miniſterium hofft, es brauche nur den Finger auszuſtrecken, um die proviſoriſche Centralgewalt zu übernehmen. Der Reichsverweſer iſt deren ja ſo überdrüſſig. Preußen will die Laſt edelmüthig übernehmen. Aber man ſagt, es gehe ihm, wie dem Tod in der Fabel, der dem alten Mann auf ſeine Klagen die Bürde abnehmen will. So geht es mit der Berliner vertrauenden Staatsweisheit, auf welche zu vertrauen wir aufgefordert werden. Man kann ſie gewiß nicht, wie König Ludwig Oeſterreich, mit einem Felſen vergleichen. Wer auf ſie baut, möchte er nicht auf Sand gebaut haben! Wie bald mag auch Preußen ſich nach jener mißhandelten Nationalverſammlung zurückſehnen, welche allein im Stande war, zwiſchen den nicht zu vereinbarenden Anſprüchen der verſchiedenen Regierungen, d. h. Dynaſtien, jenes Schiedsrichteramt zu üben, zu welchem ſie ſelbſt durch den Wortlaut ihres Mandats berechtigt war.

Deutſchland.

✕ **Frankfurt**, 22. Mai. Der leitende Artikel in Nr. 140. der deutſchen Zeitung veranlaßt mich gegen deſſen Verfaſſer hierdurch auszuſprechen: Daß ich zwar den Beſchluß vom 10. Mai noch fortwährend für eine nothwendige Folge der Beſchlüſſe vom 24., 26., 30. April und 4. Mai d. J. halte, jedoch zugleich bezeuge, daß der (mit meinen Geſinnungsgenoſſen bereits zwei Tage vorher berathene) Antrag vom 10. Mai, damals nicht eingebracht ſein würde, wenn nicht der geſchehene definitive Rücktritt des Miniſteriums Gagern entſchiedene Beſchlüſſe erforderlich gemacht hätte. v. Reden.

*** **Frankfurt**, 22. Mai. Die Paulskirche bot in der geſtrigen Nachmittagsſitzung einen merkwürdigen Anblick dar: die Zuhörergallerien waren überfüllt, die Plätze der Mitglieder bis zu einem Drittheile leer. Ueber den Austritt des Centrums mit ſeinen hervorragenden Namen ließen ſich auf den Gallerien viele heftige Aeußerungen hören. Trotzdem, daß in der geſtrigen Nachmittagsſitzung von den anfangs anweſend geweſenen 189 Mitgliedern 49 ſich entfernten und ſich ſomit der Abſtimmung über den Antrag von Goltz: die beſchlußfähige Zahl der National-Verſammlung auf 100 Mitglieder zu ermäßigen, enthielten, ſo würde der Antrag doch durchgegangen ſein, wenn nicht faſt die ganze äußerſte Linke gefehlt hätte. Die wenigen Mitglieder derſelben, welche anweſend waren, mußten deshalb bittere Vorwürfe von der Linken hören, daß ihre (des Donnersbergs) Mitglieder ſtatt auf ihrem Poſten in der Paulskirche in der Rheinpfalz und in Baden „beſchäftigt" ſind. Die äußerſte Linke, welche ihre republikaniſche Geſinnung in ihrem letzten, nach ihrer Rekonſtituirung erlaſſenen Programme offen ausgeſprochen, findet allerdings in der Rheinpfalz und in Baden jetzt ein größeres Feld praktiſcher Thätigkeit. Die Früchte ſind zu erwarten.

*** **Frankfurt**, 22. Mai. Es iſt eine beklagenswerthe Thatſache, daß in einem Augenblicke, wo noch gar keine Urſache dazu vorhanden iſt und alſo nur, um mit einem verſtorbenen beliebten Frankfurter Arzte zu ſprechen, aus „Furcht vor der Angſt" eine große Zahl Frankfurter Familien die Vaterſtadt verlaſſen, und ſomit dieſe, wie ihr Eigenthum ſelbſt, jedem möglichen Schickſale Preis geben. Es iſt Thatſache, daß das Paßbüreau in voller Thätigkeit erhalten wird und es bildet dieſe Flucht einen ſchneidenden Kontraſt zu dem Vertrauen, das Hr. Nauwerck in ſeinem dringlichen Antrag geſtern ausſprach, die Nationalverſammlung unter den Schutz des Freiſtaates Frankfurt zu ſtellen.

Frankfurt, 22. Mai. Der königlich preußiſche Generallieutenant v. Peucker iſt von dem Erzherzog-Reichsverweſer zum Oberbefehlshaber eines Korps ernannt, das in der Gegend von Frankfurt zuſammengezogen, und von dem die hieſige Garniſon einen Beſtandtheil bilden wird. Schon in den nächſten Tagen treffen bedeutende Verſtärkungen bei den hier konzentrirten Reichstruppen, welche jetzt 12,000 Mann ſtark ſind, ein, und das Korps wird eine impoſante Stärke erhalten. Welche Generale unter Hrn. v. Peucker die größeren Abtheilungen führen werden, iſt noch nicht bekannt. Da das Korps aus ſehr verſchiedenartigen Beſtandtheilen beſteht, ſo wird die Organiſation deſſelben vielleicht einige Schwierigkeiten darbieten. Der bisherige interimiſtiſche Truppenbefehlshaber, General v. Bechlold, wird zu dem in Rheinheſſen zuſammengezogenen Korps binnen Kurzem abgehen; der bisherige Kommandant von Frankfurt, Major Deetz, bleibt in ſeiner Funktion. (O. P. Z.)

Wien. Folgendes iſt der Wortlaut der kaiſ. Proklamation an die Völker Ungarns:

„Eine verbrecheriſche Partei, von gewiſſenloſen Umſturzmännern geführt, nachdem ſie Frevel auf Frevel gehäuft und alle Mittel der Lüge und Bethörung erſchöpft hat, um euch zum hochverrätheriſchen Treubruch zu verleiten und das Land zu zerreißen, das ſeit einer langen Reihe von Jahren Unſere Völker in friedlicher Eintracht umſchlungen hielt, führt offenen Krieg gegen euren König, um ihn ſeiner angeſtammten Rechte zu berauben und ſich ſelbſt die Heerſchaft über euch und das Eigenthum Anderer anzueignen. Unter dem trügeriſchen Vorwande, als ſchwebte eure Nationalität oder eure Freiheit in Gefahr, opfert ſie das Blut eurer Brüder und Söhne, die Habe des ruhigen Bürgers, die Wohlfahrt eures blühenden Landes, und ruft euch zu den Waffen gegen Uns, gegen euren König, der allen ſeinen Völkern — auch jenen, die früher keine ſolche beſaßen — eine freie Verfaſſung gegeben, allen Nationalitäten ſeines großen Reiches gewährleiſtet, jeder eine gleiche Berechtigung zugeſichert hat. Und nicht allein auf ihr verruchtes Beginnen beſchränkt ſich dieſe Partei. Unſere ernſten Mahnungen mißachtend, ſucht ſie nun ihre Hauptſtütze unter dem Auswurfe fremder Länder. Tauſende von Ruheſtörern und Abenteurern, Menſchen ohne Vermögen und Geſittung, nur durch die Gemeinſamkeit verbrecheriſcher Abſichten verbündet, ſtehen in ihrem Solde; ſchon ſind ſie zu Leitern des Aufruhrs geworden, auf eure Koſten, mit eurem Blute ſollen ihre ſchändlichen Plane durchgeführt, ihr ſelbſt als blinde Werkzeuge fremder Umtriebe zum Umſturze jeder wahren Freiheit, jeder geſetzlichen Ordnung auch in andern Ländern gemißbraucht werden. Solchem frevelhaften Treiben ein Ziel zu ſetzen, euch von euren Bedrückern zu befreien und unſerer Monarchie den von der großen Mehrzahl heiß erſehnten Frieden zu ſichern, iſt daher nicht allein unſere Pflicht und unſer unerſchütterlicher Vorſatz, ſondern auch die Aufgabe jeder Regierung, die die Ruhe und Wohlfahrt der von der Vorſehung ihr anvertrauten Völker gegen dieſe allgemeinen Feinde des Friedens und der Ordnung zu wahren hat. Von dieſen Geſinnungen erfüllt, hat unſer erlauchter Bundesgenoſſe Se. Majeſtät der Kaiſer von Rußland ſich mit uns vereinigt, um den gemeinſchaftlichen Feind zu bekämpfen. Auf unſern Wunſch und im vollſten Einverſtändniſſe mit uns erſcheinen ſeine Heere in Ungarn, um im Bunde mit aller uns zu Gebote ſtehenden Macht dem eure Fluren verheerenden Kriege ſchnell ein Ende zu machen. Betrachtet ſie nicht als Feinde eures Vaterlandes, ſie ſind die Freunde eures Königs, die ihn in ſeinem feſten Vorhaben: Ungarn von dem drückenden Joch einheimiſcher und fremder Böſewichter zu befreien, kräftigſt unterſtützen. Mit derſelben Mannszucht wie meine Truppen, werden ſie jedem treuen Staatsbürger den verdienten Schutz angedeihen laſſen, mit derſelben Strenge in der Bewältigung des Aufruhrs vorgehen, bis Gottes Segen der gerechten Sache den Sieg verleiht. Gegeben in unſerm kaiſerlichen Luſtſchloſſe Schönbrunn, am 12. Mai 1819. Franz Joſeph. F. Schwarzenberg.

† **Wien**, 18. Mai. In Preßburg iſt die Gräfin Udcarnoky verhaftet worden, weil ſie für die Magyaren Spionsdienſte verſah. Die Gräfin, eine noch junge Frau, gab Soiréen, zu denen die Offiziere der k. k. Armee gezogen wurden um ihre Stimmung zu erforſchen. Koſſuth hat die von der öſterreichiſchen Regierung in Ungarn ausgegebenen Zwangs-Anleihe-Aſſignaten zu 5, 10, 100 und 1000 Gulden durch eine eigene Verordnung für ungültig und die Ausgabe dieſer Anweiſungen für Betrug erklärt. Heute Mittags iſt wieder ein Transport gefangener ungariſcher Inſurgenten unter militäriſcher Bedeckung hier angekommen. Die Wienerzeitung von heute, und auch einige der früheren Blätter enthalten Informationen über ruſſiſche Münzen, Maße und Gewichte und deren Reduktion auf öſterreichiſchen Fuß. Der Erzherzog Reichsverweſer wird in Innsbruck noch vor Ende dieſes Monats mit Zuverſicht erwartet. Ein Verein von Patrioten hat

eine Sammlung freiwilliger Beiträge zu Gunſten der in dieſem Jahr verwundeten und verkrüppelten Krieger eröffnet. Der Kaiſer ſoll entſchloſſen ſein, gleich nach Beginn der Operationen in Ungarn zur Hauptarmee abzugehen. Ein großer Theil der hier in Garniſon gelegenen Kavallerie iſt geſtern zur Armee in Ungarn abgerückt.

* **Gratz**, 11. Mai. Das Attentat auf den Redakteur der Volkszeitung, Julius Gretſchnigg, ſteht noch in gutem Andenken. Strenge Unterſuchung und Beſtrafung der ſchuldigen Soldaten war zugeſagt. Jetzt erhält der Verletzte folgende Mittheilung als Reſultat der Unterſuchung: „Es wird Ihnen hiermit bekannt gemacht, daß den 32 Mann von Fürſt Windiſchgrätz Chevauxlegers-Regimente, welche wegen der Ihnen am 7. Februar d. J. angethanenen Gewalt in die kriegsrechtliche Unterſuchung gezogen waren, im Wege der Gnade der ohne ihr Verſchulden ausgeſtandene Unterſuchungsarreſt zur Strafe angerechnet worden iſt, und daß Sie von dem Kriegsrechte mit den angeſprochenen, jedoch von den Inquiſiten nicht für liquid anerkannten Entſchädigungsanſprüchen auf den ordentlichen Rechtsweg verwieſen worden ſind.

Gratz, am 19. April 1849. Schulzig m. p. F.-M.-L.“

⁑ **Berlin**, 20. Mai. In den Kundgebungen des Magiſtrates und der Stadtverordneten von Berlin hat ſich der Rückſchlag verkörpert, welchen die unglücklichen Ereigniſſe von Sachſen, der Pfalz und Baden, im Norden und namentlich in den öſtlichen Provinzen ausgeübt. Das Einheitsbedürfniß iſt hier im Mittelpunkt des größten deutſchen Staates überhaupt ſo ziemlich am ſchwächſten empfunden worden. Ein Sperling in der Hand, denkt man hier, iſt beſſer, als eine Taube auf dem Dache. Und im Stillen wird man die Beſorgniß nicht los, Berlin werde nicht Reichshauptſtadt werden und durch die Kaiſerkrone nicht gewinnen, ſondern verlieren. Endlich iſt man hier nach langer Ueberſpannung ſehr abgeſpannt. In dieſer Stimmung geht das Miniſterium ziemlich ungehindert weiter auf ſeinem Wege, auf dem ſtehen zu bleiben freilich auch nicht gut möglich iſt. Die Frage, ob das Wahlgeſetz verändert werden ſoll, iſt noch nicht entſchieden. Denn was würde man dadurch gewinnen? Mit den neuen Kammern werde das Miniſterium Brandenburg ja dennoch nicht regieren können. Es kann überhaupt mit keinen Kammern regieren. Während nun die Gutgeſinnten hier und in den Provinzen Petitionen um Veränderung des Wahlgeſetzes unterſchreiben und ſich für gut konſervativ halten, während ſie das Miniſterium zu einem Bruche der Verfaſſung aufreizen, ſcheint dieſes überzeugt, daß es von einem ſolchen unbedeutenden Bruche der Verfaſſung doch keinen Nutzen haben werde. Es befreundet ſich immer mehr mit dem Gedanken die Kammer zur geſetzmäßigen Zeit nicht zu berufen. Die von Dresden heimkehrenden preußiſchen Truppen ſind von einem großen Theil der Bevölkerung, namentlich den gebildeten Ständen mit Jubel, Blumen und Kränzen aufgenommen; und einen Menſchen, welcher gegen die Truppen ſich mit einem Steinwurfe verging, ſchützte nur die Dazwiſchenkunft des Prinzen Karl vor Mißhandlungen. Indeſſen erfährt man, daß doch mancherlei Exzeſſe vorgefallen und gegen zwanzig Perſonen, darunter einige aus den gebildeten Ständen, wegen grober Beleidigung des Militärs verhaftet worden. Gegen dreißig Perſonen ſind verhaftet, weil ſie die Anſprache des Königs: An mein Volk! von den Ecken geriſſen. Die Geſchwornen werden in der nächſten Woche über eine Menge Anklagen wegen Preßvergehen, Majeſtätsbeleidigung u. ſ. w. zu entſcheiden haben. Ueber den Stand der deutſchen Angelegenheit, ob die vereinbarenden Regierungen ſich bereits vereinbart haben, erfährt man nichts beſtimmtes, und traut den Verſicherungen darüber noch immer nicht. Gewiß iſt es, daß Preußen Vorbereitungen trifft, um in Süddeutſchland einzuſchreiten. Man rechnet dabei auf baieriſche Hilfe.

Erlauben Sie mir ſchließlich mitten im Weltgewühl einen ſtillen Kranz auf ein beſcheidenes Grab niederzulegen. Faſt achtzigjährig iſt in der Nacht vom 18. Theodor Heinſius geſtorben, der mit unermüdlichem Eifer für deutſche Sprache und Jugendbildung gewirkt hat. An den politiſchen Fragen nahm er bis zuletzt lebhaften Antheil, bei ſeinen zahlreichen Schülern genoß er die herzlichſte Verehrung. Wie Macher rings im deutſchen Vaterlande hat an ſeiner Hand die erſten Schritte in jenen Dichterhain gethan, in welchem ſonſt unſer Volk friedlich luſtwandelte. Unter den Waffen ſchweigen nicht blos die Geſetze, ſondern auch die Muſen.

Berlin, 20. Mai. Das Wichtigſte, was wir in Beziehung auf die auswärtigen Angelegenheiten, und zwar aus ſicherer Quelle berichten können, iſt Folgendes: Nachdem ſchon vor acht Tagen ein ſehr energiſcher Proteſt der ruſſiſchen, engliſchen und franzöſiſchen Regierung dem Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten gegen den Einmarſch der Reichstruppen in Jütland zugefertigt worden war, kam vor einigen Tagen abermals eine ſehr dringende Aufforderung der drei Mächte an unſern König, die Operationen in Jütland alsbald einzuſtellen und unverweilt mit Dänemark neue Friedensunterhandlungen zu eröffnen. Unter dieſen Umſtänden iſt, wie wir hören, der Generallieutenant und Generaladjutant v. Neumann, der ſchon zu verſchiedenen Malen in Familienangelegenheiten nach Kopenhagen abgeſendet worden war, mit ſehr ausgedehnten Vollmachten zu jenem Geſchäfte verſehen worden. Nach einem Schreiben aus Hamburg hat der gedachte General bereits vorgeſtern Hamburg paſſirt, um ſich in das däniſche Hauptquartier zu begeben. Zu gleicher Zeit ging ein k. Feldjäger mit neuen Inſtruktionen an den General v. Prittwitz ab.
(Frankf. J.)

⁑ **Poſen**, 20. Mai. Ich habe lange geſchwiegen, obwohl die polizeiliche Cenſurſcheere, welche auf unſern Blättern laſtet, eine Herzensergießung in die Ferne um ſo wünſchenswerther macht. Aber das Schickſal unſeres großen Vaterlandes und das Trauerſpiel in Frankfurt beſchäftigt hier jedes deutſche Herz mehr als lokale Angelegenheiten; und der im Ganzen genommen wenig gefühlte Druck eines geſchärften Belagerungszuſtandes, in deſſen gewöhnlicher Luft wir ziemlich 3 Jahre gelebt haben, iſt Angeſichts der deutſchen Ereigniſſe vergeſſen. Seitdem hier wieder, wie vor dem März vorigen Jahres, der alte Kaſtengeiſt des Beamtenthums ſein Hochmuthsſpiel treibt, und dem ſonſt gewiß nicht angefochtenen Streben des Preußenvereines ſeine Richtung gibt, ſieht man überall die ſchwarzrothgoldenen Kokarden an den Hüten ſich erneuern, und zahlreicher erſcheinen, als ſelbſt in der Märzbewegung des vorigen Jahres. Die Gegenſätze unter der deutſchen Bevölkerung werden in der That gewaltſam heraufbeſchworen. So iſt, wahrſcheinlich als Demonſtration gegen die hieſigen Radikalen, von einem Theile des Offizierskorps eine begeiſterte Anerkennungsadreſſe für die ſieggekrönten preußiſchen Truppen nach Dresden geſchickt worden! Jeder Vernünftige muß den Dresdener Aufſtand verabſcheuen und das Unglück beklagen, welches er über das Vaterland brachte, aber es ſind traurige Lorbeeren, die in einem Bürgerkriege gepflückt werden, und der Dank, den die Truppen erwarben, konnte ihnen nur mit betrübtem Herzen gezollt werden. Das Berliner Blumenſtreuen und Bekränzen mußte, ſowie die hieſige Lobhudeladreſſe, jeden geſunden Sinn und das wahrhaft deutſche Gefühl verletzen.

Die Polen ſpielen in ſehr zufriedener Stimmung die Beobachter und Kritiker der hieſigen und der Frankfurter Ereigniſſe. Ueber die Nationalverſammlung enthält die Gazeta in ihrem heutigen Leitartikel folgende Stelle: „Die deutſche Bewegung iſt im Augenblicke wieder zu ihrem vorjährigen Ausgangspunkte zurückgekehrt. Die nationale Erhebung unter dem Banner der Freiheit beginnt von Neuem, Dank dem Frankfurter Parlament, welches aus der Revolution hervorgegangen, ſeine Aufgabe ohne ihre Faktoren löſen wollte. Von den Kabinetten verlaſſen, denen es ein Jahr lang gedient, wirft es ſich wieder in die Arme des Volkes und ruft es zur Vertheidigung der Verfaſſung auf. Zu ſpät! Es wird ohne Ruhm und unbedauert untergehen, beſiegt von der Reaktion oder von der Republik, welche es unabläſſig und mit ſolcher Wuth bekämpft hat. Uns kümmert das Ende dieſes Parlamentes nichts, nur das iſt wichtig für uns, daß Preußen in Deutſchland dieſelbe Rolle übernommen hat, welche Rußland in Oeſterreich und Frankreich in Italien übernahm. Die Solidarität der reaktionären Regierungen zeigt uns am beſten, daß auch die deutſche Einheitsbeſtrebung eine politiſche Revolution werden wird und muß, und daran kann uns nur gelegen ſein!“ Worauf die Hoffnungen der Polen gerichtet ſind, ſehen wir alſo deutlich, jedenfalls liegen ſie in der Ferne, das beweiſt auch im Augenblick ihr ruhiges Verhalten. Nur Gerüchte ſuchen ſie zu verbreiten, ſo neuerdings das von der bevorſtehenden Beſetzung Polniſchpoſens durch die Ruſſen. Daſſelbe iſt ganz unbegründet, in unſerer Provinz iſt eine hinlängliche Truppenmaſſe vereinigt um ſie ganz zu decken, und an die Abtretung Polniſchpoſens denkt unſere Regierung noch weit weniger, als an die in Frankfurt dekretirte nationale Abgrenzung.

Münſtereifel, 20. Mai. Auch in unſerer Stadt haben wir einen Aufſtand mit Sicherheitsausſchuß, Barrikaden und ſonſtigem Zubehör! Etwa 30 bis 35 Landwehrmänner und Reſerviſten der Bürgermeiſterei Münſtereifel hatten Befehl erhalten, ſich Freitag den 18. Mai, Morgens 7 Uhr, in Brühl zu verſammeln; darauf wurde am 17. eine Verſammlung abgehalten und beſchloſſen, dem Befehle nicht nachzukommen, ſondern ſich mit Waffengewalt zu widerſetzen. In Brühl erſchienen aus Münſtereifel nur 1 Reſerviſt und 3 Landwehrmänner. Geſtern Morgen war wieder eine Volksverſammlung angeſagt. Plötzlich verbreitete ſich das Gerücht, die Gensd'armerie von Euskirchen ꝛc. ſei im Anzug. Da ſtürmte man nach den Thoren, um Barrikaden zu bauen, und als nun Alles verbarrikadirt war, wurde Nachmittags auch ein Sicherheitsausſchuß gebildet, welcher alsbald nach ſeiner Zuſammenſetzung zwei Proklamationen, eine „an das deutſche Volk" und eine „an das deutſche Heer", erließ. Heute ſind ein paar Barrikaden weggeräumt, damit der Verkehr nicht zu ſehr gehemmt ſei. Die Bürgerwehr zieht aber noch immer in einzelnen Kolonnen durch die Straßen, um die Stadt gegen Gensd'armen und Militär zu behaupten! (Köln. Z.)

Trier, 19. Mai. Ich beeile mich, Ihnen Folgendes mitzutheilen. Am 17. lief die Nachricht hier ein, daß eine Bande aus Wittlich und Bittburg das Landwehrzeughaus von Prüm ſtürmen wolle. Man verſuchte die Ausführung von Sicherheitsmaßregeln: ſie waren jedoch zu ſpät; denn ſo eben beſtätigt es ſich, daß das Zeughaus wirklich am 18. Morgens geſtürmt und genommen worden iſt. (Köln. Z.)

= **München**, 20. Mai. Unſere konſtitutionelle Zeitung, Wallerſteins Organ, läßt ſich aus Frankfurt melden, daß die preußiſche Regierung hierher das Anſinnen geſtellt, die baieriſche Regierung möge ſo lange temporiſiren als möglich, da die preußiſche vorderhand im eigenen Haus vollauf zu thun habe. Nun aufs Temporiſiren verſteht ſich unſere Regierung auch ohne preußiſches Anmuthen, ſie wird die Ehre, die Kaſtanien aus dem Feuer zu holen, vollkommen dem Schirmherrn und Schwerte Deutſchlands überlaſſen. Die in die Kammer gebrachte Vereinbarungstheorie der Regierung, die Rede von einer Direktorial-Centralgewalt und die Aufſtellung von ſpeciellen Annahme- und Nichtannahme-Punkten kann ſich leicht als Temporiſirungs-Manöver herausſtellen, wenn erſt die oktroyirte deutſche Charte publizirt ſein wird. Alle offiziellen Blätter, die noch vor Eröffnung des Berliner Kongreſſes gegen alle und jede Zerreißung Deutſchlands gedonnert, ſchweigen jetzt gänzlich, ſeitdem die militäriſche Schirmherrſchaft Preußens ſo gut als feſt ſteht. Die Dynaſtie will eben vorderhand gerettet ſein; ſeit Oeſterreichs Ohnmacht enthüllt iſt, ſcheint es keine Schande mehr auch die eigene einzugeſtehen und darauf hin zu ſündigen. Die militäriſchen Vorkehrungen dauern fort in ſteigender Progreſſion, in Wach- und Patrouillendienſt wetteifern die Schaaren der Linie und Landwehr bis in die tiefſte Nacht. Die konſervativ-liberale Fraktion der Studentenſchaft hat unter Betheuerung ihres unverändert geſetzlichen Sinnes in einer Adreſſe ans Miniſterium gegen die Auflöſung des Freikorps proteſtirt und trägt auf Reorganiſirung deſſelben an; das Miniſterium will die Sache überlegen.

Man trägt ſich bezüglich der deutſchen Frage mit ſanguiniſchen Hoffnungen auf die Kammer der Reichsräthe; es iſt aber nicht die entfernteſte Ausſicht vorhanden, daß die Kammer der Reichsräthe die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung, wie ſie jetzt vorliegt, beſchließen wird, nicht einmal die unbedingte Anerkennung des Status quo mit Vorbehalt der Reviſion für den nächſten Reichstag wird erfolgen. Heute wird ein großer Volkstag vom Augsburger Märzverein für ganz Schwaben und Neuburg abgehalten und auf den 29. d. M. hat der katholiſche Pfarrer von Thanning, Hr. Stiegelmaier, eine große Volksverſammlung für ganz Oberbaiern angeſagt, wozu alle Stadt- und Landgemeinden geladen ſind und die mit Gottesdienſt eröffnet werden wird; auch ſeine ſämmtlichen Kollegen hat der geiſtliche Agitator eingeladen.

* Auch in **Nürnberg** haben ſich Magiſtrat und Gemeindebevollmächtigte auf dem Wege der Deputation von neuem an den König gewandt, um bezüglich der Anerkennung der Reichsverfaſſung und der Stimmung der Stadt energiſche Vorſtellungen zu machen.

* **Stuttgart**, 21. Mai. Die Kammer hat heute den Beſchluß gefaßt, die Regierung zu bitten: 1) mit denjenigen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, in Beziehung auf die zum Schutze der Reichsverſammlung und Reichsverfaſſung zu ergreifenden gemeinſamen Maßregeln ſich ins Benehmen zu ſetzen; 2) unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß das Würtembergiſche Militär nicht zu einem Angriff auf die Reichsverſammlung verwendet werde; 3) unter den vorliegenden dringenden Umſtänden die bereits beantragte Beeidigung der würtembergiſchen Truppen auf die Reichsverfaſſung ſo ſchleunig als möglich vorzunehmen. (Das Weitere in der Beilage.)

A **Dresden**, 19. Mai. Die Zerſtörungen, welche die Beſchießung der Stadt und der Kampf in den Häuſern verurſachten, ſind faſt in allen auswärtigen Blättern ſehr übertrieben worden. Niedergebrannt ſind außer dem ſüdweſtlichen Theile des Zwingers und dem daran ſtoßenden alten Opernhauſe fünf Privathäuſer. Die von Gewehrkugelſpuren bedeckten Häuſer ſehen häßlich aus, indeß werden ſie neu abgeputzt und ſind hergeſtellt. Unter den Todten des Militärs ſind zwei preußiſche Offiziere, v. Liebeler und v. Kuglenſtierna, und drei ſächſiſche Offiziere, Homilius, Krug v. Nidda und Kritz. Ueber die Stimmung einer großen Stadt ein richtiges Urtheil zu fällen, wird nur einem ſehr aufmerkſamen und glücklichen Beobachter gelingen. Dresden iſt bekanntlich ein Ort, wo viel gekannegießert wurde, wenig politiſche Bildung und gar kein öffentliches Leben herrſchte. Bei den Konſervativ-Liberalen hat die Sache der Zwergmonarchie einen gewaltigen Stoß erlitten; unter ihnen iſt der Zweifel allgemein, daß eine Regierung in Sachſen ſich werde halten können, welche die Anerkennung der Reichsverfaſſung verſagt. Die radikale Partei iſt ſehr kleinlaut; doch bleibe es dahingeſtellt, ob Viele von ihr zu beſſerer Einſicht gekommen ſind, oder ob ſie im Stillen über neuen Plänen brüten. Aeußerlich erſcheint die Stadt unverändert; vereinzelte Steinhaufen liegen noch am Ende der Straßen, wo das Pflaſter noch nicht hat wiederhergeſtellt werden können. Der Belagerungszuſtand wird wohl nur Wenigen fühlbar; er wird ſehr mild gehandhabt.

Dresden, 19. Mai. Das Reſultat der neueſten Ermittelungen hinſichtlich der bei dem letzten Aufſtande Gefallenen und Verwundeten unter den Aufſtändiſchen iſt folgendes: 70 bekannte und 108 unbekannte Todte, 178 in Summa. Von den Unbekannten ſind 32 auf dem Annenkirchhofe und 76 auf dem neuen weiten Kirchhofe beerdigt. Verwundete befinden ſich dermalen: 92 im Krankenhauſe zu Friedrichſtadt, 26 in dem der Altſtadt, 3 in der Diakoniſſenanſtalt und 1 in der Klinik, 122 in Summa. (D. Z.)

Karlsruhe, 20. Mai. Die geſtern von der Bürgerwehr an den Landesausſchuß abgeſendete Deputation wurde freundlich empfangen und ihr, wie auch ein heute Mittag angeſchlagenes Plakat des Gemeinderaths veröffentlicht, die Zuſicherung gegeben, daß die Bürgerwehr, nach Abſonderung in die drei Aufgebote, wovon die Liſten des erſten ſchon fertig ſind, wieder in Thätigkeit treten ſoll. Heute Vormittag 11 Uhr wurde von den hieſigen Staatsdienern, die den Eid noch nicht geſchworen haben (den Nichtkollegialmitgliedern) vor Regierungskommiſſär Ziegler im Rathhauſe der Eid auf die Reichsverfaſſung und für den Landesausſchuß, jedoch unbeſchadet des früher auf die Landesverfaſſung abgelegten Eides, geleiſtet. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 22. Mai. Die Karlsr. Ztg. enthält einen Beſchluß des Landesausſchuſſes, wonach der Art. 7. der Offenburger Beſchlüſſe, welcher beſagt: „Bei dem Heere ſoll eine freie Wahl der Offiziere ſtattfinden," dem Kriegsminiſterium mit dem Bemerken zum Vollzug zugewieſen wird, „daß die freie Wahl bis zum Hauptmann einſchließlich zu verſtehen ſei." Demgemäß verfügt das Kriegsminiſterium, daß zwar die bis jetzt gewählten Offiziere in ihren Stellen verbleiben, daß aber für die Zukunft die Ernennung der Stabsoffiziere auf Vorſchlag des Kriegsminiſteriums von dem regierenden Landesausſchuß geſchehen ſolle. Eine Proklamation an das badiſche Volk warnt vor den volksfeindlichen Miniſtern Dusch, Bekk u. ſ. w., die vom Auslande her neue Ränke zu ſchmieden und Zwietracht zu ſäen beginnen. „Sie wenden ſich mit ſchmeichleriſchen Worten an das badiſche Volk, um dieſes zu bethören, und an das badiſche Heer, um daſſelbe zur Rückkehr unter das alte Joch zu beſtimmen." Der Landesausſchuß findet es nöthig, vor dieſen Ränken der

„gebrandmarkten und landesflüchtigen“ Miniſter ſehr nachdrücklich zu warnen. Der Landesausſchuß hat ſeine Geſchäftsordnung nun dahin feſtgeſtellt, daß er ſich in Kommiſſionen getheilt hat, deren jede für die einzelnen Geſchäftskreiſe die Angelegenheiten zur allgemeinen Berathung vorbereitet.

Mannheim, 21. Mai. Am geſtrigen Nachmittag fand auf hieſigem Marktplatze eine große Volksverſammlung ſtatt; die Zahl der Anweſenden mag zwiſchen fünf- bis ſechstauſend betragen haben. Von den vielen Rednern nennt das Mannheimer Journal: Mördes, Hoff, Fickler, Schmidt von Löwenberg. Außerdem ſprachen ein Pole und ein franzöſiſcher Offizier aus Metz. Die „bedrohte Freiheit und ihr Schutz“ bildeten das Hauptthema. Die Verſammlung verlief in aller Ruhe und Ordnung. (M. J.)

⨯ **Heidelberg**, 21. Mai. Jetzt iſt beſſer Student ſein, als Profeſſor, denn ein Profeſſor iſt großherzoglich baden'ſcher oder vielmehr proviſoriſcher Staatsbürger, und hat als ſolcher ſeine Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen, zu deſſen Vertheidigung Hr. v. Vangerow ſogar aus dem Bette geholt ward. Wir haben hier bereits den vierten Regierungskommiſſär. Den erſten, Hrn. Gallus Meyer, haben wir recht ſchätzen lernen, ſeitdem wir mit den folgenden bekannt wurden. Der letzte und jüngſte derſelben iſt Hr. Schlöffel, Hrn. Schlöffels Sohn. Hr. Studioſus Schlöffel hat Vollmacht Beamte ein- und abzuſetzen. Trotz der allgemein gerühmten großen Ordnung, welche im Baden'ſchen herrſcht, flüchten viele Familien. In Auerbach an der Bergſtraße, vier Stunden dieſſeits Darmſtadt, iſt eine ganze kleine baden'ſche Kolonie angeſiedelt. Auch nach Darmſtadt ſind mehrere baden'ſche Familien geflüchtet; auch Gervinus befindet ſich dort.

* **Darmſtadt**, 21. Mai. Heute iſt hier eine Bekanntmachung vom Miniſterium des Innern erſchienen, die ſich ausſpricht über die mehrfach geforderte Beeidigung auf die Reichsverfaſſung. Die Regierung erkennt in dem Erbieten zum Eide von Seiten vieler achtbaren Bürger einen hohen ſittlichen Aufſchwung — „es iſt im Angeſicht der Gefahr die Willenskraft, für das Ziel, wonach Aller Herzen ſtreben, bis zur Selbſtaufopferung einzuſtehen! Wer in ſolchem Gefühle ſich zum Eid erbietet, hat darin unter höherer Weihe denſelben ſchon abgelegt; er bedarf keiner Formel und kann auf den gezwungenen Eid der nicht Gleichgeſinnten wenig Werth legen. Bei Vielen jedoch hat die bis zur Angſt ſteigende Beſorgniß, es möge die Reichsverfaſſung nicht zur Einführung gelangen, den Drang erzeugt, jedes Mittel dafür aufzubieten, Alle mit ſich für dieſe Beſtrebung ſichtbar zu vereinigen, was der Eid bekräftigen ſoll. Eine andere, verwegene Partei, welche dem Panier der Reichsverfaſſung nur deßhalb folgt, weil ſie darunter eine allgemeine Umwälzung um ſo gewiſſer zu erreichen hofft, verlangt die Nöthigung zum Eid unverkennbar — die Ereigniſſe haben es gelehrt — nur in der Abſicht, hierdurch Volk und Regierung zum Werkzeug für verderbliche Zwecke zu machen“. Die Regierung macht darauf gegen die Beeidigung dieſelben Gründe geltend, die auch Römer in der würtembergiſchen Kammer entwickelt hat: die Hinderniſſe ihrer Ausführung in weſentlichen Punkten, namentlich in Bezug auf das Oberhaupt und auf ihre Ausdehnung auf ein großes Deutſchland. Sie vertraut aber darum nicht weniger, daß der gute Bürger ohne geſprochene Formel im Herzen geeinigt, für das gemeinſame Ziel, die verfaſſungsmäßig geſicherte Einheit und Freiheit, in verſtändiger That hervortrete, wo es deren bedarf und ſie erachtet ſich darum nicht minder verpflichtet, alle ihre Kräfte auf Erreichung dieſes Zieles zu richten.

Mainz, 21. Mai. Die ſchöne Promenade zwiſchen dem Neu- und Gauthore, auf der ſüdöſtlichen und ſüdlichen Seite unſerer Stadt, wird eben ihres Schmuckes, der herrlichen Bäume, beraubt. Sie werden ſämmtlich niedergehauen und es ſcheint faſt, daß man von dieſer Seite her einem Angriff entgegenſieht. Mainz ſoll in ganz kurzer Zeit eine Garniſon von 16,000 Mann, darunter auch Mecklenburger und Hannoveraner, erhalten. (Fr. J.)

Brake, 17. Mai. Unſer verehrter Großherzog mit ſeinen Kindern, dem Erbgroßherzog und der Herzogin Friederike nebſt Gefolge waren heute hier, um die Dampffregatten Barbaroſſa, der jetzt völlig mit neun Stück 68 Pfünder armirt iſt, den Erzherzog Johann und Hamburg in Augenſchein zu nehmen. Nachdem dieſelben alles beſichtigt und ſich über die prächtige Einrichtung des Barbaroſſa ſehr beifällig geäußert hatten, nahmen dieſelben an Bord des Letzteren die Einladung des Fregattenkapitäns Brommy zum Dejeuner an. Nachdem begaben ſich dieſelben an Bord, um ein von den Hofköchen bereitetes Mittagsmahl einzunehmen, wozu der Fregattenkapitän Brommy und einige andere Perſonen geladen waren. (Weſ. Z.)

** **Aus Schleswig-Holſtein**, 19. Mai. Fridericia brennt ſchon an mehreren Stellen in Folge des Bombardements. Der Verkehr zwiſchen Fridericia und Fühnen war wiederum ſehr lebhaft, es glaubt aber Niemand mehr daran, daß die Dänen mit ihrer Macht Fridericia räumen, und uns die Feſtung überlaſſen werden. Wie man jetzt allgemein glaubt, ſo bezweckt dieſer Verkehr zwiſchen Fridericia und Fühnen nur eine Ablöſung der gegenſeitigen Truppen, um, wenn die eine Abtheilung ermüdet iſt, dafür eine neue friſche auf den Schauplatz zu führen, und Alſen hat Mannſchaft genug, es ſollen allein 16,000 Mann dort concentrirt ſein. Es kann dies nur geſchehen, um gelegentlich einen Coup auszuführen, der aber nicht glücken will. So lange unſere Küſten ſo gut wie bisher bewacht werden, ſo lange iſt nichts zu befürchten, ſelbſt an den unbefeſtigten Stellen, da ſchnell das ganze Land alarmirt ſein würde. Lärmſtangen ſind an der ganzen Küſte aufgeſtellt; wird an einer Stelle ein Angriff verſucht, ſo würde in ganz kurzer Friſt der bedrohte Theil geſchützt werden.

Großbritannien.

* **London**, 19. Mai. Außer der deutſchen Reichsfrage beſchäftigt die engliſchen Blätter nichts ſo ſehr als die Ruſſenhilfe, mit welcher der Kaiſer von Oeſterreich ſein widerſpenſtiges Königreich Ungarn wieder zum Gehorſam zurückzubringen gedenkt. Alle Zeitungen ſind darüber einig, daß es für Oeſterreich minder ſchmachvoll und gefährlich geweſen wäre, einen wenn auch nur leidlichen Vertrag, mit den Ungarn abzuſchließen, ſtatt zu der Beihilfe der Koſaken und Baſchkiren ſeine Zuflucht zu nehmen. Der Spectator ſagt: „Oeſterreich kann allerdings nicht dulden, daß Ungarn den entſcheidenden Endſieg davon trägt, aber ein mit der ruſſiſchen Hilfe gewonnener Sieg würde für Oeſterreich, möglicherweiſe für Rußland ſelbſt, wenn nicht für Europa verhängnißvoll ſein. Dieſe Ueberzeugung wird von den meiſten Parteien in England getheilt, ſelbſt von denen, welche Oeſterreich das Recht zuerkennen, daß es in ſeiner äußerſten Noth um Hülfe nachſuchen darf.“ Der Examiner meint: „es dürfte ſelbſt dem Lord Brougham jetzt ſchwer fallen, zu verſichern, daß der Czar in Oeſterreich eindringt, um die Freiheiten Deutſchlands zu unterſtützen, daß er, an der Spitze eines Heers von 150,000 Soldaten, ins Feld gerückt iſt, um die Ideen zu vertheidigen, welche er ſo viele Jahre mit Feuer und Schwert verfolgt und mit Einkerkerung und Gütereinziehung beſtraft hat. Oeſterreichs Aufgabe in Europa war gerade die, ein Bollwerk gegen das Vordringen Rußlands nach dem Süden zu ſein, und wenn es dieſe Verpflichtung nicht mehr erfüllt, ſo fragen wir auch nichts mehr nach ſeinem Fortbeſtehen. Der moraliſche und materielle Einfluß Oeſterreichs iſt mit dem Augenblicke dahin, wo ruſſiſche Bajonette nöthig wurden, die Politik ſeines Kabinets zu unterſtützen. Liegt dies im Intereſſe Frankreichs und Englands? oder im Intereſſe der Civiliſation? Oder meint man, daß dies das Mittel ſei, um die Integrität der Türkei ſicher zu ſtellen?“ Einen ähnlichen Artikel bringt Daily News, welchen auch Galignanis Meſſenger wieder abdruckt, und zwar unter der bezeichnenden Ueberſchrift: „Austria fuit.“

Auf Lloyds iſt ſeit geſtern folgende Anzeige, datirt **Kopenhagen** den 11., angeſchlagen: „Das Marineminiſterium hat bekannt gemacht, daß in Betracht der vielen Klagen über die unzulängliche Blokade künftig alle neutralen Fahrzeuge, welche in blokirte Häfen einzudringen verſuchen ſollten, mit aller Strenge der Blokadebeſtimmungen behandelt werden ſollen.“

Der Daily News zufolge beſtehen die Vorſchläge des däniſchen Geſandten, die Lord Palmerſton angenommen haben ſoll (das Umgekehrte wäre anſtändiger) in Folgendem: 1) Suspendirung der Feindſeligkeiten bis zu Ende des Jahres. 2) Eine Demarkationslinie zwiſchen den ſtreitenden Parteien während der Dauer des Waffenſtillſtandes, und zwar ſoll ſich dieſe Linie von Flensburg nach Huyſum durch das Herzogthum erſtrecken. 3) Beſetzung des nördlichen Theiles durch däniſche und des ſüdlichen Theiles dieſer Linie nicht durch ſchleswig-holſteiniſche, ſondern durch preußiſche Truppen. Blos das Letzte ſoll Lord Palmerſton, als Vermittler, abgelehnt haben.

(Die Deutſche Reform glaubt verſichern zu dürfen, daß weder die Centralgewalt, noch Preußen auf dieſe ſchnöden Bedingungen eingehen würden. Ebenſo meint die Konſtitutionelle Zeitung: Dänemark möge nicht denken, daß trotz der Wirren im Innern Deutſchlands, Preußen und die Centralgewalt ſo ſchwach ſein würden, in dieſe Vorſchläge zu willigen. Leider hat man aber ſchon ſo viel Arges erlebt, daß man ſich auch auf das Aergſte gefaßt machen muß, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß man uns vor ganz Europa und vor der richtenden Weltgeſchichte lächerlich macht).

Die engliſchen Zeitungen theilen jetzt die offiziellen Berichte Lord Elgins über die jüngſten Aufruhrſcenen in Montreal mit. Die früheren Nachrichten über den Hergang werden darin im Weſentlichen beſtätigt, zugleich aber Aufklärungen über das Parteiweſen in Kanada gegeben, die ſo lehrreich ſind und mit dem unkonſtitutionellen Parteiweſen, wie es außer England in den meiſten nach konſtitutioneller Geſtaltung ringenden Staaten des europäiſchen Feſtlandes von Radikalen wie von Tories betrieben wird, ſo viel Verwandtes zeigen, daß wir darauf ausführlicher zurückzukommen gedenken. Der Schluß der Depeſche lautet: „Sollte ich nicht im Stande ſein, jene Stellung einer würdigen Neutralität zwiſchen beiden in Fehde liegenden Parteien wieder zu erlangen, die ich ſo lange raſtlos mich bemüht habe aufrecht zu erhalten, aus der ich aber für den Augenblick verdrängt zu ſein ſcheinen mag — nicht, wie ich feſt glaube, durch einen meinerſeits begangenen Fehler, ſondern durch die unvernünftige Heftigkeit des Parteigeiſtes — ſo mögen Ew. Herrlichkeit wohl erwägen, ob es nicht im Intereſſe der Krone ſein möchte, daß ich von meinem hohen Poſten entfernt würde, um Jemanden Platz zu machen, der zwar in Betreff der Pflichten eines konſtitutionellen Gouverneurs nicht eine von der meinigen abweichende Meinung, aber den Vortheil hätte, daß er bei keiner Fraktion von Ihrer Majeſtät Unterthanen in dieſer Provinz Anſtoß erregte." Gez. Elgin und Kincardine.

Frankreich.

* **Paris**, 20. Mai. „Durch Befehl vom heutigen Tage, den 19. Mai," heißt es im Moniteur, „iſt der Brigade-General Perrot zum einſtweiligen Befehlshaber der Nationalgarden de la Seine ernannt worden. Der General Changarnier behält den Befehl der Linientruppen aller Waffengattungen in der erſten Militärdiviſion." Die Nationalverſammlung kann ſich nicht beſchweren, daß ihr nicht ſchnell genug gehorcht worden. Geſtern hat ſie die Verlängerung des doppelten Kommandos Changarniers verweigert, und geſtern noch iſt Changarnier das eine genommen worden. Gern gehorcht das Miniſterium der Nationalverſammlung nicht; als geſtern am Schluß der Sitzung der Queſtor Lebreton um bauliche Arbeiten vornehmen zu können, Ausſetzung der Berathungen während der letzten Hälfte der nächſten Woche vorſchlug, freute ſich Odilon Barrot, wie ein Schüler, der Ferien bekommen ſoll und unterſtützte den Antrag im Namen des Miniſteriums — natürlich ward derſelbe von der krampfhaft ans Leben ſich anklammernden Verſammlung verworfen.

Daß übrigens Aenderungen des Kabinets bevorſtehen, kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen. Die halbamtliche Patrie hat folgenden Artikel: „Seit länger als 14 Tagen war das Miniſterium, in mehreren wichtigen Fragen getheilt, entſchloſſen ſich zurückzuziehen, ſobald das Ergebniß der Wahlen bekannt ſein würde. Da dieſer Zeitpunkt gekommen iſt, ſo haben ſich die Mitglieder des Kabinets geſtern Abend bei Hrn. Barrot verſammelt, und nach einer ſehr lebhaften Berathung, die ſich bis ſpät in die Nacht hinzog, hat man es von Neuem von der größten Wichtigkeit erkannt, daß die Regierung vor der neuen Verſammlung im Zuſtande der Einigkeit — und der vollkommnen Uebereinſtimmung in allen politiſchen Fragen auftrete, wie ſolcher gegenwärtig nicht im Kabinet herrſcht. Es wurde deßhalb beſchloſſen, daß das Miniſterium heute, Sonntag, ſich nach dem Elyſee begeben würde, um dem Präſidenten ſeinen Entſchluß anzuzeigen und um ſeine Genehmigung zu bitten." Dufaure wird wohl den Mittelpunkt des neuen Kabinets bilden. Er ſoll zuerſt erklärt haben, nur dann anzunehmen, wenn General Lamoriciere Kriegsminiſter werde. Dieſer habe ſich jedoch entſchieden geweigert. Dann ſoll Hr. Dufaure auch für den Fall haben annehmen wollen, wenn General Bedeau Kriegsminiſter werde, und letzterer ſoll dazu bereit ſein.

Die Uneinigkeit in dem gegenwärtigen Kabinet mag ſich wohl auf die Frage beziehen, welche Mittel Frankreich anzuwenden habe, um dem drohenden Umſichgreifen des Sozialismus zu begegnen. Eine Partei will, um den Leidenſchaften des Volks eine andere Richtung zu geben, einen Krieg herbeiführen, oder wenigſtens auf Gefahr eines Krieges eine ſo großartige auswärtige Politik führen, daß der Geiſt des Volkes von den inneren Fragen abgezogen wird. Gewiß iſt, daß, wenn die letzte Entſcheidung über die Kriegsfrage dem kommenden Kabinet und der Legislative vorbehalten iſt, das Miniſterium doch Vorbereitungen trifft, einen Caſus Belli möglich zu halten und zu benutzen. Hr. Lamothe-Levoyer iſt plötzlich nach Berlin geſchickt. Er ſoll der Ueberbringer einer Depeſche ſein, worin Frankreich gegen den Einmarſch der Ruſſen in Oeſterreich über preußiſches Gebiet proteſtirt, und das fernere Geſtalten deſſelben für eine Kriegserklärung nehmen zu wollen erklärt. Damit ſteht das Gerücht in Verbindung, dem man hier ziemlichen Glauben ſchenkt, daß die Häupter der deutſchen Demokratie Abgeordnete geſchickt haben, um mit der Regierung wegen eines Anſchluſſes der preußiſchen Rheinlande an Frankreich zu unterhandeln. Jedenfalls ſcheint die Bildung einer Rheinarmee jetzt zur Wahrheit werden zu ſollen. Ebenſo kategoriſch ſoll Frankreich gegen Oeſterreich in der italieniſchen Frage auftreten. Es ſoll gegen die Greuel in Livorno proteſtirt und ebenfalls unter Androhung eines Krieges die Räumung des Kirchenſtaates von neapolitaniſchen und öſterreichiſchen Truppen verlangt haben. Es wolle die römiſche Frage allein löſen. Qui vivra, verra!

Jedenfalls iſt die Börſe ſeit lange nicht ſo ängſtlich und ſo ſchwankend geweſen, wie jetzt. Die Renten fallen bedeutend. Dazu trägt jedoch nicht blos die Möglichkeit eines Krieges, und der Ausfall der Wahlen, ſondern vor Allem die Ausſicht bei, daß die Regierung gezwungen ſein könnte, um den durch Aufhebung der Trankſteuer in den Einnahmen entſtehenden Ausfall zu decken, die Rente zu beſteuern. Die 5 pCt. ſchloß heute an der Paſſage de l'Opera 82,75.

Bis heute Abend waren nach der Patrie 706 Wahlen bekannt, davon gehören den Gemäßigten 492, der demokratiſchen und ſocialiſtiſchen Oppoſition 211, Unentſchiedene 3. 44 Wahlen waren noch unbekannt, davon 8 aus den Kolonien. Wir geben hier noch folgende Auszüge aus der Pariſer Wahlliſte über die nicht durchgegangenen Kandidaten. Der erſte derſelben, Marſchall Bugeaud, iſt der 29. auf der Geſammtliſte, Leon Faucher der 32.; auf ihn folgen 12 Socialiſten; Thiers als 40. hat 800 Stimmen weniger, als ſein Vorgänger, der Socialiſt Vidal; Mole und Montalembert folgen ſich unter Nr. 53 und 54. General Piat, der Chef des rein-bonapartiſtiſchen Ausſchuſſes kommt als der 61. Der Aſtronom Fr. Arago hat nur 45,900 Stimmen erhalten und hat danach Nr. 59. Dupont (de l'Eure), das Haupt der ehemaligen proviſoriſchen Regierung, erhielt ſogar nur 39,800, Napoleon Bonaparte, Vetter des Präſidenten iſt der 67.

Oeſterreichiſche Monarchie.

* Der Lloyd bringt nach Mittheilungen von Flüchtlingen folgende Nachrichten aus Siebenbürgen, bei deren Beurtheilung man immerhin wohl thun wird, ſich der Quelle zu erinnern: „Gleichzeitig mit der Feier der ungariſchen Republik (vermuthlich nur der ungariſchen Unabhängigkeit) in Klauſenburg wurde die allgemeine Militärpflichtigkeit, ohne Unterſchied des Standes, publicirt und Jeder vom 18. bis zum 40. Jahre unter die Waffen gerufen. Die Sachſen und Romanen, die ſich dieſer Pflicht entziehen, werden erſchoſſen. Bem ſoll bei ſeinem Abzuge nach dem Banate erklärt haben, daß die Inſurgenten aus Ungarn nach Wien, von da nach Galizien ziehen wollen, in welcher Provinz ihr Empfang bereits vorbereitet ſei. Die Erbitterung der Magyaren gegen die Sachſen und Romanen überſteigt nun ſchon alle Grenzen; täglich finden ſcharfe Exekutionen ſtatt; wer nur als verdächtig angegeben wird, wird erſchoſſen. Obwohl Bem und Cſanyi in ihren Proklamationen jedem rückkehrenden Sachſen und Romanen Leben und Freiheit zuſicherten, ſo wurden doch die meiſten Zurückgekehrten unter geſuchten Vorwänden eingezogen, hingerichtet oder als Gefangene weggeführt, nur wenige entlaſſen. Viele Szekler-Familien ſollen bereits auf Sachſenboden angeſiedelt ſein. Nach Ausſpruch des Bevollmächtigten Cſanyi haben Sachſen und Romanen ihre Ausrottung zu erwarten." Wiederholt wird in öſterreichiſchen Blättern erzählt, daß bei den Stürmen auf Karlsburg (das übrigens noch nicht erobert iſt) die Sachſen in

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Der Großherzog von Baden). Wien (Der ungariſche Feldzug. Die Ruſſen. Der Kaiſer. Die Diplomatie und die deutſche Bewegung. Tagesbegebenheiten). Berlin (Rußland fordert die Räumung Jütlands. Hr. v. Rauch nach Petersburg. Die preußiſchen Rüſtungen. Das Wahlgeſetz. Verhaftung D'Eſter's). Aachen (Waffenſendungen aus Belgien). München (Die Kammer nimmt die Adreſſe für die Reichsverfaſſung an. General v. Gerlach. Heerſchau). Aus der Pfalz (Der Angriff auf Landau. Germersheim in Kriegszuſtand. Demiſſion Fenner's. Ein Reichskommiſſär. Die Volkswehr). Stuttgart (Kammerverhandlungen über die Verfaſſungsfrage. Truppen an die badiſche Gränze). Mannheim (Eidesverweigerung des Hofgerichts. Bornſtedt). Konſtanz (Vereidigung der Beamten). Gießen (Die Station des Telegraphen zerſtört). Schwerin (Die Verfaſſungsfrage noch einmal vor der Kammer. Truppenausmarſch).

Italien. Mailand (Uebergabe von Bologna. Beſetzung von Ferrara). Rom (Diplomaten. Garibaldi's Sieg nach neapolitaniſchen Berichten.

Ungarn. Preßburg (Ofen von den Magyaren genommen).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 23. Mai.)

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 22. Mai. Wie man vernimmt, wird der Großherzog von Baden in Mainz erwartet, doch ſei es noch unbeſtimmt, ob er dort bleiben, oder nach Koblenz gehen werde. Man ſpricht von der Errichtung einer badiſchen Legion.

△ **Wien,** 19. Mai. Aus Ungarn noch nichts von entſcheidender Bedeutung. Die Ungarn ſcheinen die Inſel Schütt ganz geräumt zu haben, nachdem bei Vaſarhely ein Treffen ſtattgefunden, welches ſich zu ihrem Nachtheile entſchied. General Vogel und Benedek haben ſich in Tyrnau vereinigt und das ruſſiſche Hauptquartier iſt in Trentſchin. Die Hauptmacht der Ungarn ſoll, wie man behauptet, noch immer in den Bergſtädten Kremnitz, Neuſohl ꝛc. ſtehn; Gewiſſes weiß man über ihre Operationen nichts, während ſie durch ihre Kundſchafter von dem Stand unſers Heeres ſehr gut unterrichtet ſein ſollen. Die Operationsplane ſelbſt werden aber ſeit der Ernennung Welden's ſo geheim gehalten, daß es ihnen unmöglich ſein wird, etwas darüber zu erfahren, während Windiſchgrätz ſo von ihrer Partei umgeben war, daß ſie alle ſeine Unternehmungen bis ins Einzelne kannten, noch ehe ſie zur Ausführung kamen. In Ofen ſoll das Bombardement der Schweſterſtadt eingeſtellt ſein, nachdem die Magyaren von den Höhen der Umgebung abgezogen ſeien. Die meiſten Häuſer der Donauzeile ſollen ſehr gelitten haben und viele dem Einſturz nahe ſein. Als Zeitpunkt eines allgemeinen mit den Ruſſen zugleich zu unternehmenden Angriffs, nennt man nun wieder den 20. bis 24. d. M. Trotz dem Verſprechen des Czaren die Verpflegsbedürfniſſe ſeiner Truppen mit klingender Münze zu zahlen, hat man für die über Lemberg eingerückten Hilfstruppen die nöthigen Verpflegsartikel mittelſt Requiſition herbeigeſchafft und ſie ſtatt des baaren Geldes mit Quittungen bezahlt. Sie fangen überhaupt früh an ſich zu geberden, als ob ſie zu Hauſe wären.

Vor einigen Stunden ſah man den jungen Kaiſer gegen den Nordbahnhof fahren; es iſt alſo wahrſcheinlich, daß er ſich wieder ins Lager begeben hat. Man weiß nie vorher was er thun wird, was zum Theil der Schwierigkeit der Zeit, zum Theil auch ſeiner Neigung zuzuſchreiben iſt. So erſchien er geſtern ganz unerwartet auf dem Glacis vor dem Franzensthor, wo eben eine Abtheilung Jäger exerzirte. Es wird behauptet, der Kaiſer habe ſie „meine Kinder“ angeredet und dann hinzugefügt: „nein ich bin zu jung um Euch meine Kinder zu nennen, ihr ſeid meine Freunde, meine Brüder“, ich kann nicht verbürgen ob dieſe Angabe ganz wahr iſt, doch der Jubel der Jäger war weithin zu hören. Vorgeſtern zogen die von Ollmütz hierher verlegten Mengan-Kuiraſſiere wieder ab und auch die letzten Rothmäntel verließen uns. Ein langer Zug unter Anführung eines Offiziers durchzog die Stadt, unter Anſtimmung jenes ſchauerlich klingenden Freudengeſanges, womit ſie gegen den Feind ziehen. Ihr Abzug läßt darauf ſchließen, daß ſich unſere Armee bald gegen die nächſten Städte in Bewegung ſetzt, denn die Szereſchaner ſind nur zum Straßenkampfe und zum Plündern zu verwenden.

Dem Vernehmen nach ſoll unſere Polizeidirektion nach dem Muſter von Berlin abgeändert werden; eine Aenderung wenigſtens wäre dringend nöthig, da die Diebſtähle täglich mit mehr Unverſchämtheit betrieben werden.

Heute lief die Nachricht hier ein, daß in Baden die Republik nicht proklamirt ſei, was uns wieder einige Hoffnung für den Sieg der konſtitutionellen Partei giebt. Unſere Diplomaten argumentiren jetzt ſo: „ſo lange die Bewegung nicht weiter greift, iſt es leicht mit ihr fertig zu werden; der Gewalt weicht man überall, aber die Gewalt iſt leider nicht überall; deshalb hängt Alles davon ab, ſchnell mit Dänemark Frieden zu ſchließen, damit Preußen verläßliche Truppen von dort zurück erhält. So lange muß man durch jedes Mittel die Bewegung zu hemmen ſuchen.“

* **Wien,** 19. Mai. Die Einnahme Ofens wird wiederholt verſichert. Man fügt hinzu, der Kommandant Hentzi habe ſich entleibt, und die Beſatzung ſich ergeben (?). Von allen Reiſenden wird beſtätigt, daß es den Ungarn weder an Leuten, noch an Gold und Silber, wohl aber an Montirungsgegenſtänden aller Art fehle. Die ſchon früher erwähnte kaiſerliche Proklamation an die Ungarn iſt in der magyariſchen Uebertragung, auf welche doch der meiſte Werth zu ſetzen geweſen wäre, ſo fehlerhaft ausgefallen, daß daraus die ſeltſamſten Verſtöße hervorgehen.

Das Hauptquartier der F.-M.-L. Welden ſoll demnächſt nach Tyrnau verlegt werden und es ſind daſelbſt für ihn Zimmer hergerichtet worden. Die Waag ſoll bis auswärts Trentſchin an 6 Punkten überſetzt werden. F.-M.-L. Vogel iſt mit 12,000 Mann in Trentſchin eingerückt und faktiſch wohl bereits mit den in Hradiſch und Göding angekommenen Ruſſen vereinigt. Die Magyaren haben bei Freiſtadt 40 Geſchütze aufgepflanzt, um den Uebergang über die Waag um jeden Preis zu erzwingen; der größere Theil ihrer Armee hat ſich gegen die Bergſtädte gezogen, um dort eine ſichere Stellung zu nehmen. Die magyariſche Geſammtmacht, welche ſich vom rechten Waagufer über die Bergſtädte bis ins Gömörer Komitat und gegen Komorn zu erſtreckt, dürfte ſich gewiß auf 120,000 Mann belaufen und iſt ſo vortheilhaft aufgeſtellt, daß ſie ſich auf jeden beliebigen Punkt mit Uebermacht werfen kann. Faſt ſcheint es, als ob ſie durch fortwährende Scheinangriffe längs der Waag ihre eigentliche Abſicht, in Galizien einzubrechen, maskiren wolle. Die Peſther Blätter erzählen, daß die deutſche Legion guten Fortgang hat und rufen die Legionäre auf, den Tod des wackern Blum zu rächen. Die Einnahme Ofens kann als verbürgt angenommen werden. Unſere Zeitungen führen aus den Peſthern die Aufforderung Görgey's zur Uebergabe Ofens und die darauf erfolgte Antwort Hentzi's an. In der erſteren war die Bedingung geſtellt: ehrenhafte Kriegsgefangenſchaft; die Offiziere mit, die Mannſchaft ohne Waffen und Rüſtung. Hierbei wird erwähnt, daß Raab, Stuhlweißenburg, Komorn, Neutra, Hansabegd, die Bergſtädte und die ganze Waaglinie in den Händen der Magyaren ſeien. Im Falle mit der äußerſten Vertheidigung Ofens noch die Zerſtörung der Kettenbrücke und das Bombardement Peſth's verbunden werden, verbürgt es Görgey mit ſeinem Ehrenwort, daß nach geſchehener Einnahme Ofens die ganze Beſatzung über die Klinge ſpringen ſoll. Zum Schluß heißt es: „Gewarnt durch das niederträchtige, ehrvergeſſene Syſtem, nach welchem ſogar unſere Parlamentäre als Verbrecher öſterreichiſcher Seits feſtgehalten und behandelt werden, wähle ich zum Ueberbringer dieſes Schreibens bloß einen kriegsgefangenen öſterreichiſchen Offizier.“ In der Antwort droht Heintzi mit dem Ruin von Peſth, falls Ofen angegriffen wird, verwahrt ſich gegen die ihm imputirte ungariſche Nationalität und ſpricht ſein letztes Wort dahin aus: „Ich werde den Platz nach Pflicht und Ehre bis auf den letzten Mann vertheidigen; mögen Sie es verantworten, daß hierbei die zwei ſchönen Schweſterſtädte geopfert werden.“

Geſtern Abend erſchien der Kaiſer wieder im Burgtheater und wurde, ſo wie das erſtemal, mit großem Jubel von dem zahlreich verſammelten Publikum empfangen. Vorgeſtern wurde ein hieſiger Bürger in der Vorſtadt Wieden, Herr Mathias Lehmann verhaftet, weil er ſein Kind nach der Weiſe der Deutſchkatholiken, d. i. ohne prieſterliche Einſegnung beerdigen laſſen wollte.

** **Berlin,** 20. Mai. Rußland hat plötzlich „mauvaise mine à bon jeu“ gemacht, nämlich die Räumung Jütlands in kategoriſcher Weiſe („widrigenfalls!“—) verlangt. Ich hüte mich wohl von einer ruſſiſchen „Note“ zu ſprechen! Ich laſſe die Art der Notifikation ganz abſichtlich unberührt. Soviel mögen Sie als beſtimmt annehmen, daß Rußland die Forderung geſtellt hat.

Wenn jetzt Radowitz nicht ſo hartnäckig feſthielte an der deutſchen Politik (und zwar aus genauer Kenntniß der königlichen Individualität!), ſo würde vielleicht miniſteriellerſeits die „europäiſche Politik" eingeſchlagen und der Friede von Baſel zu reſtauriren verſucht werden. General v. Rauch iſt eilig an den Czaren geſandt, dem er in Warſchau begegnen dürfte, um die Schwierigkeit zu beſeitigen. Hr. v. Rauch iſt eine Perſönlichkeit, welche dem Kaiſer von Rußland ebenſo werth und erwünſcht kommt, als in der deutſchen Angelegenheit Baron Canitz-Dallwitz der öſterreich. Diplomatie. Wenn Hr. v. Rauch nichts ausrichtet, dann dürfte derſelbe keinen Nachfolger erhalten, wie in dieſem Augenblick Hr. Fiſcher durch Hrn. v. Boddien wenigſtens einen Folger erhält. Indeſſen beſorgen wir weniger, daß Hr. von Rauch nichts bei dem Czaren, als daß der Czar bei Hrn. von Rauch etwas ausrichtet. Der Selbſtherrſcher wird nachgeben und Preußen wird — auch nachgeben; das heißt, es wird ſich begnügen, das Dekorum zu retten. Und Herr Jochmus, der mit den Großmächten liirt iſt, wird die jütiſche Fatalität beizulegen verſtehen. Kaiſer Nikolaus geſteht übrigens die Hälfte von Schleswig nebſt Holſtein zu; das nördliche Schleswig ſoll däniſch werden, wie man als Willensmeinung des Gottorfiſchen Sprößlings erfahren haben will. Wir fügen hinzu: Oſtpreußen iſt von Truppen, ſo viel wir wiſſen, faſt entblößt. Hunderttauſend Mann an die ruſſiſche Grenze, das iſt die für das „große Preußen" würdige Antwort auf die Drohung des Barbaren. Aber ſo ſind ſubalterne Charaktere: nach einer Seite übermüthig, nach der andern kriechend. Deutſchland gegenüber führt das Subalternenkabinet eine hochmüthige Sprache, Rußland gegenüber winſelt Berlin. Wenn Preußen ſo groß iſt, daß es eine europäiſche Politik verfolgen, d. h. daß es Deutſchland den Rücken kehren kann, dann möge Preußen der Drohung des Czaren männlich entgegentreten. Die Sendung des Hrn. v. Rauch iſt eine halbe Loyalitätsmanifeſtation. Wäre das Maß dieſes Miniſteriums, welches im Lande aller Sympathien entbehrt, welches durch den fehlgeſchlagenen Staatsſtreich gegen Frankfurt die Konſervativſten (will ſagen: die Konſervativen quand même) ſtutzig gemacht hat, noch immer nicht voll, jetzt könnte es übervoll werden. Denn ſeine letzten Anhänger ſind die ſtolzen Paladine der preußiſchen Großmachtſchwärmerei — ein ſchimpflicher Friede mit Dänemark, ein von Rußland anbefohlener Rückzug aus Jütland, ein ſolcher Fußtritt von dem Ausland „mit hoher Befriedigung aufgenommen" — und wir gratuliren zu den etwa ſich darbietenden Ruhepoſten.

Berlin, 20. Mai. Die Anſprache des Königs an ſein Volk und an ſein Heer geht jetzt ſchnell und unaufhaltſam zur That über. In mehreren Provinzen iſt die geſammte Landwehr aufgeboten worden, in andern werden die bereits früher zuſammengetretenen Bataillone auf den Kriegsfuß geſetzt und ſind theilweiſe bereits in Bewegung; aus der Provinz Sachſen, wo die ganze Landwehr ſchon formirt iſt, befindet ſich ein Theil derſelben nach Weſtphalen, ein anderer nach Thüringen im Zuge. Eben ſo eifrig wird die Mobilmachung von Linientruppen, Infanterie und Kavallerie in allen Armeekorpsbezirken betrieben. Bedeutende Maſſen ſind bereits in der Bewegung, die, wie z. B. bei den mobilen Diviſionen im Königreich Sachſen und in Weſtphalen ſchon ganz den kriegeriſchen Charakter angenommen hat. Eine weſentliche Vermehrung der mobilen Artillerie ſcheint dagegen vorläufig noch nicht einzutreten, da die Zahl der mobilen Geſchütze ſich bereits auf über 400 beläuft. (D. Ref.)

* **Berlin**, 21. Mai. Die Lith. Korreſp. berichtet: Das in Ausſicht geſtellte neue Wahlgeſetz iſt, wie es heißt, höhern Orts vorläufig aufgegeben oder wird in der Art promulgirt werden, daß es als Ausfluß des allgemeinen deutſchen Wahlgeſetzes, wie dieſes von Preußen entworfen, angeſehen werden kann.

Dagegen meint die Konſt. Korr.: Es ſoll Ausſicht vorhanden ſein, daß in dem *neuen Wahlgeſetz*, welches in den nächſten Tagen erwartet wird, die *öffentliche* Abſtimmung aufgenommen wird. Der Poll iſt das Palladium der verfaſſungsmäßigen Freiheit in England, die geheime Abſtimmung, die Beſeitigung des Poll iſt das Alpha und Omega der chartiſtiſchen Agitation. Dem germaniſchen Charakter entſpricht die offene Stimmabgabe; ſie wird uns bewahren vor den Wühlereien einer Partei, die im Finſtern ſchleicht und ihren Erfolg in dem heimlichen Berücken der Stimmenden ſucht. Man ſagt, die Landwehr werde ihr Stimmrecht durch Einſendung der Stimmzettel in ihre Gemeinden ausüben, eine Beſtimmung, die im Augenblick, wo hunderttauſend der tüchtigſten Urwähler unter den Waffen ſtehen, gerecht und weiſe iſt.

Lith. Korr. **Berlin**, 21. Mai. Durch telegraphiſche Depeſche iſt heute hier die Nachricht eingetroffen, daß Hr. d'Eſter in Folge der hinter ihm erlaſſenen Steckbriefe in Hannover ergriffen ſei.

Aachen, 21. Mai. Geſtern ſind auf der Eiſenbahnſtation Herbesthal (an der belgiſchen Gränze) eine Anzahl Waggons zurückgehalten worden, welche mit Gewehren und Munition beladen waren. Ein Detaſchement Soldaten, das von hier hinbeordert wurde, hat die Waffen hierher gebracht. Die Ladung ſoll von England gekommen und nach Köln adreſſirt geweſen ſein. (Aachn. Z.)

0 **München**, 21. Mai. Vor Beginn der heutigen Sitzung war im Saale das Gerücht verbreitet, daß der Kammer eine Eröffnung über die oktroyirte Verfaſſung für Deutſchland und ſodann über ihre Auflöſung zukommen würde. Die Anweſenheit aller Miniſter trotz der auf der Tagesordnung ſtehenden Adreßberathung machte die Sache glaublich, die ſich aber alsbald dadurch erledigte, daß die Anweſenheit der Miniſter durch eine an ſie gerichtete Anfrage von Seiten des rechten Centrums veranlaßt war. Lerchenfeld nahm für dieſes das Wort. Die Interpellation ging auf eine offizielle Mittheilung über die jetzige Lage der Pfalz. Kleinſchrod gab theils nach den Aktenſtücken des Landesvertheidigungsausſchuſſes, theils nach amtlichen Anzeigen meiſt bekannte Thatſachen, begleitet von einigen weiteren Ausführungen in denen die Worte „Anarchie, rothe Republik, Kommunismus," ſehr häufig vorkamen. Die Unterwerfung der Beamten unter die Reichsverfaſſung ſei nur durch Gewaltthat und Einſchüchterung erzwungen, das Appellationsgericht der Pfalz habe aber auf den Antrag des Staatsprokurators beſchloſſen, von einer gerichtlichen Einſchreitung aus Gründen der Unausführbarkeit und der Unmöglichkeit abzuſehen. Seit dem 15. d. M. ſei der Regierung keine weitere amtliche Nachricht zugekommen. Nach dieſen Erläuterungen des Juſtizminiſters ging die Verſammlung zur allgemeinen Berathung der Adreſſe über; vorher entfernen ſich die Miniſter. Die Debatte wird von Roßbach, einem Mitgliede der Kommiſſion eröffnet, der allein gegen die Adreſſe geſtimmt hat. Er ſpricht ſich für die erſte Hälfte der Adreſſe, für die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung aus, hält aber die in den weiteren Anträgen aus ihr gefolgerten Konſequenzen im gegenwärtigen Augenblicke für zu gefährlich, um ihnen beiſtimmen zu können. Auf ihn folgt *Lerchenfeld*, der bei der Verſtändigung mit der zu vervollſtändigenden Nationalverſammlung beharrt. Gegen das Erbkaiſerthum bemerkt er: man könne keinen Kaiſer durch ein Dekret machen, einen Kaiſer mache die Natur. Wäre eine ſolche Perſönlichkeit in Deutſchland, ſo wäre ihm daſſelbe von ſelbſt zugefallen. An die Spitze des Bundesſtaats möchte er ſchon aus dem Grunde ein Direktorium geſetzt wiſſen, weil durch dieſes Inſtitut das Uebergewicht der Macht in die Hände der älteren konſtitutionellen Staaten gelangen würde, während gerade der Umſtand, daß der Bundestag vorzugsweiſe den militäriſch abſoluten Staaten die größere Macht gewährte, der Freiheit gefährlich war. Er ſchließt ſeinen Vortrag mit dem Antrage: Die Kammer ſolle den nicht beanſtandeten Theil der Verfaſſung anerkennen, und Se. Majeſtät den König bitten, dahin zu wirken, daß die Reichsverfaſſung mit den in der Erklärung der baieriſchen Regierung vom 18. l. M. enthaltenen Abänderungen durch ganz Deutſchland zur Anerkennung gelange. Für jetzt hält aber der Redner ſammt ſeinen Parteigenoſſen dieſe Berathung in ſolange für vorzeitig, bis die betr. Vorlage der Regierung auf die Tagesordnung gebracht ſein werde. Das rechte Centrum wird deshalb keinen Antheil an der Diskuſſion nehmen. Ein eigenthümliches Argument für die Anerkennung fand Reichard in einigen Verordnungen der baieriſchen Regierung vom vorigen Jahre, worin die den Beſchlüſſen der Nationalverſammlung nicht Gehorchenden Staatsverräther genannt werden. Der Redner glaubt zwar mancherlei an der Reichsverfaſſung ausſtellen zu müſſen, aber er laſſe ſich das Alles gefallen, um nur kein Staatsverräther zu ſein. Kolb vertheidigt in längerer Rede die Bewegung in der Pfalz, und geht ſpeziell in die Punkte der miniſteriellen Vorlage ein, die er einzeln widerlegt. Auch die Rechte erklärt durch den Mund des Hrn. v. Hopf, an der Debatte keinen Theil nehmen zu wollen. Schließlich ergreift Schüler als Berichterſtatter das Wort, nachdem von der Verſammlung der Schluß der Debatte beſchloſſen war. Auch er geht auf eine Kritik der miniſteriellen Vorlage ein, deren Unwahrheit und Inkonſequenzen er Punkt für Punkt nachweiſt. Bei der Abſtimmung ſprechen ſich *72 Votanten für*, 62

gegen die Adreſſe aus. Somit iſt ein Mißtrauensvotum gegen das Miniſterium ausgeſprochen; Roßbach enthält ſich der Abſtimmung. Der erſte Präſident verlieſt einen Proteſt gegen die Adreſſe mit 34 Unterſchriften des rechten Centrums, Hopf erklärt daſſelbe für die Rechte.

= **München**, 21. Mai. General v. Gerlach aus Berlin iſt hier; es heißt er bringe einen Operationsplan, wonach Preußen in der Pfalz und Baiern in Baden militäriſch einſchreiten wolle. Um 11 Uhr Morgens war große Heerſchau auf dem Marsfeld, dem der König Max und ſeine Gemahlin beiwohnten.

* Aus der Pfalz, 31. Mai. Nicht genug, daß der Volksmann Bornſtedt bereits im Kerker zu Kißlau ſchmachtet: die Mannh. Abendz. will nun auch wiſſen, Fenner von Fenneberg ſei in Neuſtadt auf Befehl der proviſoriſchen Regierung verhaftet worden. Die lithographirten Bülletins des Landesausſchuſſes begnügen ſich zu melden, der proviſoriſche Oberkommandant Fenner ſei, wahrſcheinlich weil er ſich vom Vertrauen des pfälziſchen Volkes entblößt fühlte, um Enthebung von ſeinem Amte eingekommen und ſein Geſuch bewilligt worden. Bis zum Eintreffen des zu ſeinem Nachfolger definitiv beſtimmten polniſchen Generals iſt die militäriſche Oberleitung einer aus 7 Officieren beſtehenden Kommiſſion übertragen worden.

Nach demſelben Berichte wurde am 20. ein in Ludwigshafen verhafteter ſogenannter baieriſcher Spion, Graf Johne, in Neuſtadt eingebracht. Das Volk ſtürzte vor's Rathhaus und verlangte das Blut des Verräthers; indeß gelang es Schmit v. Kaiſerslautern die Menge durch das Verſprechen zu beruhigen, daß der Gefangene ungeſäumt vor ein Kriegsgericht geſtellt werden ſolle.

Ferner lieſt man hier folgende Geſchichte: „So eben (21.) langte hier ein naſſauiſcher Oberſtlieutenant von Reichenau, der ſich für einen Reichskommiſſär ausgab, an. Die proviſoriſche Regierung forderte Legitimation, worauf Reichenau eine vom Reichsverweſer ausgeſtellte Vollmacht vorzeigte. Natürlich erklärte die Regierung, da der Reichsverweſer abgeſetzt und das Miniſterium gefallen iſt, jenes Dokument für null und nichtig und ließ den angeblichen Reichskommiſſär nicht ſeiner Abſicht gemäß nach Landau gehen, ſondern nach Ludwigshafen zurückbringen und zwar ſeiner eigenen Sicherheit wegen unter bewaffneter Eskorte.“

Ein Organiſationsdekret für die Pfälzer Volkswehr theilt dieſelbe in die üblichen drei Aufgebote. Von weiteren Beſtimmungen iſt nur hervorzuheben, daß die Mannſchaften alle Offiziere bis zum Bataillonsführer ſelbſt ernennen und daß ihnen bei den von der Regierung einzuſetzenden höheren Offizieren ein Veto zuſteht; ſo wie daß die Gemeinden verpflichtet ſind, jeden Mittelloſen mit 2 Hemden, 2 paar Schuhen, 1 Blouſe, 1 tuchenen und 1 leinenen Hoſe, 1 Kopfbedeckung und 1 Patrontaſche zu verſehen.

Nach der Mannheimer Abendzeitung iſt Mieroslawski (vielleicht der deſignirte Oberkommandant?) in Neuſtadt angekommen.

* Die Darmſtädter Zeitung berichtet aus Worms unterm 20. Mai: „Gerüchte, daß Landau in die Hände des „Volkes“ gefallen, hatten ſich verbreitet. Schon früher hörten wir, daß Bürgeroberſt Blenker wirklich mit einer Abtheilung ſeines Heeres, 800 Mann ſtark, nach Landau aufgebrochen ſei. Eben 6 Uhr treffen jedoch andere Nachrichten ein. Heimkehrende Freiſchärler erzählen, daß man ihnen allerdings die äußerſte Barriere der Feſtungswerke durch den dortigen Poſten geöffnet, daß ſie in freudiger Stimmung in die Vorwerke eingezogen, aber auf einmal mit Kartätſchen empfangen worden ſeien, wobei es mehrere Todte und Verwundete gegeben habe. Blenker ſelbſt ſei an der Hand durch einen Prellſchuß verwundet, ſein Adjutant todt. Die muthige Schaar, welche ſolchen Willkomm nicht erwartet, zog ſich ſchleunigſt zurück, und „wird dieſen Verrath an dem treuloſen Kommandanten von Landau gewiß ſpäter rächen.“ Die Feſtung Germersheim iſt in Kriegszuſtand erklärt.

** **Stuttgart**, 21. Mai. Eine Anfrage Bechers in der heutigen Morgenſitzung der Kammer über die mögliche Verwendung würtembergiſcher Truppen durch die Centralgewalt gegen die Nationalverſammlung, veranlaßte eine Abendſitzung. Schoder hatte beantragt, daß über die angeregte Sache der Fünfzehnerausſchuß mit den Miniſtern zuſammentrete, und heute Abend der Kammer Bericht erſtatte. Dies geſchah, und Namens des Fünfzehnerausſchuſſes beantragte Schoder: Die Kammer möge beſchließen, die Regierung zu bitten: 1) Mit denjenigen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, in Beziehung auf die zum Schutze der Nationalverſammlung und Reichsverfaſſung zu ergreifenden gemeinſamen Maßregeln ſich ins Benehmen zu ſetzen; 2) unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß das würtembergiſche Militär nicht zu einem Angriff auf die Nat.-Verſamml. verwendet werde; 3) unter den vorliegenden dringenden Umſtänden die bereits beantragte Beeidigung der würtembergiſchen Truppen auf die Reichsverfaſſung ſo ſchleunig als möglich vorzunehmen. Schoder begründete die Nothwendigkeit dieſer Anträge, indem er insbeſondere zu Punkt 3 hervorhob, wie nothwendig es ſei, durch die Beeidigung der Truppen das Mißtrauen zu beſeitigen, welches der Ausmarſch unſerer Truppen an die badiſche Grenze ſonſt hervorrufe. Staatsrath Römer erkannte die falſche Stellung der Centralgewalt gegen die Nat.-Verſ., welche Schoder hervorgehoben hatte, an; und ebenſo, daß die Centralgewalt es ſei, welche die Reichsverfaſſung ins Leben rufen müſſe. Der Antrag des Fünfzehnerausſchuſſes, ſagte Römer, iſt der Art, daß er den Kräften der Regierung nicht widerſpricht, ſie wird, glaube ich, den Anträgen Folge geben ſo weit ſie kann. Vorbereitungen zur Beeidigung ſind getroffen worden. Ich hoffe, ſie wird vorgenommen werden können, ob nun die Truppen in ihrer Garniſon liegen oder ausmarſchirt ſind. Scherr ſtellt das Amendement zu Punkt 2: die Regierung möge Sorge tragen, daß das Militär nicht zu einem Angriff auf Staaten und Volksſtämme, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, vielmehr nöthigenfalls zum Schutz dieſer, ſowie der Nationalverſammlung verwendet werde. Römer erklärte ſich gegen dieſes Amendement, deſſen Tragweite ſich nicht überſehen laſſe; ebenſo Schoder und Reyſcher, indem alles ſchon im Punkt 1 liege. Seeger ſtellt den Antrag auf Annahme ohne fernere Debatte, hier ſei Schweigen beredter als Reden. Die Kammer geht ein, und es wird Punkt 1 in namentlicher Abſtimmung mit 76 gegen 1 Stimme (Wolff von der äußerſten Linken) angenommen; Scherrs Amendement mit 59 gegen 18 verworfen und damit Punkt 2, ſowie endlich Punkt 3 mit 68 gegen 9 Stimmen angenommen. Noch erklärte auf eine Anfrage Zwergers General Rüpplin, daß die würtembergiſchen Truppen unter General Miller an der badiſchen Grenze zum Schutz gegen badiſche Freiſchaaren aufgeſtellt werden, und Römer wiederholt ſeine frühere Erklärung, daß die würtembergiſche Regierung ſich nicht in die innern badiſchen Verhältniſſe einzumiſchen beabſichtige und ſich eigne Kognition über die Befehle der Centralgewalt erlaube. An der badiſchen Grenze, in der Gegend von Heilbronn, wird ein Korps von 3 Regimentern und Artillerie unter General Baumbach aufgeſtellt; die Gründe liegen in dem Unfug badiſcher Freiſchaaren, den Sie bereits kennen. Das letzte hier noch liegende Infanterieregiment wird uns verlaſſen, um auch dorthin zu ziehen; bereits hat deßhalb die Bürgerwehr dieſen Abend die Wache bezogen.

* **Mannheim**, 21. Mai. Die hier anweſenden Mitglieder des Oberhofgerichts und hieſigen Hofgerichts haben ſich auf die von dem hieſigen Civilkommiſſär an ſie ergangene Aufforderung zur Eidesleiſtung auf die Anordnungen des Landesausſchuſſes für Baden, zu folgender Erklärung einſtimmig vereinigt:

„Nach der noch beſtehenden Landesverfaſſung iſt nur das Staatsoberhaupt berechtigt, von den Beamten des Landes die Eidesleiſtung auf die Dienſtpflicht, die Landes- und die Reichsverfaſſung zu verlangen, und können dieſe Eide nur in die Hände des Staatsoberhaupts, oder der von ihm bevollmächtigten Perſonen abgelegt werden.

Alle Richter des badiſchen Landes ſind ſowohl auf ihren Dienſt, als auf die Beobachtung und Aufrechthaltung der Landesverfaſſung eidlich verpflichtet, und ſind der Anordnung des Staatsoberhaupts zur Verpflichtung auf die deutſche Reichsverfaſſung, zu deren Anerkennung ſie übrigens ſchon kraft der bereits geleiſteten Eide verbunden ſind, gewärtig — eine Verpflichtung, welche nach §. 193 der Reichsverfaſſung mit dem Eid auf die Landesverfaſſung verbunden, und dieſem vorangeſetzt werden ſoll.

Aus dieſen Gründen müſſen wir die von uns verlangte Eidesleiſtung, wie hiermit geſchieht, aus innerſter Ueberzeugung ablehnen.“

Mannheim, 21. Mai. Die hieſige Abendzeitung meldet, daß Bornſtedt auf Befehl des Landesausſchuſſes nach Kißlau gebracht worden iſt. Derſelbe ſoll der gegenwärtigen proviſoriſchen Regierung entgegengeſetzte Pläne in Ausführung zu bringen verſucht haben, wozu man den Grund jedoch in ſeinen Geſundheitsumſtänden finden will. Kißlau iſt übrigens kein Aufenthaltsort für Geiſteskranke, ſondern eine Strafanſtalt für Geſunde. (Fr. J.)

Konſtanz, 20. Mai. Die hieſigen Staatsbeamten, mit Ausnahme des Hofgerichts-Kollegiums haben geſtern dem dahier eingetroffenen Civil- und Militärkommiſſär des Landesausſchuſſes, Bürger Willmann, den Eid auf die Reichsverfaſſung und auf

№ 141. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 23. Mai 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. VIII.
Die Vorgänge in Raſtatt.
Deutſchland. Frankfurt (Die Auswanderung). Aus Schleſien (Die Provinz Schleſien und die preußiſche Regierung).

Von der Donau.

VIII.

⊼ Nur ungern betreten wir das Feld der Polemik gegen öſterreichiſche Journale. Es iſt unedel mit einem Feinde zu kämpfen, dem ſtandrechtlich die Waffe entnommen iſt, und man beſchmutzt ſich nur, wenn man im Schlamme der Servilität nach Krokodilen zielt. Die Wiener Zeitungsliteratur ſeit dem November iſt nur die Rückſeite der zügelloſen Preſſe im Oktober; damals geiferte man nach Oben, jetzt geifert man nach Unten. Wenn aber ein Studentenkourier, ein Ohnehoſe u. dgl. bubenmäßig die Politik vertrat, ſo wurden dieſe Schandblätter doch nicht unter hoher Protektion eines Fürſten Schwarzenberg, eines Grafen Stadion oder ſonſtiger Leute geſchrieben, denen man, wenn auch keine Kenntniſſe, doch Anſtändigkeit zumuthen dürfte. Die wenigen Blätter, denen eine würdigere Haltung höher ſteht als eine Begünſtigung des Militärgerichts, müſſen die Wahrheit in der Vogelperſpektive zeigen und erwecken das Mitleid des Leſers in ihrem Bemühen, mehr zwiſchen den Zeilen zu ſchreiben, als in denſelben. Zu den Journalen, welche ihr Benehmen mit glattem Lack zu überfirniſſen verſtehen, gehört die Preſſe. Sie wird von Männern geleitet, die „das Geſchäft" der Zeitungsherausgabe in Paris lernten, und es auch gut betreiben. Die Redakteure ſind weder ſervil noch liberal, weder Demokraten noch Abſolutiſten, weder konſtitutionell noch oppoſitionell, weder warm noch kalt! Sie ſchmiegen ſich glatt dem Tage an, meißeln die Worte ſorgfältig aus, brechen jede ſcharfe Kante des Ausdrucks ab und bauen, wenn ſie ſchon eine Meinung abgeben müſſen, allerhand Hintertreppen und Hinterthürchen. So gelang es dieſen Geſchäftsleuten, ſowohl während der Anarchie, als während des Militärdespotismus ihr Unternehmen fortzuführen. Als Windiſchgrätz in Wien der Journaliſtik gnädigſte Konzeſſionen ertheilte, war die Preſſe eines der erſten Blätter, das die Erlaubniß zum Wiedererſcheinen bekam. Sie that hierauf Schritte als offizielles Organ des Miniſteriums, oder wenigſtens einzelner Miniſter beſtellt zu werden, allein dieß mißlang, und ſeit dieſer Zeit ſchwankt ſie im Dunkel der Unentſchiedenheit, bald für, bald gegen ein Gouvernement, je nachdem ſie den Wind erräth. Die Preſſe hat, als billigſtes Journal der Monarchie, über 10,000 Abonnenten, und wirft ihren Aktionären einen Gewinn ab, den man in keinem Falle fahren laſſen wird. Zöge Koſſuth triumphirend in Wien ein, ſo würde dies die Haltung der Preſſe nicht beirren; ſie wieſe auf hundert Stellen ihrer Artikel zurück, die ſie ſogar als Anhänger der Magyaren, unter gewiſſen Vorausſetzungen darſtellten.

So viel, oder ſo wenig, um einen Gegner zu charakteriſiren, der bei dieſem Portrait nicht über Entſtellung klagen kann. Die Preſſe fand ſich veranlaßt, den Artikel in der Deutſchen Zeitung vom 27. April anzugreifen. Wäre es eine bloße politiſche Meinungsverſchiedenheit, ſo wäre jede Polemik überflüſſig; aber es betrifft Hab und Gut und das verdient ein Wörtchen der Entgegnung.

Die Preſſe beginnt mit der Citation: „der Staatsbanquerott ſteht vor Oeſterreichs Thür." Die Preſſe meint: „ſolche falſche Angaben könnten leicht geeignet ſein, dem Kredit unſeres Staates zu ſchaden." Wir geſtehen, daß die Angabe falſch iſt. Nicht vor der Thür ſteht der Banquerott Oeſterreichs, ſondern er hat bereits die Schwelle überſchritten. Wenn eine ſolche bewahrheitete Angabe als dem Staate ſchädlich dargeſtellt wird, ſo befindet man ſich auf jenem verderbenbringendem Standpunkte, der die Staatsbürger vom Staate trennt. Dieſer Irrthum hat ſchon viel Unheil verſchuldet.

Die Preſſe hält den Verfaſſer dieſes Artikels für einen ausländiſchen Geldſpekulanten, „der nun Himmel und Erde in Bewegung ſetzt, weil die fälligen Coupons einmal in Papier, ſtatt in klingender Münze bezahlt werden." „Dieſe antiöſterreichiſche Finanzpolitik ſuche die Ehrlichkeit der öſterreichiſchen Finanzverwaltung zu verdächtigen." Wir nehmen aus dieſen Zeilen Veranlaſſung über den Stand der Finanzen Oeſterreichs einige Auskunft zu geben. Die Ehrlichkeit der öſtrr. Finanzverwaltung mag daraus klar werden.

Die Nationalbank iſt der Brunnen, den der Miniſter anpumpt, ſo oft die Kaſſen leer ſind. Fundirte und unfundirte Schuld, gegen und ohne Intereſſen! Nahe an 210 Millionen Gulden Silbermünze hat die Bank vom Staate zu fordern, das heißt, die Bank gab ſo viele Banknoten her, die das Publikum im vollen Werthe annehmen mußte. Fragt man nach der Berechtigung der Bankdirektion, eine ſolche Summe auszugeben ohne gehörige Bedeckung, ſo erhält man zur Antwort, der Staat habe es gebraucht. Unter milderer Form war dieſes Darlehen der Bank ein Zwangsanlehen des Publikums, wobei die Coursdifferenz gegen Silber verloren ging, die Bank aber die Intereſſen einſtreicht.

Wir wollen nicht erwähnen, daß der Miniſter 20 Millionen von der Bank entnahm, ohne noch die Bewilligung des Reichstags zu haben; ſolche heimliche Manipulationen haben mehrfach ſtattgefunden.

Die Ehrlichkeit der Finanzverwaltung iſt auch daraus zu erkennen, daß eine falſche Münze ausgegeben wird. Um den Kleinverkehr zu erleichtern, wurden ſilberne 6 Kreuzerſtücke geprägt. Wer wird daran denken, daß ein ſchlechteres Silber dazu genommen wird? Statt nach dem 20 fl. Fuße wurde dieſe Münze nach dem 21 fl. Fuße ausgeprägt, ohne daß das Publikum über dieſe Veränderung verſtändigt wurde. Die Preſſe ſagt wahrſcheinlich: „Der Miniſter ſchlägt die Einheit der Monarchie höher an, als die Sorge für die Finanzen eines Privatinſtitutes", und unter dieſem Privatinſtitute verſteht die Preſſe — die Nationalbank! In ſolcher Weiſe wird die Ehrlichkeit der Finanzverwaltung vertheidigt, während dieſe eine That ſie der Falſchmünzerei bezüchtigt.

Wir haben darauf hingewieſen, daß die ungariſchen Noten auf Grund des Privilegiums der Nationalbank verboten wurden; §. 14 der Statuten lautet: „Die Nationalbank beſitzt während der Dauer des Privilegiums in dem ganzen Umfange der öſterreichiſchen Monarchie das ausſchließende Recht, Banknoten auszufertigen und auszugeben." Dies ſcheint doch klar und deutlich. Allein die Regierung gibt hier, in Ungarn und Italien dennoch Papiere aus und die Preſſe rechtfertigt dieſe Verletzung der Statuten wie folgt: „Wir ſehen wahrlich nicht ein, wie das ausſchließende Recht der Bank auf die Emiſſion von Banknoten den Staat hindern könne, Treſorſcheine auszugeben!" Das iſt doch ein feiner Anwalt! Die Preſſe wolle nur auch die Mißgriffe vertheidigen, weshalb der Staat zu hohen Prozenten bei der Bank um Noten bettelte, da er doch gleich Treſorſcheine ausgeben konnte! Wozu dieſe Silbereinkäufe, die ſchon 2½ Millionen koſten, dieſe Kaſſenanweiſungen, und endlich die Mühe ein Anleihen zu Stande zu bringen, wenn man ganz einfach Treſorſcheine ausgeben kann, denen man einen Zwangscours gibt. Die Preſſe ſchlägt ſich aber ſelbſt ins Geſicht, denn eine Spalte vorher geſteht ſie, daß wegen Annahme dieſer ſogenannten Treſorſcheine die Piſtole auf die Bruſt geſetzt wird; wahrſcheinlich wußte ſie noch nicht, wie die Biglietti in der Lombardei zu Silber gemacht werden. Fiskaliter wird jeder Einwohner gezwungen, eine gewiſſe Summe in ſolchen Papieren anzunehmen und dafür Zwanziger zu geben; bei der Steuerzahlung kann man die Hälfte in ſolchem Papier abtragen.

Dennoch ſagt die Preſſe: „ſie achte die Hingebung und unermüdliche Ausdauer des Finanzminiſters in der Auffindung von Auskunftsmitteln", geſchmeidig öffnet ſie ſich aber gleich das Hinterpförtchen: „wenn wir auch in der Wahl und Anwendung derſelben nicht ganz (!) mit ihm übereinſtimmen können." Das iſt miniſteriell in Verbindung mit Oppoſition, und charakteriſirt jene Publiziſtik, die den Pelz wäſcht und ihn nicht naß macht.

Der Zwangscours, jenes Standrechtsmittel des Finanzminiſteriums, wird natürlich auf alle Papiere ausgedehnt. Die Preſſe beruft ſich dabei auf England. Die Preſſe ſagt aber nicht, daß in England das Volk ſich ſelbſt den Zwangscours als eine Kriegsſteuer auflegte, nämlich das Parlament, während es hier nicht zu verantwortende Maßregel eines Miniſteriums iſt, dem nun und nimmermehr der Reichstag ein ſolches Vertrauen und eine ſolche Unterſtützung ſeines Syſtems gewähren würde. Wenn ſchon die Preſſe ſagt: „wenn wir einerſeits die mißliebigen Aeußerungen

des Korreſpondenten der Deutſchen Zeitung zu entkräften bemüht waren, ſo wollen wir damit anderſeits keineswegs unſer unbedingtes Einverſtändniß mit der bisher befolgten Finanzpolitik ausgeſprochen haben," ſo heißt dies glatt deutſch: die Finanzwirthſchaft droht den Ruin des ganzen Staates.

Der Miniſter Kraus gibt Staatsſcheine, Schatzſcheine, Landesanweiſungen, oder wie man dieſe Papiere nennen will, ohne Bewilligung des Reichstags, ohne Kontrolle, ohne Grenze in den Verkehr. Wir erinnern an jenen Miniſter, welcher 45 Millionen Gulden Antizipationsſcheine emittirte, aus welchen 45 Millionen aber 700, ſage ſiebenhundert Millionen Gulden wurden, die das Volk zahlen mußte. Wir erinnern an den Finanzminiſter Odonnell, welcher alle Angaben über den Stand der öſterreichiſchen Finanzen für lügenhaft erklärte und die Verbreiter derſelben einkerkern ließ; wenige Monate nach jenem kaiſerlichen Edikt wurde der Staatsbankerott angekündigt.

Welche Thatſachen liegen vor, dieſem Miniſterium überhaupt und dem Finanzminiſter insbeſondere das Vertrauen der Geſchäftswelt zu ſchenken? Der Finanzminiſter iſt höchſtens ein Geſinnungsgenoſſe der Preſſe, denn auch er ſchmiegt ſich in jede Politik. Er ging mit Metternich, mit Pillersdorf, mit Dobblhof, mit dem Reichstagsausſchuß im Oktober und geht jetzt mit Schwarzenberg. Der Bank zu Liebe ward der Geſammtverkehr erſchwert und dem Volke der Erwerb geſchmälert; Zwangscours und Silberausfuhrverbot zehren ſeit Jahr und Tag am Marke der Kaufmannswelt, und nun wird das Papiergeld ins Unendliche vermehrt. Als die Preſſe ihren Gegenartikel veröffentlichte, erblickte ſie „in den allerdings drückend hohen Gold- und Silberpreiſen, ſo wie im hohen Stand der ausländiſchen Wechſelcourſe, ein nothwendiges Uebel"; damals, am 4. Mai, ſtand das Silberagio nach ihrer eigenen Angabe 14¼; am 12. ſchreibt ſie bereits: Silber ging ſogar über 19.

Binnen 8 Tagen iſt alſo der Silberwerth um ⅓ geſtiegen, und eben ſo alle andern Valuten. Wenn auch die Ruſſen in Ungarn ſiegen, ſo wird dies auf den Silbercours eine gleiche Wirkung haben, wie der Einmarſch der Alliirten in Paris, und alle Börſenſpekulanten dürften ſich verrechnen. Die Finanzen laſſen ſich nicht durch Koſaken rangiren. Eine Unwahrheit iſt es, daß die Anleihe von 80 Millionen zu irgend einer Zeit realiſirt werden konnte. Einige Banquiers wollten die Kommiſſion zu 80 übernehmen. Jetzt heißt es, der Miniſter habe eine Lotterie mit Remboursements im Plane. Die Entſchädigung von Sardinien ſoll ganz der Bank zugewieſen werden, deren Beſtand täglich mehr gefährdet iſt.

Hiezu kommt die Sorge um Lebensmittel, wofür wieder Millionen baares Silber wird außer Landes gehen müſſen! Wollen doch ſchon die Seidenhändler Italiens keine Waare liefern, außer gegen klingende Münze! Den Fabrikdiſtrikten in Böhmen verbot man, was eigentlich gar nie geduldet werden ſollte, die Ausgabe von Kreuzernoten, wodurch der Kleinverkehr außerordentlich beläſtigt und der arme Arbeiter erbittert wird. Ungarn überſchwemmt Oeſterreich mit kaiſerlichen Banknoten, die dort von der revolutionären Regierung aus dem Verkehr gezogen werden. Die Italiener kaufen hier Silber und Gold, und die Münzwerkſtätte kann nicht ſo viel nachprägen, als täglich Baarſchaft aus dem Verkehr entſchwindet.

Im Angeſicht all dieſer Thatſachen zu behaupten, daß Oeſterreich ſeine Verpflichtungen halten kann, erfordert etwas mehr als Köhlerglauben und Preßſpekulation. Die Staatsgläubiger erhalten für die fälligen Coupons ein anderes Papier, aber dieſes Papier verliert 15 bis 20 pCt., was die Preſſe wohlweiſlich verſchweigt. Derjenige Patriot alſo, welcher dem Staate mit ſeinem Vermögen half, nicht der Spekulant, muß jetzt eine ungeheuere Vermögensſteuer zahlen und zwar eine Steuer, die nicht dem Staate, ſondern einem Privatinſtitute, wie die Preſſe die Nationalbank nennt, zu Gute kommt.

Dieſe Zeilen ſind nur ein kleiner Beitrag zur öſterreichiſchen Finanzwirthſchaft 1848/49, die einer mehr informirten Feder bedarf, um dieſes Labyrinth zu durchwandeln. Die öſterreichiſche Journaliſtik aber iſt ſo lange inkompetent in allen Regierungs-Angelegenheiten, ſo lange das Belagerungsſchwert und das jetzige Preßgeſetz über ihrem Haupte ſchwebt. Die nächſten Zeiten werden die Finanzlage Oeſterreichs aufklären; dann mögen die Leſer und die Preſſe richten.

Die Vorgänge in Raſtatt.

⊙ **Aus Baden, 17. Mai.** Nicht unter dem erſten ſchreckhaften Eindruck unſerer Erlebniſſe wollte ich Ihnen ſchreiben; jetzt aber am Schluſſe von 8 ereignißvollen Tagen, nach denen eine Bewegung, die ihres Gleichen ſucht, wieder in ein ruhiges Bett zurücklenken möchte oder doch ſollte, fühle ich mich zu einigen Mittheilungen um ſo mehr berufen, als ich, am Entwicklungsort der ganzen Begebenheit gegenwärtig, jeden einzelnen Moment genau zu beobachten Gelegenheit hatte.

Um das ſcheinbar Unmögliche als möglich zu erweiſen, müſſen wir daran erinnern, daß wovon Sie nach vielerlei Belegen zu urtheilen ſtets wohl unterrichtet waren, Baden zwar in der Mehrheit ſeiner gebildeten Bevölkerung der Reichsverfaſſung und der Gründung der deutſchen Einheit unerſchütterlich anhing, zugleich aber für eine mächtige und unermüdliche Partei der Heerd republikaniſcher Propaganda war, die unter dem Schein des Feſthaltens an der Reichsverfaſſung für ihre Pläne raſtlos arbeitete.

Wir ſind ſeit Jahr und Tag ſo ſehr an die Ausſicht auf republikaniſche Staatsform angewöhnt, daß wir ſchon anfingen ſie als ein nothwendiges Uebel, oder beſſer geſagt, als üble Nothwendigkeit zu betrachten. Wir waren ſtets überzeugt, daß die Nichtanerkennung der Reichsverfaſſung von Seiten der Könige uns in den Strudel ſtürzen würde, der die Sache der Monarchie aufs Spiel ſetzt. Beurtheilen Sie von dieſem Standpunkt aus das Verhalten aller Gutgeſinnten, die von dem Strome fortgeriſſen, mit ihm weiter zu ſchwimmen ſuchten.

Ich führe Sie an den Ausgangspunkt der Bewegung, nach Raſtatt. Hier fanden am 9. und 10. Mai auf öffentlichen Plätzen außerhalb der Stadt, und in den Wirthshäuſern innerhalb derſelben im Stillen vorbereitete Verbrüderungen ſtatt zwiſchen der hieſigen, theilweiſe in republikaniſchem Geruch ſtehenden Bürgerwehr, und den Soldaten der Linie. Reden wurden gehalten, Toaſte auf die Reichsverfaſſung ausgebracht, und ein feſtlicher Zug der Soldaten aller Waffen durch die Stadt, geführt von Unteroffizieren, in geſchloſſenen Abtheilungen, eine deutſche Fahne voraus, aber durchaus in größter Ordnung und Ruhe, beſchloß den Tag. Man konnte und mußte ſelbſt Achtung haben vor dieſer geſetzlichen, ruhigen Demonſtration, die vor Allem der Reichsverfaſſung galt, nebenbei freilich auch einigen Vorgeſetzten, die früher von dem Beſuch ſolcher Verſammlungen abgemahnt hatten. Aber am Freitag den 11. Mai nahm die Bewegung unter den Soldaten einen ordnungsloſen Charakter an; die erſten Spuren der Verwilderung zeigten ſich. In allen Kaſernen erſchallten Hochrufe; dem Generalmarſch wurde nicht Folge geleiſtet. Abends nahmen die Zuſammenrottungen in den Straßen zu; mißliebige Offiziere ſollten in Wohnungen und Wirthshäuſern aufgeſucht werden; die größeren Plätze wimmelten von Soldaten; gefolgt von Arbeitern und allerlei müßigem Volk. Die Offiziere ſuchten in den Kaſernen ihre Untergebenen mit guten Worten und Ermahnungen zurückzuhalten, aber vergeblich; Alles ſtürmte nach der Stadt (die größere Zahl des Militärs liegt außerhalb der eigentlichen Stadt) den Offizieren wurde mit Drohungen geantwortet, und während ein Regimentskommandeur von ſeinen Soldaten in der Kaſerne mit Steinwürfen empfangen ward, ſtürmte ein Haufe in die Wohnung des andern Regimentskommandeurs, der ſich vor der Wuth ſeiner eigenen Soldaten verbergen mußte; ſie ſchlugen Möbel und Spiegel in Stücke, zertrümmerten die Thüren und ſchleppten ihre Regiments-Fahne fort auf das Rathhaus. Der Bürgermeiſter wies mit Recht ſolchen Schimpf zurück, und die Soldaten brachten die Fahne in die Kaſerne. Bei dieſer Hausſtürmung wurde der Gouverneur, der mit Kavallerie zum Schutze herbeieilte, durch Steinwürfe verwundet und nach Hauſe getragen. Drohungen gegen Offiziere erſchollen in allen Straßen; die geringſten Verdächtigungen reichten hin, ihr Leben zu bedrohen; ohne allen Grund verbreitete ein müßiger Kopf die Nachricht, dieſer oder jener Offizier habe einen Soldaten erſtochen, flugs ſtürmte der wilde Haufe nach deſſen Haus, und konnte kaum mit größter Mühe der Hausbewohner von einer Hausſuchung zurückgehalten werden.

Eine Eſtaffette benachrichtigte den Kriegsminiſter in Karlsruhe von dem Stande der Dinge. Er kam Samſtag den 12. früh Morgens an, ging von Kaſerne zu Kaſerne, ſprach mit den Soldaten, fragte nach ihren Beſchwerden, erhielt aber nur die allgemeine Antwort, ſie wollten die Reichsverfaſſung. Auf

ſeine und vieler Offiziere Ermahnungen zeigte ſich klar, daß der große Haufe nicht wußte, was er wolle, ſondern daß ein unbekannter böſer Geiſt aus ihnen tobe.

Wollten Einzelne auch zur Einſicht und Ordnung zurückkehren, ſo wurden ſie ſchnell wieder von Andern mit fortgeriſſen. Der Tag verſtrich ziemlich ruhig; es war ein Dragonerregiment von Karlsruhe angelangt, das lange auf dem Marktplatze hielt, um zur Steuerung dieſes Unfuges bereit zu ſein. Gegen Mittag wurde es einquartiert, und dieſe Zeit bis zum Abend benutzten die Wühler mit allem Erfolg. Abends brach der Aufſtand los. Eine Abtheilung Kanoniere hielt mit Kartätſchenladungen im Schloßhofe; gegen ſie ſprengten Dragoner an, ihnen die Hand entgegenreichend; die Kanoniere feuerten nicht, ihr Offizier, der das Kommando dazu gab, wurde von ihnen und den Dragonern umringt, verwundet, und entrann mit großer Noth dem Tode durch die Flucht.

Der Kriegsminiſter, General Hoffmann, erfuhr dies zugleich mit der Drohung, er ſolle als Geiſel von den Soldaten zurück behalten werden und da ſitzen, wo Struve geſchmachtet habe — in den Kaſematten; Andere wollten ihn latouriſiren, da er ihre Brüder bei Staufen habe erſchießen laſſen. Er entkam mit ſeinem Stabe, mit allen hieſigen Artillerieoffizieren, dem treugebliebenen Zug Artillerie und einer Anzahl Dragoner auf heimlichen Feſtungswegen zur Eiſenbahn. Ein Offizier und ein Unteroffizier, die beide ihm bei der Flucht behilflich geweſen, mußten ſich mehrere Tage lang vor der Rache der Verfolgenden verbergen.

Jetzt verbreitete ſich der Sturm durch die ganze Stadt; es ſchlug auf Geheiß der Soldaten Generalmarſch, Bewaffnete strömten herbei, Dragoner rannten mit ſchäumenden Pferden wie wahnſinnig durch die Straßen, und ein wildes Geheul durchtönte die Stadt. Der letzte Tag ſchien gekommen, angſtvoll ſahen die Einwohner dem kommenden Augenblick entgegen; allgemeines Plündern und Morden konnte die nächſte Folge ſein.

Die Bewegung war jetzt nicht mehr zurückzuhalten, es galt, ihr den Lauf zu laſſen, oder ſich an ihre Spitze zu ſtellen. Dieſen kühnen Entſchluß faßten die Offiziere beider Infanterieregimenter, nachdem ihre Regimentskommandeure ſich aus der Stadt geflüchtet hatten. Sie ſuchten ihre Leute, die bewaffnet in den Straßen herumliefen, zuſammen, und wenn ſie auch gegen viele Menterer anzukämpfen hatten, ſo gelang es ihnen doch, der furchtbaren Bewegung ein Anſehen von Ordnung und Führung zu verleihen; ſie marſchierten in Abtheilungen durch die Stadt und als es hieß, die Preußen kämen, gegen die Thore, nur um noch den letzten Schein von militäriſchem Treiben zu retten, und die Soldaten, die wilden Thieren gleichſahen, vom Aergſten zurückzuhalten. So verſtrich der Abend in fortwährender ungeheuerer Bewegung; um 9 Uhr wurden Pechkränze auf allen öffentlichen Plätzen angezündet, um welche ſich die Soldaten bewaffnet während der ganzen Nacht bis Tagesanbruch auf Stroh lagerten. Alle Bewohner ſchloſſen die Läden gegen Steinwürfe und Gewehrſchüſſe, und ſahen im Verborgenen dem zügelloſen Treiben ängſtlich zu. Die Soldaten lagerten am Feuer wie Banditen; es waren ächte Revolutionsgeſichter, grinzend, in die Flamme ſtierend, unter Begleitung ausſchweifender Lieder, immer unterbrochen durch ſcharfe Gewehrſchüſſe von nah und fern.

Zu gleicher Zeit ſtrömten zahlloſe Schaaren nach den Wällen des nördlichen Stadttheils, weil ſich der Glaube feſtgeſetzt hatte, die Preußen kämen — ein Schreckname der Alles begreift, was die Reichsverfaſſung nicht anerkannt hat. Seither und bis auf den heutigen Tag werden unaufhörlich die Wälle ſtark beſetzt; überall wurden Geſchütze aufgefahren, wie wenn eine Belagerung in ſicherer Ausſicht ſtünde. In jener Nacht ſchlich ein bürgerlich gekleideter Unteroffizier von der Artillerie in unbekannter Abſicht um die Kanonen eines Platzes, und wurde von der Schildwache erſchoſſen. So voll Argwohn ſind alle Soldaten gegen Vorgeſetzte und ſelbſt gegen ihre Kameraden.

Sonntag, den 13. früh traten die Offiziere der Linie zuerſt allein, dann mit der Bürgerwehr und dem Gemeinderath zuſammen, zu einer Berathung über die Erhaltung der Ordnung; eine Kommiſſion wurde gewählt aus Offizieren der Linie und Bürgerwehr, Mitgliedern des Gemeinderaths, und Unteroffizieren und Soldaten aller Truppen-Abtheilungen. Der älteſte anweſende Stabs-Offizier übernahm wärend der Krankheit des Gouverneurs das Kommando; Alles hoffte Beſſerung der Zuſtände, und es ſchienen Anzeichen dazu vorhanden, wenn auch nur nach und nach das Ziel erreicht werden mochte. Da begann die Wühlerei von Neuem, es wurde den Soldaten beigebracht, daß ſie ſich einen andern Gouverneur wählen müßten; ſie gingen darauf ein, und man nannte ihnen einen jungen Hauptmann der Linie, ſicher nicht um der Perſon dieſes Hauptmanns willen, der ſonſt allgemein geachtet iſt, ſondern nur um alles militäriſche Herkommen zu ſtürzen. Der neugewählte Gouverneur wollte ſich Anfangs, um die Maſſen der Bürger und Soldaten, welche Hand in Hand gingen, zu beruhigen, der Wahl inſofern unterziehen, daß er ſich dem frühern Gouverneur in ſeiner Krankheit beigegeben betrachtete; allein das ließ man nicht gelten, er mußte förmlich das Amt übernehmen, der geweſene Gouverneur wurde abgeſetzt, bewacht, und flüchtete ſich einige Tage nachher über den Rhein. Am Abend dieſes Sonntags wurden die Beſchlüſſe der Offenburger Verſammlung bekannt, denen zufolge die Soldaten aller Regimenter Montag Morgens ſich ihre Offiziere ſelbſt wählten, und zwar theils die früheren, theils neue aus ihrer eigenen Mitte. Die Offiziere lehnten ſich nicht dagegen auf, um Alles beizutragen zur Anbahnung wiederkehrender Ordnung. Nicht gewählte Offiziere verließen ihr Regiment, um in Ruhe die Ereigniſſe abzuwarten, die gewählten fügten ſich ihren Ernennungen, ſo widerſinnig auch dieſe oft lauteten. Alte Unteroffiziere überſprangen den Lieutenant, der als ſolcher wiedergewählt ward, und wurden Hauptleute; Gefreite wurden Lieutenants; bei der Kavallerie und Artillerie, wo alle Offiziere flüchtig waren, avancirten Unteroffiziere zum Major. So zählt jetzt die Infanterie eine Menge ungebildeter, theilweiſe unbrauchbarer Offiziere, die Artillerie iſt ganz verwahrloſt.

Dennoch bieten die Soldaten im Verein mit der Bürgerwehr Alles auf, um die Feſtung gegen die gefürchteten Preußen zu bewachen und zu vertheidigen. Die Thore ſind geſperrt, die Wälle beſetzt. Argwohn und Verdacht, durch ununterbrochene Wühlereien ſtets genährt, führt ſelbſt gegen die Unſchuldigſten das Schreckenswort „Verrath" im Munde. Mehrere Offiziere ſind gefangen ohne den geringſten Beweis der Schuld. Wer ausgeht, wer bei öffentlichem Dienſt ſich betheiligen muß, iſt jeder Verdächtigung eines Nichtswürdigen ausgeſetzt; er muß auf Gefangenſchaft oder gar auf eine Kugel gefaßt ſein. Es iſt ein heilloſer Zuſtand, den Niemand begreift, der ihn nicht mit erlebt hat. Alle Truppen wurden Montags von Brentano auf die Reichsverfaſſung und auf den Landesausſchuß beeidigt. Die Oeſterreicher verließen Raſtatt, als Truppen, welche ſich nicht auf die Reichsverfaſſung beeidigen laſſen können. Die Feſtung, deren Bau plötzlich unterbrochen wurde, weil die Bürgerſchaft der gleichwohl ganz ruhigen und gutgeſinnten Arbeiter los ſein wollte, ſoll übrigens ſchnell in völligen Vertheidigungszuſtand geſetzt werden, gegen Preußen, Oeſterreicher und Ruſſen! Kämen dieſe wirklich, ſo würde freilich weder die unvollendete Feſtung, noch die völlig desorganiſirte Soldatenmaſſe, noch gar die Bürgerwehr ſie aufhalten.

Der beſſer geſinnte Theil der Raſtatter Bewohner ſcheint darüber einig, daß dieß nicht der Weg zur Freiheit iſt. Man muß geſtehen, der Plan war fein angelegt, ein ganzes Land auf dieſe Weiſe mit einem Schlag zu revolutioniren; und er iſt wohlgelungen. Aber wird dieſe Bewegung, die offenbar der Republik gilt, ſich weiter ausbreiten? Es wäre für den Sinn der Rheinpreußen und Hannoveraner und aller Stämme Deutſchlands Beleidigung, ihre geſetzlichen Beſtrebungen für die Reichsverfaſſung zu vergleichen mit dieſem Vorſpiel zur rothen Republik. Der Freund des Vaterlandes muß wünſchen, daß dieſe Flamme auf dem eigenen Heerd erſtickt werde. Dazu wäre nöthig eine ſtarke Beſatzung von anderen als badiſchen Truppen, von Truppen ſolcher Staaten, die die Reichsverfaſſung bereits anerkannt haben, in Raſtatt, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg, damit man ſämmtliche badiſche Soldaten, die ihre Kriegerehre ſo ſchmählich befleckt haben, behufs einer neuen Organiſation des Heeres entlaſſen könnte. Ehre aber und Anerkennung den badiſchen Offizieren, die mit Aufopferung ihrer eigenen Ueberzeugung, mit Gefahr ihres Lebens und ihrer Exiſtenz, auch im letzten Augenblick, wo Alles verloren ſchien, noch an der Spitze ihrer Soldaten ſich hielten, und um Ordnung und Sicherheit der Stadt zu erhalten, mit dem wilden Strome fortſtürzten, um ihn zu bändigen. Ihre Mühe war nicht ohne Erfolg, wenn gleich die badiſchen Soldaten, was ſie gethan haben, nie mehr ungeſchehen machen können.

Deutſchland.

÷ **Frankfurt**, im Mai. Gagern, der Vater, äußerte im verfloſſenen Jahre, die Auswanderungsangelegenheit ſei eine der wichtigſten Fragen für das Nationalparlament. Das von ihm votirte Geſetz, ſo dankbar als Abſchlagszahlung wir es auch hinnehmen, kann aber nur als ein ſchwacher Anfang betrachtet werden. Es kommt darauf an, auch auf dieſem Gebiete ein feſtes Syſtem zu verfolgen, das uns hier wie überhaupt in der Handelspolitik noch fehlt. Kein anderer Gegenſtand als gerade dieſer zeigt uns aber ſo ſehr den Nachtheil einer mangelnden Centralleitung deutſcher Angelegenheiten, der Vielheit unſerer Regierungen und Regierungs-Prinzipien. Preußen hat den Grundſatz, die Auswanderung auch nicht indirekt zu fördern und die erſte preußiſche Kammer ſchien dieſen Grundſatz leider bis zur Uebertreibung ſich anzueignen, indem ſie ſogar eine die Auswanderung betreffende Interpellation nicht einmal unterſtützte, obſchon der Miniſter des Innern ſich ſehr bereitwillig zeigte, auf den Inhalt derſelben einzugehen. Die Anſicht des preußiſchen Gouvernements, daß die Auswanderungsſucht eine Krankheit, werden wohl die Meiſten theilen, aber Wenige, die mit dieſer Nationalangelegenheit eingehender ſich beſchäftigt haben, in dem Laissez faire laissez aller das Heilmittel ſehen. Ganz entgegengeſetzt den Prinzipien des preußiſchen Gouvernements ſind die der badiſchen und würtembergiſchen Regierung, die alljährlich, irren wir nicht, je 50,000 fl. für die Auswanderung verausgaben, mithin ſie aufs Direkteſte befördern. Die Auswanderung muß und kann in der Weiſe geregelt werden, daß ſie für beide Theile, Auswanderer und Daheimbleibende, ſich nützlich erweiſt. Die Löſung der Aufgabe iſt in wenigen Worten enthalten: keine Koloniſation aber Regelung und Leitung der Auswanderung und Konzentration der Auswanderung auf einen Punkt. In dem weiten Kontinent des ſüdlichen Südamerika's, deſſen Klima dem ſüdfranzöſiſchen, dem ſchönſten Europa's, ähnlich iſt, können bei richtiger Leitung der Sache Deutſchland's vereinigte Staaten erſtehen. Aber Eile thut Noth. Doch ohne hier weiter auf die Sache ſelbſt einzugehen möchten wir nur auf einen ſchreienden Mißſtand aufmerkſam machen, deſſen baldige Abhülfe auch in vieler anderen Beziehung im Intereſſe des ganzen Vaterlandes liegt. Während die gedachten ſüddeutſchen Regierungen ein faſt zu weit gehendes Intereſſe für die Auswanderung an den Tag legen, ſchreitet der Bau der Süddeutſchland mit der Nordſee verbindenden Eiſenbahn von Frankfurt nach Kaſſel und von Kaſſel nach Hannover, namentlich auf darmſtädtiſchem Gebiete, auf eine unerhört ſchneckenhafte Weiſe vor ſich. In Folge deſſen nehmen die ſüddeutſchen Auswanderer nicht den natürlichen Weg durch die Heimath, ſondern zu ihrem eigenen und ihres Vaterlandes großen Nachtheil durch Frankreich und Belgien und ſchiffen ſich dort in Havre und Antwerpen auf franzöſiſchen und belgiſchen ſtatt in Hamburg und Bremen auf deutſchen Schiffen ein. So werden ſie, kaum die heimathliche Schwelle verlaſſend, uns ſchon fremd und fallen in fremde Hände, während zugleich für deutſchen Handel, deutſche Induſtrie und Rhederei ein enormes Kapital in Frachtgeldern, Ausrüſtungskoſten, Reiſebedarf u. ſ. w. verloren geht. Wenn Seitens der gedachten Eiſenbahnverwaltungen der Einwurf des Geldpunktes uns gemacht wird, ſo können wir darin nur einen Vorwurf gegen ſie ſelbſt erblicken. Denn dazu wird Geld ſich ſchaffen laſſen und muß Geld geſchafft werden, daß die gedachten Bahnen an den verſchiedenſten Punkten zu gleicher Zeit in Angriff genommen werden können. Wie würden ſich die auf dieſe Art Frankfurt mit dem Norden verbindenden Bahnen ſeit Anfang vorigen Jahres rentirt haben, wo ſo viele einheitliche Norddeutſche nach Frankfurt ſtrömten, was in noch größerem Maaße der Fall geweſen, wenn Eiſenbahnverbindungen die Reiſe erleichtert hätten. Die Schaffung des nöthigen Kapitals kann aber, um nur Eines hervorzuheben, auch in der Weiſe erleichtert werden, daß man ſich mit denjenigen Gemeindeverwaltungen in Verbindung ſetzt, die wie z. B. der Berliner Magiſtrat, in der Lage geweſen ſind, oft für ihre eigenen Kommunal-Intereſſen ſehr überflüſſige, zum Theil unnütze Unternehmungen einzuleiten, nur um den Brodloſen in der Zeit allgemeinen Bedrängniſſes Beſchäftigung zu gewähren.

† **Aus Schleſien**, im Mai. Es lag der preußiſchen Regierung beſtändig daran, daß Schleſien zur rechten Zeit offen erhalten bleibe und zur rechten Zeit verſchloſſen werden könne, wobei der erſtere Fall auf die Allianz mit Rußland und Oeſterreich und auf die ruſſiſchen Interventionen abgeſehen war, während es im andern Falle darauf abgeſehen ſein würde, die Ergießung Polens und Ungarns in das Bett der allgemeinen europäiſchen Revolution aufzuhalten! In dieſem Sinne hat die Politik des Miniſteriums Brandenburg ſtets den Daumen auf dem Auge Schleſiens gehalten. Der demokratiſche Oberpräſident Pinder ſtand den Operationen, welche man mit der Provinz Schleſien nöthig zu haben glaubte, im Wege, und inſofern war es der Miniſterial-Politik ganz erwünſcht, daß ſich Pinder im November halb aus perſönlicher Schwäche, halb aus politiſchem Princip zum Mitſchuldigen des Steuerverweigerungs-Beſchluſſes machte, weil dies zu ſeiner Entfernung Gelegenheit gab. Dagegen iſt der gegenwärtige Oberpräſident Schleſiens Hr. von Schleinitz mit der Politik des Miniſteriums Brandenburg innig verbunden und verwachſen. Einer ariſtokratiſchen Bureaukratenfamilie angehörend, welche mit dem preußiſchen Staats- und Hofdienſt in allen Nüancen verzweigt iſt, ſucht dieſer ſchleſiſche Oberpräſident alle offenen und geheimen Abſichten des Miniſteriums in unſerer Provinz mit Energie und Konſequenz zu fördern. Zu den miniſteriellen Abſichten mit Schleſien gehörte ſeit längerer Zeit ſchon die Verhängung des Belagerungszuſtandes über die Hauptſtadt Breslau. Die Suspenſion der verfaſſungsmäßigen Rechte in dem Kreuzburg-Roſenberger Kreiſe, in dem nicht ein halb ausreichender Grund dafür gefunden werden konnte, war immer nur eine drohende Andeutung für die ſchleſiſche Hauptſtadt ſelbſt geweſen. Der ſchon der Lächerlichkeit verfallene Belagerungszuſtand dieſes Kreiſes mußte endlich aufgehoben werden, wenn nicht die ganze Maſchinerie der Belagerungszuſtände überhaupt dadurch in Mißkredit gerathen ſollte! Die jetzt in Breslau beginnende Agitation für die deutſche Reichsverfaſſung bot endlich Gelegenheit, das Werk, deſſen man ſich aus mehrfachen Gründen ſo vielbenöthigt glaubte, in Breslau zur Ausführung zu bringen und dadurch der ſchleſiſchen Bewegung gerade im gegenwärtigen Augenblick, wo alle Volkserhebungen in Deutſchland ſich um einen Mittelpunkt zuſammendrängten, Herr zu werden! Es iſt hier nur eine Stimme darüber, daß der Breslauer Barrikadenkampf am 6. und 7. Mai hätte verhütet werden können, wenn die für Straßen-Exceſſe verantwortliche Behörde nur einigermaßen den Willen dazu gezeigt oder auch nur offene Augen bei hellem Sonnenlicht hätte haben wollen. Denn beim hellen Schein der Sonne wurden in Breslau die erſten Barrikaden am Sonntag Nachmittag wie zum Sonntags-Vergnügen der Spaziergänger gebaut, und die bewaffnete Macht, welche dies mit der größten Leichtigkeit und ohne einen Tropfen Blut verhindern konnte, nahm erſt Notiz von dieſer Herausforderung als die Barrikaden wirklich fertig waren! Für eine künftige Geſchichte der Belagerungszuſtände, wird man von dieſer höchſt merkwürdigen Verhängung des Breslauer Belagerungszuſtandes beſonders Akt zu nehmen haben. Die napoleoniſche Erfindung des Belagerungszuſtandes hat jetzt auch durch die preußiſche Oktroyirungsgeſetzgebung ihre geſetzliche Theorie gefunden. Die Berliner Miniſterialverordnung vom 10. Mai hat uns das Geſetz der Belagerungszuſtände gebracht, woraus wir auf eine noch weiter greifende Praxis auf dieſem Gebiet ſchließen dürfen. Das Miniſterium Brandenburg iſt jetzt in ſeiner Politik ſo weit gediehen, daß es nun auch gegen die Einheit Deutſchlands und gegen die rechtsgültig beſchloſſene deutſche Reichsverfaſſung den Belagerungszuſtand zu verhängen hat! Es liegt auf der andern Seite etwas Beruhigendes darin, daß dieſe preußiſche Miniſterialpolitik nur auf ſolchem Wege und mit ſolchen Mitteln gedeihen kann. Berlin, Breslau, Erfurt, Poſen ſind in dieſem Augenblicke der Rechte der Verfaſſung beraubt, und es werden noch viele andere Städte in dieſelbe Lage gebracht werden müſſen, wenn die Sache noch überhaupt einigermaßen fortgehen ſoll. In **Breslau** wird in dieſem Augenblick der Prozeß gegen die am Barrikadenkampf Betheiligten eingeleitet. Wie man hört beabſichtigt der Staatsanwalt dieſe Barrikadenkämpfer wegen „Meuchelmords" in Anklage zu ziehen, weil ſie aus Verſtecken und aus den Fenſtern auf das Militär geſchoſſen hätten.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 142. Frankfurt a. M., Donnerſtag 24. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland und die Reichsverſammlung.

Deutſchland. Frankfurt (Neue Austrittserklärungen. Perſönliches. Das mobile Truppenkorps in Frankfurt und der Umgegend. Generallieutenant Jochmus. Nachrichten aus Landau). Wien (Die deutſche Frage. Eine Berichtigung der Wiener Zeitung. Die Dinge in Ungarn. Die Stimmung des Heeres. Die Proklamation an die Ungarn. Finanzſyſtem. Unruhige Auftritte in den Kaſernen). Prag (Militärgericht). Aus öſterreichiſch Schleſien (Die Ruſſen. Stellung der ungariſchen Armee. Gefechte). Berlin (Rathloſigkeit). Stralſund (Arbeiten auf dem Dänholm. Die Blokade). Breslau (Militärzuſtände. Der Fürſtbiſchof v. Diepenbrok und der biſchöfliche Kongreß in Wien). Köln (Die Neue Rheiniſche Zeitung). Düſſeldorf (Die Gräfin v. Hatzfeld). Trier (Grün verhaftet). Landau (Zuſtand der Feſtung). Tübingen (Verkündigung der Reichsverfaſſung. Die Univerſität). Hannover (Die oſtfrieſiſche Deputation. Vorkehrungen gegen Unruhen. Das neue Reichsminiſterium). Karlsruhe (Proklamation an die Wehrmannſchaft. Die Proklamation des Großherzogs. Stimmung der Soldaten. Anekdote). Wiesbaden (Eine Neuwahl für M. v. Gagern beantragt). Bremen (Herr Duckwitz).

Großbritannien. London (Die iriſchen Staatsgefangenen. Die Noth in Irland. Geburtstagsfeier der Königin. Hr. Hudſon).

Frankreich. Paris (Dufaure iſt kein Portefeuille angeboten. Wahlenzuſammenſtellung. Erklärung Boichot's. Kriegeszeichen. Heerſchau. Börſe).

Spanien. Madrid (Die ſpaniſche Intervention in Italien. Der Bürgerkrieg in Katalonien).

Italien. Venedig (Die Operationen der Oeſterreicher. Die Zuſchrift Haynau's an die fremden Konſuln). Livorno (Contribution von 2 Millionen. Zuſtände in Rom).

Ungarn. (Die Stellung der Heere. Unſichere Nachrichten über Ofen. Proklamation Koſſuth's. Auch Karlowitz im Beſitz der Magyaren).

Polen. Warſchau (Ankunft des Kaiſers).

---

23. Mai.

Die nüchterne konſtitutionelle Zeitung hatte wie wir geſtern geſehen, einen kleinen Rauſch, natürlich nur einen ſtaatsmänniſchen. Statt der ſchönen Dinge, welche ſie uns geſtern „nach zuverläſſigſter Quelle" verhieß, berichtet ſie heute nüchtern geworden ganz kleinlaut:

„Die Frankfurter Zeitung, die von ihrer Seite aus ſehr gut unterrichtet zu ſein pflegt, bezeichnet die Angabe von bereits getroffenen Uebereinkünften zwiſchen Preußen, Baiern, Sachſen und Hannover mit Zuſtimmung Oeſterreichs, als unrichtig und völlig unwahr. Baiern habe vielmehr ſeinem Bevollmächtigten Aufträge ertheilt, die ſich an die öſterreichiſche Politik anſchlöſſen; auch werde Oeſterreich jetzt, „wo der Friede mit Sardinien ſo gut wie abgeſchloſſen und der Krieg mit Ungarn ſeinem Ende naht," ſeine Stellung in Deutſchland nicht aufgeben."

Noch näher beiſammen ſind Erwartung und Täuſchung in derſelben Nummer der Berliner konſtitutionellen Korresſpondenz vom 21. Mai. Sie berichtet zuerſt:

„Sicherm Vernehmen nach iſt die Verfaſſung Deutſchlands, die der König in der Anſprache an ſein Volk, als aus der Einigung der großen Deutſchen Staaten hervorgehend, und als nahe bevorſtehend ankündigte, faſt vollendet. Sie wird vorläufig und, wenn nicht Unvorhergeſehenes alle Berechnung zu Schanden macht, ſofort für 25 Millionen Deutſche geltend ſein und zwiſchen dieſen und Oeſterreich ein enges und bleibendes politiſches Bündniß herſtellen. Man hat dabei, wie verlautet, von dem zu Frankfurt angenommenen Entwurfe Alles beibehalten, was ſich darin auf die Einigung, Kräftigung und wirkliche politiſche Freiheit Deutſchlands bezog, und nur dasjenige daraus ausgemerzt, was in Folge des Kompromiſſes der gemäßigten Partei mit der Linken und auf die Aufforderung der letztern in dem Entwurfe Platz gefunden hatte. Wir glauben, daß es möglich geweſen wäre, Etwas beſſeres als den Frankfurter Entwurf ſelbſt in deſſen beibehaltenem Theile zu liefern. Der Geiſt der Verſöhnlichkeit aber, der in einem ſo hohen Maße auf dieſer Seite ſtattfindet, hat es vorziehen laſſen, dem gemäßigten Theile der Frankfurter Verſammlung jenes Anerkenntniß nicht zu verſagen. Auch ſollen die preußiſchen Bevollmächtigten in der Berliner Konferenz dem anerkannten Talente und deutſchen Patriotismus Stüve's die verdiente Huldigung dargebracht haben, ſich faſt immer ſeinen Anſichten anzuſchließen, ſo daß der Name Stüve's als unzertrennlich von der Verfaſſung zu betrachten ſein dürfte, die hoffentlich für Jahrhunderte die politiſche Zukunft Deutſchlands regeln wird."

Beiläufig der veränderte Ton der Korreſpondenz, welche früher die Annahme der Kaiſerwürde auf Grund der beſchloſſenen Reichsverfaſſung auf's Eifrigſte und Kräftigſte empfahl, könnte Befremden erregen. Aber was könnte uns noch befremden, ſeitdem wir die jüngſte Adreſſe des Magiſtrates geleſen? Wer ſich ſelbſt ſo völlig widerſpricht, nicht blos in Bezug auf die wechſelnde Geſtalt der politiſchen Ereigniſſe, ſondern in dem Urtheil über unveränderte Dinge wie das Werk der deutſchen Nationalverſammlung, der zeigt, daß ſein Urtheil überhaupt kein anderes Gewicht hat, als dasjenige, welches die äußere Stellung dem Urtheilenden verleiht. Gagerns Freunde erwarten, daß er ſein Ehrenbürgerrecht zurückſende. Wir beſorgen dies nicht. Es iſt das Ehrenbürgerrecht nicht des Magiſtrates, ſondern der Stadt Berlin, deren Bürger ſtets einen bedeutenden Einfluß auf die Geſchicke das Vaterlandes ausüben werden. Der Redliche hat von den Königen nichts als Undank geerntet, warum nicht auch von den andern? Doch dies beiher. Wir wollten nur darauf aufmerkſam machen, daß um aus Preußens 16 Millionen 25 Millionen zu machen, offenbar Baiern mit zum Bunde gerechnet iſt. Nun aber folgt der hinkende Bote: „Von allen Seiten hört man andauernd über die perfide Haltung Baierns in der deutſchen Verfaſſungsfrage klagen. Baiern vergißt, daß nur preußiſche Truppen die Pfalz ihm wieder erobern können. Die baieriſche Hinterliſt wird aber binnen Kurzem kläglich zuſammenbrechen; der Aufſtand durch ganz Baiern wird von ſeiner eigenen Kammer angefacht werden, und wir wollen ſehen, wie das Häuflein von 12,000 Mann Truppen, — auf welche ſich die frühern Prahlereien von einer Armee von 80,000 reduzirt haben — dem Sturm Widerſtand leiſten mag. Möge Baiern ſich an die Spitze eines aufgelöſten chaotiſchen Südweſtdeutſchland ſtellen und mit der Frankfurter Verfaſſung regieren. Preußen wird es darum nicht beneiden.

Wenn aber dann die landesflüchtigen Wittelsbacher — und das kann nach dem Vorgange Badens nicht ausbleiben — die Früchte einer perfiden Politik erndtend, um preußiſchen Schutz flehen werden, dann wird die Einſicht zu ſpät gekommen ſein.

Gleiche Klagen wollen Wohlunterrichtete über die öſterreichiſche Politik begründet finden. Eine Großmacht, die ſich herablaſſen mußte, trotz der ſtolzen Sprache, die ſie in Italien führt, im eigenen Lande fremde Hilfe zur Unterdrückung des Aufſtandes anzurufen, kann in ihren Entſchließungen kaum mehr für frei erachtet werden. Geſtützt auf ruſſiſche Bajonette glaubt Oeſterreich Preußens ernſten und loyalen Beſtrebungen in der deutſchen Frage immer neue Hinderniſſe in den Weg legen zu dürfen. Es ſchürt die Zwietracht in Frankfurt, indem es den unglücklichen Reichsverweſer antreibt, den ſchon unhaltbar gewordenen Poſten zu behaupten, damit er nur nicht in Preußens Hände gelange, das allein die Macht beſitzt, ihn zu behaupten. Oeſterreich ſchürt in Berlin, damit das Verfaſſungswerk nicht zu Stande komme, das endlich Deutſchland Ruhe, Frieden und Einigkeit bringen ſoll.

Preußens Geduld wird endlich abgelaufen ſein! Wir hören, daß Herr Prokeſch von Oſten an den Berathungen, bei denen er bekanntlich zu ſeiner Information zugegen war, bereits keinen Antheil mehr nimmt.“

Pauvre unité allemande! ruft das Journal des Debats und empfiehlt uns, es mit der Einheit der Münzen, Maaße und Gewichte, desgleichen Eiſenbahnen, bewenden zu laſſen. Von der politiſchen iſt für den Augenblick wenig zu erwarten. Vielmehr ſcheint es, daß Deutſchland zunächſt in drei Theile aus einander fallen werde: Oeſterreich und Baiern; Preußen, das jetzt zwei Provinzen Sachſen hat, mit Hannover, endlich die übrigen Staaten, welche die Reichsverfaſſung angenommen haben. Denn bei aller Neigung, welche man hier und da haben mag, „ſich erobern zu laſſen,“ iſt die Eroberung doch nicht ſo leicht zu Stande zu bringen. Vielmehr iſt gerade den kleinen Staaten Treue und Glauben auf das angelegentlichſte, vorzüglich im Intereſſe der Fürſten zu empfehlen. Sie ſollten nicht ſäumen, ſich eng an einander zu ſchließen und gemeinſchaftlich zu handeln. Aber arme deutſche Einheit! Die Verſammlung, welche berufen war, ſie zu Stande zu bringen, hat ihren Beruf noch nicht erfüllt, und hatte, ſo lange ſie ſelbſt den Muth nicht verlor, noch nicht jede Hoffnung verloren, ihr Werk dennoch gelingen zu ſehen. Sie hatte beſonders, wenn ſie ſich vertagte, noch manche Wechſelfälle des Glückes für ſich. Wer weiß, ob bei den drohenden Wirren der Nation ein Mittelpunkt nicht noch einmal augenblickliches Bedürfniß ward. Darum geziemte es ſich, auszuharren. Wir wollen den Tadel unſerer Partei nicht den Gegnern überlaſſen. Rieſſer's Wort, daß in den Augenblicken der Gefahr die Bänke der Rechten am gedrängteſten gefüllt ſein werden, hat ſich nicht bewährt. Manche Abgeordnete wußten, daß ſie abreiſen wollten, noch ehe ſie Gründe dafür wußten. Leider kamen trotz aller Warnungen Beſchlüſſe zu Stande, welche ſich zu Gründen eigneten. Wir wollen billig ſein und zugeben, daß in Gewiſſensſachen Jeder ſein nächſter Richter iſt. Ein zartes Gewiſſen, an deſſen Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln iſt, fühlte ſich ſchon durch das Ausſchreiben der Wahlen gedrückt. Die Beſchlüſſe über die preußiſche Einmiſchung, über die Reichsſtatthalterſchaft waren von zweifelhafterer Rechtsbeſtändigkeit. Aber von dieſer Seite her läßt ſich der Drang zum Weggehen nicht rechtfertigen. Noch weniger läßt er ſich abläugnen. Ein Gefühl, von dem: ich wollt' es wäre Schlafens Zeit und Alles vorüber! nicht allzuweit entfernt, beſchlich ſelbſt unverdroſſene Kämpfer. Es hilft nichts, zu ſagen: Es war keine Mehrheit mehr zu bilden! Man wollte ſie nicht einmal mehr bilden. Es iſt bekannt, wie die Mehrheit von 126 Stimmen gegen 116 zu Stande gekommen iſt, und ſchon der Rücktritt aus dem Dreißigerausſchuß wies auf einen ſchon halbgefaßten Entſchluß hin.

Die Schuld des Ganges der letzten Schickſale wird oft der mittleren Partei zugeſchoben. Sie hat allerdings den Ausſchlag gegeben bei den Beſchlüſſen vom 10. Mai, den ſie jedoch „keineswegs als Eigenthum in Anſpruch zu nehmen geneigt iſt,“ und vom 19. Mai. Wenn dieſe Partei einen Augenblick glaubte, die Bewegung in die Hände nehmen zu können, ſo kommt uns das vor, als wenn Jemand glaubte, er könne eine Schlange lenken und zügeln, wenn er ihren Schwanz in die Hand nimmt. Indeß es iſt eine Art von Naturnothwendigkeit, daß in berathenden Verſammlungen zwiſchen den entgegenſtehenden Parteien ſich eine mittlere bildet, welche je nach Beſchaffenheit der Temperatur in feſtem, flüſſigen oder luftförmigen Zuſtande iſt. Wir wollen übrigens damit nicht geringſchätzig ſprechen von jener Partei unter denen ſich manche ausgezeichnete und höchſt ehrenwerthe Männer befinden. Wir wollen den Nürnberger Hof über ſeine Stellung namentlich zu dem Beſchluſſe über die Reichsſtatthalterſchaft mit ſeinen eigenen Worten ſprechen laſſen. „Bezeichnender für unſere Politik iſt der Biedermann'ſche Antrag, welcher in ſeinen ſämmtlichen Punkten, mit Ausnahme eines einzigen Punktes, aber gerade desjenigen, worauf die ganze Politik des „Nürnberger Hofes“ beruhte, von der Verſammlung am 19. Mai angenommen worden iſt. Die Deutſche Ztg. nennt dieſen Beſchluß eine Poſſe. Ob ein ſolcher Ausdruck vollſtändig richtig wäre, wenn jener Beſchluß nicht den Austritt faſt des ganzen rechten Centrums zur Folge gehabt, oder vielmehr dazu bei Manchen die Gelegenheit gegeben hätte, laſſen wir nach Mittheilungen, welche wir früher erhalten haben, dahingeſtellt ſein. Jetzt, nach der geſtrigen Austrittserklärung, iſt er jedenfalls, ſo hart auch ein ſolches Wort ſein mag, zur Poſſe geworden. Wir dürfen dies, als Mitglied des „Nürnberger Hofes,“ ruhig geſtehen. Auch abgeſehen davon, daß, aus Veranlaſſung der Nothwendigkeit den Punkt 7. ausfallen zu laſſen, und Angeſichts des gedrohten Austrittes mancher Mitglieder des rechten Centrums, nicht wenige Abgeordnete von unſerer Fraktion ſich nicht haben entſchließen können, noch für den Biedermann'ſchen Antrag zu ſtimmen, können wir wohl als ziemlich allgemeine Anſicht des „Nürnberger Hofes“ Folgendes aufſtellen:

Der Beſchluß vom 19., wie er gefaßt iſt, gehört unter den gegenwärtigen Umſtänden nicht mehr der Politik des „Nürnberger Hofes“, ſondern der der Linken an. Der Punkt 7, welcher die Baſis unſerer Politik bildete, mußte, wie bemerkt, ſchon vor der Abſtimmung zurückgezogen werden. Herr von Gagern, der bis zum Regierungsantritte des gewählten Reichsſtatthalters die Regierung im Namen deſſelben ſelbſtſtändig führen ſollte, wies dieſen unſern Wunſch nach längerem Schwanken vorzüglich deßhalb zurück, weil er für einen ſolchen Schritt und deſſen Konſequenzen in der eigenen Partei nicht die nothwendige Unterſtützung, in unſerer Fraktion nicht die erforderliche ungemeine Kraft und Macht fand, und die Hülfe einer anderen Partei, von welcher ein großer Theil Energie und Konſequenz bisher nur im Negiren und Schmähen bewieſen hat, und ein nicht unbedeutender Theil auch aus unſerer gemeinſamen Fahne die Farbe des Ernſtes und das reine Gold vertilgen und herausreißen möchte, aus Gründen, für deren Richtigkeit unſer Gefühl noch mehr als unſer Verſtand namentlich nach jedem Beſuch einer Sitzung ſpricht, ganz und gar verſchmähte. Dadurch war unſer politiſches Streben eben ſo ſehr ein unmögliches geworden, als das Streben der Kaſinopartei.“

Nach dieſem eigenen Zugeſtändniſſe des Nürnberger Hofes kann es nicht zweifelhaft ſein, welche Politik er einzuſchlagen hat. Er kann zu nichts mehr dienen, als die Beſchlüſſe der Linken giltig zu machen. Jetzt, nachdem eine ſo große Zahl von Mitgliedern aus der Verſammlung geſchieden, vertritt ſie in der That nicht mehr die ganze Nation, für welche ſie doch Beſchlüſſe faſſen will. Wenn ſie jetzt noch fortdauerte, dann freilich wäre ſie eine dem Vaterlande nachtheilige Verſammlung. Jene Partei hat den erſten, gewiß unheilvollen Vorſchlag, die Beſchlußfähigkeit auf 100 Mitglieder herabzuſetzen, nur dadurch hintertrieben, daß ſie die Paulskirche vor der Abſtimmung verließ. Das iſt ein äußerſtes Mittel, ein Staatsſtreich der Partei, der zur Wiederholung nicht geeignet iſt. Unter den obwaltenden Umſtänden bleibt der Partei nichts übrig, als für immer aus der Paulskirche zu gehen. Die Linke wird ſich brüſten und ſagen: Siehſt Du, deutſches Volk! Die Spreu iſt vom Waizen geſondert. Da ſind wir, die Männer des Volkes, jener linken Seite, auf welcher das Herz ſchlägt! Nur von uns kann Dir Dein Waizen blüh'n! So mögen ſie ſprechen, aber es auch nicht übel nehmen, wenn wir lächeln über das bequeme Heldenthum. Denn wir wiſſen es ja beſſer. Es kämpft ſich nicht ſicherer als im Schatten der Minderheit. Der Linken ſelbſt war es wenig gelegen, als ſie in die Mehrheit zu kommen drohte; ſie ſelbſt hat ihren Sieg in der letzten Zeit mehr als einmal hintertrieben. Und wir tadeln ſie deshalb nicht. Wir rechnen es ihnen als Verſtändigkeit an, daß manche von ihnen ebenfalls die Nutzloſigkeit eines ferneren Fortganges der verſtümmelten Verſammlung einſehen und ſich zum Theil entfernen mit oder ohne Austrittserklärung. Wir wünſchen überhaupt, daß die Parteien ſich nicht mit erneutem Grolle trennen, ſondern ſich alle, alle die Hände geben, daß ſie nicht laſſen wollen von ihrem gemeinſamen Werke. So eben geht uns die Korreſpondenz des Nürnberger Hofes zu, aus der wir gern erſehen, daß ſie die wünſchenswerthe Politik ergriffen haben. Es heißt darin: „Die meiſten Mitglieder des früheren „Augsburger Hofes“, ſowie die baieriſchen Mitglieder der früheren Landsberg-Partei werden auf jeden Fall ſchon die Donnerſtag-Sitzung nicht mehr beſuchen. Mehrere Mitglieder des „Nürnberger Hofes“, die eine gewiſſe Verpflichtung zu haben glauben, an dieſer noch Theil zu nehmen, werden wohl am Donnerſtage der Austrittserklärung der oben bezeichneten Abgeordneten ſich anſchließen. Andere Abgeordnete von unſerer Partei ziehen es dagegen auch jetzt noch vor, ihr Mandat beizubehalten und die Verſammlung nur eine Zeitlang nicht zu beſuchen, um auf dieſe Weiſe Das zu erreichen, was wir gemeinſam durch die Vertagung bezweckten. Wir erfahren zugleich, daß Einige noch immer hoffen die Vertagung durchzuſetzen. Allein eine Vertagung hat jetzt keinen Sinn mehr. Sie würde uns nicht eine wirkliche Nationalvertretung erhalten, ſondern nur deren Namen.“

Deutſchland.

⊙ **Frankfurt**, 23. Mai. Für die morgende Sitzung der Paulskirche iſt abermals eine Austrittserklärung zu erwarten, die ſo ziemlich den ganzen Reſt des Kaſinoklubs, wie er ſich in den letzten Tagen geſtaltet hatte, umfaßt. Die Herren Fallati, Rümelin, Hans v. Raumer, Wiedenmann, Wernher von Nierſtein, Barth aus Kaufbeuren, v. Zerzog, Siemens aus Hannover und Genoſſen ſcheiden nämlich ebenfalls aus, nachdem ſie ſich ſeit der letzten Sitzung der Reichsverſammlung für überzeugt halten, daß an ein geordnetes Zuſammenwirken mit der jetzt in der Paulskirche herrſchenden Mehrheit nicht zu denken iſt. Viele von ihnen ſind ſchon abgereiſt, die Meiſten durch das Scheitern aller Hoffnungen tief niedergeſchlagen und Alle auch die Zuverſichtlichſten ſchwer betrübten Herzens. Selbſt die friſche und mannhafte Perſönlichkeit des Regensburger Zerzog ſah ſich in den jüngſt verfloſſenen Tagen nicht mehr ähnlich, ſo viel von ihrer Heiterkeit und ihrem kernigen Weſen hatte ſie eingebüßt. Herrn Heinrich v. Gagerns Wohnung, den Mehrere ſeiner Freunde zum Abſchied aufſuchen wollten, fanden ſie verſchloſſen. Der ehemalige Präſident der Verſammlung und des Reichsminiſteriums ſucht in Hornau, im väterlichen Hauſe am Taunus die Erquickung deren ſeine angegriffene Geſundheit und ſein niedergebeugtes Gemüth bedarf. Hans v. Raumer iſt des unfruchtbaren Wirkens durch Wort und Schrift für die deutſche Sache ſo überdrüſſig, daß er nicht blos ſeine Frankfurter Vollmacht zurückgibt, ſondern auch ſein baieriſches Amt. Er war als rechtskundiger Magiſtratsrath in Dinkelsbühl zur Bürgermeiſterſtelle vorbezeichnet. Allein anſtatt nach Franken zurückzugehen iſt er bereits auf dem Wege nach Schleswig-Holſtein und tritt dort als gemeiner Soldat in das Heer um dem Vaterlande mit den Waffen zu dienen. Seine Habe in Dinkelsbühl wird in dieſen Tagen verſteigert. Hr. v. Raumer war eben zum Schriftführer der Verſammlung erwählt, die er verläßt. Im ſchleswig-holſteiniſchen Landesheer will er ſich dem Fußvolke anreihen. Er ſteht im 29. Lebensjahre. Die Herren G. Beſeler, Droyſen und Duncker haben ſich zunächſt nach Berlin gewendet, vielleicht doch noch in der Hoffnung einflußreiche Perſonen daſelbſt für die deutſche Verfaſſung zu gewinnen. Herr Baſſermann dagegen iſt wieder in Frankfurt eingetroffen.

♈ **Frankfurt**, 23. Mai. Es ſind über den zeitigen Beſtand des in und um Frankfurt koncentrirten mobilen Truppenkorps, wie es gegenwärtig noch der Generalmajor von Bechtold befehligt, ſo ungenaue und ſo übertriebene Verſionen in Umlauf, daß es Ihnen vielleicht nicht unwillkommen iſt, einige genauere Angaben darüber aufzunehmen. Das Korps zählt 2 Bataillone Oeſterreicher, jedes 1200 Mann ſtark, von welchen das eine in Frankfurt ſelbſt, das andere in den kurheſſiſchen Ortſchaften Bergen und Seckbach liegt, das ganze preußiſche 38. Infanterieregiment, alſo ebenfalls 2 Bataillons, jedes zu 1000 Mann, theils in Frankfurt, theils in Bornheim kantonnirend, 1 baieriſches Jägerbataillon von 10 Kompagnien (2 Kompagnien ſind in der Garniſon Aſchaffenburg geblieben) zu 1000 Mann, je eine Kompagnie in Ober- und Niederrad, der Reſt in Sachſenhauſen, das ganze kurheſſiſche 3. Infanterieregiment, 2000 Mann, das zweite Bataillon in Frankfurt, das erſte Bataillon mit dem Stabe in Bonames, ſodann das Frankfurter Linienbataillon 600 Mann, in Frankfurt, zuſammen 8 Bataillons mit 8000 Mann; ferner 2 Schwadronen Heſſen-Darmſtädter Chevaurlegers, 250 Pferde, in Frankfurt und eine halbe Schwadron öſterreichiſcher Dragoner, 60 Pferde, in Sachſenhauſen; endlich eine halbe öſterreichiſche und eine halbe preußiſche Fußbatterie und eine halbe heſſen-darmſtädtiſche reitende Batterie zu je ungefähr 40 Mann, ſämmtlich in Frankfurt: Alles in Allem, 8 Bataillons, 2½ Schwadronen und 1½ Batterien mit ungefähr 8500 Mann. Das geſammte Offizierkorps iſt übrigens heute Mittag dem neuen Reichskriegsminiſter, Generallieutenant Fürſt Wittgenſtein, vorgeſtellt und ſpäter eine große Parade abgehalten worden, bei welcher alle hier garniſonirenden Truppenkörper durch einzelne Abtheilungen vertreten waren.

*** **Frankfurt**, 23. Mai. Die heutige Nummer der Frankfurter Zeitung bringt nach der Rhein. Volkshalle eine kurze Charakteriſtik der jetzigen Reichsminiſter, die überaus günſtig lautet. Der Reichsminiſter des Aeußern, Generallieutenant Jochmus, Paſcha von drei Roßſchweifen, iſt der Rhein. Volkshalle indeſſen wenig bekannt. Wie uns mitgetheilt worden, gehörte General-Lieutenant Jochmus früher dem Kaufmannſtande an und ſchloß ſich, ſeiner kriegeriſchen Neigung folgend, ſpäter in London einer im Intereſſe der Königin Chriſtine nach Spanien unternommenen Expedition an. In Spanien ſoll er bald zum Kapitän avancirt und durch beſondere Vermittelung nach der Türkei geſendet worden ſein. Dort ſei der jetzige deutſche Reichsminiſter unter Lord Ponſonby's Protektion in Dienſte des türkiſchen Sultans getreten, habe ſich ſehr in dem Kriege gegen die Aegyptier ausgezeichnet und zum Generallieutenant und Paſcha von drei Roßſchweifen emporgeſchwungen. Die deutſche Revolution habe den jetzigen Reichsminiſter des Aeußern nach Deutſchland gezogen, wo er ſeiner Thatkraft ein neues Feld geöffnet geſehen. Er ſoll ſich indeſſen erſt nach London und nach einigem Aufenthalte daſelbſt hierher begeben haben.

♈ **Frankfurt**, 23. Mai. Es treffen ſo eben aus zuverläſſiger Quelle intereſſante Mittheilungen aus der Reichsfeſtung Landau ein. Die Lage der Feſtung iſt eine verzweifelte. Die ganze Garniſon beſteht noch aus ungefähr 800 Mann und auch ihrer iſt man nicht mehr ſicher. Aber der Oberſt Burkard, ein alter Offizier, der den ruſſiſchen Feldzug mitgemacht, hat ſich mit einer Anzahl anderer Offiziere in die beiden großen Pulverthürme am deutſchen und franzöſiſchen Thor eingeſchloſſen und geſchworen, ſobald die Inſurgenten einziehen, ſich in die Luft zu ſprengen. Wer den alten Krieger kennt, zweifelt nicht, daß er ſeinen Schwur hält. Landau würde in dieſem Falle ein Schutthaufen ſein, denn jeder der Pulverthürme hält 1600 Centner Pulver. Aus derſelben Quelle wird uns auch der folgende, für die Erhebung der Pfalz jedenfalls höchſt charakteriſtiſche Zug erzählt. Eine Schwadron des Chevauxlegersregiments Leiningen, wenn ich mich recht erinnere in Zweibrücken, machte Miene, ſich der Bewegung anzuſchließen. Der Rittmeiſter ließ ſeine Leute zuſammentreten und erklärte ihnen, daß er ſie freilich nicht halten könne, daß aber die Pferde nicht ihnen gehörten und zurückbleiben müßten. Die Schwadron zog ab, ließ aber ſämmtliche Pferde da.

△ **Wien**, 18. Mai. Was hätte die letzte Erklärung des Königs von Preußen nicht alles verhüten können, wenn er ſie nach der erſten Leſung der Reichsverfaſſung gegeben hätte! Jetzt erſt ſpricht er, und weiß trotz der ruſſiſch-öſterreichiſchen Allianz, trotz des bis jetzt treu gebliebenen Heeres, den allgemeinen Sturm nicht anders zu beſchwören, als durch das Verſprechen einer Verfaſſung, die nur in wenigen Punkten von der in Frankfurt gegebenen abweichen ſoll. Und um dieſer wenigen Punkte willen hat man es vorgezogen, die Brandfackel des Bürgerkriegs zu entzünden, die unaufhaltſam fort toben wird, bis das gebieteriſche Bedürfniß nach Einheit geſtillt iſt. Die Partei Gagerns hat alles gethan, um den Fürſten die Augen zu öffnen, ſo lange es Zeit war; das Volk hielt ſich 14 Monate lang in den Grenzen und hätte es auch ferner gethan, wenn es der Aufrichtigkeit der Regierungen hätte vertrauen können. Aber Oeſterreich wollte ſich nicht anſchließen und auch nicht ausſchließen, Preußen wollte nichts aus den Händen des Volks empfangen, freiwillig wollte der König geben, ſo viel ihm gut ſchien, und obgleich er den Weg der Gewalt betreten, hat er jetzt ſchon damit begonnen, ſoviel zu verſprechen, als er fühlt geben zu müſſen. Zu beklagen ſind dabei nur die edeln Männer in Frankfurt, die durch dieſe jeden Augenblick nach einer andern Seite hin ſchillernde Politik zwiſchen die doppelten Feuer der dynaſtiſchen Reaktion und der rothen Republik geſtellt ſind.

Wien, 18. Mai. Man hört von ſehr peinlichen Auftritten in einer der Kaſernen, wo die Mannſchaft gegen Ungarn aufbrechen ſollte und ihren Widerwillen nicht mit magyariſch-demokratiſchen Sympathien ſondern mit dem entſchiedenſten Mißtrauen gegen die Kriegsführung ausdrückte. (Schleſ. Ztg.)

♀ **Wien**, 19. Mai. Die kaiſ. königl. öſterr. privilegirte Wiener Zeitung ſah ſich bemüſſigt in ihrem offiziellen Theile eine Entgegnung gegen einen Korreſpondenten der deutſchen Zeitung abzudrucken. Das Miniſterium behauptet nämlich, der Kaiſer ſei nicht ohne Wiſſen und gegen den Willen der Miniſter nach Wien gekommen, denn — (aufgepaßt!) Fürſt Schwarzenberg habe ihn im Bahnhofe empfangen. Die Sache iſt zu unbedeutend; dennoch behaupten wir die Wahrheit des Geſagten, die durch die miniſterielle Berichtigung gar nicht in Abrede geſtellt wird. Gegen den Willen und ohne Wiſſen der Miniſter reiſte der Kaiſer nach Wien; eine telegraphiſche Depeſche über die Abfahrt mochte den überraſchten Miniſterpräſidenten zur Eiſenbahn getrieben, oder ihn dahin beordert haben. Allein man war ſo wenig vorbereitet auf die

Ankunft des Kaiſers, daß ſeine Gemächer verſchloſſen waren, und er ſammt dem Oberhofmeiſter Grafen Grünne und dem Miniſterpräſidenten Fürſten Schwarzenberg in Dommayer's Salon zu Hitzing das Frühſtück nehmen mußte. Selbſt die Wache im Schloſſe war nicht vorbereitet, wie es das ſofortige Herbeirücken verſtärkter Mannſchaft und das Auffahren von Kanonen bewies. Der Kaiſer ließ die letzteren wieder wegbringen. Selbſt in dieſer Kleinigkeit zeigt ſich der Geiſt des Miniſteriums, das die Kluft zwiſchen dem Volke und Kaiſer immer tiefer gräbt. Alle Nachrichten, welche die Wiener Journale aus Ungarn bringen, ſind der trübſten Quelle entnommen. Sie geben ſich den Anſchein, als hätten ſie Korreſpondenten an Ort und Stelle; während die Fabriken dieſer Kriegsnachrichten ſich in der nächſten Nähe befinden. Das ſtandrechtliche Verbot, Mittheilungen über den Kampfplatz zu veröffentlichen, entzieht ſogar dieſe kargen Nachrichten. Reiſende erzählen Manches, wofür aber ebenfalls nicht eingeſtanden werden kann. Sicher iſt, daß der ganze Süden von Siebenbürgen bis Semlin, Karlowitz und Peterwardein in den Händen der Magyaren iſt. Die ganze linke Donauſeite, von der Schüttinſel bis zum eiſernen Thor, alſo mehr als drei Viertel des Ungarreiches ſteht unter der Regierung Koſſuth's, und ſeine Heere bedrohen im Norden Galizien, im Süden Kroatien. Es verlautet heute, daß zwiſchen Bartfeld und Dukla bereits eine Schlacht zwiſchen den Ruſſen und Magyaren vorgefallen ſei, wobei Letztere unter Dembinski den Paß behauptet hätten. Die Macht der Magyaren ſoll in den Bergſtädten ſich auf 100,000 vollſtändig Bewaffnete belaufen, während nur zur Beſchäftigung Welden's längs der Waag eine geringe Mannſchaft mit vielen Kanonen ſich aufhält. Um Trentſchin konzentriren ſich die Ruſſen, deren Zahl aber bei Weitem überſchätzt wird. Ofen iſt noch in den Händen der Kaiſerlichen.

Da man ſo viel und ſo oft von dem guten Geiſte der öſterreichiſchen Armee ſpricht, wird es wohl erlaubt ſein, ohne ihrer Tapferkeit, ihren Heldenthaten, ihrer übermenſchlichen Aufopferung irgend einen Abbruch zu thun, die Behandlung der Soldaten in Erwähnung zu bringen. Die Führung eines Windiſchgrätz war nicht geeignet, die Disciplin aufrecht zu halten, und die Mannſchaft zu begeiſtern; jetzt wird die Disziplin mit Stockſtreichen und Gaſſenlaufen nach alter Manier eingebläut. Kein Tag vergeht, wo nicht mehrere ſolcher Exekutionen ſtattfinden, welche die Vaterlandsliebe der Truppen nicht erhöhen. Es iſt auch ſchon ſo weit gekommen, daß man bei der Armee den Poſten nicht mehr vertrauen kann; ſie gehen zu den Magyaren über, wo man ſie menſchlich behandelt. Es klingt fabelhaft und iſt doch wahr, daß jüngſt bei einer Recognoscirung 2 Kanonen ſammt der Bedeckung verloren gingen, d. h. ſie gingen zu den Inſurgenten über, und ſchleppten wahrſcheinlich die Offiziere mit. Alles murrt, denn man weiß, daß es nicht ein Kampf fürs Volk ſondern gegen das Volk iſt; ſelbſt der gemeine Mann wird von ſeiner Heimath aus entmuthigt, wo ihn als Krüppel nur Hohn und höchſtens die paar Brocken einiger „Gutgeſinnten" erwarten. Wahrſcheinlich werden die Ruſſen auch den öſterreichiſchen Patriotismus wieder beim Heere anfachen. Die kaiſerlichen Offiziere, mit ihren neuen Waffenröcken und den ſchnellen Avancements beſchäftigt, ſind noch nicht darüber einig, ob die Genoſſenſchaft ruſſiſcher Degen in dieſem Bürgerkriege eine Schande iſt.

Die Proklamation an die Völker Ungarns, nicht einmal korrekt ungariſch gedruckt, wird kaum eine gute Wirkung machen. Der Huſar wird wohl nicht durch den Beinamen „verruchte Böſewichter" zu überzeugen ſein, daß Balthiany, Karoly, Koſſuth, Perczel ꝛc. Böſewichter ſind, ſelbſt wenn dieſer pöbelhafte Ausdruck vom Miniſter Schwarzenberg dem Kaiſer in den Mund gelegt wird. Feinheit gehört nicht zu den Untugenden unſeres Miniſteriums und nach ſeinen Proklamationen zu urtheilen, gehört es der demokratiſchen Färbung an; ein ganzes Schimpflexikon iſt in dieſem Manifeſte verbraucht, das zugleich die ruſſiſchen Heere als Freunde anempfiehlt. „Sie werden jedem treuen Staatsbürger den verdienten Schutz angedeihen laſſen", heißt es in dieſer kaiſerlichen Anrede, und ſomit wird Schuſelka's Wort auf der Tribüne: wir ſind Schützlinge des Czaren, von Sr. Majeſtät beſtätigt. Mit ſolchen Proklamationen glaubt man das öſterreichiſche Volk fürs Ruſſenbündniß zu gewinnen!

Die Vorgänge in Deutſchland belehren endlich unſere Miniſter, daß ſie doch nicht ganz richtig über die Nationalverſammlung geurtheilt haben mögen. Republikaniſche Demonſtrationen werden von ihnen gern geſehen, denn dadurch gewinnen ſie Oeſterreich ſelbſt für ihre reaktionären Tendenzen, und die Mächte entfalten ihre Waffen dagegen. Allein die Bewegungen im geſetzlichen Geleiſe ſind unſerem Kabinet ein Dorn im Auge. Die letzte preußiſche Note wurde hier mit Ungunſt vernommen, denn es war doch die Reichsverfaſſung als Baſis angenommen, von der Herr Schwarzenberg und Konſorten gar nichts wiſſen wollen. Man iſt hier zugleich ſehr betrübt darüber, daß ſogar Baiern an den Berliner Konferenzen Antheil nimmt, während man ſicher glaubte, es würde ohne Oeſterreich keinen Schritt machen. So ſieht ſich unſer Miniſterium mit ſeinen „Vorſchwebeleien" ganz vereinzelt und ſelbſt ſeine Getreuen machen ſauere Mienen; ſie hoffen nur noch, daß etwaiger Kommunismus die Bourgeoiſie Deutſchlands der Reaktion in die Arme jagt, und jauchzen daher, wenn irgendwo eine rothe Fahne aufgepflanzt oder ein Diebſtahl verſucht wird. Wer Oeſterreich bei Deutſchland behalten will, muß ſich gegen die republikaniſche Form erklären, welcher das ganze öſterreichiſche Volk entgegen iſt.

In Wien, im belagerten und beſtandrechteten Wien, unter dem Schreckenspreßgeſetz ſchreibt dennoch Heyßler in der Oſtdeutſchen Poſt: „Ein (ſolches) Finanzſyſtem muß zum Staatsbankerotte führen, ein ſolches Finanzſyſtem kann vor keiner Kammer verantwortet werden." Wenn man das in Wien jetzt drucken läßt, muß wohl etwas Wahres daran ſein, denn es gehört zu den beunruhigenden Gerüchten, die mit ein paar Jahren Kerker bedroht ſind. Zwar geben ſich die Herren Sina, Eskeles, Rothſchild u. A. ſeit einigen Tagen viele Mühe an der Börſe, den Silbercours herabzudrücken, allein das Danaidenfaß des Militäraufwandes verſchlingt alle Millionen und die Finanzverwaltung iſt in den Händen eines ins Bodenloſe manipulirenden Miniſters.

* **Prag**, 18. Mai. Die in der Nacht vom 9. auf den 10. (d. h. *vor* der am 10. Mai Morgens erfolgten Proklamirung des Belagerungszuſtandes) Verhafteten ſollen nach einer höhern Orts gegebenen Aufklärung nun doch vor ein *Militärgericht* geſtellt werden.

△ Aus öſterreichiſch Schleſien, 14. Mai. Das wenige Militär, das noch immer in unſerm Ländchen ſtand, iſt jetzt auch in Eilmärſchen zur Armee abgegangen und in Troppau verſieht die Nationalgarde den Wachtdienſt. Die Nachricht von dem Einmarſch der Ruſſen hat hier der kaiſerlichen Sache nichts weniger als neue Anhänger gewonnen; ſelbſt die determinirteſten Schwarzgelben können ihre Beſtürzung darüber nicht verhehlen. Einer ganz zuverläſſigen Nachricht zufolge haben 17,000 Mann Ruſſen, darunter beſonders viel leichte Kavallerie, am 8. d. bei Jordanow, 5 Meilen von Krakau und in der Nähe der Duklaer Karpathenpäſſe, ein Lager aufgeſchlagen, in welchem ſie 14 Tage liegen bleiben und ſodann die Zips beſetzen werden. Die dortigen Einwohner klagen allgemein über ſie, indem das Eigenthum in keiner Weiſe vor ihnen ſicher iſt; ſie ſtehlen wie die Raben und entführen den Bauern das Rindvieh aus dem Stalle, ohne die mindeſte Bezahlung dafür zu leiſten. Augenzeugen verſichern auch, daß die Infanterie ſehr ſchlecht bekleidet ſei und kein beſonders vortheilhaftes Ausſehen habe. Die Ungarn ſtehen an den Jablunkapäſſen; das Gewehr- und Geſchützfeuer von dem letzten Gefechte daſelbſt, worin der Oberſt Trenk derb geſchlagen wurde, hörte man bis in die 2 Meilen davon entfernte Kreisſtadt Teſchen, in welcher ein Theil der flüchtigen Truppen ohne Gewehr und Torniſter ankam. Ein Militär erzählte mir, daß das Korps nur mit genauer Noth ſich rettete; „es war", ſagte er, „als wenn es Huſaren vom Himmel ſchneiete." Es iſt bei dem jetzigen Stand der Dinge in Ungarn die allergrößte Lächerlichkeit, daß einige gutgeſinnte öſterreichiſche Journale behaupten wollen, die Beſetzung der Jablunkapäſſe ſei nur deßhalb geſchehn, um den zerſprengten Inſurgentenhaufen den Weg nach preußiſch Schleſien, ohngefähr 3 Meilen, abzuſchneiden und zu verlegen. Es läge jetzt vielmehr in dem Reiche der Möglichkeit, daß Oeſterreicher, von den Ungarn gedrängt, preußiſches Aſylrecht beanſpruchen müßten, wie Puchner wallachiſches.

** **Berlin**, 20. Mai. Die Rathloſigkeit iſt hier an der Tagesordnung. Am 6. Juni ſollen die Wahlen ſtattfinden; ein neues Wahlgeſetz oder nicht? und welches? Oder ſollen die Wahlen ganz unterbleiben? Die Stimmen derer mehren ſich, welche die unangenehme Wahrheit bekennen, daß der gerade Weg der beſte ſei. Aber was beginnen? Sehr konſervative Männer verlangen behufs neuer Wahlen ein neues Miniſterium. Wie ſehr

konſervativ dieſe ſein müſſen, zeigt Ihnen der von dorther in Vorſchlag gebrachte Premier, Graf Arnim Boitzenburg. Dieſe Rathgeber haben darin Recht, daß ein neues Miniſterium rathſamer iſt als ein neues Loch im Rechtsboden, aber irren darin, daß die bisherige Politik in der deutſchen Sache beibehalten und durch den Perſonenwechſel dennoch Erhebliches gebeſſert werden könnte. Der Freiherr **von Vincke** ſollte doch von Zeit zu Zeit wieder genannt werden. Er iſt und bleibt der Rechte. Was ſagen Sie zu dem wetterwendiſchen, mantelträgeriſchen Magiſtrat von Berlin, der ſich beſonnen hat, daß die Reichsverfaſſung nicht annehmbar ſei?

Wir wünſchen, Hr. v. Gagern möchte den Ehrenbürgerbrief deßhalb **nicht** zurückſenden. Aber, wenn die Kreuzzeitung jetzt den hochlöblichen Magiſtrat lobt (oder die neue Kreuzritterin, die Deutſche Reform, die wegen der Erwähnung der Ruſſen eine ſehr derbe Naſe erhalten muß), dann hat der hochedle Magiſtrat dieſen Affront verdient. Uebrigens **mußte** ſich der Magiſtrat nicht beſinnen? Hanſemanns Anmerkungen erleben die fünfte Auflage! Odi profanum volgus —

♂ **Stralſund**, 18. Mai. Es cirkulirt hier augenblicklich eine bereits mit vielen Unterſchriften verſehene Petition an das Staatsminiſterium wegen Abänderung des Wahlmodus für die 2. Kammer. Bürger aller Stände betheiligen ſich dabei.

Die Arbeiten auf dem Dänholm ſchreiten raſch fort; es ſind ungefähr 250 Mann daſelbſt beſchäftigt. Die Ausgrabungen bilden ein Baſſin, welches 90 Kanonenböte aufnehmen kann. Hohe Schanzen mit ſchwerem Geſchütz beſetzt werden den Hafen beſchützen.

Die Blokade wird von den Dänen in gleicher unzulänglicher Weiſe wie bisher gehandhabt. Schiffe können aber doch nicht wagen einzulaufen. Zwei holländiſche Schiffe, die ſich eingeſchlichen, und geſtern von hier beladen in See gehen wollten, wurden von dem zufällig anweſenden däniſchen Kriegsſchiff am Auslaufen verhindert und als ſie daſſelbe ſpäter dennoch verſuchten, mit einigen ſcharfen Schüſſen begrüßt. In der Nacht ſind ſie dennoch entkommen, ob ſie aber Elſenem ohne Gefahr werden paſſiren können, iſt ſehr fraglich.

Die Noth unter den hieſigen Schiffern iſt ſehr groß, ſeit 2 Jahren ſind ſie nun ſchon außer Verdienſt.

♂ **Breslau**, 20. Mai. Mit dem geſtrigen Tage iſt das angeordnete Kriegsgericht für Breslau in Wirkſamkeit getreten. Die Soldaten ſind noch immer in den Kaſernen täglich konſignirt und zum augenblicklichen Ausrücken fertig, obwohl hier nicht der geringſte Anlaß zu einer politiſchen Bewegung oder Schilderhebung mehr vorliegt. Die Stimmung der hieſigen Truppen iſt wahrhaft erbittert und leidenſchaftlich entflammt gegen Alles, was Demokratie und Volksbewegung heißt, und dieſe Regungen werden von den Offizieren nicht wenig genährt und ausgebeutet. Es verdient bemerkt zu werden, daß zu den militäriſchen Agitationsmitteln, durch welche hier auf den Geiſt der Soldaten gewirkt wird, ſeit einiger Zeit auch das Vorleſen der Neuen Rheiniſchen Zeitung in den hieſigen Kaſernen gehört. Namentlich die Artikel, welche dieſe Zeitung aus Breslau über die jüngſten Ereigniſſe liefert, wurden den Gemeinen von ihren Offizieren vorgeleſen, um ihnen, wie bemerkt wurde, dieſe ſcheußliche Demokratie in ihrer ganzen Nacktheit zu zeigen. Dieſe Taktik hat inſofern ihren Zweck nicht verfehlt, als die im ſcurrilen Ton Abrahams a Sancta Clara gehaltenen Uebertreibungen dieſer Artikel die Naturgeſchichte der „verthierten Soldateska" wenigſtens nicht mit diplomatiſcher Klugheit überliefern, und dadurch die Soldaten keineswegs für die Volksſache gewinnen können. Der Fürſtbiſchof von Breslau Hr. Melchior Diepenbrock verweilt noch immer in Wien, wo er den dort ſchon ſeit längerer Zeit fortgeführten Verhandlungen des Kongreſſes der Erzbiſchöfe und Biſchöfe beiwohnt. Je mehr die eigentlichen Vorlagen dieſes Kongreſſes in ein tiefes Geheimniß gehüllt werden, auf welches ſich jeder Theilnehmende durch ein ausdrückliches Gelöbniß verpflichtet hat, um ſo größer iſt natürlich die Spannung geworden, mit der man den in dieſer Verſammlung vorgehenden Dingen entgegenſieht. Man glaubt hier in Schleſien die innere Bewegung in den ultramontanen Kreiſen richtig zu verſtehen, wenn man ihnen die feſte Abſicht beimißt, jetzt auch bei den politiſchen Entſcheidungen des Tages mehr in den Vorgrund zu treten. Um das Gewicht der ultramontanen Intereſſen bei gewiſſen Schlußbeſtimmungen über die deutſchen und europäiſchen Angelegenheiten geltend zu machen, haben auch auf dieſem Gebiet in der letzten Zeit mehr und mehr umfaſſende Koncentrationen ſtattgefunden. Man darf nicht zweifeln, daß in dieſem Augenblick, wo es ſich um das endliche Schickſal der deutſchen Nationalgeſtaltung handelt, das baieriſche Kabinet in einem beſtimmten Einverſtändniß mit dem öſterreichiſchen die ultramontanen Elemente als eine Grundlage der nächſten politiſchen Operationen zu behandeln ſtrebt. Die neuerdings wieder ſo mächtig gewordenen Einflüſſe des Hrn. v. Abel in München zeichnen uns die Perſpektiven dieſer Politik, die, wenn ihre Früchte reifen ſollten, Preußen in eine iſolirte Lage zurückdrängen und es in ſeiner deutſchen und europäiſchen Stellung zerreiben wird. Die preußiſche Regierung würde dann den Dank für ihre jetzige, die Geſchicke Deutſchlands preisgebende und durcheinanderwerfende Politik einärnten! Was den Antheil des ſchleſiſchen Fürſtbiſchofs an den geheimnißvollen Konferenzen in Wien anbetrifft, ſo fehlt es darüber nicht an mancherlei Deutungen. Man kennt den hohen und charaktervollen Standpunkt, welchen Hr. v. Diepenbrock in der kirchlichen wie in der wiſſenſchaftlichen Welt ſtets eingenommen; man weiß aber auch, daß er den neueren politiſchen Richtungen auf das Entſchiedenſte gegenüberſteht und danach ſtets die Verwaltung der Diöceſe Schleſien bemeſſen hat!

Köln, 19. Mai. Die Neue Rheiniſche Zeitung, die ſeit dem 1. Juni 1848 hier erſcheint, hat heute ihre letzte Nummer, und zwar in rother Schrift, ausgegeben. „War die Seele der (Pariſer) Junirevolution nicht die Seele unſerer Zeitung?" frägt ſie in ihrem letzten Leitartikel, und mit grinſendem Gelächter weiſt ſie auf die neuerdings in Paris ſich regende „revolutionäre Erhebung der franzöſiſchen Arbeiterklaſſe", auf den „Weltkrieg" hin, der, als einziges noch übriges Heil- und Hilfsmittel „den revolutionären Terrorismus" bringen wird. „Rouge! rouge!" läßt ſie ſich aus Paris ſchreiben, „Roth gewinnt, die rothe Republik iſt am Vorabend ihres Sieges... Die Demokraten! als wenn es noch Demokraten gäbe! Nein, die Sprache iſt frei geworden, es heißt nicht mehr Demokraten, es heißt die Rothen." Und in ihrem Feuilleton ruft ſie, unter hier nicht einmal anzudeutender Verletzung des weiblichen Zartgefühls, den Frauen zu: „Die Guillotine wird uns alle retten und die Leidenſchaft der Weiber!" Und mit den Geſellen dieſes Blattes hatte ſich auch ein Mann verbunden, den einſt deutſche Frauen als einen wirklichen Dichter liebten und wegen deſſen unbegreiflicher Verirrung die Muſe das Haupt verhüllt. „Und ſo lieg' ich nun da in meiner Kraft," ſingt Freiligrath in einem ſogenannten politiſchen Abſchiedswort der Neuen Rheiniſchen Zeitung, „eine ſtolze Rebellenleiche!" (C. Z.)

Düſſeldorf, 18. Mai. Ich meldete Ihnen bereits vor einigen Tagen, daß der Anhang der Gräfin **Hatzfeld** von hier verwieſen iſt; der Sohn Paul ebenfalls und iſt dieſer unter der beſondern Aufſicht ſeines Vaters nach Schönſtädt verwieſen; ehe er dahin abreiſte und als er ſich noch in Köln befand, wünſchte die Gräfin Hatzfeld ihn noch einmal zu ſprechen und deshalb dorthin zu fahren. Sie ſchrieb an die Polizeibehörde einen Brief und bat um Begleitung des dienſtthuenden Kommiſſärs, damit ſie nicht als Opfer der Rache fiele; **natürlich wurde ihr dies gewährt**. Die Entrüſtung des Militärs ſoll ſie dadurch noch beſonders angeregt haben, daß ſie, vor einigen Tagen des Abends einem Soldaten mit ſeinem Mädchen begegnend, das Mädchen ſchalt, daß ſie ſich mit ſo einem Preußen gemein mache, worauf das Mädchen ihr einfach durch eine derbe Maulſchelle geantwortet haben ſoll und hinzufügte, ſie ſolle doch nur froh ſein, wenn ein Preuße ſie nur anſehen wolle und ihr nicht den Rücken drehe! (D. Ref.)

* Die berühmte Dame iſt ſeitdem in Köln verhaftet, um die Haft von einigen Monaten, zu welcher ſie verurtheilt iſt, abzubüßen.

Trier, 20. Mai. Dr. Grün iſt dieſen Morgen gefänglich hier eingebracht worden. Man ſoll ihn in der Gegend von Hermeskeil verhaftet haben. (Aach. Z.)

Landau, 19. Mai. Abermals haben 700 Mann Soldaten mit Sack und Pack die Feſtung verlaſſen und ſich unter die Reihen der Volkswehr geſtellt. Die äußeren Werke ſind bereits nicht mehr beſetzt und ſeit heute verſehen die Offiziere die Dienſte von Gemeinen, um die nothwendigſten Poſten noch beziehen zu können. (D. f. Z.)

(Die lithogr. Büllettins des Pfälzer Landesausſchuſſes wollen wiſſen, auch bei dem neulichen Angriff auf die Feſtung ſei das Geſchütz von Offizieren bedient worden).

Tübingen, 20. Mai. Heute, nach der Morgenkirche, wurde die Reichsverfaſſung von der Rathhauskanzel verkündet, wobei die zur Feier des Aktes ſehr zahlreich ausgerückte Bürgerwehr nach vollendeter Verleſung den Eid auf die Verfaſſung leiſtete mit der Formel: „Ich ſchwöre Treue der deutſchen Reichsverfaſſung, ſo wahr mir Gott helfe.“ Das vor einigen Tagen erſchienene Studentenverzeichniß zeigt 755 Studirende, nur 8 weniger als voriges Semeſter. Die Zahl der Ausländer beläuft ſich auf 98. (Schw. M.)

Hannover, 18. Mai. Die Nachricht von der Ernennung des neuen Reichsminiſteriums macht auf unſer Publikum ziemlich denſelben Eindruck, den das Erſcheinen Grävells auf der Miniſterbank in der Paulskirche hervorgerufen hat. Bleibt man auch bei dem Namen des Miniſterpräſidenten, des Ernſtes der Sache halber, mühſam in der nöthigen Faſſung, ſo iſt es von einem geborenen Hannoveraner doch zu viel verlangt, bei dem Namen des neuen Juſtizminiſters den krampfhaften Erſchütterungen des Zwerchfells Ruhe zu gebieten. Man ſieht es wird täglich leichter es in Deutſchland zu etwas zu bringen. Man darf nur die Schellenkappe mit Geſchicklichkeit zu tragen und das Pritſchholz mit der nöthigen Frechheit zu führen verſtehen, und man ſchläfe ſich ohne Weiteres zum Reichsminiſter. Die Sache iſt für die Hannoveraner faſt zu ſpaßhaft, um von der bitteren Ironie berührt zu werden, die das deutſche Volk darin finden muß. (Weſ. Z.)

Hannover, 20. Mai. Die Deputation der oſtfrieſiſchen Stände, welche noch einmal die Forderungen des Landes: unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und des Wahlgeſetzes, ſofortige Ausſchreibung neuer Wahlen zur zweiten Kammer und Einberufung der allgemeinen Ständeverſammlung und Entlaſſung des Miniſteriums Stüve, an den Thron bringen ſollte, hat keine Audienz erhalten können. Der König iſt krank, lautete die Antwort auf ihre Bitte vorgelaſſen zu werden. Auf eine weitere Frage, ob nach Geneſung Sr. Majeſtät die Deputation empfangen werde, ward nichts Beſtimmtes erwiedert. Zwei Kompagnien der Bürgerwehr ſind auf dieſen Abend konſignirt um „bei vorkommenden Unruhen“, wie es in den Kompagniebefehlen heißt, gleich zum Ausrücken bereit zu ſein. (Weſ. Z.)

Karlsruhe, 20. Mai. Heute Nachmittag 3 Uhr iſt ein Bataillon Pforzheimer Freiſchaaren hier eingerückt, um Wachtdienſt zu übernehmen. Geſtern Abend ſollen viele Exemplare der Proklamation des Großherzogs in den Straßen gefunden worden ſeyn, dennoch ſind dieſelben ſelten zu ſehen. Ein großer Theil des Militärs iſt zweifelhaft und bereut den geſchehenen Schritt. Vielen ſind die neugewählten Führer ſchon jetzt nicht mehr behaglich. (Schw. M.)

Karlsruhe, 21. Mai. Heute wird allgemein folgende Anekdote erzählt: Der hieſige Kaffeewirth Kappler wird zu Bürger Ziegler, der gegenwärtig Polizeichef iſt, vorgeladen, weil in ſeiner Wirthſchaft die Proklamation des Großherzogs vorgeleſen wurde, und erhält darüber einen Vorhalt. Bürger Kappler erwiedert, wenn einer ſeiner Gäſte dieſelbe mitgebracht und vorgeleſen habe, ſo könne er das nicht wohl verbieten; Bürger Ziegler bemerkt darauf, Kappler möge ſich mit Derartigem in Acht nehmen, da ihm ſonſt ſein Haus von Soldaten demolirt werden könnte. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 23. Mai. Die Karlsruher Zeitung bringt heute nur Eine Proklamation: eine Anſprache des neuen Oberbefehlshabers der Volkswehr, J. Ph. Becker, an die Mannſchaft. Wir entnehmen ihr die folgende Stelle: „Wir Alle kennen das große Fragezeichen, das mahnend auf Europa's Erde liegt, das mit dem Loſungsworte: „Entweder, oder“ alle Völker zum heiligen Kampfe ruft. Ob frei oder koſakiſch? das iſt die große Frage. Es wäre ein Verrath, ſich nicht zu empören, nicht Rache zu ſchwören gegen den Verrath der Koſaken auf den Thronen, im eigenen Hauſe, im eigenen Lande.“ Weiter heißt es: „Wir haben als Wehrmänner nicht zu demonſtriren, ſondern zu exequiren, wir müſſen ganz der That angehören, und ohne ihre Vollendung an Dekreten und Proklamationen wenig Geſchmack finden.“

* **Wiesbaden**, 22. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde der Antrag geſtellt, die Regierung zu erſuchen, an die Stelle des ausgetretenen Max v. Gagern möglichſt bald einen Stellvertreter wählen zu laſſen. Die Kammer trat mit allen gegen eine Stimme dieſem Antrage bei.

Bremen, 20. Mai. Der bisherige Reichshandelsminiſter Hr. Duckwitz iſt geſtern hier wieder eingetroffen. Eine, Abends nach ſeiner Ankunft von zahlreichen Freunden und Verehrern ihm dargebrachte Nachtmuſik gab demſelben Gelegenheit, über das, was ungeachtet alles Widerſtandes und aller Hinderniſſe doch für Deutſchlands Einheit zu Stande gebracht und dauernd gewonnen ſei, ſowie über die darauf zu gründenden Hoffnungen ſich auszuſprechen. (Weſ. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 19. Mai. Der Ausſchuß zu Dublin, welcher damit beauftragt iſt, ein Bittgeſuch an den Lordſtatthalter um Milderung des über die iriſchen Staatsgefangenen, Smith O'Brien und Genoſſen, verhängten Strafurtheils anzufertigen, hatte den Lordſtatthalter erſuchen laſſen, einen Tag feſtzuſetzen, an welchem er eine Deputation in dieſer Angelegenheit zu empfangen geneigt ſei. Graf Clarendon ließ zurück ſagen, daß er einen ſolchen Tag nicht beſtimmen könne, da er unverzüglich ſich nach London begeben müſſe und er nicht wiſſen könne, wie lange ihn die Staatsgeſchäfte dort feſthalten würden. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten, wenn es möglich iſt, kläglicher als je; Hunger und Tod machen immer gewaltigere Fortſchritte. Im Armenarbeitshauſe zu Dungarvan betrugen die Sterbefälle täglich im Durchſchnitt 20. Sechs Männer ſind fortdauernd mit der Anfertigung von Särgen beſchäftigt. Die Zahl der Todesfälle im Cholera-Hoſpital betrug im Ganzen 250. Viele Fälle kommen jedoch gar nicht zur Anzeige.

Am heutigen Tage, als am Geburtstage der Königin, fand eine Truppenparade ſtatt, welcher Prinz Albert, in der Uniform eines Oberſten der ſchottiſchen Gardefüſeliere, und der Herzog von Wellington in Feldmarſchalluniform, gefolgt von mehreren ausgezeichneten Generalen und einem glänzenden Generalſtabe, beiwohnten. Eine unabſehbare Maſſe von Menſchen hatte ſich zu dieſem militäriſchen Schauſpiel verſammelt und brachte dem Prinzen und dem alten Herzog laute Lebehoch. Von vielen Kirchthürmen wehten Flaggen, auch wurde in den Straßen der Stadt zu Ehren des Tages viel gefiedelt und geſungen. Im Weſtend traf man große Vorkehrungen zu einer glänzenden abendlichen Illumination. Die Engländer erinnern noch immer an jenen Unterthan der Königin Eliſabeth, der, nachdem ihm eines Vergehens wegen die rechte Hand abgehauen worden, die linke in die Luft erhob mit dem Rufe: Hoch lebe die Königin!

Zu den gefallenen Größen unſerer Zeit kann man nun auch wohl den „Eiſenbahnkönig“, Hrn. Hudſon, rechnen. Obgleich ſich ihm, ſtreng genommen, nichts Unrechtliches nachweiſen läßt, ſo hat doch die Art, wie er das Eiſenbahn-Monopol für ſich ausgebeutet hat, ihm eine Menge Feinde und Neider auf den Hals gezogen. Seine rechtfertigenden Erklärungen, die er noch neulich im Unterhauſe abgab, ſcheinen ihm nichts geholfen zu haben, da er ſich nun doch veranlaßt ſah, die Vorſtandſchaft bei der „York und North Midland Eiſenbahn“ niederzulegen. Die M. Poſt ſucht ihn zu vertheidigen, weiß aber keinen triftigeren Entſchuldigungsgrund für ihn beizubringen, als den, daß es Andere ja auch nicht beſſer gemacht hätten!

Frankreich.

* **Paris**, 21. Mai. Das Siecle erklärt, ermächtigt zu ſein zu der Erklärung, daß weder Herrn Dufaure noch dem General Lamoriciere Eröffnungen wegen ihres Eintritts in das Kabinet gemacht worden ſeien. Die Abſicht des gegenwärtigen Miniſteriums, zurückzutreten, iſt darum nicht minder gewiß.

Die Wahlen ſind nun ſo ziemlich alle bekannt. Das Journal des Debats gibt folgende Zuſammenſtellung. Es ernannten 38 Departements lauter gemäßigte Vertreter, an der Zahl 347; 15 Depart. lauter ſocialiſtiſche Vertreter, an der Zahl 116; 30 Depart. Vertreter von verſchiedenen Meinungen, wovon: Gemäßigte 164; Socialiſten 101. Wenn man die noch fehlenden 3 Departements und die Kolonien abrechnet, ſo beſtände die legislative Verſammlung aus 217 Socialiſten und 511 Gemäßigten, worunter übrigens wenigſtens 150 Republikaner von der Schattirung Dufaure und Cavaignac ſich befinden, welche bei allen die Exiſtenz der Republik betreffenden Fragen mit den Socialiſten ſtimmen werden. Die Wahl der Feldwebel Boichot, Rathier, (des letzteren in Lyon) beſchäftigt fortwährend die Journale in verſchiedenem Sinn. Namentlich von Boichot hatten die antiſocialiſtiſchen behauptet, er ſei eigentlich kein Socialiſt.

Darauf erwiedert Fique unter der Ueberſchrift: Erklärung des Feldwebels Boichot, folgendes: Wenn das Gewiſſen und das Pflichtgefühl nicht hinreichen, um die Parteien zur Wahrhaftigkeit zu bewegen, ſo ſollte wenigſtens ihr eigenes Intereſſe von der Lüge zurückhalten. Wozu nützt die Lüge als zur Erniedrigung und zum Verderben ſeiner ſelbſt? Was haben die „Rechtlichen und Gemäßigten" dabei gewonnen, das Bankett der ſozialiſtiſchen Unteroffiziere auf freche Weiſe zu leugnen, indem ſie zugleich ihre willkürlichen Verfolgungen gegen die ſocialiſtiſchen Ideen verdoppelten, deren tiefes Eindringen in die Armee ihnen bekannt war? Sie haben dadurch die Soldaten nur gereizt und die ſocialiſtiſche Propaganda in ihren Reihen beſchleunigt. Jetzt verſuchen gewiſſe „rechtliche" Leute die Lüge zu verbreiten, daß die beiden gewählten Unteroffiziere weder Demokraten noch Socialiſten ſeien. Der Feldwebel Boichot bringt uns folgende Erklärung, welche dieſe Lüge hinreichend widerlegt: „Herr Redakteur! Gewiſſe Reaktionärs, die vergeblich die Willkür in Bewegung geſetzt haben, um meine Wahl zu verhindern, ſuchen durch ein Syſtem niedriger Verleumdungen Zweifel zu erheben über die Aufrichtigkeit meiner demokratiſchen und ſocialiſtiſchen Ueberzeugungen. Ich ſetze dieſer gehäſſigen Taktik nur ein entſchiedenes Dementi entgegen. Brüderlichen Gruß. Boichot, Feldwebel im 7. leichten Regiment."

Zugleich fahren die ſocialiſtiſchen und demokratiſchen Journale fort, den Krieg, namentlich gegen Oeſterreich, zu predigen. Als Beweis, daß auch die Regierung den Gedanken eines Krieges aufgegriffen habe, führt man die unerwartete Ankunft Bugeaud's an. Er ſoll einem Kriegsrath beiwohnen, den der Präſident morgen unter Aſſiſtenz aller bedeutenderen Generäle zu halten wünſcht. Auch iſt es bezeichnend, daß man der italieniſchen Expedition eine große Ausdehnung geben zu wollen ſcheint. Der Diviſionsgeneral Raillant iſt zum ſpeciellen Befehlshaber des Genies derſelben, der Diviſionsgeneral Roſtolan zum Befehlshaber der 2. Infanteriediviſion, der Brigadegeneral Thiry zum ſpeciellen Befehlshaber der Artillerie ernannt worden. Mehrere hohe Offiziere haben außerdem verſchiedene Kommandos bei der italieniſchen Armee erhalten.

Leon de Maleville, der nicht wieder gewählt worden iſt, ſoll mit einer neuen Sendung an das Berliner Kabinet abgehen. Rusconi, römiſcher Miniſter des Aeußern, iſt hier angekommen, um im Namen der Triumvirn einen Ausgleichungsplan mit dem Papſte vorzuſchlagen. Drouin de l'Huys hat ihm ſogleich eine Privataudienz gegeben. Heute Mittag hält der Präſident abermals eine große Heerſchau auf dem Marsfelde über die ganze erſte Militärdiviſion ab. Changarnier hatte die in Paris anweſenden Offiziere durch ein beſonderes Cirkular zahlreich zu erſcheinen aufgefordert. Allerlei bedenkliche Gerüchte von einem Staatsſtreiche waren hierbei im Umlaufe: man wolle, heißt es, den wahren Geiſt der als ſozialiſtiſch verſchrieenen Trupen kennen lernen und eine Manifeſtation hervorrufen, im Fall der dem Präſidenten von den Truppen gemachte Empfang ein günſtiger ſei. Einen kühnen Streich vor der Vereinigung der neuen Verſammlung auszuführen, ſei der einzige Weg, um der drohenden Gefahr des Sozialismus zu entgehen. Die Heerſchau iſt jedoch ruhig abgelaufen, und die Truppen riefen beim Defiliren: „Nieder mit den Rothen, es lebe Napoleon!"

Die heutige Berathung der Nationalverſammlung drehte ſich nur um gleichgültige Gegenſtände. Morgen wird Sarrans Interpellationen wegen der italieniſchen Frage und der ruſſiſchen Intervention ſtellen.

An der heutigen Börſe hat das ruſſiſche Manifeſt die Courſe abermals bedeutend fallen machen; 5pCt. ſtehen 78,30; 3pCt. 48,50; Bankaktien 18,50.

Spanien.

Madrid, 9. Mai. Heute reiſt General Cordova von hier ab, um den Befehl über ungefähr 5000 Mann zu übernehmen, die ſich in Barcelona nach den päpſtlichen Staaten einſchiffen. Schon am 29. April hat, wie Sie wohl ſchon wiſſen werden, das ſpaniſche Geſchwader im tyrrheniſchen Meere ſich der römiſchen Grenzſtadt Terracina bemächtigt, um den neapolitaniſchen Truppen das Einrücken in den Kirchenſtaat zu erleichtern. Die Anweſenheit der Franzoſen und die Proklamation ihres Generals hat den übrigen katholiſchen Völkern nicht gefallen können, und es iſt nur zu bedauern, daß Spanien ſich ſo ſpät zu dieſem wohlgeziemenden Seezug entſchloſſen hat. Die nach Italien beſtimmten Truppen ſind die Regimenter San Marcial, Arapiles und Reina Gobernadora, ein Grenadierbataillon und einige Artillerie und Reiterei. Es ſind abgehärtete Truppen, von tüchtigen Offizieren befehligt, ſo daß, wenn es ihnen vergönnt iſt, noch thätigen Antheil an den Operationen zu nehmen, ſie der ſpaniſchen Fahne gewiß Ehre machen werden. Sie dürften aber wahrſcheinlich zu ſpät kommen. Den Bürgerkrieg in Catalonien kann man als beendigt anſehen. Die auf allen Punkten geſchlagenen Faktionen löſen ſich auf, und ſuchen den Weg nach Frankreich. Die Landgemeinden weiſen ſie nachdrücklich zurück und die verfolgenden Truppen laſſen ſie nirgends zu Athem kommen. Täglich hören wir von Facciosos, die gefangen genommen, oder über die Grenze entwichen ſind; viele andere flehen die königliche Gnade an. Die Hauptanführer der Inſurrektion, kann man ſagen, ſind vollſtändig zerſprengt, und nur einzelne kleine Haufen irren flüchtig in den Bergen umher. Es ergibt ſich nun aber die Frage: was ſoll die Regierung mit all dieſen brodloſen und immer zu Unruhen aufgelegten Menſchen anfangen? So taucht, da kaum die eine Schwierigkeit aufhört, ſchon eine neue auf. Früher ſchickte man ſolche Leute nach Cuba und Puertorico; aber die Behörden dieſer Kolonien klagen und verbitten ſich weitere Zuſendungen der Art. Gleichwohl von dem Entſchluß, den die Regierung in dieſer Sache faſſen wird, hängt es ab, ob wir endlich Ruhe bekommen ſollen, oder nicht. In Andaluſien hat man eine carliſtiſch-republicaniſche Verſchwörung entdeckt, welche die Bildung kleiner Guerrillas zum Zweck hatte, um dadurch die Truppen zu ermüden und ſich jenes reichen Landes zu bemächtigen, damit die Regierung ihre Aufmerkſamkeit und ihre Kräfte zwiſchen Catalonien und Andaluſien theilen müſſe. Die Verſchwörung iſt unterdrückt. Man ſpricht wieder einmal von einer Miniſterkriſis, und gibt als einen Grund derſelben die Vorlegung der Tarife an. Ein Theil der Miniſter, heißt es, wünſcht, daß dieſelben noch in den jetzigen Cortes diskutirt werden, während andere der Meinung ſind, daß man ſie jetzt zwar vorlegen, die Berathung aber bis zur nächſten Seſſion ausſetzen ſolle, damit dieſe wichtige Frage recht überdacht und vorläufig von der Preſſe zurechtgelegt werden könne. Indeſſen darüber wird das Miniſterium Narvaez ſchwerlich zerfallen. (A. Z.)

Italien.

* **Venedig**. Der Verlauf der bisherigen Operationen gegen das Fort Malghera iſt folgender: Am 4. gegen Mittag demaskirten die Oeſterreicher 5 Batterien, welche das Baſtion Nr. 6 umgaben und eröffneten ein furchtbares Feuer. Die Beſatzung des Forts begab ſich in guter Ordnung an ihre verſchiedenen Poſten und hielt das Feuer während 7 voller Stunden aus. Die Oeſterreicher hörten gegen 8 Uhr Abends zu feuern auf, ohne den Venetianern erhebliche Verluſte beigebracht zu haben, deren gut bediente Artillerie im Gegentheil ſehr viel Wirkung that. Am 5. wurde der Angriff wieder begonnen, allein von der Artillerie des Forts zurückgewieſen. Am 6. um 7 Uhr Morgens brachte eine Abtheilung öſterreichiſcher Tirailleurs die venetianiſchen Vorpoſten zum Weichen, allein das Feuer der Feſtung zwang die Oeſterreicher zum Rückzug und zerſtörte einen Theil der begonnenen Belagerungsarbeiten. In der Nacht vom 6. auf den 7. wurden zwei Ausfälle gemacht, jeder von 2 Kompagnien mit dem Zweck, die feindlichen Arbeiten zu rekognoſziren. Die Venetianer verloren hierbei nur 2 Verwundete. Am 7. führte der Major Roſſarol, Kommandant der Lünette Nr. 13 des Forts Malghera eine Abtheilung Venetianer mitten unter die feindlichen Arbeiter und zwang dieſelben trotz der zahlreichen, ſie beſchützenden Tirailleurs zur Einſtellung ihrer Arbeit. Zwei andere Ausfälle, der eine auf der Eiſenbahn, der andere längs des Kanals von Meſtre, ſtellten heraus, daß die Belagerungsarbeiten nur ſehr langſam vorrücken. Korreſpondenten aus Meſtre und Terra Firma melden bedeutende Verluſte von Seiten der Oeſterreicher. In 3 Tagen ſind zwanzig Wagen mit Verwundeten in den Spitälern von Padua, Vicenza und Treviſo angekommen.

F. M. L. Haynau hat am 10. aus dem Hauptquartier Papadopoli bei Meſtre eine Zuſchrift an den engliſchen und franzöſiſchen Konſul in Venedig erlaſſen, ſie möchten die Kommandanten der im Hafen von Venedig liegenden fremden Schiffe erſuchen, die venetianiſchen Gewäſſer bis zum 20. Mai zu verlaſſen, indem die Blokade von Venedig ein Belagerungszuſtand geworden ſei und die Anweſenheit fremder Schiffe daher nicht mehr geduldet

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 24. Mai. Berathungen der Regierungsbevollmächtigten. Oberſt Fiſcher abgereiſt. Rückkehr des Hrn. v. Bally). Wien (Der Kaiſer nach Ollmütz. Welden in Tyrnau. General Benedek. Ungariſche Nachrichten. Konferenzen in Ollmütz). Ollmütz (Der Kaiſer nach Warſchau). Berlin (Der König von Würtemberg. Die Vereinbarung geſcheitert. Hr. D'Eſter. Hr. Lowenſtein). Münſter (Standrechtliche Hinrichtungen in Iſerlohn). Koblenz (Ankunft des Großherzogs von Baden). München (Die Rechte und das Centrum der Kammer. Ungewiſſe Zukunft). Nürnberg (Soldatenexzeſſe). Darmſtadt (Kammerbeſchluß in der deutſchen Sache). Aus dem nördlichen Schleswig (Die Beſchießung von Fridericia).

Großbritannien. London (Attentat auf die Königin).

Italien. (Ancona eingeſchloſſen. Oudinot's Inſtruktionen. Kein Aufſtand in Palermo).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 24. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 24. Mai.

Tagesordnung. 226. öffentliche Sitzung.
Eventuelle Behandlung der vorliegenden dringlichen Anträge:
1) Vom Abgeordneten Eiſenſtuck, die Abberufung der ſächſiſchen Abgeordneten betreffend.
2) vom Abgeordneten Umbſcheiden, eine Anſprache an das deutſche Volk betreffend.
3) Vom Abgeordneten Rauwerk, den Schutz der National-Verſammlung betreffend.

Die Gallerien, namentlich die ungeſperrten, ſind gefüllt, die Abgeordnetenplätze leer. Das Haus hat blos noch Eine beſetzte Seite, die linke. Auf Namensaufruf antworten, Dank den Anſtrengungen, die gemacht worden ſind, die Mitgliederzahl nicht unter die Beſchlußfähigkeit (150) ſinken zu laſſen, 155 Abgeordnete mit „Hier." Darunter die HH. Eiſenmann und Venedey, die neuerdings durch Krankheit vom Erſcheinen abgehalten waren, ferner Hr. Schlöffel, der in Baden beſchäftigt war. Der Präſident Hr. Theodor Reh erklärt darauf gegen 11 Uhr die Sitzung für eröffnet.

Austrittserklärungen erfolgen von den HH. Anz, Braun von Cöslin, Bonardy, Friedrich aus Bamberg, Kämmel aus Zittau, Lammers aus Erlangen, Maly aus Wien, Deymann, v. Vincke, Becker aus Gotha und Gevekoht aus Bremen.

Für Hrn. Bonardy meldet ſich brieflich Hr. Ferd. Schröder als Stellvertreter an. Für Hrn. Friedrich v. Raumer tritt Hr. J. Jacoby als Stellvertreter ein. Der Präſident gibt dem Hauſe Kenntniß von folgenden Mittheilungen aus dem Reichsminiſterium des Innern:

Der Reichsminiſter des Innern
an
den Präſidenten der hohen Reichsverſammlung Hrn. Reh dahier.

Es iſt geſtern das in Abſchrift anliegende Schreiben einer angeblichen proviſoriſchen Regierung der Rheinpfalz bei dem Herrn Reichsverweſer eingegangen.

Da die von der Reichsverſammlung beſchloſſenen Grundrechte ſelbſt in §. 195. eine jede Schilderhebung und eigenmächtige Aenderung der Landesverfaſſung unterſagen, ferner die Verfaſſung des Königreichs Baiern den Vertretungen einzelner Landestheile überhaupt ſolche politiſche Befugniß nicht beilegt, mithin die Selbſtkonſtituirung einer andern Regierung, als der geſetzlich eingeführten, für ein verbrecheriſches Unternehmen erachtet werden muß, hat zur Zeit von dieſer eingegangenen Anzeige keine Kenntniß genommen werden können, ſondern dies ausgeſetzt bleiben müſſen bis in dieſem Theile des Reichs die Ordnung und das Geſetz wieder hergeſtellt ſein werden. Frankfurt, 23. Mai 1849. Dr. Grävell.

Das Schreiben der proviſoriſchen Regierung lautet:

Ew. kaiſerlichen Hoheit

verfehlen wir nicht anzuzeigen, daß die Verſammlung der pfälziſchen Volksvertreter zu Kaiſerslautern vom 17. Mai d. J. die Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung beſchloſſen hat, um einentheils der drohenden Anarchie kräftig entgegen zu wirken und anderntheils der Bewegung zu Durchführung der Reichsverfaſſung mehr Nachdruck und Einheit zu geben.

Zu Mitgliedern der proviſoriſchen Regierung wurden die Bürger Reichard, Culmann, Hepp, Schüler und Kolb, und als Erſatzmänner derſelben die Bürger Greiner, P. Fries und N. Schmitt gewählt.

Die proviſoriſche Regierung hat ſich noch am geſtrigen Tage konſtituirt.

Kaiſerslautern, 18. Mai 1849.

Die proviſoriſche Regierung der Rheinpfalz.
gez. P. Fries. N. Schmitt. Hepp. Greiner. Reinhard.

An Flottenbeiträgen ſind 3707 fl. durch Hrn. Ed. Vieweg in Braunſchweig geſammelt eingegangen (Bravo!) Auch wird wieder eine lange Liſte von Anhänglichkeitsadreſſen (darunter eine von 4000 Bürgern von Potsdam) angezeigt.

Hr. Schulz aus Weilburg ruft das Reichsminiſterium an: ob es wahr ſei, daß Preußen die Centralgewalt aufgefordert habe, die Nationalverſammlung mit Gewalt der Waffen zu ſprengen, die Reichsgewalt in die Hände des Königs von Preußen zu übergeben; ob von Seiten Preußens über einen Frieden mit Dänemark unterhandelt werde und zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover ein Sonderbündniß und unter welchen Bedingungen es abgeſchloſſen ſei. Der Reichsminiſter läßt die Antwort darauf auf die erſte Sitzung nach dem Feſte zuſagen. (Gelächter. Post festum!)

Für den dringlichen Antrag des Vicepräſidenten Hrn. Eiſenſtuck erhebt ſich die ganze Verſammlung. Zum Worte meldet ſich Niemand darüber und mit Ablehnung eines Verbeſſerungsantrags des Hrn. v. Dieskau wird — faſt mit Stimmeneinhelligkeit — nach dem Eiſenſtuck'ſchen Antrag beſchloſſen:

„Die ſächſiſchen Abgeordneten ſind nicht berechtigt auf Grund der Abberufung Seitens der ſächſiſchen Regierung ihrem Berufe als deutſche Nationalvertreter ſich zu entziehen."

Mit derſelben Mehrheit und ohne Berathung wird der Antrag des Abgeordneten Hrn. Umbſcheiden angenommen. Der Dreißiger Ausſchuß wird demnach mit dem Entwurf einer Anſprache an das deutſche Volk beauftragt, der in nächſter Sitzung vorzulegen iſt.

In Bezug auf beide Abſtimmungen hält Hr. Böcler für ſich und die kleine Minderheit ſeiner politiſchen Freunde das Protokoll zu einer abzugebenden Erklärung offen.

Dem Rauwerck'ſchen Antrage dagegen, die Reichsverſammlung unter den Schutz des Freiſtaates Frankfurt zu ſtellen, wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt, desgleichen wird ſie verweigert einem Antrage von Hrn. Schorn und Genoſſen auf Vertagung der Reichsverſammlung auf unbeſtimmte Zeit.

Ueber einen Antrag des Hrn. Rösler aus Oels, den Stellvertreter des Abgeordneten Henſel, Hrn. Blöde in Dresden unter Aufhebung der über ihn verhängten Haft einzuberufen, erfolgt eine kurze Debatte.

Vizepräſident Hr. Biedermann: Mir ſind weder die rechtlichen Fragen, die hier einſchlagen, noch die Verhältniſſe bekannt genug, um mich ſofort nach dem Rösler'ſchen Antrage zu entſcheiden. Er verlangt deshalb, daß derſelbe einem Ausſchuſſe übergeben werde. Hr. Freudentheil aus Hannover unterſtützt die Meinung Biedermann's, und nachdem ſich auch Hr. Rösler mit der Verweiſung an einen Ausſchuß einverſtanden erklärt, geht der Antrag an den Centrallegitimationsausſchuß zur Begutachtung.

Hr. Würth aus Sigmaringen will die Verfügungen des Miniſteriums Grävell für null und nichtig erklärt und die nöthigen Schritte zur Herſtellung einer anderweiten Exekutive gethan ſehen. Die Dringlichkeit findet nicht die nöthige Unterſtützung.

Endlich hat noch einen dringlichen Antrag eingebracht Hr. Nagel aus Bahlingen: daß die Abgeordneten, die auf ergangene Aufforderung binnen 10 Tagen in Frankfurt nicht eintreffen, als auf ihre Vollmachten verzichtend betrachtet werden ſollen. Derſelbe wird ebenfalls nicht für dringlich erkannt.

Während noch in Bezug auf die in letzter Sitzung erfolglos gebliebene Abſtimmung über die von Hrn. Goltz beantragte Herabſetzung der Beſchlußfähigkeitsanzahl des Hauſes auf Einhundert eine kurze Verhandlung Statt findet, treten die Hrn. Grävell, Merck und Fürſt A. Wittgenſtein in den Saal, um auf der Miniſterbank vor dem linken Centrum Platz zu nehmen. Sie verlaſſen jedoch nach einer Anweſenheit von nur wenigen Minuten die Paulskirche wieder.

Die Abſtimmung über den Goltziſchen Antrag wird ſodann abermals durch Namensaufruf wiederholt. Einigen Trümmern der zerſprengten Rechten, die ſich auch heute wieder entfernen wollen, wird das „Nichtweglaufen!" hart genug entgegengerufen und ſo ergeben ſich denn 115 bejahende und 35 verneinende Stimmen, mithin eine für die Beſchlußfähigkeit gerade hinreichende Theil-

nahme! Als demnach der Präſident dies Reſultat verkündet, brechen die Mitglieder und die Gallerien in Applaus aus.

Schließlich wird noch mitgetheilt eine gemeinſchaftliche Austrittserklärung *) der Herren Widenmann, Küntzel, Bauer aus Bamberg, Fallati, Zeltner, Krafft, Hans von Raumer, Sprengel, Tellkampf, Stahl, v. Zerzog, Emmerling, Wernher von Nierſtein, Francke, Steindorff, C. F. Wurm, Michelſen, Esmarch, Barth, Rümelin, Schierenberg, Siemens.

Die ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten Francke, Steindorff, Michelſen, Esmarch fügen der obigen Erklärung noch eine beſondere ihre eigenthümlichen Landesverhältniſſe berückſichtigend hinzu. Von den HH. v. Wydenbrugk, Biedermann, Gier, Böcler, Schorn erfolgt die vorhin angekündigte protokollariſche Erklärung dahin, daß ſie gegen den Umbſcheiden'ſchen Antrag geſtimmt haben würden, wenn ihnen das Wort nicht abgeſchnitten worden wäre.

Die nächſte Sitzung wird für Morgen Mittag 12 Uhr angeſagt.

Frankfurt, 23. Mai. Geſtern Abend ſind die Bevollmächtigten der deutſchen Regierungen, welche im Laufe des Tages ſchon einmal verſammelt waren, abermals zuſammengetreten, um der Sage nach über das Verlangen der königlich preußiſchen Regierung zu berathen, daß der Erzherzog-Reichsverweſer zurücktrete, und die Leitung der deutſchen Angelegenheiten auf Preußen übergehen laſſe. Der Erzherzog ſoll ſich bisher beharrlich geweigert haben. Was die Bedenken der Bevollmächtigten hauptſächlich anregt, iſt die Abgeneigtheit Oeſterreichs, auf das Berliner Verfaſſungs-Projekt einzugehen, und die poſitive Weigerung Baierns. Dagegen ſcheint Preußen mit Hannover ſo vollſtändig im Reinen, daß der erſte Oktober ſogar als der Termin bezeichnet wird, an welchem die Zollſchranken fallen ſollen. Die größten Schwierigkeiten würden die kleinen Regierungen aber in ihren eigenen Ländern gegen die Forderung Preußens ſich erheben ſehen, weil die Reichsverfaſſung in denſelben anerkannt, von Preußen aber verworfen iſt. Alles dies ſoll zur Sprache gekommen ſein. Auch davon wird geſprochen, daß preußiſcherſeits der ernſte Wille erklärt worden, ohne Rückſicht auf die Centralgewalt allein den Waffenſtillſtand mit Dänemark abzuſchließen. (O. P. Z.)

Frankfurt, 23. Mai. Der königlich preußiſche Kommiſſärius, Oberſt im Generalſtabe, Hr. Fiſcher, iſt wieder abgereiſt, wie man ſagt, unverrichteter Dinge, da er von dem Hrn. Reichsverweſer keine Entſcheidung über deſſen Bleiben oder Gehen hat erlangen können. (O.P.Z.)

Frankfurt, 23. Mai. Heute Nachmittag iſt der Abgeordnete v. Bally, welcher von Sr. kaiſerlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweſer mit Depeſchen nach Berlin geſandt worden, von dort wieder eingetroffen. (O. P. Z.)

△ **Wien**, 19. Mai. Der Kaiſer iſt wirklich heute abgereiſt. In ſeiner Begleitung war niemand als ſein General-Adjutant Graf Grünne. Erſt als der Wagen ſchon vorgefahren war, erhielt der Kutſcher den Befehl nach dem Bahnhofe. Das Hofperſonal erfuhr die Abreiſe erſt als der Wagen zurückkam, der den Kaiſer zur Eiſenbahn gebracht. Der Kaiſer hat ſich aber nicht, wie man vermuthete, ins Lager, ſondern nach Ollmütz begeben, von wo er vielleicht einen Beſuch in Prag machen wird, um ſeinen Oheim, bevor er Prag verläßt, noch zu ſehen. Kaiſer Ferdinand wird nämlich am 22. mit ſeiner ganzen Suite (in 18 Wagen mit 59 Pferden) ſich nach Innsbruck begeben und auf dem Wege dahin zwei Tage in Salzburg verweilen. Er hat ſeit ſeinem vorjährigen Aufenthalte eine beſondere Vorliebe für Innsbruck gewonnen, ebenſo die Kaiſerin wegen der Nähe der Kirche, die mit dem Schloß durch einen beſondern Eingang zuſammenhängt. Dieſer Ort wurde daher von beiden Majeſtäten jedem andern als Sommeraufenthalt vorgezogen.

Der Oberbefehlshaber F.-Z.-M. Welden iſt in Tyrnau eingetroffen, wohin nächſtens das Hauptquartier verlegt werden ſoll. F.-M.-L. Vogel iſt nach Preßburg berufen, wo er wahrſcheinlich eine anderweitige Beſtimmung erhalten wird. Den Oberbefehl über das 12,000 Mann ſtarke Vogel'ſche Korps hat Generalmajor Benedek bereits übernommen, der, wie ich Ihnen ſchon geſtern ſchrieb, in forcirten Märſchen längs der Karpathen, in Tyrnau eingetroffen iſt und jetzt in Trentſchin ſtehen ſoll. Seine Truppe ruhte nur Nachts wenige Stunden, und um ihr nur dieſe Ruhe zu ſichern, nahm der General in den Gegenden von ungewiſſer Geſinnung aus jedem Orte, in deſſen Nähe er lagerte, 8 der angeſehenſten Bewohner als Geißel und machte bekannt, daß er dieſelben unverzüglich werde aufknüpfen laſſen, ſobald der geringſte Verſuch gemacht würde, ſeine Soldaten im Schlafe zu überfallen.

* **Wien**, 20. Mai. Man bezeichnet den 13. Mai als den Tag, an welchem Ofen mit Sturm eingenommen worden ſei (?) und bezweifelt nicht länger dieſe Thatſache, obſchon unſere Blätter bisher das tiefſte Schweigen darüber beobachteten. Der Verluſt der Ungarn dabei ſoll über 1000 Mann betragen haben. Dagegen ſagt der heutige Lloyd: „Nach der Ausſage eines aus Peſth hier am 19. angekommenen Reiſenden hatte das Bombardement daſelbſt am 16. noch nicht aufgehört und die Angriffe der Ungarn auf Ofen waren bis dahin ohne Erfolg. Die Stadt Peſth ſoll nicht ſtark gelitten haben." Man verſichert, daß nebſt Pancſova, Karlowitz, Temeswar (?) und Arad nun auch Semlin in die Hände der Ungarn gefallen ſei. Auch ſpricht man von einem Treffen bei Raab, in welchem die öſterreichiſchen Truppen zum Rückzuge genöthigt worden. Ein allgemeiner Angriff hatte vorgeſtern auf der ganzen Linie der öſterreichiſchen Truppen ſtattfinden ſollen, wurde aber plötzlich widerrufen; dieſer Widerruf ſoll dem Corps des F.-M.-L. Zeisberg zu ſpät oder gar nicht zugekommen ſein und die Gefangenſchaft dieſes Generals mit dem größten Theil ſeiner Truppen herbeigeführt haben. Bei den mannigfach hier vorwaltenden Sympathien für die ungariſche Sache iſt jedoch die größte Vorſicht hinſichtlich der Aufnahme dieſer und ähnlicher Nachrichten zu beobachten. Stratimirovich ſcheint ſein Kommando zu Gunſten des Oberſten Puffer niedergelegt zu haben. Aus Hradiſch wird unterm 17. d. M. geſchrieben, daß ruſſiſche Stabsoffiziere und Ingenieure die Stadt und Schanzgräben zur ſtrategiſchen Befeſtigung beſichtigt haben. Die ganze, gegenwärtig ſich ſchon auf circa 28,000 Mann belaufende ruſſiſche Macht iſt

---

*) Als die 65 Abgeordneten, deren Austritt in der Sitzung vom 21. d. M. verkündet worden iſt, es aus den in ihrer Erklärung niedergelegten Gründen als ihre unabweisbare Pflicht erkannten, auf ihre weitere Thätigkeit in der National-Verſammlung zu verzichten, konnten die Unterzeichneten, die wir mit ihnen zu derjenigen Mehrheit gehörten, aus deren Händen die Reichsverfaſſung, einſchließlich der Grundrechte hervorging, nur dadurch abgehalten werden, dieſen letzten entſcheidenden Schritt gemeinſam mit ihnen zu thun, daß wir den Augenblick noch nicht für gekommen erachteten, in welchem wir die Hoffnung irgend eines gedeihlichen Erfolgs der ferneren Wirkſamkeit dieſer Verſammlung völlig aufgeben müßten.

Wir glaubten nach dem Austritt jener Männer durch einen Antrag auf Vertagung der Verſammlung wenigſtens das letzte Mittel aufbieten zu müſſen, um gefährlichen Beſchlüſſen vorzubeugen, die Ergänzung der Verſammlung zu ermöglichen und dadurch ſowohl eine wahrhafte Vertretung der Nation gegenüber der Centralgewalt als die Möglichkeit eines heilſamen Wirkens unter veränderten Verhältniſſen zu bewahren. Die Mehrheit der noch zurückgebliebenen Verſammlung hat nicht nur die Dringlichkeit dieſes Antrags verworfen, ſondern durch einen entgegengeſetzten Antrag, die Zahl der beſchlußfähigen Mitglieder noch weiter herabzuſetzen, die Abſicht an den Tag gelegt, mit einem kleinen Reſt von Abgeordneten, der weder die politiſchen Richtungen noch die Stämme und Intereſſen des ganzen Vaterlandes vertritt, eine Thätigkeit der Verſammlung fortzuſetzen, die wir in keiner Weiſe als eine der Einheit und Freiheit Deutſchlands heilbringende erkennen, als deren Folge wir vielmehr den Bürgerkrieg und die Spaltung Deutſchlands befürchten müſſen.

Wir haben in der letzten Sitzung um einen nach unſerer Ueberzeugung gefährlichen und verderblichen Beſchluß zu verhindern, von einem äußerſten Mittel parlamentariſchen Kampfes Gebrauch gemacht, indem mehrere von uns durch ihre Entfernung aus dem Hauſe die Verſammlung beſchlußunfähig machten. Da es aber unſern Grundſätzen und Gefühlen widerſtrebt, dieſes Mittel wiederholt und ſyſtematiſch anzuwenden, da wir überhaupt in der ſo zuſammengeſchmolzenen und ſo zuſammengeſetzten Verſammlung keine Möglichkeit einer weiteren dem Vaterlande nützlichen Wirkſamkeit erblicken, ſo ſehen wir uns nunmehr gedrungen unſer Mandat als Abgeordnete zur deutſchen National-Verſammlung niederzulegen.

Frankfurt, 24. Mai.

Die Unterzeichneten, welche ihren Austritt aus der deutſchen National-Verſammlung mit mehreren ihrer politiſchen Geſinnungsgenoſſen heute erklärt und unterzeichnet haben, fühlen ſich verpflichtet gleichzeitig Folgendes in dem Protokoll der National-Verſammlung niederzulegen.

Den Herzogthümern Schleswig-Holſtein angehörend, in welchen ein tapferes deutſches Heer durch glänzende Siege für das Recht, gegenwärtig noch deutſche Einheit und Kraft thatſächlich zur Erſcheinung bringt, wahren die aus dem Herzogthum Schleswig in die National-Verſammlung gewählten Unterzeichneten, dieſem Herzogthum und zugleich dem eng demſelben verbundenen Herzogthum Holſtein, alle in dem Abſchnitt I, Art. 1. § 1, dem Abſchnitt IV, Art. 2, § 87 der Reichsverfaſſung vom 28. März 1849 vorbehaltenen Rechte ſowie jedem künftigen deutſchen Parlamente, die in dem erwähnten Abſch. I. Art. §. 1. der Reichsverfaſſung begründete Befugniß und Verpflichtung über den Frieden zwiſchen Deutſchland und Dänemark endgültig zu beſchließen.

Frankfurt a. M. den 24. Mai. 1849.

Francke. Michelſen. Steindorff. H. Esmarch.

jede Stunde bereit, ſich zu ſchlagen. Auch Stangen mit Pechkränzen ſind auf den rings umher gelegenen Anhöhen angebracht worden und überall ſtehen auf 4 Stunden in der Runde ruſſiſche Vorpoſten. Niemand kann mehr weder nach Ungarn, noch von Ungarn hierher kommen. Die Ruſſen haben bereits mehrere Spione aufgefangen, unter andern auch als Frauenzimmer verkleidete Juden. Dem Vernehmen nach ſoll von hier aus die Verpflegung der ruſſiſchen Armee ſtattfinden und ſomit auch die Hauptkaſſe hierher verlegt werden. In Peſt war die Auswanderung während des Bombardements ſehr ſtark; die Stadt Waitzen iſt von Peſther Flüchtlingen ganz überfüllt und die Lebensmittel ſtiegen in letzterem Orte ſo ungemein im Preiſe, daß einige Flüchtlinge der ärmern Klaſſe wieder nach Peſth zurückkehrten.

Einige Blätter ſprachen von einer heißen Schlacht, die am 6. d. bei Kacs (im Cſaikiſten-Bataillon) zwiſchen Serben und Magyaren geſchlagen wurde und wobei nach 7ſtündigem mörderiſchem Kampfe der Sieg auf Seite der Serben geblieben ſei. Man will mit Beſtimmtheit wiſſen, daß dieſer Tage der ruſſiſche Kaiſer und der preußiſche König Behufs einer Konferenz in Ollmütz eintreffen werden, und bringt damit die Abreiſe des Monarchen nach Ollmütz in Verbindung. Bei der Sparkaſſe betrugen in dieſer Woche die Einlagen fl. 72,635, die Rückzahlungen fl. 90,311.

Die D. Ref. meldet aus Breslau, 21. Mai. Der Kaiſer von Oeſterreich iſt auf der oberſchleſiſchen Eiſenbahn in der verfloſſenen Nacht von Ollmütz nach Warſchau abgereiſt.

Lith. Korr. **Berlin**, 22. Mai. Die Sendung des Adjutanten Sr. Majeſtät des Königs von Preußen, Prinzen v. Croy an den König von Würtemberg hat keinen Erfolg gehabt. Der Prinz v. Kroy ſollte den König von Würtemberg dazu bewegen ſich Preußen in der deutſchen Frage anzuſchließen, der König blieb jedoch ſeinem früheren Verſprechen in Bezug auf die deutſche Reichsverfaſſung treu.

Von größerer Bedeutung für die ſchwebende deutſche Frage iſt jedoch ein Ereigniß, das hervorgerufen worden iſt durch Zerwürfniſſe unter den 4 ſich vereinbarenden königlichen Regierungen ſelbſt. Von guter Hand gehen uns folgende Mittheilungen darüber zu: Die hieſige Miniſterkonferenz iſt als beendet anzuſehen. Man iſt zu keiner Einigung gekommen. Die letzten, zwiſchen den unterhandelnden Regierungen ſchwebenden Differenzen in Bezug auf die der Reichsſtatthalterſchaft zuſtehenden Rechte und Befugniſſe, inſonders ſo weit ſie die militäriſchen Verhältniſſe betrafen, ſind nicht gelöſt. Soll dieſer gordiſche Knoten nicht zerhauen werden, ſo iſt der Oktroyirungsplan als geſcheitert anzuſehen. Man verſichert, daß die Verhandlungen gänzlich abgebrochen ſeien. Oeſterreich ſoll ſich ebenfalls nicht mit Preußen haben einigen können. Unter dieſen Umſtänden, ſo werden wir ebenfalls von glaubhaften Perſonen benachrichtigt, ſoll das preußiſche Kabinet Willens ſein, das neue Wahlgeſetz für Preußen zu publiciren und zwar wahrſcheinlich ſchon heute Abend durch den Staatsanzeiger. Ob unter dieſen Verhältniſſen, wie es geſtern hieß, Preußen Truppen nach Baden ſchicken wird, ſcheint zweifelhaft. Unſere geſtrige Mittheilung in Bezug auf die Verhaftung des Hrn. d'Eſter beſtätigt ſich nicht. Der bekannte Redakteur des Kladderadatſch, Dr. R. Löwenſtein, hat, von hier ausgewieſen, ſich nach Frankfurt a. M. begeben, um dort die Redaktion eines neuen Witzblattes zu übernehmen.

Münſter, 20. Mai. Das bereits geſtern hierher gelangte Gerücht, es ſeien neuerdings in Iſerlohn acht Perſonen ſtandrechtlich erſchoſſen worden, ſcheint ſich, den heutigen Nachrichten zufolge, leider zu beſtätigen; es heißt, es ſolle ſich unter dieſer Zahl der Präſident des dortigen demokratiſchen Klubs, Juſtizkommiſſar Schuchart, befinden. Auch höre ich nachträglich, daß außer dem Oberſtlieutenant Schrötter noch zwei Unteroffiziere und vier Soldaten theils geblieben, theils verwundet ſind. (Köln. Z.)

Koblenz, 23. Mai. Der Großherzog von Baden iſt geſtern Abend zu Land mit drei Wagen hier eingetroffen und im Thal Ehrenbreitſtein im Gaſthofe zum „weißen Roß" abgeſtiegen, woſelbſt derſelbe einige Zeit bleiben wird. (D. P. Z.)

0 **München**, 22. Mai. Haben die linken Fraktionen numeriſch einen Sieg errungen, der noch zwei Tage vorher ſo zweifelhaft war, ſo wurde er erſt recht bedeutend durch das geiſtige und moraliſche Uebergewicht über die Gegenpartei. Der eigentlichen Rechten fehlt es, ſeitdem man ſo klug geworden iſt, Abel nicht mehr in prinzipiellen Fragen ſprechen zu laſſen, an Rednern von nur einigem Belange. Herr von Hepf, ihr offizieller Führer, blamirt ſich, ſo oft er die Lippen öffnet, und Herr v. Oberkamp wenn er nur aufſteht. Das Centrum, das in ſeinem Schooße mehr Beredſamkeit birgt, hat durch die Uebernahme des Präſidiums durch den Grafen Hegnenberg einen Redner verloren: zwei andere, Forndran, der als Bürgermeiſter von Augsburg eine der entſchiedenſten Adreſſen für Anerkennung der Reichsverfaſſung abgefaßt und unterzeichnet hat, und Scheuerl, der während der Vertagung in allen Blättern ſeine Anerkennung der Reichsverfaſſung erklärte, und ſeine Kollegen aufforderte dieſes Beiſpiel nachzuahmen, konnten nicht reden, ohne ſich den gefährlichſten Angriff auszuſetzen, da ſchon ihre Abſtimmung gegen die Adreſſe ein allgemeines Ziſchen hervorrief, — die andern alle wirken immer beſſer durch Schweigen als durch Reden — alſo fehlte es an Rednern, und darum enthielt man ſich der Diskuſſion. Was jetzt geſchehen wird, iſt noch ein tiefes Geheimniß, möglich daß der König irgend einen Staatsſtreich beabſichtigt, denn man ſpricht nicht nur von Auflöſung, ſondern auch von der Verhaftung aller hervorragenden Mitglieder der Kammermehrheit, gegen wen nur immer irgend eine Denunciation vorliegt. Andere meinen, der König würde Wallerſtein oder Leiningen berufen, um ein Miniſterium das die Reichsverfaſſung anerkennen würde, zu bilden. Das wäre nur ein Beweis, daß das Militär noch weniger zuverläſſig wäre, als man glaubt, und daß das Gerücht unwahr iſt, wonach der preußiſche General, welcher geſtern an des Königs Seite die Münchener Garniſon inſpizirte, ihm eine preußiſche Hülfe von 40,000 Mann im Namen ſeines Königs angeboten hätte, falls er ſelbſt ſich dazu herbeilaſſen wolle, die badiſche Inſurrektion zu unterdrücken. Die Truppen erhielten geſtern doppelte Löhnung, und ließen dafür den König beim Vorüberreiten hoch leben: die Artillerie allein verhielt ſich ziemlich ſchweigſam.

△ **Nürnberg**, Geſtern Abend haben wir in unſerer Stadt militäriſche Exzeſſe gehabt, die eine bedeutende Aufregung hervorrieſen. Vorgeſtern ſchon hatte der Arbeiterverein die Soldaten zu einem Verbrüderungsfeſte auf dem ſ. g. Schloßzwinger eingeladen, welches auch in beſter Ordnung verlief, obſchon die Behörde durch Herbeiziehung von Militär aus Ansbach und Nördlingen Veranlaſſung zu Aufreizungen genug gegeben hatte. Geſtern fand nun auf demſelben Platz eine Nachfeier dieſes Verbrüderungsfeſtes ſtatt, die von Militär und Civil ſehr zahlreich beſucht geweſen ſein ſoll. Aber auch eine Anzahl Chevauxlegers und Artilleriſten hatten ſich, und zwar, wie aus dem ganzen Benehmen derſelben hervorging, offenbar in feindlicher Abſicht eingefunden, ſie ſtörten die Geſänge durch wiederholte Hochrufe auf König Max und brüllendes: „Heil unſerm König Heil!" Als die Infanteriſten ſahen, daß es auf einen Skandal abgeſehen war, vereinigten ſie ſich dahin, den Platz in Geſammtheit zu verlaſſen; in dieſem Augenblicke aber zogen die Chevauxlegers ihre Säbel, zerſchlugen Alles und trieben die flüchtende Menge bis in die Nähe der Hauptwache. Es ſollen dabei nicht unerhebliche Verwundungen vorgekommen ſein. Auch in der Stadt ſelbſt noch verübten die Chevauxlegers allerhand Unfug, namentlich in der Nähe des Röſſelſchen Kaffeehauſes, das ſie erſtürmen wollten, weil ſich mehrere Bürger dahin geflüchtet hatten. Im Uebrigen verlief die Nacht ruhig und die geſtern noch ſehr bedenkliche Aufregung hat ſich bereits ziemlich gelegt.

△ **Darmſtadt**, 23. Mai. Unſer Abgeordneter Lehne, der von Zeit zu Zeit an- oder aufreizende Anträge ſtellt, ſtellte vorgeſtern abermals — mit 13 Genoſſen — einen ſolchen. Er wollte die Staatsregierung durch die Kammer aufgefordert haben: „1) der durch Beſchluß der Reichsverſammlung vom 19. Mai 1819 begründeten proviſoriſchen Reichsgewalt ſich unterzuordnen; 2) bis zur ſtattgehabten Einſetzung derſelben den Vollzug aller, den Bereich gewöhnlicher Geſchäftstreibung überſchreitender Maßregeln zu ſuspendiren, welche durch das im Widerſpruche mit den einfachſten konſtitutionellen Prinzipien fortbeſtehende Miniſterium des ſeitherigen Reichsverweſers angeordnet werden; 3) namentlich aber keine heſſiſchen Truppen in Baden einrücken zu laſſen." Die Staatsregierung hatte auf geſtellte Anfrage dem Ausſchuſſe hierzu bemerkt: Sie habe bisher im Einverſtändniß mit der Ständeverſammlung die Centralgewalt anerkannt und glaube einer noch nicht vorhandenen und vielleicht gar nicht entſtehenden Centralgewalt ſich nicht zum Voraus untergeordnet erklären zu müſſen. Heſſiſche Truppen in Baden einrücken zu laſſen, hierzu habe

№ 142. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 24. Mai 1849.

Ueberſicht.

Rückblick
Die Ruſſen in Ungarn.
Deutſchland. Frankfurt (Das würtembergiſche Papiergeld). Stettin (Marineangelegenheiten). München (Merkwürdige Anzeige). Bremen (Stimmung gegen die preußiſche Politik. Die politiſchen Parteien. Bereicherung der konſervativen Preſſe).
Rußland. (Das Journal de St. Petersbourg über das kaiſerliche Manifeſt).

Rückblick.

* Vom Rhein, 23. Mai. So iſt denn unſere Nationalverſammlung zu Grabe getragen; wir wollen ſehen, ob aus ihr ein Konvent erſteben wird, der mehr Leben hat. Der ſtolze Baum iſt abgehauen; wir müſſen warten, ob die abgefallene Frucht nachreifen, oder ob der nachgebliebene Sproß früher aufſchießen und eine neue und beſſere Frucht anſetzen wird. Wie die Dinge ſtehen, ſo iſt für einen Mann, der einer vernünſtigen Einſicht nachſtrebt und blinder Leidenſchaft unfähig iſt, fortan nichts übrig, als ſich ſtille auf den Stand der Beobachtung zu ſtellen und den Ereigniſſen zuzuſehen. Des Einzelnen Rath oder That kann in ſolchen Kriſen nichts wirken, er ſei denn von dem Schickſale auf irgend eine der begünſtigten Stellen geſetzt, wo daſſelbe ſeine Zügel unterweilen einer menſchlichen Hand übergibt. Ich habe Ihnen aus dieſem Grunde ſeit der unbegreiflichen Thatſache der preußiſchen Ablehnung nicht mehr geſchrieben, trotz Ihrer und Anderer Zurede und Ermahnung; ich ſchicke Ihnen auch dieſesmal nur dieſen und vielleicht noch einen andern Brief, um Ihnen und meinen Freunden zu ſagen, warum ich nicht mehr ſchrieb und warum ich auch vorerſt nicht mehr ſchreiben werde. Ich glaube dieß mir ſelber ſchuldig zu ſein, um nicht in Einem oder dem Andern den Verdacht aufkommen zu laſſen, als lägen meinem Schweigen irgend welche Gründe eines ſchwachmüthigen Verzagens zu Grunde. Bisher, ſo lange die Reichsverſammlung beſtand, hatte ein kritiſcher Betrachter der politiſchen Dinge des Vaterlandes einen natürlichen Anknüpfungspunkt für ſeine Gedanken und Bemerkungen, und er konnte ſich immerhin einbilden, nach einer Stätte hinzuſprechen, wo die Vernunſt einigen Eingang fände, wo er wenigſtens von einzelnen ähnlich Denkenden noch gehört würde. Aber ſelbſt in der letzten Zeit ſchon, als die Reichsverſammlung noch ihre volle Exiſtenz behauptete, war nach dem Ausgange des begonnenen Werkes für mich gerade nichts mehr zu ſagen übrig, und mein Verhältniß zu dem ganzen Stande der Dinge wurde peinlich und ſchief. Ich hatte von allem Anfang an nach der Seite der Reichsverſammlung hin immer gerathen, dem Prinzip der Vereinbarung dieſelbe Rechnung zu tragen, wie ich nach der Seite der Fürſten hin darauf drang, dem Prinzipe der Volksſouveränetät Rechnung zu tragen. Der Charakter der Zeit nöthigte den letzteren Rath auf, der Charakter der Reichsverſammlung den erſteren. War dieſe Verſammlung ſo beſchaffen, daß ſie entſchloſſen an ihr Eines Werk ging das Noth that, daß ſie den Verfaſſungsentwurf der Siebenzehn ihrer Berathung unterbreitete, ſich für die Grundlegung der Verfaſſung mit dieſen Grundzügen, für die Niederwerfung des Partikularismus mit dieſen Anfängen begnügte, daß ſie ſich ſelbſt eine Friſt von höchſtens acht Wochen ſetzte, binnen welcher ihre Verfaſſung vollendet ſein müßte, dann konnte ſie ſtarr auf ihrer Souveränetät beſtehen; die Zeit half ihr zu ihrem behaupteten Rechte. Da ſich aber jeder Einzelne, auch von der linkſten Seite, gleich anfangs darauf einrichtete, Ein Jahr wenigſtens in Frankfurt zu tagen, da Alles mit deutſcher Gründlichkeit hergehen ſollte und die Rechthaberei des deutſchen Individualismus in dreißig-perſönigen Ausſchüſſen den breiteſten Spielraum erhielt, ſo wäre es nothwendig und im Charakter geweſen, daß man die Einflüſſe der zögernd ablaufenden Zeit, der Langenweile und Ermüdung gleich mit in Anſchlag gebracht hätte; es wäre in der Natur der Verſammlung ſelbſt geboten geweſen, daß ſie das Prinzip der Vereinbarung feſtgehalten hätte. So wie ſie ſich zwiſchen beide mögliche Richtungen in der Art theilte, daß ſie in einer loyalen Methode ein revolutionäres Prinzip verfolgte, theilte ſie nothwendig innerhalb der Parteien ſelbſt ihre Kraft und zerſplitterte ihre Wirkung. Die unſeligen Folgen dieſer Irrung liegen zu Tage. Sie begannen mit der Art und Weiſe, wie die Centralgewalt geſchaffen wurde. Gleich damals war meine Widerſetzlichkeit gegen dieſe ſchiefe Stellung entſchieden; ſie wurde aber ganz unbegreiflich gefunden. Dieſe Vereinzelung, in der ich mich mit meinen Anſichten befand, war es weſentlich, die mich zu meiner Entfernung aus der Reichsverſammlung und ſelbſt aus dieſem Blatte bewog; wie ſehr auch meine Geſundheitszuſtände dazu den nächſten Anlaß gaben, ſo würde mir es doch nicht ſchwer gefallen ſein, einer großen Sache meine Geſundheit gänzlich aufzuopfern, wenn nur irgend ein Nutzen dabei in Ausſicht ſtand. So war es aber nicht. Ich fühlte mich allein; auch fehlte mir Vieles und Alles zu der Anmaßung, daß ich meiner einzelnen Anſicht mehr vertraut hätte, als dem Urtheile vieler von mir hochgeachteter Männer. Ich beobachtete nachher die Dinge drei Monate aus der Ferne, in völliger Unbefangenheit; leider konnte ich meine Meinung nicht ändern. Als ich Ihnen vom November v. J. an eine Reihe neuer Aufſätze anbot, zog ich von Neuem, wie einen rothen Faden, der die Briefe zuſammenband, den Rath hindurch, auf irgend eine Weiſe eine Brücke zur Vereinbarung hinüberzuſchlagen. Ich mahnte in aller Weiſe, die Regierungen bei dem Verfaſſungswerke zu kompromittiren; bald war es die Schöpfung eines Reichsgerichtes, bald die eines Staatenhauſes, die mir dazu geeignet ſchien; ſelbſt ein Fürſten-Kongreß in Frankfurt lag in meinen Vorſchlägen. Nichts von Allem geſchah. Dennoch ſchien der Gang der Reichsverſammlung zum Ziele zu führen, und im Weſentlichen gerade zu dem Ziele, das wir in dieſem Blatte vom Anfange an verfolgt hatten. Bezeugen Sie mir, daß ich, immer in Bezug auf die Wege in Zwieſpalt, dennoch in Bezug auf das Ziel ſo viel an mir lag treulich mitfechten half; ich war bereit, wenn Alles gelang, mit Allen über meine eigne Zweifelſucht hohnlachend zu triumphiren. Aber es gelang nicht. Von dieſem Augenblick an war Schweigen allein für mich übrig. Ich konnte mich, ohne mich ſelbſt zu ſchlagen, über die Folgen nicht ungebärdig anſtellen, die ich vorausgeſehen hatte; ich konnte die nicht loben, die ſie veranlaßt hatten, noch viel weniger die, die ſie ausführten; mich rechthaberiſch aber an mir ſelbſt zu ſpiegeln, das wäre vollends kindiſch und frevelhaft zugleich geweſen. Je mehr das Auge Recht behalten hatte, das die Lenker der deutſchen Dinge von beiden Seiten immer von dem naheliegenden Geländer der Rettung hinweg nach dem Abgrund des Verderbens hindrängen ſah, deſto mehr war das Herz gebrochen, dem die Möglichkeit eines großen Heiles dicht neben der Gewißheit eines furchtbaren Unheils in dem innerſten Gefühle lag. Dies Unheil hat der König von Preußen über uns gebracht. Denn in ſeine Hände hatte der Genius Deutſchlands in einem großen feierlichen Momente die Schickſale des Vaterlandes gelegt. Der Friede war bereits in allen Gemüthern, die Reſignation begann die Wühlerei zu entwaffnen, die Größe des Vaterlands lag vorgeahnt in den Seelen, der Stolz und die Befriedigung über ein großes vollendetes Werk verſöhnte die Parteien. Ein Athemzug konnte dieß Alles mit allen verheißenden Folgen befeſtigen, Ein Athemzug hat es vernichtet. Die Geſchichte wird über den Mann richten, der eine ſo erhabene Miſſion ſo kleinlich zu Boden fallen ließ. Möchte nicht die lebendige Geſchichte noch über den Lebenden richten! Er hat die Furien der Revolution in Einem Augenblicke der Ruhe entbunden, die das Volk und ſeine Vertreter Ein Jahr der gewaltigſten Aufregung hindurch an freiwillige Feſſeln gelegt hatten. Gewalt kann ſie noch einmal feſſeln, aber nicht für lange! und nur für deſto ſchrecklichere Entfeſſelung! Darüber täuſche ſich keiner, der an den Erfolgen der Gegenrevolution ſeine Freuden hat. Dieſer Ausgang unſerer Hoffnungen und Strebungen nun, von dieſer Seite her, legt mir eben ſo ſehr forthin das Schweigen auf, wie ihr Ausgang, ſoweit er von der Volksvertretung und ihren Schritten bedingt war, es vorher ſchon gethan hatte. Auf die Rettung des Vaterlandes durch Preußen und durch die Monarchie war unſer Streben hinausgegangen. Preußen hat uns verlaſſen; nicht allein der König, auch die Dynaſtie, auch die Stände, auch das Volk. Der Monarchismus hat ſich ſelbſt verlaſſen; ſeine Sache iſt in Deutſchland, was auch die preußiſchen Bajonette ſchaffen mögen, gänzlich verloren. In dieſem Streben alſo muß ich ſcheinen mich völlig verirrt zu haben. Aber daß wir mit Preußen unſere Noth haben würden, hatte ich freilich nicht überſehen; daß Preußens König der große Stein des Anſtoßes ſein werde, das habe ich zum Entſetzen aller loyalen Seelen oft und mit nackten Worten geſagt. Ich that es noch einmal nach der Ablehnung in einem Briefe, den Sie zurückgelegt haben. Haben Sie ihn nicht vernichtet, ſo bitte ich Sie diesmal ausdrücklich, daß Sie ihn noch jetzt mögen abdrucken laſſen, um meinetwillen. Vorgedrängt vor Allen, wie ich auf dies

Ziel hinſteuerte, trifft mich eine Art Verantwortung für den Ausgang mit Recht. Ich kann nicht zu deutlich machen, wie ſehr ich gerade vor dieſer Klippe gewarnt hatte, an der wir geſcheitert ſind, wenn ich mich ſoll verantworten können. Aber auch um der Sache willen drucken Sie jenen Brief. Er iſt der Monarchie zur letzten Warnung geſchrieben und er richtet ſchweigend dieſe Warnung an die preußiſche Dynaſtie, die jetzt größere Pflichten hätte als die verwandſchaftliche Pietät. Wenn es nicht auch für die Ausübung dieſer Pflichten jetzt ſchon zu ſpät ſein ſollte! Nachdem der eine große Moment verſäumt worden iſt, wo Geiſt und Vernunft, Bildung und Einſicht hätten obſiegen können, nachdem die Leidenſchaften nun einmal entzügelt ſind auf beiden Seiten, ſich gegenſeitig ſchüren und ſteigern werden, nun iſt ſelbſt den günſtigſt Geſtellten für ein vernünftiges Handeln aller Boden untergraben. Wie viel mehr dem ungünſtig Geſtellten für Rath und Belehrung! Der Stoß der Thaten ſelbſt prallt jetzt an der Wucht der mächtigen Verhältniſſe ab; wie ſollte nicht der Rath eines Einzelnen wie ein eitler Rauch in den Lüften verfliegen! Sie ſelbſt werden mit Ihrem Blatte noch erſt die Erfahrung machen müſſen, ob Sie in Ihrer mittleren Stellung ſich werden behaupten können. Wenn die Extreme ſo mächtig anſchwellen, iſt die Zerquetſchung der Mitte unvermeidlich. Und wo die Leidenſchaften ihren Sturm haben, da tritt die Vernunft am klügſten aus dem Zuge. Hier iſt die Volksvertretung vernichtet, an die ſich ein Mitrathender bisher wenden konnte; dort hat ſich das monarchiſche Regiment ſelber gerichtet, an das man ſich gerne gewandt hätte. Nun mögen ſich die Gewalten der Reaktion und der Revolution begegnen, an deren keiner ein Mann des Maßes Theil und Freude hat. „Der Reſt (für ihn) iſt Schweigen.“

Die Ruſſen in Ungarn.

Von der Krakauer Grenze, 17. Mai. „Ihr habt die Jeſuiten, Ihr werdet ſie behalten,“ rief ein belgiſcher Prieſter, als die Söhne Loyola's in Maſſen nach dem freien Belgien wanderten. Wir haben die Ruſſen und wir werden ſie gleichfalls, wenigſtens eine geraume Zeit behalten. Eine vortrefflich ausgerüſtete, eine zahlreiche Armee hat bereits die Grenze paſſirt: aber glaube man darum nicht, der ungariſche Krieg werde bald zu Ende ſein. Die zwiſchen den ruſſiſchen und öſterreichiſchen Generalen verabredete, oder vielmehr von dem Czaren vorgeſchriebene Taktik beſteht darin, daß Welden ſich ſo lange auf der Defenſive halten ſolle, bis die übrigen Heeresabtheilungen ſich gehörig concentrirt haben, um nach Befund der Umſtände mit Erfolg nach der einen oder andern Seite hin operiren zu können. Zwar geſchah der Einmarſch lange nicht in der Ordnung, wie die Wiener Journale ankündigten, das aber muß man den Ruſſen nachſagen, daß ſie für angeſtrengte Märſche genug Ausdauer beſitzen. Zahlreiche Bataillone rückten von Warſchau aus vor; faſt das ganze durch Krakau paſſirte und zum Theil noch daſelbſt ſtehende Armeekorps kam von dort her. So weit es irgend die Umſtände erlaubten, zog man Truppen von der preußiſch-polniſchen Gränze. Die Polen haben zwar an dem ruſſiſchen Soldaten, deſſen treffliche Ausrüſtung ſie nicht leugnen können, vielerlei auszuſetzen; ſie wollen wiſſen, nur mit Widerwillen rücke er in's Feld und werde mit ſeinem ſklaviſchen Gehorſam nichts gegen die begeiſterten Magyaren vermögen. Dieſe Vermuthung wird ſich nicht beſtätigen. Sieht man ſich die Leute genauer an, ſo findet man dieſelben zähen Naturen, die unter Suwarow in Italien und der Schweiz ſich rühmlich auszeichneten und einmal 14 Tage unausgeſetzt bei dem fürchterlichſten Wetter durch den Schnee und die Schluchten der Alpen irrten und zu Tauſenden in die Abgründe ſtürzten, um nur die Kanonen fortzuſchaffen. Und gleichwohl waren ſie unter ihren freilich von ihnen angebeteten Führern ſofort wieder zum Kampfe bereit. Daß ſie auch diesmal unter Führern wie Saß und Rüdiger ſich nicht auf den erſten Anprall werden über den Haufen rennen laſſen, kann man mit Sicherheit annehmen. Der Rücken der Armee in Galizien iſt durch die ſtrengſten polizeilichen Maßregeln geſichert; fortwährend werden gegen Bürger und Soldaten zum Theil blutige Strafen verhängt, ſobald nur auch die geringſte Neigung ſich zeigt, für die Ungarn Partei zu ergreifen. Die bei Preßburg ſtehende öſterreichiſche Armee wird namentlich durch ruſſiſche Artillerie und Reiterei verſtärkt werden. Was die Polen über den Einzug der Ruſſen allein noch tröſtet, ſind die blanken Rubel, von denen ſie einen ſehr freigebigen Gebrauch machen. Daß Nikolaus vorerſt ein großmüthiger Bundesgenoſſe iſt, läßt ſich nicht beſtreiten; aber freilich würden die Siege, die ſeine Armee erkämpfen ſollte, allermeiſt ihm ſelbſt zur Niederhaltung polniſcher Freiheitsbeſtrebungen zu gut kommen und ſodann iſt noch keineswegs erwieſen, ob die Rechnung nicht nachkömmt und an der untern Donau eben nicht zum Heile Deutſchlands bezahlt werden muß.

Die Berliner Nationalzeitung liefert folgende Beſchreibung von den nach Ungarn durchpaſſirenden Ruſſen.

Als ich gegen Mittag nach Koſel kam, fand ich den dortigen Bahnhof mit Tauſenden von Menſchen theils angefüllt, theils umlagert. Ein neuer Transport wird erwartet! Als das Signal gegeben und damit die baldige Ankunft der ſeltenen Gäſte verkündet ward, ſteigerte ſich die Neugierde und die Ungeduld des Publikums mehr und mehr. Endlich erſchienen ſie. Auf Kohlenwagen, die oben unbedeckt und ſomit den Strahlen der Sonne und dem Staube ausgeſetzt, ſtanden dieſe unglücklichen Opfer; alte, verbrannte Geſichter mit ſeltſamen Phyſiognomien, die aber zum allergrößten Theile ohne Ausdruck und Leben waren; ſie ſtanden dicht neben einander und waren den Stößen der Wagen und den Qualen eines heißen Tages völlig preisgegeben, ihre Beförderung unterſchied ſich in Nichts von dem gewöhnlichen Viehtransporte; mißmuthig und trübe, zum Theil auch ſtumpf und gleichgültig ſahen ſie aus. Es waren meiſt große, breitſchultrige Leute, durch den ruſſiſchen Militärdienſt auf die Strapazen des Krieges vortrefflich vorbereitet. Einige hatten Narben und Schmarren in ihren Geſichtern, die außer einigen Bändern und Kreuzen die einzige Belohnung ihrer Tapferkeit im polniſchen Feldzuge von 1831 waren. Sie trugen ſämmtlich eine den preußiſchen Helmen beinahe gleiche Kopfbekleidung, einen feſtanliegenden Mantel von grauem Stoff mit gelben Streifen, der geſetzlich drei Jahre halten muß, unter demſelben ein Hemd, das Gott weiß wie lange den Segen Neptun's nicht empfunden hat, und ein Paar Inexpreſſibles von feſtem grauen Tuche mit ſchmalen rothen Streifen. Die geſetzliche Dauer ihrer Stiefel und Inexpreſſibles iſt auf zwei Jahre durch einen Ukas feſtgeſetzt. Ihre ſonſtigen Kleidungsſtücke befanden ſich in ihren Torniſtern.

Als der Zug hielt, trat das Publikum an die Wagen und man hörte polniſche Anſprachen. Indeß gab es wenige Polen unter den mit dieſem Zuge beförderten Truppen; ſie waren größtentheils aus dem Innern des ruſſiſchen Reichs, ein Theil ſogar aus den öſtlichen Provinzen des europäiſchen Rußlands und von den Geſtaden der Wolga und des ſchwarzen Meeres; letztere waren bereits ſeit zwei Monaten auf dem Marſche. Außerdem befand ſich unter ihnen — mit widerſtrebender Hand und blutendem Herzen ſchreibe ich dies — ein Deutſcher aus den Oſtſeeprovinzen und 45 ſämmtlich deutſch redende Juden. Letztere werden ihrer eigenen Ausſage nach in ihren Religionsübungen auf dem Marſche keineswegs geſtört, ſind am Schabbes ſogar vom Dienſte dispenſirt, nur müſſen ſie, wenn ſie eines religiöſen Zuſpruchs bedürfen, ſtatt eines Rabbi mit dem Regimentspopen vorlieb nehmen.

Jener Deutſche, ein unglücklicher Sohn Lieflands, war ein Jüngling von etwa 25 Jahren; obwohl ſeit bereits zehn Jahren im Innern Rußlands und in Polen als Soldat dienend, ſprach er ſeine Mutterſprache noch ziemlich geläufig. Er war ſeinen Eltern und Geſchwiſtern in zarteſter Jugend plötzlich entriſſen und ſeitdem unter das eiſerne Joch des ruſſiſchen Militärdespotismus gekettet; er hat ſeit jener Zeit keine Kunde von den Seinen, er hat keinen Verwandten, keinen Freund, er lebt ſeit einem Decennium das öde, trübe Leben eines ruſſiſchen Soldaten in ſchwerer Dienſtpflicht, oder in der Abgeſchiedenheit der Kaſerne.

Das Publikum beſchenkte die Truppen mit Cigarren, Geld und Erfriſchungen und betrachtete ſie mit Blicken, die Neugierde und Mitleid gleichmäßig verriethen. Muſik fehlte unter dieſen Ruſſen auch nicht; ein halbes Dutzend ſogenannter Sänger, welche in jedem Regimente zu finden ſind, hob plötzlich in klagenden Molltönen einen nicht übel klingenden Geſang an; außerdem war auch ein Muſikkorps auf dem Zuge, welches aber der Bitten des Publikums ungeachtet die Nationalhymne nicht ſpielen wollte.

Deutſchland.

Frankfurt, 23. Mai. Nachdem in der Sitzung der zweiten Kammer in Stuttgart vom 14. d. Mts., freilich mit der ſehr

kleinen Majorität von 39 gegen 37 Stimmen gefaßten Beſchluſſe ſcheint man in Würtemberg nach lange beharrlich und heldenmüthig geleiſtetem Widerſtande leider nun doch den Weg des Papiergeldes ernſtlich betreten zu wollen und zwar den bedenklichſten von allen, den einer ganz willkürlichen, nicht einmal durch den wohlgeordneten Organismus einer von Fachkundigen überwachten und geleiteten Bank bedingten Ausgabe von Zetteln. Wie viel größere Bürgſchaft für das Feſthalten eines geregelten und ſoliden Geld- und Zahlungsweſens bot doch das vor Kurzem an das Licht getretene, mit Meiſterhand und großer Umſicht ausgearbeitete, auf freie Widmung des Zutrauens gegründete Projekt einer Bank!

Gedenklich iſt alſo künftig in Würtemberg nicht mehr darauf zu rechnen, für verborgtes baares, klingendes Geld, auch klingendes Geld zurückzuempfangen! Mögen ſich nun Regierung und Stände immerhin darüber verſtändigen, den ſonſt ſo feſt begründeten Staatskredit Würtembergs auf ſolche Weiſe den Wogen und Stürmen der Zeit preis zu geben, rückwirkend darf die Maßregel nicht ſein, wenigſtens können die erſt in neuerer Zeit, hauptſächlich im Auslande aufgenommenen Anlehn dadurch mit keinem Nachtheil bedroht werden. Der Wortlaut der Obligationen dieſer Anlehn iſt: „Schuldverſchreibung für ein Darlehn von ††† Gulden Kapital" (die Mark feinen Silbers zu 24½ Gulden.) Desgleichen lautet die in den Zinſencoupons ausgeſprochene Zahlungsverbindlichkeit auf den 24½ Guldenfuß. Da nun das neue Deutſchland ein Deutſchland des Worthaltens iſt, ſo muß auch in Deutſchland ein auf ein beſtimmtes Quantum Silber lautendes Zahlungsverſprechen mittelſt ſolchem Quantum Silbers eingelöſt werden, dem kein alles Schrots und Korns ermangelndes Papier zu ſurrogiren iſt. Bei Abänderungen von Rechtsverhältniſſen auf dem Wege der Geſetzgebung dürfen wohlerworbene Rechte von Nichtſtaatsangehörigen nicht angetaſtet werden, deßwegen mag man ſich getröſten, daß ein etwaiger Zwang zur Annahme des würtembergiſchen Papiergelds auf die ausländiſchen Inhaber von Obligationen aus der würtembergiſchen Staatsſchuld in Betreff der Kapitalrück- und der Zinſenzahlungen auszudehnen nicht verſucht werden wolle. Hiergegen hätten ſich die dabei betheiligten Börſen zu verwahren, und ſich unter den Schutz der Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung vom 23. November 1848 Artikel IX. §§. 44 und 46 zu begeben, wo es im letzten heißt:

„Andere Zahlungsmittel als Gold und Silber können nur mit Genehmigung der Reichsgewalt als geſetzlich erklärt werden."

Man ſehe hin nach Oeſterreich, um ſich über die Gefahren des Papiergeldweſens zu belehren, und ſchaudere vor dem Abgrunde, an den es den Geſchäfts- und Handelsverkehr bringen kann. Sind einmal die Grundſätze eines geregelten Münz- und Geldweſens verlaſſen, ſo wird auch die Ueberſchreitung des für die erſte Abweichung beliebten Maßes nicht ausbleiben und nicht lange auf ſich warten laſſen.

, **Stettin**, im Mai. Die Mannſchaften des zum Schutze der Küſte zuſammengezogenen Flotillen-Geſchwaders werden tüchtig an den verſchiedenen Stationsorten für den Marinedienſt eingeübt. Der Prinz Adalbert hat ſich während ſeines 10tägigen Aufenthalts an der Küſte vollſtändig als Seemann benommen. Er brachte jede Nacht an Bord eines Schiffes zu und hatte ſein Nachtquartier bald auf der Amazone in Swinemünde, bald auf der Oder in Wolgaſt, bald auf der Eliſabeth vor Putbus. Bei einem Manövre, welches auf dem Haffe von der Amazone und den Schaluppen ausgeführt wurde, führte er die letzteren mit großem Geſchicke gegen die Korvette und enterte die letztere. Der reine, ungekünſtelte Enthuſiasmus des Prinzen für die Marine, deren Wachsthum der Zukunft vorbehalten bleibt, machte auf die Seeleute einen guten Eindruck. Am 9. Mai wurden im Rügianiſchen Bodden bei der Inſel Wilo wie im vorigen Jahre Schießübungen nach einer Scheibe angeſtellt, welche die Seitenanſicht einer Korvette vorſtellt. Trotz des ſtürmiſchen Wetters gaben dieſelben ein ſehr günſtiges Reſultat. Die Disciplin der Marine-Mannſchaften iſt aus verſchiedenen Gründen noch nicht der in der Landarmee gleich. Binnen Kurzem iſt eine neue Diviſion von 9 Schaluppen in Stettin ausgerüſtet. Auf der Rhede von Lauterbach (Putbus) liegen außer 9 Schaluppen augenblicklich das armirte Dampfſchiff Eliſabeth mit 4 Geſchützen und der Danzig mit 3 Geſchützen.

* In **Kolberg** ſind unter dem Donner der Kanonen zwei neue Kanonenböte vom Stapel gelaufen.

= **München**, 18. Mai. Unſere „neueſten Nachrichten" bekanntlich in 11,000 Exemplaren über ganz Baiern verbreitet, brachten in dieſen Tagen folgende ſtaunenswerthe Anzeige gegen die mit k bezeichneten Leitartikel in der Allgemeinen Zeitung:

„Seit einiger Zeit treibt ſich ein gewiſſer k in der Allgemeinen Zeitung herum. Bei dem bekannten Takt des Herrn Dr. Kolb konnte man erwarten, daß derſelbe dem Treiben dieſes Individuums ein Ziel ſetzen würde. Da dies aber wider Verhoffen nicht geſchehen, auch Herr Dr. Kolb vielleicht dermalen in Augsburg nicht anweſend iſt, wie man ſchon aus den wohlfeilen Diatriben gegen Herrn Mathy und den Fürſten Metternich erſehen kann, ſo wird hiermit zur Kenntniß der übrigen Redaktion gebracht, daß falls beſagter k ſein Weſen ferner treiben ſollte, ſonderbare Maßregeln pflichtgemäß erfordert wären. Jedoch würde ein bloßes Zeichenwechſeln nichts helfen. Taceat mulier in ecclesia!

Mulen Fulana."

†† **Bremen**, 16. Mai. Die Erbitterung über die unſelige und jammervolle preußiſche Politik iſt auch bei uns allgemein. Sogar das hieſige Muſeum, der eigentliche Centralpunkt unſerer Fanatiker der Ruhe, ſtimmt in den allgemeinen Ruf des Unwillens mit ein, und unſere höhere kaufmänniſche Ariſtokratie, ſelbſt Anhänger der äußerſten Rechten, an denen wir keinen Mangel leiden, ſprechen ihren Zorn über das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel offen aus. Man muß dieſen Fanatismus der Ruhe, der ſich in dem größeſten Theile unſerer Kaufleute verkörpert findet, kennen, um ſich zu überzeugen, daß das preußiſche Kabinet, mit Ausnahme der Wenigen, von denen es gelenkt wird, ſo gut wie alle ſeine Freunde verloren hat. Unſer Senat und die Bürgerſchaft gehören mit zu den von Preußen ſo arg Düpirten, die Reichsverfaſſung iſt amtlich publizirt und für die nächſte Sitzung der Bürgerſchaft ein Antrag auf allgemeine Wehrbarmachung eingebracht. Hat ein ſolcher Beſchluß bei der Kleinheit unſeres Staates auch nur geringes Gewicht, ſo würde er doch ein Zeugniß von der Einſtimmigkeit der Geſinnung ablegen. Leider ſtehen ſich die Parteien bei uns ſo ſchroff gegenüber, daß Alles an einem Fädchen hängt; zwiſchen Ariſtokraten und Demokraten herrſcht die größeſte Feindſchaft, und bei dem geringſten Schritte, den die Letzteren zu weit links thun, werden die Erſteren abfallen, eine Erſcheinung, die ſich ja allenthalben wiederholt. Der demokratiſche Verein hatte auf den 13. eine Volksverſammlung ausgeſchrieben, er hielt ſie aber faſt allein ab; der Verein ſteht unter Leitung des weder moraliſch noch politiſch bewährten Johannes Röſing. Hätte er die Einladung zu der Volksverſammlung dem Bürgervereine überlaſſen, ſo würde das Gelöbniß auf die Reichsverfaſſung, welches der Präſident dieſes Vereins, Wiſchmann, ablegen ließ, von weit mehr Männern Bremens geleiſtet ſein. In dieſem Bürgervereine, dem Organe unſerer gemäßigten Demokratie und zugleich dem beſten unſerer Vereine (denn der beinahe 2000 Mitglieder zählende patriotiſche Verein hat nur ſehr geringe Lebenskraft) droht eine Spaltung auszubrechen, da ſich derſelbe von einem behufs der Leitung der letzten Wahlen zuſammengetretenen Wahlkomite auf eine ſchmähliche Weiſe hat terroriſiren laſſen und die radikale Fraktion es bisher durchzuſetzen gewußt hat, daß dies Komite nicht einmal genöthigt worden iſt ſeine Mitglieder nambaft zu machen und ſich öffentlich wegen der Anfertigung der Wahlliſten zu rechtfertigen.

Die entſchiedene Niederlage, welche die Ariſtokratie bei den Wahlen erlitt, hat ihren Zorn gegen die Demokratie auf das Aeußerſte geſteigert, wiewohl ſie ſelbſt den größeren Theil der Schuld trägt. Die Rechte konnte gar nicht unverſtändiger operiren, als ſie bei uns gethan hat. Den Wahlen ging unmittelbar der 8. März, der Jahrestag unſerer Revolution, vorher; ein Antrag auf die Feier dieſes Tages lag in der Natur der Sache, die Patrioten aber wandten ſich mit Abſcheu und Zorn von dem Gedanken ab, die Revolution zu feiern, und indem ſie einſeitig die neue Verfaſſung forderten, trieben ſie die Gegenpartei zur einſeitigen Verherrlichung der Revolution und verdarben ſich das eigene Spiel. Seitdem hat der Zorn der „Patrioten" mächtig zugenommen und nur die Aufregung der letzten Wochen, die auf die Reichsverfaſſung als das gemeinſame Ziel hingerichtet iſt, hat ein Projekt mehr in den Hintergrund treten laſſen, welches ſeit vielen Monaten entworfen und eifrig gehegt iſt. Mit dem 1. Juni nämlich wird Bremen und die ganze deutſche Preſſe mit einem neuen konſervativen Organe beſchenkt werden. Die Weſerzeitung erſcheint unſern Kaufleuten radikal, ja einige bezeichnen ſie geradezu als ein rothrepublikaniſches Blatt! (Unglaublich aber wahr.) Die neue preußiſche Zeitung, welche hier 37 Abonnenten zählt, gefällt dagegen dieſen Herren ſo ſehr, daß ſie den Plan faßten, ein ähnliches Blatt hier zu gründen. Es wurde eine Aktienausſchreibung

erlaſſen und bis jetzt, wie man vernimmt, 17,500 Rthlr. gezeichnet, mit denen man das ſchwere Werk wagen will. Daß das Obige nicht zu ſchwarz geſchildert iſt, können Sie aus den Namen der Redakteure dieſer Neuen Bremer Zeitung erſehen. Hauptredakteur iſt nämlich der hinlänglich bekannte Dr. **Hermes** aus Berlin, lange Mitarbeiter der Kreuzzeitung und jetzt ſeit mehreren Wochen hier anweſend. Zweiter Redakteur iſt Hr. **Dietlein** aus Königsberg. Hr. Dietlein, aus Halle gebürtig, war urſprünglich Juriſt, wurde dann Theolog und Freund von Tholuck und Hengſtenberg, ſchrieb ein unglaublich langweiliges Buch gegen den berühmten Theologen **Baur** in Tübingen und wurde Profeſſor in Königsberg an des frommen Hävernick Stelle, zugleich eifriges Mitglied des dortigen Preußenvereines. Da nun zugleich Herr Viktor Amadeus Huber in Berlin ſeine thätige Mitwirkung zugeſagt hat, ſo können Sie daraus ermeſſen, welcher Geiſt in den Spalten der neuen Zeitung wehen wird. Die eigentlich treibende Partei dabei ſind einige reiche Kaufleute und mehrere fromme Paſtoren, daher die höchſt eigenthümliche Zuſammenſtellung des frivolen Hermes mit dem frommen Dietlein. Im Uebrigen intereſſiren ſich für die Zeitung viele unſerer Juriſten, die auffallenderweiſe im Gegenſatz zu andern Städten und Staaten faſt alle konſervativ ſind. Die Elemente der Zeitung und ihrer Gönner ſind ſo eigenthümlich zuſammengeſetzt, daß viele böſe Menſchen, und namentlich die Redakteure der Weſerzeitung offen ausſprechen, es würde mit der neuen kühnen Schöpfung nicht viel auf ſich haben.

Rußland.

Das Journal de St. Petersbourg begleitet das kaiſerliche Manifeſt (vergl. Nr. 138 der Deutſchen Ztg.) mit folgenden Bemerkungen:

„Wir veröffentlichen heute das neue Manifeſt, daß Sr. Majeſtät, in Veranlaſſung des Einrückens unſerer Truppen in Galizien, an ſeine Völker ſoeben erlaſſen hat. Das Prinzip und die Beweggründe dieſer wichtigen Maßregel ſind darin zu deutlich angezeigt, als daß es nöthig wäre, ſie hier noch des Weiteren zu entwickeln. Dieſe Maßregel ſtützt ſich auf zwei Hauptgründe: auf die moraliſche Verpflichtung, welche uns das ausdrückliche Anſuchen eines Kabinets auflegt, mit dem wir durch die Verbindlichkeiten und Verträge eines alten Bundes vereint ſind, und auf das poſitive Recht, das wir aus der Nothwendigkeit ſchöpfen, bei dieſer Gelegenheit für unſere eigene Sicherheit Sorge zu tragen.

„Wer ſich nur die Mühe gibt, einen Blick auf die Geſammtheit unſerer geographiſchen Lage und auf den Zuſtand der Völkerſchaften an den Karpathen und der Donau zu werfen, dem wird es einleuchten, daß die öſterreichiſche Monarchie von dieſer Seite auch nicht einen Augenblick in ihren Beſitzungen oder ihrer politiſchen Macht Schaden erleiden kann, ohne daß daraus für unſere nachbarlichen Beziehungen und unſere weſentlichſten Intereſſen eine bedeutende Störung entſtände. Die Intereſſen ſind durch den Ausbruch des ungariſchen Aufſtandes rege gemacht worden. Hier beſonders ſeit Kurzem hat durch das Zuſammentreffen von Umſtänden, die aus der Nothwendigkeit hervorgehen, in welche ſich augenblicklich Oeſterreich verſetzt ſieht, an mehreren Punkten zugleich auf den Schutz ſeines Gebietes bedacht zu ſein, dieſer Aufſtand plötzlich eine drohende Geſtalt angenommen, ſo daß wir über ſeine Natur und Bedeutung uns nicht länger täuſchen können. Von den Ufern der Theiß, welche dieſen Aufſtand begränzten, iſt er mit reißender Schnelligkeit bis an die Donau vorgedrungen. Oberungarn und ganz Siebenbürgen ſind gegenwärtig in ſeiner Gewalt.

„Mit dem Heerde ſeiner Thätigkeit hat ſich auch der Kreis ſeines revolutionären Einfluſſes erweitert. Die Bewegung iſt keine eigentlich ungariſche mehr. Sie iſt zur Hälfte eine polniſche geworden. Sie dient einem weit umfaſſenderen, weit hochfahrenderen Aufſtande zur Grundlage, der darauf ausgeht, alle Landſchaften des alten Polens aufzuwiegeln und für uns die Widerwärtigkeiten und das Unheil des Jahres 1831 wieder herauf zu beſchwören. Dieſer neue Geiſt iſt offenbar geworden ſeit dem Tage, wo das Magyarenlager zum Stelldichein der Trümmer der polniſchen Emigration geworden iſt, dieſer Soldaten der Anarchie, die man in allen Ländern im Dienſte jedes Aufruhrs, im Hintergrunde aller Verſchwörungen, wiederfindet, deren Zweck es iſt, die Grundlagen der Geſellſchaft umzuſtürzen, um an ihre Stelle die blutigen Träume der abſcheulichſten Demagogie zu ſetzen.

„Mehr als zwanzigtauſend Individuen, in dieſe Kategorie gehörend, ſind zur Stunde zu den Fahnen der ungariſchen Armee geſtoßen. Sie bilden Regimenter, ganz organiſirte Heerkörper. Von ihren Häuptern, und namentlich von Bem und Dembinski, gingen vorzüglich der Entwurf der Kriegspläne und die Leitung der militäriſchen Operationen aus. Ihre Abſichten gegen uns ſind nicht verſteckt. Sie tragen dieſelben offen zur Schau. Sie wollen den Schauplatz des Aufſtandes nach Galizien und durch Gegenſtoß nach unſern polniſchen Provinzen verlegen.

„Ihre Umtriebe haben ſchon Wurzel geſchlagen in Galizien und Krakau. Von Siebenbürgen her beſtreben ſie ſich durch Aufwiegelung und Ermuthigung der unzufriedenen Moldo-Walachen die Bemühungen zu vereiteln, die wir im Einverſtändniß mit der Türkei übernommen, um die Ruhe in den Fürſtenthümern herzuſtellen. Mit einem Worte, ſie unterhalten einen fortdauernden Zuſtand von Unruhe auf der weiten Linie unſerer Grenzen.

„Eine ſolche Aufregung kann nicht fortwähren, ohne unſerer Lage Gefahr zu bringen. Sie erheiſchte von unſerer Seite augenblickliche und entſchiedene Maßregeln.

„Es iſt ohne Zweifel zu bedauern, daß Rußland nicht fernerhin in der paſſiven Haltung verharren kann, die es ſeit dem Beginne der europäiſchen Kriſis angenommen. Man wird Rußland die Gerechtigkeit widerfahren laſſen, daß es ſeit länger als einem vollen Jahre kein Verlangen gezeigt, keine Ungeduld an den Tag gelegt hat, ſich vorſchnell in den Kampf der beiden Prinzipien der moraliſchen Ordnung und der Anarchie zu miſchen, welcher fortfährt, die europäiſche Völkerfamilie zu ſpalten. So lange das ſoziale Unwetter in der Ferne wüthet, iſt Rußland ruhig und unbeweglich der aufgeregten Welt gegenüber geblieben; es ſah den Krieg ſich entzünden, die Inſtitutionen zuſammen ſtürzen, die Regierungsformen wechſeln, ohne aus der Neutralität zu treten, die es ſich ſelbſt aufgelegt hatte. Aber der Zeitpunkt, wo es würde handeln müſſen, war nicht ausgeſchloſſen aus der Vorausſicht der kaiſerlichen Regierung und wenn dieſe endlich wider Willen ihre beobachtende Rolle aufgibt, ſo bleibt ſie nichts deſtoweniger dem Geiſte ihrer vorhergegangenen Erklärungen treu. In der That, indem ſie bei Gelegenheit des Manifeſtes vom 14. (26.) Juli vorigen Jahres ausſprach, daß ſie ſich jeder Einmiſchung in die inneren Angelegenheiten der fremden Staaten enthalten und es einem jeden von ihnen überlaſſen wolle, ſeine Verfaſſung nach Belieben umzugeſtalten, hatte ſie nichtsdeſtoweniger bereits Sorge getragen, ſich im Voraus eine völlige Freiheit des Handelns vorzubehalten für den Fall, daß der Gegenſtoß der Revolutionen von Außen die eigene Sicherheit gefährdete und daß das Territorial-Gleichgewicht, durch Verträge auf Rußlands Gränzen hergeſtellt, dieſem zum Nachtheil geſtört oder geändert zu werden Gefahr liefe. Daß nun unſere Sicherheit bedroht iſt durch die Vorgänge in Ungarn, das iſt es, was aus den Plänen und eingeſtandenen Beſtrebungen der Inſurgenten offenbar hervorgeht, und jeder Angriff, den, wenn auch nur für eine Zeit, eine revolutionäre Regierung von dieſer Seite auf die Integrität und Einheit der öſterreichiſchen Monarchie machen würde, wäre zugleich ein Angriff auf den Beſitzſtand, den Se. Majeſtät der Kaiſer, in Uebereinſtimmung mit dem Geiſte der Verträge, für nöthig hält zur Aufrechthaltung des europäiſchen Gleichgewichts, wie auch der Ruhe Seiner eigenen Staaten.

„Die kaiſerliche Regierung ſieht ſich alſo in dem Falle, Sicherheitsmaßregeln zu ergreifen gegen die Wendung der Ereigniſſe, die ſie als möglich vorausgeſehen hatte, und die gegenwärtige Lage trägt zu viel Verwickelungen in ſich, als daß es erlaubt ſein könnte, den Keim derſelben wachſen zu laſſen. Indem Rußland dieſen Verwickelungen vorbeugt, indem es durch Zuſammenwirken mit ſeinem Verbündeten das Löſchen der Feuersbrunſt beſchleunigt, welche von der Donau nach der Weichſel um ſich zu greifen droht, und alle Nationalitäten auf dieſem großen Raume in Gährung erhält, macht es nicht nur von dem unbeſtreitbaren Rechte Gebrauch, welches ihm das Intereſſe ſeiner Selbſterhaltung verleiht, ſondern es glaubt auch in dem Intereſſe aller wirklich friedliebenden Mächte zu handeln, und zur Aufrechterhaltung der Ruhe in der Geſellſchaft, wie zu der des Gleichgewichts von Europa beizutragen."

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 143. Frankfurt a. M., Freitag 25. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Der Aufſtand in Kanada.

Das Ende der Reichsverſammlung.

Deutſchland. Frankfurt (Bevorſtehender Austritt der Partei des Nürnberger Hofes. Die Verhandlungen über die Centralgewalt. Preußiſche Truppen gegen Frankfurt. Deutſchlands Rettung und der Abgeordnete Bogen. Aufruf des Montagskränzchens). Wien (Die Belagerung Ofens. Zuſtände im Banat. Die deutſche Frage. Gensd'armerie. Erzherzog Johann. Der Kaiſer von Rußland erwartet). Berlin (Die Beſatzung. Prokeſch und die Octroyirungskonferenzen. Die Nationalzeitung. Der Kaiſer von Oeſterreich in Warſchau. Die ruſſiſche Note wegen Jütlands). Königsberg (Der Städtetag). Münſter (Keine Hinrichtungen in Iſerlohn. Hr. Flottwell. Hr. Rintelen). Köln (Kinkel verfolgt. Frau Kinkel). Münſtereifel (Eine Myſtifikation). Trier (Belagerungszuſtand in Saarbrücken). München (Das Votum der Kammer und ſeine Folgen. Militäriſche Demonſtrationen. Die Regierung und die Kammermehrheit. Deputation aus Nürnberg. Strenge Fremdenpolizei. Empfang der Deputationen). Aus Rheinbaiern (Der Bruch mit Baiern. Franzöſiſche Hülfe. Die Stimmung des Volks). Aus der Pfalz (Landau. Die proviſor. Regierung und die Stimmung im Lande). Speyer (Verbindungen mit Frankreich). Aus Baden (Erklärung der Mannheimer Gerichtshöfe. Ebbe in den Kaſſen. Die Regierung). Karlsruhe (Politiſche Flüchtlinge aus Frankreich. Die Civilkommiſſäre. Proklamationen. Das Briefgeheimniß. Bornſtedt). Mainz (Die Beſatzung). Weimar (Eröffnung des Landtags). Oldenburg (Beſuch der Königin von Griechenland).

Großbritannien. London (Erklärungen der Miniſter über das Hamilton'ſche Attentat. Lord Stanley's Amendement in Betreff der Schifffahrtsbill verworfen).

Frankreich. (Die Interpellationen wegen Rußlands und Italiens. Wichtige Erklärungen des Miniſteriums. Steigende Courſe. Die Heerſchau. Die Wahlen. Straßburger Eiſenbahn. Telegraphiſche Depeſche). Straßburg (Keine Rhein-Armee. Der Großherzog von Baden. Die Straßburger Abgeordneten).

Schweiz. Zürich (Offene Stellen für Offiziere).

Italien. (Definitive Unterwerfung Palermo's).

Dänemark. Kopenhagen (Alſen im Belagerungszuſtand. Kammerherr Reedtz).

Ungarn. (Die Stellung der Heere. Proklamation Koſſuth's).

---

24. Mai.

Es war am 25. April Nachmittags 4 Uhr, als der Generalgouverneur von Kanada, Lord Elgin, im Parlamentshauſe zu Montreal erſchien, um einer Anzahl Bills die königliche Zuſtimmung zu ertheilen. Die Galerien waren, ungewöhnlich genug, nur von männlichen Zuhörern beſetzt. An dem Generalgouverneur ſelbſt, der inzwiſchen auf dem Thronſeſſel Platz genommen, glaubte man einige Aengſtlichkeit oder Aufgeregtheit zu bemerken. Sonſt ließ nichts den Sturm ahnen, der kurze Zeit darauf losbrechen ſollte. Aber als der Schriftführer die Worte las: „eine Bill für Entſchädigung derjenigen Perſonen in Unterkanada, deren Eigenthum während des Aufſtandes in den Jahren 1837 und 1838 Schaden erlitt," da brach, wie nach dumpfer windſtiller Schwüle, der Wetterſturm los, die Zuhörer auf den Gallerien fingen einen betäubenden Lärm an, pfiffen, heulten, grunzten, ſtampften mit den Füßen und ſtürzten ſich, wie verabredet, nach den Ausgängen, um die Nachricht von der Beſtätigung dieſer der engliſchen Partei tödtlich verhaßten Bill in der Stadt weiter zu verbreiten. Der Generalgouverneur, augenſcheinlich etwas beſtürzt, blieb noch einige Zeit, wie es ſchien in Verlegenheit, was nun zu thun ſei, und beſtieg ſodann in einiger Haſt ſeinen Wagen, während ihn ſein Stab zu Pferde begleitete. Sofort aber ſammelte ſich das Volk in dichten Schaaren um den Staatswagen des Gouverneurs und ſchleuderte eine Menge eigenthümlicher Wurfgeſchoſſe, faule Eier, Kartoffeln, Zwiebeln gegen und in den Wagen, und ein Bericht bemerkt ſehr naiv: „ein Ei, aber ein noch friſches, wie es eben vom Neſt gekommen, zerſchellte mitten auf Sr. Herrlichkeit Naſe." So konnte der Gouverneur von Kanada immer noch von Glück ſagen. Auch entkam er ohne eigentliche Verletzung ſeinen Verfolgern, indem es dem Kutſcher gelang, die Pferde in raſchen Trab zu ſetzen.

Alſobald hielt man auf freiem Platze eine Volksverſammlung, die unter andern folgende Beſchlüſſe faßte: „Wir beklagen tief die Verletzung, die unſern Gefühlen als britiſche Unterthanen durch die Annahme beſagter Bill zugefügt worden, indem man unſere ergebenſten Bittſchriften und Vorſtellungen gegen ſie gänzlich mißachtete; wir ſind der Anſicht, daß die Beſtätigung der Rebellen-Belohnungs-Bill (ſo wird ſie von der engliſchen Partei benannt) durch den Grafen Elgin ein Verrath an den erhabenen Pflichten iſt, die ihm ſeine Souveränin anvertraute, und daß die Nachricht davon von jedem Getreuen durch das ganze britiſche Reich mit Unwillen und Zorn aufgenommen werden wird; wir beſchließen endlich, daß ein Ausſchuß ernannt werde, zu dem Zwecke, eine Bittſchrift an Ihre allergnädigſte Majeſtät die Königin zu berathen und abzufaſſen, worin ſie erſucht wird, den Grafen Elgin zurückzurufen und die Bill zurückzunehmen."

Es blieb aber nicht bei dieſem geſetzlichen Verfahren. Die bloße Demonſtration ging in eine förmliche Revolution über. Der „ſüße Pöbel" von Montreal, einer Stadt von 40 bis 50000 Einwohnern, hatte bereits von ſeiner Machtvollkommenheit zu ſtark gekoſtet, um ſich nicht in den ausgelaſſenen Orgien ſeiner Souveränetät ſatt zu ſchwelgen. Der Ruf „Nach dem Parlament" erhob ſich hundertſtimmig aus der Maſſe. Dichte Haufen wälzten ſich gegen das Gebäude und begannen es mit Steinen ſo hageldicht zu bombardiren, daß die Parlamentsmitglieder im Innern ſelbſt in Gefahr kamen und ihr nur mit Mühe entrannen. Ein Volkshaufe drang nun, bis an die Zähne bewaffnet, in den Parlamentsſaal, der Führer — ein Bericht im Standard ſchildert ihn als einen abſchreckenden Menſchen mit einer in Folge unordentlichen Lebenswandels aufs garſtigſte verunſtalteten Naſe — ſchwor, den Kanadiern ein zweiter Cromwell zu werden, pflanzte ſich auf den Stuhl des Sprechers und ſchrie aus voller Lunge: „Gentlemen, das franzöſiſche Parlament iſt aufgelöſt!" Ein anderer ergriff den Präſidentenſtab und marſchirte damit auf und ab, Andere begingen wieder andere Tollheiten, um das tragikomiſche Poſſenſpiel, was an die ungeheuerlichſten und barockſten Auftritte in der erſten franzöſiſchen Revolution erinnert, zu vollenden.

Plötzlich erſcholl der Ruf „Feuer." Das Parlamentshaus war von politiſchen Mordbrennern in Brand geſetzt worden. Der ſouveräne Mob von Montreal ſah gemüthlich zu, während die Löſchmannſchaften ihre Anſtrengungen auf die Rettung oder Sicherung der benachbarten Gebäude beſchränkten. Bald waren auch das Archiv und die Bücherſäle, die ſich im Mittelpunkte des Parlamentshauſes befanden, von der Flamme erfaßt; nicht lange, und das Mittelgebäude ſtürzte mit gewaltigem Krach in ſich zuſammen. So ſind durch den Vandalismus des von politiſchen Agitatoren aufgehetzten Montrealer Pöbels die ſchönſte Bibliothek Kanadas, die Protokolle des Parlaments und die wichtigſten, die Geſchichte und die Verhältniſſe der Kolonie betreffenden Schriftſtücke und Urkunden vernichtet worden! Die Nacht war klar und kalt, der Wind heftig; weiße Feuerflocken wurden hoch in die Luft geführt — brennende Papierballen, wie es ſchien, aus der Regiſtratur und der Bibliothek.

Dem maleriſch prächtigen, aber in ſeinem Urſprunge ſo frevelhaften und in ſeiner Wirkung ſo beklagenswerthen Schauſpiele ſahen die Umſtehenden mit gemiſchten Empfindungen zu. Die Anſtifter des Frevels und ihre Genoſſen freuten ſich über ihr ſchmähliches Werk wie über eine Heldenthat; Andere beklagten aufrichtig den Verluſt des Gebäudes und ſo wichtiger Bücher- und Schriftſchätze; noch Andere, zu denen gehörend, welche jedes allgemeine Unglück irgend einer einzelnen Perſon wie einem Sünden-

bock aufbürden müſſen, ſtießen Flüche und Verwünſchungen gegen den Generalgouverneur aus. Längere Zeit war man für die St. Paulsſtraße ernſtlich beſorgt, doch brannten außer dem Parlamentsgebäude nur ein oder zwei Häuſer nieder, größeres Unglück wurde durch die Anſtrengungen der Löſchmannſchaften abgewehrt. Aus dem Parlamentshauſe wurde ſehr wenig gerettet, unter Andern jedoch mit Lebensgefahr das Bildniß der Königin, worüber ſelbſt dieſer verwilderte Haufe in Freudenbezeugungen ausbrach.

Während der nächſtfolgenden Tage währte die Aufregung fort, namentlich nachdem man erfahren, daß mehrere angeſehene Bürger verhaftet und in das Gefängniß abgeführt und unter die Spezialkonſtables auch Franzoſen aufgenommen worden ſeien. Es fanden Reibungen zwiſchen letzteren und dem Volke ſtatt, welche die Konſtables veranlaßten, Feuer zu geben, zum Theil jedoch nur mit Piſtolen und wenig brauchbaren Schießwaffen, worauf ſich das Volk zerſtreute, um ſich anderwärts wieder zu ſammeln, bis die kanadiſche Regierung die Franzoſen aus den Reihen der Spezialkonſtables entfernte. In Montreal wie an andern Orten wurden Meetings gehalten, um Bittſchriften an die Königin wegen Rückberufung des Lords Elgin zu berathen, hier und da wurde der Generalgouverneur im Bilde verbrannt. Die letzten Nachrichten lauten dahin, daß die engliſche Partei in der Provinz Freiſchaaren organiſire, von denen ein großer Theil bereits unterwegs ſei, um der britiſchen Partei in Montreal zu Hilfe zu ziehen.

Man ſieht aus dieſen Vorgängen, daß ſich Ihrer Majeſtät „gehorſamſte und getreueſte“ Unterthanen von Kanada gegen die kanadiſche Regierung eben dieſer Majeſtät erhoben haben, denn der eigenthümliche Charakter dieſer Erhebung beruht darin, daß die Kanadier britiſchen Stammes ſich rühmen, die eigentlichen Royaliſten zu ſein, während die franzöſiſchen Nachkömmlinge in Unterkanada für weſentlich republikaniſch geſinnt und dem Anſchluß an die Vereinigten Staaten geneigt gelten. Dieſe von den Konſervativen angeregte Bewegung kann aber mächtige Folgen haben. Billigt die Regierung zu London das Verfahren Lord Elgin's, der ſeine Entlaſſung angeboten hat, aber bei der whiggiſchen Regierung in hoher Gunſt zu ſtehen ſcheint, wie aus mehreren Erklärungen im Parlament hervorging, ſo ſtößt ſie dadurch der altengliſchen Partei vor den Kopf, oder ruft ſie ihn zurück und ſchickt einen Nachfolger, der das jetzige liberale franzöſiſche Miniſterium entläßt und ein ſogenanntes toryſtiſches Miniſterium aus der engliſchen Bevölkerung um ſich beruft, ſo wird wieder die franzöſiſche Partei in Harniſch gebracht. In beiden Fällen droht ein Racenkrieg, legislative Trennung beider Provinzen oder noch Schlimmeres, die Unabhängigkeitserklärung einer der beiden Provinzen und Anſchluß des halben oder ganzen Kanada an die Vereinigten Staaten, abgerechnet die größeren Verwickelungen, die ſich in dieſem Falle zwiſchen Großbritannien und Nordamerika ergeben möchten. In England ſcheint man dieſe Bewegung noch ziemlich leicht zu nehmen, aber der Lauf der Dinge, wenn ſie erſt einen Anſtoß erhalten haben, wie jetzt in Kanada, läßt ſich nicht berechnen. Noch vor wenigen Wochen würden die Miniſter in London zweifelnd den Kopf geſchüttelt haben, wenn man ihnen Vorgänge, wie ſie in Montreal geſchehen ſind, geweiſſagt hätte. Ahnte doch ſelbſt Lord Elgin einen ſolchen Ausbruch ſo wenig, daß er, was vielen Tadel findet, nicht einmal die gewöhnlichſten militäriſchen Vorkehrungen getroffen hatte, obſchon ihm doch an 3000 Mann in der Stadt ſelbſt zu Gebote ſtanden.

Wenn aber Kanada für England verloren gehen ſollte, ſo ſind zumeiſt die Wühlereien und Umtriebe Derjenigen daran Schuld, welche vor Allen darauf Anſpruch machen, Freunde und Vertheidiger der beſtehenden Ordnung und Stützen des Thrones zu ſein. Im Jahre 1837 fand, wie man weiß, der Aufſtand von Unterkanada unter der Hauptleitung Papineaus, Nelſons und Mackenzies ſtatt, nachdem die „Söhne der Freiheit“ durch ihren Centralausſchuß die Trennung von England ausgeſprochen hatten. Der Aufſtand wurde unterdrückt, und um beide Parteien zu verſchmelzen Ein Parlament für beide Kanadas eingerichtet. Seitdem hat die Nebenbuhlerſchaft zwiſchen der franzöſiſchen und engliſchen Partei nicht aufgehört. Vor anderthalb Jahren hatte das Miniſterium, deſſen Anhänger gegenwärtig den Tumult in Montreal veranlaßten, Lord Elgin vermocht, das Parlament aufzulöſen und neue Wahlen vorzunehmen. Aus dieſen allgemeinen Wahlen iſt das jetzige Parlament hervorgegangen, das aber den Plänen der ſtockengliſchen Partei noch weit ungünſtiger war, als das frühere. Die Miniſter, welche dem Generalgouverneur zur Auflöſung der alten Kammer gerathen hatten, blieben bei einer gewichtigen Frage in der Minderheit, dankten ab und machten einem Miniſterium der entgegengeſetzten oder der franzöſiſch liberalen Partei Platz, welches die Indemnitätsbill in Vorſchlag brachte und in beiden Häuſern, alſo in konſtitutionellſter Weiſe, durchſetzte. Die altengliſche Partei, an deren Spitze ſich der frühere Sprecher M'Nab befand, hatte von Anfang an nicht gerade die konſtitutionellſten Mittel ergriffen, um die verhaßte Maßregel zu hintertreiben, ſie hatte an die Leidenſchaften des Volks appellirt, fortdauernd mit dem Anſchluſſe an die Vereinigten Staaten gedroht, ſchon mehrfach tumultuariſche Scenen herbeigeführt und ſah ſich endlich an dem verhängnißvollen 25. April, als der Aufſtand in Montreal zum Ausbruch kam, plötzlich mit Denen, welche das Parlamentshaus in Brand ſteckten, auf einem und demſelben Boden der revolutionären Gewaltthat — den Beſſeren ohne Zweifel wohl ſelbſt zur Ueberraſchung und Beſtürzung, und nur den eigentlichen Wühlern von Profeſſion und den Verzweifelten, die es in jeder Partei gibt, zur Freude. Es liegt in dem Gange, den die kanadiſche Entwickelung bisher genommen hat, eine Lehre, die ſich die Konſervativen in aller Herren Ländern zu Nutzen machen ſollten, nämlich die, daß es ſelbſt dann gefährlich iſt, zu revolutionären Mitteln zu greifen, wenn die konſtitutionellen für den Augenblick nicht ausreichen ſollten.

Die bereits zuſammengeſchmolzene Reichsverſammlung ſetzte am 30. April in Anweſenheit von 378 Abgeordneten, die Zahl der Mitglieder, deren Anweſenheit zu einem Beſchluſſe erforderlich ſein ſoll, von 200 Mitgliedern auf 150 herab. Am heutigen Tage haben, während nicht mehr als gerade 150 Mitglieder anweſend waren, 115 bejahende Stimmen die beſchlußfähige Anzahl auf 100 herabgeſetzt, und nicht ohne Lachen wird man unten leſen, von welchem Bogen dieſer Pfeil abgeſchoſſen worden.

Ein bekannter deutſcher Philoſoph empfahl als einen guten Rath, den er ſelbſt mit Nutzen befolgt habe, wenn man in der Spekulation auch noch ſo folgerecht auf einen Satz gekommen, der ſich mit dem geſunden Menſchenverſtand nicht zu vertragen ſcheine, inne zu halten, und ſich die ganze Sache noch einmal von vorn zu überlegen. Zu einem ſolchen Punkte iſt, wie uns dünkt, die Reichsverſammlung jetzt gelangt. Da der Zufall den hundert und fünfzigſten Abgeordneten in die Paulskirche geführt, ſo iſt die rechtliche Gültigkeit des heutigen Beſchluſſes nicht zu bezweifeln. Mit demſelben Rechte können die hundert Mitglieder die beſchlußfähige Zahl auf fünfzig herabſetzen und ſo weiter, bis herab zum Tres faciunt Collegium. Allein daß hundert Mitglieder, kaum ein Sechſtel der urſprünglichen Zahl der Abgeordneten, namentlich bei der gegenwärtigen Zuſammenſetzung des Parlamentes, in keiner Weiſe geeignet ſind, wirklich das deutſche Volk nach ſeinen Staaten, Intereſſen und Parteien zu vertreten, liegt auf der Hand. Man mag noch ſo viel Ausſtellungen machen gegen die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung, ſo iſt es dennoch wahr, daß unſer Vaterland ſeit den älteſten Tagen ſeiner Geſchichte keinen ſolchen Verein ſeiner beſten Männer geſehen, und daß ſie ſich Anſprüche auf die Achtung und Dankbarkeit der Nation erworben hat. Um ſo ſchmerzlicher wäre es zu bedauern, wenn ſie auf eine unwürdige, ſei es lächerliche, ſei es verbrecheriſche Weiſe enden ſollte. Das müßte ſie aber, wenn ſie forttagen wollte mit einem Namen und Schein, dem ihr Weſen nicht mehr entſpricht.

Wir hören, daß der Präſident, Hr. Theodor Reh, und der Vicepräſident, Hr. Biedermann, in richtiger Würdigung der Lage Morgen ihr Amt niederlegen und aus der Verſammlung ſcheiden werden. Möge auch die Verſammlung die Vernunft die Oberhand gewinnen laſſen über Aufwallungen der Leidenſchaft. Vernünftiger Weiſe kann ſie nur noch eine Handlung vollziehen, jene Anſprache an das deutſche Volk, mit deren Entwerfung ſie den Dreißiger-Ausſchuß beauftragt. Möge die Verſammlung in ihrem letzten Akte ſich über Parteileidenſchaften erheben. Möge ſie ſprechen im Namen aller Parteien, und in ihrer letzten Anſprache ſich darſtellen als der Ausdruck der ganzen Nationalvertretung, daß ihre Worte im Norden und Süden den Weg finden zu dem Herzen des Volkes, dem ſie feierlich das gemeinſchaftliche Werk überantwortet. Wenn Manche von der Verfaſſung ſagen: Wie will

man ſie anders durchführen, als mit Gewalt? ſo möchten wir dagegen antworten: Wie will man ſie anders hindern, als mit Gewalt? Auf dem friedlichen, geſetzlichen Wege, wenn in Deutſchland auch nur ein Schein von konſtitutionellem Staatsleben übrig bleibt, wird man ſchwerlich zu einer andern gemeinſchaftlichen Verfaſſung gelangen. Unſere Vorausſagung, daß die Regierungen — wie mißbräuchlich geſagt wird, während dieſe Regierungen völlig inkonſtitutionell in ſchroffem Widerſpruch mit den Volksvertretungen nur das Intereſſe der königlichen Familie vertreten, und zwar nur das vermeintliche, nicht das wirkliche — daß die Dynaſtieen ſich ſchwerlich über eine gemeinſchaftliche Verfaſſung einigen würden, und gewiß nicht über eine ſolche, welche dem gerechten Verlangen des deutſchen Volkes entſpreche, erfüllt ſich nur zu ſehr. Das Neueſte, was über die, wie es ſcheint, geſcheiterten Vereinbarungsverſuche von Berlin gemeldet wird, iſt Folgendes:

„Das Verfaſſungsprojekt iſt, ſicherem Vernehmen nach, allerdings fertig. Bezüglich der Regierungsform ſetzt es einen Reichsrath mit beſchließender Stimme als höchſte Bundesbehörde über Deutſchland, und dem Könige von Preußen vindicirt es das Präſidium in demſelben als Erbſtatthalter Deutſchlands. Daneben beſtände das Volkshaus. Im Uebrigen aber ſind noch manche einzelne Paragraphen der Verfaſſung vom 28. März ſo abgeändert, daß den einzelnen Staaten ein größerer Schutz gegen Verwandlung des Bundesſtaates in den unitariſchen Staat gegeben iſt. Es wird darauf ankommen, wie weit man mit dieſem Schutze gegen Centraliſation gegangen iſt. Wir fürchten, man iſt ſehr weit gegangen, viel weiter, als die öffentliche Meinung, zumal in den kleineren Staaten, billigen wird. Wenn wir recht verſtanden haben, ſo wird das liberum Veto, welches nach der Verfaſſung von 1815 jedem Einzelſtaate in wichtigen Dingen zuſtand, nicht ganz untergehen, ſondern in der Anzahl der Stimmen und in den Gegenſtänden beſchränkt fortbeſtehen. Es wird in der Legislation, folglich auch in allen Dingen, die Zölle, Münzen u. ſ. w., Kommunikationsmittel, Kriegsverfaſſung, Gewerbeweſen rc. rc. betreffen, den großen Staaten ein viriles und den kleineren ein kollektives Recht der Zuſtimmung zuſtehen, ſo daß 5 — 6 zum Veto berechtigte Stimmen vorhanden wären, wohingegen die Befugniſſe von Abſchnitt II. Art. I. — III. an Preußen allein, vielleicht unter berathender Mitwirkung eines Reichsrathes übertragen werden würden."

Das iſt die Verfaſſung, von welcher die Hannoveriſche Zeitung verſicherte, ſie ſei zum Verwundern deutſch! Und dieſe Verfaſſung iſt Baiern noch nicht partikulariſtiſch genug! Und Oeſterreich will gar nichts davon wiſſen!

Bei dieſen traurigen Ausſichten, bei den Leidenſchaften, welche hüben und drüben zu blutiger Entſcheidung drängen und einen Bürgerkrieg, einen Krieg des Nordens gegen den Süden herbeizuführen drohen, klingen tröſtlich die Worte in uns nach, mit welchen G. Beſeler ſeine letzte Rede ſchloß: „Die nächſten Ereigniſſe werden vielleicht unſere Wünſche täuſchen, die Zukunft iſt unſer, die Geſchichte wird entſcheiden zwiſchen uns und unſeren Gegnern auf beiden Seiten!"

Deutſchland.

Frankfurt, 24. Mai. Ein aufmerkſamer Beobachter der heutigen Vorgänge in der Paulskirche wird bemerkt haben, daß bei der Abſtimmung über den unter den gegenwärtigen Umſtänden ſo zeitgemäßen Goltz'ſchen Antrag, „die zur Beſchlußfaſſung nöthige Zahl anweſender Mitglieder auf 100 herabzuſetzen," als der Letzte der Bejahenden, nachdem eigentlich der Aufruf ſchon beendet war, der Abgeordnete Bogen aus Michelſtadt aufgeführt wurde. Es hatten bei der Abſtimmung genau 150 Mitglieder geſtimmt — die bis heute zur Beſchlußfähigkeit unumgänglich nothwendige Anzahl — ohne den ehrenwerthen Rechtsgelehrten aus Michelſtadt wäre alſo auch heute, wie ſchon in der letzten Sitzung, das deutſche Volk um das Vorrecht gekommen, durch 100 aus 600 Abgeordneten vertreten werden zu können. Als das Ergebniß bekannt gemacht wurde, daß 115 für, 35 gegen den Antrag, zuſammen alſo gerade 150 geſtimmt hätten, brach die Linke in rauſchenden Beifall aus. Wir haben lange nicht ſo zufriedene Geſichter geſehen, als die ſonſt von Mißmuth ſtrotzenden Bänke auf jener Seite des Hauſes bei dieſer Gelegenheit zeigten. Das Entzücken galt aber nicht blos dem endlich glücklich erreichten Zweck, nun ungetheilt die Macht zu Deutſchlands Beglückung zu beſitzen; es galt vor Allem dem würdigen Abgeordneten Bogen — und dem launigen Spiele des Schickſals. Der Abgeordnete Bogen befand ſich bis heute, wenn wir nicht irren, im Odenwald; heute Morgen kam er nach Darmſtadt und fühlte ſich veranlaßt, als großh. heſſiſcher Abgeordneter dem Miniſter Jaup ſeine Aufwartung zu machen. Jaup ſoll ihn nicht gerade freundlich empfangen haben — wenigſtens dauerte der Beſuch nur ſehr kurze Zeit. Eben wollte der Eiſenbahnzug nach Frankfurt abgehen, als Bogen unmuthsvoll auf dem Bahnhof ankam. Halb unbewußt ſteigt er in den Wagen und läßt ſich nach der Parlamentsſtadt tragen. Er tritt in die Paulskirche, als der Sekretär den letzten Namen aufgerufen hat und die Tribüne verlaſſen will. „Geſchwind, ſage ja!" rufen ſeine Kollegen dem erſtaunten Bogen zu. Ohne zu wiſſen, wofür er ſtimmt, gibt Bogen, an die Tribüne mehr geſtoßen als geführt, ſein verhängnißvolles Ja! ab.

Bogen hat Deutſchland gerettet. Wie leicht konnte bis zur nächſten Sitzung nicht Einer der 35 Verneinenden, Biedermann z. B. oder Soiron, abtrünnig werden und den jetzt ſo dornenvollen Sitz in der Paulskirche verlaſſen haben? Wie leicht konnte nicht auch Einen der 115 Bejahenden der Mangel unentbehrlicher Diäten der erhabenen Aufgabe entzogen haben? Hätte Jaup nur einmal gelächelt — Deutſchland hätte vielleicht kein Parlament mehr! Von wie kleinen Zufälligkeiten nicht die Welt regiert wird!

* **Frankfurt**, 24. Mai. Die Parlamentskorreſpondenz der Centren, jetzt noch das Organ des Nürnberger Hofes, ſagt heute, die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung in ihrer heutigen Sitzung würden für den größten Theil ihrer Partei das Zeichen zum Austritte ſein.

Frankfurt, 24. Mai. Der beſtändige Kourierwechſel mit Berlin, verbunden mit der kritiſchen Lage der deutſchen Angelegenheiten, gibt zu den widerſprechendſten Nachrichten Anlaß. Geſtern unterhielt man ſich davon, daß der Reichsverweſer, nachdem er die Uebergabe ſeiner Befugniſſe an Preußen abgelehnt, von dieſer Seite aufgefordert worden ſei, dieſelben in die Hände der Bevollmächtigten der Regierungen zu legen. Damit wäre ein neuer Bundestag konſtituirt. (O. P. Z.)

Frankfurt, 23. Mai. Nachrichten von Berlin beſagen, daß ſich eine Heeresſäule von 50 Bataillonen Infanterie und verhältnißmäßiger Stärke der andern Waffengattungen in der Richtung gegen Frankfurt bewegt. (O. P. Z.)

* **Frankfurt**, 24. Mai. Das hieſige Montagskränzchen richtet einen Aufruf an das deutſche Volk, den durch ihre Regierungen abberufenen, zum Theil ihrer Exiſtenzmittel durch Entziehung ihrer Diäten beraubten Abgeordneten durch freiwillige Beiträge zu erſetzen, „was ihnen Fürſtenwillkür entzogen hat" und ihre gefährdete Zukunft zu ſichern.

△ **Wien**, 20. Mai. Reiſende berichten, daß Peſth in Folge eines Angriffs auf Ofen wieder bombardirt worden ſei; die Stadt habe indeſſen weniger gelitten, als man uns anfangs berichtete. Ein Angriff der Inſurgenten (16.) ſei zwar zurückgeſchlagen worden, doch ſchienen ſie entſchloſſen, Ofen um jeden Preis zu nehmen. Der Angriff auf die Feſtung am 4. ſoll ein furchtbarer Anblick geweſen ſein. Der entſchloſſene Kommandant der Feſtung, Major Hentzi, ließ die Stürmenden ganz in die Nähe kommen und empfing dann die tiefen Sturmkolonnen mit ſo zahlreichen Kartätſchenladungen, daß alles was nicht gefallen war, wie Spreu im Winde auseinander ſtob. Es ſtellt ſich immer klarer heraus, welch ein Geiſt der Unzufriedenheit all' unſere ſüdſlawiſchen Länder ergriffen hat. Der Rücktritt des Fürſten Windiſchgrätz gab dem Banus gerade noch zu rechter Zeit die Gelegenheit, das Ungewitter zu beſchwören, was nur durch ſeine Kenntniß des Volkes und des tieferen Volkslebens möglich war. Er traf ſogleich den rechten Ton um das geſunkene Vertrauen zur Regierung wieder aufzurichten. Der Patriarch Rajacic ruft die Serben auf, ſich zu ſammeln und dem Banus anzuſchließen; er läßt zu dieſem Zwecke 8000 Gewehre austheilen. Auf heute ſah man einem Angriff der Magyaren entgegen, aber es ſcheint, daß ſchon vorgeſtern Bewegungen auf dem jenſeitigen Waagufer ſichtbar waren. Am 18. wurden plötzlich die am 17. erſt in Preßburg angekommenen Kaiſer-Kuiraſſiere nach Oedenburg beordert und ein Bataillon Wimpffen Infanterie ſollte ihnen folgen.

Der Wanderer läßt ſich heute aus Berlin ſchreiben, daß der preußiſche Staatsanzeiger in den nächſten Tagen (der Schreiber will es aus zuverläſſiger Quelle wiſſen) die oktroyirte deutſche Ver-

faſſung bringen werde, und gleichzeitig werde die deutſche Nationalverſammlung für aufgelöſt und Frankfurt in Belagerungszuſtand erklärt werden. Dies möchte wohl eine bloße Vermuthung ſein, denn ehe man die Verfaſſung bekannt machen kann, müſſen doch wohl Oeſterreich, Preußen, Baiern ꝛc. darüber einig ſein, und das ſcheint keineswegs, wenigſtens von Seite unſeres Kabinets, der Fall zu ſein, denn General Canitz verweilt noch immer hier und hat täglich zu dieſem Zwecke Konferenzen mit dem Miniſterium.

A.Z.C. **Wien**, 20. Mai. Die Errichtung einer Gens'darmerie im ganzen Lande ſoll von dem Kaiſer bereits genehmigt ſein. Die offiziellen und miniſteriellen Blätter haben zu wiederholten Malen Belehrungen über ruſſiſche Geldcourſe, Maaße und Gewichte gebracht. Nun ſtellt es ſich aber heraus, daß dieſe Angaben, aus alten Büchern gezogen, alle unrichtig ſind. Aus ganz ſicherer Quelle kann mitgetheilt werden, daß Erzherzog Johann Frankfurt bald verlaſſen werde. Mehrere Bagage-Hofwägen ſind bereits dahin abgegangen. Der Kaiſer wird heute von Ollmütz zurückerwartet. Einem Gerüchte zu Folge wird er in Begleitung des Kaiſers von Rußland kommen. (Bekanntlich hat er den Kaiſer von Rußland in Warſchau aufgeſucht.)

Konſt. Korr. **Berlin**, 22. Mai. Dem Vernehmen nach wird ein großer Theil der hieſigen Beſatzung die Stadt verlaſſen, um nach dem Main und dem Mittelrhein zu marſchiren. Die hier entſtehende Lücke ſoll durch die Landwehr der öſtlichen Provinzen, namentlich Pommern, ausgefüllt werden.

Berlin, 22. Mai. Prokeſch von Oſten, erfahren in allen Mitteln und Weiſen, die auf die Perſon des Königs Einfluß zu üben, den Argloſen in Sicherheit zu wiegen, und durch ihn wieder das Miniſterium zu ſanguiniſchen Hoffnungen zu verleiten geeignet ſind, ſoll plötzlich aufgehört haben, ſich als „Theilnehmer“ der Verhandlungen zu geriren. Nur Zuhörer und Zuſchauer will er geweſen ſein. Von öſterreichiſcher Zuſtimmung, heißt es, ſei nicht mehr die Rede, und durch Oeſterreich, ſei es angeregt, ſei es geſtützt, habe auch Baiern ſich zurückgezogen. Die Berliner Ausſichten werden alſo auf ein nördliches Deutſchland gerichtet, das dann den Süden bekriegen oder von ihm den Angriff gewärtigen mag. Die „Nationalzeitung“ macht die größten Anſtrengungen, ihr Wiedererſcheinen zu bewirken, und die heutigen Zeitungen enthalten eine Erklärung, daß ſie begründete Hoffnung dazu habe. Der Redakteur, Dr. Zabel, hat über das Verbot eine 2 Stunden lange Unterredung mit Hrn. v. Manteuffel gehabt. In derſelben ſtellte ſich heraus, daß nicht, wie angenommen war, ein etwas ſcharfer Artikel in der deutſchen Sache, ſondern ein in der vorletzten Nummer befindlicher, überaus ruhig und man möchte ſagen faſt lediglich rechtswiſſenſchaftlich gehaltener Artikel über den Belagerungszuſtand die unmittelbare Veranlaſſung zu dem Verbote der Zeitung gegeben hat. „Ueber den Belagerungszuſtand dürfe gar nichts geſagt werden“, ſo wurde eröffnet. (O. P. Z.)

Berlin, 22. Mai. Aus guter Quelle erfahren wir, daß geſtern eine telegraphiſche Depeſche hier eingegangen iſt, welche meldet, daß der Kaiſer von Oeſterreich in Warſchau eingetroffen iſt, um mit dem Kaiſer von Rußland perſönlich weitere Verabredungen zu treffen. Eine von Seiten Rußlands hier überreichte Note macht in denjenigen hieſigen Kreiſen, in welchen ſie bis jetzt bekannt geworden iſt, einen großen Eindruck. Das Vorrücken der deutſchen Truppen in Jütland iſt Gegenſtand dieſer Note. Es wird in derſelben ausgeſprochen, daß Rußland ſich verpflichtet fühle, Dänemark in Bezug auf Jütland zu ſchützen. Der Kaiſer habe bis jetzt den Grundſatz der Nichtdazwiſchenkunft in dem neu begonnenen däniſch-deutſchen Kriege feſtgehalten, indeſſen ſei die fürdere Aufrechthaltung dieſes Grundſatzes durch die Ereigniſſe in Jütland nicht ſtatthaft. Rußland könne die Verletzung des eigentlichen und nicht ſtreitigen däniſchen Gebietes fortan nicht zulaſſen. Die Note läßt ſogar durchblicken, daß Rußland im äußerſten Falle zu einem Krieg zu Waſſer und zu Land gegen Deutſchland ſich gezwungen fühlen werde. Als Thatſache kann mitgetheilt werden, daß ein Theil der ruſſiſchen Flotte bereits ausgelaufen iſt, um ſich zur Unterſtützung Dänemarks vorläufig nach Kopenhagen zu begeben. (O. P. Z.)

Königsberg, 19. Mai. Die Neue Königsberger Zeitung berichtet: Der Städtetag nahm heute Vormittags 9 Uhr im Kneiph. Junkerhofe ſeinen Anfang. Vertreten waren durch Mitglieder der Magiſtrate und Stadtverordnetenverſammlungen die Städte: Königsberg, Gumbinnen, Schippenbeil, Pr. Eylau, Gerdauen, Elbing, Fiſchhauſen, Pillau, Graudenz, Marienwerder, Angerburg, Inſterburg, Labiau, Hohenſtein, Taplau, Tilſit, Röſſel, Guttſtadt, Heilsberg, Neidenburg, Kreutzburg, Landsberg, Schirwindt. Zum Vorſitzenden erwählte die Verſammlung den Landgerichtsrath Köhler aus Marienwerder, zu Schriftführern Juſtizrath Magnus und Syndikus Flottwell aus Elbing. Nachdem die Verſammlung beſchloſſen, eine Erklärung abzugeben, wurde eine Kommiſſion zur Formulirung derſelben ernannt; die Erklärung wurde einſtimmig mit Ausnahme des Hrn. Launitz aus Röſſel angenommen. In der Nachmittagsſitzung wurde ein Antrag von Sommerfeld aus Tilſit verworfen, ein anderer von demſelben zurückgezogen. Schließlich wurde ein Antrag von Woylkowitz aus Inſterburg, ein Komite zu ernennen, das in dringenden Fällen einen neuen Städtetag berufe mit Hinzuziehung von Vertretern der politiſchen Klubs in den Städten und auf dem Lande angenommen. Als nächſter Verſammlungsort wurde Elbing beſtimmt. Die Erklärung lautet:

Der Städtetag erklärt, daß nach ſeiner innigſten Ueberzeugung eine Rettung der Ehre und des Glücks nnſeres theuern Vaterlandes nur noch möglich iſt, wenn 1) das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel ſofort entlaſſen und durch ein volksthümliches erſetzt wird, 2) die deutſche Reichsverfaſſung unverzüglich eingeführt, 3) die Kammern ohne Abänderung des auch in der Verfaſſung vom 5. Dezember 1848 garantirten Wahlgeſetzes ſofort einberufen wrrden, 4) das ſowohl mit der deutſchen Verfaſſung als auch mit der oktroyirten Verfaſſungsurkunde vom 5. Dezember 1848 im Widerſpruch ſtehende und einen unerhörten Militärdeſpolismns einführende Geſetz über den Belagerungszuſtand vom 10. d. M. ſofort zurückgenommen wird, 5) die bisher befolgte äußere Politik der preußiſchen Regierung, namentlich das ruſſiſch-öſterreichiſche Bündniß aufgegeben, der von der deutſchen Centralgewalt wieder aufgenommene däniſche Krieg mit voller Energie zu Ende geführt, und die eben ſo ſchmachvolle, wie verderbliche Blokade der deutſchen Häfen durch einen ehrenvollen Frieden aufgehoben wird. Königsberg, den 19. Mai 1849.

Münſter, 21. Mai. Die Ihnen mitgetheilte Nachricht der neuerdings erfolgten Erſchießung von 8 Perſonen zu Iſerlohn ſcheint ſich erfreulicher Weiſe nicht zu beſtätigen, ungeachtet die Sache hier allgemein als Faktum erzählt wurde. Nach der geſtrigen Nummer des Staatsanzeigers iſt der ſeitherige Oberpräſident Flottwell nach Königsberg abgereiſt, wo er, hier eingangenen Privatmittheilungen zufolge, an die Spitze der Civilverwaltung der Provinz treten wird. Herr Rintelen hat ſeine Möbel bereits hierher ſchaffen laſſen, und es ſcheint ſomit nicht mehr zweifelhaft, daß er in die Funktionen eines Präſidenten des hieſigen Appellationsgerichts eintreten wird. (K. Z.)

Köln, 20. Mai. Der außerordentliche Profeſſor an der Univerſität zu Bonn, Dr. **Gottfried Kinkel**, Mitglied der zweiten Kammer in der letzten Nationalverſammlung zu Berlin, iſt geſtern von dem Staatsprokurator in Bonn wegen der Beſchuldigung ſich an die Spitze einer bewaffneten Bande geſtellt zu haben, um die in dem öffentlichen Zeughaus zu Siegburg aufbewahrten Waffen zu plündern, zur Unterſuchung gezogen worden, hat ſich jedoch der Vollſtreckung des gegen ihn erlaſſenen Verhaftungsbefehles durch die Flucht entzogen und wird ſteckbrieflich verfolgt. Wie wir heute mit Beſtimmtheit vernehmen, bekleidet er ſchon ein neues Amt in dem Büreau der proviſoriſchen Regierung zu Kaiſerslautern. (D. Ref.)

* Seine Gattin, die als Schriftſtellerin bekannte Frau Johanna Kinkel, redigirt die Neue Bonner Zeitung, deren Artigkeiten die Kölniſche Zeitung aus Galanterie nicht erwiedern will.

Münſtereifel, 22. Mai. Die heutige Nummer der Köln. Ztg. bringt einen Artikel aus Münſtereifel vom 20. Mai über einen hier angeblich vorgekommenen Aufſtand, welcher Barrikaden, die Bildung eines Sicherheitsausſchuſſes und dergleichen zur Folge gehabt habe. Dieſe Erzählung iſt nur eine Kette von Lügen. Während der politiſchen Bewegungen der jetzigen Zeit iſt die öffentliche Ruhe in hieſiger Stadt auch nicht einen Augenblick geſtört worden. Die vor einigen Tagen von hier einberufenen Reſerviſten und Wehrmänner ſind ohne Ausnahme ruhig ihrer Beſtimmung entgegengegangen. Dies zur amtlichen Berichtigung. (Der fragliche Artikel war einem mit Unterſchrift und mit genauer Namensangabe der bei dem Aufſtande angeblich betheiligten Führer, wie überhaupt mit einem Reichthum an Detail ausgeſtatteten, mit dem Poſtſtempel Münſtereifel verſehenen längeren Berichte entnommen. Eine ſolche Myſtifikation aus einem Orte, in welchem wir einen ſtändigen Korreſpondenten nicht haben, iſt ein leichter, aber ſchlechter Spaß. Wir haben das Manuſkript dem berichtigenden Bürgermeiſteramte von Münſtereifel eingeſandt.)

(K. Ztg.)

Trier, 21. Mai. Wie wir eben vernehmen iſt die Stadt Saarbrücken in Belagerungszuſtand erklärt, weil die aufgelöſte Bürgerwehr ſich weigert, die Waffen niederzulegen. (K. Z.)

München, 21. Mai. Der D. k. Ztg. zufolge iſt die Deputation des Magiſtrats und der Gemeindebevollmächtigten von München am 20. vom Geſammtminiſterium empfangen worden; ſie wird in Erfüllung ihres Auftrages noch um eine Audienz bei Sr. Majeſtät dem Könige nachſuchen. Die Deputation der Würzburger ſtädtiſchen Kollegien iſt, wie daſſelbe Blatt meldet, mit Hinweiſung auf das Programm und die Vorlage des Miniſteriums beſchieden worden, die Bamberger Deputation am 19., ohne nach dreitägigem Warten eine Audienz erhalten zu haben, abgereiſt.

≍ **München**, 22. Mai. Wie überfüllt auch die Spalten Ihrer Zeitung von größeren Ereigniſſen ſind, glaube ich doch mit ein Paar Worten auf unſere Zuſtände ſeit dem Zuſammentritt des Landtags hinweiſen zu müſſen. Beſonders da vielleicht ſchon morgen ein neues Stadium derſelben entweder durch die ſehr glaubliche Kammerauflöſung, oder durch den wenig glaublichen Rücktritt des Miniſteriums bevorſteht. Ich habe in früheren Berichten ſchon darauf hingedeutet, daß das Miniſterium den Kammern mit einer gewiſſen Siegesſicherheit entgegenſehe. Und es würde Recht behalten haben, wenn die Pfälzer Deputirten, wie man erwartete, hoffte und von anderer Seite fürchtete, ausgeblieben wären. Dies zeigt die geringe Mehrheit für den neulichen Beſchluß über die Entwerfung der von Kolb beantragten Adreſſe, deren erſten Theil man ganz fallen ließ, ferner die durchgeſetzte Vertagung ihrer Berathung, endlich geſtern die kleine Mehrheit für ihre Annahme, welche meines Erachtens überhaupt nur der trefflichen, tiefgeiſtreichen Schlußrede des Berichterſtatters Schüler ihre Exiſtenz verdankt. Ich will nicht ſagen, daß das lauter partikulariſtiſcher Sinn iſt. Nein, Lerchenfeld, der ehrliche aber von perſönlichen Umgebungen abhängige Mann, ſprach es offen aus, als er mit ſeinen Geſinnungsgenoſſen Verwahrung gegen die Adreſſe und ihre Folgen einlegte: es iſt die Furcht vor der noch größern Verwirrung der baieriſchen und deutſchen Zuſtände durch eine Kammerauflöſung, wie durch eine Miniſterkriſis. „A Rua wolle mer habe" — das iſt's; und Ruhe ſelbſt um den Preis einer ganzen Zukunft der nationalen, einheitlichen, freiheitlichen Intereſſen. Jetzt iſt der Rubicon überſchritten — was folgt, wiſſen die Götter. Heute iſt keine Sitzung, und das Miniſterium in höchſter Verlegenheit, was es thun ſoll. Als die Pfälzer und Franken kamen und damit die Hoffnung auf leichten Sieg in der Verfaſſungsfrage entſchwand, hoffte das Miniſterium noch in derſelben Sitzung, wo es ſein ſpezielles Programm verleſen hatte, werde die Adreſſe ganz ohne Berückſichtigung deſſelben beſchloſſen werden. Da war ein guter, gerechtfertigter Grund zur Auflöſung: die Kammer hatte gar nicht auf die Vorlagen gehört. Das Widerſtreben der Rechten und des Centrums vertagte die Berathung und Beſchlußfaſſung, ein Sonntag lag zwiſchen dieſer und der folgenden Sitzung, das Programm des Miniſteriums ward den Abgeordneten eingehändigt, die Linke, an ihrer Spitze Schüler, Kolb, Heintz, Willich, ließen ſich ſelbſt kritiſch, allerdings abweiſend, auf die vom Miniſterium beanſtandeten Punkte der Reichsverfaſſung ein; Lerchenfelds Redſeligkeit, Forndran's (des Augsburger Bürgermeiſters, welcher wenige Tage vorher an der Spitze zweier von den Augsburger Gemeindebehörden beſchloſſenen Eingaben für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung ſtand) Achſelträgerei und Oberkamps diplomatiſche Erörterungen hatten alles Mögliche gethan, die Regierungsvorſchläge aufrecht zu erhalten — und nach dieſer regelmäßigen Einlaſſung auf die Vorlagen, wurden dieſe dennoch durch Annahme der Adreſſe abgewieſen. Das war ein harter Schlag, da er dem Miniſterium ſelbſt den formellen Rechtsboden für eine Auflöſung raubte, während ihm doch, ohne Widerſpruch von der andern Seite, die Linke nur die Wahl zwiſchen Berufung an das Volk oder Rücktritt als konſtitutionelle Bahnen bezeichnete. Auch die wieder ſo mild als möglich hingeſtellte „Vereinbarungstheorie" ward von Schülers einzigem Satze ſelbſt dem Befangendſten nackt vorgelegt, in welchem er ſagt: Das Wort Vereinbarung iſt ein grammatikaliſcher Nonſens, eine diplomatiſche Erfindung, deren Deutung der politique des convenances anheimfällt; im Mai vorigen Jahres, als die Throne ſich an die Centralmacht als einzigen Halt klammerten, hieß es ſoviel als Verſtändigung; im Mai 1849, da ſie ſich wieder ſicherer auf ihre Macht ſtützen zu können meinen, ſoviel als Oktroyirung und nöthigenfalls Belagerungszuſtand. Was geſtern in dem Staatsrath ausgemacht worden iſt, welcher unmittelbar nach der Kammerſitzung ſtattfand, weiß Niemand. Die Miniſter waren beim Beginne der Adreßdebatte aus dem Saale gegangen, und die Vertreter ihrer Anſichten erklärten ſich an der Diskuſſion nicht mehr betheiligen zu wollen, nachdem ſie behaglich alle ihre Gründe gegen die Adreſſe vorgebracht hatten, aber die Niederlage herandrängen ſahen. Das nennen ſich dann aber trotzdem Patrioten, und ſie werden der Erklärungskomödie halber wohl angeſehen in Nymphenburg. Es war vielleicht blos zufällig oder auch abſichtlich, doch ſicher der Moment falſch gewählt, daß der König während dieſer Sitzung große Parade hielt über 7000 Mann auf dem Marsfeld, wo das Lager ſteht. Noch ungeſchickter erſchien aber die Demonſtration, bei der Heimkehr von der Parade ein Paar Batterien mit allem möglichen Gepränge durch die Hauptſtraßen der Stadt raſſeln zu laſſen. Die Wrangel'ſche Kanonendemonſtration! rief man, und die Stimmung gegen die Regierung und ihre vereinbarende, oktroyirungsſüchtige, belagerungsſüchtige Politik ward nur erbitterter, mißtrauiſcher, drohender.

= **München**, 22. Mai. Aus guten Quellen wird mit Beſtimmtheit verſichert, daß die Regierung die gegen ſie gerichtete Majorität vom 10. in der Adreſſe nicht zu reſpektiren gedenke, da an der Berathung und Abſtimmung 15 Pfälzer ſich betheiligt, die man nach den vorliegenden Zuſtänden der Pfalz nicht mehr für berechtigt hält, eine rebelliſche Provinz zu vertreten. Geſtern noch hat der Staatsrath in dieſer und der deutſchen Frage geſeſſen. Aus Beſorgniß vor einer preußiſchen Hegemonie hat unſere Regierung die Idee des Bundesdirektorium, die ſie bekantlich ſchon im Mai 1848 zuerſt aufgeſtellt hat, mit aller Entſchiedenheit wieder aufgenommen. Nach dem nahen lieblichen Starnberg findet diesmal nicht wie ſonſt eine Wanderung der höhern Stände ſtatt; Alles bleibt der ungewiſſen Zuſtände wegen hier. Vier Abgeordnete der Nürnberger Gemeindebehörden ſind hier, um dem König Vorſtellungen über die Lage Frankens zu machen und um Anerkennung der Reichsverfaſſung zu ſollicitiren; es wird aber vergebens ſein. Die Stadt iſt ruhig. Alle Fremden ſind hier der ſtrengſten Kontrole unterworfen; man erwartet für die nächſten Tage viele Ausweiſungen.

⁑ Aus Rheinbaiern, 21. Mai. Unſere Revolution gegen Baiern iſt faktiſch deklarirt. Nachdem eine proviſoriſche Regierung ſich eingeſetzt hat, nachdem Kriegsſteuern dekretirt worden, nachdem Bürger und Bauern mit ſogenannten Freiſchaaren aus allerlei Volk beſchwert ſind, iſt noch, wie behauptet wird, franzöſiſche Hilfe angerufen. Sollte ſich dieſe Behauptung beſtätigen, ſollte wirklich Hr. D. nach Paris geſendet worden ſein, um dort Sukkurs zu verlangen, dann müſſen ſelbſt die blödeſten Augen einſehen, daß hier etwas anderes betrieben wird, als die Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung. Franzoſen, Republikaner, ſollen kommen, um uns Deutſchen behilflich zu ſein zur Durchführung einer Verfaſſung, in welcher das monarchiſche Prinzip feſtgeſtellt iſt: welch' ein Hohn auf den menſchlichen Verſtand, daß man uns dieß glauben machen will. Wer heut zu Tage mit den Franzoſen fraterniſirt, der iſt kein Mann für die deutſche Reichsverfaſſung, der nimmt dieſe nur zum Vorwand, zur „Barrikade für die Republik", wie unſer Deputirter Schmitt bei der Neuſtädter Volksverſammlung ganz offen geſtanden hat. Ja, ſo eine rheiniſche Winkelrepublik in Vereinigung mit Baden, das ſpuckt Manchem im Kopfe. Aber wird das Volk, der Bürger und Bauer damit einverſtanden ſein? Wir zweifeln ſehr daran, denn viele, die jetzt unter der Laſt der freiſchärlichen Einquartierung ſeufzen und Polacken und Franzoſen ins Pfefferland wünſchen, ſehnen ſich nach dem geordneten Zuſtande wieder zurück. Offen zwar getraut ſich Keiner gegen die Maßnahmen der proviſoriſchen Regierung zu ſprechen, weil er den Terrorismus von Oben und Unten fürchtet; aber im Stillen, unter vier Augen machen die Meiſten ihrem gepreßten Herzen Luſt und geſtehen einander ihre Antipathie gegen die Revolution und ihre drückenden Folgen. Dieſe Antipathie war ſchon darin erſichtlich, daß als die Höchſtbeſteuerten des ganzen Kreiſes am 16. d. nach Kaiſerslautern berufen wurden, um dort mit ihren Mitteln ſich für die Sache der Revolution zu verpfänden, kaum der vierte Theil erſchienen iſt und ſelbſt dieſer vierte Theil von einem Einſtehen mit ſeinen Mitteln nichts wiſſen wollte.

† **Aus der Pfalz**, 22. Mai. Landau iſt immer noch nicht in den Händen des Volkes, obſchon es faſt ganz von Militär entleert ſein ſoll. Die Beſatzung iſt bis auf die Offiziere, die Einſtandsmänner, welche ihr Geld nicht einbüßen wollen, und wenige treue Soldaten nach den allgemein verbreiteten Gerüchten zuſammen geſchmolzen. Deshalb wurde von den Freiſchärlern in der Nacht vom Samſtag auf den Sonntag unter Anführung eines Bürgerwehrkommandanten von Worms, Blenker, eine großartige Expedition gegen die Feſtung unternommen. Man ſprach nach der beliebten Weiſe, die ganze Bewegung durchs Mikroſkop gleichſam zu betrachten und Alles noch hundertmal zu vergrößern, ſogar von 16,000 Mann, die ſich mit Flinten und Senſen bewaffnet um Landau verſammelt gehabt hätten. Auf einen glänzenden Eefolg ſchien man ſo ſicher gerechnet zu haben, daß der Bote für Stadt und Land von Kaiſerslautern die Uebergabe der Feſtung ſchon am Sonntag als ausgemachte Sache verkündigte und die Gemüther an jenem Tage in eine großentheils ängſtliche, theils freudige Aufregung verſetzt wurden. Indeß gingen alle Hoffnungen der Freiſchärler auf eine faſt lächerliche Weiſe zu Schanden. Bereits ſollen die erſten durch die Vorwerke eingedrungen geweſen ſein, um im Vertrauen auf die Beihülſe der Bürger ungehindert durch die Thore in die Feſtung zu ziehen, da knallte es von den Wällen und eine Kanonenkugel brauſte in ziemlicher Höhe über den Häuptern des Freikorps dahin. Als von dieſem einige Flintenſchüſſe antworteten, die ſogar einen Soldaten getödet haben ſollen, ſchlug eine zweite Kanonenkugel vor ihnen in den Boden. Da der Hauſe ſich dadurch von ſeinen kühnen Hoffnungen noch nicht abbringen ließ, ſchlug plötzlich eine kräftige Ladung Kartätſchen mitten in ihn hinein, ſtreckte einige zu Boden und brachte ſelbſt dem Anführer eine Wunde an der Hand bei. Dieſes gab der Sache eine andere Wendung. Viele warfen ſogleich Senſen und Gewehre weg, und ergriffen eiligſt die Flucht. Jetzt aber ſollen die Feeiſchärler darauf ſinnen, einen neuen Sturm gegen die Feſtung zu unternehmen. Das ſind die Gerüchte, die mir als die verbürgteſten erſcheinen. Manche wollen wiſſen, daß die Bürger ſelbſt keineswegs geſonnen ſeien, ihre Stadt den Freiſchaaren, die alsbald in nicht geringer Anzahl einſtrömen würden, preiszugeben.

Die Bewegung wird allmählig wieder mit ruhigeren und ſorgloſeren Augen betrachtet, da man immer mehr erkennt, daß die Einſtimmigkeit der Pfalz für dieſe den geſetzlichen Boden ſelbſt der Reichsverfaſſung ganz und gar verlaſſenden Beſtrebungen keineswegs in dem Grade vorhanden iſt, daß ſie eine Alles aufs Spiel ſetzende Volkserhebung bei der Ankunft von militäriſcher Macht hervorzurufen im Stande wäre. Die proviſoriſche Regierung iſt über uns gekommen wie ein Dieb in der Nacht. Nicht einmal alle Kantone hatten ihre Vertreter nach Kaiſerslautern geſchickt, und eine einzige Stimme hätte uns vor derſelben bewahren können. Man ſagt ſie habe ihren Sitz bereits in Speyer aufgeſchlagen, wohl um ihrer Bundesgenoſſin in Karlsruhe näher zu ſein. Sie will alle Beamten in ihren Stellen belaſſen, aber auch ſelbſt die Deputirten hat ſie aus München noch nicht zurückgerufen, ein Beweis, daß es ihr mit der Selbſtſtändigkeit und dem Abreißen der Pfalz von Baiern noch nicht ſehr ernſt iſt. Das Volk wird immer gleichgültiger, wo nicht unwilliger über dieſes Treiben ſeiner Vertreter, die ihm noch ohne dies ungeheueres Geld koſten und koſten werden. Ein einſichtsvoller und freiheitsliebender Oekonom ſagte mir neulich: er hätte gehofft, daß die Fürſten jetzt eine Lektion würden geleſen bekommen, die ihnen eben ſo nothwendig als heilſam ſein würde; jetzt aber ſehe er, daß die Männer, welche ihre Stelle einzunehmen ſuchen, es noch zehnmal ſchlechter treiben als die Fürſten. Die Pfalz braucht nur noch einige Wochen in dieſem Zuſtande zu bleiben, ſo wird das Landvolk, ſchon um ſeiner Aernte froh zu werden, die Preußen und Altbaiern mit offenen Armen aufnehmen.

Speyer, 22. Mai. Einer der hier eingetroffenen Vorſteher der oberelſäſſer Geſellſchaft „aide-toi" hatte während der letzten Nacht Konferenzen mit der proviſoriſchen Regierung. Wie man vernimmt, will die Bergpartei in Frankreich, beſonders in den beiden radikalen Departements des Ober- und Niederrheins, dem allfälligen Einmarſch der Preußen mit aller Macht entgegentreten, und ſollen die hierauf bezüglichen Maßregeln heute verabredet worden ſein. (Fr. Journ.)

Aus Baden, 23. Mai. Bezeichnend iſt, daß kein badiſches Blatt, beim nominellen Zuſtande vollkommenſter Preßfreiheit, die (geſtern mitgetheilte) Erklärung der Mannheimer Obergerichtsbehörden zu drucken wagt. Ebenſo iſt die Proklamation des Großherzogs noch in keiner Landeszeitung abgedruckt. Beide Mannheimer Gerichtshöfe ſollen noch ferner erklärt haben, wenn ſie in Folge dieſer Erklärung von der proviſoriſchen Regierung abgeſetzt würden, ſo wollten ſie dennoch fortfahren, Recht zu ſprechen, bis ſie mit Gewalt verjagt würden. Die Kaſſen ſind leer, der Tag iſt vorüber, wo die Soldaten ihre Löhnung empfangen ſollten; — ſie konnte nicht ausbezahlt werden. Polniſche Officiere ſind angekommen, es ſoll eine polniſch-deutſche Legion errichtet werden. In der proviſoriſchen Regierung iſt großer Zwieſpalt. Struve und Blind verlangen die extremſten Maßregeln und Brentano iſt bereits der Gemäßigtere! Kriegsminiſter Eichfeld hat den in Heidelberg liegenden Truppen auf öffentlichem Platz eine Proklamation vorgeleſen; ſie wurde lautlos aufgenommen. Man ſpricht von einem Bündniß der badiſchen proviſoriſchen Regierung mit Frankreich; doch will an ſolche Schmach noch niemand glauben.

Karlsruhe, 21. Mai. Als neue Ankömmlinge erſcheinen hier ſeit vorgeſtern Abtheilungen der politiſchen Flüchtlinge aus Frankreich — man ſagt aus Beſançon — meiſt Deutſche, doch ſind unter ihnen auch Franzoſen und Polen. Wie lange wir dieſe Gäſte herbergen werden, und was ihre Beſtimmung ſei, iſt nicht bekannt. Inzwiſchen dürfte ihre Anweſenheit ſo wenig als die Aufſtellung von Sicherheitswachen aus unorganiſirten Volksſchaaren dazu geeignet ſein, unſere geängſteten Emigranten früher in ihre Heimath zurückzuführen. (N. Fr. Z.)

Nach einer Anzeige des Civil- und Militärkommiſſärs Heuniſch in Freiburg iſt der General von Gayling auf ſein Anſuchen aus dem Staatsdienſt entlaſſen. Obergerichtsadvokat Karl Rotteck iſt zum Direktor des Oberrheinkreiſes ernannt. (Die Civilkommiſſäre haben, nach ihrer öffentlich bekannt gemachten Inſtruktion, die Befugniß, Beamte ihrer Funktionen zu entheben, wenn ſie „Machinationen gegen die jetzige Regierung und die Freiheitsbeſtrebungen des badiſchen Volkes entdecken, oder wenn ſolche ihre Wirkſamkeit zu lähmen ſuchen;" Gleiches gilt auch von den Gemeindebeamten. Bei den Verfügungen der Kommiſſäre genügt die einfache Konſtatirung des Thatbeſtandes und die getroffene Verfügung. Entſcheidungsgründe ſind nirgends anzuführen nothwendig).

* **Karlsruhe**, 21. Mai. Eine Anſprache des Landesausſchuſſes an die badiſchen Krieger enthält Mahnungen zum Gehorſam, die wenig Eindruck machen werden gegenüber der Verſicherung im Eingang: „Ihr habt dem geſammten Volke Deutſchlands und allen Heeren Europa's ein großartiges Beiſpiel gegeben." Ein anderer Aufruf fordert „die Männer und Frauen Badens" zu freiwilligen Beiträgen auf für die vollſtändige Ausrüſtung der Feſtung Raſtatt, „des mächtigen Stützpunktes der Bewegung", namentlich für den Bedarf zur Pflege der Verwundeten und Kranken. Ein halbamtlicher Artikel der Karlsr. Z. verwahrt die Regierung gegen die Beſchuldigung, ſie verletze das Briefgeheimniß. Ein anderer Artikel aus Kißlau vom 22. Mai höhnt mit folgenden Worten das Unglück des eingekerkerten Volksmannes Bornſtedt: „Wir beherbergen ſeit einigen Tagen den bekannten Bornſtedt als unfreiwilligen Gaſt, — einen lebendigen Beweis, daß der Landesausſchuß ſtark genug iſt, nach jeder Seite hin die Ordnung aufrecht zu erhalten." Sic transit gloria mundi!

* **Karlsruhe**, 23. Mai. Der Landesausſchuß hat neuerdings folgende Proklamation erlaſſen:

„An Deutſchlands Krieger!

Der blutdürſtige, verrätheriſche Friedrich Wilhelm IV. von Preußen, welcher ſich in den Märztagen 1848 vor den Leichen der von ihm gemordeten Bürger beugte, nachdem er vom Volke beſiegt worden war, erhebt ſein Haupt jetzt wieder ſtolzer als jemals. Der Freiheit Deutſchlands hat er den Krieg auf Tod und Leben erklärt; die Reichsverfaſſung hat er mit Füßen getreten. Schon büßten die Sachſen ſchwer für ihre Verfaſſungstreue; auch Rheinpreußen und das ſüdliche Deutſchland ſollen durch preußiſche Waffen niedergehalten werden. Derſelbe König, welcher ſeinem Volke auf die blutigſte Weiſe wiederholt die Treue gebrochen, verlangt von ſeinen Soldaten Treue und blinden Gehorſam.

Soldaten, deutſche Brüder! die Zeiten des blinden Gehorſams gegenüber einem blutdürſtigen Tyrannen ſind vorüber. Bürger und Soldaten ſind zum Bewußtſein ihrer ewigen und unveräußerlichen Rechte gelangt. Das badiſche Heer hat dem geſammten Soldatenſtande Europa's ein großartiges Beiſpiel gegeben. Es hat einmüthig erklärt, das Blut ſeiner Väter und Brüder nicht vergießen zu wollen, ſich nicht gebrauchen zu laſſen zum Schergen der Tyrannei. Das badiſche Heer hat aus ſeinen Reihen diejenigen Führer entfernt, welche die Rechte des Volkes mit dem Schwerte in der Hand bekämpften, und an deren Stelle Offiziere erwählt, welche

bereit ſind, Volk und Soldatenſtand zu einem großen Bunde der Freiheit zu vereinigen.

Soldaten, deutſche Brüder! folget dem hochherzigen Beiſpiele des badiſchen Heeres. Höret auf, das Volk, dem ihr mit den heiligſten Banden der Natur angehöre, zu bekämpfen; duldet nicht in eurer Mitte die Feinde des Volkes, welche auch die eurigen ſind! Höret nicht auf die Stimme eines blutdürſtigen und verrätheriſchen Königs, höret auf die Stimme des Volkes: zerbrecht euer Joch und mit dieſem zugleich die Ketten des deutſchen Vaterlandes!"

Mainz, 23. Mai. Nachdem heute frühe abermals 4 Kompagnien vom 28. preußiſchen Infanterieregimente von hier ausmarſchirt ſind, beſteht unſere Beſatzung nur noch aus 7 Kompagnien Preußen und 14 Kompagnien Oeſterreicher. Seit 1830 haben wir keine ſo kleine Garniſon gehabt. Heute Abend erwartet man jedoch 2 Bataillone vom 34. preußiſchen Infanterieregimente, welche mit Dampfbooten vom Niederrhein ankommen werden. Die Beſatzung ſoll unverweilt auf den Kriegsfuß gebracht werden, und bis auf 22,000 Mann anſteigen. Soeben erfahren wir, daß die Direktion der kölniſchen Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft den ganzen Truppentransport aus Rheinpreußen hierher übernommen, und ſich wegen Uebernahme von Paſſagieren mit der Düſſeldorfer Geſellſchaft geeinigt habe. (O. P. Z.)

Weimar, 21. Mai. Geſtern fand hier die feierliche Eröffnung des außerordentlichen Landtags ſtatt, wozu vom Großherzog der Staatsminiſter v. Watzdorf unter Zuziehung der Staatsräthe Stichling und Bergfeld beauftragt war. In der verleſenen Propoſitionsſchrift waren als die wichtigſten Vorlagen für die jetzige Sitzung ein Geſetz über Volksbewaffnung und Anträge wegen Ausführung der Reichsverfaſſung angeführt. (D. A. Z.)

Oldenburg, 19. Mai. Dem großherzoglichen Hauſe ſteht, nach trüben Tagen, eine große Freude bevor. Es iſt ein Beſuch der Königin von Griechenland angekündigt, und wie man vernimmt, die Reiſe von Athen in dieſem Augenblicke ſchon angetreten, ſo daß über 8 Tage etwa die in ihrer alten wie in ihrer neuen Heimath vielgeliebte Fürſtin hier in ihrem väterlichen Schloſſe erwartet werden darf. (Weſ. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 22. Mai. Sowohl im Ober- als Unterhauſe wurde geſtern von der Miniſterbank aus das gegen die Königin Tags vorher begangene Attentat, wenn dieſes Wort auf den platten und frechen Schelmenſtreich Hamilton's paßt, zur Sprache gebracht, und zwar im Oberhauſe vom Marquis von Lansdowne, im Unterhauſe vom Lord J. Ruſſell. Beider Worte liefen darauf hinaus, daß, wie ſich aus der Unterſuchung des Thatbeſtandes ergebe, der Irländer Hamilton keine ernſtliche Abſichten auf das Leben der Königin gehabt habe, ſondern daß hier nur von einem verächtlichen Bubenſtreiche die Rede ſein könne, welcher nicht in das Bereich des Hochverraths, ſondern nur in die Reihe der ſtrafbaren Verbrechen gehöre, wie ſie in der im Jahre 1842 vom Parlament gutgeheißenen Akte vorgeſehen ſeien. Mithin brauche keine Glückwunſchadreſſe an die Königin beantragt zu werden. Lord J. Ruſſell fügte noch hinzu, daß die Königin in dem Augenblicke, wo der Schuß gefallen, ihre gewöhnliche Unerſchrockenheit und Selbſtbeherrſchung gezeigt habe.

Dieſe wie andere Stellen in den Erklärungen der Miniſter, welche Anlaß zu loyalen Aeußerungen gaben, wurden mit lautem Beifall aufgenommen. Mit dieſer praktiſchen Ruhe, Würde und Einfachheit erledigt man in England ſolche Vorfälle, um ſie vergeſſen und unſchädlich zu machen. Nachdem die Miniſter ihre Erklärungen geendet, trat John O'Connell auf, um ſich beim Schickſal zu beklagen, daß der Thäter gerade ein geborner Irländer ſein mußte. Es iſt auch wirklich eine eigene Tücke des Schickſals, die ſich zu oft wiederholt, um ſie eine Tücke des Zufalls zu nennen, daß wo etwas recht Tolles geſchieht, in der Regel irgend ein irländiſcher Poltron der Urheber ſein muß.

Im Oberhauſe beantragte ſodann Lord Stanley ein umfaſſendes, gegen Zweck und Weſen der Schifffahrtsbill gerichtetes Amendement, es wurde jedoch mit 116 gegen 103 Stimmen verworfen.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Mai. Die angekündigten Interpellationen des Hrn. Sarrans haben heute ſtattgefunden. Das Verhalten der Regierung in der italieniſchen Frage und Rußland gegenüber hat wenig Gnade in den Augen des Berges gefunden. Sarrans, Joly und Ledru Rollin nahmen nach einander das Wort und verlangten eine Kriegserklärung gegen Rußland und die Anerkennung der römiſchen Republik. Cavaignac ſprach ſich weniger kriegeriſch aus; er meinte, die franzöſiſche Republik brauche nicht ſolidariſch für die römiſche einzuſtehen. Was Rußland angeht, ſo fand er das Manifeſt des Kaiſers und die Truppenbewegungen im Norden Europa's allerdings der Freiheit bedrohlich; doch verlangte er von der Regierung nur, daß ſie Vorſichtsmaßregeln gegen etwaige Gefahren ergreife. Aus den Erklärungen der Miniſter, die ſich weigerten, auf die vom Berge geforderte Kriegspolitik einzugehen, erhellte einmal, daß dem General Oudinot Inſtruktionen gemäß der von der Verſammlung in der italieniſchen Frage gefällten Entſcheidung zugeſchickt worden, ferner, daß der Kaiſer von Rußland zu derſelben Zeit, wo er das Manifeſt erlaſſen, die Republik ausdrücklich anerkannt habe, endlich, daß das Kabinet wirklich entſchloſſen iſt, abzutreten.

Das Letztere war wieder zweifelhaft geworden, weil auf die neuliche halbamtliche Notiz in der Patrie heute in einer allen Journalen mitgetheilten Note behauptet wurde, daß die Entlaſſung der Miniſter weder gegeben noch angenommen worden ſei. Die Verhandlung in der Nationalverſammlung hat übrigens kein poſitives Ergebniß geliefert: Die einfache Tagesordnung, welche Odilon Barrot beantragte, ward mit 459 gegen 53 verworfen, und die verſchiedenen motivirten Tagesordnungen, welche die verſchiedenen Fraktionen der Linken vorgeſchlagen hatten, wurden zur Prüfung in die Abtheilungen verwieſen. Morgen wird alſo die Berathung fortgeſetzt.

Die Börſe hat ſich wieder erholt: die 3 pCt. ſchloß heute 52, die 5 pCt. 81,50; Bankaktien 2075. Der Grund davon mag einmal die Anerkennung der Republik Seitens Rußlands ſein, und dann der Ausfall der geſtrigen Heerſchau. Eine ſo entſchiedene antiſocialiſtiſche Haltung der Truppen hatte man nicht erwartet. Auch der Präſident ſcheint ſehr zufrieden geweſen zu ſein; denn der Moniteur veröffentlicht heute einen Brief von ihm an Changarnier, der von keinem Miniſter unterzeichnet und ganz nach dem Muſter der Briefe Louis Philipp's bei ähnlichen Gelegenheiten abgefaßt iſt. Folgendes iſt der Wortlaut deſſelben: „Mein lieber General! Ich bitte Sie, den verſchiedenen Truppenkorps, die ich heute beſichtigt habe, meine lebhafte Zufriedenheit mit ihrer ſchönen Haltung und meine volle Dankbarkeit für ihren freundlichen Empfang auszudrücken. Mit ſolchen Soldaten würde unſere junge Republik bald ihrer älteren Schweſter, der von Marengo und Hohenlinden gleichen, wenn das Ausland uns dazu nöthigte. Und wenn im Innern die Anarchiſten wieder ihre Fahne erheben ſollten, ſo würden ſie ſofort unſchädlich gemacht werden durch dieſe gegen Pflicht und Ehre ſtets treue Armee. Die Truppen loben heißt den Chef loben, der ſie befehligt. Ich bitte Sie, lieber General, die Disziplinarſtrafen nachzulaſſen. Ich bin glücklich, Ihnen bei dieſer neuen Gelegenheit meine beſondere Hochachtung und Freundſchaft auszudrücken."

Gez. Louis Napoleon Bonaparte.

Auch auf die Bildung des Miniſteriums kann dieſe Haltung der Truppen von Einfluß ſein. Der Präſident ſchwankt zwiſchen Bugeaud und Dufaure. Bugeaud wird von den perſönlichen Anhängern Louis Napoleons empfohlen, wogegen Odilon Barrot Dufaure empfiehlt. Letzterer hat zwar noch keine offiziellen Anträge bekommen, aber die Freunde des Hrn. Odilon Barrot ſind äußerſt thätig, ein Miniſterium zu bilden, worin außer ihm Dufaure, Lamoriciere und ein Mitglied der ehemaligen Exekutivgewalt (Marie?) treten würden.

Die Wahlen ſind nun ſämmtlich auf dem franzöſiſchen Feſtlande bekannt. Ledru Rollin iſt in 5 Departements (Allier, Herault, Saone und Loire, Seine, Var) gewählt worden, Changarnier in 3 (Rhonemündungen, Seine und Oiſe, Somme), Napoleon Bonaparte in 3 (Untere Charente, Sarthe, Tarn), Felix Pyat ebenfalls in 3 (Cher, Nievre, Seine). Von den in zwei Departements zugleich gewählten, worunter Cavaignac, Odilon Barrot, Dufaure, Lamoriciere, Unteroffizier Kommiſſaire, Montalembert, gehören 9 der reaktionären Partei, 6 den gemäßigten und 4 den rothen Republikanern an. Unter den neu gewählten Volksvertretern ſind 2, welche weder leſen noch ſchreiben können. Von einem derſelben, Nadaud, erzählt der Peuple heute, daß, als ſeine Freunde gekommen ſeien, um ihm zu ſeiner Erwählung Glück zu wünſchen, ſie denſelben mit der Maurerkelle in der Hand getroffen hätten und daß er ihnen die Verſicherung gegeben habe, er werde ſeine Arbeit nur am Tage vor dem Zuſammentritt der legiſlativen Verſammlung aufgeben.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 25. Mai. Schreiben des ſchleswig-holſteiniſchen Geſandten. Einfall badiſcher Freiſchaaren in Heſſen. Die Linke und die Centralgewalt). Wien (Gerüchte über das Dembinski'ſche Armeekorps. Graf Stadion. Tagesbefehl Khevenhüllers. Bekanntmachung wegen der Reiſe des Kaiſers. Entlaſſungsgeſuch Stadion's). Berlin (Die deutſche Verfaſſung. Heldenmuth der Köpnicker. Baiern hat ſich vom Berliner Kongreß zurückgezogen. Die deutſchen Verhandlungen. Die ſüddeutſchen Angelegenheiten. Würtemberg). Aus Oberſchleſien (Die Reiſe des Kaiſers von Oeſterreich nach Warſchau). München (Bekanntmachung in Betreff der Pfalz. Empfang der Nürnberger Deputation beim Könige. Antrag des Reichsrathsausſchuſſes wegen der Reichsverfaſſung. Stürmiſche Sitzung über die beantragte Ausſtoßung der Pfälzer Abgeordneten. Ankunft des Grafen Lerchenfeld Köfering. Stimmung). Aus der Pfalz (Die Organiſation der Volksbewaffnung. Fenner v. Fenneberg. Die Volksſchule. Gefangennahme angeblicher Spione). Freiburg (Zuzüge. Das Willich'ſche Korps).

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Verurtheilungen).

Italien. Kirchenſtaat (Proklamationen. Zuzüge.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 25. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 25. Mai.

Tagesordnung. 226. öffentliche Sitzung.

Berichterſtattung des Ausſchuſſes für Durchführung der Verfaſſung über den Antrag des Abgeordneten Umbſcheiden, einen Aufruf an das deutſche Volk betreffend.

An die in Frankfurt noch anweſenden Abgeordneten aus Preußen, die Staatsbeamte ſind, hat das königl. preußiſche Juſtizminiſterium (Herr Simons) die briefliche „Veranlaſſung" gerichtet, ſich aller ferneren Verhandlungen zu enthalten und unverzüglich — ſpäteſtens binnen 8 Tagen — auf ihren Platz zurückzukehren. Der Miniſter fügt den Ausdruck der Erwartung hinzu, „daß Sie dieſer Aufforderung unweigerlich nachkommen werden. Entgegengeſetzten Falls würden Sie ſich die Folgen Ihrer Weigerung ſelbſt beizumeſſen haben."

Die Sitzung wird 12½ Uhr Mittags eröffnet. Präſident Hr. Reh ſowohl, als die beiden Vicepräſidenten HH. Biedermann und Eiſenſtuck befinden ſich noch auf ihren Plätzen.

Das Reichsminiſterium des Kriegs läßt auf die Nagel'ſche Anrufung in Betreff der Vorfälle vom 13. Mai vorläufig anzeigen, daß es Bericht über dieſelbe von der hieſigen Stadtkommandantur eingefordert habe.

Die Stadt Heidelberg läßt durch den Abgeordneten Hrn. Hagen von dort die Reichsverſammlung einladen, bei einer etwaigen Veränderung ihres Sitzes, nach Heidelberg überzuſiedeln und ſtellt ihr die Aula ꝛc. zur Verfügung.

Der nominelle Beſtand der Verſammlung beträgt nach den Ermittelungen des Bureaus noch 292 Mitglieder, von denen ſich aber ſehr viele dem Hauſe ſchon längſt entfremdet haben. Es wird daher eine neue Verlooſung in die Abtheilungen nöthig. Zur Ergänzung der unter die Beſchlußfähigkeit geſunkenen Ausſchüſſe, namentlich des Centrallegitimationsausſchuſſes, werden die Wahlen nicht nach unbedingter, ſondern nach beziehentlicher Stimmenmehrheit geſchehen. Das Reichsminiſterium hat erklärt, daß es zu Neuwahlen für erledigte Abgeordnetenplätze vor wie nach bereit ſei, die erforderlichen Anſtalten zu treffen. Die Einberufung der Stellvertreter ſoll durch öffentliche Aufforderung und die Einladung der Beurlaubten zur Rückkehr unter dem Präjudiz geſchehen, daß wer binnen 14 Tagen nicht eintrifft, als auf ſeine Vollmacht verzichtend angeſehen werde. Zur Vervollſtändigung dieſer Vorſchläge des Bureaus ſtellt Hr. Ludwig Simon den dringlichen Antrag, die Wahlbezirke unmittelbar zur Wiederbeſetzung der hier erledigten Stellen zu veranlaſſen. Hr. Biedermann widerräth dieſe Maßregel als eine ſolche, welche die Verſammlung in eine Formloſigkeit hineinführen werde, die nicht nur ohne Erfolg, ſondern auch allen möglichen Angriffen ausgeſetzt ſein werde. Hr. Jucho will den Simon'ſchen Antrag an den Ausſchuß für Geſchäftsordnung verwieſen ſehen.

Hr. Weſendonck dagegen hält es für unerläßlich, daß den Wahlbezirken zu Neuwahlen ein unmittelbarer Antrieb gegeben werde, denn auf die Aufforderung des Reichsminiſteriums allein werde in Oeſterreich, Preußen und Sachſen die Regierung nicht eingehen. Nur eine beſtimmtere Faſſung ſchlägt er für den Simon'ſchen Antrag vor. Schließlich erfolgt die Verweiſung an den Geſchäftsordnungsausſchuß der freilich ebenfalls auf 7 Mitglieder zuſammengeſchwunden und alſo vor allen Dingen zu ergänzen iſt.

Einem Antrage von Herrn Titus auf Anerkenntniß der proviſoriſchen Regierungen von Baden und der Pfalz mit der Aufforderung an ſie, auf dem betretenen Wege fortzufahren, wird die Dringlichkeit verweigert. Selbſt in dieſem Parlament der reinen Linken erhoben ſich nur fünf oder ſechs Mitglieder dafür!

Ein Antrag von Herrn Spatz auf Durchführung der Reichsverfaſſung geht an den Dreißigerausſchuß.

Was den Gegenſtand der Tagesordnung anlangt, ſo tritt Hr. Rauwerck als Berichterſtatter dafür auf. Der Entwurf des Aufrufs an das deutſche Volk aber wie ihn der Dreißigerausſchuß zu dem ſeinigen gemacht hat, rührt von Hrn. Ludwig Uhland her, der ihn ſelbſt verlieſt. *)

Der Entwurf wird mit Beifallsäußerungen angenommen. Die Herren Welcker, Kierulff, Zachariä aus Göttingen beantragen einen Zuſatz dazu, der auf Abwehr von Gewaltſamkeiten und gegen die Einmiſchung von Fremden — „mögen ſie von Oſten oder Weſten kommen" — in die innern deutſchen Angelegenheiten gerichtet iſt. Eine Debatte über die ſofortige Berathung des Aufrufs oder ſeiner Verſchiebung auf die morgende Tagesordnung, wird durch Zettelabſtimmung dahin entſchieden, daß ſich 87 gegen 74 Stimmen für das Erſtere entſcheiden.

Hr. Buß aus Freiburg iſt überhaupt gegen den Erlaß eines Aufrufs und wider den Uhland'ſchen nimmt ihn im beſonderen ein, daß darin die Seite des Hauſes gar nicht vertreten iſt, welche die Verfaſſung verwirft. (Gelächter). Wenigſtens transeundo hätte man dieſer Partei doch auch einige Rechnung tragen können, obſchon ſie jetzt — die Großdeutſchen — „in einer Vereinzelung hier umherläuft, die man Einſamkeit nennen könnte." Solch' eine Berückſichtigung der Minderheit werde der Freiheit dienen und beruhigend auf das Volk wirken. Außerdem müßte ſich die großdeutſche Partei eine Minderheitsadreſſe vorbehalten. Jedenfalls iſt's der von Welcker und Genoſſen beantragte Zuſatz, auf welchem der Redner dringend beſtehen muß. Die Bewegung in Baden aber — wir wollen in acht Tagen darüber reden — iſt von der Verfaſſungsbewegung durchaus zu trennen. Sie iſt in Hände gerathen, die Ihnen (zur Linken) ſelbſt nicht gefallen. Auch ſtockt ſie bereits, und wenn eine ſolche Bewegung einmal ſtockt, ſo iſt ſie ſchon im Rückzuge.

Herr Simon von Trier: Ich möchte nicht, daß es den Anſchein hätte, als hätten wir Ihnen eine Adreſſe aufgedrängt. Daher ſchlage ich vor, daß ſie noch einmal verleſen wird. Der Minderheit des Hauſes nach dem Verlangen des Hrn. Buß einen „amtlichen" Ausdruck zu geben, das könne wohl keineswegs ernſtlich gemeint ſein. Wenn in der Adreſſe ein Proteſt gegen die Verdächtigungen und Angriffe der feindlichen Regierungen vermißt werde ſo ſei Herr Uhland ſelbſt ein ſolcher verkörperter Proteſt der Aeſthetik und der Bildung gegen die Brutalität. Gegen den Einmarſch der Ruſſen hat kein deutſches Kabinet proteſtirt. Ich bin daher gegen den betreffenden Zuſatz, damit wir nicht den Ausdruck des einen Unwillens mit dem andern verwechſeln. Wo iſt denn ſchon auf franzöſiſche Hilfe ein Anſpruch erhoben worden? Der jetzige Präſident hat die franzöſiſche Republik entehrt durch ſeine Konſpiration mit dem Despotismus, aber in der Haltung des franzöſiſchen Volks iſt durchaus keine Veranlaſſung vorhanden zu einer Abwehr nicht gedrohter Feindſeligkeiten.

Vizepräſident Hr. Biedermann: Die Verſammlung iſt nicht hier, um Proklamationen zu erlaſſen, ſondern um Beſchlüſſe zu faſſen. Sie (zur Linken) haben dieſen Grundſatz im vorigen Jahre ſelbſt geltend gemacht. Denn die Minderheit iſt wohl verpflichtet, die Beſchlüſſe der Mehrheit, aber nicht den Ausdruck von deren Gedanken und Empfindungen mit zu vertreten. Laſſen Sie uns wenigſtens Zeit zu einer genaueren Prüfung des Entwurfs — indem Sie die Abſtimmung vertagen. Endlich erklärt ſich der Redner dringend für den Welcker'ſchen Zuſatz.

Einen förmlichen Vertagungsantrag ſtellen ſodann ſchriftlich die HH. Makowiczka und Genoſſen. Er wird angenommen und der Uhland'ſche Entwurf iſt daher zu drucken und an die Mitglieder zu vertheilen um in morgender Sitzung Beſchluß darüber zu faſſen.

*) Wir werden denſelben im morgenden Hauptblatte geben.

Für den Dreißigerausſchuß erſtattet Hr. **Ludwig Simon** einen Bericht der auf den dringlichen Antrag hinausgeht: 1) die Truppen ſolcher Staaten, welche die Reichsverſammlung oder deren Beſchlüſſe als zu rechtbeſtändig nicht anerkannt haben, ſind durch Beeidigung oder Entfernung ihrer zweideutigen und ſchwierigen Stellung ſofort zu entheben; 2) die Reichsverſammlung ſieht einer beſtimmten Erklärung des Reichs-Miniſteriums auf dieſen Beſchluß bis morgen Mittag 12 Uhr entgegen.

Die Abſtimmung über dieſen Antrag erfolgt durch Namensaufruf. Unter den Antwortenden bemerken wir den Fürſten **Waldburg-Zeil**, welcher die Frage bejaht.

Der Antrag des Dreißigerausſchuſſes wird angenommen mit 97 gegen 60 Stimmen. Ein Antrag Nauwercks dagegen, die Reichsverſammlung unter den Schutz des Freiſtaates Frankfurt und der deutſchen Nation zu ſtellen, wird abgelehnt.

Von Austrittserklärungen ſind heute erfolgt die der Herren **Gier**, **Markus**, **Böcler** und **Johannes**. Unter den zur Anmeldung gelangenden Urlaubsgeſuchen iſt das von Hrn. Rob. v. **Mohl**, **Edel**, **Tappehorn** und mehrerer Pfälzer, die zur bairiſchen Kammer gehören. Die morgende Sitzung findet Vormittag 11 Uhr Statt.

Herr Redakteur!

In den Abdrücken, die Ihr Blatt (Beil. Nr. 142) von der Austrittserklärung mehrerer ſchleswig-holſteiniſcher Abgeordneter, zu denen auch der Unterzeichnete gehört, gegeben hat, ſind zwar die Beſtimmungen der Reichsverfaſſung erwähnt, welche auf die Feſtſtellung der Verhältniſſe des Herzogthums Schleswigs zum deutſchen Reiche, ſowie auf die Vertretung Schleswigs im Staatenhauſe ſich beziehen. Es fehlt aber in jenen Abdrücken, die im Original der Erklärung nicht ausgelaſſene Anführung der Reichs-Wahl-Matrikel vom 27. Mai 1819, welche ebenfalls bei der Bildung des Volkshauſes auf das Herzogthum Schleswig bereits Rückſicht genommen hat und folgerichtig nehmen mußte.

Frankfurt 24. Mai. Franke.

*** **Frankfurt**, 25. Mai. Man erfährt ſoeben, daß geſtern bei Heppenheim an der Bergſtraße eine bewaffnete Volksverſammlung ſtatt gefunden, bei welcher Kreisrath Prinz gegen den bekannten Demokraten Dr. v. Löhr aufgetreten war, dafür aber erſchlagen worden. Darauf ſeien zwei Kompagnien heſſiſcher Truppen gegen die Volksverſammlung eingeſchritten wobei 15 Perſonen getödtet, 18 verwundet und 120 gefangen genommen worden ſeien, — ſo wurde in der Paulskirche erzählt.

*** **Frankfurt**, 25. Mai. Heute trat ein neues — öſterreichiſches Mitglied in die Reichsverſammlung ein: Zimmer aus Prag.

*** **Frankfurt**, 25. Mai. Die aus Baden herbeigezogenen Mitglieder der äußerſten Linken — doch mochten Reichard, Schmitt, Schütz, Martiny ꝛc. den Dienſt in der Rheinpfalz und Baden nicht verlaſſen — konnten nach dem geſtrigen Beſchluſſe auch mit größerer Ruhe nach Karlsruhe alſogleich wieder zurückkehren und namentlich hatten die Mitglieder des Landesausſchuſſes Peter ꝛc. große Rückeile. Peter war geſtern nach vielmonatlicher Abweſenheit zum erſtenmale wieder in der Paulskirche erſchienen. Nach Allem, was man aber vernimmt, wird die Reichsverſammlung heute neue Austritte zu vernehmen haben, und unter dieſen gewichtige. Dies wird aber die Linke nicht abhalten, das Rumpfparlament aufrecht zu erhalten und um ſo mehr, da augenſcheinlich die proviſoriſche Centralgewalt bis jetzt noch Gewicht darauf legt, ſich auf die (fortdauernde) Exiſtenz der Reichsverſammlung ſtützen zu können. Es darf deshalb als nicht zufällig erkannt werden, daß geſtern das Reichsminiſterium, wenn auch nur auf kurze Zeit, in der Paulskirche erſchien.

* **Wien**, 21. Mai. Aus glaubwürdiger Quelle erfährt man aus Ungarn, daß der polniſche General Dembinski mit einem auserleſenen Armeekorps (man ſagt 20,000 Mann, großentheils Huſaren) nach Galizien eindringen wollte. Die Armee folgte ihm mit dem größten Eifer bis zur Grenze. Als die Avantgarde, mehrere 1000 Mann ſtark, dieſe ſo erreichte, machte ſie Halt. Dembinski kommandirte vorwärts, aber die Truppen erklärten einmüthig, nicht aus Ungarn gehen zu wollen, und als er ihnen drohte, ſie dezimiren zu laſſen, wenn das Gros der Armee nachgekommen, erwiderten ſie, daß die ganze Armee damit einverſtanden ſei. Er mußte daher den beabſichtigten Einfall in Galizien aufgeben. Nach anderen Nachrichten ſei Dembinski geſchlagen worden. Man ſagt, die k. k. Truppen wären bis Raab vorgerückt. Auch erwartet man, daß die k. k. Geſammtarmee in einigen Tagen die Offenſive ergreifen werde. In den Militärſpitälern Preßburgs graſſiren Typhus und Cholera.

Graf Stadion iſt fortwährend ſehr leidend und es dürfte ihm noch lange Zeit von den Aerzten nicht geſtattet werden, ſich den Staatsgeſchäften zu widmen. Bei der Hofdienerſchaft ſind bedeutende Veränderungen gemacht worden. Niemand wird mehr mit Dekret angeſtellt; ihre Zahl richtet ſich nach dem Bedarfe und ihre Beibehaltung nach ihrer Tauglichkeit und ihrem Fleiße. Die Hof- und Staatsbeamten bekommen eine Uniformirung nach dem neuen Reglement. Man ſagt, daß die Fracks und alle überreichen Stickereien abgeſchafft und an ihre Stelle eine Art Waffenröcke treten werden, die im Dienſte ſtets getragen werden müſſen. Inſulten, die ſich einzelne Soldaten gegen harmloſe Bürger und Studenten in Prag zu Schulden kommen ließen, veranlaßten einen ſtrengen Tagesbefehl des kommandirenden Generals Grafen Khevenhüller an die Garniſon, welcher ſolche Unzukömmlichkeiten ſtrengſtens verbietet. Auch hat er den zu ihm beſchiedenen Redakteur die Verſicherung gegeben, daß das Tragen von nationalen Abzeichen politiſcher Klubs und Verbindungen verboten werde.

Wien. Die Wiener Zeitung ſchreibt: Der Aufenthalt Sr. Majeſtät des Kaiſers von Rußland in Warſchau hat unſerem allergnädigſten Monarchen eine erwünſchte Veranlaſſung dargeboten, um den treuen Bundesgenoſſen und bewährten Freund des kaiſerlichen Hauſes mit einem Beſuche zu überraſchen. In der Begleitung Sr. Majeſtät befindet ſich, außer dem Generaladjutanten, auch der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg. Der Miniſter des Innern, Graf v. Stadion, hat mit Rückſicht auf ſeine geſchwächte Geſundheit Se. Majeſtät den Kaiſer um die gänzliche Enthebung von ſeinem hohen Poſten gebeten.

♀ **Berlin**, 23. Mai. Seit mehreren Tagen wird die Veröffentlichung der deutſchen Verfaſſung erwartet, welche das Manifeſt des Königs verkündigt hat. Die Voſſiſche Zeitung und die deutſche Reform bringen heute Artikel, worin die Regierung dringend ermahnt wird, mit ihrem Entwurf hervorzutreten: dieſer wird alſo wohl bald erſcheinen. Erſcheint er nicht, dann haben vorläufig andere Geiſter die Oberhand gewonnen, denen auch die Politik des Miniſteriums Brandenburg noch eine zu kühne iſt. So viel ich merke, herrſchen darüber verſchiedene Meinungen, ob man den Entwurf erſt bekannt machen ſoll, wenn die Beiſtimmung Oeſterreichs und Baierns gewiß iſt, oder ſchon vorher, um eben damit die Sympathieen des deutſchen Volkes zu gewinnen und den Regierungen jener Staaten die Faſſung eines zuſtimmenden Entſchluſſes zu erleichtern. Das letztere ſcheint die Anſicht des Miniſteriums zu ſein, das alſo hierin die deutſchere Partei repräſentirt. So weit iſt es gekommen, daß man dem Miniſterium Brandenburg den Sieg wünſchen muß! Die Annahme der unveränderten Reichsverfaſſung von Seiten der großen Staaten iſt jetzt nicht mehr zu hoffen. Es handelt ſich nur noch darum, ob Deutſchland eine einheitliche Exekutivgewalt und ein Parlament nach dem Vorſchlage Preußens oder ob es ein Direktorium erhalten ſoll, worin Oeſterreich vertreten wäre und womit man vielleicht auch ein Volkshaus nicht mehr vereinbar fände. Welcher Plan von beiden den Vorzug verdient, darüber iſt nicht zu reden. Die preußiſche Regierung, welche das Beſſere will, muß aber nun auch dafür ſorgen, daß dieſes Beſſere in's Leben tritt und daß mit ihm die weſentlichſten Forderungen des deutſchen Volkes erfüllt werden! Dann wollen wir weiter ſprechen. Von unſerer Nachbarſtadt Köpenick erzählt man ſich eine humoriſtiſche Geſchichte. 300 Turner, Knaben von 7 bis 14 Jahren, zogen unter Anführung ihrer Lehrer dem märkiſchen Städtchen zu, in der harmloſen Abſicht, dort Milch zu trinken. Als ſie ankamen, fanden ſie die Brücke aufgezogen. Die Lehrer verlangten mit ihrer Mannſchaft in die Stadt gelaſſen zu werden. Sie erhielten von der andern Seite zur Antwort: dieß werde niemals, niemals, niemals! geſchehen, und alles wäre bereit, ihnen bewaffneten Widerſtand entgegenzuſetzen! Die Lehrer ſollen Mühe gehabt haben, die patriotiſchen Bewohner Köpnick's von der Ungefährlichkeit und der wohlmeinenden Geſinnung ihrer Schaar zu überzeugen.

** **Berlin**, 23. Mai. Dem Vernehmen nach hat ſich Baiern von dem Berliner Kongreß zurückgezogen. Es verwirft die Grundlagen der Verhandlung. Die Baſis bildet aber die Reichsverfaſſung. Baiern hält es mit Oeſterreich, jedenfalls nicht mit Preußen. Darin wird auch irgend welcher Entſcheid der Kammer keine Aenderung bewirken.

Lith. Korr. **Berlin**, 23. Mai. Unſere geſtrigen Mittheilungen in Bezug auf die deutſche Angelegenheit beſtätigen ſich vollkommen. Der baieriſche Kommiſſarius Hr. v. Lerchenfeld betheiligt ſich für jetzt nicht mehr an der hier unter der Leitung des Hrn. v. Radowitz ſtattfindenden Miniſterkonferenz. Die Regierung Oeſterreichs hat ſich mit Preußens Vorſchlägen in Betreff des engern wie des weitern Bundes nicht einverſtanden erklärt. Die Unterhandlungen werden im Augenblicke nur zwiſchen Preußen, Hannover und Sachſen gepflogen und ſelbſt zwiſchen dieſen Mächten walten noch Differenzen ob. Hr. Stüve hat ſich noch nicht in allen Punkten den Propoſitionen des Hrn. v. Radowitz angeſchloſſen. Die preußiſche Regierung hat die Hoffnung auf eine Verſtändigung und Vereinbarung noch nicht aufgegeben und ſchlimmſten Falls ſcheint Preußen entſchloſſen, auf eigene Hand zu handeln. Ueber die Art und Weiſe, in welcher man die ſüddeutſchen Bewegungen zu bewältigen gedenkt, ſchweben hier Berathungen. Man wird jedoch jedenfalls nicht allein mit preußiſchen Truppen operiren, vielmehr ſoll ein preußiſches Korps gemeinſchaftlich mit ſüddeutſchen Truppenabtheilungen nach den vorzüglichſten Punkten der Bewegung dirigirt werden.

Wenn wir geſtern berichteten, daß die Sendung des Adjutanten Sr. Maj., Prinzen Croy, an den König von Würtemberg nicht den gewünſchten Erfolg gehabt hat, ſo müſſen wir heute dieſer Mittheilung eine andere zufügen. Der Erfolg jener Sendung erſcheint einer mächtigen Hofpartei zwar unangenehm, aber nichts deſto weniger kam er ihr nicht unerwartet. Der gegenwärtige Regent Würtembergs handelt nur im Einvernehmen mit ſeinem konſtitutionellen Miniſterium. Das Miniſterium Römer iſt aber nicht geeignet, jener Partei weder direkt noch indirekt zu dienen. Man muß alſo auf Eventualitäten denken, die, können ſie nicht den Sturz des Miniſteriums herbeiführen, zu einem weitern Reſultate verhelfen. Man verfolgt jetzt in gewiſſen Regionen ſeine Zwecke ſehr konſequent, man unterhält nicht umſonſt an ſo manchen deutſchen Höfen Verbindungen mit Leuten, die die Märzereigniſſe des vorigen Jahres verdrängt haben. Ein Reſultat, ein ſehr überraſchendes Reſultat, könnte dieſe Verbindung zwiſchen Berlin und Stuttgart zur geeigneten Zeit herbeiführen — die Abdikation des Königs von Würtemberg.

♂ Aus Oberſchleſien, 22. Mai. In der Nacht vom 20. zum 21. Mai paſſirte auf der oberſchleſiſchen Bahnſtrecke zwiſchen Oderberg und Maczki (Graniza, ruſſiſcher Grenzbahnhof) ein Extrazug, welcher den Kaiſer von Oeſterreich nebſt einem zahlreichen Gefolge, unter dem ſich auch die Fürſten von Schwarzenberg und Lichtenſtein befanden, auf die Tour nach Warſchau führte. In Maczki, wo der öſterreichiſche Kaiſer kurze Zeit verweilte, empfing ihn ein prachtvoller Wagen des ruſſiſchen Kaiſers, welchen ihm der bereits am 17. d. in Warſchau eingetroffene Czar von dort entgegengeſandt hatte, ſo wie eine ſtarke Abtheilung ruſſiſcher Truppen. In dieſem Geleit ſetzte der junge öſterreichiſche Kaiſer mittelſt eines Extrazuges der Warſchauer Bahn ſeine Reiſe nach Krakau und Warſchau fort. Aus dem ruſſiſchen Uebungslager bei Krakau ſcheint diesmal nicht viel zu werden, da die dort zuſammengezogenen Truppen zum Theil wieder eiligſt an die polniſch-öſterreichiſche Grenze weiter bewegt worden ſind. Dagegen ſcheint Kaiſer Nikolaus den Plan eines europäiſchen Fürſten-Kongreſſes, welchen er vor Kurzem in Kaliſch auszuführen gedachte, jetzt nach Warſchau verlegen zu wollen. In Warſchau dürften die Geſchicke Ungarns, Polens und Deutſchlands jetzt zunächſt zur Entſcheidung kommen. Rußland und Oeſterreich bereiten hier bereits die Grundlagen vor, auf welchem nachher ein allgemeiner Fürſtenkongreß die Beendigung der europäiſchen Revolution zu dekretiren haben wird! Es verſteht ſich, daß bei den in dieſem Augenblicke in Warſchau vorgehenden Verhandlungen der ungariſche Krieg den Hauptgegenſtand bildet. Die ruſſiſchen Waffen-Erfolge in Ungarn werden dieſe Entſcheidungen nicht herbeiführen, wie man ſchon jetzt mit mit ziemlicher Beſtimmtheit behaupten kann. Daher die Eilmärſche neuer ruſſiſcher Truppentheile nach Krakau, wo ſie eine ſtarke Reſerve für die in Ungarn kämpfenden Ruſſen zu bilden beſtimmt ſcheinen. Es gewinnt aber den Anſchein, als wenn Oeſterreich ſowohl wie ſein Verbündeter Rußland dem Glück ihrer Waffen in Ungarn durchaus kein ausſchließliches Vertrauen mehr ſchenkten. Der Kongreß in Warſchau deutet bereits auf diplomatiſche Vermittelungen hin, welche man in dieſer Sache nach ihrer neueſten Lage für möglich hält und worin Oeſterreich und Rußland lieber ein Zugeſtändniß an die Unabhängigkeit Ungarns machen würden, als daß ſie in dieſer Bewegung eine Quelle der europäiſchen Revolution offen erhalten ſollten!

0 **München**, 22. Mai. Soeben wird folgende Bekanntmachung an den Straßenecken angeſchlagen, die wahrſcheinlich in der heutigen Sitzung des Staatsraths beſchloſſen worden iſt. Ob über die Frage der Kammerauflöſung oder des Rücktritts der Miniſter eine Entſcheidung gefaßt wurde, iſt unbekannt. Doch ſpricht man davon, die Regierung beabſichtige keines von Beiden zu thun, und den Verſuch zu machen, auf dem vormärzlichen Wege fortzuwandeln, wobei ſie freilich unbeſiegbaren Widerſtand bei der zweiten Kammer finden würde. Die neue Münchener möchte gar die Pfälzer ausſtoßen, um dadurch die Mehrheit zu gewinnen, wenn man auch durch den Abfall eine Provinz legaliſirte.

„Die politiſche Bewegung in der Pfalz iſt nunmehr in eine über den ganzen Kreis ausgedehnte Empörung übergegangen. Der in Kaiſerslautern gebildete Landesvertheidigungs-Ausſchuß, ſchon in ſeiner Entſtehung geſetzwidrig, hat von den Beamten Eid und Gehorſam gefordert, eine bewaffnete Macht gebildet, und Wahlen zu einer Vertretung der Pfalz ausgeſchrieben. Die Wahlen ſind vollzogen worden, die am 17. dieſes Monats verſammelten Abgeordneten der Kantone haben eine proviſoriſche Regierung eingeſetzt und hiedurch das letzte Band der geſetzlichen Ordnung vernichtet. Die rechtlich geſinnten Einwohner der Pfalz empfinden bereits die verderblichen Folgen dieſes Zuſtandes. Ueberfluthet von ſogenannten Freiſchaaren, welche von allen Seiten herbeiſtrömen, um die Aufhebung des Landesfriedens für ihre Zwecke auszubeuten, entbehrt die Pfalz den Rechtsſchutz für Perſonen und Eigenthum und ihre Lage wird von Tag zu Tag unglücklicher, weil ſich bereits jene Klaſſe fremder Abentheurer eingefunden hat, welche bei jeder politiſchen Bewegung in irgend einem europäiſchen Staate die Fahne des Aufruhrs voranzutragen gewohnt iſt.

Angeſichts dieſer Thatſachen erklärt die Staatsregierung: 1) Die Rheinpfalz wird als eine im Zuſtande des Aufruhrs befindliche Provinz betrachtet; 2) Die Errichtung der proviſoriſchen Regierung iſt ein Akt des Hochverraths; 3) Alle Verfügungen der ſogenannten proviſoriſchen Regierung, ſowie alle Beſchlüſſe der Kantonalvertretung ſind nichtig; alle Steuerentrichtungen an die proviſoriſche Regierung oder deren Organe ſind ungültig; 4) die Gemeinden der Pfalz werden darauf aufmerkſam gemacht, daß ſie nach dem Geſetze für allen durch den Aufruhr verurſachten Schaden erſatzpflichtig ſind. Indem die Staatsregierung dieſes zur öffentlichen Kenntniß bringt, vertraut ſie zu den Einwohnern der Landestheile diesſeits des Rheines, daß ſie im Hinblicke auf die Lage der Pfalz jenen verbrecheriſchen Einflüſterungen, welche unter dem vorgeſpiegelten Scheine einer Begeiſterung für die Reichsverfaſſung, ähnliches Verderben auch über die andern Provinzen des Königreichs bringen möchten, kein Gehör geben, ſondern an dem Geſetze unerſchütterlich feſthalten werden. In der Pfalz hat das Verbrechen für den Augenblick geſiegt; allein das Geſetz wird über das Verbrechen ſiegen und die rechtliche Ordnung wieder hergeſtellt werden. München, den 22. Mai 1849. Königl. Geſammt-Staats-Miniſterium. v. Leſuire. v. Kleinſchrod. Dr. Aſchenbrenner. v. Forſter. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Der General-Sekretär: Miniſterialrath v. Benning.“

0 **München**, 23. Mai. Die Deputation der Stadt Nürnberg hatte, nachdem ſie beim Geſammtminiſterium empfangen und mit begütigenden, aber durchaus ungenügenden Redensarten entlaſſen worden war, geſtern auch eine Audienz beim Könige. König Max war äußerſt freundlich und wohlwollend: er wiſſe wohl, ſo äußerte er ſich, wie das deutſche Volk 30 Jahre lang auf die ungerechteſte Weiſe hingehalten worden ſei, wie man ſeine gerechteſten Forderungen nicht erfüllt habe, aber daran trage er keine Schuld, er glühe für Deutſchlands Einheit und Freiheit und dies zu erreichen, ſei ſein ernſtes Streben. Niemals, ſo lange er an der Regierung ſei, ſoll ein reaktionärer Schritt geſchehen, das verbürge er mit ſeinem königlichen Worte. Als die Deputation, durch dieſe allgemeine Phraſen nicht zufrieden geſtellt, eine unumwundene Erklärung Sr. Majeſtät wegen der Anerkennung der Reichsverfaſſung verlangte, ſagte der König: nicht er, ſondern ſein Miniſterium regiere. Darauf hin bemerkte die Deputation, daß gerade das Miniſterium ſich in ſeinem Widerſtreben gegen die Reichsverfaſſung auf ihn berufe, und wurde mit den Worten: Darüber könne keine Diskuſſion ſtattfinden, Gott befohlen — entlaſſen. Noch einmal zu einer Beſprechung mit dem Geſammtminiſterium eingeladen, machte die Deputation die Erfahrung, daß Pfordten und Konſorten lieber mit einer Minorität regieren wollen, als die Reichsverfaſſung anerkennen, mit der ſie rothe Republik, Anarchie, Bürgerkrieg kommen zu ſehen glauben. Heute finden Sitzungen beider Kammern ſtatt, in beiden wird ein Antrag auf Entfernung der Pfälzer Abgeordneten aus der Kammer geſtellt werden.

Nº 143. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 25. Mai 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. IX.
Zur Geſchichte des Kampfes in Dresden.
Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Dresden (Die Unterſuchung. Verhaftete und Verfolgte. v. Beuſt in Berlin).
Italien. (Römiſche Zuſtände).

Von der Donau.
IX.

♉ Da wir einmal die Polemik gegen Wiener Journale begonnen, möge eines derſelben an die Reihe kommen, das in Deutſchlands Blättern viel genannt wird. Der Lloyd wußte ſich das Ausſehn zu geben, als ſei er ein miniſterielles Organ. Der Verfaſſer der Leitartikel, ein Nichtöſterreicher, Namens Warrens, der ſich ſelbſt für einen Nordamerikaner ausgiebt, von Andern für einen Schweden gehalten wird, iſt ein Bekannter der jetzigen Miniſter Stadion und Bruck; Letzterer war ein geſchickter Spekulant, Erſterer Gouverneur in Trieſt, und beide ſehen es gern, wenn ſie in der Journaliſtik vertreten ſind. Warrens erhielt die Begünſtigung, im miniſteriellen Büreau die ausgefertigten Schriften einzuſehen, und darnach richtete ſich ſeine Feder. Daher die Uebereinſtimmung jener Artikel mit den Regierungserlaſſen, daher oft die wörtliche Citation miniſterieller Noten, ſogar bis auf die grammatikaliſchen Schnitzer. Aus dieſer Antichambreſtellung des Herrn Warrens iſt zu entnehmen, daß er nicht bei der Vorbereitung beſchäftigt iſt, ſondern mit dem Auskehren ſich begnügen muß. Er hat ſich die Aufgabe geſtellt, das Miniſterium zu vertheidigen, und das Miniſterium darf Reich und Krone an den Abgrund bringen, Hr. Warrens findet dennoch ſeine Journalrechnung dabei, es zu loben und für weiſe, gerecht und freiſinnig zu erklären.

Die Zeitung liegt dem Publikum ſeit einem halben Jahre vor und es bedarf nicht erſt des Beweiſes, daß ſie keinen Anſpruch auf Beachtung machen darf. Weder Wiſſen noch Talent ſind bemerkbar, wenn man nicht den Muth, die unwahrſten Folgerungen dreiſt hinzuſtellen, Talent nennen will. Die deutſche Sprache hat in dieſen Artikeln manches Rad gebrochen, und den Gefühle der Oeſterreicher wird darin in empörender Weiſe mitgeſpielt. Es charakteriſirt Stadion, ſo wie überhaupt die miniſteriellen Ruſſenrufer, daß er einen Ausländer zum Anwalt des Kabinets beſtellt, der noch dazu mit öſterreichiſchen Verhältniſſen gänzlich unbekannt iſt; es charakteriſirt aber auch den Amerikaner, der die Unterdrückungen und das Standrecht vertheidigt.

Die Leſer in Wien und Oeſterreich wiſſen ſchon dieſes Organ gehörig zu würdigen; es iſt der alte Beobachter, ins Plumpe überſetzt. Man nimmt das Blatt in die Hand, um 24 Stunden früher zu erfahren, was die Regierung publiziren wird. Herr Warrens mag ſich die 10 Finger ſtumpf ſchreiben, und per Wir oder ſonſt in hochtrabendem Tone ſprechen, das Publikum betrachtet es nur als die gute Spekulation eines Amerikaners, nicht als politiſche Belehrung.

Die neueſte Nummer des Lloyd iſt dem Miniſterium Gagern gewidmet. Daß dieſem das Miniſterium Gagern ein Dorn im Auge war, gereicht den Staatsmännern in Frankfurt zum Lobe und zur Ehre: dafür muß aber der amerikaniſche Miethling über Gagern herfallen. Er nennt Pius IX. einen ſchwachen Staatsmann, aber einen Giganten gegen Gagern, der „mit allen Prätenſionen eines gewiegten Staatsmannes an das Ruder des Staatsſchiffes trat, nur um daſſelbe ſo nahe als möglich ſeinem Untergange zuzuführen.“

Wäre Gagern in die Schwarzenberg-Stadion'ſche Schule gegangen, ſo hätte er ſich das Lob des Lloyd erworben; Belagerung, Standrecht, Parlamentsauflöſung, Verfaſſungsoktroyirung, Preßvernichtung, Gardenentwaffnung, Vereinsauflöſung, Traktatenzerreißen, Völkerhetze, Eidbrüchigkeit und endlich Ruſſenallianz — das iſt die Staatsweisheit, die Hr. Warrens unter dem Schutz der Kanonen lobt. Deutſchland weiß es auch nicht, welchen Dank es dem Miniſterium Gagern in ſeinem Verhalten zu Oeſterreich ſchuldet. Es wird erſt ſpäter ganz aufgehellt werden, welches Anſinnen die öſterreichiſchen Gewalthaber ſtellten, und wofür ſie Orden und ſonſtiges Spielzeug geben möchten. Der deutſchen Welt liegen die Nihilirungsdepeſchen Schwarzenberg's zur Einſicht vor, denen endlich am Schluſſe die Aufhebung des Volkshauſes als conditio sine qua non angehängt wurde. Gagern wollte vermitteln und verſöhnen, Schwarzenberg kennt nichts als Standrecht und Krieg, und der Lloyd predigt in ſeinem Sinne ſchon lange den Kreuzzug gegen Frankfurt. Nur hegt er den Gedanken, daß „der Kampf zur Löſung' der deutſchen Wirren führen wird“, während er doch bereits in Ungarn die Lehre, — um beliebten Verdächtigungen alsbald vorzubeugen, bemerkt die Redaktion, daß ihr Hr. Korreſpondent niemals in keiner Weiſe in irgend einer Berührung zu den Miniſtern in Frankfurt geſtanden hat, — empfangen haben ſollte, daß ein Volkskampf zum Untergange nicht zur Löſung führt. Der Kaiſer von Oeſterreich wäre jetzt vielleicht ein Gefangener der Magyaren oder müßte ſich in einem Winkel des Reiches den Frieden diktiren laſſen, wenn der Kampf ehrlich ausgekämpft worden wäre; die Ruſſen aber, die man gegen ſie herbeirief, will man wahrſcheinlich auch gegen Deutſchland führen, um dort die Wirren zu löſen. Wenn ſchon der Miniſterpräſident in vollſtändiger Unkenntniß über die deutſchen Angelegenheiten iſt, ſo daß ſogar Schmerling ſeine Dienſte verſagte, dann darf man über die Unkenntniß eines Warrens keine Klage erheben. Wahrſcheinlich hört dieſer aber daß man die Nationalverſammlung einen Konvent nennt, und ſchnell ſchreibt er es hin, ohne zu bedenken, daß 28 Regierungen, 28 Souveräne dieſen Konvent anerkennen. Gagern, der nicht geſchmeidig gefunden wurde, wird in den Koth der öſterreichiſchen Journaliſtik hereingeſchleppt, während man den kleinen Fürſten legitime Rippenſtöße verſetzt. Nachdem die Politik des öſterreichiſchen Kabinets die jetzigen Zuſtände herbeiführte, wird das Bürgerthum noch durch die Anzeige kommuniſtiſcher und ſocialiſtiſcher Revolutionspläne bearbeitet, um der Nationalverſammlung im engern Schooße Feinde zu verſchaffen. Der ausbrechende Bürgerkrieg iſt dem öſterreichiſchen Kabinet ohne Belang, im Gegentheil, es freut ſich darüber, damit man endlich zu den Waffen greife, deren Unbeſiegbarkeit, trotz der Erfahrung im eigenen Hauſe, gar nicht bezweifelt wird. Die Finanzen, der Wohlſtand der Völker und Länder, der Ruin der Generation, ſind den öſterreichiſchen Staatsmännern blos Nebendinge, wenn nur das Volkshaus zerſtört wird.

Der neueſte Plan des öſterreichiſchen Miniſteriums, der auch in der Inſtruktion an den Bevollmächtigten bei den Verhandlungen in Berlin beſonders betont wird, iſt die Theilung Deutſchlands in Norden und Süden; Preußen ſoll in jenen, Oeſterreich in dieſen Ländergruppen den Vorſitz führen, und beide einen engen Verband ſchließen. Nachdem was in Oeſterreich ſeit der Bildung des jetzigen Kabinets geordonnanzt wurde, wagt es der Lloyd noch zu ſchreiben: „freiſinnige Verfaſſungen werden den Wünſchen der Völker Rechnung tragen“. Wenn Oeſterreichs oder Preußens Miniſter irgend einem Wunſche der Völker Rechnung tragen wollten, ſo müßten ſie zurücktreten von den Stühlen, die ſie gegen den Wunſch der immenſen Majorität, einzig durch Waffengewalt einnehmen. Welche freiſinnige Verfaſſung man zu geben gedenkt, bekunden die oktroyirten Grundrechte, welche das ganze mittelalterliche Gerüſte, Adel und Todesſtrafe, Cenſur und Polizeiinquiſition, Staatsreligion und Gemeindezünfte nur in anderer Form aufbauen. Profeſſoren höhnt man die Abgeordneten in Frankfurt, und muthet ihnen doch zu, ſolch ſtümperhafte Schulpenſa als klaſſiſche Elaborate anzunehmen. So unmündig wird in Wien das deutſche Volk betrachtet, daß man ihm derlei Allotria vorzuſchreiben wagt. Allein, was wagt man nicht, wenn man vom Militärkommando beſchützt iſt, und jede Oppoſition ſtandrechtlich bedroht iſt? Wäre ſonſt nicht ein Nordamerikaner, der die Theorie der Volksſouveränetät für falſch erklärt, der das Standrecht als eine Belohnung vertheidigt, der die Preßfreiheit als ſchädlich bekämpft, der die Ruſſen ins Land ruft, der gegen ein Volkshaus ſtimmt, der Bürgerkriege einen „Streit“ nennt, der die Schuldenmacherei der Finanzverwaltung entſchuldigt — wäre nicht ein ſolcher Nordamerikaner ein gewinntragendes Objekt für den Käfig einer Raritätenbude.

Solchen Vertheidiger erwählt ſich ein Miniſter! Raffinirter als ſein Patron nennt ſich jedoch Hr. Warrens nicht auf dem Blatte, ſondern ſpielt hinter der Couliſſe eines andern Namens. Bald hatte es jedoch das Publikum herausgefunden, denn nun und nimmer hätte ein Oeſterreicher, ein Deutſcher ſolche gefühlloſe Sprache führen können. Der Angriff auf Gagern und die

Reichsverſammlung ſchließt damit: „wenn die Völker erkennen, daß die Regierungen ihre Freiheiten nicht kürzen wollen, daß ſie aufrichtig ſind und es ehrlich meinen, dann erſt wird eine echte Verſöhnung der Gemüther zu erwarten ſein.“ Der Lloyd gibt weder Thatſachen noch ſonſt Andeutungen, woraus die Völker die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit der öſterreichiſchen Regierung erkennen ſollten und müßten. Wehe, dreifach Wehe dem deutſchen Volke, wenn Oeſterreichs jetzige Regierung ihm die Freiheiten zumeſſen wird. Wer es ehrlich und aufrichtig meint mit dem Volke, der wird gegen alle Beſtrebungen der „Großdeutſchen“ kämpfen, die, bewußt oder unbewußt, am Neubau des Bundestags arbeiten. Oeſterreich kann nicht zu Deutſchland gehören, in dem Sinne nicht wie Preußen oder Baden; das innere Gefüge des Kaiſerſtaates widerſtrebt dieſem Anbau. Aber Deutſchland darf nicht unter Oeſterreich ſtehen, ſonſt ſinkt es in jene ſtaatliche Barbarei zurück die mit Ausnahme von Joſephs II. Selbſtregierung, alle Regierungen der Herrſcher Oeſterreichs als ein Ideal verfolgten. Oeſterreich kann nur ein Bündniß, eine Zolleinigung u. dgl. abſchließen mit Deutſchland, ſonſt legt es die Art an ſeine Macht; und eben deßhalb darf es nicht an der Verfaſſung Deutſchlands Theil nehmen, das es herabzerren würde in ſeinen Scheinkonſtitutionalismus.

Selbſt wenn ein anderes Miniſterium die Ruder führt, wird es nicht die Oberherrlichkeit des Frankfurter Parlaments anerkennen dürfen; nur wird es „aufrichtig und ehrlich“ ſeine Anſicht kund geben, und als Folge davon ſich jeder Einmiſchung in die Konſtituirung Deutſchlands enthalten. Schwarzenberg aber grämt ſich darüber, daß er nicht 50,000 Soldaten, darunter Czechen und Kroaten, nach Frankfurt ſenden kann, um eine „Verſöhnung der Gemüther“ und eine „friedliche Löſung der Wirren“ zu bewerkſtelligen. Eine „freiſinnige“ Verfaſſung würde dem deutſchen Volke oktroyirt, worüber die Welt nicht mehr ſtaunen möchte, denn ſie gliche der freiſinnigen Charte für Oeſterreich, wie ein Ei dem andern. Dann aber würde der Lloyd Poſaunentöne durch die Wiener Straßen blaſen, natürlich mit exceptioneller Bewilligung des Militärgerichts; eine Bewilligung, die er bis jetzt blos dahin ausbeutete, was edel und groß iſt, im deutſchen Bruderlande zu beſchimpfen, und jede freie Regung in Oeſterreich als ſchädlich zu verketzern.

Die deutſche Zeitung unb ihr Mitarbeiter ſind auf die nächſten Kothwürfe und Denunciationen gefaßt.

Zur Geſchichte des Kampfes in Dresden.

* Von einem glaubwürdigen Augenzeugen gehen uns folgende Mittheilungen zu über eine Epiſode der traurigen Dresdener Ereigniſſe, die wir der Oeffentlichkeit nicht glauben vorenthalten zu dürfen, wenn auch vielleicht die Darſtellung des ſelbſt Erlebten und Erlittenen eine etwas zu grelle Färbung angenommen hätte.

Im Laufe des Dresdener Aufſtands, Mittwoch den 9. Mai, wurde ich im Gaſthof zum goldenen Hirſch in Dresden auf der Scheffelgaſſe, als es ſchon heller Tag war, im Bette durch heftiges Geſchrei im Nebenzimmer geſtört. Ich ſpringe an die Thür, ſehe den Hausknecht, der mir zuruft, ich ſolle ſchnell mich anziehen und herunterkommen, das Nachbarhaus ſei bereits von den Preußen beſetzt. Im Gaſtzimmer zur ebenen Erde angelangt, finde ich 6 Herren, darunter drei mir bekannte Tharander Forſt-Studenten. Wir einigten uns dahin, ruhig im Zimmer zu bleiben, unſer Frühſtück einzunehmen und den weitern Verlauf der Dinge abzuwarten. Wir waren vollkommen ruhig, ſogar heiter, und trieben Scherz mit einander, wir hatten weder Waffen, noch Munition und glaubten, daß man an Fremden ſich nicht vergreifen würde. Die Läden hatten wir verſchloſſen und Licht angezündet. Nach zehn Minuten ſtürzt ein Preuße ins Zimmer, feuert ſein Gewehr auf uns ab, daß ſofort einer von uns zu Boden fällt. Die Kugel iſt heute noch im Fenſterbrett zu ſehen. Die Lichter verlöſchten im Pulverdampf, wir verbargen uns ſo gut wir konnten. Da hieß es: „Heraus, ihr verfluchten Hunde, heraus ans Licht.“ Wir gehorchten, fanden 4 — 6 Soldaten, theils Preußen, theils ſächſiſche Infanteriſten vom Leibregiment im Hofe und ſchnell fiel wieder einer der Unſern von einer Kugel durchbohrt auf die Steinplatten nieder. Warum? weil er einen Calabreſerhut trug. Ich wurde von einem Preußen in Empfang genommen, durch den Durchgang nach der Wilsdrufer Gaſſe zu geſchleift, wo ich nichts als einzelne unbewaffnete Bürger auf der eiligſten Flucht erblickte, auf die man aus den Fenſtern der beiden Eckhäuſer, die vollſtändig mit Militär beſetzt waren, ſchoß. Der Soldat faßte mich beim Genick und warf mich unausgeſetzt 6 bis 8 Ellen weit von ſich fort zu Boden, ſprang dann wieder auf mich zu, riß mich empor, ſchleuderte mich wieder fort, bis ich endlich an der Barrikade bei Engels Reſtauration am Poſtplatz ankam. Aus den Fenſtern der beiden Eckhäuſer brüllte das Militär herunter: „Schießt den Hund todt!“ In dem Augenblicke, als man ſich anſchickte, mich zu ermorden, kam der Oberkanonier v. R. aus Engels Reſtauration und nahm mich in ſeinen Schutz. Auf meine Bitten führte er mich durch die untern Zimmer der Reſtauration, die Hausflur hindurch und die Treppe hinauf in das Billardzimmer. Als ich durch die Hausflur ging, ſah ich, wie ſächſiſche Infanteriſten vom Leibregiment das Cigarrengewölbe des Kaufmanns M., das in Engels Hauſe ſich befindet, plünderten. Ich habe den Kaufmann M. nach meiner Freilaſſung geſprochen und derſelbe hat mir erzählt, daß nicht ein einziges Cigarrenetuis nicht eine Tabaksdoſe, nicht ein Portemonnaie übrig geblieben. Als ich in das Billardzimmer von Engel kam, wendete ich mich ſofort an den Hauptmann v. W., während ich mit ihm ſprach, krachte ein Schuß, drei Schritt von mir ſank, wie mir ſchien, ein Schuhmacherlehrling, zu Boden. Er war ohne Waffen. Der Schuß ſaß ſchlecht, der junge Mann zuckte heftig, da ſprang ein Soldat herbei, nahm den Flintenkolben und wollte den Unglücklichen vollends tödten. Ich wendete mich weg mit Schaudern, der Hauptmann v. W. drehte ſich nach mir zu und verſicherte mir, daß ſich auch ihm das Herz im Leibe herumdrehe, daß er aber nichts thun könne. Der Mann war ſichtlich ergriffen und gab den Befehl, keine Bürger mehr herauf zu bringen. Nun ſollte die Reihe wieder an mich kommen, zum vierten Male drohte mir der Tod. Die Soldaten brüllten: nieder mit dem Hund! und umringten den Hauptmann und mich. Doch hier gelang es Hrn. v. W. mich zu beſchützen, er gab mir eine Bedeckung und ſchickte uns auf das Neuſtädter Blockhaus. Die Soldaten ſchienen betrunken zu ſein. Ich wurde über die Straße weg in die Spiegelfabrik geführt, von da durch den Zwinger nach dem Schloßplatz. Ueberall war Militär, überall ſollte ich erſchoſſen werden, und da man ſo gnädig war dies nicht zu thun, ſo ſchlug man mich wenigſtens mit dem Kolben. Auf der Brücke angelangt, riefen einige Soldaten meiner Bedeckung zu, man ſolle mich doch ins Waſſer werfen. Es entſpann ſich ein Streit ob man ſolle oder nicht, und ſo kam ich glücklich über die Brücke in das Blockhaus, wo ich wieder mit den größten Gemeinheiten empfangen wurde. „Bringt ihr wieder ſo einen Hund“, tönte es meiner Bedeckung entgegen; „der Kerl iſt ja nicht werth, daß ihr ſeinetwegen ſo viel Stiefelſohlen zerreißet, erſchießet ihn.“ Ich wurde in eine Wachtſtube geführt, man ſagte, wer der Kerl ſei, ein Junker der Artillerie verhörte mich, man nahm mir alles was ich bei mir hatte ab, und ſchickte mich auf das Neuſtädter Rathhaus. In einem Zimmer der erſten Etage daſelbſt ſaßen ſchon einige zwanzig Gefangene, worunter ich den Profeſſor Ch., den man wegen ſeines rothen Bartes verhaftete, den Advokat K., den man einfing weil er an ſeiner Hausthüre ſtand, und zwei von den obengenannten Forſtſtudenten antraf. Aufs neue wurde ich hier unterſucht, mußte Rock, Weſte, Stiefeln und Socken ausziehen, mich dann wieder anziehen und erhielt den Befehl mich auf eine Bank zu ſetzen, nach einem Punkte fortwährend zu ſehen und kein Wort zu ſprechen. Der wachthabende Korporal von ſächſiſcher Infanterie erklärte uns: „Hier iſt Standrecht, wißt ihr was das iſt? Wir haben Befehl jeden der ſich rührt über den Haufen zu ſtechen. Ihr ſeid Räuber, Mörder, Diebe, ihr habt nicht wollen für die Freiheit kämpfen, ſondern habt die Reichen wollen arm machen.“ So ſaßen wir, ſahen verwundete Bürger halbtod hereinbringen, ausziehen vor unſern Augen und die blutenden Wunden verbinden; ſahen immer neue Gefangene ankommen und immer neue Mißhandlungen begehen; hörten von der Straße herauf die endloſen Hurrahs der Preußen, und die weithin ſchallenden Vivats der Sachſen; hörten fortwährend Soldaten bei uns vorbeimarſchiren, wurden zu jeder Stunde von Unmaſſen ſächſiſcher und preußiſcher Soldaten begafft, die uns Mörder, Diebe und Lumpengeſindel nannten und von nichts als Todſchießen ſprachen. Abends ſpät noch kam ein Transport Gefangener, worunter Tſchucke aus Meiſſen mit gebundenen Händen und zerſchlagenem Hute. Zur Nacht bekamen wir eine

Streu, ſanken zu Boden und ſchliefen ein. Mit dem anbrechenden Morgen begannen auch unſere Leiden wieder. Unſere Nothdurft verrichteten wir gleich in demſelben Zimmer in zwei Waſſerkannen, daneben ſtand unſer Trinkwaſſer, lag unſer Brod. Mittags bekamen wir eine Suppe. Am andern Morgen gab uns ein Hauptmann von den Schützen den Befehl aufzuſtehen, uns zu zwei und zwei zuſammenzuſtellen und nach der Straße zu gehen, wir bekamen den Befehl fortzumarſchiren und mit der größten Freude brüllten die Preußen uns zu: „Das iſt euer letzter Weg." Wir kamen nun in die Frauenkirche, die von preußiſcher Landwehr beſetzt war, alle ſechs Schritte ſtanden Poſten mit aufgezogenem Hahn, die übrigen Soldaten lagen auf dem Altarplatze herum. Wir wurden in das Schiff der Kirche vertheilt und zwar ſo, daß zu beiden Seiten der Gefangenen allemal ein Platz leer blieb, damit man ſofort bemerken konnte, wenn Einer mit dem Andern ſprechen wollte. Die Soldaten, die uns bewachten, waren preußiſche Landwehrmänner des 12. und 24. Regiments. Man ſchien die roheſten aus dem Regiment herausgewählt zu haben, denn die Behandlung war fürchterlich. Zwei der Gefangenen wurden darüber wahnſinnig, darunter ein junger, kräftiger Mann, der, wie ich ſpäter erfuhr, der Fleiſchermeiſter G. aus L. bei Dresden war. Sämmtliches Militär hatte freien Eintritt zu den Gefangenen. Der Ort war wie zu einer Schaubude gemacht, man kam, ſah ſich die Gefangenen an, beſchimpfte und mißhandelte ſie und ging wieder. Unter Tauſenden, die uns ſo begafften, kam auch ein alter Herr. Man raunte ſich zu, es ſei der penſionirte Obriſt oder General v. B. Dieſer edle Mann geht auf einen Mediziner K. zu, den man verhaftet hatte, weil er ſeine Menſchenpflicht erfüllt und ein Spital errichtet hatte, und redet ihn mit Bitterkeit an; K. antwortete ihm und ſofort nimmt v. B. ſeinen ſehr ſtarken Stock und verſetzt dem K. einen Schlag ins Geſicht, daß wir glaubten, der Kopf müſſe zerſprungen ſein. Als v. B. noch einige Zeit im Gotteshauſe herumgeflucht hatte, verließ er daſſelbe mit den Worten zu den Soldaten gewendet: „Adieu Kameraden, ich muß gehen, ich kann mich nicht länger halten; blieb ich noch hier, ſo müßte ich die ganze Horde durchprügeln." Solche Mißhandlungen kamen öfters vor. Die Wahnſinnigen ſchaffte man nicht etwa ins Krankenhaus, ſie ſind noch zwei Tage bei uns geweſen. Die Nacht war ſehr ſchlecht. Wir froren fürchterlich und faſt Keiner konnte ſchlafen. Am andern Morgen wurden wir in Zügen zu 50 Mann unter ſtarker Begleitung nach dem Gewandhauſe geſchafft. Hier ſaßen wir auf Bänken, die man hergeſtellt hatte, indem man auf kleine Böcke ungehobelte Bretter legte. So ſaßen wir den ganzen Tag. Abends bekamen wir Stroh und durften uns legen. Früh um 10 bekam Jeder 2 Pfund Brot und um 1 Uhr einen Teller Graupen, Linſen ꝛc. Aus 20 Tellern mußten über 400 Mann eſſen, es fiel Niemand ein, die Teller nur einmal zu waſchen. Die Behandlung von Seiten des Militärs wurde beſſer; wir hatten preußiſche Linientruppen zur Wache, die wenigſtens bewieſen, daß ſie Menſchen waren. Wir wurden mit Sie angeredet und hatten etwas Luft. Ich ſaß neben Röckel, der dieſe traurige Lage mit großer Ruhe ertrug. Nachdem ich acht Tage gelitten hatte, ließ man mich frei. Wenige Augenblicke ſollte ich mich meiner Freiheit freuen, denn überall hörte ich die ſchauderhafteſten Gräuelthaten erzählen, die von Seiten des Militärs verübt worden waren. Für dies, was ich hier niedergeſchrieben habe, ſtehe ich mit meinem Kopfe ein. Es iſt die reine, unverfälſchte, nackte Wahrheit. Abſichtlich habe ich meine Gefühle niederzuhalten geſucht, um eben nichts als eine reine unverfälſchte Darſtellung zu geben.

Weitere Einzelnheiten, für die ich nicht unbedingt bürgen kann, ſind folgende: In einem Hauſe auf der Schuhmachergaſſe haben Soldaten einem Turner die Armmuskeln und die Waden ausgeſchnitten, denſelben zum Fenſter hinaus in den Hof geſtürzt und ihn ſpäter erſt erſchoſſen. Ein Mann erzählte dies in einer Reſtauration, und ſagte ich kann nimmer wieder in dem Hauſe ruhig ſchlafen, fortwährend ſteht mir dies Bild vor den Augen. In demſelben Zimmer und zur ſelben Zeit war ein rother preußiſcher Huſar zugegen. Er wurde ganz verlegen und ſagte endlich: „aber von den Preußen kann dies Niemand geweſen ſein." „Nein, war die Antwort, es waren ſächſiſche Schützen."

In Stadt Rom ſtürzt preußiſches Militär, zertrümmert die Möbel, der Wirth kömmt hinzu und bittet, die Herren möchten dies nicht thun, es nütze ihnen ja gar nicht, mache ihm aber einen ungeheueren Schaden. Darauf läßt er auftragen was er hat, die feinſten Weine ꝛc. Die Preußen zerſchlagen die Flaſchen mit dem Kolben und vernichten Alles.

Das Goldwaarengewölbe des Hofjuweliers Zeiß am Neumarkte ſoll, wie vielfach erzählt worden, von den Truppen gänzlich geplündert worden ſein. Ebenſo hat man in Schuhmacherläden Stiefeln, alte Stiefeln vom Militär gefunden, die man am Regimentszeichen erkannt hat; dagegen haben die Stiefeln, die dem Schuhmacher gehörten, gefehlt.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 24. Mai. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt eröffnete abermals die Austrittserklärung eines Mitgliedes der Minorität: Hr. Dr. Hoffmann hatte dem Präſidium ſein Ausſcheiden angemeldet und dadurch motivirt, daß einerſeits das Reſultat der ſeitherigen Abſtimmungen ihm die Ueberzeugung beigebracht habe, daß die Verfaſſung, wie ſie aus den Berathungen hervorgehe, das Wohl des Staates zu fördern nicht geeignet ſei, daß aber andrerſeits, nachdem auch die neueſten Erſatzwahlen zu Gunſten der Majorität ausgefallen, für die Minorität gar keine Ausſicht bleibe, in der Verſammlung ihre Anſichten zur Geltung zu bringen und daß er ſich deßhalb an einem weiteren, vollſtändig fruchtloſen Kampfe nicht länger betheiligen werde. Das Präſidium erhielt den Auftrag, dem Senat, zur Anordnung einer Erſatzwahl, von dem betreffenden Schreiben Mittheilung zu machen. Herr Dr. Kugler beantragte darauf, zu dieſem Antrage, wie er nicht verhehlte, vorzugsweiſe durch eine Reihe widerwärtiger Zänkereien veranlaßt, welche namentlich die letzte Sitzung bezeichneten, einen Zuſatz zu §. 16 der Geſchäftsordnung, des Inhalts, daß keinem Mitgliede der Verſammlung, perſönliche Bemerkungen und thatſächliche Berichtigungen ausgenommen, zum zweitenmale das Wort gegeben werden ſolle, bevor nicht alle übrigen eingezeichneten Redner geſprochen. Es verſteht ſich, daß dieſer Antrag, der ohnehin unleugbar manche andere Inkonvenienzen bietet, auf ſtarken Widerſpruch ſtieß bei jenen Herren, welche in einer Debatte drei- oder viermal das Wort zu ergreifen pflegen und zugleich im Dialog und in der Grobheit exzelliren: derſelbe wurde indeß an die Kommiſſion verwieſen, welche früher zur Entwerfung der Geſchäftsordnung beſtanden. Der Präſident verlas ſodann einen Vortrag des Senats, welcher als Rückäußerung auf die Erklärung der Verſammlung, daß ſie hinſichtlich der Bedenken gegen die der allgemeinen Volksbewaffnung zu Grunde zulegenden Prinzipien, bei ihrem frühern Beſchluſſe lediglich beharre, ſeinerſeits die Erklärung abgab, daß der Senat nicht bloß durch die beſtehenden Geſetze, ſondern auch durch in der Sache ſelbſt liegende Gründe genöthigt ſei, jene Bedenken abermals geltend zu machen, und einestheils allzu jugendliche Mitglieder, anderentheils fremde Handwerksgeſellen und fremdes Geſinde von der Theilnahme an der Volksbewaffnung auszuſchließen. Der Senat räumte ein, daß ausnahmsweiſe Gründe vorhanden ſein könnten, welche die Heranziehung jugendlicher Kräfte unbedenklich machten, und ſei er völlig damit einverſtanden, wenn der gemiſchten Kommiſſion eine ausgedehnte Befugniß ertheilt werde, im einzelnen Falle eine Entſcheidung zu treffen; dagegen müſſe er auf dem Ausſchluß der in Rede ſtehenden fremden Handwerksgeſellen und Dienſtboten um ſo mehr beſtehn, als einerſeits dieſelben nicht durch das innige Band an den Staat geknüpft ſeien, welches ein ſo mächtiger Trieb für den Bürger ſei, ſein Leben einzuſetzen zum Schutze ſeiner höchſten Güter, andererſeits aber die Erſcheinung, daß unter dem Banner der Reichsverfaſſung ſo viele unreine Elemente zu kämpfen begonnen, doppelte Vorſicht gebiete, welchen Händen man Waffen anvertraue. Die Rückäußerung iſt zur ſchleunigen Berichterſtattung an den Wehrausſchuß gegangen. Eine Anfrage an den Senat, ob das Gerücht gegründet, daß in der nächſten Zeit ſehr bedeutende fernere Truppenabtheilungen zu erwarten ſeien und daß dieſelben bei den Bürgern einquartiert werden würden, ſowie, wenn es gegründet, das Erſuchen an den Senat, mit allen Mitteln gegen dieſe neue Laſt zu proteſtiren, wurde als dringlich anerkannt und wird das Präſidium ſie an den Senat gelangen laſſen. Eine Petition der freiwilligen Artillerie um Beſchaffung einer Batterie brauchbarer Geſchütze wurde der gemiſchten Kommiſſion überwieſen. Es folgte ſodann der Bericht des Finanzausſchuſſes über eine vom Senat beantragte Nachbewilligung von 8370 fl. auf den Bedürfnißſtand des Kriegszeugamts für das laufende Jahr zur Ausrüſtung des Frankfurter Linienbataillons mit Helm und Waffenrock.

Der vereinigte Finanz- und Wehrausſchuß war der Anſicht, daß, wenn auch in militäriſcher Beziehung die gleichförmige und gleichzeitige Neu-Uniformirung ſich als wünſchenswerth darſtelle, doch mit Rückſicht auf die ohnehin ſehr in Anſpruch genommenen finanziellen Kräfte des Staats, die allmälige Veränderung der Uniformirung, nach Maßgabe des Bedarfes, vorzuziehen und demnach die beantragte Nachbewilligung abzulehnen ſei. Nach einer langen und weiſen Debatte über Helmverzierungen, Uniformknöpfe, Hoſen und Halbſtiefel, die endlich Hr. Bürgermeiſter Köſter mit der etwas ſcharfen Bemerkung abſchnitt, daß das Alles die hohe Verſammlung gar Nichts angehe, trat dieſelbe dem Gutachten ihrer Ausſchüſſe bei und es werden demnach 490 Mann der Frankfurter „Armee" in Helm, Waffenrock und grauen Hoſen erſcheinen, während die übrigen 110 Mann noch einige Jahre in Czako, Leibrock und blauen Hoſen einhergehen. Beiläufig erfuhren wir übrigens, daß die Geſammtkoſten der neuen Uniformirung ſich billiger ſtellen als ſeither: der Mann koſtete bis jetzt 217 fl. 6 kr. er koſtet hinfort nur noch 212 fl. 7 kr. Hr. Dr. J. Friedleben ſprach endlich ſein Erſtaunen und ſeinen Unwillen aus, daß noch immer kein Senats-Kommiſſär in der Verſammlung erſchienen ſei, um die bereits vor 14 Tagen geſtellte Interpellation über das Verhältniß der Militärbehörden der Reichstruppen zu den Staatsbehörden des Freiſtaats zu beantworten; er beruhigte ſich indeß bei der Erklärung des Herrn Senator Heſſenberg, daß die Antwort, nachdem der Senat die eingeforderten Berichte erhalten, ſchon in der Expedition begriffen ſei und demnächſt hierher gelangen werde, und die Verſammlung konnte nun zur fortgeſetzten Berathung der Verfaſſung ſchreiten. (Schluß folgt.)

A **Dresden**, 22. Mai. Die Regierung hat der Partei der Reaktionäre, welche am liebſten die halbe Stadt am Galgen ſehen möchte, endlich das beſtimmte Zugeſtändniß gemacht, die an dem Aufruhre vom 3.—9. Mai Betheiligten nicht vor Schwurgerichte zu ſtellen. Die Mitglieder der proviſoriſchen Regierung und ihre Wähler ſollen dem Stadtgericht zu Dresden, alle übrigen Theilnehmer des Aufſtandes dem zuſtändigen Gerichte ihrer Heimath überwieſen werden. Bei den Wahlen der Geſchworenen ſind die Radikalen ungemein thätig und glücklich geweſen. Bei den täglich mehr ſich verwirrenden Rechtsbegriffen, bei der durchaus gerechtfertigten Mißſtimmung gegen eine ganz unpopuläre Regierung liegt die Befürchtung, daß auch über die ſchuldigen Häupter der Revolte das Nichtſchuldig ausgeſprochen werden könne, ſehr nahe. Im Intereſſe der öffentlichen Sittlichkeit wäre daher der Weg, den das Juſtizminiſterium eingeſchlagen hat, indem es das Standrecht rechts und das Schwurgericht links liegen ließ, vielleicht zu billigen, wenn nicht unglücklicher Weiſe dieſer Weg der längſte wäre. Die ſächſiſchen Juriſten wiſſen, daß wenn man dem Geſetze hierorts ſeinen ordentlichen Lauf läßt, es ſo bald nicht zum Ziele kommt; und dieſen Prozeß ſcheint man durch eine beſondere Gründlichkeit auszeichnen zu wollen. Die Zahl der Verhafteten überſteigt, trotz vielfacher Freilaſſungen, noch immer Vierhundert; die nahmhafteſten Perſonen darunter ſind: Bakunin, Juſtizamtmann Heubner, Mitglied der proviſoriſchen Regierung; der Kommandant, Oberſtlieutenant Heinze; Advokat Blöde und Stadtrath Hitzſchold von Dresden; Gutsbeſitzer Arndt von Boitzſch, Advokat Bertling von Leipzig, Bürgermeiſter Schmidt von Wurzen, Bürgermeiſter Tzſchucke von Meiſſen, Dr. Herz von Dresden, Advokat Seltmann von Pirna, Redakteur Böckel aus Dresden, Profeſſor Benſeler von Freiberg, alle zwölf Mitglieder der aufgelöſten Kammern; außerdem Advokat Minkwitz, Vorſtand und Faktotum des Vaterlandsvereins, Buchhändler Bromme, Dr. Hirſchel, Paſtor Burckart und Profeſſor Hermann Eberhard Richter, der verdienſtvolle und gelehrte Arzt, ſämmtlich aus Dresden. Steckbrieflich verfolgt werden von bekannteren Perſonen die acht ehemaligen Abgeordneten Geh.-Rath Todt und Advokat Tzſchirner, dann Bürgermeiſter Meyer von Treuen, Bürgermeiſter Fincke von Crimmitſchau, Bürgermeiſter Lincke von Werdau, Advokat Kell von Dresden, Dr. Köchly von Dresden und Dr. Berthold von Döbeln; ferner der königliche Kapellmeiſter Richard Wagner, der berühmte Architekt Profeſſor Gottfried Semper, der Erbauer des Schauſpielhauſes, der Direktor der Dresdner Handelslehranſtalt Dr. Munde, die Redakteure der Dresdener Zeitung Lindemann und Wittig, der Rechtskandidat von Zychlinski, Adjutant des Kommandanten, Advokat Marſchall von Bieberſtein aus Dresden, Bürgermeiſter Gaſch in Waldenburg, Gerichtsdirektor Ludwig in Pegau, Prediger Metzdorf, Dr. Gerber aus Sonnenberg, Advokat Schüffner in Mittweida und viele andere weniger bekannte Leute. Faſt die Hälfte der Bürgermeiſter Sachſens ſind verhaftet oder flüchtig. Staatsminiſter von Beuſt befindet ſich noch bei dem Octroyirungskongreß in Berlin; der neue Finanzminiſter Behr kehrte vorgeſtern von dort zurück.

Italien.

* Aus der Schilderung der römiſchen Zuſtände, welche die Basler Ztg. gibt, entnehmen wir noch folgende Einzelnheiten: Die Garibaldiſche Schaar und die ſogenannte lombardiſche Legion iſt den deutſchen Freiſchärlern ſehr ähnlich, nur daß der Römer noch etwas Theatraliſches verlangt. Garibaldi ſelbſt reitet in ſcharlachrother Bekleidung, ein zweiter Camillus, durch die Straßen, hinter ihm ſein Lanzenträger, ein afrikaniſcher Sklave. Die lombardiſche Legion zählt auch viele Schweizer, man ſagt mindeſtens 200. In den Ruinen des Coloſſeums, wo ſie ihr Lager aufgeſchlagen, kann man das reinſte Schweizerdeutſch hören. Die Thörichten! Sie werden ohne Zweifel als die erſten Opfer fallen. Täglich langt neuer Zuzug an; aus allen Theilen Italiens ſtrömen hoffnungsloſe Menſchen nach Rom. Dieſe ſogenannten Prodi (Tapfern) mögen jetzt nahe an die 10,000 betragen. Sie liegen in den Straßen herum und ſchreien ſich gegenſeitig Evvivas zu. Rom iſt ganz in ihren Händen. Der furchtſame Bürger grüßt ſie aufs freundlichſte. „So iſt die Menge (hat ſchon Livius geſagt), entweder iſt ſie auf demüthige Weiſe dienſtbar, oder ſie herrſcht auf übermüthige Art." Jeder Schein von Mißachtung hat Mißhandlung zur Folge. Der Sold des Gemeinen beträgt ungefähr 40 Kreuzer täglich. Um dieſe Auslage zu beſtreiten wird von Haus zu Haus alles Silberzeug (denn baares Geld iſt buchſtäblich keines mehr vorhanden) eingefordert. Wehe dem, der ſich weigerte! Was dann auf dieſe Weiſe zuſammenkommt, wird als patriotiſche Gabe dargeſtellt, und die ruhige Unterwerfung des wehrloſen Bürgers heißt in einer Regierungsproklamation la calma maestosa del popolo — die majeſtätiſche Ruhe des Volkes. „Die Ruhe von Rom iſt gleich derjenigen des Löwen, eine feierliche Ruhe, ſo wie ſein Brüllen ſchrecklich iſt." In der That hat dieſer Löwe auch bereits ſein fürchterliches Geheul ertönen laſſen. Am 4. Mai ſchleppte ein Volkshaufe vier des Papismus verdächtige Landleute aus der Umgebung Roms durch die Straßen zur Engelsbrücke, wo ſie, ſchon halbtodt, förmlich zerſchnitten und ſo in die Tiber geworfen wurden. Die bewaffnete Macht ſah ruhig zu, die Regierung ſchwieg, die Republikaner ſprachen von dem heilſamen Schrecken eines ſolchen Beiſpiels, die große Zahl der Bürger endlich hütete ſich, das Ereigniß zu berühren, um nicht den Schein zu haben, als mißbillige ſie die Juſtiz des ſüßen Pöbels. Von dieſer Freiheit ſagt ein Regierungsproklam: ſie ſei zwar den Tyrannen ein Greuel, aber Gott ein Wohlgefallen!

Die Art und Weiſe, wie die franzöſiſchen Gefangenen entlaſſen wurden, iſt bekannt. Den Moment der Trennung ſchilderten die römiſchen Blätter als ſehr feierlich; kaum kenne die alte Geſchichte einen erhebenderen Akt: Tutto deve essere grande a Roma — Alles muß groß ſein zu Rom, ſo ſchrieb ſelbſt die Regierung. Neulich wurden ſämmtliche Staatskaroſſen der Kardinäle den Flammen übergeben. In eine derſelben ſetzte ſich ein Mann des Volks, der mit dem Kardinal Barberini einige Aehnlichkeit hat und dieſen nun auf dem ganzen Weg auf ſo poſſierliche Weiſe nachahmte, daß des Geſpotts kein Ende werden wollte. Erinnert das nicht an den Schwank, welchen Guiccardini in ſeiner Geſchichte der Plünderung Roms unter Karl V. im Jahr 1527 erzählt? Damals ſaß Clemens XI. eingeſchloſſen im Kaſtell S. Angelo und mußte mit eigenen Augen anſehen, wie ein deutſcher Soldat ſich im päpſtlichen Ornat um die Feſtung herumtragen ließ und in der poſſirlichſten Weiſe das überall aufjauchzende Volk benedizirte. Dem Verderben entging nur eine einzige Prieſterkaroſſe, der große päpſtliche Staatswagen. Dieſen erhielt der kleine Götze auf Araceli, das Wunderbild Gesù bambino, in feierlicher Ueberlieferung zum Geſchenk. Die Prieſter, hieß es, ſollen wie die Apoſtel zu Fuß gehen, der Knabe Jeſu allein darf gefahren werden.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 144. Frankfurt a. M., Samſtag 26. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Rußland und die europäiſche Politik.

Die ruſſiſche Note wegen Jütland.

Deutſchland. Frankfurt (Entwurf der Anſprache an das deutſche Volk. Die Stellung Preußens zur Centralgewalt. Preußens Aufforderung an den Reichsverweſer. Der Nürnberger Hof). Wien (Fürſt Lichtenſtein. Standrechtlich. Die Lage von Ofen. Fürſt Windiſchgrätz. Die Cholera). Graßlitz (Sächſiſche Freiſchärler). Berlin (Rüſtungen in Oſtpreußen. Waffenſtillſtandsbedingungen. Die Schritte beim Reichsverweſer). München (Kirchengebete). Stuttgart (Einberufung der Volksvereine. Aufruf an die Bürgerwehren. Kammerverhandlungen in der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit. Erklärungen Römer's. Die Reutlinger Volksverſammlung). Leipzig (Dekret der Regierung). Dresden (Steckbriefliche Verfolgungen). Hannover (Der Empfang der oſtfrieſiſchen Deputation). Karlsruhe (Die Vermögenskonfiskation. Zwei Proklamationen. Unzufriedenheit unter dem Militär. Gerüchte. Zuzüge. Bornſtedt. Entlaſſung Mathy's. Heidelberger Volkswehr. Noch zwei Proklamationen). Darmſtadt (Das Wahlgeſetz. Auflöſung der Ständeverſammlung). Heppenheim (Die Vorfälle am 23.). Braunſchweig (Gagern zum Ehrenbürger ernannt.) Aus Schleswig-Holſtein (Brief aus dem Feldlager). Aus dem nördlichen Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz.)

Großbritannien. London (Das Miniſterium in der Frage der kürzeren Parlamente in drr Minderheit. Das Kabinet und die Schifffahrtsbill. Neueſte Poſt aus Kanada).

Frankreich. Paris (Die Befürchtungen wegen eines Staatsſtreichs. Bugeaud, Cavaignac's Tagesordnung. Hr. v. Gasc nach Rom. Die neuen Abgeordneten. Schreiben des Grafen Teleki).

Italien. Turin (Die ſardiniſche Regierung von der öſterreichiſchen um ein Bündniß gedrängt). Kirchenſtaat (Stellung des franzöſiſchen Heeres).

Schweiz. Zürich (Standrecht in Sondrio. Die N. Z. Z.).

Griechenland. Athen (Sieg der ruſſiſchen Diplomatie).

---

25. Mai.

Rußland ſchickt ſich an, ſeinen „heiligen Beruf zu erfüllen," wie es der Kaiſer Nikolaus in ſeinem Manifeſte nennt. Man weiß, was untrr dieſem Berufe zu verſtehen iſt: die Wiederherſtellung der Ordnung und die Unterdrückung der Freiheit. Wir habrn ſchon mehrere Schilderungen von den auf öſterreichiſches Gebiet einrückenden ruſſiſchen Truppen gebracht, deren fahle, lebloſe Geſichtrr es vrrrathen, wie ſehr harte Behandlung und Entbehrung ſie ſelbſt unter die niedrige Stufe herabgedrückt, auf welcher die Bewohner des aſiatiſchen Europa's ſtehen. Wehe der Civiliſation, welche durch ſolche Barbaren geſchützt werden ſoll! Für dieſes Einſchreiten gibt das Journal de St. Petersburg zweierlei Gründe an, zuerſt das Geſuch Oeſterreichs als einer befreundeten Macht, ſodann Rußlands eigene Sicherheit. Die Bewegung, ſagt das kaiſerliche Journal, iſt keine eigentlich ungariſche mehr. Sie iſt zur Hälfte eine polniſche. Das Magyarenlager iſt zum Stelldichein für die Trümmer der polniſchen Auswanderung geworden, jener Soldaten drr Anarchie, die hinter den Verſchwörungen aller Länder laurrn. Mehr als zwanzig Tauſend Polen fechten in Ungarn, und ihre Heerführer, ein Bem, ein Dembinski, entwarfen die Pläne des Feldzuges, welcher die ſiegreichen Ungarn faſt ſchon in die Nähe von Wien grführt hat. Ihre Abſicht iſt, den Schauplatz des Krieges nach Galizien zu verlegen und von dort die polniſchen Provinzen Rußlands in Bewegung zu ſetzrn. Mithin ſieht ſich Rußland in die unangenehme Nothwendigkeit verſetzt, ſich endlich doch in den Kampf zwiſchen Ordnung und Geſetzloſigkeit zu miſchen, welcher die europäiſche Völkerfamilie ſpaltet, als deren natürliches Haupt, wie das immer mehr erhellen wird, der Selbſtherrſchrr aller Reuſſen anzuſehen iſt. Er hat zwar durch das am 14 — 26. Juli 1848 erlaſſene Manifeſt verkündet, er ſich wolle nicht in die inneren Angelegenheiten fremder Länder miſchen. Aber durch die Verträge von 1815 hat Rußland bekanntlich ein für allemal ſich verbürgt, den bisherigen Zuſtand Europa's aufrecht zu erhalten und nur dem weiſen Ermeſſen ruſſiſcher Staatskunſt iſt es vorbehalten, jedesmal den Augenblick zu beſtimmen, wo es gerathen iſt, die übernommene Bürgſchaft zu leiſten. Ein ſolcher Augenblick iſt jetzt gekommen. Die ruſſiſchen Heere rücken vor, um die Ruhe der Geſellſchaft und das Gleichgewicht Europa's wieder herzuſtellen. Zunächſt gilt es, „die Feuersbrunſt zu löſchen, welche von der Donau bis zur Weichſel um ſich zu greifen droht."

Der junge Kaiſer von Oeſterreich iſt nach Warſchau geeilt, um ſeinen erhabenen Gönnrr zu begrüßen. Beide Kaiſer ſind von ihren Diplomaten begleitet; von Berlin iſt der ruſſiſche Geſandte, Hr. v. Meyendorff, und der preußiſche General Rauch mit beſonderen Aufträgen nach Warſchau abgereiſt. Dort ſollen die europäiſchen Angelegenheiten arrangirt werden. Im vorigen Jahre ſchien es, als würden die Völker Europa's ſelbſt ihre Geſchicke in die Hand nehmen. Abrr die Brwegung der Völker überſtürzte ſich. Die Macht kam wieder an die Kriegsheere und auf dieſe geſtützt dürfen jetzt die Fürſten wieder glauben, im Dunkel des Kabinets übrr die Geſchicke der Völker entſcheiden zu können. Sie rechnen dabei nicht blos auf ihre Heeresmacht, ſondern auch auf die überlegene Staatsklugheit. Die ruſſiſchen Diplomaten ſind weit entfernt von blindem Widerwillen gegen eine mißliebige Regierungsform. Die Republik Frankreich iſt ſo eben, wie Odilon Barrot meldet, von Rußland bereitwillig anerkannt und Rußland überlegt ſehr wohl, daß eine gewaltſame Unterwerfung Ungarns unter Oeſterreichs Gnade oder Ungnade keineswegs einen ſichern Zuſtand in Ungarn und den ruſſiſchen Grenzländern dauernd herbeiführen möchte. Die Revolution würde forteitern. Es ſind bereits in dieſen Blättern Mittheilungen gemacht über Pläne, welche unter der hohen Diplomatie hinſichtlich Ungarns umlaufen. Unter dieſen Umſtänden wollen wir nicht länger anſtehen, eine allerdings ſeltſame Mittheilung zu veröffentlichen, welche uns indeſſen aus einer bemerkenswerthen Quelle zugekommen iſt. Wir geben ſie wörtlich, ohne weitern Commentar, obgleich wir von der Geſinnung der engliſchen Politik gegen Preußen beſſer unterrichtet zu ſein glauben möchten.

„Man verſichert, daß die letzten Verhandlungen in Berlin eine Richtung annehmen, welche nicht zu einer preußiſchen, ſondern zu einer öſterreichiſchen Schirmherrſchaft über Deutſchland führen ſoll. Der König von Preußen wird dieſe Würde zu Gunſten des Kaiſers von Oeſterreich abdiziren. Oeſterreich, Ungarn und Gallizien (die es nicht halten kann) an einen Koburg abtreten und dafür in Deutſchland mit dem König von Preußen, als erſten Reichsfürſten, hinlängliche Entſchädigung bekommen. Dieſer Plan wird vom engliſchen Kabinette ſehr begünſtigt: er placirt einen Koburg, ſchwächt oder vielmehr vernichtet Preußen, welches man fürchtet, löſt die ungariſche Frage und es arbeitet Rußland entgegen. Der Einfluß des Herrn v. Radowitz, deſſen katholiſche Sympathien von jeher ſeinem Preußenthum den Rang abgelaufen haben, ſoll den Berliner Verhandlungen dieſe verderbliche Richtung gegeben haben."

Was ſoll man von dieſer Mittheilung ſagen? Deutſchland wäre dazu auserſehen, wie 1802 und 1803, nach Bequemlichkeit die größeren Staaten zu „entſchädigen"! Credo, quia incredibile est! Indeſſen da Preußen jetzt de facto ein völlig abſoluter Staat iſt, und ganz von perſönlichen Einflüſſen beſtimmt wird, ſo kann Niemand dafür einſtehen, mit was für Vorſpiegelung dort Cagliostro ſeine Gläubigen blendet. Man hört jetzt häufig die Meinung äußern, Hr. v. Radowitz habe abſichtlich Preußen ſchwächen wollen; gewiß iſt, daß er Preußen durch ſeine unſelige Politik wirklich aus einer beneidenswerthen in eine mitleidswürdige Lage gebracht hat. Er hat Preußen von ſeiner natür-

lichen Politik ſich auf die Nationalverſammlung und die kleineren Staaten zu ſtützen, zu denen wenigſtens Würtemberg und Sachſen jetzt längſt hinzugetreten wären, abgelenkt, und ſo ſteht Preußen jetzt von aller Welt verlaſſen und betrogen da. Die kleinen Staaten hat es von ſich geſtoßen, die Reichsverſammlung mißhandelt und geſprengt, von der Reichsgewalt iſt es angeführt, von Baiern und Oeſterreich mit Vorbedacht betrogen. Es hat jetzt bloß Sachſen und Hannover. Und ſelbſt dieſer Staaten iſt es nicht völlig verſichert. Die heutige Parlaments-Korreſpondenz ſchreibt:

„Das offizielle Organ der hannoveriſchen Regierung deutet dies klar genug an; auch beſtimmte Nachrichten, die von Hannover hierher gelangt ſind, ſagen es ausdrücklich. In Sachſen ferner regt ſich ſelbſt innerhalb der höchſten Kreiſe, wie wir hören, bereits wieder eine Partei, die es verſchmäht, das Land als eine Brandenburg-Manteuffel'ſche Provinz regiert zu ſehen.“

So bleibt Preußen nichts übrig, als vorläufig den Verſuch zu machen ein einiges Norddeutſchland zu Stande zu bringen. Die Deutſche Reform, welche man zur Hand nimmt, wie in Wien den Lloyd, um vierundzwanzig Stunden voraus zu wiſſen, was das Miniſterium thun wird oder gerne thun möchte — aber auch gewiß aus keinem andern Grunde — bringt in ihrer jüngſten Nummer folgende Mittheilung:

„Mit geſpannter Erwartung greift man ſeit einer Reihe von Tagen jeden Abend nach dem Staatsanzeiger; man erwartet in dieſer peinlichen Kriſis eine folgenreiche, entſcheidende Maßregel von dem Miniſterium. Noch immer durchläuft das Gerücht die Stadt, das Miniſterium wolle in dieſen Tagen ſeine Organiſation des Wahlrechts veröffentlichen, ein Gerücht, das wir weder für begründet noch unbegründet zu erklären im Stande ſind. Wir unſererſeits wiſſen und empfinden nur Eins: nicht auf die Publikation des neuen Wahlgeſetzes für Preußen warten wir, ſondern auf etwas viel Wichtigeres und Umfaſſenderes: auf die Publikation der deutſchen Verfaſſung. Es beruht dieß nicht bloß auf einer ſubjektiven Meinung von dem, was gut, erſprießlich, unerläßlich wäre, ſondern wir haben einen Grund, ein Recht, die deutſche Verfaſſung in dieſen Tagen zu erwarten. Das ganze Land erwartet dieſelbe, es erwartet ſie insbeſondere das Rheinland. Wir beſitzen in den königl. Worten ein Pfand, das ſeine Einlöſung durch entſprechende Maßregeln der Regierung verlangt; einer ſolchen Proklamation müſſen Thaten auf dem Fuß folgen. Dieſe Proklamation hat in den rheiniſchen Landen die Empörung entwaffnet, ſie hat die ſchwankenden Gemüther umgelenkt, den Bürger zur Fahne des Vertrauens zurückgerufen, und es iſt eine Nothwendigkeit, daß in kürzeſter Friſt der Inhalt dieſer Proklamation eine Wahrheit werde. Wir verſtehen indeſſen die Zögerung wohl. Preußen hoffte mit allen größern deutſchen Staaten im Einverſtändniß handeln und dem deutſchen Volk etwas darbieten zu können, das nicht nur ſeinen Wünſchen entſpräche, ſondern auch ſchon die Zuſtimmung der ausſchlaggebenden Regierungen beſäße. Auf dieſer Seite leider! haben dem Vernehmen nach, neuerdings ſich Hinderniſſe in den Weg geſtellt, in einer Zeit, wo alle Theile zu beſonderer Willfährigkeit ſich doppelt und dreifach aufgefordert ſehen ſollten! Es verlautet, daß Oeſterreich und Baiern Verzögerungen des Einigungswerkes der deutſchen Fürſten herbeigeführt, daß ſie Preußen im entſcheidenden Moment, was immer der Grund ſein möge, allein gelaſſen. Für Preußen kann dies nichts ändern: verkenne es ſeine Stellung und ſeine Aufgabe in Deutſchland nicht! Die Gefahr iſt da, das Ziel iſt erkannt -- es ziemt zu handeln! Nicht, als ob wir glaubten, es könne der von dem letzten Fragmente der Frankfurter Verſammlung gefaßte Beſchluß, dem nächſtgrößten Königreich, die von Preußen abgelehnte Kaiſerkrone anzutragen, zur Wirklichkeit werden, und von dorther eine Quelle neuer Zerwürfniſſe für Deutſchland hervorbrechen. Die Beſonnenheit der baieriſchen Regierung, die gewiß vorhandene Einſicht über Baierns natürliche Stellung zu Deutſchland bürgt uns dafür, daß es einen ſolchen Antrag, der unter den obwaltenden Umſtänden auch nicht mehr ehrenvoll iſt, mit ſicherm Entſchluß von ſich fernhalten werde, ſelbſt wenn jener letzte Bruchtheil der deutſchen Nationalverſammlung jetzt billigere Bedingungen darbieten, und andrerſeits die baieriſchen Kammern vielleicht eben dahin anbringen ſollten. Wir fürchten nicht ein ſüdweſtliches Kleindeutſchland, wir halten es für unmöglich, daß die große Bewegung des kritiſchen Jahres ſo eng und klein enden könne. Ein ſolcher Kern hätte keine Hoffnung des Wachsthums. Es werden alle Augen ſehend durch die neueſten Vorgänge in der Pfalz und in Baden, es zeigt ſich, wie ſehr der Südweſten Deutſchlands eines ganz anderen Anhaltes bedarf, um in ſich ſelbſt befriedigt zu werden und dem Ganzen nicht verloren zu gehen. Wir würden es tief beklagen, wenn Preußen im Moment der großen Entſcheidung plötzlich des ſchon ſo zuverſichtlich gehofften, ſo freudig begrüßten Einverſtändniſſes der beiden größten ſüddeutſchen Staaten entbehren müßte; aber es kann dies an ſeiner Aufgabe nichts ändern. Der Moment darf nicht verpaßt werden; zögern jene, ſo ſoll es vielleicht den Ruhm allein haben. Zaudre es denn nicht, die Stunden ſind gezählt, kein Tag iſt zu verlieren! Die vollendete Thatſache wird ſiegen. Wer jetzt zuerſt das Annehmbare, das von den Umſtänden unabweislich Geforderte frei, offen und von Herzen darbietet, ihm wird Germania ihre Hand reichen!“

Während Rußland in der Türkei und in Ungarn, vom Kaukaſus nicht zu reden, vollauf beſchäftigt iſt, nimmt es zugleich die Miene an, als ob es auch Dänemark im Schleswigſchen Kriege Hilfe leiſten wolle. Ueber die neue ruſſiſche Note wird der Kölniſchen Zeitung geſchrieben: Es iſt nunmehr die offizielle Benachrichtigung darüber hier eingegangen, daß gegenwärtig, wo die Eismaſſen im baltiſchen Meere dieſes geſtatten, eine ruſſiſche Kriegsflotte zum Schutze der Integrität Dänemarks, in ſo fern alſo anſcheinend in einem zunächſt Preußen feindlichen Sinne, von Kronſtadt ausgelaufen ſei. Die desfallſige offizielle Notifikation war in die Form einer ausführlichen, in ſehr kategoriſchen Ausdrücken gefaßten Note gekleidet, worin erklärt wird, daß die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit durch die Beſetzung Jütlands zu einer allgemeinen europäiſchen Frage werde, die in dieſem Falle vornehmlich für Rußland wichtig ſei, und worin ein entſchiedener Tadel gegen das Verhalten der preußiſchen Regierung ausgeſprochen wird, weil ſie auf der einen Seite vollauf zu thun habe, um der revolutionären Bewegungen in Deutſchland einigermaßen Herr zu werden, während ſie andererſeits durch ihr Verfahren in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage die Empörung der Unterthanen Sr. Majeſtät des Königs von Dänemark gegen ihren rechtmäßigen Landesherrn offen begünſtige und ſich ſo einer unverzeihlichen Inkonſequenz ſchuldig mache; es wird, hierauf fußend, die fernere Erhaltung eines freundnachbarlichen Einvernehmens mit der ruſſiſchen Regierung von der ſofortigen Räumung Jütlands und einer möglichſt ſchnellen Beendigung der ganzen norddeutſchen Verwicklungen abhängig gemacht.

Zur Beantwortung dieſer Note iſt Hr. v. Rauch nach Warſchau abgeſchickt. Es muß ein Stümper in der Politik ſein, der treuherzig, ebenfalls in der Kölniſchen Zeitung verſichert, die Inſtruktion des Herrn v. Rauch laute dahin, eine Preußens und Deutſchlands würdige Sprache zu führen, und Rußland auf ſeine Drohungen zur See zu antworten, Preußen habe ein Landheer freilich, wenn Preußen ſich mit Deutſchland geeinigt, ſo würde man in ſolcher Weltlage, eine ſolche Drohung gar nicht gewagt haben. Aber es iſt aller Grund anzunehmen, unter den drei Kabinetten das beſte Einverſtändniß vorauszuſetzen. Und namentlich über den ſchleswigſchen Aufſtand wiſſen wir ja ganz beſtimmt, daß die Anſichten der Höfe von St. Petersburg und Berlin ganz übereinſtimmen. Wir wiſſen ſogar aus guter Quelle, daß Rußland dem Könige von Dänemark erklärt hat, es wolle ihn mit den kräftigſten Vorſtellungen unterſtützen, aber zu wirklicher Hilfleiſtung wären jetzt die Verhältniſſe anderswo zu ſchwierig. Man darf ohne allzugroßes Mißtrauen alſo auf den Gedanken gerathen, jene Note ſei nur beſtimmt, den Abſchluß eines baldigen Friedens vor den Augen der Welt zu erleichtern.

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 25. Mai. Die von Ludwig Uhland entworfene Anſprache an das deutſche Volk (ſ. geſtrige Beilage) lautet:

„Die deutſche Nationalverſammlung fühlt ſich gedrungen, an das Volk, von dem ſie gewählt iſt und das ſie in ſeiner wichtigſten Angelegenheit zu vertreten hat, über ihre neueſte Stellung aufklärende und aufmunternde Worte zu richten. Dieſe Stellung iſt eine ſo ſchwierige geworden, daß es wohl das Anſehen gewinnen mochte, als ſtände die verfaſſunggebende Verſammlung ihrer Auflöſung nahe, als müßte eben damit das von ihr mühſam zu Ende geführte Verfaſſungswerk in Scherben gehen, als ſollte der gewaltige Strom der deutſchen Volkserhebung kläglich im Sande verrinnen. Die Schwierigkeiten, die ſich vor uns aufthürmen, kommen theils von außenher, durch den Widerſtand der fünf mächtigſten Einzelregierun-

gen und nun auch der von uns ſelbſt ins Leben gerufenen Centralgewalt gegen die Durchführung der endgiltig beſchloſſenen und verkündigten Reichsverfaſſung, theils aber und zumeiſt noch aus unſrer Mitte, durch den maſſenhaften Austritt derjenigen Mitglieder, die entweder dem Abruf ihrer Regierungen folgen zu müſſen vermeinten oder am Gelingen des Werkes und an allem fruchtbaren Fortwirken der Verſammlung verzweifelten. Dieſen Hinderniſſen zum Trotze glauben wir noch immer unſern Beſtand und die uns anvertraute Sache aufrecht erhalten zu können; wir ſetzen der Ungunſt der Verhältniſſe diejenige Zähigkeit entgegen, die ſchon manchmal zum endlichen Siege geführt hat. Den Regierungen, deren Staatsweisheit im vorigen Jahre ſo machtlos und rathlos, ſo gänzlich erſtarrt war, daß ſie jene ſiebzehn Vertrauensmänner am Bunde auffordern mußten, die Initiative eines Verfaſſungsentwurfs zu ergreifen, und die, nachdem ſie wieder warm geworden, uns nicht bloß Vereinbarung anſinnen, ſondern ſogar die Oktroyirung in Ausſicht ſtellen, ihnen halten wir beharrlich den ſchon im Vorparlament geltend gemachten, dann im Anfang unſrer Verhandlungen feierlich ausgeſprochenen und ſortan thatſächlich behaupteten Grundſatz der Nationalſouveränetät entgegen; wir lehnen uns an diejenigen, wenn auch minder mächtigen Staaten und ihrer Bevölkerungen, welche die Beſchlüſſe unſrer Verſammlung für bindend und die verkündigte Verfaſſung für rechtsbeſtändig anerkannt haben. Die neueſten Erfahrungen haben ſchlagend bewieſen, daß aus einer Vereinbarung von 39 Regierungen unter ſich und mit der Nationalvertretung, dazu noch mit allen Landesverſammlungen, niemals eine Reichsverfaſſung hätte hervorgehen können und daß die Nationalverſammlung, ſelbſt gegen eigene Neigung, das Verfaſſungswerk in die Hand hätte nehmen müſſen, wenn es überhaupt zu Stande kommen ſollte.

Gegenüber der durch unſer Geſetz vom 28. Juni v. J. geſchaffenen proviſoriſchen Centralgewalt, welche jetzt, da es gelte, die auf Durchführung der Verfaſſung gerichteten Beſchlüſſe zu vollziehen, ſich deſſen weigert und ein Miniſterium am Ruder läßt, dem die Verſammlung ihr Vertrauen alsbald abgeſagt hat, iſt in unſerer Sitzung vom 19. Mai, noch vor dem größten Austritt, beſchloſſen worden, daß die Verſammlung ſofort, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürſten, einen Reichsſtatthalter wähle, welcher vorerſt die Rechte und Pflichten des Reichsoberhaupts ausübe. Damit glaubte man auch für die Zeit des Uebergangs dem Sinne der Verfaſſung ſelbſt am nächſten zu kommen. Endlich der durch Maſſenaustritt dem Beſtande der Nationalverſammlung erwachſenen Gefahr ſuchten wir durch den geſtrigen Beſchluß zu begegnen, daß ſchon mit 100 Mitgliedern (ſtatt früher angenommen 150) die Verſammlung beſchlußfähig ſei; nicht als ob wir eine ſo ſtark herabgeſchmolzene Zahl für keinen Uebelſtand anſähen, oder dadurch den Sieg einer ausharrenden Partei erringen wollten, ſondern darum, daß nicht das letzte Band der deutſchen Volkseinheit reiße, daß jedenfalls ein Kern verbleibe, um den bald wieder ein vollerer Kreis ſich anſetzen könne. Noch ſitzen in der Paulskirche Vertreter faſt aller deutſchen Einzelſtaaten und gerade diejenigen Staaten ſind noch immer namhaft vertreten, deren Abgeordnete zurückberufen wurden, Preußen, Oeſterreich und Sachſen. Eine bedeutende Zahl von Mitgliedern iſt nur zeitig abweſend und es ſoll für ihre Einberufung geſorgt werden; durch Stellvertreter und Nachwahlen iſt für die Abgegangenen Erſatz zu erwarten. Sollte aber auch nicht der ernſte Ruf des Vaterlandes ſeine Kraft bewähren, ſo gedenken wir doch, wenn auch in kleiner Zahl und großer Mühſal, die Vollmacht, die wir vom deutſchen Volke empfangen, die zerfetzte Fahne, treugewahrt in die Hände des Reichstags niederzulegen, der nach den Beſchlüſſen vom 4. d. M. am 15. Auguſt zuſammentreten ſoll und für deſſen Volkshaus die Wahlen am 15. Juli vorzunehmen ſind. Selbſt aus dieſen Beſchlüſſen iſt ein Eingriff in die Regierungsrechte herausgefunden worden, während ſie eben dadurch unvermeidlich waren, daß vom Inhaber der proviſoriſchen Centralgewalt kein Vollzug zu gewärtigen ſtand.

Für dieſe Beſtrebungen, die Nationalverſammlung unerloſchen zu erhalten und die Verfaſſung lebendig zu machen, nehmen wir in verhängnißvollem Augenblicke die thätige Mitwirkung des geſammten deutſchen Volkes in Anſpruch. Wir fordern zu keinem Friedensbruch auf, wir wollen nicht den Bürgerkrieg ſchüren, aber wir finden in dieſer eiſernen Zeit nöthig, daß das Volk wehrhaft und waffengeübt daſteht, um, wenn ſein Anrecht auf die Verfaſſung und die mit ihr verbundenen Volksfreiheiten gewaltſam bedroht iſt, oder wenn ihm ein nicht von ſeiner Vertretung ſtammender Verfaſſungszuſtand mit Gewalt aufgedrungen werden wollte, den ungerechten Angriff abweiſen zu können; wir erachten zu dieſem Zweck für dringlich, daß in allen der Verfaſſung anhängenden Staaten die Volkswehr ſchleunig und vollſtändig hergeſtellt und mit ihr das ſtehende Heer zur Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung verpflichtet werde. Außerdem mahnen wir dazu, daß durch Erſatzmänner und Nachwahlen unſere Verſammlung ohne Säumniß Ergänzung erhalte. Vor Allem aber hegen wir zu dem Männerſtolz und Ehrgefühle unſeres zur Freiheit neuerwachten Volkes das feſte Vertrauen, daß es nimmermehr auf willkürlich oktroyirtes Reichswahlgeſetz, ſondern ein zig nach demjenigen, welches die verfaſſunggebende Verſammlung beſchloſſen hat, die Wahlen vornehmen und daß, wenn der beſtimmte Wahltag herankommt, gleichzeitig in allen deutſchen Gauen ein reger Wetteifer ſich bethätigen werde, das gemeinſame Wahlrecht zu gebrauchen oder zu erlangen."

Dazu hat die Minorität des Dreißiger-Ausſchuſſes (Welcker, Kierulff, Liebermann, Backhaus, Zachariä von Göttingen und Eckert) folgenden Zuſatz beantragt:

„Grundbedingung für den Sieg der Ehre der Einheit und Freiheit des Vaterlandes iſt die Treue gegen die Reichsverfaſſung, ſomit das Unterlaſſen und Aufgeben aller Maßregeln, welche ihr widerſprechen; Grundbedingung iſt, nicht wider die Treue gegen das Vaterland ſelbſt und ſeiner Ehre, ſomit die entſchiedene Zurückweiſung jeder Einmiſchung der Fremden in die inneren vaterländiſchen Zwiſte, kommen ſolche Einmiſchungen vom Oſten oder vom Weſten."

Frankfurt, 22. Mai. Der Plan der preußiſchen Regierung, eine deutſche Verfaſſung mit Zugrundlegung der Verfaſſung vom 28. März zu proponiren, iſt von Oeſterreich wie von Baiern nur zum Scheine und zu dem Zwecke, Preußen von ſeinen natürlichen Verbündeten, von der Nationalverſammlung und den 28 kleineren Staaten, zu trennen, begünſtigt worden — nach Erreichung dieſes Zweckes laſſen Oeſterreich und Baiern nunmehr die Maske fallen: ſie verweigern ihre Zuſtimmung zu dem Berliner Entwurfe, und das Miniſterium Brandenburg wird nun inne werden, wie bedenklich es gerade vom preußiſchen Standpunkte, der, richtig aufgefaßt, auch der deutſche Standpunkt iſt, erſcheinen mußte, mit ſeinen gebornen Gegnern, Oeſterreich und Baiern, ſich zu verbinden. Während man in Berlin ſich bemühte, Preußen in dieſe falſche Bahn zu verlocken, und zu dem Ende die größte Bereitwilligkeit zur Vereinbarung einer deutſchen Verfaſſung vorſpiegelte, gelangten gleichzeitig von Frankfurt aus an den König von Preußen die dringendſten Aufforderungen, die Centralgewalt dem jetzigen Träger als eine unerträglich gewordene Laſt abzunehmen. Dem preußiſchen Bevollmächtigten wurde, freilich nur mündlich, zu verſtehen gegeben, daß die Nothwendigkeit bei der jetzigen Lage Deutſchlands die Centralgewalt dem größten und mächtigſten Staate zu übertragen, die vollkommenſte Würdigung finde. Wie aber in Wien und München, ſo iſt nunmehr auch hier der Wind umgeſprungen. Der Reichsverweſer erinnert ſich, von Oeſterreich und Baiern nicht weniger als von Preußen die Centralgewalt erhalten zu haben, und natürlich wollen letztgenannte Regierungen von einer preußiſchen Centralgewalt ſo wenig wie von einer preußiſchen Reichsgewalt hören. Wenn nun freilich dem Reichsverweſer kaum ein anderer Ausweg aus dieſen Widerſprüchen übrig bleibt, als die Niederlegung ſeines Amtes, und zwar, wie er beabſichtigen ſoll, in die Hände der Bevollmächtigten ſämmtlicher Regierungen, ſo wird doch hoffentlich Preußen zu dieſem Wiederaufleben des entſchlafenen Bundestages ſeine Mitwirkung verſagen. Wir beſitzen dafür ein Pfand in der Anſprache des Königs an ſein Volk, die eine einheitliche Exekutive zu begründen verheißt, und wahrlich, nach der hier ſich allerwärts kund gebenden Volksſtimmung darf Preußen weder fürchten noch zögern, auf dem Boden der Berliner Beſchlüſſe, wenn anders dieſelben der Verfaſſung vom 28. März, wie man verſichert, nahe kommen, das Panier der deutſchen Einheit zu entfalten. (K. Z.)

Frankfurt, 25. Mai. Geſtern ſoll aufs neue an den Hrn. Erzherzog Reichsverweſer die Aufforderung zur Niederlegung ſeines hohen Amtes in die Hände des Königs von Preußen von Berlin aus durch Telegraph ergangen, und diesmal ſogar die Forderung geſtellt worden ſein, daß Se. kaiſerl. Hoh. den Tag des Rücktritts beſtimmt angeben möge. Die Quelle iſt gut, aus der ich dieſe Nachricht ſchöpfe. Hinzugeſetzt wird, daß unter den Mitteln, welche den Hrn. Reichsverweſer zur Nachgiebigkeit bewegen ſollen, auch die Verweigerung der in Ausſicht geſtellten Truppenzuzüge zur Wiederherſtellung oder Erhaltung der Ruhe zu zählen ſind. Obgleich in nicht geringer Verlegenheit, beharrt der Fürſt bei ſeinem Entſchluſſe, ſein Amt nirgend anders hin, als dorthin zurückzugeben, von wo er es empfangen, alſo an die Nationalverſammlung. Sie erſehen daraus, daß die Nichtauflöſung des Parlaments doch auch ihr Gutes hat.*) (O.P.A.Z.)

Parl. Korreſp. **Frankfurt**, 25. Mai. Geſtern ſagten wir, die Beſchlüſſe der geſtrigen Sitzung würden für den größten Theil des Nürnberger Hofes das Zeichen zum Austritte ſein. Wir haben uns darin geirrt. Herr Rieſſer erklärte ſich mit einigen Anderen, unter denen auch der Schreiber dieſer Korreſpondenz iſt, in den Berathungen, welche unſere Partei am geſtrigen Tage pflog, für den Austritt; die große Mehrheit aber entſchied ſich dagegen; und wir, die wir für den Austritt waren, haben die Ausführung unſeres Entſchluſſes wenigſtens verſchoben und einſtweilen nur mit Beſtimmtheit beſchloſſen, die Sitzungen der Nationalverſammlung nicht mehr zu beſuchen; Herr Rieſſer wird noch heute von hier abreiſen, ſein Mandat aber nicht niederlegen; vielmehr hat er erklärt, daß er unter veränderten Verhältniſſen auf den erſten Ruf wieder herbeieilen werde.

△ **Wien**, 21. Mai. In der Begleitung des Kaiſers befindet ſich auch, außer dem Grafen Grünne, der Fürſt Lichtenſtein, der neu ernannte Oberhofmeiſter. Der Fürſt Lichtenſtein iſt dazu

---

*) Die Redaktion nimmt den Artikel als Tagesgerücht auf, lehnt aber die Bürgſchaft für die Wahrheit ab. Anm. d. O. P. A. Z.

gewählt worden, weil er dem ruſſiiſchen Kaiſer eine persoua grata iſt; er war ſchon mehrere Male in Petersburg, und dem Kaiſer bei deſſen zweimaligem hieſigen Aufenthalt als Dienſtkavalier zugetheilt. Während einerſeits die Leutſeligkeit und der natürliche Takt des Kaiſers, viele der Dynaſtie abtrünnig gewordene Herzen zurück erobert und der Hoffnung einer beſſern Zukunft zugänglich macht, unterläßt die Militärbehörde nichts, was den Groll wieder aufſtachelt und die noch lange nicht verharrſchten Wunden klaffend aufreißt. Sie benutzte die Abweſenheit des Kaiſers, um das beliebte „Pulver und Blei" wieder in Anwendung zu bringen. Ein Eiſenbahnbeamter, welcher in den letzten Tagen eingezogen war, wurde heute früh zwiſchen 5 — 6 im Stadtgraben erſchoſſen und zwar „ſtandrechtlich," weil er den Verſuch gemacht haben ſoll, zwei k. k. Soldaten zum Uebertritt zu den Ungarn zu bereden, was ihm aber keineswegs gelungen war, da ihn die bezeichneten Soldaten ſelbſt, der Militärunterſuchungskommiſion überlieferten. Unter den Zuſchauern dieſes blutigen Schauſpiels bemerkte man auffallend viele Offiziere. Nach der Exekution hatte man die zarte Rückſicht die Blutſpuren mit Sand zu überſchütten. Der Eindruck auf die begleitende Menge äußerte ſich nicht in Worten, aber man ſah es den zornblitzenden Augen, den umwölkten Mienen an, welcher Art er dennoch war, obſchon die Lippen vor den Gewehrſalven ſtumm blieben. So lange dies Regiment fortdauert ſind wir ohne Zukunft. Geſtern war die Nachricht hier verbreitet, Ofen ſei von den Magyaren genommen, doch iſt dies nach direkten Depeſchen, weiche ebenfalls geſtern von dem Feſtungskommandanten Hentze eintrafen, keineswegs (bis jetzt) der Fall. Kann ſich die Feſtung noch einige Tage halten, ſo dürften unſere Truppen Peſth ſo nahe gekommen ſein, daß die Einnahme Ofens für die Ungarn zwecklos wäre.

A. Z. C. **Wien**, 21. Mai. Heute, in der frühen Morgenſtunde, wurden auf der Simmeringer Haide Verſuche mit Geſchützen des ſchwerſten Kalibers gemacht. Eine große Zahl dieſer Geſchoße wurde heute noch nach Ungarn befördert, um den Inſurgenten, welche viele ihrer erfochtenen Vortheile ſolchen Geſchützen nur allein zu verdanken haben, auch in dieſer Beziehung die Spitze bieten zu können, beſonders da auch die ruſſiſchen Hilfstruppen nur mit leichten Feldkanonen ausgerüſtet worden ſind. Fürſt Windiſchgrätz iſt in Prag angekommen und ſoll entſchloſſen ſein, die Sommerſaiſon in Töplitz zuzubringen. Nach einer Miniſterialverordnung haben die Gemeinderepräſentanten den durch das Gemeindegeſetz vorgeſchriebenen Eid vor dem betreffenden Ortgeiſtlichen zu leiſten. Das Miniſterium des Innern hat verordnet, daß der Druck der ſtenographirten Berichte über die letzten Verhandlungen des öſterreichiſchen Reichstages in allen Provinzialzeitungen, wenn es noch nicht geſchehen ſein ſollte, ſogleich einzuſtellen iſt. Die Cholera ſcheint uns noch nicht gänzlich verlaſſen zu haben. Im Militärſpital kamen in neueſter Zeit zahlreiche Erkrankungen vor.

Graßlitz, an der ſächſiſchen Grenze, 19. Mai. Unſere Grenze iſt mit 81 Mann Finanzwache und 28 Jägern unter der Leitung eines Lieutenants beſetzt, ebenſo die Aſcher Gegend; in Roßbach wollten geſtern 40 Freiſchärler bei der Grenzlinie durchbrechen, es kam zu einem Geſechte, wobei ein Mann von Khevenhüller todt und 4 Mann verwundet wurden, die Freiſchärler entflohen, man zieht Verſtärkung von Militär zu. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 23. Mai. Das erſte Armeekorps (in Oſtpreußen) wird mobil gemacht. Dies zur Ehrenrettung der ohnehin nicht geſchonten preußiſchen Regierung gegenüber der ruſſiſchen Impertinenz. Wie gerne wollt' ich oft Unrecht haben, wenn es zu erfahren gilt, daß Ehrgefühl und Nationalſtolz da ſich zeigen wo wir am wenigſten edle Regungen erwarten. Das oſtpreußiſche Volk im Schmuck der Waffen wird dem Czaaren beweiſen, daß wir Jütland nicht eher räumen, als es unſer Vortheil erheiſcht. Der höchſte Vortheil iſt die Ehre.

Berlin, 22. Mai. Ich habe Ihnen vor einigen Tagen über die Anknüpfung neuer Waffenſtillſtands-Verhandlungen geſchrieben. Die Baſis des vorgeſchlagenen Waffenſtillſtandes iſt nun der Rückzug unſerer Truppen aus Jütland, die Beſetzung Schleswigs und vielleicht daſelbſt des Brückenkopfes bei Alſen durch dieſelben; ferner däniſcherſeits die Aufhebung der Blokade und Reſtitution der Schiffe. Die Verſtändigung wegen des Schadenerſatzes iſt vorbehalten. Ueber die ungenauen Angaben engliſcher Blätter ſind Sie ſchon genügend unterrichtet. (K. Z.)

Berlin, 23. Mai. Man weiß hier ſicher, daß die letzten Schritte des Erzherzogs auf Oeſterreichs Veranlaſſung geſchehen ſind, um die gehoffte Einigung des Parlaments mit Preußen ganz unmöglich zu machen. Nur den Einflüſterungen Oeſterreichs iſt es zuzuſchreiben, daß der Reichsverweſer ſeinen Plan, zurückzutreten, aufgegeben hat. (K. Z.)

München, 23. Mai. In allen Kirchen war geſtern feierlicher Gottesdienſt, um die Beſeitigung der großen Gefahr, womit Baiern bedroht iſt, zu erflehen. (Fr. J.)

Stuttgart, 23. Mai. Der Beobachter enthält Folgendes:

Der Landesausſchuß hat auf nächſten Sonntag die Generalverſammlung der Volksvereine nach Reutlingen einberufen. Eine große Zahl der Bürgerwehren und Bürgerwehrvereine hat ſich längſt dem Landesausſchuß angeſchloſſen und iſt alſo von ſelbſt berechtigt und verpflichtet, den Vereinstag durch Abgeordnete zu beſchicken.

(Hierauf folgt ein Aufruf an die Bürgerwehren, deſſen Schluß lautet:)

Das Volk blickt auf Euch; die Freiheit baut auf Euch; bald legt vielleicht die Nationalverſammlung das Schickſal der deutſchen Volksvertretung in Eure Hände. Wir wenden uns daher nicht blos an Euch, die Ihr dem Landesausſchuß bereits beigetreten ſeid, ſondern wir wenden uns auch an Euch, die Ihr dieſen Beitritt noch nicht erklärt habt; wählt ebenfalls Abgeordnete, ſendet ſie auf die Vereinsverſammlung am Pfingſtſonntag und gebt Ihnen die Weiſung, gemeinſchaftlich mit den Abgeordneten der Volksvereine zu tagen. Jeder ſtehe an ſeinem Platze! Die gerechte Sache wird ſiegen! Stuttgart, 23. Mai. Der Vorſtand des Bürgerwehrvereins. Benj. Mayer. Theod. Grieſinger.

** **Stuttgart**, 24. Mai. Heute kam der Stand der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit aufs Neue in unſerer Kammer zur Sprache durch eine Interpellation des Abgeordneten Becher; er ſtellte die Anfragen an den Miniſtertiſch: auf weſſen Verantwortung gehen die gegenwärtigen Truppenbewegungen in Würtemberg vor ſich? und: iſt es wahr, daß das würtembergiſche Truppenkorps die Beſtimmung hat, mit Preußen, Heſſen und Baiern vereint in Baden einzufallen, ſobald es die Umſtände erlauben? Der Redner führte aus: ein ſolcher Bund könne nicht beſtehen, Würtembergs Ehre würde auf dem Spiele ſtehen, wenn man ſich mit dem Reichsfeind zur Bekämpfung Badens einließe, deſſen Unterdrückung die Würtembergs folgen würde. Ein Schutz- und Trutzbündniß mit den Regierungen, welche die Verfaſſung anerkannt haben, ſei nöthig. Würtemberg und Baden für die Reichsverfaſſung gerüſtet, ſtünden ſtark da, Baiern, der Rhein würden folgen, und durch impoſantes Auftreten Südweſtdeutſchlands könnte die Reichsverfaſſung gerettet werden. Römer wiederholte in ſeiner Antwort ſeine frühere Erklärung, daß Würtemberg keineswegs beabſichtige, ſich in die innern Verhältniſſe Badens einzumiſchen. Sei das badiſche Volk im Stande, ſeine Revolution durchzuführen, ſo erfahre es keinen Widerſtand von unſerer Seite. An der Grenze ſtehen blos 7—8000 Mann würtembergiſcher Truppen, alſo kein Heer, um mit demſelben in Baden einen Schlag zu führen; etwas anderes anzuordnen, als den Schutz der Grenze, ſei die Regierung nicht in der Lage. (Die Nothwendigkeit zeigt der Redner an einem neuerlichen Benehmen der Badenſer: In Heidelberg wurden würtembergiſche, den Truppen im Heſſiſchen zugeſchickte Uniformen zurückbehalten und zur Stunde noch nicht zurückgegeben). Was nun Bechers Ausführung einer ſüddeutſchen Erhebung für die Reichsverfaſſung, und eines Schutz- und Trutzbündniſſes mit Baden zur Einleitung derſelben betrifft, ſo erkläre Römer, hierauf könne er nicht eingehen. Bechers Auffaſſungsweiſe blos von Seiten des Herzens abgefaßt, könne er eine Anerkennung zollen, aber man müſſe vor allem den Kopf zu Rathe nehmen, und da habe er andere Anſichten über Durchführbarkeit, was der Redner durch Beleuchtung der ſächſiſchen und rheinpreußiſchen Erhebungen nachweiſt. Die hieſige proviſoriſche Regierung Badens habe noch keinen Verſuch gemacht. ſich Würtemberg zu nähern, ſie habe wohl gedacht, Würtemberg werde ſich nicht einlaſſen und darin habe ſie Recht. Warum ſende ſie keine Deputation an den Großherzog ab, und bewege ihn zur Rückkehr? Nach ſeiner Ueberzeugung ſei der Zweck in Baden der, die Republik einzuführen, wofür der Redner die Kundgebung der offiziellen Karlsr. Z. anführt. Das angeſonnene Bündniß führe zu einem ſolchen mit Frankreich, und unſere Lage wäre in einem ſüddeutſchen Bunde noch viel unheilvoller als im früheren deutſchen Bunde. Wenn man Widerſtand gegen Preußen wolle, müſſe man die eigenen Kräfte erſt prüfen. Seit dem Austritte Gagerns ſeien aber Naſſau, Heſſen ꝛc. auch nicht mehr zu rechnen, die norddeutſchen Staaten ohnedieß nicht, und der Widerſtand, ſelbſt bei aller Begeiſterung, an der er noch zweiſle,

wäre mathematiſch unmöglich. In Würtemberg ſei auch eine republikaniſche Partei, und dieſe wolle das Bündniß mit Baden. Der Fünfzehnerausſchuß habe ihn gefragt, in welchem Verhältniſſe Würtemberg jetzt zur Centralgewalt ſtehe; er könne bloß erwidern, die Regierung werde den Verhältniſſen Rechnung tragen. Die Centralgewalt befinde ſich freilich auf einem ganz falſchen Wege, aber ſie ſei das einzige Oberhaupt Deutſchlands, und als ſolches müſſe man ſie anerkennen, nur nicht das was ſie gegen die Reichsverfaſſung anordne. Der Kriegsminiſter Rüpplin erwiderte Becher, von einer Verbindung mit Preußen, Baiern und Heſſen zu einem Einfall in Baden nichts zu wiſſen. Nöthig ſei aber die Zuſammenziehung der Truppen zum Schutze gegen die republikaniſche Propaganda aus Baden und gegen die Freiſchaaren und hierfür übernehme er die Verantwortung. Becher erwiderte: der ſchwäbiſche Volksſtamm werde ſich die von Preußen oktroyirte Verfaſſung nicht gefallen laſſen und dann der von Römer gefürchtete Bürgerkrieg unter der Hülfe einerſeits der Ruſſen, andererſeits der Franzoſen zutreffen. Römer ſolle lieber ausſprechen: er werde die oktroyirte Verfaſſung anerkennen. Römer: dieſe Frage kann ich nicht beantworten. Je nachdem ſie ausfällt und ſich die impoſante Mehrheit für dieſelbe erhebt, wird es auf meine Stimme nicht ankommen. Eine großartige Erhebung von Süddeutſchland hätte vielleicht einige Ausſicht auf Erfolg, aber ich glaube nicht an eine ſolche. Becher: die Regierung ſollte es verſuchen, dann könnte ſie die Ultrademokraten in Baden durch ihren Anſchluß niederhalten; thut ſie es nicht, ſo wird wohl das Volk dieſen Verſuch machen. Scherr ſetzte den Gegenſtand durch weitere Anfragen fort, wobei die Worte Römer's: Scherr wolle den Rücktritt des Miniſteriums, den Ihr allgemeiner Ruf der Kammer veranlaßte: Nein, das Miniſterium dürfe nicht zurücktreten. In Betreff der Beeidigung auf die Reichsverfaſſung erklärte Römer, daß der König erſt eine Begutachtung dieſer Frage durch den Geheimenrath verlangt habe. Namens des Fünfzehner-Ausſchuſſes fragte ſchließlich Reyſcher: Was iſt geſchehen, um gemeinſame Maßregeln Würtembergs mit den andern verfaſſungsfreundlichen Regierungen einzuleiten. Römer: Auch dieſer Gegenſtand ſoll der Berathung des Geh. Raths unterliegen. Indeſſen haben bereits vorſorgliche Beſprechungen der Bevollmächtigten in Frankfurt ſtattgefunden, indem auch Heſſen-Kaſſel, Darmſtadt, Braunſchweig u. a. daſſelbe Bedürfniß gefühlt haben. Reyſcher: Wie verhält ſich die Regierung zur jetzigen Centralgewalt? Stellt es derſelben ferner die würtemb. Truppen zur Verfügung? Römer: Unſer Verhalten wird das ſein, uns ſtets eine materielle Kognition ihrer Befehle zu erlauben. Was geſchehen wird, wenn es blos noch eine Centralgewalt gibt und keine Nat.-Verſammlung mehr, kann ich nicht ſagen. Die Regierung wird gerne ſ. Z. den Fünfzehnerausſchuß auch darüber hören. Damit ſchloſſen dieſe — für Würtembergs Verhalten inhaltsſchwere — Erklärungen, welche einen Blick in die Schwierigkeit der Lage unſerer Regierung erlauben. Für die Haltung des Volks, insbeſondere der Vereine ſind von der größten Wichtigkeit die beiden Pfingſttage, auf welche eine Volksvereins- und eine Volksverſammlung nach Reutlingen von dem Landesausſchuſſe ausgeſchrieben ſind.

** **Stuttgart**, 24. Mai. Die Reutlinger Verſammlung erinnert ſehr an Offenburg; ob ein Losſchlagen beabſichtigt wird, weiß man indeſſen nicht. Einige der Gemäßigten, insbeſondere Eiſenlohr und Hölder haben die Neuwahl in den Landesausſchuß nicht angenommen. Geſtern ſchrieen unſere Soldaten wieder Hekker hoch!

*** **Leipzig**, 23. Mai. Alſo die Beurtheilung des Verhaltens der ſtädtiſchen Behörden Leipzigs in den verhängnißvollen erſten Tagen des Mai Seitens der Regierung iſt da. Ein komiſcheres Dekret in einer ernſten Angelegenheit iſt wohl noch nicht dageweſen. Man will eigentlich tadeln, fühlt aber, daß das doch ganz am unrechten Platz wäre, man möchte noch lieber loben und danken, fürchtet aber dadurch die dehors zu verletzen und die „Gutgeſinnten" zu kränken. So windet man ſich denn mit zwieſchichtigem Geſicht, rechts ernſt bedenklich, links freundlich zuſtimmend, durch die Charybdis und Scylla, dieſes Zwieſpalts in ſich ſelbſt hindurch. Man ſagt anfangs, wir freuen uns, daß Leipzigs Behörden ſich nicht faktiſch haben losreißen wollen von Sachſen, als ſie ſich unter den Schutz der Centralgewalt ſtellten, für welchen Schritt es ihnen übrigens an Grund und an Berechtigung fehlte. Wir weiſen ſie deshalb hiermit zurecht und hoffen, daß ſie künftig mehr in den Grenzen ihrer ihnen zuſtehenden Wirkſamkeit ſich halten werden, drücken aber im Uebrigen jetzt ein Auge zu. Dies ſpricht die rechte Seite des Mundes. Die linke dagegen ſagt: wir freuen uns im Stillen, daß ihr ſo und nicht weit ſchlimmer es gemacht habet, und weil wir Euch deshalb zu Dank verpflichtet ſind, ſo ſprechen wir Euch dieſen dafür aus, daß Ordnung von Euch gehandhabt iſt. Einen gleichen Dank erhält denn, damit es nicht zu viel des Guten ſei für Rath und Stadtverordnete, auch die Kommunalgarde, und ſomit iſt die Regierung dieſer unangenehmen Sache ledig. Wir glauben ſie hätte beſſer gethan, kurz und bündig entweder zu tadeln oder zu loben, denn das Schlimmſte iſt es in unſerer ernſten und traurigen Zeit, wenn eine Regierung den Schein auch nur des Lächerlichen auf ſich ladet, bevor ſie noch irgend einen Halt gewonnen hat. Dieſen Schein aber hat die unſrige mit dieſem merkwürdigen Dekret zweifelsohne auf ſich geladen, wie man es heute in Leipzig oft genug hat verſpüren können.

Dresden, 22. Mai. Unter den neuerdings wegen Theilnahme an dem Dresdner Aufſtande ſteckbrieflich Verfolgten befinden ſich die vormaligen Abgeordneten Oberlehrer Dr. Köchly und der Bürgermeiſter Meyer von Treuen, Dr. H. Semmig aus Döbeln und der Lagerhalter bei der königlichen Berg- und Hüttenproduktenniederlage Guſt. Thoſt von Freiberg. (Dr. J.)

Hannover, 22. Mai. Die Deputation der oſtfrieſiſchen Stände an den König von Hannover iſt nach einer langen und Seitens des Königs recht herzlich geführten Unterredung wieder in ihre Heimath zurückgekehrt. Die bekannte Petition wurde von Hrn. v. Gentzkow Sr. Maj. vorgeleſen und von demſelben auf freundliche Weiſe, indeß ohne jegliche Zuſicherung vorläufig beantwortet. Die Entſchließungen des Kabinets auf eine friedliche Löſung der deutſchen Frage im Sinne größtmöglichſter Einheit dürften nun nicht mehr fern ſein. (W. Z.)

Karlsruhe, 22. Mai. Geſtern Abend ſah es wieder ſchief aus bei uns: die Militäreinſteher waren mißvergnügt, weil man ihre Einſtandskapitale nicht auszahlen wollte. Man ſpricht von einem Plane des Militärs gegen einige Mitglieder des Landesausſchuſſes, namentlich Struve und Blind. Noch ſpät Abends (nach 10 Uhr) wurde die Ettlinger und Durlacher Bürgerwehr und das in Durlach liegende Pforzheimer Freikorps, zum Theil aus den Betten, aufgeboten, um nach Karlsruhe zu marſchiren. Sie kamen um Mitternacht an und blieben, unter dem Scheine der Pechpfannen, auf dem Marktplatze bis 3 Uhr Morgens, dann zogen ſie wieder ab. Die hieſige Bürgerwehr durfte ruhig ſchlafen. Freiſchaaren haben die Wachen beſetzt. Heute wurden viele ſolcher Einſtandskapitale ausbezahlt. Sowohl hier, als auch an vielen Orten des Landes, wird die Rückkehr des Großherzogs verlangt. Der Landesausſchuß hat ſeinen Sitz aus dem Rathhaus in das Ständehaus verlegt, wo dermalen mehr Räumlichkeit zu Gebote ſteht. Das hieſige erſte Aufgebot wird auf heute Abend 6 Uhr wieder zuſammenberufen. Die Organiſation will ſich nicht recht machen; viele Freiſchärler gehen heim. Es herrſcht ein großer Wechſel im Militär, Soldaten und Freiſchaaren ziehen ein und ab. Es herrſcht Ruhe in der Stadt und Ordnung — oder Unordnung — in der Anarchie, wie man will. Es wäre eine baldige Löſung des jetzigen Zuſtandes zu wünſchen. Unter den Soldaten ſind die wahnſinnigſten Lügen verbreitet: es ſollen 40,000 Franzoſen und vier Bataillone Scharfſchützen aus der Schweiz zur Unterſtützung der proviſoriſchen Regierung kommen. Täglich hört man, wie unſer ſchönes Baden mehr umſchloſſen wird. Es iſt ſchaurig, unſere Truppen größtentheils ohne ihre Führer zu ſehen. Die neugewählten haben das Zutrauen für einen Feldzug, wie er jetzt bevorſteht, nicht. Die Inſtruktion der Bezirkskommiſſäre hat nicht geringes Aufſehen erregt. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 23. Mai. Der Landesausſchuß hat eine neue Proklamation an die Männer und Frauen in Baden erlaſſen:

„Die Zeit des Kampfes iſt nahe. Die Feinde des Volkes drohen, unſere Erhebung für die Freiheit und Einheit Deutſchlands gewaltſam niederzukämpfen. Schon werden preußiſche Heere geſammelt, um gegen die Grenzen unſeres Landes zu ziehen. Wir müſſen auf alle Fälle gefaßt ſein.

Männer und Frauen in Baden! An Euern Freiheitsſinn, an Eure Vaterlandsliebe wenden wir uns. Die Feſtung Raſtatt bedarf einer vollſtändigeren Ausrüſtung, um einer Belagerung auf Dauer widerſtehen zu können. Es mangelt an dem nöthigen Bedarf zur Pflege der Kranken und Verwundeten. Steuert bei, Alle denen das Vaterland, denen die Freiheit heilig iſt. Jede, auch die geringſte Gabe, iſt willkommen. Die einflußreichen Männer und Frauen in jedem Orte des badiſchen Landes mögen die Sammlung der Beiträge in die Hand nehmen. Wir haben An-

ordnungen getroffen, daß Alles koſtenfrei nach Raſtatt geliefert wird. Das Feſtungscommando wird zum Empfange der Sendungen die nöthigen Einrichtungen treffen."

§ **Karlsruhe**, 24. Mai. Zum Beweis wie ernſt es den Männern, welche in Baden an der Spitze der Bewegung ſtehen, mit der Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung iſt, wollen wir nur das Dekret des neuen Finanzminiſters Goegg anführen, wonach Beamte, welche ihren Poſten verlaſſen, mit der im §. 72 der Grundrechte verbotenen Vermögenskonfiskation beſtraft werden ſollen.

Karlsruhe, 24. Mai. In Bezug auf Bornſtedt heißt es in der Karlsruher Zeitung: Der ſchnelle Wechſel zwiſchen Kerkerleiden und jubelnder Befreiung durch das Volk hat die geiſtigen Kräfte des Genannten in einer Weiſe geſtört, welche die gegen ihn verhängte Maßregel nothwendig machte. Es war unmöglich, an der Stelle eines Führers einen Mann zu laſſen, dem ſeine Worte und Handlungen nicht mehr zugerechnet werden konnten. Ferner zeigt die Karlsr. Z. an: Der Staatsrath Mathy iſt ſeiner Dienſte enthoben. Die Heidelberger Volkswehr (vereinigt mit einem Theile der Neckargemünder Gemarkung) beſteht aus mehr als 4100 Mann.

Karlsruhe, 25. Mai. Die Karlsr. Ztg. von dieſem Datum enthält folgende Aktenſtücke:

An die Gemeinden Badens.

Unſere wehrfähigen Männer ſind unter die Waffen gerufen. Bald vielleicht geht es zum Kampfe. Wir müſſen Vorſorge treffen, daß unſere Schaaren wohlgerüſtet ins Feld ziehen.

Wer im Stande iſt, aus eigenen Mitteln ſich mit dem Erforderlichen zu verſehen, der wird ohne Zweifel gern und freudig das Opfer tragen, welches das Vaterland für die Zeit des Kampfes an ihn verlangt. Die Unbemittelten vertrauen wir der Fürſorge der Gemeinden; die Gemeinden ſind aufgefordert, die Ausrüſtung des erſten Aufgebots mit den nöthigen Kleidungsſtücken und Unterhaltungsmitteln anzuordnen, damit der Verwendung der Mannſchaft außerhalb des Gemeindeortes kein Hinderniß im Wege ſtehe. Es wird keine Gemeinde gegen die andere zurückbleiben wollen; es muß Ehrenſache einer jeden ſein, eine möglichſt wohlgeordnete und wohlverpflegte Mannſchaft dem Volksheere zuzuführen.

Der Landesausſchuß.

Oeffentliche Aufforderung.

Durch den Landesausſchuß für Baden ſind wir beauftragt, volksfeindliche Beamte von ihren Stellen zu entfernen. Die dießfallſigen Anträge der Volksbehörden mehren ſich bedeutend, und eben ſo kommen viele Entlaſſungsgeſuche von Beamten ein, auf deren Entfernung keinerlei Anträge bis jetzt vorliegen. Da wir im Augenblicke noch nicht in der Lage ſind, die geeigneten Männer zur Wiederbeſetzung ſolcher Stellen zu kennen, ſo fordern wir auf: 1) alle Diejenigen, welche bereit ſind, unter der jetzigen Regierung ihre Kräfte dem Vaterlande zu widmen, ſich in ſchriftlichen Eingaben hier anzumelden; 2) die Volksbehörden, namentlich Zivilkommiſſäre, mit Anträgen auf Entfernung von Beamten zugleich Vorſchläge behufs der Wiederbeſetzung der Stellen zu machen. Dabei wird bemerkt, daß ſolche Entfernungen ſowohl als Anſtellungen nur proviſoriſch geſchehen können. Karlsruhe, 23. Mai 1849. Die Vollziehungsbehörde des Landesausſchuſſes.

L. Brentano. Zipp.

△ **Darmſtadt**, 24. Mai. Soeben iſt unſer Landtag durch ein vom Miniſterpräſidenten Jaup den beiden Kammern verleſenes Edikt des Großherzogs aufgelöſt worden: Dieſe Maßregel war eine nothwendige Folge der beendigten Kammerarbeiten über das Wahlgeſetz für die künftigen Kammern und folgte jener Beendigung auf dem Fuße. Keine Partei wird gegen dieſe Maßregel etwas einzuwenden haben. Nach dem verleſenen Edikt ſollen die Wahlen zu den beiden neuen Kammern ſobald als thunlich vorgenommen werden. Voraus ging der Mittheilung durch den Miniſterpräſidenten eine gemeinſchaftliche Sitzung beider Kammern unter dem Präſidium des Präſidenten der erſten Kammer, Prinz Emil von Heſſen. Die Durchzählung der Stimmen beider Kammern nach Art. 8 des Einführungsgeſetzes zu den Grundrechten über das Wahlgeſetz ging in durchaus geordneter Weiſe und in den freundlichſten Formen vor ſich; indem erſt die erſte Reihe der erſten, dann die erſte Reihe der zweiten Kammer u. ſ. f. zur Abſtimmung aufgerufen ward. Regelmäßig war die Majorität ſtark für Freiheit von Cenſus, indem 6 fl. jährliche direkte Steuer als Bedingung der aktiven Wahlfähigkeit zur zweiten Kammer mit 53 gegen 11, und die eventuellen 3 fl. mit 43 gegen 21 Stimmen beſeitigt wurden; auch fielen die 200 fl., welche in der erſten Kammer als Bedingung der paſſiven Wahlfähigkeit zur erſten Kammer vorgeſchlagen worden waren, mit 53 gegen 11 Stimmen, während die eventuellen 100 fl. nur mit 33 gegen 31 Stimmen unterlagen. So beſteht alſo von Cenſus blos einer von 20 fl. für die aktive Wahlfähigkeit zur erſten Kammer. Dagegen beſchloſſen die Kammern mit 41 gegen 23 Stimmen, daß die Dauer der Wahlen auf 6 Jahre beſtimmt werde, wodurch alſo die Eigenſchaft des Landtags als konſtituirende beſtimmt ausgeſchloſſen iſt, und ebenſo hielt ſie mit 38 gegen 26 Stimmen einen Art. des Geſetzesentwurfes feſt, welcher für Abänderungen der Verfaſſung mehr Stimmen verlangt, als für gewöhnliche Gegenſtände, und alſo konſervativer Natur iſt, als die vom Abgeordneten Mohr an deſſen Stelle vorgeſchlagene und früher von der zweiten Kammer angenommene, entgegengeſetzte Beſtimmung. Die Gallerie war frühzeitig und dicht gedrängt mit Zuhörer gefüllt; der ganze Akt ging ohne die mindeſte Störung vor ſich.

* **Heppenheim**, 24. Mai. Ueber den von uns bereits geſtern in der Beilage kurz erwähnten Zuſammenſtoß zwiſchen badiſchen Freiſchärlern und heſſiſchem Militär bringt das Fr. J. folgenden Bericht: Geſtern Nachmittag kam es zwiſchen hier und Lauterbach zu einem Zuſammenſtoß badiſcher Freiſchaaren mit heſſiſchen Truppen. Die Veranlaſſung dazu gab eine von badiſcher Seite ausgeſchriebene Volksverſammlung, zu der ſich viele Bewaffnete, auch aus dem heſſiſchen Odenwalde, einfanden. Anſtatt jedoch dieſe Verſammlung in dem badiſchen Orte Lauterbach abzuhalten, begab man ſich über die nahe Grenze auf heſſiſches Gebiet. Der hieſige Provinzial-Kommiſſär Prinz fand ſich dadurch veranlaßt, ſich mit zwei Kompagnien heſſiſchen Militärs nach dem Verſammlungsort zu begeben und den Leitern der Verſammlung zu bedeuten, daß dieſelbe auf dieſſeitigem Gebiete nicht ſtattfinden dürfte; man möge über die Grenze zurückgehen, widrigenfalls er Gewalt anwenden würde. Da dieſem Begehren, trotz mehrmaliger Aufforderung nicht willfahrt wurde, ſo griffen die heſſiſchen Truppen die Freiſchaaren an, ſchlugen dieſelben nach kurzem Gefecht zurück und machten 107 Gefangene. An Todten ſollen die Freiſchärler 40 Mann verloren haben; beim Militär ſoll es dagegen gar keine Todte und nur zwei Verwundete gegeben haben. Leider haben wir jedoch den Tod des in der ganzen Provinz hochverehrten Regierungs-Kommiſſärs Prinz zu melden. Er fiel im Beginn des Gefechtes, von einer Kugel durchbohrt. Gerüchte ſagen, daß an ſeinem Leichname noch die empörendſten Gewaltthaten verübt worden ſeien. Möchten ſie ſich nicht bewahrheiten! — Heute Morgen ſollen die gefangenen Freiſchärler, von denen einer in der Nacht geſtorben iſt, nach Darmſtadt gebracht werden.

Braunſchweig, 15. Mai. Unſere Stadt hat Gagern zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Um dem Bürgerbriefe eine würdige Ausſtattung zu geben, fordern in der geſtrigen Reichszeitung unſere angeſehenſten Bürger zu freiwilligen Beiträgen auf; ſie beabſichtigen einen Kaſten von Eichenholz, mit Elfenbeinſchnitzwerk und getriebener Silberarbeit reich verziert, anfertigen zu laſſen, ein Produkt des braunſchweigiſchen Kunſtfleißes. (H. K.)

** Aus Schleswig-Holſtein, 22. Mai. Erlauben Sie mir einen Brief aus dem Lager vor Fridericia vom 19. d. mitzutheilen, der mir eben zugeht. „Unſere Vorpoſten ſtehen nur etwa 100 Schritt von den däniſchen entfernt. Es kam Anfangs häufig vor, daß dieſelben mit einander ſprachen und Lebensmittel mit einander theilten. Dieſes kameradſchaftliche Verhältniß wurde indeß unterſagt. Fridericia brennt noch immer, von unſerer Seite werden nur wenige, aber wohlgezielte Schüſſe hineingeworfen, worauf man faſt nach jedem Schuſſe eine neue Rauchſäule ſich erheben ſieht. Transportſchiffe ziehen zwiſchen Fühnen und Fridericia unaufhörlich hin und her. Man will bemerkt haben, daß alle beweglichen Güter, Mobilien ꝛc. fortgeſchafft werden. Die Wälle von Fridericia ſind noch von Kanonen beſetzt, heute noch zählte ich mittelſt eines Fernrohrs auf einer Schanze 15, ſie ſind alſo nicht, wie man geſtern behaupten wollte, weggebracht, wenigſtens nicht alle. Uebrigens wird wenig von der Feſtung aus geſchoſſen, ſondern hauptſächlich von den Kanonenböten, von wo die Dänen fortwährend heute Morgen und Vormittag Bomben geworfen haben. Ausgerichtet haben ſie mit allen ihren Schüſſen bis jetzt noch gar nichts. Daß wir die Feſtung mit Sturm nehmen könnten, daran zweifelt keiner von uns, aber offenbar würde der dadurch erreichte Gewinn in keinem Verhältniſſe zu der Zahl, der bei dieſer Gelegenheit zu Opfernden ſtehen. Man ſucht jetzt durch dies Bombardement, welches mit möglichſter Schonung ausgeführt wird, ohne Menſchenverluſt die Feſtung einzunehmen.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 21. Mai. Es gehen uns ſoeben Nachrichten aus der Belagerungsarmee von Fridericia bis zum 19. Mittags zu, am 18. wurde nach der ſehr ſtarken Morgenkanonade das Schießen von unſerer Seite nur ſchwach unterhalten, und manche Stunde wurden kaum 3 Schüſſe

gethan, es brannte zwar an mehreren Stellen der Feſtung fort, doch nicht ſehr erheblich, erſt gegen Abend wurden wieder durch die 168pfünder Mörſerbatterie, welche Lieutenant Criſtianſen aus Rendsburg kommandirt, unter deſſen vortrefflicher Leitung faſt jede Bombe auf den beſtimmten Punkt trifft und zündet, das Feuer eröffnet, und nach kurzer Zeit ſah man die Flammen aus mehreren großen Gebäuden herausſchlagen, es brannte die ganze Nacht hindurch ziemlich heftig, und am Morgen den 19. wurde nach einigen Unterbrechungen, die Stadt, jedoch mehr in vereinzelten Schüſſen, bombardirt, welches ſo bis Mittag und wahrſcheinlich auch den ganzen Tag über angehalten hat. Von den Dänen wurde das Schießen zuweilen ſehr heftig, zuweilen auch nur ſchwach erwiedert, doch haben wir aus ihrem jetzt faſt dreitägigen Schießen, die unbedingte Ueberzeugung gewonnen, daß wohl eine ſchlechtere Artillerie nicht noch einmal exiſtirt, und ſelbſt die Arabiſche und Türkiſche kann nicht ſchlechter ſein, denn von allen ihren Schüſſen, deren ſie bis jetzt einige Tauſend gethan, hat noch keiner getroffen und unſere Infanterie, welche zwiſchen unſeren Schanzen zur Deckung aufgeſtellt, und durch das flache Terrain, welches ihnen keinen Schutz darbietet, ganz bloßgeſtellt iſt, fürchtet die feindlichen Kugeln, nachdem ſie geſehen, wie dieſelben bis 500 Schritte vor oder hinter ihnen zur Erde fallen, durchaus nicht. Dagegen waren unſere Vorpoſten in den erſten Tagen von unſeren eigenen Bomben ſtark bedroht, indem dieſelben zu kurze Zünder hatten und ſchon auf halbem Wege zur Feſtung platzten. Die Dänen ſchaffen jetzt ſogar alle beweglichen Güter nach Fühnen hinüber und man ſah deutlich auf einem Dampfſchiffe 3 große Kanonen hinüberſchiffen und das Dampfſchiff leer zurückkehren. Auf eine nahe bevorſtehende Uebergabe ließ dieſes jedoch nicht ſchließen, denn am 19. früh haben die Dänen gegen die Nordweſtſeite der Feſtung noch eine ſtarke Schanze angelegt, und dieſelbe mit ſchwerem Geſchütz armirt. Es gewinnt demnach ſowie aus vielen andern Anzeichen die Meinung Raum, daß es den Dänen ſehr darauf ankommt, dieſen Platz ſo lange als irgend möglich zu behaupten. Die Preußen ſtehen in Aarhaus mit ihrer Hauptmacht, haben aber ihre Vorpoſten in den 1 bis 1½ Meile nördlich liegenden Dörfern vorgeſchoben. Dieſer Ort gewährt wegen ſeines bedeutenden Stapelplatzes aller jütiſchen Produkte einen Hauptpunkt für die Requiſitionen, die dort in großer Fülle vorhanden, mit Leichtigkeit zu beſchaffen ſind, dieſes ſcheint auch der Hauptgrund, weßhalb die Armee dort ſo lange verweilt, das däniſche Korps unter General Rye zum großen Theil aus Kavallerie beſtehend, hat eine verſchanzte Stellung auf der Halbinſel Helgenäs eingenommen, von wo aus er ſich jedoch bei einem entſchiedenen Angriff leicht einſchiffen kann.

Die Kanonade im Sundewitt am 17. entſtand dadurch, daß um 5 Uhr ein Kanonenboot der öſtlich gelegenen Batterie, behufs einer Rekognoscirung ſo nahe kam, daß ſie in Gefahr ſtand, angegriffen zu werden, ſie beſchoß deßhalb das Boot, welches, nachdem es 2 Kugeln erhalten, ſich eiligſt davon machte. Hierdurch allarmirt, entſtand auf der ganzen Linie der Batterien eine Kanonade, bis das Feuer um 6 Uhr auf Befehl unſeres Oberkommandirenden eingeſtellt wurde, worauf auch die däniſchen Geſchütze ſchwiegen. Von unſern Verſchanzungen wurden etwa 80, von den Dänen 150 Schüſſe gethan, jedoch im Ganzen auf beiden Seiten von unerheblichem Effekt; ein großes Gebäude in Sonderburg iſt ſtark zerſchoſſen und die Brücke durch eine 84pfündige Bombe derartig beſchädigt, daß die Dänen einige Tage an ihrer Reparatur werden arbeiten müſſen. 1 Braunſchweiger iſt dabei ſchwer verwundet und 2 andere haben Kontuſionen erhalten, unſere Schanzen haben aber durchaus nicht dabei gelitten.

Großbritannien.

* **London**, 23. Mai. In der geſtrigen Unterhausſitzung ſuchte Hr. Tennyſon d'Eyncourt um die Erlaubniß nach, eine Bill für Abkürzung der Parlamente einzubringen, d. h. eine Bill, wonach die allgemeine Wahlen alle drei Jahre ſtatt wie jetzt alle ſieben Jahre ſtattfinden würden. (Die Chartiſten gehen bekanntlich noch weiter, ſie verlangen einjährige Parlamente.) Lord J. Ruſſel trat dem Antrage entgegen, gab dabei zu, daß er ſelbſt einmal für fünfjährige Parlamente geweſen, daß er aber bei der jetzigen Lage der Dinge eine Abkürzung der Parlamente nicht für räthlich halte. Der Einfluß der Krone, meinte Ruſſell weiter, würde bei kürzeren Parlamenten eben ſo wohl gefühlt werden als bei längeren, dagegen durch die in raſcheren Intervallen erfolgenden allgemeinen Wahlen ein Zuſtand von Unſicherheit und Unſtätigkeit erzeugt werden, der auf die Inſtitutionen des Landes leicht nachtheilig einwirken könne. Trotz der Einſprache Lord J. Ruſſell's wurde der Antrag Hrn. Tennyſon d'Eyncourt's bei einem freilich nicht zahlreichen Hauſe mit der Mehrheit von 5 Stimmen (46 gegen 41) angenommen — ein Erfolg, der den Radikalreformern ſelbſt unerwartet kam und mit gewaltigem und lange fortgeſetztem Beifall begrüßt wurde.

Die Regierung war wegen des von Stanley geſtellten Amendements in Betreff der Schifffahrtsgeſetze ſo beſorgt, daß ſelbſt der Marquis von Normanly aus Paris herübergerufen wurde, und noch zur rechten Zeit in London eintraf, um noch im Hauſe der Lords an der Abſtimmung über das Stanleyſche Amendement Theil zu nehmen. Zu eben demſelben Zweck ſcheint auch der Lordſtatthalter von Irland — den übrigens der Standard als künftigen erſten Lord der Schatzkammer bezeichnet, während Lord J. Ruſſell zur Pairie erhoben werden und die Präſidentſchaft des geheimen Raths an Marquis Lansdowne's Stelle übernehmen würde — in ſolcher überraſchenden Eile nach London berufen worden zu ſein. Auch Lord Howard de Walden kam zu dieſem Zweck den Sonnabend vorher in London an. Die torryſtiſchen Zeitungen werden nicht unterlaſſen, dieſe mächtigen Anſtrengungen der Whigs, eine doch immer nur geringe Mehrheit von 13 Stimmen zu erhalten (116 ſtimmten für die Miniſter, 103 für Stanley), als einen Beweis anzuführen, auf wie unſichern Füßen das Miniſterium ſtehe und durch welche künſtliche Mittel es ſich halte.

Mit dem Dampfſchiff Europa ſind neue Nachrichten aus Kanada eingetroffen, und jene aus Monteral vom 8. Mai. Die Aufregung dauerte fort, doch war es zu keinem weitern Ausbruch gekommen. Die beiden feindlichen Parteien warten darauf, welchen Weg jetzt die Regierung zu London einſchlagen wird. Demnächſt Näheres.

Frankreich.

* **Paris**, 23. Mai. Die Beſorgniſſe im Publikum über die mögliche Abſicht des Präſidenten und ſeiner Umgebung, einen Staatsſtreich auszuführen, ehe die neue Verſammlung in Thätigkeit getreten iſt, werden, ſo unbegründet ſie aller Wahrſcheinlichkeit nach auch ſind, doch immer größer, und geben ſich heute durch einen merkwürdigen Artikel in der Preſſe zu erkennen, der die Ueberſchrift trägt, L. N. Bonaparte Empereur und worin Girardin die Chancen eines Staatsſtreichs diskutirt und zu beweiſen ſucht, daß eine ſolche Maßregel unfehlbar zum Verderben Bonapartes ausfallen müßte. Die vorſichtigen Debats an einen Tagesbefehl anknüpfend, den Bugeaud kürzlich an die Alpenarmee erlaſſen hat, und worin er zum Feſthalten an der Republik und der Verfaſſung ermahnt, ermahnen zur Achtung vor dem Geſetz, und ſprechen die Ueberzeugung aus, daß der Erſte, Regierung oder Aufrührer, welcher die Bahn des Geſetzes verließe, unterliegen würde. Die Demokratie pacifique findet beſonders bedeutſam, daß einem Briefe aus Metz zufolge nicht nur ein neues Bataillon der Jäger von Vincennes nach Paris berufen iſt, und daſelbſt am 28. dem Tage der erſten Vereinigung der legislativen Verſammlung eintreffen ſoll, ſondern daß auch zugleich 40 Krankenväter für denſelben Tag von Metz nach Paris beordert ſind. Auch ſollen dieſer Tage ſämmtliche entlaſſene Offiziere der Mobilgarde auf die Kommandantur von Paris beſchieden worden ſein, woſelbſt man ſie aufforderte, ſich bei etwa vorfallenden Ereigniſſen ruhig zu verhalten, wogegen ihnen Hoffnung gemacht wurde, daß ſie bei dem Ausbruch eines Krieges mit dem Auslande mit Beibehaltung ihres früheren Grades wieder unter die Fahne gerufen werden würden. Andererſeits reichen ſich die republikaniſchen Nüancen immer mehr die Hand. Der National, deſſen Partei bei den letzten Wahlen in Maſſe unterlegen iſt, bietet heute dem Peuple offen die Hand zu einer Allianz auf dem Boden der Konſtitution; denn jetzt gebe es nur noch Republikaner und Royaliſten. Wir glauben um ſo weniger an dieſe dem Präſidenten untergelegten Abſichten, als offenbar ſelbſt Bugeaud denſelben entgegen iſt. Es iſt deßhalb nicht unwahrſcheinlich, was man heute als das Neueſte über die Miniſterkriſis erzählt, daß Bugeaud in keine Kombination eintreten, ſondern nur an den Verhandlungen der Nationalverſammlung Theil nehmen will, und daß das gegenwärtige Miniſterium bleiben wird, bis die neue Verſammlung ſich durch ein förmliches Votum über daſſelbe ausgeſprochen haben wird.

Bei der heute wieder aufgenommenen Verhandlung über die Sarrau'ſchen Interpellationen ſchlug Cavaignac folgende Tagesordnung vor: „Die Nationalverſammlung lenkt die ernſteſte Aufmerkſamkeit der Regierung auf die Truppenbewegungen in Europa und die Gefahr einer ſolchen Lage für die Zukunft der Freiheit ſowohl, als für die innern und äußern Intereſſen der franzöſiſchen

№ 144. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** **26. Mai 1849.**

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 26. Mai. Ankunft des Großherzogs von Baden). Wien (Arbeiter-bewegung. Geheimnißvolle Kriegführung. Kaiſer Nikolaus und Fürſt Schwarzenberg. Stand des ungariſchen Feldzugs. Die Lage Ofens und des Banats. Ungariſche Nachrichten. Graf Verwundele aus Ungarn. Erzherzogin Sophie). Berlin (Hr. Flottwell. Die badiſchen Zolldeamten. Verordnung wegen Aufreizung der Soldalen. Maſſenweiſe Vrrhaftungen. Proteſt Frankreichs. Das preußiſche Miniſtrrium. Danzig (Verhaftung). München (Verhandlungen der Kammer. Austritt der Linken Beſchluß der Kammer der Reichsräthe in der Verfaſſungsfrage). Darmſtadt (Die Volksverſammlungen bei Erbach und Hrppenheim. Verbot der Volksverſammlungen unter freiem Himmel). Aus Mecklenburg (Die Regierung trennt ſich von der Nationalverſammlung). Aus dem nördlichen Schleswig (Undegreifliche Waffenruhe). Hamburg (Verweizerung der Beeidigung).

Italien. Genua (Guerazzi u. A. vor ein Kriegsgericht geſtellt). Livorno (Deputation nach Florenz wegen der Kriegsſteuer). Rom (Allarm am 14.).

Polen. Von der polniſchen Gränze (Zuſammenkunft der drei Monarchen).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 26. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 26. Mai.

Tagesordnung. 228.*) öffentliche Sitzung.

1) Ergänzungswahlen in den Central-Legitimations-Ausſchuß, ſowie in den Ausſchuß für Geſchäftsordnung.
2) Fortſetzung der Berathung übrr den Bericht des Ausſchuſſes für Durchführung der Verfaſſung über den Antrag des Abgeordneten Umbſcheiden, einen Aufruf an das deutſche Volk betreffend.

Die Sitzung wird 11½ Uhr Vormittags eröffnet. Präſident Hr. Reh läßt mehrere auf Anerkennung und Aufrechthaltung der Reichsverfaſſung gerichtete Adreſſen zur Anzeige bringen. Ausgetreten ſind die HH. Schubert aus Würzburg, v. Podewils, Schauß aus München, Bachmaier aus Forchheim, Schubert aus Annaberg.

Neueingetreten iſt Herr Schröder aus Zeulenroda, zum Erſatz für Herrn Bonardy aus Greiz. Der Dreißiger-Ausſchuß berichtet, daß ſein einſtimmiges Erachten über den Fallatiſchen Antrag auf Vertagung der Verſammlung auf Tagesordnung gehe.

Desgleichen zeigt für den Dreißigerausſchuß Hr. Umbſcheiden an, daß ſeine Anträge in Bezug auf die ſächſiſchen Angelegenheiten dahin gehen, daß die Reichsverſammlung die Centralgewalt auffordere, den geſetzlichen Zuſtand in Sachſen wieder herzuſtellen und daß ſie in dem Maiaufſtande nur einen Akt der Nothwehr erkennt. Der Bericht wird vor der Berathung gedruckt und an die Mitglieder vertheilt werden.

Von Seiten des Geſammt-Reichsminiſteriums iſt folgende Zuſchrift an den Präſidenten Herrn Reh eingegangen: „Die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit im ganzen deutſchen Reiche iſt der geſetzliche Beruf und die Pflicht der proviſoriſchen Centralregierung. Hiermit würde nach dem Ermeſſen des Reichsminiſterium die Ausführung des geſtern gefaßten Beſchluſſes der hohen Reichsverfaſſung wegen der Truppentheilung im Widerſpruche ſtehen, weshalb demſelben keine Folge gegeben werden kann.“

Frankfurt, 26. Mai 1849.

Grävell, Detmold, Jochmus, Merck, Wittgenſtein.

Hr. Karl Vogt ſtellt die Anfrage: hat das Reichsminiſterium Kenntniß davon, daß zwiſchen den anhaltiſchen Herzogthümern und Preußen eine Militärkonvention geſchloſſen worden iſt und wird es dieſelbe als der Reichsverfaſſung zuwiderlaufend für nichtig erklären? — Herr Vogt verzichtet jedoch in Voraus „einem ſolchen Miniſterium gegenüber“ auf jede Antwort. Daſſelbe thut Herr Tafel von Stuttgart nach dem Vortrage einer Anrufung, welche den Rückzug der würtembergiſchen Truppen aus dem badiſchen Oberlande und die Unterſuchung über das Benehmen des betreffenden Befehlshabers zum Gegenſtande hat.

Geſtellt und angenommen wird zur Abänderung der Geſchäftsordnung der Antrag, daß künftig anſtatt 50 ſchon 20 Mitglieder ausreichen, um durch ihre Unterſtützung eine Abſtimmung durch Namensaufruf zu bewirken. Dann erfolgt die Einſammlung der Wahlzettel zur Ergänzung der beiden Ausſchüſſe. Bei der Eröffnung der Berathung über die Anſprache an das deutſche Volk werden zwei Verbeſſerungsanträge angemeldet, wovon der von den Herren Zachariä von Göttingen, Höfken &c., im ganzen zwanzig Genoſſen, Uebergang zur Tagesordnung verlangt. Ein eventueller Verbeſſerungsantrag von Hrn. Gravenhorſt hingegen ſchlägt nur einige Abänderungen vor. An der Debatte betheiligt ſich zunächſt Herr Wolf aus Breslau, der kaum eingetretene Stellvertreter für Herrn Stenzel. Er ſpricht ſich gegen den Uhland'ſchen Entwurf aus. Er iſt ihm viel zu matt. So rede man nicht zum Volke, und den ruſſiſchen Kanonen ſeien keine „geſetzlichen Maßregeln“ entgegen zu ſetzen ſondern offene Gewalt. Das beſte würde vielmehr ſein in ſolcher Anſprache „den erſten und hauptſächlichſten Volksverräther, den Erzherzog-Reichsverweſer für vogelfrei zu erklären.“ Bei dieſen ſchmählichen Worten wird aber Herr Wolf nicht blos von der Klingel des Präſidenten unterbrochen, ſondern es erhoben ſich auch die Mitglieder des Hauſes gegen die Rednerbühne um einen Sprecher dieſer Art ſofort davon zu entfernen. Auf den nachdrücklichen Ordnungsruf des Herrn Reh erklärt er jedoch, er ſcheere ſich nichts darum. Das ſei ſeine Manier.

Hr. Hagen von Heidelberg empfiehlt den Entwurf und erklärt ſich gegen den Welcker'ſchen Zuſatz.

Herr Zachariä von Göttingen rechtfertigt ſeinen Antrag auf Tagesordnung. Herr Karl Vogt: Ich habe mich nur zum Worte gemeldet, um den kryſtallhellen Strom, der aus einer edlen Dichterſeele gefloſſen gegen den unwürdigen Schmutz und Koth zu vertheidigen, der hier gegen ihn geworfen worden iſt, und wider den ich hiermit meine ganze Verachtung, meine volle Entrüſtung ausſpreche. Lauter anhaltender Beifall. Nur Herr Wolf ſetzt die Worte „Schmutz und Koth“ und wir glauben ſehr mit Recht, in eine ſo innige Beziehung zu ſeiner Perſon, daß er gegen die Rednerbühne etwas herüberruft — entweder den Antrag auf den Ordnungsruf — oder daß er ſich auch darum nichts ſcheere.

Herrn Gravenhorſt's Abänderungen des Entwurfs*) haben zum Zwecke die Bewegung entſchieden auf dem Gebiete der Geſetzlichkeit zu halten, gegen Regierungen, die ſich der Verfaſſung angeſchloſſen haben, zur feſten Treue zu ermahnen und die Einmiſchung von Fremden in den deutſchen Zwiſt als eine Schmach und einen Verrath zu bezeichnen, wo ſie geduldet wird. Er ſetzt in einem kurzen Vortrage die Gründe auseinander, die ihn dazu beſtimmen, dieſe Abänderungen zu beantragen. Endlich ergreift noch Hr. Welcker das Wort, um ſich in bekannter ſporadiſcher Weiſe über Politik im Allgemeinen, über die gegenwärtige Lage Badens, über die Stellung Preußens zur Reichsverfaſſung und ſeine unheilvollen Maßregeln, die uns in eine zweite Revolution hineinwerfen, über die Ruſſenhülfe und vieles Andere auszuſprechen. Dies Alles um ſchließlich auf ſeinen Zuſatz zurückzukommen. Darnach iſt die Rednerliſte erſchöpft und Herr Nauwerck als Berichterſtatter empfiehlt den Entwurf ohne Zuſatz und Abänderung.

Hr. Ludwig Uhland gibt folgende perſönliche Erklärung vor der Abſtimmung: Ich habe den Entwurf auf die Aufforderung

*) Geſtern hatten wir irrthümlich die 226. Sitzung angegeben. Es war die 227.

*) Nach den beiden erſten Alinea des Uhlandſchen Entwurfs will nämlich Hr. Gravenhorſt fortfahren:

„Für dieſe Beſtrebungen, die Reichsverſammlung unerloſchen zu erhalten und die Verfaſſung lebendig zu machen, nehmen wir in verhängnißvollem Augenblick die Mitwirkung der Nation nochmals in Anſpruch. Wir fordern dringend dazu auf, durch Erſatzmänner und Neuwahlen unſerer Verſammlung ohne Säumniß Ergänzung zu verſchaffen. Wir rufen dem ganzen Volke wiederholt zu, an der endgiltig beſchloſſenen und von uns verkündeten Reichsverfaſſung treu feſtzuhalten und mit allen geſetzlichen Mitteln ihre Durchführung zu bewirken. Wir fordern die Regierungrn, welche die Verfaſſung anerkannt haben, auf, zu deren Schutz und Durchführung alle ihnen zu Gebote ſtehenden Mittel mit weiſer und kräftiger Hand zu gebrauchen. Wir fordern das Volk und ſeine Vertreter auf, dieſen Regirrungen treu zur Seite zu ſtehen und ſie mit allen Mitteln, insbrſondere aber durch Erhaltung und Herſtrllung des innern Friedens und der Herrſchaft der Geſetze zu ſtützen und zu kräftigen. Das deutſche Volk wird die Grundbedingung für den Sieg der Ehre, der Einheit und Freiheit des Vaterlandes nicht vergeſſen. Es wird in keine Maßregel willigen, welche der Treue gegen die Reichsverfaſſung ſelbſt widerſpricht. Vor Allem aber hoffen wir, daß die Ehre des deutſchen Namens rein gehaltrn und daß jede Einmiſchung der Fremden in unſere vaterländiſchen Zwiſte — käme dieſe Einmiſchung vom Oſten oder Weſten — von allen deutſchen Männern mit Entſchiedenheit zurückgewieſen werden wird.“ Unterſtützt von Höfken, Jucho, Federer, Biedermann, Deecke, Röben, Hollandt u. ſ. w. im Ganzen 15.

des Dreißigerausſchuſſes abgefaßt, deſſen Sitzungen ich beiwohnte ohne Stimmrecht. Ueber den Welcker'ſchen Zuſatz herrſchte Stimmengleichheit im Ausſchuſſe und ich erklärte, in der Verſammlung würde ich mich dafür erheben. Denn ich nehme mit Eifer die Veranlaſſung wahr, meinen entſchiedenen Abſcheu gegen jede Einmiſchung von Fremden in die deutſchen Angelegenheiten auszuſprechen.

Der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über den vom Dreißigerausſchuß vorgelegten Entwurf erlangt nur 38 Stimmen, während ſich 125 Stimmen dagegen erklären. Auch die Gravenhorſt'ſchen Abänderungen gewinnen nur eine Minderheit von 45 gegen 98 Stimmen für ſich. Die Uhland'ſche Anſprache mit dem Welcker'ſchen Zuſatze wird mit 58 gegen 87 Stimmen abgelehnt, und endlich angenommen der einfache Uhland'ſche Entwurf ohne Zuſatz und Abänderung.

Ein Antrag auf Verlegung der Reichsverſammlung nach Stuttgart, von den HH. Weſendonck, Erle, Titus u. m. A. geſtellt, wird als dringlich nicht erkannt.

Noch erfolgt die Austrittserklärung des Hrn. Oſtendorf, ſowie eine Geſammtaustrittserklärung der Herren v. Buttel, Biedermann, Rieſſer, Zachariä aus Göttingen, Rößler aus Wien, Kierulff, Böcking, Cetto, Welcker, Eckert aus Bromberg, Lodemann, Zöllner, Schorn. Die Motive dieſer Austrittserklärung ſchöpfen ſich aus der Verwerfung des Welcker'ſchen Zuſatzes.

„Niemand ſollte ſeinen Austritt durch Verdächtigungen beſchönigen", ſagt Hr. Moritz Mohl in Folge der Schlüſſe, welche in dieſer Austrittserklärung aus der Verwerfung des Welcker'ſchen Zuſatzes abgeleitet werden.

Endlich wird noch ein Antrag des Herrn Nauwerck, darauf, daß die durch die Anerkenntniß der Verfaſſung vereinigten Staaten zum Ergreifen gemeinſchaftlicher Maßregeln aufgefordert werden ſollen — angenommen und darnach die nächſte Sitzung auf Dienſtag den 29. d., Vormittags 11 Uhr feſtgeſetzt.

§ **Frankfurt**, 26. Mai. In dieſer Nacht iſt der Großherzog von Baden hier eingetroffen und im engliſchen Hofe abgeſtiegen. Es deutet Manches auf eine längere Anweſenheit; Prinz Friedrich und Markgraf Max ſind ſchon ſeit mehreren Tagen hier, ebenſo viele badiſche Beamte. Die Großherzogin iſt, wie man hört, nach Brüſſel gegangen.

△ **Wien**, 21. Mai. Unter den Arbeitern des Laaerberges und der Nordbahn herrſcht ſeit einiger Zeit ſo große Aufregung, zum Theil aus Eiferſucht zwiſchen den deutſchen und böhmiſchen Arbeitern wegen des höheren oder niederen Arbeitslohns, daß man heute einen bedeutenderen Kravall befürchtete und ſchon um 3 Uhr frühe 300 Sicherheitswächter an der Nordbahn aufſtellte. Dieſe Letzteren ſind noch vom Auguſt v. J. her ſo von den Arbeitern gefürchtet, daß ihr Anblick hinreichte, um den Unzufriedenen zu imponiren. Der Tag verlief ruhig. Den Beamten des Kriegsminiſteriums iſt neuerdings der verſchärfte Befehl wiederholt worden, ſtrenges Schweigen zu beobachten über alles was die Operationen der Armee in Ungarn betrifft und ihnen vermöge ihrer Amtsobliegenheit bekannt werden muß. Auch im Hauptquartier wird dieſelbe Vorſicht beobachtet. Nicht einmal der Generalſtab erfährt etwas über die Plane Weldens; ſeine Befehle an die Kommandirenden der einzelnen Armeekorps ſind in verſiegelten Depeſchen enthalten und müſſen dem Empfänger perſönlich übergeben werden.

△ **Wien**, 22. Mai. Die Wiener Ztg. bringt uns heute die offizielle Anzeige von der Reiſe des Kaiſers nach Warſchau. In ſeiner Begleitung befindet ſich auch der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg. Wie wird er wohl von dem Kaiſer Nikolaus empfangen werden, der vor einigen Jahren gegen ſeine Ernennung zum öſterreichiſchen Geſandten in Petersburg proteſtirte, wegen ſeiner galanten Abenteuer, wie man behauptet? Der Miniſter ohne Portefeuille für Kroatien, Baron Kulmer, und F.-Z.-M. Nugent ſind vorgeſtern in Preßburg angekommen. F.-M.-L. Haynau iſt hier eingetroffen, wie man wiſſen will, um den Oberbefehl über eines der ungariſchen Armeekorps unter Welden zu übernehmen, er ſoll vor Venedig durch F.-M.-L. Thurn erſetzt werden. Bei Szerahely und Sommerein auf der Inſel Schütt, ſind die Inſurgenten in zwei kleinen Treffen mit Verluſt zurückgedrängt worden, wobei 4 — 500 Mann Gefangene gemacht wurden und 30 Huſaren mit 2 Offizieren zu uns übergingen. Man vermuthet daß auch bei Oedenburg ein Treffen ſtattgefunden hat, weil F. M. L. Caſtiglione Verſtärkung begehrte, die er früher abgelehnt hatte. Das linke Waagufer iſt von den Magyaren ſo dicht mit Kanonen beſetzt, daß der Uebergang nur mit Verluſt von vielen Menſchenleben unſererſeits zu erzwingen ſein wird. In Bartfeld haben die Magyaren die Beſatzung, welche aus Czikos (Pferdehüter auf den ungariſchen Puſten und als die beſten Reiter bekannt) beſtand, durch 2000 Mann reguläres Militär und 4 — 5 Kanonen verſtärkt. Dembinski wurde am 12. dort erwartet, wie man glaubt um nach Galizien einzubrechen; nach anderen um die Grenzorte zu beſetzen. Für jeden Fall ſteht in Galizien der Landſturm in Bereitſchaft und iſt gut kaiſerlich geſinnt. Perczel hat den Kaufmann Obradovich aus Verſetz an den Patriarchen nach Semlin geſchickt um Friedensvorſchläge zu machen. Man vermuthet, daß er auch ſchon im Beſitz von Weißkirchen iſt. Karlowitz ſoll in Stand geſetzt ſein, um allenfalls einen Angriff zurückzuſchlagen. Stratimirovich hat wirklich ſein Kommando niedergelegt, man ſagt zu Gunſten Puffers; eine für uns unbegreifliche Maßregel der Regierung. Die guten Dienſte, welche er geleiſtet, ſind augenfällig, ebenſo die unbedingte Ergebenheit und das Vertrauen der ſerbiſchen Nation zu ihm. In dieſem Augenblicke iſt eine Verletzung des ſerbiſchen Namens um ſo gewagter, als auch die radikalen ſüdſlaviſchen Zeitungen ſich bereits magyarenfreundlich zeigen. Der Ban ſteht noch immer mit ſeiner Hauptmacht bei Eſſegg. Die unter ſeinem Kommando ſtehende Brigade Ottinger ſteht bei Mohacs um die Flottmachung eines dort geſtrandeten Dampfſchiffes zu beſchützen. Der Dampfer Schlick, welcher von Eſſegg eine Rekognoscirung machte, kehrte dorthin zurück; der Kapitän deſſelben wird von der Mannſchaft beſchuldigt, er habe die Abſicht gehabt, ſich Peſth zu nähern und das Schiff den Magyaren zu überliefern. Bei Bacja gerieth ohnehin das Dampfboot Herkules ſchon in ihre Hände. Die meiſten Schiffskapitäns auf den Dampfbooten ſind Italiener und nicht immer zuverläſſig, wenn ſie mit Ungarn in Berührung kommen. Die Montenegriner wollen dem Banat zu Hülfe kommen und mit 1000 Mann zu dem Banus ſtoßen. Ueber die Lage Ofens waren wir geſtern und heute ohne direkte Nachrichten. Reiſende erzählen aber, daß die Beſchießung fortdaure. Koſſuth verheißt jenen Hauseigenthümern, die ſich bei der Revolution betheiligt haben und deren Häuſer gelitten, eine Entſchädigung durch die Regierung. Klapka fungirt als Kriegsminiſter, bis Görgey, der dazu ernannt iſt, die Leitung der Geſchäfte übernehmen kann.

* **Wien**, 22. Mai. Die Einnahme Ofen's und der Selbſtmord Hentzi's ſtellen ſich nun offenbar als von magyariſcher Seite ausgeſprengte Gerüchte heraus. Auch Temeswar ſoll noch in den Händen der k. k. Truppen ſein. In Preßburg wüthet ſeit einigen Tagen die Cholera in verſchiedenen Stadttheilen. Am 19. ſind 10 Perſonen daran geſtorben. Die Theuerung nimmt zu. Die fürſtlich-ſerbiſche Regierung bewaffnet die nach Serbien entflohenen Bewohner der Wojwodſchaft und will aus denſelben 4 Bataillone formiren; auch ſoll ſie einen Aufruf an die Bevölkerung des Fürſtenthums haben ergehen laſſen mit der Aufforderung, ſich in möglichſt großer Anzahl an dem Kampfe der öſterr. Serben gegen die Magyaren zu betheiligen. 150 politiſche Gefangene, welche im Kaſtell von Trieſt eingeſperrt waren, ſind über Gibraltar nach Amerika übergeſchifft worden.

Dem Grafen Stadion iſt ſein Entlaſſungsgeſuch abgeſchlagen und da Hoffnung vorhanden iſt, daß der Miniſter durch fortgeſetzte Ruhe ſeine frühere Geſundheit wieder erlange, ihm nur ein längerer Urlaub bewilligt worden. Für die Dauer des Urlaubs behält der Juſtizminiſter Bach die proviſoriſche Leitung des Miniſteriums des Innern und der Miniſter des Ackerbaues v. Thienfeld leitet proviſoriſch das Miniſterium des öffentlichen Unterrichts.

A. Z. C. **Wien**, 22. Mai. Heute wurden wieder mehrere hundert kranke und verwundete Soldaten aus Preßburg hierher gebracht. Geſtern Abend iſt die Erzherzogin Sophie von Ollmütz in Schönbrunn eingetroffen.

Lith. Korreſp. **Berlin**, 24. Mai. Das Ereigniß des heutigen Tages iſt eine große Razzia gegen eine Anzahl Männer, die ſich in der demokratiſchen Agitation mehr oder minder bemerkbar gemacht haben. Man nennt bis jetzt 17 Perſonen, die zur Haft gebracht ſeien. Gewißheit haben wir uns nur über folgende verſchaffen können: die früheren Abgeordneten Berends (Beſitzer der Druckerei der Nationalzeitung), Dr. Weiß (Verfaſſer einer Schrift „Revolution und rettende That"), Fabrikant Schildknecht

(aus der Zeit der deutſchkatholiſchen Agitation her bekannt), Dr. Julius Waldeck (ein Vetter Johann Jacoby's), Baumeiſter Peterſ n, Oberlandesgerichtsrath Pfeiffer (Sachwalter beim Geheimen Obertribunal), Lieutenant v. Roſenkreter, Oberlehrer Gebhardt, Oekonom Schönemann. Außer dieſen werden als verhaftet genannt, der berühmte Mathematiker Profeſſor Steiner, ein Aſſeſſor, der Dr. Fr. Koeppen u. m. A. Es ſcheinen dieſe Verhaftungen mit den neulich im Hauſe des Stadtraths Runge und in der Konverſationshalle ſtattgehabten und von der Polizei aufgehobenen Verſammlung in Zuſammenhang zu ſtehen. Welche Aufregung dieſes Ereigniß unter der ſonſt ziemlich ſchlaffen Bevölkerung hervorgebracht hat, läßt ſich leicht denken. Beſonderen Eindruck machte die Verhaftung des Hrn. Pfeiffer, wegen des bei demſelben beobachteten Verfahrens der Polizeibeamten. Um 5 Uhr Morgens ſchon traten die Beamten in ſein Zimmer und nöthigten ihn, das Bett zu verlaſſen. Eine Durchſuchung ſeiner Papiere ergab kein genügendes Reſultat; es konnte nur das Konzept eines Inſerats in Beſchlag genommen werden. Zur Sicherheit wurden indeſſen auch die übrigen Papiere in einer Droſchke fortgebracht und der Verhaftete zu Fuße nachgeführt.

Die deutſchen Kabinette (Berlin und Wien) werden immer mehr durch die Ereigniſſe im Oſten und Weſten Europas in eine ſekundäre Stellung gedrängt. Rußland arbeitet auf eine vollſtändige Reſtauration hin, Frankreich will ſich auch unter ſeinem jetzigen Gouvernement dem Uebergreifen Rußlands entgegenſtemmen. Geſtern hatten wir von einer Note Rußlands zu berichten, in der die Räumung Jütlands von den preußiſchen Truppen ſehr kategoriſch gefordert wird, heute bringen wir in Erfahrung, daß Frankreich auf das Entſchiedenſte Proteſt gegen einen weitern Durchmarſch ruſſiſcher Truppen durch preußiſches Gebiet eingelegt hat. Unter ſolchen ſchwierigen Verhältniſſen, die gewiß nicht verringert werden durch die ſüddeutſchen Bewegungen, durch die innern Verhältniſſe Preußens ſelbſt, wird Preußen nach Außen hin durch den Grafen Brandenburg repräſentirt!

Das gegenwärtige Kabinet ſoll ſich ſeit einiger Zeit um eine leitende Perſon mehr verſtärkt haben, den Grafen Arnim-Boitzenburg. In höheren Kreiſen nennt man denſelben als den Vermittler namentlich zwiſchen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel, die trotz ihrer gleichen Zwecke ſich nicht recht über die Wahl der Mittel dazu verſtändigen können. Uebrigens ſoll Hrn. v. Arnim's Thätigkeit um ſo nöthiger ſein, als Hr. v. Manteuffel bei der völligen Unfähigkeit des Grafen Brandenburg auch noch die dem Letztern überwieſenen Reſſorts mit zu verſehen hat.

Nachſchrift. Am Schluß des Berichts erfahren wir noch, daß ein Apotheker Behrend, der Stadtrath Runge, 2 Aſſeſſor Gubitz, der Oberlandesgerichtsrath Martins I. und 2 Brüder Schoenemann zu den Verhafteten gehören. Martins Verhaftung wird zwar behauptet, wir haben jedoch Grund, dieſelbe zu bezweifeln, ebenſo die Verhaftung Runge's. An Stelle des oben genannten Prof. Steiner wird ein Oberlehrer Steinert genannt. Der mitverhaftete Dr. Weiß iſt gänzlich erblindrt.

Berlin. Dee Preußiſche Staats-Anzeiger enthält in ſeinem amtlichen Theile folgendes:

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen ꝛc. ꝛc. verordnen auf den Antrag Unſeres Staats-Miniſteriums, auf Grund des Artikels 105 der Verfaſſungsurkunde, was folgt: Wer Perſonen des Soldatenſtandes, es ſei der Linie oder der Landwehr, dazu auffordert oder anreizt, den Befehlen ihrer Obern nicht Gehorſam zu leiſten, wer insbeſondere Perſonen, welche zum beurlaubten Stande gehören, dazu auffordert oder anreizt, der Einberufungs-Ordre nicht zu folgen, wird mit Geſängniß von ſechs Wochen bis zu Einem Jahre beſtraft. Dieſe Beſtimmung findet Anwendung, die Aufforderung oder Anreizung mag durch Wort oder Schrift oder durch irgend ein anderes Mittel geſchehen, ſie mag von Erfolg geweſen ſein oder nicht. Vereinigt ſie die Merkmale einer Handlung in ſich, welche die Geſetze mit ſchwererer Strafe bedrohen, ſo wird dieſe allein verhängt. Urkundlich unter Unſerer Höchſteigenhändigen Unterſchrift und beigedrucktem königlichem Inſiegel.

Gegeben Charlottenburg, den 23. Mai 1849.

(L. S.) Friedrich Wilhelm.

Graf von Brandenburg. von Ladenberg. von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt. von Rabe. Simons.

Verordnung, betreffend die Aufforderung von Perſonen des Soldatenſtandes zum Ungehorſam.

Berlin, 24. Mai. Nach einer Mittheilung aus dem Miniſterium der geiſtlichen Angelegenheiten iſt dem mit der kommiſſariſchen Verwaltung des Oberpräſidiums der Provinz Preußen beauftragten Hrn. Staatsminiſter Flottwell auch der Vorſitz in dem Konſiſtorium dieſer Provinz vorläufig übertragen worden. (Pr. St.-A.)

Berlin, 24. Mai. Im Großherzogthum Baden iſt nach übereinſtimmenden Berichten im Zolldienſte bisher nirgends eine Störung eingetreten. Die Zollbeamten ſind in ihren Stellen belaſſen und die für jeden Amtsbezirk ernannten Civilkommiſſarien gemeſſen angewieſen jeder Störung des Zolldienſtes entgegenzuwirken. (Pr. St.-A.)

Danzig, 20. Mai. Geſtern Nachmittag iſt der Präſident des demokratiſchen Klubs ꝛc. Grüger, auf Verfügung des königl. Kreisgerichts, durch einen Kriminal-Kommiſſarius verhaftet worden. Auch Hr. Bochert befindet ſich in Folge eines Antrags des Hrn. Staats-Anwalts in Unterſuchung. (D. D.)

= **München,** 23. Mai. Die Kammer der Reichsräthe hat mit allen gegen eine Stimme (Fürſt Wallerſtein) den v. Arnoldſchen Antrag zum Beſchluß erhoben, es möge die Kammer der Reichsräthe mit dem Programm des Miniſteriums vom 17. d. M. und mit ſeinen Erklärungen vom 19. d. M. gehen und das Miniſterium nur ſchleunigſt die Vereinbarung der Reichsverfaſſung anbahnen. Die Aufregung in der Stadt ſteigt in Folge der Vorgänge in der zweiten Kammer mit jeder Minute.

Die hieſigen Franziskaner haben einen Frauenverein von 200 Perſonen in der St. Anna-Vorſtadt begründet, der täglich um 3 Uhr Mittags, 7 Uhr Abends und 12 Uhr Nachts in der Kirche betet; die Frauen laſſen Alles im Stiche und laufen in die Kirche.

0 **München,** 23. Mai. Die Sitzung der Abgeordneten wurde um 5 Uhr durch den Präſidenten Hegnenberg wieder eröffnet mit einem ganz im Sinne der Rechten und des Miniſteriums gehaltenen Reſumé der Morgenſitzung. Da das Geſetz ihm keinen Maßſtab für die Frage gebe, ob die Pfälzer in der ſie betreffenden Angelegenheit mitzuſtimmen haben, ſo halte er ſich an die parlamentariſche Praxis und verweiſe auf die verfaſſunggebende Reichsverſammlung in Frankfurt, von welcher auch beſchloſſen worden, als über den Anſchluß Poſens an Deutſchland berathen wurde, daß die Poſener dabei nicht mitſtimmen ſollten (gleich als ob es ſich gegenwärtig von dem Anſchluſſe eines noch nicht zu Baiern gehörigen Landes handelte). Da nun eine weitere Diskuſſion nicht zum Ziele führe, ſo erkläre er, geſtützt auf die parlamentariſche Sitte und die öffentliche Meinung (!), daß er ohne die Namen der Pfälzer aufzurufen, nunmehr namentlich werde abſtimmen laſſen. Kaum waren dieſe Worte geſprochen, ſo erhoben ſich unter donnerndem Hoch der Gallerien die beiden linken Fraktionen, und verließen ſammt und ſonders den Saal. Hierauf wurde die Sitzung für eine halbe Stunde ſuspendirt, um in dieſer Zeit die Gallerien zu räumen. Wir Journaliſten wurden begnadigt und durften bleiben. Daß man eine Scene erwartet hatte und darauf vorbereitet war, iſt ſicher; denn kurz nach dem Austritte der Linken zogen zwei Kompagnien Soldaten vor das Ständehaus mit Sack und Pack. Nach einer halben Stunde wurde die Sitzung wieder eröffnet und Hegnenberg ſchlug vor, wegen der traurigen Vorgänge und der großen Aufregung die Abſtimmung auf morgen zu verſchieben, wobei er die Hoffnung ausſprach, daß bis dahin viele von den Weggegangenen, die dieſe Frage nicht perſönlich angehe, wieder an der Verhandlung Antheil nehmen würden. Daß er gar nicht abſtimmen laſſen konnte, wegen der nicht beſchlußfähigen Anzahl, die ſich im gegenwärtigen Augenblicke auf mehr als 90 beläuft, während nur 62 zurückgeblieben waren, hatte der Hr. Präſident überſehen. Schließlich las er einen Proteſt der 72 Weggegangenen vor, wonach dieſelben ſich gegen das verfaſſungswidrige Betragen Hegnenbergs, wie gegen den verfaſſungswidrigen Antrag der Regierung verwahren und erklären, ſo lange die Pfälzer von der Abſtimmung ausgeſchloſſen wären, ſich an keiner Verhandlung mehr zu betheiligen.

0 **München,** 24. Mai. Auf heute um 11 Uhr war wieder eine Sitzung der Kammer der Abgeordneten anberaumt. Alle Abgeordnete mit Ausnahme der Pfälzer waren auf ihren Plätzen; die letzteren in der Nähe des Ständeſaales. Nach Verleſung des Protokolls ſtellte der Abg. Rubner die Anfrage an den Präſidenten, ob er noch auf ſeiner geſtrigen Entſcheidung, bezüglich der Ausſchließung der pfälzer Abgeordneten von der Abſtimmung, beharre, und als Hegnenberg erklärte, er habe ſeit geſtern keinen Grund gefunden, ſeiner geſtern ausgeſprochenen Ueberzeugung untreu zu werden, verlas Rubner im Namen der beiden Faktionen auf der linken Seite des Hauſes eine Erklärung im Sinne der geſtern mitgetheilten. Demnach werden die Linken immer den Saal

Ueberſicht.

Der König von Preußen.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Die Schwarzgelben. Die Fremden). Aus Mittelbaden (Die Lage Raſtatt's).

Niederland. Haag (Die Huldigungsfeſtlichkeiten. Organiſation der Gerichtshöfe).

Belgien. Antwerpen (Th. v. Ryswyck †).

Griechenland. Athen (Kallis, Präſident von Areopags. Schatzgräber. Das zweite Miniſterium Chriſtides. Neue Achtung vor Deutſchland. Reiſe der Königin. Der König nach Kephiſſia. Die Preſſe über Zavellas, Kanaris und Chriſtides. Folter und Straßenraub).

Der König von Preußen.

* Vom Rhein, 11. April.*) Wir ſtehen in einem Zeit- und Wendepunkt, wo jede allzuſubtile Rückſicht ein Laſter iſt. Laſſen Sie mich heute mit allem Freimuth in das Ohr des ganzen Vaterlandes ſagen, daß unter allen unglückweiſſagenden Konjunkturen, die über den Geſchicken Deutſchlands ruhen mögen, die unſeligſte mir die zu ſein ſcheint, daß der gegenwärtige Regent von Preußen Der iſt, der er iſt, ſei es an Charakter oder an Stand. Dieſes Paradoxon habe ich ſchon oft vorgebracht, es iſt mir jedesmal viel verdacht, von vielen Seiten auch ſeufzend nachgeſprochen worden. Laſſen Sie mich denen, die mir es noch jetzt verdenken, noch einmal bei dieſem ernſten Anlaſſe in der ernſteſten Weiſe ſagen, aus welcher guten Meinung ich dieſe üble Meinung ſo oft zu wiederholen mich gedrungen fühle. Ich fürchte für das Vaterland von dieſer Perſönlichkeit und fürchte für dieſe Perſönlichkeit ſelbſt, dieſes iſt der Grund, aus dem ich immer und immer wieder auf dieſen Satz zurückkomme. Keine augenblickliche Grille hat ihn mir eingegeben, denn ich finde ſtets neue Anläſſe mich neu dazu zu bekennen; kein Uebelwollen und keine Animoſität hat mich auf ihn geführt, denn ich habe dazu keinerlei Urſache. Sondern die gründliche Ueberzeugung gab ihn mir ein, die auf einer langen und gelaſſenen Beobachtung ruht, die Ueberzeugung, daß in dem allgemeinen Charakter dieſer Zeit und in dem perſönlichen Charakter dieſes einflußreichen und mächtigen Fürſten zwei ſo feindſelige Potenzen aufeinander geſtoßen ſind, daß eine Verträglichkeit und Verſöhnung zwiſchen Beiden ganz undenkbar iſt. Dieſe Ueberzeugung möchte ich gerne allen ächt preußiſchen Herzen, ſolchen wie Ihr ** Berliner Korreſpondent iſt, beibringen können, damit zunächſt in dem eigenen Lande und der näheren Umgebung die wohlwollende Sorglichkeit Boden faſſe für das Vaterland und für dieſen Fürſten, in welcher die Anſicht und der Wunſch wurzelt, es möchte der Letztere zeitig die Stellung verlaſſen, die uns und ihm keinen Segen verheißt. Dem geſchichtlichen Beobachter der Vorgänge in Preußen ſeit 1810 liegt vollſtändiges Material vor, um die Anſicht zu begründen, daß keine Charakterform gedacht werden kann, die ſo viel unſelige Anlage in ſich trüge, Revolutionen herauszufordern und ihnen tragiſch zu erliegen, wie gerade dieſe. Das monarchiſche Prinzip und die monarchiſche Ordnung wird heutzutage nur erhalten werden, wenn man es verſteht und den redlichen Willen hat, alle Weisheit, alle Nothwendigkeit und Bedürfniß, die ſich in dem Volksganzen geltend machen, auf Geſetzgebung und Regierung wirken zu laſſen, und wenn der Fürſt ſich vollſtändig reſignirt, nicht als ein Fremdes und Beſonderes im Staate beſondere Ziele verfolgen zu wollen. Daß dieß einem Manne, der ſich mit Geiſt und Richtung der Zeit in vollem Zerwürfniß befindet, ſchwer werden muß, iſt wohl klar; je mehr er auf ſeinen eigenen Geiſt dabei vertraut, deſto ſchlimmer iſt es; die Eigenrichtung wird um ſo entſchiedener werden. So zeigte es ſich ſeit 1840 in Preußen. Staat und Kirche ſollten in einen eigenen willkürlichen Gang gezwungen werden, gegen den ſich das Gemeingefühl in allen Schichten der Geſellſchaft ſträubte; die Ungeduld des geduldigſten Volkes brach aus; eine lenkſame, des Zügels gewohnte Bevölkerung ward durch zu vielen und zu eigenwilligen Gebrauch der Lenkſeile ſtätig gemacht und lernte ihre Kraft zu fühlen und zu verſuchen. Auf dieſem Wege liegen als warnende Beiſpiele viele zerſchellte Kronen. Die Bewegung des vorigen Jahres erſchütterte den Thron, der ſicherer als jeder andere zu ſtehen ſchien; es war eine Kataſtrophe und ein Glückswechſel, der auch einen Mann von der befeſtigteſten Gemüthsart zerrütten konnte. Glaube Niemand, daß dieſe furchtbare Wendung der äußern Verhältniſſe der inneren Lage dieſes Fürſten eine entſprechende Wendung hätte aufnöthigen müſſen. Man muß Menſchen nicht kennen, um zu glauben, daß bei ſo hohen Vorſtellungen von der Weiſe und Würde der königlichen Stellung ſo tiefe Demüthigungen, wie ſie jene Kataſtrophe begleiteten, jemals vergeſſen werden könnten! Welche Bewegungen in der Zeit vorerſt noch einen Rückſchlag dieſer Eindrücke hemmen mögen, die Empfindung und Erinnerung des Erlittenen wird haften, und es liegt in ſo geſchaffenen Charakteren wohl nur zu natürlich die nachtragende Ader, die auf den Augenblick der Entgeltung nie aufhört zu warten. Und dieß darum, weil der Gegenſatz gegen die Zeit und alle ihre eigenthümlichen Evolutionen einmal da iſt, und weil dieſer Gegenſatz alle Gelehrigkeit abſtumpft und alle Möglichkeit eines Einfluſſes abſchneidet. Wir ſehen es in dieſer ſo angelegten Natur ja vor Augen, daß die größeſten Anforderungen für ihn keinen Sporn, die größeſten Anerbietungen, ein entgegengebrachter Ruhm und Glanz keinen Reiz haben, daß die Gefahren ihm, der doch Gefahr gekoſtet, keine Warnung ſind, daß die Größe des Vaterlandes, die Macht ſeines Hauſes ſeinen Ehrgeiz kalt läßt, weil alles das kein inneres Verhältniß zu dem Weſen hat, dem geiſtreiche Einfälle, Gebete und Thränen näher liegen, als eine That, auf das man daher die ſpöttiſchſten Perſönlichkeiten mehr Einfluß mit einer ihm homogeneren Grille üben ſieht, als die Wucht der gewaltigſten Staatsverhältniſſe und Völkerſchickſale über ihn vermag. Dazu kommt in unſerer deutſchen Sache der Uebelſtand hinzu, daß der König auch in dieſem Punkte dem allgemeinen Bewußtſein der Zeit entgegengeſtimmt war, daß er es für ein ſubalternes Manoeuvre gehalten hatte, was Alle für das würdigſte Ziel von Preußens Ehrgeiz hielten: daß es ſich an die Spitze der deutſchen Dinge ſtelle. Aus dieſer Anſicht drängten die Zeitverhältniſſe und die Schwierigkeiten im eigenen Land heraus. Im unglücklichſten Momente, in der Berliner Märzrevolution, ergriff der König die deutſche Fahne, wo die maßloſe Aufregung der Zeit, Mißverſtändniß und Unkunde, die Hoffnung, die die Republikaner auf die Erſchütterung des preußiſchen Staates ſetzten, wo Alles dahin trieb, ein ungerechtes Anathem über ihn zu ſprechen. Es war eine ominöſe Abweiſung eines guten Willens, die jetzt mit einem kleinen Gegenſchlage vergolten worden iſt. Dieſe Reibungen werden nicht aufhören. Ein Umſchlag der preußiſchen Sympathien in Deutſchland wird erfolgen, der leicht die ganze Dynaſtie und das Land und Volk auf die Dauer treffen kann, und nicht unverſchuldet treffen wird, wenn ſie zu einem Antrage ſtille ſitzen, der nicht dieſer Perſönlichkeit, ſondern dieſem Throne und dieſem Lande gemacht war, wenn ſie zu einer Ablehnung ſchweigen, die mit in ihrem Namen gemacht iſt, weil und ſobald ſie ſchweigen. Aber ſelbſt wenn die Verhältniſſe es noch ſo fügen ſollten, daß der König die dargebotene Krone annähme, glaube man darum nicht, daß dadurch alle die Beſorgniſſe gehoben wären, die uns nun drücken: ich habe es oft geſagt, daß wenn dies erſte und nächſte Ziel der preußiſchen Oberhauptſchaft erreicht iſt, unſere Noth erſt angehen wird, und ich hatte dabei dieſe Perſönlichkeit ſchweigend immer im Auge. Ich werde daher, wenn morgen der heutige Anſtand beſeitigt iſt, darum die ſchroffe Anſicht — vielleicht verſchweigen, aber nicht aufgeben. Denn eine Natur läßt ſich nicht austilgen, und ſie wirkt zu aller Zeit nach denſelben Geſetzen. Die Verhältniſſe mögen ſie gewaltſam beugen, ſie wird ſich immer wieder in andern Verhältniſſen aufrichten. Und das iſt es, was ich für die Perſönlichkeit fürchte. Die Luſt der Vergeltung iſt ſüß und verführeriſch, wenn die Sicherheit des Augenblicks beſtrickend daneben liegt; aber vergeſſe man nicht, daß ein Volk noch viel nachtragender iſt, als ein Einzelweſen und daß es nicht einmal wie dieſes deshalb moraliſch verantwortlich heißen kann. Ich will aber vorausſetzen und glauben, daß der Gedanke jeder unedlen Rache dem preußiſchen Regenten fern liege und fern bleiben werde; ſein feindlicher Gegenſatz gegen die Zeit wird dauern, ſelbſt wenn ſeine Vorſätze wider ihn ſelber kämpften; was ihn im Privatleben vielleicht auszeichnen würde, ſein Geiſt gerade wird ihn in dieſer Oppoſition erhalten; und gerade aus dieſem Grunde wird ſie doppelt und dreifach gehaßt und zu gelegener Stunde vergolten werden. Das lag der furchtbar gereizten Stimmung in ganz Deutſchland im März vorigen Jahres, mit allem erkünſteltem Eifer und affektirtem Haſſe, tief zu Grunde; dem weniger Zurechenbaren hätte man mehr überſehen. Kehrt aber je bei einem neuen Anlaſſe dieſe Reizbarkeit wieder, die ſich

*) Wir entſprechen dem Verlangen des verehrten Verfaſſers und laſſen jetzt ſeinen Brief abdrucken; jetzt ſind keine Hoffnungen mehr zu zerſtören; damals mochten wir nicht beides zugleich anrathen, die Kaiſerwürde anzunehmen, und der Königswürde zu entſagen.

ſtill und unmerklich aus vielen kleinen und großen, lange überſehenen Urſachen anſammeln kann, kehrt ſie je wieder, nachdem einmal die ſchreckliche Schule des vorigen Jahres gemacht worden iſt — ich laſſe gerne den Schleier über dem Bilde hängen, das mir eine ſchlimme Ahnung für ſolch einen Fall in der Zukunft zeigt. Das iſt es was ich für dieſe Perſönlichkeit fürchte; was ich von ihr für das Vaterland fürchte iſt dieſes: Wir haben das monarchiſche Prinzip bei dieſem Sturm mit Mühe und ſaurer Noth gerettet. Da ihm ein feſtes, neues Fundament gegeben werden ſollte, ſtößt man es mit einer Frivolität um, die nur durch eine Verblendung von Gott entſchuldigt werden könnte. Der Menge gilt ein Prinzip nichts an ſich, der Erfolg muß es feſtſtellen, und ſo lange Erfolge nicht ſichtlich ſein können, müſſen die Menſchen Vertrauen einflößen die es tragen. Das allein hat die Republik bei uns ſo ſchnell diskreditirt, daß ihre Träger ſo übel berüchtigt waren. Statt daß man von dieſer Erfahrung am Feinde gelernt hätte und auf dem preußiſchen Throne bei dieſer ruhmvollen und verheißungsvollen Gelegenheit, die nie einem Fürſtenhauſe ähnlich geboten war, Vaterlandsliebe, Kühnheit, Ehre, Energie und alle großen Eigenſchaften in Einem Schlage entfaltet hätte, um der Welt zu zeigen, wo noch die erhaltende und ſchaffende Kraft im Staate zu ſuchen iſt, macht ein Einziger, der Einſicht Zugänglicher, der Erfahrung Kundiger, der Rechenſchaft Fähiger denſelben Fehler nach, den Verſtand, Gewiſſen und Staatskunſt zu vermeiden geboten; und er diskreditirt das monarchiſche Prinzip in dem Momente, wo ſeine Geſchicke auf der Spitze ſtehen! Wahrlich wenn dem Miniſterium Manteuffel eine Alternative wirklich geſtellt geweſen ſein ſollte. von der die Zeitungen erzählen, es hätte Deutſchland den größten Dienſt erweiſen können, zu dem Niemand es auserſehen geglaubt hätte. Mir aber verarge es Niemand, wenn ich Angeſichts dieſer Lage der Dinge und dieſer Bedeutung der geſchehenen Ablehnung bei meinem ſtarren ceterum censeo verharre und die Dynaſtie und die Stände von Preußen feierlich beſchwöre, die Verantwortung zu erwägen von Allem was ſie thun oder laſſen.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 24. Mai. (Schluß.) Die heute beſchloſſenen Artikel der Verfaſſung lauten wie folgt: „Art. 66. (S. unten.) Art. 67. Wähler iſt jeder großjährige Staatsbürger an dem Orte, wo er im Gemeindebürgerrechte ſteht. Iſt er Bürger mehrerer Gemeinden, ſo darf er nur in einer ſtimmen und muß vor dem Wahltage ſich darüber erklären, in welcher Gemeinde er ſein Stimmrecht ausüben will. Von der Berechtigung zu wählen ausgeſchloſſen ſind 1) diejenigen Perſonen, welche unter gerichtlich angeordneter Pflegſchaft ſtehen; 2) diejenigen, welchen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entzogen iſt, ſofern ſie in dieſe Rechte nicht wieder eingeſetzt worden ſind. Strafen wegen politiſcher Verbrechen und Vergehen ſchließen nicht aus. Art. 68. Vor der Wahl werden Verzeichniſſe der Wahlberechtigten aufgeſtellt. Die Errichtung dieſer Verzeichniſſe und die Bildung der Wahlbehörden wird durch ein Geſetz beſtimmt. Art. 69. Der Regierungsrath hat die Wahlen im Laufe des Monats Oktober anzuordnen und deren Ergebniß bekannt zu machen. Art. 70. Wählbar iſt jeder Wähler ohne Rückſicht auf den Wahlbezirk, dem er angehört, ſo daß Bürger der Stadtgemeinde in dem Landbezirke, und Bürger der Landgemeinden in der Stadt gewählt werden können. Art. 71. Gewählt ſind diejenigen, welche die meiſten Stimmen erhalten, vorausgeſetzt, daß die Anzahl dieſer Stimmen nicht weniger als den vierten Theil der Abſtimmenden des Wahlbezirkes beträgt. Wird wegen eines Mangels in dieſer Beziehung eine zweite Abſtimmung erforderlich, ſo genügt bei dieſer relative Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entſcheidet das Loos. Art. 72. Ueber die Gültigkeit der Wahlen erkennt der Volksrath allein. Art. 73. Iſt ein Bürger in beiden Wahlbezirken ernannt, ſo hat er dem Volksrathe zu erklären, welche der beiden Wahlen er annehme. Unterbleibt dieſe Erklärung, ſo ſteht dem Volksrathe ſelbſt die Entſcheidung zu. Art. 74. In dem Wahlbezirk, deſſen Wahl für ungültig erklärt oder nicht angenommen worden iſt, wird durch den Regierungsrath eine neue Wahl angeordnet. Eben ſo wenn im Laufe des Jahres eine Abgeordnetenſtelle erledigt wird. Art. 75. Der Volksrath wird jährlich vollſtändig erneuert. Seine Mitglieder ſind ſtets wieder wählbar.“

Die Debatte war heute eben nicht bedeutend, dafür aber deſto länger. Art. 66, alſo lautend: „Die Stadtgemeinde wählt achtzig, die vereinigten Landgemeinden wählen ſechszehn Abgeordnete,“ ward einſtweilen zurückgelegt, weil die von Hrn. Dr. Kugler hier beantragte Aenderung in 81 resp. 15 Abgeordnete mit der von ihm weiter beantragten Aenderung des Art. 75 ſteht und fällt. Art. 67 rief eine Fluth von Zuſätzen und Amendements hervor. Der Entwurf enthielt nämlich urſprünglich, das Erforderniß der Großjährigkeit ausgenommen, keinerlei Wahlbeſchränkungen, die Majorität des Verfaſſungsausſchuſſes hatte aber nachträglich, namentlich auf Anregung einer Eingabe des Gewerbeausſchuſſes, die oben aufgeführten Beſchränkungen der gerichtlichen Pflegſchaft und der durch rechtskräftiges Urtheil ausgeſprochenen Entziehung der bürgerlichen Rechte hinzugefügt. Herr Dr. Jucho wollte dieſe Kategorie noch erweitert haben, und alle von den Aſſiſen Verurtheilten, ſowie diejenigen korrectionell Beſtraften, deren Vergehen von einer gemeinen Geſinnung zeugt, ſodann ſämmtliche in Anklageſtand befindliche und gerichtlich für fallit erklärte Perſonen von der Wahlberechtigung ausgeſchloſſen wiſſen. Herr Dr. Reinganum dagegen wollte zu der urſprünglichen Faſſung des Entwurfs zurückkehren, und von Beſchränkungen abgeſehen haben, welche nicht einmal die bisherige Verfaſſung gekannt. Herr Dr. Schwarzſchild endlich ſprach die Anſicht aus, daß die Aufſtellung etwaiger Beſchränkungen nicht in die Verfaſſung aufgenommen, ſondern einem eigenen Wahlgeſetze überlaſſen werden möchte. Die Debatte bot wenig Intereſſantes und wurde nur einmal etwas lebhafter, als Herr Dr. Goldſchmidt ſo unvorſichtig war, ſich auf die Bremiſche Verfaſſung zu berufen und Herr Dr. Reinganum dann dieſe Verfaſſung für ſo ſchlecht erklärte, daß man nur im allerhöchſten Nothfall Etwas aus ihr herüber nehmen dürfe. Nach einer gelegentlichen Apotheoſe des Vorparlaments, welches der eben genannte Redner mit dem Epitheton einer jungfräulichen, noch nicht entweihten Verſammlung beehrte, erklärte ſich die Majorität für die nachträglichen Zuſätze des Ausſchuſſes. Art. 68 wurde ohne Diskuſſion votirt. Art. 69 erhielt auf Anregung des Hrn. Finger die Worte beigefügt: „und deren Ergebniß bekannt zu machen.“ Art. 70 fand keinen Widerſpruch. Bei Art. 71 wurde auf Antrag des Herrn Dr. Stein durch Einſchiebung der Worte „des Wahlbezirks“ die Undeutlichkeit vermieden, welche es als zweifelhaft erſcheinen laſſen konnte, ob nicht vielleicht von dem vierten Theil der Abſtimmenden beider Wahlbezirke die Rede ſei. Art. 72 und 73 des Entwurfs wurden nach einer richtigen Bemerkung des Hrn. Dr. Kugler umgeſtellt und darnach der jetzige Art. 72 (Art. 73 des Entwurfs) ſofort der jetzige Art. 73 (Art. 72 des Entwurfs) mit der Maßgabe votirt, daß ſtatt der Worte: „ſo hat er in der erſten Sitzung des Volksrathes zu erklären“, die Worte geſetzt wurden: „ſo hat er dem Volksrathe zu erklären“. In Art. 74 wurde auf den Antrag des Hrn. Finger der Paſſus: „wird eine neue Wahl angeordnet“, durch Einſchiebung der Worte: „durch den Regierungsrath“ ergänzt. Die intereſſanteſte Debatte veranlaßte Art. 75. Das Streben doch wenigſtens ein Minimum eines ſtabilen Elementes in die Verfaſſung hineinzubringen, hatte drei verſchieden formulirte, aber im Weſentlichen übereinſtimmende Amendements der Herren Dr. Kugler, Dr. Jucho und ſelbſt eines Mitgliedes der Majorität, des Hrn. Dr. Supf, veranlaßt, nach welchen jährlich nur ein Drittel des Volksraths ausſcheidet und derſelbe nur alle 6 Jahre vollſtändig erneuert wird: wie ſcharfſinnig aber auch dieſe Amendements begründet wurden, es war den Gegnern nicht ſchwer, zu zeigen, daß ſie in dem gegenwärtigen Stadium der Berathung eine durchaus unſtatthafte Anomalie ſein würden. Die jährliche Erneuerung des Volksraths iſt eine nothwendige Konſequenz der bereits angenommenen Grundſätze: die Verfaſſung muß jetzt demokratiſch werden, die Verſammlung mag wollen oder nicht.

♁ **Wien**, 20. Mai. Wer nach Wien kommt, um deutſche Geſinnungen zu ſuchen, muß die Laterne des Diogenes mitbringen. Diejenigen, die es mit der Regierung und dem Belagerungszuſtand halten, ſind Schwarz-gelbe vom reinſten Waſſer: die Maſſe, der die Eroberung der Stadt und was daran hängt, ein tiefer Pfahl im Fleiſche iſt, beißt die Zähne übereinander und man muß geſtehen, daß irgend ein bedeutender Schlag, den das herrſchende Syſtem erlitte, die furchtbarſten Folgen haben könnte. „Vor dem Geknebelten, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Manne erzittert nicht!“ Von einer ſich beſſernden oder verſchlimmernden Stimmung kann daher auch in Wien gar nicht die Rede ſein. Der Druck mag in gewiſſem Betracht nothwendig ſein: die Ge-

müther erbittert er darum nicht weniger. Kein Wunder, daß unter dieſen Umſtänden alle hieſigen Zeitungen gegen die Frankfurter Nationalverſammlung nicht Worte genug des Haſſes und der Beleidigung finden können. Es iſt dies ein ſtehender Artikel, der Tag um Tag mit unbedeutenden Variationen aufgetiſcht wird. Nur die Oſtdeutſche Poſt macht eine rühmliche Ausnahme und Kuranda hat in dieſer Beziehung einen Muth und eine Ausdauer bewieſen, die nicht hoch genug angeſchlagen werden können. Angeſichts der niederſchlagenden Ereigniſſe, die aus dem Weſten Deutſchlands einlaufen, appellirt die Oſtdeutſche Poſt an die Vaterlandsliebe des Reichsverweſers, an die edle, großartige Denkungsweiſe eines Gagern, Mittermaier, Mohl, an den feſten, tüchtigen Sinn der Bevölkerung und hofft, der Bewegung werde ein Damm geſetzt werden. Sie mag nicht wählen zwiſchen den Tagesfragen: ob ein einiges Deutſchland mit Polen und Magyaren an der Spitze? ob ein zerriſſenes Deutſchland unter dem Protektorate des Nordens? Oeſterreich freilich mit ſeinen bunt durch einander gewürfelten Nationalitäten hat ſich mehr noch als Deutſchland zu beklagen, daß in dem Kampfe der einheimiſchen Völker überall Fremde die Fahne vorantragen. Aber ſind es nicht die alten Sünden der Kabinette, die dieß verſchuldet haben? Man muß es wohl glauben, wenn ein Freiwilliger über die Belagerung von Malghera berichtet: „Ich erhielt den Auftrag, die Vedetten auf 300 Schritte von Malghera vorzuſchieben. Hier hatte ich das Angenehme, daß ich faſt jedes Wort, das in der Feſtung geſprochen wurde, hören konnte. Wie befremdete es mich, als ich da die beiden mir befreundetſten Sprachen reden hörte! Meiſtens nämlich wurde in polniſcher oder deutſcher Sprache geſprochen und letzteres noch in ſo verſchiedenen Mundarten, daß ich den Zuſammenfluß aller revolutionären Triebe des großen Deutſchlands hier vereinigt fand; — am meiſten ſchmerzte es mich, als ich im gutmüthigen Wienerdialekte gegen den Beſtand aller geſetzlichen Ordnung und auf den Verfall des ſchönen Oeſterreichs hinarbeiten hörte. So verſtrich die Zeit bis Mitternacht, als ich plötzlich einen Schweizer „zwölf Uhr" rufen hörte, und bald darauf „poidem" (als Zeichen zum verabredeten Ausfall). Alſo keine italieniſche Sylbe in dieſem italieniſchen Kampfe!" In Ungarn hat ſich gleicherweiſe eine deutſche Legion gebildet, die geſchworen hat, für die Sache der Ungarn zu ſiegen oder zu ſterben und den Mord des wackern Blum zu rächen!"

Ueber dieſe Elemente in dem Lager der Inſurgenten iſt die hieſige Regierung am Meiſten aufgebracht und ſie ſtellt ſich mit ihren Gegnern durchaus auf ein und daſſelbe Niveau, indem alle Erlaſſe und Proklamationen von zahlloſen Schimpfreden und Schmähungen gegen Jene ſtrotzen. Es iſt dieß eine der unerquicklichſten Erſcheinungen der neueſten Geſchichte. Man leſe Beiſpiels halber nur die jüngſte an das ungariſche Volk erlaſſene Proklamation, die mit den Worten beginnt: „Eine verbrecheriſche Partei, von gewiſſenloſen Umſturzmännern geführt, nachdem ſie Frevel auf Frevel gehäuft und alle Mittel der Lüge und Bethörung erſchöpft hat, um Euch zum Treubruch zu verleiten; dieſer Auswurf fremder Länder, Tauſende von Ruheſtörern und Abenteurern, Menſchen ohne Vermögen (!) und Geſittung ꝛc. ꝛc." Seinerſeits hat das Militärgouvernement an dem ſchwarzen Brett des Schottengymnaſiums folgenden Anſchlag erſcheinen laſſen: „da man noch immer Gelegenheit hat, ſolche Individuen wahrzunehmen, welche ſich durch ihre herausfordernde Tracht, namentlich durch den einſtmaligen Legionsrock ohne weſentliche Aenderung, durch langes Kopfhaar, durch flache Kappen mit kurzen Schirmen, durch Ziegenhainer Stöcke, meißener Pfeifenköpfe, ausgeſchlagene Hemdenkrägen u. dgl. bemerklich machen, und da dieſe Burſchentracht in der Regel nur jenen fremden Wühlern zum Abzeichen dient, deren Aufgabe es iſt, nach dem demokratiſchen Prinzipe Unruhen zu ſtiften und zu verbreiten, ſo hat der Lehrkörper derlei Trachten bei jenen Studierenden nicht zu dulden, welche die öffentlichen Kollegien beſuchen." Erinnert dieß nicht an die ſchönſten Zeiten der weiland burſchenſchaftlichen Unterſuchungen und der ſchwarzen Kommiſſion? Und in derſelben Ton hat der Stadtgouverneur von Böhm den Redakteur der Oſtdeutſchen Poſt angelaſſen, ſo daß Kuranda es vorzog, auf einige Zeit Wien zu verlaſſen. Ueber Ungarn darf auch nichts mehr berichtet werden, ſo daß der Kriegsſchauplatz in Kurzem hermetiſch verſchloſſen ſein wird.

Aus Mittelbaden, 24. Mai. Ein Anhänger der jetzigen Zuſtände in Baden ſchildert im Fr. J. die Lage Raſtatts wie folgt: Die Feſtung Raſtatt bedarf einer durchaus vollſtändigeren Ausrüſtung, um einer Belagerung widerſtehen zu können. An Lebensmittel iſt keinerlei Vorrath da; für den Bedarf zur Pflege der Kranken und Verwundeten iſt noch gar nicht geſorgt. Die Beſatzung iſt an Zahl unbedeutend, (4 Bataillone Infanterie und 2 Batterien Artillerie) und entbehrt tüchtiger Führer. Viele Offiziere ſind entflohen, andere nehmen täglich noch ihren Abſchied, und ein großer Theil der aus den Reihen der Soldaten gewählten Offiziere iſt geradezu unbrauchbar, und darum werden manche derſelben von den eigenen Soldaten wieder entſetzt. Das Schlimmſte iſt endlich der völlige Mangel an brauchbaren Artillerieoffizieren, welche die Geſchütze auf den Wällen und in den Feſtungswerken leiten. Allen dieſen Mängeln muß raſch abgeholfen werden, wenn nicht die größte Gefahr uns drohen ſoll.

Niederland.

** **Haag**, 20. Mai. Die Huldigungsfeſtlichkeiten, welche mit mehr oder minder Glanz in allen Städten des Landes, zumal in der Hauptſtadt Amſterdam, ſtatt hatten, ſind allmählich vorübergegangen und haben, wie nach einem Rauſche, eine gewiſſe Abſpannung und Nüchternheit zurückgelaſſen. Sie waren für die holländiſchen Zuſtände und Verhältniſſe um ſo bezeichnender, als ſie in dem ſchroffſten Kontraſt, ja in dem ſeltſamſten Gegenſatze ſtanden zu den gleichzeitigen Vorgängen in verſchiedenen Nachbarländern. Zahlloſe Orden und Ritterkreuze ſind vertheilt worden. Die zweite Kammer der Generalſtaaten hat ſich ſeit der Huldigung unausgeſetzt mit den wichtigſten organiſchen Geſetzentwürfen beſchäftigt. Nach mehrtägiger Berathung iſt das Geſetz, betreffend vorläufige anbahnende Beſtimmungen über die neue Organiſation der Gerichtshöfe, ſchließlich mit 46 gegen 15 Stimmen angenommen worden. Die Hauptgegner waren die Herren Thorbecke und Godefroi. Wahrſcheinlich würde der Entwurf die Mehrheit nicht für ſich erlangt haben, wenn der Juſtizminiſter nicht beſtimmt erklärt hätte, in ſolchem Falle aus dem Miniſterium zurücktreten zu müſſen, was den Sturz des ganzen Kabinets hätte nach ſich ziehen können. Denn Niemand ſcheint geneigt zu ſein, in die ſolidariſche Verantwortlichkeit jetzt für das einzutreten, was die gegenwärtigen Miniſter angefangen und vorbereitet haben. Die ſogenannten Kabinetsfragen haben häufig den Nachtheil, daß ſie die Diskuſſion leicht von dem innern Werth der Anträge auf die Perſonenfrage hinüberlenken: man hat zu wählen, ob man lieber ein ungenügendes Geſetz annehmen oder einen Miniſterwechſel herbeiführen will, und da entſcheiden ſich Viele gemäß der letztern Rückſicht nach dem Grundſatze: in dubio pro ministerio. Der miniſterielle Geſetzentwurf in Bezug auf die Ausübung des in der revidirten Verfaſſung geſicherten Vereins- und Verſammlungsrechts hat dagegen ein weniger glückliches Schickſal gefunden. Nach einer ſehr ausführlichen Berathung ward derſelbe, wie ziemlich vorauszuſehen, mit der größten Majorität, von 54 gegen 6 Stimmen verworfen. In der That, bei Entwerfung dieſes Geſetzes ſcheint der Miniſter nur von der Sorge beherrſcht worden zu ſein, jedem möglichen Mißbrauch des Vereins- und Verſammlungsrechts vorzubeugen, und ganz vergeſſen zu haben, daß es ſich hier nicht um ein gelegentliches Zügelungsgeſetz gegen revolutionäre Umtriebe, ſondern um organiſche Beſtimmungen zur Regelung eines ſtaatsbürgerlichen Rechts bei ruhigen friedlichen Zuſtänden handelt. Um den Mißbrauch zu verhüten, darf man die Ausübung eines Rechts nicht gleichſam unmöglich machen. Der Juſtizminiſter Donker Curtius ſcheint Holland, trotz des friedlichen Zuſtandes, in ſeiner Phantaſie bereits von politiſchen aktiven Vereinen und Klubs zerriſſen und zerwühlt zu ſehen und demgemäß für ſeine erſte Pflicht zu halten, dieſem geſpenſterhaften Unweſen zu ſteuern. Wenn Niederland, das jetzt friedlich und ruhig iſt, ſich wie Frankreich und Deutſchland zu einem fieberhaft aufgeregten Zuſtande verkehren würde, dann wäre es noch immer mit Ausnahmsgeſetzen Zeit. Wahrſcheinlich wird indeß die Verwerfung der miniſteriellen Vorlagen über das Vereins- und Verſammlungsrecht keine weitern Folgen nach ſich ziehen, am wenigſten hinſichtlich des Beſtandes des Miniſteriums. Viel Aufhebens haben die holländiſchen Blätter von dem unverſchämten Benehmen des Franzoſen Alexander Dumas gemacht, der ſich ganz unberufener Weiſe zur Huldigung des Königs eingefunden hatte. Der eitle franzöſiſche Schriftſteller mochte ſich durch ein früheres ſehr ſchmeichelhaftes Schreiben des Königs (Wilhelm III. ſcheint an der Literatur des Dumas Geſchmack gefunden zu haben) für berechtigt halten, ſich ſchon etwas mehr als die übrigen gewöhn-

lichen Menſchenkinder herausnehmen zu dürfen. Dumas ſoll ſich auch ſchwarzer Undankbarkeit ſchuldig gemacht haben.

Die Verſendung von Schriften und Zeitungen von hier über Marſeille nach Batavia mit der Ueberlandpoſt hat, wie der Finanzminiſter nach Bericht der franzöſiſchen Verwaltung anzeigt, in jüngſter Zeit dermaßen zugenommen, daß Alles auf dem gewöhnlichen raſchen Wege zu beſorgen ohne bedeutende Erhöhung der Koſten faſt unthunlich erſcheint, weswegen für einen Theil ſolcher Verſendungen andere Wege angedeutet werden.

Belgien.

** **Antwerpen**, 18. Mai. Der unglückliche Theodor van Ryswyck, der beliebteſte vlämiſche Volksdichter, iſt, noch nicht in der Mitte der dreißiger Jahre ſtehend, geſtorben. Die vlämiſche Literatur betrauert ſeinen unerſetzlichen Verluſt eigentlich ſchon ſeit zwei Jahren. Niemand hat mehr durch Scherz, Rede und Dichtkunſt dazu beigetragen, die tief eingewurzelten Vorurtheile gegen die Mutterſprache im Lande ſelbſt auszutilgen, als Ryswyck. Gleich ſein erſter Band Gedichte, unter dem Titel „Eigenaendige Verſanlen“ (1837), erntete den allgemeinſten Beifall und ſtellte ihn unter die erſten vlämiſchen Dichter. In ſeinem Heldengedicht, der „Eppenſtein“, das eine Rheinſage behandelt, zeigt er auch im Epiſchen Meiſterſchaft, obwohl es verhältnißmäßig weit weniger Intereſſe erweckte. An einen höhniſchen Kritiker dieſes ſchwungvollen Gedichtes richtete ſich Ryswyck durch ſeine „Poetiſche Luimen“ (1842), worin er wieder zu ſeiner erſten Weiſe zurückkehrte, nachdem er vorher noch in ſeinem poetiſchen „Antigonus“ die Regierungsſyſteme, welche nacheinander in Belgien geherrſcht haben, der ſchärfſten Kritik unterworfen hatte. Das Herrlichſte aber, was van Ryswyck dichtete, ſind ſeine Balladen (1813 erſchienen), welche ſich dem Schönſten aller Literaturen anreihen. Seine letzten Werke, welche noch Zeugniß ſeines edlen Dichtergenies ablegen, ſind die „Politike Refereinen“ (1844) und ſeine zum Theil ſehr ſchönen Volkslieder (1846). Allein Ryswyck kämpfte ſein ganzes Leben hindurch mit der bitterſten Ungunſt der äußern Verhältniſſe, ſeine Mittel ſtanden in gar keinem Verhältniß zu ſeinem Lebensmuth, er gerieth darüber in tauſend Unannehmlichkeiten und verfiel endlich ſeinem traurigen Schickſal, ſelbſt dem tiefſten Elend des Wahnſinns. Auch ihn verfolgte jene dämoniſche Gewalt, die ſo manchen Dichter im Kampfe mit den äußern Lebensbedürfniſſen in Tod und Verzweiflung getrieben. Im Privatleben war er der liebenswürdigſte Menſch, der hingebendſte Freund, der heiterſte Geſellſchafter, der ſtets und unermüdlich, zumal beim Becherklang, von Witz und Laune überſprudelte. In der deutſchen Literatur wird Theodor Ryswyck unvergänglich fortleben.

Griechenland.

** **Athen**, 6. Mai. Hr. Kallis hat ſich die Präſidentſchaft des Areopags menagirt. Der Exjuſtizminiſter iſt überdies noch Profeſſor der Rechte an der Ottouniverſität. Seinen Kompendien hatte er noch als interimiſtiſcher Miniſter des Aeußeren Anerkennung verſchafft. Ein reicher Kaufmann aus Buchareſt ſchenkte zur Herſtellung der Irenenkirche 9000 Drachmen. Kallis gab ihm den Orden unter der Bedingung, daß 2000 Drachmen davon auf ſein Werk ſubſkribirt würden, zur Vertheilung deſſelben an arme Studenten. Dieſer Handel, in allen Blättern zur Sprache gebracht, mag zu ſeinem Falle beigetragen haben, jedenfalls ſpricht ſich die öffentliche Meinung heftig gegen den klugen Haushälter aus. Als der neue Präſident ſich ſeinem Kollegium vorſtellte, reichte ihm von ſieben Kaſſationsräthen nur einer die Hand. Die Unabhängigkeit der Geſinnung der Uebrigen verdient um ſo mehr Anerkennnng, als hier die Richter noch abſetzbar ſind.

Der franzöſiſche Konſul in Smyrna kaufte jüngſt eine Sklavin und gab ihr die Freiheit. Sie ſagte ihm aus Dankbarkeit, ſie könne den Hort Chiamil-Bei's zeigen, des einſtigen Statthalters von Morea, der im Freiheitskampf auf Akrokorinth gefangen genommen, zu Tode gemartert wurde, weil er ſeinen Schatz nicht entdecken wollte oder konnte. Der franzöſiſche Konſul theilte die Nachricht dem griechiſchen Konſul mit, der ſogleich Meldung erſtattete, die Sklavin beifolgen laſſend. Mit dem letzten Lloyd iſt nun dieſe unter Bedeckung einer Kompagnie und in Begleitung des Generalkaſſiers Spaniolakis, des Präſidenten des Rechnungshofs Silivergos und des früheren Finanzminiſters Theocharis, dreier im Rufe ſeltener Redlichkeit ſtehender Männer, abgegangen, den Schatz in Miſtra, 1½ Stunden von Sparta zu heben.

Wir haben alſo wieder ein Miniſterium Chriſtides, in dem wie vor dem 3. September die engliſche Partei und das Nappiſtiſche Vollblut nicht vertreten ſind. Der Aeon nennt den Miniſterpräſidenten und den Kriegsminiſter Celebritäten, die Miniſter des Innern und des Aeußeren Schreibkundige, die Andern Halbwiſſer. Chriſtides iſt auch in Deutſchland bekannt. Wir fragen: war Herr Chriſtides in die Verſchwörung des 3. September eingeweiht, oder nicht? War er es, ſo ergibt ſich ſeine Würdigung als Premier von ſelbſt. War er es nicht, ſo bewies er glänzend ſeine Unfähigkeit. Hier aber gilt Chriſtides für das fähigſte Haupt der Moskomanen.

Erfreulicher iſt der auffallende Meinungswechſel der Griechen hinſichtlich Deutſchlands. Jetzt hört man die verſtändigſten Männer ſagen: von Deutſchland wird uns Rettung und Erhaltung (σωτηρία) kommen. Wenn wir Oeſterreich haſſen, ſo hat es dies um uns verdient, und wenn wir die unerträgliche Fremdherrſchaft der Baiern, die durch unbedeutende Menſchen ausgeübte, der griechiſchen Nation Hohn ſprechende Bavarokratie abgeſchüttelt haben, ſo liegt darin noch kein Beweis, daß wir undankbar ſind gegen Deutſchland, welches durch ſeine Gelehrten uns unſer koſtbarſtes Gut, die altgriechiſche Sprache erhalten u. ſ. w. Sie ſehen, der Wille des deutſchen Volkes, eine Großmacht zu ſein, trägt ſchon Früchte.

** **Athen**, 13. Mai. Die Königin verreiſt über Ollmütz nach Oldenburg. Sie hat in ihrem Gefolge den Oberſtallmeiſter Gardikiotis und einen weißblau-ſchwarzgelben Doktor, die Hofärzte nemlich machen hier nebenbei Diplomatie. Der König ſchlägt ſein Hoflager in Kephiſſia auf, einem reizenden Dorfe zwei Stunden von Athen, ſich vom Wechſelfieber zu erholen.

Chriſtides hat den Adminiſtrativbeamten einfach ſeinen Amtsantritt angezeigt, die banale Ermahnung zu Gehorſam, Dienſteifer und Ehrlichkeit ſparend. Zavellas hat den Offizieren die Vorſtellung erlaſſen, da er ſie ſchon kenne. Von den Urtheilen der Preſſe über das neue Miniſterium nur drei. Zavellas ſei Gold gegen Mauromichalis, der durch Verſchwendung der Offiziergrade dem Heer unendlich geſchadet habe, aber als Palikar ſei Zavellas eben ſo unfähig eine nur halbwegs europäiſche Armee zu organiſiren. Unter Kanaris ſei die griechiſche Kriegsflotte vollends verſchwunden. Chriſtides werde ohne Zweifel, wie Koletti, des Königs volles Vertrauen gewinnen. Koletti's Mittel war bekanntlich, den konſtitutionellen König alle Details der Verwaltung ſcheinbar beſorgen zu laſſen. Chriſtides hatte ſich während ſeines erſten Miniſteriums Vertrauen gewonnen durch die Kundgebung unbegrenzter Ergebenheit, durch ſeine damals pflichtgemäße, ſcheinbar blinde Unterwürfigkeit unter den Willen des abſoluten Königs, während er doch den König dazu beredete, ſeine deutſchen Landsleute zu entlaſſen, ſo daß der 3. September 1843 den König Otto in erſchreckender Einſamkeit überraſchte. Letzteres ſcheint vergeſſen, die blinde Unterwürfigkeit iſt in dankbarer Erinnerung geblieben.

Nach einem in der Angabe von Thatſachen ſehr vorſichtigen, für das Ausland, namentlich für England, beſtimmten Blatte, le courrier d'Athènes, ſind zwei des Straßenraubs Verdächtige in Theben der Folter erlegen. Major Zinos rückte hierauf mit ſeiner mobilen Kolonne nach Lamia, 110 andere deſſelben Verbrechens Angeſchuldigte mitſchleppend. Wenn dieſe Mißachtung der Landesgeſetze Früchte brächte, würde ſie vielleicht bei den Reiſenden in Griechenland Entſchuldigung finden, denn den griechiſchen Straßenräubern zu begegnen oder in die Hände zu fallen, iſt nichts erfreuliches. Aber die Räuber-Rebellen — wie ſie amtlich genannt werden — reſpektiren Zinos und ſeine Schinder ſo wenig, daß ſie Akarnanien, Eurytanien und Phthiotis von neuem heimgeſucht haben. In Karpeniſſi verproviantirte ſich eine Bande bei hellem Tage. Einige Stunden von Lamia lieferte eine andere von 70 Köpfen einem Grenzbataillon ein Gefecht, und das Grenzſtädtchen Amalioupolis im äußerſten Nord-Oſten war nach den letzten Nachrichten von 60 Räubern beſetzt.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 145. Frankfurt a. M., Sonntag 27. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Venedig.

Deutſchland. Frankfurt (Der Beſchluß der Nationalverſammlung auf Entfernung der Truppen. Die Volksverſammlungen im Heſſiſchen. Herannahen preußiſcher Truppenmaſſen. Worms von pfälziſchen Freiſchälern beſetzt. Abberufung der hannoverſchen Abgeordneten). Wien (Fiſchhof's Prozeß. Vermiſchtes. Erneutes Verbot der ungariſchen Banknoten). Berlin (Die preußiſchen Vertrauensmänner. Der däniſche Bevollmächtigte. Die deutſche Frage. Die ruſſiſchen Truppen. Verhaftungen. Anklagen wegen Majeſtätsbeleidigung. Die Nationalzeitung). München (Berathung der Linken. Hr. v. Hermann. Fahndung). Dresden (Preußiſche Truppen nach dem Main). Hannover (Hr. Althaus). Karlsruhe (Die Stimmung des Militärs). Mannheim (Zuſtände in der Pfalz). Raſtadt (Beſchluß der Bürgerwehr. Die Beſatzung). Mainz (Schreiben des Feſtungsgouvernements. Preußiſche Truppenmaſſen im Anmarſch). Meiningen (Löſung der Domänenfrage. Amneſtie). Schwerin (Die Volksverſammlung in Güſtrow). Aus Schleswig-Holſtein (Der Geiſt im däniſchen und deutſchen Heere). Hamburg (Die Verweigerung der Beeidigung).

Großbritannien. London (Giacomo Manzoni's, römiſchen Finanzminiſters, Erklärung gegen Brougham. Maria Edgeworth geſtorben).

Frankreich. Paris (Befürchtungen. Gegenſeitige Anklagen der Parteien. Stürmiſche Kammerverhandlungen. Bugeaud ſoll für eine Kriegserklärung an Rußland ſein).

Italien. Rom (Stimmung gegen die Geiſtlichkeit. Stellung der feindlichen Heere).

Ungarn. (General Benedek. Das Bombardement von Peſth und Ofen).

Türkei. Konſtantinopel (Die Miſſion des Generals Grabbe).

Aſien. (Einverleibung des Pendſchab. Befürchtungen in Hongkong).

Nordamerika. Kanada (Unruhige Vorgänge in Quebeck. Der Generalgouverneur von neuem inſultirt. Adreſſen und Gegenadreſſen. Stürmiſche Auftritte im Parlament. Stellung der Parteien. M'Nab nach England). Buenos Ayres (Die Sendung des engliſchen Botſchafters gelungen, die des franzöſiſchen verunglückt.)

---

26. Mai.

Immer weiter tragen die Oeſterreicher ihre ſiegreichen Waffen durch Italien. Nachdem Sardinien beſiegt war, beſetzten ſie Parma und Modena. Von da drangen ſie trotz des Widerſpruchs der im Namen des Großherzogs das Land verwaltenden Regierungskommiſſion in Toskana ein, und nach einer verzweifelten Gegenwehr des Reſtes der Republikaner fiel auch Livorno in d'Aſpre's Hand. Unterdeſſen war Wimpfen vor Bologna gezogen, und wenige Stunden ernſthaften Bombardements reichten hin, die Bologneſer von ihrer Abſicht, „bis aufs äußerſte Widerſtand zu leiſten," abzubringen. Schon iſt Wimpfen auf dem Wege nach Ancona, und bald wird der ganze Theil des Kirchenſtaats, der ſich öſtlich von Toskana hinzieht, die Romagna mit den Legationen, von ihm unterworfen ſein. Nur eine Stadt iſt auf der nördlichen Hälfte Italiens, an welcher die Oeſterreicher bisher ohne Erfolg ihre Kräfte verſucht haben — Venedig.

So vielfach haben in dieſem und dem vorigen Jahr die Italiener das Zutrauen getäuſcht, welches man auf ihre Ausdauer in dem Kampfe für die Unabhängigkeit geſetzt hat, daß man ſich trotz aller Vortheile, mit welchen die Natur Venedig ausgerüſtet hat, doch dem Glauben an einen endlichen Sieg der Oeſterreicher nicht verſchließen kann. Verlaſſen ſich die Venetianer doch ſelbſt nicht auf die eigene Kraft, und obgleich ſie bis jetzt in den kleinen Kämpfen, mit denen ſie die Belagerer in ihren Werken zu ſtören geſucht haben, nicht immer unglücklich geweſen ſind, ſo haben ſie doch England und Frankreich um Hülfe und Vermittlung angerufen, ſo daß ſie, wenn dieſe Mächte ihre Einmiſchung verſagen, leicht den Muth ſinken laſſen möchten.

Venedigs Lage iſt zu bekannt, als daß es einer Beſchreibung bedürfte. Am Rande der Lagunen, in deren Mitte es wie hingezaubert iſt, liegt das Fort Malghera, das von den Oeſterreichern ſelbſt zum Schutze Venedigs erbaut worden iſt, und den Zugang vom Lande aus beherrſcht. Halb ſteht Malghera noch im Waſſer der Lagunen, halb ruht es auf dem ſumpfigen Boden der flachen Küſte. In Kanonenſchußweite von Malghera liegt Meſtre, der erſte Flecken auf wirklich feſtem Lande und ſelbſt nur ein kümmerliches Fiſcherdorf. Von hier aus richten die Oeſterreicher ihre Unternehmungen gegen die Inſelſtadt.

Doch konnte an einen glücklichen Erfolg der Belagerung Venedigs ſo lange nicht gedacht werden, als der Zugang von der See nicht geſperrt war. Darum beſchränkten ſich bis zur Schlacht bei Novara die Oeſterreicher eigentlich nur auf eine paſſive Umſchließung der Stadt; die ſardiniſche Flotte unter dem Admiral Albini hielt ihr den Hafen frei, und die Oeſterreichiſche war viel zu ſchwach, es auf einen Kampf ankommen laſſen zu können. Nachdem aber in dem Waffenſtillſtande, den Radetzky Viktor Emanuel diktirte, die Rückberufung Albinis geſichert war, begann General Haynau, der im Venetianiſchen kommandirte, ernſtliche Vorbereitungen zu einer wirklichen Belagerung. Auf kurze Zeit entzog ihn der Aufſtand Brescia's dieſer Thätigkeit; nachdem dieſe unglückliche Stadt aber wieder unterworfen und gezüchtigt worden war, nahm er die Arbeiten um ſo eifriger auf.

Die Aufgabe war nicht klein: Die Venetianer hatten ſich vorgeſehen. Manin, dem die venetianiſche Aſſemblea am 2. April, als die Nachricht von der Niederlage der Piemonteſen ankam, unumſchränkte Gewalt zur Ergreifung aller für nothwendig erachteten Vertheidigungsmaßregeln übertrug, hatte die Dämme durchſtechen und damit das die Lagunen zunächſt umgebende Land, und alle über dieſelben führenden Dämme unter Waſſer ſetzen laſſen. Ehe Albini, dem Befehl ſeiner Regierung nur zögernd gehorchend, das adriatiſche Meer verließ, waren die Kanonen von allen bei Venedig ſtationirten Schiffen nach dem Fort Malghera gebracht worden, ſo daß alle Wälle deſſelben mit einer ganz ungewöhnlichen Zahl von Stücken des ſchwerſten Kalibers beſetzt ſind. Im Bereich dieſer Geſchütze mußten die Oeſterreicher ſogar die Vorarbeiten unternehmen, die bloß zur Trockenlegung des Landes, von dem aus der Angriff beginnen konnte, nöthig waren. Doch gingen ſie voll guter Hoffnung daran; am 11. April reiſte Haynau zum Belagerungskorps ab und am 20. hoffte man die Laufgräben zu eröffnen. Der 20. kam und die Laufgräben waren nicht eröffnet: die Ueberſchwemmung, heftige Regen, das Feuer der Venetianer ließen die Arbeiten nur langſam vorrücken. Eine zahlreiche Geſellſchaft der glänzendſten Notabilitäten des öſterreichiſchen Heeres war zur Feier der Eröffnung der Laufgräben am 20. in Meſtre eingetroffen; ſie mußten unverrichteter Sache wieder umkehren. Jetzt verſprach man die Eröffnung auf den 1. Mai. Der Telegraphenthurm in Meſtre, von dem aus man die ganze Umgegend und mit einem Fernrohr bis in die Straßen Venedigs ſehen kann, diente den Oeſterreichern zur Warte. Stundenlang ſtand hier der ſtrenge Haynau von drei, vier jungen Erzherzögen umgeben und betrachtete ungeduldig die faſt unmerkbaren Fortſchritte ſeiner Ingenieure. Nur Nachts konnten die Sapeurs arbeiten, denn des Tages über waren die Geſchütze von Malghera unausgeſetzt thätig, ſobald ſich auch nur ein Mann in ihren Bereich wagte; und ſelbſt des Nachts ſuchte man in Malghera durch Leuchtkugeln die Stelle zu entdecken, wo die Oeſterreicher thätig waren, um ſie durch ein wohlgezieltes Feuer zu verſcheuchen. Treue Bundesgenoſſen fanden die Oeſterreicher, wie ſie ſelbſt erzählen, an den zahlreichen Fröſchen des ſumpfigen Landes; deren „weithallendes, melodiſches Konzert" übertönte das Geräuſch des Schaufelns und Grabens und das Klopfen der Hämmer. Endlich am 4. Mai waren die Arbeiten ſo weit vorgerückt, daß in der erſten Parallele, ungefähr 1200 Schritt von dem Fort entfernt, vier Mörſer, zwei Demontir- und eine Shrapnell-Batterie errichtet werden konnten. Es muß auf

die Venetianer einen ſeltſamen Eindruck gemacht haben, als Mittags 12 Uhr die Oeſterreicher ihr Feuer eröffneten. Die Batterien derſelben waren durch Maulbeerbäume, die den Rand des Feſtlandes umziehen, verdeckt, und waren deshalb vom Fort aus noch nicht bemerkt worden. Der große Kanal war wie gewöhnlich einſam und leer, Meſtre, deſſen Einwohner durch die Geſchütze von Malghera längſt verſcheucht waren, öde und todt; die Venetianer beſchäftigten ſich, auf dem Glacis Raſenſtücke zu ſtechen, und das Dach ihrer Kaſerne auszubeſſern, als plötzlich auf dem linken Flügel der Oeſterreicher dichter Rauch aufſtieg, und die Bomben in Malghera einſchlugen. Die erſten Augenblicke waren die Venetianer wie verſteinert, dann begannen ſie ein ſo wildes Feuer, daß daſſelbe, weil ſie ſich nicht Zeit zum gehörigen Zielen ließen, wenig Schaden that.

Denſelben Abend traf Radetzki im öſterreichiſchen Hauptquartier ein, um den letzten Verſuch einer gütlichen Ausgleichung zu machen. Er verlangte augenblickliche Unterwerfung und bot dafür vollkommene Amneſtie für alle Soldaten vom Feldwebel abwärts. Die Venetianer meinten ſich ſo noch nicht ergeben zu müſſen und wieſen auf die von ihnen nachgeſuchte Vermittlung Englands. Am 6. des Morgens begann das Feuer und die Arbeiten der Oeſterreicher wieder. Auf ihrem rechten Flügel liegt das Terrain etwas höher, darum gelang es ihnen hier, ſchneller vorzurücken. Am 10. hatten ſie auf dieſer Seite ſchon 26 Geſchütze aufgeſtellt. Doch auch die Venetianer waren nicht unthätig. Was ſie mit ihrem Geſchütz von dem Fort aus nicht zerſtören konnten, ſuchten ſie durch Ausfälle zu erreichen. Den kühnſten machten ſie am 9. Früh am Morgen waren ſie, von den Oeſterreichern unbemerkt, auf dem rechten Flügel bis in die Linie derſelben vorgedrungen. Kaum noch zu rechter Zeit eilten die Oeſterreicher in die Laufgräben und trieben den Feind mit beträchtlichem Verluſt zurück. Doch auch ſie ſelbſt müſſen, ſo wenig ſie es Wort haben wollen, nicht unbedeutenden Schaden erlitten haben. Die Spitäler von Padua, Vicenza und Treviſo ſind voll von Verwundeten.

Ein ſchlimmerer Feind freilich als das feindliche Feuer, klagen die Oeſterreicher, iſt das Sumpffieber. Tauſende ſind daran in den wenigen Wochen der Belagerung erkrankt, und das Heer ſoll ſichtlich dadurch entmuthigt werden. Dazu kommt, daß jetzt der Baron Haynau von Meſtre abberufen iſt, um in Ungarn verwendet zu werden, und daß der Graf Thurn ſtatt ſeiner den Oberbefehl übernommen hat. In den General Haynau hatten die Truppen unbedingtes Vertrauen; ſie glaubten den Sieg an ſeine Führung gefeſſelt; der Wechſel des Kommando's iſt ihnen eine böſe Vorbedeutung — die Zukunft muß lehren, ob die Ausdauer des Grafen Thurn alle dieſe Schwierigkeiten zu überwinden wiſſen wird. Adria wird ſich ſeine Braut nicht leicht entreißen laſſen.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 26. Mai. Der geſtern von der Reichsverſammlung auf den Antrag des Dreißigerausſchuſſes bezüglich der Entfernung der Truppen der Staaten, deren Regierungen die Reichsverfaſſung noch nicht anerkannt, von dem Gebiete der verfaſſungstreuen Staaten, hat ſicher keinen andern Zweck, als der Reichsverſammlung einen Vorwand zur Verlegung ihres Sitzes zu geben.

*** **Frankfurt**, 26. Mai. Die vorgeſtern bei Oberlauterbach ſtattgehabte und auf das heſſiſche Gebiet verpflanzte bewaffnete Volksverſammlung galt einem ſchon bei der Volksverſammlung in Michelſtadt verabredeten Zug gen Darmſtadt und ſelbſt die Verwarnungen eines Mitgliedes der äußerſten Linken blieben fruchtlos. So mußte das Unvermeidliche eintreten.

Frankfurt, 26. Mai. Einer Kouriernachricht zufolge wird die Heermaſſe von 60,000 Mann preußiſcher Truppen, welche in drei Kolonnen ſich nach der Gegend von Frankfurt bewegt, in deſſen Nähe binnen drei Tagen eintreffen. Der Kourier war der Kavallerie dieſſeits Fulda begegnet. Die Beſtimmung der Truppen ſoll bis jetzt keine andere ſein, als Raſtatt für das Reich wieder zu nehmen und Landau demſelben zu erhalten. (O.P.Z.)

Frankfurt, 26. Mai. Sicherem Vernehmen nach haben pfälziſche Freiſchaaren geſtern Abend die rheinheſſiſche Stadt Worms beſetzt und ihre Vorpoſten bis Oſthofen, anderthalb Stunden von Worms an der Straße nach Oppenheim, vorgeſchoben. In letzterer Stadt ſtehen preußiſche Truppen. (O.P.Z.)

Frankfurt, 26. Mai. Die an den königl. hannover'ſchen Bevollmächtigten gerichtete Verfügung des Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten, d. d. Hannover, 23. Mai, wodurch die Abgeordneten des Königreichs aus der verfaſſunggebenden Reichsverſammlung abberufen werden, iſt uns ſo eben mitgetheilt worden. (O.P.Z.)

△ **Wien**, 22. Mai. Der Beamte der Gloggnitzer Eiſenbahn, welcher geſtern früh ſtandrechtlich erſchoſſen wurde, war ein Ungar aus Helba im Gömörer Komitat, und hatte ſchon früher einem Soldaten des Regiments Preußen die Mittel zur Flucht nach Ungarn verſchafft. Er ſoll mit vieler Faſſung geſtorben ſein und nur das einzige Bedauern ausgeſprochen haben, daß er nun ſeinem unglücklichen Vaterlande nicht mehr nützen könne. Baron Welden hat das Verbot der ungariſchen Banknoten erneuert, weil ſie ſich noch immer im Verkehr befanden. Wer ſie annimmt oder verbreitet, wird der Vorſchubleiſtung zum Aufruhr ſchuldig erklärt und verfällt dem ſtrengſten Kriegsrechte. Ueber unſere Armee höre ich aus authentiſcher Quelle, daß ſie überall ſchon die Stellungen genommen hat, nach welchen Welden planmäßig das Vorrücken beſchloſſen hat, was noch aufhält iſt, daß die Ruſſen noch nicht die verabredeten Poſitionen inne haben. Der Angriff in Maſſe iſt vorläufig auf den 24. beabſichtigt.

* **Wien**, 22. Mai. Unlängſt brachte das Fremdenblatt die Nachricht daß Dr. Fiſchhofs Prozeß eine ſchlimme Wendung nehme, weil ſich unzweifelhaft herausſtelle, daß er Bem nach Wien gerufen, und für die Revolution gewonnen habe. Im Allgemeinen wurde der Notiz kein Gewicht beigelegt, da das Gerücht ſchon vor längerer Zeit ſich als unwahr herausgeſtellt hatte, doch der Kriminalrath, welcher die Unterſuchung mit Dr. Fiſchhof zu führen hat, ſoll dieſe zuverſichtliche Behauptung, die faktiſch ungegründet iſt, ſehr übel aufgenommen und den Redakteur jenes Blattes bereits wiederholt eingeladen haben, um ihn über die Quelle jener Nachricht zu befragen; bisher ſoll Herr Heine wegen Unpäßlichkeit der Vorladung nicht Folge geleiſtet haben.

Mit dem Vorhaben den Spielberg in Vertheidigungszuſtand zu ſetzen, ſcheint es, nachdem die Kanonen bereits einmal dort aufgeführt, und dann wieder zur Transportirung nach Ungarn weggenommen, endlich Ernſt zu werden. Die Gefangenen würden dann wahrſcheinlich in die feſte erzbiſchöfliche Burg Müran (Olmützer Kreis) gebracht werden, da bereits im vorigen Monate dahin die Anfrage abging ob die gedachte Veſte zur Unterbringung von 4—500 Sträflingen geeignet ſei. Eine neue Verordnung ſchärft den Hauseigenthümern und ſelbſt vermiethenden Parteien, die genaue Angabe der von ihnen entgeldlich oder unentgeldlich aufgenommenen Hausgenoſſen, ein. Eine andere Verordnung betrifft die Hinterlegung von Pflichtexemplaren, von jeder nicht über 3 Bogen betragenden Druckſchrift, auch wenn die Vervielfältigung auf andere Weiſe geſchieht.

** **Berlin**, 24. Mai. Mit Bezug auf Baierns jüngſte Erklärung, welche meine neulich ausgeſprochene traurige Vermuthung, daß das hieſige Kabinet, wenn es ehrlich iſt, den Uebermuth der Nymphenburger Dynaſtie noch werde fühlen müſſen, nur zu ſehr beſtätigt hat, iſt General von Gerlach nach München geſandt. Er trägt Eulen nach Athen. Merken Sie Sich indeſſen die Namen der Vertrauensmänner: Radowitz, Canitz, Rauch, Gerlach. Der Oberſt Fiſcher darf in dieſer Geſellſchaft gar nicht genannt werden; er iſt einer unſerer trefflichſten Männer, einer der geiſtvollſten Offiziere der Armee, vom Scheitel bis zur Zehe ein Deutſcher. Auf das letzte Prädikat werden jene vier Herren wohl ſchwerlich Anſpruch machen! So weit wären wir nun mit Hilfe des neuen Haugwitz. Oeſterreich und Baiern à part, neunundzwanzig Staaten unter der Reichsverfaſſung à part und Preußen im günſtigſten Falle auf Sachſen, das aus Dankbarkeit ſich nicht losmachen kann, und auf Hannover, das gar locker zu ſein ſcheint, angewieſen! Rußlands Drohung war übrigens recht reell: eine Flotte von Kronſtadt nach Kopenhagen, und ein Landheer nach Oſtpreußen. Der däniſche Bevollmächtigte, Baron Reedtz verweilt gegenwärtig hier. Ob Fridericia noch erobert werden darf? O dieſe Politik, die wir uns 1806 an den Sohlen abliefen!

‡ **Berlin**, 24. Mai. Land! wir ſehen Land! ſo fing vor wenig Tagen die Deutſche Reform ihren leitenden Artikel an, und wie ſchließt ſie den heutigen: „Es will Mitternacht ſchlagen in der deutſchen Geſchichte. Die böſen Geiſter harren des Beginnes ihrer Herrſchaft. Schon hebt ſich der Hammer! Wenn er aus-

geſchlagen, ehe der Retter ſich gefunden, iſt es zu ſpät!" Wenn es nicht zu traurig ausſähe im Vaterlande, Ihre Partei könnte jetzt triumphiren. Es iſt ja Alles ganz genau eingetroffen, wie Sie es vorausgeſagt. Noch zuletzt, als Sie von den hieſigen Regierungskonferenzen Nichts erwarteten, wie wurden Sie geſchmäht daß Sie jenen Oktroyirungs-Congreß lächerlich oder gar verächtlich zu machen ſuchten. Nicht lächerlicher, als er ſich wirklich gezeigt. Preußen iſt durch ſein unfähiges Miniſterium ſchmählich bloß geſtellt. Nur Sachſen, das jetzt keinen Willen haben kann, geht unbedingt mit Preußen. Hannover wollte bis zuletzt, „die Stelle für Oeſterreich offen halten," mit andern Worten, Preußen nicht die Suprematie einräumen. Heute will man wiſſen, Stüve habe ſich gefügt. Jetzt laſſen ſich die Miniſter zurufen: „Wer jetzt zuerſt das Annehmbare, das vom Volk Erſehnte, das von den Umſtänden unabweislich Geforderte frei und offen und von Herzen darbietet, ihm wird Germania ihre Hand reichen!"

Möge das Dargebotene aber auch das vom Volk Erſehnte ſein! Möge die Regierung, von den Königen überliſtet, nur nicht das Volk und ſeine Hoffnungen betrügen. An den Ernſt der ruſſiſchen Note will man hier nicht recht glauben. Ueber die ruſſiſchen nach Oeſterreich rückenden Soldaten erfährt man, daß ſie ſchwächlich ausſehen und ſchlecht bewaffnet ſind. Blos einige Grenadierregimenter haben Perkuſſionsgewehre und die Kanonen ſind ſo ſchwer und unbeholfen, daß ein Spötter in Krakau ſagte: es wird den Ungarn ſchwer werden, ſolche Kanonen wegzubringen, wenn ſie dieſelben überhaupt wollen. Hier wird der Herr Lamothe erwartet, um im Namen Frankreichs gegen den Durchzug ruſſiſcher Truppen durch das preußiſche Gebiet zu proteſtiren. So viel wir wiſſen, iſt unſerm Vaterlande dieſe Schmach bis jetzt noch nicht angethan. Die Sympathie für Ungarn iſt hier bei den Demokraten ſo groß, daß Einer ſein Kind auf den Namen Koſſuth hat taufen laſſen. Ritter Prokeſch lächelt jetzt noch einmal ſo liſtig, nachdem er unſer Miniſterium ſo zum Beſten gehabt, und Hr. v. Canitz fährt fort in Wien Konferenzen zu halten, bei denen gewiß ebenſoviel herauskommen wird, wie bei den Berliner. Aber während Preußen nach außen ſich ſchwach und unſelbſtſtändig zeigt, iſt unſer Miniſterium deſto tapferer nach innen. Der Belagerungsſtand wird immer mehr geſchärft und eine Verhaftung folgt der andern, darunter der Abgeordnete Berends, der Geheimerath Pfeiffer u. ſ. w. Die Anklagen wegen Majeſtätsbeleidigung ſind ſo häufig, daß den Behörden ſelbſt an die Hand gegeben iſt, kein Gewicht auf ſolche Anklagen zu legen, welche von perſönlicher Rachſucht der Delatoren eingegeben ſind. Die Nationalzeitung iſt wieder freigegeben.

= **München**, 24. Mai. Die Linke und das linke Centrum, die geſtern ausgetreten, waren geſtern bis tief in die Nacht in Klubſitzung im Trauben vereinigt, und auch heute wieder dort vom frühen Morgen ab in Berathung. Miniſterialrath v. Herrmann iſt aus Frankfurt hier angekommen, desgleichen die Reichstagsabgeordneten Wigard und Lodemann. Die Stadt iſt äußerlich ruhig. Auf die geflohenen Rechtskandidaten Sensburg, die Redakteure des Vorwärts, wird laut polizeilichem Späheblatt gefahndet. Der Verhaftsbefehl lautet auf Staatsverrath.

A **Dresden**, 24. Mai. Die Avantgarde der vom Generallieutenant von Holleben befehligten preußiſchen Diviſion (das 2. Bataillon das 20. Linienregiments und das 35. Landwehrreſervebataillon) hat heute Dresden und Sachſen verlaſſen, und im Laufe der nächſten Tage folgen alle gegenwärtig im Königreiche Sachſen verſammelten preußiſchen Truppen nach. Sie werden durch eine neue Diviſion erſetzt, von der morgen und übermorgen bereits das 18. poſen'ſche Landwehrregiment hier eintrifft. Die Holleben'ſche Diviſion nimmt ihren Marſch vorläufig nach Thüringen, iſt aber dem Vernehmen nach zur Vervollſtändigung der am Main ſich koncentrirenden preußiſchen Truppen beſtimmt. Morgen ſchon wird die Avantgarde die Garniſon der Feſtung Erfurt ablöſen. Nur das Füſilierbataillon des Kaiſer Alexander-Garderegiments bleibt vorläufig noch in Dresden. Dieſe neuen Dislokationen kommen den Soldaten, welche ſich hier ſehr wohl befanden, ziemlich ungelegen, um ſo mehr, da nicht nur die Mannſchaften, ſondern auch die Mehrzahl der niedern Offiziere über Ziel und Zweck ihres Marſches gänzlich im Ungewiſſen ſind. Die Nachricht der Deutſchen Reform, daß der König das Nervenfieber habe, iſt falſch.

Hannover, 21. Mai. Hr. Althaus, der Redakteur der Zeitung für Norddeutſchland, die gegenwärtig unter der Redaktion von K. Gödeke erſcheint, iſt noch immer verhaftet. Die Erklärung des Hrn. Strack, eines der Inhaber der genannten Zeitung, daß er damit für Hrn. Althaus eine Kaution bis zu dem Betrage von 1000 Thlrn. geleiſtet haben wolle, iſt von dem zuſtändigen Gerichte noch nicht beantwortet worden. Man verſichert uns, daß das erſte Erkenntniß über Hrn. Althaus bereits gefällt ſei. Es ſoll auf ſechsmonatliches Gefängniß lauten. Dr. Menſching, Redakteur der hieſigen Volkszeitung, hat morgen eine vierwöchentliche Gefängnißſtrafe, zu welcher er wegen eines ſogenannten Preßvergehens verurtheilt worden war, überſtanden. Dr. Schläger, Redakteur der früheren hieſigen Vaterlandsblätter, hat vor einigen Tagen eine vierwöchentliche Gefängnißſtrafe angetreten. (N. F. P.)

Karlsruhe, 26. Mai. Vorgeſtern tumultuirten die Kanoniere, angeblich wegen ihrer Einſtandsgelder, ſie wurden gleich des andern Tages ins Oberland entſendet. Geſtern Abend ritt das Leibdragonerregiment hier ein, ſeinen Offizieren treu ergeben. Sie machten Schwierigkeiten wegen des Gehorſamsgelöbniſſes an die neue Regierung. Darüber war gewaltige Beſtürzung und ein peinliches Vorgefühl. Aus allen umliegenden Orten wurden eiligſt Freiſchaaren und Bürgerwehren hierhergerufen. Von dieſen iſt jetzt die ganze Stadt und das Ständehaus, Sitz der Regierung und Privatwohnungen ihrer Mitglieder, militäriſch beſetzt. Von fünfzig zu fünfzig Schritten ſteht eine Schildwache. (Frankf. J.)

#**Mannheim**, 25. Mai. Geſtern machte ich einen Ausflug nach Neuſtadt, um mich in der Rheinpfalz ein wenig umzuſehen. Die fremden Zuzüge hatten ſich in den letzten Tagen über alles Erwarten vermehrt. Außer den Turnern und kampfluſtigen Demokraten aus Heſſen, Rheinpreußen, Naſſau ꝛc., hatten auch die Schweiz und Elſaß zahlreiche Kontingente geliefert. Der bekannte Becker aus Biel, Heinzens Buſenfreund, welcher ſich ſchon früher bei den Freiſchaareneinfällen aus der Schweiz lebhaft betheiligt hatte, und deshalb in ſeinem Fabrikgeſchäft bankerot geworden war, führte eine Schaar herbei, welche ſo zerlumpt und ſchuftig ausſah, daß ſelbſt die proviſoriſche Regierung Anſtand nahm, ſie in ihre Dienſte zu nehmen. Sonſt iſt das gewöhnliche Koſtüme der bewaffneten Abenteurer in der Rheinpfalz die blaue Blouſe und ein kurzer Hut mit breitem Rande, halb Kalabreſer, halb Tyroler von grauer, ſchwarzer oder grüner Farbe mit rothen Bändern oder langen rothen Federn geſchmückt. Die Anführer tragen zum Theil hohe, waſſerdichte Stiefel, welche bis zu den Schenkeln reichen und von den Hoſen wenig ſehen laſſen. Außer den Jagdflinten, Musketen, Piſtolen und Säbeln ſind Senſen, deren Sichel nach krakuſiſcher Art auswärts ſteht, und mit eiſernem Bande am hölzernen Stabe befeſtigt iſt, Lieblingswaffen dieſer Freiwilligen. Vor jeder bewaffneten Kompagnie marſchiren einige Senſenmänner. Gleich bei meinem erſten Beſuch in Ludwigshafen begegnete mir eine ſolche Schaar mit einem ſchlechten Trompeter an der Spitze, welchem zwei Männer mit Aexten und zwanzig Senſenmänner folgten. Hinter dieſen eine ſehr bunt gekleidete Bande von mehr als 100 Mann, welche das gemeinſame rothe Abzeichen und Schießwaffen von den verſchiedenſten Formen trugen. Man bemerkte Phyſiognomien aller Art darunter. Neben ſehr wüſten Geſichtern, deren Ausdruck von abſchreckendſter Roheit, auch einige ſchöne Köpfe mit impoſanten Bärten, dann wieder ſanfte, knabenhafte Phyſiognomien von ſehr jungen Leuten, welche das ganze Treiben als Spiel und Kurzweil mitzumachen ſchienen und den Ernſt und die Gefahr ihres Unternehmens ſchwerlich bedacht haben. In Ludwigshafen und Umgegend mögen circa 600 Mann Freiſchärler ſtehen mit zwei Kanonen. Die Brücke iſt ſtark beſetzt, und auf jeden Fremden, der nicht das Freiſchärlerkoſtüme und das rothe Abzeichen trägt, oder wenigſtens wie ein Proletarier ausſieht, wird ein argwöhniſches Auge geworfen. Schon der Müßiggang treibt dieſe Republikaner, wenn ſie nicht vor der Bierkanne ſtehen, an, ihren Uebermuth an friedlichen Leuten auszulaſſen, die revolutionären Polizeiſchergen zu machen, und an jedem Fremden einen Spion zu wittern. Mir ging es geſtern faſt wie dem armen Herrn v. John, welchen auch nur die Neugierde nach Ludwigshafen führte, der dann vom Neuſtadter Pöbel als gefangener „Spion" beinahe zerriſſen wurde, und nun vor einem Kriegstribunal von Blouſenmännern ſteht, die ſich kein Gewiſſen machen, auf einen vagen Verdacht hin, ein Todesurtheil auszuſprechen. Zum Glück war der Blouſenoffizier, der mich geſtern arretirte, ein ziemlich gutmüthiger Kerl. Auf ſeine naive Frage ob ich ein Spion ſei? konnte ich mit gutem Gewiſſen: nein an;

worten, und da man außer meinem runden Hut, der unter den Republikanern verpönt iſt, nichts verdächtiges an mir bemerkte, ließ man mich ruhig abziehen. Alle Stationen der Eiſenbahn zwiſchen Ludwigshafen und Neuſtadt waren von zahlreichen Banden Aufſtändiſcher beſetzt, deren wachſende Maſſen bereits eine Verlegenheit für das Land ſind, denn unſere kleinen Städte und Dörfer der Pfalz ſind bereits mit Einquartierung überladen. Bei Ingenheim begegneten wir einer bewaffneten Bande, welche eben im Begriffe war einen „Pfaffen" zu verhaften. Pfarrer Schiller ſoll unklugerweiſe die Einſetzung der proviſoriſchen Regierung von der Kanzel herab getadelt haben, und verfällt nun dafür dem Kriegsgericht. In Neuſtadt gewinnt der revolutionäre Spektakel einen faſt großartigen Anſtrich. Alle Gaſſen wimmeln von den pittoresken Figuren der „Freiheitskämpfer," worunter natürlich auch Polacken und Franzoſen nicht fehlen dürfen. „Wirth und Dirnen haben's gut." Die Bänke der Gaſthäuſer werden nie leer, und wenn dieſe Blouſenhelden ſich gegen die Preußen eben ſo tüchtig ſchlagen, als ſie tapfer zechen, ſingen und fluchen, ſo ſind ſie unüberwindlich. Auch viele reguläre Soldaten ſah ich in Neuſtadt. Die neuavancirten Offiziere nehmen ſich in ihren Soldatenröcken mit Epaulettes und Offizierkragen ziemlich poſſierlich aus. Auch in wirklicher Offiziersuniform würde man beim erſten Blick ſie erkennen an der plumpen Geſtalt und dem unbeholfenen Benehmen. Die einberufenen Rekruten waren noch nicht uniformirt und bewaffnet, ſondern trugen Jacken oder Blouſen und derbe Knittel. Ueber das Reſultat meiner Erkundigungen bei Männern, welchen das Schauſpiel in der baieriſchen Rheinpfalz nur halb gefällt, nächſtens mehr. Landau iſt fortwährend von 5000 Mann blokirt, und der Mangel an Lebensmitteln ſoll bereits fühlbar ſein. Uebrigens hat ſich die dortige Beſatzung keineswegs aufgelöſt, wie ein Schreiben der Allg. Ztg. irrig meldete. Die größere Hälfte von der Mannſchaft der in der Feſtung liegenden zwei Regimenter iſt bei ihren Offizieren geblieben, und begrüßte die anrückenden „Freiheitsmänner" mit Kartätſchen. Kommandant Blenker, den ſeine Frau in Mannskleidern als Adjutant begleitete, war bei ſeinem Ueberrumpelungsverſuche nicht glücklich. Deßhalb wollen auch ſchon manche in ihm einen verkappten Verräther wittern. Ich glaube, daß nie eine Revolution war, wo man nicht über „Verrath" geſchrieen, wenn die Sache krumm ging.

Raſtatt, 25. Mai. Der Beſchluß des Gemeinderaths und großen Bürgerausſchuſſes von Freiburg, wonach der Großherzog, wenn er zurückkehrt, als Staatsoberhaupt anerkannt, und wenn er auch nicht ſofort zurückkehrt, gleichwohl als Oberhaupt betrachtet wird, iſt bekannt. Einen gleich wichtigen und jedenfalls für die nächſten Tage entſcheidenden Beſchluß hat geſtern unſere Bürgerwehr in Uebereinſtimmung mit dem Militär gefaßt; es ſoll nämlich den Truppen derjenigen deutſchen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, der Einzug in die hieſige Reichsfeſtung ohne Hinderniß geſtattet ſein, ſelbſt wenn der Landesausſchuß es anders verfügen wollte. Geſtern ſind ein Bataillon vom erſten Infanterieregiment und eine Abtheilung Dragoner von hier nach Heidelberg abgegangen. Unſere Beſatzung beſteht nun nur noch aus aus drei Bataillonen Infanterie, mit denen gemeinſchaftlich unſere Bürgerwehr den angeſtrengten Feſtungsdienſt verſieht. (D. P. Z.)

Mainz, 25. Mai. Das Feſtungsgouvernement hat an den großh. heſſiſchen Territorialkommiſſär folgende Mittheilung gerichtet:

„Nachdem das Gouvernement in Erfahrung gebracht hat, daß Emiſſäre der revolutionären Partei verſuchen, die Soldaten der Garniſon zu Deſertion, zur Untreue und zum Ungehorſam zu verleiten, beehrt es ſich, Euer Hochwohlgeboren ganz ergebenſt und dringend zu erſuchen, die mit Ueberwachung der Fremden- und Wirthshaus-Polizei beauftragten Behörden ſtrenge anzuweiſen, auf alle ſolche Leute, Fremde oder Einheimiſche, welche das ſoeben bezeichnete ſchändliche Gewerbe treiben, die größte Aufmerkſamkeit zu richten, dieſelben ſogleich zur Haft zu bringen, wobei die Militärpatrouillen und Wachten die erforderliche Aſſiſtenz ſofort leiſten werden. Uebrigens werden auch die Wachten und Patrouillen, ſowie alle einzelnen Glieder der Garniſon, jeden, den ſie bei Ausübung des oben bezeichneten Verbrechens auf friſcher That ertappen, ſofort zur Haft bringen. Nur durch die energiſchſte Niederhaltung aller ſolcher Umtriebe kann ein noch viel größeres Unglück von der Stadt Mainz abgewendet werden, und das Feſtungsgouvernement rechnet daher bei den hierzu dienenden Maßregeln nicht allein mit Zuverſicht auf die bereitwillige Unterſtützung der Behörden, ſondern auch auf die thätige Mitwirkung aller ordnungsliebenden Einwohner von Mainz, und es wird ihm nur angenehm ſein, wenn die vereinten Bemühungen daſſelbe von der Nothwendigkeit entbinden, extreme und außerordentliche Maßregeln im Intereſſe der Ordnung und Sicherheit zu verfügen. Mit vorzüglichſter Hochachtung verharrt: Gez. v. Hüſer, Generallieutenant und Vicegouverneur."

Mainz, 25. Mai. So eben wird hier durch die Schelle verkündigt, daß ſich die Einwohner auf Einquartierung gefaßt machen ſollen, und werden, wie uns aus ſicherer Quelle verſichert wird, morgen bereits 3 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Kavallerie und 1 Batterie Artillerie vom Niederrhein hier eintreffen. Reiſende, die mit dem Dampfboote ankommen, bringen die Nachricht, daß ſtarke Truppenmaſſen im Anmarſche ſeien. (D.P.Z.)

x **Meiningen**, 23. Mai. Die Domänenfrage, welche in Verbindung mit Beſtimmung der Civilliſte ſeit Jahren auf unſerm Lande laſtete, iſt heute endlich zu glücklicher, endgültiger Löſung gelangt: Die Domänen ſind für Staatsgut erklärt und auch ſonſt die Rechte des Landes hinreichend gewahrt; die Civilliſte iſt in einem Betrage feſtgeſetzt, mit dem der Herzog umſomehr ganz zufrieden ſein kann, da das Volk denſelben wohl zum Theil über Erwarten und Verlangen hoch finden wird. Aber auch die hierüber etwa im Lande entſtehende Mißſtimmung wird durch einen andern heute erfolgten Schritt der Regierung ihre Erledigung finden: nachdem der Landtag vor einiger Zeit auf Begnadigung der politiſchen Verbrecher, inſoweit ſie als Verführte erſcheinen, angetragen hatte, iſt heute unbedingte Begnadigung für alle ſeit dem März v. J. vorgefallenen politiſchen und Jagdvergehen unter Niederſchlagung ſämmtlicher Koſten erfolgt.

▷ **Schwerin**, 23. Mai. Die größte Volksverſammlung in der deutſchen Sache und zwar eine für ganz Mecklenburg war auf ehegeſtern nach **Güſtrow** ausgeſchrieben. Sie mochte 3000 Theilnehmer aus den verſchiedenen Städten des Landes zählen. Auch Kammermitglieder waren zugegen und ihr zweiter Vizepräſident, **Wenzlaff** übernahm den Vorſitz. Die von dem Enthuſiasmus einiger jugendlicher Redner fortgeriſſene Verſammlung einigte ſich bald ohne lange Debatten über folgende Punkte:

1) Die Volksverſammlung erkennt die von der deutſchen Reichsverſammlung beſchloſſene und verkündigte Reichsverfaſſung als endgiltig für ganz Deutſchland an und verpflichtet ſich, dieſelbe mit Leib und Leben, Gut und Blut zu vertheidigen.

2) Die Einzelregierungen ſind demnach den zur Durchführung dieſer Verfaſſung gefaßten Beſchlüſſen der Reichsverſammlung unterworfen.

3) Die Volksverſammlung erklärt die Nichtbefolgung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung für Hochverrath.

4) Die Verſammlung beſchließt in Verfolg ihres erſten Beſchluſſes, daß es die dringendſte Pflicht ſei, ſich zu bewaffnen und Volkswehren überall zu errichten. Dazu ſoll ein Volkswehrausſchuß von Fünfen eingeſetzt werden, der für Organiſation und Centraliſation ſämmtlicher mecklenburgiſcher Volkswehren ſorgen ſoll.

** **Schleswig-Holſtein**, 23. Mai. Im däniſchen Heere muß nicht der beſte Geiſt herrſchen, denn Flyveposten giebt als Beweggrund der Anordnung des däniſchen Kriegsminiſteriums, welche die Inſel Alſen in Belagerungszuſtand erklärt, ein Schreiben aus Sonderburg, worin folgende Stelle vorkommt: „Es iſt erfreulich zu bemerken, wie der wackere Kommandeur des Flankenkorps die ziemlich erſchlaffte Disziplin unter den Soldaten wieder herzuſtellen gewußt hat; jedes Verſehen wird jetzt auf das Strengſte unterſucht und die Schuldigen beſtraft, und man hat jetzt nur ſelten Klage über das Betragen des Militärs, gleichwie der ſtattfindende Belagerungszuſtand das frühere Umhertreiben der Soldaten auf den Gaſſen und in den Wirthshäuſern verhütet!" Aus dieſer Mittheilung aus däniſcher Quelle in einem ultranational geſinnten däniſchen Blatte läßt ſich abnehmen, in wie weit die Behauptungen deutſcher Blätter über die Auflöſung der Disciplin im däniſchen Heere begründet waren oder nicht. Welch anderer Geiſt herrſcht dagegen in unſerem Heere. Als zu dem in Rendsburg liegenden 3. Reſervebataillon die Ergänzungsmannſchaft ausgehoben wurde, drängte ſich ein Mann vor und bat dringend, ob er nicht mit zu unſerer im Felde ſtehenden Armee kommen könne. Der Compagniechef konnte es ihm aus Gründen nicht gewähren, worauf er direkt zum Bataillonskommandeur ging und ſeinen Wunſch auf das Eindringlichſte wiederholte. Auf die Frage, was ihn eigentlich bewege, ſo darauf zu beſtehen, gab er mit Thränen in den Augen dem Major die Antwort: „Dat will ick Se ſegen, de Dänen habben mien Broder todt ſchohten, un ick heff nu keen Ruh, ehe ick wedder en Dänen todtſchohten heff;" und ſein Anliegen wurde ihm bewilligt.

△ **Hamburg**, 23. Mai. In einer geſtern Abend abgehaltenen Verſammlung des Bürgerwehrklubs wurde auf die ablehnende Antwort des Senats, wegen der Vereidigung auf die Reichsverfaſſung, beſchloſſen: eine Adreſſe an das Parlament zu ſenden, worin um Abſendung eines Kommiſſärs zur Ableiſtung des Eides ſo ſchnell als möglich gebeten wird.

Großbritannien.

* **London,** 23. Mai. Man erinnert ſich, daß Lord Brougham im Oberhauſe früher einmal den Finanzminiſter der Republik Rom, Giacomo Manzoni, beſchuldigte, nach Paris und London gereiſt zu ſein, um hier Gemälde und andere Kunſtwerke, welche bisher die Zierden Rom's geweſen, unter der Hand an den Mriſtbietenden zu verkaufen und mit dem Erlös die Lücken in den öffentlichen Kaſſen der römiſchen Republik zu ſtopfen. Wenn man ſich römiſcher Seits dirſen barbariſchen Handel geſtattet hätte, ſo ging er im Grunde den edlen aber geſchwätzigen Lord eben ſo wenig etwas an, als es ein Mitglied der römiſchen Aſſemblea etwas angeben würde, wenn es die engliſche Regierung für gut befände, Stücke aus der britiſchen Nationalgallerie zu Gunſten des engliſchen Staatsſchatzes loszuſchlagen. Lord Brougham hat aber ſeine Anklage nicht einmal auf eine beglaubigte Thatſache geſtützt. Der römiſche Finanzminiſter, gerade jetzt in London anweſend, brachte denn auch durch eine ſchriftliche Erklärung Lord Brougham dahin, daß er in der geſtrigen Sitzung ſeine Ausſage zurücknahm, jedoch mit der Wendung: er fühle ſich zu dieſer Ehrenerklärung um ſo mehr verpflichtet, da Manzoni in drr Verbannung lebe und bei der eigenthümlichen Lage ſeines Vaterlandes wohl noch längere Zeit verbannt bleiben würde. Manzoni hat nun ein Schreiben in der Times veröffentlicht, worin er erklärt, daß Lord Brougham über den Zwrck ſeines Aufenthalts ganz falſch berichtet ſei; er, Manzoni, befinde ſich zu London in einem amtlichen Auftrage der römiſchen Regierung und er führe die Verhaltungsbefehle über ſeine Sendung bei ſich. Unterzeichnet iſt das Schreiben Giacomo Manzoni, Finanzminiſter der Republik Rom.

In Edgeworthtown in Irland (Grafſchaft Longford) ſtarb nach kurzem Krankenlager die einſt berühmte Romanſchriftſtellerin Maria Edgeworth, deren Novellen zu London im Jahr 1832 unter dem Titel „Tales and novels“ erſchienen. Die Verſtorbene war 1771 geboren.

Frankreich.

* **Paris,** 24. Mai. Man ſpricht und träumt jetzt hirr nur von Verſchwörungen und Staatsſtreichen. Die Republikaner behaupten, Louis Napoleon wolle in dem Zwiſchenraum zwiſchrn der Konſtituante und der Legislative (geſetzlich endet die erſtere am 26. Abends, und beginnt die zweite am 28. Morgrns) die Republik umſtürzen; die Anhänger des Präſidenten legen wirder den Republikanern und Marraſt vor Allen die Abſicht unter, den Präſidenten gefangen zu nehmen und in Anklagezuſtand zu verſetzen. Unter dieſen Umſtänden gewinnt die von der Preſſe mitgrtheilte Nachricht Glauben, daß die Nationalvirſammlung am Sonnabend unter dem Vorſitz Lamoriciere's ſich in Permanrnz erklären wolle, bis der Alterspräſident der geſetzgrbenden Verſammlung den General Lamoriciere auf dem Präſidrntenſtuhle erſetzen werde. Dieſer Alterspräſidrnt wird nicht, wie wir geſtern ſagten, Ravez, ſondern der Akademiker Keratry, ebenfalls ein Legitimiſt, ſein; er iſt im Jahrr 1769 geboren. Drr Haß, von dem die Parteien jetzt grgen einander erfüllt ſind, führte in drr geſtrigen und heutigen Sitzung zu den wüthendſten wechſelſeitigen Anklagen. Nach Erledigung der Tagesordnung nahm geſtern Cremieux das Wort: Seit einiger Zeit gehen viele beunruhigende Gerüchte im Publikum umher; dieſe Gerüchte ſind in einem Artikel der Demokratie Pacifique von dieſem Morgen (ſ. unſer geſtr. Blatt) ausgeſprochrn und von unſerm Kollegen Conſiderant unterzeichnet. Ich vrrlange, daß Hr. Conſiderant auf der Tribüne erkläre, welche Gründe ihn ermächtigen, auf den 28. oder 29. d. M. einrn von der Regirrung hervorgerufenen Aufſtand vorherzuſagen. Conſiderant: Die in meinem Artikel enthaltenen Angaben und noch viele andrre Details ſind mir von einer ſehr glaubwürdigen Quelle zugekommen, und ich glaube eine Pflicht erfüllt zu haben, indem ich die Machinationen der Regierung enthüllte. Auch am 29. Januar waren wenigſtens zwei Drittel der Vertreter überzrugt, daß ein Staatsſtrrich ausgeführt werden ſollte und doch hat die Majorität grgen den Antrag der gerichtlich parlamentariſchen Unterſuchung geſtimmt. Ich habe nie gelogen und ich vrrſichere, daß die ſchwerſten Anzeichen zu einem drohenden Staatsſtreiche vorhanden waren. (Pierre Bonaparte unterbrechend: „Ja, Sie haben gelogen, Sie haben geſagt, daß der Präſident drr Republik gegen dieſelbe konſpirire.“ Er wird von Marraſt zur Ordnung gerufen.) Conſiderant fortfahrend: Warum hat man die Jäger von Vincennes, von Straßburg und Metz hierher kommen laſſen? iſt es vielleicht, weil man ihrer mörderiſchen Büchſen bedarf? Andere Journale haben meine Anſicht getheilt. Ledru Rollin: Ihr verlangt Beweiſe oder Thatſachen. Geſtern hat der Präſident der Verſammlung dem Conſeilspräſidenten mitgetheilt, daß die Verſammlung in Permanenz bleiben würde, wenn das Skrutinium bis 4 Uhr nicht vollzählig ſei (am 22. Mai hatte die Rechte durch ihre Entfernung ein ihr ungünſtiges Votum verhindern wollen und die Linke hatte zu dem von Ledru Rollin angegebenen Mittel gerathen) und daß er dann wahrſcheinlich Truppen zum Schutze der Verſammlung bedürfen würde. General Changarnier hat ſogleich an alle Truppenkommandanten den Befehl ergrhen laſſen, Niemand als den von ihm direkt geſchickten Perſonen zu gehorchen. Man verlangt Beweiſe; wohlan, ernennt eine Unterſuchungs-Kommiſſion und citirt die Oberſten und Korpskommandanten vor dieſelbe. Ich verſichere, daß mir ſelbſt der Umſtand von einem Oberſten mitgetheilt worden iſt. Zum dritten Male handelt nun Changarnier ſo; ich behaupte, dies iſt der ſchlagendſte Beweis einrr permanenten Konſpiration. (Lebhafte Unterbrechung rechts.) Wollt Ihr nicht als Mitſchuldige dieſer Konſpiration erkannt werden, ſo müßt Ihr eine Unterſuchungskommiſſion ernennen und Genrral Changarnier ſogleich ſeiner Stelle entſetzen laſſen. Oberſt Charras: Ich verſichere auf mein Ehrenwort, daß folgender Brief mir von einem Oberſten zugeſchickt worden iſt, deſſen Namen ich der Unterſuchungskommiſſion mittheilen werde: „Die Truppen ſind vor der Hand in den Kaſernen auf Piket zu halten. Sie gehorchen keinen andern Befehlen als denen drs Obergenerals.“ Michaud: Ich weiß aus ſicherer Quelle, daß man in drn Sälen den Soldaten befohlen hat „es lebe Napoleon“, aber nicht „es lebe die Republik“ zu rufen. Odilon Barrot: Auf was gründet man denn alle dieſe Anklagen? Gegen den letzten der Bürger wäre eine Anklage auf Verletzung der Konſtitution ſchon eine ſehr gewichtige Sache, gegen den Präſidenten der Republik vorgebracht iſt ſie ein Verbrechen. Man brobachtet nicht einmal die legalen Formen, ſondern trägt die Anklage gleich auf die Rednerbühne und zwar auf die geringſten Anzeichen hin. Es gibt keinen ſchlechteren Rathgeber als die Furcht. Man will zum Voraus die kommende legislative Verſammlung in den Sympathieen der Nation zu Grunde richten; denn ich bin überzeugt, Ihr glaubt ſelbſt nicht an die hier geäußerten Vrrdächtigungen. Ich erkläre hier laut im Angeſicht des Landes, daß die wahre Kraft für die Regirrung in Frankreich nur im Rechtsboden liegt. Aber unſere Grgner ſind nicht mit den legalen Formen einverſtandrn, ſie rufen die Leidenſchaften an, indem ſie ohne Weiteres die Anklage des Präſidenten von der Rednerbühne hrrab verkündigen. Was die Anklage gegen Changarnier betrifft und die Bildung einer Untrrſuchungs-Kommiſſion, ſo wäre dies gegen alle Regel und ein Eingriff in die Rechte der Erekulivgewalt. Wir unſererſeits haben dem Willen der Verſammlung Folge geleiſtet und den Tagsbefehl, wonach den Requiſitionen des Präſideuten der Verſammlung Folge geleiſtet werden muß, in allen Kaſernen anſchlagrn laſſen. Ich beſchwöre nochmals die Kammer, nicht einen ſolchen Weg einzuſchlagen und das Verlangen einer Unterſuchungskommiſſion zurückzuweiſen.

Die Verhandlung wurde geſtern mit dieſer Rrde Barrot's abgebrochen, um heute mit neuer Heftigkeit wieder aufgenommen zu werden. Odilon Barrot eröffnet ſie: Ich habe den General Changarnier um Erklärung über den von ihm gegebenen Tagrsbrfehl befragt; er betheuert, daß er durchaus nicht die Abſicht gehabt habe, die dem Präſidenten Marraſt zukommende Vollmacht zu beſtreiten, denn ſein Tagesbefehl ſei erſt um 1 Uhr Nachts, als die Nationalverſammlung auseinandergegangen war, gegeben worden, wo alſo keine Truppenrequiſition mehr zu erwarten ſtand. Ledru-Rollin: Geſtern hat man die Eriſtrnz des Tagrsbefehls in Zweifel gezogen, hrute muß man dieſelbe wohl anrrkennen, und ſucht jetzt blos noch die ſchlimme Abſicht, in welchrr der Befrhl gegeben wurde, zu entſchuldigen. Welchrn andern Grund könnte man aber dieſem Tagesbefehl unterſchieben, als den drr Autorität unſerrs Präſidenten entgegenzuarbeiten? Der den Generalen zugeſchickte Brfehl war ganz von Changarnier eigrnhändig geſchrieben, ohne daß ſrine Adjutanten etwas davon grwußt hätten. (Odilon Barrot unterbricht: General Changarnier ſchreibt mir ſoeben: Der Tagesbefehl wurde nicht genau citirt, ich habe denſelben nicht geſchriebrn, wohl aber habe ich ihn diktirt.) (Clement Thomas vom Platze: Wie kömmt es, daß General Changarnier nie

hier auf ſeinem Platze iſt, wenn von ihm in der Verſammlung die Rede iſt? Ledru Rollin fortfahrend: Wenn Changarnier nicht Eure politiſche Meinung (zur Rechten gewendet), ſondern eine entgegengeſetzte hätte, ſagt aufrichtig, würdet Ihr nicht ſchon längſt in eine parlamentariſche Unterſuchung gewilligt haben? Durch eine ſolche Unterſuchung könnte man auch die Perſonen erfahren, welche große Summen bezahlt haben, um Leute für eine auf den 28. d. beabſichtigte Manifeſtation anzuwerben. Mehrere davon, die man zu erkaufen ſuchte, haben mir das Faktum bezeugt Man ſagt ein ſolches Unternehmen wäre eine Narrheit. Hat man dann ſchon den Narrenſtreich von Straßburg vergeſſen? Die Narrheit ſcheint andauernd zu ſein, denn ſie wird wenige Jahre nachher wiederholt. (Zur Ordnung! Lauter Beifall links.) Odilon Barrot von ſeinem Platze: Es ſcheint mir unmöglich, daß die Diskuſſion mit dieſem Charakter von direkter Beſchimpfung fortgeſetzt werde. (Laute und lange Unterbrechung). Ledru Rollin fortfahrend: Wenn ſolche Thatſachen vorgefallen ſind, ſo können wir mit vollem Rechte deren Wiederholung befürchten. Herr Odilon Barrot hat unter L. Philipp oft mit mir das Argument behandelt, daß eine Hand hinter dem Vorhange die Miniſter leitet; ſollten wir unter der Republik nicht mehr ein Gleiches thun können? Ich weiß, daß Sie und Barrot oft über dieſe geheimen Einflüſſe aufgebracht waren und namentlich am 29. Januar. Sie wachen mit geſchloſſenen Augen um nicht zu ſehen. Nicht zum erſtenmale ſind Sie ſo hintergangen worden, es iſt Ihnen ſchon ſeit 1830 oft geſchehen, zuletzt noch am 24. Februar, wo Sie ſich der Dynaſtie Orleans hingaben, während die Republik in der Deputirtenkammer proklamirt wurde. Sie ſind kein Verſchworener, nein, Sie ſind nnr ein Blinder, und um Ihre Augen zu öffnen und ein unnützes Blutbad zu vermeiden verlange ich die parlament. Unterſuchung. Fallour: die von dem vorgehenden Redner gemachte Anſpielung, die von einer früheren perſönlichen Politik entnommen war, paßt nicht, denn unter der Monarchie war das Staatsoberhaupt unverantwortlich. Hr. Ledru Rollin hat von Narrheit geſprochen, aber die leidenſchaftlichen Kämpfe, denen wir ſeit acht Tagen in dieſem Saale beiwohnen und welche eher geeignet ſind, die Republik zu untergraben, als ſie zu befeſtigen, ſind mit mehr Recht ein großer Unſinn zu nennen.

In dieſem Style ging die Verhandlung weiter; die äußerſte Linke betheiligte ſich vorzugsweiſe durch Unterbrechungen daran; Fallaur warf ihr unter Andern vor, ihre Freunde ſeien es, die vor Rom gegen Oudinot kämpften; Vorwurf folgte nun auf Vorwurf; ſogar auf die Nationalwerkſtätten ging man zurück; bis zuletzt die Verſammlung, ermüdet, den Gegenſtand auf morgen vertagte.

Daß die Aufregung, welche derartige Verhandlungen in die Bevölkerung werfen müſſen, dem Handel und Gewerbe nicht günſtig ſein kann, beweiſt die Haltung der Börſe. Die 3 pCt. Rente ſank heute auf 52, die 5 pCt. auf 81,50; Bankaktien ſchloſſen 2125.

Mit den Kriegsgerüchten iſt es wieder etwas ſtiller geworden. Nur will die Liberté wiſſen, daß geſtern in einem Kriegsrathe Marſchall Bugeaud ſich für eine Kriegserklärung an Rußland und den nnmittelbaren Einmarſch der Alpenarmee in Italien ausgeſprochen habe.

Italien.

*Rom, 15. Mai. Nichts Neues im Innern. Man beſchäftigt ſich mit den Bedingungen, welche an die Rückkehr Pius IX. geknüpft werden würden. Allgemein iſt die Stimmung für die Ausſchließung der Geiſtlichkeit von der weltlichen Regierung. Allein Niemand glaubt bis jetzt an eine Einwilligung in dieſe Forderung Seitens Pius IX. Die Franzoſen konzentriren ſich auf dem Monte Pincio, 4 Miglien von Rom, die Neapolitaner ſtehen 12 Miglien von uns entfernt, während die Spanier bei Fiumicino Halt gemacht haben. Der Brief Louis Bonaparte's an den General Oudinot, durch den Telegraphen von Paris nach Marſeille befördert und durch den Montezuma ſofort nach Civitavecchia überbracht, iſt ſofort durch einen Tagesbefehl der Armee mitgetheilt worden.

Ungarn.

General Benedek iſt mit dem Kommando des ganzen Vogel'ſchen Korps betraut und ſteht zwiſchen Neuſtadt und Pöſchtyen im Neutraer Komitat; General Vogel erhielt eine andere Beſtimmung.

Peſth und Ofen wurden am 17. d. M. noch immer beſchoſſen, in Peſth ſind ſchon 32 Häuſer abgebrannt, auch in Ofen richtete das von Komorn gebrachte ſchwere Geſchütz der Inſurgenten größern Schaden an als in den verfloſſenen Tagen. Die Peſther Zeitung macht den Vorſchlag alle Peſther Kaufleute von der Einzahlung der an Wiener Handelsleute ſchuldenden Summen zu entbinden, und dieſe Summe zur Entſchädigung des in Peſth angerichteten Schadens zu verwenden. (Allg. Z.)

Türkei.

Konſtantinopel, 10. Mai. Die Miſſion des Generals Grabbe iſt vollendet und betraf, wie ich bereits gemeldet, die Donaufürſtenthümer. Er hat mit der Pforte den Traktat von Adrianopel erneuert, nach welchem die türkiſche Armee ſo lange in der Wallachei ſtehen bleibt, bis die Ruhe hergeſtellt ſein wird; dagegen iſt es den ruſſiſchen Truppen nur geſtattet, bis zu demſelben Zeitpunkte einige Beſatzungen beizubehalten. Die Donauufer bleiben von den Türken beſetzt, und zwar unter Garantie und Zuſtimmung des engliſchen und franzöſiſchen Kabinets. (Preſſe.)

Amerika.

* Kanada. Wie bereits erwähnt, hat das Dampfboot Cambria neue Nachrichten aus Montreal gebracht, welche bis zum 8. Mai reichen, mithin nur 6 Tage ſpäter ſind, als die mit der früheren Poſt eingetroffenen. Die Aufregung war noch überall groß. „Von der Entſcheidung des engliſchen Miniſteriums“, heißt es in dem einen Bericht, „wird es abhängen, ob wir in einen Bürgerkrieg gerathen ſollen oder nicht.“ In einem andern Schreiben heißt es: „Die Konſervativen ſind entſchloſſen, abzuwarten, welchen Eindruck die letzten Ereigniſſe in England machen werden, Sie rechnen feſt darauf, daß man Seitens der engliſchen Regierung die Entſchädigungsbill verwerfen werde, und ſie erklären offen, daß, im Fall ihre Erwartung getäuſcht werden ſollte, ſie im Anſchluß an die Vereinigten Staaten ihre einzige Zuflucht erkennen.“ Die Times bringt längere Berichte über den Zuſtand von Montreal in den nächſten Tagen, welche auf die traurige Kataſtrophe des 25. April folgten. Der Berichterſtatter macht darauf aufmerkſam, wie wenig die Bevölkerung von Kanada noch in der konſtitutionellen Bildung vorgeſchritten ſei, da ſie ihren Haß allein auf Lord Elgin und nicht auf ſeine verantwortlichen Miniſter geworfen hat. (Doch hat mat man, erinnern wir uns recht, an einem der folgenden Tage auch das Haus des Miniſters Lafontaine angezündet.) Dieſer Haß nimmt eine ſo unedle Geſtalt an, daß ſelbſt ſehr harmloſe Damen aus der Familie Elgin's auf ihrem Gange zur Kirche vom Volke in ſehr unritterlicher Weiſe ausgeziſcht wurden. Als einige Tage ſpäter Lord Elgin zur Stadt kam, um eine von der Majorität des Parlaments beſchloſſene Vertrauensadreſſe entgegen zu nehmen, griff der Pöbel ſeineu Wagen mit Steinwürfen an, und ein Stein traf des Gouverneurs Bruſt ſo hart, daß, wie der Berichterſtatter der Times bemerkt, es wahrſcheinlich um ſein Leben geſchehen geweſen wäre, wenn der Stein zufällig ſeine Schläfe getroffen hätte. Bei der Rückkehr wurde Oberſt Bruke, des Gouverneurs Bruder, durch einen Steinwurf erheblich verwundet. Wie überall bei ſolchen ſkandalöſen Scenen, befanden ſich unter den Angreifern auch ſtutzerhaft gekleidete Gecken, die, vielleicht aus bloßer Luſt an ſolchem Skandal, den Pöbel aufhetzten. Die Garniſon war in Waffen; aber Lord Elgin, kein Freund militäriſcher Maßregeln, ließ ſie nicht einſchreiten. Die Soldaten ſind aber, wie weiter bemerkt wird, gegen das Volk ſo erbittert, daß ſie bei der nächſten ähnlichen Gelegenheit ſich nicht abhalten laſſen würden, von ihren Waffen Gebrauch zu machen.

Montreal war zwar vergleichsweiſe ruhig, aber in den öſtlichen Städten herrſchte noch große Aufregung, und den 8. hieß es in Montreal, daß man ſich in den Provinzen von beiden Seiten zum Kampfe rüſte. Mehrere der nach dem Brande des Parlamentsgebäudes Verhafteten ſind im Begriff, nach den öſtlichen Städten zu reiſen, um hier zu „wühlen“.

Auch in Quebeck wurde von der engliſchen Partei das Bildniß des Generalgouverneurs öffentlich verbrannt, wogegen die franzöſiſche Partei Anſtalten machte, das Bildniß des Oberſten und ehemaligen Sprechers Sir A. M'Nab zu verbrennen. Auf Einſprache einiger Gemäßigten enthielt ſie ſich jedoch dieſer Ge

Digitized by Google

genbemonſtration. Die lärmhaften und raufſüchtigen Irländer haben an dieſen Tumulten namentlich ihre Freude. Ein Hauſe Irländer von der ultrademokratiſchen Partei begann in Quebeck einen Straßenkampf, aber er zog ſich, nachdem einer der Raufbolde verwundet worden, vor der Polizeimannſchaft zurück. Inzwiſchen hat der Generalgouverneur von der franzöſiſchen Partei mehrere Dank- und Vertrauensadreſſen erhalten und Antworten darauf ertheilt, worin er zwar den Brand des Parlamentshauſes und die Vernichtung der werthvollen und zum Theil unerſetzlichen Bücher und Urkunden ſchmerzlich beklagt, zugleich aber ſein Vertrauen ausſpricht, daß das Volk wieder zur Beſonnenheit zurückkehren werde. „Ein freies Volk", ſagt der Generalgouverneur in ſeiner Antwort, „ein freies Volk kann kaum anders als in der treuen Beobachtung der verfaſſungsmäßigen Garantieen den beſten Schutz für die Erhaltung ſeiner Rechte und Freiheiten erblicken." Die geſetzgebende Verſammlung hielt in einem Interimslokale mehrere Sitzungen, in denen es ſehr ſtürmiſch herging. Papineau, der alte Rebellenführer, von der franzöſiſch republikaniſchen Partei, (der Annerationspartei) beſchuldigte das jetzige aus franzöſiſchen Elementen zuſammengeſetzte aber gemäßigt liberale Miniſterium Lord Elgins, unfähig und an allem begangenen Unfug Schuld zu ſein. Der Generalfiskal Drummond warf Papineau dagegen vor, daß er darnach ſtrebe, Kanada mit den Vereinigten Staaten zu verſchmelzen und ſich ſelbſt zum Gouverneur des neuen Staats aufzuwerfen, und Sir Allan M'Nab, der engliſche Tory und Hauptveranlaſſer der jetzigen Unruhen, wickelte ein Sündenregiſter von allen in dem republikaniſchen Aufſtande von 1837 und 1838 begangenen Mordthaten und Erzeſſen auf! Man ſieht aus dieſem einen Beiſpiele, welche Parteiverwirrung in Kanada herrſcht. Der Conſeilpräſident erklärte Namens der Regierung, daß eine der Veranlaſſungen der gegenwärtigen Aufregung das Verlangen nach Anſchluß an die Vereinigten Staaten ſei, daß er aber ein ſolches Verlangen nur verwerflich finden könne. Sehr viel Aufſehen hat es erregt, daß auf einer ſehr zahlreich beſuchten Volksverſammlung zu Toronto der eben genannte M'Nab zum Abgeordneten nach England gewählt worden iſt, um die Petitionen um Abberufung Lord Elgins zu überbringen. Demnächſt wird das kanadiſche Parlament ſeine Sitzungen in dem neuen Gebäude der ſogenannten Freimaurerhalle zu Montreal halten, doch ſpricht man von einem Plane, wonach der Regierungsſitz von vier zu vier Jahren zwiſchen Toronto und Quebeck wechſeln ſoll.

* Buenos Ayres. Der „Times" zufolge iſt der Vertrag zwiſchen dem engliſchen Botſchafter, Hrn. Southern, und dem General Roſas ganz nach Willen und Wunſch Englands ausgefallen, indem darin die Vorſchläge des frühern Botſchafters, Hrn. Hood, allein zum Grunde gelegt ſind, und Roſas auf ſeine Zuſatzartikel nicht mehr beſteht. Frankreich iſt darin gar nicht berückſichtigt, vielmehr ſoll die Sendung des Admirals Lepredour an Roſas vollkommen verunglückt ſein. Alſo wäre Frankreich wieder einmal von England überliſtet!

Redacteur: H. Kruſe.

[207] **Der Pflanzenſaft**

des Doktor Boyveau-Laffecteur, allein autoriſirt, iſt weit vorzüglicher als der Syrup Cuiſinier's, Larrey's, Salſeparrille's u. ſ. w. — Er heilt gründlich ohne Queckſilber die Hautausſchläge, Flechten, Skrofeln, die Folgen der Krätze, Geſchwüre, der von Entbindungen in den kritiſchen Jahren herrührenden Unglücksfälle, und die erbliche Schärfe der Säfte. Als mächtiges Blutreinigungs-Mittel iſt er für die Flüſſe der Harnblaſe und Schwäche der Organe ſehr dienlich. Als ſyphilitiſches Gegenmittel heilt dieſer Saft in kurzer Zeit die friſchen oder hartnäckigen eiterigen Harngangflüſſe, welche immer wiederkehren in Folge der Anwendung von Copahu, Kubeben oder der Einſpritzungen, die das Gift nur zurücktreiben, ohne es unwirkſam zu machen. — Der Boyveau'ſche Saft iſt hauptſächlich anempfohlen gegen friſche, eingewurzelte, oder dem Queckſilber und der Verbindung des Potaſſiums widerſpenſtigen ſyphilitiſchen Krankheiten. Der Proſpektus über deſſen Behandlung wird gratis und franko denjenigen zugeſchickt, welche ihr desfallſiges Verlangen an Dr. Giraudeau de St. Gervais, 12, Rue Richer in Paris, ergehen laſſen; derſelbe ertheilt ärztliche Konſultationen durch Korreſpondenz unentgeldlich. Preis des Saftes 7 Frcs. 50 Cents; zu haben bei nachſtehenden Apothekern: Lamentius, Dorotheenſtraße in Leipzig; Knoderer in Straßburg; Dr. Gullet in Mainz; Gebrüder Tripier in Lille; Tipmer, Apotheker in St. Petersburg; Köhler in Odeſſa; Burgers, Kalverſtraat, 165, in Amſterdam

[50] In unserm Verlage ist erschienen:

MITTELHOCHDEUTSCHES WÖRTERBUCH
AUS DEM NACHLASSE
VON
GEORG FRIEDRICH BENECKE.
HERAUSGEGEBEN UND BEARBEITET
VON
DR. WILHELM MÜLLER,
A. O. PROFESSOR IN GOETTINGEN.
ERSTER BAND, ERSTE UND ZWEITE LIEFERUNG.
BOGEN 1 — 32. A — GIBE.

Ein umfassendes mittelhochdeutsches Wörterbuch, welches dem jetzigen Standpunkte der deutschen Sprachforschung entspricht, hat sich schon lange als ein dringendes Bedürfniss herausgestellt, und insbesondere ist die endliche Veröffentlichung des seit vielen Jahren von Benecke unternommenen Wörterbuches wiederholt gewünscht. Indem der Herausgeber die ersten Hefte dieses Werkes, das der Verstorbene nicht vollenden sollte, dem Publikum übergibt, macht er vorläufig nur darauf aufmerksam, dass die Haupttendenz desselben ist, das Verständniss der mittelhochdeutschen Schriftsteller zu erleichtern und somit einem Jeden als Hülfsmittel für das Studium der deutschen Sprache zu dienen.

Der Umfang des ganzen Werkes ist auf etwa 90 Bogen berechnet, welche in zwei Bände getheilt, in Lieferungen von 16 Bogen ausgegeben werden.

Der Preis einer solchen Lieferung ist auf 1 Thlr. 10 Ngr. bestimmt.

Eine kleine Anzahl Exemplare sind auf Schreibpapier gedruckt, welche zu dem Preise von 2 Thlr zu haben sind.

LEIPZIG. WEIDMANN'SCHE BUCHHANDLUNG

[218]

Achtundzwanzigſter Rechnungsabſchluß
der
Feuerverſicherungsbank für Deutſchland
vom Jahre 1848.

Der Rechnungsabſchluß vom Jahre 1818, welcher den Theilnehmern der Feuerverſicherungsbank für Deutſchland nachſtehend vorgelegt wird, ergibt, daß die Summe der beſtandenen Verſicherungen 340,007288 Thlr. und der Netto-Prämienbetrag 1,110288 Thlr. 15 Sgr. betrug. Die Summe der ausgezahlten Brandentſchädigungen und Verluſte beläuft ſich auf 486616 Thlr. 9 Sgr. für das Jahr 1818 und 27701 Thlr. 5 Sgr. für frühere Jahre, zuſammen 514320 Thlr. 14 Sgr., der Geſammtbetrag der Ausgaben auf 558892 Thlr. 5 Sgr. Für noch unermittelte Schäden haben außerdem 116137 21 Sgr. zu ſpäterer Berechnung zurückgeſtellt werden müſſen, wobei auch derjenige Verluſt vorgeſehen worden iſt, welcher aus der Umſetzung der im Beſitze der Bank ſich befindenden landſchaftlichen und Kreditvereins-Papiere während des geſunkenen Kurſes dieſer Effekten entſtehen könnte. Die mit dem Rechnungsabſchluſſe bei jedem Agenten zur Anſicht der Theilnehmer niedergelegte Nachweiſung B. gibt über den Betrag jedes einzelnen Brandſchadens genaue Auskunft.

Die Beſorgniß, daß die Stürme der Zeit und ihr verderblicher Einfluß auf Handel und Verkehr, auf ökonomiſche und ſittliche Zuſtände, auch in Beziehung auf Brandſchäden und Einbußen aus Veranlaſſung von Feuersbrünſten ſich nachtheilig erweiſen würden, hat ſich leider durch die Erfahrung beſtätigt, und die große Summe des hieraus entſtandenen Aufwands gibt davon Zeugniß. Dennoch iſt es gelungen, von der Prämien-Einnahme eine Summe von 570417 Thlr. 21 Sgr. zu erübrigen, welche den Bankttheilnehmern mit 48 pCt. ihrer Einlagen zurückerſtattet werden wird. Die Bankverwaltung iſt ſtets der Pflicht eingedenk geweſen, das Verſicherungsgeſchäft mit aller nöthigen Vorſicht zu leiten, und bei der Schäden-Ermittelung jede, mit der Billigkeit gegen die Beſchädigten zu vereinigende Sorgfalt in der Erforſchung der Wahrheit anzuwenden. Jene Befürchtung, welche aus den Zeitverhält-

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Oeſterreichiſche Truppen nach Baden oder Frankfurt. Ungariſche Nachrichten. Ofen noch in den Händen der Kaiſerlichen. Die Ruſſen im Banat. Verurtheilung. Vermiſchtes). München (Die Kabinetspolitik. Friedrich Wilhelm IV. und die ultramontane Preſſe. Truppenmärſche. Kriegeriſche Vorbereitungen. Die Pfälzer Abgeordneten. Hormayr's Bibliothek.) Donauwörth. (Angeblicher Soldatenaufruhr im Lager). Speyer (Die deutſche Fahne auf dem Dom aufgepflanzt. Fenner der Haft entlaſſen). Aus der Pfalz (Die proviſoriſche Regierung wieder in Kaiſerslautern. Die Beamten. Ein aufgefangener Brief des Kommandanten von Landau). Stuttgart (Anſprache des Miniſteriums an's Volk). Ludwigsburg (Soldatenverſammlung). Karlsruhe (Die renitenten Offiziere. Kundmachungen. Einberufung des erſten Aufgebots. Erklärung der Reichskommiſſäre. Alte Sünden anf neue Art. (Baden) Unruhige Bewegungen unter den Raſtatter Soldaten). Mannheim (Badiſche Truppen nach der Rheinpfalz). Freiburg (Bekanntmachungen). Darmſtadt (Bevorſtehende Eröffnung der Aſſiſen. Die Gefangnen von Oberlaudenbach).

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Die ruſſiſchen Truppen).

Schweiz. Bern (Becker von Biel. Zuzüge nach Baden).

Polen. Warſchau (Ankunft des Kaiſers von Oeſterreich).

Nachſchrift.

Deutſchland.

Wien, 22. Mai. Von Bregenz ſollen 6000 Mann öſterreichiſche Truppen nach Baden oder Frankfurt marſchiren. (Allg. Z.)

(Vgl. den = Brief aus München vom 25. Mai.)

* **Wien**, 23. Mai. Aus Preßburg wird unterm 21. Mai geſchrieben: Seit einigen Tagen zirkuliren hier mannigfaltige Gerüchte über das Schickſal Ofen's. Man wollte wiſſen, Ofen ſei von den Magyaren genommen, und gab ſogar die Beute und das Zeug, welches in ihre Hände gefallen wäre, genau an; anderer Seits ſprach man von einem Sturme, der abgeſchlagen worden und wobei die Magyaren bedeutenden Verluſt erlitten hätten. Die Feſtung iſt aber noch in den Händen der k. k. Truppen, die ſie tapfer vertheidigen und vergebens ſuchte Görgey durch 2 Tage Breſche zu ſchießen. G.-M. Hentzi leitet die Vertheidigung mit vielem Geſchicke, beſonders ſchützt er die Waſſerleitungen vortrefflich. Palliſaden, hinter denen Erdwälle aufgeworfen ſind, leiſten die beſten Dienſte. Nach den letzten Nachrichten aus Peſth vom 19. d. war die Stadt nicht neuerdings beſchoſſen worden, wohl aber dauerte das Bombardement der Feſtung Ofen ununterbrochen fort und es war daſelbſt die k. Burg abgebrannt. Görgey hat 30,000 Mann um Ofen konzentrirt. Die Magyaren ſind ſehr thätig in Ausrüſtung von Truppen; es wird bereits das 102. Honved-Bataillon errichtet. Klapka iſt Kriegsminiſter, Dembinski will in Galizien einbrechen und hat dazu von Koſſuth die Ermächtigung verlangt. Pazmandy wurde nach Debreczin abgeführt und eine Unterſuchung gegen ihn eingeleitet. Alle Bewohner Ungarns liefern die überflüſſigen Waffen ab, und tragen ſo zur allgemeinen Bewaffnung weſentlich bei.

Im Banate ſieht es noch ſo troſtlos wie früher aus, da außer Orſowa und Mehadia Alles in den Händen der Magyaren iſt, die ſich mit eiſerner Konſequenz durch Rekrutenaushebungen verſtärken. In Orſowa iſt aus der Wallachei ein Kourier mit der Nachricht angelangt, daß die Ruſſen am 18. von vier Seiten in Siebenbürgen einzubrechen beabſichtigten, und auch F.-M.-L. Malkovsky, der das ſiebenbürgiſche Korps in Mehadia konzentrirte, hat dieſen Tag zum Angriffe auf Karanſebes beſtimmt, wo die Magyaren bereits ein Komite zur Organiſirung der Verwaltung eingeſetzt haben. Aus Peterwardein erfährt man, daß der Feſtungskommandant Cuba vor ein Kriegsgericht geſtellt worden, weil er die k. k. Truppen an dem Redoutenbau bei Kamenic nicht gehindert hat. Die Ausfälle aus der Feſtung werden jetzt häufig. Oberſt Mamula hat das Kamenicer Lager in eine förmliche Feſtung umgewandelt. Nachrichten aus Orſowa vom 14. zufolge begann alldort am 12. und 13. der Einmarſch der gegen das Banat und ſüdliche Ungarn heranrückenden ruſſiſchen Truppen. Es ſind bis 14. gegen 30,000 Mann eingerückt. Im Ganzen rücken jetzt aus der Moldau und durch die kleine Wallachei 66,000 Mann ruſſiſche Truppen gegen Siebenbürgen und das Banat vor. Die Ruſſen haben die kleine Wallachei verlaſſen und dieſe iſt nur von Türken beſetzt. In Siebenbürgen iſt eine großartige Rekrutenaushebung veranſtaltet. Hermannſtadt allein hat 600 Mann zu ſtellen. Die türkiſchen Offiziere fraterniſiren an der Grenze mit den ungariſchen und leben mit ihnen auf dem beſten Fuße. Die Ruſſen haben ihren Marſch am 19. d. aus ungariſch Hradiſch angetreten und dürften jetzt ſchon in der Nähe Trentſchin's ſtehen. Das Lager der Magyaren in der Schütt befindet ſich in Abony unterhalb Szerdahely. Das Miniſterium des Innern hat verordnet, daß der Druck der ſtenographirten Berichte über die letzten Verhandlungen des öſterreichiſchen Reichstags, in allen Provinzialzeitungen, wenn es noch nicht geſchehen ſein ſollte, ſogleich einzuſtellen iſt. Der Kaiſer ſoll bei mehreren hieſigen Künſtlern, in Berückſichtigung der die Kunſt niederdrückenden Zeitverhältniſſe, eine größere Zahl von Gemälden haben beſtellen laſſen. Wilhelm Eduard Fränkel, aus Breslau gebürtig, hat ſich im vergangenen Jahre faſt immer hier aufgehalten, ſich im Auguſt als Arzt bei der akademiſchen Legion einſchreiben laſſen und iſt wegen ſeiner Verbindungen mit den demokratiſchen Häuptern Deutſchlands den 12. Okt. ins Studentenkomite gewählt worden, in welchem er bis zum 28. Okt. als Präſident fungirte und ſich an den revolutionären Umtrieben betheiligte. In Folge deſſen iſt er von der Militär-Unterſuchungskommiſſion, wegen eingeſtandener Theilnahme an den Oktoberereigniſſen, und in Erwägung, daß ſeine Thätigkeit nicht über den 29. Okt. hinausreichte, einſtimmig zu zweijährigem ſchweren Kerker verurtheilt worden. Fürſt Windiſchgrätz befindet ſich wieder auf ſeinem Jagdſchloſſe Jufelhütte, Herrſchaft Tachau. Heute kam ein Bataillon Kaiſerjäger aus Mailand hier an, um nach zweitägiger Raſt nach Ungarn zu marſchiren.

= **München**, 25. Mai. Die Männer aus Frankfurt, welche hierher gekommen, um des Königs Geſinnungen über die Reichsſtatthalterſchaft zu erforſchen, werden ſicher unverrichteter Sache abreiſen müſſen. Die Kabinete handeln jetzt „Viribus unitis“. Es ſind hier wichtige Depeſchen über einen Friedensabſchluß mit Dänemark eingegangen; es ſteht für Deutſchland eine neue Schmach bevor. Povera Italia! jammern die Italiener, armes Deutſchland! tönt es auch hier wie überall von redlichen Lippen. In dem neueſten Hefte der hiſtoriſch-politiſchen Blätter wird mit hohen Ehren der Partei der Neuen Preußiſchen Zeitung gedacht, beſonders ihres Taktes keine Arena gegen Ultramontanismus und Pius-Vereinsthum herzugeben; im hieſigen monarchiſch-konſtitutionellen Verein für Freiheit und Geſetzmäßigkeit, den Mitglieder des ultramontanen Vereins für religiöſe Freiheit ebenfalls beſuchen und in den Organen beider in geiſtiger Gütergemeinſchaft ſtehender Vereine, in der Poſtzeitung, im Volksboten, im Reichsboten, ertönen fort und fort ſeit der Proklamation des Königs v. Preußen an ſein Volk die ausſchweifendſten Lobeserhebungen für Friedrich Wilhelm IV., für denſelben Mann, den dieſe Vereine und Blätter ſeit dem 28. März d. J. in den Staub herabgezogen hatten. Hier weilen bereits die ultramontanen Reichstagsabgeordneten Döllinger, Laſſaulx und Philipps; die Austrittserklärung Sepp's hat hier große Heiterkeit erweckt. Neue Truppenzüge durch unſere Stadt erleben wir faſt täglich, von geſtern auf heute war 1 Bataillon des 8. Regiments aus Paſſau hier; heute geht es nach Donauwörth ins Lager ab; unſer 2. Regiment hat ebenfalls Marſchordre; man ſagt ſogar die ganze baieriſche Armee habe ſolche; vielleicht wird noch ein Lager in Unterfranken um Aſchaffenburg gebildet werden. Die Hauptbewegung wird wohl Baden gelten, um Landau zu gewinnen.

= **München**, 25. Mai. Bei uns werden die ehernen Würfel nun wohl bald fallen. Das zweite Armeekorps wird in Unterfranken ſich ſammeln und dann wohl ein Theil deſſelben nach Baden hinwirken; die Preußen kommen über Thüringen nach Frankfurt, um von da aus nach der Pfalz zu wirken; das Reſervekorps des Marſchalls Radetzky, vorderhand im Vorarlberg, wird zurückkehren und wie einige meinen, entweder in Baiern oder in Baden verwendet werden. Ich glaube wohl, man wird es gegen Ungarn brauchen. Nach einem heute hier umlaufenden Gerüchte ſollte Görgey mit 60,000 M. in Wien eingerückt ſein. Was man wünſcht, glaubt man, namentlich unter Demokraten, die auch mit jeder Minute eine neue Revolution von Paris her erwarten. Es wird hier beſtimmt verſichert, die Pfälzer hätten bereits das Joch der proviſoriſchen Regierung abgeſchüttelt; man ſchließt auf einen ſolchen Vorgang, weil von den 15 Pfälzer Abgeordneten heute nur noch 6 hier ſind; die andern ſind in ihre Heimath abgereiſt; manche wollen die ſchnelle Abreiſe einiger Pfälzer mit gegen ſie vorliegenden Verhaftsbefehlen in Zuſammenhang bringen. Die 2. Kammer hat heute nicht geſeſſen. Unſere Regierung wird in Gemeinſchaft mit Preußen nicht oktroyiren, ſonſt wäre die neue Charte Deutſchlands längſt da. Der hannover'ſche Graf Kielmanns-

egge iſt hier eingetroffen. Wenn Preußen dem Anſinnen Rußlands, Jütland zu räumen, Frieden mit Dänemark unter ungünſtigen Bedingungen zu ſchließen und die Truppen alsdann zur Pacifikation des deutſchen Südweſtens zu verwenden, nachkommt, ſo dürften die Sturmeswogen in Baiern und Baden nur noch höher gehen. Es wäre der Zunder im Pulverfaß. Es iſt der ultramontanen Geiſtlichkeit im Verein mit den Staatsbehörden gelungen, die von dem freiſinnigen katholiſchen Pfarrer Stigelmaier auf den 29. d. M. nach Thanning ausgeſchriebene Volksverſammlung für ganz Oberbaiern vorderhand zu hintertreiben; ſie wird nicht ſtattfinden. Des verſtorbenen Hormayrs Bibliothek kommt zur Verſteigerung; es ſind 260 Nummern, freilich nach dem Katalog, wie wir ihn durchblätterten, weder eine für einen Geſchichtsſchreiber genügende noch ſonſt ausgeſuchte Bibliothek. Es erſcheint jetzt hier ein neues demokratiſches Blatt „der deutſche Beobachter."

* Der Stuttg. Beobachter enthält Folgendes als neueſte Nachricht: „Die bairiſchen Soldaten haben das Lager bei Donauwörth verlaſſen und zerſtört und ſich bei den Bürgern einquartirt. Die Offiziere haben Reißaus genommen und ſich nach Augsburg begeben." (Vermuthlich nur ein Allarmgerücht zum Gebrauch auf der Reutlinger Volksverſammlung.)

* In **Speier** fand am 22. Mai eine Volksverſammlung ſtatt. Es wurde beſchloſſen, auf dem Dome zu Speier die ſchwarz-roth-goldene Fahne aufzupflanzen; weil, wie Schmidt von Löwenberg ſagte, die Stadt Speier ein Zeichen geben müſſe, daß die Gerüchte über ihren reaktionären Charakter auf Unkenntniß oder Entſtellung beruhten. Am nächſten Morgen kam der feierliche Akt zur Ausführung, mit begleitenden Reden von Schmitt aus Kaiſerslautern, Schmidt aus Löwenberg und Grün. Noch am nämlichen Tag begab ſich die proviſoriſche Regierung nach Kaiſerslautern zurück. Ferner v. Fenneberg iſt ſeiner Haft wieder entlaſſen, die er ſich, wie es heißt, durch drohende Aeußerungen gegen den Landesausſchuß zugezogen hatte. Das Studentenkorps hat einen glänzenden Beweis ſeiner Wachſamkeit gegeben; es hat 100 nach Landau beſtimmte Hämmel aufgefangen.

† Aus der Pfalz, 25. Mai. Die proviſoriſche Regierung hat ſich nach kurzem Aufenthalte in Speier wieder nach Kaiſerslautern zurückbegeben, angeblich um mehr im Mittelpunkt der Pfalz zu ſein. Volksjubel ſoll ſie bei ihrer Ankunft geſtern dort begrüßt haben. Bei dem pfälzer Volke auf dem Lande wird ſie täglich mehr ein Gegenſtand, auf den man mit Gleichgültigkeit, wo nicht mit Widerwillen hinblickt. An die Beamten hat die proviſoriſche Regierung einen Revers zur Unterzeichnung ergehen laſſen, worin ſie dieſelben auffordert, ſchriftlich zu erklären, daß ſie an der Reichsverfaſſung unverbrüchlich feſthalten und im Uebrigen der proviſoriſchen Regierung in Allem ſich zu Dienſten ſtellen wollen. Geſtern hielten deßhalb die Beamten des Landkommiſſariats Frankenthal eine Berathung, wozu auch die proteſtantiſchen Geiſtlichen der Diöceſe vom dortigen Dekan eingeladen waren. Sie erklärten ſich bereit, jenen Revers zu unterzeichnen, da die baieriſche Regierung ja gar nichts thue, um ſie vor Inſulten zu ſchützen. Einige Streifkorps um Landau haben einen Brief des Kommandanten von Landau an den zu Germersheim aufgefangen, worin der erſtere um Zuſchuß an Geld und Lebensmitteln bittet, da beſonders kein Fleiſch mehr in Landau zu haben ſei. Die gegenwärtig an der Spitze der Volkswehr befindliche Militärkommiſſion, in der u. A. Annecke und Beuſt ſitzen, hat dieſe Heldenthat im „Boten für Stadt und Land" mit ſtolzem Triumph bekannt gemacht und ſtellt den baldigen Fall Landaus in Ausſicht. In dem nämlichen Blatte hat dieſelbe Kommiſſion allen Widerſpenſtigen mit ſtrenger Exekution gedroht, und alle Wehrmänner aufs Dringlichſte von der Deſertion in einer langen Epiſtel abgemahnt.

Stuttgart, 26. Mai. Eine Beilage zum Schw. Merkur bringt folgende Anſprache des Miniſteriums an das würtembergiſche Volk:

„Am Pfingſtmontag ſoll in Reutlingen eine Volksverſammlung gehalten werden.

Will man einem allgemein verbreiteten Gerüchte Glauben ſchenken, ſo beabſichtigt der Landesausſchuß in Stuttgart, welchem, in Folge ſeiner öffentlichen Rührigkeit, Viele eine offizielle Eigenſchaft beilegen, obgleich er nichts iſt, als eine Privatgeſellſchaft, aus Reutlingen ein zweites Offenburg zu machen.

Nach den Angaben der Einen ſoll in jener Stadt die würtembergiſche Republik ausgerufen, nach den Behauptungen der Andern wenigſtens der Beſchluß gefaßt werden, die Regierung zu zwingen, ſich mit der badiſchen Regentſchaft in ein Schutz- und Trutzbündniß einzulaſſen, und, wenn ſie nicht nachgebe, ſie abzuſetzen und eine proviſoriſche Regierung zu errichten. Ob und in wie weit dieſe Gerüchte begründet ſind, mag dahin geſtellt bleiben.

Da wir indeſſen wiſſen, daß es in Württemberg eine Partei gibt, welche mit der proviſoriſchen Regierung in Baden Verbindungen unterhält, da uns ferner bekannt iſt, daß nicht Wenige von der würtembergiſchen Regierung verlangen, ſie ſolle zum Behufe der Durchführung der Reichsverfaſſung ſich an die Spitze einer bewaffneten Propaganda ſtellen, und da wir vermuthen müſſen, daß dieſe Gegenſtände jedenfalls bei der bevorſtehenden Verſammlung in Reutlingen zur Sprache kommen werden, ſo glauben wir uns hierüber öffentlich äußern zu müſſen.

Wenn wir dieſen Schritt thun, wenn wir namentlich die Theilnehmer an der Verſammlung vor extremen Maßregeln warnen zu müſſen glauben, ſo werden wir uns wohl bei der großen Mehrzahl des würtembergiſchen Volkes nicht dem Verdachte ausſetzen, als geſchehe es, um im Beſitze unſerer Stellen zu bleiben. Fürwahr, wir gönnen ſie Jedem beſſer, als uns ſelbſt! Unſer Mahnruf ertönt, um Unglück vom Vaterlande abzuwenden.

Wir nehmen Umgang von der Art und Weiſe, wie die jetzige Regierung in Baden entſtanden iſt. Wir ſehen davon ab, daß man der würtembergiſchen Regierung nicht zumuthen kann, dem badiſchen Regentſchaftsausſchuſſe ein Bündniß anzutragen, aber wir machen geltend, daß es nach unſerer Ueberzeugung, dem letzteren um Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung keineswegs zu thun iſt, weil er mehrere weſentliche Beſtimmungen der Reichsverfaſſung verletzt; wir machen geltend, daß ein Bündniß, wie es verlangt wird, nach §. 9 der Reichsverfaſſung ungiltig iſt; wir machen ferner geltend, daß, wenn die Ordnung in Baden geſtört, oder daſſelbe angegriffen wird, nach den klaren Beſtimmungen der §§. 53, 54, 55, 56 der Reichsverfaſſung ein Einſchreiten nur der Reichsgewalt zuſteht.

Dieſe Reichsgewalt bildet zur Zeit noch die von der deutſchen Reichsverſammlung eingeſetzte proviſoriſche Centralgewalt zu Frankfurt; und wenn wir auch leider zugeben müſſen, daß dieſe für Durchführung der Reichsverfaſſung nicht thätig iſt, ſo dürfen wir uns doch nicht verhehlen, daß es bis jetzt keine andere Gewalt gibt, welcher das Recht des Vollzugs in deutſchen, das Reich betreffenden Angelegenheiten zuſteht.

So lange ſie daher nichts Verfaſſungswidriges von uns verlangt, müſſen wir ihr gehorchen. Bis jetzt hat ſie ein verfaſſungswidriges Anſinnen an uns nicht geſtellt. Denn indem ſie die Aufſtellung eines würtembergiſchen Truppenkorps an unſerer Grenze und zum Schutze einer deutſchen Reichsfeſtung angeordnet, hat ſie den Kreis ihrer verfaſſungsmäßigen Rechte nicht überſchritten. Wir ſelbſt ſind auch weit entfernt, uns in die inneren Angelegenheiten Badens miſchen zu wollen. Die ſtrenge Bewachung unſerer Grenze aber halten wir für nothwendig, weil dieſelbe von badiſchen Bewaffneten ſchon einigemale verletzt worden iſt, und weil der Plan beſteht, bewaffnete Freiſchaaren aus Baden in's Würtembergiſche zu werfen, und mit Hilfe dieſer in Würtemberg denſelben Zuſtand herbeizuführen, welcher in Baden derzeit der vorherrſchende iſt.

Wir begreifen, wie Jünglinge und Männer, welche für die deutſche Einheit und Freiheit begeiſtert ſind, dieſen Gütern gerne jedes Opfer bringen, und wir anerkennen, daß es die Pflicht der deutſchen Regierungen iſt, da, wo jene Güter ernſtlich bedroht ſind, zum Schutze derſelben das Mögliche einzuſetzen; allein wenn wir uns mit Baden, und, wie weiter verlangt wird, auch mit Rheinbaiern in ein Schutz- und Trutzbündniß einlaſſen würden, ſo läge hierin offenbar eine Kriegserklärung gegen Baiern und ſo gegen alle diejenigen Staaten, welche den gegenwärtigen Zuſtand in Baden nicht für einen geſetzlichen halten. Und welche Kräfte ſtünden uns zu Führung eines ſo furchtbaren Bürgerkrieges zu Gebot? Da die übrigen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, theils wegen ihrer geographiſchen Lage, theils wegen anderer Verhältniſſe an einem ſolchen Bunde zuverläſſig keinen Theil nehmen würden, ſo ſtünden Würtemberg, Baden, Rheinbaiern gegen Preußen, Baiern, Hannover, Sachſen, vielleicht auch Oeſterreich, alſo etwa 4 Millionen gegen wenigſtens 30. Nimmt man nun auch eine beträchtliche Zahl von Freiſchaaren und partielle Aufſtände in einzelnen derjenigen Länder, mit denen wir den Krieg zu führen hätten, in Rechnung, ſo darf man doch nicht überſehen, daß der projektirte Bund innerhalb ſeines Schooßes gleichfalls ſeine mächtigen Gegner haben würde. Wie könnten wir daher dem würtembergiſchen Volke zumuthen, für eine Sache, deren ungünſtiger Erfolg kaum zweifelhaft ſein könnte, an Menſchen und Geld ſo unermeßliche Opfer zu bringen, und zwar zu einer Zeit, wo die öffentlichen wie Privatkaſſen kaum zu Beſtreitung des nothwendigen Aufwandes hinreichen, wo Handel und Gewerbe darniederliegen, wo der Kredit faſt auf nichts herabgeſunken iſt? Man wende nicht ein, das verlangte Bündniß ſei lediglich ein Akt der Klugheit, denn wenn die Erhebungen in Baden und Rheinbaiern unterdrückt ſeien, komme die Reihe an Würtemberg. Würtemberg gibt keine Veranlaſſung zu einer feindlichen Behandlung. Was man daher auch von der Politik mancher Kabinete halten mag, eine Gewaltthat, welche nicht einmal den Schein eines Rechts für ſich hat, wird nicht zu befürchten ſein. Träte ſie aber wider Erwarten ein, — nun, dann würden wir mit Gott unſer gutes Recht zu vertheidigen ſuchen, und dann hätten wir jedenfalls die Gewißheit, daß Bürger und Soldat im Kampfe für das Vaterland von demſelben Geiſte beſeelt ſein würden.

Man hält uns entgegen, die Stimmung für ein Bündniß mit Baden und Rheinbaiern ſei allgemein, das würtembergiſche Volk werde ſich für dieſe Sache wie Ein Mann erheben. Wir zweifeln an der Richtigkeit dieſer Behauptung. Mögen politiſche Vereine, mag eine begeiſterte Verſammlung ſich entſchieden gegen unſere Anſicht erklären, wenn wir in Städten und Dörfern die Stimmen der einzelnen Bürger zählen, wenn wir namentlich die Gemeindebehörden fragen — die große Mehrzahl wird unſere Bedenken theilen.

Auch gehen wir, wir dürfen dieſe Ueberzeugung ausſprechen, bei der vorliegenden Frage Hand in Hand mit der großen Mehrheit der würtembergiſchen Volksvertreter, denn wenn die Kammer der Abgeordneten eine andere Politik

befolgt wiſſen wollte, ſo hätten wir bereits unſere Stellen niedergelegt. Wir erklären daher, daß wir einem Anſinnen, wodurch die Kraft des Volkes ohne entſprechenden Erfolg verzehrt werden müßte, unſere Zuſtimmung nicht ertheilen könnten; denjenigen aber, welche etwa Gewalt zu brauchen geſonnen ſein möchten, ſagen wir, daß ſie uns auf unſerem Poſten finden werden.

Wir brauchen zu unſerer Rechtfertigung nicht darauf hinzuweiſen, was wir für die Reichsverfaſſung gethan haben, auch wird uns das würtembergiſche Volk glauben, wenn wir verſichern, es werde in kürzeſter Zeit nachfolgen, was von unſerer Seite etwa noch fehlt; aber Zumuthungen, welche mit unſerm Gewiſſen, einer geſunden Politik und unſern Pflichten gegen das Vaterland im Widerſpruche ſtehen, werden wir nimmermehr Folge geben, und wenn ſich, was wir jedoch kaum annehmen können, je Verblendete finden ſollten, welche durch verbrecheriſche Verſuche den Frieden des Landes ſtören würden, ſo mögen die Folgen eines ſolchen Schritts auf ihre Häupter zurückfallen. Einer Regierung, welche die Geſetze beachtet, wird es in Stadt und Land, in den Reihen der Bürgerwehren ſowie im Heere nicht an Vertheidigern fehlen, und wie ſehr die würtembergiſche Regierung zunächſt den Bürgern und Bürgerwehren Stuttgarts und der Umgegend vertraut, hat ſie durch Entfernung des Militärs aus der Garniſon Stuttgart an den Tag gelegt. Wir ſehen der Zukunft mit Ruhe und Entſchiedenheit entgegen. Römer. Roſer. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt."

Ludwigsburg, 25. Mai. Das hieſige Tagblatt enthält folgenden Bericht: Geſtern Abend fand hier auf dem Exerzierplatz eine Soldatenverſammlung aller hieſigen Waffengattungen ſtatt, deren Zahl man gegen 1600 Köpfe ſchätzte. Zweck derſelben ſoll Beſprechung dienſtlicher Verhältniſſe und Erklärung des Feſthaltens an der Reichsverfaſſung geweſen ſein. Die Bemühung höherer Offiziere zur Aufhebung der Verſammlung war vergeblich. Der Gouverneur, Generalmajor v. Troyff, welcher herbeigeeilt war, ſoll nach Auseinanderſetzung der friedlichen Abſichten Erlaubniß zur Abhaltung der Verſammlung gegeben haben. Er machte natürlich ſogleich Anzeige bei Sr. Majeſtät dem König und nicht lange darauf erſchien der König zu Pferde mitten unter den Verſammelten, ſie ungefähr folgenderweiſe anredend: „Soldaten, Würtemberger, was thut Ihr hier? Wollt ihr Euch gegen Euren König empören, wollt Ihr den Soldaten in Baden nachahmen, die ihren Fürſten treulos verlaſſen haben? Das könnt, das werdet Ihr nicht thun!" Hierauf erfolgte eine Erklärung, daß die Verſammelten ſo etwas nicht beabſichtigen, ſondern ſie nur die Abſicht hätten, ſich friedlich über ihre Angelegenheiten zu berathen. Als der König nähere Auskunft verlangte, traten zwei Soldaten des 1. und 8. Infanterie-Regiments vor Se. Majeſtät und brachten unter Verſicherung unveränderter Hochachtung und Hingebung mit beſcheidenem Freimuthe im Namen der Verſammelten — wie aus verſchiedenem Munde übereinſtimmend geſagt wurde — Beſchwerden und Wünſche derſelben vor, ungefähr dahin gehend: „Die öfteren Einberufungen verurſachen den Beurlaubten unerſchwingliche Geldopfer und Zeitverluſt; das Exerziren komme bei ſchon länger gedienten Leuten zu häufig vor; bei Ausmärſchen möchte der Mannſchaft der Grund mitgetheilt werden, ſeien ſie auch weit entfernt, ſich die Vorgänge im badiſchen Militär zur Richtſchnur zu nehmen, ſo ſeien ſie doch auch nicht gemeint, ſich gegen ihre Mitbürger oder ein Volk verwenden zu laſſen, welches die Reichsverfaſſung anerkannt habe und ſolche durchführen wolle. Die Sprecher ſollen ferner geſagt haben, wenn der Soldat ausgedient und ſeine Uniform abgelegt habe, ſo trete er ja ſelbſt wieder in das Volk zurück, dem er angehöre." Der Sprecher ſoll ſich auf die badiſchen Militärvorfälle, denen er ſelbſt beigewohnt, und welche er abſchreckend genug gefunden, in dieſer Beziehung bezogen haben und geſagt, er habe ſelbſt einem bedrohten badiſchen Offizier den Degen wieder umgehängt. Der König ſoll erwiedert haben: „er habe die Reichsverfaſſung anerkannt und werde ſie auch halten, es freue ihn, ihre Geſinnung kennen gelernt zu haben, er — der Sprecher — ſei ein braver Soldat," und er reichte demſelben hierauf die Königliche Hand. Noch iſt zu erwähnen, daß eine ungetheilte feindſelige Stimmung ſich gegen Preußen in der Verſammlung ausſprach. Die Erzählungen über den ganzen Vorfall ſind ſehr verſchieden, und die Richtigkeit der einzelnen Details läßt ſich nicht verbürgen; dem Sinne nach wird aber unſer Bericht ſo ziemlich das Wahre gegeben haben. Den 25. Mai. Dieſen Vormittag mußte das erſte Infanterie-Regiment vor dem König ausrücken. Seine Majeſtät ſoll die Frage an das Regiment gerichtet haben, wenn Sie ſich an die Spitze ihres Heeres ſtellen würden, ob Sie ſich dann auf ihre Treue und Hingebung verlaſſen könnten? worauf die Antwort erfolgte: daß Alle mit dem letzten Blutstropfen dafür einſtehen, wenn es nicht gegen die Verfaſſung und die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung ſei, wenn Seine Majeſtät in dieſer Beziehung mit dem Volke gehen werden.

Karlsruhe, 25. Mai. Heute ſtanden die renitenten Offiziere des Dragonerleibregiments vor dem Landesausſchuſſe im Verhöre. Wenn man dem Wunſche der Soldaten nachgegeben hätte, welche den Geiſt der neuen Ordnung raſch befeſtigt ſehen möchten, ſo hätte man ſie einem Kriegsgerichte übergeben müſſen. Einſtweilen ſind ſie nach Raſtatt abgeführt worden, und die Soldaten (circa 450 Mann) haben freudig neue Führer aus ihrer Mitte gewählt. (Karlsr. Z.)

* **Karlsruhe**, 26. Mai. Ein Ausſchreiben des Landesausſchuſſes an ſämmtliche Civilkommiſſäre erklärt alle Vollmachten von Civilkommiſſären, die nicht ſpezielle Aufträge erhalten haben, und ſich durch eine vom Landesausſchuß oder der Vollzugsbehörde unterzeichnete Urkunde auszuweiſen vermögen, für erloſchen. Es ſeien dem Ausſchuß Anzeigen zugegangen, daß Einzelne der früher ernannten Civilkommiſſäre auf den Grund der nun erloſchenen Vollmachten Befehle ertheilen, und eine Mißſtimmung unter den Bürgern hervorrufen. Es werden daher ſämmtliche Civilkommiſſäre aufgefordert, ſolchen Eigenmächtigkeiten ein Ziel zu ſetzen. Ebenſo iſt dem Ausſchuß die Anzeige gemacht worden, daß von verſchiednen Staats- und Gemeindebeamten zur Nichtanerkennung des Landesausſchuſſes und der von ihm eingeſetzten Behörden aufgefordert werde. „So ſehr wir bemüht ſind, heißt es weiter, in der ſchweren Zeit der Aufregung alle Rückſichten, welche die Humanität und die Achtung gegentheiliger Ueberzeugung gebietet, walten zu laſſen, ſo können wir doch offene Auflehnung gegen die vom Volke eingeſetzte Regierung aus naheliegenden Gründen nicht dulden, und fordern daher die Civilkommiſſäre auf, mit aller Strenge gegen Diejenigen einzuſchreiten, welche es verſuchen, durch Aufreizung gegen die jetzt beſtehende Regierung den Bürgerkrieg zu entflammen, und die bis jetzt aufrechterhaltene Ordnung zu vernichten." Ferner hat ſich der Landesausſchuß von den Reichskommiſſären das folgende, mit Vorſicht abgefaßte Teſtimonium des Wohlverhaltens ausſtellen laſſen.

„Auf das heute von von dem Landesausſchuſſe für das Großherzogthum Baden, zum Zwecke der Widerlegung irriger, in öffentlichen Blättern verbreiteter Nachrichten, an uns geſtellte Verlangen einer amtlichen Darſtellung der badiſchen Zuſtände beehren wir uns zu erwiedern, daß wir, bis die Verhältniſſe hier und in Frankfurt unſerer Wirkſamkeit eine entſcheidende Richtung geſtalten werden, nicht in der Lage ſind, einem ſolchem Wunſche umfaſſend zu entſprechen.

Wir geſtatten aber gerne, daß die in dem Schreiben des Landesausſchuſſes angezogene, von uns gemachte mündliche Aeußerung veröffentlicht werde. Darnach iſt, ſeitdem ſich der Landesausſchuß an die Spitze der Geſchäfte geſtellt hat, ſo weit die amtlichen Erhebungen hier- und im Oberland reichen, eine gewaltſame Störung des Verkehrs und des Eigenthums, oder eine Verletzung von Perſonen nicht vorgekommen; die Stimmen, welche wir aus allen Klaſſen der Geſellſchaft vernahmen, ſprochen ſich insgeſammt — abgeſehen von ihren politiſchen Meinungen über die zunächſt nothwendige künftige Geſtaltung der Dinge — nur anerkennend über dieſe Wirkſamkeit aus. Karlsruhe, den 21. Mai 1849. Die Reichskommiſſäre."

Ein halboffizieller Artikel der Karlsr. Z. ſucht aufzuklären über den „mehrfach in Baden geäußerten Irrthum", als ob die bisherigen Steuern nicht mehr zu Recht beſtehend wären. Wie dieſer Irrthum wohl entſtanden ſein mag? „Es kann nicht fehlen, ſagt die Karlsr. Z. im Katheederton eines Naturrechtlehrers, daß in Zeiten gewaltiger Aufregung gewiſſe Rechtsverhältniſſe falſch aufgefaßt werden, namentlich wo das Naturrecht mit den momentanen Bedürfniſſen der Geſellſchaft in Widerſpruch geräth." Aber es gab eine Zeit, wo man Wehe rief über Jeden, der jene Auffaſſung als eine falſche anſah, und jene Verhältniſſe für Rechtsverhältniſſe.

Die proviſoriſche Regierung lernt regieren. Ein anderer Artikel ſucht ſich auf erhaltene Reklamationen von „älteren Poſtbeamten", mit glatter und platter Sophiſtik herauszuhelfen aus der Lüge, es habe unter der „älteren Regierung" ein ſchwarzes Kabinet beſtanden. Die „neue Regierung" hätte ſich billig mit der Verſicherung begnügen mögen, daß ſie ſelbſt keins errichtet habe.

Aus dem badiſchen Oberland meldet man der Karlsr. Ztg., daß die volksverrätheriſchen Flüchtlinge wirklich die ganz unerhörte Frechheit gehabt haben, vom Schweizerboden (vielleicht von Muttenz?) aus, einen Aufruf der landesflüchtigen Regierung zu verbreiten, um das Volk gegen die proviſoriſche Regierung aufzureizen! Und die republikaniſche Schweiz weiſet dieſe Leute nur 6 Stunden von der Grenze!

* **Karlsruhe**, 27. Mai. Der Kriegsminiſter-Stellvertreter, Major Sigel, macht in der Karlsruher Zeitung bekannt, daß die Mannſchaft des erſten Aufgebots ſich binnen 2 mal 24 Stunden in den betreffenden Bezirksſtädten zu ſtellen habe. Die Gemeinden ſind aufgefordert, bei Vermeidung der nachtheiligen Folgen gegen die Zuwiderhandelnden, die beſtimmte Mannſchaft mit der nothwendigen Kleidung zu verſehen, alle vorräthigen Waffen (Schießgewehre und Senſen) der Mannſchaft abzugeben, und ſie in die betreffende Bezirksſtadt zu ſenden. An die Beurlaubten der Artillerie ergeht die Weiſung, ſich unverzüglich bei ihren Regimentern zu melden. Endlich bringt die Karlsr. Ztg. folgende Aufforderung:

„Mit jedem Tage enthüllen ſich deutlicher die Umtriebe unſerer Gegner, mit jedem Tage häuft ſich ihre Schuld. Mehrere Offiziere, welche den Eid auf die Reichsverfaſſung und die Anordnung des Landesausſchuſſes geleiſtet haben, ſind heimlich aus ihren Garniſonen entwichen. Ihre Abſichten können nicht zweifelhaft ſein; ſie ſchmieden Verrath gegen die Sache des Volkes. Andere, die mit ihrem Mannesworte gelobt haben, keine feindſelige Handlung gegen unſere Bewegung unternehmen zu wollen, andere, denen ſelbſt die Verpflichtung aufliegt, ſich nach Niederlegung ihrer Stelle unter das erſte Aufgebot der Volkswehr einreihen zu laſſen, befinden ſich außerhalb Badens, verabreden ſich mit unſern Feinden und treffen Anſtalten zu unſerer Bekämpfung. Sie brandmarken ſich ſelber als ehrloſe Menſchen, als ſtrafwürdige Volksverräther. Wir fordern jede Behörde, die mit uns für die deutſche Sache einſteht, in und außerhalb unſeres Landes auf, zur Vernichtung der treuloſen Pläne dieſer Menſchen nach Kräften beizutragen, auf dieſelben zu fahnden und im Falle ihrer Habhaftwerdung ſie an die betreffende Stelle abliefern zu wollen. Karlsruhe, den 26. Mai 1849. Der Landesausſchuß. Kriegsſenat: Struve, Peter, Ziegler, Cordel, Stark, Hennecka.

Baden, 21. Mai. Aus Raſtatt wird uns ſo eben gemeldet, daß die dortige Feſtungsartillerie den Ausmarſch des geſtern daſelbſt erſt eingerückten Feldbataillons des erſten Regiments nicht geſtatten wollte, weil die Beſatzung dadurch ſehr geſchwächt werden würde. Generalmarſch wurde deshalb heute Morgen daſelbſt geſchlagen. Dies zur Nachricht auf etwaige übertriebene oder entſtellte Gerüchte. (Mittelrh. Z.)

Mannheim, 25. Mai. Heute Vormittags ging eine bedeutende Abtheilung des 3. badiſchen Infanterie-Regiments nach Kaiſerslautern in der Rheinpfalz ab. (Schw. M.)

* **Freiburg**, 25. Mai. Der Civil- und Militärkommiſſär Heuniſch macht bekannt, daß alle Staatsbeamten ſich jeder Einwirkung auf die Wahlen zur konſtituirenden Verſammlung, die auch nur den Schein eines amtlichen Einfluſſes auf dieſelben haben könne, zu enthalten haben. Eine andere Bekanntmachung richtet ſich gegen einen Aufruf des Bürger Neff in Rimmingen an die Deutſchen in der Schweiz, nach dem Großherzogthum Baden zu ziehen. Der Bürger Neff, heißt es, habe darin ſeinen Auftrag überſchritten. Die badiſche Regierung habe nur die politiſchen Flüchtlinge zurückgerufen, die Angehörige des Landes Baden ſind, und in daſſelbe zurückzukehren wünſchen. Die Volksbewaffnung in Baden ſei ſo maſſenhaft, daß deutſchen Arbeitern in der Schweiz, welche einen ſichern Erwerb haben, gar nicht zugemuthet werde, dieſen zu verlaſſen.

Darmſtadt, 25. Mai. Einer eben durch den Generalſtaatsprokurator am großherzogl. heſſ. Kaſſationshof, Hrn. Weiß, verkündigten Verordnung zufolge, ſoll die erſte ordentliche Aſſiſe der Provinz Oberheſſen am 23. Juli d. J. eröffnet werden. Oberappellations- und Kaſſationsgerichtsrath Merkel iſt zum Präſidenten dieſer Aſſiſen, Hofgerichtsrath Buff zu ſeinem Stellvertreter ernannt. (O. P. Z.)

) **Darmſtadt**, 26. Mai. Die in dem Gefechte bei Oberlaudenbach gefangenen Rebellen, 107 an der Zahl, ſind heute Nacht um 2 Uhr mit einem beſonderen Bahnzuge unter ſtarker Bedeckung hier angekommen und ſofort ins hieſige Arreſthaus gebracht worden. Einer der Urheber des an dem Regierungsrath Prinz verübten Mordes ſoll ſich darunter befinden. Die meiſten Gefangenen ſind arme Schelme, vielleicht zum Theil zum Mitzuge gezwungen, doch ſollen ſich unter denſelben, wie unter den Getödteten, die meiſtens von Bajonettwunden fielen, auch mehrere Bürgermeiſter aus dem Odenwalde befinden. Die Hauptführer und Hetzer ſind entkommen oder gar nicht hinter den Couliſſen vorgetreten.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg, 16. Mai. Sonntag den 13. d. M. Nachmittags iſt das kaiſerlich ruſſiſche Uhlanenregiment „Wosneſenſk“ mit klingendem Spiele in Lemberg einmarſchirt, hat allda übernachtet und Tags darauf den Marſch weiter nach Ungarn fortgeſetzt. Prächtige Pferde, durchweg von einerlei Farbe, Füchſe. Montag um dieſelbe Zeit iſt das kaiſerlich ruſſiſche Huſarenregiment Großfürſt Thronfolger, durchweg auf herrlichen Braunen hier eingezogen, hat daſelbſt Nachtlager gehalten, und iſt nächſten Morgen weiter marſchirt. So eben, 2 Uhr Nachmittags, iſt das kaiſerlich ruſſiſche Uhlanenregiment Leopol und das Huſarenregiment Erzherzog Ferdinand d'Eſte mit klingendem Spiele hier eingerückt; das erſtere hat durchaus Rappen, letzteres durchgehends Eiſenſchimmel. Ferner ſind 24 Kanonen, d. i. zwei kaiſ. ruſſiſche leichte Batterien angekommen. Die Mannſchaft hat vortreffliche Haltung. Im Ganzen marſchiren durch Galizien nach Ungarn 120,000 Mann Ruſſen mit 26,000 Pferden und 350 Geſchützen. Dazu ſind jene 20,000 Ruſſen mit 5000 Pferden und 60 Geſchützen nicht gerechnet, welche gleichzeitig über die Bukowina gegen Siebenbürgen aufgebrochen ſind. Durch Lemberg marſchiren in Allem 48,419 Ruſſen mit 14,280 Pferden und 6 leichte dann 4 Poſitionsbatterien mit 120 Geſchützen. Wir erwarten noch 6 Füſilierregimenter, 4 Jägerregimenter, 1 Tirailleur- und 1 Sappeurbataillon, einen Pulk doniſche Koſaken und 8 Batterien zu 12 Geſchützen. Der Durchmarſch iſt jetzt ununterbrochen. Die Ruſſen werden hier einquartiert, und weil ſie ſehr vorſichtig und gegen die Polen mißtrauiſch ſind, ſo wird beim Auftragen des Mahles ſtets Wirth und Wirthin erſucht, die Speiſen zuerſt zu koſten. (C. Bl. a. B.)

Schweiz.

) **Bern**, 24. Mai. Den Aufſtand in Baden haben ſelbſt hier wohnende republikaniſch geſinnte Deutſche entſchieden mißbilligt, weil dadurch die für Anerkennung der Reichsverfaſſung entſtandene Erhebung des deutſchen Volks getrübt iſt, die Kräfte zerſplittert und die Anhänger der Mittelpartei mißtrauiſch gemacht werden. Man kennt einen großen Theil der nun nach Baden abgereiſten deutſchen Flüchtlinge hier zu gut, um nicht dieſes Mißtrauen in ihre Abſichten gerechtfertigt zu finden. Eine Staatsverfaſſung nach den Grundſätzen eines Heinzen wäre die ärgſte Despotie. Becker von Biel, jetzt Oberkommandant der badiſchen Bürgerwehr, war in dem Freiſchaarenzug gegen Luzern Ochſenbeins Adjutant, machte ſpäter die beiden Freiſchaarenzüge nach Baden mit, und projektirte dann die bekannte Expedition nach Sicilien. Ueber ſeine militäriſche Befähigung ſieht man hieſige Offiziere mitleidig die Achſel zucken. Viele Arbeiter ſind nach dem Aufruf des Landesausſchuſſes nach Baden abgereiſt. Es werden hier unter den Deutſchen Steuern zur Beſtreitung ihrer Reiſekoſten geſammelt. Mehrere eidgenöſſiſche Offiziere ſind in die Rheinpfalz. Heute ſah ich einen Trupp von 30—40 Geſtalten mit entſchloſſenen ſonnverbrannten Geſichtern. Sie trugen blaue Uniformen und viereckige rothe Mützen. Man hält ſie für Polen, die aus Italien kommen und nach Baden wollen.

Rußland.

Warſchau, 22. Mai. Geſtern 3 Uhr Nachmittags langte der Kaiſer von Oeſterreich in unſerer Stadt an. In ſeiner Begleitung befand ſich Fürſt Schwarzenberg. Angekommen ſind ferner der Kanzler Graf Neſſelrode und Baron Lieven, General-Adjutant des Kaiſers, aus Petersburg. (Bresl. Z.)

Nachſchrift.

* **Frankfurt**, 28. Mai. Der Großherzog von Baden iſt nach Koblenz wieder abgereiſt.

** **Berlin**, 25. Mai. Die ruſſiſche Flotte hat Kronſtadt verlaſſen.

Man ſchreibt uns aus **München** vom 26. Mai: Im Lager von Donauwörth mußte das Kriegsrecht proklamirt werden, weil das oberſchwäbiſche 11. Regiment den altbaieriſchen Jägern von Burghauſen mit gefällten Bajonetten den Einzug ins Lager verwehrte, ſo daß dieſe genöthigt wurden, die Eiſenbahnwagen wieder zu beſteigen, um ihre Standquartiere in Nördlingen zu nehmen.

Ebendaher wird uns jetzt gleichfalls mit Beſtimmtheit gemeldet, daß das Reſervekorps Radetzky's von 13,000 Mann aus Vorarlberg nach Baiern und Baden vorzurücken beſtimmt ſei.

Redacteur: **H. Kruſe**.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 146. Frankfurt a. M., Dienſtag 29. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Baden.

Deutſchland. Frankfurt (Das Abberufungsſchreiben der hannöverſchen Abgeordneten). Wien (Kaiſer Ferdinand. Baron Haynau. Stand des ungariſchen Feldzugs. Die Ruſſen in Mähren und Galizien. Die Nachrichten aus Deutſchland. Ungariſche Nachrichten. Graf Stadion. Trampuſch verhaftet. Vermiſchtes). Berlin (Die deutſche Verfaſſung. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark. Die Verhaftungen. Die Nationalzeitung. Das Einſchreiten Preußens). München (Regierung und Kammer. Die miniſterielle Maßregel gegen die Pfälzer Abgeordneten. Sitzung der Reichsräthe). Nürnberg (Die Militärerzeſſe. Bericht der Münchner Deputation. Garniſonswechſel). Würzburg (Antwort des Miniſteriums an die ſtädtiſche Deputation). Donauwörth (Die Unruhen im Lager). Stuttgart (Die Volksverſammlung in Reutlingen. Erklärung der Stadtbehörden und der Bürgerwehr. Stimmung des Militärs. Die Erſatzmänner der ausgetretenen würtembergiſchen Abgeordneten). Dresden (Der Kriegszuſtand. Die preußiſchen Truppen. Die Verzweigung des Aufſtandes. Steckbriefliche Verfolgungen). Karlsruhe (Ruge und Blind nach Paris. Beſchlüſſe des Wehrausſchuſſes). Raſtatt (Gefangene Offiziere. Geſuch um Reichstruppen). Freiburg (Die Neue Freiburger Zeitung. Sicherheitsausſchüſſe). Darmſtadt (Forderungen der demokratiſchen Partei. Die Beſetzung von Worms. Gefangene. Kriegszuſtand an der Bergſtraße und im Odenwalde. Verhaftungen). Gießen (Durchmarſch preußiſcher Truppen). Mainz (Gehemmte Kommunikation auf dem Rhein. Ankunft mecklenburgiſcher Truppen). Schleswig (Hauptmann Delius getödtet. Die Kriegführung in Jütland).

Großbritannien. London (Die Schifffahrtsbill durch das Komite des Oberhauſes. Parlamentariſche Siege des Kabinets im Unterhauſe).

Schweiz. Bern (Der Nationalrath für Aufhebung der Militärkapitulationen. General Thiard. Deutſche Arbeiter nach Baden.)

Ungarn. (Die Kriegführung der Magyaren. Offizieller Bericht vom Kriegsſchauplatz. Hinrichtung in Preßburg. Rüſtungen in Peſth.)

Polen. Warſchau (Heerſchau. Abreiſe des Kaiſers von Oeſterreich.)

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

28. Mai.

Wir haben dem weiteren Verlauf der badiſchen Zuſtände ein trübes Prognoſtikon geſtellt; wir zweifelten, ob dem Staate wie er iſt überhaupt noch eine Lebensfähigkeit inne wohne. Elemente der inneren Auflöſung ſcheinen genug vorhanden zu ſein und die gegenwärtige Kriſis, wie ſie auch immer ſich ferner entwickeln mag, wird dieſe Auflöſung vollenden. Man muß ſich im politiſchen Leben daran gewöhnen, auch die entgegengeſetzte Partei am Ruder zu erblicken, wenn ſie überhaupt nur noch das Zeug mitbringt einen Staat zu erhalten und zu regieren; verzweifeln wird man erſt dann, wenn eine Erſchütterung ſammt den aus ihr auftauchenden Elementen nur die Spuren der Unfähigkeit und der ſittlichen Verkümmerung an ſich trägt. So iſt der Zuſtand in Baden; er hat ein überwiegend pathologiſches Intereſſe und wir können in den Ausbrüchen des Jubels, wie ſie da und dort in der charakterloſen und feigen Preſſe auftauchen, nur die unfehlbaren Symptome einer politiſchen Krankheit erblicken, wo der Extaſe die Abſtumpfung ſehr bald als letztes kritiſches Stadium folgen wird. In einem jeden Staate, ſagte der republikaniſche National im verfloſſenen Juni, wo Preßfreiheit, Vereinsrecht und Volksvertretung beſteht, iſt die Inſurrektion ein Wahnſinn, ein Verbrechen gegen die Geſellſchaft; dies Wort findet für Baden ſeine volle Anwendung, nur mit dem ſchlimmen Zuſatze, daß der geſunde Theil des Volkes bei allem Mißbehagen noch immer keine klare Vorſtellung hat von dem Spiele, das man mit ihm treibt und von deſſen verhängnißvollen Folgen.

Jene Verwilderung der politiſchen Begriffe, die ein geordnetes Regiment überhaupt ſehr ſchwer machte, datirt nicht von heute; ſie iſt eine Erbſchaft der vormärzlichen Politik. Jene Staatskunſt, welche trotz der Mehrheit des Volkes und gegen die Mehrheit regierte, welche in der bureaukratiſchen Verwaltung nur zerbrechliche Werkzeuge ſah, die man nach Belieben „zerbrechen“ oder beſeitigen konnte, hat es zunächſt zu verantworten, wenn das Vertrauen zur regierenden Gewalt ſyſtematiſch untergraben worden iſt. Es war zwar in Baden politiſche Bewegung und Mittel der Agitation genug vorhanden, um gegen dieſe Politik Widerſtand zu üben, aber um ſo ſchlimmer war es, daß man dieſen Widerſtand zur Gewohnheit des öffentlichen Lebens gemacht hat und in der Bevölkerung alle die Vorſtellungen verwiſchte, welche von jedem geordneten Staatsorganismus, mag er nun monarchiſch oder republikaniſch heißen, ganz unzertrennlich ſind. Dieſe Erbſchaft durchwühlter innerer Zuſtände der Staatsgeſellſchaft und einer ganz vertrauensloſen Stellung der regierenden Gewalten hat das Miniſterium, das bis zum 13. Mai die Geſchäfte führte, angetreten; mit ihr ſollte es mitten durch die hochgehenden Wogen revolutionärer Erſchütterung das Staatsſchiff ungefährdet hindurchlenken. Konzeſſionen und freiſinnige Geſetze konnten dies Uebel nicht bannen, die ganze Grundlage der Staatsordnung war angegriffen und es gehörte eine Zeit der ruhigen Organiſation dazu, den Neubau vorzunehmen.

Der Aufruhr vom 13. Mai und der aus ihm hervorgegangene revolutionäre Vollziehungsausſchuß werden die lange vorbereitete Kriſis zur Entſcheidung bringen; ein geordnetes Regiment herzuſtellen, wird demſelben nicht gelingen, auch wenn er es aufrichtig wollte; wohl aber kann er den Bankerott des badiſchen Staatsweſens vollenden helfen. Wie das Heer in Baden, ſo die Staatsgeſellſchaft; mit beiden wird es den vorhandenen Kräften nicht gelingen, eine erträgliche Staatsmaſchine in regelmäßigen Gang zu bringen. Daß die einzelnen untergeordneten Werkzeuge der früheren Bureaukratie von der neuen Gewalt gebraucht und ſogar ſichtbar geſucht werden, läßt einerſeits den Werth dieſer Bureaukratie, andererſeits die Rathloſigkeit der neuen Gewalt beurtheilen; daß zugleich eine Menge trefflicher und unabhängiger Kräfte ſich lieber zurückziehen oder das Land verlaſſen, wird den Auflöſungsprozeß des regierenden Landesausſchuſſes durch die eigene Armuth und Unfähigkeit beſchleunigen. Dies Regiment der von Straßen und Barrikaden aufgeleſenen Kommiſſäre, dieſe fürs Erſte gemüthliche, bald ſehr ungemüthliche Anarchie extemporirter Behörden, dieſes wirre Befehlen diktatoriſcher Bevollmächtigten, zu denen man Advokaten, Literaten, Aerzte ohne Praxis, verdorbene Kandidaten und Studioſen verwendet, dies Durcheinanderrennen bramarbaſirender Freiſchaaren wird mit allem Erfolg dahin wirken, den Staatsorganismus vollends aus allen Fugen zu bringen, und eine gründliche Radikalkur des kranken Körpers nothwendig zu machen. Zum Ueberfluß hat der Landesausſchuß auch noch alle ſeit dem 1. Januar d. J. von den Kammern und der Regierung erlaſſenen Geſetze „ſo weit als möglich“ für null und nichtig erklärt, um ſo die Verwirrung in's Unnennbare zu ſteigern und die Begriffe von Recht und Geſetz im Volke „ſo weit als möglich“ zu verwiſchen. Wenn dann wie vorauszuſehen, der Rückſchlag erfolgt, der wieder die zahlreichen Dekrete des Vollziehungsausſchuſſes und ſeiner Agenten außer Wirkſamkeit ſetzt, wie ſoll dann auf einem ſolchen Boden ein geordnetes und feſtes Regiment möglich ſein, wenn daſſelbe nicht zu ganz neuen und außergewöhnlichen Mitteln ſeine Zuflucht nimmt?

Die offizielle Preſſe der neuen revolutionären Gewalt gibt in das demoraliſirende Gewebe der Partei alle mögliche Einſicht;

ſie iſt ſo wahr und ſo ehrlich, wie die Perſonen und die Mittel des Aufſtandes vom 13. Mai und ſetzt das Geſchäft der Parteiſophiſtik mit derſelben Rührigkeit fort, wie ſie es vorher in den Klubs und ihren Verſammlungen betrieb. Noch immer wird die Komödie geſpielt, es gelte der Reichsverfaſſung — während doch in ganz Baden Niemanden dieſe Reichsverfaſſung gleichgültiger war, als gerade der Partei, die durch Soldatenmeutereien ans Ruder gekommen iſt. Als die Reichsverfaſſung vom 28. März von Mitgliedern aller Parteien angenommen und unterſchrieben ward, ſchied ſich eine äußerſte Linke in der Paulskirche ab, welche ziemlich unverholen von dieſem Werk der Nationalverſammlung ſich losſagte und als rein revolutionäre Partei es einem Ludwig Simon, Fröbel u. ſ. w. zu verargen ſchien, daß dieſe ein Grundgeſetz gutgeheißen hatten, deſſen Umſturz ihe am Herzen lag, ehe es noch lebendigen Beſtand und Gültigkeit erlangt hatte. Von dieſen diſſentirenden Ultras ſitzen ſechs im Landesausſchuſſe; von den Abgeordneten, die die Reichsverfaſſung unterzeichnet haben, keiner! In dieſem Sinne ließ ſich auch die Preſſe der Partei damals aus; ſie verfehmte, ſolange die legale Bewegung für die Verfaſſung dauerte, einen Jeden, der dieß ſchlechte „durch und durch monarchiſche“ Werk anerkannt wiſſen wollte. Die Leute, die das mit den lauteſten Poſaunentönen verkündigten, ſitzen im Landesausſchuſſe! die geſetzmäßige Regierung die am erſten in Deutſchland das patriotiſche Beiſpiel der Anerkennung der Reichsverfaſſung gab und die in aufrichtiger Geſinnung die Beeidigung auf dieſelbe zuerſt in Deutſchland vornahm, hat man durch rebelliſche Soldaten verdrängt und von dieſen Rebellen ſitzen ein Paar im Landesausſchuſſe! Zum Sukkurs werden Karl Heinzen, Germain Metternich, Ph. Becker und ähnliche Commis voyageurs der Revolution herbeibeſchieden, Herr Savoye als Ueberbringer der franzöſiſchen Brüderſchaft in Offenburg vorgeführt, ſämmtliche im Augenblick brodloſe Abenteurer germaniſchen und ſlaviſchen Geblüts zuſammengetrommelt, alles um der deutſchen Reichsverfaſſung willen! Zum Ueberfluß wird in dem amtlichen Blatte, das jetzt unter der Leitung eines Liberalen von der Ruge'ſchen Genoſſenſchaft ſteht, uns die „nationale und deutſche Seite“ der Bewegung verſichert, und zwar ohne Zweifel aus derſelben Feder, welche ihrer Zeit unter Ruge's Fittigen den nationalen „Schnickſchnack“ nach Kräften bekämpfte und der deutſchen „Niederträchtigkeit“ rieth, ſich an der franzöſiſchen Größe und Herrlichkeit zu veredeln.

Es gehört die ganze Frivolität einer ſolchen Partei dazu, um ſelbſt mit dem Eide Komödie zu ſpielen und dieſelbe Reichsverfaſſung, die man vollends begraben hilft, zum Schein noch beſchwören zu laſſen. Es gehört die eherne Stirn der Partei dazu, um in demſelben Augenblicke, wo alle göttlichen und menſchlichen Rechte verkehrt werden, im offiziellen Blatte dreiſt zu behaupten, es ſei bis jetzt noch nichts in Baden geſchehen zur Durchführung der deutſchen Grundrechte. Wie tief muß eine Partei ihr Volk verachten, wenn ſie ihm ſolche Doſen zumuthet!

Cui bono? möchte man fragen. Gewiß nur der Politik zum Nutzen gegen die der legale Kampf für die Reichsverfaſſung begonnen war; ihr Sieg und ihre Schadenfreude wird am beſten beurtheilen laſſen, wer vom badiſchen Maiputſch die wahren Früchte ernten wird. Wir erinnern uns, wie Brentano dem Miniſter Bekk einmal vorwarf, er habe den Struve'ſchen Septemberaufſtand anſtiften laſſen; man lachte damals über den Unſinn, könnte aber heute mit mehr Recht die Politik Brandenburg-Manteuffel anklagen, ſie habe die badiſche Mairevolte anſtiften helfen, um einen neuen Triumph der Oktroyirung zu erleben.

Deutſchland.

Frankfurt, 26. Mai. Das heute hier eingegangene Abberufungsſchreiben für die hannover'ſchen Abgeordneten zur deutſchen Nationalverſammlung lautet wie folgt:

„Die königliche Regierung hat zu ihrem tiefen Bedauern aus dem Gange der Verhandlungen der deutſchen Nationalverſammlung die Beſorgniß ſchöpfen und in den neueſten dortigen Vorgängen beſtätigt finden müſſen, daß das Zuſtandebringen des deutſchen Verfaſſungswerks zwiſchen dem deutſchen Volke und den Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten im Sinne derjenigen Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April 1818, auf deren Grund die Wahlen von Abgeordneten zur Nationalverſammlung angeordnet und angenommen ſind, von dieſer nicht mehr erwartet werden darf. Die königliche Regierung findet durch dieſe Wahrnehmung eine, ihren wärmſten Wünſchen für Deutſchlands verjüngende Umgeſtaltung entſprungene Hoffnung in ſo weit vernichtet, als die Nationalverſammlung mit Ablehnung der von den Regierungen dargebotenen freien Vereinbarung, entſchieden den Weg verlaſſen hat, der nach unſerer innigen Ueberzeugung das allſeitig erſtrebte Ziel der Einheit Deutſchlands, ſeiner Macht und des Glücks ſeiner Völker am ſchnellſten und mit Sicherheit hätte erreichen laſſen. Wie feſt die königliche Regierung dieſes Ziel, ſo lange eine Ausſicht des Erfolgs übrig blieb, im Auge behalten, dies hat ſie Gelegenheit gehabt, noch in der Erklärung zu beurkunden, die von ihr dem Abgeordneten der proviſoriſchen Centralgewalt über die verlangte Anerkennung der von der Nationalverſammlung einſeitig beſchloſſenen Reichsverfaſſung am 4. dieſes Monats ertheilt worden iſt. Nach vorgängigem Rücktritt der öſterreichiſchen Deputirten iſt inzwiſchen auch die Abberufung der in den königlich preußiſchen und königlich ſächſiſchen Staaten erwählten Mitglieder der Nationalverſammlung erfolgt, und die letztere hat hierdurch ſo wie durch die zahlreiche Entfernung von Abgeordneten aus anderen Theilen Deutſchlands in ihrer Zuſammenſetzung eine Veränderung erlitten, die es der Regierung Sr. Maj. des Königs nicht ferner geſtattet, in ihr ein vollgiltiges Organ der Wünſche des geſammten deutſchen Volkes anzuerkennen. Die königliche Regierung ſieht ſich hieran durch die ihr obliegenden Pflichten um ſo mehr behindert, da in dem Verhalten der Nationalverſammlung ſelbſt ein neuerlich hervorgetretenes Beſtreben Unterſtutzung findet, das bei dem Beharren auf der einſeitig beſchloſſenen Verfaſſung in einer Aufrechthaltung und Ausführung der letztern den Vorwand findet, das geſammte Vaterland mit Bürgerkrieg und Umſturz aller beſtehenden Ordnung zu bedrohen, und auch für das hieſige Königreich Gefahren herbeizuführen, welche mit allen ihr zu Gebot ſtehenden Mitteln abzuwenden die königliche Regierung feſt entſchloſſen iſt. Unter dieſen Umſtänden und damit über die Beurtheilung, welche eine fortgeſetzte Thätigkeit der etwa verſammelt bleibenden noch übrigen Abgeordneten zur Nationalverſammlung in den Augen der königlichen Regierung findet, jeder Zweifel für die Angehörigen des hieſigen Königreichs entfernt werde, hat die Regierung Sr. Maj. des Königs zu dem Beſchluſſe gelangen müſſen, daß an die in dem Königreiche Hannover zu jener Verſammlung erwählten Deputirten die Aufforderung zu erlaſſen ſei, an den Verhandlungen, welche von den gedachten Abgeordneten in Frankfurt oder an andern Orten ferner möchten gehalten werden, ſich der Theilnahme zu enthalten.

Die königliche Regierung erkennt daneben als eine beſtimmte Verpflichtung an, ſo viel an ihr iſt, dafür Sorge zu tragen, daß die auf Deutſchlands Einigung und Kräftigung wie auf die Vertretung des deutſchen Volkes bei Deutſchlands Centralgewalt gerichteten Zuſagen, welche in den erwähnten Bundesbeſchlüſſen enthalten oder von Sr. Majeſtät dem Könige Ihren Unterthanen beſonders ertheilt worden ſind, mit jeder möglichen Beſchleunigung und auf eine Weiſe zur Ausführung gebracht werden, welche dem deutſchen Volke eine ſelbſtthätige Theilnahme an der Begründung einer neuen Geſammtverfaſſung ſichert. Die königliche Regierung iſt, im Bewußtſein dieſer Obliegenheit, bereits mit anderen deutſchen Bundesregierungen in eine Verhandlung getreten, deren bisheriger Verlauf zu der Erwartung berechtigt, daß die Regierungen binnen Kurzem im Stande ſein werden, die Ergebniſſe ihrer Erwägungen dem Vaterlande zu ſeiner Beruhigung vorzulegen. Wir beauftragen den Hrn. Bevollmächtigten, die dort anweſenden hannoverſchen Abgeordneten mit der vorſtehenden Verfügung vollſtändig bekannt zu machen und dabei zu bemerken, daß mit dem Tage des Empfanges der Eröffnung, auf deſſen Konſtatirung Bedacht zu nehmen iſt, die bisherige Diätenzahlung aus der hieſigen Landeskaſſe aufhören und ſodann nur noch eine Vergütung der Koſten der Rückreiſe, inſofern letztere ſofort erfolgt, eintreten wird. Hannover, den 23. Mai 1849. Königl. Miniſterium des auswärtigen Angelegenheiten. Gr. v. Bennigſen. An den Hrn. Juſtizrath v. Bothmer, königl. hannoverſchen Bevollmächtigten bei der proviſoriſchen Centralgewalt in Frankfurt a. M. (O.P.Z.)

A. Z. C **Wien**, 23. Mai. Ein Beamter der Staatsſchuldentilgungskaſſe iſt in das Hauptquartier der Ruſſen nach Hradiſch geſendet worden, um die von den Truppen mitgebrachten einheimiſchen Münzen gegen öſterreichiſches Geld einzuwechſeln und auf dieſe Art jede möglich werdende Uebervortheilung ferne zu halten. Kaiſer Ferdinand hat geſtern Prag verlaſſen, wird die Pfingſtfeiertage in Salzburg verweilen und am 29. in Innsbruck eintreffen. Die Truppenmärſche an unſeren Grenzen, die Sendungen von Artillerie und Munition nach dem Kriegsſchauplatze in Ungarn dauern ununterbrochen fort. Geſtern rückte ein 20,000 Mann ſtarkes ruſſiſches Korps, unter Anführung des General Kaufmann im Mislenicer Kreiſe Galiziens ein. General Saß ſteht mit 15,000 Mann hart an der ungariſchen Grenze, das Kommando zur Ueberſchreitung derſelben erwartend. F.M.L. Baron Haynau iſt in der Eigenſchaft als ad latus des Feldmarſchalllieutenants Baron Welden in Preßburg eingetroffen. Fürſt Paskiewitſch hat an alle ruſſiſchen Zollämter längs der k. k. Grenze die Weiſung erlaſſen, für Hafer und Getreide keinen Einfuhrszoll zu erheben. Die hieſigen Buchhändler haben dem Miniſterium neuerlich ein Geſuch um Aufhebung der Kontrolle, welcher die aus dem Auslande einlangenden Bücherballen unterzogen werden, überreicht und die Handelskammer um Unterſtützung dieſes Anſuchens angegangen. Im Laufe des Jahres 1848 wurden in der hieſigen Sparkaſſe 4,340,342 Fl. eingelegt; dagegen aber 13,072,841 Fl. C.-M. zurückgezahlt.

△ **Wien**, 24. Mai. Die Operationen der kaiſ. Armee ſind, wie ich Ihnen ſchon vorgeſtern ſchrieb, in dieſem Momente bereits im Vorwärtsſchreiten begriffen. Für die kommende Nacht um zwei Uhr hat die Mehrzahl der Truppen, wenigſtens derjenigen Korps, die früher um Preßburg ſtanden, welches jetzt ganz verlaſſen iſt, zum Ausbruch Befehl erhalten, woraus, wenn die Magyaren Stand halten, auch ein Angriff werden kann. Offiziere und Soldaten ſind vom beſten Geiſte und vom heiterſten Muthe beſeelt. Was Welden in ſo kurzer Zeit für die Reorganiſation der Armee gethan, war eine Rieſenarbeit. Vor dem Ausbruche erließ er noch eine Proklamation an das ungariſche und ſiebenbürgiſche Volk, worin er die Schmählichkeit eines Bundes der ungariſchen Nation mit der polniſchen Anarchie nachzuweiſen ſucht und ſie auffordert zu ihrer Pflicht mit voller Verzeihung zurückzukehren. Jellacic hat eine Brigade vorwärts entſendet, wie ich glaube unter Ottinger, um Ofen zu entſetzen, in welchem ſich der tapfere Hentzi noch immer muthig und mit Erfolg vertheidigt. Er ſoll am 20. eine bedeutende Batterie der Ungarn, die auf dem Schwabenberge poſtirt war, gänzlich durch ſein wohl gerichtetes Geſchützfeuer zerſtört haben. Der neueſte Bericht Welden's ſagt mit Beſtimmtheit, daß er offizielle (?) Nachrichten in Händen habe, wonach wirklich eine Spaltung zwiſchen Ungarn und Polen eingetreten ſei, indem die Letzteren Dembinski zum Kriegsminiſter wollten, um die Bewegung nach Galizien zu werfen, die Ungarn aber Koſſuth gezwungen hätten, Görgey zum Kriegsminiſter zu machen. Dembinski ſoll mit zum großen Theile polniſchen Truppen (man nennt die Zahl 15,000) einen Einfall nach Galizien bereits bewerkſtelligt haben, doch bedarf dies noch der Beſtätigung. F.M.L. Vogel paſſirte am 19. Tyrnau, um ſich ins Hauptquartier zu begeben. Wenn die Nachrichten aus Hradiſch verläßlich, ſo hat die deutſche Geſinnung Mährens plötzlich einer entente cordiale mit den Ruſſen Platz gemacht und die Sympathien für die Stammesgenoſſen machen reißende Fortſchritte. Daſſelbe berichtet man von der ruthenichen Bevölkerung Polens. Unſer Miniſterium mußte von dem ſlaviſchen Kongreſſe in Prag her dieſe Tendenz kennen und dürfte es noch einmal ſchwer bereuen, ſtatt einer deutſchen eine ruſſiſche Politik befolgt zu haben.

Für die Pfingſtfeiertage wird der Vater des Kaiſers Erzherzogs Franz Karl und die Erzherzogin Sophie in Schönbrunn erwartet, wo ſie den Beſuch der Königin von Griechenland empfangen werden.

Die Deutſche Reform bringt uns heute die telegraphiſche Nachricht von dem Ausſcheiden Gagerns und ſeiner ganzen Partei aus der deutſchen Reichsverſammlung. Damit ſchwindet uns auch die letzte Hoffnung auf eine friedliche Löſung der deutſchen Frage! Wo die menſchliche Weisheit zu Ende iſt, muß man auf Gott vertrauen. Was die Edelſten und Beſten unſerer Nation anſtrebten und ſchaffen halfen, wird weder ein Raub der Parteiwuth noch der ruſſiſchen Bajonette werden; es iſt bereits das Eigenthum der Geiſter geworden; wie einſt die Reformation wird die Reichsverfaſſung die Baſis einer neuen Aera bilden trotz rothen Republikanern und reaktionären Konſervativen. Dieß fühlen wir klar als den einzigen Anhaltspunkt in der immer allgemeiner werdenden Verwirrung.

* **Wien**, 24. Mai. Perſonen, die am 20. d. Peſth verlaſſen haben, beſtätigen die Nachricht, daß die k. Burg in Ofen völlig niedergebrannt ſei und auch Peſth viel Schaden gelitten habe. Das Bombardement hatte aufgehört und die Geſchäfte gingen bei lebhaftem Verkehre fort. Aus Lemberg wird eine am 19. d. erfolgte ſehr ſtrenge Kundmachung des G. d. C. Hammerſtein berichtet. Der ſtandrechtlichen oder nach Umſtänden der kriegsrechtlichen Behandlung wird unterzogen: 1) wer einen k. k. oder k. ruſſiſchen Soldaten zum Treubruch auch nur zu verleiten verſucht; 2) wer ſich Läſterungen der beiden Kaiſer erlaubt und 3) wer in der Abſicht, ſich der revolutionären Bewegung anzuſchließen, Piken oder Senſen als Waffen herrichtet oder in deren Beſitz betreten wird. Aus ungariſchen Blättern entnehmen wir folgende Notizen. Görgey iſt krank, doch nicht ſo gefährlich, als es das Gerücht verbreitet. In der Debrecziner Nationalverſammlung iſt der Közlöny zum Amtsblatt dergeſtalt erhoben worden, daß die Geſetze verbindende Kraft haben, ſobald ſie im Közlöny erſchienen ſind. L. Toth kündigt einen Geſetzvorſchlag an über die gänzliche Emanzipation der Juden. Die Kaiſerlichen, die ſich in ungariſcher Kriegsgefangenſchaft befinden, werden größtentheils der ungariſchen Armee eingereiht. Der frühere Feſtungskommandant von Komorn, Mack, wird noch immer gefangen gehalten; die Urſache davon ſollen Aufhetzereien eines Genieoffiziers ſein, die einen Zwieſpalt zwiſchen Mack und dem Regierungskommiſſär herbeiführten. Uebrigens betreibt Koſſuth die Rekrutenſtellung und Ablieferung aller Waffen ſehr energiſch. Die Königin von Griechenland mit einem Gefolge von 15 Perſonen, wird am 26. d. in Trieſt erwartet, von wo ſie die Reiſe über Wien und Berlin nach Oldenburg fortſetzen wird. Am 21. d. beſuchte die Erzherzogin Dorothea, Wittwe des Palatinus, das Militärſpital im Augarten, woſelbſt ſie über eine Stunde verweilte und ſich theilnehmend um das Befinden der kranken Soldaten erkundigte. Tags darauf ſandte ſie Tokayerwein zur Vertheilung unter dieſelben.

A.Z.C. **Wien**, 24. Mai. Wie verläßliche Privatbriefe ſchreiben, iſt ein Theil der öſterreichiſchen Armee ohne von den Inſurgenten beirrt zu werden auf zwei Punkten über die Waag gegangen. Der Uebergang, welcher von 6 Uhr Morgens bis 2 Uhr Nachmittags dauerte, ward vom Feinde weder beobachtet noch beläſtigt, obgleich das Terrain recht geeignet iſt, einem Truppenkörper beim Paſſiren des Fluſſes viel zu ſchaffen zu machen. Tags darauf ſtießen unſere Vorpoſten auf einige Kompagnien Inſurgenten, die ſich aber nach einigen Plänkeleien, wobei ſie einige Mann verloren, ſogleich zurückzogen. Der Feind ſcheint ſeine Hauptmacht bei Komorn zuſammen ziehen zu wollen und hat die Inſel Schütt auch bereits geräumt. Der Miniſterrath beſchäftigt ſich in ſeinen Sitzungen mit einem umfaſſenden Geſetze über das Verfahren bei Abſetzung der Beamten. Wenn ſich dazu im Publikum das Gerücht verbreitet hat, nach der dem Miniſterium gemachten Vorlage ſei die Rede davon, daß auch richterliche Beamte durch einen bloßen Beſchluß der oberſten Behörde ſollen abgeſetzt werden können, ſo dürfte dieſem wenig Glauben beizumeſſen ſein. Das Befinden des Miniſters des Innern, Grafen Stadion, gibt noch fortwährend zu Beſorgniſſen Anlaß. Zwar iſt daſſelbe nicht dauernd ſchlecht, wohl aber durch häufig wiederkehrende Unpäßlichkeiten geſtört. Der Reichstagsabgeordnete Trampuſch aus Frankfurt ſoll in Salzburg verhaftet worden ſein, weil er öffentlich zum Aufruhr reizende Reden hielt. In dem neueſten Stücke einer magyariſchen Zeitung wird erzählt, daß die republikaniſche Regierung durch eine gedruckte Verordnung verboten habe, es ſolle nirgends mehr auf Medaillen, Knöpfen, Doſen u. dgl. des öſterreichiſchen Kaiſers oder eines Mitgliedes ſeiner Familie Bildniß angebracht werden. An ſämmtliche Kirchenhäupter in Ungarn iſt die Weiſung ergangen, binnen 14 Tagen die Huldigungserklärung für die neue Regierung einzuſenden, widrigenfalls ſie als Rebellen behandelt werden würden.

Konſt. Korr. **Berlin**, 25. Mai. Die Proklamation der deutſchen Verfaſſung durch die preußiſche Regierung im Verein mit Sachſen und Hannover ſteht, ſo viel wir hören, binnen 8 Tagen mit Sicherheit zu erwarten. Der Bevollmächtigte Dänemarks weilt hier, um über die Bedingungen zu verhandeln, unter welchen ein billiger Frieden zu Stande kommen kann. Die Bereitwilligkeit Dänemarks liegt ſomit zu Tage, einem Streite ein Ende zu machen, den es auf die Dauer doch nicht führen kann, und der weniger in heftiger entſcheidenden Kämpfen als in der Zufügung von gegenſeitigen Nachtheilen und Schaden ſeinen Charakter trägt. Daß die preußiſche Regierung die Anträge des däniſchen Bevollmächtigten entgegennimmt, ſtatt ihn an die deutſche Centralgewalt zu verweiſen, wird Niemand befremden, der ſich erinnert, daß der Centralgewalt nach dem Geſetze vom 28. Juni v. J. nur zuſteht in Vereinigung mit der Nationalverſammlung über Krieg und Frieden zu entſcheiden und völkerrechtliche Verträge abzuſchließen, daß aber die Nationalverſammlung in Frankfurt nach den Abberufungs-Ordren der verſchiedenen deutſchen Staaten weder von den Regierungen dieſer Staaten, noch auch von Dänemark als noch exiſtirend anerkannt werden kann, wodurch die Aufgabe über den Frieden zu verhandeln naturgemäß derjenigen Regierung zufällt, welche in Wirklichkeit die Leitung des Krieges bisher geführt hat.

Lith. Korr. **Berlin**, 25. Mai. Die Zahl der geſtern verhafteten Perſonen, die von dem Gerücht ſehr ſchwankend angegeben wurde, beläuft ſich, wie wir mit Beſtimmtheit melden können, auf folgende dreizehn: Baumeiſter Peterſen, Kammergerichtsaſſeſſor Gubitz, Kammergerichtsaſſeſſor Herzfeld, Dr. med. Waldeck, Fabrikant Schilcknecht, Lieutenant v. Roſentreter, Oekonom Schönemann, Lehrer Steide, Lehrer Koch, Oberlandesgerichtsrath Pfeiffer, Referendar Meyer, Dr. med. Weiſſe (nicht der erblindete Dichter

dieſes Namens) und Buchdruckereibeſitzer Berends. Die Verhafteten wurden geſtern Abend auf Requiſition des Generals von Wrangel ſämmtlich zum Militärarreſt abgeliefert. Außer ihnen ſoll geſtern eine große Anzahl von Perſonen in dem meiſt von Arbeitern bewohnten Stadttheile vor dem Roſenthaler und Hamburger Thor — dem ſogen. Voigtland — verhaftet worden ſein. Man ſpricht von 50. Die Nationalzeitung kündigt heute durch Maueranſchlag an, daß morgen das Blatt wieder erſcheinen werde. Wie das Verbot durch Hrn. Manteuffel gegen Wiſſen und Willen des Hrn. v. Wrangel erfolgt war, ſo iſt die Aufhebung durch den letzteren gegen den Willen des erſtern verfügt worden. Das Einſchreiten Preußens in Baden dürfte jetzt als ſicher anzuſehen ſein. Die nach Süddeutſchland abgehenden Regimenter werden durch oſtpreußiſche Regimenter erſetzt werden, ſo daß die Stärke der in den übrigen preußiſchen Provinzen ſtationirenden Truppen nicht verringert wird. Ueber die hier ſchwebenden Verhandlungen der Bevollmächtigten von Preußen, Hannover und Sachſen verlautet nichts poſitiv Neues; der hannoverſche Bevollmächtigte ſpielt jetzt bei den Konferenzen dieſelbe Rolle, wie bis zu ſeinem effektiven Austritt Hr. v. Lerchenfeld. Auch Hr. Stüve wird keinesfalls noch allzu lang ſich an den Berathungen betheiligen.

0 **München**, 26. Mai. Was wird, was kann nun geſchehen? Das Miniſterium will die Kammer durchaus nicht auflöſen, noch viel weniger ſeine eigenen Dienſte dem Vaterlande entziehen, und da die Kammermehrheit hartköpfig genug iſt, ſich der vom Miniſterium beantragten, vom Präſidium gutgeheißenen Sprengung nicht zu fügen, ſo läßt ſich gar nicht abſehen, wie aus dieſem Wirrſale herauszukommen iſt. Mag in der Zwiſchenzeit die Rheinpfalz der Laſt erliegen, welche ihr durch den Kriegsſtand aufgebürdet iſt, das Miniſterium wird darin ein abſchreckendes Beiſpiel für die andern Provinzen ſehen und ſich freuen, wenn die Zeit einen Aufſtand bewältigt, den zu verhindern und zu bekämpfen es keine Anſtalten getroffen hat, ſo daß dadurch ſelbſt die Meinung Glauben fand, die Pfalz ſei bereits von Baierns Regierung aufgegeben, und an Preußen verſchachert; der Verſuch, die Pfälzer von der Kammer auszuſchließen, erſchien unter dieſem Geſichtspunkte betrachtet wenigſtens nicht ſo ganz widerſinnig und gewaltthätig. Selbſt dem Miniſterium zugethane Beurtheiler, die die formelle Zuläſſigkeit des Antrags nicht beanſtanden, finden es auffallend, daß die Regierung dieſe Reklamation nur gegen ihre Feinde in der zweiten Kammer, nicht aber gegen ihre Freunde in der erſten gerichtet hat. Warum ſollen die Pfälzer Heinz und Maurer in der Kammer der Reichsräthe mitberathen und mitbeſchließen dürfen, während ihre Landsleute in der zweiten Kammer, nicht wegen eigener Vergehen, ſondern wegen des allgemeinen Vergehens ihrer gemeinſchaftlichen Heimath, ſo lange der Aufſtand dauert, ausgeſchloſſen werden ſollen? Sollte aber das Miniſterium dieſe folgerecht nothwendige Ausdehnung ſeines Antrags unabſichtlich überſehen haben, ſo freuen wir uns, ihm hiermit Gelegenheit zu geben, die Uebereilung wieder gut zu machen. Wir geben ihm dabei zu bedenken, daß ſeine Maßregel durch dieſe Ausdehnung auf die Freunde in der Kammer der Reichsräthe bedeutend an Rigoroſität verliert, daß ferner in dieſer Kammer ein günſtiger Erfolg für die Reklamation zu erwarten iſt, indem daſſelbe überzeugt ſein darf, daß die beiden Hrn. Reichsräthe Heinz und Maurer die unbezweifelte Willfährigkeit der hohen Kammer durch ihren Austritt noch überbieten werden, und daß endlich dieſes Alles dem Hrn. v. d. Pfordten Gelegenheit gibt, den Pfälzer Abgeordneten Eines zu verſetzen, wenn er in glänzender Rede eine Parallele zieht zwiſchen der patriotiſchen Aufopferung ihrer reichsräthlichen Landsleute und ihrem eigenen Mangel an hingebendem Patriotismus, eine Rede, die ſicherlich nicht unbeklatſcht vorübergehen dürfte. Während der Pfingſttage ſind die meiſten Abgeordneten ins Gebirge entflohen, die Pfälzer aber theilweiſe in ihre Heimath, theilweiſe nach Frankfurt gereiſt. Bis zur nächſten Sitzung, die ſchwerlich vor Donnerstag ſtattfinden dürfte, werden wohl die Meiſten, jedenfalls aber eine die Mehrheit der Kammer ausmachende Zahl von Mitgliedern der Linken hier wieder eingetroffen ſein. Geſtern war Sitzung der Reichsräthe, in welcher der Beſchluß gefaßt wurde, Interpellationen nur dann zuzulaſſen, wenn ſie von mehr als der Hälfte der Anweſenden unterſtützt ſind. Der Antrag war einzig und allein gegen den Fürſten Wallerſtein gerichtet, der ſeinem Zorne gegen die unſelige Politik unſeres Miniſteriums hie und da in wohlmotivirten Interpellationen Luft machte. Jetzt iſt ihm das Schloß vor den Mund gelegt, und der arme Fürſt thut wohl daran, wenn er ſich, wie geſtern, auch fernerhin von dieſer hohen Kammer fern hält.

△ **Nürnberg**, 26. Mai. Unſer Magiſtrat hat ſich zu der Bekanntmachung veranlaßt geſehen, daß in Folge der „ſchweren Verwundungen und ſonſtigen Mißhandlungen", welche am vergangenen Montag Abend „in- und außerhalb des Schloßzwingers und in verſchiedenen Straßen gegen Bürger und andere Civilperſonen" von Artilleriſten und Chevaurlegers verübt worden ſind, eine eigene Kommiſſion von ihm niedergeſetzt worden iſt, um den Thatbeſtand, Unterſuchung und ſtrengſte Beſtrafung der Urheber und Thäter zu ermitteln. Inzwiſchen fährt ein guter Theil der Soldaten fort, auf öffentlichen Plätzen gegen die Sympathien der Bürgerſchaft zu demonſtriren, indem ſie ein über das andere Mal „Heil unſerm König Heil" ſingen und die umſtehenden Civiliſten nöthigen, in ihre unaufhörlichen Hochrufe auf König Max einzuſtimmen. Die ſtadträthliche Deputation, welche in München war, um den König zur Annahme der Reichsverfaſſung zu bewegen, hat geſtern Abend in einer öffentlichen Sitzung über ihre Miſſion Bericht erſtattet. Ihr Empfang iſt gerade ſo geweſen, wie ſich vernünftige Leute vorher gedacht haben. Die Miniſter hielten der Verſicherung der Deputation, daß ganz Franken für die Reichsverfaſſung Gut und Blut einzuſetzen geſonnen ſei, die 600 aus Altbayern eingelaufenen Adreſſen gegen die Reichsverfaſſung entgegen und der König, welcher beiläufig bemerkt, ſehr angegriffen ausſehen ſoll, verwies die Deputirten auf die Erklärungen ſeiner Miniſter. Außerdem ging aus dem ſehr umfangreichen Protokoll der Deputation unzweifelhaft hervor, daß die bayeriſche Regierung das ſpezifiſche Preußenthum noch ungleich mehr degoutirt, als die bedenklichen Punkte der Reichsverfaſſung. Bayern beſorgt, daß es eines ſchönen Frühlingsmorgens von Preußen in die Taſche geſteckt werde, daß Berlin in Deutſchland dieſelbe Rolle zu ſpielen drohe, wie Paris in Frankreich ꝛc. Kurzum, weder das Miniſterium noch die Majeſtät will und wird die Reichsverfaſſung unbedingt annehmen, dagegen haben beide ihr Wort darauf gegeben, daß ſie nie reaktionär werden würden. — Es ſcheint in unſerm Lande ein großartiger Garniſonswechſel beabſichtigt zu werden, in faſt allen Orten, wo Truppen liegen, ſind Dislokationen angeordnet. Gegen den Abgeordneten Scheurl, der erſt kürzlich im Korreſpondent v. u. f. D. die bayeriſchen Abgeordneten zur Nationalverſammlung, welche für die Reichsverfaſſung ſeien, zu einer Beſprechung in dieſem Sinne einlud, und jetzt in München gegen die Adreſſe der dortigen Abgeordneten an die Regierung geſtimmt hat, herrſcht in dieſem Augenblicke hier große Mißſtimmung.

* **Würzburg**, 25. Mai. Die Neue Würzburger Zeitung veröffentlicht den Bericht, welchen die von München zurückgekehrte Magiſtratsdeputation erſtattet hat. Nach demſelben iſt die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung von Seiten Baierns nicht zu erwarten, ebenſowenig, daß der König die ihm etwa zu übertragende Centralgewalt annehmen werde. Unter Hinweiſung auf die übrigen deutſchen Könige, welche die Reichsverfaſſung noch nicht anerkannt haben, lautet die miniſterielle Erklärung an die Würzburger Deputation: „Dieſe deutſchen Regierungen hoffen, der deutſchen Nationalverſammlung in Frankfurt in längſtens 14 Tagen eine Vorlage machen zu können, welche gewiß alle Forderungen und Wünſche des deutſchen Volkes befriedigen werde."

Die Augsb. Poſtztg. meldet über die in dem Lager von Donauwörth ſtattgefundenen Meutereien: Die erſte Unzufriedenheit zeigte ſich bei den Neuburger Soldaten, die bei der Eile, womit die Vorbereitungen zum Lager getroffen werden mußten, allerdings Manches miſſen mußten. Als aber die Kemptner einrückten, ſchienen die Bande der Subordination völlig gelöſt. Unter dem Rufe „Freiheit, Republik, Hecker hoch" zogen die Soldaten am Dienſtag Nachmittag ſchaarenweiſe durch die Straßen der Stadt und verhöhnten die Drohungen eines Generals, dem kein Mittel blieb, als ſich zurückzuziehen. Berauſcht zogen ſie Abends zum Lager hinaus. Hier empfing ſie mit gezogenem Säbel ein Major und mahnte ſie, zur Pflicht zurückzukehren. Die Antwort war ein thätlicher Angriff auf den Offizier. Endlich gelang es, die Ruhe herzuſtellen, und die Soldaten verliefen ſich in ihre Zelte. Mittwoch den 23. kam das Jägerbataillon von Burghauſen, Kerntruppen des beſten Geiſtes und von muſterhafter Disziplin. Die Nachricht von dem zügelloſen Treiben ihrer Kameraden hatte ſie im Innerſten empört, und ſie ſprachen

den feſten Entſchluß aus, Ordnung zu machen. In der That kam es bald zu einem Konflikt. Ein Major der Jäger verwies den Oberländern, als dieſe in ihrer Weiſe ſich wieder beluſtigten, ihr ſchamloſes Treiben, ward aber ſofort umzingelt und an der Bruſt gepackt. In dieſem Augenblick machte ſich ein anderer Offizier der Jäger die Gaſſe und verſetzte Dem, der ſich am Major vergriffen, einen Säbelhieb über den Kopf. Hiemit ſchien das Signal zu einem allgemeinen Kampf gegeben; denn die Oberländer griffen ſofort zu ihren Gewehren und luden ſie ſcharf, und die Jäger thaten desgleichen. Nur dem eindringlichen Zureden der Offiziere gelang es, einen blutigen Kampf zu verhindern — es fiel nicht Ein Schuß. In kurzer Zeit war die Ruhe vollſtändig hergeſtellt, auch die Nacht blieb ruhig. Die Burghauſer erhielten am 24. Morgens Befehl, mit dem erſten Eiſenbahnzuge nach Oettingen abzufahren. (Sie ſind in Fürth angekommen.) Nach dem Münch. Ldb. wäre in dem Lager das Standrecht verkündet worden.)

* **Stuttgart**, 27. Mai. Stadtbehörde und Bürgerwehr erklären öffentlich ihre Zuſtimmung zu der Anſprache des Miniſteriums und zu deſſen Entſchluß: in der Stunde der Gefahr auf ſeinem Poſten verharren, das Geſetz handhaben und der Gewalt widerſtehen zu wollen.

** **Stuttgart**, 27. Mai. Heute tagen die Volksvereine in Reutlingen. Daß die Verſammlung, beſonders die morgige, bei dem ſchönen Wetter unendlich zahlreich beſucht werden wird, iſt gewiß; indeſſen liegt Reutlingen an keiner Eiſenbahn, und ſomit iſt eine ſchleunige Verbindung mit der Hauptſtadt unmöglich. Auch ein Garniſonsort iſt nicht in der Nähe, zudem ſind die entfernteren beinahe ihrer Truppen entblößt. Der Stab des Generals Miller iſt heute von hier nach Vaihingen a. d. Enz aufgebrochen, einem Städtchen an der Straße ins Badiſche. Das 3. Reiterregiment von Ulm wird morgen in Möhringen, einem Dorfe 2 Stunden von hier, ſtehen und dann nach Herrenberg abmarſchiren. Dies ſind für Stuttgart die nächſten Truppen. Wird Reutlingen ein zweites Offenburg ſein? Es gibt hier Viele, die es glauben und fürchten, allein gleichwohl verliert dieſe Vorausſetzung mehr und mehr an Wahrſcheinlichkeit. Die Hauptleiter der Verſammlung, beſonders der Vorſtand des Landesausſchuſſes, Abg. Becher, der ſchon in Offenburg von republikaniſchen Gelüſten abgerathen, werden illegale Schritte nicht thun oder zugeben. Es fragt ſich dann freilich: wird er und andere Führer auch Herr der Verſammlung bleiben? Das Wahrſcheinlichſte iſt, daß eine Deputation unſerem Miniſterium geſandt werden wird, mit dem Verlangen eines Schutz- und Trutzbündniſſes mit Baden und ähnlichem. Wie ſich die Regierung hiezu verhalten wird, weiß man aus den Kammerverhandlungen. Eine Wiederholung des Karlsruher Miniſterſturzes iſt nicht denkbar; Römer iſt nicht der Karakter, der ſich einſchüchtern ließe. Die Regierung tritt feſt auf und hat in ihrer geſtern Abend ausgegebenen Proklamation an das württembergiſche Volk ihre Warnung ergehen laſſen. Das Aktenſtück erhielt ſogleich eine Antwort in einem Aufruf an die Bewohner Stuttgarts, den geſtern noch unſere bürgerlichen Kollegien mit Beiziehung des Oberkommandanten und der Bataillonskommandanten der Bürgerwehr beriethen und heute ausgaben. Er iſt die zuſtimmende Antwort auf die miniſterielle Anſprache. Dies die moraliſchen Maßregeln. Im Uebrigen geſchieht hier alles, um die Stadt vor jeder Verpflanzung etwaiger Unruhen hieher zu bewahren. Die Wachen ſind verſchärft; alle ſind in Händen der Bürgerwehr, da die letzten Soldaten, außer den Depots ꝛc. uns verlaſſen haben. Morgen und am Dienſtag haben anſehnliche Abtheilungen, auch die Artillerie bereit zu ſein. Das Bürgerwehrkommando hat ſich in Verbindung geſetzt mit den Bürgerwehren der nächſtgelegenen Orte, um dieſe vorkommenden Falls beizuziehen; morgen ſollen deren Kommandanten hier zuſammentreffen. Die Stadt wird für Wehrhaftmachung weitere Sorge tragen; die bürgerlichen Kollegien haben Einkauf von Gewehren beſchloſſen, welche unbemittelten Wehrmännern angeliehen werden. So ſtehts nun in der Hauptſtadt vollkommen ruhig! Indeſſen ſind heute viele Leute nach Reutlingen abgereiſt, auch Gruppen von Wehrmännern mit ihrem Seitengewehr verſehen. Die Stimmung der Soldaten iſt, wie aus mancherlei Vorfällen, aus Verſammlungen hier, in Ludwigsburg ꝛc., ferner aus zahlreichen Erklärungen erhellt, die nicht mehr die frühere unbedingte Hingebung für den König, ſondern die Reichsverfaſſung voranſtellen, keineswegs eine zuverläſſige; ſie iſt es nicht für die Sache des Königs, ſie iſt es aber eben ſo wenig für die Beſtrebungen der extremen Seite.

Gagern hat bei uns viele, treu, faſt blindergebene Anhänger, die auf ihn ausſchließlich ſchwuren, aber ich habe Niemanden ſeinen und ſeiner Partei Austritt gutheißen hören; man verdenkt ebenſo unſern paar würtembergiſchen Abgeordneten ihr Ausſcheiden ſehr. Die Erſatzmänner für Mathy, Abg. Dörtenbach, für Rümelin, Abg. Eiſenlohr, für Wurm, Fabrikant K. Mayer in Eßlingen, werden ſogleich eintreten oder ſind ſchon abgereiſt. Lebhafte Betheiligung an den Verhandlungen iſt von Eiſenlohr (alte Weſtendhall) und Mayer (deutſcher Hof) zu erwarten. Der Beobachter zeigt an, daß der Staatsanwalt gegen ihn eine Hochverrathsklage erhoben habe. Geſchworene haben wir bekanntlich noch nicht.

≈≈ **Dresden**, 25. Mai. Seit vorgeſtern wurde der Kriegszuſtand der Stadt etwas ſtrenger gehandhabt, als es bisher der Fall war; die Schenkwirthſchaften wurden ſchon um 10 Uhr Abends durch patrouillirende Soldaten geräumt; auch auf den Einlaß durch die Thore nach der Polizeiſtunde wird ſtarke Wachſamkeit gerichtet; oder ſollte das daher kommen, weil ſächſiſches Militär vor der Hand wieder die Wachen bezogen und der Sache eine ſtrengere Aufmerkſamkeit widmet? Die mobile preußiſche Diviſion, welche Sachſen bisher beſetzt gehalten, zieht ſeit geſtern Morgen ab; geſtern Morgen ging die Avantgarde auf der Leipziger Eiſenbahn voraus, heute Morgen folgte das Gros der Armee, da dieſes jedoch marſchirt, kann der vorläufige Beſtimmungsort, Erfurt, vor ſechs Tagen nicht erreicht werden. In Erfurt ſammeln ſich die Truppen, 15,000 Mann, um dann gegen die Pfalz und Baden zu rücken. In Sachſen rückt zur Beſetzung eine neue kombinirte Diviſion, Pommern und Preußiſch-Polen, ebenfalls etwa 14,000 Mann ſtark, nach. Die auserleſenſten Regimenter waren das 20. von der Linie, das 8. und 35. Landwehrregiment, eine Abtheilung ſchleſiſcher Jäger, 2 Regimenter Kavallerie und eine halbe Brigade Artillerie. Immer klarer ſtellt es ſich heraus, daß der Aufſtand durch ganz Deutſchland von der Demokratie vorbereitet war und in Dresden durch günſtige Umſtände eine zu frühzeitige Entwicklung fand. Wir können ſeine Fäden nach Böhmen und Ungarn verfolgen, ſo wie nach Berlin, wo ein Hauptſitz der Demokratie, nach Frankfurt, in die preußiſche Rheingegend, nach der Pfalz und nach Baden. Jene wichtigen Aufſchlüſſe ſollen hierüber durch die hier gefangenen Aufſtändiſchen gegeben werden.

Advokat Gruner aus Rochlitz, Abgeordneter unſerer aufgelöſten Kammer, wird ſteckbrieflich verfolgt. Der Baumeiſter Semper, in ſeiner Wirkſamkeit ein wirklich genialer Kopf, und der Kapellmeiſter Wagner, ebenfalls ausgezeichnet durch Talent und geiſtige Fähigkeiten, ſind wie man hört, nach Belgien und Frankreich entkommen; letzterer hat ſich noch einige Zeit in Weimar aufgehalten und ſogar der Großherzogin in Eiſenach vorſtellen laſſen, nachdem er ſchon wußte, daß er von Sachſen aus verfolgt wurde. In unſerer ſchwer heimgeſuchten Stadt herrſcht jetzt Ruhe und Ordnung und an eine etwaige Störung iſt nicht mehr zu denken; darum iſt es wirklich merkwürdig, daß noch immer gezögert wird, das Theater zu eröffnen, wodurch die Stimmung und das Vertrauen der Dresdner wieder etwas gehoben werden könnte.

Karlsruhe, 26. Mai. Arnold Ruge und Karl Blind reiſen morgen von hier nach Paris ab, und zwar, wie uns aus guter Quelle mitgetheilt wird, in diplomatiſcher Miſſion.

(O. P. Z.)

* **Karlsruhe**, 28. Mai. Die Karlsr. Z. veröffentlicht im amtlichen Theile folgende Beſchlüſſe der Wehrkommiſſion: 1) Major Sigel wird zum Oberbefehlshaber der Neckararmee und ſämmtlicher badiſchen Truppen, ſowohl der Volkswehr als des ſtehenden Heeres, mit unumſchränkten Vollmachten ernannt; 2) Oberſt Eichfeld wird zum Kommandeur des Leibregiments ernannt; 3) Reichstags-Abgeordneter Raveaux wird als Civilkommiſſär dem Oberbefehlshaber Sigel beigegeben; 4) Der Reichstags-Abgeordnete Julius Fröbel wird zum Bevollmächtigten des badiſchen Volkes bei dem Landesausſchuß von Rheinbaiern ernannt; 5) Hauptmann Meyerhofer wird zum Stellvertreter des Kriegsminiſters hierſelbſt ernannt.

Raſtatt, 25. Mai. Heute wurden von Karlsruhe aus 7 Dragoner-Offiziere vom Regimente Großherzog, darunter Rittmeiſter Glaubitz, gefangen durch eine Kompagnie von Volksbewaffneten hierher gebracht und nach einigem Aufenthalte auf dem Rathhauſe in die Feſtungsgewölbe unter ungeheuerm Volksauf-

laufe abgeführt. Worin ihr Verbrechen beſteht, habe ich nicht erfahren können. *) Geſtern verließen uns plötzlich die hier liegenden Dragoner, um in der Umgegend von Heidelberg verwendet zu werden; andere ſollten dafür einrücken, doch ſind bis jetzt keine derſelben erſchienen. Man ſagt, ſie hätten ſich vor der Feſtung in dem benachbarten Ort Malſch einquartirt. (N. Fr. Z.)

Raſtatt, 27. Mai. Geſtern iſt der Gouverneur Greiner, Civilkommiſſär Grether und Hauptmann Baier beim Feſtungsbau nach Karlsruhe abgegangen, um beim Landesausſchuß die dringende Nothwendigkeit darzuthun, daß die hieſige Feſtung eine Beſatzung von Reichstruppen erhalte, und zwar in möglichſter Bälde. Die gegenwärtige Beſatzung iſt ganz gering und reicht nicht einmal hin, die gewöhnlichen Wachedienſte zu thun, weshalb unſere Bürgerwehr zu den anſtrengendſten Dienſten genöthigt iſt, und große Opfer an Zeit und Geld bringen muß. Darum iſt das Verlangen nach Reichstruppen unter allen Klaſſen und Ständen der Bevölkerung allgemein und obige Herren werden, wenn ſie beim Landesausſchuß keine Unterſtützung finden, alsbald weiter nach Frankfurt gehen, um beim Reichskriegsminiſter ihre unabweisliche Forderung darzuthun. (O. P. Z.)

* **Freiburg**, 26. Mai. Der Redaktionsausſchuß der N. Fr. Ztg. (welche Eigenthum der Stadtgemeinde iſt) hat ſeinen Auftrag zurückgegeben und iſt von der Leitung des Blattes abgetreten.

* **Freiburg**, 27. Mai. Der Civil- und Militär-Commiſſär Heuniſch ordnet in allen Gemeinden des Oberrheinkreiſes eine gleichzeitige Wahl von Sicherheitsausſchüſſen an, die zugleich für Bewaffnung und Einübung des erſten und zweiten Aufgebots zu ſorgen haben.

☽ **Darmſtadt**, 27. Mai. Ganz ähnliche Forderungen wie bei der Offenburger Verſammlung ſind bei der Volksverſammlung in Erbach aufgeſtellt worden, aber anderen Tags ſchon in dem Gefecht von Oberlaudenbach geſcheitert. Gleichzeitig kam man mit dieſen Forderungen auch von Rheinheſſen aus. Eine Deputation von Demokraten war geſtern hier, ward aber mit ihren ſo maßloſen als unbegründeten Forderungen beſtimmt abgewieſen von dem Miniſter wie von dem Großherzoge. Auf einer Volksverſammlung in Wörrſtadt ſollte morgen die Sache weiter verhandelt, und nöthigenfalls zur That geſchritten werden. Mittlerweile erſchien aber das Verbot der Volksverſammlungen, und es ſind ſofort Truppen dorthin abgegangen, um dem Geſetze Nachdruck zu verſchaffen. Die Verworrenheit der jetzigen Zuſtände wird immer größer. So iſt plötzlich ein Freikorps, wie man ſagt hauptſächlich aus fahnenflüchtigen baieriſchen Soldaten gebildet, in Worms erſchienen, und hat die daſige Kaſerne ꝛc. in Beſitz genommen. Heute Nachmittag brachte man 5 Gefangene von Heppenheim hier vorbei nach Frankfurt. Sie ſollten der Aufwiegelung beſchuldigt ſein. Indeſſen hat ſie die Frankfurter Polizeibehörde wieder auf freien Fuß geſetzt, mit der Weiſung, ſich nach Hauſe zu begeben. Die Gefangenen aus dem Gefechte von Oberlaudenbach, welche wir nun hier haben, weil ſie das Gouvernment der Reichsfeſtung Mainz nicht aufnehmen wollte, beſtehen größtentheils aus Taglöhnern ꝛc; auch eine Schaar Knaben iſt darunter. Daß auch der Pfarrvicar von Lindenfels mit ergriffen worden ſei, hat ſich, ſo feſt es auch verſichert wurde, nicht beſtätigt. Dagegen ſollen ſich unter den nach allen Seiten, namentlich dem heimathlichen Odenwalde Entflohenen noch ſehr viele Verwundete befinden. Heute frühe iſt der ermordete Regierungsrath Prinz aus Heppenheim auf hieſigem Friedhofe feierlichſt beerdigt worden. Eine unzählige Menge hatte ihm in inniger Theilnahme das Geleite gegeben und Prälat Zimmermann ſprach ergreifende Worte an dem Grabe.

= **Darmſtadt**, 28. Mai. Heute erwartet man die Verkündigung des Kriegszuſtandes und des Standrechts für die Bezirke ſüdlich von Eberſtadt bis zur badiſchen Gränze, wobei die inſurgirten Theile des Odenwaldes, insbeſondere das Landgericht Beerfelden, bis zum Rheine hin miteinbegriffen ſind. Die desfallſige Proklamation iſt heute Nacht gedruckt worden. Im Laufe des Tages ſind mehrere Führer des Aufſtandes im Heſſiſchen, worunter der bekannte Buchhändler Leske, gefänglich in Darmſtadt eingebracht worden. Man will weiter wiſſen, daß Büchner, Dr. med. Zimmermann u. A., die den Laudenbacher Putſch veranſtaltet haben ſollen, verhaftet ſeien. Auch erfährt man, auf welche Weiſe die 8000 Mann jener Verſammlung zuſammengebracht wurden. In den meiſten Dörfern wurden die Leute unter den ärgſten Drohungen zum Mitgehen gezwungen, in einigen ſogar Sturm geläutet. Auch mehrere Bürgermeiſter wurden mitgeſchleppt. Fortwährend findet man noch Leichen im hohen Korne und die Zahl der Getödteten ſoll 60 überſteigen.

♉ **Gießen**, 28. Mai. Auf den 31. Mai iſt der Durchmarſch eines preußiſchen Truppencorps, beſtehend aus einem Küraſſierregimente, einem Regimente Landwehr und einer Batterie angeſagt. Dieſe Truppen ſind, wie man ſagt, nach Wetzlar beſtimmt und es iſt dem Dirigenten der Regierungskommiſſion aufgegeben worden, die Einwohner zu belehren, daß dieſer Durchmarſch auf Grund eines Staatsvertrages beruhe, weil man wohl von einer Partei Widerſetzlichkeit befürchten mußte.

Mainz, 26. Mai. Durch das ſo eben hier landende Dampfboot „Marianne" kommt uns die Kunde zu, daß von heute an kein Fahrzeug den Rheinſtrom aufwärts weiter paſſiren kann, als bis Gernsheim. In Worms ſollen verfloſſene Nacht 2000 Bayern eingerückt ſein. Dem hieſigen Zollamt iſt von Darmſtadt bedeutet worden, keine Güter hinauf zu fertigen. (O. P. Z.)

Mainz, 27. Mai. Von den angekündigten 1500 Mann Mecklenburgern iſt geſtern Abend auf den Dampfern der Kölniſchen Geſellſchaft die erſte, 500 Mann ſtarke Colonne eingerückt und bei der Bürgerſchaft einquartiert worden. (O. P. Z.)

= **Schleswig**, 24. Mai. Leider hat der Kampf vor Fridericia uns geſtern ein ſchmerzliches und beklagenswerthes Opfer gekoſtet. Der Chef unſeres Generalſtabs, Hauptmann Delius, ein Mann, der neben dem General Bonin die hauptſächlichſten Verdienſte um die Organiſation unſerer Armee hat und der an der Entwerfung und Leitung der Kriegsoperationen neben und unter Bonin ſtets den ausgezeichnetſten Antheil hatte, iſt geſtern von einer däniſchen Kugel tödlich getroffen. Am vorgeſtrigen Tage war ein däniſches Blockhaus vor Fridericia, welches von großer Wichtigkeit iſt, weil es den Uebergang nach Fühnen beherrſcht, von einer Abtheilung des 4. ſchleswig-holſteiniſchen Bataillons unter Hauptmann Krohn mit Sturm genommen und in Brand geſteckt; däniſcher Seits wurden dabei ein Offizier und einige Mann verwundet, von unſerer Seite keiner, wir machten dabei 10 Gefangene. Während der darauf folgenden Nacht ward auf das genommene Blockhaus ein an ſich ganz unbedeutender Angriff von den Dänen gemacht. Hauptmann Delius ritt auf die erſte Allarmirung ſelbſt hin, ſtieg vom Pferde und begab ſich zu Fuß zu unſeren Tirailleuren. Um 3¼ Uhr traf ihn eine Kugel an der linken Seite des Kopfes und ging ganz durch; er ſank lautlos nieder und gab erſt nach längerer Zeit ſchwache Lebenszeichen. Der Stabsarzt, Profeſſor Stromayer, ward eiligſt von Chriſtiansfeld herbeigerufen; aber man zweifelt, daß er ihn noch am Leben gefunden hat. Unſerem Land, unſerer trefflichen Armee, welche ihre Bildung dieſem ausgezeichneten Offizier zum großen Theil verdankt, wird dieſer große Verluſt doppelt unerſetzlich ſein, wenn wie die traurige Lage der deutſchen Verhältniſſe und die in Berlin jetzt angeknüpften Friedensunterhandlungen uns beſorgen laſſen, wir in naher Zukunft genöthigt ſein ſollten, auf unſere eigenen Kräfte beſchränkt den Widerſtand gegen Dänemark fortzuſetzen.

Die deutſche Reichsarmee in Jütland beharrt bei dem Syſtem des gemäßigten und beſonnenen Fortſchrittes; die äußerſte Geſchwindigkeit, mit der bis jetzt vorgedrungen iſt, beträgt etwa vier Meilen in der Woche. Eine däniſche Brigade unter General Rye war am 7. Mai, nach den Gefechten bei Gudsöe und vor Veile, abgeſchnitten und hätten mit leichter Mühe ganz aufgerieben oder gefangen genommen werden können, wenn die weit überlegene deutſche Armee nicht wochenlang in Veile und Horſen ſtehen geblieben wäre. Das Mißtrauen gegen die preußiſche Kriegführung, leider durch die Erfahrungen des vorigen Jahres gerechtfertigt, wird immer allgemeiner; das Volk glaubt ſich von Neuem durch die Diplomaten verrathen; der Scheinkrieg in Jütland erbittert zugleich die deutſchen Truppen; es werden in der Armee Nachrichten verbreitet und geglaubt, wie z. B. folgende: hochſtehende preußiſche Militärperſonen ſollten geäußert haben, man wolle um keinen Preis die däniſche Armee vernichten, denn die Demokraten in Kopenhagen warteten nur darauf, um gegen die Regierung einen Aufſtand zu erregen und die Republik zu proklamiren; aus dieſem Grunde würde die däniſche Armee geſchont und dagegen das Recht und die Ehre Deutſchlands verhandelt. Wir glauben freilich nicht an ſolche

*) Nach einem Berichte in der O. P. Z. in der Verweigerung des Eides von Seiten der Offiziere, und, bis zu deren Verhaftung, auch von Seiten der von ihnen befehligten zwei Schwadronen.

Motive und noch weniger daran, daß Jemand, der darum wiſſen kann, ſich darüber äußern ſollte. Wir haben dies nur angeführt, um zu zeigen, welche Stimmung in den Truppen man durch dieſe ſchwächliche Kriegführung großzieht. Uebrigens iſt geſtern nach langem Stillſtand wieder mit dem Vorrücken begonnen. Geſtern Morgen ſind die Preußen von Horſens nach Norden ausgerückt, wahrſcheinlich gegen Skanderborg, wo die Dänen unter Rye ſtanden. Man erwartete, daß Aarhuus heute oder morgen von den Preußen werde beſetzt werden. In Horſens ſind wieder Heſſen eingerückt.

Großbritannien.

* **London,** 24. Mai. Im Oberhauſe zeigte geſtern der Miniſter der Kolonieen, Graf Grey, auf eine Anfrage des Lords Wharncliffe an, daß allerdings neuere Depeſchen vom Generalgouverneur von Kanada eingelaufen ſeien, daß ſie aber ſchwerlich ſchon morgen, wie Wharncliffe wünſchte, vielmehr wohl erſt nach den Pfingſtferien vorgelegt werden könnten. Hierauf gingen die Lords zu der Berathung der einzelnen Klauſeln der Schifffahrtsbill über. Ihre Gegner machten vergebliche Anſtrengungen, einige Amendements durchzubringen; dieſelbe geringe Mehrheit von 13 Stimmen, welche die zweite Leſung der Bill durchgebracht hatte, ſtürzte ein Amendement Lord Ellenboroughs, wonach die Bill erſt 1851, ſtatt anfangs des Jahres 1850, in Wirkſamkeit treten ſoll. Ein zweites Amendement Lord Waldegraves wurde mit einer Mehrheit von 12 Stimmen verworfen. Hierauf erhob ſich Lord Stanley und erklärte, daß er ſich bei ſo bewandten Umſtänden den fernern Klauſeln der Bill nicht weiter widerſetzen werde; er begreife das Verfahren derjenigen nicht, welche ſich dem Miniſterium im Hauſe zu Allem willfährig zeigten, während ſie doch außer dem Hauſe von ihm ganz anders ſprächen, und er ſetze ſich nieder, indem er alle Verantwortlichkeit für die Bill und alle Folgen derſelben auf das Miniſterium und ſeine Helfershelfer zurückwerfe. (Beifall der Protektioniſten.) Das Miniſterium hat, es iſt wahr, einen Sieg erfochten — und zwar einen Sieg, den wir ihm im Intereſſe der freien Handelspraxis gerne gönnen — aber nur durch ein ganz ungewöhnliches Aufgebot aller Kräfte, durch die Muthloſigkeit oder Selbſtverleugnung eines Theiles ſeiner protektioniſtiſchgeſinnten Gegner und durch die ſchwerwiegende Beihilfe Wellingtons, deſſen Stimme für eine gute Anzahl Peers maßgebend iſt. Ohne Wellington war das Miniſterium ſchon bei der Adreſſeberathung verloren; er hat es jetzt zum zweiten Male gerettet.

Gleiches Glück hatte das Kabinet am gleichen Tage im Unterhauſe. Nachdem ſich die Gemeinen eben erſt für das Prinzip kürzerer Parlamente ausgeſprochen hatten (die Times ſtellt dieſen Sieg der Radikalreformer mehr als eine thatſächlich zu Nichts führende Ueberrumpelung bei ſchwach beſetztem Hauſe dar), verwarfen ſie geſtern ein anderes Prinzip der Radikalreformer, indem ſie einen Antrag Herrn Berkeleys, eine Bill für Einführung der geheimen Abſtimmung bei den Wahlen einbringen zu dürfen, mit 136 gegen 85 Stimmen (Mehrheit 51 Stimmen) ablehnten. Hierauf begründete der Radikalreformer Hr. Roebuck in einem längern Vortrage, dem ſelbſt die Gegner auf der miniſteriellen Seite ſein Verdienſt nicht abſprechen konnten, den Antrag auf Einbringung einer Bill zur beſſern Verwaltung der Kolonien. Hr. Roebuck will zwar die Kolonien für England erhalten, aber ihnen, wenn auch unter einem von der Krone ernannten Generalgouverneur, eine vollkommen ſelbſtſtändige, von dem Willen und den Vorſchriften des Kolonienminiſteriums in London ganz unabhängige Verwaltung zugetheilt wiſſen. Er ſtellte dar, daß wenn die Revolution in Kanada erſt zum völligen Ausbruch gekommen wäre, ſie auch unwiderbringlich zur Unabhängigkeit und Selbſtſtändigkeit dieſer Kolonie führen müſſe, während dieſe jetzt noch durch Annahme ſeines Vorſchlags England erhalten werden könne. Obgleich auch Hr. Gladſtone für Roebucks Motive ſprach (die Anhänger Peels ſprechen oder ſtimmen überall für die Whigs, außer in Fragen der Verwaltung der Kolonien und der Führung der auswärtigen Angelegenheiten) wurde Hrn. Roebucks Antrag mit 136 gegen 73 Stimmen verworfen. Faſt zu viel miniſterielles Glück in zwei Häuſern an einem und demſelben Abend!

Schweiz.

☽ **Bern,** 25. Mai. Der Nationalrath hat in ſeiner heutigen Sitzung nach dreitägigem, heißem Kampfe über die Militärcapitulationen folgende wichtige Beſchlüſſe gefaßt: 1. die Militärcapitulationen werden als mit der Ehre und Würde der Eidgenoſſenſchaft unverträglich erklärt (mit 70 gegen 25 Stimmen); 2. der Bundesrath wird eingeladen, beförderlich die geeigneten Unterhandlungen zu pflegen, um eine Auflöſung der noch beſtehenden Militärcapitulationen zu erzielen, und über die daherigen Ergebniſſe Berichte, ſowie angemeſſene, fachbezügliche Anträge der Bundesverſammlung vorzulegen (mit 52 gegen 41 St.); 3. der Bundesrath wird beauftragt, die Auflöſung der Militärcapitulationen im Namen der Eidgenoſſenſchaft auszuſprechen und zu vollziehen, ſobald die Gefahr drohen ſollte, daß die kapitulirten Schweizertruppen in Neapel zu einer Intervention in einem fremden Staate oder zum Nachtheil des freien Selbſtconſtituirungsrechtes eines Volkes verwendet werden ſollten (mit 52 gegen 45 St.); 4. Alle Anwerbungen in fremde Kriegsdienſte im ganzen Umfange der Eidgenoſſenſchaft ſind unterſagt (mit 71 gegen 26 St.). Eine definitive Geſammtabſtimmung durch Namensaufruf ergibt 60 gegen 37 St. Die Parteien ſtanden ſich ſchroff einander gegenüber und es kam beſonders zwiſchen Stämpfli und Ziegler zu ſehr heftigen Erörterungen. Letzterer nämlich behauptete, die ſchönen, herrlichen Waffenthaten unſerer ihrem Eide treugebliebenen Schweizer im Auslande müßten jede Schweizerbruſt mit Stolz erfüllen, ſie ſeien ganz geeignet, das militäriſche Ehrgefühl auch bei uns zu heben, durch Helden würden auch wieder Helden erzogen. Stämpfli dagegen verwahrt ſich im Namen des Kantons Bern, ſoviel an ihm, entſchieden gegen die von Oberſt Ziegler hervorgehobene Ehre, die das Berner Regiment in den Straßen Neapel für ſich und für den Kanton Bern erworben habe. Bundespräſident Furrer bot ſeine ganze Beredſamkeit und all ſeinen moraliſchen Einfluß auf, um den „praktiſchen Standpunkt“ des Bundesraths, deſſen Antrag bekanntlich auf Tagesordnung lautete, bei der Verſammlung durchzuſetzen. Es war vergebens und durch ſeinen Majoritätsbeſchluß hat der Nationalrath die öffentliche Meinung befriedigt. Was nun der Ständerath thun wird, der Tagesordnung beſchloſſen hat, ſteht zu erwarten. Heute diskutirt der Nationalrath den Antrag auf Vertagung. General Thiard hat ſein Amt eines Geſandten der franzöſiſchen Republik in der Schweiz niedergelegt. Geſtern und heute ſind wieder zahlreiche Truppen deutſcher Arbeiter nach Baden abgegangen.

Ungarn.

A. Z. C. Zur Zeit der Anweſenheit Bem's in Debreczin ſind die Grundſätze feſtgeſetzt worden, nach welchen ſich die Operationen der ungariſchen Armee zu richten haben. Nach dieſen Vorſchriften iſt jede allgemeine Schlacht ſo lange als möglich zu vermeiden, der kleine Krieg aber raſtlos fortzuführen, und die kaiſerliche Armee durch einzelne Korps, durch Hinderungen jeder Art, Abſchneidung und Vernichtung von Lebensmitteln, Brückenabwerfen, Verhaue ununterbrochen zu beunruhigen. Jeder General ſoll kein Mittel unbenützt laſſen, welches geeignet iſt, das Heer zu vermehren, und ſich in den Stand ſetzen, Unternehmungen zu machen und den am meiſten ausgeſetzten Punkten zu Hilfe zu kommen, indem er eine offene und fortgeſetzte Kommunikation mit den übrigen Generalen unterhält, damit alle übereinſtimmend handeln und einer den anderen unterſtützen könne. Die Generale in den Gebirgsgegenden müſſen die Zugänge ſperren und ſich ſchnell vereinigen, wenn es zu einem Angriffe kommen ſollte. Auch wurde verordnet, daß die Generale häufige Proklamationen unter das Volk vertheilen und alle Perſonen von einigem Einfluſſe auffordern ſollen, daß ſie kurze Anreden verbreiten laſſen um die öffentliche Meinung für die Inſurrektion zu gewinnen u. ſ. w.

Die Wiener Ztg. bringt einen amtlichen Bericht Weldens über die neueſten Vorgänge bei der Armee, der wenig Neues enthält. Er ſpricht von zahlreichen Ueberläufern, die von den Magyaren zur kaiſerlichen Armee herüberkommen, weil ſie den Eid auf die „Republik“ nicht leiſten wollen. Sie klagen über ſchlechte Behandlung und Verpflegung; wer nicht für ſicher gelte, werde nach Debreczin geſchickt und zur Einübung der Rekruten verwendet. Die Nachrichten Weldens aus Ofen gehen bis zum 17. Das Feuer aus der Feſtung dauerte fort, ein Theil der Stadt Peſth wurde fortwährend beſchoſſen. Ein Sturm auf die Waſſerleitung der Feſtung fiel zum Nachtheil der Magyaren aus. Das wichtigſte Kriegsereigniß iſt die Beſetzung von Neuſtadtl, auf dem linken Ufer der Waag und die Herſtellung der dortigen Brücke. Sie fand ſtatt in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai unter dem Schutz der Kanonen von Leopoldſtadt. Kavallerie-Abtheilungen folgten dem Feinde auf der Straße gegen Neutra und Tapolcſan. Die Magyaren, die übrigens nur in ſehr kleiner Anzahl hier ſtanden, bezogen einige Meilen hinter dem letztgenannten Ort ein Lager und ſuchten es zu befeſtigen. Schon ſeit mehreren Tagen hatte ſich der linke Flügel der Armee bis ge-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 29. Mai. Die Centralgewalt und die deutſchen Regierungen. Die Zuſtände in Baden. Abreiſe des Großherzogs). Wien (Nachrichten aus Ungarn. Die deutſche Sache. General Lanitz. Ankunft des Kaiſers). Ollmütz (Rückkehr des Kaiſers. Die Slowanska Lipa aufgehoben). Berlin (Die deutſche Frage. Rußland und die deutſchen Angelegenheiten. Die Verhafteten. Hr. v. Wrangel. Das Wahlgeſetz. Die deutſche Verfaſſung). Würzburg (Rückkehr der Studenten). Mannheim (Heerſchau). Darmſtadt (Die Erklärung des Kriegszuſtandes. Truppen nach Worms. Hemmung der Dampſſchifffahrt). Mainz (Truppenmärſche. Preußiſche Truppen nach Wörrſtadt). Aus dem nördlichen Schleswig (Die Belagerung von Fridericia. Eroberung eines Blockhauſes. Die jütiſche Zollinie). Schleswig (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz).

Spanien. Madrid (Entbindung der Königin. Die Deputirtenkammer über die Expedition nach Italien).

Italien. Turin (Ramorino erſchoſſen. d'Azeglio will ein Bündniß mit Frankreich eingehen). Rom (Waffenſtillſtand. Friedenkommiſſarien. Roſelli, Oberbefehlshaber).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 29. Mai.)

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 29. Mai.

Tagesordnung. 229. öffentliche Sitzung.

1) Wahl des erſten Vicepräſidenten und dreier Schriftführer.
2) Ergänzungswahlen in den Prioritäts- und Petitions-Ausſchuß.
3) Berathung über den vom Abgeordneten Tafel von Stuttgart, Namens des Ausſchuſſes für Durchführung der Verfaſſung, erſtatteten Bericht über die Anträge der Abgeordneten Fallati und Schorn.

Nach 11½ Uhr eröffnet Präſident Herr Theodor Reh die Sitzung. Neue Austrittserklärungen ſind eingegangen von den Herren Lauk, Schönmaeckers, Künßberg, Ebmeier, Nerreter, Zachariä von Anhalt-Bernburg. Die HH. Schubert v. Würzb. u. Genoſſen dagegen bemerken, daß ihre Erklärung, ſie würden ſich an den ferneren Verhandlungen der Reichsverſammlung nicht betheiligen, keine Niederlegung der Vollmacht enthalten ſolle. Das Präſidium wird ſie daher zum ſofortigen Wiedereintritt auffordern nach Maßgabe des Beſchluſſes hinſichtlich der mit Urlaub Abweſenden.

In den Ausſchuß für Geſchäftsordnung treten in Folge der in letzter Sitzung Statt gefundenen Wahlen ein die HH. Jacoby von Königsberg, Schaffrath, Wichmann, Rösler von Oels, v. Pattai, Moritz Mohl. Der Legitimationsausſchuß ergänzt ſich durch die HH. Freudentheil, Rheinwald, Temme, Wedekind, Reinſtein, Umbſcheiden und nochmals Pattai

Das Reichsminiſterium theilt dem Hauſe 1) das Abberufungsſchreiben der k. hannover'ſchen Regierung, 2) die Antwort des königl. hannoverſchen Bevollmächtigten den Austritt des Hrn. Deymann betreffend mit. Sie lautet dahin, daß in Bezugnahme auf erfolgte Abberufung der Abgeordneten aus dem Königreiche Hannover, die Regierung zum Erſatz des Hrn. Deymann weder den Stellvertreter einberufen noch eine Neuwahl anordnen werde.

Darauf betritt der Reichskriegsminiſter, Herr A. Fürſt Wittgenſtein die Rednerbühne zur Verleſung folgender Antworten auf frühere Anrufungen. Auf die Aufforderung lauter! erwiedert er ſich unterbrechend, daß es um die Akuſtik eine eigne Sache ſei. Die Linke namentlich ſcheine ihn nicht gut zu verſtehen!

„Die Sache ſelbſt *), meine Herren, iſt mir nicht bekannt geweſen, weil ſie vor meinem Amtsantritte, ſogar vor meiner Anweſenheit in Frankfurt ſtattgehabt hat; ich habe deßhalb Bericht von dem Militärkommando verlangt, welches mir anzeigt, die Unterſuchung werde ohne Unterbrechung fortgeführt, habe aber noch zu keinem Reſultat geführt. Was den zweiten Punkt betrifft, ſo kann ich Ihnen die beruhigende Verſicherung geben, daß nichts verſäumt iſt, um die Wiederholung ähnlicher betrübender Vorfälle zu verhindern. — Die andere Interpellation iſt wieder zurückgegangen."

Hr. Ludwig Simon von Trier beantragt im Namen des Dreißigerausſchuſſes eine Vertagung der Sitzung bis 5 Uhr Nachmittags, um dann den Bericht über die Verlegung der Verſammlung nach Stuttgart in Berathung zu nehmen. Der Präſident iſt der Meinung, daß jedenfalls vorher die Wahlen zur Ergänzung des Bureaus zu erledigen ſeien. An die Stelle des erſten Vicepräſidenten berufen hierauf von 118 abgegebenen Stimmen 93 den zeitherigen zweiten Vicepräſidenten Hrn. Eiſenſtuck. Indem dieſer der Verſammlung für den neuen Beweis von Vertrauen dankt, ſpricht er ſeinen Verzicht aus. Denn er wolle ſeinen alten Poſten behaupten, damit dem Bureau friſche Kräfte zugeführt werden möchten. Die wiederholte Wahl fällt hierauf mit 98 unter 110 Stimmen auf Hrn. Löwe von Calbe als erſten Vicepräſidenten. Sein Dank, in welchem er es ausſpricht, daß er nie vergeſſen werde, „wie nur in dieſer Verſammlung die Souveränetät des deutſchen Volkes enthalten ſei," wird mit lebhaften Beifallsbezeigungen aufgenommen.

Sodann erfolgt die Wahl dreier Schriftführer, (die Herren Backhaus, Reinſtein und Rösler von Oels) ſowie die Ergänzungswahlen für den Prioritäts- und Petitionsausſchuß.

Das Ergebniß dieſer letztern Wahlen wird in nächſter Sitzung mitgetheilt werden. Auf das Verlangen des Hrn. v. Soiron wird jedoch eine Vertagung bis Nachmittag 5 Uhr noch nicht ausgeſprochen, ſondern zur Erledigung des letzten Gegenſtands heutiger Tagesordnung verſchritten. Dem Antrage des Dreißigerausſchuſſes — Berichterſtatter Herr Tafel — entgegen hat Herr v. Reden im Namen des kleinen konſervativen Reſtes der Verſammlung nachſtehenden Verbeſſerungsantrag geſtellt, welcher die Vertagung wieder aufnimmt:

„Im Verfolg der, auf Antrag des Bureau, über die Vervollſtändigung der Reichsverſammlung am 25. Mai gefaßten Beſchlüſſe; in Berückſichtigung der Thatſache, daß die jetzt anweſenden Mitglieder ſowohl ihrer Zahl als Parteiſtellung nach, in einem großen Theile Deutſchlands, das unentbehrliche hohe Anſehen und unbedingte Vertrauen deſſen die Reichsverſammlung bedarf, nicht einflößen können; in Erwägung, daß die Oktroyirung einer Verfaſſung ſelbſt für die Gebiete der widerſtrebenden Regierungen fehlgeſchlagen und hieraus eine neue Hoffnung für Durchführung unſerer Reichsverfaſſung erwachſen iſt, welche jedoch gänzlich erlöſchen würde, wenn die Reichsverſammlung in ihrem jetzigen Beſtande mit Beſchlüſſen ferner vorſchritte; beſchließt die Reichsverſammlung:

1) Die Verſammlung vertagt ſich bis dahin, daß die bei ihrer Eröffnung feſtgeſetzte Zahl von 250 Mitgliedern wieder verſammelt iſt.

2) Am 15. Juli d. J. tritt die Verſammlung jedenfalls wieder zuſammen, wenn auch obige Zahl noch nicht erreicht iſt, um erſt mit Eröffnung des erſten ordentlichen Reichstags ſich gänzlich aufzulöſen.

3) Das Büreau der Reichsverſammlung bleibt in Permanenz, um die Ausführung dieſer Beſtimmungen zu überwachen, namentlich auch mit der Befugniß die Mitglieder in dringenden Fällen zu jeder Zeit wieder zuſammen zu berufen."

Herr v. Reden aus Berlin ergreift zur Begründung dieſes Antrags das Wort. Mit jeder Herabſetzung der Beſchlußfähigkeitsanzahl ſinke die Verſammlung in ihrem Anſehn bei der Nation. Die Vertagung dagegen ſei das Mittel ſie zu erhalten und das Haus davor zu behüten, daß es in ſeinen Beſchlüſſen, durch die Ereigniſſe gedrängt, bei Weitem über das Ziel hinausgehe. Denn in dieſem immer Weitergedrängtwerden liege die einzige, die wirkliche Gefahr.

Hr. Schoder von Stuttgart: die Beſchlüſſe, die wir hier gefaßt, ſind vollkommen legal und man kann nicht ſcharf genug der Begriffsverwirrung entgegentreten, die über die ſogenannten „geſetzlichen Mittel" herrſcht. Wenn eine Regierung, weil keine andern mehr übrig ſind, endlich gewaltſame Mittel anwendet, um einen ihr feindlichen Widerſtand zu überwinden, iſt das Mittel darum ungeſetzlich? Wir befinden uns in dem Falle einer ſolchen Regierung und wir dürfen keine Stunde verſäumen, unſere desfallſigen Maßregeln zu berathen, denn die Gefahr iſt nahe.

Herr Buß von Freiburg iſt für die Vertagung. Wenn die Verſammlung von Frankfurt hinweggehe, ſo werde er ihr nicht folgen, denn ſein Mandat weiſe ihn hierher. Allein die Verſammlung habe zuerſt der Oktroyirungsgefahr entgegenzutreten, zweitens der Gefahr der preußiſchen Hegemonie, der nach den gemachten Erfahrungen wohl Niemand wahr das Wort reden werde. Ja, es iſt mehr, Preußen will ſich die Herrſchaft anmaßen, es bedrängt den Reichsverweſer, daß er die Centralgewalt niederlege. Ich will Ihnen ſagen, dreimal hat es ihn dazu veranlaßt und

*) Die Anrufung des Abgeordneten Nagel von Balingen, der obige Antwort gilt, bezog ſich auf die blutigen Vorfälle vom 13. d. M in Frankfurt und auf die Erklärung des Reichskriegsminiſters v. 15. d. M. und ſie enthielt die Fragen: 1) In welchen Stadien ſich die in Betreff jener Vorfälle eingeleitete Unterſuchung befindet? Beziehungsweiſe welches Ergebniß dieſelbe geliefert und welche Straferkenntniſſe ſie zur Folge gehabt hat? 2) Worin die zur Verhütung ähnlicher Auftritte getroffenen Maßregeln beſtehen?

es hat ihm ſogar das Verlangen geſtellt, dieſe Verſammlung mit Gewalt der Waffen aus einander zu ſprengen. Er hat es entſchieden abgewieſen. Erkennen Sie jetzt, wie Unrecht Sie dem Erzherzog Johann mit Ihren Beſchlüſſen gethan. Drittens haben wir entgegen zu treten der Anarchie. Allein wohin kommt es, wenn unſere Beſchlüſſe nur zur Aufregung dienen, wenn Mitglieder dieſes Hauſes ſich ſogar ſelbſt am Aufſtande betheiligen, wenn ſie Stellen in Baden annehmen, Civilkommiſſariate u. dgl. Wo iſt z. B. der Vorſtand des Dreißigerausſchuſſes, — „Herr von Wydenbrugk" ruft man von der Linken, „iſt in Weimar" — Hrn. Raveaux meine ich. Sie dürfen nicht dulden, daß Ihre Leute da und dort herumwirthſchaften. Hierher gehören ſie. Wie Herr v. Reden erblickt auch der Sprecher in der Vertagung das Mittel der Erhaltung der Verſammlung.

Als Berichterſtatter nimmt Hr. *Tafel* von Stuttgart das Wort: In allen Theilen Deutſchlands und auch in Preußen hege das Volk keinen dringenderen Wunſch, als daß die Reichsverſammlung den Kampf für die Reichsverfaſſung mit aller Ausdauer durchfechte. Zum Beweis deſſen trägt er u. A. Adreſſen aus Eiſenach und Oldenburg vor.

Die Abſtimmung entſcheidet ſich alsdann dem Erachten des Dreißiger-Ausſchuſſes gemäß für *Uebergang zur Tagesordnung über alle Vertagungsanträge*.

Von den Hannoverſchen Abgeordneten wird folgende Erklärung mitgetheilt:

„Die Unterzeichneten erklären in Uebereinſtimmung mit den früheren Beſchlüſſen der Nationalverſammlung, daß ſie die Abberufung der Deputirten aus dem Königreiche Hannover für *null* und *nichtig* halten und ſie bei der Vertretung des deutſchen Volkes, wozu ſie das Mandat von dem Volke, nicht aber von der Regierung erhalten, nur ihrem gewiſſenhaften Ermeſſen folgen und von dieſem auch nur den Zeitpunkt ihres Austritts abhängig machen werden. Frankfurt a. M., 29. Mai 1819. Freudentheil. Nicol. Wedekind. v. d. Horſt. Gravenhorſt. Brackebuſch."

Herr *Freudentheil* fügt derſelben den Ausdruck ſeiner perſönlichen Entrüſtung hinzu, welche ihm die Maßregel der hannoverſchen Regierung einflößt, wornach nur diejenigen Abgeordneten Reiſegeld erhalten ſollen, die der Einberufung alsbald gehorchen. Ausgetreten iſt Hr. *Heiſterbergk* aus Sachſen, für welchen ſich aber bereits der Stellvertreter ankündigt. Die vom Dreißiger-Ausſchuß beantragte Vertagung iſt ſomit durch die vollſtändige Geſchäftserledigung beſeitigt und auch ein anderweiter Antrag eben dieſes Ausſchuſſes auf Anſetzung einer Nachmittagsſitzung erhält nur 60 Stimmen gegen 61 für ſich. Die nächſte Sitzung wird deshalb auf morgen 10 Uhr angekündigt.

 # Frankfurt, 28. Mai. Das Verhältniß zwiſchen der Centralgewalt und Preußen iſt das des offenen Bruches. Das beiderſeitige Verhalten mag verſchieden beurtheilt werden, die Folge des Bruches kann nur ſein, daß die Centralgewalt aufhört. Von der Nationalverſammlung iſt ſie abgeſetzt; von Oeſterreich längſt verlaſſen und durch den ſchlechteſten Rath beſchädigt, von Bayern nicht nur nicht unterſtützt, ſondern um Hülfe angegangen; Preußen hat ihr abgeſagt, die übrigen Regierungen wenden ſich dahin, wo die Macht iſt, das heißt, zu Preußen. Sonach ſcheint der Augenblick gekommen, wo das Wohl und das Intereſſe Deutſchlands dem Erzherzog Johann gebieten, ſeinen längſt gefaßten Entſchluß auszuführen, und ſein Reichsverweſeramt, das er an Preußen zu übertragen ſich nicht berechtigt glaubte, den Bevollmächtigten der deutſchen Regierungen zurückzugeben. Machen die Bevollmächtigten von Oeſterreich und Bayern, wie zu vermuthen, den Vorſchlag, alsbald die Bundesverſammlung wieder zu eröffnen, ſo werden Preußen, Hannover und Sachſen Widerſpruch erheben, die Vertreter der 28 Regierungen werden ſogleich, oder doch bald unter dem nöthigen Vorbehalt ſich an die drei größeren anſchließen, wenn dieſe für die deutſche Einheit wirklich redlichen Willen zeigen. Dann ſtehen auf der einen Seite Oeſterreich und Bayern, auf der andern die übrigen deutſchen Staaten mit Preußen an der Spitze, dazwiſchen die in der Pfalz und Baden herrſchende Partei, welche die Franzoſen herbeirufen möchte, um — die Reichsverfaſſung durchzuführen. Wenn Preußen noch Macht hat, ſo verdankt es dieſelbe dem Aufrufe des Königs vom 15. Mai. Die Zuſicherung einer Verfaſſung, welche dem Bedürfniſſe der Nation nach Einheit und Freiheit entſpreche, hat die Landwehr unter die Waffen, die Bevölkerung zur Ruhe gebracht. Wird das Vertrauen getäuſcht, ſo iſt Preußen ohne Macht und in Auflöſung. Noch iſt es Zeit, trotz des verletzten Rechtsgefühls der Nation, Preußen an die Spitze zu bringen, um die Geſellſchaft vor dem Untergange zu retten. Möge dieſer letzte Augenblick nicht auch noch verſäumt werden. Heute ſoll die mit Hannover und Sachſen vereinbarte Verfaſſung in Berlin bekanntgemacht werden. Die für den Süden beſtimmten Truppen ſollen am 1. Juni in Kreuznach und Wetzlar verſammelt ſein.

 # Frankfurt, 28. Mai. Der Großherzog von Baden, welcher ſeit zwei Tagen hier verweilte, iſt heute früh wieder nach Ehrenbreitſtein zurückgekehrt. Er wird dort oder in der Nähe bleiben, bis die Vorbereitungen getroffen ſein werden, den verfaſſungsmäßigen Zuſtand in Baden wieder herzuſtellen. Die Anwendung der geeigneten Mittel wird in wenigen Tagen beginnen können und ſie ſind ausreichend vorhanden, um den Erfolg zu ſichern. Wie könnte ein Zuſtand beſtehen, der mit einer Unwahrheit, als gelte es die Durchführung der Reichsverfaſſung, begann, auf die Meuterei von Soldaten, die ihres Eides vergaßen, ſich ſtützt und die Hülfe der Franzoſen gegen Deutſchland anruft. Aber die franzöſiſche Nation weiſt mit Verachtung eine Genoſſenſchaft zurück, welche ihr eigenes Vaterland verräth. Die Bürger Badens und die Soldaten, welche noch deutſchen Sinn und deutſche Ehre bewahren, werden wohl daran thun, wenn ſie in den Gemeinden und Bezirken Sorge tragen, ſich das fremde Geſindel, das ſie beläſtigt, vom Halſe zu ſchaffen, und wenn ſie deren Anführer verhindern, ſich mit Raub beladen aus dem Staube zu machen. Sie können durch entſchiedenes und männliches Auftreten Schaden abwenden und Laſten erſparen.

△ **Wien**, 25. Mai. Seit geſtern Abend geht hier das Gerücht, daß Kaſchau von den Ruſſen nach einem ſehr heftigen Kampfe beſetzt worden ſei. Noch während des Einzuges hätten ihnen die Einwohner die Ziegel von den Dächern auf die Köpfe geworfen. Auch wird behauptet, Stuhlweißenburg, die ehemalige Krönungsſtadt der ungariſchen Könige und zugleich ihr Begräbnißort, ſei von den Truppen beſetzt. Offizielles liegt nicht vor und beide Nachrichten bedürfen daher der Beſtätigung. Bei Böös ſoll es zu einem hartnäckigen Kampfe gekommen ſein, wobei aber der Bajonetangriff unſerer Truppen den Ausſchlag gab und die Inſurgenten ſich abermals zurückziehen mußten. Auf der Inſel Schütt ſoll ihre Anzahl ſich nur noch auf 4000 belaufen. Doch ſcheint man noch nicht ohne Beſorgniß für Preßburg, da die Anzahl der Geſchütze auf dem Schloßberge in den letzten Tagen noch vermehrt wurde. Im Komorner Komitate bieten die Ungarn den Landſturm auf; ſie ſcheinen die koloſſalen Heere zweier Großmächte, welche gegen ſie aufgeboten werden, keineswegs unter ihrer reellen Größe zu ſchätzen, oder die Intervention der Ruſſen zu ignoriren, wie viele unſerer Blätter glauben. Der Banus ſoll in Semlin eingetroffen ſein, wohin ſich auch General Maierhoffer mit dem jungen ſerbiſchen Anführer Stratimirovic begeben hat, um den Banus zu veranlaſſen, die Kränkung, welche der Serbe erfahren, auszugleichen. Jedenfalls wird der Banus einſehen, daß es beſſer iſt, den Stratimirovic zu verſöhnen, als ihn mit ſeinem Anhange zu den Magyaren zu drängen. Die dem Banus zu Gebote ſtehende Macht wird annähernd auf 70,000 Mann geſchätzt; ob Perczel Pancſova wirklich freiwillig geräumt, wie geſtern Privatnachrichten melden, bleibt noch dahingeſtellt; gewiß iſt, daß der Banus die Offenſive noch nicht ergriffen, und daß ſeine Hauptmacht in Eſſek und der Umgebung bis Fünfkirchen ſteht.

Das Schickſal des Frankfurter Parlamentes iſt nun entſchieden: es löſ't ſich entweder auf, oder der linke Reſt nimmt den Charakter eines Konvents an. Nicht ohne tiefen Schmerz muß man ſich geſtehn, dahin hat namentlich Preußen durch falſche Vorſpiegelungen die Männer der Ordnung, des geregelten Fortſchrittes, die Männer von wahrhaft deutſcher Geſinnung gebracht. Die Regierungen haben nun durch die Vorgänge in Baden den gegebenen Anlaß, den ſie wünſchten; aber ſie ſcheinen zu fühlen, daß ſie jetzt wie Herkules am Scheidewege angelangt ſind. Geben ſie nicht ſchnell und mit vollen Händen, ſo öffnen ſie den „Rothen" Thür und Thore.

Nachſchrift. Der Kaiſer ſoll heute, längſtens morgen, hier eintreffen. General Canitz erwartet noch die Rückkehr des Miniſterpräſidenten um nach erfolgter ſchließlicher Rückſprache mit demſelben nach Berlin zurück zu kehren. Ehe er dort eintrifft, dürfte wohl kaum ein definitiver Entſchluß in den deutſchen Oktroyirungs-

maßregeln genommen werden. Er bringt das ruſſiſche Votum in dieſer Angelegenheit — ſo bitter es klingt, ſo wahr iſt es doch.

Wien, 25. Mai. Heute Morgens um 5¼ Uhr ſind Se. Majeſtät der Kaiſer, in Begleitung des k. k. Hrn. G. M. Grafen von Grünne, aus Warſchau über Olmütz hier angekommen, der Hr. Miniſterpräſident, Fürſt von Schwarzenberg und die Flügeladjutanten Sr. Majeſtät waren vorausgeeilt und ſchon geſtern mit dem letzten Zuge in Wien eingetroffen. (Wien. Z.)

Ollmütz, 24. Mai. Se. Maj. der Kaiſer iſt Nachmittags wieder angelangt. Von heute an iſt die Ollmützer „Slovanska Lipa," welche unter dem Namen „ſlaviſcher Leſeverein" Zuſammenkünfte hielt, gänzlich aufgehoben und ihr amtlich verboten worden, ſich unter irgend einem Namen jemals mehr zu verſammeln. Das Vereinslokal iſt am heutigen Tage geſchloſſen worden. (N. Z.)

♀ **Berlin**, 26. Mai. Es wird Ihnen ſchon gemeldet ſein, daß Oeſterreich gegen die Errichtung eines engeren deutſchen Bundesſtaates nach der Idee der preußiſchen Regierung proteſtirt hat. Die Miniſter ſollen überzeugt ſein, daß auch Baiern nur in Folge öſterreichiſcher Einwirkung auf ſeiner Forderung eines Direktoriums beharrt, und es ſoll daher große Erbitterung herrſchen gegen die Regierung des Kaiſerſtaats. Mir wurde als ganz beſtimmt verſichert, daß das Miniſterium trotz dieſes Proteſtes und trotz der Weigerung Baierns in den nächſten Tagen den Verfaſſungsentwurf publiciren werde. Sachſen, das ſich in der letzten Zeit noch für ein Proviſorium ausſprach, ſtimmt jetzt den preußiſchen Anſichten bei; die Differenzen mit Hannover ſind im Begriff ausgeglichen zu werden. Preußen, der Freundſchaft dieſer Regierungen ſicher, iſt daher entſchloſſen zu handeln, und hofft auch Baiern mit ſich fortzureißen.

‡ **Berlin**, 27. Mai. Droſchkenweiſe ſind die mit Beſchlag belegten Papiere der Verhafteten nach der wohlverwahrten Hausvogtei gebracht; die Verhafteten ſelbſt aber ſind in den Militärarreſt geſchafft. Als es hieß, daß ſie ſofort vor das Kriegsgericht geſtellt werden ſollten, begaben ſich Bürgermeiſter Naunyn und Hr. Seydel, Vorſteher der Stadtverordneten, zum General von Wrangel, um ihm Vorſtellungen zu machen. Der General verſicherte, daß die Verweiſung der Verhafteten vor das Kriegsgericht bis jetzt noch nicht erfolgt ſei. Die Entſcheidung hänge von dem Ausfalle der Vorunterſuchung ab. Allerdings handele es ſich um Rechtsverletzungen, die nach der Verordnung vom 10. d. M. zur Cognition des Kriegsgerichts gehörten. Daß die Verhafteten von der Stadtvogtei nach dem Militärarreſthauſe gebracht ſeien, habe lediglich darin ſeinen Grund, daß zu deren Unterbringung andere, geeignete Räume für jetzt nicht hätten beſchafft werden können. Die Behandlung der Verhafteten iſt anſtändig, doch iſt ihnen noch keine Bewegung im Freien geſtattet.

Berlin, 27. Mai. Die deutſche Reform ſagt: Wir glauben vollſtändig gut unterrichtet zu ſein, wenn wir behaupten, daß die Stellung Preußens zu Deutſchland und die neue Geſtaltung des letzteren noch niemals Gegenſtand der Verhandlungen zwiſchen Berlin und St. Petersburg geweſen. Rußland hat ſich vielmehr fortwährend auf dem Standpunkt erhalten, den es ſich gleich nach den Ereigniſſen des Frühjahrs 1848 vorgezeichnet und damals offen ausgeſprochen hat: nämlich, in ſeiner eigenen feſten Stellung verharrend, der inneren Entwickelung der übrigen Länder ruhig zuzuſehen, ſo lange ſie ſein eigenes Gebiet nicht berühren.

In Bezug auf den däniſchen Krieg hat Rußland den von ihm im vorigen Jahre eingenommenen Standpunkt ebenfalls bisher nicht verlaſſen. Es hatte dazu im jetzigen Augenblick wohl um ſo weniger Urſache, als die Unterhandlungen mit Dänemark gerade jetzt in ein Stadium getreten ſind, in welchem eine befriedigende Löſung in näherer Ausſicht ſteht. Wir haben deshalb auch allen Grund zu vermuthen, daß die ruſſiſche Flotte, an deren Auslaufen ſo große Befürchtungen geknüpft werden, keine offenſiven Inſtruktionen erhalten habe.

Konſt. Korr. **Berlin**, 27. Mai. Wir hören mit Beſtimmtheit, daß das neue Wahlgeſetz am nächſten Montag oder Dinstag erſcheinen wird. Die Verfaſſung des engeren deutſchen Bundesſtaats wird ebenfalls nicht länger auf ſich warten laſſen. Preußen wird Oeſterreichs Machinationen und Baierns ſelbſtſüchtigem Widerſtande entſchiedene Thaten entgegenſtellen. Vom Reichswahlgeſetze hört man, daß es indirekte Wahlen feſtſetzt und im innigen Anſchluſſe zu dem preußiſchen Wahlgeſetze mit den 3 Klaſſen ſteht. Für Deutſchland iſt jedoch Niemand wahlfähig, der nicht Steuern zahlt. Die Frankfurter Verfaſſung iſt nur in wenigen Punkten modifizirt: abſolutes Veto, Matrikularbeiträge, ſtatt Zölle und Reichsſteuern: ein Fürſtenrath und eine feſtere Regelung der Grundrechte durch die Geſetzgebung ſind vorbehalten.

Würzburg, 28. Mai. Vorgeſtern Abend 6 Uhr kamen die Studenten, die aus Wertheim noch bis Eichel feierlich waren begleitet worden, in feierlichem Zuge hierher zurück. (W. Z.)

Mannheim, 28. Mai. Geſtern fand auf dem hieſigen Exerzierplatz eine große Parade von Militär und Bürgerwehr ſtatt. Herr Brentano ſtellte den Truppen in der Perſon des Herrn Sigel ihren zum Oberbefehlshaber der Neckararmee ernannten Anführer vor. Letzterer hielt eine begeiſterte Anrede, worauf das Militär, Infanterie, Cavallerie und Artillerie, unter unzähligen Hochs an der Bürgerwehr vorbeideſilirte. (M. Z.)

☽ **Darmſtadt**, 28. Mai. Der in Kriegsſtand erklärte Landſtrich geht bis 1 Stunde vor unſere Thore; er umfaßt den ſüdöſtlichen Odenwald, die Bergſtraße und das Ried (Strich am Rheine gegen Worms und Mannheim hin), oder die Landgerichtsbezirke Michelſtadt, Beerfelden, Hirſchhorn, Fürth, Lorſch, Zwingenberg und Gernsheim. Motivirt wird die Verkündigung des Kriegsrechts durch die §§ 9 und 43 der Grundrechte (139 und 176 der deutſchen Reichsverfaſſung), Art. 179 des Militärgeſetzbuches, beſagend: „In gewiſſen Fällen ſind auch Civilperſonen und fremde Militärperſonen der Militärgerichtsbarkeit unterworfen, nämlich wenn ſie Soldaten zur Deſertion, Widerſetzlichkeit und zum Ungehorſam verführen, für fremden Militärdienſt werben, ſpioniren, gegen die Sicherheit der Truppen handeln, überhaupt alle Empörer, ſobald die bewaffnete Macht aufgeboten und das deßfallſige ſpecielle Kriegs- oder Aufruhrgeſetz publicirt iſt", — endlich durch Art. 73 der Verfaſſungsurkunde, welcher den Großherzog berechtigt, auch ohne ſtändiſche Mitwirkung in dringenden Fällen das Nöthige zur Sicherheit des Staates vorzukehren. Wer in den oben genannten Bezirken mit Waffen verſehen getroffen wird, ſei es, daß er ſich bei dem Angriffe oder Widerſtande gegen die geſetzliche Autorität oder gegen die bewaffnete Macht thätlich betheiligt, oder daß er an unerlaubter bewaffneter Verſammlung Theil nimmt, oder daß er ſich auf dem Wege zu ſolchen Verſammlungen oder zu gewaltthätigen Unternehmungen befindet, — wer zu ſolcher Bewaffnung oder zu ſolchem Waffengebrauche auffordert, in welcher Weiſe es ſei, — wer Soldaten in irgend einer Weiſe zum Treubruch zu verleiten ſucht, — wer Anlagen unternimmt oder beſtehende Anlagen zerſtört oder beſchädigt, um militäriſche Bewegungen zu hindern, — ſoll mit dem Tode beſtraft werden. Das Verfahren hierbei iſt das im Militärſtrafgeſetzbuche vorgeſchriebene ſtandrechtliche. Erkennt das Militärgericht den Angeſchuldigten des Todes nicht ſchuldig, ſo wird er den ordentlichen Gerichten übergeben. Iſt das Todesurtheil gegen eine größere Anzahl der am nämlichen Vorgange Betheiligten ausgeſprochen, ſo hat es der Militärkommandant gegen die weniger ſchwer Belaſteten nicht ſofort vollziehen zu laſſen, ſondern erſt die Entſchließung des Großherzogs über Begnadigung oder Strafverwandlung einzuziehen. Alle Civilbehörden ſind dem Kommandanten der Militärmacht untergeordnet, desgleichen die Bürgerwehren, welche er nach Befinden auflöſen oder deren Bildung unterſagen kann, wenn es die ihm anvertraute Sicherheit erfordert.

Heute Nachmittag und Abend zogen ganz unerwartet nicht unbeträchtliche Abtheilungen von Infanterie, Reiterei und Artillerie, nebſt Pioniren mit Pontons in der Richtung von Worms ab. Man vermuthet eine Expedition gegen dieſe von den pfälziſchen Freiſchärlern beſetzte Stadt. Daß nun auch die Dampfſchifffahrt auf dem Rheine von Gernsheim aufwärts, wie die Kommunikation zu Lande mit dem Badiſchen unterbrochen iſt, iſt wohl nothwendig, ſo ſtörend es auch für Handel und Verkehr iſt. So mußte z. B. eine Auswanderungsagentur, die ihre Accorde ſchon feſt geſchloſſen hatte und zahlreiche Auswanderer zur beſtimmten Stunde zu Schiffe liefern ſollte, ſolche mit bedeutenden Koſten per Achſe von Mannheim nach Gernsheim ſchaffen, wohin ſie unter Militäreskorte geleitet wurden. Die Haft des Hrn. Leske, der unter Gendarmeriebedeckung ins Arreſthaus gebracht wurde, iſt ſchon gelöſt. Man ſah ihn den Nachmittag wieder frei. Es entſtand heute zweimal Brand in den nahen Tannenwaldungen, der aber glücklich bald gelöſcht wurde. Manche wollten ihn für ein Signal halten. Man ſucht eben überall etwas.

Mainz, 28. Mai. Heute in aller Frühe ſind von hier 5 Kompagnien Preußen und 2 Geſchütze nach Wörrſtadt abgegangen. (Fr. J.)

Mainz, 28. Mai. Geſtern Abend traf die zweite Colonne Mecklenburger hier ein; die erſte iſt dieſen Morgen in die Provinz Rheinheſſen abmarſchirt. Heute wird mecklenburgiſche Cavallerie und Artillerie erwartet. (M. 3.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 24. Mai. Zuvörderſt haben wir zu berichtigen, daß die Waffenruhe zwiſchen dem Belagerungskorps und der Beſatzung von Fridericia nur auf 48 Stunden abgeſchloſſen war, nämlich den 20. und 21. dieſes. Sie hatte den 22. des Morgens 3 Uhr ihr Ende erreicht. Der eigentliche Zweck derſelben iſt uns bis jetzt noch unbekannt; mit Ablauf dieſer Waffenruhe präcis 3 Uhr begannen unſere ſämmtlichen Geſchütze ihr Feuer, ganz beſonders aber von der neuen, während den letzten Tagen angelegten Schanze, welche ſo angelegt wurde, daß ſie ſich hart an der Küſte, der feindlichen Batterie auf Strebge gegenüber befindet, und zum Theil dieſelbe beherrſcht, aber auch nur 600 Schritte vom feindlichen Blockhauſe entfernt iſt, auf dieſes war das Feuer dieſer Batterie mit aller Macht gerichtet, allein es gelang nicht, daſſelbe in Brand zu ſchießen, da es von ſehr ſtarken Erdwällen eingeſchloſſen und bedeckt war, ſo daß das Feuer als zwecklos eingeſtellt wurde, und dagegen die Infanterie und zwar das 3. und 4. Bataillon vorgeſchickt, welche zunächſt die feindlichen Vorpoſten warfen und dann einen Kolonnenangriff auf daſſelbe unternahmen, welcher auch vollſtändig gelang. Hauptmann Krohn vom 4. Bataillon war der Erſte im Blockhauſe, ihm folgten der Hauptmann v. Zimmermann vom 3. Bataillon und der Artillerie Lieutenant Chriſtianſen mit einer Abtheilung Artilleriſten, welche 4 ſechspfündige Brandbomben trugen, die ſie auf Kommando ihres Lieutenants in den 4 Ecken des Blockhauſes placirten, dieſe anzündeten und es war um das Blockhaus geſchehen. Der in demſelben vorgefundene Proviant und Munition unter letztern mehrere Fäſſer Patronen waren gute Beute. Durch dieſen Coup iſt der linke Flügel des Feindes, der ſeine Vorpoſtenlinie bis an das Blockhaus gezogen und ſich zugleich als äußerſten Haltpunkt daran lehnte, gezwungen worden, ſich auf einige Hundert Schritte dem Zentrum zu, zurückzuziehen und unſer Belagerungskorps kann dadurch den Umſchluß des Waſſers, welches die Feſtungsgräben füllt, ablaufen laſſen, indem es den hart an der Meeresküſte aufgedämmten Wall durchſticht, wodurch die Erſtürmung der Feſtung alsdann ohne zu große Schwierigkeiten erfolgen kann. Der Verluſt bei der Einnahme des Blockhauſes iſt unbedeutend und wird auf 2 Todte und 6 Verwundete geſchätzt. Vom Norden laufen die Berichte nur ſehr unzuverläſſig ein. Der Stand des Generals Prittwitz iſt mit weniger Veränderung derſelbe. Zwiſchen einigen Abtheilungen däniſcher Dragoner, welche um zu rekognosziren ſich vom Hauptkorps, welches öſtlich von Skanderborg ſteht getrennt hatten, kam es mit preußiſcher Infanterie vom 18. Regiment und Huſaren zu einem Zuſammenſtoß, bei den Dörfern Nybro-Fuldbro nordöſtlich von Aarhaus; wobei die Preußen 10 Offiziere und 10 Soldaten verloren, den Dänen aber außer einem ähnlichen Verluſt, 20 Dragoner gefangen genommen wurden. Da die Zolllinie zwiſchen Dänemark und den Herzogthümern bis zu den occupirten Stellen aufgehoben, der Zoll für Jütland aber faſt auf allen Waaren das Doppelte von dem der Herzogthümer beträgt, ſo werden jetzt bedeutende Quantitäten aller Arten Kolonialwaaren und gewebten Stoffe von Schleswig nach Jütland gebracht, wobei das handeltreibende Publikum ſich für die durch die Blokade entſtandene Handelsſtörung einigermaßen zu entſchädigen ſucht.

Schleswig, 26. Mai, Morgens. Dieſe Nacht iſt Präſident Bargum von Jütland hier eingetroffen. Am Mittwoch, den 23. d. brach Obergeneral Prittwitz mit ſeinem Generalſtabe von Horſens auf, ließ die Preußen rechts, die Baiern links, die Heſſen im Centrum gegen Skanderborg vorgehen, um das däniſche Korps unter General Rye zu cerniren, — fand aber das däniſche Lager bereits völlig verlaſſen, und hörte, daß das feindliche Korps, Aarhuus rechts liegen laſſend, ſich direkt auf Randers zurückgezogen habe. Die preußiſchen Vorpoſten blieben darauf auf dem Wege zwiſchen Horſens und Aarhuus ſtehen. Das Hauptquartier iſt für den Augenblick in Horſens verblieben. Das Bombardement von Fridericia dauerte geſtern Morgen fort. Vorgeſtern war Hauptmann Delius noch am Leben, aber ohne Hoffnung, daß er wieder aufkommen werde; die däniſche Spitzkugel, die auf eine Entfernung von 700 Schritt geſchoſſen ſein ſoll, ſitzt noch in ſeinem Vorderkopfe. (B. H.)

Spanien.

* **Madrid,** 20. Mai. Die Königin iſt nach 12ſtündigen Wehen mit einem Kinde männlichen Geſchlechtes niedergekommen, das jedoch nur einige Stunden gelebt hat. Ein Vorſchlag des Hrn. Ordua Avecilla gegen die ſpaniſche Expedition nach Italien in der geſtrigen Sitzung der Deputirtenkammer iſt von dem Miniſter des Aeußern mit der größten Energie bekämpft worden. Mehrere Deputirte der Oppoſition unterſtützten bei dieſer Gelegenheit das Miniſterium und der Vorſchlag wurde mit 115 Stimmen gegen 17 verworfen. Der Miniſter des Aeußern hat beſtimmt erklärt, daß die Expedition ſich ſofort in Barcelona einſchiffen und nach Civita Vecchia begeben werde.

Italien.

* **Turin,** 22. Mai. Nachdem das Kaſſationsgeſuch des ſeit einigen Tagen unpäßlichen Generals Romarino verworfen worden war, wurde derſelbe heute Morgen auf dem Marsfelde von Turin, unter ſtarker militäriſcher Bedeckung erſchoſſen. Er ſtarb unerſchrocken und kommandirte ſelbſt Feuer. Bevor er fiel erklärte er, daß ſeine zu große Liebe zum Vaterlande die Urſache ſeines Todes ſei, und daß die Geſchichte ihn rechtfertigen werde. D'Azeglio ſoll, um das hartnäckige Widerſtreben Oeſtreichs gegen den Abſchluß des Friedens zu brechen, ein offenes Defenſiv- und Offenſivbündniß mit Frankfurt eingehen wollen. Bald heißt es, ein franzöſiſches Heer würde in Savoyen einrücken, bald, es werde in Spezzia eins landen.

* **Rom,** 18. Mai. In der geſtrigen Sitzung der Nationalverſammlung legte Mazzini im Namen des Triumvirats einen Vorſchlag des franzöſiſchen Bevollmächtigten Hrn. v. Leſſeps zur Ernennung von drei Kommiſſären für Unterhandlungen vor. Die Nationalverſammlung genehmigte einſtimmig den Vorſchlag und ernannte ſofort drei Kommiſſäre in den Perſonen der Repräſentanten Sturbinetti, Audinot und Cernuſchi. Zugleich wurde die Mittheilung von der Einſtellung der Feindſeligkeiten bis auf Weiteres gemacht. In Folge davon gewannen die Straßen bald ein feſtliches Ausſehn. Den Abend war Illumination und Muſik. Garibaldi iſt wieder gegen die Neapolitaner ausgerückt, die bei ſeinem Erſcheinen ſich zurückzogen. Der General Avezzana hat das Triumvirat gebeten, ihm die Funktionen eines Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Republik abzunehmen, da dieſelben ihn verhinderten, die Geſchäfte eines Kriegsminiſters zu verſehen. Das Triumvirat hat im Intereſſe des Landes die Entlaſſung unter den ſchmeichelhafteſten Ausdrücken angenommen und den Oberſten Roſelli mit der Leitung der Operationen beauftragt. Avezzana bleibt Miniſter des Kriegs und der Kammer.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 29. Mai.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $73\frac{1}{4}$; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. 39; Bank-Aktien fl. 1085; fl. 500 Looſe $122\frac{1}{2}$; fl. 250 Looſe $73\frac{3}{4}$; Badiſche fl. 35 Looſe $25\frac{1}{8}$; Heſſiſche $26\frac{7}{8}$; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe $68\frac{1}{4}$; Polniſche fl. 500 Looſe $71\frac{3}{4}$; Friedr.-Wilh.-Nordb. $33\frac{7}{8}$; Berbach $66\frac{3}{4}$; Köln-Minden $76\frac{3}{4}$; 3pCt. inländ. Spanier $23\frac{1}{4}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würtemb. $92\frac{1}{4}$; 5pCt. Badiſche 82; 5pCt. Naſſauiſche $99\frac{3}{8}$; Belgiſche 82; Integrale 49.

Das Geſchäft war ſehr unbedeutend. Die Kourſe erhielten ſich mit Ausnahme einiger ſüddeutſchen Papiere, die billiger abgegeben wurden.

Courſe der Wechſel:

Amſterdam k. S. $101\frac{1}{4}$ G.; ditto 2 M. $100\frac{7}{8}$ G.; Augsburg k. S. $119\frac{7}{8}$ G.; Berlin k. S. $105\frac{1}{2}$ G.; Bremen k. S. $99\frac{1}{2}$ G.; Hamburg k. S. $88\frac{1}{2}$ B.; ditto 2 M. 88 G.; Leipzig k. S. $105\frac{1}{2}$ G.; London k. S. $121\frac{1}{2}$ G.; ditto 3 M. $120\frac{7}{8}$ G.; Lyon k. S. $95\frac{1}{2}$ B.; Mailand k. S. $100\frac{1}{2}$ B.; Paris k. S. $95\frac{3}{8}$ G.; Wien k. S. $100\frac{1}{2}$ B.

Courſe der Geldſorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 6 kr.; Piſtolen fl. 9. 58 kr.; ditto preußiſche fl. 9. 59 kr.; holländiſche fl. 10 Stücke fl. 10. 7 kr.; Randdukaten fl. 5. 40 kr.; 20 Frankenſtücke fl. 9. 41 kr.; Engliſche Sovereigns fl. 12. 5 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. —. — kr.; preußiſche Thaler fl. —. — kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 30 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 20 kr.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O. P. A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 147. Frankfurt a. M., Mittwoch 30. Mai. 1849.

Ueberſicht.

Aus den Kabinetten.

Deutſchland. Frankfurt (Tagesbefehl des Hrn. v. Peucker. Das Truppenkorps am Mittelrhein. Durchzug mecklenburgiſcher Truppen. Worms von den heſſiſchen Truppen genommen). Wien (Der öſterreichiſche Miniſterrath. Die Konferenzen in Warſchau und die ruſſiſche Politik. Perezel und die ſerbiſche Regierung. Vermiſchte Nachrichten. Truppen nach Ungarn. Die Cholera. Ungariſche Nachrichten). Berlin (Die vereinbarte Verfaſſung. Wiederſehen. Hr. v. Radowitz. Der Treubund. Hannover und der Zollverein. Die ruſſiſche Note). Stettin (Duell). Breslau (Die Ruſſenzüge). München (Preußen und die baieriſch-ultramontane Politik. Die Regierungspolitik gegen die Pfalz. Volksverſammlungen). Kaiserslautern (Rückkehr der Deputirten. Verhaftungen. Zwangsanleihe). Dresden (Die Gefangenen. Zahl der Todten). Hannover (Die Stimmung. Hr. Detmold. Die Verhaftungen. Die Wahlen). Von der badiſchen Gränze (Die Intervention in Baden). Mannheim (Die Revolutionsmänner in Baden und der Pfalz). Darmſtadt (Die Freiſchaaren in Worms). Worms (Die Beſetzung der Stadt). Weimar (Der Landtag über die Verfaſſungsfrage). Aus dem Großherzogthum Weimar (Die Regierung und die Reichsverfaſſung. Die Einigung Thüringens. Durchmärſche preußiſcher Truppen). Aus dem Schwarzburgiſchen (Die Reichsverfaſſung verkündigt die Auflöſung der Ständeverſammlung). Naſſau (Beſchluß der Kammer in der Reichsverfaſſungsfrage).

Frankreich. Paris (Die beiden letzten Sitzungen der Conſtituante. Die Legislative. Das neue Miniſterium. Marraſt. Rheinarmee. Note an Rußland und Oeſtrreich. Depeſche des Hrn. Leſſeps). Straßburg (Schluß der Nationalverſammlung. Die Nachbarbewegung).

Oeſterreichiſche Monarchie. Brody (Die Ruſſen).

Dänemark. Kopenhagen (Hr. v. Redtz und ſeine Inſtruktionen. Jütland).

---

29. Mai.

Nachdem die preußiſche Regierung durch ihre Maßregeln den ganzen gegenwärtigen Zuſtand der Reichsverſammlung und dadurch der Centralgewalt herbeigeführt hat, nimmt ſie aus eben dieſem Zuſtande den Vorwand, die Centralgewalt zu beſeitigen und ſich deren Befugniſſe eigenmächtig beizulegen. Zugleich bildet dieſes Verfahren die überraſchende Auslegung jener Uneigennützigkeit, die das preußiſche Kabinet in ſeinen Noten den deutſchen Verhältniſſen gegenüber für ſich in Anſpruch nahm. Die Krone aus der Hand der geſetzlichen Vertreter des deutſchen Volks wies man zurück, allein die Macht dieſer Krone über Deutſchland ſucht man durch Uſurpation an ſich zu bringen. Das iſt das moraliſche Urtheil über die widerſpruchsvolle Handlungsweiſe des preußiſchen Miniſteriums. Es verſteht ſich indeß, daß die politiſche Lage erfordert, daß Preußen nicht blos die proviſoriſche, ſondern die definitive Reichsgewalt übernimmt, wenn es mit deutſcher Einheit noch etwas werden ſoll. Wir laſſen jetzt die merkwürdigen Aktenſtücke folgen, welche uns zu dieſen Bemerkungen veranlaſſen: Es iſt zunächſt die Depeſche der preußiſchen Regierung an ihren Bevollmächtigten bei der Centralgewalt Herrn v. Kamptz in Frankfurt, gegeben Berlin den 18. Mai.

„Aus Ew. Hochwohlgeb. und des Oberſtlieutenant Fiſcher telegraphiſchen Meldungen vom 16. dieſes Monats erſehe ich, daß Se. kaiſerl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweſer noch Anſtand nimmt, auf die von dem letzteren ihm überbrachten dieſſeitigen Vorſchläge einzugehen. Es iſt in dieſem Augenblicke nicht meine Abſicht, die Folgen, welche daraus für unſere ganze Stellung, Frankfurt gegenüber, hervorgehen, näher zu beſprechen und ich muß mir vorbehalten, die weiteren Beſchlüſſe der königlichen Regierung Ew. Hochwohlgeb. demnächſt mitzutheilen.

Dagegen muß ich ſchon jetzt einen Punkt hervorheben, in welchem die königliche Regierung ohne weitere Autoriſation von der Centralgewalt abzuwarten, ſich zu ſelbſtſtändigem Handeln genöthigt ſieht. Das Verhältniß zu Dänemark kann nicht länger den Folgen der ſchwankenden und unſichern Stellung Preis gegeben werden, in welche die Centralgewalt ſich hat hineindrängen laſſen und die königliche Regierung hat ſich deshalb entſchloſſen die Kriegführung und die Unterhandlung ſelbſtſtändig in ihre Hand zu nehmen, wobei ſie im Einverſtändniß mit den Regierungen handeln wird, welche ſich ihr anzuſchließen bereit erklärt haben. Ich erſuche Sie, in Gemeinſchaft mit dem Oberſtlieutenant Fiſcher dies Sr. kaiſerlichen Hoheit dem Reichsverweſer zu eröffnen und ihm die Gründe darzulegen, welche die königliche Regierung beſtimmen mußten, auch ohne förmliche Uebertragung von Seiten der Centralgewalt zunächſt in dieſem Einen Punkte die Leitung zu übernehmnn.

Daß die wichtigen materiellen Intereſſen Preußens und des ganzen nördlichen Deutſchlands bei einer ſchleunigen Beendigung dieſer Angelegenheit betheiligt ſind, iſt eben ſo klar, als daß faktiſch nur Preußen allein jetzt im Stande iſt, dieſelbe zu bewirken. Daß die Reichsgewalt faktiſch in dieſem Augenblicke kein Gewicht mehr in die Schale weder des Kriegs noch des Friedens legen und weder den Krieg noch die Verhandlungen mit Nachdruck führen kann, darüber wird ſich das Miniſterium wohl ſelbſt nicht mehr täuſchen.

Aber auch formell iſt die Centralgewalt in dieſem Augenblicke nicht mehr im Stande die Angelegenheit weiter zu führen. Das Geſetz vom 28. Juni vorigen Jahres, welches ihre rechtliche Stellung definirt, verordnet Art. 4: Ueber Krieg und Frieden und über Verträge mit auswärtigen Mächten beſchließt die Centralgewalt im Einverſtändniß mit der Reichsverſammlung.

Nachdem die königl. Regierung ſich durch die letzten Schritte der Reichsverſammlung genöthigt geſehen, gegen jede Bedeutung ihrer weiteren Beſchlüſſe Proteſt einzulegen und die preußiſchen Deputirten abzuberufen, hat die Reichsverſammlung uns gegenüber keine rechtliche Exiſtenz mehr und ein Einverſtändniß der in Frankfurt etwa noch forttagenden Vertreter der übrigen deutſchen Länder mit der Centralgewalt würde für uns ohne alle Bedeutung ſein. Von unſerm Standpunkt aus müſſen wir alſo erklären, daß der Centralgewalt für jene Fragen die Bedingung ihrer Aktion fehlt und wir alſo weiteren Anordnungen derſelben in Bezug auf Krieg und Frieden oder die Verhandlungen mit Dänemark keine Folge leiſten, auch unſere Truppen in den Herzogthümern nicht länger unter den Befehlen der Centralgewalt laſſen und der Gefahr ausſetzen können, Anordnungen gehorchen zu müſſen, welche aus dem Einverſtändniß mit einer auf keinem geſetzlichen Boden ſtehenden Verſammlung hervorgegangen wären. Dies iſt um ſo mehr der Fall, da das Miniſterium der proviſoriſchen Centralgewalt nach eben jenem Geſetz der Reichsverſammlung verantwortlich ſein ſoll; es iſt klar, daß wir den Regierungshandlungen eines Miniſteriums, welches der von uns nicht mehr anerkannten Verſammlung verantwortlich zu ſein durch ſein Verbleiben im Amte fortfährt, keine Giltigkeit mehr beilegen können.

Es iſt dabei aber unabweislich, daß die ganze Angelegenheit von Einer Hand geleitet werde, und die königl. Regierung hat ſich daher entſchloſſen unter ausdrücklich erklärter Zuſtimmung der zunächſt betheiligten Regierungen von Hannover und Sachſen und in Erwartung des Anſchluſſes der norddeutſchen Uferſtaaten dieſe Leitung für ſich und die ihr verbündeten Regierungen zu übernehmen, indem ſie Baiern, ſowie den übrigen Staaten, welche ſich noch nicht erklärt haben, den Beitritt offen erhält.

Wir werden demnach den königl. Geſandten in London anweiſen, daß er ſeine weiteren Verhaltungsbefehle nur noch von der königl. Regierung zu empfangen und in ihrem und der ihr verbündeten Regierungen Namen zu unterhandeln habe. Gleichzeitig werden auch dem General v. Prittwitz entſprechende Weiſungen zugehen.

Ich darf hoffen, daß es Ew. Hochwohlgeb. gelingen werde, Se. kaiſ. Hoheit den Erzherzog Reichsverweſer von der Nothwendigkeit zu überzeugen, worin die königl. Regierung ſich befindet, dieſen Schritt zu thun, durch welchen allein noch eine befriedigende Löſung dieſer verwickelten Frage möglich gemacht werden kann.

Berlin, 18. Mai 1849. Graf Brandenburg."

An den interimiſtiſchen Bevollmächtigten ꝛc. Hrn. v. **Kamptz**.

Hierauf erwiederte der Erzherzog-Reichsverweſer unter dem 23. Mai, er gehe deshalb **nicht** auf das Erſuchen Preußens in Betreff der Uebertragung der Oberleitung der deutſchen Angelegenheiten ein, weil eine ſolche Uebertragung nicht durch unberechtigte und für Niemand verbindliche Handlungen ihres jetzigen Inhabers, ſondern nur durch geſetzlichen Vorgang geſchehen könne. Er könne nicht erwarten, daß Preußen in einer einzelnen Angelegenheit ſich an die Stelle einer Gewalt ſetzen würde, für deren Uebertragung im Ganzen die Einwilligung aller Betheiligten fehle. Die Fortführung der däniſchen Angelegenheit durch die Centralgewalt werde keine ſo unglücklichen Folgen nach ſich ziehen, wie ein **erklärter Bundesbruch Preußens** (Artikel XI. der Bundesakte); durch Preußens Verfahren allein werde die Führung der däniſchen Angelegenheit ſchwankend. Und wenn Preußen den General Prittwitz eigenmächtig inſtruirt habe, ſo gibt der Erzherzog zu bedenken, daß Prittwitz als Befehlshaber der deutſchen Armee in Schleswig-Holſtein **in der Pflicht des Reichs** ſtehe. In der Vorausſetzung, daß die jetzige Centralgewalt bald aufhöre und die däniſche Angelegenheit auf anderem als faktiſchem Wege in Preußens Hände übergehe, würde es dem Erzherzoge ſchwer fallen, vorher noch durch öffentliche Verwahrung der Rechte der Geſammtheit und ſeiner eigenen Würde, ſowie durch Verantwortlichkeitserklärung Preußens für ſein früheres und jetziges Verhalten die Zerwürfniſſe noch zu vermehren.

Hierauf — forderte der Bevollmächtigte Preußens den Erzherzog Namens der preußiſchen Regierung auf, ſofort ſein Amt in die Hände Preußens niederzulegen. Ein entſchiedenes „Nein" war die Antwort darauf.

Deutſchland.

Frankfurt, 29. Mai. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile folgenden **Tagsbefehl**:

„Durch Se. kaiſerliche Hoheit den Erzherzog Reichsverweſer zum Oberbefehlshaber der in und um Frankfurt und zwiſchen dem Main und Neckar verſammelten Reichstruppen ernannt, ſehe ich mich zu meiner Freude mit noch innigeren Banden an denjenigen Kreis von Waffengefährten geknüpft, mit welchen mich bereits ſeit dem verfloſſenen Herbſte die Stunden ernſter Gefahr und die freudige Hingebung für das gemeinſame deutſche Vaterland vereinigten.

Mit der feſten Zuverſicht auf deren allſeitige treue Unterſtützung, mit jenem offenen Vertrauen, welches überall wiederum Vertrauen zu erwecken pflegt, trete ich heute das mir übertragene Kommando an. Gleichwie die Truppen dieſes Bereichs durch Repräſentanten der wichtigſten deutſchen Volksſtämme gebildet werden, iſt es unſer ehrenvoller Beruf, das geſammte deutſche Vaterland gegen die zerſtörenden Angriffe der Pflichtvergeſſenheit und Verblendung zu ſchützen, feſtgeſchloſſen durch die heiligen Bande der Pflichttreue und der Disciplin, welche zu allen Zeiten die Grundlagen ſiegekrönter Heere waren, uns als echte Söhne des deutſchen Vaterlandes zu zeigen, und inmitten der Sturmfluthen politiſcher Zerriſſenheit deſſelben, auf eine erhebende und unzweifelhafte Weiſe der Welt ein Zeugniß darüber abzulegen, daß die Einheit und Stärke des deutſchen Vaterlandes in der Bruſt ſeiner Krieger, in der Pflichttreue ſeines Heeres ungeſchwächt fortleben. Frankfurt a. M, 23. Mai 1849.

(gez.) von **Peucker**, Generallieutenant.

Für die Abſchrift: Becker, Hauptmann.

Frankfurt, 29. Mai. Die ſehr anſehnliche Truppenmaſſe, welche im Verlaufe der nächſten Zeit zwiſchen Main und Neckar und am Mittelrheine zuſammengezogen wird, ſoll dem Vernehmen nach in zwei Hauptkorps zerfallen. Das eine derſelben unter dem Oberkommando des Generallieutenants v. Peucker, wird ſich auf Frankfurt als ſeine Operationsbaſis lehnen und das andere, unter dem Oberbefehl des Generals v. Holleben, ſich auf Kreuznach ſtützen, um von hier aus die Richtung ſeiner Bewegungen zu erhalten. Die Stärke dieſer beiden Operationskorps ſoll ſich auf circa 60,000 Mann ausdehnen und die Beſtimmung haben, gegen die Aufſtände im Großherzogthum Baden und der Rheinpfalz nach Verhältniß der Sachlage einzuſchreiten. Bei der Peucker'ſchen Heeresabtheilung ſollen auch flüchtige badiſche Offiziere Anſtellungen gefunden haben, deren Dienſte weſentlich ſein dürften, da ſie die erforderlichen Ortskenntniſſe beſitzen. (Fr. Journ.)

Frankfurt, 29. Mai. Geſtern Nachmittag iſt die bisher hier befindliche Abtheilung großherzoglich heſſiſcher reitender Artillerie und eine Schwadron der großherzoglich heſſiſchen Chevaurlegers auf der Main-Neckar-Eiſenbahn nach der heſſiſch-badiſchen Grenze abgegangen. Heute um die Mittagsſtunde iſt ein Bataillon mecklenburgiſcher Gardeinfanterie per Eiſenbahn von Mainz hier angekommen und ſofort auf der Main-Neckar-Eiſenbahn nach der Bergſtraße weiter befördert worden. Die zu letzterem gehörige Schützenabtheilung iſt bereits heute in den Frühſtunden eingetroffen, und in nahegelegene Dorfſchaften einquartirt. (F.-O.-P.)

Frankfurt, 29. Mai. Wir erfahren, daß das vierte großh. heſſ. Infanterieregiment, unter Anführung des Oberſten von Weitershauſen, heute früh die rheinpfälziſch-badiſchen Freiſchaaren nach ziemlich lebhaftem Kampfe aus Worms vertrieben. (O.-P.-Z.)

Das Frankfurter Journal enthält darüber folgendes Nähere: Im Laufe des heutigen Morgens ſoll die Stadt Worms, nachdem dieſelbe von heute früh 4 Uhr an mehrere Stunden beſchoſſen wurde, von heſſiſchen und mecklenburger Truppen genommen und beſetzt worden ſein. Worms ſelbſt war verbarrikadirt; Weiber und Kinder ſtanden auf den Barrikaden. Die Reichstruppen ſollen 300 Gefangene gemacht haben. Preußiſche Truppen lagen in der Umgegend von Gerau, kurheſſiſche ſind zur Beſetzung des Bahnhofs in Caſtel aus der Gegend von Heddernheim verfloſſene Nacht nach Mainz detachirt worden.

♃ **Wien,** 25. Mai. Die Zuſammenkunft der beiden Kaiſer in Warſchau hat noch ganz andere als militäriſche Zwecke. Fürſt Schwarzenberg arbeitet aus Leibeskräften auf einen möglichſt engen Bund zwiſchen Oeſterreich und Rußland hin, um namentlich auch in der deutſchen Frage der Willensmeinung des Wiener Kabinets den gehörigen Nachdruck zu geben. In Warſchau wird aller Wahrſcheinlichkeit nach eine Vereinbarung zu Stande kommen, die beſſer gelingt, als die zwiſchen den deutſchen Völkern und den deutſchen Regierungen in Frankfurt verſuchte. Die Hauptfaktoren zur heiligen Allianz ſind da. Fürſt Schwarzenberg betritt rückhaltslos die Bahn der öſterreichiſchen Hauspolitik: er ſucht den Bundesgenoſſen auf der Seite, wo für den Augenblick die meiſte und die wirkſamſte Macht liegt. Ideen und Grundſätze kommen dabei nicht in Betracht und die Opfer werden blos nach dem augenblicklichen Erfolg erwogen. Um unbehindert von allen weiteren Rückſichten verfahren zu können, duldet Schwarzenberg keine Miniſter, ſondern blos Unterſtaatsſekretäre, Bureauchefs neben ſich. Einen Miniſterrath gibt es in Oeſterreich nur noch dem Namen nach; in der Wirklichkeit ſind die Miniſter, wie zu Metternichs Zeiten, blos noch dienſtwillige Organe, wenn nicht des Staatskanzlers, ſo doch des Miniſterpräſidenten. Aus dieſem und keinem andern Grunde hat Stadion das Feld geräumt; er wollte ſich keine Geſetze vorſchreiben laſſen, und indem Schwarzenberg ihm nicht die nachgeſuchte Dienſtentlaſſung, ſondern blos Urlaub auf unbeſtimmte Zeit und zwar in den ſchmeichelhafteſten Ausdrücken bewilligt, zieht er ſelbſt daraus noch den beſonderen Vortheil, daß die Miniſterien des Innern und des Unterrichts zwei Miniſtern interimiſtiſch zugetheilt werden, die mit Geſchäften ohnedies ſchon überladen ſind und von den ihnen zugetheilten Geſchäften nichts oder wenig verſtehen, wie dies bei dem Ritter v. Thinfeld, Miniſter des Ackerbaus und der Gewerbe, der nunmehr auch die gänzliche Umgeſtaltung des Unterrichtsweſens ins Werk ſetzen ſoll, unſtreitig der Fall iſt. Das konſtitutionelle Oeſterreich wird in der nächſten Zeit nicht blos ohne Kammer, ſondern auch ohne Miniſterrath regiert.

Wir werden es nächſtens erleben, daß die Entſchließungen der Fürſtenkongreſſe von Verona und Laibach ausgeſprochener Weiſe der oſteuropäiſchen Politik wieder als Richtſchnur dienen. Rußland hat in den beiden letzten Monaten ganz ungeheuer an Einfluß gewonnen. Dank der Dienſtbefliſſenheit Oeſterreichs: der ruſſiſche Einfluß vermag in Konſtantinopel mehr als je. Unſchwer gelang es dem General Grabbe, dem Sultan einzureden, die Türkei gehe unfehlbar zu Grunde, wenn die Pforte nicht mit Rußland zur Niederkämpfung des an den Thoren Stambuls liegenden revolutionären Prinzips gemeinſchaftliche Sache mache. Da dem engliſchen Geſandten durch allerlei Rückſichten die Hände gebunden ſind, fanden die Inſinuationen ein um ſo bereitwilligeres Gehör, weil man ruſſiſcher Seits im Hinblick auf Tunis das Mißtrauen der Pforte gegen die franzöſiſche Republik leicht rege machen konnte. Schon unter Louis Philipp hat das franzöſiſche Miniſterium unvermerkt darauf hingearbeitet, die zwiſchen Tunis

und Konſtantinopel beſtehenden Bande ſachte zu löſen und den Bey zu einem Vaſallen Frankreichs zu machen. Darüber ſind der Pforte die Augen aufgegangen und raſch ſucht ſie das Verſäumte nachzuholen, was Zweifelsohne zu ernſtlichen Konflikten führen wird, ſobald das kleine franzöſiſche Geſchwader, das vor Tunis kreuzt, Miene machen ſollte, das Einlaufen türkiſcher Schiffe zu verhindern. Daß Rußland hier ſeine Hände im Spiel hat, iſt ausgemacht. Der eigentliche Schwerpunkt der ruſſiſchen Politik liegt überhaupt darin, daß die durch die Verträge von 1815 garantirten Territorialverhältniſſe auf das Strengſte aufrecht erhalten werden.

* **Wien**, 25. Mai. In Kaſchau iſt am 27. April die ungariſche Republik ausgerufen worden. Benitzky, der militäriſche Parteigänger, hielt im Rathhauſe eine ſtürmiſche Rede, die Bildniſſe der Habsburger wurden aus dem Rathsſaale entfernt, das Militär bekam Fleiſch und Brod, Abends war Beleuchtung. Nach der Einnahme von Pancſova hat Perczel eine Note an die Regierung des Fürſtenthums Serbien gerichtet, worin er derſelben anzeigt, daß die k. k. öſterreichiſche Armee in Ungarn von den magyariſchen Waffen beſiegt und aus dem Lande vertrieben worden ſei, und der ungariſche Reichstag die Dynaſtie entthront und Ungarn als unabhängigen europäiſchen Staat erklärt habe. In Folge dieſes Beſchluſſes der ungariſchen Nation, werde die Regierung des Fürſtenthums Serbien aufgefordert, mit Ungarn jenes gute, freundnachbarliche Einvernehmen auch ferner zu erhalten, welches ſie bis jetzt ſtets bewahrt habe, und da fürſtlich-ſerbiſche Unterthanen unter Knicanin und Miliroj in Ungarn gegen die Magyaren und zwar wider Willen der fürſtlichen Regierung kämpfen, ſo ſehe man ſich veranlaßt, an die Regierung die Aufforderung ergehen zu laſſen, daß ſie ihre in Ungarn kämpfenden Unterthanen abberufen und beſtrafe, und der Bevölkerung des Fürſtenthums verbiete, die „räuberiſchen Raitzen" zu unterſtützen.

In Neuſatz werden alle Serben vom 15. bis 40. Jahre von den Magyaren für den Militärdienſt konſkribirt; kein Unterſchied, ob ledig oder verheirathet, ob der Konſkribirte Familie habe oder im Hauſe der einzige ſei, darf geltend gemacht werden; Alles muß zu den Waffen greifen und mit denſelben einſtehen für die magyariſche Unabhängigkeit. In Neupeſt, 1/2 Stunde von der Hauptſtadt Ungarns entfernt, wird von den Geflüchteten für ein Zimmer täglich 5 fl. K.M. gezahlt. Der griechiſch-unirte Biſchof von Eperies, Gaganetz, wurde als Gefangener nach Debreczin gebracht, wahrſcheinlich weil er den Anordnungen der rebelliſchen Regierung in ſeinem Sprengel keine Folge leiſtete. Aus den türkiſchen Provinzen und Montenegro kamen in vorigem Jahre 7191 Menſchen und 13,209 Pferde auf öſterreichiſches Gebiet. Das Tyroler k. k. Landespräſidium veröffentlicht einen Aufruf des lombardiſchen Emigrantenkomites, welcher die Südtyroler zur Empörung und Schilderhebung auffordert. Der Entwurf des dalmatiniſchen Landtags iſt bereits vollendet. Nach zwei Richtungen hin ſollen die hier Verſammlungen und Berathungen haltenden Biſchöfe bereits mehrere Beſchlüſſe gefaßt haben, erſtens für eine zweckmäßige Kloſterorganiſation, dann für eine unabhängige und geſicherte Stellung der Landpfarreien. Das ruſſiſche Offizierkorps gab am 21. Mai im Redoutenſaale in Hradiſch einen feſtlichen Ball zur Erinnerung an die gaſtfreundliche Aufnahme der ruſſiſchen Truppen von Seite der dortigen Einwohner. Zu dieſem Balle waren ſämmtliche Behörden und ſonſt ausgezeichnete Perſonen eingeladen.

A. Z. C. **Wien**, 25. Mai. Geſtern rückten wieder einige Truppenabtheilungen der hieſigen Garniſon auf den Kriegsſchauplatz nach Ungarn. An dieſe reihte ſich ein Transport, aus einigen Hundert Köpfen Rekonvaleszenten der hieſigen Spitäler beſtehend, an. Die Regierung ſoll für reichliche Getreidezufuhren vom Auslande bereits Sorge getragen haben; wornach keine erhebliche Theuerung zu befürchten wäre. Die Cholera iſt bis jetzt auf einige Erkrankungen im Militärſpital beſchränkt geblieben.

Ueber die Vorgänge in Ungarn fehlen auch heute offizielle Berichte. Privatnachrichten ſtimmen darin überein, daß die Offenſiv-Bewegungen der k. k. Truppen auf allen Punkten begonnen haben, daß die Inſurgenten alle ihnen zu Gebote ſtehenden Kräfte bei Komorn konzentriren und daß es keinem Zweifel unterliege, es werde die entſcheidende Schlacht im Angeſicht Komorns geſchlagen werden. Die Inſurgenten wiederholen das alte Manöver und weichen beim Anrücken der k. k. Truppen zurück, und jedem Gefechte aus. Beide Flügel der k. k. Armee haben ſich mit dem Zentrum vereinigt und das vereinte Vorrücken bildet eine lange Parallel-Linie. Raab hat ſich gut verſchanzt und wird wahrſcheinlich einen Sturm aushalten wollen. Das Hauptquartier iſt noch in Preßburg. Der Kourierwechſel iſt dort jetzt ſehr lebhaft. Was dieſe Eilboten bringen, muß natürlich Geheimniß bleiben; doch verlautet daß Bem, das Banat in Eilmärſchen verlaſſend, nördlich zieht und alle Straßen und Wege, deren es in Ungarn ohnehin nicht viele gibt, gräulich verwüſtet. Nach den letzten hierher gelangten verläßlichen Nachrichten ſtehen die k. k. Vorpoſten im Norden längs der Neutra, im Zentrum an der Hauptſtraße einige Stunden vor Komorn, während der ſüdliche Flügel im raſchen Vorrücken auf der Fleiſchhackerſtraße begriffen iſt. Die Cholera iſt in Ungarn ausgebrochen und hat in Preßburg bereits mehrere Menſchenleben hingerafft. Koſſuths Agitationstalent verſteht es aus dieſem neuen Bedrängniſſe friſchen Stoff für ſeine Zwecke zu ſchöpfen. Er behauptet die Seuche wäre durch öſterreichiſches Militär in das Land gekommen; und warnt das Landvolk vor jeder Berührung und allem Verkehr mit dieſen, wie er ſich auszudrücken beliebt, Ausſätzigen.

Peſth und Debreczin ſollen durch eine Telegraphenlinie verbunden werden. Zwiſchen Komorn und Debreczin wurde eine Taubenpoſtverbindung eingerichtet.

Berlin, 24. Mai. Ueber dem neuen veränderten Wahlgeſetze ſcheint ein eigenes Schickſal zu ſchweben. Wir wiſſen nämlich genau, daß daſſelbe bereits vor circa 8 Tagen gedruckt war und veröffentlicht werden ſollte; damals enthielt es eben die Gliederung der Wähler in drei Klaſſen, und zwar war hierbei die Klaſſenſteuer für die Eintheilung zu Grunde gelegt worden, auch war die gegenwärtige Abſtimmungsform beibehalten. Allein an demſelben Tage, an welchem das Geſetz durch den Staatsanzeiger des Abends publicirt werden ſollte, ging dem Staatsminiſterium von einem Mann, dem der Entwurf auf confidentiellem Wege war mitgetheilt worden und der jetzt hier vielfach beſtimmend einwirkt, ein ausführliches Promemoria zu, in welchem die angeblichen Mängel dieſes Geſetzes dargelegt und die Beſtimmungen deſſelben als noch weit zu freiſinnig bezeichnet wurden. Es wurde namentlich durch Zahlen nachgewieſen, wie, wenn bei der Klaſſeneintheilung die Klaſſenſteuer zu Grunde gelegt werde, die Wahlen jedenfalls wieder ebenſo wie nach dem gegenwärtigen Geſetze ausfallen würden, indem von den 7,100,000 Thlr., welche dieſe Steuer gegenwärtig einträgt, der Betrag von 5,900,000 Thlr. von den beiden unterſten Stufen aufgebracht wird, während die anderen Stufen im Ganzen nur 1,200,000 Thlr. zahlen, ſo daß alſo hiernach z. B., wenn man die nach dem neuen Geſetze abzugrenzende Klaſſe der Höchſtbeſteuerten nicht aus einer ganz unverhältnißmäßig geringen Anzahl von Perſonen zuſammenſetzen wolle, man ſchon in dieſe erſte Klaſſe Perſonen werde hinein repartiren müſſen, bei denen ſich ihrer ganzen Lebensſtellung nach eine konſervative Geſinnung nicht vorausſetzen laſſe; die eigentlich konſervativen Männer würden daher ſelbſt in dieſer Klaſſe der Höchſtbeſteuerten überſtimmt werden u. ſ. w. Dieſe Gründe wirkten, es wurde die Ausgabe des Wahlgeſetzes ſchnell noch verhindert, daſſelbe nochmals umgearbeitet, und jetzt an die Stelle der Klaſſenſteuer die Geſammtſumme der Staatsſteuern als Norm für die Eintheilung aufgeſtellt, auch die geheime durch die öffentliche Abſtimmung erſetzt, und ſo ging nun das Geſetz zum zweiten Male unter die Preſſe. Mit welcher eiſernen Konſequenz das Miniſterium die Durchführung ſeines Syſtems befolgt, dafür gibt namentlich auch die Thatſache Kunde, daß es alle und jede Beamten, die nicht als willenloſe Werkzeuge den Anordnungen von Oben her folgen, und die bei ihren Amtsverrichtungen nicht die hinreichende Energie beweiſen, ganz oder zeitweiſe von ihren Stellen entfernt. Die auffallendſte Thatſache dieſer Art in den jüngſten Tagen iſt die gegen den früheren Miniſterpräſidenten, Präſidenten der vertagten erſten Kammer, Oberpräſidenten der Provinz Preußen, Herrn v. Auerswald und den ihm unmittelbar untergeordneten Vicepräſidenten der Regierung zu Königsberg, Herrn Wallach, getroffene Maßregel, denn der dieſen beiden Beamten ertheilte unfreiwillige Urlaub auf unbeſtimmte Zeit iſt nur eine mildere Form der Amtsenthebung.

** **Berlin**, 25. Mai. Beachten Sie den Nothruf der deutſchen Reform in ihrer Abendausgabe vom 21. d. M.! Das heißere Temperament der letzten Nummern ſteht im Zuſammenhang mit dem von Bayern zugefügten Affront, welchen dieſe Miniſter dem Könige verurſacht haben. Die deutſche Reform hält

die Zeit für erſchienen, wo Preußen nicht weiter nach dem Rechte fragen und Deutſchland retten ſolle! Alſo jetzt wird der „Buchſtabe" des Rechts geringſchätzig behandelt? jetzt ſoll die Liebe zum Vaterlande Fehltritte vom Boden des Rechts hinweg entſchuldigen? jetzt ſollen Staatsſtreiche unter der Firma „rettende That" Gottes Lohn verdienen? Aber der Reichsverſammlung hat die preußiſche Regierung die Rechnung über die Rechtsfrage auf Heller und Pfennig gemacht; der Reichsverſammlung gegenüber ſtrotzten die Proteſte der Regierung von eitel Recht und abermals Recht und wiederum Recht. Und doch handelte es ſich da noch um die Auslegung des Mandats: „zwiſchen den Regierungen und dem Volk zu Stande bringen", während Preußen jetzt nicht ein Titelchen des Rechts, nicht einen Schatten für ſich hat. Jetzt ſollen „höhere" Rückſichten maßgebend ſein; aber früher hat man die höchſten Rückſichten mit Füßen getreten. Forderten wir etwa Anfangs April von dieſen Miniſtern einen revolutionären Akt? Nein, wir geſtanden der Regierung das Recht der Vereinbarung zu und verlangten den weiſen Gebrauch durch Annahme von Reichsverfaſſung und Kaiſerkrone. Das war vollkommen rechtlich; daran klebte nicht der mindeſte revolutionäre Makel. Ja, man wollte den Regierungen nicht Zwang auferlegen! Und jetzt, jetzt? Jetzt liegt Sachſen in den Banden einer drückenden Dankbarkeit, jetzt will man den kleinern Staaten, Mecklenburg vor Allem, den drückendſten Zwang — des Treubruchs auflegen, endlich der Nation den drückenden Zwang eines Staatsſtreichs, die Schmach einer Revolution aufladen. Und wer verlangt dieſe preußiſche Verfaſſung? Das ganze Volk von Deutſchland nicht. Die wenigen Preußen, welche ſie wünſchen, ſehen in ihr nur die Bürgſchaft des Friedens; den Frieden bringt aber ſie zuletzt. Die 29 Staaten verlangen nach dieſer Extra-Verfaſſung ebenſowenig. Oeſterreich proteſtirt gegen ſie. Bayern will nichts von ihr wiſſen. Und ſelbſt die beiden Partner des Unternehmens gehen mit einem ſauerſüßen Seitenblick auf Bayern und Oeſterreich an das Opfer ihrer Souveränetät; Sachſen mit gebrochenem Herzen. Wie wird der Verfaſſungsentwurf empfangen werden, welchen, wenn Hannover nicht noch dem Beiſpiel Bayerns folgt, die drei Königreiche drucken laſſen werden? In Oeſterreich und Bayern wird er kritiſirt werden, wie man in der Voſſiſchen, Spenerſchen Zeitung, der deutſchen Reform, Konſt. Ztg. und Neuen Pr. Z. das Werk der Nationalverſammlung herabgewürdigt hat. Die deutſche Nation wird dieſen „Entwurf" nicht etwa zurückweiſen; denn was iſt dabei zurückzuweiſen? Es iſt der ſchriftſtelleriſche Verſuch einiger Beamten; der Scharfſinn des genugſam aus der Paulskirche und der zweiten Kammer ruchbaren Blömer iſt dabei verwendet; Herr Baſſermann iſt, wie ich verſichern kann, trotz aller Gerüchte nicht mitſchuldig an dieſer Fehlgeburt. Das iſt aber leider nur zu wahr: es vollenden ſich dabei die tragiſchen Geſchicke des ſeinem Vaterlande treuergebenen Fürſten, welcher unter dieſen Entwurf ſeinen Namen ſetzt. Herr von Radowitz hat dann eine wichtige Sendung erfüllt. Aber die treuſten Freunde des Hauſes Hohenzollern legen Trauer an.

** **Berlin**, 25. Mai. Mit kurzem Wort laſſen Sie mich des Eindrucks gedenken, welchen das Wiederſehn jener edeln und aufopfernden Männer auf uns hervorbrachte, welche mit Heinrich Gagern aus der Reichsverſammlung ausgeſchieden und auf dem Wege in ihre Heimath hier eingetroffen ſind. „Schmerz" iſt ein zu troſtloſes Wort und „Glaube" wird Wenigen ausdrücken, was ich meine. Doch ja, namenloſer Schmerz war das Gefühl, welches wir empfanden; und ein Glaube, wie an die Unſterblichkeit theilte ſich uns mit. Ihr müßt die Männer der Paulskirche ſehen, ſprechen. Wie jämmerlich klingt dieſen Märtyrern gegenüber die fade Kritik ihres Rieſenwerks, das Geklügel à la Hanſemann oder wie bei Wieland die Fliege auf dem Daumen einer Statue die Proportionen rezenſirt! Das ward uns deutlich und klar: die deutſche Nation wäre nicht werth, unter die mündigen Völker ſich zu ſtellen, wenn ſie das Teſtament ihrer theuerſten Vertreter, ihrer erſten Reichsverſammlung nicht zur Geltung brächte.

Lith. Korreſp. **Berlin**, 25. Mai. Die Zerwürfniſſe zwiſchen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Manteuffel tragen einen großen Theil der Schuld daran, daß der von Hr. v. Radowitz betretene Weg der Verſtändigung mit den übrigen deutſchen Regierungen keine Reſultate abgeben konnte. Hrn. v. Radowitz war mehr bemüht den Partikular-Intereſſen Rechnung zu tragen, während Hr. v. Manteuffel und die hinter ihm ſtehenden einflußreichen Perſonen faſt allein für die Hegemonie Preußens kämpften und wenig geneigt ſchienen die Rechte der deutſchen Fürſten gleichmäßig zu berückſichtigen. Unter dieſen Umſtänden konnte der Miniſter-Kongreß zu keinem Reſultat kommen und Hr. v. Radowitz, den auch diesmal das Glück bei ſeinen Unterhandlungen verließ, befindet ſich in einer ſo unangenehmen Lage, daß dem Gerücht wohl Glauben geſchenkt werden kann, er habe um Entbindung von der ihm ertheilten Bevollmächtigtenſtellung gebeten.

* **Berlin**, 27. Mai. Unſere Geſchworenen ſetzen ihre Thätigkeit fort, Dr. Heilberg, Redakteur der demokratiſchen Korreſpondenz, iſt wegen Majeſtätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Inzwiſchen ſpricht man von Verhaftungen. Die Polizei hofft noch immer, Herrn d'Eſter hier in Berlin zu erwiſchen, obgleich ſein Name auf badenſchen Proklamationen zu leſen iſt. Alle dieſe Dinge machen keinen erfreulichen Eindruck, und der Blick hat Mühe irgendwo eine blaue Stelle am Himmel zu erblicken. Den zunehmenden Drang zum Treubunde kann man dahin nicht rechnen. Die Führer dieſes Unternehmens gehören jener äußerſten ſtockpreußiſchen Partei an, die Preußen allenfalls mit Ausſchluß der weſtlichen Provinzen und mit Beſchränkung auf die „Kernwanzenländer", um mit der neuen preußiſchen Zeitung zu reden, gern mit einer chineſiſchen Mauer umziehen möchten. Die Zahl der aufzunehmenden Mitglieder iſt ſo groß, daß der Chorgeſang und die ſonderbaren Feierlichkeiten bei der Aufnahme aufgehört. Bei der neulichen dritten Generalverſammlung waren Saal und Balkone überfüllt. Zu der Verzierung gehören nicht bloß das eiſerne Kreuz ſondern auch die Büſten von Stein und Scharnhorſt und andern Männern des Vorwärts, von denen es doch zweifelhaft ſein möchte, ob ſie ſich ſelbſt, wenn ſie noch lebten, in Perſon in eine ſolche Verhandlung begeben möchten, um ſich von Herrn Geheimerath Stiel, Profeſſor Keller und Dr. Andreas Sommer erbauen zu laſſen. Für unbedingt erfreulich darf man die Nachricht der parlamentariſchen Korreſpondenz erklären: „Anfangs Juli ſteht die Generalkonferenz für Zollvereins-Angelegenheiten in Berlin zu erwarten, um über den Anſchluß Hannovers und der norddeutſchen Küſtenſtaaten und über die zu dieſem Ende vorzunehmenden Modifikationen in dem Vereinstarif zu unterhandeln. Es ſind alle Ausſichten vorhanden, daß dieſer Anſchluß mit dem 1. Oktober ins Leben trete. Nach den Aeußerungen des hier anweſenden hannöverſchen Staatsminiſters Herrn Stüve ſind von hannöverſcher Seite keine Anträge mehr zu beſorgen, welche das Zuſtandekommen des Anſchluſſes in Frage ſtellen könnten." Schmerzlich freilich, daß man mit ſeinen Hoffnungen für die Einheit des Vaterlandes zunächſt auf ſolche winzigen Abſchlagszahlungen verwieſen iſt. Die neue „darzubietende" Reichsverfaſſung iſt noch immer im Staats-Anzeiger nicht zu leſen. Die Deutſche Reform brachte einen gewaltig kriegeriſchen Artikel, in dem ſie meldete, es ſei in Betreff des däniſchen Krieges eine ruſſiſche Note an das preußiſche Kabinet ergangen, „welche in ſehr beſtimmten Forderungen einen casus belli feſtſtellt, und dieſe Note begleitet einerſeits eine Bewegung der ruſſiſchen Oſtſeeflotte, andererſeits eine Bewegung der ruſſiſchen Truppen gegen die Weichſel. Rußlands Forderungen (bei deren Nichterfüllung alſo mit Krieg gedroht werde!) beſtänden in dem Verlangen der Räumung Jütlands von deutſchen Truppen, und ſeien ſodann gegen „das Werk der deutſchen Einigung" gerichtet. Preußen habe alſo die Ausſicht auf eine Blokade ſeiner Häfen durch ein ruſſiſches Geſchwader und zugleich auf eine Bedrohung ſeiner öſtlichen Provinzen von der Weichſel her. Da nun Oeſterreich mit Rußland verbündet ſei, ſo habe Preußen einen Krieg mit ſeinen alten Bundesgenoſſen zu gewärtigen.

Die Haare könnten Einem zu Berge ſtehen. Tags darauf berichtete ſie zur Beruhigung ihre Leſer, jene ruſſiſche Note ſei gar nicht vorhanden!

Stettin, 22. Mai. Vor einigen Tagen fand hier das längſt verabredete Duell zwiſchen dem Major Voigts-Rhetz und dem Gutsbeſitzer Koscielski aus dem Großherzogthum Poſen Statt. Die Urſache hatte ein literariſcher Streit über die Demarcations-Linie gegeben. Koscielski wurde beim zweiten Schuß leicht am Arme verwundet. (Conſt. Z.)

Breslau, 24. Mai. Ein geſtern von Myslowitz in Ober-Schleſien hier angekommener Reiſender erzählte, daß noch immer täglich mehrere Extrazüge auf der krakau-oberſchleſiſchen Bahn mit ruſſiſchen Truppen eintreffen und aufs ſchleunigſte nach Wien weiter befördert werden. Die Züge ſollen oft bis 1500 Mann enthalten, und da es an ſo vielen Perſonenwagen mangelt, ſo werden Güterkarren, ſelbſt Viehwagen benutzt. Die in letzter Zeit

Digitized by Google

durchpaſſirte Infanterie ſoll ſich in keinem ſauberen Zuſtande befinden. Von Leibwäſche iſt bei ihnen wenig zu bemerken. (Köln. Z.)

= **München**, 26. Mai. Das Manteuffel-Brandenburgſche Kabinet iſt richtig durch die Metternich-Abelſche Politik in der deutſchen Frage geäfft worden. Preußen wird ſeine Hegemonie nun auch durch Waffengewalt nicht durchſetzen; denn Oeſterreich will auch in Deutſchland mit dem Schwert mitſprechen; das Reſervekorps des Marſchalls Radetzky von 13,000 Mann rückt aus Vorarlberg nach Baden und Baiern vor. Die Reichsgewalt wird im Sinne von Baiern und Oeſterreich die nöthigen Reichstruppen zur Wiederherſtellung der Ruhe in Deutſchland verſchaffen und ſo hofft man auch ſeinerſeits dem Schirmherrn mit dem Schwerte zu imponiren. Die baieriſche Infanterie iſt in einem großen Theil ihrer Regimenter nicht ganz zuverläſſig, dagegen die Kavallerie überall zum Zermalmen der Demokraten bereit. Wir ſtehen hart an der Grenze eines Bürger-Krieges. Disjecta membra iſt das Bild unſerer Zuſtände, die ultramontane Partei ausgenommen, die allein weiß, was ſie will. Ihr Korreſpondent aus Breslau erinnert ſehr treffend an den Fürſt-Biſchof Diepenbrock, der mit dem hieſigen Ultramontanismus in unausgeſetztem Briefverkehr ſteht. Bald wird die große katholiſche Liga, die ganz Deutſchland in den Piusvereinen, in den Vereinen für ſogenannte konſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit umſpannt, uns zeigen, was ſie unter deutſcher Einheit verſtanden wiſſen will. Dann wird auch Preußen erkennen, wie trefflich ihm v. Radowitz, das weltliche Haupt des deutſchen Ultramontanismus, in der Stunde der Entſcheidung zu rathen gewußt hat. Dr. Stockinger iſt nach der Pfalz abgereiſt. Wir haben hier jetzt einen Konfluxus von notablen Ruſſen, Engländern und Franzoſen.

= **München**, 27. Mai. Man wartet hier auf eine Contre-Revolution in der Pfalz; das herzlich konſtitutionelle Miniſterium möchte nicht gern mit Gewalt und blutig einſchreiten; Landau, denkt man, läßt ſich ſpäter ſchon einmal, wenn es ja verloren ginge, wiedererobern, ohnehin ſtehen die ungeheuren Kriegsvorräthe, die dort liegen ſollen, meiſt erſt noch auf baieriſchem Papier! eben wie die impoſante Macht von 90,000 Mann, die man einſt dem Reichsverweſer zu Gebote ſtellen wollte. Dem armen freidenkenden Pfarrer Stigelmaier von Thanning der eine große Volksverſammlung für ganz Oberbaiern halten wollte, iſt mit Suspenſion vom Amt gedroht worden. Deßhalb iſt die Verſammlung unterblieben; dagegen wird Sepp in Tölz in einer Volksverſammlung am 28. d. M. ſprechen.

Kaiſerslautern, 26. Mai. Unſere pfälziſchen Deputirten ſind von München zurückgekehrt. Der katholiſche Pfarrer von Iggelheim iſt gefänglich eingebracht worden, weil er von der Kanzel herab das Volk gegen die proviſoriſche Regierung aufreizte. Die Verhaftungen ſind überhaupt nichts Seltenes mehr. Unter mehreren der als des Spionirens verdächtig Aufgegriffenen ſoll man preußiſche Offiziere entdeckt haben. General Snayde iſt hier angekommen und wird den Oberbefehl übernehmen. Trotz der Cernirung Landau's, welches von Geld und theilweiſe auch von Lebensmitteln gänzlich entblößt iſt, iſt es gelungen, von Germersheim aus eine Geldſendung in jene Feſtung einzubringen. Hätte man dieſelbe abfaſſen können, es wäre der proviſoriſchen Regierung gewiß erwünſcht geweſen, denn da ſie alle Staatskaſſen leer gefunden, ſo braucht ſie Geld und wiederum Geld, weßhalb ſie auch eine Zwangsanleihe ausgeſchrieben hat, welche aber vorläufig nur auf diejenigen Bewohner der Pfalz ausgedehnt wird, welche über 40,000 Gulden Vermögen beſitzen. Die eingezahlten Summen ſind zu 2 pCt. verzinslich, die Coupons werden als Steuerzahlung angenommen, und das Kapital ſoll in fünf Jahren zurückbezahlt werden. (O. P. Z.)

== **Dresden**, 26. Mai. Von preußiſchen Truppen befinden ſich in dieſem Augenblick in Dresden nur noch das Füſilier-Bataillon vom Kaiſer Alexander und 1 Bataillon vom 8. Landwehrregiment: heute wird das erſte Bataillon von der nachfolgenden mobilen Diviſion erwartet. Sächſiſches Militär hält während dieſer Zeit die Wachen in der Stadt. Im Gewandhaus ſitzt das Gros der Gefangenen, meiſt ſolche, die während des Kampfes oder gleich nach demſelben ergriffen, oder als flüchtig aus dem Lande hereingebracht ſind; dagegen wird in der Frohnveſte die weit geringere Zahl derer, welche an der proviſoriſchen Regierung Theil genommen, untergebracht; von dieſen ſind 8, unter ihnen Heubner, Blöde, Minckwitz, Profeſſor Richter, in die Reiterkaſerne der Neuſtadt geſchafft worden, weil Drohbriefe aufgefunden worden, daß man die Frohnveſte anzünden wolle, damit die Gefangenen ſich befreien könnten. Vorgeſtern Abend ſind auch Dr. Herz, Stadtrath Klette und Dr. Theile in Haft genommen worden. Das hieſige Journal gibt die Zahl der im Aufſtand Gefallenen, bekannte auf 99, unbekannte auf 96 an. Das wären nicht ganz 200; dieſe Zahl iſt aber bei weitem zu gering, viele ſind heimlich begraben oder auch in die Elbe geworfen, viele auch nach den benachbarten Dörfern geſchafft und da begraben worden, und noch immer ſterben Schwerverwundete.

** **Hannover**, 25. Mai. Es iſt unmöglich Ihnen ein Bild von der Mattigkeit jeder Beſtrebung zu machen, obwohl es vielleicht kaum jemanden gibt, der nicht mit dem Miniſterium Stüve unzufrieden wäre; aber die Muthloſigkeit greift um ſich, und ſelbſt die begeiſterten Freunde des Vaterlandes fangen an auf nichts zu hoffen als auf die Ereigniſſe. Seitdem Detmold Reichsminiſter geworden iſt, ſeitdem ein Mann die Juſtiz des deutſchen Reichs adminiſtriren ſoll, der ſchon ſeit langen langen Jahren ſich nie mit rechtlichen Dingen beſchäftigt hat, jetzt wankt auch das hier im Volke feſtgewurzelte Vertrauen auf die guten Abſichten der Centralgewalt. Detmold konnte es bei der letzten Kammerwahl trotz der gewandteſten Intriguen nicht dahin bringen in die Kammer gewählt zu werden, und würde auch niemals nach Frankfurt geſandt ſein, wenn nicht durch Vorſpiegelungen der wunderbarſten Art die Osnabrücker Bauern ihn zum Stellvertreter von Buddenberg gewählt hätten, der dann zu ſeinen Gunſten ſofort ruhig reſignirte. Bewieſe nicht dies alles, bewieſen nicht die zahlreichen Mißtrauensvota Detmolds gänzliche Iſolirung im hannoveriſchen Volke, ſo würde ſein Wirken in der National-Verſammlung auch ſeine letzten Freunde verjagt haben. Von Stüve's Treiben hört man nichts Beſtimmtes, ſoviel ſteht aber feſt, daß er jetzt, nachdem er ſoweit ſich mit Brandenburg eingelaſſen hat, auch vor Oktroyirungen nicht zurückſchrecken wird. Er weiß es aus eigener Erfahrung, daß es mit der gerühmten Zähigkeit des hannoveriſchen Volksſtamms nicht ſo ganz weit her iſt. Die hannoveriſche Zeitung vermag nur dürftige Zuſchriften von Magiſtraten, an deren Spitze theilweiſe königliche Beamten ſtehen, in ihrem Sinne mitzutheilen, während die übrigen Blätter keinen Raum haben, die vielfachen Kundgebungen in der deutſchen Sache mitzutheilen. Nachdem ſich die unauflösliche Oſtfrieſiſche Provinzial-Landſchaft ausgeſprochen, werden es ohne Zweifel auch die ſtädtiſchen Kurien der übrigen Provinziallandſchaften thun, und ſomit wären denn alle Organe des Landes als offne Gegner der miniſteriellen Politik aufgetreten, mit Ausnahme der Ritterſchaft und der Beamten, die ja immer mit jedem Miniſterium gehen. Die politiſchen Verfolgungen mehren ſich auf eine unerfreuliche Weiſe. Dabei muß man bedenken, daß wir noch im Beſitze eines Strafgeſetzbuches ſind, das 1840 von Schele der traurigſten aller Ständeverſammlungen vorgelegt iſt, und daß darnach faſt jedes politiſche Wort zur Beſtrafung gezogen werden kann. Wäre es der Regierung Ernſt mit innern Reformen, ſo könnte ſie ſchon längſt die proviſoriſche Herrichtung von Geſchwornengerichten nach §. 71. und 72. des Wahlgeſetzes in's Leben gerufen haben. Man braucht das heimlich ſchriftliche und ſo langwierige Verfahren recht gern, um jedes unbedachtſame Wort ſtrafen zu können. Dabei iſt die Polizei, namentlich in der Hauptſtadt, äußerſt feinhörig auf politiſche Geſpräche geworden und reicht die Denunciationen in nicht geringer Zahl bei den Gerichten ein. Man fühlt ſeine innere Schwäche, und die hannoveriſche Zeitung geht ſogar ſoweit, dies Denunciationsweſen lobend anzuerkennen. Den Redakteur der Z. f. Norddeutſchland Althaus, der bekanntlich auf Veranlaſſung des Miniſteriums vom Stadtgerichte verhaftet iſt, hat man nach geſchloſſener Unterſuchung auch nicht gegen Stellung von Kaution freigelaſſen, dagegen bereits einen andern Redakteur in Göttingen wiederum verhaftet, und gegen mehrere Mitglieder der Volksvereine Kriminalunterſuchungen eröffnet. Die nächſten Wahlen zur Ständeverſammlung, zu denen es übrigens gänzlich an einer Wahlordnung fehlt, werden es zeigen, daß wir Hannoveraner redlich die deutſche Einheit und Freiheit auf geſetzlichem Wege wollen. In der hieſigen Bürgerwehr ſind in dieſen Tagen die Führerwahlen vollzogen, auch dabei hat es ſich gezeigt, daß die politiſche, offne Meinung der Maßſtab geweſen iſt; hier und da haben ſelbſt die entſchiedenſten deutſchen Männer die Mehrheit der Stimmen erhalten, ſo z. B. ſogar in dem 3. Bataillon, in dem die Ariſtokratie und Büreaukratie am ſtärkſten vertreten iſt, hat die Mehrheit den Hauptmann Dr. Schläger zum Major er-

wählt, unbeſtritten ein nicht unbedeutſames Zeichen für die Fortſchritte, welche eine ehrliche und offene Darlegung der deutſchen Geſinnung zur Anerkennung gemacht hat. Der Gewählte ſitzt gerade in dieſem Augenblick wegen eines Preßvergehens im Gefängniſſe.

Von der badiſchen Gränze, 27. Mai. Aus guter Quelle kann ich die Nachricht mittheilen, daß das an der badiſchen Gränze aufgeſtellte würtembergiſche Truppenkorps vorerſt nicht offenſiv verfahren wird, indem man jedenfalls den Zuſammentritt der von der proviſoriſchen Regierung auf den 10. Juni einberufenen konſtituirenden Landesverſammlung abwarten zu wollen ſcheint, ehe man bewaffnet einzuſchreiten gedenkt, indem man überzeugt iſt, von dieſer Verſammlung werde die Zurückberufung des Großherzogs verlangt werden. Viele Soldaten dringen ungeſtüm darauf. Falls jedoch die Landesverſammlung ſich für die Republik erklären ſollte, ſo ſind die benachbarten Staaten entſchloſſen, mit den Waffen in der Hand den frühern politiſchen Zuſtand in Baden wieder herzuſtellen. (O.-P.-Z.)

Mannheim, 27. Mai. Der ſtarke Zuzug von Freiſchaaren hat in den letzten Tagen nachgelaſſen. Ja ein Theil iſt der Sache bereits ſatt geworden, murrt und will wieder nach Hauſe gehen, weil er nicht an den Sieg eines Unternehmens glaubt, an deſſen Spitze ſolche Moderados (!), wie Brentano in Baden und Reichard in der Pfalz, ſtehen. Auch den Führern der Bewegung merkt man deutlich an, daß ſie das Vertrauen an ihren Erfolg verloren, ſie terroriſiren im Innern und ſind nach Außen unthätig und rathlos, ſie laſſen ihre Blouſenmänner mit den rothen Federn ſich und ihre Quartiergeber ennüyiren, ſtatt mit dieſer mobilen und brennenden Revolutionspropaganda die Grenze zu überſchreiten; ſie ſchielen bereits nach Frankreich und Herr Arnold Ruge iſt geſtern nach Paris abgegangen, um im Vereine mit Herrn Didier und im Auftrage der Rheinpfalz franzöſiſche Hilfe zu erbetteln! Die Herren vom Mannheimer Sicherheitsausſchuß, die geſtern durch öffentlichen Anſchlag Jeden mit dem Kerker bedrohten, der ſich über ihre erlauchten Perſonen oder den Landesausſchuß ein mißbilligendes Wort erlauben würde, zeigen zwar äußerlich die größte Zufriedenheit mit dem glücklichen Fortgang der glorreichen badiſchen Revolution, aber hinter dieſer Larve ſollen gewiſſen Herren vor Angſt die Zähne klappern. Terroriſten ſind in der Regel perſönlich Feiglinge. Ich will mich keines Prophetenblicks anmaßen, aber die nächſte Zukunft liegt ekelhaft nackt vor uns und muß hier die Augen eines Blinden durchdringen. Die jämmerlichen Führer, die ſich an das Ruder gedrängt, haben wie gewöhnlich den Fluch einem Unternehmen gebracht, deſſen Wahlſpruch, „die bewaffnete Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung", ihm Anfangs die Sympathien vieler redlicher Patrioten gewonnen hatte. Ohne im Mindeſten zu beſorgen, durch die Ereigniſſe widerlegt zu werden, glaube ich ſo viel mit Beſtimmtheit vorausſagen zu können, daß, ehe drei Wochen vergangen, unſere ſämmtlichen Landes- und Sicherheitsausſchüſſe jenſeits der franzöſiſchen Gränze und die Landeskaſſen leer ſein werden. Statt die Maſſen ihrer Bewaffneten und Freiſchaaren mit Fahnen und Trommeln in die Nachbarländer zu wälzen um dort ihrer Bewegung einen neuen Boden zu gewinnen, wie jeder energiſche Revolutionsmann rathen würde, bombardiren unſere Herren vom Landesausſchuß die Truppenkorps, welche an der Gränze ſo bedrohlich ſich zuſammenziehen, mit Druckſchriften und Proklamationen, die aber bis jetzt wirkungslos abprallten wie matte Kugeln an einer dicken Mauer. In dieſen Flugblättern, welche zu vielen tauſend Exemplaren abgedruckt und den wandernden Agenten zur Verbreitung verabreicht werden, wird auf die materielle Verbeſſerung der Lage des Soldaten der größte Nachdruck gelegt, es werden dem Soldaten möglichſt verlockende Dinge erzählt, die, wie man hofft, ſo unwiderſtehlich auf ihn wirken, wie geröſteter Speck auf die Mäuſe. So heißt es in einem dieſer neueſten Blätter, die in populärem Briefſtyl geſchrieben, unter Anderm: „Die neue badiſche Regierung, die das Volk eingeſetzt hat, hat nun gleich jedem Soldaten 4 Kreuzer Zulage per Tag gegeben, weil ſie ſelber einſieht, daß der arme Soldat mit 2 Kreuzern des Tags nicht auskommen kann. Den Einſtehern iſt ihr Einſtandsgeld garantirt worden, und dieſe Einſteher haben, da ſie doch gerne Soldat bleiben möchten, nun auch die Ausſicht, ſchnell Offizier zu werden, und ſind es viele auch ſchon geworden. Ich war geſtern in Mannheim, da hat's mich gefreut, wie ich Offiziere ſah, die noch die vorige Woche nur Gefreite und Korporäle waren. Es ſind mehr als hundert Unteroffiziere Offiziere und eben ſo viele Gemeine ſind Gefreite und Unteroffiziere geworden ꝛc." Sie ſehen, man hat den Köder gut geſtellt und wenn derſelbe nicht mehr wirkt, ſo iſt wohl meiſt die Lüge und der Mißbrauch, den man mit ſolchen Reizmitteln getrieben, Schuld daran.

△ **Darmſtadt**, 28. Mai. Man erzählt von vielen Gewaltthätigkeiten, welche ſich die Freiſchaaren in Worms in Verbindung mit einer Anzahl ausgeriſſener baieriſcher Soldaten unter der Führung des ſogenannten Oberſten Blenker dort erlaubt haben; der Pöbel ſoll ſich mit geraubten heſſiſchen Soldatenuniformen bekleidet haben; die Officiersfrauen flüchten hierher ꝛc. Man hört hier vielfach die Meinung äußern, daß es unräthlich geweſen ſei, wie die ganze Provinz (mit Ausnahme von Mainz, das aber auch bisher nur eine ſchwache öſterreichiſch-preußiſche Beſatzung hatte) ſo namentlich auch die bedeutende Grenzſtadt Worms ohne militäriſchen Schutz zu laſſen. Nun wird es nicht leicht fallen, das Verlorne wieder zu gewinnen, zumal die Brücke bei Worms von den Inſurgenten abgefahren iſt. Als Erſatz deſſen gingen heute Mittag Pontons von hier ab. Auch wurde noch Kavallerie und Artillerie, die zum Theil aus Frankfurt kam, in der bedrohten Richtung hin dirigirt. Das von hier dorthin abmarſchirte Bataillon zeigte die beſte Haltung und das dritte Regiment, das ſonſt in Worms ſteht, ſoll ſehr über die dortigen Vorfälle erbittert ſein.

Worms, 26. Mai. Die hier erſcheinende ultrademokratiſche Neue Zeit berichtet über die Beſetzung der Stadt: Geſtern Abend 8 Uhr rückte eine Kolonne heſſiſcher und pfälziſcher Bürgerwehrtruppen mit einigen Abtheilungen regulärer Infanterie, unter dem Oberkommando des Oberſt Blenker vor die Stadt Worms, um die Stadt wie den Rheinübergang auf der ganzen Linie vor dem Angriff reichsfeindlicher Truppen zu ſchützen, ſowie deren Marſch aufzuhalten. Das badiſche Kriegsminiſterium, das in Uebereinſtimmung mit der pfälziſchen proviſoriſchen Regierung die Oberleitung der Truppenführung beider Länder übernommen, hat von der andern Seite ebenfalls badiſche Truppen in gleicher Richtung beordert.

Weimar, 24. Mai. In der heutigen Sitzung des Landtags kam die deutſche Verfaſſungsfrage zuerſt zur Sprache. Nach einer kurzen Debatte wurde auf Antrag des Abgeordneten Lorey faſt mit Einſtimmigkeit beſchloſſen: 1) Es möge die Staatsregierung erſucht werden, in der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit mit den Staaten, welche die Verfaſſung anerkannt hätten, gemeinſchaftlich zu handeln; 2) von den desfallſigen Verhandlungen dem Landtage Mittheilung zu machen; 3) ſollten alle Anträge in der deutſchen Sache einem beſondern Ausſchuſſe zur Vorberathung überwieſen werden. Der Regierungskommiſſär v. Watzdorf verſprach, alle Verhandlungen in der deutſchen Sache dieſem Ausſchuſſe mitzutheilen, und wünſchte mit demſelben in unmittelbare Beziehung zu treten. Dieſem Ausſchuſſe wurde nun auch ein Antrag des Abgeordneten Sievers wegen Vereidigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfaſſung, welcher demnächſt zur Berathung kommen ſollte, überwieſen. (D. A. Z.)

Aus dem Großherzogthum Weimar, 26. Mai. Wie ſehr Diejenigen irren, welche glauben, die 28 Regierungen, welche die von der Reichsverſammlung gegebene Verfaſſung anerkannt, hätten dieſes ohne alle Bedingung gethan, geht ſchon aus einer Aeußerung unſeres Miniſteriums in der Propoſitionsſchrift zur Eröffnung des gegenwärtigen außerordentlichen Landtags hervor, welche wörtlich dahin geht, daß die Bereitwilligkeit zur Anerkennung der Reichsverfaſſung vom 28. März in der Erwartung und Vorausſetzung von den 28 Regierungen erklärt worden, daß auch die Regierungen der übrigen und mächtigeren deutſchen Staaten, inſonderheit die königlich preußiſche, zu gleichem Entſchluſſe ſich noch bewegen finden würden. Unſere Regierung hat neuerdings ſich bemüht, eine Einigung Thüringens in der Geſetzgebung herbeizuführen, und in dieſer Abſicht den übrigen Regierungen vorgeſchlagen, die einzelnen Landtage zur Wahl von Geſammtausſchüſſen zu veranlaſſen, welche ſich dann mit den Regierungskommiſſionen behufs gemeinſamer Beſchlüſſe in allen den organiſchen Geſetzen, welche durch die Grundrechte hervorgerufen werden, zu benehmen hätten. Die Durchmärſche preußiſcher Truppen nach dem ſüdweſtlichen Deutſchland mehren ſich bei uns jeden Tag. (D. A. Z.)

Aus dem Schwarzburgiſchen, 21. Mai. Das ſchwarzburg-rudolſtädtiſche Regierungsblatt bringt die deutſche Reichsverfaſſung zur öffentlichen Kenntniß. Im Fürſtenthum Schwarz-

burg-Sondershauſen iſt unterm 9. Mai die jetzige Ständeverſammlung für aufgelöſt erklärt, gleichzeitig aber beſchloſſen worden, die nach Maßgabe des proviſoriſchen Wahlgeſetzes vom 6. Oktober v. J. neugewählten Abgeordneten behufs der Vereinbarung einer neuen Verfaſſung und anderer dringenden Fragen der Geſetzgebung und Verwaltung auf den 4. Juni d. J. zu verſammeln.

* Die Naſſauiſche Kammer der Abgeordneten hat am 24. Mai folgenden Beſchluß gefaßt: „Die naſſauiſche Abgeordnetenverſammlung fordert das herzogliche Staatsminiſterium auf: 1) bei eintretenden Konflikten zwiſchen der dermaligen Centralgewalt einerſeits und der konſtituirenden Nationalverſammlung und der Reichsverfaſſung andererſeits, den reichsverfaſſungsmäßigen Beſchlüſſen der Nationalverſammlung Folge zu geben und mit allen ihm zu Gebote ſtehenden Mitteln für ein einmüthiges Zuſammentreten mit den übrigen verfaſſungstreuen Regierungen Deutſchlands zu dieſem Zwecke und zu dem der Durchführung der Reichsverfaſſung überhaupt thätig zu ſein; 2) demgemäß unter den dermaligen Umſtänden dahin zu wirken, daß naſſauiſche Truppen in Baden und in Rheinbaiern ohne Gutheißung der konſtituirenden Nationalverſammlung zur Unterdrückung der Bewegungen für die Reichsverfaſſung nicht verwendet werden."

Frankreich.

***Paris**, 27. Mai. In der geſtrigen und heutigen Sitzung der Nationalverſammlung ſtrömten die Partheien noch zu guter Letzt ihre Leidenſchaften gegen einander aus. Geſtern gab die fortgeſetzte Verhandlung über den Tagesbefehl Changarnier's Gelegenheit zu noch heftigeren Perſönlichkeiten, als ſie die beiden vorhergehenden Tage ſchon gebracht hatten. Nachdem Trélat ſeine Verdienſte als Staatsbautenminiſter hervorgehoben hatte, nimmt Joly das Wort: Der Miniſter des Unterrichts, Hr. Fallour, iſt der Verfaſſer der Geſchichte Pius V. und des Lebens Ludwig XIV.; ſchon darin hat er die Revolution verläugnet und heute fährt er in den Angriffen gegen dieſelbe fort; er iſt freilich nur konſequent mit ſich ſelbſt, aber uns ſteht es zu, die Revolution zu vertheidigen. Der Redner citirt nun mehrere Stellen aus den Werken des Hrn. Fallour, um zu beweiſen, daß derſelbe ſtets den republikaniſchen Ideen zuwider geweſen, und die Einführung einer katholiſch abſolutiſtiſchen Monarchie geträumt habe (Fallour von ſeinem Platze: die von dem Redner angeführten Stellen aus meinen Werken ſind eine vollkommene Myſtifikation). Joly: Dieſe Stellen ſind wörtlich ausgezogen und was die Myſtifikation anbetrifft, ſo hat man daſſelbe von dem ſocialiſtiſchen Unteroffiziersbankett behauptet und heute weiß Jedermann, daß dieſes Bankett wirklich ſtatt gefunden hat. Zur Erwiederung lieſt Mortimer Ternaux eine Rede, welche Hr. Joly als Generalprokurator des Gerichtshofes im Jahre 1830 in Montpellier gehalten hat und worin derſelbe dem Charakter Louis Philipp's die größten Lobſprüche ertheilt. Auch Fallour bemerkt: Hr. Joly hat einen Auszug aus einer Broſchüre geleſen, die ſelbſt aus einzelnen unzuſammenhängenden Stellen meiner Werke zuſammengeſtoppelt, meine Gedanken verdreht wiedergibt. Clement Thomas ſucht die Verhandlung wieder auf ihren urſprünglichen Gegenſtand zurückzuführen: Laſſen wir einmal alle dieſe retroſpektiven und perſönlichen Fragen, um auf den Grund unſerer Diskuſſion zurückzukommen. Der Widerſtand den General Changarnier der Verſammlung leiſtet, iſt ein ſehr gefährliches Beiſpiel; es iſt die Pflicht der Miniſter dies nicht zu dulden. Ich verlange ausdrücklich, daß der General hier vor der Verſammlung ſein Benehmen erkläre und kann er ſich nicht hinlänglich entſchuldigen, ſo muß dieſes Inſtrument verbrecheriſcher Pläne zertrümmert werden. Lacroſſe: Der betreffende Miniſter iſt allein der Verſammlung verantwortlich und nicht ein Geueral. Ich widerſetze mich der parlamentariſchen Unterſuchung nur für jetzt; wenn die Legislative zuſammen getreten ſein wird, werde ich unter den Erſten ſein, welche dieſe Unterſuchung verlangen, denn ich fürchte ſie nicht. Nach einigen Bemerkungen Conſiderants und Barrot's über eine Aeußerung, die letzterer einmal über die in der Umgebung des Präſidenten geſchäftigen böſen Leidenſchaften gethan hatte, wird die Verhandlung geſchloſſen und die einfache Tagesordnung mit 308 gegen 260 Stimmen angenommen.

Die heutige Sitzung war, wie der Moniteur angekündigt hatte, zur Verleſung der Abſchiedsrede Marraſt's beſtimmt. Die Linke wollte aber noch nicht enden. Sie ſchlug vor, morgen noch eine Sitzung zu halten, um in derſelben eine Dankſagung an das Heer und die Nationalverſammlung zu berathen. Baze meinte: die Dankſagung könne ſogleich durch ein einfaches Votum geſchehen, und vergebens ſuchte die Linke durch Berufung auf die Geſchäftsordnung, auf die Würde der Verſammlung u. dgl. die Hinausſchiebung durch Verweiſen in die Ausſchüſſe zu erlangen. Die Verſammlung votirte ſofort ihren Dank, verweigerte auf die Berathung eines von Flocon geſtellten Amneſtieantrages einzugehen, und Marraſt las ſeine Rede, in der er für das ihm geſchenkte Vertrauen dankte, und die Arbeiten der Verſammlung lobend aufzählte. Um 6¾ Uhr wurde die Verſammlung unter dem Ruf: Vive la république geſchloſſen.

Morgen vereinigen ſich die neuen Abgeordneten privatim in dem Saale der ehemaligen Deputirtenkammer, um ſich über die Bildung eines proviſoriſchen Büreaus zu verſtändigen; Montag iſt die erſte öffentliche Sitzung. Die Prüfung der Vollmachten wird wohl 2 bis 3 Tage für diejenigen Wahlen, für die keine Oppoſition vorliegt, in Anſpruch nehmen; dann kommen die beſtrittenen; bei vielen wird die Bergpartei einen heftigen Kampf über die bekannte telegraphiſche Depeſche Fauchers und deren Einfluß auf die Wahlen hervorrufen. Die Regierung wird das Beiſpiel der amerikaniſchen Freiſtaaten befolgen und die Sitzung nicht durch den Präſidenten perſönlich, ſondern durch eine Botſchaft deſſelben eröffnen laſſen, die der Verſammlung ſchriftlich zugeſtellt werden wird, ſobald ſie definitiv konſtituirt iſt. Die bereits eingetroffenen Abgeordneten haben ſchon mehrere Zuſammenkünfte gehalten, worin die verſchiedenen Schattirungen der gemäßigten Partei übereingekommen ſind, daß ſie, nachdem ſie jede in der erſten Abſtimmung den Candidaten ihrer Meinung vorgeſchoben, um ihre numeriſche Stärke zu prüfen, ſämmtlich ihre Stimmen dem General Cavaignac zuwenden würden, um ihn dem Candidaten der Bergpartei, Ledru Rollin, entgegenzuſtellen. Die Feldwebel Boichot und Rattier, welche, wie es heißt, ihre Unteroffiziers-Uniformen, wenigſtens während den erſten Sitzungen, beibehalten wollen, haben neben dem Socialiſten Victor Conſiderant ihren Platz genommen.

Die Bildung des neuen Miniſteriums ſcheint entſchieden aufgeſchoben zu ſein, bis ſich die Majorität der geſetzgebenden Verſammlung durch die Wahl eines definitiven Büreaus ausgeſprochen haben wird. Odilon Barrot und Bugeaud werden aber ziemlich allgemein als die Häupter deſſelben genannt. Im Evenement heißt es, daß Odilon Barrot den Freunden Bugeaud's eine Note übermacht habe, in welchem Geiſte er die Bildung des neuen Miniſteriums ausgeführt zu ſehen wünſche. Fallour, den ſein parlamentariſcher Erfolg in den letzten Sitzungen ſehr hervorgehoben hat, würde nothwendiger Weiſe eine Stelle darin erhalten. Einſtweilen hat er zur Ergänzung des Kabinets das Miniſterium des Innern übernommen. Der Expräſident Marraſt, heißt es, wird ſich ſogleich nach Zuſammentreten der Geſetzgebenden nach Italien mit ſeiner bruſtkranken Frau begeben. Es wäre ſehr möglich, daß dieſer angeblichen Reiſe eine geheime diplomatiſche Sendung zu Grunde liegt; denn in den letzten zwei Monaten war das geheime Einverſtändniß zwiſchen ihm und Odilon Barrot das Thema aller Unterhandlungen in den politiſchen Cirkeln. Bei der Alpenarmee gehen bedeutende Bewegungen vor ſich. Man ſchreibt aus Chalons, daß das Lager von Monteſſuy aufgehoben werden wird, und daß die daſelbſt befindlichen Truppen zur Bildung eines Beobachtungsheeres am Rhein verwendet werden ſollen. Zugleich hat der Miniſter des Aeußeren Drouin de l'Huys in Folge der auf Antrag von Cavaignac angenommenen Tagesordnung in der neulichen Sitzung den Geſandten Rußlands und Oeſterreichs eine neue Note zuſtellen laſſen.

Der Legationsſekretär des Hrn. Leſſeps iſt aus Civitavecchia angekommen, und hat den Waffenſtillſtand überbracht, den es Hrn. Leſſeps gelungen iſt, mit der römiſchen Republik abzuſchließen. Ein definitives Uebereinkommen wird jetzt nicht lange mehr ausbleiben; ſchon ſpricht man davon, daß die franzöſiſche Flotte nach Gaeta geht, dem Pabſt bei ſeiner Rückkehr als Ehreneskorte zu dienen.

** **Strasburg**, 27. Mai. Die Befürchtungen, welche die Gemüther beunruhigt haben, daß die Konſtituante mit einem Staatsſtreich würde enden wollen, ſind glücklicherweiſe gelöſt. Eine dieſen Morgen angelangte telegraphiſche Nachricht verkündet, daß die Nationalverſammlung geſtern ihre letzte Sitzung gehalten, und ſelbſt ihren Schluß erklärt hat. Heute iſt die neue Verſammlung zuſammen getreten. Dagegen beunruhigt uns jetzt das Liebäugeln der Badenſer und Pfälzer mit unſern Rothen. Wenn auch keine offiziellen Schritte gethan werden, ſo finden doch viele Mittheilungen Gleichgeſinnter ſtatt, und die Dieſſeitigen

ermangeln nicht, ſolche Aeußerungen hoch anzuſchlagen, in den Klub's weiter auszuſpinnen und am Ende der Regierung Vorwürfe zu machen, daß ſie nicht in dieſe Propaganda eingehen will. Bald heißt es der Großherzog von Baden habe ſein Land an Preußen verkauft, (um 2 Mill. Gulden!), bald Preußen habe ſich mit Baiern dahin verſtanden, daß Letzteres auf die Rheinpfalz verzichtet, und als Entſchädigung Baden übernimmt. Solche Gerüchte ſind gefährliche Waffen gegen die Regierung.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Brody, 20. Mai. Vorgeſtern ſind die letzten größern Ruſſenzüge durch unſere Stadt paſſirt, kleinere Truppenabtheilungen werden wohl noch folgen. Im Ganzen kamen gegen 25,000 Mann, worunter 5000 Mann Kavallerie, durch; außerdem 64 Kanonen, meiſtens von ſchwerem Kaliber, und eine Menge Bagage- und Munitionswagen. (C. Bl. a. B.)

Dänemark.

N.C. **Kopenhagen**, 23. Mai. Sonntag Nachmittag iſt der Kammerherr von Reedtz auf dem engliſchen Orlogsdampfſchooner Hecate, Kapitän Aldham, über Wismar nach Berlin als däniſcher Friedensbevollmächtigter abgegangen. Seine Inſtruktionen lauten dahin, ſich nur in Unterhandlung mit den Regierungen der 4 Könige und keineswegs mit den Abgeſandten der Aufrührer einzulaſſen. Für den Friedensſchluß beharrte Dänemark auf der provinziellen Selbſtſtändigkeit und gänzlichen Unabhängigkeit Schleswigs von Holſtein und dem deutſchen Bunde. Während des Waffenſtillſtandes hat man Grund zu glauben, daß die däniſche Regierung die Blockade der deutſchen Häfen gegen die Räumung Jütlands und des däniſchen Theils von Schleswig aufheben wird. Es iſt dies nämlich eine von Lord Palmerſton vorgeſchlagene Modifikation der beiden ruſſiſchen Propoſitionen, welche dieſſeits genehmigt ſein ſoll. Man braucht in der That nicht mehr zu wiſſen als dies, um zu ſehen, welche unheilvolle Wendung die Zerriſſenheit Deutſchlands für die Herzogthümer herbeizuführen droht. Es iſt nicht zu verkennen, daß der Muth und die Kriegsluſt der Kopenhagener Kannegießer jetzt um einen Zoll geſunken iſt. Die Flyvepoſt, das Organ der Kriegspartei während des Waffenſtillſtandes, wehrt die Beſchuldigung der Kriegsluſt ſchon förmlich von ſich ab, und dennoch iſt der jütiſche Kappzaum noch nicht angelegt worden. Bevor dies nicht geſchieht, wird der zum Frieden nöthige Umſchwung nicht herbeigeführt werden können. Dann erſt zeigt ſich die Blockade kompenſirt, und im Uebrigen wird man ſich wehrlos fühlen; dann erſt wird es Zeit zum Unterhandeln ſein. Der Kriegsminiſter und ſein Adjutant ſind kürzlich ins Hauptquartier zur Armee abgereiſt, es ſcheint faſt, um die Vertheidigung und eventuelle Räumung der Feſtung Fridericia zu dirigiren.

Redacteur: **H. Kruſe.**

[219] **Bekanntmachung.**

Das Büreau der konſtituirenden Nationalverſammlung bringt hiermit die Namen derjenigen Mitglieder zur öffentlichen Kenntniß, welche bis heute ihr Mandat niedergelegt haben. Die Einberufung der Stellvertreter, ſo wie die Veranſtaltung neuer Wahlen, wo ſie erforderlich ſind, iſt zwar durch das Reichsminiſterium eingeleitet, das Büreau ſieht ſich aber bei der dringlichen Lage der Zuſtände veranlaßt, hierdurch noch beſonders alle Stellvertreter der ausgeſchiedenen Abgeordneten aufzufordern, ſich, ohne die gewöhnliche Einladung der Behörden abzuwarten, ungeſäumt mit ihren Wahllegitimationen in der Verſammlung einzufinden.

Frankfurt a. M., am 25. Mai 1849.

Der Geſammtvorſtand der konſtituirenden Nationalverſammlung

Reh.	Biedermann.	Eiſenſtuck.
Präſident.	1. Vicepräſident.	2. Vicepräſident.

Die Schriftführer:

Jucho, Fetzer, Makowiczka, Goltz.

Verzeichniß der ausgetretenen und bis jetzt noch nicht erſetzten Abgeordneten.

I. Aus Oeſterreich: Achleitner aus Ried. Aichelburg aus Villach. Archer aus Rein. Arneth aus Wien. v. Auerſperg aus Thurn. Barth aus Bregenz. Bauer aus Baden. Bauernſchmied aus Wien. Beidtel aus Brünn. Benedict aus Wien. Berger aus Wien. v. Bruck aus Trieſt. Coronini-Cronberg, Graf, aus Görz. Czoernig aus Wien. Deym, Graf, aus Prag. Dinſtl aus Krems. Edlauer aus Gratz. Egger aus Wien. d'Elvert aus Brünn. Englmayer aus Enns. Feſti aus Trient. Fritſch aus Ried. Fügerl aus Korneuburg. Gerſtner aus Prag. Glax aus Gumpendorf. Goebel aus Jägerndorf. v. Golb aus Adelsberg. Gritzner aus Wien. Gſpan aus Innsbruck. Hayden aus Kiechdorf. Herz aus Wien. Höchsmann aus Wien. Huber aus Linz. Jeitteles aus Brünn. Jenny aus Trieſt. Kagerbauer aus Linz. Kaiſer aus Wien. v. Kaiſersfeld aus Birkfeld. Kanitſch aus Karlsberg. Kerer aus Innsbruck. Knarr aus Steiermark. Kreutzberg a. Prag. v. Kürſinger a. Salzburg. v. Kürſinger a. Tamsweg. Kreydig a. Göbing. Laſchan a. Villach. Lauſch a. Troppau. Lienbacher a. Golbegg. Lindner a. Seiſenegg. Löſchnigg a. Klagenfurt. Mally a. Steyermark. Maly a. Wien. Mazzegger a. Obermois. v. Möring a. Wien. Moſing a. Wien. v. Mühlfeld a. Wien. Mulley a. Weitenſtein. Neubauer a. Wien. Neumann a. Wien. v. Neuwall a. Brünn. Perthaler a. Wien. Petzer a. Bruneck. Pieringer a. Kremsmünſter. Polatzek a. Weißkirch. Prinzinger a. St. Polten. Queſar a. Gratz. Rapp a. Wien. Raſſl a. Neuſtadtl. Reindl a. Orth. Renger a. Kamnitz. Riedl a. Gratz. Riegler a. Budwitz. Schiedermayer a. Vöcklabruck. v. Schmerling a. Wien. Schmidt a. Linz. Schreiner a. Gratz. Schrott a. Wien. Schuler a. Innsbruck. Schulheim a. Jrdenburg. v. Sommaruga a. Wien. Stein a. Görz. Streffleur a. Wien. v. Stremeyr a. Gratz. Stülz a. St. Florian. Tomaſchek a. Iglau. Ulrich a. Brünn. v. Unterrichter a. Klagenfurt. Vonbun a. Feldkirch. Wagner a. Steyr. Weber a. Meran. Weiß a. Salzburg. Werner a. St. Pölten. Wiſſely a. Hrabiſch. v. Würth a. Wien.

II. Aus Preußen: Albert a. Quedlinburg. v. Amſtetter a. Breslau. Anders a. Goldberg. Anderſon a. Frankfurt a. d. O. Arndt a. Bonn. Bandelow a. Krantz. v. Beckerath a. Krefeld. Beſeler a. Greifswalde. Bock a. Minden. v. Boddien a. Pleß. v. Borries a. Karthaus. Braun a. Köslin. v. Breuning a. Aachen. Breſcius aus Züllichau. Brockhauſen aus Warendorf. Bürgers a. Köln. Clemens a. Bonn. Cornelius a. Braunsberg. Deetz a. Wittenberg. Degenkolb a. Eulenburg. Deiters aus Bonn. Dunker a. Halle. v. Ende a. Waldenburg. Engel a. Culm. Evertsbuſch a. Altena. Falk a. Ottolangendorf. Fuchs a. Breslau. Gier a. Mühlhauſen. Gieſebrecht a. Stettin. v. Gladis a. Wohlau. Götz a. Neuwied. v. d. Goltz, Graf, a. Czarnikau. Grävell a. Frankfurt a. d. O. Gyſae a. Strehlow. Hahn a. Guteſtadt. v. Hartmann a. Münſter. Hausmann a. Brandenburg. Haym a. Halle. Heimbrod aus Sohrau. Houben a. Meurs. Jordan aus Berlin. Jordan a. Gollnow. Junkmann. a. Münſter. Kahlert a. Leobſchutz. v. Kalkſtein a. Wogau. v. Keller, Graf, a. Erfurt. v. Keudell a. Berlin. Kosmann a. Stettin. v. Köſteritz a. Elberfeld. Kratz a. Wintershagen. Küntzel a. Wolka. Kutzen a. Breslau. Lelek a. Hultſchin. Lette a. Berlin. Leue a. Köln. Leverkus für Lennep. Löw a. Magdeburg. Löw a. Poſen. Marks a. Duisburg. Markus a. Bartenſtein. Martens a. Danzig. v. Maſſow a. Karlsberg. Matthies a. Greifswalde. Metzke a. Sogan. Meviſſen a. Köln. Münch a. Wetzlar. Nizze a. Stralſund. Nöthig a. Weißholz. Oertel a. Mittelwalde. Oſterrath a. Danzig. Ottow a. Labiau. Overweg a. Haus Ruhr. Pinder a. Woinowitz. Plathner a. Halberſtadt. Plehn a. Marienburg. Rahm a. Stettin. Rättig a. Potsdam. Reichenſperger a. Trier. Richter a. Danzig. Röder a. Neuſtettin. Rothe a. Berlin. Rubloff a. Chodzieſen. v. Saucken a. Angerburg. Scheller a. Frankfurt a. d. O. v. Schleuſſing a. Raſtenburg. Schneer a. Breslau. Scholten a. Ward. Scholz a. Neiſſe. v. Schrötter a. Pr. Holland. Schröter a. Zellin. Schubert a. Königsberg. Schultze a. Potsdam. Schwarz a. Halle. Schwerin, Graf, a. Berlin. Schwetſchke a. Halle. v. Selaſinsky a. Berlin. v. Selchow a. Rettkewitz. Sellmer a. Landsberg. Seydel a. Bunzlau. Siehr a. Gumbinnen. Simſon, E., a. Königsberg. Simſon a. Stargard. Stavenhagen a. Berlin. Stedtmann a. Beſſelich. Stohlmann a. Herford. Sturm aus Sohrau. Suchan a. Himmelwitz. Tannen a. Zielenzig. Teichert a. Berlin. Trabert a. Rauſche. v. Treskow a. Grocholin. Veit a. Berlin. Verſen a. Nieheim. Viebig a. Poſen. v. Vincke a. Hagen. Waldmann a. Heiligenſtadt. v. Wegnern a. Lyk. Wernich a. Elbing. Wiebker aus Uckermünde. Wiedenmann a. Düſſeldorf. Wiethaus a. Gummersbach. v. Wrochem a. Ohlau.

III. Aus Baiern: Arndts a. München. Barth a. Kaufbeuern. Baſſermann für Stadtprozelten. Bauer a. Bamberg. v. Beisler a. München. Doxenberger a. München. Döllinger a. München. Eckert a. Lohr. Friedrich a. Bamberg. v. Giech, Graf, aus Thurnau. Gombart a. München. Graf a. München. v. Grundner a. Ingolſtadt. Haubenſchmied a. Paſſau. Herzog a. Ebermannſtadt. Hofer a. Pfarrkirchen. Krafft a. Nürnberg. Lammers a. Erlangen. v. Laſſaulx a. München. v. Nagel a. Oberriechtach. Neumayer a. München. Obermüller a. Paſſau. Pfeufer a. Landshut. Phillips a. München. v. Raumer a. Dinkelbühl. Reitmayer a. Regensburg. v. Rotenhan a. Rentweinsdorf. v. Schrenk a. München. Sepp a. München. Stahl a. Erlangen. Vogel a. Dillingen. v. Wulffen a. Paſſau. v. Xylander a. München. Zellner a. Nürnberg. v. Zerzog a. Regensburg.

IV. Aus dem Königreich Sachſen: Henſel a. Kamenz. Kämmel a. Zittau.

V. Aus Hannover: Behncke a. Hannover. v. Bothmer a. Karow. Bronz a. Emden. Deymann a. Meppen. Groß a. Leer. Hugo a. Göttingen. Meier a. Bremen. Oberg a. Hildesheim. Winter a. Liebenburg.

VI. Aus Würtemberg. Fallati a. Tübingen. Mathy für Calw. Rümelin aus Nürtingen. Wurm a. Homburg.

VII. Aus dem Großh. Heſſen: Emmerling a. Darmſtadt. v. Gagern a. Darmſtadt. Wernher a. Nierſtein. Zitz a. Mainz.

VIII. Aus Kurheſſen: Jordan a. Marburg.

IX. Aus Schleswig-Holſtein: Dahlmann a. Bonn. Droyſen a. Kiel. Esmarch a. Schleswig. Francke a. Schleswig. Michelſen aus Jena. Steindorff a. Schleswig. Waitz a. Göttingen.

X. Aus Mecklenburg: Böcler a. Schwerin. Drechsler a. Roſtock. Thöl a. Roſtock. Spreigel a. Waren.

XI. Aus Naſſau: v. Gagern a. Wiesbaden.

XII. Aus Luxemburg u. Limburg: v. Scherpenzeel aus Baarlo. v. Schönmäkers a. Beck.

XIII. Aus Braunſchweig: Langerfeld aus Wolfenbüttel. v. Thielau a. Braunſchweig.

XIV. Aus Sachſen-Koburg-Gotha. Becker a. Gotha. Briegleb a. Koburg.

XV. Aus Sachſen-Meiningen: Johannes a. Meiningen. Müller a. Sonnenberg.

XVI. Aus Hechingen: Bauer a. Hechingen.

XVII. Aus Schaumburg-Lippe: Siemens a. Hannover.

XVIII. Aus Lippe-Detmold: Schierenberg a. Detmold.

XIX. Aus Bremen: Gevekohe a. Bremen.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 5 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 147. (8) Frankfurt a. M., Donnerſtag 31. Mai. 1849.

Ueberſicht.

England und Preußen.
Die ruſſiſchen Pläne.
Deutſchland. Frankfurt (Der Verlegungsbeſchluß. Mecklenburgiſche Truppen eingerückt). Wien (Getreidetheurung. Verſpäteter Patriotismus. Spaltung und Entmuthigung unter den Magyaren. Proklamationen des Banus. Vermiſchtes). Olmütz (Fackelzug. Die Slowanska Lipa). Berlin (Neueſtes von Hrn. von Manteuffel). Köln (Truppenbewegungen). Koblenz (Verhaftung. Truppenbewegungen). Trier (Beſchlagnahme und Fahndung). München (Berichtigung. Wechſel im Kriegsminiſterium. Die Soldatenexceſſe. Die Kammer). Pfalz (Dekrete der proviſ. Regierung. Plan einer Volksvertretung). Kaiſerslautern (Die Studentenlegion). Dresden (Verhaftungen. Die Polen. Die Abberufung der ſächſ. Abgeordneten). Aus Baden (Zuſtände und Stimmung des Landes. Die Wahlen zur konſt. Verſammlung. Deutſch-ungariſche Legion). Raſtatt (Eindruck von Gagerns Austritt. Die Offiziere. Rüſtungen). Vom Oberrhein (Saumſelige Bewaffnung). Worms (Der Kampf und die Stadt). Hochheim (Truppenmärſche). Schleswig (Treuloſe Kriegführung. Was wird aus der Reichsarmee werden? Die Friedensunterhandlungen. Orla Lehmann).
Großbritannien. London (Lord Brougham und Giacomo Manzoni. Parlamentsverhandlungen. O'Connells Bibliothek. Geldſammlungen für die Ungarn. Der Radikalreformer Duncombe).
Frankreich. Paris (Erſte Sitzung der Legislative. Die Ausſchüſſe und ihre Präſidenten. Kandidaten zur Präſidentenwahl. Miniſterialgerüchte).
Spanien. Madrid (Neuer Zolltarif).
Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Wunder. Feier des 15. Mai). Krakau (Ruſſiſche Feldpolizei). Agram (Fremden- und Preßgeſetz).
Italien. Genua (Oeſterreicher in Florenz). Parma (Regierungsantritt Karl's III). Rom (Erwartung des Kampfes).
Ungarn. (Stimmung des magyariſchen Heeres. Rückzug der Ungarn. Der Banus. Gerüchte von einer Contrerevolution).
Polen. Warſchau (Der Kaiſer von Oeſterreich).
Joniſche Inſeln. (Bewaffnete Schaaren aus Morea in Kephalonien eingefallen).
Aegypten. (Politiſcher Verfall. Mehemed Ali. Die Flotte nach Konſtantinopel. Einführung des Paßweſens. Abnahme des franzöſiſchen Einfluſſes).

---

30. Mai.

Seit der ältere Pitt das Bündniß mit Friedrich II. ſchloß, um Amerika in Deutſchland zu erobern, ſind England und Preußen beſtändige und gleichſam natürliche Bundesgenoſſen geweſen, denn die einzige Ausnahme, der Bruch mit England wegen der unſeligen Beſetzung Hannovers, diente nur dazu, die Unnatur einer ſolchen Feindſchaft darzuthun. Beide Staaten ſind aufeinander hingewieſen durch die Verwandtſchaft des Namens, der Sprache, der Sitten, der ganzen Lebensart und Denkweiſe. England und Preußen ſind ferner die beiden proteſtantiſchen Großmächte Europa's, ein Umſtand, auf den man jenſeits des Kanales noch mehr Gewicht legt, als bei uns. Vor allem aber macht der lebhafte Verkehr der beiden Küſten, die ſich gegenſeitig ſo zu ſagen ergänzenden Erzeugniſſe beider Länder, die große Bedeutung des baltiſchen und des Hamburger Handels, der im Grunde ja größtentheils ein preußiſcher iſt, eine nahe Beziehung beider Länder äußerſt wünſchenswerth. Die Bedeutung Preußens für England wird um ſo größer werden, wenn Hannover und die norddeutſchen Küſtenlande, wie in nächſter Ausſicht ſteht, in preußiſche oder vielmehr deutſche Zolllinie gezogen werden.

Für das gute Einvernehmen beider Staaten iſt es von großer Bedeutung, daß die Whigs am Ruder bleiben. Wir erwarten hier nicht die Frage, ob es nicht auch für Englands innere Verhältniſſe am gerathenſten ſein möchte, daß die Tories ihren bedeutenden Einfluß in der Oppoſition geltend machen, und es für die engliſche Ariſtokratie ſelbſt das beſte iſt, ihre Erhaltung den Whigs anzuvertrauen, welche gegenüber den Regungen der Demokratie dem Drängen des beweglichen Vermögens und der Handarbeit nach Theilnahme an der politiſchen Herrſchaft eine vermittelnde und verſöhnliche Stellung einnehmen. Wir überlaſſen die Entſcheidung über dieſe innere Angelegenheit den Briten ſelbſt. Gewiß aber iſt, daß England unter den Völkern Europa's alle Sympathie verlieren werde, wenn jetzt, wo eine neue heilige Allianz im Anzuge iſt, in England noch einmal eine Caſtlereagh'ſche Politik ans Ruder käme.

Jene Politik iſt bei uns nicht vergeſſen. Sie hat fünf hundert Pfund Sterling ausgegeben keineswegs bloß um auf dem Feſtlande die Revolution von 1789 zu ſchließen, die Feuersbrunſt zu löſchen, deren Funken auch nach England hinüberflogen. Jene Politik ging weiter, als ſie urſprünglich beabſichtigte. Sie ſtützte das ganze alte faule Regiment mit allen ſeinen Mißbräuchen in allen Ländern Europa's. „Es iſt Sünde und Schande, ſchrieb Nelſon aus Italien, für was für Schurken wir uns aufopfern!“ Die Caſtlereagh'ſche Politik ſah ruhig zu oder half wohl gar, um auch die leiſeſten Regungen der nach Freiheit ſchmachtenden Völker des Feſtlandes zu unterdrücken, und dadurch zuletzt jene gewaltige neue Revolution herbeizuführen, welche jetzt Europa bis in ſeine unterſten Grundlagen erſchüttert. Die Tories alten Schlages machten ſich kein Gewiſſen daraus, den Völkern Europa's auch den beſcheidenſten Antheil an jenen Segnungen eines konſtitutionellen Regiments zu mißgönnen, welche ſie doch auf ihrer „glückſeligen Inſel“ mit der größten Eiferſucht bewachen. Als ihr guter Freund, der Herzog von Cumberland, nach Deutſchland reiſte, um die Hannoverſche Verfaſſung aufzuheben, ſagten ſie gleichmüthig: Experimentum fiat in corpore vili! Die Urſache eines ſolchen beleidigenden Hochmuthes iſt zum Theil reine Unwiſſenheit. Die Stockengländer kannten die Völker und die mißbräuchliche Weiſe wie ſie regiert wurden, viel zu wenig und namentlich William Pitt, war übel unterrichtet über jene Länder und Völker, in deren Schickſal er eingriff. Daher jene wegwerfende Weiſe, mit welcher die Tories jeder Unzufriedenheit auf dem Kontinent mit einem: Il faut mitrailler la canaille! ein Ende machen möchten. Die verderbliche Thorheit der Fortſchrittsbewegung“ — dieſer naive Ausdruck des Standard faßt ſo ziemlich die ganze Anſchauungsweiſe dieſer Partei zuſammen. Die groben Ausſchweifungen, welche an vielen Orten ſeit vorigem Jahre begangen wurden, konnten jene Verſtellung nur nähren, und Windiſchgrätz, Radetzky und Wrangel ſind die Helden jener alten und jungengliſchen Partei. In dieſem Sinne würde ihre auswärtige Politik geleitet werden.

Die Whigs haben im Allgemeinen eine größere Kenntniß unſerer Zuſtände, mehr Unterſcheidung, mehr Billigkeit. Sie hegen aufrichtige Wünſche für die Herſtellung eines wahrhaft konſtitutionellen Syſtems in den verſchiedenen Ländern Europas, denn ſie glauben mit Recht, dadurch jenes Syſtem auch in England zu kräftigen. Sie haben, von jenem Wunſche getrieben, zuweilen in Italien und Spanien ſogar eine Einmiſchung in die Angelegenheiten fremder Länder gewagt. Das iſt ihnen ſehr verdacht worden, und wir, die konſtitutionelle Partei in Deutſchland, ſind weit entfernt auf irgend eine unmittelbare Unterſtützung von Seiten Englands zu rechnen. Aber was wir erwarten und erwarten dürfen, iſt, daß die Whigs unparteiiſch und gerecht die traurige Lage unſeres Vaterlandes würdigen. Sie werden das unbeſonnene gewiſſenloſe Treiben der Umſturzpartei eben ſo ſehr mißbilligen, als das Verfahren der deutſchen Regierungen, welche ſich konſtitutionell nennen und jeden Begriff eines konſtitutionellen Staatslebens mit Füßen treten, die ſelbſtgegebenen Verfaſſungen nicht beachten, eine Rechtsverletzung auf die andere häufen, die Volksvertretungen nach Hauſe ſchicken und mit Miniſterien regieren, die dem Willen des Herrſchers gehorchen und ſich um die Wünſche des Volkes nicht kümmern. Die engliſche Regierung wird ruhig zuſehen, ſo lange die deutſchen Fürſten ſich darauf beſchränken, in Deutſchland ſelbſt mit Waffengewalt nach eigner Willkür zu herrſchen. Aber ſie würde nicht ruhig zuſehen können, ſobald die ruſſiſchen Heere nach der Unterwerfung Ungarns etwa auch zur Pacifikation

Deutſchlands verwandt werden und die Koſacken in das Herz Europa's geführt werden ſollten. Deutſchlands europäiſcher Beruf iſt es, der Uebermacht der Despotie im Oſten und der des zügelloſen Weſtens zu wehren. England darf und wird den ferneren Uebergriffen Rußlands nicht ruhig zuſehen. Schon der Verſuch durch eine ruſſiſche Flotte Deutſchland zu beſchädigen und zu beherrſchen, wäre ein ſolcher Uebergriff; England wird ihn nicht zugeben. England wird ſich erinnern, daß es das baltiſche Meer nicht zu einem ruſſiſchen Binnenſee darf werden laſſen. Die Störung des Handels und der Schifffahrt in jenem Meere bringt England ſelbſt in Schaden. Jene 60 ruſſiſche Segel, welche von Kronſtadt ausgelaufen ſind, werden ſchwerlich nur ein Uebungsgeſchwader ſein; ſonſt wird England ſich an die Zeiten erinnern, wo ſeine Admiräle das baltiſche Meer beherrſchen und Nelſon nach Petersburg ſagen ließ, ein engliſcher Admiral dünke ſich nicht weniger, als ein Kaiſer von Rußland.

Die Engländer ſehen nicht ganz ohne Eiferſucht auf die Fortſchritte der ruſſiſchen Marine, jenes Spielzeugs des Czaaren. Die Abneigung gegen die Ruſſen iſt beim gemeinen Volke kaum weniger ſtark als in Deutſchland und die höhern Stände haben ſeit den literariſchen Enthüllungen der letzten 10 Jahre eine heilige Scheu vor den tief unſittlichen Zuſtänden in Rußland unter einem Volke, das faul ward ehe es reif geworden. Zwar verſucht der Kaiſer und die hohe Ariſtokratie in Rußland alles Mögliche, um die ſtolzen Engländer für ſich zu gewinnen. Jeder Engländer von einiger Bedeutung iſt St. Petersburg der Gegenſtand der ausgeſuchteſten Artigkeit, und der Kaiſer, auf deſſen Arbeitstiſch die Times liegt, eilte ſelbſt nach England, um der engliſchen Ariſtokratie in Perſon ſeine Aufwartung zu machen. Aber dieſe Ariſtokratie iſt zu geſund und zu klug, um mit einem Despoten gemeinſchaftliche Sache zu machen, und ſelbſt der geſchmeidige und gelaſſene Peel ward ungewöhnlich aufgeregt, als er dem Czaren über deſſen polniſchen und türkiſchen Pläne ſeine Meinung ſagte. Lord Palmerſton iſt noch weniger der Mann, dem Kaiſer von Rußland gegenüber ſein Haupt auch nur um eine Linie zu beugen. Was auch ſeine kleine Stechfliege, Herr Urquhart, von Lord Palmerſton's Konnivenz gegen Rußland fabeln mag, vielleicht hat nie ein engliſcher Miniſter die Fortſchritte Rußlands genauer überwacht, als gerade jener ausgezeichnete und energiſche Staatsmann. Seine Gegner werfen ihm ſogar vor, daß zu große Beſorgniß vor ruſſiſcher Nebenbuhlerſchaft in Aſien es war, die ihn zum Kriege in Afghaniſtan bewog. Er hat das Einſchreiten der Ruſſen in Ungarn geſchehen laſſen und es nicht verhindern können, daß ſoeben die Türkei in die fernere Beſetzung der Donaufürſtenthümer gewilligt hat. Aber ein Verſuch Rußlands, thätlich in den ſchleswigſchen Krieg einzugreifen, würde England nicht dulden.

Wir brachten neulich Andeutungen über befremdliche Plane, welche jetzt unter der hohen Diplomatie umlaufen. Heute haben wir eine neue Beſtätigung dieſer uns von beachtenswerther Seite zugekommenen Winke. Der Kölniſchen Zeitung wird aus Warſchau geſchrieben:

Warſchau, 24. Mai. Wenn auch nur die Hälfte von dem wahr werden ſollte, was von Perſonen aus der nächſten Umgebung des Kaiſers ſo eben erzählt wird, ſo gehen wir Ereigniſſen entgegen, an die wohl Niemand bisher gedacht hat. Während der Tafel der beiden Monarchen am geſtrigen Tage, zu der auch der von Petersburg hier angekommene preußiſche Geſandte, ſo wie ein anderer hier befindlicher preußiſcher General zugezogen waren, wurden über das nächſte Schickſal Europa's, vornehmlich Deutſchlands, ſehr deutliche Reden geführt. „Polen," äußerte der Kaiſer in deutſcher Sprache, „würde ewig gähren, ſo lange nur noch zwei Polen am Leben blieben, und bei Licht betrachtet, ſei es doch ein ſehr ehrlicher Freund, wenn man ſeine Liebe erworben; Polen müſſe ſelbſtſtändig werden, und der Kaiſer von Oeſterreich, ſo wie der König von Preußen wären nicht abgeneigt, dazu die Hand zu bieten. Dagegen aber müſſe, um Ordnung in Deutſchland für die Dauer zu erlangen, die Maſſe kleiner Regierungen, die ſich als ohnmächtig bewieſen, um ihr Volk im Zaume zu halten, und über lang oder kurz doch nur jämmerlich zu Grunde gehen dürften, aufhören und an Preußen und Oeſterreich übergeben werden, was nöthigenfalls mit Waffengewalt zu erſtreben ſei. Rußland ſelbſt werde ſich an ſeinem Nachbar, dem Sultan, ſchadlos zu halten wiſſen, da es kein Geheimniß mehr ſei, daß der Bruch mit der Pforte auf diplomatiſchem Wege nicht mehr zu heilen ſei."

Wir wiſſen bereits, daß General Grabbe mit ſeinen Aufträgen in Konſtantinopel zum Theil geſcheitert iſt, da die Pforte vom franzöſiſchen und engliſchen Geſandten eifrig unterſtützt ward. So hat unter andern der Sultan die Preßfreiheit in den Donau-Fürſtenthümern in Schutz genommen! und an Oeffnung der Dardanellen u. ſ. w. iſt nicht zu denken. Nichts deſtoweniger iſt ein Vertrag, nach welchem die Fürſtenthümer vorläufig von den Ruſſen beſetzt bleiben. Das wird natürlich Rußland nicht hindern, in jedem beliebigem Augenblicke einen Vorwand zum Ueberfall der Türkei zu finden; wie ein gemeines Sprichwort ſagt: „Der Hund, den man hängen will, hat Leder gefreſſen!" Der Kaiſer hat ſeine Abſichten über die Türkei in Warſchau bei Tafel kaum unumwundener ausgeſprochen, als bereits 1844 in London. Er betrachtet die Türkei bereits als herrenlos, und denkt ſich den Löwentheil der Erbſchaft zuzuwenden. Daher will er die polniſchen Provinzen, die beſtändig mit neuen Erhebungen drohen, gern weggeben, vielleicht an ſeinen Schwiegerſohn. Auf ähnliche Weiſe entledigt ſich der Kaiſer von Oeſterreich der rebelliſchen Ungarn. Auf dieſe Weiſe bekommt man Ruhe, und Deutſchland dient, wie die Türkei, zur Entſchädigung.

Wir glauben nicht ſorgfältig genug auf die erſten und leiſeſten Spuren dieſer neuen Blüthen der Diplomatie aufmerkſam machen zu können. Vielleicht iſt das das beſte Mittel um zu verhindern, daß ſie in Saamen ſchießen.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 30. Mai. Zu dem heutigen Beſchluß wurde die Reichsverſammlung durch die Abſicht getrieben, mit der proviſoriſchen Centralgewalt zu brechen, da ſie das jetzige Reichsminiſterium nicht mehr neben ſich dulden kann und zu Thaten ſchreiten zu müſſen glaubt. Mit dem Beſchluſſe, ihren Sitz von hier zu verlegen, ſpricht ſie indeß ihr Todesurtheil aus und ſie wird in Stuttgart nicht lange exiſtiren. Die Reichsverſammlung mochte mit der proviſoriſchen Centralgewalt ſtehen, wie ſie wollte, ſie wurde bis zu dieſem Augenblick von der Centralgewalt in offizieller Anerkennung den renitenten Regierungen gegenüber getragen, und das war von hoher Bedeutung. Das wird ſich natürlich nun ändern. Die proviſoriſche Centralgewalt wird mit der von hier ohne Noth entweichenden Reichsverſammlung in keinen amtlichen Verkehr mehr treten und die Centralregierung ſo lange fortſetzen, als es möglich iſt.

- **Frankfurt**, 30. Mai. Heute Nachmittag um halb drei Uhr ſind zwei Schwadronen mecklenburgiſcher Dragoner und eine mecklenburgiſche Batterie von acht Geſchützen hier eingerückt, um vorläufig einen Theil der hieſigen Garniſon zu bilden: durchgehends junge kräftige Männer des niederſächſiſchen Volksſtammes auf ſchönen ausdauernden Pferden. Zwei weitere Schwadronen ſind für morgen erwartet. (O. P. Z.)

△ **Wien**, 26. Mai. Die ungeheuern Ankäufe von Getreide, welche zur Verpflegung der in Ungarn operirenden Armeen nöthig ſind, haben das Ihrige dazu beigetragen um die Getreidepreiſe am hieſigen Platze in der vorletzten Woche um 30 pCt. zu ſteigern. Theilweiſe mag auch Getreidewucher dazu beigetragen haben. Um wenigſtens den Wucher zu verhindern hat nun der Gemeinderath beantragt, von ſämmtlichen Eigenthümern von Getreidevorräthen in und um Wien eine Liſte zu entwerfen und öffentlich bekannt zu machen und alle nicht beſteuerten Fruchthändler vom hieſigen Platze auszuſchließen. Ferner ſoll alles Getreide, welches hier anlangt, in den erſten 4 Tagen nur für die hier zuſtändigen Müller ꝛc. verkäuflich ſein und nur was in dieſer Friſt nicht abgeſetzt wird, ſoll an andere Getreidehändler verkauft werden dürfen. Die Nichtbeachtung dieſer Verordnung ſoll mit Confiſcation des Getreides beſtraft werden. So gut dieſe Maßregel auch gemeint ſein mag, ſo wird ſie uns vor der zunehmenden Theurung doch nicht ſchützen, weil die Grundurſachen nicht zu heben ſind. Unſere Kornkammer, Ungarn und das Banat, bleibt uns für's erſte noch verſchloſſen, und ſelbſt wenn es wieder in unſern Händen wäre, ſo ſind die Felder zum Theil verwüſtet, zum Theil nicht angebaut, und dabei wächſt der Bedarf von Getreide in dem Maße, als unſere und die ruſſiſche Armee noch täglich verſtärkt wird. Die kriegsrechtliche Hinrichtung des Vicegeſpanns Petöcz

hat einen ſehr üblen Eindruck bei der Bevölkerung des Preßburger Komitats gemacht. Er hinterläßt fünf Kinder; der Magiſtrat von Preßburg und die Deputationen des ganzen Komitats hatten Gnade für ihn erbeten, und die Bauern beſonders ſollen in Aufregung über ſeinen Tod ſein. Er läugnete vor der Unterſuchungskommiſſion nichts von allem, was er zu Gunſten der Inſurgenten unternommen, und ſoll äußerſt gefaßt geſtorben ſein. Der ungariſche Adel macht jetzt einige verſpätete Anſtrengungen von öſterreichiſchem Patriotismus. Graf Moritz Palffy ruft zu Beiträgen um Geld und Naturalien für die kaiſerl. Armee auf. Ebenſo hat er mit 21 andern ungariſchen Grafen und Gräfinnen eine Sammlung veranlaßt, von deren Ertrag eine Munizipalgarde gegründet werden ſoll, welche nach der jeweilig erfolgenden Occupation für die Ruhe und Sicherheit der zurückeroberten Orte ſorgen ſoll, welchem Unternehmen auch der Gemeinderath von Preßburg ſich anſchließt, wenn ſich dieſer Patriotismus für das Geſammtvaterland nur nicht ſo ſpät entwickelt hätte, nachdem die Unfähigkeit des Fürſten Windiſchgrätz auf alle Arten ausgebeutet war! Erſt mit der eigenen Sache geben ſie auch die Koſſuths auf und auch dies erſt ſeit ſie die ruſſiſche Intervention in der Nähe ſehen. Die Behauptung, daß zwiſchen Polen und Magyaren Uneinigkeit herrſcht und daß die Huſaren nur für ihren König Ferdinand V kämpfen, wird fortwährend wiederholt. In Gran ſollen ſogar mehrere Schwadronen Huſaren die Flucht ergriffen haben, um nicht gegen die kaiſerliche Armee kämpfen zu müſſen. Ueberhaupt ſoll, wie Privatnachrichten ſagen, ſeit der Gewißheit der ruſſiſchen Intervention und der Unabhängigkeitserklärung an vielen Orten Entmuthigung herrſchen, welche durch die Erkrankung Görgey's noch vermehrt wird.

△ **Wien**, 26. Mai. Der Ban hat aus Eſſegg vom 15. Mai folgende Proklamation an die Serben erlaſſen, worin ſich wieder ſeine ganze Gewandtheit des Wortes im Geiſte dieſer Völker ausſpricht:

„Brüder, Serber! Unſere Nation hat ſich heldenmüthig für ihre Freiheit und Erhaltung des öſterreichiſchen Thrones erhoben. Ihr Bewohner der Vojvodovina lenket den ſtaunenden Blick Europas auf Euch und Eure Brüder. Die Kroaten und Slavonier erwiederten durch ein blutiges Echo eure an den Tag gelegten Drangſale, mit dem Angriff des Feindes zu Jarrak, Arad, Serbobron, und andere Wahlſtätten Eures Ruhmes. Die Sonne lächelt uns an — unſer Ruhm fing zu wachſen an, aber das Kriegsglück iſt unſtät und veränderlich, bis am Ende doch die Gerechtigkeit und Heiligkeit unſerer Sache ſiegt.

Am Felde, das mit dem Blute unſerer Helden getränkt iſt, werden die Keime unſerer Freiheit und unſeres Glückes aufbluhen.

Serben, Brüder! Laſſet nicht ab von eurem Muthe, ſpiegelt euch an den Thaten eurer Voráltern und bedenket, daß große Dinge, große Opfer erfordern. Jetzt bin ich näher bei euch, und meine Armee wird ſich mit Gottes Hülfe mit der eurigen vereinigen. Ich ſtets meinem Kaiſer und Könige treu, ſtand immer bei meinem Volke, erglüht für deſſen Rettung und Wohl; wofür ich, ſtünde es mir zu Gebote, hundertmal mein Leben opfern wollte. Unſern heiligen Wunſch möge nur unſere gegenſeitige Eintracht ſtärken und unterſtützen.

Brüdrr, Serben! In Kürze wollen wir, die wir bis jetzt nur im Geiſte vereint waren, neben einander am Schlachtfelde für König und Freiheit ſtehen. Dieſe Vereinbarung möge der Anfang der unumſtößlichen Eintracht und Brüderlichkeit der verbündeten Söhne Einer Mutter: unſeer Slava — ſein. Laſſet uns auf die Gerechtigkeit Gottes und unſer Heldenglück hoffen. Gott erhalte unſern Kaiſer und König Franz Joſeph und unſere ganze getreue Nation."

Ein eben ſo warmer Aufruf an ſeine Truppen ſchließt mit den Worten:

„Tapferkeit iſt der Stahl, Gehorſam das Gold eines Heeres — Tapferkeit iſt glänzend, Gehorſam unentbehrlich — Tapferkeit erwarte — Gehorſam fordere ich.

Soldaten, unſer Kaiſer iſt an der Spitze ſeiner Heere, ſeiner kräftigen Hand ſehen wir mit Freude und Zuverſicht das Wohl und die Ehre der Armee anvertraut. Seine Jugend iſt uns die herrlichſte Bürgſchaft für's „Vorwärts."

Vorwärts alſo im Namen unſeres herrlichen Kaiſers, vorwärts im Namen der gerechten Sache, vorwärts im Namen unſeres ſchwer heimgeſuchten theuren Geſammtvaterlandes! Eſſegg, den 18. Mai. Jelacic, FZM und Ban.

Auf Kajacic's des Patriarchen Aufruf hatte ſich ſchnell eine große Macht (25,000 oder mehr) geſammelt, und alles lebte der frohſten Hoffnung, da man nun das wiederhergeſtellte Einverſtändniß des Patriachen mit dem Banus kennt.

A. Z. C. **Wien**, 26. Mai. Die Konkursanmeldungen häufen ſich täglich mehr, was den ſchlagendſten Beweis für die herrſchende Geſchäftsloſigkeit liefert. Das Königreich Böhmen hat zur gegenwärtigen Rekrutenſtellung 10,000 Mann beigetragen. Das Pionierkorps iſt um ein Bataillon vermehrt worden. Eine neue Erſcheinung bilden jetzt die gefangenen Honved's, welche wir hier zeitweiſe zu ſehen bekommen. Ihre Uniform iſt ein brauner Kittel mit rothen Schnüren. Die hieſige Garniſon beabſichtigt an die tapferen preußiſchen und ſächſiſchen Truppen eine Anerkennungsadreſſe zu ſenden.

Ollmütz, 25. Mai. In der vergangenen Nacht wurde dem Kaiſer von der Ollmützer Bürgerſchaft ein ſolenner Fakelzug, begleitet mit enthuſiaſtiſchen Vivats, dargebracht. Die Nachricht von der amtlichen Auflöſung der „Slowansca Lipa" erweiſt ſich als falſch. Dieſer Verein wird ſich freiwillig vertagen. (Neue Z.)

Berlin. Das Miniſterium des Innern hat nachſtehende Circular-Verfügung an ſämmtliche Regierungs-Präſidenten erlaſſen:

Euer Hochw. Bericht und die demſelben beigefügte Anzeige des Landraths Grafen v d. Recke gibt mir zu folgenden Bemerkungen Veranlaſſung. Es iſt zu bedauern, wenn die Gutgeſinnten und namentlich Beamte, wie Landräthe und Amtleute, verblendet genug ſind, um auch jetzt, nachdem die Verhältniſſe in der vor Aller Augen liegenden Weiſe ſich entwickelt haben, nicht einſehen, welches der Kern der Frankfurter Verfaſſung und der daran geknüpften Kaiſerkrone war. Was den Verbleib des Miniſterii im Amte betrifft, ſo wird es hier weder auf eine Darlegung der Gründe, welche bei dieſer Entſchließung beſtimmend geweſen ſind, ankommen, noch der Verſicherung bedürfen, daß nicht die Annehmlichkeit und Reize der Miniſterialſtellung dabei haben irgend ins Gewicht fallen können. So viel aber muß allen Verſtändigen einleuchten, einmal, daß die Maßregel der Kammerauflöſung eine durchaus konſtitutionelle war, und ſodann, daß die Regierung nicht mit Erfolg geführt werden kann, wenn die dem Miniſterium nachgeordneten Behörden ihm nicht ihre kräftige Unterſtützung mit redlichem Willen gewähren. Alle die, welche dies nicht thun zu können vermeinen, werden wohlthun, freiwillig zurück zu treten, und da, wo dies nicht geſchieht, wird das Miniſterium im Intereſſe des Landes verpflichtet ſein, auf die Entfernung ſolcher Beamten im geſetzlichen Wege hinzuwirken, welche ihre Amtspflichten läſſig und widerſtrebend erfüllen und Mißtrauen ſäen, wo ſie durch Belehrung und Verſtändigung Vertrauen erwecken ſollten. Euer Hochwohlgeboren wollen von dieſen Bemerkungen den geeigneten Gebrauch machen. Berlin, 11. Mai 1849."

Köln, 29. Mai. Die Truppenbewegungen dauern bei uns und in unſerer Nähe fort. Das Obſervationskorps wird an der Gränze zwiſchen Kreuznach und Trier zuſammengezogen. Es beſteht aus 26 Bataillonen Infanterie, 16 Schwadronen Kavallerie und 5 Batterien. (Köln. Z.)

Koblenz, 27. Mai. Ueber die in Prüm zur Zeit des Sturmes auf das dortige Landwehr-Zeughaus zur Wache aufgeſtellt geweſene ganze Kompagnie des 30. Landwehr-Regiments ſoll, ſicherem Vernehmen nach, ein ſtrenges Gericht gehalten werden. Man erzählt, die ganze Kompagnie ſolle nach einer Feſtung (man nennt Ehrenbreitſtein) durch eine Kompagnie des 27. Regiments transportirt und dort durch die Unterſuchung wegen Verraths und Feigheit die Schuldigen ermittelt und dieſelben alsdann vor ein Kriegsgericht geſtellt werden. Geſtern wurde auch der Steueraufſeher Bebbur aus Mayen hier verhaftet. Heute erwartet man wieder eine große Anzahl Truppen; auch ſoll das noch hier ſtehende Bataillon des 30. Infanterieregiments morgen ſchon nach dem Oberlande aufbrechen. General Hirſchfeld iſt noch hier, aber gerüſtet, um dem ſtündlich zu erwartenden Befehle, nach dem Oberlande abzugehen, nachzukommen. Bekanntlich wird dieſer General ein Kommando bei dem gegen Baden und die Pfalz operirenden Armeekorps übernehmen. (Rh.- u. M.-Z.)

Trier, 26. Mai. So eben wurde die Nummer der Trierſchen Zeitung für morgen Sonntag konfiscirt; die Polizei hat ſogar alle Exemplare, welche bereits zur Poſt gegeben waren, mit Beſchlagnahme belegt. Der Grund der Beſchlagnahme liegt in dem Abdrucke des Aufrufs von Seiten des Landesausſchuſſes und der Vollziehungsbehörde zu Karlsruhe an Deutſchlands Krieger. Heute Morgen wurde nach Hrn. Riotte, welcher dem Sicherheitsausſchuſſe in Elberfeld angehörte und den man in dem Hauſe des Hrn. Wallrath, der ſein Schwager iſt, vermuthete, gefahndet. Wir können der Polizei die Verſicherung geben, daß Hr. Riotte gegenwärtig ſich in der Pfalz befindet. (Rh. u. M. Z.)

München, 27. Mai. Die in hieſigen Blättern verbreitete Nachricht, daß im Lager bei Donauwörth das Standrecht verkündet worden ſei, erweiſt ſich als falſch. (Allg. Z.)

0 **München**, 28. Mai. Die immer wiederholten Exzeſſe der Soldaten, von denen wir auch hier einige zu bemerken Gelegenheit hatten, und beſonders die Spaltung zwiſchen verſchiedenen Regimentern im Lager bei Donauwörth haben zu einem Wechſel im Miniſterium des Kriegs Veranlaſſung gegeben; der ſeitherige Kriegsminiſter Leſuire iſt wegen zu großer Milde dieſer Stelle enthoben. Der Stadtkommandant der Hauptſtadt, General Lüder, iſt mit dem Portefeuille des Kriegs betraut, während Oberſt Heß vom Jägerbataillon, das eine Zeitlang in Frankfurt gelegen, zum Stadtkommandanten ernannt wurde. Wird aber die größere

Strenge, mit welcher Lüder gegen die Exzedenten verfahren wird, der um ſich greifenden Inſubordination ſteuern? So lange die Exzeſſe mißliebige Redakteurs oder Abgeordnete von der Linken trafen, ließen die Offiziere ſie geſchehen, wobei nicht ſelten ihr paſſives Verhalten den Verdacht erregte, daß ſie die eventuellen Urheber der Exzeſſe ſein möchten. Mag nun dem ſein wie ihm wolle, nachdem einmal die Geſetzübertretung nicht ihre angemeſſene Strafe fand, griff ſie bei verſchiedenen Regimentern um ſich, und wurde reichlich genährt durch das Beiſammenlegen und die Nichtbeſchäftigung der in den Lagern und an den Garniſonsorten zuſammengedrängten Soldaten, die auch darüber ganz beſonders unwillig ſind, daß man ſie, wie ſie meinen ohne gegründete Urſache, ihrer Heimath und ihrer gewöhnlichen Beſchäftigung entriſſen hat. Auch iſt nicht zu leugnen, daß die Parteinahme für und gegen die Reichsverfaſſung einzelne Bataillone deſſelben Heeres zu erbitterten Feinden gemacht hat, und daß wenn man ſonſt wohl zwiſchen Infanterie und Kavallerie fortdauernde Eiferſucht, die manchmal in offene Feindſeligkeiten ausbrach, beobachten konnte, dieſelbe ſich jetzt auf die verſchiedenen Regimenter derſelben Waffengattung ausgedehnt hat, indem ſchon die Verſchiedenheit der Farbe am Kragen zu Anfeindungen veranlaßt. Wird General Lüder allen dieſen Uebelſtänden abhelfen können? Die nächſte Sitzung der Kammer der Abgeordneten dürfte kaum vor Donnerstag anberaumt werden; bis dahin werden die theils nach Frankfurt theils ins Gebirge gereiſten Abgeordneten wieder eingetroffen ſein: ob dann das Miniſterium ſeinen Antrag auf Suspenſion der Pfälzer zurückziehen wird, oder ob die zurückgebliebene Kammerminderheit den guten Rath annehmen wird, den ihr Abel in der neuen Münchnerin gibt, den Paragraphen in der Verfaſſung der $^2/_3$ der in Loco Anweſenden zur Beſchlußfähigkeit verlangt, dahin zu interpretiren, daß als Anweſende nur ſolche zu betrachten ſeien, welche den animus zur Berathung und Beſchlußfaſſung haben, daß mithin auch möglicherweiſe die geringſte Minorität beſchlußfähig ſei. Das alles iſt noch unbekannt. Fortwährend ſpricht man übrigens von Mißhelligkeiten im Schooße des Miniſteriums und von dem Wunſche der Herren Forſter und Aſchenbrenner aus demſelben auszuſcheiden. Das Miniſterium fährt fort in ſeiner Rigoroſität gegen Beamte, welche einer ihm mißliebigen politiſchen Anſicht huldigen. So wurde erſt in den letzten Tagen ein Gerichtsarzt in Mindelheim, nur weil er einem Volksvereine vorſteht, quieszirt.

Pfalz. Das Amts- und Intelligenzblatt der „proviſoriſchen Regierung der Rheinpfalz" Nro. 4 enthält u. A. folgende Verkündigungen: 1) Dekret, das Verbot der Einbringung von Lebensmitteln und Fourage nach den Feſtungen Landau und Germersheim betreffend. 2) Dekret, die Einſetzung von Civil-Kommiſſären betreffend.

Es liegt uns (meldet die Speyerer Ztg.) von Bewohnern der Kantone Kandel, Germersheim, Dürkheim, Frankenthal und Neuſtadt ein Aufruf an die Pfälzer vor, nach welchem baldigſt eine Volksvertretung in der Weiſe geſchaffen werden ſoll, daß auf etwa 5000 Seelen ein Vertreter durch Urwahl gewählt werde, zugleich ſollen alle Parlaments- und Landtagsabgeordnete ſtimmberechtigte Mitglieder der Vertretung ſein und dieſe Vertretung ſofort mit der proviſoriſchen Regierung in Berathung treten. Die Speyerer Zeitung glaubt jedoch, daß die proviſoriſche Regierung ſelbſt die Sache in die Hand nehmen und dem Wunſche der Pfälzer nachkommen werde.

Kaiserslautern, 28. Mai. Die Pfälzer Studentenlegion fordert ihre Commilitonen in Deutſchland öffentlich auf, ſich unter ihrer Fahne zum Schutze der Reichsverfaſſung zu vereinigen.

A **Dresden**, 27. Mai. Unter den neuerdings Verhafteten ſind die ehemaligen Abgeordneten Juſtizamtmann Witzſchold in Wolkenſtein, Diakonus Damman in Lengefeld, Stadtrath Klette in Dresden, Gerichtsdirektor Gautſch in Roßwein, Dr. Theile von Langwitz; außerdem der hieſige Stadtrath Dr. Meinert, welcher noch nach beendigtem Aufſtande mit der Führung des Einquartierungsamtes beauftragt war. Steckbrieflich verfolgt wird ferner der ehemalige Abgeordnete Adv. Gruner von Roßwein. Dieſe Namen ergänzen die lange Liſte in Nr. 143 Ihrer Zeitung. Die bisherigen Reſultate der Unterſuchung werfen nicht den geringſten Schein des Verdachtes auf die zahlreichen von hier ausgewieſenen Polenfamilien. Dresden iſt bekanntlich ſeit alter Zeit ein vom polniſchen Adel ſehr geſuchtes Aſyl geweſen; in dieſen Familien herrſchte ein anmuthiger Ton geſelliger Sitte, welcher auf die höhern Kreiſe der Stadt zurückwirkte. Die „Gaſtfreundſchaft" der guten Stadt Dresden, von der die Gutgeſinnten jetzt ſo viel Aufhebens machen, beſtand in der Erlaubniß, ſtädtiſche und (nach zweijährigem Aufenthalt) Staatsabgaben zu entrichten, ſowie die Wohnungen und die Arbeiten der Handwerker höher zu bezahlen als irgend ein Einheimiſcher. Es iſt daher ſehr natürlich, wenn aus den verſchiedenſten zum Theil ſehr egoiſtiſchen Beweggründen die öffentliche Meinung, den an den Polen verübten Akt der Polizeiwillkür laut verdammt. Es ſcheint, daß es lediglich eine kollegialiſche Artigkeit iſt, die man dem Hrn. v. Hinckeldey in Berlin erweiſen wollte. Allgemeines Erſtaunen erregte hier die zuerſt durch die Deutſche Zeitung bekannt werdende Nachricht von der Abberufung der ſächſiſchen Abgeordneten aus der Paulskirche. Daß ſie erfolgen werde, wußte zwar Jeder; aber wer hätte ſich träumen laſſen, daß Sachſen ſo kühn ſein werde, der baieriſchen und hannover'ſchen Regierung den Rang ablaufen zu wollen?

♂ **Aus Baden**, 29. Mai. Aus dem am meiſten in die Bewegung hineingeriſſenen Theile unſeres Landes geben jetzt die Städte Mannheim, Karlsruhe und Raſtatt den weſentlichſten Stoff zu Berichten.

In **Mannheim** trat Sigel, ehemaliger Lieutenant, dann Flüchtling, jetzt Major, vom Pfingſtſonntag als Oberkommandant aller badiſchen Truppen, der Linie und Freiſchaaren auf, welche gegen die heranziehenden nichtdeutſchen oder preußiſchen Truppen am Rhein und Neckar aufgeſtellt ſind. Er redete die Soldaten und Freiſchaaren an und ſagte ihnen, daß er zwar ein jugendlicher Führer ſei, aber das Talent in ſich fühle, ein Armeekorps anzuführen. Der badiſche Landesausſchuß muß ihn wohl für jugendlich gehalten haben, denn der Reichstagsabgeordnete Raveaux iſt ihm als Hofmeiſter zur Seite gegeben. Am Schluß ſeiner Rede fragte er die Soldaten, ob ſie ihm folgen wollten; eine lautloſe Stille trat ein; erſt nach der zweiten Anfrage riefen Einzelne: „Ja." Uebrigens hört man, daß bei der bevorſtehenden Offenſive, die Sigel gegen die — wie man ſagt — von Mainz heranziehenden Preußen und Mecklenburger ergreifen will, die Offiziere die badiſche Grenze nicht überſchreiten wollen; die Soldaten aber ſagen: „Zuerſt ſollen die Freiſchärler anbeißen, dann wollen wir ſehen, was wir thun!" Es iſt zu erwarten, daß bei dem erſten Zuſammentreffen mit geregelten Truppen unſere Freiſchärler davonlaufen, und unſere Soldaten auch, oder daß letztere zu den Angreifern übergehen. Wenn dies Zuſammentreffen ſtattfinden wird, weiß man noch nicht. Oberſt Eichfeld, der mit Widerwillen ſeine Stellung annahm, wird als nicht energiſch und praktiſch genug bei Seite geſchoben. Sigel iſt jetzt Alles; im Miniſterium zu Karlsruhe präſidirt Struve in der Kriegsabtheilung. Sein militäriſcher Grundſatz iſt, mit ſeinen eigenen Worten geſagt: „Die Subordination muß für alle Zukunft bei dem Militärſtande verſchwinden; an ihre Stelle tritt die Aſſociation."

In Karlsruhe ſollen alle Kaſſen beinahe leer ſein; ſchon iſt die Militärwittwenkaſſe angebrochen; die Konfiſkation des Eigenthums der geflüchteten Familien ſteht in nächſter Ausſicht. Einzelne Regierungsmitglieder ſollen bedeutende Summen bei Seite geſchafft haben; doch hat die Karlsruher Bürgerwehr, wie man ſagt, ein wachſames Auge darauf. So viel iſt eben gewiß, in ganz kurzer Zeit iſt das Land ruinirt; Brentano kann ſich nicht mehr halten; Struve wird ſich an ſeine Stelle ſetzen; dann kommt die Publikation der Gütergemeinſchaft, wovon aber vorher die proviſoriſche Regierung das, was ihr gutdünkt, abziehen wird. Karlsruhe iſt voll von Freiſchärlern, mehr faſt als Mannheim und Heidelberg; es ſcheint, als trage der Landesausſchuß Sorge, durch dieſe Art von Leibwache die Bewohner Karlsruhe's ſtets in Furcht zu erhalten. Bezeichnend iſt ein Ausſpruch Brentano's: Er fürchte die Karlsruher Bürgerwehr nicht, wohl aber die rothen Republikaner. Ein Beweis, wie nah er ſich ſeinem Untergang fühlt, und wie gemäßigt er, im Vergleich mit Struve ꝛc. auftritt, da die Karlsruher bereits günſtig für ihn geſtimmt ſind. Eine Hoffnung beſteht darin, daß man die Extremſten zu entfernen ſucht. Blind geht nach Paris, Fröbel als badiſcher Kommiſſär in die Pfalz. Aber Struve iſt nicht zu entfernen. Eine andere Hoffnung, die man häufig genug, wenn auch ſchüchtern ausſpre-

chen hört, iſt die, daß die Preußen das Land von ſeinem Elende befreien mögen. Es iſt eine traurige aber natürliche Folge, daß Mancher froh wäre, ſtatt der deutſchen Reichsverfaſſung des Parlaments die oktroyirte von Preußen zu haben, hätte man nur wieder Ordnung, Ruhe und Sicherheit.

In Raſtatt ſcheinen die Soldaten der Infanterie nach und nach zur Disciplin zurückzukehren, die Artilleriſten aber nicht. Von frühern Offizieren ſind nur noch wenige da; in einigen Tagen werden auch dieſe fort ſein. Unter einer ſolchen Leitung des Kriegsminiſteriums kann kein Offizier bleiben. Die Wiedereinſetzung des Großherzogs, aller Beamten und Offiziere, ſowie Auflöſung und Neubildung des badiſchen Heeres erwartet man, weil man die Nothwendigkeit einſieht. Auch haben unſere Soldaten genug; ſie haben hinreichend gratis gegeſſen und getrunken, nun wollen ſie in Urlaub, in ihre Heimath. Die Wahlen zur konſtituirenden Verſammlung werden unter einem Terrorismus betrieben, deſſen man nicht einmal eine frühere Regierung in dieſem Maße zu beſchuldigen wagte. Wird die Sache nicht früher unterdrückt, ſo kann man die Proklamirung der ſozialen Republik mit Sicherheit von der Verſammlung erwarten.

Aus Baden wird der Darmſt. Ztg. folgender Werberuf mitgetheilt: „Kampfluſtige Männer! Wer geſonnen iſt, in dem Kampfe für die gute Sache der deutſchen Freiheit an den gefährlichſten Punkten einzuſtehen, wer entſchloſſen iſt, mit todtverachtendem Heldenmuth die feindliche Partei an jedem offenen Punkte anzugreifen, der wolle ſich der zu organiſirenden deutſch-ungariſchen Legion anſchließen, zu der ſich gegenwärtig ſchon viele entſchloſſene Ungarn, welche bisher von ihrem Vaterlande leider getrennt geweſen, gemeldet haben. Gemeinſam ſei unſer Wirken! Freiheit ſei unſer Ziel! Das Werbebureau iſt in der Infanteriekaſerne, Zimmer Nr. 13. Karlsruhe, 27. Mai 1849. Stephan Türr, Kommandant der zu organiſirenden Legion. v. Jovanovits, Hauptmann der ungariſchen Honveds.“

Mannheim, 29. Mai. Fünf würtembergiſche Soldaten ſind heute Morgen in Karlsruhe eingetroffen, mit dem offiziellen Auftrag, Namens ihrer Kameraden die badiſchen Soldaten zu begrüßen und die Verſicherung zu geben, daß das würtembergiſche Militär nicht nur nicht gegen Baden feindlich auftreten, ſondern auch im Falle der Noth mit den badiſchen Truppen vereint für die deutſche Verfaſſung kämpfen werde. (M. Z.)

♁ **Raſtatt**, 26. Mai. Der Austritt Gagerns und ſeiner Freunde aus dem Parlament hat bei den Gemäßigten hier einen ſchmerzlichen Eindruck gemacht. Oder geben ſie es für verloren? Wir ſtehen am Rande des Abgrundes, und die letzten Stützen verlaſſen uns, woran wir uns halten konnten. Denn das Reichsminiſterium giebt uns keinen Halt mehr. Die Ereigniſſe drängen ſich; man glaubt allgemein, daß Pfingſten für Würtemberg und Heſſen bringen werde, was wir bereits haben. Sonſt ſteht hier Alles noch beim Alten; nicht ſchlimmer, nicht beſſer. Wir können nur wünſchen, daß unſere Exekutivgewalt ſich halten möge; ihre Nachfolger würden minder mäßig ſein. Von den geflüchteten Staatsdienern ſind noch keine wiedergekehrt; aber die frühern Offiziere, die zur Erhaltung der Ordnung und des Vertrauens bisher bei den Regimentern geblieben waren, nehmen leider jetzt nacheinander ihre Entlaſſung. Mit ihnen geht die letzte moraliſche Stütze verloren. Der Landesausſchuß hat ſich noch nicht ausgeſprochen, ob er auch andere deutſche Truppen zur Beſetzung der Feſtung hier einläßt. Es iſt dies eine Frage von unendlicher Bedeutung, und ihre Entſcheidung wird das ſicherſte Zeichen ſein, in wie weit ſich der Ausſchuß auf reichsgeſetzlichem Boden halten will. Denn im letztern Falle müßten die Truppen ſolcher Staaten, welche die Verfaſſung anerkannt haben, unbedingt hereingelaſſen werden. Aber wir geſtehen, bei uns wagt jetzt ſchon keine Stimme der Mäßigung mehr laut zu werden, und wenn die Centralgewalt oder ein größerer deutſcher Staat gegen uns einſchreitet, wird die Flamme nur noch mehr angefacht. Wie man ſich hier für Alles vorbereitet und wie auch die Aufregung fortwährend unterhalten wird, dafür zeugt, daß die Bürgerwehr täglich exerciert, daß alle Wachen von ihr und der Linie gemiſcht bezogen werden, und die Gerüchte vom Angriff anderer deutſchen Truppen gegen die Feſtung ſich erhalten. Insbeſondere glauben Manche, die Preußen würden in würtembergiſcher Uniform kommen, um eher hereingelaſſen zu werden! Geſtern wurden mehrere gefangene Dragoneroffiziere hier eingebracht, welche die Eidesleiſtung verweigert haben. Sie entgingen der Mißhandlung mehrerer auf ſie losſtürzenden Kavalleriſten nur durch die äußerſte Anſtrengung des Gemeinderathes, und ſind jetzt einſtweilen in den Kaſematten untergebracht.

*** Vom Oberrhein, 26. Mai. In einem Vierteljahre ſind ſo viele Heirathsbogen und Heimathſcheine nicht verlangt worden, als ſeit 8 Tagen, um ſich dem erſten Aufgebot — zu entziehen. Faſt ein Dutzend Bürgermeiſter der obern Gegend wurden wegen Saumſeligkeit in Bewaffnungsſachen abgeſetzt. Der Bürgermeiſter in Lörrach verweigerte das Amt eines Civilkommiſſärs anzunehmen, weil er ſich nicht zum Spion gegen Beamte wolle gebrauchen laſſen. Die proviſoriſche Regierung verbreitet das Wühlen und wird bereits von ihren eigenen Blättern verdächtigt; ſie tröſtet ſich indeſſen mit dem, daß ſie das Stehlen und Todtſchlagen doch nicht proklamirt habe und Frankreich in der Nachbarſchaft liege. Alles druf!

* Nach dem Bericht eines Augenzeugen, ſagt das Frankf. Journ., war die Affaire bei Worms lange nicht ſo bedeutend, wie aus dem Bericht der Darmſtädter Zeitung hervorzugehen ſchien. Unſer Gewährsmann erzählte uns, daß die Brücke in Worms im Ganzen von ungefähr 300 Freiſchärlern beſetzt war, die ſich, nachdem ſie die Unzulänglichkeit ihres Widerſtandes eingeſehen, ſehr bald zurückzogen. Um 5 Uhr Morgens ſoll ſchon kein Mann mehr in Worms geweſen ſein. Auch zerfallen demnach die geſtern hier in Umlauf gekommenen Börſengerüchte, als hätten die heſſiſchen Truppen in Worms 300 Gefangene gemacht. Die in die Stadt geworfenen Bomben verurſachten keinen bedeutenden Schaden. Barrikaden waren nicht errichtet, wie ebenfalls falſche Gerüchte geſtern verkündeten. Das Militär zog gegen 8 Uhr Morgens ein und wurde bei den Bürgern einquartirt.

Hochheim, 29. Mai. Das in unſerer Gegend konzentrirte naſſauiſche Truppenkorps hat ſich dieſen Morgen nach Frankfurt und dem Oberland in Bewegung geſetzt. (M. Z.)

Schleswig, 26. Mai. Die deutſche Reichsarmee rückte am 6. Mai in Jütland ein; obgleich die Dänen der feindlichen Uebermacht gegenüber nirgends mehr Stand zu halten verſuchten, hat General Prittwitz gleichwohl es möglich zu machen gewußt, daß die deutſchen Truppen binnen 20 Tagen nicht weiter als acht Meilen in Jütland hineingekommen ſind. Wen kann es Wunder nehmen, daß das Gerücht allgemein ſagt, es habe durch dieſes langſame Vorrücken dem General Rye das Entkommen abſichtlich erleichtert werden ſollen. Das däniſche Corps unter Rye war am 7. d. M. nach der Affaire bei Gudſöe gänzlich abgeſchnitten und bei einer einigermaßen energiſchen Verfolgung hätte es nie die Küſte wieder gewinnen können. General Rye hatte ſich nach Skanderborg geworfen und ſich hier verſchanzt; wochenlang ließ man ihn hier ruhig ſtehen, und als endlich am 23. die preußiſche Diviſion von Horſens gegen Skanderborg vorrückte, waren die Dänen verſchwunden, hatten auch Aarhuus geräumt und ſich nach Randers geworfen. Skanderborg iſt nun vorgeſtern von den Preußen beſetzt; Aarhuus aber, der wichtigſte Punkt an der jütiſchen Oſtküſte, durch deſſen Beſetzung die däniſchen Inſeln von der direkten Verbindung mit dem größten Theil Jütlands abgeſchnitten wären, war noch vorgeſtern Abend nicht von deutſchen Truppen okkupirt, obgleich die Stadt nicht mehr von Dänen beſetzt war und ohne Widerſtand genommen werden konnte. Die preußiſche Avantgarde iſt eine Meile ſüdlich von Aarhuus vorläufig wieder ſtehen geblieben.

Unterdeſſen wächſt mit der traurigen Wendung der deutſchen Verhältniſſe auch die Verwirrung unſerer Angelegenheiten ins Unabſehbare. Das preußiſche Kabinet hat, wie wir aus guter Quelle erfahren, dem Reichsminiſterium erklärt, daß Preußen jetzt die Leitung des däniſchen Krieges übernehmen werde, weil die Reichsgewalt nicht mehr die Feſtigkeit und die Macht habe, Deutſchland nach Außen vertreten zu können. Die deutſchen Truppentheile aber, welche hier ſtehen, ſind lediglich nach Anordnung der Reichsgewalt hier eingerückt und ſtehen unter dem Befehl des Reichsgenerals. Wie die einzelnen Kontingente, wenn Preußen die Leitung des Krieges allein in die Hand nimmt, ſich dazu ſtellen, ob ſie ſich dem preußiſchen General ebenſo wie bisher dem Reichsgeneral unterordnen werden, ob nicht vielleicht die Reichsarmee in eine Reihe

von zuſammenhangloſen Truppentheilen auseinanderfällt, das läßt ſich ſchon vorherberechnen. Schon jetzt hören wir, daß unter dem badiſchen Bataillon die aufgeregte Stimmung, die durch die kraftloſe Kriegführung genährt und zum äußerſten Mißtrauen geſteigert wird, zu dem Beſchluſſe geführt haben ſoll, dem General Prittwitz zu erklären, daß man wohl gegen die Dänen kämpfen; aber nicht länger ſich nutzlos in Gegenden herumführen laſſen wolle, wo kein Feind zu finden iſt. Aber nicht allein den Krieg, auch die Friedensunterhandlungen übernimmt Preußen unabhängig von der Reichsgewalt und dieſe wird es, fürchten wir, energiſcher betreiben, als den Krieg. Während in London ſcheinbar noch im Namen des Reichs unterhandelt wird, hat Preußen das däniſche Kabinet aufgefordert, einen Bevollmächtigten zu direkten Unterhandlungen nach Berlin zu ſenden. Schon iſt Hr. v. Reetz dort eingetroffen, und ſeine Inſtruktion ſoll dahin lauten, als Baſis das bekannte letzte däniſche Ultimatum, welches die Einverleibung Schleswigs enthielt, zu beanſpruchen. Um Preußen die Nachgiebigkeit gegen Dänemark zu erleichtern, muß Rußland gleichzeitig erklären, daß es ſeine Flotte an die ſchleswig'ſche Küſte auslaufen laſſen wolle. So wird Preußen den Frieden abſchließen, ohne viel darnach zu fragen, woher es das Recht hat für Deutſchland zu unterhandeln. Das Miniſterium Manteuffel kümmert ſich nicht viel um das Recht, wenn es die Macht hat. — Wir machen hier uns täglich mehr mit dem Gedanken vertraut, daß wir ſelbſtſtändig für uns allein den Krieg gegen Dänemark werden fortzuführen haben; — vorausgeſetzt, daß Preußen dies erlaubt. Wir ſind hier vollkommen einig und von dem beſten Muthe beſeelt und Dänemark wird ſeinen Willen gegen uns nicht durchſetzen, wenn nicht das Miniſterium Manteuffel ſeiner fluchwürdigen Politik die Krone aufſetzen will, indem es ein deutſches Land gebunden dem Reichsfeind überliefert. Unſer Miniſter des Auswärtigen, Hr. v. Harbou iſt heute zum General Bonin in's Lager vor Fridericia gereiſt. Orla Lehmann, welcher bisher auf dem Schloſſe Gottorff, ohne bewacht zu werden auf ſein Ehrenwort gefangen ſaß, hat geſtern ſein Ehrenwort zurückgenommen und iſt deshalb im Laufe der verfloſſenen Nacht auf die Feſtung Rendsburg abgeführt worden.

Großbritannien.

***London**, 26. Mai. Die Times enthielt vor einigen Tagen folgendes närriſche Schreiben: „An den Herausgeber der Times. Sir! Da ich ein geborner Römer, mithin ein Italiener bin, und da mich Lord Brougham und ſeine Kumpane gröblich beleidigt haben, ſo gebe ich hiermit kund, daß es meine Abſicht iſt, ein Duell zu haben, um meine und meines Landes Ehre wieder herzuſtellen, und da er ein engliſcher Edelmann iſt, ſo hoffe ich, er wird die Forderung nicht ausſchlagen. Ich werde zum andern Male Ihnen ſehr verpflichtet ſein, wenn Sie in Ihrer weit verbreiteten Zeitung dieſe Zeilen veröffentlichen wollen, und habe zum andern Male die Ehre, zu bleiben, Sir, Ihr gehorſamſter Diener. Giacomo Manzoni, Miniſtro delle Finanze della Republica Romana. Leiceſter-Square, 24. Mai." Man weiß nicht, ob die Times ſich hiermit wiſſentlich einen Spaß erlaubt hat, was doch mit dem ernſthaften Weſen dieſer Zeitung wenig in Einklang ſtehen würde, oder ob ſie ſich myſtificiren ließ, was doch, bei dem Inhalt und der Form des Briefes, noch weniger anzunehmen iſt. Jedenfalls hat ſie ſich zur Verbreiterin eines etwas boshaften Scherzes hergegeben. Geſtern brachte Lord Brougham dieſe Angelegenheit vor die Lords, die er davon in Kenntniß ſetzte, daß Giacomo Manzoni ſofort an ihn geſchrieben und jede Theilnahme an dem von der Times veröffentlichten Schreiben abgeleugnet habe. Man mag ſich denken, wie erboſt der alte Herr war! Um ſeinem Zorne eine Ableitung zu geben, eiferte er weiterhin aufs redſeligſte gegen den zweiten Beſuch, den einige hundert Engländer demnächſt, und zwar am Eröffnungstage der neuen Kammer, in Paris abzuſtatten gedenken. Im Hauſe der Gemeinen fand eine „Unterhaltung" über das traurige Kapitel des iriſchen Elends ſtatt. Die Anregung hierzu gab Hr. H. Herbert durch ſeine an Lord J. Ruſſell gerichtete Frage, ob es wahr ſei, daß, wie neulich in den Zeitungen berichtet worden, eine Familie aus Hunger Theile eines vom Meere ans Land geſpülten menſchlichen Leichnams verzehrt habe? Lord J. Ruſſell antwortete, daß die Regierung über dieſen Fall Unterſuchungen veranſtalten laſſen werde. Im Fortgange dieſer Unterhaltung kamen noch andere Thatſachen zur Anzeige, z. B. daß in Ballinrobe mehr als 700 Familien ohne alles Obdach wären, daß im Armenarbeitshauſe zu Ballinaſloe im Laufe einer Woche 490 Perſonen durch Fieber und Cholera hingerafft worden ſeien. Zu einem Ergebniß führte dieſe Konverſation jedoch nicht. Hierauf bewilligte das Haus mehrere Geldforderungen für das Heerweſen.

Die Bibliothek O'Connell's wird jetzt auf dem Wege öffentlichen Verſteigerung losgeſchlagen, und zwar zu möglichſt niedrigen Preiſen. Der Standard ſagt: „Auf dieſe Bände, in denen er ſo häufig ſtudirte, und die durch ſeine Anmerkungen bereichert und durch ſein Autograph werthvoll gemacht ſind, findet ſich jetzt kaum ein Bieter! Das iſt iriſche Popularität!" Bloß iriſche?

Den 24. Mai wurde in Birmingham ein Meeting gehalten, um den gegenwärtigen Zuſtand Ungarns in Betracht zu ziehen und ſich für die ungariſchen Freiheitskämpfer zu erklären. Die Verſammlung war ſehr zahlreich beſucht. Es wurde beſchloſſen, die Sache der Ungarn durch jedes einem neutralen Volke erlaubte Mittel zu fördern, und zugleich eine Geldſammlung eröffnet, zu welcher Zeichnungen in Birmingham angenommen werden. Es verdient erwähnt zu werden, daß General Bem vier Monate lang im rothen Löwen zu Birmingham ſeine Wohnung hatte.

Das radikale Parlamentsmitglied, J. Duncombe, Allen durch ſeine gegen die Verletzung des Poſtgeheimniſſes gehaltenen ſchönen Reden erinnerlich, erſchien nach faſt zweijähriger Bruſtkrankheit geſtern zum erſten Male wieder im Unterhauſe. Er war ſehr heitern Gemüths, obſchon er noch etwas angegriffen ausſah und ein wenig hüſtelte. Seine Geſinnungsgenoſſen, aber auch mehrere Mitglieder der Regierung, ſchüttelten ihm aufs herzlichſte die Hand.

Frankreich.

* **Paris**, 28. Mai. Endlich, trotz aller ſchlimmen Prophezeihungen iſt die Legiſlation ohne alle Störung zuſammengetreten. Das ſchöne Wetter, der Pfingſtmontag, haben eine größere Anzahl von Blouſenmännern in die Umgebungen des Sitzungspalaſtes gelockt als gewöhnlich. Die Gruppen verhielten ſich aber vollkommen ruhig. Nur im Augenblick, wo Lagrange ſich der Brücke nähert, umringen ihn die Arbeiter mit dem Rufe „es lebe Lagrange! es lebe die Amneſtie! es lebe die Republik mit allen ihren Folgen!" Man bemerkt nicht die geringſte Entfaltung militäriſcher Streitkräfte auf den Straßen, aber die Wache der Verſammlung iſt verdoppelt. Um 12 Uhr 1/4 beſteigt der Alterspräſident Keratry, der ſich als ſolcher ſchon in der geſtern gehaltenen vorbereitenden Sitzung ausgewieſen hatte, den Präſidentenſtuhl; die jüngſten Mitglieder ſind am Sekretärstiſch, unter ihnen Kommiſſäre, Feldwebel bei den Jägern von Vincennes in Uniform ohne Epauletten. Die zwei andern Feldwebel ſitzen auf den unterſten Bänken des Berges, ebenfalls in Uniform; Boichot iſt ein Mann von etwa 30 Jahren. Man hatte behauptet, daß alle Deputirten vom Rhone und Unterrhein-Departement in Blouſen erſcheinen werden, aber wenn dieſer Plan je beſtanden hat, ſo iſt er aufgegeben worden, denn man bemerkte nicht eine Blouſe. Marſchall Bugeaud ſitzt auf dem Platze des nicht erwählten Garnier Pages auf der erſten Bank der Linken. Nach einer halben Stunde, während welcher ſich die Abgeordneten in einzelnen Gruppen unterhalten hatten, erhebt ſich der Präſident, um eine kleine Rede zu halten: er dankt ſeinen Wählern, welche ihm in ſeinem vorgerückten Alter noch die Ehre verſchafft hätten, der erſten geſetzgebenden Nationalverſammlung zu präſidiren und hofft, daß es ihm gelingen werde dieſelbe in den regelmäßigen Gang ihrer Geſchäfte einzuleiten. Er kündigt hierauf an, daß fünf Vertreter Krankheitshalber einen Urlaub verlangt hätten, daß er die Vertheilung in Ausſchüſſe durchs Loos beſtimmen werde, und daß er die Vertreter auffordere, ſich anfangs nur mit den unbeſtrittenen Wahlen zu beſchäftigen. Odilon Barrot erbittet nun das Wort: Nach der Konſtitution iſt die Verſammlung von Rechtswegen zuſammenberufen; es bleibt alſo der ausübenden Gewalt nichts übrig, als das Faktum zu konſtatiren. Sobald die Verſammlung konſtituirt ſein wird, wird die Regierung derſelben eine vollſtändige Auseinanderſetzung der politiſchen Lage vorlegen. Um 1 1/2 Uhr erklärt der Präſident die Sitzung für aufgehoben.

Die darauf vorgenommene Verlooſung im Ausſchuſſe iſt für die Gemäßigten ſehr günſtig ausgefallen: ſie haben in ſämmtlichen die Mehrheit. Das ergeben die Präſidentenwahlen. Es ſind gewählt die Herren Mole, Broglie, Bedeau, Honin de Panat,

Thiers, Mauguin, Cavaignac, F. Arago, Bugeaud, Dupin, Remuſat, Bauchard, und Baroche.

Die Kandidaten zur Wahl des definitiven Präſidenten der Verſammlung ſind Dupin u. A. für die Rechte, Ledru-Rollin für den Berg. Es wäre möglich, daß noch ein dritter Kandidat von derjenigen Fraktion der Verſammlung aufgeſtellt würde, die im Begriff iſt, ſich zwiſchen den beiden Extremen zu bilden. Dieſe Dreitheilung der Verſammlung hat ſich nach den Vorberathungen in den Parteiklubs herausgeſtellt. Der Klub rue Poitiers, hat Hrn. Molé zu ſeinem Präſidenten und Hrn. Leon Faucher zu ſeinem Vicepräſidenten erwählt.

Etwas Sicheres über die Bildung des neuen Miniſteriums läßt ſich noch immer nicht melden. Doch ſcheint die Kombination Barrot-Dufaure über die Bugeaud-Fallour-Faucher zu ſiegen. Die Einigung zwiſchen Bugeaud und Dufaure ſoll daran geſcheitert ſein, daß Dufaure das Miniſterium des Innern für ſich verlangte, während Bugeaud es ſchlechterdings Hrn. Matthieu de la Redorte geben wollte.

Die Courſe ſind wieder etwas geſtiegen. Die 3 pCt. ſchloß 53,55; die 5 pCt. 83,45; Bankaktien 2210.

Spanien.

*** Madrid**, 23. Mai. Herr Mon hat einen neuen Zolltarifentwurf den Kortes vorgelegt. Er ſtellt als Grundlage ſeines Syſtems auf, daß die Artikel, deren Fabrikation in Spanien nicht einheimiſch iſt, einen Eingangszoll von 15 bis 20 pCt., und daß die Artikel, welche einheimiſchen Produktionen Konkurrenz machen, einen Eingangszoll von 25 bis 60 pCt. bezahlen. Der lange Katalog der verbotenenen Artikel in den gegenwärtigen Tarifen wird auf einige Kunſtprodukte beſchränkt.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Aus Lemberg ſchreibt man, daß bereits zu Wundern Zuflucht genommen wird, um dort die magyariſch-polniſche Sache zu fördern. In der Kreisſtadt Brzezan, in der dortigen polniſchen Pfarrkirche hat ſich das Marienbild dem Anblick der Menſchen zu entziehen angefangen, beſonders, damit es kein Ruſſine ſehen könne, weil die Ruſſinen die Sache des Kaiſers gegen die Magyaren und Polen verfechten. Die ruſſiniſche Feſtlichkeit am 15. Mai (zur Feier der Robotaufhebung) hat bereits in Lemberg ſtattgefunden; eine ungeheure Menge Volkes aus allen ruſſiniſchen Gegenden Galiziens war da verſammelt.

Krakau, 21. Mai. Eine ähnliche ruſſiſche Polizei, wie die in unſerer Stadt bereits organiſirte, mit einer angemeſſenen Gensd'armen-Abtheilung, ſoll überall hinter den ruſſiſchen Armeen einherſchreiten, und langſam auf allen größeren Orten Galiziens ihre Zelte aufſchlagen und zum Theile ſchon aufgeſchlagen haben; der Zweck derſelben iſt wohl weſentlich, der in Ungarn kämpfenden Polen nach Bezwingung des Magyarenlandes habhaft zu werden und an Ort und Stelle über deren Loos zu entſcheiden.

(K. Bl. a. B.)

Agram, 20. Mai. Das Fremden- und Preßgeſetz iſt bereits im Drucke erſchienen und Letzteres den hieſigen Redaktionen amtlich zugeſtellt worden. Beide Verordnungen lauten in ihrer urſprünglichen Faſſung und tragen die Unterſchrift des Banus, welcher ſich nun zum erſtenmale als „Diktator" unterzeichnet hat.

(C. Bl. a. B.)

Italien.

*** Genua**, 23. Mai. Briefe aus Toskana melden, daß die Oeſterreicher am 21. in Florenz eingerückt ſind (?)

*** Parma**, 22. Mai. Geſtern iſt ein Dekret Carls des II. von Bourbon publizirt worden, in welchem derſelbe zu Gunſten ſeines Sohnes Carls III. abdankt. Carl III. nimmt von ſeinen Staaten kraft des Erbrechts Beſitz und beſtätigt die proviſoriſche Militärregierung bis zur Wiederherſtellung der Ordnung. Bologna iſt in Belagerungszuſtand erklärt, die Nationalgarde aufgelöſt und entwaffnet, die Preßfreiheit aufgehoben und die päpſtlichen Farben an die Stelle der Nationalfarben geſetzt worden.

*** Rom**, 20. Mai. Das Korps Garibaldi's befindet ſich auf den Höhen von Velletri, wo es ſich mit den Neapolitanern auf das Hartnäckigſte ſchlägt (?). Die Franzoſen werden morgen oder übermorgen angreifen (?), da die Bedingungen des Herrn v. Leſſeps nicht angenommen worden ſind. Garibaldi iſt durch einen Kourier zurückberufen worden.

Ungarn.

A. Z. C. Uebereinſtimmende Berichte melden, daß die Stimmung im magyariſchen Heere plötzlich umgeſchlagen hat. Die Huſaren, welche mit der Republik nicht einverſtanden ſind und ihren alten König wollen, deſertiren haufenweiſe oder verweigern wenigſtens das Leiſten des neuen Eides. In Debreczin fand am 14. Mai eine große Feierlichkeit Statt. In der Hauptkirche trat die Nationalverſammlung zuſammen. Koſſuth wurde als Regierungspräſident beeidet und ließ dann durch den Sekretär des Hauſes, Stephan Goroſe, die Miniſter beeiden. Der Zuzug der Polen nach Ungarn ſoll von allen Seiten ſehr ſtark ſein. Die meiſten Studenten haben Lemberg verlaſſen und ſuchen als Bauern verkleidet, über die Gebirge nach Ungarn zu kommen.

Preßburg, 24. Mai. Der Uebergang der Kaiſerlichen über die Waag beſtätigt ſich. Die Ungarn haben ſich faſt überall zurückgezogen und die Kaiſerlichen ſind in Szered, Tapolcsan, Neuſtadl und Neutra. Von bedeutenden Gefechten in jenen Gegenden hört man nichts, obſchon die Ungarn in faſt unglaublicher Anzahl ſich in den nordweſtlichen Komitaten zuſammengezogen haben. Die meiſten Punkte der Schüttinſel ſind ebenfalls in den Händen der Kaiſerlichen, und nur die nächſten Ortſchaften um Komorn beherbergen noch die Inſurgenten.

Von Eſſeg melden Briefe vom 18. Mai, daß die dortigen Flüchtlinge aus dem Batſcher Comitat dem Banus ihre Aufwartung gemacht, und von ihm die Verſicherung erhalten hätten, daß ſein Korps zum Ausmarſch vollkommen gerüſtet ſei, früher jedoch nicht operiren könne, als die Offenſiv-Bewegungen bei Preßburg beginnen. (Allg. Z.)

Ein Wiener Korreſpondent der Allg. Z. erwähnt eines Gerüchtes, wonach Deak gegen die in Debreczin beſchloſſene Losreißung Ungarns von Oeſterreich zu Gunſten des letztern eine Kontrerevolution hervorgerufen habe, für welche ſich bereits mehrere Komitate erklärt hätten. Derſelben Quelle entnehmen wir, daß der Schaden, den Peſth durch das Bombardement gelitten, auf 3 bis 4 Mill. fl. an Gebäuden (man zählt 32 mehr oder minder ſtark beſchädigte Häuſer) und Waaren angeſchlagen wird.

Dem Gerüchte von einem durch die Weigerung der magyariſchen Truppen ermittelten Verſuche Dembinski's in Galizien einzudringen, wird vermuthlich von magyariſcher Seite mit Beſtimmtheit widerſprochen. Nach einem längſt abgeſchloſſenen Plane werde eine Invaſion in Galizien mit keinen andern Kräften als den polniſchen Lancierregimentern gemacht werden.

In Peſth iſt am 15. Mai alle Kommunikation mit Ofen aufs Strengſte verboten worden; eine andere Verordnung, unterzeichnet von Schweidler, Gen. (magyar. Militärkommandant von Peſth) und dem Regierungskommandanten Dan. Iranyi, eifert gegen die eigenmächtige Mißhandlung der Leute, die für Spione gehalten werden, und befiehlt, die der Spionerie Verdächtigen ohne die geringſte Beleidigung zur ſtädtiſchen oder Militärbehörde zu geleiten. Wer gegen dieſe Verordnung handelnd irgend Jemanden feſtnimmt und ſich an ſeiner Perſon oder an ſeinem Eigenthum vergreift, wird als Dieb und Räuber vor's Standrecht geſtellt. Die Auswanderung dauert fort, und die Flüchtlinge werden, wie man aus einer dagegen erlaſſenen Kundmachung erſieht, von den Bewohnern der Umgegend auf das Herzloſeſte geprellt. Aus mehreren Privatberichten, ſagt der „öſterreichiſche Korreſpondent", ſtellt ſich heraus, daß die Koſſuth'ſche Partei jetzt die katholiſche Geiſtlichkeit zum Gegenſtande ihrer Verfolgung gewählt hat. Daß der alte Pfarrer Mericzay in der Waitznerdiözeſe auf Befehl des ungariſchen Häuptlings Damianics am Charfreitage erſchoſſen worden, haben die öffentlichen Blätter berichtet; nach Privatberichten ſoll dieß Loos auch den Pfarrer von Koka und noch einige katholiſche Seelſorger getroffen haben, ſo daß die Zahl der Hingerichteten fünf oder ſechs betragen ſoll. Der Archidiakonus und Pfarrer von Saros, Andreas Kraszuyansky wurde gefangen, an ein Roß gebunden und mußte mit dem Pferde trabend laufen. Er wurde nach Kaſchau gebracht, ob er noch lebt, weiß man nicht. Den Franziskaner Pater Chryſoſtomus, Profeſſor zu Eperies, hat der Schreck über die erduldeten und zu erduldenden Mißhandlungen getödtet. Die Zahl der in den Karpathen eingefangenen katholiſchen Geiſtlichen ſoll ſich auf dreißig belaufen. Die Urſache des Haſſes iſt vorzugsweiſe darin zu ſuchen, daß die katholiſchen Seelſorger ſich weigerten, von der Kanzel herab die Anrufe an das Volk zu verkündigen, die Koſſuth am Schluß des vorigen Jahres kurz vor dem Einrücken der kaiſerlichen Truppen erließ. Aus der Wojwodowina melden Privatbriefe, daß Perczel Pancova verlaſſen hat, wie vermuthet wird, um ſich gegen Siebenbürgen zu wenden, auf welches, laut einer officiell in Orsova angelangten Meldung, am 18. ein Angriff von 4 Seiten ſtattfinden ſollte. (C. Bl. a. B.)

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Verhandlungen der Reichsverſammlung vom 30. Mai. Truppenbewegungen). Wien (Rückkehr des Kaiſers. Der Feldzug in Ungarn. Vermiſchte Nachrichten. Erſtürmung von Ofen). Berlin (Pfingſtfeſt. Der Prinz von Preußen). Königsberg (Die Stadtverordneten. Die Parteien. Hr. Flottwell). München (Wechſel im Kriegsminiſterium). Stuttgart (Der König). Reutlingen (Die Verſammlung der Volksvereine). Crailsheim (Volksverſammlungen). Mannheim (Truppen gegen Worms. Ein badiſch-pfälziſcher Geſandter nach Paris. Rückberufung der Truppen aus der Rheinpfalz). Freiburg (Verhaftung). Darmſtadt (Der Kampf bei Worms). Worms (Die Beſetzung der Stadt). Mainz (Truppenbewegungen).

Großbritannien. London (Ankunft Abercrombie's. Das Entlaſſungsgeſuch des Gouverneurs von Kanada abgeſchlagen).

Italien. Rom (Verwerfung der franzöſiſchen Vorſchläge). Turin (Der Herzog von Genua Regent). Bologa (Einzug Grozkowsky's.

Frankfurter Börſenbericht (Vom 30. Mai.)

Nachſchrift.

Verhandlungen der Reichs-Verſammlung.

Vom 30. Mai.

Tagesordnung. 230. öffentliche Sitzung.

Berathung über den vom Dreißiger-Ausſchuſſe in Betreff des Antrags auf Verlegung der Nationalverſammlung zu erſtattenden Bericht.

Auf Namensaufruf antworten 130 Mitglieder. Die Sitzung wird daher gegen 11 Uhr Vormittags durch den Präſidenten Hrn. Theod. Reh eröffnet. Ausgetreten ſind die Herren v. Hennig, Schlüter, Köbler. Neueingetreten iſt Hr. Hohlfeld aus Löbau (Sachſen). Von mehreren hannoveriſchen Abgeordneten (Ahrens aus Salzgitter und Genoſſen) kommt heute noch eine Verwahrung gegen die Abberufung durch die königlich hannöveriſche Regierung zur Verleſung.

Hr. Buß aus Freiburg verlangt Berichterſtattung von Seiten der auf Anlaß der Verſammlung nach Baden entſendeten Reichskommiſſäre.

Hr. Giskra will über dieſe Sendung — als Begleiter der Herren Chriſt und Zell — Auskunft ertheilen, wenn er ſich zuvor mit den beiden Reichskommiſſären darüber verſtändigt hat. Es ſoll dies je nach dem Beſchluſſe des Hauſes in der morgenden oder in einer außerordentlichen Sitzung geſchehen.

Herr Wolf aus Breslau erhält das Wort zu einer perſönlichen Bemerkung. Herr Vogt habe in der Sonnabendſitzung mit Schmutz, Koth und Entrüſtung um ſich geworfen, und allerdings auf der Tribüne keinen Namen genannt, auf Auffordern aber erklärt, daß er mit dieſen Aeußerungen allerdings ihn (Hrn. Wolf) gemeint. Die verlangte Genugthuung habe er ihm dennoch verſagt, und „ſo bleibe ihm denn nichts übrig, als dieſe Vogt'ſchen Auslaſſungen als gemeine Schimpfereien" — Tumult, „Herunter!" Präſidentenklingel und geſchärfter Ordnungsruf, unter welchem Hr. Wolf erklärt, daß ihm das ganz gleichgültig ſei.

Für den Dreißiger-Ausſchuß, ſtellt ſodann Herr Vogt den Antrag: Die nächſte Sitzung findet auf Einladung des Bureau's, in Stuttgart ſtatt. Dorthin ſind die auf Urlaub abweſenden Mitglieder des Hauſes bis 4. Juni einzuberufen, ferner iſt die Centralgewalt in Gemäßheit des Geſetzes vom 28. Juni 1848 einzuladen ſich in Stuttgart einzufinden, desgleichen die Bevollmächtigten der verfaſſungsanhänglichen Staaten.

Die Dringlichkeit dieſes Antrags wird anerkannt und ein Gegenantrag des Hrn. von Reden auf Vertagung der Berathung über den Gegenſtand abgelehnt. Die Debatte eröffnet ſodann Herr Gförer aus Freiburg: Frankfurt iſt eine Reichs-, es iſt die alte Kaiſerſtadt, es liegt auf der Grenzſcheide des nördlichen und füdlichen Deutſchland, eine Summe unſerer wichtigſten geſchichtlichen Erinnerungen knüpfen ſich an Frankfurt. Die Verſammlung verliert ihren allgemeinen, ihren deutſchen Charakter, wenn ſie Frankfurt verläßt. Gegen die Ueberſiedelung nach Stuttgart aber lege ich feierlichen Widerſpruch ein, als geborner Würtemberger und als deutſcher Abgeordneter. Es iſt wahr, dies Haus hat das Recht, ſeinen Sitz zu verlegen wohin es will. Allein nach Stuttgart? Nicht eher bis eine Einladung der Gemeinde von Stuttgart und eine Einladung auch von dem Könige von Würtemberg eingetroffen. Ich will nicht, daß Stuttgart karlsruhiſirt werde! (Bewegung) Ja, das Land, wo ich ſeit einigen Jahren Aufnahme gefunden — Baden — hat in den letzten Jahren unermeßliches Unglück gehabt. Ein ſolches Schickſal will ich Würtemberg erſparen. Bleiben wir hier. Halten wir treulich aus, ſtehen wir Einer für den Andern ein — bewahren wir dieſe Verſammlung, aber trennen wir ſie nicht von Frankfurt.

Hr. Hagen aus Heidelberg: Wir wollen mit der Ueberſiedelung nicht Norddeutſchland aus dem Auge verlieren, wir wollen nur eine feſte Stellung gewinnen. Die Auswanderungsfrage iſt eine rein taktiſche. Wir wollen in Würtemberg einen Kern- und Mittelpunkt bilden für die 29 verfaſſungsanhänglichen Staaten. Eine Bewegung wie in Baden und der Pfalz iſt deßhalb nicht in Würtemberg zu befürchten. Die Durchführung der Reichsverfaſſung iſt der einzige Zweck und auf dem Wege des Geſetzes wollen wir vorwärts gehen, ſo lange es möglich iſt. Daher auch die Einladung an die Centralgewalt, daß ſie uns nach Stuttgart folge. Seit wir (von der Linken) die Mehrheit in dieſem Hauſe bilden, haben wir die mäßigſten, die beſonnenſten Maßregeln ergriffen, um das Vorurtheil zu widerlegen, als könnten wir nur übergreifend und überſtürzend zu Werke gehen.

Herr Ludwig Uhland: Wie das Vorparlament, wie der Fünfziger-Ausſchuß ihre Sitzungen in Frankfurt hielten, ſo hat Deutſchland ſeine Vertreter gerade hierher geſandt. Sie ſind nicht berechtigt, Frankfurt ohne Noth zu verlaſſen und dieſe Noth iſt nicht da. Der Redner hebt darauf die centrale Lage der Stadt, die Unabhängigkeit und die Kleinheit ihrer Staatsverhältniſſe hervor, die weſentlich die Verſammlungszwecke begünſtigen. Wir dürfen es nicht verlaſſen. Denn eine Schwenkung würden wir damit machen, keine Eroberung. Auch die verminderte Zahl der Verſammlung iſt ein Grund, den Herr Uhland gegen die Verlegung ſprechen läßt. Denn der vorgeſchlagene Beſchluß würde ſie noch weiter ſchmälern, ſo daß die deutſche Vertretung dann auf einen ganz ungenügenden Körper zuſammen ſchrumpfte. So und im Allgemeinen nur will ich mich gegen die Verlegung erklären, ohne meinen beſonderen Gefühlen Worte zu geben, daß ich nämlich die Verlegung für mein ſchwäbiſches Vaterland nicht für heilſam halten kann.

Hr. Ludwig Simon: Die Centralgewalt entzieht ſich der Pflicht, die Verfaſſung durchzuführen, ſie zieht Truppen zuſammen, um mit abſoluter Willkür und abſoluten Mitteln die Ordnung wieder herzuſtellen. Was haben uns die Verſprechungen Heinrich v. Gagerns genützt? Nachdem einer ſeiner „Freunde" Schmerling ins öſterreichiſche, ein anderer „Freund" Baſſermann ins preußiſche Lager übergegangen, bleibe nur noch ein dritter Freund zu einer ähnlichen Handlungsweiſe übrig, der von Preußen zum Generallieutenant und von dem Reichsminiſterium zum Oberbefehlshaber ernannte Herr v. Peucker. Ich finde unſern Zuſtand unerträglich. Er muß geendet werden, und das kann man nur durch die Verlegung. Verfügen Sie ſie nach dem Vorſchlage des Ausſchuſſes. Artikel X. des Geſetzes vom 28. Juni verpflichtet die Miniſter zum Erſcheinen und Auskunftgeben in der Verſammlung. Auf dieſen Artikel ſtützen wir unſere Forderung, daß uns das Reichsminiſterium nach Stuttgart folge und dort Auskunft ertheile, ob es ein abſolutes Miniſterium bleiben will, oder nicht. Was hat uns bis jetzt die Zuſtimmung der 29 Verfaſſungsſtaaten geholfen? Nichts; denn die Folgen dieſer Zuſtimmung, wenn ſie ehrlich gemeint war, ſind uns verſagt worden. Selbſt in Würtemberg unter dem Miniſterium Römer herrſcht nur ein gewiſſer freiheitsfreundlicher Particularismus. Einer Einladung bedürfen wir nicht, denn wir verlangen nichts für unſere Perſon, nur für die Sache. Wir verſehen uns günſtiger Aufnahme und redlicher Unterſtützung von den biedern Schwaben und lieber dort zu Grunde gehen, als hier in Frankfurt. Blicken Sie auf die Lage Europas, auf den großen Völkerprozeß, bei dem Deutſchland unthätig bleiben ſoll. Dieſe Schande ſchneidet mir ins Herz. Es iſt wahr, das Mittel iſt ſchwach, aber es iſt das letzte Mittel. Greifen Sie dazu! Dem Muthigen hilft das Glück! (Beifall.)

Herr Venedey iſt gegen die Verlegung. Zwar, wohin die Verſammlung immer gehen möchte, ich würde ihr folgen. Allein noch fühle ich mich nicht unfrei in Frankfurt, trotz aller Truppen, die man darum umherzieht. Sollte der Sitz der Verſammlung verlegt werden, ſo müßte es nach vorwärts geſchehen, nicht rückwärts. Die Einheit Deutſchlands haben wir zu vertreten. Wir gefährden ſie, wenn wir unſern Platz verlaſſen, um uns nach Stuttgart zu wenden.

Herr Moriz Mohl: Hier iſt jeder Schimmer von Hoffnung verſchwunden. Von feindlichen Truppen umgeben, eine feindliche

Centralgewalt neben uns, können wir hier nichts ausrichten. Wir müſſen Frankfurt verlaſſen. Daß keine Einladung aus Stuttgart eingetroffen iſt, darf Sie nicht beirren. Würtemberg hat ſich der Reichsverſammlung unterworfen und jeder Würtemberger fühlt, daß mit der deutſchen auch die würtembergiſche Freiheit verloren wäre. Die Einladung aber, daß uns die Centralgewalt begleite, iſt entweder nicht ehrlich gemeint, oder ſie iſt ein Unſinn. Stimmen wir für den Antrag des Ausſchuſſes aber mit Auslaſſung dieſes Punktes.

Hr. Venedey: Verzeihen Sie, daß ich etwas vergeſſen. Allerdings bin ich nicht ohne Vorſchläge für unſere hieſige Wirkſamkeit. Wir wollen auf dieſer Tribüne fechten bis auf den letzten Augenblick; wir wollen von ihr aus Anklage erheben gegen das Reichsminiſterium, gegen jeden Hochverrath an der deutſchen Sache.

Hr. Henkel aus Kaſſel: Die Truppen, die uns umgeben, ſtehen unter dem Befehle der Centralgewalt, ſie ſind Reichstruppen. Nur durch einen unerhörten Gewaltſtreich wäre es möglich, uns mit ihnen anzugreifen. Dergleichen iſt nicht zu erwarten. Unſere Vollmacht lautet nach Frankfurt. Die Bewegungen Süddeutſchlands ſind republikaniſch. (Zur Linken:) Widerſprechen Sie wie Sie wollen, republikaniſch und liederlich ſind dieſe Bewegungen und im Norden würde uns eine Ueberſiedelung in den Süden moraliſch vernichten, denn man würde glauben, wir wollten dieſen Bewegungen zum Mittelpunkte dienen. Auch irren Sie ſich, wenn Sie meinen, Deutſchland vom Süden aus zu erobern. Dagegen iſt meine Ueberzeugung, daß wenn wir nur Geduld haben, die Verfaſſung doch noch durchgeſetzt wird, auch die uns jetzt feindlichen Regierungen werden bald auf dieſelbe zurückkommen, wenn ſie einſehen, daß ſie nichts zuſammenzuoktroyiren vermögen. Erhalten wir dieſe Verſammlung dem Vaterlande als die letzte Rettungsbrücke. Ich habe gegen die Austrittserklärungen proteſtirt, ich proteſtire gegen eine Verlegung, die uns aus einer Nationalverſammlung in einen Klub verwandeln würde.

Hr. Schoder aus Stuttgart iſt der Anſicht, wir zerſtören die Nationalverſammlung, wenn wir hier ſitzen bleiben und Beſchlüſſe faſſen, denen die Centralgewalt Hohn ſpricht. Blieben wir, ſo müßten wir die Centralgewalt durch eine andere erſetzen. In Würtemberg dagegen furchte ich nicht, daß uns die Regierung ihre Unterſtützung für unſere Maßregeln verſagte — und wollte ſie es, ſie könnte es nicht. Die Perſonen, die an der Spitze des Staates ſtehen, ſind durch ihr politiſches Ehrgefühl an uns gebunden. Hier werden wir auseinander getrieben und kommen dann nicht wieder zuſammen. Das einzige Mittel uns zu erhalten iſt vielmehr, daß wir in beſchlußfähiger Anzahl nach Stuttgart gehen. Daß keine Einladung erfolgt iſt, darf Sie nicht über die Stimmung des würtembergiſchen Volkes täuſchen, welches vielmehr Ihre Ankunft dringend wünſcht.

Hr. Eiſenmann aus Nürnberg: Der Weg den das beſte deutſche Herz, der Weg den mein Uhland geht, kann nicht der ſchlechte ſein. Damit erklärt ſich der Redner auf das Entſchiedenſte für das Verbleiben auf dem neutralen und unabhängigen Boden Frankfurts. Wir heben folgende Wendung aus ſeinem Vortrage hervor: „Die Reaktion unterſcheidet nicht zwiſchen rechts und links. In Berlin, verſichert mir ein über die dortigen Verhältniſſe wohl unterrichteter Mann in unſerer Mitte, unterſcheidet man nicht zwiſchen Schlöffel und Heinrich von Gagern!" (Heiterkeit). Auch ſein eigenes Lebensſchickſal führt Hr. Eiſenmann zum Beweiſe an, wie der Abſolutismus die konſtitutionellen Beſtrebungen mit gleicher Härte verfolgt wie die demokratiſchen. Wir werden alle gleich verantwortlich ſein für die Maßregeln dieſes Hauſes. Auch er erblickt nur den Verluſt des Vertrauens in Deutſchland und die offene Spaltung in der Auswanderung nach Stuttgart. Dagegen ſei ein breiter Wirkungskreis für die Verſammlung zu gewinnen, wenn man die Oberhauptsfrage, deren Beſtimmungen ohnehin wider den Willen der jetzigen Mehrheit dieſes Hauſes in die Verfaſſung gekommen, als eine offene, vom nächſten Reichstage zu erledigende erkläre, dann werde man Baiern, Sachſen — alle konſtitutionellen Staaten Deutſchlands für ſich haben.

Hr. Vogt: Wenn dieſe Verſammlung noch irgend eine Wirkſamkeit ausüben will, ſo iſt es unmöglich, daß ſie hier bleibe. Das konſtitutionelle Prinzip wird von dem Miniſterium mit Füßen getreten und wir haben keine Mittel, es zur Unterwerfung zu zwingen. Das iſt die Schuld der Lage, in der Sie hier bleiben. Die verfaſſungsfreundlichen Regierungen fallen eine nach der andern von uns ab. So Mecklenburg. Die preußiſchen Schlingen haben ſich enger und enger um uns zuſammengezogen. Die Aktenſtücke liegen Ihnen jetzt vor, daß Preußen durch Uſurpation nach der Oberherrſchaft ſtrebt, daß es zu ihr hinſchreiten will ſelbſt über die Leiche ſeines abſoluten Bundesgenoſſen von früher: der Centralgewalt. Wir müſſen im Süden Deutſchlands einen feſten Punkt gewinnen. Gäbe das zu einer Trennung Veranlaſſung — von wem ginge ſie aus? Von uns etwa, die wir die Bewegung Süd-Deutſchlands ein ganzes Jahr niedergehalten, die wir ein ganzes Jahr gerungen und kein Opfer geſcheut haben, — ſelbſt nicht das erbliche Kaiſerthum — um den Norden und Süden zu verſchmelzen und die gegenſeitigen Forderungen auszugleichen! Ja, wir wollen den Süden zu einer Veſte der Freiheit machen, und wenn wir auch den Norden von da aus nicht erobern, ſo wollen wir ihm doch Reſpekt einflößen. Wir ſind entfernt von dem Gedanken, die Einmiſchung des Fremden in unſere deutſchen Angelegenheiten zu wünſchen. Aber den Anſtalten des Abſolutismus gegenüber müſſen wir im Süden der Freiheit ein letztes Plätzchen und einen Ort ſuchen, wo wir den Völkern die Hand reichen, deren Unterſtützung uns unſere Freiheit und unſer Recht vertheidigen helfen kann. Das iſt mein letztes Wort: Wenn Sie nicht im Stande ſind, ſich der Bewegung in Süddeutſchland zu bemeiſtern, ſo ſind Sie werth, daß dieſe Bewegung über Ihre Köpfe geht. (Beifall.)

Die Abſtimmung erfolgt hierauf durch Namensaufruf und zunächſt über Punkt 1) des Ausſchußantrags: daß die nächſte Sitzung der Reichsverſammlung im Laufe nächſter Woche auf Einladung des Vorſtands in Stuttgart Statt finde. Angenommen mit 71 gegen 64 Stimmen. 4 Mitglieder enthalten ſich des Votums. Im Wege gewöhnlicher Abſtimmung wird ſodann gleichfalls angenommen: 2) das Bureau hat ſofort durch einen Aufruf ſämmtliche abweſende Mitglieder, ſo wie die Stellvertreter der ausgeſchiedenen bis zum 4. Juni nach Stuttgart einzuberufen; 3) die Centralgewalt wird in Gemäßheit und zur Ausführung des Art. 10 des Geſetzes vom 28. Juni 1848 aufgefordert, ſich ungeſäumt nach Stuttgart zu begeben; 4) die Bevollmächtigten derjenigen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, werden in Ausführung des Beſchluſſes vom 26. Mai eingeladen, ſich ebenfalls in Stuttgart einzufinden.

Präſident Hr. Theodor Reh: Ich ſprach bei Uebernahme meines Amtes die Anſicht aus, daß ich die Reichsverſammlung hier auf dem Boden ihres guten Rechtes und kein Hinderniß ihrer Wirkſamkeit in Frankfurt erblickte. Sie haben ſo eben einen Beſchluß gefaßt, der dieſer Anſicht direkt widerſpricht, einen Beſchluß der nicht motivirt iſt, da die Gründe noch fortbeſtehen, die früher obwalteten, Gründe des Vertrauens auf den Reichsverweſer, auf den Schutz der Stadt Frankfurt. Der Beſchluß iſt aber auch unheilvoll für Deutſchland — Widerſpruch und Unterbrechung. Der Präſident bittet, ihm dies Wort zu geſtatten, denn es ſolle die folgende Mittheilung motiviren, und es ſei ſein letztes — er verwirrt die Verhältniſſe, er entzieht der Verſammlung die Sympathien Norddeutſchlands. Mit dem Wunſche, daß ſeine Befürchtungen durch die Thatſachen widerlegt werden möchten, mit dem Verſprechen, daß ihn die Gefahr des Vaterlandes ſtets an der Arbeit zur Rettung finden werde, legt Hr. Reh ſein Präſidentenamt ſofort nieder. (Bewegung in verſchiedenem Sinne.)

Hr. Buß: Nicht da, wo die Auswandernden ſind, ſondern hier bei den in Frankfurt Ausharrenden wird das Parlament ſein.

Auch die Schriftführer HH. Jucho und Makowiczka legen ihre Aemter nieder. Andere Abgeordnete geben theils Erklärungen gegen die Verlegung zu Protokoll, theils halten ſie ſich das Protokoll zu ſolchen offen.

Der erſte Vicepräſident Hr. Löwe aus Calbe dagegen, der den Vorſitz übernommen hat, bemerkt — nachdem ſämmtliche Urlaubsgeſuche, die heute zur Anmeldung kommen, von der Verſammlung abgeſchlagen worden ſind, — daß er die nächſte Sitzung, und in Stuttgart anſagen, für die Ueberſiedelung des Bureaus Sorge tragen und der Regierung von Würtemberg ſowie der Gemeinde Stuttgart Anzeige von der Ankunft der Verſammlung machen werde.

Mit dem Wunſche, die nächſte Sitzung in Stuttgart ſo zahlreich beſucht zu ſehen, als die heutige, entläßt Herr Löwe die Verſammlung. Die 230ſte iſt mithin die letzte Sitzung des verfaſſunggebenden deutſchen Parlaments in Frankfurt und in der Paulskirche geweſen!

Frankfurt, 30. Mai. Geſtern Abend iſt mit dem Bahnzug von Mainz ein zweites Bataillon mecklenburger Infanterie angelangt, von dem hier liegenden Generalſtab und dem Muſikkorps des 38. preußiſchen Regiments durch die Stadt geleitet worden und ſofort nach Offenbach marſchirt, wo daſſelbe bis auf Weiteres Quartier bezogen hat. Das geſtern früh hier vorbeipaſſirte mecklenburger Gardebataillon iſt nicht nach der badiſchen Grenze abgegangen, ſondern in Langen, der nächſten Station auf der Straße nach Darmſtadt, einquartiert worden, um in den nächſten Tagen hierher verlegt zu werden und einen Theil unſerer Beſazzung zu bilden. Im Lauf des heutigen Tages werden 4 Schwadronen mecklenburgiſcher Dragoner hier erwartet. Heute in der Frühſtunde hat uns die letzte hier noch befindlich geweſene Abtheilung großherzoglich heſſiſcher Chevaurlegers und reitender Artillerie verlaſſen, um nach der heſſiſch-badiſchen Grenze abzugehen.

(O. P. Z.)

△ **Wien**, 25. Mai. Der Kaiſer kam heute früh in Schönbrunn an; er legte die Reiſe von Warſchau auf der Eiſenbahn in dem kurzem Zeitraume von 25 Stunden zurück. Der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg traf ſchon geſtern Abend hier ein, hatte heute früh bereits eine Konferenz in der Oktroyirungsfrage mit dem preußiſchen General Canitz und iſt heute Mittag in Begleitung des Kriegsminiſters Cordon und des ruſſiſchen Generals Berg nach Preßburg abgegangen.

△. **Wien**, 26. Mai. Seit drei Tagen iſt hier wieder das Gerücht verbreitet, Ofen ſei mit Sturm genommen und der tapfere Kommandant der Feſtung, Oberſt Hentzi, ſchwer verwundet. Was an der Sache wahr iſt, kann man um ſo weniger erfahren, als alle offiziellen Berichte ausbleiben. Auf der Inſel Schütt haben ſich die Inſurgenten bis zwei Meilen vor Komorn zurückgezogen und dort in der Gegend des Dorfes Szakoles ein Lager von 10 bis 12,000 Mann aufgeſchlagen, das in Verbindung mit Komorn ſteht. In der Richtung von Raab ſtehen unſere Vorpoſten bis Hochſtraß.

* **Wien**, 26. Mai. Es hieß, daß Kaſchau von den k. k. und Hermannſtadt von den ruſſ. Truppen beſetzt worden ſei. Die unterm 24. d. mitgetheilte Zuſchrift, die der Banquier Baron Sina am 13. d. von der ung. Regierung erhalten haben ſoll, wonach deſſen Herrſchaft Trentſchin in Ungarn der Gräfin Czaky zum Geſchenke gemacht worden, entbehrt allen Grundes. E. H. Franz Carl und E. H. Sophie werden heute Abend in Schönbrunn erwartet. Die F. M. Lts. Theodorovich, bisheriger Corpskommandant und Baron Trebersburg, Feſtungskommandant in Eſſegg, wurden penſionirt. Der geweſene Reichstagsdeputirte Dr. Violand, deſſen Aſſentirung und Zutheilung zur Marine bereits gemeldet worden war, iſt vom Trieſter Gubernium unter Hindeutung auf die Majeſtätsentſchließung vom 29. Juli 1836 als nicht militärpflichtig erklärt worden. In Tyrol herrſcht ſeit einiger Zeit unter den Landleuten Unzufriedenheit wegen des Verbots Tabak zum eigenen Gebrauch zu bauen, und wegen der eingeführten Getränkſteuer, deren Entrichtung in Paſſeyr verweigert wurde. Den Unter-Innthalern iſt jetzt der Tabakbau zum eigenen Gebrauch geſtattet und eine durchgreifende Aenderung der Getränkeſteuer in nahe Ausſicht geſtellt worden.

⚲ **Wien**, 26. Mai. Ofen wurde am 22. von den Magyaren erſtürmt. Man leugnet und verheimlicht es hier, aber diesmal ſcheint es wahr zu ſein und ſogar von der Militärbehörde geglaubt zu werden. Sonſt iſt nichts von Belang auf dem Kriegsſchauplatze vorgefallen. Der Rückzug der Magyaren iſt ein freiwilliger und kombinirter; er geſchieht auf der ganzen Linie und in Ordnung. Geſtern hieß es die Ruſſen ſeien in Kaſchau, was aber nicht beſtätigt wurde. Das Silber iſt heute auf 20½ pCt. geſtiegen.

Lith. Korreſp. **Berlin**, 28. Mai. Etwas Neues von Belang iſt nicht zu melden. Die Aufregung, die die neulichen Verhaftungen hervorgerufen haben, hat der Pfingſtluſt Platz gemacht. Die öffentlichen Orte ſind in einer Weiſe von Gäſten gefüllt, wie nie vorher. Vor dem Palais des Prinzen von Preußen ereignete ſich geſtern Vormittag ein Vorfall, der in der Stadt viel von ſich reden macht. Der Wagen des Prinzen hielt vor dem Palais, und eine Gruppe von etwa 50 Neugierigen umgab denſelben. Der Prinz trat aus dem Palais und grüßte, wie es Prinzen und Prinzeſſinnen hier ſtets zu thun pflegen, in militäriſcher Form. Obgleich der Gruß nicht erwiedert wurde, ſo wiederholte der Prinz denſelben dennoch, als er in den Wagen geſtiegen war und dieſer abfuhr. Auch diesmal erfolgte kein Gegengruß. Plötzlich hält der Wagen, und der Prinz winkt einem Mann aus der Menge, die den Wagen umſtanden hatte, zu ſich heran. Dieſer, dem Anſehen nach ein Handwerker, näherte ſich, die Cigarre im Munde und nur den Hut ein wenig lüftend, dem Wagen. Mit ſichtlich unterdrückter Heftigkeit redete ihn der Prinz an: „Ich habe zweimal gegrüßt, können Sie nicht danken? Daß mir ſo Etwas nicht wieder vorkomme!“ Der ſo Angeredete entgegnete: er halte es damit nach ſeinem Belieben, Niemand könne ihn zum Gegengruß zwingen. Der Wagen fuhr hierauf weiter. Ein Fall der Art ereignet ſich nur ſelten, weniglens in Berlin. Selbſt in den Zeiten der größten politiſchen Aufregung während des verfloſſenen Sommers wurde das höfliche Entgegenkommen, an das man hier von Seiten der Mitglieder der königlichen Familie hauptſächlich durch den Einfluß, welchen König Friedrich Wilhelm III. auf ſeine nächſte Umgebung übte, gewöhnt iſt, von der Bevölkerung ſtets freundlich aufgenommen.

⤫ **Königsberg**, 25. Mai. Unſer Oberpräſidium hatte gegen die Beſchlüſſe des Städtetages eine Art Verwahrung eingelegt, indem es erklärte, die Unterſchriften gälten nur für die einzelnen Perſonen, die nicht als Vertreter der Gemeindebehörden, welche ſie abgeſandt, zu betrachten. Hiergegen haben ſich unſere Stadtverordneten wiederum verwahrt. Sie wollen, daß ihre Vertreter ſie wirklich vertreten hätten. Königsberg iſt in politiſchen Dingen ſchroff geſpalten. Der Bürgerſtand iſt vorherrſchend demokratiſch, die Militär- und Civilbeamten ſind konſervativ und haben einen Schweif von mehreren Tauſend aus den andern Volksklaſſen, die vom Preußenverein ſchwarz-weiß gefärbt ſind. Eine gemäßigte Partei iſt kaum vorhanden. Auf dem Lande iſt der Edelmann gut preußiſch, wenn nicht gar gut ruſſiſch geſinnt, der wohlhabende Bauer in manchen Gegenden ſtark demokratiſirt. Handel und Wandel liegen in unſerer Provinz kläglich darnieder. Schon lang waren wir zu Lande von Rußland und Polen abgeſchnitten und jetzt iſt nun auch die See verſchloſſen. Unſere Schiffe faulen, das Seevolk treibt ſich müſſig umher; eine Zahl Matroſen iſt nach Swinemünde abgegangen, um auf der Flotte zu dienen. Der Prinz Adalbert hat einen Aufruf zur Meldung ergehen laſſen. Hr. Flottwell iſt hier angekommen, um die kommiſſariſche Verwaltung des Oberpräſidiums zu übernehmen. Er iſt Landeskind, hier geboren und erzogen. Er hat bei Uebernahme ſeines Amtes einen Aufruf erlaſſen, worin es heißt, die Verfaſſung ſchütze jetzt die Rechte des Landes. Die Verfaſſung ſchützt das Land! Wer ſchützt aber die Verfaſſung?

* **München**, 28. Mai. Der Kriegsminiſter, General v. Leſuire, iſt abgetreten und der bisherige Stadtkommandant General Lüder an ſeine Stelle ernannt worden. Oberſt Heß iſt an des Letztern Stelle zum Stadtkommandanten ernannt.

* **Stuttgart**, 29. Mai. Ein halboffizieller Artikel im Schw. M. widerlegt das Gerücht, als gedenke der König das Land zu verlaſſen.

* Die Verſammlung der Volksvereine in Reutlingen hat nachſtehende Forderungen an die Regierung geſtellt: „1) Ungeſäumte Anerkennung und thatkräftige Durchführung des reichsgeſetzlich bereits beſtehenden Bündniſſes mit allen Reichsländern, alſo auch mit Baden und mit der Rheinpfalz. 2) Unverzügliche Rückberufung der Truppen aus ihrer Angriffsſtellung an der badiſchen Grenze und Verweigerung des Ein- und Durchmarſches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfaſſung beeidigt ſind, insbeſondere Nichteinlaſſung von ſolchen Truppen in die Feſtung Ulm. 3) Alsbaldige Bewaffnung des ganzen Volkes, um jeden Angriff der Reichsfeinde beſtehen und jeden deutſchen Bruderſtamm gegen dieſelben ſchützen zu können. 4) Sofortige öffentliche und feierliche Beeidigung des Heeres, ſowie aller weltlichen und geiſtlichen Beamten. 5) Amneſtie für alle politiſch Angeſchuldigten oder Gefangenen.“

Reutlingen, 27. Mai. Die heutige Verſammlung war von 49 Oberämtern und von 202 Volksvereinen beſucht. Becher präſidirte. Von Baden waren Fickler und Hoff anweſend und forderten zur Unterſtützung der badiſch-deutſchen Sache auf. Die Abgeordneten vom ſchwäbiſchen Oberlande und vom Schwarzwalde ſprachen ſich am radikalſten aus. Die heutige Verſammlung hatte einen entſchieden deutſchen, ſchwarz-roth-goldenen, aber keinen ungeſetzlichen oder rothen Charakter. Von den 61 Vertrauensmännern, die die Wünſche der hieſigen Verſammlung der Kammern der Abgeordneten und dem Miniſterium überbringen ſollen, wurden

№ 147. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 30. Mai 1849.

Ueberſicht.

Reaktion oder Revolution?

Manifeſt der deutſchen Demokraten im Ausland.

Deutſchland. Wien (Die Verhandlungen über die deutſche Frage. Welden's Proklamation an die Ungarn). Aus der Pfalz (Die Militärkommiſſion. Entlaſſung von Beamten. Die Stimmung des Landvolks). Dresden (Die Gefangenen. Schärfere Handhebung des Belagerungszuſtandes).

Frankreich. Paris (Die Haltung der Journale. Miniſterialgerüchte. Marraſt's Rede. Die Flotte nach Ancona).

Portugal. Liſſabon (Karl Albert. Die Kortes. Das Diario di Governo. Streit des engliſchen Geſandten mit der Regierung. Trauriger Zuſtand in den Provinzen).

Italien. Turin (Das Verhalten Ramorino's bei der Hinrichtung.)

Reaktion oder Revolution.

*Vom Rhein, 27. Mai. Es gibt außer den Gründen zum Schweigen, die ich Ihnen letzthin anführte, und die zum Theil nur mich perſönlich berührten, noch einen höhern Grund von ganz allgemeiner Bedeutung. In dem Kampfe, der nun zwiſchen Reaktion und Revolution entbrennt, ſind die Elemente ſo gemiſcht, daß an eine Parteinahme für einen Vernünftigen, der über ſich ſelber Herr iſt, nicht zu denken iſt. Republik und Monarchie ſtehen ſich gegenüber; man iſt gegen jene für dieſe Sache; für die Menſchen kann man auf keiner Seite ſein. Die vom Volk eigenmächtig gegebene und die von einigen Fürſten oktroyirte Verfaſſung treten gegeneinander; aber noch exiſtirt die Eine nicht, und es fragt ſich, ob ſie zu Stande kommen, und wie ſie dann beſchaffen ſein wird. Wäre ſie gegen jedes Erwarten ſo, wie es die famoſe telegraphiſche Depeſche nach Elberfeld verſprach, ſo würde man leicht für ſie ſein, obwohl gegen ihre Urheber, und dort für die Urheber, obwohl von ihrem Werk weniger erbaut. Auf keine Seite tritt man mit vollem Herzen; daher hängt auch in den Beſtrebungen beider in Bewegung geſetzter Theile der Erfolg nicht von der Sache, nicht von den Verdienſten und dem Werthe der Träger, ſondern von den Fehlern der entgegengeſetzten Seite ab. Es handelt ſich um die größere oder kleinere Gewaltthat hier und dort, und um den größeren oder kleineren Unverſtand im Verfolgen der Zwecke, die auf beiden Seiten gleich verwerflich ſind — wie möchte man für Eine Seite ſeine Wirkſamkeit einſetzen? Sie könnten mir als einen Einwurf gegen meinen Entſchluß des ſchweigenden Beobachtens entgegenhalten: es ſei noch intereſſanter, ſtatt Betrachtungen über politiſche Berathungen eines geſetzgebenden Körpers, Muthmaßungen über den Gang der Thatſachen zu hören; und gerade dem Unbetheiligten komme es zu, und ſei es leichter, die Züge zweier gleich verzweifelter Spiele zu beurtheilen, und die Wahrſcheinlichkeiten der Erfolge zu berechnen. Ich glaube auch dieſen Grund für eine weitere Betheiligung bei der politiſchen Preſſe abweiſen zu können. Die Entſcheidung des Kampfes, der jetzt bei uns geführt wird, hängt nicht mehr von uns, ſondern von außer uns liegenden Ereigniſſen ab. Wäre es alſo auch möglich, den Stand unſerer heimiſchen Verhältniſſe, der Wirkungen und Gegenwirkungen beider kämpfenden Parteien richtig zu ſchätzen, ſo wird das doch ſchwerer, ſobald die Einflüſſe äußerer Dinge, die wir ſo nahe nicht kennen, mit in Rechnung gebracht werden müſſen. Da, wo nun bei uns der nächſte Zuſammenſtoß droht, läßt ſich eine lange Reihe von Berechnungen gegenſeitig ziehen: es wird ſchon ſchwer ſein, zu ſagen, wo die größere Chance des Erfolges liegt; wäre dieß aber auch noch ſo leicht, ſo wird dieſer Erfolg keineswegs in ſich ſelber geſichert ſein. Daß die Bewegung in Baden und der Pfalz niedergeſchlagen werde, iſt zur größten Wahrſcheinlichkeit zu erheben. Geht man mit einem genügenden Heere zuerſt in der Pfalz vor, um die Reichsfeſtung zu ſichern; dringt man dann in Baden von allen Seiten zugleich ein, um das ganze Neſt deſto ſicherer diesmal auszuheben; erklärt man das Land in Kriegsſtand und führt ſeine Entwaffnung durch; ſtreut man unter die Invaſionstruppen die Meinung aus, daß es um eine Theilung des Landes zwiſchen Baiern, Würtemberg und Heſſen gelte, ſo wird man willige Truppen und gute Erfolge haben können; in einigen Wochen wird man ohnehin in Baden die Folgen der neuen Beglückung inne geworden ſein und man wird ſich nach dem alten Zuſtande mit neuer Einſicht zurückſehnen. Vorausgeſetzt immer, daß bis zu dem Zeitpunkte der Invaſion die Umgebung Badens in Ruhe bleibt. Stellt man ſich aber auf den entgegengeſetzten Standpunkt, ſo iſt wieder dieſe Vorausſetzung mit der größten Wahrſcheinlichkeit zu nichte zu machen. Setzt die linke Seite der Nationalverſammlung, wie es ihr alle ihre Antecedentien zur Pflicht machen müßten, Leib und Leben auf's Spiel, verlegt ſie den Reichstag nach Karlsruhe oder Stuttgart, ſchreibt ſie ergänzende Volkswahlen durch ganz Deutſchland aus. nimmt ſie die Rolle des Konvents an ſich, verſtärkt ſie ſich durch Mäßigung und durch Talent, weiß ſie dem Vorwand der Reichsverfaſſung mehr und mehr den Schein des Ernſtes zu geben, rückt ſie mit Rieſenverſammlungen von Diſtrikt zu Diſtrikt vor, organiſirt ſie einen Guerillakrieg nicht allein für die Vertheidigung, ſondern auch zum Angriffe, ſo iſt bei der herrſchenden Stimmung gar nicht abzuſehen, welche glänzende Erfolge ſie erlangen könnte. In einem großen Theile von Würtemberg und in Franken iſt alles für die Fortpflanzung reif. Das Ehrgefühl hat in der Nation gezündet und empört ſich über die ſchnöde Mißhandlung des mühſelig vollendeten Verfaſſungswerkes und die unverantwortliche Verſcherzung des beginnenden inneren Friedens; und dieſe Elaſticität iſt auf alle Fälle ein ſchätzbarer Erwerb, den die Nation dem letzten Jahre verdankt. Wägt man nun die Wahrſcheinlichkeiten des Erfolges der Unterdrückung oder des Widerſtandes auf beiden Seiten, ſo ſieht man wohl, daß alles auf die Menſchen ankommt, die zu handeln haben: denn ſelten ſtand wohl über den Schalen eines Kampfes die Zunge der Wage ſo ſenkrecht und ohne Neigung nach der einen oder der anderen Seite. Wäre aber auch da oder dorthin ein Erfolg bereits entſchieden, ſo würde dennoch die große Frage der Bewegung in Deutſchland nicht hier, ſondern in Ungarn entſchieden werden. Gelänge es dort, den Ruſſen einen großen Schlag beizubringen und den Aufſtand nach Polen zu werfen, ſo möchte Preußen zuſehen, wie es ſich ſelber ſchützte. Das deutſche 1791 hätte begonnen. Gelingt es umgekehrt, die ungariſche Empörung raſch niederzuwerfen, dann wird dieß für die große Bewegung der 40er Jahre daſſelbe bedeuten, was der Fall von Warſchau für die der 30er Jahre bedeutete. Dort hängen unſere Schickſale. Auf ſie kann eine Schreiberfeder in Frankfurt keinen Einfluß haben. Man könnte höchſtens ſeine Sympathien ausdrücken. Auch da aber würde man ſich in demſelben Zwieſpalte finden, den ich oben bezeichnete. Handelt es ſich um Ungarn, wer möchte dem Fall des deutſchen Oeſterreichs mit Freude zuſehen? wer aber möchte auch den Fall der ungariſchen Rechte und Freiheit unter ruſſiſchen Waffen wünſchen? Handelt es ſich um unſere deutſche Bewegung, ſo werden ſich die materiellen Intereſſen mit großem Gewichte den ideellen gegenüber werfen und die Nation in Antipathien und Sympathien theilen. Fragt mich Jemand, wohin man ſich vernünftigerweiſe neige, und von welcher Seite her ein beſſerer Ausgang früher zu erwarten ſei, ſo will ich mit einer beſtimmteſten Antwort nicht zurückhalten. Es iſt meine innerſte Ueberzeugung, daß wenn ſich die deutſchen Regierungen nicht noch ſchleunigſt beſinnen und umlenken, das Heil Deutſchlands, im Großen und Ganzen geſehen, beſſer gedeihen wird, wenn die Bewegung noch einmal das ganze Vaterland ergreift. Ich verleugne in dieſem Votum jedes kleinliche Intereſſe, denn mich perſönlich hat zunächſt die badiſche Erhebung nicht wohlthuend berührt. Ich ſehe in dieſem Votum von den Trägern der Bewegung und ihren Werkzeugen ab, von denen die Einen am tiefſten in meiner Verachtung, die Andern in meinem Abſchen ſtehen. Ich ſehe in dieſem Votum von den materiellen Intereſſen ab, weil mir die ideellen viel höher ſtehen, die grade Alle zu Gunſten der Bewegung ſprechen. Sieht man die Sache von moraliſcher Seite an, ſo iſt es nur gerecht, wenn den Hochmuth des preußiſchen Regiments, die Laxheit des preußiſchen Volks, das muthwillig frevelhafte Spiel mit dem Glück, der Ruhe und Befriedigung Deutſchlands, den Undank gegen die Reichsverſammlung, die die deutſchen Throne gerettet hat, wenn die Unverbeſſerlichkeit und Verſtocktheit der größeren deutſchen Fürſten die empfindlichſte Strafe ereilt. Sieht man die Lage aus vaterländiſchem Geſichtspunkte an, ſo iſt die Ehre der Nation höchlich dabei intereſſirt, daß eine ſo große verſprechende Erhebung und die angeſtrengte Arbeit dieſes Jahres nicht mit einer reaktionären Farce endige, und daß nicht einige unbeliebte Menſchen das Werk vernichten dürfen, zu dem Deutſchlands beſte Kräfte mitgewirkt haben. Legt man endlich den kalten politiſchen Maßſtab an, ſo iſt leicht einzuſehen, daß ein Sieg der Reaktion bei dem ungemeinen Aufſchwung des politiſchen Geiſtes in Deutſchland nur eine Galgenfriſt für uns, nur eine kurze Vertagung der Revolution iſt. Jeder wird zugeben, daß dann die erſte Revolution, wenn ſie über jeden Widerſtand leicht Meiſter wird, die unſchäd-

lichere iſt, und daß eine ſchwere Nothwendigkeit leichter zu ertragen, wenn ſie erſt eingetreten iſt und wenn ihr Ende bevorſteht als wenn ihr Anfang immer aufs Neue droht. Die Anarchie frißt ſich ſchneller auf als die Reaktion; die Republik wird uns zu einem geläuterten Monarchismus führen, während die Reaktion ihn aufs Neue verdirbt. Die wüſten Zuſtände, die uns die Bewegung jetzt vor Augen ſtellt, wird die Reaktion nur für den Augenblick beſeitigen, für die nächſte Zukunft ſtellt ſie ſie uns in höherem Maaße in erneuerte Ausſicht. Warum ſollte man den einmal begonnenen, den unvermeidlichen Durchgang durch dieſe Uebel nicht lieber gleich vollenden? Träte jeder mit dieſer Anſicht der Bewegung zu, ſo würde ſich ihr ſchlimmer Charakter ſchnell mildern und andere Leiter würden an ihre Spitze treten; das Correktiv für ihre Ausartung würde bald gefunden und der Weg zur Ordnung zurückgebahnt werden. Die Ehre der Nation würde gerettet, ihre Einheit gegründet, ihre Freiheit geſichert, der dynaſtiſchen Oppoſition ein Ende gemacht und jener ärgſten deutſchen Schmach, der Frechheit und dem Sklavenſinn der Berliner Obſcuranten, endlich einmal der Kopf zertreten werden.

Manifeſt der deutſchen Demokraten im Ausland.

) Bern, 22. Mai. In dem Augenblicke, wo die deutſchen Demokraten, welche ſich bisher in der Schweiz aufhielten, maſſenweiſe, obwohl unbewaffnet und mit der Poſt, nach Baden eilen, um dort revolutioniren zu helfen, wo ſelbſt naturaliſirte Deutſche, welche einen Staatspoſten bekleiden, wie Schüler, Amt und Stelle verlaſſen, um ſich den Reihen der deutſchen Revolutionskämpfer anzuſchließen, wo Becker aus Biel, ein Hauptführer der Partei, zum Oberkommandanten der geſammten badiſchen Bürgerwehr ernannt worden iſt, und Heinzen ſein Zelt in Karlsruhe aufgeſchlagen hat, in einer ſolchen Zeit gewinnt das obengenannte, eben veröffentlichte Aktenſtück um ſo mehr Bedeutung, als Jedermann die verwegene Entſchloſſenheit dieſer Leute und den innigen Zuſammenhang der über ganz Europa verbreiteten, wohl organiſirten Propaganda kennt. Das vorliegende Manifeſt, mit welchem die deutſchen Demokraten im Auslande die Fortſetzung ihrer revolutionären Thätigkeit einleiten wollen, iſt nach ihren eigenen Worten nicht ſo ſehr der Ausdruck einer Privatanſicht als der Geſammtüberzeugung der ganzen Partei und als ſolcher in gemeinſamer Berathung ſchließlich feſtgeſtellt worden. Die dem Ganzen zu Grunde liegenden leitenden Gedanken ſind folgende: Die Februar- und Märzrevolution, deren Errungenſchaften jetzt glücklicherweiſe gänzlich zertrümmert ſind, waren alle zuſammen durchaus unklar, halb, inkonſequent; der neugebornen Freiheit fehlte die Taufe durch Blut; man beging den großen Fehler, daß man mit den alten verrotteten Zuſtänden eine neue Ordnung der Dinge vereinbaren wollte; das deutſche Parlament ſchwankte zwiſchen Eitelkeit und Feigheit, zwiſchen Selbſtüberſchätzung und Muthloſigkeit und vernichtete den letzten Reſt von Furcht, der den deutſchen Fürſten von der Volkserhebung geblieben war; es bildete die legale Brücke von der Märzbewegung bis zur Kontrerevolution. Die entſchiedene Revolutionspartei muß ſich öffentlich von der Märzbewegung, ihren Folgen und Errungenſchaften losſagen, weil ſie die Feigheit und Halbheit des Kleinbürgers offenbar macht, der nicht einmal den Muth der Meinung, vielweniger den der That hat; die europäiſche Revolution datirt vom Juni, die Juniſchlacht iſt der Geburtstag der rothen Republik. Die Februarrevolution bezweckte eine Veränderung der Staatsgewalten und Perſonen, und da ſie ſich mit der Hinwegräumung des Steines des Anſtoßes, der allen Parteien im Wege lag, begnügte, mußte ſie gelingen. Die Junirevolution aber konnte in ihrem erſten Auftreten nicht ſogleich den Sieg erringen, da ſie eine Umgeſtaltung der geſellſchaftlichen Zuſtände bezweckte und das Fundament untergraben wollte, auf dem Staat, Religion und Geſellſchaft gebaut waren, alſo auf dem Anfang menſchlicher Geſchichte und auf die Bedingniſſe menſchlichen Zuſammenlebens zurückging, während die Februarrevolution in ihrer Oberflächlichkeit bei dem Juli 1830 ſtehen blieb. Der größte Erfolg der Juniſchlacht iſt die Einſicht, daß die Partei der entſchiedenen Revolution den Weg der Reformen verlaſſen, ihre Feinde mit aller Schonungs- und Rückſichtsloſigkeit vernichten muß, daß ſie erſt nach vollſtändiger Unterwühlung und Zertrümmerung aller jetzigen geſellſchaftlichen Zuſtände ihre Grundſätze verwirklichen kann. Alle ſogenannten Demokraten, welche ſich nicht der proletariſchen Revolution anſchließen, ſind ihre Feinde. Zu den Halb- und Scheindemokraten gehören zuerſt die nationalen Politiker, deren oberſtes Prinzip in Deutſchland die Einheit, Macht und Größe des Vaterlandes, die Freiheit aber nur ſekundärer Zweck iſt. In Deutſchland iſt der Hauptſitz der nationalen Partei im Frankfurter Parlamente; in der Schweiz hat ſie die ſchmachvolle Neutralitätspartei hervorgerufen. Die Partei der entſchiedenen Revolution ſieht eben die Bedeutung der deutſchen Nationalität darin, die Schranken der Nationalität zu durchbrechen und ein allgemeines europäiſches Völkerbündniß einzuleiten und feſtzuſtellen. Die republikaniſchen Bourgeois kämpfen gegen Krone und Adel, um allein das Proletariat auszubeuten; die meiſten Führer der parlamentariſchen Oppoſition gehören ihr an. Auch mit den philoſophiſchen Politikern, die nicht nur in ihren Zwecken, ſondern auch in ihren Mitteln prinzipiell ſind, kann die neue Revolution der Proletarier nicht zuſammen gehen, da ihr jedes Mittel recht iſt, zum Zwecke zu gelangen. Die kleinbürgerlichen Sozialiſten, welche das Heil der Welt in einer Erneuerung und Vergrößerung der mittelalterlichen Zunftverhältniſſe erblicken und namentlich in Süddeutſchland und in der Schweiz eine große Partei bilden, ſind die größten Gegner der radikalen Sozialiſten, da nach ihrem Syſtem die freie Geſellſchaft aus lauter kleinen Krämern und Handwerkern beſtehen würde, während die letzteren die große Induſtrie heben und ausdehnen wollen, damit durch Hülfe der Maſchinen der Handarbeiter ſeiner geiſttödtenden, jede Individualität vernichtenden Sklavenarbeit enthoben werde, und damit durch leichtere und vermehrte Produktion die durch die größere Freiheit geſteigerten Bedürfniſſe des Volkes befriedigt werden können; ſie wollen den Arbeiter wieder in ſeine kleine Werkſtätte bannen, damit er dort für ſein tägliches Brod ſein Leben einſetze.

Um die Energie und Konſequenz der Revolution zu retten, ſetzen ſich alſo die Sozialiſten in einen entſchiedenen Gegenſatz zu den genannten vier Klaſſen der jetzigen Oppoſitionspartei. Ueber ihren ſozialen Standpunkt iſt außer dem Geſagten noch zu bemerken, daß ſie keinen anderen Zweck und keine andere Bedeutung der Politik anerkennen, als die Umgeſtaltung und die vernünftige Organiſation der geſellſchaftlichen Verhältniſſe. Hierbei wollen ſie aber nicht in den Formen ſtecken bleiben, ſondern auf das Materielle, auf die natürlichen Bedingniſſe alles menſchlichen Zuſammenlebens ſelbſt eingehen. Die Allmacht des Staats über alle ökonomiſchen und geſellſchaftlichen Verhältniſſe ſoll er vor Allem darin beweiſen, daß er die Verkehrswege, Eiſenbahnen, Kanäle, Straßen an ſich nimmt, und jede Fabrik, in welcher die Arbeit ſtille ſteht, für ſeine eigene Rechnung betreibt. Die Uebernahme der landwirthſchaftlichen Produktion durch den Staat wird durch Uebernahme der Domänen und großen Feudalgüter eingeleitet. Die Umgeſtaltung der jetzigen geſellſchaftlichen Zuſtände muß durch eine Umgeſtaltung der Bildung, der Erziehung und des Unterrichts begründet und dauernd gemacht werden. Die Religion, welche aus der Erziehung verdrängt werden muß, ſoll auch aus dem Gemüthe des Menſchen ſchwinden. Die Revolution vernichtet überhaupt die Religion, indem ſie die Hoffnung auf den Himmel durch die Freiheit und Wohlfahrt Aller auf Erden überflüſſig macht. Dieſe Partei will nicht die Freiheit des Glaubens, ſondern die Nothwendigkeit des Unglaubens. In jeder Beziehung muß vollſtändig mit der Vergangenheit gebrochen werden; keine Reform, überall die Revolution. Mit dieſen Anſichten und Grundſätzen wollen die deutſchen Demokraten des Auslandes in die jetzige Bewegung eingreifen. Sie beben vor keinem Mittel zurück, zur Realiſirung ihrer Abſichten zu gelangen. Sie ſehen in der jetzigen Bewegung nicht die Revolution eines Landes, ſondern die der ganzen civiliſirten Menſchheit. Für Deutſchland bieten ſich zwei Anknüpfungspunkte: Die Siege der Ungarn und die Verfaſſung des deutſchen Parlaments. „Die ungariſche Inſurrektion iſt keine nationale Bewegung, ſondern eine europäiſche Revolution. Um den Beſitz von Wien werden bald Ruſſen und Magyaren ſich ſtreiten. Der Ausgang dieſes Kampfes entſcheidet Deutſchlands nächſte Geſchichte. Deßhalb muß er das Loſungswort der deutſchen Revolution ſein.“ „Die Verfaſſung des deutſchen Parlaments iſt der zweite Quell, aus dem die deutſche Revolution hervorſprudeln ſoll. Der einzige Werth der Verfaſſung iſt, daß ſie auch den letzten Schein des Einverſtändniſſes zwiſchen Fürſt und Volk, ja zwiſchen Adel und Bourgeoiſie zerſtört, daß ſie die Unmöglichkeit der konſtitutionellen Monarchie und damit der Monarchie ſelbſt nachgewieſen hat.“ Die Schlußworte des Manifeſtes lauten: „Während

dieſe Zeilen geſchrieben werden, hat die Revolution ſchon begonnen. Den erbkaiſerlichen Bourgeois und Profeſſoren, die ſie angefangen haben, rufen wir freilich in anderm Sinne, als es der afrikaniſche General gethan hat, das Wort Changarnier's zu: „die Leute, die das Straßenpflaſter ausreißen, werden es nicht wieder einfügen." Die Proletarier werden die Revolution, die Hinterlaſſenſchaft der ſterbenden Bourgeoiſie, übernehmen. Sie werden mit aller ihrer Kraft die Revolution feſthalten und permanent machen, bis daß die Menſchheit die neuen Bahnen, in welchen ſie ihr Ziel, die allgemeine Freiheit und Wohlfahrt, in ſchnellem Laufe erreichen kann, gefunden hat."

Deutſchland.

♁ **Wien**, 25. Mai. Seit geſtern weht wieder eine neue ſchwarzgelbe Fahne von der Spitze des Stephansthurmes, nachdem die im November v. J. aufgepflanzte ſehr brüchig geworden war. Seitdem die Schwarz-Gelben in Erfahrung gebracht, daß wieder ernſtlich von einem engern Anſchluſſe Oeſterreichs an Deutſchland die Rede ſei, (?) iſt ihre Angſt größer denn je und namentlich machen ſie das Kreuz vor dem Zollverein. Dieſer Popanz allein ſchon würde hinreichen, alle deutſchthümlichen Velleitäten unpopulär, wo nicht unmöglich zu machen. Was Schwarzenberg von Warſchau mitgebracht hat, weiß man noch nicht. Herr v. Canitz war ſeither noch nicht ſo glücklich, in ſeiner außerordentlichen Miſſion bei dem hieſigen Hofe Gehör zu finden. Dafür, daß er es redlich meine mit der Einheit Deutſchlands, beruft ſich Herr von Canitz auf die Aeußerung, die er als Miniſter des Auswärtigen bei dem vereinigten Landtag that, daß nämlich die Forderung nach einer beſſern Einigung, als die durch den Bundestag gewährte, ſo legitim ſei als irgend ein anderer Rechtsanſpruch. Fürſt Schwarzenberg wird dies vielleicht einräumen: von ſeinen Anſprüchen auf den Fortbeſtand der öſterreichiſchen Suprematie in Deutſchland läßt er darum nicht das Mindeſte nach. Hüte man ſich wohl, die Frage bereits als gelöſt zu betrachten. Oeſterreich hat das Frankfurter Parlament ein Jahr lang ungeſtört fortberathen laſſen, bevor es ſeine Abgeordneten abberief; auch dem Berliner Fürſtenkongreß hat es keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt: aber wer bürgt dafür, daß es nicht gegen den Endentſcheid abermals ſein Veto einlegt? Vom Kriegsſchauplatze iſt es mit einem Male ſo ſtill geworden, als läge die Debrecziner Haide zwiſchen Wien und Preßburg. Das Neueſte iſt die Anſprache Welden's an die Völker von Ungarn und Siebenbürgen, aus der von Neuem unwiderſprechlich hervorgeht, daß Welden als Styliſt weit, ſehr weit hinter dem General zurückſteht. Radetzky verſteht ſich beſſer auf dergleichen Schriftſtücke. Es iſt zehn gegen eins zu wetten, daß dieſe Proklamation von den Wenigſten verſtanden wird, für die ſie beſtimmt iſt. „Der ſein Vaterland liebt, kann mit dieſen Niederträchtigen nicht halten; der ſoll der k. k. Armee mächtig helfen!" Wenn es übrigens wahr iſt, daß die Ruſſen bereits in Kaſchau und die Oeſterreicher in Stuhlweiſſenburg ſtehen, dürfte Ofen bald entſetzt ſein. Jedenfalls wäre alsdann mehr Ausſicht dazu vorhanden, als wenn der tapfere Hentzi von Fünfkirchen her den linken Flügel der Armee des Banus abzuwarten hätte. Bem, der ſich in Szegedin konzentrirt, hat Befehl erhalten, ſich näher an Görgey heranzuziehen.

* **Prag**, 21. Mai. Im Gemeinderath iſt beſchloſſen worden, wiederholt eine Deputation an den Kaiſer zu ſenden, mit der Bitte um ſchleunige Einberufung des böhmiſchen Landtages, um ſo mehr, da dieſer Petition 52 Gemeinden Böhmens ſich angeſchloſſen haben.

Das Stadtverordnetenkollegium hat bereit einem Juden das Bürgerrecht verliehen. Es iſt der Stadtverordnete von Läml, welcher dieſes Recht genießt.

† Aus der Pfalz, 26. Mai. Die erſte Nummer des Amts- und Intelligenzblattes der proviſoriſchen Regierung enthält die Namen der Mitglieder der Militärkommiſſion, welche ſeit dem Abtreten Fenners von Fenneberg die Volksbewaffnung leitet. Sie zerfallen in ſieben ordentliche und eben ſo viel außerordentliche und ſind ſämmtlich Nichtpfälzer; ein Beweis, daß die proviſoriſche Regierung ſelbſt dem pfälzer Volk nicht viel kriegeriſches Talent zutraut. Zu dieſen Männern, deren ſie die Rettung des Vaterlandes in die Hände gelegt hat, gehören: Anneke, Beuſt, Kuchenbecker, Schimmelpfennig, Schlinke, Techow, Weidig, Blenker, Diepenbrock, Zitz, lauter Namen, die ſich ihre Lorbeeren erſt noch zu erwerben haben. Guſtav Techow iſt Vorſitzender, Kuchenbecker ſein Stellvertreter. Ein Dekret im nämlichen Blatte entſetzt 13 Regierungsbeamte in Speyer ihres Dienſtes. Darunter befindet ſich der Regierungspräſident Alwens. Die Regierungsbehörde in Speyer hat ſich nach Germersheim zurückgezogen, nachdem ſie gegen die Anordnungen der proviſoriſchen Regierung ausführlichen Proteſt eingelegt hat.

† Aus der Pfalz, 27. Mai. Mit unſerm Landvolk haben unſere Demagogen mehr Arbeit, als wahrſcheinlich das reguläre Militär mit ihnen haben wird. Es will ſich nicht einfinden, um in den Cantonsorten beſtändig zu exerziren. Wegen der dringenden Feldarbeiten können die Eltern ihre Söhne nicht entbehren, wegen der ſchlechten Koſt, des geringen Soldes von 6 kr., des harten Lagers auf Stroh in den kalten Kirchenräumen verlieren die wenigen Eingerückten augenblicklich alle Luſt länger zu bleiben, und da ſie dann von den Offizieren und ſonſtigen Ordnern, denen die Galle auch zuweilen überläuft, mit Reden begrüßt werden (wie Bettelvolk, Bauernkerls), die ſie an ihrer Ehre antaſten, ſo wird ihre Halsſtarrigkeit nur um ſo größer. In Dürkheim kam vor einigen Tagen folgender intereſſante Fall vor. In einer benachbarten Dorfgemeinde hatte ein bisher als lichtfreundlicher Agitator ſehr thätiger Geiſtlicher es endlich dahin gebracht, daß ein Trupp von Bauernburſchen ſich in Dürkheim einſtellte. Er wurde in einer Kirche einquartirt, mußte den Tag über exerziren und ſich mit einer ächten Spitalſuppe und 6 kr. begnügen. Das behagte nicht lange. Als ſie ſich wieder in der Kirche verſammelt hatten, trat einer auf die Kanzel und ſetzte ſeinen „lieben Brüdern" ihre Lage auseinander, daß ſie doch zu Hauſe wenigſtens ein Bett und Kartoffeln hätten, während ſie hier bei dieſer Koſt, die die Schweine nicht freſſen würden, und auf dieſem Lager zu Grunde gehen müßten. Den übrigen leuchteten dieſe Vorſtellungen ſogleich ein und man machte Miene zum Aufbruch. Ein Offizier der davon gehört, trat ein und drohte die Widerſpenſtigen einſperren zu laſſen. Da wurde er von den feſten Burſchen ergriffen und durchgeprügelt und der Trupp zog jubelnd ohne Anſtoß nach Hauſe zurück, dem Pfarrer für ſeine Dienſte wenig dankbar. Um das Landvolk beſſer zu gewinnen, braucht man jetzt das Mittel, daß man unter den Leuten erſten Aufgebotes looſen läßt, und ſo zunächſt nur einen Theil heranzieht. An manchen Orten hat es für's erſte Mal geglückt.

≡ **Dresden**, 27. Mai. Alle die gefangenen Hauptführer des Aufſtandes, die in der Frohnfeſte ſich befanden, ſind in die mehr Sicherheit bietende Reiterkaſerne der Neuſtadt abgeführt worden. Am 25. d. M. Abends 10 Uhr ging wieder ein ſolch unheimlicher Transport unter ſtarker Militärbedeckung über die Brücke. Bakunin, Heinze und Röckel waren darunter; jener gefeſſelt. Als Bakunin aus ſeinem Gefängniſſe geholt werden ſollte, glaubte er, man wolle ihn in dieſer nächtlichen Zeit zum Tode führen oder vielleicht an Rußland ausliefern und wurde in eine fürchterliche Aufregung verſetzt; nur mit Mühe gelang es dem Beamten, der ihm ankündigte, daß er das Gefängniß wechſeln ſolle, den wildbewegten Mann zu beruhigen. Berichte, die Brand und Mord drohen, ſind ausgeſtreut worden; ja es ſollen ſogar Brandverſuche gemacht worden ſein. Darum die Entfernung der Gefangenen aus der Frohnfeſte, die in engen Gaſſen gelegen, wo leicht ein Befreiungsverſuch gemacht werden konnte; darum die Verſtärkung der Militärpatrouillen und die ſchärfſte Handhabung des Kriegszuſtandes. Um 10 Uhr Abends müſſen alle Schenklokale von ihren Beſuchern geräumt ſein. Obriſtlieutenant Heinze, der in ſeiner Eigenſchaft als Oberkommandant der Bürgerwehr wohl unerſchrockene Tapferkeit, aber völlige Unfähigkeit zum Führeramt gezeigt hat, ſoll in der Gefangenſchaft gänzlich muthlos geworden ſein und umfaſſende viele andere kompromittirende Geſtändniſſe gemacht haben. Fand ſich ein geeigneter Volksführer im Aufſtand, ſo hätten die Truppen einen viel härteren Stand noch gehabt; Muth und Tapferkeit, wie auch die Anzahl der Kämpfenden waren in vollem Maße vorhanden. Der Leichnam des Dr. Haußner aus Pirna, der ein muthiger Barrikadenkämpfer geweſen, iſt in der Nähe von Meiſſen aus der Elbe gezogen worden; er hatte einen Schuß im Rücken. Haußner war ein kräftiger Mann und ausgezeichneter Schwimmer; als er von den Soldaten über die Brücke geführt wurde, riß er ſich los und ſprang in die Elbe hinunter, ſich durch Schwimmen zu retten; die Soldaten ſchoſſen auf ihn, da er eben von dem hohen Sprung wieder auftauchend auf der Oberfläche des Waſſers erſchien — und alsbald ſank er auch wieder unter. Ebenſo iſt

Dr. Grimmer in der untern Elbe mit einem Schuß gefunden worden, jedoch wie man ſagt, die Hände auf dem Rücken gebunden.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Mai. Die heutigen Zeitungen ſind noch leerer als ſonſt an Sonn- und Feiertagen. Man iſt von den Stürmen der Konſtituante erſchöpft, und ſteht vor der Legislative. Kaum daß Vermuthungen über die Miniſterkriſis die augenblickliche Windſtille unterbrechen. Doch erwarten Einige morgen im Moniteur ein Miniſterium Bugeaud-Barrot, allein wir glauben nicht, daß die Sachen ſchon ſo weit gediehen ſind. Selbſt wenn dieſe zwei Staatsmänner, zu deren politiſcher Vereinigung auch die Debats als zu dem einzigen Rettungsmittel rathen, bereits über ihr Programm einig wären, ſo ſind ſie es ſchwerlich ſchon über die Namen der übrigen Miniſter.

Marraſt hat geſtern Abend dem Präſidenten Louis Bonaparte einen offiziellen Abſchiedsbeſuch gemacht, worin er die in ſeiner Rede berührten politiſchen Anſichten weitläufig auseinanderſetzte. Unter dieſen Umſtänden würde das Gerücht ein doppeltes Gewicht haben, daß der Expräſident der Verſammlung zu einem diplomatiſchen Poſten ernannt werden ſoll, im Falle er nicht im Departement des Lot an die Stelle des für Paris ſich ausſprechenden Generals Cavaignac gewählt würde. Die Rede Marraſt's war übrigens im Weſentlichen folgende: „Was Sie aufrichtig und ſtets gewollt haben, iſt die Republik. Durch den Volkswillen gegründet, hat ſie von Ihnen die Sanktion des Rechts erhalten. Sie haben erkannt, daß die Geſellſchaften zu nöthigen Umbildungen reif und daß die politiſchen Formen das kräftigſte Werkzeug zu dieſen Umbildungen ſind. Wenn aber das allgemeine Stimmrecht Frankreich wieder auf den Punkt zurückführen ſollte, von wo es ausgegangen iſt, wenn der Preis ſo vieler Agitationen uns eine verſtimmte Geſellſchaft, bleibende Ungleichheiten ohne Fortſchritte, ohne allgemeine Verbeſſerungen, ohne Eintracht im Innern, ohne Größe nach Außen geben ſollte, ſo wäre es (Gott verzeihe mir dieſen Wunſch!) beſſer für das Volk, unter dem herabwürdigenden Joche des Despotismus zu leben." Nach einer Rückſchau auf die Arbeiten der Verſammlung fuhr er dann fort: „Ich will beſonders heute bei den grauſamen Erinnerungen an den Bürgerkrieg nur deßhalb einen Augenblick verweilen, um einen Tribut des Andenkens denen unſere Kollegen zu bezahlen, deren Aſche ſich der ungeheuren Hekatombe beigemiſcht hat, welche unſere bürgerlichen Zwiſte errichtet haben. Möge ſo viel vergoſſenes Blut wenigſtens dazu dienen, auf lange den Frieden im Innern zu befeſtigen. Wir haben andere Feinde nach Außen zu bekämpfen. Möge die Republik ihren Zorn und ihren Haß zum Beſten ihrer Größe und ihres Ruhmes gegen jene erſchütterten Mächte werden, deren Horden ſie abermals zu bedrohen ſcheinen. (Allgemeine Bewegung und lauter Beifall). Europa hat keinen Platz mehr für zwei feindliche Prinzipien; wenn die Stunde des feindlichen Zuſammentreffens beider Prinzipien geſchlagen hat, ſo wird Frankreich, das nie eine Herausforderung gemacht hat, die an ſie gerichteten zu beantworten und noch einmal zu beweiſen wiſſen, daß der lange Frieden weder ſein Herz erkaltet noch ſeinen Degen abgeſtumpft hat. Alle Ihre früheren und ſpäteren Vota's haben angezeigt, daß dies die politiſche Stellung iſt, welche Sie gegenüber vom Auslande beobachtet haben wollen. Die Republik hat bei ihrem Entſtehen nur den Frieden gewollt; aber dieſem Frieden lag das Völkerrecht und der Schutz der Nationalitäten zur Bedingung unter. Dank einer ruhigen und feſten Stellung haben die Nationen Zeit gehabt, zu ſich zu kommen (de se reconnaitre) und überall hat der neue Geiſt die Freiheit ins Leben gerufen und was noch von den längſt in Fetzen zerriſſenen Verträgen von 1815 übrig blieb, in den Wind geſtreut. (Bewegung). Alles bewegt ſich, Alles iſt in geſpannter Erwartung in Europa. Während Italien und Deutſchland mit den edelſten Anſtrengungen verſuchen, ihre Unabhängigkeit zu erringen, erhebt ſich in dem faſt unbekannten, fernen Oſten ein tapferes Volk, das in kurzer Zeit ein Heer von 150,000 Mann organiſirt und ſtolz ſeinen Platz in der Nationen-Familie eingenommen hat, indem es ſein Recht mit ſeiner blutigen Degenſpitze auf ſeinen Sieges berichten einſchrieb. In dieſer allgemeinen Verwirrung, Bürger Volksvertreter, laſſen wir die Welt: nach Außen feindliche Prinzipien, welche ſich nicht nur gegenſeitig bedrohen, ſondern ſchon ihre Kräfte meſſen, nach Innen zwei feindliche Parteien, welche ſich gegenſeitig verbunden, wie dies am Vorabend großer Ereigniſſe zu geſchehen pflegt. Endlich verwünſcht der Redner diejenigen, welche die Konſtitution zu verletzen ſuchen würden, ruft der nachfolgenden Verſammlung ein Willkommen zu und gibt ihr den guten Rath, ſich vor heftigen Leidenſchaften und eiligen Beſchlüſſen zu hüten und endet mit dem Rufe: „Es lebe die Republik", in den die ganze Verſammlung und beſonders die Rechte enthuſiaſtiſch einſtimmte. Die Regierung hat dem Kommandanten der franzöſiſchen Flotille im Mittelmeer den Befehl geſchickt, von Ancona gutwillig oder mit Gewalt eine Stellung zu nehmen. Dieſer Entſchluß wurde vom Kabinet in Folge der Nachricht gefaßt, daß eine franzöſiſche Fregatte, welche in dem Hafen Anker geworfen hatte, vom Präfekten von Ancona weggewieſen worden ſei.

Portugal.

* **Liſſabon.** Die Times bringt von hier neuere Nachrichten, jedoch ohne Angabe des Datums; ſie dürften jedoch vom 19. Mai ſein. Es geſchieht hierin unter andern einer durch Schickſal wie durch Charakter gleich intereſſanten Perſönlichkeit, des frühern Königs von Sardinien, Karl Albert Erwähnung; er ſoll ſich in Oporto äußerſt ſelten öffentlich zeigen und ſein Gemüth von den erlittenen Unfällen aufs Tiefſte ergriffen ſein. Die Partei des Grafen von Thomaer oder die kabraliſtiſche bemüht ſich fortdauernd, ihren Herrn und Meiſter ans Ruder zu bringen, aber ſie ließ in letzter Zeit ihren Muth faſt ſinken. Die Kammer der Abgeordneten zeigte ſich willfährig wie immer, ſie verwarf jeden Antrag der Oppoſition auf Erſparungen und gab jeder neuen Geldforderung des Miniſteriums ihre Zuſtimmung. In Folge eines Artikels, welcher in der portugieſiſchen Staatszeitung, dem Diario do Governo, erſchien und, wenigſtens nach der Anſicht der Oppoſitionsmitglieder, für die Cortes beleidigend war, hat der Herzog von Saldanha verfügt, daß die genannte Zeitung keine eigene Meinung mehr haben, keine politiſchen Betrachtungen und Leitartikel mehr bringen und ſich nur auf amtliche Anzeigen und Auszüge aus andern Zeitungen beſchränken darf. Eine Angabe in der Daily News zufolge hatte die portugieſiſche Staatszeitung mehrere leitende Artikel gebracht, worin die Abſchaffung der Kortes angerathen wurde. Wie weit überhaupt die Regierung in ihren reaktionären Plänen geht, ergibt ſich auch daraus, daß ſie ein Geſetz zur Vernichtung der gemeinderäthlichen Körperſchaften vor die Kammer brachte. Der britiſche Geſandte lag mit der portugieſiſchen Regierung in Streit, weil die Behörden einen wichtigen Punkt in einem Heirathskontrakt, wonach die (portugieſiſche) Frau eines britiſchen Unterthanen dieſem 25,000 Pf. zubringen ſollte, auszuführen ſich weigerten. Bei der Entſchiedenheit, womit England auch die geringſten rechtlichen Anſprüche des geringſten britiſchen Unterthanes durchzuſetzen weiß, iſt am Erfolg nicht zu zweifeln. Die Quarantäne war ſeit dem 16. April für Fahrzeuge, welche aus engliſchen (nicht aus iriſchen oder ſchottiſchen) Häfen kamen, aufgehoben, ebenſo für Schiffe aus der Oſtſee. Die finanziellen Verlegenheiten ſind dieſelben wie früher. Handel und Ackerbau liegen in den Provinzen darnieder; die Steuern gehen nur kärglich ein; die Regierung ließ dieſerhalb auf das Eigenthum einer guten Anzahl Landleute Beſchlag legen, es fand ſich aber kein Käufer dazu. Die Kolonien koſten dem Mutterlande mehr als ſie einbringen, Macao allein braucht jährlich 6000 Pf. Zuſchuß.

Italien.

* **Turin**, 23. Mai. Die Concordia enthält folgende Einzelnheiten über die letzten Augenblicke des Generals Ramorino. Gegen 6 Uhr Morgens verließ ein Wagen in Begleitung eines Grenadierbataillons die Citadelle und ſchlug den Weg nach dem Marsfelde ein. Dort angekommen, ſtieg der General aus und ſchritt, von zwei Prieſtern begleitet, durch die langen Reihen der dort aufgeſtellten Soldaten. Sein Schritt war feſt und ſein Geſicht ruhig. Mitten auf dem Marsfelde legte er ſeinen Hut auf einen dort aufgeſtellten Stuhl nieder. Er verlangte darauf den Offizier zu ſprechen, der mit der Vollſtreckung beauftragt war. Nach einigen Worten, die er mit dieſem ausgetauſcht hatte, ließ er die Soldaten herantreten und ſagte zu ihnen, er ſterbe für das Vaterland und er ſei unſchuldig. Er fügte noch einige Einzelheiten über die Umſtände hinzu, in denen er ſich befunden hätte. Dann legte er ſeine Generalsuniform ab, drückte die Hand aufs Herz und gab das Zeichen zum Feuern. Sechs Kugeln trafen ihn, und er fiel todt nieder. Die Truppen defilirten wie üblich vor dem Leichnam, der alsdann auf dem Kirchhof der Crocetta gebracht und ſofort beerdigt wurde.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexander in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 149. Frankfurt a. M., Freitag 1. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Baden.

Deutſchland. Frankfurt (Die Verhandlungen über die Verfaſſungsfrage. Die Wanderung der Nationalverſammlung). Wien (Der Verluſt der italieniſchen Armee. Der Fall Ofens. Oeſterreich und die ſüddeutſchen Bewegungen). Linz (Truppen nach Deutſchland). Berlin (Die deutſche Reform und die ruſſiſche Note. Das Wahlgeſetz. Das Einſchreiten im Süden. Die oetroyirte Verfaſſung. Diplomatiſches). Köln (Verurtheilung). München (Baiern und Preußen. Tagesbefehl. Bürgermeiſter Forndran. Die Piusvereine. Der Aufruf der Nationalverſammlung). Reutlingen (Beſchluß der Verſammlung der Volksvereine). Darmſtadt (Näheres über die Einnahme von Worms. Vom Kriegsſchauplatz). Worms (Die Beſatzung). Gießen (Das preußiſche Korps bei Wetzlar). Schleswig (Hauptmann Delius. Gefecht bei Fridericia).

Großbritannien. London (Antwort eines deutſchen Diplomaten an Lord Palmerſton).

Frankreich. Paris (Kammerſitzung. Beſtrittene Wahlen. Das Miniſterium. Hr. v. Leſſeps desavouirt).

Oeſterreichiſche-Monarchie. Lemberg (Verhaftungen. Verbreitung magyariſcher Schriften. Ruſſiſcher Polizeidienſt).

Italien. (Nachrichten aus Rom.) Palermo (Die Stimmung des Volks. Die Neapolitaner eingerückt).

Schweden. Stockholm (Abneigung gegen Deutſchland. Seerüſtungen.)

Ungarn. (Koſſuth. Die Lage der Dinge im Banat. Magyaren und Romanen in Siebenbürgen.)

China. Canton (Die Eröffnung der innern Stadt.)

Nordamerika. New-York (Blutiger Straßenkampf.)

---

31. Mai.

Wir haben neulich das Verhältniß beleuchtet, in welchem der badiſche Aufſtand zur Reichsverfaſſung ſteht; wir behielten uns für heute vor, einige Punkte zu bezeichnen, welche Weſen und Charakter der revolutionären Gewalt vom 13. Mai ins rechte Licht ſetzen können. Daß der ganze Lärm um die Reichsverfaſſung in dem Munde dieſer Leute nur ein Hokuspokus ſei, womit man kaum politiſche Kinder täuſchen kann, dieſe Einſicht fängt an in Baden ſelbſt die vorwiegende und allgemeine zu werden; daher die peinliche und gepreßte Stimmung unter allen denen, die nicht Wühler von Profeſſion ſind und jetzt vergeblich fragen, zu welchem Zwecke denn eigentlich der Aufſtand vom 13. Mai angerichtet worden? Zu welchem Zwecke — dieſe Frage wird ſelbſt dort keine ehrliche und genügende Antwort finden, wo man die Fäden des Aufruhrs in Händen hielt, und zwar deßhalb nicht, weil das ganze Spiel ein falſches und zweideutiges iſt. Man möchte eine ſüdweſtliche Winkelrepublik, allenfalls unter franzöſiſchem Schutze, hat aber aus guten Gründen den Muth nicht, das ehrlich herauszuſagen; man ſucht fürs erſte noch dem Michel einzureden, es handle ſich nur um einen Kampf für die Reichsverfaſſung, für eben die Reichsverfaſſung, die keine empfindlicheren Wunden erhalten hat, als durch die Putſche in Dresden und Raſtatt. Man wagt es nicht, das Wort Republik auszuſprechen, weil das rebelliſche Militär dann raſch wieder aus „edlen Brüdern“ ſich in „verthierte Söldlinge“ umwandeln würde. Es hat ſich erhoben um der Bequemlichkeit, des Wohllebens und der Zügelloſigkeit willen; von einer enthuſiaſtiſchen Bewegung für eine Idee, oder von einer Schwärmerei für die Republik iſt keine Rede, im Gegentheil würde ſehr bald der Umſchlag erfolgen, wenn man das verhängnißvolle Wort ausſpräche und damit die Maske der Legalität abnähme. Die ungeſtümen und ungeduldigen Freunde müſſen ſich daher für’s erſte noch etwas beſcheiden; ſonſt geht es ihnen wie dem Herrn von Bornſtedt, den man wegen ſeiner republikaniſchen Ungeduld, oder wie ein Organ der neuen Gewalt ſagt, wegen geſtörter Geiſtesthätigkeit — ins Staatsgefängniß nach Kislau gebracht und ſo fürs Erſte unſchädlich gemacht hat. Wie lange es mit den Andern noch halten wird, iſt ungewiß; vielleicht erleben wir auch noch, daß Struve, Blind und Konſorten auf eine Zeitlang in dem Geſundheitshauſe zu Kislau untergebracht werden müſſen. Denn lange läßt ſich die Ungeduld nicht mehr bewältigen; bricht ſie doch ſelbſt in dem amtlichen Organ der proviſoriſchen Gewalt unwillkürlich hervor. Da verſchwinden ſelbſt in den amtlichen Anzeigen alle Prädikate, die an die monarchiſche Form des badiſchen Staates erinnern, und in einem halbamtlichen Aufſatze iſt ſchon von dem „geweſenen“ Großherzog die Rede; der ganze Ton und die Haltung des Blattes wechſelt zwiſchen Sanskülotismus und geſpreizter Salbung. Inzwiſchen wird mit der Proklamation der Republik noch gewartet; man hofft bei Bevölkerung und Militär noch Fortſchritte zu machen, bis jene abenteuerliche Konſtituante das große Schöpfungswort ausſprechen kann. Bis dahin freilich kann ſich Vieles geändert haben.

So wahr und ſo ehrlich, wie in dieſer Frage, iſt der proviſoriſche Landesausſchuß in allen Dingen. Er wirft einer Regierung, welche die Grundrechte zuerſt publicirt und noch vor der Publikation zum Theil in Wirkſamkeit geſetzt hat, ganz dreiſt vor, es ſei nichts für die Durchführung der Grundrechte geſchehen; prüfe man einmal ſeine eigene Handhabung der Grundrechte, und man müßte über jene Dreiſtigkeit lächeln, wenn ein ſolches Spiel mit Sitte und Recht nicht zu empörend wäre. „Heilig iſt das Eigenthum“ ſchreibt man dem amtlichen Blatt an die Stirne: und doch iſt dies Blatt ſelbſt fremdes Eigenthum, das man zum Nutz und Frommen der Freiheit, des Wohlſtandes und der Bildung für Alle ſofort für ſich in Beſchlag genommen hat. „Alle Gemeinden ſind ganz frei“, heißt es prahleriſch, und in demſelben Athem kaſſirt man freigewählte Gemeindebehörden, und erſetzt ſie durch diktatoriſche Kommiſſäre, die politiſches und ſittliches Vertrauen weder genießen noch verdienen. „Die Volksbewaffnung iſt allgemein“, verkündet ein anderer Ukas — und in demſelben Blatte wird die Karlsruher Bürgerwehr aufgelöſt! „Die Preſſe iſt frei, über Preßvergehen urtheilen Geſchworene“ — ſo lautet mit prägnanter Kürze das neue Preßgeſetz, das alle früheren Beſtimmungen aufhebt; daneben iſt aber, ſelbſt wenn man an die Blittersdorff’ſche Zeit denkt, die Preſſe nie ſo unfrei geweſen, wie in dieſem Augenblicke. Auf allen konſtitutionellen Blättern laſtet das Joch einer ſchlimmeren Cenſur, als weiland die Uria’ſche war; wenn ihnen ihre Ruhe lieb, müſſen ſie vor dem Terrorismus verſtummen, jedes eignen Urtheils ſich enthalten und ſich lediglich darauf beſchränken, die Thatſachen und Raiſonnements anzugeben, welche ihnen die amtliche Preſſe oktroyirt. „Das Briefgeheimniß iſt unverletzlich“, heißt es in den deutſchen Grundrechten; inzwiſchen laufen aber allerwärts Klagen ein, daß die Agenten des Vollziehungsausſchuſſes theils Briefe öffnen, theils ſie mit einem großmüthigen und aufrichtigen „Kann paſſiren“ auf der Auſſenſeite verſehen.

Man könnte noch manche Probe dieſer Art mittheilen, um den Zuſtand von Freiheit und Recht zu charakteriſiren, der in dieſem Augenblicke Baden beglückt. Inzwiſchen ſteigt der verhaltene Unwille und ſelbſt unter den abgefallenen Soldaten herrſcht eine Stimmung, nicht wie vor dem ehrlichen Kampfe, ſondern wie vor der Exekution. Der proviſoriſche Landesausſchuß hat freilich recht übereinſtimmend mit den vieljährigen Klagen über die Laſt des ſtehenden Heeres, jedem Soldaten vier Kreuzer Zulage bewilligt, aber einestheils wird es der revolutionären Gewalt bald an Mitteln fehlen, dieſe neue Laſt zu erſchwingen, anderen Theils

ſchützen dieſe vier Kreuzer vor dem böſen Gewiſſen nicht. Sie beſchwichtigen in den Verirrten die Stimme der Pflicht nicht, die ſich ſchon unverholen geltend macht, und machen die Unverbeſſerlichen bald ganz unbrauchbar zu einem geordneten militäriſchen Dienſte. Die Bürgerwehren ſind des Herumziehens, Regierens und Kommandirens ſatt; ſo geſinnungslos die Maſſe des deutſchen Philiſterthums iſt, es regt ſich doch in ihm etwas wie Geſinnung, wenn man es unaufhörlich tribulirt. Die guten Bauern auf dem Lande wollen ihren Feldgeſchäften nachgehen, ſtatt zu exerziren; ſie weigern ſich förmlich, das unwürdige Spiel mitzumachen, man mußte an manchen Orten ſchon durch freiſchärleriſche Exekution dem ſchlummernden Enthuſiasmus aufhelfen. So treibt man ſich in dieſem unwahren und alle Staatsordnung zerſtörenden Spiele herum, bis das Volk ganz verwildert und es einer ganz neuen Generation bedarf, um die Geneſung zu erwirken.

Vom materiellen Ruin des Landes ein andermal; durch ihn wird die ganze Lebensfähigkeit des Staates für die Zukunft in Frage geſtellt.

Es ſtellt ſich allmälig auch für die Blödſichtigen klar genug heraus, weß Geiſtes Kind die badiſche Bewegung eigentlich iſt, und in welchem Zuſammenhang ſie mit der deutſchen Reichsverfaſſung ſteht. Was alle Patrioten von dem Augenblick an, wo Preußen ſeinem deutſchen Berufe ſich entzog, mit Ernſt befürchteten, iſt eingetreten; ſtatt des erwarteten Abſchluſſes unſerer Revolution ſind wir von Neuem in alle ungewiſſen Wechſelfälle neuer Erſchütterungen zurückgeworfen, eine tiefe Verbitterung geht durch die Beſten im Volke, und die Männer von der rothen Fahne finden, wie zu denken war, den Augenblick vorzüglich geeignet zu einer neuen gewaltſamen Schilderhebung für *ihre* Sache. Die Verſtimmung der Beſſeren im Volke kommt ihnen dabei mächtig zu Hülfe, und es kann wenigſtens den Unkundigen einen Augenblick begegnen, einen Kampf für die Reichsverfaſſung da zu erblicken, wo ſich nichts als das alte revolutionäre Gelüſte regt. So war es in Sachſen, ſo iſt es jetzt in Baden und in dieſem Ringen zwiſchen der Gewalt zur Linken und der Gewalt zur Rechten, in dieſem erneuerten und diesmal wohl für eine Zeit lang entſcheidenden Kampfe zwiſchen der rothen Republik und der rothen Monarchie müſſen wir unſere Hoffnungen auf Erfüllung unſeres guten Rechtes fürs Erſte vertagen. Wir gehen einer Zeit der rohen Gewalt entgegen; es handelt ſich jetzt nur darum, ob dieſe Gewalt eine zügelloſe und auflöſende, oder eine disziplinirte und zuſammenſchmiedende ſein wird — in beiden Fällen muß das Recht verſtummen.

Das Verdienſt, dieſe Entſcheidung ſo nahe gerückt und die deutſche Reichsverfaſſung in ihrer Erfüllung zunächſt unmöglich gemacht zu haben, gebührt nächſt dem ſächſiſchen Aufſtande, zunächſt der badiſchen Umwälzung vom 13. Mai. Dem legalen Kampfe für unſer gutes Recht, von dem allein eine Rettnng zu erwarten war, iſt damit die Spitze abgebrochen, die Einigkeit der Parteien von Neuem zerklüftet, und die alte Politik gewiſſermaßen genöthigt worden, mit der Revolte einen neuen Gang zu machen. Gegen die friedliche Agitation, wenn ſie mit Ausdauer und Macht ganz Deutſchland ergriff, mußten der alten Politik zuletzt die Mittel und Kräfte verſagen; gegen die Revolte, der die Reichsverfaſſung nur der bequeme Deckmantel iſt für andere Zwecke, hat ſie Mittel von niederſchlagender Gewalt. Nur Schade, daß in dem Zuſammenſtoße beider all das Treffliche, das in der Mitte liegt, Freiheit, Geſetz und Recht ſchonungslos zermalmt werden wird.

Die badiſche Bewegung hat nur noch inſofern etwas eigenthümlich Badiſches, als das unglückliche Land abermals dazu beſtimmt iſt, der blutige Kampfplatz zu werden. So wie der ganze Aufſtand vom 13. Mai keinen Sinn hatte, wenn er auf Durchführung der Reichsverfaſſung abzweckte, ſo hatte er einen ganz guten Sinn, wenn man ihn als ein mühſam vorbereitetes Werk von langer Hand, als den wiederholten und diesmal zu günſtiger Zeit losgelaſſenen Verſuch der republikaniſchen Partei anſieht. Baden ward auserſehen, weil dort der Boden am beſten unterwühlt, das Heer am wenigſten zuverläſſig, die Lage und Umgebung unzweifelhaft die günſtigſte war. In der Rheinpfalz waren ſchon verwandte Zuſtände, in Heſſen liegen die Verſuche Aehnliches zu bereiten, handgreiflich vor; in Würtemberg wird man nicht müßig bleiben. Keine Nachgiebigkeit der Regierungen in der deutſchen Frage, keine Anerkennung der Verfaſſung wird eine Schutzwehr ſein gegen den revolutionären Operationsplan, der vor Allem den deutſchen Süden und Weſten muß als Baſis zu gewinnen ſuchen. Die revolutionäre Taktik hat ihre Poſten durch einen großen Theil von ganz Europa aufgeſtellt; Polen, Ungarn, Franzoſen, werden mit hinzugezogen zu dem Kampfe für die „deutſche Reichsverfaſſung.“

In dem Organiſiren des revolutionären Widerſtandes werden ſich freilich die Leute in Baden ſo wenig als Meiſter bewähren als anderwärts; aber um ſo beſſer wird es ihnen mit der Zerſtörung und Auflöſung gelingen. Dieſe ſüddeutſchen Grenzländer völlig zu entnerven, unſere Reichsfeſtungen ſchutzlos dem Feinde von Weſten darzubieten, und im äußerſten Falle lieber mit dem „demokratiſchen“ Frankreich die Völkerverbrüderung einzugehen, darauf drängt Alles mit unvermeidlicher Beſtimmtheit hin. Das deutſche Rumpfparlament gibt dagegen keine Bürgſchaft mehr.

Eine ſolche Wendung der Dinge hat eintreten müſſen, um der bewaffneten Reſtaurationspolitik mit einem Male neue Kraft zu geben. Die Schlechtigkeit der Gegner hat wieder gut gemacht, was die eigne Kurzſichtigkeit und Falſchheit verdorben hatte. Den Patrioten allen, die vor einer neuen Zerreißung des Vaterlandes zurückbeben, bleibt leider nichts übrig, als den Sieg der einen Gewalt zu wünſchen, die wenigſtens zuſammenhält und zuſammenſchmiedet. Wo die Freiheit hier wie dort mit Füßen getreten wird, wo es ſich nur noch um das politiſche Daſein des Vaterlandes handelt, kann ihre Stellung nicht zweifelhaft ſein. Wie weit der Schlag geht, liegt freilich außer ihrer Macht und Berechnung; auf Bajonetten wird die Freiheit nicht gebracht, aber unter der rothen Fahne geht mit der Freiheit Alles andere, was uns theuer iſt, verloren.

So ſtehen wir am Rande eines Bürgerkrieges, von dem es noch ungewiß iſt, ob er uns nicht eine neue Periode weſtfäliſcher Friedensſchlüſſe bringen wird. Die eine Hälfte des Unheils haben die Dynaſtien und ihre Rathgeber zu verantworten, die andere die Männer der Revolte. Die ſchlimme Ausſaat, welche die Einen geſäet, iſt von den Andern zur Reife gebracht worden.

Deutſchland.

Frankfurt, 26. Mai. Unter dieſem Datum enthält ein Artikel der Allgemeinen Zeitung ſchätzbare Mittheilungen über die Verhandlungen, die auf die Oktroyirung einer deutſchen Verfaſſung hinausgehen. Die Färbung dieſer Mittheilungen iſt zugleich bezeichnend für den Geiſt der Verhandlungen. „Der General Canitz, der von Preußen mit der Vorlage der Berliner Verfaſſungsentwürfe an das öſterreichiſche Kabinet abgeſchickt war, hat dort die Antwort empfangen, daß Oeſterreich ſich nicht auf die Grundlagen der Frankfurter Verfaſſung einlaſſen könne. Dieſe aber (Volkshaus und Staatenhaus) lagen den preußiſchen Vorſchlägen zu Grunde. Auch von München aus ſind bereits vor drei Wochen die baieriſchen Anſichten, welche ebenfalls in einer ſehr mäßigen Modifikation (?) der (Frankfurter) Reichsverfaſſung beſtanden, an Oeſterreich überſchickt worden, ohne daß Oeſterreich ſich dadurch bewogen gefunden hätte auf dieſelben einzugehen. Oeſterreich ſetzt ſeine Politik des Schweigens und Negirens fort, und will offenbar ſoviel wie möglich thun, um die Einigung des übrigen Deutſchlands auf parlamentariſchen Grundlagen zu hindern. Während der letzten 14 Tage haben nun aber, ungeſtört durch dieſes mehr als ſonderbare Benehmen des kaiſ. Kabinets, die Bevollmächtigten Preußens, Baierns, Hannovers und Sachſens auch ihre Berathungen über die nothwendigen Aenderungen der Frankfurter Verfaſſung fortgeſetzt und ſich über alle weſentlichen Grundlagen der parlamentariſchen Freiheiten geeinigt. Ueber das Volks- und Staatenhaus beſteht keinerlei abweichende Meinung, ſelbſt das Wahlgeſetz wird nicht ſo ſtark modifizirt werden wie es im konſervativen Intereſſe zu wünſchen wäre (sic). Man hat das allgemeine Stimmrecht nicht ganz verworfen, aber den beſteuerten Volksklaſſen eine hervorragende Stellung in der Zahl der Mitglieder des Volkshauſes angewieſen. Ganz unwahr iſt es, daß man die alſo vereinbarte Verfaſſung oktroyiren wolle (!); daran hat keine der verhandelnden Mächte gedacht; alle vier ſtimmen darin überein, daß man nach dem vereinbarten Wahlgeſetze und der Ver-

faſſung ein Volks- und Staatenhaus für den Abſchluß der Verfaſſung ſogleich berufen müſſe. Auch über die nothwendige Begrenzung der Reichsgewalt und der Kompetenz des Reichs gegenüber den Gewalten der Einzelſtaaten, namentlich in Bezug auf deren finanzielle Einkünfte und Conſumtionsſteuern, iſt man einig, nur nicht in Bezug auf die Spitze der Verfaſſung ſelbſt, in Bezug auf die Centralexekutive. Preußen möchte ſich die Reichsoberhauptswürde in vollem Maße vorbehalten, ſo daß auch kein beſchließender Reichsrath von deutſchen Fürſten neben dem preußiſchen König ſtünde; Baiern beſteht auf einem Direktorium entweder von drei oder fünf Stimmen, in welchem jede Stimme gleich gelten ſolle. Preußen will alſo offenbar die weſentlichen Vortheile der Frankfurter Verfaſſung, ohne deren Nachtheile, für ſich in Anſpruch nehmen, wozu die Fürſten größerer Länder niemals ihre Zuſtimmung geben können, weil das einer Selbſtvernichtung gleich käme; Baiern will nichts als ein leeres Präſidium an Preußen überlaſſen, und die Exekutive an die mächtigſten Staaten zu gleichen Theilen geknüpft wiſſen. Wir ſehen den einzigen gerechten Ausweg in dieſem Dilemma darin, daß ein Direktorium oder Reichsrath aus ſämmtlichen 5 Königreichen, und zwar als ein durch Majorität der Stimmen beſchließendes Kollegium für Krieg und Frieden, auswärtige Verträge, Abfaſſung der Geſetzentwürfe in Zoll- und Finanzſachen gebildet würde, in welchem dann die weſentlichen Intereſſen der größeren Einzelſtaaten vollkommen gewahrt wären, an deſſen Spitze aber Preußen mit der Macht der Exekutive ſtände." Folgt eine Ermahnung an Baiern, einer ſo gearteten Verfaſſung ſo raſch als möglich beizutreten. Es ſei die höchſte Zeit und der letzte Termin, um die ſchwankenden, und die Regierungen mit geſpannten Augen betrachtenden Konſtitutionellen von dem Lager der Demokraten abzuhalten. Baiern könne ſich jetzt noch durch ein vernünftiges und billiges Nachgeben eine ehrenvolle und die zweite Stellung im deutſchen Bundesſtaat retten; es könne dabei entſchieden auf denjenigen Punkten beſtehen (Krieg und Frieden, Finanzen, auswärtige Verträge), bei denen kein wahrhafter Staat ſeine Stimme aufopfern dürfe. (Ein ſchöner Begriff von deutſcher Einheit!) Die Sache ſtehe ſo, daß Hannover und Sachſen zwar ihre Vollmachten zur Zuſtimmung für die preußiſchen unter der Leitung des Hrn. v. Radowitz ausgearbeiteten Vorſchläge gegeben hätten, aber daß dieſe Mächte doch willens ſeien, vor dem definitiven Abſchluß des Verfaſſungsentwurfs die billigen Verlangen von Baiern zu unterſtützen. Man erfährt zugleich, daß eine ablehnende Antwort Baierns in Berlin noch nicht erfolgt iſt, und ebenſo, daß *Baiern die angebotene Unterſtützung Preußens nicht angenommen* hat. Zuletzt kommt der Troſt, die Berliner Verfaſſung gehe ja auch nicht eigentlich von Preußen aus, nachdem ein großer Staatsmann wie Stüve ſo weſentlichen Antheil daran genommen!

*** **Frankfurt**, 31. Mai. Als in der geſtrigen, vorerſt letzten Sitzung der Reichsverſammlung der Beſchluß gefaßt war, den Sitz der Reichsverſammlung nach Stuttgart zu verlegen, rief ein radikales Mitglied der Majorität aus: „O weh! Wir haben gewonnen!" Das war bezeichnend, dieſer mit ſieben Stimmen gewonnene faktiſche Sieg war eine völlige Niederlage. Der geſtern gefaßte Beſchluß wird von der deutſchen Nation nur als eine Demonſtration der Linken erkannt werden, welche nicht einmal die Billigung aller Mitglieder dieſer Fraktion erfuhr. Es gibt auch unter der Linken noch Mitglieder, die es nicht billigen und nicht wollen, daß die Reichsverſammlung nach Stuttgart auswandere, um die ſüddeutſche Revolution näher bei der Hand zu haben. Herr *Vogt* ſprach ſich in allzu großem Eifer, der auch die Muthigſten der Linken genirte, ja ganz offen über den eigentlichen Zweck der Verlegung des Parlaments aus. Und zu dieſem Zwecke, der Organiſirung der Revolution, ſollen die proviſoriſche Centralgewalt und die Bevollmächtigten der 29 Regierungen nach Stuttgart folgen? Eine eigenthümliche Zumuthung! Moritz Mohl hatte Recht, dieſe Aufforderung für einen Scherz oder einen Unſinn des Dreißiger-Ausſchuſſes zu erklären. Es wird bald zu tagen beginnen und ſchon die nächſten Tage werden es zeigen, ob Stuttgart das Terrain bieten will, von welchem aus, im Bunde mit Frankreich, die deutſche Reichsverfaſſung, d. h. die neue Revolution durchgeführt werden ſoll.

* **Wien**, 25. Mai. Nach dem Berichte des F. M. Radetzky beträgt der Geſammtverluſt der k. k. Armee in allen Gefechten des letzten italieniſchen Feldzuges: Offiziere: Todt 1 Stabs- und 15 Oberoffiziere. Verwundet 2 Generale, 7 Stabs- und 114 Oberoffiziere. Vermißt 1 Oberoffizier. Gefangen 3 Oberoffiziere. Vom Feldwebel abwärts: Todte 467, Verwundete 2013, Vermißte 1070, Gefangene 86. Von den Vermißten ſind jedoch nach und nach viele wieder zurückgekehrt, die theils gefangen geweſen, nun aber wieder ranzionirt, theils verſprengt worden waren.

‡ **Wien**, 27. Mai. Heute Morgen wurde von der Wiener Zeitung ein Extrablatt ausgegeben mit der Nachricht von dem Falle Ofens (ſ. d. geſtr. Beil.) Referent mußte eine Abſchrift von einer Abſchrift dieſer im offiziellen Zeitungsblatte gedruckten Mittheilung nehmen, — denn das Militärregiment hat die Ausgabe des Extrablattes ſogleich verboten und an 30 bis 40,000 Exemplare mit Beſchlag belegt. Hunderte von Menſchen drängten ſich beim Zeitungsbureau, und der Lärm war ſo groß, daß wir gewiß in Belagerung verſetzt worden wären, wenn wir uns nicht ſchon glücklicher Weiſe darin befänden. Dieſe neue Weisheit des Standgerichts trägt nur dazu bei, der Sache eine noch bei Weitem größere Wichtigkeit beizulegen als ſie hat, und das Verſchweigungsſyſtem im gehäſſigſten Lichte erſcheinen zu laſſen. Alle erfahrenen Militärs prophezeihten, daß Ofen unhaltbar ſei, und nur ein gefühlloſer Menſch kann eine blühende Stadt der Verwüſtung preisgeben, um einen ſolchen Platz einige Tage zu behaupten. Wie Peſth geräumt wurde, mußte auch Ofen geräumt werden, aber Welden hat es bei Komorn bewieſen, daß er Menſchenſchädel an die Feſtungsmauern wirft, und ſo ließ er 4000 Menſchen in Ofen opfern, wobei ihm der allerdings tapfere Soldat Hentzi beiſtand. Jetzt erſt erkennt das Publikum, wie recht Görgey hatte, als er in ſeiner Aufforderung zur Uebergabe die fruchtloſe Vertheidigung hervorhob. Man muß aber dieſe „erkundſchaftete" Mittheilung kommentiren, um das Ganze gehörig zu würdigen. Die Inſurgenten ſollen ſich „aus Schrecken" paſſiv verhalten haben. Ohne Kundſchafter zu beſitzen, wie das kaiſ. Oberkommando, wußte man hier daß Görgey den Angriff ausſetzte, bis er vom Rakosfelde Truppen an ſich gezogen und von Komorn Geſchütz herbeigeführt hatte. Als dieſe glücklich angelangt waren, begann die Beſchießung, worauf Hentzi mit Einäſcherung von Peſther Häuſern antwortete. Trotz dieſer Verwüſtung, trotz Bomben und Brandraketen und trotz der mit Luftſprengen drohenden Erwiederung, *ſtürmten die Magyaren gegen die Feſtungswälle*. Bisher hörte man nur von der Tapferkeit der Huſaren ſprechen, aber Huſaren führt man nicht gegen Feſtungswälle, und ſo müſſen es wohl Soldaten zu Fuß ſein, die mit dem Bajonette angreifen, und im Kugelregen Mauern und Schanzen erſtürmen. Die Magyaren wurden geworfen, wie es nicht anders von dem Muth und der Tapferkeit öſterreichiſcher Soldaten zu erwarten ſtand; aber ungeachtet der 500 Todten wagen die Ungarn nochmals einen Sturm, und zum Drittenmale. Das Wagniß gelingt, nicht durch Feigheit, ſondern durch Tapferkeit, Aufopferung, Begeiſterung. Daß man ein ſo erbärmliches Lob den ſiegenden Kämpfern noch ſtreitig machen will, zeigt von kleinlichem Geiſte. Welchen Namen ſoll man dem Offizier geben, der die Vernichtung der Kettenbrücke, dieſes Meiſterwerkes der modernen Kunſt und des einzigen Verbindungsmittels des durch die Donau getrennten Reiches, anbefahl? Die Grenzerſoldaten, die Halbbarbaren verweigerten den Dienſt, die Mine in Brand zu legen, mit der Millionen an Werth und Hunderte von Menſchen nutzlos zu Grunde gingen, ein Major der kaiſerlich königlich öſterreichiſchen Armee machte ſelbſt den Brandleger — aber die Ungarn werden ſagen: der Gott der Magyaren habe ſie geſchützt, denn das Pulver zündete nicht weiter, und die Exploſion tödtete blos den Thäter. Die Magyaren ſchonten die Beſatzung bis auf die Offiziere, gegen die allein ihre Wuth ſich wandte. Sehr übel ſteht es öſterreichiſchen militäriſchen Berichten an, ſich gegen Plünderung auszuſprechen; wer Butter auf dem Kopfe hat, gehe nicht unter die Sonne. Die Magyaren erkauften alſo den Beſitz Ofens mit beiläufig 1000 Todten, worunter 40 ihrer Offiziere, eine ganz unverhältnißmäßige Zahl. Außer den gefangen genommenen Soldaten, 4 bis 5000 Mann, und eroberten Geſchützen, gewannen die Magyaren einen neuen Stützpunkt an der rechten Donauſeite, und bedrohen um ſo mehr den gegen Kroatien liegenden Süden. Große Vorräthe an Getreide, Maſchinenwerkſtätten, die Schiffswerfte, die Papiere der Statthalterei und der Kammer, die königliche Univerſitätsbuch-

druckerei und viele andere werthvolle Sachen gerathen wieder in die Hände der Magyaren, und die moraliſche Einwirkung iſt noch bei weitrm größer als drr militäriſche Vortheil.

Wien, 27. Mai. Ofen iſt gefallen als ein trauriges Opfer der Begeiſterungsloſigkeit der miniſteriellen Partei. Selbſt keiner Begeiſterung fähig, vermag ſie auch bei den Gegnern keine ſolche vorauszuſetzen. Ofen iſt kein Punkt von ſtrategiſcher Wichtigkeit, das wußte ſelbſt der gemeine Mann, das ſagte uns eine Kundmachung von Seiten der „hohen Behörde“. Es mußte bei einem ernſtlichen Sturme fallen. Was konnte Hentzi darin nützen, mochte er noch ſo muthig ſein? Ein Zriny ſelbſt hätte Ofen dem Kaiſer nicht erhalten können. Und warum wurde es dennoch, mitten im geräumten feindlichen Lande, allein beſetzt gehalten? Darum, weil Peſth von Ofen beherrſcht wird. Wird Ofen angegriffen, ſo wird Peſth bombardirt, und die Ungarn werden ſich ſicher ihren Augapfel, ihre ſchöne Hauptſtadt nicht zuſammenſchießen laſſen; das brächte ja materiellen Nachtheil! Aber die Ungarn ließen ſich Peſth zuſammenſchießen und Ofen firl. Sie waren der Begeiſterung für eine Idee fähig. Möchten unſere Konſervativen, um ihrer ſelbſt willen, ihre Feinde nicht mehr bloß nach ſich beurtheilen!

* **Wien**, 27. Mai. Die heutige Preſſe knüpft an eine Darſtellung der Bewegungen in Baden und Baiern die folgende Betrachtung: „Oeſterreich kann ſolchen Vorgängen in ſo unmittelbarer Nähe nicht unvorbereitet entgegenſehen. Der Ausbruch einer Bewegung, die möglicherweiſe den Charakter offener Empörung und der republikaniſchen Schilderhebung annehmen kann, muß es zum Schutze der eigenen Grenzen, zur Wahrung ſeiner Intereſſen gerüſtet finden. Am Bodenſee, wo Schwaben, Würtemberg, Baden, die Schweiz ſich berühren, die Verbindung mit Südtyrol und Italien leicht iſt, wird die Vereinigung der Bewegungspartei all dieſer Länder leicht und ſchnell möglich, eben darum iſt es der geeignetſte Punkt für die Aufſtellung eines Beobachtungskorps, das von Oeſterreich dort konzentrirt werden muß. Dieſe Stellung bietet auch d e n Vortheil, daß Verſuche einer ähnlichen Bewegung in Salzburg und Oberöſterreich von den Punkten abgeſchnitten werden, die ihr allein einen augenblicklichen Erfolg, für den ſie im Lande ſelbſt keine Ausſicht hat, gewähren könnten.“

Linz, 25. Mai. Als eine wichtige Neuigkeit kann ich Ihnen aus verläßlicher Quelle berichten, daß geſtern von Paſſau die dortige Garniſon größtentheils nach Rheinbaiern aufgebrochen iſt. (?) (Oſtd. P.)

Berlin, 28. Mai. Der Zufall ſetzt mich in die Lage, Ihnen den Widerſpruch der zwei Artikel der deutſchen Reform über die ruſſiſche Note zu löſen. Es befindet ſich hier ſeit einigen Tagen ein däniſcher Bevollmächtigter, welcher den Auftrag hat, den däniſch-deutſchen Krieg auf diplomatiſchem Wege zu endigen. Dieſer Bevollmächtigte hat nicht undeutlich merken laſſen, daß Rußland die Unterhandlungen durch die Schärfe des Schwerts zu Ende führen werde, wenn man in Berlin auf die von der däniſchen Regierung geſtellten Bedingungen nicht eingehe. Darauf hin hat ſich denn das Miniſterium „der rettenden That“ zu Schritten verleiten laſſen, welche mit der Ehre Deutſchlands wenig gemein haben. Da man aber fürchtet, durch ſofortige Veröffentlichung des Standes der Dinge böſes Blut im Volke zu machen, ſo mußte ein vermittelnder Uebergang gefunden werden, eines jener bekannten diplomatiſchen Manöver, welche die Franzoſen „les nuages précurseurs d'un coup d'état“ nennen. Zu dieſem Zwecke wurde der Redaktion der „Deutſchen Reform“ angedeutet, einen Artikel vom Stapel zu laſſen, der im Vordergrunde ein rührendes Bild von des Königs deutſcher Geſinnung und des Miniſteriums Thatkraft und Freiſinnigkeit entrolle, während im Hintergrunde als tragiſches Element Knuten, Koſaken und dergleichen Störenfriede durchblicken ſollten. Die Redaktion der „Deutſchen Reform“, die im Dienſte der Reaktion mehr guten Willen als Geiſt zeigt, brachte einen Artikel zu Stande, der dem Miniſterium doch etwas zu farbenbeſtimmt ruſſenfeindlich erſchien. Daher der heutige Widerruf. (D. Rchsz.)

Berlin, 28. Mai. Die letzte Sitzung der Konferenzen wegen der deutſchen Verfaſſung ſollte vorgeſtern Abend Statt finden. Man erwartete wieder Hrn. v. Beuſt, um den Akt im Namen Sachſens zu ratifiziren. Stüve wollte geſtern wieder abreiſen. Die Konſtitution iſt nun vollendet, und wenn Baiern nicht ſofort eintritt, ſo wird dieſelbe ohne Baiern veröffentlicht werden. Es iſt Hrn. von Radowitz, trotz Hannovers Widerſtand gelungen, die drei Klaſſen des preußiſchen Wahlgeſetzes in das deutſche aufnehmen zu laſſen. Die Konferenzen wegen des Friedens ſollten vorgeſtern zwiſchen Hrn. v. Schleinitz, unſerem Geſandten in Hannover, und Hrn. v. Reetz eröffnet werden. Dänemark bringt die Demarkationslinie Palmerſton's in Vorſchlag. Preußen wünſcht, ſo verſichert man, die Perſonalunion Schleswigs und Dänemarks, ferner die Einverleibung Schleswigs in den Bundesſtaat, dem es das militäriſche Kontingent zu liefern und in dem es auch an der Nationalrepräſentation Theil hätte. Hr. de Lurde hat Samſtag im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten zwei an ihn gerichtete Briefe ſeiner Regierung vorgeleſen. In dem einen erklärt das franzöſiſche Gouvernement, die verlängerte Okkupation Jütlands kraft der Verträge, durch welche Frankreich dem Könige von Dänemark ſeine Beſitzungen garantirt habe, nicht dulden zu können. Das zweite Schreiben drückt Verwunderung darüber aus, daß Preußen den eventuellen Marſch der Ruſſen durch ſein Gebiet und ihre Gegenwart in Mähren dulden könne. Eine hochgeſtellte Perſon hat geäußert, man beabſichtige die preußiſchen Kammern am 26. Juli und den Reichstag ſpäter zu berufen. (K. Ztg.)

Berlin, 29. Mai. Morgen oder ſpäteſtens übermorgen dürfen wir den Abdruck des von Preußen, Hannover und Sachſen angenommenen Verfaſſungsentwurfes im Staatsanzeiger erwarten. Dem Entwurfe ſelbſt wird eine Erklärung der verbündeten Regierungen vorangehen, in welcher ſie ausſprechen, daß, in Erwägung der gefahrvollen Lage des Vaterlandes und der Reſultatloſigkeit der Frankfurter Berathungen, ſie ſich gezwungen ſähen, ſelbſtthätig den Einheitsbedürfniſſen Deutſchlands zu genügen. Der Zuſtand der Anarchie, von welchem das Land bedroht ſei, erfordere, daß irgend eine Einheitsform ſogleich hergeſtellt werde; man habe deßhalb ein auf den Verfaſſungsentwurf baſirtes Proviſorium gegründet und Preußen an deſſen Spitze geſtellt. Daſſelbe ſei nichts Anderes, als ein enges Schutz- und Trutzbündniß gegen äußere und innere Feinde, in letzterer Beziehung namentlich ein gemeinſames Zuſammenwirken gegen revolutionäre und anarchiſche Beſtrebungen. Der Verfaſſungsentwurf ſelbſt ſolle zwar dem nächſten Reichstage zur Berathung vorgelegt werden; vorläufig aber erfordere das dringende Bedürfniß des Volkes die ſofortige Darreichung dreier Inſtitutionen: 1) eines Bundesſchiedsgerichtes, 2) eines Fürſtenkollegiums, 3) eines Wahlgeſetzes. Letzteres erſtreckt ſich gleichmäßig auf die Wahlen für das Volkshaus und für das Staatenhaus, erkennt nur die Steuerzahlenden als wahlfähig an und theilt ſie je nach der Höhe ihrer Steuer in Klaſſen. Die Wahlen ſind indirekt. Die Verfaſſung ſelbſt unterſcheidet ſich von dem Frankfurter Entwurfe nur in wenigen Punkten. Sie gibt dem Reichsoberhaupte, welches „Reichsvorſtand“, nicht „Kaiſer“ heißt, das abſolute Veto, und faßt namentlich den Geſichtspunkt ins Auge, die Idee des „Bundesſtaates“ zu einer Wahrheit zu machen. Demgemäß hat ſie von allen denjenigen Beſtimmungen der Frankfurter Verfaſſung Abſtand nehmen müſſen, welche mehr oder weniger die Form eines Einheitsſtaates anzubahnen oder herzuſtellen trachten. Daher iſt die Selbſtſtändigkeit der Einzelſtaaten möglichſt gewahrt und nur in ſo weit beſchränkt, als es erforderlich iſt, um den eigentlichen Zweck, die Vereinigung, zu erreichen. Der Bundesgewalt wird alſo auch nicht die völlige exekutive Gewalt und alles Material dazu in die Hand gegeben; vielmehr erſtreckt ſich ihre Wirkſamkeit nur auf die Anordnung der beſchloſſenen Maßregeln und auf die Kontrole über ihre Ausführung, niemals auf die letztere ſelbſt. Nach Außen dagegen ſoll der Staat ein Ganzes bilden; daher ſoll die völkerrechtliche Vertretung nur von der Bundesgewalt ausgehen und der Einzelſtaat weder Geſandte abſenden noch empfangen. Mit der Krone Preußen iſt erblich das Amt des Reichsvorſtandes verknüpft; ihm ſteht das Fürſtenkollegium zur Seite, beſtehend aus 6 Stimmen, von denen Preußen 1, Baiern 1 und die übrigen Staaten 4 führen ſollen. Ohne Zuſtimmung deſſelben darf der Reichsvorſtand ein Geſetz weder beſtätigen noch ſeine Beſtätigung verſagen, außer bei Verfaſſungs-Aenderungen. Oeſterreich gilt nach ſeiner Verfaſſung vom 4. März als abgeſondert, doch ſoll ein weiteres Bündniß mit ihm abgeſchloſſen und ſeine Integrität bewahrt werden. (O.P.Z.)

Berlin, 29. Mai. Das Wahlgeſetz für Preußen wird morgen Abend veröffentlicht werden. Die Wahlen ſelbſt werden im Juli d. J. ſtattfinden. Die Aenderung des früheren Wahlgeſetzes iſt auf den §. 105 der preußiſchen Verfaſſung, namentlich aber auf die innere Nothwendigkeit gegründet. Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Angriff gegen die Aufſtändiſchen in Rheinbaiern und Baden in den erſten Tagen des kommenden Monats beginnen ſoll. Eine bedeutende Heeresmacht wird zu dieſem Behufe zuſammengezogen. Als Tag des Angriffs wird der 5. Juni bezeichnet. (D. P. Z.)

Köln, 30. Mai. In der geſtrigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts wurde der ehemalige Gerant der „Neuen Rheiniſchen Zeitung", H. Korff, wegen Aufnahme eines Artikels, welcher eine Beleidigung des Abgeordneten Stedmann enthielt, zu ein Monat Gefängniß und 1/7 der Koſten verurtheilt. (Rh. Volksh.)

München, 27. Mai. Seit geſtern erzählt man hier: Wenn man ſich über die preußiſchen Vorſchläge nicht habe vereinigen können, ſo ſei dies blos darum der Fall geweſen, weil das Verfaſſungselaborat des preußiſchen Kabinets noch eine Menge von unzeitgemäßen Prätenſionen Preußens und von keine dauerhaften Zuſtände verheißenden Dingen enthalten habe. Nun dränge aber der Aufruhr auf allen Punkten Süd- und Weſtdeutſchlands ſo, daß in dieſem Augenblick die Zeit nicht einmal dem Octroyiren, viel weniger dem Vereinbaren günſtig ſei. Daher bleibe denn nur eins: erſt Ordnung zu ſchaffen, ehe man an's Verfaſſungswerk gehe. Das Gerücht läßt ſogar von hier aus gleichzeitig nach Wien und nach Berlin den Antrag abgegangen ſein, alle Verhandlungen über die Reichsverfaſſungsfrage unbedingt beruhen zu laſſen, bis am Rhein und ſonſt überall das Geſetz wiederhergeſtellt und dem wühleriſchen Uebermuth der Radikalen ein feſter Damm gezogen ſein werde! Zunächſt ſteht Dem zur Seite, daß vom Kriegsminiſterium aus, in welchem die größte Thätigkeit herrſcht, geſtern eine Menge von Verfügungen an die Armeekommando's abgegangen ſind, welche über die bloßen Bereitſchaften hinausgehen. Manche ſehen im Geiſte ſchon 100,000 Mann Preußen und Baiern in allernächſter Zukunft vereinigt, wenn's bis zum Kampfe kommt und nicht blos zur militäriſchen Pacifikation. (D. A. Z.)

= **München**, 28. Mai. Der königliche Hof bringt den zweiten Feſttag im Schloß Berg am Starnbergerſee zu. Aus guter Quelle höre ich, daß König Max II. im Hinblick auf die bedrängten finanziellen Zuſtände des Staates entſchloſſen geweſen, von der Civilliſte zum allgemeinen Beſten etwas nachzulaſſen, daß aber die Miniſter ſowohl wie der Staatsrath im Vorgefühl der Konſequenzen beſtimmteſt und neuerdings davon abgerathen hätten. Der Abgeordnete für Augsburg, Bürgermeiſter Forndran, in den Reihen der ſtädtiſchen Agitation für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung noch jüngſt vorn dran, ſpäter in der Kammer bei der Abſtimmung über die Adreſſe unter den Gegnern der unbedingten Anerkennung wieder vorn dran, hat es wie mehrere Mitglieder der Rechten vorgezogen, die Pfingſtferien in München, nicht in Augsburg zu verleben. Im Augsburger Tagblatt aber hat Hr. Forndran ſich zu rechtfertigen geſucht über ſeinen Geſinnungswechſel; er iſt alſo wenigſtens geiſtig vor ſeinen Augsburgern erſchienen. Der alte Münchner Typus iſt in dieſen Pfingſttagen wieder hervorgetreten; man hatte die Strenge der Zeit vollkommen vergeſſen. In Schneiding und in Neuötting werden am 29. d. M. die Piusvereine tagen. Die Ultramontanen zählen bis jetzt 255 Adreſſen gegen die Reichsverfaſſung. Den Pfälzer Abgeordneten ſind für die Ferienreiſe keine Koſtenvergütungen zu Theil geworden. Der Aufruf der ſterbenden Nationalverſammlung iſt mitten in die Pfingſtfreuden eines vergnügungsſüchtigen Publikums hineingetroffen und faſt ſpurlos verweht.

München, 28. Mai. Dieſer Tage iſt aus dem Staatsminiſterium des Kriegs ein Tagesbefehl an die ganze baieriſche Armee ergangen, in welchem die fahnenflüchtigen Soldaten des 6. und 9. Infanterieregiments, der 4. Diviſion des zweiten Jägerbataillons und der 7. Schwadron des fünften Chevaurlegersregiments öffentlich eines ehrloſen Treubruches beſchuldigt, der gute Kern der pflichtgetreuen Soldaten aber, namentlich die Offiziere in Landau, belobt werden mit dem angehängten Verſprechen, daß ihre Namen zum Lohne verzeichnet und dem König vorgelegt werden ſollen. (Allg. Z.)

* Der Reutlinger Courier enthält die folgende motivirende Einleitung zu den Beſchlüſſen des Kongreſſes der Volksvereine (Nr. 147. Beilage.): „In Erwägung der Lage des deutſchen Vaterlandes und der von unſerer Regierung in der 147ſten Kammerſitzung dargelegten An- und Abſichten hat die ſtatutenmäßige Vierteljahrsverſammlung der würtembergiſchen Volksvereine berathen und beſchloſſen auszuſprechen: Die proviſoriſche Centralgewalt Deutſchlands iſt zum Verräther an der Nationalſouveränetät geworden, indem ſie geſchehen ließ, daß Preußen, das die Reichsverfaſſung nicht anerkannt hat, alſo als Reichsfeind und nicht als Diener der Reichsgewalt zu betrachten iſt, das Reichsland Sachſen angegriffen hat, und duldet, daß Preußen im Reichsgebiete noch militäriſche Aufſtellungen macht. Das Reichsminiſterium ſteht offenbar mit dem Reichsfeinde im Bunde, man iſt ihm deßhalb um ſo weniger Gehorſam ſchuldig, als daſſelbe im Widerſpruche mit der Nationalverſammlung im Amte iſt, von der allein es ſeine Gewalt ableiten kann. Demgemäß iſt in den Augen des ſchwäbiſchen Volkes ſeine Gewalt an die Nationalverſammlung zurückgefallen, und das ſchwäbiſche Volk anerkennt alle Befehle der Nationalverſammlung als giltig und gelobt ihnen nachzuleben, wie viele oder wie wenige Mitglieder ſie zähle. Indeß verlangen wir von der Nationalverſammlung: 1) Wenn ſie irgend gemeint iſt, noch zum Heile des Vaterlandes zu wirken, von der unwürdigen Bettelei um Uebernahme der Reichsſtatthalterſchaft bei den Kronen Deutſchlands endlich abzuſtehen, einem Verfahren, das nur dazu dient, den Reichsfeind von Preußen erſtarken zu laſſen, und bitten ſie, ſofort die Heere der Reichsländer aufzubieten, um den Reichsfeind Preußen in öffentlichem Kriege aus den Marken der Reichsländer zu vertreiben, in denen er nur Verrath gegen die Nationalſouveränetät ſpinnt, brutale Gewalt an der geſetzlichen Freiheit übt, und das kaum erwachte Vaterland in die alten Feſſeln des deutſchen Bundes zu ſchmieden ſucht. 2) Nach der Reichsverfaſſung ſtehen alle deutſchen Lande, die ſolche anerkannt haben, geſetzlich bereits in einem Schutz- und Trutzbündniß. Jeder Angriff auf ein Reichsland muß alſo von allen abgewehrt werden, wie wenn das eigene Land angegriffen wäre, und kein Reichsland darf ein anderes angreifen oder zum Angriffe deſſelben helfen. Dieß Bündniß geloben wir heilig zu halten, und fordern, getreu der Reichsverfaſſung, auf, den Gehorſam gegen jeden Befehl zu verfaſſungswidrigen Angriffen auf ein Reichsland zu verweigern. Wir ſtehen nicht mehr auf dem Boden des Bundes, das neue Reich, alſo alle die Länder, deren Volk die Reichsverfaſſung anerkannt, ſind an ſeine Stelle getreten. Ihnen allein ſteht deßhalb namentlich ein Recht auf die Reichsfeſtungen und der Eintritt in dieſelben zu. Nur die Nationalverſammlung kann ferner ausſprechen, daß ein Reichsland die Reichsverfaſſung verletzt habe. Sie hat dieß gegen Baden nicht ausgeſprochen, und auch wir vermögen darin, daß ein Volksſtamm ſich ſelbſt die Landesverfaſſung gibt, eine Verletzung der Reichsverfaſſung nicht zu erkennen, ſo lange die Reichsgewalt ihr verfaſſungsmäßiges Nein gegen die fertige Landesverfaſſung nicht eingelegt haben wird."

Darmſtadt, 30. Mai. Genaue Details über die geſtrigen Vorgänge bei und in Worms haben wir noch nicht erhalten. Was uns auf glaubwürdige Weiſe von verſchiedenen Seiten mitgetheilt wurde, ſtellen wir in Nachſtehendem zuſammen: Der Angriff auf die Freiſchaaren, welche Worms beſetzt hielten, ſollte von der Rheinſeite geſchehen, indeß die Truppen, welche über Gernsheim dirigirt waren, (1 Bataillon, 1 Schwadron, 2 Geſchütze) Worms einſchloſſen, und den Freiſchaaren den Rückzug abſchnitten. Durch beſondere Umſtände, welche noch nicht näher bekannt ſind, verzögerte ſich der Rheinübergang bei Gernsheim, und der Angriff bei Worms durch die Hauptkolonne (3 Bataillone, 1 Schwadron, 3 Geſchütze) konnte ſo die Unterſtützung durch die übrigen Truppen, worauf gerechnet ward, nicht finden. Die Hauptkolonne kam gegen 4 Uhr Morgens bei Worms an. Die fliegende Brücke war auf dem jenſeitigen Ufer, bewacht von einer Abtheilung von Freiſchaaren. Als auf das wiederholt gegebene Zeichen die Brücke nicht herüberkam, wurde von den Schützen nach der Freiſchaarenwache gefeuert, was von dieſen erwiedert wurde. Hierauf begann die Kanonade nach dem jenſeitigen Ufer, welche 2 Stunden währte. Die Freiſchaaren zogen ſich vom Ufer zurück in die Stadt, wo die ſämmtlichen Freiſchaaren ſich ſammelten, und ſtatt der angekündigten energiſchen Vertheidigung ſich eiligſt nach dem Frankenthal in die

inſurgirte Rheinpfalz zurückzogen. Die Truppen ſetzten gegen 7 Uhr Morgens über den Rhein, und wurden von der Bürgerſchaft mit allen Zeichen der Freude empfangen. Verwundet wurde, ſo viel wir wiſſen, nur der Major Diery vom 3. Infanterieregiment, welcher mit der Hauptkolonne unter General v. Schäffer über den Rhein ging. Ueber alles Sonſtige fehlen uns noch die Nachrichten. (Darmſt. Z.)

⟩ **Darmſtadt**, 30. Mai. Die Expedition gegen Worms, das die Freiſchärler verließen bei ernſtlichem Angriffe der Truppen, muß in ſo fern als mißglückt betrachtet werden, als jene faſt ſämmtlich mit heiler Haut davon kamen. Schuld ſoll die verſpätete Ankunft der von Darmſtadt aus über Gernsheim operirenden Kolonnen ſein, welche die Ausreißer ſonſt abgefangen haben würden, während von der Bergſtraße aus ein direkter Angriff gegen die Stadt erfolgte. Die ganze Geſchichte erſcheint jetzt als eine Nebenſache und der Blick wendet ſich von da ernſter nach der Bergſtraße und dem Odenwalde, wo die badiſchen Inſurgenten in Maſſe vordringen zu wollen ſcheinen. Sie haben heute Nachmittag Heppenheim angegriffen, während ſtarke Haufen der meuteriſchen badiſchen Soldateska durch den Odenwald zogen in der Gegend von Fürth. Beim Abgang des letzten Bahnzugs von Heppenheim um 6 Uhr Abends ſchien zwar jener Angriff durch unſere tapferen und treuen Truppen abgeſchlagen, indeſſen war er mit ſolcher Kühnheit unternommen, daß eine Kugel bis neben den abgehenden Zug fuhr. Dieſen füllten zum Theil nach Frankfurt zurück flüchtende Paſſagiere, die in ſüdlicher Richtung weiter gewollt hatten, allein unter dieſen Umſtänden es natürlich aufgeben mußten. Jede Kommunikation mit dem Badiſchen war unterbrochen. Zufolge dieſer neueſten Ereigniſſe herrſchte hier in Darmſtadt wieder plötzlich das regſte kriegeriſche Leben. Oberſt Scholl führte noch dieſen Abend um 10 Uhr eine aus allen Waffengattungen beſtehende mobile Kolonne mit 4 Geſchützen nach dem Odenwalde ab. Dafür zogen Naſſauer ein und werden im Augenblick noch Mecklenburger erwartet. Ueberall Schall der Militärmuſiken, unter dem Scheine der Pechfackeln, und herzliche Lebehochs dem Großherzoge von den abmarſchirenden braven Truppen, unter dem Gedränge des zahllos in den Straßen in größter Ordnung ſich bewegenden Volks.

Worms, 30. Mai. Die Würtemberger und Chevauxlegers ſind bereits wieder nach Heppenheim gezogen, ſo daß unſere Garniſon augenblicklich aus 500 bis 1000 Mann heſſiſcher Truppen beſteht. Geſchütz wird noch erwartet. (Fr. Journ.)

Gießen, 30. Mai. Der geſetzliche Vorſtand der hieſigen Bürgerwehr, der Oberſt und der Stellvertreter des Bürgermeiſters, mahnen in öffentlichem Anſchlage von allem und jedem Konflikte mit dem preußiſchen Militär ab, mit der ausdrücklichen Erklärung, daß ſich auf Befehl der Centralgewalt ein preußiſches Truppenkorps bei Wetzlar zuſammenziehe. Daraus folgt, daß die Preußen als Reichstruppen durch unſer Land ziehen. (Fr. Journ.)

Schleswig, 26. Mai. Der unglückliche Hauptmann Delius lebt noch immer, obgleich völlig ohne Bewußtſein. Die Kugel iſt in die linke Schläfe eingedrungen, mitten durch das Gehirn gegangen, wovon ſchon eine Taſſe herausgequollen ſein ſoll, und ſteckt in der rechten Schläfe. Sie herauszunehmen iſt keine Möglichkeit; Delius iſt von den Aerzten aufgegeben. Es iſt beklagenswerth, daß ſeine rieſige Lebenskraft ſo lange mit dem Tode ringen muß. Wir werden lebhaft an den Braunſchweiger Fricke erinnert, deſſen Jugendkraft im vorigen Jahre lange rang, bis ſie brach. Trotz ſeiner Bewußtloſigkeit nämlich fühlt Delius offenbar die Schmerzen. Er hat unter anderm eine kleine Feder, die ihm ins Auge gekommen war, mit der Hand weggenommen und das Blut, das ihm an den Händen klebt, ſucht er immer abzuwiſchen. Als Generalſtabsoffizier war Delius oft genöthigt, ſich der größten Gefahr rückſichtslos auszuſetzen, weil er die jedesmalige Stellung des Feindes immer genau erforſchen mußte. Er wurde getroffen, als die Dänen den vergeblichen Verſuch machten, das Blockhaus wieder zu nehmen. Geſtern Nachmittag ſammelte ſich im Belte eine Flottille von zwei Dampfſchiffen, eine Korvette oder Brigg mit zwölf Kanonenböten und fing an, das verhängnißvolle Blockhaus mit Kugeln zu überſchütten. Eine Batterie von acht ſchweren Geſchützen auf Fühnen half treulich mit. Dieſe donnernde Kanonade dauerte über drei Stunden. Als ſie eingeſtellt war, erſchien däniſche Infanterie auf dem Damm, an deſſen Ende ſüdlich von Fridericia am Strande das Blockhaus nebſt Schanze liegt, um daſſelbe zu beſetzen. Mit Vergnügen ſah man von Erritſöe aus, daß die Beſatzung des Blockhauſes, welche das Feuern der Schiffe mit ihren Flinten natürlich nicht hatte erwidern können, die feindliche Infanterie ungebrochenen Muthes empfing und zurückſchlug. Noch mehr wurden die Unſrigen erfreut, als ihnen unſere Schanzarbeiter dieſen Morgen die Nachricht brachten, daß die Beſatzung keinen Mann verloren habe. (H. K.)

Großbritannien.

* **London**, 29. Mai. Ein geiſtreicher deutſcher Diplomat ertheilte neulich Lord Palmerſton, als dieſer die „lamentable Unwiſſenheit" der Engländer in Sachen fremder Politik beklagte, folgende Antwort: „Ew. Lordſchaft haben ganz Recht, haben ſehr recht; kein Engländer verſteht etwas von dieſen Sachen. Wenn Sie mir auf morgen eine Stunde beſtimmen wollen, ſo will ich zu Ihnen kommen und Ew. Lordſchaft das Verſtändniß darüber eröffnen." Lord Palmerſton beſtimmte die Stunde nicht.

Frankreich.

* **Paris**, 29. Mai. Die heutige zweite Sitzung der Legislativen hat dazu gedient, die Gegenſätze und ihre numeriſche Stärke ſchärfer hervortreten zu laſſen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung verlangt der Abgeordnete Landolphe das Wort. Er beklagt ſich, daß geſtern nicht feierlich die Republik durch ein Hoch anerkannt worden ſei; daß man ferner das Volk, als es an den Sitzungsſaal andrängte, durch die Truppen zurückgetrieben habe, was unter der Monarchie nie geſchehen ſein würde. Er ſchlägt vor, nachträglich der Republik ein Hoch! zu bringen. Die Montagne ſtimmt ſtürmiſch ein. Ein großer Theil der Rechten bleibt lächelnd ſitzen. Die Montagne ruft um ſo ſtürmiſcher: Es lebe die Republik! Dagueſſau erklärt, nicht mitgerufen zu haben: Es lebe die Republik! (Stürmiſche Unterbrechung, während deren ein Montagnard ruft: Es lebe die demokratiſche ſocialiſtiſche Republik, und dafür vom Präſidenten zur Ordnung gerufen wird.) Der Redner behauptet, nur deßwegen in den Ruf nicht eingeſtimmt zu haben, um nicht durch die Montagne gezwungen zu erſcheinen. Er ſchlägt darauf im Namen der ſouveränen Nation dieſen Ruf vor, in den nun die ganze Verſammlung laut einſtimmt. Der Berichterſtatter der Kommiſſion zur Prüfung der Wahlen beginnt ſeinen Vortrag. Die große Mehrzahl der Wahlen wird als giltig anerkannt. Einzelne Unregelmäßigkeiten ſind von der Art, daß ſie das Endreſultat nicht antaſten können. Bei der Erwähnung der Wahl eines Hrn. Pilhes frägt ein Mitglied der Rechten ſehr ſpitz, ob das derſelbe Bürger ſei, der letzthin in Rom ſich ſo thätig erwieſen. Hr. Pilhes erwidert, das ſei ſein Bruder, deſſen Anſichten er übrigens durchweg theile. Und bei der Erwähnung der Wahl des Miniſters Fallour rächt er ſich durch die Frage, ob der Gewählte der gegenwärtig in Rom anweſende Bürger ſei. Fallour meint, die Verſammlung erwarte ſchwerlich eine Antwort darauf, Hrn. Pilhes aber ſei er bereit, an ſeinem Platz Auskunft zu geben. Gegen die Wahlen aus dem Departement der obern Marne waren Beſchwerden eingegangen, weil die Conſeils generaux ſich hineingemiſcht hätten. Die Linke verlangt Nichtigkeitserklärung der Wahlen. Bei der Abſtimmung ergeben ſich nur 179 Stimmen dafür und 392 dagegen.

Die Umgebungen der Nationalverſammlung ſind heute ganz ruhig. Geſtern ſoll Thiers beim Ausgang der Verſammlung genöthigt geweſen ſein, ſich vor einer Gruppe Menſchen in einen Wagen zu flüchten. Der bekannte Oberſt Forey kommandirt die Truppen um die Nationalverſammlung. Man erzählt ſich, daß der Marſchall Bugeaud auf ſeinem Wege nach der Nationalverſammlung von dem eifrigen Rufe verfolgt wurde: „Es lebe die demokratiſche und ſociale Republik!" und daß er zuletzt unwillig antwortete: „Ja, es lebe die Republik, aber die ſociable!" (worin ſich leben läßt.) Ueber die Miniſterkriſis noch immer nichts Beſtimmtes. Während die halboffizielle Patrie wiſſen will, daß der Marſchall Bugeaud mit der Bildung eines Kabinets beauftragt iſt, verſichert ein anderes Abendblatt, daß Bugeaud definitiv beſeitigt iſt und Odilon Barrot und Dufaure ein Miniſterium bilden werden. Doch erſcheint die erſtere Nachricht wahrſcheinlicher. Sie reimt ſich beſſer mit einer andern ziemlich verbürgten, nämlich, daß Leſſeps desavouirt werden ſoll. Bekanntlich iſt das Kabinet in der römiſchen Frage ſchon lange Zeit geſpalten; während Fallour

eine entſchiedene Parteinahme gegen die Republik verlangt, will Barrot eine neutrale Stellung zwiſchen Papſt und Republik innehalten. Die Anſicht von Fallour ſoll nun geſiegt haben, und Leſſeps ſoll wegen der von ihm gemachten Vorſchläge, mit denen er ſeine Vollmacht überſchritten hat, wenn man darin eine Anerkennung der römiſchen Republik ſehen will, zurückberufen werden — wegen derſelben Vorſchläge, welche das römiſche Triumvirat zurückgewieſen hat, weil ſie keine Anerkennung der Republik enthalten.

Dieſe Gerüchte wirkten nicht günſtig auf die Börſe. Man wollte auch an derſelben wiſſen, daß Oudinot bereits am 21. die Feindſeligkeiten wieder begonnen habe. Die 3 pCt. ſchloß 53, 50, die 5 pCt. 83, 40; Bankaktien 2205.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg, 22. Mai. Hier wurden plötzlich mehrere ſonſt ganz ſtille Bürger verhaftet, welche im Verdachte ſtanden, die ſeit kurzem in der ganzen Umgegend verbreiteten Proklamationen und Aufforderungen Koſſuth's verbreitet zu haben. Bei dem Einen ſollen ſich ganze Ballen von dergleichen Schriften vorgefunden haben. Marktleute, welche kürzlich in Sanok waren, erzählen, daß dort Hunderte bleſſirter Ruſſen liegen, die in einer Schlucht der Karpathen von den ungariſchen Truppen ſo übel zugerichtet worden ſein ſollen. Hier und in der Umgegend ſtehen bedeutende Maſſen ruſſiſcher Truppen, auch ſollen eine Menge ſtarker Patrouillen bis zu 500 Mann umherziehen, um jede Bewegung im Volke zu unterdrücken. (K. Z.)

Italien.

* Die Nachrichten aus dem Kirchenſtaat, wie verſchiedene italieniſche, namentlich toskaniſche, Zeitungen ſie geben, ſind ſchwankend und unſicher. Sie gehen bis zum 20. Es ſind im Weſentlichen folgende:

Als der franzöſiſche Kommiſſär Hr. v. Leſſeps die Antwort der Nationalverſammlung auf ſeine Vorſchläge erhalten hatte, ging er ſofort in das Lager des Generals Oudinot, 2 Miglien von Rom, ab. Nach einer Konferenz mit demſelben iſt er am 20. des Morgens um 7 Uhr in Begleitung eines Oberofficiers zurückgekehrt. Sofort wurde allen hier befindlichen Franzoſen angezeigt, daß ſie ſich um 2 Uhr Nachmittags an einem angegebenen Orte einzufinden hätten, um eine wichtige Mittheilung zu vernehmen. Man vermuthet, daß ſie aufgefordert werden ſollen, die Stadt im Laufe des Tages zu verlaſſen, da der Angriff nahe bevorſtehe. Es heißt, das Triumvirat habe zwei Tage verlangt, um ſeine Bedingungen mitzutheilen. Allein Herr v. Leſſeps habe geantwortet, daß Frankreich Bedingungen diktire und nicht empfange. Ganz Rom iſt in Bewegung; die Franzoſen ſchicken ſich zum Angriff an; General Oudinot ſoll erklärt haben, er werde die Stadt um jeden Preis nehmen und ſollte er die äußerſten Mittel anwenden. Hr. v. Leſſeps hat die franzöſiſche Fahne auf dem Legationsgebäude wieder aufſtecken laſſen. Die Neapolitaner ſcheinen ſich nach Ciſterna zurückgezogen zu haben. Der Ausmarſch Garibaldis mit 12,000 Mann aus Rom ſcheint ſie dazu bewogen zu haben. Man hat am 19. in der Richtung von Velletri und Ciſterna eine lebhafte Kanonade gehört, die von 10 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauerte. Es ſcheint, daß die Römer in Eilmärſchen eine neapolitaniſche Truppenabtheilung erreicht haben, die nur mit Mühe ihren Rückzug bewerkſtelligen konnte.

* **Palermo**, 13. Mai. Wir haben eine ſtürmiſche Nacht gehabt. In mehreren Theilen der Stadt wurde Stunden lang geſchoſſen, ohne daß bis jetzt der Grund davon bekannt iſt. Das Volk hat einen Angriff auf die am Molo einquartirte Fremdenlegion gemacht. Dieſelbe rückte aus, begegnete den Angreifern mit Pelotonfeuer und trieb ſie auseinander. Es ſind von beiden Seiten mehrere Todte und Verwundete geblieben. Die Forts befinden ſich immer noch in den Händen des Volks, welches ſie heute verlaſſen ſoll. Es kann keinen Widerſtand mehr leiſten, weil ſich keine Munition mehr darin befindet. Alles bis auf das letzte Pfund Pulver iſt geſtohlen, die bronzenen Kanonen ſind geſchmolzen und verkauft worden, es bleiben nur noch die großen eiſernen die Niemand kaufen will. Die Armee ſoll morgen oder übermorgen einrücken. Bei Marineo auf den Bergen ſoll zwiſchen den Bauern und den Tirailleurs ein Gefecht mit bedeutendem Verluſt von beiden Seiten ſtattgehabt haben. Ich weiß noch nicht, ob dieſe Nachricht wahr iſt, auf jeden Fall wird ſie übertrieben ſein.

Den 14. Mai. Die Ruhe iſt vollkommen hergeſtellt. Geſtern hat das Volk von ſelbſt die Forts verlaſſen. Dieſelben ſind dann gleich von der Nationalgarde beſetzt worden, wovon ein großer Theil derjenigen, die hier geblieben iſt, ſich wieder getraut unter Waffen zu treten, da jetzt keine Gefahr mehr vorhanden iſt. Die fremden Kriegsſchiffe fangen auch an l'Armella zu verlaſſen und ihre früheren Poſitionen wieder einzunehmen. Mehrere derjenigen, welche die Stadt verlaſſen, kommen wieder zurück. Die Fremden-Legion iſt bezahlt worden, und wartet auf Gelegenheit, um zu verreiſen. Dieſen Morgen ſind 3 Offiziere des neapolitaniſchen Generalſtabs angekommen, um Veranſtaltungen zu treffen, um die Truppen zu logiren. Es iſt alſo zu erwarten, daß die Armee heute oder morgen einrücken werde. Die fremden Kaufleute werden wohl bald wieder zurückkommen und die Geſchäfte wieder den gewöhnlichen Gang nehmen.

Den 15. Mai. Nach einer Anzeige, welche ſich dieſen Morgen angeſchlagen befand, wird die königl. Armee heute einrücken. Der General Filangieri geht mit ganz außerordentlicher Mäßigung zu Werke, und thut dem Volke Ehren an, die es nicht verdient. Die getroffenen Maßregeln, die Truppen nicht in der Stadt einzuquartieren und die Beibehaltung der Nationalgarde ſind ſehr unzweckmäßig, ſie werden als Schwachheit und Furcht der Neapolitaner betrachtet, und machen das Volk nur trotziger. Beſſer wäre es, mit Strenge zu verfahren, und das Volk gleich zu entwaffnen. Geſtern Abend waren alle Straßen mit Dieben beſetzt, welche alle Vorbeigehenden ausplünderten, ohne daß es die Patrouillen verhindern konnten. Die Regierung hat verordnet, daß heute die Nationalgarde der Armee entgegen gehe, um ſie zu bewillkommnen; dieſelbe wird ſich aber nicht rühren, ſie hat ſich noch nicht genug vom gehabten Schrecken erholt, um marſchiren zu können.

Abends. Die königliche Armee iſt eingerückt, beſetzt alle Forts und die Umgebungen der Stadt. Alles iſt mit der größten Ruhe und Ordnung vor ſich gegangen.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 24. Mai. Von dem anarchiſchen Deutſchland beſorgt man nicht allein ein Gefährden der gemeinſchaftlichen ſkandinaviſchen Intereſſen, ſondern auch eine revolutionäre Propaganda, ſo daß Deutſchland wie ſchon längſt in kirchlicher Hinſicht, ſo jetzt auch in politiſcher Beziehung verdächtigt iſt. Je mehr nun alle Sympathien für Deutſchland bei dem ſchwediſchen Volke, das, bei aller ſeiner Liebe zur konſtitutionellen Verfaſſung, doch äußerſt beſonnen und bedächtig iſt, verſchwinden, deſto mehr wird ein engeres Anſchließen an einen andern Staat, deſſen Politik ſich höchſt freundſchaftlich erweiſet, möglich gemacht. Durch dieſe ſo veränderte Stimmung des ſchwediſchen Volkes wird den wenigen ſporadiſchen Radikalen die letzte Hoffnung zu Wühler-Verſuchen geraubt, weßwegen ſie auch anfangen, die Folgen hiervon zu fürchten, wie wir neulich ſchon andeuteten. In der halboffiziellen Poſt-Zeitung vom 21. d. M. iſt Folgendes, was hier eine gewiſſe Aufmerkſamkeit erregte und vielleicht auch Deutſchlands Beachtung verdienen möchte, nämlich: „Zufolge deſſen, was wir zu erfahren Gelegenheit gehabt haben, ſoll eine Ordre nach Carlskrona abgegangen ſein, die Fregatten „Deſirée" und „Götheborg", die Korvette „Najaden", die Dampfkorvette „Thor" und einen Schoner zur Verſtärkung der ſchon anbefohlenen Rüſtung von 2 Fregatten, 1 Korvette, 1 Brigg und 1 Bataillon Kanonen-Schaluppen und Jollen nebſt einem Mörſerſchiffe, welche ſchon Ordres erhalten, ihre Beſatzung zum 5. Juni einzumuſtern, eiligſt auszurüſten und klar zu machen." Wir enthalten uns über dieſe neuen und eiligen Rüſtungen einer jeden weiteren Reflexion, da im Publikum durchaus nicht bekannt iſt, was ſie eigentlich veranlaßt haben könne und was alſo ihre Beſtimmung ſei. (K. Z.)

Ungarn.

Die Debrecziner Verſammlung hat dem Präſidenten Koſſuth die königliche Burg zu Ofen und den Gehalt, welchen früher der Palatin bezogen, angewieſen. — Im Banat wird der Kampf bald

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die preußiſche Reichsverfaſſung. Oeſterreichiſche Truppen eingerückt. Die Bevollmächtigten und das Reichsminiſterium. Die Wanderung nach Stuttgart. Antwort des Reichsverweſers an den preußiſchen Bevollmächtigten. Truppen nach der Bergſtraße. Stellenweiſe Zerſtörung der Eiſenbahn. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Einnahme von Malghera). Berlin (Hr. v. Kamptz. Entweichung. Die Koſten des Militärs. Die Verhaftungen. Einberufung der Kammern). Bonn (Hr. Kinkel). Sachſen (Königliche Verordnung wegen Forterhebung der Steuern). Heppenheim (Näheres über das Gefecht). Schleswig (Die badiſchen Truppen. Die Kanonen des Chriſtian. Unthätigkeit. Bureau der Landesverſammlung.)

Rußland. St. Petersburg (Verſchwörung. Zahlreiche Verhaftungen).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 1. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 1. Juni. Der preußiſche Staatsanzeiger bringt uns die zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover vereinbarte Verfaſſung für Deutſchland. Wir theilen ſie unſern Leſern morgen in einem beſondern Abdrucke vollſtändig mit. Für heute begnügen wir uns die weſentlichſten Punkte anzudeuten, mit vergleichender Rückſicht auf die Reichsverfaſſung vom 28. März.

Zwei begleitende Cirkularſchreiben der preußiſchen an die ſämmtlichen deutſchen Regierungen lauten vollſtändig wie folgt:

I. Die Berathungen, welche auf die Einladung unſerer Cirkulardepeſche vom 28. v. M. hier in Berlin in Bezug auf die deutſche Verfaſſungsfrage ſtattgefunden haben, haben zu dem für die königliche Regierung erfreulichen Ergebniß geführt, daß ſie nunmehr im Verein mit den königlichen Regierungen von Sachſen und Hannover den übrigen deutſchen Regierungen eine umfaſſende Vorlage in Bezug auf die deutſche Verfaſſung machen können.

Die königlich preußiſche Regierung beehrt ſich daher, in der Anlage der ꝛc. Regierung die betreffende Eröffnung in ihrem eigenen, wie im Namen der Regierungen von Sachſen und von Hannover zu überſenden, und bemerkt dabei, daß die königlich baieriſche Regierung, welche an ſämmtlichen Verhandlungen zwiſchen oben erwähnten Regierungen Theil genommen, ſich die ſchließliche Erklärung über ihren Beitritt noch vorbehalten hat.

Wir glauben dabei das Vertrauen ausſprechen zu dürfen, daß dieſe Eröffnung bei der ꝛc. Regierung die reifliche und eingehende Erwägung finden werde, welche die Wichtigkeit des Gegenſtandes erfordert, und daß auch die Geſinnungen und das Verfahren der verbündeten Regierungen, welche hiermit einer unabweislichen Pflicht genügt zu haben glauben, gerechte Würdigung und Anerkennung erlangen werde. Berlin, den 28. Mai 1849.

An ſämmtliche deutſche Regierungen. Der Miniſterpräſident. (gez.) Graf v. Brandenburg.

II. Der ꝛc. Regierung finden ſich die Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover, und in deren Auftrage die preußiſche Regierung, veranlaßt, folgende ergebenſte Eröffnung zu machen.

Es bedarf keiner näheren Darlegung der Gefahren, von welchen gegenwärtig das gemeinſame Vaterland bedroht wird. Die Ereigniſſe ſprechen laut genug. In mehreren Theilen Deutſchlands iſt die geſetzliche Autorität durch den Aufruhr umgeſtürzt, in anderen nur durch die Anwendung der Waffen hergeſtellt worden. Niemand vermag zu ermeſſen, welche fernere Ausdehnung dieſe weit verzweigten Bewegungen erhalten, und wie weit ſie ſelbſt, dem Auslande gegenüber, zu ernſten Bedenken führen können. Nicht blos die geſammte ſtaatliche Exiſtenz Deutſchlands iſt in Frage geſtellt, ſondern eben ſowohl die Grundlagen jedes geordneten Zuſtandes überhaupt.

Um dieſen Gefahren gewachſen zu ſein, um den Kampf ſiegreich zu beſtehen, deſſen Ausgang ſonſt alle deutſchen Lande mit gleichem Verderben treffen würde, bedarf es vor Allem einer vollen Uebereinſtimmung in den Handlungen der Regierungen. Um deſto ſchmerzlicher muß es empfunden werden, daß hierzu jetzt der geeignete Vereinigungspunkt mangelt. Der auf der Akte vom 8. Juni 1815 errichtete deutſche Bund iſt hierzu faktiſch um ſo mehr außer Stande, da ihm zur Zeit ein ausreichendes Organ zu gemeinſchaftlicher Thätigkeit abgeht. Ein neues, den gegenwärtigen Anforderungen entſprechendes Bundesverhältniß hat noch nicht zu Stande gebracht werden können. Die in Frankfurt zuſammengetretene Nationalverſammlung hat, als ſie die von ihr berathene Reichsverfaſſung als abgeſchloſſen und weiterer Verhandlung unzugänglich verkündigte, ſich ſelbſt außer Stand geſetzt, ihr Mandat ferner zu erfüllen; ihre weiteren Beſchlüſſe entbehren daher ſchon deswegen jeder rechtlichen Gültigkeit und können nur als Uebergriffe betrachtet werden, denen keinerlei Folge zu geben iſt.

Einer ſo bedrohlichen Lage gegenüber iſt ein feſtes, einträchtiges und unverzügliches Handeln nothwendig, und es wird dieſes von den Regierungen ausgehen müſſen, welche ſich zu den hier vorliegenden Fragen in gleicher Stellung befinden.

Die Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover ſind daher übereingekommen, auf Grund des Art. 11 der deutſchen Bundes-Akte in ein Bündniß zu treten, das den gegenſeitigen Schutz ſeiner Glieder gegen den inneren oder äußeren Feind zum Zwecke hat. Die Leitung der hierzu erforderlichen gemeinſamen Maßregeln haben ſie Preußen übertragen. So wie an alle Regierungen, welche Glieder des deutſchen Bundes von 1815 ſind, ſo ergeht auch an ꝛc. Regierung ihr Anſuchen, ſich dieſem durch die Gefahren des Augenblicks hervorgerufenen Bündniſſe anzuſchließen und ſich hierüber in kürzeſter Friſt gefälligſt erklären zu wollen.

Die genannten Regierungen würden jedoch die ihnen geſtellte Aufgabe nur unvollſtändig erfüllen, wenn ſie lediglich bei den Bedürfniſſen, welche die nächſte Gegenwart erzeugt, ſtehen blieben. Sie ſind vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß Pflicht und Vernunft gleichmäßig gebieten ſich über ihre Stellung zu der deutſchen Verfaſſungs-Frage von vorn herein gegen ihre Verbündeten ſowohl, als gegen die Nation offen auszuſprechen. Sie haben die von der Nationalverſammlung entworfene Reichsverfaſſung nicht anerkannt, weil ſie über die wahren und heilſamen Anforderungen eines kräftigen Bundesſtaates hinausgriff, und in ihrer aus den Kämpfen und Zugeſtändniſſen der politiſchen Parteien hervorgegangenen Geſtalt die weſentlichſten Bürgſchaften entbehrte, auf welchen der rechtliche und geordnete Beſtand jedes Staatsweſens beruht.

Aber die verbündeten Regierungen haben nicht einen Augenblick verkannt, daß ihnen eben hieraus die doppelte Verpflichtung erwachſen ſei, nach allen Kräften zu dem Abſchluß eines Verfaſſungswerkes mitzuwirken, das für das geſammte Deutſchland eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden iſt. Eine ſolche Verfaſſung wird der Nation gewähren müſſen, was ſie ſeit längerer Zeit ſchmerzlich entbehrte, was ſie von ihren Regierungen zu fordern berechtigt iſt: dem Auslande gegenüber Einheit und Macht, im Innern, bei geſichertem Fortbeſtande aller einzelnen Glieder, die einheitliche Entwickelung der gemeinſamen Intereſſen und nationalen Bedürfniſſe. Die Bürgſchaften der rechtlichen Freiheit und der geſetzlichen Ordnung ſind es, welche die deutſche Verfaſſung den Regierungen und den Völkern zu gewähren haben wird.

Unter dieſen Geſichtspunkten haben die verbündeten Regierungen den von der National-Verſammlung beſchloſſenen Entwurf ernſtlich geprüft, alle ſeine heilſamen und unbedenklichen Beſtimmungen beibehalten und nur diejenigen Theile geändert, welche mit dem gemeinen Wohle unvereinbar ſind.

Hieraus iſt, auf Grund einer von Preußen vorgelegten Propoſition, der Entwurf einer Reichsverfaſſung hervorgegangen, welchen ſie ſämmtlichen Gliedern des Bundes von 1815 als ihren gemeinſchaftlichen Vorſchlag und in der Hoffnung vorlegen, daß derſelbe ihre Zuſtimmung finden werde. Die Begründung ſeines Inhalts, ſo wie deſſen nähere Erläuterung, iſt in der Denkſchrift niedergelegt, welche beiliegt. Die deutſchen Staaten, welche ſich dem vorgelegten Verfaſſungs-Entwurf anſchließen, werden als die im §. 1 bezeichneten Glieder des Bundesſtaates zu betrachten ſein, während denjenigen Regierungen gegenüber, welche ſich zu dieſem Anſchluß nicht veranlaßt finden, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbeſtehen.

Indem die Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover ſich durch den Drang der Zeitumſtände genöthigt geſehen haben, ihrerſeits die Initiative in dem Verfaſſungswerke zu ergreifen, ſind ſie jedoch von der beſtimmten und ausdrücklichen Vorausſetzung ausgegangen, daß der rechtsgültige Abſchluß deſſelben auf der freien Zuſtimmung der National-Vertretung beruhe. Sie werden daher in Gemeinſchaft mit denjenigen Regierungen, welche ſich dem Verfaſſungs-Entwurfe anſchließen, aus dieſen deutſchen Landen einen Reichstag in dem Umfange und nach den Wahlbeſtimmungen berufen, welche der Verfaſſungs-Entwurf vorläufig bezeichnet. Dieſem lediglich hierzu verſammelten Reichstage wird dann der genannte Entwurf zur Berathung und Zuſtimmung übergeben werden.

Auf dem hier bezeichneten Wege hoffen die Regierungen ſich mit allen verſtändigen und wohldenkenden Männern der Nation zu begegnen, mit Allen, denen das wahre Wohl Deutſchlands am Herzen liegt, mit Allen, welche, von der ganzen Bedeutung des Augenblicks durchdrungen, eines unbefangenen Urtheils über die Lage des Vaterlandes fähig ſind.

Die obenerwähnte Denkſchrift zu dem Inhalte des Verfaſſungs-Entwurfes war bei dem Abgange dieſes Aktenſtückes noch nicht beendigt und wird unverzüglich nachfolgen. Berlin, den 28. Mai 1849. Der Miniſter-Präſident. (gez.) Graf von Brandenburg. An ſämmtliche deutſche Regierungen.

Die Beſtimmungen der Verfaſſung ſelbſt ſind auf Grundlage der Reichsverfaſſung vom 28. März gearbeitet, und entſprechen derſelben auch in der äußeren Anordnung und Eintheilung durchaus von Paragraph zu Paragraph. Das Reich beſteht nach §. 1 „aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutſchen Bundes, welche die Reichsverfaſſung anerkennen.“ §. 1 der Reichsverfaſſung vom 28. März ſagt einfach: „aus dem Gebiete des bisherigen deutſchen Bundes“. Der Zuſatz: „Die Feſtſetzung der Verhältniſſe des Herzogthums Schleswig bleibt vorbehalten“, fehlt in der preußiſchen Vorlage, wie überhaupt in derſelben des Herzogthums Schleswig durchaus keine Erwähnung geſchieht. Dagegen enthält ſie in §. 1 die weitere Beſtimmung: „Die Feſtſetzung des Verhältniſſes Oeſterreichs zu dem deutſchen Reiche bleibt gegenſeitiger Verſtändigung vorbehalten“. Die §§. 2. 3. 4. 5. ſind der Reichsverfaſſung gleichlautend.

Im zweiten Abſchnitt von der Reichsgewalt ſind die Beſtimmungen über die auswärtige Vertretung, das Recht des Krieges und Friedens, und die Verfügung über Land- und Seemacht, denen der Reichsverfaſſung im Weſentlichen gleich, wenn auch im Einzelnen mehrfach modifizirt. §. 11 lautet: „Im Kriege oder in Fällen nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden, ſteht der Reichsgewalt die geſammte bewaffnete Macht zur Verfügung“; ſtatt der einfachen Beſtimmung der Reichsverfaſſung:

„Der Reichsgewalt ſteht die geſammte bewaffnete Macht Deutſchlands zur Verfügung“. Nach §. 48 iſt das Reich zur Beſtreitung ſeiner Ausgaben zunächſt auf die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten angewieſen. In außerordentlichen Fällen iſt es befugt, Anleihen zu machen oder ſonſtige Schulden zu kontrahiren.

Im dritten Abſchnitt: Das Reichsoberhaupt, beſtimmt §. 68: „Die Regierung wird von einem Reichsvorſtande an der Spitze eines Fürſtenkollegiums geführt.“ §. 66: „Die Würde des Reichsvorſtandes iſt mit der Krone Preußens verbunden“. §. 67: „Das Fürſtenkollegium beſteht aus 6 Stimmen, und zwar: 1) Preußen, 2) Baiern, 3) Würtemberg, Baden, beide Hohenzollern. 4) Sachſen, die ſächſiſchen Herzogthümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg, 5) Hannover, Braunſchweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holſtein, die Hanſeſtädte, 6) Kurheſſen, Heſſen-Darmſtadt, Naſſau, Heſſen-Homburg, Luxemburg und Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Frankfurt. Die Staaten, welche einen gemeinſchaftlichen Bevollmächtigten zum Fürſtenkollegium beſtellen, haben ſich über deſſen Wahl zu verſtändigen; für den Fall der Nichtverſtändigung wird ein Reichsgeſetz die Mitwirkung der Betheiligten beſtimmen.“ Der Reichsvorſtand reſidirt während der Dauer des Reichstages am Sitze der Reichsregierung; er übt ſeine Gewalt durch verantwortliche Miniſter aus; er ſtellt die Reichsgeſandten und Konſuln an, erklärt Krieg und ſchließt Frieden, ſchließt Bündniſſe und Verträge ab, beruft und ſchließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volkshaus aufzulöſen. Das Fürſtenkollegium (§§. 76 und 77), unter dem Vorſitze des Reichsvorſtandes, oder in deſſen Verhinderung unter dem Vorſitze Baierns, hat das Recht des Geſetzesvorſchlags. Es übt die geſetzgebende Gewalt in Gemeinſchaft mit dem Reichstage unter den verfaſſungsmäßigen Beſchränkungen aus. Seine Beſchlüſſe faßt es durch abſolute Majorität der anweſenden Bevollmächtigten. Bei gleicher Stimmenzahl entſcheidet die Stimme des Vorſitzenden.

Im vierten Abſchnitt: vom Reichstag, wird die Zahl der Mitglieder des Staatenhauſes in der Weiſe vertheilt, daß die deutſch-öſterreichiſchen Lande nicht zugerechnet werden: Preußen erhält hiernach 40 Mitglieder, Baiern 20, Sachſen, Hannover, Würtemberg jedes 12, Baden 10, beide Heſſen jedes 7, Holſtein 6 u. ſ. w., zuſammen 167 Mitglieder. Die Mitglieder des Staatenhauſes werden zur Hälfte durch die Regierung und zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten ernannt. Wo zwei Kammern beſtehen, wird die Hälfte von jeder Kammer gewählt; bei ungleicher Hälfte fällt die größere auf das Volkshaus. Dieſe Beſtimmungen treten an die Stelle des §. 88 der Reichsverfaſſung. Die übrigen Beſtimmungen über das Staatenhaus ſind denen der §§. 89, 90, 91, 92 der Reichsverfaſſung gleichlautend. Die Mitglieder des Volkshauſes werden auf vier Jahre gewählt, nicht, wie die Reichsverfaſſung beſtimmt, nur auf drei Jahre. §. 102 der Reichsverfaſſung, die Beſtimmung über das ſuspenſive Veto enthaltend, fällt weg. Die Befugniß des Reichstags iſt dieſelbe wie in der Reichsverfaſſung. Nur bei Feſtſtellung des Reichshaushaltes findet eine weſentliche Aenderung ſtatt. Nach der Reichsverfaſſung hat das Staatenhaus an dem von dem Volkshauſe geprüften und bewilligten Budget nur Erinnerungen und Ausſtellungen zu machen, über welche das Volkshaus endgültig beſchließt. Nach der preußiſchen Vorlage geht das Budget an das Staatenhaus zur Berathung und Beſchlußnahme. Stimmt der Beſchluß nicht mit dem des Volkshauſes zuſammen, ſo geht das Budget zu fernerer Verhandlung an das Volkshaus zurück. Ein endgültiger Beſchluß kann nur durch die Uebereinſtimmung beider Häuſer zu Stande kommen. Die übrigen Beſtimmungen über den Reichstag enthalten nur minder weſentliche Abweichungen.

Die Beſtimmungen des 5. Abſchnitts, über das Reichsgericht, ſind denen der Reichsverfaſſung im Ganzen und Weſentlichen gleich.

Zeit und Raum geſtatten uns nur einen flüchtigen Blick auf die Grundrechte. Wir bemerken, daß in Artikel II. die Abſchaffung des Adels als Stand, der Titel ohne Amt und der auswärtigen Orden, weggefallen iſt. Ebenſo die Abſchaffung der Todesſtrafe. Artikel IV. über die Preſſe fügt zwar den Satz: „Die Cenſur darf nicht eingeführt werden“, der Faſſung der Reichsverfaſſung hinzu, läßt aber dafür den Satz: „Die Preßfreiheit darf unter keinen Umſtänden und in keiner Weiſe durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Cenſur, Konzeſſionen, Sicherheitsbeſtellungen, Staatsauflagen, Beſchränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Poſtverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beſchränkt, ſuspendirt oder aufgehoben werden“, völlig aus.

Im ſiebenten Abſchnitt: die Gewähr der Verfaſſung, finden ſich einige Aenderungen in der Eidesleiſtung und der Wegfall des Satzes: „Erſt nach geleiſtetem Eide iſt der Kaiſer berechtigt, Regierungshandlungen vorzunehmen.“ Bei Abänderungen der Verfaſſung fällt gleichfalls das ſuspenſive Veto weg. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Beſtimmungen der Grundrechte über den Gerichtsſtand, die Preſſe (beides findet ſich nicht in der Reichsverfaſſung), Verhaftung, Hausſuchung und Verſammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelſtaates für einzelne Bezirke zeitweiſe außer Kraft geſetzt werden. Die Bedingungen ſind dieſelben, wie in der Reichsverfaſſung, mit Ausnahme der ſtändiſchen Genehmigung. Nach der Reichsverfaſſung darf die Suspenſion nicht länger als vierzehn Tage dauern, ohne daß die Reichsverſammlung oder der Landtag zuſammengerufen und die getroffenen Maßregeln zu ihrer Genehmigung vorgelegt werden. In der preußiſchen Vorlage dagegen heißt es: „Wenn dieſelben nicht verſammelt ſind, ſo müſſen bei ihrem Zuſammentreten die getroffenen Maßregeln ihnen ſofort zur Genehmigung vorgelegt werden.“ Ferner heißt es: „Für die Verkündigung des Belagerungszuſtandes bleiben bis zur Erlaſſung eines Reichsgeſetzes die beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften in Kraft;“ die Reichsverſammlung dagegen ſagt: „Für die Verkündigung des Belagerungszuſtandes in Feſtungen bleiben die beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften in Kraft.“

Angehängt iſt der Entwurf eines Wahlgeſetzes fürs Volkshaus. Wähler iſt jeder ſelbſtſtändige unbeſcholtene Deutſche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Selbſtſtändig iſt, wer an den Gemeindewahlen ſeines Wohnortes Theil zu nehmen berechtigt iſt, und irgend eine direkte Staatsſteuer zahlt. Wählbar iſt jeder unbeſcholtene Deutſche, der das 30. Lebensjahr zurückgelegt und ſeit mindeſtens 3 Jahren einem deutſchen Staate angehört hat. Auf 100,000 Seelen kommt ein Abgeordneter. Die Wahl iſt indirekt. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt. Jede Abtheilung wählt ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden direkten Staatsſteuern. Die erſte Abtheilung beſteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchſten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Geſammtſteuer fallen. Die 2. Abtheilung beſteht aus den Wählern, auf welche die nächſtniedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen. Die 3. Abtheilung beſteht aus den niedrigſt beſteuerten Wählern, auf welche das letzte Drittheil fällt. Die Wahlen erfolgen durch offene Stimmgebung nach abſoluter Mehrheit, ſowohl bei der Wahlmänner-, wie bei der Abgeordnetenwahl.

▽ **Frankfurt**, 1. Juni. Heute 11 Uhr Vormittags rückte ein Bataillon öſterreichiſches Fußvolk, an den Helmen mit Eichenlaub geſchmückt, aus ſeinen bisherigen Kantonnements in der Nachbarſchaft hier ein, empfangen und begleitet vom preußiſchen Muſikkorps. Dieſe öſterreichiſchen Gäſte ſind beſtimmt, ihre bereits nach dem Kriegsſchauplatze abmarſchirten Kameraden zu erſetzen.

⊙ **Frankfurt**, 1. Juni. Seit acht Tagen zu einer Beſprechung mit dem Reichsminiſterium eingeladen, hatten ſich geſtern die Bevollmächtigten der verfaſſungsfreundlichen Staaten zu Abhaltung derſelben eingefunden. Allein anſtatt irgend einer Perſon des Reichsminiſteriums trafen die Verſammelten ein an Herrn v. Sternenfels, den königlich würtembergiſchen Geſandten bei der Centralgewalt gerichtetes Schreiben folgenden Inhalts: Bei der geſtrigen Beſchlußfaſſung, „ſo“ dem Reichsminiſterium erſt heute mitgetheilt worden, und „bei den übrigen eingetretenen Umſtänden“ (?) halte das Reichsminiſterium dafür, daß die Bevollmächtigten ſich heute unbefangener beſprechen dürften, wenn ſie allein blieben. „Weshalb ich um Entſchuldigung bitte wenn ich heute nicht unter Ihnen erſcheine.“ Frankfurt a. M. 31. Mai 1849. Gez. Dr. Grävell.“ Die Bevollmächtigten, unter dem Miniſterium Gagern an ſolche Formen nicht gewöhnt, gingen ohne Beſprechung auseinander.

⊙ **Frankfurt**, 1. Juni. Die nach Stuttgart auswandernden Ueberreſte der Nat.-Verſ. ſollen ſich nach der Verſicherung Einiger im Beſitz einer beſondern Reichskaſſe befinden, wobei nur

mehr als räthſelhaft bliebe, woher dieſer Reichskaſſe der Zufluß kommen ſollte. Einer andern Nachricht nach haben ſie von der Centralgewalt 25,000 fl. als die nächſten Monatskoſten der Verſammlung in Anſpruch genommen und erhalten. Auf der Mainluſt hielten geſtern etwa 30 Mitglieder der gegen die Verlegung geſtimmten Partei eine Berathung. Sie ſollen ſich in derſelben entſchieden haben, den Uebergeſiedelten und vermuthlich Beſchlußunfähigen in Stuttgart das Nachrücken unter der Bedingung zu verſprechen, daß dann ein Antrag auf Vertagung durchgeſetzt würde. Was aber in Frankfurt unmöglich war, würde wohl in Stuttgart noch unannehmbarer erſcheinen; nämlich die Verwirklichung eines ſolchen Vertagungsvorſchlages.

Frankfurt, 1. Juni. Nachſtehende offizielle Antwort wird uns zur Veröffentlichung nachträglich mitgetheilt:

An den königl. preußiſchen interimiſtiſchen Bevollmächtigten, Herrn Legationsrath v. Kamptz dahier.

Auf die dem Reichsverweſer heute mitgetheilten telegraphiſchen Depeſchen von Berlin vom 18. und 23. d. M. habe ich von Sr. kaiſerlichen Hoheit den ausdrücklichen Befehl erhalten, zu erwiedern: „daß Se. kaiſ. Hoheit der Reichsverweſer, wie bekannt, längſt entſchloſſen iſt, das ihm anvertraute Amt niederzulegen, daß Er aber bei der Beſtimmung des Zeitpunktes, wann dieſes geſchehen werde, lediglich das Intereſſe Deutſchlands konſultiren und keiner Macht der Erde das Recht zuſtehe, Ihn von dem Ihm anvertrauten Poſten zu verdrängen."

Frankfurt, den 24. Mai 1849.

Der Reichsminiſter des Innern: (gez.) Grävell.

(O. P. Z.)

Frankfurt, 1. Juni. Auf der Main-Neckar-Eiſenbahn ſind im Laufe des geſtrigen Tages unausgeſetzt Truppen nach der großh. heſſ. Provinz Starkenburg befördert worden. Drei Schwadronen mecklenburgiſcher Reiterei und weitere Artillerieabtheilungen ſind geſtern hier eingetroffen und zum Theil ſofort nach Darmſtadt und weiter befördert worden. Eine mecklenburgiſche Geſchützabtheilung, die heute früh nach Darmſtadt befördert werden ſollte, iſt wieder hierher zurückgekehrt, da die Eiſenbahn zwiſchen hier und Darmſtadt ſtellenweiſe zerſtört iſt, und wird nun zu Fuß nach dem Ort ihrer Beſtimmung abgehen.

(O. P. Z.)

Frankfurt, 1. Juni. Die Inſurgenten haben im Laufe des geſtrigen Tages Weinheim geräumt, obgleich es vorgeſtern verbarrikadirt und mit Geſchütz verſehen war; ſie haben ſich, wie es ſcheint, hinter den Neckar zurückgezogen. Auch die im Odenwalde vorgedrungene Kolonne iſt zurückgegangen. Ein Zuſammenſtoß hat auf der ganzen Linie nirgend ſtattgefunden.

(Frankf. Ztg.)

△ **Wien**, 28. Mai. Ein Schreiben aus Meſtre berichtet (21.), daß man unſererſeits ohne auf den herabſtrömenden Regen zu achten, 94 Stück Geſchütze in die Linien eingeführt, und 26,000 Projektilen bereitet hatte, um damit Malghera zu beſchießen. Mehrere Mörſerbatterien darunter werfen 116pfündige Bomben. Ein neuer Verſuch der Venetianer die Parallelen anzugreifen, wurde von unſern Jägern, welche dieſelben ſchon aus großer Entfernung wegſchoſſen, abgewendet. Die Nachricht der Einnahme von Livorno ſoll von den dortigen Truppen mit Jubel aufgenommen worden ſein. Auf den 24. und 25. war die erneute Beſchießung beſchloſſen.

Nachſchrift. Soeben kommt die telegraphiſche Nachricht, daß Malghera in Folge des Bombardements ſich ergeben hat. Zwei Pulvermagazine in der Feſtung waren durch die Bomben in Brand gerathen und in die Luft geflogen, worauf, wie es ſcheint, die ſämmtliche Beſatzung das Fort räumte. Durch den Beſitz Malgheras haben wir nun einen feſten Punkt zum ſchnellen Angriff auf Venedig, denn das Brondoli wird nicht lange Widerſtand leiſten können und von dort aus läßt ſich die Stadt beſchießen, während nur ein kleiner Theil Venedigs in der Schußweite Malgheras ſelbſt liegt.

Lith. Korr. **Berlin**, 30. Mai. Wir erfahren, daß Herr v. Kamptz, der gegenwärtige Vertreter des dieſſeitigen Kabinets bei der Centralgewalt, in dieſen Tagen hier erwartet wird. Seine Ankunft ſteht ſchon ſeit längerer Zeit bevor, da, wie geſagt wird, Hr. v. Kamptz ſelbſt mehrfach den Wunſch geäußert habe, über die Lage der Dinge mündlich Vortrag zu erſtatten, um Aenderungen in der ihm ertheilten Inſtruktion herbeizuführen. Die definitive Beurlaubung zur Reiſe nach Berlin ſoll jetzt ertheilt ſein.

An der Börſe wurde heute folgende Bekanntmachung veröffentlicht: „Der Stadt-Haupt-Kaſſenbuchhalter Felgentſen hat ſich von hier vermuthlich am erſten Pfingſtfeiertage entfernt, unter Entwendung von 48,775 Rthlr. 3½ pCt. Stadtobligationen, konvertirt in 5 pCt. vom 1. Januar 1846, und zwar 13 à 1000, 141 à 200, 64 à 100 und 47 à 25 Rthlr. Berlin, 30. Mai 1849. Der Magiſtrat. (gez.) Naunyn." Der Entwichene iſt der Sohn eines allgemein ſehr geachteten früheren Juſtizbeamten. Es fällt auf, daß von Seiten des Gouvernements bei den außerordentlichen Militärrüſtungen keine Anſtalten zur Herbeiſchaffung der doch jedenfalls nothwendig gewordenen außergewöhnlichen Geldſummen getroffen werden. In ſonſt wohlunterrichteten Kreiſen erzählt man, Sr. Majeſtät hätten aus ihrer Privatſchatulle Gelder hergegeben. Auch ſoll die Seehandlung durch verſchiedenartige Operationen den ſehr angeſtrengten Staatskaſſen zu Hülfe kommen. An den Abſchluß einer neuen Anleihe ſcheint man jedoch nicht zu denken, jedenfalls ein Beweis für die im Ganzen gute Finanzverwaltung, wenn man erwägt, daß das preußiſche Heer in ſeiner jetzigen Stärke täglich mehr als ¼ Million Thaler, wenn man Märſche ꝛc. in Anſchlag bringt, koſtet.

General v. Wrangel, der zu einer Entſcheidung über das Verbleiben der Gefangenen in der Militärhaft veranlaßt iſt, hat eine ſolche noch nicht ertheilt. Außer dem Apotheker Bernhard, der jetzt nach ſeiner Freigebung ſo wenig als bei und während ſeiner Haft über den Grund derſelben Aufſchluß zu erlangen vermocht hat, iſt noch keiner der Gefangenen in Freiheit geſetzt. Auf dem Hofe der Kaſerne des Kaiſer-Alexander-Regiments iſt jetzt der Böller aufgeſtellt, der den Dresdener Inſurgenten abgenommen und vom Könige von Sachſen dieſem Regiment zur Erinnerung an die Expedition geſchenkt worden iſt.

Konſt. Korr. **Berlin**, 30. Mai. Wir erfahren ſoeben, daß aller Wahrſcheinlichkeit nach die Kammern zum 20. Juli einberufen werden, ſo daß die verfaſſungsmäßige Friſt nur um 20 Tage überſchritten würde. Die Indemnität für eine ſo kurze durch die Umſtände gebotene Ueberſchreitung iſt von den nächſten Kammern, welche die Gewalt der Umſtände nicht verkennen werden, wohl zu erwarten.

Bonn, 25. Mai. Kinkel befindet ſich mit mehreren ſeiner Anhänger, die nach dem mißlungenen Putſch auf Siegburg mit ihm entflohen, in der Pfalz und ſoll daſelbſt bei der Verwaltung der Finanzen angeſtellt ſein. Er werde aber, ſagt er in einer hier erſcheinenden Arbeiterzeitung, bald zurückkehren „und ſeinen Landsleuten ein Püppchen mit rothem Röckchen mitbringen." (Konſt. Z.)

• Die Leipziger Zeitung enthält eine königliche Verordnung, welche die Forterhebung der beſtehenden Steuern und Abgaben auf ein Jahr, bis Ende April 1850 anordnet.

†† **Heppenheim**, 31. Mai. Soviel es unter dem Drang der Umſtände möglich iſt will ich Ihnen mittheilen, was ich aus eigener Anſchauung und aus Erzählung Anderer über die geſtern zwiſchen den großherzogl. heſſiſchen und den badiſchen Truppen in der Umgegend gelieferten Gefechte erfahren habe. Ohne für jede Einzelheit ſtehen zu können, glaube ich die Richtigkeit des Weſentlichen verbürgen zu dürfen. Gleich nach Mitternacht den 30. Mai wurden die hier und in der Umgegend ſtationirten Heſſen durch das Allarmſignal unter die Waffen gerufen. Es hieß, die Truppen der proviſoriſchen Regierung in Baden beabſichtigten einen Einfall ins heſſiſche Gebiet. Gegen 4 Uhr war Alles um Heppenheim vereinigt und Stellung gegen die badiſche Grenze genommen, deren Vorpoſten im Kirſchhäuſer und Erbacher Thal und in der Ebene gegen Oberlaudenbach hin vorgeſchoben waren. Indeſſen verlief der Morgen ruhig und die Truppen, welche aus 5 Bataillonen, 2 Schwadronen und etwa 8 Geſchützen beſtanden, waren mit der Hauptmaſſe der Erholung wegen mehr nach Heppenheim zurückgezogen worden. Da kam plötzlich die Nachricht, es ſei eine ſtarke Kolonne Badener von Weinheim aus ins Weſchnitzthal eingebrochen und ziehe gegen Rimbach und Fürth. Sofort wurden die Truppen im Kirſchhäuſer und Erbacher Thale angemeſſen verſtärkt und beauftragt, den Feind nach dieſer Richtung hin zu beobachten, ſich aber nicht in ein Gefecht verwickeln zu laſſen, welches ſie vom Hauptkorps in Heppenheim zu weit entfernen könne. Gegen 4 Uhr näherte ſich dieſen Truppen auf der rechten Flanke ihrer Vorpoſten, die auf der Juchhöhe ſtand, eine Kolonne badiſcher Infanterie, meiſt Soldaten, doch auch mit Freiſchaaren untermiſcht in der Stärke von 1000 — 1200 Mann. Die Badener verſuchten mehrmals zu parlamentiren und forderten die Heſſen unter dem Rufe „die Heſſen ſollen leben" auf, ſich mit ihnen zur Durchführung

№ 149. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 1. Juni 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. X.
Jellacic.
Der Krieg in Ungarn.
Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung der freien Stadt).

Von der Donau.

X.

⌂ Bald wird es wohl nöthig ſein, bei dieſer Aufſchrift hinzuzufügen von der ruſſiſchen Donau, ſo wie es eine baieriſche Donau aber keine deutſche gibt. Wie in früherer Zeit ſinkt Oeſterreich in das Regierenlaſſen zurück, und man muß nur bedauern, daß ſtatt des wenigſtens erfahrnen Metternich ſehr unweiſe und ganz unerfahrene Staatsmänner von der Revolution ans Ruder gebracht wurden. Bach iſt gegenwärtig zweimal Miniſter; Miniſter des Innern und Miniſter der Juſtiz. Man muß es ſcheuen, über dieſen Mann, ſeit ſeinem Auftreten in der politiſchen Welt, ein Urtheil zu fällen; man muß es ſcheuen, denn es gibt keine Worte, die ſcharf und ſchneidend genug ſind, den Charakter gehörig zu bezeichnen und die Handlungen zu würdigen. Derſelbe Advokat, welcher die Eingabe gegen die Cenſur entwarf und darob von Sedlnitzky verfolgt wurde, läßt als Juſtizminiſter das gegenwärtige Preßgeſetz ausfertigen. Derſelbe Miniſter, der die Volksſouveränetät neben den Thron ſtellte, nennt jetzt die Volksſouveränetät eine verbrecheriſche Theorie! Derſelbe Mann der den Klubs ſeine Erhebung verdankt und dem Sicherheitsausſchuſſe ſeinen Bruder als Präſes beſtellte, erläßt das jetzige Aſſociationsgeſetz! Das Regiſter würde zu lang, und jedes beſſere Gefühl im Innerſten empört, wollte man alle die Widerſprüche, Inkonſequenzen, offenbaren Rechtsverletzungen, die Verhöhnung der Freiheitsbeſtrebungen und die Rückbewegung zum Despotismus darſtellen. Man verzweifelt an den Menſchen, wenn ſolche Beiſpiele vor die Augen treten, und gelangt endlich zu der Bach'ſchen Anſicht, „es müſſe immer etwas Despotismus geben.“ Am 6. Oktober war die Volkswuth nicht ſo gegen den unglücklichen Latour wie gegen Bach gerichtet, deſſen Hochmuth ſeine demokratiſchen Klubkollegen erzürnt hatte; Bach wäre gewiß damals als Opfer gefallen, ſo wie er jetzt der öffentlichen Aburtheilung verfallen iſt. So wie er die Volksſache verlaſſen hat, als ſie nicht mehr ſiegend auf dem Platze ſtand, verließ er in den Oktobertagen den Thron, nur um das eigene Leben beſorgt. Der zitternde Kaiſer Ferdinand war am 6. Oktober ohne Kronrath, und nur Soldaten bildeten ſeine Umgebung; eine Zuſchrift nach Wien wurde von einer Frau ſtyliſirt und gerieth ohne Kontraſignatur in den Reichsſaal. Weſſenberg kam ſpäter nach Ollmütz ans Hoflager; wäre der rechtskundige Bach auch dort erſchienen, ſo hätte er vielleicht die unheilſchwangere Plenipotenz für den Fürſten Windiſchgrätz verhindert, und ſich hierdurch um Oeſterreich wohl verdient gemacht. Bach blieb verſteckt ſo lange der Militärſieg zweifelhaft blieb; erſt als das Pulver- und Bleigericht inſtallirt war, erſchien er, um mit Stadion, mit der incarnirten Contrerevolution, in Unterhandlung zu treten wegen Uebernahme eines Portefeuilles. Niemand wollte dieſen Reaktionären die Hand reichen — der Demokrat Bach aber erſchien als proviſoriſcher Juſtizminiſter und nimmt an allen Beſtimmungen dieſes Kabinets einen entſcheidenden Antheil.

Schwarzenberg und Stadion, geborene Ariſtokraten, jener noch dazu Militär, dieſer Beamter der vormärzlichen Periode, leiten den Staat in militäriſch-ariſtokratiſchem Sinne; der Degen und das Privilegium ſind ihre Staatsweisheit, die ſie ſtatt mit der geheimen Polizei mit Standrecht und Belagerung durchführen. Beide Herren gerathen aber nicht in Widerſpruch mit ihrem frühern Wirken, denn der Geſandte in Petersburg ſo wie der Ruthenenentdecker ſind an und für ſich Freunde ruſſiſcher Inſtitutionen. Das Volk wußte was es von dieſen Männern zu erwarten hatte und ließ ſich nur in ſeinem ſchlichten Sinne einen Moment lang durch das freiſinnige Programm täuſchen; die Lüge wird dieſen Miniſtern zur Laſt gelegt, nicht, daß ſie handeln wie ihre Natur ſie zu handeln zwingt. Man beurtheilt ſie als ehrlich in ihrer Reaktion, als wohlmeinend in ihrem Abſolutismus. Glaubte doch Fürſt Windiſchgrätz durch die Hinrichtungen den öſterreichiſchen Staat zu retten, und auch der Freimann iſt ein braver Mann, der ſein trauriges Amt zum Beſten des Staates vollführt. Allein der Miniſter Bach iſt kein geborener Ariſtokrat, im Gegentheil, er war an der Spitze demokratiſcher Bewegungen; ſein jetziges oder ſein früheres Wirken iſt ein geheucheltes und erlogenes. Bach war nie republikaniſch geſinnt, aber wer konnte ahnen, daß unter ſeinem Miniſterium die geheime Polizei und das geheime Gericht fortdauern werde? Willkürliche Verhaftungen, Briefe unterſchlagen, nächtliche Ueberfälle, Amtsentſetzungen ohne Urtheile, Ausnahmsgerichte für ganze Länder, Hofrath Pipitz in ſeinem Bureau des Innern, der Sedlnitzky'ſche Regierungsrath Buffa als Civilchef der Militärkommiſſion, das durfte wohl nicht von einem Bach vermuthet werden. Das Miniſterium iſt wahrlich im ganzen Reiche nichts weniger als geachtet und geliebt; es täuſcht ſich ſelbſt nicht über ſein Vertrauen, das ihm abgeht. Allein Niemandes Name wird mit gleicher Empfindung genannt, als der des Advokaten Bach, und wenn je das Syſtem gewechſelt wird, trifft Niemanden ein traurigeres Loos, als den Juſtizminiſter.

Zwei der wichtigſten Portefeuilles des Staates befinden ſich vereint in Bach's Hand, und außer dem Fürſten Schwarzenberg ſitzen leere Nullen im Miniſterium, die der gewandte Advokat hoch überſieht; aber er leiſtet dem Kaiſer und dem Volke ſchlechte Dienſte, indem er längſt verworfenen Inſtitutionen und Prinzipien blos den löcherigen Mantel des oktroyirten Konſtitutionalismus umhängt. Weder die Einheit der Monarchie, noch der Rechtsſtaat werden durch ſolche Vorgänge begründet; das weiß Bach ſehr wohl, aber er würde den Miniſtertitel verlieren, wollte er auch Miniſter ſein, ſeinen Rath als maßgebend für ſein Fach feſthalten, bei Nichtzuſtimmung lieber die Stelle aufgeben. Die illegalſten Schritte hüllt Bach daher in geſetzliche Formen und den freiſinnigen Ordonnanzen werden demokratiſche Spitzbacken eingerammt, Alles um nur Miniſter zu bleiben. Bach hätte ſogar mit Windiſchgrätz fortgearbeitet, deſſen gänzliche Unfähigkeit er ſelbſt bereits bei den Prager Ereigniſſen eingeſtand; Bach fällt den Koſaken um den Hals, wie er vor dreiviertel Jahren den Demokraten die Hände drückte, denn dieſe verhalfen ihm ins Miniſterium, jene erhalten ihn darin.

Die eigenen Kollegen, nicht blos die neidiſchen Advokaten, ſondern die Miniſter kennen die Schwäche und die Schwachheiten Bachs, und der kopikranke Stadion äußerte ſich wiederholt in nicht ſchmeichelhafter Weiſe; jedoch er iſt ein tüchtiger Juriſt, man gewann durch die Hinzuziehung dieſes Parvenu die Gunſt der Bürgerwelt, und endlich wollte kein Anderer dem Miniſterium Stadion beitreten. Dieſer lief im November zu allen möglichen Notabilitäten, nicht Einer wollte die Hand bieten, nicht einmal der ſchlaue Unterſtaatsſekretär Mayer. Ein anderer Beamte nahm das Portefeuille an, refüſirte aber Tags darauf, und ſo griff man nach Bach, der ſeinerſeits nach dem Portefeuille griff. Die Kammer in Kremſier machte entſchiedene Oppoſition gegen das Verhalten des Juſtizminiſters, und Schuſelka warf dem Leugner der Theorie der Volksſouveränetät den Vorwurf ins Geſicht, daß Bach als ſein Mitſchüler am Wiener Kollegium aus dem Schulbuche eines k. k. öſterreichiſchen Profeſſors und Regierungsrathes dieſe Theorie lernen mußte, und hätte er widerſprochen, wäre er beim Examen durchgefallen. Sein zweideutiges Benehmen wurde von der Tribüne kritiſirt und ſeine Entſchuldigung mit dem Rufe des Auditoriums: Lüge, beantwortet.

Recht und Geſetz des recht- und geſetzloſen Oeſterreichs liegen nun in den Händen dieſes Mannes, unter deſſen Augen täglich Urtheile gefällt werden, wie ſie nur in Zeiten des Mittelalters vorkamen. Die ganze innere Verwaltung des Kaiſerſtaates wird von Bach als oberſte Inſtanz beherrſcht. Die eigenen Beamten mißachten ihn, trotz ſeines Talentes, und das Volk ſieht in ihm einen Renegaten.

Dies als kleinen Beitrag zur Charakteriſtik des öſterreichiſchen Miniſteriums, das Oeſterreich wieder unfrei machte und Deutſchland wieder zum Fürſtentag zurückführt.

Jellacic.

(Aus den Grenzboten.)

Der intereſſante und bedeutende Mann, welcher ſeit vorigem Sommer das Geſchick Oeſterreichs beſtimmen half, hat, nach Menſchenermeſſen, noch ein großes Leben und eine verhängnißvolle Thätigkeit bei der Neugeſtaltung Oeſterreichs zu entwickeln. Es iſt

endlich Zeit, daß man auch in Deutſchland aufhört, in ihm ein Werkzeug des Hofes, der Ariſtokratie, des Despotismus zu ſehen. Die originelle Entwicklung eines neuen Volkslebens in den ſüdſlawiſchen Außenländern ſcheint für die nächſte Zeit an ſeine Perſon geknüpft, und es wird unſeren Leſern von Intereſſe ſein, ihn aus einer Reihe von Schilderungen kennen zu lernen, welche aus verſchiedenen Federn gefloſſen ſind, aber auf eigener Anſchauung der Schreibenden beruhen. Wir geben zuerſt ein Referat über ſeine Stellung bis zum Ungarkriege aus der Feder eines ſeiner perſönlichen Bekannten.

Jellacic hatte ſchon früher, als noch Niemand die Revolution vor ſich ſah, eine ſelbſtſtändige Geſinnung in Reden und Schriften, gegenüber den Ungarn, gegenüber der Regierung, vielfach gezeigt, auch als Soldat hatte er, aufgefordert von Wien, dem Hofkriegsrath in einem intereſſanten Aktenſtück bewieſen, wie der Gang der öſterreichiſchen Politik, gegenüber der Militärgrenze, dieſe ausſaugte und demoraliſirte. Er war keineswegs beliebt während des Metternich'ſchen Syſtems und iſt als ein freier Mann aus dem Boden der Revolution emporgeſtiegen.

Als im vorigen Sommer außer den Kroaten auch die Raitzen aufſtanden, nationale Selbſtſtändigkeit auf ihrer Verſammlung zu Karlowitz verlangten, und die Ungarn vergeblich im Banat und den Römerſchanzen kämpften, da rief Koſſuth im Reichstage, die ungariſche Nation bedürfe Verbündete in dieſer Zeit, *mögen es die Franzoſen, Deutſche oder der Teufel ſein*, es müſſe welche haben; natürlich wurde nach dem Nächſten, nach Deutſchland geblickt. Ungarns Truppenverweigerungen zwangen die Regierung energiſcher gegenüber der kroatiſchen und ſerbiſchen Bewegung einzuſchreiten; Palatinalerlaſſe erklärten die Verordnungen des Banus für verfaſſungswidrig und von Seiten der Wiener Regierung wurde Hrabowsky als Kommiſſär zur Unterſuchung der Unruhen geſendet, um *ſtreng die auf eine gewaltſame Losreißung Kroatiens von Ungarn abzielenden Umtriebe zu unterſuchen.*

Der Unwille der Kroaten über dieſe königlichen Verordnungen trat beſonders in Agram an den Tag, der Lärm der Verſammlung wurde ungeheuer, als man die Intriguen des Batthiany-Koſſuth'ſchen Miniſteriums gegeu den geliebten Banus ſchilderte; man ſchritt in der Eile und Wuth zur Verbrennung der königlichen ſchriftlichen Befehle, wobei ſich beſonders die Studenten thätig bewieſen, und warf das Bild des Palatin auf dem Harnitzenplatze ins Feuer, Maſſen Volks brüllten dabei nach Freiheit. Als der Banus von dieſen Vorfällen Kunde erhielt, eilte er in die Volksmenge, doch kam er zu ſpät, um die Verbrennung der Papiere gänzlich zu hindern. Soldaten verſuchten, einem jungen Mann die königlichen Erlaſſe, die letzten, die noch verbrannt werden ſollten, zu entreißen, doch derſelbe vertheidigte ſich mit einem Säbel, die andere Hand mit dem Papier in die Höhe haltend: „Und wenn Tauſende kommen," ſchrie er, „ich werde mir dieſe Schrift nicht rauben laſſen." Da warf der Banus ſeinen Säbel fort, trat im dichteſten Gedränge an den Studenten heran, und rief ihm ihn ſtreng anſehend zu: *„Aber mir werden Sie doch dieſe Schrift geben!"* Und der noch ſo eben in blinder Wuth aufgeregte Mann ſenkte ſeinen Säbel und reichte die verhaßten königlichen Erlaſſe dem Banus in die Hand; — die umgebende Volksmenge ſchwieg, — um bald in ſtürmende Zivios auszubrechen und den Banus nach ſeinem Schloſſe im Triumph zurück zu geleiten. Dieſe Scene zeigt, welche Macht und Einfluß Jellacic auf ſeine Kroaten bis hinab zum wilden Volkshaufen beſitzt.

Jellacic wurde nach Inſpruck, wo der Hof ſich befand, zu ſeiner Rechtfertigung berufen und trotzdem, daß ſeine Anhänger ihn ſchwer ziehen ließen, ging er mit kroatiſchen Abgeordneten. Erſt nach einigen Tagen erhielt der Banus die Erlaubniß, ſich in Anweſenheit des ganzen Hofes zu rechtfertigen, welches er in einer Rede that, die ſeine geiſtige Kraft und Logik, die Klarheit ſeiner Handlungen und das nationale Recht Kroatiens bewies; — ſein Redetalent nahm alle Zuhörer für ihn ein, nnd ſelbſt der Kaiſer murmelte mehrfach nach ſeiner Weiſe: ein braver Mann. Bei einer ſpäteren Zuſammenkunft mit dem ungariſchen Miniſter Eſterhazy, umarmte derſelbe heftig weinend den Banus und verſicherte ihm, hätte er ihn früher ſo gekannt, wie jetzt, als edeldenkenden Mann, den Nationalliebe ſo rein und uneigennützig durchglühe, es wäre anders geworden, es ſtünde beſſer um Ungarn. Der Miniſter verſprach, nach Budapeſth zu berichten, daß von dort aus keine Einmiſchung in die innern Angelegenheiten Kroatiens ſtattfände und ſelbſt ein eigenes Porteſeuille für Kroatien beim ungariſchen Miniſterium errichten zu wollen. Erzherzog Johann übernahm den Weg einer Vermittelung und beſtimmte einen Tag als Zuſammenkunft in Wien.

So ſtanden die Angelegenheiten, als der Banus von Innſpruck, welches ihn hoch gefeiert hatte, ſeine Rückreiſe antrat. Als er in dem, im Puſterthale gelegenen Städtchen Lienz, mit ſeinen Begleitern ankam, wurde ihm zufällig eine noch verſiegelte Wiener Zeitung vom Poſtmeiſter gereicht, — wer beſchrieb das Erſtaunen und den Unwillen ſeiner Begleiter, als der Banus ihnen aus der Zeitung ſeine Abſetzung als Banus von Kroatien, vom Kaiſer gezeichnet, vorlas. Jellacic reiſte ſofort dem Erzherzog Johann nach, den er in Bruck traf im Begriff nach Wien zu fahren, um von dieſem eine nähere Erklärung dieſes ſo ohne allen Zuſammenhang mit den jüngſten Ereigniſſen ſtehenden, königlichen Befehls zu erbitten. Erzherzog Johann gab dem Banus die Verſicherung, daß ihm dieſer königliche Erlaß ebenſo fremd geweſen ſei, als erſterem.

Ueber dieſem Ereigniß wird wohl ein ſtetes Dunkel ſchweben: wo die Lüge anfängt und die Wahrheit aufhört, in wie weit man in Innſpruck eine Komödie mit dem Banus ſpielte, und ob die Thränenbäche des Eſterhazy falſch geweſen ſind. So viel iſt gewiß, daß in Wien eher, als in Peſth, ohne daß man die Gegenzeichnung des ungariſchen Miniſteriums abgewartet hatte, dieſer königlich ungariſche Befehl in den Zeitungen erſchien, und daß theilweiſe von Wien, theilweiſe von Peſth an alle Poſtämter Kroatiens und Slavoniens dieſer Erlaß der Abſetzung ſchnell befördert wurde. Man hat ſpäter einem Gerücht nicht widerſprochen, welches erzählte, daß dieſer Befehl vom Kaiſer (als König von Ungarn) durch eine Peſther Deputation bald erzwungen geweſen ſei; ſpäter, nach der ſo glänzenden Rechtfertigung des Banus wurde der abgereiſten Deputation ſogleich ein Courier nachgeſendet, um die Aufhebung des Befehls zu verkünden, doch die ungariſche Deputation ſoll mit unglaublicher Eile gereiſt ſein, der kaiſerliche Courier hat dieſelbe nicht eingeholt.

Der Banus ſtand nun allein, er war jetzt ganz Kroat, in ſeiner männlichen Bruſt, durchbebt von nationalen Gefühlen, ſtand der Entſchluß feſt: „lieber als Rebell zu ſterben, als ſeine Nation in dieſen Zeiten zu verlaſſen." Die kroatiſche und ſlavoniſche Bevölkerung hielt feſt an ihm und hätte dem Kroaten Jellacic auch keinen andern Weg übrig gelaſſen. Hätten nicht Ereigniſſe in der Folge der Politik Oeſterreich eine andere Wendung gegeben, Jellacic hätte auch ohne dieſe, unter eigner Firma ſo gehandelt, wie er gehandelt, wenn auch der ungariſche König, wie er ſelbſt äußerte, ihm mehr als 17 Handbillets zugeſendet hätte; immer mehr trat ſein Wille hervor, für ſein Vaterland und für die Majeſtät des Kaiſers und ein freies einiges Oeſterreich die Waffen zu ergreifen. Wir haben jetzt und ſpäter nie Urſache gehabt, den Banus in einen Bund mit einer geheimen Slavenverbindung verwickelt zu glauben, alle dieſe Verleumdungen ſind grundlos, ſein Wille war ein einiger Staat, fern lag ihm, einem Phantom des Panſlavismus zu huldigen, er überzog den König von Ungarn mit Krieg, indem er den Kaiſer von Oeſterreich ehrte. Obgleich ſich die Raitzen in Ungarn von Neuem unter ihrem Metropoliten Rajacic erhoben und Titel und Weißkirchen beſetzt hatten, ſchritt der Banus noch nicht zu direkten Feindſeligkeiten, ſondern erwartete die gütliche Beilegung der Angelegenheiten auf der beſprochenen Zuſammenkunft in Wien. Die Reiſe nach der öſterreichiſchen Hauptſtadt glich durch die deutſchen Provinzen einem Triumphzuge, man empfing Jellacic mit Jubel, als den Mann, der das konſtitutionelle Oeſterreich vereinigen werde. Selbſt in Wien wurden ihm Abendſerenaden, große Fackelzüge, donnernde Vivats und ſchöne Reden gebracht, die Sympathien mit Ungarn waren noch geſchloſſen in der verhängnißvollen Büchſe der Pandora, über Deutſchland und den Slawenführer dachte man träumeriſch gemüthlich, ein großes Oeſterreich begeiſterte die Mehrzahl. Die Wache vor dem Hauſe des Banus wurde von der Nationalgarde Wiens gegeben, und ſo ereignete ſich der ſonderbare Vorfall, daß der Miniſter Dobihof mit geſchultertem Gewehr auch ſeinen Dienſt vor der Thür des Banus, natürlich auf eigenen Wunſch, verrichtete. Durch die Wahl des Erzherzogs Johann zum Reichsverweſer wurden dieſe kaum angefangenen Unterhandlungen, welche die Hartnäckigkeit der Ungarn ſehr erſchwerte, plötzlich abgebrochen; die Reiſe nach Wien war vergeblich.

Jetzt ſtieg eine Zeit herauf, in welcher eine Hofpartei ihr Weſen trieb, von der ganz Oeſterreich noch lange die blutigen

Früchte genießen wird. Es war das geheime Unterſtützen des Banus, die berüchtigte Politik des Schwankens oder der ſogenannten Camarilla, deren Namen als ein Schreck und Schlagwort im Volke herumirrte. Das Wort Camarilla wurde bei allen Gelegenheiten ohne weitere Erläuterung gebraucht, ſo daß als bei einer Volksverſammlung einer aus der Maſſe der Zuhörer den wirklichen Begriff dieſes ſchrecklichen Wortes wiſſen wollte, ihm entgegnet wurde: ebenſo wie der König Ludwig von Baiern ſeine Lola Montez habe, hätte der Kaiſer auch eine ſchlechte Perſon, Camarilla, und die heiligſte Pflicht wäre es, denſelben aus ihren Umarmungen zu reißen.

Dieſe alte Politik des Hauſes Oeſterreich, was ſchwer öffentlich zu erlangen, im Geheim zu verfolgen, gab die Regierung der Verleumdung hin, öffnete den Wühlern Thor und Thüren bei der immer mißtrauenden Maſſe, und gab den unſinnigſten Erfindungen ein Feld, — es entſtand der Haß, der im Oktober die Wirren der Wiener Revolution hervorrief.

Der Banus, wieder von Neuem eingeſetzt, erließ ſeine drei Manifeſte, in denen er, gegenüber den deutſchen Oeſterreichern, gegenüber dem Handeln der Hofpartei, gegenüber der öſterreichiſchen Armee erklärte, ſein Wille wäre das einige konſtitutionelle Oeſterreich, keine Unterdrückung der Nationalitäten, keine Reaktion. Der kaiſerlich öſterreichiſche General Jellacic trat immer mehr hervor, gegenüber der Armee, und der Banus von Kroatien verſchwand immer mehr, je mehr deutſche Regimenter ſich bei ihm ſchaarten.

Man findet in der Zeit, wo Oeſterreich das Vorrücken ſeiner Armee in Italien vernahm, eine nach und nach ſich ändernde Politik der Regierung. Radetzky hatte mit raſchen, glänzenden Thaten die Italiener unterdrückt, ſeine Fahnen waren ſiegreich bis zum Teſſino vorgedrungen, für den politiſchen Horizont ging der Stern einer Nation unter, und ein Hoffnungsſtern für Oeſterreichs Himmel auf. Die Politik des Hofes ging aus dem geheimen Treiben allmälig in das offene der Regierung über. Die Partei des Banus wurde offen aufgenommen, und die berühmte ungariſche Deputation unter Koſſuth, mit den Fragen Königthum oder Volksherrſchaft, zu Schönbrunn abgewieſen. Nun ſtürzten die Ungarn in den Augen von Deutſchland als Märtyrer, zu Selbſthilfe gezwungen, durch Wiens Straßen und brachten überall Verwirrung; halb Deutſchland glaubte in den Tagen an eine Reaktion und an die direkte Unterdrückung deutſcher Freiheit in Oeſterreich. Es entwickelte ſich in Wien der Heerd des Haſſes gegen den Kroatenführer, gegen die Theile des Miniſteriums, welche dieſem Gange des Hofes willfahrten; doch muß man klar ſein, je weiter man von Wien fortging, deſto mehr verloren ſich die Sympathien für Ungarn und traten dem Banus näher; das Landvolk blieb dieſen Bewegungen fremd. Wien ſtand ſchon vereinzelt, als es im September zu den heftigen Streitigkeiten der ſchwarzgelben und rothſchwarzgoldenen Partei kam, die aber unblutig abliefen.

Unterdeſſen drangen die Schaaren des Banus unaufhaltſam in Ungarn vorwärts, es war keine große Armee, wenig Artillerie, dabei noch 15—20,000 Mann zuſammengetrommelte Horden, die nur hinderlich waren. Ueberall in kleineren und größeren Gefechten zeigte ſich das Unvermögen der modernen Ungarn, ihre geſchichtliche Tapferkeit ſchien in dieſem Jahrhundert untergegangen zu ſein, überall war Schrecken unter ihren Schaaren, nur von Polniſchen und Wiener Freiſchaaren erzählt man ſich tapfere Thaten. Die ungariſchen Blätter, welche ihre Nachrichten in die deutſchen Blätter hinüberſchwemmten, ſtanden voll Erdichtungen über glänzende Siege, Gefangennehmungen ganzer Korps, Aufreibungen von feindlichen Heeresabtheilungen, endlich Zerſtörung der Hauptmacht unter Jellacic; doch Nichts konnte neue Thatkraft in Ungarns Bewohner ſchaffen, Alles ſank zuſammen.

Jedes Mittel war verſchwendet, Koſſuth in Verzweiflung, die kaiſerlichen Heere rückten gegen Budapeſth, keine Macht konnte ſie aufhalten, da rief der ungariſche Tribun jene bekannten Worte: Eine Million für eine Revolution in Wien! Die wohlangelegte Mine flog zur rechten Zeit auf und rettete für dieſen Augenblick Peſth und die Partei.

Jellacic rückte als öſterreichiſcher General mit ſeinen Truppen vor Wien und ſendete die irregulären Regimenter nach Kroatien zurück, Blitze durchzuckten Oeſterreich. Was wird geſchehen? Das Landvolk wird aufſtehen? Sturmläuten überall, der Fluch über dieſe Barbaren. Nichts von alle dem, der Landſturm blieb ruhig, Wien war kein Paris.

Von allen Seiten drangen die Soldatenmaſſen nach Wien, der Name des Banus wurde nicht mehr genannt, als der eiſerne Mann Windiſchgrätz das Oberkommando übernahm. Die erſten Bedingungen des Banus: Auslieferung der Mörder des Kriegsminiſters, Entwaffnung des Proletariats und Reorganiſation der Legion, verwarf die Stadt höhnend; anders lauteten die ſpätern von Windiſchgrätz! Beide Männer hatten eine kaiſerliche Vollmacht über alle ihre Handlungen, worin ohne vorhergehende Meldung, Alles gut geheißen wurde, als im Namen des Kaiſers ausgeführt. Dieſe kaiſerlichen Vollmachten waren eine Willkür, ſie übergaben eine ungeheure Macht der Laune eines Soldaten, welcher ebenſo parteiſch zur Zeit ſteht, wie jede andere aufgeregte Partei.

Es kann hier verſichert werden, daß der Banus dieſe exceptionelle Lage, in welche er gekommen war, ſtets als ein Unheil beklagt hat, und daß er die doppelte Verpflichtung fühlte, Milde und Erbarmung walten zu laſſen. Sein einziger Wille war und iſt ein einiges Oeſterreich, was kümmert ſich der Kroatenhäuptling um Deutſchland. Aber Deutſchlands Feind war er nie in ſeinen Reden und Manifeſten; er iſt nur der Feind aller Widerſacher des einigen Oeſterreichs, und ward erſt gegenüber dem Ausdruck des modernen Deutſchlands (20. Okt.), durch ſeinen Brief an die slovanska lipa nach Prag (22. Okt.) wegen ſeiner Sympathien mit dem Slaventhum zum Gegner deutſcher Einheit mit Unrecht geſtempelt. Es lag vor dem Aufſtand in Wien keineswegs im Plan des Banus, nach Wien zu dringen, und keine vorhergehenden Verbindungen fanden mit Windiſchgrätz ſtatt, dieſe Männer ſtanden ſich mehr als fern; Jellacic rückte auf Wien los, als öſterreichiſcher General, der durch die Nachrichten von der Ermordung des Kriegsminiſters und der Flucht des Kaiſers, wenn er nicht ein Verräther war, dazu gezwungen wurde.

Der Krieg in Ungarn.

Der Vorpoſtendienſt der Kaiſerlichen iſt in dem ungariſchen Kriege ſo ermüdend und dabei doch ſo unzuverläſſig, daß er allein im Stande iſt, die beſte Truppe in wenig Monaten aufzureiben. Wochen lang kam oft der arme Soldat nicht aus ſeinen Kleidern, der Sattel nicht vom Rücken des Pferdes. Zu jeder Stunde, bei Tag und Nacht, bei Sturm und Wind und Sonnenſchein mußten ſie eines Ueberfalls gewärtig ſein, und beliebt es dann einmal einem vorgeſchobenen Piquet die Sybariten zu ſpielen, das heißt die Schuhe auszuziehen, oder ſich für die Nacht menſchlich bequem zu machen, oder die Fleiſchtöpfe übers Feuer zu ſtellen, ſo wird beim erſten Sattelriemen, den der Kavalleriſt losſchnallt, auch ſchon der Bauer des Dorfs den draußen lauernden Cſikoſen ein Zeichen gegeben haben, daß etwas für ſie zu holen iſt. Die magyariſchen Vorpoſten dagegen ſchlafen ſanft in den Betten ihrer Wirthe, das Rößlein frißt aus der vollen Krippe, der Junge ſtriegelt es und wäſcht ihm ſeine Glieder mit Wein, und lange, ehe der Feind in Schußweite kömmt, ſind beide ſchon in Sicherheit.

Auf einem Rückzuge gehts gewöhnlich den Kaiſerlichen noch viel ſchlimmer. Haben ſie nach ſtundenlangem, forcirten Marſche, welchem, um mit Welden zu ſprechen, „der Feind in Eile folgt", ein Dorf erreicht, wo ſie eine Stunde Raſt, ein Glas Wein, ein Stück Brod, einen Trunk Waſſer für ſich und ihre Pferde zu erlangen hoffen, ſo finden ſie die ſtrohbedeckten Lehmhütten gewöhnlich menſchenleer. Die zurückgebliebenen Mütterchen haben ſelbſt kein Waſſer mehr und klagen, daß ſie dem Verhungern nahe ſind. Die Brunnen ſind verſandet, die Keller geplündert, und vom Heuſchober ſind blos die leeren Stangen übrig geblieben. Drohungen führen zu keinem Ziele, zum Suchen aber iſt die Zeit zu kurz, denn am Horizonte werden ſchon die nachjagenden Huſaren ſichtbar. So zieht der Trupp fort aus dem Dorfe, ſchmachtend und verhungernd, wie er gekommen, um vielleicht doch noch mit den letzten Kräften ein Hauptkorps zu erreichen.

Aber o Wunder! kaum haben ſie den Rücken gewendet, ſo wirds lebendig in den verlaſſenen Hütten. Die Männer kriechen aus den Verſtecken, wie Bieber aus ihren Waſſerbauten, wenn der Feind vorbei gehuſcht iſt, und Alles rennt jetzt toll durch einander, die angeſagten befreundeten Gäſte zu empfangen. Wein in Ueberfluß — Waſſer in Strömen — Heu, Brod und Speck in Maſſen — und Küſſe und Händedrücken mit in den Kauf. Das Dorf iſt zum Jahrmarkt geworden, die Mütterchen trippeln hin und her, die Buben ſtreicheln die Pferde, die Mädchen ſorgen für Eſſen und die

Männer fragen in Eile, ob Koſſuth „den Gott ſegne", noch in Debreczin iſt und ob Windiſchgrätz „deſſen Urgroßmutter ſchon verflucht war", den König noch immer gefangen halte.

Es liegt viel Schreckliches und viel Poeſie in dieſem nationalen Kriege, und die Ruſſen werden trotz ihrer Kautſchukmagen ihren Kindeskindern noch viel von dieſer Poeſie zu erzählen haben. (Grenzboten.)

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 31. Mai. Nach längerer Unterbrechung hat geſtern die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt abermals eine Sitzung gehalten, um ſich abermals mit ganz andern Sachen zu beſchäftigen, als mit dem Geben einer Verfaſſung. Eine volle Stunde verging, bevor die Verſammlung die beſchlußfähige Zahl der Mitglieder zählte. Es lag ein Antrag vor, die beſchlußfähige Zahl der Mitglieder für die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt herabzuſetzen, der kurzer Hand an den für die Geſchäftsordnung beſtandenen Ausſchuß verwieſen wurde. Endlich begann die Berathung eines als dringlich bezeichneten Vortrags des Senats, die Auslagen für die Verpflegung der Reichstruppen betreffend, und dieſe Berathung füllte den ganzen übrigen Theil der Sitzung aus.

Bekanntlich hat die Verſammlung vor Kurzem beſchloſſen, den Senat zu erſuchen, vom 26. Mai an, wenn nicht bis dahin der ganze Saldo getilgt worden, für die Reichskaſſe keine weiteren Zahlungen zu leiſten, ſowie die ſtändige Bürgerrepräſentation, ihre Kommiſſäre anzuweiſen, dergleichen Zahlungen nicht zu unterſchreiben. Der Senat hat auf Grund dieſes Beſchluſſes durch den dieſſeitigen Bevollmächtigten bei der Centralgewalt den Reichsminiſterien des Krieges und der Finanzen erklären laſſen, daß er ſich außer Stande ſehe, von der gedachten Zeit an weitere Vorlagen für die Reichskaſſe zu machen, zugleich aber nochmals dringend um eine abſchlägliche Zahlung gebeten. In Bezug auf den zweiten Theil dieſer Erklärung iſt von den gedachten Miniſterien die Antwort eingegangen, daß die Reichskaſſe noch immer nicht im Stande ſei, ein Weiteres als eine bereits angewieſene Summe von 74,000 fl. zur Befriedigung der Quartiergeber zu zahlen, auf den erſten Theil derſelben aber eröffnet worden, daß das Miniſterium, wie in einer beigefügten Denkſchrift des Weiteren ausgeführt worden, ſich überall nicht für verpflichtet erachte, die Koſten für das Unterkommen für Mann und Pferd, Wach- und Arreſtlokale, Räume für die geſammte Militärverwaltung, Heizung und Beleuchtung und dergleichen zu erſetzen, dieſe Koſten vielmehr demjenigen Staate zur Laſt fallen müßten, in deſſen Gebiet die betreffenden Truppentheile cantonnirten, und das Reich oder der ſpezielle Souverain der Truppen nur die Mundverpflegung, Fourage und Krankenpflege zu beſchaffen habe. Auf dieſe Eröffnung hin nun und damit nicht, falls die Anſprüche der Reichsbehörden unbeachtet blieben, von dieſen abermals die Einquartierung bei den Bürgern verfügt werde, beantragt der Senat, noch für einen weitern Monat, abgeſehen von den laufenden Contrakten, deren Einhaltung bereits in dem neulichen Beſchluß vorbehalten worden, der Militärverpflegungskommiſſion die fernere Summe von 9 bis 10,000 Fl. zu bewilligen, wobei indeß zu bemerken, daß die ſtändige Bürgerrepräſentation dieſe Mehrbewilligung bereits abgelehnt und nur diejenigen Summen zugeſtanden hat, welche zur Erhaltung der bisherigen Beſtände und zur zeitweiſen Fortdauer der Militärverpflegungskommiſſion erforderlich ſind. Ein präjudicieller Antrag des Hrn. Dr. Braunfels, die Angelegenheit vorerſt einem Ausſchuß zur näheren Prüfung zu überweiſen, erhielt die Majorität nicht und ſo trat die Verſammlung ſofort in die Berathung des Gegenſtandes ein. Es war, einige Glanzpunkte ausgenommen, eine vollſtändig konfuſe und unnütze Debatte. Von allen Seiten wurde zugegeben, daß eine rechtliche Verpflichtung des Freiſtaats zu Vorſchüſſen nicht exiſtire, und ſeine Verpflichtung zu den anderweitigen Leiſtungen wenigſtens beſtritten werden könne, aber ſtatt die Verhältniſſe, wie ſie einmal liegen, in's Auge zu faſſen und ſich vollkommen klar darüber zu werden, daß Frankfurt ſich den ihm angeſonnenen Leiſtungen nicht entziehen kann und es ſich nur darum handelt, ob der Staat, der die enormen Ausgaben für die Kaſernen einmal beſtritten hat, mit einer verhältnißmäßig geringen Mehrausgabe die Einquartierungslaſt von ſeinen Bürgern abwenden will, ſtatt deſſen bedauerte der tapfere Hr. Dr. J. Friedleben daß Frankfurt die Schmach über ſich ergehen laſſe, den Aufenthalt und Durchmarſch von Soldaten zu geſtatten, „welche hergeſchickt würden, um die Männer zu morden, welche für die Freiheit aufgeſtanden ſind", ſtatt deſſen nannte Hr. Vogtherr jeden für ſolche Menſchen ausgegebenen Kreuzer mit einer ſehr ſinnreichen Wendung einen „Selbſtmord" der Freiheit, ſtatt deſſen belehrte uns Hr. Dr. Reinganum, daß die Nationalverſammlung hier fortgegangen, „weil ſie täglich von den Truppen gefährdet worden", und daß alle dieſe Truppen „Feinde des Volkes und der Freiheit" ſeien, ſtatt deſſen ſpöttelte derſelbe Redner, daß es Patrioten genug gebe, die ihre Freude an den Kanonen auf dem Roßmarkt hätten und gern mit freiwilligen Gaben zur Erhaltung derſelben für Frankfurt beitragen würden, ein Spott, auf welchen Herr Schöff Souchay treffend erwiderte, daß jene Freunde der Truppen und Kanonen muthmaßlich „freiwillige" Gaben an ganz andere Leute würden haben ſpenden müſſen, wenn die Affaire bei Heppenheim eine andere Wendung genommen. Im Laufe der Debatte ſtellte Herr Dr. J. Friedleben an den vom Senate zu ſeinem Kommiſſär ernannten Herrn Senator Kloß die beiden Fragen: 1) Erkennt der Senat die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung noch fortwährend als bindend an? 2) Warum iſt die von der Nationalverſammlung beſchloſſene Beeidigung der Truppen noch nicht geſchehen und wann wird ſie geſchehen? Der Herr Senats-Kommiſſär erklärte, daß er zu der Beantwortung dieſer, dem vorliegenden Gegenſtande ganz fremden Interpellationen nicht ermächtigt ſei. Ausführlicher jedoch entgegnete er auf die weiteren Fragen des Herrn Dr. Reinganum: 1) Hat der Senat jemals darauf angetragen, die Einquartirungslaſt auf das geſetzliche Maß zu beſchränken? 2) Hat er jemals auf Verminderung der Truppen angetragen? 3) Iſt er Willens, für den Fall, daß eine größere Truppenanhäufung nochmals eine Einquartierung herbeiführte, darauf anzutragen, daß den Bürgern eine Mundverpflegung nicht auferlegt werde? — daß der Senat beſtrebt geweſen und fortwährend beſtrebt ſei, das Intereſſe des Staates und der Staatsangehörigen in jeder zuläſſigen und möglichen Art ernſtlichſt wahrzunehmen. Aus dem übrigen Theil der Debatte möchte nur noch die von Herrn Dr. Reinganum angeführte und von den anweſenden Senatsmitgliedern beſtätigte Thatſache hervorzuheben ſein, daß von Seiten des Oberkommando's der Reichstruppen dem Bauamt die ausdrückliche Weiſung geworden iſt, in keinem Fall eine Pflaſterung der Mitte der Straßen vorzunehmen. Die Verſammlung ſchritt dann zur Abſtimmung. Es lagen vier verſchiedene Anträge vor: 1) der bereits oben genannte Antrag des Senats; 2) ein Antrag des Poſamentirers Hrn. Herwig, der heute als ſtaatsmänniſches und militäriſches Talent zugleich auftrat, es bei dem früheren Beſchluſſe der Verſammlung lediglich bewenden zu laſſen, und gar Nichts zu bewilligen, ein Antrag der von Hrn. Dr. Reinganum „in Fürſorge für des Volkes und Staates Wohl und im Hinblick auf den gegenwärtigen Zuſtand von Deutſchland" unterſtützt wurde; 3) ein Antrag des Herrn Dr. Kugler, die Bewilligung nach den Vorſchlägen der Bürgerrepräſentation zu ertheilen; endlich 4) ein Antrag des Hrn. Dr. Stein, unter Vorbehalt des Rückerſatzes durch das Reich, die Ermächtigung der Ausgabe derjenigen Poſten zu ertheilen, welche in der Denkſchrift des Reichsminiſteriums als von jedem Staate, in welchem Truppen kantonniren, zu leiſtende bezeichnet ſind. Der Antrag des Hrn. Herwig kam zuerſt zur Abſtimmung, er erhoben ſich für ihn aber nur 7 Mitglieder; in namentlicher Abſtimmung wurde ſodann der Antrag des Hrn. Dr. Kugler mit 48 gegen 39 Stimmen angenommen, alſo beſchloſſen, mit Ausnahme der auf kontraktlichen Verpflichtungen beruhenden Zahlungen, nur die zur Erhaltung der bisherigen Beſtände und zur Fortdauer der Militärverpflegungs-Kommiſſion, deren fernere Leiſtung noch für einen Monat nöthig erſcheine, erforderlichen Summen zu bewilligen, die übrigen Anträge aber abzulehnen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'**ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2¼ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

Nº. 150. Frankfurt a. M., Samſtag 2. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Der preußiſche Entwurf der Reichsverfaſſung.

Deutſchland. Frankfurt (Preußen und die Reichsregierung. Der Bericht der Reichskommiſſäre für Baden. Die baieriſchen und badiſchen Abgeordneten. Näheres über das Gefecht bei Heppenheim). Prag (Truppen nach dem Rhein). Berlin (Zwei Landwehrbataillone. Wilibald Alexius). Nürnberg (Truppenkorps). Kaiſerslautern (Centralregierung für Baden und die Pfalz). Hannover (Verſammlung zur Beſprechung der Reichsverfaſſung). Von der badiſchen Grenze (Der Kampf bei Heppenheim). Darmſtadt (Truppenbewegungen). Erbach (Badiſche Truppen eingerückt). Homburg (Dem Reichstagsabgeordneten die Diäten entzogen). Schleswig (Graf Reventlow nach Berlin. Hr. v. Raumer). Hadersleben (Sonderbares Gerücht. Die Belagerung von Fridericia. Hauptmann Delius).

Großbritannien. London (Die Lords Cowley und Ponſonby und die Abſtimmung über die Schiffarthsgeſetze. Namhafte Todesfälle. Bevorſtehende Vermählung des Grafen Montemolin).

Frankreich. Paris (Die Republik in der Legislative. Die Parteien. Fliegende Kolonnen um Paris. Der Botſchafter in der Schweiz. Die Alpenarmee).

Dänemark. Kopenhagen (Schwediſche Rüſtungen. Däniſches Grundgeſetz).

Entwurf
der
Verfaſſung des deutſchen Reiches.

Abſchnitt I.
Das Reich.

Art. I. §. 1. Das deutſche Reich beſteht aus dem Gebiete derjenigen Staaten des bisherigen deutſchen Bundes, welche die Reichs-Verfaſſung anerkennen.

Die Feſtſetzung des Verhältniſſes Oeſterreichs zu dem deutſchen Reiche bleibt gegenſeitiger Verſtändigung vorbehalten.

§. 2. Hat ein deutſches Land mit einem nichtdeutſchen Lande daſſelbe Staats-Oberhaupt, ſo ſoll das deutſche Land eine von dem nichtdeutſchen Lande getrennte eigene Verfaſſung, Regierung und Verwaltung haben. In die Regierung und Verwaltung des deutſchen Landes dürfen nur deutſche Staatsbürger berufen werden.

Die Reichsverfaſſung und Reichsgeſetzgebung hat in einem ſolchen deutſchen Lande dieſelbe verbindliche Kraft, wie in den übrigen deutſchen Ländern.

§. 3. Hat ein deutſches Land mit einem nichtdeutſchen Lande daſſelbe Staats-Oberhaupt, ſo muß dieſes entweder in ſeinem deutſchen Lande reſidiren, oder es muß auf verfaſſungsmäßigem Wege in demſelben eine Regentſchaft niedergeſetzt werden, zu welcher nur Deutſche berufen werden dürfen.

§. 4. Abgeſehen von den bereits beſtehenden Verbindungen deutſcher und nichtdeutſcher Länder ſoll kein Staats-Oberhaupt eines nichtdeutſchen Landes zugleich zur Regierung eines deutſchen Landes gelangen, noch darf ein im Reiche regierender Fürſt, ohne ſeine deutſche Regierung abzutreten, eine fremde Krone annehmen.

§. 5. Die einzelnen deutſchen Staaten behalten ihre Selbſtſtändigkeit, ſo weit dieſelbe nicht durch die Reichsverfaſſung beſchränkt iſt; ſie haben alle ſtaatlichen Hoheiten und Rechte, ſo weit dieſe nicht der Reichsgewalt ausdrücklich übertragen ſind.

Abſchnitt II.
Die Reichsgewalt.

Art. I. §. 6. Die Reichsgewalt übt dem Auslande gegenüber die völkerrechtliche Vertretung des Reiches und der einzelnen deutſchen Staaten aus. Die Reichsgewalt ſtellt die Reichsgeſandten und die Konſuln an. Sie führt den diplomatiſchen Verkehr, ſchließt die Bündniſſe und Verträge mit dem Auslande, namentlich auch die Handels- und Schifffahrtsverträge, ſowie die Auslieferungsverträge ab. Sie ordnet alle völkerrechtlichen Maßregeln an.

§. 7. Die einzelnen deutſchen Regierungen haben ihr Recht, ſtändige Geſandten zu empfangen oder ſolche zu halten, auf die Reichsgewalt übertragen. Auch werden dieſelben keine beſonderen Konſuln halten. Die Konſuln fremder Staaten erhalten ihr Exequatur von der Reichsgewalt. Die Abſendung von Bevollmächtigten an den Reichsvorſtand oder andere deutſche Regierungen iſt den einzelnen Regierungen unbenommen.

§. 8. Die einzelnen deutſchen Regierungen ſind befugt, Verträge mit anderen deutſchen Regierungen abzuſchließen. Ihre Befugniß zu Verträgen mit nichtdeutſchen Regierungen beſchränkt ſich auf Gegenſtände, welche nicht der Reichsgewalt zugewieſen ſind.

§. 9. Alle Verträge nicht rein privatrechtlichen Inhalts, welche eine deutſche Regierung mit einer andern deutſchen oder nichtdeutſchen abſchließt, ſind der Reichsgewalt zur Kenntnißnahme und, inſofern das Reichsintereſſe dabei betheiligt iſt, zur Beſtätigung vorzulegen.

Art. II. §. 10. Der Reichsgewalt ausſchließlich ſteht das Recht des Krieges und Friedens zu.

Art. III. §. 11. Im Kriege oder in Fällen nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden ſteht der Reichsgewalt die geſammte bewaffnete Macht des Reiches zur Verfügung.

§. 12. Das Reichsheer beſteht aus der zum Zwecke des Krieges beſtimmten geſammten Landmacht der einzelnen deutſchen Staaten. Diejenigen Staaten, welche weniger als 500,000 Einwohner haben, ſind durch die Reichsgewalt zu größeren militäriſchen Ganzen zu vereinigen oder einem angrenzenden größern Staate anzuſchließen. Ueber die Bedingungen ſolcher Zuſammenlegung haben ſich die betreffenden Regierungen unter Vermittlung und Genehmigung der Reichsgewalt zu vereinbaren.

§. 13. Die Reichsgewalt hat in Betreff des Heerweſens die allgemeine Geſetzgebung und überwacht die Durchführung derſelben in den einzelnen Staaten durch fortdauernde Kontrole. Den einzelnen Staaten ſteht die Ausbildung ihres Kriegsweſens auf Grund der Reichsgeſetze, der Wehrverfaſſung und in den Grenzen der nach §. 12 abgeſchloſſenen Vereinbarung zu; ſie haben die Verfügung über ihre bewaffnete Macht, ſo weit dieſelbe nicht nach §. 11 für den Dienſt des Reiches in Anſpruch genommen wird.

§. 14. Der von der Reichsgewalt ernannte Feldherr und diejenigen Generale, welche von dieſem zum ſelbſtſtändigen Kommando einzelner Korps beſtimmt werden, ſo wie die Gouverneure, Kommandanten und höheren Feſtungsbeamten der Reichsfeſtungen, leiſten dem Reichsvorſtande und der Reichsverfaſſung den Eid der Treue.

§. 15. Alle durch Verwendung von Truppen zu Reichszwecken entſtehenden Koſten, welche den durch das Reich feſtgeſetzten Friedensſtand überſteigen, fallen dem Reiche zur Laſt.

§. 16. Ueber eine allgemeine für das ganze Reich gleiche Wehrverfaſſung ergeht ein beſonderes Reichsgeſetz.

§. 17. Die Beſetzung der Befehlshaberſtellen und die Ernennung der Offiziere in den einzelnen Kontingenten bis zu den dieſen Kontingenten entſprechenden Graden, iſt den betreffenden Regierungen überlaſſen; nur wo die Kontingente zweier oder mehrerer Staaten zu größeren Ganzen kombinirt ſind, ernennt die Reichsgewalt unmittelbar die Befehlshaber dieſer Korps, inſofern deren Grad nicht innerhalb der Ernennungsbefugniß einer der betheiligten Regierungen liegt. Für den Krieg ernennt die Reichsgewalt die kommandirenden Generale der auf den verſchiedenen Kriegstheatern operirenden ſelbſtſtändigen Korps.

§. 18. Der Reichsgewalt ſteht die Befugniß zu, Reichsfeſtungen und Küſten-Vertheidigungswerke anzulegen und, inſoweit die Sicherheit des Reiches es erfordert, vorhandene Feſtungen gegen billige Ausgleichung, namentlich für das überlieferte Kriegsmaterial, zu Reichsfeſtungen zu erklären. Die Reichsfeſtungen und Küſten-Vertheidigungswerke des Reiches werden auf Reichskoſten unterhalten.

§. 19. Die Seemacht iſt ausſchließlich Sache des Reiches. Es iſt keinem Einzelſtaate geſtattet, Kriegsſchiffe für ſich zu halten oder Kaperbriefe auszugeben. Die Bemannung der Kriegsflotte bildet einen Theil der deutſchen Wehrmacht. Sie iſt unabhängig von der Landmacht. Die Mannſchaft, welche aus einem einzelnen Staate für die Kriegsflotte geſtellt wird, iſt von der Zahl der von demſelben zu haltenden Landtruppen abzurechnen. Das Nähere hierüber, ſowie über die Koſten-Ausgleichung zwiſchen dem Reiche und den Einzelſtaaten, beſtimmt ein Reichsgeſetz. Die Ernennung der Offiziere und Beamten der Seemacht geht allein vom Reiche aus. Der Reichsgewalt liegt die Sorge für die Ausrüſtung, Ausbildung und Unterhaltung der Kriegsflotte und die Anlegung, Ausrüſtung und Unterhaltung von Kriegshäfen und See-Arſenälen ob. Ueber die zur Errichtung von Kriegshäfen und Marine-Etabliſſements nöthigen Enteignungen, ſowie über die Befugniſſe der dabei anzuſtellenden Reichsbehörden, beſtimmen die zu erlaſſenden Reichsgeſetze.

§. 20. Die Schifffahrtsanſtalten am Meere und in den Mündungen der deutſchen Flüſſe (Häfen, Seetonnen, Leuchtſchiffe, das Lootſenweſen, das Fahrwaſſer u. ſ. w.) bleiben der Fürſorge der einzelnen Uferſtaaten überlaſſen. Die Uferſtaaten unterhalten dieſelben aus eigenen Mitteln. Ein Reichsgeſetz wird beſtimmen, wie weit die Mündungen der einzelnen Flüſſe zu rechnen ſind.

§. 21. Die Reichsgewalt hat die Oberaufſicht über dieſe Anſtalten und Einrichtungen. Es ſteht ihr zu, die betreffenden Staaten zu gehöriger Unterhaltung derſelben anzuhalten.

§. 22. Die Abgaben, welche in den Seeuferſtaaten von den Schiffen für die Benutzung der Schiffſahrtsanſtalten erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung dieſer Anſtalten nothwendigen Koſten nicht überſteigen.

§. 23. In Betreff dieſer Abgaben ſind alle deutſchen Schiffe gleichzuſtellen. Eine höhere Belegung fremder Schiffahrt kann nur von der Reichsgewalt ausgehen. Die Mehrabgabe von fremder Schifffahrt fließt in die Reichskaſſe.

Art. V. §. 24. Die Reichsgewalt allein hat die Geſetzgebung über den Schifffahrtsvertrag und über die Flößerei auf denjenigen Flüſſen, Kanälen und Seen, welche mehrere deutſche Staaten im ſchiffbaren oder flößbaren Zuſtande durchſtrömen oder begrenzen. Sie überwacht die Ausführung der darüber erlaſſenen Geſetze. Sie hat die Oberaufſicht über die eben bezeichneten Waſſerſtraßen und über die Mündungen der in dieſelben ſich ergießenden Nebenflüſſe. Es ſteht ihr zu, im Intereſſe des allgemeinen deutſchen Verkehrs die einzelnen Staaten zur gehörigen Erhaltung und Verbeſſerung der Schiffbarkeit jener Waſſerſtraßen und Flußmündungen anzuhalten. Die Wahl der Verbeſſerungsmaßregeln und deren Ausführung verbleibt den einzelnen Staaten. Ueber die Aufbringung der erforderlichen Mittel iſt nach Maßgabe der reichsgeſetzlichen Beſtimmung zu entſcheiden. Alle übrigen Flüſſe, Kanäle und Seen bleiben der Fürſorge der einzelnen Staaten überlaſſen.

§. 25. Alle deutſchen Flüſſe ſollen für deutſche Schifffahrt von Flußzöllen frei ſein. Auch die Flößerei ſoll auf ſchiffbaren Flußſtrecken ſolchen Abgaben nicht unterliegen. Das Nähere beſtimmt ein Reichsgeſetz. Bei den mehrere Staaten durchſtrömenden oder begrenzenden Flüſſen tritt gleichzeitig für die Aufhebung dieſer Flußzölle eine billige Ausgleichung ein.

§. 26. Die Hafen-, Krahn-, Waag-, Lager-, Schleußen- und dergleichen Gebühren, welche an den gemeinſchaftlichen Flüſſen und den Mündungen der in dieſelben ſich ergießenden Nebenflüſſe erhoben werden, dürfen die zur Unterhaltung derartiger Anſtalten nöthigen Koſten nicht überſteigen. Es darf in Betreff dieſer Gebühren keinerlei Begünſtigung der Angehörigen eines deutſchen Staates vor denen anderer deutſchen Staaten ſtattfinden.

§. 27. Flußzölle und Flußſchifffahrtsabgaben dürfen auf fremde Schiffe und deren Ladungen nur durch die Reichsgewalt gelegt werden.

Art. VI. §. 28. Die Reichsgewalt hat über die Eiſenbahnen und deren Betrieb, ſoweit es der Schutz des Reiches oder das Intereſſe des allgemeinen Verkehres erheiſcht, die Oberaufſicht und das Recht der Geſetzgebung. Ein Reichsgeſetz wird beſtimmen, welche Gegenſtände dahin zu rechnen ſind.

§. 29. Die Reichsgewalt hat das Recht, ſoweit ſie es zum Schutze des Reiches oder im Intereſſe des allgemeinen Verkehrs für nothwendig erachtet, Eiſenbahnen anzulegen, wenn der Einzelſtaat, in deſſen Gebiet die Anlage erfolgen ſoll, deren Ausführung ablehnt. Die Benutzung der Eiſenbahnen für Reichszwecke ſteht der Reichsgewalt jederzeit gegen Entſchädigung frei.

§. 30. Bei der Anlage oder Bewilligung von Eiſenbahnen durch die einzelnen Staaten iſt die Reichsgewalt befugt, den Schutz des Reiches und das Intereſſe des allgemeinen Verkehrs wahrzunehmen.

§. 31. Die Reichsgewalt hat über die Landſtraßen die Ober-Aufſicht und das Recht der Geſetzgebung, ſoweit es der Schutz des Reiches oder das Intereſſe des allgemeinen Verkehes erheiſcht. Ein Reichsgeſetz wird beſtimmen, welche Gegenſtände dahin zu rechnen ſind.

§. 32. Der Reichsgewalt ſteht das Recht zu, zum Schutze des Reiches oder im Intereſſe des allgemeinen deutſchen Verkehrs zu verfügen, daß aus Reichsmitteln Landſtraßen und Kanäle angelegt, Flüſſe ſchiffbar gemacht oder in ihrer Schiffbarkeit erweitert werden. Die Anordnung der dazu erforderlichen waſſerbaulichen Werke erfolgt nach vorgängiger Verſtändigung mit den betheiligten einzelnen Staaten; dieſen bleibt die Ausführung und auf Reichskoſten die Unterhaltung der neuen Anlagen überlaſſen.

Art. VII. §. 33. Das deutſche Reich ſoll Ein Zoll- und Handelsgebiet bilden, umgeben von gemeinſchaftlicher Zollgrenze, mit Wegfall aller Binnengrenz-Zölle. Die Ausſonderung einzelner Orte und Gebietstheile aus der Zolllinie bleibt der Reichsgewalt vorbehalten. Der Reichsgewalt bleibt es ferner vorbehalten, auch nicht zum Reiche gehörige Länder und Landestheile mittelſt beſonderer Verträge dem deutſchen Zollgebiete anzuſchließen.

§. 34. Die Reichsgewalt ausſchließlich hat die Geſetzgebung über das geſammte Zollweſen, ſo wie über gemeinſchaftliche Produktions- und Verbrauchsſteuern. Welche Produktions- und Verbrauchsſteuern gemeinſchaftlich ſein ſollen, beſtimmt die Reichsgeſetzgebung.

§. 35. Die Erhebung und Verwaltung der Zölle, ſowie der gemeinſchaftlichen Produktions- und Verbrauchsſteuern, geſchieht unter Oberaufſicht der Reichsgewalt.

§. 36. Auf welche Gegenſtände die einzelnen Staaten Produktions- oder Verbrauchsſteuern für Rechnung des Staats oder einzelner Gemeinden legen dürfen und welche Bedingungen und Beſchränkungen dabei eintreten ſollen, wird durch die Reichsgeſetzgebung beſtimmt.

§. 37. Die einzelnen deutſchen Staaten ſind nicht befugt, auf Güter, welche über die Reichsgrenze ein- oder ausgehen, Zölle zu legen.

§. 38. Die Reichsgewalt hat das Recht der Geſetzgebung über den Handel und die Schifffahrt und überwacht die Ausführung der darüber erlaſſenen Reichsgeſetze.

§. 39. Der Reichsgewalt ſteht es zu, über das Gewerbeweſen Reichsgeſetze zu erlaſſen und die Ausführung derſelben zu überwachen.

§. 40. Erfindungspatente werden ausſchließlich von Reichswegen auf Grundlage eines Reichsgeſetzes ertheilt; auch ſteht der Reichsgewalt ausſchließlich die Geſetzgebung gegen den Nachdruck von Büchern, jedes unbefugte Nachahmen von Kunſtwerken, Fabrikzeichen, Muſtern und Formen und gegen andere Beeinträchtigungen des geiſtigen Eigenthums zu.

Art. V. §. 41. Die Reichsgewalt hat das Recht der Geſetzgebung und die Oberaufſicht über das Poſtweſen, namentlich über Organiſation, Tarife, Tranſit, Portotheilung und die Verhältniſſe zwiſchen den einzelnen Poſtverwaltungen.

§. 42. Poſtverträge mit ausländiſchen Poſtverwaltungen dürfen nur mit Genehmigung der Reichsgewalt geſchloſſen werden.

§. 43. Die Reichsgewalt iſt befugt, Telegraphenlinien anzulegen und die vorhandenen gegen Entſchädigung zu benutzen oder auf dem Wege der Enteignung zu erwerben. Weitere Beſtimmungen hierüber, ſowie über Benutzung von Telegraphen für den Privatverkehr, ſind einem Reichsgeſetz vorbehalten.

Art. IX. §. 44. Die Reichsgewalt ausſchließlich hat die Geſetzgebung und die Oberaufſicht über das Münzweſen. Es liegt ihr ob, für das ganze Reich daſſelbe Münzſyſtem einzuführen. Sie hat das Recht, Reichsmünzen zu prägen.

§. 45. Der Reichsgewalt liegt es ob, im ganzen Reiche daſſelbe Syſtem für Maß und Gewicht, ſowie für den Feingehalt der Gold- und Silberwaaren, zu begründen.

§. 46. Der Reichsgewalt ſteht über das Bankweſen und das Ausgeben von Papiergeld die Erlaſſung allgemeiner Geſetze und die Oberaufſicht zu.

Art. X. §. 47. Die Ausgaben für alle Maßregeln und Einrichtungen, welche von Reichs wegen ausgeführt werden, ſind von der Reichsgewalt aus den Mitteln des Reiches zu beſtreiten.

§. 48. Zur Beſtreitung ſeiner Ausgaben iſt das Reich zunächſt auf die Matrikular-Beiträge der einzelnen Staaten angewieſen.

§. 49. Die Reichsgewalt iſt befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder ſonſtige Schulden zu kontrahiren.

Art. XI. §. 50. Den Umfang der Gerichtsbarkeit des Reiches beſtimmt der Abſchnitt vom Reichsgericht.

Art. XII. §. 51. Der Reichsgewalt liegt es ob, die kraft der Reichsverfaſſung allen Deutſchen verbürgten Rechte oberaufſehend zu wahren.

§. 52. Der Reichsgewalt liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

Sie hat die für die Aufrechthaltung der inneren Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßregeln zu treffen:

1) wenn ein deutſcher Staat von einem andern deutſchen Staate in ſeinem Frieden geſtört oder gefährdet wird;
2) wenn in einem deutſchen Staate die Sicherheit und Ordnung durch Einheimiſche oder Fremde geſtört oder gefährdet wird. Doch ſoll in dieſem Falle von der Reichsgewalt nur dann eingeſchritten werden, wenn die betreffende Regierung ſie ſelbſt dazu auffordert, es ſei denn, daß dieſelbe dazu notoriſch außer Stande iſt oder der gemeine Reichsfrieden bedroht erſcheint;
3) wenn die Verfaſſung eines deutſchen Staates gewaltſam oder einſeitig aufgehoben oder verändert wird, und durch das Anrufen des Reichsgerichtes unverzügliche Hülfe nicht zu erwirken iſt.

§. 53. Die Maßregeln, welche von der Reichsgewalt zur Wahrung des Reichsfriedens ergriffen werden können, ſind: 1) Erlaſſe, 2) Abſendung von Kommiſſarien, 3) Anwendung von bewaffneter Macht.

Ein Reichsgeſetz wird die Grundſätze beſtimmen, nach welchen die durch ſolche Maßregeln veranlaßten Koſten zu tragen ſind.

§. 54. Der Reichsgewalt liegt es ob, die Fälle und Formen, in welchen die bewaffnete Macht gegen Störungen der öffentlichen Ordnung angewendet werden ſoll, durch ein Reichsgeſetz zu beſtimmen.

§. 55. Der Reichsgewalt liegt es ob, die geſetzlichen Normen über Erwerb und Verluſt des Reichs- und Staatsbürgerrechts feſtzuſetzen.

§. 56. Der Reichsgewalt ſteht es zu, über das Heimatsrecht Reichsgeſetze zu erlaſſen und die Ausführung derſelben zu überwachen.

§. 57. Der Reichsgewalt ſteht es zu, unbeſchadet des durch die Grundrechte gewährleiſteten Rechts der freien Vereinigung und Verſammlung, Reichsgeſetze über das Aſſociationsweſen zu erlaſſen.

§. 58. Die Reichsgeſetzgebung hat für die Aufnahme öffentlicher Urkunden diejenigen Erforderniſſe feſtzuſtellen, welche die Anerkennung ihrer Echtheit im ganzen Reiche bedingen.

§. 59. Die Reichsgewalt iſt befugt, im Intereſſe des Geſammtwohls allgemeine Maßregeln für die Geſundheitspflege zu treffen.

Art. XIII. §. 60. Die Reichsgewalt hat die Geſetzgebung, ſoweit es zur Ausführung der ihr verfaſſungsmäßig übertragenen Befugniſſe und zum Schutze der ihr überlaſſenen Anſtalten erforderlich iſt.

§. 61. Der Reichsgewalt liegt es ob, durch die Erlaſſung allgemeiner Geſetzbücher über bürgerliches Recht, Handels- und Wechſelrecht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren die Reichseinheit im deutſchen Volke zu begründen.

§. 62. Alle Geſetze und Verordnungen der Reichsgewalt erhalten verbindliche Kraft durch ihre Verkündigung von Reichs wegen.

§. 63. Reichsgeſetze gehen den Geſetzen der Einzelſtaaten vor, inſofern ihnen nicht ausdrücklich eine nur ſubſidiare Geltung beigelegt iſt.

Art. XIV. §. 64. Die Anſtellung der Reichsbeamten geht vom Reiche aus. Die Dienſtpragmatik des Reiches wird ein Reichsgeſetz feſtſtellen.

Abſchnitt III.

Das Reichs-Oberhaupt.

Art. I. §. 65. Die Regierung des Reichs wird von einem Reichsvorſtande an der Spitze eines Fürſten-Kollegiums geführt.

§. 66. Die Würde des Reichsvorſtandes iſt mit der Krone von Preußen verbunden.

§. 67. Das Fürſtenkollegium beſteht aus 6 Stimmen, und zwar: 1) Preußen, 2) Baiern, 3) Würtemberg, Baden, beide Hohenzollern, 4) Sachſen, die ſächſiſchen Herzogthümer, Reuß, Anhalt, Schwarzburg, 5) Hannover, Braunſchweig, Oldenburg, Mecklenburg, Holſtein, die Hanſeſtädte, 6) Kurheſſen, Heſſen-Darmſtadt, Naſſau, Heſſen-Homburg, Luxemburg und Limburg, Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Frankfurt. Die Staaten, welche einen gemeinſchaftlichen Bevollmächtigten zum Fürſtenkollegium beſtellen, haben ſich über deſſen Wahl zu verſtändigen; für den Fall der Nichtverſtändigung wird ein Reichsgeſetz die Mitwirkung der Betheiligten beſtimmen.

Art. II. §. 68. Der Reichsvorſtand wird während der Dauer des Reichstages am Sitze der Reichsregierung reſidiren. So oft ſich der Reichs-

Digitized by Google

vorſtand nicht am Sitze der Reichsregierung befindet, muß einer der Reichsminiſter in ſeiner unmittelbaren Umgebung ſein.

§. 69. Der Reichsoorſtand übt die ihm überteagene Gewalt durch verantwortliche von ihm ernannte Miniſter aus.

§. 70. Alle Regierungshandlungen des Reichsvorſtandes bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnnng von wenigſtens einem der Reichsminiſter, welcher dadurch die Verantwortung übernimmt.

Art. III. §. 71. Der Reichsvorſtand übt die völkerrechtliche Vertretung des deutſchen Reichs und der einzelnen deutſchen Staaten aus. Er ſtellt die Reichsgeſandten und die Konſuln an und führt den diplomatiſchen Verkehr.

§. 72. Der Reichsvorſtand erklärt Krieg nnd ſchließt Frieden.

§. 73. Der Reichvorſtand ſchließt die Bundniſſe und Verträge mit den auswärtigen Mächten ab, und zwar unter Mitwirkung des Reichstages, inſoweit dieſe in der Verfaſſung vorbehalten iſt.

§. 74. Alle Verträge nicht rein privatlichen Inhalts, welche deutſche Regierungen unter ſich oder mit auswärtigen Regieeungen abſchließen, ſind dem Reichsoorſtande zur Kenntnißnahme und, inſofern das Reichsintereſſe dabei betheiligt iſt, zur Beſtätigung vorzulegen.

§. 75. Der Reichsoorſtand bernft nnd ſchließt den Reichstag; er hat das Recht, das Volksbaus aufzulöſen.

§. 76. Das Fürſtenkollegium unter dem Vorſitze des Reichsoorſtandes, oder in deſſen Verhinderung unter dem Vorſitze Baierns, hat das Recht des Geſetzesvorſchlages. Es übt die geſetzgebende Gewalt in Gemeinſchaft mit dem Reichstage unter den verfaſſungsmäßigen Beſchränkungen aus.

§. 77. Das Fürſtenkollegium faßt ſeine Beſchlüſſe durch abſolute Majorität der anweſenden Beoollmächtigten. Bei gleicher Stimmenzahl entſcheidet die Stimme des Vorſitzenden.

§. 78. Der Reichsoorſtand oerkündigt die Reichsgeſetze und erläßt die zur Vollziehung derſelben nöthigen Verordnungen.

§. 79. In Straſſachen, welche zur Zuſtändigkeit des Reichsgerichtes gehören, hat der Reichsoorſtand das Recht der Begnadigung und Strafmilderung. Das Verbot der Einleitung oder Fortſetzung von Unterſuchungen kann der Reichsoorſtand nur mit Zuſtimmung des Reichstags erlaſſen. Zu Gunſten eines wegen ſeiner Amtshandlungen oerurtheilten Reichsminiſters kann der Reichsoorſtand das Recht der Begnadigung und Strafmilderung nur dann ausüben, wenn dasjenige Haus, von welchem die Anklage ausgegangen iſt, darauf anträgt. Zu Gunſten von Landesminiſtern ſteht ihm ein ſolches Recht nicht zu.

§. 80. Dem Reichsvorſtand liegt die Wahrung des Reichsfriedens ob.

§. 81. Der Reichsvoeſtand hat die Verfügung über die bewaffnete Macht.

§. 82. Ueberhaupt hat der Reichsvorſtand in allen Angelegenheiten des Reiches nach Maßgabe der Verfaſſung die Regierungsgewalt, welche derſelbe nach §. 76 als Theilhaber an der geſetzgebenden Gewalt unter Zuſtimmung und in Verbindung mit dem Füeſtenkollegium ausübt. Dem Reichsoorſtande ſtehen diejenigen Rechte und Befugniſſe zu, welche in der Verfaſſung der Reichsgewalt beigelegt und dem Reichstage nicht zugewieſen ſind.

Abſchnitt IV.

Der Reichstag.

Art. I. §. 83. Der Reichstag beſteht aus zwei Häuſern, dem Staatenhaus und dem Volkshaus.

Art. II. §. 84. Das Staatenhaus wird gebildet aus den Vertretern der deutſchen Staaten.

§. 85. So lange die deutſch-öſterreichiſchen Lande an dem Bundesſtaate nicht Theil nehmen, vertheilt ſich die Zahl der Mitglieder des Staatenhauſes nach folgendem Verhältniß: Preußen 40, Bayern 20, Sachſen 12, Hannooer 12, Würtemberg 12, Baden 10, Kurheſſen 7, Großherzogthum Heſſen 7, Holſtein 6, Mecklenburg-Schwerin 4, Luxemburg-Limburg 3, Naſſau 4, Braunſchweig 2, Oldenburg 2, Sachſen-Weimar 2, Sachſen-Koburg-Gotha 1, Sachſen-Meiningen-Hildburghauſen 1, Sachſen-Altenburg 1, Mecklenburg-Strelitz 1, Anhalt-Deſſau 1, Anhalt-Bernburg 1, Anhalt-Cöthen 1, Schwarzburg-Sondeeshauſen 1, Schwarzburg-Rudolſtadt 1, Hohenzollern-Hechingen 1, Lichtenſtein 1, Hohenzollern-Sigmaringen 1, Waldeck 1, Reuß ältere Linie 1, Reuß jüngere Linie 1, Schaumburg-Lippe 1, Lippe-Detmold 1, Heſſen-Homburg 1, Lauenburg 1, Lübeck 1, Frankfurt 1, Bremen 1, Hamburg 2 Mitglieder; zuſammen 167 Mitglieder.

§. 86. Die Mitglieder des Staatenhauſes werden zur Hälfte durch die Regierung nnd zur Hälfte durch die Volksvertretung der betreffenden Staaten eenannt. Wo zwei Kammern beſtehen, wird die Hälfte von jeder Kammer gewählt; bei ungleichen Hälften fällt die größere auf das Volkshaus.

§. 87. In denjenigen Staaten, welche nur Ein Mitglied in das Staatenhaus ſenden, ſchlägt die Regierung deei Kandidaten vor, aus denen die Volksvertretung mit abſoluter Stimmenmehrheit wählt. Auf dieſelbe Weiſe iſt in denjenigen Staaten, welche eine ungerade Zahl von Mitgliedern ſenden, in Betreff des letzten derſelben zu verfahren.

§. 88. Wenn mehrere deutſche Staaten zu einem Ganzen oerbunden werden, ſo entſcheidet ein Reichsgeſetz über die dadurch etwa nothwendig werdende Abänderung in der Zuſammenſetzung des Staatenhauſes.

§. 89. Mitglied des Staatenhauſes kann nur ſein, wer 1) Staatsbürger des Staates iſt, welcher ihn ſendet, 2) das 30ſte Lebensjahr zurückgelegt hat, 3) ſich im vollem Genuß der bürgerlichen und ſtaatsbürgerlichen Rechte befindet.

§. 90. Die Mitglieder des Staatenhauſes werden auf ſechs Jahre gewählt. Sie werden alle drei Jahre zur Hälfte erneuert. Auf welche Weiſe nach den erſten drei Jahren das Ausſcheiden der einen Hälfte ſtattfinden ſoll, wird durch ein Reichsgeſetz beſtimmt. Die Ausſcheidenden ſind ſtets wieder wählbar. Wird nach Ablauf dieſer drei Jahre und vor Vollendung der neuen Wahlen für das Staatenhaus ein außerordentlicher Reichstag berufen, ſo treten, ſo weit die neuen Wahlen noch nicht ſtattgefunden haben, die fruheren Mitglieder ein.

Art. III. §. 91. Das Volkshaus beſteht aus den Abgeordneten des deutſchen Volkes.

§. 92. Die Mitglieder des Volkshauſes werden auf vier Jahre gewählt. Die Wahl geſchieht nach den in dem Reichswahlgeſetze enthaltenen Vorſchriften.

Art. IV. §. 93. Die Mitglieder des Reichstages beziehen aus der Reichskaſſe ein gleichmäßiges Tagegeld und Entſchädigung für ihre Reiſekoſten. Das Nähere beſtimmt ein Reichsgeſetz.

§. 94. Die Mitglieder beider Häuſer können durch Inſtruktionen nicht gebunden werden.

§. 95. Niemand kann gleichzeitig Mitglied von beiden Häuſern ſein.

Art. V. §. 96. Zu einem Beſchluß eines jeden Hauſes des Reichstages iſt die Theilnahme von wenigſtens der Hälfte der geſetzlichen Anzahl ſeiner Mitglieder und die einfache Stimmenmehrheit erforderlich. Im Falle der Stimmengleichheit wird ein Antrag als abgelehnt betrachtet.

§. 97. Das Recht des Geſetzvorſchlages, der Beſchwerde, der Adreſſe und der Erhebung von Thatſachen, ſowie der Anklage der Miniſter, ſteht jedem Hauſe zu.

§. 98. Ein Reichstagsbeſchluß kann nur duech die Uebereinſtimmung beider Häuſer gültig zu Stande kommen.

§. 99. Ein Reichsbeſchluß kann nur durch die Uebereinſtimmung beider Häuſer einerſeits, ſowie des Reichsoorſtandes und Fürſten-Kollegiums andererſeits, gültig zu Stande kommen. Ein Reichstagsbeſchluß, welcher die Zuſtimmung der Reichsregierung nicht erlangt hat, darf in derſelben Sitzungsperiode nicht wiederholt werden.

§. 100. Ein Reichstagsbeſchluß iſt in folgenden Fällen erforderlich: 1) Wenn es ſich um die Erlaſſung, Aufhebung, Abänderung oder Auslegung von Reichsgeſetzen handelt. 2) Wenn der Reichshaushalt feſtgeſtellt wird, wenn Anleihen kontrahirt weeden, wenn das Reich eine im Budget nicht vorgeſehene Ausgabe übernimmt oder Matrikularbeiträge oder Steuern erhebt. 3) Wenn fremde See- und Flußſchifffahrt mit höheren Abgaben belegt werden ſoll. 4) Wenn Landesfeſtungen zu Reichsfeſtungen erklärt werden ſollen. 5) Wenn Handels-, Schifffahrts- und Auslieferungsoerträge mit dem Auslande geſchloſſen werden, ſowie überhaupt völkeerechtliche Verträge, inſofern ſie das Reich belaſten. 6) Wenn nicht zum Reich gehörige Länder oder Landestheile dem deutſchen Zollgebiete angeſchloſſen oder einzelne Orte oder Gebietstheile oon der Zolllinie ausgeſchloſſen werden ſollen. 7) Wenn deutſche Landestheile abgetreten oder wenn nichtdeutſche Gebiete dem Reiche einoerleibt oder auf andere Weiſe mit demſelben verbunden werden ſollen.

§. 101. Bei Feſtſtellung des Reichshaushaltes treten folgende Beſtimmungen ein: 1) Alle die Finanzen betreffenden Vorlagen der Reichsregierung gelangen zunächſt an das Volkshaus und ſodann an das Staatenhaus. 2) Bewilligungen oon Ausgaben dürfen nur auf Antrag der Reichsregierung und bis zum Belauf dieſes Antrages erfolgen. Jede Bewilligung gilt nur für den beſonderen Zweck, für welchen ſie beſtimmt woeden. Die Verwendung darf nur innerhalb der Gränze der Bewilligung erfolgen. 3) Die Dauer der Finanzperiode und Budgetbewilligung iſt drei Jahre. 4) Das Budget über die regelmäßigen Ausgaben des Reichs und über den Reſervefonds, ſo wie über die für beides erforderlichen Deckungsmittel, wird auf dem erſten Reichstage durch Reichstagsbeſchlüſſe feſtgeſtellt. Eine Erhöhung dieſes Budgets auf ſpäteren Reichstagen erfordert gleichfalls einen Reichstagsbeſchluß. 5) Dieſes ordentliche Budget wird auf jedem Reichstage zuerſt dem Volkshauſe vorgelegt, von dieſem in ſeinen einzelnen Anſätzen nach den Erläuterungen und Belegen, welche die Reichsregierung vorzulegen hat, geprüft und ganz oder theilweiſe bewilligt oder verworfen. 6) Nach erfolgter Prüfung und Bewilligung durch das Volkshaus wird das Budget an das Staatenhaus zur Berathung und Beſchlußnahme abgegeben. Wenn dieſer Beſchluß nicht mit dem des Volkshauſes übereinſtimmt, ſo geht das Budget zu fernerer Verhandlung an das Volkshaus zurück. Ein endgültiger Beſchluß kann nur durch die Uebereinſtimmung beider Häuſer zu Stande kommen. 7) Alle außerordentlichen Ausgaben und deren Deckungsmittel bedürfen, gleich der Erhöhung des odentlichen Budgets, eines Reichstagsbeſchluſſes. 8) Die Nachweiſung übee die Verwendung der Reichsgelder wird dem Reichstage, und zwar zuerſt dem Volkshauſe, zur Prüfung und zum Abſchluß vorgelegt.

Art. VI. §. 102. Der Reichstag verſammelt ſich jedes Jahr am Sitze der Reichsregierung. Die Zeit der Zuſammenkunft wird vom Reichsoberhaupt bei der Einberufung angegeben, inſofeen nicht ein Reichsgeſetz dieſelbe feſtſetzt. Außerdem kann der Reichstag zu außerordentlichen Sitzungen jederzeit vom Reichsoberhaupt einberufen werden.

§. 103. Die ordentlichen Sitzungs-Perioden der Landtage in den Einzelſtaaten ſollen mit denen des Reichstages in der Regel nicht zuſammenfallen. Das Nähere bleibt einem Reichsgeſetz vorbehalten.

§. 104. Das Volkshaus kann durch das Reichsoberhaupt aufgelöſt werden. In dem Falle der Auflöſung iſt der Reichstag binnen drei Monaten wieder zu verſammeln.

§. 105. Die Auflöſung des Volkshauſes hat die gleichzeitige Vertagung des Staatenhauſes bis zur Wiederberufung des Reichstages zur Folge. Die Sitzungs-Perioden beider Häuſer ſind dieſelben.

§. 106. Das Ende der Sitzungs-Periode des Reichstages wird vom Reichsoberhaupt beſtimmt.

§. 107. Eine Vertagung des Reichstages oder eines der beiden Häuſer durch das Reichsoberhaupt bedarf, wenn ſie nach Eröffnung der Sitzung auf länger als vierzehn Tage ausgeſprochen werden ſoll, der Zuſtimmung des Reichstages oder des betreffenden Hauſes. Auch der Reichstag ſelbſt, ſowie jedes der beiden Häuſer, kann ſich auf vierzehn Tage vertagen.

Art. VII. §. 108. Jedes der beiden Häuſer wählt ſeinen Präſidenten, ſeine Vice-Präſidenten und ſeine Schriftführer.

§. 109. Die Sitzungen beider Häuſer ſind öffentlich. Die Geſchäfts-Ordnung eines jeden Hauſes beſtimmt, unter welchen Bedingungen vertrauliche Sitzungen ſtattfinden können.

§. 110. Jedes Haus prüft die Vollmachten ſeiner Mitglieder und entſcheidet über die Zulaſſung derſelben.

§. 111. Jedes Mitglied leiſtet bei ſeinem Eintritt den Eid: „Ich ſchwöre, die deutſche Reichsverfaſſung getreulich zu beobachten und aufrecht zu erhalten, ſo wahr mir Gott helfe."

§. 112. Jedes Haus hat das Recht, ſeine Mitglieder wegen unwürdigen Verhaltens zu beſtrafen und äußerſten Falls auszuſchließen. Das Nähere beſtimmt die Geſchäftsordnung jedes Hauſes. Eine Ausſchließung kann nur dann

ausgeſprochen werden, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen ſich dafür entſcheidet.

§. 113. Weder Ueberbringer von Bittſchriften noch überhaupt Deputationen ſollen in den Häuſern zugelaſſen werden.

§. 114. Es ſoll eine allgemeine Geſchäftsordnung unter Zuſtimmung beider Häuſer erlaſſen werden. Die Anwendung dieſer Geſchäftsordnung im Einzelnen, bleibt den Beſchlüſſen jedes Hauſes vorbehalten.

Art. VIII. §. 115. Ein Mitglied des Reichstages darf während der Dauer der Sitzungs-Periode ohne Zuſtimmung des Hauſes, zu welchem es gehört, wegen ſtrafrechtlicher Anſchuldigungen weder verhaftet, noch in Unterſuchungen gezogen werden, mit alleiniger Ausnahme der Ergreifung auf friſcher That.

§. 116. In dieſem letzteren Falle iſt dem betreffenden Hauſe von der angeordneten Maßregel ſofort Kenntniß zu geben.

§. 117. Jedes Haus iſt befugt, für die Dauer ſeiner Sitzungs-Periode die Aufhebung derjenigen Verhaftungen zu verfügen, welche über ein Mitglied desſelben zur Zeit ſeiner Wahl verhängt geweſen oder nach dieſer bis zur Eröffnung der Sitzungen verhängt worden iſt.

§. 118. Kein Mitglied des Reichstages darf von Staats wegen zu irgend einer Zeit wegen ſeiner Abſtimmung oder wegen der in Ausübung ſeines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinariſch verfolgt oder ſonſt außerhalb der Verſammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Art. IX. §. 119. Die Reichs-Miniſter und die von ihnen bezeichneten Kommiſſarien haben das Recht, den Verhandlungen beider Häuſer des Reichstages beizuwohnen und jederzeit von denſelben gehört zu werden.

§. 120. Die Reichs-Miniſter haben die Verpflichtung, auf Verlangen jedes der Häuſer des Reichstages in demſelben zu erſcheinen und Auskunft zu ertheilen oder den Grund anzugeben, weshalb dieſelbe nicht ertheilt werden könne.

§. 121. Die Reichs-Miniſter können nicht Mitglieder des Staatenhauſes ſein.

§. 122. Wenn ein Mitglied des Volkshauſes im Reichsdienſt ein Amt oder eine Beförderung annimmt, ſo muß es ſich einer neuen Wahl unterwerfen; es behält ſeinen Sitz im Hauſe, bis die neue Wahl ſtattgefunden hat.

Abſchnitt V.

Das Reichsgericht.

Art. I. §. 123. Die dem Reiche zuſtehende Gerichtsbarkeit wird durch ein Reichsgericht ausgeübt.

§. 124. Zur Zuſtändigkeit des Reichsgerichts gehören: a) Klagen rines Einzelſtaates gegen dir Reichsgewalt wegen Verletzung der Reichsverfaſſung durch Erlaſſung von Reichsgeſetzen und durch Maßregeln der Reichsregierung, ſowie Klagen der Reichsgewalt gegen einen Einzelſtaat wegen Verletzung der Reichsverfaſſung. b) Streitigkeiten zwiſchen dem Staatenhauſe und dem Volkshauſe unter ſich und zwiſchen jedem von ihnen und der Reichsregierung, welche die Auslegung der Reichsverfaſſung betreffen, wenn die ſtreitenden Theile ſich vereinigen, die Entſcheidung des Reichsgerichts einzuholen. c) Politiſche und privatrechtliche Streitigkeiten aller Art zwiſchen den einzelnen deutſchen Staaten. d) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit und Regentſchaft in den Einzelſtaaten. e) Streitigkeiten zwiſchen der Regierung eines Einzelſtaates und deſſen Volksvertretung über dir Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfaſſung. f) Klagen der Angehörigen rines Einzelſtaates gegen dir Regierung deſſelben, wegen Aufhebung oder verfaſſungswidriger Veränderung der Landesverfaſſung. Klagen der Angehörigen rines Einzelſtaates gegen die Regierung wegen Verletzung der Landesverfaſſung können bei dem Reichsgericht nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfaſſung gegebenen Mittel der Abhülfe nicht zur Anwendung gebracht werden können. g) Klagen deutſcher Staatsbürger wegen Verletzung der durch die Reichsverfaſſung ihnen gewährten Rechte. Die näheren Beſtimmungen über den Umfang dieſes Klagerechts und die Art und Weiſe, daſſelbe geltend zu machen, bleiben der Reichsgeſetzgebung vorbehalten. h) Beſchwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn dir landesgeſetzlichen Mittel der Abhülfe erſchöpft ſind. i) Strafgerichtsbarkeit über dir Anklagen gegen die Reichsminiſter, inſofern ſie deren miniſterielle Verantwortlichkeit betreffen. k) Strafgerichtsbarkeit über die Anklagen gegen die Miniſter der Einzelſtaaten, inſofern ſie deren miniſterielle Verantwortlichkeit betreffen und die Gerichte der Einzelſtaaten dazu nicht kompetent ſind. l) Strafgerichtsbarkeit in den Fällen des Hoch- und Landesverraths gegen das Reich. Ob noch andere Verbrechen gegen das Reich der Strafgerichtsbarkeit des Reichsgerichts zu überweiſen ſind, wird ſpäteren Reichsgeſetzen vorbehalten. m) Klagen gegen den Reichsfiskus, wo rin gemeinrechtlicher Gerichtsſtand nicht begründet ſein ſollte. n) Klagen gegen deutſche Staaten, wenn dir Verpflichtung, dem Anſpruche Genüge zu leiſten, zwiſchen mehreren Staaten zweifelhaft oder beſtritten iſt, ſowie wenn die gemeinſchaftliche Verpflichtung gegen mehrere Staaten in einer Klage geltend gemacht wird.

§. 125. Ueber dir Frage, ob ein Fall zur Entſcheidung des Reichsgerichts geeignet ſei, erkennt einzig und allein das Reichsgericht ſelbſt.

§. 126. Ueber dir Einſetzung und Organiſation des Reichsgerichts, über das Verfahren und die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entſcheidungen und Verfügungen wird ein beſonderes Geſetz ergehen. Dieſem Geſetz wird auch die Beſtimmung, ob und in welchen Fällen bei dem Reichsgericht die Urtheilsfällung durch Geſchworene erfolgen ſoll, vorbehalten. Ebenſo bleibt vorbehalten, ob und wie weit dieſes Geſetz als organiſches Verfaſſungsgeſetz zu betrachten iſt.

§. 127. Der Reichsgeſetzgebung bleibt es vorbehalten, Admiralitäts- und See-Gerichte zu errichten, ſowie Beſtimmungen über dir Gerichtsbarkeit der Geſandten und Konſuln des Reichs zu treffen.

Abſchnitt VI.

Die Grundrechte des deutſchen Volkes.

§. 128. Dem deutſchen Volke ſollen die nachſtehenden Grundrechte gewährleiſtet ſein. Sie dienen den Verfaſſungen der deutſchen Einzelſtaaten zur Norm und werden ihre Anwendung auf deren beſondere Verhältniſſe in den Geſetzgebungen dieſer Staaten finden.

Art. I. §. 129. Das deutſche Volk beſteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutſche Reich bilden.

§. 130. Jeder Deutſche hat das deutſche Reichsbürgerrecht. Die ihm kraft deſſen zuſtehenden Rechte kann er in jedem deutſchen Lande ausüben. Ueber das Recht, zur deutſchen Reichsverſammlung zu wählen, verfügt das Reichswahlgeſetz.

§. 131. Jeder Deutſche hat das Recht, an jedem Orte des Reichsgebietes ſeinen Aufenthalt und Wohnſitz zu nehmen, Liegenſchaften jeder Art zu erwerben und darüber zu verfügen, jeden Nahrungszweig zu betreiben, das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen. Die Bedingungen für den Aufenthalt und die Wohnberechtigung in den Einzelſtaaten werden durch ein allgemeines Heimathsgeſetz, jene für den Gewerbebetrieb durch eine allgemeine Gewerbe-Ordnung von der Reichsgewalt feſtgeſetzt.

§. 132. Kein deutſcher Staat darf zwiſchen ſeinen Angehörigen und anderen Deutſchen einen Unterſchied im bürgerlichen, peinlichen und Prozeß-Rechte machen, welcher die letzteren als Ausländer zurückſetzt.

§. 133. Die Strafe des bürgerlichen Todes ſoll nicht ſtattfinden, und da, wo ſie bereits ausgeſprochen iſt, in ihren Wirkungen aufhören, ſo weit nicht hierdurch erworbene Privatrechte verletzt werden.

§. 134. Die Auswanderungsfreiheit iſt von Staats wegen nicht beſchränkt; Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden.

Art. II. §. 135. Vor dem Geſetze gilt kein Unterſchied der Stände. Alle Standesvorrechte ſind abgeſchafft. Die Deutſchen ſind vor dem Geſetze gleich. Die öffentlichen Aemter ſind für alle Befähigten gleich zugänglich. Die Wehrpflicht iſt für Alle gleich; Stellvertretung bei derſelben findet nicht ſtatt. Das Nähere hierüber wird durch das Wehrgeſetz beſtimmt.

Art. III. §. 136. Die Freiheit der Perſon iſt unverletzlich. Die Verhaftung einer Perſon ſoll, außer im Falle der Ergreifung auf friſcher That, nur geſchehen in Kraft eines richterlichen, mit Gründen verſehenen Befehls. Dieſer Befehl muß im Augenblicke der Verhaftung oder innerhalb der nächſten vier und zwanzig Stunden dem Verhafteten zugeſtellt werden. Die Polizeibehörde muß Jeden, den ſie in Verwahrung genommen hat, im Laufe des folgenden Tages entweder freilaſſen oder der zuſtändigen Behörde übergeben. Jeder Angeſchuldigte ſoll gegen Stellung einer vom Gericht zu beſtimmenden Kaution oder Bürgſchaft der Haft entlaſſen werden, ſofern nicht dringende Anzeigen eines ſchweren peinlichen Verbrechens gegen denſelben vorliegen.

Im Falle einer widerrechtlich verfügten oder verlängerten Gefangenſchaft iſt der Schuldige und nöthigenfalls der Staat dem Verletzten zur Genugthuung und Entſchädigung verpflichtet. Die für das Heer- und Seeweſen erforderlichen Modifikationen dieſer Beſtimmungen werden beſonderen Geſetzen vorbehalten.

§. 137. Die Strafen des Prangers, der Brandmarkung und der körperlichen Züchtigung ſind abgeſchafft.

§. 238. Die Wohnung iſt unverletzlich. Eine Hausſuchung iſt nur zuläſſig: 1) in Kraft eines richterlichen, mit Gründen verſehenen Befehls, welcher ſofort oder innerhalb der nächſten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugeſtellt werden ſoll, 2) im Falle der Verfolgung auf friſcher That, durch den geſetzlich berechtigten Beamten, 3) in den Fällen und Formen, in welchen das Geſetz ausnahmsweiſe beſtimmten Beamten auch ohne richterlichen Befehl dieſelbe geſtattet. Die Hausſuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenoſſen erfolgen. Die Unverletzlichkeit der Wohnung iſt kein Hinderniß der Verhaftung eines gerichtlich Verfolgten.

§. 139. Die Beſchlagnahme von Briefen und Papieren darf, außer bei einer Verhaftung oder Hausſuchung, nur in Kraft eines richterlichen, mit Gründen verſehenen Befehls vorgenommen werden, welcher ſofort oder innerhalb der nächſten vier und zwanzig Stunden dem Betheiligten zugeſtellt werden ſoll.

§. 140. Das Briefgeheimniß iſt gewährleiſtet. Die bei ſtrafgerichtlichen Unterſuchungen und in Kriegsfällen nothwendigen Beſchränkungen ſind durch die Geſetzgebung feſtzuſtellen.

Art. IV. §. 141. Jeder Deutſche hat das Recht, durch Wort, Schrift Druck- und bildliche Darſtellung ſeine Meinung frei zu äußern. Die Cenſur darf nicht eingeführt werden. Ein Preßgeſetz zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Rechte Dritter wird vom Reiche erlaſſen werden. Ueber Preßvergehen, welche von Amts wegen verfolgt werden, wird durch Schwurgerichte geurtheilt.

Art. V. §. 142. Jeder Deutſche hat volle Glaubens- und Gewiſſens-Freiheit.

§. 143. Jeder Deutſche iſt unbeſchränkt in der gemeinſamen häuslichen und öffentlichen Ausübung ſeiner Religion. Verbrechen und Vergehen, welche bei Ausübung dieſer Freiheit begangen werden, ſind nach dem Geſetze zu beſtrafen.

§. 144. Durch das religiöſe Bekenntniß wird der Genuß der bürgerlichen und ſtaatsbürgerlichen Rechte weder bedingt noch beſchränkt. Den ſtaatsbürgerlichen Pflichten darf daſſelbe keinen Abbruch thun.

§. 145. Jede Religionsgeſellſchaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten ſelbſtſtändig und bleibt im Beſitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke beſtimmten Anſtalten, Stiftungen und Fonds. Es beſteht fernerhin keine Staatskirche. Neue Religionsgeſellſchaften dürfen ſich bilden; einer Anerkennung ihres Bekenntniſſes durch den Staat bedarf es nicht.

§. 146. Niemand ſoll von Staats wegen zu einer kirchlichen Handlung oder Feierlichkeit gezwungen werden.

§. 147. Die Formel des Eides ſoll künftig lauten: „So wahr mir Cott helfe."

§. 148. Die bürgerliche Gültigkeit der Ehe iſt nur von der Vollziehung des Civil-Aktes abhängig, die kirchliche Trauung kann nur nach der Vollziehung des Civil-Aktes ſtattfinden. Die Religionsverſchiedenheit iſt kein bürgerliches Ehehinderniß.

§. 149. Die Standesbücher werden von den bürgerlichen Behörden geführt.

Art. VI. §. 150. Die Wiſſenſchaft und ihre Lehre iſt frei.

§. 151. Das Unterrichts- und Erziehungsweſen ſteht unter der Oberaufſicht des Staats; er übt ſie durch eigene von ihm ernannte Behörden aus.

§. 152. Unterrichts- und Erziehungs-Anſtalten zu gründen, zu leiten und an ſolchen Unterricht zu ertheilen, ſteht jedem Deutſchen frei, wenn

er ſeine Befähigung der betreffenden Staatsbehörde nachgewieſen hat. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beſchränkung.

§. 153. Für die Bildung der deutſchen Jugend ſoll durch öffentliche Schulen überall genügend geſorgt werden. Aeltern oder deren Stellvertreter dürfen ihre Kinder oder Pflegbefohlenen nicht ohne den Unterricht laſſen, welcher für die untern Volksſchulen vorgeſchrieben iſt.

§. 154. Die öffentlichen Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener. Der Staat ſtellt unter geſetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden aus der Zahl der Geprüften die Lehrer der Volksſchulen an.

§. 155. Unbemittelten ſoll in allen Volksſchulen und niederen Gewerbeſchulen freier Unterricht ertheilt werden.

§. 156. Es ſteht einem Jeden frei, ſeinen Beruf zu wählen und ſich für denſelben auszubilden, wie und wo er will.

Art. VII. §. 157. Jeder Deutſche hat das Recht, ſich mit Bitten und Beſchwerden ſchriftlich an die Behörden, an die Volksvertretungen und an den Reichstag zu wenden. Dieſes Recht kann ſowohl von Einzelnen als von Korporationen ausgeübt werden, beim Heer und der Kriegsflotte jedoch nur in der Weiſe, wie es die Disziplinar-Vorſchriften beſtimmen.

§. 158. Eine vorgängige Genehmigung der Behörden iſt nicht nothwendig, um öffentliche Beamte wegen ihrer amtlichen Handlungen gerichtlich zu verfolgen.

Art. VIII. §. 159. Die Deutſchen haben das Recht, ſich friedlich und ohne Waffen zu verſammeln, einer beſonderen Erlaubniß dazu bedarf es nicht. Volksverſammlungen unter freiem Himmel können bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit verboten werden.

§. 160. Die Deutſchen haben das Recht, Vereine zu bilden. Dieſes Recht ſoll durch keine vorbeugende Maßregel beſchränkt werden. Die Ausübung der in dieſem Paragraph und im §. 159 feſtgeſtellten Rechte ſoll zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit durch das Geſetz geregelt werden.

§. 161. Die in den §§. 159 und 160 enthaltenen Beſtimmungen finden auf das Heer und die Kriegsflotte Anwendung, inſoweit die militäriſchen Disciplinarvorſchriften nicht entgegenſtehen.

Art. IX. §. 162. Das Eigenthum iſt unverletzlich. Eine Enteignung kann nur aus Rückſichten des gemeinen Beſten, nur auf Grund eines Geſetzes und gegen gerechte Entſchädigung vorgenommen werden. Das geiſtige Eigenthum ſoll durch die Reichsgeſetzgebung geſchützt werden.

§. 163. Die Beſtimmungen über die Veräußerlichkeit und Theilbarkeit des Grundeigenthums, ſowohl unter Lebenden als von Todeswegen, bleiben der Geſetzgebung der Einzelſtaaten überlaſſen. Für die todte Hand ſind Beſchränkungen des Rechts, Liegenſchaften zu erwerben und über ſie zu verfügen, im Wege der Geſetzgebung aus Gründen des öffentlichen Wohls zuläſſig.

§. 164. Jeder Unterthänigkeits- und Hörigkeitsverband hört für immer auf.

§. 165. Ohne Entſchädigung ſind aufgehoben: 1) Die Patrimonialgerichtsbarkeit und die grundherrliche Polizei, ſammt den aus dieſen Rechten fließenden Befugniſſen, Exemtionen und Abgaben. 2) Die aus dem guts- und ſchutzherrlichen Verbande fließenden perſönlichen Abgaben und Leiſtungen. Mit dieſen Rechten fallen auch die Gegenleiſtungen und Laſten weg, welche dem bisher Berechtigten dafür oblagen.

§. 166. Alle auf Grund und Boden haftenden privatrechtlichen Abgaben und Leiſtungen, insbeſondere die Zehnten, ſind ablösbar: ob nur auf Antrag des Belaſteten oder auch des Berechtigten, und in welcher Weiſe, bleibt der Geſetzgebung der einzelnen Staaten überlaſſen. Es ſoll fortan kein Grundſtück mit einer unablösbaren Abgabe oder Leiſtung belaſtet werden.

§. 167. Im Grundeigenthum liegt die Berechtigung zur Jagd auf eigenem Grund und Boden. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden, Jagddienſte, Jagdfrohnden und andere Leiſtungen für Jagdzwecke ſind aufgehoben. Die Entſchädigung bleibt der Landesgeſetzgebung überlaſſen. Nur ablösbar jedoch iſt die Jagdgerechtigkeit, welche erweislich durch einen läſtigen mit dem Eigenthümer des belaſteten Grundſtückes abgeſchloſſenen Vertrag erworben iſt; über die Art und Weiſe der Ablöſung haben die Landesgeſetzgebungen das Weitere zu beſtimmen. Die Ausübung des Jagdrechts aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und des gemeinen Wohls zu ordnen, bleibt der Landesgeſetzgebung vorbehalten. Die Jagdgerechtigkeit auf fremdem Grund und Boden darf in Zukunft nicht wieder als Grundgerechtigkeit beſtellt werden.

§. 168. Die Familienfideikommiſſe ſind aufgehoben. Die Art und Beſtimmungen der Aufhebung beſtimmt die Geſetzgebung der einzelnen Staaten. Ueber die Familienfideikommiſſe der regierenden fürſtlichen Häuſer bleiben die Beſtimmungen den Landesgeſetzgebungen vorbehalten.

§. 169. Aller Lehnsverband iſt aufzuheben. Das Nähere über die Art und Weiſe der Ausführung haben die Geſetzgebungen der Einzelſtaaten anzuordnen.

§. 170. Die Strafe der Vermögenseinziehung ſoll nicht ſtattfinden.

§. 171. Die Beſteuerung ſoll ſo geordnet werden, daß die Bevorzugung einzelner Stände und Güter in Staat und Gemeinde aufhört.

Art. X. §. 172. Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es ſollen keine Patrimonialgerichte beſtehen.

§. 173. Die richterliche Gewalt wird ſelbſtſtändig von den Gerichten geübt. Kabinets- und Miniſterial-Juſtiz iſt unſtatthaft. Niemand darf ſeinem geſetzlichen Richter entzogen werden. Ausnahmegerichte ſollen nie ſtattfinden.

§. 174. Es ſoll keinen privilegirten Gerichtsſtand der Perſonen oder Güter geben. Der Militärgerichtsbarkeit verbleibt jedoch die Aburtheilung der von Militärperſonen verübten Verbrechen und Vergehen, mit Einſchluß der Disziplinarfälle.

§. 175. Kein Richter darf, außer durch Urtheil und Recht von ſeinem Amt entfernt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspenſion darf nicht ohne gerichtlichen Beſchluß erfolgen. Kein Richter darf wider ſeinen Willen, außer durch gerichtlichen Beſchluß in den durch das Geſetz beſtimmten Fällen und Formen zu einer anderen Stelle verſetzt oder in Ruheſtand geſetzt werden.

§. 176. Das Gerichtsverfahren ſoll öffenlich und mündlich ſein. Ausnahmen von der Oeffentlichkeit beſtimmt im Intereſſe der Sittlichkeit das Geſetz.

§. 177. In Strafſachen gilt der Anklageprozeß. Schwurgerichte ſollen jedenfalls über ſchwerere Strafſachen und ſchwerere politiſche Vergehen urtheilen.

§. 178. Die bürgerliche Rechtspflege ſoll in Sachen beſonderer Berufserfahrung durch fachkundige, von den Berufsgenoſſen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden.

§. 179. Rechtspflege und Verwaltung ſollen getrennt und von einander unabhängig ſein. Ueber Kompetenzkonflikte zwiſchen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden in den Einzelſtaaten entſcheidet ein durch das Geſetz zu beſtimmender Gerichtshof.

§. 180. Die Verwaltungs-Rechtspflege hört auf; über alle Rechtsverletzungen entſcheiden die Gerichte. Der Polizei ſteht keine Strafgerichtsbarkeit zu.

§. 181. Rechtskräftige Urtheile deutſcher Gerichte ſind in allen deutſchen Landen gleich wirkſam und vollziehbar. Ein Reichsgeſetz wird das Nähere beſtimmen.

Art. XI. §. 182. Jede Gemeinde hat als Grundrechte ihrer Verfaſſung: a) die Wahl ihrer Vorſteher und Vertreter; b) die ſelbſtſtändige Verwaltung ihrer Gemeinde-Angelegenheiten unter geſetzlich geordneter Oberaufſicht des Staates; c) die Veröffentlichung ihres Gemeinde-Haushaltes; d) Oeffentlichkeit der Verhandlungen als Regel.

§. 183. Jedes Grundſtück ſoll einem Gemeindeverbande angehören. Beſchränkungen wegen Waldungen und Wüſteneien bleiben der Landes-Geſetzgebung vorbehalten.

Art. XII. §. 184. Jeder deutſche Staat ſoll eine Verfaſſung mit Volksvertretung haben. Die Miniſter ſind der Volksvertretung verantwortlich.

§. 185. Die Volksvertretung hat eine entſcheidende Stimme bei der Geſetzgebung, bei der Beſteuerung, bei der Ordnung des Staats-Haushaltes; auch hat ſie das Recht des Geſetzvorſchlags, der Beſchwerde, der Adreſſe, ſo wie der Anklage der Miniſter. Die Sitzungen der Landtage ſind in der Regel öffentlich.

Art. XIII. §. 186. Den nicht Deutſch redenden Volksſtämmen des Reichs iſt ihre volksthümliche Entwickelung gewährleiſtet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, ſo weit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenweſen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege.

Art. XIV. §. 187. Jeder deutſche Staatsbürger in der Fremde ſteht unter dem Schutze des Reiches.

Abſchnitt VII.

Die Gewähr der Verfaſſung.

Art. I. §. 188. Der Reichsvorſtand leiſtet auf die Reichsverfaſſung folgendes eidliches Gelöbniß: „Ich ſchwöre, das Reich und die Rechte des deutſchen Volkes zu ſchirmen, die Reichs-Verfaſſung aufrecht zu erhalten und ſie gewiſſenhaft zu vollziehen. So wahr mir Gott helfe!“ Der Eid der Bevollmächtigten zum Fürſtenkollegium lautet wie folgt: „Ich ſchwöre das Reich und die Rechte des deutſchen Volkes zu ſchirmen und die Reichs-Verfaſſung aufrecht zu halten. So wahr mir Gott helfe!“ Dieſe Eidesleiſtungen geſchehen bei Einführung gegenwärtiger Verfaſſung vor den zu einer Sitzung vereinigten beiden Häuſern des Reichstages. Bei ſpäterem Wechſel wird der Eid im verſammelten Fürſtenkollegium abgelegt, und die darüber aufgenommene Urkunde dem nächſten Reichtage übergeben.

§. 189. Die Reichsbeamten haben beim Antritt ihres Amtes einen Eid auf die Reichsverfaſſung zu leiſten. Das Nähere beſtimmt die Dienſtpragmatik des Reiches.

§. 190. Ueber die Verantwortlichkeit der Reichsminiſter ſoll ein Reichsgeſetz erlaſſen werden.

§. 191. Die Verpflichtung auf die Reichsverfaſſung wird in den Einzelſtaaten mit der Verpflichtung auf die Landesverfaſſung verbunden und dieſer vorangeſetzt.

Art. II. §. 192. Keine Beſtimmung in der Verfaſſung oder in den Geſetzen eines Einzelſtaates darf mit der Reichsverfaſſung in Widerſpruch ſtehen.

§. 193. Eine Aenderung der Regierungsform in einem Einzelſtaate kann nur mit Zuſtimmung der Reichsgewalt erfolgen. Dieſe Zuſtimmung muß in den für Aenderungen der Reichsverfaſſung vorgeſchriebenen Formen gegeben werden.

Art III. §. 194. Abänderungen in der Reichsverfaſſung können nur durch einen Beſchluß beider Häuſer und mit Zuſtimmung ſowohl des Reichsvorſtandes, als des Fürſtenkollegiums erfolgen. Zu einem ſolchen Beſchluß bedarf es in jedem der beiden Häuſer: 1) Der Anweſenheit von wenigſtens zwei Dritteln der Mitglieder; 2) zweier Abſtimmungen, zwiſchen welchen ein Zeitraum von wenigſtens acht Tagen liegen muß; 3) einer Stimmenmehrheit von wenigſtens zwei Dritteln der anweſenden Mitglieder bei jeder der beiden Abſtimmungen.

Art. IV. §. 195. Im Falle des Kriegs oder Aufruhrs können die Beſtimmungen der Grundrechte über den Gerichtsſtand, die Preſſe, Verhaftung, Hausſuchung und Verſammlungsrecht von der Reichsregierung oder der Regierung eines Einzelſtaates für einzelne Bezirke zeitweiſe außer Kraft geſetzt werden; jedoch unter folgenden Bedingungen: 1) Die Verfügung muß in jedem einzelnen Falle von dem Geſammt-Miniſterium des Reiches oder Einzelſtaats ausgehen; 2) Das Miniſterium des Reiches hat die Zuſtimmung des Reichstages, das Miniſterium des Einzelſtaates die des Landtages, wenn dieſelben zur Zeit verſammelt ſind, ſofort einzuholen. Wenn dieſelben nicht verſammelt ſind, ſo müſſen bei ihrem Zuſammentreten die getroffenen Maßregeln ihnen ſofort zur Genehmigung vorgelegt werden. Weitere Beſtimmungen bleiben einem Reichsgeſetz vorbehalten. Für die Verkündigung des Belagerungszuſtandes bleiben bis dahin die beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften in Kraft.

Entwurf eines Geſetzes,

betreffend

die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshauſe.

§. 1. Wähler iſt jeder ſelbſtſtändige unbeſcholtene Deutſche, welcher das 25ſte Lebensjahr zurückgelegt hat.

§. 2. Als ſelbſtſtändig iſt derjenige anzuſehen, welcher an den

Gemeindewahlen ſeines Wohnortes Theil zu nehmen berechtigt iſt und irgend eine direkte Staatsſteuer zahlt.

§. 3. Von der Berechtigung zum Wählen ſind ausgeſchloſſen:

1) Perſonen, welche unter Vormundſchaft oder Kuratel ſtehen;
2) Perſonen, über deren Vermögen Konkurs oder Fallitzuſtand gerichtlich eröffnet worden iſt, bis dahin, daß ſie ihre Kreditoren befriedigt haben;
3) Perſonen, welche eine Armen-Unterſtützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.

§. 4. Als beſcholten ſind von der Berechtigung zum Wählen diejenigen Perſonen ausgeſchloſſen, denen durch rechtskräftiges Erkenntniß nach den Geſetzen des Einzelſtaates, wo das Urtheil erging, entweder unmittelbar oder mittelbar der Vollgenuß der ſtaatsbürgerlichen Rechte entzogen iſt, ſofern ſie in dieſe Rechte nicht wieder eingeſetzt worden ſind.

§. 5. Des Rechts zu wählen ſoll, unbeſchadet der ſonſt verwirkten Strafen, für eine Zeit von 4 bis 12 Jahren durch ſtrafgerichtliches Erkenntniß verluſtig erklärt werden, wer bei den Wahlen Stimmen erkauft oder mehr als einmal bei der für einen und denſelben Zweck beſtimmten Wahl ſeine Stimme abgegeben oder zur Einwirkung auf die Wahl überhaupt geſetzlich unzuläſſige Mittel angewendet hat.

§. 6. Wählbar zum Abgeordneten des Volkshauſes iſt jeder unbeſcholtene Deutſche, welcher das 30ſte Lebensjahr zurückgelegt und ſeit mindeſtens 2 Jahren einem deutſchen Staate angehört hat.

§. 7. Perſonen, die ein öffentliches Amt bekleiden, bedürfen zum Eintritt in das Volkshaus keines Urlaubs, haben aber die Koſten ihrer amtlichen Stellvertretung zu tragen.

§. 8. In jedem Einzelſtaate ſind Wahlkreiſe von je 100,000 Seelen der nach der letzten Volkszählung vorhandenen Bevölkerung zu bilden.

§. 9. Ergiebt ſich in einem Einzelſtaate bei der Bildung der Wahlkreiſe ein Ueberſchuß von wenigſtens 50,000 Seelen, ſo iſt hierfür ein beſonderer Wahlkreis zu bilden.

Ein Ueberſchuß von weniger als 50,000 Seelen iſt unter die anderen Wahlkreiſe des Einzelſtaates verhältnißmäßig zu vertheilen.

§. 10. Kleinere Staaten mit einer Bevölkerung von wenigſtens 50,000 Seelen bilden einen Wahlkreis.

Dieſen ſoll die Stadt Lübeck gleichgeſtellt werden.

Diejenigen Staaten, welche keine Bevölkerung von 50,000 Seelen haben, werden mit anderen Staaten nach Maßgabe der Reichs-Wahlmatrikel zur Bildung von Wahlkreiſen zuſammengelegt.

§. 11. Die Wahl iſt indirekt. Die Urwähler wählen Wahlmänner, und dieſe wählen den Abgeordneten.

§. 12. Die Wahlkreiſe zerfallen in Wahlbezirke behufs der Wahl der Wahlmänner.

§. 13. Wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, muß in demſelben zur Zeit der Wahl und ſeit mindeſtens 3 Jahren ſeinen feſten Wohnſitz haben und heimathsberechtigt ſein. Er muß außerdem auf Erfordern nachweiſen, daß er mit der letzten Rate der von ihm zu zahlenden direkten Staatsſteuer nicht im Rückſtande iſt.

Der Standort der Soldaten und Militärperſonen des ſtehenden Heeres gilt als Wohnſitz und berechtigt zur Wahl ohne Rückſicht auf Heimaths-Berechtigung und Dauer des Wohnſitzes. In den Staaten, wo Landwehr beſteht, tritt für dieſe dahin eine Ausnahme ein, daß Landwehrpflichtige, welche ſich zur Zeit der Wahlen unter den Fahnen befinden, an dem Orte ihres Aufenthaltes für ihren Heimathsbezirk wählen. Die näheren Anordnungen zur Ausführung dieſer Beſtimmungen bleiben den Regierungen der Einzelſtaaten überlaſſen.

§. 14. Die Wähler werden behufs der Wahl der Wahlmänner in drei Abtheilungen getheilt. Jede Abtheilung wählt ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner.

§. 15. Die Bildung der Abtheilungen erfolgt nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden direkten Staats-Steuern und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Geſammtſumme der Steuerbeiträge aller Wähler fällt. Dieſe Geſammtſumme wird berechnet: a) gemeindeweiſe, falls die Gemeinde einen Bezirk für ſich bildet oder in mehrere Bezirke getheilt iſt; b) bezirksweiſe, falls der Bezirk aus mehreren Gemeinden zuſammengeſetzt iſt. Den Regierungen der Einzelſtaaten bleibt es überlaſſen, für diejenigen Gemeinden oder Bezirke, in welchen keine oder nicht alle landüblichen direkten Steuern zur Hebung kommen, der ausfallenden Steuer, behufs Feſtſtellung der Wahlberechtigung und der Abtheilung, eine andere zu ſubſtituiren.

§. 16. Die erſte Abtheilung beſteht aus denjenigen Wählern, auf welche die höchſten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Geſammtſteuer fallen. Die zweite Abtheilung beſteht aus denjenigen Wählern, auf welche die nächſtniedrigen Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen. Die dritte Abtheilung endlich beſteht aus den am niedrigſten beſteuerten Wählern, auf welche das dritte Drittheil fällt.

§. 17. In jedem Bezirke iſt ein Verzeichniß der ſtimmberechtigten Wähler (Wählerliſte) mit Angabe des Steuerbetrages bei den einzelnen Namen aufzuſtellen. Dieſe Liſten ſind ſpäteſtens 4 Wochen vor dem zur Wahl beſtimmten Tage zu Jedermanns Einſicht auszulegen und dies öffentlich bekannt zu machen. Einſprachen gegen die Liſten ſind binnen 8 Tagen nach öffentlicher Bekanntmachung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlaſſen hat, anzubringen und innerhalb der nächſten 14 Tage zu erledigen, worauf die Liſten geſchloſſen werden. Nur diejenigen ſind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Liſten aufgenommen ſind.

§. 18. Aus den Wählerliſten iſt für jede Gemeinde oder Bezirk (§. 15) eine Abtheilungsliſte anzufertigen, wegen deren Berichtigung die Vorſchriften des vorhergehenden Paragraphen Platz greifen.

§. 19. Bei der Wahlhandlung ſind Gemeinde-Mitglieder zuzuziehen, welche kein Staats- oder Gemeinde-Amt bekleiden.

§. 20. Die Wahlen erfolgen abtheilungsweiſe durch offene Stimmgebung zu Protokoll, nach abſoluter Mehrheit.

§. 21. Ergiebt ſich bei der erſten Abſtimmung keine abſolute Stimmenmehrheit, ſo findet die engere Wahl ſtatt.

§. 22. Die gewählten Wahlmänner treten zur Wahl des Abgeordneten zuſammen.

§. 23. Die Wahlmänner wählen durch offene Stimmgebung zu Protokoll nach abſoluter Mehrheit. Ergibt ſich bei der erſten Abſtimmung eine ſolche nicht, ſo findet die engere Wahl ſtatt. Der Tag der Wahlen wird für das geſammte Reich ein und derſelbe ſein. Die Wahlen, welche ſpäter erforderlich werden, ſind von den Regierungen der Einzelſtaaten auszuſchreiben.

§. 24. Die Wahlkreiſe und Wahlbezirke, die Wahldirektoren und das Wahlverfahren, inſoweit dieſes nicht durch das gegenwärtige Geſetz feſtgeſtellt worden iſt, werden von den Regierungen der Einzelſtaaten beſtimmt.

Deutſchland.

*** **Frankfurt**, 1. Juni. Geſtern Nachmittag ſchon ſah man hier der Ankunft der zu oktroyirenden deutſchen Reichsverfaſſung entgegen. Auch hieß es, das Reichsminiſterium habe ſie vorgeſtern erhalten und darüber berathen. Aus offizieller Quelle wird letzterem durchaus widerſprochen. Eben ſo mag die an ſich wünſchenswerthe Richtigkeit der Angabe zu bezweifeln ſein, es habe der König von Preußen die Initiative ergriffen zur Ausgleichung des ſchweren Konfliktes zwiſchen der proviſoriſchen Centralgewalt und der preußiſchen Regierung.

Es wird nun vielfach das Bedauern ausgedrückt, daß die Schriftſtücke, welche zwiſchen der proviſoriſchen Centralgewalt und der preußiſchen Regierung gewechſelt wurden, ſo ſpät den Weg in die Oeffentlichkeit gefunden. Man zweifelt nicht daran, daß, hätten dieſe Aktenſtücke früher vorgelegen, der vorgeſtrige Beſchluß der Nationalverſammlung nicht gefaßt worden ſei. Es mag dies dahingeſtellt bleiben, allein es darf nicht überſehen werden, daß nur auf das Gerücht hin, die proviſoriſche Centralgewalt habe der preußiſchen Regierung einen ernſten Widerſtand gezeigt, der Dreißigerausſchuß die proviſoriſche Centralgewalt wieder „in Gnaden“ annahm und ſie deshalb aufforderte, dem Rumpfparlamente nach Stuttgart zu folgen.

= **Frankfurt**, 1. Juni. Wie man vernimmt, werden die in Baden geweſenen Reichskommiſſarien Chriſt und Zell ihren Bericht durch die Preſſe veröffentlichen.

*** **Frankfurt**, 1. Juni. Von baieriſchen Abgeordneten erfuhr man geſtern, daß denſelben keine Diäten mehr ausgezahlt werden, was ſie um ſo mehr überraſchte, da die baieriſche Regierung ihre Abgeordneten zur Nationalverſammlung noch nicht abberufen hat. Wahrſcheinlich geſchieht aber die Entziehung der Diäten von Seiten der baieriſchen Regierung nur im Hinblick der Verlegung nach Stuttgart. Die Abgeordneten wurden nach Frankfurt geſendet. Wahrſcheinlich kehrt die Nationalverſammlung auch bald wieder hierher zurück. (?) Gar manchem Mitgliede der Majorität ſoll es bei der Sache nicht ganz wohl zu Muthe und der Wunſch, daß die Verſammlung in Stuttgart nicht vollzählig erſcheinen werde, nicht bloß ein vereinzelter ſein. Man rechnet auf 70 bis 80 Mitglieder, die ſich in Stuttgart einfinden werden und früher wenigſtens wurde behauptet, es hätten ſich 80 Mitglieder anheiſchig gemacht, in Stuttgart zu erſcheinen. Ob darunter die im Dienſte der Bewegung in Baden und Rheinbaiern ſtehenden Mitglieder: v. Trützſchler, Dietzſch, Martiny,

Fröbel, Schütz, Schlöffel, Schmitt, Raveaux, Brentano, Peter ꝛc. mitbegriffen ſind, ſteht dahin. Sie werden auch keine Zeit haben, nach Stuttgart zu kommen. Bemerkenswerth iſt es für die badiſchen Zuſtände, daß die badiſchen Abgeordneten und Mitglieder der Linken, v. Itzſtein, Kuenzer, Hagen ꝛc. ſeit dem Ausbruche der neuen Revolution in Baden, treu ihrem Berufe, in keiner Sitzung der Nationalverſammlung fehlten, ſich alſo aus Baden entfernt hielten.

⊙ **Frankfurt**, 1. Juni. Der Anfang des Gefechts vom 30. Mai geſchah ½5 Uhr Nachmittags bei Heppenheim, indem eine Schwadron badiſcher Dragoner die heſſiſchen Vorpoſten überfiel, und bis Heppenheim zurückwarf. Dort wurden die Angreifenden von den Geſchützen der Fußbatterie unter Oberlieutenant Lichtenberg empfangen und prallten ab. Während das 2. Bataillon des 2. großherzoglich heſſiſchen Infanterieregiments hierauf den Kampf führte, eilte das erſte Bataillon eben dieſes Regiments, unter Oberſt von Hanneſſe von Bensheim im Sturmſchritt heran. Hemsbach wurde, weſentlich durch Mithilfe der Fußbatterien genommen, und die Aufſtändiſchen eilten über den Neckar zurück. Abends gegen ½9 Uhr war das Gefecht beendet, an welchem dieſſeits außer dem 1. und 2. Bataillon des 2. Infanterieregiments (woran eine Kompagnie fehlte, mit 2 Kompagnien des 4. Regiments nach Kirſchhauſen abgeſchickt, und das ebenfalls im Kampfe mit Freiſchaaren begriffen war) 1 Schwadron großherzoglicher leichter Reiter und ½ Batterie (4 Geſchütze unter Lindner) reitender Artillerie Theil nahmen. Die Heſſen zählten 9 Todte, worunter die Oberlieutenants Zimmermann und Hoffmann, 32 Verwundete, worunter Oberlieutenant v. Plönnies und 5 Beſchädigte.

Prag, 28. Mai. Dem Vernehmen nach iſt ein Theil der hieſigen Garniſon beſtimmt, die nächſten Tage an den Rhein zu marſchiren, wo in der Gegend von Mainz ein Bundesheer zur Unterdrückung des badiſch-pfälziſchen Aufſtandes zuſammengezogen werden ſoll. Zwei Bataillone Infanterie von Großfürſt Michael und Palombini werden unter den zuerſt abgehenden bezeichnet.

(C. Bl. a. B.)

Konſt. Korr. **Berlin**, 30. Mai. Es wird als ganz beſtimmt erzählt, daß die beiden Berliner Landwehrbataillone in Folge der vollſtändigſten Verachtung und Umkehrung aller Disziplin wegen Niederträchtigkeit und Feigheit aus der Liſte der preußiſchen Armee geſtrichen ſind. Das 20ſte Landwehrregiment wird in Zukunft neben dem gebliebenen treuen Bürgerbataillon aus einem Spandauer und Teltower Bataillon beſtehen. Drei der am meiſten gravirten Berliner Landwehrmänner ſollen erſchoſſen ſein. Dr. Häring (Wilibald Alexis) tritt von der Redaktion der Voſſiſchen Zeitung zurück, weil er dem Geh. Juſtizrath Leſſing zu liberal ſchreibt.

* **Nürnberg**, 30. Mai. Das hier in der Konzentrirung begriffene Truppenkorps ſoll bis morgen vollſtändig beiſammen ſein, und wird dann aus 13 Bataillonen Fußvolk und 17 Schwadronen Reiterei beſtehen.

Kaiserslautern, 31. Mai. Die lithogr. Bülletins der proviſoriſchen Regierung melden: „Zur gemeinſamen Leitung der militäriſchen, finanziellen und allgemeinen politiſchen Angelegenheiten Badens und der Pfalz wird von beiden Ländern eine Centralregierung niedergeſetzt, die in Mannheim ihren Sitz hat und aus drei Perſonen beſteht. Pfalz ſtellt ein, Baden zwei Mitglieder zu dieſem Triumvirat."

* Am 7. Juni wird in Stade von den Korporationen der Provinz Bremen und Verden und des Landes Hadeln eine Verſammlung abgehalten werden, in welcher die Frage des Tages, die deutſche Reichsverfaſſung, verhandelt werden wird.

= Von der badiſchen Grenze, 30. Mai. Heute Nachmittag fand bei Heppenheim der erſte blutige Zuſammenſtoß zwiſchen den Reichstruppen und den Badnern ſtatt. Ganz nahe bei Heppenheim, nicht weit vom Bahnhofe entfernt, entſpann ſich zwiſchen vier und fünf Uhr das Gefecht; zwei heſſiſche Vorpoſten waren von den Freiſchaaren erſchoſſen worden, eine Kanonenkugel ſchlug dicht beim Bahnhof, wo eben der Zug von Frankfurt angekommen war, in einen Acker ein. Nur kurze Zeit hielten die Freiſchaaren Stand; mit munterer Raſchheit drangen die Heſſen, Fußvolk, Chevauxlegers und Geſchütz gegen die badiſche Grenze vor. Von den Höhen der Bergſtraße konnte man deutlich das ſchnelle Vordringen der braven Truppen wahrnehmen, und bis über Laudenbach, Hemsbach, Sulzbach (die drei erſten badiſchen Dörfer) hin verfolgen. Im munteren Trab und ſingend eilte ein neuangekommenes Bataillon durch Heppenheim, um die Verfolgung zu unterſtützen; ebenſo näherte ſich von Bensheim her die dort aufgeſtellte würtembergiſche Infanterie. In Heppenheim wurden badiſche Soldaten, die übergegangen waren, eingebracht; ebenſo einzelne, die gefangen genommen worden waren, und ſehr niedergeſchlagen ausſahen.

☾ **Darmſtadt**, 31. Mai. Noch nie ſah man ſo viel militäriſches Leben in unſerm Bahnhofe. Vom frühen Morgen an bis zur Nacht kommen Züge von Infanterie, Schützen, Reitern und Geſchütz, meiſt Mecklenburger. Auch baieriſche Jäger ſollen vorbeigekommen ſein. Das Armeekorps in der Bergſtraße iſt durch dieſe ſtarken Zuzüge auf eine Achtung gebietende Stärke gebracht, ſo daß es ſelbſt die Offenſive ergreifen kann. Dabei hat man auch den Odenwald nicht vergeſſen und der dort ſtehenden mobilen Kolonne Verſtärkungen geſandt. Heute Nachmittag iſt das hier befindliche naſſauiſche Schützenbataillon dahin abgegangen. Das in der Nähe der Bergſtraße ſtehende Bataillon des 4. würtembergiſchen Infanterieregiments hat eine öffentliche Erklärung abgegeben, ganz im Geiſte ſeiner heſſiſchen Kameraden.

☾ **Darmſtadt**, 31. Mai. Um 6 Uhr heute früh traf das 2. Bataillon des 1. Infanterieregiments wieder von ſeiner Expedition nach Worms hier ein. Es iſt dort durch ein naſſauiſches Bataillon erſetzt worden. Um 9 Uhr kamen verwundete Soldaten des 2. Infanterieregiments hier an und wurden ſogleich in Wagen nach dem hieſigen Militärhoſpitale gebracht. Dieſe Nacht verſah unſere Bürgerwehr den Wachedienſt an den Thoren, da die frühere Beſatzung nach dem Odenwalde marſchirt und die neuangekommenen Truppen zu ermüdet waren.

Erbach im Odenwalde, 31. Mai. Heute Morgen früh 6 Uhr zogen die ſchon in der Nacht erwarteten badiſchen Truppen, 3 Kompagnien, hier ein. Sie wurden einquartirt, benahmen ſich ſehr anſtändig, wurden aber nach halbſtündiger Raſt zum Abmarſch kommandirt. Sie kamen von Fürth, nahmen an der geſtrigen Affaire bei Heppenheim gar keinen Antheil, übernachteten etwa 2 Stunden von hier unter freiem Himmel und traten den Rückweg nach Beerfelden zu an, um die badiſche Grenze zu erreichen. Sie wiſſen nichts mit Beſtimmtheit über den Erfolg der geſtrigen Affaire, waren übrigens ſehr ermüdet und der baldige Ausbruch eben ſo unerwartet als unerwünſcht. Wie es ſcheint, eilten ſie deshalb ſo, um nicht abgeſchnitten zu werden. Reichstruppen ſollen von Darmſtadt hierher unterwegs ſein und ſpäteſtens bis Abend hier anlangen. Dr. Löhr von Worms führte die Truppen, die, wohl geordnet und aus meiſt älteren Leuten beſtehend, die Stadt verließen. (Fr. Journ.)

Homburg v. d. H., 30. Mai. An den für das Landgrafthum Heſſen-Homburg erwählten Reichstagsabgeordneten, Dr. Venedey, hat unſere Landesregierung unterm Heutigen folgendes Schreiben erlaſſen: „In Folge Erlaſſes landgräflichen geheimen Raths vom 29. d. M. ſollen, da nunmehr die Miſſion der deutſchen Nationalverſammlung erledigt erſcheine, die Ihnen ausgeſetzten Taggebühren à 5 fl. täglich vom 31. d. M. an ceſſiren. Wir ermangeln nicht, Ihnen von dieſer ergangenen höchſten Verfügung hierdurch Kenntniß zu geben. Hochachtungsvoll verharrend: Henrich. — vdt. C. Lommel." (Fr. Journ.)

= **Schleswig**, 28. Mai. Graf Reventlow von Altenhof, welcher früher lange Zeit däniſcher Geſandter in Berlin war, aber in Folge des bekannten offenen Briefes im Jahr 1846 ſeine Entlaſſung forderte, weil er von da an die däniſche Politik nicht mehr vertreten wollte, geht in dieſen Tagen nach Berlin, um während der Anweſenheit des Herrn von Reedtz bei den daſelbſt mit Dänemark direkt einzuleitenden Unterhandlungen die Sache der Herzogthümer in officiöſer Weiſe zu vertreten.

Seit vorgeſtern haben wir die Freude, in unſerer Mitte das frühere Parlamentsmitglied Hans v. Raumer aus Dinkelsbühl zu ſehen, welcher morgen nach Norden weiter reiſt, um als freiwilliger Jäger in unſere Armee einzutreten.

Hadersleben, 27. Mai. Als Curioſität können wir nicht umhin, folgende hier zirkulirende Fabel zu erwähnen. Bei dem in Ausſicht ſtehenden baldigen Friedensabſchluß ſei der Obergeneral Prittwitz däniſcherſeits erſucht worden, die däniſche im Norden Jütlands befindliche Abtheilung zu ſchonen, um erforderlichenfalls — in Gemeinſchaft mit derſelben nach Kopenhagen überzuſetzen, und dort das Proletariat im Zaume zu halten, falls daſſelbe nach Kundmachung der Friedensbedingungen unruhig werden ſollte. Si non è vero, è ben trovato.

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Die Einnahme von Malghera. Pfingſtfeier.) Berlin (Erſter Eindruck des Regierungsentwurfs. Das neue preußiſche Wahlgeſetz. Die Reichsverfaſſung. Die Preſſe. Poſtverbot). Stralſund (Die ruſſiſche Flotte in den rügenſchen Gewäſſern). Zeitz (Belagerungszuſtand). München (Geſetzvorlagen. Erklärung der Regierung über die Verfaſſungsfrage. Die Adreſſe. Angebliches öſterreichiſch-baieriſches Bündniß). Stuttgart (Die Reutlinger Beſchlüſſe. Miniſterium und Kammer. Die Kammer der Standesherren). Sachſen (Königliche Proklamation). Karlsruhe (Erlaſſe des Landesausſchuſſes. Organiſation der Volkswehr. Die badiſche konſtituirende Verſammlung. Die freiwilligen Beiträge. Ein Widerruf).

Frankreich. Paris (Eine Muſter-Sitzung der Legislative. Der neue preußiſche Geſandte. Proteſt des päpſtlichen Nuntius. Der Herzog von Aumale in Algerien gewählt).

Dänemark. Kopenhagen (Die ruſſiſche Flotte. Preußen ſtellt die Feindſeligkeiten ein).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 2. Juni).

Deutſchland.

* **Wien**, 29. Mai. Die Einnahme Malghera's wird jetzt offiziell in dem 37. Armee-Bülletin, wie folgt, gemeldet: Zufolge eben eingetroffener telegraph. Depeſche des F.-M.-L. Grafen Thurn aus Meſtre vom 28. d. 6¾ Uhr früh, iſt das Fort Malghera bei Venedig den 27. d. nach einem 24ſtündigen heftigen Bombardement von der feindlichen Beſatzung gänzlich geräumt und ſofort von den k. k. Truppen beſetzt worden. Nach anderweitigen Mittheilungen dauerte das Bombardement aus 90 Geſchützen 36 Stunden, und nachdem im Fort zwei Pulvermagazine in die Luft geflogen waren, wurde daſſelbe von den Inſurgenten geräumt. Der Verluſt der k. k. Truppen iſt nicht bedeutend; blos 2 Batterien wurden demontirt.

Hier iſt es überaus ſtill und ruhig, und in den Feiertagen hat man ſich mehr mit Ausflügen in die Umgebungen erheitert, als mit Politik beſchäftigt. Viele Familien haben ihre Landſitze bereits bezogen.

** **Berlin**, 30. Mai. Das vielbeſprochene Aktenſtück iſt erſchienen. Die Form, in welcher es erſcheint, verletzt weniger das Ehrgefühl des deutſchen Volkes, als zu beſorgen war. Die Form — ich meine, daß Preußen, Hannover und Sachſen ihr Verfaſſungsprojekt als „Entwurf" veröffentlicht haben. Er iſt den Regierungen vorgelegt, aber um von den Regierungen der Nation zur Begutachtung, zur Annahme, Ablehnung, Modifizirung vorgelegt zu werden. Diejenigen Regierungen, welche dieſem Entwurfe beitreten, erkennen denſelben doch nicht als Reichsgrundgeſetz, ſondern als Entwurf an, der nun als Vorlage für die Repräſentanten zu dienen hat. Es drängen ſich uns die Fragen auf, ob die 29 Staaten, ohne der von ihnen anerkannten Reichsverfaſſung zu vergeben, auf dieſes Vorlegen des Entwurfs eingehen könnten? ob dies nicht der geeignete Weg iſt, die Reichsverfaſſung in's Leben zu führen? Wenn das Wahlgeſetz zum Volkshauſe daſſelbe wäre und wenn die Wahlen auf den 15. Juli, der Zuſammentritt des Reichstags auf den 15. Auguſt feſtgeſetzt würden, dann löſte ſich dieſes Räthſel leichter. Ihr Korreſpondent vom Rhein darf jetzt nicht ſchweigen; wenn er auf ſo troſtloſem Beſchluß beharrt und ſein Beiſpiel findet unter den beſten Männern Deutſchlands Nachahmung, freilich dann empfinge das Vaterland „den Reſt". Nur jetzt Einigkeit in den Entſchließungen dieſſeit und jenſeit der Elbe, jenſeit und dieſſeit der Mainlinie! Lieber die ſchroffſte Scheidung in Parteien, welche das ganze Volk zerklüftet, als eine Parteiſcheidung nach den Provinzen in Süd und Nord!

⁑ **Berlin**, 31. Mai. Auf Grund des Artikels 105 unſerer Verfaſſung vom 5. Dezember 1848, welcher Artikel bekanntlich lautet: „Preußen iſt ein konſtitutioneller Staat, aber das Miniſterium kann verordnen, was es will" iſt ſo eben das neue Wahlgeſetz erſchienen und mit einer Denkſchrift des Miniſteriums begleitet. In dieſer Denkſchrift wird geſagt, eine Umgeſtaltung des Wahlgeſetzes wäre nothwendig, um den Grundſatz der Gleichberechtigung aller Staatsbürger zu verwirklichen. „Bei Zuſicherung des allgemeinen Stimmrechtes konnte es nicht die Abſicht ſein, die Entſcheidung der großen politiſchen und ſozialen Fragen in die Hand Aller zu gleichen Rechten zu legen." Wenn es bei Zuſicherung des allgemeinen Stimmrechtes nicht die Abſicht war, das allgemeine Stimmrecht, was man ſo gemeinhin das allgemeine Stimmrecht nennt, einzuführen, ſo iſt es doch ſehr ſeltſam, daß damals, bei der Zuſicherung, kein miniſterielles Blatt einen ſolchen Hintergedanken andeutete, kein einziges Blatt einen ſolchen Hintergedanken auch nur argwöhnte. Eine ſolche Motivirung kann nicht mit dem Ausdrucke: „Preußiſcher Pfiff" beſchönigt werden, es iſt geradezu eine Lüge. Ob das allgemeine Stimmrecht empfehlenswerth oder verwerflich ſei, iſt eine ganz andere Frage.

Das neue preußiſche Wahlgeſetz ſchließt ſich meiſtens dem Wahlgeſetze des Entwurfes der Reichsverfaſſung an. Für den Begriff der Selbſtſtändigkeit iſt eine nähere Beſtimmung noch vorbehalten. Das erforderliche Alter iſt auf 24 Jahre feſtgeſetzt. Die Stimmen werden öffentlich abgegeben. Auf je 250 Seelen iſt von den Urwählern ein Wahlmann zu wählen. Die Urwähler werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatsſteuern (Klaſſenſteuer, Grundſteuer, Gewerbeſteuer) in 3 Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittheil der Geſammtſumme der Steuerbeträge aller Urwähler fällt. Dieſe Geſammtſumme wird berechnet: a) gemeindeweiſe, falls die Gemeinde einen Urwahlbezirk für ſich bildet oder in mehrere Urwahlbezirke getheilt iſt. b) bezirksweiſe, falls der Urwahlbezirk aus mehreren Gemeinden zuſammengeſetzt iſt. Die erſte Abtheilung beſteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die höchſten Steuerbeträge bis zum Belaufe eines Drittheils der Geſammtſteuer fallen. Die zweite Abtheilung beſteht aus denjenigen Urwählern, auf welche die nächſt niedrigeren Steuerbeträge bis zur Grenze des zweiten Drittheils fallen. Die dritte Abtheilung beſteht aus den am niedrigſten beſteuerten Urwählern, auf welche das dritte Drittheil fällt. In dieſe Abtheilung gehören auch diejenigen Urwähler, welche keine Steuern zahlen. Jede Abtheilung wählt ein Drittheil der zu wählenden Wahlmänner. Die Wahlmänner werden in jeder Abtheilung aus der Zahl der ſtimmberechtigten Urwähler des Urwahlbezirks ohne Rückſicht auf die Abtheilung gewählt. Zum Abgeordneten iſt jeder Preuße wählbar, der das dreißigſte Lebensjahr vollendet, den Vollbeſitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntniſſes nicht verloren hat und bereits ein Jahr lang dem preußiſchen Staatsverbande angehört. Wenn ein Abgeordneter die Wahl nur unter Vorbehalt oder unter Proteſt abnimmt, ſo iſt ſie ungültig und Neuwahl anzuordnen. Der Zuſammentritt der Kammern iſt um 6 Wochen verſchoben. Die Urwähler verſammeln ſich am 17. Juli, die Kammern werden auf den 7. Auguſt dieſes Jahres einberufen. Wenn gleich die Reichsverfaſſung von vielen mit Befriedigung, von den meiſten mit geringer Theilnahme aufgenommen iſt, ſo ſetzt doch die ſtarke Beſchneidung des Wahlgeſetzes unſere Demokraten ſehr in Harniſch. Was die Reichsverfaſſung betrifft, ſo iſt die Antwort von München, derentwegen die Bekanntmachung einen Tag aufgeſchoben ward, ungenügend ausgefallen. Die Frage, ob die dargebotene Reichsverfaſſung anzunehmen oder abzulehnen, mit andern Worten ob die Wahlen vorzunehmen ſind, wird nun alle Köpfe und Herzen beſchäftigen. Die conſtitutionelle Zeitung äußert ſich ſehr ſtaatsmänniſch: über die größere oder geringere Staatsweisheit dieſes Unternehmens entſcheide der Erfolg nahezu allein. Eventus stultorum magister! Die wieder erſcheinende Nationalzeitung hält ſich möglichſt auf dem Boden der Thatſachen. Selbſt ihre Zeitungsſchau iſt ſehr zuſammengeſchrumpft. „Und willſt du die ſchlafende Löwin nicht wecken, ſo ziehe ſtill hin durch die Straße der Schrecken!" Ihre jüngſte Schau ſchließt mit folgender „kleinen Erquickung": „Die Conſtitutionelle Zeitung hat über die dritte Generalverſammlung des Treubundes für König und Vaterland einen Bericht, der alſo ſchließt: „Die Verſammlung verließ nach 10 Uhr den Saal mit jener Befriedigung, welche die Stillung eines tief empfundenen Seelendurſtes erzeugt." Die Voſſiſche Zeitung tadelt die Kölniſche, daß dieſe dem Miniſterium nur eine gewiſſe Diktatur will zugeſtehen. Vielmehr iſt Folgendes ihre Meinung: „Wir haben nun zwar eine Verfaſſung, allein es läßt ſich doch nicht leugnen, daß wir uns noch immer in einem proviſoriſchen Zuſtande befinden, da die in der Verfaſſungsurkunde angeordnete Reviſion durch zwei Kammern fürs erſte fehlgeſchlagen iſt. Während eines ſolchen Proviſoriums und inmitten all der außerordentlichen Umſtände, bei der Nothwendigkeit, vor allen Dingen erſt eine deutſche Verfaſſung zu Stande zu bringen, ferner bei der Nothwendigkeit, einen neuen Wahlmodus eintreten zu laſſen, bei dem Fortbeſtehen noch vieler alten Inſtitutionen, endlich bei der Auflöſung der Bürgerwehr und dem über die Hauptſtadt und andere Theile der Monarchie verhängten Belagerungszuſtand, in allen dieſen Ausnahmsfällen und bei dem Mangel einer revi-

dirten Verfaſſung kann die Forderung der ſtrengen Beobachtung konſtitutioneller Formen gar nicht erhoben werden, und eben darum auch von Scheinkonſtitutionalismus nicht die Rede ſein.“

Doch genug von unſerer konſtitutionellen Preſſe. Die preußiſchen Poſten ſind angewieſen, aufrühreriſche Schriften und Zeitungen aus den empörten Ländern Baden und Pfalz nicht weiter zu befördern. So ſind wir wieder mitten in der Politik, von welcher wir uns in den lieblichen Pfingſttagen wie auf einer grünen Oaſe erholten. Die Vergnügungsörter um Berlin waren bei dem nach einem Gewitterregen am Sonnabend erfriſchten himmliſchen Wetter beſucht wie kaum je. Das Bedürfniß der Ruhe, wer wollte das verkennen? liegt nach ſo vielen Zuckungen tief in unſerm Volke. Aber ach, wie kommen wir zu dieſer Ruhe?

⊙ **Stralſund**, 30. Mai. Die eben von Schweden kommende Poſtjacht bringt die Nachricht, daß eine ruſſiſche Kriegsflotte von 28 Segeln unter der Rügen'ſchen Küſte kreuze. Von deren Abſicht verlautet nichts; obwohl ſo viel gewiß iſt, daß es nicht die alljährlich gewöhnliche Uebungsflotte ſein wird. Auf Hiddenſee ſollen däniſche Seeleute geweſen ſein und Beobachtungen über die Küſten gemacht haben. Es iſt nur eine kleine preußiſche Militärmacht auf Rügen ſelbſt; die Flottille der Kanonenböte bei Putbus iſt noch mit Uebungen beſchäftigt und dabei ſind etwa 500 Mann Marinetruppen, deren Hauptquartier am Lande, da die meiſten Kanonenböte keinen hinlänglichen Raum haben für die Mannſchaft. Die Zahl der Kanonenböte vermehrt ſich; bald wird hier auch ein zweites vom Stapel laufen.

Zeitz, 28. Mai. Am geſtrigen Abend gegen 10 Uhr zog ein großer Haufen zuſammengelaufener Menſchen ſingend und tobend durch die Straßen unſerer Stadt, und ſetzte ſich endlich vor dem Gefangenhauſe feſt. Hier erhob ſich bald das Geſchrei: „Gefangene heraus!“ u. ſ. w., bis endlich ein Kommando Militär anrückte und die Wache verſtärkte. Als ſich jedoch auch da die Maſſe noch nicht verlief, mußte ein Bajonettangriff erfolgen, der jedoch noch nicht im Stande war, die Maſſen zu zerſtreuen. Vielmehr zog ſich eine noch immer größere Menge zuſammen, und es wurde ſogar ein Verſuch, das Gefangenhaus zu demoliren, gemacht. Als nach dreimaligem Trommeln die Menge ſich noch immer nicht verlief, wurde eine Salve gegeben, als deren Opfer 2 Todte und 7 Verwundete zu beklagen ſind. Mit Rachegeſchrei wurden die Leichen in der Stadt umher getragen, während auf der anderen Seite die Allarmtrommel erſcholl. Man verſuchte Barrikaden zu bauen, die jedoch gleich vom Militär genommen wurden; darauf wurde auch kein erheblicher Widerſtand mehr geleiſtet und die Aufrührer zerſtreuten ſich. — 10 Uhr Morgens. Jetzt eben ſehe ich die Volksführer Schifferdecker, einen ehemaligen Buchhändler, Fehmer, Konrektor am Gymnaſium, Thiele, Arzt u. A. mit Militärbedeckung in das Gefängniß abführen. Um 11 Uhr jetzt rückt das 3. Bataillon des 19. Regiments ein. General Schack wird zu heute Mittag erwartet. 11½ Uhr. Es ertönt Trommelſchlag. Der Belagerungszuſtand wird verkündet für Stadt Zeitz und Umkreis. Die Verhaftungen dauern fort; die Stadt iſt ruhig. (D. Ref.)

0 **München**, 30. Mai. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten befand ſich unter den Miniſtern auch Forſter noch am Miniſtertiſche. Das Gerücht welches Zwehl ein jedes Portefeuille ablehnen läßt, gewinnt durch dieſen Umſtand an Wahrſcheinlichkeit. Bei Beginn der Sitzung beſtieg Miniſter Kleinſchrod die Tribüne, um die Kammer mit der Vorlage einiger Geſetzentwürfe bekannt zu machen. Zugleich zeigt er an, daß auch in die andere Kammer mehrere Geſetzvorlagen heute gebracht würden, welche ſich auf die Errichtung eines Staatsgerichtshofs zur Aburtheilung der Staatsminiſter, auf die Dienſtverhältniſſe der richterlichen Beamten, und endlich auf die Abſchaffung des bürgerlichen Todes, der Ausſtellung und Brandmarkung beziehen. Vor die Kammer der Abgeordneten wurden fünf Geſetzentwurfe gebracht, 1) ein tranſitoriſches Geſetz bezüglich des Mißbrauchs der Preſſe, 2) ein allgemeines Geſetz bezüglich des Mißbrauchs der Preſſe, 3) ein Jagdgeſetz, 4) ein Geſetz über die Gleichſtellung der Iſraeliten, und ein fünftes über die Anſäſſigmachung der Schullehrer. Das tranſitoriſche Geſetz bezieht ſich vornehmlich auf den unerlaubten Handel mit Erzeugniſſen der Preſſe, auf Plakate, auf denen der Name des Verfaſſers, Druckers und Verlegers bei Strafe von 200 fl. oder angemeſſener Gefängnißſtrafe enthalten ſein ſoll. Die Geldſtrafen ſollen den Kreisſchulfonds zugewieſen werden. Das Geſetz bezüglich der durch Mißbrauch der Preſſe begangenen Verbrechen oder Vergehen iſt äußerſt rigoros und enthält Beſtimmungen die an das erſte öſterreichiſche erinnern. Wir wundern uns nur, daß zu den vielen Strafandrohungen nicht auch noch die Kaution mitaufgenommen wurde. Alle Geſetzübertretungen die im Strafgeſetzbuche vorgeſehen ſind, werden, wenn ſie von der Preſſe begangen werden, als erſchwert angeſehen. Ich behalte mir vor auf die 53 Paragraphen dieſes Geſetzes des Näheren zurückzukommen, und hebe einſtweilen nur folgende Beſtimmungen heraus. Beleidigungen des Königs oder der Königin werden mit Gefängnißſtrafe von 1—4 Jahre, mit 200—5000 fl. Geldſtrafe belegt; Beleidigungen von Mitgliedern des königlichen Hauſes werden bis zu einem Jahre Gefängniß beſtraft, Angriffe auf die Kammer mit Gefängniß von 1 Monat bis 2 Jahre. Eine gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher zu Zuſammenrottungen auffordert. Die Aufforderung an Handwerksgeſellen zur gemeinſchaftlichen Arbeitseinſtellung wird mit geringerer Gefängnißſtrafe belegt. Unzüchtige Darſtellungen werden mit einem Jahre Gefängniß beſtraft. Die Beleidigung eines auswärtigen Regenten wird mit Gefängniß beſtraft, und zwar unbedingt eines jeden deutſchen und außerdem eines ſolchen, in deſſen Staate Gegenſeitigkeit mit Baiern beſteht. Wer die Einwohner eines fremden Staats zu Aufruhr auffordert, oder deſſen Regierung angreift, wird mit einer Gefängnißſtrafe von 8 Tagen bis 3 Monaten belegt. Wer zu einer Sammlung auffordert, um eine vom Gerichte verhängte Geldſtrafe zu decken, wird ebenfalls zu einer Gefängnißſtrafe bis zu 3 Monaten verurtheilt. Eine Zeitung die als verantwortlichen Redakteur Jemanden nennt, der bereits einmal wegen Preßverbrechen oder zweimal wegen Preßvergehen verurtheilt wurde, bringt dem Verleger eine mehrjährige Gefängnißſtrafe ein. Amtliche Berichtigungen müſſen umſonſt aufgenommen werden, Privatberichtigungen ſofort gegen die Inſertionsgebühren. Der Geſetzentwurf über die bürgerliche und politiſche Gleichſtellung der Iſraeliten iſt kurz und gut, indem er in einem Artikel die gleiche Berechtigung bei gleichen Verpflichtungen ausſpricht. Der Jagdgeſetzentwurf, hervorgerufen durch die vielen Mißhelligkeiten zwiſchen den Gemeinden und Landgerichten bezüglich der Vollzugsinſtruktion, und durch die Entſagung des Königs auf das Jagdrecht in der näheren Umgebung der Reſidenzen, iſt etwas beſſer als das vorjährige Geſetz. Im Entwurf endlich, welcher die Heimatbrechte der Schullehrer ordnen ſoll, iſt gänzlich abgeſehen von der Gleichſtellung derſelben mit den übrigen Staatsdienern. Dies ſoll nach Regelung der Verhältniſſe der Staatsdiener einer ſpätern Vorlage vorbehalten bleiben.

Eine Interpellation Lerchenfelds bezüglich der über die Abbrechung des Berliner Kongreſſes umlaufenden „ſehr beunruhigenden“ Gerüchte, beantwortete v. d. Pfordten dahin, daß mit der geſtrigen Abendpoſt neue befriedigende Nachrichten von Berlin eingelaufen ſeien. Die Verhandlungen in Berlin ſeien niemals abgebrochen worden, wenigſtens nicht von Baiern. Sie ſeien bereits bis zu dem erſten Schritte eines letzten Reſultats gediehen. (Gelächter.) Die Grundlage ſei die in Frankfurt beſchloſſene Verfaſſung, die Bevollmächtigten hätten ſich das von ihren Regierungen Beanſtandete mitgetheilt und daſſelbe einer gemeinſchaftlichen Reviſion unterworfen. Dieſe Reviſion ſei nun beendigt. Nur ſeien nicht ſämmtliche Regierungen über alle Punkte einig, und beſonders ſei die Inſtruktion des baieriſchen Bevollmächtigten in vielen Punkten nicht wenig abweichend von dem in Berlin Angenommenen. Die Erklärung vom 23. April und die Regierungsvorlage in der Kammer ſeien als die weſentlichſten Beſtandtheile der Inſtruktion dem Geſandten aufgegeben worden. Die ihr zugekommenen Reſultate wolle die Regierung nun ſorgfältig prüfen und in einigen Tagen der Kammer vorlegen. Die Prinzipien ſeien einfach: Baiern erſtrebe eine Verfaſſung für ganz Deutſchland, es könne ſie aber nicht diktiren: beharrlich werde ſie jedoch dieſes Ziel anſtreben. Innerhalb Deutſchlands erſtrebe die Regierung eine lebendige Einigung in freier Verbundenheit der einzelnen Staaten, und ſie bekämpfe alle Centraliſation. Auf eine Interpellation Binders an das Präſidium, was aus der Kammeradreſſe und der Beſchwerde gegen das Präſidium der Kammer geworden, antwortet Hegnenberg durch Verleſung eines Präſidialſchreibens an den Oberceremonienmeiſter, worin um eine Audienz bei dem Könige nachgeſucht wird zur Uebergabe der Adreſſe. Dieſes Schreiben iſt bis jetzt, nach acht Tagen, noch unbeantwortet geblieben. Solche Achtung bezeugt die Kamarilla, bezeugt der Kö-

nig den Vertretern ſeines Volks. Die Beſchwerde gegen das Kammerpräſidium ſoll nach Hegnenbergs Verſicherung ſogleich nach Ernennung des erſten Kammerpräſidenten erfolgen.

0 **München**, 30. Mai. Heute will man mit Beſtimmtheit wiſſen, die baieriſche Regierung habe entſchieden gegen das Einrücken preußiſcher Truppen in Süddeutſchland reſp. in der Pfalz proteſtirt, dagegen aber ein Schutzbündniß mit dem öſteereichiſchen Kabinette abgeſchloſſen, das mit einem Armeekorps von Bregenz aus die Bewegungen der baieriſchen Armee gegen die Pfalz und Baden unterſtützen werde.

* Wir erhalten heute die *Stuttgarter Blätter* vom 30. und 31. Mai. Die Volksverſammlung in Reutlingen am Pfingſtmontag iſt den am Tage vorher gefaßten Beſchlüſſen des Kongreſſes der Volksvereine (ſ. Nr. 147, Beil.) beigetreten und hat ferner erklärt: „Der gegenwärtige Zuſtand des Landes wird täglich unerträglicher. Auf dem bisher von Regierung und Ständen eingeſchlagenen Weg iſt aber auch keine Rettung zu hoffen. Bald Jahr und Tag ſitzt die Kammer; Tag für Tag ſteigt die Noth des Volkes, und noch haben wir nichts von Erleichterung verſpürt. Wir verlangen daher: Unverzügliche Einberufung einer verfaſſunggebenden Landesverſammlung. Jeder Bürger, ſei er reich oder arm, ſoll wählen dürfen. (Kein Cenſus!) Von dieſer Verſammlung verlangen wir: Endliche ſchleunige Erfüllung der Zuſagen, mit denen wir Jahr und Tag abgeſpeiſt worden und doch hungrig geblieben ſind; namentlich unentgeldliche Abſchaffung der Feudallaſten und Erſatz des Ausfalls in den Staatseinnahmen durch eine reine, verhältnißmäßig anſteigende Einkommensſteuer; umfaſſende Verminderung der Staatsausgaben durch Vereinfachung des Staatshaushaltes; Aufhebung der Apanagen; Abſchaffung der Penſionen; an die Stelle des Beamtenheeres in der Verwaltung endlich vom Volke gewählte Bezirks- und Kreisausſchüſſe und unbedingte Selbſtſtändigkeit der Gemeindeverwaltung; an der Stelle des ſtehenden Heeres alsbaldige Volksbewaffnung und Volksheer, namentlich Wahl der Offiziere bis zum Hauptmann durch die Soldaten und Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit.“

Der Schw. Merkur berichtet über die Verſammlung folgendes Weitere: Sie ſprach ſich in entſchieden radikalem Sinne aus, aber ſie hielt ſich an die deutſche Reichsverfaſſung. Keine rothe Fahne war zu ſehen, auch mit keinem Worte wurde von Republik geſprochen. Aber nur *Eine* Stimme war darüber, daß wenn erſt einmal die Rheinpfalz und Baden durch preußiſche Bajonette unterdrückt ſeien, daß dann weder von Einheit, noch von Freiheit Deutſchlands mehr die Rede ſein könne. Die Verſammlung war von mindeſtens 15,000 Männern beſucht, welche meiſt mit Trommeln und Fahnen, aber ohne Waffen einzogen. Becher präſidirte; unter den Rednern waren Hoff und Fickler aus Baden, Wiesner, der Abgeordnete Scherr, Greiner, Mitglied der proviſoriſchen Regierung der Pfalz, Havaſy Janos aus Ungarn, ein Kanonier aus Buchau, und ein anderer Soldat aus Ulm. Kein Exzeß, kein Unfall kam vor. Manchem, namentlich den Schwarzwäldern, waren zwar die Beſchlüſſe lange nicht radikal genug, aber die Mehrzahl erklärte den feſten Boden des Rechts nicht verlaſſen zu wollen, ſo lange auf dieſem nicht alle Mittel zum Ziel erſchöpft ſeien. Vormittags hatten die Vertrauensmänner der Bürgerwehren noch eine lange Sitzung zum Zweck einer gemeinſchaftlichen, einheitlichen Organiſirung derſelben. Abends reiſten die Mitglieder der gewählten Deputatation nach Stuttgart, um die Beſchlüſſe der Verſammlung dem Präſidenten der Kammer und dem Miniſterium zu übergeben und um Antwort darauf zu bitten. Von der Kammer ward der Fünfzehnerausſchuß mit Berichterſtattung beauftragt. In ihrer Sitzung vom 29. Mai kündigte der Präſident Murſchel an, die anweſende Reutlinger Deputation habe ihn gebeten, die Verlangen der Volksverſammlung perſönlich der Kammer vortragen zu dürfen. Er habe das Anſinnen abgeſchlagen, weil nach der klaren Beſtimmung der Verfaſſung die Stände keine Deputation empfangen dürfen. Hierauf ſtellte *Becher* den wunderbaren Antrag, dieſe Beſtimmung der Verfaſſungsurkunde durch einfache Abſtimmung abzuändern. Die Miniſter Goppelt und Duvernoy erklärten ſich mit Energie gegen dieſen Antrag; ebenſo die Abgeordneten Seeger und Reyſcher, worauf Becher ſeinen Antrag zurückzieht und die Kammer Uebergang zur Tagesordnung beſchließt. Die Deputation wird ſich jetzt begnügen, die Petition bei der Kammer ſchriftlich einzubringen, ſo wie dieſelbe Römer perſönlich zu überbringen. Er ſoll um alsbaldige beſtimmte Antwort angegangen werden. Man erwartet, daß ſie beſtimmt verneinend ausfallen werde.

„Auch in der Kammer,“ ſchreibt unſer ** Korreſpondent, „haben die Beſchlüſſe keine Ausſicht auf Mehrheit, denn die gemäßigte Linke will jetzt das Miniſterium Römer um keinen Preis fallen laſſen. Dies iſt nun der Stand der öffentlichen Angelegenheiten in Würtemberg, und wahrhaftig, die Ausſichten ſind trüb, denn ein Verſuch der Gewalt, ein Zuſammenſtoß iſt nicht unwahrſcheinlich. Vorkehrungen ſind getroffen, die Straße nach Reutlingen iſt durch Militär ſtark beſetzt; hier iſt die Bürgerwehr wieder in ſtarker Zahl ausgerückt und war beſonders geſtern bei einer Inſpizirung ſtark vertreten. Ob ſie aber für den Fall eines Zuſammenſtoßes zweier Parteien ſelbſt unter ſich ganz einig wäre, das iſt ſehr zu bezweifeln. Der Stadtrath bereitet Schritte gegen die Reutlinger Beſchlüſſe vor. Heute Abend noch wird der Fünfzehnerausſchuß berathen und morgen wird die Sache wohl in der Kammer zur Entſcheidung kommen.“

** **Stuttgart**, 30. Mai. Die letzte Nacht ging zwar ohne eigentliche Exzeſſe, nicht aber ohne vielſeitige Störung der Ruhe durch Lärm aller Art vorüber. Beſonders betrunkene Soldaten, welche aus ihren benachbarten Kantonnirungen ſchaarenweiſe beurlaubt hier waren, thaten ſich hervor. Abends verurſachte das Gerücht, man höre Kanonendonner in der Richtung von Ludwigsburg, große Aufregung. Beinahe wäre die Geſammtbürgerwehr aus dem Schlafe geholt worden — damit auch der Humor zur ernſten Sachlage komme; denn das Kanoniren war nichts mehr und nichts weniger als in der Ferne grollender Donner! Alles berathet jetzt über die Sachlage; ſchon mehrfache Erklärungen, dem Miniſterium zuſtimmend, werden laut; ſo vom hieſigen Stadtrath. Die Kammer berathet heute blos Petitionen, da ihr Fünfzehnerausſchuß ſich noch zu keinem Bericht geeinigt hat. Die Deputirten der Reutlinger Volksverſammlung ſind hier und laſſen ſich auf der Straße blicken. Sie waren geſtern Nachmittag vor dem Geſammtminiſterium. Der Entſcheid, den ihnen Römer gab, ſoll der geweſen ſein: Auf die Forderungen einer Volksverſammlung könne ſich das Miniſterium nicht einlaſſen, wenn aber die Majorität der Kammer die Reutlinger Beſchlüſſe genehmige — und hierbei ſollen die Ritter und Prälaten gar nicht mit eingerechnet werden — ſo wolle das Miniſterium nachgeben. Dieß wird nun freilich nicht eintreten. Die Majorität der Volksabgeordneten wird in dieſer Sache das Miniſterium ſtützen; die Fraktion der äußerſten Linken allein, vielleicht 12 Stimmen, werden auf den Reutlinger Beſchlüſſen beſtehen. Der Bericht der Fünfzehnerausſchuſſes iſt noch nicht fertig. Abgeordneter Hölder iſt damit beauftragt. Entſcheidet ſodann die Kammer, wie vorauszuſehen, gegen die Beſchlüſſe, ſo wäre der Zeitpunkt da, in welchem die Gewalt eintreten ſollte. Die Deputation berathet jetzt, Nachmittags, fortwährend. Man hört, es ſolle künftigen Freitag in Eßlingen eine Volksverſammlung — eine bewaffnete, fügt man bei — ſtatthaben. Ich brauche kaum zu bemerken, daß letztere verboten ſind. Der Kammer wurde heute Vormittag die offizielle Anzeige, daß die Standesherren nicht mehr beſchlußfähig ſind; ſie werden nun eingeladen, einzeln an den Berathungen der zweiten Kammer ſich zu betheiligen, welche jetzt raſch ihrem Ende zugehen können. Wie unſer Miniſterium energiſch gegen die übertriebenen Forderungen, z. B. der Reutlinger auftritt, ſo hofft man, werde es jetzt auch energiſch auf Vollziehung der Kammerbeſchlüſſe, denen es ſelbſt ſeine Zuſtimmung gegeben, und welche das Volk allenthalben fordert, dem Hof gegenüber dringen. In erſter Linie ſteht hier die Beeidigung der Truppen.

* Die Leipz. Zeitung enthält eine *königliche Anſprache an das ſächſiſche Volk*. Wir geben ſie morgen vollſtändig und theilen nur einſtweilen die wichtige, in dem preußiſchen Circularſchreiben *verſchwiegene Thatſache* daraus mit, daß die ſächſiſche Zuſtimmung zu dem Berliner Verfaſſungsprojekt nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt der ſtändiſchen Genehmigung geſchehen iſt.

Karlsruhe, 28. Mai. Der Civilkommiſſär von Mannheim, Florian Mördes, iſt durch Trützſchler aus Dresden, das bekannte Parlamentsglied, und Schütz in der Pfalz durch Fröbel erſetzt worden, da Schütz ſich einer andern wichtigen Miſſion unterziehen mußte. Der in einigen Blättern verbreiteten Nachricht, daß Arnold Ruge von der badiſchen Regierung mit einem diplomatiſchen Auftrage betraut worden ſei, können wir direkt widerſprechen. Ruge iſt auf eigene Fauſt nach Paris gereiſt. (Karlsr. Z.)

№ 150. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 2. Juni 1849.

Ueberſicht.

Anſichten eines Süddeutſchen.
Herr Detmold.
Deutſchland. Wien (Der Fall Ofens. Die Ruſſen. Beſorgniſſe für die Ruhe der Stadt. Stadion. Das Miniſterium des Innern). Berlin (Zurückſetzung R. v. Auerswald's. Hr. Hanſemann's Anmerkungen). Königsberg (Die Stadtverordneten. Engliſches Kriegsdampfboot). München (Angeblicher Proteſt Oeſterreichs und Baierns. Truppenbewegungen). Von der badiſchen Gränze (Die Gefechte. Die Stimmung der Truppen).
Italien. (Die franzöſiſche Expedition. Marſch der Oeſterreicher auf Rom und Ancona).
Schweden u. Norwegen. Seerüſtungen. Ole Bull).
Ungarn. (Die Erſtürmung Ofens.)

Anſichten eines Süddeutſchen.

☍ Der letzte Akt des deutſchen Trauerſpiels beginnt. Die Reichsverſammlung hat beſchloſſen, ihren Sitz nach Stuttgart zu verlegen. Die Centralgewalt, der Reichsverweſer bleibt hier mit den Miniſtern, welche die Reichsverſammlung eben erſt in Verruf erklärt hat. Preußen ſchickt ſich an auf eigene Fauſt in Deutſchland zu ſchalten und ſo faktiſch den Reichsſchirmherrn zu ſpielen. In Jütland will es ſeinen Frieden ſchließen, nach Baden und der Pfalz ſeinen Krieg tragen. So ſammeln ſich in dieſem Augenblicke zwei Heere zugleich im Weſten Deutſchlands; ein preußiſches und ein Reichsheer, um in noch unbekanntem Verhältniſſe neben einander zu ſtehen. Das iſt der Beginn vom Ende Deutſchlands — von nun an iſt es unmöglich, die deutſchen Angelegenheiten als rein deutſche daheim zu ordnen. Sie werden wie nach dem dreißigjährigen Kriege eine Angelegenheit, die die europäiſchen Mächte auf einem Osnabrücker Frieden ordnen werden.*) Unausfüllbar klafft ſchon heute der Riß, der, wenn wir den Nordweſten Deutſchlands auch neutral nennen, Deutſchland in ſeiner ganzen Tiefe ſpaltet, der Riß zwiſchen Weſtdeutſchland und Preußen. Und er iſt tiefer, wird länger dauern als der Anlaß nach dem man ihn nennt. Heute ſcheint dieſer noch: die Reichsverfaſſung und nur die Reichsverfaſſung — aber wenn die Reichsverfaſſung heute eingeführt oder zurückgenommen würde — es wäre nichts damit geändert. Die Spaltung iſt eine nationale geworden, ſie heißt leidenſchaftlicher brennender Haß gegen Preußen und alles was ihm angehört. Wenn Louis XIV. ſich rühmen konnte, er habe die Bergkette zwiſchen Frankreich und Spanien entfernt — ſo kann ſich Preußen des eben ſo großen Wunders rühmen, ein Gebirge in Deutſchland aufgethürmt zu haben, das Oſt und Weſt für immer von einander trennt. Für *immer*, ſo weit es in der Geſchichte ein immer gibt; denn wie geſagt, heute ſchon iſt die Trennung ſelbſtſtändig, losgeſchält von politiſchen Zeitfragen. Es wird daran nichts geändert, ob man morgen einen Kaiſer oder ein Direktorium oktroyirt, ob Preußen, was es leicht kann, mit raſchem Fußtritt das Feuer in Baden austritt, oder ob man es in ſich verlodern läßt. Das iſt eine böſe Geviertſtellung an Europa's Sternenhaus, und wenn es daran kommt ſie zu beklagen, gibt's gar keinen Unterſchied zwiſchen konſervativ und radikal, ſo entſchieden iſt das Aufhören Deutſchlands als eines in ſich Ganzen in Europa's Staatenleib. Wie der dreißigjährige Krieg aus einem Religionskriege endlich ein Krieg um Oeſterreichs Herrſchaft in Deutſchland wurde, deſſen Folge war, daß Oeſterreich als Macht für ſich neben Deutſchland herauswuchs, ſo wird die jetzige Kriſe, welche Wechſelfälle ſie auch noch habe, damit enden, daß Preußen als ein nichtdeutſcher Staat neben das übrige Deutſchland hinaustreten wird. So wird in ſeltſamer Parallele Deutſchland an ſich Polens Theilungen wiederholt ſehen, — die erſte, Oeſterreichs langſam aber unaufhaltbar vollendeter Austritt im Jahre 1805 — die zweite der Preußens, raſcher aber nicht minder unwiderruflich. Damit iſt die Metamorphoſe geſchloſſen — was von Deutſchland übrig bleibt iſt kein Reich mehr, nur Stoff zu ſolchem. Das Gleichgewicht hört auf, das jene einſt ſo gewaltige Maſſe zwiſchen dem Oſten und Weſten Europa's durch ihr bloßes Beſtehen hielt. Frankreich und Rußland ſtoßen auf einander, wer auch ihre Lenker ſeien, denn der unzerdrückbare Polſter fehlt, der dem Drucke von jeder Seite widerſtehend immer gleich breit und unbeweglich zwiſchen ihnen lag. Für Staaten, wie die der Franzoſen und der Ruſſen, nützen die Lehren der Geſchichte nichts, denn die Einen vergeſſen ſie, und die Andern verſtehen ſie noch nicht. Darum war es ſo europäiſch-wichtig, daß ein Volk zwiſchen ihnen lag, das durch ſeine Bildung alt, vielleicht vorſchnell gealtert zu nennen war. Darum wäre ſein Verſchmelzen zu einem organiſchen Ganzen, wie die in der Paulskirche es wollten, eine theilweiſe Friedensbürgſchaft für Jahrhunderte geweſen. Damit iſt's nun vorüber — ſie haben in Wien und in Berlin ſo lange gezerrt und geſchnitten, ſchlimmer als die Kriegsknechte bei der Kreuzigung, bis das nahtloſe Kleid des deutſchen Volksgefühls in Stücke ging. Und um welches Gewinnes willen? Obwohl ſie das Kleid zerriſſen, iſt der Blößen in ihrem eigenen Rocke nicht eine weniger geworden. Im Gegentheil, die ärgſten Lücken ſind weiter aufgeklafft. Wenn irgend ein Satz der pſychologiſchen Statik wahr iſt, ſo iſt es der, daß der befriedigten Leidenſchaft verhältnißmäßige Gleichgültigkeit, der Aufregung Ausruhen folgt. Wollte man wahrhaft konſervativ ſein, ſo konnte man nichts beßres thun, als das Werk der Paulskirche annehmen — man durfte dann ſicher ſein in der nächſten Reichsverſammlung eine Reviſion durchzuſetzen, welche die republikaniſchen Spitzen der Verfaſſung im Volke und durch das Volk ſelbſt ſicherer abbrach, als es eine Fürſtenkonferenz je vermögen wird. Der *ungeſtillte Wunſch nur dauert*. Wäre die Reichsverfaſſung in's Leben getreten, die Freude an ihrem Beſitze, der Wunſch nach Ruhe von langer Aufregung, der Drang nach Erwerb, der ſo lang gelitten, nach dem gewohnten Lebensgenuß, den man verſäumt, hätten durch alle Schichten der Geſellſchaft wie ſüße Ermüdung beruhigend, ſänftigend gewirkt. Die Rothen wären eben eine Ausnahme geblieben, und darum unſchädlich. Jetzt hat man das Schlimmſte bewirkt, was vom wahrhaft konſervativen Standpunkt je drohen kann, man hat die Beſitzenden irre gemacht. Man täuſche ſich nicht über dieſe wichtige, zuletzt den Ausſchlag gebende Klaſſe. Man hat es ihr bald zum Lob, bald zum Hohn wiederholt: daß ſie die treueſte und feſteſte Stütze der legitimen Gewalten ſei. Das iſt ſie auch, aber weder aus tiefgehender Reflexion wie die Männer gewiſſer Schulen, noch aus Gefühlsdrang, wie er hie und da tiefere Schichten der Geſellſchaft noch durchdringen mag. Sie iſt es aus dem einen ſtarken Grunde des eignen Vortheils. Weil ihr bis jetzt die legitimen Gewalten auf die Dauer mehr Bürgſchaft für Ruhe und Ordnung zu bieten ſchienen, vertraute ſie ihnen, ſtützte, ja trug ſie. Aber wenn ſie heute ſich in ihrer Hoffnung betrogen, wenn ſie die Möglichkeit ſähe, daß die Gegenpartei ihr ſchneller ſtärkere Garantien dauernder Ruhe biete, würde ſie eben ſo entſchieden zu ihr treten. Und wir ſagen es noch einmal: ſeit dem Werke der Paulskirche iſt ſie irre geworden. In der Reichsverfaſſung und den Fürſten ſteht Legitimität ſich entgegen; in den Berliner Konferenzen hat die Dynaſtenmajeſtät ſich in einer Unfruchtbarkeit gezeigt, die jeden Fehler der Nationalvertretung bedeckt. Wehe den Regierungen, wenn der Beſitz erſt zu dem feſten Glauben käme, der Belagerungszuſtand führe zu keinem poſitivern Zuſtande als proviſoriſche Regierungen. Soviel hat man wie ein toller Spieler in Deutſchland aufs Spiel geſetzt, in dem Jahre, wo die Spielbanken aufhörten. Die Begeiſterung der Nation in gährendes Mißtrauen zerſetzt, der feſte Boden zerklüftet, auf dem Millionen zu ſtehen glaubten, die Einheit des Reiches ärger gelockert als unter dem Bundestag, der Neid, die Scheelſucht der zwei mächtigſten Herrſcherhäuſer nackt vorgetreten bis zur Herausforderung, die Erde Deutſchlands von einem Ende zum andern geſpalten, die Reichsverfaſſung Vorwand, wenn nicht Urſache für den Bürgerkrieg, der bereits entbrennt, und das Alles, weil ein Fürſt zugleich an der Tafel der Romantik und der Wirklichkeit ſpeiſen, zugleich mit dem goldenen Kaiſerhort liebäugeln und doch ihn verſchmähen, den Anſpruch auf die Herrlichkeit über Deutſchland aus dem Spruch der Nationalverſammlung erlangen und doch aus eigener geſalbter Fürſtlichkeit ihren Beſitz ergreifen wollte. Bitter, wie das klingen mag, die Geſchichte wird es ſo beſtätigen und wir ſind ihre Zeugen, daß alle Früchte, die das vergangene Jahr getrieben, wie Sodomsäpfel in den Händen der Nation zu Aſche und Moder wurden; mag es verantworten, wer die Schuld hat. Die Reichsverſammlung hat ſie nicht, was auch ihre Fehlgriffe geweſen; ſie berieth und beſchloß vor Aller Augen, ſie war im guten Glauben durch ein großes Opfer das Volk zu retten, als ſie den erblichen Kaiſer wählte. Auch Oeſterreich hat daran keine Schuld, es war plump genug in ſeiner Falſchheit, um, ſo oft es ſeine Intereſſen auf neuem Wege ſuchte, ſich ſelbſt Lügen zu ſtrafen und ſeinen Noten deſpotiſche Ausbrüche wie Warnungsklappern anzuhängen. Aber dort in Berlin ſaß man, lauſchte,

*) Dagegen würden wir Deutſche uns jedenfalls doch noch wehren.

that als ob man nicht hörte, ließ an ſich kommen, was man ehrlicherweiſe bei der erſten Erwähnung depreciren mußte, wenn man nicht entſchloſſen war anzunehmen. Man wußte doch vom Wahlgeſetz, vom ſuspenſiven Veto; man wußte von den Kompromiſſen, die die Parteien herüber und hinüber geſchloſſen, als es zur Diskuſſion über das Reichsoberhaupt kam. Man wußte, daß die Meinung Preußen war, daß Gagern und ſeine Freunde, daß ſo viele konſervative Preußen in dem guten Glauben an Preußens Erhebung gegangen waren, daß man annehmen werde. Und doch ſchwieg man. Man ſchwieg als nach der öſterreichiſchen Oktroyirung Welcker, vom ſtürmenden deutſchen Herzen getrieben, die Kaiſerwahl im Sturm durchſetzen wollte. Man ließ um ſich werben, ließ die Reichsverſammlung und mit ihr die Nation die Gäſte laden und das Hochzeitmahl rüſten, man ließ die Kaiſerdeputation kommen, gleich dem Freier, der die Braut zur Kirche holt, um dann Nein! zu ſagen, um von den Fürſten zu verlangen, was man von der Nation verſchmäht. Man wollte ausruhen in dem Gefühle, eine Krone in der Hand gehalten und verſchmäht zu haben. Damit hat man die Nation geſpalten; man hat wie ein ungeſchickter Zauberer den Talisman zerriſſen und ſo das Aergſte herbeigeführt: einen halben, verunglückten Zauber. Man hat die Möglichkeit verloren, mit der Reichsverſammlung ſich zu friedigen, und ihr die Möglichkeit genommen nachzugeben, nachdem ſie ſich durch feierliches Wort gebunden. Schon ſind das deutſche Volk und ſeine rechtmäßige Verfaſſung zwei Weſen geworden, die ſich ewig ſuchen und nie finden. Wenn Preußen damals, als die Kaiſerfrage auftrat, erklärt hätte: es nehme nie einen Kaiſer an, hätte wohl Gagern, hätten die Preußen je gewählt? Die Reichsverſammlung ſollte zu Schanden werden mit ihrem Werke — aber wer das gethan, wird deſſen nicht froh werden. In der Geſchichte, ſo weit ſie Cauſalität iſt, herrſcht noch immer der eiferſüchtige, der finſtere Gott der Rache — er vergißt nichts, und ſtraft an unſchuldigen Enkeln die Saat der Ahnen, eben weil die Wirkung ewig der Urſache folgt. Möge die Zukunft uns Lügen ſtrafen! *)

Aus Norddeutſchland.

♂ Aus Norddeutſchland, Ende Mai. Sie mahnen mich um weitere Mittheilungen. Aber wenn auch meine Berufsarbeiten mir mehr Zeit zur politiſchen Korreſpondenz übrig ließen, als dies jetzt der Fall iſt, ſo benimmt mir doch der niederſchlagende Gang unſerer deutſchen Angelegenheiten faſt alle Luſt dazu. Unwillkürlich wird man an den Ausſpruch des Tacitus erinnert: „Frustra niti et nihil fatigando nisi odium quaerere extremae dementiae est." Ihrem * Korreſpondenten „vom Rhein" — si licet parvum componere magno — ſcheint es ja leider ebenſo zu ergehen; und doch würden wir gerade ſeine Stimme bei der kritiſchen Lage des Vaterlandes beſonders gern vernehmen. Möge der wackere Kämpe bald wieder ſeine Blitze in die von fauligen Dünſten überfüllte politiſche Atmoſphäre ſchleudern! Wir dürfen und wollen die Hoffnung auf den Sieg, und zwar auf einen baldigen Sieg der gerechten Sache unſeres Volkes nicht aufgeben. Hat doch inzwiſchen der Berliner Geſandten-Kongreß ſelbſt die glänzendſte Rechtfertigung der vielfach vom „ſouveränen Unverſtand" geſchmäheten Reichs-Verſammlung übernommen. Nicht einmal 4—5 Köpfe haben ſich Angeſichts der drängendſten Gefahren auf Grundlage der preußiſchen Vorſchläge zu einigen vermocht! Und dennoch wird die Macht der Verhältniſſe bald ſtärker ſein, als der Eigenſinn einiger mit „incurablem Souveränetätsſchwindel" behafteten Könige. Es iſt ein wahres Wort, welches Sie in Ihrem Leitartikel vom 22. Mai niedergelegt haben: „Der Trieb der Einheit kann im deutſchen Volke mit dem Eiſen niedergemäht werden, aber er wächſt über Nacht wieder auf." Daß Preußens kurzſichtiges Miniſterium, welches man nach ſeinen verſchiedenen Stadien als das Miniſterium „der rettenden That", „der bewaffneten Furcht", „der falſchen Konſequenz" bezeichnen kann, daß dieſes Miniſterium, welches in hochmüthiger Selbſtüberſchätzung die weiſeſten und wohlwollendſten Mahnungen und Warnungen ignorirte — ſich von Baiern und Oeſterreich ſo hat überliſten laſſen, darüber könnte man in der That in Verſuchung kommen, einiger Schadenfreude Raum zu geben, wenn das unglückliche Vaterland nicht ſelbſt die Mißgriffe der Herren Brandenburg, Manteuffel und Konſorten theuer genug bezahlen müßte. In unſerer Reſidenzſtadt Hannover hat die Ernennung unſeres „Reichsgnomen" Detmold zum Reichsjuſtizminiſter ein wahrhaft homeriſches Gelächter erregt. So hat Hannover nun auch einen ſeiner Hageſtolzen, und zwar einen ſtrengen Stüvianer, in's Reichsminiſterium geliefert! Detmold iſt bekannt als geiſtreicher humoriſtiſcher Schriftſteller, weniger durch die „Todte Tante", als durch ſeine „Anleitung, in wenig Stunden ein vollkommener Kunſtkenner zu werden" und beſonders durch ſeine witzigen „Randzeichnungen", welche bei ihrem Erſcheinen vor einigen Jahren ſehr viel Aufſehen erregten; aber von ſeinen Talenten zum Reichsjuſtizminiſter hat ſich hier Niemand Etwas träumen laſſen. In den dreißiger Jahren gehörte er mit Stüve zu den eifrigſten und hartnäckigſten Verfechtern des umgeſtürzten Staatsgrundgeſetzes, wurde deßhalb unter polizeiliche Aufſicht geſtellt, und durfte ſeine Spaziergänge im Georgspark nur in Begleitung eines Gensdarmen machen. Er galt damals für ſo mißliebig und politiſch anrüchig, daß Fremde, die den geiſtreichen Mann kennen zu lernen wünſchten, verwarnt wurden, ſich ja nicht mit ihm einzulaſſen. Jetzt gehört dieſer ſelbige Mann der äußerſten Rechten an! Tempora mutantur, et nos? Bei ſolchem Wechſel und Wandel der Dinge und Perſonen verdient auch das wiederholt auftauchende Gerücht einige Beachtung, daß der Umwandlungsprozeß Stüve's aus einem hannoveriſchen Partikulariſten in einen guten Deutſchen neuerdings unerwartet ſchnell von Statten gehe. Doch dürfte es vor der Hand rathſam ſein, ſich nicht allzu ſanguiniſchen Hoffnungen zu überlaſſen. Hr. v. Schleinitz iſt neuerdings wieder nach Berlin berufen worden, der Staatsanzeiger hat bereits ſeine Ankunft gemeldet. Vielleicht bietet man ihm wieder ein Miniſterportefeuille an; doch dürfte er unter den gegenwärtigen Conjunkturen wenig Luſt dazu verſpüren. Die preußiſchen Truppenzüge nach Rheinland und Weſtphalen dauern noch immer fort.

Deutſchland.

△ **Wien**, 28. Mai. Die Aufregung über den Fall Ofens dauerte geſtern den ganzen Tag fort. Die miniſterielle Partei ſuchte zu verbreiten, die ganze detaillirte Nachricht der Wiener Zeitung ſei falſch und von der „Partei des Umſturzes" erfunden, welcher es auf ſehr feine Weiſe gelungen ſei, ſich ſogar der Wiener Zeitung zu bemächtigen, um dieſe Lüge auf glaubwürdige Weiſe zu verbreiten. Doch waren alle Parteien wenigſtens darin ganz einig, ihre Entrüſtung darüber auszuſprechen, daß man die unglückliche Beſatzung ſo unnütz geopfert! Uebrigens iſt an der Wahrheit der Angaben nicht zu zweifeln, da alle offiziellen Nachrichten ſeit dem 21. gänzlich fehlen. Uebrigens iſt der Redakteur, der Verleger und der Setzer der Wiener Zeitung geſtern verhaftet worden, da eine ſtrenge Verordnung vorliegt, nichts ohne höhere Bewilligung über die Kriegsereigniſſe kund zu geben. Doch höre ich, daß ſie auf Befehl des Kriegsminiſteriums der Haft ſogleich entlaſſen werden ſollen, da alle Kundſchaftsnachrichten, ſowie die Erzählungen von Ankömmlingen aus Peſth mit den Angaben des konfiszirten Beiblattes, deſſen Inhalt indeſſen in der heutigen Zeitung wieder erſcheint, übereinſtimmen. Nach mündlichen Erzählungen hätte wirklich das Bataillon Ceccopieri, welches ſchon einmal in Preßburg abfiel und wieder zurückkehrte, und welches man unbegreiflicher Weiſe an der Beſatzung Ofens, von deren Treue ſo viel abhing, Theil nehmen ließ, den Verrath geübt, deſſen es beſchuldigt wird. Sie zogen die Honveds mit Stricken in die Feſtung und während von außen geſtürmt wurde, begann die Meuterei im Innern. Hentzi ſoll an drei tödtlichen Wunden im Unterleibe darnieder liegen und Görgey an ärztlicher Hilfe und Pflege Alles aufbieten, was ſeine Rettung möglich machen kann. Zehn Soldaten ſollen ihm als perſönliche Schutzwehr beigegeben ſein. Das Blutbad in den Straßen Ofens ſei fürchterlich geweſen und die Maſſe der Leichen ſo groß, daß ſie in den erſten Tagen unbegraben in den Straßen liegen bleiben mußten. Die Beſatzung beſtand ohngefähr in 4000 Mann.

Welche Ströme von Blut werden die Folge dieſes Ereigniſſes ſein? Unſere Truppen werden furchtbare Rache nehmen.

*) Wir können in dieſen Wunſch nur einſtimmen. Wir haben noch beſſeren Muth, als der Verfaſſer. Aber ſeinen Aufſatz aufzunehmen, mochten wir uns um ſo weniger verſagen, da er in milder Form Zeugniß gibt von einer traurigen aber unläugbaren Thatſache: daß im ganzen Süden der bis zur Anerkennung der preußiſchen Suprematie beſchwichtigte Preußenhaß durch die bekannten Urſachen wieder zu lichten Flammen angeſchürt iſt. Wir ſelbſt kommen nicht ſelten in den Fall, ungemäßigte Ausdrücke jenes Gefühls bei Seite zu legen.

Sie ſind wüthend, daß der Hauptangriff immer wieder von Neuem verzögert wird, und Welden ſelbſt iſt bald krank vor Aerger, daß er nicht angreifen kann und die Ruſſen (vielleicht abſichtlich?) noch immer nicht die beabſichtigten Stellungen bezogen haben; ihr Vorrücken ſoll namentlich dadurch verzögert werden, daß ſie keine Brücken-Equipagen mit ſich führen, welchem Mangel von unſrer Seite nun nach Möglichkeit abgeholfen wird. Welden bedauert es jetzt lebhaft, daß er nicht ſeinem erſten Entſchluß folgte und mit Peſth auch Ofen räumte. Außer den Kanonen, Gewehren, der Munition ꝛc. verlieren wir dort noch eine ungeheure Niederlage von Salpeter, woran die Ungarn Mangel litten, weshalb ſie ſchon vielfache Verſuche machten, ihn künſtlich zu erzeugen. Geſtern traf ein Schreiben von Welden an die Militärbehörden ein, worin er auffordert, alle Aufmerkſamkeit auf Wien zu wenden, da er nicht zu bezweifelnde Notizen in Händen habe, daß von Koſſuth große Summen nach Wien geſandt werden. Heute Nacht waren denn auch die Truppen in den Kaſernen konſignirt.

* **Wien**, 28. Mai. Am 19. fand die Ueberreichung des Ehrenſäbels an den F.M.L. Grafen Radetzky ſtatt. Dr. Klucky trug dabei eine von Grillparzer verfaßte Rede vor, welche dem Helden zugleich in kalligraphiſcher Reinſchrift übergeben wurde. Graf Radetzky erwiederte dieſelbe mit den herzlichſten Ausdrücken und ſprach ſeinen warmen Dank für die ſchöne Gabe aus. Der Miniſter Graf Stadion wird ſich in das Seebad nach Helgoland begeben. Sein interimiſtiſcher Stellvertreter, Miniſter Bach, hat das Beamtenperſonal des Miniſteriums des Innern in einer ſehr kräftigen Rede aufgefordert, ihn in ſeinen Beſtrebungen mit gleichem Eifer zu unterſtützen, wie es bei denen der Juſtiz der Fall ſei, da es gelte, gemeinſam die Anarchie zu bekämpfen. Der Unterſtaatsſekretär von Pipitz und der Sektionschef Freiherr v. Buol führen die Geſchäftsleitung. Bach hat ſich nur die Reviſion der wichtigſten Geſchäfte vorbehalten.

** **Berlin**, 29. Mai. Senſation erregt das Verfahren des Miniſteriums gegen den ehemaligen Miniſterpräſidenten, Hrn. Rudolf v. Auerswald. Das Oberpräſidium der Provinz Preußen, welches derſelbe ſchon vor der Uebernahme des Portefeuilles geführt, und ſpäter wieder übernommen hatte, iſt dem Abgeordneten zur erſten Kammer Hrn. Flottwell kommiſſariſch übertragen. Herr von Auerswald ſoll auf unbeſtimmte Zeit beurlaubt ſein. Dieſe auffallende Zurückſetzung wird um ſo unbegreiflicher, wenn man erwägt, wie die erſte Kammer, dieſe hochkonſervative Körperſchaft, Hrn. v. Auerswald dadurch, daß ſie denſelben dreimal nacheinander, das Drittemal für die ganze Dauer der Seſſion (und jedesmal mit allen Stimmen gegen etwa 5—8, die ſich verſplitterten) zu ihrem Präſidenten wählte, in der oſtenſibelſten Weiſe ausgezeichnet hat. Herr v. Auerswald war in der Vereinbarungsverſammlung nahezu der Einzige, welcher gegen das pränumerirte Mißtrauensvotum an Graf Brandenburg ſtimmte; er verließ den Konzertſaal am 9. November, er tagte mit zu Brandenburg. Zur erſten Kammer wurde er dreimal gewählt; er vertritt darin die Stadt Danzig, die konſervativſte Stadt des Königreichs. Das Verfahren gegen dieſen hohen Beamten iſt eine höchſt bedeutſame Demonſtration. Wir verabſäumen nicht, darauf aufmerkſam zu machen, daß dieſer Schlag einen Royaliſten trifft, der unter den aufrichtigen Bekennern des konſtitutionellen Prinzips kaum durch Loyalität übertroffen werden dürfte, einen Lally Tolendal, einen Clermont. Wer unſern altpreuß ſchen Adel in ſeinen ausgezeichnetſten Familien kennen gelernt hat, der ermißt, welche Menſchen den Thron umgeben müſſen, wenn einem wahrhaften Repräſentanten dieſes höchſt ehrenwerthen Adels ſolches Loos beſchieden wird. Das Oberpräſidium der Provinz Preußen hat übrigens der ſehr verdiente Vater des Hrn. v. Auerswald in den bedrängteſten Zeiten zu Anfang dieſes Jahrhunderts geführt, und Rudolf v. Auerswald war in jenen Unglücksjahren der Dynaſtie der Jugendgefährte des jetzigen Königs, bis er ſpäter in das Heer trat, und in den Freiheitskriegen ſich das eiſerne Kreuz erſtritt. Es gibt Diplomaten, welche durch den Schein der Treuherzigkeit Geiſter beherrſchen; mit der Perſönlichkeit des Hrn. v. Auerswald verhält es ſich umgekehrt; die Außenſeite eines Hofmanns birgt den edelſten, reinſten Charakter voll echten und urſprünglichen Gefühls für Vaterland und Volkswohl; diplomatiſche Routine, Feinheit der Formen, und das in Deutſchland ſo ſeltne Je ne sais quoi des brittiſchen Staatsmanns hat das öffentliche Urtheil über Hrn. v. Auerswald häufig irre geführt. Wenn es indeſſen irgend mit dem politiſchen Gewiſſen ſich vertragen ſollte, dieſes Miniſterium zu ſtützen, ſo wäre das ignoble Verfahren des Miniſteriums gegen ſeine Perſon ein ziemlich probates Mittel, Hrn. v. Auerswalds Votum den Miniſtern zu ſichern. Gegenwärtig verweilt Herr v. Auerswald, durch das Präſidium in erſter Kammer äußerſt angegriffen, zu Karlsbad.

** **Berlin**, 30. Mai. Die kleine Schrift von Hanſemann: „Anmerkungen zur Deutſchen Verfaſſung" wird in ſechſter Auflage jetzt in den Häuſern ausgeboten; die Abonnenten der miniſteriellen Reform werden von den Kolporteuren, denen ein kleiner Rabatt zufließt, darum angegangen, den Maſſenvorrath dieſer Waare zu mindern. Es kalkuliren Viele ſo, daß darin die deutſche Reichsverfaſſung enthalten iſt und für daſſelbe Geld — noch etwas: nämlich die nüchterne Staatsweisheit des Herrn Hanſemann. Es iſt ja reiner Gewinn, ſich dieſe Ausgabe der Reichsverfaſſung anzuſchaffen. Ein ſpekulativer Verleger könnte ein noch beſſeres Geſchäft machen, wenn er obendrein Randgloſſen zu dieſen Hanſemann'ſchen Gloſſen mitabdrucken ließe, denn dieſe Widerlegung würde ziemlich wohlfeil ſein.

Königsberg, 26. Mai. Die Stadtverordneten haben die Einberufung der Landwehr in ihrer geſtrigen Sitzung für ungerechtfertigt erklärt, indem nach ihrer „innigſten Ueberzeugung" der Fall eines ausbrechenden Krieges, im Sinne der Landwehr-Ordnung vom 21. November 1815, zur Zeit nicht vorhanden iſt. Sie haben daher den Ankauf der von der hieſigen Stadt zu ſtellenden Landwehrpferde mit einem Proteſte und nur deshalb genehmigt, weil der Stadt mehr Koſten erwachſen würden, wenn für deren Rechnung die königlichen Behörden den Ankauf beſorgten. Aus Pillau wird hierher berichtet, daß am 25. Mai das engliſche Kriegsdampfboot „Hekate" etwa 1/4 Meile vom dortigen Hafen beilegte. Seine Beſtimmung iſt, ſich von der Art der däniſchen Blokade zu überzeugen. Von Pillau geht es nach Danzig ab. Däniſche Schiffe waren an jenem Tage nicht in Sicht. (D. Ref.)

= **München**, 30. Mai. Geſtern iſt Sitzung des Staatsrathes geweſen; in Folge deſſen iſt auf Andringen Oeſterreichs hin der Beſchluß gefaßt worden, von Seiten Oeſterreichs und Baiern gegen jedes Einſchreiten Preußens in der Pfalz zu proteſtiren und ſind diesfallſige Kuriere geſtern Abend noch abgegangen. (?) Es ſoll ein Handbillet des Königs von Preußen an Maximilian II. eingegangen ſein, worin auf die Nothwendigkeit der Uebereinſtimmung mit den Plänen Preußens hingewieſen wird; wahrſcheinlich fruchtlos. Das ſind die Folgen der ausgeſchlagenen Volkskrone. Im ganzen Südweſten iſt durch die Politik des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel der Haß gegen Preußen aufs Neue angefacht. Im Salzburg'ſchen bis Bregenz hin finden bereits öſterreichiſche Truppenbewegungen ſtatt; man glaubt, die Oeſterreicher würden mit Baiern vereinigt in Baden und der Pfalz einſchreiten.

= Von der badiſchen Grenze, 30. Mai. Zu meinem geſtrigen Bericht über das Gefecht bei Heppenheim bringe ich Ihnen noch einige Nachträge. Die Freiſchärler machten einen Ueberfall, von dem die heſſiſchen Truppen eben noch zu rechter Zeit durch ihre Vorpoſten benachrichtigt wurden, um dagegen nicht unvorbereitet zu ſein. Die Zahl der Freiſchärler wird auf 8 bis 9000 angeſchlagen, darunter mindeſtens ein Drittheil badiſcher Truppen; auch führten ſie eine Anzahl Geſchütze mit ſich, die auf 9—12 Stück angegeben wird. Die Aufſtellung und der Plan des Ueberfalls, ſowie die militäriſche Führung war wenigſtens beſſer als man erwartet hatte. Nach einem kurzen Gefechte ganz in der Nähe von Heppenheim drangen die Heſſen tapfer vor, und verfolgten die Rebellen ins badiſche Gebiet; ohne großen Widerſtand beſetzten ſie das erſte badiſche Dorf (Unterlaudenbach) und erſt bei dem nächſten (Hemsbach) entſpann ſich ein hartnäckiger Widerſtand. Gleichwohl blieben auch hier die Heſſen Meiſter der Stellung, und der Rückzug der Feinde war vollſtändig. Das zweite Regiment der heſſiſchen Infanterie, von den Chevaurlegers und der Artillerie unterſtützt, führte den Kampf allein durch; die übrigen Truppen welche die Grenze beſetzt hielten, ſtanden in Reſerve. Man zählt bis jetzt 7 Todte, darunter zwei Offiziere, Oberlieutenant Zimmermann und Hoffmann, von denen jener ſchon einen Bruder im Frankfurter Barrikadenkampfe am 18. September verloren hat. Der Verluſt der Freiſchaaren ſcheint viel bedeutender zu ſein. Außer einigen Ueberläufern machte man badiſche Soldaten zu Gefangenen, die ſich heute noch in Heppenheim befanden. Als Trophäen wurden heute Morgen ein Wagen mit Gewehren, eine Fahne und eine Trommel eingebracht; die Gewehre waren größtentheils Karabiner der badiſchen Dragoner,

welche, wie uns ein heſſiſcher Soldat berichtete, „von den ſchlechten Kerlen weggeworfen worden waren". In dieſem Augenblick ſtehen die heſſiſchen Vorpoſten bereits auf badiſchem Gebiete (in Laudenbach), allgemein wird verſichert, daß ſich die Freiſchaaren bis an den Neckar zurückgezogen hätten und die Gegend von der heſſiſchen Grenze an bis nach Weinheim und Ladenburg rein ſei. Wahrſcheinlich wird morgen angegriffen, der Neckar überſchritten und in kurzer Zeit die badiſche Pfalz beſetzt werden. Heppenheim ſelbſt macht ganz den Eindruck eines Kriegslagers; in dichten Maſſen ſind dort die Truppen gelagert, und erhalten von Stunde zu Stunde Verſtärkungen. Der Transport auf der Eiſenbahn iſt für heute unterbrochen, weil ſie den ganzen Tag für Truppenzüge in Anſpruch genommen war. Schon am Morgen rückte das mecklenburgiſche Garderegiment in Heppenheim ein; nach Mittag kamen neue mecklenburgiſche Truppen, namentlich auch Dragoner und Artillerie; ſpäter brachte ein Bahnzug Kurheſſen. Baieriſche Jäger waren ſchon am Morgen eingerückt. Sämmtliche Reichstruppen ſind im herzlichſten Vernehmen mit einander; wir ſahen die Mecklenburger fröhlich mit den Baiern und Heſſen verkehren, ſo ſchwer es anfangs den Plattdeutſchen ward, ſich den Süddeutſchen verſtändlich zu machen. Der Geiſt der Truppen iſt vortrefflich; von dem Einfluß wühleriſcher Tendenzen wird hier nichts zu erwarten ſein. Wir waren heute Mittag Zeuge, wie drei Individuen verhaftet wurden, welche verſucht hatten, die Soldaten abtrünnig zu machen; ein Verſuch, worauf bekanntlich nach dem hier proklamirten Kriegsrechte Todesſtrafe ſteht. Die Erbitterung der umſtehenden Soldaten, als die Verhafteten gebunden und verhört wurden, bewies deutlich genug, daß, wenn man von badiſcher Seite auf Verführung rechnet, die Rechnung eine verfehlte iſt.

Italien.

* Der Conſtitutionel vom 30. Mai enthält ein Privatſchreiben aus Toulon, welches Nachrichten aus Civitavecchia bis zum 23. bringt. Beim Abgang des Dampfers Narval von Civitavecchia kannte man daſelbſt bereits die Verwerfung des Leſſeps'ſchen Ultimatums durch die römiſche Konſtituirende. Ein Geſandtſchafts-Sekretär iſt mit der Antwort der römiſchen Regierung auf die Vorſchläge des Hrn. v. Leſſeps auf dem Narval in Toulon angekommen und ſofort von da nach Paris abgegangen. Die franzöſiſchen Truppen lagerten ganz in der Nähe von Rom und der Waffenſtillſtand ſollte am 25. ablaufen. Allein derſelbe wird wahrſcheinlich erneuert werden, um neue Inſtruktionen aus Paris abwarten zu können. Es ſcheint, daß der Gen. Oudinot an den öſterreichiſchen General d'Aspre einen Kourier abgeſchickt hat, um denſelben aufzufordern, nicht weiter in der Richtung auf Rom vorzurücken. Dieſer General befand ſich an der Spitze von 12 bis 15,000 Mann nur noch einige Tagemärſche von Rom entfernt. Von den Neapolitanern war kaum noch die Rede; ſie befanden ſich noch immer in ihrem verſchanzten Lager.

Es beſtätigt ſich, daß die Neapolitaner nach einem heißen Gefecht in der Nähe von Velletri am 20. Morgens dieſe Stadt geräumt haben. Der General Roſelli hat dieſelbe mit den römiſchen Truppen beſetzt. Einige Berichte geben zu verſtehen, daß der Rückzug der Neapolitaner ein mit dem General Oudinot verabredetes Spiel ſein könnte, um einen Theil der republikaniſchen Streitkräfte aus Rom zu entfernen.

* Turin, 26. Mai. Die Oeſterreicher ſind 16,000 Mann ſtark und mit 400 Kanonen durch Forli durchpaſſirt, um auf Ancona zu marſchiren. Man verſichert, daß die Garniſon von Alexandria um 3,000 Mann von beiden Seiten vermehrt werden ſoll. 20,000 Mann Piemonteſen ſind beſtimmt, die Alpen zu bewachen, falls die Montagnards in der neuen franzöſiſchen Nationalverſammlung die Oberhand gewinnen ſollten. Der König Victor Emanuel, deſſen Tod bereits von einigen Blättern irthümlich gemeldet wurde, befindet ſich auf der Beſſerung. Sein Tod würde die piemonteſiſche Angelegenheit auf's Neue ſehr verwickeln.

Schweden und Norwegen.

N. C. Der Jahrestag der erſten norwegiſchen Konſtitution (der 17. Mai) ward in Chriſtiania mit großen Feſtlichkeiten begangen. Zur Verſtärkung der bei Carlskrona ausgerüſteten Eskadre werden noch die Fregatten Déſirée von Götheborg, die Korvette Najaden und die Dampfkorvette Thor ſchleunigſt ſegelfertig gemacht. Zugleich werden einige Schooner und kleinere Kriegsfahrzeuge zum Seedienſt in Stand geſetzt. Der berühmte norwegiſche Violinſpieler Ole Bull macht in Norwegen Kunſtreiſen und wird überall mit dem größten Enthuſiasmus aufgenommen.

Ungarn.

A. Z. C. Ein Reiſender, welchem es gelang auf Umwegen von Peſth nach Wien zu kommen, erzählt über die Erſtürmung Ofens Folgendes: Als die öſterreichiſche Armee Peſth geräumt hatte, zog Görgey in Eilmärſchen heran, um den Mittelpunkt ſeiner Stellung in Ofen zu nehmen. Die Zeit, welche den kaiſerl. Truppen gegönnt blieb, war zu kurz, um kunſtgerechte Vertheidigungswerke anzulegen; auch glaubte die Beſatzung wohl an eine regelmäßige Belagerung, aber an keinen Sturm. In Eile wurden Klöſter in Citadellen umgeſchaffen, alte Mauern verſtärkt, Schulterwehren neu angelegt, Schanzen gebaut, Umpfählungen gezogen, ein 15 Fuß tiefer und 21 Fuß breiter Graben hergeſtellt. Zugleich ließ General Hentzi viele Häuſer mit Schießſcharten verſehen, und in den Straßen Zwerchwälle erbauen. Jede zuſammenhängende Reihe von Häuſern ward zu einer Schanze. Die Inſurgenten lagen auf den nahen Gebirgshöhen, welche Ofen dominiren, bauten Batterien, eröffneten Laufgräben und ſchritten bald zum Graben verſchiedener Minen; ſie entwickelten in Allem eine unglaubliche Thätigkeit. Die Belagerung begann am 4. Der unterirdiſche Krieg war ſchauderhaft, da es den Inſurgenten an geſchickten Minenarbeitern nicht fehlte. Das Bombardement dauerte beinahe ununterbrochen. Bomben und glühende Kugeln wurden in Unzahl in die Stadt geworfen. Der 19. war für Ofen der fürchterlichſte Tag. Bis dahin konnte der durch das Feuern verurſachte Brand noch gelöſcht werden; aber diesmal wehte ein heftiger Wind, der die Flamme von einem Ort zum andern trug und dadurch wurden mehrere Gebäude rettungslos in Aſche gelegt. Der entſcheidende Sturm wurde am 20. Abends von den Inſurgenten gewagt. Zwei kleinere Minen unter der Contreſcarpe gingen um 8 Uhr in die Luft und entzündeten eine größere, welche unter ſchrecklichem Gekrach den Hauptwall in zitternder wellenförmiger Bewegung in die Höhe hob. Dies ſchien der von den Inſurgenten erwartete Moment. Zwei Sturmkolonnen ſtürzten ſogleich auf den geöffneten Punkt, während drei Maſſen im Sturmſchritte nachfolgten. Die beiden erſten Heereszüge drangen unter dem gekreuzten Kartätſchenfeuer der Beſatzungsbatterien in die Vorwerke, beſetzten den Graben und nahmen die Bruſtwehr. Mehr als 300 Magyaren lagen bereits todt auf dem Platze. Die hart gedrängten kaiſerlichen Truppen fochten mit Löwenmuth, ſahen ſich aber in Kürze von den nachgerückten Sturmkolonnen an allen Seiten angegriffen; um 12 Uhr Mittags waren zwei Baſteien, die Katze des Hauptwalles und eine Schanze innerhalb der Ringmauern mit Uebermacht ſtürmend genommen, und der blutige Kampf wälzte ſich nun von Haus zu Haus. Man kämpfte in beiſpielloſer Todesverachtung um jede Scheidewand. Jede Treppe, jede Kammer, jedes Dach koſtete mehrere Menſchenleben. Man focht in den Höfen und in den Zimmern Mann gegen Mann. Die Magyaren gaben und empfingen keinen Pardon; ihr Feldgeſchrei war: Blut! Während des Straßenkampfes ward geplündert. Noch immer waren die kaiſerlichen Soldaten und ein Theil der Einwohner zum Widerſtande entſchloſſen, allein die magyariſche Bevölkerung verlangte das Gegentheil und leiſtete den nach allen Richtungen vordringenden Ungarn jeden Vorſchub. Jeder der öſterreichiſche Uniform trug wurde jetzt niedergemacht und ein ſchreckbares Gemetzel — kein Kampf mehr, dauerte bei vier Stunden. Wer jetzt fliehen konnte, floh. Am frühen Morgen erſchien Görgey in Ofen. Er hielt ſtrenge Mannszucht. Die Magyaren lagerten auf den Plätzen mitten unter Leichen. Ein Kriegsrath wurde ernannt, der die öſterreichiſche Garniſon zur Gefangenſchaft verurtheilte, den Gefangenen aber den Uebertritt in die Inſurrektionsarmee freiſtellte. Niemand wählte den letzteren. Görgey's Bericht an den Präſidenten nach Debreczin lautete in drei Worten: „Hurrah! Buda! Görgey." Die Antwort war: „Den Dank der Republik! Herr Feldmarſchallieutenant." Um den Leichnam Ofens zu bewachen, wird nur eine geringe Beſatzung daſelbſt bleiben; Görgey mit ſeinen Truppen wird nach Komorn ziehen. Die Feſtungswerke in Ofen ſollen geſchleift werden. Um 12 Uhr Mittags am 22. brannte Ofen noch an mehreren Orten. Man rechnet, daß während der Belagerung bei 10,000 Bomben in die Feſtung geſchleudert wurden. Das Geſchützfeuer unterhielten die Inſurgenten mit glühenden Kugeln.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 151. Frankfurt a. M., Sonntag 3. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Der preußiſche Entwurf der Reichsverfaſſung.

Schleswig.

Deutſchland. Frankfurt (Kriegsnachrichten. Uebergetretene badiſche Soldaten. Worms wieder geräumt. Konflikt der Gewalten. Die badiſche und würtembergiſche Poſt. Die Paulskirche. Die Main-Neckarbahn). Wien (Der Fall Ofens. Der Krieg in Ungarn und im Banat. Graf Canitz. Orſowa geräumt. Die Königin von Griechenland. Vermiſchtes). Von der öſterreichiſchen Gränze (Die öſterreichiſch-ruſſiſchen Operationen. Oeſterreich und Frankreich). Berlin (Der Staatsanzeiger über die Verfaſſungsvorlage. Rundſchreiben des Miniſteriums des Innern und des Miniſteriums für Handel und Gewerbe. Die Reichsverfaſſung. Engliſches Korreſpondenzbureau). Aus der Provinz Preußen (Truppenbewegungen). München (Die Parteien in der Kammer. Der neue Kriegsminiſter. Die deutſche Frage). Kaiſerslautern (General Sznayde. Hr. Erbe). Vom obern Neckar (Die Reutlinger Beſchlüſſe. Stimmung des Heeres und des Landvolks). Stuttgart (Die Reutlinger Vertrauensmänner. Volksverſammlungen). Sachſen (Königliche Proklamation). Zittau (Henſel verhaftet). Karlsruhe (Zur Charakteriſtik des Regiments). Mainz (Eine Neuwahl für Zitz beabſichtigt). Bremen (Neuwahl).

Großbritannien. London (Die Times über den Straßenkampf in Newyork.)

Frankreich. Paris (Abermals ein Ereigniß in der Legislative).

Oeſterreichiſche Monarchie. Cernowie (Die Ruſſen eingerückt.)

Italien. (Ankona von den Oeſterreichern cernirt und beſchoſſen.) Rom (Eine Verlängerung des Waffenſtillſtandes erwartet. Die Barrikaden. Die Beichtſtühle.)

Ungarn. (Vom Kriegsſchauplatz. Komorn. Konfiskationen).

---

2. Juni.

Der preußiſche Entwurf der Verfaſſung des deutſchen Reiches iſt erſchienen, und das Beſte daran iſt, daß er blos als Entwurf bezeichnet iſt, daß der rechtsgültige Abſchluß deſſelben auf der freien Zuſtimmung der Reichsverſammlung beruht. Dem erſten lediglich dazu verſammelten Reichstage ſoll der genannte Entwurf zur Berathung und Zuſtimmung übergeben werden. Es fragt ſich freilich: Wie, wenn die Reichsverſammlung dieſe Zuſtimmung verſagt? Wer ſoll das letzte Wort haben? Sind wir dann nicht ebenſoweit wie da wir anfingen? In dieſen Blättern iſt unermüdlich einer vorgängigen Verſtändigung mit den Regierungen das Wort geredet worden, weil eine nachfolgende Vereinbarung mit ſämmtlichen Regierungen nicht wohl möglich erſchien, und der Reichsverſammlung alſo das letzte Wort bleiben mußte. Wir haben uns für die Reichsverfaſſung, trotz der Fehler, welche ſie hat, unbedingt für die Reichsverfaſſung erklärt, weil eine andere, um welche ſich alle Parteien und Stämme in Deutſchland als um ihr eigenes Werk ſchaaren, für jetzt nicht zu haben ſei. Die Ereigniſſe haben uns nur zu ſehr recht gegeben. Doch wir wollen keine fruchtloſen Klagen erheben über die Vergangenheit, wo einige Meilen von uns der Bürgerkrig wüthet, und alle Kräfte der wahren Freunde des Vaterlandes erforderlich ſind, um das Vaterland aus ſeiner traurigen Lage zu retten.

Es ſtehen ſich in dieſem Augenblicke nicht weniger als vier Parteien in Deutſchland gegenüber. Die Staaten, welche die Verfaſſung unbedingt angenommen; diejenigen Landſchaften, welche ſie zum Schein angenommen, in der That aber die Reichsverfaſſung zum Vorwand gebraucht haben, um, nöthigenfalls im Bunde mit dem Auslande, die Republik einzuführen; drittens Oeſterreich und Baiern, welche die Reichsverfaſſung unbedingt verwerfen; endlich der preußiſche Sonderbund, welcher die Verfaſſung bedingt angenommen hat. Denn mit Recht bezeichnet die großdeutſche Partei die Abweichungen des Entwurfes nur als Bedingungen, unter welchen die drei Könige die Verfaſſung annehmen. Ja, wir, die für den Augenblick beſiegte und mißhandelte Partei der deutſchen Einheit, hat wenigſtens die Genugthuung, in jenem Entwurfe in ſehr vielen Punkten einen Sieg zu erkennen, den ihr beharrliches Streben über alle Sondergelüſte erfochten hat. Ja manche Abweichungen des Entwurfes, z. B. einige in den Grundrechten, die Beſtimmungen wegen Oeſterreichs, über das Veto u. ſ. w., ſind Aenderungen im Sinne unſerer Partei. Uns iſt ſogar ein Reich zugeſtanden und ein Reichsvorſtand. Freilich iſt dieſes Reich, den dynaſtiſchen Gelüſten zu Liebe, ſo ſehr geſchwächt, daß wir nicht einmal eine Reichspoſt haben ſollen, und dem Reich gar nicht das Recht zuſtehen ſoll, nöthigenfalls Steuern zu erheben. Denn §. 48 lautet: Zur Beſtreitung ſeiner Ausgaben iſt das Reich zunächſt auf die Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten angewieſen. Und §. 49: Die Reichsgewalt iſt befugt, in außerordentlichen Fällen Anleihen zu machen oder ſonſtige Schulden zu kontrahiren. Schulden machen? Worauf? Auf die nicht ausreichenden Matrikularbeiträge? Durch eine ſolche Beſtimmung hört das Reich eigentlich auf, ein Staat zu ſein, oder vielmehr es bleibt in ſeinem jetzigen kläglichen Zuſtande, von dem man mit Recht ſagen kann: „Das Römiſche Reich, daß Gott erbarm', ſollte jetzt heißen ein Römiſch Arm!“ Doch alle untergeordneten Bedenken ſind gering vor dem größten, §. 99: „Ein Reichsbeſchluß kann nur durch die Uebereinſtimmung beider Häuſer einerſeits, ſo wie des Reichsvorſtandes und Fürſtenkollegiums andererſeits gültig zu Stand kommen.“ Wir wollen dieſem nicht genau redigirten Paragraphen die günſtigſte Auslegung zu Theil werden laſſen, daß nur von einer Inſtanz, einem kollectiven Ja! oder Nein die Rede ſei. Aber auch ſo erweckt dieſer neue Bundestag die ſchlimmſten Bedenken. Wir wollen gleich den Kern dieſer Bedenken angeben. Es erhellt klärlich, daß das Fürſtenkollegium, das neue Reichsoberhaupt in jedem einzelnen Falle nach eigener unabhängiger Erwägung die von beiden Häuſern, dem Volks- und dem Staatenhauſe, gefaßten Beſchlüſſe genehmigen oder verwerfen und eine ewige Vereinbarung Statt finden ſoll. Wie dieſes Fürſtenkollegium abſtimmen wird, nämlich ſtets im dynaſtiſchen Intereſſe, das erhellt aus der Geſchichte ſeit 1815. Damit fällt das ganze konſtitutionelle Staatsgebäude über den Haufen, wie die Deutſchen es ſeit einem Menſchenalter erſtrebt, wie es ſich in England ausgebildet hat. „Die große Errungenſchaft unſeres freien Staatslebens, ſagte nemlich das Blatt der engliſchen Regierung, iſt die, daß die perſönliche Willkür des Fürſten ſich nicht mehr ſtörend in daſſelbe miſcht, mit andern Worten, daß das Veto außer Gebrauch gekommen.“ Bei einem einzelnen Reichsoberhaupte würde ſich allmälig, wenn auch langſam, dieſelbe Praxis ausgebildet haben. Aber wenn ein Fürſtenkollegium beſtändig nach einfacher Stimmenmehrheit Ja! und Nein! ſagt, ſo ſinken dadurch beide Häuſer offenbar zu bloß berathenden Ständen herab.

Doch wir wollen hier nicht jenen Entwurf beurtheilen. Er hat Anſpruch auf eine weit reiflichere Erwägung, als Raum und Zeit uns augenblicklich geſtatten. Die Hauptſache iſt, daß jener Entwurf wahrſcheinlich in einem großen Theile des nördlichen und weſtlichen Deutſchlands, wenigſtens in den drei Königreichen, als ein Anknüpfungspunkt zu einer gemeinſamen Verfaſſung annehmbar gefunden werden wird. Es liegt daher auch den übrigen Theilen die Pflicht ob, die Anknüpfung zu verſuchen. Unſere Partei iſt überzeugt, daß dem Verlangen der Nation nach Einheit durch nichts Geringeres befriedigt werden kann, als die weſentlichen Beſtimmungen der Reichsverfaſſung enthalten. Aber daß wir ſie auf gewaltſame Weiſe nicht durchführen können, haben wir bereits geſehen. Dagegen ſind wir überzeugt, daß eine friedliche Entwickelung, mögen der geiſtigen Kämpfe auch noch ſo viele ſein, zu keinem andern Ziele führen kann. Hier iſt die Möglichkeit einer ſolchen weiteren Entwickelung geboten. Oeſterreich kann in ein deutſches Reich nicht eintreten, Baiern kann ſich demſelben nicht entziehen. Es handelt ſich zunächſt um den preußiſchen Sonderbund und die

29 Staaten, welche die Reichsverfaſſung angenommen haben. Einer unſerer Berliner Korreſpondenten ſchreibt mit Recht: „Es drängen ſich uns die Fragen auf, ob die 29 Staaten, ohne der von ihnen anerkannten Reichsverfaſſung zu vergeben, auf dieſes Vorlegen des Entwurfs eingehen könnten? ob dies nicht der geeignete Weg iſt, die Reichsverfaſſung in's Leben zu führen? Wenn das Wahlgeſetz zum Volkshauſe daſſelbe wäre und wenn die Wahlen auf den 15. Juli, der Zuſammentritt des Reichstags auf den 15. Auguſt feſtgeſetzt würden, dann löſte ſich dieſes Räthſel leichter." Ja wohl, wenn! Möchten hüben und drüben der ernſte redliche Willen rathen und thaten und geneigt machen, ſich die Hand zu reichen, ſo weit es irgend noch möglich. Wie, wenn auch in drei Königreichen die Wahlen zu gleicher Zeit vorgenommen, der Reichstag nach demſelben Orte ausgeſchrieben würde? Wie wenn für diesmal die ungleiche Wahl, die ſchwerlich zu irgend erheblich verſchiedenen Ergebniſſen führen möchte kein Hinderniß wäre, um zu gemeinſchaftlicher Berathung zuſammenzutreten? Doch wir werfen das nur hin. Ueber ſo ſchwierige Fragen entſcheidet nicht der Einfall des erſten Augenblicks. Während wir dieſes ſchreiben, ſind mehrere treffliche Männer zuſammen, um über die Lage des Vaterlandes zu berathen. Das glauben wir im Namen unſerer ganzen Partei fern und noch ausſprechen zu können, daß nicht das Gefühl der bitterſten Kränkungen, ſondern allein der Gedanke, daß das Vaterland über Alles gehe, unſere Schritte lenken wird.

Eben geht uns von der Oſtſee die Nachricht zu, daß die ganze ruſſiſche Flotte auf Alſen zuſteuernd erblickt ward. Das wird die Baſis des Schleswig'ſchen Friedens ſein! Der ſchleswig-holſteiniſche Bevollmächtigte ſagte von den preußiſchen Friedensverhandlungen, wie Graf Arnim ſie geleitet hat, ſie ſtreiften nicht an Verrath, ſondern ſie waren Verrath. Und von der Weiſe, wie in Schleswig in den letzten Wochen der Krieg geführt wird, läßt ſich nach allen Nachrichten kaum ein anderes Urtheil fällen. Von Kopenhagen wird bereits verſichert, daß an den Reichsfeldherrn General Prittwitz von Berlin der Befehl geſchickt ſei, die Feindſeligkeiten einzuſtellen. Preußen hat ſchon erklärt, daß es einſeitig Frieden ſchließen wolle. Die Berechtigung dazu beweiſt es mit ſeltener Logik dadurch, daß die Reichsgewalt zum Friedensſchluß der Zuſtimmung der Reichsverſammlung bedürfe; dieſe werde von der preußiſchen Regierung nicht mehr anerkannt, olglich könne die Reichsgewalt auch keinen Frieden ſchließen. Was die ruſſiſche Flotte betrifft, ſo iſt das ſicherlich nur ein etwas zu wenig fein ausgeſonnenes Manöver. Wenn das preußiſche Miniſterium es nicht wiſſen ſollte, was es doch weiß, ſo könnten wir demſelben die beruhigende Verſicherung geben, daß Rußland zu drohen, aber auch nur zu drohen verſprochen hat. Das Unglück bei dieſem ſchleswigſchen Kriege iſt das alte: der beklagenswerthe Umſtand, daß Preußen noch keine konſtitutionelle Regierung hat, keine Regierung, welche mit den Anſichten des Volkes übereinſtimmt. Die Nation hält den Krieg für einen gerechten und ehrenvollen, der König und ſeine Räthe für das Gegentheil. So wird der Krieg wider Willen und nur zum Schein geführt, und für den Frieden könnte man ſchlimme Beſorgniſſe hegen. Doch theilen wir dieſe nicht. Uns beruhigt ſchon die Erklärung der Statthalterſchaft von Schleswig-Holſtein, daß die Herzogthümer ſelbſt ein Wort beim Frieden mitreden wollen. Dieſe Forderung wird, wie wir vernehmen, von England unterſtützt. Aber wir haben ſchon neulich erklärt, wenn die Herzogthümer auf der von der Statthalterſchaft bezeichneten Grundlage der Unzertrennlichkeit u. ſ. w. beſtänden, ſo müßten ſie zu allen ſonſtigen Opfern bereit ſein. Dazu gehört das Aufgeben der nördlichen däniſchen Theile. Es freut uns, daß man von allen Seiten jetzt zu dieſer ſtets von uns empfohlenen einzig dauernden Löſung der Frage zurückkommt. Es handelt ſich nur um die Grenze, und da müſſen wir vor übertriebenen Anſprüchen warnen. Eine Linie, welche ſich bis nach Lügumkloſter ſenkt und dann bis nach Hadersleben hinauf ſteigt, um alle Städte beim deutſchen Theile zu erhalten, dient zu nichts, als ebenſo übertriebene Forderungen der Dänen hervorzurufen, die ſchon ja höchſt naiv gemeint haben, die Linie müſſe etwas nördlich vom Dannewirk gezogen werden. Die deutſchen Sprachinſeln können nicht gerettet, das Opfer, ſo ſchmerzlich es fällt, muß gebracht werden. Die Theilung muß wirklich nach den Nationalitäten vorgenommen werden.

Deutſchland.

♈ **Frankfurt**, 2. Juni. Seit vorgeſtern iſt an der badiſch-heſſiſchen Grenze durchaus Nichts von Belang mehr vorgefallen; kein Feind hat ſich blicken laſſen. Andrerſeits liegen aber beſtimmte Anzeichen vor, daß die Angriffe auf der Grenze von Seiten der Aufſtändiſchen nur deßhalb unternommen worden ſind, um dort die Aufmerkſamkeit zu beſchäftigen und, ſobald Frankfurt mehr und mehr von Truppen entblößt ſein würde, in Frankfurt ſelbſt einen Handſtreich zu verſuchen, in Frankfurt, das nicht bloß ſeiner reichen materiellen Hilfsmittel wegen, ſondern auch als ſtrategiſcher Punkt von großer Wichtigkeit iſt. Es ſind deßhalb ſeit vorgeſtern nicht allein keine Truppen mehr in ſüdlicher Richtung befördert worden, ſondern es haben auch die ſämmtlichen mecklenburgiſchen Truppen Befehl, ſobald ſie eine große Recognoſcirung, auf welcher ſie gegenwärtig im Odenwald begriffen ſind, beendet haben, nach Frankfurt zurückzukehren, und wird man erſt dann, wenn im Rücken von Frankfurt hinlängliche Truppenmaſſen geſammelt ſind, in Baden ſelbſt eingehen und den Durchmarſch nach der Reichsfeſtung Raſtatt nöthigenfalls erzwingen. Man wird dazu ausſchließlich die Kontingente der kleineren Staaten verwenden und aus den preußiſchen und den nach mehrfachen Nachrichten ebenfalls im Anzuge begriffenen öſterreichiſchen Truppen die Reſerve bilden. Daß gerade die Mecklenburger zurückberufen ſind, ſoll, ohne allen Scherz, darin ſeinen Grund haben, daß die Leute gar nicht zu halten ſind, auf eigene Fauſt einen tollkühnen Streich zu unternehmen und in Baden ein wenig aufzuräumen. Geſtern Abend ſind vier übergetretene badiſche Soldaten, ein Dragoner, ein Trompeter, ein Scharfſchütze und ein Musketier hier angelangt. Sie haben ihre Flucht mit Lebensgefahr bewerkſtelligt; von allen Seiten ſauſten ihnen Kugeln nach und dem Einen iſt der Arm getroffen. Sie ſind hier bei den Bürgern einquartirt.

General Peucker hat den Truppen, welche Worms beſetzt hielten, den Befehl gegeben, die Stadt zu räumen, da er es für mißlich hält, ſo lange das übrige Rheinheſſen nicht von Truppen beſetzt worden, eine kleine vorgeſchobene Abtheilung in der Nähe der Grenze ſtehen zu laſſen. Die Truppen ſind demgemäß abgezogen und Worms iſt bereits von den Freiſchaaren wieder beſetzt.

*** **Frankfurt**, 2. Juni. Die Poſt aus Würtemberg und Baden iſt heute Morgen ſeit drei Tagen zum erſtenmale wieder eingetroffen und zwar über Würzburg. Die meiſten der nach Stuttgart abgereiſten Mitglieder des Rumpfparlaments haben auch ihren Weg durch Baiern genommen.

Frankfurt, 1. Juni. Das Bureau der Reichsverſammlung hat geſtern dem evangeliſch-lutheriſchen Gemeinde- und Kirchenvorſtand die Schlüſſel der Paulskirche unter Begleitung eines freundlichen Dankſchreibens zurückgegeben. Es werden nun dieſe Räume bis zur Eröffnung des neuen Reichstages leer ſtehen, wofern es überhaupt bei der verfaſſungsmäßigen Beſtimmung bleibt, daß dieſer ſeinen Sitz in Frankfurt nehmen wird. (Fr. J.)

* **Frankfurt**, 2. Juni. Der bekannte telegraphiſche Wortwechſel zwiſchen der Centralgewalt und dem preußiſchen Kabinet hat zu einem weitern Wortwechſel zwiſchen Reichsminiſterium und Oberpoſtamtszeitung, oder richtiger vielleicht zwiſchen Reichsminiſterium und Reichsminiſterium geführt. Man urtheile ſelbſt: Der O. P. Z. gebt von Hrn. Grävell folgende Erklärung zur Veröffentlichung zu:

„In Nr. 128 und 129 der „O. P. A. Z." ſind zwei Aktenſtücke, welche telegraphiſche Mittheilungen zwiſchen dem Herrn Reichsverweſer und der königlich preußiſchen Regierung enthalten, unbefugter und unberufener Weiſe veröffentlicht worden, und das letztere mit einer Einleitung, welche der Deutung Raum gibt, als ob dieſe Bekanntmachung auf amtlichem Wege veranlaßt worden ſei. Das Reichsminiſterium findet ſich deshalb bewogen, zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, daß dieſe Nachrichten der Zeitung ohne ſein Vorwiſſen zugegangen ſind, und daß wegen des Bruches der Amtsverſchwiegenheit, ohne welchen davon keine Abſchriften hätten genommen werden können, die nöthige Unterſuchung verfügt worden iſt. Frankfurt, den 2. Juni 1849. Dr. Grävell."

Dagegen verſichert nun die O. P. Z., die bezüglichen Artikel ſeien ihr aus dem Reichsminiſterium zur Veröffentlichung zugeſandt worden. Wir fühlen uns nicht berufen, das finſtere Räthſel zu löſen.

* **Frankfurt**, 2. Juni. Die von der O. P. Z. gegebene Nachricht, daß die Main-Neckarbahn zwiſchen hier und Darmſtadt zerſtört ſei, hat ſich nicht beſtätigt.

△ **Wien**, 23. Mai. Die Wiener Zeitung widerſpricht heute dem Gerücht, daß ihr Extrablatt über die Erſtürmung Oſens konfiszirt worden ſei. Dennoch hat es damit ſeine Richtigkeit, das Blatt verſchwand vorgeſtern ſogar in Gaſt- und Kaffeehäuſern auf Veranlaſſung der Sicherheitswache, und die geſammten Leiter dieſer Zeitung erhielten einen Verweis über die voreilige Bekanntmachung dieſes unglücklichen Ereigniſſes, wurden aber nicht weiter in Haft gehalten, da ſich die Erſtürmung Oſens leider nur zu wahr erwies. Es ſcheint ein eigenes Fatum über unſern beiden Armeen zu walten. Alles was die Südarmee ſeit der großen Concentrirung unternimmt, gelingt, während in Ungarn bis jetzt Alles zu unſerm Nachtheile ausfiel. Das Vertrauen, das die Armee wie das Land in Welden ſetzte, hat einen empfindlichen Stoß erlitten; ſo viel Urtheil hat auch der gemeine Mann, um einzuſehen, daß Oſen auf die Dauer nicht zu halten war; und nichts demoraliſirt und entmuthigt den Soldaten mehr, als die Ueberzeugung, daß man ſein Leben zwecklos opfert. Gering gerechnet haben wir jetzt ſchon über 20,000 Mann in Ungarn verloren! Ob die Vorräthe, die Fürſt Windiſchgrätz in Oſen angeſammelte, bei dem eiligen Rückzuge zu retten geweſen, iſt zu bezweifeln; jetzt ſind ſie eine Fundgrube für die Magyaren, die dem Fürſten manches „Eljen" nachſenden, weil er ihrer Sache in jeder Beziehung ſo unerwartet Vorſchub geleiſtet. Die Anzahl der in Oſen befindlichen Gewehre ſoll nicht blos 20,000 ſondern 40 bis 50,000 betragen. Nach den neueſten Privatnachrichten ſoll Hentzi ſeine tapfere Seele bereits ausgehaucht haben, und zwar — in den Armen Görgey's, der ihn, wie man behauptet, bis zu ſeinem Tode nicht mehr verlaſſen hat. Der Schaden an Gebäuden in Peſth und beſonders in Oſen wird vorläufig auf 10 Millionen geſchätzt; 200 Häuſer ſollen ſtark beſchädigt und 32 dem Einſturz nahe ſein. Daß das Bataillon Ceccopieri zu den Magyaren übergetreten oder ihnen Vorſchub geleiſtet, wird von verſchiedenen Seiten widerſprochen. Der Eindruck, den die Niederlage Oſens in der Armee machte, war getheilt. Die Einen entbrannten in Wuth und wünſchen Rache zu nehmen, die Andern ſind entmuthigt und meinen in Ungarn ſei kein Lorbeer zu holen — der blühe nur in Italien, ſowie es überhaupt keinen Mann in der Donau-Armee gibt, der nicht lieber in Italien unter Radetzki kämpfen würde. Geſtern kam wieder ein Transport Verwundeter aus Preßburg, 400 bis 500 Mann ſtark an. Neutra iſt wirklich von den Magyaren geräumt und die Poſtverbindung zwiſchen dieſem Orte und Preßburg wieder im Gange. Im Ganzen ſchreitet unſere Armee langſam vor und hat die Waag überſchritten. Daß es nicht gleich nach der Nachricht vom Falle Oſens zu einer Hauptſchlacht kam, hat ſein Gutes, damit der unzufriedene und entmuthigte Theil der Armee Zeit hat, ſich zu faſſen. In Preßburg kommen noch immer Verſuche vor, die Soldaten zum Uebertritt zu bereden; ein Schloſſergeſelle, der dabei betroffen wurde, iſt am 26. zu zweijähriger Schanzarbeit verurtheilt worden. Man fürchtet für die Freiin v. Udwarnoki ein verhältnißmäßig eben ſo ſtrenges Urtheil. Der Ban war noch nicht in Semlin angekommen, wie ich Ihnen irrig vor einigen Tagen meldete; er wurde aber am 24. dort erwartet. So wie früher mit Stratimirovic iſt jetzt der Patriarch mit dem General Mayerhoffer im Zerwürfniß; man hofft auf eine ausgleichende Einwirkung des Bans, der am 23. bereits in Illock eingetroffen war. Perczel ſoll von Panczova gegen Mozorin im Tſchaikiſtendiſtrikte, wo ſich die Serben verſchanzt haben, aufgebrochen ſein, und will ſich nach deſſen Einnahme gegen Karlovitz wenden, das General Mamula beſetzt hält und fortwährend befeſtigt. Ueber Temesvar und Arad ſind wir in Ungewißheit. Geſtern Abend gelangte durch Armeelieferanten die Nachricht hierher, die Ruſſen ſeien 60,000 Mann ſtark in Siebenbürgen eingedrungen und hätten Kronſtadt genommen.

General Canitz wird dem Vernehmen nach heute Abend nach Berlin zurückkehren, ohne Oeſterreich für das von Preußen projektirte Verfaſſungswerk gewonnen zu haben. Die Vorſchläge von Brandenburg und Manteuffel ſind unſerm Miniſterium zu freiſinnig! Baiern ſcheint ganz die Meinung unſeres Miniſteriums zu theilen.

A Z C **Wien**, 29. Mai. Aus Semlin wird geſchrieben, daß die k. k. Truppen Orſova verlaſſen haben. (?) Ob planmäßig oder von den Magyaren gedrängt, kann nicht unterſchieden werden. Bem hat übrigens die Stadt beſetzt und eine Proklamation erlaſſen, nach welcher alle Flüchtlinge zurückgerufen werden, da ihnen Schutz und Hülfe nicht fehlen ſollen. Die Magyaren ziehen jetzt gegen Titel, das von k. k. Truppen gut beſetzt ſein ſoll. Bem belagert Temesvar und hat die Feſtung zur Uebergabe aufgefordert, indem er im Weigerungsfalle mit Tod und Verwüſtung droht. Am 26. kam die Königin von Griechenland mit dem Dampfboote Otto in Trieſt an, und wird zwiſchen heute und morgen hier erwartet. Am 20. d. M. ſind 9. Gemeine des Inf.-Reg. Alexander in voller Montour aus der Station St. Pölten nach Ungarn entwichen. F. M. L. Haynau wurde heute mittelſt Telegraphen nach Wien berufen und hat einem Miniſterrathe beigewohnt. Die an Ungarn grenzenden Kreiſe Prerau, Hradiſch und Teſchen wurden, um jedes Einverſtändniß mit den Rebellen zu vereiteln, in Kriegszuſtand erklärt. Alle Truppen, die nicht bereits bei der operirenden Armee ſtehen oder zur Beſatzung der feſten Plätze verwendet ſind, werden Feldlager beziehen, vor der Hand bei Brünn und Feldkirch.

Von der öſterreichiſchen Grenze, 28. Mai. Am 25. d. M. haben die kombinirten öſterreichiſch-ruſſiſchen Operationen auf ſämmtlichen Punkten begonnen. Bis zum 15. d. M. hatten ſich die Ruſſen in den Donaufürſtenthümern in zwei große Lager konzentrirt, um nach Siebenbürgen vorzudringen. Der k. k. Geſandte zu Paris Graf von Appony befindet ſich im Augenblicke zu Wien. Voreilige Politiker wollen durchaus auf einen nächſt bevorſtehenden Bruch mit Frankreich ſchließen. Ohne die Größe der wirklichen und noch weiterhin möglichen Verwickelungen zu leugnen, weiß ich doch aus guter Quelle, daß Hr. Hübner zu Paris weilt und die gegründete Hoffnung hegt, die ſchwebende Frage unblutiger Löſung zuzuführen. (Leipz. Z.)

Berlin, 30. Mai. Heute nun iſt die Reichs-Verfaſſung dennoch erſchienen. Wie wir hören, iſt von Preußen, Hannover und Sachſen der in Rede ſtehende Bundesſtaat bis zur Erklärung der übrigen deutſchen Staaten noch nicht als ein abgeſchloſſener feſtgeſtellt worden, ſondern iſt derſelbe für eine beſtimmte Zeit als ein proviſoriſcher zu erachten. Die drei Regierungen gehen von der ausdrücklichen Vorausſetzung aus, daß der rechtsgiltige Abſchluß derſelben auf der freien Zuſtimmung der Nationalvertretung beruhe, daß aber auch zum Abſchluſſe des Entwurfs als gemeinſamer Vorlage für den nächſten Reichstag den Zutretenden zu Erklärungen noch Friſt gelaſſen werde. Wir hoffen, daß wir dieſe Beſtimmung ohne großes Mißtrauen aufnehmen dürfen! Daß die Verfaſſung in nicht zu langer Friſt von ganz Nord- und Mitteldeutſchland, wenigſtens als thatſächlicher Anhaltspunkt für jedes weitere Einheitsſtreben, wird angenommen werden, iſt nicht zu bezweifeln. Die „Daily News" haben hieſigen Orts ein förmliches Korreſpondenzbureau errichtet, deſſen Chef Mr. Morton iſt. Es ſind darin vier Perſonen beſchäftigt, welche von Berlin aus ihr Augenmerk auf ganz Deutſchland zu richten haben. Außerdem iſt ein beſonderer Redakteur für die ungariſchen Artikel von dieſem Bureau engagirt worden. Die Bedeutung Berlins für die deutſchen politiſchen Zuſtände, ſowie die von hier aus nach allen Richtungen ſich ausbreitenden Eiſenbahnen, ſcheinen die Aufmerkſamkeit der Engländer gerade auf Preußens Reſidenz in einem ſo hohen Grade gerichtet zu haben. (K. Z.)

• **Berlin**, 30. Mai. Der Preußiſche Staatsanzeiger begleitet den Entwurf der Reichsverfaſſung mit folgendem halbamtlichen Artikel, den wir als Aktenſtück mittheilen:

Die heute zur Oeffentlichkeit gelangenden Aktenſtücke legen vor Aller Augen offen dar, wie Preußen und die mit ihm verbundenen deutſchen Regierungen die große Aufgabe betrachten, welche die Zeit ihnen geſtellt hat, und auf welchen Wegen ſie deren Löſung zu erreichen ſtreben.

Nähere und fernere Gefahren drohen in einer Ausdehnung und Offenkundigkeit, die jede einzelne Darlegung überflüſſig erſcheinen läßt. Der bisherige und rechtlich fortbeſtehende deutſche Staatenbund iſt nicht fähig, ſeine Glieder gegen den inneren und äußeren Feind zu ſchützen, der neu zu errichtende Bundesſtaat iſt noch nicht ins Leben getreten. Den Uebergang zwiſchen beiden in rechtlichem und geordnetem Wege zu vermitteln, war die Aufgabe der Nationalverſammlung, ſie iſt aus dieſer Bahn gewichen und hat es hierdurch den Regierungen der größeren deutſchen Staaten unmöglich gemacht, ihren ferneren Handlungen irgend eine Giltigkeit beizumeſſen. Da die Regierung des Erzherzogs-Reichsverweſers nach dem Inhalte des Beſchluſſes vom 28. Juni 1848 nur durch die der Nationalverſammlung verantwortlichen Miniſter ausgeübt wird, ſo hat auch deren Thätigkeit eben ſo ihren rechtlichen Boden verloren, als ſie jetzt faktiſch außer Stande

iſt, einem Berufe zu genügen, in deſſen Ausübung ſie ſich ſo hohe und mannigfache Verdienſte um das Vaterland erworben hat.

Unter dieſen gefahrvollen und drängenden Umſtänden haben ſich die Regierungen, welche zunächſt auf eine gemeinſame Handlungsweiſe hingewieſen ſind, nicht der Pflicht entziehen können, ſich darüber zu verſtändigen, in welcher Art und mit welchen Mitteln ſie ihren Angehörigen den gemeinſamen Schutz zu leiſten beabſichtigen, den dieſe von ihnen zu fordern berechtigt ſind. Die Leitung der hierzu erforderlichen Maßregeln haben ſie Preußen in dem Umfange übertragen, der durch die Nothwendigkeit einheitlichen Handelns bezeichnet und abgegrenzt wird. Da ihre Aufgabe aber nicht blos darin beſtehen kann, den äußeren und den inneren Feind abzuwehren, ſondern auch dahin zu trachten, daß die Quellen geſchloſſen werden, aus welchen wenigſtens theilweiſe die verheerenden Strömungen fließen, ſo ſind die verbundenen Regierungen zugleich übereingekommen, ein proviſoriſches Schiedsgericht einzuſetzen, deſſen Entſcheidung ſie die Streitigkeiten zwiſchen dieſen Regierungen ſelbſt, ſowie die Streitigkeiten zwiſchen den Regierungen und ihren Ständen und Angehörigen unterwerfen. Jede Beſchwerde ſoll hier ihre gerechte, ſtreng unparteiiſche Erledigung finden.

Es erſcheint kaum nothwendig, dieſes vorübergehende Bündniß gegen mögliche Mißdeutungen zu verwahren. Allerdings kann es nur der Wunſch und die Hoffnung der verbundenen Regierungen ſein, daß alle Glieder des deutſchen Bundes, welche ein gleiches Bedürfniß zu engerem Zuſammenſchließen empfinden, in die dargebotene Gemeinſchaft eintreten. Aber dieſes aus den Forderungen der Gegenwart hervorgegangene und von deren Dauer abhängige Bündniß iſt nicht der deutſche Bund von 1815. Auf die Befugniſſe geſtützt, welche der elfte Artikel der Bundesakte allen Bundesgliedern vorbehält, berührt es nirgends den völkerrechtlichen Verein der Staaten, die zum deutſchen Bunde gehören, ſondern erkennt vielmehr den rechtlichen Fortbeſtand deſſelben mit allen hieraus erwachſenden Rechten und Pflichten unverändert an. Eben ſo wenig fällt daher die an Preußen übertragene Leitung der gemeinſamen Intereſſen jenes Bündniſſes mit der durch den Bundesbeſchluß vom 12. Juli 1848 anerkannten proviſoriſchen Centralgewalt zuſammen; über die Fortdauer dieſer Inſtitution würde, wenn der Erzherzog Reichsverweſer ſich veranlaßt finden ſollte, ſein Mandat niederzulegen, immer wieder nur durch die Geſammtheit der Glieder des deutſchen Bundes beſtimmt werden können.

Die Regierungen, welche zu dem vorerwähnten Bündniſſe zuſammengetreten ſind, haben allerdings auch über den vorübergehenden Zweck deſſelben hinaus ihre Augen richten müſſen. Sie ſind dabei von der Ueberzeugung ausgegangen, daß die politiſchen Krämpfe, welche gegenwärtig Deutſchland ſo ſchwer empfindet, nicht eher als wahrhaft beendet betrachtet werden können, ehe nicht die Umgeſtaltung des bisherigen Bundes auf rechtlichem Wege vollbracht iſt, ehe nicht das Verfaſſungswerk vollendet daſteht. Hierin lag das Richtige des Gedankens, welcher die Mehrheit der Nationalverſammlung während geraumer Zeit geleitet hat. Um ſo mehr muß tief beklagt werden, daß, durch bekannte Umſtände veranlaßt, das Werk derſelben, ſowohl ſeinem Inhalte, als ſeinem Abſchluſſe nach, unannehmbar blieb. Hinſichtlich des Inhalts iſt dieſes in den mehrfachen Erklärungen, welche die deutſchen Regierungen an die Verſammlung gelangen ließen, deutlich nachgewieſen. Sie blieben, ihrem weſentlichſten Theile nach, gänzlich unbeachtet: man beſchloß eine Verfaſſung, welche die rechtliche Selbſtſtändigkeit der Einzelſtaaten zu Gunſten einer Centralgewalt zerſtört, während gleichzeitig dieſer Centralgewalt die Mittel vorenthalten blieben, um die geſetzliche Sicherheit und die politiſche Ordnung, welche kein Staatsweſen entbehren kann, in dem neuen Reiche aufrecht zu erhalten.

Für die Verwirklichung dieſes Verfaſſungswerkes legte ſich nun die Nationalverſammlung eine ausſchließliche Befugniß bei; ohne Mitwirkung oder Zuſtimmung der Regierungen verkündete ſie es als endgültig. Sie mißkannte hierbei gänzlich ihre Stellung und ſetzte ſich eigenmächtig außerhalb ihres Mandats, das nie ein anderes geweſen iſt, als die Verfaſſung zwiſchen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen. Ein ſo maßloſes Ausſchreiten aus den ihr rechtlich zukommenden Befugniſſen konnte von den Regierungen der einzelnen Staaten nicht geſtattet werden, wenn ſie die ihnen gegen die eigenen Angehörigen obliegenden Pflichten erfüllen wollten.

Da die erſte Periode in der Verfaſſungsarbeit ohne Frucht ablief, ſo erwuchs hieraus eben den Regierungen, welche den Frankfurter Entwurf nicht annahmen, die beſondere Verpflichtung, ihrerſeits nach Kräften dahin zu wirken, daß Deutſchland ſeine erſehnte Verfaſſung erhalte. Es lag ihnen ob, die Initiative hierzu zu ergreifen und ihrerſeits einen Entwurf aufzuſtellen, welcher zunächſt den anderen deutſchen Regierungen vorgelegt werde und nach Maßgabe ihrer Erklärungen dann als gemeinſame Vorlage an eine aus dieſen Landen einzuberufende Verſammlung gelange.

Bei dem Entwurfe der Reichsverfaſſung, welcher hier den Regierungen und der Nation zu freier Zuſtimmung dargeboten wird, iſt die Arbeit der Nationalverſammlung zu Grunde gelegt; nicht blos ihre nothwendigen und nützlichen Beſtimmungen ſind beibehalten, ſondern auch alle diejenigen, welche, den oberſten Forderungen des Rechts und der Ordnung nicht widerſprechend, keinen eigentlichen Nachtheil für die gemeine Wohlfahrt befürchten laſſen.

Eine ausführliche Denkſchrift wird den Inhalt der vorgeſchlagenen Verfaſſung näher erläutern. Da dieſelbe jedoch erſt in einigen Tagen nachfolgen kann, ſo mögen einige Andeutungen über die Grundſätze, welche bei jener Arbeit geleitet haben, hier ihre Stelle finden.

Der Grundgedanke, der ſich durch dieſen Verfaſſungsentwurf hindurchzieht, iſt der, daß Deutſchland dem Auslande gegenüber durchaus als eins und ungetheilt erſcheine, nach Innen aber ſeinen Gliedern eine volle Sicherung ihrer ſtaatlichen Exiſtenz neben der heilſamen Entwickelung gemeinſamer Inſtitutionen gewähre.

In Frankreich, in England, überall außerhalb der deutſchen Grenzen ſoll man nur Deutſche kennen und mit Deutſchen verhandeln, nur Deutſche finden, wenn der Ruf des Vaterlandes zu den Waffen ergeht. Innerhalb dieſer Grenzen aber ſoll der Sachſe, der Baier, der Preuße, ſoll jedes deutſche Land in ſeiner ſelbſtſtändigen Entwickelung nirgends gefährdet, ſollen den Regierungen der Einzelſtaaten die Rechte und die Pflichten nicht verkümmert werden, die ihnen zukommen.

Für den Umfang der Centralgewalt erwächſt hieraus, daß derſelben keine Befugniß beigelegt werden darf, die, aus irgend einem Schulbegriff gefloſſen, von den Einzelregierungen mit gleichem Erfolge ausgeübt werden könnte. Nur dasjenige, was der Einzelſtaat als ſolcher nicht vermag, oder wobei mehrere Einzelſtaaten betheiligt ſind, ohne zur Einigung zu gelangen, nur dieſer Kreis von Handlungen fällt der Centralgewalt anheim. Sie übt die Oberaufſicht aus über die Geſammtintereſſen des Bundesſtaats, ſie zeichnet die Wege vor, auf welchen Gemeinſames entſtehen ſoll, aber ſie überläßt auch hier die eigentliche Ausführung den Staaten ſelbſt.

Bei der Bildung und Zuſammenſetzung dieſer Centralgewalt ſind nun ferner zwei Extreme zu vermeiden geweſen. Das eine derſelben ſtellte ſich in dem von der Nationalverſammlung ausgegangenen Entwurf dar: die Summe der Centralgewalt war in einem erblichen Kaiſer vereinigt, neben welchem den übrigen Regierungen nur die Berechtigung blieb, einen Theil der Mitglieder zum Staatenhauſe zu ernennen. Wenn man aber auch zugeben wollte, daß ein ſolcher Vorſchlag für die durchgreifende Einheit der Handlung günſtig und durch die Erinnerungen an die alte Größe des Reiches Vielen werth ſei, ſo konnte er doch keine Annahme finden. Nicht bloß die formelle Einheit, ſondern auch eine tiefer begründete Einigung zu erzielen, iſt die Aufgabe der Verfaſſung und eine ſolche kann nicht erwartet werden, wo den einzelnen Regierungen Opfer angeſonnen werden, welche weder die Nothwendigkeit fordert, noch der Geiſt der deutſchen Stämme billigt.

Eben ſo wenig aber hat Preußen es vermocht, ſich der Einſicht zu verſchließen, daß da, wo die Nation dem Auslande gegenüber hervortritt, wo ſie im Inlande auf übereinſtimmende Handlung hingewieſen iſt, die Centralgewalt einheitlich auftreten müſſe. In dem mehr oder weniger bewußten Zug nach einer ſolchen die Geſammtheit darſtellenden Einheit muß man eine der mächtigſten Urſachen des weit verbreiteten Beifalls, ja der Begeiſterung erkennen, welche der von Frankfurt ausgegangene Verfaſſungsentwurf in den verſchiedenſten Theilen Deutſchlands gefunden hat.

Daß die Form eines aus mehr oder minder gleichberechtigten Stimmen zuſammengeſetzten Direktoriums, in welchem die Reichsregierung ausginge, dieſem tiefen Bedürfniſſe nicht entſpreche, hierüber konnte Preußen nicht im Zweifel ſein.

Es kam daher Alles darauf an, für die Centralregierung eine ſolche Grundlage zu finden, auf welcher der einen und der andern dieſer Anforderungen möglichſt Genüge geleiſtet würde. Hieraus iſt der leitende Gedanke hervorgegangen, daß die geſetzgebende Gewalt, inſoweit hierbei die Centralregierung als verfaſſungsmäßiger Faktor erſcheint, der in einem Kollegium vereinigten Geſammtheit der Regierungen verbleibe, daß dagegen die eigentliche Exekutivgewalt einheitlich dargeſtellt und dem mächtigſten Gliede in dieſem Bundesſtaate übertragen werde. Bei der nothwendigen Beziehung der Ausführung zu den erforderlichen Mitteln wird hierdurch zugleich der Geſammtheit der deutſchen Regierungen ein naturgemäßer Einfluß auch auf diejenigen Handlungen geſichert, welche dem Bereiche der Exekutivgewalt zugewieſen ſind.

Neben dieſe Reichsregierung mit ihrem Vorſtand an der Spitze tritt nun in dem vorgelegten Verfaſſungs-Entwurfe die National-Vertretung als gleichberechtigter Faktor der Geſetzgebung. Seine Zuſammenſetzung ſowohl als ſeine Befugniſſe ſind im Weſentlichen dieſelben geblieben, welche der Entwurf der National-Verſammlung, wie er vor den Transaktionen der Parteien aus der erſten Leſung hervorging, bezeichnet hat. Nach dem ernſtlichen Willen der Regierungen, die ihren Entwurf jetzt vorlegen, ſoll keine der Beſtimmungen vermißt werden, in welchen die Bürgſchaften für die Freiheit und die Ordnung zu ſuchen ſind. Eben deshalb hat das in Frankfurt entworfene Wahlgeſetz, unter Beibehaltung ſeines oberſten Grundſatzes, Aenderungen erfahren müſſen; die Regierungen würden ihre Pflicht gegen die Nation nicht erfüllen, wenn ſie Einrichtungen gutheißen, über deren verderbliche Folgen Niemand im Zweifel ſein kann, der ſich von den Leidenſchaften und Abſichten der Umwälzungspartei frei gehalten hat und die Bedingungen eines gedeihlichen politiſchen Lebens unbefangen zu beurtheilen vermag.

In dieſer Geſtalt nun legen die verbundenen Regierungen das Reſultat ihrer Berathungen zunächſt den andern deutſchen Regierungen vor. Ihr Entwurf iſt als der Vorſchlag anzuſehen, welchen ſie übereingekommen ſind, einer in Staatenhaus und Volkshaus gegliederten, auf Grund des beigefügten Wahlgeſetzes einzuberufenden Verſammlung aus allen den Staaten vorzulegen, welche ſich zu dieſem Zwecke mit ihnen vereinigen. Der Bundesſtaat ſelbſt, wie er aus der Annahme des Entwurfs von Seiten jener Verſammlung hervorginge, würde daher ſtets nur diejenigen deutſchen Staaten umfaſſen, die ſich ihm nach eigenem, freiem Ermeſſen angeſchloſſen haben. Allerdings iſt es der Wunſch und die Hoffnung der jetzt verbundenen Regierungen, daß ihre aus der reifſten Prüfung der unabweislichen Bedürfniſſe der Gegenwart hervorgegangene Propoſition allgemeine Zuſtimmung finde, daß demnach ſämmtliche Glieder des bisherigen deutſchen Bundes ſich ihnen anſchließen mögen. Sie fühlen vollkommen, in welchem Maße ein wahrhaft heilbringender Ausgang der ſchweren Kriſis, die über Deutſchland liegt, eben davon abhängig iſt. Aber ſie müſſen dennoch auch den ſchmerzlichen Fall ins Auge faſſen, daß einzelne Staaten des Bundes von 1815 ſich nicht bewogen fänden, dieſen Weg mit ihnen zu betreten. Dieſem Falle gegenüber bedarf es nur der erneuerten und ausdrücklichen Hinweiſung darauf, daß der Bundesſtaat, deſſen Gründung ſie beabſichtigen, den rechtlichen Fortbeſtand der Verträge von 1815 nirgends antaſtet, ſondern vielmehr, auch bei definitiver Feſtſtellung, in bundesrechtlicher Hinſicht nur ein auf Grund des eilften Artikels errichtetes dauerndes Bündniß iſt. Allen Pflichten, welche den einzelnen Bundesgliedern nach der Bundesakte obliegen, würden auch die in dem engeren Bundesſtaat vereinigten Staaten vollſtändig genügen, und eben ſo die entſprechenden Rechte für ſich in Anſpruch nehmen. Sollte es erforderlich werden, die durch die Auflöſung des Bundestages verurſachte Lücke in der formellen Behandlung der Bundesgeſchäfte durch neue Uebereinkünfte zu erſetzen, ſo werden ſich die in dem engeren Bundesſtaate vereinigten Glieder hierzu bereit finden laſſen.

Es iſt nicht zu verkennen, daß an dieſe allgemeinere Betrachtung, die ſich auf ſämmtliche Glieder des bisherigen deutſchen Bundes bezieht, noch eine hiervon geſonderte über das Verhältniß ſich knüpft, in welches jene Vorlagen zu der kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung, dem erſten Gliede des bisherigen deutſchen Bundes, treten. Niemand kann lebhafter fühlen, welche hohe Bedeutung in der Stellung Oeſterreichs zu dem übrigen Deutſchland liegt, als die preußiſche Regierung. Jeder Aufbau einer neuen Verfaſſung, deſſen Verhältniß zu dem mächtigen Kaiſerſtaate, zu der Gemeinſchaft, welche die ruhmwürdigſten und glänzendſten Zeiten der deutſchen Geſchichte in ſich ſchließt, nicht völlig klar und befriedigend hervortritt, würde von vornherein an einem tiefen Gebrechen leiden. Mit Recht würde man hierin eine Einheit erblicken, die auf Koſten der Macht und Weltſtellung Deutſchlands erzielt ſei. Daher iſt es bisher die angelegentlichſte Bemühung Preußens geweſen, und wird es ſtets bleiben, eine volle Uebereinſtimmung mit der kaiſerlichen Regierung auch hierin zu gewinnen.

Die der öſterreichiſchen Monarchie verliehene Verfaſſung vom 4. März 1849 ſchließt alle Theile derſelben zu einem gleichmäßigen Geſammtſtaate zuſammen. Aus mehr oder minder ſelbſtſtändigen, durch das Regentenhaus vereinigten Staaten ſind dieſe Lande jetzt Provinzen eines politiſchen Körpers geworden, welcher von einer centralen Regierung ſeine Leitung und von einem Geſammtparlamente ſeine Geſetze empfängt. Die bisher zum deutſchen Bunde gehörigen Lande befinden ſich dabei ganz in gleicher Lage wie die andern Theile der Monarchie. Die gegebenen Erklärungen der kaiſerlich öſterreichiſchen Regierung haben ſich daher auch ſeitdem auf den geſammten Kaiſerſtaat beziehen müſſen, und es iſt die nächſte Aufgabe geweſen, ernſtlich darnach zu trachten, eine Gemeimſchaft zwiſchen dieſer Geſammtmonarchie und den übrigen deutſchen Staaten zu begründen, in welcher beide Theile ihre Bedürfniſſe befriedigt und ihr Wohl gefördert zu ſehen im Stande wären. Die hierüber eingeleiteten Verhandlungen haben noch zu keinem Reſultate geführt. Bei der hohen Wichtigkeit dieſes theuren und altbewährten Bandes und dem aufrichtigſten, innigſten Willen Preußens, dauernd zu befeſtigen, was den gegebenen Bedingungen allſeitig entſpricht, darf die begründete Hoffnung ausgeſprochen werden, daß das Allen gemeinſame Ziel auch erreicht werde. Keinenfalls und unter keinen Umſtänden kann es in Jemandes Gedanken kommen, die Rechte anzutaſten, welche den zu dem deutſchen Bunde gehörigen öſterreichiſchen Landen aus dem unverändert fortbeſtehenden Bundesvertrage zukommen. Sie werden ſtets eben ſo heilig zu halten ſein, als das übrige Deutſchland berechtigt iſt, zu erwarten, daß dieſe Theile des jetzigen öſterreichiſchen Geſammtſtaates die Stellung zu dem bisherigen deutſchen Bunde einnehmen, die der Bund bei allen ſeinen Gliedern als Grundbedingung vorausſetzt. Welche Grundlagen auch hierfür geſucht und gefunden werden mögen, immer wird es Preußen als unwandelbare Pflicht erkennen, zu Allem bereitwillig die Hand zu bieten, was eine volle Einigung zwiſchen allen Theilen zu begründen geeignet iſt.

Berlin, 31. Mai. Der Staats-Anzeiger enthält folgende Aktenſtücke:

Miniſterium des Innern.

Der Miniſter des Innern hat an ſämmtliche Landrathsämter und abſchriftlich an die königlichen Oberpräſidien und Regierungen folgendes Schreiben erlaſſen:

Dem königl. Landrathsamte überſende ich in der Anlage die Entwürfe
a) der Verfaſſung des deutſchen Reichs,
b) eines Geſetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshaus.

Ueber die nächſte Beſtimmung und über die hohe Bedeutung dieſer Dokumente enthalte ich mich jeder Aeußerung. In beiderlei Beziehung wird die im Staats-Anzeiger abgedruckte begleitende Note, mittelſt deren dieſelben den verſchiedenen deutſchen Regierungen mitgetheilt ſind, genügende Auskunft geben

Ich beſchränke mich daher darauf, das königliche Landrathsamt zu erſuchen, ſeines Orts dahin zu wirken, daß der gegenwärtig ſeitens Sr. Majeſtät Regierung gethane Schritt möglichſt zur allgemeinen Kenntniß gelangt und mit richtigem Verſtändniß aufgefaßt werde.

Ueber etwa übrigbleibende Zweifel wird eine umfaſſende authentiſche Deklaration, welche in wenigen Tagen der Oeffentlichkeit übergeben werden wird, Aufſchluß gewähren.

Nur in Beziehung auf §. 2 des Wahlgeſetzes ſehe ich mich veranlaßt, ſchon jetzt erläuternd Folgendes zu bemerken.

Wenn in dieſem Paragraphen die Selbſtſtändigkeit, welche als Bedingung der Theilnahme an den Wahlen zum Volkshauſe hingeſtellt iſt, von der Berechtigung, an den Gemeindewahlen des Wohnorts Theil zu nehmen, abhängig gemacht iſt, ſo hat dieſe Beſtimmung offenbar den Sinn, daß diejenigen, deren politiſche Geltung nicht ſo weit zur Anerkennung gelangt iſt, daß ihnen eine ſelbſtthätige Mitwirkung in Gemeinde-Angelegenheiten zuſteht, von den Wahlen zum Volkshauſe ausgeſchloſſen ſein ſollen. In denjenigen Landestheilen, wo ſämmtliche bewohnte Orte beſtimmten Gemeinden angehören und die Vertretung der letzteren durch ein Wahlgeſetz ge-

regelt iſt, wird ſich mit Leichtigkeit erkennen laſſen, ob die Bedingungen des Geſetzes erfüllt ſind.

Wo dieſe Vorausſetzung aber nicht zutrifft, wie dieſes in einem großen Theile von Preußen dann der Fall ſein würde, wenn nicht vor der Reichswahl die im Entwurfe vorliegende Gemeendeordnung ins Leben tritt, wird man den im §. 2 des Wahlgeſetzes zum Grunde liegenden Gedanken einſtweilen durch Uebergangsbeſtimmungen verwirklichen müſſen, damit einerſeits die Erreichung des Zweckes geſichert und ſolche Perſonen von der Wahl ausgeſchloſſen werden, deren Nichtberechtigung zur Theilnahme an der Gemeindewahl feſtſteht, andererſeits aber verhindert werde, daß Jemand nur aus dem Grunde des Wahlrechts verluſtig gehe, weil in dem Orte, wo er wohnt, überhaupt Gemeindewahlen nicht ſtattfinden.

Das königliche Landraths-Amt wolle etwanige Anfragen, welche über dieſen Punkt an daſſelbe gelangen möchten, in dieſem Sinne beantworten.

Berlin, den 30. Mai 1849.

Der Miniſter des Innern.
von Manteuffel.

Miniſterium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

Cirkulare an ſämmtliche preußiſche Poſt-Aemter und Poſt-Verwaltungen.
(excl. der im Auslande belegenen.)

In denjenigen deutſchen Ländern und Landestheilen, welche in offener Empörung gegen ihre rechtmäßige Regierung begriffen ſind, — dem Großherzogthum Baden und dem Regierungsbezirke der Pfalz des Königreichs Baiern — verbreiten die politiſchen Zeitungen und periodiſchen Schriften fortdauernde Angriffe gegen die geſetzliche Ordnung in andern deutſchen Ländern, Aufforderungen zur Auflehnung gegen die Regierungen und grobe Schmähungen gegen die Perſon Sr. Majeſtät des Königs. Bei dem in dieſen Gebieten herrſchenden Terrorismus und der unterbrochenen Wirkſamkeit der Geſetze iſt es nicht möglich, dieſem Unweſen wirkſam entgegen zu treten.

Da die preußiſchen Poſten aber nicht dazu gemißbraucht werden dürfen, zur Verbreitung ſolcher verbrecheriſchen Schriften die Mittel zu bieten, ſo werden die Poſt-Anſtalten angewieſen, diejenigen Blätter der gedachten Art, welche aus den genannten in Empörung begriffenen Ländern, es ſei in Folge des Abonnements oder unter Kreuzband, eingehen, nicht weiter zu befördern, ſondern unter Mittheilung des ergangenen Verbotes, der betreffenden Poſt-Anſtalt zurückzuſenden.

Die untergeordneten Poſt-Anſtalten, ſowie die Abonnenten ſolcher Zeitſchriften ſind von dieſem Verbote in Kenntniß zu ſetzen.

Berlin, den 30. Mai 1849.

Der Miniſter für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

Aus der Provinz Preußen, 28. Mai. So weit wir, ohne die offiziellen Dispoſitionen eingeſehen zu haben, die hieſigen militäriſchen Anordnungen überblicken können, ſo haben dieſelben den Zweck, unſere Truppen in andere Provinzen zu verlegen und nur das zweite Aufgebot der Landwehr für den einheimiſchen Dienſt zurückzubehalten. Sie können Sich daher vorſtellen, wie ſehr wir durch die neueſten Enthüllungen der Deutſchen Reform überraſcht ſind, die nichts mehr und nichts weniger als einen Krieg mit Rußland und gar mit Oeſterreich in Ausſicht ſtellen. Daß wir dieſen Redensarten daher keinen Glauben ſchenken, verſteht ſich von ſelbſt. Ja, wir würden ihnen auch nicht glauben, ſelbſt wenn ſie mit den Truppenmärſchen in unſerer Provinz nicht im offenbarſten Widerſpruche ſtänden. Die Abſicht, uns und überhaupt das deutſche Volk zu einer vertrauensvollen Hingebung an das Miniſterium umzuſtimmen, tritt ſo deutlich und zugleich ſo ungeſchickt hervor, daß Niemand einfältig genug iſt, um durch eine ſo ſchlecht verſteckte Liſt ſich fangen zu laſſen. (K. Z.)

≚ **München**, 29. Mai. Heute war wieder eine Sitzung der Abgeordnetenkammer; die Tagesordnung ſah ſo friedlich und bedeutungslos als möglich aus, das einzig Intereſſante ihres Inhalts, der Vortrag Kolbs aus Speier, als Referenten des 2ten Ausſchuſſes, ſtand eben nur zum Schein auf dem Papier, da ja Kolb bekanntlich nach der Pfalz abgereiſt iſt. Sie ſehen die Tagesordnung war auf das Temporiſiren berechnet. Man glaubt alſo auch in der Suspenſionsfrage der pfälziſchen Abgeordneten noch immer Zeit zum „Zuwarten" zu haben. Die rechte Seite des Hauſes hatte unterdeſſen, trotz des ſchönen Wetters, ſorgenvolle Feierlage gehabt. Verſchiedene Entwürfe zu einer Verſtändigung mit der Linken waren in ihren Verſammlungen hin und her debattirt worden. Aber die Linke war nicht in der Stadt geblieben und man konnte mit der Feſthaltung irgend eines der Plane gerade wieder ſo aufs Trockene geſetzt werden, wie neulich, wenn man ſich vorher nicht irgendwie mit jener verſtändigt hatte. Auch das Miniſterium ſcheint nach einem Kompromiß zu ſuchen, ohne doch der Wirkung ſeiner dahin bezüglichen Schritte ſicher zu ſein. Es will jetzt ſogleich alle möglichen verſprochenen Geſetzentwürfe einbringen, um durch dieſelben thatſächlich zu erweiſen, daß es ihm um freiſinnige Einhaltung ſeiner Verheißungen zu thun iſt. Das Miniſterium that noch mehr. Es beginnt die Modifikation ſeiner ſelbſt mit der Entfernung des abgebrauchten Kriegsminiſters und läßt ſelbſt halboffizielle Blätter ſagen, der Grund dafür liege in den Landauer und Germersheimer Vorgängen. Aber es ſetzt an ſeine Stelle einen Mann, den ehemaligen Stadtkommandanten General Lüder, welcher ſich durch ſein Patrouillenregiment und ſeine Geſpenſterſeherei ſelbſt in der Reſidenz ſchon lächerlich gemacht hat. Die „braven Krieger" der Reſidenz auf welche man ſich ſo ausſchließend ſtützt, ahmen indeß ihre Kameraden in der Provinz nach. Sie machen in den beiden Feiertagen an öffentlichen Orten derartige Exzeſſe, daß am zweiten Pfingſttag ſogar die Waffen ihrer Kameraden gegen ſie angewendet werden, ſo daß der „Wiederherſtellung der Ordnung" zwei Opfer fallen. Die „Neueſten Nachrichten" ſagen darüber vollkommen wahr und ſtreng richtig: „hätte ſich das Civil ſolche Exzeſſe zu Schulden kommen laſſen, ſo wäre ſicherlich heute ſchon Belagerungszuſtand, Standrecht u. dgl. auf dem Fuße gefolgt, ſo aber dürfen wir Gott danken, daß wir uns noch unbewaffnet unter den Bewaffneten bewegen dürfen."

Dies alſo die augenblicklichen Verhältniſſe, unter denen man die Kammerſitzungen wieder aufnimmt. Das Wichtigſte der heutigen Sitzung war die Interpellation Lerchenfelds über den Stand der Kongreßverhandlungen zu Berlin. Miniſter v. d. Pfordten ſchien ſich Herrn v. Schmerlings Antwortsart zum Muſter genommen zu haben. Man erfuhr eben nichts, gar nichts. Im Anfang hieß es die Verhandlungen ſeien nie abgebrochen geweſen, von Baierns Seite vollends gar nicht, und auch jetzt bereits zu dem Ergebniß gediehen, daß ein Reſultat daraus hervorgehen könne. Die Reviſion, nämlich die Nebeneinanderſtellung der gegen die urſprüngliche Reichsverfaſſung von den Regierungen nach Frankfurt eingereichten Abänderungsvorſchläge, ſei vollendet. Nachher aber heißt es wieder, einig ſeien die Regierungen freilich nicht über die zu beanſtandenden Punkte. Aber trotzdem werde die Regierung binnen wenigen Tagen den Kammern die daraus hervorgegangenen und von ihr ſchleunigſt in Erwägung gezogenen Vorlagen vorlegen. Baiern erſtrebe eine Verfaſſung für ganz Deutſchland, könne ſie aber freilich nicht diktiren, nur anſtreben. Halte man den Gedanken eines ganzen, großen, ſtarken Deutſchlands nicht feſt, ſo ſei der Idee der deutſchen Erhebung kein Genüge geſchehen. Auch ſtrebe Baiern in der für ganz Deutſchland berechneten Verfaſſung keineswegs nach einer „Gleichmacherei" — als ob dies die von der Reichsverſammlung beſchloſſene Verfaſſung nur entfernt thäte! — ſondern wolle nur für alle Staaten gleiche Rechte und Befugniſſe herſtellen. Klingt das nicht ganz wie Hr. v. Schmerling. Jeder Nachſatz widerſpricht dem Vorderſatz, nirgend Ehrlichkeit, nirgend eine weitere Entſchiedenheit als die für Feſthaltung der alten bundestäglichen Zerſplitterung und der vielgeliebten Einzelſouveränetät. Doch die Politik Baierns in der deutſchen Frage iſt längſt gerichtet. Es bedarf hier keines weitern Wortes. Wunderbar iſt nur die Zurückhaltung und Ruhe womit die Kammer und das Publikum dieſe nichtsſagenden Reden hinnimmt. Die Linke war heute wieder ziemlich vollſtändig beſetzt; von den fünfzehn Pfälzern bemerkten wir indeſſen nur ſechs. Die Adreſſe, die offizielle Anfrage der Vertreter des Volkes desavouirt man in Nymphenburg ganz einfach. Das iſt die baieriſche Politik! Aber dem Patrouillenminiſter Lüder überläßt dagegen der König huldvoll die Ernennung ſeines Nachfolgers im Generalat des reſidenzlichen Patrouillendienſtes. Und bis dieſe definitive Ernennung erfolgt, iſt General v. Hartmann aus der Kamarilla proviſoriſcher Stadtkommandant von München.

* **Kaiserslautern**, 31. Mai. Der polniſche General Sznayde hat das Oberkommando der rheinpfälziſchen Streitmacht übernommen und ſoll ſich mit großer Thätigkeit der Organiſirung der Volkswehr widmen. Auch Mieroslawski wird noch erwartet. Der Reichstagabgeordnete Erbe aus Altenburg iſt jetzt gleichfalls in pfälziſchen Dienſten als Civilkommiſſär für den Bezirk Germersheim.

⊲ Vom oberen Neckar, 29. Mai. Die gefürchtete nach dem Vorbild der Offenburger Verſammlung veranſtaltete Volksverſammlung in Reutlingen wurde geſtern auf dem Marktplatz, von 15,000—20,000 Menſchen beſucht, gehalten. Die beſchloſſenen Forderungen, zu deren Durchſetzung die verſammelte Menge ſich durch Handaufheben eidlich verpflichten mußte, ſollen zunächſt durch eine Deputation von 61 Vertrauensmännern (einen für jedes Oberamt) an das Miniſterium gebracht, und wenn dieſes eine abſchlägige Antwort ertheilt, auf den Sturz deſſelben hinge-

arbeitet werden. Zum Glück ſind die Miniſter Männer, die ſich in der Stunde der Entſcheidung nicht einſchüchtern laſſen; auch haben ſie eine bedeutende Mehrheit der Kammer und die Beiſtimmung der großen Mehrzahl der Stuttgarter Bürgerſchaft auf ihrer Seite. Es war eine weiſe Politik des Miniſteriums durch Entleerung der Reſidenzſtadt von dem Militär die Einwohnerſchaft und Bürgerwehr auf ſich ſelbſt zu ſtellen. Wollen die Demokraten ihre Sache mit Gewalt durchſetzen, ſo müſſen ſie die Bürger angreifen, ſie erſcheinen dann als Feinde des Volkes und das Militär wird nicht anſtehen, den Bürgern gegen die Republikaner zu helfen. Im Ganzen iſt das Militär, obgleich raſtlos bearbeitet, doch treu auf Seite der Ordnung und des monarchiſch-konſtitutionellen Rechts. Als die verläſſlichſten werden die Reiter gerühmt; ſchon etwas ſchwankender ſollen die Artilleriſten, noch unſicherer die Infanteriſten ſein; doch halten die, welche das Militär näher kennen, einen ſolchen maſſenhaften Abfall, wie in Baden, höchſt unwahrſcheinlich. Die Landbevölkerung wird mit manchen Forderungen der Reutlinger Verſammlung, beſonders denen, welche ſich auf Staatsabgaben, Penſionen und Apanagen beziehen, einverſtanden ſein, dagegen zu den politiſchen Punkten mindeſtens gleichgültig, wo nicht widerſtrebend ſich verhalten: ſie iſt jedenfalls einem völligen Umſturz, einer Republikaniſirung des Landes faſt durchgängig abgeneigt, und die Verſtändigeren ſehen recht gut ein, daß ihnen dies keine finnanzielle Erleichterung, ſondern nur neue Abgaben und Vermehrung des Nothſtandes bringen würde. Beſonders aus dem Remsthal in der Nähe von Stuttgart, einem der bevölkertſten Landestheile, hörte ich aus zuverläſſigem Munde die Geſinnung des Landvolkes als vorherrſchend konſervativ ſchildern.

* **Stuttgart**, 30. Mai. Die Reutlinger „Vertrauensmänner“ haben dem Miniſterium nicht die ſämmtliche, von der Volksverſammlung beſchloſſenen Forderungen vorgelegt, ſondern nur die ſechs folgenden, vom Kongreß der Volksvereine aufgeſtellten: „1) Ungeſäumte Anerkennung und thatkräftige Durchführung des reichsgeſetzlich bereits beſtehenden Bündniſſes mit allen Reichsländern, alſo auch mit Baden und der Rheinpfalz. 2) Unverzügliche Rückberufung der Truppen aus ihrer Angriffsſtellung an der badiſchen Grenze und Verweigerung des Ein- und Durchmarſches von Truppen, die nicht auf die Reichsverfaſſung beeidigt ſind, insbeſondere Nichteinlaſſung von ſolchen Truppen in die Feſtung Ulm. 3) Alsbaldige Bewaffnung des ganzen Volks, um jeden Angriff der Reichsfeinde beſtehen und jeden deutſchen Bruderſtamm gegen dieſelben ſchützen zu können. 4) Sofortige öffentliche und feierliche Beeidigung des Heeres, ſowie aller weltlichen und geiſtlichen Beamten auf die Reichsverfaſſung. 5) Amneſtie für alle politiſche Angeſchuldigte oder Gefangene von Civil oder Militär. 6) Unverzügliche Einberufung einer verfaſſunggebenden Landesverſammlung nach dem Reichswahlgeſetz.“ Die übrigen Forderungen begnügt man ſich von der einzuberufenden Landesverſammlung zu erwarten. Nach Römers Antwort traten die Bevollmächtigten, wie der Beobachter meldet, zu Berathung zuſammen und beſchloſſen die Antwort der Kammer ruhig abzuwarten, unter allen Umſtänden aber auf den Reutlinger Beſchlüſſen zu beharren. Sie ernannten eine Kommiſſion von drei Mitgliedern um den Berathungen des Fünfzehnerausſchuſſes beizuwohnen. Dies Geſuch wurde abgeſchlagen, aber ein Theil der Vertrauensmänner zu einer Beſprechung auf den Abend eingeladen, die zu keinem weitern Reſultat führte. In einer Morgenſitzung am 30. beſchloſſen die Vertrauensmänner, eine Proklamation ans Volk zu erlaſſen, namentlich über die Stellung zu Miniſterium und Kammer, und ernannten zu dieſem Zwecke einen Ausſchuß. An vielen Orten des würtembergiſchen Landes ſind in den Pfingſttagen Volksverſammlungen gehalten worden. Sie ſprachen ſich meiſt in gleicher Weiſe aus wie die Reutlinger. Dagegen ſind aus andern Orten viele Zuſtimmungsadreſſen zu der Proklamation des Miniſteriums eingegangen.

* Die Leipz. Ztg. enthält folgende königliche Anſprache an das ſächſiſche Volk:

„Sachſen! Als ich in den erſten Tagen dieſes Monats den dringenden Bitten Vieler unter Euch widerſtand und die unbedingte Annahme der von der Frankfurter Nationalverſammlung berathenen Reichsverfaſſung ablehnte, da geſchah dies nicht aus dynaſtiſchen Rückſichten, nicht deshalb, weil ich im einſeitigen ſächſiſchen Intereſſe der großen Sache Deutſchlands entgegen treten wollte, oder weil ich nicht perſönlich zu jedem Opfer bereit geweſen wäre. Ich that es einzig und allein in der feſten, wohlbegründeten Ueberzeugung, daß die Reichsverfaſſung in der Geſtalt, in welcher ſie aus der zweiten Leſung der Frankfurter Verſammlung hervorgegangen war, nicht geeignet ſei, die Einigkeit und das Glück des deutſchen Volkes auf die Dauer zu begründen, daß die überhaupt nicht mehr ausführbar ſei, nachdem der mächtigſte Staat Deutſchlands, nachdem Preußen ſie abgelehnt hatte.

Es würde mir eine wohlthuende Beruhigung geweſen ſein, hätte ich auf dem von mir gleich anfangs betretenen und fortwährend feſtgehaltenen Wege der Vereinbarung mit den übrigen Fürſten Deutſchlands und der Nationalverſammlung das große Ziel, die Aufrichtung des deutſchen Verfaſſungswerks erreichen können. Die Nationalverſammlung hat dies unmöglich gemacht. Die Bemerkungen der Regierungen zu dem aus der erſten Leſung hervorgegangenen Verfaſſungs-Entwurf wurden bei der zweiten Leſung faſt gar nicht berückſichtigt, nicht einmal einer Berathung unterworfen, und dennoch beſchloß die Nationalverſammlung, die Verfaſſung endgültig feſtzuſetzen und einſeitig zu verkünden.

Von dieſem Augendblicke an verließ die Nationalverſammlung den rechtlichen Boden ihrer Exiſtenz, denn ihre Mitglieder waren für das zwiſchen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringende Verfaſſungswerk gewählt, alſo zur einſeitigen Feſtſtellung der Verfaſſung nicht berechtigt.

Von dieſem Augenblicke an blieb kein Zweifel mehr, daß mit dieſer Verſammlung eine Vereinbarung über das deutſche Verfaſſungswerk nicht zu erreichen ſei. Es mußte daher, wollte man die Sache ſelbſt, den Zweck nicht aufgeben, ſein anderer Weg eingeſchlagen werden und ich habe, treu meinem Entſchluſſe, jedes Opfer zu bringen, was zu Deutſchlands wahrem Wohle nothwendig wird, nicht gezaubert, dieſen Weg zu betreten.

Die Verfaſſung, die heute zur öffentlichen Kenntniß kommt, iſt aus den Verhandlungen hervorgegangen, die in Berlin zwiſchen den Bevollmächtigten meiner Regierung und denen der Regierungen von Preußen und Hannover ſtattgefunden haben. Sie hält den Entwurf der Frankfurter Verſammlung in den meiſten Punkten feſt und weicht von ihm nur da ab, wo es zum Wohle Deutſchlands, zur Begründung einer ſtarken Reichsgewalt und zur genaueren Begrenzung ihrer Rechte den Einzelſtaaten gegenüber unabweislich nothwendig war. Sie entſpricht dem auch von mir lebhaft gefühlten Bedürfniſſe einer künftigen Einigung des deutſchen Vaterlandes, aber ſie geſtattet zugleich die freie Bewegung der ſelbſtſtändigen politiſchen Gliederungen, welche eine tauſendjährige Geſchichte im deutſchen Reiche großgezogen hat, welche ſich nicht mit einem Federſtriche vernichten laſſen und welche mit der Gewalt der Naturkraft ein Geſetz beſeitigen würden, das darauf ausginge, ſie zu zerſtören.

Die Verfaſſung, welche die vereinigten Regierungen dem deutſchen Volke bieten, iſt für mich mit bedeutenden Opfern verknüpft. Daraus, daß ich dieſe Opfer zu bringen mich bereit erkläre, wird mein Volk erkennen, ob ich den ſtürmiſchen Bitten deſſelben wegen Anerkennung der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Verfaſſung in ſelbſtſüchtiger Abſicht oder eines eigenen Wohles wegen widerſtanden habe.

Es ſind alle Staaten Deutſchlands eingeladen worden, ſich dieſer Verfaſſung anzuſchließen, welche einem demnächſt auf Grund des vereinbarten Wahlgeſetzes einzuberufenden Reichstag zur Zuſtimmung vorgelegt werden ſoll. Ich bin ihr beigetreten unter dem ausdrücklichen Vorbehalte der Zuſtimmung der ſächſiſchen Kammern, die nach §. 2. der Verfaſſungsurkunde vom 4. September 1831 hiezu nothwendig iſt.

Jetzt gilt es, daß alle wahrhaft deutſch geſinnten Männer Sachſens ſich vereinigen, meine Regierung auf dem betretenen Wege, dem einzigen, der noch zu dem erſtrebten großen Ziele führen kann, zu unterſtützen.

Feſtung Königſtein, den 30. Mai 1849.

Friedrich Auguſt.

Dr. Zſchinsky. Frhr. v. Beuſt. Rabenhorſt. Frhr. v. Frieſen. Behr.“

In **Zittau** iſt am 28. Mai der dortige Stadtrath Henſel, Präſident der zweiten Kammer letzter Ständeverſammlung, von Bernſtadt verhaftet eingebracht worden.

Karlsruhe, 29. Mai. Von Seiten vieler Soldaten wird die baldige Entfernnng von Struve und Blind energiſch gefordert. Eine Anzahl noch vorhandener Hofpferde, ferner dergleichen von Prinz Friederich und den Markgrafen Wilhelm und Maximilian von Baden wurden letzten Samſtag Nachmittag taxirt, mit Beſchlag belegt und inzwiſchen für Kriegszwecke gewaltſam abgeführt (Sicherheit von Perſonen und Eigenthum). Viele Offiziere und Militärärzte nehmen der Reihe nach ihre Entlaſſung; Einzelne ſollen beabſichtigen, nach Oeſterreich zu gehen. In einer benachbarten Stadt wird von der Kanzel nicht über das Evangelium, ſondern über die deutſchen Grundrechte gepredigt; auch der Katechismus der Schulkinder ſoll dort vorerſt wegen Erklärung dieſer Rechte zurückgelegt ſein. Der Aufruf des regierenden Landesausſchuſſes zur Beiſteuer patriotiſcher Gaben hat bis jetzt äußerſt wenig zuſammengebracht. (Schw. M.)

***Mainz**, 1. Juni. Wie die Mainzer Zeitung meldet, iſt am 9. v. M. in einer Bürgerverſammlung beſchloſſen worden, (nachdem die Sache bekanntlich Monate lang geruht und wenig dringlich geſchienen hatte) den Antrag auf eine Neuwahl für Zitz zu ſtellen. Der Antrag gelangte ſchriftlich nach Darmſtadt, wurde aber von der Regierung nicht berückſichtigt. Man denkt jetzt daran, die Wahl nach der Aufforderung der Reichs-Verſammlung ſelbſt in die Hand zu nehmen, und die Wahlmänner ſind zu dieſem Zweck zu einer Beſprechung zuſammengerufen.

†† **Bremen**, 30. Mai. Die Bürgerſchaft hat heute nach einer langen und äußerſt aufgeregten Debatte die Wahl eines neuen Abgeordneten zur Reichsverſammlung an die Stelle des ausgetretenen Herrn Gevekoth beſchloſſen und eine

beſondere Deputation mit der Anordnung der Wahl beauftragt. Auch im achtzehnten hannöverischen Wahlbezirk, der durch Herrn Dröge und deſſen Stellvertreter Herrn H. Meier aus Bremen vertreten war, treten die Wähler am 2. Juni zu einer Neuwahl zuſammen. Beiderwärts wird die Linke, hier vielleicht die äußerſte, einen Zuwachs erhalten.

Großbritannien.

*** London**, 30. Mai. Mit einer kaum verhehlten Schadenfreude betrachten die engliſchen Blätter die jüngſten Vorgänge in New-York, welche allerdings für die geiſtige Bildung der New-Yorker Bevölkerung kein günſtiges Zeugniß ablegen. Man freut ſich aber in dem monarchiſchen England namentlich darüber, daß die republikaniſchen Bürgerſoldaten von New-York ſich veranlaßt geſehen haben, auf das Volk zu ſchießen, geladene Kanonen auffahren zu laſſen, kurz mit dem „ſouveränen" Volke eben ſo ſchnöde umzuſpringen, wie dies in gleichen Fällen auch in Monarchieen zu geſchehen pflegt. Ja, die Times meint, daß die New-Yorker Bürger noch viel weniger Federleſens mit dem Volke gemacht hätten, als die europäiſchen Monarchen, oder als noch jüngſt der Generalgouverneur von Kanada. Doch der Artikel der Times verdient eine genauere Erwähnung. Wir ziehen noch folgende charakteriſtiſchen Stellen aus:

„Wir haben vor Kurzem das britiſche Publikum durch die Nachricht in Erſtaunen geſetzt, daß ein ſinnloſer, durch eine bankerotte Partei aufgehetzter und geleiteter Pöbel das Parlamentshaus unſerer vorzüglichſten Kolonie ſammt ſeinen Archiven und unſchätzbaren Bücherſammlungen niederbrannte und Ihrer Maj. Stellvertreter gröblich beleidigte, und zwar wegen eines ſo leeren und bettelhaften Vorwandes als nur je die Lungen eines Wühlers aufblähte, oder einem Meuchler Waffen in die Hand gab. Sicherlich haben wir uns nicht vorgeſtellt, daß auf einen ſo außerordentlichen Vorfall ſo bald ein noch wunderlicheres und ſchmerzlicheres Ereigniß folgen ſollte. Und doch iſt dem ſo. Unſere engliſchen Leſer werden meinen, wir erzählten ihnen eine Fabel, wenn wir ihnen mittheilen, daß unter dem Vorwande eines gänzlich grundloſen Streits, der ſich zu New-York zwiſchen den Bewunderern der HH. Macready und Forreſt erhoben hatte, das Theater, in welchem der engliſche Tragöde ſpielte, belagert und erſtürmt wurde von einem wahnſinnigen Haufen, der nicht eher abließ, als bis in einem Zuſammenſtoß mit einer ſeiner Herr werdenden Truppenmacht zwanzig Perſonen getödtet und noch viel mehr bedeutend verwundet worden. Gewiß iſt, daß die bevölkertſte Stadt der neuen Welt einen oder zwei Tage lang denſelben Anblick bot, wie diejenigen europäiſchen Hauptſtädte, welche vergangenes Jahr nach einander der Schauplatz der Revolution und des bürgerlichen Krieges waren. Die Zerſtörung des Theaters in New-York erſcheint als das Werk jener „ſocialen" Demokratie, welche Alles bis zu ihrem eigenen Niveau niederreißt." Der Schluß lautet: „Die Truppen konnten auf ihre Angreifer natürlich keine Pflaſterſteine zurückwerfen, folglich mußten ſie feuern. Die Folgen eines ſolchen Kampfes ſind unvermeidlich und müſſen von denen getragen werden, die ihn hervorriefen. Doch können wir auf dieſe Kataſtrophe nicht ohne gewiſſe Befürchtungen blicken: Durch aufruhrſtifteriſche Anſchläge hat man bereits den ſchändlichen Verſuch gemacht, die Ariſtokratien von New-York und England zuſammenzuwerfen und Hrn. Macready als den Begründer einer brittiſchen Tyrannei in den Vereinigten Staaten darzuſtellen. Die Idee iſt zwar ſelbſt für die Buben von Browery zu grob (Browery heißt eine von geringerem Volk bewohnte und den Gegenſatz zur Broadway bildende Straße New-Yorks), aber die mit ſo vielen antibritiſchem Stoff verſetzte Aufregung läßt nur zu leicht einen erneuten Ausbruch befürchten, wenn nicht der geſunde Sinn der Union ſie auszurotten verſteht."

Frankreich.

Paris, 31. Mai. Das Ereigniß der heutigen Sitzung der Legislative, und es ſcheint, als ob einſtweilen jede Sitzung ein Ereigniß aufzuzeigen haben ſollte, iſt die Erſtlingsrede des Sergeanten Rattier, der von der behaupteten Ausſchließung einer Anzahl Soldaten bei den Wahlen im Departement Cote du Nord Anlaß nahm, im „Namen der Armee" gegen ein ſolches Verfahren zu proteſtiren. Auf dieſen Proteſt, der alsbald unter einem furchtbaren Lärmen erſtickt wurde, an welchem ſich einerſeits die Gönner und Freunde dieſer neugeſchaffenen Notabilität, andererſeits aber vorzugsweiſe die durch das roh anmaßende Auftreten des Unteroffiziers verletzten Oberoffiziere, welche in der Verſammlung ſitzen, mit mehr Eifer als richtigem Takt betheiligten, auf dieſen Proteſt alſo nebſt einer ſehr konfuſen Geſchichtserzählung über die wahlfeindlichen Aeußerungen eines Hauptmanns beſchränkten ſich für diesmal die erſten parlamentariſchen Redeübungen des genannten Repräſentanten. Die Verſammlung genehmigte die angefochtene Wahl, neben noch einer großen Menge anderer, und damit war die Sitzung zu Ende.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Czernowic, 19. Mai. Heute rückten die erſten ruſſiſchen Truppen hier ein. Die ganze Stärke des für die Bukowina beſtimmten Hilfskorps beträgt im Ganzen 10,000 Mann mit 2600 Pferden. Die eingerückten Ruſſen ſcheinen zu glauben, es werde bei dem ungariſchen Feldzug nicht ſein Bewenden haben, ſelbſt die Gemeinen ſagen, daß ſie ſich gefaßt machen, vor 5 Jahren ihre Heimath nicht wieder zu ſehen. Man verſteht ſich hier mit den Ruſſen ſehr wohl, indem viele davon rutheniſch ſprechen, was hier die Hauptſprache des Volkes iſt. Am Gymnaſium wird jetzt die moldauiſche Sprache von Staatswegen gelehrt, als Unterrichtsgegenſtand für Alle, die einſt auf eine Anſtellung im Herzogthum Bukowina Anſpruch machen. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* Die Wiener Zeitung veröffentlicht folgende an den Kriegsminiſter gerichtete telegraphiſche Depeſche: „Nach erhaltener Mittheilung des Herrn Viceadmirals Dahlrup iſt Ancona, eng cernirt zu Waſſer und zu Land, am 24., 25. und 26. Mai von der Seeſeite durch die Kriegsſchiffe beſchoſſen, worauf die zurückbehaltenen Geißeln ausgeliefert wurden. Die Einwohner ſcheinen entmuthigt; die Waſſerleitung abgeſchnitten; die Land- und Seemacht in Verbindung." (Wien. Z.)

*** Rom**, 23. Mai. Bis heute hat man direkte Nachrichten aus Rom bis zum 23. An dieſem Tage waren noch keine neuen Feindſeligkeiten vorgefallen. Es wurde ſogar die Verlängerung des Waffenſtillſtandes um 8 Tage erwartet. Es ſcheint, daß die römiſche Nationalverſammlung von der neuen franzöſiſchen Nationalverſammlung eine für die Republik günſtige Entſcheidung hofft und deshalb die Leſſeps'ſchen Vorſchläge zurückgewieſen hat. Das Triumvirat hat befohlen, die Beichtſtühle, womit man in den letzten Tagen Barrikaden gebaut hatte, wieder in die Kirchen zurückzubringen.

Ungarn.

A.C.Z. Einer, der Oedenburger Zeitung entnommenen Notiz zufolge, war die Feſtung Komorn auf dem Punkte an Oeſterreich überzugeben (?). General Guyon habe aber, dies erfahrend, alle zur Uebergabe Geneigten verhaften laſſen und das Feſtungskommando ſelbſt übernommen. Das kaiſerliche Vorpoſtenlager, welches bei Zinkendorf ſtand, wurde bis Schützen vorgeſchoben. Die entſendeten Rekognoscir-Patrouillen ſtießen auf keinen Feind. Der allgemeine Angriff von Seite der öſterreichiſchen Truppen in Ungarn ſoll geſtern begonnen haben. Peſther Blätter berichten aus Temesvar, daß das jährliche Fieber daſelbſt wieder ſeinen Anfang genommen habe und der Geſundheitszuſtand der Garniſon ein ſehr bedenklicher ſei.

Aus **Peſth** erfährt man als ganz zuverläſſig, daß Koſſuth ernſtlich zur Konfiskation alles öſterreichiſchen Gutes ſchreitet. Nicht nur jenes, was der Regierung gehört, ſondern auch das Vermögen der öſterreichiſchen Privaten ſoll eingezogen werden. Es iſt eine nicht zu bezweifelnde Thatſache, daß Koſſuth der ungariſchen Commercialbank befohlen hat, das Darlehen, welches ihr auf Verwendung des Fürſten-Feldmarſchalls die öſterreichiſche Nationalbank gegeben hatte, nicht zurückzuzahlen, denn die ungariſche Regierung werde dieſes Kapital ſowie das Vermögen aller Oeſterreicher in Ungarn, namentlich die Aktivforderungen an ungariſche Güterbeſitzer und Kaufleute als Entſchädigung für die Kriegskoſten einziehen. (Pr.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in **Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 152. Frankfurt a. M., Montag 4. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Erklärung. Die Stimmung des badiſchen Militärs. Günſtige Ausſichten für die Ernte). Wien (Ungariſche Nachrichten. Kaiſer Ferdinand. Das Frohnleichnamsfeſt. Verhaftungen. Der Kaiſer von Rußland erwartet. Magyariſche Emiſſäre. Patriotismus der hohen Geiſtlichkeit. Vermiſchtes). Innsbruck (Hormayr). Berlin (Proviſoriſches Bundesſchiedsgericht). München (Fürſt Wallerſtein und die ultramontane Preſſe. Der großdeutſche Verein. Gräfin Landsfeld. Agitation für und gegen die Reichsverfaſſung). Speyer (Schütz nach Paris. Die Speyerer Zeitung über die gemeinſame Vertretung Baierns und der Pfalz). Stuttgart (Kammerbeſchlüſſe über die Reutlinger Forderungen. Abſtimmung der Kammer über das Wahlgeſetz. Anſprache der Vertrauensmänner an's Volk.) Dresden (Die „Fäden“ des Dresdner Aufſtandes. Militäriſche Vorſichtsmaßregeln. Verhaftungen. Die königliche Proklamation). Aus Baden (Aufruf an die Franzoſen). Karlsruhe (Brentano. Das Wehrgeſetz. Manifeſt an's deutſche Volk. Kriegsbericht. Rückzug der badiſchen Truppen. Soldatenpredigt. Einſetzung einer proviſoriſchen Regierung). Raſtatt (Soldatenregiment). Kaſſel (Die Ruhe im Waldeck'ſchen hergeſtellt). Mainz (Ankunft des Reichsverweſers). Gießen (Durchmarſch preußiſcher Truppen). Heſſen-Homburg (Der Landgraf erkennt die Reichsverfaſſung nicht an). Aus dem nördlichen Schleswig (Die Waffenruhe).

Großbritannien. London (Hr. Ernſt Bunſen. Die Geſellſchaft zur Unterſtützung notleidender Fremden. Das Parlament).

Frankreich. Paris (Die Wahl des definitiven Büreaus der Legislative. Das Miniſterium. Die italieniſchen Angelegenheiten. Die Bewachung der Nationalverſammlung ermächtigt). Ein Proteſt gegen den Repräſentanten der Armee. Aufenthaltsbeſchränkung für fremde Flüchtlinge. Eine Volksverſammlung im Elſaß).

Ungarn. (Zögerung in den Kriegsoperationen. Die Ruſſen in Pyrnau. Stärke der magyariſchen Armee).

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

Erklärung.

Die deutſche Reichsverſammlung hat in ihrer Sitzung vom 30. Mai mit 71 gegen 64 Stimmen den Beſchluß gefaßt, nach Stuttgart überzuſiedeln und die Centralgewalt zur Nachfolge dahin aufzufordern. Die unterzeichneten Mitglieder der deutſchen Reichsverſammlung haben nicht nur gegen dieſen Beſchluß geſtimmt, ſondern ſie glaubten auch unter den jetzigen Verhältniſſen nicht nach Stuttgart folgen zu dürfen, weil ſie vorausſehen, daß die Reichsverſammlung in Stuttgart nicht in der Lage ſein werde, ihre Stellung über den Parteien zu bewahren und ſo der Brennpunkt der Einheits- und Freiheitsbeſtrebungen des geſammten deutſchen Volks zu verbleiben; daß demnach eine ſolche Ueberſiedelung nicht nur die Exiſtenz der Reichsverſammlung, ſondern auch die heiligſten Intereſſen Deutſchlands und insbeſondere die Wohlfahrt von Würtemberg und Baden ſchwer gefährden dürfte.

Aber dieſelbe Vaterlandsliebe und daſſelbe Pflichtgefühl, welches die Unterzeichneten abhielt, der Reichsverſammlung nach Stuttgart zu folgen, gebot ihnen auch, ihr Mandat als deutſche Abgeordnete nicht niederzulegen, ſondern ſich bereit zu halten, ihrem Vaterlande in jedem Augenblick zu dienen, ſobald ſie an den Berathungen der deutſchen Reichsverſammlung wieder Antheil nehmen können, ohne in eine Bahn gedrängt zu werden, die ſie als eine unheilvolle erkennen. Sie ſind jedoch weit entfernt gegen die deutſche Reichsverſammlung in eine hinderliche Stellung treten zu wollen; vielmehr ſehen ſie gerade in der Erhaltung der Kontinuität der jetzigen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung den einzigen legalen Ausgangspunkt, um aus den Wirren, in welche das deutſche Vaterland geſtürzt worden, herauszukommen, ohne das Rechtsgefühl des Volks auf das tiefſte zu verletzen.

Frankfurt a. M., den 31. Mai 1849.

Zell von Trier. Eiſenmann. Wichmann. Hollandt. Röden. v. Reden. Freudentheil. Höfken. Werthmüller. Ahrens. Pinckert. Enyrim. Becker. Schröder. Nicol. Hirſchberg. Jacobi aus Hersfeld. Groß aus Prag. Hofmann aus Friedberg. Makowiczka. G. F. Brackebuſch. Jucho. Gravenhorſt. Plaß. Backhaus. Henkel. Wedekind.

Mit Bezugnahme auf den Inhalt der vorſtehenden Erklärung und im Auftrage der Unterzeichner derſelben, fordern wir alle für jetzt nicht nach Stuttgart gehenden abweſenden Kollegen, welche mit den von uns ausgeſprochenen Anſichten einverſtanden ſind, hierdurch auf, ihr Mandat nicht niederzulegen, und dieſen Entſchluß unter Adreſſe des Abgeordneten Jucho uns baldigſt mitzutheilen. Frankfurt am Main, 31 Mai 1849. v. Reden. Zell v. Trier. Enyrim. Freudentheil. Jucho. Eiſenmann. Backhaus.

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt,** 4. Juni. Der proviſoriſche Reichsminiſterpräſident und Miniſter des Innern Hr. Dr. Grävell hat um ſeine Entlaſſung nachgeſucht, und ſie mit aller Anerkennung der geleiſteten Dienſte vom Erzherzog Reichsverweſer bewilligt erhalten.

Frankfurt, 2. Juni. Nach einer Mittheilung aus glaubwürdiger Quelle wäre die Rückwirkung, welche die an der Bergſtraße und im Odenwald erlittene Niederlage bei dem badiſchen Militär nothwendig hervorbringen mußte, in raſcher Entwicklung begriffen. Statt, wie den unglücklichen badiſchen Soldaten vorgeſpiegelt worden war, von den Heſſen mit offenen Armen empfangen zu werden, ſtatt durch dieſe ihre Reihen verſtärkt zu ſehen, waren ſie von denſelben, aller Lockungen ungeachtet, als Feinde behandelt und zur Flucht gezwungen worden. Sie ſchrieen deshalb über Verrath und warfen zum Theil ihre Waffen von ſich, um ſich, ungeachtet aller Gegenvorſtellungen, in ihre Heimathen zu zerſtreuen. Inzwiſchen ſoll ſich doch ein ſtarkes Corps Militär und Freiſchärler am linken Neckarufer geſammelt und Batterien errichtet haben, um die Gegend von Neuenheim bis Ladenburg zu beſtreichen. (O. P. Z.)

*** **Frankfurt,** 2. Juni. Während der heilloſe Bürgerkrieg den deutſchen Boden bereits mit Blut getränkt hat, ſchüttet die Natur auch in dieſem Jahre ein Füllhorn des Segens über die deutſchen Fluren aus. Aus allen Gegenden, und namentlich auch aus unſern Fruchtkammern Franken und der Wetterau, lauten die Berichte über den Stand der Getreidefrüchte überaus günſtig und wir haben einer reichen Ernte entgegenzuſehen. Die jetzige heiße Witterung läßt das Korn trefflich abblühen und die übrigen Getreidegattungen verſprechen ein gleiches Fortgedeihen. Die Fruchtpreiſe würden unter ſo günſtigen Ausſichten auf die Ernte weſentlich weichen müſſen, wenn nicht die kriegeriſche Ausſicht die Spekulanten beſtimmte, mit ihren Vorräthen zurückzuhalten.

* **Wien,** 30. Mai. Der Kaiſer hat an den Kriegsminiſter mittelſt Handbillet ſeine tiefe Betrübniß über das Loos der unglücklichen und heldenmüthigen Vertheidiger Ofens, und zugleich ſeinen Willen zu erkennen gegeben, für deren Hinterbliebene zu ſorgen, namentlich in Betreff des Kommandanten Hentzi, des Oberſten Alnoch und des Majors, der bei dem Verſuch die Brücke zu ſprengen das Leben einbüßte. Ein Armeebefehl des F.-Z.-M. Welden aus dem Hauptquartier Preßburg theilt den Soldaten mit, wie der Kaiſer, unbekümmert um die eigene Gefahr, auch diejenigen Militärſpitäler beſucht, wo Typhus und andere anſteckende Krankheiten wüthen. Die Debrecziner Regierung macht bereits Anſtalten, nach Peſt zu überſiedeln, wo ſie dieſe Woche eintreffen ſoll. Um den durch die Nachricht von der ruſſiſchen Intervention bereits abgekühlten Enthuſiasmus der Magyaren von Neuem zu beleben, hat die Rebellenregierung zum religiöſen Fanatismus ihre Zuflucht genommen. Die Geiſtlichen aller Konfeſſionen müſſen einen Kreuzzug predigen; ſie durchziehen das Land im Ornate und rufen das Volk zu den Waffen auf. Auch iſt ein allgemeiner Faſttag in jeder Woche angeordnet. Um dem Mangel an Waffen abzuhelfen, hat die ungariſche Regierung eine

allgemeine Waffenablieferung anbefohlen. Für jede abgelieferte Flinte werden 5 bis 20 fl. ausgezahlt. Der Kaiſer Ferdinand und die Kaiſerin Maria Anna haben am 25. in Salzburg ihren feierlichen Einzug gehalten. Die Kaiſerin Mutter und Erzherzogin Hildegarde waren ihnen entgegengefahren. Dieſes Jahr dürfte das Zuſtrömen vom Lande zu dem impoſanten Frohnleichnamsfeſte außerordentlich werden, da der Kaiſer Franz Joſeph, ſowie die ſämmtlichen hier tagenden Biſchöfe an der Prozeſſion Theil nehmen werden. Eine Anzahl Verhaftungen haben in den letzten Tagen ſtattgefunden, unter andern wurden im Garten zu Schönbrunn zwei mit blutrothen Halstüchern geſchmückte Individuen, in der Vorſtadt Jägerzeil ein Tiſchlermeiſter wegen Verheimlichung eines Säbels und ein Zeitungsverkäufer verhaftet, der das Extrablatt der Wiener Zeitung, welches die Erſtürmung Ofens meldete, an zwei Orten in der Wallnerſtraße angeheftet hatte. Die Wiener Zeitung rechtfertigt ſich gegen die Anklage, mit dem Extrablatte über die Einnahme Ofens eine Privatſpekulation beabſichtigt zu haben; ſie hat den Ertrag dafür, 128 fl. C.-M., dem Invalidenfonds übergeben. Ein an ſich unerheblicher Vorfall in Dornbirn erſcheint zu Entſtellungen ſehr geeignet. Ein paar im Kaſernenarreſt befindliche Soldaten von den dort garniſonirenden Lichtenſtein-Chevaurlegers, wurden von ihren Kameraden in Freiheit geſetzt und dabei die Kaſernenfenſter eingeſchlagen. Wie verlautet, rührt die ganze Mißſtimmung einzig und allein davon her, weil den Soldaten ihre Löhnung nicht wie ſie erwartet hatten in Silber, ſondern in Banknoten, und zwar in Viertelsbanknoten ausgezahlt worden war. An der Eiſenbahn zwiſchen Laibach und Zilli wird jetzt ſehr fleißig gearbeitet, ſo daß man hofft, binnen zwei Monaten werde dieſe Strecke befahren werden können. Ein energiſcher Miniſterialerlaß ſoll befohlen haben, den Bau, welcher ſich die letzten vierzehn Monate ziemlich träge hinſchleppte, ſchnell zu Ende zu bringen.

A. Z. C. **Wien**, 30. Mai. Sämmtliche Ortsbehörden ſind beauftragt, keine Volksverſammlungen zu dulden und den allenfalls gegen die Vorſchriften ſtattfindenden mit Gewalt entgegen zu treten.

Geſtern wurde wieder eine große Zahl Kanonen und Munitionskarren mittelſt Eiſenbahn von Prag nach Preßburg befördert und es ſcheint nun der Augenblick gekommen, wo die Operationen mit aller zu Gebote ſtehenden Macht beginnen werden.

Es ſoll ſo gut wie gewiß ſein, daß der Kaiſer von Rußland nach Wien kommen wird, um den Beſuch des Kaiſers Franz Joſeph zu erwiedern. Die verſchiedenartigen Vorbereitungen, welche in der kaiſerlichen Burg eben jetzt vorgenommen werden, ſollen auf dieſen Beſuch Bezug haben und laſſen auf einen feſtlichen Empfang ſchließen.

Aus St. Petersburg wird geſchrieben, daß das ruſſiſche Finanzminiſterium bei dem Hauſe Rothſchild Schritte gethan zum Behufe einer zu eröffnenden Anleihe von 50 Mill. Silberrubeln.

Das Miniſterium des Innern hat durch Umlaufſchreiben den politiſchen Behörden Vorſchriften ertheilt zur Verfolgung der in unſeren an Ungarn grenzenden Provinzen immer kühner auftretenden republikaniſchen Emiſſäre.

Der als Maler und Dichter bekannte Adalbert Stifter iſt von Linz hier angekommen, um ſich an der Redaktion des Blättchens „der Wiener Bote“ zu betheiligen.

Wie man hört, gedenken die hier verſammelten Biſchöfe durch eine Repartition an die Klöſter des Landes 100,000 fl. C.-M. aufzubringen und auf dem Altare des Vaterlandes niederzulegen.

Verläßlichen Nachrichten zufolge ſollen ſich in Oberöſterreich, beſonders in der Gegend von Steyer magyariſche Emiſſäre herumtreiben und das Landvolk zur Bildung eines Landſturmes zu Gunſten der Ungarn aufreizen. Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Kudlich ſoll dabei ſehr thätig ſein, und manche Beſorgniß erregende Sympathie finden.

Innsbruck, 17. Mai. Geſtern als am Johannistage wurde im Ciſterzienſerſtifte Stams das Herz des am 5. Nov. v. J. zu München verſtorbenen baieriſchen Reichsarchivars und Kämmerers, Joſeph Frhrn. v. Hormayr-Hortenburg durch den Prälaten in Gegenwart der Angehörigen des Verblichenen feierlich beigeſetzt, und ſo deſſen ſtets mit beſonderer Beſtimmtheit und Sorgſalt den Seinen empfohlener Wunſch erfüllt. An der linken Seite des Altars zum heil. Joh. v. Nepomuk, wo der Verblichene oft als Knabe miniſtrirt hatte, da ſteht nun, wie er es ausdrücklich gewünſcht, ein Stein mit der Inſchrift: „Dem frommen Andenken des Joſeph Frhr. v. Hormayr-Hortenburg, eines beſondern Gönners dieſes Stiftes, der hier ſein Herz verwahrt wiſſen wollte. Er ruhe in Frieden.“ (Innsbr. Z.)

* **Berlin**, 2. Juni. Der Staatsanzeiger bringt die Uebereinkunft, welche Preußen, Sachſen und Hannover über ein proviſoriſches Schiedsgericht getroffen haben, in welchem Preußen 3 Stimmen führt, Sachſen 2, Hannover 2. Ferner das Reglement zur Verordnung vom 30. Mai d. J. über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer.

= **München**, 31. Mai. Die ſtaatsmänniſche Rede, welche der Fürſt Ludwig v. Wallerſtein am 23. Mai in der Kammer der Reichsräthe für Anerkennung der Reichsverfaſſung gehalten, und welche als Beilage zur Conſtitutionellen Zeitung, des Wallerſtein'ſchen Organs, weit hinaus ins Volk gekommen, hat einen mächtigen Eindruck hinterlaſſen bei Allen, die die kritiſche Lage Deutſchlands kennen, erwägen und nicht das in diem vivere und das après nous le déluge lieben. Der „Volksbote“, das ultramontane Organ, ſagt freilich über Wallerſtein, der in der Abſtimmung über die deutſche Frage allein gegen das Programm des Miniſterprofeſſors ſtand: „daß der Eine niemand Anderes iſt, als der Fürſt Proletarier Ludwig Wallerſtein, allen ein Stein des Anſtoßes, der freilich bei einem Umſturz nichts verlieren kann, aber durchaus was gewinnen möchte, wenn es auch nur eine Miniſterſtelle wäre.“ Armer Fürſt Wallerſtein! So ſprechen die Ultramontanen über einen Mann, dem ihre Organe, namentlich die Poſtzeitung im Dezember 1847, als Wallerſtein abermals ans Ruder kam, den widerlichſten Weihrauch geſtreut, mit deſſen Hilfe ſie die Zerſtörerin des Werthes der Adelsdiplome geſtürzt und vertrieben haben, und den ſie heute wieder emporheben würden, wenn er nur ihre Zwecke fördern wollte. Welche Anſchauung noch heute die ultramontane Partei über die deutſche Reichsverfaſſung hegt, ſagte geſtern der Volksbote: „Erkennt Baiern die Verfaſſung nicht an, ſo iſt freilich ein Aufſtand der Umſturzpartei zu fürchten, erkennt ſie dieſelbe aber an, ſo bleibt der Aufſtand doch nicht aus und die großen Nachtheile der Verfaſſung ſelber bekommt man noch in Kauf. Die Wahl iſt alſo nicht ſchwer, das baieriſche Volk muß die Reichsverfaſſung verwerfen und über die Umſturzpartei Meiſter werden. Am 2. Juni wird der neue, von Beisler begründete, großdeutſche Verein ſeine erſte größere Verſammlung halten; wie wir hören, werden die konſtitutionell-monarchiſchen, die blau-weißen und die Pius- oder ultramontanen Vereine des Landes dem neuen Vereine und ſeinen Filialen in Baiern den Kern ſeiner Subſtanz liefern. Das Haus und der Garten der Gräfin Landsfeld (Lola) im Werth auf 13,000 Fl. geſchätzt, iſt im Aufſchlag von der proteſtantiſchen Gräfin Giech für 16,000 Fl. erſtanden. Das Journal des Debats gab in dieſen Tagen den Werth auf 600,000 Fl. an! Wer das Innere des Gebäudes geſehen, wird die im Jahre 1847 bis zum Fanatismus getriebenen Ausspoſaunungen der verletzten Torypartei zu würdigen wiſſen. Vom radikalen „Gradaus“ ſind bereits 4 Redakteurs inhaftirt, Vecchioni, Fiedel, Bogner, Nible. Den des Staatsverrathsverſuchs angeklagten aber entflohenen Studenten der hieſigen Hochſchule, den Gebrüdern Sensburg u. a., iſt von Rektoratswegen aufgegeben, ſich binnen 14 Tagen zu ſtellen, wenn nicht die Relegation über ſie ausgeſprochen werden ſoll. Die Agitation für und gegen die Reichsverfaſſung geht fort; die Ultramontanen zählen 279 Adreſſen gegen dieſelbe; die Stadt Rothenburg a. d. T. iſt den meiſten baieriſchen Städten mit einer Adreſſe ihrer Gemeindekollegien für die Anerkennung beigetreten, außerdem zählen die neueſten Einläufe der Kammer der Abgeordneten wohl an 30 Gemeindeadreſſen für unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung und der Grundrechte mit tauſend und aber tauſend Unterſchriften. Die 600 Adreſſen von Altbaiern, welche die Regierung gegen die Reichsverfaſſung in Händen haben will, kommen dagegen mit ihren winzigen Unterſchriften nicht auf! Von ihren zu Neuötting, Holzkirchen und Tölz (unter Sepp) während der Pfingſten abgehaltenen Volksverſammlungen gegen die Reichsverfaſſung und gegen die Pfalz laſſen die Ultramontanen bis heute noch nichts hören; ihrer Volksverſammlnng in Roſenheim haben nur 1500 Leute beigewohnt.

Speier, 1. Juni. Laut Nachrichten aus Kaiſerslautern ſoll der Abgeordnete Schütz aus Mainz im Auftrag der badiſchen und pfälziſchen Regierung nach Paris gegangen ſein. (Speier. Z.)

Wie bereits gemeldet, hat der badiſche Landesausſchuß beſchloſſen, „die proviſoriſche Regierung der Rheinpfalz zu veranlaſſen, daß nach den Beſtimmungen des badiſchen Wahlgeſetzes

auch Vertreter der Rheinpfalz zur konſtituirenden Verſammlung von Baden geſchickt werden.“ Die Speierer Zeitung warnt dringend davor, auf dieſen Vorſchlag einzugehen. Die Einheit im Nothwendigen müſſe allerdings in Deutſchland hergeſtellt werden; daraus folge aber keineswegs, daß ein unbedingtes Aufhören aller Selbſtſtändigkeit nothwendig ſei ꝛc. Ohnehin könnte man der Pfalz in keinem Falle zumuthen, in Folge einer unbedingten Vereinigung mit Baden, Theil zu nehmen an deſſen Staatsſchuld, weder an der älteren, noch an der neueren, durch deren Aufnahme Baden in den Beſitz ſeiner Eiſenbahn gelangte. Deshalb (ruft genanntes Blatt ſchließlich aus) innige, brüderliche Einigung aber keine Einheit, wie dieſelbe, zum augenſcheinlichen Nachtheile des Volkes, in Frankreich beſteht! (Fr. Journ.)

** **Stuttgart**, 31. Mai. Heute war die Kammer berufen, ſich über die Beſchlüſſe der Reutlinger Volksverſammlung auszuſprechen. Man erwartete ſtarken Zulauf, und ſo wurden denn ſchon vom frühſten Morgen an die Zugänge des Sitzungshauſes durch ſtarke Abtheilungen Bürgerwehr geſperrt. Ein namhafter Theil der zur Durchführung jener Beſchlüſſe hierher geſandten Vertrauensmänner erſchienen auf der Gallerie. Die Reutlinger Beſchlüſſe waren an die Kammer wie an die Regierung in der geſtern mitgetheilten Geſtalt, mit Hinweglaſſung der Punkte, welche gar zu ſehr an Offenburg erinnerten, gekommen. Der Fünfzehnerausſchuß hatte dem Vernehmen nach ſeine Anträge mit 8 gegen 7 Stimmen gefaßt. Der erſte und wichtigſte, das verlangte Schutz- und Trutzbündniß mit Baden und Pfalz berührende Antrag, vom Berichterſtatter Hölder geſtellt, lautet: „Im Hinblicke auf die früheren, unterm 2. und 21. d. M. beſchloſſenen Bitten der Kammer der Abgeordneten an die Regierung, die letztere um eine förmliche Zuſicherung anzugehen, daß ſie in Vollziehung des Beſchluſſes der deutſchen Reichsverſammlung vom 26. d. M., betreffend den Nauwerck'ſchen Antrag, von ihrer Seite nach Kräften darauf hinwirken werde, um eine Verbindung derjenigen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, zur Wahrung der hierdurch entſtandenen gemeinſamen Intereſſen herbeizuführen, jedenfalls aber ſämmtlichen Reichsländern mit Einſchluß von Baden und Rheinbaiern, im Falle eines Angriffes von Reichsfeinden, jede militäriſche Hülfe unter der Vorausſetzung zu Theil werden zu laſſen, daß die betreffenden Länder den durch ihre Anerkennung der Reichsverfaſſung übernommenen Pflichten in allen Beziehungen nachkommen.“ Dieſer Antrag wurde in langer und ſtürmiſcher Debatte durchberathen, welche dem Miniſterium und insbeſondere Staatsrath Römer Gelegenheit gab, unumwundene Erklärungen über das Anſinnen abzugeben. Römer erklärte ſich aufs entſchiedenſte gegen die Reutlinger Beſchlüſſe: die Regierung werde ſich nicht dazu hergeben, unter den jetzigen Verhältniſſen ein Schutz- und Trutzbündniß mit Baden einzugehen. Namens der äußerſten Linken beantragte Stockmaier ſtatt der von Hölder ſeinem Antrag beigegebenen allerdings vieldeutigen Vorausſetzung, „daß Baden ꝛc. den durch die Reichsverfaſſung übernommenen Pflichten nachkomme,“ die folgende Faſſung der betreffenden Stelle: „Die militäriſche Hilfe ſo lange zu leiſten, als nicht die Reichsverſammlung oder eine konſtitutionelle Zentralgewalt erkläre, daß die betreffenden Länder die durch Annahme der Reichsverfaſſung übernommenen Pflichten verletzt und hierdurch ſich des gemeinſamen Schutzes verluſtig gemacht hätten.“ Becher ſprach in formell ausgezeichneter Rede in dieſem Sinn. Mack dagegen wollte den legalen Zuſtand der beiden Länder nicht präſumiren, ſondern als Vorbedingung, wenn es ſich um militäriſche Hilfe handele, ausſprechen; er wollte im letzten Satze des Kommiſſionsantrags ſetzen: militäriſche Hilfe zu leiſten, „ſobald“ die betreffenden Länder u. ſ. w. wie im Ausſchußantrag. Es war 4 Uhr Abends geworden, als die Abſtimmung begann; das Reſultat ergab, daß zuletzt Stockmaiers Antrag mit 60 gegen 18 Stimmen (die äußerſte Linke) verworfen wurde. Sodann wurde Mack's Antrag mit 45 gegen 33 Stimmen (die Anhänger der Kommiſſionsfaſſung, die äußerſte Linke und einige Ritter der Rechten) angenommen. Nun kam Punkt 2) der Reutlinger Anträge, wobei, nachdem Römer die Rückverlegung der würtembergiſchen Truppen um einige Stunden von der badiſchen Grenze angekündigt hatte, und ein Antrag Stockmaiers auf die Bitte an die Regierung um Rückverlegung der Truppen in ihre Garniſonen mit 58 gegen 14 Stimmen abgelehnt worden, auf Antrag der Kommiſſion und einiger Abgeordneten eine Bitte an die Regierung beſchloſſen wurde: ſie möge ohne Rückſicht auf einen etwaigen Befehl des gegenwärtigen Reichsminiſteriums, Truppen von Staaten, welche die Reichsverfaſſung nicht anerkannt haben, den Ein- und Durchmarſch durch das Land, insbeſondere den Eintritt in die Reichsfeſtung Ulm in einem größeren als dem durch die beſtehenden Verträge beſtimmten Verhältniſſe nicht geſtatten“. Die Anträge der Kommiſſion zu den Reutlinger Beſchlüſſen 3 — 6 wurden mit großer Mehrheit angenommen; ſie lauten dahin: Zu 3) „die unterm 2. d. Monats an die Regierung geſtellte Bitte um ſchleunige Einberufung und Einübung der zur Verfügung des Kriegsminiſteriums geſtellten Landwehrmannſchaft auf's dringendſte in Erinnerung zu bringen.“ Zu 4) „gegenüber der Staatsregierung die Erwartung auszuſprechen, daß in den nächſten Tagen den diesfallſigen Bitten der Kammer werde entſprochen werden.“ Zu 5) „die hohe Staatsregierung wiederholt um baldige Ertheilung einer Amneſtie für die politiſch Gefangenen oder Angeſchuldigten zu erſuchen.“ Zu 6) unter Verweiſung auf das kaum beſchloſſene Wahlgeſetz über dieſe Bitte zur Tagesordnung überzugehen und hiervon, ſo wie von den übrigen aus Veranlaſſung der Eingabe der Reutlinger Verſammlung gefaßten Beſchlüſſen die Unterzeichner in Kenntniß zu ſetzen.“ Die Beſchlüſſe der Kammer ſind vom höchſten Gewicht; es gehen jetzt Miniſterium und die Majorität der Kammer, insbeſondere die beſonnene, gemäßigte Seite der Linken in unſerer jetzigen Kriſe einen Weg. Wie wird es nun mit Ausführung der Reutlinger Beſchlüſſe ſich verhalten? Wird Gewalt angewendet werden? Man hört einzelne der „Vertrauensmänner“ ſich ausſprechen, daß das Volk die Beſchlüſſe mit allen Mitteln durchführen wolle. Kommt es aber zu einem Verſuch, ſo dürfte er, bei dem Verhalten der Gemäßigt-Linken, auch in der Kammer ein ſehr vereinzelter, hoffnungsloſer Verſuch ſein. Die Beſchlüſſe der Kammer, indem ſie auf das Mögliche von den Reutlinger Beſchlüſſen eingehen, haben jedenfalls die Reihen der Unentſchiedenen, derer die leicht im Strudel der Bewegung von den Demokraten mit fortgeriſſen werden, ausgeſchieden und von jenen getrennt. Die äußerſte Linke iſt mit den Beſchlüſſen der Kammer nicht zufrieden. Römer aber wurde vom Volk vor dem Ständehaus mit lebhaftem Hoch empfangen. Die Vorſichtsmaßregeln ſind hier in großem Maßſtabe getroffen: der Oberbefehlshaber der Bürgerwehr iſt mit dem Geſammtkommando der Bürgerwehr und des kleinen Reſtes der Linie hier betraut und ein Civilkommiſſär ihm beigegeben. Die Bürgerwehr iſt ſehr ſtark in Anſpruch genommen.

* **Stuttgart**, 1. Juni. Da die erſte Kammer beſchlußunfähig iſt, und auch auf ergangene Einladung keine Mitglieder derſelben ſich einfanden, ſo hat die zweite Kammer in ihrer heutigen Sitzung als Ständeverſammlung nochmals über das Wahlgeſetz zur konſtituirenden Verſammlung abgeſtimmt, und daſſelbe mit 39 gegen 2 Stimmen angenommen. Seeger wünſcht ungeſäumte Verkündigung durch das Regierungsblatt, was Staatsrath Duvernoy zuſichert.

Nach den geſtrigen Kammerbeſchlüſſen haben die Vertrauensmänner folgende Anſprache an das Volk erlaſſen:

„Wir haben den Auftrag, den Ihr uns gegeben, erfüllt. Wir haben dem Miniſterium und der Kammer die Forderungen des Volkes vorgetragen. Sie haben uns abſchlägig beſchieden. Die Kammer hat namentlich mit 60 gegen 18 Stimmen verweigert, unſeren badiſchen und rheinbaieriſchen Brüdern die ungeſäumte Hilfe zu leiſten, welche Ihr ihnen auf dem Tage zu Reutlingen gelobt habet und in der allein wir noch Rettung für Deutſchland ſehen. Wir ſind entſchloſſen, unſer feierliches Verſprechen zu halten, den Bruderſtämmen nicht mit Worten, ſondern mit der That zu helfen und erwarten von Euch, daß Ihr uns treu zur Seite ſteht.“ Die Meiſten ſind darauf in ihre Bezirke zurückgereiſt. Die Reichstagsabgeordneten Eiſenſtuck, Schoder, Viſcher u. A. ſind in Stuttgart angekommen.

A **Dresden**, 31. Mai. Dürften wir den unbeſonnenen Stimmen, die in den ſächſiſchen Blättern der Reaktion laut werden, Glauben ſchenken, ſo reichten die Fäden des Dresdener Aufſtandes allerdings bis nach Hinterindien, und alle Völker des Erdballs hätten ihr Kontingent zu den Barrikadenkämpfern geſtellt, ſo daß den wackern Eingebornen nur die Rolle der armen Verführten übrig bliebe. Von dieſer irrigen Auffaſſung iſt wohl auch die Dresdener Korreſpondenz in Nr. 146 der Deutſchen

Zeitung nicht ganz frei. Der Dresdener Aufſtand war im Gegentheil ſo naturwüchſig und planlos, wie irgend möglich. Auf das Allerbeſtimmteſte kann verſichert werden, daß die Unterſuchungsrichter gar keine „Fäden" in den Händen haben, vielmehr in der ſcheinbaren Zufälligkeit und Iſolirtheit der ermittelten Thatſachen eine Hauptſchwierigkeit der Unterſuchung finden. An ehrlicher Gründlichkeit und Langwierigkeit wird es in dieſem Prozeſſe nicht fehlen; aber zu Kamptzſchen Demagogenriechern ſind unſre Richter nicht angethan. Die Angeber haben bisher ſchlechte Geſchäfte gemacht. Es iſt in der That lächerlich, von einer geheimen Verſchwörung in Sachſen reden zu wollen, in Sachſen, wo ſeit Jahresfriſt jede tolle Ausgeburt politiſchen Aberwitzes ungeſtraft im hellen Sonnenlichte, in der Preſſe, in Volks- und Kammerverſammlungen ſich brüſtete. Alles, was die Praxis während des Aufſtandes geleiſtet hat, iſt im Gegentheil noch zurückgeblieben hinter den Grundſätzen, welche in der letzten Generalverſammlung der Vaterlandsvereine gepredigt wurden, und ſelbſt dem „fürchterlichen Bakunin", der das fromme Landeskind Tzſchirner verführte und terroriſirte, erklärte die zweite Kammer wiederholt ihre Sympathieen. Heute erließ der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, v. Schirnding, folgenden Befehl: „Sobald von den Truppen in der Reſidenzſtadt Dresden Generalmarſch geſchlagen wird, haben ſich die Bewohner zu Vermeidung von Konflikten in ihre Wohnungen zu begeben und die Häuſer zu ſchließen." Die unmittelbare Veranlaſſung zu dieſem Befehle kennt man nicht. Thatſache aber iſt, daß geſtern gegen Abend im königlichen Schloſſe „Geſtalten" geſehen wurden, und daß ſeitdem alle Eingänge ſehr ſcharf bewacht werden. Die ausgegebenen Paſſierſcheine lauten entweder auf einmaligen Eintritt oder auf 24 Stunden. Die Wiederherſtellung des Schloſſes hat ſeit einigen Tagen begonnen und wird in nächſter Woche beendigt ſein. Unter den neuerdings Verhafteten iſt der Stadtrath Henſel von Zittau, Präſident der vorigen zweiten Kammer, und Stiftsſyndikus Joſt von dort. Durch Steckbriefe verfolgt werden die ehemaligen Abgeordneten, Kaufmann Zſchweigert von Plauen und Buchhändler Reimmann von Freiberg, außerdem Advokat von Polenz aus Radeburg und der berüchtigte Mechanikus Kieſelhauſen von Chemnitz, der Chef der demokratiſchen Vaterlandsvereine. Der ehemalige Abgeordnete, Juſtizamtmann Hitzſchold von Wolkenſtein iſt wieder in Freiheit geſetzt.

A **Dresden**, 1. Juni. Die Regierung hat heute in der königlichen Proklamation an das ſächſiſche Volk ihr Penſum über den Verfaſſungsentwurf der drei Könige hergeſagt. Worte, nichts als Worte, von denen ſich nichts Anderes ſagen läßt, als daß ſie in den Wind geſprochen ſind. Damit ſoll über das endliche Schickſal dieſes Verfaſſungsentwurfs noch kein Urtheil abgegeben ſein. Durch dieſe Vorrede der Regierung aber wird ihm im ſächſiſchen Volke ſicherlich kein fruchtbarer Boden bereitet; denn es weiß ſehr wohl, daß der König nicht den dringenden Bitten „Vieler" ſondern dem einmüthig ausgeſprochenen Willen des ganzen Volkes (mit Ausnahme der ganz radikalen Partei) Widerſtand leiſtete, und daß ſeine Ueberzeugung von der Verderblichkeit der Verfaſſung der konſtituirenden Reichsverſammlung keine ureigene, ſondern eine ihm durch preußiſche Einflüſterungen künſtlich und gewaltſam beigebrachte iſt. Zudem widerſtrebt es jeder ſchlichten und klaren Anſchauungsweiſe, an die „großen Opfer" zu glauben, welche der König durch die dargebotene Verfaſſung zu bringen verſichert, während er gleichzeitig ſie als erſprießlich für das Wohl ſeines Volkes ausgibt. Die aufrichtigen Freunde der Monarchie hegen im Gegentheil den Glauben, daß im wahren Wohle des Volkes auch das Wohl des Fürſten eingeſchloſſen und bedingt ſei. Die Zukunft des Vaterlandes liegt jetzt dunkel verſchleiert auch vor dem Auge des hellſten Sehers. Die Blicke und Hoffnungen des Volkes klammern ſich noch immer an den Hort des Frankfurter Verfaſſungswerkes. Wie mag alſo die Regierung hoffen, daß man ihrer unerprobten Weisheit vertraue, wenn ſie den Berliner Entwurf als den „einzigen" Weg bezeichnet, auf dem das erſtrebte Ziel erreichbar ſei? Iſt ſie doch ſelbſt ein ſchwankendes Rohr, welches der Sturm der Zeit hierhin und dorthin treiben kann. Glaubt ſie doch ſelbſt nicht an den einzigen Weg, den ſie nur auf Geheiß des ſcheinbar ſtärkeren Nachbars betreten hat!

▽ **Aus Baden**, 1. Juni. Unſer badiſcher Staatsanzeiger oder wie er ſich ſelbſt nennt, das „Organ des Landesausſchuſſes", die früher ſo gemüthliche Karlsruher Zeitung, enthält in ihrer Nr. vom 31. Mai ein Aktenſtück, auf welches ich Ihre und Ihrer Leſer Aufmerkſamkeit zu ziehen für angemeſſen halte. Es iſt ein Aufruf an die franzöſiſche Nation, aus welchem es hinreichen wird, einige der bezeichnendſten Stellen mitzutheilen; ſie ſprechen ſo deutlich für ſich ſelbſt und für die Abſichten der jetzt in Baden herrſchenden Partei, daß es faſt unnöthig erſcheint, den ſehr ſchwülſtigen Text mit erläuternden Randgloſſen zu begleiten. Nachdem in den Einleitungsworten des Aufrufs geſagt iſt, daß auf den Ruf des franzöſiſchen Volkes ſich Italien, Polen, Ungarn und Deutſchland erhoben und die „allgemeine Demokratie" den Todeskampf gegen die verbündeten Despoten begonnen habe, heißt es weiter, „Schon rücken die preußiſchen Horden, die Verhut Rußlands, bedeckt mit dem Blute der Märtyrer Sachſens, gegen den Süden Deutſchlands vor; noch einige Tage, und die Ufer des Rheins werden das Schlachtfeld ſein der Freiheit gegen den Despotismus. In der Pfalz und in Baden haben das Volk und die Armee vereint geſchworen, zu ſiegen oder zu ſterben. Unſere Brüder in Würtemberg und Heſſen, Naſſau, Franken und Thüringen ſind bereit, ſich zu ſtürzen auf die Söldlinge der Tyrannen, ſobald der Kampf beginnt. Das franzöſiſche Volk, der Vorkämpfer der Freiheit, wird es ein gleichgültiger und unthätiger Zuſchauer dieſes Todeskampfes ſein? Wird es zugeben, daß die Freiheit an den Ufern des Rheinſtromes blute? Wird es taub bleiben gegen die Freundesſtimme der deutſchen Demokratie? Nein! Nein!" Sofort folgen die heißeſten Beſchwörungen, die ſüßeſten Bitten, die glühendſten Liebesverſicherungen, um die Franzoſen zu veranlaſſen, den Staatsmännern von Karlsruhe in ihrer Noth zu Hilfe zu kommen. Man fühlt in Karlsruhe wohl, daß man etwas unternommen hat, was man mit eigener Kraft durchzuführen unfähig iſt. Das Schiff iſt im Sinken, daher dieſer Nothſchuß, dieſer Aufruf, dieſe Beſchwörung: „Franzoſen, Brüder! Wir erwarten euch, wir werden euch empfangen mit dem Ruf: es lebe die allgemeine Demokratie!" Als Sieger, heißt es weiter, würden die franzöſiſchen und deutſchen Demokraten vorwärts gehen, die Throne aller Despoten ſtürzen, ſich mit den Ungarn vereinigen und Polen und Italien befreien. Ob aber in dieſe Befreiung die „preußiſchen Horden" eingeſchloſſen ſein ſollen, ob auch auf dieſe, die man noch kaum zu den deutſchen Stämmen rechnen zu wollen ſcheint, der Grundſatz von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgedehnt werden ſoll, wird nicht geſagt; die geheimen Leiter der Bewegung werden auch ohne Zweifel hinlänglich zufrieden ſein, wenn den Franzoſen das linke Rheinufer in die Taſche geſpielt iſt und mit Hilfe des deutſchen Michels, der auch in demokratiſcher Hülle ewig der alte Michel bleibt, Polen und Italien befreit ſind. Ob darüber der Wohlſtand und die Bildung Deutſchlands in Strömen Bluts untergehe, kümmert dieſe Herren nicht, wenn nur die Zwecke der Geheimlenker in's Werk geſetzt werden. Endlich heißt es noch: „An den Rhein! An den Rhein! für die europäiſche Freiheit, für die Verbrüderung der Nationen; dies iſt heute, wir wiſſen es, das Feldgeſchrei der franzöſiſchen Demokratie." Ein weiterer Kommentar würde den Eindruck dieſes Probeſtücks der neuen Karlsruher Staatsweisheit nur ſchwächen, während der Aufruf doch abſichtlich darauf berechnet zu ſein ſcheint, einen möglichſt ſtarken Eindruck auf die „preußiſchen Horden" zu machen, wir glauben aber voraus verſichern zu dürfen, daß dieſer Eindruck noch ſtärker ſein dürfte, als die Herren in Karlsruhe erwarten und wünſchen mögen.

Hat denn die badiſch-pfälziſche Republik gar ſo viele Eile, durch Herbeiziehen der Franzoſen ihren politiſchen und moraliſchen Bankerott auszuſprechen, nachdem ſich der öſterreichiſche Abſolutismus ſo eben durch Herbeiziehen der Ruſſen inſolvent erklärt hat?

Karlsruhe, 29. Mai. Brentano iſt zurück; er ſoll mit verſchiedenen Beſchlüſſen, die in ſeiner Abweſenheit gefaßt wurden, nicht einverſtanden ſein. Das in der heutigen Karlsruher Zeitung erſchienene Dekret wegen Umbildung der Bürgerwehr, wornach alle Männer vom 30.—40. Jahr, gleichviel ob ledig oder verheirathet, in das zweite Aufgebot gehören, und mobil gemacht werden ſollen, hat ſehr überraſcht und große Mißſtimmung hervorgerufen.*) Der hieſige Gemeinderath hat in dieſem Betreff ſeinen Beſchluß gefaßt; und der allergrößte Theil der dahin gehörigen Bürgerwehrklaſſe iſt entſchieden gegen jeden Bürgerwehrauszug. Neuerdings ſind wieder Polen hier angekommen. Auch einige würtembergiſche Soldaten vom 7. Infanterieregiment ſind hier; ich ſah

*) Der Kriegsſenat hat der Sache abgeholfen; er erklärt, in den erſten Abdrücken des Wehrgeſetzes ſei das Wort l e d i g aus Verſehen weggeblieben, und es iſt alſo nur die l e d i g e waffenfähige Mannſchaft auszugspflichtig.

deren zwei. An vielen Orten des Landes iſt das erſte Aufgebot noch nicht abgegangen; das zweite will gar nicht fort. Noch fortwährend gehen viele Leute, namentlich auch jüngere, von hier fort. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 31. Mai. Die „Karlsruher Ztg." enthält ein *Manifeſt* an das deutſche Volk, zur Ankündigung und Rechtfertigung des angreifenden Vorgehens in Heſſen. Es iſt unterzeichnet von dem Oberbefehlshaber Sigel und dem Civilkommiſſär Raveaux und unterſcheidet ſich durch Ton und Haltung beträchtlich von den früheren Produkten des gegenwärtigen badiſchen Regimentes. „Die Erhebung des badiſchen und pfälziſchen Volkes für die deutſche Reichsverfaſſung", heißt es im Eingang, „gegenüber dem offenen und verſteckten Verrathe der Kabinette, kann ihrem Charakter nach nicht auf die engen Grenzen dieſer Staaten beſchränkt bleiben. Eben weil ſie eine *deutſche* iſt, weil ihr alle deutſchen Herzen im Norden und Süden des großen Geſammtvaterlandes entgegenſchlagen, muß ſie den Drang und die Verpflichtung fühlen, ſich über daſſelbe auszubreiten." Die darauf folgende Erwähnung der „Volkserhebung in Sachſen, welche lediglich derſelben Sache gegolten," iſt eine von den revolutionären Taktloſigkeiten, welche die Wirkung dieſes Manifeſtes auf den verfaſſungsgetreuen Theil des Mittelſtandes verhindern müſſen, auf den es ſomit offenbar abgeſehen ſcheint. Das offenſive Vergehen wird zu rechtfertigen geſucht theils durch eine Reihe von Beſchwerdepunkten gegen die Großh. Heſſ. Regierung, theils durch eine Aufklärung über das Verhältniß der badiſchen zur deutſchen Geſammtbewegung für die Reichsverfaſſung. Gegen die Heſſ. Regierung wird geltend gemacht, daß ſie die Eiſenbahn- und Poſtverbindung abgebrochen, daß ſie in das durch die Reichsverfaſſung verbürgte Verſammlungsrecht eingegriffen (weshalb „heſſiſche Bürger des Odenwaldes erſchoſſen worden"), und daß ſie Truppen, welche die Reichsverfaſſung nicht anerkannt, den Einzug geſtattet habe. General Schäfer habe durch einen Parlamentär erklärt, daß er auf jeden badiſchen Soldaten, der das heſſiſche Gebiet beträte, Jagd machen laſſen werde; derſelbe habe wiederholt gedroht, ſobald die Preußen angelangt ſeien, in Baden und in der Pfalz einzurücken, und „in dieſem Augenblick ſogar die eigene friedliche Stadt Worms, wegen ihrer der Reichsverfaſſung entſchieden zugethanen Geſinnung (!), bombardirt." Wenn aber die badiſche und pfälziſche Regierung in friedliche Beziehungen und gemeinſames Wirken mit der heſſiſchen eintreten wollen, warum dulden ſie denn den bewaffneten *Ueberfall* der Stadt Worms, den doch keine ordentliche Regierung ſich gefallen läßt? So hängt ſich auch den ernſthafteren Beſchwerdepunkten immer eine Lächerlichkeit und Taktloſigkeit an. Zu den nicht ernſthaften aber iſt zu zählen, daß die Heſſ. Regierung von der Kammer „unter allerlei Vorwänden" einen Kredit von 2 Mill. fl. zu Rüſtungen gegen Baden und die Pfalz gefordert habe, der ihr indeſſen verweigert worden ſei; ferner, daß die nämliche Regierung auf die durch den Reichstagsabgeordneten Löwe ihr gemachte Aufforderung, alle dem badiſchen Lande feindlichen Durchzüge zu verweigern, nicht eingegangen ſei.

„Im Angeſichte der drohenden Gefahr, heißt es nun weiter, gebietet die Pflicht ſowohl, als das Recht der Selbſterhaltung, daß die badiſche Armee diejenigen Punkte beſetzt, welche der Feind als Angriffspunkte gegen Baden benützen dürfte. Wir beabſichtigen nicht, Krieg gegen die Heſſen zu führen, das liegt ebenſo ſehr auf der Hand, als wir es hiermit feierlich erklären. Wir ſuchen durch unſern Einmarſch in Heſſen lediglich zu bewirken, daß die heſſiſche Regierung den feindlichen Truppen den Durchmarſch nicht geſtatte, und ihre eigenen Truppen auf die Verfaſſung vereidigen laſſe." Hierauf wird eine Rechtfertigung verſucht gegen die „bis zum Ekel wiederholte" Beſchuldigung, daß die ganze Schilderhebung nicht die Anerkennung der deutſchen Reichsverfaſſung, ſondern die Einführung der rothen Republik zum Zwecke habe. Dagegen wird, „wie auch hierüber die Anſichten Einzelner beſchaffen ſein mögen", mit vollſter Gewißheit verſichert, „wie es denn auch offen vor den Augen aller Welt liege:" „a) daß eben nur die Feſtſtellung und Sicherung der von der deutſchen Reichsverſammlung beſchloſſenen Reichsverfaſſung und der darin geſetzlich feſtgeſtellten Rechte und Freiheiten des Volkes, gegenüber den unverholen auftretenden, auf die ruſſiſche Allianz geſtützten, despotiſchen Gelüſten der Fürſten, der Zweck der Bewegung iſt; b) daß nur theils die Untreue, ja der offene Verrath ſeitens der meiſten Regierungen der deutſchen Einzelſtaaten, theils die allermindeſtens ſchwankende zweideutige Haltung derſelben, die Männer, welche an der Spitze der Bewegung ſtehen, jenen großen ungewöhnlichen Verhältniſſen gegenüber zu entſchiedenen ungewöhnlichen Maßregeln gedrängt haben, wie ſie allein geeignet waren, das Vaterland und die Freiheit zu retten, wozu ſie ſich um ſo mehr durch ihre Vaterlandsliebe und Pflichtgefühl gedrängt fühlen mußten, als es zugleich galt, das badiſche Land, welches durch verrätheriſche Einflüſterungen des Miniſteriums Bekk in ſolchen Tagen jeder oberen Leitung durch die Flucht der Behörden und des Fürſten beraubt war, vor Anarchie zu ſchützen; c) daß Niemand mehr als ſie ſelbſt den Augenblick mit Sehnſucht erwarten kann, wo ſie ihr eben ſo ſchwieriges, als gefährliches Amt, nach befriedigender Löſung ihrer großen Aufgabe, ſo weit dieſelbe in ihren Kräften liegt, in die Hände des Volks zurückgeben können, aus denen ſie daſſelbe empfangen, worauf es Sache eben dieſes Volks ſein wird, dem ſie hierbei in keiner Weiſe vorgreifen dürfen und wollen, über die definitive Ordnung der öffentlichen Verhältniſſe im Lande zu entſcheiden." Allerdings iſt die Frage der deutſchen Nationaleinigung, welche den Kern der ganzen Bewegung bildet, neuerdings dadurch in eine ſchwierigere Lage getreten, daß: 1) nicht nur das vom deutſchen Reichsverweſer kürzlich berufene Miniſterium Grävell gleich bei ſeinem Amtsantritt von der Reichsverſammlung mit einem wohlverdienten Mißtrauensvotum begrüßt worden iſt, ſondern auch 2) die Centralgewalt ſelbſt in ihrer jetzigen Geſtalt bei der offenen, pflichtwidrigen Weigerung des Reichsverweſers, die Verfaſſung auf jede Weiſe durchzuführen und überhaupt die Beſchlüſſe der konſtituirenden Verſammlung ins Werk zu ſetzen, von dieſer letzteren, deren Geſchöpf ſie war, aufgehoben und ihre anderweitige Gründung beſchloſſen worden iſt. Demungeachtet aber bleibt uns als unverrückbarer Halt- und Mittelpunkt unſerer Beſtrebungen, welcher uns vor jedem Abirren nach irgend welcher Seite hin ſchützt: *die deutſche Reichsverſammlung ſelbſt und das von ihr vollendete Verfaſſungswerk.*

„Gereinigt von den Feigen und Verräthern, die jeden Aufſchwung zu großen energiſchen Beſchlüſſen hemmten, bleibt uns in ihr ein kleiner Haufe feſter getreuer Männer, auf welche das Vaterland mit Stolz und Vertrauen blickt, deren Reihen ſich von Tag zu Tag durch gleich muthige Geſinnungsgenoſſen von nah und fern verſtärken. Und ginge die Verſammlung ſelbſt zu Grunde, was Gott und das deutſche Volk verhüten werden, ſo bleibt uns als ein unvergängliches Vermächtniß ihr Werk, die Reichsverfaſſung, um das ſich alle deutſchen Herzen in Nähe und Ferne ſchaaren, und die als ein ſiegreiches Schild vor ihren Kämpfern einherſchreitet, das ihnen überall, ſelbſt in den Reihen gezwungener Gegner, Bundesgenoſſen ſchafft, welche nur der Gelegenheit harren, ſich mit ihnen zu vereinigen, und die Waffen gegen dieſelben Schergen des Despotismus zu kehren, welche ſie ihnen gegen ihre Brüder aufgedrungen haben."

„Nicht Republik oder Konſtitutionalismus, heißt es endlich in den Schlußworten, ſondern Freiheit oder Knechtſchaft, ruſſiſch oder deutſch, das iſt jetzt die Frage." Wenn die badiſch-pfälziſche Bewegung in dem Geiſte fortzufahren wüßte, der in dieſem Manifeſte wenigſtens *angeſtrebt* wird, wenn es ihr gelänge, in dieſem Sinne die Bewegung zu verbreiten, wenn ſie durch kriegeriſche Erfolge und würdiges Auftreten ſich in Achtung ſetzte, ſo könnte ſie auch jetzt noch, nachdem der erſte Angriff mißglückt iſt, der Kabinetspolitik ein gefährlicher Feind werden. Um ſo mehr werden die Einen beklagen, die Andern ſich freuen, daß ſo viele Ungehörigkeiten und revolutionäre Unreife dieſem Anſatz zum Beſſeren anklebt.

Die Karlsruher Zeitung enthält folgenden Bericht über das Gefecht bei Heppenheim: „Geſtern fand das erſte Zuſammentreffen unſeres badiſchen Freiheitsheeres und der fürſtlichen Söldner bei Heppenheim, Laudenbach und Hemsbach an der Bergſtraße ſtatt. Das Treffen dauerte von 5 bis 8 Uhr Abends und endigte mit einem Rückzuge beider Heeresabtheilungen. Von unſerer Seite zeichneten ſich das 3. und 4. Infanterieregiment, die reitende Artillerie und die Volkswehr von Offenburg, Lahr und anderer Bezirke durch Tapferkeit und Unerſchrockenheit aus. Hätten ſich die Dragoner mit gleicher Ausdauer geſchlagen, ſo hätten wir einen glänzenden Sieg errungen. Nachdem ſich dieſelben bis auf 60 Schritte den feindlichen Kanonen genähert hatten, kehrten ſie, ſtatt vorwärts zu rücken und die losgeſchoſſenen Geſchütze zu nehmen, um, und brachten ſo einige Verwirrung in die Reihen unſerer Fußtruppen. Ohne Zweifel werden ſie die Scharte bei der nächſten Gelegenheit auswetzen. Oberſt Sigel führte ſelbſt unſere Truppen und war

aller Orten voran, wo es galt zu ordnen, zu ermuntern und anzuregen. Er hat ſich bewährt als Feldherr und Krieger. Wir ſehen mit Zuverſicht den Ereigniſſen des heutigen Tages entgegen."

Dieſe Ereigniſſe beſtehen indeſſen nur darin, daß wie ſelbſt die Mannheimer Abendzeitung meldet, die Badner „mit einem Verluſt von 25 — 30 Mann", ſich „möglichſt geordnet" nach Heidelberg und Mannheim zurückzogen. Das Hauptquartier iſt in Heidelberg und Major Sigel ſoll dort ſchon alles Nöthige angeordnet haben, um alle Neckarübergänge zu beſetzen, und die Truppen zu erneutem Kampfe bereit zu halten.

Nr. 17. der Karlsruher Zeitung (ſie datirt von der neuen Aera) enthält eine Soldatenpredigt von K. Heinzen, vorzugsweiſe der preußiſchen Linie und Landwehr gewidmet. Der Inhalt läßt ſich denken.

* **Karlsruhe**, 1. Juni. Der regierende Landesausſchuß hat eine proviſoriſche Regierung aus ſeiner Mitte erwählt. Sie vereinigt die Gewalt des Landesausſchuſſes und der Vollziehungsbehörde. Die Mitglieder ſind Brentano, Gögg, Fickler, Peter, Sigel. Die Gefahr des Vaterlandes, die drängende Zeit, die Nothwendigkeit, „den bevorſtehenden Kampf der Befreiung Deutſchlands mit der erforderlichen Kraft durchzuführen," werden als Gründe angegeben. Die neue Regierung hat ſich durch eine Proklamation angekündigt. „Wir werden beweiſen", heißt es darin, „daß wir uns die thatſächliche Durchführung der Reichsverfaſſung und des Volkswillens nicht blos in Baden, ſondern in allen deutſchen Ländern zum Ziele geſetzt, und daß wir dem Kampfe um Einheit und Freiheit des deutſchen Vaterlandes ein ſiegreiches Panier voranzutragen beſtrebt ſind." Daneben fehlt es nicht an abgeſchmackten Redensarten wie die folgende: „Die Rebellen, der König von Preußen an der Spitze, welche die rohen Horden der Schneegefilde Rußlands in unſer Vaterland rufen, um die Völker zu knechten, ſie müſſen vernichtet werden." Eine neue Anſprache fordert zu freiwilliger Beiſteuer auf. Es ſei nothwendig, wird darin geſagt, daß die einzelnen Einzeichnungen öffentlich bekannt gemacht werden, damit das Volk den Patriotismus der Einzelnen hinreichend beurtheilen könne. Die Wahl der proviſoriſchen Regierung, wie viele andere Anzeichen, deuten darauf hin, daß man badiſcherſeits zum offenſiven Vorgehen in größerem Style entſchloſſen iſt. Die Karlsruher Zeitung variirt dies Thema in mehreren Artikeln.

Raſtatt, 31. Mai. Geſtern that ſich eine große Anzahl hieſiger Soldaten, man ſagt an 400, zuſammen und zog nach dem benachbarten Baden um daſelbſt jene Offiziere, die theils unfreiwillig, wie Oberſt Pierron, theils freiwillig ihre Stellen verließen und ſeitdem ſich dort aufhielten, zu arretiren und ſie zu den übrigen hier einſitzenden Dragoner-Offizieren einzuſperren. Am Abend brachten ſie auch drei Offiziere, v. Göler, Widmann und v. Böcklin gefangen hierher, doch nicht den vor allen geſuchten Oberſten Pierron. Die drei Gefangenen wurden in der Nacht nach Karlsruhe abgeführt. Auf dem Wege nach Baden, ſchon über den Ort Oos hinaus, kam den hinziehenden Soldaten der Bahnzug von Baden aus entgegen, deſſen Lokomotivführer ſie zu halten zuriefen. Weil dieſem Rufe nicht Folge gegeben wurde, fielen auf den Bahnzug mehrere Schüſſe, wodurch einige Wagen, doch ohne daß in denſelben eine Verletzung vorkam, durchlöchert wurden und der Lokomotivführer von einer Kugel in den Schenkel und von Schroten an ſonſtigen Körpertheilen getroffen herabſtürzte. Der Grund zu dieſem gewaltſamen Anhalten des Bahnzuges war wohl kein anderer, als weil man ſich verläſſigen wollte, ob keiner der Geſuchten mittelſt der Eiſenbahn zu entkommen ſuche. Heute waren einige Mitglieder des Landesausſchuſſes von Karlsruhe hier und verwieſen den im Schloßhofe verſammelten Soldaten mit ſtrengen Worten derlei Gewaltthaten. (N. Fr. Z.)

Kaſſel, 25. Mai. Die nach dem Waldeckſchen abgeſandten 400 Mann Heſſen haben hingereicht, den dort ausgebrochenen Unruhen ſchnell ein Ziel zu ſetzen. Sie werden vorerſt daſelbſt ſtationirt bleiben, um die Aufrechthaltung der öffentlichen Ordnung ferner zu ſichern. Die Krawalliſten beſtanden meiſt aus Senſenmännern, die von einigen Aufwieglern in Corbach geſammelt waren. Die Fürſtin, die ſich mit ihrem Sohne kurze Zeit von Arolſen entfernt hatte, iſt bereits wieder dahin zurückgekehrt. (Schw. M.)

Mainz, 2. Juni. Se. kaiſerl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweſer iſt heute hier eingetroffen und hat die Kaſernen der Garniſonstruppen beſucht, wo er mit dem freudigſten Zurufe begrüßt wurde. Auch die Feſtungswerke und Vorrathsmagazine werden beſichtigt werden. Man bereitet hier eben die Wahl für den Erſatzmann unſeres Abgeordneten Zitz zur Reichsverſammlung nach Stuttgart vor. (O. P. Z.)

Gießen, 2. Juni. So eben ſind wiederum 3000 Mann Preußen, das 12. Huſarenregiment, weißblau, aus Eisleben und Merſeburg, ſehr gut beritten, das 31. Linieninfanterie-Regiment von Erfurt, dazu eine Batterie von ſehr ſchwerem Kaliber und Landwehr hier eingerückt; ſie gehen ebenfalls nach Wetzlar. (Frkf. J.)

* **Heſſen-Homburg.** Das „Landgräflich Heſſiſche Regierungsblatt" Nr. 6 enthält einen landesfürſtlichen Erlaß, die deutſche Verfaſſungsſache betreffend, d. d. Homburg 29. Mai 1849, wonach Se. hochfürſtl. Durchl. der regierende Landgraf die von der in Frankfurt tagenden deutſchen Reichsverſammlung endgültig beſchloſſene deutſche Reichsverfaſſung nebſt Wahlgeſetz nicht anerkennen will. Daſſelbe Blatt bringt einen Erlaß, wonach die Stände der Landgrafſchaft auf unbeſtimmte Zeit vertagt ſind. (Die früher gemeldete Vertagung lautete bis zum 4. Juni.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 29. Mai. Das däniſche Truppenkorps unter General Rye hat ſich am Nachmittage des 25. von Skanderborg über Sparuff, Subb und Langaa bei Hornbek zurückgezogen, und am andern Morgen rückte die Avantgarde deſſelben Korps in Randers ein, der wohl im Laufe des Tages das Hauptkorps gefolgt ſein wird; zu gleicher Zeit fanden ſich eine bedeutende Anzahl däniſcher Transportſchiffe, worunter einige Dampfer, in dem Fiord von Udbihoi, einer nur ſchmalen, aber mehrere Meilen langen Bucht, welche bei Randers mündet, ein, was ohne Zweifel darauf ſchließen läßt, daß noch an ſelbigem Tage das Korps nach Fühnen übergeſchifft worden iſt. Damit wäre denn dieſes Korps, was ſo oft in Gefahr war, eingeſchloſſen zu werden, glücklich entkommen und befinden ſich nunmehr, außer der Beſatzung von Fridericia, keine däniſchen Truppen in Jütland. Die Preußen und Baiern haben ſeit dem 22. d., an welchem Tage ein preußiſcher Kurier in das Hauptquartier eintraf, welcher dem General Prittwitz eine Depeſche übergeben, deren Inhalt, wie wir von einer glaubwürdigen, im Hauptquartier ſich aufhaltenden Perſon erfahren, dahin lautet: „Den einmal innehabenden Standpunkt zu behaupten, allein weder auf irgend eine Weiſe vorzurücken, noch den Feind anzugreifen und alle Feindſeligkeiten einzuſtellen", ihre Poſition dieſſeits Aarhuus längs der Küſte genommen, wo ſie in den ſchattigen Wäldern unfern der See Bivouaks bezogen haben. Aus vorſtehender Depeſche erklärt ſich auch das Einſtellen der Feindſeligkeiten vor Fridericia; denn nach dem 23., an welchem Tage an Stelle des demolirten däniſchen Blockhauſes unter dem heftigſten Kugelregen eine ſtarke Schanze vom 3. Bataillon aufgeworfen wurde, welche nur 600 Schritte von den Feſtungswällen entfernt iſt und ſomit dazu angelegt worden, um Breſche gegen die Wälle ſchießen zu können, iſt alles ruhig, und man glaubt plötzlich in mitten des tiefſten Friedens verſetzt zu ſein. Wenn man aber bedenkt, daß die Feſtung ſeit dem 8. d., alſo bereits 21 Tage belagert iſt, ſo muß man ſich unverholen geſtehen, daß in dieſer Zeit ſehr wenig geſchehen, denn mit Ausnahme einiger Terrainvortheile, welche uns etwas näher zur Feſtung gebracht, und dem Vernichten mehrerer Gebäude in Fridericia und des Blockhauſes, iſt nichts erhebliches gewonnen.

Großbritannien.

* **London**, 1. Juni. Die M. Poſt zeigt an, daß Herr Ernſt Bunſen mit Familie von London abgereiſt ſei, um ſich nach den Rheinprovinzen zu begeben und hier auf den Ruf des Königs in die Reihen der Landwehrleute einzutreten. Dieſelbe Zeitung ſcheint die Nachricht der Times von der angeblich bevorſtehenden Vermählung des Grafen von Montemolin mit einer reizenden Engländerin noch bezweifeln zu wollen; ſie verſichert, daß keiner ſeiner Vertrauten von einem ſolchen Vorhaben des Prinzen Kenntniß habe.

Am 28. hielt die Geſellſchaft zur Unterſtützung nothleidender Fremden oder die „Friends of foreigners in distress" ihr jährliches Feſtmahl in der Londoner Taverne, an dem faſt 200 Herren Theil nahmen, hierunter der Patron der Geſellſchaft, der Herzog von Cambridge, ferner der Graf Kielmannsegge, Baron Stehauſen, Baron Kneſebeck u. ſ. w. Der Herzog von Cambridge, und nach deſſen Entfernung, Hr. E. H. Sieveking führten den Vorſitz. Ritter Bunſen und der türkiſche Geſandte hatten zugeſagt, zu erſcheinen, waren aber durch unvorhergeſehene Umſtände abgehalten.

Die neuen auf Anlaß des Feſtmahls eingelaufenen Beiträge beliefen ſich auf nahe 2000 Pfd. Hierunter hatte die Königin 100 Pfd., der König von Hannover 50 Pfd., F. Huth ebenſoviel, Ritter Bunſen 30 Pfd., Jenny Lind ebenſoviel, die Rothſchilds nur ebenſoviel, der Herzog von Cambridge und der türkiſche Geſandte jeder 20 Pfd., der franzöſiſche Geſandte Admiral Cecille 15 Pfd. und der öſterreichiſche Geſandte Graf Colloredo 10 Pfd. beigeſteuert. Aus der Rechnungsablage ergab ſich, daß während der letzten 12 Monate 1091 Pfd. Unterſtützung in 2653 Fällen gereicht und davon noch 236 Perſonen in Stand geſetzt wurden, nach ihrer Heimath zurückzukehren; 913 Pfd. wurden in Wochenzahlungen für 80 Penſionäre und 343 Pfd. für 93 alte Perſonen verwandt. Die Noth der Zeit hat aber die Geſellſchaft genöthigt, einen Theil ihres reellen Eigenthums zu verkaufen, ſo daß der Werth deſſelben von 10,400 Pfd. auf 9400 geſunken iſt.

Geſtern trat das Unterhaus nach den Pfingſtfeiertagen wieder zum erſten Mal zuſammen. Die Verhandlungen waren aber für das Ausland von keinem Intereſſe.

Frankreich.

* **Paris**, 1. Juni. Die Parteien in der Legislative haben ihre Kräfte zu prüfen begonnen, die Verſammlung hat ihr definitives Bureau gewählt. Die gemäßigte Partei hat einen entſcheidenden Sieg erfochten: ſie hat den Präſidenten und die ſämmtlichen Vicepräſidenten geſtellt und nur bei den Sekretärswahlen Gnade walten laſſen und in erſter Reihe einen Montagnard ernannt. Zum Präſidenten iſt mit 336 unter 609 Stimmen Dupin der Aeltere ernannt, der ſpezielle Kandidat der Reunion Mole-Thiers und er würde mit ſehr bedeutender Majorität geſiegt haben, wenn nicht die Reunion Dufaure die Stimmen zerſplittert und im General Lamoriciere, dem ſie 76 Stimmen zuwendete, einen eigenen Kandidaten aufgeſtellt hätte. Der Kandidat der Montagne, Ledru Rollin, vermochte nur 182 Stimmen für ſich zu gewinnen. Die erwählten Vicepräſidenten ſind Baroche, General Bedeau, Jules de Laſteyrie, Denis Benoiſt, de Sèze und Tocqueville, drei der Reunion Mole-Thiers, drei der Reunion Dufaure angehörend. Daß übrigens die Linke wie Ein Mann geſtimmt hat, geht deutlich daraus hervor, daß die nächſtmeiſten Stimmen und durchgängig dieſelbe Zahl von Stimmen auf eine Reihe ihrer Notabilitäten, auf Felix Pyat, Boichot, Lamennais ꝛc. gefallen war, während z. B. General Lamoriciere nur die Hälfte derſelben erlangt hatte. Zu Sekretären ſind ernannt, in erſter Reihe, wie ſchon erwähnt, um einem parlamentariſchen Herkommen zu entſprechen, welches jede Meinung im Bureau vertreten ſein läßt, ein Montagnard, Arnaud (von Arriege), außerdem die Mitglieder der gemäßigten Partei Peupin, Lacaze, Chapot, Heckeren und Berard.

Ueber das neue Miniſterium erfährt man noch immer nichts Gewiſſes: eine wahre Fluth von Kombinationen überſchwemmt die Börſe und das Publikum. Die halbamtliche Patrie kündigt an, daß die Miniſterliſte zugleich mit der Botſchaft des Präſidenten der Republik an die Nationalverſammlung erſt dann mitgetheilt werden ſoll, wenn das Bureau derſelben definitiv konſtituirt iſt. Das iſt noch nicht der Fall, denn die Quäſtoren ſind noch nicht gewählt.

Die italieniſche Angelegenheit, welche in den nächſten Tagen in der Nationalverſammlung zu lebhaften Diskuſſionen führen wird, beſchäftigt mehr und mehr die Aufmerkſamkeit der Journale. Der heutige National enthält einen längeren Artikel über dieſen Gegenſtand, aus dem wir das Weſentliche mittheilen. Bekanntlich hat Louis Bonaparte neben dem außerordentlichen Bevollmächtigten der offiziellen Regierung, Hrn. v. Leſſeps, noch einen ſeiner Vertrauten, Hrn. v. Perſigny, nach Italien geſchickt, um im Auftrage der occulten Regierung zu handeln und namentlich dem General Oudinot deren Inſtruktionen zu überbringen. Es ſcheint, daß dieſe Sendung in dem Benehmen des Hrn. v. Leſſeps eine totale Veränderung bewirkt hat und daß beim Ablauf des am 22. Mai auf 8 Tage geſchloſſenen Waffenſtillſtandes die Feindſeligkeiten ſofort wieder beginnen werden, — das größte Unglück und die größte Schande, womit Frankreich in dieſem Augenblick bedroht iſt, ſagt der National. Auch ſoll der von dem Präſidenten der Republik ſo ſehr gewünſchte Wiedereintritt des Hrn. v. Falloux in das neue Miniſterium nur unter der ausdrücklichen Bedingung der Reſtauration des Papſtes ſtattfinden. Hr. v. Falloux, der Geſchichtſchreiber Pius V. und Bruder des Monſignor Falloux, Geheimſekretärs des Papſtes, beſteht unweigerlich auf dieſer Bedingung. Andrerſeits will der National aus ſehr guter Quelle wiſſen, daß der König von Neapel, wüthend über die zwei Niederlagen, die er erlitten, eine energiſche Proteſtation gegen die paſſive Haltung der franzöſiſchen Armee erlaſſen hat. Die Nationalverſammlung hat zu ihrer Bewachung nur noch ein Bataillon Infanterie, da jede ernſtliche Gefahr für den Augenblick verſchwunden iſt. Es heißt, daß bei den Regimentern der Pariſer Garniſon eine Proteſtation gegen den Feldwebel Rattier unterzeichnet werden wird, weil derſelbe geſtern als Repräſentant der Armee aufgetreten iſt, ohne ein Mandat dazu zu haben.

Der Miniſter des Innern hat verfügt, daß allen fremden Flüchtlingen der Aufenthalt im Bezirk von Toulon unterſagt ſein ſoll. Am 28. Mai hat zu Kolmar im Elſaß eine große Volksverſammlung ſtattgefunden, deren Gegenſtand die deutſche Bewegung und die Konzentration von Truppen um Frankfurt ausmachte. Die Verſammlung beſchloß eine Petition an die Nationalverſammlung, worin verlangt wird: 1) daß das Vaterland in Gefahr erklärt werde; 2) daß Frankreich die Regierungen von Speyer und Karlsruhe anerkenne; 3) daß die Unverletzlichkeit der Pfalz und Badens erklärt werde; 4) daß die Nationalverſammlung ſofort eine Obſervationsarmee an die öſtliche Grenze ſchicke, mit dem Auftrag, beide Staaten, falls ſie bedroht würden, zu beſchützen; 5) daß Frankreich beiden Völkern Waffen und Munition liefere.

Ungarn.

* Die Nachrichten über die Kriegsoperationen ſind durchaus fragmentariſch und unſicher; nur die Einnahme von Ofen durch die Magyaren und die Räumung von Orſova durch die Kaiſerlichen treten aus dem Dunkel mit Beſtimmtheit hervor. Der Beginn der kombinirten ruſſiſch-öſterreichiſchen Bewegungen wird von Tag zu Tag angekündigt und von Tag zu Tag verſchoben. Nach der Allg. Ztg. würde Welden ſeine Truppen nicht früher einrücken laſſen, als bis die Ruſſen an der nördlichen Gränze Ungarns bei Dukla und Alſcho-Beretzke vollzählig mit ihrem ganzen Reſervekorps zum Einmarſch bereit ſeien, was noch 10—14 Tage anhalten könne. Fürſt Paskewitſch ſoll bei dem ruſſiſchen Hilfskorps am 8. Juni erwartet werden.

Aus Preßburg ſchreibt man der Allg. Ztg. vom 28. Mai: „Es liegt ein Brief aus Tyrnau vor mir, welcher die Ankunft einer ruſſiſchen Macht von etwa 20,000 Mann in jener Stadt meldet. Sie ſollen als Avantgarde größerer Heerhaufen gekommen ſein, und die nächſte Beſtimmung an die Gran (auf dem rechten Donau-Ufer) haben, während die nun allenthalben eindringenden Ruſſen von den öſtlichen Abhängen der Karpathen aus eine allgemeine Offenſive gegen die Ebenen Ungarns ergreifen.“

A. Z. C. Briefe aus der Buka drücken die Befürchtung aus, daß der Einmarſch der Ruſſen in Siebenbürgen noch nicht erfolgt ſein dürfte, weil kaum anzunehmen, daß Bem ſich im Falle des geſchehenen Einmarſches nach Orſova begeben haben würde, wo er ſich jetzt befindet. Die Räumung Orſova's durch Puchner iſt noch immer ein nicht gelöſtes Räthſel.*) Am 26. hatte die Südarmee die Donau noch nicht überſchritten; doch hörte man an dieſem Tage in Winkowze in der Richtung gegen die Donau eine heftige Kanonade, welche mehrere Stunden dauerte und nach Mitternacht begonnen hat. Wie vermuthet wird, haben die Magyaren bei Sotin oder Illok einen Uebergang verſucht, da ihnen an einem Handſtreiche nach Slavonien viel zu liegen ſcheint. Die Magyariſche Heeresmacht ſoll, wie glaubwürdig verſichert wird, bereits auf 400,000 Mann angewachſen ſein, und beſteht aus 13 Armeekorpskommandanten, 160 Generalen, 270 Oberſten; dann aus 67 Linien-Infanterieregimentern, 21 Regimentern Honved's, 6 Bataillons der Fremdenlegion, 11 Artillerieregimentern zu 1000 Mann, 1600 Karabiniers, 6 Jägerregimentern, 28 Huſarenregimentern, 14 Regimentern berittener Honved's und 2 Regimentern berittener Jäger. Bewaffnet ſind kaum 190,000 Mann; die übrigen führen Senſen und dergl. In Bezug auf Nationalität beſtehen zwei Viertheile (?) der regulären Truppen aus Polen; ein Viertheil bilden Italiener, Franzoſen und Deutſche; das letzte Viertel beſteht zur einen Hälfte aus wirklichen Ungarn und andern Theils aus gemiſchten Nationalitäten aller Weltgegenden (?). Aus Preßburg wird geſchrieben, daß die Truppendislokationen ununterbrochen fortdauern. Magyaren haben das von den

*) Nach wiederholten Nachrichten iſt das unglückſelige Puchner'ſche Korps bei Orſova neuerdings geſchlagen und zerſprengt worden.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Vizepräſident Löwe nach Stuttgart. Freiſchaarenzüge). Wien (Der Kaiſer. Erzherzogin Sophie. Welden legt das Kommando nieder. Kundmachung des Gouverneurs. Verfolgung der Studenten. Der Krieg in Ungarn. G. M. Hentzi.) Berlin (Die Reichsverfaſſung. Die deutſchen Staaten. Ruge's Manuſcripte. Neue Schriften. Das preußiſche Heer. Friedensverhandlungen. Der König und die Königin. Vater Karbe. Das Schiedsgericht. Verhaftungen. Die Ausweiſungen. Finanznoth.) Königsberg (Die Landwehr). München (General v. Gerlach abgereiſt. Volksverſammlungen. H. v. Raumer. Kriegeriſche Rüſtungen. Baiern und Preußen). Darmſtadt (Der Angriff auf Baden und die Rheinpfalz. Leichenbegängniß der gefallenen Offiziere.) Von der Bergſtraße (Nachrichten aus Baden). Hamburg (Herr Heckſcher).

Italien. (Einzug der Oeſterreicher in Florenz. Abzug der Neapolitaner aus dem Kirchenſtaat. Die franzöſiſche Expeditionsarmee und die Unterhandlungen. Blokade von Palermo aufgehoben).

Dänemark. Kopenhagen (Die ruſſiſche Flotte).

Ungarn (Treffen bei Trentſchin).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 4. Juni).

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 3. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat geſtern abermals eine, diesmal ausſchließlich der Berathung der Verfaſſung gewidmete Sitzung gehalten. Es war zuvörderſt noch der Artikel 66 des Entwurfes zu erledigen, deſſen eventuell gebotene Aenderung von der Mitgliederzahl von 80 reſp. 16 in 81 reſp. 15 bis zur Entſcheidung über Art. 75 ausgeſetzt worden war: nachdem Art. 75 in der Faſſung des Entwurfs votirt werden, war zu jener Aenderung kein Grund mehr vorhanden und der Artikel wurde ohne weitere Debatte genehmigt. Ebenfalls ohne Erörterung angenommen wurde Art. 76. Den ganzen übrigen Theil der Sitzung aber füllte eine weitſchweifige Debatte über Art. 77 und 78. Art. 77 des Entwurfs enthält die Beſtimmung, daß kein Abgeordneter wegen einer Aeußerung oder Abſtimmung in der Verſammlung oder deren Ausſchüſſen an irgend einem Orte außerhalb der Verſammlung zur Verantwortung gezogen oder zur Rede geſtellt werden könne. Es wurde dagegen der Einwand erhoben, daß eine derartige Beſtimmung, wo ſie in ſolcher Allgemeinheit in anderen Verfaſſungen ſich finde, entweder durch ſehr eigenthümliche Verhältniſſe bedingt oder durch die Praxis modificirt oder endlich durch eine der Verſammlung ſelbſt beigelegte disziplinariſche Befugniß paralyſirt ſei, daß es aber vor allen Dingen in einem ſo kleinen Staate wie Frankfurt, deſſen Repräſentanten auch außerhalb der Verſammlung faſt täglich in nothwendiger Berührung zu einander ſtünden, höchſt bedenklich und den Frieden des Gemeinweſens ſtörend erſcheinen müſſe, wenn man einer verhältnißmäßig großen Zahl von Männern unbedingt und ohne alle Abhülfe das Recht zuſtehen wolle, nach Belieben die Ehre und den guten Namen ihrer Mitbürger mit Füßen zu treten. Nur mit 48 gegen 45 Stimmen wurde in namentlicher Abſtimmung die Faſſung des Entwurfs angenommen, und gar nur mit 47 gegen 46 Stimmen wurde ein Antrag des Herrn Dr. Manhayn abgelehnt, welcher, freilich wohl mehr um das Prinzip zu retten, als um eines praktiſchen Nutzens wegen, hinter den Worten „wegen Aeußerungen und Abſtimmungen in der Verſammlung oder deren Ausſchüſſen“ das Einſchiebſel vorſchlug: „in der Ausübung ihres Berufs“. Eine noch längere Debatte rief Art. 78 des Entwurfs hervor, welcher verfügt, daß kein Abgeordneter ohne Bewilligung des Volksraths, den Fall der Ergreiſung auf friſcher That ausgenommen, verhaftet oder in Unterſuchung genommen werden darf. Von mehreren Seiten wurde eine Beſchränkung dieſer Verfügung auf die Anſchuldigung wegen politiſcher und Preß-Verbrechen beantragt, indeß ſiegte hier die doppelte Rückſicht, einmal, daß es im einzelnen Falle zweifelhaft ſein könne, ob ein politiſches oder ein gemeines Verbrechen vorliege, dann, daß es rathſam erſcheine, auch die Möglichkeit abzuſchneiden, einen Abgeordneten unter dem Vorwande eines gemeinen Verbrechens ſeiner Freiheit zu berauben. Von anderer Seite wurde aber mit Recht hervorgehoben, daß die Faſſung des Entwurfs zu allgemein gehalten ſei, da ſie einestheils nicht einmal eine Haft aus Verbindlichkeiten des bürgerlichen Rechts ausſchließe, anderntheils aber kein Grund exiſtire, auch die Einleitung einer Unterſuchung gegen einen Abgeordneten, da dieſelbe deſſen fernere Wirkſamkeit in keiner Weiſe beeinträchtige, von der Bewilligung des Volksraths abhängig zu machen. Dieſe Rückſichten drangen durch; alle übrigen in großer Zahl geſtellten Amendements wurden zurückgezogen; nur Hr. Herwig zog es vor, ſeinen Antrag erſt von Herrn Dr. Reinganum, der heute wieder einen ſeiner beſten Tage hatte, ganz im Vorübergehen, aber dennoch vollſtändig todtmachen und dann in förmlicher Abſtimmung beſeitigen zu laſſen: der Artikel wurde darauf in der von Herrn Dr. Reinganum formulirten Modifikation votirt, daß eine Unterſuchung gegen einen Abgeordneten in keinem Falle beanſtandet, ſeine Verhaftung aber nur bei ſtrafrechtlichen Anſchuldigungen an die Bewilligung des Volksraths gebunden iſt.

Die heute angenommenen Artikel lauten demnach wie folgt: „Art. 66. Die Stadtgemeinde wählt achtzig, die vereinigten Landgemeinden wählen ſechzehn Abgeordnete. Art. 76. Die Abgeordneten vertreten die Geſammtheit der Staatsangehörigen, nicht den Bezirk, in welchem ſie erwählt ſind. Sie können durch Aufträge oder Vorſchriften ihrer Wähler nicht gebunden werden. Art. 77. Die Abgeordneten dürfen wegen Aeußerungen und Abſtimmungen in der Verſammlung oder deren Ausſchüſſen an keinem Orte außerhalb der Verſammlung zur Verantwortung gezogen oder zur Rede geſtellt werden. Art. 78. Kein Abgeordneter darf ohne Bewilligung des Volksrathes wegen ſtrafrechtlichen Anſchuldigungen verhaftet werden, ausgenommen in dem Fall der Ergreifung auf friſcher That, wo die nachträgliche Genehmigung des Volksrathes unverzüglich einzuholen iſt.“

*** **Frankfurt**, 4. Juni. Geſtern Morgen iſt endlich auch der augenblickliche Vorſitzende des Rumpfparlaments, Vicepräſident Löwe nach Stuttgart abgegangen und wie verſichert wird, nicht mit leichtem Herzen. Einige Mitglieder, welche anfänglich Willens waren, nach Suttgart zu gehen um die Vertagungsfrage zu unterſtützen, ſind noch unentſchloſſen, da über den Stand der Dinge in Würtemberg noch keine verläſſigen Nachrichten vorliegen. Bis heute Morgen wußte man noch nicht, ob es zu einer demokratiſchen Schilderhebung dort wirklich gekommen iſt.

*** **Frankfurt**, 4. Juni. Von Hanau ſind vorgeſtern 300 Mann, wie man hört, wohlausgerüſtete Freiſchaaren aufgebrochen, um zu ihren Brüdern in Baden zu ſtoßen. Sie ſollen polniſche Offiziere bei ſich gehabt haben und mit einem Dampfbote mainaufwärts bis Werthheim gegangen ſein, was unglaublich lautet. Andererſeits heißt es, es ſei ein kombinirter Angriff von Main-Freiſchaaren auf die Reichsarmee beabſichtigt geweſen, wozu aber die angegebene Stärke von 1500 Mann nicht hinreichend wäre. Bedeutende Truppenabtheilungen ſind heute und geſtern von hier auf der Main-Neckarbahn abgegangen.

△ **Wien**, 21. Mai. Heute früh kam der Kaiſer ganz unerwartet in die Alſerkaſerne und ließ die Mannſchaft ausrücken, und als dies ſehr ſchnell bewerkſtelligt war, drückte er ſeine Zufriedenheit aus und begab ſich zu Pferd wie er gekommen war, nur von einigen Adjutanten begleitet, wieder nach Schönbrunn zurück. Heute zum erſtenmale kam die Erzherzogin Sophie aus Schönbrunn in die Stadt und verweilte eine Stunde ziemlich unbemerkt in der Burg.

Feldzeugmeiſter Welden legt wie es ſcheint das Kommando nieder; er wird dieſen Abend hier erwartet, um ſogleich mittelſt Eiſenbahn nach Grätz abzugehen. Die Beweggründe zu dieſem plötzlichen Wechſel werden auf das verſchiedenartigſte ausgebeutet. Die wahrſcheinlichſte Veranlaſſung ſcheint jedoch zu ſein, daß ihm die Nachricht über den Verluſt Ofen's einen ſo heftigen Schlaganfall zuzog, daß er, wie behauptet wird, noch bis heute nicht der Sprache mächtig iſt. Eine andere Verſion ſagt, Welden ſei zwar ſehr angegriffen, ohne jedoch eigentlich krank zu ſein, es ſei ihm darum eine Stelle in der nächſten Nähe des Kaiſers, welcher den Oberbefehl faktiſch übernommen, beſtimmt; Welden würde ſomit die Leitung der Operationspläne behalten und nur die Ausführung derſelben an Haynau übergehn. Letzteres glaube ich bezweifeln zu müſſen. Gewiß iſt, daß Haynau den Oberbefehl über die Donauarmee bereits übernommen hat. Wie es um die Stimmung der Bevölkerung ſteht, das ſagt Ihnen am Beſten der neueſte Erlaß des Gouverneur-Stellvertreters von geſtern, worin er ſagt, es ſei mit Bedauern wahrgenommen worden, daß an öffentlichen Orten die Angelegenheiten des Tages wieder mit einer Leidenſchaft, mit einer Erbitterung von den „Schlechtgeſinnten“ beſprochen und auf eine Weiſe verhandelt würden, welche die Böswilligkeit ihrer Abſicht offen an den Tag lege. Er bedroht daher diejenigen Gaſt- und Kaffee-

wirthe ꝛc., welche es dulden, daß in ihren Lokalitäten aufreizende Reden geführt werden, ohne den Wortführer entweder ſelbſt auszuweiſen, oder dazu den Beiſtand der Sicherheitswache anzurufen, gleich für das erſtemal mit der Sperre ihres Gewerbes für die ganze Zeit des Belagerungszuſtandes. Auch das Kolportiren von Zeitſchriften wird wiederholt verboten und die Gaſthauslokalitäten ꝛc. ſind um Mitternacht ebenfalls bei „Verluſt des Betriebes" zu ſchließen. Das wird hinreichend klar machen, in welcher Lage wir uns, trotz des Belagerungszuſtandes, trotz der ſtand- und kriegsrechtlichen Hinrichtungen, trotz der täglichen Verhaftungen befinden. Ganz beſondere Aufmerkſamkeit widmet man noch immer den Studenten. Sogar die ſich zum Examen melden, müſſen zuvor eine Unterſuchung auf der Stadthauptmannſchaft beſtehen und Legitimationen aller Art beibringen, ſo daß ihnen der Staatsdienſt ſchon im Vornhinein gehäſſig wird. Die Verfolgung gegen die Burſchenſchaften auf Veranlaſſung Metternichs kommt uns dabei ins Gedächtniß. Im Mannesalter ſaßen viele Mitglieder derſelben im deutſchen Parlament; wozu wird die Verfolgung unſre Studenten noch treiben? Viele fechten bereits aus Verzweiflung, nicht aus Ueberzeugung, in den Reihen Koſſuths.

Die erſten Ruſſen, die bis jetzt auf ungariſchem Boden ſtehen, ſind in Tyrnau, eine Vorhut von 20,000 Mann Infanterie und Kavallerie. Am beſten gefallen ihre Pferde, die Mannſchaft ſoll die Spuren des weiten Marſches an ſich tragen. Von dem Korps, welches über Galizien einrücken ſoll, hat noch kein Mann die Grenze überſchritten. Die Magyaren haben die Grenzpoſten ſo ſtark befeſtigt, daß ſich die Ruſſen erſt konzentriren müſſen ehe ſie angreifen. Unſere Journale berichten uns heute, daß Perczel von Knicanin in Pancſova eingeſchloſſen und ſo gut als verloren iſt; doch erſcheint ſeine Lage noch keineswegs ſo rettungslos, wenn man bedenkt, daß von Pancſova nach Temesvar eine breite Straße führt; dort ſteht bekanntlich, eine größere Streitmacht der Magyaren die in 24 Stunden Pancſova erreichen kann. Ebenſo iſt der Weg nach Karanſebes offen, das ebenfalls Hülfe ſenden kann, und es wird der ganzen Kraft des Banus bedürfen, um in jenen Gegenden Herr zu werden. Unterdeſſen hat Puchner Orſova „aus ſtrategiſchen Gründen" wirklich ohne Schwertſtreich wieder geräumt. Am 29. war ein Konflikt bei Neuſtadt, deſſen größere oder kleinere Bedeutung wir noch nicht kennen; unſere Hauptmacht ſteht noch immer bei Szerdahely und die der Magyaren zwei Stunden weiter in Megyaz. Die Angriffslinie (natürlich wenn die Ruſſen erſt in hinreichender Anzahl eingetroffen) wird ſich von den öſtlichen Karpathen bis herunter an die Raab erſtrecken, und der Angriff ſoll auf allen Punkten gleichzeitig ſtattfinden.

* **Wien**, 31. Mai. In Erlau iſt die Cholera ausgebrochen. In der Samogy iſt der Landſturm organiſirt und ſind die Gewehre dem Volke zurückgegeben worden. Der „Peſti Hirlap" ſagt von G. M. Hentzi, der in Ofen den Heldentod ſtarb, daß er ein verwegener und tapferer Soldat geweſen, der die Feſtung bis zum letzten Tropfen Blutes gehalten habe. Seines Theils nahm er immer den gefährlichſten Poſten ein. G. M. Heinrich Hentzi, Edler von Arthurm war 1785 geboren und hat ſeine mehr als 45jährige Dienſtzeit ſtets im Ingenieurkorps zugebracht. 1813 war er Commandant des Sappeur- und 1845 des Mineurkorps; 1848 zum General-Major befördert, wurde er Feſtungskommandant in Peterwardein. Hier war es, wo er die Feſtung dem Kaiſer erhalten wollte, jedoch gefangen nach Ofen abgeführt und im Januar d. J. auf freien Fuß geſetzt wurde. Der Kaiſer v. Rußland hat dem Miniſter-Präſidenten F. M. L. Fürſten Schwarzenberg den kaiſ. ruſſ. Alexander-Newsky-Orden in Brillanten ertheilt. Die Königin von Griechenland wird heute oder morgen erwartet; der ganze erſte Stock des Gaſthofes zum röm. Kaiſer iſt für die hohe Frau hergerichtet und mit Blumen feſtlich ausgeſchmückt.

Wien, 31. Mai. Die A. Z. C. theilt als Neueſtes mit, daß F.Z.M. Welden durch ein kaiſerliches Handſchreiben von Ungarn abberufen wurde, die Leitung des Gouvernements in Wien wieder übernimmt, und F.M.L. Haynau an ſeine Stelle tritt.

☿ **Wien**, 31. Mai. Das Wichtigſte aller Gerüchte iſt die mehr als wahrſcheinliche Entfernung Weldens vom Oberkommando der ungariſchen Armee. Gleich in den erſten Tagen der Anweſenheit Haynau's entwickelte ſich der alte Zwiſt zwiſchen dieſen Generälen, und der Fall Ofens ſprach zu Gunſten dieſes Feldherrn, während die Militärs das Vertrauen zum Stadtgrabenhelden verloren. Welden iſt nicht minder kopflos als Windiſchgrätz; ſein Verfahren hier hätte Allen die Augen öffnen können, aber man wollte gerade einen Bärbeißer gegen die Revolutionäre und duldete ſeine ſtyliſtiſchen Uebungen, die der Welt zum Gelächter dienten. Seine Unfähigkeit aber als Kommandirender hat ſich bei Acs und bei mehreren Schlappen in der Schütt bewieſen. Haynau verträgt ſich nicht mit ihm und erhält wahrſcheinlich an ſeiner Statt den Oberbefehl. Radetzky, dem er ſchon wiederholt angeboten wurde, entſchuldigt ſich mit der Nothwendigkeit, die italieniſchen Affairen zu Ende zu bringen.

Lith. Korr. **Berlin**, 1. Juni. Der zwiſchen Preußen, Hannover und Sachſen vereinbarten Reichsverfaſſung iſt geſtern das neue Wahlgeſetz für Preußen gefolgt. Bei dem durch den Belagerungszuſtand niedergehaltenen öffentlichen politiſchen Leben läßt ſich ſchwer über die Aufnahme, die dieſe neueſten Akte unſeres Kabinets gefunden haben, urtheilen. Die Börſe, obſchon prinzipiell mit den Beſtimmungen jener Entwürfe einverſtanden, ſcheint, wenn man die Kourſe als maßgebend annehmen darf, doch nicht zu vergeſſen, daß die Reichsverfaſſung eben nur von drei Regierungen anerkannt iſt, und daß dieſe deutſche Charte ohne Werth bleibt, wenn eine weitere und ſchnelle Vereinbarung mit den übrigen deutſchen Regierungen nicht erfolgt. Die kleine Bourgeoiſie nimmt wenig Antheil an den neueſten Ordonnanzen; — charakteriſtiſch genug für dieſen Theil der Bevölkerung dreht ſich ſeine Unterhaltung noch immer um den Diebſtahl, den die Stadtkaſſe erlitten, während das Wahlgeſetz, wie die Reichsverfaſſung von ihm ignorirt wird. In den der Regierung nicht fern ſtehenden Kreiſen hofft man, daß binnen kurzer Zeit in Betreff der Reichsverfaſſung zuſtimmende Erklärungen von Bernburg, den beiden Mecklenburg, Oldenburg, Reuß und anderen kleinen Staaten eingehen werden. Auch den Beitritt Baierns erwartet man, obſchon die bisherigen Schritte der Regierung dieſes Landes dieſe Hoffnung nicht allzuſehr berechtigen. Die beſonderen Rückſichten, die der Verfaſſungsentwurf Baiern den andern größern Staaten Deutſchlands gegenüber angedeihen läßt, haben dieſen Staat nicht vermocht, von ſeinen großdeutſchen Planen abzugehen. Man lehnt ſich in München noch immer an Wien an. — Auch mit Oeſterreich ſind noch viele Schwierigkeiten in Bezug auf den „weitern Bund" zu beſeitigen und für Preußen iſt deren Beſeitigung zur Ehrenſache geworden durch hierauf bezügliche Verſprechungen an die Höfe von Dresden und Hannover. — Das Verſchwinden eines per Poſt von dem Ruge'ſchen Verlagskomptoir in Leipzig an einen hieſigen Schriftſteller Hrn. v. B. geſandten Pakets, Manuſkripte enthaltend, macht hier viel Aufſehen, da das Generalpoſtamt über deſſen Verbleib keine Auskunft ertheilen zu können vorgibt, die Manuſkripte aber ſich in den Händen der Polizeibehörde befinden ſollen. — In dieſen Tagen erſchien bei Herrmann Schultze der Roman „die Republikaner von Neapel" von Adolph Stahr. Die Baſis iſt durchaus hiſtoriſch, dem Geſchichtswerke Pietro Coletta entnommen, welcher ſelbſt eine Hauptrolle ſpielt in dieſem tiefergreifenden Drama. Ebenfalls von großem Intereſſe iſt der gleichzeitig erſchienene: „Ein Prinz von Preußen" Roman von Fanny Lewald, welcher die Schickſale des Prinzen Louis Ferdinand, des einzigen Roué der preußiſchen Prinzen, in gewohnt geiſtreicher Weiſe behandelt.

Berlin, 1. Juni. Die Friedenskonferenzen nehmen ihren Fortgang. Der engliſche Generalkonſul Hodges iſt von Hamburg berufen, um denſelben beizuwohnen. Er ſchildert die Stimmung der Herzogthümer in einer Weiſe, daß der däniſche Bevollmächtigte darüber zum Nachdenken gebracht wird. (K. Z.)

Berlin, 1. Juni. Der König und die Königin ſind heute mit ihren Hofſtaaten und dem Kabinet von Charlottenburg nach Potsdam übergeſiedelt. Die bisher in Charlottenburg ſtationirten Soldaten der Berliner Garniſon ſind heute wieder hierher zurückgekehrt. — Die geſtrigen Gerichtsverhandlungen über den „Vater Karbe" ſcheinen einen lebhaften Eindruck gemacht zu haben und wurden im Publikum vielfach beſprochen. Beſonders fand man ſich über ſeinen Charakter enttäuſcht, über den zwar bislang allerlei Zweifelhaftes kurſirte, das aber doch dem ehrwürdigen Ausſehen des Angeklagten und ſeiner ſittlich religiöſen Haltung gegenüber nicht aufzukommen vermochte. Jetzt erfuhr man offiziell daß er ſchon dreimal beſtraft ſei und zwar 1) wegen Betrugs mit 8 Wochen Gefängniß oder 60 Thaler Geldbuße, 2) wegen Schändung zweier ihm zur Erziehung anvertrauten jungen Mäd-

chen, 3) wegen Ausſtellung falſcher Atteſte mit 2½ Jahr Zuchthaus. Um ſo widriger war der Eindruck, wenn der Angeklagte bei ſeiner Vertheidigung unaufhörlich Gott im Munde führte und nur mit Bibel-Verſen antwortete. Heute, als am zweiten Sitzungstage, haben nun die Geſchworenen ihr Urtheil über ihn geſprochen. Daſſelbe lautet auf „Schuldig des Aufruhrs" und gegen den Mitangeklagten Bülow auf „Schuldig des Straßen-Exceſſes." Der Gerichtshof verurtheilte demgemäß den Karbe zu 2 Jahren Feſtungsſtrafe und den Bülow zu drei Monat Gefängniß. Es hatte ſich in der Beweisaufnahme als erwieſen herausgeſtellt, daß Karbe das Volk zu dem Attentat am 31. Okt. v. J. gegen die National-Verſammlung aufgeregt hat. (K. Z.)

A.Z.C. **Berlin**, 2. Juni. Die 8 preußiſchen Armee-Corps ſind kriegsgerüſtet, ſo daß Preußen in dieſem Augenblicke 380,000 Mann auf den Beinen hat. Unter dieſen befinden ſich 40,000 Mann (?) Kavallerie und 400 Geſchütze. Zwei Drittel der Artillerie ſind mit den neuerlich verbeſſerten Wagen verſehen worden. Die Schnelligkeit dieſer verbeſſerten Artillerie-Wagen hat ſich durch Prüfungsverſuche bewährt. Bei einem der letzten Manöver erwieſen ſich die 12Pfünder eben ſo ſchnell fahrend wie die 6Pfünder und legten eine Meile in 36 Minuten zurück.

Lith. Korr. **Berlin**, 2. Juni. Glaubwürdigen Verſicherungen zufolge ſteht die Oktroyirung einer Einkommenſteuer oder einer Zwangsanleihe bevor, da die Regierung durch den ungeheuern Aufwand, den die Mobiliſirung des Heeres erfordert hat, ſchon jetzt mit Finanznoth bedroht iſt. Das Bündniß der Königreiche Preußen, Sachſen und Hannover in Betreff der Bildung eines Bundes-Schiedsgerichts iſt nun bekannt geworden, und ſchon will man hier die preußiſcherſeits zu ernennenden drei Mitglieder wiſſen. Man nennt die Freiherrn Miniſter v. Savigny, Uhden und v. Duesberg. Ob dies mehr als Konjektur iſt, laſſen wir dahin geſtellt. Der Vorbehalt einer Mitwirkung der Volksvertretung bei den Ernennungen der Gerichtsmitglieder iſt auf Antrag des ſächſiſchen und des hannoverſchen Bevollmächtigten in den Staatsvertrag aufgenommen worden, da Preußen einer ſolchen Mitwirkung der „Stände" entſchieden abgeneigt war, Sachſen eine ſolche nicht definitiv ausſchließen mochte, Hannover dagegen dieſelbe für unerläßlich hielt. Die kürzlich vorgenommene Maſſenverhaftung hat den Behörden gegenwärtig eine nicht geringe Verlegenheit bereitet. Die Verhaftungen, die auf Befehl des militäriſchen Kommandos erfolgt ſind, können von der Juſtiz, ſelbſt von der willfährigen Juſtiz, der wir die Entwickelung unſerer konſtitutionellen Zuſtände verdanken, nicht gerechtfertigt werden. Die Unterſuchungsrichter ziehen ſich zurück und wollen ſich in keiner Weiſe bei der Angelegenheit betheiligen, ſo lange die Angeſchuldigten nicht wenigſtens aus dem Militärgefängniß in die Civilhaft übergegangen ſind. Auch der Juſtizminiſter hat jede Einmiſchung ſeinerſeits abgelehnt. Das Ergebniß iſt, daß die Gefangenen freigegeben werden, da man denn doch Scheu trägt, dieſelben noch länger ohne Urtheil und Recht, ja ſogar ohne Anklage im Kerker zurückzuhalten.

Königsberg, 30. Mai. Unter militäriſchen Feierlichkeiten zog die Landwehr, zwei Kompagnien des 1. Königsberger Bataillons, von Memel hierher zurück. Die Generalität und einige hundert Preußenvereiner, die ihre eigenen Kopfbedeckungen mit Eichenlaub umkränzt hatten, in Begleitung von 3 Fahnen und 2 Muſikchören, Artillerie und Jäger in Civilkleidern, waren der Landwehr bis vor das Königsthor entgegenmarſchirt, und begleiteten ſie bis zu ihrem Appellplatze. Der anfängliche Geſang der Landwehr: „Was iſt des Deutſchen Vaterland" wurde durch vier Militärmuſikchöre und durch andere patriotiſchen Geſänge der Mitglieder des Preußenvereins alsbald unterdrückt. Die Landwehr wird den 6. Juni von hier in größeren Abtheilungen zunächſt nach Woldenberg weiterrücken, um zu anderen Zwecken verwendet zu werden. Ihre bisherige Beſtimmung: „zum Schutz der Memeler Küſte gegen die Dänen" ſcheint demnach erledigt zu ſein. (N. K. Z.)

= **München**, 1. Juni. Heute, wie man hört, iſt auch General v. Gerlach abgereiſt; dem von Preußen vorgelegten Verfaſſungsentwurf ſtimmt Baiern mit geringen Modifikationen bis auf die einheitliche Spitze bei; es beharrt nach wie vor auf dem Direktorium; ſollte Oeſterreich zu dem Felſen Deutſchlands, wie König Ludwig als Seher beſtimmt weiß, wiedererſtehen und unter günſtigen Zeitverhältniſſen die Agitation der katholiſchen und großdeutſchen Vereine durchgedrungen ſein, dann würde wohl Baiern an Oeſterreich die einheitliche Lenkung deutſcher Geſchicke zugeſtehen. Baiern proteſtirt auch gegen jedes einſeitige Einſchreiten Preußens in der Pfalz und im Südweſten; es wird nur Reichstruppen dort dulden; d. h. ſolche, welche der Reichsverweſer beordert; dies könnten alſo wohl auch preußiſche ſein, wenn ſie ihr Mandat vom Reichsverweſer haben. König Max II. wird mit den königlichen Prinzen und unter großem Cortège der am 7. d. M. ſtattfindenden großen Frohnleichnamsprozeſſion anwohnen. In Tölz und Holzkirchen im baieriſchen Hochland hat Dr. Sepp am Pfingſtfeſt die deutſche Sache den Söhnen der Berge ausgedeutet. Die ſtattlichen Schützen haben nicht gefehlt und hoch in die freie Bergesluſt haben Alle geſchworen, ſo treu und ſo lange zu Baiern zu ſtehen, als die Himmelbläue der Berge und das Schneeweiß darauf die Farben Baierns wiederſtrahlen, d. h. ewig. Mit unſerm Herzog Max für unſern König Max! lautete der Jubelruf der ſiegesſicheren Scharfſchützen. In unſere Wirren und Mißſtände dringt ein Strahl der Erhebung, der alle deutſchen Männer hier begeiſtert und getröſtet hat; es iſt Hans v. Raumer's aus Dinkelsbühl deutſche Erklärung und deutſche Handlungsweiſe. Dinkelsbühl trat zuerſt für Beſeler und Schleswig-Holſtein agitirend auf.

0 **München**, 2. Juni. Heute ſind wiederum zwei Bataillone der hieſigen Garniſon zum Lager nach Donauwörth abgezogen. Die ihnen im Laufe der vergangenen Woche vorausgegangenen Bataillone werden hingegen mit dem um Nürnberg ſich verſammelnden Armeekorps ſich vereinigen, das die Beſtimmung hat, die Pfalz wieder zu unterwerfen. Zum Kommandanten dieſes beiläufig 20,000 Mann ſtarken Truppenkorps iſt der Generallieutenant Fürſt von Thurn und Taxis in Würzburg ernannt worden. Das Heer wird wahrſcheinlich durch Franken und Heſſen ſeinen Weg nehmen. Heute iſt General v. d. Mark, mit einer diplomatiſchen Miſſion beauftragt, nach Berlin abgegangen; er ſoll Baiern bei einer dort zuſammentretenden Militärkommiſſion vertreten. Wird aber dieſe Kommiſſion von nur einiger Dauer ſein, wenn die baieriſche Regierung beharrlich die Unterzeichnung der oktroyirten deutſchen Verfaſſung verwirft? Schwerlich, wie gerne ſich auch alle Fürſten die Hand bieten würden, die Bewegung in Süddeutſchland mit Gewalt der Waffen zu unterdrücken, ſo kann doch von einer dauernden Vereinigung unter gegenwärtigen Umſtänden kaum die Rede ſein, da es an Grund zu Mißtrauen zwiſchen den drei verbündeten norddeutſchen Königreichen und dem ihnen gegenüberſtehenden Baiern nicht fehlen kann. Der nächſte Montag, an welchem nach längerer Pauſe wieder einmal Sitzung der Kammer der Abgeordneten ſein wird, wird uns wahrſcheinlich Aufklärung bringen über die äußere Politik, welche das Miniſterium nun einzuſchlagen geſonnen iſt: wenigſtens ſucht man die Urſache der gegenwärtigen Unthätigkeit der Kammer in dem dem Präſidium kundgewordenen Verlangen des Miniſterium, Interpellationen ſo lange zu hindern, bis es ſich in den Stand geſetzt ſieht, offene Antwort zu ertheilen. Das Hauptorgan der Ultramontanen, der Volksbote, der bisher ein ſteter Vertheidiger der Regierungspolitik geweſen, warnt heute vor der trügeriſchen Politik der preußiſchen Regierung; die Neue Münchnerin ſchweigt noch, ſo daß es den Anſchein hat, als ob die Regierung noch ſchwanke, indeß die ultramontane Partei ſich ſchon entſchieden hat.

☾ **Darmſtadt**, 2. Juni. Die Abſicht, den Sieg bei Heppenheim am 30. v. M., welcher den Rückzug der badiſchen Freiſchaaren hinter den Neckar zur Folge hatte, raſch zu verfolgen und die Neckarlinie zu beſetzen, ſcheint anderweitigen ſtrategiſchen Rückſichten gewichen zu ſein. Wahrſcheinlich erfolgt demnächſt ein allgemeiner Angriff gegen Baden und die Rheinpfalz (?), und zwar mit einer ſo bedeutenden Macht, daß ſie auf einen Schlag erliegen. Dieſe Macht iſt ſchon ziemlich geſammelt, denn wie den Rhein herauf über Köln große Maſſen preußiſcher Truppen herannaheten und noch immer herankommen, ſo ziehen ſie nun auch durch Oberheſſen über Alsfeld und Gießen. Prälat Zimmermann ſprach heute tief ergreifende Worte am Grabe der beiden im Gefecht vom 30. Mai gefallenen Offiziere. Tauſende von Zuhörern hörten ſie mit innigſter Theilnahme; ſie ſind bereits, auf vielſeitig geäußerten Wunſch, zum Beſten der verwundeten heſſiſchen Krieger im Druck erſchienen. Mehrere von dieſen liegen ſehr ſchwer darnieder, einige mußten amputirt werden.

∼ Von der Bergſtraße, 31. Mai. Mündliche Berichte von Reiſenden aus dem Großherzogthum Baden bringen uns Nach-

richten, die wir freilich nur als unverbürgte Gerüchte geben können, die aber, wenn ſie wirklich in Baden allgemein geglaubt werden, ſchon dadurch einen merkwürdigen Umſchlag der Stimmung beurkunden. Wir geben was wir hörten: Das geſammte Militär ſoll von dem Wunſch durchdrungen ſein, daß der Großherzog zurückkehre und die Zügel der Regierung wieder ergreife; es ſoll ſich gezeigt haben, daß im Augenblick, wo die Republik proklamirt werden würde, ſämmtliche Truppen von der „Volksſache" abfallen würden. Die Ernennung des früheren Freiſchaarenführers Sigel zum Oberbefehlshaber ſoll die ernſtlichſte Mißſtimmung erregt haben; ferner ſoll unter dem Militär die Aeußerung oft fallen, es ſei durch falſche Vorſpiegelungen zum Einfall in Heſſen veranlaßt worden; ferner erzählt man ſich, der badiſche Kriegsminiſter Eichfeld habe bei einer großen in Heidelberg am 31. Mai ſtattgefundenen Truppenmuſterung vor der Fronte den Offizieren laut erklärt: der Großherzog ſolle und müſſe eingeladen werden, zurückzukehren und die Partei Struve müſſe aus der Regierung entfernt werden. Alle Offiziere hätten ihre Zuſtimmung zu erkennen gegeben.

∾ **Von der Bergſtraße**, 1. Juni. Es beſtätigt ſich, daß Sigel den Oberbefehl über die badiſchen Truppen auf das Begehren dieſer ſelbſt niederlegen mußte; wer an ſeine Stelle treten wird, iſt ungewiß; man ſpricht von einem Herrn von Beck oder Böckh. Der bisherige Kriegsminiſter Eichfeld zeigt im Heidelberger Journal an, daß er ſchon am 26. Mai ſeine Miniſterſtelle niedergelegt habe, und unterzeichnet ſich „Oberſt Eichfeld." Das Militär ſcheint ſich durch den mißlungenen Angriff auf die Heſſen überzeugt zu haben, daß man zu militäriſchen Operationen erfahrene und tüchtige Führer nöthig habe. Es iſt ungewiß, ob es ſolche für ſeine nächſten Unternehmungen, welche bald erfolgen dürften, finden wird.

Weimar, 1. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags erſchienen der Staatsminiſter v. Watzdorf und geh. Staatsrath v. Wydenbrugk. Vor dem Uebergange zur Tagesordnung ergriff der Staatsminiſter v. Watzdorf das Wort und eröffnete dem Landtag Folgendes: Die Mitglieder des Landtags würden wohl ſämmtlich Kenntniß von dem wichtigen Aktenſtück genommen haben, welches in der geſtrigen Nummer des Preußiſchen Staats-Anzeigers hierher gelangt ſei, nämlich von dem Entwurf einer deutſchen Reichsverfaſſung, welchen Preußen in Verbindung mit Hannover und Sachſen den übrigen deutſchen Staaten zur Annahme vorlege. In einer geſtern in Weimar ſtattgehabten Miniſterialkonferenz der thüringiſchen Staaten über die deutſche Frage ſei dieſer Entwurf, welchen die Staatsregierung vorgeſtern amtlich erhalten, und zwar mit der Aufforderung der preußiſchen Regierung ſich über die Annahme zu erklären, einer Prüfung unterworfen worden, ohne daß man jedoch zu einem beſtimmten Reſultate gelangt ſei. Die Wichtigkeit der Sache erfordere gründliche Prüfung, und man wollte auch mit den übrigen die Reichsverfaſſung anerkennenden Staaten gemeinſchaftlich handeln. Vorher ſei eine beſtimmte Erklärung der Staatsregierung nicht möglich. Ein definitiver Beſchluß in der deutſchen Sache würde aber nur mit Zuſtimmung des Landtags gefaßt werden. Das dem Landtage verſprochene Dekret über die deutſche Sache ſei deshalb zurückgehalten worden, weil das Staatsminiſterium dieſe wichtige Frage in Anweſenheit ſämmtlicher Glieder deſſelben, alſo auch des geh. Staatsraths v. Wydenbrugk, welcher jetzt von Frankfurt angekommen ſei, habe berathen, und auch die Ergebniſſe der thüringer Miniſterialkonferenz in der deutſchen Sache habe abwarten wollen, welche indeſſen ohne Einfluß hierbei geblieben wären. Der preußiſche Entwurf einer Reichsverfaſſung würde dem Ausſchuſſe für die deutſche Frage zugehen. (D. A. Z.)

Hamburg, 1. Juni. Die heutigen hieſigen wöchentlichen Nachrichten bringen eine Anſprache des ehemaligen Reichsminiſters und Reichstagsabgeordneten Heckſcher an ſeine Wähler, datirt Paris, 24. Mai, worin er ſeine Handlungsweiſe als Miniſter und Reichstagsabgeordneter zu rechtfertigen ſucht. (D. R.)

Italien.

* Die Oeſterreicher ſind in Florenz eingezogen. Am 24. Mai hat eine Diviſion die Stadt beſetzt, nachdem noch Tags vorher eine offizielle Kundmachung der Regierung verſichert hatte, daß ſie alle möglichen Schritte gethan, um die Intervention auf diejenigen Theile von Toskana zu beſchränken, welche ſich noch durch Aufruhr oder ſchwere Unordnungen beflecken, und daß ſie namentlich Sorge tragen werde, dieſe Intervention von Florenz fern zu halten. In Livorno hat General d'Aſpre eine Kriegskontribution von 1,200,000 Lire erhoben. Daß die Oeſterreicher im Kirchenſtaat bis Ankona vorgedrungen, iſt bereits aus einer nach Wien gelangten telegraphiſchen Depeſche bekannt. — Der König von Neapel iſt nach Gaeta zurückgekehrt und ſoll, als er ſeine Truppen aus dem Kirchenſtaat abziehen ließ, eine ſehr heftige Proteſtation gegen die Haltung der franzöſiſchen Expeditionsarmee an die franzöſiſche Regierung gerichtet haben. Dieſe Expeditionsarmee rückte aber näher und näher an Rom heran, und vielleicht wartet General Oudinot nur das Eintreffen der am 22. Mai in Civita-Vecchia gelandeten Verſtärkungen ab, welche ſeine Streitkräfte auf 25,000 Mann bringen, um einen ernſtlichen Angriff zu machen. Inzwiſchen dauern die Unterhandlungen zwiſchen dem franzöſiſchen Bevollmächtigten und dem Triumvirat fort, ohne daß indeß Zuverläſſiges über den Stand derſelben bekannt wäre. Die Pariſer Reform will wiſſen, die Konſtituante habe den Triumvirn Vollmacht zur Unterhandlung auf den Grundlagen ertheilt: Neue Wahlen nach allgemeinem Stimmrecht, Räumung des römiſchen Gebiets durch die Oeſterreicher, Neapolitaner und Spanier, Entfernung der Franzoſen von Rom und Dislocirung derſelben in andere Garniſonen, endlich Anerkennung der Republik, falls dieſelbe aufs Neue votirt werden ſollte, und ihre Beſchützung gegen die fremden Mächte. In Folge der Verifikation von ganz Sizilien und der am 15. Mai erfolgten Beſitznahme von Palermo durch die königlichen Truppen, iſt die Blokade dieſes Hafens aufgehoben worden.

Dänemark.

N.C. **Kopenhagen**, 31. Mai. Fädrelandet gibt dem Erſcheinen der bei Alſen und in den Belten erwarteten ruſſiſchen Flotte — für deren Proviantirung den Intendanturen der betreffenden Punkte Befehle ertheilt ſind — die richtige Bedeutung, indem es ſagt: „Das iſt denn jedenfalls — eine Demonſtration." Andere, beſonders Provinzialblätter, dagegen ſchwärmen von der ruſſiſchen Hülfe. Aalborg Avis vom 19. meldet, daß Reiſende, die am 28. Aarhuus verlaſſen, berichteten, der Feind verhalte ſich ruhig, ja ſchien eher ſich zurückziehen zu wollen, als vorzurücken.

Ungarn.

Aus ſicherer Quelle erfahren wir, daß in der Gegend von Trentſchin ein blutiges Treffen geliefert wurde. F.-M.-L. Haynau leitete ſelbſt den Angriff. Von beiden Seiten ſind Viele geblieben. Näheres fehlt. (C. Bl. a. B.)

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 4. Juni.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 73 1/4; 2 1/2pCt. Metall. 39; Bank-Aktien fl. 1088; fl. 500 Looſe 122; fl. 250 Looſe 74 1/2; Badiſche fl. 35 Looſe 25 1/8; Heſſiſche 26 1/1; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe 68 3/4; Polniſche fl. 500 Looſe 71 7/8; Friedr.-Wilh.-Nordb. 34 1/2; Berbach 67; Köln-Minden 77 1/4; 3pCt. inländ. Spanier 24; 4 1/2pCt. Würtemb. 91 3/8; 5pCt. Badiſche 91; 5pCt. Naſſauiſche 99 1/2; Belgiſche 82 1/4; Integrale 49 5/8.

Für ſpaniſche 3% Obligationen zeigten ſich Käufer zu höhern Courſen. Oeſterr. Fonds etwas niedriger. Im Ganzen wenig Umſatz.

Courſe der Wechſel:

Amſterdam k. S. 101 1/8 G.; ditto 2 M. 101 B.; Augsburg k. S. 120 G.; Berlin k. S. 105 5/8 G.; Bremen k. S. 99 1/2 G.; Hamburg k. S. 88 1/8 B.; ditto 2 M. 87 7/8 G.; Leipzig k. S. 105 5/8 G.; London k. S. 121 5/8 B.; ditto 3 M. 120 3/4 G.; Lyon k. S. 95 1/2 B.; Mailand k. S. 100 1/2 B.; Paris k. S. 95 1/4 B.; Wien k. S. 99 3/4 B.

Courſe der Geldſorten:

Neue Louisd'ors fl. 11. 6 kr.; Piſtolen fl. 9. 58 kr.; ditto preußiſche fl. 9. 59 kr.; holländiſche fl. 10 Stücke fl. 10. 7 kr.; Randdukaten fl. 5. 40 kr.; 20 Frankenſtücke fl. 9. 41 kr.; Engliſche Sovereigns fl. 12. 5 kr.; Gold al marco fl. 382; Laubthaler fl. —. — kr.; preußiſche Thaler fl. —. — kr.; Hochhaltig Silber fl. 24. 30 kr.; Gering und mittelhaltig fl. 24. 20 kr.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 153. Frankfurt a. M., Dienſtag 5. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Die nächſten Schritte.

Deutſchland. Frankfurt (Die ſächſiſche Klauſel. Miniſterialveränderungen. Proklamation des Großherzogs von Baden. Truppenbewegungen. Die mecklenburgiſche Regimentstochter). Wien (Die Finanzlage. Ruſſiſch-öſterreichiſcher Handelsvertrag. Die Beſchießung von Malghera. Die alten Cenſoren). Berlin (Das Bundesſchiedsgericht). Halle (Verhaftung. Die Cholera). München (Die Pfälzer Abgeordneten. Die Kammer. Soldatenterrorismus). Aſchaffenburg (Freiſchärler nach Baden). Kaiſerslautern (Bekanntmachung der proviſoriſchen Regierung). Stuttgart (Der Ueberzug der Nationalverſammlung. Die Kammer. Fickler verhaftet). Dresden (Die Finanzlage. Die Einberufung des Landtags. Ankunft preußiſcher Erſatztruppen. Die Stimmung der untern Volksklaſſen. Karlsruhe (Freiſchärler aus der Schweiz). Aus dem nördlichen Schleswig (Waffenruhe). Schleswig (Stand des Landesangelegenheiten. Günſtige Ausſichten für die Ernte. Vorrücken der Armee. Aarhuus beſetzt. Vorfall vor Kiel). Curhaven (Engliſches Schiff von den Dänen genommen).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen).

Frankreich. Paris (Das neue Miniſterium. Die Parteien. Frankreich in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage. Reorganiſation des Polizeiminiſteriums. Die Gemahlin Berthier's †. Proudhon).

Italien. Rom (Der franzöſiſche Unterhändler hat Rom verlaſſen).

Schweiz. Bern (Die Militärkapitulationen. Die badiſchen Flüchtlinge. Verletzung des Schweizer Gebiets. Der Bau des Bundespallaſtes. Badiſche Abgeordnete. Die Wittwe R. Blum's).

Ungarn. (Rückzug der kaiſerlichen Armee über die Waag. Die Ruſſen nicht in Kaſchau).

---

4. Juni.

Gagern, Dahlmann und andere Abgeordnete, welche noch in Frankfurt oder deſſen Nähe weilen, haben geſtern und vorgeſtern wiederholt Zuſammenkünfte gehalten. Das Ergebniß ihrer Berathungen war die Ueberzeugung, daß unſere Partei es ſich ſelbſt und dem Vaterlande ſchulde, gemeinſchaftlich zu handeln. Da unſere Anſicht, daß die Partei ausharren ſolle, nicht geſiegt, ſondern ſie ſich in alle Theile Deutſchlands zerſtreut hat, ſo iſt eine neue Zuſammenkunft nothwendig geworden. Es iſt der Beſchluß gefaßt, eine Aufforderung ergehen zu laſſen, namentlich an die Mitglieder der erbkaiſerlichen Partei, ſich am 25. Juni in Gotha einzufinden. Dieſer Ort iſt durch ſeine Lage empfohlen, und durch den patriotiſchen Fürſten, in deſſen Land er liegt. Wir leben der zuverſichtlichen Hoffnung, daß Niemand ſich dem an ihn ergehenden Rufe entziehen, daß Niemand ſeine häusliche Bequemlichkeit dem Wirken für das darniederliegende Vaterland vorziehen werde. „Es kommt auch ohne mich zu Stande!“ ſagt die Schlaffheit, an der die beſten Unternehmungen ſcheitern, und die Redensart: „Es geht auch ohne mich!“ iſt ſchon in einem bekannten Liede nach Verdienſt gegeißelt worden:

Den Mann, obgleich nicht viel er iſt,
Das Wort Phil-iſt-er ziert!

Von den Athenern, die in Pylos, im feindlichen Lande, eine Burg erbauten, ſagt Thucydides: „Jeder glaubte, Alles ſei an ihm gelegen.“ Das iſt jetzt die rechte Geſinnung. Jetzt, bei der Niederlage, muß es ſich zeigen, wie viel Kraft und Leben in unſerer Partei iſt. Deutſchland erwartet, daß Jeder ſeine Schuldigkeit thut, und wenn ſein Name gerufen wird, antwortet: Hier!

Was zunächſt zu verhandeln ſein wird, iſt die Stellung der verfaſſungstreuen Staaten zum preußiſchen Sonderbunde. Die Aufgabe unſerer Partei iſt recht eigentlich, der drohenden Zerſplitterung des Vaterlandes zuvorzukommen. Eine vorläufige Einigung, wenigſtens inſoweit, daß noch einmal ein vollſtändiger deutſcher Reichstag zuſammenkomme, muß gewiß das nächſte Ziel unſeres Strebens ſein. Aber dies Ziel kann ſicherlich nicht auf die Weiſe zu Stande kommen, wie manche norddeutſche Blätter phlegmatiſch meinen, daß die kleineren Staaten, welche die Verfaſſung angenommen, ſich, da es nun einmal damit nicht ginge, einer nach dem andern, früher oder ſpäter, ohne Weiteres dem preußiſchen Sonderbunde anſchließen: „Wär sind die Eide kommen?“ müßte es dann ja rings im Lande der Treue und Redlichkeit heißen. Wir ſind keine Idealiſten, die mit dem Kopfe durch die Wand rennen wollen. Wir erkennen es an, daß die erſte oder wenigſtens die letzte Frage bei jedem Unternehmen die ſein muß: Iſt es möglich? Aber wir behaupten gerade, daß es gar nicht möglich iſt, noch ſo raſch, wie die Lage des Vaterlandes doch erfordert, nach dem zuſammengeſetzten und die größten Schwierigkeiten darbietenden Wahlgeſetze des Entwurfes in ganz Deutſchland wählen zu laſſen. Das Volk in Würtemberg und anderen Gegenden, wo man geſchworen hat, Gut und Blut für die Reichsverfaſſung einzuſetzen, wird ſich zu ſolchen unverfaſſungsmäßigen Wahlen nicht zwingen laſſen. Doch davon ganz abgeſehen bietet jenes Wahlgeſetz auch in dem Sonderbunde ſelbſt große innere Schwierigkeiten dar. In einem Artikel der D.-P.-Z., in welchem der preußiſche Entwurf ſonſt über Gebühr herausgeſtrichen wird, heißt es doch: Dem Verſprechen, die Frankfurter Verfaſſung erſter Leſung zu Grund zu legen, iſt im Weſentlichen nachgekommen, die Abweichungen ſind nur bei den bekannten Streitfragen durchgreifender Art, hier aber in einer Rückſicht, nämlich in Rückſicht auf das Fundament jeder Verfaſſung, das Wahlgeſetz, eher unglücklich als glücklich. Hierüber iſt das allgemeine Urtheil ſchon heute einig. Selbſt die Allerconſervativſten ſchütteln die Köpfe; denn das Wahlgeſetz iſt nicht nur politiſch gefährlich — freilich aus dem entgegengeſetzten Grunde wie das Frankfurter — ſondern auch techniſch faſt unausführbar. Dieſe Unausführbarkeit beruht theils auf der Eintheilung der Wähler in 3 Steuerklaſſen, in welchen dieſelben nach der Höhe der Steuerbeträge geſondert werden, theils in den Bedingungen der Wahlberechtigung, die faſt von Niemand erfüllt werden können. Die Theilnahme aller bisherigen Urwähler, auch nur in der unterſten Steuerklaſſe, iſt nicht garantirt, ja ohne Einführung einer neuen Gemeindeordnung, und einer allgemeinen Einkommen- oder Klaſſenſteuer gradezu unmöglich; nur der „ſelbſtſtändige“ 25jährige Deutſche iſt Wähler und als „ſelbſtſtändig“ iſt (nach §. 2.) derjenige anzuſehen, „welcher an den Gemeindewahlen ſeines Wohnorts Theil zu nehmen berechtigt iſt und irgend eine direkte Staatsſteuer zahlt.“ Die jetzigen Gemeinde- und Steuerverhältniſſe zu Grunde gelegt, würden aber nach dieſer Beſtimmung nur unendlich wenige Perſonen Urwähler ſein können. Dazu kommt noch, daß „auf Erfordern“ ausgeſchloſſen werden können alle diejenigen, welche mit der letzten Rate der zu zahlenden direkten Steuern im Rückſtande ſind, und daß (nach §. 13.) „wer das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, in demſelben zur Zeit der Wahl und ſeit mindeſtens 3 Jahren ſeinen feſten Wohnſitz haben und heimathsberechtigt ſein muß.“ Da nun je 100,000 Seelen einen Wahlkreis bilden, der wieder in Wahlbezirke zerfällt, und dies auch für die Städte gilt, ſo würde Berlin z. B. in vier Wahlkreiſe und dieſe wieder in Wahlbezirke zerfallen; und wer innerhalb dreier Jahre durch Wohnungswechſel — oft reicht dazu die Entfernung von 2 bis 3 Häuſern hin — die Grenze ſeines Wahlbezirkes überſchritten hätte, würde ſeines Wahlrechtes verluſtig gegangen ſein, obwohl er den Wohnſitz in der Gemeinde nicht aufgegeben hätte. Dieſe Beſtimmung grenzt an Willkür und das allgemeine Beſtreben iſt, ſie durch einen Irrthum oder einen Druckfehler zu erklären; allein gleich der folgende Paragraph, der ganz beſonders für Militärperſonen und nur für dieſe (nicht auch für Civilbeamte) eine Ausnahme macht, thut dieſer Hoffnung großen Abbruch. Die gemachten Andeutungen werden hinreichen, um zu zeigen, daß das Wahlgeſetz ein wunder Punkt des Entwurfs iſt,

und ich fürchte, ein ſo wunder, daß das ganze Projekt daran ſcheitern kann, wenn nicht eine ſchleunige Deklaration davon nachhilſt."

Auch in der Aachener Zeitung wird geſchrieben: „Jetzt noch zum Schluſſe meines heutigen Artikels ein Wort über das Wahlgeſetz; ich will hier gar nicht in die Frage eingehen, in wie fern es nothwendig, zweckmäßig und wohl geweſen iſt, das allgemeine Wahlrecht zu beſchränken, ſondern ich will mich vor der Hand auf denſelben Standpunkt ſtellen, von dem der Autor des Wahlgeſetzes ausgegangen iſt, nämlich auf den Standpunkt der Einſchränkung des allgemeinen Wahlrechts. Dieſer erfordert nun aber, daß die Einſchränkung für ganz Deutſchland eine gleiche ſei und überhaupt auf Prinzipien und nicht auf Zufälligkeiten baſirt iſt. Gegen beides verſtößt aber §. 2 des Wahlgeſetzes; denn wählen darf nur, wer an den Gemeindewahlen ſeines Wohnortes Theil zu nehmen berechtigt iſt und irgend eine direkte Staatsſteuer zahlt. Nun haben wir aber ſelbſt in Preußen noch drei verſchiedene Arten von Gemeinde-Verfaſſungen und Gott weiß, wie viele in ganz Deutſchland. Es iſt daher möglich, daß ich in Baden wählen darf, während ich in Oſtpreußen und Vorpommern durch die Fürſorge des Entwurfes dieſer Mühe überhoben bin. Und dies nennt man die deutſche Einheit fördern? Oder in Preußen bin ich Wähler, wenn ich 12 gGroſchen jährlich an Klaſſenſteuer zahle; in einigen andern Theilen von Deutſchland finden aber nur ſehr wenige direkte Steuern ſtatt und dieſelben ſind ſehr hoch normirt; ich kann daher das Wahlrecht nicht ausüben, ungeachtet ich vielleicht ein jährliches Rein-Einkommen von 800—1000 Thalern habe. Ja auch ſelbſt in Preußen kommt es ganz auf den Wohnort an, denn während der Taglöhner auf dem Lande, wo möglich nach dem Beirathe ſeiner Gutsherrſchaft wählen darf, iſt mir die Gelegenheit dazu entzogen, wenn ich in einer mahl- und ſchlachtſteuerpflichtigen Stadt als Garçon mir ein möblirtes Quartier gemiethet habe und alſo hier in Berlin keine direkten Steuern zahle. (?) Die Interpretation, die ich dem Geſetze gegeben habe, iſt wieder zu milde, denn daſſelbe verlangt, daß der Wähler nicht bloß Gemeindebürger ſein, ſondern auch gleichzeitig Staatsſteuern zahlen ſoll. Durch dieſe Kombination wird aber die Ungleichheit noch viel größer und es iſt mir einſtweilen noch ein Räthſel, wer denn in den ländlichen Bezirken der öſtlichen Provinzen des preußiſchen Staates eigentlich wählen darf, da bekanntlich dort keine Gemeindeverfaſſung beſteht." Kurz, das neue Wahlgeſetz bietet ſchon in Preußen Schwierigkeiten in Menge dar. Es iſt zwar ſoeben ein weitläufiges Wahlreglement erſchienen, aber ſchon in Preußen ſelbſt, welches doch ſo wohlgegliedert und in der genaueſten Ordnung verwaltet iſt, wird es große Mühe koſten, funkelnagelneu die Verfaſſung des Servius Tullius einzuführen. Wie wird es aber in ſo manchen andern Staaten, namentlich in jetziger Zeit, für die Beamten möglich ſein, in wenig Wochen Wahlliſten anzufertigen, welche nicht den lauteſten Widerſpruch hervorriefen?

Was wir weiter entwickeln wollten, findet ſich bereits in der Weſer Zeitung ausgeſprochen, die eben in unſere Hände kommt: „Das deutſche Volk und die Regierungen, von welchen die Frankfurter Verfaſſung anerkannt iſt, haben dieſe Verfaſſung und den von ihnen eingenommenen Standpunkt nicht aufzugeben, um ſich ohne Weiteres dem Berliner Bunde anzuſchließen. Vielmehr haben, um des gemeinſamen Vaterlandes willen, alle Parteien, beide, um die verſchiedenen Verfaſſungen vereinigte Gruppen mit gegenſeitiger Willfährigkeit die Einigungspunkte feſtzuhalten, die ungeachtet der anderweitigen Verſchiedenheit in den Anſichten aufzufinden ſind, und bei aufrichtig erſtrebter Verſtändigung zu dem von Allen erſehnten Ziele führen müſſen.

Der vornehmſte Einigungspunkt, von welchem wir ausgehen, iſt die ſowohl von den drei verbündeten Regierungen, als auch von den 28 Regierungen ausgeſprochene Anſicht, daß die endgültige Beſchlußnahme über die Verfaſſung der demnächſt zu berufenden Nationalvertretung zuſtehe. Nach der Reichsverfaſſung ſind die Abänderungen, deren die Reichsverfaſſung bedürftig iſt, dem nächſten, nach dem Beſchluß der Reichsverſammlung auf den 15. Auguſt zu berufenden Reichstage überlaſſen. Die mit Preußen verbündeten Regierungen aber ſind, wie es in der Note des Grafen Brandenburg heißt, „von der beſtimmten und ausdrücklichen Vorausſetzung ausgegangen, daß der rechtsgültige Abſchluß des Verfaſſungswerks auf der freien Zuſtimmung der Reichsverſammlung beruht." Jene „Reviſion" und dieſer „rechtsgültige Abſchluß" kommt im Weſen auf daſſelbe hinaus. Wenn der aufrichtige Wille, zur Einheit zu gelangen, auf allen Seiten vorhanden iſt, ſo muß dieſes Reviſions- und Abſchlußwerk der aus allen deutſchen Bundesländern zu berufenden Reichsverſammlung übergeben werden. Auf der Berufung dieſer einen Verſammlung, mittelſt Ausſchreiben der Wahlen durch die rechtmäßig dazu berufene Behörde, die Centralgewalt, beruht die Hoffnung der deutſchen Verfaſſung.

Damit haben wir mit vorläufiger Umgebung aller der zahlreichen Punkte, welche eine näher eingehende Erwägung erfordern, das, was die Hauptſache iſt, ins Auge gefaßt. Alles, was in den ans Licht der Oeffentlichkeit gelangten oder im Geheimen abgeſchloſſenen Artikeln — woran es wahrſcheinlich auch nicht fehlen wird — beſchloſſen iſt, um dieſe Nationalvertretung willkürlich innerhalb der Grenzen eines von den Regierungen abgeſchloſſenen Bündniſſes zu beſchränken, iſt vom Uebel und kann weder vor dem Bundesrechte, das man anruft, noch vor der urtheilenden Stimme der Nation beſtehen. Denn unter den Verheißungen, welche im März des vorigen Jahres von allen Regierungen, von Preußen, Sachſen und Hannover nicht weniger als von den acht und zwanzig übrigen ihren Völkern gegeben ſind ſteht die Verheißung, daß ein deutſches Parlament berufen werden ſolle, oben an. Völlig unvereinbar mit dieſer Verheißung und ein Bruch des gegebenen Wortes — ſobald die Ausführung des Planes folgen ſollte, iſt es deshalb, wenn jetzt die Berufung der Nationalvertretung von einem Bündniß unter einer größeren oder geringeren Zahl von Regierungen abhängig gemacht werden ſoll und darnach möglicher Weiſe einer Zuſammenkunft allein von preußiſchen, ſächſiſchen und hannoveriſchen Abgeordneten (welche indeß niemals zu ſolch einem Sonderparlament ſich willig finden werden) der Charakter einer Nationalvertretung beigelegt werden könnte. Gegen ſolch einen Plan erhebt ganz Deutſchland den entſchiedenſten Proteſt. Gegen dieſen Plan ſtreitet die Vernunft, das Recht, der ausgeſprochene Wille der Nation, ja ſelbſt der ausgeſprochene Wille der Fürſten.

Eine Nationalvertretung alſo zum Abſchluß des Verfaſſungswerkes! Der Zwieſpalt der Regierungen darf nicht in das Volk hineingetragen werden. Ein Reichstag, wenn auch nach verſchiedenen Wahlmodis in den verſchiedenen Staaten zuſammengebracht, gleichwie auch die Reichsverſammlung aus verſchiedenartigen Wahlen der Einzelſtaaten hervorgegangen war."

Das ſcheint wenigſtens die Weiſe, wie dem drohenden Auseinanderfallen des Vaterlandes vorläufig noch gewehrt werden kann. Auf ein Entgegenkommen von Seiten der ſonderbündleriſchen Regierungen iſt umſomehr zu rechnen, je unſicherer das Schickſal jenes Entwurfes zum Theil im eigenen Lande iſt, z. B. in Sachſen, wo die Genehmigung der Stände vorbehalten iſt. Muth und Ausdauer! möchten wir ohne Unterlaß unſerer Partei zurufen. Und jene Unterordnung, ohne welche gemeinſames Handeln nicht möglich iſt. „Es iſt das Unglück der Deutſchen", ſagte Hegel mit Recht, „daß Jeder es nicht anders thut, er muß ſein Modifikatiönchen anbringen!" Zunächſt hoffen wir, daß Jeder, der im Vaterlande verſtreut, die Stimme ſeiner Führer vernimmt, ihr Folge leiſtet und bei der Verſammlung in Gotha Keiner fehlt, der ein braver Soldat ſein will im Kampfe für's Vaterland.

Deutſchland.

00 **Frankfurt**, 3. Juni. Unſere Lage verwickelt ſich immer mehr, was kaum noch möglich ſchien. Auch die Grundlage, daß wenigſtens drei mächtige Regierungen über einen Verfaſſungsentwurf für das deutſche Reich einig ſeien, iſt uns wieder unter den Füßen weggezogen, denn der König von Sachſen erklärt in der Anſprache an ſein Volk, wovon das preußiſche Randſchreiben an die deutſchen Regierungen nichts erwähnte, „daß er ausdrücklich nur mit Vorbehalt der Bewilligung ſeiner Stände beigetreten ſei." Wozu denn alſo das ganze ſchreckliche, in ſeinen Folgen unüberſehbare Unglück von Dresden, wenn der König von Sachſen in dieſer Sache auf die Stimme der Volksvertreter hören will? Dieſe haben ſich wahrlich deutlich genug darüber ausgeſprochen, und welche Elemente auch ſpäter ſich der Bewegung in Dresden bemächtigt haben mögen, ſie ging unleugbar aus der Aufregung wegen Nichtanerkennung der Verfaſſung hervor, aus dem Abtreten der drei volksthümlichen Miniſter, aus dem „mißverſtandenen" Schießen auf die das loyale Dresdener Bürgerthum vertretende Kommunalgarde. Wenn früher auf keine Zuſtimmung der Stände

zu rechnen war, ſo wird jetzt bei der durch die Dresdener Ereigniſſe über das Land verbreiteten Erbitterung, bei dem leider wieder hervorgerufenen Preußenhaß eine Zuſtimmung zu dem preußiſchen Entwurf ganz unmöglich ſein. Und, muß man weiter fragen, wenn es wirklich den Regierungen Ernſt iſt, die preußiſchen Vorſchläge nur als einen Entwurf der Genehmigung der neuen Reichsverſammlung vorzulegen, wozu dann die vorgehende ſächſiſche Stände-Genehmigung? Welchen Argwohn erregt von Neuem das Verſchweigen dieſer wichtigen Bedingung in dem preußiſchen Rundſchreiben, und warum ſollen die preußiſchen und hannoverſchen Landſtände, warum ſollen die von Mecklenburg, Oldenburg, Braunſchweig und den übrigen deutſchen Staaten, an deren Beitritt zunächſt gedacht iſt, nicht daſſelbe Recht, wie die Sachſen, in Anſpruch nehmen?

* **Frankfurt**, 4. Juni. Die Frankfurter Zeitung enthält im amtlichen Theile drei Ordonnanzen des Reichsverweſers. Die erſte enthebt den Reichsminiſter des Innern, Dr. Grävell, auf ſein Anſuchen dieſes Amtes; die zweite ernennt den Reichskriegsminiſter, Fürſt Wittgenſtein, zum Präſidenten des Miniſterrathes; die dritte ernennt den Reichsminiſter der Juſtiz, Hrn. Detmold, zum interimiſtiſchen Reichsminiſter des Innern.

* **Frankfurt**, 4. Juni. Die hier erſchienene Nr. 30 des großh. badiſchen Regierungsblattes enthält folgende Proklamation des Großherzogs:

„Leopold, Großherzog von Baden, Herzog von Zähringen. Einer hochverrätheriſchen Partei in Unſerem Großherzogthum iſt es in Verbindung mit meuteriſchen Truppen, und begünſtigt durch den vorausgegangenen Aufſtand in der angrenzenden Rheinpfalz, gelungen, die Regierungsgewalt an ſich zu reißen, und durch ihr Schreckensſyſtem den Widerſtand der großen Mehrheit guter Bürger, die ohne Haltpunkt und Zuſammenhang waren, für den Augenblick zu lähmen.

Der ſogenannte Landesausſchuß hat ſich alle die Befugniſſe angemaßt, welche die Verfaſſung nur dem Großherzog einräumt, und er iſt darin noch weiter gegangen, indem er ſogar mit ſtändiſcher Zuſtimmung zu Stande gekommene Geſetze einſeitig aufhob oder umging.

Er hat willkürlich über Staatsgelder verfügt, treue Beamte eigenmächtig abgeſetzt, andere ernannt, zur Beſchränkung der Freiheit der Verfaſſungstreuen durch ſeine Agenten Verhaftungen vornehmen oder ungeſetzliche Strafen androhen laſſen, endlich ſogar die Ständeverſammlung aufgelöst und eine andere Verſammlung nach willkürlich ertheilten Wahlvorſchriften berufen.

Indem Wir dieſe und alle andern ungeſetzlichen Handlungen des ſogenannten Landesausſchuſſes oder ſeiner Agenten hiermit für nichtig und wirkungslos erklären, wiederholen Wir die in Unſerer Proklamation vom 17. v. M. enthaltene Ermahnung an die Verirrten, daß ſie zur Geſetzlichkeit und Ordnung zurückkehren, und an die Treugebliebenen, daß ſie, eingedenk der großen Intereſſen, um die es ſich handelt, vereint und Jeder nach ſeinen Kräften und Verhältniſſen für die Wiederherſtellung des verfaſſungsmäßigen Rechtszuſtandes thätig ſeien.

Es haben jetzt aber die Empörer den offenen Kampf ſelbſt gegen die Reichsgewalt, welche die verfaſſungsmäßigen Zuſtände der einzelnen Länder zu ſchützen hat, begonnen, zu ſolch' unheilvollem Kampfe Fremde zu Hilfe genommen und die Söhne Badens gepreßt.

Indeſſen werden nun die Reichstruppen, denen ſich die treu gebliebenen badiſchen Truppen anſchließen, in das Großherzogthum einrücken, und es iſt zu hoffen, daß der Rechtszuſtand bald wieder hergeſtellt und das Land von ſeinen Drängern befreit werde.

Um aber auch jetzt noch den Verirrten oder Verführten die Gelegenheit zu geben, daß ſie durch ſchnelle Beſſerung wegen ihres Fehltritts Nachſicht erlangen konnen, und um gegen die Anderen, die auf ihrem verbrecheriſchen Wege beharren, deſto ſtrengere Maßregeln eintreten laſſen zu können, verordnen Wir wie folgt: Denjenigen Theilnehmern an dem hochverrätheriſchen Unternehmen, welche nicht zu den Anſtiftern oder Rädelsführern gehören, und welche, ehe ſie in einen Kampf mit den Truppen kommen, und zwar ſobald es ihnen nach Verkündung dieſer Verordnung überhaupt nur immer möglich iſt, ſich freiwillig unterwerfen, und ſo viel an ihnen liegt, die Sache der verfaſſungsmäßigen Regierung und der für die Wiederherſtellung der Staatsordnung einſchreitenden Truppen thätig zu befördern ſuchen, wird hiermit, ohne Unterſcheidung zwiſchen Militärperſonen und Andern, Amneſtie zugeſichert.

Gegeben in Unſerem Staatsminiſterium zu Frankfurt a. M., den 2. Juni 1819. Leopold. Fr. Hoffmann. v. Stengel."

♈ **Frankfurt**, 4. Juni. Geſtern Abend um 8 Uhr haben uns 2 Kompagnien kurheſſiſcher Infanterie und der Reſt der heſſen-darmſtädtiſchen reitenden Batterie, 2 Geſchütze, endlich die in Sachſenhauſen ſtationirte halbe Schwadron öſterreichiſcher Dragoner verlaſſen. Ueber die Beſtimmung der Truppen iſt nichts Sicheres bekannt, nur ſoviel kann man wohl als ausgemacht annehmen, daß ſie nicht nach dem eigentlichen Kriegsſchauplatze abgegangen ſind, denn ſie ſind marſchirt und nicht mit der Eiſenbahn befördert worden. Man vermuthet, daß ſie aufgeſtellt werden, um einerſeits den Zuzug etwaiger Freiſchaaren nach Baden abzuſchneiden, wie ſich deren wirklich mehrere in Bewegung geſetzt haben, andererſeits aber die großherzoglich heſſiſche große Strafanſtalt Babenhauſen zu ſichern, auf deren zahlreiche Bewohner man zur Verſtärkung der Zahl der Kämpfer für die Freiheit und die Reichsverfaſſung zu reflektiren ſcheint. Auch das Frankfurter Linienbataillon hat übrigens Ordre erhalten, ſich marſchfertig zu machen und wird uns vielleicht ſchon morgen verlaſſen. Der Beſtand der Garniſon in der Stadt ſelbſt iſt deshalb augenblicklich ſehr geſchwächt. Von öſterreichiſchen Truppen liegt zur Zeit ein Landwehrbataillon (4 Kompagnien) hier und 2 Kompagnien des Regiments Palombini, welche beide das bei den letzten traurigen Ereigniſſen ſchwer kompromittirte frühere Bataillon abgelöſt haben, von preußiſchen Truppen noch immer das ganze 38. Regiment, vom kurheſſiſchen 3. Infanterieregiment 1 Bataillon in Sachſenhauſen und 2 Kompagnien in Frankfurt, endlich augenblicklich noch das Frankfurter Bataillon, außerdem eine preußiſche Batterie und 2 öſterreichiſche Geſchütze, ſodann 3 Schwadronen Mecklenburger Dragoner, zuſammen 5 und ein halb Bataillone, etwas mehr als eine Batterie und 3 Schwadronen, welche letztere indeß demnächſt meiſtentheils nach Offenbach und den Frankfurter Ortſchaften jenſeits des Mains gelegt werden dürften.

♈ **Frankfurt**, 4. Juni. Sie kennen die Regimentstochter in Donizetti's Oper zur Genüge, aber die mecklenburgiſche vielleicht noch nicht. Die beiden letzten Schwadronen der mecklenburgiſchen Dragoner, welche hier eingerückt ſind und noch zur Zeit einen Theil unſerer Garniſon bilden, haben ein wunderhübſches junges Mädchen mitgebracht, welches, nachdem der Regimentskommandeur die Erlaubniß dazu gegeben, hier förmlich eingekleidet und dem Regimente aggregirt worden iſt. Bei der geſtrigen großen Parade, auf welcher Abtheilungen der hier befindlichen Schwadronen in Gala erſchienen, defilirte ſie bereits zu Pferde vor dem kommandirenden General, im knappen blauen Waffenrocke des Regiments, in weißen Höschen und eleganten Glanzſtiefelchen, ſtatt des Helmes jedoch eine Feldmütze keck auf das Haar geſetzt, das in zwei langen Zöpfen auf den Rücken herabhing, von einer unzähligen Menge neugieriger Frankfurter angeſtaunt.

Wien, 29. Mai. Aus der heute veröffentlichen Ueberſicht der finanziellen Gebahrung im Monat Februar 1849, ſowie in der viermonatlichen Periode vom 1. Nov. 1848 bis Ende Febr. 1849 entnehmen wir in letztgedachter Beziehung folgende Reſultate: In runden Zahlen betrugen die Einnahmen 29 Mill. fl., die Ausgaben 59 Mill. fl. Das Deficit von 30 Mill. wurde durch die Bank in theils verzinslichen, theils unverzinslichen Vorſchüſſen gedeckt. Daſſelbe war um etwa 9½ Mill. gegen den Voranſchlag ſtärker ausgefallen und zwar durch Verringerung der Einnahmen im Betrage von 3½ Mill. und Vergrößerung der Ausgaben um etwa 6 Mill., letztere faſt nur durch die Armeeauslagen. Der Ausfall in den Einnahmen hatte ſich am erheblichſten ergeben bei den veranſchlagten Ueberſchüſſen des Tilgungsfonds (1,266,110 fl.), dann Zollgefälle (600,022 fl.), Poſtgefälle (364,294 fl.), Staatseiſenbahnen (334,596 fl.), Tabakgefälle (239,086 fl.), Staatsgüterertrag (209,329 fl.), Bergweſen (201,266 fl.). Dagegen war mehr eingegangen: Bei der Verzehrungsſteuer um 454,699 fl., beim Münzweſen um 259,683 fl. und bei den Beamtenpercenturalabzügen um 175,406 fl. (Wien. Bl.)

A. Z. C. **Wien**, 31. Mai. In der hieſigen Handelswelt erzählt man ſich von einem mit Rußland abgeſchloſſenen Vertrage, nach welchem die öſterreichiſchen Fahrzeuge künftig in ruſſiſchen Häfen gegen Entrichtung derſelben Zölle wie die ruſſiſchen zugelaſſen werden, und die ruſſiſchen Fahrzeuge in den öſterreichiſchen Häfen dieſelbe Begünſtigung genießen ſollen. Das Fort Malghera wurde von den öſterreichiſchen Kanoniren mit 1600 Kugeln beſchoſſen. Jeder Schuß koſtete 5 fl. C.-M. Zum allfalls nöthigen Gebrauch lagen für dieſes Fort 27,000 Hohl- und Maſſivkugeln in Bereitſchaft. Der Student Franelich, ehemaliger Mitarbeiter des Studentenkouriers und geweſener Präſident des Wiener Studentenkomites iſt in Trieſt gefänglich eingezogen worden. Mit nicht geringem Staunen hört man, daß Beamte des früheren Bücher-Reviſionsamtes (Cenſoren) welche nach Aufhebung dieſer Stelle außer Verwendung kamen, am letzten Sonntage wieder in Eid und Pflicht genommen worden ſind. Feldmarſchall Radetzky wird hier erwartet.

Berlin, 1. Juni. Die Beſtimmungen des (ſchon geſtern erwähnten) proviſoriſchen Schiedsgerichts der verbündeten Staaten ſind:

§. 1. Die königl. Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover verpflichten ſich, ſpäteſtens am 1. Juli c. ein proviſoriſches Bundesſchiedsgericht ins Leben treten zu laſſen, deſſen ſchiedsrichterlicher Entſcheidung ſie ſich nach Maßgabe der im §. 4 enthaltenen Kompetenzbeſtimmungen unterwerfen. §. 2. Dieſes Schiedsgericht wird zuſammengeſetzt aus Bundesrichtern, von denen Preußen 3, Sachſen 2, Hannover 2 ernennen. Jedem Staate bleibt vorbehalten, bei dieſen Ernennungen ſeinen Ständen eine Mitwirkung einzuräumen. §. 3. Das Gericht ſoll ſeinen Sitz zu Erfurt nehmen; den Vorſitz führt das älteſte der von Preußen ernannten Mitglieder. §. 4. Die Verbündeten unterwerfen ſich dem Urtheile dieſes proviſoriſchen Bundesſchiedsgerichts: a) in allen denjenigen Fällen, welche nach den §. 124 und 125 des von ihnen vorgelegten Entwurfs der Reichsverfaſſung dem Reichsgerichte überwieſen ſind, inſoweit ſolche vor definitiver Einführung der Reichsverfaſſung in Frage kommen können, namentlich in den Fällen von 1) politiſchen und privatrechtlichen Streitigkeiten aller Art zwiſchen den verbündeten Staaten; 2) Streitigkeiten über Thronfolge, Regierungsfähigkeit in denſelben; 3) Streitigkeiten zwiſchen der Regierung eines der verbündeten Staaten und deſſen Volksvertretung über die Gültigkeit oder Auslegung der Landesverfaſſung; 4) Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung deſſelben wegen Aufhebung oder verfaſſungswidriger Veränderung der Landesverfaſſung. Klagen der Angehörigen eines der verbündeten Staaten gegen die Regierung wegen Verletzung der Landesverfaſſung können bei dem Schiedsgerichte nur angebracht werden, wenn die in der Landesverfaſſung gegebenen Mittel der Abhilfe nicht zur Anwendung gebracht werden können; 5) Beſchwerden wegen verweigerter oder gehemmter Rechtspflege, wenn die landesgeſetzlichen Mittel der Abhilfe erſchöpft ſind; 6) Anklagen gegen die Miniſter der verbündeten Staaten, inſofern ſie die miniſterielle Verantwortlichkeit betreffen und die eigenen Landesgerichte dazu nicht kompetent ſind; 6) Klagen gegen die verbündeten Staaten, wenn die Verpflichtung, dem Anſpruche Genüge zu leiſten, zwiſchen ihnen zweifelhaft oder beſtritten iſt; ſowie wenn die gemeinſchaftliche Verpflichtung gegen mehr als Einen Staat in Einer Klage geltend gemacht wird. Ferner überweiſen ſie der Kompetenz des proviſoriſchen Schiedsgerichts: b) alle diejenigen Beſchwerden, welche als Veranlaſſung von Störungen der innern Sicherheit zur Sprache kommen und nicht durch den Verwaltungsrath oder die Civilkommiſſarien im Wege gütlicher Verhandlung zu erledigen oder lediglich den Landesgerichten zur Entſcheidung zu überweiſen ſein möchten; c) alle Rechtshändel, welche unter den Verbündeten ſelbſt aus der Vollziehung des gegenwärtigen Bündniſſes erwachſen, inſofern auch hier die Gerichte eines einzelnen Staates nicht kompetent ſein möchten. §. 5. Der Beitritt zu dem Bündniſſe wird keiner Regierung verſtattet, welche ſich nicht in gleichem Maße der Entſcheidung des proviſoriſchen Schiedsgerichts unterwirft. §. 6. Die näheren Beſtimmungen über die Einſetzung des Gerichts, das Verfahren vor demſelben und die Vollziehung ſeiner Entſcheidung ſollen durch den Verwaltungsrath der verbündeten Staaten erlaſſen werden. Die Mitglieder des Gerichts werden mit der Bearbeitung der desfallſigen Geſetzentwürfe beauftragt.

Berlin, 2. Juni. Die Nachricht von beſondern preußiſchen Inſtruktionen an den General Prittwitz beſtätigt ſich. Der Höchſtkommandirende hat die preußiſche Ordre erhalten, während der Friedensunterhandlungen in Jütland nur langſam vorzurücken, und zwar ſo, daß er immer den däniſchen Truppen zum Rückzuge Zeit laſſe. (?) Nach ähnlichen ausdrücklichen Inſtruktionen handelte Prittwitz, wenn er den General Rye, ſtatt ihn mit ſeinem Korps abzuſchneiden, zum Meere entkommen ließ. Es ſoll in letzteren Inſtruktionen dahin lauten, daß da in dem truppenentblößten Kopenhagen ein republikaniſcher Aufſtand gefürchtet werden müſſe, ſo ſei die militäriſche Energie gegen Rye, inſofern er ſein Vaterland vor Anarchie zu retten habe, nicht in gewohnter Weiſe zu handhaben. (O.-P.-Z.)

Halle, 28. Mai. Der Juſtiz-Kommiſſar Böhme aus Merſeburg, welchem dieſer Tage hier ein Erkenntniß publizirt wurde, das ihn von der Schuld des verſuchten Hochverraths völlig freigeſprochen, iſt demungeachtet nach Publikation dieſes Erkenntniſſes zur Haft gebracht worden, weil er „bei dem Aufſtande in Dresden die Hand mit im Spiel gehabt haben ſoll.“ Seit einigen Tagen iſt hier die Cholera, welche bereits faſt gänzlich verſchwunden war, wieder ſehr bösartig aufgetreten. (Nach. Z.)

München, 28. Mai. Die aus der Deutſchen konſtitutionellen Zeitung in mehrere hieſige Blätter übergegangene Angabe, als ſeien den pfälzer Abgeordneten die Reiſevergütungen vorenthalten worden, iſt gänzlich unbegründet; ein ſolches Verfahren wäre ja an ſich ſchon baare Unmöglichkeit, da die in Rede ſtehenden Abgeordneten noch zur Zeit de jure wie de facto Mitglieder unſerer Volkskammer ſind, indem die Beanſtandung ihrer Legitimationen bis jetzt nur als Anfrage der Miniſter vorliegt und ein Entſcheid der Kammer ſelbſt bekanntlich noch nicht zu Stande gekommen iſt. (Allg. Z.)

≍ **München**, 2. Juni. Wieder ſind drei Tage verfloſſen, ohne daß eine Sitzung der Kammern ſtattgehabt hat, nachdem die letzte uns die herrlichen Aufklärungen des Miniſteriums über den Stand der Berliner Kongreßangelegenheiten gebracht hatte. Geſtern war eine Sitzung der Abgeordnetenkammer beabſichtigt und zwar wollte Präſident Hegnenberg die unerledigte Abſtimmung wegen der Pfälzer, ohne irgend eine weitere Vermittelung mit der Linken zu ſuchen, zum dritten Mal auf die Tagesordnung ſtellen, um dann den ſtrengen Weg der Geſchäftsordnung auf alle Gefahr hin weiter zu betreten. Hätte die Linke wiederum die Betheiligung an der Abſtimmung geweigert, ſo wäre dieſe Thatſache dem Bureau zur Berichterſtattung übergeben, die nichtabſtimmende Seite des Hauſes nochmals zur Erfüllung ihrer Pflicht aufgefordert und bei nochmaliger Verweigerung die Einberufung der Stellvertreter angeordnet worden. Allein da ſich zeigte, daß bei einigen ſchwachen Gemüthern des linken Centrums die neulich eingereichten Geſetzentwürfe, beſonders der über die bürgerliche Gleichſtellung der israelitiſchen Glaubensgenoſſen, eine verſöhnliche Stimmung gegen das Miniſterium hervorzurufen begonnen hatten, ſo ſchien es geeignet, dieſe Eindrücke noch weiter wirken zu laſſen. Ob dieſes Manöver den erwünſchten Erfolg haben wird, iſt allerdings eine Frage. Und wenn die Erfüllung dieſer gouvernementalen Hoffnungen ſchon an und für ſich zweifelhaft genug iſt, ſo werden die Zuſtände, unter denen wir hier ſeit ein Paar Tagen leben, wahrlich nicht geeignet ſein, die Abneigung gegen das Syſtem unſerer oberſten Verwaltungsbehörden zu vermindern. Dieſer Zuſtand iſt der des ausgeſprochenen Soldatenterrorismus. Ich ſchreibe abſichtlich nicht Militärherrſchaft, dies könnte einen Beiklang geben, als wäre irgend ein geſetzlicher Zuſtand vorhanden. Nein, es iſt die Schreckensherrſchaft einer aufgehetzten, nun vollkommen feſſelloſen Soldateska, wahllos gegen alle Menſchen, die nicht zweierlei Tuch tragen.*) Schon öfter habe ich Ihnen von den dahin abzweckenden wirklichen Wühlereien unter den Soldaten im Gegenſatze zu den angeblichen der hieſigen Demokratie geſchrieben. Jetzt kommt es zu Tag, wohin man es gebracht, noch mehr, wohin es ſelbſt die Oberoffiziere mit ihrem Haß gegen jede freiere Bewegung des bürgerlichen Elementes im Staate zu bringen gedacht. Der jetzige Kriegsminiſter, bisherige Stadtkommandant Lüder verweigerte einem Bierwirth, bei welchem die Soldaten bereits am erſten Feiertag die in meinem letzten Brief bezeichneten Exzeſſe gegen Perſonen und Eigenthum begangen hatten, geradezu eine militäriſche Hülfe, ſagte, das ſeien die Folgen der Märzvereinsſitzungen, welche öfters in jenem Lokal abgehalten worden, nun ſeien die Soldaten erbittert, und er wünſche ihm (dem Wirth) viel Glück zum heutigen Abend. Dieſer Abend des zweiten Feiertags war denn auch von einer ſo radikalen Demolirung dieſes Bierhauſes (zum Prater) bezeichnet, daß der Wirth dasſelbe hat ſchließen müſſen, um es wiederherſtellen zu laſſen. Gleiche Exzeſſe fielen im ſogenannten Paradiesgarten vor, wo niemals eine Märzvereinsſitzung ſtattfand. Wie die Soldaten ſich gleichzeitig an andern Orten betrugen, ſehen Sie aus beifolgender Bekanntmachung im heutigen Blatt der „Neueſten Nachrichten**). Und trotzdem bemerken wir nicht, daß ſeitdem auch

*) Wir glauben unſere Leſer noch beſonders aufmerkſam machen zu müſſen auf das, gewiß auch von ihnen ſtets anerkannte, beſonnene und maßvolle Urtheil unſeres ⩘ Korreſpondenten.

**) Dieſelbe lautet: „In der Nacht vom 28. auf den 29. Mai (Pfingſtmontag) gingen betrunkene Soldaten lärmend und ſchreiend durch eine ſonſt ſehr friedliche Straße in einer unſerer Vorſtädte. Zwei derſelben ſtiegen über eine Gartenplanke und verſteckten ſich in der Laube, ihre ſpäter kommenden Kameraden neckend. Nachdem dieſe unter vielem Geſchrei ſie endlich aufgefunden hatten, entfernten ſie ſich in dem Augenblicke, als ein in der Nähe wohnender junger Offizier ihnen nachrief: „Gebt Ruh und packt euch ihr L.....“ (Wahrſcheinlich hatte dieſer Herr keine Idee davon, daß es Soldaten geweſen, welche ſeine Nachtruhe geſtört hatten.) Dieſe aber ſagten zu einander: „Wie? man ſchimpft uns? das ſoll nicht ungeſtraft geſchehen!“ Sie kehrten zurück, verfehlten aber das Haus, demolirten die Gartenplanke eines benachbarten Bürgers, in deſſen Haus alles ruhig ſchlief, ſchlugen mit ihren Klingen die Fenſter ein und verſuchten die Hausthüre zu ſprengen, was jedoch nicht gelang. Bei dieſen verzweifelten Anſtrengungen war von dem Faſchinenmeſſer des Einen ein Theil der Pariſtange geſprungen, die des andern Tages gefunden wurde und als ein Theil der Bewaffnung eines zum Artilleriekorps Gehörigen erkannt. Mit dieſer Reliquie ging der beſchädigte Bürger beſchwerend zum Artillerieoberſten B—gh—m. Von dieſem wurde er mit rauhen Worten angefahren: „Warum ſollen das Artilleriſten geweſen ſein?“ „Gewiß waren es Ouvriers?“ Da herrſchte der Herr Oberſt ihm zu: „Sie ſind gewiß ein Demokrat und werden irgendwo über die Staatsregierung räſonnirt haben, die Soldaten aber ſind treue Anhänger des Königs und können ſolches nicht dulden.“ Der Herr Oberſt hätte denn doch bedenken ſollen, daß ein Bürger ſeines geleiſteten Eides auf die Verfaſſung nicht ſo uneingedenk ſein und ſich verletzende Ausdrücke gegen den König oder die Konſtitution erlauben wird. Und hätte er ſolches auch gethan, ſo wären doch die Soldaten nicht ſeine Richter, um gleich die größten Stücke ungeſpaltenes Holz durch die Fenſter zu werfen, wodurch ein in der Nähe ſchlafendes Kind derart getroffen

nur die geringſte Vorſorge für Zügelung der ſoldatiſchen Brutalität getroffen wäre. Beſonders gegen Abend treiben ſich die Soldaten ſchaarenweis auf den Straßen herum, die begegnenden Nichtſoldaten, die anſtändigſt gekleideten Männer und Frauen verhöhnend. Der Ruf: „dieſe L...., dieſe Civiliſten, ſollen nur was machen!" und ähnliches Geſchrei hörte ich geſtern gegen Abend häufig von ſolchen Gruppen, ohne daß auch nur die geringſte äußere Veranlaſſung dazu gegeben war. Auf dieſe Bajonette alſo wird man ſich ſtützen, um ein Miniſterium gegen den Willen der Mehrheit der Kammern und das ebenſo entſchiedene Mißtrauen der Bevölkerung zu halten, um ein Syſtem durchzuführen, welches uns binnen Kurzem wieder den alten Zuſtänden in die Arme wirft, um in der deutſchen Frage es durchaus zu keinerlei Abſchluß kommen zu laſſen. Auf ſolche Weiſe drängt man uns gewaltſam der Revolution entgegen! Tiefe Trauer bei Allen, die es ehrlich mit Deutſchland und der Freiheit meinen, erregte natürlich unter dieſen Verhältniſſen die geſtern hier angelangte Nachricht von der beſchloſſenen Verlegung der Reichsverſammlung nach Stuttgart. Jubelnd riefen die Gegner: damit iſt dieſer Convent geſprengt! Und die Männer der ewigen Entſcheidungsſcheu hoffen, die Centralgewalt könne ein Veto gegen dieſen Beſchluß einlegen, brauche wenigſtens ihre Organe dem Zuge nicht folgen zu laſſen. Als ob dies nicht das Allerſchlimmſte, die allertraurigſte Entſcheidung wäre!

Aſchaffenburg, 3. Juni. Heute früh 7 Uhr zogen ungefähr 400 Freiſchärler in aller Ordnung ohne Trommelſchlag durch unſere Stadt. Sie kamen von Hanau und ſetzten nach einſtündiger Raſt außerhalb der Thore ihren Marſch auf dem rechten Mainufer nach Amorbach fort, von wo ſie, mit andern Zuzügen vereint, nach Baden und von da ihre Richtung in die baieriſche Pfalz nehmen wollen. (Aſch. Z.)

* **Kaiſerslautern**, 27. Mai. Die proviſoriſche Regierung hat folgende Bekanntmachung erlaſſen: „Mitbürger! Die volksfeindliche baieriſche Staatsregierung hat den Abgeordneten der Pfalz, welche ſich zu den Sitzungen der zweiten Kammer nach München begeben hatten, die fernere Theilnahme an den Verhandlungen derſelben gewaltſam unterſagt, nachdem ſie ſich in Verbindung mit der Mehrheit der fränkiſchen und ſchwäbiſchen Abgeordneten für die unbedingte Geltung der deutſchen Reichsverfaſſung und die ſofortige Entfernung des widerſtrebenden Miniſteriums ausgeſprochen hatten. Mitbürger! Das baieriſche Staatsminiſterium hat dadurch mit eigener Hand die Möglichkeit der gegenwärtigen Verbindung zwiſchen der Rheinpfalz und Baiern vernichtet, die Trennung deutlich ausgeſprochen. Die Abgeordneten der Rheinpfalz haben München verlaſſen, entrüſtet über dieſes Benehmen einer Staatsregierung, welche dem Willen des Volkes und der Würde ſeiner Vertreter in ſolcher Weiſe Hohn ſpricht. Mitbürger! Manche Bewohner der Pfalz haben von dem Ausſpruch und der Wirkſamkeit der Volksvertreter in München noch eine gütliche Ausgleichung erwartet; ſie haben geglaubt, daß die baieriſche Staatsregierung ſich dadurch veranlaßt ſehen werde, von ihrer rebelliſchen Widerſpenſtigkeit gegen die Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung und ſomit gegen die Souveränetät des deutſchen Volkes abzuſtehen. Die baieriſche Staatsregierung hat nun ſelbſt alle dieſe Hoffnungen zerſtört. Es iſt daher um ſo dringender die Pflicht eines jeden Pfälzers, zum Schutze der Freiheit, zur Aufrechthaltung der Ordnung mit aller Kraft und allen zu Gebot ſtehenden Mitteln die Anordnungen und Maßnahmen der proviſoriſchen Regierung zu unterſtützen. Kaiſerslautern, den 27. Mai 1849. Die proviſoriſche Regierung der Rheinpfalz: (gez.) Hepp. Schmitt. Reichard. Fries.

** **Stuttgart**, 2. Juni. Die Eiſenbahnzüge bringen uns bereits die erſten Frankfurter Abgeordneten, unſere eigenen zumal, mit ihnen den Vizepräſidenten Eiſenſtuck, der als Quartiermacher erſcheint. Und wie nimmt Schwabens Hauptſtadt die Gäſte auf? Die Stimmung iſt eine ſehr getheilte. Die Demokraten hoffen in der Linken und äußerſten Linken der Reichsverſammlung eine Verſtärkung, einen Zuwachs an moraliſchem Gewicht zu erhalten; ſie bedürfen deſſen nach ihrem jüngſten Feldzug in Reutlingen. Der ruhige friedliche Bürger der Stadt empfängt die Verſammlung mit Achſelzucken und Mißtrauen; er fürchtet hinter ihr her preußiſche Bajonette und Zuſtände für unſere Stadt, die wir im ganzen Revolutionsjahr noch nicht erlebten, denn Stuttgart iſt zur Stunde eine der wenigen Städe, welche noch keine Barrikaden geſehen. Die Zahl derer, welche für das wahre Werk der Reichsverſammlung in ihrer Ueberſiedelung etwas Erſprießliches ſehen, iſt klein; ſie hoffen von Stuttgart aus beſſere Einwirkung auf Baden und Bayern, Unterſtützung der beſſeren Elemente in Baden, wenn dieſe ſich aufraffen, und Verſtändigung mit Baiern. Möchten dieſe Recht behalten. Eine Hoffnung, für den Augenblick erſprießlich für unſer engeres Vaterland, knüpft ſich jedenfalls an die Reichsverſammlung; wir ſind überzeugt, daß der faſt unvermeidliche Putſch nun vorerſt unterbleiben wird. Die Vertrauensmänner hatten den Kammerbeſchluß vom 31. Mai als Ablehnung ihrer Forderungen aufgenommen und mißmuthig, ja theilweiſe drohend, waren Manche von ihnen abgereiſt. Seit geſtern iſt es hier auffallend ruhig und man wartet jetzt wieder die Dinge ab. Daß die Reichsverſammlung im Ganzen gute Aufnahme finden wird, daran zweifeln wir nicht; die Achtung vor ihr iſt uns doch ſo tief ins Herz geſchrieben, daß auch für ihre letzten Hundert noch ein Reſt von Unterwerfung übrig geblieben. Die Kammer beſchloß heute ihren Präſidenten zu beauftragen, er ſolle zum Empfang und zur Unterbringung der Reichsverſammlung Einleitung treffen und dieſe im Namen der Kammer bewillkommen. Die Ritterbank ſträubte ſich nicht ohne Hartnäckigkeit hiegegen und beſonders als der Präſident Murſchel ſagte: es könne ſich hinſichtlich der Unterbringung der Verſammlung auch um das Lokal der Stände handeln, brach die Ritterbank in Unwillen aus, dem auch der ängſtliche, ſicher von dem Ereigniß betroffene Staatsrath Duvernoy beiſtimmte, indem er die Mitwirkung der Regierung, wenn es ſich um Geſtattung des Saals handle, beanſpruchte. Seeger antwortete: das Recht der Verfügung über den eigenen Saal werde man doch den Ständen laſſen. Römer, der die offizielle Mittheilung des Verlegungsbeſchluſſes in Händen hat, gab keine Erklärung über die Stellung der Regierung ab; man glaubt jedoch, daß die Regierung der Verſammlung keinerlei Hinderniſſe in den Weg legen werde, ja Manche meinen, Römer freue ſich des Rückhalts an der Reichsverſammlung und werde an Entſchiedenheit gewinnen. Geſtern waren die Miniſter alle in Ludwigsburg beim König, über deſſen Entſchlüſſe aber nichts verlautet.

Unſere Kammer wird jedenfalls bald ihre Geſchäfte vollendet haben: außer dem Budget: ein Reviſionsgeſetz über die Bürgerwehr, das Schwurgerichtsgeſetz und mehrere kleinere Arbeiten, die ſie als „Ständeverſammlung" ohne das bisher anhängende Bleigewicht der Standesherrn raſch erledigen kann. Zwei Verſammlungen am gleichen Orte taugen nicht. Die Erklärungen für das Miniſterium und gegen die Reutlinger Beſchlüſſe mehren ſich mit jedem Tage. Heute wurde hier Fickler verhaftet. Propaganda für ſeine badiſche Sache, welche er hier machte, ſcheint jedenfalls zu Grunde zu liegen; ob aber ein Verhaftsgeſuch ſeiner eigenen Regierung, da er mit badiſchen Staatsgeldern unbefugt hierher abgegangen ſei, vorliegt, wie man es behauptet, (?) läßt ſich nicht verbürgen. Er wird zunächſt unſern Aſperg bewohnen. Seit dem 31. Mai fehlt uns die Frankfurter Poſt.

△ **Dresden**, 31. Mai. Die Leipziger Zeitung bringt heute eine Verordnung des Geſammtminiſteriums, welche unter Bezugnahme auf §. 103 der Verfaſſungsurkunde die Forterhebung der vom vorigen Landtage nur bis Ende April 1849 bewilligten beſtehenden Steuern und Abgaben nicht „bis auf Weiteres," ſondern bis zum 30. April 1850 anordnet. Zugleich verfügt das Finanzminiſterium Aufſtellung neuer Gewerbe- und Perſonalſteuerkataſter für ſämmtliche Städte, ſo wie für einzelne näher zu bezeichnende Ortſchaften des platten Landes. Einige Interpreten der Verfaſſungsurkunde aus der Schaffrathſchen Schule finden, wie ich höre, dieſe Regierungsverordnung verfaſſungswidrig; nach meiner Meinung entſpricht ſie den Beſtimmungen der Verfaſſungsurkunde auf das Vollſtändigſte. Der Staatsbedarf wird übrigens durch die beſtehenden Steuern bisweilen nicht gedeckt, wie die Vordnung ſelbſt ausſpricht; eine Steuererhöhung, wie ſchon Georgi und v. Ehrenſtein ſie für nothwendig hielten (ſie verlangten eine Steigerung der Grundſteuer um ein Fünftheil), iſt aber nach der Verfaſſungsurkunde ſelbſt in den dringendſten Fällen nur nach vorhergehender Zuſtimmung eines außerordentlich einzuberufenden Land-

---

wurde, daß das Blut aus Naſe und Mund lief. Wir meinen, daß dem König der ſchlechteſte Dienſt geſchieht durch Aufwiegelung der Soldaten gegen die Civiliſten und durch ſolche Redensarten, wie gedachter Oberſt ſie gegen einen friedlichen, rechtſchaffenen, getreu an der Verfaſſung ſeines Vaterlandes haltenden Bürger, der ſelbſt Soldat geweſen, zu führen beliebt. Nachträglich iſt zu bemerken, daß alle übrigen Gerüchte Unwahrheit ſind."

W. Schneider, Herrnſtraße Nro. 26."

tages möglich. Gleiches gilt von einer Staatsanleihe, welche bei außerordentlichen Bedürfniſſen des Staats geſetzlich nur dann einſeitig von der Regierung gemacht werden kann, wenn „äußere" Verhältniſſe die Einberufung des Landtages durchaus unmöglich machen. Unter dieſen bedrängten Umſtänden ſcheint die Regierung ihre Hoffnung auf zahlreiche freiwillige Pränumerationen ſpäterer Steuertermine zu rechnen, wird ſich aber zugleich mit der Einberufung des Landtages möglichſt beeilen. Wahrſcheinlich wird derſelbe im Monat Auguſt zuſammentreten.

= **Dresden**, 1. Juni. Die mobile Diviſion, aus poſener und pommer'ſchen Regimentern beſtehend, die, wie ich Ihnen vor beinahe 8 Tagen ſchon geſchrieben, der nach Erfurt gezogenen Diviſion in Beſetzung Sachſens nachkommen würde, iſt in ihren erſten Abtheilungen angekündigt. Noch immer werden Gefangene vom Lande eingebracht; ſo vorgeſtern ein bekannter Dresdner Sattlermeiſter Wiſocki. Durchaus unbegründet iſt ein vielfach verbreitetes Gerücht, es ſeien bereits mehrere Gefangene in verſchloſſenen Wagen nach den Gefängniſſen des Königſteins transportirt worden; die Leute haben bei Nacherzählung deſſelben nicht bedacht, daß die allgemeine Unterſuchung der Betheiligung am Aufſtande noch fortdauert und noch kein Urtheil von den zuſtehenden Behörden geſprochen worden iſt. Jene verſchloſſenen Wagen, die in einer der letzten Nächte nach dem Königſtein unter ſtarker Kavallerie- und Infanteriebedeckung (50 Mann von dieſer und ebenſoviel von jener) fuhren, enthielten einen Theil der Schätze des grünen Gewölbes, die man in der Feſtung ſicherer glaubt als in dem hieſigen — wie geſagt und gefürchtet wird — vielbedrohten Schloſſe. In den untern Volksklaſſen herrſcht eben keine ſehr erfreuliche Stimmung; viele der Bürger — was ich im Anfang nach der Beſiegung des Aufſtandes nicht geglaubt hätte, da ich meinte, ſie hätten die Schreckniſſe aller Art genug genoſſen — ſcheinen dieſelbe zu theilen.

Karlsruhe, 1. Juni. Geſtern Abend iſt wieder eine Partie Freiſchärler aus der Schweiz angekommen, 3—400 Mann, lauter belogene und betrogene Leute, wie ſie ſich hier ſelbſt überzeugten, als ſie die übergegangenen würtembergiſchen und preußiſchen Regimenter hier nicht ſahen, wie man ihnen in der Schweiz vorgelogen hat. Einzelne jammerten über den Verluſt ihres Geſchäfts und verlorene Reiſezeit und Geld. Von den hier anweſenden Polen werden drei erbärmliche, herzbrechende Lieder ausgegeben, worunter eines „an die Söhne des gezüntnadelten Säbelregiments." (Schw. M.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 31. Mai. Die in unſerm letzten Schreiben vom 29. d. gemeldete Waffenruhe, beſtätigt ſich trotz einzelner widerſprechender Berichte, vollkommen, vor Fridericia iſt ſeit dem 24. d. kein Schuß von deutſchen Truppen gefallen und im Norden haben ebenfalls die Truppen ſeit dem 24. d. ihre innegehabte Stellung nicht im mindeſten verändert.

N. C. **Schleswig**, 31. Mai. Aus verläßlicher Quelle kann ich Ihnen beſtätigende Kunde über den augenblicklich guten Stand unſerer Landesſache mittheilen; ſie iſt ſeit Kurzem in ein neues Stadium getreten, das günſtigere Ausſichten erweckt. Die bisherige für unſer Land ſo paſſende Witterung verſpricht eine ſeltene Ernte. Man erinnert ſeit Langem ſich nicht einer ſolchen Blüthenpracht, einer ſo üppigen Vegetation, wie die Natur hier in Gärten und Feldern beut. Wer einmal die drückenden politiſchen Sorgen abſchütteln will, ſchweife in dieſer Zeit durch das ſchöne bügelige Angeln an der Oſtſee oder Schlei, er wird erfriſcht heimkehren. Schleswig-Holſtein wird ohne Mühe die Paſſion des bisherigen Krieges aus ſeinen reichen Hilfsmitteln erſetzen; dennoch iſt ein ehrenhafter Friede ſehr erwünſcht.

= **Schleswig**, 1. Juni. Endlich, nachdem die deutſchen Reichstruppen acht Tage lang eine Meile ſüdlich von Aarhuus bewegungslos geſtanden hatten, ſind dieſelben vorgeſtern wieder etwas vorgerückt. Im Hauptquartier war die ſpäter als unrichtig ſich erweiſende Meldung eingegangen, daß die Dänen unter General Rye in zwei Abtheilungen vorrückten. Entweder aus dieſem Grunde, oder weil gleichzeitig aus Berlin die Erlaubniß dazu ertheilt war, ward der preußiſchen Diviſion Marſchordre gegeben. Die Vorpoſten rückten in die Stadt Aarhuns, welche aber vorher von den däniſchen Truppen gänzlich verlaſſen war. Dagegen ſtieß man in der Stadt auf mehrere Barrikaden, welche wegzuräumen die Einwohner ſich ſofort ſehr bereitwillig zeigten. Die Reichstruppen marſchirten durch die Stadt, und machten in geringer Entfernung nördlich von derſelben Halt Es wurden nur einzelne feindliche Kavalleriepatrouillen in der Ferne erblickt. Eine Beſatzung hat man in Aarhuus nicht zurückgelaſſen und man beabſichtigt auch fürs Erſte die am offenen Meere belegene Stadt nicht beſetzt zu halten. Dagegen ſollten die Baiern geſtern die Stadt Aarhuus weſtlich umgehen und ihre Vorpoſten bis zum Dorfe Framlew vorſchieben. Im Weſten Jütlands ſind die Reichstruppen inzwiſchen bis Ringkjöping vorgegangen, und es iſt deshalb jetzt das ſüdlich von Aarhuus und Rienkjöging belegenen Theil Jütlands von den Unſerigen beſetzt.

Geſtern Abend gegen 8 Uhr näherte ſich das däniſche Linienſchiff „Skjold" der Mündung des Kieler Hafens, blieb aber außerhalbs Bülk's. Ein däniſches Kriegsdampfſchiff nahm geſtern nahe bei Friedrichsort eine kleine an der ſchleswigſchen Küſte liegende Jacht und fuhr mit derſelben zum Hafen hinaus. Von Friedrichsort aus ward zwei Mal, jedoch wegen der Entfernung vergeblich, auf das feindliche Dampfſchiff geſchoſſen. Drei zur Beſatzung der Jacht gehörige Perſonen ſind als Kriegsgefangene mitgenommen, — ein neues Beiſpiel däniſchen Menſchenraubes.

N. C. **Kuxhaven**, 1. Juni. (Elec.-magn. Telegraph.) Die engliſche Brigg Brack, Kapt. Gray von New-Caſtle, mit Kohlen nach Hamburg beſtimmt, iſt in der Mündung der Elbe vor Anker liegend, durch das däniſche Dampfbot Geyſer genommen und nach Kopenhagen aufgebracht worden. Der Steuermann und 4 Matroſen von der Brigg ſind in einer helgoländer Sloop hier angekommen, die übrige Mannſchaft iſt aber mit nach Kopenhagen genommen.

Großbritannien.

* **London**, 2. Juni. Aus den geſtrigen Unterhausverhandlungen iſt zu erwähnen, daß Hr. Sandars an Lord Palmerſton in Betreff der däniſchen Blokade mehrere Fragen richtete, unter andern, ob der edle Lord gehört habe, daß mehrere Schiffe mit britiſchem Eigenthum, die aus dem Bather Hafen gekommen, von däniſchen Kriegsſchiffen weggekapert und nach Kopenhagen aufgebracht worden ſeien, obſchon der beſagte Hafen von Bath doch nicht zu denjenigen Häfen gehöre, welche in Blokadezuſtand erklärt ſeien? Lord Palmerſton antwortete, er habe bereits angeordnet, daß über dieſen Fall in Kopenhagen Unterſuchungen angeſtellt würden. Weiter bemerkte Hr. Sandars, er habe von Curhaven eine telegraphiſche Depeſche erhalten, wornach das Huller Dampfſchiff auf ſeinem Wege nach Hamburg von einem däniſchen Kreuzer nahe der Elbmündung angehalten und gezwungen worden ſei, unverzüglich nach Hull zurückzukehren; nur die Paſſagiere ans Land zu ſetzen, ſei geſtattet worden. Lord Palmerſton erklärte: Zufällig ſeien die Huller Dampfſchiffe nicht unter der Zahl der Poſtſchiffe mitbegriffen, denen zufolge einer Verabredung mit der däniſchen Regierung gleich anfangs das Privilegium bewilligt worden, ungehindert paſſiren zu dürfen. Das Poſtamt ſei jedoch ſeitdem mit dieſen Schiffen einen Vertrag eingegangen, und er, Palmerſton, habe ſofort hiervon die Kopenhagener Regierung in Kenntniß ſetzen laſſen. Auf eine Bemerkung des Hrn. Sandars, daß, trotz der Blokade, vom 17. bis 20. März 36 Fahrzeuge in Curhaven angekommen ſeien, erwiederte Palmerſton, keine Blokade, am wenigſten in ſolch einem Fluſſe wie die Elbe, könne ſo gehandhabt werden, daß es nicht einzelnen Schiffen gelingen ſollte, zur Nachtzeit und auch ſonſt durchzubrechen. In derſelben Sitzung wurde ein Antrag Hrn. Henrys auf Verringerung der Gehalte höherer Beamten mit 84 gegen 33 Stimmen verworfen.

Frankreich.

* **Paris**, 2. Juni. Das neue Miniſterium iſt ernannt. In der heutigen Sitzung der Legislative beſtieg Odilon Barrot die Tribüne, die Namen deſſelben zu verleſen und auf Montag den 4. Juni die verfaſſungsmäßige Botſchaft des Präſidenten der Republik anzukündigen. Das Miniſterium iſt zuſammengeſetzt wie folgt: Odilon Barrot Präſidium und Juſtiz, Dufaure Inneres, Tocqueville Aeußeres, Rulhieres Krieg, Fallour Unterricht, Paſſy Finanzen, Tracy Marine, Lanjuinais Handel, Lacroſſe öffentliche Bauten. Neu davon ſind, wie man ſieht, nur Herr von Tocqueville ſtatt des Herrn Drouin de Lhuys, Herr Lanjuinais ſtatt des Herrn Buffet und Herr Dufaure, der das ſeit dem Rücktritt des Herrn Leon Faucher beſtehende Interim beendet. Im Uebrigen bot die Sitzung nur ein ſehr untergeordnetes Intereſſe. Der abtretende Alterspräſident erregte ſchließlich einen gewaltigen Sturm

zur Linken, als er in ſeine Apoſtrophe an ſeinen Nachfolger die allerdings ſehr gewagte Behauptung einfließen ließ, daß er faſt einſtimmig gewählt worden ſei, und Herr Dupin gab nach derſelben Seite hin großes Aergerniß, als er ſich mit ſeinen Ermahnungen zur Ruhe und Ordnung ausſchließlich an den Berg zu richten ſchien und ſogar im Plural von den großen Staatsgewalten ſprach. Dann ging die Verification der Vollmachten ihren Gang. Eine längere Debatte entſtand, als der Berichterſtatter über die Wahlen des Departements Loire und Cher auf die Annullation der Wahl des Herrn Germain Sarrut antrug, gegen welchen als Geranten einer Kompagnie eine Falliterklärung ausgeſprochen war; trotz des Einwandes, daß er perſönlich nicht fallit geweſen, trat die Verſammlung dem Antrage bei. Die Wahlen im Departement Aude dagegen würden, nachdem der Biſchof von Carcaſſonne ſich hatte gefallen laſſen müſſen, ſeine Wahlumtriebe als Infamie bezeichnen zu hören, für gültig erklärt. Den Schluß der Sitzung bildete die Ergänzung des Bureaus durch Wahl der Quäſtoren: bis jetzt iſt nur General Leflo mit abſoluter Majorität aus der Wahlurne hervorgegangen.

Die heutigen Journale ſind alle mit Reflexionen über die geſtrigen Abſtimmungen der Nationalverſammlung angefüllt, wobei die Parteien zum erſten Male ihre numeriſche Stärke gemeſſen haben. Die vereinigte Widerſtandspartei zählt demnach auf 609 Stimmen 336, die ſocialiſtiſche 182 und die Partei der reinen Republikaner von der Farbe des Generals Cavaignac 84. Da die beiden letzteren Parteien häufig zuſammen ſtimmen werden, ſo kann man alſo die Stärke der ganzen Linken auf 260 und die der Rechten auf 336 anſchlagen, wonach dieſe eine relative Majorität von etwa 70 Stimmen haben würde. Dieſe Berechnung gilt nur von der jetzt gegenwärtigen Anzahl von Repräſentanten, alſo etwa 600.

Es heißt, daß Frankreich in der ſchleswig-holſteiniſchen Frage ſich entſchieden für Dänemark ausgeſprochen und eine Flotte in die Nordſee ſchicken wird. Man ſpricht von der Reſtauration des ehemaligen Polizeiminiſteriums. Die Fürſtin v. Wagram, Gemahlin Berthiers, iſt an der Cholera geſtorben. Die Verſtorbene war eine geborene Herzogin in Baiern, Vaters-Schweſter des Hauſes der herzoglichen Linie. Proudhon ſoll auf Grund ärztlicher Zeugniſſe die Erlaubniß erhalten haben, die 3 Jahre zu denen er verurtheilt iſt, in einer Heilanſtalt zuzubringen.

Italien.

* **Rom.** Der National bringt die Nachricht, daß am 23. Mai, wahrſcheinlich in Folge plötzlicher geheimer Einwirkungen, Hr. v. Leſſeps ſeine wohlwollende und verſöhnliche Sprache auf einmal geändert und ſogar am 24. des Morgens in aller Frühe die Stadt verlaſſen habe, um ſich mit Hinterlaſſung einer neuen Note ins Hauptquartier zurückzuziehen. Er behauptet darin, die Beweiſe in den Händen zu haben, daß er, der Mann des Friedens, bereits den Dolchen der Mörder bezeichnet ſei, als die Urſache der öffentlichen Aufregung und Unruhe. Er fügt hinzu, daß er aus dieſem Grunde Rom verlaſſe, und um allen Gegnern jeden Vorwand zum Zweifel an der Aufrichtigkeit ſeiner Verſprechungen zu nehmen, noch einen 4. Artikel zu ſeinen bekannten Propoſitionen vorſchlage, wonach die franzöſiſche Republik das Gebiet der römiſchen Staaten vor jeder fremden Invaſion garantiren würde. Die Nationalverſammlung, der Hr. v. Leſſeps das Dokument direkt und unter abſichtlicher Umgehung des Triumvirats zuſtellen ließ, übergab daſſelbe ſofort dem Triumvirat, wie denn überhaupt fortwährend die beſte Eintracht zwiſchen dieſem und der Verſammlung zu herrſchen ſcheint.

Schweiz.

☽ **Bern,** 29. Mai. Nachdem der Ständerath über die Kapitulationsfrage Tagesordnung beſchloſſen, der Nationalrath Einleitungen zur Auflöſung der Kapitulationen getroffen, muß nun der Beſchluß des Nationalraths zurück an den Ständerath. Stimmt dieſer nicht bei, wofür Befürchtungen vorhanden ſind, ſo fällt die Frage für einſtweilen dahin. Geht aber der Ständerath auf den Gegenſtand ein, beſchließt aber etwas anderes als der Nationalrath, ſo hat ſich der Nationalrath wieder mit dem diesfälligen Reſultate zu befaſſen. Und ſo geht es fort, bis ein endlicher Beſchluß herauskommt. In Berückſichtigung der vielen noch zu erledigenden Geſchäfte, hat der Nationalrath einen Antrag auf Vertagung verworfen. Bürgermeiſter Saraſin von Baſel ſoll ſich letzter Tage in der Bundesſtadt befunden haben, um bei dem Bundesrath gegen die gegenüber den badiſchen Flüchtlingen getroffenen Internirungsmaßregeln zu reklamiren. Der Bundesrath ſoll aber wenig geneigt ſein, auf dieſe Reklamationen einzugehen. Der kleine Rath von Baſel hat am 23. d. verfügt, daß von den dort noch befindlichen Flüchtlingen jedenfalls Offiziere und Beamte nach Anleitung des ergangenen Bundesbeſchluſſes das dortige Gebiet ſofort zu verlaſſen haben. Dem Bundesrath wird davon unter Mittheilung des aufgenommenen Verzeichniſſes der Flüchtlinge Kenntniß gegeben. Noch hört man nichts Näheres über die ſchweizeriſche Gebietsverletzung durch einen Haufen von 40 Bürgerwehrmännern, welche in Verfolgung eines Militärs bis ins Dorf Kleinhüningen eindrangen, dort aber zurückgewieſen wurden. So ſollen auch ſogar auf Schweizerboden badiſche Landjäger ihre Gewehre abgefeuert, aber nicht getroffen haben. Ein Baſeler Kommis wurde ohne die geringſte Veranlaſſung auf der Leopoldshöhe auf die brutalſte Weiſe von badiſchen Grenzwächtern angefallen und mit Gewehrkolben ſo mißhandelt, daß er daran ſtarb. In Baſel ſelbſt wurden flüchtige badiſche Frauenzimmer von einer Schaar trunkener fremder Handwerksgeſellen aufs gröbſte inſultirt.

Da die Stadtbehörden Berns auf die Einladung der Regierung in Betreff des Baues des Bundesgebäudes noch keine Antwort ertheilt haben, ſo ſind dieſelben noch einmal mit allem Ernſt aufgefordert worden, bis heute Abend eine definitive Antwort zu geben. Dieſe Zögerung erregt bei den eidgenöſſiſchen Behörden großes Mißfallen, und könnte leicht zu einem Antrag in den Räthen Anlaß geben. Vor einigen Tagen waren zwei Abgeordnete der proviſoriſchen Regierung Badens hier, und verreiſten nach kurzem Aufenthalt nach Lauſanne. Lombardiſche Flüchtlinge ſammeln ſich wieder in Teſſin. Einige haben ſogar einen bewaffneten Einfall auf italieniſches Gebiet gewagt und Grenzwächter erſchoſſen. Bereits iſt eine ſehr drohende Note Radetzkys eingetroffen, und öſterreichiſche Truppen ſammeln ſich in Como. Der Staatsrath von Teſſin hat ſchärfere Verordnungen gegen die italieniſchen Flüchtlinge erlaſſen. Die Wittwe des unglücklichen R. Blum weilt ſeit einigen Tagen in Bern. Sie hat ihre beiden Knaben einer hieſigen Erziehungsanſtalt übergeben und ſoll geſonnen ſein, wenigſtens einſtweilen ihren bleibenden Wohnſitz in der Schweiz zu nehmen.

Ungarn.

A. Z. C. Wir leben, — heißt es in einem nach mannichfaltigen Kreuz- und Querzügen über Trieſt nach Wien gelangten Briefe aus Herrmannſtadt — unter einem ſyſtematiſchen Schreckensſyſtem. Tauſende von Eltern trauern um ihre Kinder, die ihnen mit Gewalt entriſſen und als Knaben von 14 Jahren in die Reihen von Bem's Truppen geſchleppt wurden. Die Schulen und Kirchen, letztere beraubt und verlaſſen, dienen den Honved's zur Kaſerne. Alles Staatsgut iſt verſchleppt; die Garniſon iſt jetzt ſchwach und wird oft gewechſelt. Ein Militärgericht, an deſſen Spitze General Rakonski, ehedem Barbiergeſelle in Lemberg, ſteht, beſorgt die Regierungs-Angelegenheiten. Garniſons-Commandant iſt Oberſtlieutenant Berenski. Bem hat ſich ſeit längerer Zeit nicht mehr ſehen laſſen; doch hat er verſprochen bei drohender Gefahr gleich wieder zu kommen. Eine Regierungs-Verordnung, welche der ganzen Bevölkerung befiehlt, zu den Waffen zu greifen und in die Inſurrektion einzutreten, hat allenthalben paniſchen Schrecken hervorgerufen; mehr als 50 junge Männer in Herrmannſtadt haben ſich entleibt; Viele ſind in die Wälder geflohen und werden von den Magyaren gleich wilden Thieren gehetzt. Eine weitere Verordnung beraubt alle Ausgewanderten ihrer Güter und entzieht ihren zurückgebliebenen Angehörigen alle Mittel zur Exiſtenz und zur Flucht. In den Kerkern ſchmachten noch beiläufig 200 ſ. g. Vaterlandsverräther und erwarten ihr Urtheil von einer zu dieſem Behufe eingeſetzten Kommiſſion. Der Graf von Ricka, ein patriotiſch geſinnter Mann, wurde auf die Angabe zweier Honved's, die ihn des Hochverraths beſchuldigten, von der Militärkommiſſion zum Tode verurtheilt und aus beſonderer Gnade nicht gehenkt, ſondern erſchoſſen. Vom Handel und von Gewerben keine Spur; der Boden der ſonſt blühenden Induſtrie liegt brach. In den, zur glücklicheren Zeit ſo lebhaften Straßen der Stadt wuchert jetzt Unkraut, das Gras gedeiht auf der vom Schanzen- und Barrikadenbau durchwühlten Erde ſo üppig, daß die Pferde der Honved's eine nicht magere Weide finden. Von der ruſſiſchen Hülfe darf bei Todesſtrafe nicht geſprochen werden. Be-

Ueberſicht.

Aufforderung.
Deutſchland. Frankfurt (Schreiben der Nationalverſammlung an den Senat. Rucktritt Welker's und des badiſchen Miniſteriums. Preußiſche Truppen in der Rheinpfalz. Die Frankfurter Zeitung). Die Verhaftung Fickler's). Wien (Ungariſche Nachrichten. Haynau Oberbefehlshaber in Ungarn. Der Kaiſer und die Biſchöfe. Cholera). Berlin (Berichtigung. Eindruck des deutſchen Verfaſſungsentwurfs Die Verfaſſungsſtaaten. Die Verhandlungen mit Baden. Die Unterſuchungen. Curioſum). Naumburg (Myſtifikation). Koblenz (Tagesbefehl). München (Die Regierung und der preußiſche Entwurf. Die Großdeutſchen). Kaiſerslautern (Verbindungen mit Frankreich. Die Volkswehr. Truppen nach Speyer). Dresden (Reorganiſation der Bürgerwehr. Der Aufruhrprozeß. Eröffnung des Theaters). Karlsruhe (Die deutſch-ungariſche und deutſch-polniſche Legion. Kundmachungen. Aufforderung an die Würtemberger). Raſtatt (Die Reichsfeſtung und der Landesausſchuß). Freiburg (Das erſte Aufgebot. Einſchüchterung der Preſſe). Darmſtadt (Die mecklenburgiſchen Truppen). Mainz (Hr. Zitz. Das Obergericht gegen die Freiſchaaren). Gießen (Durchmarſch preußiſcher Truppen. Die Stimmung).
Italien. Florenz (Neues Miniſterium).
Dänemark. Kopenhagen (Das Grundgeſetz).
Türkei. Donaufürſtenthümer (Die Ruſſen).
Frankfurter Börſenbericht (Vom 5. Juni).

Aufforderung.

* **Frankfurt**, 5. Juni. Zur Zuſammenkunft in Gotha wird durch folgendes Rundſchreiben aufgefordert:

Der von den Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover ausgegangene Entwurf einer Reichsverfaſſung läßt es den Unterzeichneten wünſchenswerth erſcheinen, daß eine größere Anzahl politiſcher Freunde, welche in der Nationalverſammlung die Durchführung der Reichsverfaſſung vom 28. März auf friedlichem und geſetzlichem Wege angeſtrebt, und ſeitdem in vielen deutſchen Gauen die öffentliche Stimmung von Neuem kennen gelernt haben, ſich ſobald thunlich wieder zu einer Beſprechung zuſammenfinden. Ein möglichſt übereinſtimmendes Verhalten in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes, insbeſondere gegenüber der obſchwebenden Frage der Reichstagswahlen für diejenigen Staaten ſowohl, welche jetzt die Reichsverfaſſung vom 28. März anerkennen, als auch für diejenigen, welche ebenſo wie die drei obengenannten Königreiche vorher noch Modificationen für nöthig erachten, — wird den Gegenſtand der Berathung ausmachen.

Die Unterzeichneten ſchlagen zu dieſem Zweck eine Zuſammenkunft am 26. dieſes Monats in Gotha vor und laden Sie dringend ein, bei derſelben zu erſcheinen. Frankfurt 3. Juni 1849. Dahlmann. Francke. H. v. Gagern. M. v. Gagern. Graf Giech. Mathy. Rümelin. v. Soiron. Wiedenmann.

Deutſchland.

♈ **Frankfurt**, 5. Juni. An den Senat iſt das folgende Schreiben eingegangen: „An Einen Hohen Senat der freien Stadt Frankfurt! Die Nationalverſammlung hat in ihrer heutigen Sitzung beſchloſſen, ſich nach Stuttgart zu verlegen. Wir können nicht von hier ſcheiden, ohne den Behörden und Bürgern dieſer Stadt im Namen der Verſammlung unſern Dank für ihr freundliches Entgegenkommen zu ſagen. Wir erſuchen Einen Hohen Senat, hiervon der Bürgerſchaft gefälligſt Mittheilung zu machen und bedauern, daß unſere Anweſenheit der Stadt Frankfurt und ihren Behörden manche Unannehmlichkeit und Mühewaltung gemacht hat. Möge die Verfaſſung ſiegen und Frankfurt in ſeinem Senat und ſeinen Bürgern nach Kräften zu ihrer Durchführung mitwirken. Frankfurt a. M., den 30. Mai 1849. Der Geſammtvorſtand der deutſchen Nationalverſammlung. Das Präſidium: Löwe. Eiſenſtuck. Die Schriftführer: Feher. Goltz. Reinſtein. A. Rösler (von Oels).“

⁝ **Frankfurt**, 5. Juni. Herr Welcker hat ſeine Entlaſſung als großherzoglich baden'ſcher Bevollmächtigter genommen. Wie man vernimmt, iſt geſtern das ganze freiſinnige baden'ſche Miniſterium zurückgetreten. Ein Neffe des Hrn. v. Blittersdorf iſt nach Koblenz zum Großherzog gereiſt. Der Großherzog iſt, wie man ſagt, dem preußiſchen Sonderbunde beigetreten.

Frankfurt, 5. Juni. Die amtliche Mittheilung von dem Rücktritt des Reichsminiſters Dr. Grävell bringt nicht die Oberpoſtamtszeitung, ſondern die Frankfurter Zeitung. Dieſer Wechſel in dem offiziellen Organe des Miniſteriums der Centralgewalt iſt bemerkenswerther als die Aenderung der Perſonen, und als die Ueberbürdung des Hrn. Detmold mit den Portefeuilles des Innern, der Juſtiz und des Handels. Es lohnt der Mühe, einige Worte darüber zu ſagen. Die Frankfurter Zeitung entſtand aus den Flugblättern, welche Hr. Jürgens gegründet, für eine gute Sache mit Eifer geführt, und als er müde war, abgegeben hatte. Sie wurde nun das Organ der ſpecifiſch öſterreichiſchen, ſogenannten ſchwarzgelben Partei, deren Trümmer im Vereine mit den Ultramontanen, den partikulariſtiſch geſinnnten Baiern, Hannoveranern und Andern ſich die Großdeutſchen tauften. Aus den beſſern Federn dieſer Partei floß mancher gut geſchriebene Aufſatz in die Frankfurter Zeitung. Die täglichen Artikel des Blattes dagegen können ſelbſt von dem Standpunkt der Partei nicht gut gefunden werden. Ihre Polemik trägt das Gepräge der hämiſchen Bosheit beſchränkter Köpfe. Sie begeifern Preußen, die Centren der Reichsverſammlung, Gagern und ſeine Freunde, die Regierungen, welche die Reichsverfaſſung angenommen haben, kurz Alles, was in Petersburg und Ollmütz unangenehm iſt. Der Berliner Verfaſſungsentwurf findet vor den Augen der Frankfurter Zeitung ebenſowenig Gnade wie das Werk vom 28. März; ſie mag den König von Preußen weder als Vorſtand noch als Kaiſer an der Spitze der Reichsgewalt, ſie wird überhaupt nicht eher zufrieden ſein, bis Deutſchland zur öſterreichiſchen Provinz unter ruſſiſcher Oberaufſicht herabgeſunken ſein wird. Sie traut ihren Leſern ſo wenig Urtheil zu, daß ſie, ihnen die handgreiflichſten Lügen aufbindet; als Beiſpiel genüge, daß ſie in der erſten Nummer, womit ſie als amtliches Organ des Reichsminiſteriums auftritt, angeblich von Würzburg (wahrſcheinlicher von Frankfurt) berichtet, der pfälziſche Aufſtand ſei in Berlin gemacht und die Fäden deſſelben ſeien durch die Hände Baſſermann's und Mathy's gegangen. Dies hat die Frankfurter Zeitung gehört, und ſie darf es daher nicht übel nehmen, wenn wir berichten, was wir gehört haben. Der Redakteur Obermüller, welcher in den Vorzimmern des Reichsverweſers und einzelner Reichsminiſter häufig mit dem Erſchnappen von Nachrichten beſchäftigt anzutreffen iſt, erhalte — ſo hören wir — von dem Vertreter einer Großmacht, dem Herrn Grafen R., monatlich 1000 fl. zur Unterſtützung der Frankfurter Zeitung. Für Rechnung derſelben Großmacht werden 300 Exemplare genommen, um den Abſatz und die Verbreitung des Blattes zu fördern. Daß eine Großmacht Mittel verwendet, um eine Zeitung zu kaufen und zu ernähren, wollen wir nicht tadeln. Daß aber das Reichsminiſterium als Organ ſeiner amtlichen Mittheilungen ein Blatt wählt, welches tagtäglich von den gehäſſigſten Schmähungen und Verleumdungen gegen Preußen, gegen die übrigen Regierungen, außer Rußland, Oeſterreich und Baiern, überfließt, dies ſcheint charakteriſtiſch genug für die Richtung des Miniſteriums Detmold, um nicht mit Stillſchweigen übergangen zu werden.

*** **Frankfurt**, 5. Juni. Geſtern Nachmittag traf aus Stuttgart die Nachricht ein, Fickler ſei dort verhaftet worden und zwar weil er das Militär durch Geld habe verführen wollen. Wenn ſich die Nachricht von dieſer Verhaftung beſtätigt, ſo ſpricht ſie dafür, daß das Miniſterium Römer noch kräftig das Ruder führt. Wohl aber begreift es ſich leicht, daß die in Baden jetzt herrſchende Partei trachten muß, noch mehr Staaten in den Strudel der Revolution zu ſtürzen, nachdem ſie die ganze Demokratie Europas zum Umſturz der Throne aufgerufen hat.

⊙ **Frankfurt**, 5. Juni. So eben trifft von Berlin die Nachricht hier ein, daß die preußiſchen Truppen, welche bei Kreuznach konzentrirt ſind, die Grenze der Rheinpfalz überſchreiten und Landau nehmen ſollen. Ein nach Berlin geſandter baieriſcher General hat dieſe Unterſtützung erwirkt *).

* **Wien**, 1. Juni. Ein Bericht des Banus von Croatien meldet die Erſtürmung einer von den Magyaren in der Nähe von Peterwardein neu erbauten Batterie bei deſſen Beſichtigung der Cernirungsarbeiten gegen dieſe Feſtung. Die ſchon früher verbreitete Nachricht über eine Schlacht, welche das Vogelſche Corps und die Brigade Benedek im Trentſchiner Komitate zu beſtehen hatte, wird von der heutigen Preſſe gemeldet. Reiſende, welche über Schwechat kommen, wollen dort in der Nacht vom 29. bis 30. eine ſtarke Kanonade in der Richtung gegen Raab gehört

*) Wir bemerken, daß die Berichte aus München dieſer Nachricht durchaus widerſprechen. Baiern hat wie es ſcheint nicht nur keine preußiſche Hülfe erwirkt, ſondern die dargebotene Hülfe abgelehnt. Nur wenn die genannten Truppen von der Centralgewalt Marſchbefehl haben, iſt die obige Nachricht glaublich.

haben. Nachrichten aus Diakovar vom 19. Mai melden: General Jovic, der vorjährige Kommandant der Feſtung Eſſegg iſt mit mehreren gefangenen Magyaren, unter welchen ſich auch der Redakteur des Eſſegger Volksfreundes befindet, in Ketten hierher gebracht worden. Morgen werden ſie ſämmtlich nach Alt-Gradisca befördert, um dort wahrſcheinlich ihr Schickſal zu erwarten. Mißbilligend wird erwähnt, daß eine des Einverſtändniſſes mit den Magyaren überführte Frau in Preßburg kriegsrechtlich verurtheilt und mit Ruthenſtreichen gezüchtigt worden. Aus ungariſchen Blättern wird erſichtlich, daß in Debreczin dem Regierungspeäſidenten zwei ſardiniſche Gäſte vorgeſtellt wurden, die, ohne einen offiziellen Charakter zu beſitzen, eine Veebindung zwiſchen Ungarn und Sardinien anbahnen ſollen. Die ſchon geſtern allgemein verbreitete Nachricht erhielt heute ihre amtliche Beſtätigung: F.-M.-L. **Haynau übernimmt das Oberkommando in Ungarn** und iſt gleichzeitig zum Feldzeugmeiſter eenannt. Feldzeugmeiſter Welden iſt auf ſein, auf geſchwächten Geſundheitszuſtand gegründetes Begehren von jenem Poſten enthoben worden. In dem darüber an den Feldzeugmeiſter Welden gerichteten Handſchreiben wird demſelden vom Kaiſer aufgetragen, den früher in Wien eingenommenen und nur zeitweilig verlaſſenen Poſten wieder anzuteeten; doch iſt es zweifelhaſt, ob bei der wirklich geſchwächten Geſundheit des Feldzeugmeiſters Welden es ihm möglich ſein wird, ſich dem Willen des Kaiſers zu fügen. Die Flügeladjutanten des Kaiſers ſind geſtern nach Preßburg gegangen, woraus man die Vermuthung ſchließt, daß der Kaiſer ſich zur Armee begebe. Der Kaiſer hat die Verſammlung der Biſchöſe in feierlicher Audienz empfangen. Dieſelben haben hierbei den Zweck ihrer Verſammlung dahin ausgeſprochen, die katholiſche Geſinnung zu ſtäeken und zu deleben, zu dieſem Ende alle Einrichtungen, durch welche die katholiſche Kieche für Glauben, Frömmigkeit und Pflichttreue Sorge trägt, in unbeirrter kraftvoller Wirkſamkeit zu erhalten. Der Kaiſer ſpeach in ſeiner Antwort mit kurzen Worten ſeinen Dank für die bezeugte Geſinnung und ſein Vertrauen zu den zu pflegenden Berathungen aus, indem er zugleich auf die Reichsverfaſſung hinwies, welche der Kirche die ihe gebührende Stellung zugewieſen. Seit einigen Tagen cirkuliren hier Gerüchte, von Aufhebung einiger Klöſter, Dominikaner, Franziskaner, Minoriten u. a. m. zu Gunſten des Religionsfonds, deſſen bedeutende Paſſiva man mit dem Verkaufe der Kloſtergüter decken will. Natüelich kann man dieſes Gerücht, das ſich ſonderbarer Weiſe mit der Reſtauration der Liguorianer und der Aufrechthaltung der Kloſterſchulen verbindet, weiter nicht verbürgen. Es kommen nun auch Cholerafälle unter dem Civil vor und bei der eingetretenen ſtarken Hitze iſt man nicht ohne Beſorgniß eines ſtärkern Aufteetens.

♀ **Berlin,** 2. Juni. Ich habe in verſchiedenen Kreiſen die Eindrücke beobachtet, welche die Publieation des Entwurfs einer deutſchen Verfaſſung und des preußiſchen Wahlgeſetzes hier gemacht hat, und kann ſagen, daß beide mit einer gewiſſen Mäßigung aufgenommen worden ſind. Ich wenigſtens habe auf der einen Seite weder großen Enthuſiasmus, noch auf der andern die erbitterte Aufregung wahrgenommen, die man möglicherweiſe erwaeten konnte. Conſervative und Radicale waren einig in der Verweeſung des §. 13 des deutſchen Wahlgeſetzes, der unbegreiflicherweiſe vorſchreibt, daß Derjenige, welcher das Wahlrecht in einem Wahlbezirke ausüben will, in demſelben zur Zeit der Wahl und ſeit mindeſtens 3 Jahren ſeinen feſten Wohnſitz haben und heimathsberechtigt ſein muß! Das Uebrige und die Octroyirung ſelbſt billigten die Einen mit Ruhe, wie etwas, das man hat kommen ſehen; und die Andern tadelten und veewarfen es mit einer gewiſſen Ergebung und mit dem Gefühle, daß ſie es vorläufig doch hinnehmen müßten. Dies Gefühl iſt ſehr begründet. Einige meinten zwar: das preußiſche Volk werde nach dem neuen Wahlgeſetze nicht wählen! Aber wie die Sachen jetzt ſtehen, iſt dies durchaus nicht zu glauben; das preußiſche Volk wird wählen — das Experiment des neuen Wahlgeſetzes wird gemacht weeden. Was das deutſche Volk zu dem Verfaſſungsentwurf ſagen wird, das iſt eine andere Frage. Aber man kann ſich nicht veehehlen, daß die preußiſche Regierung auch hier durchdringen wird, wenn Baiern, wie man erwartet, ihren Vorſchlägen ſich anſchließt. (?) In dem Veefaſſungsentwurf, wie man ihn ſonſt auch anſehen mag, iſt ein gewiſſer Mittelweg eingehalten, und man kann vorausſehen, daß er immer mehr Beiſtimmung finden wird, jemehr die öſterreichiſche Reaction mit dem Beſteeben hervortritt, in Deutſchland bundestagsähnliche Inſtitutionen einzuführen. Aus guter Quelle habe ich es, daß mehrere Mitglieder des rechten Centrums der deutſchen Reichsverſammlung mit dem preußiſchen Entwurf ſehr zufrieden ſein ſollen. Ich finde dies nicht unbegreiflich. Wüede die Reichsverfaſſung ſo gar viel anders geworden ſein, wenn die alte Majorität in Frankfurt bis zu Ende beſtanden hätte? In dieſem Fall wäre nicht das allgemeine Stimmrecht, vielleicht auch nicht das ſuspenſive Veto beſchloſſen worden*). Allerdings — dieſe Majorität hätte keinen Reichsvorſtand gemacht, ſondern einen Kaiſer! Aber wenn der „Reichsvorſtand" bewirkt, daß die deutſchen Könige um ſo bereitwilliger der Aufforderung zur Einigung nachkommen, dann hat auch er ſein Gutes; und wenn das deutſche Volk einen Kaiſer haben will, dann kann es immer noch einen bekommen. Sind gewiſſe Dinge verhängnißvoll ins Leben getreten und nicht mehr zu ändern, dann wird der thätige Mann die Pflichten eekennen, die ihm daraus erwachſen und er wird dem Vorhandenen nicht ſchon darum ſeine Zuſtimmung und ſeine Unteeſtützung verſagen, weil er es nicht ins Leben gerufen hat. Ich ſage dieß, weil ich es für ein Glück halten muß, wenn nur der preußiſche Entwurf gegen ſeine öſtlichen Feinde das Feld behält und weil ich dringend wünſche, daß nicht diejenigen zu ſeinen Gegnern ſich ſtellen, welche im Weſentlichen die Gedanken ihres Lebens darin erfüllt ſehen. Möchten jetzt einſichtsvolle, unbefangene Männer dieſen Gegenſtand beleuchten und rückſichtslos die Wahrheit ſagen, die uns mehr als jemals Noth thut!

Berlin, 3. Juni. Der Pr. St.-A. enthält folgende Berichtigung:

Beim Abdruck des Entwurfs der deutſchen Reichsverfaſſung im 147. Stück des Staatsanzeigees haben ſich einige Fehler eingeſchlichen, welche hierdurch, wie folgt, berichtigt werden: 1) Der §. 67 ſoll heißen: Das Fürſtenkollegium beſteht aus 6 Stimmen, und zwar: 1. Preußen. 2. Baiern. 3. Sachſen, Sachſen-Weimar, Sachſen-Koburg-Gotha, Sachſen-Meiningen-Hildburghauſen, Sachſen-Altenburg, Anhalt-Deſſau, Anhalt-Bernburg, Anhalt-Koethen, Schwarzburg-Sondershauſen, Schwarzburg-Rudolſtadt, Reuß älterer Linie, Reuß jungrer Linie. 4. Hannover, Braunſchweig, Holſtein, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Lübeck, Bremen, Hamburg. 5. Würtemberg, Baden, Hohenzollern-Hechingen, Hohenzollern-Sigmaringen, Lichtenſtein. 6. Kurheſſen, Großherzogthum Heſſen, Luxemburg und Limburg, Naſſau, Waldeck, Schaumburg-Lippe, Lippe, Heſſen-Homburg und Frankfurt a. M. Die Staaten, welche einen gemeinſchaftlichen Bevollmächtigten zum Fürſtenkollegium beſtellen, haben ſich über deſſen Wahl zu verſtändigen; für den Fall der Nichtverſtändigung wird ein Reichsgeſetz die Mitwirkung der Betheiligten beſtimmen. 2) Im §. 100 zu 2 fallen nach „Matrikularbeiträge" die Worte weg: „oder Steuern". 3) Im §. 101 zu 5 muß es anſtatt: „auf jedem Reichstage" heißen: „auf dem Reichstage".

Lith. Korr. **Berlin,** 3. Juni. Wir erhalten heut aus einer Quelle, in deren Lauteckeit kein Zweifel zu ſetzen iſt, die beſtimmte Mittheilung, daß Braunſchweig, Anhalt-Bernburg und Mecklenburg ſich für den Verfaſſungsentwurf der drei Königreiche eekläet haben.*) Von Anhalt-Bernburg haben wir dies ſchon vor der Veröffentlichung des Entwurfs gemeldet, von Mecklenburg war der Anſchluß damals gleichfalls ſchon wiederholt behauptet worden, doch mußte man Bedenken tragen, dieſee Behauptung Glauben zu ſchenken, da Mecklenburg die Verfaſſung vom 28. März anerkannt hatte, ohne in der Lage zu ſein, durch welche Bernburg gezwungen wird, um jeden Preis mit Preußen Hand in Hand zu gehen. Höchſt wahrſcheinlich wied auch der Großherzog von Baden noch in dieſen Tagen die Reichsveefaſſung anerkennen. Gewiß iſt, daß hierüber unterhandelt wied und daß die Gewährung der erbetenen preußiſchen Hülfe zur Unterdrückung der Revolution in Baden zum Theil von dieſer Anerkennung abhängig gemacht iſt. Der Bevollmächtigte des Großherzogs verhandelt meekwüedigeer Weiſe direkt mit dem Prinzen von Preußen. Ein Gerücht, daß dieſer Peinz ſich an die Spitze der nach Baden beſtimmten Truppen ſtellen werde, findet in jenem Umſtande eine Stütze.

In gewiſſen Regionen herrſcht jetzt eine außeroedentlich rege Thätigkeit, um die Aufſtände in Sachſen, Baden und Rheinbaiern, die Vorgänge in Frankfurt, die Inſurrektion am Rhein und endlich die hieſigen Berathungen der zum Theil verhafteten demokratiſchen Bezirks-Vertrauensmänner in einen organiſchen Zuſammenhang zu zwängen. Schon läßt Herr v. Manteuffel in ſeinem

*) Aber freilich — auch nicht das Fürſtenkollegium!

*) Sich für den Entwurf erklären und den Entwurf definitiv annehmen, ſind hoffentlich noch zwei verſchiedene Dinge. Die königlich ſächſiſche Clauſel iſt doch wohl das Mindeſte, was die Verfaſſungsſtaaten ſich vorbehalten müſſen.

Privatorgan, der „Kreuzzeitung" die Rakete neuer Enthüllungen ſteigen. Welche neue rettende That hierdurch ſignaliſirt werden ſoll, haben wir nicht ermitteln können. Nur ſo viel wiſſen wir, daß man ſich bemühen wird glauben zu machen, der Dresdener Aufſtand hänge mit der panſlaviſchen Bewegung in Böhmen und mit der Revolution in Ungarn aufs genaueſte zuſammen. Der Zuſammenhang mit Baden und Baiern verſteht ſich ohnedies von ſelbſt. Der Heerd der Verſchwörung für Deutſchland ſei Frankfurt, Urheber das Slaventhum und das Ziel deſſen Herrſchaft. Beſonderes Gewicht wird auf Bakunin's Betheiligung an dem Dresdener Kampfe und auf deſſen freundſchaftliche Beziehungen zu Vogt von Gießen — er war längere Zeit deſſen Begleiter auf wiſſenſchaftlichen Reiſen — gelegt.

Als ein Kurioſum verdient berichtet zu werden, daß die Redaktion einer hieſigen konſervativen Zeitung einen Berichterſtatter nach der Pfalz geſendet hat, deſſen erſter in dieſen Tagen eingetroffener Bericht mit der Meldung beginnt: er ſelbſt ſei in eine Freiſchaar eingetreten.

Naumburg, 1. Juni. Die zuerſt von der Deutſchen Reform gegebene Nachricht von Unruhen in Zeitz war durchaus ungegründet. General v. Schack, der in jenem Berichte erwähnt wurde, befindet ſich gar nicht in Zeitz. Wahrſcheinlich hat ſich Jemand den ſchlechten Spaß gemacht, die Geſchichte zu erfinden und brieflich nach Berlin zu ſenden.*)

Koblenz, 28. Mai. Von Seiten des Generalkommandos iſt folgender Tagesbefehl erlaſſen worden:

„Am 18. d. M. hat eine freche Rotte das Landwehr-Zeughaus in Prüm überfallen und unter dem Vorgeben, der deutſchen Einheit damit zu dienen, nicht blos 205 Gewehre, 107 Piſtolen und einige andere Waffen, ſondern auch viele andere Bekleidungsſtücke geraubt. Die in Prüm zum Schutze ihres Zeughauſes zuſammengezogene Landwehr-Compagnie hat dieſen Schutz nicht geleiſtet, ſondern mit ſehr wenigen Ausnahmen, den Befehlen ihrer Offiziere zuwider, nicht blos feige die Gegenwehr verweigert, ſondern dem räuberiſchen Geſindel die Thüren ſelbſt verrätheriſch geöffnet. Soldaten der Linie und Landwehr! Dies ſchmachvolle Betragen werdet ihr ebenſo verächtlich und niederträchtig finden, als ich. Eurer gerechten Entrüſtung bin ich eine öffentliche Genugthuung ſchuldig. Deshalb verfüge ich hiermit: 1) Jene feige Compagnie, die nach einer vierwöchentlichen Zuſammenziehung am 24. d. M. entlaſſen werden ſollte, bleibt bis auf Weiteres verſammelt. 2) Die bereits begonnene gerichtliche Unterſuchung wird mit unnachſichtlicher Strenge fortgeführt; ſie wird die Schuldigſten ermitteln und der wohlverdienten Strafe überantworten. 3) Zu dem Ende wird jene Compagnie nach einer Feſtung abgeführt, aber ohne die Waffen, die ſie mit Ehren nicht zu führen und nicht zu vertheidigen gewußt, deren ſie ſich unwürdig gemacht hat. Unteroffiziere und Soldaten! Die Ausführung dieſer gerechten Strafe wird eure Fahne von der Schande reinigen, womit wenige feige Verräther ſie zu beflecken ſich nicht geſchämt haben. Ihr werdet, wie bisher, durch euer Wohlverhalten beweiſen, daß jene Erbärmlichen nicht werth ſind, ferner eure Kameraden zu heißen. Es lebe der König! Koblenz, 25. Mai 1849. gez. v. Hirſchfeld, General-Lieutenant."

= **München**, 3. Juni. Generalmajor v. d. Mark iſt geſtern nicht nach Berlin abgereiſt; ſeine Reiſe wurde auf höheres Verfügen noch verſchoben. Baiern wird neue Vorſtellungen zur Beſeitigung des erblichen Reichsvorſtands, des Ausſchluſſes von Oeſterreich, der Freizügigkeit, Gewerbefreiheit u. ſ. w. erheben; auch die alten Bedenken bezüglich des Malzaufſchlages gehen fort. An einen unbedingten Eintritt in den nordiſchen Reichsverband iſt von hier aus wohl nicht zu denken. Morgen werden wohl die Geſinnungen der Regierung vor den Kammern einigermaßen offenbar werden müſſen; denn die Mißſtimmung über ihr Schweigen iſt groß. Als erſter Präſident der zweiten Kammer wird künftig fungiren der bisherige zweite Präſident, Graf Hegnenberg-Dux und als zweiter Präſident der Abgeordnete für München, Miniſterialrath v. Feder. Heute iſt eine Batterie von hier nach Donauwörth abgegangen. Man hört, daß die großdeutſche Partei, welche geſtern hier verſammelt war und einen Centralverein für Baiern gegründet hat, ihre ganz beſondere Thätigkeit der Preſſe zuwenden wird; auch „Scherz und Ernſt", das ultramontane Blatt, macht geſtern ſeiner Partei den Vorwurf, daß ſie verſäumt habe, ſich zu rechter Zeit mit aller Macht in die Preſſe zu werfen; es ſagt übrigens, noch ſei es Zeit, durch neue gute Blätter, durch Volks- und Flugſchriften auf die Nation zu wirken.

Kaiſerslautern, 1. Juni. Es ſind bereits mehrere franzöſiſche Cavallerie- und Artillerieoffiziere in den Dienſt der proviſoriſchen Regierung getreten. Wie man vernimmt, hat die Regierung heute mit den Abgeordneten der oberrheiniſchen Demokraten, den Herren Beyſſer und Lommel, einen Vertrag wegen Stellung einer elſäſſer Legion abgeſchloſſen. Zu der übermorgigen Volksverſammlung in Kolmar iſt das Regierungsmitglied Fries beordert worden. Außerdem werden ſich mehrere Mitglieder des Frankfurter Parlaments daſelbſt einfinden. (Fr. J.)

*) Es iſt nun ſchon das zweitemal, daß das Publikum durch ſolche frivole Erfindungen geafft wird. Um ſo nöthiger ſcheint die Vorſicht aller Redactionen, keine Zuſendungen von Unbekannten zu benutzen.

Kaiſerslautern, 3. Juni. General Sznayde beabſichtigt, drei Heerlager zu bilden, wovon das eine hier, das andere in Homburg und das dritte in Mutterſtadt ſein ſoll. Heute früh iſt eine Abtheilung der hieſigen Bürgerwehr und der Linie nach Speier abgegangen. Es ſoll der dortige renitente Stadtrath abgeſetzt und ſogleich ein neuer durch freie Wahl der Gemeinde eingeſetzt werden. (Fr. J.)

A **Dresden**, 2. Juni. Das Geſammtminiſterium hat geſtern eine langdauernde Berathung über eine Reorganiſation der Bürgerwehr gepflogen, für welche die eingreifendſte Umgeſtaltung beabſichtigt wird. Die Offiziere bis zum Zugführer abwärts ſollen vom Könige ernannt werden und in der Regel gediente Offiziere des ſtehenden Heeres ſein; die Berechtigung zum Eintritt in die Bürgerwehr ſoll auf die eigentlichen Bürger der Städte beſchränkt und alle Freiwilligencorps ausgeſchloſſen werden. Die bereits vollendete Ausführungsverordnung zum Kommunalgeſetze vom 24. Nov. 1848, eine Arbeit Todt's, wird daher gar nicht zur Publication gelangen, ſondern gänzlich beſeitigt werden. Mit dieſen Maßnahmen ſteht die heute bekannt gewordene Entlaſſung des Generalmajors von Mandelsloh, welcher bisher das Generalkommando über ſämmtliche Kommunalgarden führte, in Verbindung: ſein Nachfolger iſt der Oberzollrath, Major v. Zeſchau. Es heißt, daß die erneuerte Kommunalgarde ſchon am 18. Juni ins Leben treten, und daß an demſelben Tage der Kriegszuſtand für Dresden und Umkreis aufhören ſoll. Eine Verordnung des Juſtizminiſteriums bezeichnet die Formen, unter denen die Gerichte in Angelegenheiten des Aufruhrprozeſſes mit der Hauptunterſuchungsbehörde, dem Dresdener Stadtgerichte, zu kommuniciren haben. Heute wird der ehemalige Abgeordnete Hohlfeld von Löbau, der neuerdings in die Reichsverſammlung eingetreten iſt, ſteckbrieflich verfolgt. Die Wiedereröffnung der Bühne findet auf den vielfach geäußerten Wunſch der Stadt ſchon heute mit Göthe's Taſſo ſtatt. Die Gemäldegallerie iſt noch geſchloſſen. Heute Morgen begab ſich der Beichtvater des Königs, Biſchof Dittrich, auf den Königſtein.

Karlsruhe, 2. Juni. Die deutſch-ungariſche und die deutſch-polniſche Legion, die ſich im Verlauf der letzten Tage hier gebildet, ſind heute nach dem Kriegsſchauplatz an der badiſch-heſſiſchen Grenze abgezogen. (Karlr. Z.)

* **Karlsruhe**, 4. Juni. Die Karlsr. Z. meldet im amtlichen Theile, die dem Bürger Schlöffel Sohn früher ertheilte Vollmacht ſei erloſchen, was mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, daß deſſen Befehle fernerhin nicht zu vollziehen ſind. Ferner enthält ſie ein mageres Verzeichniß patriotiſcher Beiträge und folgende Bekanntmachung der proviſoriſchen Regierung: „Der in der Karlsruher Zeitung unterm 13. v. M. vom Landesausſchuß veröffentlichte Bericht über das Treffen bei Laudenbach enthält manche Unrichtigkeiten und zwar dadurch veranlaßt, daß der Bericht in Eile auf einige oberflächliche mündliche Mittheilungen hin gegeben wurde. Wir haben nun den Kriegsminiſter als damaligen Oberkommandanten der Neckararmee beauftragt, einen offiziellen Armeebericht über das genannte Treffen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen, wobei wir jetzt ſchon bemerken, daß der den Dragonern gemachte Vorwurf in ſeiner Allgemeinheit unbegründet und ſogar erwieſen iſt, daß eine Abtheilung Dragoner den Kampf durch einen ſiegreichen Angriff auf den Feind eröffnet hat."

Ein leitender Artikel der Karlsruherin ſtellt der proviſoriſchen Regierung Aufgaben, deren Löſung ſie zu der größten Staatslenkerin machen wird, welche je auf Erden geweſen iſt. Nur Eines zur Probe: „Das Finanzminiſterium hat die Mittel zur Führung unſeres Befreiungskampfes herbeizuſchaffen, ohne dem ſchwer gedrückten Volke neue Laſten zu bereiten. Seine Aufgabe iſt es, dem Volke Erleichterung zu verſchaffen, dennoch aber dem Kriegsminiſterium die erforderlichen Geldkräfte zur Verfügung zu ſtellen." Adolph Mayer fordert alle in Baden befindlichen Würtemberger auf, ſobald die Kunde der Erhebung des würtembergiſchen Volkes eintreffe, in ihre Heimath zurückzukehren; die Sammelplätze würden bekannt gemacht.

№ 153. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 5. Juni 1849.

Ueberſicht.

Von der Donau. XII.
Handel und Gewerbe.
Aus dem Bückeburgiſchen.
Deutſchland. Frankfurt (Konſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Radetzky über die deutſche Reichsverſammlung). Breslau (Die Breslauer Unterſuchung und der allgemeine deutſche Hochverrathsprozeß).

Von der Donau.

XII.

♉ Unſere Beleuchtung der finanziellen Mißſtände Oeſterreichs mußte um ſo mehr Aufſehen im Kaiſerſtaate erregen, als in keinem Fache leichter ein blauer Dunſt vorzumachen iſt, und die unterdrückte Preſſe gleichſam zu dieſer Dunſtfabrikation fortwährend benutzt wird. Die Finanzmänner ſtecken die Köpfe zuſammen, weil ein Lichtſtrahl auf ihr dunkles Gebahren fällt. Man iſt ungehalten, erzürnt, ja man ſpionirt und denunzirt ſchon, denn es iſt dieſen Geldmännern und ihren bezahlten Helfern nicht um die Abhülfe des Uebels, ſondern blos um Profit für ihren Seckel bei dieſem Uebel zu thun; unter dem Vorwand, dem Staate zu dienen, dient man nur ſich und den Genoſſen. Dieſer Krebsſchaden iſt überall, und es ſei nur erwähnt, daß wir nicht verſchont davon ſind, daß aber das gegenwärtige Miniſterium ihn noch nährt und fördert, und den Ruin der Bürger und des Staates durch die zweckwidrigſten Maßnahmen herbeiführt.

Dem früher Angegebenen fügen wir heute den Status der Finanzen fürs erſte Drittel des Militärjahres hinzu. Der Herr Miniſter zögerte mit der Publikation, denn ſie liefert kein erfreuliches Ergebniß, ſo wurde erſt Ende Mai der Ausweis für den Monat Februar gegeben. Man glaube nicht, daß die Zuſammenſtellung der Gebahrniſſe ſo viel Zeit erforderte; o nein, aber man wartete auf Antworten, die von Bankiers aus Paris, London, Amſterdam und Frankfurt einlaufen ſollten, mit denen man manche Löcher ſtopfen konnte. Die erfahrenen Finanzmänner des Auslandes haben abſchlägig geantwortet, und manche waren ſogar ſo dreiſt, offen ihre Anſichten über die unheilbaren Uebelſtände der öſterreichiſchen Finanzwirthſchaft auszuſprechen. Das Reſultat der Rechnung rechtfertigt auch ihre Anſicht; die Geſammtſumme der Einnahmen betrug 8,546,540 fl., die Geſammtſumme der Ausgaben hingegen 15,218,497 fl. Die Rechnungsausgabe macht alſo für dieſen Monat 6,671,957 fl. Silbermünze.

Das Militärjahr, welches mit dem Monat November beginnt, hatte in den erſten vier Monaten folgendes Ergebniß:

Geſammteinnahme	29,945,111 fl.
Geſammtausgabe	59,983,315 fl.
alſo ein Deficit von	30,083,204 fl.

In dieſem, vom Miniſter veröffentlichten Ausweiſe kann man wohl keine Beruhigung über die Finanzen Oeſterreichs finden. Hört man aber durch ihn ſelbſt, daß er das Deficit ſtets durch Anleihen bei der Nationalbank deckte, ſo muß man wohl den Stein des Vorwurfs erheben, daß er dem Volke den Biſſen Brod verkümmert und das Huhn aus dem Topfe ſtiehlt. Papierzettel läßt man bedrucken, zahlt der Bank Intereſſen dafür, aber wer ſie als Lohn oder als Schuldtilgung erhält, verliert ein Fünftel ſeines Eigenthums. Der Beamte, welcher 500 Gulden Gehalt bezieht, büßt durch dieſe geſetz- und ſtatutenwidrige Zettelvermehrung 100 Gulden ein, denn der Zwangscours führt nur zur gleichproportionirten Steigerung der Lebensbedürfniſſe. Man kann es blos hiedurch begreiflich finden, daß keine Steuer aufgelegt wird, da die größte Steuer durch dieſe Manipulation den Verkehr belaſtet; aber leider erhöht ſie nicht die Einkünfte des Staates, ſondern geht in Luft und Rauch auf, bis auf die Procente, welche die Bankaktionäre und Geldwechsler beziehen.

Hinter dieſen 30 Millionen Gulden Defizit ſtecken noch einige Millionen, worüber das Miniſterium nicht einmal Auskunft geben kann, denn der kaiſerliche Bevollmächtigte Feldmarſchall Fürſt Windiſchgrätz fand ſich nicht bemüßigt, ſeine großen Finanzoperationen dem Miniſterium bekannt zu geben. Auf der Siegeslaufbahn von der Leytha bis an die Theiß wurde manches Aſſignat ausgegeben, das noch nicht gehörig gebucht iſt. Ueber die ungariſchen Noten ſchwebt auch noch ein Rechnungsdunkel, und von dem ſerbiſchen Papiergelde hat wohl die Fama etwas erzählt, aber nicht das Finanzminiſterium. Der Banus unterſchrieb ſich jüngſt: Diktator, welche Charge im Hof- und Staatsſchematismus nicht regiſtrirt iſt; in gleicher Weiſe nennt ſich vielleicht der Patriarch Münzmeiſter. Im Schwarzenberg-Stadionſchen Oeſterreich kann man auf Alles gefaßt ſein, was gegen Geſetz, Recht und Herkommen iſt, wenn es die Beamten unternehmen; der Finanzminiſter gehört zu demſelben Kabinet, und ihm bereiten ſich die meiſten Schwierigkeiten, da man mit der Belagerung wohl Menſchen aber nicht harte Thaler bedrohen kann.

Die Wiener Zeitſchrift „die Preſſe", ſchrieb als ſein ſollende Entgegnung auf unſern Artikel (Deutſche Ztg. vom 23.) 1½ Foliospalten. Wenn die Redaktion der Preſſe einmal nach dem Chriſtenſpruche: Ja, ja! Nein, nein! gerichtet würde, ſo käme ſie gewiß in das vis à vis des Paradieſes. Sie ſagt niemals ja, und immerwährend ja nein! Wer ehrlich ſeine Meinung ausſpricht und vertritt, kann nicht mit einem ſolchen Organe diskutiren, deſſen Hauptugend die Zweideutigkeit und deſſen Lichtſeite die dämmerige Phraſe iſt. Die „Preſſe" geht auf wenige der Anſchuldigungen ein, die wir über die Gebahrung der Finanzen mit thatſächlichen Belegen vorgebracht; nicht wie ein redlicher Kämpe, ſondern wie ein Fintenjäger ſucht ſie nebenbei einen Stoß zu verſetzen. Auch darüber wollen wir Auskunft geben, denn die Vertheidiger der öſterreichiſchen Finanzen decken die Mängel und Fehler der Verwaltung um ſo mehr auf.

Die Preſſe ſagt: „Die Bank bezahlte von ihrem Gewinne im vorigen Jahre 2 Millionen an Silberagio." Uneingeweihte verſtehen kaum die ganze Perfidie, die in dieſen Worten ſteckt. Die Bank nämlich führte Silber aus dem Ausland herbei, um den Werth der Banknoten theils durch Vermehrung des Bankvorrathes, theils des Baarumlaufes zu erhalten. Für dieſe ihre Manipulation mußte ſie 1848 einen Aufwand von 2 Millionen machen, d. h. mit andern Worten, ſie mußte ihre eigenen Sünden büßen, denn ſonſt wären ihre Papiere auf jenen Werth geſunken, den ſie wirklich haben. Dieſes Agio benennt die Preſſe: eine Bezahlung vom Gewinne.

Der Arbeitsſchweiß von Millionen Menſchen, der durch die Notenentwerthung erpreßt wird, dient freilich nur zum Gewinne der Bank und ihrer beſtellten Söldlinge in der Preſſe, die ſich noch erdreiſten, in der Zeit ſo allgemeiner Calamität eine Dividende von fl. 65. für eine Bankaktie von fl. 600 Nominalwerth, „einen gewöhnlichen Gewinn" zu nennen. Während die Bank ihr Obliga auf eine 5guldige Banknote nicht erfüllen kann, rechtfertigt man einen Blutgewinn von 9 pCt. für blankes Papier, und titulirt das Agio für Silber zu eigenem unerläßlichem Bedarf: Bezahlnng vom Gewinn.

Die Preſſe ſagt ferner fein und weiſe: „für einen großen Theil der Vorſchüſſe an den Staat werden keine Zinſen bezahlt, ſondern der Staat ſtreicht ſelber die Zinſen dafür ein."

Von den 210 Millionen Gulden, welche die Bank an den Staat kreditirte, wurden 18 Millionen zinſenfrei vorgeſtreckt; das nennt die Preſſe einen großen Theil der Vorſchüſſe! Allein ſelbſt das iſt falſch und blos ein Deckmantel. Der Finanzminiſter mußte, als Entgelt des zinſenfreien Darlehens, die Hälfte des Silberagio erſetzen. Sowie die Bank zwei Millionen „von ihrem Gewinn" bezahlte, mußte auch der borgende Miniſter im vorigen Jahre zwei Millionen Gulden bezahlen. Aus dieſer Thatſache allein kann man „die Preſſe" und Kollegen ſchon beurtheilen. Aber nicht genug. Der Finanzminiſter mußte ſich ſeit Neujahr dazu verſtehen, den größeren Theil der Herbeiſchaffungskoſten des Silber zu tragen; früher wurde die Hälfte berechnet, ſeit Neujahr abrr werden ⅔ oder gar ¾ dem Staate zur Laſt fallen. Davon weiß wahrſcheinlich „die Preſſe" nichts; aber das muß ſie wiſſen, daß das Silberagio anno 1818 höchſtens 10 — 12 pCt. betrug, heute aber bereits 22, ſage zwei und zwanzig Prozente gegen öſterreichiſche Banknoten gefordert und auch gezahlt werden. Jede Million unverzinsliches Darlehen der Nationalbank koſtet alſo dem Miniſter 200,000 fl. Agio, oder — dem Volke! Leider dem Letztern!

Zu welcher Verworfenheit es die Wiener Preſſe gebracht hat, beweiſt die Vertheidigung der „Falſchmünzerei"; die Redaktion der Preſſe findet unſere Beſchuldigung „lächerlich", denn „das Recht Scheidemünzen von geringerem Gehalte zu prägen, wird von den geachtetſten Staatswirthen als ein Regale der Regierungen bezeichnet". Wo iſt denn in unſrem Artikel „das Recht der Regierungen" wegen Scheidemünzen beſtritten? Jede legale Regierung hat das Recht, Werthzeichen auszugeben, allein wenn ſie ehrlich iſt, ſo publicirt ſie dieſes Verfahren und rechtfertigt es durch den Bedarf und die Umſtände. Wir hatten gewünſcht, daß der öſterreichiſche Miniſter blos die Hälfte oder gar nur das Drittel des Silberwerthes dieſer Scheidemünze von 6Kreuzerſtücken legirt hätte. Die Kleinmünze wäre dabei in weit größerer Maſſe ins Publikum gekommen und der Skandal des geviertheilten Papiergeldes wäre dem mächtigen Kaiſerſtaate vielleicht erſpart worden. Allein offen und ehrlich hätte das Miniſterium es kund geben müſſen, mit Darlegung der Bedrängniſſe des Staates, die ein ſolches Aushilfsmittel erheiſchen, und mit der Zuſicherung des Austauſches gegen die vollgültige Münze, ſobald es möglich. Niemand hätte ein ſolches Verfahren mißbilligt, denn ehe die Fabrikdiſtrikte von den Prinzipalen mit lithographirten Anweiſungen auf 3- und 5Kreuzer überſchwemmt werden, nimmt man doch lieber ein geprägtes Münzſtück, wenn auch minderhaltig an Silber. Der Miniſter aber hat *heimlich* dieſe 6 Kreuzerſtücke ſtatt im 20 fl., im 24 fl. Fuße ausprägen laſſen, und dies nennt die freie Preſſe einen Mißgriff, aber keine Unehrlichkeit, „da (Hört!) Scheidemünze ja nur(!) für ganz kleine Beträge geſetzliches Zahlungsmittel iſt." Alſo die Unehrlichkeit in Scheidemünze iſt blos ein Mißgriff der Finanzverwaltung.

Wie tief der Abgrund iſt, in den das Vertrauen zur Bank wie zur Finanzverwaltung ſtürzt, wollen wir nur durch die Angabe andeuten, daß ſelbſt dieſe falſchgemünzten Silberſechſer mit 10—12 Prozent Agio gegen Banknoten geſucht werden, das iſt ein Cours von 30 bis 32 Prozent! Kaum waren dieſe Zeilen geſchrieben, ſo kam uns der Wiener Börſenbericht vom 31. Mai zu Geſicht. Die Effectenkourſe haben bekanntlich nur noch nominellen Werth. Der ganze Markt hat ſich auf Baarſchaft und Deviſen geworfen. Gold ſteht auf 31½, Silber 21½ Prozent; von Deviſen Frankfurt 3. Mai, 122! London 12. 30! — und ruſſiſche Imperiale über 10 fl. Schlagender als dieſe Ziffern ſpricht nichts gegen den Stand der öſterreichiſchen Finanzen. Der Miniſter Kraus iſt nur das Opfer eines den Bankerott nach ſich ziehenden Syſtems, das zu den 500,000 öſterreichiſchen Soldaten 200,000 ruſſiſche in Sold nehmen muß. Der Militäretat für das laufende Dritteljahr wird vielleicht 15 Millionen fl. *mehr* betragen. So wie wir aber dem Finanzminiſter beſſere Hülfsquellen wünſchen, wünſchen wir ihm auch redlichere Freunde und Vertheidiger als die Preſſe.

Handel und Gewerbe.

Die Politik nimmt für jetzt die allgemeine Theilnahme noch zu ausſchließlich in Anſpruch, als daß wir den materiellen Intereſſen des Vaterlandes ſchon jetzt jene Aufmerkſamkeit zuzuwenden im Stande ſind, welche ſie verdienen. In ruhigeren Zeiten werden wir auch der Handelspolitik mehr Raum widmen und an unſerm Theile beide ſich ſchroff gegeneinander überſtehende Parteien auf jene Mäßigung in ihren Anſprüchen hinzulenken ſuchen, ohne welche eine Einigung von Nord und Süd und allen Theilen des Vaterlandes zu einer gemeinſchaftlichen Politik, wie ſie doch allſeitig gewünſcht wird, überhaupt nicht denkbar iſt. Für jetzt müſſen wir uns in dieſem Fache auf die Mittheilung wichtiger Thatſachen von allgemeinem Intereſſe beſchränken.

I. Die Preiſe in England.

Dem Monatbericht eines angeſehenen deutſchen Hauſes in London vom 18. Mai entnehmen wir folgendes: Aufs neue iſt der wichtige Einfluß hervorzuheben, welchen die Wohlfeilheit aller Gegenſtände auf Englands Conſumtion und Handel äußert und dem Ganzen einen Ton und Schwung verleiht, der ſich wohlthätig über alle Zweige der Induſtrie erſtreckt. Dieſe Wohlfeilheit führt zunächſt zu einer vergrößerten *Quantität* des Handels und verſchafft dadurch der wachſenden Bevölkerung reichlichere Quellen der Thätigkeit und des Verdienſtes. Die Getreidepreiſe haben eine Wohlfeilheit erlangt, wie ſie nie vorher in England bekannt geweſen iſt. Wir haben Ueberfluß an Waizen zu Brod, an Gerſte zum Malzen, an Mais für das irländiſche Proletariat, und Hafer zum Futter für das Vieh. Daher iſt auch Fleiſch aller Art, ſo wie Federvieh reichlich vorhanden, und war vielleicht niemals ſo billig als jetzt. Alles dieſes iſt die heilſame Folge der vollkommenen Aufhebung aller Zölle auf Getreide und auf Lebensmittel überhaupt. Ohne dieſelbe und nach dem alten Regimen der Zollſkala wäre der Waizen jetzt ohne Zweifel 100 pCt. theurer, die Induſtrie der Nation in gleichem Grade gelähmt, und der Pauperismus um eben ſo viel vermehrt.

II. Die deutſche und franzöſiſche Induſtrie.

Die Ueberſicht der europäiſchen Handelsbewegung von 1834 bis 1846 lieferte den erfreulichen Beweis, daß Deutſchland nur hinter England in dem Geſammtbetrage des Verkehrs zurückſteht und denjenigen von Frankreich ſowohl abſolut als relativ übertrifft. Immer hat man die Ueberlegenheit der Ausfuhr der franzöſiſchen Fabrikate als ſich von ſelbſt verſtehend vorausgeſetzt, bis ſich nun nicht mehr widerſprechen läßt, daß die Zollvereinsſtaaten bei einer um 6 Millionen ſchwächeren Bevölkerung für jährlich 11 Millionen Thaler mehr Fabrikate ausführen als die franzöſiſche Induſtrie. Dieſe Zahlen beweiſen zugleich die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die Gewerbloſigkeit in Deutſchland in fortwährendem Zunehmen ſei. Denn wenn die Summe der Ein- und Ausfuhr der unfehlbare Gradmeſſer der produktiven Kraft des Volkes iſt, ſo iſt es ſchlechterdings unmöglich, daß einerſeits dieſe Kraft im Wachſen und anderſeits die Urſache derſelben, die Arbeit, im Rückſchritt begriffen ſein könne. Einzelne krankhafte Zuſtände mögen allerdings vorhanden ſein, und es muß in dieſer Beziehung auffallend und jedenfalls der forſchenden Erwägung werth erſcheinen, daß die Ausfuhr der mit dem höchſten Zoll beſchützten Artikel im progreſſiven Abnehmen iſt, während die Ausfuhr der weniger und gerade der am wenigſten geſchützten Erzeugniſſe mit jedem Jahre ſteigt.

III. England und der Kontinent.

Nachdem England das Freihandelsſyſtem proklamirt, und nur die zum ſofortigen Gebrauch fertig hergeſtellten induſtriellen Gegenſtände, z. B. Wäſche, Kleidungsſtücke, eingerahmte Spiegel u. ſ. w. mit einem Eingangszoll von 10 pCt. belaſtet hat, ſo tritt die Mitbewerbung des Kontinentes zumal für alle Arten von Handarbeit auf, und ruft begreiflicherweiſe die lauten Klagen der davon Betroffenen hervor, nach deren Verſicherung ganz England dadurch verarmen und zu Grunde gehen muß. Ebenſo hat eine Verſammlung franzöſiſcher ſogenannter Sachverſtändiger erklärt, daß gegenſeitige Zollermäßigungen zwiſchen Frankreich und Deutſchland ohne den Ruin Frankreichs nicht ausführbar, und daß ſogar die projektirte Zuziehung deutſcher Erzeugniſſe zu der bevorſtehenden franzöſiſchen Induſtrieausſtellung durchaus nicht zu geſtatten ſei. Ganz das Nämliche hat der öſterreichiſche Gewerbverein ausgeſprochen, er hat ſogar die geiſtreiche Entdeckung hinzugefügt, daß Ad. Smith ein von der engliſchen Regierung zur abſichtlichen Irreführung der andern Länder bezahlter Scribent geweſen ſei. Dagegen behaupten aber auch wieder die deutſchen Induſtriellen, daß ſie weder mit England, noch mit Frankreich, noch mit Oeſterreich die freie Konkurrenz zu beſtehen vermöchten. Hieraus geht wenigſtens ſo weit hervor, daß das Gutachten des Privatintereſſes jederzeit ein einſeitiges iſt. Will der Staat ſich um die Arbeit des Landes bekümmern, ſo iſt er nur bei der Frage intereſſirt, ob dieſe Arbeit eben ſo gut und eben ſo wohlfeil als im Auslande hergeſtellt werde und welche die etwa entgegenſtehenden Hinderniſſe ſind? Hierüber werden Kaufleute und Fabrikanten eine genügende und zuverläſſige Auskunft ertheilen, aber zur Beurtheilung über die Höhe der Zölle und über die Fragen der allgemeinen Handelspolitik können ſie nicht einſeitig und allein für kompetent zu erachten ſein; ſie werden ſich ſtets einander widerſprechen und dadurch die Regierung zur Syſtemloſigkeit und zu halben und falſchen Maßregeln hindrängen, wie man es vor drei Jahren bei dem Garnzoll und kürzlich bei der famoſen preußiſchen Gewerbeordnung erlebt hat und wie man es immer erleben wird, wenn man die ſogenannten Sachverſtändigen, d. h. die dabei Betheiligten zu Richtern über das Wohl der Geſammtheit beſtellt.

Aus dem Bückeburgiſchen.

△ Aus dem Bückeburgiſchen, 29. Mai. So unbedeutend auch das Gewicht iſt, welches unſer Ländchen hinſichtlich der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit in die Wagſchale zu werfen vermag, ſo haben doch auch wir nicht verſäumt, in einer zu Stadthagen gehaltenen großen Verſammlung der Reichsverfaſſung unſere Huldigung darzubringen. Es wurden zwei Adreſſen genehmigt, die eine an die Reichtverſammlung, die andere an unſere Regierung, worin dieſelbe dringend aufgefordert wird, zur befriedigenden Löſung der Lebensfrage des deutſchen Volkes nach beſten Kräften mitzuwirken. Die hieſigen Anzeigen rom 19. d. M. enthalten unter dem Namen „Publicandum" auf die der Regierung übergebene Adreſſe eine Antwort, deren Form jedoch ſehr auffallend und wenig befriedigend iſt. Jene Kundmachung iſt nämlich nicht von einem verantwortlichen Mitgliede der Regierung, ſondern vom Regierungsdirector Langerfeldt unterzeichnet, unter deſſen verantwortlicher Verwaltung ſeit dem Geſetz vom 2. Januar dieſes Jahres, die Verantwortlichkeit der Regierungsmitglieder betreffend, kein einziges Reſſort unſerer Regierung ſteht. Da ſonach unter jenem „Publicandum" die Unterſchrift eines verantwortlichen Regierungsmitgliedes mangelt, ſo beſitzt dasſelbe gar keine amtliche fides, ſondern leidet an formeller Nichtigkeit. Wie es möglich geweſen, daß dieſe Form gewählt werden konnte, das kann nur denen räthſelhaft erſcheinen, die mit dem geheimen Triebwerk unſers kleinen und kleinlichen Staatslebens unbekannt ſind. Perſonen, die man für wohl unterrichtet halten darf, erzählen, der Regierungsrath Capaun-Karlowa, als verantwortlicher Vorſtand der Abtheilung für Auswärtiges, habe eine Antwort auf die Adreſſe der in Stadthagen gehaltenen Volksverſammlung entworfen, welche dem Kabinet, d. h. dem dermaligen faktiſchen Kabinetsrath, Archivrath Strauß, einem eifrigen Verehrer der Kreuzzeitung*), und der durch dieſes Blatt vertretenen Politik „zu deutſch" erſchien. Man verſagte daher die Genehmigung und entwarf das Publicandum, dem hinwiederum der Regierungsrath Capaun-Karlowa ſeine Unterſchrift verweigerte. Doch auch hiergegen wußte man Rath. Herr Langerfeldt, welcher in Wahrheit ein ganz unverantwortlicher Regierungsdirektor iſt, wurde, wie „Corporal" Brandenburg in Berlin, zum Unterzeichnen kommandirt. So hatte man „den Kindern" den Willen gethan, hatte ihnen die für die verantwortliche Regierung völlig unverbindliche Zuſicherung ertheilt, daß die Regierung in der Reichsverfaſſungsfrage mit der Bevölkerung Hand in Hand gehe, und — behielt doch völlig freie Hand! — Sie ſehen bei uns im Kleinen daſſelbe heilloſe Spiel, welches man anderwärts im Großen treibt. Kein Wunder! A bove majori discit arare minor! Unter ſolchen Umſtänden kann es auch nicht befremden, daß von der Einberufung unſerer Landſtände trotz wiederholter Sollizitationen noch immer Nichts verlautet. Fragt man nach den Gründen dieſes Zögerns, ſo verweiſt man uns auf die noch nicht beendigten Vorarbeiten. „Welche Vorarbeiten? — fragt ein Korreſpondent des in unſerm Ländchen vielgeleſenen Schaumburger Volksblattes — die Abfaſſung eines Verfaſſungsentwurfs? — oder Vorarbeiten anderer Art, die allerdings nicht eher vorgenommen werden können, als bis das Schickſal der Reichsverfaſſung der Entſcheidung durch Hülfe der Bajonette näher gerückt worden? Alſo der Entwurf zu einer Verfaſſung für ein Ländchen von 5—6 Quadratmeilen erfordert 6 Monate, um ihn nicht zu beendigen, während für Preußen, das aus ſo verſchiedenartigen Provinzen zuſammengeſetzt iſt, ſchon einige Tage oder Wochen genügten, eine oktroyirte Verfaſſung zu entwerfen und augenblicklich einzuführen." — Den 30. Mai. Nachſchrift. Eben erfahre ich aus guter Quelle, daß auch der landſtändiſche Ausſchuß die Regierung wegen der formellen Mängel des fraglichen Publicandums interpellirt hat. Es wäre zu wünſchen, daß der Ausſchuß, da die Einberufung der Stände noch in weiten Feldern iſt, die Regierung auch wegen der Reorganiſation des Juſtizweſens interpellirte; denn immer noch wiederholen ſich die Gerüchte von Unterhandlungen, die — obwohl gegen unſer praktiſches Bedürfniß — mit Waldeck und Detmold, ſtatt mit Kurheſſen eingeleitet ſein ſollen. Heute ſind 3 Lippe-Detmoldiſche Pulverwagen mit kleiner Eskorte über Rinteln kommend nach Schleswig-Holſtein hier durch gekommen.

*) Die „fromme Kreuzzeitung" ſcheint in unſerer kleinrn Reſidenz überhaupt virle Verehrer zu zählen; denn ſir wird dem Vernehmen nach in 10—12 Exemplaren gehalten. Zu ihren abſonderlichen Verehrern gehört unter Andern auch der Herr von der Horſt, früher Rrgierungspräſident zu Mindrn, welcher ſeit ſeiner auf Veranlaſſung des verſtorbenen Obrrpräſidenten v. Vinckr nicht ohne triſtige Grunde (!) erfolgten Penſionirung abwechſelnd in Bückeburg wohnt und kürzlich, von Berlin zurückkehrend, ſich über die Mitglieder der Reichsverſammlung an einem öffentlichen Ortr noch maſſiver ausließ, als dies der grobe Herr V. A. Huber in der „Neuen Preußiſchen zu thun pflegt. Und doch iſt an der geiſtigen Zurechnungsfähigkeit des Herrn Ex-Präſidenten durchaus nicht zu zweifeln! — Haben wir der Freunde der Kreuzzeitung gedacht, ſo ſei es uns auch noch vergönnt, eines ehrenwerthen Gegners derſelben hier Erwähnung zu thun, eines Preußen, welcher den von jenem ſchwarzweißen Blattr hingeworfenen Fehdehandſchuh ſchon manchmal ritterlich aufgenommen hat. In dem nahen preußiſchen Kreiſe Lübbecke erſcheint nämlich zum nicht geringen Aergerniß der weſtphäliſchen Hochtory's ein Wochenblatt, redigirt von dem wackern Freihrrrn von Ditfurth. Derſelbe fällte ſchon im Februar d. J. folgendes Urtheil über die N. Pr. Ztg.: „Dieſe ſogrnannte Kreuz-Zeitung iſt, wenn auch gerade nicht Preußiſcher geſinnt, als unſrr König, doch jedenfalls weniger Deutſch geſinnt, als er." Weiter ſagr er über Geiſt und Tendenz des Blattes, nachdem er angeführt, daß es lieber die Erneuerung des „heiligen" Bundes mit Oeſterreich und Rußland, als dir Wiederaufrichtung des deutſchen Reiches wolle: „Kann es wohl eine Sprache geben, die den klaren hochherzigen Worten und dem geraden deutſchrn Sinn des Königs mehr entgegen wäre, als dieſe. Und nun gar das Kreuz an ihrer Stirn! Als dieſes ſchöne Zeichen den Kämpfern für Deutſchlands Unabhängigkeit als Lohn des Muthes grgeben wurde, da dachte man größer, da wäre eine ſolche Sprache mit allgemeiner Verachtung geſtraft worden. Wahrlich, die Trägrr drs eiſernen Kreuzrs ſollten daſſelbe ſa langr ablegen, bis dieſe Zeitung aufhörte, es zu mißbrauchen!" So urtheilt ein Preuße über dir „Neue Prrußiſche!"

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 5. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat in ihrer geſtrigen ſehr ausgedehnten Sitzung zwei ganze Rubriken des Verfaſſungsentwurfs, die zweite und dritte Abtheilung des vierten Abſchnittes, erledigt. In der erſten Hälfte der Sitzung, bei der Abtheilung „Sitzungen und Verhandlungen des Volksraths," war die Debatte ſehr unbedeutend. Zu Art. 79., nach welchem der Volksrath am erſten Montag im November kraft eigenen Rechtes zuſammentritt, die folgenden Sitzungen aber durch den Vorſitzenden angeordnet werden, regnete es Amendements. Herr Finger vermißte die Beifügung der Tagesſtunde und des Verſammlungsortes, Herr Dr. Mappes machte den Vorſchlag, daß, nach Analogie der für den geſetzgebenden Körper geltenden Beſtimmung, der Regierungsrath die Einberufung verordne, der Volksrath jedoch, falls dieſe nicht erfolge, kraft eignen Rechts zuſammentrete, Herr Dr. Burkard beantragte den Zuſatz, daß auf Veranlaſſung des Regierungsraths der Vorſitzende jedesmal zur Anordnung einer Sitzung verbunden ſei, Herr Donner endlich ſtellte den Antrag, daß die ordentliche Sitzungsperiode, ſofern der Regierungsrath ſie nicht verlängere, auf 2 Monate beſchränkt werde, daß aber der Volksrath außerordentlicher Weiſe vom Regierungsrath einberufen werden könne, oder vom Vorſitzenden; wenn ein ſchriftliches Begehren von 50 Mitgliedern vorliege. Eine eigentliche Debatte veranlaßte nur der letztgenannte Antrag, der, wie der Antragſteller kein Hehl hatte, den Zweck verfolgte, diejenige Mitregierung und Einmiſchung in die Verwaltung zu beſeitigen, von welcher der permanent verſammelte Volksrath nach ſeiner Anſicht, und gewiß zum Nachtheile des Gemeinweſens, ſich nicht fern halten würde. Es wies indeß der Berichterſtatter, Hr. Senator Heſſenberg, darauf hin, daß der Senat im vorigen Jahre das Bedürfniß gefühlt habe, den geſetzgebenden Körper ordentlicher Weiſe für das ganze Jahr zuſammenzurufen und daß, wenn ein ſolches Bedürfniß wenigſtens in ungewöhnlichen Zeiten nicht verkannt werden könne, es für beſſer erachtet werden müſſe, daß die Verfaſſung demſelben entgegenkomme, eine Argumentation, die freilich gerade für den bekämpften Antrag zu ſprechen ſcheint, denn wenn der Senat bereits in ungewöhnlichen Zeiten die Einberufung der Volksrepräſentation für nothwendig gehalten hat, ſo wird der künftige Regierungsrath ſich derſelben gewiß nicht entziehen, und jener Antrag gibt ihm das doppelte Recht, die ordentliche Sitzung zu verlängern oder eine außerordentliche Einberufung anzuordnen. Bei der Abſtimmung fielen jedoch die ſämmtlichen Anträge, der von Hrn. Dr. Burkard aber nur in namentlicher Abſtimmung mit 18 gegen 42 Stimmen, und eine Anzahl Mitglieder gab die Erklärung zu Protokoll, daß ſie nur deßhalb dagegen geſtimmt, weil der Gegenſtand paſſender in der Geſchäftsordnung behandelt werde. Bei Art. 80 wurde der Ausdruck „geheime" Sitzung, auf Antrag des Hrn. Dr. Braunfels, nach dem Vorgange der Geſchäftsordnung in „nicht öffentliche" umgeändert.

Auch Art. 81, welcher die Beſchlußfähigkeit des Volksraths begrenzt, wollte Hr. Dr. Reinganum geſtrichen und die betreffende Beſtimmung für die Geſchäftsordnung vorbehalten wiſſen, doch ſchloß er ſich ſpäter dem Antrage des Hrn. Dr. J. Friedleben an, die Zahl der zur Beſchlußfähigkeit erforderlichen Mitglieder von den 64 des Entwurfs auf 50 herabzuſetzen, und dieſer Antrag wurde zum Beſchluß erhoben. Bei Art. 82 wurde der Paſſus des Entwurfs: „Auch kann der Volksrath die Gegenwart von Bevollmächtigten des Regierungsraths in den Sitzungen zur Ertheilung etwa nöthiger Auskünfte verlangen,“ auf die Bemerkung des Hrn. Dr. Braunfels, daß damit die Verpflichtung des Regierungsraths, ſolche Bevollmächtigte zu ſenden, nicht deutlich genug ausgeſprochen ſei, in die beſtimmtere Faſſung geändert: „Der Regierungsrath iſt verpflichtet, auf Verlangen des Volksraths Bevollmächtigte in deſſen Sitzungen zur Ertheilung etwa nöthiger Auskunft abzuordnen.“ Art. 83 und 84 wurden ohne Erörterung votirt, Art. 85 aber rief eine lange Debatte hervor. Von allen Seiten wurde es als nothwendig erkannt, eine Beſtimmung über die Strafbefugniß der Verſammlung gegen ihre Mitglieder und das Maß dieſer Strafbefugniß zu treffen, die Anſichten waren nur darin getheilt, ob dieſe Beſtimmung in die Verfaſſung gehöre oder nicht vielmehr der Geſchäftsordnung vorbehalten bleibe. Man einigte ſich indeß im Ganzen dahin, daß die Verfaſſung freilich nicht die einzelnen Beſtimmungen enthalten, wohl aber den allgemeinen Grundſatz ausſprechen und im Uebrigen auf die Geſchäftsordnung verweiſen müſſe, und entſchied ſich, da man in dem Zuſatz des Hrn. Dr. Goldſchmidt „und der Umfang der dem Volksrath gegen ſeine Mitglieder zuſtehenden Strafbefugniß“ an dem Worte „Strafbefugniß“ Anſtoß nahm, für die Faſſung des Herrn Dr. Manhayn: „und die Art der Handhabung der Ordnung“.

Die in der erſten Hälfte der Sitzung angenommenen Artikel lauten demnach wie folgt: „Zweite Abtheilung. Sitzungen und Verhandlungen des Volksraths. Art. 79. Der Volksrath tritt am erſten Montag des Novembers kraft eigenen Rechtes zuſammen. Die folgenden Sitzungen werden durch ſeinen Vorſitzer angeordnet. Art. 80. Die Sitzungen des Volksrathes ſind öffentlich. Nur ausnahmsweiſe können ſie durch Beſchluß der Verſammlung in nicht öffentliche verwandelt werden. Art. 81. Der Volksrath kann nur dann beſchließen, wenn wenigſtens fünfzig Abgeordnete anweſend ſind. Er faßt ſeine Beſchlüſſe durch abſolute Stimmenmehrheit der anweſenden Mitglieder. Art. 82. Alle Mitglieder des Regierungsrathes haben das Recht, den Sitzungen des Volksrathes beizuwohnen, und an den Verhandlungen Theil zu nehmen. Der Regierungsrath kann ſeine Anträge durch beſonders Bevollmächtigte aus ſeiner Mitte oder aus der Zahl der Staatsbeamten vertreten laſſen. Der Regierungsrath iſt verpflichtet, auf Verlangen des Volksrathes Bevollmächtigte in deſſen Sitzungen zur Ertheilung etwa nöthiger Auskunft abzuordnen. Den Mitgliedern und den Bevollmächtigten des Regierungsrathes muß jederzeit auf ihr Verlangen das Wort ertheilt werden. Sind die Regierungsräthe oder Bevollmächtigten zugleich Abgeordnete im Volksrathe, ſo nehmen ſie auch an deſſen Beſchlüſſen Theil. Art. 83. Vorſitzer des Volksrathes oder Stellvertreter dieſes Vorſitzers kann ein Mitglied des Regierungsrathes nicht ſein. Art. 84. Jedermann kann ſchriftliche Eingaben an den Volksrath richten (Art. 41). Der Eintritt von Deputationen in die Sitzung zur Ueberreichung von Zuſchriften iſt unſtatthaft. Art. 85. Die Form ſeiner Berathungen und die Art der Handhabung der Ordnung in derſelben beſtimmt der Volksrath ſelbſt durch ſeine Geſchäftsordnung.

(Schluß folgt.)

Wien. Der Lloyd veröffentlicht ein merkwürdiges Schreiben Radetzky's an den früheren Abgeordneten der deutſchen Nationalverſammlung, Dr. Hertz, eine Erwiderung auf die Glückwunſchadreſſe mehrerer öſterreichiſchen Abgeordneten nach der Schlacht bei Novara. Es heißt darin: „Die Dinge in Frankfurt haben eine Richtung genommen, die zwar nicht überraſchen kann, aber doch jedes echte deutſche Herz ſchmerzlich ergreifen muß. Das alſo iſt die deutſche Einheit, von der man ſo viel von den Rednerbühnen faſelte? Das halb in Trümmern liegende Dresden beweiſt, wohin man wollte. Was man in Wien und Berlin nicht durchzuführen vermochte, das ſoll nun in den kleineren deutſchen Reſidenzen verſucht werden. Um dieſer Pläne willen hatte man für Oeſterreich kein Mitgefühl, keine Rückſicht für ſeine innere Lage, man mußte eilen, ehe dieſe Macht wieder erſtarkte, denn das mag man wohl begriffen haben, daß Oeſterreich Deutſchlands Verſtümmelung nicht zugeben werde, daſſelbe Oeſterreich, das eine lange Reihe von Kaiſern dem deutſchen Throne gegeben. Fragen Sie doch die gelehrten Herren in Frankfurt, ob ſie in Deutſchland eine Quadratmeile finden werden, auf der nicht Oeſterreichs Heere ihr Blut für Deutſchlands Ehre und Rettung verſpritzten? Nein, dieſe Macht drängt man ſo leicht nicht aus der Reihe deutſcher Staaten. Noch lebt, Gott ſei Dank! deutſcher Sinn und deutſche Treue in dem Herzen deutſcher Krieger, noch zählt Deutſchland edle Fürſten genug, die eher ſich unter den Trümmern ihrer Hauptſtädte begraben, als dulden werden, daß Deutſchlands Geſchicke ſo unwürdig behandelt und zu Grabe getragen werden. Sie werden meine Sprache ſtark finden: mag ſein; aber ich verſichere Sie, auch meine Gefühle ſind ſtark, wenn ich auf das blicke, was jetzt in Deutſchland vorgeht, und das allein ſeine Quelle in Frankfurt hat. Was iſt aus dem deutſchen National-Parlamente geworden? was aus den Hoffnungen, die man an dieſe nun verſtümmelte und ungeſetzmäßige Verſammlung knüpfte? Wie konnte es aber auch anders werden, wenn man geſtattete, daß die Mitglieder dieſer Verſammlung in Deutſchland herumzogen, um hinter Barrikaden die Anarchie zu organiſiren, als man ſeine eigenen Kollegen in den Straßen Frankfurts ſchändlich ermorden ließ. Meine Herren Abgeordneten Oeſterreichs! ich wünſche ihnen Glück, daß Sie eine Verſammlung verließen, in der kein Oeſterreicher mehr ſitzen kann, ohne ſeine Pflichten als Deutſcher und Oeſterreicher zu verletzen.“

♂ **Breslau**, 31. Mai. Bei den hier im vollen Gange befindlichen politiſchen Unterſuchungen wird auf einen gewiſſen Zuſammenhang hingearbeitet, den man zwiſchen den revolutionären Ereigniſſen in Dresden, Baden, der Pfalz, mit der hieſigen abgeblitzten Unternehmung und mit den geheimen Umtrieben der demokratiſchen Parteiführer in Berlin entdecken will! Es finden darüber bereits mehrfache Kommunikationen zwiſchen den betreffenden Orts- und Gerichtsbehörden ſtatt und auch die Breslauer Gerichte haben ihre Mittheilungen zu dem allgemeinen deutſchen Hochverrathsprozeß abgegeben, denn auf die Inſtruirung eines ſolchen ſcheint es in der That hinauszukommen und die Fäden deſſelben werden, wie Unterrichtete behaupten, bis auf den Slaven-Congreß in Prag zurückgeführt. Unſer unglückliches Deutſchland nähert ſich auch hierin wieder den Zeiten der Central-Unterſuchungs-Kommiſſion, welche damals in einer univerſalen Demagogen-Inquiſition den Niederſchlag der Erhebung des deutſchen Volkes bezeichnete! An einer ſolchen inquiſitoriſchen Centraliſirung des neuen deutſchen Hochverraths wird jetzt in Berlin lebhaft gearbeitet und die dort ſtattfindenden maſſenhaften Verhaftungen, deren Reigen mit Waldeck begonnen wurde, ſind ſchon die Folgen dieſer neuen Anſicht, welche die deutſche Revolution jetzt in Bauſch und Bogen als eine planmäßig verzweigte Verſchwörung aburtheilen zu können hofft. Dies iſt ein ſehr gefährlicher Standpunkt, welcher der preußiſchen Regierung große dauernde Nachtheile in der öffentlichen Meinung und im Rechtsbewußtſein der Nation bereiten kann, wenn die Unterſuchungen nicht zu den, man möchte ſagen, gewünſchten Ergebniſſen führen. Wenn wir nach den möglichen Ergebniſſen der Breslauer Unterſuchung, die wir überſehen zu können meinen, urtheilen ſollen, ſo dürfte es hier ſchon ſehr ſchlimm mit der Bedeutſamkeit des hieſigen Prozeſſes für die deutſche Revolutionsverzweigung ausſehn! Die hieſigen Barrikadenkämpfer (zu deren Beſten heut ſogar ein Student in dem Muſikſaale der Univerſität ein Konzert veranſtalten darf!) ſind arme tendenz- und principloſe Leute, unglückliche Proletarier, die dem undiſciplinirten Putſch ihr Leben und ihre Glieder liehen, ohne zu wiſſen, was ſie wollten, ohne nähere Ausſicht und ohne weitern Anhalt. Es wird Mühe koſten, aus dieſen Unglücklichen Verſchworene der deutſchen Revolution zu machen und ſie in dieſem Sinne für den allgemeinen deutſchen Hochverrathsprozeß erfolgreich auszubeuten! Und doch wird ſeit einiger Zeit ſowohl in den Aufrufen des Königs, wie in allen Regierungserlaſſen und auch in den Adreſſen der wohlgeſinnten konſtitutionellen Vereine gerade auf die Breslauer Vorgänge im Zuſammenhang mit den Dresdener und ſüddeutſchen Ereigniſſen hingewieſen! Es muß dadurch in jedem Unbefangenen, der die hieſigen Verhältniſſe kennt, die Beſorgniß aufſteigen, die preußiſche Regierung habe ſich in ihrer neueſten Beurtheilung der deutſchen Zuſtände auch darin geirrt, daß ſie revolutionäre Zuſammenhänge, die der Sachlage nach gar nicht exiſtiren, nicht nur zu Anklageakten, ſondern auch zu Regierungsmotiven benutzt!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an C. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 154. Frankfurt a. M., Mittwoch 6. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Baden.

Die Preſſe und die Grundrechte.

Aufforderung.

Deutſchland. Frankfurt (Das Reichsminiſterium. Beginn des Angriffs gegen Baden. Die Freiſchaaren. Militäriſches. Die Taunusbäder). Wien (Ungariſche Nachrichten. Kriegsrath. Tramzuſch vor's Kriegsgericht geſtellt. Welden. Volkswitz). Berlin (Die Friedensunterhandlungen mit Dänemark) Köln (Die Rheiniſche Eiſenbahn). München (Das neue Preßgeſetz). Würzburg (Freiſchaaren nach Baden). Nürnberg (Truppenbewegungen). Aus Rheinbaiern (Landau. Die Pfalz und das baieriſche Miniſterium). Dresden (Umgeſtaltung im ſächſiſchen Heere). Leipzig (Reaktionäre Preſſe. Die Regierung und die Stadtbehörde). Aus Baden (Die gefangenen Dragoneroffiziere). Darmſtadt (Die mecklenburgiſchen Truppen. Vom Kriegsſchauplatz). Von der Bergſtraße (Nachrichten aus Baden). Aus Thüringen (Eindruck des preußiſchen Verfaſſungsentwurfs). Schleswig (Die Stimmung des Landes. Bewegung für Aufhebung der Perſonalunion. Rendsburg (Antrag auf Neuwahlen zur Reichsverſammlung).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen).

Frankreich. Paris (Das neue Miniſterium und die nächſte Politik. Ein Zwieſpalt in der Bergpartei. Ein Oberbefehlshaber der Nationalgarde von Paris ernannt. Bugeaud und die Alpenarmee. Lamartine.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Galizien (Geldnoth.) Krakau (Die Ruſſen und Ruthenen. Die Cholera.)

Italien. (Proteſt von Neapel, Spanien und Oeſterreich gegen die Haltung der franzöſiſchen Regierung. Eine Landung der Engländer in Sicilien erwartet.)

Schweiz. Bern (Wahlſieg der Radikalen im Gr. Rath. Die Militärcapitulationen. Grauſamkeiten der Oeſterreicher in Bologna.)

Niederland. Haag (Miniſterkriſis. Hr. Wilmar).

Ungarn. Preßburg (Patriotismus.) Ofen (Nachträgliches über die Erſtürmung. Hentzi. Kriegsrath in Debreczin.)

Griechenland. Athen (Zunehmender Straßenraub. Die Schatzgräber. Chriſtides für die Wiederherſtellung der Klöſter.)

---

5. Juni.

Die neueſten Nachrichten aus Baden ſtellen dort eine nahe Reſtauration in Ausſicht; vielleicht ehe noch die Reichstruppen weiter vorgerückt ſind, hat ſich die ſogenannte proviſoriſche Regierung ſelber aufgebraucht. Die materiellen Mittel fangen an zu mangeln, die Staatsmaſchine zu ſtocken, die Unzufriedenheit unter Soldateska wie unter Bürgern tritt fühlbar genug hervor, auch wenn die „ſchrankenloſe" Preßfreiheit, deren Baden jetzt genießt, dem Lande keine Gelegenheit gibt, über die wahren Zuſtände irgend etwas Wahres und Aufrichtiges zu erfahren. Wer noch zweifeln wollte an der innigen Verwandtſchaft und Aehnlichkeit zwiſchen dem Despotismus einer abſoluten Regierungsform und dem Despotismus einer unfehlbaren Faction, der hat an der dem badiſchen Volke am 18. Mai oktroyirten Freiheit allen Anlaß, dieſe Aehnlichkeit gründlich zu ſtudiren. Das Volk ſelbſt hat jetzt Gelegenheit, an dem Zuſtand der Preſſe, der Terroriſirung jeder nicht amtlichen Anſicht, den angedrohten Vermögensconfiscationen, dem Briefgeheimniß u. ſ. w. wahrzunehmen, wie ernſt und eifrig es den Männern des Landesausſchuſſes um die Handhabung der deutſchen Grundrechte zu thun iſt; es hat außerdem auch Gelegenheit, wenn in nächſter Zeit die vorhandenen Summen vergeudet ſind, ſich eine unmittelbare Vorſtellung zu bilden von der ſteuer- und abgabenfreien Zeit, welche ihm die Vormünder ſeit lange verheißen haben.

Dieſe letzte Seite, dieſe finanzielle, wird für die Leute vom proviſoriſchen Landesausſchuſſe wie für die Nachfolger am Ruder die eigentlich kritiſche ſein; von ihr wird die Beantwortung der Frage, ob Baden ferner lebensfähig ſein wird oder nicht, weſentlich abhängen. An der finanziellen Klippe muß zuerſt die Regierungsweisheit des Landesausſchuſſes Schiffbruch leiden und an dem finanziellen Vermächtniß, das dieſer hinterläßt, wird jede folgende Regierung am ſchwerſten zu verdauen haben. Die paar Millionen, welche in den Händen einer theils ganz unfähigen, theils ganz gewiſſenloſen Verwaltung zurückgelaſſen worden ſind, wollen wir nicht einmal ſo hoch anſchlagen, obwohl es hart genug für ein kleines Land iſt, ſo ſeine mühſam zuſammengebrachten Steuern durch politiſche Charlatans verdunſten zu ſehen. Viel drückender ſind die unvermeidlichen Nachwirkungen. Das verfloſſene Jahr mit ſeinen Putſchen und Militärlaſten hat dem badiſchen Budget ein Deficit von nahezu ſechs Millionen eingetragen; dabei fand die gewiſſenhafteſte Sparſamkeit ſtatt und faſt in allen Zweigen der Verwaltung wurden Reduktionen vorgenommen. Aber die großen Ausfälle an allen indirekten Steuern, die eine Folge des ſtockenden Verkehrs und der Geſchäftsloſigkeit waren, dazu die neuen Militärlaſten brachten jenes Deficit zu Stande, das zu dem ganzen Staatsbudget in keinem Verhältniſſe mehr ſteht. Und jetzt? Nachdem die vorhandenen Mittel leichtſinnig verſchleudert ſind und hundert unſaubere Hände ſich in den Staatskaſſen gewaſchen haben, wie will man auch nur den nothwendigſten Bedürfniſſen abhelfen, nachdem aller Verkehr, aller Handel auf lange hinaus zum Stocken gebracht, alle Einnahmsquellen vertrocknet, die Arbeitskräfte der Bewohner in vielgeſchäftigem Nichtsthun vergeudet und die Arbeitsloſigkeit wie die Arbeitsſcheu planmäßig organiſirt ſind? Wohl hören wir klügelnde Stimmen ſagen: es mußte ſo kommen, damit der hirnkranke Theil des Volkes durch Elend erfahre, wohin der Leichtſinn ſeiner abenteuernden Führer und Verführer es bringe, es mußte ſo kommen, damit dies kleine Ländchen mit ſeinem großen Staatshaushalt und ſeinen großen Staatsprätenſionen einmal die ganze Ohnmacht ſeiner kleinſtaatlichen Exiſtenz unmittelbar inne werde. Wir können uns bei dieſer kalten pathologiſchen Betrachtung nicht beruhigen; denn uns liegt das Land und ſeine Bewohner zu ſehr am Herzen, als daß wir ſo gleichgültig zuſehen könnten, wie mit dem Schwachen und Ohnmächtigen auch alles Treffliche zu Grunde geht und mit den faulen Gliedern der Geſellſchaft auch die geſunden von dem allgemeinen Uebel ergriffen werden müſſen.

„Ihr könnet die Armen zwar nicht reicher machen, aber doch die Reichen arm," ſo lautete der Vorwurf, womit man vor einem Jahre Ledru-Rollins abenteuernde Staatskunſt am bitterſten und wahrſten züchtigte; dies Wort kann man auch heute den ſchwächlichen Abdrücken Rollin'ſcher Demagogie zurufen, die in dieſem Augenblicke mit dem Staatswohle Badens Hazard ſpielen. Indem ſie den Reſt von Wohlſtand und Selbſtſtändigkeit auf eine Reihe von Jahren hinaus untergraben, den Staat wie den Einzelnen in die allgemeine Wüſtenei der Mittelloſigkeit und Verarmung hereinführen, wird es ihnen allerdings gelingen, das Geſchäft einer demokratiſchen Nivellirung mit größtem Erfolge durchzuführen. Der friedliche bürgerliche Fleiß wird wenigſtens in den Städten auf lange Zeit hin zerſtört ſein; es wird dort keine „Bourgeoiſie" mehr geben, ſondern nur noch „Volk", d. h. die Lumperei aller wird eine Wahrheit werden.

Sollte es der proviſoriſchen Regierung in Baden, durch Anlehnung an Würtemberg und eine Organiſirung der Revolution in Süddeutſchland, möglich werden, ihre Exiſtenz noch auf einige Wochen hin auszudehnen, ſo wird ſie ſelbſt an dieſem ihrem Werke zuerſt Schiffbruch leiden müſſen. Von der Stunde an, wo der letzte Gulden verlaborirt iſt, befindet ſich jene Regierung in einer ſchlimmeren Stellung als jede andere: ſie hat ſich eben ſelber die Mittel des Regierens zerſtört. Seit länger als einem Jahre hat die Partei die roheſten und kindiſchſten Vorſtellungen über Staat und Volkshaushalt im Volke verbreitet; es iſt billig, daß ſie die erſten Früchte ihrer Ausſaat ernte. Ihre ganze Apologie für die Republik beſtand in einer Polemik gegen die Civilliſte; wenn ein-

mal die nicht mehr vorhanden ſei, ſo ward dem einfältigen Volke berichtet, würde Wohlſtand, Freiheit und Bildung für Alle ſehr raſch in Baden einkehren. Daß es unter der Republik keine Steuern gebe, verſtand ſich von ſelbſt; ward ja doch in Offenburg zweimal der Beſchluß gefaßt, alle indirecten Steuern, mit Ausnahme der Zölle, ſeien ſofort aufzuheben. Allerdings, wenn es ſo fort geht, braucht man ſie nicht mehr abzuſchaffen; ſie heben ſich von ſelbſt auf. Wie man ſich in der Verwaltung alle nothwendigen Bindemittel jeder Staatsordnung, die Achtung vor dem Geſetz, den Gehorſam gegenüber der rechtmäßigen Gewalt, ſyſtematiſch zerſtört hat, ſo ſind auch über Staatslaſten und Staatsſteuern Vorſtellungen großgezogen worden, mit denen ſich keine geordnete Staatsgeſellſchaft mehr verträgt. Will nun dieſelbe Partei, die das ſeit langer Zeit genährt und gepflegt hat, der Ebbe in den Staatskaſſen damit begegnen, daß ſie neue Steuern auflegt, ſo iſt ihr bei der eigenen Partei das Todesurtheil geſprochen.

Ohnedies iſt es für jede Regierung, auch wenn ſie mehr Einſicht und Patriotismus beſitzt, als der proviſoriſche Landesausſchuß, keine kleine Aufgabe, in der gegenwärtigen Rath- und Mittelloſigkeit neue Hilfsquellen zu öffnen. In der Noth des vergangenen Jahres griff die Regierung nur zu ſolchen Mitteln, welche mit den populären Forderungen im Einklang ſtanden; Grund- und Gewerbſteuer wurden nicht erhöht; Beſoldung, Kapital, Einkommen waren die Grundlagen, auf die man die neue Beſteuerung baſirte. In ruhigeren Zeiten und in größeren Staaten mochten dieſe Verſuche ein beſſeres Ergebniß liefern; in Baden machten die neuen Steuern, die man theilweiſe keineswegs niedrig griff, deswegen Fiesko, weil eben durch die Lage der Zeit das allgemeine Einkommen einen ungeheuren Stoß erlitten hatte. Die ſo lange als Panacee geprieſenen Steuern blieben in ihrem Ertrag unter jeder Erwartung und man mußte zu neuen Anlehen, ja ſogar zum Papiergeld greifen, einem Mittel, das Baden theuer hätte zu ſtehen kommen müſſen, wenn nicht durch patriotiſche Wachſamkeit wenigſtens dies verhängnißvolle Papier der Begier des proviſoriſchen Landesausſchuſſes entzogen worden wäre.

Auf dieſem Gebiete bleibt daher der revolutionären Gewalt nichts zu thun übrig; ſie muß neue heroiſche Mittel verſuchen, wenn ſie ihren Haushalt beſtreiten will. Die beliebte progreſſive Einkommenſteuer, das gedankenlos nachgeſprochene Schlagwort der Partei wird, in ihrem Ertrag nur ein Zeugniß ablegen für den Mangel alles Einkommens; die freiwilligen Gaben auf den Altar des Vaterlandes werden nicht hinreichen, um auf acht Tage die Wirthshauskoſten der Civil- und Militärkommiſſäre zu beſtreiten. Man wird zwingen müſſen; die ſolange in Clubs und Zeitungen verkündete meſſianiſche Hoffnung einer „Theilung mit den Geldſäcken" wird in Vollzug geſetzt werden müſſen. Wenn dann freilich die „Geldſäcke" leer geworden ſind, muß auch dies Mittel fehlſchlagen und die demagogiſchen Jeſuiten riskiren dann, von ihren eigenen Beichtkindern gelyncht zu werden, falls ſie nicht vorziehen, raſch das Weite zu ſuchen mit dem Wenigen, „das man noch flüchten konnte vor den Fingern der Kroaten."

Das Uebrige wird den Nachfolgern überlaſſen bleiben: ob es dieſen gelingen mag, noch eine nothdürftige Ordnung aus dieſem Chaos herauszuarbeiten, davon wird die fernere materielle Exiſtenz des Staates zunächſt abhängen.

Die Veränderungen, welche mit den Grundrechten der Reichsverfaſſung in dem preußiſchen Entwurfe vorgenommen ſind, ſind nicht alle Verbeſſerungen, und namentlich hat die Preſſe Urſache ſich zu beſchweren. Schon in der ſ. g. Gewähr der Verfaſſung iſt jede Gewähr für die Preßfreiheit ausdrücklich vernichtet. Denn der Belagerungszuſtand ſoll nach dem Entwurfe nicht blos in den Feſtungen, ſondern in allen Städten und Dörfern nach den beſtehenden geſetzlichen Vorſchriften, d. h. ganz willkürlich verkündigt werden können, und bei dem Belagerungszuſtand ſollen unter andern guten Dingen auch die Grundrechte über die Preſſe aufgehoben werden dürfen. In den Grundrechten des Entwurfes iſt die Preſſe nicht nur mit einem Preßgeſetze „zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Rechte Dritter" bedacht, ſondern alle Wahrungen zur Sicherheit der Preſſe ſelbſt ſind ausgeſtrichen. Während es in den Grundrechten der Reichsverfaſſung heißt:

„Die Preßfreiheit darf unter keinen Umſtänden und in keiner Weiſe durch vorbeugende Maßregeln, namentlich Cenſur, Conceſſionen, Sicherheitsbeſtellungen, Staatsauflagen, Beſchränkungen der Druckereien oder des Buchhandels, Poſtverbote oder andere Hemmungen des freien Verkehrs beſchränkt, ſuspendirt oder aufgehoben werden" —

ſteht in den neuen Grundrechten von alle dieſem kein Wort. Es heißt dort blos: „Die Cenſur darf nicht eingeführt werden." Und auf welche Weiſe die neuen Grundrechte gehandhabt werden, davon zeugt das Verbot, welches der preußiſche Handelsminiſter gegen die Erzeugniſſe der badiſchen und pfälziſchen Preſſe erlaſſen hat. Eine preußiſche Zeitung bemerkt darüber mit Recht:

„Das Edikt, welches der Poſt die Beſorgung badiſcher und pfälziſcher Zeitungen verbietet, wird eben ſo ſchwer zu rechtfertigen, als nur zu entſchuldigen ſein. Es iſt unnütz und ungerecht. Es iſt der erſte Beweis des Unterſchiedes zwiſchen den alten Grundrechten und denen der neuen Verfaſſung. Die neuen garantiren der Preſſe nur die Befreiung von der Cenſur, die alten ſichern ihre Freiheit durch die Aufhebung von Conceſſionen, Staatsauflagen, Poſtverboten u. ſ. w. Die alten Grundrechte machten die Preſſe wirklich frei und unterwarfen nur ihre Ausſchweifungen dem Gerichte. Wer aber weiß, wie unendlich viel Mittel es gibt, die Preſſe zu vernichten, auch ohne die Cenſur zu Hilfe zu rufen, der wird in den neuen Grundrechten keine hinreichende Garantie finden. Zum Ueberfluß gibt die Regierung ſehr raſch auch einen Beweis dafür. Sie verbietet die Zeitungen aus ausländiſchen Theilen des deutſchen Reiches. Sie zeigt damit nicht nur, welcher Deutung jener Satz fähig iſt, ſondern thut auch etwas Uebeles ohne Noth. Denn wenn es Noth thäte, die Verführung, welche die Blätter jener Länder predigen, von uns abzuhalten, ſo fühlt entweder die Regierung ſich ſehr unſicher und dann verdient ſie nicht Regierung zu ſein, oder ſie hält das Volk für ſehr verführbar und dann beleidigt ſie das Volk, oder ſie iſt nicht, was ſie ſein ſollte, der Ausdruck des Volkes. Wegen Einzelner aber gibt man kein Geſetz. Sie zeigt damit nur ſehr voreilig, was von ihr zu erwarten ſtehe. Denn eben ſo gut, wie ſie fremden Blättern die Poſt verſchließt, mit demſelben Recht wird ſie ſie inländiſchen verſchließen können, dann aber iſt die Preßfreiheit nur ein leeres Wort."

Principiis obsta! Die oktroyirte preußiſche Verfaſſung ſorgt beſſer für die Preſſe, als ſelbſt die Reichsverfaſſung, indem ſie auch ungleichmäßigen Poſtſatz verbietet. Das erinnert an das ſchmählichſte Joch, unter welchem die Preſſe noch ſeufzt, die Willkürherrſchaft der Poſt, die wenigſtens in unſerer Gegend Erpreſſungen ausübt, wogegen die der Raubritter großmüthig waren. In unſerer unmittelbaren Nähe, in Heidelberg und überhaupt im Badenſchen läßt ſich eine löbliche Poſt für ein Exemplar der Deutſchen Zeitung, für welches der Verlagshandlung von der Poſt jährlich nicht mehr als acht Gulden berechnet werden, über ſechszehn Gulden, alſo mehr als das Doppelte des Preiſes bezahlen. Man weiß in der That nicht, wer mehr zu tadeln iſt, eine öffentliche, offenbar doch zum Dienſt und nicht zur Ausſaugung des Publikums beſtimmte Anſtalt, welche eine ſolche ſchamloſe Erpreſſung ausübt, oder eine Nation, welche ſich einen ſolchen Straßenraub ruhig gefallen läßt. Was hilft es, daß der Staat den Zeitungsſtempel aufhebt, wenn die ſouveräne Poſt dieß Regal nach Belieben ausübt? Es iſt zu bedauern, daß der preußiſche Entwurf uns jede Hoffnung auf eine Reichspoſt abſchneiden will. Aber der erwähnte Unfug iſt doch zu groß, als daß er noch lange währen kann. Und das iſt nur ein Theil der gerechten Klagen, zu welchen die Poſt der Tagespreſſe Veranlaſſung gibt. Doch davon ein andermal.

Aufforderung.

*** Frankfurt**, 5. Juni. Zur Zuſammenkunft in Gotha wird durch folgendes Rundſchreiben aufgefordert:

Der von den Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover ausgegangene Entwurf einer Reichsverfaſſung läßt es den Unterzeichneten wünſchenswerth erſcheinen, daß eine größere Anzahl politiſcher Freunde, welche in der Nationalverſammlung die Durchführung der Reichsverfaſſung vom 28. März auf friedlichem und geſetzlichem Wege angeſtrebt, und ſeitdem in vielen deutſchen Gauen die öffentliche Stimmung von Neuem kennen gelernt haben, ſich ſobald thunlich wieder zu einer Beſprechung zuſammenfinden. Ein möglichſt übereinſtimmendes Verhalten in der gegenwärtigen Lage des Vaterlandes, insbeſondere gegenüber der

obſchwebenden Frage der Reichstagswahlen für diejenigen Staaten ſowohl, welche jetzt die Reichsverfaſſung vom 28. März anerkennen, als auch für diejenigen, welche ebenſo wie die drei obengenannten Königreiche vorher noch Modificationen für nöthig erachten, — wird den Gegenſtand der Berathung ausmachen.

Die Unterzeichneten ſchlagen zu dieſem Zweck eine Zuſammenkunft am 26. dieſes Monats in Gotha vor und laden Sie dringend ein, bei derſelben zu erſcheinen. Frankfurt 3. Juni 1849. Dahlmann. Francke. H. v. Gagern. M. v. Gagern. Graf Giech. Mathy. Rümelin. v. Soiron. Wiedenmann.

Deutſchland.

Frankfurt, 6. Juni. Nach Herrn Grävell's Rücktritt iſt in dem Reichsminiſterium zwar noch die ruſſiſche und die türkiſche Armee durch ehemalige ausgezeichnete Mitglieder, aber kein größerer deutſcher Staat vertreten; weder Oeſterreich, noch Preußen, noch Baiern. Ob Herr Detmold, welcher die Rechtspflege, die Verwaltung und die Handelsintereſſen des Reichs zu leiten kein Bedenken trägt, von ſeiner hannöveriſchen Heimath als ächter Sohn angeſehen wird, ob Hannover ſeinen Einfluß in Deutſchland durch ihn als doch gehoben betrachte, iſt nichts weniger als wahrſcheinlich. Da Herr Stüve dem Bündniſſe, dem Verfaſſungsentwurfe und dem Wahlgeſetze, wie ſie in Berlin verabredet worden, für Hannover beigetreten iſt, ſo findet er an ſeinem Freunde Detmold einen politiſchen Gegner, denn dieſer iſt zum Atlas geworden, welcher den öſterreichiſch-baieriſchen Himmel über Deutſchland auf ſeinen Schultern trägt. Das Reichsminiſterium in ſeiner dermaligen Beſchaffenheit leiſtet in der That weiter nichts, als daß es durch ſein Daſein für Oeſterreich die Bundespräſidialſtelle offen, und Preußen von der Leitung der deutſchen Angelegenheiten fern hält. Die Thätigkeit des Reichsminiſteriums iſt lediglich ein Intriguenſpiel, welches mit jedem Tage ſeiner Dauer das deutſche Elend vermehrt, dem Bürgerkriege und der fremden Einmiſchung Nahrung gibt. Die Bevollmächtigten der meiſten deutſchen Staaten ſollen daher an das Reichsminiſterium die Frage geſtellt haben, mit welchen Mitteln es ſeinen durch das Geſetz vom 28. Juni v. J. bezeichneten Obliegenheiten nachzukommen gedenke? Wenn ſie überhaupt eine Antwort erhalten, ſo wird dieſelbe wohl eine ausweichende ſein und etwa dahin lauten, daß man die Competenz der Bevollmächtigten zur Stellung einer ſolchen Frage anzweifle. Was dann die Bevollmächtigten weiter zu thun haben, mögen ſie bald thun, denn ihr Zaudern und Zögern kann die Dinge nicht beſſern. Die Miniſterialpolitik von Ollmütz und München, in deren Dienſt das Reichsminiſterium ſich begeben hat, liefert ihm keine Mittel; mit der Reichsverſammlung iſt ihm der Boden unter den Füßen weg nach Stuttgart gezogen; aber dennoch anerkennt das Reichsminiſterium die Verſammlung in Stuttgart; es leiſtet ihr allen möglichen Vorſchub, denn das Rumpfparlament bedingt das Rumpfminiſterium. Hieher gehört die Geſchichte mit dem Kredit von 25,000 fl. für die Bedürfniſſe der Reichsverſammlung im Monat Juni. Die Erzählung hat in verſchiedenen Lesarten die Runde durch die Zeitungen gemacht und die Independance bemerkte, daß dieſer Streich die Zahl der Bewunderer der Schwachköpfigkeit des Herrn Grävell vergrößert habe. Wir müſſen Herrn Grävell gegen dieſe Bemerkung in Schutz nehmen. Wenn wir recht berichtet ſind, war der Credit vor dem Beſchluſſe der Verlegung nach Stuttgart bewilligt; nach dem Beſchluſſe wurde der Vollzug eingeſtellt und erſt nach dem Austritte des Hrn. Grävell die Zahlung verfügt. Da nun die Verſammlung in Stuttgart keine andere Abſicht hat, als der Bewegung in Baden und der Rheinpfalz ſich zu bemächtigen, Würtemberg mit in den Strudel zu reißen und — wie die Herren Vogt und Hagen in der Paulskirche ausgeſprochen — Frankreich zur Durchführung der Reichsverfaſſung um Hülfe gegen Deutſchland anzugehen, ſo hat das Miniſterium der Centralgewalt den Reichsfeinden Gelder aus den Matrikularbeiträgen der deutſchen Staaten, gegen welche jene in Waffen ſtehen und angriffsweiſe verfahren ſind, bewilligt und ausbezahlt. Vorausgeſetzt, daß die Zahlung der 25,000 fl. wirklich geleiſtet worden, entſteht die Frage der Verantwortlichkeit. Nach dem Geſetze vom 28. Juni wiegt dieſe nicht ſchwer; denn hiernach iſt das Reichsminiſterium der Reichsverſammlung verantwortlich, und die Verſammlung in Stuttgart wird nichts zu erinnern haben, wenn ſie als Reichsverſammlung betrachtet und ernährt wird. Aber was werden die Bevollmächtigten der Staaten, was wird der geſunde Theil der Nation zu dem Gaukelſpiel ſagen, welches das Rumpfminiſterium der Centralgewalt treibt? Uns ſcheint es an der Zeit zu ſein, dieſem Scandal ein Ende zu machen.

Frankfurt, 5. Juni. Die Coercitivmaßregeln gegen die Aufſtändiſchen in Baden und der Rheinpfalz haben am heutigen Tage begonnen. Rheinheſſen iſt von preußiſchen Reichstruppen beſetzt, auf der Seite gegen Heidelberg und Mannheim operiren kurheſſiſche, großh. heſſiſche, naſſauiſche und mecklenburgiſche Reichstruppen. Die öſterreichiſchen Reichstruppen waren in Lindau und die baieriſchen in Memmingen bereits vor einigen Tagen eingetroffen. Mit Nächſtem ſtehen wichtige Ereigniſſe bevor.

(O. P. Z.)

♈ **Frankfurt**, 5. Juni. Die vorgeſtern ohne alles Aufſehen und zu Wagen von Hanau aufgebrochenen Turner hatten zuerſt die Abſicht, mit denen von Memmlingen bei Höchſt im Odenwalde ſich zu vereinigen und von hier nach Baden zu ziehen. Es wurden von den durch den Odenwald hierher zurückkehrenden Truppen ſowohl als auch von hier aus angewieſene Kräfte dorthin dirigirt. Nach eben eingegangenen Berichten haben dieſelben Nichts gefunden. Die Freiſchaaren ſollen ſich jenſeits des Mains zum Uebergang bei Miltenberg gewendet haben. Es mag übrigens bei dieſer Gelegenheit dem Gerüchte, daß die von hier abgegangene kurheſſiſche Infanterie, als ſie ihre Beſtimmung gegen die Freiſchaaren erfahren, bei Iſenburg Halt gemacht und ſich geweigert habe, weiter zu marſchiren, auf das Entſchiedenſte widerſprochen werden: alle Truppen ohne Ausnahme haben ſich vom beſten Geiſte beſeelt gezeigt. In den nächſten Tagen ſoll der Odenwald, in welchem übrigens gegenwärtig die größte Ruhe herrſcht, mit einem kleinen Truppencorps beſetzt werden, um die Stadt Darmſtadt und den Rücken der bei Heppenheim unter dem Befehl des Generals Schäffer ſtehenden Diviſion gegen Ueberfälle zu ſichern. Heute früh zwiſchen 3 und 6 Uhr hat man bei Weinheim Geſchütz- und Gewehrfeuer gehört. Die großherzoglich mecklenburgiſche Brigade iſt, kaum angekommen, ſogleich in anſtrengende Thätigkeit übergegangen. Der junge Herzog Wilhelm, der die erſte Dragonerſchwadron als Rittmeiſter führt, theilt dieſelbe, wie ein tüchtiger Offizier es ſoll. Heute Mittag iſt hier eine Maſſe Bagagewagen der mecklenburger, naſſauer und baieriſchen Truppen eingetroffen: man darf daraus wohl auf die ungeſäumte Rückkehr der betreffenden Truppentheile ſchließen.

Morgen in aller Frühe wird der Erzherzog Reichsverweſer, in Begleitung des Miniſterpräſidenten und Kriegsminiſters, Generallieutenant Fürſt Wittgenſtein, vor der Stadt, am Grindbrunnen, über die geſammten Truppen des mobilen Corps große Revue abhalten.

*** **Frankfurt**, 5. Juni. Die ſehr günſtige Witterung führte den Taunusbädern bereits mehr Kurgäſte zu, als man nach den Zeitumſtänden erwarten durfte. Namentlich iſt auch das von der Natur ſo ſehr bevorzugte Nauheim bereits ſehr belebt, dem nicht allein zahlreiche Anmeldungen aus unſerer Stadt und Umgegend, ſondern auch aus weiterer Ferne zugehen.

Wien, 31. Mai. Die Abberufung des F.-Z.-M. Welden hat bereits den ſpaßhaften Wienern zu einem Bonmot Anlaß gegeben. Da nämlich morgen die Ziehung der fürſtl. Windiſchgrätzſchen Lotterieanleihe iſt, ſo wurde geſagt, Welden habe heute ſchon das Fürſt Windiſchgrätz'ſche Loos gezogen. (Ein anderer Volkswitz iſt: Es iſt gut, daß jetzt Sommer iſt, da braucht man keine Ofen.)

(D. A. Z.)

A. C. Z. **Wien**, 1. Juni. Die hieſige Stadthauptmannſchaft hat ihre unterſtehenden Organe beauftragt, alle jene Individuen zu bezeichnen, welche aus dem Handel mit Geld unbefugt ein Gewerbe machen. Auf Anregung des Beſitzers der Herrſchaft Blauda in Mähren, Grafen Zierotin, hat ſich daſelbſt ein Verein gebildet, welcher den nachahmungswürdigen Zweck verfolgt, der Armee vollkommen ausgerüſtete Trainpferde zum Geſchenke zu bringen. Die Beiträge fließen ſo reichlich zu, daß in wenigen Tagen mehr als 10,000 fl. M. gezeichnet waren. Verläßlichen Berichten aus Oedenburg zu Folge, werden 24,000 Mann ruſſiſcher Truppen heute ein Lager bei Margarethen nächſt Oedenburg beziehen und in die Städte Güns, Oedenburg und Eiſenſtadt ruſſiſche Garniſonen kommen. Dieſes Armeecorps ſoll den rechten Flügel der operirenden kaiſerlichen Truppen decken.

Se. Majeſtät der Kaiſer haben ſämmtliche kommandirende Generale aus den Provinzen zu einem Kriegsrathe nach Wien

berufen. Mehrere derſelben ſind heute bereits hier angekommen. Vom ſüdlichen Kriegsſchauplatze Ungarns wird berichtet, daß vor einigen Tagen bei Peterwardein ein heftiger Kampf ſtattgefunden habe, deſſen Erfolg für unſere Waffen ſehr günſtig war. Die näheren Details fehlen; ſo viel iſt aber gewiß, daß der Verluſt der Inſurgenten namhaft war, daß ihrerſeits viele Offiziere bei den Tirailleurs gefallen und mehrere Kanonen in unſere Hände gekommen ſind. Der Kampf im Bezirke des Czaikiſtenbataillons liefert für uns gleichfalls ſiegreiche Reſultate; die Jägervorpoſten ſtehen bereits in Perlaß. Die Nachricht, daß der Ban ein Corps zum Entſatze Ofens abgeſendet haben ſoll, wird als unrichtig bezeichnet. Ebenſo erweiſt ſich die Nachricht vom Dampfer Schlick als ein Mährchen. In Bezug auf die erwähnte Wiederanſtellung der früheren Bücherreviſionsbeamten erfährt man, daß ſieben derſelben als Kommiſſäre der Stadthauptmannſchaft den Eid abgelegt haben und in dem „ſtadthauptmannſchaftlichen Bureau für Preßſachen“ arbeiten. Ein über Veſprim von Peſth hier angekommener Reiſender iſt der Anſicht, daß die Erſtürmung Ofens den Magyaren zwiſchen 4 bis 5000 Mann gekoſtet habe. Derſelbe erzählt, daß die Magyaren viele Verhaftungen vornehmen. Peſth ſoll furchtbar verwüſtet, die Waſſerſtadt in einen Schutthaufen verwandelt ſein. Die gefangenen Kroaten wurden durch Peſth getrieben. Der Pöbel mißhandelte die Armen! Alois Franelich, Kameralbeamter und Vice-Präſident des geweſenen Sicherheitsausſchuſſes, dann Adalbert Trampuſch, Frankfurter Deputirter, wurden gefänglich eingezogen und der kriegsgerichtlichen Behandlung übergeben. F.Z.M. Welden iſt geſtern noch von hier — man ſagt nach Gratz, abgereiſ't; er ſoll geſonnen ſein, in Penſionsſtand überzutreten.

* **Berlin,** 31. Mai. Unter dieſem Datum bringt die Hamburger Börſenhalle ein Schreiben, in welchem an dem Gange der Friedensunterhandlungen gezeigt wird, daß Dänemark jedes Zugeſtändniß nur zu neuen Forderungen benutzt habe. Es meldet über Dänemarks jetzige Forderungen: „Nach einem für Dänemark zur See und zu Lande ungünſtigen Verlauf eines faſt 3monatlichen Kampfes, hat die däniſche Regierung folgende neue Propoſitionen geſtellt: „Waffenſtillſtand bis zum Ablauf des Jahres; vorläufige Demarcation Schleswigs von Flensburg nach Huſum; Beſetzung Nordſchleswigs jenſeits der Demarcationslinie von däniſchen, Südſchleswig's von preußiſchen Truppen.“ Wer den Ereigniſſen nicht gefolgt wäre, müßte bei ſolchen Anerbietungen verſucht ſein zu glauben, Dänemark ſei der Sieger geweſen bei Eckernförde, bei Düppel, bei Kolding! Dennoch rathen die engliſchen Blätter und erwarten von der Einſicht des preußiſchen Gouvernements, daß es die Bedingungen annehme. Die Linie von Flensburg nach Huſum iſt eine offenbare Ungerechtigkeit. Die Korreſpondenz verſichert, daß die preußiſche Regierung keinen andern Frieden, als einen ehrenvollen abſchließen werde.

Köln, 2. Juni. In der vorgeſtern hier Statt gehabten zwölften Generalverſammlung der Aktionäre der rheiniſchen Eiſenbahngeſellſchaft, erſtattete die Direktion zunächſt ausführlichen Bericht über die Lage des Unternehmens. Die Totaleinnahme hat im Jahr 1848 betragen: 533,106 Thlr. 25 Sgr. 9 Pf. gegen 833,671 Thlr. 4 Sgr. im Jahre 1847. Nach Abzug der Betriebsausgaben und der Zinſen und Amortiſation der beiden Anleihen ergibt ſich ein Ueberſchuß von 38,939 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf., der gegen den Einſpruch der Berliner Aktionäre von der Generalverſammlung dem Reſervefonds überwieſen wurde. (K. Z.)

0 **München,** 1. Juni. „So gedulden Sie ſich doch, meine Herren, nur noch wenige Tage, und urtheilen Sie dann über uns, wenn Sie die Geſetzentwürfe kennen gelernt haben, welche Ihnen die Regierung vorzulegen beabſichtigt.“ So der Kultusminiſter, als bei der Berathung des Mißtrauensvotums das Pergament aufgerollt wurde, auf welchem die unſelige Politik des baieriſchen Miniſteriums verzeichnet ſteht. Der Miniſter vermochte es nicht, die unwiderleglichen Thatſachen wegzuleugnen, er beſchränkte ſich deshalb in ſeiner Vertheidigung darauf, die Löſung der Frage der deutſchen Einheit als die minder weſentliche Aufgabe eines baieriſchen Geſammtminiſteriums hinzuſtellen gegenüber der weit höher anzuſchlagenden inneren Verwaltung; wenn an des Volkes Forderung bezüglich der Einheit nicht Alles gewährt worden ſein ſollte, ſo würde dem Volke dafür reichlich Erſatz geboten in der Erfüllung ſeines auf innere Freiheit gerichteten Verlangens. Wenn man dem Miniſter hätte Glauben ſchenken dürfen, ſo hätte man mindeſtens eine Umgeſtaltung der Verfaſſungsurkunde im Sinne der belgiſchen erwarten müſſen. Die erſten Geſetzentwürfe, die nun das Miniſterium Kleinſchrod-Ringelmann-Pfordten vorlegt, geben den Beweis, daß daſſelbe das Wort „Freiheit“ in jenem Sinne auffaßt, in welchem Fürſt Metternich behauptet für dieſelbe geſtrebt zu haben. Beſonders iſt der Preßgeſetzentwurf ein Muſter für die Behörden, die Preſſe ohne Cenſur und Caution zu unterdrücken. Es gibt fürwahr keinen Gegenſtand des Staatslebens, deſſen Berührung durch die Feder ihm zufolge nicht mit längerer oder kürzerer Haft, mit größerer oder geringerer Geldſtrafe gebüßt werden müßte. Weit einfacher wäre es geweſen, das Wenige aufzuzählen, was der Preſſe nicht entzogen werden ſolle, als dies Conglomerat von all den Dingen, die von nun an als unantaſtbar gelten ſollen. Daß übrigens die Beurtheilung dieſer im Entwurf aufgezählten Vergehen großentheils den Stadtgerichten zugewieſen werden ſoll, ohne daß das Geſetz ſelbſt als ein Verfaſſungsgeſetz, das nur durch eine Zweidrittelmehrheit geſchaffen werden kann, eingebracht wurde, iſt offenbar eine Verfaſſungsverletzung, die eben wieder durch ſtaatsrechtliche Nothwendigkeit bedingt wird, da man ſelbſt nach Ausſcheidung der Pfälzer nur auf eine miniſterielle Mehrheit von zwei bis drei Stimmen rechnen kann, und da man ferner weiß, daß Geſchworene in Preßſachen milder urtheilen als königlich baieriſche Stadtgerichtsräthe. Der §. 6 des Verfaſſungsgeſetzes vom 4. Juni, das nur durch ein Verfaſſungsgeſetz aufgehoben werden könnte, ſagt nämlich: „Ueber Anklagen wegen Verbrechen oder Vergehen, begangen durch die Preſſe, haben nach öffentlichem und mündlichem Verfahren Schwurgerichte zu erkennen.“ Daß der Entwurf das von ihm gleich einem Verbrechen zu Beſtrafende nur Polizeiübertretung nennt, thut nichts zur Sache; im Gegentheile tritt dadurch nur um ſo deutlicher die Abſicht der Regierung hervor, das Geſetz vom 4. Juni zu umgehen. Daß bei Erlaſſung dieſes Entwurfs auch der §. 13 der deutſchen Grundrechte überſehen wurde, wonach ein Preßgeſetz vom Reiche erlaſſen wird, kann man billigerweiſe Pfordten und ſeinen Kollegen nicht zum Vorwurfe machen.

Noch auf einen Paragraphen dieſes Geſetzes muß ich beſonders aufmerkſam machen. Es iſt der, welcher von der Behandlung und Beurtheilung auswärtiger Blätter handelt; darin hat der Geſetzgeber eine ganz beſonders erfinderiſche Kraft gezeigt, während die übrigen Paragraphen mehr oder minder ein Abklatſch anderer rigoroſer Preßgeſetze ſind. Auch über Artikel auswärtiger Blätter wird man demgemäß in Baiern zu Gericht ſitzen, ob man den Verfaſſer, Verleger ꝛc. haben kann oder nicht. Dagegen ſoll die Strafe das Blatt treffen, in welchem geſündigt wurde. Sollte das Geſetz von einer Rumpfkammer angenommen werden, ſo mache ich hiermit alle deutſchen Blätter aufmerkſam auf dieſen Punkt des Geſetzes, damit ſie ſich darnach richten können: denn von dem Augenblicke der allerhöchſten Unterzeichnung an, riſkiren ſie den Verluſt aller baieriſchen Abonnenten, wenn ſie irgend einen Monarchen oder Verwandten eines Monarchen ꝛc., oder irgend eine Behörde, und wäre ſie ſelbſt ſo unter der Kritik wie das gegenwärtige baieriſche Miniſterium, irgend wie angreifen würden: jede Kritik würde als ein Angriff unter erſchwerenden Umſtänden betrachtet werden.

Würzburg, 4. Juni. In Miltenberg und Obernburg ſind, wie man durch Stafetten die hieſige Regierung benachrichtigte, Freiſchaaren angeſagt. Durch Aſchaffenburg zogen (wie berichtet) bereits 400 Mann Freiſchaaren in's Badiſche. Eine andere Schaar ſetzte zwiſchen Stockſtadt und Seligenſtadt über den Main; dagegen hört man, daß von Frankfurt aus Truppen in dieſe Gegenden geſchickt werden, und von Nürnberg werden zwei Corps zu je 6000 Mann, das eine über Neuſtadt, das andere über Uffenheim hierher dirigirt und theilweiſe heute Nacht hier eintreffen. Auch in hieſiger Stadt ſind desfallſige Maßregeln ergriffen, und namentlich einige Thore mit Kanonen beſetzt worden. (W. Z.)

Nürnberg, 3. Juni. Eingetroffenem Befehl gemäß ſind ſeit heute Morgen 4 Uhr 8 Infanterie-Bataillons und 9 Eskadrons Chevaulegers, ſo wie eine 12pfünder und zwei 6pfünder Batterien Artillerie von dem in hieſiger Gegend zuſammengezogenen Truppenkorps jeden Augenblick bereit, auszumarſchiren. Das ausmarſchirende Korps hat den Namen „weſtfränkiſches Korps“, das in den Kantonirungen verbleibende „fränkiſches Obſervations-Korps.“ (N. K.)

⁑ Aus Rheinbaiern, 3. Juni. Quousque tandem? Wie lange noch ſoll die Geduld der Landauer Beſatzung auf die Probe geſtellt werden? Daß von baieriſcher Seite nichts geſchieht,

um dieſen Waffenplatz zu retten, das begreifen wir, denn ein Miniſterium, welches überall nur im Regiren ſeine Kraft zu zeigen ſucht, macht ſich natürlich auch kein Gewiſſen daraus, eine kleine und doch treue Beſatzung ihrem Schickſale preiszugeben; aber daß die übrigen deutſchen Regierungen, welche alle ihren pflichtmäßigen Antheil an der Reichsfeſtung Landau haben, ſich nicht rühren, ihre ſchuldige Hilfe zu entbieten, das begreifen wir nicht. Landau enthält ungeheure Vorräthe an Waffen und Munition, und ſollte es den Aufſtändiſchen gelingen, im Einverſtändniß mit einigen Bewohnern der Stadt ſich dieſes Platzes zu bemächtigen, ſo wäre damit der Revolution das Mittel ihrer Exiſtenz in die Hände geliefert. Was werden die Nachkommen urtheilen, wenn ſie hören, wie zu unſern Zeiten die baieriſche Regierung ihren landesväterlichen Schutz ausgebreitet hat über alle diejenigen Staatsbürger, welche feſthalten an ihrer Treue und Pflicht für ſie. Viele Gemeinden haben ſich geweigert, ihre Jünglinge der proviſoriſchen Regierung zur Verfügung zu ſtellen, viele haben ſich geweigert, zu dem Zwangsanlehen beizutragen, und viele werden fort und und fort ſich weigern, irgend eine Maßregel der uſurpatoriſchen Regierung als rechtsgiltig anzuerkennen. Aber während ſie, wie natürlich, für dieſes Feſthalten an Treue und Pflicht alle möglichen Unbilden von Seiten der Revolutionäre zu tragen haben, ſitzt das baieriſche Miniſterium in München ganz ruhig auf ſeinen Stühlen und erquickt ſich am „ſüßen Nichtsthun“. Dieſes Syſtem des Miniſteriums wird noch ſeine böſen Früchte bringen. Die Rheinpfalz hat durch ihre iſolirte Lage ohnedies keinen natürlichen Zuſammenhang mit dem übrigen Baiern, auch war die Sympathie der Pfälzer für ihr Regentenhaus nie ſo heiß wie bei den Altbaiern; dadurch aber, daß in gegenwärtiger Zeit der Noth die baieriſche Staatsregierung unſer Land und Volk im Stiche läßt, geht auch der letzte Reſt von Anhänglichkeit und leider bei den Beſten verloren.

A **Dresden**, 1. Juni. Im ſächſiſchen Heerweſen gehen große Umgeſtaltungen vor ſich. Auf die Einberufung der zweiten Abtheilung, welche ſchon am 20. Mai zuſammentrat, iſt ſoeben auch die Einberufung der Dienſtreſerven aus den Jahren 1844—1847 zum 1. Juni gefolgt, ſo daß der Beſtand der Armee jetzt faſt verdoppelt iſt. Die Artillerie, zu deren Kommandeur nach dem Tode des am 6. Mai gebliebenen Generalmajors Homilius nunmehr der Oberſt Schmidt ernannt iſt, ſoll gleichfalls namhaft verſtärkt werden. Die ſchon früher beſchloſſene Uniformirung des Heeres nach preußiſchem Muſter, von der man hier und da ſchon Anfänge erblickt, rückt ihrer Verwirklichung immer näher, und würde ſchon weiter vorgeſchritten ſein, wenn der Staat ſich in der Lage befände, ſeinen alten Finanzetat durch Verwendung unbewilligter Summen noch weiter überſchreiten zu können. Ueber die Politik der Regierung verlautet nichts; Niemand hofft oder fürchtet etwas von derſelben. Aber Niemand täuſcht ſich auch darüber, daß Sachſen, nachdem es in die Hand Preußens gegeben iſt, von jedem Unſtern, der den preußiſchen Staat treffen mag, zur verdienten Mitleidenſchaft gezogen wird.

*** **Leipzig**, 31. Mai. Sachſen fehlt es jetzt nicht an Seitenſtücken zur „Berliner Kreuzzeitung“ und ihren Schweſtern. Zwei Freimüthige und die Fackel, welche ſämmtlich in Dresden erſcheinen, ſtehen unter ihnen in erſter Reihe und laſſen ſich angelegen ſein, gegen alle die zu Felde zu ziehen, die mit erlaubten und gebotenen Waffen für Einführung der deutſchen Verfaſſung von ihrem Poſten gewirkt haben. Am ärgſten treibt es die Fackel, die ſich ſelbſt Organ gegen Unwahrheit und Unverſtand nennt. So erklärte ſie jüngſt geradezu Stadtrath und Stadtverordnete Leipzigs, nach der Stellung, die ſie in den Maitagen eingenommen haben, für Hochverräther und knüpfte daran die Frage, ob denn die Staatsanwälte nicht wüßten, was ihres Amtes ſei? Die Antecedentien ſolcher Kämpfer gegen die Ideen der neuen Zeit zu kennen, hat immer ein gewiſſes Intereſſe, und ſo iſt es nicht unintereſſant zu wiſſen, daß der Redakteur, ein Herr Häpe, es war, auf deſſen privatim an Herrn v. Falkenſtein gebrachten Bericht über den 12. Auguſt 1845 in Leipzig, die vielbeſprochene Ausweiſung mehrerer Schriftſteller (unter andern auch W. Jordan's) erfolgte. Damals lohnte ihm eine Stelle als Privatſekretär beim Hrn. v. Falkenſtein dieſen Liebesdienſt gegen ſeine Kollegen (H. Häpe lebte damals ſelbſt als Schriftſteller in Leipzig und war Mitglied des Schriftſtellervereins). Geſtern kam in der Sitzung der Stadtverordneten gleichzeitig jenes Dekret unſerer Regierung über die Ereigniſſe in Leipzig am 3—7 Mai und die Beurtheilung der Haltung der ſtädtiſchen Behörden ſeitens der Centralgewalt offiziell zur Kenntniß des Kollegiums. In Bezug auf das erſtere erklärten Dr. Rueder und 30 Genoſſen, daß ſie ſich nicht von dem Tadel der Regierung berührt fänden, da ihnen das Bewußtſein, recht gehandelt zu haben, höher ſtehe als jener, und dieſes Bewußtſein ihnen ſage, ſie würden noch heute ebenſo handeln, wie ſie damals es gethan hätten. Diſſentirender Meinung waren, wie in der deutſchen Sache ſtets, die Dioskuren Heinrich Brockhaus und Heinrich Poppe, denen ſich indeß für dieſes Mal ein gerade einberufener Erſatzmann zugeſellte. Die übrigen Mitglieder des Kollegiums theilten die Geſinnung der 31, hielten aber eine Erklärung zu Protokoll nicht angemeſſen *).

\# Aus Baden, 30. Mai. Die ſieben in Raſtatt gefangenen badiſchen Dragoner-Offiziere hatten eine ſchriftliche Kapitulation mit dem Civilkommiſſär Heuniſch zu Freiburg abgeſchloſſen, wonach ſie mit Sack und Pack frei abziehen ſollten, ſobald ſie ihr Regiment nach Karlsruhe geführt hätten. Sie hielten ihr Wort, obgleich es ihnen leicht geweſen wäre unterwegs ſich aus dem Staube zu machen; zum Dank dafür wurden ſie mißhandelt und liegen in den Kaſematten der Feſtung auf Stroh!

☽ **Darmſtadt**, 5. Juni. Die mecklenburgiſchen Truppen litten geſtern Mittag ſo ſehr von der furchtbaren Hitze, daß ſie nur bis in den Wald auf der Straße nach Roßdorf ½ Stunde von der Stadt kamen und hier bis gegen Abend raſteten, worauf ſie ihren Marſch gegen Reinheim und Dieburg fortſetzten. Mehrere Soldaten mußten erkrankt zurückbleiben. Wir haben aus dem Innern des Odenwaldes, den 3 mobile Colonnen durchziehen, noch nichts Beſtimmtes erfahren können; doch heißt es, der Zug der Hanauer Turner ſei zurückgewieſen. An der badiſch-heſſiſchen Grenze der Bergſtraße hat der Kampf wieder begonnen. Freiſchaaren beſetzten Weinheim; unſere Truppen rückten in verfloſſener Nacht vor und vertrieben ſie daraus, ſo wird behauptet. In Mannheim ſollen ſich die Parteien einander ſelbſt bekriegen und aufreiben.

∼ Von der Bergſtraße, 4. Juni. Wir fahren fort zuſammenzuſtellen, was wir von Reiſenden aus Baden erfahren. Briefe aus Baden ſelbſt werden Sie nur ſelten erhalten können, weil an manchen Orten ſchlechterdings kein Vertrauen auf die Heilighaltung des Briefgeheimniſſes herrſchen kann. In Karlsruhe z. B. ging ein vom proviſoriſchen Landesausſchuß ernannter Poſtbeamte durch die Zimmer der Briefpoſterpedition, wählte ſich nach Belieben Briefe aus und nahm ſie mit fort; das iſt durchaus kein Geheimniß mehr. Nachdem die Truppen dem Oberbefehlshaber Sigel den Gehorſam aufgeſagt, hat man ihn zum Kriegsminiſter gemacht und einen Offizier v. Beck zum Oberbefehlshaber ernannt. Das Militär ſoll erklärt haben, es ließe ſich nicht mehr außer Landes führen, zu einer Bekriegung Heſſens ſehe es gar keinen Grund, da es jetzt wiſſe, daß Heſſen ſo gut als Baden die deutſche Reichsverfaſſung anerkenne. Uebrigens iſt von Ordnung und Gehorſam im badiſchen Heere kaum eine Spur mehr zu finden; den neugewählten Offizieren wird gefolgt oder auch nicht, je nachdem die Befehle annehmlich gefunden werden oder nicht. Man ſagt, mehrere Truppentheile hätten ſich förmlich geweigert, auf das rechte Ufer des Neckars überzugehen.

Der Gemeinderath von Heidelberg, der Bürgermeiſter Winter an der Spitze, hat ſich wiederholt geweigert, dem proviſoriſchen Landesausſchuß den vorgeſchriebenen Eid zu leiſten; ebenſo haben ſich faſt alle Gemeinderäthe des Bezirks Heidelberg ausgeſprochen. Von den Pfarrern hat, ſo weit es bekannt geworden, kein einziger geſchworen. Bürgermeiſter Winter wurde durch militäriſche Execution zur Verpflegung von Freiſchaaren gezwungen. Unter dem 1. Aufgebote der Volkswehr iſt ſolche Renitenz, daß Hr. Germain Metternich, einer der obern Offiziere derſelben,

*) Die obenerwähnte offizielle Beurtheilung ſeitens der Centralgewalt beſteht in folgendem Schreiben des Reichsminiſterpräſidenten Hrn. Grävell, das wir um der Faſſung willen hier mittheilen: „Das Reichsminiſterium des Innern an den Rath und die Stadtverordneten zu Leipzig. Die Weltregierung hat entſchieden und geholfen, bevor der von der Centralgewalt unterm 6. Mai erbetene Schutz zu einer Thatſache werden konnte. Aus dieſer Urſache iſt die Antwort des Reichsminiſteriums länger ausgeblieben. Sie darf aber nicht ganz unterbleiben, weil dem Rath und den Stadtverordneten die Anerkennung der Umſichtigkeit und Mäßigung in ihrer Entſchließung nicht vorzuenthalten iſt, ſondern von ihnen unbedenklich das Angemeſſenſte beſchloſſen worden iſt, was unter den obwaltenden Umſtänden zu beſchließen war. Frankfurt a. M., 20. Mai 1849. Der Reichsminiſter des Innern und interimiſtiſche Präſident des Miniſterraths. Dr. Grävell. Radermacher.“

immer mit der Piſtole in der Hand commandiren muß. Je unſicherer die Gewalthaber ſich fühlen, deſto ſtrengere Maßregeln verſuchen ſie. Bereits ſind mehrere brave Männer verhaftet worden. Man ſagt, es ſei im Plan, demnächſt das Standrecht zu proclamiren. Das badiſche Oberland, ſo weit es im vorigen Jahre die Herrſchaft von Hecker und Struve gekoſtet, hat ſich diesmal faſt gar nicht an der Bewegung betheiligt und namentlich keine Volkswehr zur Grenzvertheidigung oder zum Angriff abgeſchickt. Auch der Odenwald hat bei weitem nicht den Erwartungen der Revolutionsmänner entſprochen; ſie ſind darüber ſehr verblüfft. Fickler iſt in Würtemberg auf Befehl des Miniſters Römer verhaftet und von den Soldaten, die er verführt zu haben glaubte, auf die Feſte Hohen-Asperg transportirt worden. Struve wollte auch nach Würtemberg und es wird dort bereits nach ihm gefahndet.

Aus Thüringen, 1. Juni. Es herrſcht die allerruhigſte Stimmung bei uns, und auch der Verfaſſungsentwurf von Preußen, Sachſen und Hannover iſt mehr mit Freude als mit Schrecken aufgenommen worden. Jedenfalls, glaube ich, haben die thüringiſchen Regierungen einen Widerſtand von der Bevölkerung ihrer Länder durch den Beitritt zu jener Verfaſſung nicht zu fürchten; es müßte denn ſein, daß die ſüddeutſche Revolution wie ein Contagium ſich weiter und bis zu unſern Grenzen verbreitete. Nur Staatsrath v. Wydenbrugk in Weimar ſoll perſönlich ſeine Entſchließung dahin ausgeſprochen haben, nicht im Staatsdienſte zu bleiben, wenn nicht die Verfaſſung der Reichsverſammlung, und ſei es auch durch Einſetzung eines beſondern Parlaments für die 28 Regierungen erhalten würde. (D. A. Z.)

= **Schleswig**, 1. Juni. Unſere Herzogthümer ſind nicht ganz frei von ſolchen Politikern, die am meiſten zu erreichen meinen, wenn ſie den Mund recht voll nehmen. Dieſe halten jetzt Volksverſammlungen und agitiren in den Vereinen für die Abſetzung Friedrichs VII. und für die Aufhebung der Perſonalunion; ſie verfaſſen Adreſſen zu dieſem Behufe und laſſen dieſelben überall unterſchreiben, wo ſich Liebhaber von dergleichen finden. Die Aufhebung der Perſonalunion ſoll nach der Anſicht der Unterzeichner dekretirt werden von der Landesverſammlung; was an die Stelle treten ſoll, darüber ſcheinen die Wenigſten nachgedacht zu haben; bei Einigen mag wohl der Traum einer nordalbingiſchen Republik im Hintergrund ſtehen. Die Adreſſen werden an das Bureau der Landesverſammlung eingeſchickt, mit der Aufforderung, die Verſammlung ſofort einzuberufen, damit dieſer dringliche Gegenſtand baldmöglichſt entſchieden und erledigt werde. Das Bureau hat freilich bisher dieſe Sache noch nicht für ſo dringlich gehalten und bis jetzt die Verſammlung nicht einberufen. Wahrſcheinlich wird ſie doch binnen Kurzem aus anderen Gründen zuſammentreten müſſen. Dann wird in Veranlaſſung der vielen eingegangenen Petitionen vermuthlich auch die Aufhebung der Perſonalunion zur Sprache kommen. Die Verſammlung aber beſteht in ihrer weit überwiegenden Mehrheit aus beſonnenen und praktiſchen Männern. Dieſe werden erwägen, daß die Perſonalunion mit Dänemark noch nicht aufgehoben iſt, wenn wir auch ihre Aufhebung dekretiren, aus dem einfachen Grunde, weil auch andere Leute ein Wort dabei mitzuſprechen haben; ſie werden ohne Zweifel bei ihrer Ueberzeugung beharren, daß die Sache der Herzogthümer am ſicherſten ſiegen und ſich die kräftige Unterſtützung Deutſchlands erhalten wird, wenn wir nichts als die Anerkennung unſeres guten Rechts von Dänemark verlangen. Die Verſammlung wird deßhalb, das kann man mit Zuverſicht vorherſagen, ihre Zuſtimmung zu dem Manifeſte der Statthalterſchaft einmüthig ausſprechen und weitergehende Anträge abweiſen. Alle verſtändigen Leute ſehen daher die Agitation für Aufhebung der Perſonalunion ohne große Beſorgniß an, das Land wird ſich bei der Entſcheidung der Landesverſammlung beruhigen und jene Bewegung wird ſich um ſo eher im Sande verlaufen, je weniger man ihr mit anderen als geiſtigen, auf die Ueberzeugung gerichteten Waffen entgegentritt.

Aber allerdings können Umſtände eintreten, unter denen eine republikaniſche Agitation auch bei uns eine ernſtere Geſtalt annehmen würde, und darauf wünſchten wir die Aufmerkſamkeit aller derjenigen zu richten, welche gegenwärtig einen Einfluß auf die Unterhandlungen mit Dänemark ausüben. Wir meinen den Fall, daß ein ungünſtiger, den Rechten des Landes widerſprechender Waffenſtillſtand oder Friede geſchloſſen werden ſollte. Unſer nordiſcher Volkscharakter hat eine ſtark überwiegende conſervative Richtung und iſt zu extremen Schritten wenig geneigt; die ruhige Haltung unſeres Landes während aller Erſchütterungen des vergangenen Jahres hat dafür den ſprechendſten Beweis geliefert. Aber größer noch iſt das Bewußtſein von dem Rechte des Landes, und der Wille, an dieſem Rechte feſtzuhalten. Die Opfer, welche der Krieg gekoſtet, haben dieſen Entſchluß noch geſteigert. Wir verlangen die Erhaltung der Verbindung der Herzogthümer, ihre ſtaatsrechtliche Selbſtſtändigkeit, ihren innigen Anſchluß an Deutſchland, die Fernhaltung jedes däniſchen Einfluſſes auf ihre Angelegenheiten. Ein Friede, der von dieſen Grundlagen etwas aufgäbe, würde die äußerſte Gegenwehr hervorrufen, er würde nur gewaltſam, nur durch den ſtrengſten Militärdespotismus durchgeführt werden können. Aber das verletzte Nationalgefühl würde ſich nicht erdrücken laſſen; es würde ſtets nur auf eine Gelegenheit zu neuem Ausbruch warten. Mögen die leitenden deutſchen Staatsmänner bedenken, ob es beſſer iſt, einen kurzen energiſchen Krieg nicht zu ſcheuen, oder auf lange Jahre hier im Norden Deutſchlands einen ſtets unter der Aſche glimmenden Revolutions-Heerd zu begründen.

* **Rendsburg**, 31. Mai. Eine Bürgerverſammlung hat die Statthalterſchaft angegangen, ſchleunigſt Neuwahlen für die ausgetretenen ſchleswig-holſteiniſchen Abgeordneten zur Reichsverſammlung zu verfügen.

Großbritannien.

* **London**, 2. Juni. In der vorgeſtrigen Sitzung, wie hier nachträglich bemerkt werden mag, bewilligte das Unterhaus mehrerlei kleine Geldforderungen, wobei es an einzelnen pikanten Zügen nicht fehlte. Oberſt Sibthorp äußerte, er fände da einen Poſten von 506 Pf. 2 S. 3 D., angebliche Reiſekoſten für den König und die Königin der Belgier, den Herzog von Sachſen Koburg und den Prinzen von Preußen während des Aufenthalts dieſer Perſonen in England, aus welchem Fonds würde dieſe Summe beſtritten werden? Der Lord Kanzler erklärte, früher ſeien dergleichen Ausgaben aus der Civilliſte beſtritten worden, ein zur Unterſuchung der Civilliſte ernannter Ausſchuß habe jedoch angerathen, daß ſolche kleine Ehrenausgaben beſſer vom Volk beſtritten würden. Hr. Osborne erkundigte ſich nach mehreren Geldanſätzen für diplomatiſche Miſſionen, z. B. für die Sendung des Grafen Minto nach Italien und des Hrn. Southern nach Buenos Ayres? Bei dieſem Anlaß erklärte Lord Palmerſton: zwar könne er nicht genau angeben, bis zu welchem Punkte die Verhandlungen zwiſchen Buenos Ayres und Großbritannien gediehen ſeien, aber es mache ihm Freude, verſichern zu dürfen, daß den letzten Berichten Hrn. Southerns zufolge die gegründetſte Hoffnung ſei, daß dieſe ſchon ſo lange ſchwebende Angelegenheit nun endlich in einer vollkommen zufriedenſtellenden Weiſe beigelegt werden würde. Hr. Cobden forderte eine Erklärung in Betreff eines Anſatzes von 273 Pf., angeblich für die Unterhaltung des Königs von Mosquito und ſeines Gefolges während einer Reiſe deſſelben von Blowfields nach Jamaika und wieder zurück; was dieſer König in Jamaika zu thun habe und was England verpflichte, dieſe Ausgabe für ihn zu machen? Lord Palmerſton gab Cobden Folgendes zurück: Wenn Jemanden aus Höflichkeit auf einem Kriegsſchiffe ein Reiſeplatz angewieſen würde, ſo ſei es nicht Brauch, daß der Kapitän des Schiffes einem ſolchen Ehrengaſte zum Schluß eine Rechnung überreiche (Gelächter), der König von Mosquito ſei nach Jamaika übergeſchifft worden, um hier nach altem Brauche gekrönt zu werden. Cobden bemerkte, die Vereinigten Staaten ſähen es gar nicht gern, daß ſich monarchiſche Staaten an der amerikaniſchen Küſte bildeten und es ſei durchaus nicht klug, daß England dieſen König in Jamaika krönen laſſe und noch dazu auf engliſche Koſten füttere. Lord Palmerſton entgegnete ziemlich witzig: der Mosquitoſtaat ſtehe unter dem Schutze Englands ſchon ſeit mehr als 200 Jahren und ſei ſomit älter als die Vereinigten Staaten.

Frankreich.

* **Paris**, 3. Juni. Das neue Miniſterium, welches nur drei neue Namen zählt, die ihm eine Färbung im Sinne des gemäßigten Fortſchrittes (Partei Cavaignac) geben, beſchäftigt die Journale nicht ſehr; doch dürfte es immerhin beachtenswerth ſein, daß die ebengenannte Partei jetzt durch 6 Mitglieder: durch Odilon Barrot, Dufaure, Tocqueville, Paſſy, Lanjuinais und Lacroſſe, unter 9 Miniſtern vertreten iſt. Vor allen Dingen aber ſcheint die Erſetzung des bisherigen Miniſters des Auswärtigen

durch Hrn. v. Tocqueville zu beweiſen, daß in Bezug auf die auswärtige Politik, namentlich in Italien, eine Aenderung bevorſteht, und in der That hat Marſchall Bugeaud dem Präſidenten der Republik gegenüber eine Aeußerung fallen laſſen, welche wohl als der Ausdruck der Stimmung der Armee angeſehen werden darf, die Aeußerung, es gebe nur Ein Mittel, um Herr der Lage zu bleiben und das ſei, die Amneſtie zu proclamiren und der heiligen Allianz den Krieg zu erklären. Ob das letzte geſchehen wird, ſteht zu erwarten. Odilon Barrot wird in einer der nächſten Sitzungen einen neuen Credit für die römiſche Expedition verlangen und bei dieſer Gelegenheit wird der ganze Gegenſtand vielleicht zur Sprache kommen; was das erſte betrifft, ſo haben bereits die Repräſentanten Pascal Duprat, Charras und Latrade, von der Partei des National und der gemäßigten Montagne, die Initiative dazu ergriffen und den folgenden Antrag eingereicht: „Die Unterzeichneten glauben einem allgemeinen Gefühle zu entſprechen und den Intereſſen der Republik zu dienen, indem ſie der Nationalverſammlung den folgenden Vorſchlag unterbreiten: Allen ſeit der Februarrevolution wegen politiſcher Verbrechen und Vergehen verurtheilten Staatsbürgern wird vollſtändige Amneſtie gewährt.“

Man unterhält ſich von einem bedeutenden Zwieſpalt, der unter der Bergpartei ausgebrochen ſein ſoll. Beſonders Grappo und die Abgeordneten von Lyon ſollen die Abſicht haben, eine neue äußerſte Partei zu conſtituiren, da ihnen Ledru Rollin zu — gemäßigt iſt.

Die Regierung hat der öffentlichen Meinung eine Conceſſion gemacht: der Moniteur meldet die definitive Ernennung des Generals Perrot zum Befehlshaber der Nationalgarde von Paris; General Changarnier behält alſo nur noch das Kommando der 1. Militärdiviſion.

Marſchall Bugeaud wird, wie es heißt, demnächſt Paris verlaſſen und das Kommando der Alpenarmee wieder übernehmen.

Lamartine ſchickt ſich an, nach dem Orient abzureiſen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

* Aus Galizien wird geſchrieben, daß ſich der Mangel an Scheidemünze immer fühlbarer herausſtellt. In den meiſten größeren Städten werden Anweiſungen auf 3 und 5 Kreuzer Conventionsmünze ausgegeben. Die Bauern wollen kein Papiergeld mehr nehmen, weil die Handelsjuden, an welche ſie beim Einkauf ihrer Bedürfniſſe gewieſen ſind, für jeden Gulden einige Kreuzer Agio verlangen.

Krakau, 24. Mai. Geſtern Vormittags hatten wir am großen Ringplatze eine Muſterung der hier ſtationirenden ruſſiſchen Truppen durch General Rüdiger. Alles war in voller Gala. Beim Defiliren antwortete jede Compagnie auf die gewöhnliche Frage des Generals: Wie geht es Euch, Kinder? mit der angenommenen Formel: Gut, geſund, Euer Hochwohlgeboren! Sehr charakteriſtiſch iſt beim ruſſiſchen Militär die Freiheit des Rufens, Schreiens, Singens, während zugleich wieder die Formalitäten wohl bei keinem andern europäiſchen Heer ſo groß wie bei dieſem ſind. Genug, Alles dabei iſt anders, als wir es bisher zu ſehen gewöhnt waren. Und doch trotz aller dieſer Verſchiedenheiten und unbequemen Eigenheiten, die zu fühlen faſt ausſchließlich Galizien — in dieſem Augenblicke ganz von den nordiſchen Gäſten überſchwemmt — privilegirt zu ſein ſcheint, iſt es gerade dieſe Provinz, und zwar der Oſten derſelben, in welcher der faktiſch gewordene Bund der beiden Regierungen ſeinen größten Nachhall auch im Volke findet. Das Ruthenenvolk hat ſeit einem Jahre — ob auf künſtlichem oder natürlichem Wege, wollen wir hier nicht ermitteln — faktiſch nationale Selbſtſtändigkeit erhalten, und der rutheniſche Pop (Geiſtliche), in deſſen Händen die Maſſe ſich noch ſtets befindet, ſieht ſchon lange nach dem Oſten, woher ihm die Sonne eines ſchönern Morgens aufgehen ſoll, genug, das rutheniſche Galizien iſt ſeit vorigem Jahre mit Rieſenſchritten ſeinem Oſten näher gerückt. Jetzt begegnen einander die Brüder, durch Sprache, Schrift, Sitte, Religion ꝛc. ſo nahe verwandt, die Gebildeteren finden in der nicht armen ruſſiſchen Literatur die ſchönſten und natürlichſten Muſter zur Entfaltung der eigenen. Der jetzige Stand der Dinge in Galizien macht Epoche, und ich glaube nicht Unrecht zu haben, wenn ich die Leſer des conſtitutionellen Blattes auf den Nordoſten der Monarchie beſonders aufmerkſam mache. Die Anweſenheit der Ruſſen bei dem Feſt der Robotaufhebung in Lemberg wird auch ihre Wirkung nicht verfehlen. (C. Bl. a. B.)

Krakau, 26. Mai. General Rüdiger iſt endlich angekommen, aber nach Abnahme einer Revue ſogleich nach Galizien weiter gegangen, wo er ſein Corps wahrſcheinlich nicht mehr vollzählig antreffen wird, da das Gerücht von einer Niederlage bei Jablunka immer mehr Gewißheit erhält. Nach Berichten aus Tarnow ſollen in dortigen Hoſpitälern viele verwundete und kranke Ruſſen untergebracht werden. Die Cholera greift immer weiter um ſich, ſie droht uns wie Deutſchland Gefahr. Hier haben wir augenblicklich 6 — 800 cholerakranke Ruſſen. (Gaz. plsk.)

Italien.

* Man verſichert, daß der König von Neapel, Spanien und Oeſterreich eine von dem Cardinal Antonelli unterzeichnete und genehmigte Proteſtation erlaſſen werden, worin ſie erklären, daß ſie von Frankreich verrathen worden ſind, welches, ſtatt im Einverſtändniß mit den übrigen intervenirenden Mächten zu handeln, wie es unter der Diplomatie von Gaeta verabredet worden, mit der excommunicirten Republik Rom in freundſchaftliche Beziehungen trete.

Nach Correſpondenzen aus Malta hat man binnen Kurzem die Landung der Engländer auf Sicilien zu erwarten.

Schweiz.

) **Bern**, 30. Mai. Seit dem 28. d. iſt der Große Rath verſammelt, hauptſächlich, um die durch die Verfaſſung vorgeſchriebenen Wahlen vorzunehmen. Wer an der radikalen Geſinnung unſerer oberſten Landesbehörde in der letzten Zeit etwas ſchwankend geworden iſt, den hat die heutige Sitzung eines andern belehrt: in allen Wahlen haben die Ultraradikalen ihre Candidaten durchgebracht, und zwar in dem erſten Skrutinium. Präſident des großen Rathes wurde Niggeler, Redakteur der Berner Zeitung. Die europäiſche Propaganda zählt ihn zu den Ihrigen, aber gewiß mit Unrecht, da ihm hierzu die Rührigkeit und propagandiſtiſche Keckheit fehlt. Zum Vizepräſidenten wurde der erzradikale Carlin, zum Statthalter Schärz gewählt. Tillier hatte zum Vizepräſidenten nur die wenigen Stimmen der Conſervativen. Zum Präſidenten des Regierungsraths wählte der große Rath mit 122 von 189 Stimmen den Reg.-Rath Stämpfli. Dieſer glänzende Sieg der Radikalen wird zunächſt die Aufhebung der Capitulation mit Neapel und die ſchleunige Rückberufung des vierten (Berner) Regiments zur Folge haben. Morgen behandelt der Ständerath den Beſchluß des Nationalraths über die Militärcapitulationsfrage. Tritt er demſelben bei, ſo iſt der Rücktritt Furrers von der Stelle des Bundespräſidenten gewiß. Denn war ſchon der Beſchluß des Nationalraths ein gewichtiges Mißtrauensvotum gegen die Politik des Bundesraths, ſo hätte derſelbe allen Halt verloren, wenn er ſich auch vom Ständerath verlaſſen ſehen müßte. Tritt aber der Ständerath der Anſicht des Nationalraths nicht bei, dann bleibt dieſe wichtige politiſche Frage unentſchieden, und leicht dürfte dann die Agitationspartei mächtige Hebel in Bewegung ſetzen, um einen völligen Umſchwung der Dinge herbeizuführen. Die „Berner Zeitung“ veröffentlicht den Brief eines Offiziers im Dienſte Roms, worin es heißt: „Nach 7tägigem Bombardement ſind die Oeſterreicher in Bologna eingezogen. Die Grauſamkeiten, die ſie in der Stadt begingen, ſind unerhört. Unter den Opfern ihrer viehiſchen Wuth befinden ſich 15 Schweizer, die der Republik gedient hatten; ſie wurden unerbittlich niedergemacht. Der Offizier, welcher ſie befehligte, wurde gekreuzigt (?!) Große Erbitterung in unſerm Gr. Rathe erregte eine in ſeiner erſten Sitzung vorgeleſene Beſchwerdeſchrift des Generalverwaltungsraths des 4ten (Berner) Regiments in Neapel, worin derſelbe in inſolentem Tone ſich über die Einſtellung der Werbungen im Kanton Bern ausſpricht.

Niederland.

** **Haag**, 2. Juni. Durch königliche Beſchlüſſe vom 31. Mai wird Hr. Donker Curtius ſeines Poſtens als Juſtizminiſter ehrenvoll enthoben und Hr. H. J. Wichers, Mitglied des Staatsraths, zum Juſtizminiſter ernannt. Hr. Baud hat ſeine Entlaſſung als Miniſter der Kolonien noch nicht erhalten können, weil es Schwierigkeiten zu haben ſcheint, einen Nachfolger für ihn zu finden. Hier iſt der Generaladminiſtrator und Präſident des Großherzogthums Luxemburg, Hr. Wilmar, angekommen, um in Betreff der deutſchen Verhältniſſe Luxemburgs mit dem Großherzog Rückſprache zu nehmen. Die erſte Audienz des Präſidenten beim König währte drei volle Stunden. Dieſes Land fährt fort ſich der größten Ruhe zu erfreuen und ergeht ſich in öffentlichen

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Weinheim wieder von Badnern beſetzt. Bevorſtehender Angriff). Wien (Die Königin von Griechenland. Barbariſche Juſtiz. Der Krieg in Ungarn. Angeblicher Sieg des Banus. Ungariſche Nachrichten. Ausweiſungen. Das Bombardement von Venedig). Berlin (Verhandlungen mit Oeſterreich, Preußen und der Centralgewalt. Süddeutſchland. Hr. Schleſinger verhaftet. Entkommen des Caſſendiebes. Die neuen Wahlen. Hr. v. Damitz. Der Treubund. Hr. Oldenberg). München (Sitzung der Kammer. Die Ausſchließung der Pfälzer. Erklärung der Regierung über den preußiſchen Verfaſſungsentwurf). Pfalz (Holzdiebſtahl in den heſſiſchen Forſten). Stuttgart (Die Nationalverſammlung. Gerücht von Miniſterkriſen. Schwüle Stimmung. Der Zuſtand des Heeres). Karlsruhe (Proklamation an die Würtemberger. Die militäriſche Disciplin. Die Einſetzung der proviſoriſchen Regierung. Wahltag. Parade. Fickler's Verhaftung). Freiburg (Der Marſchbefehl der Truppen zurückgenommen.) Darmſtadt (Beſetzung und Entwaffnung von Weinheim). Heppenheim (Näheres über die Beſetzung von Weinheim). Wiesbaden (Der Herzog erwartet. Gerücht von Hergenhahn's Rücktritt).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 6. Juni).

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt,** 6. Juni. Die heſſiſchen Truppen haben Weinheim eilig wieder verlaſſen. Im Laufe des geſtrigen Tages ward in Weinheim von der Bürgermeiſterei ausgeſchellt, daß am Abend 9000 Mann badiſche Truppen ankommen würden. Heute Morgen, ſo berichtet ein eben ankommender Reiſender, ſtanden 16 Geſchütze in Weinheim aufgefahren. Es heißt allgemein, daß die Badener im Laufe des Tages einen Angriff beabſichtigen.

△ **Wien,** 1. Juni. Die heute früh erfolgte Ankunft der Königin von Griechenland brachte große Lebhaftigkeit in die Räume der Hofburg. Der Kaiſer und alle in Schönbrunn anweſenden Mitglieder der kaiſerlichen Familie hatten ſich dort verſammelt, um die Königin, die im Hotel zum römiſchen Kaiſer abgeſtiegen war, in ihrer Wohnung zu begrüßen. Die Königin ſpeiſte mit der kaiſerlichen Familie in Schönbrunn; nach Tiſche fand eine große Spazierfahrt im Garten ſtatt. Die Königin hat allgemein gefallen. Allgemeine Entrüſtung erregte das in unſrer Zeit unerhörte Urtheil, welches die Militärunterſuchungskommiſſion in Preßburg über die Freiin von Udvarnoki ſprach. Weder die Serben noch die Wallachen, noch viel weniger die Magyaren haben an cyniſcher Rohheit ähnliches geleiſtet: das Urtheil lautete auf Ruthenſtreiche und ſoll an ihr vollzogen worden ſein. Die Knute wird jetzt auch nicht mehr lange auf ſich warten laſſen und wird, wenn man dergleichen an Frauen verübt, für Männer noch als eine gelinde Strafe gelten. Als Beſchönigung oder Rechtfertigung dieſes Kannibalismus wird behauptet, daß die Richter das ungariſche Geſetz für ſich hätten.

△ **Wien,** 2. Juni. Zugleich mit der nun officiell bekannt gemachten Abberufung Weldens vernehmen wir, daß er in ſeine frühere Stellung als Gouverneur von Wien zurückkehren wird. Seine Geſundheit iſt aber ſo ernſtlich geſtört, daß er vor der Hand einige Zeit fern von allen Geſchäften in Grätz verweilen wird. Sein Rücktritt wird von der Armee bedauert, obgleich man Haynau ebenſoviel Entſchloſſenheit und Fähigkeit und noch mehr die dem Feldherrn ſo nöthige kalte Ueberlegung zutraut. Uebrigens arbeitete Haynau ſchon ſeit ſeiner Ankunft bei der Donauarmee in Uebereinſtimmung mit Welden an den Operationsplänen, und der ruſſiſche General Berg, der von den Ruſſen für ein Genie erſter Größe in militäriſchen Dispoſitionen gehalten wird, war in dieſem Bunde der dritte. Aus dem Lager, das ſich in die Schütt und zwiſchen Tyrnau und Preßburg ausdehnt, haben wir keine Nachrichten von Belang. In dieſen Tagen hatte man dort mit ſonſt ungewöhnlicher Oſtentation bekannt gemacht, daß vor 8—10 Tagen an keinen entſcheidenden Angriff zu denken ſei, woraus Viele gerade das Gegentheil folgern wollen, und ſchon heute oder morgen den Befehl zum Vorrücken erwarten. Görgey ſcheint übrigens mit einer ſehr ſtarken Armee unſere Truppen bei Raab erwarten zu wollen. Man behauptet, der Kaiſer von Rußland ſei mit unſerem Kaiſer darin einverſtanden, daß kein Vernichtungskrieg unternommen werden ſolle; man wolle keinen Hauptſchlag unternehmen, ehe es mit ſolcher Kraft geſchehen könne, daß die Rebellen unaufhaltſam dadurch erdrückt werden müßten. Nur dürften noch die Engpäſſe, durch welche man aus Galizien ꝛc. in Ungarn einrücken will, und welche ſehr gut verſchanzt ſein ſollen, eine bedeutende Schwierigkeit bilden. Die heutige Wiener Zeitung gibt eine Relation, welche ſich auf die Ausſagen von Flüchtlingen der Ofener Beſatzung gründet und den Uebertritt des Bataillons Ceccopieri zu den Magyaren beſtätigt. Die Italiener ſollen die Erſteigung der Wälle nicht nur durch Stricke und Leitern begünſtigt, ſondern den Magyaren auch die Verrammlung eines der Feſtungsthore geöffnet haben. Heute oder morgen wird hier ein großer Kriegsrath ſtattfinden, wozu der Kaiſer alle commandirenden Generale mit Ausnahme der italieniſchen Armee hierher berufen hat; viele derſelben ſind ſchon angekommen. In Folge der Ernennung Haynau's zum Oberbefehlshaber befürchtete man den Rücktritt Schlicks, der ſich durch die Uebergehung verletzt fühlen ſoll; doch ſcheint das eine voreilige Beſorgniß geweſen zu ſein. Schlick wäre ein beinahe unerſetzlicher Verluſt für die Armee. Seit der Ankunft des Grafen Giulay von der italieniſchen Armee hat ſich hier das Gerücht verbreitet, daß Radetzky nur die Uebergabe Venedigs abwarten wolle um ſelbſt hierher zu kommen. Sein Name allein würde in Ungarn eine halbe Armee aufwiegen. Die Ernennung des Miniſterialraths v. Geringer zum Leiter der Civiladminiſtration von Ungarn findet ſelbſt bei den Ungarn weniger Oppoſition als die des reactionär-magyariſch geſinnten Baron Joſika erregt hatte, der, das Unpaſſende ſeiner Stellung wohl fühlend, ſie freiwillig aufgegeben hat. Aus Serbien kommt uns vom 26. die Nachricht, daß Jellačić einen großartigen Sieg über die Magyaren davongetragen und in Folge deſſelben in Zombor eingerückt ſei, doch bedarf ſie der Beſtätigung.

* **Wien,** 2. Juni. Der Miniſterialrath Baron Geringer iſt zum Leiter der Civiladminiſtration in Ungarn ernannt worden. Dieſer ausgezeichnete Beamte iſt von Geburt ein Siebenbürger; er war früher Generalconſul in Konſtantinopel und ſpäter mit einer diplomatiſchen Funktion in Frankfurt betraut. In Preßburg herrſcht ein bösartiger Typhus, der beſonders in der Vorſtadt Blumenthal arg wüthet; täglich ſterben dabei zwanzig Perſonen. Fällt der Sommer ſo anhaltend heiß aus, wie es den Anſchein hat, ſo werden beſonders die unteren Gegenden Ungarns der Operationsarmee viele Opfer auferlegen. Auch in Preßburg und Umgebung ſind Krankheiten und Sterblichkeit bei dem Militär nicht unbedeutend. Die Auswanderung der Polen aus Galizien nach Ungarn dauert noch immer fort, wozu die Karpathen in ihrer großen Ausdehnung nur zu ſehr Gelegenheit bieten. In dieſen Tagen ſind viele Perſonen von hier ausgewieſen worden, namentlich fremde Individuen, die ſich mit Silberagiotage befaſſen. Die Füſter'ſche Broſchüre „Hirtenbrief an die Wiener akademiſche Legion“ iſt auf Buchhändlerwege nach Wien geſandt, hier aber ſogleich confiscirt worden. Im Lager zu Kamenic herrſcht die Cholera. Die Abberufung Stratimirovichs beſtätigt ſich; es hieß, die kaiſerlichen Offiziere hätten ſich geſträubt, unter ſeinem Commando zu dienen, ſo lange er noch nicht den Rang eines öſterreichiſchen Stabsoffiziers erlangt habe. Nach Berichten aus Treviſo vom 30. Mai waren die k. k. Truppen nach der Beſetzung des Forts San Giuliano bis auf die Eiſenbahnſtation vor Venedig vorgerückt. Die Venetianer hatten 2 Brückenpfeiler der wundervollen Eiſenbahnbrücke in die Luft geſprengt. Allein der Bahnbrückenkopf bildet jetzt für die k. k. Truppen eine treffliche Bruſtwehr, von welcher das Bombardement gegen die Stadt am 29. Abends begann und die ganze Nacht fortdauerte. Feldmarſchall Radetzky leitet mit unermüdeter Thätigkeit die Operationen.

Berlin, 3. Juni. Unſere Hofleute ſind wieder einmal gewaltig erzürnt auf Oeſterreich, weil dieſes durchaus keine Luſt zeigt, ſich der preußiſch-deutſchen Einheit anzuſchließen. Man hat, um dieſen Anſchluß zu erwirken, keine Mühe und kein Opfer geſcheut, ja man hat ſogar vor einigen Tagen dem öſterreichiſchen Cabinet das Anerbieten gemacht, ihm den Beſitz ſämmtlicher öſterreichiſcher Staaten, deutſcher wie nichtdeutſcher, zu garantiren, wenn es ſich dem neu zu bildenden einigen Deutſchland anſchlöſſe. Dieſes Anerbieten hat gerade jetzt um ſo mehr Bedeutung, da Oeſterreich neben den anderen Zwiſtigkeiten, in welche es gegenwärtig verwickelt iſt, nun auch ziemlich ſichere Ausſicht auf einen Krieg mit Frankreich hat. Nichtsdeſtoweniger ſoll der öſterreichiſche Geſandte dieſen Vorſchlag ziemlich kühl aufgenommen und auf denſelben nur erwidert haben, er werde ihn ſeiner Regierung berichten, und in Folge deſſen iſt Herr v. Prokeſch an unſerem Hofe auf einige Zeit eine ziemlich mißliebige Perſon geworden, obgleich man es billigerweiſe kaum tadeln dürfte,

wenn er und ſeine Regierung jenen Vorſchlag ſogar mit einigem Mißtrauen aufnähme. (Lpz. Ztg.)

Lith. Corr. **Berlin**, 4. Juni. Das unangrnehme Verhältniß, wrlches hauptſächlich durch das nicht eben gewandte Benehmen unſrres Bevollmächtigten in Frankfurt, zwiſchrn der Centralgewalt und unſrrrr Rrgierung momentan obwaltet, macht unter den grgrnwärtigrn Verhältniſſen an höchſter Stelle einrn ſchmerzlichen Eindruck; man iſt dort ſehr grneigt dem Reichsverweſer jede mögliche Anerkennung zu Theil werdrn zu laſſen, wird ſich aber durch keinerlei Gründe bewegen laſſrn, auch nur um einen Schritt von der neurrdings eingeſchlagenrn Politik abzuweichen.

Die ſüddeutſchrn Verhältniſſe (Baden und Rheinpfalz) nehmen natürlich auch die Aufmerkſamkrit des Kabinets in Anſpruch, man will, wenn man überhaupt einſchreitet, dies ſehr energiſch thun und der ganzen Erhebung wo möglich mit einem Schlage ein Ende machen. Jedoch hat ſich auch an hoher Stelle die Meinung Geltung verſchafft, daß man jene Verhältniſſe ſich ſelbſt überlaſſen möge. — In unſerer Börſenwelt bringt das Gerücht von einrr bevorſtehenden ruſſiſchen Anleihe außrrordentliche Bewegung hervor. Das Grrücht hat vorläufig die Wirkung gehabt, daß die Papiere der ruſſiſch-engliſchen Anleihe bis auf 103 gefallen ſind. Der Buchhändler Schleſinger wurde geſtern plötzlich verhaftet, wie man glaubt im Intereſſe der gegen Waldeck ſchwebenden Unterſuchung. Schleſinger iſt der Verleger der von Zacharias herausgegebenrn Biographie Waldrcks. Der zur Auffindung des entwichenen Buchhaltrrs Filgrnſtein ausgeſandte Kriminalkommiſſär Ghellius iſt unverrichteter Sache zurückgekrhrt. Seine Srndung hat nur den Erfolg gehabt, daß alle writeren Bemühungen, des Entflohenen und der veruntreuten Gelder habhaft zu werden, nutzlos erſcheinen. Es iſt nämlich feſtgeſtellt, daß Filgenſtein, nachdem er in England glücklich angelangt war und dort 40,000 Thlr. der entwendetrn Stadtobligationrn umgeſetzt hatte, jetzt nach Amerika entkommen iſt.

Die oppoſitionrlle Agitation in Bezug auf die bevorſtehrnde Nruwahl zur zweitrn Kammer, die durch die kürzlich vorgenommenen Verhaftungen einiger Lritrr drr Wahlbewegung des Januar eine Lähmung erhalten hatte, iſt jetzt durch die Oktroyirung des neurn Wahlgeſetzes und die Anbrraumung drs Wahltermins wieder einigermaßen lebhaft geworden. Sie hat die Richtung genommen, die oppoſitionellen Wahlberechtigten für die Nichtwahl zu gewinnen. So writ man bis jetzt vorausſehen kann, wird in Berlin eine anſehnliche Majorität ſich der Theilnahme an den Wahlen ganz enthalten, und eine anſehnliche Minorität zur Wahlhandlung nur erſcheinen, um gegrn ihre Geſetzlichkrit Proteſt einzulegen. Um dieſe beiden Wege drs paſſiven Widrrſtandrs gegrn das oktroyirte Wahlſyſtem dreht ſich gegrnwärtig drr Meinungsſtrrit innerhalb der Oppoſition. Dem Vrrnrhmen nach findrt dieſe Art des Widerſtandes auch in den Provinzen Anklang. In Frankfurt a. d. O. iſt man gleichfalls darüber einig geworden, nicht zu wählen. Hier in Berlin würden, wrnn die Agitation ihr Ziel errrichrn ſollte, von etwa 50,000 Wahlberechtigten 30,000 nicht wählen. Wie die Dinge bei uns jetzt liegen, kann man von jener Taktik, ohne übrigens damit über ihren politiſchrn oder ſittlichen Werth ein Urtheil zu ſprechen, nur ſagen, daß ſie drm Miniſterium willkommen iſt.

Eine der letzten Nummern der Augsb. Allg. Ztg. bringt von Frankfurt a. M. aus die Nachricht, daß Herr v. Damitz zum preußiſchen Geſandtrn beim Reichsvrrweſer ernannt ſei. Es iſt wundrrbar, wie von der ſo vorſichtigrn Augsburgrrin eine derartige Myſtifikation für Wahrhrit genommen werden konnte. Wer die preußiſchen Verhältniſſe einigermaßen kennt, wird den Werth jenrr Nachricht lricht ermeſſen. Dieſer Herr v. Damitz iſt nämlich kein anderer als ein bekannter völlig untergeordnrter Croupirr der Bülow-Cummerow'ſchen Nrgotiationen. Es iſt derſelbe, den das bekannte Mitglied der preußiſchen Nationalverſammlung, Schlächtermeiſter Piper, einſt von der Tribüne herab beſchuldigte, Beſtrchungsverſuche gemacht zu haben, um auf die Abſtimmung über die Agrargrſetzgrbung einzuwirken.

Geſtern Mittag begab ſich eine Deputation des „Treubunds“ in die Kaſerne drs Kaiſer Franz Regimrnts, um dem Muskelirr Kriegsmann von der 8. Kompagnir, der ſich bei dem Zeughausſturme in Prüm hervorgethan hatte, Namens des Vereins eine goldrne Cylinderuhr mit ſchwarz-weißer Kette zu überreichen. Bei dieſer Gelegenheit hielten Hr. v. Luckner ſo wie der Kommandirende des Regiments Reden. Hierauf fand eine kleine Feſtlichkeit ſtatt. Der frühere Redakteur der deutſchen Rrform, Hr. Dr. Oldenberg, iſt in Begleitung eines engliſchen Journaliſten nach London gegangen, um dort ein Correſpondenzbureau in Art des Berliner zu errichten.

In Frankfurt a. O. findet am 17. d. M. ein Congreß der demokratiſchen Vereine der Mark Brandenburg ſtatt.

0 **München**, 4. Juni. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung der Abgeordnrten ſteht wieder als rrſter Gegenſtand die Abſtimmung über die Legitimations-Beanſtandung der Deputirten aus der Pfalz. Drr nun zum erſten Präſidenten ernannte Graf Hegnenberg erlirß geſtern ein wunderbar ſtyliſirtrs Schreibrn an diejenigen Abgeordneten, welche die Proteſtation gegen ſein Vrrfahren in dieſrr Angelegenheit untrrzeichnet hatten, worin er ihnen anzeigt, daß er die ſich der Abſtimmung Enthaltenden als Abwrſende betrachten und demgrmäß verfahren würde. Man ſieht, die goldenen Worte des Herrn v. Abel in der neuen Münchener Zeitung finden Anklang bei dem gräflichrn Präſidenten. Am nächſten Mittwoch zieht wieder ein Theil der hieſigen Garniſon von hier ab.

0 **München**, 4. Juni. Die Sitzung der Kammer wurde mit der Mittheilung eines Schreibens des Oberceremonienmeiſters, Grafen Yrſch, an drn Kammerpräſidenten eröffnet. Graf Yrſch zeigt an, daß Se. Majeſtät der König nicht eine beſondere Deputation zur Uebergabe der Adreſſe zu ſich bemühen wolle, und daß es genüge, wenn man ihm die Adreſſe überſende. Hierauf erfolgte die Mittheilung der Präſidialrrnennungen. Jeder bat ſich 24 Stunden Bedenkzeit aus, binnen welchen er ſich übrr Annahme odrr Nichtannahme entſcheiden wolle, wril er bezweifle, ob er mit Erfolg wirken könne. Da aber die Abſtimmung über die Beanſtandung der Pfälzer und beſonders eine präjudicielle Reclamation gegen Hegnenberg ſchlechterdings einen zweiten Präſidenten nothwendig machte, der die Verhandlungen als Unbetheiligter zu leitrn vermochte, ſo wurde auf drn Antrag Thinne's der Beſchluß grfaßt: die Beanſtandung der Pfälzer Abgeordnrten erſt dann zur Abſtimmung zu bringen, wrnn über die Reclamation gegen das Präſidium durch die Kammer entſchieden ſein würde. Am Schluſſe der Sitzung wurde ein beſonderer Ausſchuß grwählt, um dieſe Rrclamation zu prüfen. Ein Antrag der Rrchten, von der Wahl dieſes Ausſchuſſes die Pfälzer auszuſchließrn, wurde durch Uebergang zur einfachen Tagesordnung beſeitigt. Eine Erklärung im Namen der anweſenden Pfälzer Abgrordneten wurde von Willich verleſrn: „Durch ihre fortgeſetzte Gegenwart in der Kammer glauben ſie genügend zu beweiſen, daß ſie entſchloſſen ſind, die Rrchte, die ihnen verfaſſungsmäßig obliegen, zu wahrrn. Die Bewegung in der Pfalz ſei durch die Renitenz der Regierung gegen die Anerkennung der Reichsverfaſſung motivirt. Sie ſähen krinen Grund, weshalb ſie ihre Plätze in drr Kammer aufgeben ſollten.“ Von ihren abweſenden Kollegen verſichrrn ſie, daß dieſrlben ihre Geſinnung theilen. Miniſter Ringelmann iſt wegen Abweſenhrit mehrerer Glieder des Geſammtminiſteriums nicht im Stande, ſofort hierauf eine Erklärung zu geben, und behält ſich dieſelbe vor. Hierauf wird ein Adreſſe der Coburgrr Stände an die bairiſche Kammer verlrſen, worin ſie dieſrlbrn auffordern, das Beiſpiel der biedrrn Würtembrrger nachzuahmen und durch ihren moraliſchen Einfluß die Krone zu beſtimmen, die Frankfurtrr Reichsverfaſſung anzuerkrnnen. Auf Thinnes Antrag wird von einer Dankadreſſe Umgang genommen, doch der Dank der Kammer im Protokolle beſonders ausgeſprochrn.

Eine Interpellation Waibels, ob die Rrgirrung die Einbrrufung der Erſatzmännrr für die aus der Reichsverſammlung ausgrtretenen Abgeordneten zu veranlaſſen gedenke, beantwortet Miniſter Pfordten in einem längeren Vortrage über die Reſultate der Berliner Conferenz. Er habe auf zwei Fragen Antwort zu erthrilen: 1) Warum iſt Baiern den Beſchlüſſen drr Berliner Conferenz nicht beigetretrn? 2) Was will Baiern jetzt thun und welche Antwort wird man den verbündeten Königreichen geben? Die Conferenzen ſrien am 17. Mai begonnen, am 26. Mai geſchloſſen worden, ja der Entwurf ſei bereits am 24. ſchon vollendet geweſen, und am 26. nur noch einigen Abänderungen untrrworfen worden. Die Propoſitionen, wrlche am 17. zu Grunde gelegt wurden, ſeien der baieriſchen Regierung mit Ausnahme der Oberhauptsfrage unbekannt geweſen, ja es ſeien ihr die Propoſitionen vom 24. erſt am 29. bekannt grworden. Die Idee des Schutzbündniſſes wurde ihr am 23. eröffnet mit dem Bemrrken, daß man einer umgehenden Erklärung entgegenſehe. Die Antwort

Baierns konnte demnach am 26. in Berlin noch gar nicht bekannt ſein, als die drei Regierungen abſchloſſen. Nur die Bekanntmachung habe man in Berlin bis zur Ankunft ſeiner Antwort verzögert. Die baieriſche Regierung konnte demnach einem Entwurfe nicht beitreten, der ihr nicht nach ſeiner vollen Faſſung bekannt war. Außerdem wird ſie aber jetzt noch durch die Nichtberückſichtigung mehrerer der wichtigſten Punkte unter den von ihr aufgeſtellten Bedenken vom Beitritte abgehalten. Sie habe ſo lange als möglich die Hoffnung feſtgehalten, mit der Frankfurter Verſammlung zu vereinbaren. Jetzt müſſe ſie darauf verzichten, im Hinblicke auf den Austritt der Mehrheit und auf die neueſten Beſchlüſſe des zurückgebliebenen Reſtes. Mit dieſer Verſammlung zu vereinbaren halte ſie für unmöglich, ſie ſieht auch die Theilnahme der baieriſchen Abgeordneten an dieſer Verſammlung für erfolg- und nutzlos an. Sie ſchließt ſich deßhalb der Berufung eines Reichstags an, deſſen Berufung die Uebereinkunft über einen gemeinſchaftlichen Vorſchlag aller Regierungen vorangehen werde, die aus der Reichsverfaſſung hervorgehen und ſo viel wie möglich aus ihr beibehalten werden ſolle. Die Hauptpunkte, von welchen die baieriſche Regierung auch jetzt nicht abgehen könne, ſeien: Die Wahrung der Stellung Oeſterreichs, und die Verhinderung der Verletzung der materiellen Intereſſen Baierns. Sie beſtehe auf der Beibehaltung des ganzen §. 1. der Frankfurter Reichsverfaſſung. In dem Berliner Entwurf über das Oberhaupt findet ſie keinen materiellen Unterſchied vom Abſchnitt III. der Reichsverfaſſung, und iſt deßhalb wie früher entſchieden dagegen, weil ſie darin die Nothwendigkeit einer Trennung von Oeſterreich erblickt. Den Scheidebrief an Oeſterreich werde Baiern niemals unterzeichnen, denn eine Trennung von dieſem Staate, ohne daß ihm die Möglichkeit eines ſpäteren Eintritts gewährt würde, wäre finis Germaniae. Baiern wolle den Vermittler machen, deßhalb beſtehe man, Oeſterreich gegenüber, auf dem Volkshauſe und weiſe, Preußen gegenüber, das Erbkaiſerthum zurück.

Auch die Gefährdung der baieriſchen Finanzverhältniſſe finde ſich in demſelben Grade im Berliner Entwurf wie in der Reichsverfaſſung, und die Bedenken über das Gewerbsweſen ꝛc. ſeien nicht gehoben worden. Die Fideicommiſſe wolle man ebenfalls nicht aufgeben, und die Abſchaffung der Stellvertretung im Heere ſich nicht aufnöthigen laſſen. Aus dieſen Gründen müſſe die Regierung dem Berliner Entwurfe ihre Zuſtimmung im Ganzen verſagen: ſie werde aber die Unterhandlungen mit den drei Regierungen fortſetzen, um mit ihnen dem zu berufenden Reichstage ein neues Projekt vorzulegen. Auch das angebotene Schutzbündniß habe die baieriſche Regierung ablehnen zu müſſen geglaubt, indem ſie die proviſoriſche Centralgewalt noch als rechtlich und factiſch beſtehend anerkenne. Dem Erzherzog, der trotz aller Mühſeligkeiten ſo muthig auf ſeinem Poſten ausharre, ſei der Dank des Vaterlandes zu votiren. (Für das Miniſterium Grävell?) Wenn auch die Reichsverſammlung ſich aufgelöſt habe, ſo beſtehe die Centralgewalt doch noch fort. An dieſer feſtzuhalten, ſei die Regierung geſonnen, ſo lange nicht Ereigniſſe die Einſetzung einer neuen proviſoriſchen Centralgewalt nothwendig machen; in dem Fall würde die baieriſche Regierung auch dazu die Hand bieten — doch ſei jetzt dazu der Augenblick noch nicht gekommen.

Pfalz. Die Grenzdörfler von der baieriſchen Rheinpfalz fallen ſchaarenweiſe in die nahen darmſtädter Domänenwaldungen ein: ich habe geſehen, wie ſie am hellen Tage die größten Eichbäume ohne alle Scheu fällen und über die baieriſche Grenze bringen. (Mainz. J.)

** **Stuttgart**, 4. Juni. Daß die Reichsverſammlung hier beſchlußfähig ſein wird, iſt wohl außer Zweifel; jeder Bahnzug von Heilbronn bringt neue Abgeordnete; heute ſind beim Bureau etwa 80 eingeſchrieben, und mit den theils heute ſchon Angekommenen (unter ihnen Uhland), aber noch nicht Eingeſchriebenen, theils heute Abend noch zu Erwartenden wird die Zahl 100 voll werden. Wie lange freilich dieſe Zahl beiſammen bleiben wird, ſteht dahin. Ueber die Stimmung in Betreff unſerer Gäſte ſchrieb ich Ihnen bereits; derſelben entſprechend iſt nun auch die Aufnahme — lau zum Mindeſten! Was hätte ſonſt Stuttgart aus dem Empfang der Reichstagsabgeordneten ein Feſt gemacht! Von Feierlichkeit iſt aber keine Rede; kaum vermehrt iſt die Zahl derer, welche am Bahnhofe die Züge abwarten, und löblich iſt es wenigſtens keineswegs, daß der Stadtrath nicht einmal zum Behuf der Unterkunft für Empfang der Abgeordneten ſorgt. Die Bürgerwehr wird ihrerſeits bei der erſten Sitzung der Verſammlung ausrücken und für die aufziehenden Abgeordneten Spaliere bilden. Es handelt ſich zur Zeit noch um das Lokal; unſere Abgeordnetenkammer, deren Saal für die kleine Zahl von hundert oder wenig darüber wohl ausreicht, kommt wegen einer Mittheilung des Reichstagspräſidiums heute Abend zu vertraulicher Beſprechung zuſammen. Vermuthlich handelt es ſich um Ueberlaſſung ihres Saals, für welche zwar ſtarker Widerſtand der Ritterbank vorhanden ſein, die aber doch ſchließlich beſchloſſen werden wird. Ueber die Stellung der Regierung dem Parlamente gegenüber verlautet kaum etwas; Schwierigkeiten legt Römer keine in den Weg. Wir hatten zur Abwechſelung wieder einmal Gerüchte von einer Miniſterkriſe; jetzt heißt es, der König gebe hinſichtlich der Beeidigung der Truppen auf die Reichsverfaſſung nach, und es ſei wieder Alles beigelegt. (Auch der Schw. Merk. erklärt jene Gerüchte für unbegründet.)

Indeſſen leben wir bei aller äußeren Ruhe in einem fortwährenden Zuſtand der allgemeinſten Spannung, des beſtändigen Wechſels einer Vertheidigungsſtellung nach Oben und Unten, in einer Atmosphäre, die bald von der Hofluft bald von dem Nachbarlande und den Vorkommniſſen im eigenen Hauſe in Schwüle verſetzt wird. Einer Partei am Hofe traut faſt kein Menſch. Jetzt zumal ſtehen unſere Truppen wahrlich in keiner Paradeſtellung rings um Stuttgart, und Römer kann den Demokraten nicht mehr überzwerch im Wege ſtehen, als dem Hofe. Die Demoraliſation im Heer mehrt ſich täglich; von einer Seite werden die Soldaten unermüdlich durch Flugblätter aller Art bearbeitet, von einer ganz andern macht man an einem paſſenden Namenstage die ganze Ludwigsburger Garniſon betrunken, und das ſo, daß wenig fehlte, ſo wären Exceſſe gegen die Schenkreicher ſelbſt, die Offiziere, vorgekommen. Auf unſer Heer kann ſich Niemand verlaſſen. Es iſt weit mit demſelben gekommen — heute hat der König beſchloſſen, die Truppencommandanten und Gouverneure der Garniſonsſtädte zu bevollmächtigen, wenn nöthig, das Standrecht zu verkünden und ausführen zu laſſen!

Letzteres wird beſtätigt durch folgenden Artikel im Schwäb. Merkur: Se. königl. Maj. haben in Erwägung der gegenwärtig zur großen Gefahr des Vaterlandes ſich mehrenden Aufwieglungsverſuche und in Betracht der ſeit einiger Zeit um ſich greifenden Exceſſe von Inſubordination und Zuchtloſigkeit bei einem — wenn auch kleinen — Theile des Militärs, im Einverſtändniſſe mit dem Staatsminiſterium die Truppenkommandanten, ſowie die Gouverneure der Garniſonsſtädte mit der Vollmacht bekleidet, unter den in den militäriſchen Strafgeſetzen Art. 167 — 178 bezeichneten Fällen das Standrecht zu verkünden und ausführen zu laſſen. Der Garniſon zu Stuttgart iſt unterm heutigen hievon feierlich Eröffnung gemacht worden.

Karlsruhe, 2. Juni. Unter dieſem Datum meldet der Schw. Merkur über die Einſetzung der proviſoriſchen Regierung Folgendes, über deſſen Richtigkeit wir nicht entſcheiden können: Ein Bataillon des zweiten Regiments (das übrigens nie den neuen Stand der Dinge ganz anerkannt hat) lag in der Umgegend von Bruchſal und ſollte, angeblich auf Befehl des Reichsminiſteriums, mittelſt eines Extrazuges nach Heidelberg abziehen. Mit Widerwillen gings an den Zug; in Heidelberg angekommen ſollte das Bataillon über den Neckar, um dort eine Stellung einzunehmen, weil Sigel wieder angreifen wollte. Das Bataillon erklärte: „Wir gehen nicht!“ Es fand darauf ein Zuſammentritt der Offiziere und Führer der in Heidelberg verſammelten Truppen (etwa 10,000 Mann) ſtatt, worauf Brentano erklärt wurde: 1) daß man Sigel nicht mehr als Oberbefehlshaber anerkenne (Sigel iſt bereits hier zurück angekommen); 2) daß man nicht gegen die Reichstruppen, namentlich gegen die Heſſen, kämpfen wolle; 3) daß man die Autorität des Landesausſchuſſes nicht mehr anerkenne, und daß eine neue proviſoriſche Regierung gebildet werden müſſe. (Iſt geſchehen.) 4) Daß ſogleich eine Deputation an den Großherzog vom Militär abgeſendet werde, wegen ſeiner alsbaldigen Rückkehr, und daß wenigſtens Prinz Friedrich komme, um ſich einſtweilen an die Spitze zu ſtellen.

* **Karlsruhe**, 3. Juni. Die proviſoriſche Regierung ſchleudert eine donnernde Proklamation unter das würtembergiſche Volk wegen der Verhaftung Ficklers, des „vom Volksverräther Karl Mathy im vorigen Jahre verhafteten und unter der vorigen nun ſchmählich geflohenen badiſchen Regierung dreizehn Monate grundlos im Kerker gehaltenen Bürgers.“ Auf dieſe Grundloſigkeit wirft es

№ 154. **Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 6. Juni 1849.

Ueberſicht.

Zum preußiſchen Entwurf.
Es gibt ein Drittes.
Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Berlin (Brief J. Jakoby's). Breslau (Die Mütter von Breslau). Bonn (Naturforſcherverſammlung. Hr. Kinkel. Hr. D'Eſter). Mannheim (Kriegsplan der Aufſtändiſchen).
Türkei. Konſtantinopel (Abreiſe des Generals Grabbe Ehrengeſchenke für ihn und ſein Gefolge. Truppen aus Aegypten. Das große Heer bei Adrianopel. Thätigkeit Sir Stratford Canning's.)

Zum Preußiſchen Entwurf.

*** Wir widmen heute dem Verfaſſungsentwurf der Königreiche eine etwas nähere Betrachtung. Ohne uns davon große Wirkung zu verſprechen, möchten wir doch Jeden, mag er zur Annahme oder zur Verwerfung ſich neigen, zu ähnlicher Prüfung dringend anregen, damit nicht Drang und Noth des Augenblicks, ſondern ein klares Bild von der innern Beſchaffenheit des Entwurfs über ſein Loos entſcheide, und weil die Würde der Nation es zu fordern ſcheint, daß ſie dieſen Entwurf nicht eben ſo leichtfertig ablehne, wie die Regierungen die Verfaſſung der Reichsverſammlung ablehnten. Eine ſolche Betrachtung wird immer auf drei Kernpunkte gelangen, die in der innern Structur des Entwurfs, in ſeinen äußeren Beziehungen und in ſeiner konſtitutionellen Handhabung enthalten ſind. Das **Fürſtenkollegium** iſt in erſterer Beziehung ſein Angelpunkt und unterſcheidrndes Mrrkmal. Es iſt in dieſen Blättern ſchon gezeigt, daß das Veto dieſes Collegiums nichts iſt als die ewige Vereinbarung, und daß die Volksvertretung in briden Häuſern durch ſie zur brrathenden Stimme und zum Scheinleben herabſinkt. Wir haben dem nichts hinzuzufügen. Aber die Sache hat noch eine andere Seite. Das Fürſtenkollegium hat nicht blos hintennach ein Veto, ſondern auch **vorher**. Es hat die Initiative der Geſetzgrbung. Der Miniſter des Fachs wird alſo zum Handlanger, der das Material liefert, oder zum Sekretär, der die Beſchlüſſe redigirt. Dabei kann kein ſelbſtſtändiger Miniſter beſtehen, und noch weniger ein verantwortlicher. Die Herren Manteuffel und Stüve haben auf Miniſter gerechnet, wie ſie ſelbſt ſind. Aber Hr. Duckwitz z. B. legt ſeine umfaſſenden, mühſam gereiften Plane zur Zoll- und Handrlseinigung vor; drr hannöverſche Flußzöllner, der würtembergiſche Schutzmann, der hamburger Freihändler fallen darüber hrr, flicken, zerſtücken und beſchneiden, bis Hr. Duckwitz ſein entſtelltes Werk mit ſeinrm Amte zuglrich in die Hände des Reichsvorſtands zurückgibt. Bleiben wir bei dem Beiſpiel von Zoll- und Handelsſachen ſtehen, um zu zeigen, wie es auch mit Krieg und Frieden, mit dem Abſchluß von Verträgen u. dgl. ausſieht. Die Handelsgeſetzgrbung iſt zumal in unſerer Zeit ein mächtiger Hebel der Politik, gewöhnlicher Gegenſtand von Verträgen, häufige Urſache von Kriegen; die Lähmung an dieſem einen Punkte erſtreckt ſich auf die ganze Politik. Was alſo in dieſen Blättern ſo häufig dargrthan ward, daß wahre Volksvertretung und ein verantwortliches Miniſterium mit einem Bundestag ſich nicht vertrage, das wird von dieſem Fürſtenrath in gleicher Weiſe gelten müſſen.

Die äußerrn Beziehungen des neuen Reichs zu den verbündeten Staaten ſind nicht mit Unrecht eine Lüge genannt worden. Wenn ſie nur nicht doch bei der Wahrheit genommen wrrden. Das Verhältniß zu Oeſterreich ſoll durch „gegenſeitige Verſtändigung" geregelt werden. So ſagt die Verfaſſung. Das begleitende Schreiben abrr ſagt, der Bund von 1815 beſtehe fort mit ſeinen Pflichten und Rechten, und das neue Reich ſei nur eine Vereinigung, wie Art. 11 der Bundesakte ſie geſtattrt. Zu den Rechten der Bundesglieder gehört auch die Theilnahme an der Geſetzgebung, der politiſchen Leitung und auswärtigen Vertretung drs Geſammtbundes. Das alles wird Oeſterreich in Anſpruch nehmen. Wäre es in ſeiner Stellung allein, ſo würden dieſe Forderungen an der nackten Unmöglichkeit ſcheitern, aber man vergeſſe doch nicht, daß Baiern ihm zur Seite ſteht. Baiern iſt weniger als je geneigt, ſich der preußiſchen Vorſtandſchaft zu fügen. Es hat die preußiſche Hilfe abgrlrhnt, und bri **dieſem** Schritt wenigſtens hat es die einhellige Stimme ſeiner Bevölkerung hinter ſich. Der Wurf iſt gewagt: entweder gelingt es der Regierung, ihre unruhigen und aufſtändiſchen Provinzen zu verſöhnen (ſie hat das Mittel noch immer in Händen), oder es gelingt ihr nicht, ſie ſtürzt und die Republik iſt ihr Erbe: in beidrn Fällen iſt Preußen betrogen. Baiern und Oeſterreich alſo werden ihr Theil fordern an der Bundesregierung und auswärtigen Vertretung, und das neue ſogenannte Reich wird nicht eintreten in die Reihe der ſelbſtſtändigen Staaten. Wie mag das Ausland um dieſes Zwitterreich ſich kümmern? Wie wird man Rußland und Frankreich zur Anerkennung zwingen, wenn ſie ihm verweigert wird, mit dem Fingerzeig auf 1815? Wir geben zu, daß dies keine unüberwindlichen Schwierigkeiten ſind; allein die preußiſche Diplomatie hat uns nicht grlehrt, auf ihre Kraft und Kunſt zu vertrauen. Die einheitliche Politik und Vertretung nach außen ſcheint alſo eben ſo illuſoriſch, wie die Volksvertretung und einheitliche Geſetzgebung ſich oben erwieſen hat.

Die Stimme des Volkes allein wird über dieſe Verfaſſung entſcheiden; die Regierungen können es nicht. Um ſo ſchlimmrr für ſie, wenn zu ihren Gunſten nichts anderes ſpricht, als eben die Sehnſucht nach dem lieben Frieden. Man gäbe ſich wohl mit ihr zufrieden, ohne allzu ängſtliche Prüfung, wenn man nur an ihre Beobachtung glaubte. Aber kein Glaube, ſogar in dieſer glaubensarmen Zeit, könnte ſeltner ſein als dieſer. Iſt dieſe Reviſion nicht wie ein Ammenmährchen, an das man ſich ſchämen muß zu glauben? Erleben wir dies Spiel nicht ſchon zum zweitenmale? Wenn die 29 Regierungen durch übermächtige Umſtände, durch die Stimme ihrer Völker und Ständekammern ſich gedrängt fänden, an dieſe Verfaſſung ſich anzuſchließen, ſo müßten ſie mindeſtens ſich die feierliche Verſicherung geben laſſen, daß die revidirende Verſammlung das letzte Wort haben ſolle. Wenn aber dann unter der herrſchenden Stimmung ein ultrademokratiſches Volkshaus mit abſolutem Veto, Fürſtenrath und Wahlgeſetz noch vieles Andere wegdekretirt — was dann? Dann wird man entweder mit Reue zurückſehen auf das verlorene Paradies vom 28. März, oder — zum zweitenmal ſprengen und zum zweitenmal octroyiren.

Das Bedürfniß nach Ruhe iſt groß; aber man zähle darauf nicht zu feſt. Man rechnet wohl auf den vermögenden Bürgerſtand; aber auch dieſe, die vorzugsweiſe conſervative Klaſſe, könnte einſehen, daß eine Kette von Kammerauflöſungen, Octroyirungen und Belagerungszuſtänden für Handel und Gewerbe ſo wenig günſtig iſt, als eine Revolution. „Die Anarchie frißt ſich ſchneller auf als die Reaktion", ſagt unſer verehrter Rheincorreſpondent; das könnte dem Bürgerſtand auch einmal einleuchten. Man rechnet ferner auf die nationale Einheitspartei. Freilich, dieſe Partei wird dem Gelöbniß keine Schande machen, daß ſie nicht vom Gefühl der erlittenen bitterſten Kränkung, ſondern vom Heil des Vaterlandes ſich wolle leiten laſſen; aber wo liegt das Heil des Vaterlandes? Noch gibt es kräftige, unabhängige Charaktere, die lieber Recht wollen als Ruhe, die ein Ende mit Schrecken lieber annehmen, als einen Schrecken ohne Ende. Die Oppoſition dieſer Klaſſe könnte allenfalls ihren Ausdruck finden in der Erklärung: daß ſie ihre Bürgerpflichten erfüllen wollten, wie unter jeder Verfaſſung, daß ſie aber keine Wahl vornehmen würden, noch ſonſt eine freiwillige Handlung, die eine Anerkennung **dieſer** Verfaſſung in ſich ſchlöſſe; daß ſie ebenſo keine Wahl, kein höhrres leitendes Staatsamt annehmen würden, ſo lange **dieſe** Verfaſſung beſtehe. Eine ſolche Erklärung der Notablen Deutſchlands, bedeckt mit den Namen ſeiner beſten Vertrauensmänner, könnte hinreichen, dies Verfaſſungsprojekt noch in der Geburt zu erſticken. Und wenn man die Männer fragte: was dann? — ſo dürften ſie allenfalls antworten: „Wenn wir die Reaktion haben ſollen, ſo wollen wir ſie ganz und voll; aber wir wollen die Einheitsidee des Vaterlandes, die höchſte, die wir im Herzen tragrn, nicht entweiht ſehen durch ein Syſtem der Halbheit und der Lüge, wie wir es vorausſehen von einer Verfaſſung, die mit **dieſen** Beſtimmungrn, unter **dieſen** Auſpicien, von **dieſen** Männern ans Licht gebracht iſt."

Dieſe Stimmung iſt verbreitet genug in den deutſchen Mittelklaſſen; weithin im Süden aber herrſcht noch eine ganz andere, auf die wir den Norden nicht lebhaft genug hinweiſen können: nicht die Unverbeſſerlichen, wohl aber Alle, denen das Heil der Geſammtheit noch am Herzen liegt. Dieſe machen wir aufmerkſam auf eine Rede des Abgeordneten Becher in der würtembergiſchen zweiten Kammer, nicht weil wir den Inhalt derſelbrn billigen, ſondern weil wir ihn anerkennen müſſen als den geiſtvollrn und berrdten Ausdruck einer Stimmung, die im deutſchen Süden viel zu häufig iſt, um nicht eine politiſche Bedeutung in Anſpruch zu nehmen. Wir ſetzen einige der ſchlagendſten Stellen hierher;

ſie ſagen Alles, was wir zu ſagen hätten, nur anſchaulicher, als wir es vermöchten. „Ich halte den geſetzlichen Boden, ſagt Becher, die dürre Maxime, unter keinen Umſtänden den geſetzlichen Boden zu verlaſſen, gegenüber einem Feinde, der das Geſetz mit Füßen tritt, für Ironie. Ich faſſe die jetzige Lage Süddeutſchlands nicht in dieſer engen, ſondern in einer größeren geſchichtlichen Anſchauung auf. Es iſt der Kampf der Demokratie gegen den Abſolutismus.— — Verlaſſen Sie den trivialen Standpunkt, daß die Anarchie komme, wenn wir einem Feinde gegenüber, der kein Geſetz kennt, unſer Geſetz verlaſſen. Stellen Sie ſich höher, ſehen Sie in dieſem Kampfe, der ſich nun vorbereitet, den Kampf Europa's, und vergeſſen Sie nicht, was die nächſte Folge ſein wird, wenn ein deutſcher Stamm, gleichviel ob ein Großherzog durchgegangen oder fortgejagt worden iſt, ob die proviſoriſche Regierung das Landesoberhaupt hätte zurückrufen ſollen oder nicht, von der vereinigten Reaction ergriffen wird, ein deutſcher Stamm, der zunächſt an Frankreich grenzt. Wenn Baden die franzöſiſche Hülfe nicht anruft, wenn Baden ſchutzlos angeſichts der Nachbarn, die mit überſchlagenen Armen hinter den ſchwarz und rothen Grenzpfählen ſtehen, verblutet, wenn die Preußen dort das Heft in die Hand bekommen haben werden, und in Folge eines Aufſtandes, der in Würtemberg dann unabweislich iſt, oder mit irgend einem Vorwande auch in Schwaben eingeſchritten ſein werden, glauben Sie denn, dann ſei der goldene Zuſtand der Ruhe, der endlichen Löſung der deutſchen Aufgabe herbeigekommen? Dann haben Sie einen innern Krieg auf Generationen verewigt! — Verewigen Sie den Kampf, den Deutſchland kämpfen muß (denn zum Bruch muß es zwiſchen der Demokratie und dem Abſolutismus kommen), dann kehrt die Ruhe in Decennien nicht wieder, die jetzt eintritt, wenn die 29 verfaſſungstreuen Regierungen, bis an die Zähne bewaffnet, den gemeinſchaftlichen Feind der Freiheit bekämpfen.“

Dieſe Geſinnung hat weithin Wurzel gefaßt in Baden, Schwaben und Franken; ſie wird drohend und gefährlich, in Baden durch die völlige Unterwühlung des geſelligen Zuſtandes, in Schwaben durch die tüchtige, zähe Natur des Volks, in Franken durch den Haß und Kampf gegen die eigene Regierung. Sobald das edlere Ferment mit den trüben chaotiſchen Elementen der Bewegung ſich berührt — und das kann jeden Tag geſchehen — nimmt dieſe einen andern Charakter an. Dieſe Flamme, die trüb und qualmig in einem Winkel brannte, wird dann plötzlich zum Himmel auflodern, und die Berliner Staatsweiſen, Myſtiker und Jeſuiten können das Ende ihrer Herrſchaft ſehen.

Wir wünſchen ihnen kein Ende mit Schrecken, obgleich der Haß gegen ſie bei allen Parteien gleich allgemein iſt, und je edler die Geſinnung, deſto tiefer und ſtärker. Zwiſchen zwei äußerſte Parteien geſtellt, haben wir nur den Wunſch, daß es zum Schlimmſten nicht kommen möge. Wie das zu machen ſei? darauf fehlt uns die untrügliche Antwort. Nur Einen Zauber gibt es, der alle Wirren löſen könnte; er heißt Vertrauen. Er war die edelſte Eigenſchaft, das rechte Herzblatt des deutſchen Volkes; aber gerade die Partei, die das edle Wort unaufhörlich im Munde führte und es mißbräuchlich zur Baſis des ganzen Staates machen wollte, gerade ſie hat es dem Volke mit langſamer Qual aus der Bruſt geriſſen. Ultima coelestum terras Astraea reliquit!

Es gibt ein Drittes.

** **Berlin**, 3. Juni. Reaktion oder Revolution? Hätte das unglückliche Deutſchland keine andere Wahl? Das iſt ja der Tod in zwei Geſtalten; das iſt die Wahl zwiſchen dem Giftbecher und dem Dolch. Ihr Rheincorreſpondent räth ab von dem Schierlingstrank; wer ſchauderte nicht, indem er die Lippe anſetzte! Die Deutſche Zeitung in jenem Briefe ihres älteſten Freundes ſpricht gleichſam das berühmte: „Pätus, nimm; es ſchmerzt nicht!“ ſie reicht uns den Dolch, weil wir dennoch ſpäter nach ihm greifen würden, wenn das tödtliche Gift unter unſäglichen Schmerzen uns langſam aufzehrt.

Aber iſt denn keine Rettung?

Wir wiſſen es nicht; nur das iſt gewiß, die Reorganiſation des deutſchen Liberalismus wäre die Rettung. Wird ſie nicht verſucht, ſchlagen Verſuche fehl, dann ſind wir ſo weit, wählen zu müſſen, wie wir ſterben wollen. Und Viele werden mit dem Correſpondenten vom Rhein dem raſchen Tode den Vorzug geben.

Es hängt nicht allein von den Männern in Deutſchland ab, welche den Liberalismus zu einer politiſchen Macht zu erheben hätten, doch vorzugsweiſe von ihnen, ob es gelingt; denn wenn die Träger der Ideen, welche zuſammengenommen das Programm der Liberalen ausgemacht, von vornherein ihre Sache verloren geben und den Verſuch zur Wiedergeburt ihrer Partei gar nicht wagen, dann werden ſie zwar dem Gebot einer gewiſſen Nothwendigkeit weichen, aber, indem ſie ſolchem dunkeln Drange nachgeben, die Werkzeuge des Verderbens ſein, die unfreiwilligen Vollſtrecker des Todesurtheils ihrer gerechten und großen Sache.

Niemals war die Aufgabe des Liberalismus erhabener als in dieſen Tagen. Einen edlen Ehrgeiz locken Gefahren; den edelſten gerade ſpornt das ſcheinbar Unmögliche des Erfolgs. Es iſt ein Werk für Heroen, eine Herkulesarbeit, jetzt die geſchloſſene Phalanx zwiſchen den Mächten des Untergangs, die ſich, indem ſie miteinander ringen, gegenſeitig ſteigern, zwiſchen der Reaktion und der Revolution aufzurichten, jetzt um das geſunkene Banner der Reformation die beſten Männer von Deutſchland unerſchütterten Muthes zu verſammeln. Aber herrlicher als Thatendurſt und die Leidenſchaft für den Ruhm, iſt die brennende Begier, für das Vaterland, wenn es nicht zu retten ſein ſoll, ſich aufzuopfern.

Unter einer Wiedergeburt des deutſchen Liberalismus verſtehen wir die Vereinigung aller derer, welche das Vaterland und die Freiheit weder an die Reaktion noch an die Revolution verrathen wollen, ferner die Organiſation ſolcher Vereinigung. Ein Verrath der Freiheit und des Vaterlandes an die Reaktion wäre es, wenn wir in dem jetzt beginnenden Parteikampfe auf Seite der Regierungen träten, welche für ihre dem Nationalgefühl und der Nationalehre widerſtrebende Politik erſt gerechtfertigt ſein würden, falls die Nation ihr Gefühl und ihre Ehre verleugnet, mit Einem Worte ſich als niederträchtig zeigt. Selbſt wenn das deutſche Volk ungeſtraft herabgewürdigt werden darf, wenn es ſich geduldig in das Angeſicht ſpeien läßt, ſelbſt dann wird eine Minorität den Tag der Rache, nicht blos der Vergeltung herbeiſehnen, und wer der Reaktion dient nicht um der Reaktion willen, der ſollte bedenken, daß der Rückſchlag derſelben, ihre Reaktion die Revolution ſein muß.

Ein Verrath des Vaterlandes und der Freiheit an die Revolution däucht manchem Trefflichen kein Verrath. Dieſe furchtbare Verirrung ſtreift an die andre, daß die Hülfe des Auslands für die Herſtellung der Freiheit nicht zu verſchmähen ſei. Vor allen Dingen ein Verrath würde jetzt in dieſer Zeit und unter dieſem Volke begangen, wenn man die Sache der Revolution befördern oder wohl gar in die Hand nehmen wollte. Der Correſpondent vom Rhein ſetzt den Fall, daß die Beſten und Einſichtsvollſten an die Spitze der Bewegung treten; Läuterung und veränderte Richtung der Revolution werde die Folge ſein. Der Fall ſelbſt wird in Deutſchland nimmer eintreten; höchſtens ſpalten ſich die Reihen jener Ἀριστοι und die geringere, gewiſſermaßen eine radikale Fraktion ſchließt ſich der Revolution an, ohne Vermögen dieſelbe zu beherrſchen. Und, ſo ſehr auch der Schein dagegen ſein mag, der tiefſte Zug des deutſchen Charakters iſt entſchieden antirevolutionär; die Führer der Nation würden mit dem Moment, daß ſie an die Spitze der Revolution ſich ſtellten, aufhören, für die Nation Bedeutung zu haben. Heinrich v. Gagern wäre für eine deutſche Revolution als deren Leiter nicht mehr, als Götz von Berlichingen im Bauernkriege! Wir ſollen keinen Augenblick vergeſſen, die Richtungen des Volkslebens in Anſchlag zu bringen. Ein antirevolutionärer Fanatismus, eine Wuth gegen die Revolution bemächtigt ſich mit jedem Tage mehr der Gemüther. Wir wollen uns begnügen, die Provinz Schleſien zu nennen! Vorläufig möchten die Machthaber ſich noch ſehr täuſchen, wenn ſie annähmen, daß dieſes faſt allgemeine Gefühl mehr oder etwas Andres, als antirevolutionär ſei. Freilich es kann daraus eine reaktionäre Bewegung werden; ſie iſt es noch nicht, ſo tief auch die reaktionäre Propaganda in das Volksleben eingedrungen iſt und weiter eindringt. Wie jetzt die Sachen ſtehen, ſo ſind — was die Gemüther der Nation betrifft und in ihnen wurzelt der Volkswille — die Ideen der Freiheit und des Vaterlandes noch immer allmächtig, noch immer aber unter Einer Bedingung: daß ihre Prediger und Apoſtel ſich reinigen von dem Verdacht einer Gemeinſchaft mit der Revolution, daß ſie ſich als Widerſacher der Revolution zu erkennen geben. Nur um dieſen Preis wird ihr Wort geachtet. Jetzt gibt die große Mehrzahl, und daraus ſchöpfen wir Hoffnung, jetzt gibt ſie noch unter den

Gegnern der Revolution denen unbedingt den Vorzug, welche Freiheit und Vaterland bekennen. Wenn die Freunde der Freiheit ſich nicht bald und entſchieden genug von der Revolution losſagen, wenn die genannteſten Namen ſich gar an die Spitze der revolutionären Bewegung ſtellen, dann wird im Volke ganz unzweifelhaft der Widerwillen gegen die Revolution ſich auf die Freiheit und das Vaterland übertragen; die Freiheit und das Vaterland werden ſich dann allgemein in der geſammten Nation mit der Sache der Revolution identificirt haben. Dann wird die reaktionäre Richtung berechtigt und dann wird ſie ſiegreich ſein.

Daher iſt unſere Rettung vor dem Schierlingstrank der Reaktion nicht die Wahl des Todes durch das Schwert der Revolution, ſondern ſie liegt einzig darin, daß die offenkundigen Freunde der Freiheit und des Vaterlandes Partei ergreifen gegen die Revolution, aber für Vaterland und Freiheit.

Ob in den Männern die Kraft und Energie ſein wird, nach ſo tiefen Demüthigungen und Kränkungen des Nationalgefühls noch die Beſinnung nicht zu verlieren, noch der über die Freiheit des menſchlichen Willens faſt triumphirenden Naturgewalt, welche die Revolution iſt, Widerſtand zu leiſten? Solche Kraft und Energie wird dieſen Männern aber ſchnell wiedergegeben durch kurzes Erwägen der nächſten Tragweite der Revolution. Denn, wenn ſich auch die edelſten Menſchen an die Spitze der revolutionären Bewegung ſtellen, Menſchen iſt es nicht möglich, der Bewegung zu gebieten. Sie iſt ſtärker als der Wille. Sie iſt die Thätigkeit der Natur im Gebiet der Geſchichte. Der weiſeſte, der ſchöpferiſcheſte Geiſt erliegt in ſolchen Zeiten und an der Spitze ſtehen Individualitäten, welche dem dämoniſchen Triebe ſich maßlos, willenlos preiszugeben vermögen. Wie die Pythia dem delphiſchen Gotte, ſo müſſen die Hegemonen ſolcher Empörung der Revolution gehorchen. Daher der Wechſel der Gebieter. Denn die Ekſtaſe der delphiſchen Prieſterin ſteigert ſich zu Wahnſinn und Erſchlaffung; ſie ſinkt zuſammen; eine Nachfolgerin beſteigt den Dreifuß und immer eine andre wieder; der Gott fordert immer wieder empfängliche Seelen.

Weder beherrſchen noch die Richtung anweiſen können einer Revolution ſelbſtſtändige Charaktere. Sie wandelt Kometenbahnen und der planetariſche Kreislauf, welchen die Beſſern, die Edlern vorſahen, iſt alsbald durchkreuzt. Aus einer Revolution erwächſt Unvorhergeſehenes, Unvorherzuſehendes.

Und iſt die deutſche Nation einig in dem, was um jeden Preis und einzig und allein ihr zu Theil werden ſoll? Auch dann wäre die Revolution nicht der ſichere Weg zum Ziel. Aber ſie iſt jetzt, auch wenn ſie gelänge, der ſichere Irrweg. Denn bedeutet des Vaterlandes Einheit auch das Höchſte, ſelbſt dieſes Gefühl iſt nicht durchgreifend. Wenn eine Revolution nicht aus einem einfachen und allgemeinen Drange quillt, wie in Frankreich aus der Idee der Gleichheit, dann iſt jedes Gelingen ein Mißlingen, jeder Sieg eine Niederlage, jeder Ausgang ein verzweifelter.

So verwerfen wir die Revolution, und zwar in beſtimmteſter Weiſe für unſer Vaterland, unſere Volksfreiheit, unſere Nation. Wir gedachten keineswegs allgemeiner Bedenken; wir achteten nicht des zu vergießenden Bluts auf beiden Seiten, des Bruderkampfes und des Opfertodes; wir dachten nicht der rauchenden Trümmer vaterländiſcher Städte, der Zerſtörung des Wohlſtandes nicht nur von Einzelnen, ſondern ganzer Gemeinden und ſonſt blühender Landſchaften; wir erwähnten nicht der Preisgabe der hohen Güter, welche Jahrhunderte hindurch unſere Väter in ernſtem Dienſte der Wiſſenſchaft und in heiterer Minne der Kunſt der Nachwelt überlaſſen; wir achteten nicht des Untergangs unſchätzbarer Kleinode, werth der Unvergänglichkeit und auch nicht — was das Entſetzlichſte — der Verwilderung, Verhärtung, Entſittlichung aller Gemüther, der Herabwürdigung aller Bildung und höheren Kultur, der furchtbaren Reaktion zur Barbarei, zum Stande der unerträglichſten Knechtſchaft in Unwiſſenheit und Sinnlichkeit; wir nannten nicht die Gefahr, daß unſer Volk ſeine Rolle mittlerweile ausſpiele und die von ihm frevelhaft verſcherzte Sendung in der großen und ewigen Angelegenheit des Menſchengeſchlechts auf andere Nationen übergehe. Das aber ſind die Geſichtspunkte der Revolution und es iſt kein eitler Wahn, der uns im tiefſten Innern bewegt, die Revolution als einen Fluch zu ſcheuen; das iſt vielmehr erſchütternde Wahrheit.

Die Ehre des deutſchen Volks will gewahrt ſein. Sie wird von den Machthabern mit Füßen getreten. Eine Vergeltung darf nicht ausbleiben. Der Nation muß eine glänzende Genugthuung werden. Und es gilt nicht allein, uns im Innern unſeres Landes Recht zu ſchaffen; ſondern da jeder ſchmähliche Ausgang der vor ganz Europa, vor der geſammten civiliſirten Welt ins Auge gefaßten deutſchen Reformation unſer Volk entehrt, ſo darf die Reaktion nicht ſiegen und jeder Deutſche muß den höchſten Preis einſetzen, daß die Freiheit und die Einheit Deutſchlands triumphire.

So ſollte ſich denn, was im Vaterland noch irgend ſich zu begeiſtern vermag für die erhabenſten Güter der Sterblichen, für die Freiheit und das Vaterland, in einen Bund vereinigen gegen die Gewalthaber, in einen Bund, welcher die Revolution mit unumwundener Entſchiedenheit verwirft und eine reformatoriſche Partei geſtalten hilft, welche den Volkswillen zur Geltung und den Uebermuth der Mächtigen zu Falle bringt.

Man braucht nicht Prophet zu ſein, ſondern lediglich eine Ahnung von ſeinem Volk zu haben, wenn man dieſer reformatoriſchen Propaganda, ſobald nur die rechten Männer ſich dafür verwerthen, den unaufhaltſamen Erfolg, und einer antirevolutionären Oppoſition gegen die Regierungen, welche mit der Ehre deutſcher Nation ein frivoles Spiel treiben, die überwiegende Mehrheit des Volkes zuſpricht.

Am Volke liegt es, wenn das Volk erliegt. Um ſeinen Willen durchzuſetzen, genügt nicht das Unternehmen einer Revolution, ſondern einzig und allein, daß das Volk einen Willen hat! Auch jetzt hat das Volk noch nicht den Willen, der ſtark genug iſt; die Pfordten, Hanſemann, Stüve, Ruge bedeuten große Bruchtheile der Nation. Die Vollendung des Nationalwillens iſt die Sache der Reformatoren. Unüberwindlich iſt eine wahrhafte Reformation. Ans Werk!

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 5. Juni. (Schluß.) Der zweite Theil der Sitzung bot ein erhöhteres Intereſſe und wir haben abermals zu bedauern, daß wir es uns verſagen müſſen, auf die Verhandlungen ſelbſt, an denen ſich faſt ſämmtliche hervorragende Namen der Verſammlung betheiligten, näher einzugehen. Namentlich die Debatte über das Begnadigungsrecht und ſpeciell über die Frage, ob daſſelbe der geſetzgebenden Gewalt, dem Volksrathe, oder der vollziehenden Gewalt, dem Regierungsrathe, zu übertragen, war ſo umfaſſend und ſo gediegen, wie kaum eine andere im Laufe der Verfaſſungsberathungen noch gepflogen worden. Daß hier, wie in allen übrigen Fällen die Anſicht der Minorität, für welche auch diesmal Herr Schöff Souchay mit dem ganzen reichen Wiſſen des Staatsmanns und Rechtsgelehrten, das er immer entfaltet, zugleich aber auch mit einer Wärme und, wie möchten ſagen, Innigkeit, die ſonſt nicht zu ſeinem Charakter zu gehören ſcheint, in die Schranken trat, daß die Anſicht der Minorität bei der Abſtimmung unterlag, bedarf kaum noch der Bemerkung: wurde doch ſelbſt der Verſuch gemacht, die Debatte durch den ungeſtümen Ruf nach Schluß abzuſchneiden. Wenn aber in eben dieſer Sitzung das Unerhörte geſchehen iſt, daß zwei ganze Artikel des Entwurfs beſeitigt und ſtatt ihrer ein Minoritätserachten aus dem Verfaſſungsausſchuſſe recipirt worden iſt, ſo iſt uns dieſe Anomalie in der Abſtimmung mehr als das Reſultat einer perſönlichen Rückſicht gegen den Antragſteller in der Perſon des Herrn Senator Heſſenberg vorgekommen, der in der letzten Zeit unverkennbar eine Schwenkung nach der linken Seite der Verſammlung gemacht hat. Mit dieſer einzigen Ausnahme indeß wurden ſämmtliche Artikel des Entwurfs unverändert angenommen und namentlich auch noch ein Amendement des Herrn Dr. Goldſchmidt beſeitigt, welches die Ertheilung einer Amneſtie von einem Geſetze abhängig gemacht haben wollte. Wir geben in Nachfolgendem den Wortlaut der beſchloſſenen Artikel:

„Dritte Abtheilung. Zuſtändigkeit des Volksrathes. Art. 86. Der Volksrath beſchließt die Geſetze und überſendet ſie dem Regierungsrathe zur Verkündung und Vollziehung. Art. 87. Das Recht, Geſetze zu beantragen, ſteht dem Regierungsrathe und jedem Mitgliede und Ausſchuß des Volksrathes zu. Art. 88. Geht der Antrag aus dem Volksrathe hervor, ſo kann dieſer nach Gutfinden entweder den Regierungsrath erſuchen, ihm einen Geſetzentwurf vorzulegen, oder das Geſetz ſogleich beſchließen. Art. 89. Die von dem Regierungsrathe beantragten Geſetze kann der Volksrath annehmen, verwerfen und verändern. Der Regierungsrath kann die von ihm ausgehenden Anträge zurückziehen, ſo lange der Volksrath nicht endgültig darüber beſchloſſen hat. (Es folgen jetzt die von der Verſammlung verworfenen Artikel des Entwurfs: „Art. 90. Der Regierungsrath kann ein ihm zur Verkündung überwieſenes Geſetz binnen einer Friſt von drei Monaten ſeit dem Empfang deſſelben mit Erinnerungen an den Volksrath zurückgeben. In der Geſtalt, in welcher der Volksrath hierauf nach erneuerter

Berathung das Geſetz beſchließt, muß daſſelbe von dem Regierungsrathe verkündet werden. Art. 91. Wenn der Regierungsrath ein Geſetz, gegen das er keine Erinnerung erhoben hat, oder das nach der erneuerten Berathung des Volksrathes (Art. 90) an ihn gelangt iſt, binnen zwanzig Tagen nach Ablauf der drei Monate im erſten Fall, oder binnen zwanzig Tagen nach Mittheilung des Geſetzes im zweiten Fall, nicht verkündet, ſo kann der Volksrath ſelbſt die Verkündung durch ſeinen Präſidenten bewirken und den Regierungsrath zur Verantwortung ziehen.") Die ſtatt dieſer Artikel angenommenen Artikel des Minoritätserachtens lauten wie folgt: „Art. ... Der Regierungsrath muß jedes ihm zum Vollzug überwieſene Geſetz entwedir binnen zwei Monaten ſeit dem Empfang deſſelben mit ſeinen Erinnerungen an den Volksrath zurückgeben oder binnen weiterer zwanzig Tage verkünden. Art. .... Läßt der Regierungsrath beide Friſten verſtreichen, ohne innerhalb der erſten von ſeinem Erinnerungsrechte Gebrauch zu machen und ohne das Geſetz zu verkünden, ſo kann der Volksrath die Verkundung durch ſeinen Präſidenten bewirken und din Regierungsrath zur Verantwortung ziehen. Art. .... Werden die von dem Regiecungsrathr rechtzeitig gemachten Erinnerungen von dem Volksrathe zurückgewieſen, ſo kann der Regierungsrath die Verkündung des Geſetzis verſchieben, bis ein neuer Volksrath zuſammen getreten iſt und eine nochmalige Prufung vorgenommen hat. Art. .... In der Eiſtall, in welcher der neue Volksrath hierauf das Geſetz beſchließt, muß daſſelbe von dem Regierungsrathe binnen zwanzig Tagen ſeit dem Empfange deſſelben verkündet werden; ſonſt erfolgt die Verkündung durch den Volksrath, vorbehaltlich der Verantwortlichkeit des Regierungsrathes. Letzteres gilt auch dann, wenn der Regierungsrath ein von dem Volksrathe des vorigen Jahres beſchloſſenes Geſetz, deſſen Verkündung er gemäß Art. .... veeſchoben hat, dem neuen Volksrathe nicht binnen zwanzig Tagen nach deſſen Zuſammentritt zur erneuerten Berathung vorgelegt hat. (Es folgt nun wieder) Art. 92. Der Volksrath beſchließt insbeſondere die Geſetze 1) über die Steuern und Abgaben, ſo wie über die Erhebungsweiſe derſelben, 2) über den jährlichen Voranſchlag der Einnahmen und Ausgaben, 3) über die vergleichende Ueberſicht der Einnahmen und Ausgaben eines verfloſſenen Jahres im Verhältniſſe zu deſſen Voranſchlag (Rechnungsgeſetz), 4) über die Aufnahme von Staatsanlehen, 5) über das Münzweſen. Das Münzrecht ſteht ausſchließlich dem Staate zu und kann Niemanden verliehen werden, 6) über die bewaffnete Macht. Art. 93. Dem Volksrathe iſt ferner übertragen: 1) die Genehmigung der Staatsverträge; 2) die Einwilligung zur Veräußerung und Erwerbung von Staatsgütern; 3) die Ueberſicht über den Staatshaushalt, die Einſicht aller Staatsrechnungen durch Ausſchüſſe; 4) die Aufſicht über die geſammte Staatsverwaltung. Zu dieſem Behufe kann der Volksrath von dem Regierungsrathe Bericht über alle Gegenſtände der Verwaltung verlangen. 5) das Recht der Anklage des Regierungsraths, ſeiner Mitglieder und anderer Staatsbeamten. Ein Geſetz wird die Fälle und die Form ſolcher Anklagen beſtimmen. 6) die Ertheilung des Staatsbürgerrechts an Nichtdeutſche (Naturaliſation); 7) die Verfügung auf Beſchwerden Einzelner wegen Verletzung verfaſſungsmäßiger Rechte durch eine Behörde. Doch bleibt es dem, welcher ſich fur verletzt hält, überlaſſen, ob er den Volksrath anrufen oder die Hilfe der Gerichte in Anſpruch nehmen will. (Art. 42.) Art. 94. Dem Volksrath ſteht das Begnadigungsrecht zu. Er übt daſſelbe theils unmittelbar, theils durch Uebertragung. Er übt es immer unmittelbar, wenn es ſich handelt a) von der Beſtrafung politiſcher oder vermittelſt der Preſſe begangener Verbrechen oder Vergehen, b) von der Beſtrafung eines Staatsbeamten wegen Amtsvergehen, c) von einer lebenslänglichen Freiheitsſtrafe. Er kann jedes Begnadigungsgeſuch an ſich ziehen. Ein Geſetz beſtimmt, in welchen Fällen und nach welchen Formen das Begnadigungsrecht geübt wird, und welchen Behörden es übertragen weeden kann. Niemand darf wider ſeinen Willen begnadigt werden. Art. 95. Der Volksrath hat das Recht, vollſtändige oder theilweiſe Amneſtie zu gewähren. Art. 96. Der Volksrath kann die Unterſuchung thatſächlicher Verhältniſſe durch Ausſchüſſe vornehmen laſſen. Bedürfen dieſe Ausſchuſſe der Auskunftsertheilung oder Mitwiekung von Behörden, ſo ſind letztere durch den Regierungsrath hierzu anzuweiſen.

Berlin. Der Abgeordnete Dr. Jacoby aus Königsberg hat folgenden offenen Brief erlaſſen „An den Oberſtaatsanwalt Sethe in Berlin:" Geehrter Herr! Die Kölniſche und andere Zeitungen enthalten die Nachricht, daß von Seiten der preußiſchen Polizei auf mich gefahndet werde. Für den Fall, daß dieſe Nachricht begründet iſt, zeige ich Ihnen hiermit an: „Daß ich mich dieſer Zeit in Frankfurt a. M. aufhalte und ſobald ich meiner Pflicht als Abgeordneter zur deutſchen Reichsverſammlung genügt habe, nach Preußen zurückkehren werde."

Breslau, 24. Mai. Gegen die Vorleſungen, welche Profeſſor Nees von Eſenbeck an der Univerſität über ſociale Politik nach Fröbels Syſtem hält, hat ſich eine eigenthümliche Gegenwirkung erhoben. Es iſt nämlich von hier aus eine Petition der Breslauer Mütter nach Berlin an das Kultusminiſterium abgegangen, um ein Verbot der Fortſetzung dieſer Vorleſungen zu erwirken, deren gefährlicher Einfluß auf die Jugend mit ſehr grellen Farben gemalt wird. (D. Rchsz.)

Bonn, 31. Mai. Gewiß einen recht erfreulichen Eindruck machte unter den kriegeriſchen Erſcheinungen die hier zuſammenberufene Verſammlung rheiniſcher Naturforſcher; eine unerwartete Theilnahme von mehr als 60 Mitgliedern hatte ſich von nah und fern eingefunden. Wir nennen nur außer den hier wohnhaften Berghauptman v. Dechen, Geh.-Rath Noeggerath, Profeſſor Treviranus, Profeſſor Naumann, Geh.-Rath Harleß, den berühmten Reiſenden und Förderer der Geologie Herrn Kammerherrn Leopold von Buch, den Fürſten von Salm-Dyck. In dieſer Verſammlung ſchien alles Gedächtniß an die toſenden Wellen, welche der Demokratenſturm in Bewegung geſetzt, verſchwunden zu ſein; mit einer bewundernswerthen Aufmerkſamkeit folgte die Verſammlung den mannichſachen Vorträgen aus allen Abtheilungen der Naturgeſchichte während zweier Tage, und während am geſtrigen Tage ein freundſchaftliches gemeinſchaftliches Mahl die Sinnesgenoſſen zuſammenhielt und ſie erfreute, auch im Privatverkehr ſo übereinſtimmende Gefühle erkennen zu können, ſo wurde dies freudige Gefühl nur noch geſteigert bei der heute Nachmittag nach dem Schluſſe der Sitzung vorgenommenen Exkurſion nach dem Drachenfels, wo namentlich ein neu entdecktes Mineral die Aufmerkſamkeit der Verſammlung in Anſpruch nahm, welches ſein Entdecker Noeggerath dem berühmten Forſcher der Infuſorienwelt zu Ehren „Ehrenbergit" genannt. (D. Ref.)

Bonn, 31. Mai. In einem Leitartikel der heutigen Bonner Zeitung wird bittere Klage darüber geführt, daß ſich die Bonner Polizei „mit der Verleumdung begnügt hat, dem hieſigen Hauptſchreckensmanne Stirn und Mund als „„gewöhnlich"" im Steckbrief zu bezeichnen. Es würde den Malern und Bildhauern lieb ſein, wenn ſolche Stirnen und Lippen in Deutſchland gewöhnlich wären." Dieſen intereſſanten Paſſus über Hrn. Kinkel's Stirn und Lippen verdanken wir vermuthlich dem Umſtande, daß die Frau Profeſſorin Johanna Kinkel die Bonner Zeitung redigirt. Wir erſehen aus demſelben Leitartikel, daß „die Bosheit der Reaktion ſo weit ging, dem anerkannt hübſchen Dr. d'Eſter „„ſtruppiges Haar, abſtehende Ohren und ſchielende Augen"" anzudichten." (Köln. Z.)

Mannheim, 27. Mai. Eine Korreſpondenz der N. Fr. Ztg. gibt Aufſchluß über den Kriegsplan der badiſchen Bewegungsmänner und über die Triebfedern, auf welche ſie mehr als auf Tapferkeit und Kriegskunſt gerechnet. „Einen weſentlichen Zuſammenſtoß, heißt es, erwarten die Angreifenden nicht, indem ſie überzeugt ſind, daß unter den heſſiſchen Soldaten derſelbe demokratiſche Geiſt herrſcht, wie unter den badiſchen. Die Stimmung in den beiden heſſiſchen Provinzen am Rhein iſt eine für das Vorrücken des badiſchen Korps günſtige. Auf dem linken Rheinufer ſtehen bis Oppenheim keine Truppen, Ludwigshafen, Frankenthal, Worms ſind von bewaffneten Volksſchaaren beſetzt, welche ihre Vorpoſten bis nach Oſthofen vorgeſchoben haben. Auf der rechtin Rheinſeite, in dem ſog. Riedt (Rheinebene) und dem Odenwald herrſcht die größte Aufregung, und ſelbſt in der Reſidenz Darmſtadt iſt es ſoweit gekommen, daß man vor einigen Tagen einen Sicherheitsausſchuß bilden mußte(?) Zur Unterſtützung der Operationen hat man mehrere Volksverſammlungen auf Pfingſten berufen, z. B. nach Auerbach im Odenwald, Offenbach bei Frankfurt und zu Wörrſtadt in Rheinheſſen. Der Agitator Rheinheſſens, Dr. Löhr in Worms, iſt dabei unermüdlich thätig, und die eigentliche Seele der Volksbeſtrebungen auf beiden Seiten des Rheins. Ueber das Endziel der militäriſchen Bewegung verlautet nichts Sicheres, von den Meiſten hört man Frankfurt als daſſelbe nennen.

Türkei.

* **Konſtantinopel**, 15. Mai. Der Daily News wird unter dieſem Datum aus der türkiſchen Hauptſtadt Folgendes geſchrieben: „Die Sendung des Generals Grabbe iſt beendigt und alle Punkte zwiſchen Rußland und der Türkei ſcheinen in freundſchaftlicher Weiſe geordnet zu ſein. General Grabbe reiſte in dem ruſſiſchen Dampfboot Wladimir nach Sebaſtopel ab. Vor ſeiner Abreiſe hatte er noch eine Privataudienz beim Sultan, der ihm einen Säbel, deſſen Werth auf 50,000 Piaſter geſchätzt wird, und den Orden des Niſchan Iftihar überreichte. Auch mehrere Perſonen aus ſeinem Gefolge erhielten dies Ehrenzeichen. Das ägyptiſche Dampfboot Nil brachte 1500 Mann aus Alexandria, welche zur türkiſchen Armee ſtoßen ſollen. Andere werden erwartet. Kaum ein Tag vergeht, wo nicht Hunderte von Rekruten ans Land geſetzt werden, welche einexerziert werden ſollen, und dieſelben Dampfboote bringen wieder einexerzierte Truppen von hier nach Varna, von wo ſie zu dem bei Adrianopel ſich ſammelnden Heere ſtoßen, welches bereits 80,000 Mann ſtark iſt. Sir Stratford Canning hat häufige Beſprechungen mit dem Miniſter für die auswärtigen Angelegenheiten und dem Chef der Admiralität, Soliman Paſcha."

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 155. Frankfurt a. M., Donnerſtag 7. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Mahnung.

Deutſchland. Frankfurt (Feſtlicher Empfang der Reichstagsabgeordneten in Würtemberg). Wien (Ungariſche Nachrichten. Truppencorps in Vorarlberg. Die Belagerung von Venedig. Jellacic. Fürſt Paskewitſch). Brünn (Die Mähriſche Provinzialverfaſſung) Von der galiziſch-ſchleſiſchen Grenze (Die Stärke der Ruſſen in Galizien). Berlin (Die Reinigung des Beamtenſtandes. Die Preſſe. Die Gutgeſinnten. Verhandlungen mit Dänmark. Der Prinz von Preußen. Das Wahlgeſetz). Königsberg (Profeſſor Schubert. Prangerausſtellung. Meidet auch den böſen Schein) Von der oberſchleſiſchen Gränze (Die Cholera. Die Ruſſificirung Krakaus. Oppoſition gegen die Manteuffel'ſche Gemeindeordnung). München (Der preußiſche Verfaſſungsentwurf. Der König und die Soldaten). Aſchaffenburg (Die Freiſchaaren). Dresden (Berichtigung. Truppenwechſel. Die Krug'ſche Kreuzzeitung. Weinlig. Wiedereröffnung des Theaters). Von der Murg (Die Zuſtände des Landes). Kaſſel (Neuwahl für Jordan). Gotha (Conferenz der thüringiſchen Geſammtminiſterien über die deutſche Angelegenheit). Rendsburg (Das badiſche Bataillon). Hamburg (Frage an die Marinebehörden. Die Verhaftungen in Petersburg).

Großbritannien. London (Die angebliche Montemolin'ſche Verlobungsgeſchichte. Schreiben Montemolin's.)

Frankreich. Paris (Abſchlägige Antwort Mazzini's auf die franzöſiſchen Vorſchläge. Truppeneinſchiffungen. Der Bruch in der ſocialiſtiſchen Partei vollſtändig. Kammerverhandlungen.)

Italien. Turin (Oeſterreich fordert angeblich die Beſetzung von Genua und den Feſtungen an der franzöſiſchen Grenze.) Rom (Ankunft der Diviſion Roſelli. Die Güter des Königs von Neapel mit Beſchlag belegt. Franzöſiſch-römiſche Großmuthsſcenen.)

Schweden. Schonen (Rüſtungen. Das däniſche Grundgeſetz. Brandunglück.)

Ungarn. (Der Krieg im Süden. Die Ruſſen noch nicht in Tyrnau. Das Puchner'ſche Corps)

Polen. Warſchau (Stimmung des Kaiſers. Die ruſſiſchen Truppen.)

Rußland. Petersburg (Der Kaiſer und die Biſchöfe.)

Donaufürſtenthümer. (Fürſt Stourdza abberufen.)

Holländiſch-Oſtindien. Java (Sclavenarbeit. Ladoan. Verkaufsplan. Javaiſche Domänen.)

---

6. Juni.

„Ich denke, Preußen hat ſchon jetzt das Gefühl, daß niederreißen leichter iſt als aufbauen. Was es in kurzſichtigem Uebermuth verſchmähte, weil es von Volkshänden geboten ward, das trachtet es jetzt aus Fürſtenhänden zu erlangen. Aber dieſe Hände wollen ſich nicht öffnen, und ſtatt die Zuſtimmung aller Regierungen zu bringen, wie man ſich gerühmt hatte, tritt man kümmerlich nur mit zweien auf, oder eigentlich nur an der Hand einer einzigen. Denn ſchon hat der König von Sachſen ſich erklärt, daß er ſeine Landesverſammlung vorher fragen müſſe. Wird aber dieſe einwilligen? Haben ſich doch alle Volkskammern von Deutſchland, ſo viele nur zu Worte gekommen ſind, für die deutſche Reichsverfaſſung ausgeſprochen. Wer alſo bietet jene Vorlage im Angeſichte Deutſchlands aus? Zwei Miniſterien, die ihre Kammern noch nicht gefragt, wohl aber von dieſen und dem Lande Mißtrauensvoten erhalten haben.

Aber nicht, um noch einmal daran zu erinnern, wie unermeßliche Güter am 3. April frevelhaft verſcherzt ſind, ergreife ich die Feder, darum nicht. Im Vaterlande gibt es keinen Feind, dem man nicht getroſt die Brücke zur Verſtändigung bauen dürfte. Und ſo mag denn gern anerkannt ſein, daß im Berliner Entwurf ein großer Schritt vorwärts zur allſeitigen Verſtändigung über die deutſche Reichsverfaſſung gethan iſt. Es liegt vor Augen, daß die von den Griesheimen und Hanſemännern unſerer Tage ſo grimmig geſchmähte Reichsverfaſſung, die bedächtige Arbeit einer Mehrheit, die unter immer ſchwierigen und manchmal peinlichen Verhältniſſen die wogenden Parteianſichten zu vereinigen hatte, endlich in Berlin unparteiiſcher als bisher gewürdigt und im Weſentlichen zum Grunde gelegt iſt. Auch erkennen wir willig an, daß einige Mängel der Reichsverfaſſung im Berliner Entwurfe vermieden ſind, wenn es gleich ſchwer ſein dürfte, auch nur eine einzige neue lobenswerthe Beſtimmung deſſelben zu nennen, die nicht ſchon in den Vorſchlägen des Verfaſſungsausſchuſſes enthalten wäre. Von der andern Seite leuchtet aus mancher neuen Beſtimmung jenes Entwurfs ein Gebrechen hervor, welches wir aufs Gelindeſte Mangel an politiſcher Ueberſicht nennen wollen. Dahin rechnen wir die Vernichtung der Reichsfinanzen, die jetzt lediglich auf Matrikularbeiträge und Schuldenmachen (auf welche Sicherheit?) angewieſen ſind (§. 48 f.). Denn wenn es dabei bleibt und §. 100 nicht am Ende Recht behält, in welchem doch die Reichsſteuern gelegentlich auftauchen, ſo wird freilich das zur Wahrheit werden, was die Deputation der Reichsverſammlung am dritten April ungläubig vernahm, die Annahme der höchſten Würde lege Preußen unermeßliche Opfer auf. Doch verzweifeln wir an nichts! Damals als im Januar und Februar vor der zweiten Leſung der Reichsverfaſſung die Collektivnote der Frankfurter Bevollmächtigten einlief, wollte Preußen noch vom deutſchen Reiche nichts wiſſen, nur vom deutſchen Bunde, deutſchen Bundesſtaate ſollte in der Reichsverfaſſung die Rede ſein; jetzt hat der Maientwurf uns doch ſchon das unverkümmerte Reich und ſtatt des allverhaßten Direktoriums ſogar einen einheitlichen, erblichen Reichsvorſtand gebracht. Reichsvorſtand? Sicherlich der kümmerlichſte Name, der ſich nur für eine hohe Stellung ausſinnen ließe, und der dabei noch das Schlimme hat, daß das Ausland einen demokratiſchen Präſidenten daraus machen wird. Hoffen wir denn, daß der heiße Sommer in manchem harten Miniſterſchädel noch ein Paar andere politiſche Ideen zeitigen werde, als zum Beiſpiel, daß ein Reich auch reich ſein müſſe, weil mächtig, mithin nicht von Almoſen leben dürfe, oder ferner, daß dem erblichen Reichsoberhaupte das Reichsregiment gebühre, und das deutſche Volk nimmermehr ſeinen Willen dazu geben werde, daß das aus den auswärtigen Angelegenheiten glücklich zurückgeſchlagene Directorium ſich nunmehr im innern Reichsleben als Fürſtencollegium mit entſcheidender Stimme wieder einniſte.

Hoffen wir alſo das, und es kann Frieden werden. Denn wie wir im Angeſichte eines unabſehlichen Bürgerkrieges ſtehen, müſſen untergeordnete Erwägungen, wie wichtig ſie an ſich ſelber ſeien, zurückweichen und auch das Werk der Nationalverſammlung darf ſeine Integrität nicht höher ſtellen als die Rettung unſeres, von inneren und äußeren Feinden ſchwer bedrohten Vaterlandes. Wir ſprechen in dieſem Sinne den dringenden Wunſch aus, daß jeder aufrichtige Freund der Reichsverfaſſung aufrichtig die Hand dazu biete, daß ein zwiſchen den Regierungen der anerkannten Reichsverfaſſung und den zum Sonderbunde vereinten drei Kronen zu vereinbarender deutſcher Reichstag möglichſt bald zuſammentrete. Nach welchem Wahlgeſetze das geſchehe, möge jeder deutſchen Regierung überlaſſen bleiben, und man kann getroſten Muthes dieſes Weges gehen. Wäre die mit patriotiſcher Hingebung dargebotene Kaiſerkrone hochherzig angenommen worden, das Gefühl der allgemeinen Befriedigung, durch alle Adern des Vaterlandes ſtrömend, hätte uns auf dem Grunde eines ſehr gewagten Wahlgeſetzes gute Wahlen gegeben, und es gibt einmal kein Wahlgeſetz in der Welt eine ſichere Bürgſchaft. Aber es gilt nicht allein, daß ein Volkshaus und ein Staatenhaus zuſammenkommen, die nunmehr endgültig über die Reichsverfaſſung zu beſchließen haben; eben ſo wichtig iſt, daß ſie nur kurze, karg gemeſſene Zeit beiſammen bleiben, damit das Vaterland endlich einmal zur Zuverſicht auf ſeine Zukunft gelange. Schon darum mögen beide Häuſer nicht zaudern, die Vorlage der drei Kronen zur Grundlage ihrer Berathung zu erwählen, demnächſt aber einen Vertrauensausſchuß aus ihrer Mitte ernennen, welcher die Vollmacht habe, diejenigen Paragraphen zu bezeichnen, welche zur Discuſſion der Häuſer ausgeſetzt ſein ſollen. Geht man ſo zu Werke,

ſo iſt Hoffnung, die Aufgabe könne binnen zwei Monaten gelöſt ſein.

Keine Frage, daß §. 99 und was mit ihm zuſammenhängt, einen Hauptgegenſtand der Diſcuſſion ausmachen wird; denn er muß, wie er vorliegt, die Sorge aller Vaterlandsfreunde erwecken. Die Reichsverſammlung hat niemals einen Einheitsſtaat gewollt, wohl aber, und ſie rühmt ſich deſſen, eine einheitliche Reichsregierung. Dieſe aber geht unrettbar verloren, wenn jeder Geſetzvorſchlag von vier Faktoren abhängig gemacht wird, nämlich außer der Uebereinſtimmung der beiden Häuſer der Reichsverſammlung, von der Zuſtimmung eines Fürſtencollegiums und viertens des Reichsvorſtandes. Streichen wir aber auch einen dieſer Faktoren weg, wie denn manche Leſer hier einen Fehler in der Redaction vermuthen, laſſen wir allein das Fürſtencollegium, das heißt, das Directorium ſtehen, immer bleibt die Lähmung aller gedeihlichen Reichsgeſetzgebung, die Unmöglichkeit einer wahrhaften Verantwortlichkeit der Reichsminiſter dieſelbe, und das deutſche Volk verliert die Ueberzeugung nicht, daß das alte Spiel mit ihm wieder von vorne anfangen ſoll. Der Abſchnitt vom Reichsrathe, wie ihn der Verfaſſungsausſchuß der Reichsverſammlung zur zweiten Leſung vorlegte, hat nach unſrer gewiſſenhaften Ueberzeugung hier die Grenze eingehalten, deren Ueberſchreitung Verderben bringt, und nimmer kann es zur Stützung der monarchiſchen Verfaſſung dienen, wenn ſie, deren Werth auf der Einheit des höchſten Willens im Staate beruht, den Deutſchen fortwährend als das Hinderniß zur inneren Einheit zu gelangen entgegentritt. Der Deutſche will fortan Fürſten, die der Reichsverfaſſung und dem einheitlichen erblichen Reichsoberhaupte ſich unterordnen; das iſt der Strahl, der aus der zu Frankfurt geſchaffenen Reichsverfaſſung hervorbrechend, die allgemeine Begeiſterung unſres Volks entzündet hat.

Mögen treu gemeinte Warnungen eine gute Stätle finden! Die grauſamen Erfahrungen der letzten zwei Monate haben den vor Kurzem noch dichten Wald der deutſchen Monarchiſten entſetzlich gelichtet und manchen entſchloſſenen Verkämpfer irre gemacht. Ein edler Dichtergreis warnte aus tiefer Vorahnung kürzlich: „**Ihr Könige habt Acht!**“ Die Schwächen eines einzigen Herkſchers, ſie ſind erträglich, denn jeder gleicht ſie durch das Gefühl der eigenen Gebrechlichkeit aus; allein es iſt ſchon unendlich viel dem deutſchen Volk angemuthet, dreißig Herrſcher übernehmen zu ſollen, ſeitdem es ſeiner Einheitlichkeit inne geworden iſt. Wollen aber dieſe nun vollends, ſtatt dem Reiche dienſtlich zu ſein, mitwirthſchaften an der Reichsregierung, ein Thor iſt, der da glaubt, ſolche Ordnung könne Beſtand haben. Ich rühme mich keiner Prophetengabe, allein ich ſpreche ungeſcheut aus, was mein inneres Gemüth mir ſagt: Sollte dieſe große Bewegung an dem Uebermuth der Könige von Napoleons Gnaden ſcheitern, und das Heil unſeres Volkes ſich noch einmal zur Nebenſache verflüchtigen, ſo hemmt, wenn es abermals fluthet, kein Damm die wilden Gewäſſer mehr, und der Wanderer wird die Reſte der alten deutſchen Monarchie in den Grabgewölben ihrer Dynaſtieen aufſuchen müſſen. *)“

Deutſchland.

Frankfurt, 6. Juni. Aus einem uns vorliegenden Briefe eines nun in Stuttgart weilenden Abgeordneten zur Reichsverſammlung erſehen wir, daß die Abgeordneten überall feſtlich empfangen wurden. In Miltenberg wurden ſie mit Böllerſchüſſen begrüßt und ihnen ein Fackelzug gebracht; an der würtembergiſchen Grenze eilte ihnen die Bürgerwehr entgegen; in Heilbronn Abends große Serenade der Bürgerwehrmuſik; bei der Weiterreiſe finden ſie am Bahnhof ſämmtliche Bürgerwehr mit Muſik aufgeſtellt und unter donnernden Hochs ſetzt ſich der feſtlich geſchmückte Zug in Bewegung. Unterwegs auf einzelnen Bahnhöfen Anſprachen, Deputationen u. ſ. w. In Stuttgart ſelbſt ſind alle Feierlichkeiten bis zur Eröffnung der Sitzungen verſchoben. (Frankf. J.)

Wien, 1. Juni. Reiſende, welche Peſth am 27. Mai verlaſſen und über Stuhlweißenburg, ohne von irgend Jemanden beläſtigt worden zu ſein, hier angekommen ſind, berichten, daß in Peſth zwar Ruhe herrſche, aber jeder ohne Unterſchied zum Heere gepreßt wird. Unter den Gefangenen von Rang befindet ſich der Sereſſaner-Hauptmann Baron Jellacic. Wir vermuthen, daß eine Verwechslung des Bruders des Banus von Kroatien mit dem Banus ſelbſt die über letzteren hier cirkulirenden Gerüchte veranlaßt habe. Man verſichert, daß Fürſt Paskewitſch perſönlich den Oberbefehl über ſämmtliche Corps der von Galizien nach Ungarn rückenden ruſſiſchen Truppen übernehmen werde, und daß dieſem Befehle auch die im Nordoſten Ungarns operirenden öſterreichiſchen Heeresſäulen unterſtehen werden. Dagegen ſoll das weſtliche Operationsheer Oeſterreicher und Ruſſen gemeinſam von dem öſterreichiſchen Obercommandanten befehligt werden. (Oſtd. Poſt.)

A. C. Z. **Wien**, 2. Juni. In Preßburg wurden geſtern zwei Juden kriegsgerichtlich hingerichtet, weil ſie es verſuchten, Militärs zum Treubruch zu verleiten. Geſtern Abend wurde im Nordbahnhofe ein Student aus Ollmütz verhaftet, weil er ſich zum Aufruhr reizende Reden erlaubte. Nachrichten von der Warasdiner Grenze vom 26. Mai melden, daß die Magyaren aus dem Sümegher Komitate die Deutſchen und Kroaten haufenweiſe mit Stricken gebunden und gefeſſelt, wie Schlachtopfer, an die Grenzen treiben. Ueberhaupt kennt der Uebermuth der Magyaren dort kein Maß. Unter den Gefangenen, die von k. k. Truppen nach Gradiska transportirt wurden, befinden ſich auch mehrere Gaſtwirthe und Bürger von Fünfkirchen, welche in letzterer Zeit dort einquartirte Grenzer vergiften wollten. In Agram wurde dem Verfaſſer des proviſoriſchen Preßgeſetzes für Slavonien und Kroatien, dem Prieſter Moyſes, früher Cenſor, eine von beinahe 300 Individuen executirte gräuliche Katzenmuſik gebracht, wobei ſich eine Menge Volkes einfand.

Verläßliche Berichte von Innsbruck melden, daß das 3. Armeecorps aus Italien unter F.-M.-L. Lichnowsky nach Tyrol und Vorarlberg gezogen worden iſt und am 5. Juni dort einrücken ſoll. Im Oberlechthal und in Reutte ſoll in kürzeſter Zeit unter F.-M.-L. Schwarzenberg ein Reſervecorps von 5000 Mann zuſammengezogen werden. Ein Brief aus Venedig verſichert, daß ſich daſelbſt alle fremden Legionen geweigert haben, gegen die k. k. Truppen weiter zu kämpfen, daher mit Zuverſicht erwartet werden könne, daß die erſte Kugel, welche die Stadt ſelbſt erreichen wird, ein Signal unbedingter Unterwerfung ſein werde. Ueber die Einnahme des Forts St. Giuliano, zwiſchen Malghera und Venedig, wird verläßlich berichtet: „Als Malghera von den k. k. Truppen genommen war, wurde das Fort St. Giuliano ſogleich verlaſſen und unſererſeits beſetzt. Alle Kanonen des Forts waren vernagelt, nur eines der Geſchütze ſtand aufrecht, mit der Richtung gegen Venedig. Ein Offizier feuerte dieſe Kanone ab, wodurch ſich das am Boden abſichtlich zerſtreute Pulver und gleichzeitig eine unterhalb befindliche Mine entzündete, was zur Folge hatte, daß das ganze Fort ſammt der Mannſchaft in die Luft flog. 12 Offiziere und 20 Mann wurden ein Opfer dieſes unerwarteten Ereigniſſes. Aus Preßburg wird geſchrieben, daß die k. k. Truppen das jenſeitige Waagufer verlaſſen und ſich diesſeits poſtirt haben; wahrſcheinlich um einen Einmarſch zu decken. Die Magyaren behaupten das jenſeitige Waagufer. Die mähriſche und ſchleſiſche Grenze iſt vollkommen geſichert. Geſtern wurde ein Honveds-Major in Ketten eingebracht. Die Ruſſen erwartet man täglich. Die Armee harrt mit Sehnſucht des Commandos: Vorwärts! Vom ſüdlichen Kriegsſchauplatze Ungarns erfährt man, daß die Magyaren es wagten, außer Peterwardein Batterien und Schanzen zu bauen, um das öſterreichiſche Lager bei Kamenic zu beſtreichen. Der tapfere und umſichtige Lager-Commandant Oberſt Mamula ergriff hierauf die Offenſive; die Schanzen wurden geſtürmt, zerſtört, die Geſchütze genommen und die Inſurgenten in das Bereich der Kanonen Peterwardeins mit bedeutendem Verluſte zurückgeſchlagen.

Aus **Brünn** läßt ſich die D. Z. a. B. von einem Entwurf einer mähriſchen Provinzialverfaſſung ſchreiben, welcher dieſelben Grundzüge wie die böhmiſche Provinzialverfaſſung enthält. Der Landtag beſteht aus 108 Mitgliedern, 36 von den Höchſtbeſteuerten, 36 von den Städten, 36 von der Landbevölkerung erwählt. Von den ſtädtiſchen Abgeordneten vertheilen ſich 6 auf Brünn, 2 auf Ollmütz, 2 auf Iglau; die übrigen Städte wählen nur je einen. Die Landbevölkerung iſt in Wahlkreiſe nach dem Princip der Nationalität vertheilt, und zwar ſo, daß die 404,629 Deutſchen 8, die 1,298,282 ſlaviſchen Einwohner 28 Abgeordnete ſtellen. Das active Wahlrecht der erſten und zweiten Claſſe erfordert blos den Vollgenuß der bürgerlichen und politiſchen Rechte

*) Es iſt uns nicht vergönnt, unter dieſen Aufſatz den Namen des Verfaſſers zu ſetzen; aber es wird auch kaum nöthig ſein den Namen noch zu nennen: Deutſchland kennt dieſe Stimme.

das paſſive den Beſitz des activen Wahlrechtes, Alter von 30 Jahren und den fünfjährigen Beſitz des öſterreichiſchen Bürgerrechts. (Allg. Z.)

Von der galiziſch-ſchleſiſchen Grenze, 30. Mai. Die Angaben über die Anzahl der in Galizien zuſammengezogenen ruſſiſchen Truppen variiren ſo ſehr, daß man die eigentliche Stärke der verſchiedenen Hilfscorps mit numeriſcher Gewißheit nicht angeben kann. Sicher iſt es, daß die Menge der Auxiliartruppen in Galizien bis heute die Summe von 120,000 Mann mit beiläufig 40 Batterien ſchon erreicht hat: im Wadovicer Kreiſe und zwar in den Lagern von Myſlenice, Jordanow und Spytkowice wird täglich die Verpflegung für 68,000 Mann geliefert. Fruchthändler machen hiebei gute Geſchäfte, wiewohl der letzte Ukas, laut welchem gewiſſe Getreidegattungen aus Rußland zollfrei nach Galizien eingeſendet werden dürfen, dem hie und da bereits eingetretenen Kornwucher ein ſchnelles Ende geſetzt hat. (C.Bl.a.B.)

⁑ **Berlin**, 6. Juni. Die Reinigung des Beamtenſtandes iſt jetzt ernſtlich im Werke. Im vorigen Jahre hatte eine ſolche ſehr bedenkliche Maßregel keine heftigeren Gegner, als die höheren Beamten. Aber Tempora mutantur! Jetzt wird eben dieſelbe Maßregel von denſelben Leuten auf das eifrigſte befürwortet. Jetzt, heißt es, ein conſtitutionelles Miniſterium könne nicht regieren, wenn es keine willigen Werkzeuge habe u. ſ. w. Ein conſtitutionelles Miniſterium! Unſer gegenwärtiges Miniſterium ein conſtitutionelles zu nennen, die Ironie iſt denn doch zu groß. Die Voſſi'ſche Zeitung bewies uns neulich, daß man dem jetzigen Miniſterium keinen Scheinconſtitutionalismus vorwerfen könnte. Denn da gegenwärtig noch ſo viele Ausnahmszuſtände wären, z. B. ſo viele Belagerungszuſtände, Aenderungen des Wahlgeſetzes u. ſ. w. ſo dürfe man auch noch keinen Conſtitutionalismus verlangen; folglich dürfe man auch von keinem Scheinconſtitutionalismus reden. Das iſt nun nicht etwa Ironie; ſondern im bittern Ernſt eine Vertheidigung des Miniſteriums Manteuffel. Ueberhaupt iſt es ſchwer, von der Kläglichkeit unſerer ſerviler Preſſe eine entſprechende Darſtellung zu geben. Ihr Ton iſt wahrhaft byzantiniſch. Wenn der Raum es geſtattete, möchte ich wohl den Bericht mittheilen, welchen die Voſſiſche Zeitung von einem Beſuche erſtattet, mit welchem der General Wrangel das Schützenfeſt beehrte. Mir fielen dabei die Worte Leſſing's ein: Genug Ingredienzien für Ein Vomitiv! Doch erlauben Sie mir einen kleinen Artikel anzuführen, welcher neulich an der Spitze des Staatsanzeigers ſtand: „Kolberg, 29. Mai. Allen Gutgeſinnten in hieſiger Stadt und Umgegend hat es zur Freude gereicht, zu erfahren, daß der Rechts-Anwalt Plato, welcher das hier erſcheinende, durch ſeine ultrademokratiſche Tendenz berüchtigte Volksblatt redigirt, aus dem von ihm bekleideten Nebenamt als Juſtitiarius und zweites Mitglied des hieſigen königl. Salzamtes entlaſſen iſt. Als der Grund, aus welchem der Herr Handels-Miniſter von dem ihm geſetzlich zuſtehenden Rechte des Widerrufs in dieſem Falle Gebrauch gemacht hat, iſt in der an das hieſige Salzamt erlaſſenen Verfügung die Tendenz bezeichnet, welche Herr Plato als Redacteur jenes Blattes verfolgt."

Alſo ein vielleicht pflichttreuer, redlicher und geſchickter Beamter iſt, weil er ſeinen politiſchen Ueberzeugungen nachlebte, entlaſſen worden, und das hat die Freude aller Gutgeſinnten erregt. Und um die Freude unter den Gutgeſinnten allgemein zu machen, wird dieſe frohe Botſchaft an der Spitze des preußiſchen Staatsanzeigers abgedruckt. Gut geſinnt! Sind wir nicht ganz wieder in den Zeiten, wo gutgeſinnt das Stichwort war für Alles, was wedelte und kroch, und übelgeſinnt ein Jeder hieß, der einen ſelbſtſtändigen Gedanken in der Bruſt hegte? Um von dem alten Beamtenſtaate doch auch etwas Gutes anzuführen, wollen wir auf die gute Ordnung hinweiſen, welche ſelbſt jetzt, nach ſo vielen Drangſalen und in einem Augenblicke, wo Preußen 380,000 Mann auf den Beinen hat, noch immer im Staatshaushalte herrſcht, während Rußland, ehe ſein Heer auch nur ins Feuer gekommen, Mangel leidet an dem, was ſo nöthig iſt wie das Pulver, am Gelde. Die Nachricht von einer beabſichtigten ruſſiſchen Anleihe hat die ruſſiſchen Papiere bereits ſinken machen. Die Dänen ſind, ſeitdem ſie von der ruſſiſchen Flotte gehört, in ihren Forderungen wieder unverſchämt. Die Verhandlungen ſind um keinen Schritt weiter gediehen. Es ſcheint, daß die Abſichten des Miniſteriums wirklich wenigſtens in dieſer Angelegenheit den Tadel nicht verdienen, den man im Voraus darüber ausgeſprochen. So engherzig die Weiſe ſein mag, in welcher die Sache der Schleswig-Holſteiner in jenen Regionen aufgefaßt wird, ſo verbietet doch ſchon der Geſichtspunkt der militäriſchen Ehre einen ſchimpflichen Frieden. Der Prinz von Preußen ſoll ſich ehrlich für die Sache intereſſiren. Aber der Hoffnung, daß er ſeinen Anſichten Geltung zu verſchaffen ſuchen werde, darf man ſich nicht überlaſſen. Eine übertriebene Scheu, ſeine perſönliche Ueberzeugung geltend zu machen, wo ſie möglicher Weiſe von der königlichen verſchieden ſein könne, iſt bezeichnend für dieſen ſonſt ehrenwerthen Character. Man will wiſſen, daß damals, als die Kaiſerdeputation nach Berlin reiſte, er zwar zur Annahme der Kaiſerwürde rieth, zugleich aber erklärte, wenn der König ſie nicht annehmen wolle, und deshalb dem Throne entſagte, er ſie dann auch nicht annehmen werde. Es iſt das Unglück unſerer Fürſten, daß ſie die Angelegenheiten, von denen das Wohl und Weh von Millionen abhängt, aus ganz perſönlichen Geſichtspunkten aufzufaſſen pflegen. Von dem Wichtigſten, von dem neuen Entwurfe, rede ich zuletzt, weil ich wenig davon zu ſagen weiß, als meine perſönliche Meinung. Das Publicum iſt ziemlich gleichgültig dabei. Die Berliner ſcheinen in dieſen ſchönen Frühlingstagen wieder einmal ganz dem Vergnügen zu leben. Die Gleichgültigkeit in der deutſchen Sache iſt ein Factum, das unwillkommen ſein mag, aber nicht abzuläugnen iſt. Hauptſächlich hat man hier alle Luſt daran verloren, ſeit in Sachſen und in Süddeutſchland der beklagenswerthe Mißbrauch mit der deutſchen Bewegung getrieben ward. Das Einzige, was lebhaft beſprochen wird, und viel böſes Blut macht, iſt das neue Wahlgeſetz. Die Spenerſche Zeitung ſchämt ſich zwar nicht zu behaupten, daß das alte Wahlgeſetz in keinem weſentlichen Puncte geändert ſei. Indeß iſt gewiß, daß hier ſtatt 90,000 Urwählern jetzt höchſtens 20,000 wahlberechtigt ſein würden. Man ſpricht es vielfach aus, daß man lieber gar nicht wählen wolle. Wie unſere höhere Politik ſich entwirken ſoll, mögen die Götter wiſſen. Mit Oeſterreich und Baiern ſchleppen die Verhandlungen ſich ohne Reſultat hin. Die kleineren Staaten haben meiſt den beſten Willen ſich anzuſchließen, trauen ſich aber noch nicht, den Schritt offen zu thun. Die Neue Preußiſche Zeitung wird aber diesmal Recht behalten, daß noch viel Waſſer den Berg hinablaufen werde, ehe der Entwurf auf dem Papier zu Fleiſch und Blut werde.

Königsberg, 4. Juni. Die ſtädtiſche Reſſource hatte ſich am 29. Mai im Garten der deutſchen Reſſource verſammelt. Dr. Falkſon hielt die politiſche Rundſchau. Der von Frankfurt wieder zurückgekehrte hier anweſende Abgeordnete Hr. Geheimrath Profeſſor Dr. Schubert berichtete über die Wirkſamkeit des deutſchen Parlaments. „Was zwei große Völker, England und Frankreich" — bemerkte der geiſtreiche Redner unter Andern — „in vielen Decennien erſt zu Ende gebracht haben, kann auch Deutſchland nicht in einer einzigen Märznacht vollbringen. Wir ſtehen am Anfang der Dinge."

Unſerer Stadt ſteht ein langentbehrtes (?) Schauſpiel bevor, das der Prangerausſtellung, zu dem der wegen Wahrſagerei und Zauberei angeklagte ehemalige Kirchendiener K. außer 1½ Jahren Zuchthaus, auch in zweiter Inſtanz rechtskräftig verurtheilt worden iſt.

Wie mitunter die Verfolgungen wegen „angeblicher Majeſtätsbeleidigungen" ans Komiſche grenzen, darüber liefert folgende Thatſache einen ſchlagenden Beweis. Der Buchbinder K. wurde aufs Peinlichſte verhört und von Polizeibeamten aller Art überlaufen, weil die Polizei vermuthete — eine gute Polizei muß nämlich immer vermuthen, wie Van Bett in „Czar und Zimmermann" ſagt — das am Schaufenſter ausgehängte Portrait des Königs, aus Neu-Ruppin à 4 Pfennige das Stück, wäre eine „Karrikatur!" — Weshalb? weil das königliche Haupt mit einem „Heiligenſchein" umgeben ſei. Sachkundige Urtheile erwieſen aber, daß dieſer muthmaßliche „Heiligenſchein" nur eine himmliſche Wolke war. Man ſieht wie der Schein trügt. Der halb todtgeängſtigte Buchbinder wurde endlich in Ruhe gelaſſen, und die Polizei zog ſich verlegen zurück! (N. K. Z.)

♂ **Von der oberſchleſiſchen Grenze**, 3. Juni. Die Cholera, die in Breslau und andern Orten Schleſiens wieder in ziemlich drohender Geſtalt aufgetreten, verbreitet diesmal in ihrem Anzuge um ſo größere Schreckniſſe, als die neue Erſtarkung der Seuche ohne Zweifel mit der Anhäufung der ruſſiſchen Truppenmaſſen an unſern Grenzen zuſammenhängt. Die ruſſiſchen Soldaten, welche in Krakau und im Lager bei Jordanow und Spytkowice im Wadowicer Kreiſe ſtehen, leiden auf eine furchtbare Weiſe an der Cholera und werden täglich in bedeutender Anzahl von der Krankheit

weggerafft. Die Verhältniſſe in unſerer unglücklichen Nachbarſtadt Krakau gewinnen täglich ein wunderbareres Anſehn, und es iſt an einer demnächſt erfolgenden Einverleibung Krakau's in das ruſſiſche Polen um ſo weniger zu zweifeln, als auch die Civilverwaltung dieſer Stadt bereits vor einigen Tagen in ruſſiſche Leitung übergegangen iſt und von dem ruſſiſchen Polizeichef Szwajkowski mit einer auf umfaſſende Operationen hindeutenden Energie in die Hand genommen wurde. Dieſe Operationen ſcheinen ſich vor der Hand mehr auf Polen und Galizien als auf Ungarn zu beziehen; jedenfalls aber dient das impoſante Kriegslager, welches Rußland in Krakau und auf dem Krakauer Gebiete aufzuſchlagen begonnen, zum Stützpunkt einer univerſalen Unternehmung oder Demonſtration, mit welcher der Czaar von Rußland den Bewegungen der europäiſchen Revolution gegenüberzutreten geſonnen iſt. Dafür ſprechen die unaufhörlichen Ausſtrömungen ruſſiſchen Militärs aus dem Innern Rußlands, welche ſich in den Lagern in und bei Krakau concentriren und hier eine Heeresmacht zuſammenbringen, welche den Plänen Rußlands nach allen Seiten hin zur Baſis dienen wird. Krakau, deſſen altes Jagellonenſchloß erſt zu einer öſterreichiſchen Kaſerne gemacht wurde und auf deſſen Straßen heut die Koſaken bivouakiren, ſcheint in der That dazu auserſehn, ein fortwährendes Spott- und Zerrbild der Tractate von 1815 abzugeben! Es kann als zuverläſſig angenommen werden, daß Rußland bei Gewährung ſeiner Militärhilfe für den ungariſchen Krieg die Ueberlaſſung Krakau's und ſeines Gebiets als Bedingung geſtellt hat. Gegen den neuen Entwurf einer Kreis- und Gemeindeordnung, welchen die preußiſche Regierung in der Abſicht einer baldigen Octroyirung den verſchiedenen Magiſtrats- und Regierungskörpern des Landes zur Begutachtung vorgelegt hat, ſpricht ſich in Schleſien überall eine eigenthümliche Oppoſition ſelbſt innerhalb dieſer Behörden aus. Das ſonſt ungemein moderirte und politiſch abgefundene Schleſien ſcheint ſeinen Oppoſitionsgeiſt noch vorzugsweiſe an dieſen allerdings ſehr wichtigen Gegenſtand feſtgehangen zu haben. Selbſt die Regierung in Berlin verzögerte den ihr zur Begutachtung übergebenen Manteuffel'ſchen Entwurf nicht ohne Abſicht, während das ſo octroyirungsrüſtige Miniſterium in Berlin gerade jetzt mit der Gemeindeordnung ungemeine Eile hat, weil es auf dieſelbe, wie man aus dem Reichswahlgeſetze ſieht, die Wahlen zu dem neuen deutſchen Volkshauſe baſiren will! Einige Gemeindekörper in Schleſien, namentlich in Ratibor, haben aber jede Begutachtung des miniſteriellen Entwurfs von ſich abgelehnt und erklärt, daß es Zeit damit habe, weil die preußiſche Städteordnung von 1808 vor der Hand noch recht gut ſei und weil ſie die neue Gemeindeordnung lieber auf verfaſſungsmäßigem Wege durch die Kammern entſtehen ſehen wollten. Der Unwillen über die immer luxuriöſer um ſich wuchernde Ordonnanz-Geſetzgebung des preußiſchen Miniſteriums auf Grund des famoſen §. 105. der Verfaſſung frißt ſich jetzt auch bei der conſervativen Partei mehr und mehr ein.

≃ **München**, 3. Juni. Im Allgemeinen ſcheint man hier den preußiſchen Entwurf freiſinniger zu finden, als man erwartet hatte. Die Linke der hieſigen Kammer ſoll dagegen gegen die geſammte octroyirte Verfaſſung Verwahrung einlegen wollen. Der König fährt mit ſeinen militärfreundlichen Beſuchen im Lager, den Kaſernen und Wachlokalen fort. Ein Unteroffizier, welcher ihm vorgeſtern im Lager vorgeſtellt wurde, war angeblich im letzten Armeebefehl bei den Offiziersernennungen übergangen worden und wurde nun vom König ſelbſt dazu ernannt. Natürlich lobpreiſt eine gewiſſe Partei dieſe That bis ins Unermeßliche. Heut iſt ein Theil des Leibregiments ins Lager abgegangen. Seit geſtern ſcheint es, als ob man endlich die unbewaffneten Staatsbürger einigermaßen gegen den Uebermuth der bewaffneten Soldaten zu ſchützen beabſichtige.

Aſchaffenburg, 5. Juni. Der am Sonntag hier durchpaſſirte 400 Mann ſtarke Zug Bewaffneter beſtand größtentheils aus ſehr anſtändig gekleideten jungen Männern, die der ſogenannten beſſeren Geſellſchaft anzugehören ſchienen. Dieſelben führten mehrere Wagen bei ſich, auf denen Kleidungsſtücke, zwei in Stroh gewickelte Kanonen und eine ſtarke Baarſumme ſich befanden. Kleinere Trupps kommen ſtündlich hier durch und dieſen Abend wird wieder eine ſtarke Colonne von vielen Hunderten erwartet. Zur Stunde iſt unſere Stadt, das Mainthal und der Speſſart immer noch ganz entblößt. (Fr. Journ.)

Dresden, 3. Juni. Das „Dresdener Journal" berichtigt die hier allgemein verbreitete und geglaubte Nachricht, daß die Schätze des Grünen Gewölbes auf den Königſtein geſchafft worden ſeien. Aus guter Quelle, ſagt es, können wir verſichern, daß zwar am 30. Mai, Abends gegen 12 Uhr, 8 Wagen unter militäriſcher Bedeckung nach dem Königſtein abgegangen, dieſelben aber nur ſolche Koſtbarkeiten enthalten haben, welche zum Privateigenthume der königlichen Familie gehören.

A **Dresden**, 4. Juni. Heute rückte das 3. (Karge'ſche) und morgen rückt das 2. (Samter'ſche) Bataillon des 18. preußiſchen Landwehrregiments hier ein, zunächſt um das Füſilierbataillon des 8. Landwehrregiments abzulöſen, welches morgen früh mittelſt der Eiſenbahn nach Erfurt befördert wird. In den nächſten Tagen wird daher die Garniſon Dresden's wieder 3 preußiſche und 2 ſächſiſche Bataillone zählen, und der Wachtdienſt, welcher täglich faſt ein Bataillon beanſprucht, etwas erleichtert werden; im Gewandhauſe allein ſtehen 150 Mann. Als wirklich bezeichnend verdient die Thatſache Erwähnung, daß die günſtige Stimmung für das preußiſche Militär hierorts überall noch im Wachſen iſt, während auch beim Einquartierungsamte keinerlei Klage gegen die Einquartierten einläuft. In den Erzählungen aus den Schreckenstagen, welche im Bürgerſtande noch immer den Hauptſtoff der Unterhaltung liefern, iſt der edle preußiſche Soldat förmlich ſtehende Figur geworden, und die Rolle des grauſamen Wütherichs muß ſtets der Sachſe ſpielen. Jetzt aber Wahrheit und Dichtung noch ſcheiden zu wollen, wäre ein fruchtloſes Beginnen; die Mähr, welche über tauſend Zungen ging, hat eine unbeſtrittene hiſtoriſche Geltung. Wo aber die Wahrheit offen vorliegt, da gehört es, Gott ſei Dank! trotz des Kriegszuſtandes bei uns zum guten Tone, ſie auszuſprechen, und deshalb haben auch die Mittheilungen der Deutſchen Zeitung: „Zur Geſchichte des Kampfes in Dresden" trotz des gegen ſie gerichteten Angriffs eine um ſo größere Anerkennung gefunden, je unnachſichtiger von jeher dieſe Zeitung die ſächſiſchen Radicalen zu behandeln pflegte. Die Blätter der Reaction (die Fackel und der conſtitutionelle Freimüthige) gerathen jetzt, nachdem die Demokratie das Haupt einſtweilen geduckt hat, in Wuth gegen die „halben Maßregeln" der Regierung, und ärgern ſich bitter, daß Schirnding nicht den kleinen Windiſchgrätz zu ſpielen verſteht. Vier Wochen Kriegszuſtand und noch kein Exempel ſtatuirt, iſt in ihren Augen empörend. Nicht einmal eine Nummer der Dresdener Zeitung wird confiscirt. Unter dieſen ungünſtigen Umſtänden gedenkt Herr Krug, der mit Hilfe der Geldſäcke der Gutgeſinnten eine ſächſiſche Kreuzzeitung „Mit Gott für König und Vaterland" am Tage der Uebergabe ankündigte, ſein Verſprechen zurückzunehmen. Nicht einmal das Probeblatt haben wir genoſſen, indem dieſer Krug ſchon brach, ehe er zum Waſſer gehen konnte. Der ehemalige Miniſter Weinlig iſt mit dem Dienſtprädicate eines geheimen Rathes zum Director der 2. Abtheilung im Miniſterium des Innern ernannt worden. Unverſtändigere und böswilligere Gegner hat wohl ſelten ein Miniſterium gehabt, als das Held-Weinlig-Ehrenſtein'ſche von ſeinem erſten bis zu ſeinem letzten Augenblicke (26. Februar bis 1. Mai). Von dem gegenwärtigen Miniſter des Innern, von Frieſen, darf man die Einſicht erwarten, daß er einem Talente, wie Weinlig, den nöthigen Spielraum zur vollen Entwicklung ſeiner Thätigkeit gewähren werde.

∽∽ **Dresden**, 4. Juni. Unſer Theater iſt endlich nach beinahe fünfwöchentlicher Unthätigkeit mit Göthe's Taſſo wieder eröffnet worden, und wir freuen uns über die Wahl dieſer edlen Dichtung. Es war Unrecht von unſrer Theaterdirection, die Bühne ſo lang geſchloſſen zu halten; das Vertrauen zu den Zuſtänden Dresdens wurde dadurch gelähmt, während doch alle Kräfte angeſpannt werden mußten, uns den erlebten Schreckniſſen zu entheben, und dem Fremdenbeſuch neue Anregung zu gewähren. Unſer Theater hat ſich durch ſeine ausgezeichneten Kräfte zu einer Bühne erſten Ranges erhoben; mit Eifer muß ihm gerade jetzt dieſe Stellung erhalten werden. Unſere Theaterdirection hat mit übelgewählten Mitteln in der letzten Zeit viel gethan, dieſe Stellung zu erſchüttern; wir wünſchen, daß ſie bald die richtigen Wege wiederfinde. Es iſt jetzt nicht die Zeit in einem politiſchen Blatt ausführlicher über dieſes Thema zu reden, aber gerade bei den jetzigen politiſchen Stürmen, aus denen neue Lebensgeſtaltungen hervorgehen müſſen, erſcheint es mir nothwendig, wenigſtens auf die hohe Bedeutung des Theaters für das ganze Volksleben hinzudeuten.

** **Hannover**, 4. Juni. Wir haben abſichtlich einige Tage nach der Verkündigung des Manteuffel-Stüve'ſchen Verfaſſungs-Entwurfs für die 3 Königreiche gewartet, um erſt zu ſehen, welchen Eindruck derſelbe ſelbſt auf die Klaſſe von Menſchen machen würde, die in der Regel mit allem zufrieden ſind, was von hohen Behörden kommt. Aber ſelbſt dieſe ſchüttelten bedenklich ihr Haupt, als ſie die Aenderungen wahrnahmen, welche ihnen die Ztg. für Norddeutſchland mit hervorgehobenen Lettern vor die Augen führte. Auch ſie äußerten beſcheidene Bedenken, ob in dieſem Entwurfe Lebenskraft ſich finde, noch mehr aber wurden ſie enttäuſcht, als gar die Stüve'ſche (hannov.) Zeitung bemerkte, daß allerdings frühere Bedenken unſerer Regierung nicht beſeitigt ſeien, dieſe indeß leicht hinaus interpretirt werden könnten, wie z. B. die Stellvertretung beim Heer. Dieſer Entwurf alſo genügt noch nicht, er iſt von vornherein dazu eingerichtet, wie die octroyirte preußiſche Verfaſſung, wenn ihr auch der bekannte §. fehlt, alles damit anzufangen, was die jeweilige Macht für das Wohl des Volkes für erſprießlich hält. Um das Maaß voll zu machen, octroyirt man ein Wahlgeſetz, welches ⅔ des Volkes ausſchließen wird, da bis jetzt unſere Gemeinderechte von ſehr, ſehr wenigen ausgeübt werden können. Käme ein Volkshaus wirklich nach dieſem Wahlgeſetze zu Stande, was wir bezweifeln, wenn man nicht Schele'ſche Minoritätswahlen legaliſiren will, ſo würden wir doch niemals die Rechtsbeſtändigkeit einer von dieſen Vertretern einer Minderheit revidirten Verfaſſung anerkennen können, ſo wenig als Herr Stüve vor ſeiner Berufung zum Miniſter das Landes-Verfaſſungsgeſetz von 1840 als zu Recht beſtehend betrachtete. Wie geſagt, wir zweifeln ſehr daran, ob je dieſer hannoveriſch-preußiſche Entwurf Lebensfähigkeit gewinnen wird, ſind deſſen aber gewiß, daß es nicht geſchieht, wenn unſere Stände darüber erſt befragt werden. Stüve hat verſchiedentlich ausgeſprochen, daß ſelbſt die Reichsgeſetze vor ihrer Rechtskraft in unſerm Lande erſt der Zuſtimmung der Stände bedürftig ſeien, wie vielmehr wird dies erſt bei einem Entwurfe der Fall ſein müſſen, der von einigen Miniſtern gemacht iſt.

ℨ **Von der Murg**, 4. Juni. Wenn man gegenwärtig der Stimmung des Landes nachſpürt, wenn auch zunächſt nur in beſchränkten Kreiſen, ſo wird man doch von überall her daſſelbe Bild malen können. Terrorismus von Seiten der Bewegungspartei, weniger von deren Führern, als von ihren Agenten oder, wie man ſie nennt, Civilcommiſſären; von Seiten des Landvolks und der gleichgültigen Stadtbürger Ueberdruß an dem Zwang, womit die perſönlichen Leiſtungen in Anſpruch genommen werden; von Seiten der Gemäßigten die Hoffnung auf Erlöſung. Dieſe Erlöſung denkt ſich jeder nach ſeiner Weiſe, entweder durch Intervention der größeren Staaten Deutſchlands, oder dadurch, daß der Aufſtand ſich von ſelber aufzehrt. Was das erſte betrifft, ſo iſt ganz ſicher, daß nur preußiſche Truppen einen wirklich ernſten Widerſtand von den unſrigen zu gewärtigen hätten; wenn alſo Preußen einſchreiten wollte, ſo müßte es gleich mit ſolcher Uebermacht kommen, daß es nicht nur den phyſiſchen Widerſtand von vornherein erdrücken, ſondern auch jeden Gedanken einer moraliſchen Auflehnung im Keim erſticken könnte; denn offen geſtanden, es gibt Wenige unter uns, die unparteiiſch genug wären, um das preußiſche Volk von ſeinem Miniſterium zu trennen, und in gleicher Weiſe gibt es ſehr Wenige, denen die deutſche Einheit über die Freiheit geht. Andere ſind, wie geſagt, der Meinung, man ſolle die Sache gewähren laſſen, man ſolle abwarten, das Ende ſei nicht fern; kein Geld in den Landeskaſſen, keine Luſt im Volke; die Kartoffeln im Topf ſeien dem Bauer auch bei uns aufs letzte lieber, als was er erſt durch die neue Freiheit erkaufen ſoll. Dieſe Freiheit wird auch gerade dem Bauer ſo recht ad oculos demonſtrirt. In unſerm Murgthal, in Gernſpach, wurde öffentlich ausgeſchellt, daß wer ſich im geringſten eine Kritik, oder gar eine anſtößige Aeußerung gegen die neue Regierung erlaube, ſogleich gefänglich eingezogen und unter den (willkürlichen) Richterſpruch des Civilcommiſſärs geſtellt werde. Und wenn man dieſe Civilcommiſſäre nach ihrer Mehrzahl kennt, ſo muß man ſelbſt an der ernſtlich gemeinten Mäßigung Brentanos zweifeln; denn auch er ernennt Leute ohne alle Achtung, ohne das geringſte Vertrauen, ehrloſe, bankerotte Flüchtlinge zu ſolchem Amt, in dem ſie ſich ſelbſt nur durch Schrecken erhalten können. Ein anderes Beiſpiel iſt folgende wahre Geſchichte, deren ähnliche ich Ihnen dutzendweiſe erzählen könnte. Ein Bäuerlein kommt nach Karlsruhe, und lieſt in einem Placat an einer Straßenecke die Unterſchriften der neuen proviſoriſchen Regierung; während er die Namen ſtudirt murmelt er vor ſich hin: Brentano — „nun, gegen den iſcht Nix zu ſagen“ — Peter — „ha, den kenn i nit“ — Gögg — „was an dem iſcht, weiß i nit“ u. ſ. f. Kurze Zeit darauf wurde das Bäuerlein arretirt, und auf dem Rathhaus wegen ſeiner öffentlichen Kritik der Regierung zur Rechenſchaft gezogen. Der Bauer antwortete ganz naiv und wahr: „er habe nun doch 20 Jahre lang die Freiheit gehabt, über die Regierung zu ſchimpfen, und nie ſei ihm das Geringſte zu Leid geſchehen; jetzt habe man die Freiheit und dürfe nicht mehr räſonniren.“ So fängt bereits das Volk an zur Einſicht zu kommen. Viel beſſer wirkt noch der Zwang zum erſten Aufgebot; wenn in manchen Ortſchaften die Söhne dieſem Gebot nicht folgen, ſo kommen Executionstruppen, theils Freiſchärler, denen mit dem Reſt der Staatskaſſen das Leben gefriſtet wird, theils Linientruppen, die ſich allerdings gegenwärtig ſehr gut zur Execution eignen, nur nicht zu etwas Beſſerem. Schon die Stellung des erſten Aufgebotes, noch viel mehr aber, wenn das zweite verlangt würde, bringt ganz ſicher die Contrerevolution. Daß ohnedies unſere Soldaten die ganze Geſchichte gewiſſermaßen eingeleitet haben, gibt der Sache den ſchlechteſten Halt, wenn man die Urtheile kennt, die über ſie gefällt werden, und wie es ſelbſt den Parteiführern nicht mehr gelingt, ſie in Ordnung zu bringen. Obgleich man glauben ſollte, ſie wären zu ſich gekommen von ihrem 14tägigen Rauſch, zu deſſen Verlängerung freilich die unbezahlten Einſtandsgelder ihr weſentliches Theil beitrugen, kommen doch noch oft Exzeſſe vor, und es iſt geſtern erſt ein Bataillon von Raſtatt ins Unterland abmarſchirt, da man in der Garniſon des böſen Geiſtes nicht mehr Herr werden kann. Das ſind keine Soldaten mehr: im vergangenen Jahre verthierte Söldlinge, jetzt beſoldete Thiere. So iſt nun Raſtatt nur nothdürftig beſetzt, kaum einer gewöhnlichen Garniſonsſtadt gleich. Und dies iſt eine Reichs- und Grenzfeſtung, die wegen ihrer eigenen fortificatoriſchen Unzulänglichkeit doppelt ſo viel als ſonſt gute, zuverläſſige Truppen gegen äußere Feinde nöthig hätte. Freilich gegen einen inneren Feind, d. h. gegen andere deutſche Truppen bedarf es keiner Beſatzung, denn die Raſtatter Bürger beabſichtigen nicht, ſich von Seiten der Reichstruppen einer Belagerung zu unterziehen. Uebrigens erwartet man jedenfalls Reichstruppen in Raſtatt, und wünſcht lieber Norddeutſche, z. B. Kurheſſen, Mecklenburger ꝛc., die die Reichsverfaſſung anerkannt haben, und den hier ſich umhertreibenden ſchädlichen Elementen weniger zugänglich ſind, als die Soldaten der Nachbarſtaaten. Die Feſtungsarbeiten ſind auf ein Minimum reduzirt und werden nächſtens wegen Mangel an Geld ganz eingeſtellt werden. Mehrere Tauſend Menſchen werden brodlos, die jüngeren ledigen Leute gehen natürlich unters Militär und zu den Freiſchaaren, ſo lange ſie dort noch etwas verdienen. An den vorgeſtern ſtattgehabten Wahlen zur konſtituirenden Verſammlung haben ſich faſt gar keine Gemäßigten betheiligt, da ſie kein Vertrauen zu den von der herrſchenden Partei vorgeſchlagenen und des Erfolges ſicheren Individuen haben können.

Kaſſel, 4. Juni. Für die Wahl eines Nationalvertreters des vierten Wahlbezirks (Fritzlar — an Jordans Stelle) iſt Termin auf den 10 d. M. beſtimmt. (Von wem?) (Kurh. Vlksz.)

Gotha, 3. Juni. Der Staatsminiſter v. Stein hat über die Conferenz, welche am 30 Mai zu Weimar ſtattgefunden und von den Miniſterialvorſtänden der thüringiſchen Staaten (Weimar, Gotha, Meiningen, Altenburg, Schwarzburg und Reuß) beſchickt geweſen, der hieſigen Abgeordnetenverſammlung folgende Mittheilungen gemacht: Die thüringiſchen Staatsregierungen haben ihre gegenwärtige und künftige Stellung zur Nationalverſammlung und Centralgewalt in ernſtliche Erwägung gezogen und den Grundſätzen, welche das hieſige Miniſterium in der deutſchen Sache bis jetzt befolgt hat, ungetheilten Beifall gezollt. Demgemäß erkennen ſie die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung nur inſofern als verbindlich an, wenn ſie formrichtig von der Centralgewalt zur Ausführung gebracht werden. Sollten jedoch beide Gewalten, die geſetzgebende und die vollziehende, nicht in Uebereinſtimmung handeln, ſo könnten allenfalls die einzelnen Staatsregierungen einzelne deutſche Fragen auf dem Wege der Specialgeſetzgebung erledigen. Die Beeidung auf die deutſche Reichsverfaſſung erkennen die thüringiſchen Staatsregierungen nicht für nothwendig an; doch liege auch kein Grund vor, es zu verhindern, wenn einzelne Corporationen einen ſolchen Eid ablegen wollen. Da jedoch auf jeder Seite der Verfaſſung Beſtimmungen vorkommen, die man vernünftigerweiſe gar nicht beſchwören könne, inſofern ſie nicht zur

Wahrheit geworden ſeien, ſo erſcheine allerdings ein ſolcher Schwur bedenklich. Während der Verhandlungen langte die königlich preußiſche Note mit dem vereinbarten Verfaſſungsentwurfe in Weimar an, und man erkannte, nach Vergleichung mit den Frankfurter Beſchlüſſen, mit einiger Befriedigung an, daß dieſer Entwurf doch eigentlich kein octroyirter ſei; aber man konnte ſich auch nicht verhehlen, daß die Hoffnung der Reichsbildung damit vernichtet oder doch in ungewiſſe Ferne gerückt werde, und den Regierungen, insbeſondere der kleinen Staaten, nur noch die Möglichkeit bleibe, die weſentlichen Wohlthaten der Frankfurter Verfaſſung, wie in unſerm gothaiſchen Grundgeſetz bereits geſchehen, den einzelnen Staatsangehörigen zu gewähren. Demnächſt wollen ſich die Bevollmächtigten der thüringiſchen Staatsregierungen abermals zuſammenfinden, um die ſchwierige Frage in Berathung zu ziehen, wie man unter den gegenwärtigen Verhältniſſen mit Preußen und Sachſen in freundlichem Verkehr bleiben könne. (D. A. Z.)

Rendsburg, 31. Mai. Das bei der Reichsarmee gegen Dänemark ſtehende Bataillon großherzoglich badener Infanterie, welches in der letzten Zeit keinen Sold von Hauſe aus bezahlt erhalten hatte, iſt jetzt in ſchleswig-holſteiniſchen Sold getreten. Die Rückſtände ſind demſelben bereits ausbezahlt worden. (?) (D. Rchsz.)

* **Hamburg**, 2. Juni. Die Börſenhalle enthält folgende dringende Anfrage an die deutſchen Marinebehörden: „bekanntlich war es bis jetzt den kleineren Küſtenfahrzeugen möglich, ihre Reiſen über das Watt ungehindert zu vollführen, weil die Dänen nicht im Stande waren, mit ihren Kriegsſchiffen ſich den ſeichten Küſtengewäſſern ſo weit zu nähern, daß es ihnen möglich geweſen wäre, auch nur ein einziges dieſer kleineren Schiffe zu erreichen. Nach dem Berichte des Bremer elektromagnetiſchen Telegraphen ſollen nun aber dennoch die Dänen gewagt haben, eine Jacht und einen Schooner zu dem Zwecke zu verwenden, unſere Küſtenfahrer von dem Watt zu vertreiben. Sollte es möglich ſein, daß Deutſchland die Schmach zu ertragen gezwungen ſei, ſich durch 2 erbärmliche kleine feindliche Fahrzeuge ſeiner Küſtenſchifffahrt berauben zu laſſen? Beſitzt Deutſchland noch nicht einmal die Mittel zur See, um ſich eine däniſche Jacht und einen Schooner vom Leibe zu halten? Geſtern hat das däniſche Kriegsdampfboot „Geiſer" eine engliſche, in der Mündung des Elbfluſſes ankernde Kohlenbrigg zur Priſe gemacht und ſind ſämmtliche geſtern ausgelaufene Fiſcherböte von den Dänen mit dem Befehl zurückgewieſen worden, ſich nicht wieder hinauszuwagen! Wie lange ſoll ſich Aehnliches im nahen Bereiche der deutſchen Kriegsdampfboote zutragen? Wir richten dieſe Fragen an das deutſche Marineminiſterium oder an wen ſonſt es angeht, und hoffen, daß man, ſtatt aller Antwort, ungeſäumt die nöthigen Anſtalten treffen wird, wenigſtens jene winzigen Kriegsböte von der Küſte zu vertreiben."

Hamburg, 2. Juni. Wir ſind im Stande, mit vollkommener Zuverläſſigkeit anzugeben, daß die Zahl der Verhaftungen in Petersburg nur einige 30 betragen hat. Minder beſtimmt, jedoch ebenfalls aus vorzüglicher Quelle, wird uns die Mittheilung, daß mehrere von den eingezogenen jungen Ruſſen mit Cauſſidiere und Louis Blanc Verbindungen angeknüpft hatten. Es iſt auch bemerkenswerth, daß die hieſige ruſſiſche Geſandtſchaft directe Mittheilungen aus Petersburg über jene Vorfälle nicht erhalten hat. (Köln. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 4. Juni. Die Times hat ſich wieder einmal in ziemlich ſtarkem Grade myſtificiren laſſen. Nachdem ſie eben erſt mit wichtiger Miene das Publikum durch die etwas befremdliche Nachricht überraſchte, daß der Graf von Montemolin ſich mit der ſchönen Tochter des Hrn. Spencer de Horſey verlobt habe, veröffentlicht ſie in der heutigen Nummer ein Schreiben des Marquis von Villafranca, worin mit dürren Worten geſagt wird, daß an der ganzen Geſchichte nichts ſei. Auch erklärt die Times, von der Familie der jungen Dame zu demſelben Widerſpruch ermächtigt zu ſein. Endlich theilt ſie noch ein Schreiben von Karl Louis, Grafen von Montemolin ſelbſt mit, worin derſelbe, mit Bezug auf eine weitere Mittheilung der Times, aufs entſchiedenſte in Abrede ſtellt, daß er ſich in irgendwelche formelle Verhandlungen mit der Regierung zu Madrid eingelaſſen habe, da die vorläufigen von dieſer Regierung ihm geſtellten Bedingungen mit der Ehre nicht verträglich geweſen, d. h. wie der Prinz weiter erläutert mit der Ehre Aller. Ueberhaupt enthält das Schreiben eine Menge ſchöner Redensarten, wie ſie dieſen hohen Herren geläufig zu ſein pflegen, z. B. er habe nie ſeinen Privatvortheil im Auge gehabt, um ſo mehr aber das Glück und den Frieden des Vaterlandes, und es ſei nicht ſein Fehler, wenn er bisher noch kein für alle Parteien gleich ehrenvolles Abkommen mit der ſpaniſchen Regierung habe treffen können. Schließlich verſichert Montemolin, er könne in dieſer Hinſicht noch Vieles offenbaren, aber ein Gentleman dürfe Niemand kompromittiren, ſelbſt ſeine Widerſacher und Feinde nicht. Uebrigens ſcheint aus einer Notiz des Morning Chronicle hervorzugehen, daß Montemolin wirklich um Miß de Horſey angehalten hat, daß man aber über den Heirathsvertrag nicht einig geworden iſt.

Frankreich.

* **Paris**, 4. Juni. Die römiſche Angelegenheit, die zu einer ſolchen Verwickelung gediehen iſt, daß Niemand einen Ausweg vorausſieht oder nur einen Rath zu geben wagt, füllt mehr und mehr die erſten Spalten der Pariſer Journale. Der heutige National bringt die Antwort Mazzini's auf die bekannten vier Punkte, in welcher die Vorſchläge des Hrn. v. Leſſeps entſchieden zurückgewieſen werden und in welcher Frankreich aufgefordert wird, ſich entweder entſchieden für oder entſchieden gegen die römiſche Republik oder ſtreng neutral zu erklären, damit Rom ſeine Kräfte gegen die Oeſterreicher und gegen die Neapolitaner wenden könne. Die miniſteriellen Blätter ſchieben in der römiſchen Angelegenheit alle Schuld auf Mazzini, den auch Herr v. Leſſeps in ſeiner Depeſche, die er bekanntlich direkt an die römiſche Nationalverſammlung adreſſirte, ziemlich deutlich als einen Verräther bezeichnete und den er offenbar auch im Sinne hatte, als er in derſelben Depeſche behauptete, man habe ihn, den Mann des Friedens, bereits den Dolchen der Mörder bezeichnet. Man iſt außerordentlich geſpannt auf die demnächſt ſich eröffnenden Debatten der Nationalverſammlung über die römiſche Angelegenheit. Wir erwähnen hierbei, daß der Repräſentant James Demontry bereits eine Petition von Einwohnern von Beſancon überreicht hat, worin die Verſetzung des Präſidenten der Republik und ſeiner Miniſter in Anklagezuſtand verlangt wird wegen Verletzung der Artikel 5, 54 und 68 der Verfaſſung.

Die Truppeneinſchiffungen in Marſeille und Toulon dauern den neueſten Nachrichten zufolge ununterbrochen fort. Der Bruch der ſocialiſtiſchen Partei, wie ſie in der Republik, der Revolution democratique et ſociale und der Vraie Republique repräſentirt iſt, mit Proudhon ſcheint ganz vollſtändig zu ſein. Die Revolution democratique et ſociale ſagt heute am Schluß einer förmlichen Kriegserklärung an Proudhon: „Der Zauber, der nur zu lange die desorganiſirende Thätigkeit des Bürgers Proudhon umgeben und beſchützt hat, wird ſeinen Fall nur um ſo auffallender und entſcheidender machen. Das republikaniſche Frankreich verſchmäht unnatürliche und zweideutige Bündniſſe und der Socialismus iſt ſtark genug um zu ſiegen, ohne compromittirende Bundesgenoſſen unter den Beſiegten vom 13. Mai zu ſuchen." (Proudhon wurde bekanntlich bei den letzten Wahlen in Paris nicht gewählt, allein, wie er ſelbſt angibt, nur weil er freiwillig verzichtet hatte.)

Es heißt, daß die Botſchaft des Präſidenten erſt übermorgen verleſen werden wird. Dieſelbe ſoll ganz von der Hand Louis Bonapartes geſchrieben und 32 Blätter ſtark ſein. An Stelle des zum Miniſter ernannten Vicepräſidenten v. Tocqueville wird ein neuer Vicepräſident erwählt. Napoleon Daru erhielt 363 Stimmen, welches wohl die Majorität der vorhandenen Mitglieder, aber nicht die der 750, aus denen die Nationalverſammlung beſteht, ausmacht. Die Nationalverſammlung entſcheidet, daß zur Gültigkeit der Abſtimmungen überhaupt die abſolute Majorität (die Hälfte plus Eins) erforderlich ſei. Die beantragte parlamentariſche Unterſuchung der Wahlen des Departements Vaucluſe wird verworfen. Die Prüfung der Wahlen wird fortgeſetzt. Die des Departements Lot et Garonne geben zu längeren Debatten Veranlaſſung, an denen beſonders Emanuel Arago und Baze Theil nehmen. Erſterer verlangt eine Unterſuchung.

Italien.

* **Turin**, 31. Mai. Man lieſt in der Opinione: Am 28. Mai iſt ein öſterreichiſcher Offizier mit einer Depeſche des Fürſten Schwarzenberg hier eingetroffen, worin die Beſetzung von Genua und den Feſtungen an der franzöſiſchen Grenze durch eine gemiſchte öſterreichiſch-piemonteſiſche Garniſon verlangt wird. Die Miniſter

haben ſich nach einer langen Berathung für die Verweigerung dieſes Anſinnens ausgeſprochen, welches auf einen bevorſtehenden Bruch Oeſterreichs mit Frankreich hindeutet.

*Rom, 26. Mai. Die Diviſion Roſelli 4—5000 Mann ſtark iſt von Velletri eingetroffen. Das Volk begrüßte ſie mit lebhaftem Jubel. Garibaldi bleibt an der neapolitaniſchen Grenze um den König zu überwachen. Alle Güter des Königs von Neapel oder ſeiner Familie ſind konfiscirt worden, um zur Entſchädigung für die neapolitaniſche Invaſion verkauft zu werden. Die franzöſiſche Regierung hat den Römern für die zurückgegebenen 500 Gefangenen ein vollſtändiges Feldlazareth geſchickt. Die Römer, um an Großmuth nicht zurückzuſtehen, überſandten darauf den Franzoſen drei Wagen voll Cigarren und verſprachen, dieſe Sendung zu wiederholen.

Schweden.

Schonen, 29. Mai. Die letzten Stockholmer Zeitungen bringen die Nachricht, daß nach Carlskrona der Befehl abgegangen, daß außer der vorher ſchon zum Auslaufen im Junimonat commandirten Flottille, mehrere größere Kriegsſchiffe aufs ſchleunigſte ausgerüſtet werden ſollen.

Dänemark iſt jetzt von einer Verwickelung anderer Art bedroht. In Kopenhagen heißt es nämlich im Laufe dieſer Tage allgemein, der König wolle das neue liberale Grundgeſetz vor Beendigung des Krieges nicht unterzeichnen. Welche Unruhe eine ſolche Weigerung des Königs in ganz Dänemark hervorrufen muß und zum Theil ſchon gethan hat, iſt nicht ſchwer einzuſehen. Man ſieht darin ruſſiſche Machinationen und bringt es mit der erwarteten Ankunft des ruſſiſchen Großfürſten-Thronfolgers in Verbindung, zu deſſen würdiger Empfangnahme ſowohl auf Chriſtiansborg wie auf Fredriksborg die nöthigen Vorkehrungen getroffen worden.

Das Städtchen Lidköping am Mälarſee iſt zum größten Theile ein Raub der Flammen geworden. In der Nacht vom Dienſtag auf Mittwoch brach daſelbſt Feuer aus, und die ſogenannte Altſtadt mit der Kirche brannte faſt ganz ab. Der Schade ſoll ſehr bedeutend ſein, da ſehr viel Getreide und große Vorräthe von Häringen, Salz und andern Handelswaaren aufgeſpeichert waren. (Lüb. Z.)

Ungarn.

Während man von der Armee unter Haynau nichts anderes erfährt, als daß die Ruſſen, nach und nach vorrückend, ſich von Tyrnau aus mit dem linken Flügel vereinigt haben, mehren ſich die blutigſten Gefechte zwiſchen der Südarmee und den Inſurgenten an der untern Donau — vorerſt nur einzelne Kämpfe, von den Grenzern und Serben einerſeits, und den Streifcolonnen der Inſurgenten unter Perczel andererſeits geliefert, welche nach Privatnachrichten ſchon die Folge hatten, daß der in Kriegsſachen höchſt einfältige, Bems Rathſchläge nicht beachtende Perczel, in Pantſchowa von allen Seiten umringt, ſich kaum wird durchſchlagen können. Jellacic ſendete einen amtlichen Bericht über das ſiegreiche Gefecht zwiſchen Oberſt Mamula, der einige Bataillone Gränzer befehligt, und der Peterwardeiner Beſatzung, welche einen Ausfall machte, zurückgeſchlagen wurde, und nun von den Kaiſerlichen eng cerniet iſt. Man iſt indeſſen auf den Zuſammenſtoß der Ruſſen mit Bem geſpannt, welcher nun bald erfolgen und für Siebenbürgen entſcheidend ſein könnte. (Allg. Z.)

Preßburg, 31. Mai. Alle bisherigen Angaben in öffentlichen Blättern über den Einzug der Ruſſen in Tyrnau waren falſch, und beruhten blos auf unbedeutenden Vorkehrungen, die zu deren Aufnahme getroffen wurden; geſtern iſt der Einzug in Neuſtadtl an d. Waag wirklich erfolgt. Ich war Augenzeuge. (C. Bl. a. B.)

Das Puchner'ſche Corps, nahezu 12,000 kampffertige Soldaten und 54 Kanonen, iſt wirklich ohne Schwertſchlag wieder in die Wallachei zurückgekehrt, die ſich auch mit Flüchtlingen aus der von den Magyaren beſetzten Gegend von Orſova füllt. Welchen Begriff werden die Türken von öſterreichiſcher Machtvollkommenheit bekommen! Dieſes Corps hatte mit dem größten Mangel an aller Verpflegung zu kämpfen; es war nur mit Banknoten verſehen, die auf dem Lande gar nicht, in den Städten nur mit Verluſt angenommen wurden, und die beliebte Bezahlung mit Quittungen ließ ſich hier doch nicht durchführen!

Polen.

Warſchau, 29. Mai. Des Czaren hat ſich ſchon ſeit längerer Zeit in Folge ſichtlicher Kränklichkeit eine ſehr trübe Stimmung bemächtigt, unter der ſeine Umgebung ſehr leidet. Bei ſeiner jetzigen Anweſenheit tritt dieſe Geiſtesveränderung noch auffallender hervor, als früher; es äußert ſich in ſeinem Betragen gegen ſeine Umgebung ein Mißtrauen, das dieſem kräftigem, ſelbſtvertrauenden Charakter ſonſt nie eigen war, und merkwürdiger Weiſe iſt dieſes Mißtrauen gerade gegen den am meiſten rege, den er faſt nie aus ſeiner Nähe entläßt — gegen Orloff. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Czar erſt nach langem Kampfe ſich zu der Intervention in Ungarn entſchloſſen hat und daß ihn der Ausgang dieſes Krieges mit großer Beſorgniß erfüllt; der Czar iſt vielleicht der letzte, der die wahren Kräfte Rußlands überſchätzt, beſonders nachdem er jetzt ſich von dem Zuſtande ſeines Heeres perſönlich hat überzeugen können. Wie ganz Europa über die Ausrüſtung der ruſſiſchen Truppen ſich täuſchte, ſo war auch er durch die ihm vorgelegten Berichte getäuſcht. Mit Ausnahme der Garde und der wenigen Linienregimenter, die ihm bei ſeinen Inſpectionsreiſen vorgeführt zu werden pflegten, ſind die Soldaten ſchlecht genährt, ſchlecht gekleidet und noch ſchlechter armirt. Mit Ausnahme der Jäger, die Büchſen mit Percuſſion führen, haben ſämmtliche Infanterie- und Cavallerie-Regimenter noch alte Gewehre mit Feuerſchlöſſern. Der Geiſt der Truppen, welche wir hier geſehen haben, iſt kein kriegsmuthiger, kein ſiegesgewiſſer, — ſie werden im Feuer ſtehen, ſie werden kaltblütig dem Feinde entgegengehen, aber der Enthuſiasmus, der zum Siege führt, fehlt. Was den Czaren nicht minder beſorgt macht, iſt die Volksſtimmung im Königreich, und in Warſchau ſelbſt. Was auch in den deutſchen Zeitungen über die Niedergedrücktheit der Polen geſchrieben werden mag, iſt erdichtet; ein Gang durch die Straßen Warſchaus nur kann Jeden von dem Gegentheile überzeugen. Die Ruſſen verkennen das nicht und die Kerker würden ſich vielleicht jetzt füllen, wenn man nicht fürchtete, durch ſolche Maßregeln das Ungewitter nur früher und fürchterlicher heraufzubeſchwören. Ruſſiſche Truppen ſtehen im Königreich überhaupt, und in Warſchau namentlich, jetzt nur wenig, vielleicht nicht mehr über 50- bis 60,000 Mann im Ganzen. (Gaz. pol.)

Rußland.

Petersburg. Der Kaiſer hatte vor ſeiner Abreiſe von hier die ruſſiſchen und polniſchen Biſchöfe nach Petersburg berufen. Aus Polen wurden die Biſchöfe Holowinski, Borowski und Zylinski berufen. Der erſte dankte im Namen Aller für die ihnen erwieſene Gnade und bemerkte, ſie würden auf dem Wege des Glaubens, des Gewiſſens, auf dem Wege der Liebe und Ueberzeugung das Volk zur Ruhe und zum Gehorſam leiten und dem Geiſte der Anarchie entgegenarbeiten und glauben, ſo dem Willen Sr. Maj. des Kaiſers nachzukommen. Der Kaiſer drückte ihm die Hand und ſagte unter Anderem: „Ich will keinen neuen Glauben. Man hat im Auslande einen neuen katholiſchen Glauben erfunden, dieſen habe ich in mein Reich nicht einführen laſſen, denn dieſe Neuerer ſind die größten Aufwiegler. Ohne den Glauben kann nichts beſtehen. Was aus den Menſchen wird, wenn ſie keinen Glauben haben, das ſehen wir im Weſten, welchen Unſinn begehen ſie dort. Als ich von Rom zurückkehrte, habe ich das Alles vorhergeſagt. Der Glaube iſt im Weſten völlig verſchwunden; dies beweiſt, wie man jetzt den Papſt behandelt. Nur in Rußland herrſcht der wahre Glaube, und ich hoffe (hier bekreuzte ſich der Kaiſer), daß dieſer heilige Glaube ſich erhalten wird. Ich habe dem verſtorbenen Papſt Gregor XVI. geſagt, was er noch von Niemanden gehört hatte. Der jetzige Papſt iſt ein redlicher Mann und hat guten Willen gehabt, aber er gab anfangs dem Zeitgeiſte zu viel nach. Der König von Neapel iſt ein guter Katholik; man hatte ihn beim Papſt verleumdet, und nun muß er doch bei ihm Zuflucht ſuchen.“ Biſchof Holowinski: „Majeſtät! Den heiligen Vater haben die Verhältniſſe dazu bewogen, man konnte dem Zeitgeiſte nicht widerſtehen.“ Der Kaiſer: „Möglich! Alle dieſe Unruhen kommen daher, daß der Glaube fehlt; ich bin kein Fanatiker, aber ich glaube feſt. Im Weſten gibt es nur zwei Alternative, entweder der Fanatismus oder die völlige Gottloſigkeit. (Hier wandte er ſich an die polniſchen Biſchöfe.) Sie ſind die Nachbarn dieſer Verkehrten, ihr Beiſpiel ſollte Ihnen zur Lehre dienen. Sollten Sie, meine Herren, irgend Hinderniſſe finden, ſo wenden Sie Sich an Mich. Meine ganze Macht will ich anwenden (hier erhob er die geballte Fauſt), um dieſe Fluth des Unglaubens und des Aufruhrs aufzuhalten, welche ſich immer mehr verbreitet und auch in meine Länder einzubringen ſtrebt. Der Revolutionsgeiſt gewinnt durch die Gottloſigkeit

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Einſtellung der Fahrten auf der Main-Neckarbahn). Wien (Gerüchte. Der ungariſche Krieg. Die Stimmung der Stadt. Verhaftungen. Die Verpflegung der ruſſiſchen Armee. Ungariſche Nachrichten. Graf Giulay. Die Königin von Griechenland. Kaiſer Ferdinand. Vermiſchtes). Berlin (Die Königin von Griechenland. Unterhandlungen mit Baiern und Baden. Der Erzherzog Johann und der König von Preußen. Der neue Bund. Hr. Waldeck. Auch eine Majeſtätsbeleidigung. Hr. Eſſer. Nachrichten aus Petersburg. Die emigrirten badiſchen Officiere. Auffindung von Waffen). Stettin (Das octroyirte Wahlgeſetz). Koblenz (Unterſuchung gegen den Stadtrath). München (Baiern und Preußen. Meinungen des Hrn. v. d. Pfordten). Speier (Auflöſung des Gemeinderaths). Aus Sachſen (Bericht der ſtädtiſchen Deputation aus den Aufſtandstagen. Vormärzliches.) Worms (Die Stadt ohne militäriſche Beſatzung). Gotha (Beſchluß der Kammer in der Verfaſſungsfrage. Neuwahl zur Reichsverſammlung). Wiesbaden (Die Kammer). Aus Mecklenburg (Die Regierung und die Reichsverfaſſung). Eckernförde (Engliſches Kriegsdampfſchiff).

Frankreich. Paris (Die Verzögerung der Botſchaft des Präſidenten. Truppen an der Oſtgrenze. Verſtärkung der Expeditionsarmee im Kirchenſtaat).

Italien. (Die Lage der Dinge in Rom).

Dänemark. Kopenhagen (Die Kriegführung. Civilliſte. Verurtheilung von Schiffen.)

Ungarn (Die Ruſſen nach Oedenburg. Die Magyaren concentriren ſich um Raab.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 7. Juni).

Deutſchland.

Frankfurt, 7. Juni. Seit geſtern Nachmittag iſt der gewöhnliche Verkehr ſowohl auf der Main-Neckar-, als auf der Offenbacher Bahnſtrecke eingeſtellt, da alle disponibeln Wagen und Lokomotive noch geſtern Nachmittag und Abend auf Befehl des commandirenden General v. Schäffer nach Darmſtadt geſchafft worden ſind, um dort, muthmaßlich für Truppentransporte zur Verfügung zu ſtehen; zunächſt ſollen 3000 Baiern von Aſchaffenburg in Darmſtadt erwartet ſein. Als Veranlaſſung zu dieſen Vorkehrungen erzählt man, die Aufſtändiſchen in Baden hätten ſich wiederum mit großer bewaffneter Macht der heſſiſch-badiſchen Grenze genähert und Weinheim, Hemsbach ꝛc. beſetzt. (O. P. Z.)

△ **Wien,** 3. Juni. Gerüchte ſonderbarer Art tauchen auf. So ſoll von dem Banus eine dringende Aufforderung an Seine Majeſtät ergangen ſein, die Operationen ſo ſchnell als nur immer möglich, und ohne weitere Rückſichten beginnen zu laſſen, da ſeine Armee durch viele falſche Nachrichten, aber beſonders durch den Fall Ofens, ſehr entmuthigt worden ſei, wozu noch die ſtark auftretende Cholera beitrage. In Folge davon ſollen an alle Corps-Commandanten durch kaiſerliche Adjutanten die Befehle ergangen ſein, den Angriff zu beſchleunigen, und zu gleicher Zeit vorzurücken. Zugleich bringt die Preſſe wiederholt die Nachricht, daß unſere Truppen wieder dieſſeits der Waag ſtehen, warum, können wir uns nicht erklären, da kein Zuſammenſtoß von Bedeutung ſtattgefunden zu haben ſcheint. Auch in der Schütt haben die Plänkeleien und Vorpoſtengefechte ſeit acht Tagen aufgehört; in Preßburg erwartet man die Ruſſen ſtündlich, es iſt dort ſchon Quartier für ſie gemacht. Außer Oedenburg, Güns ꝛc., ſpricht man nun auch von einer ruſſiſchen Beſatzung für Prag, wo ſich die Nationalſympathieen bereits, wie in einem Theile Mährens, ſo ſtark regen ſollen, daß große Nachfrage nach ruſſiſchen Sprachlehrern iſt, um ſo ſchnell als möglich die Sprache des Stammverwandten zu erlernen! Die czechiſchen und übrigen ſlaviſchen Demokraten ſcheinen darüber mehr Unruhe zu empfinden, als unſere Regierung. In Croatien z. B. iſt die Stimmung wieder ſo gereizt, daß Katzenmuſiken an der Tagesordnung ſind. In Holitſch an der ungariſch-mähriſchen Grenze wird die Ankunft des Kaiſers erwartet, und dem Vernehmen nach ſoll er wirklich die Abſicht haben, nächſte Woche ſich dahin zu begeben, um dem Kriegsſchauplatz näher zu ſein. Görgey hat einen Offizier der Ofner Beſatzung für ſechs Wochen auf ſein Ehrenwort ſich wieder zu ſtellen entlaſſen; er iſt in Altenburg im Hauptquartier des Grafen Schlick eingetroffen, und gibt den Verluſt an Offizieren in Ofen auf 22 an. Der Ermordung aller kroatiſchen Offiziere widerſpricht er, nur drei davon ſollen durch die Eigenmächtigkeit eines Honved-Offiziers niedergemacht worden ſein, den Görgey, als er es erfuhr, ſogleich verhaften ließ. Briefe vom 29. aus Peſth ſagen, daß die ganze Donauzeile ein Trümmerhaufen iſt, und daß die Stadt bei dem Bombardement vom 15—16., wo Ofen gar nicht angegriffen worden ſei, (?) am meiſten gelitten habe. In Preßburg macht die Cholera, die ſich bisher auf die Militärſpitäler beſchränkte, ſtarke Fortſchritte. Der hieſige Vice-Stadthauptmann v. Feſtenberg, der ſich ſeit einigen Wochen dort im Hauptquartier befand, iſt ein Opfer derſelben geworden. Auch hier kamen wieder einige, jedoch vereinzelte Fälle vor. Im Ganzen erkrankten bis zum 2. 22 Perſonen, wovon nur vier ſtarben. Heute erſchien eine Bekanntmachung des Magiſtrats; man wiſſe, heißt es darin, daß hier noch Waffen verborgen gehalten werden, man rufe alſo alle „Gutgeſinnten“ auf, die Verheimlicher von Waffen anzugeben, und verſpricht dafür zehn pCt. des Werthes der Angabe, und Verſchweigung des Namens des Angebers. Die Stimmung der Bevölkerung iſt hier äußerlich vollkommen ruhig, daß es aber unter der Aſche fortglüht, dafür bürgen ſchon allein die täglichen zahlreichen Verhaftungen. So wurde in der geſtrigen Nacht wieder ein wohlhabender Bürger und Eigenthümer einer Apotheke am Kohlmarkt verhaftet, weil er in Gegenwart mehrerer Perſonen das Bild Koſſuth's in ſeiner Wohnung mit Lorbeeren umkränzt und hinter demſelben den Banus Jellacic bildlich aufgehängt hatte. Was ihn ernſtlicher beſchwert, iſt, daß man mehrere Waffen bei ihm fand. So leiſe und vorſichtig ſich auch im Allgemeinen die Nüchternen ausſprechen, ſo ſicher kann man darauf rechnen, daß jeder Betrunkene ein Eljen Koſſuth vernehmen läßt, und die Sicherheitswache iſt dadurch in beſtändiger Bewegung. Auch kommt es wohl vor, daß ſich die Menge in den Vorſtädten zuſammenrottet und den Verehrer Koſſuth's gegen ſeine Verfolger in Schutz nimmt.

Die Verpflegung der ruſſiſchen Armee ſoll in Galizien ſchon mit ſehr bedeutenden Schwierigkeiten verknüpft ſein; wie ſie erſt in Ungarn durchgeführt werden ſoll, bleibt ein Problem, da die Ungarn ſelbſt alle Feldfrüchte und ſonſtigen Nahrungsſtoffe an ſich gebracht haben, und den Grundſatz feſtzuhalten ſcheinen, ihre Vorräthe lieber zu vernichten, als ſie in die Hände der Sieger fallen zu laſſen, wodurch ſie freilich ſich ſelbſt am empfindlichſten ſtrafen könnten.

* **Wien,** 3. Juni. Die Avantgarde der Südarmee hat die Theiß bei Titel paſſirt und Perlaß genommen, welche Poſition den Stützpunkt der ferneren Operationen bilden dürfte. Um den Haß gegen die Ruſſen zu erhöhen, fachen die Magyaren den religiöſen Fanatismus an, nachdem der politiſche bereits zum Theil verraucht iſt. Die Ruſſen, ſagen ſie dem Landvolke, hätten es auf Unterdrückung der katholiſchen Religion abgeſehen. Die gute Disciplin der ruſſiſchen Truppen wird ſehr gerühmt, ebenſo fallen die fröhlichen und gemüthlichen Lieder, die ſie auf dem Marſche ſingen, angenehm auf, und dies umſomehr, als letzteres in neuer Zeit bei unſern Truppen zum Nachtheil des hervorzurufenden guten Geiſtes vermißt wird. Man bezeichnet den Grafen Gyulai, Gouverneur des Küſtenlandes, als künftigen Civil- und Militär-Gouverneur des lombardiſch-venetianiſchen Königreichs. Graf Gyulai hat ſich in Trieſt die allgemeinſte Achtung und Zuneigung zu erwerben gewußt. Dagegen will die heutige Oſtdeutſche Poſt wiſſen, Graf Gyulai ſei zum Kriegsminiſter deſignirt und nur zwiſchen ihm und F.-M.-L. Schönhals die Wahl noch unentſchieden. Die Königin von Griechenland beſchäftigt fortwährend die Sorgfalt des Hofes und die Aufmerkſamkeit des Publicums. Unter den Hofdamen der Königin befindet ſich eine edle Griechin von ſeltener Schönheit, die durch das Nationalcoſtüm noch mehr hervorgehoben wird. Geſtern ſtattete der Kaiſer einen Beſuch bei der Königin ab. Am 29. v. M. ſind J. J. M. M. Kaiſer Ferdinand und Maria Anna unter den Freudenbezeugungen der Bevölkerung in Innsbruck eingetroffen. Unlängſt iſt es geſchehen, daß eine Stadtbehörde einem Juden, welcher eine Liegenſchaft erwerben wollte, die Erlaubniß hierzu verweigerte, ſo daß der Jude ſich bis an die oberſten Behörden wenden mußte, um in den Beſitz ſeines Rechts zu gelangen. Das Juſtizminiſterium erließ als Antwort auf dieſen Recurs ein Decret, worin es mit Beziehung auf den §. 1. der Grundrechte und §. 30 der Reichsverfaſſung die Zweifel der Behörde als unbegründet zurückwies.

Berlin, 5. Juni. Ihre Majeſtät die Königin von Griechenland iſt heute angekommen und im Hotel du Nord abgeſtiegen. Nachmittags 2 Uhr ſollte große Tafel in Sansſouci ſein.

Conſt. Corr. **Berlin,** 5. Juni. Der bairiſche General v. d. Mark ſoll hier eingetroffen ſein, um preußiſche Hülfe zur Wiedereroberung der Pfalz zu erbitten, und ſoll gleichzeitig hierzu die Zuſtimmung

der Centralgewalt in Frankfurt überbracht haben. In Folge deſſen rückt morgen am 6. Juni das Corps des Generals Hirſchfeld mit 23 Bataillons incl. Cavallerie und Artillerie etwa 25,000 Mann von Kreuznach in die Pfalz ein und marſchirt direct auf Landau. Die Truppen werden auf dem Requiſitionswege verpflegt. Das Corps des Generals Holleben auf dem rechten Rheinufer unter dem Obercommando des Gen. Gr. Gröben mit 30 Bataillons und entſprechender Artillerie und Kavallerie wird einige Tage ſpäter über Darmſtadt und Baden einrücken. Von badiſcher Seite ſoll eine ſehr befriedigende Erklärung in Betreff des künftigen Beitritts zur Reichsverfaſſung vom 28. Mai eingegangen ſein. Die altbaieriſchen bisher im Lager bei Nürnberg concentrirten Truppen (angeblich 12 — 15,000 Mann) ſollen am 14. Juni über Aſchaffenburg nach der Pfalz nachrücken. Für den Marſch durch Würtemberg fürchtet man den Contact mit den dortigen auch vielleicht ſchon ſchwankenden Truppen. Das Lager der Truppen bei Donauwörth verbleibt vorläufig, weil man ihrer nicht durchweg ſo ſicher ſein ſoll, wie der Truppen im Nürnberger Lager.

Die Volkshalle und mehrere andere Blätter, ebenſo wie das Reichsminiſterium ſelbſt, ereifern ſich über die Zudringlichkeit Preußens, dem Reichsverweſer das Heft aus den Händen zu reißen. Wir erfahren aber aus ſehr guter Quelle, daß ſchon im Monat April der Reichsverweſer ſich auf das dringendſte an die Regierung und ſelbſt direct in Handſchreiben an den König gewendet haben ſoll, er möge die Centralgewalt aus ſeinen Händen übernehmen. Der König lehnte damals aus Gewiſſenhaftigkeit ab, weil er erſt das Einverſtändniß anderer Fürſten ſich vergewiſſern wollte. Als dies bei den Königen von Hannover und Sachſen erreicht war und nun endlich die Ereigniſſe unabweislich dahin drängten, die Reichsgewalt in die Hand übergehen zu laſſen, die allein zur Zeit die Macht und den natürlichen Beruf dazu hatte, da hatten ſich zwiſchenzeitlich die öſterreichiſchen Einflüſſe auf den Erzherzog ſo weit geltend gemacht, daß er nun entſchieden ablehnte, was er früher aus freien Stücken angeboten hatte. Wir beklagen, daß die Rathgeber des Erzherzogs, der ſo große und unvergeßliche Verdienſte um die deutſche Sache ſich erworben hatte, ihn bewegen konnten, ſich zum Werkzeug der öſterreichiſchen Hauspolitik gebrauchen zu laſſen, die von dem Augenblicke an, wo Eiferſucht trotz eigener Machtloſigkeit ſie gegen ein dem mächtigen Preußen naturnothwendig zufallendes Uebergewicht agitiren läßt, durchaus antideutſch geworden iſt.

Lith. Corr. **Berlin**, 5. Juni. Die preußiſche Regierung denkt im Vereine mit Hannover und Sachſen bereits an die Durchführung der Reichsverfaſſung. Vor Allem will man auf den Beitritt der noch nicht beigetretenen norddeutſchen Staaten hinwirken, um ſo wenigſtens ein vereinigtes Norddeutſchland zu Stande zu bringen. Die ſüddeutſchen Wirren will Preußen ſich ſelbſt überlaſſen, und nur nach einem Anſchluſſe der Regenten Badens und der Pfalz an die preußiſche Reichsverfaſſung dürfte Preußen zur Pacificirung jener Länder ſchreiten; für jetzt wird man ſich darauf beſchränken, der Bewegung Grenzen zu ſtecken. Mit der Einſetzung einer Reichsregierung ſoll man ſehr bald vorgehen wollen, nur die Ordnung des Verhältniſſes zu der Centralgewalt macht einige Schwierigkeiten. Nichts deſto weniger wird auch ſchon der Namen des zukünftigen Präſidenten des Reichsminiſterraths genannt, — es ſoll dies kein anderer als Hr. v. Radowitz ſein. Der Sitz der Reichsregierung ſoll, wie man verſichert, nach Erfurt verlegt werden. Die Unterſuchung gegen den Geh. Obertribunalsrath Waldeck wird ſehr geheim geführt; außer dem Criminalrath Schlötke haben nur höherſtehende Juſtizbeamte Kunde von dem Stande der Angelegenheit; im Publikum iſt jedoch das Gerücht verbreitet, es mangele noch immer jedes Beweismittel. In Kurzem findet eine neue Verhandlung wegen Majeſtätsbeleidigung vor den Geſchworenen ſtatt. Die Anklage gründet ſich auf eine Aeußerung: der König habe ſein Wort nicht gehalten. Der Geh. Reviſionsrath Eſſer, der Geſinnungsgenoſſe Waldeck's in der Nationalverſammlung und in der zweiten Kammer, iſt ſeiner Stelle als Mitglied der Immediat-Juſtiz-Examinations-Commiſſion, die er ſeit 1835 neben ſeinem Richteramte als Rath beim rheiniſchen Caſſationshofe bekleidet, jetzt durch den Juſtizminiſter Simons enthoben worden. Hr. Simons war vor ſeiner Berufung in das Cabinet gleichfalls Mitglied jener Prüfungsbehörde. Eſſer hat bei Zurückſendung der Acten, in deren Beſitz er ſich befand, Hrn. Simons erklärt: es freue ihn, durch das Aufhören dieſer Wirkſamkeit den letzten Faden ihres gemeinſamen Wirkens zerriſſen zu ſehen.

Seit geſtern iſt die Beſorgniß hier aufgetaucht, daß die Cholera hier ſei. Man bezeichnete einen geſtern mit Tode abgegangenen, hier allgemein gekannten Mann, den Turnmeiſter Feddern, als ein Opfer der Seuche. Reiſende aus Petersburg wiſſen nichts von dort vorgekommenen Verhaftungen, noch weniger von einem Aufſtande, über den man hier ſichre Nachrichten haben wollte.

Berlin, 3. Juni. An das königliche Generalcommando des 8. Armeecorps zu Koblenz, ſo wie an den General-Lieutenant v. Peucker zu Frankfurt und den General-Lieutenant v. Hüſer zu Mainz, iſt die Weiſung ergangen, daß Se. Majeſtät der König, vorbehaltlich der Zuſtimmung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs von Baden genehmigt hat, daß diejenigen badiſchen Officere, welche ihrem Souverän treu geblieben und aus dem Großherzogthum haben flüchten müſſen, falls ſie es wünſchen und keinen höheren Grad als den eines Hauptmanns haben, bei den preußiſchen Truppen zur Dienſtleiſtung eintreten können, während welcher ihnen zu ihrer Subſiſtenz das Gehalt nach preußiſchen Sätzen gezahlt werden ſoll. Demnach werden die gedachten Officiere in angemeſſener Weiſe bei den Linientruppen vertheilt werden. (Conſt. Z.)

Berlin, 5. Juni. Geſtern Morgen iſt in der Nähe der Schönhauſer Allee in einem Feldgarten eine bedeutende Quantität von Munition und Schießbedarf gefunden worden, nämlich: circa 100 gefüllte Handgranaten, ein Fäßchen mit Patronen, 5 königl. Gewehre, 12 Bajonette. Die Nachgrabungen werden fortgeſetzt. Die Handgranaten ſcheinen übrigens erſt ganz neuerdings angefertigt zu ſein, und beſtehen aus einer Maſſe von Zink; ſie ſind beſonders geeignet zum Hineinſchleudern in die Häuſer, behufs der Brandſtiftung, wofür auch die Art ihrer Füllung ſpricht. Im Verdacht der Anfertigung ſoll der Vergolder Dümke nebſt ſeinem Bruder ſein. Der ꝛc. Dümke iſt kürzlich wegen Theilnahme an Aufruhr zu 3 Jahren Gefängniß verurtheilt worden, befindet ſich jedoch auf der Flucht. (Conſt. Z.)

⁂ **Stettin**, 5. Juni. Der Staatsſtreich des Miniſteriums Manteuffel durch Octroyirung eines neuen Wahlgeſetzes findet unter den Anhängern der conſtitutionellen Monarchie von ſtaatsrechtlichem und ſittlichem Geſichtspunkte aus gewiß überall dieſelbe Beurtheilung; es handelt ſich nur darum, was zu thun iſt. Die, welche Ruhe um jeden Preis wollen, laſſen dies wie alles Uebrige über ſich ergehen, und ſind zum Theil ſehr zufrieden. So weit bis jetzt hier eine Verſtändigung der antiminiſteriellen Partei zu Stande gekommen, will man Schritte thun, um die Landräthe und Gemeindeverwaltungsbehörden dahin zu animiren, daß ſie das vom Miniſterium angeordnete Wahlgeſchäft als ein verfaſſungswidriges ablehnen, und ſich ſo fremder Sünden nicht theilhaftig machen ſollen. Wer jedoch mit den Geſinnungen der meiſten Behörden bekannt iſt, ſieht den Erfolg voraus. Wird der Wahl-Akt ausgeſchrieben, ſo will man ſich an demſelben nicht betheiligen, ſelbſt auf die Gefahr hin, daß das ganze Junkerparlament mit klingendem Spiele in die Kammer einrücken möchte.

Koblenz, 4. Juni. Unſer Stadtrath iſt in Unterſuchung gezogen, weil er in einer Sitzung ſeine Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen des Kölner Gemeindetages ausgeſprochen hat. Wie wir vernehmen, iſt gegen ſämmtliche Gemeinderäthe, welche ſich bei dieſen Berathungen eingefunden, ein Gleiches geſchehen. (Rh.- u. M.-Z.)

= **München**, 4. Juni. Die Regierung Baierns hat heute vor der Kammer ſich entſchieden in der deutſchen Sache expectorirt. Sie hat den Berliner Verfaſſungsentwurf in ſeinen grundweſentlichen Beſtandtheilen rückſichtslos verworfen. Die Vereinbarungsmanie hat eine Schwenkung gemacht; die Vereinbarung mit der Reichsverſammlung iſt aufgegeben erklärt, die Vereinbarung mit allen deutſchen Regierungen auf ein neues Verfaſſungsproject hin ſoll beginnen. Baiern ſagt: Preußen habe mit ſeinem Entwurf an Oeſterreich den Scheidebrief gereicht. Das Princip Preußens ſchließt Oeſterreich für immer aus Deutſchland aus. Sachlich iſt das freilich nicht zu begreifen; es kommt aber auch nicht darauf an; wenn man nur anſtatt zu ſagen: die öſterreichiſche Dynaſtie will die preußiſche Dynaſtie, der katholiſche Kaiſer den proteſtantiſchen Kaiſer an Deutſchlands Spitze nicht dulden — hübſch ſein die Länder, die Zuſtände, die Völker, die Antipathien, die Levante-Großhandelsweltſchau vorſchützt. Baiern kann auch, ohne finanziell ruinirt zu werden, auf die gemeinſamen Produc-

tions- und Verbrauchsſteuern, auf Gewerbefreiheit und Freizügigkeit, auf die Aufhebung der Fideicommiſſe nicht eingehen (Baiern hat nämlich die Fideicommiſſe aus Liebe zu ſeinen Adelsgeſchlechtern nun auch auf alles Staatsbürgerthum ausgedehnt). Das Alles hat v. d. **Pfordten** heut erklärt und noch viel mehr; er ſieht nicht ein, warum Baiern ſich in ſeiner auswärtigen geſandtſchaftlichen Vertretung ſolle ohne weiteres ausſtreichen laſſen: Baiern hat auch ferner, und das betonte der Miniſterprofeſſor mit Pathos, die Aufgabe, zwiſchen den beiden rivaliſirenden Großmächten zu vermitteln. Wie das zu verſtehen, weiß heute jedes Kind, auch wenn es Baierns Vergangenheit nicht wüßte. Man könnte lachen darüber, daß es Oeſterreich und Baiern ſo leicht geworden, den tölpiſchen Uebermuth des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel ſo grauſam aufs Glatteis zu ſetzen. Gegen Demokraten helfen wohl Soldaten, gegen Diplomaten helfen weder Soldaten noch Bureaukraten. In allen hieſigen Kreiſen und Parteien findet jetzt die Verwerfung des preußiſchen Principats die ungetheilteſte Zuſtimmung; man merkt es noch immer nicht, wie willkommen dieſer unverſöhnliche Haß den Regierungen der Reſtaurationspolitik iſt, wie ſie wieder con amoro den entflammten Haß der Stämme zu ihrem Zwecke ausbeuten werden.

Der Herr Miniſter-Profeſſor gedachte auch mit beſonderem Pathos der Partei (er ſagte nicht erbkaiſerliche), die in Deutſchland um jedes Mittel das preußiſche Kaiſerthum habe herausſchlagen wollen; im Mai 1848 ſei der Plan in Heidelberg entworfen worden. Er war auch ſo ſcharfſinnig, nachzuweiſen, daß die Unrecht haben, welche behaupten, Oeſterreich habe ſich durch ſeine octroyirte Verfaſſung ſelbſt ausgeſchloſſen; das Gagern'ſche Programm, weit vor der Octroyirung erlaſſen, habe Oeſterreich ausgeſchloſſen; der Redner war auch ſo glücklich, zu entdecken, daß der Kaiſer noch da ſei, wie Gagern ihn gewollt; ſtatt des Namens: Kaiſer, heiße er nun Reichsvorſtand. v. d. Pfordten wird ſelbſt an die Spree reiſen und das Vermächtniß Baierns deponiren. Man ſchmeichelt ſich, Preußen werde vernünftig werden und vom Principat laſſen, das es ja eigentlich ſchon habe.

Speier, 4. Juni. Eben iſt folgende Proclamation erſchienen: „Da der Gemeinderath von Speier in ſeiner Sitzung vom 1. Juni d. J. beſchloſſen hat: „„daß der Vollzug der von der proviſoriſchen Regierung bis jetzt erlaſſenen Geſetze bis zu der Beſtätigung einer noch zu berufenden Volksvertretung zu ſiſtiren iſt,““ fühlte die proviſoriſche Regierung ſich genöthigt, energiſch einzuſchreiten. Sie war überzeugt, daß ſie ſolche Beſchlüſſe, welche keine gutachtliche Aeußerung, ſondern eine offen ausgeſprochene Weigerung der Ausführung ihrer Anordnungen enthielten, beſonders in einem Augenblick, wo das Vaterland ſich in hoher Gefahr befindet, nicht dulden dürfe und daß ſie auf der Ausführung derſelben und deshalb insbeſondere auf der ſofortigen Neuwahl des Gemeinderaths beſtehen müſſe. Die proviſoriſche Regierung hat die Unterzeichneten in dieſer Angelegenheit mit ausgedehnter Vollmacht nach Speier geſandt, und es iſt in Folge der von ihnen dem bisherigen Gemeinderathe geſtern gemachten Erklärungen die Neuwahl auf heute durch den Civilcommiſſär Hilgard ausgeſchrieben worden. Speier, am 4 Juni 1849. Eckhard. D'Eſter." (Sp. Z.)

ϒ Aus Sachſen, 5. Juni. So eben iſt der „Bericht der von Rath und Stadtverordneten zu Leipzig am 5. Mai nach Dresden entſendeten Deputation", veröffentlicht worden. Neben manchem Intereſſanten über die Haltung der proviſoriſchen Regierung, die als eine ſehr rath- und thatloſe geſchildert wird, lieſt man darin auch ein merkwürdiges Geſpräch der Deputation mit dem Miniſter v. Beuſt, welchen dieſelbe aufſuchte, um ihm Vorſtellungen wegen der Lage der Dinge in Leipzig zu machen. „Die Lage in Leipzig, äußerten wir (heißt es in dem Bericht), ſei äußerſt gefahrvoll. Die ſtädtiſchen Corporationen ſeien zwar entſchloſſen, der Regierung treu zu bleiben, obwohl ihnen deren jetzige Politik eine unheilvolle ſcheine, und ſie würden, wie bisher, mit aller Kraft und Aufopferung der Anarchie entgegentreten; allein ſie wüßten nicht, ob ſie dem ſtürmiſchen Andringen für die Dauer würden widerſtehen können. Eine glückliche Löſung ſei nur möglich, wenn die Regierung aufhöre, den dringendſten Volkswünſchen einen ſchroffen Widerſtand entgegenzuſetzen. Als die Hauptmomente bezeichneten wir: Annahme der deutſchen Verfaſſung und ein parlamentariſches Miniſterium. Wir baten im Intereſſe der Monarchie, der wir treu anhingen, irgend einen Schritt zu thun, der Verſöhnung anbahnen könne und den aufrichtigen Anhängern der Ordnung es möglich mache, ohne Verleugnung ihrer Grundſätze und mit Ueberzeugungstreue mit der Regierung zu gehen." Im Laufe der Unterredung ſagte der Min. v. Beuſt u. A.: „Wenn er gewußt hätte, daß der Wille des ſächſiſchen Volkes in ſolcher Allgemeinheit und Entſchiedenheit auf die Annahme der deutſchen Verfaſſung gerichtet ſei, als ſich jetzt herausſtelle, ſo würde er dem König zu einer andern Politik gerathen haben." Alſo ganz die alte Geſchichte, wie im März vorigen Jahres, wo die Miniſter auch dem König glauben gemacht hatten, die gegen ſie erhobenen Beſchwerden und die Forderungen politiſcher Reformen rührten nur von „einigen Schreiern" her, bis dem König endlich die Augen aufgingen und er die falſchen Rathgeber im Zorne entließ. Diesmal ſind ihm leider die Augen nicht aufgegangen, oder doch nicht zur rechten Zeit — viel Blut iſt gefloſſen, unſägliches Unglück iſt angerichtet worden, was verhütet werden konnte, wenn die Miniſter zur rechten Zeit auf die Stimme des Landes gehört hätten.

Im Dresdner Journal fordert ein Herr Heydenreich zu einer Ergebenheitsadreſſe an den König auf, die ein wahres Muſter vormärzlicher kurſächſiſcher Hyperloyalität und deren Refrain in Kürze der iſt: „Was der König thut iſt wohlgethan." So gibt es noch viele Beiſpiele, wie in gewiſſen Kreiſen die vormärzlichen Anſchauungen wieder auftauchen.

* Wie man dem Mainzer Journ. aus **Worms** vom 4. Juni berichtet, waren weder Truppen noch Freiſchärler in der Stadt.

Gotha, 3. Juni. Unſere Abgeordnetenverſammlung hat folgende Anträge des Abgeordneten Henneberg zu Beſchlüſſen erhoben: 1) Die herzogliche Staatsregierung möge in der deutſchen Sache eine Politik befolgen, welche nicht blos nichts gegen die Reichsverfaſſung unternimmt und zu deren Beſeitigung keine Art von Unterſtützung bietet, ſondern auch ausdrücklich alle Mittel anwendet, welche die Durchführung der Reichsverfaſſung fördern; insbeſondere möge ſie ſchleunigſt und kräftigſt auf ein gemeinſchaftliches Handeln aller verfaſſungstreuen Regierungen, ſowie auf ſofortige Herſtellung eines geeigneten Organs derſelben zur Berathung der gemeinſchaftlich zu ergreifenden Maßnahmen hinwirken, namentlich aber eine Collectiverklärung aller verfaſſungstreuen Regierungen dahin veranlaſſen, daß den widerſtrebenden Regierungen (ſelbſt nach Art. VI. der Bundesacte) das Recht zur Begründung eines neuen deutſchen Bundes nicht zuſtehe und jede in dieſem Sinne von ihnen zu gebende Verfaſſung im voraus als rechtsungültig und unverbindlich für das deutſche Volk erklärt werde. 2) Die herzogliche Staatsregierung möge den geſammten Zuſtand der Wehrhaftigkeit des Landes umſtändlich ermitteln, um die Landesbewohner ſo weit möglich wehrhaft zu organiſiren. Dagegen wurde abgelehnt, daß die Staatsregierung zur ſofortigen Durchführung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung vom 4., 12. und 19. Mai aufgefordert werden ſolle. Unſer Reichstagsabgeordneter Hofrath Becker iſt in unſere Stadt zurückgekehrt. Ein Geſuch des hieſigen ältern Bürgervereins, die Erledigung ſeines Platzes in der Reichsverſammlung betreffend, wurde durch eine Erklärung der Regierung in der Kammer dahin erledigt, daß die Staatsregierung den Stellvertreter des Hofraths Becker, Regierungsrath Kopp, ſofort nach Frankfurt (?) entſenden oder die Wahl eines neuen Abgeordneten anordnen werde. (D. A. Z.)

Wiesbaden, 6. Juni. Auf heute war der Wiederbeginn unſerer Kammerſitzungen nach beinahe vierzehntägigen Ferien angeſagt und man war um ſo mehr geſpannt auf dieſe Sitzung, da jedenfalls die Linke einen ganzen Sack voll Interpellationen ausgeſchüttet haben würde. Allein kurz vor Beginn der Sitzung erließ der Kammerpräſident ein Circular an die Abgeordneten des Inhalts, daß er ſich veranlaßt ſehe, die Sitzung auf Freitag zu verſchieben, da heute Abend erſt die Ankunft Sr. Hoheit des Herzogs erwartet würde, womit wichtige Eröffnungen in Landesangelegenheiten, welche der Kammer vorzulegen ſeien, in Verbindung ſtünden. (N. A. Z.)

Aus **Mecklenburg**, 4. Juni. Der Bruch unſerer Regierung mit dem Rumpfe der Reichsverſammlung, den wir neulich meldeten, iſt vollſtändig geworden, indem die ſchon einmal angeſetzte Wahl eines Stellvertreters für dieſelbe „einſtweilen beanſtandet" iſt. Wie Mecklenburg der erſte von den 29 Staaten war, welcher die Durchführung der Reichsverfaſſung unter den gegebenen Verhältniſſen verweigerte, ſo wird er vielleicht auch der erſte ſein, welcher mit fliegenden Fahnen in das preußiſche Lager übergeht. (Iſt geſchehen.) Es iſt gleichgültig, wie man die Politik des preu-

Ueberſicht.

Von der Donau. XII.
Die Engländer und das Feſtland.
Der Aufſtand in Iſerlohn.
Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt. Rethel's Todtentanz.)

Von der Donau.

XII.

♉ Einige Millionen Baſchkiren und Kalmüken und Koſaken ſind bereits dem octroyirten Oeſterreich zu Hilfe gekommen, einige Millionen ziffern die meiſten Journale heraus, und dennoch ſchläft das Miniſterium nicht ruhig; beſonders der energiſche Präſident fährt unruhig hin und her, bald nach Warſchau, bald nach Preßburg, und ſeine Augen können ſich nicht ſchließen. Kanonendonner in Ofen und Kanonendonner in Malghera, Pulverknall bei Hinrichtungen in Wien, in Preßburg, in Krakau, in Brescia, in Mailand, Metzeleien in Livorno und Bologna, ſolche Kleinigkeiten beläſtigen ein ſolches Miniſterium nicht; Soldaten werden neu recrutirt und wo nur ein ebenes Fleckchen iſt, durch penſionirte Offiziere einexerzirt, und um das Bürgerpack kümmert man ſich nicht. Das Volk überhaupt wird nicht reſpectirt, es bringt es doch nicht weiter als bis zum Barricadenbau, und höchſtens bis zum proviſoriſchen Regierungsmachen, und beides wird durch die Soldaten beſiegt. Das deutſche Volk ſammt dem Reſt der deutſchen Reichsverſammlung wird vom Miniſterium Schwarzenberg als gar nicht mehr exiſtirend betrachtet, und es würde frohlocken über ſeine Politik, wenn nicht die widerſpenſtigen Fürſten wären! Dieſe machen jetzt unſerem Miniſterium trübe Stunden. Die Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannten, werden von der unſern mit Verachtung angeſehen; man blickt höhniſch herab auf dieſe abtrünnigen Zwerge, welche vor dem Volke die Waffen ſtreckten, und je geehrter ein deutſcher Fürſt in ſeinem Lande iſt, weil er die Wünſche und Bedürfniſſe des Volks und ſeiner Vertreter erfüllte, deſto tiefer ſinkt er in der Gunſt des kaiſerlichen Cabinets. Man geht in der That damit um, die Souveräne, welche der Reichsverſammlung ſich anſchließen, für unſelbſtſtändig zu erklären. Daſſelbe Miniſterium, welches vor den magyariſchen Rebellen unter den Schutz der Millionen Baſchkiren, Kalmüken und Koſaken flüchten mußte, legt die Miniſterien in Acht, welche ſtatt deſſelben ruſſiſchen Arcanums lieber vernünftige Conceſſionen machen, und die friedliche Entwirrung verſuchen, bevor ſie bürgermörderiſchen Staatsſtreichen ihre Contraſignatur geben. Man hoffte ſo ſicher darauf, daß Brandenburg-Manteuffel endlich klug werden und Schwarzenberg-Stadion brüderlich umſchlingen würden, die deutſche Welt in die Schranken rufend. Man ließ ſich in Berlin die Wiener „Watſchen“ gefallen, und reichte in chriſtlicher Demuth die andere Wange hin, nachdem die erſte den Schlag empfangen hatte. Man äffte die verneinenden Depeſchen Oeſterreichs durch nichtsſagende Antworten an die Frankfurter Deputation nach, man wandte ſich in legitimer Maske an die Mitfürſten wie Oeſterreich, man trat in die Fußſtapfen Oeſterreichs indem man endlich die Abgeordneten abrief. Als aber nun die Regierungen de pur sang zuſammenkamen, da war ihre Sprache ſo verwirrt, als kämen ſie zum Thurmbau Babels. Preußen will Oberherr ſein und Baiern will auch Oberherr ſein, und Oeſterreich duldet keinen Oberherrn außer ſich ſelbſt. Preußen will die Reichsverfaſſung als Baſis der zu octroyirenden Charte, Baiern weiß noch nicht was es wollen ſoll, und Oeſterreich will nichts als die alte Bundesverfaſſung. Preußen will eine Volksvertretung zulaſſen, da es doch nicht anders geht; Oeſterreich aber will nicht einmal das Volk dulden, wenigſtens muß alles politiſirende Volk unter Standrecht kommen.

Die Herren Octroyirer ſollen Berlin verlaſſen haben, ohne Deutſchland mit Einheit, Freiheit und Macht beglücken zu können *). Vielleicht ſind ſie aber, während dies geſchrieben wird, wieder beiſammen und in gemeinſamer Noth geſchmeidiger, nachgiebiger, minder eitel und weniger chriſtlich-legitim. Allein dies iſt eben die Furcht des öſterreichiſchen Cabinets; die Uneinigkeit der deutſchen Fürſten, die Erbitterung der deutſchen Völker, der Bürgerkrieg und die Regierungsverlegenheiten ſind dem öſterreichiſchen Miniſterium wohl erwünſcht. Die Ohnmacht Oeſterreichs dem deutſchen Volke gegenüber wird nur dann nicht bemerkt, wenn dieſes in Zwiſt und Hader iſt. Schwarzenbergs Sorge und Unruhe iſt nur die Möglichkeit einer Einigung der deutſchen Fürſten und Völker, und das verſcheucht ſeit den Berliner Conferenzen ſeinen Schlaf. Man merkt es hier, daß die preußiſche Majeſtät fein zu Werke geht, und daß Höchſtdieſelben zwar den Kaiſertitel aber nicht die Kaiſerwürde und Kaiſermacht ausgeſchlagen; man hat hier große Angſt, daß der Erbreichsoberherr ſich bereits einen Scepter anfertigen laſſe, den man muthwillig, kenntnißlos, volksvergeſſen in Ollmütz von ſich ſtieß. Ein böſer Menſch vernichtet, was er nicht beſitzen kann; und in ſolchem böſen Sinne will das öſterreichiſche Cabinet die Krone Deutſchlands zerſtampfen, weil es ihren Verluſt für das Haus Habsburg herbeiführte. Man bereut ſchon ſogar die Sprache und die Thaten gegen die Reichsverſammlung, an die man ſich in der höchſten Noth wenden möchte, um nur keinen Rivalen an der Spitze Deutſchlands zu ſehen; wäre das Compromiß nicht gar zu arg, man würde ſogar die Souveränetät der Paulskirche anerkennen, weil die andern Souveräne nicht in das öſterreichiſche Miniſterhorn blaſen.

Von der Stellung des Königs von Preußen und ſeines Miniſteriums wiſſen Sie beſſere Auskunft zu geben; hier werden ſie von jedem Zeitungsleſer ausgelacht. Der Fuchsſchwanz in der Klemme, ſagte ein Kaffeehausbeſucher, und deutete, damit ihn keiner der anweſenden Denunzianten höre, auf die Nachricht, daß Rußland ſeine Flotte und ſeine Armee gegen Preußen dirigire. Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus; der König hat nichts vom Czar zu fürchten, dieſer wird ihn höchſtens davor ſchützen, ſein Wort halten und an die „Spitze Deutſchlands“ ſich ſtellen zu müſſen. Oeſterreichs Miniſter machen jedoch die herbe Erfahrung, welchen Geiſt die ruſſiſche Allianz weckt, ſo daß es ein Beobachtungsheer aufſtellen muß, damit dem Hilfsheer nicht verdorbene Frucht oder noch Aergeres geliefert werde. Ein ungeheures Polizeinetz muß jedes ruſſiſche Corps umgeben, denn die Mannſchaft zeigt Luſt zum Davongehen. So viel weiß aber das öſterreichiſche Miniſterium auch, daß der Eingriff Rußlands in die deutſchen Angelegenheiten weder in dem Pariſer noch in dem Londoner Parlamente ſo abgefertigt würde, wie die Interpellationen wegen Ungarn; nebenbei könnte doch ein germaniſcher Koſſuth die Bühne betreten, dem hunderttauſende Landſtürmer und einige volksfreundliche Linienregimenter zulieſen. Windiſchgrätze haben wir mehrere, aber nur einen Radetzky. Das Herbeirufen der Franzoſen ſteht als Geſpenſt vor den Augen unſerer Machthaber, wie man ſich auch den Anſchein des Gegentheils gibt.

Ein bisher treuer Bundesgenoſſe gegen Deutſchland tritt nun auch plötzlich, wenn nicht für Deutſchland, doch nicht für Oeſterreichs Separirungsidee auf. Baiern, das fürſtenverwandte, ſcheint ſich auf Seite Frankfurts zu neigen; es verlangt nur Aenderungen der Reichsverfaſſung, die Oeſterreich mit Stumpf und Stiel ausrotten will.

Wie lange wird endlich der Erzherzog die Centralgewalt führen können, daß ihm das Lob des öſterreichiſchen Cabinets zu Theil wird? Er hat viel geopfert der Politik des Wiener Miniſteriums, Deutſchlands Wohl wird er ihr nicht opfern, ſelbſt wenn ein Grävell dazu räth. Der Reichsverweſer iſt ſeit lange im Kampf gegen das Wiener Cabinet, aber er hatte keinen Einfluß auf den alten Kaiſer und hat keinen auf den jungen, deſſen Mutter die baieriſche Prinzeſſin Sophie iſt. Der Reichsverweſer muß eben ſo die Zumuthungen Oeſterreichs, wie jetzt Preußens abweiſen und erntet dafür den Undank dort wie hier. Wie gerne hätte Fürſt Schwarzenberg den Erzherzog Reichsverweſer bereits abgeſetzt oder in Penſion geſchickt und ſtatt ſeiner einen Welden oder Haynau als Militär- und Civilgouverneur an den Main geſandt! Das öſterreichiſche Miniſterium gibt ſolche Pläne nicht auf, nur fürchtet es bei den Vorgängen am Rhein eine endliche Einigung der Fürſten.

In dieſer Angſt citirt es ſogar den Teufel. Des Miniſterpräſidenten Zeitungsblatt, der öſterreichiſche Correſpondent, ſchreibt mit Krokodilsthränen über die Auflöſung der Reichsverſammlung: „Wir haben vielleicht hie und da ein bitteres Wort geſprochen, aber dem Volke hat es nicht gegolten. Wir haben ſeine Berechtigung (!) jederzeit feierlich anerkannt und werden auch ferner unermüdet für ſie in die Schranken treten!“

*) Vor Bekanntwerden des preußiſchen Entwurfs geſchrieben.

Man traut den Augen kaum. In einem Wiener miniſteriellen Journale iſt plötzlich von einer „Berechtigung“ des deutſchen Volkes die Rede, die ein Fürſt Schwarzenberg, ein Graf Stadion, ein Dr. Bach feierlich anerkennen!

Ein noch größeres Wunder, und wahrhaft erſchreckend iſt der Schlußſatz des berührten Artikels: „Wir werden zeigen, daß wir mehr deutſch waren, als Diejenigen, die der deutſchen Sache wegen Barricaden gebaut und den Bürgerkrieg entzündet haben.“

Das öſterreichiſche Cabinet hört alſo nicht auf, am deutſchen Leibe zu quackſalbern, und es wird nicht ruhen, bis auch Preußens König ein Revolutionär wird gegen die Wiener Ordonnanzen, oder der alte Bundestag in neuer Glorie erſtanden iſt.

Die Engländer und das Feſtland.

I.

> **London**, 29. Mai. Ihr leitender Artikel vom 28. bringt eine Nachricht, die ſo auffallend iſt, daß ſie ſelbſt die Aufmerkſamkeit eines leichtſinnigen Leſers feſſeln muß. Die Schirmherrſchaft über Deutſchland (Sie ſehen, unſer Kaiſer-Enthuſiasmus iſt um einen Ausdruck geſunken) ſoll durch die Hände des preußiſchen Königs in die des öſterreichiſchen Kaiſers hinübergeſpielt werden. Die Laſt, welche Ungarn nicht zu tragen vermochte, wird in deutſchen Schultern ihre Träger finden und der erſte Tag des neuen Kaiſerthumes Oeſterreich wird der letzte des Königreiches Preußen ſein. Das wäre in der That ein kühner Streich. Sie zweifeln mit Recht an dem Plan; denn viele Pläne werden gefaßt und wenige ausgeführt. Mögen aber nun die eben erwähnten Angaben einen Keim der Wahrheit in ſich enthalten oder nicht, in einem Punkte muß ich Ihnen widerſprechen, nämlich in der von Ihnen ausgeſprochenen Ueberzeugung, daß die engliſche Politik nicht feindſelig gegen Preußen geſtimmt ſei *). Preußens wegen würde die engliſche Politik jenen ungariſchen Plänen gewiß nicht in den Weg treten. Ich hoffe Sie werden mir erlauben, Ihnen eine kurze Schilderung der engliſchen politiſchen Gefühle in Betreff Preußens zu geben. Wird mein Brief nicht intereſſant, ſo kann er doch von Nutzen ſein. Sie erinnern ſich noch, zu welchen beklagenswerthen Mißgriffen das Vorurtheil zu Gunſten des öſterreichiſchen Volkes die deutſche Politik verleitete. Erſt nachdem eine Reihe arger Erfahrungen uns bewieſen hatte, daß das öſterreichiſche Kabinet und das öſterreichiſche Volk in Bezug auf Deutſchland eines Sinnes ſeien, haben wir den Pfad der liebelnden Gefühlspolitik gegen Oeſterreich verlaſſen. Es wird uns indeß leichter werden, unſere Fehler vom vorigen Jahre zu vergeſſen, als ihre Folgen zu verſchmerzen. Die in Deutſchland nur zu allgemein herrſchende Anſicht über die Richtung der engliſchen Sympathien iſt vielleicht beſtimmt, uns ähnliche Verlegenheiten zu bereiten.

Ich will die große Maſſe der engliſchen Nation in zwei Klaſſen theilen, nämlich in die Stockengländer und in die „foreign politicians“. Zu der erſten Klaſſe gehört die große Mehrzahl des engliſchen Volkes aus allen Ständen und in allen Theilen des Reiches. Die „fremden“ Politiker ſind ſolche, die continentale Politik treiben, weil es ihr Geſchäft iſt, oder die aus Liebhaberei irgend ein fremdes Land oder eine fremde Partei als Steckenpferd reiten. Als würdige Repräſentanten der fremden Geſchäftspolitiker nenne ich die Lords Palmerſton und Aberdeen; die Spielart der Amateurs wird durch Lord Dudley Stuart und durch die Herren Urquhart, R. Monkton Milnes und Chisholm Anſtey repräſentirt.

Die fremden Politiker lieben Preußen nicht; Sie werden nie ein Wort zu Gunſten dieſes Landes und Volkes von ihnen hören **). Die große Maſſe des engliſchen Volkes weiß nichts von Preußen. Der ruſſiſche Bauer glaubt in ſeiner Einfalt das Reich ſeines Czaaren erſtrecke ſich über ganz Europa; die Länder Europas ſeien eben ſo viele Provinzen des großen ruſſiſchen Reiches, die europäiſchen Fürſten ſeien des Czaaren Vicekönige. Der gemeine engliſche Verſtand hat eine ebenſo ſummariſche Anſicht. Für ihn gibt es nur zwei Länder in Europa, nämlich Großbritannien und Frankreich. Was in Europa nicht Britte iſt, iſt Franzoſe oder dergleichen. Moravia, Heſſe, Saxony, Bavaria ſind eben Provinzen wie die Normandie und wie Cheſhire und Hampſhire in England. Ich könnte Ihnen aus eigner Erfahrung hundert Anecdoten über dieſen Punkt mittheilen, ſowie z.B., daß ein Student der Medizin nicht glauben wollte, daß ich ein Preuße ſei, weil ich die Stadt St. Omer nicht kannte. Ich ſagte ihm, St. Omer liege in Frankreich; das ſei ja Alles eins. Ein Continentaler müßte St. Omer kennen. Dieſes Gefühl geht durch alle Claſſen. Es herrſcht in Mayfair und Belgravia eben ſo ſouverain wie in den Spelunken von Ragfair und auf den Maiereien von Buckinghamſhire. Es iſt eine Folge nationaler Organiſation und nicht der Mangel an Erziehung, denn es iſt unglaublich, welche Maſſe von foreign intelligence der Stockengländer vertragen kann, ohne daß er ſelbſt oder irgend ein anderer es in ihm ſpürt. Es geht ihm mit dem, was den Continent betrifft, wie dem Strauß mit den Nägeln, die er frißt. Gewiſſe gäng und gäbe gewordene Ausſprüche, wie: Paris iſt die Capitale des Continents; Frankreich iſt in hohem Grade unmoraliſch; Alle anſtändigen Ausländer ſprechen franzöſiſch und dergleichen mehr, bleiben allein an ihm haften und aus dieſen Prämiſſen zieht er gewiſſe practiſche Schlüſſe. Iſt Paris die Capitale des Continents, ſo ſind die Provinzen, welche die Ausländer mit Heſſe, Hungary oder Ruſſia bezeichnen, eigentlich nur Grafſchaften. Dieſe Menſchen haben natürlich ihre provinziellen Diſtinctionen. Die Franzoſen ſind in hohem Grade unmoraliſch. Die Franzoſen ſind Ausländer, folglich ſind die Ausländer in hohem Grade unmoraliſch. Da ſie aber ſehr pfiffig ſind, ſo nennen ſie ſich mit andern Namen. Jeder gebildete Ausländer ſpricht franzöſiſch — natürlich, denn alle Ausländer ſind ja french or something of the kind. Sie ſind mithin in hohem Grade unmoraliſch or something of the kind, und obwohl es nöthig iſt, gegen die Fremden in England artig zu ſein, ſo kann es doch nichts helfen, ſich mit ihnen und den Privatangelegenheiten ihrer Länder abzugeben. Es iſt das eine hoffnungsloſe Confuſion, die noch dazu einen ſehr nachtheiligen Einfluß auf die Moralität des Forſchers ausübt. Andere giebt es, die eine dunkle Idee haben, es ſei im hohen Norden ein Land gelegen, welches doch einigermaßen von Frankreich verſchieden ſei. Ein Theil dieſes Landes heißt Ruſſia, ein anderer Theil heißt Pruſſia. Weshalb dieſe Localdiſtinction eigentlich gemacht wird, iſt nicht abzuſehen. Vieles iſt indeſſen der natürlichen Perverſität dieſer Völkerſchaften zu gute zu halten.

Sie werden mir vorwerfen, ich übertriebe und doch ſcheint mir meine Beſchreibung matt, wenn ich ſie mit der Wirklichkeit vergleiche. Die obigen Bemerkungen werden genügen, zu zeigen, daß die große Maſſe des engliſchen Volkes über auswärtige Politik keine Anſicht hat, haben kann. Dies einzige Gefühl der Art iſt Eiferſucht und Furcht vor Frankreich. Die öffentliche Meinung — die ſonſt allmächtig in England iſt, exiſtirt beſonders in Bezug auf Preußen nicht. Sie kennt Preußen nicht, und will es nicht kennen. Mit Rückſicht auf Preußen kann ſie daher weder die Clubs noch das Cabinet beeinflußen.

Mein nächſter Brief wird den profeſſionellen foreign politicians und den Amateurs in dieſer Wiſſenſchaft gewidmet ſein. Ich will ihn zum Schluſſe mit der Antwort einleiten, die ein geiſtreicher deutſcher Diplomat neulich Lord Palmerſton ertheilte, als dieſer die „lamentable Unwiſſenheit“ der Engländer in Sachen fremder Politik beklagte. Der deutſche Diplomat ſagte: „Ew. Lordſchaft haben ganz Recht, haben ſehr Recht; kein Engländer verſteht etwas von dieſen Sachen. Wenn Sie mir auf morgen eine Stunde beſtimmen wollen, ſo will ich zu Ihnen kommen und Ew. Lordſchaft das Verſtändniß darüber eröffnen.“ Lord Palmerſton beſtimmte die Stunde nicht.

*) Wir müſſen auf unſerer Anſicht beharren, und es ablehnen, alle in den folgenden Londoner Briefen vorgetragenen Anſichten zu vertreten. Namentlich iſt an Lord Palmerſton unſerer Meinung nach ein anderer Maßſtab zu legen. Dagegen enthalten die Briefe im Einzelnen des Treffenden und Intereſſanten zu viel, als daß wir ſie unſern Leſern vorenthalten möchten.

**) Dieſe Verſicherung kommt an den Unrechten. Wir haben manches freundliche und theilnehmende Wort über Preußen von engliſchen Staatsmännern gehört.

Der Aufſtand in Iſerlohn.

** **Iſerlohn**, 26. Mai. Die Berichte der Zeitungen über die hieſigen Vorgänge ſind meiſt ſehr entſtellt, und es wird nicht überflüßig ſein, auch noch jetzt berichtigend darauf zurückzukommen. Der alleinige Grund der märkiſch-bergiſchen Bewegung war die Nichtannahme der Reichsverfaſſung und der Kaiſerwürde von Seite unſrer Regierung, wenn ſich auch in ihrem Verlaufe hier und da unreine Elemente hinzugeſellten. Der Aufſtand hier begann mit dem Einkleiden der Landwehr, nachdem ſchon einige Tage vorher in Hagen eine Wehrmännerverſammlung ſtattgefun-

den hatte, wo alle Anweſenden der Reichsverfaſſung Treue ſchworen und ſich einmüthig gegen die Einkleidung der Landwehr ausſprachen. Dieſem Worte getreu, weigerten die Wehrmänner aus Iſerlohn und Hagen faſt einmüthig, ſich einkleiden zu laſſen. Man hatte Militär zu Hilfe gerufen, welches, an 120 Mann, gerade in dem Augenblick anlangte, als mit dem Einkleiden begonnen werden ſollte. Der das Zeughaus umgebende Volkshaufe warf ſich den Soldaten entgegen, läutete Sturm, baute Barrikaden ꝛc. Alsbald ward das Zeughaus erſtürmt und damit Waffen und Munition für alle Waffenfähige erbeutet. Um nun der Anarchie vorzubeugen, erklärte ſich der Magiſtrat permanent, und es bildete ſich ein Sicherheitsausſchuß, mit dem der Magiſtrat Hand in Hand ging. Sämmtliche Bürger, einige ängſtliche Geldleute ausgenommen, traten unter Waffen und organiſirten ſich zu einem ordentlichen Bataillon, einige 1000 Mann ſtark. Aus Hagen, Altena, Münden und den naheliegenden Dörfern kamen freiwillig noch an 1500 Bewaffnete, meiſt gute Schützen, den Iſerlohnern zu Hilfe, die ſie mit Jubel empfingen. Abgeordnete wurden nach Münſter und Berlin geſchickt, zu erklären, daß das Volk die Waffen nicht eher ablegen werde, bis die Reichsverfaſſung unbedingt anerkannt ſei. Dann aber würden ſich Alle ihrem ordentlichen Richter ſtellen. Von der märkiſchen Städte-Deputation unten mehr. In dieſer Grafſchaft Mark, die ihre Liebe zu dem angeſtammten Königshauſe immer, auch unter den ſchwierigſten Verhältniſſen, wie der franzöſiſchen Herrſchaft, ſo feſt und treu bewährt hatte, ward man jetzt irre, als von Münſter die Nachricht ſich verbreitete, nur auf den beſtimmten Willen des Königs ſeien die mißliebigen Anordnungen getroffen worden. Der Aufſtand in Iſerlohn währte vom 9. bis zum 17. Mai, und wie es zu geſchehen pflegt, in den beiden letzten Tagen bekam die rohe Maſſe die Oberhand, und terroriſirte die übrigen Bürger, welche in Folge der neuen von Berlin (zuerſt durch telegraphiſche Depeſche) angelangten königlichen Verheißungen die Waffen niederlegen wollten; auch waren die Hilfsſchaaren aus andern Städten darauf bereits wieder abgezogen. Am Himmelfahrtsmorgen aber ſah ſich die Stadt plötzlich von 10,000 Soldaten mit 16 Geſchützen rings umzingelt; ſchon hatte, wie geſagt, der überwiegend größere Theil der Bevölkerung die Waffen niedergelegt, nur ein wilder fanatiſcher Haufe wagte jener Militärmacht Widerſtand zu leiſten. Die Truppen, faſt durchweg deutſch geſinnt, benahmen ſich gut, ausgenommen nur die Füſiliere vom 24. Regiment, geborne Pommern, dieſelben, welche ſich in Dresden ſo ſchauerlich hervorgethan, und die Jäger oder Schützen. Dieſe Menſchen haben leider ſchlimmer als wilde Thiere gehauſt; die Kroaten in Wien müſſen im Vergleich zu ihnen Engel geweſen ſein. Alles was ihnen in die Hände fiel, ward ſchonungslos niedergemacht; aus den Häuſern ſchleppten ſie unſchuldige Menſchen, banden und erſchoſſen ſie; Greiſe, hochſchwangere Frauen, Knaben, Jungfrauen, Mütter mit Säuglingen an der Bruſt wurden erbarmungslos hingeſchlachtet. Offiziere, durch die Straßen reitend, brüllten den Soldaten zu: Brav ihr Jungen, brav Kinder, macht's wie in Dresden! Es war entſetzlich anzuſchauen. Auch hatte das Militär außer Oberſtlieutenant Schrötter nur noch einen Todten und 5 Verwundete; dagegen ſind, wie es in dem amtlichen Bericht der königlichen Regierung von Arnsberg heißt, „auf Seite der Inſurgenten 34 Todte und nur 3 Verwundete ermittelt. Leider befinden ſich darunter auch einige unſchuldige Opfer.“ Nach einer andern Rechnung aber fielen 68 Menſchen, und darunter ſollen höchſtens 6 Schuldige und 62 unſchuldige Opfer ſein. „Ein Schlachten war's, nicht eine Schlacht zu nennen.“ Nach dieſer Hekatombe wurden Hunderte Gefangene auf dem Markte zuſammengeſchleppt und, nachdem ihnen mit Seilen die Hände auf dem Rücken feſtgebunden, unter furchtbaren Mißhandlungen und Verhöhnungen von dort auf's Rathhaus abgeführt. Die Soldateska ſchimpfte auf die deutſchen Farben und drohte, ſie Alle niederzuſchießen, wenn ſie nicht Schwarz-weiße werden wollten. Offiziere ſelbſt ſchämten ſich nicht, jungen Leuten die ſchwarz-roth-goldene Kokarde von den Mützen zu reißen und ihnen mit geballten Fäuſten ins Geſicht zu ſchlagen. Weh über Deutſchland, wenn es keine beſſer fühlende Söhne im Heere hätte, als die vom 21. Regiment! Aus jedem Fenſter von Iſerlohn weht jetzt (bei 5 Thlrn. Strafe) eine ſchwarz-weiße Fahne. Beinahe über die halbe Grafſchaft Mark, dieſes treu bewährte Land, iſt der Belagerungszuſtand verhängt, namentlich über die Stadt und den ganzen Kreis Iſerlohn, über die Stadt Hagen, die Aemter Hagen, Buhle, Ennega, die ganze Ennegaſtraße, Langerfeld und Breckerfeld.*)

Die von 16 Städten der Grafſchaft Mark nach Berlin entſandte Deputation hat zwar keinen Zutritt bei dem König erlangen können, aber ſie hat doch ſehr ſchöne Worte und Verheißungen von dort zurückgebracht, vortrefflich berechnet auf den vertrauenden Charakter dieſer Bevölkerung. Den „unſäglichen“ Bemühungen der königl. Regierung ſei es endlich gelungen, den deutſchen Bundesſtaat, zu dem ſelbſt Oeſterreich ſeine Zuſtimmung gegeben, auf Grundlage der von der Frankfurter Verſammlung zu Stande gebrachten Verfaſſung aufzurichten; es ſei nur nicht thunlich geweſen, ſchon vor dem Abſchluß die Unterhandlungen zu veröffentlichen, welche ſonſt gewiß das Volk über ſeine wahren Intereſſen aufgeklärt und mit den Handlungen ſeiner Fürſten und Regierungen verſöhnt haben würden. Mit der zu Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung laſſe ſich indeſſen, bei ihrer unbeſchränkten Annahme, nicht regieren. Das ſei das einſtimmige Urtheil aller deutſchen Mächte. Nichts aber werde daran geändert werden, was ſich nicht als dringendes Bedürfniß der vollziehenden Gewalt einerſeits, und als Mittel zur Förderung der wichtigſten Intereſſen des deutſchen Volks andrerſeits rechtfertige. Auch werde die geeinigte Verfaſſung der alsbald einzuberufenden Reichsverſammlung zur Reviſion und Beſtätigung vorgelegt werden. Die Deputation hatte, jedoch nur in der Form eines Beſuchs von Vertrauensmännern, eine Audienz beim Prinzen von Preußen. „Dieſer ging,“ heißt es in dem Bericht, „auf geſchichtliche Entwickelung der aus der Frankfurter National-Verſammlung hervorgegangenen Beſchlüſſe ein und wies nach, wie dieſe zum Theil das Reſultat ſehr geringer Majoritäten oder ſolcher Conceſſionen ſeien, welche extreme Parteien ſich wechſelſeitig zur Erreichung ihrer verderblichen Zwecke gemacht hätten. Es ſeien nicht ſelten Majoritäten durch Vereinigung der Oeſterreicher mit den Ultramontanen und der republikaniſchen Partei erzielt worden. Durch ſolche Coalitionen ſeien die Beſchlüſſe wegen des ſuspenſiven Veto's des Kaiſers und das Wahlgeſetz durchgeſetzt worden. Beides untergrabe die conſtitutionelle Grundlage für Deutſchlands Reichsverfaſſung, zu welcher, wie er wiſſe, wir uns bekennten. Es ſei damit der Anarchie und den Republikanern in die Hände gearbeitet, welche ſich ſchon auf ihren nahen Sieg freuten. Selbſt Frankfurter Deputirte hätten geäußert: Mit ſolcher Verfaſſung und mit einem ſolchen Wahlgeſetze laſſe ſich nicht regieren. Durch die ſcandalöſe Einigung der ſonſt ſchroff ſich einander gegenüber geſtandenen Parteien ſeien in dem letzten Augenblicke der Verfaſſungs-Berathung Elemente in dieſelbe hineingebracht, die ſelbſt der freiſinnigſte Conſtitutionelle verwerflich finden müſſe.

„Das Wahlgeſetz,“ ſo fuhr der Prinz fort, „ſei das demokratiſchſte, welches jemals in der Welt beſtanden habe. Es liege in demſelben die Grundlage zur Republik; man dürfe ſich nicht täuſchen über ſeine Wirkung; die auf Grund deſſelben gewählten Volksvertretungen würden aus dem Proletariat hervorgehen, die Stände, welche mit dem Beſitze der Wiſſenſchaft und des Vermögens den richtigen politiſchen Standpunkt vereinigten, würden in denſelben ſchwache Minoritäten bilden, oder ganz unvertreten bleiben. Solchen Erſcheinungen müſſe aber unmittelbar die Anarchie folgen. Es dürfe dieſes Wahlgeſetz nicht zur Ausführung kommen; allein er (der Prinz) könne dennoch die Verſicherung geben, daß nicht beabſichtigt werde, einen den Anforderungen der Zeit entgegenſtehenden Wahlcenſus einzuführen. Man werde in der Wahlbeſchränkung nicht weiter gehen, als es Bedürfniß für die Erhaltung und Stärkung des conſtitutionellen Bundesſtaates ſei.

„Die Frankfurter Verſammlung ſei von allen deutſchen Staaten als legitim und beſtimmt, die Verfaſſung zwiſchen den deutſchen Fürſten und dem Volke zu Stande zu bringen, anerkannt. Sie habe ihre Legitimität verletzt, als ſie nach beendigtem Verfaſſungswerke zur Wahl des deutſchen Kaiſers geſchritten ſei; welche Wahl ſelbſt nach dem Sinne der gegebenen Verfaſſung der erſten Reichsverſammlung zugeſtanden habe. Ihr Wirken habe aber einen revolutionären Charakter angenommen, nachdem ſie das deutſche Volk in ihren bekannten ſpätern Beſchlüſſen zum Widerſtande gegen ſeine angeſtammten Fürſtenhäuſer und gegen ſeine Regierungen aufgerufen habe. Solchem Treiben müſſe geſteuert wer-

*) Wir möchten gern manche Einzelheiten dieſes Berichtes für übertrieben halten; doch geht er uns von ehrenwerther Hand zu, und andere Blätter enthalten noch ärgere Sachen.

den. Der König habe die preußiſchen Abgeordneten von Frankfurt zurückgerufen.

„Der König ſei ſtets für die deutſche Einigkeit begeiſtert geweſen. Seit ſeiner Thronbeſteigung habe er unabläſſig an dieſem Werke gearbeitet. Die Regierung ſei nicht hinter dem Willen ihres Oberhauptes zurückgeblieben. Niemals habe dieſe das Vereinigungswerk aufgegeben oder auch nur ruhen laſſen. Ihren großen und umſichtigen Bemühungen müſſe es zugeſchrieben werden, daß ſich Deutſchlands Fürſten nunmehr zu einem Bundesſtaate vereinigt hätten, zu welchem ſelbſt Oeſterreich, ohne beizutreten, doch ſeine Zuſtimmung gegeben habe. In ganz kurzer Friſt, vielleicht in den nächſten acht Tagen, würden die deutſchen Fürſten ihre Einigung veröffentlichen. Ihre Erklärungen würden, davon ſei er überzeugt, alle gemäßigt und billig Denkenden im deutſchen Volke befriedigen.

„Kehren Sie, meine Herren! in Ihre Heimath zurück, ſo ſprach der Prinz weiter, und ermahnen Sie Ihre Mitbürger zur Treue und zum Vertrauen zu ihrem Könige, der es wahrhaft gut mit ihnen meint. Sagen Sie ihnen, daß es nur noch einer kurzen Zeit des ruhigen Ausharrens bedürfe, um ihre Wünſche erfüllt zu ſehen. Ihre Erwartungen werden nicht getäuſcht werden. Ich hoffe, Sie zu einer beſſern Zeit, in welcher das Band der Eintracht und Zufriedenheit alle Deutſchen vereinigen wird, wieder zu ſehen.“

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 6. Juni. Die heutige Sitzung der verfaſſunggebenden Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt war der Erledigung der laufenden Geſchäfte gewidmet, für welche hinfort, ſobald der nöthige Stoff vorhanden, jedesmal am Mittwoch eine Sitzung anberaumt und dagegen die Berathung der Verfaſſung nicht mehr am Montag und Donnerſtag, ſondern am Montag und Freitag jeder Woche fortgeſetzt wird. Den Beginn der Verhandlungen bildete ein Bericht des Wehrausſchuſſes über die Rückäußerung des Senats, in der Frage der allgemeinen Volksbewaffnung. Bekanntlich hat der Senat die Aufnahme der jungen Männer unter 19 Jahren, ſowie der fremden Handwerksgeſellen und des fremden Geſindes beanſtandet, und ſein Bedenken der Verſammlung zur Erwägung und Beherzigung empfohlen; es iſt ihm aber nicht gelungen, den Wehrausſchuß und die Verſammlung zu überzeugen. Ein Bericht von verzweifelter Gründlichkeit, deſſen Verleſung eine ſtarke halbe Stunde in Anſpruch nahm, der aber hin und wieder ſehr treffende Bemerkungen enthielt, wie namentlich da, wo er gegen das Bedenken, die theuerſten Güter des Bürgers dem Schutze von Fremden anzuvertrauen, auf das aus lauter geworbenen Leuten beſtehende Linienmilitär hinwies, denen man dieſe Güter doch unbedenklich anvertraue, trug ſchriftlich darauf an: den Senat zu erſuchen, die gemiſchte Commiſſion zu ermächtigen, 1) junge waffenfähige Leute unter 19 Jahren auf ihr Verlangen und mit Bewilligung ihrer Eltern und Vorgeſetzten, der Bürgerwehr einzuverleiben, 2) die hier Erwerb habenden Permiſſioniſten und deren Söhne, ſowie die Handwerksgeſellen, wenn dieſe in die Muthjahre getreten, als zum Bürgerwehrdienſte verpflichtet zu erklären, 3) alle hier nicht Erwerb habenden Permiſſioniſten und übrigen in Frankfurt wohnenden Deutſchen, wenn ſie ein halbes Jahr hier in Arbeit oder Erwerb geſtanden und ſich freiwillig zum Dienſte melden würden, zu bewaffnen und der Bürgerwehr einzureihen, 4) alle ſo bewaffneten Männer zum Schutze der Reichsverfaſſung und des ſtädtiſchen Gemeinweſens eidlich zu verpflichten. Der ganze Gegenſtand war einigermaßen antiquirt, denn wenn der Schutz der Reichsverſammlung auch nachträglich aus den Conclusionen weggeſtrichen war, ſo ſpielte er doch in den Motiven eine große Rolle: nichtsdeſtoweniger wurden die ſämmtlichen Anträge nebſt einem Zuſatze des Hrn. Dr. A. Friedleben, dem Senat den Ausſchußbericht in Abſchrift mitzutheilen, zum Beſchluß erhoben. Es folgte ſodann ein Vortrag des Senats, die Allmendlooſe in den Landgemeinden betreffend, welcher einen Geſetzentwurf einleitete, in Kurzem des Inhalts: Die durch das Geſetz vom 7. September 1830 beſtätigten Allmendlooſe in den Gemeinden können durch Beſchluß des Ortsvorſtandes aufgehoben werden, vorbehältlich jedoch der Rechte der auf Grund der bisherigen Geſetzgebung bereits in den Genuß der Nutzung ſolcher Looſe eingetretenen Gemeindeglieder. Würde dem landwirthſchaftlichen Ausſchuß überwieſen. Ein weiterer Vortrag des Senats, mit nicht weniger als 11 Anlagen, behandelte die Uebergriffe des Militärs und die Vorfälle vom 13. Mai dieſes Jahres. In letzterer Beziehung wurde lediglich auf die zu erwartenden Reſultate der mit allem Ernſte eingeleiteten Unterſuchung verwieſen; in der erſteren Beziehung aber, und namentlich was das Einſchreiten der Militärbehörden gegen das Tragen von Waffen betrifft, daran erinnert, daß auf eigenes Anſuchen des Senats die Reichsgewalt den Schutz der damals hier tagenden Reichsverſammlung übernommen und daß es der Reichsgewalt deshalb überlaſſen bleiben müſſe, die für dieſen Zweck als nöthig erkannten Mittel zur Anwendung zu bringen, die übrigens mit aller möglichen Rückſicht in's Werk geſetzt würden, außerdem aber hervorgehoben, daß das Obercommando der Reichstruppen nicht ohne Grund über die fortwährende Aufreizung der Truppen durch Placate und Maueranſchläge Beſchwerde führe, weshalb auch dem Polizeiamt aufgegeben ſei, ſolche Placate, wo es ſie finde, zu beſeitigen. Der Senat erklärte ſchließlich ſeine Bereitwilligkeit, wenn dieſe Erläuterungen nebſt den beigefügten Actenſtücken noch nicht genügend erſcheinen ſollten, einen Commiſſär in die Verſammlung zu ſenden. Hr. Dr. A. Friedleben, das gewöhnliche Organ der linken Seite, wenn dieſe es angemeſſen findet, ſittlich entrüſtet zu ſein, erhob ſich auch diesmal, „empört, daß der Senat ſo rechtloſe Anſichten zur rechtlichen Geltung zu bringen beabſichtige“, und forderte die Verweiſung des Gegenſtandes an eine Commiſſion, welche „energiſche“ Anträge ſtelle. Die Commiſſion wurde ernannt; ob ſie „energiſche“ Anträge ſtellt, ſteht zu erwarten; hoffen wir, daß die Verlegenheiten der Centralgewalt nicht noch durch einen Krieg mit Frankfurt vermehrt werden. Ein vierter Vortrag des Senats hat eine vorzugsweiſe komiſche Seite, obgleich auch eine ſehr beherzigenswerthe Moral daraus zu entnehmen iſt. Von Seiten einiger Mitglieder der Verſammlung, die ſich lebhaft mit der Verbeſſerung der Lage des Landbewohners beſchäftigen, war unter andern auch, mit einem großen Aufwand von Entrüſtung über das gegenwärtige Steuerſyſtem, die Claſſification der in den Gemarkungen der Landgemeinden gelegenen Grundſtücke und die Beſteuerung des Grundbeſitzes nach ſeiner Ertragsfähigkeit beantragt, und die Anträge waren, lebhaft unterſtützt, an den Senat gegangen. Aber das zu beglückende Land hatte gegen dieſe Beglückung entſchieden proteſtirt. Sämmtliche Gemeinden hatten erklärt, daß ſie jene Claſſification nicht wünſchten und daß das mögliche Reſultat derſelben zu den Koſten in gar keinem Verhältniß ſtehen würde. Die Antragſteller ſtanden verſteinert, als ſie dieſe Undankbarkeit erleben mußten; es bedarf aber kaum der Bemerkung, daß der Senat unter ſolchen Umſtänden der Anſicht geweſen, daß ihrem Antrage nicht Folge zu geben ſei. (Schl. folgt.)

⊙ **Frankfurt**, im Juni. Als die ſechs großen von Alfred Rethel gezeichneten Blätter: „Auch ein Todtentanz“ in der academiſchen Werkſtätte von H. Bürkner in Holz geſchnitten und zum Abdruck gebracht wurden, ahnte wohl kaum Einer der dabei beſchäftigten Kunſtgenoſſen, wie nahe ſie mit dieſem Werke warnender Phantaſie an der traurigſten Erfüllung, an der entſetzlichen Wirklichkeit ſelbſt ſtanden. In den obigen Blättern nämlich, die der Maler R. Reinick mit einer poetiſchen Erläuterung begleitet hat, ſchildert Rethel's markiger Griffel die Laufbahn eines modernen Volkshelden, der die Menge zur brüderlichſten Gleichheit zu führen verſpricht. Sie folgt ihm gläubig im hellen Aufruhr. Er gibt ihr das Richtſchwert unter der Bezeichnung „Volksjuſtiz“ in die Hand, ruft ſie auf die Barricaden und löſt dort redlich ſein Verſprechen, wie die letzte der trefflich geſchnittenen Tafeln zeigt. Denn

„Die ihm gefolgt, ſie liegen bleich
Als Brüder Alle frei und gleich!“

Der Held hat jetzt ſein Weſen enthüllt. Voll grinzenden Triumphes blickt er, die Senſe in der Knochenhand, auf die Leichen-Ernte. Es war der Tod, der das Volk mit ſchmeichelnder Rede berückte, um es auf die Schlachtbank zu liefern. Die Stadt aber, wo ſich eine Auswahl vorzüglicher künſtleriſcher Kräfte vereinigte, um den Zeitgenoſſen ein warnendes Spiegelbild der drohenden Gefahren vorzuhalten — iſt Dresden. Die Blätter „Auch ein Todtentanz“ ſind bei Georg Wigand, dem durch mannichfache und geſchmackvolle Veröffentlichungen der Art wohl bekannten Leipziger Buchhändler, erſchienen. Das Bilderheft würde die allgemeine Aufmerkſamkeit auch ohne ein ſo ſonderbares Zutreffen der Begebenheiten und des Schauplatzes mit ſeinem Inhalte in Anſpruch nehmen. Denn die Erfindung iſt meiſterhaft und die Ausführung beweiſt, daß es der Gegenwart gelungen iſt, die Holzſchneidekunſt auf eine Höhe von überraſchender Vollkommenheit zu erheben.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expeditionen. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 156. Frankfurt a. M., Freitag 8. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Die Einverleibung des Pendſchab.

Deutſchland. Wien (Die Reorganiſation Italiens. Graf Stadion. Das Obſervationscorps gegen Deutſchland. Vermiſchte Nachrichten). Klagenfurt (Radetzky-Monument). Berlin (Die Hanſemann'ſche Schrift. Die Reichsverfaſſung. Preußiſche Politik. Ein Artikel der deutſchen Reform. Hr. v. Manteuffel. Neueſte Probe däniſcher Großmuth. Die Verhandlungen mit Oeſterreich und Baiern). Stralſund (Die Reichsverfaſſung im nördlichen Deutſchland. Die Marine. Däniſcher Krieg. Das Wahlgeſetz). Königsberg (Die Landwehr. Die Parteien). Magdeburg (Hr. Schulz-Wanzleben.) Kaſſel (Der nationale Verein für Deutſchland.) Darmſtadt (Ein preußiſches Armeecorps in der Rheingegend erwartet. Verſtärkungen nach der badiſchen Grenze). Weimar (Erklärung der Regierung in der Verfaſſungsfrage). Braunſchweig (Die Stände und die Reichsverfaſſung). Aus dem Waldeck'ſchen (Das neue Staatsgrundsgeſetz.) Deſſau (Eröffnung des Landtags). Aus dem nördlichen Schleswig (General Prittwitz zwiſchen zwei Feuern. Die Baiern und die Preußen. Die Landesverſammlung). Schleswig (Beſetzung von Aarhuus. Die Belagerung von Fridericia. Landesverſammlung). Curhaven (Seetreffen). Hamburg (Der Herzog von Naſſau. Verhaftungen).

Großbritannien. London (Lamartine und das allgemeine Wahlrecht. Weigerung der nordamerikaniſchen Regierung, das Dampfſchiff United States an Deutſchland auszuliefern.)

Frankreich. Paris (Die Botſchaft. Die Amneſtie. Ein Antrag der Rue de Poitiers. Lamartine. Tumult in Toulouſe.)

Spanien. Madrid (Die Expeditionsarmee in Italien.)

Italien. Rom (Garibaldi auf neapolitaniſchem Gebiet. Ein Freiwilliger.) Sicilien (Sicilien ein Vicekönigthum mit geſonderter Verwaltung. Amneſtie.)

Belgien. Brüſſel (Die Poſtverbindung zwiſchen Belgien und Frankreich. Die ſocialiſtiſche Verſchwörung. Die Staatsausgaben Belgiens und Niederlands.)

Dänemark. Kopenhagen (Luftfahrt des Königs von Preußen im Bildniß.)

Ungarn. (Proteſt gegen den Einmarſch der Ruſſen. Vorbereitungen zum Widerſtand). Hradiſch (Die Ruſſen). Preßburg (Welden und Haynau. Der Kaiſer und die Armee. Ein Gruß des Czaren).

---

7. Juni.

Am 29. März erſchien auf Befehl des Generalgouverneurs von Britiſch Oſtindien, des Lords Dalhouſie, und unterzeichnet von H. M. Elliot, Sekretär des Generalgouverneurs, und W. Courtney, Sekretär bei der Regierung, eine Proklamation, deren Wichtigkeit aus folgender Stelle zu ermeſſen iſt: „Deshalb hat der Generalgouverneur von Indien erklärt und erklärt hierdurch, daß das Königreich Pendſchab aufgehört hat, und daß alle Landesgebiete des Maharadſchah Dhulip Singh jetzt und hinfort einen Beſtandtheil des britiſchen Reiches in Indien bilden.“

Durch dieſes Decret ſtreicht England, welches wie man ſieht, Dynaſtien mit derſelben Kürze das Daſein abzudecretiren weiß wie Napoleon, ein Gebiet ein, welches 100,000 engliſche, 4500 deutſche Quadratmeilen umfaßt, obſchon es von vielleicht nicht mehr als vierthalb Millionen Menſchen bewohnt wird. Sein Reineinkommen beträgt freilich nur 1 Mill. Pfund, und ſeine Behauptung und Verwaltung dürfte in nächſter Zeit der oſtindiſchen Kompagnie leicht noch einmal ſo viel koſten. Aber die Hilfsquellen des Landes werden ſich auch unter engliſcher Bewirthſchaftung in kurzer Zeit verdoppeln und verdreifachen. Die Lage des Landes iſt wichtig, indem durch daſſelbe der Handelsweg von Afghaniſtan und andern Theilen des mittleren Aſiens nach Oſtindien führt. Dieſer ſehr lebhafte Tranſithandel wird in der Richtung von Nordweſt nach Südoſt vermittelſt Kameelen, Maulthieren und Eſeln betrieben, im Allgemeinen aber bieten ſich die fünf Flüſſe des Pendſchab, nämlich der Indus, der Dſchelum (Hydaspes), der Tſchenab (Aceſines), der Rawi (Hydraotes) und der Sedledſch (Hyphaſis), als die natürlichſten und bequemſten Kanäle für den Waarentransport dar. Zuſammen bilden ſie eine Waſſerſtraße von nahe 2000 (engliſchen) Meilen. Aber auch der Eigenhandel, der unter Rundſchit Singh ſeine höchſte Blüthe erreichte, iſt nicht unbedeutend. Seit Rundſchit Singhs Tode ſank er freilich, indem von da an Straßenräubereien immer mehr überhand nahmen. Die Fabrikate des Fünfſtromlandes beſtehen aus Seiden- und Baumwollenwaaren, Leder, Waffen und Shawls. Außer Lahore ſind Umritſur, Multan, Schudſchabad und Lia die bedeutendſten Fabrikſtädte. Die meiſten dieſer Waaren ſind von ausgezeichneter Qualität, und nur der ſchlechten Regierung, die auf diejenige Rundſchit Singhs folgte, iſt es zuzuſchreiben, daß der Handel damit keinen mächtigern Aufſchwung nahm. Während Mittelpendſchab, deſſen Hauptreichthum in Viehheerden beſteht, meiſt Dickigt und Weideland iſt, ſind die unmittelbar am Indus liegenden Landſchaften, von dem paradieſiſchen Kaſchmir nicht einmal zu ſprechen, unvergleichlich fruchtbar, geſund und lieblich. Zucker in reichlicher Fülle, Reis, Indigo, Opium, Baumwolle, Weizen und andere Getreidearten gedeihen hier. Die Gärten bringen alle möglichen Südfrüchte hervor, ſelbſt manche, welche dem Europäer ſogar ihrem Namen nach bisher unbekannt blieben, dazu Blumen in verſchwenderiſchem Reichthum. Wild und Kameele ſind häufig, und von Rindern und Schafen findet man große Heerden, obſchon die Sikhs, den religiöſen Vorſchriften gemäß, nicht deren Fleiſch genießen und von der Kuh nur die Milch, von dem Schafe nur die Wolle benutzen. Die Sikhs ſind eifrige und vollendete Pferdezüchter. Auch die Zucht des Seidenwurmes, deſſen Geſpinnſte den Stoff zu den berühmten Seidenwaaren und Shawls von Multan und Kaſchmir liefern, wie die der Biene werden mit Eifer und größtem Erfolg betrieben. Die Gebirge im Norden bergen reiche Metallſchätze, ſogar Gold, und die Engländer werden ſie beſſer benutzen als die Sikhs *).

Die Bewohner dieſes Landes, die Sikhs, haben ſich mit ihrem Verſuche, die Briten, die ſich als ſogenannte Verbündete in ihrem Lande eingeniſtet hatten, gänzlich aus dem Pendſchab zu vertreiben und in ganz Indien eine Art heiligen Krieg gegen ſie zu entzünden, nur ihr Verderben bereitet; ihre Selbſtſtändigkeit iſt bis auf die letzte Spur getilgt. Sie haben mit wechſelndem Glück, unter ihrem tapfern und talentvollen Feldherrn Schir Singh, den Engländern die Arbeit ſauer genug gemacht und ſind zuletzt in der Schlacht von Gudſchrat nur dem übermächtigen britiſchen Geſchütze gewichen und erlegen. Es iſt nicht genau bekannt, von welcher Seite die Ränke geſponnen wurden, die unmittelbar zum Ausbruch des Krieges führten. Die Intriguen am Hofe von Lahore, welche die Entfernung der Königin Mutter zur Folge hatten, während der Fürſt von Multan ſeiner beabſichtigten Abſetzung durch offene Empörung zuvorzukommen ſuchte, ſchreiben Einige auf engliſche Rechnung, indem die Briten nach einem Anlaß für einen Unterwerfungskrieg geſucht hätten, während ſie Andere ſogar auf franzöſiſche Umtriebe zurückführen. Bemerkt zu werden verdient, daß allerdings von Lahore aus, nachdem dort die Pariſer Ereigniſſe bekannt geworden, engliſchen Blättern mitgetheilt wurde, daß dieſe Nachricht ein großes Aufſehen erregt habe und von geheimen Agenten dazu benutzt werde, eine Erhebung der Sikhs gegen die Briten anzuſchüren. Einer der befehlenden Oberſten in der Feſtung Multan, der bei deren Einnahme auf der Breſche fiel, war ein geborner Franzoſe. Endlich ſchrieb ein britiſcher Offizier aus dem Feldlager unterm 13. März an ſeine Freunde in England: „zwei der den Sikhs abgenommenen Kanonen ſind franzöſiſche, ſie tragen den Pariſer Stempel und ſind ganz neu — ein Liebeszeichen unſerer Freunde jenſeits des Kanals.“ Möge

---

*) Dieſe Angaben ſind namentlich der Schrift des Oberſtlieutenants Steinbach: "The Punjaub, being a brief account of the country of the Sikhs", und dem Werke: „A history of the Sikhs“ vom Capitän J. D. Cuningham entnommen.

man dieſe Fakten noch ſo gering anſchlagen, ſo geben ſie doch zu denken.

Seit der Schlacht bei Gudſchrat, in welcher die Sikhs faſt alle ihre Geſchütze verloren, durften Schir Sing und die mit ihm verbündeten Sirdare keine neue Schlacht mehr wagen, zumal da der mit ihrer Verfolgung beauftragte General Gilbert ſtets hart an der Ferſe hinter den Sikhs her war. Noch einmal ſtellten ſie ſich zwar in Schlachtordnung auf, als aber Gilbert Anſtalten machte, ſie anzugreifen, ergaben ſie ſich auf Gnade und Ungnade. Die Hilfstruppen aus Afghaniſtan verfolgte General Gilbert noch bis gegen Peſchawer und die vielgenannten für die Briten einſt ſo verderblich gewordenen Keyberpäſſe hin; es gelang ihm aber nicht, die Flüchtigen zu erreichen, ſie entkamen durch die Schluchten des Gebirges. Die engliſchen Zeitungen, wenigſtens zum größten Theil, ſind undankbar genug, auf Koſten des Generaliſſimus, Lord Gough, die Verdienſte des General Gilbert mehr als billig hervorzuheben, während doch Gilbert, der nicht einmal zum Treffen kam, nur erntete, was Lord Gough geſäet hatte. Es iſt wahr, ein Theil der Truppen unter Lord Gough erlitt bei Ramnuggur, wo der tapfere General Cureton fiel, eine Niederlage und die blutige Schlacht bei Tſchillianwallah führte zu keinem Reſultat. Nur Wellington, der große Kenner des Krieges, ließ ſich nicht irre machen; das ſeien Unfälle oder Quereereigniſſe, wie ſie auch dem beſten Feldherrn zuſtoßen könnten; man ſolle die Dinge nur abwarten; Lord Gough werde die Scharte ſchon auswetzen. Aber die reichen Kaufherren an der Themſe geriethen außer ſich und ſelbſt der Direktorenhof verſtand ſich auf das Drängen der engliſchen Bourgeoiſie dazu, den General Sir C. Napier, den „Helden von Sind“, an Gough's Stelle nach Oſtindien zu ſenden; inzwiſchen hatte Lord Gough Verſtärkungen an ſich gezogen, ſich auf der Defenſive gehalten, was dem etwas ungeſtümen Kriegsmanne ſchwer genug fallen mochte, und ſo die Sikhs, denen die Lebensmittel ausgingen, genöthigt, ihr feſtes Lager bei Ruſſul zu verlaſſen und in einer ihnen weniger günſtigen Stellung bei der Stadt Gudſchrat die Schlacht anzunehmen, die, von Lord Gough mit Umſicht und Energie geleitet, ohne großen Menſchenverluſt britiſcher Seits, für die Sikhs mit einer vollſtändigen Niederlage endete. Sir C. Napier findet nun bei ſeiner Ankunft in Oſtindien Alles gethan und ſogar die Einverleibung des Pendſchab, für welche Napier von jeher das Wort führte, vollzogen. Was bleibt ihm ſonſt noch zu thun übrig? Inzwiſchen hat bereits Lord Gough in einem Armeebefehl von ſeinem Heere Abſchied genommen, worin er unter anderm äußert, einzelne Unfälle hätten ihn nie in dem Glauben wankend machen können, daß ein ſo tapferes Heer, wie das britiſche, endlich den Sieg erringen müſſe. In dieſer Proklamation werden die britiſchen Krieger daran erinnert, daß Alexander der Große einmal das im Sinne gehabt habe, was jetzt dem indo-britiſchen Heere gelungen ſei — die Eroberung des Pendſchab. Das Kriegstheater, auf welchem den Sikhs von den Engländern ihre Unabhängigkeit abgerungen wurde, iſt bekanntlich ſo ziemlich dieſelbe Schlachtebene am Dſchelum (Hydaspes), auf welcher Alexander im Jahre 327 v. Chr. den König Porus ſchlug. Alexander aber zeigte ſich großmüthiger, als die Briten, er ließ den Beſiegten im Beſitz ſeines Landes. Die Briten dagegen vergreifen ſich ſelbſt an dem Privateigenthum; es heißt in dem Eingangs dieſes Artikels erwähnten Einverleibungsdecret: Alles Eigenthum der Sirdare und der Uebrigen, welche gegen die Briten die Waffen ergriffen haben, ſoll mit Beſchlag belegt werden; alle befeſtigten Plätze, die nicht von den britiſchen Truppen beſetzt ſind, ſollen geſchleift und es ſollen die kräftigſten Maßregeln ergriffen werden, um das Volk an Erneuerung des Kriegs zu hindern. Sollte letzteres dennoch ſtattfinden, ſo wird ſchließlich gedroht: dann werde die Zeit der Milde vorüber ſein. Dem Maharadſchah, einem Manne von ſchwachem Charakter, wird ehrenvolle Behandlung zugeſagt. Er erhält ein Jahrgeld von 40,000 Pf. St.

Seit dem Jahre 1639, wo die indiſchen Fürſten an England die Stadt Madras abtraten, haben die Briten nicht aufgehört, durch kluge Benutzung der inneren Streitigkeiten und durch tapfere Kriegführung, ein Königreich nach dem andern ihren Beſitzungen einzuverleiben. So iſt das indo-britiſche Reich zu einem Koloß erwachſen, vor deſſen Größe die Briten ſelbſt erſchrecken. Sie ſagen: die Sikhs haben uns dieſe neue Erwerbung aufgedrängt, indem ſie uns keine Ruhe gelaſſen und im vergangenen Jahre Verrath an uns geübt und den früher mit ihnen abgeſchloſſenen Vertrag gebrochen haben. Aber die ſo argumentirende Times verräth alsbald ihre wahre Herzensmeinung, wenn ſie ſagt: die Mündungen des Indus ſind durch die Erwerbung von Sind unſer geworden, aber wir können ſie nur dann mit Sicherheit und Vortheil benutzen, wenn wir auch die Nebenſtröme des Indus haben. Auch ſind wir jetzt durch Gebirge gedeckt, deren Päſſe wir gegen die Afghanen mit einer geringeren Truppenmacht vertheidigen können. „Schulden, ſetzt die Times hinzu, ſind der natürliche Tod der Reiche, und an Schulden wird einſt britiſch Indien zu Grunde gehen.“

Die Briten rufen ſich jetzt ſelbſt wiederholt den Rath zu, an der Gebirgsmauer, welche Kabul vom Pendſchab trennt, ſtehen zu bleiben, werden ſie es aber auch ſpäter noch wollen oder nur können? Es iſt der natürliche Trieb oder vielmehr das nothwendige Verhängniß eines erobernden Weltreiches, ſo lange erobernd fortzuſchreiten, bis es unter ſeiner eigenen Maſſe erliegt, auf einen ihm ebenbürtigen äußeren Feind ſtößt oder in Folge innerer Zerrüttungen oder eintretender Verweichlichung und Genußſucht von innen heraus verfault. Wie leicht können von Zeit zu Zeit ſich wiederholende Einfälle der Afghanen, die mit den unzufriedenen Sikhs jedenfalls geheime Verſchwörungen unterhalten werden, den Briten Anlaß geben, noch einmal in Afghaniſtan einzubrechen und Kandahar und Kabul zum zweiten Mal, diesmal aber für immer in Beſitz zu nehmen! Wie verlockend liegt dann vor den Blicken des glücklichen Eroberers das ohnmächtige, durch Intriguen zerrüttete und allen Intriguen zugängliche Perſien da! Wird England nicht eben ſo begierig ſein, ſich des Einganges zu dem perſiſchen Meerbuſen zu verſichern, wie es ſich durch die Beſitznahme Adens die Oberherrſchaft über das rothe Meer angeeignet hat? Wird England, wenn es das Monopol im perſiſchen Meerbuſen übt, nicht auch die Mündung des Euphrats beherrſchen wollen? Und wird England wenn es die Mündung hat, nicht wie jetzt in Betreff des Indus ſagen: um dieſe Mündung mit Sicherheit und Vortheil benutzen zu können, müſſen wir auch die Quelle des Euphrats und des Euphrats Nebenfluß, den Tigris, haben? Doch hier ſtehen wir ſchon mitten in der aſiatiſchen Türkei und hier wollen wir Halt machen, um ſo mehr da dieſen glänzenden Ausſichten auch ſehr bedenkliche gegenüberſtehen. Abgerechnet einen möglichen und vielleicht gleichzeitigen Zuſammenſtoß im innern Aſien mit Rußland und in den chineſiſchen Gewäſſern mit der Seemacht der Vereinigten Staaten, die dahin ebenfalls ihr Augenmerk gerichtet haben, ſo zieht ſich auch England mit jedem neuen unterworfenen Volke einen neuen nur auf Gelegenheit des Abfalls wartenden Feind groß, namentlich ſcheinen die Sikhs ganz dazu geeignet, für die engliſchen Beſitzungen zu werden, was die Polen für Mitteleuropa ſind, die Stifter einer unermüdlich thätigen Völkerpropaganda und Begründer einer permanenten Revolution, zu deren Bekämpfung England in einem ſo ungeheuer ausgedehnten und vom Mutterlande ſo entfernten Gebiete, namentlich bei einem immer doch möglichen Abfall der indiſchen Truppen, nicht genug Bajonette und vielleicht auch nicht genug Pfunde übrig haben würde. Das weiß man in England und darum nahm man auch die Eroberung des Pendſchab im Allgemeinen zwar als ein ehrenvolles aber nicht als ein durchaus freudiges Ereigniß, ſondern mit gemiſchten Empfindungen auf. Und wer die Alten kennt, denkt an König Pyrrhus und den Frager.

Deutſchland.

Wien, 2. Juni. Während alle Welt frägt, wie weit die Frage der innern Reorganiſation des lombardiſch-venetianiſchen Königreiches gediehen ſei, und die offiziellen und halboffiziellen Blätter in vollkommene Schweigſamkeit gehüllt ſind, erfährt man, wie in vormärzlichen Tagen, von ausländiſchen Blättern, was im Inlande vorgeht. In einer Correſpondenz der "Independance belge" aus Mailand heißt es: Miniſter Bruck habe die neue Landesverfaſſung des lombardiſch-venetianiſchen Königreiches vollendet und ſie nach Wien geſchickt, wo ſie einige Veränderungen von der Hand des Hrn. Brenner zu erwarten habe. Sollte dieſe Nachricht Gewißheit haben, oder wäre vielmehr eine andere Nachricht gegründet, daß Miniſter Bruck mit den mittelitalieniſchen Staaten einen Handelsvertrag (eine Art mittelital. Zollverein) abſchließe, der die Grundlage eines öffentlichen Staatenbundes unter öſterreichiſchem Protektorate bilden ſoll? Schon unter dem Syſteme des Fürſten Metternich wurde der Vorſchlag eines italie-

niſchen Zollvereins vielfach beſprochen, jedoch nicht zur Ausführung gebracht. (Oſtd. Poſt)

A. Z. C. **Wien**, 3. Juni. Hr. Revoltella iſt aus Trieſt mit einer Einladung an den Hrn. Miniſter Station hier angekommen, welcher zufolge „dem unvergeßlichen Gouverneur von Trieſt eine mit allem Komfort ausgeſtattete Villa in Trieſt's Nähe zum Aufenthalte zur Dispoſition geſtellt wird, falls der Herr Miniſter geneigt wäre, die Erholungszeit dort zuzubringen". Aus Mailand wird geſchrieben, daß für die Truppen, welchen zum Marſch aus Italien nach Deutſchland Ordre ertheilt war, Gegenbefehl gekommen ſei, und daß die nach Baden beſtimmten 6000 Mann aus in Wien und Oeſterreich ſtationirten Truppen geſammelt werden ſollen. Das 3. Armee-Corps der in Italien ſtationirten Truppen iſt bereits nach Tyrol marſchirt. Hofrath Brenner iſt nach Mailand abgereiſt, um dort mit Miniſter Bruck den vom letzteren für das lombardiſch-venetianiſche Königreich entworfenen Conſtitutions-Act in Berathung zu nehmen. Nächſtens ſoll hier ein ſtrenges proviſoriſches Fremden-Polizei-Geſetz erſcheinen. Geſtern wurde in der Vorſtadt Wieden ein Koſſuth'ſcher Emmiſſär betreten, welcher für die magyariſche Armee Schloſſer und Waffenſchmiede werben wollte. Se. Majeſtät haben dem Herrn Feldzeugmeiſter Freiherr v. Haynau und dem Herrn Feldzeugmeiſter Freiherr v. Böhm die Geheimerathswürde taxfrei verliehen. Der bekannte hieſige Literat Lyſer wurde geſtern verhaftet. Es wurde nämlich einer Sicherheitswache ein Kaufgewölbe bezeichnet, in dem ſich ein Bettler unverſchämt betragen ſollte. Als die Wache an den bezeichneten Ort kam, war der Bettler fort, Lyſer aber dort, und die Wache verhaftete denſelben, ſeines unſcheinbaren Anzuges wegen — als Bettler. Der k. k. Courierpoſtwagen wurde am 31. v. M. bei Adelsberg angefallen und beraubt.

In Klagenfurt wird zu Beiträgen aufgefordert für ein Radetzky-Monument, das in einem großen, der kaiſerl. Armee zum Geſchenke zu bringenden Kriegsſchiff beſtehen ſoll.

⊙ **Berlin**, 4. Juni. Gegenwärtig unterhandelt hier bekanntlich Herr v. Reedtz mit unſerem Cabinet über die ſchleswig-holſteiniſche Sache. Die Dänen rühmen nach allen Seiten hin ihre Friedensliebe und Verſöhnlichkeit und meinen, ſie hätten einen Beweis davon auch dadurch geliefert, daß ſie Herrn von Reedtz, einen Diplomaten von ſehr vermittelnder Geſinnung, auf den Wunſch Preußens hierhergeſchickt haben. Wir wünſchten, daß dies mehr als leere Worte wären. Leider iſt es nicht der Fall. Freilich wiſſen wir aus Erfahrung, was die Dänen unter Verſöhnlichkeit verſtehen. Als der König von Dänemark in ſeiner Proclamation vom 15. Decbr. v. J. die gemeinſame Regierung für „inſurrectionell" erklärte und die Bewohner der Herzogthümer zur Steuerverweigerung und zum Aufruhr gegen die Regierung aufforderte, erklärte die däniſche Diplomatie, welcher über dieſen feindſeligen Schritt Vorwürfe gemacht wurden, ganz verwundert, es ſei dies vielmehr eine verſöhnliche Maßregel geweſen, denn es ſei ausdrücklich in der Proclamation hinzugefügt, der König werde denjenigen Schleswigern, welche der Uebermacht weichend gleichwohl der aufrühreriſchen Regierung gehorchen würden, dies nicht als Verbrechen anrechnen. Als wiederum die Dänen im Februar d. J. den Waffenſtillſtand kündigten, erklärten ſie gleichzeitig an allen Höfen, ſie wollten dadurch keineswegs den Wiederausbruch der Feindſeligkeiten herbeiführen; vielmehr geſchehe die Kündigung durchaus in friedlicher Abſicht und zur Beſchleunigung des Friedensabſchluſſes; ſie meinten nämlich, aus Angſt vor einer Erneuerung des Krieges werde Deutſchland ſich jede, auch die ſchimpflichſte Bedingung gefallen laſſen. Aehnliche Proben ihrer Verſöhnlichkeit geben die Dänen jetzt. Wollen Sie einige Beiſpiele? Hier ſind ſie. Dänemark hat erklären laſſen, daß es bereit ſei, allen „ſchleswig-holſteiniſchen Inſurgenten" eine vollſtändige Amneſtie zu gewähren; auch der tapfern ſchleswig-holſteiniſchen Armee ſollen ihre Siege bei Kolding und Gudſö verziehen werden; ſelbſt die Kanoniere in den Eckernförder Strandbatterien ſollen nicht verfolgt und beſtraft werden, obgleich ſie die beiden beſten Schiffe der däniſchen Marine ſo übel zugerichtet haben. Nur die größten Verbrecher unter den Inſurgenten, die eigentlichen Anſtifter alles Unheils, ſollen von der Amneſtie ausgeſchloſſen bleiben; unter dieſen werden, wie wir hören, beſonders hervorgehoben die Mitglieder der früheren proviſoriſchen Regierung, unter denen noch als hauptſächlich ſtrafbar die beiden jetzigen Statthalter bezeichnet werden, und außerdem die Herren Francke und Schleiden. Als ein geringes Aequivalent für dieſe große Nachſicht und Milde wird es von däniſcher Seite betrachtet, daß man ihnen die Fregatte „Geſion" und was vom Wrack des Linienſchiffes „Chriſtian VIII." noch einigen Werth hat, ſowie die auf beiden Schiffen erbeuteten Trophäen wieder ausliefert. Es wäre ohnehin ja, meinen ſie, ein unerträglicher Scandal, wenn dieſe Siegesdenkmale in den Händen von „Inſurgenten" bleiben ſollten. Was ſagen Sie zu dieſer Unverſchämtheit? Aber das Schmachvollſte iſt doch, daß ein kleines ohnmächtiges Volk es wagen darf, mit ſolchem Hohn einer großen Nation entgegenzutreten, ohne ſofort auf die gebührende Weiſe abgefertigt zu werden.

⁑ **Berlin**, 5. Juni. Der Verein zur Verbreitung antidemokratiſcher Schriften, deſſen Vorſteher, Hr. Graßmann, Redacteur der Deutſchen Reform iſt, hat von einem Ungenannten 600 Thaler zur Verbreitung der Hanſemann'ſchen Flugſchrift gegen die Reichsverfaſſung erhalten, und nicht weniger als 23000 Exemplare davon unentgeldlich vertheilt. Und Alles umſonſt! Denn der neue Entwurf iſt ja wenig beſſer (oder ſchlechter, wie man will), als das geſchmähte Werk der Reichsverſammlung. Die Hanſemann'ſche Zeitung weiß daher auch eigentlich nicht, was ſie zu dem Entwurfe ſagen ſoll. Sie ſagt, er ſei ſchöner, als die Reichsverfaſſung; aber es frage ſich, ob der Comparativ hier gleichbedeutend ſei mit dem Poſitiv. Als Grundlage der Reviſion braucht er gewiß nicht verſchmäht zu werden. Aber wo iſt jetzt die Spannkraft der öffentlichen Meinung geblieben, welche das Werk der Reichsverſammlung in ganz Deutſchland zur Anerkennung gebracht haben würde? Möge es den Anſtrengungen der Patrioten aller Parteien gelingen, wenigſtens noch einen gemeinſchaftlichen Reichstag zu Stande zu bringen! Preußen hat wenigſtens ſoweit ſein Wort verpfändet, daß es ſich an die Spitze des engeren Bundes ſtellen will. Da Oeſterreich von dieſem engern Bunde nichts wiſſen will, ſo iſt wenigſtens erreicht, wonach wir Alle uns ſo lange ſehnten, daß Preußen genöthigt iſt, eine ſelbſtſtändige Politik einzuſchlagen, nicht blindlings der heiligen Allianz zu folgen. Daß Preußens Verſuch, ſich zu emancipiren, von ſeinen bisherigen beiden Vormündern übel aufgenommen wird, daß es ein Bedürfniß fühlt, ſich durch die öffentliche Meinung zu ſtärken, erhellt aus dem heutigen leitenden Artikel der Deutſchen Reform: „Wir ſagen es offen heraus: Preußen ſtand während der letzten Jahrzehnte in der auswärtigen Politik immer hinter Rußland, in der innern hinter Oeſterreich. Wir müſſen es tief beklagen, aber es war ſo. Selbſt die vorjährige Bewegung gab ihm wegen der Lähmung ſeiner innern Staatsverhältniſſe nicht den Aufſchwung in der deutſchen Frage, welchen die Nation von ihm verlangt hatte, deren überwiegende Mehrheit in Preußen den Träger des Fortſchrittes auch hierin zu ſehen gewohnt war. Es regnete Vorwürfe von allen Seiten gegen das paſſive Verhalten Preußens der Frankfurter Entwickelung gegenüber. Süddeutſche Politiker ſchrieben während des Spätſommers 1818 ihre ſpitzen Federn an Invektiven darüber in der Ober-Poſt-Amts-Zeitung ſtumpf. Allein Preußen wollte, ſo ſtürmiſch es auch immer verlangt wurde, in Frankfurt die Sachen nicht „in die Hand nehmen." Es wollte die Entwickelung dort ungeſtört vor ſich gehen laſſen, und hoffte eine glückliche Löſung. Alle Welt weiß, daß es inzwiſchen in Schleswig für Deutſchland blutete, im eigenen Lande durch jenen Krieg ungeheuern Schaden litt, dafür Undank erntete, — dennoch aber nach Frankfurt ſeine beſten Kräfte ſandte, um gleich die Vorarbeiten zur praktiſchen Einigung und Ausführung des unternommenen Einheitswerkes auszuführen. Neben Camphauſen waren eine große Anzahl tüchtiger Männer ſowohl in der Regelung der Militärorganiſation als auch in den Handels- und Zollfragen unabläſſig thätig, und Geldvorſchüſſe wurden zu den Unternehmungen der proviſoriſchen Centralgewalt geleiſtet. — Oeſterreich, welches in dem Bundeskriege gegen Dänemark eine mehr als befremdliche Rolle ſpielte, mühte ſich in dieſem Sinne gar nicht ab. Ihm genügte es, durch einen Prinzen ſeines Hauſes und den Reichsminiſterpräſidenten v. Schmerling die Sache „in der Hand zu haben", durch die Taktik ſeiner Abgeordneten gegen den von der Majorität in der Paulskirche als nothwendig anerkannten engeren Bund zu wirken und war ſonſt vorzüglich nur mit ſich ſelbſt beſchäftigt. Bei dem jetzigen Verlaufe werden wir es aber ſicherlich erleben, daß es noch ganz einfach mit der Behauptung auftritt, nach dem Erlöſchen der Frankfurter Verſammlung ſei Alles zunächſt ſo zu betrachten, als wäre es beim Alten geblieben. „Der deutſche Einheitsdrang, und was er hervorrief," ſo wird es heißen, „war eitel Traum und Schaum, und beſteht nicht mehr;" der Bundes-

tag aber beſteht ſelbſtredend noch, denn Oeſterreich hat in der Würde des Reichsverweſers nie etwas Anderes geſehen, als das Präſidium in den deutſchen Angelegenheiten. Die Bevollmächtigten, die ſich bisher unnützer Weiſe an etwas Unerreichbarem abmühten, treten jetzt nur in ihre eigentlichen Funktionen als „Bundestagsgeſandte" zurück. Sie dürfen nur für den Zuſammentritt des Plenums der Bundesverſammlung ſorgen. Das öſterreichiſche Präſidium wird dann eine ſchöne Rede wie Anno 1815 halten: man wird „rüſtig" weiter bauen an dem deutſchen „Einheitswerke" und — an einer Wiener Schlußakte, wie die vom Jahre 1820, würde es erforderlichen Falles zur Krönung des Werkes wahrlich nicht fehlen!" Bei einem ſolchen Conflicte würden ſich natürlich alle Patrioten auf Preußens Seite ſtellen. Aber wie traurig, daß Preußen in dieſen letzten verhängnißvollen Monalen die Bundesgenoſſenſchaft der öffentlichen Meinung verſchmäht hat. Hr. v. Manteuffel, welcher gewiſſen Perſonen, die am hieſigen Hofe eine Rolle ſpielen, zu — freiſinnig iſt, war nahe daran, zurückzutreten. Die Sache iſt indeß für diesmal ausgeglichen. Profeſſor Rheinwald iſt geſtorben. Von Humboldt's Anſichten der Natur erſcheint eine neue Auflage.

Berlin, 5. Juni. Ueber die hier mit Oeſterreich gepflogenen Conferenzen erfährt man — es iſt dies eine aus authentiſcher Quelle geſchöpfte Nachricht — daß Preußen ein großes mitteleuropäiſches Reich im Auge hatte, daß das Miniſterium Brandenburg gegen Oeſterreich auf's nachgiebigſte auftrat, indem es vorſchlug, zwiſchen dem öſterreichiſchen Geſammtſtaat und dem unter Preußen ſtehenden Deutſchland ſolle ein ewiger Bund beſtehen, der nach außen als eine Macht auftrete und deſſen Vertretung in Oeſterreich's Händen ſei! Aber ſelbſt hierauf ging das Ollmütz-Wiener Cabinet nicht ein. Auf einen Zutritt Baiern's zum Verfaſſungsentwurf wird hier nicht mehr gerechnet; dem unerachtet werden heute oder morgen 25,000 Mann Preußen in die Pfalz einrücken. Der König wolle damit nicht Baiern unterſtützen, aber er wolle die Bundesfeſtung Landau retten. Dem Rufe des Geſammtvaterlandes folge er, nicht Baierns Unterſtützungsgeſuch. So wenigſtens erzählt es hier Einer dem Andern. (D. P. Z.)

⊙ **Stralſund,** 4. Juni. Die Ausſicht, daß Mecklenburg und Hannover dem Zollverein beitreten werden, hat für Neu-Vorpommern, welches jetzt faſt nur Grenzbezirk iſt, mit allen dazu gehörenden Plagen, etwas Erfreuliches. Die aus Frankfurt zurückgekommenen Abgeordneten haben es ſchwer die Reichsverſammlung von ehedem und deren Verfaſſungsbeſchlüſſe in zweiter Leſung gegen die mancherlei Vorwürfe in Schutz zu nehmen. Die Aufſtände in Süddeutſchland haben hier die deutſche Bewegung bei uns im Norden in ſchlechten Ruf gebracht, und gegen die Reichsverfaſſung ſind hier Vorurtheile aller Art in Umlauf. Allgemein heißt es: der neue Reichstag werde ſogleich den Kaiſer abſchaffen, obgleich das doch nach den Beſtimmungen über eine Verfaſſungsänderung gar nicht möglich und denkbar iſt. Das Bündniß zwiſchen Preußen, Hannover und Sachſen wird als eine Stärkung der Hoffnung angeſehen, daß auf den Grund der von dieſen jetzt vorgelegten Reichsverfaſſung, auf dem Wege der Reviſion, endlich der Standpunkt erreicht werden könne, auf dem eine feſte, ruhige Einigung des ganzen deutſchen Volkes fortzubauen iſt. Daß auch nach dieſer Verfaſſung eine deutſche „Reichsmarine" beibehalten wird, iſt natürlich allen Seehäfen ſehr willkommen; insbeſondere aber darf ſich hier daran eine erfreuliche Ausſicht knüpfen, da Stralſunds Lage zur Oſtſee für Deutſchlands Kriegs- und Handelsmarine ſtets von großer Wichtigkeit ſein wird. Die Schanzarbeiten auf der Inſel Dänholm werden fortgeſetzt und der hieſige Hafen ſoll zur Aufnahme einer Diviſion der Küſtenflotlille vorläufig für dieſen Winter benutzt werden. Ueber einen Frieden mit Dänemark wechſeln die Gerüchte täglich; denn das Intereſſe iſt dabei lebhaft betheiligt, beſonders da die Jahreszeit bald zu weit vorrückt um noch in dieſem Jahre von Frachtfahrten Nutzen ziehen zu können, doch würden die aufgeſpeicherten Getreidelager bald geräumt werden um der neuen, ziemlich günſtig zu hoffenden Ernte Platz zu machen. Das neue Wahlgeſetz wird in Neu-Vorpommern ohne Zweifel in guter Ruhe zur Ausführung kommen, obwohl dagegen von den Demokraten ſchon Adreſſen mit vielen Unterſchriften nach Berlin geſchickt ſind. Ueberhaupt aber iſt wohl fraglich ob die Aenderung des Wahlgeſetzes unter jetzigen Umſtänden auf das Reſultat einen größeren Einfluß ausüben kann als die allgemeine Stimmung.

× **Königsberg,** 3. Juni. Die Landwehr hat ſich in unſerer Provinz willig einkleiden laſſen. Der Streit der Parteien iſt in unſerer Provinz noch immer ſehr lebhaft. Auffallend dabei iſt, daß das gemeine Volk in den Städten größtentheils von den Preußenvereinen gewonnen iſt, und als die Stadtverordneten in Elbing beſchloſſen, den Beſchlüſſen des hieſigen Städtetages beizutreten, machten die Schwarzweißen auf der Zuhörertribüne einen nicht geringen Lärm. Herr Landrath v. Negelein, Abgeordneter zur zweiten Kammer des Memel-Labiauer Wahlbezirks hat öffentlich geſagt: „ich muß geſtehen, daß ich mich freiwillig nie ſo lange in einer ſo ſchlechten Geſellſchaft befunden habe, als die zweite Kammer war." Ein entrüſteter Demokrat macht dies öffentlich bekannt, indem er den Wunſch hinzufügt: es möge dem Herrn v. Negelein bald gelingen, einen Sitz in der höhern Kammer einzunehmen, in der die feinere Sitte mit practiſcher Anwendung des Fauſtrechts friedlich Hand in Hand geht.

Magdeburg, 4. Juni. Heute hat der bekannte frühere Deputirte zur Reichsverſammlung, Hr. Schultz-Wanzleben, ſeine viermonatliche Gefängnißſtrafe angetreten. Derſelbe führte nämlich in den letzten Tagen des März v. J. unter Beihilfe einiger Mitglieder des wanzlebener Kreiſes den dortigen Kreisſecretär, welcher „reactionäre" Schriften unter den Eingeſeſſenen des wanzlebener Kreiſes verbreitete, zum Oberpräſidenten v. Bonin, der ihn ſofort wieder entließ. Wegen dieſes, damals auch in dieſen Blättern erwähnten Angriffs auf die perſönliche Freiheit iſt Hr. Schultz zu einer viermonatlichen Haft im Gefängniß verurtheilt. Nach Entlaſſung aus ſeiner jetzigen Haft ſteht dem Bedauernswerthen eine andere Criminalunterſuchung wegen Majeſtätsbeleidigung bevor. (Köln. Z.)

* Aus Würtemberg und Baden fehlen heute die Poſten.

* **Kaſſel,** 2. Juni. Die Nr. 23 der Blätter des nationalen Vereins für Deutſchland enthält eine entſchiedene Zurückweiſung der gegen dieſen Verein auf Veranlaſſung der Frankfurter Kongreß-Beſchlüſſe von dem Hamburger patriotiſchen Verein ausgeſprochenen Mißbilligung und zugleich die überzeugende Nachweiſung, daß der Austritt des letzteren auf gänzlich irrigen Vorausſetzungen beruhe.

☽ **Darmſtadt,** 6. Juni. Wir gehen Morgen entſcheidenden Ereigniſſen entgegen, wie es ſcheint. Die Badener ſollen in bedeutender Zahl gegen Weinheim im Anzuge ſein. General v. Schäffer hat dem Magiſtrate von Weinheim gedroht, die Stadt zu bombardiren, falls ſie die Freiſchärler wieder aufnähme. Man hat ihm zu den 12 Bataillonen, die er ſchon befehligt, heute Nachmittag noch ein Bataillon mit der Eiſenbahn von hier geſandt, und heute Nacht noch gehen die aus dem Odenwalde zurückberufenen Mecklenburger dahin ab, zu deren Transport mehrere lange Reihen von Wagen ſchon ſeit dem Abend bereit ſtehen. Auch Verſtärkung an Geſchütz ꝛc. iſt abgegangen. Die Operationen ſollen zugleich durch Vorwärtsſchreiten der Preußen auf dem linken Rheinufer unterſtützt ſein.

Darmſtadt, 6. Juni. Wie wir vernehmen, ſo war heute Morgen eine Deputation von Worms hier, von ihren Mitbürgern beauftragt, höchſten Orts um die baldige Rückkehr der bisherigen Garniſon nachzuſuchen. Es ſoll aber dieſelbe darauf beſchieden worden ſein, daß die Einwohnerſchaft von Worms in dieſer Beziehung außer Sorge ſein könne, da in wenigen Tagen ſchon ein preußiſches Armeekorps von 20,000 Mann in dortiger Gegend vorrücken werde. (Fr. Journ.)

0 **Weimar,** 4. Juhi. Seit 14 Tagen iſt ein außerordentlicher Landtag des Großherzogthums hier verſammelt. Die Regierung hat ihn einberufen, um ihm mehrere Geſetzentwürfe zu Ausführung der Grundrechte vorzulegen, und namentlich um ſich mit ihm über ihr ferneres Verhalten in der deutſchen Frage zu verſtändigen. In der geſtrigen Sitzung hat nun das Miniſterium in einem längeren Vortrag ſeine bisher befolgte Politik dargelegt, und in kurzen Sätzen die Haltung angedeutet, welche es für die nächſte Zukunft anzunehmen gedenkt. Dabei iſt aber von dem Miniſter v. Watzdorf ausdrücklich bemerkt worden, daß das betreffende Decret und die darin enthaltenen Beſchlüſſe vor Mittheitung des Berliner Verfaſſungsentwurfs entſtanden ſeien, daß ferner dieſer Entwurf zwar der reiflichen Prüfung der Regierung unterliege, aber ein feſter Entſchluß in Bezug darauf von dem Miniſterium noch nicht gefaßt worden ſei. Da die Politik der 29 anerkennenden Staaten bei der jetzigen Lage der Dinge von Wich

tigkeit iſt, auch der Vorgang des einen derſelben nicht ohne Zuſammenhang und Nachfolge von andern bleiben dürfte, ſo theile ich Ihnen aus dem ſehr ausführlichen Vortrag einige der Hauptpunkte mit.

Die Großherzogliche Staatsregierung, heißt es darin, hält an dem Grundſatze feſt, daß die Anerkennung der Reichsverfaſſung Seitens des Großherzogthums nur den Sinn haben kann, die Verwirklichung dieſer Verfaſſung herzuſtellen, ſoweit der Hinzutritt des Großherzogthums hierfür von Einfluß ſein kann. Wie die Großherzogliche Staatsregierung die Achtung des politiſchen Standpunktes, auf den ſie ſich ſelbſt geſtellt, von anderen Staaten zu beanſpruchen das Recht hat, ſo hat dieſelbe eine gleiche Verbindlichkeit den anderen Staaten gegenüber zu erfüllen. Wie deshalb eine andere als die Reichsverfaſſung für das Großherzogthum ohne Zuſtimmung Sr. königl. Hoheit des Großherzogs und des Landtags nicht eingeführt werden kann und wird, ebenſowenig kann und wird die Großherzogliche Staatsregierung ſich beſtimmen laſſen, einen Weg zu betreten, auf welchem in gewaltſamer Weiſe die Reichsverfaſſung da, wo ſie noch nicht anerkannt iſt, zur Anerkennung gebracht werden ſoll, noch überhaupt den die Reichsverfaſſung nicht anerkennenden Staaten gegenüber ein feindſeliges Verhältniß einzunehmen.

Die Großherzogliche Staatsregierung hält es auch jetzt noch für das Beſte, wenn alle deutſchen Regierungen der Reichsverfaſſung ihre Zuſtimmung ertheilen; ſie wird, wo ſie Gelegenheit dazu hat, nach dieſer Richtung hin wirken und dies um ſo mehr, als in vielen der größten Staaten die deutſche Verfaſſungsfrage noch nicht zu einer definitiven verfaſſungsmäßigen Löſung geführt iſt. Allein auch darüber muß ſie ſich klar ausſprechen, daß, wenn zu den 29 Staaten, welche die Verfaſſung anerkannt haben, nicht noch andere und namentlich Peußen hinzutreten, dieſelbe unausführbar iſt. Es würde ſich bei einem Zuſammentritt dieſer Staaten zu dem Kern eines Bundeſtaats nicht blos um Abänderung einzelner nicht anwendbarer Beſtimmungen der Verfaſſung handeln, ſondern es würde an deren Stelle etwas ganz Verſchiedenes geſchaffen werden müſſen. Gerade die wichtigſten Sätze z. B. über die völkerrechtliche Vertretung Deutſchlands, über Militärweſen, über Einheit im Poſt-, Eiſenbahn-, Zoll- und Münzweſen und dergleichen, würden als völlig unausführbar erſcheinrn. Es kann auch mit Grund behauptet werden, daß die Reichsverſammlung ſelbſt bei Faſſung der Beſchlüſſe vom 4. d. M. von einer gleichen Auffaſſungsweiſe ausgegangen iſt, daß ſie jene Beſchlüſſe nur in der Vorausſetzung als praktiſch ausführbare hingeſtellt hat, daß noch mehrere der größeren Staaten Deutſchlands die verkündete Reichsverfaſſung anerkennen und zu deren Ausführung die Hand bieten würden. Inſofern dieſe Vorausſetzung noch in Erfüllung gehen ſollte, wird es nicht nöthig ſein, nach einem anderen Wege zu ſuchen, auf welchem in Deutſchland ein wirklich einheitlicher Verfaſſungszuſtand hergeſtellt werden kann. Wie aber die Lage der Dinge im Augenblick iſt, ſtellt es ſich als eine praktiſche Unmöglichkeit dar, mit Ausführung der deutſchen Reichsverfaſſung weiter voranzuſchreiten. Es wird dies daher durch die Großherzogliche Staatsregierung auch nicht geſchehen.

Es wird hierauf aus den ſpeziellen Verhältniſſen des Großherzogthums nachgewieſen, wie gebieteriſch Rückſichten der Politik, der finanziellen und der Verkehrsintereſſen den Abſchluß in einem Bundesſtaat mit den andern 28 anerkennenden Staaten von dem übrigen Deutſchland für das Land widerriethen. Nur wenn wirklich Gefahr vorhanden wäre, daß die errungenen Freiheiten verloren gingen und die alten Zuſtände wiederhergeſtellt würden, nur dann würden die durch jenen Weg gebotenen großen Opfer von den Staatsangehörigen bereitwillig getragen und von dem Großherzog gefordert werden. Geſtützt auf alle dieſe Erwägungen faßt ſchließlich die Regierung ihre Politik in folgenden Sätzen zuſammen:

1) Die Reichsverfaſſung vom 28. März d. J. mit Einſchluß der Erledigung der Oberhauptsfrage iſt für das Großherzogthum in der Art rechtsverbindlich, daß ſie ohne verfaſſungsmäßige Zuſtimmung des getreuen Landtages nicht geändert werden darf. Die Staatsregierung hat, wie bereits geſchehen, mit allen geſetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß die Verfaſſung auch in denjenigen Staaten zur Anerkennung gelange, in denen dies zur Zeit noch nicht der Fall iſt.

2) Sollte dies Ziel jedoch, aller Bemühungen ungeachtet nicht zu erreichen ſein, ſollte alſo die Nothwendigkeit eintreten, in Abänderungen der Reichsverfaſſung zu willigen, ſo wird die Regierung zuvor dem Landtag darüber zur Abgabe ſeiner verfaſſungsmäßigen Erklärung Vorlage machen.

3) Die Regierung ſchreitet in einem ſolchen Falle, ſo weit irgnd thunlich, in Uebereinſtimmung mit den übrigen deutſchen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, vor.

4) Zur Zeit werden alle auf Ausführung der Verfaſſung berechnete Schritte unterlaſſen.

⨯ **Braunſchweig**, 5. Juni. Wir hatten geſtern eine ſehr ſtürmiſche Sitzung unſerer Ständeverſammlung. Es war die Vereidigung auf die Reichsverfaſſung beantragt, und von der Mehrheit wurden die bekannten Gründe dagegen geltend gemacht. Man fügte hinzu, wollte ſich das Land, eingeklemmt zwiſchen Hannover und Preußen, in eine feindſelige Stellung bringen, ſo müſſe man für Braunſchweig's Selbſtſtändigkeit beſorgt ſein. Dagegen eiferte Aronheim: Auf der einen Seite habe die Reichsverſammlung eine Verfaſſung beſchloſſen, ihr gegenüber ſtellten nicht 3 deutſche Staaten, ſondern 3 angeblich deutſche Fürſten eine andere Verfaſſung. (Bravo auf der Gallerie.) Der Präſident fordert die Gallerie zur Ruhe auf und verweiſt auf ſein Recht, ſie nöthigenfalls räumen zu laſſen. Da auch hierauf Bravo und Unruhe auf der Gallerie laut wird, ſuſpendirt der Präſident die Sitzung auf eine halbe Stunde. Der Antrag auf Beeidigung ward ſchließlich verworfen. Die Verſammlung beſchloß: daß auf den Antrag, wenigſtens für jetzt, nicht einzugehen ſei, mit der Erklärung: „1) daß ein Eid auf die Reichsverfaſſung vor wirklicher Conſtituirung der verfaſſungsmäßigen Gewalten unthunlich erſcheint; 2) daß in die ſämmtlichen Einwohner des Herzogthums das Vertrauen geſetzt werden darf, dieſelben werden ihre Pflichten gegen das engere, wie gegen das gemeinſame deutſche Vaterland ſtets treu erfüllen und zur Herbeiführung einer wahrhaften Einigung Deutſchlands kein Opfer ſcheuen." Gut und Blut gehören übrigens zu dieſen zu bringenden Opfern nicht; denn die wurden ausdrücklich verworfen. Und mit den ſonſtigen Opfern wird es auch nicht viel zu ſagen haben; denn, wie ein Abgeordneter meinte, manche Rücken ſind ſchon gebeugt. Wenn die Regierungen der kleinen Staaten es ehrlich meinen, werden ſie zwar zur Uebereinkunft mit Preußen bereit ſein, aber ſich ihm nicht blind ergeben, auch nicht einer nach dem andern gleichſam bei Nacht und Nebel von der Reichsverfaſſung weichen, ſondern offen und gemeinſam handeln. Dann werden ſie auf die Beiſtimmung der großen Mehrheit aller Verſtändigen rechnen können. Die heutige Reichszeitung bemerkt: So viel ſteht feſt, daß die endliche praktiſche Bewegung in einem wenn auch vielfach eingeengten Staatsleben den parlamentariſchen Arbeiten für die beſte Verfaſſung der Welt unendlich vorzuziehen iſt, und daß das erſte Ziel unſeres Strebens ſein muß, möglichſt früh einen feſten, geſicherten Boden für wirkliche politiſche auf die lebendigen Einzelnheiten des Staatsgebäudes gerichtete Thätigkeit zu erlangen. Darum raſch zu einer feſten Geſtaltung unſerer politiſchen Zuſtände.

Aus dem Waldeckiſchen, 3. Juni. Das neue Staatsgrundgeſetz vom 28. Mai iſt publicirt. Es erklärt die Fürſtenthümer Waldeck und Pyrmont für einen durch ein und dieſelbe Verfaſſung vereinigten Staat, welcher Beſtandtheil des deutſchen Reichs iſt. Die Grundrechte des deutſchen Volks ſind in das Grundgeſetz mit aufgenommen. Die Zahl der Abgeordneten zum Landtage, welche jedesmal auf zwei Jahre gewählt werden, iſt 12 für Waldeck und Pyrmont. Die beſondern Angelegenheiten für jedes der beiden Fürſtenthümer werden von den Abgeordneten jedes derſelben allein berathen. Der Landtag tritt jährlich im October zuſammen. Beigegeben iſt dem Staatsgrundgeſetz die Vereinbarung der Fürſten-Regentin mit dem conſtituirenden Landtage wegen der Domänen und der Civilliſte (die letztere iſt bis zum Regierungsantritt des minderjährigen Fürſten Georg Victor auf 60,000 Thlr. jährlich feſtgeſetzt), ſowie das Wahlgeſetz. (L. Z.)

* In **Deſſau** iſt am 4. Juni der Landtag durch den Miniſter Habicht eröffnet worden.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 2. Juni. Auf zuverläſſigem Wege erhalten wir die Nachricht, daß der am 29. v. M. Morgens im Hauptquartier des General Prittwitz eingetroffene Courier von der Centralgewalt eine Depeſche überbracht hat, welche ganz das Gegentheil der preußiſchen vom 24. Mai enthält, nämlich: „die energiſche Fortſetzung der Feindſeligkeiten und das entſchiedene Vorrücken in Jütland." Die Verlegenheit des Generals von Prittwitz iſt deshalb wirklich äußerſt mißlich,

da derſelbe ſeine Vollmacht von der Centralgewalt empfangen und deshalb derſelben unbedingt als Reichsgeneral Folge leiſten muß, andererſeits aber als preußiſcher General und zwar aus der unmittelbaren Nähe des Königs, den Befehlen des preußiſchen Cabinets nicht entgegen zu treten getraut; es gewinnt deshalb nach den letzten Berichten vom Norden den Anſchein, daß die Preußen die innegehabte Stellung beibehalten, dagegen die übrigen Reichstruppen im Vorrücken begriffen ſind, durch welche Verfügung der Herr Obergeneral eine Brücke zwiſchen den entgegengeſetzten Ordres aufzuſchlagen gedenkt.

Die Preußen liegen noch ſüdlich von Aarhuus, am 30. v. M. jedoch rückte ein Recognoscirungscorps in die Stadt und meldete dort für 6000 Mann Preußen, welche am nächſten Tage einrücken ſollen, Quartier an, dagegen ſind die Baiern weiter nördlich vorgerückt, indem am 29. v. M. Abends eine Compagnie derſelben in Silkeborg (6 Meilen von Viborg) einrückte, und das Städtchen beſetzte, zugleich aber für den andern Morgen fernere 1000 Mann ankündigte, welche noch am andern Tage Viborg beſetzen ſollen, was jedoch nur bei ſehr angeſtrengtem Marſch zu bewerkſtelligen wäre. Die Baiern ſind nicht ſo gern geſehen von den Jüten, als die Preußen, und ſie klagen ſehr bitter über die Erſteren, während ſie den Letzteren alles Lob widerfahren laſſen; das kommt jedoch daher, weil die Baiern die Jüten als bekriegtes Volk und ihr Land wie im Kriege mit Deutſchland betrachten und daher gehörige Requiſitionen ihres ganzen Bedarfs aufs nachdrücklichſte veranlaſſen und nöthigenfalls mit Gewalt nehmen; die Preußen verfahren dagegen mit aller Schonung und Rückſicht und was man ihnen nicht gutwillig gibt das fordern ſie auch nicht, ſondern laſſen es lieber aus Schleswig-Holſtein kommen.

Das Bureau der Landesverſammlung in Schleswig hielt heute bis ſpät Abends eine Sitzung, wegen Einberufung der Landesverſammlung, und es wurde der Beſchluß gefaßt, die Landesverſammlung auf den 7. d. einzuberufen, und Morgen denſelben zu publiziren. Die Befürchtungen wegen des von Preußen abzuſchließendeu Friedens, ohne auf die Stimme des Landes Rückſicht zu nehmen, da ſich kein Deputirter der Statthalterſchaft noch der Landesverſammlung dort befindet, waren die Hauptgründe zu dieſem Beſchluß.

= **Schleswig**, 3. Juni. Bei Aarhuus iſt es geſtern zu einem Zuſammentreffen zwiſchen der preußiſchen Diviſion unter General Hirſchfeld und den Dänen gekommen. Bereits am 30. Mai war eine Abtheilung der preußiſchen Truppen durch Aarhuus gezogen, hatte aber die Stadt unbeſetzt gelaſſen, wahrſcheinlich, weil ſie ganz ungedeckt am offenen Meere liegt. Vorgeſtern rückten ſie wieder gegen Aarhuus vor und fanden die Stadt von einer ziemlich ſtarken Abtheilung Dänen vom Corps des General Rye beſetzt. Die Dänen, obwohl dem preußiſchen Corps an Zahl bedeutend überlegen, zogen ſich, ohne Widerſtand zu leiſten, aus der Stadt. Die Preußen rückten wieder ein, und ihre Avantgarde, hauptſächlich aus Jägern beſtehend, verfolgte die Dänen in nördlicher Richtung. In einiger Entfernung von Aarhuus ſtieß man auf einen beträchtlicheren Widerſtand, als man vorher erwartet hatte; auch brachen die Dänen aus einem unbemerkt gebliebenen Hinterhalt hervor und zu gleicher Zeit wurden die Bewegungen der Feinde durch das Feuer einer bedeutenden hart an der Küſte manövrirenden däniſchen Flottille unterſtützt. Die preußiſchen Jäger geriethen hart ins Gedränge und waren kurze Zeit nicht außer Gefahr, abgeſchnitten zu werden. In Gemeinſchaft mit einer Abtheilung Huſaren, welche zu ihrer Unterſtützung abgeſchickt waren, gelang es ihnen ſich durchzuſchlagen. Bei dieſer Gelegenheit iſt es zu einem ziemlich heftigen Gefecht gekommen, welches auf beiden Seiten mit nicht unbeträchtlichem Verluſt verbunden war. Auf preußiſcher Seite iſt ein Officier, deſſen Name noch nicht gemeldet worden, gefallen; der Prinz Salm von den Huſaren iſt verwundet und gefangen. Das Genauere über die Zahl der Verwundeten und Todten iſt noch nicht bekannt. Von beiden Seiten ſind einige Gefangene gemacht. Die Preußen haben nach dieſem Gefecht Aarhuus wieder geräumt und ſtehen jetzt in geringer Entfernung ſüdlich von der Stadt. Dies iſt das erſte ernſtere Zuſammentreffen, welches die preußiſchen Truppen während des diesjährigen Feldzuges mit dem Feinde gehabt haben. Wir hegen nach dem für uns nicht vollkommen günſtigen Erfolg dieſes Gefechtes die Hoffnung, daß nunmehr der Krieg etwas energiſcher geführt werden wird und daß die Preußen nicht ruhen werden, bevor ſie nicht den Dänen einen glänzenden Beweis von der Ueberlegenheit der preußiſchen Waffen werden geliefert haben.

Vor Fridericia iſt in den letzten Tagen wenig Erhebliches vorgegangen. Das Bombardement, welches einige Tage wegen der nöthigen Vervollſtändigung der Belagerungsarbeiten unterbrochen war, hat geſtern wieder ſeinen Anfang genommen und wird eifrig fortgeſetzt. Einige Stadttheile werden wohl ſchon ganz in Schutthaufen verwandelt ſein. Die Dänen haben durch den Beſitz der Schiffe den Vortheil, die Beſatzung der Feſtung leicht wechſeln und friſche Truppen ſtatt der erſchöpften und ermatteten von Fühnen hinüberführen zu können. Unſere Batterien können dies vom Strande aus nicht verhindern. Gleichwohl würden die Dänen, wie man aus guter Quelle vernimmt, die Feſtung ſchon übergeben haben, wenn andere als ſchleswig-holſteiniſche Truppen vor derſelben ſtänden. Aber den „Inſurgenten" wollen ſie ſich nicht ergeben und laſſen deshalb lieber die Stadt in Brand ſchießen. Manche Anzeichen deuten übrigens darauf hin, daß General Bonin in den nächſten Tagen einen Sturm auf die Feſtung unternehmen will. Wir vertrauen, daß unſere tapfere Armee unter ihrem ausgezeichneten Feldherrn, der ſie ſchon wiederholt zum Kriege geführt, auch dieſe Aufgabe ruhmvoll erfüllen wird.

Das Bureau der Landesverſammlung hat geſtern beſchloſſen, die Verſammlung zum 7. d. M. einzuberufen. Wir vernehmen, daß hauptſächlich der von Preußen, Sachſen und Hannover veröffentlichte Verfaſſungsentwurf und die Nothwendigkeit, eine Entſcheidung über die Stellung unſeres Landes in dem jetzigen Stadium der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit zu treffen, die hauptſächlichſten Motive der Einberufung geweſen ſind. Außerdem mögen auch die in Berlin jetzt geführten Waffenſtillſtands- und Friedensunterhandlungen den Beſchluß der Einberufung mitveranlaßt haben, da es wünſchenswerth erſcheint, daß die Landesvertretung zur Stelle ſei für den Fall, daß eine den Rechten und Intereſſen des Landes widerſprechende Vereinbarung abgeſchloſſen werden ſollte.

Cuxhaven, 4. Juni. (Pr. electro-magnetiſchen Telegraph). Das geſtern Abend hier aufpaſſirte Poſtdampfſchiff John Bull hat 3 däniſche Fregatten vor der Elbe geſehen. 9 Uhr 20 Minuten: Dampfboot in Sicht. 9 U. 35 M.: Gemeldetes Dampfboot hat däniſche Kriegs-Flagge. 9 U. 40 M.: Das bei der Grodener Batterie liegende Kanonenboot macht ſich zum Angriff fertig. 10 U. 15 M.: Das däniſche Kriegsdampfboot, vermuthlich der Geyſer, iſt hier angekommen, und treibt vor dem Hafen; daſſelbe iſt mit 8 Kanonen armirt. 10 U. 30 Min: Das däniſche Kriegsdampfboot geht wieder ſeewärts. 5 U.: Man hört von hier ſeewärts ſchon ſeit einer Stunde eine lebhafte Kanonade. 6½ U.: Seit einer Viertelſtunde hat die Kanonade in See aufgehört. 8 U.: Seit einer Stunde ſind drei deutſche Kriegsdampfſchiffe von hier aus ſeewärts in Sicht und können in einer halben Stunde hier eintreffen. (H. C.)

△ **Hamburg**, 3. Juni. Unſere Polizei hat ſich durch die kürzlich hier durch preußiſche Poliziſten in Gemeinſchaft mit hamburgiſchen veranlaßte Verhaftung zweier politiſcher Flüchtlinge, nämlich: des Weinhändlers Ohm und des Stadtraths Runge aus Berlin, viele Vorwürfe zugezogen.

Hamburg, 4. Juni. Geſtern Abend iſt der Herzog von Naſſau vom Norden hier angekommen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 5. Juni. Vor einigen Tagen hielt die Geſellſchaft für Finanz- und Parlamentsreform eine Sitzung in der Londoner Taverne. Bei dieſer Gelegenheit hielt Hr. Phillmore, ein gemäßigter Radikaler, eine Rede gegen das allgemeine Wahlrecht, nicht ſowohl gegen deſſen Princip, als gegen deſſen praktiſche Anwendung, die, ſeiner Meinung nach, bei dem Stand der jetzigen politiſchen und ſittlichen Bildung des Volks und bei der feindſeligen Stellung der niederen Volksſchichten gegen die höheren ſich als verderblich erweiſen würde und in gewiſſen Ländern bereits erwieſen habe. So in Frankreich, wo das allgemeine Wahlrecht eingeführt ſei. Der Redner ſagte: „In den Wirren des vergangenen Jahres gab es Einen Mann, der kühn hervortrat und ſich zwiſchen die Corruption und Anarchie ſtellte, der ſeine Bruſt mit perſönlicher Gefahr der Wuth eines mißleiteten Volkes entgegenwarf, der, als heute das künſtliche Corruptions-

weſen vernichtet war, morgen ſeine hohen Talente der Aufgabe widmete, ſein Vaterland von der Anarchie zu retten. Dies gelang ihm, und was war ſein Dank? Lamartine iſt, unter dem Syſtem des allgemeinen Wahlrechts, das letzte Mal nicht wieder gewählt worden.“ In dieſem Sinne ſpricht ein engliſcher Radicalreformer; deutſche Radicalen würden Hrn. Phillimore für einen gewaltigen Reactionär ausſchreien.

Auch der Sun ſpricht ſich in ähnlicher Weiſe wie Phillimore aus. Er ſagt: „Wenn wir hören, daß Armand Marraſt, der neun Monate Präſident der Kammer war, keinen Sitz in ihr erhalten hat, wenn wir hören, daß das Senatshaus ebenſo für Dupont, den ehrwürdigen Patriarchen des franzöſiſchen Republikanismus, für Garnier Pages, einen der talentvollſten Adminiſtratoren der demokratiſchen Regierung, Buchez, Sénard, Marie, Pagnerre, Goudchaux, Bethmont und Carnot verſchloſſen iſt, ſo müſſen wir die Wandelbarkeit des Volksenthuſiasmus bemitleiden. Aber wenn wir unter den von dieſem Oſtracismus betroffenen Männern auch den Namen Lamartine’s finden, einen Namen, der ganzen Welt bekannt als der Name eines Mannes, deſſen Genius nur noch durch die Reinheit ſeines Rufes, deſſen Muth nur durch die Gewalt ſeiner Vaterlandsliebe, deſſen Beredſamkeit nur durch die Großherzigkeit ſeiner Handlungen übertroffen wird, ſo wird unſer Mitleid zur Verachtung, unſer Erſtaunen zum Unwillen. Lamartine verſchaffte Frankreich die Segnungen des allgemeinen Wahlrechts, auf ſein Anſtiften wurde die Todesſtrafe für politiſche Verbrechen abgeſchafft, er war es, der mit Lebensgefahr Frankreich, und nicht nur Frankreich, ſondern Europa von den Schrecken einer Sündfluth Menſchenbluts bewahrte, indem er die Entfaltung der rothen Fahne des Terrorismus durch ſeine erhabene Beredſamkeit hinderte und dies nun iſt der Dank für ſeine ruhmvollen Thaten, für ſeine glühenden Worte, für ſeinen Muth in den Straßen, für ſeine Arbeiten im Cabinet, für ſeine Anſtrengungen auf der Rednerbühne, für ſeine Vaterlandsliebe an jedem Orte und zu jeder Zeit! Dies Ereigniß kann nur als ein unheilvolles Wahrzeichen für die Laufbahn und die Geſchicke der Nationalverſammlung angeſehen werden.“

Die „Times“ enthält eine Mittheilung aus New-York, wonach das für deutſche Rechnung angekaufte Dampfſchiff United States auf Befehl der Regierung und unter dem Vorwande der Neutralität zurückbehalten werden ſoll, es ſei denn, daß der preußiſche Geſandte dafür Bürgſchaft leiſtet, daß das Schiff nicht im Kriege mit Dänemark verwandt werde.

Frankreich.

* **Paris**, 5. Mai. Die Botſchaft des Präſidenten der Republik iſt noch nicht an die Legislative gelangt: das iſt im Grunde das Einzige, was ſich heute mittheilen läßt. Louis Bonaparte ſoll anfangs Willens geweſen ſein — und das dürfte als der Hauptgrund der Verzögerung betrachtet werden müſſen — ſeine Botſchaft in der Form einer Thronrede zu halten und ſich in mehr oder weniger allgemeinen Ausdrücken zu bewegen; der Rath ſeiner Miniſter ſoll ihn aber nachträglich beſtimmt haben, wie allerdings die Conſtitution es ausdrücklich vorſchreibt, eine vollſtändige und umfaſſende Darlegung der inneren und auswärtigen Politik ſeiner Regierung zu geben, und es iſt die intereſſante Ausſicht vorhanden, daß das Aktenſtück die Kleinigkeit von 70 Druckſeiten ſtark anſchwellen wird. Es mag übrigens außerdem begründet ſein, daß der Präſident zum Theil deshalb zögert, um eine demnächſt erwartete entſcheidende Wendung der Ereigniſſe im Kirchenſtaate der Verſammlung als eine vollendete Thatſache vorlegen zu können. Welcher Art dieſe Entſcheidung aber ſein möchte, läßt ſich um ſo weniger errathen, als man ganz beſtimmt behauptet, daß der ſeitherige Bevollmächtigte Frankreichs in Rom, Herr v. Leſſeps, vollſtändig verrückt geworden iſt: er ſoll dem Präſidenten wenigſtens einen ſehr langen Brief geſchrieben haben, der einen großen Plan zu einem neuen — Schlafzimmer entwickelt.

Die Sitzung der geſetzgebenden Verſammlung bot heute eine Reihe lärmender und heftiger Scenen, als Leon Faucher auf der Tribüne erſchien, um nochmals ſeine berufene telegraphiſche Depeſche zu rechtfertigen, und die Montagne in ziemlich unverhüllten Worten der Umtriebe mittelſt eines Netzes von geheimen Geſellſchaften beſchuldigte: es bedurfte des ganzen Anſehens des Vorſitzenden, dieſen Sturm zu beſchwören. Für das Ausland hat die ganze Sitzung nicht das mindeſte Intereſſe.

Auch der Repräſentant Laborde hat einen Antrag auf eine Amneſtie eingereicht, welche alle politiſchen Verbrecher ſeit dem Maiereigniſſe des Jahres 1848 umfaſſen würde. So weit man vernimmt, wird aber ſchon die Botſchaft des Präſidenten in dieſer Angelegenheit die Initiative ergreifen.

Die Rue de Poitiers, welche gegenwärtig in dem Gebäude des Staatsraths ihre Sitzungen hält, ſoll entſchloſſen ſein, die Abſchaffung des Geſetzes zu betreiben, welches die Unvereinbarkeit der Commando’s über die Linientruppen und die Nationalgarde zu Paris in Einer Hand ausſpricht. Beſonders Marſchall Bugeaud ſoll die Vereinigung beider Commando’s als durch das Intereſſe des Dienſtes dringend geboten erklären.

Man verſichert, daß Herr v. Lamartine, wenn er bei den Neuwahlen nicht zum Volksvertreter gewählt werden ſollte, ſich ſeiner Schulden halber genöthigt ſehen würde, ins Ausland zu gehen.

In Toulouſe hat am 31. Mai ein ſehr bedeutender Tumult auf Anlaß der Aufführung des Luſtſpiels: Das Eigenthum iſt Diebſtahl! ſtattgefunden, in welchem Proudhon mit ſeinen Doctrinen bekanntlich unbarmherzig gegeißelt wird. Die bewaffnete Macht hat einſchreiten und die Räumung des Theaterſaals bewerkſtelligen müſſen.

Spanien.

* **Madrid**, 30. Mai. Es heißt, daß das Expeditionscorps in Italien auf 8000 Mann gebracht werden ſoll, da die Nachrichten aus Catalonien vollkommen befriedigend lauten. (In Terracina iſt bereits die Avantgarde, 3000 Mann ſtark, gelandet.)

Italien.

* **Rom**, 28. Mai. Garibaldi hat die neapolitaniſche Grenze überſchritten. Er ſoll in der Stadt Arce ſehr freudig aufgenommen worden ſein. Allein er zieht ſich bereits auf ſeinen linken Flügel zurück und längs der Grenze hinauf, um ſich mit dem Armeekorps zu vereinigen, welches gegen die Oeſterreicher marſchirt. Bei Velletri fiel ein gemeiner Freiwilliger, in deſſen Taſche man ein Teſtament fand, wodurch er 800,000 Franken dem erſten Bataillon vermacht, das jemals in Mailand einrücken und die Republik proklamiren wird. Dieſer Freiwillige, der alle Feldzüge ſeit dem Unabhängigkeitskrige mitgemacht hat, beſaß ein Vermögen von mehreren Millionen, wie denn überhaupt viele Söhne der erſten Familien Italiens in den Reihen des römiſchen Heeres dienen. Auch der Doktor Millingen, der Bruder des Gefährten Byrons, dient als gemeiner Soldat unter Garibaldi.

* Die Gazette du Midi läßt ſich aus Sicilien ſchreiben, daß der General Filangieri eine Proclamation erlaſſen hat, wonach der Kronprinz den Titel eines Vicekönigs von Sicilien annehmen und die Inſel eine abgeſonderte Verwaltung mit Ausnahme der Miniſterien des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten haben wird. Die Nationalgarde von Palermo wird nicht aufgelöſt wegen ihres Benehmens vor Beſetzung der Stadt. Ferner wird eine allgemeine Amneſtie mit Ausnahme von 43 am meiſten compromitirten Perſonen, an deren Spitze der Admiral Ruggiero Settimo ſteht, bewilligt.

Belgien.

** **Brüſſel**, Ende Mai. Die nun in’s Leben tretende Poſtübereinkunft zwiſchen Belgien und Frankreich beruht auf ſehr breiten Grundlagen und wird für den Verkehr zwiſchen beiden Ländern vortheilhaft ſein. Wie ſich’s herausſtellt, hatten die Gerüchte die ſogenannte ſocialiſtiſche Verſchwörung ſehr übertrieben. Die meiſten Verhafteten ſind bereits in Freiheit geſetzt. Alle Berichte über die Herbſtausſichten lauten ausnehmend günſtig. Ein eigener Streit über die Wohlfeilheit der Regierung und Verwaltung hat ſich zwiſchen Belgien und Niederland erhoben. Einzelne Ausgaben, die der eine oder andere Staat nicht hat, compenſiren ſich gegenſeitig. Niederland hat keine Bergwerksausgaben; Belgien weniger für die Marine zu zahlen. Der „Waſſerſtaat“ koſtet Belgien wenig; dafür räumt dieſes hinwieder den Eiſenbahnen einen anſehnlichen Poſten ein. Wird die Verzinſung der öffentlichen Schuld ganz aus der Rechnung gelaſſen, ſo hat Belgien mit 4,117,000 Seelen (auf 536 □Meilen) Staatsausgaben im Betrage von 35 Millionen, d. h. jenes zahlt $9\frac{1}{4}$ fl., dieſes $11\frac{1}{3}$ fl. pr. Kopf oder 2 fl. mehr, nach den eigenen Angaben des holländiſchen Finanzminiſters. Wenn dabei die Marine für Niederland

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Inhalt des Reichsgeſetzblatts). Wien (F.-M.-L. Giulay zum Kriegsminiſter ernannt). Trieſt (Unterhandlungen über die Uebergabe Venedigs). Berlin (Der König und das Miniſterium — Wendung in den Verhandlungen. Die badiſchen Looſe). Stuttgart (Sitzung der Reichs-Verſammlung. Einſetzung einer Regentſchaft. Marſchbefehl an die würtembergiſchen Truppen zur Beſetzung von Raſtatt. Die Verhaftung Fickler's vor der Kammer). Karlsruhe (Wahl zur conſtituirenden Verſammlung. Verkündigung des Kriegszuſtandes. Club des entſchiedenen Fortſchritts. Erklärung der Regierung). Aus Baden (Verſuchter Aufſtand gegen die proviſoriſche Regierung. Struve verhaftet). Freiburg (Wahl zur conſtituirenden Verſammlung). Konſtanz (Wahl zur conſtituirenden Landesverſammlung.) Darmſtadt (Nichts Neues vom Kriegsſchauplatz. Zahl der Truppen an der Gränze). Aus der Wetterau (Der Durchmarſch preußiſcher Truppen erwartet). Wiesbaden (Miniſterwechſel). Schwerin (Beitritt der Regierung zur Verfaſſung der drei Königreiche). Hamburg (Näheres über das Seegefecht).

Italien. Como (Die Rekrutenaushebung in der Lombardei widerrufen).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 8. Juni).

Deutſchland.

⁝ **Frankfurt**, 8. Juni. Eben iſt eine neue Nummer des Reichsgeſetzblattes erſchienen. Sie enthält nichts Geringeres als eine „Verordnung über die Anwendung von Laternen, zur Vermeidung des Zuſammenſtoßens von Dampfſchiffen.“ Beigegeben iſt eine Erläuterung mit zierlichen Zeichnungen, mit rothen und grünen Laternen. Vielleicht ſind dieſelben Laternen auch anwendbar, um das Reich aufzufinden, welches von dem jetzigen Reichsminiſterium regiert wird.

Wien, 4. Juni. Der bisherige Miniſter, Generalmajor Freiherr v. Cordon hat die aus Geſundheitsrückſichten nachgeſuchte Entlaſſung von ſeinem Poſten erhalten, und der F.-M.-L. Giulay, Civil- und Militärgouverneur von Trieſt, iſt mittelſt kaiſerlichen Handbillets zum Kriegsminiſter ernannt worden. Derſelbe hat das Portefeuille unverzüglich zu übernehmen. Mit einem zweiten Handbillet wurde ihm für die ausgezeichneten Verdienſte um Trieſt das Großkreuz des kaiſerlich öſterreichiſchen Leopoldordens verliehen. (W. Z.)

Trieſt, 2. Juni. Der „Lloyd“ meldet: „Aus Venedig vernehmen wir: Die Beſchießung der Stadt iſt bereits eingeſtellt; im gegenwärtigen Augenblick unterhandelt man.“

Berlin, 4. Juni. Das Miniſterium hat nach Veröffentlichung des neuen Wahlgeſetzes den Zeitpunkt gekommen erachtet, wo es ſich zurückziehen müſſe und gleich nach jener Publication den König in Geſammtheit um Entlaſſung gebeten. Die Miniſter ſollen dieſen Schritt vor Sr. Majeſtät durch Hinweis auf die bevorſtehenden Wahlen motivirt haben, denen ſie den Character einer Oppoſition gegen ihre Perſonen nehmen wollten, um die Stimme des Landes ſich einmal ganz frei und unverfälſcht ausſprechen zu laſſen. Sr. Majeſtät ſind jedoch auf den Wunſch der Räthe der Krone nicht eingegangen, vielmehr hat der König erklärt, daß er den Zeitpunkt ihres Rücktritts noch nicht gekommen erachte. Im Cabinet iſt ſeitdem wieder eine Spaltung eingetreten, da ein Theil der Miniſter entſchieden auf dem Rücktritt beharrt. Das neue Wahlgeſetz fängt nur allmählig an auf die Maſſe der Urwähler zu wirken, doch macht ſich bereits entſchieden die Stimmung geltend, ſich am Wahlact nicht zu betheiligen, ohne etwas weiter die Folgen eines ſolchen Schrittes ſich klar zu machen. Nichtwählen iſt das Stich- und Loſungswort, das in ſtiller Uebereinkunft von Mund zu Mund zu gehen ſcheint. (Aach. Z.)

Lith. Corr. **Berlin**, 6. Juni. Der Statusquo der preußiſch-deutſchen Angelegenheit iſt ein anderer geworden. Wien iſt geſchmeidiger als bisher und München wird auch jetzt der Wiener Politik folgen. Die Berliner oder beſſer geſagt die Politik des Hrn. v. Radowitz, iſt bald an dem Ziele ihrer Beſtrebungen. Das Auftreten des Hrn. v. Prokeſch bei der hieſigen Miniſterkonferenz iſt bekannt. Alle Welt erwartete Hr. v. Prokeſch, der bereitwillig Rath ſpendete bei jenen Verhandlungen, werde nun auch das Aktenſtück unterzeichnen, welches das gegenſeitige Verhältniß des engern und des weitern Bundes feſtſtellt, aber Hrn. v. Prokeſch's Vollmacht ging nicht ſo weit. Die preußiſche Reichsverfaſſung wurde publicirt, ohne daß man ſich mit Baiern und Oeſterreich verſtändigen konnte. Jetzt hatte Hr. v. Prokeſch Vollmacht, mit Preußen über die Feſtſtellung des Verhältniſſes Oeſterreichs zu den vereinigten deutſchen Bundesſtaaten zu unterhandeln, auch Hr. v. Lerchenfeld nahm die Verhandlungen wieder auf. Es galt aber jetzt auch Seitens Oeſterreichs Baiern ſeine Dankbarkeit zu bezeigen, es galt auch dem Katholizismus Rechnung zu tragen, man wollte und Preußen ſchien dies auch nicht zu beanſpruchen, das geſammte Deutſchland nicht Preußen unterordnen. Auf dieſem Punkt ſind endlich die Verhandlungen angelangt und die Diplomatie könnte bald zu dem Projekte einer Theilung in zwei Bundesſtaaten kommen. Die natürlichen Grenzen würden maßgebend werden, und einer weiteren Vereinigung des norddeutſchen und ſüddeutſchen Bundes ſtände wenig im Wege. Der weitere Bund könnte alsdann einen ewigen Traktat mit Oeſterreich ſchließen. Sind dies auch für den Moment nur Conjecturen, ſo iſt doch als gewiß anzunehmen, daß die baieriſchen Diplomaten ihre ganze Thätigkeit zur Erlangung der Suprematie in Süddeutſchland für die Krone Baiern anwenden. Der öſterreichiſche Bevollmächtigte hat übrigens hier ein Aktenſtück überreicht, das die von Preußen gegebene Reichsverfaſſung anerkennt und näher eingehende Vorſchläge in Betreff des „weitern Bundes“ macht. Bei der plötzlich veränderten Sachlage wird auch Preußen in Süddeutſchland anders auftreten, als man noch vor zwei Tagen Willens war. Es darf nicht Wunder nehmen, wenn in ein paar Tagen preußiſche Regimenter den Befehl erhalten, in Baden und in der Rheinpfalz einzurücken.

Auf der geſtrigen Börſe machte unter Anderm die Nachricht erheblichen Eindruck, daß die Zahl der Serien der badiſchen 35 fl. Looſe, welche am 31. Mai gezogen werden ſollten, nicht gezogen wurden, weil Rothſchild, der als Contrahent der Anleihe vertragsmäßig bei der Ziehung in Karlsruhe perſönlich zugegen oder durch einen Bevollmächtigten vertreten ſein muß, nicht erſchien.

§ **Stuttgart**, 6. Juni. Die Reichsverſammlung hielt heute ihre erſte Sitzung am hieſigen Orte. Die Stadt Stuttgart hatte einen feierlichen Empfang, die Regierung und Kammer die Einräumung des Ständeſaals, die Bürgerwehr das Ausrücken der Mannſchaft beſchloſſen. Letzteres war freiwillig und fiel ſehr ſpärlich aus. Nachdem die beſchlußfähige Zahl von 100 Mitgliedern Dienſtag den 5. in Stuttgart eingetroffen war, beſchloß man in einer Vorberathung die Anordnung der erſten Sitzung auf Mittwoch, und es hatten ſich bis Morgens 10 Uhr 105 Mitglieder eingefunden. Die Verſammlung zog vom Rathhausſaale nach der Ständekammer entblößten Hauptes durch die Spaliere der Bürgerwehr, unter dem Vorantritt einer Deputation von Abgeordneten unſerer Kammer und des Präſidenten Löwe von Calbe. Bei dem Eintritt in die Kammer wurden ſie mit einem Hoch empfangen. Um 9 Uhr begann die erſte Sitzung; die Gallerien waren gefüllt; auch die Damenplätze zeugten von der Theilnahme des weiblichen Geſchlechtes an der Zukunft.

Auf der Tagesordnung ſtand 1) die Präſidentenwahl und die Wahl dreier Schriftführer; 2) die Berichterſtattung des Ausſchuſſes für Durchführung der deutſchen Reichsverfaſſung. Rösler von Oels verlieſt die Abgeordneten und es erheben ſich 13 aus Oeſterreich: Boczek, Giskra, Hartmann, Hedriſch, Kudlich, Melly, Pattay, Rank, Raus, Schneider, Stark, Wiesner, Zimmer; 19 aus Preußen: Bermbach, Hoffbauer, Jacoby, Levyſohn, Löwe, Nauwerk, Rappard, Raveaux, Reichenbach, Reinſtein, Rößler, Schmidt, H. Simon, L. Simon, Temme, Welter, Weſendonck, Wolf, Zimmermann; 13 aus Baiern: Blumröder, Chriſtmann, Fallmerayer, Gulden, Haggenmüller, Kolb, Schüler, Spatz, Stockinger, Tafel, Titus, Umbſcheiden; 10 aus Sachſen: Dietſch, Eiſenſtuck, Günther, Helbig, Hohlfeld, Langbein, Roßmäßler, Schaffrath, Scharre, Wigard; 22 aus Würtemberg: Döttenbach, Eiſenlohr, Federer, Fetzer, Friſch, Klett, Mayer, M. Mohl, Nagel, Nägele, Pfahler, Rheinwald, Rödinger, Römer, Schoder, Schott, Tafel, Uhland, Viſcher, Waldburg-Zeil, Weigel, Zimmermann; 7 aus Baden: Damm, Fehrenbach, Hagen, Junghanns, Kuenzer, Metz, Sachs; 4 aus dem Kurfürſtenthum Heſſen: Förſter, Hildebrand, Rühl, Schwarzenberg; 4 aus dem Großherzogthum Heſſen: Heldmann, Mohr, Schulz, Vogt; 2 aus Schleswig: Clauſſen, Engel; 2 aus Mecklenburg-Schwerin: Reinhard, Wöhler; 1 aus Oldenburg: Mölling; 1 aus Sachſen-Weimar: Schüler; 1 aus Sachſen-Altenburg: Schlüter; 1 aus Schwarzburg-Rudolſtadt: Hönniger; 1 aus Reuß: Fröbel; 1 aus Naſſau: Schulz. Zuſammen 105 Mitglieder.

Der Präſident Löwe von Calbe begrüßt die Verſammlung: Wenn auch die Zahl ſehr klein, ſo beruhe doch im Schoße dieſer Verſammlung das Schickſal des Vaterlandes. Er ſage deshalb

dem edlen Volksſtamme, wie ſeiner Regierung, die ihnen eine Freiſtatt gewährt, ſeinen Dank. Sie hätten auf eine ſolche Aufnahme bei den bekannten Geſinnungen des würtembergiſchen Volkes gezählt. Aber auch der Stadt Frankfurt, die ſie verlaſſen und die ſie während ihres Aufenthaltes treulich gehegt, ſpreche man den gebührenden Dank aus. Dies zu thun, fordere er die Verſammlung auf, ſich zu erheben. (Geſchieht). Die Sitzung iſt eröffnet. Der Präſident kündigt 4 neueingetretene Mitglieder an: Döitenbach, Eiſenlohr, Helwig, Mayer. Dagegen verlieſt der Secretär die motivirte Austrittserklärung von Reden, Freudentheil, Ahrens und Conſorten, welche die Zeitungen bereits mitgetheilt. Herr **Weſendonck** erklärt, er ſetze voraus, daß die Mitglieder, welche innerhalb der nächſten 14 Tage nicht eintreten, als ausgeſchieden betrachtet werden; ebenſo zähle er zu ihnen die, welche die genannte Erklärung gegeben.

Die **Präſidentenwahl**, zu der geſchritten wird, ergibt das Reſultat: **Löwe** 101, Simon 1, Schüler 1, Eiſenſtuck 1 Stimme. (Bravo). Hr. **Löwe** dankt für die ihm gewordene Ehre und verſichert, der Sache dieſer Verſammlung mit Herz und Hand anzugehören.

Man ſchreitet zur Wahl zweier neuen Schriftführer und eines Erſatzmannes für Koch von Leipzig; fährt jedoch während der Abzählung mit Erledigung der Tagesordnung fort.

Hr. Löwe verlieſt den dringlichen Antrag des 30er Ausſchuſſes: „In Erwägung, daß die Regierungen von Preußen, Sachſen, Hannover ſich angemaßt, im Widerſpruch mit der Reichsverſammlung eine Reichsverfaſſung und ein Wahlgeſetz zu octroyiren; in Erwägung, daß keine deutſche Regierung das Recht hat, ihrem Volke, geſchweige der Nation Geſetze aufzulegen; in Erwägung, daß das Reichswahlgeſetz endgültig beſchloſſen und von der Reichs-Centralgewalt verkündet werden — beſchließt die Reichsverſammlung 1) das von genannten Regierungen verkündete Wahlgeſetz zum nächſten Reichstag iſt null und nichtig; 2) jeder Verſuch, ſolches in Deutſchland zur Anwendung bringen zu laſſen, iſt als Hochverrath gegen die ſouveräne deutſche Nation zu betrachten; 3) der Theilnahme an dieſem Hochverrathe machen ſich alle Perſonen, namentlich alle Civil- und Militärbeamten ſchuldig, welche auf irgend eine Weiſe zur Ausführung dieſes Wahlgeſetzes mitwirken." Einſtimmig im 30er Ausſchuß angenommen. Die Dringlichkeit dieſes Antrags wird anerkannt. Niemand iſt zum Reden eingetragen. **Uhland** bringt einen Verbeſſerungsantrag ein. Löwe will zuerſt über den Antrag des 30er Ausſchuſſes abſtimmen laſſen. **Federer** glaubt zuerſt über Uhlands Antrag abſtimmen laſſen zu müſſen, welcher in Nr.. 1 gleichlautet, ſtatt 2 u. 3 aber ſagt: Sämmtliche deutſche Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt, werden mit allem Nachdruck auf die Ausführung der Beſchlüſſe hinwirken. **Hartmann** iſt für frühere Abſtimmung über Uhland's Antrag. Ebenſo **Weſendonck**: nicht weil er weiter geht, ſondern weil er ein Verbeſſerungsantrag. Die Majorität will jedoch den Ausſchußantrag zuerſt zur Abſtimmung bringen, und es werden Paſſus 1, 2, 3 angenommen; bei den beiden letzteren bleibt **Römer** ſitzen.

Der Secretär verlieſt hierauf den zweiten dringlichen Antrag des Dreißigerausſchuſſes, welcher beſagt: „Die Reichsverſammlung wolle beſchließen: 1) bis zur Einſetzung eines Reichsſtatthalters wird von der Reichsverſammlung eine Regentſchaft von 5 Perſonen einzeln und mit abſoluter Stimmenmehrheit erwählt, welche der Reichsverſammlung verantwortlich iſt, die Reichsverfaſſung durchzuführen, die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung zu vollziehen und im Uebrigen die durch das Geſetz vom 28. Juni der proviſoriſchen Centralgewalt übertragenen Pflichten und Befugniſſe auszuüben hat. 2) Die Wirkſamkeit der proviſoriſchen Centralgewalt hört mit dem Augenblicke des Eintritts der Regentſchaft auf. 3) Als nächſte Zielpunkte ihrer Wirkſamkeit bezeichnet die Reichsverſammlung der Regentſchaft: a) Schleunige Aufſtellung eines Reichsheeres und Organiſation der Volksbewaffnung zur Durchführung der Reichsverfaſſung. b) Wahrung der Intereſſen Deutſchlands nach Außen, beſonders durch kräftige Fortführung des Kriegs in Schleswig-Holſtein. c) Betreibung der Wahlen zu dem auf den 15. Auguſt einzuberufenden Reichstag. d) Einberufung der Mitglieder der Reichsverſammlung nach Stuttgart." Einſtimmig angenommen im Dreißigerausſchuß. Die Dringlichkeit iſt angenommen. Es werden verſchiedene Zuſätze und Amendements eingebracht. Der Berichterſtatter **Vogt** ergreift das Wort und ſchildert die Stellung der Centralgewalt zur Verſammlung, die von der Erhaltung der erſteren nichts wiſſen wolle. Sie habe es mit den Regierungen, an die ſie ſich früher angelehnt, wie mit dem Volke verdorben; ferner habe ſie die Durchführung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung verweigert, ja in brutaler Weiſe vernichtet. Das Reichsminiſterium habe nicht einmal Scheingründe, wie ſonſt die Conſtitutionellen, gegeben. Deshalb muß die Centralgewalt aufgehoben werden, denn ſie hat ſich zu den Organen, die ſie ins Leben gerufen, in Oppoſition geſetzt. Für einen Reichsſtatthalter weiß er keine paſſende Perſon, da der bankerutte Conſtitutionalismus keinen derartigen Kopf aufzuweiſen habe. Wolle man glauben, bis zum 10. oder 20., wie Wigard und Conſorten, einen ſolchen zu finden, ſo verfalle man dem Syſtem, das einen Mann zum Kaiſer gewählt, der es nicht verdient. (Bravo). Doch bleiben wir auf dem legalen Weg, ſtoßen wir nicht willkürlich Beſchlüſſe um, die eine frühere Majorität gefaßt, da wir jetzt ſelbſt die Majorität ſind. Nach einigen Zornesäußerungen über den wortbrüchigen König von Preußen und ſein Verfahren in der ſchleswigſchen Angelegenheit, nach der Behauptung, man habe die Süddeutſchen vorangeſchickt, wie die Lämmer auf die Schlachtbank, wie auch daß man den däniſchen Krieg mit einigen ſüddeutſchen Regimentern ehrenvoll zu Ende bringen könne, ſchließt er mit der Billigung der Verlegung der Reichsverſammlung, weil in Würtemberg Sympathien für ſie vorhanden und dieſes Land nichts von dem Abſolutismus des Nordens wiſſe, im Gegentheil alles Heil von der Reichsverſammlung erwarte.

Hr. **Löwe** will zuerſt **Uhland's** Antrag zur Abſtimmung bringen. Derſelbe wird unterſtützt. Der Antrag jedoch: „Die Wahl eines Reichsſtatthalters wird in einer der nächſten Sitzungen vorgenommen und iſt zugleich eine Proteſtation gegen die Weigerungen der Centralgewalt," wird verworfen. Ebenſo der Wigardſche Antrag: „Die Wahl findet am 20. Juni ſtatt; bis zur Einführung und Beeidigung wird eine Regentſchaft eingeſetzt." Dagegen iſt der Antrag des Dreißigerausſchuſſes angenommen mit 98 gegen 10 Stimmen. **Mohl's** Antrag: vor erwählt „widerruflich" zu ſetzen, wird angenommen. Vor 2 will **Umbſcheiden** eingefügt wiſſen: „2) Die Theilnahme an der Regentſchaft iſt mit der Stellung eines Abgeordneten vereinbar," was angenommen wird. Nr. 2 wird als Nr. 3 angenommen; 3 ferner als 4 a angenommen; b mit der **Schmitt**'ſchen Aenderung: „Wahrung der Intereſſen Deutſchlands nach Außen, beſonders in der deutſch-däniſchen Angelegenheit. c angenommen. d angenommen. **Dietſch's** Antrag, als Nr. 5 zu ſagen: „Der Präſident iſt beauftragt, den Beſchluß als Geſetz der Nation zu verkünden," wird gleichfalls angenommen. **Uhland** ſtellt den Antrag: „Die würtembergiſche Regierung, als die des größten der Länder, die die Reichsverfaſſung anerkannt, ſoll aufgefordert werden, ihre Vermittelung ſofort dafür eintreten zu laſſen, daß der Ausbruch des Krieges gegen Baden und Rheinpfalz abgewendet und ein verfaſſungsmäßiger Rechts- und Friedenszuſtand in beiden Ländern hergeſtellt werde." Mohl und Andere glauben, da man eine neue Centralgewalt begründet, müſſe man dieſer die Sache überlaſſen. Rösler und Andere ſind für die Zulaſſung. Uhland namentlich glaubt, daß die Zeit dränge und ſchon jetzt vielleicht etwas Entſcheidendes geſchehen ſei. Ob die Centralgewalt ins Leben trete, ſei ja noch zweifelhaft. Der Antrag wird mit 65 gegen 36 Stimmen abgewieſen. Hr. **Schoder** ſtellt einen dringlichen Antrag in Beziehung auf Baden, der an den Dreißigerausſchuß verwieſen wird und zunächſt zur Berathung kommt. Ebenſo **Raveaux** wegen der badiſchen Armee. **Simon** beantragt die Wahl der Regentſchaft nach einer Stunde. **Rösler** will bis morgen warten. **Weſendonck** befürchtet, die Zehn, welche gegen geſtimmt, möchten wegbleiben. **Schmitt** will bis 5 Uhr ausſetzen. Der Antrag des Letzteren iſt angenommen.

** **Stuttgart**, 6. Juni. Wahl der 5 Mitglieder in die Regentſchaft. Stimmenzahl 105. Es wird mit Stimmzettel je einer nach dem andern gewählt: I. Scrutinium: **Raveaux** mit 62 Stimmen, Vogt erhielt 15, Schüler von Zweibrücken 11. Uhland, Römer, Schott, Federer und einige andere würtembergiſche Mitglieder, ſowie Giskra und Melly enthalten ſich bei dieſer und den folgenden Abſtimmungen der Wahl. II.: **Vogt** 78 Stimmen, Schüler 8, d'Eſter 1, Uhland und die andern wie oben. III. **Schüler** von Zweibrücken 93 Stimmen. IV. Ergibt anfangs keine abſolute Mehrheit: Heinrich Simon 40 Stimmen, Becher (würtembergiſcher Abgeordneter) 29, Lud-

wig Simon 13, General Bangold 1. Bei Wiederholung der Abſtimmung: H. Simon von Breslau 67, Becher 21, L. Simon von Trier 7 Stimmen. V. Erſte Abſtimmung ohne Reſultat: Becher 36, Joſeph aus Sachſen 25, Schoder 17, L. Simon 8, Fürſt Wallerſtein 2, Fürſt Waldburg-Zeil 1 Stimme. Zweite Abſtimmung abermals ohne Reſultat: Becher 40, Joſeph 30, Schoder 11, Simon 8. Dritte Abſtimmung: Becher iſt gewählt mit 56 Stimmen; weitere Stimmen erhielten Joſeph 29, L. Simon 10. Die Regentſchaft beſteht ſomit aus Raveaux, Vogt, Schüler, H. Simon und Becher. Der Präſident proclamirt ſie als proviſoriſche Regentſchaft. (Allgemeines Bravo.) Raveaux übernimmt die Regentſchaft Namens der Gewählten. Löwe verkündet, daß die bisherige proviſoriſche Centralgewalt aufgehört habe. Nächſte Sitzung übermorgen.

Stuttgart, 5. Juni. Heute kam die Verhaftung Ficklers in der Abgeordnetenkammer zur Sprache. Römer gab darüber keine andere Erklärung, als daß dieſelbe Sache der Polizei und der Gerichte ſei und das Miniſterium nicht berühre. Gegen das Manifeſt der badiſchen proviſoriſchen Regierung an das würtembergiſche Volk gab ſich eine ſehr gereizte Stimmung kund, obgleich Becher, Schnitzer und andere zu Gunſten deſſelben ſprachen. (N. Fr. Z.)

Stuttgart, 6. Juni. Wir hören, daß von der Centralgewalt an eine würtembergiſche Truppenabtheilung der Befehl gekommen ſei, mit andern Reichstruppen, man ſpricht von 20,000 Mann, die Beſetzung der Reichsfeſtung Raſtatt zu vollbringen. Dem Vernehmen nach ſoll erſt der Weg der Unterhandlung mit der jetzigen badiſchen Regierung zu gütlicher Erreichung des Zweckes verſucht werden. Von Würtembergern ſollen vier Bataillone Infanterie, drei Schwadronen Reiterei und die dritte reitende Batterie, und zwar, wie es heißt, heute noch marſchiren. Geſtern Abend zog eine Freiſchaar, von Eßlingen kommend, jedoch mit Ablegung der Waffen, hier durch. Es ſind meiſt Badenſer, die ins Badiſche marſchiren. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 5. Juni. Die proviſoriſche Regierung hat die Einhaltung eines Theils der Gehalt- und Penſionsbezüge der Civilſtaatsdiener, ferner die Forterhebung der bisherigen Steuern für Juni und Juli verfügt. Das Ergebniß der geſtrigen Wahl zur conſtituirenden Verſammlung iſt: 1) Brentano 1614 Stimmen. 2) Chriſt 1158 Stimmen. 3) Thiebaut 970 Stimmen. 4) Peter 603 Stimmen.

* **Karlsruhe**, 6. Juni. Man ſcheint ſich mit aller Energie nach innen und außen zum Kampfe zu rüſten. Eine lange Proclamation der proviſoriſchen Regierung enthält als Kern die Verkündigung des Kriegszuſtandes. Man habe bisher nach Möglichkeit mit gelinden Mitteln auszureichen geſucht, aber die Partei, welche der jetzigen Regierung feindlich gegenüberſtehe, habe dieſe Schonung nicht anerkannt; die Aufreizungen gegen die Anordnungen der Regierung und die Widerſetzlichkeiten gegen ihre Befehle ſteigern ſich auf bedenkliche Weiſe, dazu komme Verweigerung der Steuerzahlung, offenbar in der Abſicht, die Regierung zu hemmen und die Durchführung der Revolution behufs der Erreichung des gemeinſchaftlichen Zieles unmöglich zu machen. Die zu den Waffen gerufene, oder ſchon unter den Waffen ſtehende Mannſchaft ſuche man zum Ungehorſam aufzureizen und dadurch eine gehörige Operation gegen den Feind zu verhindern. Die Regierung müſſe daher, zumal „gegenüber den Maßregeln, welche der an der Grenze ſtehende Feind in ſeinem eigenen Lande ergriffen,“ die folgenden Anordnungen treffen:

„Art. 1. Das Land wird von der heſſiſchen Grenze bis zur Murg einſchließlich der Feſtung und des Amtsbezirks Raſtatt in den Kriegszuſtand erklärt.

Art. 2. 1) Wer in dieſem Bezirke in Beziehung auf die Zahl, die Marſchrichtung der operirenden Truppencorps, die angeblichen Siege des Feindes oder angeblichen Niederlagen unſerer Armee falſche Gerüchte ausſtreut oder verbreitet, welche geeignet ſind, das Publicum zu beunruhigen, oder die Civil- und Militärbehörden in Beziehung auf ihre Maßregeln irre zu führen; 2) einer zuſtändigen Handlung der Civil- und Militärbehörde ſich widerſetzt; 3) gegen die jetzt beſtehende Regierung oder ihre Behörden zu Ungehorſam oder Widerſetzlichkeit aufreizt; 4) die aufgebotene Mannſchaft vom Einrücken abzuhalten oder die unter den Waffen ſtehende Mannſchaft zum Ungehorſam oder zur Treuloſigkeit zu verleiten ſucht, wird ſofort verhaftet und ſo lange der Kriegszuſtand dauert, als Kriegsgefangener behandelt.

Art. 3. Je nach Umſtänden ſteht es den Truppencommandanten zu, ſolche Kriegsgefangene ſofort vor ein Kriegsgericht zu ſtellen und kriegsrechtlich aburtheilen zu laſſen.

Art. 4. Ueber die Zuſammenſetzung des Kriegsgerichts und ſeine Zuſtändigkeit iſt der Kriegsminiſter unter Beiſtimmung des Civilcommiſſärs eine Verordnung zu erlaſſen berechtigt.

Art. 5. Eben ſo hat der Kriegsminiſter unter Beiſtimmung des Civilcommiſſärs das Recht, ſobald er es für nothwendig erachtet, das Standrecht zu proclamiren und dieſes ſofort in Anwendung zu bringen.

Art. 6. Gegen Jeden, welcher ſich mit den Waffen in der Hand den Anordnungen der Civil- und Militärbehörden widerſetzt, iſt ſofort mit Waffengewalt einzuſchreiten.

Uebrigens hofft die Regierung, daß von der Anwendung dieſes Geſetzes einen wirklichen Gebrauch zu machen nicht nöthig ſein werde, und erwartet namentlich von ihren Beauftragten, daß ſie ſelbſt keine Veranlaſſung geben werden, daß Thatſachen ſich ereignen, welche ein ſolches Einſchreiten gebieten müßten, und daß namentlich keine unbegründeten, aus Privatleidenſchaften abgeleiteten Anzeigen und Verhaftungen vorkommen, indem ſie andernfalls mit der gleichen Strenge ſolchen Mißbrauch der Amtsgewalt zu beſtrafen keinen Anſtand nehmen würde.

Weitere Aufklärung über die Maßnahmen der Regierung gibt eine Antwort, die ſie im amtlichen Theil der Karlsr. Ztg. dem „Club des entſchiedenen Fortſchritts“ auf ſeine Verlangen und Anfragen ertheilt. Dieſer Club hat ſich am 6. Juni in Karlsruhe conſtituirt, gewiß nicht zur Freude der proviſoriſchen Regierung, denn er macht alle Anſtalt, ſich ſelbſt zur Regierung aufzuwerfen und durch ein Clubregiment die beſtehende Regierung zu beherrſchen. Für ſeine Richtung iſt beweiſend, daß zum erſten Vorſitzenden Bürger Struve, zum zweiten Vorſitzenden Bürger Tzſchirner, zum Schriftführer Bürger Martiny gewählt iſt. Bürger Tzſchirner entwickelte gleich anfangs, wie die gegenwärtige proviſoriſche Regierung von Baden die Revolution nicht in dem Sinne zu begreifen und zu leiten ſcheine, wie die Gefahr des Vaterlandes es erfordere. Hr. Oppenheim, Redacteur des amtlichen Organs dieſer proviſoriſchen Regierung, iſt zugleich, als Vertreter der Preſſe, in den Ausſchuß des neuen Clubs gewählt. In allen Hauptſtädten des Landes ſollen Zweigvereine errichtet werden. Das Programm des Clubs iſt in ſeinen Forderungen an die Regierung enthalten. Die Regierung ſoll eine erhöhte revolutionäre Thatkraft entwickeln, die Miniſterien und das Heer von allen „reactionären Subjecten“ reinigen und dieſe Subjecte „unſchädlich machen“, auch radicale Civilcommiſſäre einſetzen, dieſe ermächtigen, das Martialgeſetz zu verkünden und ihnen geſinnungstüchtige Executionstruppen beigeben; auch den Befehl des Civilcommiſſärs Heuniſch, wonach die nichtbadiſchen politiſchen Flüchtlinge von der Grenze zurückgewieſen werden, ſchleunig aufheben; ferner in ihre eigene Mitte, ſtatt des verhafteten Bürgers Fickler und des abweſenden Bürgers Sigel zwei andere Männer und zwar von entſchiedener Farbe berufen, das Kriegsminiſterium beſſer organiſiren, durch die energiſchſten Maßregeln die nöthigen Geldmittel ſchaffen, die auswärtigen Angelegenheiten nicht länger brach liegen laſſen, dem „berühmten Feldherrn Mieroslawski“ ſobald als möglich, bis dahin aber dem „wackern Sigel“ den Oberbefehl übergeben, die durchgreifendſten Maßregeln zur Befreiung des Bürgers Fickler treffen, die politiſche Vereinigung Badens und der Rheinpfalz ſofort einleiten, insbeſondere auf die Feſtungen Landau und Germersheim die durchaus nothwendige Aufmerkſamkeit wenden und die in dieſer Beziehung nöthigen Truppen zur Dispoſition ſtellen, endlich bei allen politiſchen Anordnungen von dem Standpunkte des europäiſchen Völkerkampfes ausgehen.

Auf dieſe Forderungen hat nun die Regierung die folgende Antwort gegeben:

1) Mit Freuden vernehmen wir den Wunſch der Wehrmänner, in den Kampf geführt zu werden. Dieſer Kampf iſt ſeit geſtern an der heſſiſchen Grenze wieder entſponnen; die ganze Neckararmee wird vorrücken und zur Unterſtützung derſelben werden daher die bereiteſten hieſigen Streitkräfte abmarſchiren; ein Theil davon wird nach Rheinbaiern zur Unterſtützung der dortigen Operation gehen. Ueber die Anordnungen dieſer Maßregeln haben wir dem Stadtcommandanten Reininger die nöthigen Befehle gegeben. 2) An die Stelle der Bürger Fickler und Sigel haben wir geſtern ſchon die Bürger Thiebauth und Raveaux proviſoriſch als Mitglieder unſerer Regierung ernannt. 3) Wo es nöthig war, haben wir bis jetzt von ſämmtlichen Verwaltungszweigen die unſerer Sache ſchädlichen Beamten entfernt; wir werden in dieſer Weiſe fortfahren. Im Uebrigen werden bei dem proclamirten Martialgeſetz die energiſchſten Maßregeln getroffen werden. Der Befehl des Bürgers Heuniſch iſt von uns aufgehoben. 4) In dem Augenblicke, wo die Volksvertreter hier zuſammentreten, hal-

№ 156. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 8. Juni 1849.

Ueberſicht.

Zur Preußiſchen Reichsverfaſſung. I.
Von der Donau. XIII.
Die Engländer und das Feſtland. II.
Griechenland. Athen (Die Nichte Koletti's. Neue mobile Colonne gegen die Räuber. Das bairiſche Anlehen.)

Zur Preußiſchen Reichsverfaſſung.

I.

Von der Elbe, 2. Juni. Seit der Reichsverfaſſung vom 28. März iſt kein wichtigeres Actenſtück für Deutſchland der Oeffentlichkeit übergeben worden, als der Entwurf einer Reichsverfaſſung, über den Preußen, Sachſen und Hannover ſich verſtändigt haben. Wir wollen ein prüfendes Auge auf dieſen Entwurf heften und in eine Vergleichung deſſelben mit der Reichsverfaſſung eingehen. Ob unſere Prüfung eine unbefangene ſei, überlaſſen wir dem Urtheile Anderer; unſer Standpunkt iſt der des Centrums der Reichsverſammlung, welchem Niemand ein aufrichtiges, redliches, beſonnenes Streben für das deutſche Verfaſſungswerk abzuſprechen im Stande ſein wird.

Wir gehören ferner dem Norden Deutſchlands an, wo das Gefühl für die Einheit, die Macht, die Freiheit des großen Vaterlandes nicht minder warm pulſirt als im Süden, wo aber der Sinn für das Recht, für gute Sitte, für die Monarchie auch jetzt noch bei weitem weniger erſchüttert iſt, als im Südweſten Deutſchlands, welcher in anarchiſcher, chaotiſcher Bewegung zerriſſen wird. Eben dies Rechtsgefühl drängt uns zu einigen einleitenden Worten, zu einem Rückblick in die jüngſte Geſchichte, auf deren dorniger Bahn uns gegenwärtig dieſer Entwurf entgegen tritt.

Wer weiß es nicht? die Reichsverſammlung war berufen: das deutſche Verfaſſungswerk zwiſchen Volk und Regierungen zu Stande zu bringen. Was die Reichsverſammlung für das Volk und für die Fürſten geleiſtet, iſt notoriſch. Was aber haben die Fürſten und die Regierungen geleiſtet? Tief in ihrem innerſten Kerne erſchüttert, hilflos bis zum Erbarmen durch die Märzereigniſſe gehorchten ſie unbedingt dem Fünfzigerausſchuſſe und erblickten in der Reichsverſammlung ihren Retter. Laut wurde die Souveränetät der Verſammlung proclamirt, die Regierungen ſchwiegen; ſie haben durch dies Schweigen die Grundlage gut geheißen! Der erſte wichtigſte Act der Reichsverſammlung: das Geſetz vom 28. Juni v. J., die Wahl des Reichsverweſers, beide wurden einſeitig von der Reichsverſammlung beſchloſſen und ausgeführt, begleitet von dem allgemeinſten Jubel des Volks, der jemals durch Deutſchland ertönte! Die Fürſten billigten ausdrücklich Geſetz und Wahl! Gleicher Jubel führte den ehrwürdigen Reichsverweſer zur Feier des Kölner Dombaues. Der König von Preußen in militäriſcher Haltung fand es gerathen, die Deputation der Reichsverſammlung daran zu erinnern, daß es noch Fürſten gebe in Deutſchland und daß auch er dazu gehöre. Niemand hatte es bezweifelt, aber jeder fühlte ſich warm angeweht, als der König, ergriffen von dem großartigen Feſte, der Reichsverſammlung und ihrem Streben für das gemeinſame Vaterland offen und laut ſeine Huldigung darbrachte! Hiermit endigen die ſonnigen Tage der Reichsverſammlung. Ein von Preußen lebhaft angeregter, mit Enthuſiasmus begonnener Krieg verlief dann in einen Waffenſtillſtand, der in der Form auf einer Verletzung des Centralgeſetzes vom 28. Juni beruhte, in der Sache den grellſten Contraſt lieferte zu den Hoffnungen, zu welchen eine glänzende, tapfere Armee berechtigte. Es war die erſte blutige Kriſis der Reichsverſammlung herbeigeführt durch — Preußen. Sie ward überwunden durch den Zwang der Waffen, durch das Gefühl für Recht und Ordnung des Centrums! Das Verfaſſungswerk begann ſich zu geſtalten, die grundrechtlichen Freiheiten des Volkes, tief eingreifend in alle ſtaatsbürgerlichen Verhältniſſe wurden berathen. Die Regierungen ſchwiegen; Jeder harrte eines Antrages, um dem Einfluſſe der Regierungen eine geregelte Bahn zu verleihen. Ohne Mühe hätte damals ein von den Regierungen gewähltes Staatenhaus oder eine andere vermittelnde Form ſich bilden laſſen. Die Sache ward im Centrum vielfach beſprochen. Tiefes Schweigen auf Seiten der Regierungen. Schwach und rathlos ließen ſie ſich von ihren eigenen Kammern hin- und herzerren, bis die Revolutionen in Wien und Berlin die Bajonnette und Kanonen hervorrufen mußten und Deutſchland plötzlich von dem craſſeſten Abſolutismus im Norden und Süden ſich gefährdet erblickte. Die Reichsverſammlung hatte in ihren Plänen unabläſſig auf eine Verfaſſung für das ganze Deutſchland hingewirkt. Eingedenk dieſer hohen Aufgabe, beſtrebte ſich das Centrum, auch in dieſer zweiten noch blutigeren Kriſis, die Regierungen von Oeſterreich und Preußen gegen die nivellirenden Anträge der Linken zu ſtützen. Vielleicht war dies der erſte Fehlgriff! Der Dank äußerte ſich nicht in einem engen Schutz- und Trutzbündniſſe mit dem Centrum, ſondern im geſteigerten Abſolutismus, und in einem Notenkriege zwiſchen den beiden wichtigſten Staaten Deutſchlands. Preußen führte dieſe Fehde ſchwankend, zagend, zögernd; Oeſterreich plump und unbeholfen; beide bewegten ſich dem Verfaſſungswerke gegenüber nur in Negationen. In dieſer eingeklemmten Lage mußte, da die Regierungen in gegenſeitiger Eiferſucht ſich ſelbſt und das monarchiſche Princip, ſo wie die Verfaſſung dem Untergange zu weihen im Begriff ſtanden, die Reichsverſammlung eine neue Bahn anbrechen. Gagern's Programm ſtellte Preußen an die Spitze und für Oeſterreich eine völkerrechtliche Verbindung in Ausſicht. Oeſterreich trotzte in fortwährender Negation, bis es endlich, ſeine eigene Kammer und die Reichsverſammlung vernichtend, ſich in die Geſammtmonarchie zurückzog und ein nebelhaftes Bild von der Zukunft Deutſchlands theoretiſirte. Es ſchien jetzt feſter Boden gewonnen. Preußen und die übrigen Regierungen legten ihre Einwendungen und Bemerkungen gegen den Verfaſſungsentwurf vor; allein Preußen mit den kleineren Staaten für ſich, und abgeſondert hievon die vier königlichen Regierungen. Preußen hatte nicht den politiſchen Muth, ſich für die einheitliche Spitze zu erklären, welche die kleineren Staaten ihm entgegentrugen, noch die Neigung, ſolche abzulehnen; die vier Könige wollten die Spitze brechen durch ein Directorium. Statt daß die Regierungen auch nur den Verſuch gemacht hätten, unter ſich über Haupt- und Nebenſache zur Einigung zu gelangen, beförderte Preußen geheim aber höchſt angelegentlich einen norddeutſchen Sonderbund. Der Reichsverſammlung ward der ganze Wuſt von vereinzelten Bemerkungen, die weit auseinander liefen, zugeſtellt zur Berückſichtigung. Alles ließ ſich nicht berückſichtigen; ein geordneter, feſter Plan der Regierungen fehlte. Was blieb der Verſammlung, an deren Souveränetät damals noch hoffnungsvoll appellirt wurde, übrig, als nach eigenem Ermeſſen zu wählen, zu beſchließen, im Intereſſe des Vaterlandes, der unter ſich zerfallenen Regierungen, die Poſitives zu leiſten außer Stande waren.

Im heißeſten, peinlichſten Parteikampfe, in welchem das Centrum, um zum hohen Ziele zu gelangen, mehrfach das Theuerſte hinopferte, ſeine Ueberzeugung, ward die Verfaſſung vollendet; und mit der edelſten Krone der Welt, unter dem Jauchzen des Volkes nach Berlin getragen. Alles was ſeit 1815 an Haß und Widerſpruch gegen Preußen ſich angeſammelt hatte, im Süden und Norden, es war unterdrückt, überwunden. Schweigend harrte das Volk der großen Entſcheidung, welche die Macht, Einheit und Freiheit des erkrankten, tief leidenden Vaterlandes wiederherzuſtellen beſtimmt war. Im romantiſchen, ſterilen Schwulſt ward in Berlin abgelehnt und doch zugleich angenommen; man iſt lüſtern nach dem Diadem und hat nicht die Entſchloſſenheit, es kühn zu ergreifen; man will vom Himmel und den Fürſten, was vertrauensvoll das Volk darbietet! Neue Verhandlungen über eine Vereinbarung werden angeſagt, ohne daß Preußen Beſtimmtes und Poſitives vorgebracht hätte. Die kleineren Staaten beeilen ſich, dem mächtigeren durch ihren Anſchluß den Muth zu geben, der ihm fehlt. Wäre Preußen zugeſchritten, auch die Könige wären gefolgt und der deutſche Rechtszuſtand ein geſicherter geworden. Allein Preußen ſchmähte die kleinen Fürſten, die in Uebereinſtimmung mit ihren ſtändiſchen Organen der Verfaſſung vom 28. Mai huldigten, zertrat das große Organ der Nation und verband ſich mit den Königen. Jetzt plötzlich löſten ſich die Bande, ungefeſſelt überließen ſich die natürlichen Kräfte ihrem Lauf; in Würtemberg drohte der Bürgerkrieg, in Sachſen, der Rheinprovinz, vor allem in Baden und der Pfalz loderte derſelbe auf in hellen Flammen. Der Abſolutismus ruft die Barbarei, die Republik die Depravation vom Auslande zu Hilfe. Deutſchland befindet ſich in einer chaotiſchen Verwirrung, wie nie zuvor. Die Reichsverſammlung liegt in Trümmern, das monarchiſche Princip iſt an den Rand des Abgrundes gebracht, die Centra-

gewalt, bis zur Ohnmacht herabgewürdigt durch ein Miniſterium Gravell, der Spielball preußiſcher und öſterreichiſcher Eiferſucht.

Das iſt im Lapidarſtyl die Geſchichte der Reichsverſammlung und der Reichsverfaſſung. Wir ſtehen jetzt in der Gegenwart. Wer hat ſolche verſchuldet? wahrlich nicht die Reichsverſammlung.

Eine große Anzahl Regierungen haben die Verfaſſung anerkannt und zum Theil Bürger und Militär auf ſolche beeidigen laſſen. Oeſterreich ſchweigt, Baiern ſchwankt hin und her. Beide erheben Einſage gegen den Einmarſch preußiſcher Truppen in Baden und in die Pfalz. Preußen ſammelt ein mächtiges Heer am rechten und linken Rheinufer, zwingt den nordiſchen Krieg zum Stillſtand und erbittet ſich Friedensunterhändler von Dänemark. Da erſcheint ein Sonderbund zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover, mit Verfaſſung und Wahlgeſetz für ein neues Parlament.

Wir treten dieſer Erſcheinung nicht feindſelig entgegen; wir wollen darüber hinweggehen, ob dies Bündniß auf einem Bundesbruche beruht, den der Art. XI. der Bundesakte nicht zu- ſondern aufdeckt. Aber Niemand kann der deutſchen Nation zumuthen, die Vergangenheit in den Strom der Lethe zu ſenken und bei der gegenwärtigen Lage der Dinge mit unbedingtem Vertrauen einem Sonderbündniſſe ſich hinzugeben, deſſen Urheber durch Wort und Bajonnett weſentlich dazu beigetragen haben, den großen, Alles umfaſſenden Bund der deutſchen Nation im Keime zu erſticken. Das Volk darf ſein Rechtsgefühl nicht einſchläfern laſſen; es tödtet dadurch ſeine Zukunft!

Wir gelangen zur Prüfung der Vorlage.

Die preußiſche Note vom 28. Mai bezeichnet den Entwurf der Reichsverfaſſung als einen Vorſchlag, deſſen rechtsgültiger Abſchluß auf der freien Zuſtimmung der Nationalvertretung beruhen ſoll. Wir ſuchen kein Verdienſt darin, zu deuteln, allein unabweislich drängt ſich die Frage heran: Wenn nun dieſe Zuſtimmung nicht erfolgt, was dann? Befindet Deutſchland ſich dann im Nihilismus oder im Bundestage? Wir verneinen dieſe Frage mit den eigenen Worten der Note vom 28. Mai:

„Das Verfaſſungswerk iſt für das geſammte Deutſchland eine unabweisliche Nothwendigkeit geworden. Eine ſolche Verfaſſung wird der Nation gewähren müſſen: dem Auslande gegenüber Macht und Einheit, im Innern die einheitliche Entwicklung der gemeinſamen Intereſſen und nationalen Bedürfniſſe."

Dennoch, weil Worte von Berlin noch keine Bürgſchaften enthalten für Deutſchland, iſt es Pflicht des nächſten Reichstags, ſeine Arbeit zu beginnen mit der beſtimmten Erklärung, daß er auf Grundlage der Reichsverfaſſung vom 28. März tage, und den preußiſchen Entwurf als Material zur Reviſion der Reichsverfaſſung betrachte; die Nothwendigkeit und Erſprießlichkeit ſolcher Reviſion iſt vom Centrum nie verkannt worden. Wiewohl weder die Denkſchrift noch der beſondere Vertrag über den Sonderbund zur Zeit uns vorliegt, ſo ſind doch ſchon Andeutungen zur Genüge gegeben, daß auch Hannover und Sachſen ſich Anträge zum Entwurf vorbehalten haben, wie denn die Ausführung der offen verkündeten Abſicht der ſächſiſchen Regierung, den Entwurf ihren Ständen vorzulegen, nothwendig zu Abänderungsvorſchlägen wird führen müſſen. In gleicher Weiſe werden ohne Zweifel die übrigen Regierungen, welche dem Sonderbund ſich anſchließen, ihre Zuſtimmung durch Vorbehalte bedingen.

Völlig unklar iſt die allgemeine Betrachtung der Note vom 28. Mai d. J., daß für diejenigen Regierungen welche dem engeren Bunde ſich nicht anſchließen, die aus den Verträgen von 1815 fließenden Rechte und Pflichten unverändert fortbeſtehen. Schon einmal hat Deutſchland ungläubig das Pſeudoſpiel von einem engeren und weiteren Bunde betrachtet, welches Herrn Bunſen zum Urheber haben ſoll. Möglich und ausführbar erſcheinen nur zwei Fälle; entweder der alte Bund von 1815, oder ein neuer alle deutſchen Staaten umfaſſender Bund, der mit Oeſterreich in eine völkerrechtliche Union tritt. Aber Deutſchland, ohne Oeſterreich, in einen engeren und weiteren Bund theilen zu wollen, iſt ein Unding, eine ſtaatsrechtliche Unwahrheit auf Koſten des Wohls von Deutſchland, weil dann zwei Executiven ſich gegenüberſtehen werden, die nimmer einträchtig zum Heile des Vaterlandes wirken können und werden. Die Gegenwart zeigt dies: der preußiſch-ſächſiſch-hannoveriſche Sonderbund bildet ſchon jetzt eine Macht, die aber keineswegs der Centralgewalt und den ihr noch anhängenden 29 verfaſſungsfreundlichen Regierungen ſich **unterordnet**, ſondern im Gegentheil nichts angelegentlicher wünſcht, als daß die Centralgewalt dem Sonderbunde das Feld räume, wozu freilich der Schwächere über kurz oder lang von ſelbſt genöthigt ſein wird. Das nächſte Parlament muß dies ins Auge faſſen und getreu ſeinem Berufe die Scheidung in engeren und weiteren Bund unbedingt verwerfen.

Betrachten wir die einzelnen Gruppen des Entwurfs, ſo finden wir mit Befriedigung, abgeſehen im Abſchnitt vom Reichsoberhaupte, die Grundzüge der Reichsverfaſſung vom 28 März; wir finden manche Mängel derſelben, die wir nie verkannt haben, glücklich vermieden, und nur das muß lebhaftes Bedauern erregen, daß Preußen nicht ſchon damals, als ihm die Krone dargeboten wurde, ſo poſitiv auftrat, wie gegenwärtig; eine Verſtändigung mit der Reichsverſammlung wäre, unſerer gewiſſenhaften Ueberzeugung nach, möglich geweſen und die Schreckensſcenen in Dresden wären ebenſo vermieden, wie die Anarchie in Baden und der Pfalz derzeit mit raſchem Erfolg ſich hätte unterdrücken laſſen.

Manche Auslaſſungen und Veränderungen des Entwurfs indeſſen ſind von der größten Wichtigkeit und keineswegs empfehlenswerth.

Das Herzogthum Schleswig iſt nirgend erwähnt in der preußiſchen Vorlage; dagegen hat Holſtein im Staatenhauſe die 6 Stimmen behalten, die für Schleswig-Holſtein in der Reichsverfaſſung berechnet waren. Das hierin an den Tag gelegte Schwanken und Unſichere wollen wir der noch ungewiſſen Friedensverhandlung zu Gute halten. Denn kein Deutſcher wird es für möglich erachten, daß nach zweijährigem Kampfe und Siege, Schleswig von Deutſchland ſollte ausgeſchloſſen werden können und die ausgetretenen ſchleswigſchen Abgeordneten haben daher nur einfach ihre Pflicht gethan, wenn ſie durch die bekannte Verwahrung der Rechte Schleswig's, das nächſte Parlament an **ſeine** Pflicht erinnern.

Unbedeutende Redactionsveränderungen überſehend, die gleichwohl, nur ſchlaffer und ungenauer, als die Beſtimmungen der Reichsverfaſſung, dem Zwecke entſprechen, bleiben wir ſtehen bei dem Art. 3 §. 11, welcher nicht unbedingt, ſondern nur im Kriege oder in Fällen nothwendiger Sicherheitsmaßregeln im Frieden, der Reichsgewalt die geſammte bewaffnete Macht des Reichs zur Verfügung ſtellt. In dieſer unſichern Faſſung erkennen wir ein bekanntes Parlamentsglied wieder, welches jetzt in Berlin wirkt, ob für oder gegen uns, mag auf ſich beruhen. Soll Deutſchland eine Macht werden, ſo muß die Reichsgewalt ohne Bedingung, ohne Clauſel über das Heer verfügen können und nicht an die Prüfung und Zuſtimmung der Einzelſtaaten hinſichtlich der Nothwendigkeit ſolcher Verfügung vorgängig gebunden werden; nur auf ſolche Weiſe iſt eine Einheit im Heere und deſſen kräftiges, ſchleuniges Einſchreiten nach Außen und Innen zu erreichen; nur in dieſer Weiſe kann das Heer von dem ſtolzen Gefühle Einer einzigen deutſchen Armee beſeelt und erwärmt werden, und mit ſiegreichem Erfolge ſeinen hohen Beruf erfüllen unter dem Banner der Reichsgewalt. Gleiches gilt von der Veränderung des §. 13 und noch mehr von der Weglaſſung des allgemeinen Fahneneides im §. 14.

Von der Donau.

XIII.

♉ Der Roſenmonat und Wonnemonat hat begonnen, und brachte uns in Pracht und Blüte: die octroyirte Reichsverfaſſung des hochpreislichen preußiſchen Miniſteriums. Sie müſſen das homeriſche Gelächter am Main gehört haben, das beim Leſen dieſes Actenſtückes hier erſcholl. Nicht die Faſſung oder Weglaſſung einzelner Paragraphen, oder die Einrichtung und Wahl der Häuſer und des Fürſtenrathes ſoll hier beſprochen werden; uns Oeſterreichern liegt dies weniger im Sinn. Allein die Stellung der beiden Dynaſtieen und ihrer Cabinette wird eine gar poſſierliche. Fürſt Schwarzenberg erklärt, daß ſein allergnädigſter Kaiſer ſich niemals einem andern Fürſten unterordnen werde; daß aber Oeſterreich ſeinen Einfluß und ſeine hiſtoriſche Stellung in Deutſchland nicht aufgeben könne. Graf Brandenburg erklärte, daß der König niemals die Kaiſerkrone annehmen werde. Man hätte glauben ſollen, daß dieſe beiden Miniſterien Niemals ſich alſobald verſtändigen würden; der König von Preußen hatte blos den Kaiſer von Oeſterreich als Kaiſer der Deutſchen vorzuſchlagen, und wegen des Andern hätten ſich die Cabinette wie in den noch nicht ſeligen, ſondern blos ſchlummernden Zeiten des Bundestags

bald verſtändigt. Die ſogenannten Volks- und Grundrechte, und die Alfanzerei des verantwortlichen Miniſteriums ſind ja blos ein Comödienſpiel, das man dem braven Michel nicht verleiden darf. Das öſterreichiſche Kabinet hätte Alles, Alles, Alles concedirt, wenn man dem Kaiſer den Vorſitz in Deutſchland eingeräumt hätte; Alles, wenn auch mit dem Hintergedanken, Alles wieder zu Nichte zu machen. Grade dieſen Vorſitz aber ſteckt Preußen in die königliche Schnapptaſche. Die Kaiſerwürde ſchlug man aus, denn das Volk bot ſie dar, aber dafür erbaut man ſich einen Fürſtenthron als Reichsvorſtand.

Glaubt man wirklich in Berlin, daß der Kaiſer von Oeſterreich dieſen Reichsvorſtand jemals anerkennen werde, anerkennen darf, anerkennen kann? Dem Cabinet Schwarzenberg iſt der octroyirte Reichsvorſtand nicht minder ein casus litis, wie der Kaiſer der conſtituirenden Reichsverſammlung. Nun und nimmermehr wird bei dem jetzt befolgten Syſtem die Begründung einer Würde und Macht geduldet, die dem Hauſe Habsburg-Lothringen die Wage halten kann; ſo wenig man gewillt iſt, das Volk an der Regierung Theil nehmen zu laſſen, ſei es auch nur der Form nach, ſo wenig iſt man gewillt, einen Aufkömmling neben dem kaiſerlichen Throne zu dulden. Das Miniſterium ſchüttelt vielleicht ungläubig den Kopf, und dennoch iſt es wahr, wie die Sonne, die golden herabbrennt, daß vom Miniſterium Schwarzenberg der wie immer titulirte Vorſitz Preußens im deutſchen Bunde als eine Uſurpation betrachtet wird, der bei gehöriger Zeit gehörig entgegengetreten wird. Man wird es nicht ſcheuen, ſobald oder ſo ſpät im Innern Ruhe iſt, Croaten und Szerezaner an die Grenze zu ſenden, von wo einſt der Große nach Oeſterreich marſchirte. Die Baſis und das Lebenselement des Schwarzenberg'ſchen Syſtems iſt Ariſtokratie, und dieſer Mann wird kein Wappenſchild dulden, das nicht ebenbürtig iſt.

Gewiß geſchieht hier der Einwurf, daß derſelbe Zwiſt ausgebrochen wäre, wenn der König von Preußen die Kaiſerwürde angenommen hätte; man bedenke aber auch, daß hier nicht von der An- und Abſicht Oeſterreichs, ſondern blos des Miniſteriums Schwarzenberg-Stadion die Rede iſt, welches nicht Oeſterreich, nicht einmal die Geſinnung des öſterreichiſchen Kaiſers repräſentirt. Das ganze deutſche Oeſterreich hatte die volle und feſte Ueberzeugung, daß die deutſche Sache nur dann glücklich gelöſt wird, mit Berückſichtigung der kaiſerſtaatlichen Sonderſtellung, wenn der Kaiſer von Oeſterreich Kaiſer der Deutſchen wird. Der Glanz der Krone hätte es vermocht, demokratiſche Conceſſionen zu ertragen. Schwarzenberg's nihiliſtiſche Politik entfernte die zu conſtituirenden Reiche von einander, und als die octroyirte Verfaſſung im März erſchien, rief ganz Oeſterreich: Der König von Preußen muß Kaiſer werden, damit wenigſtens Deutſchland ſeine Freiheit, ſeine Einheit und Macht wahre. Welcker's Antrag wurde von allen freigeſinnten Männern Oeſterreichs mit Jubel aufgenommen, und die öſterreichiſche Abgeordneten welche dagegen ſtimmten, wurden eben ſo angefeindet, als die dafürſtimmenden von der öſterreichiſchen miniſteriellen Preſſe begeifert.

Aus Oppoſition gegen die Cabinetspolitik, welcher ſich die Dynaſtie gefangen gab, war Oeſterreichs Volk preußiſch geſinnt; nur die Patrioten, welche an einen baldigen Sturz dieſes Miniſteriums und an ein Aufgeben ſeiner unheilſchwangern Politik glaubten, ſtimmten und ſtritten noch für Oeſterreich's Vorrang im deutſchen Bunde.

Allein das Miniſterium bleibt, es wird bleiben, wenn es auch noch ein Dutzend Mal in der Minorität bei etwaigen Reichskammern bleibt, wenn es nochmals Niederlagen in Ungarn erleidet und wenn der Staatsbankerott auch offen erklärt werden müßte. Und dieſes Miniſterium wirft den Fehdehandſchuh eben ſo gut dem Kaiſer der Deutſchen, wie dem Reichsvorſtand vor die Füße, und wird nicht ruhen, bis Deutſchland ſich im Bürgerkriege zerfleiſcht, und es dann als mächtiger Schutz- und Schirmherr ſeine Lehensleute wieder auf ihre ſouveränen Sitze und an die Stelle der Volksvertreter Staatsbevollmächtigte geſetzt hat. Den Kaiſer der Deutſchen hätte man noch reſpectirt, denn das Volk ſtand hinter der wohlgerüſteten Armee des Königs von Preußen; hinter dem Reichsvorſtand ſtehen zwei Könige, die in ihrem eigenen Land das Volk und die Volksvertreter gegen ihre deutſche Politik haben, und der flößt keine Furcht ein. Das preußiſche Cabinet hat ſchon einen Fußtritt vom öſterreichiſchen erhalten, und es mag nach dieſem Octroyirungsentwurf auf weitere gefaßt ſein.

An der Oberhauptsfrage einzig und allein iſt die Verſtändigung des öſterreichiſchen Cabinets mit der Reichsverſammlung geſcheitert; an der Oberhauptsfrage ſcheitert die Verſtändigung mit Preußen bei dieſer Octroyirung. Baiern iſt nicht Vogel und nicht Fiſch, und ſeine Halbheit iſt eine althiſtoriſche.

Der Reichsverſammlung iſt aber durch dieſe Cabinets-Reichsverfaſſung die glänzendſte Satisfaction gegeben; unſere Journale ſtellen ſchon Vergleiche an, und kommen zu dem Reſultate, die Weisheit der Volksvertreter rühmen zu müſſen.

Die Engländer und das Feſtland.
II.

> **London**, 30. Mai. Die erſten Erinnerungen, welche die jetzige Generation in England von Preußen hat, ſchreiben ſich von der heiligen Allianz her. Man erinnert ſich dunkel des Beſuchs verſchiedener continentaler Monarchen, die man in Carltonhouſe fütterte und im Mall begaffte. Unter andern ſah man auch einen König von Preußen, der indeſſen keinen beſondern Eindruck machte. Die demagogiſchen Umtriebe von 1819, für welche die Londoner Preſſe ſich zu intereſſiren bemühte, verflachten im Allgemeinen über den Theil Frankreichs oder des Continents, den man Deutſchland nennt. Preußens rühmliche Thätigkeit in dieſen wichtigen Angelegenheiten wurde überſehen. Dieſes Land drängte ſich dem Bewußtſein der engliſchen Politiker zuerſt durch die Gründung des Zollvereins auf. Und dieſer Zollverein iſt ein zähes Factum, welches man noch immer nicht verdaut hat. Dieſen Zollverein konnte man nur der Regierung zur Laſt legen und das preußiſche Volk abſolviren. Es wurde ja von einem unumſchränkten Monarchen beherrſcht. Aber dieſes preußiſche Volk verſehmte alle Anſprüche auf Nachſicht Seitens der engliſchen Politiker durch eine Parvenu-Gewerbthätigkeit, die fabrizirte und Handel trieb, als wäre das Königreich Preußen in der That ein reſpectabler Staat mit verbrieften Rechten, und nicht ein Pilzſtaat, der über Nacht hervorgewachſen, während die engliſchen Welfen und ihre whiggiſtiſchen Miniſter ſich betranken oder ihren Rauſch ausſchliefen. „Unkraut wächſt ſchnell; Preußen wird fallen wie es ſich erhob.“ Wenn es aber nicht fällt? „So iſt es ein gefährlicher Staat, deſſen Exiſtenz die vested interests Europas gefährdet.“

Mögen Ihre Leſer mir keine Uebertreibung oder Erfindung vorwerfen. Wer an meinen Worten zweifelt, der leſe die Times. Dieſes merkwürdige Journal, deſſen Weisheit und Succeß darin liegt, daß es nie viel klüger und weiſer ſein will, wie die Klügſten und Weiſeſten im Lande, dieſes Journal, zwiſchen dem und der engliſchen Nation eine ſo innige Verbindung und Wechſelwirkung ſtattfindet — die Times, ſage ich, hat ſich noch nie mit Preußen verſöhnen können. Sie hat in der That einzelne Maßregeln einzelner preußiſcher Beamten gelobt, aber es war nur dann, wenn dieſe Maßregeln dem Staate Preußen als ſolchem zu nahe traten. Die Times in der Vollheit ihres engliſchen Volksbewußtſeins begeiſterte ſich für das einige Deutſchland und das Frankfurter Parlament, als es ſchien, der gefährliche Staat Preußen werde in dieſem Deutſchland und in dieſem Parlament aufgehen, d. h. verſchwinden. Der ſpätere Plan, Preußen an die Spitze Deutſchlands zu rufen, kühlte den Enthuſiasmus der Times. Sie bekämpfte dieſen Plan und lobte den König von Preußen, weil er die Kaiſerwürde ausſchlug. Glauben Sie nicht, daß ich die Times hier angreifen will, wie man ſie oft in Deutſchland angegriffen hat. Der engliſche Egoismus, dem dies Land

„This royal throne of Kings, this scepter'd isle,
This earth of Majesty, this seat of Mars,
This other Eden, demi-paradise,
This fortune built by Nature for herself
Against infection and the band of war —
This precious stone set in the silver sea —
This blessed plot, this earth, this realm, this England,
This nurse, this teeming womb of Royal Kings —
This land of such dear souls, this dear, dear land,
England, bound in with the triumphant sea —*)

jener naive engliſche Egoismus, dem die Erhaltung und Mehrung, dem die Macht und Größe und Herrlichkeit Englands das erſte Naturgeſetz zu ſein ſcheint, macht mich oft ſeufzen; zürnen mit ihm kann ich nicht, denn er iſt ja eben der Fehler, den ich meinem Volke wünſche. Aber ohne das engliſche Volk und deſſen Organ, die Times anzugreifen, will ich einfach das Factum be-

*) King Richard II. act. II. sc. 1.

richten, daß die deutſche Einheit Sympathieen in England fand, ſo lange man hoffen konnte, dieſe Einheit werde Preußen vernichten, und daß dieſe Einheit ſehr unpopulär geworden iſt, ſeit es den Anſchein hat, ſie könne nur unter preußiſcher Aſcendenz zu Stande kommen.

Doch ſind es nicht die großen Gefühle allein, aus denen ſich die Weltgeſchichte conſtruirt. Perſönliche Sympathieen und Antipathien kommen als Kitt hinzu. Die Sympathieen der Engländer haben ſich die Preußen niemals zu erwerben gewußt. In Oeſterreich hat der Druck der Polizeiherrſchaft nie auf den Briten gelaſtet. Der preußiſche Unterbeamte hat den Engländer nie bevorzugt. Ja es erhellt ſogar aus einer königlichen Cabinetsordre (wenn ich nicht irre vom Jahre 42) daß die preußiſchen Zollbeamten zu irgend einer Zeit den reiſenden Briten vorzüglich läſtig wurden. Sie confiscirten die Gebetbücher dieſer frommen Gentry, weil ſich darin ungeſtempelte Kalender befanden. Die höheren preußiſchen Beamten ihrerſeits — ſei es nun, daß ſie nach London kamen, um engliſche Einrichtungen kennen zu lernen, ſei es daß ſie die engliſche Ariſtokratie in den Berliner Salons empfingen, zeigten im Privatleben ihre amtliche Stellung. Ob man ſie deßhalb reſpectirt hat, weiß ich nicht — lieb gewonnen hat man ſie keinesfalls, weil der Engländer den Beamten- und Profeſſorendünkel in der Geſellſchaft nun einmal nicht mag. Leider iſt der preußiſche Beamte ſo ſehr daran gewöhnt, überall nur Untergebene oder Vorgeſetzte zu ſehen, daß es ihm ſelten gelingt, mit den Leuten zu ſprechen, als ob ſie ſeines Gleichen wären. Dem engliſchen Ariſtokraten, der keinen Beamtenrang anerkennt, iſt ein ſolches Benehmen eben ſo auffallend und unerklärlich, wie es dem Particulier unangenehm iſt, weil er als Engländer des Mittelſtandes ſehr leicht in Verlegenheit kommt. Der Brite aber verzeiht dem Menſchen nie, der ihn in eine „falſche Stellung“ gebracht hat.

Die höhere preußiſche Beamtenwelt alſo hat es nicht vermocht, England mit uns zu verſöhnen — im Gegentheil ſie hat uns einen einflußreichen Theil der engliſchen Geſellſchaft verfeindet. Die bekannte und verdiente Popularität des preußiſchen Geſandten iſt freilich eine bemerkenswerthe Ausnahme. Es iſt eine Popularität, die ſich der Ritter Bunſen nicht *durch* ſeine Eigenſchaft als Geſandter der Krone Preußens erworben hat, ſondern *trotz* derſelben und zwar durch den Mangel derjenigen Eigenſchaften, welche ihn in gewiſſen Berliner Cirkeln populär machen würden. Hätte dieſer Diplomat dem officiellen Kaſtengeiſt und der bureaukratiſchen Unzugänglichkeit mehr — „Rechnung getragen“ (wie die Wiener Journaliſten ſich ausdrücken, wenn ſie deutſch ſchreiben wollen), ſo würden die Berliner Geheimräthe ihn beinahe ſo ſehr lieben, wie die Eichhorn's, Bodelſchwingh's und Arnim's; und die Londoner Geſellſchaft — würde den preußiſchen Geſandten haſſen von ganzem Herzen, mit ganzer Seele und aus allen ihren Kräften. Wie es iſt, hat nur die ausgezeichnete Perſönlichkeit des Ritter Bunſen ihn vor dem Schickſale bewahren können, welches die Vertreter Preußens in allen Ländern verfolgt und welches den Herrn von Galen und Uſedom ſelbſt ihre ariſtokratiſchen Namen als Stolperblöcke in den Weg legte*).

Iſt demnach die große Maſſe der Geſellſchaft Preußen und dem Deutſchland durch Preußen abgeneigt, iſt die Preſſe Preußenfeindlich, mehr in ihren Gedanken wie in ihren Thaten — was bleibt dann noch übrig? Die auswärtige Politik von Amtswegen und dieſelbe Politik par préférence: Lord Palmerſton und Herr Monkton Milnes.

Ich glaube verſichern zu können, daß Lord Palmerſton Preußen nicht haßt. Und damit ſage ich, daß der ſehr ehrenwerthe Secretary for foreign Affairs ſeinem Amte zum Trotze zur Klaſſe jener Stockengländer gehört für die es auf dem Continent nur Frankreich gibt. Alles andere iſt Nebenſache. Geſchäfte drängen ſich freilich auf, aber wenn einer ſich nicht zuviel um die Sachen bekümmert und ein wachſames Auge auf Frankreich richtet, ſo geht Alles von ſelbſt gut. Werden die andern Länder gar zu läſtig, ſo vernachläſſigt man ſie. Nichts iſt einfacher. Kommen die politiſchen Fragen dieſer Länder zur Entſcheidung, ſo braucht man deßhalb die Verhältniſſe nicht gar ſo genau zu kennen. Man hat einen ſichern Prüfſtein. Iſt dies vorgeſchlagene Arrangement Frankreich zum Nutzen, ſo taugt es natürlich nichts. Schadet es Frankreich, ſo hat die Sache ſehr viel für ſich. Iſt aber Frankreich dabei durchaus indifferent, ſo ſoll man doch im Namen alles Gerechten und Billigen jene Völkerſchaften ſich nach eigenem Belieben arrangiren laſſen. Die Sache iſt für England ganz ohne Intereſſe.

Der Docht dieſes Raiſonnements zieht ſich durch das ganze Licht der Palmerſton'ſchen Politik. Der däniſche Krieg wäre längſt auf die eine oder die andere Weiſe entſchieden, wenn es dabei für Frankreich etwas zu gewinnen oder zu verlieren gäbe. Die ruſſiſche Occupation der Donaufürſtenthümer, die Intervention in Ungarn, ſie hätten den britiſchen Löwen längſt aus ſeiner Ruhe aufgeſtört, wenn Frankreich ſich dort irgendwie betheiligt hätte. Ich bin weit entfernt zu glauben, daß ein ſolcher Vorſchlag wie der in Ihrem Blatte erwähnte von Lord Palmerſton ausgegangen iſt. Ich traue ihm den Erfindungsgeiſt nicht zu. Aber bei den bekannten Idioſynkraſiren des ſehr edlen Lords ſehe ich nicht ein, was er gegen ein Arrangement haben ſollte, welches Deutſchland unter einem Habsburg und Ungarn und Galizien unter einen Coburg conſolidirt, ohne daß dabei für Frankreich ein Zoll breit Erde abfiele.

Aber die Exiſtenz Preußens? wird man ſagen. Da Englands Soup garon nicht dabei betheiligt iſt, ſo iſt es kaum von Lord Palmerſton zu erwarten, daß *ihm* mehr an Preußen liegen ſollte, als Sr. Majeſtät dem König von Preußen. Ich werde indeſſen den Gegenſtand in einem folgenden Briefe weiter erörtern.

*) Graf Galen war preußiſcher Geſandter in Stockholm. Man ſagte, er ſei ein rechter „galen“, er mache ſeinem Namen Ehre und dergleichen mehr. Hrn. v. Uſedom's Name wurde in den diplomatiſchen Cirkeln in Rom zu einer reflectirenden Interjection über ſeine Geiſteskräfte gemißbraucht, welche mehr für die Bosheit, als für den guten Geſchmack des Erfinders ſpricht.

Griechenland.

** **Athen**, 27. Mai. Vor ihrer Abreiſe hat die Königin die Nichte Koletti's, eines ihrer Ehrenfräulein, an den Kammerpräſidenten Haziskos feierlich vermählt.

Auch das weſtliche Feſtland iſt mit einer mobilen Colonne unter dem Commando eines anderen Zinos bedacht worden, da der erſte trotz ſeiner ſchauerlichen Thätigkeit nicht ausreicht, ſo ſehr er ſich auch zu vervielfältigen ſtrebt.

Der Brief des König Ludwig an ſeinen Sohn hat gewirkt. Das Miniſterium Chriſtides hat es auf ſich genommen, die Million-Gulden-Anleihe anerkennen zu machen. Daß dadurch die Conſtitution verletzt wird, iſt das Geringſte; daran iſt man gewöhnt. Die Schwierigkeit iſt, die Majorität der Kammer zu gewinnen. Denn Rigas Palamides, Korphiotakis und ihre Partei, die beim letzten Miniſterwechſel durchgefallen, erwarten nur die Gelegenheit, mit gehörigem Eclat Oppoſition zu machen. Dieſe Schwierigkeit hofft man mit Hilfe der Wiederherſtellung der Klöſter zu heben, indem man den ergebenen Abgeordneten die Bezeichnung der zu reintegrirenden Mönche überläßt. Das Markten hat ſchon begonnen. Aber auch der Widerſtand. Als Einleitung hat das Miniſterium Chriſtides 10,000 Drachmen begehrt zur Auszahlung der ſeit dem 3. September 1843 rückſtändigen Penſionen an Invaliden des baieriſchen Hilfscorps. Das Miniſterium motivirt ſein Begehren durch den Vertrag mit Baiern. Die Oppoſitionspreſſe hält einen mit der Conſtitution beſchworenen Zuſatzbeſchluß der Nationalverſammlung entgegen, wornach zuerſt alle Rechnungen mit der baieriſchen Regierung bereinigt werden müſſen, bevor eine Zahlung an dieſelbe geleiſtet werden darf. Nicht die 10,000 Drachmen kämen in Betracht — würden doch jährlich ſechs Millionen veruntreut — ſondern der Grundſatz. Hätte die Kammer einmal die geringe Summe votirt, ſo müſſe ſie auch die Anleihe anerkennen. Und dann wird das lange Sündenregiſter der Regentſchaft, die nichtgehaltenen Verſprechungen vom Jahre 1832 rc. abgekapitelt, wie im Jahre 1843.

Wir fragen, wenn die griechiſchen Kammern die baieriſche Anleihe anerkennen, was hat König Ludwig gewonnen? Dabei wird ſich die baieriſche Kammer nicht beruhigen. Denn es iſt nur zu bekannt, daß die griechiſche Regierung ſeit lange die Zinſen der anerkannten Staatsſchuld nicht mehr bezahlen kann, und daß ſie ihre Bankactien und mehrere in die Bank deponirte Vermächtniſſe für den laufenden Dienſt verbraucht hat. Iſt es doch ſo weit mit ihr gekommen, daß ſie nach Schätzen gräbt! Ohne aufrichtiges Einlenken in die conſtitutionelle Bahn iſt aber an eine Verbeſſerung der griechiſchen Finanzen nicht zu denken.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2¼ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 157. Frankfurt a. M., Samſtag 9. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Baden.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Schriftenwechſel zwiſchen dem Reichsminiſterium und den Bevollmächtigten. Truppenbewegungen.) Wien (Fürſt Paskewitſch. Die Unterhandlungen mit Piemont. Schlick und Haynau. Oeſterreich und Deutſchland. Jellacic in Semlin. Radetzky. Die Ruſſen in Preßburg. Vermiſchtes). Berlin (Geſetze über Preßfreiheit und Vereinsrecht. Mangel an Offizieren. Die Uniformirung der Gerichtsbeamten. Die gutgeſinnte Preſſe. Hr. v. Wangenheim's Verfaſſungsvorſchläge. Mecklenburg's Beitritt zum preußiſchen Bunde. Schlacht- und Mahlſteuer. München (Das rechte Centrum und die Linke. Bericht der Linken an ihre Wähler). Stuttgart (Einzug der Reichsverſammlung in das Ständehaus. Nachträgliches über die Sitzung). Karlsruhe (Näheres über die Verhaftung Struve's). Heidelberg (Wahlen). Freiburg (Durchzug von Wehrmannſchaften). Darmſtadt (Vom Kriegsſchauplatz. Bildung der Geſchwornenliſte). Mainz (Ankunft des Großherzogs von Baden. Staatsrath Klüber mit Bildung des badiſchen Miniſteriums beauftragt. Preußiſche und öſterreichiſche Truppen nach Baden). Aus der Wetterau (Der Durchmarſch preußiſcher Truppen erwartet). Schwerin (Beitritt der Regierung zur Verfaſſung der drei Königreiche). Hadersleben (Die Jüten und der Reichsverweſer. Die Belagerung von Fridericia). Kiel (Die Friedensverhandlungen. Der Herzog von Coburg). Cuxhaven (Das Seegefecht).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen).

Frankreich. Paris (Die Botſchaft des Präſidenten iſt der Legislative mitgetheilt. Die italieniſchen Angelegenheiten. Unterhandlungen mit Sardinien. Der Bevollmächtigte in Rom abberufen. Blicke in die Politik der Montagne in Bezug auf Deutſchland. Proudhon verhaftet. Guizot in Paris. Die Cholera).

Spanien. Madrid (Zollverein für die pyrenäiſche Halbinſel).

Italien. (Venedig hat capitulirt. Rom ſoll von den Franzoſen genommen ſein).

Dänemark. Kopenhagen (Die Theilung Schleswigs. Der König und das Grundgeſetz.)

Ungarn. (Stellung der Heere. Gefechte. Jellacic. Verſtärkungen aus Italien. Siege der Kaiſerlichen im Süden. Die Ruſſen in Siebenbürgen. Temesvar und Karlsburg).

---

8. Juni.

Wir haben den Aufſtand in Baden in ſeinen einzelnen Momenten beleuchtet, weder der Gewalt zu Liebe, die am 13. Mai geflohen iſt, noch der Partei zu Gefallen, die ſeitdem ins Geſchäft des Regierens hineinpfuſcht. Die tiefe Immoralität der Führer und Anſtifter, das heuchleriſche Vorgeben, als handle es ſich um die Reichsverfaſſung, das gewiſſenloſe Spiel mit der Wohlfahrt eines Landes, dem man „Freiheit, Wohlſtand und Bildung für Alle“ verheißt, die Auflöſung aller politiſchen und geſellſchaftlichen Bande, das unverblümte Buhlen mit dem lüſternen Nachbar jenſeits des Rheins — das Alles ſind Erſcheinungen, die ein patriotiſches und wahres Gemüth nur mit der innerſten Empörung betrachten kann. Jene feige Lauheit der Geſinnung, die ſich in dieſem Auflöſungsproceß noch rühmt, die „Ordnung aufrecht zu erhalten,“ beweiſt nur ihre Unfähigkeit, göttliche und menſchliche Ordnung zu beurtheilen. Wo Alles ſo bis ins Mark faul iſt, müſſen reine Hände ſich nicht beſchmutzen; wohlwollende Palliativen helfen nichts mehr, wo bereits jenes Stadium eingetreten iſt, von dem die alte Heillehre ſagt: quod medicamenta non sanant, ferrum sanat; quod ferrum non sanat, ignis sanat.

Für unſere deutſche Verfaſſungsangelegenheit war die badiſche Emeute recht eigentlich der Todesſtoß; durften wir allenfalls einen Erfolg erwarten, wenn die verfaſſungstreuen Regierungen durch die Eintracht aller Parteien geſtützt ihre geſetzliche Oppoſition gegen die Octroyirungspolitik fortſetzten, ſo war Alles verloren und verſcherzt, wenn ein Putſch, wie der badiſche, plötzlich die Parteien vollkommen auseinander riß, eine verfaſſungstreue Regierung ſtürzte und durch die offen erklärte Revolte der Politik Brandenburg-Manteuffel den erwünſchten Vorwand lieh, ſich auch hier durch eine „rettende That“ verdient zu machen. Der Berliner Vereinbarungscongreß und ſeine Leiter befanden ſich, ſo lange der Kampf um die Reichsverfaſſung ein legaler und aufrichtiger war, immerhin in einer ſchwierigen Poſition; der badiſche Putſch hat Luft gemacht, er hat die Reichsverſammlung in Frankfurt zu Grabe tragen und dem octroyirten Verfaſſungsmachwerk die Geburt erleichtern helfen.

Wir ſind über den Ausgang des Kampfes gegen die Pfalz und Baden nicht beſorgt; die Revolte wird erſtickt werden und muß erſtickt werden, wenn nicht alle ſtaatliche Ordnung dort aufhören, unſer Grenzland ſchutzlos, unſere Feſtungen eine Zufluchtſtätte für die Herumtreiber von ganz Europa werden ſollen. Aber mit dem Erſticken dieſes Aufſtandes iſt auch die Bewegung für die Reichsverfaſſung niedergeworfen; die octroyirende Politik wird ihren Sieg nicht umſonſt erfochten haben wollen, ſie wird ihre reſtaurirende und reagirende Schöpfung mit dem Blute der Beſiegten zuſammenzukitten wiſſen. Daß es ſo kommen mußte, dafür tragen Diejenigen die ganze Verantwortlichkeit, deren ſträflicher Leichtſinn den Verfaſſungskampf mit der Revolte vermiſchte und das ſchon lange ungeduldige ſtets lauernde Einſchreiten der bewaffneten Reaction gewiſſenlos herausforderte.

Die Wendung der Dinge, wie ſie ſich in nächſter Zukunft für Baden geſtalten wird, kann die Probe liefern für die Richtigkeit dieſer Vorausſicht; und was wir von Anfang an befürchteten, wird bald eintreten: die badiſche Regierung, die Führerin der 28 verfaſſungstreuen Staaten wird abfallen und um den Preis ihrer Wiedereinſetzung die Octroyirung anerkennen. Wenn es richtig iſt, was wir von gut unterrichteter Seite vernehmen, daß Preußen, das conſervative, legitime Preußen, ſo niedrig dachte, die Bekämpfung der Revolte und die Wiedereinſetzung eines legitimen Fürſten an Bedingungen zu knüpfen, wie die Abſchließung eines Bündniſſes, Anerkennung der octroyirten Verfaſſung und Wahlen nach dem octroyirten Wahlgeſetz, ſo war damit freilich die Nothwendigkeit noch nicht gegeben, daß der Großherzog um dieſen Preis ſeine Einſetzung erkaufen mußte. Eine Krone niederzulegen, hat man uns geſagt, ſei leichter, als eine Krone retten; es fragt ſich aber ob in dieſem Falle das Niederlegen nicht beſſer, patriotiſcher und weiſer geweſen wäre, als um ſolchen Preis die Krone retten.

Indeſſen wollte man auch zu dieſem letzten Mittel nicht greifen, ſo war es doch nicht nothwendig, ſo eilfertig und ohne Ueberlegung die Annahme jener Bedingungen zu überſtürzen, ein Bündniß einzugehen, ehe man ſeine Bedingungen kennt, eine Verfaſſung anzunehmen, nachdem bereits eine andere zu Recht beſteht und die Anordnung von Wahlen zu verſprechen, deren Vornahme ſich als eine praktiſche Unmöglichkeit erweiſen wird — das ſind nicht Dinge, die man ſo raſch übers Knie abbricht, wie dies von Baden in dieſem Augenblicke zu geſchehen ſcheint.

Zunächſt kann der Großherzog und ſein Miniſterium weder ein Bündniß mit Preußen abſchließen, noch die octroyirte Verfaſſung anerkennen, ohne Zuſtimmung der Stände. Was die Reichsverſammlung beſchloſſen hatte, war für Baden gültig, ohne weitere Prüfung und Genehmigung der Stände; Regierung und Kammern wieſen ihr zu jeder Zeit dieſe ſouveräne Stellung ohne Widerſpruch an. Was aber ſonſt octroyirt, verbündet und geſonderbündelt wird, kann ohne Zuſtimmung der geſetzgebenden Organe des Landes nun und nimmermehr einſeitig von der Regierung adoptirt oder vollzogen werden; dies hat der Großherzog von Baden ſelbſt in jenem berühmten Vorbehalt, als Preußen die erſte Zumuthung eines Sonderbundes laut werden ließ, anerkannt und ausdrücklich hervorgehoben. Ohne ſeinem Worte untreu zu werden und die klarſten Rechtsverhältniſſe zu verleugnen, kann daher das badiſche Staatsoberhaupt weder einen Sonderbund mit Preußen eingehen noch die octroyirte Verfaſſung anerkennen, ohne die freie Zuſtimmung ſeiner Stände einzuholen. Dieſe freie Zu-

ſtimmung wird aber nie erfolgen; auch wenn ſie der Lage der Zeit alle Rechnung trägt und ihre Wünſche vertagt, wird keine frei gewählte Landesvertretung Badens dieſem Machwerk der Octroyirungspolitik je die Zuſtimmung ertheilen, oder nach dieſem Wahlgeſetz Wahlen zu einem deutſchen Volkshauſe anberaumt ſehen wollen.

Man muß daher die preußiſche „Reichsverfaſſung" in Baden durch die Revolution von oben durchführen, nachdem die Revolution von unten den Weg dazu geebnet hat. Wie es ſcheint, iſt man dazu alles Ernſtes entſchloſſen. Das Miniſterium Bekk, Hoffmann, Duſch, Mathy verſieht, ſo viel wir wiſſen, nur noch proviſoriſch die Geſchäfte; es hat die Verfaſſung in Deutſchland zuerſt anerkannt, es mußte begreiflicher Weiſe ſeine Entlaſſung in dem Augenblick erhalten, wo die Octroyirung über das gute Recht den momentanen Sieg davon zu tragen ſcheint. Wir haben ſogar allen Grund anzunehmen, daß dieſer Rücktritt auch zu den von Preußen geforderten Bedingungen gehörte; iſt dies der Fall, ſo wäre trotz allen Schwächen und Fehlern das vielgeſchmähte Miniſterium auf eine ehrenvolle und würdige Weiſe zurückgetreten. Es ſtand und fiel mit der Reichsverfaſſung, Brandenburg-Manteuffel hier und die Rebellen vom 13. Mai dort vereinigten ihre Wünſche zu ſeinem Sturze.

Man wird nach andern Namen greifen, zunächſt ſolchen, welche für dies Werk der Reſtauration und Reaction beſſere Antecedentien mitbringen; vielleicht zu Freunden und Verwandten des Blittersdorff'ſchen Syſtems. Die Sünden der Rebellion würden dann durch die Fehler der Reaction ſehr raſch vergeſſen und verdunkelt ſein; und zur alten Lehre „quidquid delirant Reges, plectuntur Achivi" würden wir neue Belege erleben. Denn die älteſten Sünden auf die neueſte Art zu thun, das iſt die erprobte Kunſt, worin die rechts und die links mit allem Aufwand von Thorheit und Verblendung wetteifern.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 6. Juni. (Schluß.) Der nächſte Gegenſtand der Berathung war eine Petition der Anwohner der Stadt-Allee, welche nach einer herzbrechenden und von mephitiſchen Dünſten und Ungeziefer überfließenden Schilderung, die Hülfe der verfaſſunggebenden Verſammlung dahin in Anſpruch nahmen, „Hohe Verſammlung wolle hochgeneigteſt geruhen", die Entfernung der für die Cavallerie der Reichstruppen in der ſchönſten Gegend der Stadt errichteten hölzernen Pferdeſtälle zu erwirken. Herr Bürgermeiſter Göſter bemerkte, daß der Senat die Mißſtände jener durch den Drang des Augenblicks gebotenen Einrichtung nicht verkenne und bereits vielfältig bemüht geweſen ſei, denſelben abzuhelfen, daß ſich gegenwärtig ein Platz zur Aufnahme der Ställe gefunden habe, welcher dem Bedürfniß wahrſcheinlich entſprechen werde, daß ſich aber die geſammten Koſten der Verlegung auf ungefähr 12,000 fl. belaufen würden und daß der Senat um ſo mehr Anſtand nehme, eine ſolche Ausgabe zu machen, als der letzte Beſchluß der Verſammlung jede weitere Ausgabe für Reichstruppen unterſage. Nichtsdeſtoweniger wurde auf den Antrag des Hrn. Dr. J. Friedleben beſchloſſen, die dringende Aufforderung an den Senat zu richten, für die ſchleunigſte Entfernung der Ställe aus der Stadt-Allee Sorge zu tragen. Eine weitere Petition des Bürgers und Weinwirths Gräber hängt mit den Ereigniſſen vom 13. Mai zuſammen. In dem Locale des Petenten fanden bekanntlich die Exceſſe der Soldaten ſtatt, welche, wie das Actenſtück ſehr naiv bemerkt, „ſich nicht begnügten, friedliche Bürger zu ermorden, ſondern welche ſogar in rohem Vandalismus Mobilien und Geräthſchaften zerſtörten." Der Petent behauptet nun, er habe einen Schaden von 500 fl. erlitten und beanſprucht deſſen Erſtattung aus der Staatscaſſe. Der Petitionsausſchuß wird darüber berichten. Derſelbe Ausſchuß ſtattete dann über eine Reihe früherer Petitionen Bericht ab. Eine Petition mehrerer Ortsbürger zu Bornheim, welche über unberechtigte Abzüge bei Rückgabe geleiſteter Cautionen von Seite des Ortsvorſtandes Beſchwerde führte, wurde dem Senat zur Rückäußerung über das Sachverhältniß überwieſen. Ueber eine andere Petition eines Hrn. Wagner, der in einem hieſigen Blättchen über ein fabelhaftes Duell zwiſchen einem Frankfurter und drei preußiſchen Officieren in einer Weiſe berichtet hatte, welche ihm von Seite des Policeigerichts, auf Anrufen des Obercommando's, eine Verurtheilung zu einer Geldſtrafe von 15 fl. und zu den Koſten der Unterſuchung zuzog, und der nun, nachdem das Urtheil längſt die Rechtskraft beſchritten, auf Grund des ſpäteren Beſchluſſes der verfaſſunggebenden Verſammlung, welcher die Aburtheilung aller Preßvergehen den Geſchwornengerichten vorbehält, das rechtskräftige Urtheil durch die Geſchwornen revidiren laſſen will, wurde einfach zur Tagesordnung übergegangen. Doch gab dieſe Angelegenheit Herrn Dr. Braunfels Veranlaſſung, den oben erwähnten Beſchluß der Verſammlung, welcher bekanntlich, nachdem auch das damalige Reichsminiſterium gegen denſelben eingeſchritten, vom Senat noch immer nicht verkündet worden iſt, abermals anzuregen, und ſein Antrag, jenen Beſchluß dem Senate dringend in Erinnerung zu bringen, erhielt die Zuſtimmung der Mehrheit. Es folgte ſodann der Bericht über eine Petition der hieſigen Schiffer und Fiſchermeiſter, welche ſich durch die in Angriff genommenen Uferbauten beeinträchtigt glauben und welche darauf antragen, daß nochmals, und zwar mit Zuziehung ſachverſtändiger Schiffer, die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit jener Bauten einer Prüfung unterzogen, bis nach vollendeter Prüfung aber mit Fortſetzung derſelben eingehalten werde. Der Petitionsausſchuß hatte den erſten Theil des Antrags empfehlend dem Senat zu überweiſen, von dem letzten Theil jedoch, zumal die Verpflichtung zu den begonnenen Bauten auf einem zur Correction des Mainbettes zwiſchen ſämmtlichen Uferſtaaten abgeſchloſſenen Staatsvertrage beruhe, Umgang nehmen zu müſſen geglaubt, und die Verſammlung trat, obgleich ein verehrliches Mitglied des Fiſcherhandwerks aus Sachſenhauſen, „ein Kanadier, der noch Europa's übertünchte Höflichkeit nicht kannte", in wunderbarer Sprache wunderbare Dinge unter andern über die Eigenthumsrechte vorbrachte, welche dem Fiſcherhandwerk auf das ganze Stromwaſſer ſeit 450 Jahren zuſtänden, den Concluſionen ihres Ausſchuſſes bei, erſuchte aber zugleich, auf den Antrag des Herrn Dr. A. Friedleben, der lange Zeit hindurch Sachen ſprach, die wir nur mit dem milden Ausdruck beiſpiellos bezeichnen wollen, den Senat, die Rückäußerung auf jene Petition auch an dieſe Verſammlung gelangen zu laſſen. Den Schluß der Sitzung bildete der Bericht über eine Petition der hieſigen Schrötergeſellſchaft um Erhöhung ihrer Taxen. Der mit außerordentlicher Sorgfalt ausgearbeitete und von einer ſehr intereſſanten Natur- und Rechtsgeſchichte des Inſtituts der Schrötergeſellſchaft eingeleitete Bericht ſtellte neben verſchiedenen auf den ſpeciellen Gegenſtand bezüglichen Anträgen, die wir indeß füglich übergehen können, den allgemeinen Antrag, die Verſammlung wolle den Senat veranlaſſen, ſämmtliche auf dem Handel ruhende Laſten und Gebühren einer Reviſion zu unterwerfen und, ſo weit es ohne Schmälerung des Erwerbs der darauf angewieſenen arbeitenden Klaſſen geſchehen könne, auf die Verminderung derſelben hinzuwirken. Sofort erhob ſich Herr Dr. Supf, um, nachdem er dem in dieſem Antrage ausgeſprochenen Grundſatze ſeine volle Zuſtimmung gegeben, Anlaß zu der Erklärung zu nehmen, daß er bei der zweiten Leſung der Verfaſſung zu Art. 46 einen Zuſatz beantragen werde, welcher für die Arbeit denſelben Schutz verlange, wie für das Eigenthum. Das Detail und die Motivirung des Antrags haben wir noch zu erwarten: wir dürfen aber ſchon an dieſem Orte unſer Bedauern ausſprechen, daß man allem Anſchein nach jetzt auch hier die abgelegten Phraſen der erſten Sturm- und Drangperiode der Februar-Revolution wieder aufnehmen und ſtatt durch beſtimmte practiſche Vorſchläge auf die Verbeſſerung der Lage einer allerdings vielfach der Verbeſſerung bedürftigen Claſſe hinzuwirken, durch vage Verheißungen Hoffnungen erwecken will, die man eben ſo wenig erfüllen kann, als es den Chorführern Frankreichs möglich war und möglich ſein wird. Frankfurt iſt ein demokratiſcher Freiſtaat (Art. 1 der Verfaſſung): möge man nicht experimentiren, eine demokratiſch-ſociale Republik daraus zu machen; das Experiment könnte den Freiſtaat, die Demokratie und die Geſellſchaft zugleich verſchlingen. Die oben genannten Anträge des Ausſchuſſes wurden indeß zum Beſchluß erhoben und eben wollte die ermüdete Verſammlung auseinander gehen, als Herr Herwig einen dringlichen Antrag aus der Taſche zog, der auf die Beſchleunigung der Aburtheilung der Septembergefangenen Bezug, zunächſt aber nur die Beſchleunigung des Ausbruchs der Mitglieder zur Folge hatte. Die Zurückbleibenden entſchädigten ſich durch die Vorleſung der Namen der Flüchtigen, waren aber nicht mehr in beſchlußfähiger Zahl verſammelt und die Sitzung mußte geſchloſſen werden.

• **Frankfurt**, 9. Juni. Die Frankfurter Zeitung enthält zwei Actenſtücke, auf die wir zurückkommen; das eine iſt eine An-

frage der Regierungsbevollmächtigten an das Reichsminiſterium, in dem Sinne, wie wir ſchon vor einigen Tagen gemeldet haben, und dabei eine Ableugnung entgegennehmen mußten. In der Antwort des Reichsminiſterpräſidenten ſind beſonders drei Punkte hervorzuheben. In Bezug auf die Verſtändigung der Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover bemerkt das Reichsminiſterium, daß es die Befugniß zu dieſem Bündniß nicht beſtreiten könne, und was die damit verbundene Verfaſſungsvorlage betreffe, ſo habe die Centralgewalt mit der Verfaſſung überhaupt nichts zu ſchaffen. Was die Verlegung der Reichsverſammlung nach Stuttgart betreffe, ſo könne das Reichsminiſterium die Befugniß der Reichsverſammlung zu dieſem Schritt nicht anerkennen. Was endlich die Ausübung der Functionen der Centralgewalt und die Mittel dazu betreffe, ſo habe dieſelbe keine Veranlaſſung gegeben, ihren Willen zur Erfüllung ihrer Pflichten in Zweifel zu ziehen, und auch die Mittel dazu habe ſie bisher ſtets gefunden. Oeſterreich und Baiern hätten neuerdings bedeutende militäriſche Kräfte zugeſichert, Preußen aber, das vollſtändig gerüſtet daſtehe, habe noch nie ſeinen Bundespflichten ſich entzogen und als ungerecht würde daher auch der Verdacht erſcheinen müſſen, daß ſeine Regierung ihre Unterſtützung der Stelle verſagen könnte, auf welche unabhängig von dem Geſetze vom 28. Juni v. J. (?), die Befugniſſe des Bundestags von Preußen ſelbſt wie von allen übrigen deutſchen Staaten übertragen ſeien.

Υ **Frankfurt**, 8. Juni. Heute Nachmittag iſt der geſammte Train der Mecklenburgiſchen Truppen, der in der Erwartung ihrer baldigen Rückkehr hierher ihnen ſchon vor einigen Tagen vorausgeſandt war, abermals nach der Grenze abgegangen, und darf man deshalb mit einiger Sicherheit annehmen, daß jene Truppen jetzt vorwärts zu marſchiren beſtimmt ſind und der Einmarſch in Baden unmitttelbar erfolgen wird. Uebrigens hört man, daß namentlich die badiſche Cavallerie ihrer vollſtändigen Auflöſung auch in ſo fern nahe iſt, als ihre Pferde durch gänzliche Vernachläſſigung faſt unbrauchbar geworden und keinenfalls im Stande ſind, einen Choc tüchtiger Reiterei aufzuhalten. Sie ſollen ſo gänzlich heruntergekommen ſein, daß es ein Leichtes ſein wird, ſie buchſtäblich niederzureiten. Daß die Stimmung der Reiter aber für den Landesausſchuß oder die aus der Mitte deſſelben geborene proviſoriſche Regierung mehr als lau iſt, geht ſchon aus dem bekannten Bulletin der zeitigen Machthaber über das Treffen bei Heppenheim zur Genüge hervor. Der Erzherzog Reichsverweſer hat geſtern der Frohnleichnamsfeier im Dom beigewohnt.

Wien. Der Marſchall Fürſt Paskewitſch hat ſich mittels einer aus Warſchau datirten Proklamation an die Ungarn als Obercommandant der ruſſiſchen Armee verkünder. (?) (D. A. Z.)

Wien, 3. Juni. Als ziemlich verbürgt kann ich Ihnen mittheilen, daß die Unterhandlungen mit Piemont ſo weit gediehen ſind, daß man nur noch die gegenſeitige Ratification gewärtigt, und daß daher unſer Handelsminiſter v. Bruck, der unter den gegenwärtigen Verhältniſſen im Cabinet ohnehin ſchwer vermißt wird, nächſtens wieder hier eintreffen ſoll. Seine Rückkehr wird übrigens diesmal um ſo dringender und um ſo ſehnlicher gewünſcht, als der nun immer drohender werdende Zuſtand unſerer Valuta endlich doch reelle und energiſche Finanzmaßregeln erheiſcht, bei denen Hr. v. Bruck als Handelsminiſter mitzuwirken vorzüglich berufen iſt. (Allg. Z.)

△ **Wien**. 4. Juni. Die Uebergehung des Grafen Schlick bei Beſetzung der Oberbefehlshaberſtelle ſcheint auf ſein Armeecorps einen empfindlicheren Eindruck gemacht zu haben, als auf ihn ſelbſt. Seine Officiere und Mannſchaft, die er ſogar unter dem Oberbefehl von Windiſchgrätz zum partiellen Siege zu führen wußte, hätte ihn gern an der Spitze der Armee geſehen; der tapfere Krieger ſelbſt ſoll aber mit ebenſoviel Beſcheidenheit als Selbſtkenntniß die Wahl Haynau's nicht nur gebilligt, ſondern auch geäußert haben, bei Stellen von ſolcher Verantwortlichkeit müſſe man von jeder Ancienneтät abſehen und nur den tauglichſten Führer wählen, und er fühle ſelbſt, daß er eher einem Blücher als einem Gneiſenau nachzueifern die Fähigkeit beſitze. In dem Leben unſeres Hofs iſt wieder die gewohnte Stille eingetreten, nachdem die Königin von Griechenland geſtern Abend Wien wieder verlaſſen hat. Wenn jemand ſo unſchuldig ſein ſollte zu glauben, daß Oeſterreich gegenüber den gegenwärtigen preußiſchen Anſprüchen die Hände in den Schoos legen werde, ſo dürfte er vielleicht in Kürze eines andern belehrt werden. Wie ich wenigſtens den Stand der Dinge zu kennen glaube, ſo wird Oeſterreich ſeine nie aufgegebenen Anſprüche in Deutſchland jetzt gewiß nicht fallen laſſen. Auf welchem Wege dies geſchieht, möchte eher die Gunſt des Augenblicks entſcheiden, als ein beſtimmt vorgezeichneter Plan, der im Ganzen wohl feſtſteht, im Einzelnen aber noch alle Beweglichkeit beſitzt, um den neu auftauchenden Verhältniſſen angepaßt zu werden.

Aus Ungarn haben wir heute die Beſtätigung, daß unſere Truppen wieder dieſſeits der Waag ſtehn; von Görgey heißt es daß er nicht bei Raab, ſondern bei Ungriſch-Altenburg ſtehen ſoll. Der Banus iſt endlich in Semlin angekommen. Das neue Preßgeſetz für Croatien hat er noch nicht definitiv angenommen, ſondern einer Commiſſion zur Begutachtung zugewieſen.

* **Wien**, 4. Juni. Gerüchte, deren Wahrheit wir nicht verbürgen können, melden, daß der hier angekommene Gouverneur von Trieſt, Graf Giulay, der Ueberbringer der erfreulichen Nachricht ſei, daß Graf Radetzky nur den Fall von Venedig abwarte, um dann mit den Schlüſſeln deſſelben hierher zu kommen und das Obercommando der in Ungarn operirenden Armee zu übernehmen. Ihm zur Seite würde als Chef des Generalſtabs F. M. L. Baron Heß ſtehen, der Banus das Armeecorps im Süden, Baron Haynau jenes im Norden befehligen; F. M. L. Schönhals aber hätte die Beſtimmung, die ſämmtlichen Armeecorps in Italien zu leiten. F. M. Radetzky, als alter ego des Kaiſers und zugleich als Feldmarſchall aller ruſſiſchen Truppen, würde durch ſein unmittelbares Wirken auf dem ungariſchen Kriegsſchauplatze jedenfalls die gewünſchte Einheit und Energie mächtig fördern. Zum Commandirenden der für die Kriegsoperationen in Siebenbürgen beſtimmten k.k. Armee iſt F. M. L. Graf Clam ernannt worden. Das hieſige Criminalgericht hat durch Rathsbeſchluß eine rechtliche Beinzichtigung wegen „Hochverrath“ gegen einen Mitarbeiter der „Conſtitution“, Hrn. Wintersberg, ausgeſprochen und die ſteckbriefliche Verfolgung deſſelben angeordnet. Außer der hiergeweſenen Huldigungsdeputation von Treviſo ſind ſolche nun auch von Brescia und Bergamo eingetroffen. Eine magiſtratiſche Kundmachung ſichert dem Entdecker verborgen gehaltener Waffen eine Belohnung von 10 pCt. (nach Umſtänden auch mehr) von dem Werthe der Waffen. Die Ruſſen ſind in Preßburg eingezogen und haben auch bereits Wachen daſelbſt bezogen. Dieſelben haben durch die auf kältere Climate berechnete warme Kleidung auf dem Marſche viel ausgeſtanden. Das Hauptquartier des F. Z. M. Haynau iſt glaubwürdigem Vernehmen zufolge nach Altenburg verlegt worden.

⁑ **Berlin**, 6. Juni. Geſtern erwähnten wir die Hanſemann'ſche Schrift, welche der deutſchen Reform neulich als Beilage zugegeben ward. Heute bringt ſie ſchon wieder eine gutgeſinnte Beilage: „Die Verfaſſung aus Frankfurt und der preußiſche Staat.“ Dieſe Schrift ſchließt mit den Worten: „Und noch lebt Friedrichs des Großen allerletzter Alliirte — der dort oben!“ Leider war der dort oben! der Letzte an deſſen Allianz Friedrich der Große zu denken pflegte. Die nämliche deutſche Reform bringt eine lange Polemik des Hrn. v. Wangenheim gegen die deutſche Zeitung. Nachdem ausführlich das Unrecht derſelben gegen das Miniſterium Manteuffel bewieſen, wird hinzugefügt, im Grunde hätte ſie doch nicht ſo ganz Unrecht; aber man dürft' es eigentlich nicht ſagen, damit die deutſche Zeitung nicht noch übermüthiger würde. Angehängt iſt eine Polemik der deutſchen Reform gegen den Hrn. v. Wangenheim, für deſſen politiſchen Standpunkt ſein Wunſch bezeichnend iſt: „daß der gütige Himmel dem dermaligen baieriſchen Miniſterium eine lange Dauer verleihen möge!“ Herr v. Wangenheim hat für Deutſchland einen Verfaſſungsentwurf in der Taſche, nach welchem Preußen das Departement des Aeußern und des Kriegs erhält, Oeſterreich das ganze Departement des Innern mit einziger Ausnahme des Departements der Finanzen nebſt dem Archivweſen, welches Baiern, als Repräſentant des reinen Deutſchlands und unter deſſen thätiger Mitwirkung erhält. Wird nun z. B. von Oeſterreich ein Geſandter an einen auswärtigen Staat geſendet, ſo werden dieſem von Preußen und Baiern zuſammen zwei Geſandtſchaftsſecretäre und Geſandtſchaftsräthe beigegeben, und eben ſo wenn Preußen, Baiern, Sachſen, Hannover, Würtemberg, Baden, Heſſen u. ſ. w. den Geſandten ernennt. Alles um die deutſche Einheit zum Bewußtſein zu bringen. Hr. v. Wangenheim macht folgende Vorſchläge. 1) „Der Kaiſer von Oeſterreich reconſtruirt durch ſein Cabinet zuvörderſt die alte Bundesverſammlung, welche bereits in Frankfurt exiſtirt. Ihr Präſident iſt der Erzherzog Johann, welcher das allgemeine Vertrauen nicht nur hat, ſondern was

mehr ſagen will, in hohem Grade auch verdient; die Bundesgeſandten ſind die bei Ihm als Reichsverweſer accreditirten Bevollmächtigten der einzelnen Bundesglieder, ſofern dieſe ſie nicht durch Andere erſetzen wollen und ſchleunigſt erſetzen. 2) Es werden gleichzeitig die wiſſenſchaftlich gebildeten Mitglieder aus dem Verfaſſungs- und aus dem Dreißigerausſchuſſe der conſtituirenden Reichsverſammlung berufen, um in Gemeinſchaft mit den Bundestagsgeſandten auf dem Fundamente der Bundesacte vom Jahre 1815, der Schlußacte vom Jahre 1820, der Eröffnungsrede der öſterreichiſchen Präſidial-Geſandtſchaft und den in den erſten Arbeiten der Bundesverſammlung für den Fort- und Ausbau der Bundesverfaſſung aufgeſtellten und von den ſämmtlichen Bundesgliedern als proviſoriſche Norm anerkannten Grundſätzen, die Umgeſtaltung des Staatenbundes in den Bundesſtaat zu berathen und zu beſtimmen wie ſie ins Leben zu rufen ſei."

Κἀτ' ἔγωγ' ἐξηγρόμην! Und da wacht ich auf: Denn offenbar hat Hr. von Wangenheim, ſeit er Landtagsgeſandter war, dreißig Jahre lang geſchlafen. Man hofft hier, daß die kleineren Staaten nicht umhin können werden, ſich dem preußiſchen Bunde anzuſchließen. Daß Mecklenburg-Strelitz zu den erſten deutſchen Staaten gehören würde, welche ſich an Preußen anſchloſſen, ließ ſich erwarten. Iſt doch der Großherzog der Oheim des Königs, und der Erbgroßherzog und ſeine Gemahlin, die Tochter des Herzogs von Cambridge, thun in London ihr Möglichſtes, um unter der dortigen hohen Geſellſchaft die deutſche Einheit in Mißcredit zu bringen. Aber auch der Großherzog von Schwerin iſt gefolgt, was die Auflöſung der Schweriner Ständeverſammlung zur Folge haben muß. Ueble Folgen ſind davon nicht mehr zu beſorgen. Das politiſche Leben in Norddeutſchland iſt augenblicklich in der Ebbe. Hier iſt Alles gleichgültig und auf Vergnügungen bedacht. Die Schlacht von Belle Alliance ſoll durch eine großartige Schlachtenmuſik gefeiert werden, bei der ein ganzes Dutzend Regimentsmuſiken im Thiergarten vertheilt ſind. In den ſtädtiſchen Angelegenheiten iſt wieder einmal die Schlacht- und Mahlſteuer obenan. Sie ſoll wo möglich durch eine Einkommenſteuer erſetzt werden; aber das iſt eine ſchwere Sache; denn jene Steuern bringen hier für Staat und Stadt über eine Million ein.

Lith. Corr. **Berlin**, 5. Juni. In unſerm Kriegsminiſterium iſt man lebhaft damit beſchäftigt, dem Mangel an Offizieren, der wirklich bei der Armee eingetreten ſein ſoll, zu begegnen. Dieſer Mangel iſt hauptſächlich durch das in Folge der Mobiliſirung der Landwehr nöthig gewordene Abcommandiren von Linienoffizieren zu Compagnieführern bei der Landwehr herbeigeführt worden. — Die Geſetze zur „Regelung" der Preßfreiheit und des Vereinigungsrechtes ſind bereits vollendet. Dieſelben ſtimmen im Weſentlichen mit den von dem Miniſterium den Kammern im April gemachten Vorlagen überein, nur ſind einige von der Commiſſion der zweiten Kammer in Vorſchlag gebrachte Modificationen aufgenommen worden. Die Beſchlüſſe der zweiten Kammer, die ſich übrigens nur auf das Vereinsrecht erſtrecken, da die Kammer bis zur Berathung des Preßgeſetzes nicht gelangt iſt, ſind wenig berückſichtigt. Einige weniger weſentliche von dem Centrum durchgeſetzte Milderungen ſollen beachtet worden ſein. Die Publication dieſer Verordnungen, natürlich auf Grund des Artikels 105, wird in Kurzem erwartet. Durch eine Circularverfügung des Juſtizminiſters iſt jetzt eine allgemeine Uniformirung der Gerichtsperſonen angeordnet. Vorläufig wird nur zur Erhöhung der richterlichen Würde bei öffentlichen Verhandlungen beſtimmt, daß die Richter in ſchwarzem Frack und ſchwarzen Beinkleidern erſcheinen ſollen. Die Wahl entſprechender Unterkleider wird in das Ermeſſen der Beamten geſtellt.

*** **Stettin**, 6. Juni. Nach einem Reſcripte des Herrn v. Manteuffel an den Regierungspräſidenten von Pommern ſollen die Behörden die Leiter von Vereinen und Verſammlungen der antiminiſteriellen Partei aufs ſchärfſte in ihrer nach außen treibenden politiſchen Thätigkeit überwachen, da das Aſſociationsrecht nicht zum Umſturz der beſtehenden Ordnung dienen dürfe. Auf Grund der noch gültigen und in Anwendung zu bringenden Paragraphen des Landrechtes könne es nach der Anſicht des Miniſters des Innern nicht ſchwer halten, die Notabilitäten der Gegenpartei unſchädlich zu machen. Unterſuchungen und Verhaftungen ſtehen hiernach, wie in Berlin, ſo auch in den Provinzialſtädten in Ausſicht, um von vornherein die Wahlagitation in ihren Leitern gegen das Miniſterium zu ſchwächen. Das Miniſterium beabſichtigt außerdem ein Geſetz zu octroyiren, wonach die Habeas-Corpus-Akte für diejenigen Perſonen auf eine beſtimmte Zeit außer Kraft treten ſoll, welche namentlich wegen Hochverraths beſtraft werden. Dergleichen Perſonen würden nach Abbüßung der erkannten Strafe unter polizeilicher Aufſicht ſtehen. Die Vorlage dieſes Geſetzes iſt bereits zur Begutachtung vom Miniſterium nach Stettin geſandt worden.

0 **München**, 6. Juni. In der vorgeſtrigen Sitzung machte das rechte Centrum eine ſehr merkliche Schwenkung nach links: Thinnes veranlaßte die temporäre Beſeitigung der Abſtimmung über die Beanſtandung der Pfälzer, und verlangte, dem Hopf'ſchen Antrage auf die Ausſchließung der Pfälzer von der Wahl des Ausſchuſſes gegenüber, die einfache Tagesordnung; Graf Hegnenberg war unparteiiſch und Lerchenfeld, der Unvermeidliche, ſchwieg. Auch ſtimmte die geſammte Fraction für die Aufnahme einer Dankſagung ins Protokoll gegen die Koburger Kammer, welche doch die unbedingte Durchführung der Reichsverfaſſung verlangt. Ich glaube nicht, daß die theils ſchon eingelaufenen, theils erſt angedrohten Mißtrauensvota gegen mehrere hervorragende Mitglieder dieſer Fraction eine Sinnesänderung hervorgebracht haben, und finde das Motiv derſelben lediglich in dem Berliner Reichsverfaſſungsentwurfe. Auch bei der Wahl für den Ausſchuß tranſigirte das rechte Centrum mit dem linken, während es ſich bisher in dergleichen Fällen eng an die Rechte angeſchloſſen hatte. Von den neun Mitgliedern des Ausſchuſſes gehören ſieben zur linken Seite des Hauſes, zwei zum rechten Centrum. Zum Vorſtand wurde Thinnes gewählt. In der nächſten Sitzung, die wegen des Frohnleichnamsfeſtes erſt übermorgen ſtattfindet, wird die Reclamation gegen das Präſidium zur Berathung kommen; Feder, der ſich nunmehr für Annahme der zweiten Präſidentenſtelle erklärt hat, wird die Verhandlung leiten. Geſtern iſt ein zweiter Bericht der Linken und des linken Centrums über die Wirkſamkeit der Kammer ausgegeben worden. Unter den 75 Unterſchriften fehlen die Namen der in der pfälziſchen proviſoriſchen Regierung fungirenden Abgeordneten, während die momentan abweſenden, wie Kolb, Schüler ꝛc. mit aufgeführt werden. Die mannigfachen Vorwürfe, welche der Linken in letzter Zeit wegen ihres Verfahrens gegen das Miniſterium und beſonders wegen der Abſtimmung über die Beanſtandung der Pfälzer Wahlen, von Seiten ihrer Gegner gemacht wurden, mögen dieſe Selbſtvertheidigungsſchrift veranlaßt haben, die mit gleich ſcharfen Waffen das Miniſterium wie das Kammerpräſidium bekämpft. In der Ausweiſung der Pfälzer ſehen die Unterzeichner eine ſchwere Verfaſſungsverletzung, zu der ſie unter keiner Bedingung die Hand bieten konnten. Sie weiſen unter andern beſonders auf jene Beſtimmung der Verfaſſungs-Urkunde hin, „nach welcher der Abgeordnete ſelbſt dann ſeines Mandates nicht verluſtig wird, wenn ſämmtliche Wähler die Eigenſchaften, welche ſie activ wahlfähig gemacht hatten, im Laufe des Landtages verlieren, da es genügt, daß ſie dieſelben zur Zeit der Wahl beſeſſen hatten." Dem eigenmächtigen Verfahren des Präſidiums gegenüber ſei ihnen kein anderes Mittel übrig geblieben, als durch Entfernung eine in ungeſetzlicher und verfaſſungswidriger Weiſe beabſichtigte Abſtimmung zu verhindern. Nach der Rechtmäßigkeit dieſes Verfahrens frage ein Miniſterium nicht, das ſich gar nicht auf den Boden des Rechts und der Verfaſſung zu ſtellen beabſichtige. Rechne man hinzu die Nichtberückſichtigung des Mißtrauensvotums, das die Kammermehrheit dem Miniſterium ertheilte, das Benehmen des Präſidiums, das eine Dictatur über die Kammer in Anſpruch nehme, die Nichterſetzung des erſten Präſidenten nach bereits vierzehntägigem Rücktritt deſſelben, während verfaſſungsmäßig zwei Präſidenten erforderlich ſeien; die Nichtachtung der Volksvertretung, welche ſich darin ausſpreche, daß man dem Präſidium auf die Bitte um Beſtimmung einer Audienz zur Uebergabe der Adreſſe nach 10 Tagen noch keine Antwort ertheilte, — ſo werde man einen Maßſtab haben für den Standpunkt, auf welchem der Conſtitutionalismus in Baiern angelangt ſei, man werde aber auch einſehen, wie ſehr es die Pflicht der Volksvertreter ſei, um ſo ſtandhafter und unerſchütterlicher an dem, was die Verfaſſung, auch ſo lange ſie noch nicht nach Maßgabe der Reichsverfaſſung verbeſſert ſei, dem Volke gewähre, gegenüber den abſolutiſtiſchen Gelüſten des Miniſteriums feſtzuhalten, und alle verfaſſungsmäßigen Mittel in Anwendung zu bringen, um ein ſolches Miniſterium zu beſeitigen. Das Urtheil über ihr Verhalten überlaſſen ſie dem Volke in der feſten Ueberzeugung, daß daſſelbe die Nachtheile, welche ihm daraus erwachſen könnten, nicht ihnen, die ſich im Stande der rechtlichen Nothwehr befunden, ſondern einem Mi-

niſterium, das den Boden der Verfaſſung verlaſſen habe, zuſchreiben werde.

Stuttgart, 6. Juni, Morgens 9 Uhr. So eben hielt die deutſche Reichsverſammlung ihren Einzug in das Ständehaus zur erſten Sitzung in Stuttgart. Sie hatte ſich auf dem Rathhaus verſammelt, wo ſie vom Stadtſchultheißen und den bürgerlichen Collegien bewillkommnet wurde. Die Bürgerwehr hatte in ununterbrochener Reihe die Straßen beſetzt, durch welche der Zug ging, vom Rathhauſe über die Kirchenbrücke, Königsſtraße und Kanzleiſtraße bis zum Ständehaus Spaliere bildend. Um 9 Uhr traten die Abgeordneten ihren Gang zur erſten Sitzung am neuen Orte an. Löwe von Calbe eröffnete den Zug, von Rödinger geleitet; ihnen folgte Eiſenſtuck mit einem andern Stuttgarter. Man mag über die Zweckmäßigkeit des Verlaſſens von Frankfurt und die Ueberſiedelung nach Stuttgart verſchiedene Anſichten haben, davon ſei hier nicht die Rede. Als aber der Zug nahte, wie die Männer, unter ihnen viele Alte mit weißen Haaren, je zwei und zwei mit unbedecktem Haupte, in würdiger Haltung, ernſt ſchweigend, in Vieler Mienen der Ausdruck tiefen Kummers ausgeprägt, vorüberwandelten, als man im Zuge die bekannten und befreundeten Mitbürger, wie Schott, Uhland, Federer ꝛc., gewahrte, da ergriff wohl alle die zahlreichen Zuſchauer das gleiche wehmüthige Gefühl. Unwillkürlich drängte ſich der Gedanke auf an den hoffnungsreichen Einzug vor einem Jahre in die Paulskirche zu Frankfurt. Unſere Bürgerwehr empfing den Zug der Gefeierten würdig, die Gewehre wurden präſentirt, die Trommeln und die Muſik fielen ein, und ein kräftiges Hoch erſchallte den Vorübergehenden entgegen. (Schw. M.)

*** **Stuttgart**, 6. Juni. Die Rede Vogt's nimmt in der heutigen Sitzung der Reichsverſammlung die Hauptſtelle ein. Während alle Fractionen einverſtanden ſeien, ſagte er im Weſentlichen, daß die Frankfurter Centralgewalt abgeſetzt werden müſſe, theile ſich, wenn es ſich darum handle, eine neue an ihre Stelle zu ſetzen, die Anſicht über eine monarchiſche, reichsſtatthalteriſche, oder eine republikaniſche, direktorialiſche Spitze. Die äußerſte Linke hatte ſich blos für letztere entſchieden, die Rechte (Uhland) blos für erſtere; der Ausſchuß ging mitten durch und beantragte: daß die Reichsverſammlung **bis zur Einſetzung des Reichsſtatthalters** eine Regentſchaft von fünf Perſonen wähle. Die Rechte verlangte die Wahl des Reichsſtatthalters ſofort; die äußerſte Linke wollte die Worte: bis zur Einſetzung des Reichsſtatthalters ganz geſtrichen und ſtatt der Regentſchaft einen definitiven Ausſchuß gebildet wiſſen, während die Centren (Wigard) die Wahl des Reichsſtatthalters wenigſtens bis auf den 20. Juni hinausgeſchoben und nur bis zu dieſem Zeitpunkt eine Regentſchaft eingeſetzt wiſſen wollten. Der Ausſchußantrag, den Vogt vertheidigte, ging durch mit 93 gegen 10 Stimmen. Unter letztern befanden ſich die Römer's und ſeines Schwiegervaters Schott. Unter denen, die der Abſtimmung ſich enthielten, war Giskra, der als Chargé d'affaires des Herrn Reichsverweſers thätig zu ſein ſcheint. Nach Erledigung der Hauptfragen brachten Umbſcheiden, Schoder, Raveaur, Simon v. Trier dringliche Anträge ein, welche ſich auf die Organiſation Badens und der Pfalz, Abſendung von Reichscommiſſären dahin, ſowie nach Darmſtadt, um Verwahrung gegen den Reichsfriedensbruch einzulegen u. ſ. w., bezogen. Auch auf Ficklers Freilaſſung ging ein Antrag von der äußerſten Linken. Bezeichnend war auch hier die Stellung, welche Römer einnahm. Er rief den Freunden Ficklers zu: Ja, **natürlich**! Im Geſpräche vor der Thüre des Saals äußerte er zu denſelben: „Glaubt Ihr denn, wir werden uns von Euch tyranniſiren laſſen?“

Am Anfang der Nachmittagsſitzung ward eine Adreſſe von Bewohnern Urach's verleſen, welche verheißen, eine Mauer zu bilden um die Reichsverſammlung, und ſie ermahnen, einen Bund zu bilden zwiſchen allen Staaten Deutſchlands, welche die Verfaſſung angenommen haben.

Karlsruhe, 6. Juni. Seit geſtern Abend iſt unſere Revolution in ein neues Stadium getreten. Struve und ſein Anhang, etwa 600 Schweizer und ſonſtige fremde und einheimiſche Abenteurer wollten die proviſoriſche Regierung ſtürzen, hielten deshalb Verſammlung und beſchloſſen, die rothe Republik zu proklamiren, wenn ihren Forderungen auf energiſche Durchführung der Revolutionsgrundſätze binnen 24 Stunden nicht entſprochen würde. Nicht ohne Beſorgniß verging die Nacht. Heute früh um 6 Uhr wurde die Bürgerwehr durch Generalmarſch auf ihre Sammelplätze gerufen. Sie erſchien zahlreich nebſt den vom Lande aufgebotenen Wehrmännern und nahm eine vortheilhafte Poſition auf dem Schloßplatze nebſt der Artillerie. Jetzt gegen 8 Uhr erſchienen auf einmal etwa 400 Schweizer und ſtellten ſich uns gegenüber, ſo daß wir jeden Augenblick auf den Losbruch eines Straßenkampfes gefaßt ſein mußten. Es wurde parlamentirt, und die Schweizer verſprachen ſich aus der Stadt zu entfernen, als noch ein Bataillon des 3. Infanterieregiments von Bruchſal gekommen war.

Mittags 5 Uhr. Soeben ſchlägts wieder Generalmarſch. Die Schweizer wollen nicht aus der Stadt. Der Oberkommandant der Bürgerwehr Becker, Struve und ein Anführer der Schweizer werden verhaftet. Die Bürgerwehr ſammelt ſich; das Militär faßt Poſition; 12 Geſchütze werden aufgefahren, weil die Schweizer die Straßen um die Kaſerne abgeſperrt haben. Endlich werden ſie aus der Stadt durch das Karlsthor ſpedirt und mit einem Extrazuge nach Heidelberg geführt. (Fr. Journ.)

In **Heidelberg** ſind Peter, Lehlbach, Maier und Letzeiſer zur conſtituirenden Landesverſammlung gewählt worden.

– **Freiburg**, 5. Juni. Heute bot unſere Stadt ein äußerſt belebtes Bild. Tauſende von Wehrmännern des erſten Aufgebots der Volkswehr des Oberrheinkreiſes ſind den Tag über hier eingezogen, um Weiſungen über ihre weitere Beſtimmung zu empfangen. Man ſah darunter größere und kleinere Abtheilungen, z. B. von Staufen, Waldkirch, Endingen u. a., die vortrefflich organiſirt und eingeübt zu ſein ſcheinen. Sie werden zum Theil nach Raſtatt abgehen. Wahrſcheinlich werden wir das heutige Schauſpiel noch mehrere Tage lang wiederkehren ſehen. (N. Fr. Z.)

Darmſtadt, 7. Juni. Der geſtrige Tag iſt, was die Poſitionen an der badiſchen Grenze betrifft, ohne alle Ereigniſſe vorübergegangen. Im Hauptquartier erfuhr man, daß Weinheim von etwa 4000 Mann badiſchen Militärs beſetzt worden und daß eine etwa gleiche Anzahl regulärer Truppen und wahrſcheinlich auch Freiſchaaren in dortiger Nähe bereit gehalten wurden; ein Angriff iſt jedoch nicht erfolgt. Vorgeſtern kam ein bewaffneter Trupp über die Grenze und holte den Bürgermeiſter Münch aus Virnheim, wie man ſagte, als Repreſſalie für den von unſerem Militär aus Weinheim gefänglich abgeführten Civilcommiſſär Huerter, welcher inzwiſchen im Hauptquartier zu Bensheim freigelaſſen worden war; Münch wurde gleicherweiſe in Mannheim freigegeben. In Weinheim wurde geſtern Poſtmeiſter Hübſch arretirt, weil er neulich mit einigen unſerer Offiziere geſprochen und Erfriſchungen an ſie verabreicht; er fand indeſſen Gelegenheit zu entfliehen und kam hier an. Geſtern vollzog das hieſige Hofgericht den erſten Act des neuen Verfahrens. In öffentlicher Sitzung wurden die Geſchwornen für die nächſte Aſſiſenſitzung durchs Loos beſtimmt. (Darmſt. Z.)

Mainz, 7. Juni. So eben iſt der Großherzog von Baden nebſt dem Markgrafen Maximilian und Gefolge auf dem Dampfboote „Elberfeld“ von Thal-Ehrenbreitſtein hier eingetroffen, ohne Zweifel, um ſich den bevorſtehenden militäriſchen Operationen zu nähern. Die preußiſchen Truppen, welche geſtern in 4 Dämpfern von Köln rheinauswärts fuhren, ſind bei St. Goar ans Land gegangen, um von da zu Lande gegen die Rheinpfalz zu marſchiren. (O. P. Z.)

Mainz, 8. Juni. Wie ich aus guter Quelle berichten kann, iſt Staatsrath Klüber mit der Bildung eines neuen Miniſteriums für Baden beauftragt worden. Die preußiſchen Truppen rücken allmälig in größeren Maſſen gegen den Oberrhein vor, und gedenken bis zum 13. in Karlsruhe einzuziehen. (?) Um die gleiche Zeit wird auch von Bregenz aus der Einmarſch der dort geſammelten Truppen ſtattfinden. (Fr. Z.)

*** **Aus der Wetterau**, 7. Juni. In unſerer von der Natur ſo reich geſegneten Gegend verſpürt man durchaus nichts von politiſcher Aufregung oder excentriſcher Bewegung. Nur hier und da begegnet man einem roth bebänderten Freiſchärler, — dem Aeußern nach gewöhnlich ein Turner — der die Abſicht zu haben ſcheint, ſich nach Baden, wenn nicht durchzuſchlagen, doch durchzuſchmuggeln. Wie ich indeſſen in Friedberg erfuhr, ſo iſt dort bereits der Durchmarſch von preußiſchen Truppen, man ſpricht von 6000 Mann, angekündigt. Wahrſcheinlich kommen dieſe Truppen von Wetzlar.

▷ **Schwerin**, 5. Mai. So eben vertagt ſich die Kammer der Abgeordneten bis morgen in Folge einer heftigen Aufregung, welche durch eine commiſſariſche Erklärung wegen der von Berlin aus dargebotenen Verfaſſung hervorgerufen wurde.

Im Eingange deutet die Mittheilung darauf zurück, daß man ſich von Beſtrebungen gegen die Verwirklichung der Frankfurter Verfaſſung ſo lange fern gehalten habe, als auf die Durchführung derſelben Ausſicht vorhanden war. Dieſe Ausſicht ſei nunmehr geſchwunden. Die drei Königreiche beharrten bei ihrer Beitrittsweigerung, die anerkennenden Regierungen konnten keine wirkſame Mittel zur Durchführung in Anwendung bringen, die Reichsverſammlung endlich habe dazu in letzterer Zeit eine Stellung eingenommen, wodurch ſie die Verwirklichung der Verfaſſung unmöglich gemacht habe. Eine Partei derſelben könne nicht mehr als wahre Vertreterin des deutſchen Volkes angeſehen werden. Man könne ſich nicht länger verhehlen, daß die der Frankfurter Reichsverſammlung geſtellte Aufgabe nicht mehr zu erreichen ſei u. ſ. w. Ueber den dargebotenen Verfaſſungsentwurf heißt es nun wörtlich ſo:

„Die vereinigten Regierungen von Preußen, Hannover und Sachſen haben das Werk der Errichtung des deutſchen Bundesſtaates niemals zurückgeſtellt und jetzt einen entſcheidenden Schritt für daſſelbe gethan. Der von denſelben mitgetheilte Entwurf einer Reichsverfaſſung entſpricht, ſo erheblich die Abweichungen von dem in Frankfurt beſchloſſenen auch ſind, dennoch den an einen ſolchen zu ſtellenden weſentlichen Anforderungen, und wenn dagegen auch von der einen und andern Seite Einwendungen erhoben werden mögen, ſo iſt doch in Erwägung zu ziehen eines Theils, daß eine alle Parteien befriedigende Vorlage auf keine Weiſe erzielt werden kann, andern Theils, daß es ſich zur Zeit nicht um die Annahme einer fertigen Verfaſſung, ſondern nur um einen Entwurf handelt, der einer von Neuem zu berufenden Verſammlung vorgelegt werden ſoll und deſſen definitive Annahme ausdrücklich von der freien Zuſtimmung der Nationalvertretung abhängig gemacht iſt. Ueber die einzelnen in Vorſchlag gebrachten Beſtimmungen iſt mithin nicht ſchon jetzt, ſondern erſt mit der zu berufenden Verſammlung zu verhandeln.

Anders verhält es ſich mit dem beigefügten Geſetze, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshauſe, weil daſſelbe, wenn gleich ebenfalls nur als Entwurf mitgetheilt, dennoch ſchon die Grundlage der Wahlen für die jetzt zu berufende Verſammlung bilden ſoll. Die in demſelben angenommenen Grundſätze der indirecten Wahl und der Dreitheilung der Wähler nach dem Cenſus weichen von dem in Frankfurt beſchloſſenen Wahlgeſetze weſentlich ab. Indeſſen laſſen ſich dagegen ſchwerlich von irgend einer Seite her größere Bedenken erheben, als den directen Wahlen auf breiteſter Grundlage entgegenſtehen. Der Entwurf bietet wenigſtens den Vorzug, daß keiner einzelnen Claſſe von Staatsbürgern ein unverhältnißmäßig großer Einfluß auf die Wahlen eingeräumt iſt, und dieſer Vorzug iſt als ein ſo erheblicher anzuſehen, daß die vorausſichtlich bei der Ausführung des Geſetzes entſtehenden practiſchen Schwierigkeiten dagegen nicht in Betracht kommen können. Vor Allem iſt aber zu beachten, daß der großherzoglichen Regierung die Gelegenheit, auf Abänderung des Wahlgeſetzes hinzuwirken, überall nicht geboten iſt, ſondern daß es ſich nur um Annahme oder Ablehnung der gemachten Vorſchläge handelt. Jede Mitwirkung an dem Werke der deutſchen Einigung allein aus dem Grunde zurückzuweiſen, weil vielleicht ein beſſerer Wahlmodus für das Volkshaus aufzufinden geweſen wäre, das würde ſich aber um ſo weniger rechtfertigen laſſen, als die Verhandlungen über Einrichtung der Wahlen für die Volksvertretung überhaupt noch nicht dazu geführt haben, daß beſtimmte Grundſätze als die richtigſten und zweckmäßigſten allgemein anerkannt worden wären.

Hiernach wird ſich Mecklenburg der Theilnahme an der von den Regierungen von Preußen, Hannover und Sachſen eingegangenen Verbindung nicht entziehen dürfen, zumal da die Gleichartigkeit aller weſentlichen Staatsintereſſen darauf hinweiſet, mit Preußen und Hannover Hand in Hand zu gehen, und es in aller Hinſicht für unangemeſſen gehalten werden müßte, wenn Mecklenburg eine Verbindung mit den entfernter liegenden deutſchen Staaten gegen die angrenzenden mächtigeren Königreiche eingehen wollte. Die großherzogliche Regierung wird daher der Aufforderung des königlich preußiſchen Miniſterii Folge geben, wird auch denjenigen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung ebenfalls anerkannt haben, hierüber Mittheilung machen, und gibt ſich der Hoffnung hin, daß ihre Auffaſſung der vorliegenden Verhältniſſe im Einklange mit den Anſichten der Abgeordnetenkammer und des mecklenburgiſchen Volkes ſteht.“ Schwerin am 5. Juni 1849. Großherzogl. Mecklenburg-Schweriniſche Commiſſarien. v. Lützow. Stever. Groth. v. Liebeherr.

Der ſtrelitziſche Commiſſarius verlas eine kurzgefaßte Beiſtimmung. Der lautloſen Stille, unter welcher die Verleſung der Actenſtücke ſtattfand, folgte eine ſtürmiſche Unruhe. Ein Abgeordneter rief das Wort: „Verrath!“ — die Gallerien lärmten. Es ging der Antrag Spangenberg's ein auf ſofortige Ernennung eines Ausſchuſſes von Sieben. Derſelbe kam aber auf die morgende Tagesordnung, da der Antrag Pohle's auf Vertagung der Sitzung mit 51 gegen 43 Stimmen genehmigt wurde. Morgen alſo mehr von der vorausſichtlich ſtürmiſchen Sitzung. In der Stadt herrſcht durchaus keine Aufregung. Man hat eine ſolche Wendung erwartet. Die Theilnahme an der feierlichen Verpflichtung auf die Reichsverfaſſung, welche ehegeſtern ſtattfand, war auch durchaus eine laue zu nennen, der Feſtzug nichts weniger als impoſant. Aber was die Entrüſtung der Kammer — und mit Recht — vermehrt, iſt dieß, daß man ihr die Erklärung als gefaßten Beſchluß und nicht als Propoſition mitgetheilt hat.

Hadersleben, 2. Juni. Nach der „Nordſchl. Ztg.“ ſind in den letzten Tagen täglich Kanonen (84pfündige, 48pfündige u. ſ. f.) durch die Stadt nach Norden gegangen, begleitet von einer Menge Munitionswagen mit Pulver und Kugeln. Dagegen kommen von Jütland ganze Reihen jütiſcher Wagen mit Korn. Ein guter Tauſch, Korn für Kugeln, womit die Jüten indeſſen doch nicht ganz zufrieden ſein möchten! Von Horſens und andern Orten Jütlands kommen vielfach jütiſche Kaufleute hier an, um ihre Einkäufe an Kaffee, Zucker, Reis ꝛc. zu machen und äußern ſich dabei ganz zufrieden mit der Anordnung des „Central-Johann,“ wie man den Reichsverweſer in Jütland zu nennen pflegt, welche den Einfuhrzoll an der jütiſchen Grenze aufhebt und wodurch ihnen die Waaren nochmal ſo billig kommen, als wofür ſie ſie von Kopenhagen beziehen konnten. (N. Fr. P.)

Hadersleben, 4. Juni. Von der 3 Meilen nördlich von hier belegenen, aus den Zeiten der Dänenherrſchaft genugſam bekannten Anhöhe „Skamlingsbanke,“ waren wir geſtern Augenzeugen einer ſehr lebhaften Kanonade zwiſchen der Feſtung Fridericia, den feindlichen Schiffen und unſern Schanzen. Als Ergebniß derſelben ſehen wir uns heute im Stande mitzutheilen, daß die däniſchen Schiffe vertrieben worden ſind, und die Wirkung unſers Feuers ſich der Art gezeigt hat, daß die Verbindung, die der Feind bisher unbehindert zwiſchen der Feſtung und Fühnen bewerkſtelligen konnte, als abgebrochen zu betrachten iſt. Mehr als was augenblicklich in Fridericia iſt, kommt von nun an von Fühnen aus nicht hinein, und es dürfte aus Kriterien, die wir mitzutheilen uns nicht für befugt halten, anzunehmen ſein, daß die Entſcheidung vor Fridericia nicht mehr lange auf ſich warten laſſen dürfte. (N. Fr. P.)

Kiel, 4. Juni. Während gegenwärtig von der Elbe bis zur Königsau und wohl noch über dieſe hinaus Gerüchte von einem neuen mißliebigen Waffenſtillſtand (auf 10 Monate) erzählt werden, erfährt man aus wohlunterrichteter Quelle, daß Preußen nur auf Grundlage des Manifeſtes der Statthalterſchaft unterhandeln will, mindeſtens die Betheiligung der letzteren bei den Friedensunterhandlungen als conditio sine qua non geſtellt hat. Eine ſolche Bedingung mag die däniſche Regierung fürchten, ſie wird ihre Bewilligung aber ſchwerlich vermeiden können. Morgen wird dem Herzog von Coburg ſowie den übrigen hier und in der Umgegend cantonnirenden Officieren ein ſolennes Diner in der Badeanſtalt gegeben. (B.-H.)

Cuxhaven, 5. Juni (Pr. electro-magnet. Telegraph.) 6 Uhr Morgens. Die drei deutſchen Kriegs-Dampfſchiffe Barbaroſſa, Hamburg und Lübeck ſind geſtern Abend ſpät unter lautem Hurrahrufen ihrer Mannſchaften von der Weſer hier angekommen und auf der Rhede vor Anker gegangen. Hr. Commandeur Abendroth ging bald darauf an Bord derſelben und wir erfuhren ſpäter officiell und in der Kürze, daß dieſelben vor der Elbe ein ernſthaftes Gefecht mit den däniſchen Kriegsſchiffen ſehr ehrenvoll beſtanden haben. Details fehlen uns noch.

7½ Uhr. Ziemlich übereinſtimmenden Mittheilungen zufolge, von Leuten, welche geſtern Abend am Bord der deutſchen Kriegs-Dampfſchiffe geweſen ſind, ſollten die letztern geſtern Morgen 9 Uhr von Bremerhaven auslaufen, waren aber erſt 11 Uhr abgegangen. Sie bekamen die däniſche Corvette dieſſeits Helgoland in Sicht, dieſe aber ſetzte beim Erſcheinen der Dampfſchiffe ſogleich alle Segel bei und ging unter immerwährendem Allarmſchießen für die weſtwärts ſtehenden däniſchen Fregatten ſeewärts.

Von der friſchen nördlichen Bries begünſtigt, gelang es der Corvette, bei Helgoland vorbeizukommen, widrigenfalls ſie ſich den ſie verfolgenden Dampfſchiffen hätte unbedingt ergeben müſſen. Während der Zeit war auch der Geyſer, aus der Elbe kommend, ſogleich weſtwärts nach den Fregatten gegangen und kehrte jetzt mit denſelben zurück, was den Commandeur der deutſchen Kriegs-Dampfſchiffe bewog, um nicht Alles ſofort aufs Spiel zu ſetzen, ſich nach der Elbe zurückzuziehen. Der Geyſer und eine Fregatte verfolgten unſere Dampfſchiffe noch bis in die Nähe des großen Feuerſchiffes vor der Elbe und der Geyſer warf von dort noch eine Bombe, welche in der Luft zerplatzte.

Es iſt überhaupt von beiden Seiten ſehr viel, aber ohne beſondern Erfolg, geſchoſſen, von den däniſchen Kugeln hat keine unſere Dampfſchiffe erreichen können, während behauptet wird, daß einige Schüſſe der Unſrigen gut getroffen haben. Die Befehlshaber der deutſchen Dampfſchiffe ſprechen ſich höchſt befriedigend über den Muth ihrer Mannſchaft aus.

Unſere Umgebung hat heute ein feſtliches Anſehen, denn der deutſchen Dampfflottille zu Ehren flaggt hier Jeder, der nur im Beſitz irgend einer Flagge iſt.

Man hat hier gegen Mittag eine Zeit lang wieder ganz deutlich ſtarken Kanonendonner ſeewärts wahrgenommen. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 6. Juni. Geſtern wiederholte Hr. Hume im Unterhauſe ſeinen bereits im vorigen Jahre eingebrachten Antrag zur Verbeſſerung der Volksvertretung, beſtehend in folgenden vier Punkten: Ausdehnung des Wahlrechts auf Alle, die einen Haushalt haben, Einführung der geheimen Abſtimmung, Abkürzung der Parlamente auf drei Jahre und gleichmäßigere Eintheilung der Wahlbezirke. Gegen dieſen Antrag ſprachen Seitens der Regierung der Miniſter des Innern, Sir G. Grey, und Lord John Ruſſell. Erſterer bemerkte: Hr. Hume habe geſagt, daß die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und andere Aenderungen auf dem Feſtlande zu glücklichen Erfolgen geführt habe; er aber danke für ſolche Erfolge, wenn ſie, wie in Paris, zur Herrſchaft der Bajonette führten. Lord J. Ruſſell rieth, nichts zu überſtürzen, die Welt entwickele ſich viel eher zur Freiheit, wenn ſie mit Beſonnenheit fortſchreite; in England beſtehe kein Haß gegen die Ariſtokratie, und was heute Ariſtokratie genannt werde, habe noch vor 50 Jahren als Demokratie gegolten. Hr. Osborne nannte die Rede Grey's eine traurige Fehlgeburt; Grey habe darin den konſervativen Befürchtungen der alten Weiber Ausdruck gegeben, er habe geſagt, die Hälfte der europäiſchen Hauptſtädte beſitze zwar das allgemeine Wahlrecht, ſchmachte aber zugleich unter dem Belagerungszuſtande; befinde ſich denn nicht auch Irland im Belagerungszuſtande? Sei nicht in Irland die Habeascorpusakte aufgehoben? Seien gegenwärtig in Irland nicht mehr Soldaten als Wähler? Für Hume's Antrag ſprachen außerdem noch der Quäker Bright und der Chartiſt F. O'Connor. Letzterer bemerkte zum Schluß ſeiner ſehr deklamatoriſchen Rede, daß er dem Antrage ſeine herzliche Zuſtimmung gebe, ſich aber vorbehalte, wenn Hume's Antrag durchgegangen ſei, die ſechs chartiſtiſchen Forderungen (allgemeines Wahlrecht, geheime Abſtimmung, einjährige Parlamente, gleiche Wahlbezirke, keine Vermögensqualifikation, Taggelder für die Mitglieder des Parlaments) in Antrag zu bringen. Schließlich wurde, indem Protektioniſten, reine Whigs und Peeliten gegen die Radikalreformer gemeinſame Sache machten, Hume's Antrag mit 268 gegen 82 Stimmen, alſo mit der großen Mehrheit von 168 Stimmen verworfen.

Frankreich.

* **Paris**, 6. Juni. Die Botſchaft des Präſidenten der Republik iſt im Laufe der heutigen Sitzung der Legislative erſchienen, aber noch einmal iſt die Spannung des Publikums auf ihren Inhalt auf eine harte Probe geſetzt: die Botſchaft iſt zu umfangreich, als daß ihre Verleſung in öffentlicher Sitzung hätte geeignet erſcheinen können; ſie iſt aber ſofort in die Druckerei des Moniteur geſchickt und wird alſo wahrſcheinlich ſchon morgen dem Publikum zugänglich ſein, denn das Gerücht, daß dieſelbe, auf Grund einer wichtigen aus Italien eingegangenen Nachricht, noch nachträglich einer Aenderung unterzogen werden würde, kann wohl auf ſich beruhen bleiben.

Die heutigen Blätter beſchäftigen ſich zum großen Theil mit der ernſtlichen Wendung, welche die Ereigniſſe in Italien nehmen. Es iſt wohl als ſicher zu betrachten, daß die Oeſterreicher immer ernſtlicher in die ſardiniſche Regierung dringen, um die Abſchließung eines definitiven Friedens durchzuſetzen, und die Beſetzung der Feſtungen an der ſavoyiſchen Grenze verlangen. Die gewöhnlich gut unterrichtete Aſſemblee Nationale berichtet heute, daß der Bevollmächtigte der franzöſiſchen Republik zu Turin ſeinerſeits der ſardiniſchen Regierung eine Note zugeſtellt hat, worin die Frage geſtellt wird, welche Rolle Piemont im Falle eines Krieges Frankreichs mit Oeſterreich ſpielen werde. Das piemonteſiſche Cabinet ſoll in ſeiner Antwort ausgedrückt haben, daß die Franzoſen mit Freuden auf ſardiniſchem Gebiete empfangen werden würden, wenn ſie als Bundesgenoſſen kämen und daß man ihnen die Feſtungen Bard und Exiles übergeben würde, während zu gleicher Zeit ein Truppencorps zu Spezzia landete. Hr. v. Montiglio ſollte mit einem Auftrag in dieſer Angelegenheit nach Paris gehen, allein er hat dieſe ſchwierige Sendung ausgeſchlagen. Was den Stand der Dinge im Kirchenſtaat angeht, ſo hat Hr. v. Leſſeps, mag er nun förmlich verrückt ſein, oder nicht, die Unterhandlungen jedenfalls in einer mehr als wunderbaren Weiſe geführt. Er iſt bereits abberufen und durch Hrn. de Beaumont erſetzt. Uebrigens ſcheint man in den höheren politiſchen Regionen ziemlich einmüthig der Anſicht zu ſein, daß die franzöſiſche Armee ſich Roms um jeden Preis bemächtigen müſſe.

Die Révolution démocratique et sociale, das Organ der Montagne, widmet heute der äußeren Politik einen längeren Artikel, wie es ſcheint zur Vorbereitung auf die von Ledru Rollin angekündigten Interpellationen, dem wir folgendes auf Deutſchland bezügliche entnehmen: So ſehr wir die Herſtellung der deutſchen Einheit unter der Fahne der Demokraten wünſchen, ebenſo ſehr verwerfen wir jede Combination, welche in den Händen eines Königs oder eines Kaiſers die ungeheuren Kräfte des deutſchen Bundes vereinigen würde. Die Arbeiten der Frankfurter Reichsverſammlung, die von ihr votirte Verfaſſung, hatten den deutſchen Staatenbund einigermaßen demokratiſirt, indem ſie den Willen der Beauftragten des Volkes an die Stelle der ehrgeizigen Launen der Könige und der Fürſten ſetzten. Dieſe Verfaſſung hat der König von Preußen umgeſtoßen und durch ein Statut erſetzt, das, obwohl mit dem Namen einer Verfaſſung geſchmückt, zuletzt doch Nichts anderes iſt, als ein Werk der Willkür, eine octroyirte Charte, die nach Belieben widerrufen werden kann und deren einziger Zweck darin beſteht, die unbedingte Verfügung der Streitkräfte und der Finanzen von Deutſchland an Preußen zu übertragen. Für diejenigen, welche die alte Politik Frankreichs kennen, liegt in dem Verfaſſungs-Vorſchlag Preußens eine große Gefahr. Wenn derſelbe angenommen wird, und dieß iſt unvermeidlich, es ſei denn, daß der Aufſtand der Frankfurter Reichs-Verſammlung und ihrer Verfaſſung die ihr mangelnde Kraft verleihe, ſo hat Frankreich eine wahrhaft furchtbare Coalition gegen ſich. Richelieu oder Ludwig XIV. würden in einen ſo wichtigen Act einen casus belli geſehen haben. Was wird die legislative Verſammlung thun? Nichts! Die Majorität freut ſich thörichter Weiſe über die Bildung dieſer Coalition die bald im Einverſtändniß mit Rußland und Oeſterreich unſere Grenzen überſchwemmen und Verbündete in allen Feinden der Republik finden wird. Wir verlangen, daß die Republik ohne Zaudern eine der Ehre und der Sicherheit Frankreichs angemeſſene Politik annehme. Beſſer iſt der Krieg, während die Freiheit noch in Ungarn, Deutſchland und Italien kämpft, während unſere Fahne am Rhein alle Völker des jungen Deutſchlands um ſich ſchaaren würde, als der Gewinn eines oder zwei ſchimpflicher Friedensjahre, um zu warten, bis die verbündeten Könige, nachdem ſie die rechtmäßige Rebellion der unterdrückten Völker im Blut ertränkt haben, Frankreich zu belagern und zu theilen kommen. Krieg alſo! Krieg ohne Zaudern; denn mit jedem Tage gewinnt der Despotismus an Terrain: in einem Monate wäre es zu ſpät. Möge das Volk es nicht vergeſſen, zu Paris müſſen wir die Coalition bekämpfen und beſiegen, Italien, Deutſchland, Ungarn und Frankreich ſelbſt retten!

Proudhon iſt geſtern, in dem Augenblick wo er auf den Bahnhof der Nordbahn trat, von einem Polizeiagenten verhaftet und vor den Direktor der Sicherheitspolizei gebracht worden.

Guizot ſoll in Paris ſein, um ein Journal zu gründen: „Die Regierung."

Bei der außerordentlichen Hitze — das Thermometer zeigte geſtern Nachmittag im Schatten 32 Grad — nimmt die Cholera in beunruhigender Weiſe zu. Zwei Repräſentanten ſind ihr bereits erlegen; Marſchall Bugeaud ſoll erkrankt ſein. Die amtlichen Berichte bleiben weit hinter der Wahrheit zurück: es wird ſchon ſchwer Särge zu erhalten und hier und dort benützt man ſchon die Möbelwagen zum Transport der Leichen.

Spanien.

* **Madrid**, 1. Juni. Es iſt die Rede von der Bildung eines Zollvereins für Spanien und Portugal, eine Idee, die in beiden Ländern ſehr populär iſt.

Italien.

* In den Konferenzſälen der Legislative in Paris war am 6. Juni das Gerücht verbreitet, daß die franzöſiſche Armee nach einem vierſtündigen Kampfe Rom genommen habe.

Treviſo, 1. Juni. Venedig hat um halb 10 Uhr Morgens capitulirt. Radetzky wohnte ſelbſt dem Einzuge in die bezwungene Dogenſtadt bei. (F. J.)

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Die Geldmittel des Rumpfparlaments. Preußiſche Truppen erwartet). Wien (Miniſtercombinationen. Der ungariſche Krieg. Radetzky. Heerſchau. Ungariſche Nachrichten. Auſtro-ruſſiſche Juſtiz). Prag (Fürſt Windiſchgrätz). Berlin (Die Regierungen und die preußiſche Verfaſſungsvorlage. Wählen oder Nichtwählen. Die Großherzoge von Baden und Heſſen. Die Königin von Griechenland. Bekanntmachung). Stuttgart (Abendſitzung der Reichsverſammlung. Ihre Stellung zur würtembergiſchen Regierung. Römer ſoll auszutreten Willens ſein. Vertrauensadreſſen an's Miniſterium). Heilbronn (Freiſchaaren nach Baden). Karlsruhe (Die letzten Vorgänge. Bevorſtehende Eröffnung der Landesverſammlung). Pforzheim (Wahlen zur conſtituirenden Verſammlung). Nauheim (Durchmarſch preußiſcher Truppen). Wiesbaden (Beſchlüſſe des „Vereins für Wahrung der Volksrechte". Entlaſſung Hergenhahns. Vertagung der Kammer). Schleswig (Unthätigkeit der Preußen. Das Bombardement von Fridericia. Seegefecht). Vor Fridericia (Das Bombardement).

Italien. (Zweifel an der Capitulation von Venedig).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 9. Juni).

Nachſchrift.

Deutſchland.

*** **Frankfurt,** 8. Juni. Es iſt richtig, daß das Reichsminiſterium auch nach Grävell's Rücktritt die mehrfach beſprochenen 25,000 fl. an die Nationalverſammlung nicht auszahlen ließ. Als das Rumpfparlament von hier auswanderte, wurden 3000 fl. eingepackt; außerdem hatte Rösler von Oels 600 fl. und ein Canzleibeamter noch 200 fl. zu verwahren.

*** **Frankfurt,** 8. Juni. Die Vorhut des von Wetzlar aufgebrochenen preußiſchen Armeecorps rückte heute Vormittag in Friedberg ein. Wie man behauptet, wird die ganze bei Wetzlar ſtehende Truppenmaſſe nach Frankfurt und nach der heſſiſch-badiſchen Grenze dirigirt werden.

△ **Wien,** 5. Juni. Der Wiedereintritt des Grafen Stadion in den Miniſterrath dürfte keineswegs ſo ſchnell erfolgen als einige unſerer Journale behaupten, obſchon er wirklich ſchon eine Conferenz mit dem neuernannten Civil-Gouverneur für Ungarn, Miniſterialrath Geringer, in Baden gehabt hat und ſein Befinden ſich unerwartet ſchnell zum Beſſern neigt. Es iſt im Gegentheil die Rede davon, daß der gegenwärtige Finanz-Miniſter Baron Kraus proviſoriſch das Portefeuille des Innern erhalten und der vormärzliche Finanzminiſter Kübeck mit dem Miniſterium der Finanzen wieder betraut werden ſolle, um wo möglich neue Quellen für den erſchöpften Staatshaushalt zu entdecken, da Kraus trotz ſeiner Geſchäftskenntniß in dieſem Punkte das Miniſterium nicht befriedigt, das viel Geld für die Erhaltung eines großen Heeres braucht. Die Entlaſſung des Kriegsminiſters Cordon ſoll keineswegs durch ſeine angegriffene Geſundheit veranlaßt ſein, ſie hat ganz andere Gründe. So ſind beiläufig geſagt die Ruſſen ſehr unzufrieden mit den Anſtalten, die er in Galizien zur Verpflegung ihrer Truppen eingeleitet hat, und einem ſo „uneigennützigen Verbündeten" wie der Kaiſer von Rußland, würde man nöthigenfalls noch mehr als einen Kriegsminiſter opfern. Mit der kürzlich von mir erwähnten Bekanntmachung in dem Lager bei Preßburg, in Betreff des bevorſtehenden Angriffs, ſcheint es doch ernſter gemeint geweſen zu ſein, als die Officiere glaubten. Von gut unterrichteter Seite höre ich die Beſtätigung, daß vor dem 12. kaum angegriffen werden könne, da die Ruſſen noch dieſe Friſt bedürfen um ſich ſchlagfertig aufzuſtellen. Dann ſoll aber der Kampf auch auf allen Punkten, wo ſie einrücken, mit der Donauarmee und der Südarmee des Banus zugleich beginnen, und man nimmt als ſicher an, daß die Macht der Magyaren auf den erſten Zuſammenſtoß erliegen muß. So iſt die Meinung ruſſiſcher und vieler öſterreichiſcher Offiziere. Die Magyaren ſprechen natürlich ihre eben ſo ſichere Ueberzeugung des Gegentheils aus. Hier iſt man ganz ohne Meinung, man ſehnt nur eine endliche Entſcheidung herbei, denn die ungariſchen und deutſchen Wirren laſten auf uns wie ein Alp und bringen alle Verhältniſſe in Stocken. Am deutlichſten zeigt ſich das an der Börſe wo geſtern das Gold auf 36 und das Silber auf 26 pCt Agio ſtand! Die uns zunächſt ſtehenden Ruſſen ſind die in und bei Preßburg (wo ſie auf der Sauheide ein Lager bezogen) ſtationirten 16,000 Mann, die am 3. dort eintrafen. Es ſcheint, daß zwei unſerer Armeecorps ſich auf das rechte Donauufer ziehen, um gegen Raab vorzurücken. F.M.L. Wohlgemuth ſteht mit den Ruſſen auf der Seite der Inſel Schütt bis Szered und wird ſpäter gegen Tyrnau operiren. Das Einrücken von 30,000 Mann Ruſſen in Siebenbürgen ſcheint Thatſache zu ſein. Bem ſoll dahin geeilt ſein, um ſich ihnen entgegenzuſtellen. Der Oberbefehl über das Puchner'ſche Corps iſt an den Grafen Clam übergegangen, der ſich im italieniſchen Krieg ausgezeichnet hat. Im Ganzen beträgt unſere in dieſem Augenblick in Ungarn operirende Armee 180,000 Mann.

Der alte Feldmarſchall wird wirklich hier erwartet. Man will ihn veranlaſſen, ſich der Armee in Ungarn zu zeigen, als das wirkſamſte Mittel ihren Enthuſiasmus anzuſpornen. Man weiß aus Erfahrung, daß ſeine bloße Erſcheinung elektriſch auf die Truppen wirkt. Als er vor Venedig Nachts im Lager ankam, ſtürzten die Soldaten, aller Disciplin vergeſſend, von ihrem Lager auf ihn zu und küßten ihm Hände und Füße. Er ſelbſt war ſo gerührt, daß er die nächſten umarmte, als er ſich von allen in den verſchiedenſten Sprachen „Vater" nennen hörte. Auch hofft man ihn zu bewegen, die oberſte Leitung aller Corps, auch der ruſſiſchen, zu übernehmen; ihm werden die Ruſſen eher als jedem andern gehorchen, da er ja, wie bekannt, vom Czaaren zum ruſſiſchen Feldmarſchall ernannt iſt.

Heute früh fand in dem Burghofe eine Revue der hieſigen Garniſon ſtatt, welcher der Kaiſer beiwohnte und wobei eine Anzahl Tapferkeitsmedaillen an die Truppen ausgetheilt wurden.

* **Wien,** 5. Juni. Das Gros der k. k. Armee zieht an die rechte Seite der Donau, die linke Seite ſoll durch die ruſſiſchen Hilfstruppen beſetzt gehalten werden. Seit dem 2. d. finden auffallend große Bewegungen im Lager, bedeutende Truppendislokationen und Detachirungen gegen den nördlichen diesſeitigen Kriegsſchauplatz ſtatt. Die ruſſiſchen Truppen haben die unſerigen in der ganzen Waaggegend abgelöſt. Die Magyaren haben ſich am linken Waagufer concentrirt und bedeutende Verſtärkungen in der Richtung über Neuhäuſel gegen die Waag an ſich gezogen. Sie ſcheinen den Uebergang der k. k. Truppen auf das jenſeitige Ufer ernſtlich verhindern zu wollen. Vor Komorn bei Megyer ſteht ein Corps, welches zur Beſatzung gehört und gleichſam die Reſerve bildet. Ein drittes Corps unter General Klapka ſteht bei Raab und hat dieſe Stadt befeſtigt und beſetzt. Eine Colonne dieſes Corps wurde über Stuhlweißenburg gegen Vesprim detachirt, um über Papa zu operiren. Dieſer Tage wurde in Preßburg ein Menſch, der ſich erkühnte, kaiſerliche Kundmachungen auf die böswilligſte Weiſe zu verunglimpfen, auf friſcher That ertappt, ſogleich auf dem Hauptplatze auf eine Bank niedergelegt und zu 40 Stockprügeln, dann zu 3 Jahre Kerker verurtheilt. Daß er zufällig (?) den Tag nach jener Execution verſtarb, gab nun Anlaß zu allerlei Gerüchten. 2 Bataillone Infanterie des dritten Armeecorps rücken nach Vorarlberg, nachdem es von dem Ausmarſche des ganzen Armeecorps abgekommen iſt. Man vernimmt ſoeben, daß die politiſche Gerichtsorganiſation vom Kaiſer unterzeichnet ſei, ſo zwar, daß ſie in den nächſten Tagen publicirt und längſtens bis 1. November in einigen Kronländern eingeführt wird. Für Böhmen iſt bei dieſen Gerichtsſtellen ein Perſonal von 2432 Perſonen erforderlich, mit einem Koſtenaufwande von 1,700,000 fl. Conv.-M. Das Entſchädigungsgeſetz iſt für einige Provinzen ganz ausgearbeitet; für Böhmen betrifft der entfallende Betrag per Kopf 22 kr., für Oeſterreich 34 kr., für Tyrol wegen der dünnbeſäeten Bevölkerung mehr. Den Berechtigten wird noch vor Ermittelung der Entſchädigungsſumme ein Credit vom Staate bewilligt. Der bürgerliche Apotheker am Kohlmarkte, Angyal, iſt ſtandrechtlich, wegen Verheimlichung von Waffen und dargelegter ſtaatsgefährlicher Geſinnung, zum Tode verurtheilt worden. Der Commandirende v. Böhm hat dieſes Urtheil auf 8 Jahre Schanzarbeit in leichten Eiſen gemildert, in Berückſichtigung der aus niedriger Abſicht erfolgten Denunciation von Seiten eines Familiengliedes.

Prag, 5. Juni. Seit geſtern Abend weilt Fürſt Windiſch-Grätz wieder hier; man verſichert in gutunterrichteten Kreiſen, er ſei bereits zum Commandanten des an der bairiſchen Grenze zuſammenzuziehenden Obſervationscorps beſtimmt. (D. A. Z.)

♀ **Berlin,** 7. Juni. Der Großherzog von Baden hat der hieſigen Regierung ſeinen Beitritt zu der neuen deutſchen Verfaſſung angezeigt. Außerdem ſollen Zuſtimmungserklärungen eingegangen ſein von Mecklenburg-Strelitz, Braunſchweig, Anhalt-Bernburg und Heſſen-Darmſtadt. Die thüringiſchen Staaten berathen gegenwärtig die Frage des Beitritts; die Regierung hofft

anch von ihnen eine ihrer Vorlage günſtige Entſcheidung. Dagegen zeigt ſich Baiern widerſtrebender als je. Die Regierungspartei fängt an, ſich über die Politik des dortigeu Gouvernements ſehr indignirt zu äußern. Sie kann aber nicht von dem Glauben laſſen, daß es doch noch gelingen werde, daſſelbe zum Nachgeben zu bewegen. Die Oppoſitionspartei beſchäftigt jetzt hauptſächlich die Frage, ob ſie wählen ſolle oder nicht. Rodbertus ſoll gegenwärtig von einer Stadt zur andern reiſen, um die ſtädtiſchen Behörden zu bewegen, zur Wahl nach dem neuen Wahlgeſetz nicht die Hand zu bieten. Auf der andern Seite agitiren aber die Conſervativen für das Wählen. Ich habe meine Meinung ſchon dahin ausgeſprochen, daß am Ende doch Alle wählen werden, wie ſehr auch die eine Seite vorläufig noch dagegen eifern mag.

Berlin, 7. Juni. Die Deutſche Reform meldet: Der Großherzog von Baden hat ſeinen Beitritt zu der von Preußen, Sachſen und Hannover gemachten Vorlage der deutſchen Verfaſſung beſtimmt erklärt, und auch von mehreren anderen Regierungen iſt die Bereitwilligkeit hierzu neuerdings ausgeſprochen.

Lith. Correſp. **Berlin**, 7. Juni. Der Großherzog vou Baden und der Großherzog von Heſſen haben für ihre Perſonen ihre Zuſtimmung zu der Reichsverfaſſung ausgeſprochen; eine offizielle Zuſtimmung iſt von dieſer Seite noch nicht erfolgt. Gegen die Pfalz und Baden ſollen zunächſt 25,000 Mann preußiſche Truppen commandirt werden, ein Theil dieſes Corps rückt möglicherweiſe ſchon jetzt vor. Die Königin von Griechenland hat uns bereits verlaſſen und ihre Reiſe nach Oldenburg fortgeſetzt.

Berlin, 7. Juni. Der Staats-Anzeiger enthält folgende Bekanntmachung:

Ungeachtet mehrmaliger öffentlicher Aufforderung, alle dem Staate gehörenden, zur Ausrüſtung der hieſigen Bürgerwehr — reſp. der fliegenden Corps — verwendeten Gegenſtände an die Militärbehörde zurückzuliefern, fehlt noch eine namhafte Zahl derſelben, und neuerdings hat ſich erwieſen, wie ſehr man bemüht iſt, ſie zu verheimlichen. Im Intereſſe der öffentlichen Sicherheit ſehe ich mich veranlaßt, für die Zuruckgabe der vom Staate gelieferten Waffen, Trommeln, Signalhörner und Munition eine letzte Friſt bis zum 8. d. M., Abends 10 Uhr zu ſtellen. Jede Militär- und Schutzmannſchafts-Wache in der ganzen Stadt iſt angewieſen, die abzuliefernden Gegenſtände in Empfang zu nehmen und auf Erfordern eine Beſcheinigung darüber auszuſtellen. Nach den Urſachen der Verzögerung der Abgabe wird nicht gefragt. Nach Ablauf jener Friſt wird Jeder, der im Beſitz eines Gegenſtandes der obendezeichneten Art gefunden wird, zufolge der Verordnung vom 10. Mai d. J. vor das Kriegsgericht geſtellt. Berlin, den 6. Juni 1849. Der Oberbefehlshaber in den Marken (gez.) v. Wrangel.

ʢ **Stuttgart**, 6. Juni. In der Abendſitzung der Reichsverſammlung verkündigte nach vollbrachter Wahl der Regentſchaft der Präſident Löwe das Reſultat mit folgenden Worten: Dieſer wichtige Wahlact iſt vollendet. Ich fordere das deutſche Volk auf, den Befehlen der proviſoriſchen Regentſchaft ſich unbedingt zu unterwerfen, damit endlich die Freiheit wieder hergeſtellt werde. Die Mitglieder der proviſoriſchen Regentſchaft mögen ſich conſtituiren! Hr. Raveaux betritt im Namen ſeiner Collegen die Tribüne: Wir verkennen nicht, daß, indem Sie uns die höchſte Ehre erwieſen, Sie uns auch große Laſten auferlegt. Im Vertrauen auf Ihre Unterſtützung, ergreifen wir muthig die Zügel der Regierung, damit endlich das lange Verſprochene eine Wahrheit werde. Wenn uns auch momentan die Kräfte nicht gegeben ſind, die ſich anderen Regierungen ſo bereitwillig bieten, ſo werden wir doch, wenn Sie uns nicht verlaſſen, ſiegen. Der Kern der deutſchen Nation hängt immer noch an uns, er iſt uns eine kräftige Stütze. (Anhaltendes Bravo und Beifallklatſchen.)

Der Präſident kündigt die nächſte Sitzung auf den 8. an; die Tagesordnung iſt die Wahl des Vicepräſidenten und die Berathung der Berichte des Dreißigerausſchuſſes.

Die Theilnahme des Publicums an den Berathungen und den Schickſalen der Reichsverſammlung iſt eine äußerſt geringe. Während man ſich bei den Sitzungen unſerer Kammer wegen der Anerkennung der Reichsverfaſſung um Plätze ſchlug, kann man jetzt mit größter Bequemlichkeit ſich ſolche verſchaffen. Nirgend iſt ein Jubel über das Weilen dieſer Männer unter uns; man begegnet nur bangen Geſprächen über die unheilvollen Folgen, die uns das Hierherverlegen der Verſammlung bringen könnte. Die Regierung ſchüttelt bedenklich den Kopf und Römer enthielt ſich mit ſeinen Geſinnungsgenoſſen beharrlich der Abſtimmung, auch ſprach er ſich ſehr unwillig über die „ſaubere Suppe" aus, die man ihm eingebrockt. Als man aber gar von Freilaſſung Ficklers ſprach, rief er ein höhniſch ärgerliches „Jawohl" drein und kehrte ſich von der Verſammlung ab. Raveaux, der noch vor wenigen Tagen an der Spitze der badiſchen Freiſchaaren ſtand, und Becher, der die Reutlinger Beſchlüſſe mit Waffen in der Hand durchzuführen eidlich gelobte: dieſe Männer ſind zu Mitgliedern der Regentſchaft Deutſchlands ausgerufen! Werden ſie unſerm demüthigen Würtemberg, das ſich jeder Macht ergeben, das Meſſer ans eigene Fleiſch zu ſetzen gebieten? Hannibal ante portas! muß fortan der Mahnruf ſein, der jeden Morgen in die Ohren unſerer Miniſter gellt, und was dieſer Hannibal, das mögen ſie ſich ſelber ſagen — es iſt nicht ein, es ſind zwei furchtbare Feinde.

ʢ **Stuttgart**, 6. Juni. So eben erfahre ich, daß Römer in Folge der gefaßten Beſchlüſſe entſchloſſen ſei auszutreten, womit die Anerkennung dieſes kleinen Bruchſtückes der Reichsverſammlung von Seiten unſerer Regierung aufhörte.

** **Stuttgart**, 7. Juni. Wie verhält ſich das verfaſſungstreue Würtemberg zu der bei ihm eingekehrten Reichs-Verſammlung, wie zu ihren bei uns gefaßten Beſchlüſſen? Das iſt das Wichtigſte, was man in den andern deutſchen Ländern jetzt aus unſerer Stadt hören will. Die Ihnen mitgetheilte Anſicht, Stuttgart und Schwaben überhaupt werde die Reſte der Reichsverſammlung ehrenvoll und gaſtlich aufnehmen, zunächſt weiter aber auch nichts, beſtätigt ſich immer mehr: ſie wurden ernſt aber mit Würde empfangen, bereitwillig unterſtützt, ihnen der Ständeſaal eingeräumt. Nun aber ihre Beſchlüſſe: Die Verwerfung der gemäßigten Uhland'ſchen Anträge, die Regentſchaft und deren Wahl! Welches iſt jetzt, nach dieſen Beſchlüſſen, nach dem geſtrigen Tage das Verhältniß? Es mehren ſich die Reihen der Bedenklichen, es ſchwanken die Anhänger der Reichsverſammlung. Auch ſpeziell iſt die getroffene Wahl, wenn es auf Gewinnung des würtembergiſchen Volks abgeſehen iſt, theilweiſe unglücklich zu nennen. Es iſt wahr, Raveaux, der gemüthliche, milde Charakter, zählt bei uns viele entſchiedene Verehrer, man vertraut auf Heinrich Simon, aber ein Mißgriff, wenn es ſich um Gewinnung, wie geſagt des ganzen Volks handelte, war es, als Vertreter Würtembergs Becher zu wählen, den Führer der äußerſten Linken, der gerade in den jüngſten Tagen durch das Verhalten der Kammer wie des würtembergiſchen Volks zu den Reutlinger Beſchlüſſen eine Niederlage erlitten hat, deſſen Wahl alſo nothwendig alle, die bisher gegen ſeine Partei in Würtemberg ſtanden, der Regentſchaft zum Voraus entfremdet. Man kann unſere Schwaben, was das Verhältniß zu der Regentſchaft und der Reichsverſammlung betrifft, nunmehr in drei Kategorien theilen: einmal ihre unbedingten Anhänger, d. h. ſo ziemlich ausſchließlich die rein demokratiſche Partei; dann die Klaſſe derer, die den jüngſten Beſchlüſſen ihre Zuſtimmung nicht mehr geben können, die aber Maßregeln gegen die Verſammlung nicht billigen oder zugeben würden, und welche ſich zunächſt paſſiv verhalten möchten, etwa wie das Miniſterium Römer gegenüber dem Reichsminiſterium Grävell; endlich diejenigen, welche jetzt mit der Reichsverſammlung entſchieden brechen. Zu den Letztern wird wahrſcheinlich das Miniſterium ſelbſt gehören; man erwartet eine Erklärung oder Proklamation des Miniſteriums über ſein Verhalten zur Verſammlung. Die Feindſeligkeiten ſind bereits eröffnet. Morgen ſollte im Ständeſaal Sitzung der Reichsverſammlung ſein; nun wurde aber heute eine Sitzung der würtemberger Stände auf morgen berufen, die Reichsverſammlung, ohne Lokal, muß alſo ihre Sitzung ausſetzen. Wahrſcheinlich berathet morgen auch die würtembergiſche Kammer das Verhältniß zur Reichsverſammlung und wir dürften eine heiße Sitzung erleben, deren Ergebniß ſich nicht zuvor beſtimmen läßt. Die Reichsverſammlungspartei in der würtembergiſchen Kammer iſt durch die jetzt anweſenden Doppelabgeordneten, wie Schoder, Rödinger, Tafel weſentlich verſtärkt, andererſeits aber handelt es ſich bei der Frage um Römer, und welches Gewicht Miniſterfragen bei der Kammer haben, hat die Erfahrung der letzten Wochen mehrfach gelehrt — nennt doch der Beobachter nachgerade die Kammer eine ſervile! Ein großer Theil der Kammermitglieder hält heute eine vertrauliche Beſprechung über die Frage. Charakteriſtiſch iſt, daß die Reichstagsabgeordneten, welche gegen die Regentſchaft ſtimmten und der Wahl ſich enthielten, faſt nur Würtemberger ſind, wie Römer, Uhland, Federer ꝛc.; kommt keine Verſtärkung, ſo haben ſie es jederzeit in der Hand, durch Austritt die Verſammlung beſchlußunfähig zu machen. Wer kann bei allen dieſen Umſtänden noch viel Vertrauen auf die Lebenskraft der Verſammlung haben? Es ſchwindet daſſelbe auch merklich bei den Abgeordneten ſelbſt. Wird aber die Kriſe für uns ohne Kampf vorübergehen?

* **Stuttgart**, 8. Juni. Der Schw. M. meldet fortwährend von zahlreichen Vertrauensadreſſen ans Miniſterium, Erklärungen, Proteſtationen gegen die Reutlinger Beſchlüſſe, aus vielen Orten des Landes, theils von Verſammlungen, theils von Gemeindecollegien und einzelnen Bürgern ausgehend.

Heilbronn, 6. Juni. Geſtern Nacht um 9½ Uhr zog eine Schaar von etwa 150 jungen Leuten von hier und Umgegend, theils mit Büchſen, Musketen und Senſen bewaffnet, aus und gelangte in der Frühe nach Sinsheim, um von da aus ihren Weg nach Heidelberg fortzuſetzen und an dem Kampfe der Badenſer Theil zu nehmen. (H. T.)

Karlsruhe, 7. Juni. Geſtern morgens war das Gerücht verbreitet, die republikaniſche Partei beabſichtige einen Gewaltſtreich, den Sturz der proviſoriſchen Regierung und die Proclamirung der badiſchen Republik unter Struve's Präſidentſchaft. Nächſten Anlaß zu dieſem Gerücht hatte die Weigerung der deutſch-ſchweizeriſchen Legion gegeben, dem erhaltenen Befehl der Regierung zufolge nach der heſſiſchen Grenze zu marſchiren. Dieſe Legion iſt ungemein „roth“ geſinnt und beſteht zum Theil aus politiſchen Flüchtlingen, welche unter Struve und Hecker gekämpft, zum Theil auch aus wilden, verwegenen Abenteurern, deren Geſichtszüge nichts Gutes weiſſagen und den tollkeckſten Sinn verrathen. Eine ziemliche Anzahl davon trägt noch die rothen Hoſen der Algierer Fremdenlegion. Die fortdauernde Anweſenheit dieſer ultra-demagogiſchen Blouſenmänner machte nicht nur dem Karlsruher Bourgeois, ſondern ſelbſt den Herren von der proviſoriſchen Regierung angſt und bange, und dieſe Angſt ſteigerte ſich als man erfuhr, daß ein halb hundert Individuen von dieſer Legion in der Nacht vom 5. auf den 6. den Verſuch gemacht habe, des Pulvermagazins ſich zu bemächtigen. Hierzu kam noch das ziemlich drohende Auftreten des „Clubs für den entſchiedenen Fortſchritt,“ der aus Struve's Anhängern beſtehend an die proviſoriſche Regierung eine Reihe von Fragen geſtellt hatte, welche Sie ſammt der Antwort in der heutigen Karlsruher Zeitung finden. (ſ. Nr. 156. Beil.) Schon mit Tagesanbruch wirbelte der Generalmarſch der Bürgerwehr durch die Straßen und Herr Brentano ließ bekannt machen, daß man die Kaufläden ſchließen und die Kinder nicht auf die Gaſſe laſſen möge. All dieſe Vorbereitungen ſchienen auf den Ausbruch eines böſen Unwetters zu deuten. Die Bürgerwehr pflanzte ihre mit Shrapnels geladenen Kanonen vor dem großherzoglichen Schloſſe auf. Dorthin marſchirte ungerufen auch die deutſch-ſchweizeriſche Legion unter dem Commando ihres Oberſten Bönning von Wiesbaden. Dieſer alte Mann, der mit ſeinem langen grauen Bart, herabwallenden Haaren und edlem Schnitt des Geſichts eine ſehr maleriſche Figur macht, lebte früher lange im Canton Bern und iſt durch Phantaſterei und republikaniſche Exaltation gleich ſehr bekannt. Um 11 Uhr Vormittags erſchien Struve mit einem Theil ſeiner Anhänger auf dem Platz und redete die Officiere der Bürgerwehr beruhigend an. Als dieſe ihm geradezu den Vorwurf ins Geſicht warfen: er wolle die Republik proclamiren und mit jener Rotte fremder Abenteurer die Stadt plündern, antwortete Struve gegen ſeine Gewohnheit ungemein ruhig: daß dieſer Vorwurf durchaus ungerecht ſei, daß er weder die Regierung ſtürzen noch die Republik einführen wolle, daß ſeine und ſeiner Freunde durchaus ehrliche und offene Abſichten nichts anderes bezwecken als der begonnenen Revolution mehr Nachdruck, der proviſoriſchen Regierung mehr „revolutionäre Thatkraft“ zu geben. Ich hörte dieſe Worte Struve's mit eigenen Ohren. Der Ton ſeiner Stimme war dabei ganz ſanft. Er trug ein ſchwarzes Hütchen mit breitem Rand und die Tricolorſchärpe um die Bruſt, kein rothes Abzeichen wie ſeine Freunde, die ihn umgaben. Von der Bürgerwehr ſchied er ſcheinbar freundſchaftlich. Man drückte ſich die Hände. Bönning's Legion, die ſich in drohender Haltung den Bürgern gegenüber aufgeſtellt hatte, räumte wie dieſe um Mittag den Platz. Die proviſoriſche Regierung ſandte gegen 1 Uhr an den Obercommandanten Becker aus Biel, der das militäriſche Haupt der Demagogenpartei iſt, wie Struve der politiſche Führer, den wiederholten Befehl, an der Spitze der deutſch-ſchweizeriſchen Legion nach Heidelberg abzugehen. Ihn, den Oberbefehlshaber der Volkswehr, fürchtete man am meiſten, denn ſein Name iſt von außerordentlicher Popularität bei den Freiſchaaren. Viele Flüchtlinge hatten in der Schweiz bei ihm gaſtfreie Aufnahme gefunden. Dieſen gefährlichen Mann wollte Brentano um jeden Preis entfernen. Als Becker dem erhaltenen Befehl abermals keine Folge leiſtete, wurde er um 3 Uhr Nachmittags durch die Bürgerwehr verhaftet. Der „Club des entſchiedenen Fortſchritts“ hielt um dieſelbe Stunde Sitzung, um hinſichtlich der Antwort der proviſoriſchen Regierung auf fernere Anfragen zu debattiren. Struve war Präſident, Tzſchirner Vicepräſident. Der unedle Ausdruck der Phyſiognomie Tzſchirners frappirte mich; dieſer ſehr gewöhnliche Mann ſcheint weder Redegabe noch ein Fünkchen von Begeiſterung und Energie zu haben und nahm doch bei der Dresdener Revolution eine Hauptrolle an, die er freilich erbärmlich genug geſpielt hat! Verſammlungsort des Clubs war der große Saal im Rathhauſe. Es waren höchſtens 150 Perſonen anweſend und als Struve erklärte, daß nur diejenigen, welche dem Club als Mitglieder anzugehören wünſchten, im Saale zu verbleiben hätten, leerte ſich derſelbe noch beträchtlich. Der erſte Gegenſtand der Berathung betraf den projectirten bewaffneten Einfall in Würtemberg. Die Anſichten der Redner waren getheilt. Inmitten dieſer Debatte kam „Bürger Tiedemann“ haſtig in den Saal geſtürzt mit der Meldung, daß Becker verhaftet ſei. Es erfolgte ein Ausbruch des Schreckens und der Wuth. Die Mehrzahl ſtürzte aus dem Rathhauſe; einige ſchrieen zu den Waffen, wurden aber ſogleich von der anrückenden Bürgerwehr verhaftet. Brentano hatte inzwiſchen aus Raſtatt mittelſt der Eiſenbahn Truppen kommen laſſen, 1 Schwadron Dragoner und 4 Compagnien vom 2. Regiment. Dieſelben beſetzten mit der Bürgerwehr den Platz vor dem Rathhaus. Struve, Tzſchirner und Genoſſen wurden verhaftet, obwohl erſterer ſeine Anhänger, welche über Beckers Verhaftung wüthend waren, von Gewaltmaßregeln abzubringen verſucht hatte. Oberſt Bönning wurde auf der Straße verhaftet. Ich ſah, wie mehrere Soldaten aus den Gliedern rannten und den ehrwürdigen alten Mann, den ſie den „republikaniſchen Räuberhauptmann“ nannten, mit Bajonetten durchbohren wollten. Die Stimmung der Bürgerwehr wie der Truppen ſchien gegen den Republikaner höchſt erbittert. Ein alter Feldwebel vom 2. Infanterieregiment zeichnete ſich durch die Leidenſchaft aus, womit er alle vorübergehenden Blouſenmänner, die rothe Cocarden trugen, inſultirte. Inzwiſchen hatte auch die Legion der Flüchtlinge zu den Waffen gegriffen, die Freilaſſung ihrer Anführer begehrend. Sie ſtellte ſich auf dem Kaſernenplatze in Schlachtordnung auf und ſchob ihre Vorpoſten bis in die „lange Straße“ vor. Dieſes Corps zählte höchſtens 600 Mann, kaum das Drittheil von der Stärke der Bürgerwehr. Wer aber dieſe bärtigen Blouſenmänner genau betrachtete, wer ihre athletiſchen Körper, ihre martialiſche Haltung, die wilde Keckheit und die Kampfbegierde auf ihren ſonnegebräunten Geſichtern ſah, der mochte ſchwerlich mit voller Zuverſicht an den Sieg der Regierung glauben. Wehe dem „Bürger Brentano“, wehe dem armen Carlsruher Bourgeois, wenn jene verzweifelten Menſchen im Kampfe die Oberhand behalten hätten! Zum Glück wurde das äußerſte vermieden, die proviſoriſche Regierung gab nach. Brentano erſchien ſelbſt im Rathhauſe, um die verhafteten Mitglieder des Struveſchen Klubs in Freiheit zu ſetzen, vermied es indeſſen, mit Struve perſönlich zu verkehren. Die Bürger und die Truppen begrüßten Brentano mit donnerndem Hoch! Goegg war inzwiſchen zur Caſerne der Legion gegangen und hatte in einer Rede voll ſüßlicher Worte, wobei es ihm ſchwer wurde die innere Herzensangſt zu verbergen, die Soldaten gebeten gehorſam und ruhig zu ſein. Ihre Anführer Becker und Bönning ſollten ihnen an der Eiſenbahn ausgeliefert werden, ſobald die Legion dorthin ziehen wolle. Dieß geſchah auch endlich auf die Mahnung der Officiere hin. Becker und Bönning wurden in Freiheit geſetzt und von ihren Soldaten mit donnerndem Hoch empfangen. Peter drückte dem Becker unzähligemal die Hand zur Verſöhnung. Die Miene des letztern verhehlte ſchlecht den innern Grimm. Nun iſt die Legion nach der heſſiſchen Gränze abgegangen. Unſere beſtürzten Bürger, die ſich jetzt ſelbſt den Teufel als Herrſcher gefallen ließen, wenn er ihnen nur Ruhe und Schutz des Eigenthums brächte, athmen wieder freier. Aber welche Schreckensſcenen ſtehen der Stadt Karlsruhe, ſtehen dem Lande noch bevor, wenn im Falle einer Niederlage all die wilden Banden der Blouſenmänner durch das Land ſich wälzen und über Verrath brüllen werden, wie es jederzeit nach einer Niederlage geſchieht!

* **Karlsruhe**, 7. Juni. Die proviſoriſche Regierung kündigt im amtlichen Theile der Karlsruher Zeitung die Eröffnung der conſtituirenden Landesverſammlung auf den 10. Juni an.

Die Badner haben bei dem Ueberfall der Heſſen in Weinheim (in der Nacht auf den 5. Juni) 9 Todte gehabt, alle von

№ 157. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 9. Juni 1849.

Ueberſicht.

Zur Preußiſchen Reichsverfaſſung. II.
Die Engländer und das Feſtland. III.
Deutſchland. Frankfurt (Die Reichstruppen an der badiſchen Grenze.) Wien (Oeſterreich und Preußen. Einberufung der penſionirten Officiere) Berlin (Die Verfaſſungsſtaaten. Das neue Wahlgeſetz. Wrangel und die Stulpſtiefeln.) München (Beſuch des Hofes im Lager bei Donauwörth. Die ultramontane Partei. Die Großdeutſchen. Die baieriſche Proteſtation gegen Preußen.)
Niederland. Haag (Kanonenboote auf dem Rhein. Prinzeſſin Marianne. Das Wahlgeſetz.)

Zur Preußiſchen Reichsverfaſſung.

II.

Von der Elbe, 2. Juni. In den Art. IV. bis IX. ſind die materiellen Zuſtände des Reichs, Zoll, Handel, Poſten, Münze, Maaß und Gewicht ꝛc. in der Art behandelt, daß dieſe Beſtimmungen mit etwas beſſerer Redaction unbedenklich an die Stelle der entſprechenden Artikel der Reichsverfaſſung treten könnten. Deſto ſchlimmer ſind die §§. 48 und 49 des Art. X., welche die Geldmittel des Reichs auf Matricularbeiträge und Schulden einſchränken, während die Reichsverfaſſung außerdem die beiden wichtigen Poſitionen: Zölle und Steuern anordnet. Die Erfahrung hat ſattſam bewieſen in der Marineangelegenheit, was auf dem Spiele ſteht, wenn das Reich von der Barmherzigkeit oder dem Starrſinn der Einzelſtaaten abhängt, und durchaus jeder ſelbſtſtändigen Einnahmequelle entbehrt. Vestigia terrent! Geſetzt Preußen und Baiern und Hannover bezahlen ihre Matricularbeiträge nicht; ſo iſt das Reich bankerott. Ueberdem müſſen Matricularbeiträge, wenn ſie das Reichsbudget füllen, das Budget der Einzelſtaaten jeder conſtitutionellen Controle verſchließen.

Der Preis für die Aufnahme faſt des Geſammtinhalts der Reichsverfaſſung liegt augenſcheinlich im Abſchnitt III.: das Reichsoberhaupt. Wir finden hier zunächſt den Titel: Reichsvorſtand, ein Name, den jeder Club, jede Actiengeſellſchaft ſich aneignet und der wahrlich der erſten Würde des großen deutſchen Reichs nicht ſich ziemt. Warum denn nicht Kaiſer oder König oder Schirm- und Schutzherr? Weg mit dieſer gekünſtelten Beſcheidenheit aus frommer Demuth, deren die Nation nicht bedarf, welche die Nation weder ehrt noch ſchmückt! Sie iſt ohnehin falſch dieſe Demuth, denn nicht blos durch die Erblichkeit, ſondern auch durch ſeine Stellung als Vorſtand und als gleichzeitiges Mitglied des Fürſtencollegiums ragt Preußen in dem Grade hervor, daß es ſeiner Macht auch den gebührenden glorreichen Namen verleihen muß. Ein Gemiſch von einheitlicher Spitze und Directorium erblicken wir in dem Fürſtencollegium, bekleidet mit dem Attribute des Geſetzesvorſchlages (§. 76) und gleich dem Reichsvorſtande, mit dem abſoluten Veto ausgerüſtet (§. 99 — 191). Den Streithandſchuh über das abſolute und ſuſpenſive Veto wollen wir nicht wieder aufheben; bei Aenderungen der Reichsverfaſſung mag das abſolute Veto ſeinen Platz behaupten; im übrigen iſt das ſuſpenſive ebenſo, wenn nicht mehr geeignet, als das abſolute, in Verbindung mit dem Staatenhauſe, die conſtitutionelle Monarchie zu befeſtigen und ſolche zugleich zur Wahrheit werden zu laſſen. Jedenfalls iſt dieſe Abweichung von der Reichsverfaſſung nicht eine unglückliche und nicht von dem practiſchen Belange, daß es ſich der Mühe verlohnte, deshalb die deutſchen Staaten auseinander zu ſpalten. Das preußiſche Miniſterium hätte ſich dies ſelbſt ſagen müſſen, als die Annahme der Krone zur Frage ſtand; und wahrhaftig gar ſehr viel Unglück und Elend wäre vermieden! Aber das Fürſtencollegium! Es verleiht den Fürſten um vieles mehr als der Reichsrath der zweiten Leſung, den die äußerſte Rechte zum Fallen brachte, es gewährt der Mehrzahl unter den Fürſten um vieles weniger als die Bundesacte! Schwierigkeiten ſchon mögen genug entſtehen über die Einigung in der Wahl der Bevollmächtigten für alle Staaten, mit Ausnahme von Preußen und Baiern. Allein viel bedeutſamer iſt die Betrachtung, daß dies Fürſtencollegium das monarchiſche Princip in Deutſchland zu Grabe tragen oder doch ſehr bald eine Mediatiſirung der Einzelfürſten herbeiführen wird, welche die Reichsverfaſſung nicht wollte. Die Nation wird in dieſem vierten Factor den läſtigſten Hemmſchuh erblicken, und dieſer vierte Factor wird bei nichtausbleibender Meinungsverſchiedenheit und Zwieſpalt, die Nation in den inneren Organismus oder vielmehr die Desorganiſation der ausführenden Gewalt einen Blick werfen laſſen, der bald es augenſcheinlich machen dürfte, daß dies Fürſtencollegium den Keim vollendeter Unfähigkeit in ſich und zugleich den Stempel der inneren Unwahrheit an der Stirne trägt. Hat Preußen zwei Stimmen für ſeine Anſicht gewonnen, und das wird dieſer Macht wegen ihres Einfluſſes auf die kleineren Staaten ſehr leicht gelingen, ſo entſcheidet Preußen. Unterliegt der Reichsvorſtand, ſo wird die Demuth kaum ſo weit führen, eine Rechtfertigung, wenn auch nicht immer im Parlamente ſelbſt, zu unterlaſſen, den beiden Häuſern gegenüber, und alle Schuld von ſich abzuwälzen. Siegt Preußen, ſo beſitzen die unterliegenden Kleinen ganz ſicher böſes Blut genug, um den Reichsvorſtand anzuſchwärzen und ihr Müthchen in anderer Weiſe gegen ihn zu kühlen. Möge Baiern ſeinen Malzaufſchlag zur Theilung bringen müſſen durch den Sieg des Reichsvorſtandes und wir werden ſehen, ob in München nicht noch etwas anderes ſich zuträgt als ein Bier-Crawall! Genug dies Fürſtencollegium wird der Nation die Fürſten verleiden: es iſt ein Theorem, welches ſelbſt den „Herrſcher im Donnergewölk' Zeus“ vernichten könnte, geſchweige unſere kleinen deutſchen Fürſten, mit ihren zahlloſen Eiferſüchteleien und Camarillen, und welches gleichzeitig den Schirmherrn des Reichs zu demoliren droht. Die deutſche Nation wird das Fürſtencollegium ſchwerer empfinden, als den Bundestag, der mehr durch Nichtsthun als durch Schlechtthun geſündigt hat; und in dieſer Fundgrube des Partikularismus werden die beſten Kräfte der Nation begraben werden.

Die Veränderungen, welche der Entwurf den Grundrechten gegeben, können wir der Mehrzahl nach nur billigen; wir haben Angeſichts der Mörder von Lichnowsky und Auerswald nicht für Abſchaffung der Todesſtrafe geſtimmt und die neueſte Zeit hat dies unſer Votum nur beſtätigen können. Abſchaffung des Adels als Standes, der Titel und Orden ſind in unſeren Augen zu unerhebliche Dinge, um derenthalben Krone und Verfaſſung auszuſchlagen oder eine neue Verfaſſung abzulehnen. Auch der §. 141 genügt unſeren Anſprüchen auf Preßfreiheit, nicht aber die auch die Preſſe umfaſſende allgemeine Zulaſſung von Belagerungszuſtänden im §. 195. Die Art. V und VI des Entwurfs über Kirchen- und Schulweſen halten wir für beſſer als die dieſe Angelegenheiten regelnden Beſtimmungen der Reichsverfaſſung, ingleichen die Feſtſetzungen über Vereine und die Theilbarkeit des Grundbeſitzes ꝛc.; höchſt ungeeignet erſcheint dagegen die Leiſtung des Verfaſſungseides im Fürſtencollegio ſtatt öffentlich vor dem Reichstage, und die Befugniß, vor Ableiſtung des Eides Regierungshandlungen vorzunehmen.

Wir ſind am Ende unſerer curſoriſchen Prüfung des Entwurfs, der, gleich der Reichsverfaſſung, des Schätzbaren vieles enthält, ſo manches, inſonderheit durch Feſtſtellung des Staaten- und Volkshauſes, daß eine ſolche Verfaſſung, gegeben von den Fürſten im März des Jahres 1848, die Liebe, die Zuneigung der Nation unfehlbar für ſich gewonnen haben würde. Auch jetzt noch iſt es nicht zu ſpät! Der Drang zur Einheit und zur Vertretung des Volkes wurzelt unvertilgbar tief.

Andererſeits gebietet die Noth, das Stocken aller Gewerbe, das chaotiſche, wüſte Treiben im Südweſten, bald zum Verfaſſungsziele zu gelangen. Die kleineren Staaten, von denen die Reichsverfaſſung anerkannt worden, ſammt ihren ſtändiſchen Organen, werden ſich entſchließen müſſen, dem preußiſchen Bündniſſe beizutreten; ihre Lage zwingt ſie unabweislich zu dieſem Schritte und nur die Frage kann noch entſtehen, unter welchem Vorbehalte dies wird geſchehen müſſen.

Die am 26. d. M. in Gotha ſich vereinigende Verſammlung des ehemaligen Centrums bietet die beſte Gelegenheit dar, die Anſichten auszutauſchen und eine Verſtändigung anzubahnen. Nur dann aber wird ſolche wichtig ſein, wenn ein anderes Wahlgeſetz dem neuen Reichstage zum Grunde gelegt wird, als das preußiſch-ſächſiſch-hannoverſche. Die Mängel dieſes Geſetzes ſind ſchon von der Preſſe laut gerügt; es muß dem Reichswahlgeſetze weichen, oder den einzelnen Wahlgeſetzen, die in den verſchiedenen Staaten für die Stände in Gültigkeit ſind. Preußen verkennt nicht, wie unentbehrlich ihm der Anſchluß der übrigen Staaten iſt; es möge zur Erkenntniß kommen, daß der zu ſtraff angezogene Bogen zerſpringt und daß bei Aufzwingung ſeines Wahlgeſetzes nichts we-

niger auf dem Spiele ſteht, als ein bleibender Spalt zwiſchen Süd- und Norddeutſchland, der jetzt ſchon breit genug auseinander klafft.

Die Engländer und das Feſtland.

III.

Griffe Frankreich den Rhein an, ſo zöge das „Foreign Office" mit der Barmener Bürgerwehr für die Exiſtenz Preußens ins Feld. Geht Preußen in Oeſterreich auf, ſo iſt das nur die Wiederherſtellung des ehrwürdigen status quo ante, gegen den ſich nichts einwenden läßt. Im Gegentheil, dieſes Arrangement würde dazu beitragen den diplomatiſchen Verkehr zu vereinfachen. In ſeiner auswärtigen Politik war Oeſterreich nie ſehr rührig. Es hat weder das Pulver erfunden, noch den Zollverein gemacht — ja es iſt dem letzteren ſogar niemals beigetreten und es hat einen ausgezeichneten Tarif und ein erkleckliches posse von Grenzwächtern zum Beſten des engliſchen Schmuggelhandels. Es hat von jeher alle Induſtrie zu Boden dekretirt und ſich bemüht ſeinem Berufe als continentaler, d. h. ackerbautreibender Staat nachzukommen. Kämen die deutſchen Staaten ſämmtlich auf friedlichem Wege unter öſterreichiſche Verwaltung, ſo würde dieſer anſpruchsloſen Großmuth ein weiteres Feld eröffnet. Was gewönnen die Fabrikdiſtrikte? Ueberhaupt es iſt kaum Jemand in England, der gegen ein ſolches Arrangement einen vernünftigen Einwand hätte. Die Vergrößerung der öſterreichiſchen Armee wäre eine Wohlthat für die Söhne der kleineren Gentry, denen dieſe Armee immer ein Aſyl war. Die Diners der preußiſchen Geſandſchaft ſind freilich beſſer, als die Diners der öſterreichiſchen Ambaſſade, die bei ihren Ausgaben immer mehr nach Gulden wie nach Sovereigns rechnet; aber es iſt doch auch angenehm einen fremden Geſandten zu haben über den man zuweilen recht herzlich lachen kann, wie man über den armen Grafen Dietrichſtein lachte, deſſen Attaché's übrigens ſehr aufmerkſam waren, beſonders der hübſche Graf Potocki.

Sie ſehen, ich habe mir die Freiheit genommen, die Damenwelt redend einzuführen und wer es weiß, welchen Einfluß die ſchönen Bewohnerinnen von Curzonſtreet, Milton-Crescent, Chesham Place — kurz von Mayfair und Belgravia auf die Regierung dieſes Reiches haben; wer es bedenkt, daß an ihrer Oppoſition im vorigen Jahre die Judenbill ſcheiterte, der wird fühlen, daß ſelbſt die verlegene Aengſtlichkeit eines Dietrichſtein und die hübſchen braunen Locken eines Potocki beitragen können, die engliſche Politik in Bezug auf Preußen und Oeſterreich zu beſtimmen.

Wenden wir uns jetzt zu den ehrenwerthen und gelehrten Mitgliedern der beiden Häuſer, deren Talent und Einfluß das Foreign Office vielleicht zu fürchten hätte, ſo ſehen wir Lord Brougham im Oberhauſe und Herrn Disraeli im Unterhauſe in Oppoſition gegen Lord Lansdowne und Lord Palmerſton, nicht weil ſie glauben Oeſterreich werde ungebührlich begünſtigt, ſondern um Lord Palmerſton zum Schutze „des alten Alliirten Englands" zu zwingen. Ich möchte wiſſen, wer der alte Alliirte iſt? Metternich oder Franz Joſeph, oder Schwarzenberg oder Stadion? Die einzigen Leute in den beiden Häuſern denen es allenfalls möglich wäre auswärtige Politik zu begreifen (wenn ſie ſie erſt ſtudiren wollten), ſind geſchworene Feinde des Abſolutismus. Lord Brougham iſt es kraft ſeiner Conſequenz in der Inconſequenz, denn Mr. Henry Brougham war ein Edinburgh Reviewer. Mr. Disraeli hat Coningsby, Sybil und Tankred geſchrieben und zwar nach beſtem Wiſſen und Meinen. Mehr brauche ich nicht zu ſagen.

Im Oberhauſe möchte Lord Beaumont gern die auswärtige Politik des Miniſteriums in eine andere Richtung drängen; aber Lord Beaumont, trotzdem daß er neulich ein ausgezeichnetes Pamphlet über Oeſterreich und Italien geſchrieben hat, iſt kein Redner und einem ſo routinirten Debattenführer wie Lord Lansdowne iſt, wird es leicht, ihn aus dem Felde zu ſchlagen. Im Unterhauſe beſchäftigen ſich die beſten und fleißigſten Menſchen natürlich nicht mit der auswärtigen Politik. Disraeli frißt (entſchuldigen Sie den Ausdruck; to cram iſt ein parlamentariſches Wort für das, was unſere Studenten ochſen nennen) — Disraeli alſo frißt im Laufe ſeines Oppoſitionsſchachers hie und da eine ausländiſche Affaire und entladet ſie als Interpellation auf Lord Palmerſton, aber mehr um den edlen Lord anzuſpornen, als um ſeiner Politik ernſtlich in den Weg zu treten. Die beiden Gegner ſind ſich über Frage und Antwort ſo einig, wie die Acteurs in einer Promotionsſcene. Lord Dudley Stuart hat ſich ſeiner Zeit mit den Polen ruinirt. Er hat zudem nicht das Geſchick, ſeinen Gegenſtand intereſſant zu machen. Mr. Milnes hat viele deutſche Gedichte ins Engliſche übertragen. Er gilt daher mit Recht für einen großen deutſchen Politiker. Doch betritt ſein Fuß dieſen Boden nur mit Vorſicht. Er hat ſich eine Reputation zu erhalten und erhält ſie am ſicherſten durch Allgemeinheiten. Denn trotz ſeiner Indifferenz und Trägheit iſt Lord Palmerſton kein verächtlicher Gegner. Im Laufe ſeiner Amtsführung iſt immer ſo viel fremde Politik in Facten und Daten an ihm hängen geblieben, daß ein feiner Gentleman wie Hr. Milnes, der dergleichen nur pour passer le temps betreibt, wohl thut, ſich nicht zu tief mit ihm einzulaſſen.

Soll ich jetzt noch der galligten Carriere des Herrn Urquhart und der naiven Indiscretion Chisholm Anſtey's erwähnen? Sie wiſſen, man findet den erſteren immer in enger Verbindung mit Rußland und der Türkei. In den letzten Seſſionen hat er verſchiedene Motionen rückſichtlich der Donaufürſtenthümer abortirt. Das Steckenpferd des Herrn Urquhart erinnert an Schillers Worte über das was kein Verſtand der Verſtändigen ſieht. Er hat den wunden Fleck der engliſchen Diplomatie getroffen; die Stelle die er berührt, iſt das Krebsgeſchwür an dem England ſterben wird. Das Fatum iſt unerbittlich. Conſtantinopel muß fallen; das Geſtirn der größten Seemacht muß vor dem milden Glanz einer andern Macht erbleichen und die Intereſſen des Oſtens müſſen im engliſchen Parlamente verhandelt werden — auf Herrn Urquhart's Motion.

Herr Urquhart iſt ein verunglückter Diplomat; weder ſeine Perſönlichkeit noch ſeine Familie verſchaffen ihm Einfluß und ſein Haß gegen Lord Palmerſton iſt bekannt wie die „happy family" in Trafalgar Square. Dies reicht hin jeden Gegenſtand zu verdammen, in den der ehrenwerthe Herr ſeine Finger legt. Schon vor der Monſter-Motion des Herrn Chisholm Anſtey konnte das Haus die ganze Klugheit eines neuen Mitgliedes ermeſſen, das aus freier Wahl am Arme des Herrn Urquhart die Bühne von St. Stephens betrat.

Seine Monſter-Motion gab ihm den Reſt. Der arme Anſtey wollte das Haus im Sturmſchritt nehmen. Sic itur ad astra! Wozu bedurfte es einer parlamentariſchen Carriere von 20 Jahren und mehr, wenn man Unſterblichkeit und einen Sitz auf den Treaſurybänken durch das impeachment einer Foreign Sekretary erlangen konnte? Mr. Anſtey debütirte im Parlament mit einer Hochverrathsanklage gegen Lord Palmerſton, die er auf die Aktenſtücke, diplomatiſche Noten, Berichte ꝛc. der letzten zwanzig Jahre gründete, und dieſe Papiere, (ſo lautete ſeine Motion) ſollten unverzüglich auf den Tiſch des Hauſes niedergelegt werden.

Das Schickſal dieſer Motion iſt bekannt. Das arme Ungethüm kam todt zur Welt. Man ließ Herrn Anſtey

„— — — Like the flying fish
Gasping on deck, because they soar too high, Bob,
And fell for lack of Moisture quite a dry Bob,"

ächzend auf der Flur des Hauſes. Aber merkwürdig iſt dieſe Motion, denn ſie zeigt wie unumſchränkt der foreign Secretary in ſeinem Departement herrſcht. Faſt jährlich ſind die Miniſter genöthigt, ihre Documente und Belege über alle Zweige der Verwaltung auf den Tiſch des Hauſes zu legen und ſie dem Scrutinium eines Commiſſärs zu unterwerfen. In Sachen der Colonien, oder der Armee, oder der Schatzkammer würde man nach den Papieren der letzten ſechs Monate zu fragen haben. In Sachen der auswärtigen Angelegenheiten — d. h. in Sachen der Weltherrſchaft hat ſich das Parlament ſeit zwanzig Jahren nicht um das Thun und Treiben der verſchiedenſten Miniſterien bekümmert. Doch ja! Lord Palmerſton's Streit mit M. Guizot über die ſpaniſchen Heirathen iſt der ſorgfältigſten Prüfung unterworfen worden. England kann ruhig ſein, denn Lord Palmerſton verhindert alle Uebergriffe Seitens Frankreichs. Unter einem andern Miniſterium würde Lord Aberdeen dieſe Pflicht eben ſo treu erfüllen, denn „Cäſar und Pompey ſind einander ſehr ähnlich — beſonders aber Pompey."

Ich habe mich ſchließlich noch gegen den Vorwurf zu verwahren, daß ich Kleinigkeiten einen zu großen Einfluß auf die Schickſale Europa's einräumte. Man wird mir dieſen Vorwurf machen, und ich beantworte ihn mit den Worten eines Dichters,

der ſeiner Zeit tiefe Blicke in die Maſchinerie der engliſchen Politik gethan hat. Ich beantworte dieſen Vorwurf mit den Worten Pope's:

„These little things are great to little men."

Deutſchland.

*Frankfurt, 8. Juni. Die an der Grenze Badens ſtehenden heſſiſchen und ſonſtigen Reichstruppen laſſen Nichts zu wünſchen übrig, was Ertragung der oft außerordentlichen Strapatzen und die Tapferkeit im Feld betrifft. Tage ohne Ruhe, ohne Eſſen, ohne Schlaf folgen aufeinander und der Soldat erträgt alle dieſe Entbehrungen mit Freudigkeit und Pflichtgefühl, folgt willig dem Ruf der ihn ſtets wieder allarmirenden Trommel und iſt im Kampf friſch, munter und tapfer. Dagegen werden Ausbrüche von Rohheit gegen die Gefangenen erzählt; dieſelben ſollen beim Vorüberführen an der Fronte, alſo vor den Augen der Officiere Mißhandlungen, Kolbenſtößen ꝛc. ausgeſetzt ſein. Von einem Officier verſichert ein in der dortigen Gegend anſäſſiger Zeuge, die an ſeine Leute gerichtete Aeußerung vernommen zu haben: wenn ſie den Freiſchaaren Pardon gäben, würden ſie keinen von ihm erhalten.

* Der Oeſterreichiſche Correſpondent bemerkt am Schluſſe eines Artikels über die deutſchen Angelegenheiten: „Wir müſſen noch jetzt wiederholen, was wir immer behaupteten: Oeſterreich ſteht an der Spitze von Deutſchland, mit altem, wohlbegründetem Rechte, und noch jetzt mit wohlbegründeter Macht. Sollten Preußens Bemühungen dahin gehen, Oeſterreich von ſeinem Platze wegzudrängen und denſelben einzunehmen, ſollte Preußen darauf die Centralgewalt in ſeine Hand zu nehmen, dann wäre es ein uſurpatoriſches Beſtreben, welches ſich früher oder ſpäter rächen muß. Beklagen müßten wir, wenn dieſer ungemeſſene Ehrgeiz der preußiſchen Staatsmänner zu Colliſionen führen würde, aber auf dieſem Wege wird Deutſchlands Größe im Zwieſpalte zwiſchen Oeſterreich und Preußen begraben."

A. C. Z. **Wien**, 4. Juni. Das Kriegsminiſterium hat an alle penſionirten Officiere die Aufforderung ergehen laſſen, nach dem Maße der Dienſttauglichkeit in Kriegs- oder Friedensdienſte einzutreten.

** **Berlin**, 6. Juni. Möchten doch die 29 Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt hatten, übereinſtimmend handeln. Es ließe ſich denken, daß dieſelben collectiviſch erklärten, über den von den 3 Regierungen mitgetheilten Entwurf materiell ſich jedes Votums, zuſtimmenden oder zurückweiſenden, enthalten, dagegen auf den Plan dieſer 3 Regierungen eingehen zu wollen, falls Aenderungen des Wahlgeſetzes von dieſen 3 Regierungen zugeſtanden würden. Ausſicht darauf, daß das Wahlgeſetz auf Verlangen der 29 Regierungen geändert werde, was indeſſen von dieſen als Bedingung geſtellt werden müßte, iſt vorhanden. Sie beſteht in Folgendem. Wenn gefordert wird, daß von der Wahl diejenigen nicht ausgeſchloſſen werden, welche keine Steuern zahlen, ſo dürfte Preußen dieſe Forderung unterſtützen. Bei den Conferenzen waren es Sachſen und Hannover, welche nicht davon abgingen, daß diejenigen, welche überhaupt keine Steuern zahlen, von dem Wahlrecht auszuſchließen wären. Daß Preußen die entgegengeſetzte Anſicht vertrat, ebenſo ſich gegen die Bedingung des 3jährigen Aufenthalts erklärte, weiß ich mit Beſtimmtheit. Wenn dagegen von den 29 Regierungen gefordert wird, daß nicht nach Claſſen, ſondern in allgemeiner Urwählerverſammlung die Wahlmänner zu wählen ſeien, ſo würde dieſe Forderung von Hannover vorausſichtlich unterſtützt werden, das dieſe Claſſification nur mit Sträuben hinnahm. Die 3 Regierungen dürften der Forderung einer Aenderung des Wahlgeſetzes um ſo weniger Widerſtand zu leiſten für rathſam erachten, als ſie der Reichsverſammlung das Feſthalten an etwas mehr als einem Vorſchlag zur ſchweren Schuld anrechneten. Andererſeits hätten die 29 Staaten die Sache der Reichsverfaſſung keineswegs verrathen, ebenſowenig aber die Spaltung des Vaterlandes gefördert, ſondern eben das Schiedsrichteramt zwiſchen dem Entwurf der 3 Regierungen und der von den 29 Staaten angenommenen Reichsurkunde ihren Völkern übertragen. Damit dieſes Schiedsamt nicht zu einem leeren Schein herabſinke, iſt von Seiten der 29 Staaten die Aenderung des Wahlgeſetzes als Bedingung jedweder Theilnahme an dem Projekt aufzuſtellen.

** **Berlin**, 6. Juni. Hannover hat nur Eine Univerſität, Preußen hat deren ſechs. Aber auf allen ſechs Univerſitäten werden ſich nicht ſieben Profeſſoren finden, welche dem Beiſpiel der Göttinger folgen. Das Schreckbild der Revolution, die Nachwehen des tollen Rauſches vom jungen Moſt der Demokratie ſind ſo wirkſam, daß die preußiſche Regierung Recht behält, indem ſie das Recht mit Füßen tritt. Es iſt in dieſen Tagen hier nichts Anderes geſchehen, als was 1837 in Hannover geſchah. Aber damals fand der Vorwand jenes Staatsſtreichs, daß das Grundgeſetz mit dem moraliſchen Prinzip nicht vereinbar wäre, nicht den Glauben wie heute der Vorwand gegen das allgemeine Wahlrecht. Muth iſt jetzt ohne Weisheit und Weisheit ohne Muth!

Heut' iſt der Tag, wo — nicht, wie die Miniſter ſchreiben, blos nach der Ordre vom 27. April — ſondern nach §. 49 der Verfaſſungsurkunde die Urwähler des Königreichs zuſammentreten ſollten. Weil die Miniſter nicht rechtzeitig wagten, mit der Beſeitigung des verfaſſungsmäßigen Wahlrechts hervorzutreten, deshalb war die Verletzung des §. 49 erforderlich, deshalb ſollen wir ſtatt am 6. Juni — am 17. Juli wählen. Wir ſollen, oder vielmehr wir dürfen. Aber es iſt fraglich, ob wir es werden. Wenigſtens, wenn das erſte Gefühl richtig war, ſo verweigern wir die Wahlen auf Grund dieſes unter dem ehrwürdigen Namen des Souveräns im Staats-Anzeiger veröffentlichten ſogenannten Wahlgeſetzes, deſſen Gültigkeit kein ehrlicher Mann behaupten kann. Die Sophismen, mit welchen die Unterſchrift des königlichen Namens, ich will nicht ſagen „erſchlichen", doch erlangt iſt, trügen Niemand, der bei Sinnen iſt. Mit §. 67 und 68 der Verfaſſung iſt dieſes problematiſche Wahlgeſetz nicht vereinbar. Die Anmerkung zu §. 67 ſchließt nicht allein die eigenmächtige Einführung der „Eintheilung nach beſtimmten Klaſſen für Stadt und Land, wobei ſämmtliche bisherigen Urwähler mitwählen", ſondern jeden andern Wahlmodus, und nur „namentlich" ſolche Aenderung aus. Auf §. 73 kann man zum Ueberfluß auch ſich berufen! Aber bis hierher beſchränkten wir uns darauf, die Paragraphen der Verfaſſung zu allegiren. In der That halten Etliche das Wahlgeſetz vom 6. Dezember für nicht rechtsbeſtändig; daſſelbe wäre durch die Kammern nicht ſo wie die Verfaſſung anerkannt. Wir ſind dagegen ſtets von der Anſicht ausgegangen, daß nicht erſt die Anerkennung der Kammern die Verfaſſung vom 5. Dezember zu dem preußiſchen Staatsgrundgeſetz erhoben, ſondern nur ausdrücklich bekräftigt habe, was ſchon Rechtens war. Wir legten, und die große Mehrheit in Preußen ebenſo, den Hauptton auf die Wahlen des Königreichs. Durch ſie wurde die Gabe vom 5. Dezember zum Geſetz. Aber auf Grund des Wahlgeſetzes vom 6. Dezember wurden die Wahlen vollzogen, durch welche das preußiſche Volk die Verfaſſung vom 5. Dezember zum Landesgrundgeſetz adoptirte. In erſter Stelle wurde dabei folglich das Wahlgeſetz als rechtsbeſtändig anerkannt. Die ganze Bemühung um Anerkennung der Verfaſſung iſt eine Siſyphusarbeit geweſen, oder beſſer eine Danaidenarbeit, denn dieſes Miniſterium hat dem Faß den Boden ausgeſchlagen.

Berlin. Die faſhionable Welt bewundert ein Bild von „Vater" Wrangel, ein lebensgroßes Portrait von der Hand des Meiſters Magnus in der Kunſtausſtellung der Academie. Das Bild iſt allerdings ein Meiſterſtück neuerer Portrait-Malerei. Da ſteht er in der weißen Cüraſſier-Tracht, der Mann, der das Haus Hohenzollern gerettet. Das Bild hat übrigens eine beſondere Geſchichte. Um es hinzuſtellen, ſo, wie es jetzt ſteht, war nichts Geringeres nothwendig, als „eine Cabinets-Ordre Sr. Majeſtät Friedrich Wilhelm's IV." Der Künſtler wollte nämlich durchaus den General der Cavallerie in Reiter-Stulpſtiefeln malen, und nicht in den regelmäßig zur Uniform des Oberbefehlshabers der Marken gehörigen langen, nichtsſagenden „Unausſprechlichen". Aber alle Bitten und Vorſtellungen waren vergeblich. Des Künſtlers Intentionen ſcheiterten an der Pflichtmäßigkeit des Officiers, der auch im Bilde nicht etwas Reglementswidriges zulaſſen zu dürfen glaubte. Da wandte ſich der verzweifelnde Künſtler an die Majeſtät Friedrich Wilhelm IV., und dieſer erließ eine Cabinets-Ordre, daß der Oberbefehlshaber in den Marken ſich in Stulpſtiefeln malen laſſen dürfe. Jetzt war natürlich „Vater" Wrangel's Renitenz gebrochen. Da aber die Cabinets-Ordre nichts darüber beſagte, wer die dazu nothwendigen Stulpſtiefeln liefern ſolle, ſo erklärte er, — ärgerlich darüber, daß das Dienſt-Uniform-Reglement künſtleriſchen Rückſichten nachſtehen ſollte —, daß er ſeinerſeits ſich nicht bemüſſigt fände, die Stulpſtiefeln anzuſchaffen. Da

Digitized by Google

ließ ſie der Künſtler machen, und ſo kam denn Alles in Ordnung, und das berliner Publikum bewundert die Reiterſtiefeln, mit denen der Oberbefehlshaber in den Marken auf den März-Errungenſchaften herumtrampelt! (Köln. Z.)

= **München**, 5. Juni. Morgen wird der königliche Hof das Lager um Donauwörth beſuchen; nach der Lagerſchau ſollen alle Stabsoffiziere zur königlichen Tafel gezogen werden. Am 7. d. M. ſoll nun auch, wie es heißt, der Generalquartiermeiſterſtab von hier aufbrechen. Die ultramontane Partei entwickelt fort und fort eine außerordentliche Thätigkeit gegen die Frankfurter Reichsverfaſſung und auch die Agitation gegen den neuen Berliner Verfaſſungsentwurf hat ſie bereits in die Hand genommen; noch geſtern Abend hat ſie auf Grund der miniſteriellen Abſage von Preußen in einer Sitzung ihres Hauptvereins für conſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit einmüthig beſchloſſen, der Erklärung der baieriſchen Regierung aufs allerentſchiedenſte beizutreten und ihre Durchführung mit ganzer Kraft zu unterſtützen. Was dieſe Partei erklärt, wird ſie auch nach allen Kräften zu verwirklichen ſuchen. Auf der ultramontanen Volksverſammlung in Neuötting waren am 29. Mai 3000 Menſchen zugegen ;in Altötting aber, der baieriſchen Santa Casa di Loretto ſind auf Pfingſten an 15,000 Wallfahrer zuſammen gekommen. Der hieſige großdeutſche Verein, der am 2. Juni hier im engliſchen Kaffehaus getagt hat, zählt ſchon über 200 Mitglieder, in ſeinem Ausſchuſſe ſitzen Beisler, Dr. Bluntſchli (der in der deutſchen Frage mit ſeinem Freunde Rohmer, der die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung von Baiern forderte, zerfallen ſcheint) Gait, Gombart, Graf Pocci, Haindl, Neumayer, v. Niethammer, -Graf, Sedlmaier, Seidl. Wenn übrigens das baieriſche Volk gegen Preußen eingenommen iſt, ſo hat es darum noch keine Sympathien für das ruſſenfreundliche Oeſterreich; ich wenigſtens habe noch keine Spur davon finden können. Die baieriſche Proteſtation gegen Preußen findet aber fort und fort einen Rückhalt in der allgemeinen Abneigung gegen Preußen. Eine Anſchauung darf ich nicht unerwähnt laſſen, die Männer von vieler Einſicht auch hier ausſprechen, daß gewiſſe Diplomaten ſich mit der Hoffnung tragen: es werde auch auf dem nächſten Reichstage eine ſolche Verwirrung entſtehen, daß die neue Auflöſung desſelben dem abgeängſtigten und blaſirten Volke als Wohlthat erſcheinen werde. Geſtern ſah man Herrn v. Abel mit Herrn v. Oberkamp, dem ehemaligen baieriſchen Bundestagsgeſandten, in großer Heiterkeit Arm in Arm durch die Straßen wandern. Dem preußiſchen Geſandten, deſſen Legationsſecretär Baron v. Roſenberg hier angelangt iſt, mag geſtern nicht ſo wohl geweſen ſein; während der fulminanten Rede v. d. Pfordtens für Großdeutſchland, wollten ihn ſeine diplomatiſchen Collegen in der Loge faſt mit ihren triumphirenden Blicken vernichten.

Niederland.

** **Haag**, 31. Mai. Sämmtliche Miniſter werden bis zur Ernennung der Nachfolger für die Abtretenden die Geſchäfte vorläufig fortführen. Dieſer Tage ſind vier außergewöhnlich ſtark bemannte und mit Paixhans-Kanonen bewaffnete Kanonenbote nach der Waal geſegelt, um ſich auf dieſem Strom an verſchiedenen Punkten aufzuſtellen und, wie es in der Inſtruktion der Offiziere heißt, „bis oberhalb Nymwegen und Arnheim die Bewegungen in Deutſchland und die Maſſen Emigranten zu überwachen, und dieſes Land ſoviel möglich vor jedem Angriff zu beſchützen.“ Die Prinzeſſin Marianne der Niederlande, geſchiedene Gemahlin des Prinzen Albert von Preußen, gedenkt demnächſt mit einigen weltlichen und geiſtlichen Gelehrten und ziemlich zahlreichem Gefolge eine Reiſe ins heilige Land anzutreten und ihren Aufenthalt alldort je nach den Umſtänden zu verlängern. Die niederländiſchen Blätter beſprechen ausführlich die Scheidungsangelegenheit der fürſtlichen Gatten, nehmen aber entſchieden Partei für die Prinzeſſin Marianne. Ueber die Frage, an welchen Theil die Kinder zur Erziehung überlaſſen werden ſollen, iſt von keiner Seite die richterliche Entſcheidung angerufen worden; in Betreff der Schadlosſtellung (Eheſcheidungsſtrafe) aber lautet das Erkenntniß ausdrücklich: es ſei der Prinz, weil er die Klage auf unüberwindliche Abneigung gegründet habe, auch als der allein ſchuldige Theil anzuſehen und demzufolge in die geſetzliche Scheidungsſtrafe zu verurtheilen, ſofern die Prinzeſſin ſolche gefordert hätte. Dieſe Forderung iſt jedoch nicht erhoben worden. Die Hunderte von Grasmähern und Torfziehern, die ſonſt alljährlich zumal aus dem Weſtphäliſchen um dieſe Zeit nach Niederland hereinſtrömen, ſind heuer merkwürdiger Weiſe faſt ganz ausgeblieben, wahrſcheinlich in Folge der politiſchen Wirren im Nachbarlande. Die Freunde der niederländiſchen Armen hoffen ſchon, daß man zu deren Gunſten jetzt der fremden Arbeiterhilfe ganz entbehren lerne.

Der Wahlgeſetzentwurf findet im Ganzen, wenn auch nicht in allen ſeinen Theilen, Anklang. Auf 45,000 Seelen kommt grundgeſetzlich ein Abgeordneter zur zweiten Kammer, und nahezu auf jede 45 Seelen ſoll ein Wähler kommen, oder 1000 Wähler auf jeden Wahlbezirk von 45,000 Seelen. Die Höhe des Cenſus iſt nach den verſchiedenen Provinzen und Oertlichkeiten ſo gehalten, daß möglichſt in jedem Wahlbezirk die gleiche Anzahl von 1000 Wählern ſich vorfinden wird, während nach dem proviſoriſchen Wahlgeſetz die Zahl der Wähler ſehr verſchieden ausfiel, hauptſächlich weil der Cenſus in den Städten verhältnißmäßig zu hoch angeſetzt worden war. Man hat deshalb den Cenſus auf dem platten Land ein wenig erhöht, den in den Städten durchweg beträchtlich ermäßigt. Der Entwurf bleibt auf dieſe Weiſe noch 2 fl. über dem durchs Grundgeſetz beſtimmten Minimum von 20 fl. direkter Steuer (auf dem flachen Lande Limburgs) ſtehen, um welche alſo der Cenſus ſpäter noch vermindert werden kann, ohne Abänderung des Grundgeſetzes, wie ſolches auch in Belgien neuerdings durch allgemeine Herabſetzung des Cenſus auf das grundgeſetzliche Minimum geſchehen iſt. Dagegen bleibt der Entwurf vierzig Gulden unter dem durch das Grundgeſetz beſtimmte Maximum für den Cenſus, woraus hervorgeht, daß dieſe Grundbeſtimmungen eine freiſinnige Anwendung gefunden haben. Amſterdam z. B., das in ſeinen fünf Wahlbezirken früher nur 2305 Wähler zählte, wird deren jetzt wahrſcheinlich 5200 liefern. Natürlich finden die Wahlen auf direkte Weiſe ſtatt. Noch auf einen Umſtand will ich hinweiſen. Das Grundgeſetz ſagt nichts davon, daß ſo viele Wahlbezirke gebildet werden ſollen als die zweite Kammer Abgeordnete zählt. Der Entwurf aber beſtimmt, daß in jedem Wahlbezirke nur ein Abgeordneter gewählt werden ſoll, wie das auch in Deutſchland faſt durchweg eingeführt iſt. Sollte es aber, namentlich für ein dichtbevölkertes Land und für Städte nicht zweckmäßiger ſein, größere Wahlbezirke zu bilden, welche mehrere Abgeordnete wählen? Im Prinzip verdienen ohne Zweifel die größten Wahlbezirke den Vorzug, ſchon darum, weil die Mitglieder der zweiten Kammer das ganze Volk und nicht einen einzelnen Wahlbezirk vertreten ſollen. Die Deputirten werden um ſo unabhängiger, je weniger ſie nur einen engen beſtimmten Wählerkreis hinter ſich haben — das liegt in der Natur der Sache. Ja, wenn es thunlich wäre, ſo ſollte jeder Wähler ſo viele Candidaten aufſtellen als Abgeordnete da ſind; dann erſt würde der Erkorene in Wahrheit durchs ganze Volk, wenigſtens durch die Mehrheit der geſammten Wähler berufen worden ſein. Das geht freilich nicht an, aber es beſtehen triftige Gründe dafür, daß wenigſtens die großen Städte nur einen Wahlbezirk bilden ſollten, damit wahre Vertreter des Ganzen, nicht blos von einzelnen Quartieren und Weichbilden daraus hervorgehen, die ſich oft ſchnurſtracks in ihren Anſichten und Intereſſen gegenüber ſtehen. Auch in Belgien kommt ein Abgeordneter auf 40,000 Seelen, es ſind dort aber (nach der Tabelle von 1847) nur 42 Wahlbezirke, je nach den Oertlichkeiten kleinere und größere, gebildet. Manche wählen nur einen Abgeordneten, andere mehrere, Brüſſel ſogar neun, Gent ſieben, Antwerpen fünf, Löwen vier ꝛc. Allerdings ſind in Belgien die großen Städte auch etwas begünſtigt, und das iſt ſchon inſofern gerechtfertigt, als dadurch der höhere Cenſus und der höhere Steuerbetrag, ſo lange dieſer noch Maßſtab iſt, einigermaßen ausgeglichen wird. Der Entwurf theilt die niederländiſchen Provinzen mit Feſthaltung ihrer Grenzen in 68 Wahlbezirke, die ſich doch ändern müſſen mit Zunahme der Bevölkerung, während die Vertheilung der Abgeordneten in Belgien auf die Geſammtbevölkerung geſchieht und die Wahlbezirke nicht immer ſtreng nach den Provinzen begrenzt ſind.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 158. Frankfurt a. M., Sonntag 10. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Deutſchland.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Das gegenwärtige Reichminiſterium und die Bevollmächtigten. Die Verſammlung in Gotha. Beginn der Operationen gegen Baden). Wien (Welden. Graf Zichy. Vermiſchtes). Berlin (Das neue franzöſiſche Miniſterium). Breslau (Der Wollmarkt Die Cholera). Koblenz (Der Großherzog von Baden. Der Angriff auf Rheinbaiern). München (Das Frohnleichnamsfeſt. Bluntſchli uber die preußiſche Verfaſſungsvorlage. Fallmerayer. Kammerferien. Gerichtsverhandlungen über den Pſchorr'ſchen Bierkrawall. Ridefreiheit. Einſtellung der Diätenzahlung für die Abgeordneten zur Reichsverſammlung). Aſchaffenburg (Rückkehrende Freiſchärler). Speyer (Der Gemeinderath. Ausfall der Germersheimer Beſatzung). Stuttgart (Der Dreißigerausſchuß. Die Regentſchaft). Hannover (Der Geburtstag dis Königs). Darmſtadt (Steckbriefliche Verfolgungen). Von der Bergſtraße (Die badiſchen Truppen an die Gränze. Kanonade auf dem linken Rheinufer). Wiesbaden (Die Deputation des demokratiſchen Vereins). Bremen (Beanſtandung der Neuwahl).

Großbritannien. London (Die iriſchen Staatsgefangenen zur Transportation auf Lebenszeit begnadigt).

Frankreich. Paris (Die Botſchaft dis Präſidenten. Die Sitzung der Legislative. Das Miniſterium. Die Bureau's haben ſich gegen die Amneſtie ausgeſprochen. Ein Lager in St. Maur).

Italien. Civita Vecchia (Abbruch der Unterhandlungen mit Rom. Befehl zum Angriff).

Ungarn (Koſſuth in Peſth. Die Ruſſen auf der Inſel Schütt. Proclamation des Fürſten Paskewitſch. Die Ruſſen in Siebenbürgen).

Türkei. (Die ruſſiſch-türkiſche Convention über die Donaufürſtenthümer).

Amerika. Vereinigte Staaten (Großer Brand in St. Louis. Ueberſchwemmung in New-Orleans. Tod des Generals Worth. Die Angelegenheit wegen des Dampfſchiffs United States). Kanada (Augenblickliche Ruhe). Hayti (Sieg der Dominicanos über den Präſidenten.) Mexiko (Aufſtand). Venezuela (Neunjährige Schulden- und Zinſeneinſtellung. Proteſte der europäiſchen Konſuln).

---

9. Juni.

„Drei Könige zu Heimſen, wer hätt' es je gedacht!“ Und wer hätt' es je gedacht, daß wir im lieben Schwabenlande jetzt gar fünf Regenten haben? Die Herren Raveaux, Vogt, Schüler von Zweibrücken, Heinrich Simon und Becher haben, wie Herr Raveaux ſagt, muthig die Zügel der Regierung ergriffen. Regierung? Worüber? Ueber das ganze dentſche Reich vom Belt bis zu den Alpen! Sie haben alle Pflichten und Befugniſſe der durch das Geſetz vom 28. Juni v. J. geſchaffenen Reichsgewalt zu übernehmen, und ihre nächſte Aufgabe iſt ſchleunige Aufſtellung eines Reichsheeres und Organiſation der Volksbewaffnung zur Durchführung der Reichsverfaſſung, Wahrung der Intereſſen Deutſchlands nach außen, beſonders in Schleswig u. ſ. w. Und welche Mittel ſtehen dieſer Reichsgewalt dafür zu Gebot? Nach genauer Berechnung hat die Reichsverſammlung von hier gerade 3800 Gulden nach Stuttgart mitgenommen, und dem Geldbeutel geht es auf Reiſen bekanntlich wie dem Brodſacke des Aeſop: er wird leichter. Hr. Raveaux ſelbſt erkennt es an, daß der neuen Regentſchaft „momentan die Kräfte nicht gegeben ſind, die ſich andere Regierungen ſo bereitwillig darbirten.“ Aber er hofft auf die Stütze der deutſchen Nation. Allein die Nation kann in der Verſammlung in Stuttgart, deren formelles Recht wir hier einmal als unbeſtreitbar anſehen wollen, unmöglich jetzt noch ihre vollgiltige Vertretung erblicken. Die Verſammlung kann nicht einmal auf das kleine Land zählen, von welchem ſie gaſtlich aufgenommen ward. Uhland, unſer Uhland — denn dieſer Mann gehört allen Parteien an, die es redlich meinen mit Deutſchlands Ehre — hatte ſehr Recht, keine guten Folgen für ſeine ſchwäbiſche Heimath davon zu beſorgen, wenn die Reichsverſammlung nach Stuttgart überſiedelte. Römer, der verantwortliche würtembergiſche Miniſter, erkennt das noch klarer. Er läßt der Verſammlung keine weitere Unterſtützung angedeihen, und iſt auf dem Punkte auszuſcheiden. Und Römer iſt nur der kräftige Ausdruck der Stimmung, wie er unter dem beſonnenen Theile der würtemberger Bevölkerung herrſcht. Auf weſſen Hülfe will die Reichsverſammlung denn noch zählen? Auf Baden, das ſich ſelbſt nicht zu helfen weiß? Dort iſt die Bewegung auf dem Punkt, ihre wahre Geſtalt zu enthüllen, die mit der Reichsverfaſſung nichts zu thun hat. Kurz, wenn die Urſache des Lächerlichen von manchen dahin beſtimmt wird, daß ſie in einem großen Abſtande des Wollens und des Vermögens beſtehe, ſo iſt in der Welt nichts lächerlicher, als das Treiben der Verſammlung in Stuttgart.

Wir ſagen das nicht mit Spott oder Schadenfreude, ſondern vielmehr mit Schmerz darüber, daß dieſe erſte deutſche Reichsverſammlung, die ſo ſtolz begann, ſo dürftig enden ſoll. Das Einzige, was ſie irgend noch kann, iſt die Continuität dieſer Verſammlung darſtellen, bis der erſte Reichstag zuſammentritt. Alles, was ſie ſonſt unternimmt, kann zu gar nichts führen, oder doch zu nichts Gutem. Sie dient zu nichts, als die allgemeine Verwirrung zu vermehren. Deutſchland hat zwei Reichsgewalten, die beide ein ebenſo leerer weſenloſer Schein ſind, wie die beiden Ringe, welche den Saturn umgeben. Preußen und die Staaten, welche ſich ihm öffentlich oder heimlich angeſchloſſen haben, kehren ſich an Frankfurt ſo wenig wie an Stuttgart; Baiern gibt Preußen gute Worte, weil es daſſelbe braucht; aber handeln wird es nach Umſtänden; Oeſterreich erkennt nichts an, als den Bund von 1815; in Baden und der Pfalz wogt Alles blind durcheinander und die Partei, deren Loſung der Völkerkampf iſt, hat die Hand bereits an das Ruder gelegt.

Wahrlich es gibt kein größeres Zeugniß für den dem deutſchen Volke inwohnenden ruhigen, beſonnenen, friedlichen Sinn, als die geringen Störungen der Ordnung, welche unter ſo gänzlich zerrütteten öffentlichen Verhältniſſen ſtattfinden. Aber dieſer Zuſtand kann nicht dauern. Die Eisſchollen, welche in entgegengeſetzter Richtung ruhig auf dem Ocean ziehen, wenn ſie zuſammenſtoßen, iſt die Erſchütterung fürchterlich. Es gibt zwar Solche, welche nur von einer neuen und größeren Erſchütterung eine gründliche Verbeſſerung aller Zuſtände hoffen. Aber das iſt die letzte und gefährlichſte aller Hoffnungen. Unſer gemeinſames Streben muß es ſein, wo möglich eine neue Erſchütterung zu vermeiden. Das ſtolze Schiff unſerer Hoffnungen iſt geſcheitert — nein nicht geſcheitert, man hat es frevelhaft in die Luft geſprengt. Und wir in treuer Arbeit verſuchen aus den Trümmern ein Rettungsfloß zu bauen.

Die ſcheinbare Verwirrung unſerer Angelegenheiten läßt ſich doch auf ſehr einfache Verhältniſſe zurückführen. Der Drang der Einheit iſt ſeit dem vorigen März auf eine Weiſe zum Durchbruch gekommen, daß ihn ſelbſt die widerſtrebenden Regierungen haben anerkennen müſſen. Deutſchland kann aber nimmermehr eine einheitliche Geſtalt nach innen und nach außen annehmen, ſolang es von zwei eiferſüchtigen Mächten zugleich geleitet wird. Nicht die Reichsverſammlung, nicht Preußen, nicht die übrigen Staaten, ſondern die Lage der Welt hat Oeſterreich genöthigt aus dem eigentlichen Deutſchland auszuſcheiden. Das Verlangen, einen beſondern Staat für ſich zu bilden, und doch in dem deutſchen Bunde zu verbleiben, ja den Vorſitz darin zu übernehmen, heißt nichts Anderes, als alle Hoffnung tödten, welche ſeit Jahren, ſeit Jahrhunderten die Herzen der beſten Deutſchen erfüllt hat. Oeſterreichs Anſprüche ſind mit jeder unmittelbaren Theilnahme des deutſchen Volkes an der Leitung ſeiner Angelegenheiten unvereinbar und führen geradeswegs zum alten Bundestage. Gelingt es Oeſterreich die Verhandlungen ſo lange hinzuziehen, bis Ungarn niedergeworfen iſt, und es mit Rußland vereint freie Hand gegen Deutſchland bekommt, ſo ſinkt Preußen wieder in ſein altes Nichts zurück und alle unſere Hoffnungen folgen. Ja es läßt ſich nicht verkennen, daß alle unſere Hoffnungen an Preußen gekettet bleiben, ſo ſehr die Politik des preußiſchen Miniſteriums gegen alle geſündigt hat, am meiſten aber gegen Preußen ſelbſt. Jetzt

oder nie hat Preußen Gelegenheit, ſich von einer ſchimpflichen Abhängigkeit zu befreien. Vor zwei Monaten brauchte es nur die Hand auszuſtrecken, und es hatte den allergrößten Theil der deutſchen Nation für ſich. Aber es wollte von der Nation nichts empfangen. So hat es denn jetzt nichts für ſich, als einige ohnmächtige Regierungen. Und doch iſt der Wurf einmal gethan. Preußen hat einen Weg eingeſchlagen, den es mit Ehren nicht wieder verlaſſen kann. Es hat ſich von Oeſterreich unabhängig erklärt. Es will den Vorſitz im deutſchen Reiche übernehmen. Aber wie wird es im Stande ſein, dies Primat über Deutſchland zu erlangen? Nicht mit Waffengewalt. Sein Heer, ſo wohlgerüſtet und zahlreich es iſt, iſt dazu allein nicht im Stande. Die norddeutſchen Staaten wird es ohne Schwierigkeit zum Beitritt zu ſeinem Bunde bewegen. Aber Süddeutſchland erobern zu wollen, iſt ein beinahe ebenſo vergebliches Unternehmen, als wenn die ſüddeutſchen Republikaner meinen, ſie könnten von Karlsruhe aus Norddeutſchland erobern. Sollte ein Einſchreiten der Preußen im Süden nöthig werden — und wir bringen aus guter Quelle die Nachricht, daß bereits morgen die Operationen beginnen — ſo iſt mit dem Siege für jenen Zweck wenig gewonnen. Der Sieg der Waffen iſt etwas Augenblickliches; die Gemüther bleiben unbeſiegt.

Preußen muß Alles aufbieten, um die Feindſchaft nicht zu vermehren, welche ſeine traurige Politik ihm in der letzten Zeit zugezogen hat, ſonſt ſteht ein großes Unglück bevor: eine Spaltung des nördlichen und des ſüdlichen Deutſchlands. Es muß in dieſer Zeit des unentſchiedenen Kampfes in Oſten, wo jeder Augenblick koſtbar iſt, auf alle Weiſe die öffentliche Meinung zu verſöhnen ſuchen. Es muß im Innern ſich befreien von den Nachwehen des Abſolutismus. Es muß mit einem neuen Miniſterium ein conſtitutionelles Staatsleben beginnen und gegen das übrige Deutſchland auf alle Weiſe großmüthig und entgegenkommend verfahren. Es muß ſo viel irgend möglich die Stämme und Parteien wieder mit ſich befreunden. Es muß ſich bemühen, eine Einigkeit wieder zu Stande zu bringen. Es muß den ſchleunigen Zuſammentritt eines neuen gemeinſchaftlichen Reichstages auf jede Weiſe befördern. Es muß nicht mit kleinlicher Hartnäckigkeit auf einer unerfüllbaren Bedingung beſtehen, nämlich der, daß überall nach einem ſchwierigen und von der preußiſchen Regierung ſelbſt nicht in allen Stücken gebilligten Wahlgeſetze die Wahlen zum Reichstage vorgenommen werden. Es muß auf dieſem Reichstage dafür Sorge tragen, daß nicht das alte Spiel ſich wiederholt, ſondern wenn die Reichsverſammlung ſoweit nachgibt, daß ſie den preußiſchen Entwurf zu Grunde legt, und auf die Wünſche der Fürſten billige Rückſicht nimmt, ſo muß von Preußen willig das letzte Wort dem Reichstage eingeräumt werden. Preußen wird ſich über deren Aenderungen am wenigſten zu beklagen haben. Zieht Preußen vor, ſtatt deſſen auch fernerhin mit der Legitimität zu coquettiren, ſo wird das deutſche Volk in ſeinem tiefſten Innern mit beiden für immer brechen, mit Preußen und mit der Legitimität. Wenn Preußen hingegen eine hochherzige Politik einſchlägt, dann iſt eine ſchwache Möglichkeit vorhanden, daß noch jetzt die deutſchen Angelegenheiten auf eine friedliche und dauernde Weiſe geordnet werden. An den Bemühungen der gemäßigten Partei wird es gewiß nicht fehlen. Aber möge man auch in Berlin ſtets ſich mehr von der Wahrheit durchdringen laſſen, daß Preußen ſo wenig ohne Deutſchland iſt, als Deutſchland ohne Preußen.

Deutſchland.

□ **Frakfaurt**, 8. Mai. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat heute die Berathung des fünften Abſchnitts des Verfaſſungsentwurfs: „Von dem Regierungsrathe" und damit eine der letzten Prinzipien-Debatten begonnen, in welchen es der Minorität vergönnt iſt, für den Sieg ihrer Anſichten und die Zügelung des überfluthenden demokratiſchen Elementes der Verfaſſung in die Schranken zu treten. Es handelt ſich um die Zahl der Mitglieder des Regierungsraths und um die Dauer ihres Amts. Während die Majorität des Verfaſſungsausſchuſſes einen Regierungsrath von ſieben Mitgliedern alle fünf Jahre neu erwählen läßt, will ein Minderheitserachten, von den HH. Senator Heſſenberg und Dr. Binding unterzeichnet, die Zahl der Mitglieder auf 14 erhöht und dieſelben auf Lebenszeit gewählt wiſſen, und endlich verſucht ein Entwurf, den Hr. Schöff Souchay ausgearbeitet, eine Vermittelung beider Syſteme und ſchlägt neben 14 auf Lebenszeit ernannten und beſoldeten, 14 andere von ſieben zu ſieben Jahren wechſelnde unbeſoldete Regierungsräthe vor. Die Debatte war eine ſehr bedeutſame. Hr. Dr. Reinganum, als Berichterſtatter des Ausſchuſſes, ſprudelte von Skandaloſen, Klatſchgeſchichten und Anekdoten, die er zu einem ergötzlichen Ganzen zuſammenreihte, Herr Senator Heſſenberg entwickelte in ſeiner gewönlichen klaren und leidenſchaftsloſen Sprache, dann und wann hinüber kokettirend nach der Seite, als deren augenblicklicher Gegner er auftrat, die Motive ſeines Antrags, Hr. Schöff Souchay vertheidigte den ſeinigen mit der ganzen Schärfe eines ausgezeichneten Rechtsgelehrten und dem Ueberblick eines gereiften Staatsmannes, Hr. Bürgermeiſter Cöſter bekämpfte den Majoritäts-Entwurf mit der beredten Wärme eines ehrlichen und gewiſſenhaften Patrioten, den Preis der Sitzung aber trug Hr. Dr. Supf davon. Herr Dr. Supf iſt einer der ſeltneren Redner, aber wir haben ihn bereits einmal den bedeutendſten und gefährlichſten Redner der Minorität genannt und jede ſpätere Sitzung, in welcher wir Gelegenheit hatten, ihn zu hören, beſtärkt uns in unſerm Urtheil. Er verbindet Klarheit und Schärfe mit Eleganz und Leichtigkeit des Ausdrucks, gediegene politiſche Bildung mit richtigem praktiſchem Blicke, Kraft und Energie der Sprache mit feiner und treffender Ironie. Es iſt uns nicht vergönnt, auf die Einzelnheiten der Debatte, die ſich bis 9 Uhr Abends ausdehnte, des Näheren einzugehen; wir wollen nur das wiederholen, was wir ſchon vor einigen Tagen ausſprachen und was heute auch Hr. Dr. Supf an die Spitze ſeines Vortrags ſtellte, daß es nicht mehr an der Zeit iſt, die nothwendigen Conſequenzen eines Syſtems nicht zu wollen, nachdem man das Syſtem einmal adoptirt oder, wie wir es damals ausdrückten, daß die Verfaſſung jetzt demokratiſch werden muß, die Verſammlung mag wollen oder nicht; und wir wollen allenfalls nur das noch hinzufügen, daß, wenn gegen die Wahl eines Regierungsraths auf Zeit der Einwand geltend gemacht wurde, daß ſich ſo leicht kein Staatsbürger zur Annahme einer ſolchen Wahl entſchließen würde, wir heute die Ueberzeugung gewonnen haben, daß dieſe Beſorgniß unbegründet und wenigſtens Hr. Dr. J. Friedleben vollkommen bereit iſt, dem Vertrauen ſeiner Mitbürger, wenn ihn daſſelbe zu jenem Amte beriefe, mit voller Hingebung zu entſprechen. Die Debatte wird am nächſten Montag fortgeſetzt werden.

Frankfurt, 9. Juni. Nachdem der Rumpf in Stuttgart eine Regentſchaft über Deutſchland geſetzt und die Centralgewalt aus der Welt geſchafft hat, nachdem Herr Raveaux an die Stelle des Erzherzogs Johann getreten und dem Reichsminiſterium Wittgenſtein-Jochmus-Detmold-Merck ein Regentſchaftsminiſterium Vogt-Simon-Schüler-Becher entgegengeſtellt iſt, nach dieſem ewig denkwürdigen Vorgange freut es mich zu vernehmen, daß das Reichsminiſterium die Sünde, ſeinen Gegenfüßlern 25,000 fl. für den Monat Juni zu bezahlen, nicht auf ſich geladen hat. Aus der Luft war das Gerücht, es ſei die Sünde begangen worden, nicht gegriffen; man war nahe daran, in dem Wahne, der Rumpf würde nur um dieſen Preis aus Frankfurt wegzubringen ſein; jetzt iſt ſeine Rückkehr nicht mehr zu beſorgen. Dagegen kann ich das Reichsminiſterium von dem Fehler nicht frei ſprechen, die Frankfurter Zeitung zum Organ ſeiner amtlichen Mittheilungen gemacht zu haben. Die Oberpoſtamtszeitung will es zwar einer Zufälligkeit oder einem Verſehen zuſchreiben, daß die Frankfurter die betreffenden Mittheilungen unter der Rubrik „Amtlicher Theil" brachte; allein ſie hat dieſelben auch zuerſt gebracht, ſomit der Oberpoſtamtszeitung den Rang abgelaufen. Die halbamtliche Mittheilung des Schriftwechſels zwiſchen den 15 Bevollmächtigten und dem Reichsminiſterium brachten die Oberpoſtamtszeitung und die Frankfurter geſtern Abend gleichzeitig; das Reichsminiſterium mußte ſich ſchämen, ausſchließlich ein Inſtrument wie die Frankfurter Zeitung zu ſpielen, und es genügte, das Publicum darauf aufmerkſam zu machen, um zu bewirken, daß die Oberpoſtamtszeitung nebenher auch noch berückſichtigt wird. An der Parteiſtellung des Reichsminiſteriums wird indeſſen durch dieſe zarte Rückſicht nichts geändert; dieſe iſt und bleibt eine feindſelige gegen den Gedanken eines deutſchen Bundesſtaates, kleide er ſich in ein Frankfurter oder Berliner Gewand; das Reichsminiſterium dient lediglich der Partei, welche den völkerrechtlichen Bund von 1815 beibehalten, ſein Organ, die Bundesverſammlung wieder herzuſtellen, und jede Vorſchritt zu einer engeren Einigung verhindern will. Deutſchland muß erfahren, was es an dieſem Reichsminiſterium hat, und zu welchem Zwecke daſſelbe allein noch exiſtirt. Die Nation muß erfahren, daß die Reichsgewalt in Frankfurt eben ſo bodenlos, dem Ziele der Einigung aber noch hinderlicher iſt, als die Regentſchaft

in Stuttgart, und daß beide verſchwinden müſſen, wenn ein deutſcher Bundesſtaat mit einer tauglichen Form zu Stande kommen ſoll.

Das Reichsminiſterium erfüllt nicht eine einzige der Obliegenheiten, welche das Geſetz vom 28. Juni v. J. ihm auferlegt; zum Theil kann es ihnen nicht nachkommen, zum Theil will es nicht. Es verharrt in vollſtändiger Unthätigkeit, nur um für den erſehnten Bundestag den Platz offen zu halten. Die Reichsverſammlung, welcher die Miniſter verantwortlich ſein ſollen, in welcher ſie auf Verlangen zu erſcheinen und Auskunft zu geben verpflichtet ſind, beſteht nicht mehr; der Rumpf in Stuttgart hat ſich eine andere Gewalt geſchaffen und das Wenigſte, was man von dem Reichsminiſterium erwarten dürfte, eine Aeußerung über die Stuttgarter Beſchlüſſe, — erwartet man noch. In Bezug auf die Vollziehungsmaßregeln hat ſich das Miniſterium, ſoweit thunlich, mit den Bevollmächtigten ins Einvernehmen zu ſetzen. Vor uns liegt aber die Note der 15 Bevollmächtigten, welche klagen, daß ihnen zweimal die Konferenzen abgeſagt wurden, und daß ihnen zu einer Verſtändigung mit dem Miniſterium über wichtige Fragen keine Gelegenheit gegeben werde. Aus der geſchraubten Antwort geht hervor, daß das Miniſterium nichts weiß und auf nichts vorbereitet iſt, was Gegenſtand der Erörterung mit den Bevollmächtigten ſein könnte. Mit Bezugnahme auf bekannte Vorgänge fragen die Bevollmächtigten ferner: ob die Centralgewalt die Mittel zu einer genügenden Wahrnehmung ihrer Funktionen beſitze? Das Miniſterium, welches nicht der Mühe werth hält, den Bevollmächtigten von dem Gange der wichtigſten Angelegenheiten Kenntniß zu geben (weil es ſelbſt keine hat!), antwortet mit Gegenfragen, behauptet keck gegen alle Wahrheit, es habe die Mittel zur Erfüllung ſeiner Pflichten bisher ſtets gefunden, und ſtellt ſich wiederholt als Nachfolger (und Vorläufer) des Bundestags dar. So verhält ſich, Angeſichts der Nation, dieſes Miniſterium, welches Niemanden mehr verantwortlich zu ſein glaubt, dem die Stütze der Reichsverſammlung entzogen iſt; von welchem ſich eine Regierung nach der andern losſagt, das keine ſeiner Pflichten erfüllen kann. Das Treiben dieſes Miniſteriums iſt eitel Lug und Trug; ſein Zweck kein anderer, als im Dienſte des Cabinets von Ollmütz — München ſcheint auf beſſere Wege zu lenken — das Zuſtandekommen eines deutſchen Bundesſtaates zu verhindern. Fort mit ihm!

⊙ **Frankfurt**, 9. Juni. Die Veranſtalter der Verſammlung von Parlamentsgliedern der vormaligen Weidenbuſchpartei für den 26. Juni haben von Hrn. Becker von Gotha die Mittheilung erhalten, daß die Eingeladenen des freundlichſten Empfangs daſelbſt, der Einräumung der nöthigen Lokalitäten und jeder ſonſtigen Unterſtützung gewiß ſein könnten. Dieſe Antwort gibt Hr. Becker, nachdem er ſich auch mit dem herzoglichen Staatsminiſterium in unmittelbare Beziehung geſetzt hat, und zugleich im Namen des Leiters dieſes Miniſteriums, des Hrn. v. Stein.

⅄ **Frankfurt**, 9. Juni. Mit morgen beginnen die Operationen gegen Baden. Die bisherige Beſatzung von Frankfurt rückt am zehnten und elften nach Süden auf. Sie wird durch die Diviſion des Gen. v. Schack, welche von Wetzlar kommt, ſofort erſetzt. Die ſchon in den Odenwald vorgeſchobenen Truppen rücken gleichzeitig weiter vor. Von Erfurt aus marſchirt zur Unterſtützung ein Corps unter Befehl des Generals v. Holleben an, deſſen Hauptmaſſe heute bei Fulda ſteht. Daſſelbe wird, wenn es nöthig, den Speſſart beſetzen.

⁝ **Frankfurt**, 9. Juni. Auf Montag Vormittag 11 Uhr iſt im Sarraſin'ſchen Hauſe eine neue Beſprechung von Abgeordneten feſtgeſetzt.

A. Z. C. **Wien**, 5. Juni. Der Wachdienſt in Troppau und Linz wird jetzt durch Nationalgarden verſehen, nachdem alle disponiblen Truppen nach Ungarn gezogen worden ſind. Auch an die Brünner Nationalgarde wurde die Aufforderung gerichtet, ſich zu erklären, ob ſie im Falle des Abmarſches der Garniſon bereit wäre, den Wachpoſtendienſt zu übernehmen, widrigenfalls die Stadt ruſſiſches Militär bekommen würde. Der polniſche Emigrant Joachim Piatkowski, welcher in Krakau den Auftrag erhalten hatte, die k. k. Staaten binnen ſechs Tagen zu verlaſſen, iſt hier angekommen und ſcheint ſich nach Ungarn wenden zu wollen. Zur Ueberwachung der die ungariſche Grenze paſſirenden Fremden ſollen in allen Grenzorten Commiſſariate errichtet werden. An den Ufern des Miſſiſſippi in Neuorleans veranſtalteten die dort ſchon längere Zeit angeſiedelten Böhmen und Kroaten zu Ehren des Banus Jellacic ein glänzendes Feſt. Viele Zivio's für Jellacic's Wohl ertönten in den fremdweltlichen Lüften. Man erzählt, es habe ſich aus der über die jüngſten Prager Ereigniſſe(?) im Zuge befindlichen Unterſuchung bereits als ſicher herausgeſtellt, daß eine Anklage auf Hochverrath begründet werden kann. Correſpondenzen zwiſchen Bakunin, Sabina, Gautſch und Madaraſch ſollen in dieſem Prozeſſe von großer Bedeutung ſein. Heute iſt das Gerücht, die Magyaren hätten Preßburg erſtürmt, allgemein verbreitet. Das Ganze ſcheint eine böswillige Erfindung, dadurch hervorgerufen, daß man vorgeſtern Abend in der Richtung nach Oſten wirklich ſtarke Feuerröthe ſehen konnte. Der König von Preußen hat dem Feldmarſchall Radetzky den ſchwarzen Adlerorden in Brillanten und den rothen Adlerorden erſter Claſſe verliehen.

Wien, 4. Juni. Baron Welden, der nach ſeiner Ankunft in Grätz auf der rechten Seite vom Schlag gelähmt wurde, ſoll ſich zwar auf dem Weg der Beſſerung befinden, die Gouverneursſtelle in Wien aber definitiv abgelehnt haben. Man glaubt, daß er nach Venedig als Commandirender kommen werde. Den Feldmarſchalllieutenant Baron Wimpffen nennt man als den zukünftigen Gouverneur von Trieſt. Der in Anklageſtand verſetzte vorige Commandirende in Venedig, Graf Zichy, wurde dem Militärgericht erſter Inſtanz zum achtjährigen Feſtungsarreſt, von dem Appellationsgericht zum Tod verurtheilt, das oberſte Gericht wird, in dritter Inſtanz, ſchwerlich das Todesurtheil beſtätigen. Bei der letzten Recrutenlooſung in den Vorſtädten Wiens traf das Loos den Fürſten Richard Metternich, älteſten Sohn des vorigen Staatskanzlers. Er weilt mit ſeinem Vater in England, doch zweifelt man nicht, daß er ſich unverweilt hierher begeben und die geſetzliche Wehrmannspflicht, wie andere, die das Loos traf, erfüllen werde. (Allg. Z.)

Berlin, 6. Juni. Ich weiß nicht, ob ich Ihnen geſtern geſchrieben, daß man hier mit der Bildung des neuen franzöſiſchen Miniſteriums ſehr zufrieden iſt. Man traut Hrn. von Tocqueville wenig Sympathieen zu für die ruſſiſch-öſterreichiſche Coalition, aber man hält ſich überzeugt, daß der edle Mann keine heimlichen Allianzen ſchließen, und keine ausländiſche Inſurrection begünſtigen werde. (Köln. Z.)

⁝ **Berlin**, 7. Juni. Hr. v. Savigny erhielt dieſer Tage ein dickes Paquet zugeſandt. Wie er es öffnet, findet er darin ſämmtliche octroyirte Geſetze und Verordnungen unſeres jetzigen Miniſteriums mit der Anfrage, ob der berühmte Verfaſſer des berühmten Werks: „Ueber den Beruf unſerer Zeit zur Geſetzgebung" auch noch jetzt der Meinung ſei, daß unſere Zeit keine Geſetze zu ſchaffen vermöge? Ja, wir haben eine wahre Windsbraut von Geſetzen. Aber der Troſt iſt, daß ſie immer ſtreng auf Grund der Verfaſſung gegeben werden, immer nach §. 105 der Verfaſſung. Und dann zieren ſie größtentheils ja auch nur das Papier. Wenn ſie aber unmittelbar ins Leben übergehen ſollen, z. B. das neue Wahlgeſetz, da ſtoßen ſie doch auf Hinderniſſe. Schon eh es erſchien, hatten Magiſtrat und Stadtverordnete von Prenzlau, ihren Oberbürgermeiſter Herrn Grabow, früheren Präſidenten der Landesverſammlung, an ihrer Spitze, jede Mitwirkung zur Ausführung eines octroyirten Wahlgeſetzes abzulehnen beſchloſſen. Die Taktik der demokratiſchen Partei iſt für jetzt, ſich bei den bevorſtehenden Wahlen nicht zu betheiligen. Es fällt ihnen in Berlin des Belagerungszuſtandes wegen ſchwer, ſich gemeinſchaftlich zu berathen. Deſto beſuchter ſind die Verſammlungen des Treubundes, wo freilich keine Berathung ſtattfindet, ſondern nur Vorträge gehalten werden, zwiſchen denen fromme Lieder, zum Theil nach der Melodie: Ich bin ein Preuße, will ein Preuße ſein! abgeſungen werden. Uhlich, Pax und andere Magdeburger Herren haben den Treubund öffentlich beſchuldigt, er ſei ein Angeberverein und führe ſeiner Heimlichkeit wegen gewiß nichts Gutes im Schilde. Der große Zudrang zu dem Vereine iſt nichts deſto weniger ein beachtenswerthes Zeichen der Zeit. Erfreulicher iſt die ſich ausbreitende Wirkſamkeit eines anderen Vereins, des Berliner Frauenvereines zur Abhülfe der Noth unter den kleinen Fabrikanten und Handwerkern. Der Verein ward vor einem Jahre gegründet und von der Königin unterſtützt. Die Prinzeſſin v. Preußen iſt Ehrenmitglied des Vereins, an welchem ſich die angeſehenſten Damen betheiligen. Der Zweck iſt, durch Verkauf von Schmuck, Gold und Silber, dem Luxus früherer Jahre, ein Kapital zu erwerben, das an arme Handwerker verliehen wird. Bis jetzt ſind

ſchon über 10,000 Thlr. verliehen, und kaum 500 Thlr. rückſtändig. Das Leben der deutſchen Frauen iſt in den letzten Jahren auf erfreuliche Weiſe aus ſeiner früheren conventionellen Beſchränktheit herausgetreten. Die heutigen Blätter veröffentlichen ein Schreiben des Juſtizminiſters an Hrn. Eſſer, und eines des Hrn. Eſſer an den Präſidenten der juriſtiſchen Examinationskommiſſion. Das letztere Schreiben lautet:

„Ew. Hochwohlgeboren habe ich die Ehre, beigehende Examinationspapiere mit dem ergebenſten Bemerken zu überſenden, daß es dem Herrn Juſtizminiſter Simons gefallen hat, mich durch Reſcript von heute von meinem Amte als Mitglied der J.-J.-Examinationskommiſſion zu entbinden und in der Perſon des G. O.-R.-R. Hermes eine beſſere Wahl zu treffen. Nun endlich iſt auch der letzte Faden unſerer langjährigen amtlichen Verbindung geriſſen, und eben dies Zerreißen hat die Unzerreißbarkeit meines Charakters auf Leben und Tod geſtählt. Berlin, den 4. Juni 1849. gez. Eſſer."

Von Waldeck und den übrigen Verhafteten erfährt man noch immer nichts Sicheres, als daß ſie in ihren engen Zellen bei dem heißen Wetter viel auszuſtehen haben. Lectüre iſt ihnen jetzt geſtattet; aber die Zeitungen bleiben ihnen verboten. Der baieriſche General v. d. Mark iſt hier eingetroffen und im Hotel de Ruſſie abgeſtiegen. Der Zweck ſeiner Sendung iſt nicht ſowohl die Reichsverfaſſung, als das Einrücken der Preußen in die Pfalz. Doch gibt er möglichſt gute Worte.

Breslau, 4. Juni. Unſer diesjähriger Wollmarkt ſcheint für unſere Gutsbeſitzer ein ſehr günſtiges Reſultat abgeben zu wollen. Von den in voriger Woche angelangten circa 15,000 Centnern Mittelwollen wurden an einem Tage ſofort c. 11,000 Ctr. zu 25 bis 28 Thlr. über den vorjährigen Preis per Ctr. verkauft. Bis geſtern ſind c. 34,000 Ctr. bereits einpaſſirt, heute war die Zufuhr beſonders ſtark. Die Wäſche fällt durchgängig lobenswerth; übrigens haben die Gutsbeſitzer c. 20 pCt. mehr Wolle als im vorigen Jahre geſchoren. Hochfeine und Elektoral-Wollen ſind weniger geſucht als ordinäre und Mittelſorten, doch ſind für erſtere ebenfalls 12 bis 15 Thlr. über den vorjährigen Preis bewilligt worden. Unter den Käufern finden ſich diesmal wieder mehrere große huddersfielder, niederländiſche und rheinländiſche Fabrikanten, auch Sachſen iſt ſtark vertreten. Leider nimmt die Cholera wieder ſtark zu. (Köln. Ztg.)

Koblenz, 7. Juni. Der Großherzog von Baden iſt heute Mittags mit Gefolge per Dampfer von hier nach Mainz abgereiſt, wird aber in einigen Tagen wieder zurück erwartet. Morgen wird der commandirende General v. Hirſchfeld von hier nach Kreuznach zu dem dort aufgeſtellten Truppen-Corps abreiſen. Am 10. wird ein allgemeiner Feldgottesdienſt, am 11. die Aufſtellung des ganzen Armee-Corps Statt finden, und am 12. ſoll der Angriff auf Rheinbaiern beginnen. So eben trifft das Füſelier-Bataillon des 29. Inf.-Regiments hier ein und wird morgen per Dampfſchiff nach Trarbach abgehen. (Köln. Z.)

= **München**, 7. Juni. Der heutige Tag, im baieriſchen Kalender doppelt angeſtrichen, hat uns die ganze mittelalterliche Pracht des Frohnleichnamsfeſtes wieder vorübergeführt. Während König Max und die beiden Prinzen Luitpold und Adalbert die Proceſſion begleiteten, promenirte König Ludwig ungenirt in dem herrlichen engliſchen Garten vor der Stadt; ſo ändern ſich die königlichen Launen. Der Großdeutſche Verein hat ſich den Nürnberger Correſpondenten zu ſeinem Organ erleſen; eins ſeiner Ausſchußmitglieder, der liberal-conſervative Profeſſor Bluntſchli, beſpricht geſtern und heute in der Neuen Münchner Zeitung in einem Leitartikel: „Baiern und die preußiſche Verfaſſungsvorlage", die deutſche Frage und ſagt, es dürfte zur Geſammteinigung kommen, „wenn die Competenz der Centralgeſetzgebung noch einige weitere Beſchränkungen erleidet und der Geſetzgebung in den Einzelſtaaten ein freierer Spielraum gelaſſen, dem Fürſtencollegium ein Antheil an der Reichsregierung geſtattet, der Vorſitz und die damit verbundenen Vorrechte zwiſchen Oeſterreich und Preußen in ſchicklicher Weiſe getheilt werden. Der Dualismus (alſo nicht die baieriſche Trias) liegt in der ganzen Geſtaltung und in der ganzen Geſchichte der deutſchen Nation tief begründet und läßt ſich unmöglich durch bloße Verneinung der einen Hauptmacht durch die andere vertilgen." So die neueſte Viſion des halbofficiellen Organs. Der conſtitutionell-monarchiſche Verein, insbeſondere deſſen Filiale in der Auvorſtadt, hat dort gegen Profeſſor Fallmerayer gewühlt; die daſigen Urwähler wollen dem verehrten Manne ein Mißtrauensvotum geben, weil er durch nichts beſtimmt werden konnte, weißblau in Frankfurt zu ſtimmen. Wird denn die erbkaiſerliche Partei gar keine Vereine ſtiften, ſoll alles Feld den Ultramontanen und ſogenannten Großdeutſchen überlaſſen bleiben? Es gibt hier ſogar genug Leute, welche mehr Reſpect vor dem Sonderbunde, als vor allem Großdeutſchthum hegen; aber der Sonderbund muß ſich vermitteln laſſen.

≏ **München**, 7. Juni. Wir haben wieder zwei Tage Kammerferien gehabt, und da heute Frohnleichnamsfeſt, werden drei abermals verlorene Tage daraus. Und dies, damit die Commiſſion Zeit habe, Hrn. Willich's Reclamation gegen Ausſchließung der Pfälzer Abgeordneten von der Abſtimmung zu begutachten, Hr. Feder aber Zeit zu einem Entſchluß über Annahme oder Ablehnung der Ernennung als zweiter Präſident. Unterdeſſen gehen die großen Fragen des deutſchen Vaterlandes weiter, verfügt das Miniſterium an Oeſterreichs Gängelband über den preußiſchen Verfaſſungsentwurf, drängt ſich die Pfalz immer weiter von Baiern und von Deutſchland los — und die Kammer temporiſirt, um in ihren häuslichen Angelegenheiten nicht etwa eine entſcheidende That, ſondern ganz einfach ein Compromiß vielleicht zu Stande zu bringen; denn dahin, ſoviel iſt klar, zielen alle Bewegungen. Wir würden dieſe Tendenz billigen — denn eine in den Grund- und Lebensfragen des Staates tiefgeſpaltene Kammer iſt ſtets ein Unheil — wenn bei dieſem Compromiß dieſe Fragen mit in den Kreis der Vergleichsverhandlungen gezogen und wenigſtens einige Einigungspunkte zu einem geſchloſſenen Zuſammenwirken in den großen Fragen der Stellung Baierns zur Reichs- oder zur Königsverfaſſung aufgeſucht würden. Dies iſt aber nicht der Fall; nur die perſönlichen Geſpanntheiten ſollen ausgeglichen werden, und natürlich ſteht man bei jeder neuen Prinzipienfrage nachher wieder eben ſo bruchreif da, wie jetzt. Niemand gewinnt dabei, als die baieriſche Miniſterpolitik, welche ja, wie Ihnen bekannt, bereits ſo frech ſein durfte, durch Hrn. v. d. Pfordten's Mund zu erklären: die octroyirte Verfaſſung Oeſterreichs ſei die Folge der von Frankfurt principiell vom Vorparlament an feſtgehaltenen Tendenz der Ausſchließung der öſterreichiſchen Bundesſtaaten aus dem deutſchen Reiche geweſen, während dieſe ſelbe baieriſche Miniſterpolitik im ſelben Athem erklärt, der preußiſche Reichsverfaſſungsentwurf ſei unannehmbar, weil ſein §. 1 Oeſterreich den Zutritt zum deutſchen Bundesſtaate verſchließe, nur der entſprechende Paragraph der Frankfurter Verfaſſung könne Gnade vor ſeinen Augen finden, denn dieſer laſſe die Pforte offen. Und zu dieſen jämmerlichen Widerſprüchen nickt gedankenlos die Rechte, ſchweigt die Linke! Ueberhaupt hat wohl die baieriſche Sonderpolitik niemals einen größeren Triumph gefeiert, als mit dieſer Rede des Herrn v. d. Pfordten. Man hörte ſie ſo gläubig an und nahm ſie ſo ſchweigend hin, wie früher die Studenten Hrn. v. d. Pfordten's Pandectenweisheit. Und damit gar kein Zweifel über den wörtlichen Sinn und ſtaatsmänniſchen Unſinn dieſer Miniſterialerklärung bleibe, mußte ſie ſchließlich Hr. Profeſſor Dönniges in den Neueſten Nachrichten noch dahin erläutern, daß Baiern gezwungen ſei, ſich von Deutſchland abzuſchließen und Oeſterreich auf Gnade und Ungnade in die Arme zu werfen. Wenn aber endlich nach den ruhigen Ferien ein Kammermitglied zur Beſinnung kommen und interpellirend der Regierung entgegentreten wird, dann folgt die miniſterielle Antwort, der Augenblick ſei drängend geweſen und Hr. v. d. Pfordten habe ſo und ſo gehandelt. Vollendete Thatſache — Verſtummen der Kammer!

Der König benutzte die Kammerruhe, ſeine geliebten Soldaten in Donauwörth und Augsburg Heerſchau paſſiren zu laſſen, wobei natürlich wieder erhabene Worte fielen. Für die Münchener Ruhe fürchtet ſogar der Patrouillenminiſter Lüder ſo wenig, daß das Lager auf dem Marsfelde abgebrochen werden und die Mannſchaft, welche da draußen freilich entſetzlich von Krankheiten leidet, in die Kaſernen der Stadt zurückkehren ſoll. Heute war große Frohnleichnamsprozeſſion mit einem Pomp und einer Pracht, wie ſie nur unter Ferdinand dem Katholiſchen ähnlich zur Schau gekommen ſein kann. Der König mit den Prinzen Luitpold und Adalbert folgten vom Anfange bis zum Ende dem Allerheiligſten, natürlich in großer Generalsuniform, da es ja noch immer ſcheint, als ob unſere Fürſten nur die ſoldatiſche Seite ihrer Lebensaufgabe als wichtig und alles Civil nur inſofern beachtenswerth betrachten, als es möglicher Weiſe dem Strafcodex und ſehr beſtimmt der Beſteuerung verfällt.

Morgen wird über die beim Pſchorr'ſchen Bierkrawall Betheiligten vom Stadtgerichte in öffentlicher Sitzung verhandelt. Ob gegen die uniformirten Verwüſtrr bürgerlichen Eigenthums und Bedroher bürgerlicher Sicherheit in den Pfingſttagen ebenfalls ein criminaliſtiſches Unterſuchungsverfahren eingeleitet ſei, iſt zur Zeit noch unbekannt. Da Ihre Zeitung neulich der conſervativen, von Hrn. Sepp geleiteten Volksverſammlungen zu Tölz und Hochkirchen Erwähnung that, muß ich doch ein paar charakteriſirende Momente daraus nachtragen. Ein Student, welcher gegen Sepp ſprechen wollte, wurde „unitis viribus“, ehe er noch zum Reden kam, aus der einen Verſammlung herausgeſchmiſſen. Ein anderer Redner, welcher ſich freiſinnig zu äußern wagte, wurde mit dem Bedeuten: „Du biſt ein Stockfiſch, du mußt eingeweicht werden,“ in einen nahen Bach geworfen. Soviel mir bekannt, hat die Neue Münchener Zeitung dieſe erhabenen Kundgebungen geſtatteter Redefreiheit anzuführen vergeſſen, als ſie jene Volksverſammlungen ſchilderte.

* **München,** 7. Juni. Die N. Münch. Z. enthält heute eine Verfügung der Regierung an den Bevollmächtigten in Frankfurt, die Diätenzahlung an die bairiſchen Mitglieder der Reichsvrrſammlung einzuſtellen.

Aſchaffenburg, 6. Juni. Die ſeit dem 3. Juni täglich angekündigten größeren Nachzüge von Freiſchärlern ſind bis jetzt noch nicht eingetroffen; dagegen ſind von den am 3. Juni hier durchmarſchirten bereits wieder kleinere Abtheilungen über hier zurückgekehrt. Man hatte, wie es ſcheint, auf ſtarke Zuzüge in den Orten, durch welche man zog, beſonders wo Volksvereine und Turnergeſellſchaften beſtehen, gerechnet, ſich aber ſehr geirrt. Hier und in der ganzen Umgegend hat ſich faſt Niemand angeſchloſſen, worüber ſie ſich auch ſehr bitter äußerten. (N. K.)

Speier, 7. Juni. In der dieſer Tage hier vorgenommenen Neuwahl des durch die proviſoriſche Regierung abgeſetzten Gemeinderaths wurden im erſten Scrutinium faſt ſämmtlich die Alten wieder gewählt. Geſtern Abend 7 Uhr wurde für die hieſige Mobilgarde Generalmarſch geblaſen und mit ihr rückte zugleich die noch hier befindliche Compagnie Linie aus. Wie wir erfahren, iſt ihre Beſtimmung Philippsburg, weil von der Garniſon Germersheim Ausfälle ins Badiſche gemacht worden ſeien; noch ſind ſie nicht zurück. (Speyr. Z.)

Stuttgart, 7. Juni. Die geſtern in der Reichsverſammlung eingebrachten Anträge von Schodrr und Umbſcheiden in Betreff der Zuſtände Badens und der Pfalz ſind vom Dreißiger-Ausſchuß, dem die Verſammlung ſie überwies, bereits heute in Berathung gezogen worden. Der Ausſchuß wird, wie man hört, darauf antragen, Baden (wie früher die Pfalz) unter den Reichsſchutz zu ſtellen und eine Waffenruhe zu erwirken, die dann zur Herbeiführung eines gütlichen Abkommens benutzt werden ſoll. Wie dies zu bewerkſtelligen, iſt freilich ſchwer einzuſehen, zumal wenn die von Frankfurt einlaufende Nachricht von dem Rücktritt des badiſchen conſtitutionellen Miniſteriums und dem Beitritt des Großherzogs zum preußiſchen Sonderbündniß ſich beſtätigen ſollte. Der Dreißigrr-Ausſchuß wird übrigens erſt heute Abend definitive Beſchlüſſe faſſen. In der neuen Regentſchaft haben Raveaux und Becher das Kriegsweſen, Vogt die auswärtigen Angelegenheiten, Simon und Schüler Finanzen, Juſtiz und das Innere übernommen. Das Präſidium führt proviſoriſch Raveaux. (Fr. Journ.)

Hannover, 5. Juni. Die heutige Feier des 78. Geburtstags unſers Königs trug wiederum vollſtändig das Gepräge der früheren Jahre. Um 11 Uhr fand große Parade in der Herrenhäuſer Allee ſtatt. Ein Regiment Garde du Corps, ein Dragoner-Regiment, das Garde-Grenadier-Regiment, 1 Bataillon des Leibregiments und einige Batterien Fußartillerie boten den zahlreichen Zuſchauern einen impoſanten Anblick dar. Im Gefolge des Königs, der in der Uniform des bekannten öſterreichiſchen Huſaren-Regiments erſchienen war, ſah man den Herzog von Braunſchweig und viele fremde Offiziere höherer Grade. Zahlreiche Feſteſſen, Feuerwerke, Concerte, Bälle u. ſ. w., die man auf dieſen Abend enterprenirt, werden der Bevölkerung Hannovers hinreichende Gelegenheit darbieten ihren Loyalitätsſinn zu bethätigen. (Weſ.-Z.)

Darmſtadt, 8. Juni. Das hieſige Kriminalgericht hat gegen den Dr. med. Ferdinand v. Löhr aus Worms (bekanntlich Redakteur des in letztgenannter Stadt erſchienenen ultraradikalen Blattes Neue Zeit), ferner gegen den Dr. med. W. Zimmermann aus Darmſtadt und gegen den Kandidat der Theologie C. Ohly aus Großenbuſeck in Oberheſſen Steckbriefe erlaſſen. Dem amtlichen Erlaſſe zufolge hat die Unterſuchung in Betreff der bei den Volksverſammlungen zu Erbach und Oberlaudenbach am 23. und 24. Mai d. J. vorgefallenen Verbrechen, beſtehend in Hochverrath, Aufruhr und der Ermordung des großherzoglich heſſiſchen Provinzialcommiſſärs Prinz, die obenbezeichneten Verfolgten als der beiden erſteren Verbrechen in beſonders hohem Grade als angeſchuldigt und verdächtig dargeſtellt. Die Rrquirirten befinden ſich auf der Flucht. (O. P. Z.)

∼ Von der Bergſtraße, 7. Juni. Geſtern früh zog faſt ſämmtliches badiſches Militär über den Neckar in der Richtung nach Weinheim und man hörte vielfach die Vermuthung ausſprechen, das heſſiſche Corps bei Heppenheim ſolle durchbrochen und ein Angriff auf Frankfurt verſucht werden; alles war ängſtlich geſpannt auf den Zuſammenſtoß und man harrte der Nachrichten darüber; aber es blieb ſtille und wir hören, daß die badiſchen Truppen die Grenze nicht überſchritten hätten.

Heute früh zwiſchen 6 und 7 Uhr hörte man eine ſtarke Kanonade auf dem linken Rheinufer; die Vermuthungen darüber ſind getheilt; es kann mit einem Ausfall der Beſatzung von Germersheim zuſammenhängen, welche auf badiſchem Gebiet bis in die Nähe von Philippsburg vordrang, um Proviant für die Feſtung zuſammenzuraffen, Schlachtvieh wegzutrriben ꝛc., oder es kann möglicher Weiſe auch ein Angriff auf Landau geweſen ſein.

Wiesbaden, 8. Juni. Die Deputation, welche die 10 Forderungen, reſp. Erklärungen des hieſigen demokratiſchen Vereins dem Herzoge zu übergeben hatte, iſt ziemlich unverrichteter Sache wieder heimgegangen. Herzog Adolph will ſich mit ſeinem Cabinete benehmen und das Erforderliche verfügen. (Fr. J.)

Bremen, 6. Juni. Die heutige Sitzung der Bürgerſchaft brachte die Erneuerung der Debatte über die in voriger Sitzung von Seiten der Bürgerſchaft beſchloſſrne Neuwahl eines Abgrordneten nach Frankfurt oder vielmehr jetzt nach Stuttgart. Der Senat beantwortete jenen Beſchluß in ſeiner heutigen Mittheilung unter Hinweiſung auf die ſeit 8 Tagen ſo bedeutend veränderten politiſchen Verhältniſſe dahin, „daß er der Bürgerſchaft dringend empfehle, ſich dahin mit ihm zu vereinigen, daß der beregte Gegenſtand vorab von einer Deputation förderſamſt in Berathung gezogen und darüber berichtet werde, wozu ſich die für die Beziehungen Bremens zur deutſchen Reichsgewalt bereits beſtehende Deputation vorzugsweiſe eignen möchte.“ Der Antrag des Senats wurde ſchließlich mit einem von Hrn. Kotzenberg bei Beginn der Debatte eventuell geſtellten Amendement: daß die betreffende Deputation innerhalb 8 Tagen berichten möge, angenommrn. (Wrſ. Z.)

Großbritannien.

* **London,** 7. Juni. Vorgeſteru Nachmittags empfing der Lordſtatthalter von Irland eine Abordnung, welche ihm eine mit nicht weniger als 150,000 Unterſchriften bedeckte Adreſſe überreichte, worin der Lordſtatthalter erſucht wird, für die vom außerordentlichen Gerichtshofe zu Clonmel zum Tode verurtheilten Staatsgefangenen das Begnadigungsrecht der Krone walten zu laſſen. Die Adreſſe wurde vom Lordmayor von Dublin ihm vorgeleſen. Graf Clarendon gab die Adreſſe in die Hände ſeines Privatſecretärs, Corry Connellan, und zog dann ſeinerſeits eine Antwort aus der Taſche, die er ſodann den Herren vorlas. Auch ihm, heißt es darin, ſei das Schickſal dieſer Männer tief zu Herzen gegangen, aber ſeine Stellung habe ihm die Pflicht auferlegt, die Natur und den Charakter des Verbrechens, deſſen ſie ſich ſchuldig gemacht, zu erwägen, wie ſie wochenlang in einem großen Theile des Landes den Frieden und den Rechtszuſtand geſtört, wie ſie den geſetzlichen Behörden ſich mit den Waffen in der Hand widerſetzt, wie es ihnen nicht darauf angekommen ſei, das Leben einiger ihrer mißleiteten Anhänger zu opfern u. ſ. w. Schließlich verſicherte er übrigens, die Regierung werde in der Erfüllung der ihr auferlegten Pflicht der Gerechtigkeit nicht über die Grenzen hinausgehen, welche das Intereſſe der Geſellſchaft nothwendig verlange. Hiermit verbeugte ſich Graf Clarendon, und die Deputation war entlaſſen. Abends wurde den betreffenden Staatsgefangenen, nämlich den HH. Smith O'Brien, Thomas F. Meagher, Terence B. M'Manus und Patric O'Donohue angezeigt, daß das über ſie gefällte Todesurtheil in Verbannung für Lebenszeit umgewandelt ſei.

Frankreich.

* **Paris,** 7. Juni. Der Moniteur bringt heute in einer langen Reihe von Spalten die Botſchaft des Präſidenten der Re-

publik. Wir müſſen uns vorbehalten, des Näheren auf dieſes Actenſtück zurückzukommen und einſtweilen die wichtigſten Momente deſſelben kurz hervorheben. Der Präſident erinnert im Eingange an die Verheißungen des Manifeſtes, mit welchem er die Zügel der Regierung übernahm. „Zeit und Umſtände haben es nicht geſtattet, alle dieſe Verheißungen zu erfüllen: aber es ſind bereits große Schritte auf dieſer Bahn gethan.“ Die Regierung hat es vor allem als ihre Aufgabe erkannt, das Vertrauen zurückzuführen, welches der vorhergegangene proviſoriſche Zuſtand mehr und mehr vernichtet hatte. „Sie hat zu dieſem Zweck nur feſt und entſchloſſen vorwärts zu gehen gebraucht, indem ſie es Allen deutlich machte, daß ſie, ohne von der Geſetzlichkeit abzuweichen, die energiſchſten Mittel zur Sicherung der Geſellſchaft entfalten würde. Auch wird ſie überall bemüht ſein, das Anſehen der Behörden wieder herzuſtellen, und alle ihre Sorgfalt darauf verwenden, zu den öffentlichen Functionen die Männer zu berufen, die ſie für die ehrenwertheſten und fähigſten hält, ohne bei ihren politiſchen Antecedentien zu verweilen. Ebenfalls um die Gemüther nicht zu beunruhigen, hat die Regierung ihre Abſicht, die Opfer unſerer bürgerlichen Zwiſte in Freiheit zu ſetzen, vertagen müſſen. Bei dem bloßen Worte Amneſtie iſt die öffentliche Meinung in verſchiedenem Sinne aufgeregt worden, man hat die Wiederkehr neuer Unordnungen gefürchtet; nichtsdeſtoweniger habe ich überall, wo es ohne Nachtheil geſchehen konnte, Gnade walten laſſen.“ Ein kurzes Reſume der Finanzlage ergibt, daß das Deficit des laufenden Jahrs, welches das Budget zu 25 Millionen veranſchlagt hatte, ungefähr 180 Mill. betragen wird und daß der Dienſt des vorigen Jahrs trotz der Zuſatzſteuer von 45 Cent. und trotz der Anleihen, noch ein Deficit von 72 Mill. ergeben hat. Die Streitmacht Frankreichs beſteht aus 4 Mill. Nationalgarden, von welchen 1,200,000 Mann mit Gewehren bewaffnet ſind. Die Organiſation von 300 Bataillonen mobiliſirbarer Nationalgarde iſt vorbereitet, die mobile dagegen bis auf 6000 Mann herabgeſunken. Die Armee zählt 451,000 Mann und 94,000 Pferde mit 16,500 Feuerſchlünden. Die Segelflotte beſteht aus 96 Fahrzeugen, darunter 10 Linienſchiffe und 8 Fregatten, die Dampflotte aus 61 Fahrzeugen, darunter 16 Fregatten, die Reſerveflotte aus 47 Fahrzeugen aller Gattungen. Die Darlegung der auswärtigen Politik wird mit folgenden Betrachtungen geleitet: „Es liegt im Geſchicke Frankreichs, die Welt zu erſchüttern, wenn es ſich bewegt, die Welt zu beruhigen, wenn es ſich mäßigt. Auch macht uns daher Europa für ſeine Ruhe verantwortlich. Dieſe Verantwortlichkeit legt uns große Pflichten auf. Der Gegenſtoß unſerer Revolution machte ſich nach dem Februar vom Baltiſchen bis zum Mittelländiſchen Meere fühlbar und die Männer, welche vor mir an der Spitze der Geſchäfte ſtanden, wollten Frankreich nicht in einen Krieg verwickeln, deſſen Ende nicht vorauszuſehen war: ſie hatten Recht. Der Zuſtand der Civiliſation in Europa geſtattet nicht, dem Zufall eines allgemeinen Krieges entgegenzugehen, es ſei denn, daß man auf eine ganz offenbare Weiſe das Recht und die Nothwendigkeit für ſich hat. Ein untergeordnetes Intereſſe, eine mehr oder weniger wichtige Rückſicht des politiſchen Einfluſſes reichen nicht hin: wenn eine Nation wie die unſrige, ſich in einen coloſſalen Kampf einlaſſen ſoll, ſo muß ſie die Größe ihrer Erfolge wie die Größe ihrer Unfälle vor der Welt rechtfertigen können.“ Es heißt hierauf, daß überall die Regierung im Intereſſe der Freiheit vermittelnd eingeſchritten ſei. In Bezug auf Rom, das ſich gegen den Pabſt ſehr undankbar bewieſen habe, ſei nur Eins zu thun geweſen, wenn man einerſeits mit dem ganzen katholiſchen Europa nicht offen brechen und andererſeits den verbündeten katholiſchen Mächten die Wiederherſtellung des Papſtes nach ihrem Belieben nicht gänzlich überlaſſen wollte, nämlich ſelbſt direct und unabhängig einzuſchreiten. Das habe die Regierung gethan und der übrigens unerwartete Kampf vor Rom habe an dem Endzweck der Expedition Nichts geändert. In Bezug auf Schleswig heißt es, daß die Bemühungen der vermittelnden Mächte in dieſem Augenblick die Abſchließung eines Waffenſtillſtandes bezwecken, der der Vorläufer eines definitiven Friedens ſein ſolle. Die neueſten Unruhen in Deutſchland ziehen die Aufmerkſamkeit der franzöſiſchen Regierung auf ſich. Wegen der ruſſiſchen Intervention in Ungarn ſind diplomatiſche Noten gewechſelt worden. Dem Einvernehmen mit England wird die gebührende Huldigung dargebracht. Die Anerkennung der Republik durch Rußland wird erwähnt. Am Schluß wird die ſocialiſtiſche Partei eine „blinde Minorität“ genannt, ein Ausdruck, der ſtark an die bekannten „feindlichen oder blinden Leidenſchaften“ in der letzten Thronrede Louis Philipps erinnert. Wir werden, wie geſagt, auf einzelne Theile der Botſchaft zurückkommen.

Die heutige Sitzung der Legislative war abermals eine ſtürmiſche. Ledru Rollin, durch Unwohlſein verhindert, in der Sitzung zu erſcheinen, hatte ſchriftlich um die Vertagung ſeiner auf heute anberaumten Interpellationen über die auswärtige Politik gebeten, aber ſofort verlangte Emanuel Arago das Wort für eine wichtige Thatſache aus Italien. Er erfahre aus Rom, daß der franzöſiſche Bevollmächtigte mit der römiſchen Republik eine Convention abgeſchloſſen habe, welche der franzöſiſchen Regierung zur Ratification vorgelegt werden ſollte, einſtweilen aber einen 14tägigen Waffenſtillſtand ſtipulire. Sei es wahr, daß die Regierung dieſe Convention nicht ratificirt, ſondern ihrem General den Befehl ertheilt habe, Rom anzugreifen? Der Miniſter des Auswärtigen verweigerte für heute die Antwort. Der Repräſentant Bac fragt ob es wahr ſei, daß General Oudinot die Vollmachten des Hrn. v. Leſſeps nicht anerkannt und den abgeſchloſſenen Vertrag verletzt, ſowie, daß die Regierung ihm in dieſem Sinne Befehle zugefertigt habe. Odilon Barrot: „Es iſt nicht wahr, daß die Regierung einen in den Inſtructionen des Hrn. Leſſeps enthaltenen Vertrag verworfen habe. (Ironiſches Lachen). Die Regierung hat das Recht, eine ihren Inſtructionen förmlich zuwiderlaufende Handlung nicht anzuerkennen (Aufſehen).“ Noch verſuchte Napoleon Bonaparte, eine Interpellation über die Zurückberufung des Bevollmächtigten (Hr. v. Leſſeps iſt übrigens bereits in Paris angekommen) an den Miniſter zu richten, aber die Verſammlung entſchied dagegen und werden ſämmtliche Interpellationen erſt am Montag beantwortet werden. (S. Italien.) Das gegenwärtige Miniſterium, hört man vielfach behaupten, iſt nur proviſoriſch. Der Marſchall Bugeaud ſoll zwei Monate Zeit verlangt haben, um zu ſehen, wohin die öffentliche Meinung ſich neigt. Alsdann würde er die Bildung eines Miniſteriums übernehmen. Die in den Bureaus der Nationalverſammlung ernannten Commiſſäre für den bekannten Antrag auf Amneſtie für politiſche Verbrechen ſind ſämmtlich gegen dieſe Maßregel.

Zu Saint Maur in der Nähe von Vincennes ſoll wie im vorigen Jahre ein großes Lager von zwei Diviſionen gebildet werden. Im Ganzen hat der General Changarnier für unvorhergeſehene Ereigniſſe 117,000 Mann Truppen zur Verfügung.

Italien.

* **Rom**, 30. Mai. Die Entſcheidung naht mit ſchnellen Schritten. Leſſeps hat auf die abſchlägige Antwort des Triumvirats eine Note an den Municipalrath gerichtet, in welchem er von dieſem, als Erhalter der Stadt und ihrer Monumente, gutwilligen Einlaß für die franzöſiſchen Truppen verlangt oder dem General Oudinot volle Freiheit zu handeln vorbehält. Der Municipalrath antwortete abſchlägig. Auf dieſes hin ſtellte Oudinot folgendes lakoniſche Ultimatum: „Die franzöſiſche Armee wird als Freund in Rom einziehen, indem ſie die gemachten Vorſchläge aufrecht erhält, im entgegengeſetzten Fall mit Gewalt. Man gibt 24 Stunden Zeit zur Antwort.“ Die Aſſemblea und das Municipium übertrugen nun dem Triumvirat unbedingte Vollmacht, und dieſes beſchloß: Widerſtand zu leiſten. Am 30. Nachmittags hatten daher die Franzoſen ſchon alle Verbindungen abgeſchnitten, 2 römiſche Commiſſäre als Kriegsgefangene zurückbehalten, die Truppen in Bewegung geſetzt und die Batterien in Poſition geſtellt.

* **Civita Vecchia**, 1. Juni. 10 Uhr Abends. Der Waffenſtillſtand iſt heute abgelaufen. Heute Morgen kamen der General Regnault de Saint Jean d'Angely und ſein Adjutant hierher um zu melden, daß die römiſche Republik die Unterhandlung auf folgende Grundlagen vorgeſchlagen habe: 1) Garantie gegen jede fremde Invaſion; 2) Cantonnirung der franzöſiſchen Armee auf verſchiedenen Punkten der Romagna. Im Fall 3) der Nichtannahme durch die franzöſiſche Regierung 14tägige Friſt vor Wiederbeginn der Feindſeligkeiten. Der General Oudinot verwarf dieſe Vorſchläge, wobei er in einigen Widerſpruch mit Herrn v. Leſſeps gerieth. Allein in demſelben Augenblick traf eine Depeſche von Paris ein, welche die Abbrechung aller Unterhandlungen und den ſofortigen Angriff auf Rom befahl. Hr. v. Leſſeps reiſte ſogleich nach Paris ab.

(In Paris wollte man am 7. beſtimmt wiſſen, daß die Fran-

zoſen Rom am 2. angegriffen und am 4. durch die Porta Porteſe eingedrungen ſeien. Es ſcheint dies indeß nur e.n Abklatſch der bereits Tags vorher umlaufenden Gerüchte.)

Ungarn.

A.Z.C. Aus **Preßburg** wird geſcheieben, daß Koſſuth bereits in Peſth eingetroffen ſei, und vom Balkone des Rathhauſes wieder eine ſeiner fulminanten Reden gehalten habe. Die Krone des heiligen Stephan hatte er bei ſich, ließ ſie aber nach Ofen hinüber ſchaffen. Da die ſonſt übliche feierliche Kiſteneröffnung unterblieb, ſo zweifelt man, daß die Krone wirklich in der Kiſte ſei. Nach 48ſtündigem Aufenthalte eilte er wieder nach Debreczin zurück. Die Ruſſen haben ihr Lager auf der Sauheide wieder verlaſſen und ſind auf der Inſel Schütt eingezogen. Einer der ehemaligen Commandanten der Feſtung Leopoldſtadt, B. Mediaſky, und der Oberartilleriſt ſind zum Tode verurtheilt. Die Cholera läßt etwas nach. Bei Oedenburg ſoll geſtern ein Treffen ſtattgefunden haben. Eine Kundmachung Weldens verſpricht, daß alle Requiſitionen und Vorſpannsleiſtungen entweder ſogleich bei der Uebergabe oder doch in möglichſt kurzer Friſt baar berichtigt werden ſollen. Die Anweiſungen auf die ungariſchen Landeseinkünfte, die in Ungarn als allgemeines Zahlungsmittel von Jedermann angenommen werden müſſen, ſollen jetzt auch bei den Staatskaſſen in den angrenzenden öſterreichiſchen Ländern als Zahlung angenommen werden. Fürſt Paskewitſch hat folgende Proklamation an die Ungarn erlaſſen: „Bewohner Ungarns! Auf den Ruf eures legitimen Monarchen, welcher den Beiſtand meines erhabenen Herrn in Anſpruch genommen, haben die unter meinen Oberbefehl geſtellten Truppen ſich mit Oeſterreichs Kriegern vereinigt, um die geſetzliche Ordnung wieder herzuſtellen, welche in eurem Vaterlande durch die Waffen der Empörung gewaltſam umgeſtürzt worden iſt. Die Förderer des Aufſtandes um welche ſich bald Abenteuerer aus allen Ländern geſchaart haben beuten eure unſelige Verblendung für ihre perſönlichen Zwecke aus. Ihre verbrecheriſchen Umtriebe haben euch zum Meineid hingeriſſen. Doch kann der Kaiſer, mein Herr, nicht glauben, daß die Mehrheit der Nation ihre alte Tugend, ihre angeſtammte Anhängigkeit an die Dynaſtie ihrer Könige verläugnen könnte. Er iſt der innigſte Freund des Kaiſers Franz, glorreichen Gedächtniſſes, des Kaiſers Ferdinand, der Freund und Verbündete eures Königs Franz Joſeph I. der ſich durch mich an euch wendet euch zu beſchwören, daß ihr von eurer ſtrafwürdigen Verirrung zurückkommen und auf den Pfad der Ehre, der Treue und der Pflicht kehren möget. Das ruſſiſche Heer betritt euer Land nicht als Feind, es rückt auf den Ruf eures Königs ein. Wenn ihr es als Feinde empfangt, ſo werdet ihr die Folgen ſolcher Vermeſſenheit empfinden. Möchten meine Ermahnungen euch zur Reue und Unterwerfung bringen, und dadurch euch die Drangſale eines blutigen Krieges erſparen. Warſchau. Fürſt von Warſchau, Graf Paskewitſch v. Erivan, Feldmarſchall und Kommandant der kaiſerlich ruſſiſchen Armee."

Feldm.-Lieutenant Graf Eduard Clam-Gallas, der zum Commandirenden des Puchneriſchen Corps in Siebenbürgen ernannt iſt, hat die amtliche Anzeige erhalten, daß der ruſſiſche General Lüders mit 24,000 Mann, nur noch vier Tagmärſche von Orſchowa entfernt, durch die Wallachei auf dieſen Ort anrücke. General Clam wird mit ſeinen 12,000 Mann, die in der Wallachei ſind, ſich an das ruſſiſche Corps anſchließen. Einſtweilen könnten dieſe Corps ſich ſchon vereinigt und den Inſurgenten ein Gefecht geliefert haben, wenn Bem ſich nicht über Mehadia nach Karanſchebes zurückgezogen hätte. Kronſtadt und Hermannſtadt, deren Zugänge von der Wallachei her ſtark verſchanzt waren, ſind noch nicht von den Kaiſerlichen beſetzt, die mit den Ruſſen von Ungarn aus gegen dieſe Städte anziehen. (Allg. Z.)

Türkei.

Der Bucovina zufolge umfaßt die durch General Grabbe geſchloſſene Convention zwiſchen Rußland und der Türkei, betreffend die moldo-walachiſchen Angelegenheiten, folgende Hauptpunkte: Art. 1. Ernennung beider Fürſten durch den Sultan auf ſieben Jahre. Art. 2. Proviſoriſche Suspendirung beider Generalverſammlungen, und deren Erſetzung durch je einen aus Bojaren und Mitgliedern des hohen Clerus gebildeten Rath, mit dem vorzüglichen Beruf, die Steuern umzulegen und das Budget zu prüfen. Art. 3. Zwei Reviſions-Comités zur Ausarbeitung der erforderlichen organiſchen Verbeſſerungsvorſchläge, die durch einen Hatiſcherif genehmigt werden müſſen. Art. 4. Eine türkiſche oder ruſſiſche Armee, jede von 25—35,000 Mann wird bis zur Wiederherſtellung der Ruhe in den Nachbarländern (Ungarn und Siebenbürgen) beide Donaufürſtenthümer beſetzen, welche Occupation darnach durch je 10,000 Mann ruſſiſcher und türkiſcher Truppen bis zur vollendeten Reviſion des Reglements fortgeſetzt werden wird. Die vorzunehmenden Reformen ſollen mit der Reorganiſirung der Landesmiliz (Militär) eröffnet werden. Art. 5. Zwei kaiſerliche Commiſſäre werden den Fürſten zur Seite ſtehen, um denſelben ihre Weiſungen zu geben, und ſich mit ihnen über die Wahl der Mitglieder des obbezeichneten Reviſions-Comités zu verſtändigen. Art. 6. Feſtſetzung der Dauer von ſieben Jahren für den gegenwärtigen Act. Art. 7. Vorbehaltlich aller vorhergehenden Verträge, die hierdurch nicht entkräftet werden. Ein fernerer Punkt ſoll die Entſetzung des Fürſten Stourdza ausſprechen, welche nach einigen lebhaften Unterhandlungen vom General Grabbe zugegeben worden iſt. Die Moldau ſoll proviſoriſch durch einen bereits ernannten Statthalter regiert werden. Dagegen ſoll für die Walachai ſchon ein Fürſt, und zwar wie erzählt wird, in der Perſon des Bojaren Stirbey, Bruder des Exfürſten Bibesko, ernannt worden ſein.

Amerika.

* Man hatte in England durch das Dampfboot „Hibernia" neuere Nachrichten aus Nordamerika, welche aus New York bis zum 22., aus Boſton bis zum 23., aus Montreal bis zum 21. Mai reichen. Es finden ſich darunter manche intereſſante Einzelnheiten, namentlich aus den Vereinigten Staaten. Unter andern wurde der handel- und gewerbthätigſte Theil der Stadt St. Louis Opfer einer Feuersbrunſt, die längs des Miſſiſippi in der Ausdehnung einer engliſchen Meile alle Gebäude, die ihr in den Weg kamen, verzehrte, außerdem Frachtgüter, Waarenlager und nicht weniger als 27 Dampfboote mit ihren Ladungen. Man ſchätzt den Schaden auf 4 bis 5 Mill. Pf. New-Orleans drohte dagegen ein Opfer des Miſſiſippi zu werden, der aus ſeinen Ufern getreten war und bereits mehrere Straßen überſchwemmt hatte, ſo daß ſich die Bewohner genöthigt ſahen, aus den untern Stockwerken in die obern zu flüchten. Die Cholera ſetzte ihre Verwüſtungen noch immer fort; unter andern war ihr der aus dem mexikaniſchen Kriege wohlbekannte General Worth erlegen. Es hieß, daß der jetzige Präſident damit umgehe, dem künftigen Repräſentantenhaus die engliſche Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze als einen zur legislativen Berathung wohlgeeigneten Gegenſtand vorzulegen. Die Regierung hat beſchloſſen, 2 Schiffe, deren eins vom Kapitän Charles Wilkes befehligt ſein ſoll, nach dem Polarmeere auszuſenden, um wo möglich die verſchollene und allem Vermuthen nach zwiſchen dem Polareis verunglückte Expedition des berühmten Entdeckers Sir John Franklin aufzufinden. Ein Schreiben aus Waſhington in der Allg. Ztg. enthält Folgendes in Betreff des dem deutſchen Reiche vorenthaltenen Dampfſchiffs United States: In Bezug auf die europäiſchen Angelegenheiten wird General Taylor die ſtrengſte Neutralität beobachten, und dieſelbe wohl auch bis zur Pruderie treiben. Dieß geſchieht namentlich ſchon jetzt in Bezug auf die däniſch-deutſchen Angelegenheiten auf eine höchſt auffallende und für Deutſchland verletzende Weiſe. Hr. Baron v. Rönne, Geſandter der deutſchen Bundesregierung zu Frankfurt a. M. in Waſhington hat, wie Sie wiſſen werden, einen amerikaniſchen Dampfer „the United States" als Anfang einer deutſchen Reichsmarine käuflich erſtanden, und der Marineminiſter unter Präſident Polk, Hr. John Maſon, hatte die Gefälligkeit dem Commandanten des Arſenals zu Brooklyn (New-York) den Befehl zugeben, bei der Ausrüſtung deſſelben zu activen Seedienſten ſoviel als möglich behülflich zu ſein. Dieß war zur Zeit des Waffenſtillſtandes mit Dänemark mit jedweder Ausſicht auf freundliche Beilegung des däniſch-deutſchen Streites. Die Ausrüſtung wurde inzwiſchen auf's eifrigſte betrieben, und das Vereinigte-Staaten-Arſenal zu Brooklyn leiſtete dabei ſehr weſentliche Dienſte. Da kam der Regierungswechſel und mit ihm der neue Staatsminiſter John M. Clayton, der ſogleich in dem ganzen Verfahren eine Verletzung der Neutralität erblickt und die weitern Arbeiten einſtellen läßt. Dagegen hat nun freilich Hr. Baron Rönne feierlich proteſtirt, mit welchem Erfolg wird aber erſt die nächſte Zukunft lehren. Ich weiß nicht gewiß, ob der ruſſiſche Miniſter Hr. v. Bodisco dabei die Hand im Spiel hatte; daß

aber der däniſche Geſandte dieſe Angelegenheit nicht ſonderlich am Herzen hatte, oder doch nicht perſönlich dabei einſchritt, erhellt ſchon daraus, daß derſelbe, mit Ausnahme der Inaugurations-feierlichkeiten, gar nicht hier in Waſhington war, und daher dieſelbe nur brieflich von Philadelphia aus betreiben konnte. Dieſe Angelegenheit wird, ſobald ſie dem Publicum übergeben werden wird, Aufſehen erregen.

Aus **Montreal** (Kanada) erfährt man, daß, als neulich der Generalgouverneur mit den Miniſtern und ſeinen Freunden zu Tiſche ſaß, ein Haufen Volks auf ſeine Wohnung einen Angriff machte. Man feuerte aus dem Gebäude mehrere Schüſſe auf das Volk, wodurch einer der Angreifenden verwundet wurde; anrückende Patrouillen trieben ſodann den Haufen auseinander. Seitdem blieb Alles ruhig. Die engliſche Partei wartet auf die Entſcheidung des Londoner Miniſteriums, und es muß dahin geſtellt bleiben, was ſie beginnen wird auf die Nachricht, daß die Regierung zu London die nachgeſuchte Entlaſſung des Generalgouverneurs nicht angenommen, und ſich zugleich im Allgemeinen mit deſſen Regierungsweiſe vollkommen zufrieden erklärt hat. Beide Parteien haben bereits Abgeordnete abgeſchickt, um ihre Sache in London vertreten zu laſſen. Das kanadiſche Parlament hatte mit einer Mehrheit von fünf Stimmen beſchloſſen, eine Adreſſe an den Generalgouverneur zu richten, worin er gebeten wird, den Sitz der Regierung von Montreal nach Quebeck und Toronto zu verlegen, und zwiſchen beiden Städten von vier zu vier Jahren abwechſeln zu laſſen.

Von **Porto Plata** im dominikaniſchen Antheil der Inſel **Hayti** enthält die Hamburger Börſenhalle über die letzte Expedition des Präſidenten Soulouque gegen die Dominicano's eine Privatmittheilung, welche ausführlicher iſt als irgend eine, die wir in engliſchen Zeitungen gefunden zu haben uns erinnern. Doch ſtimmt ſie im Weſentlichen mit einer Nachricht in der Daily News überein. Der Brief iſt vom 26. April. Die Nachſchrift lautet: Soeben kommt noch die officielle Nachricht von einer Schlacht bei Azua. Die Haytianer wollten gegen die Stadt Domingo vorrücken. In der Bai von Ocoa, wo unſere Flotte von 7 Schiffen ſtationirt iſt, wurden ſie von derſelben beſchoſſen und zu gleicher Zeit von Santa Anna (der die dominikaniſche Armee neu organiſirt hat) in der Fronte angegriffen. Sie ſind geſchlagen und die Hälfte der Armee ſoll vernichtet ſein. Da ihnen der Rückzug abgeſchnitten iſt, ſo kann ſich der Reſt nicht mehr im Lande halten, und es werden wohl nur Einzelne entrinnen. Es iſt eine ſchreckliche Kriegführung, wo eine Armee von 12—15000 Mann bis auf den letzten Mann vernichtet wird. Es iſt ein Racenkrieg zwiſchen Schwarzen und Weißen; der Verlierende wird niedergemacht.

Aus **Mexico** heißt es, daß Paredes gegen die Regierung aufgeſtanden ſei, und daß ſeine Anhänger, nachdem ſie San Luis Potoſi eingenommen, ſich auf dem Wege nach Queretaro befänden. Die mexicaniſche Regierung verdient nicht den Namen einer ſolchen. Ganz Mexico wimmelt von Räuberſchaaren.

Die Kammern von **Venezuela** haben ein vom Präſidenten Monagas genehmigtes Geſetz beſchloſſen, welches unter den engliſchen Kaufleuten einen Sturm von Unwillen erregt hat. Dieſem gegen die ausländiſchen Gläubiger gerichteten Geſetze zufolge ſoll jeder Schuldner das Recht haben, einen Aufſchub von 6 bis 9 Jahren in Anſpruch zu nehmen, während welcher Zeit alle Zinszahlungen eingeſtellt bleiben ſollen. Wenn während dieſer Zeit der Gläubiger klagt, ſo hat dieſe Klage keine Rechtsgültigkeit, Execution kann während dieſer Zeit gar nicht verfügt werden u.ſ.w. kurz, dem fremden Gläubiger iſt, wenn der Schuldner nicht zahlen will, jede Möglichkeit benommen, zu dem Seinigen oder auch nur zu den Intereſſen ſeines Darlehens zu kommen. Der Präſident genehmigte das Geſetz, obſchon ſämmtliche engliſche Kaufleute in Carracas, ferner der engliſche Generalconſul, die Conſuln von Frankreich, Dänemark und den Vereinigten Staaten Verwahrung dagegen einlegten.

Redacteur: **H. Kruſe.**

---

[230]

Bekanntmachung.

Elende Verleumder, die ſo gerne thätig ſind, wenn es gilt, einen vom Mißgeſchick Verfolgten zu verunglimpfen, haben das Gerücht verbreitet, daß der Gerichtsdirektor Adv. Lugwig Robert **Hennig** bei ſeiner Abreiſe von hier weſentliche Defecte in ſeinen Depoſiten hinterlaſſen habe.

Zur gründlichen Widerlegung dieſer erbärmlichen Verdächtigung haben wir unterzeichneten Generalbevollmächtigten des Adv. Henuig heute unter Zuziehung des Gerichtsperſonals die vorhandenen Depoſiten einer ſpeciellen Reviſian unterworfen und dabei das Ergebniß gefunden, daß die excl. von 93 Stück Sparkaſſenbüchern über 8000 Rthlr. betragenden Depoſitalbeſtände den betreffenden Akten und Depoſitenbuchern vollſtändig entſprechen.

Dies zur Beruhigung ſeiner Freunde und zur Beſchämung ſeiner Verläumder!

Wilsdruf im Königreich Sachſen, den 4. Juni 1819.

Adv. Oswald **Reinhard** in Wilsdruf.
Adv. Ernſt **Bormann** in Tharand.

---

[231]

☞ Heilsame Erfindung. ☜

Neu verbeſſertes

Hümmert'sches Pollutions-Verhütungs-Instrument mit Suspensorium,

durch welches ohne Beſchwerde und Gefahr dieſes gefährliche Uebel binnen kurzer Zeit gründlich beſeitigt wird und deſſen zweckmäßige, einfache Einrichtung durch Zeugniſſe von den berühmteſten Aerzten, als: vom Herrn Geh. Med. Rath Prof. Dr. **Dieffenbach** in Berlin, von den Herren Profeſſor Dr. **Braune**, Profeſſor Dr. **Cerutti**, Profeſſor Dr. **Carus** zu Leipzig, Herrn Geh. Med.-Rath Dr. v. **Blödau** zu Sondershauſen und vielen Andern dargethan iſt. Gegen portofreie Einſendung des Betrags erhält man Inſtrumene nebſt Gebrauchsanweiſung vom Unterzeichneten zugeſchickt.

1	Inſtrument in feinem Neuſilber mit Suſpenſorium	. . . .	4	Rthlr.
1	„ „ „ „ „ „	und durchaus gepolſtert	5	„
1	„ „ „ Meſſing „ „	. . . .	3	„
1	„ „ „ „ „ „	und durchaus gepolſtert	4	„
1	„ „ „ Holz ohne „	. . . .	2	„

☞ Außer obigem Inſtrumente habe ich neuerdings ein

Compressorium oder Urinsperrer

erfunden, welches ebenfalls von vielen Aerzten für heilſam anerkannt worden, und dem Zwecke entſpricht, daß das Einnäſſen in's Bett bei Knaben, ſo wie auch bei Erwachſnen nach 1 monatlichem Gebrauche gänzlich beſeitigt wird, und erhält man unter Angabe des Alters und portofreier Einſendung des Betrags von nur 2 Rthlr. oder $3\frac{1}{2}$ Gulden Inſtrument nebſt Gebrauchsanweiſung bei

S. Frankenheim in Nordhausen.

---

[232] Bei **Georg Wigand** in Leipzig ſind ſo eben erſchienen:

Pfarre und Schule.

Eine Dorfgeſchichte von **Friedr. Gerſtäcker.**

3 Bde. 8. broch. $3\frac{1}{3}$ Rthlr.

Dieſes lebensvolle Bild aus unſerer Gegenwart iſt das letzte Erzeugniß des beliebten Schriftſtellers. Unmittelbar nach deſſen Vollendung hat Fr. Gerſtäcker eine Reiſe um die Welt angetreten; auf dem Talismane hat er am 15. März ſich nach Kalifornien eingeſchifft.

Lehrbuch der Demagogie

von

Jakob Radike.

16. geheftet. 5 Sgr.

Ein äußerſt humoriſtiſches Büchlein, welches ſchon vor dem Erſcheinen des Handbuches für Wühler begonnen wurde und daher nicht als eine Nachahmung, wohl aber als ein gelungenes Seitenſtück zu betrachten iſt.

---

[179] In unserm Verlage ist erschienen:

Brunnendiätetik.

Anweisungen zum zweckmässigen Gebrauche der

Gesundbrunnen und Mineralbäder Deutschlands.

Von

Dr. Fr. Aug. von Ammon,

Leibarzt Sr. Majestät des Königs von Sachsen.

Vierte Auflage.

Taschenformat. Gebunden. Preis 1 Rthlr.

Leipzig.

Weidmann'sche Buchhandlung.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an Hrn. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2¼ Thaler. Nach [illegible] iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. [illegible] O.P.A. Zeitungs-Expedition. Die Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 159. Frankfurt a. M., Montag 11. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Aufforderung.

Deutſchland. Frankfurt (Depeſche des Reichsminiſterpräſidenten an den preußiſchen Bevollmächtigten. Die Sammlung für R. Blum's Hinterbliebenen). Wien (Truppenmärſche. Welden. Ungariſche Nachrichten. Die Bewachung der galiziſchen Grenze. Die kroatiſchen Wirren. Die deutſche Frage. Erklärung über den Fall Ofens. Ruſſen in Tyrnau. Die Cholera. Vermiſchtes). Innsbruck (Das Obſervationscorps in Tyrol). Ollmütz (Widerſetzlichkeit und Belagerungszuſtand auf dem Lande). Berlin (Medicinalconferenz. Die Wahlen. Hr. Grabow. Das Wahlgeſetz). Von der ſchleſiſch-polniſchen Grenze (Der Plan einer Wiederherſtellung Polens durch Rußland. Ruſſiſch-preußiſche Grenzſperre). Aus Weſtphalen (Die Stimmung). München (Großdeutſche und Ultramontanen). Stuttgart (Proklamation der Regentſchaft. Anſprache des Miniſteriums an's Volk. Sitzung der Reichsverſammlung. Stadtbehörden und Bürgerwehr für das Miniſterium. Die Regentſchaft und die badiſch-pfälziſche Bewegung). Dresden (Die Vorunterſuchung beendigt. Zahl der Gefangenen. Die Schätze des grünen Gewölbes. Preußiſche Truppen). Karlsruhe (Struve's Revolutionsverſuch. Fahndungsbefehl. Die Wahlen zur Landesverſammlung. Aufruf an die Schwaben). Vom Oberrhein (Verweigerung des Eides und des erſten Aufgebots). Freiburg (Truppenmärſche nach dem Unterland. Das badiſche Bataillon in Schleswig). Darmſtadt (Amneſtie für Militärvergehen. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Gießen (Truppenbewegungen). Mainz (Ankunft des Großherzogs von Heſſen).

Frankreich. Paris (Die Botſchaft des Präſidenten mit Varianten. Die römiſchen Angelegenheiten. Die Cholera. Ein Truppencorps am Rhein).

Spanien. (Der Zollverein mit Portugal).

Italien. (Venedig dem Fall nahe).

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Fürſt Paskewitſch erwartet).

Ungarn. (Die Ruſſen. Hinrichtungen in Preßburg und Peſth. Das Puchner'ſche Corps).

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

Aufforderung.

Frankfurt, 10. Juni. Die zu einer Zuſammenkunft in Gotha am 26. d. M. eingeladenen Mitglieder der conſtituirenden Reichsverſammlung werden erſucht ihre Anmeldungen umgehend an Herrn Hofrath Becker in Gotha portofrei einzuſenden.

Deutſchland.

Frankfurt, 10. Juni. Die Frankfurter Zeitung veröffentlicht folgendes Aktenſtück, als Rückäußerung auf die preußiſche Note vom 28. Mai:

Der Unterzeichnete iſt von Sr. kaiſerlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweſer beauftragt, der königlich preußiſchen Regierung durch die Vermittelung des interimiſtiſchen königlichen Bevollmächtigten, Herrn Geheimen Legationsraths v. Kamptz, von den Anſichten und Erwägungen Kenntniß zu geben, zu welchen Se. kaiſerliche Hoheit in dem mit geehrtem Schreiben vom 1. l. M. mitgetheilten Erlaſſe des königlichen Miniſterpräſidenten Herrn Grafen v. Brandenburg vom 28. v. M. Anlaß gefunden haben.

Gerne iſt der Erzherzog Reichsverweſer bereit, die Aeußerungen des Schreibens vom 24. v. M., zu welchen nur dann ein Grund vorlag, wenn die königliche Regierung Ihn in irgend einer Weiſe von Seinem Poſten zu verdrängen gedachte, einem bloßen Mißverſtändniſſe zuzuſchreiben. Beruhigt durch die Verſicherung, daß ein ſolcher Gedanke der königl. Regierung fern gelegen habe, verzichten Se. kaiſerl. Hoheit auf eine nähere Berufung an den thatſächlichen Hergang der Verhandlungen, welche jene Aeußerungen herbeigeführt haben, da eine derartige Erörterung einen Vortheil für das öffentliche Intereſſe nicht erwarten läßt. Für die richtige Auffaſſung dieſer Verhandlungen genügt es, keinen Zweifel darüber entſtehen zu laſſen, daß der Reichsverweſer, ſo dringend Er auch Sr. Majeſtät den König von Preußen gleich andern Bundesfürſten auf die Nothwendigkeit aufmerkſam machte, zeitige Vorſorge für den Fall eines bevorſtehenden Rücktritts zu treffen, Sich doch niemals mit ſeiner Stellung und Ueberzeugung in Widerſpruch geſetzt hat, mit welcher ein Anſuchen an Se. Majeſtät um Uebernahme der Centralgewalt ſo wenig vereinbar ſein könnte, als überhaupt eine nicht von den Regierungen ausgehende Uebertragung dieſer Gewalt an Preußen.

In jeder Hinſicht müſſen aber Se. kaiſerliche Hoheit Werth darauf legen, ſich über die Statthaftigkeit der Folgerungen auszuſprechen, welche die königliche Regierung hinſichtlich der rechtlichen Stellung der Centralgewalt ſeit Auflöſung der Nationalverſammlung aus den Artikeln 4 und 6 des Geſetzes vom 28. Juni 1848 in der Note vom 28. v. M., ſowie ſchon bei anderem Anlaſſe, abgeleitet hat.

Als Bewahrer der einzigen für ganz Deutſchland gemeinſamen Autorität hofft der Reichsverweſer Seiner ſchweren Pflicht in erhöhtem Maße genügt zu haben, als Er auch nach der beklagenswerthen Erſchütterung, welche dieſe Autorität durch die Selbſtauflöſung der Nationalverſammlung in ihrer rechtlichen Grundlage erleiden mußte, den Rechtszuſammenhang ſowohl des grundgeſetzlichen Bundesverhältniſſes, als der an die Stelle der Organe des Bundes getretenen gemeinſamen Executivgewalt, ſo viel an Ihm war, aufrecht zu halten ſich entſchloß. Neben dieſem höchſten Intereſſe konnte die weit entlegenere Schwierigkeit der Frage, wie es bei Unterbrechung der Geſammtvertretung der Nation mit der Verantwortlichkeit der Reichsminiſter und mit der Beſtätigung etwa vorkommender völkerrechtlicher Verträge zu halten ſei, zunächſt nicht in Betracht kommen; und ohne Zweifel wird die preußiſche Regierung bereitwillig zugeben, daß ein vorläufig nur zwiſchen drei Bundesregierungen abgeſchloſſenes Bündniß eben ſo wenig für die von der Nationalverſammlung errichtete Geſammtexecutive wie für das Organ des Bundesverhältniſſes ſofort einen Erſatz gewährte. Deutſchland iſt augenblicklich in mehrere Gruppen von Staaten getheilt, welche die Mittel und Wege zu neuem Aneinanderſchließen ſuchen, und bis dieſe Beſtrebung gelungen ſein wird, muß der Reichsverweſer die Erhaltung des allein noch beſtehenden geſetzlichen Einigungspunktes als den wichtigſten Gegenſtand ſeiner Sorge betrachten. Die deutſchen Regierungen haben Ihn ſeither, ungeachtet der Verſchiedenheit ihres Verhältniſſes zur Verfaſſungsfrage, übereinſtimmend in dieſer Ueberzeugung beſtärkt. Außer Preußen haben noch andere Staaten die Nationalverſammlung für nicht mehr rechtlich beſtehend erklärt, ſie haben aber an dieſe Nichtanerkennung nicht die Folge geknüpft, daß dadurch auch der rechtliche Beſtand der Centralgewalt aufgehoben und derſelben die ihr gebührende Unterſtützung nicht länger zu gewähren ſei. Alle dieſe Regierungen, auch Preußen ſelbſt, haben ihre nur auf dem Grunde des Geſetzes vom 28. Juni v. J. ruhende Vertretung durch Bevollmächtigte bei der Centralgewalt fortdauern laſſen. Da endlich Preußen noch gegenwärtig ausdrücklich ausſpricht, daß das von ihm geleitete Bündniß in die Befugniſſe der Centralgewalt, als des bisherigen leitenden Organs des Bundes, nicht eingreifen, vielmehr deren Rechte vollſtändig wahren werde, — der Centralgewalt aber für die Ausübung jener Befugniſſe kein anderer Organismus, als das Reichsminiſterium zu Gebote ſteht, ſo ſcheint dem Unterzeichneten auch aus dieſem Grunde der von der Verantwortlichkeit der Reichsminiſter hergenommene Einwand mehr zu beweiſen, als in der Abſicht der königlichen Regierung liegen kann.

Wenn die Note des Herrn Grafen v. Brandenburg ferner darauf hinweiſt, daß die Centralgewalt factiſch nicht mehr über die Mittel zu verfügen habe, welche die Erfüllung ihres Berufes in den gegenwärtigen Kämpfen erfordert, ſo erachten Seine Kaiſerliche Hoheit die freimüthige Entgegnung für geſtattet, daß die königliche Regierung ſich hier gegenüber der Centralgewalt, deren Anſpruch auf die Unterſtützung der Regierungen ſelbſt nach der jetzigen Anſicht Preußens über ihre Stellung unverloren iſt, eines Argumentes bedient, welches ſie ſich ſelber geſchaffen hat und in jedem Augenblicke mit der in voller Rüſtung ſtehenden Macht Preußens zu entkräften im Stande iſt.

Nur von dieſer Auffaſſung der Verhältniſſe und von der gleichen Rückſicht auf die Intereſſen aller Theile Deutſchlands ausgehend, konnte der Reichsverweſer ſich die Frage ſtellen, ob das zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover abgeſchloſſene Bündniß, die Niederlegung ſeines Amtes zu erleichtern, die entgegenſtehenden Bedenken zu beſeitigen geeignet ſei. Es liegt unſtreitig in dem Rechte Sr. Kaiſerl. Hoheit, die doppelte Prüfung anzuſtellen, ob nach der Natur föderativer Staatseinrichtungen und nach den ausdrücklichen Beſtimmungen des Art. XI. der Bundes-Akte ein engeres Bündniß, deſſen Zwecke in denjenigen der Geſammtheit enthalten ſind, für berechtigt zu gelten Anſpruch habe, und ob nicht die Zwecke jenes Bündniſſes ſicherer und allgemeiner durch entſchiedenes Zuſammenwirken Preußens mit der Centralgewalt hätten erreicht werden können. In der Reinheit Seiner patriotiſchen Geſinnung und in der anerkennendſten Würdigung der Beweggründe Preußens findet Sich jedoch der Erzherzog Reichsverweſer zu der Erklärung beſtimmt, daß Er Seinerſeits weder die Berechtigung zu dem fraglichen Bündniſſe zu beſtreiten, noch der weitern Ausdehnung deſſelben irgend ein Hinderniß in den Weg zu legen, vielmehr dieſe Frage der Verhandlung zwiſchen Preußen, Namens der verbündeten Regierungen und den übrigen deutſchen Bundesſtaaten unbeirrt zu überlaſſen geſonnen iſt. Welches auch der endliche Ausgang ſein möge, Seine Kaiſerliche Hoheit werden jederzeit auf das Freudigſte den Augenblick begrüßen, wo die Niederlegung des von Ihm ausgeübten Amtes nicht wie noch gegenwärtig als ein Zeichen und vielleicht eine neue Urſache tiefgehender Spaltungen, ſondern als die Bekräftigung einer neugegründeten Einigung erſcheinen wird.

Der Unterzeichnete bittet den k. Hrn. Bevollmächtigten, gegenwärtige Mittheilung an ſeine hohe Regierung zu beſördern, und er hat die Ehre, mit dieſem Erſuchen die Verſicherung vorzüglicher Hochachtung zu verbinden.

Der Präſident des Reichsminiſterraths. gez. Wittgenſtein.

An den interimiſtiſchen Königl. Preuß. Bevollmächtigten, Hrn.
Geheimen Legationsrath v. Kamptz dahier.

Frankfurt, 10. Juni. Geſtern Abend brachte zuerſt die Frankfurter Zeitung, das neue Organ des Reichsminiſteriums, und wenige Stunden ſpäter das frühere, die Oberpoſtamtszeitung, die Antwort des Reichsminiſteriums auf die preußiſche Note vom 28. Mai. Die Antwort trägt das Datum vom 7. Juni und gelangte ſonach in den Beſitz des Publikums mindeſtens eben ſo früh, als das Schreiben durch die Poſt den Grafen Brandenburg erreichen konnte. Um das Verhältniß zwiſchen den Miniſterien in Berlin und Frankfurt klar zu machen, genügt es, die wenigen Gedanken, welche in ihren letzten Schreiben ausgetauſcht wurden, einfach zuſammenzuſtellen. Bekanntlich hatte der Reichsverweſer ſeinen Entſchluß abzutreten, ſeit Monaten kundgegeben, über den Zeitpunkt der Ausführung aber ſich die Entſchließung vorbehalten. Als mit der Auflöſung der Reichsverſammlung und der Ohnmacht der Reichsgewalt gegen die Anarchie der Zeitpunkt gekommen war, da ließ das Miniſterium den Erzherzog Johann erklären, daß er keiner Macht der Erde das Recht zuſtehe, ihn von dem ihm anvertrauten Poſten zu verdrängen. An dieſe auffallende Aeußerung knüpft das Schreiben des Grafen Brandenburg vom 28. Mai die Erklärung: Preußen denke nicht daran, den Erzherzog zu verdrängen. Dieſer habe ſelbſt den König von Preußen aufgefordert, ſich auf die Uebernahme der Leitung der deutſchen Angelegenheiten gefaßt zu machen. Der König habe ein ſchriftliches Anſuchen erbeten und ſich bereit erklärt, wenn die Regierungen zuſtimmen; er habe auch nichts dagegen, wenn der Erzherzog ſein Amt an die Bevollmächtigten zurückgäbe. Der jetzige Zeitpunkt ſcheine dazu der richtige, weil nach der Auflöſung der Reichsverſammlung die Stellung des Reichsminiſteriums nicht mehr haltbar ſei, und es keine Mittel zur Niederhaltung der Anarchie beſitze. Das Bündniß, welches Preußen zunächſt mit Hannover und Sachſen geſchloſſen, biete den Regierungen, die ihm beitreten, die Mittel zur Erhaltung der Sicherheit und erleichtere dem Erzherzog den Rücktritt von ſeinem dornenvollen Poſten. Die Antwort des Reichsminiſteriums vom 7. Juni enthält in künſtlich gewundener Umhüllung folgenden Kern: Die Reichsgewalt könne nicht durch den Erzherzog, ſondern nur durch die Regierungen an Preußen übertragen werden. Der Erzherzog müſſe das grundgeſetzliche Bundesverhältniß ſo lange aufrecht halten, bis die verſchiedenen Gruppen deutſcher Staaten einen neuen Einigungspunkt gefunden haben. Ungeachtet der Auflöſung der Reichsverſammlung erkennen alle deutſchen Staaten die Centralgewalt an, und haben nach wie vor ihre Bevollmächtigten belaſſen. Dem Mangel an Mitteln könne Preußen abhelfen. Ein Bündniß zwiſchen drei Regierungen erſetze nicht das Organ des Bundes, die Berechtigung zu dem Bündniſſe ſei zweifelhaft und daſſelbe könne durch den Anſchluß an die Centralgewalt überflüſſig gemacht werden. Der Erzherzog werde daher ſein Amt erſt dann niederlegen, wenn keine Spaltung mehr beſtehe, ſondern die Einigung neu gegründet ſei. Mit andern Worten bedeutet dieſe ganze Ausführung: die Centralgewalt bleibt, bis der Bundestag wieder hergeſtellt iſt. Sie iſt ein Werkzeug in den Händen von Ollmütz, welches ſich bemüht, die Herſtellung eines deutſchen Bundesſtaates zu hintertreiben. Zu dieſem Zwecke leiſtet die Centralgewalt nicht nur die beſten, ſondern auch die wohlfeilſten Dienſte, denn ſie koſtet Oeſterreich weder Truppen noch Geld. Beides ſoll Preußen liefern, und zwar um die höchſten Intereſſen Deutſchlands und Preußens einer hinterliſtigen undeutſchen Politik zu opfern. Um die ganze Stärke der Zumuthung dieſes Reichsminiſteriums an Preußen zu begreifen, muß man ſich erinnern, daß daſſelbe keinen Preußen, nicht einmal Herrn Grävell, welcher wenigſtens von Geburt ein Preuße iſt, in ſeiner Mitte duldet, und lediglich aus Agenten der Miniſterialpolitik von Ollmütz beſteht. Herr Grävell ſcheint das volle Maß ſeiner Kindlichkeit den Collegen, die ihn vertrieben, als Erbtheil hinterlaſſen zu haben, um ſie zu befähigen, auf der einen Seite Preußen von jeder Theilnahme an den Reichsgeſchäften auszuſchließen, und in einem Athem zu verlangen, daß Preußen ſein Heer und ſeinen Schatz dem Herrn Detmold zum Zwecke der Reſtauration des Bundestags und der Ohnmacht Preußens zur Verfügung ſtelle. Man könnte behaupten, eine ähnliche Unverſchämtheit ſei noch nicht dageweſen, wenn es ſich nicht gleichzeitig zugetragen hätte, daß Herr Löwe von Calbe in Stuttgart das deutſche Volk aufforderte, dem Regenten Raveaux und Genoſſen unbedingten Gehorſam zu leiſten.

Frankfurt, 8. Juni. Aus der Schlußabrechnung der für Robert Blum's hinterlaſſene Wittwe und Kinder eingelaufenen Geldbeiträge erſehen wir, daß im Ganzen 44,000 Fl. eingegangen ſind, wovon die Summe von 3870 Fl. auf Frankfurt kommt. (Fr. J.)

Wien, 4. Juni. Gegenwärtig finden fortwährend die lebhaſteſten Truppenmärſche und zwar nach Ungarn, Italien und an Deutſchlands Grenze ſtatt. So kam von Königgrätz aus Böhmen ein Bataillon von Großfürſt Conſtantin-Infanterie auf der Nordbahn an, welches nach kurzer Raſt auf Dampfſchiffen nach Linz abſegelte, und vorgeſtern marſchirte von hier das 13. Jägerbataillon nach Prag und von dort in Vereinigung mit dem 1. Jägerbataillon an die baieriſche Grenze. Die Werbungen und Recrutirungen dauern allerorts ununterbrochen fort, beſonders die bedeutenden Verſtärkungen beim Fuhrweſen laſſen einen langwierigen Krieg vorausſehen. (A. Z.)

* **Wien**, 6. Juni. Ueber das Zurücklaſſen einer Beſatzung in Ofen wurden dem F.Z.M. Welden Aeußerungen in den Mund gelegt, welche die Cataſtrophe dem nun abgetretenen Kriegsminiſter zuzuſchieben ſchienen. Hierüber leſen wir jetzt eine halboffiicielle Erklärung, wonach das Kriegsminiſterium eine ſolche Entſchließung, als ſeinem Reſſort fremd, ab- und dem des Oberbefehlshabers zuweiſt; übrigens ein längeres Halten Ofen's ohne erfolgten Verrath vorausſetzt. Am 31. Mai rückte eine Abtheilung des ruſſiſchen Armeecorps mit 24 Stück 18pf. Kanonen in Tyrnau ein, während andere Abtheilungen die umliegenden Ortſchaften bezogen. Das Geſchütz fuhr gleich weiter und nahm ſeine Stellung bei Cziffer. Eine gleiche Anzahl Geſchütze wurde für den folgenden Tag erwartet. Das dieſſeits der Waag gelegene öſterreichiſche Armeecorps zieht nun ganz der Donau zu, um gegen Peſth-Ofen vorzurücken. Das letzte von Preßburg angekommene Dampfſchiff brachte abermals 400 Kranke, welche im Augartenſpital einquartiert wurden. Die Sicherheitsbehörde hat in dieſen Tagen wieder zwei ungariſche Emiſſäre verhaftet. Adalbert Stifter betheiligt ſich an der Redaction des Wiener Boten. In Kurzem ſoll Wien mit drei Wochenſchriften à la Hans Jörgel bereichert werden. Seit dem 4. d. M. ſind wieder 17 Cholerafälle vorgekommen, meiſt in der von der Krankheit ſtark heimgeſuchten Vorſtadt Landſtraße. Von den Erkrankten ſind bereits 4 geſtorben. Die Tendenz eines von Hrn. Rudolph Gſchöpf hier gegründeten allgemeinen öſterreichiſchen Volks-, Penſions- und Verſorgungs-Inſtitutes, iſt die Verbannung der Volksverarmung und möglichſte Verminderung des Proletariats. Das Inſtitut zerfällt in zwei Abtheilungen und zwar 1) Verſorgung der Frauen und Kinder nach dem Ableben des Theilnehmers durch jährlich fortlaufende ſich im Durchſchnitt um 10 Procent erhöhende Penſionen. 2) Verſorgung der eigenen Perſon, oder einer zweiten, dritten u. ſ. w. mit jährlichen gleichfalls unausgeſetzt ſich erhöhenden Penſionen. Der Vorſtand der Slovanska Lipa in Prag erklärt mit Bezug auf eine Correſpondenz der Preſſe, daß der Ruſſe Bakunin niemals Mitglied der Slovanska Lipa in Prag war. Auch ſei es durchaus unwahrſcheinlich, daß er Mitglied irgend eines andern Lipa-Vereins geweſen.

△ **Wien**, 6. Juni. Dem erſten Schlaganfalle des Baron Welden iſt in Grätz ein zweiter gefolgt, deſſen Folgen nicht abzuſehen ſind. Man ſagte ihn heute ſogar todt, doch läßt ſein Zuſtand im Gegentheil noch Hoffnung zur Herſtellung. Die Grätzer Zeitung vom 31. Mai nimmt ihn in Schutz gegen die Beſchuldigung, daß die Beſatzung in Ofen auf ſeine Veranlaſſung zurückgeblieben ſei. Daß es ſeine erſte Anſicht war, Ofen zugleich mit Peſth zu räumen, iſt Thatſache, und dieſe ſeine Meinung iſt auch in officiellen Zeitungen Ende April ausgeſprochen worden. Bei einem ſpäter gehaltenen Kriegsrathe war jedoch die Mehrheit der beiwohnenden Officiere gegen die Räumung und Welden wurde überſtimmt. Er gab in Folge davon gegen ſeine Ueberzeugung den Befehl, Ofen zu befeſtigen ſo gut es in der Eile geſchehen konnte, zu verproviantiren und beſetzt zu halten. Auch war man am 24. April, als Welden den Rückzug anordnete, der Ueberzeugung, daß längſtens in 14 Tagen bis drei Wochen die Armee ſo concentrirt ſein würde, um die Offenſive wieder ergreifen zu können. Dies hätte auch ſtattfinden können und Ofen wäre gerettet geweſen, wenn nicht die Uebereinkunft mit den Ruſſen, nichts

ohne ſie zu unternehmen, und ihr langſamer Einmarſch den Plan vereitelt hätte. Der heutige Lloyd widerſpricht dem Gerüchte, daß die Baronin Ubvarnoki wegen politiſcher Vergehen in Preßburg nach kriegsrechtlichem Urtheil mit Ruthenſtreichen gezüchtigt worden ſei, dagegen wird dies Ereigniß fortwährend durch Privatbriefe von dort beſtätigt. Die 16,000 Ruſſen, welche am 3. auf der Sauhaide bei Preßburg lagerten, haben ſich vorwärts nach der Inſel Schütt bewegt, und man erwartet in Preßburg andere 16,000 Mann. Das zu den Ungarn übergetretene Bataillon Ceccopieri ſoll ſich vorbehalten haben, nicht gegen die kaiſerlichen Truppen ins Treffen geführt zu werden, und vor der Hand dazu beſtimmt ſein die Beſatzung von Raab zu bilden. Raab war zur Feier des Falles von Ofen erleuchtet und der vor einigen Monaten zu vierjähriger Kerkerſtrafe (wegen eines Gedichtes im Sinne der magyariſchen Bewegung) verurtheilte Ordensgeiſtliche Czuczor, welcher bei der Einnahme Ofens mit den andern politiſchen Gefangenen befreit wurde, ſoll unter dem Jubel des Volks in Raab eingetroffen ſein. Die Verpflanzung des Kriegsſchauplatzes auf galiziſchen Boden, wie es in der Abſicht Dembinski's lag, ſcheint ganz geſcheitert zu ſein an der Wachſamkeit und an den Maßregeln, die man ergriff um ihr zuvor zu kommen. Daß man übrigens auch jetzt noch in großer Beſorgniß iſt, beweiſt die Errichtung von Commiſſariaten längs der ganzen galiziſchen Grenze und die Wachpoſtenlinie von Senſenmännern, die alle Reiſende dem Grenzcommiſſariate überliefern, wo ſie ſich über den Zweck ihrer Reiſe ausweiſen müſſen. Auch ſind die Anſtalten ſo getroffen, daß mittelſt Feuerſignalen der Landſturm augenblicklich zuſammentritt und nach 24 Stunden marſchfertig iſt. Vom Banus haben wir nur unverbürgte Nachrichten. Seine Operationen waren ſehr gehemmt durch die üble Stimmung, die er in Kroatien und namentlich unter den Serben vorfand. Die Schlichtung der dortigen inneren Landesverhältniſſe iſt ganz in ſeine Hand gelegt, wie ſeine Unterzeichnung eines officiellen Actenſtücks als „Dictator" hinreichend beweiſt.

Die Feindſeligkeit der miniſteriellen Partei gegen Preußen iſt im Zunehmen und tritt nach und nach deutlicher ans Licht. Der lang vergeſſene und ſogar ſchonungslos beurtheilte Erzherzog Reichsverweſer hat plötzlich wieder Bedeutung für ſie gewonnen; mit ſeiner Hülfe, mit den Sympathieen Baierns und der Rheinländer (?), hofft man Preußen die Spitze bieten zu können. Nichts deſtoweniger ſind gewiſſe Diplomaten der Meinung, daß alle deutſchen Regierungen nach und nach dem Verfaſſungsentwurfe Preußens beitreten werden, die kleineren um doch etwas aus dem Schiffbruch zu retten und um nicht mediatiſirt zu werden, die größeren um der Revolution zu entgehen und ſich gegenſeitig als Stützpunkt zu dienen. Die beſitzenden Claſſen werden ſchon als ſolche die Regierungen darin ſtützen und ſelbſt die ſogenannte liberale Partei dürfte durch den preußiſchen Vorſchlag einen Theil der als möglich erſtrebten Freiheit gewährt finden und ihm beiſtimmen. Aber ein Theil der deutſchen Stämme müßte dann die Schmach der abgelehnten Kaiſerkrone, des von Preußen beſchimpften und gedemüthigten Parlaments vergeſſen und den neuaufglimmenden Preußenhaß der Einigkeit zum Opfer bringen. Wird dies jetzt noch möglich ſein, ohne Fortſetzung des ſchon begonnenen — durch Preußens Schuld begonnenen Kampfes? Wir fürchten es iſt dazu „zu ſpät."

Vom 4—21 Juni werden, der **Innsbrucker Zeitung** zufolge, 5470 M. Truppen mit 181 Offizieren, 923 Pferden und zwei Batterien durch Innsbruck nach Oberinnthal, Reute und Lechthal marſchiren. Das im obern Lechthal in Tyrol aufzuſtellende k. k. Obſervationscorps ſoll im Ganzen 8000 M. mit drei Batterien ſtark werden.

Einige Ortſchaften um **Ollmütz** ſind in Belagerungszuſtand erklärt worden, weil die Bauern die Vorſpannleiſtungen verweigerten. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 8. Juni. In der von dem Miniſterium des Unterrichts und der Medicinal-Angelegenheiten einberufenen Conferenz von Aerzten zur Berathung über die Reform des Medicinalweſens ſind geſtern einige recht intereſſante Beſchlüſſe gefaßt worden. Es lagen nämlich von Seiten der Regierung die Fragen vor, ob ein Univerſitätszwang erforderlich ſei 1) in Betreff der Studienzeit, 2) in Betreff des Studienorts, 3) in Betreff des Studienplans. Alle drei Fragen ſind von der Conferenz verneint. Es ſoll danach kein Minimum, weder Quadriennium noch Quinquennium von Staatswegen feſtgeſetzt werden, unter welchem ein Candidat ſich nicht zur Approbirung ſtellen darf. Es ſoll ferner keine beſtimmte Zeit vorgeſchrieben ſein, welche auf Landesuniverſitäten ſtudirt werden muß; dagegen iſt hier ein beſtimmtes Minimum adoptirt worden, wie lange auf deutſchen Univerſitäten zu ſtudiren ſei; die preußiſchen Univerſitäten ſind nichts Anderes, als deutſche Univerſitäten; dagegen ein beſtimmter Aufenthalt auf deutſchen Univerſitäten im Gegenſatze zu den völlig verſchiedenen Lehranſtalten des Auslandes ſchien nothwendig. Endlich ſoll der Studienplan nicht anbefohlen, ſondern es ſollen empfehlend diejenigen Collegia bezeichnet werden, wozu der Beſuch der Hörſäle unumgänglich erſcheint; dabei wird denn auch die Reihenfolge empfohlen werden, nach welcher ſolche zu hören ſind. Ueber das Syſtem der Prüfungen iſt es ſodann zu bedeutungsvollen Erörterungen gekommen; wird auch das ganze Syſtem nicht ohne Weiteres erſchüttert werden, ſo geht man doch darauf ein, das Examinationsweſen zu modificiren durch das Verhältniß der Aſſiſtenz; den durch Examen approbirten Aerzten wird die Approbation zu ſelbſtändiger Praxis erſt ertheilt, wenn ſie durch eine Reihe practiſcher Leiſtungen als Aſſiſtenten von Aerzten, ſo auch beim Heere, ſich erprobt haben. Viele ſehen hierin den Keim der Entwickelung eines neuen Approbationsſyſtems. Die Beſeitigung eines jeden Univerſitätszwangs iſt ein wenn auch nur conſultatives Votum, das ſeine wohlthätige Wirkung nicht verfehlen wird. Ob die Regierung darauf eingeht, iſt eine andere Frage.

§ **Berlin**, 8. Juni. Ich wüßte Ihnen wenig zu ſchreiben, was Sie nicht ſchon aus den Zeitungen entnehmen könnten. Berlin iſt gegenwärtig politiſch todt. Es ſcheint mir nicht zweifelhaft, daß die neueſten Acte des Miniſteriums eine neue Wandelung der Parteien hervorbringen werden, aber äußerlich iſt noch wenig davon erkennbar. Wählen oder Nichtwählen wird das Feldgeſchrei für die nächſte Zukunft ſein. Die Meiſten ſind noch ſchwankend oder wollen abwarten, ob die Enthaltung von der Wahl ſo allgemein werden wird, daß die Kammern nicht als der Ausdruck des Volkswillens gelten können. Rodbertus verlangt, daß man ſich jeder Theilnahme ſelbſt an den Vorverſammlungen enthalte; Grabow räth, vielmehr die vorbereitenden Wahlverſammlungen zu beſuchen, die Wähler zur Enthaltung aufzufordern, und am Tage der Wahl einen allgemeinen Proteſt zu erlaſſen. Auf dieſer Differenz zwiſchen Grabow und Rodbertus beruht die Verſchiedenheit in den Angaben über Grabow's Anſicht. Die Nationalzeitung zählte ihn triumphirend unter den Diſſenters auf; die Voſſiſche rechnet ihn zu den Orthodoxen; Thatſache iſt, daß er und die Stadtverordneten von Prenzlau jede Mithilfe zur Ausführung der Wahlen verweigert haben und nur zu dem obenerwähnten Zweck wird er die Verſammlungen beſuchen. Es wäre wünſchenswerth, wenn Dahlmann und die Gothaer Verſammlung ſich auch über die Annahme oder Nichtannahme des preußiſchen Wahlgeſetzes ausſprächen; ich weiß, daß Viele ihr Verhalten ganz von dem Urtheil dieſer Männer abhängig machen wollen. Die Regierung ſcheint übrigens Willens zu ſein, durch endliche Conceſſionen die öffentliche Stimmung in etwas wieder zu verſöhnen. Zwar glaube ich nicht, daß die viel verlangte und viel verheißene Aenderung des Miniſteriums, die heute wieder als nah bevorſtehend angekündigt wird, ſo bald eintritt; doch möchte der Belagerungsſtand nun wirklich ſeinem Ende entgegengehen. Wrangel hat eine Bekanntmachung erlaſſen, worin er auf die ſchonendſte Weiſe die noch nicht abgelieferten Waffen und Trommeln der Bürgerwehr einfordert: „nach den Gründen der Verzögerung in der Ablieferung ſoll nicht gefragt werden." Das deutet offenbar auf die Reorganiſation der Bürgerwehr. Dem Bürgerwehrmajor v. Herford, der zugleich Patron der Nationalzeitung iſt, hat man auch, und zwar auf ſehr militäriſche Weiſe, alle auf die Bürgerwehr bezüglichen Liſten und Papiere abgefordert. Mit der Bürgerwehr wird aber wohl auch der regelmäßige Zuſtand wiederkehren.

Bei der vergleichenden Analyſe, der man das preußiſche und Reichswahlgeſetz unterwirft, ſtellt ſich das letztere gerade für Berlin beſonders ungünſtig heraus. Die Beſtimmung, die Sie auch ſchon in Ihrem Leitartikel hervorgehoben haben, daß jeder Wähler drei Jahr in ſeinem Bezirk (nicht in der Gemeinde) gewohnt haben muß, ſchließt hier faſt alle Nichtgrundbeſitzer aus. (Eben ſehe ich, daß die Deutſche Reform in ihrer Abendausgabe dieſen Paragraphen als aus einem Redactionsirrthum hervorgegangen angibt und eine abändernde authentiſche Interpretation verheißt.) Die Claſſeneintheilung gibt den Reichen nicht ſo ganz das Uebergewicht, wie man auf den erſten Blick glauben möchte. Wenn

man erwägt, daß notoriſch ¾ des ganzen Ertrages der Claſſenſteuer von der unterſten Claſſe aufgebracht werden, ſo kann man leicht ermeſſen, daß ſelbſt unter den Höchſtbeſteuerten, welche das erſte Drittel aufbringen, die Mittelſtände miteinbegriffen ſind. Für Berlin, wo keine Claſſenſteuer entrichtet wird, ſtellt ſich die Sache etwas anders. Hier wird die Scheidung nach den Miethsſteuerbeträgen vorgenommen werden; die Nationalzeitung hat darüber eine Berechnung aufgeſtellt; ſie ſagt: Die I. Abtheilung wird umfaſſen die Urwähler, welche Wohnungen von 301 Thlr. und mehr Miethe bewohnen, es ſind c. 3900. Die II. Abtheilung, welche 101—300 Thlr. Miethe geben, es ſind c. 14,411. Die III. Abtheilung umfaßt den Reſt der Urwähler das ſind c. 62,643. Zuſammen 80,954 Urwähler, als wieviel zur vorigen 2. Kammer wählten. Auf die 400,000 Einwohner Berlins kommen aber 1600 Wahlmänner, alſo auf jede der drei Abtheilungen 533; mithin wählen in der I. Abtheilung 7—8 Urwähler 1 Wahlmann, II. Abtheilung 27—28 Urwähler 1 Wahlmann, III. Abtheilung 117—118 Urwähler 1 Wahlmann.

♁ Von der ſchleſiſch-polniſchen Grenze, 7. Juni. Die Gerüchte einer Wiederherſtellung und Vereinigung Polens unter ruſſiſcher Oberhoheit erhalten ſich an unſern Grenzen und werden von ruſſiſchen Grenzbeamten ſelbſt mit einer merkwürdigen Offenheit und Beſtimmtheit wiederholt. Kaiſer Nicolaus ſoll dabei von eigenthümlichen Betrachtungen der gegenwärtigen europäiſchen Weltlage ausgehen, indem er eine ſtarke und einheitliche Concentration aller polniſchen Landestheile, unter endlicher Verwirklichung der ihnen 1815 gewordenen verfaſſungsmäßigen Verheißungen, für die beſte Vormauer gegen das weitere Vordringen der europäiſchen Revolution erkennt. Dieſe Anſicht wird in dieſem Augenblick auch in Warſchau vielfältig umhergetragen und ſoll, wie auch ſchon öffentlich behauptet wurde, zwiſchen dem ruſſiſchen und öſterreichiſchen Kaiſer während ihrer dortigen Zuſammenkunft lebhaft und planmäßig discutirt worden ſein. Es iſt merkwürdig, daß, wenn man es ſo nennen will, Ideen einer Verſöhnung und organiſatoriſchen Einigung zwiſchen Rußland und Polen in einem Moment circuliren, wo auf der andern Seite die Symptome einer neuen nationalen Erhebung Polens auch im Innern des Königreichs gewachſen ſind und dem aufmerkſamen Beobachter ſelbſt in Warſchau nicht mehr entgehen können. Wie weit dieſe neue conciliatoriſche Politik Rußlands in Betreff Polens ſchon einen feſten Boden gewonnen, vermögen wir natürlich nicht zu beurtheilen; der weiße Czar ſoll in der letzten Zeit träumeriſch und ſinnig geworden ſein, und dieſe Wiederherſtellung Polens hat etwas von der Melancholie eines politiſchen Teſtaments an ſich. Zur Ausführung dieſer Idee würden auch Preußen und Oeſterreich ihre polniſchen Landesantheile abzutreten haben, worüber es bereits an beſtimmten Hindeutungen nicht fehlt, zu denen man auch die gegenwärtigen wunderbaren Zuſtände in Krakau rechnet. Es iſt freilich ſeltſam, die Wiederherſtellung Polens auf dieſem Punkt damit begonnen zu ſehen, daß an Krakau, der Stadt wie dem ganzen Gebiet, die ruſſiſche Occupation jetzt allerdings als vollzogen zu betrachten iſt! Krakau hat in der That factiſch aufgehört, öſterreichiſch zu ſein, und wir müſſen es dahingeſtellt ſein laſſen, ob dies zugleich für Krakau der Anfang genannt werden kann, wieder polniſch zu werden? Es finden aber in dieſem Augenblick ohne Zweifel lebhafte Verhandlungen über eine ſogenannte Reorganiſation Polens zwiſchen dem ruſſiſchen, preußiſchen und öſterreichiſchen Cabinet ſtatt, und der Mittelpunkt dieſer Verhandlungen iſt in Warſchau und den dortigen geheimen Conferenzen zu ſuchen, welche täglich zwiſchen den ruſſiſchen Miniſtern und mehreren auswärtigen Bevollmächtigten, gewöhnlich unter perſönlichem Antheil des Czaren ſelbſt, ſtattfanden. Der Courierwechſel zwiſchen Warſchau, Wien und Berlin iſt noch in dieſem Augenblick ſehr groß und unausgeſetzt. Daß dem Schickſal Polens eine neue diplomatiſche Wendung bevorſteht, ſcheint auch aus der von Berlin hervorgegangenen deutſchen Reichsverfaſſung zu erhellen, deren §. 1 weder direct noch indirect die Verhältniſſe der polniſchen Bevölkerungen erwähnt, obwohl die ihnen im März 1848 gewordene Zuſicherung einer polniſchen Rehabilitation jetzt einer Auseinanderſetzung mit der projectirten neuen Reichsverfaſſung bedurft hätte. Namentlich in unſerer Nachbarprovinz Poſen wird jetzt an dieſem Verhältniß mit ſchwerem und bangem Herzen gedeutet. Von der berüchtigten Demarcationslinie iſt freilich in neueſter Zeit nicht mehr die Rede geweſen, aber es ſcheint kaum noch einem Zweifel unterworfen, daß die preußiſche Regierung die Verlegenheiten, welche ſie ſich dadurch ſo künſtlich bereitet hat, jetzt durch den neuen conciliatoriſchen Plan des Kaiſers von Rußland ſich beſeitigen laſſen wird! Der durch die Demarcationslinie abgezweigte polniſche Theil der Provinz Poſen würde dann an Rußland eben zu dem Zwecke abgetreten werden, um in das von dem Czaren neu zu bildende Polenreich überzugehen, während der als vorzugsweiſe deutſch bezeichnete Theil dieſer Provinz dem deutſchen Reich verbliebe. Das Verſprechen einer polniſchen Rehabilitation, welches der König von Preußen ſeiner polniſchen Bevölkerung gegeben, würde ſomit durch die Abtretung derſelben an Rußland erfüllt werden, welches letztere, wenn nicht alle Anzeichen trügen, dieſe Aufgabe einer Rehabilitation Polens jetzt definitiv in die Hände nehmen will! Der Verkehr an der ruſſiſch-preußiſchen Grenze hat jetzt faſt gänzlich aufgehört. Die preußiſche Poſt, welche alle Tage über die Grenze nach Kaliſch fährt, iſt immer leer und fährt keinen einzigen Paſſagier mehr hinüber. Civilperſonen, welchem Stande ſie auch angehören, dürfen überhaupt die Grenze nach Rußland hier nicht mehr überſchreiten; nur die Grenzbeamten in den preußiſchen Uniformen, welche das ruſſiſche Gouvernement ſehr reſpectiren läßt, haben noch ungehinderten Zutritt nach Kaliſch. Hinter jeder Civilkleidung, mag ſie auch noch ſo legitim zugeſchnitten ſein, wittert ein ruſſiſcher Grenzcontroleur jetzt einen Demokraten!

* Die Voſſiſche Zeitung berichtet aus Weſtphalen vom 30. Mai: Je unerwarteter Allen der Elberfeld-Iſerlohner Aufſtand kam, deſto mehr ſucht man jetzt den Gründen nachzuforſchen, welche ihn möglich machten. Das Reſultat iſt, daß die Art der Aufnahme der Frankfurter Deputation in Berlin in Rheinland und Weſtphalen einen ſo allgemeinen niederſchlagenden Eindruck gemacht hat, daß dies für eine wahre Landescalamität angeſehen ward. Katholiken und Lutheraner, deutſch und preußiſch Geſinnte, kurz Alle ſtimmten darin überein, daß ein großes Unglück geſchehen, und ſo war es den wenigen böswilligen Führern der Communiſten leicht, die beſitzloſe Claſſe aufzubringen. Eine eigene Erſcheinung iſt es, daß bei dem nicht zu leugnenden Haſſe der Armen gegen die Reichen, die Geiſtlichkeit nicht ausgeſchloſſen iſt, die doch ſonſt einen bedeutenden Einfluß auf den katholiſchen Theil der Bevölkerung in Rheinland-Weſtphalen hatte. Uebrigens haben die Leute viel zu verantworten, welche aus hofmänniſcher Augendienerei ſtets von der entſchiedenſten preußiſchen Stimmung in Weſtphalen und den Rheinprovinzen ſprechen, ſtatt die Urſachen zu beheben, welche das ſpecifiſch preußiſche Weſen, beſonders im Militär, unbeliebt machten. Unbeliebt iſt oft ſchlimmer als verhaßt. Man hat es hier eben ſo gemacht, wie in Schleſien, wo ſo viele Menſchen verhungerten, weil man lieber nach Oben berichtet, was ſonſt freundlich angehört wird, als die Wahrheit ſagt, die unangenehm klingt.

= **München**, 7. Juni. Morgen Abend 8 Uhr wird der großdeutſche Verein abermals im Engliſchen Hofe tagen und eine Adreſſe gleich dem conſtitutionell-monarchiſchen Verein als Zuſtimmung zur baieriſchen Politik gegen Preußen votiren; der letzterwähnte Verein, der ebenfalls in der großdeutſchen Sache die entſchiedenſte Thätigkeit mit ſeinen Filialen in Vorſtadt Au, Haidhauſen und in ganz Altbaiern entwickelt, hat zum zweiten Vorſtand den Prof. Dr. Bluntſchli gewählt. Der baieriſche Ort Ottobeuren (mit einem Benedictinerkloſter) hat in einer öffentlichen Gemeindeverſammlung die Frankfurter Reichsverfaſſung angenommen und ſich für deren unbedingten Einführung in Baiern ausgeſprochen. Das umfaſſende Zeitungsorgan des Ultramontanismus, die Augsburger Poſtzeitung, läßt ſich aus Franken ſchreiben: Stüve, der begeiſterte Großdeutſche, müſſe ſich geradezu an Preußen verkauft haben, und ſie erinnert an der ruſſiſchen Catharina Wort: „Jeder Mann habe einen Preis". Aber ſtaunenswerth bleibt, wenn es nicht Verſtellungskunſt iſt, daß das Hauptorgan des Ultramontanismus unbarmherzig über Radowitz herfällt und ihn der Hinterliſt zeiht, womit er die Frankfurter Parlamentskatholiken und die Piusvereine in Weſtphalen und am Rhein zu Gunſten Preußens hintergangen habe. Dieſes claſſiſche Organ aller denkbaren Unfreiheit und Geiſtesſclaverei ruft aus: „Wehe der Freiheit, wenn die Octroyirung Preußens gelingen ſollte! Wer erinnert ſich nicht des Ancillon'ſchen Memoire von 1822 an alle Höfe, wo es ihnen die Ueberwachung und Entfernung jedes ſelbſtſtändig denkenden Mannes auftrug. Das wagte Preußen damals, was wird es erſt wagen, wenn es die Centralgewalt in Händen hat!" Man hofft von der Gagern'ſchen Partei immer

noch eine Vermittlung zwiſchen dem Frankfurter Parlamentskern und den preußiſchen Octroyirungsanträgen.

* **Stuttgart**, 7. Juni. Die Regentſchaft hat folgende Proklamation erlaſſen:

„An das deutſche Volk! Die bisherige proviſoriſche Centralgewalt hat ſich, im Widerſpruche mit den ihr nach dem Geſetze vom 28. Juni v. J. obliegenden Pflichten, beharrlich geweigert, die Reichsverfaſſung durchzuführen, und alle dahin zielenden Beſchlüſſe der deutſchen Reichsverſammlung unbeachtet gelaſſen. Sie hat es, trotz mehrfacher Mahnung, verabſäumt, die Erhebung der deutſchen Volksſtämme zu Gunſten der Reichsverfaſſung zu unterſtützen und den Regierungen entgegenzutreten, die ſich anmaßten, mit offenem Friedensbruche dem deutſchen Volke eine Verfaſſung und ein Wahlgeſetz aufzuzwingen.

Die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung hat aus dieſen Gründen in ihrer Sitzung vom 6. Juni d. J. beſchloſſen:

„„Die bisherige Centralgewalt ihres Amtes zu entheben und eine Regentſchaft für ganz Deutſchland einzuſetzen, die in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands betreffen, die vollziehende Gewalt zu üben hat.""

Wir, die Unterzeichneten, ſind von den Vertretern der deutſchen Nation zur Regentſchaft für Deutſchland ernannt worden. Es ſind uns die Pflichten und Befugniſſe der bisherigen Centralgewalt, die Durchführung der Reichsverfaſſung und die Vollziehung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung übertragen worden. Für unſere Handlungen ſind wir der Reichsverſammlung verantwortlich.

Deutſche! Wir haben dem Rufe Eurer geſetzlichen Vertreter Folge geleiſtet im feſten Vertrauen auf unſere gerechte Sache.

Die Zuſtände unſeres Vaterlandes erheiſchen raſches Handeln. Es gilt, das Heiligſte, die Freiheit und Ehre des deutſchen Volkes zu retten vor maßloſen Uebergriffen der rohen Gewalt. Wir werden alle unſere Kräfte aufbieten, den Bürgerkrieg abzuwenden und auf friedlichem Wege die deutſche Einheit und Freiheit zu erreichen; wir werden aber, wenn es zur Erreichung dieſes Zieles nöthig iſt, der Gewalt Gewalt entgegenſtellen. Hunderttauſende aus allen Theilen des Vaterlandes haben feierlich gelobt, Gut und Blut für die Reichsverfaſſung einzuſetzen; wir werden ſie auffordern, in jenem Falle ihr Manneswort zu löſen.

An Euch, deutſche Krieger, noch ein beſonderes Wort! Das Geſetz gibt uns die Oberleitung der geſammten bewaffneten Macht Deutſchlands; es überläßt uns die Ernennung der Oberbefehlshaber. Ihr, deutſche Krieger, werdet dem Geſetze gehorchen, deſſen bewaffneter Arm ihr ſeid. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Volkswehr und des ſtehenden Heeres, weß Grades Ihr ſein mögt, Ihr werdet Alle wetteifern in pünktlichem Erfüllen der Befehle, die wir und die von uns ernannten Befehlshaber Euch zukommen laſſen. Ihr werdet des Wahlſpruchs jedes Kriegers eingedenk ſein: Treue dem Geſetz, Gehorſam ſeinen Vollſtreckern!

Nachdem mit dem heutigen Tage der Befehl über die Reichstruppen, welche bisher der proviſoriſchen Centralgewalt verpflichtet waren, in unſere Hände übergegangen, wird jeder fernere Gehorſam gegen Befehle der bisherigen proviſoriſchen Centralgewalt als Treubruch gegen das Geſetz und die deutſche Nation geahndet werden.

Deutſche! In verhängnißvollem Augenblicke wenden wir uns an Euch.

Noch iſt es Zeit, durch unſere eigene Kraft des Vaterlandes Größe, Einheit und Freiheit zu retten, ihm Achtung zu verſchaffen nach Außen und Frieden im Innern! Noch iſt es Zeit, unter den Bürgſchaften der deutſchen Reichsverfaſſung eine auf Freiheit gegründete Ordnung der Dinge wieder herzuſtellen.

Ruhe und Frieden, die unerläßliche Bedingung des Erblühens von Handel und Gewerbe, werden nicht eher zurückkehren, bis der unvermeidliche Kampf zwiſchen dem Abſolutismus und der Freiheit zu Gunſten der Freiheit beendet iſt. Steht Alle zu uns mit Eurer vollen Willens- und Thatkraft! Der gerechten Sache iſt der Sieg gewiß. Die Mitglieder der deutſchen Reichsregentſchaft: Franz Raveaux, Carl Vogt, Heinrich Simon, Friedrich Schüler, Auguſt Becher."

*** **Stuttgart**, 8. Juni. Die folgende miniſterielle Erklärung wurde heute Nacht vom Geſammtminiſterium unter Zuziehung von Abgeordneten der 2. Kammer berathen, entworfen und ganz kurz vor der Sitzung der Kammer ausgegeben:

„Das würtembergiſche Geſammt-Miniſterium an das würtembergiſche Volk.

Die bisherige deutſche Nationalverſammlung in Frankfurt hat in Folge Beſchluſſes vom 30. Mai d. J. ihren Wohnſitz nach Stuttgart verlegt. Zurückgeführt auf den ſechsten Theil ihres vollen Beſtandes und faſt ausſchließlich nur noch eine einzige der im Volke enthaltenen Parteien darſtellend, hat die übergeſiedelte Verſammlung in ihrer erſten Sitzung in wenigen Stunden, ohne Debatte, die wichtigſten Beſchlüſſe gefaßt, unter Anderem den Beſchluß: die ſeitherige Centralgewalt in Frankfurt ab- und eine aus fünf Mitgliedern beſtehende Regentſchaft einzuſetzen. Dieſe ſelbſt aber beginnt ihre Wirkſamkeit damit, ſich den Befehl über die Heere aller deutſchen Staaten zuzuerkennen, und läßt, während ſie verſichert, Alles aufbieten zu wollen, den Bürgerkrieg abzuwenden, bei Keinem, der die Verhältniſſe kennt, einen Zweifel übrig, daß ihr Beginnen nur dazu führen kann, das Gut und Blut Würtembergs in einem brudermörderiſchen und gegenüber den größeren deutſchen Staaten ganz ungleichen Kampfe zu vergeuden, und durch die Geldopfer, welche die in Stuttgart neu gewählte Reichsregentſchaft zunächſt nur von unſerem Staate fordern könnte, unſeren ohnehin ſchon tief geſunkenen Wohlſtand vollends zu zerrütten.

Wir haben, alle Zweifel an dem rechtmäßigen Fortbeſtande der Reichsverſammlung unerörtert laſſend, in ihr nur den einer beſſeren Zukunft noch fähigen Reſt jener politiſchen Schöpfung ſehen wollen, an welche die deutſche Nation ihre ſchönſten Hoffnungen, ihr wohlberechtigtes Streben nach Einigung und Selbſtbeſtimmung geknüpft hat; nicht verhehlen aber können wir uns, welche gewichtige Bedenken ſich der behaupteten Befugniß der Verſammlung entgegenſtellen, die durch das Reichsgeſetz vom 28. Juni 1818 bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutſchland eingeſetzte Centralgewalt mit einer andern zu vertauſchen, und außer allem Zweifel endlich iſt es uns, daß wir dieſer neuen Regentſchaft nicht die Schickſale Würtembergs preisgeben dürfen.

Wir erklären daher, daß wir der aufgeſtellten proviſoriſchen Regentſchaft das Recht nicht zugeſtehen, ohne Zuſtimmung der würtembergiſchen Regierung für Würtemberg gültige Beſchlüſſe zu faſſen, namentlich nicht das Recht, über würtembergiſche Streit- und Geldkräfte zu verfügen, und wir vertrauen zu dem im würtembergiſchen Heere und in der Bürgerwehr lebenden Geiſte der Ehre und des Pflichtgefühls. Das Heer wird ſich nicht verführen laſſen, es wird das ſchmähliche Beiſpiel des Treubruchs nicht nachahmen. Das Heer und die Bürgerwehr, ſie werden ihrer Verpflichtung eingedenk ſein, die Verfaſſung zu beſchützen, dem Geſetze Achtung zu verſchaffen und die öffentliche Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten.

Der deutſchen Reichsverfaſſung und Allem, was das deutſche Volk von ihr hofft, auf geſetzlichem Wege durch ausführbare Mittel Geltung zu verſchaffen, wird unſer vereintes Streben bleiben. Stuttgart, den 8. Juni 1849.

Die Departements-Vorſtände:

Römer. Roſer. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt."

Gleich beim Anfang der Sitzung der Kammer wurde von Veiel aus Neckarulm der dringliche Antrag geſtellt, die Kammer möge der miniſteriellen Erklärung ſofort ihre Zuſtimmung ertheilen. Die Debatte über die Dringlichkeitsfrage war äußerſt ſtürmiſch; endlich wurde die Dringlichkeit mit 51 gegen 32 Stimmen abgelehnt. Neuer Sturm! Es wurde der Verſuch gemacht, zwiſchen relativer und abſoluter Dringlichkeit zu unterſcheiden, und demgemäß die Sitzung in 1 Stunde zur Discuſſion des beantragten Vertrauensvotums wieder aufzunehmen. Allein die Geſchäftsordnung ſiegte. Veiel's Antrag wurde dem ſtaatsrechtlichen Ausſchuſſe zugewieſen. Er wird morgen Bericht erſtatten, und wir ſehen einer intereſſanten Sitzung entgegen.

Einige Abgeordnete der 2. Kammer wollten heute Nachmittag Sitzung gehalten wiſſen, nur um die Reichsverſammlung an einer Sitzung zu hindern! Dieſe hat indeſſen um 6 Uhr Abends dennoch ſtattgefunden, obgleich ein Diener des Kammerpräſidiums zu einem Abgeordneten ſagte: „Wir laſſen Sie gar nicht mehr herein!"

Hauptgegenſtand dieſer Sitzung waren die Anträge bezüglich der badiſchen und pfälziſchen Bewegung. Die Hauptpunkte dieſer Anträge ſind: Anerkennung der proviſoriſchen Regierung in Baden, im Namen des Großherzogs, bis derſelbe zurückgekehrt iſt und einen verfaſſungsmäßigen Zuſtand hergeſtellt hat, Einberufung einer conſtituirenden Verſammlung, die Veränderung der Regierungsform abhängig von der Genehmigung der Reichsgewalt, Abſendung von Reichscommiſſären (auch an den Großherzog) um die Bewegung zu leiten, Erklärung der Invaſion verfaſſungsfeindlicher Truppen als Reichsfriedensbruch. Aehnlich lauten die Anträge in Bezug auf die Pfalz. Der Dreißigerausſchuß ſtellt die folgenden Anträge: 1) Die badiſche und pfälziſche Bewegung wird unter den Schutz des Reichs geſtellt; 2) die einzelnen Anträge werden der Regentſchaft zugewieſen. Wigard ſpricht principiell gegen die Einmiſchung der Reichsgewalt in dieſe ſpeciellen Landesangelegenheiten. Schoder will den Vorwurf zurückweiſen, daß die Reichsverſammlung republikaniſche Propaganda mache, und kommt auf die Erklärung des Miniſteriums Römer zu ſprechen, welche durch Annahme der obigen Anträge zu Schanden gemacht werde. (Lautes Bravo.) Würth ſpricht gegen Abſendung von Reichscommiſſären an den Großherzog, der Hochverräther an ſeinem Lande geworden. Wenn ein Fürſt ſein Land verlaſſe, ſo erkläre er damit, daß er nichts mehr von demſelben wiſſen wolle. Es gelte jetzt den Kampf des Volkes gegen die Fürſten. Die Reichsverfaſſung werde erſt nachfolgen. (Lebhafter Widerſpruch.) Zimmermann will berückſichtigt wiſſen, was der Augenblick fordert. Man müſſe der übernommenen Verpflichtung treu bleiben, ſelbſt wenn ſie jetzt gegen die Ueberzeugung laufe. Nichts als die Reichsverfaſſung, und nur die Reichsverfaſſung! Ihr ſoll unſere ganze Kraft gelten. Der Redner erinnert an das Wort: Pia arma si nulla alia nisi in armis posita spes est. Metz aus Freiburg nimmt ſich des Großherzogs von Baden an. Schaffrath: Wir wollen die deutſche Verfaſſung, nichts mehr, aber auch nichts weniger. Fröbel als Berichterſtatter: Die Bevölkerung von Baden und der Pfalz hat mit ſich ſelbſt zu thun; auch das übrige Territorium für die Reichsverfaſſung muß erſt erobert werden. Baden und Pfalz haben eine rein militäriſche Bewegung eingeſchlagen. Bewunderung ihnen, wenn ſie ſiegen! Noch weiß man nicht, ob andere Stämme ſie im Stiche laſſen. Eine beſtimmte Zuſage der Regentſchaft, directe Hilfe zu leiſten, könne

nicht gegeben werden. Würth greiſe der natürlichen Entwicklung eben ſo vor, wie man andrerſeits zu großen Nachdruck auf die Durchführung der Reichsverfaſſung lege. Baden hat von allen deutſchen Stämmen den klarſten Blick bewieſen. Eine abnorme Richtung kam dort nicht zur Herrſchaft. Das Mißtrauen des Landes gegen den Reichsverweſer war gerechtfertigt. Der Großherzog floh. Die 29 Regierungen ſind großentheils der Verfaſſung untreu geworden. Schon um der Pfalz Hülfe zu leiſten, war die badiſche Bewegung gerechtfertigt. (Poſtabgang)

* **Stuttgart**, 8. Juni. Stadtrath, Bürgerausſchuß, Oberbefehlshaber und Commandanten der Bürgerwehr haben zu der obigen Anſprache des Miniſteriums ihre Zuſtimmung ausgeſprochen.

Stuttgart, 8. Juni. Der Beobachter meldet: Wir vernehmen aus ſicherer Quelle, daß die proviſoriſche Regentſchaft ſich auf das Angelegentlichſte mit den Verhältniſſen Badens und der Rheinpfalz beſchäftigt. Vor Allem ſoll dahin gewirkt werden, einer weiteren Störung des Reichsfriedens vorzubeugen und namentlich einerſeits den Generallieutenant v. Peucker, andererſeits die badiſchen Truppen von jedem aggreſſiven Verfahren abzuhalten. Die proviſoriſche Regentſchaft ſcheint dabei von der Anſicht auszugehen, daß gleich beim Beginn ihrer Thätigkeit jeder Zweifel darüber beſeitigt werden müſſe, daß ſie irgendwie den Bürgerkrieg begünſtige oder auch nur, wie die frühere Centralgewalt, ruhiger Zuſchauer bleiben wolle, wenn es ſich um Vergeudung deutſcher Kräfte, um Zerſtörung des Eigenthums deutſcher Bürger handelt. Hoffentlich wird der mit einer Miſſion in das Lager, ſowie nach Karlsruhe abgeſendete Reichscommiſſär Dr. Joſeph, früher Reichstagsabgeordneter und Präſident der ſächſiſchen Kammer, noch zeitig genug eintreffen, um der Erneuerung von Feindſeligkeiten zuvorzukommen.

≈ **Dresden**, 7. Juni. Die große Vorunterſuchung, die gegen die am Aufruhr Betheiligten geführt worden, hat vor einigen Tagen ihr Ende erreicht; ſie ſollte nur ein allgemeines Bild des Aufſtandes geben und konnte durch ſie nur ermittelt werden, wer wirklich gravirt erſchien, während diejenigen, gegen welche nichts vorgebracht werden konnte, oder die ſich als ganz unſchuldig herausſtellten, entlaſſen werden mußten. Jetzt wird die Criminalunterſuchung gegen die als gravirt Zurückgehaltenen vor beſetzter Gerichtsbank fortgeführt, wie es nach den Geſetzen Sachſens gebräuchlich iſt. Bis jetzt waren verhaftet 655 Perſonen. Von dieſen wurden 374 abgegeben und zwar 123 zu weiterer Verfügung an ihre Obrigkeit, da in den verſchiedenen Kreiſen die Unterſuchung geführt wird, 162 durchaus auf freien Fuß geſetzt und 89 auf Handgelöbniß entlaſſen. So bleiben der hieſigen Unterſuchung noch 281, zu denen ungefähr 100 kommen, die noch als Verwundete in den Hoſpitälern liegen. Wenn das Dresdner Journal, die Deutſche Reform und ſich ſelbſt berichtigend ſchreibt, es ſei nichts aus dem grünen Gewölbe und nur der Privatſchatz der königlichen Familie nach dem Königſtein geſchafft worden, ſo iſt das Journal übel berichtet. Es ſind 8 Kiſten mit Koſtbarkeiten, namentlich Perlen aus dem grünen Gewölbe, auf den Königſtein geſchafft worden, das heißt aber nicht um ſie dem Lande zu entziehen, ſondern um ſie ihm an einem geſicherten Orte zu erhalten. Preußiſche Truppen ſind am 4. und 5. wieder hier eingerückt und einquartirt worden, als das 2te und 3te Bataillon vom 18. Landwehrregiment (das erſte Bataillon ſteht in Schleswig). Am 10. und 11. rückten noch 1 Gardelandwehrbataillon und 1 Bataillon vom 19. ein, von denen Dresden jedoch nur 2 Compagnien erhalten wird, während die übrigen nach Pirna und in die Lauſitz verlegt werden.

* **Karlsruhe**, 8. Juni. Gäbe es keine andern Quellen, als die amtliche Karlsr. Z., ſo wüßte man heute noch nichts von dem verunglückten Revolutionsverſuch Struve's, Becker's und ihrer Myrmidonen. Kein Wort, kein einziges Wort im amtlichen Blatte deutet darauf hin. Zwar ſpricht merkwürdigerweiſe eine Karlsr. Correſpondenz der Frankf. Z. von einem Fahndungsſchreiben gegen einzelne Mitglieder des Clubs für entſchiedenen Fortſchritt und einer Nichtigkeitserklärung des von Sigel verfügten Kriegszuſtandes für das ganze badiſche Land (?), die beide ſich in der Karlsr. Z. finden ſollen; aber wenigſtens die zu uns gelangten Exemplare enthalten davon nichts. Jenes Fahndungsſchreiben iſt übrigens folgenden Inhalts:

„Die ſeitherigen Mitglieder des Generalcommandos der badiſchen Volkswehr: 1) Alfred Michel, 2) Heinrich Böggel, 3) Michael Fätz, 4) Friedrich Lutz, 5) Karl Rauch, 6) Bernhard Stein, 7) Peter Reichel und 8) R. Keller, welche ſich entweder in das Hauptquartier nach Heidelberg oder auch nach der Rheinpfalz begeben haben, ſind, wo ſie betreten werden, zu verhaften und hierher einzuliefern. Karlsruhe, den 7. Juni 1849. Die proviſoriſche Regierung."

Vermuthlich iſt dieſer Befehl wie die geſchehenen Verhaftungen ſelbſt zurückgenommen worden. Die neueſte Nummer der Karlsr. Z. enthält eine Weiſung an ſämmtliche Volkswehrcommandos, wonach ſie für die Zukunft keinerlei Befehle als nur durch das Kriegsminiſterium anzunehmen und zu vollziehen haben. Die Wahlen zur conſtituirenden Landesverſammlung ſind zum größten Theil bekannt; die Namen gehören wohl ohne alle Ausnahme zur herrſchenden Partei; von bekannteren bemerkt man darunter: Hecker (natürlich mehrmals gewählt), Brentano, Peter, Weishaar, Richter von Achern, den Eiſenbahnpfarrer Lehlbach, Dr. Gallus Maier, Kiefer (früher Mitglied der zweiten Kammer) u. ſ. w. Ein Aufruf an die Schwaben in der Karlsr. Z. fordert dieſe, „im Fall es nicht möglich wäre, im Innern Würtembergs thatkräftig für die Geltendmachung der Forderungen des Volkes aufzutreten," wenigſtens zum Zuzug nach Baden, um dort ein „ſchwäbiſches Kämpfercorps" zu bilden, zur Zuſendung von Geldbeiträgen, Waffen, Verbandzeug u. ſ. w. auf.

*** Vom Oberrhein, 7. Juni. Vorgeſtern verweigerten zugleich ſieben Gemeinden der Kanderner Umgebung alle und jede Anerkennung der ſogenannten proviſoriſchen Regierung; die Reichsverfaſſung nicht einmal beſchwören wollten ſie dieſer Behörde. Einer der anweſenden Bürgermeiſter erklärte: für den abgefaßten Bürger Fickler könne ihnen ſein Ort einen alten Zuchthäusler abtreten in das Collegium. Ohne ſtarke Executionstruppen wird das erſte Aufgebot nicht wegbugſirt werden können. Indeſſen wird die Geſchichte wohl auch ohne uns zur Ruhe beſtattet werden. Es glaubt doch Niemand daran.

Freiburg, 5. Juni. Dieſen Vormittag hat wieder ein Theil des erſten Bürgerwehraufgebots die Stadt verlaſſen und iſt nach Raſtatt abgangen. Ebendahin wird heute noch die Bürgerwehrcavallerie abgehen. Der heutige Tag verging unter fortwährendem Trommeln, Ausſchellen, Einziehen der Volkswehr vom Land zu Wagen und zu Fuß. Im hieſigen Hauptquartier ſind geſtern und heute mehrere tauſend Mann Volkswehr eingerückt, ein Theil davon wird ebenfalls nach Raſtatt abgehen. Das in Schleswig-Holſtein befindliche Bataillon des vierten badiſchen Infanterieregiments ſoll, nach von dort eingetroffenen Briefen, demnächſt in die Heimath zurückkehren. (O. P. Z.)

* **Darmſtadt**, 9. Juni. Der Großherzog hat an ſeinem heutigen Geburtstage eine theilweiſe Amneſtie für die Verurtheilten des Militärs erlaſſen; er iſt, wie die betreffende Verfügung ſagt, „durch das brave Benehmen der großherzoglichen Truppen in den bisherigen Kämpfen zu dieſer Gnadenerweiſung bewogen worden."

☽ **Darmſtadt**, 9. Juni. Es haben bis jetzt, das blutige Zuſammentreffen bei der Volksverſammlung von Oberlaudenbach am 21. v. M. abgerechnet, nur zwei Gefechte ſtattgehabt, das bei Heppenheim am 30. v. M. und das bei Weinheim am 5. d., welches letztere kaum ſo zu bezeichnen iſt, da die Freiſchaaren beim Erſcheinen der Truppen ſich ſogleich zurückzogen. Alles, was weiter geſagt wird von blutigen Kämpfen, von einer Schlappe, welche die Heſſen erlitten, vom Rückverlegen des Hauptquartiers nach Darmſtadt, von Wagen voll Todten und Verwundeten, iſt reine Erfindung. Die Truppen hatten außer den 2 Verwundeten bei Oberlaudenbach, den 9 Todten und 30 Verwundeten bei Heppenheim, nur noch 2 Verwundete bei Weinheim, deren Namen öffentlich bekannt gemacht ſind. Das Hauptquartier wurde von Heppenheim nach dem eine Stunde davon entfernten Bensheim verlegt, weil dieſes mehr in der Mitte der Cantonnements des bedeutend verſtärkten Corps liegt. Die Vorpoſtenlinie jenſeits Heppenheim iſt beſetzt wie immer. Die Truppen halten ſich trefflich, ihr Muth und ihre Ausdauer in Ertragung der Strapatzen ſind muſterhaft. In Heiterkeit feierten ſie heute das Geburtsfeſt des Großherzogs, der ſie morgen ſelbſt beſuchen wird. Es befindet ſich auch bereits eine Anzahl badiſcher Officiere aller Waffen unter ihnen. Die Linie, die ſie beſetzt halten, erſtreckt ſich vom Rhein durch die Bergſtraße bis tief in den Odenwald.

Darmſtadt, 9. Juni. Geſtern Abend eingegangene Nachrichten von der Operationsarmee melden nichts als eine Allarmirung unſerer Truppen durch die Badener; letztere wurden ohne

Gefecht bis nach Hemsbach zurückgetrieben, worauf erſtere nach Heppenheim zurückkehrten. Ungegründet iſt das durch ein Blatt verbreitete Gerücht von der Niederlage, welche die Reichstruppen an der Bergſtraße am 7. erlitten haben ſollen, an welchem Tage dort gar nichts vorfiel, indem der Geſchützdonner, den man Morgens in Heppenheim vernommen haben wollte, wenigſtens mit einer Bewegung der Reichstruppen nicht zuſammenhing, noch von heſſiſchem Gebiete kam. (Darmſt. Z.)

Gießen, 8. Juni. Sicherem Vernehmen nach haben preußiſche Truppencorps, die von Eiſenach ebenfalls über Grünberg und Gießen nach Wetzlar gehen ſollten, Ordre erhalten, in Eilmärſchen von Grünberg gleich über Lich und Hungen nach Frankfurt zu gehen. Ebenſo ſollen die bei Wetzlar zuſammengezogenen Truppen Befehl zum Aufbruch erhalten haben, und zum Theil ſchon aufgebrochen ſein, ſicher das 31. Linien-Infanterie-Regiment, deſſen hier zu einem Concert anweſendes Muſikcorps von hier gleich nach Friedberg, ſtatt zurück nach Wetzlar ging. Demnach dürfte das Einrücken der Preußen in Baden ſehr nahe bevorſtehen. (Fr. Journ.)

Mainz, 9. Juni. Der Großherzog von Heſſen iſt heute Nachmittag gegen 2 Uhr hier eingetroffen; auch der Herzog von Naſſau, der geſtern ſchon hier war, befindet ſich heute in unſerer Stadt. Nach einer Mittheilung des hieſigen „Tagblattes" würde auch der König von Würtemberg hier erwartet, doch halten wir dieſe Nachricht vorläufig nur für ein Gerücht. (Fr. Journ.)

Frankreich.

* **Paris**, 8. Juni. Die Botſchaft des Präſidenten der Republik iſt heute begreiflich ein Gegenſtand der Beſprechung in ſämmtlichen Journalen, und erntet, je nach der Parteiſtellung dieſer Journale, hier ein ungemeſſenes Lob, dort einen bitteren Tadel: das iſt ſo in der Ordnung, daß es ſich nicht der Mühe verlohnt, im Einzelnen davon zu ſprechen. So viel iſt indeß gewiß, daß, wenngleich das Actenſtück freilich einen Umfang hat, in welchen man die ſämmtlichen Thronreden hineinpreſſen könnte, welche die conſtitutionellen Könige von Frankreich und Navarra resp. der Franzoſen gehalten haben, doch die Botſchaft des Präſidenten der Republik in vielen Worten eben ſo wenig ſagt, als die kürzeſte Thronrede es je gethan: ſie iſt ſo farblos und unbedeutend, als nur immer möglich. Aufgefallen iſt es übrigens, daß die Botſchaft weder die Unterſchrift des Präſidenten der Republik, noch die eines verantwortlichen Miniſters trägt, nur der natürlich nicht officielle Conſtitutionel veröffentlicht ſie mit der Unterſchrift: Gezeichnet Louis Bonaparte; gegengezeichnet Odilon Barrot. Das größte Aufſehen aber erregen verſchiedene Varianten, die ſich in dem offiziellen Texte und demjenigen Texte finden, welchen die Preſſe, die Aſſemblee nationale und die Republique ihren Leſern bringen; denn man erklärt ſich dieſe Varianten dadurch, daß der von den letztgenannten Blättern gegebene Text der urſprüngliche und erſt noch im Augenblicke des Druckes im Moniteur verändert worden ſei. Iſt dieſe Erklärung richtig, ſo haben die im Moniteur unterdrückten Stellen demnach kein unerhebliches Intereſſe, weil ſie wahrſcheinlich das ſagen, was die Regierung nach reiferer Ueberlegung nicht zu ſagen oder zu verſchweigen für beſſer gehalten. Wir geben dieſe Varianten, aber nur die bedeutendſten, in Folgendem. An der Stelle, wo von dem Kampfe der franzöſiſchen Expeditionsarmee unter den Mauern Roms die Rede iſt, ſagt der Moniteur: „Dieſer unerwartete Kampf, wenn er gleich den Endzweck unſeres Unternehmens in keiner Weiſe verändert, hat unſere wohlwollenden Abſichten paralyſirt und die Beſtrebungen unſerer Unterhändler zu nichte gemacht"; der frühere Text dagegen lautet: „Dieſer unerwartete Kampf, wenn er gleich den Endzweck unſeres Unternehmens in keiner Weiſe änderte, paralyſirte unſere wohlthätigen Beſtrebungen und entſtellte die Frage, und ſie kann mit Ehren für Frankreich gegenwärtig nur in Rom gelöſt werden." In dem Paſſus, welcher von Schleswig ſpricht und der Incorporation des Herzogthums von Seiten der deutſchen Centralgewalt erwähnt, fährt der Moniteur fort: „Dieſe Maßregel wurde die Veranlaſſung eines erbitterten Krieges. England bot ſeine Vermittelung an und dieſelbe wurde angenommen; Frankreich, Rußland und Schweden zeigten ſich geneigt, Dänemark zu unterſtützen"; der andere Text aber ſagt: „Dieſe Maßregel, welche eine förmliche Uſurpation conſtituirt, wurde die Veranlaſſung eines erbitterten Krieges. England bot ſeine Vermittelung an und dieſelbe wurde angenommen; Frankreich, Rußland und Schweden erklärten laut, daß nach ihrer Anſicht Deutſchland kein Souveränitätsrecht über Schleswig beſitze, und zeigten ſich geneigt, Dänemark zu unterſtützen". Endlich am Schluß der Botſchaft, bei den inneren Fragen, heißt es in dem urſprünglichen Text: „Gemäß dem, was ich ſoeben auseinandergeſetzt, werden zwei Arten von Geſetzen Ihrer Billigung vorgelegt werden, die einen, um die Geſellſchaft zu beruhigen und Exceſſe zu unterdrücken, und dazu gehören die Geſetze über die Zügelloſigkeit der Preſſe und über die Clubs, die andern" ꝛc. ꝛc.; im Moniteur dagegen ſind die Worte: „und dazu gehören die Geſetze über die Zügelloſigkeit der Preſſe", weggelaſſen.

Im Uebrigen iſt die öffentliche Aufmerkſamkeit faſt ausſchließlich durch die römiſchen Angelegenheiten in Anſpruch genommen und ſpeciell durch die allerdings ſehr wunderbaren Verhandlungen zwiſchen dem franzöſiſchen General und dem franzöſiſchen Bevollmächtigten, Verhandlungen, welche den vollſtändigen Bruch beider, und die Abberufung und Abreiſe des Letzteren zur Folge hatten. Die Thatſachen, ſo weit ſie bis jetzt feſtgeſtellt worden, ſind die, daß der römiſchen Conſtituante mit Zuſtimmung des Generals Oudinot eine Uebereinkunft vorgelegt war, welche unter andern die Klauſel enthielt, daß die franzöſiſche Armee in Rom ſelbſt eine Stellung einnehme, daß die Conſtituante dieſe Uebereinkunft verwarf, und Herr von Leſſeps nun auf eigene Hand eine neue Uebereinkunft zu Stande brachte, nach welcher die Armee außerhalb der Stadt cantonnirt bleiben ſollte. General Oudinot hatte eben, am 31. Mai, Befehl gegeben den Monte Mario zu beſetzen, und die Beſetzung war ohne Schwertſtreich geſchehen, eine andere Colonne rückte vor, um die Villa Pamfili zu nehmen, und am andern Morgen ſollte der Angriff geſchehen, als Hr. v. Leſſeps mit jener genannten Uebereinkunft im Lager eintraf. Oudinot nahm die Befehle zum Angriff einſtweilen zurück, zeigte aber den Triumvirn ſogleich an, daß nach ſeiner Ueberzeugung Hr. v. Leſſeps bei Unterzeichnung jener Uebereinkunft ſeine Vollmacht überſchritten habe, daß aber jedenfalls die Inſtruktionen, welche er (Oudinot) von ſeiner Regierung erhalten, es ihm zur Pflicht machen, derſelben nicht beizutreten und daß er ſie als nicht vorhanden betrachte; Hrn. v. Leſſeps gab er eine gleichlautende Erklärung mit dem Beifügen, daß er, bis weitere Befehle von der Regierung eingetroffen, nicht im Stande ſei, ferner in Gemeinſchaft mit ihm zu handeln. Hr. v. Leſſeps reiſte ſogleich nach Frankreich ab, fand aber in Civitavecchia ſchon den Befehl vor, der ihn abberief, „weil er ſich von dem Geiſte ſeiner Inſtruktionen entfernt habe." Oudinot aber ſoll die beſtimmte Weiſung haben, in jedem Fall in Rom einzurücken, und der oben gegebene erſte Text der Botſchaft des Präſidenten macht das allerdings ſehr wahrſcheinlich. An Stelle des Hrn. v. Leſſeps iſt ſchon Herr v. Corcelles nach Rom abgegangen.

Die Cholera rafft zahlreiche Opfer unter der Pariſer Bevölkerung dahin. Die Intenſität der Seuche iſt in den letzten Tagen ſo ſtark geworden, daß der Policeipräfect durch öffentlichen Anſchlag die Eröffnung von Hilfsbureaus angezeigt hat.

Man ſchreibt aus Belfort, daß bereits Truppenmärſche beginnen, welche auf die Concentration eines Armeecorps am Rhein hindeuten.

Spanien.

* **Madrid**, 3. Juni. Die Commiſſion zur Begutachtung der Zollreform hat ſich, wie es heißt, für das Regierungsproject ausgeſprochen. Eine Deputation von Fabricanten aus Catalonien iſt hier angekommen, um die Vertagung dieſer Frage aufs nächſte Jahr von der Regierung zu verlangen und entgegengeſetzten Falls im Namen der cataloniſchen Induſtrie gegen das miniſterielle Project zu proteſtiren.

Italien.

* Die verſchiedenen Angaben über die Einnahme Venedigs laſſen ſich dahin berichtigen, daß Venedig bereits durch 70 Stunden aus mehr als 30 Batterien beſchoſſen, dem Falle jedenfalls nahe iſt. Das Feuer aus den kaiſerlichen Geſchützen wurde ſo nachdrücklich unterhalten, daß die Kanonenröhren beinahe glühten und um die Entzündung des Pulvers zu verhüten, abgekühlt werden mußten. Als hierüber das Feuer in Venedig verſtummte und der Truppencommandant hierin ein Zeichen der Bereitwilligkeit der Einwohner zur Unterwerfung wahrnehmen zu können glaubte, ſendete er einen Officier als Parlamentär dahin, welcher aber in Schußweite angekommen durch einen Musketenſchuß, der von der äußerſten Spitze des Walles kam, verwundet wurde. Dies war das Signal zur abermaligen Aufnahme des Feuers, welches, ſoweit die Nachrichten reichen, ununterbrochen fortdauert. Die Schüſſe der Artillerie zündeten Venedig an mehreren Orten und

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Aufruf des Reichsverweſers an das badiſche Volk. Schreiben des Reichsminiſteriums an die würtembergiſche Regierung. Truppenbewegungen. Das Einſchreiten gegen Baden) Wien (Verhaftung. Frohnleichnam. Die Eltern des Kaiſers. Die Kaiſerlichen in Neutra). Berlin (Der Prinz von Preußen wird das Obercommando am Rhein übernehmen). Bamberg (Verhaftung). Aus der Pfalz (Landau. General Sprayde.) Kaiſerslautern (Die proviſ. Regierung. Die Gemeindewahlen. Die militäriſche Organiſation. Die Beamten und die Geiſtlichkeit. Dresden (Mahnung des Oberbefehlshabers). Karlsruhe (Reichscommiſſäre. Strafe des Widerſtands gegen Stellung des erſten Aufgebots. Wahlen. Die Redaktion der Karlsr. Zeitung). Schleswig (Zuſammenkunft der Landesverſammlung. Erklärung der Statthalterſchaft. Die Perſonalunion. Vom Kriegsſchauplatz).

Niederland. Haag (Regulirung der Civilliſte).

Ungarn. (Bericht aus Debreczin.)

Polen. Kaliſch (Durchmarſch ruſſiſcher Truppen).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 11. Juni).

Deutſchland.

Frankfurt, 11. Juni. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile folgenden Aufruf des Reichsverweſers an das badiſche Volk:

Zur Bezwingung des Aufruhrs, welcher in Baden gegen die verfaſſungsmäßige Landesregierung und gegen die Reichsgewalt in Waffen ſteht, iſt die erforderliche Streitmacht zuſammengezogen worden, und ſteht im Begriffe, in das Großherzogthum einzurücken. Die Maßregeln der Strenge, welche den Einmarſch der Truppen begleiten müſſen, werden von den zuſtändigen Behörden verkündigt und unnachſichtlich vollzogen werden. Einwohner Badens! Meiner Pflicht, dem Geſetze Kraft zu verleihen, werde ich genügen. Aber als Hüter des Friedens und Freund des Vaterlandes hege ich zugleich den ſehnlichen Wunſch, für eine friedliche Mahnung Gehör bei euch zu finden. Das öffentliche Urtheil hat ſich bereits ſo entſchieden gegen die Bewegung in Baden und der Rheinpfalz ausgeſprochen, daß ich, wenn ich die im badiſchen Volke verbreitete Geſittung und Bildung mit dem offenkundigen Charakter dieſer verwerflichen und haltloſen Bewegung vergleiche, die Hoffnung nicht aufgeben kann, durch eine Berufung an das Gefühl und die Einſicht der Bürger Badens zur Verhütung unermeßlichen Unglücks beizutragen. Es bedarf nur einer Erſtarkung der eigenen edleren Kräfte Badens um dem bevorſtehenden unnatürlichen Kampfe zuvorzukommen, oder doch die Reihen der Empörung auf die Wenigen zu beſchränken, die auf dem Boden Deutſchlands nicht heimiſch ſind oder ſich die Bahn des Rechtes und der Ehre ohne Rückkehr verſchloſſen haben. Badener! Ihr könnt nicht vergeſſen haben, daß nicht der geſetzlich ausgeſprochene Wille der Mehrheit, ſondern das Machtgebot zuſammengeraffter Volkshaufen den unglückſeligen Zuſtand verſchuldet, in welchen Baden und die Rheinpfalz verſetzt ſind. Euer Glück hängt davon ab, daß dem Ruin eures Wohlſtandes ungeſäumt Einhalt geſchehe; eure Ehre fordert, daß euer ſonſt ſo freies und geſegnetes Land den Völkern Deutſchlands nicht länger ein drohendes Bild des Verfalls und der Zerrüttung vor Augen ſtelle. Der Urſprung des badiſchen Aufſtandes entbehrt eben ſo ſehr jedes ſittlichen Grundes wie die Handlungen ſeiner Führer. Keine bürgerliche Freiheit, kein vaterländiſches Intereſſe war in Baden bedroht. Die Bewegung bedurfte der heuchleriſchen Larve des Kampfes für die Reichsverfaſſung, damit ſie nicht als ſinnlos und verbrecheriſch ſelbſt von den Verblendetſten durchſchaut werde. Statt aber die Reichsverfaſſung zu fördern, bilden im Gegentheile die maßloſen Uebertreibungen in Baden und der Rheinpfalz das gefährlichſte der Hinderniſſe, welche gegenwärtig noch, zum gerechten Schmerze aller Vaterlandsfreunde, dem großen Ziele einer des deutſchen Volkes würdigen Neugeſtaltung Deutſchlands entgegenſtehen. Mit Scham und Trauer muß jeder Deutſche, der ein Herz für ſein Volk hat, ſich von der Erfahrung abwenden, daß nicht äußere Feinde, ſondern deutſche Volksſtämme am Untergange der theuerſten Hoffnungen des Vaterlandes arbeiten. Viele eurer jetzigen Gewalthaber, die das Wort Freiheit im Munde führen, kennen freilich kein Vaterland. Aber das beſſere Bewußtſein des Volkes trennt das Vaterland nicht von der Freiheit, und die Söhne Badens werden fühlen, daß es ſchmählich iſt, einer Schaar anzugehören, deren Führer ſich nicht ſcheuen, in einem inneren Verfaſſungsſtreite die Hilfe der Fremden anzurufen. Nie und nimmer darf eine ſolche Schaar es wagen, ſich ein Freiheitsheer zu nennen; die allgemeine Entrüſtung wird dieſer Lüge ihr Recht widerfahren laſſen. Badener! ich vertraue feſt darauf, daß das Volksgewiſſen wohl übertäubt, aber nicht auf lange unterdrückt werden kann. Hört auf ſeine Stimme mehr, als auf den Ruf ehrgeiziger Volksſchmeichler! Ganz Deutſchland erwartet von euch die Rückkehr zu den politiſchen Tugenden der Mäßigung und des Rechtsſinnes, ohne welche kein Fortſchritt gelingen und der Preis der Anſtrengungen und Leiden des letzten Jahres nicht gewonnen werden kann. Das deutſche Heer, das euern Boden betritt, wird die Sicherheit des Reiches ſchirmen und euch die verfaſſungsmäßige Herrſchaft eures gütigen Fürſten, die Wohlthaten des Friedens und der echten Freiheit wiederbringen. Ich beſchwöre euch, fordert die unblutige Erreichung dieſes Zweckes, vereinigt eure Kräfte, um das Unglück und die Schmach des Bürgerkrieges von eurer Heimath abzuwenden.

Gegeben zu Frankfurt, 10. Juni 1849. Der Reichsverweſer: Erzherzog Johann. Der Präſident des Reichsminiſteriums: Wittgenſtein.

* **Frankfurt,** 11. Juni. Das Reichsminiſterium hat an die würtembergiſche Regierung folgende Zuſchrift gerichtet:

Gelegentlich einer von den Bevollmächtigten mehrerer Regierungen an das Reichsminiſterium gerichteten Anfrage hatte der unterzeichnete Präſident des Reichsminiſteriums die Ehre, zu erklären, daß das Reichsminiſterium die Befugniß der Nationalverſammlung zur Verlegung nach Stuttgart nicht anerkennen könne, da in den Bundesbeſchlüſſen vom 30. März und 7. April v. J. Frankfurt ausdrücklich als Sitz der Nationalverſammlung bezeichnet iſt, und eben deshalb, weil aus dieſen Beſchlüſſen die legalen Befugniſſe derſelben entſpringen, dieſe nicht über ihre Quelle hinausgehen und dahin führen können, letztere ſelbſt zu alteriren.

Inzwiſchen iſt die Sache in ein neues Stadium getreten: ein Theil der ehemaligen Nationalverſammlung hat nicht nur jene Verlegung ausgeführt, ſondern auch unterm 6. d. M. in Stuttgart eine Regentſchaft eingeſetzt, welche die Reichsverfaſſung mit Waffengewalt durchführen, die Beſchlüſſe vollziehen und im übrigen die durch das Geſetz vom 28. Juni v. J. der proviſoriſchen Centralgewalt übertragenen Befugniſſe ausüben ſoll.

Wie man auch über die Befugniſſe der ehemaligen Nationalverſammlung urtheilen mag, darüber kann nicht der mindeſte Zweifel obwalten, daß jener nach Stuttgart übergeſiedelte Theil hiermit den geſetzlichen Boden völlig verlaſſen und den der offenen Anarchie betreten; und die Regierung Sr. kaiſerlichen Hoheit des Reichsverweſers erfüllt, wenn auch mit dem tiefſten Schmerze, nur eine ihr obliegende Pflicht, dieſes Verhalten jenes Theils der ehemaligen Nationalverſammlung geradezu für ungeſetzlich und aufrühreriſch gegen die verfaſſungsmäßige Centralgewalt zu erklären.

Die Centralgewalt ſelbſt, berufen, die vollziehende Gewalt in allen die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands betreffenden Angelegenheiten zu üben, kann nicht zugeben, daß neben ihr ein Organ entſtehe, welches mit frevelhafter Hand in ihre Befugniſſe eingreift. Ihre Pflicht gebietet ihr, jedem derartigen verbrecheriſchen Beſtreben, mag es ausgehen von wem es wolle, auf das Entſchiedenſte mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln entgegen zu treten; ſie iſt hierbei der Mitwirkung aller deutſchen Regierungen im Voraus verſichert und zählt insbeſondere auf die königlich würtembergiſche Regierung, innerhalb deren Gebiet jene aufrühreriſchen Beſtrebungen durch Einſetzung jener ſogenannten Regentſchaft zunächſt ans Licht getreten.

Die königlich würtembergiſche Regierung wird, dies zweifelt der Unterzeichnete nicht, ſchon vor Empfang dieſes die geeigneten Maßregeln getroffen haben, um jedes Auftreten jener ſogenannten Regentſchaft im Voraus zu vereiteln. Auf alle Fälle aber richtet er Namens der proviſoriſchen Centralgewalt das desfallſige ausdrückliche Anſinnen an dieſelbe und verbindet damit die ausdrückliche Erklärung, daß die Centralgewalt, falls die dortigen Mittel zur Ausführung dieſes Anſinnens nicht hinreichen ſollten, ſofort das Erforderliche anordnen wird.

Einer möglichſt beſchleunigten Rückäußerung glaubt der Unterzeichnete bei der Dringlichkeit der Lage entgegenſehen zu dürfen.

Frankfurt, den 9. Juni 1849. gez. Wittgenſtein.

♈ **Frankfurt,** 11. Juni. Geſtern haben, unſerm letzten Bericht entſprechend, die Bewegungen nach der badiſchen Grenze zu begonnen. Geſtern Morgen 7 Uhr ſind drei Schwadronen mecklenburgiſcher Dragoner, eine halbe mecklenburgiſche Batterie und das 2. Bataillon des 3. kurheſſiſchen Infanterieregiments über Offenbach und Seligenſtadt die Straße nach dem Odenwalde marſchirt, um 11 Uhr ging die noch hier verbliebene halbe preußiſche Batterie unter der Bedeckung einer Compagnie vom 38. Infanterieregiment nach Mainz ab, und um 12, um 3 und um 6 Uhr folgte der ganze übrige Theil des Regiments, ſo daß unſere Garniſon geſtern Abend nur aus einem öſterreichiſchen Bataillon, dem Frankfurter Linienbataillon und einer halben öſterreichiſchen Batterie beſtand; doch wird der Erſatz für den Abgang noch heute hier eintreffen; die preußiſchen Fouriere haben das 8. Cüraſſierregiment, das 12. Huſarenregiment und 3 Landwehrbataillone angekündigt. Die preußiſchen Truppen unſerer Garniſon haben übrigens, nachdem auch dieſe anfangs nach der badiſchen Grenze beſtimmt waren, erſt geſtern früh den veränderten Befehl erhalten, der ſie nach Mainz dirigirte, und man vermuthet um ſo mehr, daß gewiſſe noch beſtehende Differenzen zwiſchen dem Großherzog von Baden und der preußiſchen Regierung die einſtweilige Nicht-Verwendung der preußiſchen Heeresmacht in Baden veranlaßt haben, als man ſich eben jetzt erinnert, daß der Großherzog bei ſeiner letzten Anweſenheit in Mainz das öſterreichiſche Offizierkorps mit einer Art von Oſtentation empfing, von den preußiſchen Offizieren aber ſich Niemanden vorſtellen ließ. Die öſterreichiſchen Truppen werden die Frankfurter Garniſon nicht verlaſſen; ob das Frankfurter Bataillon ausrücken wird, ſcheint noch ſehr zweifelhaft zu ſein, da man einem förmlichen Complott auf die Spur gekommen ſein ſoll, welches deshalb nicht ohne Wahrſcheinlichkeit iſt, weil das Bataillon bekanntlich aus geworbenen Leuten beſteht und ſich unter ihnen vielleicht 130 geborene Badenſer befinden. Ob damit vielleicht die plötzliche Rückberufung des preußiſchen 38. Regiments zuſammenhängt, mag dahin geſtellt bleiben: Thatſache iſt, daß die letzte Compagnie desſelben, als ſie geſtern Abend die Taunusbahn beſteigen wollte, auf dem Bahnhofe von der Ordre ereilt wurde, ſogleich in die Stadt zurückzukehren und daß die Eiſenbahn den Befehl mitnahm, welcher das ganze Regiment zurückruft; es wird noch heute morgen hier wieder einrücken und zwar, wie es heißt, auf

ausdrückliches Erſuchen des Frankfurter Senats. — So viel man übrigens bis jetzt vernimmt, wird am 15. das Hauptquartier Frankfurt verlaſſen und wahrſcheinlich zunächſt nach Erbach im Odenwald verlegt werden.

☽ **Frankfurt**, 11. Juni. Eine Verfügung des Reichsminiſteriums betrifft, dem Vernehmen nach, die Verſetzung des Großherzogthums Baden in Kriegszuſtand, mit Anwendung des ſtandrechtlichen Verfahrens. Die Wirkung dieſer Maßregel dürfte nicht lange auf ſich warten laſſen, da das an der heſſiſch-badiſchen Grenze unter dem Oberbefehl des General v. Schäffer zuſammengezogene Corps zu dem Betrage herangewachſen iſt, daß nicht blos jeder Angriff zurückgewieſen, ſondern auch der Einmarſch in Baden mit voller Sicherheit unternommen werden kann. Außerdem befinden ſich 9000 Mann preußiſcher Truppen, unter General v. Schack, von Wetzlar her im Anzuge und am 14. d. M. trifft General v. Holleben mit dem 15,000 Mann ſtarken Reſt des Wetzlariſchen Corps hier ein, um gleichfalls gegen Baden vorzurücken. Wir ſprechen die Hoffnung aus, die geſammte Streitmacht gegen den aufſtändiſchen Süden unter dem Oberbefehl eines preußiſchen Prinzen vereinigt zu ſehen. (Vergl. Berlin) Das Gewicht einer ſolchen Anführung würde allen Operationen denjenigen Nachdruck verleihen, der für eine möglichſt raſche Beendigung des unglücklichen Krieges doppelt nöthig erſcheint, und von dieſem Geſichtspunkte ausgehend, würde die Centralgewalt des Reichsverweſers es gewiß nur mit beſonderem Danke anerkennen, wenn ſich die Ausſicht auf eine derartige obere Leitung erfüllen ſollte. Nebenbei ſcheint ſich damit ein erwünſchter Ausweg für den Rücktritt des Reichsverweſers von ſeinem ebenſo dornenvollen als kaum noch haltbaren Poſten zu eröffnen. Vielleicht, daß man dies ſchon erkannt und darauf bezügliche Entſchlüſſe gefaßt hat, denn, wie wir hören, iſt die Badereiſe Sr. kaiſerlichen Hoheit wieder aufgegeben, während deſſen Frau Gemahlin, unfehlbar in anderem Sinne, Abſchiedsbeſuche macht.

△ **Wien**, 6. Juni. Heute Mittag hat hier eine Verhaftung in einem Zweig der Regierung ſtattgefunden, wo man ſie am wenigſten hätte erwarten ſollen. Ein Officier mit einem Militärpiquet erſchien im Miniſterium des Auswärtigen und erſuchte den Miniſterpräſidenten Fürſten Schwarzenberg, den Verhaftsbefehl der Militärbehörde gegen einen Beamten des genannten Miniſteriums zu genehmigen und ſofort vollziehen zu laſſen. Der Miniſterpräſident verſammelte ſogleich das ganze Perſonal ſeines Burraus und erklärte ihm Folgendes: Meine Herren, ich bin in der traurigen Nothwendigkeit, Ihnen mitzutheilen, daß mir die Anzeige gemacht worden, es befinde ſich unter Ihnen ein Vaterlandsverräther, der mit Koſſuth im Einverſtändniß und ununterbrochenem Briefwechſel ſteht. Indem er ſich hierauf gegen einen der Beamten, einen geborenen Ungarn Namens Tſcheremuski wandte, fügte er hinzu: Sie ſind der Angeklagte, ich hoffe, daß Sie ſich von dem Verdachte werden reinigen können und übergebe Sie hiermit der Unterſuchungscommiſſion. Tſchereminski wurde hierauf von dem Officier übernommen und in's Gefängniß escortirt. Seine Verhaftung machte um ſo größeres Aufſehen, als er von einem der protégés Metternichs, dem ehemaligen Staatsrath Gervay in deſſen Haus er Erzieher war, in den Staatsdienſt genommen wurde. Wenn er ſchuldig befunden wird, verſieht man ſich eines ſtrengen Urtheils über ihn.

△ **Wien**, 7. Juni. Unter dem Geläute aller Glocken und wiederholten Böllerſalven fand heute der Umzug der Frohnleichnamsproceſſion mit großer Feierlichkeit ſtatt. Beſonders zahlreich war die Geiſtlichkeit der 32 hieſigen Pfarreien vertreten, um den anweſenden Biſchöfen, welche ohne Ausnahme dabei erſchienen, ihre Aufmerkſamkeit zu beweiſen. Ebenſo zahlreich alle Körper der Stadtbehörden und die Hofchargen. Die deutſche Garde war die einzige, welche wie in frühern Jahren auf ihren rabenſchwarzen Roſſen in der roth und gold verbrämten Uniform vollzählig dabei erſchien. Die italieniſche Garde und die herrliche ungariſche war natürlich auch nicht durch einen einzigen Mann vertreten. Unter den Hofchargen bemerkte man einige Miniſter und die ominöſe Zahl von nur 13 der treugebliebenen ungariſchen Magnaten; die bekannteren Namen darunter ſind Graf Mailath, Graf Cziraki, Graf Waldſtein (von böhmiſcher Abkunft aber in Ungarn begütert), Graf Eſterhazy, Graf Palffy ꝛc. Der Kaiſer folgte dem Zuge unmittelbar hinter dem Fürſten Erzbiſchof und der Monſtranz. Seine Erſcheinung machte wie immer einen angenehmen Eindruck. Hinter ihm gingen der Erzherzog Franz Karl und die beiden jüngern Brüder des Kaiſers. Der Andrang der Maſſen war auffallend geringer als in frühern Jahren; die Circulation in den Straßen und Plätzen war, was bei ähnlichen Gelegenheiten hier unerhört iſt, nirgend gehemmt. Als der Kaiſer aus der Kirche in die Burg zurückfuhr, wehten ihm aus allen Fenſtern weiße Tücher entgegen, der Jubel in den Straßen dagegen war mäßig; ſtärker ward er erſt auf dem Burgplatze, wo der Kaiſer mit ſeinem Gefolge mitten unter das Volk trat und die Garniſon vorüberdefiliren ließ. Die Erzherzogin Sophie ſtand an einem der Fenſter der Reitſchule (des ehemaligen Reichstagslocales) und verwandte kein Auge von ihrem Sohne, ſo lange er dem Hochamte vor der Michaelikirche beiwohnte. Die Spuren des vergangenen Jahres ſind in ihren Zügen unverkennbar; die ſonſt ſehr gerade Haltung ihrer hohen Geſtalt iſt jetzt beinahe gebückt; ihr Gemahl, der Erzherzog Franz Karl dagegen hat der Zeit keinen andern ſichtbaren Tribut gezahlt, als daß er jetzt einen großen grauen Schnurrbart trägt: eine männliche Zierde, die früher an unſrem Hofe verpönt war, und überhaupt bei Nichtmilitärs für ein „radicales Abzeichen" galt. Tempora mutantur. Geſtern hieß es, Feldmarſchallieutenant Wohlgemuth habe auf der Schütt eine kleine Schlappe erhalten; verbürgen läßt es ſich nicht. Von Neutra, welches das Gerücht ſchon ſo oft beſetzt und wieder aufgegeben ſein ließ, iſt übrigens heute früh die officielle Nachricht eingetroffen, daß unſre Truppen dort eingerückt ſind; ob mit oder ohne Kampf, wiſſen wir noch nicht.

* **Berlin**, 9. Juni. Die Berliner Conſtitutionelle Correſpondenz, welche ſchon unter der Redaction des Hrn. Dr. Kutſcheit daſſelbe Miniſterium und die nämliche Politik vertheidigte, gegen welche ſie früher mit patriotiſcher Wärme eiferte, iſt jetzt der Leitung des Herrn Feldhaus übergeben. Ueber dieſen meldet die Lithographiſche Correſpondenz: „Der Schullehrer Feldhaus aus Gummersbach am Rhein, der Rechten der aufgelöſten National-Verſammlung angehörig, ein ſpecieller Günſtling des Miniſters v. d. Heydt, iſt im Bureau des Miniſteriums des Innern angeſtellt und jetzt mit der Leitung der „Conſtitutionellen Correſpondenz" beauftragt. „Die Kölniſche Zeitung wollte neulich wiſſen, dieſe Correſpondenz ſtehe in Beziehung zum Grafen Arnim-Boytzenburg. Jedenfalls ſchöpft ſie aus guter Quelle. Folgende Nachricht derſelben iſt alſo beachtenswerth:

„Wir erfahren, daß das Gerücht, welches mehrere Zeitungen voreilig brachten, der Prinz von Preußen werde das Obercommando der Truppen am Rhein übernehmen, jetzt begründet iſt. Andere Nachrichten, daß der Prinz Emil von Heſſen befehligen werde, ſind unbegründet. Die Wahl würde auch in ſo fern nicht geeignet geweſen ſeyn, als man in der preußiſchen Armee immer noch gewohnt iſt, bei dem Prinzen Emil gerade keine beſondere Sympathie für Preußen vorauszuſetzen. Man erinnert ſich noch der Worte Napoleons, die er auf dem Schlachtfelde bei Leipzig dem Prinzen Emil zurief: „En avant Roi de Prusse!"""

Bamberg, 9. Juni. Heute Morgen halb 5 Uhr iſt der Verfaſſer des Volksblattes, Dr. Heinkelmann dahier, verhaftet worden. (N. C.)

Aus der Pfalz, 5. Juni. Landau kann ſich höchſtens noch ein paar Wochen halten. Major Willich leitet die Belagerung, während Kuchenbecker (einſt Meſſenhauſers Adjutant) die Blokade von Germersheim commandirt. General Sznayde, der in Kaiſerslautern ſteht, iſt derſelbe Pole, den Sie im Spätherbſt 1831 mit Langermann und dem ſeligen Ramorino in Augsburg ſahen, wo er fetirt wurde. Er iſt ſeitdem beträchtlich gealtert. (Allg. Z.)

† **Kaiſerslautern**, 7. Juni. Man darf der proviſoriſchen Regierung das Verdienſt nicht abſprechen, daß ſie für die Zeit, wo die baieriſche Staatsregierung alle phyſiſche und moraliſche Macht beim Pfälzer Volke verloren, die Anarchie verhütet und einen Schein von geſetzlicher Ordnung aufrecht erhalten hat. Viel mehr als Schein iſt dieſe Ordnung nicht. Eine Organiſation iſt ſie kaum zu nennen. Neben der Regierung haben nicht nur die Militär- und Civilcommiſſäre in den einzelnen Commiſſariaten unbedingte Vollmacht, ſondern auch noch andere Führer einzelner Rotten von Senſenmännern üben ſie auf die rückſichtsloſeſte Weiſe, verhaften Jeden, der ihnen verdächtig ſcheint und drohen ſogar im Falle der Widerſetzlichkeit mit dem Standrecht und den extremſten Maßregeln. Auf der andern Seite haben jetzt auch die Gemeinden, in Folge einer neuen Gemeindeordnung und neuer Gemeindewahlen eine Selbſtſtändigkeit erhalten, die ein durchgreifendes Re-

giment kaum mehr zuläßt. Ihre Handlungen in ihren eigenen Angelegenheiten ſollen fernerhin nicht mehr der Beſtätigung höherer Behörden bedürfen und jeder großjährige männliche Ortseinwohner Wähler und wählbar ſein, und zwar mittelſt Stimmzettel ohne Unterſchrift. Der Stadtrath zu Speier ſuchte alsbald von dieſer Selbſtſtändigkeit ſo weit Gebrauch zu machen, um die neuen Wahlen gar nicht vornehmen zu laſſen. Er mußte es aber büßen. Die proviſoriſche Regierung dekretirte: „Der Stadtrath von Speier iſt abgeſetzt, der Bürgermeiſter (Kolb), die Adjuncten und die Mitglieder des Stadtrathes ihres Amtes entbunden. Die Bürger Joh. Eckhard (der lichtfreundliche Agitator von Gönnheim und Deputirter in München) und Karl D'Eſter ſind mit Vollziehung dieſes Dekrets beauftragt." Eine Abtheilung unſerer Bürgerwehr mit zwei Kanonen (zehn ſtehen gegenwärtig hier) zog zu ihrer Unterſtützung nach Speier ab und die Wahlen wurden augenblicklich vorgenommen. Indeß ſind ſie in den Städten wie auf dem Lande, ſo viel bis jetzt bekannt geworden, keineswegs in einem ſo revolutionären Geiſt ausgefallen, daß die proviſoriſche Regierung durch ſie großen Gewinn gezogen hätte. Die Rekrutirungen ſtoßen auf nicht geringe Schwierigkeiten. Durch Gewaltmaßregeln, zu deren Vollziehung die zahlreichen Nichtpfälzer ſich wohl bereit finden laſſen, wird das junge Volk zwar zum Exerciren gebracht, aber damit ſind noch keine Soldaten, viel weniger muthige Krieger geſchaffen. Das Jammern der Eltern, beſonders der Mütter, iſt eine Feſſel, welche die proviſoriſche Regierung durch alle ihre Flammenworte und Aufrufe nicht wird ſprengen können. Am 1. Juni hatte man die Mannſchaft des erſten Aufgebotes der Muſterung wegen in den Cantonsorten verſammelt. Bei Göllheim auf der Fohlenweide, einem freien Grasplatz im Walde, waren an 2000 zuſammen gekommen, die, auf ihrem Marſche von der großen Hitze beläſtigt, eine Schaar Buben mit ſich führten, um das Gepäck zu tragen. Es dauerte lange, bis einige Ordnung unter das Chaos gebracht war, und eine Schaar übergelaufener Soldaten fühlte ſich ſo ſehr herabgeſetzt, daß ſie erklärte: früher habe man Fohlen hier herumgetrieben, jetzt triebe man Eſel, und ſich ſtillſchweigend davonſtahl. Indeß gibt es wohl keinen Ort in der Pfalz, wo nicht pro forma exercirt würde.

Die Mittel, durch welche die proviſoriſche Regierung ſich ihr Anſehen und ihre Volksthümlichkeit zu wahren ſucht, beſtehen in der größtmöglichen Energie gegen die Widerſtrebenden und einer anerkennenswerthen Humanität gegen die ſich Unterwerfenden. Dem Klaggeſchrei der Landleute und Gewerbetreibenden ſucht ſie durch allerlei Gewährungen abzuhelfen. Von den ehemaligen königlichen Holzhöfen wird die Klafter um 20 pCt. billiger verkauft als ehedem, aber gleich baare Bezahlung gefordert. Das Salz iſt um 25 pCt. herabgeſetzt. Die Forſtbeamten ſollen den Gemeinden das nöthige Streuwerk verabfolgen laſſen. Eine Studentenlegion bildet „die lebendige Vermittelung zwiſchen Regierung und Volk", indem ſie die öffentliche Meinung zu Gunſten der erſteren aufzuklären hat. Zahlreiche Volksverſammlungen auf Dörfern und in Städten bringen die Zweifelnden zum Schweigen. Die allgemeine Verdienſtloſigkeit läßt zuletzt den Armen keinen andern Weg übrig, als für 6 Kreuzer täglichen Soldes und die freie Koſt bei den Bürgern in die Reihen der Volkswehr zu treten.

In Kaiſerslautern befindet ſich jetzt neben der proviſoriſchen Regierung auch das oberſte Militärkommando unter General Sznayde, und das Hauptmagazin für Fourage. In letzteres ſollen die Früchte zu den Marktpreiſen gegen einen ſpäter zu bezahlenden Schuldſchein abgeliefert werden. Es gibt Ortſchaften, wo bereits ein ſehr drückender Mangel an Nahrungsmitteln, noch mehr an Geld in Folge der häufigen Einquartirungen fühlbar iſt. Der General Sznayde wird wegen ſeiner Entſchiedenheit und Energie vielfach gelobt. Unter ihm ſtehen die Kommandanten der einzelnen Truppenabtheilungen. Als Uniform für die Volkswehrmänner hat er blaue Blouſen angeordnet, deren Anſchaffung dem Landvolk ſchon viel Beſchwerde verurſacht hat. Die Officiere und Unterofficiere ſind durch ſchwarz-roth-gelbe Binden um die Hüften, den Arm oder über die Bruſt je nach den verſchiedenen Graden kenntlich gemacht. Die einzelnen Bataillone werden, um den Wetteifer rege zu machen, ſobald ſie ihre Ausrüſtung zu Stande gebracht haben, numerirt. In jedem Commiſſariat werden 30 bis 40 leichtberittene Cavalleriſten zur Verſehung des Vorpoſten-, Patrouillen-, Transport- und Ordonnanzdienſtes angeſtellt. In den übrigen Theilen der Pfalz dienen 12 Militärcommiſſäre, die unterm 31. Mal ernannt und meiſt Nichtpfälzer ſind, als Vollſtrecker der Befehle des Oberkommandanten. Die Eiſenbahn ſteht ganz im Dienſte der proviſoriſchen Regierung; nur ſie hat das Recht, Extrazüge anzuordnen und Freibillets zu geben. Letzteres geſchieht denn auch in ſolcher Maſſe, daß die Aktionäre wohl zeitlebens an dieſe Erhebung denken werden. Landau und Germersheim ſind ſeit dem 2. Juni von allem Poſtenverkehr abgeſchnitten. Seit geſtern ſammeln ſich die Wehrmänner zu einem neuen Sturme gegen die alte Reichsfeſtung.

Die Beamten haben mit wenigen Ausnahmen die Reichsverfaſſung durch einen Revers eidlich anerkannt, und den Anordnnngen der proviſoriſchen Regierung Gehorſam verſprochen. Dadurch iſt ihnen ihre Stellung wieder einigermaßen geſichert. Nur die Geiſtlichen befinden ſich, obſchon auch ſie jenen Revers meiſt unterzeichnet haben, in einer Lage, die keine frohe Zukunft verheißt. Durch die dummdreiſte Fanatiſirung des Volkes, welche die ultramontane Geiſtlichkeit an verſchiedenen Orten mittelſt der Piusvereine verſuchte, wurde das Auge der Freiheitswächter auf dieſen Stand gerichtet. Mehrere Geiſtliche wurden ſchwer verfolgt. Der Litterat Zinn, der über 50 Senſenmänner von grauſigem Anblick mit unbeſchränkter Vollmacht commandirt, hat mehrere ausgehoben und nach Kaiſerslautern abgeführt, und in Landſtuhl ſogar auf die für ihren Geiſtlichen einſtehende Gemeinde Feuer geben laſſen. Andere haben ihr Heil in der Flucht geſucht und gefunden. Unter der proteſtantiſchen Geiſtlichkeit machen ſich drei Richtungen in Beziehung auf dieſe Bewegung bemerklich. Die Mehrzahl verhält ſich lediglich paſſiv und geht nur ſo weit mit, als ſie muß, um ihre Exiſtenz zu erhalten. Sie hat bisher am wenigſten Anfechtung gehabt. Einige Wenige nur haben den Muth gehabt, dem Sturm Trotz zu bieten, darunter beſonders der ſchon öfters genannte Pfarrer Schiller von Iggelheim bei Speier, ein Mann von ſeltener Ueberzeugungstreue und großen perſönlichen Tugenden. Seine Leidensgeſchichte, die vielfach entſtellt worden, iſt kurz folgende. Er war beſchuldigt, und zwar mit Unrecht, wie ſeine ganze ihm mit Leib und Seele ergebene Gemeinde bezeugt, gegen die proviſoriſche Regierung gepredigt zu haben. Demgemäß wurde plötzlich ſein Haus von 50 Neuſtädter Senſenmännern unter Anführung des Uhrmachers Weber, des Vorſtandes der freien Gemeinde in Neuſtadt, umſtellt, und ihm ſeine Verhaftung, jedoch ohne Verhaftsbefehl, angezeigt. Augenblicklich ſtrömte die Gemeinde, auf jede mögliche Weiſe bewaffnet, zuſammen und die Senſenmänner ſahen, daß ſie nichts ausrichten konnten. Sie zogen ſich in ein benachbartes Wirthshaus zurück, wo ſie die ganze Nacht hindurch von der Gemeinde bewacht und in Schach gehalten wurden. Andern Tags kamen gegen 200 mit Büchſen bewaffnete Turner, denen ſich Pfarrer Schiller, um kein Unglück anzurichten, ergab. Er wurde im öffentlichen Aufzug unter dem Jammergeſchrei der Leute abgeführt und mußte vier Tage in Kaiſerslautern ohne Verhör bei Waſſer und Brod im übelbevölkerten Cantonalgefängniß zubringen. Endlich ward er durch perſönliche Verwendung eines Freundes mit der Bedingung entlaſſen, daß er vor der Hand nicht wieder nach Iggelheim zurückkehre. Am 5. Juni hat die proviſoriſche Regierung auf wiederholtes Anſuchen ſeiner Gemeinde auch dieſe Bedingung aufgehoben.

Mit der proviſoriſchen Regierung wäre noch auszukommen, da ſie doch noch ein Herz fürs Volk hat. Aber in Neuſtadt erhebt ſich jetzt eine Partei, welche auch dieſe Regierung wieder zu ſtürzen ſucht, zunächſt eine Oberaufſichtsbehörde von 270 Bürgern vorſchlägt, und viel von unerſetzlicher Vergeudung des Volksſchweißes und von abſolutiſtiſcher Bevormundung neugebackener Herrſcherlinge redet. Sie dürfte der Sache bald eine neue Wendung geben.

* **Dresden**, 8. Juni. Der Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht, General v. Schirnding, bringt die Beſtimmungen des Kriegszuſtandes durch einen Befehl nachdrücklich zur Erinnerung, weil denſelben nicht allenthalben genau nachgegangen werde, „namentlich aber gewiſſe politiſche Vereine, zum Theil unter veränderten Namen, ihr Haupt von Neuem erheben, und ihr verbrecheriſches, auf Umſtoßung aller ſtaatlichen Ordnung berechnetes Treiben wieder beginnen ſollen." Die „Erörterungen" hierüber ſeien bereits im Gange, und es würden die Schuldigen der ihnen gebührenden Strafe nicht entgehen.

Karlsruhe, 9. Juni. Die Abgeordneten Fehrenbach und Metz ſind von der proviſoriſchen Regentſchaft für Deutſchland zu Reichskommiſſären für Baden ernannt worden und bereits hier eingetroffen. (Karlsr. Z.

Die Karlsruher Zeitung veröffentlicht im amtlichen Theile das Geſetz über die Einſetzung der proviſoriſchen Reichsregentſchaft. Für den Widerſtand gegen die Durchführung der Volksbewaffnung (Stellung des erſten Aufgebots) wird mit Executionstruppen als Strafe gedroht, und zwar in der Weiſe, daß außer unentgeltlicher Verpflegung jeder Mann täglich 30 Kreuzer von der Gemeinde zu erhalten hat. In dem Verzeichniß der zur Landesverſammlung Neugewählten bemerkt man die Namen Chriſt, Steinmetz, Heinrich Hoff, Junghanns, Damm. Hr. Oppenheim unterzeichnet das Blatt nicht mehr. Als „der proviſoriſchen Regierung verantwortlicher Redacteur" iſt Paul Römiſch unterzeichnet.

× **Schleswig**, 7. Juni. Heute trat die Landesverſammlung zuſammen. Der Präſident eröffnete ſie und kündigte eine Mittheilung der Statthalterſchaft an. Beide Mitglieder, Wilhelm Beſeler und Graf Reventlow waren erſchienen, und Graf Reventlow verlas eine Erklärung, aus welcher wir Folgendes hervorheben: „Die Herzogthümer haben ſich ſtets den Einheits- und Freiheitsbeſtrebungen Deutſchlands rückhaltlos angeſchloſſen. Dagegen ſcheint die Pflicht gegen Deutſchland und unſer Land zu gebieten, daß wir hinſichtlich des Weges, auf welchem dieſes Ziel zu erreichen iſt, gegenwärtig nicht eine entſchiedene Partei ergreifen. Kann auf einem anderen Wege, als auf dem von der deutſchen Nationalverſammlung betretenen, eine einheitliche, den Bedürfniſſen der Nation entſprechende Verfaſſung für Deutſchland zu Stande kommen, ſo werden wir dies nicht durch ſtarres Verharren auf jenem Wege erſchweren dürfen. Eben ſo wenig aber werden wir ſchon jetzt über den von den Regierungen der drei norddeutſchen Königreiche ausgehenden Vorſchlag eine entſcheidende Erklärung abgeben können. Es mag ſchwer und unnatürlich erſcheinen, daß wir in Fragen, welche das tiefſte und innerſte Leben der ganzen Nation ergreifen, auch nur auf kurze Zeit ohne beſtimmt ausgeſprochene Stellung zu den Parteien zu bleiben uns entſchließen ſollen. Allein wir haben bereits unſere feſte Stellung gegen den äußeren Feind, deſſen Abwehr unſere höchſte Aufgabe iſt. Dieſe erfordert die Zuſammenhaltung unſerer geſammten Kraft. Sobald im Verlaufe der deutſchen Entwickelung ein beſtimmter Weg zur Einigung des Vaterlandes zur Anerkennung und Ausführung gelangen wird, werden die Herzogthümer ſich demſelben anzuſchließen haben.

„Die Einhaltung des angedeuteten Verfahrens wird uns durch die Rückſicht auf das für unſere Sache vereinte deutſche Reichsheer zur unabweislichen Pflicht gemacht. Trotz der inneren Spaltungen iſt bis jetzt die Einheit Deutſchlands nach Außen durch das Reichsheer in der wünſchenswertheſten Weiſe dargeſtellt. Würden wir eine beſtimmte Parteiſtellung in der deutſchen Sache ſofort manifeſtiren, ſo könnte leicht die Einigkeit des Heeres geſtört, ſeine ungeſchwächte Erhaltung gefährdet werden, dem deutſchen Vaterlande zu neuem Nachtheil, uns ſelbſt zur äußerſten Gefahr. Wenn es dagegen gelingt, während der innern Kriſis des Vaterlandes die deutſche Wehrkraft gegen den äußern Feind in vollſtändiger Einigkeit beiſammen zu halten, ſo wird dies uns zunächſt zum Nutzen gereichen, allen deutſchen Staaten aber zur Mahnung, daß das gemeinſame Ziel vor allen Dingen erſtrebt werden müſſe, mit verſöhnlicher Verſtändigung über die einzuſchlagenden Wege. Gottorf, 7. Juni 1849. Die Statthalterſchaft der Herzogthümer Schleswig-Holſtein. Reventlow. Beſeler. Harbou. Jacobſen. Jenſen. Boyſen. Rathgen."

Die Erklärung wies auch die Forderung auf Aufhebung der Perſonalunion zurück; nichts deſtoweniger war eine beträchtliche Anzahl von dahin gerichteten Petitionen eingegangen. Fridericia's Beſchießung dauert fort. Bei Alſen haben die Dänen bei hellem Mittag einen Ausfall gegen die Düppeler Schanzen gemacht, wobei wir 4 Todte und 17 Verwundete einbüßten.

Niederland.

Haag, 6. Juni. In der heutigen Sitzung wurde der zweiten Kammer der Generalſtaaten eine königliche Botſchaft mitgetheilt, wonach dem Art. 27. des Grundgeſetzes zufolge das Einkommen der Krone für die Dauer der Regierung des jetzigen Königs auf 600,000 Gulden jährlich, außer den Einkünften von den Kron-Domainen, feſtgeſtellt wird. Der vorige König hatte ein Einkommen von einer Million Gulden. In der die erwähnte Botſchaft begleitenden Denkſchrift wird ausgeſprochen, die obige Summe ſei in Berückſichtigung der gegenwärtigen Verhältniſſe des Vaterlandes im Allgemeinen und des Staatsſchatzes insbeſondere feſtgeſtellt worden. (Köln. Z.)

Ungarn.

Aus Debreczin vom 20. Mai enthält der Hamburger Correſpondent folgenden Bericht: Unſere Stadt beherbergt gegenwärtig über hundert der vornehmſten Magnatenfamilien, deren Häupter ſeit mehreren Tagen fleißig berathen, auf welche Weiſe die um ſich greifende Uneinigkeit in unſerem Lande beſeitigt werden könne. Ein Theil räth zu ſchleuniger Unterwerfung, ein Theil verlangt einen öſterreichiſchen Prinzen zum Reichsſtatthalter, ein anderer Theil die Verfaſſung der nordamerikaniſchen Freiſtaaten, während der größere Theil mit der jetzigen Einrichtung zufrieden iſt. Koſſuth iſt bei den Berathungen anſcheinend theilnahmlos und hat öffentlich erklärt, ſich der Stimmenmehrheit gern zu fügen, doch iſt er von allen Seiten mit Bitten beſtürmt worden, das Ruder der Regierung einſtweilen beizubehalten und von der von ihm bisher abgelehnten Apanage eines Palatins wenigſtens 100,000 fl. jährlich anzunehmen, da er bekanntlich kein Vermögen beſitzt. Unſere Stadt hat in letzterer Zeit über 10,000 neue Einwohner erhalten, ſo daß manches Haus mittler Größe mit 60 — 70 Menſchen belegt iſt. Der neue Zuwachs beſteht meiſtens aus Arbeitern aus andern Ländern, die in unſern Fabriken gegen guten Lohn vollauf Beſchäftigung haben. Aus den vielen goldenen und ſilbernen Kirchengeräthſchaften, die theils freiwillig, theils halb mit Gewalt, aus dem ganzen Reiche hier eingeliefert worden ſind, werden Ducaten und Zwanzigkreuzerſtücke geprägt; erſtere haben das kremnitzer Gepräge mit dem ungariſchen Wappen, die letzteren das Madonnenbild mit dem Wappen, beide die Jahreszahl 1849, getrennt durch zwei gekreuzte Schwerter. Der Werth der auf dieſe Weiſe eingekommenen Kirchengeräthſchaften ſoll ſich auf 22 Millionen fl. belaufen. Die Kirche zu Kaſchau lieferte allein 3 Ctr. Silber.

Polen.

Kaliſch, 25. Mai. Ich habe Ihnen heut abermals einen ſehr bedeutenden Truppenmarſch durch Kaliſch in das Kirchendorfer Lager zu melden. Der Einmarſch der Truppen nahm Vormittags 10 Uhr ſeinen Anfang und dauerte bis Nachmittag 2½ Uhr. Das ſo unerwartete und plötzliche Erſcheinen einer ſolchen Menge von Truppen würde überraſchen, wenn man nicht wüßte, daß die Ruſſen nach der ihnen eigenthümlichen Art und Weiſe auf dem Marſche, wenigſtens hier zu Lande, keine Quartiere beziehen und alle ihre Lebensmittel mit ſich führen. Die Zahl der heute im Lager eingerückten Truppen beträgt dem allgemeinen Gerüchte nach 18,000 Mann, wovon man aber wohl 8000 Mann wird ſtreichen können. Die Truppen, welche nur aus Infanterie und Artillerie beſtanden, machten in der Stadt gar nicht Halt, nur einzelne Soldaten erſchienen hie und da in den Kaufmannsläden und entwendeten Waaren auf eine ſo augenfällige plumpe Art, daß man dieſelben ihnen gleich wieder abnahm. Man ließ ſie dann dem hieſigen Gebrauche nach laufen, ohne irgend eine Anzeige zu machen. Die Truppen, welche meiſtens aus dem Innern Rußlands kamen, ſahen ſehr herabgekommen aus und ſichtbarlich hatten die eingetretenen warmen Tage auf die ſehr warm und ſchwerfällig gekleidete Mannſchaft gewirkt. Man weiß nichts Beſtimmtes, ob und wann der Kaiſer im Lager hier eintreffen wird. (C.Bl.a.B.)

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 11. Juni.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 72⅞; 2½pCt. Metall. 38⅞; Bank-Aktien fl. 1075; fl. 500 Looſe 121¾; fl. 250 Looſe 74; Badiſche fl. 35 Looſe 25⅜; Heſſiſche 26⅜; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe 71½; Polniſche fl. 500 Looſe 72¼; Friedr.-Wilh.-Nordb. 34⅝; Berbach 68¼; Köln-Minden 77½; 3pCt. inländ. Spanier 21; 4½pCt. Würtemb. 91¼; 5pCt. Badiſche 91¼; 5pCt. Naſſauiſche 99⅞; Belgiſche 81⅞; Integrale 49⅝.

An der Börſe war das Geſchäft ſehr unbedeutend. Einige Gattungen wurden etwas billiger abgegeben, Berbach und Cöln-Minden aber beſſer bezahlt.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 160. Frankfurt a. M., Dienſtag 12. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Die Pläne im Oſten.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Ankunft preußiſcher Truppen). Wien (Empörung ungariſcher Truppen. Nachrichten aus Südungarn und Siebenbürgen. Vermiſchtes). Berlin (Graf Reventlow. Conſtitutionelles Weſen und Abſolutismus. Die Conferenz. Wählen oder Nichtwählen. Trauerfeſt der Turner. Ablieferung von Gewehren. Die Declaration zum Reichsverfaſſungsentwurf. Der Verwaltungsrath des engern Bundesſtaats). Stettin (Hr. Rodbertus). Koblenz (Der Kaſſendieb. Die Stimmung in den Rheinländern). Köln (Anhaltung eines Dampfbootes im Badiſchen). München (Die Parteien in den Kammern. Bevorſtehende Auflöſung. Das Miniſterium. Prinz Luitpold nach Wien). Stuttgart (Die Verhaftung Fickler's. Sitzung der Reichsverſammlung. Stimmung für und gegen das Miniſterium. Standrechtliche Hinrichtung. Römer erkrankt. Austritt Uhland's und Federer's. Sitzung der Kammer. Vertrauensvotum für das Miniſterium). Dresden (Fortdauernde Verhaftungen. Das Militär. Die Kunſtſammlungen). Baden-Baden (Revolutionsſcenen. Moderado's und Rothe. Die Saiſon). Mosbach (Ankunft des Hanauer Freicorps). Kaſſel (Erklärung des Miniſters Eberhard). Mainz (Vorrücken der Preußen gegen die Rheinpfalz). Aus der Wetterau (Durchzug preußiſcher Truppen. Günſtige Ernteausſichten). Weimar (Der Erbgroßherzog). Detmold (Aufnahme des Berliner Verfaſſungsentwurfs). Oldenburg (Einzug der Königin von Griechenland). Hamburg (Bevorſtehender Kampf der Parteien. Oeſterreichiſches Anlehen). Bremerhafen (Die hannöveriſchen Truppen).

Großbritannien. London (Urtheile über die gegenwärtige Lage Deutſchlands).

Frankreich. Toulon (Bevorſtehender Angriff auf Rom.)

Ungarn. (Die Ruſſen. Dembinski. Die Verproviantirung der kaiſerlichen Truppen).

Rußland. St. Petersburg (Die Zuſammenkunft in Warſchau).

Oſtindien. Lahore (Die Königin Mutter entflohen).

Nachſchrift.

---

11. Juni.

„Meine Herren, machen Sie ſich fertig zu Pferde zu ſteigen! Der König von Frankreich iſt verjagt. Wir müſſen die Ordnung in Europa noch einmal wiederherſtellen!“ Mit dieſen Worten redete der Kaiſer von Rußland auf die erſte Nachricht von der jüngſten franzöſiſchen Revolution ſeine Officiere an. Allein es war nur der erſte Eindruck. In dem Manifeſt vom 14.--26. Juli erklärte der Kaiſer, daß er ſich in die innern Angelegenheiten fremder Länder nicht miſchen werde. Und er hatte allerdings gewichtige Gründe, Rußland wo möglich ganz außerhalb der allgemeinen Bewegung zu erhalten. Erſt jetzt, wo der unglückliche Krieg, welchen Oeſterreich in Ungarn führt, eine ſolche Wendung genommen hat, daß ein Sieg der Ungarn unfehlbar eine neue Erhebung Polens zur Folge haben würde, erſt jetzt hat ſich der Czar entſchloſſen, ſeine Heere über die Grenze rücken zu laſſen, um in Oeſterreich ſich ſelbſt zu beſchützen. „Zum zweiten Male“, ſagt die Nordiſche Biene, „wird Rußland die Altäre Gottes und die Throne der Fürſten aus dem Schutte aufrichten. Ziehe hin, Geſegneter des Herrn, ziehe hin, unſer vielgeliebter Czar, und vollende die große Aufgabe, welche Dich erwartet. Die Liebe, das Vertrauen und die inſtändigen Gebete Deines Volkes begleiten Dich. Die Engel des Himmels werden Dich umſchweben, vor Dir werden die Geiſter der Finſterniß und der Treuloſigkeit in den Staub ſinken.“

Aber der Czar, während er ſich anſchickt, ſeinen „heiligen Beruf“ zu erfüllen, iſt doch mit wenig Freudigkeit und Zuverſicht erfüllt. Rußlands Lage erſcheint zwar nach Außen hin glänzend. Durch den unnatürlichen Krieg, welchen die germaniſchen Völkerſchaften untereinander führen, iſt es geſchehen, daß die Dänen ihre alte, wohlbegründete Eiferſucht und Abneigung gegen Rußland für den Augenblick unterdrückt und Rußland in die Stellung einer Schutzmacht erhoben haben, obgleich es den Sund kaum weniger als den Schlüſſel zu ſeinem eigenen Hauſe betrachtet, als den Bosporus.

Im Süden hat Rußland mit der Türkei einen Vertrag abgeſchloſſen, wodurch der Sultan, ohne Vertrauen zu ſeinen Rüſtungen, ſeine Einwilligung gibt, daß die Donaufürſtenthümer noch ferner von den Ruſſen beſetzt bleiben. Und Oeſterreich, deſſen Pflicht es war, dieſe Beſetzung zu hintertreiben, hat die Ruſſen herbeirufen müſſen, ſeine eigenen Provinzen zu beſetzen.

Aber ſo glänzend die Lage Rußlands in dieſem Augenblicke erſcheint, ſo weiß Niemand doch beſſer, als der Kaiſer, von welchen Gefahren ſie bedroht iſt. Die beſtändige Gefahr despotiſcher Herrſchaft iſt, daß die ganze Schöpfung eines Reiches von dem Leben eines Einzelnen abhängt. Der Kaiſer Nikolaus iſt alternd, leidend, und ſein Nachfolger ein Schwächling. Sodann wird die ſociale Gefahr in Rußland immer drohender, und zwar auf beiden Seiten. Nirgend iſt die Bevorzugung eines Theiles der Geſellſchaft auf Unkoſten der übrigen weiter getrieben, als in Rußland. Und doch gibt es auch unter dieſen Bevorzugten, unter dem Adel, Unzufriedene. Ihre völlige Abhängigkeit von einem Herrſcher, der noch dazu der Abſtammung nach faſt ganz deutſch iſt, dünkt ihnen unerträglich. „Czar, laß uns zuerſt frei!“ ſagte Nariſchkin zum Kaiſer Nikolaus, als dieſer vor ſeiner Krönung in Moskau von Freilaſſung der Leibeigenen ſprach. Die Verſchwörung von 1825 verzweigte ſich bis unter die erſten Familien des Reiches. Und ihre grauſame, unerbittliche Beſtrafung hat den gewünſchten Erfolg nicht ganz gehabt. Jene Nachricht über die Entdeckung einer Verſchwörung in St. Petersburg beſtätigt ſich. Einer unſerer Freunde erhielt geſtern Briefe aus St. Petersburg, wornach über hundert Perſonen verhaftet und verſchwunden ſind. Von der beſtändigen Angſt der dortigen Polizei vor jedem freien Worte bringt die Kölniſche Zeitung ſo eben folgende Nachricht: „Kürzlich iſt der gewiß höchſt merkwürdige Fall vorgekommen, daß die Polizei von Petersburg vier Nummern des bereits erſchienenen „Journal de St. Petersbourg“ nachträglich weggenommen hat. So unwahrſcheinlich dieſer Fall klingen mag, ſo iſt er doch buchſtäblich wahr und folgendermaßen nach Berlin berichtet worden. Eine Geſandtſchaft hatte nämlich bei der hieſigen Poſt ſich im Laufe dieſes Vierteljahrs auf das vorgedachte „Journal“ abonnirt und bei der Einlieferung die Exemplare, bis auf vier, mit dem in Petersburg gemachten ſchriftlichen Bemerken erhalten, daß die letzteren, weil ſie polizeilich weggenommen worden, nicht ausgegeben werden dürften! Trotz ruſſiſcher Cenſur eines noch dazu halb amtlichen Blattes noch polizeiliche Nachcenſur!“

Aber bedenklicher noch ſind die Gefahren, welche von unten drohen. Es war an ſich ſchon nicht wahrſcheinlich, daß die große Bewegung des vorigen Jahres allein in Rußland gar nicht verſpürt werden ſollte, wo es doch am meiſten Urſachen zur Unzufriedenheit gibt. Um ſo mehr, als ſchon im Jahre 1846 die Bauernunruhen in Galizien die ruſſiſche Grenze ſtreiften, und gewiß, wenn auch nur unterirdiſch ſich darüber hinaus fortpflanzten. In Litthauen zeigten ſich Regungen eines ähnlichen Geiſtes bereits 1831, während des polniſchen Aufſtandes, welcher geglückt ſein möchte, wenn er ſich raſcher auf die altpolniſchen Provinzen geworfen hätte. Die üble Stimmung der armen ſeit Jahrhunderten ſchmählich mißhandelten Eingebornen gegen ihre deutſchen Herren in den Oſtſeeprovinzen iſt bekannt. Das Gefühl über ihre unrechtmäßige Bedrückung wird immer deutlicher. Sie drängen ſich zum Menſchenthume! wie es die Letten ſo rührend nennen. Unter dieſen Umſtänden ſind die vielen Nachrichten über Bauernunruhen, welche ſeit einem Jahre über die ruſſiſche Grenze gelangten, gewiß nicht ohne allen Grund. Sie wiederholen ſich in der letzten Zeit in geſteigertem Maße, und es iſt allerdings

wahrſcheinlich, daß die bis auf acht von Tauſend Seelen vermehrten Recrutenaushebungen große Angſt und Erbitterung hervorgerufen haben. Denn Soldat werden, oder ſterben, das gilt dort ziemlich einerlei. Wir ſtellen die neueſten Nachrichten dieſer Art zuſammen. Die Hamburger Börſenhalle berichtete: „In Volhynien und in lithauiſchen Diſtrikten hat kürzlich die Renitenz der Bauern gegen die halbruſſificirten Grundbeſitzer eine ſo gefahrdrohende Wendung genommen, daß ein weiteres Umſichgreifen zu befürchten war und es wurden hierauf dieſe noch größtentheils vom alten polniſchen Geiſte beſeelten Landestheile mit ſtarken Truppenmaſſen bedacht. Zu keiner Zeit war die Gährung im Innern größer und erbitterter als jetzt, und obgleich durch einen Ukas eine Ablieferung der Waffen, welche in den Händen der Privaten ſind, angeordnet worden, ſo finden ſich dennoch große Vorräthe geheim verborgen vor. Denn der ungariſche Kampf gegen Oeſterreich hat ſtarke Sympathieen für die endliche Vereinigung aller Slaven in den Herzen aller Gebildeten, wie auch in den untern polniſchen Volksſchichten geweckt, und es iſt erſtaunlich, zu hören, wie ſelbſt der ſchlichte Bauer, obgleich die Grenze hermetiſch verſchloſſen und kein revolutionäres Zuglüftchen hinüber dringen kann, von den jeweiligen Siegen der Ungarn viel Rühmenswerthes zu erzählen weiß, zumal da die Lieblinge der Polen, Bem und Dembinski, den Kriegsreigen im Oſten anführen. Man ſagt, und nach den militäriſchen Vorbereitungen, welche getroffen worden, ſcheint es faſt in Ausſicht zu ſtehen, daß die preußiſch polniſchen Grenzdiſtricte im Poſenſchen nächſtens von ruſſiſchen Truppen in der Art beſetzt werden ſollen, daß ein Theil der Verwaltung einem ruſſiſchen Commiſſar übertragen werde, um die Verpflegung der Truppen zu beſchaffen.“

Die Zeitung des Oſtens berichtet aus Warſchau, 29. Mai: „Des Czaren hat ſich ſchon ſeit längerer Zeit in Folge ſichtlicher Kränklichkeit eine ſehr trübe Stimmung bemächtigt, unter der ſeine Umgebung ſehr leidet. Bei ſeiner jetzigen Anweſenheit tritt dieſe Geiſtesveränderung noch auffallender hervor, als früher, es äußert ſich in ſeinem Betragen gegen ſeine Umgebung ein Mißtrauen, das dieſem kräftigen, ſelbſtvertrauenden Charakter ſonſt nie eigen war, und merkwürdiger Weiſe iſt dieſes Mißtrauen gerade gegen den am meiſten rege, den er faſt nie aus ſeiner Nähe entläßt — gegen Orloff. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Czar erſt nach langem Kampfe ſich zu der Intervention in Ungarn entſchloſſen hat und daß ihn der Ausgang dieſes Krieges mit großer Beſorgniß erfüllt; der Czar iſt vielleicht der letzte, der die wahren Kräfte Rußlands überſchätzt, beſonders nachdem er ſich von dem Zuſtande ſeines Heeres perſönlich hat überzeugen können. Wie ganz Europa über die Ausrüſtung der ruſſiſchen Truppen ſich täuſchte, ſo war auch er durch die ihm vorgelegten Berichte getäuſcht. Mit Ausnahme der Garde und der wenigen Linienregimenter, die ihm bei ſeinen Inſpectionsreiſen vorgeführt zu werden pflegten, ſind die Soldaten ſchlecht genährt, ſchlecht gekleidet und noch ſchlechter armirt. Mit Ausnahme der Jäger, die Büchſen mit Percuſſionen führen, haben ſämmtliche Infanterie- und Cavallerieregimenter noch alte Gewehre mit Feuerſchlöſſern. Der Geiſt der Truppen, welche wir hier geſehen haben, iſt kein kriegsmuthiger, kein ſiegesgewiſſer; ſie werden im Feuer ſtehen, ſie werden kaltblütig dem Feinde entgegen gehen, aber der Enthuſiasmus, der zum Siege führt, fehlt. Was den Czaren nicht minder beſorgt macht, iſt die Volksſtimmung im Königreich und in Warſchau ſelbſt. Was auch in den deutſchen Zeitungen über die Niedergedrücktheit der Polen geſchrieben werden mag, es iſt erdichtet, ein Gang durch die Straßen Warſchau's nur kann Jeden von dem Gegentheil überzeugen. Die Ruſſen verkennen das nicht, und die Kerker würden ſich vielleicht jetzt füllen, wenn man nicht fürchtete, durch ſolche Maßregeln das Ungewitter nur früher und fürchterlicher heraufzubeſchwören.“

Wo nur zwei Polen zuſammenkommen, ſoll der Kaiſer noch neulich zum Kaiſer von Oeſterreich geſagt haben, da machen ſie eine Verſchwörung! Unter dieſen Umſtänden entbehrt es nicht der Wahrſcheinlichkeit, wenn wiederholt verſichert wird, der Kaiſer von Rußland denke an eine Reſtauration von Polen, das allerdings über ſeinem Haupte ſchwebt, wie der Stein über dem Haupte des Tantalus. Dieſes neue Polen würde natürlich nicht einen willkürlichen kleinen Ausſchnitt des alten Reiches umfaſſen, wie das Königreich Polen von 1815. Dieſes Königreich, mit dem man ſein Gewiſſen abfinden wollte, war eine diplomatiſche Idylle Alexanders. Seine Schöpfung konnte keinen Beſtand haben. Er ſah gar bald ſeinen Fehler ein, den ſein Nachfolger büßen mußte. Dieſer hängte die Schlüſſel der eroberten polniſchen Feſtungen auf dem Kreml in Moskau und darunter ſteht in einem eiſernen Kaſten aufbewahrt die polniſche Conſtitution mit der übermüthigen Inſchrift: Gegeben 1815, Zurückerobert 1831. Aber die Polen haben ältere Rechte, als die von 1815. Die Politik ſelbſt ſcheint zuletzt anzurathen, den ungerechten Raub herauszugeben. Die drei Großmächte werden demnach wie es ſcheint Polen, ſo weit es noch polniſch iſt, herausgeben ſollen; die darüber umlaufenden Gerüchte nehmen ſchon eine Art Zuſammenhang an, und die ſeltſame Nachricht, das polniſche Poſen ſolle von den Ruſſen beſetzt werden, klingt nicht mehr ſo völlig abenteuerlich. Wir erlauben uns, auf unſere geſtrigen Nachrichten von der ſchleſiſch-polniſchen Grenze zu verweiſen, durch welche die Andeutungen, welche wir zuerſt über die Pläne der Diplomatie im Oſten brachten und ſeitdem, ſo weit wir konnten, verfolgt haben, aufs Neue beſtätigt werden.

Auf die Wiederherſtellung von Polen und Ungarn würde man mit Befriedigung blicken können. Es würde ein hochherziger Entſchluß ſein, welcher die Politik mit der Gerechtigkeit verbände, wenn nur die Pläne dabei ſtille ſtänden. Allein die Pläne, ſo heißt es, gehen weiter. Was die Großmächte im Oſten verlieren, wollen ſie im Weſten gewinnen; mit der Zerſtückelung Deutſchlands hofft man auch Preußen zu kirren. Aber alle dieſe Pläne ſchlummern gewiß noch im Ei, und Preußen wird doch nicht durch eine niederträchtige Politik zu gewinnen ſuchen, was eine großherzige Politik ihm ungleich ſicherer in Ausſicht ſtellt. Alle deutſche Staaten müſſen ſich ſo raſch wie möglich unter Preußen vereinigen, damit es ſich und uns endlich von dem ſchimpflichen Joche des Oſtens befreit.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 10. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat geſtern in einer außerordentlicher Weiſe einberufenen Sitzung zuvörderſt den Bericht ihrer Commiſſion über die Anſtellung eines Staatsanwalts entgegengenommen und nach einer wenig bedeutenden Debatte den Antrag derſelben: „Die verfaſſunggebende Verſammlung, in der Vorausſetzung, daß dadurch dem Staate eine in jeder Beziehung tüchtige Perſönlichkeit gewonnen werde und daß auf dem Wege weiterer Verhandlung eine mäßigere Vergütung als die geforderte nicht zu erzielen ſei, erklärt ſich damit einverſtanden, daß dem zu berufenden Oberſtaatsanwalt ein jährlicher Gehalt von 2500 Thlrn. Vereinsmünze, für den Fall eintretender Dienſtunfähigkeit ein Ruhegehalt von 1500 Thlrn. Vereinsmünze und Erſtattung der Umzugskoſten zugeſichert werde“, zum Beſchluß erhoben mit 77 gegen 2 Stimmen, was, mit Hinzurechnung des Präſidenten, genau die beſchlußfähige Mitgliederzahl ausmacht. Auf der Tagesordnung ſtand nur noch der Bericht des Ausſchuſſes für das öffentliche und mündliche Verfahren in Strafſachen mit den beiliegenden Entwürfen eines Geſetzes über das Verfahren in Strafſachen, einer Einführungsverordnung zu dieſem Geſetze und eines Geſetzes über Polizeiübertretungen und Strafen. Nach einem ſehr intereſſanten einleitenden Berichte wurden die erſten 5 Artikel des erſten Abſchnitts ohne Debatte angenommen. Die Abſtimmung über Art. 6 aber und namentlich über den Antrag des Herrn Dr. A. Friedleben, welcher den Aſſiſenhof, ſtatt aus einem Präſidenten und vier Richtern, aus zuſammen vier Mitgliedern gebildet haben will, mußte ausgeſetzt werden, weil die beſchlußfähige Zahl der Mitglieder der Verſammlung nicht mehr vorhanden war.

Die angenommenen fünf erſten Artikel lauten wie folgt: Erſter Abſchnitt. Von den ſtrafgerichtlichen Behörden und ihrer Zuſtändigkeit. Art. 1. Strafgerichte ſind 1) das Rügegericht, 2) das Stadtgericht, 3) das Appellationsgericht, 4) der Caſſationshof. Art. 2. Das Rügegericht beſteht aus einem Richter und einem Actuar. Es hält täglich Sitzung. Art. 3. Das Stadtgericht hat für Strafſachen zwei Abtheilungen, die Rathskammer und das Zuchtpolizeigericht, von welchem jede aus drei Richtern beſteht. Bei allen Verhandlungen dieſer zwei Abtheilungen des Stadtgerichts müſſen die drei Mitglieder, aus welchen eine jede derſelben beſteht, bei Vermeidung der Nichtigkeit mitwirken. Das Zuchtpolizeigericht hat wöchentlich zwei Sitzungen. Art. 4. Kein Richter kann bei Vermeidung der Nichtigkeit in derſelben Sache bei dem Zuchtpolizeigericht ſitzen, in welcher er als Mitglied der Rathskammer erkannt hat. Art. 5. Der Präſident des Stadtge-

richts bezeichnet die Mitglieder beider Abtheilungen für die einzelnen Sitzungen.

♈ **Frankfurt**, 11. Juni. Die Spitze der preußiſchen Heermaſſe, welche ſchon ſeit einigen Tagen hier erwartet wurde, iſt endlich heute Mittag eingerückt: Hinter einander trafen das 8te Cüraſſierregiment, das 31ſte Infanterieregiment, Linie und Landwehr, und eine Fußbatterie der 4ten Artilleriebrigade ein. Sämmtliche Truppen ſind einſtweilen einquartirt, werden aber ſämmtlich alsbald weiter gehen, um den nachrückenden Regimentern Platz zu machen, und nur die Landwehr dürfte zur Ergänzung der ſehr zuſammengeſchmolzenen Garniſon hier bleiben. Das geſtern abmarſchirte 38ſte preußiſche Infanterieregiment wird heute oder ſpäteſtens morgen aus Mainz zurück erwartet, aber ſogleich mit der noch hier verbliebenen Abtheilung deſſelben auf der Main-Neckar-Eiſenbahn ſüdlich befördert werden. Man darf aus dieſen neueſten Dispoſitionen wohl den Schluß entnehmen, daß die Differenzen zwiſchen dem Großherzog von Baden und der preußiſchen Regierung, die jedenfalls wirklich beſtanden haben, geſchlichtet ſind. Das Frankfurter Linienbataillon wird, wenn wir recht berichtet ſind, ebenfalls morgen marſchiren, aber wie es heißt, nicht an die badiſche Grenze, ſondern nach Schleswig.

Wien, 5. Juni. Vorgeſtern empörte ſich eine Abtheilung des ungariſchen Palatinal-Huſarenregiments, welche auf ihrem Marſche von Böhmen nach Italien plötzlich den Weg über Enns und Steyer durch die Steiermark nach Ungarn einzuſchlagen verſuchte. Die Huſaren ſchritten zu offener Gewaltthätigkeit und wollten ſich der Brücke bei Enns bemächtigen, um dort dieſen Fluß zu paſſiren. Allein die Brücke wurde glücklicherweiſe durch Hülfe von Civil und Militär abgetragen, und geſtern zogen von allen Seiten Truppen heran, um die Huſaren zu entwaffnen. (Brsl. Z.)

A. Z. C. **Wien**, 7. Juni. Vom ſüdlichen Kriegsſchauplatze Ungarns erfahren wir: Temesvar und Arad behaupten ſich noch immer, letztere Feſtung mit einem Heldenmuthe und einer Aufopferung die in der Kriegsgeſchichte wenig Beiſpiele findet. In Siebenbürgen weht auf den Thürmen der kleinen Feſtung Karlsburg noch immer die kaiſerliche Fahne; auch das Schloß Deva hat noch eine Compagnie kaiſ. Beſatzung. Ueber das Einrücken des ruſſiſchen Hilfskorps erfährt man zuverläſſig, daß daſſelbe erſt am 7. Mai (alt. St.) in der Moldau erwartet wurde, was um ſo glaubwürdiger erſcheint, als Bem am 22. neu (alt 9.) noch in Caranſebes war und an die romäniſchen Grenzer eine Proklamation erließ, worin er ihnen nebſt anderen Vortheilen die beliebige Benützung der Waldungen freigibt und den Preis des Salzes von 6 auf drei Gulden herabſetzt, um ſie bei den bevorſtehenden Kämpfen in Siebenbürgen an ſeine Fahne zu feſſeln. Die kaiſ. Südarmee ſetzte ſich bereits in Bewegung. Perlaß, ein Städtchen jenſeits der Theiß, welches unſere Avantgarde genommen, wurde von Perczel erfolglos wieder zu nehmen verſucht. Die Stärke des Perczel'ſchen Corps ſoll 60,000 Mann betragen, wovon jedoch die Mehrzahl ſchlecht bewaffnet iſt. Auf Befehl des Banus ſoll die kroatiſche Mobilgarde in die regulären Truppen eingetheilt werden. Ein hier angekommener Flüchtling erzählt, daß etwa 20,000 Mann magyariſcher Truppen an der Grenze des Baranyer Comitates ſtecken.

Die beiden Miniſter Schwarzenberg und Bach ſind geſtern nach Preßburg abgereiſt um dort mit dem F.Z.M. Haynau eine Beſprechung zu halten. Der ſtadthauptmannſchaftliche Obercommiſſär Podolsky iſt zur Leitung der Polizei-Angelegenheiten in Ungarn heute dahin abgereiſ't. Einem Gerüchte zufolge ſoll Juſtizminiſter Bach das Portefeuille des Inneren definitiv übernehmen.

** **Berlin**, 7. Juni. Irr' ich nicht, ſo war auch in der D. Z. der Graf Theodor Reventlow-Jersbeck, Mitglied der interimiſt. Regierung zur Zeit des Waffenſtillſtandes, als Schwager des General v. Radowitz bezeichnet. Dieſer Schwager (vermählt mit einer Gräfin Voß) iſt vielmehr der bis zum offnen Brief am Hofe zu Berlin accredirte däniſche Geſandte Graf Eugen Reventlow Altenhof, welcher hier die Angelegenheit der Herzogthümer in officiöſer Weiſe wahrnehmen ſoll. Die Niederlage der Preußen bei Aarhuus fordert Genugthuung. Oder ſoll unſer Feldzug mit einer Schlappe endigen?

** **Berlin**, 7. Juni. In der hieſigen Parlaments-Correſpondenz entſchuldigt eine Stimme, wie uns däucht, die eines ausgezeichneten Mitgliedes vom Centrum der erſten Kammer, den unconſtitutionellen Schritt der Miniſter, das Wahlgeſetz zu metamorphoſiren, durch die Betrachtung, wie Preußen doch immer noch auf dem Wege vom Abſolutismus zum conſtitutionellen Staat begriffen ſei. Wir ſind leider zu der entgegengeſetzten Wahrnehmung gediehen, daß Preußen auf dem beſten Wege ſei, vom conſtitutionellen Weſen zum Abſolutismus überzugehen.

Berlin, 7. Juni. Die Conferenz iſt keineswegs aufgelöſt. Hr. v. Wangenheim vertritt Hannover an Stüve's Stelle. Die Details der Ausführung werden geregelt, unter andern die Zollfrage. Auch übernimmt die fortagende Conferenz die Unterhandlungen mit den Regierungen, welche ſich bereit zeigen, beizutreten. Drei bis vier derjenigen Regierungen, welche die Verfaſſung des Parlaments anerkannt hatten, haben förmlich und officiell ihre Zuſtimmung zum engern Bundesſtaate zu erkennen gegeben. Doch wiſſen wir nicht, ob ſie nicht etwa die Ratification ihrer Kammern vorbehalten. Was Sachſen betrifft, ſo kann ich Ihnen als verbürgt melden, daß in dem Protocoll die Unterſchrift des Hrn. v. Beuſt an keine irgendwelche Reſerve geknüpft ſich vorfindet. Der Staat Sachſen, als moraliſche Perſon iſt alſo jedenfalls den Mit-Contrahenten gegenüber engagirt. Selbſt der Sturz des ſächſiſchen Miniſteriums könnte hier nichts ändern, wie dies v. Vincke, auf Englands Beiſpiel ſich berufend, bezüglich Preußens bei Gelegenheit der Note vom 28. April dargethan hat. Der Reichsverweſer bleibt noch immer die große Schwierigkeit, für die im gegenwärtigen Moment Niemand eine Löſung anzugeben weiß. (Köln. Z.)

‡ **Berlin**, 9. Juni. Wählen oder Nichtwählen? das iſt jetzt die Frage. Den Preis einer wahrhaft ſtaatsmänniſchen Auffaſſung trägt die Conſtitutionelle Zeitung davon. Sie bemerkt: „Was unſere Haltung in der gegenwärtigen Lage betrifft, ſo werden wir uns die unſerer Partei zur Richtſchnur nehmen, indem wir uns für jetzt noch nicht veranlaßt fühlen, zum Voraus auf dieſe einzuwirken. Falls ſie zu wählen beſchließt, ſo ſind wir nicht entfernt geſonnen, dem entgegenzutreten." Iſt das nicht klug und weiſe? Uebrigens hat endlich ſogar die Deutſche Reform ausfindig gemacht, daß es dem Wahlgeſetz geht, wie der Deutſchen Reform alle Tage, daß es Redactionsfehler hat. Alles kommt jetzt auf übereinſtimmendes Handeln an. Eine Erklärung der Gothaer Verſammlung auch über dieſen Punkt würde nicht ohne moraliſche Wirkung ſein. Geſtern wehte eine Trauerfahne von dem höchſten Kletterbaume auf der Haſenhaide: die Turner begleiteten in langem Trauerzuge den Sarg ihres Feddern. Ranke und Maßmann ſprachen an ſeinem Grabe. Die nochmalige Aufforderung des Generals Wrangel zur Ablieferung von Waffen hat die Folge gehabt, daß eine ganz unerwartet große Anzahl von Gewehren, anderen Waffen, Spitzkugeln u. ſ. w. weniger abgeliefert iſt, als daß die widerrechtlichen Beſitzer ſich derſelben entäußert haben, indem ſie ſie auf die freie Straße ſtellten, und auf dieſe Art das Bekenntniß ihrer bewußten Strafbarkeit leiſteten. Die meiſten der auf dieſe Art zurückgeſtellten Gewehre ſind völlig unbrauchbar gemacht worden.

Berlin, 9. Juni. Die ſehnlich erwartete authentiſche Declaration des Reichsverfaſſungsentwurfes ſoll, wie erzählt wird, zugleich mit den Beitrittserklärungen eines großen Theiles der kleineren Staaten publicirt werden. Um dieſelbe Zeit würde, ſo heißt es, das Miniſterium Brandenburg abtreten, um einem Miniſterium Arnim-Boitzenburg Platz zu machen. Dieſer Rücktritt, eine ungern der öffentlichen Meinung gebrachte Conceſſion, ſoll hauptſächlich als Wahlmanöver wirken. In der nächſten Woche wird der interimiſtiſche Verwaltungsrath des engern Bundesſtaates zuſammentreten, um ſich vorläufig über diejenigen Feſtſtellungen und Anordnungen zu verſtändigen, welche geeignet ſind, die angeſtrebte deutſche Einigung zur wirklichen That werden zu laſſen und in feſter Geſtaltung ins Leben zu rufen. Es ſoll mithin zur Verkörperung der die deutſche Nation begeiſternden Idee der Einheit Deutſchlands geſchritten werden. Das raſche Vorſchreiten der drei verbündeten Staaten läßt keinen Zweifel mehr übrig, daß Preußen, Hannover und Sachſen mit hohem Ernſt zur Erfüllung einer für das deutſche Vaterland bedeutungsvollen und gewiß weltgeſchichtlichen Aufgabe zu ſchreiten geſonnen ſind. (D. P. Z.)

Stettin, 1. Juni. Nachdem Herr Rodbertus auf ſein Amt als General-Landſchaftsrath verzichtet hat, iſt an ſeine Stelle der Herr von Heyden in Cartelow gewählt worden.

Koblenz, 7. Juni. So eben vernehmen wir, daß es den Bemühungen des Hrn. Kriminal-Kommiſſarius Simon aus Ber-

lin gelungen iſt, den in jüngſten Tagen öfter genannten Felgentreu in Liverpool auf dem Auswanderer-Schiffe „Konſtellation“ noch einzuholen. Von den entwendeten 48,500 Thalern ſind 47,500 Thlr. noch vorgefunden und für die Stadt Berlin gerettet worden. Hr. Simon rühmt die Bereitwilligkeit, mit welcher die engliſchen Polizeibehörden ihn unterſtützt haben. (K. Z.)

⊙ **Koblenz**, 10. Juni. Man darf nur mit offenem Auge und Ohr durch die rheiniſchen Landſchaften von Mainz abwärts gehen, um ſich zu überzeugen, wie bitter aufgereizt auch hier die Stimmung, wie tief verletzt und außer Halt und Faſſung gebracht das Rechtsgefühl iſt durch das Verleugnen der Frankfurter Verſammlung von Seiten der größeren deutſchen Staaten. Mißtrauen gegen die alſo herbeigeführten Zuſtände und herzliche Unzufriedenheit über den Verlauf der Dinge herrſcht auch in der Preußen ſelbſt angehörigen Bevölkerung, und geſteigert wird das Unbehagen durch das Darniederliegen aller Gewerbe und Handelsthätigkeiten. Die prächtigen Gaſthöfe am Rheine, ſonſt um dieſe Zeit von einem Strome von Reiſenden beſucht, ſind gar nicht oder nur ſpärlich von Fremden beſucht. Die Dampfböte ſind ohne Paſſagiere oder von Truppenzügen eingenommen, deren geſtern wieder mehrere vorüber kamen, von der Feſtung Ehrenbreitſtein mit aufgehißten Flaggen — die preußiſchen und die deutſchen Zeichen gegeneinander wie an den Helmen der Truppen geſtellt — und von der Uferbaſtei von Koblenz mit einem Schuſſe begrüßt. Eine ſtarke Abtheilung reitender Artillerie rückte außerdem auf der Dammſtraße zu Lande gegen Bingen hin aufwärts. Das 24. Regiment, durch ſeine Mitwirkung in Dresden, Iſerlohn und Elberfeld in ſchreckhafter Weiſe bekannt, liegt hier, iſt ſeiner Grauſamkeit und ſeines Uebermuths wegen nicht blos bei den Bürgern verhaßt, ſondern auch bei den übrigen Truppentheilen, wie ſich das letztere namentlich in einer kürzlich vorgefallenen äußerſt harten Schlägerei zur Genüge dargethan hat. Das iſt noch Dresdener Gold! prahlt die Rohheit, damit zahlten wir in Iſerlohn und Elberfeld: droht die Gewaltthätigkeit und ſchlägt dabei an den Säbel. Allein dieſe rachſüchtige Wuth nach dem Kampfe wird von andern preußiſchen Heereskörpern eher mit Abſcheu als mit Beifall betrachtet, ſo daß es die Vierundzwanziger ſchon als eine beleidigende Herausforderung anſehen, wenn ihnen der Begegnende nach der unterſcheidenden Achſelklappe blickt. In die tiefſte Verwirrung ſind die kleinen Staaten geſtürzt, welche die Frankfurter Verfaſſung angenommen haben. Wenn Preußen durch die Ablehnung meinte der deutſchen Fürſtengewalt einen Dienſt zu leiſten, ſo iſt es der Dienſt der moraliſchen Vernichtung derſelben. Die Miniſterien vom Jahre 1848 müſſen weichen, die Bierhauspolitiker in den Kammern wie in den Schenkhäuſern, die bei einer geordneten Wendung der Dinge längſt ohnmächtig geworden wären, haben wieder köſtlichen Stoff zum Angriff und in der peinlichſten Verlegenheit ſind gerade die Beſonnenen und Guten, die alle ihre Kräfte anſtrengten, um unklare und unlautere Beſtrebungen niederzuhalten und alle Wünſche auf die redliche Verwirklichung der Reichsverfaſſung zu vereinigen. Sie müſſen beſchimpft vom Platze weichen, um einer raſch verlaufenden Staatskrankheit entweder — der Anarchie — oder der langſamer und deſto ſicherer abzehrenden Reaction im argen Sinne Raum zu geben.

Köln, 9. Juni. Einer zuverläſſigen Mittheilung zufolge, wurde geſtern Nachmittag dem in Mannheim angekommenen Dampfboote der niederländiſchen Geſellſchaft, der einzigen, welche ſeit dem 26. v. Mts. noch einzelne Fahrten nach oberhalb Mainz bis Mannheim ausführen ließ, die Rückfahrt unterſagt. Die dortige Regierung nahm jedoch auf Reclamation ihren Befehl mit dem Bemerken ſpäterhin zurück, daß der beabſichtigte Gebrauch deſſelben nicht mehr bezweckt werde. (Köln. Z.)

⩸ **München**, 8. Juni. Heut abermals keine Kammerſitzung und morgen ſehr wahrſcheinlich auch nicht; dann vielleicht auf den Montag. Was ſagen Sie zu dieſer behaglichen Thätigkeit? Und in jener Kommiſſion, welche die Kammer zur Berichterſtattung über die Kolb'ſche Anklage gegen das Präſidium, ſowie wegen der Willich'ſchen Reclamation im Namen der Pfälzer ernannt hat, hatte der Referent für die zweite, ſo bringlich bezeichnete Angelegenheit heut noch keinen Buchſtaben des Berichts geſchrieben. Dieſer Referent iſt Dr. Rubner, unter den Oppoſitionellen einer der Oppoſitionellſten. So viel hat die neuliche Mahnung der Verſammlung zum Fleiß in den Ausſchüſſen gefruchtet. Unterdeſſen hat aber die Linke einen neuen Bericht über ihre Wirkſamkeit veröffentlicht, welcher die Kammervorfälle ſeit dem Wiederbeginn der Sitzungen nach der dritten Vertagung behandelt. Die Stellung dieſer Seite zu den verſchiedenen Fragen iſt aus den Verhandlungen bekannt, bedarf alſo nicht einer nochmaligen Erwähnung. Wichtig erſcheint dagegen, daß der Bericht die Stellung zu dem Miniſterium und deſſen Vorlagen, betreffs der deutſchen Frage wie der innern Verwaltung, entſchieden als die „der geſetzlichen Nothwehr“ gegen ein Miniſterium, das den Boden der Verfaſſung verlaſſen hat, betrachtet wiſſen will, und in dieſer Auffaſſung beſonders ſeine Weigerung gegen jede „Betheiligung an den Verhandlungen und Abſtimmungen“ einer mit Ausſchluß eines Landestheiles (der Pfalz) forttagenden Rumpfkammer motivirt. Es iſt alſo klar, daß zu einer Ausgleichung über dieſe Frage von keiner Seite her eine Ausſicht iſt. Auch hören wir von den verſchiedenſten Seiten, daß die unter der Hand gemachten Verſuche zu Herſtellung eines Compromiſſes gänzlich geſcheitert ſind. So wird uns denn, wie ich Ihnen ziemlich gewiß verſichern zu können glaube, entweder ſchon die nächſte, oder die dieſer nachfolgende Sitzung die Kammerauflöſung bringen. Dazu iſt man im Miniſterium entſchloſſen. Ob damit die Verſicherung ſofortiger Ausſchreibung neuer Wahlen verbunden ſein wird, oder ob nicht, iſt mir nicht bekannt. Geſetzlich müßte ſie ſpäteſtens in drei Monaten ſtattfinden. Aber bei unſerm Miniſterium und bei der jetzigen Abhängigkeit vom öſterreichiſchen, durch Rußland dictirten Syſtem, könnte wohl nur die am 1. Oktober endende Finanzperiode eine ſolche Einhaltung des Staatsgrundgeſetzes erzwingen, wenn nicht dieſe ſelbe Verfaſſung glücklicher Weiſe die Hinterthür offen ließe, daß auch nach dem Ende der Finanzperiode die Regierung ein Halbjahr lang die Steuern erheben kann. Alſo wird wohl nur „die ſtaatsrechtliche Nothwendigkeit“, was das abſolute Reſtaurationsminiſterium in Frankreich „politique de convenances“ benamſete, über die Wiederherſtellung einer Landesvertretung zu Rathe gezogen werden. Sind die Umſtände „convenabel“, d. h. iſt alle Oppoſition im Leben durch Bajonette und Verhaftungen, in der Preſſe durch Confiscationen und Unterdrückungen niedergeworfen, ſo wird die Aufforderung zu den Neuwahlen vielleicht rechtzeitig erfolgen. Iſt dies nicht der Fall und auch noch keine „vollendete Thatſache“ in der deutſchen Verfaſſungsfrage zu Stand gebracht, ſo ſchiebt man die Wahlausſchreibung ſoweit hinaus als beliebt und verlängert auch die proviſoriſche Steuererhebungsperiode nach Belieben, wozu ja Sachſen ein ſo treffliches Beiſpiel gegeben. Daß unter dieſen Verhältniſſen ſchwerlich an eine Aenderung des Miniſteriums zu denken iſt, wovon mehrfache Gerüchte (auch in der Deutſchen Zeitung) geſprochen, verſteht ſich von ſelbſt. Wenigſtens bleibt beſtimmt die anticonſtitutionelle und antinationale Dreieinheit Pfordten-Kleinſchrod-Ringelmann; und das Miniſterium des Innern läßt ſich ja, wie früher, mit dem der Juſtiz, das der Finanzen mit dem des Aeußern verbinden. Der Miniſter des Kriegs, Stadtkommandant Lüder, iſt gewiß nie ſtörſam, wo es ſich um Prinzipien in conſtitutionellen Fragen handelt. Er erfüllt ſeine Pflicht als Wachofficier, indem er Patrouillen ausſendet; außer wenn es durchaus nur gegen die Ruheſtörungen durch die eignen Soldaten nöthig wäre.

München, 8. Juni. Geſtern iſt aus Berlin ein Courier mit Depeſchen an das Miniſterium des Aeußern hier eingetroffen und heute Morgen reiſte Prinz Luitpold nach Wien ab, mit einer Miſſion unſerer Regierung an das Wiener Cabinet in Betreff der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit. (W. Z.)

Stuttgart, 7. Juni. In Betreff der Verhaftung von Fickler und Steinmetz, wovon die erſtere hier und die letztere in Ludwigsburg ſtattgefunden hat, vernimmt man, daß der Unſuchungsrichter auf Freigebung angetragen hat, daß aber der Criminalſenat in Eßlingen hierauf nicht einging, ſondern einem andern Richter die Unterſuchung übertragen hat. (N. Fr. Z.)

** **Stuttgart**, 8. Juni. Die beiden heute ausgegebenen Proclamationen bringen unſere Bewohnerſchaft in große Aufregung, dazu noch die Ausſicht auf eine morgige ſtürmiſche Sitzung unſerer Stände. Man berechnet die zu erwartende Minorität gegen die miniſterielle Erklärung auf blos 25; dieſen Abend berathet die ſtaatsrechtliche Commiſſion der Kammer darüber. Ob ihre Vorſchläge, ob die heutige Abendſitzung der Reichsverſammlung auf die morgende Tagesordnung von großem Einfluſſe ſein werden, weiß ich nicht. Dieſen Nachmittag hatte Staatsrath Duvernoy ſämmtliche hieſige Bürgerwehr-Officiere um ſich verſammelt, nachdem der miniſteriellen Proclamation be-

reits heute die bürgerlichen Collegien und die Abtheilungscommandanten beigeſtimmt hatten. Staatsrath Duvernoy ſoll eine warme Anſprache gehalten haben, auch der größere Theil der Officiere ihm zugeſtimmt haben. Andere dagegen entwickelten ihre von der Proclamation abweichenden Anſichten. Das Standrecht iſt bereits bei den Soldaten zur Ausführung gekommen. Heute wurde auf dem Asberg ein Soldat kriegsrechtlich erſchoſſen. Staatsrath **Römer** iſt nicht unbedeutend erkrankt — er wird in dieſen Tagen der Regierung ſehr fehlen.

≡ **Stuttgart**, 9. Juni. Nach den Stürmen der Vormittagsſitzung der württembergiſchen Ständekammer war geſtern Abend der Ständeſaal doch wieder der Reichsverſammlung eingeräumt worden. Ihre Berathungen betrafen mehrere Anträge des Dreißigerausſchuſſes, wonach einmal der bisherige Dreißigerausſchuß aufzulöſen und an ſeine Stelle mit den gleichen Befugniſſen ein Fünfzehnerausſchuß aus der Verſammlung zu wählen iſt. Ferner wurde das Verbot von Volksverſammlungen unter freiem Himmel im Umkreiſe von 5 Meilen vom Sitz der Reichsverſammlung (Geſetz vom 9. Okt. v. J.) aufgehoben. Das Ergebniß der Berathung über die badiſch-pfälziſchen Angelegenheiten war die Annahme des Commiſſionsantrags (ſ. geſtriges Hauptbl.) und zweier Zuſätze, der eine von **Kollaczek**: in Punkt 1) des Commiſſionsantrags beizufügen: nach den Worten Baden und die Rheinpfalz „in den Anſtrengungen für Durchführung der am 28. März endgiltig beſchloſſenen Reichsverfaſſung"; der andere von **Schoder** zu Punkt 2): „insbeſondere ſo weit es nothwendig iſt zur Regelung des Verhältniſſes jener Länder auf Grund der Reichsverfaſſung". Weiter richtete **Schmidt** von Löwenberg die Interpellation an die Regentſchaft: 1) ob ſie amtliche Kenntniß habe von der Proclamation des würtembergiſchen Geſammtminiſteriums, und 2) ob ſie in Folge dieſer reichsfeindlichen Manifeſtation bereits Schritte gethan habe. **Vogt** antwortete zu 1) mit Nein, und ebenſo zu 2). Dagegen gab ihm die Anfrage den Anlaß zu einer ſcharfen Entgegnung auf die berührte Proclamation, worin das Bemerkenswertheſte war, daß die Regentſchaft einen Reichscommiſſär an die heſſiſch-badiſche Grenze geſandt hat, mit dem Auftrage, ferneren Zuſammenſtoß dort zu verhindern und die beiderſeitigen Truppen in ihre Standquartiere bis auf weiteren Befehl zurückzuſchicken. Ludw. **Simon** ſtellte dann und begründete in langer, glänzender Rede den dringlichen Antrag: „nach Anſicht der Proclamation der Regentſchaft dieſer die hingebendſte Unterſtützung der Reichsverſammlung zuzuſichern". Die Verſammlung ging mit ſehr großer Majorität auf die Dringlichkeit und den Antrag ſelbſt ein. Schließlich wurde zum erſten Vicepräſidenten der Verſammlung **Schoder** mit 72 unter 103 Stimmen erwählt; Fröbel erhielt 16 Stimmen.

§ **Stuttgart**, 9. Juni. Die Reichsverſammlung hat geſtern Abend den Beſchluß gefaßt, Volksverſammlungen auch in der Nähe ihres Sitzes zu dulden, um gleich auf morgen, Sonntag, eine ſolche anzuordnen. Nach der großen Mehrheit in der Kammer für das Römer'ſche Miniſterium iſt auch für die Reichsverſammlung der Boden verloren; ſie wird, nachdem Uhland geſtern Abend ausgetreten und Andere wohl ihm folgen,*) vermuthlich bald beſchlußunfähig ſein.

** **Stuttgart**, 9. Juni. In der heutigen Kammerſitzung kam das Vertrauensvotum für das Miniſterium Römer zur Verhandlung. Die Mehrheit der ſtaatsrechtlichen Commiſſion (Berichterſtatter **Reyſcher**) hatte folgenden Antrag geſtellt: „Die Kammer möge zu Protokoll erklären, daß ſie der Anſprache des Geſammtminiſteriums im Sinne der bisherigen Ausführung, welche auch der Abſicht der königl. Regierung gemäß ſein dürfte, beitrete; daß ſie alſo Beſchlüſſe der von der Nationalverſammlung neueſtens eingeſetzten proviſoriſchen Regentſchaft nicht als **ohne Weiteres** für Würtemberg verbindlich betrachte, ſondern ſowohl der königlichen Staatsregierung, als auch, je nach ihrem Betreffe, der Ständeverſammlung eine Prüfung und Anerkennung derſelben vom Standpunkte der Landes- und Reichsverfaſſung vorbehalte, namentlich wofern dadurch die würtembergiſchen Streit- und Geldkräfte einſeitig in Anſpruch genommen, oder ſonſt die Intereſſen dieſes Landes durch jene Beſchlüſſe bedroht werden ſollten." Nach langer Debatte und nach äußerſt leidenſchaftlichen Erörterungen über die Fragſtellung wurde Abends dieſer Majoritätsantrag mit 60 gegen 14 Stimmen angenommen. Etwa 12 Mitglieder der Linken verließen vor der Abſtimmung den Saal. Die ganze Sitzung war im höchſten Grade leidenſchaftlich von allen Seiten. Der König hatte im Lauf des Tages Muſterung über die in der Umgegend liegenden Truppen gehalten, kam dann in die Stadt und ſtieg im Schloſſe ab. Eben am Schluß der Sitzung marſchiren 1 Reg. Infanterie, 1 Reg. Cavall. mit Kanonen in die Stadt ein. Die Aufregung in derſelben iſt groß.

A **Dresden**, 8. Juni. Die noch immer fortdauernden Verhaftungen und gerichtlichen Verfolgungen (verhaftet wurden geſtern der hieſige Stadtverordnetenvorſteher Dr. Seidenſchnur und der ehemalige Abgeordnete Fritzſche von Tharand; durch Steckbriefe verfolgt der Abgeordnete Diakonus Tauerſchmidt von Oelsnitz und Dr. Egler von Colditz) machen bereits keinen Eindruck mehr auf das Publikum; höchſtens bedauert man, daß bei der großen Mohrenwäſche einige beſonders anrüchige und verhaßte Perſonen ganz unangefochten bleiben, während man Manchem der Verhafteten eine aufrichtige Theilnahme nicht verſagen kann. Durch den Kriegszuſtand iſt bisher weder die Preſſe noch der öffentliche Verkehr in irgend welcher Weiſe geſtört worden. Man kann in der That dem Oberbefehlshaber der bewaffneten Macht die Anerkennung nicht verſagen für den Takt, mit welchem er, ohne zu den kleinlichen und widrigen Mittelchen eines Wrangel oder eines Welden zu greifen, ſeine Autorität bewahrt hat und in der vom Kampfe aufgeregten Stadt bisher jeden Exceß durch oder gegen die Truppen zu verhüten wußte. Deſto beklagenswerther iſt ein geſtern Abend erfolgtes ſchändliches Attentat auf die Schildwache des Zwingerwalles. Aus einem Verſteck wurde auf den Wache ſtehenden Soldaten (vom ſächſiſchen Albertinfanterieregiment) eine Kugel abgeſchoſſen, welche glücklicher Weiſe fehlte. Der Thäter iſt entflohen. Der Verkehr zwiſchen den Einwohnern und den Soldaten iſt übrigens der freundlichſte, und wie friedlich die Stimmung der letzteren iſt, läßt ſich am Beſten aus dem Umſtande abnehmen, daß an der Ecke der Wilsdrufer Straße und des Altmarkts (ganz in der Nähe der Hauptwache) noch heute die Proclamation der proviſoriſchen Regierung, welche die Soldaten zum Treubruch auffordert, in zwei wohlerhaltenen Exemplaren zu ſchauen iſt; der großen Frakturſchriften „Seid Ihr mit uns gegen fremde Truppen?" welche man noch ziemlich oft in entlegneren Stadttheilen wahrnimmt, gar nicht zu gedenken. Außer den Füſilieren des Kaiſer Alexanderregiments ſtehen gegenwärtig hier 2 Bataillone des 18. Landwehrregiments aus Karge und Samter im Großherzogthum Poſen, welche alle ihr Meßbuch im Torniſter mit ſich führen, und vorgeſtern, als das jährliche ſolenne Todtenamt für den König Anton celebrirt wurde, und geſtern beim Frohnleichnamsfeſte in dichten Schaaren das Schiff der katholiſchen Kirche füllten. Die amtlichen Blätter bringen die Ernennung des geheimen Regierungsraths Oberländer zum Vorſitzenden der Brandverſicherungscommiſſion; dieſer Act der Regierung findet auch bei denen volle Billigung, welche das miniſterielle Wirken des Erfinders des Regierens „von unten herauf" niemals für erſprießlich hielten, aber von den guten Abſichten des Exminiſters überzeugt ſind. Eine andere Bekanntmachung des Miniſteriums des Innern warnt die Sachſen vor dem Ankauf von Kunſtſchätzen aus den Muſeen von Rom und Venedig, ſpricht aber dabei die Hoffnung aus, „daß ſich in Sachſen ohnedies Niemand dabei betheiligen werde." Ueber dieſe Bekanntmachung wird viel geſcherzt, da es Leute gibt, welche annehmen, der Miniſter habe damit sub rosa die Sachſen zu Böotiern ſtempeln wollen. Unſre eignen Muſeen, das ornithologiſche, das archäologiſche und die Gemäldegallerieen ſind ſeit einigen Tagen wieder eröffnet, werden aber eben ſo wie das Theater nur ſpärlich, zumeiſt von Fremden, beſucht. In der Gemäldegallerie erzählen ſich die Fremden, daß die ſächſiſchen Officiere, welche das Gebäude tagelang beſetzt hielten, nicht daran dachten, die koſtbarſten Denkmäler der Kunſt durch Herabnehmen von den Wänden in Sicherheit zu bringen, und freuen ſich darüber, wie gnädig Apollo die zahlreich einſchlagenden Kugeln gelenkt hat. Die Schätze des grünen Gewölbes, deren Transport nach dem Königſtein man der Deutſchen Reform und der Deutſchen Zeitung gemeldet hat, befinden ſich noch in Dresden und werden gleichfalls bald der Beſichtigung freigegeben werden. *)

*) **Federer** erklärt bereits im Schw. M. ſeinen Austritt, weil er ſich dazu, nach der Wendung der Dinge, die durch die Anſprache des Miniſteriums eingetreten, als würtembergiſcher Staatsbürger in ſeinem Gewiſſen verpflichtet fühle.

*) Wir wiſſen den Widerſpruch unſerer beiden Herrn Correſpondenten nicht zu löſen.

Baden-Baden, 8. Juni. Ein gründlicher Ekel an den Revolutionsſcenen, welche ich in den letzten Tagen in der Rheinpfalz, in Mannheim und Karlsruhe bis zur Ueberſättigung mit angeſehen, bewog mich zu einem kleinen Erholungsausflug nach Baden. Als ich in Karlsruhe den Eiſenbahnwagen beſtieg, waren wieder über 300 Blouſenmänner, fremde Zuzügler ohne Waffen, auf dem Bahnhof verſammelt und harrten des Abgangs nach Heidelberg. Der Mangel an Gewehren iſt ſehr fühlbar. Eine große Menge vou zerlumpten Abenteuerern, brodloſen Handwerksburſchen, denen man den Hunger auf den Geſichtern anſah, wurden zurückgewieſen, obwohl ſie als Pulverfutter ſo gut wie Falſtaff's Compagnie zu brauchen wären. Die proviſoriſche Regierung iſt ſeit der böſen Erfahrung, die ſie mit der deutſch-ſchweizeriſchen Legion gemacht, vorſichtig und mißtrauiſch geworden. Herr Brentano fühlt wohl, daß er als eines der erſten Opfer fallen wird, wenn jene wilden Banden von Flüchtlingen, von herbeigelaufenen Abenteuerern nnd Taugenichtſen ſich einmal ſtark genug fühlen werden, die conſervativ geſinnte Bürgerwehr der Städte zu überwältigen. Dieſer „radicale Dandy", wie ihn jüngſt ein Mitarbeiter der Deutſchen Zeitung nannte, mag jetzt manchen trüben Stoßſeufzer in ſchlafloſer Nacht von ſich geben. Er kennt recht wohl die perſönliche Gefahr, die ihn bedroht, er weiß, daß er als Moderirter den Republikanern verdächtig und zuwider geworden. Sollte noch eine Niederlage an der Grenze dazu kommen, dann wird ihm auch der Verräther-Titel nicht geſchenkt bleiben. Daß man einer Revolution nicht Halt gebieten kann, da wo man eben will, dieſe tiefe Erfahrung wird Hr. Brentano in den nächſten Tagen machen. Eine kleine Vorahnung mag er wohl ſchon empfinden — davon gibt ſeine ernſte, niedergeſchlagene Miene ſtilles Zeugniß. Nicht ohne Grauen denken wir uns den Moment, wo das bunte Revolutionsheer geſchlagen und zerſprengt ſich in Maſſe wieder nach Süden wälzen wird. Als vergangenen Mittwoch die „Flüchtlings-Legion", unter Bönning's Commando nach Heidelberg abging, da hörte ich einen wilden bärtigen Kerl mit rother Feder auf dem Hut noch vom Wagen herab zu einer Gruppe von Bürgerwehrmännern drohend-höhniſch rufen: „der Teufel ſei euch gnädig, wenn wir wiederkommen!" Mag Struve immerhin ein ſo edler Enthuſiaſt und nicht blutdürſtig ſein, wie ſeine Freunde behaupten und wie ſein ganzes Weſen bei oberflächlicher Beobachtung auch zu beſtätigen ſcheint. Aber Struve wird von ſeiner Partei nur vorgeſchoben, weil er einen Namen ſich erworben; um ihn und hinter ihm ſtehen in ſeinem Gefolge die unheimlichſten Geſtalten, deren Blick und Gedanke noch weit blutfarbiger iſt, als der rothe Federbuſch auf ihrem ſchwarzem Banditenhute. Wagen ſie auch noch nicht ihre fürchterlichen Pläne in offener Rede bei ihrer Klubdebatte kundzugeben (dazu fühlen ſie ſich heute noch zu ohnmächtig, beſonders ſeit der Entfernung Becker's), ſo ſind ſie doch nicht ſpröde damit im kleinern Kreiſe, ſelbſt im Wirthshauſe, wenn auch nicht immer lauter Geſinnungsgenoſſen in der Nähe ſitzen. Wie manchmal hörte ich am Tiſche des „Pariſer Hofs", wo Struve's Freunde ſich verſammeln, Projecte, Wünſche und Drohungen ausſprechen, welche den Bürgern, die ſie mitanhörten, das Blut aus dem Geſichte jagten.

Hier in Baden herrſcht eine Stille, wie man ſie in den beſſern Zeiten nicht kannte. Es iſt die Stille der gänzlichen Geſchäftsſtockung und des Bankerutts, alſo auch keine erfreuliche. Die ſchönen grünen Wälder ſchauen diesmal recht einſam und melancholiſch auf die öden Straßen der menſchenleeren Stadt herab. Die meiſten reichen Fremdenwohnhäuſer, die Läden der eleganten Hotels ſind geſchloſſen. Auch am Bazar vor dem Kurhauſe ſind nur wenige Buden geöffnet und die Verkäufer der Luxuswaaren, die ſich der brillanten Vergangenheit heute wie eines entſchwundenen, ſchönen Traumbildes erinnern, machen trübe und lange Geſichter. Zwar ſind ein paar Dutzend geflüchtete Familien aus Karlsruhe, Raſtatt, Freiburg ꝛc. hier, auch einige gähnende Engländer, zwei oder drei franzöſiſche Legitimiſten und noch ein halb Dutzend reicher Faullenzer, welche das Saiſonleben auch in ſeiner heutigen décadence nicht miſſen können, weil es ihnen zur Gewohnheit ihres Daſeins geworden. Doch ſelbſt dieſe wenigen Gäſte ſchnüren bereits ihre Bündel. Der letzte rohe Einfall der betrunkenen Soldaten aus Raſtatt, die einige Officiere hier aus den Betten holten, hat ſie ſcheu gemacht. Zwar haben ſich Gott Lob Blouſen und Freiſchärlerhüte noch nicht in dieſes Thal verirrt, doch waren heute allarmirende Gerüchte im Umlauf. Es hieß, der franzöſiſche Geſandte in Karlsruhe habe erklärt, daß er für die Sicherheit der unter ſeinem Schutze ſtehenden Fremden nicht mehr bürgen könne. Dieſes Gerücht hat ſelbſt eine alte engliſche Dame, die hier überwinterte, bewogen, ihren Miethcontract zu kündigen. Civilcommiſſär Wolff hat nun ſo eben ein gedrucktes Umlaufſchreiben in franzöſiſcher Sprache an die Fremden erlaſſen, mit den beruhigendſten Zuſicherungen. Armes Baden! Dein alter Saiſon-Glanz — ob der je wiederkehren wird?

In **Mosbach** kam am 6. d. M. früh das 400 Mann ſtarke, wohlbewaffnete Corps der Hanauer Turner an. (H. T.)

* **Kaſſel**, 10. Juni. Wie die Kaſſeler Ztg. meldet, begab ſich kürzlich eine Deputation des Vereins für Volksrechte zu dem Miniſter Eberhard, um ihn über die Stellung der kurheſſiſchen Regierung zum Verfaſſungsentwurf der drei Königreiche um Auskunft zu bitten. Der Miniſter erwiderte u. a., die Regierung werde in dieſer Sache keinenfalls ohne Einvernehmen mit der Ständeverſammlung einen entſcheidenden Schritt thun.

Mainz, 10. Juni. Geſtern und heute rückte das 4. preußiſche Armeecorps von ſeiner Stellung bei Kreuznach aus gegen die Rheinpfalz vor. Daſſelbe iſt 30,000 Mann ſtark und enthält Abtheilungen aller Waffengattungen. (Fr. Journ.)

*** **Aus der Wetterau**, 11. Juni. In Friedberg und den nächſten großherzoglich heſſiſchen Ortſchaften raſteten geſtern 1500 Mann preußiſche Landwehr und Huſaren, die nach ihrer Ausſage vorerſt für die Garniſon in Frankfurt beſtimmt ſind. Es iſt bewundernswerth, mit welcher Hingebung die Landwehr in den Kampf geht; eine Compagnie z. B. beſtand zu drei Viertheilen aus verheiratheten Männern. Gar mancher Landwehrmann gab aber doch ſein Bedauern zu erkennen, daß ſie der badiſche Aufſtand zwänge, ſtatt gegen den äußern Feind, gegen deutſche Brüder zu ziehen; daß aber der Kampf bald beendet ſein werde, daran zweifelt die Zuverſicht der preußiſchen Krieger nicht. Aus der obern Wetterau erfahren wir, daß noch ein ſtarkes preußiſches Truppencorps nachrückt. Der ſeitherigen großen Hitze iſt eine ſtarke Abkühlung gefolgt. Dieſer raſche Witterungswechſel übt den günſtigſten Einfluß auf die Vegetation, wie wir denn überhaupt der geſegnetſten Ernte entgegen ſehen. Kein Wunder, wenn der Wunſch, daß endlich ein ſicherer politiſcher Zuſtand eintreten möge, vorherrſchend iſt. Damit ſoll nicht geſagt ſein, daß in der Wetterau politiſche Apathie herrſche. Nein, man will nur der Anarchie ein Ende wiſſen und hegt auch nicht das geringſte Vertrauen mehr zu dem Gebahren des Rumpfparlaments in Stuttgart.

Weimar, 4. Juni. So eben kehrt der Erbgroßherzog von ſeinem Kriegszuge nach Schleswig-Holſtein zurück. Der junge Fürſt wird, wie es heißt, nach dem Rhein eilen und ſich dort an die Spitze eines preußiſchen Regiments ſtellen.

Detmold, 5. Juni. Die von Berlin proponirte Reichsverfaſſung iſt hier zu Lande, mit Ausnahme der Demokraten ſocialer Färbung, die übrigens höchſt unbedeutend ſind, mit Beifall aufgenommen, weil man ſie geeignet hält, einen feſten Grund zu geben, an welchen ſich die ſchwankenden Verhältniſſe in Deutſchland anſetzen können. Indeſſen hat ſich unſere Regierung bis jetzt noch nicht bereit erklärt, jener preußiſch-ſächſiſch-hannoverſchen Verfaſſung beizutreten. Der Uebergang von der Frankfurter Verfaſſung, welche von ihr bekanntlich mitanerkannt iſt, zu dem neuen Verfaſſungsentwurfe würde ja auch in der That zu plötzlich und unvermittelt erſcheinen. Wahrſcheinlich wird die Frage über den Beitritt erſt den in kurzer Zeit ſich verſammelnden Landſtänden vorgelegt werden. (D. A. Z.)

Oldenburg, 7. Juni. Die älteſte Tochter unſeres Großherzogs, die Königin von Griechenland, iſt heute, nach 8 Jahren, wieder einmal zum Beſuche auf einige Zeit bei uns eingezogen — eingezogen ſage ich, denn ihre Ankunft glich in der That einem Triumphzuge. (Weſ. Z.)

△ **Hamburg**, 7. Juni. Heute erließen unſere reichſten und angeſehenſten Bürger einen Aufruf zum Anſchluß zur Durchſetzung folgender 4 Punkte: 1) Jeder Wähler muß das Hamburgiſche Stadt- oder Landbürgerrecht erworben haben, und directe Steuern dem Staate zahlen. 2) Das Land- und Stadtbürgerrecht kann nur der erlangen, welcher einen genügenden Erwerb nachweiſt. 3) Die Mitglieder des Raths werden auf Lebenszeit gewählt, der Rath ſchlägt die Mitglieder vor und die Bürgerſchaft wählt aus den vorgeſchlagenen. (Selbſtergänzung!) 4) Die Geſetzgebung iſt bei Rath und Bürgerſchaft, bei Meinungsverſchiedenheit entſcheidet die Bürgerſchaft, jedoch muß dieſelbe alsdann neu

gewählt werden. Offenbar iſt der Zweck dieſes Aufrufs, die conſtituirende Verſammlung zu ſtürzen, welche aus directen Wahlen hervorgegangen und die ein allgemeines Wahlgeſetz, worin jeder ſelbſtſtändige Staatsangehörige Wähler iſt, unzweifelhaft erlaſſen wird, ſo wie den Rath bereits auf ſechs Jahre zu wählen beſchloſſen hat.

Hamburg, 8. Juni. Wie man hier heute an der Börſe behauptete, werden engliſche Banquiers unter ruſſiſcher Garantie die Summe von 2,500,000 L. der öſterreichiſchen Regierung vorſchießen. (B. H.)

Bremerhaven, 5. Juni. Am heutigen Tage waren die hier garniſonirenden Truppen vom 4. Regiment beordert, zur Feier des Geburtstags ihres Königs große Parade vor dem Fort abzuhalten. In Reihe und Glied forderte nun der commandirende Offizier die Truppen auf, dem Könige ein dreimaliges Hoch auszubringen, er ſelbſt ging mit gutem Beiſpiele voran, aber die Truppen blieben ſtumm. Die Bemühungen des Obriſtlieutenants Witte aus Stade änderten, ſelbſt bei wiederholter Aufforderung, darin nichts, die Truppen blieben ſtumm. Die böſen Bürger Bremerhavens aber, welche in Maſſe und aus allen Ständen herbeigeeilt waren, jubelten den Truppen zu und brachten dem 4. Regimente als ihren deutſchen Brüdern, ein einſtimmiges, donnerndes dreimaliges Hoch! Heute Abend nun wird dem Militär auf Koſten aller Bürger (eine freiwillige Subſcription iſt eröffnet) ein Oxhoft Wein geſchenkt. (Letzterer Vorfall wird auch uns von einem Augenzeugen beſtätigt.) (Weſ. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 6. Juni. Die Times beſchäftigt ſich, nachdem die deutſche Kriſis durch die von Preußen octroyirte Verfaſſung eine neue Wendung genommen hat und Preußen durch den Gang der Ereigniſſe in Sachſen und in Südweſtdeutſchland thatſächlich an die Spitze Deutſchlands gedrängt wird, wieder eifriger mit den deutſchen Verhältniſſen, während ſie es nicht einmal der Mühe werth gehalten hat, die jetzt in einen Revolutionsclub zuſammengeſchrumpfte deutſche Reichsverſammlung mit einem Leitartikel zu Grabe zu läuten. Betrachtungen über die deutſchen Angelegenheiten enthält die Times in ihrer Nr. vom 4. und bald darauf vom 7. Juni. In einem Puncte weichen ſie von einander ab. Der ſpätere Artikel beginnt: „Was auch der letzte Gedanke der preußiſchen Regierung und des ſehr künſtlichen Syſtems ſein mag, wodurch ſie die verfaſſungsmäßige Einheit Deutſchlands zu begründen vorſchlägt, ſo kann doch kaum daran ein Zweifel ſein, daß bei dem jetzigen Zuſtand des deutſchen Volks Preußen allein die Fähigkeit und die Macht beſitzt, die entſetzlichen Gefahren, von denen man bedroht iſt, zu überwinden.“ Folgen Lobeserhebungen auf das jetzige preußiſche Cabinet, welches zwar in ſeinen legiſlativen Verſuchen einen gewiſſen ſteif-pedantiſchen Geiſt gezeigt, doch da, wo es zu handeln gegolten, ſeine Pflicht ſtets kräftig, weiſe und mit Erfolg erfüllt habe u. ſ. w. Es wird nun dargethan, daß es, da Baiern hierzu ſich gänzlich untüchtig zeige, Beruf und Aufgabe Preußens ſei, den Revolutionsheerd in der baieriſchen Pfalz zu erſticken. Baiern werde ſich dieſer unwillkommenen Nothwendigkeit fügen müſſen; es werde einſehen, daß dieſe Revolution um jeden Preis, alſo auch um den Preis preußiſcher Hilfe, erdrückt werden müſſe, ſonſt ſei die Pfalz für Baiern verloren.

Damit unſere Republikaner erfahren, wie ſie ſich im Spiegel engliſcher Betrachtungsweiſe ausnehmen, ſetzen wir folgende Schilderung der Times her: „Die deutſchen Republikaner haben zu den Waffen gegriffen in den fruchtbaren Thälern des Oberrheins und in den Thalſchluchten und ſchattigen Wäldern des Odenwalds und Schwarzwalds, mehr im Geiſte einer Scene in den Räubern oder Götz von Berlichingen, als zu irgend praktiſchen Zwecken einer Revolutionspartei. Die Gegend iſt freundlich, die Jahreszeit iſt warm, ihre Köpfe ſind heiß von demokratiſchen Ideen, ihre Hände zucken nach ungehindertem Gebrauch von Stahl und Schießpulver; das Geſetz iſt außer Geſetz erklärt, das Lernen außer der Mode, und unter dem Vorgeben, Deutſchland in eine mächtige Republik zu verwandeln, haben einige unbeſonnene Studenten im Vereine mit einigen tauſenden fanatiſirter Bauern und meuteriſcher Soldaten die Waffen ergriffen, halb aus unheilſtifteriſcher Abſicht, halb aus Wahnſinn, um für eine Sache zu kämpfen, welche ſich zur wahren Freiheit verhält, wie Don Quixotes Wahngebilde zu Ritterthum und Liebe. Mitten im Herzen Europa's und längs des Fluſſes, der unter den Strömen des Feſtlands am häufigſten beſucht iſt, hat alle Regierung aufgehört, iſt die Geſellſchaft wieder in den unſichern Zuſtand des Mittelalters zurückverſetzt worden.“ Daß in einem zerſplitterten, vielfach ſchlecht regierten Lande wie Deutſchland mehr Revolutionsſtoff vorhanden ſein muß, als in England, daß es unter den Aufſtändiſchen nicht blos Raufbolde, Poltrone, Abenteurer aller Art, zerlumpte Herumtreiber, Selbſt-, Ehr- und Habſüchtige gibt, in deren Mund der Name Freiheit und Vaterland allerdings ein Schandwort wird, ſondern auch ſolche, denen es zwar an politiſcher Klarheit und praktiſchen Begriffen fehlt, die aber in beſter Meinung, edelſter Geſinnung und nicht ungerechtfertigter Entrüſtung über ſo manches ſchnöde Beginnen zu den Waffen gegriffen haben — an dergleichen nur zu denken fällt der Times natürlich nicht ein.

In ihrem früheren Artikel klagt die in Betreff vieler Fragen als wetterwendiſch bekannte Times über den wetterwendiſchen Sinn des Königs von Preußen. Dieſen wetterwendiſchen Sinn habe er ſchon am 19. März gezeigt, als er nach dem Siege der tapfern Truppen über den aufſtändiſchen „Mob“ von Berlin plötzlich klein beigegeben und in jene Bedingungen gewilligt habe, welche Berlin acht Monate lang zur Tummelſtätte der Anarchie gemacht. Im November 1848 ſei es ihm durch einen Staatsſtreich gelungen, Ordnung und Geſetzlichkeit wiederherzuſtellen, da habe er abermals die errungenen Vortheile durch die Verkündigung einer „unſinnigen und unausführbaren“ Verfaſſung verſcherzt, die, nachdem ſie kaum drei Wochen lang in Kraft geweſen, einen zweiten Staatsſtreich nöthig gemacht habe. Auch dieſer ſei gelungen, Heer und Landwehr hätten ſich trefflich gehalten; die Frankfurter Verſammlung ſei mit reißender Schnelle in die „verdiente Verachtung“ gefallen, da beliebe es dem Könige, durch ſeinen Reichsverfaſſungsentwurf alle gewonnenen Reſultate wieder in Frage zu ſtellen, einen Entwurf, dem ſich ganz dieſelben Vorwürfe machen ließen, die man der Frankfurter Verfaſſung gemacht habe. Man ſieht, daß die Times an dieſem Entwurfe gerade das tadelt, was ihm eigentlich zur Ehre gereicht. Doch zu viel ſchon des Erbaulichen aus der Times. Bei dieſem Anlaß möge eines kleinen Artikels gedacht ſein, welchen der Examiner noch vor dem Bekanntwerden der octroyirten Verfaſſung brachte und worin der Antheil des Hrn. v. Radowitz an derſelben hervorgehoben wird. Dieſem Artikel zufolge hätte eigentlich Radowitz den König, der mit der konſtitutionellen Partei coquettire, aus den Händen der Abſolutiſten befreit, Radowitz, wie es weiter heißt, „einer der talentvollſten Männer Deutſchlands, ein Staatsmann, der als Abſolutiſt in die Frankfurter Verſammlung trat und ſie als ein fanatiſcher (?) Conſtitutioneller, obſchon von der Schule des Chateaubriand verließ. Radowitz neigt zwar ſeiner Natur nach mehr zum Abſolutismus und zu Oeſterreich, aber er ſieht ein, daß mit beiden nichts mehr zu machen; daß man den Geiſt des Conſtitutionalismus unter ſeine Obhut nehmen müſſe und ſo iſt er es, der dem Könige aufs nachdrücklichſte anräth, ſein Vorkämpfer und Verkündiger zu ſein.“

Frankreich.

* **Toulon**, 6. Juni. Die heute von Civita-Vecchia hier eingelaufene Dampffregatte Chriſtoph Columbus meldet, daß an dem Tage, wo ſie Civita-Vecchia verließ, am 3., die franzöſiſche Armee ſich zum Angriff auf Rom anſchickte. Bis dahin aber waren keine Feindſeligkeiten vorgefallen.

Ungarn.

Täglich erwartet man nun den Einmarſch der Ruſſen in den Scharoſcher und Zipſer Comitaten. In dem erſtern, namentlich in Demete auf der Straße von Dukla nach Ungarn, drei Stunden von Eperies, ließ Dembinski die Vorhut ſeines Corps, ungefähr 5000 Mann, Verſchanzungen aufwerfen. Da jedoch das Gros ſeiner Truppen noch immer in Eperies und Kaſchau weilt, ſcheint er nicht die Abſicht zu haben, hier eine bedeutende Schlacht zu liefern, ſondern durch Einzelgefechte die Ruſſen aufzuhalten und zu ermüden, während deſſen aber die Verſtärkungen von Debreczin bei Kaſchau oder Miskolz abzuwarten. Durch dieſen Duklaer Paß ſollen 30,000 Ruſſen mit den öſterreichiſchen Truppen unter General Barco vereint einrücken, Paskewitſch ſelbſt aber perſönlich den Angriff leiten. Der Miniſter des Innern, Szemere, war in Peſth angelangt um die Vorbereitungen für das Rumpfparlament zu treffen und alle Fruchtvorräthe nach Debreczin zu ſchaffen.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Struve in der Pfalz). Wien (Ungariſche Nachrichten. Welden. Die finanzielle Frage. Vermiſchtes). Berlin (Abreiſe des Prinzen von Preußen). München (Der Angriff auf die Rheinpfalz. Rücktritt Forſters. Zwehl Miniſter des Innern. Preßprozeſſe. Sitzung der Reichsräthe). Stuttgart (Bevollmächtigte nach Baden und der Pfalz). Darmſtadt (Berichtigung. Miniſterialveränderungen. Ruhe auf dem Kriegsſchauplatz. Verhaftungen und Freilaſſung von Gefangenen. Juſtizminiſter Kilian entlaſſen). Worms (Freiſchärler). Mainz (Verbot der Neuwahl zur Reichsverſammlung. Truppen nach Worms). Offenbach (Truppen gegen Seligenſtadt). Wiesbaden (Miniſterwechſel). Bernburg (Der Herzog ſchließt ſich der Berliner Verfaſſung an). Schwerin (Noch kein definitiver Beitritt zur Berliner Verfaſſung.) Aus dem nördlichen Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz).

Frankreich. Paris (Aktenſtücke in der römiſchen Angelegenheit).

Spanien. Madrid (Note an die katholiſchen Mächte. Die ſpaniſche Expeditionsarmee in Italien).

Italien. Venedig (Neuerdings ein Vorſchlag zur Uebergabe abgelehnt). Kirchenſtaat (Marſch der Oeſterreicher auf Rom) Neapel (Die officielle Erklärung über den Rückzug vom römiſchen Gebiet).

Dänemark. Kopenhagen (Beſtätigung des Grundgeſetzes).

Polen. Von der polniſchen Grenze (Große Verſchwörung. Die ruſſiſchen Truppen.)

Frankfurter Börſenbericht (Vom 12. Juni).

Nachſchrift.

Deutſchland.

Frankfurt, 11. Juni. Nachrichten aus der Pfalz melden Struve's am geſtrigen Tage daſelbſt (in Neuſtadt) erfolgte Ankunft. (Fr. Journ.)

* **Wien,** 8. Juni. Ein Abgeſandter Koſſuth's, Iranyi, iſt von Paris wieder nach Debreczin zurückgekehrt, ohne daß man weiß, auf welchen Punkt die Unterhandlungen gediehen ſind. Peſth ſtellt ein Bataillon, 1200 Mann, zu den Honveds, Veszprim 200 Mann. Das Büreau des Kriegsminiſteriums iſt bereits wieder nach Peſth verlegt. Wegen Schleiſung der Ofener Feſtungswerke wird noch berathen. Seit 3 Tagen fehlt die Oedenburger Poſt, was mit der Nachricht, daß unweit Altenburg ſoeben eine Schlacht geſchlagen wird, zuſammenſtimmt. Mehrere Perſonen behaupten, in der Nacht eine Kanonade gehört zu haben, und wollen damit ein Vorrücken Görgey's in Verbindung bringen. Wie mißtrauiſch derartige Gerüchte aufzunehmen ſind, braucht wohl kaum hinzugefügt zu werden. Die Börſe hat ſich nicht im Geringſten dadurch beunruhigen laſſen; es wurde vielmehr höher in einigen Fondsgattungen und abermals niedriger in fremden Valuten gemacht. Vecſey ſoll die Vorſtadtfabrik von Temesvar genommen haben.

Durch einen Erlaß vom 5. d. werden in Trieſt 4 Stationen zur Verwechslung von Banknoten in Scheidemünze und für jeden Einzelnen hierbei ein Maximum von 30 kr. feſtgeſtellt; den Privaten wird die Ausfuhr eines 4 fl. überſteigenden Betrags in Silber und Kupferſcheidemünze über das Trieſter Gebiet unterſagt, und ein mit Agio verbundener Verkehr in Scheidemünze verboten. Der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg, der Kriegsminiſter Graf Gyulay und der Juſtizminiſter Dr. Bach, ſind vorgeſtern Nachmittags mit dem Dampfboot nach Preßburg abgereiſt, und geſtern Morgen wieder hier angekommen. Die Gratzer Zeitung bringt folgende Notiz: Der von mehreren Wiener Blättern gebrachten Nachricht, daß F.-Z.-M. Welden vom Schlagfluſſe getroffen in Gratz ſchwer krank darnieder liege, kann man die zuverläſſige entgegenſetzen, daß Welden ſich bereits auf dem Wege der vollkommenſten Geneſung befindet, in ſeiner ſchönen Villa die reizende Natur genießt, aber ſchon in den nächſten Tagen wieder nach Wien zurückkehren wird. Die Beſtimmung Welden's wird aber nun nicht mehr Wien ſein, ſondern der Gouverneurspoſten der Provinz Venedig. Gerüchte über Miniſterwechſel werden immer zahlreicher, man hört aber keine Kombination ohne den Namen Schmerling. Dr. Bauernſchmidt, früher beim Bücherreviſionsamt angeſtellt, nach dem März Publiciſt und Mitglied der Frankfurter Linken, iſt in Ruheſtand verſetzt worden. Die Wiener Handelskammer hat an den Finanzminiſter die Bitte geſtellt zur unverzüglichen Bildung einer Kommiſſion, aus Abgeordneten des Miniſteriums, der Bankdirection, der Handelskammer und anderer Sachverſtändigen, mit der Aufgabe: Mittel und Wege zu finden, wie der Entwerthung der Banknoten begegnet, die Rehabilitation der Nationalbank angebahnt, und der Staatsbedarf ohne Intervention der Bank gedeckt werden könne. Der Finanzminiſter iſt auf die Dringlichkeit des geſtellten Antrages ſofort eingegangen. Heute Nacht ſind abermals 30 Wagen mit Verwundeten hierher gebracht worden.

** **Berlin,** 10. Juni. Der Prinz von Preußen iſt nach Frankfurt a. M. abgereiſt. Hauptmann v. Boyen befindet ſich in ſeinem Gefolge. Der Beſchluß des Stuttgarter Parlaments, welcher den Reichsverweſer entthront und Raveaux und Genoſſen inſtallirt hat, wird damit in Verbindung gebracht.

0 **München,** 10. Juni. Man verſichert in gut unterrichteten Kreiſen, daß das nach der Rheinpfalz beſtimmte baieriſche Truppencorps am 16. d. M. über die Pfälzer Grenze rücken werde. Wie zahlreich auch dieſes Corps iſt, ſo erwartet man doch energiſchen Widerſtand von Seiten der Pfälzer, und die Damen am Hofe ſind eifriger als je im Charpiezupfen. Die Neue Münchnerin gibt auch bereits darüber Auskunft, was die rebelliſche Provinz, wenn ſie nur einmal wieder unterworfen iſt, von der gegenwärtigen Regierung zu erwarten hat. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß man nicht beabſichtigt, den Beſitz dieſer Provinz aufzugeben, dagegen ſoll ſie als Strafe für ihre Erhebung der bürgerlichen und politiſchen Freiheit beraubt werden, und natürlich vor Allen ihre Vertretung im baieriſchen Landtage verlieren. Es iſt alſo klar, daß das Miniſterium auch nach der Erklärung der Pfälzer Abgeordneten, an Baiern feſthalten zu wollen, auf deren Ausweiſung beſteht, um endlich das erſehnte Ziel, die Verwandlung der Mehrheit in die Minderheit, zu erreichen, und daß daſſelbe jetzt ſo wenig als nach dem Empfang des Mißtrauensvotums Auflöſung oder Rücktritt beabſichtigt. Zwar iſt geſtern Forſter definitiv zurückgetreten und durch Zwehl bereits erſetzt worden; das beweiſt aber nur, daß die Andern um ſo feſter in ihren Miniſterſtühlen ſitzen bleiben wollen. Forſter war ihnen ein unbequemer College. Zwehl iſt gefügiger. Forſter iſt zum Präſidenten der Regierung von Mittelfranken ernannt worden, und dadurch dieſe aufgeregte Provinz von ihrem verhaßten Vorſtande, Welden, auf ihre wiederholte, dringende Bitte befreit. Wahrſcheinlich wird die Oberpfalz mit dieſem würdigen Vetter des ehemaligen Wiener Gouverneurs begnadigt werden; in dieſem Kreiſe, dem gefügigſten weil ärmſten, möchte es ihm ſchwer fallen, mit ſo günſtigem Erfolge, wie in Oberfranken, für die Demokratie Propaganda zu machen. Morgen beginnen die Sitzungen der Aſſiſen für Oberbaiern. Die Anzahl von Preßproceſſen, von welchen manche ſchon ſeit Monaten anhängig ſind, wird nicht von dieſen Geſchwornen, wenigſtens nicht in dieſer Seſſion abgeurtheilt werden. Es ſcheint faſt, als ob man die liberalen Blätter ſchon durch die Ausdehnung der Unterſuchungshaft ihrer Redakteure zu Grunde richten wolle. Auch gegen die deutſche conſtitutionelle Zeitung wurde wegen ihrer Kritik des Preßgeſetzentwurfs eine ſtadtgerichtliche Unterſuchung eingeleitet. Zur Entſcheidung über alle dieſe Preßproceſſe ſoll eine außerordentliche Sitzung der Geſchwornen anberaumt werden. Von den in Haft befindlichen Studenten, welche wegen der Eidesleiſtung auf die Reichsverfaſſung und den vorangegangenen Reden in Unterſuchung gezogen wurden, ſollen demnächſt mehrere freigelaſſen werden, unter ihnen der letzte Major des Studentenfreicorps, Rücker aus Hof.

Geſtern hatten die Reichsräthe eine Sitzung, in welcher ſie den Geſetzentwurf über die Abſchaffung der Strafen des bürgerlichen Todes, der öffentlichen Ausſtellung und der Brandmarkung beriethen und Beſchluß faßten. Der Geſetzentwurf wurde mit allen gegen die eine Stimme des humanen Fürſten Wrede angenommen: dagegen fielen alle Anträge auf Abſchaffung der Todes- und Kettenſtrafe, trotz der warmen Befürwortung durch den greiſen Ehrenmann, Graf Reigersberg, mit Glanz durch. Miniſter Kleinſchrod kündigte eine ſolche Maſſe neuer Geſetzentwürfe (auch ein neues Strafgeſetzbuch) an, daß wenn ſie alle zur Berathung kommen ſollten, uns ein unendlich langer Landtag bevorſtehen müßte und keinenfalls für jetzt an eine Auflöſung gedacht wird. Morgen wird in der Abgeordnetenkammer über die Reclamation gegen das Präſidium berathen werden. Der Ausſchuß hat ſich mit 7 gegen 2 Stimmen für die Beſchwerde ausgeſprochen.

Stuttgart, 9. Juni. Die proviſoriſche Reichsregentſchaft hat bereits zu regieren begonnen. Ihr erſter Regierungsact war, daß ſie in der Perſon des ehemaligen ſächſiſchen Abgeordneten Joſeph einen Bevollmächtigten nach Baden ſchickte, welcher dahin zu wirken habe, daß ſowohl von Seiten der Reichstruppen als

der badiſchen die Feindſeligkeiten eingeſtellt würden. Zu einem Bevollmächtigten der Reichsregentſchaft in der Pfalz wurde v. Trützſchler auserleſen, welcher ſich bereits in der Pfalz befindet. Es wurde demſelben eine motivirte Vollmacht überſchickt, dahin gehend, die bisherigen Beſchlüſſe und Verfügungen des Pfälzer Landesausſchuſſes zu revidiren und im Namen der Regentſchaft daran abzuändern, was er für gut fände. Ferner wurde derſelbe beauftragt, für die Pfalz auf Grund des Reichswahlgeſetzes, jedoch mit einer neuen Wahlkreiseintheilung, eine Verſammlung zu berufen, welche über die Mittel zu berathen hätte, durch welche die Reichsverfaſſung in der Pfalz durchzuführen ſei, und die ihr der Reichscommiſſär alsdann zur Verfügung zu ſtellen hätte. Auf ähnliche Weiſe ſoll auch mit Baden verfahren werden.

(O. P. Z.)

) **Darmſtadt**, 11. Juni. Man ſpricht heute, vermuthlich mit Bezug auf die Annahme des preuß.ſchen Verfaſſungsentwurfs, von einem Miniſterwechſel, wenigſtens in den Departements des Krieges und der Juſtiz, in denen man die Energie vermißt. Auf dem Kriegsſchauplatze an der Bergſtraße herrſcht noch Ruhe. Der ernſte Angriff ſcheint nicht eher zu erfolgen, als bis er ein ganz allgemeiner, nachhaltig unterſtützter ſein kann, d. h. bis ſich ſämmtliche im Anzuge begriffenen Heeresmaſſen, außer den Preußen auch die Baiern und Oeſterreicher, auf den verſchiedenen Angriffspuncten geſammelt haben. Unſer Großherzog hat die Truppen an der Bergſtraße beſucht und iſt von ihnen mit Jubel empfangen worden. Er ſprach kräftige Worte des Dankes und der Anerkennung für ihren Muth und ihre Pflichttreue zu ihnen und umarmte öffentlich ihren wackeren Führer, den General v. Schäffer. Während verſchiedene neue Verhaftungen, namentlich im Odenwalde ſtattgefunden haben, ſind von den bei Oberlaudenbach Gefangenen 58, alſo etwas über die Hälfte entlaſſen worden. Es befinden ſich unter denſelben auch einige ſchwer Verwundete.

Darmſtadt, 11. Juni. Die Darmſt. Ztg. erklärt die in dem Frankf. Journ. enthaltene Nachricht, daß der Großherzog von Heſſen am 9. d. M. um 2 Uhr in Mainz angekommen ſei, um mit dem dort anweſenden Großherzog von Baden und dem angeblich auch eingetroffenen Herzog von Naſſau Berathungen zu pflegen, für unrichtig.

Darmſtadt, 11. Juni. Juſtizminiſter Kilian hat ſeine Entlaſſung erhalten. Zugleich iſt das Juſtizminiſterium als ſolches aufgehoben und in ein unter Oberleitung des dirigirenden Staatsminiſters ſtehendes Departement, was vorläufig von dem Miniſterialrath v. Lindelof präſidirt wird, verwandelt worden.

(O. P. Z.)

Aus Worms meldet die Darmſt. Ztg., daß die Freiſchärler geſtern Nachmittags 3 Uhr, 3 bis 400 Mann ſtark, daſelbſt erſchienen ſeien.

Mainz, 11. Juni. Bezüglich der auf morgen anberaumten Verſammlung der Wahlmänner zur Wahl eines Abgeordneten in das deutſche Parlament, an die Stelle von Zitz, iſt heute durch den Polizeicommiſſär den Wahlmännern angedeutet worden, daß die heſſiſche Regierung, da ſie die Stuttgarter Verſammlung nicht als rechtsgiltig anerkenne, die auf morgen angeſagte Wahlmännerverſammlung als ungeſetzlich und durch Art. 191 des Strafgeſetzbuchs verboten betrachte. (M. Z.)

Die betreffende Commiſſion hat hierauf erklärt, ſie werde die Wahlhandlung dennoch vornehmen.

Mainz, 11. Juni. Nachdem geſtern ſchon zwei Bataillone vom 28. und 30. k. preußiſchen Infanterieregiment nach Worms abgegangen waren, ſind ſo eben, 2 Uhr Nachmittags, auch 2 Schwadronen Dragoner nach demſelben Beſtimmungsort marſchirt.

(O. P. Z.)

Offenbach, 10. Juni. Heute Morgen iſt ein Bataillon Kurheſſen, drei Schwadronen mecklenburgiſcher Reiter und einige Stück Geſchütz hier durch nach Seligenſtadt marſchirt. (Han. Z.)

* **Wiesbaden**, 12. Juni. Die Entlaſſung Hergenhahn's und die Ernennung des Hrn. v. Wintzingerode an deſſen Stelle wird heute officiell angezeigt.

Bernburg, 9. Juni. Der Herzog von Anhalt-Bernburg verkündet heute in einer beſonderen Anſprache an die Anhaltiner, daß er „im Vollbewußtſein ſeiner Pflicht gegen unſer geſammtes großes Vaterland und insbeſondere gegen den ſeiner Regierung anvertrauten Theil deſſelben und in der wohlgeprüften Ueberzeugung, daß nur auf dieſem Wege für Gegenwart und Zukunft das hohe Ziel aller ſeiner Wünſche, Euer wahres Glück, meine lieben Anhaltiner, gefunden und geſichert werde", ſich entſchloſſen habe, für das Herzogthum Anhalt-Bernburg den Anſchluß an den von den drei Königreichen vorgeſchlagenenen Bund ſowie den Beitritt zu dem bezeichneten Verfaſſungsentwurfe erklären zu laſſen. In der dieſer Erklärung vorausgeſchickten Motivirung wird der Rücktritt von der früher ausgeſprochenen Zuſtimmung zu der von der Nationalverſammlung beſchloſſenen Reichsverfaſſung zu rechtfertigen verſucht und von der Reichsverſammlung unter Anderm geſagt: „die Vertreter des Volks in derſelben, dazu gewählt, um zwiſchen den Regierungen und dem Volke das Verfaſſungswerk zu Stande zu bringen, haben bis zum letzten Augenblicke jede Art der Verſtändigung mit jenen zurückgewieſen, vielmehr noch durch eine Reihe alles Maß verachtender Beſchlüſſe den rechtlichen Boden ihrer Aufgabe verlaſſen." (L. Z.)

▷ **Schwerin**, 9. Juni. Der Sturm hat ſich ſchon wieder gelegt. Ehe der von der Kammer erwählte Ausſchuß für die deutſche Verfaſſungsfrage für die geſtrige Sitzung ſeinen Bericht abfaſſen konnte, wurden ihm von der Commiſſion Mittheilungen gemacht, welche den Gegenſtand in ein ganz anderes Licht ſtellten und das Unrecht, welches man der Kammer gethan hatte, wieder gut zu machen ſchienen. Dieſe Mittheilungen gingen auch den Berathungen in der geſtrigen Kammerſitzung voraus und beſtanden in einer Erklärung der Commiſſarien, worin ſie im Eingange ſich faſt wundern, daß „mehrfach laut gewordenen Aeußerungen zufolge" ihre Erklärung vom 5. ſo verſtanden ſei, als ob die Regierung einſeitig ohne die Kammer habe verfahren wollen. Die Dringlichkeit der Sache habe aber eine ſchnelle Antwort erfordert, welche in dem mitzutheilenden Schreiben nach Berlin enthalten ſei. Erörterungen über die Rechte der Kammer und ſpeciell der gegenwärtigen, würden wohl bei dieſer hochwichtigen Sache nicht an der Stelle ſein, vielmehr müſſe wohl dahin geſtrebt werden, die Uebereinſtimmung zwiſchen dem Gouvernement und der Volksvertretung aufrecht zu erhalten. Es erwarte alſo die großh. Regierung die Erklärung der Kammer über dieſe Punkte: 1) die Aufforderung des königl. preuß. Miniſteriums, betreffend die Errichtung eines proviſoriſchen Schiedsgerichts; 2) die demnächſtige Anordnung der Wahlen für das zur Berathung des vorgelegten Verfaſſungsentwurfs zu berufende Volkshaus, insbeſondere den Antrag, daß dieſe Wahlen in Grundlage des mitvorgelegten proviſoriſchen Wahlgeſetzes angeordnet werden ſollen. Der definitive Beitritt, heißt es ſchließlich, wird nicht eher erfolgen können, als bis auch über dieſe Punkte eine beſtimmte Erklärung abgegeben worden iſt. Es handle ſich überhaupt nur um eine generelle Beitrittserklärung. Das oben erwähnte Schreiben nun an das preuß.ſche Miniſterium enthält die Erklärung des unſrigen, daß es auf die Propoſitionen einzugehen beabſichtige. Im Weſentlichen wird dann der vorgelegte Entwurf gelobt und ausgedrückt, daß das großh. Miniſterium auch gegen die Errichtung des proviſoriſchen Schiedsgerichts und die Anordnung der Wahlen ſeinerſeits keine Einwendungen zu machen habe. „Es glaubt ſich aber jetzt auf dieſe allgemeine Erklärung beſchränken zu müſſen, weil der hier jetzt verſammelten Kammer nur erſt im Allgemeinen Mittheilungen über die Sachlage haben gemacht werden können und weitere Verhandlungen mit derſelben noch bevorſtehen." Der Ausſchuß begehrte die heutigen Mittheilungen zur ferneren Berichterſtattung, welches die Verſammlung bewilligte, und nun der weitern — vorausſichtlich glimpflichen — Löſung dieſer Angelegenheit harrt, ohne der Anſicht Einiger von der Linken beizutreten, als vertrüge es ſich nicht mit ihrer Ehre, weiter zu arbeiten, ehe dieſer Conflict gelöſt ſei. Strelitz indeſſen hat einmal definitiv erklärt. Unſer kleiner Bruder ſetzt ſich alſo über das Unionsverhältniß keck hinweg und der gute Commiſſarius war in Verlegenheit wegen Vorlagen an den Ausſchuß.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 8. Juni. Wir haben einen officiellen Bericht der Dänen aus dem Dorfe Strib, welches gerade über der Feſtung Fridericia, an der Küſte von Fünen liegt, nach welchem bis zum 4. d. in der Feſtung nicht mehr als 44 Höfe und Häuſer völlig niedergebrannt und 115 mehr oder weniger ſtark beſchädigt ſind; die letzten Beſchießungen hätten jedoch weniger Schaden angerichtet. Bei dem Ausfall, den die Dänen in der Nacht vom 3. auf den 4. machten, hätten ſie eine ziemlich bedeutende Macht aufgeboten; man muß annehmen,

daß ſie in der Meinung waren, daß der Sturm auf die Feſtung beginnen ſollte; ſie wurden jedoch ſo weit zurückgeworfen, daß die Arbeiten an den Laufgräben vorgenommen werden konnten, denn am Morgen des 4. d. waren die Pioniere ſchon mit dem Erdwalle zum Schutz der Arbeiter fertig.

Am 5. d. Abends unternahmen die Dänen wiederum einen Angriff, um, wie es ſcheint, auf alle Fälle die Arbeiten zu vernichten. Es kam wiederum zu einem Infanteriegefecht, wobei wir das Unglück gehabt haben, den würdigen Oberſt von St. Paul, welcher früher Commandeur der 1. Brigade, ſeit der Verwundung des Oberſt Sachan aber Commandeur der geſammten Infanterie war, zu verlieren; es war dies der dritte hohe Offizier, welchen wir vor Fridericia verlieren. Das Bombardement wurde auch an demſelben Tage nur ſchwach unterhalten, und zwar nicht gegen das Innere der Feſtung, ſondern gegen die feindlichen Geſchütze auf den Wällen, wobei nur mit Vollkugeln geſchoſſen wurde; 2 Stück 84pfündige Bombenkanonen des Feindes wurden demontirt, bei einer konnte man deutlich ſehen, wie dieſelbe von der Kugel am äußern Ende getroffen, eine Strecke in die Höhe flog und einen Theil der Mannſchaft mitriß, aber auch uns wurde ein ſchweres Geſchütz demontirt und 2 Kanoniere getödtet und 6 verwundet. Man machte überhaupt die Bemerkung, daß die Dänen in letzter Zeit etwas beſſer als ſonſt ſchießen, was aber wohl nur die öftere Uebung, gegen denſelben Gegenſtand zu richten, zu Wege bringt.

Im Norden ſtanden die Preußen bis zum 4. d. noch immer eine halbe Meile vor Aarhuus und die Baiern auf dem linken Flügel eine Meile ſüdweſtlich davon. Das Hauptquartier des Generals Prittwitz befindet ſich auch noch in Horſens, wo derſelbe eine tägliche Lieferung von 1000 Pfd. Reis, 2000 Pfd. Caffee, 3000 Pot Branntwein, 30 Stück Rindvieh, 500 Fuhren Brod und eine ſehr bedeutende Quantität Heu und Stroh als Requiſitien für die Reichstruppen ausgeſchrieben hat.

Frankreich.

* **Paris**, 9. Juni. Die römiſchen Angelegenheiten beſchäftigen die Preſſe ſo ausſchließlich und ſie werden in der nächſten Sitzung der Legislative ohne Zweifel ſo ausführlich zur Sprache gebracht werden, daß es angemeſſen erſcheinen dürfte, ſchon hier denjenigen Theil der letzten Ereigniſſe und Verhandlungen, der bisher dem größeren Publikum zugänglich geworden, zu anticipiren. Wir werden dann ſpäter einfach darauf verweiſen können.

Der Wortlaut des Vertrags, welchen Herr v. Leſſeps, nachdem der bekannte Vertrag in 4 Artikeln von der römiſchen Conſtituante verworfen war, am 31. Mai mit den Triumvirn abſchloß, iſt folgender: „Art. 1. Die Unterſtützung Frankreichs wird den Bevölkerungen der römiſchen Staaten zugeſichert: dieſe Bevölkerungen betrachten die franzöſiſche Armee als eine befreundete Armee, die zur Vertheidigung ihres Gebietes mitwirkt. Art. 2. Im Einverſtändniß mit der römiſchen Regierung und ohne ſich im Geringſten in die Verwaltung des Landes einzumiſchen, wird die franzöſiſche Armee paſſende äußere Cantonnirungen beziehen, ſowohl zur Vertheidigung des Landes als wegen der Geſundheit der Truppen. Die Verbindungen ſind frei. Art. 3. Die franzöſiſche Republik garantirt das durch ihre Truppen beſetzte Gebiet gegen jede fremde Invaſion. Art. 4. Es verſteht ſich, daß gegenwärtiger Vertrag der Genehmigung der franzöſiſchen Republik vorgelegt werden wird. Art. 5. In keinem Falle können die Wirkungen des vorſtehenden Vertrags früher als 15 Tage nach der offiziellen Notification der Nichtgenehmigung aufhören. Geſchehen zu Rom und im Hauptquartier der franzöſiſchen Armee am 31. Mai um 8 Uhr Abends. (Gez.) C. Armellini. A. Saffi. J. Mazzini. Der Bevollmächtigte der franzöſiſchen Republik: Ferdinand Leſſeps.

General Oudinot verwarf dieſen Vertrag, weil Herr v. Leſſeps ſeine Vollmachten überſchritten habe und weil der Vertrag mit ſeinen eigenen Inſtruktionen im Widerſpruch ſtehe, und benachrichtigte ſofort die Triumvirn, daß er denſelben als gar nicht vorhanden betrachte. Zugleich richtete der General an Herrn v. Leſſeps ein Schreiben, in welchem er ſich beſchwert, daß dieſer ſeit dem 17. Mai alle Operationen der franzöſiſchen Truppen lähme, während die römiſchen Truppen ſich vollſtändig frei bewegen könnten, und daß er das Ultimatum vom 29. Mai, dem er, der General, ſeine Zuſtimmung gegeben, plötzlich durch eine neue Uebereinkunft erſetze, welche dem Willen ſeiner Regierung offenbar entgegenlaufe und welche er deshalb als nicht vorhanden betrachten müſſe, wie er ſich denn überhaupt in die Unmöglichkeit verſetzt ſehe, in Zukunft ſein politiſches Auftreten mit dem des letzteren in Uebereinſtimmung zu bringen.

Herr v. Leſſeps ſchrieb dem General am 1. Juni von Rom aus eine Antwort, aus welcher die folgende Stelle herauszuheben ſein dürfte: „Ich ehre, Herr Obergeneral, den Sohn eines erlauchten Marſchalls; allein man hat Ihren militäriſchen Eifer mißbraucht, Sie haben ſich, ohne es zu wiſſen, zum Werkzeug einer von den Feinden Frankreichs angezettelten Verſchwörung gemacht; meine Wachſamkeit hat bei Zeiten das finſtere Gewebe, deſſen ſämmtliche Fäden ich kenne, entdeckt und ich habe die Ehre der Armee, die Ehre Frankreichs retten können. Sie haben durch Ihre Geſchichte vom 30. April ein Miniſterium erſchüttert; dadurch daß ich den 30. Mai vereitelt habe, der ein 30. April in einem größeren Maßſtabe geweſen wäre, habe ich Sie glücklicher Weiſe verhindert blindlings Leuten zu gehorchen, die durch ihre treuloſen Rathſchläge Sie ein erſtes Mal fortgeriſſen hatten und heute Frankreich verderben wollten. Wenn Sie mich nicht für einen guten Franzoſen halten, ſo glauben Sie vielleicht, daß diejenigen, die mich im Hauptquartier erſetzt haben, es mehr ſind als ich, unter andern der offizielle Agent Rußlands beim h. Stuhle, der Pater Vaure, ein von Radetzky abgeſandter preußiſcher General, der Abbe de Brimont ꝛc. ꝛc.

Das Urtheil über die in dieſem Briefwechſel enthaltenen gegenſeitigen Anſchuldigungen muß einſtweilen ſuſpendirt bleiben, und ſo viel iſt ſicher, daß die dem Herrn von Leſſeps ertheilte Vollmacht ſich in ſehr elaſtiſchen und zweideutigen Wendungen bewegt. „Die Ereigniſſe — heißt es darin —, welche ſeit dem erſten Erſcheinen der franzöſiſchen Expedition nach Civita Vecchia eingetreten ſind, haben eine Frage, die anfangs weit einfacher ſchien, verwickelt. Die Regierung hat es daher für paſſend gehalten, neben den mit der Leitung der Streitkräfte beauftragten militäriſchen Befehlshabern einen diplomatiſchen Agenten zu ſtellen, der ſich ausſchließlich den Unterhandlungen mit den römiſchen Behörden und Bevölkerungen widmet. Um Ihnen genauere und mehr auf's Einzelne Bezug habende Inſtructionen zu geben, müßten wir über das ſeit einigen Tagen Vorgegangene Nachrichten haben, die uns fehlen. Ihr richtiges und aufgeklärtes Urtheil wird Sie den Umſtänden gemäß leiten. Gez. Drouin de l'Huys."

So weit die bekannten Actenſtücke in dieſer Angelegenheit. Am 1. Juni traf in Civita Vecchia von der Regierung in Paris für Herrn v. Leſſeps der Befehl ein, ſofort nach Paris zurückzukehren, und für den General Oudinot, ungeſäumt zum Angriff auf Rom zu ſchreiten. Herr v. Leſſeps iſt, dieſem Befehl entſprechend, bereits in Paris eingetroffen, erklärt das Gerücht einer Störung ſeiner Geiſteskräfte für eine Verläumdung und hat den Miniſter des Auswärtigen erſucht, ihn hinfort als nicht mehr im activen Dienſt befindlich (bekanntlich wurde er nach ſeiner Rückkehr aus Madrid und vor ſeiner Abreiſe nach Rom zum Geſandten in Bern ernannt) zu betrachten. General Oudinot aber hat, nach übereinſtimmenden Nachrichten, nicht nur am 3. Juni den Angriff begonnen, ſondern es wird auch bereits verſichert, daß die Regierung geſtern auf telegraphiſchem Wege ſeinen Einzug in Rom erfahren habe.

Spanien.

* **Madrid**, 4. Juni. Die ſpaniſche Regierung hat an die übrigen katholiſchen Mächte eine Note erlaſſen, des Inhalts, daß ihre nach Italien geſandten Truppen nur die Beſtimmung hätten, die perſönliche Sicherheit des heiligen Vaters zu überwachen, daß ſie aber, ſobald man ſie zu einem andern Dienſte berufen ſollte, ſofort zurückberufen werden würden. Die Zahl der in Gaeta vereinigten ſpaniſchen Streitkräfte wird auf 6000 Mann angegeben (8 Bataillone Infanterie, 3 Batterien Artillerie, 1 Compagnie Genie und 1 Schwadron Cavallerie). Oberbefehlshaber derſelben iſt General Cordova. Die ſpaniſche Flotte beſteht aus 6 Dampfern, 1 Fregatte und 2 Corvetten. In Barcelona ſollen noch weitere 4000 Mann eingeſchifft werden.

Italien.

* **Venedig** hält ſich noch trotz der unausgeſetzten Beſchießung. Vorſchläge, welche der Stadt am 2. Juni gemacht wurden und unter anderm ihre Unabhängigkeit unter öſterreichiſchem Schutz enthielten, ſind zurückgewieſen worden.

Kirchenſtaat. Die Nachricht, welche man bisher noch zu bezweifeln Grund hatte, daß nämlich auch die Oeſterreicher auf

Digitized by Google

№ 160. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 12. Juni 1849.

Ueberſicht.

Ueber den Preußenhaß.
Von der Donau. XIV.
Deutſchland. Wien (Aufklärungen über die Oktoberrevolution). Leipzig (Die Stimmung im Lande. Preußiſche Einflüſterungen. Octroyirungsgelüſte). Darmſtadt (Die politiſchen Vereine und die preußiſche Reichsverfaſſung).

Ueber den Preußenhaß.

Erwiderung auf den Aufſatz in Nro. 150 dieſes Blattes, überſchrieben: „Anſichten eines Süddeutſchen." *)

⊙ Aus der preußiſchen Rheinprovinz, 8. Juni. Wenn der Artikel, der die nächſte Veranlaſſung dieſer Zeilen bildet, vor dem von Preußen in Verbindung mit Sachſen und Hannover veröffentlichten Verfaſſungsentwurf erſchienen wäre, ſo würde dieſe geniale Manifeſtation des „leidenſchaftlichen brennenden Haſſes gegen Preußen," der nach des Verfaſſers Meinung Oſt- und Weſtdeutſchland „für immer" ſcheidet, weniger auffallend und ſchwerlich einem von jenem Brande noch nicht Ergriffenen der Gedanke einer Erwiderung gekommen ſein. Denn der Zuſtand vor dem Bekanntwerden der Regierungsvorlage war ein peinlicher; Preußen hatte die in Frankfurt beſchloſſene Reichsverfaſſung entſchieden verworfen, mit der Reichsverſammlung gebrochen und Wochen vergingen, ohne daß es ſeine eigentlichen Abſichten in der deutſchen Frage kund gab; das Mißtrauen, die Aufregung ſtiegen von Tag zu Tag; wie ſchwer war es Angeſichts der hereinbrechenden Anarchie dem ſchmerzlich ergriffenen Gemüthe des Patrioten, gerecht zu bleiben, wie leicht konnte es hier in den Irrthum verfallen, der dem Deutſchen zum großen Nachtheil ſeiner politiſchen Entwicklung als ein Erbübel anklebt, indem er nämlich, ungleich dem ſtaatsweiſen, die Wirklichkeit des Lebens ehrenden Engländer, ſeine ſubjective Empfindung als eine objective Wahrheit, den leidenſchaftlichen Drang ſeines Gemüthes als das allgemeine Bewußtſein der Nation zu betrachten pflegt. Hätten Sie daher die Anſichten Ihres ſüddeutſchen Freundes früher als den Verfaſſungsentwurf der Regierungen gebracht, ſo würde es keinen Anſtoß erregt haben, daß ein vaterländiſch Geſinnter, aber am Vaterland Verzweifelnder die Zerriſſenheit ſeiner Seele als eine im ganzen Volke eingetretene Thatſache, als eine Spaltung betrachtet, „an der nichts geändert werde, ob man morgen einen Kaiſer oder ein Directorium octroyire," es würde nicht als eine verletzende Ungerechtigkeit erſchienen ſein, daß der Schmerz über das Schickſal der Nation ſich zu erleichtern ſucht, indem er auf ein einzelnes Glied in der Kette der wirkenden Kräfte die Schuld eines Unheils häuft, das dem ruhigen Blicke nur als das Ergebniß einer Geſammtheit hiſtoriſcher Verhältniſſe und politiſcher Parteibeſtrebungen erſcheint. Wenn aber in Ihrem Blatte, nachdem es die preußiſche Verfaſſungsvorlage mitgetheilt, noch die Behauptung ausgeſprochen wird, „Preußen könne ſich des Wunders rühmen, ein Gebirge in Deutſchland aufgethürmt zu haben, das Oſt und Weſt auf immer von einander trennt," wenn hinzugefügt wird, in der Beurtheilung dieſer Thatſache gäbe es gar keinen Unterſchied zwiſchen conſervativ und radical, ſo entſchieden ſei das Aufhören Deutſchlands als eines in ſich Ganzen, das Heraustreten Preußens aus Deutſchland und die ſo an letzterem ſich vollziehende Wiederholung der Theilung Polens, wenn endlich jede Schuld an dieſer mit glühenden Farben geſchilderten Kataſtrophe von der Reichsverſammlung, von Oeſterreich, „weil es in ſeiner Falſchheit zugleich plump war" hinweg und nach Berlin „wo man ſaß und lauſchte" gewälzt wird, wenn ſage ich, ein ſolches Urtheil über Preußen ſich neben ſeinen deutſchen Verfaſſungsvorſchlag ſtellt, ſo tritt es aus der Sphäre entſchuldbarer Gereiztheit heraus in ein Gebiet, in welchem die ſchneidende Luft der geſchichtlichen Wahrheit jede Täuſchung unerbittlich zerſtreuen muß.

Wie war denn das Verhalten Preußens gegenüber der deutſchen Einheit beſchaffen? Glauben Sie nicht, daß ich die zuwartende, rückhaltende Politik, welche es von vorn herein in jener großen Frage befolgte, billige; es wäre dieſes Staates und des Geiſtes, der ihn zu ſeiner Größe empor gehoben hat, würdiger geweſen, wenn die Regierung auf eine unzweifelhafte Weiſe die Identität der preußiſchen und deutſchen Intereſſen in ihrem Benehmen gegen die Reichsverſammlung und die Centralgewalt an den Tag gelegt hätte; doch hat ſie die Letztere aufrichtiger und nachdrücklicher unterſtützt, als es kaum von irgend einem andern deutſchen Staate geſagt werden kann und die Geſchichte würde die preußiſche Politik, mit Rückſicht auf die außerordentlichen Schwierigkeiten des Jahres 1848, ſchwerlich des Mangels an Geradheit und Offenheit anklagen, wenn Preußen ſich im Jahre 49, als mit der Vollendung der Reichsverfaſſung der entſcheidende Augenblick, der Wendepunkt der deutſchen Geſchicke, eintrat, ſeines deutſchen Berufes und ſeiner auf der Sympathie des Volkes ruhenden Kraft bewußt geworden wäre, und von dieſem Bewußtſein durch eine entſcheidende bejahende Antwort auf den Ruf der Reichsverſammlung Zeugniß gegeben hätte. Konnte die Annahme nicht unbedingt, ſondern nur mit Vorbehalt gewiſſer Abänderungen der Verfaſſung, ſo wie nur mit Vorbehalt der freien Zuſtimmung der andern deutſchen Regierungen ausgeſprochen werden, ſo hätte doch die feſte Stellung, in welche Preußen zu der Verfaſſungsfrage durch eine für ſich ſelbſt bindende Erklärung getreten wäre, Deutſchland vor den unſeligen Verwickelungen bewahren können, in welche es gerathen iſt, nachdem bei der Unentſchiedenheit des preußiſchen Cabinets 29 Regierungen, mehr oder weniger von der Bevölkerung ihrer Staaten gedrängt, der Verfaſſung einſeitig zuſtimmen und die Nationalvertreter, um nicht ihr ganzes, mühſam errichtetes Werk durch einen die Kaiſerwahl aufhebenden Mehrheitsbeſchluß vernichtet zu ſehen, ihr unverbrüchliches Feſthalten an der einmal beſchloſſenen Verfaſſung ausſprechen mußten. Jedenfalls hätte die preußiſche Regierung durch eine ſolche beſtimmte Erklärung des Königs gegen die Deputation mehr Bereitwilligkeit zur Verſtändigung mit der Reichsverſammlung und mehr Achtung gegen die Beſchlüſſe dieſer hohen Körperſchaft an den Tag gelegt, hierdurch aber die Erwartungen und das Selbſtgefühl der Nation wahrlich mehr befriedigt, als dies durch eine nicht annehmende und nicht ablehnende, aber auf eine Vereinbarung unter den Fürſten hinweiſende Antwort möglich war. Bei dem Entſchluß zu letzterm Verfahren mögen edele Beweggründe, insbeſondere die Scheu, von der Gunſt des Augenblicks Vortheil auf Koſten bisher Gleichberechtigter zu ziehen, maßgebend geweſen ſein; er iſt nichts deſtoweniger ein Fehler oder vielmehr er entſpringt aus dem Fehler, daß man, was eine geſchichtliche Nothwendigkeit, alſo über jene Rückſichten erhaben iſt, als eine Gunſt des Augenblicks betrachtete, in dem Ruf der Reichsverſammlung mehr den Beſchluß einer zufälligen Majorität, als den legalen Ausdruck des Geſammtwillens der Nation erkannte.

Es gehört nicht hierher, die traurige Lage zu erörtern, in welche die Reichsverſammlung während der hierauf in Berlin ſtattfindenden Conferenzen gerieth. Leider verließ ſie ſelbſt durch ihre Beſchlüſſe vom 4., 10. Mai u. ſ. w., betreffend die Ausſchreibung von Wahlen, Anberaumung eines Reichstages, Erklärung gegen Preußen wegen der Intervention in Sachſen, denjenigen Weg, auf welchem vielleicht doch bei muthigem Beharren noch eine befriedigende Löſung zu finden geweſen wäre. Es hätte der Abberufung der Deputirten nicht bedurft, um die Auflöſung der Verſammlung zu bewirken; ſie hatte durch jene Beſchlüſſe ihr Fortbeſtehen, ſofern daſſelbe nicht geradezu der Anhaltspunkt der Revolution werden ſollte, unmöglich gemacht. Mit ſchmerzlicher Bewegung ſah man die Männer, auf deren Wirkſamkeit ſo viele Hoffnungen geruht hatten, aus ihrer unhaltbar gewordenen Stellung ausſcheiden, mit fieberhaft geſpannter Erwartung

*) Sowohl durch die Ueberſchrift, welche wir jenem Artikel gaben, als durch die Anmerkung, mit welchem wir ihn begleiteten, glauben wir jedem Mißverſtändniß vorgebeugt zu haben, als ob die „Anſichten eines Süddeutſchen" die unſrigen wären. Wir bemerkten ausdrücklich, daß wir jenen Aufſatz nur deshalb aufnähmen, weil er Zeugniß ablege von einer in Süddeutſchland weitverbreiteten Stimmung, alſo eine Thatſache darlegt. Und Thatſachen berichten wir ohne Unterſchied, ob ſie uns willkommen ſind, oder nicht. Der Preußenhaß in Süddeutſchland iſt leider auch nach dem Erſcheinen des Entwurfes eine Thatſache geblieben, und Wunden heilt man nicht, indem man ſie zudeckt. Im Uebrigen halten wir feſt an unſerem Grundſatze, nicht Anſichten aller Art, die ſich ſelbſt widerſprechen, unſere Spalten zu öffnen. Wir verſtoßen gegen jenen Grundſatz auch nicht, indem wir dem folgenden Aufſatze gern eine Stelle einräumen. Wir zählen deſſen verehrten Verfaſſer zu unſerer Partei, wenn auch die ſchwierigen Umſtände unſerer Lage Gelegenheit geben zu verſchiedener Auffaſſung und die ſeinige mit der unſeigen nicht völlig übereinſtimmt. Eben ſolche verſchiedene Auffaſſungen bei weſentlich gleicher Richtung müſſen jetzt in der Preſſe, wie ſpäter in Gotha, mit einander möglichſt ausgeglichen werden, um gemeinſchaftliches Handeln möglich zu machen. Wir laſſen die milde verſöhnliche Stimme um ſo lieber ſo zu ſagen in unſerer eigenen Mitte erſchallen, als wir überzeugt ſind, daß ſie auch nach der andern Seite hin ihren Einfluß geltend machen wird.

blickte man auf die Regierungsconferenz in Berlin. Ihr Reſultat liegt uns jetzt vor. Die lange Dauer der Verhandlungen, in welcher dennoch die Renitenz Baierns nicht hat beſiegt werden können, deutet, wie manches Andere, darauf hin, daß die Gewiſſenhaftigkeit, mit welcher Preußen, gegenüber der Reichsverſammlung, die Rechte der andern Souveräne zu wahren bemüht war, bei dieſen wenig Anerkennung gefunden hat. Um ſo mehr gereicht es Preußen zur Ehre, daß es den Bundesſtaat in dem Charakter gewollt und durchgeſetzt hat, der dem Bedürfniß der Nation entſpricht und den das Verfaſſungswerk der Reichsverſammlung ihm aufgedrückt hat.

Wenn der politiſch gereifte Theil des deutſchen Volks in dem Gagern'ſchen Programm, an welchem die Mehrheit der Reichsverſammlung ſtets feſtgehalten hat, ſeine Anſchauung von der Neugeſtaltung Deutſchlands ausgedrückt fand, ſo kann er die Verfaſſungsvorlage der drei Regierungen, welche auf den Grundſätzen jenes Programms beruht, nur mit Anerkennung begrüßen. Der, die deutſche Zukunft entſcheidende Gedanke eines als repräſentativer Bundesſtaat ohne Oeſterreich organiſirten, aber mit dieſem im engen Bündniß ſtehenden Deutſchlands iſt trotz alles Widerſtandes durchgeführt und ſo die unerläßliche Bedingung einer ſelbſtſtändigen deutſchen, von ausländiſchen Intereſſen unabhängigen Politik feſtgehalten worden. Eine zweite nicht minder wichtige, durch bekannte Beſtrebungen ſehr gefährdete Bedingung der nationalen Einheit und Größe iſt erfüllt: das Directorium als ausübende Regierungsgewalt, dieſe Wiederherſtellung des alten Bundestages in milderer Form, iſt ungeachtet der Zähigkeit und diplomatiſchen Betriebſamkeit ſeiner einflußreichen Anhänger beſeitigt und die Executivgewalt dem Reichsoberhaupt ausſchließlich übertragen worden. Es wird in Erfüllung gehen, was Heinr. v. Gagern als Präſident des Reichsminiſterraths am 5. Jan. d. J. ausſprach: „Die Hoffnung, wo ſie auftauchen möchte, daß die Zeit gekommen ſei, den ſtarken Bundesſtaat mit dauerhafter, einheitlicher oberſter Gewalt in der Geburt zu erſticken und ſie durch ein Surrogat zu erſetzen, das dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, dieſe Hoffnung wird zu Schanden werden."

Man ſage nicht, daß das Weſen des Bundesſtaates durch die größere Berückſichtigung, welche der Regierungsentwurf den Einzelſtaaten widmet, in bedenklicher Weiſe alterirt werde. Ich läugne nicht die Wichtigkeit der in dieſer Hinſicht vorgenommenen Abänderungen, ich vermiſſe ungern in dem Entwurf die Berechtigung der Reichsgewalt, die geſammte Poſtverwaltung an ſich zu nehmen, die Erhebung der Zölle anzuordnen ſtatt blos zu beaufſichtigen; auch halte ich die Beſtimmung, welche die Matricularbeiträge zur Haupteinnahmequelle des Reichs macht, nach den kläglichen Erfahrungen der proviſoriſchen Centralgewalt für unpraktiſch und es wird ſich zeigen, ob die Befugniß, Anleihen (ſelbſtredend wohl mit Verpflichtung aller Einzelſtaaten) zu contrahiren, ausreicht, dem Finanzhaushalt des Reichs eine ſichere Unterlage zu geben. Die Entwickelung der Verfaſſung wird übrigens naturgemäßer und mit geringerer Gefahr für ſie ſelbſt vor ſich gehen, wenn durch den Einfluß des Volkshauſes eine etwaige Hemmung der einheitlichen Reichsregierung allmählig beſeitigt, als wenn umgekehrt eine zu ſchroffe Centraliſation auf das dem Bundesſtaate entſprechende Maß zurückgeführt werden muß. Die Befürchtung, daß die Theilnahme des Fürſtencollegiums an der Geſetzgebung der Executivgewalt den einheitlichen Charakter benehme, iſt ungegründet.

Mit Verwunderung finde ich in einem Aufſatze, überſchrieben: „Zum preußiſchen Entwurf", den heute die zweite Beilage zu Nr. 151 Ihres Blattes bringt, eine theils unrichtige, theils unverſtändliche Anſicht von der Bedeutung jener Inſtitution ausgeſprochen. Unrichtig, weil ſie annimmt, daß durch das Fürſtencollegium die Volksvertretung in beiden Häuſern zur berathenden Stimme und zum Scheinleben herabſinkt, wobei gänzlich überſehen iſt, daß keine Vorlage des Fürſtencollegiums ohne Zuſtimmung beider Häuſer zum Geſetz erhoben werden kann.*) Unverſtändlich, weil ſie behauptet, das Fürſtencollegium habe nicht allein nachher ein Veto, ſondern auch vorher, und zwar, weil es die Initiative der Geſetzgebung beſitze. Hierin könnte nur dann ein Sinn liegen, wenn das Fürſtencollegium die Initiative der Geſetzgebung ausſchließlich hätte; da aber nach §. 97 des Verfaſſungsentwurfs das Recht des Geſetzvorſchlags jedem Hauſe zuſteht, ſo iſt jene Aeußerung ebenſowenig zutreffend, als manche andere Ausſprüche, durch welche der Verfaſſer ſeine Abneigung gegen Preußen,*) wie ſeine Verurtheilung des Regierungsentwurfs zu begründen ſucht und auf die ich noch näher zurückkomme. Das Fürſtencollegium iſt allerdings eine bedeutende Abänderung der in Frankfurt beſchloſſenen Reichsverfaſſung zu Gunſten der Einzelſtaaten, welchen letzteren die Reichsverſammlung in ihrer vielleicht zu ſehr centraliſirenden Richtung ſelbſt eine berathende Stimme verſagt hatte. Auch iſt nicht zu verkennen, daß durch die Theilnahme des Fürſtencollegiums an der geſetzgebenden Gewalt des Reichsoberhaupts — welche Theilnahme jedoch nicht als eine getrennte Wirkſamkeit aufzufaſſen iſt, da Reichsvorſtand und Fürſtencollegium das Veto und die Initative nicht jeder für ſich, ſondern nur collectiv ausüben — der Geſchäftsgang unter Umſtänden erſchwert werden kann; aber eine Gefahr für eine einheitliche Politik, eine nachtheilige Hemmung der Legislatur und der durch dieſe doch nur mittelbar berührten Executivgewalt kann ich darin nicht erblicken. Die Entſcheidung im Fürſtencollegium wird nicht ſowohl, wie der Verfaſſer jenes Aufſatzes meint, eine Frage der Particularintereſſen, ſondern eine Frage der Macht ſein; in einem Zuſtande verfaſſungsmäßiger Freiheit wird die Macht aber ſtets denjenigen Regierungen zur Seite ſtehen, die ſelbſt auf Seite des Volkes ſtehen, und wenn das Reichsoberhaupt mit der durch das Volkshaus und das Staatenhaus repräſentirten öffentlichen Meinung im Einklang iſt, ſo wird es ihm nie ſchwer werden, zu den beiden Stimmen, die ihm als Vorſitzenden des Fürſtencollegiums verfaſſungsmäßig zuſtehen, noch zwei andere, alſo die Mehrheit, zu erlangen.

Daß aber die Vorlage der drei Regierungen einen Zuſtand verfaſſungsmäßiger Freiheit begründet, wird Niemand läugnen, der ſich über die Tragweite der Grundrechte und über den Werth ihrer Verkündigung und ihrer Gewährleiſtung von Reichswegen ein Urtheil gebildet hat. Und die wenigen von den Regierungen ausnahmsweiſe nicht mit aufgenommenen Beſtimmungen wiegen wahrlich nicht ſchwer, wenn man die Fülle der durch jene Vorlage zur Anerkennung gelangten Volksrechte betrachtet; wenn man ſich den Zuſtand materieller und moraliſcher Wohlfahrt vergegenwärtigt, deſſen unſer Volk durch weiſe Benutzung dieſer magna charta theilhaftig werden wird. Es gibt freilich in unſerer negirenden Zeit, der vor lauter Verneinung der Inhalt des Lebens faſt ganz abhanden gekommen iſt, eine weit verbreitete Richtung, die alles Gegebene, wenn ſie es nicht durch das Mittel der Kritik zerſtören kann, durch den Zweifel an der Aufrichtigkeit der Urheber zu vernichten ſucht und auch der Aufſatz in Nr. 151 ſagt von der Berliner Verfaſſung: „man gäbe ſich wohl mit ihr zufrieden, ohne all zu ängſtliche Prüfung, wenn man nur an deren Beobachtung glaubte." Dieſer Richtung iſt aber eben durch nichts zu helfen, ſie würde ihren Unglauben der vollkommenſten Verfaſſung eben ſo hartnäckig entgegen ſtellen, als der mangelhaften; ſie macht jede Wiederherſtellung der durch den politiſchen Bildungsproceß der Gegenwart aufgelöſten Grundverhältniſſe des Staatslebens unmöglich und wie unbekümmert ſie die Nation einer allgemeinen Zerrüttung entgegen zu führen bereit iſt, zeigt ſich in dem Rathe, den der mehrerwähnte Aufſatz der nationalen Einheitspartei gibt. Erfordert ſie zu der Erklärung auf (?) keine Wahl noch ſonſt eine freiwillige Handlung, die eine Anerkennung dieſer Verfaſſung in ſich ſchlöſſe, vorzunehmen und ſagt dann weiter: „Eine ſolche Erklärung der Notablen Deutſchlands, bedeckt mit den Namen ſeiner beſten Vertrauensmänner, könnte hinreichen, das Verfaſſungsproject noch in der Geburt zu erſticken; und wenn man die Männer fragt: was dann? ſo dürften ſie allenfalls antworten: Wenn wir die Reaction haben ſollen, ſo wollen wir ſie ganz und voll; aber wir wollen die Einheit des Vaterlandes, die höchſte Idee, die wir im Herzen tragen, nicht entweiht ſehen durch ein Syſtem der Halbheit und der Lüge, wie wir es vorausſehen von einer Verfaſſung, die mit dieſen Beſtimmungen, unter dieſen Auſpizien, von dieſen Männern ans Licht gebracht iſt."

Alſo die nationale Einheitspartei ſollte den Weg zu einem Syſtem der Halbheit und der Lüge in der Verfaſſung erkennen, die dem Weſen nach mit der in Frankfurt beſchloſſenen identiſch und von welcher nachzuweiſen iſt, daß mehrere der wichtigſten

*) Der Kern der Bedenken gegen das Fürſtencollegium iſt oben nicht beſprochen, viel weniger widerlegt.

*) Der Verfaſſer jenes Aufſatzes hat, ſo viel wir wiſſen, keine Abneigung gegen Preußen; aber eine deſto größere gegen das gegenwärtige preußiſche Miniſterium.

Abänderungen, Verbeſſerungen im Sinne eben jener Partei ſind? Sie ſollte das einzige noch übrige Mittel zur Erreichung ihres Zweckes, zur Rettung und Erhebung Deutſchlands in der Geburt erſticken? Wenn es Verblendung iſt, in dem Regierungsentwurf nicht das Werk der Reichsverſammlung wieder zu erkennen, ſo iſt es eine eben ſo unbegreifliche und im Angeſichte der Gefahr des Vaterlandes frevelhafte Verſtockung, dieſe aus dem Geiſte der Nation hervorgegangene Schöpfung darum verläugnen zu wollen, weil ſie unter dieſen oder jenen Auſpicien, von dieſen oder jenen Männern zur Verwirklichung gebracht wird. Niemand hat den Schmerz und das klägliche Ende der Reichsverſammlung, die Bitterkeit der Lage, in welcher ſich die edelſten Vaterlandsfreunde befanden, tiefer mit empfunden, als ich; aber ich würde einen Verrath an den Geſinnungen dieſer Männer zu begehen glauben, wenn ich es nur einen Augenblick für möglich hielte, daß ſie jenem verderblichen Rathe zu folgen und ſich durch perſönliche Gereiztheit, ſtatt durch unerſchütterliche Vaterlandsliebe und durch ruhige ſtaatsmänniſche Erwägung beſtimmen zu laſſen, im Stande wären. Sie haben nicht um ihrer perſönlichen Befriedigung willen ſeit Jahresfriſt, und Manche unter ihnen auch noch wohl länger, dem Vaterlande ihre beſten Kräfte geopfert; ſie werden alſo auch jetzt ſich ſelbſt hintanſtellen und gerne auf perſönliche Genugthuung verzichten, wenn nur der große Zweck, für den ſie wirken, erreicht wird; wenn nur ihre in mühſeligem Ringen vollendete Arbeit, ſei es auch durch andere Hand, der Nation zu Gute kommt. Und iſt denn nicht die von den 3 Königreichen vorgelegte Verfaſſung ihre Arbeit? Hätten die Regierungen ohne die Reichsverſammlung jemals einen ſolchen Bau errichten können, errichten wollen? Ja, erhoben ſich bis zu dieſer Höhe die kühnſten Hoffnungen der Vaterlandsfreunde, als vor kaum anderthalb Jahren der beſcheidene Baſſermann'ſche Antrag „auf Vertretung der deutſchen Ständekammern beim Bundestage" die allgemeinſte Sympathie erregte? (Schluß folgt.)

Von der Donau.
XIV.

♉ Die Reichsverfaſſung von der Spree dient den Wiener Blättern fortwährend zur Zielſcheibe heftiger Angriffe; ſie ſchlagen plötzlich den Ton der Oppoſition an. Der „Reichsvorſtand" iſt der ſchwarze Punkt, nach dem alle ihre Kugeln gerichtet ſind. Unter all den Artikeln iſt jedoch nur dem eine Bedeutung zuzuſchreiben, der dem Einfluſſe des Miniſterpräſidenten Fürſt Schwarzenberg entſpringt, und es mögen einige Stellen aus dem Oeſterreichiſchen Correſpondenten hier Platz finden.

Nr. 128: „Wir müſſen noch jetzt wiederholen, was wir immer behaupteten: Oeſterreich ſteht an der Spitze von Deutſchland, mit altem wohlbegründetem Rechte, und noch jetzt mit wohlbegründeter Macht. Sollten Preußens Bemühungen dahin gehen, Oeſterreich von ſeinem Platze wegzudrängen und denſelben einzunehmen; ſollte Preußen darauf beſtehen, die Centralgewalt in ſeine Hand zu nehmen, dann wäre es ein uſurpatoriſches Beſtreben, welches ſich früher oder ſpäter rächen muß. Beklagen müßten wir, wenn dieſer ungemeſſene Ehrgeiz der preußiſchen Staatsmännrr zu Colliſionen führen würde, aber auf dieſem Wege wird Deutſchlands Größe im Zwieſpalt zwiſchen Oeſterreich und Preußen begraben."

Man muß dem Fürſten Schwarzenberg Dank ſagen für dieſen klaren Wein, wie er kaum auf Johannisberg gedieh, wenn das deutſche Volk eine kleine Macht uſurpiren wollte. Ob aber der Gaumen des Königs von Preußen Geſchmack an dieſem öſterreichiſchen Trunke finden wird, ſteht zu bezweifeln. Was wird nun aus dem „Reichsvorſtand" werden, von dem Hannover ſich wieder losſagt (?) und den der Sachſenkönig erſt ſeiner Kammer zur Beſtätigung oder Verwerfung vorlegt?

Aber nicht genug. Das Organ des Fürſten Schwarzenberg führt auch für Baiern das Wort.

Oeſterr. Corr. Nr. 129: „Wie war es möglich anzunehmen, daß Baiern — von Oeſterreich wollen wir hier gar nicht ſprechen — eine Macht zweiten Ranges ſich herbeilaſſen könnte, in ein Fürſtencollegium zu treten, an deſſen Spitze der König von Preußen ſteht!"

Das iſt eine Priſe gebeizten Tabaks. Solche Sprache führen die monarchiſchen, legitimen Blätter.

Ferner heißt es: „Wenn auch Preußen die letzten (!) Beſchlüſſe des Frankfurter Parlaments mit Recht für ungiltig erklärt, ſo haben doch unbeſtritten die andern Fürſten, in die Berlin nicht vertreten ſind, ihrerſeits auch die Freiheit anders zu denken!"

Das miniſterielle Wiener Blatt hebt ſodann die Zurückſetzung hervor, welche bei dem Fürſtencollegium für Baiern ſtattfände, da Sachſen ſeinem Retter auf Gnade und Ungnade ergeben iſt, und ſonach Baierns Votum rein Null wäre. Der Sitz der Reichsgewalt wäre in Berlin, wo der Reichsvorſtand in eigener Perſon, die andern Fürſten durch Geſandte repräſentirt wären. „Dieſe und andere Bedenken mußten Baiern abhalten", heißt es weiter, „ſeine Uebereinſtimmung auszuſprechen, und dieſe Bedenken hätten auch dann noch eine unerſchütterliche Bedeutung, (hört!) wenn die andern für das Fürſtencollegium aufgezählten Staaten bereits ihre Zuſtimmung gegeben hätten". Alſo dem preußiſchen Miniſterium: Niemals, wird ein öſterreichiſch-baieriſches: Niemals, Niemals entgegengehalten.

In ſeiner Oppoſition gegen die Berliner Octroyirer geht das miniſterielle Blatt ſo tief, daß es ſogar „das Volk" in Betracht zieht, das doch ſonſt gar nicht in den Augen der Wiener Miniſter exiſtirt: „Das konnte unmöglich die Anſicht der Völker ſein, daß man ihnen jetzt eine neue Trennung zumuthet, und man wird es ihnen am Ende (!) nicht verargen können, wenn ſie bei der Frankfurter Verfaſſung ſtehen bleiben wollen." Alſo lieber mit dem Volke, als mit dem preußiſchen Reichsvorſtande! Die oft und mit Kenntniß der Perſonen geäußerte Anſicht, daß das Ollmützer Cabinet die Reichsverfaſſung bis auf Geringes angenommen hätte, wenn die Dynaſtie Habsburg auf den deutſchen Thron geſetzt worden wäre, findet hier ihre Beſtätigung. Man will hier nur die Gewalt in Händen haben, alles Uebrige arrangirt man — mit Gewalt. Deshalb ſagt auch das miniſterielle Blatt: „In Deutſchland muß vor Allem erſt Ruhe geſchaffen werden und jede in dieſem Augenblick von Oben ausgehende Verfaſſung iſt eine voreilige Arbeit." „Wir fürchten daß die preußiſche Regierung, ſtolz auf die gegenwärtige Ruhe in ihren Ländern, ein zu kühnes Wageſtück unternommen hat."

Es iſt mehr als komiſch. Das belagerungsſüchtige öſterreichiſche Miniſterium ſagt dem belagerungsſüchtigen preußiſchen Miniſterium, es habe ein zu kühnes Wageſtück unternommen. Als ſtünde dem König von Preußen nicht der Weg frei nach Petersburg, wie ihn der Kaiſer von Oeſterreich mit Courierpferden gefahren, und wenn man die Ruſſen im Rücken hat, kann man fort und fort octroyiren, belagern und beſtandrechten, ohne Furcht zu verſpüren. Das miniſterielle Blatt ſchließt:

„Die Verwirrung in Deutſchland ſteigt; wo man hinblickt, Uebereilung und Rathloſigkeit. Aber der einzige Punkt in dieſer Rieſendrehſcheibe ſteht feſt: daß ohne Oeſterreich kein neuer Bau in Deutſchland möglich iſt; daß ſich Deutſchland ſammt Preußen ſelbſt vernichtet, wenn es Oeſterreich hinausoctroyiren will."

Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß Oeſterreich durch das Miniſterium Schwarzenberg nicht vernichtet, aber zum Ruſſenſchützling herabgewürdigt iſt, weil es durch dieſes Cabinet aus Deutſchland herausoctroyirt wurde. Das Miniſterium Schwarzenberg hat unſern natürlichen Bundesgenoſſen ſchmählich und freiheitsmörderiſch verſtoßen, hat ein Centraliſationsphantom und den Scheinconſtitutionalismus für den Kaiſerſtaat eingeführt, und mit „nihiliſtiſchen Vorſchwebeleien" und undeutſchen Intriguen die Nationalverſammlung und die deutſchen Fürſten an den Strudel der Revolution oder Militärherrſchaft gebracht. Das Miniſterium Schwarzenberg raubte dem jungen Fürſtenſohne Habsburg die Zier der freien deutſchen Kaiſerkrone, und ſelbſt der heimiſche Purpurmantel muß durch Koſakenſpieße zuſammengeheftet werden, ſonſt entfällt er. Alle verfolgten Diebe ſchreien: fangt ihn, damit man ſie nicht angreife, und ſo macht es das miniſterielle Journal, ohne jedoch die vom ganzen Volke erhobenen Anklagen zurückweiſen zu können. Soll Oeſterreich an die Spitze Deutſchlands gehören, ſo gehört vorerſt an die Spitze Oeſterreichs eine liberale Conſtitution, ein ehrliches Regiment, das die Krone in Glanz und Macht, das Volk in Recht und Freiheit erhält. Das Miniſterium Schwarzenberg hat die Freiheit des Volkes vernichtet, das Recht der Bürger in Willkür umgewandelt, die Macht des Staates geſchwächt und verunglimpft, und den Glanz der Kaiſerkrone für alle Zeiten getrübt durch das ruſſiſche Bündniß. Der Schützling Rußlands kann nicht an die Spitze Deutſchlands geſtellt werden.

Deutſchland.

Wien, 6. Juni. Henſelmann, bekannt durch ſeine Aufſätze in der deutſchen Vierteljahrsſchrift für Ungarn, und als Miniſterialconcipiſt unter Pulszky im November verhaftet, wurde vor einigen Tagen der Unterſuchungshaft entlaſſen, wie überhaupt der

Glaube, daß Pulszky und ſeine Beamten einen unmittelbaren Einfluß auf die Wiener Octoberrevolution geübt hätten, durch die Unterſuchungsacten nicht beſtätigt, vielmehr die Thatſache herausgeſtellt werden ſoll, daß der demokratiſche Club, deſſen Mitglied Pulszky nicht war, durch ſeinen Präſidenten Tauſenau, dann die Koryphäen der radicalen Preſſe: Häfner, Becher, Mahler, Jellinek u. ſ. w. und einige andere Mitglieder, einige Unteroffiziere des Grenadierbataillons verführte und die Maſſen bethörte. (Allg. Z.)

*** **Leipzig**, 7. Juni. Unſere Zuſtände ſind in dieſem Augenblicke verwickelter, als es bei der äußerlichen Ruhe vielleicht den Anſchein hat, und ich fürchte, es wird in nächſter Zeit an Conflicten nicht fehlen. Der Regierung günſtig geſtimmt iſt man im Land wahrhaftig nicht, mögen die Gutgeſinnten in Dresden die preußiſchen Truppen noch ſo ſehr fetiren, mögen ſie noch ſo ſehr ſich bemühen, die vom Militär überhaupt begangenen Greuel, deren ſehr viele und ſehr arge geweſen ſind, zu vertuſchen und zu beſchönigen, mögen die reaktionären Blätter noch ſo giftig gegen Alles eiſern, was treu an der Märzrevolution und ihren Folgen hängt! Man gebe nur auf dem platten Lande umher und höre, wie man dort die Haltung der Regierung in den letzten 6 Wochen beurtheilt, und man wird bald die Ueberzeugung gewinnen, daß man mit Bajonetten wohl einen unſinnigen Aufſtand zu unterdrücken, nicht aber die verloren gegangene Liebe und Anhänglichkeit auf's Neue einzuimpfen vermag. Das Miniſterium namentlich hat nach doppelter Richtung hin einen ſchwierigen Stand. Im Volk fehlt es ihm an Vertrauen, und was das Vertrauen einigermaßen erſetzen könnte, die Gewalt, kann ſie trotz der fremden Hülfstruppen nicht in Anwendung bringen, weil der König, ſo entſchieden er ſich auch in der deutſchen Frage dem Willen des Volkes entgegengeſtellt hat, zu den Conſequenzen, vor denen man in anderen Staaten nicht zurückſchreckte, ſeine Einwilligung eben ſo energiſch verſagt. Ginge es nach Hrn. v. Beuſt, ſo wären wir wohl ſchon längſt auf dem beſten Wege, faktiſch eine preußiſche Provinz zu ſein, die ihre Befehle in letzter Inſtanz aus Berlin erhält, und alle die guten Leute, die früher mit Hrn. v. d. Pfordten und in ſeinem Sinne ſich dagegen ſträubten, von Preußen ins Schlepptau genommen zu werden, ließen es ſich jetzt trotz aller Hoheitsrechte des ſächſiſchen Throns recht gerne gefallen, noch tiefer in dieſes Schlepptau zu gerathen, als wir bereits ſind. Der König aber ſteht dem entgegen und nicht aus Stolz, ſondern aus Rechtsgefühl. So wiſſen wir aus guter Quelle, daß man, ohne Zweifel auf Geheiß von Berlin, daran denkt, ein Wahlgeſetz zu octroyiren, daß man aber beim König auf den allerentſchiedenſten Widerſtand ſtößt. Hätte die Regierung nicht etwas der Art beabſichtigt, ſo wäre es auch zu unpolitiſch von ihr geweſen, die Wahlen zum neuen Landtag nicht jetzt auszuſchreiben, jetzt, wo die Agitatoren der Radicalen in Haft oder auf flüchtigem Fuß ſind, die Organiſation ihrer Vereine aber, die allein ſie ſtark machte, durch den innern Zwieſpalt, der kurz vor dem Dresdener Aufſtand in ſie gekommen war, ſo gut wie vernichtet iſt. Im Sinne der „Gutgeſinnten" werden die Wahlen ſelbſtverſtändlich bei dem jetzigen Wahlgeſetz nie ausfallen, es würde wenn nicht die radicale, immer die gemäßigt freiſinnige Partei die Oberhand behalten, von der eine ſtarke Oppoſition in der Kammer denn auch die Möglichkeit böte, ein parlamentariſches Miniſterium endlich ein Mal zu bekommen. Dieſe Partei hat wohl das Miniſterium Beuſt zu ſcheuen, das Land und die conſtitutionelle Monarchie nicht, und ſo gebot die Klugheit, jetzt neue Wahlen auszuſchreiben, wo man den entſchiedenen Freiſinn mit ſeinem ſouveränen Unverſtand nicht zu fürchten hatte, vorausgeſetzt, daß nicht ein Gewaltſtreich, in Form friedlicher Octroyirungsverſuche beabſichtigt wurde. Wie es in drei Monaten um die Stimmung im Lande, die Organiſation der radicalen Partei, die Thätigkeit aller der neuen Führer ſteht, liegt außer aller Berechnung, jedenfalls würde dann ein Sieg der äußerſten Linken wahrſcheinlicher ſein, als jetzt. Was wird aber Preußen dazu ſagen, wenn ihm gleich der erſte Schritt verweigert wird, den es anräth und anrathen muß, weil ohne ihn und ähnliche ſeine offenkundigen und geheimen Pläne doch auf die Dauer unausführbar bleiben? Feſter wird der Bund dadurch ſchwerlich werden!

△ **Darmſtadt**, 10. Juni. In den letzten acht Tagen kam ziemlich viel Bewegung in unſere politiſchen Vereinen durch die neue preußiſche Reichsverfaſſung. Hr. Groſch, ein Badenſer, Beamter bei der Direction der Main-Neckar-Eiſenbahn dahier, wollte von dem vaterländiſchen Verein, deſſen Mitglied er iſt, beſchloſſen haben: „in einer Adreſſe an die hohe heſſiſche Staatsregierung die Gründe auseinander zu ſetzen, welche es unerläßlich machten, daß Heſſen in den von den Königreichen Preußen, Sachſen und Hannover errichteten Bundesſtaat unverzüglich eintrete." Die Erwägungen, welche dieſem Antrage vorausgingen, lehnten ſich an die behauptete „thatſächliche Unmöglichkeit," „die von der deutſchen Reichsverſammlung verkündete Reichsverfaſſung in jenen zum Theil mächtigſten Staaten Deutſchlands durch- und eingeführt zu ſehen;" daran, „daß durch ein beharrliches Beſtehen auf der einmal anerkannten, von der deutſchen Reichsverſammlung verkündeten Reichsverfaſſung von Seite der übrigen kleineren deutſchen Staaten der Zweck eines kräftigen und einigen Deutſchlands nicht erreicht, vielmehr eine Spaltung zwiſchen Nord- und Süddeutſchland herbeigeführt würde;" endlich daran, „daß einem ſolchen Verhältniß mit allen ſeinen verderblichen Folgen um jeden Preis, ſelbſt mit Aufopferung einzelner Freiheiten und Principien, vorgebeugt werden müſſe." Ein Zwiſchenſatz, welcher den angetragenen Beſchluß einleitete, ſollte dann die Erklärung der Verſammlung enthalten: „nur der äußeren Nothwendigkeit zu weichen, wenn ſie abſehe von dem bisher ſtets von ihr feſtgehaltenen Princip der Volksſouveränetät." In der hierauf erfolgten zahlreichen Verſammlung des vaterländiſchen Vereins erhob ſich eine Oppoſition gegen jenen Antrag, und in der That hätte es auch etwas den Verein Herabwürdigendes gehabt, wenn dieſer, bisher Leben und Blut bietend für die Nationalverſammlung und die von dieſer beſchloſſene Reichsverfaſſung, nun nichts eifriger hätte thun können, als die bequeme Straße zur Umkehr einzuſchlagen. Zudem befürchtete man den Austritt mehrerer Vorſtands- und anderer Mitglieder des Vereins, wenn die Mehrheit des Vereins ſich für den Antrag des Herrn Groſch entſchiede. Das Ende des kleinen oratoriſchen Gefechts war alſo, daß die Berathung des Antrages auf unbeſtimmte Zeit verſchoben wurde. Gewiß haben auch Viele in der Vorausſetzung ſo geſtimmt, daß die Begebenheiten ſich unterdeß thatſächlich entwickeln würden und ſo der vaterländiſche Verein aus der unangenehmen Lage käme, zum Voraus eine beſtimmte Erklärung abgeben zu müſſen. Anders der conſtitutionell-monarchiſche Verein in Darmſtadt, der zwei Tage ſpäter dem Ziele beſtimmter zutrat. Geſtützt darauf, „daß in einigen Theilen Deutſchlands die Anarchie ihr Haupt erhoben und das Glück des geſammten Vaterlandes auf lange Jahre in Frage geſtellt habe, daß die Reichsregierung bis jetzt nicht die Kraft oder den Willen bethätigt habe, die geſetzliche Ordnung herzuſtellen, und daß durch die in Deutſchland eingetretene Spaltung die Einheit und Freiheit gefährdet werde," faßte er den Beſchluß: „die Regierung zu erſuchen, die umfaſſendſten und ſicherſten Mittel in kürzeſter Friſt zu ergreifen, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wieder herzuſtellen; und ſoweit thunlich im Einverſtändniß mit den übrigen Staaten, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, mit Preußen in Unterhandlung zu treten, um eine Verfaſſung für ganz Deutſchland herbeizuführen." Alſo einen Beſchluß, der, wenn auch nicht mit vollen Segeln, doch mit ziemlich weniger Berückſichtigung der 28 andern Staaten, und ohne ein Wort der Sympathie für die Reichsverſammlung und ihr Werk, ebenfalls auf den preußiſchen Hafen losſteuert. Von dem octroyirten Wahlgeſetz iſt dabei keine Rede, obgleich das der Reichsverſammlung bereits ſogar in unſerm Regierungsblatt geſtanden. Dieſelben Fragen werden nun bald auch von den übrigen conſtitutionellen Vereinen unſeres Landes in Berathung gezogen werden. Der hieſige conſtitutionell-monarchiſche Verein hat dazu aufgefordert. Aber auch der Vorſitzende des Volksvereins der oberen Wetterau in Hungen, ein Hr. Hunſinger, hat es gethan, und in anderm Sinne als Hr. Groſch und der conſtitutionell-monarchiſche Verein in Darmſtadt. Er hat in ſeinem Vereine den Antrag geſtellt und begründet: „vertrauensvoll die ſichere Erwartung auszuſprechen, daß die preußiſche ſogenannte Reichsverfaſſung in dem Großherzogthum Heſſen keine Annahme finden, daß vielmehr die großherzogliche heſſiſche Regierung an der wahren deutſchen Reichsverfaſſung mit den mitverbundenen Regierungen unverbrüchlich feſthalten werde." Während ſo die Fahne der öffentlichen Meinung ſich bald links bald rechts dreht, ſchweigt unſere Regierung!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 161. Frankfurt a. M., Mittwoch 13. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Die deutſche Auswanderung.

Deutſchland. Frankfurt (Das Reichsminiſterium). Wien (Die Operationen in Ungarn. Verhaftung. Die Sympathieen für Ungarn. Rüſtungen zur Belagerung von Comorn. Erzbiſchöfliches Circular. Nachrichten aus Trieſt und Venedig. Staatsgefangene nach Kufſtein). Berlin (Straßenunruhen. Die Berliner Obſcuranten. Dr. Virchov. Stimmen über die Gothaer Verſammlung. Der Entwurf zur Reichsverfaſſung. Das Wahlgeſetz. Harte Verurtheilung. Das Denkmal Friedrich's des Großen). Halle (Die Cholera). Von der Lahn (Preußiſches Corps in Wetzlar). Kaiſerslautern (Aufgebot des Landſturms). Stuttgart (Die Kammer und die Reichsverſammlung. Getheilte Stimmung). Stade (Gemeindetag. Erklärung für die Reichsverfaſſung). Karlsruhe (Eröffnung der Landesverſammlung). Heidelberg (Mieroslawski. Die ſchweizeriſche Legion). Wiesbaden (Hr. v. Winzingerode Miniſter. Congreß in Idſtein. Landesausſchuß. Antwort des Herzogs an die Deputation).

Großbritannien. London (Stellung der Parteien gegenüber dem Hume'ſchen Antrag auf Parlamentsreform. Lord John Ruſſell's Erklärung in Betreff des allgemeinen Wahlrechts. Engliſcher und feſtländiſcher Conſtitutionalismus. Frankreichs Verwickelungen mit Marocco).

Frankreich. Paris (Wiedereröffnung der Feindſeligkeiten gegen Rom. Herr v. Leſſeps und die Unterhandlungen. Die Stimmung der Preſſe. Bugeaud †. Die Cholera. Abbruch der diplomatiſchen Vorbereitungen mit Perſien).

Italien. Turin (Neuer Angriff der Franzoſen auf Rom). Florenz (Die Säculariſation der päpſtlichen Verwaltung. Ancona ſoll capitulirt haben).

Schweiz. Bern (Der Ständerath gegen die Militärcapitulationen. Neuhaus †).

Ungarn. (Ankunft des Kriegsminiſters in Preßburg. Die Cholera. Volkjuſtiz. Hinrichtung in Peſth. Confiscationen. Einſchmelzung der Kirchengeräthe. Görgey. Treffen im Tſchaikiſtenbezirk. Ausfall aus Temesvar).

---

12. Juni.

Mitten unter den Stürmen, welche unſern Erdtheil erſchüttern, werfen wir einen Blick nach Amerika, nach welchem Viele als nach einem letzten rettenden Hafen blicken. Die freie Verfaſſung der vereinigten Staaten ſchien den europäiſchen Staatsweiſen alten Schlags eine Art Ketzerei, und der beiſpielloſe Aufſchwung, welchen die bürgerliche Geſellſchaft dort trotz dieſer Verfaſſung, oder vielmehr großentheils gerade durch dieſelbe, nahm, war den europäiſchen conſervativen Staatsweiſen alten Schlages, einem Friedrich von Gentz z. B., eine unbegreifliche Erſcheinung. Aber mit Recht nannte ein berühmter Reiſender ſchon vor Jahren die amerikaniſchen Einrichtungen conſervativ und ſtabil gegenüber den Zuckungen, welche die in allen Formen befangenen europäiſchen Staaten fortwährend fieberhaft aufregen. Das Wort iſt inzwiſchen doppelt wahr geworden, und während früher beſonders die Armen und Unterdrückten im Volke, die ihres religiöſen und politiſchen Glaubens wegen Verfolgten es waren, die ſich nach Amerika wie nach einer Freiſtatt flüchteten, denken jetzt die Vornehmen und Reichen daran, jenſeits des Weltmeers ihre Perſon und ihr Vermögen in Sicherheit zu bringen. Doch die hauptſächliche Urſache der Auswanderung bleibt die Noth. Europa iſt übervölkert; nicht als ob es nicht an ſich die doppelte und vielfache Zahl ſeiner Bewohner nähren könnte, aber übervölkert im Verhältniß zu den jetzigen Mitteln der Erzeugung, und den vielfachen Hinderniſſen, welche auf der Erzeugung laſten. Jede Ruthe Landes in Europa iſt eigentlich verſchuldet; denn die Staatsſchulden ruhen in Geſtalt von Steuern als Hypothek darauf und Mißbräuche aller Art laſten auf dem Betrieb der Gewerbe, und ſelbſt des Ackerbaues.

Am meiſten übervölkert iſt Irland; von dorther gehen auch nach Amerika die meiſten Auswanderer und ihre Anzahl mehrt ſich mit jedem Jahre. Die iriſchen Gutsherren haben in den letzten Jahren ein förmliches Syſtem der Säuberung eingeführt, indem ſie ihren Acker von den überflüſſigen Menſchen wie von Diſteln oder Steinen befreien. Gewiſſenloſe Agenten übernehmen es, für eine geringe Summe für den Kopf, die nothleidenden Armen durch Drohungen und Verſprechungen zu bewegen, daß ſie ſich von ihrer geliebten grüneu Inſel trennten. Sie werden dörferweiſe auf die Schiffe geſchafft, wo Mangel und Krankheiten unter ihnen wüthen, wo ſie das Land der Verheißung oft nur in ihren Fieberträumen zu ſehen bekommen. Sowohl die amerikaniſche wie die engliſche Regierung haben durch Geſetze wenigſtens den ärgſten Mißbräuchen bei der Auswanderung zu ſteuern geſucht, und bei uns iſt namentlich in Bremen löbliche Vorſorge für die Auswanderer getroffen. Doch fehlt noch viel, daß der Staat als ſolcher alle die Intereſſen wahrnähme, welche er bei der Auswanderung hat. Manches iſt in Amerika geſchehen. Es ward früher als eine Sache, die ſich von ſelbſt verſtand, betrachtet, daß die Einwanderer mit großen Entbehrungen und Täuſchungen zu kämpfen hätten; man glaubte, die Schule der Erfahrung ſei für ſie die beſte. Geſellſchaften für Auswanderer ſtanden bis vor kurzer Zeit vereinzelt und ununterſtützt in ihrer Thätigkeit da. Dies iſt nicht mehr ſo; auf beiden Seiten des Oceans haben ſich die Regierungen, die Ortsbehörden, die Auswanderungsvereine und das Publicum im Allgemeinen in dem Beſtreben vereinigt, den Einwanderer möglichſt vor allem Ungemach zu bewahren, ihn vom erſten Anfang bis zum Ende ſeiner Reiſe den ausgedehnten Schutz angedeihen zu laſſen, deſſen er nur zu ſehr bedarf. Die Erreichung dieſes Zweckes iſt in der letzten Zeit namentlich dadurch befördert, daß ſich den Beweggründen einer reinen Philanthropie die einer vernünftigen Politik angeſchloſſen haben. Im verfloſſenen Jahre haben die deutſchen Regierungen das unbedingte Auswanderungsrecht anerkannt, und theils unmittelbar, namentlich aber durch Beförderung und Unterſtützung der deutſchen Auswanderungsvereine, das Wohl des Auswanderers unter beſondere Obhut genommen. Aber ſehr viel iſt noch zu thun übrig, und namentlich wenn der Auswanderer in Amerika ankommt, iſt er rath- und hilflos und die Beute jener Menſchen, welche aus dem Betrügen der Ankömmlinge ein Geſchäft machen. Nicht dankbar genug können wir das Wirken der deutſchen Geſellſchaft in Newyork anerkennen, welche es ſich zur Aufgabe gemacht hat, die deutſchen Auswanderer vor jenen Betrügern zu bewahren und auf jede Weiſe mit Rath und That zu unterſtützen. Ihre Jahresberichte enthalten manche ſchätzenswerthe Rathſchläge und intereſſante Beobachtungen. Wir heben aus dem letzten Berichte einiges hervor.

Es kamen vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1848 im Hafen von Newyork 52,620 deutſche Einwanderer an, und zwar:

von Havre	in	100	Schiffen	15,176
„ Bremen	„	107	„	14,012
„ Antwerpen	„	52	„	8,843
„ London	„	77	„	6,751
„ Hamburg	„	39	„	4,542
„ Rotterdam	„	18	„	1,578
„ Liverpool	„	91	„	633
„ Amſterdam	„	7	„	509
„ Altona	„	2	„	306
„ Gent	„	1	„	186
„ Glasgow	„	3	„	84
	in	497	Schiffen zuſammen	52,620

hingegen in 1847 70,735
„ „ 1846 52,326
„ „ 1845 30,312
„ „ 1844 . . . . . 17,799.

„Es iſt ſeit einer Reihe von Jahren, bemerkt die Verwaltung, das erſte Mal, daß wir einen Abfall in der Einwanderung gegen das vorhergehende Jahr zu berichten haben. Den Grund hiervon finden wir faſt ausſchließlich in den politiſchen Verhältniſſen unſeres Vaterlandes, da hier für den Einwanderer keine bemerkenswerthe unvortheilhafte Veränderungen ſtattfanden. Nach den uns zugekommenen Nachrichten dürfte für das kommende Jahr die Einwanderung wieder in der früheren Weiſe zunehmen."

Als Urſache dieſer Verringerung iſt zum Theil die freudige Hoffnung auf beſſere Zuſtände zu betrachten, welche im vorigen Jahre das deutſche Volk beſeelte und manche ſeiner Söhne ſogar nach Europa zurückführte. Ein großes Hinderniß war auch der däniſche Krieg, welcher während des größten Theils des Jahres die deutſche Schifffahrt hinderte und die Auswanderung erſchwerte und vertheuerte. Der Zug der Auswanderer mußte großentheils über Havre gehen. Auch hat die Auswanderung nach andern Theilen der Erde, z. B. nach dem geſegneten ſüdlichen Auſtralien zugenommen. Unter den Deutſchen, welche im vorigen Jahre nach Amerika auswanderten, waren mehr wohlhabende Leute als in frühern Jahren. Und unverkennbar iſt es, daß Leute von mäßigem Vermögen in dem weiten fruchtbaren Amerika, wo der Boden faſt noch keinen anderen Werth hat, als denjenigen, welchen die Arbeit ihm verleiht, dort, wo Kinder noch ein Segen ſind, keine Laſt, mit mehr Ausſicht haben, als in Europa, ſich und den Ihrigen ein lebenswürdiges Daſein zu verſchaffen.

Die Geſellſchaft warnt die Auswanderer diesmal beſonders vor zwei Thorheiten, zuerſt, ſchon in Europa Verpflichtungen wegen der Weiterreiſe ins Innere der Vereinigten Staaten einzugehen, und zweitens nicht ſchon in Deutſchland amerikaniſche Ländereien anzukaufen. Denn die Druckkoſten der ſchönen Beſchreibungen wollen bezahlt ſein! Bittere Klage führt die Geſellſchaft über manche deutſche Gemeinde, die früher ihre Armen oft ohne alle Mittel zum Fortkommen nach Amerika ſchaffte. Theils durch die Regierungen, theils durch die Macht der öffentlichen Meinung, wurden ſolche Gemeinden, die es in ihrem Intereſſe fanden, ihre Armen auf Gemeindekoſten nach Amerika zu befördern, veranlaßt, den Ankömmlingen bei der Ankunft eine kleine Unterſtützung zuzuſichern. Aber für die Auszahlung dieſer Unterſtützung iſt oft ungenügend geſorgt. Die Deutſche Geſellſchaft berichtet folgenden Vorfall: Es kam im Spätherbſt des verfloſſenen Jahres ein Transport armer Deutſcher hier an, die auf Koſten einer großherzoglich heſſiſchen Gemeinde befördert waren. Man hatte denſelben eine Unterſtützung von 20 fl. pro Kopf zugeſagt, die von dem hieſigen großherzoglich heſſiſchen Konſul ausgezahlt werden ſollten. Als die Leute ankamen, fanden ſich bei dem benannten Konſul weder Geld noch Inſtructionen, und da ſie von Allem entblößt waren, mußte unſere Geſellſchaft ſich derſelben annehmen. Nach langem Warten kamen allerdings ſowohl Inſtructionen, wie Remeſſen, aber der Gemeinderath hatte es für gut befunden, von dem beſprochenen Kopfgeld die Schulden der einzelnen Individuen an die Gemeinde abzuziehen, ſo daß nur einige Familien das ganze Kopfgeld, andere einen Theil, und wieder andere gar nichts bekamen. Die Rechnung verſchiedener Familien ſtellte ſich z. B. etwa wie folgt:

A. B. ſchuldet der Gemeinde — — — — — — —	140 Fl.
bekommt zur Auswanderung für ſich, Frau und vier Kinder eine Unterſtützung von 20 Fl. pro Kopf — — — — — — — — —	120 „
Bleibt alſo noch ſchuldig —	20 Fl.

Ueber die Unterſtützung, welche den Auswanderern zu gewähren ſein möchte, ſtellt die Geſellſchaft folgenden Grundſatz auf: „Wir glauben nicht den Vorwurf einer Zuneigung zu dem Gängelbandſyſtem zu verdienen, wenn wir eine Leitung des Einwanderers vom Anfang bis zum Ende ſeiner Reiſe befürworten; denn der Geſichtskreis der großen Mehrzahl derſelben erſtreckt ſich nicht über die nächſten Verhältniſſe ihres Wohnortes hinaus. Am Ziel ſeiner Reiſe angelangt und mit den nächſten Verhältniſſen des neuen Wohnorts bekannt, ſollte man aber, nach unſerer Meinung, den Einwanderer getroſt ſeinem eigenen Urtheil und den geſunden Verhältniſſen des hieſigen öffentlichen Lebens überlaſſen. Eine weitere Bevormundung halten wir nicht im Intereſſe des Einwanderers, zu deſſen endlichem Fortkommen eine raſche und intime Anſchließung an das hieſige Volk durchaus wünſchenswerth erſcheint. Die Deutſche Geſellſchaft hat deshalb wenig Zutrauen zu den ſo häufig und auch neuerdings wieder in Deutſchland angeregten Coloniſations-Plänen." Doch mitten im Drang der Ereigniſſe können wir nur einen flüchtigen Blick werfen auf jene wichtige Angelegenheit. Möge es bei uns nicht gar zu viel länger dauern, als in Nordamerika, daß die einzelnen Staaten ſich zu einem wahren Bundesſtaate vereinigen, und nachdem die politiſchen Grundlagen gelegt ſind, alle ſonſtigen Intereſſen der Geſellſchaft wahrgenommen werden können. Wir haben bis jetzt bei allen Mängeln der Verfaſſung doch auch große Vorzüge, z. B. die Schätze der Kunſt und Wiſſenſchaft, die feinere Bildung und Geſittung, das Erbe von Jahrhunderten. Mögen nicht traurige Bürgerkriege uns auch um dieſe koſtbaren Schätze bringen, mögen unſere Enkel nicht ſeufzen wie unſere Väter: „Die Weltgeſchichte flieht nach Weſten!"

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 12. Juni. Die Oberpoſtamts-Zeitung enthält in ihrem nichtamtlichen Theile nach einer allgemeinen Betrachtung über das Reichsminiſterium und die Deutſche Zeitung Folgendes: „Allein was ſoll man dazu ſagen, wenn jene Zeitung in ihrer geſtrigen Nummer ſchreibt: „das Treiben dieſes Miniſteriums iſt eitel Lug und Trug" u. ſ. w.? Kann man erwarten, daß das Reichsminiſterium auf derartige ehrenrührige Behauptungen mit etwas anderem als mit einer Vorladung vor die Gerichte antworte?" Wenn die Exceptio veritatis gilt, ſo wird eine ſolche Vorladung uns viel Vergnügen machen.

Wien, 6. Juni. Die Märſche der ruſſiſchen Truppen nach Ungarn dauern fort, und die Concentrirung beider vereinten Armeen wird in den nächſten Tagen bewerkſtelligt ſein. Unmittelbar darauf beginnt dann die Offenſive gegen die Ungarn mit allem Nachdruck. Obwohl über den Plan der Kriegsoperationen in Ungarn nichts Gewiſſes verlautet, ſo deutet doch alles darauf hin daß die erſte entſcheidende Schlacht in der Gegend von Raab ſtattfinden und der blutige Reigen gegen Görgey's Corps eröffnet werden dürfte, welches letztere nun an 60,000 Mann ſtark ſein ſoll. (Allg. Z.)

△ **Wien**, 8. Juni. Außer dem Hofſecretär Czereminski iſt noch ein zweiter Beamter des Miniſteriums der auswärtigen Angelegenheiten, der Offizial Fiſko, ebenfalls wegen Verdacht des Einverſtändniſſes und Briefwechſels mit Koſſuth, verhaftet worden. Wenn es deſſen noch bedürfte, ſo wäre dies ein neuer Beweis, wie tief die Theilnahme an den ungariſchen Verhältniſſen unſere ganze Staatsmaſchine durchdringt, abgeſehen von den Sympathieen, welche im Volke zuweilen ganz unerwartet aufflammen, und deren gänzliche Niederhaltung nur durch die Militärherrſchaft möglich wird, die ſich immer weiter und weiter über die Monarchie ausbreitet. Wenn etwas dieſe Sympathieen rechtfertigen kann, ſo iſt es die Bewunderung, die man wider Willen der Vaterlandsliebe und dem feurigen Nationalitätsgefühl zollen muß. Wie weit dieſe Gefühle trotz Verkündigung der Republik, und trotz dem Einmarſch der Ruſſen die magyariſchen Truppenkörper auch jetzt noch beherrſchen, beweiſt neuerdings der Verſuch der in Wels in Oeſterreich ſtationirten, mehrere Diviſionen ſtarken Banderialhuſaren, von dort zu flüchten und nach Ungarn durchzubrechen. Man beorderte vorgeſtern eiligſt einen Theil der hieſigen Garniſon nach der Richtung, welche die Flüchtlinge eingeſchlagen hatten, um ſie abzuſchneiden; der Zweck war aber ſchon durch den Landſturm erreicht worden, und die Huſaren kehrten niedergeſchlagen in ihre Garniſon zurück. Die Worte Vaterland und Nationalehre üben auf dieſe Söhne der Puſten noch einen Zauber, deſſen Wirkungen man in vielen Theilen Deutſchlands umſonſt ſucht, ſo oft man ſie auch dort erſchallen hört. Reiſende, die aus den beſetzten Comitaten kommen, erzählen, daß die Execution durch den Strang, welche Haynau am 4. d. M. in Preßburg an dem Baron Mednianski und dem Feuerwerker Gruber vollziehen ließ, kaum eine geringere Senſation machte, als die Erſchießung des Vicegeſpans Petöcz.

In dem hieſigen Zeughauſe und in den neueingerichteten militäriſchen Fabriken wird ununterbrochen angeſtrengt gearbeitet, um Belagerungsmaſchinen ꝛc. in möglichſt kürzeſter Zeit herzuſtellen, welche gegen Komorn benutzt werden ſollen; man ſcheint entſchloſſen, dieſe Feſtung zu nehmen, ehe gegen Peſth vorgegangen wird.

A. Z. C. **Wien**, 8. Juni. Ein an die katholiſchen Kirchenvorſteher erlaſſenes erzbiſchöfliches Circularſchreiben ordnet an, daß

Niemand, deſſen Geſinnungen dem rechtmäßigen Throne und dem politiſchen Geſetze der Monarchie widerſtreben, mit einem geiſtlichen Amte betraut werde.

Aus Trieſt wird unterm 4. d. M. berichtet, daß die Beſchießung Venedig's mit geringen Intervallen fortdauere, bis zur Stunde aber erfolglos geblieben ſei. Die Land- und Seemacht iſt jetzt vereinigt und obgleich Venedigs Fall ſicher und unvermeidlich nahe ſteht, ſo müſſen doch nur die ſchweren Geſchütze denſelben allein herbeiführen, da ein Colonnenſturm beinahe nicht denkbar iſt. Die Aufſtändiſchen ließen auch bereits zu wiederholten Malen erklären, daß ſie bereit wären in Unterhandlungen zu treten; allein der Feldmarſchall fordert jetzt, nachdem ſeine früheren Aufforderungen kein Gehör fanden, unbedingte Unterwerfung; er hat den Venetianern eine 48ſtündige Waffenruhe als Bedenkzeit gegönnt, welche geſtern abgelaufen war. In Trieſt ſelbſt fanden am 4. d. M. Zuſammenrottungen der Facchini's ſtatt, welche mi Gewalt eine Erhöhung des Taglohnes erzielen wollten, da ſämmtliche Lebensmittel durch Entwerthung der Banknoten ſehr theuer kommen. In Folge des Vorfalles hat das Militärcommando energiſche Maßregeln getroffen, wornach keine weitere Störung der Ruhe zu befürchten ſein dürfte. Generalmajor Standeisky brachte durch eine eigene Kundmachung den Belagerungszuſtand und das Patent vom 2. Juni 1818 in Erinnerung, wornach die Banknoten einen geſetzlichen Cours haben und Jeder verpflichtet iſt, dieſelben bei Zahlungen nach dem vollen Nennwerthe anzunehmen. Von den im hieſigen Kriminalgerichtsgebäude noch befindlichen politiſchen Sträflingen werden 21 in die Feſtungen Königgrätz und Kufſtein abgeführt. Verfloſſenen Mittwoch ſind bereits 13 an ihre Beſtimmung abgegangen. Plattenſteiner kann Krankheit halber nicht expedirt werden.

‡ **Berlin**, 10. Juni. Sie können auf die Einladungen nach Gotha getroſt drucken laſſen: Mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung. Denn hören Sie, was Tante Voß berichtet: „Die Aufforderung, welche Hr. v. Gagern an die Mitglieder der Frankfurter Nationalverſammlung erlaſſen hat, ſich zu verſammeln, iſt hierſelbſt Gegenſtand einer Beſprechung und Berathung der hier anweſenden Frankfurter Deputirten geweſen, an der auch die Herren Simſon, v. Radowitz, General Selaſinski, Major Teichert, Profeſſor Duncker, Veit, Präſident Lette, F. v. Raumer und Andere Theil genommen haben. Dieſelben haben ſich dem Vernehmen nach dahin verſtändigt, mit der Zuſtimmung der Regierung, nach Gotha zu gehen, wo ſich eben nur die geſchloſſene conſervative Partei von 252 Deputirten verſammeln wird, welche von jeher die deutſche Sache mit wahrhaftem Patriotismus geführt haben. In welchem Sinne die Gothaer Verſammlung abgehalten werden dürfte, darüber verweiſen wir auf den leitenden Artikel unſeres heutigen Blattes." Alſo mit Zuſtimmung der Regierung hoffentlich alſo auch mit Zuſtimmung der Frau „Geheimräthinnen," was gar nicht unwichtig iſt. Denn Fama ſagt, ein ehrenwerther Abgeordneter habe nur deshalb Frankfurt etwas frühzeitig verlaſſen, weil ſeine Frau Gemahlin ihm geſchrieben, in der ganzen Leipziger Straße, wo bekanntlich ſiebenhundert Geheimräthe wohnen, fände man es doch ſehr ſonderbar u. ſ. w. Doch über ſolches frivole Geſchwätz hätt' ich bald vergeſſen, den leitenden Artikel der Voſſiſchen Zeitung anzuführen. Es iſt der zweite unter den drei leitenden Artikeln. Die Voſſiſche Zeitung bringt nämlich gewöhnlich mehrere leitende Artikel, in welchen der Abwechſelung wegen alle Anſichten die überhaupt möglich ſind, vorgetragen werden, und ○ und □ verhielten ſich zu einander, daß es ſchwer war, des Cirkels Viereck zu finden. Doch ich plaudere ſchon wieder. Jener zweite leitende Artikel lautet: „Von Herrn v. Gagern und von andern der ehrenwertheſten deutſchen Männer iſt eine Aufforderung an alle die vormaligen Mitglieder der deutſchen National-Verſammlung ergangen, welche die Durchführung der Verfaſſung auf geſetzlichem und friedlichem Wege erſtreben, ſich zu einer Beſprechung in der deutſchen Frage, namentlich über die Wahlen zum Reichstage, in Gotha zu verſammeln. Die dahin Eingeladenen haben es mit der deutſchen Einheit und Freiheit immer redlich gemeint, mögen ſie denn auch zahlreich kommen und treu mitwirken, daß, da die deutſchen Stämme und Regierungen, theils durch die Anerkennung der Frankfurter Verfaſſung, theils durch den Anſchluß an den von Preußen vorgelegten Verfaſſungsentwurf geſpalten, ſich baldigſt einigen. Es werden aber Jene nach dem Wahlgeſetze jener Verfaſſnng, Dieſe nach dem des preußiſchen Entwurfs zum Reichstage wählen und ſomit leider ſich zwei Reichstags-Verſammlungen geſtalten. Die nach Gotha kommenden Männer mögen daher vor Allem dahin wirken, daß in allen Theilen des Vaterlandes erſt dann zum Reichstage gewählt werde, wenn überall wieder Ordnung und Geſetzlichkeit hergeſtellt iſt, damit beide Reichstage zugleich tagen und wo möglich ſich alsdann über die Modificationen einigen, welche ſie in einen deutſchen Reichstag vereinigen, als Grundlage für feſte und dauernde Vereinigung aller deutſchen Stämme und Regierungen." Ich übergehe das Uebrige, in welchem nur aufgefordert wird, den Entwurf, welcher im Weſentlichen der Frankfurter Verfaſſung entſpreche, ohne viel Markten und Mäkeln anzunehmen. Bedeutſam und erfreulich iſt es, daß man auch hier einzuſehen ſcheint, wie es unmöglich iſt, den Entwurf und ſein Wahlgeſetz ohne Weiteres dem ganzen Deutſchland aufzuzwingen, daß es ſich nur darum handelt, die beiden nach abweichenden Wahlgeſetzen zuſammengetretenen Theile des Reichstages zu vereinigen. Und das wird bei der verſtändigen Weiſe, wie der Entwurf im größten Theile von Deutſchland aufgenommen worden, ohne Zweifel geſchehen können, wenn nur nirgend der Bogen zu ſtraff geſpannt wird. Die Conſtitutionelle Zeitung ſchneidet zu jenem Entwurfe, welcher ihrer nüchternen Weisheit ſo wenig Rechnung getragen, ein ſauerſüßes Geſicht, und die neue preußiſche Zeitung macht ihrem Aerger unverholen Luft. „Für uns, ſagt ſie, würde ein Viertel Gagern ſchon hinreichen, uns den Appetit an dem Ganzen zu verderben; aber die drei Viertel, welche man zuvorkommender Weiſe conſervirt hat, ſie ſind ſtärker, als daß man ſie durch irgend welchen Zuſatz zu neutraliſiren vermöchte." „Trau, ſchau wem, große Herren können auch fehlen, und Jedermann liebt ſein Fleiſch und Blut, auch wenn es ungerathen iſt." Fingerzeig genug, daß jener Entwurf, der den Zorn der Ulteas reizt, von den Gemäßigten nicht ganz zu verſchmähen ſein möchte. Die Zuſammenkunft in Gotha wird nur von den äußerſten Parteien rechts und links beſpöttelt. Die ganze conſtitutionelle Preſſe hat ſie mit ungetheiltem Beifalle aufgenommen, und ſelbſt die deutſche Reform bemerkt: „Während die Hundert der Linken ihr Anathema von Stuttgart aus gegen die Verräther ſchleudern, welche nach dem neu vorgeſchlagenen Wahlgeſetze wählen ſollten, werden ſich viele der beſten Männer der Paulskirche in Gotha verſammeln, in verſöhnender Weiſe die große vorliegende Frage behandeln, und das Gewicht ihres moraliſchen Einfluſſes einlegen, um die Löſung zu erleichtern. Wir werden mit Freuden ihr patriotiſches Unternehmen verfolgen. Es iſt uns nicht verborgen, daß Preußen in dieſer Frage den ſchwierigſten Stand hat; nicht die Regierung allein, nein, auch die Söhne ſeines Volkes, welche bewaffnet auf allen Punkten Deutſchlands ſtehen. Aber der Wendepunkt wird eintreten; dem Haſſe der Verblendung wird die Anerkennung, und der unbedingten Verdammung eine mildere, gerechtere Beurtheilung folgen." Möge die Einſicht der von Oeſterreichs Widerſpruch drohenden Gefahren alle Herzen in Deutſchland zur ſchleunigen Einigung geneigt machen. Uebrigens beſpricht die Deutſche Reform, wie ſchon gemeldet, auch die Mängel des Wahlgeſetzes. Namentlich hebt ſie hervor, daß die Beſtimmung des §. 13., nach welcher für die Ausübung des Wahlrechts ein dreijähriger Aufenthalt — nicht in der Gemeinde, ſondern — im Wahlbezirke verlangt wird, das active Wahlrecht für größere Städte faſt illuſoriſch mache; ferner nennt ſie es den wunderbarſten Fehler des ganzen Wahlgeſetzes, daß nicht geſagt ſei, auf wie viel Seelen der Bevölkerung ein Wahlmann zu wählen ſei; ſchließlich ſpricht ſie von der Nothwendigkeit, die gerügten Mängel durch eine authentiſche Interpretation zu beſeitigen.

Dieſe Interpretation ſteht demnach zu erwarten. Ob wählen, oder nicht, das iſt jetzt die durch ganz Preußen gehende Frage. Der Arbeiterverein in Königsberg, der conſtitutionelle Verein in Stettin haben flugs entſchieden: Wir wählen nicht! So weit ſind wir hier aber noch nicht. Die Meinungen ſind ſehr getheilt, und die Nationalzeitung hat ſo wenig wie die Conſtitutionelle ſich bis jetzt beſtimmt geäußert. Im Allgemeinen iſt die Theilnahme an der Politik ſehr gering. Der echte Berliner lächelt vom erhabenen Standpunkte des politiſchen Nihilismus auf alle Parteien herab. Von Neuigkeiten iſt wenig zu melden. Denn daß Dänemark in ſeinen Forderungen ſehr unverſchämt iſt, iſt eine alte Sache. Der Buchdruckereibeſitzer Fähndrich, in deſſen Offizin die im vorigen Jahre erſchienene Flugſchrift „Republikaniſcher Katechismus" gedruckt, und der dieſerhalb zur Unterſuchung gezogen, vom hieſigen Criminalgericht des verſuchten Hochverraths

für Nichtſchuldig befunden worden war, iſt in der geſtrigen Sitzung des Appellationsgerichts auf die Appellation des Staatsanwalts, wegen des gedachten Vergehens zu *zehnjähriger Feſtungsſtrafe* verurtheilt und noch im Laufe des geſtrigen Tages zum Arreſt gebracht worden. Auf dem umzäunten Platze vor dem Palais des Prinzen von Preußen, der für die Standſäule Friedrichs des Großen beſtimmt iſt, ſind jetzt große Steinblöcke niedergelegt, die zur Errichtung des Fußgeſtells verwandt werden ſollen. Die Blöcke ſind bereits für den Zweck, dem ſie dienen ſollen, bearbeitet.

Lith. Corr. **Berlin**, 10. Juni. Eine heftige Schlägerei zwiſchen Soldaten und Bürgerlichen beunruhigte geſtern Abend einen Theil der Königsſtadt. Die Ruhe mußte durch requirirte Truppen hergeſtellt werden. Den Anlaß gab auch in dieſem Fall der frequente Beſuch, welchen die Soldaten den berüchtigten Wirthſchaften hinter der Königsmauer zudachten. Die Dirnen verſchloſſen aus altem Groll die Thüren, und die männlichen Bewohner ſtanden ihnen in der Zurückweiſung der unerwünſchten Gäſte bei. Die Soldaten wurden zurückgeſchlagen. Die Schlägereien zogen ſich bis in die Königs- und Kloſterſtraße, auf den neuen Markt und die Heilige-Geiſtſtraße. Endlich wurden Militärabtheilungen herangezogen, die dem Kampfe ein Ende machten, bei dem es nicht ohne erhebliche Verwundungen abgegangen ſein ſoll.

Die Angelegenheit des Dr. Virchow, deſſen Verbleiben in Berlin zu den Lebensfragen der hieſigen mediciniſchen Facultät gehört, iſt nunmehr dahin entſchieden, daß derſelbe hier nicht befördert und daher veranlaßt wird, dem Rufe an die Univerſität Würzburg zu folgen. Ein Schreiben des Miniſters v. Ladenberg hat ihm zu drr ihm vom Auslande gewordenen Anerkennung Glück gewünſcht und zugleich erklärt, daß er hier keine Ausſicht auf baldige Beförderung habe. Ein weltberühmter Gelehrter, der früher in derartigen Angelegenheiten entſcheidenden Einfluß übte, dem man jetzt aber den „Muth einer Meinung" nicht mehr verzeiht, erinnerte bei dieſer Veranlaſſung an das Wort des Kaiſers Franz: „Ich brauche in meinen Landen keine geſcheidte, ſondern nur gute Leute." Virchow's Nachfolger an der Charité wird Dr. Remak werden.

Wenn geſagt wird, eine gewiſſe hieſige Partei mache zwiſchen Gagern und Schlöffel keinen Unterſchied, ſo äußerte ſich ein bekanntes militäriſches Kammermitglied noch bei weitem ſchärfer: „Man hätte mit Vincke wie mit Lindenmüller verfahren ſollen, dann hätte Preußen keinen 18. März gehabt."

Halle, 7. Juni. Die Cholera wüthet, wie ſie ſeit Menſchengedenken hier niemals geweſen iſt. Die ſeit drei Wochen über der Stadt ſchwebenden Dünſte, welche dem Himmel ein gelbgraues Anſehen geben, der gänzliche Mangel an Regen befördern ſie im größten Maaße. Nach den Pfingſtfeiertagen erkrankten an einem Tage 200 Perſonen. Die Zahl der täglichen Sterbefälle variirt zwiſchen 40 und 60. (Aach. Z.)

Von der Lahn, 9. Juni. Sicherm Vernehmen nach ſoll in dem Kreiſe Wetzlar der Abgang der bisher hier geſtandenen Truppen durch andere vom Rheine kommende erſetzt werden und würden dieſe ihre Beſtimmung zunächſt dahin erhalten, daß ſie das angrenzende Naſſau und wahrſcheinlich auch die Provinz Oberheſſen überwachen. Die neueſten Vorgänge in Naſſau, insbeſondere die extreme Haltung der Ständeverſammlung gegenüber der Regierung, und die Wahrſcheinlichkeit, daß der Herzog ſich der preußiſch-deutſchen Reichsverfaſſung anſchließen wird, ſcheinen zu dieſer Vorſicht gerathen zu haben. (D. P. Z.)

* **Kaiſerslautern**, 10. Juni. Der Obercommandant der Pfälzer Volkswehr, General Sznayde, hat wegen des Heranrückens der Preußen das *Aufgebot zum Landſturm* erlaſſen.

** **Stuttgart**, 10. Juni. Durch die geſtrige wichtige Sitzung unſerer Ständeverſammlung iſt nun auch von Seiten dieſer das Verhältniß zu der deutſchen Reichsverſammlung und der Reichsregentſchaft kund geworden. Es iſt daſſelbe, wie das der Regierung: die ferneren Schritte abzuwarten, keineswegs ein für allemal die Anerkennung zu verſagen, ſondern ſich vorkommenden Falls bei jedem Beſchluſſe, bei jedem Befehle erſt die Prüfung vorzubehalten, ob Würtemberg demſelben folgen könne. Die Stellung der Reichsverſammlung iſt damit eine ſehr gedrückte geworden. Sie iſt im Schwabenlande geduldet, ſie iſt trotz des Ausſcheidens ihrer Mehrheit, trotz der Herabſetzung der Beſchlußfähigkeit u. ſ. w. formell anerkannt, aber materiell — auf Wohlverhalten! Exiſtirte in der Reichsverſammlung, bei Einzelnen oder in ihrer jetzigen Mehrheit, der Plan, Würtemberg zu revolutioniren und dann mit ihm, Baden und Pfalz den Weg der Gewalt zu verſuchen, ſo haben Regiernng, Stände und — Volk bereits gezeigt, daß hiezu kein Boden vorhanden ſei. Indem aber nicht alle Anerkennung verſagt wird, zeigen die Stände wie die Regierung der Reichsverſammlung, welches der richtige Weg war, den ſie hier wandeln konnte. Sie hätte ſich mit der würtembergiſchen Regierung und den würtembergiſchen Ständen einigen müſſen, ſtatt ſich zu entzweien und gemeinſam mit Würtemberg, das beharrlich und vielleicht jetzt noch allein unter den 29 Staaten die preußiſchen Anſinnen abweiſt, den ausharrenden Mittelpunkt des verfaſſungstreuen Landes bilden, ſie hätte abwarten müſſen, was ſich dieſem Kern noch anſchließe, ſie mußte Baden und die Pfalz zurückführen auf die Reichsverfaſſung. Dazu bedurfte es keiner Regentſchaft, wohl aber der Annahme der Uhland'ſchen Anträge. Es ſcheint, dieſe letzte, auch für die kleingewordene Reichsverſammlung noch ehrenwerthe Rolle iſt verſpielt. Freilich war es ſchwer für die Männer der That, die beſcheidene Wirkſamkeit zu verſuchen — aber ſie werden in der geſtrigen Kammerſitzung die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ihre Hoffnungen auf Würtemberg excentriſche waren. Sicher kamen die meiſten Abgeordneten mit ganz falſchen Begriffen über Schwaben hierher, ſelbſt unſere würtembergiſchen Abgeordneten täuſchten ſich und ihre Genoſſen — iſt es doch eine Erbſünde der Demokratie, ſchlecht berichtet über faktiſche Verhältniſſe zu ſein! Die Abgeordneten ſind nun enttäuſcht, viele ſind ſehr kleinlaut geworden. Die geſtrige Sitzung war wohl die ſtürmiſchſte des ganzen Landtags. Die Palme auf Seite der Regentſchaftspartei gebührt Schoder, der mit ſcharfen Schlägen, mit muſterhafter Logik der Miniſterialpolitik und der Kammer zu Leibe ging, die „nur weil die Frage mit einer Miniſterkriſis zuſammenhänge," ihre frühere Conſequenz fallen laſſe. Die Politik des Miniſteriums vertheidigte namentlich Staatsrath Goppelt und Römer ſelbſt, dem man die Krankheit, die ihn befallen, wohl anſieht. Der Sieg des Miniſteriums iſt, freilich erſt am zweiten Tag, nicht wie vielleicht erwartet worden, ſogleich als unmittelbare Zuſtimmung zum Miniſterialprogramm, ein vollſtändiger. Der Verſuch, nach dem Minoritätsantrag der ſtaatsrechtlichen Kommiſſion, die Reichsverſammlung in ihrer gegenwärtigen Zuſammenſetzung als zu Recht beſtehend anerkennen zu laſſen, mißlang. Die ſiegende Majorität ſah in dieſem Antrag, welcher ſicher durchgegangen wäre, eine Abſchwächung des bereits gefaßten Beſchluſſes und ließ deshalb eine Entſcheidung darüber gar nicht zu. Die Haltung der Verhandlungen, beſonders die unendlichen Frageſtellungsdebatten, waren wenig würdig, zumal vor den Gäſten aus der Reichsverſammlung, in welcher unter ihrem Präſidenten Löwe noch nichts der Art vorgekommen iſt.

Heute wechſeln nun in den politiſchen, den Wehrkreiſen ꝛc. mit der Abſpannung von den Stürmen der letzten Woche, die Vorzeichen der uns noch drohenden. Die regentſchaftsfreundlichen und miniſterfeindlichen Bürgerwehrmänner verſammeln ſich; es wird ſich um Mißtrauen gegen andersgeſinnte Officiere, um den Ausdruck der Unterwürfigkeit unter die Reichsverſammlung handeln. Die Turner bieten ſich als Parlamentswache an; die Heilbronner Bürgerwehr ſtellt ſich der Reichsverſammlung zur Verfügung, das Tübinger Studentenfreicorps ebenſo. Die an den Straßenecken angeſchlagene, das Miniſterprogramm an Schroffheit gegen die Reichsverſammlung weit überbietende Erklärung des hieſigen vaterländiſchen Vereins wird vielfach abgeriſſen ꝛc. Andererſeits Zuſtimmungen über Zuſtimmungen für das Miniſterium — was ſoll da werden? Die Aengſtlichen fürchten Alles, aber ſie haben ſchon oft vergeblich gefürchtet. An Militär fehlts hier nicht mehr. Der General Miller hat ſein Hauptquartier hier. An den Bahnhöfen der Nachbarſchaft militäriſche Maßregeln — kurz Vorſorge jeder Art. Morgen ſoll wieder Sitzung der Reichsverſammlung ſein. Welche Bahn wird ſie verfolgen?

△ **Stade**, 8. Juni. Geſtern wurde hier auf dem Rathhauſe ein Gemeindetag abgehalten, um über die deutſche Angelegenheit zu berathen und zu beſchließen. 54 ſtädtiſche und ländliche Corporationen der Landdroſtei waren durch ihre Beamten vertreten, darunter die Städte Stade, Verden, Burtehude, Otterndorf. Die königliche Landdroſtei hatte ſich vorher in einem Erlaſſe dahin ausgeſprochen, ſie könne die Verſammelten nur als Individuen, nicht aber als Gemeindevertreter betrachten und müſſe daher den etwaigen Beſchlüſſen alle Rechtsgiltigkeit abſprechen. Die Verſammlung wählte den Syndicus Lang aus Verden, als Alters-

präſident der Reichsverſammlung bekannt, zum Vorſitzenden und faßte unter ſeiner Leitung folgende Beſchlüſſe:

1) Die ungeſäumte Berufung der allgemeinen Stände wird für nöthig erachtet. 2) Der durch Preußen, Hannover, Sachſen zu octroyirenden Verfaſſung wird die Anerkennung verſagt. 3) Nach dem zu octroyirenden Wahlgeſetze kann, weil es mit dem geſetzlich beſtehenden Wahlgeſrtze nicht übereinſtimmt, nimmer eine geſetzlich berechtigte revidirende Verſammlung gewählt werden. 4) Es iſt bei der Reichsverfaſſung vom 28. März d. J. zu beharren. 5) Die Regierung war nicht befugt, die Reichstagsabgeordneten zurückzurufen, und drn Verbliebenen bleibt ihr Recht auf die von Regierung und Ständen feſtgeſtellten Tagegelder gewahrt. 6) Die vorſtehenden Beſchlüſſe werden veröffentlicht, und an die übrigen Provinzen drs Landes wird die Aufforderung erlaſſen, ähnliche Beſchlüſſe zu faſſen und eine gemeinſchaftliche Deputation an den König zu ſenden.

Somit hat ſich die Provinz mit gleicher Entſchiedenheit, wie Oſtfriesland, durch ihre geſetzlichen Organe für die allein zu Recht beſtehende Reichsverfaſſung ausgeſprochen und erklärt, welche Haltung ſie gegen die Uſurpation dreier deutſchen Regierungen einnehmen wolle. Einen Ausſpruch der Provinzialſtände über die Sache des Geſammtvaterlandes zu veranlaſſen, mußte deshalb unzweckmäßig erſchrinen, weil dieſelben noch immer nicht der Reorganiſation, deren ſie ſo ſehr bedürfen, theilhaftig geworden ſind. Von einer Corporation, die zu zwei Dritteln aus adeligen Herren beſteht, in der alſo die vor dem März vorigen Jahres herrſchende Partei die überwiegende Mehrzahl bildet, ließ ſich natürlich keine Erklärung für die Freiheit und Einheit des Vaterlands erwarten.

* **Karlsruhe**, 10. Juni. Ein Extrablatt der Karlsr. Z. berichtet in pomphaftem Tone über die Eröffnung der Landesverſammlung, die heute um 4 Uhr ſtattfand. Der Alterspräſident Schlatter erklärte unter Glockengeläute und Kanonendonner die conſtituirende Verſammlung für Baden für eröffnet, worauf eine Deputation ſich nach dem Rathhauſe begab, um die Mitglieder der proviſoriſchen Rrgierung einzuholen. Der Präſident Bürger Brentano begrüßte die Verſammlung von der Rednerbühne herab mit folgender Rede:

„Bürger Volksvertreter! Die proviſoriſche Regierung begrüßt Sie im Namen des Volkes und heißt Sie hier in dieſem Saale willkommen. Wir begrüßen Sie in einem ernſten Augenblicke!

Nach einer 33jährigen Unterdrückung des Volkes und ſeiner Rechte ſchien es endlich im Fruhlinge des vorigen Jahres, daß die Sonne der Freiheit aufgehen werde über ganz Dentſchland und ſeine Gauen, und daß ſie beglückend beſcheinen werde die deutſchen Völker. Ich brauche Sie, Bürger Volksvertreter, nicht daran zu erinnern, mit welcher Mäßigung damals das Volk zu Werke gegangen iſt, und wie es ſtehen geblieben an den Thronen Derjenigen, die in einem ſo langen Zeitraume alle Hoffnung auf Freiheit, auf Einigung des Vaterlandes zertrümmert hatten. Der Ruf nach Freiheit, der Ruf nach Einheit, der Ruf nach Größe der Nation, er iſt nicht zur Wahrheit geworden. Eine Verſammlung des ſouveränen Volks iſt in Frankfurt zuſammengetreten und ihre Aufgabe war es, ein Werk zu ſchaffen, das die Stütze der Freiheit werden konne, und das geeignet wäre, ein großes, ein mächtiges Deutſchland zu gründen.

Die Nationalverſammlung in Frankfurt, ſie hat ihr Werk vollendet, und wenn auch ein großer Theil, ja ich kann wohl ſagen, der größte Theil des deutſchen Volkes nicht befriedigt war durch jenes Werk, ſo haben doch alle Partrien ſich über demſelben die Hand gereicht; Alle waren einig, daß an dieſem Wrrk feſtgehalten werden müſſe, wenn man überhaupt in der Zukunft noch von einem Deutſchland ſolle ſprechen können.

Während des Zeitraums von einem ganzen Jahre haben die Herren mit den Kronen auf den Häuptern geſchwiegen, ſie legten jener Verſammlung kein Hinderniß in den Weg, und erſt als das Werk vollendet war, da zeigte ſich die Renitenz gegen den ſouveränen Willen des Volkes, da fing man erſt an zu mäkeln, und dann trat man kühner mit der Sprache hervor, und erklärte von Seiten der ſ. g. Großmächte von Deutſchland, daß man dieſe Verfaſſung, welche die Vertreter des Volkes geſchaffen, nicht annehme.

Die deutſchen Volksvertreter haben eine Kaiſerkrone geſchaffen, das Volk hat dieſe Kaiſerkrone dem König von Preußen mit Widerſtreben angeboten, und mit Widerſtreben anbieten ſehen, und mit Hohnlachen hat man den Vertretern des deutſchen Volkes dieſe Krone vor die Füße geworfen, weil ein König aus den plebejiſchen Händen des Volkes ſie nicht annehmen wollte. Da mußte das Volk endlich erkennen, daß es ſich ſelbſt helfen müſſe, und daß nur dann, wenn es auf ſeine eigene Kraft vertraue, ein Heil für Deutſchland zu erwarten ſei. Die kleineren Staaten, ſie haben zwar ſcheinbar dieſe Reichsverfaſſung anerkannt und ſich ihr unterworfen, allein wie jetzt der Beweis klar vor Augen liegt, nur um auf die Gelegenheit zu warten, auch ihrerſeits ſich renitent an die großen Mächte anzuſchließen.

So, Bürger Volksvertreter, war die Lage des Vaterlandes, als ein Bruderſtamm jenſeits des Rheins, als die wackern Pfälzer ſich muthig erhoben und mit den Waffen in der Hand erklärten, daß ſie den Trotz ihres Königs brechen wollten. Dieſer muthige Schritt unſerer Nachbarn und Brüder konnte natürlich nicht ohne Wirkung auf uns ſein. Betrachten wir, Bürger Volksvertreter, die Lage, in der das badiſche Volk ſich befand. An der Spitze der Regierungsgeſchäfte ſtand ein Miniſterium, das bei jeder Gelegenheit gezeigt hat, daß es ihm nicht ernſtlich darum zu thun ſei, die Freiheit des Volkes zu begründen, das bei jeder Gelegenheit zeigte, daß es die Grundrechte, dieſe große Charte des deutſchen Volkes, beſchneiden wollte. All überall in dem badiſchen Lande vermehrte ſich der Ingrimm, all überall rief man nach Auflöſung der Kammern, die zu Bedienten dieſes Miniſteriums herabgeſunken waren, all überall verlangte man, daß eine aus freien Urwahlen hervorgegangene Volksvertretung berufen werde, um eine Verfaſſung für das Volk zu gründen. Mit Hohn, Bürger Volksvertreter, wie Sie Alle wiſſen, wurde auch dieſe Forderung zurückgewieſen. Tauſende von unſern Mitbürgern ſchmachteten in den Kerkern oder waren verbannt aus dem Vaterlande, tauſende von Familien waren ihrer Ernährer, Väter, Brüder, Söhne beraubt, laut erhob ſich überall die Stimme des Volkes, daß man durch einen großmüthigen Act der Verſöhnung die Vergangenheit ſchließen ſolle; allein auch in dieſer Beziehung konnte man Nichts erreichen, und ſo nahmen es denn die Vereine der Männer des Volkes in die Hand, für die Durchführung eines beſſern Zuſtandes zu wirken.

Es bildeten ſich die Volksvereine, und mit ihnen verband ſich, zur Ehre und zum Ruhm ſei es geſagt, denn zum erſtenmal in Deutſchland geſchah es — mit ihnen verband ſich die wackere badiſche Armee, deren Mitglieder erkannten, daß ſie vor allen Dingen Bürger ſeien, und daß ſie nur dann für das Wohl des Vaterlandes in Wahrheit wirken, wenn ſie Hand in Hand mit den Bürgern gehen.

Es iſt Ihnen bekannt, welche beſcheidene Forderungen man auf der Verſammlung zu Offenburg geſtellt hat. Eine Deputation der dort verſammelten Männer wurde nach Karlsruhe entſendet, um drei Forderungen hauptſächlich dem badiſchen Staatsminiſterium zur Erfüllung vorzulegen.

Der Hohn, den das badiſche Volk ſchon lange von dieſen Mitgliedern der oberſten Regierungsgewalt gewohnt war, derſelbe Hohn trat auch dieſen Forderungen entgegen, ja einer jener Miniſter hatte die Keckheit zu ſagen, daß man im Stande ſei, mit der Gewalt der Bajonette dem Willen des Volkes entgegen zu treten. Aber dieſelben Männer, die noch Nachmittags auf dieſe herausforbernde Weiſe zu den Abgeſandten des Volkes ſprachen, ſie haben kurz nach den Ereigniſſen vom 13. v. M. feige ihren Poſten verlaſſen, ſie haben den Fürſten beredet und ihm den Rath gegeben, das Land zu verlaſſen; ſie haben die deutſche Erde verlaſſen und ſich auf franzöſiſchen Boden geflüchtet, ſie haben verſucht, von dort aus das badiſche Land zu regieren und ihm Geſetze vorzuſchreiben.

Die Abſicht, Bürger Volksvertreter, die jene Männer hatten, liegt wohl klar vor Augen, man wollte eine Anarchie im Lande heraufbeſchwören, damit man dann unter dieſem Vorwande die preußiſchen mit Rußland verbundeten Bajonette in das badiſche Land hereinbringen könnte. Dank der Beſonnenheit des Volkes, iſt dieſer Plan geſcheitert; die Vertrauensmänner von Offenburg eilten auf die Kunde des Geſchehenen hierher, um ihrer Pflicht gemäß die Zügel der Regierung in die Hand zu nehmen. Der Landesausſchuß hat ſogleich an dem erſten Tage ſeines Erſcheinens eine Executivgewalt niedergeſetzt, er hat in Gemeinſchaft mit dieſer Executivgewalt die Ordnung des Landes aufrecht erhalten, und wir dürfen es wohl offen geſtehen, wohl ſelten iſt eine Revolution von dieſem Umfange und von dieſen Folgen in der Geſchichte vorgekommen, wobei im Verhältniß ſo wenig die öffentliche Sicherheit geſtört war.

Der Landesausſchuß in Gemeinſchaft mit der Executivkommiſſion hat es ſich zur Aufgabe gemacht, vor allen Dingen die wichtigſten und drängendſten jener Forderungen der großen Landesverſammlung in Offenburg zu verwirklichen. Ein Geſetz wurde erlaſſen, wodurch alle politiſchen Unterſuchungen niedergeſchlagen, alle Kerker geöffnet, und alle Folgen der ergangenen Strafurtheile aufgehoben wurden. Ein Bürger, der ebenfalls in Folge dieſer Verfolgungen das Land verlaſſen mußte, ein Bürger, an deſſen Name ſich die heiligſten und glühendſten Gefühle, nicht blos des badiſchen, nein des deutſchen Volkes knüpfen, er wurde beſonders durch ein ſpezielles Geſetz zurückgerufen, und wir haben die Ausfertigung deſſelben an den Konſul in Neu-York geſchickt, um ihm die Aufforderung zuzuſtellen, daß er ſogleich in ſein Vaterland zurückkehre und ſeine großen Kräfte und bedeutenden Talente dem Volke zur Verfügung ſtelle.

Allgemeine Volksbewaffnung, welche auf der Offenburger Landesverſammlung verlangt worden iſt, ſuchten wir nach Kräften zu fördern. Wir haben die in dem Arſenal brach liegenden Waffen unter das Volk vertheilt, wir haben nicht geſpart an den Summen, welche nöthig ſind, um noch weitere Waffen herbeizuſchaffen, und in wenigen Tagen hoffen wir, Ihnen die Nachricht mittheilen zu können, daß wir im Beſitze einer großen Anzahl Waffen ſind, um allmälig wenigſtens das erſte Aufgebot kampfgerüſtet aufzuſtellen.

Die Kammern, gegen die ſich der wohlgegründete Haß des Volkes aufgethürmt hatte, wir haben ſie, nachdem ſie ſchmählich die Flucht ergriffen hatten, ſogleich aufgelöſt, wir haben auf der Grundlage des freiſinnigſten Wahlgeſetzes Sie berufen, um in Ihre Hände die Geſchicke des Vaterlandes niederzulegen. Wir haben, ſo viel in unſern Kräften ſtand, und ſo viel es ſich thun ließ, ohne daß dadurch Verwaltung und Rechtspflege gehemmt wurden, die reactionären Elemente entfernt, und durch volksthümliche Männer erſetzt; und ſo lange dieſe Maßregel nicht ganz durchgeführt war, haben wir Männer des Vertrauens in alle Bezirke geſchickt, mit ausgedehnten Vollmachten, um die Sache der Revolution, die Sache der Freiheit, die Sache des Vaterlandes zu fördern. Haben wir auch, Bürger Volksvertreter, keine Sparſamkeit eintreten laſſen da, wo es ſich darum handelte, das Volk zu bewaffnen und eine bedeutende Streitmacht den Feinden der deutſchen Sache, welche Deutſchland wieder zerreißen wollen, entgegen zu ſtellen, ſo können wir Ihnen den Beweis liefern, daß wir in allen andern Gegenſtänden auf die energiſchſte Weiſe Sparſamkeit eintreten ließen, und es wird nun an Ihnen ſein, Bürger Volksvertreter, für die künftige Zeit dieſe Sparſamkeit zu ſanctioniren, namentlich den großen Unfug ungeheurer Beſoldungen, wodurch das Mark des Volkes ausgeſogen wird, zu beſeitigen.

Der Landesausſchuß hat aber in Anbetracht der großen Gefahren, die dem Vaterlande drohen, in Anbetracht, daß es räthlich war, eine mehr

einheitliche Gewalt an die Spitze der Regierungsgeſchäfte zu berufen, nachdem einmal es mit den Feinden zum blutigen Zuſammenſtaß gekommen iſt, ſeine Gewalt freiwillig niedergelege in die Hände einer pravisoriſchen Regierung, die nun var Ihnen ſteht und bereit iſt, ihr Amt in Ihre Hände niederzulegen. Mehrere unſerer Brüder, ſie haben ihr Leben ausgehaucht im Dienſte und im Kampfe für die Freiheit. Friede ſei ihrer Aſche, und möge jedem freien deutſchen Manne das Laos beſchieden ſein, mit den Waffen in der Hand unterzugehen, ehe es den Feinden der Freiheit gelingt, über uns die blutige Geiſel und die Knute zu ſchwingen. (Stürmiſches Brava im Saale und auf der Gallerie.)

Nach allen Nachrichten, welche von dem Heere einkammen, iſt der Muth der Truppen ein großer, ſie brennen alle var Begierde, für die Sache der Freiheit, für die Sache des deutſchen Vaterlandes in den Kampf zu ziehen, und vielleicht wird es nicht mehr lange dauern, ſo werden ſie Gelegenheit haben, ihren Muth zu erpraben, und ich zweifele nicht daran, die Nachrichten, die nunmehr van dem Schauplatze des Krieges kommen, werden Nachrichten ſein, daß die Sache der Freiheit geſiegt hat. An Ihnen, Bürger Valksvertreter, iſt es nun, zu handeln; wir haben es unterlaſſen, irgend Etwas zu thun, wodurch es den Anſchein hätte gewinnen können, als wollten wir vargreiſen den künftigen Geſchicken des Landes. Wir haben an der Farm der Regierung Nichts geändert, wir haben Nichts geändert an der Verfaſſung.

An Ihnen, Bürger Volksvertreter, iſt es nun, ſich darüber auszuſprechen, auf welche Weiſe künftig dieſes Land regiert werden ſoll. Eines aber werden wie wahl Alle bedenken, der Kampf, der entbranne iſt gegen die Mächte des Nardens, der Kampf, der entbrannt iſt gegen die Feinde des Walkes, es iſt kein Kampf des badiſchen Volkes, es iſt kein Kampf unſerer rheinpfälziſchen Brüder, es iſt ein Kampf des ganzen deutſchen Walkes für das große, für das deutſche Waterland. Indem ich Ihnen, Bürger Volksvertreter, im Namen der praviſoriſchen Regierung erkläre, daß wir bereit ſind, über jeden Schritt, den wir gethan, über jede Handlung, die wir vorgenommen, hier öffentlich var den Augen des Walkes Rechenſchaft abzulegen, erkläre ich Ihnen ferner, daß wir bereit ſind, unſere Gewalt, die wir van dem Landesausſchuſſe entgegen genommen, in Ihre Hände niederzulegen, ſabald Sie, und zwar ſa ſchnell als möglich, eine neue Regierungsgewalt berufen haben.

Gott ſchütze das Vaterland! Für Deutſchland Alles!"

Die Verſammlung erklärte der proviſoriſchen Regierung ihren Dank durch allgemeines Aufſtehen von den Sitzen. Die Sitzung wurde darauf geſchloſſen und auf morgen die nächſte Sitzung anberaumt, auf deren Tagesordnung ſich die Wahl einer neuen proviſoriſchen Regierung befindet.

x **Heidelberg**, 11. Juni. Geſtern Abend ſoll dahier im Hauptquartiere Mieroslawski angekommen ſein; man glaubt, daß jetzt unverzüglich angegriffen werde. Zweifelhaft iſt aber, welchen Eindruck die Ernennung dieſes „berühmten polniſchen Feldherrn" auf unſere Soldaten machen wird; ſie haben gegen alle fremden Führer eine große Abneigung geäußert. Hier iſt noch immer das Becker'ſche Corps, aus etwa 500 Franzoſen und Schweizern beſtehend; auch wird eine „deutſch-politiſche-Flüchtlings-Legion" unter den Auſpicien des Hrn. Heramer eingekleidet, der zu dieſem Zwecke, ohne nur anzufragen, zwei Auditorien des Univerſitätsgebäudes in Beſchlag genommen hat.

△ **Wiesbaden**, 11. Juni. Die unter dem Heutigen ausgegebene Nummer des Naſſauiſchen Verordnungsblattes enthält die Bekanntmachung, daß Se. Hoheit der Herzog den Präſidenten Hergenhahn auf ſein Anſuchen von der ihm bei dem Staatsminiſterium übertragenen Dienſtſtelle entbunden und dem Präſidenten der Rechnungskammer v. Winzingerode die Leitung der Geſchäfte bei dem Miniſterium unter miniſterieller Verantwortlichkeit übertragen hat. Weſſen man ſich von einem Miniſterium Winzingeroda zu verſehen habe, darüber haben ſich die Meinungen noch nicht feſtgeſtellt. Winzingerode war Naſſauiſcher Vertreter am Bundestage, und das nimmt von vornherein gegen ſeinen Namen ein; auch ſtößt Manchem der Umſtand Beſorgniſſe ein, daß er zu der Familienpartei gehört, welche in vormärzlicher Zeit den Staat vorzugsweiſe in ihrem Intereſſe regierte. Man befürchtet, durch ihn möchten bald wieder, ſo viel möglich, die Dinge auf den alten Stand zurückgeſchraubt werden. Indeß dieſe Beſorgniſſe ſcheinen übertrieben; Winzingerode iſt, ſo viel man ihn kennt, kein Mann der Reaction und gilt allgemein als ein rechtlicher Charakter. In früherer Zeit war er Director des Hofgerichts zu Uſingen und entwickelte in dieſer Stellung eine ſo große amtliche Thätigkeit, daß in dieſes Gericht ein ganz neues friſches Leben kam. Es wäre zu wünſchen, daß ihm auch jetzt noch, im höheren Alter, die frühere Kraft innewohnte; eine energiſche Leitung thut unſerem Staatsweſen vor allem Noth. So ſehr man auch der Wirkſamkeit des Miniſteriums Hergenhahn Gerechtigkeit wiederfahren laſſen muß, ſo vermißte man doch in vieler Beziehung die nöthige Entſchiedenheit gegenüber dem Drängen und Treiben der Männer des haſtigen Fortſchritts in unſerer Kammer. Unſer Zehntgeſetz, unſer Bürgerwehrgeſetz, die beeilte Vereidigung auf die Reichsverfaſſung ſind Folgen dieſer Nachgiebigkeit. Die ſogenannte demokratiſche Partei hat ſchon längſt auf die Entfernung Hergenhahns hingearbeitet; ein Miniſterium Winzingerode aber iſt ihr noch mehr zuwider. Geſtern wurde in dem benachbarten Städtchen Idſtein von linken Mitgliedern der Kammer eine Verſammlung abgehalten, bei der ſich aus faſt allen Theilen des Landes Demokraten einfanden. Es wurde daſelbſt eine neue Auflage der in Beilage Nr. 157 Ihrer Zeitung erwähnten Beſchlüſſe des hieſigen Vereins „für Wahrung der Volksrechte" beſorgt und zur Durchführung derſelben ein Landesausſchuß erwählt, in dem ſich unter Andern die Kammermitglieder Lang, Raht, Müller II. befinden. Da man ein Miniſterium will, welches die geſtern gefaßten Beſchlüſſe ausführe, ſo wird wohl der erwähnte Landesausſchuß im Sinne haben, uns mit einem ſolchen aus ſeiner Mitte zu beglücken. Gegen ein Miniſterium Winzingerode hat man feierlichſt proteſtirt. Heute hat ſich die Deputation jener Verſammlung hier eingefunden, um ihre Anliegen dem Herzoge vorzulegen. Ueber die Antwort kann man kaum im Zweifel ſein.

Wiesbaden, 11. Juni. Die Deputation der Idſteiner „Landesverſammlung" iſt heute Mittag durch unſere Stadt nach Biebrich gereiſt, um dem Herzog ihre Anliegen vorzutragen. Ein Theil der Deputation erhielt Audienz und der Herzog eröffnete ihr, daß er immer das Wohl ſeines Landes und Volkes im Auge gehabt und auch in Zukunft ſo thun werde: er habe bewieſen, daß alle vernünftigen Wünſche des Volkes Befriedigung von ihm zu erwarten hätten; die heute an ihn geſtellten Forderungen ſeien unvernünftig: es ſei Zeit, endlich Ruhe und Ordnung im Lande zu ſchaffen, und dazu habe er jetzt die Mittel in Händen. Damit war die Deputation entlaſſen. (O. P. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 7. Juni. Wie wichtig die Regierung den am 5. Juni von Hume geſtellten Antrag auf Parlamentsreform (vgl. Nr. 157) genommen hat, geht daraus hervor, daß im Verlauf der Debatte ſowohl der Miniſter des Innern als Lord John Ruſſell ſelbſt, und letzterer zwar in ſehr lebhafter und nachdrücklicher Weiſe, das Wort ergriffen, um namentlich das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts zu bekämpfen. Die Stärke der Partei der Radikalreformer geht aus der Abſtimmung hervor, nur 82 waren für den Antrag, 268 dagegen. Irren wir nicht, ſo war die Zahl der Bejaher im vorigen Jahre, als Hume im Verein mit Cobden denſelben Antrag ſtellte, um einen oder zwei größer, woraus hervorgeht, daß die Partei der Radikalreformer an Anhängern ſeit dem vorigen Jahre eher verloren als gewonnen hat, ohne Zweifel in Folge der freilich nicht ſehr einladenden Reſultate, welche die Einführung der allgemeinen Wahlen in mehreren Ländern des Continents gehabt hat. Die Radikalreformer ſcheinen nun die Hoffnung aufgegeben zu haben, ſo lange das jetzige Parlament beiſammen iſt, irgend günſtigere Erfolge zu erzielen; aber der Bruch zwiſchen ihnen und den Whigs wird dadurch nothwendig auch ſchroffer. Daily News, Organ der Cobden'ſchen Partei, ſagt unter Andern: „Das Haus der Gemeinen will ſich ſelbſt nicht reformiren. Whigs, Peeliten und Protektioniſten, die in andern Fragen einander in den Haaren liegen und ſich freundſchaftlich ein Bein zu ſtellen ſuchen, ſind wenigſtens in dieſem einen Punkte einig. Wie die Aufſtändiſchen in Jeruſalem, als Titus es belagerte, ſo ſchließen die Kinder und Kämpen der parlamentariſchen Corruption einen Waffenſtillſtand auf Zeit ab und vereinigen ſich, um den Angriff ihres gemeinſamen Feindes, der Reformer, abzuſchlagen." Daily News meint, man müſſe die Sache nun praktiſcher anfangen, man müſſe Ländereien für die Fabrikleute und Arbeiter ankaufen und ſo die Zahl der 40 Shilling-Freiſaſſen vermehren. Die Birminghamer Landaſſociation habe ſchon gezeigt, wie dies anzufangen ſei, und es erſcheine wünſchenswerth, daß Abgeordnete der bereits zahlreichen Freehold Land Societies im künftigen Herbſt eine große Zuſammenkunft in London oder Birmingham halten, um einen gemeinſamen Plan abzureden. Habe man nur erſt die Wahlkörperſchaften durch Vermehrung der 40 Shilling-Freiſaſſen umgeſtaltet, ſo würden auch die übrigen vom Volke gewünſchten Reformen, geheime Abſtimmung, kürzere Parlamente u. ſ. w., von ſelbſt nachfolgen. Cobden iſt, wie man weiß, ein geborner Agitator, der ſich durch ein paar Niederlagen ſeiner Partei nicht ſobald abſchrecken läßt.

Digitized by Google

Ein Glaubensbekenntniß Lord J. Ruſſells iſt immer von Intereſſe; wir theilen daher den Schluß der von ihm bei dieſer Gelegenheit gehaltenen Rede mit. Nachdem er triumphirend darauf hingewieſen, daß ſich die Hauptſtädte ſolcher Staaten, wo verſuchsweiſe allgemeine Wahlen eingeführt waren oder noch ſind, wie Paris, Wien, Berlin im Belagerungszuſtand befänden, wobei er nur, wie Herr Osborne bemerkte, das ebenfalls unter das Ausnahmsgeſetz geſtellte Irland zu nennen vergaß, fuhr der Miniſter fort:

„So weit mein Blick reicht, gibt es nur drei große Staaten, welche, ihrer Verfaſſung entſprechend, feſt und unverändert in ihren Stellungen verharren. Zuvörderſt erblicken wir ein Syſtem vollſtändiger Demokratie, die Vereinigten Staaten. Da wünſcht Keiner, daß die Verfaſſung geändert werde; die Leute haben ihren Zweck erreicht; Ordnung paart ſich da mit Freiheit, und die Verfaſſung entſpricht ihren Wünſchen. Der zweite Staat liegt am entgegengeſetzten politiſchen Pol — das ruſſiſche Reich, wo Alles an den einzigen Willen des Monarchen gefeſſelt iſt; aber durch die ſtrengen Mittel dieſes despotiſchen Monarchen iſt doch die Ordnung und die allgemeine Sicherheit, wenigſtens des Lebens, gewahrt. Der dritte Staat iſt das conſtitutionelle Großbritannien (Beifall), und ſo viel mir bewußt, hängt die Bevölkerung an ihrer conſtitutionellen Monarchie, wie nur je die Bevölkerung eines Landes an ihrer Verfaſſung gehangen hat. Ich glaube, dieſe Regierungsform iſt dem Geiſte des Volkes entſprechend. Ich glaube, es iſt nicht das Gleichgewicht der Gewalten, ſondern die Verbindung der zuſammenwirkenden Kräfte der Monarchie, wodurch unſere Verfaſſung ſoviel Freiheit und Glück, eine ſolche Entwickelung von Talent und ſoviel Ermunterung für ſittlichen und religiöſen Wandel hervorbringt, als nur je eine in Uebung geweſene Staatsverfaſſung hervorbringen konnte. Ich glaube, wenn Ihr den jetzt vorgeſchlagenen Plan annehmt, werdet Ihr alle dieſe Segnungen aufs Spiel ſetzen. (Beifall) Ich bin nicht der Anſicht, daß Ihr in einem Hauſe der Gemeinen, welches auf dem Wege allgemeiner Wahlen und aus gleichen oder faſt gleichen Wahldiſtrikten zuſammengebracht wäre, lange Frieden haben würdet, oder hättet Ihr Frieden vermittelſt einer überwiegenden, demokratiſche Maßregeln beſchließenden Mehrheit, ſo werdet Ihr nicht lange mit den andern Staatsgewalten in Uebereinſtimmung handeln können. (Hört, hört!) Ich meine doch, daß wir allmälige Reformmaßregeln durchgeſetzt haben, ohne Erſchütterung und ohne befürchten zu müſſen, daß es zum Blutvergießen kommen werde. Gehen wir ſo weiter vor, ſo werden ohne Zweifel noch andere Maßregeln vom Parlamente angenommen werden; Maßregeln, welche mit den Anſichten des Volks im Einklang ſtehen, werden in verfaſſungsmäßiger Weiſe und ohne Unterbrechung der Conſtitution zum Geſetz erhoben werden. Daher, und zwar im Namen der Verfaſſung, bitte ich, die vorgeſchlagene Maßregel nicht anzunehmen, ſondern entſchieden abzulehnen. Dann werdet Ihr, wie ich glaube, für die Vortheile des Volks, und wie ich feſt überzeugt bin, auch für die Wünſche und Meinungen des Volks das Entſprechende gethan haben." (Lauter und lange anhaltender Beifall).

Da wir gerade hier bei einem Punkte ſtehen, über den offenbar die Briten, ihrer langen Erfahrung und ihrer ruhigen und praktiſchen Weiſe gemäß, am beſten und vielleicht allein ganz richtig urtheilen können, ſo führen wir noch eine Bemerkung an, welche neulich die Times machte, daß nämlich auf dem Feſtlande der Conſtitutionalismus nicht im engliſchen Sinne aufgefaßt werde, daß vielmehr die Tendenz der modernen demokratiſchen Verſammlungen des Feſtlandes die ſei, keine Theilung der Macht zu dulden, allen äußern Widerſtand zu erdrücken, und die Miniſter des Staats in bloße Willensvollſtrecker eines Convents zu verwandeln. Die engliſche Verfaſſung dagegen regiere durch Uebereinſtimmung und nicht durch Oppoſition der drei Gewalten, ſo daß man einen Conflikt zwiſchen den beiden Häuſern oder Parlament und Krone durch beſtändige Vorſicht und ſelbſt gelegentliche Opfer zu vermeiden ſuche. Ein zweiter Hauptpunkt, den man auf dem Feſtlande aus dem Auge verliere, ſei der, daß das engliſche Parlament aus Klugheit und Herkommen ſich jedes Eingriffs in die Executivgewalt enthält.

Die Times bringt aus Gibraltar folgende Mittheilung: „Die franzöſiſche Dampffregatte Mojador, Kapitän Laurencin, welche am 26. Mai nach fünftägiger Fahrt von Rochefort im Hafen von Gibraltar angekommen war, ſegelte am 28. nach Toulon. Es hieß, daß dieſe Dampffregatte zu einem Geſchwader zu ſtoßen beſtimmt iſt, welches unter Admiral Baudin gebildet werden und aus zwei Linienſchiffen, fünf Fregatten, zwei Korvetten und ſechs Dampfbooten beſtehen ſoll. Dieſes Geſchwader wird baldigſt nach Tanger abſegeln, um für die dem franzöſiſchen Geſchäftsträger, Hrn. Roche, zugefügte Beleidigung vollſtändige Genugthuung zu fordern, oder, wenn ſie nicht geleiſtet wird, die Küſte von Marocco zu blokiren und die Hafenſtädte Tanger, Laraſch und Mojador zu beſchießen, ganz ähnlich, wie dies von der franzöſiſchen Flotte unter dem Prinzen von Joinville im J. 1844 geſchah."

Frankreich.

* **Paris**, 10. Juni. Die Nachricht, daß General Oudinot Rom genommen, hat ſich nicht beſtätigt, wohl aber, daß die Feindſeligkeiten am 3. aufs Neue begonnen haben. Die halbamtliche Patrie veröffentlicht eine aus dem Hauptquartier in der Villa Pamfili vom 4. Juni Morgens 5 Uhr datirte Depeſche des Generals, welche weitläufig und verworren über eine Reihe von Gefechten berichtet, die Tags vorher unter den Mauern Roms geliefert worden. Der Bericht ſagt zu viel, um genug zu ſagen. Es iſt klar, daß die Römer ſich ſehr tapfer geſchlagen und die Franzoſen ihren „Ruhm", von dem der General Oudinot ſpricht, theuer bezahlt haben. Der Schluß des Berichtes lautet: „Der heutige Tag war einer der ruhmvollſten. Unſere Truppen waren niemals alle zugleich im Feuer; ſie löſten ſich fortwährend ab; dennoch ſind die meiſten von 2 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends auf den Beinen geweſen. Sie haben Stellungen genommen, die uneinnehmbar ſchienen und deren Behauptung einen großen Einfluß auf das Reſultat der Belagerung haben wird. Die Zahl unſerer Verwundeten beläuft ſich auf 165, worunter 7 Officiere. (Der Bericht ſpricht nicht von der Zahl der Todten.) Ich werde mit nächſtem die Thaten genauer mittheilen, welche die verſchiedenen Gefechte vom 3. Juni ehrenvoll bezeichnet haben. Ich werde der Regierung die Soldaten empfehlen, welche die franzöſiſche Fahne an dieſem denkwürdigen und ruhmvollen Tage ſo tapfer getragen haben." Es findet dieſe Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten in der Preſſe den entſchiedenſten Tadel. Der National führt eine geradezu drohende Sprache. Er ſieht in dem Kriege gegen Rom eine förmliche Verfaſſungsverletzung, deren ſich ſogar die Nationalverſammlung mit ſchuldig machen würde, falls ſie die Politik der Regierung billigen wollte, und fordert das Volk, dem die Aufrechterhaltung der Verfaſſung anvertraut ſei, für dieſen Fall unverholen zur Inſurrection auf. Aber ſelbſt gemäßigte Blätter, die „Preſſe" und das „Siecle", erklären, daß die Verfaſſung verletzt ſei. Man ſpricht bereits von einer Manifeſtation der Nationalgarde, an welcher namentlich die 5., 6. und 7. Legion ſich betheiligen würden. Die „Preſſe" erklärt außerdem auf das Beſtimmteſte, daß die franzöſiſche Regierung ſchon vor der Intervention in Italien die vollſtändige Gewißheit hatte, daß Oeſterreich die Integrität der päpſtlichen Staaten nicht antaſten werde. Wozu alſo, fragt ſie, die Intervention gerade in Rom, und nicht auch in Piemont oder Venedig?

Die Patrie zeigt übrigens halbamtlich an, daß der Präſident der Republik auf Grund des Artikels 99 der Verfaſſung und nach Anhörung des Miniſterraths beſchloſſen hat, das Benehmen des Hrn. v. Leſſeps auf ſeiner Miſſion in Italien durch den Staatsrath unterſuchen und das Reſultat veröffentlichen zu laſſen. Hr. v. Leſſeps hat die Reiſe von Rom nach Paris in der außerordentlich kurzen Zeit von 4 Tagen und 3 Stunden zurückgelegt. Als er in Paris ankam und ſich ſofort beim Präſidenten der Republik melden ließ, erhielt er zur Antwort, daß dieſer erſt ſeine Depeſchen leſen wolle. Noch zwei Mal wurde er auf dieſe Weiſe abgewieſen, da erklärte er, daß er nie wieder den Fuß ins Elyſee ſetzen werde. An den Miniſter des Auswärtigen aber richtete er das folgende Schreiben, welches die Geſchichte der Intervention in Rom noch geheimnißvoller erſcheinen läßt: „Herr Miniſter! Sie haben mir geſtern, als ich die Ehre hatte, Sie zu ſehen, gleich nach meiner Ankunft von Rom, geſagt, daß die Regierung mehrere Depeſchen an mich gerichtet habe. Während des ganzen Laufes meiner Miſſion ſeit meiner Abreiſe von Rom habe ich keine Depeſche des Miniſteriums erhalten, ausgenommen am 1. Juni, um 1½ Uhr, die telegraphiſche Depeſche vom 29. Mai, die mich abrief. Ich bitte Sie daher, Herr Miniſter, mir Abſchriften der Mittheilungen zuſenden zu wollen, auf welche ich allenfalls zu antworten haben könnte."

Die Montagne hat ein Manifeſt an die deutſche Demokratie erlaſſen, welchem wir folgende Stellen entnehmen: „Euch, Brüder! gehören unſere lebhafteſten Sympathieen, unſere heißeſten Wünſche.

Werden dieſe Wünſche lange unfruchtbar ſein? Wird eine, ihrem Urſprung untreue, ihre Pflichten verrathende Regierung noch lange die edlen Triebe Frankreichs lähmen? Nein! Frankreich iſt bereit ſein Blut zu vergießen, mit dem es nie zu Gunſten unterdrückter Völker gegeizt hat. Deutſchland und Frankreich haben von dem Himmel eine heilige Sendung erhalten; in ihren Händen liegen die Geſchicke der Welt. Mit Hand und Herz vereinigt, werden ſie die neue Geſellſchaft erbauen. Brüder, Hoffnung und Beharrlichkeit! und bald werden in brüderlicher Umarmung auf den Trümmern der Throne und der Privilegien zwei große Völker ausrufen in der heiligen Begeiſterung des Sieges: Deutſchland und Frankreich! für den Frieden und das Glück der Welt!"

Die bereits erwähnten Varianten in der Botſchaft des Präſidenten werden noch heute in den Journalen beſprochen. Die Angabe der Preſſe, daß ihr Abdruck nach einer im Elyſee National von ihrem Stenographen genommenen Abſchrift gemacht ſei, wird in einer amtlichen Note für unwahr erklärt, allein die Preſſe bleibt bei ihrer Angabe.

Heute iſt, 66 Jahr alt, der Marſchall Bugeaud an der Cholera geſtorben. General Changarnier, Graf Mole und der Finanzminiſter Paſſy liegen ernſtlich darnieder, ungefähr 80 Repräſentanten fehlen in der Verſammlung und es iſt die Rede davon, die Sitzungen der Legislative auf einige Zeit zu unterbrechen. Wo eine ſolche Maſſe von Thatſachen ſpricht, finden die beruhigenden Berichte des Moniteur über die Zahl der Cholerafälle nur geringen Glauben.

Nach Briefen aus Conſtantinopel ſind die diplomatiſchen Verbindungen zwiſchen Frankreich und Perſien, weil die perſiſche Regierung ſich geweigert, den mit Frankreich abgeſchloſſenen Handelstraktat zu ratificiren, abgebrochen worden. Der franzöſiſche Geſandte hat Teheran bereits verlaſſen und wird in Trapezunt weitere Befehle ſeiner Regierung abwarten.

Italien.

* **Turin**, 6. Juni. Eine telegraphiſche Depeſche aus Genua meldet, daß die Franzoſen am 4. Juni Rom von der Villa Pamfilio und der Porta del Popolo aus angegriffen haben. (Es würde das alſo die Fortſetzung des Kampfes vom 3. ſein, über welchen die pariſer Berichte Mittheilung machen.)

* **Florenz.** Das Statuto verſichert, daß das Wiener Cabinet auf die Vorſchläge Frankreichs zur vollſtändigen Säculariſation der päpſtlichen Verwaltung eingegangen ſei. Die Blätter von Florenz bringen gleichfalls die Nachricht, daß Ancona nach einem furchtbaren Bombardement capitulirt habe.

Schweiz.

) **Bern**, 9. Juni. Was Viele wünſchten, aber nur Wenige erwarteten, iſt geſchehen: der Ständerath hat in der Kapitulationsfrage die ihm vom Nationalrath gebotene Hand nicht zurückgeſtoßen und heute nach zweitägiger Debatte mit 24 gegen 17 Stimmen folgenden Beſchluß gefaßt: „Die Bundesverſammlung, in Betracht, daß das Fortbeſtehen der Militärcapitulationen mit den politiſchen Grundſätzen der Schweiz als eines demokratiſchen Freiſtaates unverträglich iſt, beſchließt: 1) der Bundesrath iſt mit Unterhandlungen zur Auflöſung der Capitulationen beauftragt; 2) die Werbungen ſind einſtweilen eingeſtellt." Von dem 3. Artikel des Nationalrathsbeſchluſſes, nach welchem der Bundesrath die Auflöſung der Capitulationen im Namen der ſchweizeriſchen Eidgenoſſenſchaft ausſprechen und vollziehen ſoll, ſobald der König von Neapel die capitulirten Regimenter zu einer Intervention gegen einen mit der Schweiz befreundeten Staat verwenden und hierdurch deſſen freies Conſtituirungsrecht beeinträchtigen will, wollte der Ständerath nichts wiſſen, weil die Vollziehung eines Auflöſungsbeſchluſſes dem Bundesrathe unmöglich ſei, ſobald man nicht über die Entſchädigungsfrage einen beſtimmten Entſcheid gefaßt habe. Zu dieſem jedenfalls erfreulichen Reſultat der zweiten Berathung der Capitulationsfrage im Ständerath hat ſicher der Beſchluß des Berner Gr.-Rathes in derſelben Sache nicht wenig beigetragen. Auch der Freiburger Gr. Rath hat mit 42 gegen 9 Stimmen die Einleitung zur Auflöſung, ſowie die augenblickliche Einſtellung aller Werbungen beſchloſſen. Hätte der Ständerath auf ſeinem frühern Beſchluſſe, zur Tagesordnung überzugehen, beharrt, ſo wären neue Wirren die unausbleibliche Folge geweſen. Schon drohte man mit den Tauſenden von bewaffneten Schützen, welche am 1. Juli zum eidgenöſſiſchen Schützenfeſte in Aargau zuſammenkommen. Ob ſich nun der Nationalrath dem Beſchluſſe des Ständeraths anſchließen oder auf dem angeführten dritten Punkt ſeines Beſchluſſes beharren wird, muß ſich in den nächſten Tagen zeigen. Neuhaus, geweſener Schultheis von Bern, auch dem Ausland von der Aarauer Kloſteraufhebungsgeſchichte als energiſcher Mann bekannt, der in vieler Beziehung in die Geſtaltung eidgenöſſiſcher Angelegenheiten eingegriffen hat, iſt geſtern in Biel in Folge eines ſchmerzhaften Magenübels geſtorben.

Ungarn.

A. Z. C. Aus **Preßburg** wird geſchrieben: F.-M.-L. Schlick iſt angekommen. Geſtern brachte das Dampfboot den Kriegsminiſter Grafen Gyulay und den neu ernannten Landescommiſſär Baron Geringer. Geſtern Nachts wurde plötzlich alarmirt, die ehegeſtern angekommenen Grenzer und andere Truppengattungen brachen auf und marſchirten eiligſt ins jenſeitige Lager. Die Cholera nimmt ſowohl im Lager als in der Stadt ſichtlich ab, aber die vorkommenden Fälle ſind nach Aeußerung der Aerzte ſehr bösartig. Ein Gerücht, daß geſtern ein magyariſcher Friedensparlamentär angekommen ſei, findet vollen Glauben. Seine Sendung enthielt derartige Anträge, daß man ihn kurz verabſchiedete. Von den ruſſiſchen Hilfstruppen ſteht ein großer Theil bei Fragendorf in der Schütt und führte geſtern ein großes Exercitium im Feuer aus. Man will geſtern in der Richtung nach Weſelburg eine mehr als ſechsſtündige Kanonade gehört haben. Von Oedenburg iſt die Poſt ſeit zwei Tagen ausgeblieben. Vage Gerüchte ſprechen von einer Beſatzung dieſer Stadt durch die Inſurgenten.

Unweit Peſth, ſo ſchreibt der Ungar, ein Peſther Blatt, vom 1. d. M., erwiſchte das Volk einen Naderer (Spion) und ſchnitt ihm beide Ohren ab. „Der Humor bei der Sache iſt, meint der Ungar, daß das aufgebrachte Volk ihn gerade der Glieder beraubte, mit denen er ſündigte." Die Peſther Zeitung enthält das Todesurtheil des Litteraten Daniel Novak, weil er, wie es in der Kundmachung lautet, in einem Aufſatze der Peſther Zeitung einen öſterreichiſchen Erzherzog gelobt, das Publicum zur Stellung öſterreichiſcher Recruten ermuntert und überhaupt den Oeſterreichern ſeine Dienſte angeboten habe.

Aus Peſth wird geſchrieben, daß die magyariſche Partei ſeit der Einnahme Ofens gar kein Maß und Ziel mehr kennt. Das Vermögen der Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft iſt confiscirt worden. In Debreczin werden goldene und ſilberne Kirchengeräthe, die halb freiwillig, theils mit Gewalt aus dem ganzen Reiche dahin eingeliefert worden ſind, in Ducaten- und Zwanzigkreuzerſtücke umgeprägt; erſtere haben das Kremnitzergepräge mit dem ungariſchen Wappen, die letzteren ein Madonnenbild mit dem Wappen, beide die Jahreszahl 1849, getrennt durch zwei gekreuzte Schwerter. Der Werth der auf dieſe Weiſe eingekommenen Kirchengeräthſchaften ſoll ſich auf 22 Millionen Gulden belaufen. Die Kirche zu Kaſchau allein hatte 3 Centner Silber. Görgey ſoll den ihm verliehenen ungariſchen Dienſtſtern I. Klaſſe nicht angenommen haben, weil eine ſolche Auszeichnung mit den Grundſätzen der Republik unverträglich ſei. Ein David Fiſchhof iſt von der Peſther Regierung in die jüdiſchen Gemeinden geſendet worden, um dort Sammlungen für die verwundeten Magyaren einzuleiten.

Die Nachricht von einem blutigen und ſiegreichen Treffen im Tſchaikiſtenbataillonsbezirk beſtätigt ſich. Aus den eingelaufenen Briefen erſieht man, daß Perczel ſich mit der ganzen magyariſchen Macht gegen Titel geworfen hat; 800 Mann wurden gefangen und, wie man wiſſen will, niedergehauen. (C. Bl. a. B.)

In Agram war man in große Unruhe verſetzt durch die Nachricht, eine magyariſche Heeresabtheilung bewege ſich von Peſth gegen Croatien und ſei bereits in Veſprim eingetroffen.

Nach der Peſther Zeitung vom 31. Mai hat die k. k. Beſatzung der Feſtung Temesvar am 12. Mai einen Ausfall gemacht, der den belagernden Inſurgenten ſehr nachtheilig geweſen zu ſein ſcheint. Der Kampf ſoll vier Stunden gedauert haben und die Ungarn geben ihren Verluſt ſelbſt auf 33 Todte und 100 Verwundete an.

Nachrichten aus Belgrad zufolge ſoll General Lüders am 31. Mai mit 64,000 Mann Ruſſen in Siebenbürgen eingerückt ſein.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

(Hierzu zwei Beilagen.)

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.-P.-A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 162. Frankfurt a. M., Donnerſtag 14. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Frankreich.

Deutſchland. Frankfurt (Die Verſammlung in Gotha. Reichscommiſſär Joſeph. Truppenbewegungen. Das Frankfurter Bataillon). Wien (Türkiſche Hilfe für Oeſterreich. Die Ruſſen. Die Operationen der Armee in Ungarn). Meran (Beda Weber). Prag (Die Hauptwache. Militärtransporte nach Ungarn). Berlin (Hr. v. Prokeſch und Lord Palmerſton. Der Belagerungszuſtand. Die Verhafteten. Die Zuſammenkunft in Gotha. Freilaſſung. Der amerikaniſche und der engliſche Geſandte. Das Miniſterium und die Wahlen. Gerüchte). Elberfeld (Hr. v. Carnap). München (Die Auflöſung der Kammer. Wahlausſichten. Verhaftung. Pläne für Deutſchlands Zukunft). Nürnberg (Urwählerverſammlung). Kaiſerslautern (Die Belagerung von Landau). Stuttgart (Amneſtie. Keine ſtandrechtliche Hinrichtung. Erklärungen für und gegen das Miniſterium. Die Reichsverſammlung. Depeſche der Regentſchaft an den General v. Prittwitz). Vom Bodenſee (Das öſterreichiſche Corps in Vorarlberg). Dresden (Verhaftung). Hannover (Die politiſchen Vereine und die Verfaſſung. Beſtrafung von Unteroffizieren). Aurich (Beſchlüſſe der oſtfrieſiſchen Stände). Karlsruhe (Die Eröffnung der Landesverſammlung. Brentano. Mieroslawski. Hoff's Anträge). Raſtadt (Bornſtedt). Heidelberg (Vertheidigungsmaßregeln. Hecker. Verhaftungen). Darmſtadt (Preußiſche Truppen nach der Bergſtraße). Mainz (Die Freiſchärler in Worms. Belagerungszuſtand an der pfälziſchen Grenze. Beginn des Kampfes). Worms (Bevorſtehender Durchmarſch bairiſcher Truppen). Vom Taunus (Hergenhahn und ſein Nachfolger). Wiesbaden (Vertagung der Ständeverſammlung. Erklärung der Regierung). Aus dem nördlichen Schleswig (Oberſt St. Paul. Orla Lehmann).

Großbritannien. London (Die Zeitungen über die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft).

Frankreich. Paris (Die Interpellationen Ledru Rollin's. Die Montagne und die deutſchen Demokraten).

Oeſterreichiſche Monarchie. Agram (Das Preßgeſetz).

Dänemark. Kopenhagen (Das neue Grundgeſetz).

Ungarn. (Das Verbrüderungsfeſt in Preßburg. Koſſuth und die franzöſiſche Intervention. Der Krieg im Süden).

Nachſchrift.

---

13. Juni.

Seit den Tagen der großen franzöſiſchen Revolution knüpfte ſich bei den meiſten Staatsmännern an den Gedanken einer Umwälzung in Frankreich unmittelbar der Gedanke eines europäiſchen Krieges. So viel die Julirevolution auch gewirkt haben ſollte, dieſe Ideen-Aſſociation zu zerſtören, nach der Februarrevolution waren es doch nur die einſichtigeren Politiker, welche von Kriegsrüſtungen abriethen, die mehr als alles Andere geeignet waren, den Krieg herbeizuführen. Die Ereigniſſe haben ihnen Recht gegeben: die Republik, von den fremden Mächten anerkannt, und durch keine fremden Intriguen oder Drohungen gereizt oder in ihrer Entwicklung geſtört, hat auch ihrerſeits nicht über ihre Grenzen übergegriffen, und der erſten revolutionären Verwaltung iſt ſehr bald eine ſo ſtreng conſervative gefolgt, daß die Politik Ludwig Philipps ſich keine beſſeren Vertreter hätte wünſchen können.

Jetzt haben ſich indeß dieſe friedlichen Ausſichten ein wenig getrübt. Einen hauptſächlichen Grund der gegenwärtigen Verwicklung macht die römiſche Expedition aus. Die franzöſiſche Regierung hatte es damit keineswegs auf einen Krieg, oder nur auf einen Kampf abgeſehen: ſie hoffte durch eine bloße Demonſtration die Römer zur Rückkehr unter die päpſtliche Herrſchaft zu bewegen. Sie hätte ſo den andern katholiſchen Mächten, die auf eine Intervention in den Kirchenſtaat drangen, den Rang abgelaufen und Frankreichs haute influence in Italien vermehrt. Sie hätte zugleich Europa einen Beweis ihres Legitimitätseifers gegeben und die katholiſch-legitimiſtiſche Partei in Frankreich gewonnen. Die republikaniſche Partei aber, die ohnehin in ihrer Eitelkeit geſchmeichelt geweſen wäre, hätte ſich durch einige Erklärungen, daß nur die Freiheit der Römer vor den Oeſterreichern geſichert werden ſollte, beruhigen laſſen. Man weiß, an welchen Zufälligkeiten dieſer Plan ſcheiterte. Vergebens verſuchte auch das Miniſterium, was nicht durch einen Handſtreich hatte gelingen wollen, durch Unterhandlungen zu erreichen. Es mußte, um zu der Kränkung einer militäriſchen nicht auch die einer diplomatiſchen Niederlage zu fügen, die Vorſchläge ſeines Geſandten, des Hrn. v. Leſſeps, desavouiren: die Schwierigkeiten blieben aber dieſelben. Frankreich war in der Alternative, ſich offen mit Oeſterreich gegen Rom zu verbünden, oder offen gegen Oeſterreich und den Papſt für die römiſche Republik Partei zu nehmen. Mit einer gewiſſen Bosheit weigerte ſich das römiſche Triumvirat, auf irgend einen noch ſo vortheilhaften zwiſchen dieſen beiden Möglichkeiten vermittelnden Weg einzugehen; es blieb bei ſeinem aut aut, in der Ueberzeugung, daß ein Bündniß mit Oeſterreich dem franzöſiſchen Volke zu gehäſſig ſein als daß die Regierung es nicht, ſelbſt auf Gefahr eines allgemeinen Krieges, zurückweiſen würde. Das Triumvirat hat ſich in einem Theil ſeiner Berechnung getäuſcht: in dieſem Augenblick vielleicht ſchon iſt Rom in den Händen der ſtürmenden Franzoſen. Möglich allerdings, daß es in dem andern Theil ſicherer rechnet.

Denn gleichzeitig liegen noch andere Gründe zu einem Streit mit Oeſterreich vor. Sardinien hatte ſich, gegen den Rath Frankreichs, nachdem es kaum den üblen Folgen des erſten Feldzugs entronnen war, in einen zweiten geſtürzt. Nach der Niederlage hatte es zwar kein Recht, Frankreichs Schutz in Anſpruch zu nehmen, Frankreich aber hatte für ſich ſelbſt ein Intereſſe, den Staat, den die Wiener Verträge vorſichtig zwiſchen ſeine und Oeſterreichs Grenzen geſchoben hatten, unverſehrt zu erhalten. Oeſterreich fürchtete die Einmiſchung Frankreichs, es ſchloß ohne Zögern einen auf die billigſten Bedingungen geſtellten vorläufigen Vergleich mit Sardinien ab. Nachdem Frankreich aber ſo in Sicherheit gewiegt war, ſtellte es höhere Forderungen auf; noch immer zieht ſich der Abſchluß des endlichen Friedens hin; es wird klar, daß Oeſterreich auf den dauernden Beſitz feſter Puncte im ſardiniſchen Staat ausgeht. Frankreich iſt aber in den Nachtheil gekommen, daß, während ein Einmarſch ſeiner Truppen in Italien gleich nach der Schlacht bei Novara nur eine Vorſichtsmaßregel geſchienen hätte, dieſer Schritt jetzt einem Angriff auf Oeſterreich gleich kommt.

Oeſterreichs Kräfte, ſo ſehr ſie von Italien in Anſpruch genommen wurden, konnten doch nur zum geringſten Theil darauf verwendet werden, ſo lange die Ungarn ſiegreich gegen das Haus Habsburg in Waffen ſtanden. Oeſterreich nahm deshalb gegen die Ungarn ruſſiſche Hilfe in Anſpruch. Der franzöſiſche Miniſter des Auswärtigen, Drouin de l'Huys, erklärte von der Tribüne auf die Nachricht, daß ruſſiſche Truppen über preußiſches Gebiet den Oeſterreichern zuzögen, er hätte bei dem preußiſchen Cabinet dagegen proteſtirt und die Regierung werde, wenn dieſe Zuzüge fortdauerten, einen Credit von der Nationalverſammlung verlangen. Nicht die Benutzung preußiſcher Eiſenbahnen war es offenbar, was die franzöſiſche Regierung in Harniſch brachte, ſondern die Verſtärkung der öſterreichiſchen Macht, durch den Beiſtand Rußlands, die Erleichterung, die Oeſterreich dadurch in Italien erhalten würde und die Gelegenheit, die ſich Rußland zu weiterem Umſichgreifen in den Donauländern bot. Bald nach dieſer feierlichen Erklärung überreichte Hr. v. Kiſſeleff ſeine Creditive als der erſte Geſandte des ruſſiſchen Kaiſers bei der franzöſiſchen Republik. Möglich daß die franzöſiſche Regierung durch dieſe unverhofft erfolgte Anerkennung beruhigt oder verſöhnt wurde — wenigſtens iſt nicht bekannt geworden, daß ſie weitere Schritte gegen die indeß ſehr zahlreich angelangten ruſſiſchen Hilfstruppen gethan hätte. Freilich iſt der Einmarſch auch nicht über preußiſches Gebiet erfolgt.

All dieſe Verwickelungen beſtanden ſchon, als die Conſtituante in Paris noch verſammelt war. Die Zuſammenſetzung der Legislative ſchien dieſelbe noch gefahrbringender machen zu ſollen.

Es iſt bekannt, wie ſehr die Zahl der ſocialiſtiſchen Mitglieder gewachſen iſt. In der vorjährigen Nationalverſammlung waren es unter 900 kaum 80; in der diesjährigen ſind es unter 750 gegen 250. Bei der vorjährigen Wahl erhielt Ledru Rollin in Paris 70,000 Stimmen, bei der diesjährigen 130,000. Im vorigen Jahr wurde Ledru Rollin 1mal, Thiers 3mal, Lamartine 5mal gewählt; dieſes Mal iſt Lamartine gar nicht, Thiers 1mal mit Mühe und Ledru Rollin 5mal gewählt worden. Der ganze Oſten Frankreichs hat faſt ausſchließlich rothe Abgeordnete in die Nationalverſammlung geſchickt; das Heer hat zahlreicher als im vorigen Jahr für die Socialiſten geſtimmt und ſieht drei ſeiner eigenen Mitglieder auf den Bänken derſelben ſitzen. Dieſe Fortſchritte der äußerſten Linken, wenn ſie auch keineswegs überwältigend ſind, denn die Partei der ſogenannten Gemäßigten behält immer noch 2/3 Mehrheit in der Nationalverſammlung, haben doch ſchon manchen franzöſiſchen Staatsmann auf den Gedanken gebracht, den innern Feind durch einen auswärtigen Krieg zu bekämpfen. Die Leidenſchaften, die jetzt beſchäftigt ſind, den Staat zu untergraben, würden, ſo hofft man, in einem auswärtigen Krieg Gelegenheit finden, auf eine dem Vaterland nützliche Weiſe ſich auszutoben.

Das Miniſterium, unter dem die Verwickelungen der auswärtigen Politik begonnen haben, iſt inzwiſchen geändert worden. Man hatte von der Aenderung deſſelben eine entſcheidende Wendung erwartet. Mochte nun die Aenderung nach der Seite der gemäßigten Partei geſchehen, als deren Candidat der eben geſtorbene Bugeaud galt, oder nach der Seite der republikaniſchen, welche Dufaure vertrat, immer, glaubte man, würde die auswärtige Politik entſchieden geführt werden. Bei Bugeaud ſetzte man ein ſchärferes Ehrgefühl voraus, welches ein Umſichgreifen Oeſterreichs und Rußlands nicht dulden würde, bei der Partei Dufaure lebendigere Sympathie für die Freiheit der Völker, welche dem Verzweiflungskampfe derſelben nicht unthätig zuſehen würde. Die Wagſchale hat ſich zu Gunſten Dufaure's geneigt, Dufaure hat das Miniſterium des Innern erhalten und Tocqueville iſt an Drouin de l'Huys' Stelle in das Miniſterium des Auswärtigen eingetreten. Bis jetzt hat ſich aber noch keine Aenderung der Politik bemerkbar gemacht. Man iſt in der abwartenden Stellung geblieben. Es ſcheint, als ob man im gegenwärtigen Augenblicke ſelbſt keinen Krieg beginnen, als ob man ſich aber Veranlaſſungen dazu für künftig bereithalten wolle. Die badiſche und pfälziſche Bewegung hält man ſchwerlich für bedeutend genug, um ſich dadurch nach irgend einer Richtung beſtimmen zu laſſen; deshalb hat man die Aufforderungen, die der Regierung von da aus zugegangen ſind, mit völliger Nichtachtung erwiedert. Wenn ein Krieg ausbrechen ſollte, wird der Anſtoß wahrſcheinlicher von Innen als von Außen kommen, und ſo lange die Regierung Kraft genug fühlt, der Bewegung ohne dieſes äußerſte Mittel Herr zu bleiben, woran bis jetzt nicht zu zweifeln, wird ſie daſſelbe auch nicht in Anwendung bringen.

In dieſen Ergebniſſen beſtärkt uns die Botſchaft des Präſidenten. Bei der Darſtellung der auswärtigen Lage Frankreichs verhehlt ſie die gegenwärtigen Schwierigkeiten keineswegs, zählt dieſelben vielmehr mit einem gewiſſen Gepränge auf. Doch bleibt ſie dabei in dem rein erzählenden Ton; ſie droht weder mit den daraus entſtehenden Folgen, noch übernimmt ſie irgend eine Verpflichtung zur gütlichen Beilegung derſelben. Sie will der Regierung freien Lauf laſſen. Daß hierin das perſönliche Intereſſe des Präſidenten mit dem der Regierung zuſammenfällt, iſt offenbar. Ein Krieg könnte ſeinen eigennützigen Plänen — wenn er deren hat — nur nützen, ſofern er ihm ſelbſt den Nimbus eines Kriegshelden gäbe. Ob er die dazu erforderlichen Talente beſitzt, mag er wohl nicht ohne Grund bezweifeln. Der „Neffe als Onkel" möchte zum Luſtſpiel werden. Die Siege eines Andern würden ſeinem Anſehen eher gefährlich werden, als dienlich ſein.

Die jetzige franzöſiſche Regierung iſt zum Heile Frankreichs und Europas keine kriegsluſtige, und je wahrſcheinlicher bisweilen der Ausbruch des Krieges erſcheint, deſto mehr mag man erwägen, daß ſeit ſechszehn Monaten in Frankreich das Unwahrſcheinlichſte geſchieht.

Deutſchland.

♉ **Frankfurt**, 13. Juni. In der Beilage zu Nr. 139 der Oberpoſtamtszeitung befindet ſich ein Correſpondenzartikel von Frankfurt unter dem heutigen Datum, welcher Aufklärungen über die Gothaer Verſammlung gibt. An dieſen Aufklärungen iſt richtig, daß keine öffentlichen Verhandlungen mit Rednerbühne und Gallerien in Gotha beabſichtigt werden, daß die Einladungen nur für diejenigen gelten, an welche ſie einzeln brieflich adreſſirt, und daß 264 ſolcher Einladungen ergangen ſind. Dagegen iſt den Einladenden niemals eingefallen, daß die Verſammlung in Gotha unter den Auſpicien des Hrn. v. Radowitz verhandeln und von ihm die Eventualitäten ſich ſoll andeuten laſſen, welche die Verwerfung des dargebotenen Entwurfs zur Folge haben könnte.

Frankfurt, 13. Juni. Der von Stuttgart hierher geſandte Reichstags-Commiſſär Joſeph, welcher bei der hieſigen Centralgewalt einen Auftrag zu vollziehen hatte, iſt unverrichteter Sache wieder von hier abgereiſt. (Fr. Journ.)

♈ **Frankfurt**, 13. Juni. General v. Peucker mit dem Hauptquartier iſt heute zunächſt nach Zwingenberg abgegangen und erwartet man, daß der allgemeine Angriff beginnen wird, ſobald ſich die Baiern an den linken Flügel des combinirten Corps angeſchloſſen. Inzwiſchen rücken die preußiſchen Truppen nach. Heute Mittag trafen das 12. Huſarenregiment, eine reitende Batterie der 4. Artilleriebrigade, das ganze 27. Landwehrregiment und die beiden Füſelierbataillone des 31. Regiments, das erſtere derſelben mit Zündnadelgewehren bewaffnet, hier ein, marſchirten aber nur durch, um in den jenſeitigen Ortſchaften untergebracht zu werden und morgen weiter nach Süden zu gehen. Der Reſt des 38. Infanterieregiments hat uns heute morgen verlaſſen, um zunächſt in ſeine urſprünglichen Garniſon Mainz wieder einzurücken, eben dahin geht noch heute Abend das öſterreichiſche Bataillon Palombini ab; das allmählige Verſchwinden der öſterreichiſchen Garniſon dürfte ein ſicherer Vorbote der bevorſtehenden Abreiſe des Erzherzog Reichsverweſers ſein. Das geſtern ausmarſchirte Frankfurter Linienbataillon hat ſchon am erſten Tage einen Angriff zu beſtehen gehabt. Es marſchirte längs der Grenze hin, um ſeine Cantonnements einzunehmen, als es, der Wege nicht kundig, ſich plötzlich auf badiſchem Gebiete befand und hier, in einem Gehölz, von badiſchen Truppen und Freiſchaaren überfallen wurde. Der Angriff wurde abgeſchlagen und hatte weiter keine Folgen, doch ſoll das Bataillon 15 Verwundete zählen.

□ **Frankfurt**, 13. Juni. In der heutigen Sitzung der conſtituirenden Verſammlung des Freiſtaats ging eine Petition des „Bürgers und Litteraten" Hrn. Fr. Funk ein, die Verſammlung wolle veranlaſſen, daß ohne Verzug eine Neuwahl zu der Reichsverſammlung in Stuttgart angeſetzt werde, da der bisherige Abgeordnete von Frankfurt, Hr. Dr. Jucho, nach ſeiner veröffentlichten Erklärung als Vertreter der Stadt nicht mehr zu betrachten ſei. Die Petition wurde „zur ſchleunigſten Berichterſtattung" dem Petitionsausſchuſſe überwieſen.

Wien, 7. Juni. Die ruſſiſche Cavallerie kam vorgeſtern in Preßburg an, ſie rückt dem Hauptcorps auf der Inſel Schütt nach. Die Officiere zeigen viel Zuverſicht, da ihr Kaiſer nichts unternehme was fehlſchlagen könnte. Die Ergebenheit für den Czar leuchtet aus jedem Worte der Soldaten hervor. Befragt: ob er die Ungarn haſſe? antwortete ein Jäger: o nein, die haſſen wir nicht, aber die polniſchen Rebellen, weil ſie unſern Kaiſer beleidigten. Die Bauern ſind mit der ſtrengen Disciplin und den ſilbernen Rubeln der Ruſſen ſehr zufrieden. (Allg. Z.)

Wien, 8. Juni. Heute eingelangten authentiſchen Nachrichten zufolge ſind 15,000 Ruſſen in Czernitz, zwei Stunden von Orſchowa eingerückt. Andere ruſſiſche Truppen ſollen eheſtens in jene Gegend nachfolgen. Wie ich aus gut unterrichteter Quelle höre, werden die Operationen in Ungarn nicht vor acht bis vierzehn Tagen beginnen, da die Concentrirung der ruſſiſchen und öſterreichiſchen Armee kaum früher ganz bewerkſtelligt ſein dürfte. (Allg. Z.)

Wien, 8. Juni. Ich kann Ihnen anzeigen, daß der hieſige türkiſche Geſandt, Muſſurus, bei ſeiner letzten Audienz dem Kaiſer, nach einer ihm vom Sultan ertheilten Weiſung, mittheilte, daß die Pforte 80,000 Mann bereit halte, um auf die erſte Aufforderung der öſterreichiſchen Regierung gegen die Inſurgenten einzuſchreiten oder, im Fall dieſe bewaffnet das türkiſche Gebiet betreten ſollten, ſich ihrer zu bemächtigen. Dagegen iſt erwieſen, daß die türkiſchen Unterbehörden und die Bevölkerung, dem ungariſchen Golde gehorſam, den Schleichhandel mit Waffen, Colonialwaaren u. ſ. w. nach Ungarn begünſtigen. Gewiß ſcheint, daß Koſſuth und Genoſſen im Nothfall ihre Flucht über das türkiſche Gebiet auf franzöſiſche oder engliſche Schiffe ohne Gefahr

bewerkſtelligen könnten. Franzoſen, Italiener, Polen kommen aus Sicilien und Piemont ungehindert nach Konſtantinopel, um von dort, nur gegen die Ruſſen in der Wallachei ſich in Acht nehmend, zu Bems Schaaren zu ſtoßen. Das türkiſche Cabinet ſelbſt aber nimmt an dieſen krummen Wegen keinen Antheil, ergreift vielmehr jetzt Maßregeln um jenen ein Ziel zu ſtecken. (Allg. Ztg.)

Meran, 31. Mai. Profeſſor Beda Weber hat nun wirklich die Stadtpfarrerſtelle in Frankfurt a. M. angenommen und wird nächſter Tage dahin abreiſen. (B. f. T.)

Prag, 6. Juni. Geſtern wurde die Hauptwache der Nationalgarde im altſtädter Rathhauſe vom Militär beſetzt; hiermit iſt zugleich der ewige Streit um den Beſitz derſelben zwiſchen dem Militär- und Nationalgardeoberkommando ausgeglichen. Noch immer gehen von hier Militärtransporte nach Ungarn ab; auch ſpricht man hier ſehr ſtark davon, daß bereits wieder eine neue Rekrutirung ausgeſchrieben ſei. Sollte dies wahr ſein, dann bürge ich nicht für die Ruhe unſeres Landes und hiermit auch nicht für den Beſtand Oeſterreichs; die Unzufriedenheit mit dem ewigen Rekrutiren iſt allgemein; in manchen Städtchen findet man keinen geſunden jungen Mann mehr. (Schleſ. Z.)

♀ **Berlin,** 11. Juni. Von zwei Seiten her wurde mir heute die Verſicherung gegeben, daß das Miniſterium in kurzer Zeit — es hieß in acht Tagen — den Belagerungszuſtand aufheben werde. Natürlich wird dies nur geſchehen, nachdem vorher ein entſprechendes Club- und Preßgeſetz erlaſſen worden iſt; allein auch ſo wird man es doch als eine große Erleichterung anſehen. Heute wurde der Juſtizrath Pfeiffer aus ſeiner Haft entlaſſen, und mit Nächſtem ſollen mehrere der zugleich mit ihm feſtgeſetzten Demokraten, unter andern Dr. Waldeck, auf freien Fuß geſetzt werden, weil nichts gegen ſie vorliegt! Auf dem Obertribunalsrath Waldeck ſoll dagegen die Mitwiſſenſchaft eines Complotts haften. Von demokratiſcher Seite iſt ein Flugblatt verbreitet worden, das die Berliner auffordert, patriotiſche, freiſinnige Männer zu wählen (alſo doch zu wählen!) — und zugleich ankündigt, daß das Miniſterium bald vor dem Obertribunal ſtehen werde! Mit großer Freude hat man hier den Entſchluß der Mitglieder des Centrums vernommen, in Gotha zu einer Verſammlung ſich zu vereinigen, welche bei dem gegenwärtigen Streit der Parteien die Mittel der Verſöhnung erwägen ſoll. Ich habe nie mit größerer Achtung von den Männern reden hören, denen Deutſchland ſo viel verdankt, als bei dieſer Gelegenheit. Schon durch den Willen, nach den gemachten Erfahrungen nochmals die Hand zur Verſtändigung zu bieten, ſtehen ſie größer da als jemals; und wenn es ihnen gelingt, den beſtehenden Conflict auszugleichen und die Gefahr des Bürgerkrieges zu beſchwören, dann möge das Vaterland die ſchönſten Kränze für ſie bereit halten!

** **Berlin,** 11. Juni. Ihrem Londoner geſchätzten Correſpondenten hört man es in ſeinem Urtheil über Lord Palmerſton an, daß er entfernt von Deutſchland und daß die Whigs am Ruder ſind. Neigte Ihr Correſpondent beiſpielsweiſe hier zu Berlin ſein Ohr gewiſſen Urtheilen gewiſſer Leute über den edeln Lord, ſo würde er über Palmerſton günſtig urtheilen, wie wir hier Alle mehr oder minder geneigt ſind.*) Erlauben Sie, daß ich Ihrem geehrten Correſpondenten nur erzähle, wie Herr Prokeſch von Oſten, der öſterreichiſche „Diplomat", mit jener noch nicht dageweſenen Franchiſe und einem gewiſſen Cynismus, wodurch auch Herr von Schmerling excellirte, über Lord Palmerſton ſich geäußert hat. Nach einer Fluth von ungraziöſen Ausdrücken, die wir nicht citiren, weil wir den Wortlaut nicht kennen, ſagte der Repräſentant Oeſterreichs am Berliner Hofe: „Den müſſen wir erſt hängen", eher wird es nicht beſſer ꝛc. Der Gentleman, an welchen dieſer Kraftſpruch erging, will ſelbigen als ſo geſchehen vertreten. Und dieſer Stein des Anſtoßes und des Hinderniſſes für Hrn. Prokeſch ſollte nicht ein Anrecht auf unſere Sympathien haben? Freilich die Begünſtigung Dänemarks könnte ſie größtentheils verſcherzen. Doch vergeſſen wir immerhin nicht des Oeſterreichers Kraftſpruch: „Den müſſen wir erſt hängen!"

Lith. Corr. **Berlin,** 11. Juni. So eben, 12 Uhr Mittags, iſt der Juſtizrath Pfeiffer aus dem Gefängniß entlaſſen worden, da der Unterſuchungsrichter nach zweimaligem Verhöre nicht im Stande war, irgend eine geſetzliche Strafbarkeit zu begründen. Geſtern wurden bereits der Lehrer Steide und der Thierarzt Mecklenburg auf freien Fuß geſetzt und die übrigen Gefangenen werden noch im Laufe dieſer Woche freigelaſſen. So wurden Unſchuldige ihrer Familie, ihren Freunden und ihren Wirkungskreiſen auf mehrere Wochen entriſſen, weil ein fortgeſetzter Ausnahmezuſtand Verwirrung in die Rechte und Pflichten der Gerichtsbarkeiten bringt. Der amerikaniſche Geſandte Oberſt Donelſon hat vorgeſtern ſeine Abſchiedsaudienz beim Könige gehabt und wurde bei der Gelegenheit zur Tafel gezogen; aber der Gaſt des Königs ſoll weniger Offenheit wie ſonſt bei Hofe bemerkt haben wollen. Oberſt Donelſon iſt entſchiedener Demokrat, ſeine Berichte und Vorſchläge haben das Cabinet zu Waſhington zu Sympathieen für ein einiges Deutſchland vermocht, die mancher Regierung in dieſem Deutſchland ſelbſt ungelegen kommen. Hinc illae lacrymae! Wie verſchieden iſt doch die Richtung der beiden hier beglaubigten Geſandten engliſcher Zunge! Während der amerikaniſche Geſandte in Uebereinſtimmung mit ſeiner Regierung die Demokratie nach Kräften und mit vollem Herzen fördert, ſucht der engliſche, faſt im Widerſpruche mit dem Cabinet von St. James, für die Rückkehr der alten Wirthſchaft zu wirken, und dies Streben hat ſich ſo bei ihm incarnirt, daß er ſich neulich an hoher Stelle bis zur Verletzung des franzöſiſchen Ehrgefühls in der Gegenwart des franzöſiſchen Geſandten vergeſſen konnte. Donelſon verläßt übermorgen Berlin und geht vorläufig nach Brüſſel, dort wartend, bis die jetzt traurigen Verhältniſſe Deutſchlands ſich beſſer geſtaltet haben werden und ſich eine befeſtigte Centralgewalt darbietet, an deren Sitz er ſeine Miſſion antreten kann. Es wird uns auf das Beſtimmteſte verſichert, daß am vorigen Freitag das geſammte Staatsminiſterium die Entlaſſung beim Könige nachgeſucht hat. Falls und ſobald dieſelbe von Sr. Majeſtät angenommen ſein wird, ſoll ein bereits ausgearbeitetes Memorial veröffentlicht werden, welches dieſen Schritt der Miniſter rechtfertigt. Dem Vernehmen nach iſt als Hauptmotiv deſſelben die bevorſtehende Wahl angegeben. Die Mobilmachung unſerer Garden wird jetzt gleichfalls erfolgen. Es ſind hier die verſchiedenartigſten Gerüchte über einen Aufſtand in Petersburg und Moskau im Umlaufe.

Elberfeld, im Juni. Der Oberbürgermeiſter Elberfelds, v. Carnap, der die Schreckenstage im tiefſten Inkognito in Barmen verlebte, iſt gegenwärtig in eine eigenthümliche Stellung gerathen. Wie ich Ihnen ſchrieb, gab man ihm Schuld, daß das Militär am 9. Mai einrückte, und die Wuth des Pöbels wendete ſich deshalb zerſtörend gegen ſein Haus; er ſelber mußte, ſein Leben zu retten, fliehen. Nun hat ein Artikel der Elberfelder Zeitung den Herrn v. Carnap von jener großen Sünde freigeſprochen und ihm dagegen das Lob ertheilt, er habe von Anfang an und bis zum letzten Augenblick energiſch gegen das Anrücken und Einſchreiten der Truppen proteſtirt, und ſei alſo an den Folgen dieſes Einſchreitens unſchuldig. Dieſe Anſicht wird aber von einem großen Theile der Elberfelder Bürger durchaus nicht getheilt. Man würde, ſagt man auf dieſer Seite, wenn ſich die Behauptungen jenes Artikels beſtätigten, darin nicht eine Urſache des Lobes, ſondern des Tadels finden und fordern müſſen, daß Herr v. Carnap ſein Amt, das er nicht zu verwalten verſtehe, ſofort niederlege. Aber wie ſteht es denn mit der Richtigkeit jener Behauptungen? fragen Sie mich. Ich weiß es nicht. Das Verhalten des Herrn Oberbürgermeiſters erinnert mich aber lebhaft an den alten Kurfürſten von Heſſen, der ſich, als er 1814 nach ſiebenjähriger Abweſenheit ſein Land wieder übernahm, um die inzwiſchen unter Hieronymus vorgegangenen Veränderungen nicht bekümmerte, ſondern naiv genug war, zu ſagen: Ich habe nur ſieben Jahre geſchlafen. Auch Herr v. Carnap ſcheint die Tage vom 9. bis 18. Mai nur verſchlafen zu haben; er hat bis jetzt nichts von ſich hören laſſen, ſondern ohne Weiteres ſein Amt am 18. Mai eben ſo ſtill wieder angetreten, wie er es am 9. Mai verlaſſen hatte. (D. Ref.)

≏ **München,** 11. Juni $\frac{3}{4}$10 Uhr Vormittags. Soeben iſt die Auflöſung der Abgeordnetenkammer verkündet und damit natürlich die Sitzung ſogleich geſchloſſen worden. Da man in der Verſammlung wie im Publikum ſchon von dem Eintreten der Auflöſung im Voraus unterrichtet war, ſo äußerte ſich der Eindruck in keiner Weiſe lebhaft. Auch zerſtreuten ſich die Verſammelten ſofort, ohne beſondere Aufregung. Wie wir aus ziemlich guter Quelle hören, herrſcht im Miniſterium heute die Anſicht,

*) Wir ſelbſt haben ſchon Verwahrung eingelegt gegen das Urtheil unſeres Londoner > Correſpondenten. Wir hegen hohe Achtung vor Lord Palmerſton, auf den Hr. v. Raumer mit Recht Shakeſpeare's Wort anwendet:
Take him all in all,
He is a man!

daß die Neuwahlen nicht ſofort, ſondern erſt in ein Paar Monaten einzuleiten ſeien, obgleich demſelben in ſeinem eignen Intereſſe von verſchiedenen Seiten ſehr dringend angerathen worden war, dieſelben ſogleich zu veranſtalten. Bemerkenswerth erſcheint überhaupt die Anſicht des Miniſteriums über ſeine Stellung zu der Vertretung, zum Lande. Es findet einen Haupttheil ſeiner Aufgabe darin gelöst, die von vornherein beſchloſſene Auflöſung der Kammer ſo lang hinausgeſchoben zu haben, bis durch dieſelbe kein Aufſtand zu befürchten geweſen ſei und glaubt jetzt dafür den rechten Augenblick gewählt zu haben. Wir glauben ebenfalls, daß bei der jetzigen Stimmung in Altbaiern, bei der Ermattung in Franken und der ſiegreichen Reaction in der Stimmung Schwabens für den Augenblick kein derartiger Ausbruch zu erwarten ſteht. Zugleich hofft das Miniſterium bei einer ſpätern Ausſchreibung der Wahlen ſehr auf eine zahlreiche Betheiligung der ihm, d. h. der Ruhe, ergebenen Bauern, welche in den nächſten Wochen freilich bei der Ernte beſchäftigt ſein und daher ſchwerlich ihre hilfreichen Stimmen für die Wahl gefügiger Abgeordneten abzugeben Zeit haben würden. Herr Feder, der mit Willich's Uebergehung neuernannte zweite Präſident, führte heut zum erſten Male den Vorſitz, der neue Kriegsminiſter Lüder ſaß zum erſten Mal am Miniſtertiſch, und zwar gegen allen bisherigen Brauch in voller Uniform. Prinz Luitpold iſt an den Kaiſerhof Oeſterreichs geſchickt, und zwar in beſonderem Auftrage des Königs. Sie ſehen, die Uniform des Miniſters in der Kammer iſt eine angenehme Erinnerung an Brandenburgiſche Art, die Reiſe des Prinzen ein erneutes Zeichen inniger Hingebung an Oeſterreich. Es iſt nur ſchade, daß bei all dieſen Erinnerungs- und Meinungszeichen Baiern ſeiner innern Zerklüftung, wie ſeiner äußern Iſolirung immer unrettbarer entgegenzueilen beſtimmt ſcheint. Ob ein anderes Miniſterium dann noch Rettung bringen kann, wenn auch die neu zu wählende Kammer dem jetzigen ein Mißtrauensvotum gibt, iſt die Frage. Es iſt leicht möglich, daß dann ein öſterreichiſches, von Deutſchland abgefallenes Baiern der Kammer bereits zur „vollendeten Thatſache" werde. Und dann werden freilich die jetzigen Miniſter, an ihrer Spitze Hr. v. d. Pfordten, gern abtreten, wenn ſie keinen Ausweg mehr aus dem ringsum drohenden Ruin erblicken. Der Fluch Deutſchlands ſchmerzt ſie nicht.

= **München**, 11. Juni. Man prophezeit, die neue Kammer werde noch mehr nach links ausfallen; ich glaube es nicht. Freilich werden die Wackelmänner Ferndran und v. Scheurl geringe Chancen für die neue Kammer haben und ſchwerlich wohl die Hrn. Graf Hegnenberg-Dux und Freiherr v. Lerchenfeld noch einmal zu Präſidenten vorgeſchlagen werden. Geſtern wurde hier der Studioſus Guſtav Schmetzer aus Gratz verhaftet. In unſerm Tagblatt findet ſich heute ein Aufſatz, welcher ſagt, man wolle hier ein ſtarkes, compactes Süddeutſchland (Deutſch-Oeſterreich, Baiern, Würtemberg, Baden, Darmſtadt), einem ſtarken compacten Norddeutſchland gegenüber, die öſterreichiſche Monarchie ſolle die dritte Gruppe bilden und alle drei Gruppen würden durch einen Föderativbund mit einem Reichsdirectorium zuſammengehalten werden. Da hälten wir am Ende d r e i ſehr feindliche Brüder, von denen es zwei immer auf den dritten abſehen würden. Uebrigens ſteht ſo viel feſt, daß baieriſche Staatsmänner von jeher einen ſtarken Süden mit Baiern an der Spitze angeſtrebt haben; ob ſich in dieſen Süden Deutſch-Oeſterreich in Unterordnung einſtellen wird, iſt mehr als zu bezweifeln; Oeſterreich will nichts als den alten Bund.

△ **Nürnberg**. 11. Juni. Eine vom Komite für Volksverſammlungen auf vergangenen Freitag angeſetzte, wegen Mangel an Theilnahme aber auf heute vertagte Urwählerverſammlung hat ſo eben ſtattgefunden, war aber wiederum nur ſchwach beſucht. Dennoch wurde in derſelben eine vorgeſchlagene Mißtrauenserklärung gegen den Abgeordneten v. Scheurl wegen ſeinem zweideutigen Verhalten in der deutſchen Frage angenommen und beſchloſſen, dieſelbe durch die Zeitungen zu veröffentlichen. Zugleich beſchloß die Verſammlung, das Gegenparlament in Stuttgart zu beſchicken und das Volkskomite zu beauftragen, die Sache in die Hand zu nehmen, um in einer demnächſt abzuhaltenden Volksverſammlung die geeigneten Vorſchläge in Bezug auf die Zeit und Form des Wahlactes, den Geldpunkt, und die Candidaten ꝛc. zu machen.

Kaiſerslautern, 12. Juni. Das Freiſchaarencorps unter dem Commando von Willich, welches Landau umſtellt hat, hat die in die Stadt führenden Waſſerleitungen zerſtört, und dadurch derſelben das Trinkwaſſer entzogen, ferner unterhalb der Feſtung die Queich abgedämmt, ſo daß durch den ſtets ſteigenden Waſſerſtand auch das Waſſer der übrigen Brunnen Landau's ungenießbar geworden und dadurch viele Krankheiten ausgebrochen ſein ſollen. Bei einem Ausfall, den die Garniſon aus der Feſtung gemacht, wären wieder 138 Mann zurückgeblieben, und ſeien bereits zu Pirmaſenz in die Pfälzer Volkswehr eingetreten. (O. P. Z.)

*** **Stuttgart**, 11. Juni. Geſtern erſchienen die Deputirten von 26 Turnvereinen und ſtellten ſich der Nationalverſammlung zur Verfügung. In gleichem Sinne hielt geſtern eine Anzahl Bürgerwehrmänner eine Verſammlung. Die Nationalverſammlung hat es verſchmäht, ihre Sitzungen noch ferner im Ständehaus zu halten. Eine Privatreitbahn wird dazu eingerichtet und es ſind die betreffenden Accorde bereits abgeſchloſſen. Vor der Hand werden vertrauliche Sitzungen im Emil Werner'ſchen Lokale gehalten. Heute Morgen fand eine ſolche ſtatt. Moritz Mohl ſtellte den Antrag, die beſchlußfähige Anzahl der Mitglieder herabzuſetzen, fiel aber durch; es wurde geltend gemacht, wenn die deutſche Nation nicht 100 Männer ſchicken könne, die ihr Recht und ihre Freiheit vertreten, ſo ſei ſie dieſer Güter nicht werth. Die auf geſtern angekündigte Volksverſammlung in Cannſtadt fand nicht ſtatt. Morgen iſt Sitzung der zweiten Kammer, welche ſich über die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Nationalverſammlung ausſprechen wird.

* **Stuttgart**, 11. Juni. Wir erfahren aus ſicherer Quelle, meldet der Schw. M., daß Se. königl. Majeſtät unterm 10. Juni ſämmtlichen wegen Meuterei zur Militär-Kreisgefängnißſtrafe verurtheilten Individuen des 8. Infanterieregiments (12 an der Zahl), ſowie den wegen der Exzeſſe im Schiffwirthshauſe zu Ulm zur gleichen Strafart verurtheilten Angehörigen des 3. Reiterregiments (2) den Reſt ihrer Strafe in Gnaden erlaſſen haben.

Daſſelbe Blatt widerſpricht der allgemein verbreiteten Nachricht, daß der Soldat Sautter nach ſtandrechtlichem Urtheil auf dem Asberg erſchoſſen worden ſei; dem Ganzen liege nur ſo viel Wahres zu Grunde, daß Sautter wegen eines Vergehens verhaftet und nach Hohen-Asberg gebracht worden ſei, wo die ordentliche gerichtliche Unterſuchung über ihn ſtattfinden werde.

Zahlreiche Zuſtimmungserklärungen an das Miniſterium kommen aus dem Lande ein. Dagegen hat in Heilbronn und Calw die Mehrheit der Bürgerwehr ihre Anerkennung der Reichsverſammlung und ihrer Beſchlüſſe ausgeſprochen.

Stuttgart, 11. Juni. Es iſt uns aus ſicherer Quelle zur Kenntniß gekommen, daß die deutſche Reichsregentſchaft dem General v. Prittwitz folgende Depeſche hat zugehen laſſen: „Wir ſetzen Sie hierdurch davon in Kenntniß, daß die deutſche conſtituirende Nationalverſammlung in ihrer Sitzung vom 6. d. M. beſchloſſen hat: „Die bisherige Centralgewalt ihres Amtes zu entheben und eine Regentſchaft für Deutſchland einzuſetzen, welche in allen Angelegenheiten, die die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt Deutſchlands betreffen, die vollziehende Gewalt zu üben hat." In Folge dieſes Beſchluſſes hat hierauf die conſtituirende Nationalverſammlung die Unterzeichneten als Mitglieder dieſer Regentſchaft erwählt, und uns die vollziehende Gewalt übertragen. Wir haben die Reichsregierung übernommen. Indem wir hievon Ihnen, Herr General, Nachricht ertheilen, fordern wir Sie auf, künftig nur von uns, der proviſoriſchen Reichsregentſchaft, und von Niemand Anderem, Befehle oder Inſtructionen anzunehmen. Zugleich ertheilen wir Ihnen hierdurch die Weiſung, den Krieg gegen die Dänen raſch und energiſch fortzuführen und namentlich ganz Jütland militäriſch zu beſetzen, damit baldigſt ein ehrenvoller Friede geſchloſſen werden könne. Zu Vermittelung eines ſolchen Friedens werden wir demnächſt einen Reichscommiſſär abſenden. Unterhandlungen, Waffenſtillſtands- oder Friedensſchlüſſe zwiſchen Dänemark und deutſchen Einzelſtaaten werden wir nicht anerkennen."

(Beob.)

Vom Bodenſee. Was von Aufſtellung eines größeren öſterr. Truppencorps in Vorarlberg in öffentlichen Blättern geſagt worden iſt, reducirt ſich vorerſt darauf, daß nur zwei Bataillone Infanterie nebſt einer Artillerie-Abtheilung von zehn Kanonen in Bregenz und in der Nähe demnächſt eintreffen ſollen, wo gegenwärtig nur 4 Compagnien vom Regiment Wellington mit dem Stab liegen. Die Nachrichten über dieſen Gegenſtand lauten übrigens faſt täglich verſchieden. Von den vor einiger Zeit von Raſtatt durch Würtemberg nach Bregenz abgegangenen Truppen

befanden ſich außer einigen in der Geneſung begriffenen keine mehr daſelbſt. Sie gingen, ſo wie auf die Meldung von ihrem Eintreffen von Wien Befehl eingegangen war, nach dieſer Stadt ab. (Schw. M.)

Dresden, 9. Juni. Der vormalige Abgeordnete Bürgermeiſter Meyer aus Treuen iſt in Germersheim, wo er das dortige Militär aufzuwiegeln ſuchte, verhaftet und das Verlangen anher gerichtet worden, für deſſen Abholung Sorge zu tragen. (D.J.)

Hannover, 8. Juni. Die hieſigen politiſchen Vereine haben ſich in den jüngſten Tagen mit der Frage beſchäftigt, ob der von dem Centralcomite der verbundenen hannoverſchen Volksvereine nach Bremen auf den 10. d. M. ausgeſchriebene Congreß zu beſchicken ſei oder nicht. Man hat ſich dahin entſchieden, daß man an demſelben ſich betheiligen wolle. Der Volksverein ernannte drei Abgeordnete: Die Herren Dr. Menſching, Literaten M. Coben (Honek) und Lehrer Behre. Der Arbeiterverein läßt ſich durch ſeinen Präſidenten v. Bree vertreten. Der deutſche Verein hielt am geſtrigen Abend Sitzung. Nachdem man ſich für die Beſchickung des Congreſſes zu Bremen entſchieden hatte, wurde Candidat der Rechte Albrecht, ein junger talentvoller Mann, mit großer Stimmenmehrheit zum Abgeordneten des deutſchen Vereines nach Bremen ernannt. Beim Schluſſe der Sitzung erhob ſich Lang II. Da nämlich noch über die Stellung des deutſchen Vereins der preußiſch-ſächſiſch-hannöverſchen octroyirten Verfaſſung gegenüber verhandelt werden ſollte, ſo meinte der Redner: es werde wohl das gerathenſte ſein, dieſen Punkt zu vertagen, und ihn nach Beendigung des Bremer Congreſſes wieder aufzunehmen. Uebrigens bemerkte Lang II. ſchließlich: Wir kennen, wir lieben nur Eins, welches wir mit allen Kräften feſthalten wollen. Das iſt die deutſche Reichsverfaſſung, wie ſie von Frankfurt gekommen iſt. Bringen wir ihr ein begeiſtertes Hoch! Die ganze Verſammlung erhob ſich wie Ein Mann, und ein rauſchendes, ſich dreimal wiederholendes Hoch ward der deutſchen Reichsverfaſſung gebracht.

Im Herbſt 1818 hatten die Osnabrücker Unterofficiere (7. Infanterieregiment) eine Petition an das hieſige Kriegsminiſterium geſandt, in welcher in kräftiger, aber durchaus geziemender Weiſe eine Reform der Stellung der Unterofficiere und Soldaten unſeres Heeres verlangt wurde. Sergeant Reinhard und Corporal Emshoff wurden darauf in Criminalunterſuchung gezogen. Gegenwärtig iſt ihr Urtheil unwiderruflich geſprochen. Sergeant Reinhard iſt zu 2 Jahre, Corporal Emshoff zu 1½ Jahre Strafarbeitshaus verurtheilt worden. Als Rädelsführer! (N. Fr. Pr.)

Aurich, 5. Juni. Die oſtfrieſiſchen Stände haben heute folgenden Beſchluß in der deutſchen Sache gefaßt: I. Stände beſchließen, auf die Antwort Sr. Maj. an ihre Deputation Folgendes zu erwidern: 1) daß ſie ſchmerzlich bedauern, Se. Maj. nicht haben bewegen zu können, ihre geſtellten Anträge zu bewilligen; 2) daß ſie, bei ihren früheren Beſchlüſſen beharrend, ihre durch die Deputation überbrachten drei Anträge wiederholen müſſen. II. Stände erklären: 1) daß ſie die in Frankfurt beſchloſſene Reichsverfaſſung einſchließlich des Reichswahlgeſetzes, ſo wie ſie im Reichsgeſetzblatt verkündet worden iſt, für rechtsgültiges Reichsgeſetz auch für Hannover und Oſtfriesland anerkennen; 2) daß ſie den drei Regierungen Preußen, Sachſen und Hannover, oder welche ſonſt noch zutreten mögen, kein Recht einräumen können, ein Reichswahlgeſetz, wie geſchehen, zu octroyiren; 3) daß ſie keine Wahl zum Reichstagsabgeordneten für rechtsgültig anerkennen können, welche nicht nach dem vom Frankfurter Parlament rechtsgültig bereits erlaſſenen Reichswahlgeſetz vom 12. April 1849 vorgenommen werden möchte; 4) daß der hannoverſchen Regierung kein Recht zuſtehe, wie ſie gethan, die hannnoverſchen Reichstagsabgeordneten von Frankfurt zurück zu berufen. III. Der Beſchluß ad I. ſoll an Se. Maj. den König von den Ständen in Form einer Petition gebracht werden; die Beſchlüſſe ad II. werden zu Protokoll genommen und wird davon der königl. Regierung Kenntniß gegeben.

Karlsruhe, 11. Juni. Bei der geſtrigen Eröffnung der conſtituirenden Verſammlung wurde ein militäriſcher Pomp entfaltet, welcher zur Handlung übel paßte. Die Mitglieder der proviſoriſchen Regierung ritten durch die unabſehbar langen Spaliere der Bürger, der Truppen und der Volkswehr, welche zuſammen eine bewaffnete Macht von nahe an 6000 Bajonnetten bildeten und nach beendigter Feier vor der Regierung und den Deputirten defilirten. Brentano's Rede wird je nach dem Stande der Parteien ſehr verſchieden beurtheilt. Die „Demokraten vom reinſten Waſſer" oder beſſer geſagt die „Rothen" tadeln ſie als zu blaß, als zu wenig revolutionär und entſchieden. Unſere dynaſtiſch geſinnten Reſidenzbürger finden ſie zu übertrieben demokratiſch, ſie hätten gern eine dem monarchiſchen Princip günſtige Erklärung darin vernommen. Vor der Republik graut ihnen, denn „Karlsruhe wäre dann ruinirt." „Bürger Brentano" hatte geſtern eine traurige, düſtere Miene und ſein leidendes, ſchmächtiges Ausſehen war beſonders neben der derben Geſtalt ſeines Collegen Peter auffallend. Am Abend ſahen wir die Herren von der proviſoriſchen Regierung im Gärtchen zur „Eintracht," beim Bierkrug und hörten aus Hrn. Brentano's Munde ziemlich trübe Beſorgniſſe in Betreff der Zukunft laut werden. Seine ganze Energie ſcheint gelähmt. Wir müſſen geſtehen, daß wir die Struve'ſche Partei, wie wenig wir auch mit ihrem politiſchen Glaubensbekenntniß ſympathiſiren, für unendlich befähigter halten, einen Revolutionspropagandakrieg zu organiſiren und zu leiten, als Hrn. Brentano und ſeine Collegen, von deren Schwäche, Schwanken und Rathloſigkeit man hier die auffallendſten Züge erzählt. Die Mäßigung, wie ſchön und edel ſie auch immer iſt, ſcheint überall verdammt zu ſein, ihr redliches Ziel zu verfehlen, verkannt, angefeindet und ausgelacht zu werden. Vielleicht lächeln Sie, daß ich Brentano zu den Moderirten zähle. Aber er iſt es in der That geworden nach vier Wochen der Revolution und des unabwendbaren Chaos, das jeden Umſturz begleitet. Er iſt der Bewegung müde geworden und verbirgt kaum den Widerwillen, den ihm alle von Struve's Anhängern vorgeſchlagenen „energiſch revolutionären" Maßregeln einflößen. Mieroslawski iſt vorgeſtern hier angekommen. Er ſcheint kaum an die Möglichkeit eines Sieges der badiſch-pfälziſchen Revolution zu glauben und ſeinen militäriſchen Ruf nicht leichtſinnig aufs Spiel ſetzen zu wollen, denn er hat die ihm übertragene Oberbefehlshaberſtelle für den Augenblick entſchieden abgelehnt. In ſeiner letzten Unterredung mit den Hrn. Brentano, Thiebaut und Mayerhofer äußerte er, daß er Einſicht in die Sachlage nehmen müſſe, bevor er eine ſo verantwortliche Stellung annehmen könne. Geſtern iſt er nach Heidelberg und Weinheim abgereiſt und will dort die am Neckar und längs der heſſiſchen Grenze aufgeſtellten Corps des Heeres und der Volkswehr inſpiciren, um die vorhandenen Wehrkräfte kennen zu lernen. Morgen wird er zurückerwartet. Mit ihm iſt auch der Artillerieoberſt Gajewski angekommen, der ſich bei Oſtrolenka an Bem's Seite ſo rühmlich ausgezeichnet hat. Struve iſt ſeit vier Tagen in Mannheim, wohin ihm ein großer Theil ſeiner Anhänger folgte. Die in Raſtatt gefangenen Officiere ſind nach Kislau gebracht worden.

Karlsruhe, 12. Juni. Die dringlichen Anträge Hoff's, welche die Landesverſammlung in geheimer Sitzung verhandelte, ſind nach der O.P.Z. folgende: I. Das Kriegsminiſterium hat ohne allen Verzug die Anordnungen zu treffen, daß alle bewaffneten Körper der Volkswehr ſogleich mit Patrontaſchen, Schuhen, Socken, Hemden ꝛc. verſorgt werden. Ferner, daß ſogleich von den Handwerkern der Volkswehr in den Stunden, wo nicht exercirt wird, dieſe Gegenſtände gegen Bezahlung des Arbeitslohns überall zu gleicher Zeit verfertigt werden, ſowie den Gemeinden aufzugeben, alles hierzu Nöthige zu liefern, wenn es von dem Kriegsminiſterium oder den Civilkommiſſären verlangt wird und es ſpäter dem Staate zu verrechnen. II. Raſtatt ſogleich entſprechend zu verproviantiren und mit Munition zu verſehen. III. Da im Unterland, namentlich in der Gegend von Heidelberg, dem Hauptquartier, wo bedeutende Truppenmaſſen zuſammengezogen ſeien, bereits eine Theuerung und ein Mangel an Lebensmitteln einzutreten beginnt, während dieſe in andern Gegenden des Landes in Ueberfluß vorhanden ſeien, den Gemeinden die Lieferung von Lebensmittel aufzugeben, die an die entſprechenden Behörden in den ſtark von Truppen beſetzten Gegenden des Landes am Neckar abzuliefern ſind ꝛc.

Raſtatt, 9. Juni. Vorgeſtern kam Bornſtedt von Kislau kommend hier durch nach Illenau, woſelbſt er ſeine Geſundheit in wenigen Tagen hergeſtellt zu ſehen hofft. Sein Geiſteszuſtand iſt in der That der Art, daß er einer gründlichen ſeelenärztlichen Behandlung bedarf. (N. Fr. Z.)

x **Heidelberg**, 12. Juni. Geſtern Abend kam der Präſident der proviſoriſchen Regierung in der Pfalz eiligſt hier an, und reiſte ſogleich mit einem Extrazug nebſt Mieroslawski und einigen höheren Officieren nach Karlsruhe. Es iſt dieſe ſchnelle Reiſe

wohl mit der Eröffnung des Feldzugs gegen die Pfalz in Verbindung zu bringen; vorgeſtern ſollen die Preußen die pfälziſche Grenze überſchritten haben. Bei uns merkt man noch nichts von dem Beginne der Feindſeligkeiten. Hier ſind Freiſchärler und Artillerie einquartiert. Das Turner-Pionier-Corps hat am Neckar einige Schanzen aufgeworfen, um den Uebergang zu verhindern; auch ſoll der Fluß zwiſchen hier und Mannheim zu dem gleichen Zwecke ſtark beſetzt werden. Trotz alledem iſt die Zuverſicht, daß die Reichstruppen mit Leichtigkeit bei uns einrücken können, hier allgemein verbreitet. Ein unſinniges Gerücht hat auf heute oder morgen die Ankunft Hecker's angezeigt. Die Schulkinder winden ſchon Kränze, um ihn feſtlich zu empfangen.

Die Verhaftungen nehmen hier außerordentlich überhand. Jeden Tag bringt man eine Anzahl ſogenannter Spione ein; die Wuth, ſolche aufzufinden, iſt auf's Höchſte geſtiegen; es bedarf nur eines Spaziergangs über den Neckar oder der Beſchauung einer Kanone, um des Spionirens verdächtig und vom erſten beſten ſouveränen Lump aus eigner Machtvollkommenheit verhaftet zu werden. Sechs Geiſtliche, katholiſche und proteſtantiſche, ſind jetzt im Gefängniß, meiſtentheils, weil man ihre Predigten für aufrühreriſch gegen die revolutionäre Regierung angeſehen hat. Einer derſelben, ein ſehr geachteter Geiſtlicher, ſoll bei der großen Hitze, gegen welche ihm im Gefängniß auch nicht der gewöhnlichſte Schutz gegeben ward, wahnſinnig geworden ſein.

)**Darmſtadt**, 13. Juni. So eben ſind die erſten preußiſchen Truppen hier vorbeigekommen. Um 9 Uhr führte ein ſtarker Zug der Eiſenbahn ein Bataillon des 38. Regiments nach der Bergſtraße. „Preußen hoch!" hörte man am Bahnhof rufen, was die Soldaten mit: „Die Darmſtädter hoch!" erwiederten.

Mainz, 12. Juni. Vorgeſtern Abend rückten wieder, zur Ueberraſchung der Einwohner, circa 60 Mann Freiſchaaren in Worms ein, welche, nachdem ſie das Weißzeug des Hrn. Blenker und 2 kranke Unterofficiere als Gefangene mitgenommen, die Stadt geſtern früh wieder verließen. Die 2 Schwadronen preußiſcher Dragoner, welche geſtern früh in der Richtung von Worms abgezogen waren, ſind geſtern Abend wieder hier eingetroffen; ſie hatten lediglich einer abgegangenen Abtheilung von Geſchützen zur Bedeckung gedient. (O. P. Z.)

Mainz, 12. Juni. Heute iſt ein Regierungscommiſſär nach dem ſüdlichen Theile der Provinz abgegangen, mit dem Auftrage, in den an die bayeriſche Pfalz grenzenden Kantonen den Belagerungsſtand zu erklären und das Standrecht zu publiciren. (O. P. Z.)

Mainz, 12. Juni, Abends. Wie wir aus guter Quelle vernehmen, hat heute früh bereits der Kampf im Alſenzer Thale begonnen. (O. P. Z.)

Worms, 11. Juni. Geſtern morgen erhielt unſere Bürgermeiſterei ein Reſcript vom Miniſter Jaup, in welchem ihr bis zum 16. d. M. hin 8 Bataillone Infanterie, jedes zu 1000 Mann, 9 Escadron Cavallerie, jede zu 150 Pferden, 3 Batterien Artillerie, jede zu 8 Kanonen, und 1 Brückentrain baieriſchen Militärs, welches hier durch in die Pfalz marſchiren ſoll, zur Einquartierung angezeigt werden. (M. Z.)

× **Vom Taunus**, 12. Juni. Der Rücktritt Hergenhahn's vom Miniſterium iſt ſehr zu bedauern. Er genießt der allgemeinſten und verdienteſten Achtung, und wenn Manche von ihm verlangten, er hätte den heftig drängenden Demokraten noch entſchiedener entgegentreten ſollen, ſo muß man bedenken, daß unter gewiſſen Umſtänden es thöricht iſt, den Wolf ſcheeren zu wollen, wie jener Wahnſinnige, welcher den Wolf ſcheeren wollte, weil der Menſch ein Recht habe, den Wolf zu ſcheeren. Man zügelt die Bewegung zuweilen am beſten, indem man ſie ſoweit es ohne ſonderlichen Schaden geſchehen kann, gewähren läßt. Unſern Wühlern von Profeſſion war Hergenhahn ein Dorn im Auge. Was ſeinen Nachfolger, Hrn. v. Winzingerode, betrifft, ſo wird er uns unſern Hergenhahn ſchwerlich erſetzen. Doch iſt er wenigſtens kein Reactionär im alten Sinne des Wortes. Er hat allerdings, wie in Nr. 138 des Frankf. Journ. vom 9. d. M. in einem aus dem Naſſauiſchen vom 7. d. M. datirten Artikel geſagt iſt, in ſeiner frühern Stellung als Bundestagsgeſandter zu der freiſinnigen Partei am Bundestage gehört und damals vielfach zur Ergreifung von freiſinnigen Maßregeln gerathen. Daß ſeine Bemühungen nicht den erzielten Erfolg hatten, lag an der Ungunſt der damaligen Verhältniſſe.

* **Wiesbaden**, 12. Juni. Das heutige Regierungsblatt enthält die Vertagung der Ständeverſammlung, deren Sitzungen auf 8 Tage ausgeſetzt waren, auf den 14. Juli, ſowie eine öffentliche Antwort der Regierung auf die Anträge und Anfragen des Congreſſes in Idſtein. In der letzteren ſind die folgenden Stellen bemerkenswerth:

„Die herzogliche Regierung hat ſich rückhaltlos derjenigen Reichsverfaſſung angeſchloſſen, welche aus den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung zu Frankfurt hervorgegangen iſt. Von den Geſinnungen, welche ſie dabei geleitet haben, wird ſie nicht weichen. Sie wird aber vor Allem feſthalten, daß die Erlangung der Einheit Deutſchlands die Grundlage der Reichsverfaſſung bildet, daß alſo, wenn es in anderer Weiſe nicht möglich iſt, dieſe einheitliche Geſtaltung auch mit Abänderung einzelner Beſtimmungen jener Reichsverfaſſung erreicht werden muß. Die Regierung wird zu ſolchen Aenderungen nur in einer Weiſe und in Wegen willigen, welche den Rechten, der Lage und Wohlfahrt des Landes und insbeſondere der Stellung der Landſtände in allen Landesverfaſſungsfragen vollſtändig entſprechen. Die Reichsverſammlung, welche ſich von Frankfurt nach Stuttgart verlegt hat, iſt durch ihre an letzterem Orte von einer geringen Anzahl noch anweſender Mitglieder ſeit dem 5. dieſes Monats gefaßten Beſchlüſſe augenſcheinlich aus ihrem hohen Berufe und aus aller geſetzlichen Bahn getreten. Sie hat in Ernennung einer Regentſchaft für Deutſchland einen Weg genommen, welcher, wenn er überhaupt Folgen haben könnte, Deutſchland unausbleiblich nicht zur Einheit und Freiheit, nicht zu einer wirkſamen Reichsverfaſſung führen, ſondern in die Verwüſtungen des Bürgerkriegs und in gänzliche Zerrüttung ſtürzen würde. Deshalb iſt es Pflicht der Regierung, die von der Reichsverſammlung zu Stuttgart gefaßten oder die ferner von ihr ausgehenden Beſchlüſſe nicht anzuerkennen. Daß der Aufſtand in dem Großherzogthum Baden nicht die Durchführung der Reichsverfaſſung zum Zwecke hat, ſondern unter dieſem Vorgeben andere, ſogar die Selbſtſtändigkeit und Einheit Deutſchlands gefährdende Richtungen verfolgt, iſt keine Frage. Diejenigen Reichstruppen, welche für die Herſtellung der Ordnung in Baden und dem ihm zugetretenen Rheinbaiern verwendet ſind, vollziehen demnach lediglich eine reichsverfaſſungsmäßige Obliegenheit Deutſchlands."

„Hinſichtlich der nachgeſuchten allgemeinen Amneſtie für alle wegen politiſcher Vergehen Angeſchuldigte und Verurtheilte erklärt die Regierung, daß ſie niemals in dieſer Weiſe in den Beruf der Gerichte eingreifen, und daß Seine Hoheit der Herzog nur in einzelnen geeigneten Fällen Ausnahmen von der Vollziehung der von den Gerichten erkannten Strafen im Wege der Begnadigung bewilligen wird. In der Zumuthung, in einem andern als dem von der Landesverfaſſung vorgeſchriebenen Wege der Vereinbarung zwiſchen Regierung und Ständen Abänderungen in der bisherigen Verfaſſung, wie dieſe ſich in früherer Zeit und auf Grund der in dem Monat März 1848 ertheilten Zuſicherungen Seiner Hoheit des Herzogs und in den darauf verfaſſungsmäßig erlaſſenen neuen Geſetzen ausgebildet hat, zu bewirken, liegt eine Aufforderung an die Regierung zu einem Bruche der Landesverfaſſung. Daß zu einer ſolchen Verletzung aller Pflichten die Regierung die Hand nicht bieten wird, darauf darf das ganze Land mit vollem Vertrauen bauen, ebenſo auch mit Beſtimmtheit darauf rechnen, daß ihm die Regierung mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln Ruhe und Ordnung, alſo den Geſetzen Achtung und Gehorſam verſchaffen und anarchiſche Beſtrebungen mit Ernſt unterdrücken wird."

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 10. Juni. Wir haben von Fridericia Nachrichten bis zum 8. d. früh. Der traurige Verluſt des Oberſt v. St. Paul beſtätigt ſich leider. Als am 7. d. eine heftige Kanonade den ganzen Tag gewährt hatte, ſchwieg gegen Abend das Geſchütz; St. Paul verfügte ſich nach der Norderbatterie wo er mit dem Artillerieleutenant Chriſtianſen für den nächſten Tag Anordnungen traf; er war eben im Begriff weg zu gehen, als eine Kanonenkugel ihm die ganze rechte Seite fortriß. Die Trauer im Lager iſt eine allgemeine; denn dieſer Officier zeichnete ſich ebenſo durch Kaltblütigkeit wie durch Energie und Tapferkeit aus, wozu noch ſein beſonders leutſeliges Weſen gegen die Soldaten kam. An ſeiner Stelle iſt der Oberſt von Zaſtrow zum Commandeur der beiden Infanterie-Brigaden ernannt, und der Major v. Gersdorf zum Commandeur der Avantgarde. Am 8. d. Nachmittags 4 Uhr wurde Orla Lehmann von Rendsburg in Begleitung des Capitain-Wachtmeiſter der Feſtung nach dem Sundewitt transportirt, um daſelbſt ausgeliefert zu werden. Der Grund dafür wird ſehr verſchieden angegeben. Einige behaupten, er wäre mit einem in Aarhuus von den Dänen gefangenen preußiſchen Trompeter ausgetauſcht, nach andern Angaben mit dem Lieut. Salm-Salm. Doch erfahren wir aus zuverläſſiger Quelle, daß es auf Verwendung des Generals Prittwitz geſchehen, welcher von Lehmanns Familie in Copenhagen dringend darum erſucht worden, weil ſeine Frau ſich in ſehr krankem Zuſtande befindet, und man für ihr Leben fürchtet.

Großbritannien.

* **London**, 9. Juni. Die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft hat in England durch ihren einfachen und offenen Ton einen der jetzigen franzöſiſchen Regierung ſehr günſtigen Eindruck gemacht. Man glaubt daraus ſchließen zu dürfen, daß der Präſident und ſeine Miniſter Einſicht in die eigenthümlichen Schwie-

rigkeiten ihrer Lage, namentlich in die finanziellen Schwierigkeiten haben, daß ihnen aber zugleich der gute Wille nicht fehlt, die Ordnung im Innern, den Frieden mit dem Auslande aufrecht zu erhalten und dadurch den erſchütterten Credit wieder herzuſtellen und Handel und Wandel wieder zu heben. Natürlich deutet jede Zeitung die Botſchaft ihrem Standpunkt und ihrer Tendenz gemäß aus. Der Standard freut ſich, daß der Präſident offen mit dem Geſtändniß herausgehe, wie nothwendig es ſei, durch die Strenge der Geſetze die in Frankreich vorhandenen Elemente der Unordnung und Anarchie niederzuhalten, wenn das Land davon nicht zu Grunde gehen ſollte. Daſſelbe habe aber auch Louis Philipp eingeſehen, warum alſo ihn abſetzen! „Jedermann," ſagt der Standard, „muß einſehen, daß nur ein Deſpotismus, unter welchem Namen er ſich auch verſtecken mag, die Ruhe und ſomit auch die Wohlfahrt Frankreichs ſichern kann, ein Deſpotismus, welchen der verderbte Zuſtand der öffentlichen Meinung in Frankreich gebieteriſch heiſcht." Dagegen ſagt Daily News, die Botſchaft enthalte das verdeckte Geſtändniß: wo immer und in welchen Dingen ich und meine Regierung die Hand im Spiele hatten, da ging es ſchlecht, wo wir dagegen die Dinge ſich ſelbſt überließen, da ging es gut. Daily News macht hiervon einen Seitenſprung auf Sicilien; hier wäre es auch gut gegangen, wenn England und Frankreich nicht erſt gehetzt und Hilfe verſprochen und dann die Sicilianer im Stich gelaſſen hätten. „Das Schickſal Siciliens," ſagt Daily News mit Recht, „iſt voll von Schande ſowohl für Frankreich als England und richtet nicht nur all ihren Einfluß in Süditalien zu Grunde, ſondern auch jede für ſie gehegte Achtung."

Die auf die franzöſiſche Intervention in Rom bezügliche Stelle der Botſchaft nennt Daily News das Erbärmlichſte, Falſcheſte und Heuchleriſchſte, was ſich denken laſſe, wie es denn nichts Lügneriſches und Jämmerlicheres geben könne als die Depeſchen des Herrn Leſſeps. Auch der Globe meint, die Stelle, welche ſich auf dieſe Expedition beziehe, ſei die einzige, welche einen Zweifel zulaſſe, entſchuldigt jedoch die Unternehmung nach Rom aus politiſchen Gründen, und freut ſich nebenbei über die freundnachbarliche Geſinnung des Präſidenten für England. Die Times in ihrer Weiſe beſchäftigt ſich mit den Finanzen und Schulden und entwirft dabei ein ſchauerliches Bild von dem finanziellen Zuſtande Frankreichs. Morning Chronicle bemerkt: die engliſchen Radikalen meinten immer, eine republikaniſche Regierung ſei mit einer wohlfeilen gleichbedeutend; es ſei darin einige Wahrheit, aber es könne Fälle geben, wo König Mob, wenn er zur Herrſchaft gelange, eine noch größere Civilliſte beanſpruche als Königin Victoria. Man blicke auf die Republik Frankreich. Bei einem Deficit von nicht weniger als 180 Mill. Fr. unterhalte dieſe Republik ein Heer von 451,000 Mann!

Frankreich.

* **Paris**, 11. Juni. Endlich wieder eine belebte Sitzung der Legislative: auf der Tagesordnung ſtehen die Interpellationen Ledru Rollin's. Schon um 1 Uhr iſt der Palaſt der Nationalverſammlung von zahlreichen Gruppen umlagert, den Palaſt ſelbſt haben die Jäger von Vincennes beſetzt. Um halb 2 Uhr wird die Sitzung eröffnet. Der Präſident zeigt den Tod des Marſchalls Bugeaud an, in welchem ganz Frankreich einen großen Krieger und Bürger verloren, dann füllen ſich die bis dahin leeren Bänke der Montagne, Ledru Rollin, noch etwas leidend ausſehend, tritt ein, von ſeinen Freunden lebhaft begrüßt, nach kurzer Pauſe beſteigt er die Tribüne. „Es gibt entſcheidende Augenblicke, wo die Phraſen unnütz ſind. Ich interpellire nicht. Jedermann weiß, was geſchehen iſt: franzöſiſches Blut, römiſches Blut iſt gefloſſen. Rom iſt mit Wuth angegriffen und mit Energie vertheidigt worden. Drei Schwadronen unſerer Reiterei ſind vernichtet worden. Unſere Truppen haben furchtbar gelitten. Der General Oudinot hat um einen 24ſtündigen Waffenſtillſtand gebeten, um die Todten zu beerdigen und die Verwundeten fortzuſchaffen. Die Triumvirn haben ihn bewilligt. Dies ſind die Thatſachen. Interpellationen ſind lächerlich. Hier können nur Thaten helfen. Die Regierung muß in Anklagezuſtand verſetzt werden. Ich lege auf dem Büreau des Präſidenten den Anklageakt gegen den Präſidenten der Republik und die Miniſter nieder. Ich verlange die Dringlichkeit, denn das Blut fließt noch." Odilon Barrot: „Ich kenne die Nachrichten des Hrn. Ledru Rollin nicht. Die Regierung hat keinerlei Nachrichten erhalten ſeit der veröffentlichten Depeſche des Generals Oudinot. Man beſchuldigt uns der Verletzung der Verfaſſung. Ich frage die Urheber der Anklage, ob ſie ſelbſt feſt entſchloſſen ſind, in der Geſetzlichkeit zu bleiben? Man kann den geſetzlichen Kampf und den Aufſtand nicht vereinigen. Haben Hr. Ledru Rollin und ſeine Freunde wohl die ſchwere Bedeutung eines Anklageaktes überlegt, den ſie zum dritten Male, glaube ich, gegen mich richten? Haben wir ohne Gründe gehandelt, als wir die Unterhandlung für erſchöpft erklärten? Dies iſt die Frage. (Der Redner hält hier eine enthuſiaſtiſche Lobrede auf das liberale Verfahren Pius des IX. Er ruft den Mord des Miniſters Roſſi und die Gleichgültigkeit der Römer bei dieſer Gelegenheit zurück.) Bei den Conferenzen von Gaeta hat Frankreich ſtets gegen die abſolute Wiederherſtellung des Pabſtes proteſtirt. Die Regierung konnte nun eine dreifache Rolle ſpielen: ſich für die römiſche Republik erklären, das würde Frankreich entehrt haben; ganz neutral bleiben, dann würde man ſie jetzt ebenſo deswegen beſchuldigen; es blieb ihr alſo nichts übrig, als zu interveniren mit dem Frankreich eigenen liberalen Charakter. Wir haben ſtets erklärt, daß wir die römiſche Republik nicht anerkennen und es iſt ſogar niemals ein Vorſchlag dazu gemacht worden. Wenn alſo die römiſche Republik beſtimmt war zu fallen, ſo blieb uns nichts übrig, als mit dem Frankreich eigenthümlichen liberalen Geiſt zu interveniren. Ich erkläre, daß wir dieſes gethan haben ohne eine Verbindung mit den übrigen Mächten. Wir zeigten gleich den Charakter unſerer Expedition in Civita Vecchia, als wir die Fahne der Republik beſtehen ließen und dem Commiſſär des h. Stuhles die Aufnahme verweigerten. Wir kommen weder für noch gegen die Regierung. Später begegneten wir dem Krieg. Unſere Soldaten, die ein General voll von Vertrauen und beſeelt von zu großer Tapferkeit, nach Rom führte, wurden mit Flintenſchüſſen empfangen." Odilon Barrot geht hierauf auf das Verhalten des Herrn v. Leſſeps ein. Die Thatſachen ſind bekannt. Allein Odilon Barrot behauptet, daß Herr v. Leſſeps den zweiten Vertrag (vom 31. Mai) ins Lager brachte nachdem Oudinot bereits den Wiederbeginn der Feindſeligkeiten in Rom angezeigt hatte. In dieſem Vertrag tadelt Odilon Barrot beſonders, daß Herr v. Leſſeps die Unterſtützung der franzöſiſchen Truppen zur Vertheidigung des Gebietes der Republik gegen die fremden Mächte zugeſagt habe, was ganz der diplomatiſchen Stellung entgegen geweſen ſei, die Frankreich in Gaeta eingenommen habe. Dies ſei gegen ſeine Inſtructionen, gegen den Willen der Nationalverſammlung geweſen. Um die Beſitznahme Roms durch die Oeſterreicher und eine gewaltſame Reaction zu verhindern, habe der General Oudinot angreifen müſſen. Der Redner ruft hier die Verwerfung der franzöſiſchen Dazwiſchenkunft durch die Sicilianer und die Lombarden zurück und ſchließt mit dem Ausruf: „Was würde dieſen verblendeten Menſchen geſchehen, wenn Frankreich, das ſie jetzt zurückſtoßen, abtreten und den Oeſterreichern das Schickſal von Rom überlaſſen wollte?"

Als der Miniſterpräſident die Tribüne verließ, wurde die Sitzung eine Zeitlang ſuspendirt und erſt um 4 Uhr wieder aufgenommen. Ledru Rollin nahm abermals das Wort. „Herr Odilon Barrot hat die Frage umgangen. Es handelt ſich darum, was der Willen der Conſtituante geweſen iſt? Als dieſe die 1,200,000 Franken für die Expedition bewilligte, hatte das Miniſterium ausdrücklich erklärt, daß es nicht den Sturz der römiſchen Republik wolle, daß es dieſelbe nicht angreifen werde. Iſt dies klar? Heute kommt Ihr und erklärt, daß Ihr euch gezwungen geſehen habt, ſie anzugreifen. Es iſt falſch, daß die Conſtituante Euch ermächtigt hat, Rom anzugreifen. Ihr habt die Verfaſſung verletzt, und wir werden ſie durch alle möglichen Mittel vertheidigen." (Ungeheurer Jubel auf der Montagne. „Es lebe die Republik!" Die Freunde Ledru Rollins drücken ihm die Hand.) Odilon Barrot tritt auf die Tribüne. (Poſtabgang.)

La république démocratique et sociale, das Hauptorgan der Montagne, liefert einen Commentar zu dem geſtrigen Manifeſt dieſer Partei an die deutſche Demokratie, dem wir folgende bedeutſame Stellen entnehmen: „Vor einigen Monaten ſagte die Montagne zu den römiſchen Republikanern: Hoffet! habt Vertrauen! Frankreich wird euch beſchützen. Sie haben gehofft, und ſtatt Schutz haben ſie bei der franzöſiſchen Regierung nur Unredlichkeit und Verrath gefunden; ſie haben vertraut, und mit Mord, Brand und Verwüſtung ſind ſie belohnt worden. Wenn alſo heute nach dieſer ſchmerzlichen Erfahrung die Montagne, ihren Grundſätzen getreu, den deutſchen Republikanern daſſelbe zuruft, was ſie den Republikanern von Rom zurief, ſo entſteht mehr als jemals

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Das Budget des Freiſtaats Frankfurt. Die badiſche Regierung und die Nationalverſammlung). Wien (Fürſt Paskewitſch. Patriotiſcher Aufruf. Ungariſche Nachrichten. Die Belagerung von Venedig. Hr. v. Bruck. Vermiſchtes). Berlin (Die Denkſchrift über den Reichsverfaſſungsentwurf. Die Gothaer Verſammlung. Die Ultra's. Gemäldeausſtellung. Ruſſiſche Kriegsſchiffe. Komiſche Begebenheit. Der Prinz von Preußen. Oeſterreichiſche Intriguen. Hr. v. Auerswald. Das Einſchreiten in Süddeutſchland. Prinz Emil von Heſſen. Prinz Adalbert. Die würtembergiſche Regierung). Kreuznach (Verrücken der preußiſchen Truppen in die Rheinpfalz. Der Prinz von Preußen. Aufruf). München (Königliche Proclamation). Würzburg (Truppenzüge. Badiſche Freiſchaaren an der Grenze. Wahlausſichten. Verbot der Volksverſammlungen). Darmſtadt (Zuſammenſtoß im Odenwald. Truppenmärſche). Bensheim (Truppenbewegungen). Von der Bergſtraße (Das Hauptquartier in Zwingenberg. Uebergang badiſcher Soldaten). Mainz (Hr. Zitz. Das Attentat auf den Prinzen von Preußen).

Frankreich. Paris (Die Anklage gegen den Präſidenten verworfen).

Italien. (Fortgeſetzter Kampf vor Rom. Die Vertheidigung von Venedig).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 14. Juni).

Deutſchland.

□ **Frankfurt,** 14. Juni. Soeben erſcheinen die folgenden Geſetze:

Geſetz über Feſtſtellung des Voranſchlages der Ausgaben für das Jahr 1849. Wir Bürgermeiſter und Rath der freien Stadt Frankfurt verordnen hierdurch, auf Beſchluß der conſtituirenden Verſammlung vom 18. Mai 1849.

Art. 1. Der Voranſchlag der Ausgaben für das Jahr 1849 wird auf Grund der gemachten Vorlagen, wie folgt, feſtgeſetzt:

I. Dienſt der Rechnei-Caſſe		
a) Regierung und Verwaltung im Allgemeinen	fl.	131,261. 4.
b) Rechtspflege	„	100,699. 54.
c) Militärweſen	„	228,398. 3.
d) Sicherheits- und Sanitäts-Anſtalten. . .	„	153,259. 18.
e) Liegenſchaften- und Gefälle-Verwaltung .	„	59,247. 30.
f) Handel, indirecte Abgaben, Central-Caſſe .	„	105,545. 32.
g) Bauweſen	„	118,550. —
h) Cultus	„	64,028. 51.
i) Schul- und Studienweſen	„	45,190. 35.
k) Penſionen und Unterſtützungen	„	89,112. 42.
l) Unvorhergeſehene Ausgaben	„	30,000. —
zuſammen	fl.	1,125,293. 29.
II. Dienſt der Schuldentilgungs-Caſſe	„	500,488. 44.
III. Dienſt der Pfandamts-Caſſe	„	7,149. 54.
	fl.	1,632,932. 7.

Art. 2. Zur Deckung dieſer Ausgaben ſind die Einnahmen des Jahres 1849 beſtimmt und angewieſen.

Art. 3. Die bei der Schuldentilgungs-Commiſſion bei Ablauf des Jahres 1849 ſich ergebenden Einnahme-Ueberſchüſſe ſind zur Zurückbezahlung von Obligationen des Anlehens vom 9. April 1839 nach Beſtimmung des Looſes zu verwenden.

Art. 4. Die bei dem Pfandamte mit Ende des Jahres 1849 ſich darſtellenden Einnahme-Ueberſchüſſe ſind dem Betriebsfond des Pfandamtes zuzuwenden. Beſchloſſen in Unſerer Großen Rathsverſammlung den 2. Juni 1849.

Geſetz über Feſtſtellung des Voranſchlags der Einnahmen für das Jahr 1849. Wir Bürgermeiſter und Rath der freien Stadt Frankfurt verordnen hierdurch, auf Beſchluß der conſtituirenden Verſammlung vom 18. Mai 1849.

Art. 1. Der Voranſchlag der Einnahmen für das Jahr 1849 wird auf Grund der gemachten Vorlagen wie folgt feſtgeſtellt:

I. Dienſt der Rechnei-Caſſe:				
A. Gefälle von ſtädtiſchem Grundeigenthum			fl.	150,750
B. Regierungs-, Polizei-, Juriſdictions-Gefälle, Strafgelder, Stempel-, Conceſſions- und Admodiations-Gebühren			„	151,000
C. Acciſe und Conſumtions-Abgaben			„	189,225
D. Handelsabgaben			„	366,506
E. Stadtbeleuchtungs- und Weggeld-Einnahmen . . .			„	50,000
F. Staatsſteuern der Dorfſchaften			„	8,500
G. Verſchiedene Einnahmen			„	5,000
			fl.	920,981
II. Dienſt der Schuldentilgungs-Caſſe:				
A. Einkommen-, Wohn- und Miethſteuer, Additional-Acciſe, extra Kriegsauflagen, Antheil an dem Permiſſionsſtempel, Lotterie	fl.	418,000		
B. Eiſenbahnen	„	120,000		
C. Zinſen von Activ-Capitalien	„	6,000		
			„	544,000
III. Dienſt der Pfandamts-Caſſe			„	7,500
			fl.	1,472,481

Art. 2. Das Rechnei- und Rentenamt wird ermächtigt, zur Ergänzung des Bedürfniſſes für die Ausgaben des laufenden Dienſtes und für die aus der Rechneicaſſe zu leiſtenden Vorſchüſſe, ſoweit die regelmäßigen Einnahmen der Rechnei-Caſſe und ſonſtige verfügbare Mittel nicht ausreichen werden, die erforderlichen Gelder verzinslich aufzunehmen.

Beſchloſſen in Unſerer Großen Rathsverſammlung den 2. Juni 1849.

* **Frankfurt,** 14. Juni. Die geſtern hier erſchienene Nr. 33 des Großh. Badiſchen Regierungsblattes macht bekannt, daß die badiſche Regierung die Reichsverſammlung in Stuttgart nicht mehr anerkennt, und die Vollmachten der dabei noch befindlichen badiſchen Abgeordneten als erloſchen betrachtet; beſchloſſen im Großherzogl. Staatsminiſterium zu Mainz und unterzeichnet von den Miniſtern Klüber und Stengel.

* **Wien,** 10. Juni. Unſere Blätter enthalten die Circulardepeſche des ruſſiſchen Cabinets an die Regierungen in Betreff der ruſſiſchen Intervention in Ungarn. Die Kriegsoperationen an der untern Donau erwecken bei den competenten Beurtheilern kein geringeres Intereſſe als jene in unſerer Nähe. Man iſt über die Stellung des Banus nicht ganz ohne Sorge. Oeffentliche Berichte aus Warasdin melden, daß ein reguläres ungariſches Armeecorps, 20,000 Mann ſtark, die Grenze des Baranyer Comitats bereits überſchritten habe. An der Drave ſei Alles auf den Beinen. Im Tſchaikiſtendiſtrikt ſtehen nebſt Knicanins Truppen, die außer den Serbianern aus Beceſern und Kikindaern beſtehen, 4 Brigaden regulärer Truppen, darunter die Wiener Freiwilligen. Ein Theil der am rechten Donauufer in Syrmien dislocirten Südarmee bildet in den Verſchanzungen von Kamenic, Bukvic und Karlovic, die um Peterwardein einen Halbkreis beſchreiben, eine impoſante Cernirungskette. Die Truppen des Kamenicer Lagers ſind wegen der zunehmenden Cholerasterbfälle abgelöſt worden. Wie verlautet, werden zu der Südarmee auch 1000 Montenegriner ſtoßen. Bei den letzten Kämpfen hat es ſich gezeigt, daß die Magyaren auch im Beſitze von Raketen ſind, welche unter der Leitung eines Engländers in Großwardein, wo auch ihre Kanonengießerei und Pulvermühle im Gange ſind, angefertigt werden. Bem war in Alt-Orſova und erließ an die Flüchtigen, die maſſenweiſe hinüber nach Serbien ſtrömen, einen Aufruf zur Rückkehr. Mit den Türken haben die Magyaren Beſprechungen gepflogen und ſie eingeladen, den Verkehr mit dem dieſſeitigen Ufer, wie früher, zu unterhalten. Es heißt auch, daß Bem ſelbſt unterhandle, um ſo viel Getreide als möglich von drüben nach Altorſova zu ſchaffen. Der Seraskier der türkiſchen Truppen in der Wallachei beſteht allen Ernſtes darauf, daß ſich Puchner mit ſeinem Corps aus der Wallachei entfernen ſoll, da die hier aufgehäuften Proviantvorräthe kaum für die türkiſchen und ruſſiſchen Truppen hinreichen werden. Durch die Menge der Flüchtlinge ſind in Serbien alle Lebensmittel im Preiſe geſtiegen. Die Saaten ſtehen gut und verſprechen reichliche Ernte. Aus Preßburg wird unterm 8. Juni gemeldet: Geſtern Nachts marſchirten wieder Truppen auf das jenſeitige Ufer; wahrſcheinlich will man Oedenburg ſichern. In einigen Tagen werden die ruſſiſchen Großfürſten Michael und Conſtantin hier erwartet.

Aus Linz wird berichtet, daß auch die zweite Diviſion Palatinalhuſaren, auf einem andern Wege als die erſte, es unternommen hat, ſich nach Ungarn durchzuſchlagen. Venedig leiſtete noch hartnäckigen Widerſtand und das Fort Brondolo war noch nicht genommen. Man vernimmt, daß Herr v. Bruck dieſe Woche in Wien anweſend war und nach einem kurzen Aufenthalte von wenigen Stunden nach Italien zurückgereiſt iſt. Es knüpft ſich daran die Vermuthung, daß der Handelsminiſter ſich mit ſeinen Collegen über die Bedingungen des Friedensabſchluſſes verſtändigt habe. Am 6. d. wurde Feldmarſchall Radetzky in Laibach erwartet. Die hieſige Nationalbank hat dem Gemeinderath 5000 fl. C.-M. als Beitrag zur Radetzkyſtiftung angewieſen. In hieſiger Sparkaſſe ſind in vergangener Woche von 806 Perſonen 64,924 fl. eingelegt und an 1060 Perſonen 91,110 fl. zurückgezahlt worden. Geſtern Nacht wurden vor der neuen Brücke am Waſſerglacis eine Cavalleriepiſtole, dann 41 ſcharfe und 28 blinde Patronen gefunden. Die ſämmtliche männliche Dienerſchaft des ungariſchen Cavaliers Grafen S...... verlangte dieſer Tage von ihrem Herrn die Entlaſſung aus ihrem Dienſte. Um die Urſache ihres Entſchluſſes gefragt, erwiederten die Leute, daß ſie nach Ungarn gehen wollten, da ihr Vaterland in Gefahr ſei. Der Graf wollte wiſſen, wer ſeine Leute auf dieſe Idee gebracht habe und erfuhr endlich, daß ſie von einem Schneider zu ihrem Vorhaben überredet wurden. Dem Vernehmen nach ſoll der Schneider bereits eingezogen ſein.

Aus Krakau wird gemeldet, daß in Folge der Getreiderequiſition eine Stockung im Getreideverkehr ſtattgefunden habe, indem die Kaufleute aus Beſorgniß vor Requiſitionen ſich des Ankaufs enthalten, was ſich beſonders für die kleinen Gutsbeſitzer ſehr drückend herausſtellt. Die Winterfrucht ſteht gut, allein ein gutes Körnerergebniß läßt ſich dennoch nicht erwarten, da die Ausſaat wegen des ſpäten Frühjahrs ſehr hinausgeſchoben werden mußte.

A. C. Z. **Wien**, 10. Juni. Das Gerücht, der Fürſt Paskewitſch werde den Oberbefehl über die vereinigten Heeresmaſſen in Ungarn übernehmen, gewinnt an Verbreitung. Der Rücktritt des F.M.L. Haynau, von dem viel geſprochen wird, ſowie die Erſtürmung Oedenburgs durch die Magyaren, werden wohl nur leere Gerüchte bleiben. Mehrere der noch lebenden Freiwilligen aus den Jahren 1813 und 1815 haben ihre ehemaligen Kriegsgefährten aufgefordert, zu den Waffen zu greifen und die letzte Kraft zum Schutze des neuerlich bedrängten Vaterlandes einzuſetzen.

* **Berlin.** Die mit dem Entwurfe zur Reichsverfaſſung zugleich angekündigte Denkſchrift iſt im Staatsanzeiger erſchienen. Da ſie dem Entwurfe nicht blos als Commentar beigegeben iſt, ſondern als authentiſche Interpretation deſſelben dienen ſoll, ſo werden wir das Actenſtück, ſo voluminös es iſt, vollſtändig in einer beſonderen Beilage mittheilen.

§ **Berlin**, 12. Juni. Die miniſteriellen Zeitungen, die deutſche Reform ſowohl, als die Voſſiſche und Spener'ſche, zeigen ſich dem Gothaer Congreß ſehr günſtig: die Regierung iſt jetzt um ſo mehr bedacht, ſich die Unterſtützung der Notabeln der Nation zu verſchaffen, als das Verfahren Oeſterreichs und Baierns ſie endlich überzeugt haben wird, daß Preußen ſeine Größe nur vom Volke erhalten kann. Die Kreuzzeitung dagegen eifert gegen die „Nothbrücke der Vermittelung" wie ſie es nennt, welche die „Frankfurter Schiffbrüchigen" bauen wollen. Sie fürchtet von der Theilnahme der „Centrumsmänner" eine Vernichtung des von Preußen angefangenen Werks, und hat nicht Geifer genug für die D. Z., welche den glücklichen Gedanken zu dieſem letzten Verſuch der Verſtändigung zuerſt ausgeſprochen hat. Geht die Regierung auf den Gothaer Congreß ein — wie daran kein Zweifel mehr zu ſein ſcheint — ſo gibt die Kreuzzeitung ſie auf, noch will ſie die „gute" ſchützen, dann aber wirft ſie ſie zu den Verlorenen.

Wieder neue Gerüchte von Aufhebung des Belagerungszuſtandes und Aenderung des Miniſteriums! Wenn böſe Ereigniſſe ihren Schatten vorauswerfen, warum ſollten es gute nicht auch thun? Es iſt jetzt hier eine kleine Gemälde-Ausſtellung zum Beſten nothleidender Künſtler. Ein Portrait **Wrangels** von Magnus erregt beſondere Aufmerkſamkeit. Das Bild entſpricht ganz der Vorſtellung, die man ſich von dem Manne macht: kräftig, pedantiſch beſchränkt, dabei unendlich gutmüthig; eine charakteriſtiſch altpreußiſche Erſcheinung. Man kann ſich recht denken, wie er aus dummdreiſter Pflichttreue ſich eine Stellung hat aufbürden laſſen, der er in keiner Beziehung gewachſen iſt, und in der er das Gehäſſige für alle Maßregeln auf ſich nehmen muß, an denen er gar keinen Theil hat.

Haben Sie ſchon die Nachricht, daß ruſſiſche Kriegsſchiffe bei der Inſel Alſen erſchienen ſind? Die Hamburger Kaufleute halten das Ereigniß für ein günſtiges, das zum baldigen Abſchluß des Friedens beitragen wird: die Courſe ſind geſtiegen.

♀ **Berlin**, 12. Juni. Geſtern hat die Regierung ein offizielles, von Löwe von Calbe gezeichnetes Schreiben erhalten, worin ihr die Beſchlüſſe der Stuttgarter Verſammlung vom 7. d. M. zur Kenntnißnahme und Nachachtung mitgetheilt werden! Dieſe Depeſche ſoll im Miniſterium die Stirnen entrunzelt haben. Im Publicum hat die Nachricht hiervon Lächeln und Kopfſchütteln hervorgerufen. In den letzten Tagen ſollen wieder mehrere Regierungen der hieſigen erklärt haben, daß ſie geneigt wären, dem Bunde der drei Königreiche beizutreten. Der Prinz von Preußen iſt geſtern zu den preußiſchen Truppen abgereiſt. Man hört, die Regierung habe es für angemeſſen erachtet, in ihm dem Prinzen Emil von Heſſen, deſſen öſterreichiſche Geſinnung bekannt ſei, das nöthige Gegengewicht zu geben. Augenſcheinlich beweiſt Preußen dadurch, daß es entſchloſſen iſt, auf allen Punkten ſeinen Einfluß zu wahren.

Conſt. Correſp. **Berlin**, 12. Juni. In Berlin ſollen ſich jetzt viele Geſtalten zeigen, welche von den Barrikadenkämpfen in Wien her hinreichend bekannt ſind. Oeſterreich ſcheint uns mit ſeiner Demokratie beſchenken zu wollen, und es verſteht ſich, daß es dabei auf eine entente cordiale zwiſchen den öſterreichiſchen und preußiſchen Demokraten abgeſehen iſt. Berlin iſt jetzt der Schauplatz und der Ausgangspunkt von Agitationen, welche alle Preußen und wahren Freunde deutſcher Einheit mit dem tiefſten Unwillen erfüllen müſſen. Gleiche Intriguen ſind und werden noch in und von Frankfurt ausgetrieben. Man iſt hier um ſo mehr entrüſtet über dieſe Beobachtung, da die Preußiſche Politik — vielleicht unter allen Großmächten die einzige — noch zu keiner Zeit und in keinem Lande zu ſolchen Mitteln ihre Zuflucht genommen hat, und in dieſer Beziehung in der That den unbefleckten Ruf der Moralität in der Politik ſich bewahrt hat. Nun und nimmer würde Preußen, welches auch ſein Intereſſe geweſen ſein möchte, ſich haben herbeilaſſen können, beiſpielsweiſe die demokratiſche Bewegung in Ungarn zu unterſtützen, nur um Oeſterreich zu beſchäftigen. Wir erfahren ſo eben, daß der Oberpräſident v. Auerswald von Karlsbad aus den bekannten Artikel in der Deutſchen Zeitung, welcher über ſeine angebliche Zurückſetzung Klage führte, ſelbſt auf das lebhafteſte desavouirt hat. Man tadelt in einzelnen Kreiſen die Regierung wegen des verzögerten Einſchreitens in Süddeutſchland, welches nun erſt am 14. d. definitiv bevorſteht. Es ſcheint, daß von einer Seite, welche ſtets davon ausgeht, daß es nur eines raſchen Niederſchlagens der Revolution bedürfe, um ihre innern Anläſſe auch dauernd zu beſeitigen, zu einem weit früheren Einmarſche der Truppen gerathen worden iſt, während man von anderer Seite die Gewährung der Hilfe noch länger hat hinziehen wollen, um nach dem Beiſpiele von Elberfeld an dem Exceß der Anarchie und der Revolution die Bevölkerung ſelbſt das fühlbarſte Heilmittel gewahren zu laſſen. Aus dem Schwanken zwiſchen dieſen beiden Anſichten ſcheint da Wahl des jetzigen Zeitpunktes, der keiner der beiden Anſichten völlig genügt, hervorgegangen zu ſein.

Herr v. Peucker ſoll es abgelehnt haben, unter dem Obercommando des Prinzen Emil von Heſſen, welcher angeblich 17,000 Mann Oeſterreicher und 10,000 Mann Truppen der kleinern Staaten commandiren ſoll, ſich zu ſtellen, weil er die Gültigkeit der Beſchlüſſe und Anordnungen der Centralgewalt unter den heute veränderten Umſtänden nicht mehr anerkennen könne. Der Prinz Emil von Heſſen wird übrigens auf das Zuſammentreten ſeiner Corps lange warten können, da man hier genau weiß, welche Bewandtniß es mit den 17,000 Oeſterreichern hat, d. h. daß ſie eben nur auf dem Papiere ſind.

Lith. Corr. **Berlin**, 12. Juni. Dem Anſcheine nach wird in den eine Vermittelung bezweckenden Vorſchlägen, deren Erörterung in Gotha erfolgen ſoll, Prinz Adalbert von Preußen, der Chef des Reichs-Marine-Departements, ein Prinz von wohlwollendem Sinne und guten Kenntniſſen, eine Stellung einnehmen, welche geeignet ſein dürfte, eine Vermittelung zwiſchen Denen herbeizuführen, die zu einer ſolchen überhaupt noch geneigt ſein möchten. Zwiſchen dem Prinzen und den hier weilenden Mitgliedern der Reichsverſammlung beſteht ein ſehr inniger und reger Verkehr, und man geht wohl nicht fehl, wenn man die häufig ſtattfindenden Conferenzen mit dem bevorſtehenden Congreß in Verbindung bringt. (?) Wie vorauszuſehen hat auch die würtembergiſche Regierung, die treu aushielt bei dem Panier der Frankfurter Reichsverfaſſung, ſich nunmehr von der Verſammlung abgewendet. Wie wir vernehmen, wird von Herrn Römer an die übrigen deutſchen Regierungen, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, die Aufforderung ergehen, ſich über die unter den obwaltenden Verhältniſſen von ihnen beabſichtigten Schritte vernehmen zu laſſen, eventuell ihre Bevollmächtigten zu einer gemeinſamen Berathung zuſammentreten zu laſſen. Auch mit Preußen und Baiern ſollen ſeitens Würtemberg Unterhandlungen angeknüpft ſein, um auch mit den diesſeitigen Regierungen in Verſtändniß zu kommen. Wie verſichert wird, hat Herr v. Reinhardt, der hieſige Reſident Würtembergs, den Auftrag, ſich mit der preußiſchen Regierung darüber zu benehmen, ob ſie ſtricte an dem von ihr in Gemeinſchaft mit Hannover und Sachſen erlaſſenen Verfaſſungsentwurf feſthält, oder ob ſie zu Modificationen deſſelben bereit iſt. Für den letzten Fall dürfte Würtemberg im Einverſtändniß mit dem übrigen Regierungen, welche die Frankfurter Reichsverfaſſung anerkannt haben, auf Unterhandlungen eingehen und die Zuſammenberufung eines Reichstages zur Reviſion des Frankfurter wie des preußiſchen Entwurfs proponiren. Die Aeußerungen des Gothaer Congreſſes werden nach dieſer Seite hin ſehr maßgebend ſein.

Kreuznach, 12. Juni. Unter großer Begleitung der Bewohner und unter frohen Geſängen rückten heute unſere Truppen nach der inſurgirten baieriſchen Rheinpfalz. (D. P. Z.)

Kreuznach, 13. Juni. Ihre kk. HH. der Prinz von Preußen und Prinz Friedrich Carl kamen in letzter Nacht hier an, und ſetzten heute früh gegen 9 Uhr mit dem ganzen Generalſtabe zu Pferde ihre Reiſe nach Rheinheſſen und Baiern fort. (Der General v. Hirſchfeld hat an die Bewohner von Rheinbaiern und Rheinheſſen einen Aufruf erlaſſen, worin er u. A. den preußiſchen Unterthanen, die in den Reihen der Rebellen kämpfen, die Todesſtrafe nach dem Kriegsgeſetz unnachſichtig ankündigt.) (D. P. Z.)

0 **München**, 11. Juni. Soeben wird beifolgende Proclamation in der königlichen Hofbuchdruckerei an Beamte und Begünſtigte ausgegeben, während es dem Inhaber der Druckerei auf das Strengſte unterſagt wurde, Exemplare an Redactionen abzulaſſen, wahrſcheinlich um zu verhindern, daß nicht eine Kritik zugleich mit der Proclamation ins Volk komme. Wie ich höre, werden die ehemaligen Mitglieder der beiden linken Fractionen der Abgeordnetenkammer in einer Anſprache an das Volk die Antwort auf dieſe Proclamation ertheilen. Die Pfälzer Abgeordneten werden uns bereits morgen früh verlaſſen, um mit der Nachricht von der Kammerauflöſung zugleich in ihrer Heimath zu erſcheinen und dadurch möglichen Uebeln zuvorzukommen. Alle Gerüchte, welche in der Stadt über die Verhaftung des einen oder andern Abgeordneten der Linken verbreitet ſind, ſind völlig unbegründet. Im Gegentheil werden mehrere der am meiſten Bedrohten noch die nächſten Tage hier zubringen.

Die königliche Proclamation lautet:

Baiern! Als Wir zu Anfang dieſes Jahres die Kammern des Landtages um Uns verſammelten, hatten Wir Uns der Hoffnung hingegeben, daß dieſelben die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Angelegenheiten richtig würdigend, Uns in Unſerem Beſtreben, die Intereſſen Baierns zugleich mit jenen des deutſchen Geſammtvaterlandes zu fördern, freudig unterſtützen und es Uns auf dieſe Weiſe möglich machen würden, eine Reihe der hochwichtigſten Aufgaben auf eine befriedigende Weiſe zu löſen.

Dieſe Hoffnung iſt rückſichtlich der Kammer der Abgeordneten nicht in Erfüllung gegangen.

Die Mehrheit dieſer Kammer hat ſogleich bei Beginn des Landtags in der auf die Thronrede erlaſſenen Adreſſe über die klaren Beſtimmungen der die Vollmacht der deutſchen Nationalverſammlung feſtſetzenden Bundesbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April 1848 und des zu deren Vollzuge erlaſſenen Geſetzes vom 15. April 1848, die Wahl der baieriſchen Abgeordneten zur Volksvertretung bei dem deutſchen Bunde betreffend, ſich hinweggeſetzt. Sie hat den Beſchlüſſen der erwähnten Nationalverſammlung über die Grundrechte des deutſchen Volkes und über die deutſche Reichsverfaſſung unbedingte Geltung für Baiern zuerkannt, dadurch die Selbſtſtändigkeit Baierns, den Fortbeſtand ſeiner Staatsverfaſſung und des Landes Wohlfahrt, zu deren Wahrung die Regierung und die Volksvertreter eidlich verpflichtet ſind, den vorerwähnten Beſchlüſſen gänzlich untergeordnet, und der Regierung wie dem Landtage das Recht der Zuſtimmung oder Nichtzuſtimmung zu dieſen Beſchlüſſen abgeſprochen. Dieſelbe hat ſich ſogar geweigert, in jener Adreſſe die Anerkennung des der Staatsverfaſſung Baierns zu Grunde liegenden conſtitutionell-monarchiſchen Prinzips ausdrücklich auszuſprechen.

Der Wechſel des Staatsminiſteriums und die während einer zweimonatlichen Vertagung des Landtages eingetretenen weſentlichen Aenderungen in der Entwicklung und der Lage der deutſchen Angelegenheiten vermochten nicht, die Majorität der Kammer der Abgeordneten von der betretenen Bahn zurückzubringen.

Die wiederholt ertheilte Verſicherung, daß Wir — weit entfernt, durch die verlangten Abänderungen der zu Frankfurt entworfenen deutſchen Reichsverfaſſung die dem Volke in Ausſicht geſtellten Rechte und Freiheiten verkümmern zu wollen — vielmehr dabei nur den einen großen Zweck einer dauernden Einigung des ganzen deutſchen Geſammtvaterlandes, ſeine Eintracht und ſeine Wohlfahrt und das Wohl und Wehe Baierns vor Augen gehabt haben, blieb unbeachtet.

Selbſt jede Prüfung der über jene Abänderungen an die Kammer der Abgeordneten gelangten Mittheilung Unſeres Staatsminiſteriums, ward verweigert, obgleich dieſelben in den weſentlichſten Punkten ſogar im Einklange mit der einſtimmigen Meinungsäußerung der Kammer der Abgeordneten vom 8. Februar d. Jahres verlangt worden waren, und es ward dagegen in einer zweiten von der Kammer-Majorität beſchloſſenen und an Uns gebrachten Adreſſe Unſerem neu gebildeten Staatsminiſterium alle und jede Unterſtützung überhaupt, insbeſondere aber die zur Ausführung ſeines Programmes vom 17. Mai d. J. erwartete, verſagt, und die unverzügliche Berufung eines Miniſteriums verlangt, welches die unbedingte Anerkennung der zu Frankfurt beſchloſſenen deutſchen Reichsverfaſſung ſammt dem dazu gehörigen Wahlgeſetze ausſprechen und ſofort thatſächlich in Ausführung bringen werde.

Als endlich in Folge eines über den ganzen pfälziſchen Regierungsbezirk ausgebrochenen hochverrätheriſchen Aufruhrs jede Wirkſamkeit der geſetzlichen Regierungsbehörden daſelbſt aufgehoben, an ihre Stelle eine revolutionäre Regierung und Landesvertretung geſetzt, und von dieſer Regierung die Trennung der Pfalz von Baiern ausgeſprochen, die Frankfurter Reichsverfaſſung als gültig proclamirt, die Eidesleiſtung auf dieſelbe angeordnet, ein Theil Unſerer Truppen zum Eidbruche verleitet, die Aufſtellung einer bewaffneten Macht zur Aufrechthaltung des Aufruhrs angeordnet und ſelbſt auf die Bundesfeſtung Landau ein Angriff unternommen worden war, widerſetzte ſich eben dieſelbe Kammermajorität der Prüfung und Berathung der von Unſerem Staatsminiſterium ausgegangenen Beanſtandung des Rechtes der von dem pfälziſchen Regierungsbezirke entſendeten Abgeordneten, an den Arbeiten des Landtags während der Dauer des Aufruhrs, und der dadurch bewirkten factiſchen Trennung der Pfalz von Baiern Theil zu nehmen; ja es hat dieſelbe ſogar während des ganzen Laufes der deſsfalls ſtattgehabten Discuſſionen irgend eine Mißbilligung des in der Pfalz verübten Hochverraths nicht nur nicht ausgeſprochen, ſondern es ſind ſogar aus ihrer Mitte Schutzreden dieſes Aufruhrs hervorgegangen.

Während aller dieſer Vorgänge blieben in den größtentheils mit Mitgliedern der Kammermajorität beſetzten Ausſchüſſen ſämmtliche Vorlagen der Regierung unerledigt liegen, und es ward hierdurch eine gänzliche Lähmung des Ganges der Regierung in neue Ausſicht geſtellt.

Bei dieſer Sachlage mußten Wir auf jede Hoffnung verzichten, daß ein dem Wohle des Landes erſprießliches Ergebniß aus dem fortgeſetzten Wirken der Kammer der Abgeordneten hervorgehen werde. Wir haben daher in dieſer Ueberzeugung, und feſt vertrauend auf die bewährte Geſinnung und Verfaſſungstreue Unſeres geliebten Volkes, deſſen Glück und Wohlfahrt den Gegenſtand aller Unſerer Beſtrebungen und das Ziel Unſerer heißeſten Wünſche bildet, von der Uns durch die Verfaſſungs-Urkunde Tit. VII. §. 23 eingeräumten Befugniß, den Landtag aufzulöſen, Gebrauch gemacht und werden innerhalb der nächſten drei Monate eine neue Wahl der Kammer der Abgeordneten vornehmen laſſen.

Wir hegen hierbei zu Unſerem geliebten Volke das volle Vertrauen, daß daſſelbe in dieſer Maßregel lediglich Unſer aufrichtiges Streben zur Herſtellung des zwiſchen der Regierung und Volksvertretung nöthigen Einklanges, ohne welchen eine gedeihliche Förderung der öffentlichen Angelegenheiten, die Fernhaltung der Anarchie und die Heilung der dem öffentlichen Wohlſtande, den Gewerben und dem Handel geſchlagenen Wunden unmöglich iſt, erkennen, durch treues Feſthalten an der in ſo vielen Zeitſtürmen bewährten, Unſerem Herzen über Alles theuern Liebe und an dem ſtets bewieſenen Sinne für Geſetzlichkeit, Uns die Erfüllung der Uns obliegenden ſchweren Regentenpflichten erleichtern und durch ſeine Mitwirkung die Erreichung des gemeinſamen hohen Zieles in einer Zeit fördern werde, welche für die künftigen Geſchicke Baierns, ja des deutſchen Geſammtvaterlandes, entſcheidend iſt.

München, den 10. Juni 1849. Max.

Dr. v. Kleinſchrod. Dr. Aſchenbrenner. Dr. Ringelmann.
Dr. v. d. Pfordten. v. Lüder. v. Zwehl.

ℌ **Würzburg**, 13. Juni. Die Truppenzüge durch unſere Stadt haben mit den heute Abziehenden ihr Ende erreicht. Die Mannſchaft bewies ſich als ein ſchöner, kräftiger Schlag Leute, und betrug ſich, wie man allgemein hört, auf eine gebildete Art. Keinerlei Exceß iſt bis jetzt bekannt geworden. Alle ſprachen ſich mit Dank für die ihnen hier gewordene Verpflegung aus. Geſtern Abend empfingen wir zwei aufregende Nachrichten. Von Miltenberg traf die Anzeige ein, daß unter G. Metternich 4—6000 Mann Freiſchaaren in Erbach ſich geſammelt hätten, daß daher jene Gegend wegen eines Ueberfalls ſehr in Schrecken ſei und militäriſchen Schutz wünſche. Die zweite wichtige Nachricht iſt die Kammerauflöſung, auf die wir übrigens gefaßt waren. Das Miniſterium Pfordten appellirt an das Volk, und das Volk wird ihm antworten. Die nächſte Kammer bringt ihm nicht ein Drittel Stimmen. Mit Ausnahme des Adels und eines Theils der Büreaukratie wird es von Niemanden unterſtützt, ſelbſt den Ultramontanen darf es nicht vertrauen; ſie ſtützen es nur ſcheinbar ſo lange, bis ihre Pläne die gehörige Reife erlangt haben. Im Uebrigen werden die Wahlen bei uns hoffentlich einmal die Parteien offen hervortreten laſſen. Leider iſt es in unſerm Franken wie an andern Orten: die liberale Partei iſt nicht geſchloſſen genug, und entwickelt nicht die Kräfte, die ihr von allen Seiten zu Gebot ſtehen würden, denn der größte Theil des Landes iſt offenbar mit ihr. Sie überläßt das Feld den Ultramontanen und den Radicalen, zwei äußerſt rührigen Partien, die ſich in dem Streben begegnen, den wahren Kern der Reichsverfaſſung nicht zur Geltung kommen zu laſſen. Es dürfte für Deutſchland ſehr Noth thun, daß bei der Zuſammenkunft in Gotha ein Plan für das geſammte Wirken der Partei beſprochen und verwirklicht würde; gewiß würde ſich das Reſultat bei der nächſten Reichsverſammlung lohnend herausſtellen.

Würzburg. Nach einer Bekanntmachung des hieſigen Stadtmagiſtrats vom 10. Juni iſt derſelbe auf Requiſition der k. Stadt- und Feſtungscommandantſchaft von der k. Regierung beauftragt worden, ſofort die Abhaltung jeder Art von Volks- oder größeren Vereinsverſammlungen im V. Stadtdiſtricte zu unterſagen, da die förmliche Armirung und Cernirung der Feſte Marienberg und des Mainviertels bereits erfolgt iſt, und die Rückſichten für die Fortification alle größeren Verſammlungen in dieſem engen Rayon unſtatthaft machen. (N. W. Z.)

№ 162. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 14. Juni 1849.

Ueberſicht.

Ein Vorſchlag zur Vermittelung in der deutſchen Verfaſſungsfrage
Von der Donau. XV.
Die ruſſiſche Armee in Oeſterreich.
Frankreich. Paris (Die Interpellationen Ledru-Rollin's. Bugeaud. Das Ende der Icariſchen Expedition).

Ein Vorſchlag zur Vermittelung in der deutſchen Verfaſſungsfrage.

K. B. Im Namen von drei verbündeten deutſchen Regierungen hat das preußiſche Cabinet den Entwurf einer Reichsverfaſſung für Deutſchland veröffentlicht, hat die ſämmtlichen übrigen Regierungen deutſcher Staaten zum Beitritt eingeladen, hat aber gleichzeitig ausdrücklich erklärt, „daß der endgültige Abſchluß dieſes Entwurfs auf der freien Zuſtimmung der Nationalvertretung beruhen, daß daher derſelbe einem lediglich hierzu zu berufenden Reichstage zur Berathung und Zuſtimmung übergeben werden ſolle.“

Wäre die Reichsverſammlung noch beiſammen in alter Kraft und Stärke, ſo würde ſie ohne Zweifel gegen dieſe Octroyirungsgedanken Proteſt einlegen und ihr gutes Recht wahren: „die Verfaſſung Deutſchlands zwiſchen Regierungen und Volk zu Stande zu bringen.“ Allein die Reichsverſammlung exiſtirt leider nicht mehr; ihre conſervative Mehrheit, verzweifelnd an der Möglichkeit die von ihr geſchaffene Verfaſſung thatſächlich durchzuführen, hat ihren Poſten verlaſſen und die demokratiſche Minderheit, indem ſie ſich nach Stuttgart warf, um von dort aus mit den ihr dienſtbaren Kräften des Südweſtens nicht ſowohl die Reichsverfaſſung als die Idee einer ſüddeutſchen Republik zu verwirklichen, hat ebenfalls den Rechtsboden und den ſittlichen Rückhalt im Volke, den ſie, in Frankfurt fortagend, noch immer feſthalten konnte, factiſch aufgegeben.

So iſt an eine Durchſetzung des Anſpruchs der Reichsverſammlung, daß die von ihr beſchloſſene Verfaſſung unbedingt als ſolche überall in Deutſchland rechtsgültig ſei, gegenwärtig kaum mehr zu denken. Die Frage des „Einzig und Allein“ war ja überhaupt vom Anfange an weit mehr eine Frage der Macht, als des formalen Rechts. Dieſe Macht iſt der Reichsverſammlung aus den Händen geſchlüpft, und es ſteht nicht zu hoffen, daß dieſelbe zu ihr oder zu ihrer Schöpfung, der Verfaſſung, dergeſtalt zurückkehren werde, daß letztere doch noch den Widerſtand der ihr feindlichen Kräfte beſiege und allerwärts zur Geltung gelange. Die letzte Quelle jener Macht war und iſt der Wille und die Kraft des Volks. Nun aber ſcheint ein großer, vielleicht der größere Theil des Volks keineswegs mit der Energie an der von der Reichsverſammlung verkündeten Verfaſſung feſtzuhalten, welche nöthig wäre, um dieſer den Sieg zu verſchaffen; theils ſehnt man ſich nach Ruhe, nach Herſtellung eines feſten, geſicherten Zuſtandes der bürgerlichen Verhältniſſe und des Verkehrs, theils iſt man erſchreckt durch die Ausſchweifungen der unter der Firma der Verfaſſung entſtandenen Erhebungen, theils findet man ſich wohl auch durch die Abweichungen des neuen Entwurfs von der Frankfurter Verfaſſung gar nicht ſo unangenehm berührt, im Gegentheil (aus conſervativem oder particulariſtiſchem Geſichtspunkte) befriedigt. Keinesfalls dürfte eine neue allgemeine Revolution — und nur eine ſolche würde jetzt noch im Stande ſein, den beharrlichen Entſchluß der drei Königscabinette zur Octroyirung einer Verfaſſung umzuſtoßen, — im gegenwärtigen Momente zu erwarten ſein, weder für das formale Recht der Reichsverſammlung noch für den Inhalt der Frankfurter Verfaſſung in ihrem Gegenſatz zu der Berliner.

Wenn dies der Stand der Thatſache iſt, ſo ſcheint es ebenſo die Pflicht gegen das Vaterland wie die politiſche Klugheit zu erfordern, daß man zwar keineswegs den Kampf für die beſſere Verfaſſung — und für beſſer halten wir die in Frankfurt beſchloſſene ſowohl vom Geſichtspunkte der Freiheit wie der Einheit aus — ebenſo den Kampf für das Recht der Reichsverſammlung zur endgültigen Beſchlußfaſſung über Das, was künftig oberſtes Geſetz ſein ſoll in Deutſchland, aufgebe, wohl aber, daß man dieſen Kampf nicht auf unfruchtbare Weiſe, nicht von einem unhaltbaren Boden aus und mit Waffen führe, die den Dienſt verſagen, daß man ihn vielmehr dorthin verlege und dort mit neuer Kraft aufnehme, wo er beſſere Erfolge verſpricht.

Ein ſolcher Punkt iſt aber gegeben in der dem Berliner Verfaſſungsentwurf von den Regierungen ſelbſt beigefügten beſtimmten und ausdrücklichen Vorausſetzung: „daß der rechtsgültige Abſchluß deſſelben auf der freien Zuſtimmung der Reichsverſammlung beruht“, in der verſprochenen Vorlage des Entwurf's an einen zu berufenden Reichstag „zur Berathung und Zuſtimmung.“

Auf Zweierlei kommt es hier weſentlich an: auf die Art dieſes Zuſtimmungsrechtes und auf die Zuſammenſetzung des künftigen Reichstags.

Das Gefährlichſte bei octroyirten Verfaſſungen iſt, daß ſie den Keim der Willkür, der Verletzung ihrer ſelbſt in ſich tragen. Die octroyirte preußiſche Verfaſſung hat dies zur Genüge gezeigt. Einmal von dem Standpunkte fürſtlicher Selbſtherrlichkeit ausgehend, betrachtet man leicht die verliehene Verfaſſung als ein Geſchenk der freien Gnade, das man beliebig wieder beſchränken, wo nicht gar zurücknehmen könne, die ſtändiſche Zuſtimmung dazu als eine Formalität, die nöthigenfalls auch entbehrt oder auf künſtliche Weiſe ſupplirt werden könne. Daß dieſer Character der Willkür von dem deutſchen Verfaſſungswerke ausgeſchloſſen, daß der „freien Zuſtimmung der Nationalvertretung“ ein wirkliches nicht blos ein ſcheinbares Recht eingeräumt werde, muß die erſte Sorge aller Patrioten ſein. Das preußiſche Circular ſagt nun zwar klar und beſtimmt: der Entwurf ſolle dem Reichstag zur Berathung und Zuſtimmung vorgelegt werden. Aber es fragt ſich: wie wird dieſe Berathung und Zuſtimmung ſich praktiſch geſtalten? Es verſteht ſich wohl von ſelbſt, daß was der Reichstag verwirft, aus der Verfaſſung hinwegbleiben muß. Allein was tritt an die Stelle des Verworfenen? ſoll der Reichstag dann Vorſchläge machen zur Ausfüllung der entſtandenen Lücken? Sollen dieſe Vorſchläge unbedingte Geltung haben? Oder werden die Regierungen (das Fürſten-Collegium) das Recht des Veto gegen dieſe Vorſchläge in Anſpruch nehmen? Das gäbe denn eine Schraube ohne Ende, wobei zuletzt doch wieder die Regierungen das letzte Wort haben würden. Damit wäre aber die ganze „freie Zuſtimmung“ zu einer Farce geworden. Das paſſendſte und in der Sachlage am meiſten begründete Auskunftsmittel hiergegen ſcheint uns folgendes zu ſein: Es liegen gegenwärtig zwei Verfaſſungen vor, die eine von der dazu eigens berufenen Reichsverſammlung beſchloſſen und verkündet, von 29 Regierungen angenommen, von den Ständemehrheiten und der öffentlichen Stimmung aller deutſchen Länder anerkannt und gutgeheißen, und eine zweite, auf Grundlage jener errichtet und gewiſſermaßen eine Reihe von Amendements dazu enthaltend. Der Reichstag möge nun entſcheiden zwiſchen der urſprünglichen Faſſung (den Frankfurter Beſchlüſſen) und den Amendements (dem octroyirten Entwurfe)! Nimmt er dieſe letzteren an, gut! ſo iſt damit die Frankfurter Verfaſſung in den betreffenden Punkten beſeitigt; verwirft er ſie, ſo bleibt die entſprechende Beſtimmung der Frankfurter Verfaſſung in Kraft. Hiermit wäre zugleich den Regierungen, welche die Frankfurter Verfaſſung anerkannt haben, ein Mittel der Ausgleichung geboten zwiſchen den Verpflichtungen, die ſie dadurch übernommen, und der andern Pflicht, welche die Lage der Verhältniſſe ihnen auferlegt: die Einheit und die Herſtellung eines feſten Verfaſſungszuſtandes für das ganze Deutſchland aus allen Kräften zu fördern. Unmöglich kann man ihnen anſinnen, durch einen förmlichen Wort- und Treubruch die ausgeſprochene Anerkennung zurückzunehmen, und ſich ohne weiteres der von den drei Königshöfen beliebten Verfaſſung anzuſchließen; dagegen läßt es ſich wohl rechtfertigen, wenn dieſelben, in die Unmöglichkeit verſetzt, die von ihnen anerkannte Verfaſſung den größern Staaten aufzudringen, und beſeelt von dem Wunſche, Deutſchland unter einer Verfaſſung zu einigen, dem gemeinſam beſchickten Reichstage, gleichſam im Wege des Compromiſſes, das Schiedsrichteramt zwiſchen den beiden Verfaſſungen überlaſſen. Wir glauben, daß dazu auch die Stände der 29 Staaten wohl die Hand bieten werden. Unter dieſer Vorausſetzung hätte auch die vorläufige Anerkennung der Berliner Verfaſſung und die Uebertragung der oberſten Gewalt an Preußen auf Grund derſelben keine Schwierigkeit. Dieſe vorläufige Uebertragung würde folgende Punkte betreffen: die Heerführung, das Recht über Krieg und Frieden, die Vertretung nach außen und die Wahrung des Reichsfriedens. Gerade in dieſen Punkten ſtimmt nun aber die Berliner und die Frankfurter Verfaſſung weſentlich überein, indem beide dieſe oberſten Regierungsrechte in *eine* Hand legen. Die

weſentlichen Unterſchiede, beſonders die Beſtimmung wegen der Theilung der oberſten Gewalt zwiſchen dem Reichsvorſtand und einem Fürſtencollegium berühren nicht die Executive, ſondern die Geſetzgebung, werden alſo nicht vor dem nächſten Reichstage und der durch dieſen zu vollziehenden Feſtſtellung der Verfaſſung zu praktiſcher Wirkſamkeit gelangen.

Was die Zuſammenſetzung des nächſten Reichstages betrifft, ſo ſcheint es uns ebenſo in der Natur der Sache zu liegen, daß die 29 Staaten nicht nach dem in Berlin gemachten, ſondern nach dem Frankfurter Wahlgeſetze wählen. Ob die drei Königreiche ſelbſt jenes zwiſchen ihnen vereinbarte Wahlgeſetz übereinſtimmend zur Anwendung bringen werden, dürfte ſehr zweifelhaft ſein. Jedenfalls wird es nicht möglich ſein, ohne allerlei declaratoriſche Beſtimmungen, die ſo gut wie Abänderungen ſind, wie dies ja bereits in Preußen geſchehen iſt. Ueberdies werden ſchwerlich die Stände dieſer Länder (namentlich die von Sachſen und Hannover) das Geſetz ſo wie es iſt annehmen, weil es in vielen Beziehungen unausführbar iſt, oder doch die Wahlberechtigung auf eine wahrhaft lächerliche Weiſe beſchränkt. Eine praktiſche und formale Schwierigkeit kann überhaupt darin nicht liegen, daß nach verſchiedenen Modalitäten gewählt wird, wenn nur die Hauptgrundlage, das Verhältniß der Vertretung des einzelnen Landes zu ſeiner Bevölkerungszahl, die gleiche iſt, und das iſt ſie in beiden Wahlgeſetzen. Iſt doch auch zur erſten deutſchen Reichsverſammlung nach ſehr verſchiedenen Beſtimmungen gewählt worden, direkt und indirekt, nach einer ganz freien oder einer minder freien Auslegung des Wortes „ſelbſtſtändig" u. ſ. w.

Wir reſumiren uns alſo in folgenden Sätzen: Wenn es den drei Regierungen Ernſt iſt mit der freien Zuſtimmung der Nationalvertretung, wenn ſie nicht blos ein frevelhaftes Spiel damit treiben wollen, ſo müſſen ſie dieſe Zuſtimmung auf eine ſolche Weiſe ſtattfinden laſſen, daß der Reichstag nicht blos das ihm unzweckmäßig Erſcheinende aus der Verfaſſung beſeitigen, ſondern auch etwas Anderes an deſſen Stelle ſetzen kann, ohne daß dieſes Andere immer wieder ins Unabſehbare fort von den Regierungen in Frage geſtellt werde. Dies geſchieht am Einfachſten dadurch daß man die Frankfurter Verfaſſung den Berathungen des Reichstags als diejenige zu Grunde legt, worauf zurückgegangen wird, wenn der Reichstag eine oder die andere der in Berlin beliebten Modificationen verwirft. Auf dieſe Bedingung hin und unter Freigebung des Wahlmodus (nach dem Berliner oder dem Frankfurter Wahlgeſetze) können auch die 29 verfaſſungstreuen Staaten einen ſolchen Reichstag beſchicken und ſeinen Ausſprüchen ſich unterwerfen. Iſt darin auch nicht die Machtvollkommenheit der Reichsverſammlung zur alleinigen Feſtſtellung der Verfaſſung hergeſtellt, ſo iſt doch das Recht der Nationalvertretung auf das letzte Wort in der Verfaſſungsfrage gerettet, das Rechtsgefühl der Nation, welches durch eine Octroyirung aufs Tiefſte verletzt werden müßte, geſchont und der Verfaſſung ſelbſt durch eine ſolche endgiltige Entſcheidung des Reichstags der Stachel der Willkür genommen und der Stempel des Vertrags zwiſchen Volk und Regierungen aufgedrückt, eines Vertrags, bei welchem, wie dies das allein Richtige iſt, der Wille des Volks die letzte Inſtanz bildet.

Möchten in dieſem Sinne ſich die 29 Regierungen (aber wo möglich in gemeinſamer und dadurch verſtärkter Kundgebung ihres Willens), möchten ſich ebenſo die Stände in jenen Staaten ſowohl als in den Königreichen, möchte die ganze Maſſe des Volks ſich in der gleichen Richtung ausſprechen.

Von der Donau.

XV.

♁ Wir müſſen wieder den Zuſtand der öſterreichiſchen Finanzen, oder eigentlich der Banknotenkriſis beſprechen. Vielleicht iſt kein anderer Gegenſtand von ſolcher Wichtigkeit in dieſem Momente, wenigſtens findet jeder andere eher in öſterreichiſchen und außeröſterreichiſchen Organen eine geeignete Würdigung. In Ungarn marſchirt man, und nur die Cholera und der Typhus liefern große Schlachten, wobei die Ruſſen die meiſten Leichen haben. Der neue Obercommandant Haynau erfüllt auch hier ſeinen Wahlſpruch, den er in Italien, in Brescia und anderwärts ausführte, nämlich: wer hängen ſoll, muß hängen, wer erſchoſſen werden ſoll, wird erſchoſſen, und wer auf die Feſtung kommen ſoll, kommt auf die Feſtung. Dieſem edlen Wahlſpruch fiel bereits der junge Magnat, Baron Mednjanszky als Galgenopfer in Preßburg, weil er die Feſtung Leopoldſtadt gegen die kaiſerlichen Truppen vertheidigen half. Er wurde mit noch einem Schuldigen gehenkt. Die Magyaren haben in ihren Reihen mindeſtens 100,000 gleich Gravirte, wirkliche Hochverräther und Staatsverbrecher nach den nun einmal beſtehenden Geſetzen; werden die Alle gehenkt werden?

Ein Oeſterreicher muß die Antwort darauf ſchuldig bleiben! Wer ein Herz im Leibe hat, dem erſtarrt das Wort auf den Lippen, und wir wiſſen nicht, ob der neue kaiſerliche oder blos königliche Civilcommiſſär ad latus des Obercommandanten, der Freiherr v. Geringer, die Vollmacht vom Miniſterium hat, 100,000 Galgen aufrichten zu laſſen, oder nur 1000.

Die Magyaren aber haben dieſe Regierungskunſt den öſterreichiſchen Machthabern abgelernt, auch ſie ſetzen Standrechtsgerichte ein, und laſſen die Landesverräther, d. h. die Verräther nach ihren Geſetzen erſchießen. Die öſterreichiſchen Journale publiciren nun die Greuelthaten der magyariſchen Gewalthaber, die ungariſchen Journale gloſſiren die Thaten der öſterreichiſchen Regierung; Geſetz und Recht, Humanität und Sitte verhüllen aber hier wie dort ihre Häupter, und die Barbarei ſchleicht vom Wald in den Pallaſt, vom Strauch in die Hütte!

Aber wie in Italien werden in Ungarn unſere Waffen ſiegen, eigentlich die ruſſiſchen; denn bereits ſpricht man von einer Differenz zwiſchen Haynau und den ruſſiſchen Generälen, und die Helfer in der Noth werden bald Herren in der Noth ſein. Oeſterreich wird Ungarn bezwingen; denn die Anerkennung der franzöſiſchen Regierung, wie ſie Koſſuth bei ſeiner Ankunft in Peſth verſprach, dürfte erſt dann ankommen, wenn keine magyariſche Regierung mehr zu finden iſt, und der freundſchaftliche Verkehr mit dem Halbmond hat Ungarn nie Freiheit und Unabhängigkeit gebracht.

Allein dieſe Siege wird Oeſterreich theuer, theuer bezahlen müſſen. Oeſterreich, das eine Großmacht bleiben ſoll und wird, muß in ſeinem eigenſten Intereſſe Menſchen und Geld opfern, um zu ſiegen; aber Oeſterreichs Regierung müßte Menſchen ſchonen und Geld ſparen, damit der Kaiſerſtaat nach überſtandener gefährlicher Krankheit nicht an Entkräftung vergehe. Geſchieht dies? ſchont die Regierung das Volk? ſpart ſie ſein Vermögen? Leider muß man das Gegentheil ſagen.

Vor wenigen Tagen haben wir den Silbercours mit 21, als einen unerhörten angegeben; er iſt ſeit dem ſchon 27 pCt. Agio geſtanden, das Gold 37 pCt. Was that hierauf die hohe Regierung? Man ließ einige Geld- und Wechſelſenſale durch die Polizei aus der Stadt weiſen. Es diene dies als Beleg von der kleinlichen Auffaſſung, die in den hohen Kreiſen herrſcht. Als dieſes Polizeimittel nicht half, ſteckte ſich der Herr Finanzminiſter hinter ein Wiener Bankierhaus erſten Ranges, dieſes hinter ein Großhandlungshaus in Trieſt zweiten Ranges, und ließ an der Börſe zweimal 10,000 Pfd. auf London ausbieten. Die Deviſen fielen hierauf, und Gold und Silber machten gleichmäßig retrograde Schritte; allein London ſteht heute noch über 12 fl., Silber über 20, Gold über 30 pCt., — und in einigen Wochen iſt, nach aller Wahrſcheinlichkeit, ein erneutes noch raſcheres Steigen zu erwarten, da die kommenden Ausweiſe der Monate März, April und Mai keine Beruhigung gewähren können.

Eine Wiener Börſenſcene iſt nicht unintereſſant. Ein ſehr reicher Speculant converſirt mit zwei Bankdirectoren; der Eine derſelben iſt über den Stand der Gold- und Silbercourſe erſtaunt. Der Speculant ſagt: Das kommt daher, weil Leute Chargen übernehmen, denen ſie nicht gewachſen ſind. Der getroffene Bankdirector: Was haben Sie zu klagen, Sie ſind ein reicher Mann! Speculant: Aber mein Reichthum liegt in öſterreichiſchen Banknoten, und weil ich der Bank getraut habe, werde ich dafür beſtraft. Der andere Bankdirector: Sie ſind auch ein Demokrat!

Bei dieſem Schreckenswort ging das Häuflein auseinander. Die Bank aber that doch einen Schritt vorwärts, und entſchloß ſich, die ihr gehörigen 50,000 Stück Bankactien gegen baare Münze à 700 fl. wegzugeben. Hierdurch ſoll entweder der Baarvorrath, oder der Umlauf von Silber vermehrt, und den Banknoten zu ihrem vollen Werthe verholfen werden. Die Bank bringt kein kleines Opfer. Sie büßt hiermit ihre Willfährigkeit gegen das Miniſterium, dem ſie weit über ihre Kräfte Darlehen machte, welchen die Entwerthung der vermehrten Noten folgen mußte.

Allein ſchwerlich wird damit geholfen werden, am allerwenigſten in dem Maße, wie man es glauben machen will. Wird das Ausland uns gegenwärtig Geld auf ſolche Hypothek vorſtrecken? wird nicht vielmehr der Beſitzer ſeine Actien auf den Markt werfen, für die im Augenblick und im nächſten Jahr kaum 2 bis 3 pCt. Intereſſen zu erwarten ſind? Die Actie ſtand an der Börſe 1100 fl. Banknoten, 700 fl. Silber repräſentiren nur etwas über 850 fl. Banknoten; alſo die Inhaber der ausgegebenen Actien verloren, wenn auch nur nominell bereits 12½ Millionen fl. und werden kaum von der Vergünſtigung, eine Actie zu 700 fl. Silber ſich dazu kaufen zu können, Gebrauch machen.

Angenommen jedoch, daß für dieſe 50,000 Stück Bankactien à 700 fl. ſich Käufer finden, und 35 Millionen Gulden Silbermünze nach Oeſterreich fließen; zu den vorräthigen 30 Millionen hinzugerechnet gibt es eine Summe von 65 Millionen, während Ende Mai 215 Millionen Banknoten ausgegeben waren, alſo noch immer 1:7. Welchen Vortheil kann dieſe Summe gewähren, nachdem ſogar Kupfermünze in Trieſt mit 12 pCt. Agio verwechſelt wird, und die Facchini bereits Drohungen ausſtießen?

Wir irren vielleicht, aber wir ſehen in dieſer Abhilfe kaum ein Mittel für einige Wochen; eine Anſtrengung ohne weſentlichen Erfolg. Beſſer iſt es als der Rath der Preſſe: die Bank ſolle ihr Silber gegen die Verpflichtung, Silber zurückzuzahlen, ausleihen, wodurch Baarſchaft in Circulation käme, und die Agiotage gedrückt würden. Eine unglückſelige Speculation, worauf die ganz ſilberloſen Banknoten ſogleich 50 pCt. und mehr verloren hätten; denn blos das Vertrauen hält ſie noch, obwohl Hunderte ſich beim Bankgebäude um Auswechslung gegen kleine Münze drängen, und die Kaufleute auf Viertelzettel nichts mehr herausgeben wollen und können.

Wir mißbilligen auch die Forderung der Oſtd. Poſt, die Bank aufzulöſen; ein Experiment, dem Tauſende von Familien, Kauf- und Handelsleuten als Opfer gebracht würden.

Aber wir bevorworten in jedem Falle das Anſinnen, die Bank vom Staate, und den Staat von der Bank zu erlöſen.

Der Blinde hilft dem Lahmen nicht weit, wie die alte Fabel ſagt. Der Staat hat die Bank ruinirt; die Bank hat dem Staate nur ſcheinbar geholfen.

Wir können und mögen uns hier, ſo viel Aufmerkſamkeit auch dieſen Darſtellungen in Oeſterreich, wie außer Oeſterreich, ja ſogar jenſeits der Meerenge geſchenkt wird, nicht weiter darauf einlaſſen, welche Mittel uns zur radicalen Abhilfe geeignet ſcheinen, wir deuten es nur an: daß der Kaiſerſtaat Vertrauen in ſeine eigene Kraft und Zukunft haben muß, und daher ſelbſt Noten ausgeben ſoll, die er der creditloſen Bank jetzt verzinſt.

Koſſuth hat an 10 Millionen Gulden Zettel unter das Publikum gebracht, und die öſterreichiſche Regierung wird ſich doch nicht weniger Vertrauen anrechnen, als jenem Revolutionär zu Theil wird? Wäre dies der Fall, ſo müßten die Miniſter aus Patriotismus ihre Portefeuilles andern Händen übergeben. So lange kein Vertrauen ins Miniſterium, in die Verwaltung zurückkehrt, ſo lange dauert das Finanzübel fort, trotz Ruſſen, trotz Siegen, trotz Börſenmanövers, trotz Actienverkäufen.

Die ruſſiſche Armee in Oeſterreich.

Ueber die ruſſiſchen Truppen kann die Conſtitutionelle Zeitung Folgendes „aus der zuverläſſigſten Quelle" mittheilen. Die Quelle ſchmeckt ſehr nach Amtlichkeit; wir müſſen nach allen Berichten zweifeln, daß die ruſſiſche Armee ſich ſo ſtattlich ausnimmt, wie hier auf dem Papier:

„Bis jetzt ſind auf dem rechten Flügel bis Hradiſch 15,000 Mann Infanterie, 18 Geſchütze und das dazu gehörige Fuhrwerk über Myslowitz, Koſel, Oderberg transportirt worden. Daſelbſt werden enge Cantonnirungsquartiere bezogen. Durch Krakau ſind etwa 36,000 M. Infanterie, 7000 Pferde und 12 Batterien gekommen und cantonniren bereits bei Jardonow an der Skawa, theils zwiſchen Andryſchow, Myslenice und Krakau. Ueber Brody und Lemberg ſind 40,000 M. eingerückt, ſie ſtehen zwiſchen Lemberg, Tuchow und den Karpathen. Die Gebirgspäſſe ſind blos beſetzt und Koſaken-Patrouillen ſtreifen bis nach Ungarn. In den nächſten Tagen kommen neue Colonnen über Tarnow und Krakau. Dies iſt das 2., 3. und 4. Corps, in Summa etwa 160,000 Mann. Ein Corps, wahrſcheinlich das 7., rückt von Siebenbürgen ein, dazu noch ein auserleſenes Corps von 20,000 M. Türken. (?) Augenzeugen verſichern, daß daſſelbe das Beſte wäre, was die Türken je aufgeſtellt hätten. Im Lager von Kaliſch ſteht ein Corps, das 1. oder 6., und endlich wird ſchon jetzt das Garde-Grenadier-Corps in Warſchau einmarſchirt ſein. Das Garde-Corps bleibt in Petersburg. Im Ganzen rechnet man auf 200,000 M., die in Activität treten dürften. Krakau wird zum Hauptdepot und Waffenplatz gemacht, und das Material, welches hier aufgehäuft wird, iſt koloſſal, desgleichen auch in Tarnow. In Lobzow, eine halbe Stunde von Krakau, früher Luſtſchloß Kaſimir's des Großen, jetzt zum Theil Ruine, werden die Pulvervorräthe und Munition aufgeſammelt, mehrere Millionen Flintenpatronen, Kartätſchen, 1000 Centner Pulver ꝛc. Zu Proviantmagazinen ſind alle größeren Gebäude und Kirchen in der Stadt benutzt worden. Ungeheuere Maſſen von Mehl, Zwieback und Hafer werden in einer Kirche aufgeſchichtet, täglich kommen hunderte von Wagen über Michalowice und auf der Eiſenbahn über Szarkowo hierher; man rechnet Tag für Tag 7—8000 Ctr., welche hier eintreffen. Es wird in Krakau ein Material aufgeſpeichert, von welchem man gar keinen Begriff hat und welches für eine Armee, wie ſie nur Rußland aufſtellen kann, paßt. In derſelben Weiſe werden große Lazarethe eingerichtet, und ſelbſt die Nonnenklöſter werden genöthigt, ihre Localien einzuräumen und die Krankenpflege zu leiſten. Die Spitäler der Oeſterreicher werden benutzt und erweitert, gegen 900 Kranke haben die Corps zurückgelaſſen. Der Bedarf wird auf 2—3000 veranſchlagt. In den nächſten Tagen kommt das zweite Corps hier durch und wird bis Seypuſch vorgeſchoben. Alles rückt in enge Cantonnirungen; Magazine und Spitäler werden in den größeren galiziſchen Städten an der Kaiſerſtraße hergerichtet. Wann der Einmarſch der ruſſiſchen Armee nach Ungarn ſtattfinden wird, darüber iſt nichts feſtgeſtellt, und es können noch einige Wochen darüber vergehen. Es geſchieht von Norden, Weſten und Süden, von Hradiſch, Jablunka, Seypuſch, Neumarkt, Dukla und Siebenbürgen. Die ruſſiſchen Generale erfahren ſelbſt nur ſo viel, als durchaus erforderlich iſt. Z. B. heute kommt ein Generalſtabsofficier mit einer Depeſche vom Fürſten Paskewitſch, die Depeſche wird eröffnet und der Befehl: Die Cavalleriebrigade marſchirt nach Wieliczka und Bochnia, in einigen Stunden executirt. Alles iſt wirklich kriegsbereit und ſitzt in einer Stunde auf.

Am 27. Mai war Diner beim General Graf Rüdiger, dreißig und einige hohe Officiere, worunter 7 Generäle, waren eingeladen. General Rüdiger äußerte dabei: „Wenn Rußland Hilfe leiſtet, dann geſchieht es mit formidablen Kräften." Den 28. war eine Parade auf dem Markt, ein Sappeur-Bataillon, ſchwarzbraune Soldatengeſichter, zeugte von einem kriegeriſchen Schlage Menſchen; Ruſſen und Polen, 12 zwölfpfündige Geſchütze, herrlich beſpannt und adjuſtirt, und ein Huſarenregiment, Heſſenkaſſel, prächtige Pferde und gut montirt, 8 Escadrons ſtark à 150 Pferde waren auf dem Platze. Es wurde, je nachdem der General Rüdiger das Signal geben ließ, im Schritt, Trab und Galopp vorbeigeritten. Faſt jedes Huſarenpferd kann bei uns als Officierpferd gelten; die Pferde ſind gleichfarbig, ſtark, ziemlich groß und gut geritten, die Leute ganz neu equipirt. Die Beſpannung der Artillerie läßt nichts zu wünſchen übrig. Die Oeſterreicher erkennen dies durchweg an. Die Zwölfpfündigen ſind mit 6 Pferden beſpannt, jedes Geſchütz hat 3 zweirädrige Kartuſchwagen à drei Pferde breit beſpannt. Die Infanterie iſt ſehr abgehärtet, und beſteht aus einem kernhaften Schlag Menſchen, größtentheils alte Soldaten, das erſte Aufgebot der Beurlaubten iſt eingezogen worden, und man findet viel Leute, die 21 bis 26 Jahre gedient haben. Eine vortreffliche Disciplin, man kann mit dieſen Soldaten Alles aufſtellen; ihre Bedürfniſſe ſind gering und an Strapazen ſind ſie gewöhnt. Es muß demnach die ruſſiſche Infanterie zur beſten gerechnet werden. Ihr Eſſen beſteht aus einer Suppe, bei welcher unſere Leute Geſichter ſchneiden würden. Unübertrefflich bleiben die Ruſſen durch den ſtrengen Gehorſam. Ihr Gepäck iſt ſchwer, und der lange Mantel, den ſie ſelten ablegen, mag bei der Hitze beſchwerlich ſein. Zum Exerciren gehen ſie in einem ganz neuen Anzuge, ſehr weite und bequeme ſchwarzbraune Pantalons, Montirung, gekreuztes Lederzeug, Helme; ähnlich den preußiſchen. Das 4., 5. und 6. Corps haben noch Steinſchloßgewehre, die übrigen haben bereits Percuſſionsgewehre. Unter den Mänteln tragen ſie grauleinene Hoſen in den Stiefeln. Es iſt nicht wahr, wenn man ſagt, die Leute ſähen ſchlecht und elend aus; dieſe ſchwarzbraunen Geſichter ſind echte Soldatengeſichter, die wir gar nicht ken-

nen, und mit welchen man in Maſſe den Teufel aus der Hölle jagen könnte. Jedes Infanterieregiment hat 4 Bataillone ins Feld geſtellt zu 1000 Mann, 2 Bataillone ſind als Reſerve zurückgeblieben. Jedes Corps hat 12 Infanterieregimenter, 1 Cavallerie- und 1 Artilleriedriviſion, oder 48 Bataillone zu 1000 = 48,000 Mann. 1 Bataillon Sapeurs = 1200 Mann, 1 Bataillon Scharfſchützen zu 1000 Mann, Summa 50,200 Mann. Dreißig und einige Escadrons Cavallerie = 5000 Pferde und hundert und einige Geſchütze. Gegen 58,000 Mann und noch einige Koſakenregimenter.

Das 2., 3. und 4. Corps werden in einigen Tagen concentrirt ſein, circa 160 — 180,000 Mann. Von geſtern ab marſchiren alle Tage friſche Truppen durch und täglich kommen 5—600 Kibitken, um Lebensmittel für die bis an die Karpathen vorgeſchobenen Truppen zu holen. Die Corps haben einen wohlbeſpannten Train, und es iſt dieſer ſo raſch in ſeinen Bewegungen, daß es eine wahre Freude iſt, die Maſſe Wagen ſtets im Trabe vorüberrollen zu hören. Es werden jedoch viel Pferde aufgewendet, ein Infanterieregiment braucht 234 Stück, auch hat jede Compagnie 2 ſogenannte Artelwagen à 3 Pferde zu ihrem Privatgebrauch.

Proviant an eiſernem Beſtand führen die ruſſiſchen Truppen immer auf 6 bis 7 Tage bei ſich, und was etwa conſumirt wird, muß gleich wieder erſetzt werden, daher die ſtete Schlagfertigkeit und Marſchfähigkeit der ruſſiſchen Regimenter. Die Fähigkeit und Gewandtheit der reitenden Artillerie macht bei den Oeſterreichern Aufſehen."

Frankreich.

* **Paris**, 11. Juni. Wir haben das Reſultat der heutigen Sitzung der Legislative bereits berichten können; es bleibt uns noch übrig, den Bericht über den Fortgang der Debatte nachzuholen. Ledru-Rollin hat ſich noch weit ſtärker ausgeſprochen, als der geſtern uns zugegangene Text. „Ich erkläre", ſo ſchloß er ſeine Rede, „daß Ihr einen Blutflecken an Eurer Stirne tragt. Ihr wagt es, zu behaupten, daß Frankreich frei und unabhängig handele, und im franzöſiſchen Lager beherbergt man die Agenten der heiligen Allianz. Ich erkläre, daß Eure italieniſche Expedition eine der traurigſten Seiten unſerer Geſchichte ſein muß. Es iſt falſch daß die conſtituirende Verſammlung Euch ermächtigt hat, in Rom einzuziehen, es iſt falſch daß ſie Euren Angriff ſanctionirt hat, es iſt falſch, daß Ihr die Verfaſſung reſpektirt habt: Ihr habt ſie verletzt in ihren Hauptbeſtimmungen. Die Verfaſſung iſt verletzt worden; wir werden ſie vertheidigen mit allen möglichen Mitteln, ſelbſt mit den Waffen!' Ein furchtbarer Tumult entſtand bei dieſen Worten, Odilon Barrot verſuchte vergebens ſich Gehör zu verſchaffen, bis endlich der Präſident die Erklärung abzugeben vermochte, daß die Verfaſſung nicht empörender verletzt werden könne, als es ſo eben der Fall geweſen, wo ein Mitglied der geſetzgebenden Verſammlung, ſtatt ſie auf geſetzlichem Wege zu vertheidigen, von ihrer Vertheidigung durch Waffengewalt geſprochen. Dann erhielt Segur d'Agueſſeau das Wort: ſeine Rede ſchmetterte die Montagne nieder. „Man hat es gewagt von Blutflecken auf der Stirn des Miniſteriums zu ſprechen. Ja, es gibt Blutflecken, aber auf der Stirn jener Menſchen, welche unaufhörlich zum Bürgerkriege und zum Kriege mit dem Auslande aufreizen. An ihrer Stirn klebt das Blut der Sicilianer, die ſie gehindert haben, angemeſſene Bedingungen anzunehmen; an ihrer Stirn klebt das Blut der Piemonteſen, welche die Demagogen zu einem ungleichen Kampfe verleitet; an ihrer Stirn klebt das Blut unſerer eigenen Soldaten, welche als Opfer der Treuloſigkeit und des Verraths vor Rom gefallen.... Und dieſe Menſchen treiben die Verwegenheit, ich ſage abſichtlich die Verwegenheit, ſo weit, die Verſetzung des Präſidenten der Republik und der Miniſter in Anklageſtand zu verlangen, die Nichts gethan, als daß ſie gethan, was die Verſammlung ſelbſt beſchloſſen. Einer ſolchen Verwegenheit muß man energiſch entgegentreten, und ich ſchlage der Verſammlung die folgende Tagesordnung vor: „Die Nationalverſammlung, den von der Regierung über die römiſche Expedition gegebenen Aufklärungen beiſtimmend und von der lebhafteſten Sympathie für unſere tapferen Soldaten beſeelt, geht zur Tagesordnung über." Der Präſident brachte dieſen Antrag ſofort zur Abſtimmung; aber jetzt erhob ſich ein neuer Tumult. Der Schluß der Debatte war nicht förmlich ausgeſprochen; die Linke proteſtirte lärmend; Herr Thiers war der Anſicht, daß, nachdem der Ruf zu den Waffen erſchollen ſei, die Würde der Verſammlung eine fernere Discuſſion nicht mehr zulaſſe. Der Schluß wurde durch Abſtimmung entſchieden. Segur d'Agueſſeau, „obgleich überzeugt, daß die einfache Tagesordnung der Verachtung, mit welcher die Verſammlung die erhobene Anklage betrachte, nicht vollſtändig entſpreche," zog ſeinen darauf gerichteten Antrag zurück, aber von anderer Seite wurde derſelbe ſogleich wieder aufgenommen. Ein Antrag des Herrn Cremieux: „Die Nationalverſammlung, welche der Tapferkeit der franzöſiſchen Armee ihre Huldigung darbringt, erklärt, daß der Befehl vom 29. Mai der Erklärung der Conſtituante vom 7. Mai widerſpricht und verfügt die ſofortige Einſtellung der Feindſeligkeiten gegen Rom," und ein anderer Antrag des Herrn d'Adelsward: „Die Nationalverſammlung, indem ſie ſich einverſtanden erklärt mit der Politik der conſtituirenden Verſammlung und das Miniſterium auffordert, demgemäß zu verfahren, geht zur Tagesordnung über," gelangten nicht zur Abſtimmung. Der Antrag auf einfache Tagesordnung hatte die Priorität und wurde, wie bereits berichtet, mit 361 gegen 203 zum Beſchluß erhoben.

Die Leiche des Marſchall Bugeaud, deſſen Character und militäriſcher Tüchtigkeit ſelbſt ſeine zahlreichen politiſchen Gegner volle Gerechtigkeit widerfahren laſſen, iſt gegenwärtig in großer Uniform auf dem Paradebett ausgeſtellt. Das Herz des tapfern Kriegers wird im Hotel der Invaliden bleiben; die einbalſamirte Leiche wird nach ſeinem Lieblingslandſitz in Durantie abgeführt werden. Die Blätter bringen eine Menge von kleinen Zügen aus ſeinen letzten Lebensſtunden. Als der Präſident der Republik an ſeinem Sterbebette erſchien, redete ihn der Kranke an: „Es freut mich, Sie zu ſehen, **Prinz**! Sie haben eine große Miſſion zu erfüllen. Sie werden, unter dem Beiſtand aller ehrenwerthen Bürger, Frankreich retten. Gott hat mich nicht würdig gefunden, auf dieſer Welt zu bleiben, um Sie zu unterſtützen. Ich fühle, daß ich ſterbe." Der Präſident erwiederte: „Noch iſt nicht Alles verloren. Wir bedürfen Ihrer und Gott wird Sie erhalten." Auf einen Wink des Kranken traten die Anweſenden zurück und ungefähr 10 Minuten lang unterhielt ſich derſelbe mit ſeinem erlauchten Beſuche ohne Zeugen. Louis Napoleon ſchied mit den Worten: „Ich komme und ſehe Sie wieder." Der Marſchall entgegnete: „Sie haben andere Pflichten zu erfüllen. Ich danke Ihnen, aber ich fühle, daß es aus iſt mit mir." Dann trat der Erzbiſchof von Paris ein. „Ihre Anweſenheit, gnädiger Herr, redete der Kranke ihn an, thut mir ſehr wohl. Ich habe gewünſcht, Sie zu ſehen." Der Generalvicar blieb zurück, ihm die Tröſtungen der Religion zu ſpenden: mit Innigkeit ſprach der Marſchall die Worte nach: Fiat voluntas tua! Der Arzt trat heran, ihm den Puls zu fühlen: „Ich bin ein verlorener Mann," ſagte der Kranke mit ſeiner gewöhnlichen kräftigen Stimme. Wenige Augenblicke ſpäter war er nicht mehr; ſein Schwiegerſohn, Oberſt Feray, drückte ihm die Augen zu. Der Präſident der Republik aber richtete, als er die Nachricht erhalten, an dieſen ſogleich das folgende Schreiben: „Lieber Oberſt! Ich brauche Ihnen nicht zu ſagen, wie ſehr mich die Nachricht von dem Tode des Marſchalls betrübt. Dies iſt ein unermeßlicher Verluſt für Frankreich und für mich. Was ſeine Familie betrifft, ſo iſt es natürlich, daß dieſelbe untröſtlich iſt. Auch kann ich nur dadurch verſuchen, Ihren Schmerz zu erleichtern, daß ich Ihnen den meinigen ausdrücke. Seien Sie überzeugt von meinen wohlwollenden Geſinnungen. Im Elyſeum, den 10. Juni 1819. Louis Napoleon."

Man erinnert ſich ohne Zweifel der Icariſchen Expedition unter den Auſpicien Cabet's. Von der verunglückten Expedition ſind eine Menge Mitglieder im hilfloſeſten Zuſtand zurückgekehrt und haben bei den Gerichten gegen ihren Führer Klage erhoben, und das Tribunal der Seine hat ſoeben eine Ordonnanz erlaſſen, welche Cabet wegen Schwindelei und der Unterſchlagung von Effecten vor das Zuchtpolizeigericht verweiſt.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. **Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 163. Frankfurt a. M., Freitag 15. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Baden.

Deutſchland. Wien (Geſchütz nach Ungarn. Die Zuſtände in Peſth. Die Finanzlage. Nachrichten vom ſüdlichen Kriegsſchauplatz). Prag (Die Unterſuchung. Die Narodni Rowiny ſuspendirt. Die Cholera). Berlin (Die Machinationen des Ritters v. Prokeſch. Berliner Anſichten. Die Unterhandlungen in Schleswig. Die Denkſchrift. Die Einkommenſteuer. Friedensverhandlungen mit Dänemark. Die ruſſiſchen Pläne). Von Rügen (Das Seegeſchwader). Halle (Neue politiſche Zeitung). Naumburg (Hr. v. Florencourt. Hr. Kisker). Köln (Die Reiſe des Prinzen von Preußen. Stimmung am Rhein. Hr. Raveaux). München (Baiern und die preußiſche Intervention in der Pfalz). Stuttgart (Getheilte Stimmung. Badiſche Freiſchaaren im Schwarzwald. Ankunft des Königs. Truppen nach Heilbronn. Kammerverhandlungen. Diätenzahlung). Heilbronn (Entwaffnung der Bürgerwehr). Ulm (Beſchränkung des Feſtungsbaues). Hohenzollern-Hechingen (Beſchlüſſe der Landesvertretung). Dresden (Neue preußiſche Truppen. Die königliche Familie). Karlsruhe (Die badiſche Regierung und die Reichsverſammlung. Die Stimmung unter den Truppen. Hr. Sigel. Die Finanzen. Sitzung der Landesverſammlung). Freiburg (Marſchbefehl). Kaſſel (Das Miniſterium Eberhard und die deutſche Sache). Mainz (Der Mordanſchlag auf den Prinzen von Preußen. Die Unterſuchung gegen die Freiſchaarenführer. Hr. Creve). Schleswig (Landesverſammlung. Orla Lehmann).

Großbritannien. London (Erklärungen Palmerſton's und Ruſſell's über die römiſche Angelegenheit. Dritte Leſung der Judenbill im Unterhauſe.)

Frankreich. Paris (Die Anklage gegen Louis Napoleon und ſeine Miniſter. Die Montagne. Bugeaud. Handelsvertrag mit Rußland. Das Commando der Alpenarmee. Die Cholera.).

Italien. Neapel (Erneuerter Einfall in den Kirchenſtaat.)

Dänemark. Kopenhagen (Die Parteien in Bezug auf Schleswig.) Aſſens (Ruſſiſche Kriegsſchiffe.)

Ungarn. (Siebenbürgiſche Nachrichten. Koſſuth in Peſth. Die Truppenbewegungen um Raab und Preßburg. Die Venetianer und die Ungarn.)

Nordamerika. Vereinigte Staaten (Näheres über den großen Brand von St. Louis. Feuersbrunſt in Milwaukie. Die Ueberſchwemmung in New-Orleans. Die Ruhe in New-York nicht weiter geſtört. Cholera. Macready. Mittheilung aus St. Francisco). Hayti (Der Präſident flüchtig nach Port au Prince zurückgekehrt)

---

14. Juni.

Indeſſen wir zwei Reichsregierungen ohne Gewalt und Anſehn ſich einander abſetzen und verwerfen ſehen, iſt die dritte ſo weit fertig, um in nächſter Zeit auf den Spitzen ſiegreicher Bajonette uns die neue Gewalt zu bringen, welcher Deutſchlands nächſte Zukunft anzugehören ſcheint. Jenes Preußen, das die von den Beſten im Volke ihm übertragene Würde aus jungfräulicher Scheu vor der „Uſurpation" ablehnte, iſt jetzt auf dem beſten Wege, die deutſche Reichsgewalt recht eigentlich mit Gewalt zu uſurpiren. Man fürchtete in Berlin von der Annahme des Volkskaiſerthums einen Schaden für die Monarchie und muß jetzt mit undeheuerem militäriſchem Apparat die tief unterwühlte Monarchie im deutſchen Südweſten wiederherſtellen helfen. Man legte Gewiſſensbedenklichkeiten an den Tag, ob die Uebernahme der Krone nicht den deutſchen Fürſten zu Leide geſchehe, und man wird ſich jetzt überzeugt haben, daß eben durch die Ablehnung dem fürſtlichen und dynaſtiſchen Weſen die tiefſte Wunde geſchlagen worden iſt. Man konnte kleine Scrupel nicht überwinden, aber den großen Scrupel, mitſchuldig zu ſein an dem Unheil eines Bürgerkriegs, den muß man jetzt ruhig verwinden.

Was uns dabei mit einiger Beruhigung erfüllt, iſt die feſte Ueberzeugung, daß der Kampf in Baden weder von langer Dauer noch ſehr hartnäckig ſein wird; die innere Aufzehrung hat in den vier Wochen die hinter uns liegen einen ſo raſchen Proceß durchgemacht, daß wir trotz aller Beſorgniſſe auf der einen und aller Prahlereien auf der andern Seite der feſten Zuverſicht leben, es werde dem badiſchen und deutſchen Volke wenigſtens die Gunſt einer raſchen Kriſis vergönnt ſein. Die Bevölkerung iſt auch da, wo ſie ſich anfangs in eine künſtliche Hitze hineintreiben ließ, todtmüde geworden; ſeit ſtatt des gehofften allgemeinen Brandes Baden und die Pfalz iſolirt blieben, und nicht einmal in dem kleinen benachbarten Heſſen ſich die erwarteten Spuren der Auflöſung in Volk und Heer kundgaben, ſeit der vor vier Wochen künſtlich angefachte Preußenhaß ſtatt das rechte Object zu finden zunächſt gegen Heſſen, Würtemberger und Mecklenburger dirigirt werden mußte, ſeit dieſer Zeit hat ſich viel geändert. Die fliegende Hitze iſt einer merklichen Abkühlung gewichen, die heldenmüthigen Bürgerwehren, die ſo tapfer gegen die Preußen auszogen, ſo lange keine da waren, und deren Kriegsthaten ſich auf Verfolgung einer todtmüden, hungernden und auf benachbartes Gebiet geflüchteten Soldatenſchaar beſchränkten, dieſe Bürgerwehren werden aus Mannheim, Heidelberg u. ſ. w. kein Miſſolunghi machen. Nicht nur die Partei der Heuler, ſondern gar viele eifrige Wühler von ehemals ſeufzen jetzt im ſtillen Kämmerlein: wenn nur einmal die Preußen da wären!

Die bittere Züchtigung, die in dieſem ſtillen Wunſche liegt, iſt eine ganz verdiente Strafe für einen Bürgerſtand, dem es an den Anfangsbegriffen von Geſetz wie von Freiheit fehlt, und der ſich aus Feigheit für die Ruhe wie für den Crawall fanatiſiren läßt, der heute den ſiegreichen Putſchmachern und morgen den einziehenden Truppen ſein wohlfeiles Hoſianna zuruft. Doch war die Züchtigung diesmal hart genug. Ein vierwöchentliches Regiment des Landesausſchuſſes und ſeiner Commiſſarien, eine beiſpielloſe Laſt der Einquartirung, ein unausgeſetztes Marſchiren und Exerciren ohne Plan und Ziel, das reichte zur Noth ſchon hin, die Luſt am Crawall zu vertreiben, auch wenn nicht noch weitere Maierrungenſchaften in Ausſicht ſtänden. Der badiſche Bierhauspolitiker war ſtets gewohnt, recht laut und hörbar über alles was von oben herkam zu raiſonniren und jetzt läuft er Gefahr, wegen jedes unſchuldigen Wortes, „unſchädlich gemacht" zu werden. Für jetzt zwar hat man ſich noch darauf beſchränkt, an den meiſten Orten die mißliebigen Redner, oder wie dieſer Tage wieder geſchah, einen Bürger, der einen Brief empfing, worin großherzogl. Proclamationen eingelegt waren, lediglich auf einige Zeit einzuſtecken und dann wieder freizulaſſen: wenn aber fortan Kriegszuſtand und Standrecht zur Anwendung kommen wird, mag es ſo glatt nicht mehr abgehen und man wird wohl die idylliſch-bureaukratiſche Sitte, Leute ohne Urtel einzuſtecken und ebenſo wieder freizulaſſen, mit einer ſtrafferen vertauſchen müſſen. Das ſo viel geſchmähte Miniſterium, das am 13. Mai geſtürzt worden iſt, hat in zwei Aufſtänden über jeden Einzelnen ein richterliches Verfahren einleiten, unendlich viel Papier verſchreiben und dann nach zwölf Monaten die Angeklagten von Geſchwornen freiſprechen laſſen. Die neue revolutionäre Regierung hat die Erfahrungen benützt und verfährt ſummariſcher. Das frühere Miniſterium hat in einem Augenblick, wo eine bewaffnete Bande ins Land einfiel, das Standrecht einmal verkündigt, aber ſo daß es nicht zur Anwendung kommen konnte; das geſinnungstüchtige Gouvernement vom 13. Mai hat in denſelben Bezirken, deren begeiſterte Hingebung es im offiziellen Organe hundertfach rühmte, ſich ſehr beeilt, mit der Verkündigung eines recht ſummariſchen Standrechts zu debütiren. Und das Alles zur Durchführung der Reichsverfaſſung!

Die Experimente der neuen Regierung mit dem Eigenthum der Bürger würden wohl ebenſo halsbrechend ausfallen, wie die, welche man mit Perſon und Sicherheit bereits angeſtellt hat; wir glauben aber, dazu wird es an der Zeit fehlen und ehe noch die angekündigte Zwangsanleihe von den Vermögenden in Vollzug kommt, werden wohl die volksthümlichen Regenten Badens mit dem Reſte des Staatsvermögens bereits das Weite geſucht haben. Ueber das Alles fängt indeſſen der Bürger an, ſich Gedanken zu machen; nicht nur der unabhängigere und muthigere, der namentlich auf dem Lande noch an ſehr vielen Stellen gemeindeweiſe das erſte Aufgebot beharrlich verweigert, ohne daß die Regierung den Muth und die Mittel hätte, Zwang anzuwenden, ſondern

ſelbſt jener Mittelſchlag in den Städten, der am liebſten mit den Wölfen heult, fängt an, ſich zu beſinnen und den Werth der vielverheißenen Freiheit etwas nüchterner anzuſehn. Wir fürchten nur, dieſes nämliche Philiſterthum, das ſeine Lungen im Crawall am lauteſten anſtrengt, werde auch beim nahen Umſchlag des Windes mit überſtürzender Haſt das ruere in servitium durchmachen. Ein wahrhaft freiſinniges und conſtitutionelles Regiment iſt freilich mit ſolchem Stoff unendlich ſchwer; Senſenmann oder Büttel ſind doch die beſten Waffen für ein Syſtem Brentano oder Blittersdorff.

Von jener Ermüdung und Abſpannung gaben auch die Wahlen zur badiſchen Conſtituante ein ſprechendes Zeugniß. Wir wollen weder von der Verſammlung, die in Wahrheit nur eine „Geſellſchaft am Landgraben" iſt und ihrer wahrſcheinlich ſehr kurzen Geſchichte ein Wort verlieren, noch ihren Inhalt, zu dem ſämmtliche Volksvereine abwechſelnd ihre lauteſten Schreier oder ihre einfältigſten Strohmänner committirt haben, einer genaueren Beurtheilung für werth halten, aber die Wahlen waren ein deutlicher Beweis von der Witterung im Volke. Obwohl man vom 21. Lebensjahre an Alles wählen ließ, die fremden Bummler und Freiſchärler aus aller Herren Länder natürlich auch mitgerechnet, obwohl die revolutionäre Gewalt einen Einfluß auf die Wahlen übte, wie ihn noch keine Regierung in Baden ſich erlaubte, obwohl die gedruckten Zettel den Leuten bereitwillig in die Hände gedrückt und ſie zur Wahl eifrigſt commandirt wurden, haben doch in den Wahlbezirken von 70,000 Seelen, meiſtens nicht die Hälfte der 16—18,000 Wahlberechtigten abgeſtimmt und in vielen Orten, von denen man ſich ſonſt etwas anderes erwarten konnte, iſt die Zahl der an der Wahl Theilnehmenden ganz außerordentlich klein geweſen. Eine Erſcheinung, die ſehr begreiflich iſt, wenn man erwägt, daß alle noch nicht ganz eingeſchüchterten Conſtitutionellen ſich der Wahl enthielten und es den Gegnern überließen, ſich die kurze Freude dieſer todtgebornen Verſammlung zu bereiten.

Inzwiſchen iſt Regierung und Heer in ſteigender Auflöſung begriffen; was die geſinnungsloſe Preſſe über gewaltſame Vertheidigungsanſtalten faſelt, iſt gerade ſo wahr, als die Berichte gewiſſer Blätter über Niederlage, Rückzug und Grauſamkeit der heſſiſchen Truppen. Das meiſte von den Anſtalten iſt nicht einmal eine ſchlechte Parodie von 1793; wenn die Lage nicht ſo traurig wäre, würde es am beſten in einer Kriegsgeſchichte der Schildbürger ſeinen Platz finden. Ueber dieſe innere Auflöſung der Dinge ein andermal.

Deutſchland.

A. Z. C. **Wien**, 10. Juni. Seit zwei Tagen wird viel ſchweres Geſchütz von hier gegen die ungariſche Grenze geſchafft. Die kaiſerlichen Truppen haben ihre Stellungen bereits genommen und mit voller Gewißheit wird verſichert, daß die Bewegungen der ſämmtlichen Armee-Corps übereinſtimmend bereits begonnen haben. Officielle Berichte fehlen aber noch immer. Im Kriegsminiſterium geſteht man keine erhalten zu haben. Reiſende aus Peſth erzählen, daß man auch dort über die Kriegsoperationen der Magyaren ganz im Dunkeln ſei. Alle Einwohner Peſths, welche ein ungewiſſes Schickſal der Flucht vorzogen, ſtehen jetzt unter den Waffen. Die Häuſer ſind theils verlaſſen, theils verſchloſſen. Perſönliche Sicherheit, Handel, Einkünfte und Credit ſind mit der Wohlfahrt des Landes zu unbekannten Größen geworden. Die lebhafteſten Dörfer der Umgebung, die lachendſten Gegenden ſind jetzt öde und ſtill, nur durch Kriegsgetümmel momentan belebt; Weingärten und Felder liegen unbeſtellt. Obgleich des Blutes ſchon ſehr viel gefloſſen, fallen doch noch täglich öffentlich und heimlich Opfer des Fanatismus und der Rache. Die in der Feſtung Ofen gefangen genommenen kaiſerlichen Soldaten wurden nach Veſprim escortirt, wo man ſie ohne Ausnahme als Arbeiter bei dem Baue der Feſtungswerke, die am Plattenſee errichtet werden, verwendet. Koſſuth hat ſich unter Anderem auch aller im Lande befindlichen öffentlichen und Privatmünzſammlungen bemächtigt, und dieſe numismatiſchen Schätze, herrliche Denkmäler des Alterthums, die eine Beute von mehreren Millionen Gulden gegeben haben ſollen, werden jetzt zu Peſth in magyariſches Geld umgeprägt. Am Tage ſeines Einzuges in Peſth hielt Koſſuth große Heerſchau daſelbſt, vertheilte Tapferkeitsſterne an verdiente Krieger und erließ ein proviſoriſches Geſetz, wonach die körperliche Züchtigung als Strafe für magyariſche Soldaten nicht mehr erkannt werden ſoll. In dem iſraelitiſchen Bethauſe wurde an dieſem Tage eine ſolenne kirchliche Feierlichkeit zu Ehren der ungariſchen Republik abgehalten. Abends wurde die ganze Garniſon auf Staatskoſten bewirthet; wobei die tapfere Truppe bei 25,000 Flaſchen Wein überwunden haben ſoll. Die projektirte feſtliche Beleuchtung mußte wegen Mangels an Fenſtern unterbleiben.

Das Finanzminiſterium wird mit Finanzprojekten mannigfaltigſter Art förmlich überſchüttet. Unter den großen Maſſen derſelben ſoll aber kein einziges auch nur zum Theil bis zur Brauchbarkeit gediegenes Elaborat ſein. Wie man hört, iſt das Miniſterium geſonnen, alle dieſe Projekte durch den Druck zur allgemeinen Kenntniß und Beurtheilung zu bringen. Die Finanzen bedürfen einer ausgiebigen Hilfe, obgleich der Staatscredit loſe, die Beitragsfähigkeit gering und an eine neue oder höhere Beſteuerung nicht zu denken iſt. Handel und Gewerbe benöthigen Unterſtützung; auch dem treugebliebenen Landmanne iſt wenig übrig; die zahlreiche Armee, Invaliden, Wittwen und Waiſen machen die Sache nicht leichter, und ein Plan, der die Verbeſſerung der Finanzen erzielte, wäre wahrlich eine mehr als gewöhnliche Leiſtung. Vom Fruſchkagebirge wird geſchrieben, daß ein ruſſiſcher Courier im Hauptquartier des Banus eingetroffen ſei und die Nachricht von der Vereinigung des ruſſiſch-ſiebenbürgiſchen Hilfscorps mit den Truppen des F.M.L. Malchowsky gebracht habe. Perczel ſcheint das Vorrücken der kaiſerlichen Truppen im Banat durch kühne Operationen hindern zu wollen. Am 4. Juni machte er in dieſer Abſicht einen Angriff auf die Schanzen bei Bucovic, wurde aber durch die Brigade des Oberſt Hallavanya mit einem Verluſte von mehreren Kanonen zurückgeworfen. Der Kampf dauerte von 2 Uhr Morgens an durch 8 Stunden, und würde, wenn die Magyaren Sieger geblieben wären, ohne Zweifel einen Einfall Perczel's in Syrmien zur Folge gehabt haben. An der Theiß wurden den Inſurgenten ein Dampfer mit 300 Honveds durch ſerbiſche Truppen abgenommen.

Prag, 9. Juni. Die Unterſuchungen über die Vorfälle oder vielmehr Projecte, denen wir den Belagerungszuſtand verdanken, ſcheinen raſch vorwärts zu ſchreiten, wenigſtens wird neuerdings wieder die Freilaſſung zweier Verhafteten, der Hrn. Fryc und Rehor, gemeldet. Es ſcheint ſich ſomit nichts Erhebliches gegen ſie herausgeſtellt zu haben. (C. Bl. a. B.)

Prag, 10. Juni. Die czechiſche Preſſe hat im Laufe des geſtrigen Tages in Folge des Belagerungszuſtandes einen harten Schlag erhalten. Hawliczek's Narodni Nowiny wurde auf Befehl des F.M.L. Khevenhüller ſuspendirt. Die Urſache ſoll ein Artikel über das Verhältniß der magyariſchen Ariſtokratie zur öſterreichiſchen Regierung ſein. Ein gleiches Schickſal traf das czechiſche Abendblatt Wecerni Liſt. Im Univerſitätsgebäude erlebten wir geſtern eine eigenthümliche Folge des Belagerungszuſtandes. Bei einer Promotionsfeierlichkeit ward den fungirenden Profeſſoren und Doctoren verboten, den üblichen Ehrendegen zu tragen. Die Cholera iſt ausgebrochen. Nachdem man einige Fälle im Militärhoſpital, wo die Krankheit unter den aus Ungarn heimkehrenden Verwundeten zuerſt ausgebrochen, verheimlicht hatte, wurden geſtern mehrere Fälle ſogleich conſtatirt. (D. A. Z.)

†* **Berlin**, 12. Juni. Es iſt nicht vom Uebel, wenn Ihre Correſpondenten bisweilen auf Reiſen gehen, andere Luft athmen und andere Menſchen ſehen. Die Anſchauung bereichert ſich nach neuen Seiten hin. So fand ich auf meinem Durchfluge durch Norddeutſchland gar Manchen ausgeſöhnt mit Preußens „Mittelſtellung" in der Verfaſſungsfrage. Ich hörte eine Auffaſſung entwickeln, wie ſie mir fern lag: daß nach der Kriſis in Frankfurt die nichtconſentirenden Regierungen zwei Wege zu wandeln gehabt hätten. Entweder kurzweg nach dem Staatenbunde zurückzuſteuern, wie das jetzt Oeſterreich und Baiern factiſch wollen, oder wie Preußen es thut, die Diagonale zu gehen zwiſchen dem Staatenbunde und dem zu errichtenden einheitlichen Bundesſtaat der Reichsverfaſſung. Im Augenblicke iſt man hier ſehr entrüſtet über Baierns Haltung, das in der That darauf ausgeht, für den künftigen Reichstag eine Baſis zu gewinnen, welche die öſterreichiſche Frage nochmals als ungelöſt vorausſetzt. Man beabſichtigt von dieſer Seite, ohne ſich an einen Entwurf zu binden, den neuen Reichstag zu beſchicken. Das thäte natürlich Oeſterreich mit. Letzteres ſpielt aber noch eine andere eigenthümliche Rolle. Unterhandlungen mit dem Kabinette ſchweben im Augenblicke nicht, wie es ſcheint aber deſto eifriger zwiſchen Ritter v. Prokeſch und — den

Radikalen. Es iſt eine Thatſache, daß nach Sachſen und Baiern hin Fäden gelegt und Emiſſäre in Bewegung ſind. In Berlin ſelbſt verkehrte der bekannte Julius mehrfach mit dem Ritter, doch konnte die Polizei ſeiner nicht habhaft werden. Man möchte alſo Preußen im Innern mehr zu ſchaffen machen! und vergilt damit ſeine ehrliche Politik, welche zu derlei Mitteln wenigſtens noch nicht gegriffen hat, weder gegen ſeine auswärtigen Feinde, noch gegen Bundesglieder. Bei ſolcher Lage der Dinge blickt man mit Aufmerkſamkeit auf das Unternehmen in Gotha. Man beſorgt, daß Gagern und ſein Anhang, wie es in Ihrem Blatte angedeutet war, nicht ſowohl für Annahme des preußiſchen Entwurfes ſich ausſprechen, vielmehr die Beſchickung des Reichstages als die Hauptſache vorbereiten möchten. Nichts erſcheint aber in dieſer Sachlage gefährlicher, als die der Reichsverfaſſung zuſtimmenden Regierungen den Plänen Baierns zuzuführen, welches offenbar, wie Oeſterreich, nur wünſchen muß, mit einer neuen großdeutſchen Coalition auftreten zu können. Dies iſt ermöglicht, wenn die Beſchickung des Reichstages ohne formelle Erklärung des Zutritts zu dem Entwurfe erfolgte. Was den Gedanken eines verſchiedenen Wahlmodus zum neuen Reichstage betrifft, der in Gotha ebenfalls Gegenſtand der Beſprechung werden ſoll, ſo ſcheint man hier durchaus nicht geſonnen, darauf einzugehen, auch wenn der Wahlgeſetzentwurf nicht octroyirt wäre. Es ſind nämlich bei Berathung deſſelben abſichtlich viele Einzelnheiten unbeſtimmt gelaſſen, um den Einzelſtaaten hierin Freiheit zu geben. Preußiſcherſeits hat man nur auf der Eintheilung in Claſſen beſtanden, hannöveriſcherſeits auf der dreijährigen Heimathsberechtigung. Die Wahlmänneranzahl der Wahlbezirke wurde nicht feſtgeſetzt, weil man die Verhältniſſe der verſchiedenen Staaten nicht überſchauen konnte.

Es iſt in verſchiedenen Blättern über einen bevorſtehenden Waffenſtillſtand in Schleswig-Holſtein gefabelt worden; das Wahre daran iſt, daß v. Prittwitz die Ermächtigung hat, bei der ſonſt günſtigen Stellung der deutſchen Truppen auf Bitten des däniſchen Generals eine Waffenruhe eintreten zu laſſen, im Falle ſie ſich aus dem Stande der Friedensunterhandlungen rechtfertigen ließe. Denn nur um einen Frieden handelt es ſich, und zwar beſteht Preußen ausdrücklich auf legislativer und adminiſtrativer Unabhängigkeit Schleswigs. Noch wollen die Dänen nicht darauf eingehen, allein man wird hier nicht weichen. Denn im Miniſterium iſt man ſehr wohl davon unterrichtet, welche Folgen ein Friedensabſchluß, der nicht die gerechten Anforderungen befriedigte, beim Rückkehren der Truppen haben könnte. Die geſtern erſchienene authentiſche Interpretation des Verfaſſungsentwurfs iſt wie der Entwurf ſelbſt in gemeinſamer Berathung entſtanden, und alſo auch ein Reſultat von gegenſeitigen Zugeſtändniſſen. Die Vorbehalte Sachſens und Hannovers aber, welche ſie im Protokoll niedergelegt haben, beſchränken ſich lediglich darauf, daß es geſtattet ſein ſoll, ihre urſprünglichen Vorſchläge bei dem neuen Reichstag zur Sprache zu bringen.

⁑ **Berlin**, 12. Juni. Unſere Stadtverordneten, in deren Mitte auch Hr. Veit wieder eingetreten iſt, haben die Frage über Schlacht- und Mahlſteuer auf's Neue in Erwägung gezogen. Hr. Lagrange war für die Abſchaffung der Steuer, „wenn dafür keine andere Steuer eingeführt werde". In Berlin, heißt es in einem bekannten Luſtſpielgedicht, haben's viel Verſtand! Da aber ſtatt deſſen eine Einkommenſteuer eingeführt werden ſoll, wo jedes Einkommen über 300 Thaler mit 3 Procent u. ſ. w. in ſteigender Proportion belegt werden ſoll, ſo haben Magiſtrat und Stadtverordnete beſchloſſen, einem hohen Miniſterium zu antworten, die Einkommenſteuer möge eine ganz vortreffliche Steuer ſein, aber für Berlin paſſe ſie nicht. Die ſchleswig'ſchen Verhandlungen, mit denen Hr. v. Schleinitz beauftragt iſt, ſollen endlich eine günſtigere Wendung nehmen. Aber was nennt man günſtig? Preußen wünſcht eine Demarcation und das iſt das einzig Empfehlenswerthe. Selbſt in den Herzogthümern iſt man dazu geneigt. In Dänemark ſelbſt glaubt man nicht anders, als daß es zu einer ſolchen Scheidung nach den Nationalitäten kommen werde, und die Parteien ſtreiten ſich nur über die zu ziehende Linie; einige ſind ſo naiv, von der Schlei zu ſprechen; andere wollen ſich mit der Linie von Flensburg nach Huſum begnügen, und würden auch wohl in ſo weit mit ſich handeln laſſen, daß ſie mit der wahrhaftig noch äußerſt billigen Linie Flensburg-Tondern zufrieden wären. Aber die däniſche Regierung will von alledem nichts wiſſen. Sie ſteuert durch Hrn. v. Reedtz auf eine Selbſtſtändigkeit von Schleswig hin, und die Diplomatie wird nicht müde, dieſes lächerliche Windei auszubrüten. Die Blokade der preußiſchen Oſtſeehäfen iſt gerade nicht ſehr firm; in Danzig ſind z. B. in einem Monat 32 Schiffe ungehindert ausgelaufen. Da Sie den Plänen der ruſſiſchen Diplomatie eine beſondere Aufmerkſamkeit ſchenken, ſo überſehen Sie nicht folgende Mittheilung der Nationalzeitung: „Von gut unterrichteter Seite geht uns die Nachricht zu, daß nach Unterwerfung der Ungarn die ruſſiſchen Truppen die öſterreichiſchen Provinzen alsbald verlaſſen und nur den Theil von Galizien beſetzt halten ſollen, der in Folge der Traktate an Rußland abgetreten werde. Man bezeichnet die künftige Grenzlinie als nördlich von Koſtnice angehend, beim Einfluß der Raba in die Weichſel, nach Pilsno, Rzeszow, zwiſchen Dubiecko und Przemisl über die Sau ſetzend, auf Dubromil längs des Gebirges zu den Weſtquellen des Dnieſter, ſo daß alles öſtliche und nördliche Land von Lemberg und die Bukowina abgetreten würden. Die Koſten des Feldzuges trägt Rußland; auch wird von einer Entſchädigungsſumme geſprochen."

⊙ Von Rügen, 11. Juni. Geſtern ward die kleine Küſtenflottille bei Putbus durch die Nachricht allarmirt, es liege ein kleines däniſches Kriegsfahrzeug an der Oſtküſte von Machgut. Sogleich ging der Commandeur der Flottille, von Kirch, mit zwei Dampfbooten und zwei Kanonenbooten in See. Eins der erſteren ging recognoscirend voraus, fand aber nicht ein kleines Fahrzeug, ſondern eine däniſche Fregatte unter Segel; gleichwohl ließ es die zwei Kanonenboote herausbugſiren und eins derſelben feuerte eine Bombenkanone auf den Feind ab, der aber zu entfernt war um erreicht werden zu können. Die Fregatte nahm von der Herausforderung gar keine Notiz, ſondern ſteuerte abwärts und die Kanonenboote konnten bei dem ſtarken Wellengange es nicht wagen, weiter in See zu gehen; ein Zuſammenſtoßen mit dem Dampfſchiffe hatte überdem einige kleine Beſchädigungen veranlaßt. Die kleine Expedition kehrte gegen Abend zur Station bei Lauterbach zurück, wo die übrige Marinemannſchaft mit lebhafter Neugierde ſie erwartete. Es herrſcht unter den kräftigen Seeleuten eine gute und muthige Stimmung, obgleich der Dienſt mit den im Raum höchſt beſchränkten Kanonenbooten ſehr beſchwerlich, und der Lohn nicht hinlänglich iſt, um ſich am Lande von den Strapatzen erholen zu können. Es heißt der Major Teichert werde das Obercommando der Marine bald übernehmen.

Halle, 9. Juni. Mit dem 1. Juli d. J. erſcheint hier eine neue politiſche Zeitung, „der Deutſche Reichsadler", unter Redaktion des Oberlehrers an der Realſchule, Friedrich Körner. Sie ſoll hauptſächlich der hieſigen „neuen Halle'ſchen Zeitung", welche in der Regel der berüchtigten Kreuz-Zeitung nachtritt, das Gegengewicht halten und im Sinne der Deutſchen Zeitung Partei für die aus der Paulskirche hervorgegangene Reichsverfaſſung nehmen. Burmeiſter und noch andere bedeutende Mitglieder des hieſigen Deutſchen Vereins werden als Mitarbeiter genannt. (Aachn. Z.)

Naumburg, 9. Juni. v. Florencourt, der bereits im vorigen Jahre, kurz vor dem Miniſterio Brandenburg-Manteuffel, nach Potsdam berufen wurde, iſt geſtern, und zwar durch Hrn. v. Radowitz abermals aufgefordert worden, ſich ſchleunigſt nach jener Stadt zu begeben. Man ſagt, daß ihm die Stelle eines Miniſterial-Raths zugedacht ſei. Der frühere Juſtiz-Miniſter Kisker, welcher nach ſeinem Rücktritt in Berlin beſchäftigt blieb, hat vor einigen Tagen das Präſidium beim hieſigen Appellhofe wieder übernommen. (Aachn. Z.)

⊙ **Köln**, 12. Juni. Um den Bahnhof in Deutz drängten ſich geſtern Abend zahlreiche Menſchengruppen. Mit dem von Berlin her eintreffenden Zuge ward nämlich der Prinz von Preußen erwartet. Der Zug traf nach 10 Uhr ein und der Prinz von Preußen war mit ihm. Letzterer ging ſogleich mit dem gewöhnlichen Dampfboote, welches an den Abendzug anſchließt, den Rhein hinauf. Reiſende die von Berlin mitkamen, erzählen von den feſtlichen Begrüßungen, deren Gegenſtand der Prinz unterwegs geweſen. Von deutſchen Fahnen war auf der ganzen Strecke keine einzige zu ſehen. Dagegen fehlte es deſtoweniger an preußiſchen Zeichen und Loyalitätsäußerungen. An einem Halteplatze unterbrach den Zuruf eine Stimme, die den „conſtitutionellen König von Preußen" leben ließ. Auch darauf fiel die Menge mit ſchreiluſtiger Theilnahme ein. In einer lächerlichen Einſamkeit hingegen verlor ſich der Ruf eines betrunkenen Muſikanten, der zu einem improviſirten Chor gehörte, welches zuſammengerafft worden, um den Prinzen mit: „Ich bin ein Preuße ꝛc." zu em-

pfangen. Der Muſikant nämlich rief in eine Pauſe hinein: „Der König von Baiern ſoll leben!" Was die Stimmung der Bevölkerung anlangt, ſo ſpricht ſich das Urtheil der höher Gebildeten und politiſch Unabhängigen hinſichtlich der deutſchen Frage in der Kölniſchen Zeitung fortwährend getreu und muthig aus. Indeſſen iſt ein Unterſchird der Anſichten des Niederrheins doch nicht zu verkennen, wenn man ſie mit denen des Mittelrheins vergleicht, dieſen etwa bis Bonn gerechnet. In dem Verlangen nach der Einheit ſtimmen beide Landſchaften mit einander überein. Aber hier unten hofft man zuverſichtlich, daß auch der von der preußiſchen Regierung eingeſchlagene Weg zum Ziele zu führen vermöge. Ein von preußiſchen Waffen erobertes Deutſchland, über deſſen Beſtand und Glück ſich in Coblenz noch mehr Befürchtungen als frohe Erwartungen äußern, gilt in Köln ſchon als ein gewonnenes. Daß die Reſte der Reichsverſammlung in Stuttgart die Errichtung einer Regentſchaft verſuchen und Hrn. Raveaux an die Spitze derſelben ſtellen konnten, hat ſo zu ſagen dem Faſſe hier vollends den Boden ausgeſtoßen. In Köln, dem Wohnorte Raveaux's nämlich, anerkennt man vollkommen deſſen vortreffliches Talent zur Leitung einer luſtigen Carnevalsgeſellſchaft, aber Franz Raveaux Reichsregent, ſagt eine Annonce in der kölniſchen Zeitung, — das iſt ſtarker Taback!

München. Die N. Münchner Ztg. ſagt in Erwiederung auf eine Berliner Correſpondenz der D.P.Z.: „Wir können aufs Beſtimmteſte verſichern, daß nach wie vor von einer Annahme des Berliner Verfaſſungsentwurfs in ſeiner jetzigen Geſtalt von Seite Baierns weder die Rede iſt, noch ſein kann; daß die Sendung des Herrn Generals v. d. Mark nach Berlin durchaus keine politiſchen, ſondern rein militäriſche Fragen zum Gegenſtand und Zweck hatte; daß alſo hieraus ſchon erhellt, daß derſelbe Erklärungen in der deutſchen Verfaſſungsfrage, wie die „Fr. D.P.A.Z." ſie angibt, weder ſo, noch in irgend einer Art abgeben konnte, auch nicht abgegeben hat. Die militäriſchen Fragen, deren Beſprechung ihm oblag, betreffen aber die Regelung der auf den Grund der bundesgeſetzlichen Beſtimmungen im Zuſammenwirken auszuführenden Operationen zur Wiederherſtellung von Ordnung und Geſetz in denjenigen Theilen Deutſchlands, wo ſolche in der jüngſten Zeit gewaltſam und durch offenen Aufruhr zerſtört und mit Füßen getreten worden ſind. Es handelt ſich dabei namentlich keineswegs, wie man gleichfalls von Berlin aus in die Welt zu ſchicken beliebte, um Hervorrufung eines einſeitigen Einrückens preußiſcher Truppen in die baieriſche Pfalz gegen die dortigen Rebellen; im Gegentheile hatte die Sendung des Herrn Generals von der Mark gerade mit zum Zwecke, einem ſolchen einſeitigen Einſchreiten Preußens, von dem man indeſſen jetzt doch berichtet, vorzubeugen. Die eben jetzt von Nürnberg aus ſtattfindenden baieriſchen Truppenmärſche nach dem Rhein geben dazu den beſten Commentar."

* **Stuttgart**, 12. Juni. Gleich zu Anfang der Kammerſitzung ergreift Staatsrath Duvernoy einen Anlaß zu erklären, daß die Regierung auch ferner alles Mögliche dazu beitragen wolle, daß die Reichsverſammlung auf dem einzig heilſamen, d. h. dem friedlichen Wege vollzogen werde. Mit Entrüſtung wies er die Behauptung zurück, daß das Miniſterium die deutſche Sache verlaſſen werde. Eine Stimme ruft: das iſt bereits geſchehen! Der Präſident ruft den Rufer zur Ordnung. Hierauf großer Tumult. Schoder interpellirt wegen Beeidigung des Militärs auf die Reichsverfaſſung. Staatsrath Duvernoy antwortet, die Sache ſei bereits eingeleitet, in dieſem Augenblicke aber würde die Beeidigung die mißlichſten Folgen haben. Schoder iſt ſehr unzufrieden mit dieſer Antwort, und ſtellt den Antrag, dieſelbe dem Fünfzehnerausſchuſſe zur Berichterſtattung zu übergeben, ob und was in dieſer Sache zu geſchehen habe. Dieſer Antrag wird angenommen. Eine zweite Anfrage Schoders bezieht ſich auf den Austritt des Abgeordneten Federer aus der Reichsverſammlung und auf die anzuordnende Neuwahl. Staatsrath Duvernoy antwortet, er habe bis jetzt noch keine Veranlaſſung gehabt, hierüber ſich auszuſprechen, er werde ſich aber, ſobald die Sache an ihn gelangt ſei, mit aller Offenheit darüber erklären. Gelegentlich einer andern Anfrage erklärt der Miniſter, das Wahlgeſetz werde noch in dieſer Woche verkündigt werden.

** **Stuttgart**, 12. Juni. Unſere Verhältniſſe ſind, wohl noch für einige Zeit, fortwährend ſehr unerfreulicher Natur. Ueberall Spaltung in feindliche Lager, überall ein Drängen zu extremen Schritten, die nichts Gutes nach ſich ziehen können, überall Erklärungen für Miniſterium oder Reichsverſammlung — das ſind die Gegenſätze geworden, welche allein in den Vordergrund gedrängt werden. Denn die feineren Unterſcheidungen zwiſchen Reichsverſammlung und Regentſchaft, zwiſchen Beſchlüſſen, die man anerkennen und die man nicht anerkennen will, kann das Volk nicht machen. Die Anhänger der Regentſchaft benutzen natürlich nach Kräften die Conſequenz, welche die frühere Bewegung des Landes an die Hand gibt, denn wen ſoll es nicht ſchmerzen, wenn er ſo oft „Gut und Blut" für die Reichsverſammlung verſprach, jetzt gegen ſie, wenigſtens gegen ihre letzten Hundert einzuſtehen. Unglückſelige Folgen des Austritts der vielen Abgeordneten! Unſere Bürgerwehr hat ſich nach der Officiersaudienz bei Staatsrath Duvernoy in 2 Lager getheilt; die eine kleinere Seite erklärt, fortwährend zur Reichsverſammlung zu halten; die andere Seite ſpricht ſich — als Bürgerwehrmannſchaft, nicht aus. Im Schwarzwald ſind ohne Zweifel zur Stunde bereits aus Baden Freiſchaaren eingerückt. Hier in Stuttgart haben wir wenig Störung der Abſpannung, in der wir ſeit der letzten Sitzung unſerer Stände leben; dann und wann einigen Straßenlärm wegen des Abreißens von Plakaten, welche Literatur außerordentlich zugenommen hat, und keineswegs immer die Erforderniſſe des Preßgeſetzes, die Nennung eines Buchdruckers, erfüllt. Zur Reichsverſammlung ſind neue Abgeordnete eingetroffen, und es wird an der beſchlußfähigen Zahl zunächſt nicht fehlen.

Stuttgart, 12. Juni. Seit geſtern iſt die Anordnung getroffen, daß Abgeordneten der Staaten, in welchen die Regierungen die Bezahlung von Diäten eingeſtellt haben, ſofern von ihnen nicht freiwillig auf Diätenbezug verzichtet worden iſt, in halbmonatlichen Raten ein entſprechender Diätenbetrag von einer beſonders hiezu niedergeſetzten Diätencommiſſion verabreicht wird. (Beob.)

Stuttgart, 12. Juni. Seine Majeſtät der König iſt heute früh um 8 Uhr hier angekommen. Bald darauf iſt auch die Garde eingerückt und hat ihre Kaſerne bezogen. Von heute Mittag an ſoll zur Erleichterung der Bürgerwehr die Schloßwache vom erſten Regiment bezogen werden. Wir hören, daß in verfloſſener Nacht die zwiſchen Vaihingen und Ludwigsburg gelegenen Truppen in der Richtung nach Heilbronn aufgebrochen ſeien. (Schw. M.)

Heilbronn, 12. Juni, Mittags 11 Uhr. Heute rückt hier eine beträchtliche Truppenabtheilung ein; die Entwaffnung der Bürgerwehr iſt angeordnet. Die Ablieferung der Waffen hat begonnen. Zuſammenrottungen auf den Straßen ſind verboten. Die Stadt iſt ruhig. (Schw. M.)

* Aus **Ulm** meldet der Schw. M., daß auf Befehl des Reichsminiſteriums der Feſtungsbau aus Mangel an baaren Mitteln demnächſt aufs Aeußerſte beſchränkt werden ſolle! Dies iſt daſſelbe Reichsminiſterium, dem bis jetzt die Mittel zur Erfüllung ſeiner Obliegenheiten noch nicht gefehlt haben!

* Hohenzollern-Hechingen. Die Landesdeputation hat ſehr energiſche Beſchlüſſe gefaßt: über Geltendmachung des Bündniſſes aller Reichslande — einſchließlich Badens und der Rheinpfalz — Rückberufung der Truppen an der badiſchen Grenze, Neuwahl zur Reichsverſammlung u. ſ. w. Die Regierung hat dieſe Beſchlüſſe genehmigt. Auf eine Reihe von andern — Abberufung des Bevollmächtigten bei der Centralgewalt, unbedingte Anerkennung der Beſchlüſſe der Reichsverſammlung u. ſ. w. iſt ſie nur theilweiſe eingegangen.

A **Dresden**, 12. Juni. Wiederum ſind zwei Bataillone preußiſcher Truppen, das Liſſaer Gardelandwehrbataillon und das erſte Bataillon des 19. Landwehrregiments, hier eingerückt; zwei von den gegenwärtig in Dresden ſtehenden fünf preußiſchen Bataillonen verlaſſen indeſſen wiederum die Stadt, um in mehrere Garniſonen in der Provinz, z. B. Tharand, Freiberg, Chemnitz, vertheilt zu werden. Die preußiſchen Truppen in Sachſen ſtehen einſtweilen unter dem Oberbefehl des Generalmajor von Howe, welcher mit ſeinem Stabe von Görlitz nach Dresden übergeſiedelt iſt. Die geſammte königliche Familie iſt noch immer auf dem Königſtein verſammelt, in deſſen beſchränkten Räumen ein längerer Aufenthalt kaum denkbar erſcheint, ſo willig ſie auch in der Zeit der Noth auf die hohen Gemächer des Schloſſes verzichtet haben mag. Es verlautet jedoch, daß der König ſich in nächſter Zeit auf ſeinen Weinberg begeben und bald darauf eine botaniſche Reiſe unternehmen wird. Der Juſtizminiſter wird von der demokratiſchen Preſſe aufs Heftigſte angegriffen, weil er die der Theilnahme am Dresdener Aufruhr Angeklagten nicht vor die Ge-

ſchworenen ſtellen will; nächſt dem formalen Rechte ſteht ihm jedoch hierin die öffentliche Meinung entſchieden zur Seite, da durch die übergreifende Parteiherrſchaft der Radikalen auch die übrigens noch keineswegs beendeten Geſchworenenwahlen ſo ausgefallen ſind, daß ſich die Rechtfertigung jeglichen in majorem gloriam ihrer Partei unternommenen Beginnens von ihnen befürchten läßt.

Karlsruhe, 11. Juni. Man will beſtimmt wiſſen, daß dem Stuttgarter Parlament aus der badiſchen Staatskaſſe 25,000 fl. zur Friſtung ſeines Daſeins überſendet wurden. (Schw. M.)

Karlsruhe, 12. Juni. Mieroslawski iſt von ſeiner Inſpectionsreiſe nach der Neckarlinie noch nicht zurück. Was wir hier über die Stimmung der Truppen und der Volkswehr an der heſſiſchen Grenze erfahren, lautet nicht ſehr ermuthigend für die Freunde der badiſchen Revolution. Unordnung, Inſubordination und Mißvergnügen über ſchlechte Verpflegung und Bivouacleiden beſonders während der troſtloſen Regennächte nehmen mit jedem Tage zu. In den letzten Tagen ſollen wieder mehrere Officiere, ſogar Eichfeld, unter dem Vorwand eines Ausflugs nach der Pfalz auf franzöſiſches Gebiet ſich geflüchtet haben. Vom erſten Aufgebot der Volkswehr aus der Umgegend von Karlsruhe, welche bei Weinheim lagerte, kam geſtern ohne Erlaubniß ihres Commandanten eine Deputation von 16 Mann an, welche der proviſoriſchen Regierung verſchiedene Beſchwerden überreichte und, im Falle der Weigerung, ihre Waffen wegzuwerfen und nach Hauſe zu gehen drohte. Dieſer Zug mag zum Beleg dienen, wie es im badiſchen Heer trotz dem verkündigten Standrecht mit der Mannszucht ausſieht. Sigel mag immerhin eiſerne Strenge befehlen; er findet keinen Offizier, der in dieſem Punkt zu gehorchen wagt. Bei dem meuteriſchen Geiſt, der in die Soldaten gefahren, würde der Befehl einer ſtandrechtlichen Hinrichtung wahrſcheinlich zur Ermordung eines jeden Officiers führen, der ſolchen Befehl vollziehen wollte. Was ich unlängſt über die Perſönlichkeit des jungen Oberſten Sigel bemerkte, iſt mir von einem hannover'ſchen Blatt übel genommen worden und das Frankfurter Journal beeilte ſich dieſe Rüge abzudrucken. Es iſt mir gleichwohl nicht entfernt in den Sinn gekommen, über die militäriſche Tüchtigkeit des badiſchen Kriegsminiſters und Generaliſſimus ein beſtimmtes Urtheil zu fällen. Ich nannte ihn einen bartloſen jungen Menſchen von etwa 21 Jahren und dieſe Bemerkung, die ſich lediglich auf Sigel's äußere Erſcheinung bezog, war der Wahrheit näher als die Altersſchätzung jenes Referenten, obwohl Sigel wirklich um ein volles Jahr älter iſt, als er mir ſchien. Ich bitte deshalb ihn und die hannover'ſche Zeitung um Verzeihung. Daß Sigel's bartloſes Geſicht hübſch und fein iſt, laſſe ich gerne gelten; etwas Impoſantes aber habe ich in der ganzen Erſcheinung des blutjungen Obergenerals nicht wahrnehmen können. Was ſeine militäriſchen Zeitungsartikel und ſeine Broſchüren anbelangt, ſo geſtehe ich offen, daß ich ſie nie geleſen, wohl aber manches geringſchätzende Urtheil von älteren Militärs darüber gehört habe. Dabei gebe ich gerne zu, daß die Behandlung, welche Sigel von Seite älterer badiſcher Officiere erfahren wohl auch theilweiſe die Folge der Pedanterie ergrauter militäriſcher Schulmeiſter geweſen ſein mag, welche ſich ärgerten, daß ein blutjunger Lieutenant, der erſt vor drei Jahren die Kadettenſchule verlaſſen, eine ſo herbe Kritik der militäriſchen Organiſation Baden's zu veröffentlichen wagte. Möglich, daß Sigel wirklich ein ſo ausgezeichnetes Genie iſt, für welches ihn der Referent jenes hannover'ſchen Blattes zu halten geneigt iſt. Aber die bisherigen Leiſtungen dieſes jungen Officiers haben dieſes Urtheil noch nicht beſtätigt. „Ihr ſollt mich brandmarken, wenn ich euch nicht zum Siege führe." So ſprach Sigel am 28. Mai auf der Wieſe bei Mannheim, wo das „Verbrüderungsfeſt" gefeiert wurde, zu den Truppen, und zwei Tage darauf wurde er bei Hemsbach geſchlagen. Der perſönliche Muth, den er dort zeigte, macht ihm Ehre; die militäriſchen Dispoſitionen aber, welche er getroffen, waren unter aller Kritik. Gegen allen Kriegsgebrauch ſtellte er die Dragoner im Centrum vor der badiſchen Infanterie und vor den Geſchützen auf. Die Folge war, daß die Dragoner, als ſie im Bereiche der heſſiſchen Kartätſchen fliehend die Zügel wandten, einen Theil des badiſchen Leibregiments überritten und ſo die ganze Schlachtlinie in eine heilloſe Verwirrung brachten, während die badiſchen Geſchütze bei dieſer verkehrten Aufſtellung lange gehindert waren, das Feuer der Heſſen zu erwiedern. Eben ſo hatte man an eine Recognoscirung des Terrains nicht gedacht und in Folge deſſen war ein Theil der badiſchen Dragoner in einen Sumpf gerathen. Seitdem wagte Sigel keinen Angriff mehr. Jeder unparteiiſche Beurtheiler muß zugeben, daß bis jetzt wenigſtens der junge badiſche Oberbefehlshaber das übertriebene Vertrauen, das ſeine Freunde in ſeine militäriſchen Talente ſetzten, keineswegs gerechtfertigt hat.

In der heutigen Sitzung der conſtituirenden Verſammlung war Goegg's Vortrag über die Finanzlage des Landes beſonders intereſſant. Es erhellt daraus, was ich vor drei Wochen vorhergeſagt: daß die Landescaſſen, wenn nicht total, doch nahebei leer ſind. In einem Monat aber glaubt Herr Goegg Papiergeld fabriciren zu können! Aber bis dahin dürfte in Baden ſich manches geändert haben. Der Geſetzesentwurf über die Zwangsanleihe ſcheint ſehr gemäßigt; man war auf eine ſtärkere Beſteuerung der Vermögenden gefaßt. Uebrigens haben uns in Goegg's Vortrag die offenherzige Sprache und ſeine Beſcheidenheit wohlgethan. Er bat die Verſammlung auf's dringendſte, einen fähigeren Mann als er für die Leitung der Finanzen zu berufen, ſelbſt wenn ein ſolcher Mann nicht unter den Demokraten zu finden ſein ſollte. Ueberall iſt gegenwärtig das Finanzminiſterium das läſtigſte und undankbarſte Amt, das Jeder wie eine Bürde bald von ſich abzuſchütteln ſucht. Die neue proviſoriſche Regierung iſt bis zu dieſer Stunde noch nicht gewählt.

* **Karlsruhe**, 12. Juni. Den Hoff'ſchen Anträgen (ſ. das geſtr. Hauptbl.) iſt als Nr. IV. noch beizufügen: „Das Gensd'armeriecorps iſt aufzulöſen, und alle brauchbaren Mitglieder deſſelben bei der Volkswehr zu verwenden." Die drei erſten Anträge ſind, ſo viel wir den vorliegenden Berichten entnehmen können, in der geſtrigen geheimen und der heutigen Sitzung der Landesverſammluug angenommen worden; von dem obigen vierten wird der erſte Theil angenommen, der zweite (die Verwendung im Volksheer) abgelehnt. Goegg erſtattet darauf Bericht über die Finanzlage. Wir verweiſen um ſo mehr auf unſern # Correſpondenten, als die Karlsr. Z. dieſen Vortrag in auffallender Unvollſtändigkeit wiedergibt. Große Verlegenheiten ſeien dem Miniſterium bereitet worden, ſagt der Miniſter, 1) durch die unzeitig erlaſſene Bekanntmachung des Kriegsminiſteriums, daß die Soldaten ihre Einſtandsgelder zurückzufordern berechtigt ſeien. Dadurch ſei die Staatscaſſe genöthigt worden, gegen 800,000 fl. ſofort auszuzahlen, 2) ſeien die Steuern nicht regelmäßig eingegangen, und 3) ſei gerade die Revolution in einem Zeitpunkt geſchehen, in welchen keine bedeutenden Steuererhebungstermine gefallen. Die Summe der rückſtändigen Steuern ſchlägt er auf eine Million an. Zum Schluß des Vortrags wird der Geſetzentwurf über das Zwangsanlehen vorgetragen. Die Karlsr. Z. findet nicht für gut, denſelben mitzutheilen. Hierauf wird Bericht erſtattet über die Verkündigung des Kriegszuſtandes im nördlichen Landestheile. Die Commiſſion trägt darauf an, den Kriegszuſtand über das ganze Land auszudehnen! Die Verſammlung geht darauf ein, verweiſt indeſſen ſpäter den ganzen Geſetzentwurf zu nochmaliger Berathung zurück an die Commiſſion. Ein Geſetz über die gegen das Entweichen der zum erſten Aufgebot beſtimmten Mannſchaften zu treffenden Maßregeln wird berathen und angenommen. Für die nächſte Sitzung, die morgen ſtattfindet, iſt die Wahl der neuen proviſoriſchen Regierung feſtgeſetzt.

Freiburg, 12. Juni. Heute kam der Befehl an das bisher hier liegende Bataillon des Leibinfanterie-Regiments und die 4 hier und Umgegend befindlichen Bataillone Volkswehr zum ſchleunigen Abzug ins Unterland (Bruchſal). Der Marſchbefehl mag nur in militäriſchen Aufſtellungen ſeinen Grund haben, denn auf dem Kriegsſchauplatz iſt neueſten Nachrichten zufolge nichts vorgefallen. (N. Fr. Z.)

⁑ **Kaſſel**, 13. Juni. Wir entnehmen der Neuen heſſiſchen Zeitung folgende Bemerkungen: „Sicherem Vernehmen nach haben ſich bereits die ſämmtlichen ſogenannten verfaſſungstreuen Regierungen, mit Ausnahme der würtembergiſchen und der kurheſſiſchen, den preußiſchen Projecten unbedingt angeſchloſſen. Den letzten in dieſem Reigen hat, wie es ſcheint, das Miniſterium Jaup gebildet. Den wiederholten und angeſtrengten Bemühungen Kurheſſens iſt es nicht gelungen, die 28 Regierungen zu demjenigen geſchloſſenen Auftreten zu bewegen, welches zwar nicht die unbedingte Durchführung der deutſchen Verfaſſung vom 28. März und das Scheitern des Drei-Königs-Entwurfs, wohl aber weſentliche Modificationen dieſes Entwurfes und beſonders des Wahlgeſetzes mit Erfolg hätte herbeiführen können. Die innere Ohn-

macht und Zerriſſenheit der kleinen Staaten einerſeits und das Andrängen Preußens andererſeits ſcheint jeden gemeinſamen Widerſtand gebrochen und zu der regelloſen Flucht getrieben zu haben. Wie verlautet, hat Preußen eine peremtoriſche Friſt bis zum 15. d. M. geſtellt, nach deren Ablauf die neue Bundesgewalt, das Bundesgericht ꝛc. eingeſetzt werden ſollen. Die Miniſterien Römer und Eberhard hat man ſchon oft zuſammen genannt; auch im treuen Feſthalten an der deutſchen Verfaſſung wird man ſie zuſammen nennen dürfen. Bis jetzt haben ſie ſich allen ihr zuwiderlaufendin Unterhandlungen ſtandhaft verſchloſſen. Wenige Tage noch und auch dieſe Dioskuren, die letzten leuchtenden Sterne am verheißungsvollen deutſchen Himmel, werden im dunſtigen Gewölke vielleicht verſunken ſein. Das Miniſterium Eberhard ſoll ſich bereits zu dem Entſchluſſe hinneigen, der Treue gegen die ſo heiß erſtrebte, aber nicht erreichte verfaſſungsmäßige deutſche Freiheit und Einheit ſeine Stellung zum Opfer zu bringen." Der Rücktritt des Miniſteriums Eberhard wür e auch für die innere kurheſſiſche Politik ein beklagenswerthes Ereigniß ſein. In der vollen Zuverſicht auf die Dauer dieſer volksthümlichen Regierung und aus Ungewohntheit parlamentariſcher Formen hat man es ſogar unterlaſſen, Eberhard und ſeine gleich freigeſinnten Collegen Wippermann, Schenck und Baumbach in die neue Kammer zu wählen, ein Fehler, den man hoffentlich bei den noch zurückſtehenden Wahlen verbeſſern wird.

§ **Mainz**, 14. Juni. Der wahrſcheinliche Urheber des auf den Prinzen von Preußen in Niederingelheim abgezielten Schuſſes iſt geſtern Abend, begleitet von mehreren Unterſuchungsbeamten und unter ſtarker Gensdameriebedeckung hier gefänglich eingebracht worden. Es iſt ein junger Burſche, ſogenannter Turner, Schreinergeſelle, auf Urlaub befindlicher Freiſchärler aus Niederingelheim. Einige Bauernknaben haben ihn im Augenblicke, wo der Schuß fiel, in den der Landſtraße anliegenden Kornfeldern umherſtreichen ſehen, ohne irgend ſonſt Jemand zu bemerken, auf den der Verdacht hätte fallen können. Seine Fußbekleidung paßt auf das Genaueſte in die angetroffenen Fußſpuren, wie auch die Kugel in ſeine Büchſe. Alſo Anzeichen genug für eine gerichtliche Specialunterſuchung. Hier war das Gerücht ſchon verbreitet, der Schuß ſei von einem Adjudanten oder wohl gar vom Prinzen ſelbſt abgefeuert worden, um der Reaktion Vorſchub zu leiſten und nur wider den Willen des Schießenden ſei der Kutſcher am Leben geblieben. Sie ſehen, die Demagogie hat abermals der Reaktion eine Mühe geſpart. Die Unterſuchungen gegen die Freiſchaarenchefs geben voran. Die an den Zuzügen auch nur entfernt betheiligten Beamten werden disciplinariſch verfolgt. Der zum Miniſterialrath ernannte Generaladvocat Dr. Creve iſt ein noch junger Mann, von vorzüglicher wiſſenſchaftlicher Befähigung, Freund der Reform im Juſtizfach, aber von ſehr ſtreng, faſt zu ſtreng conſervativer Geſinnung und ſtarker Hinneigung zur ultramontanen Färbung. Er vertauſcht eine angenehme Stellung, wo er allgemein beliebt und geachtet war, mit einer höchſt dornenvollen.

Schleswig, 9. Juni. In der heutigen Sitzung der Landesverſammlung ward ein Antrag von Neergaard I., die Statthalterſchaft zur baldigen Vorlage eines Entwurfes über eine neue Diſtriktseintheilung aufzufordern, an einen Ausſchuß verwieſen. Einem Antrage von Th. Olshauſen auf ſchleunige Anordnung von Erſatzwahlen für die ausgetretenen Frankfurter Abgeordneten, ſowie auf Anordnung der von Reichswegen zum 15. Juli ausgeſchriebenen Wahlen für das Volkshaus — ward die Dringlichkeit nicht zuerkannt (dafür 31, dagegen 57 Stimmen). (N. Fr. P.)

Schleswig, 10. Juni. Herr Orla Lehmann hat, wie man hört, einen 14tägigen Urlaub erhalten, um ſeine ſchwer krank darniederliegende Frau zu beſuchen. Er ſoll ſich auf Ehrenwort zur Rückkehr verpflichtet und außerdem eine Caution von 10,000 Mark geſtellt haben. Er iſt über Sundewitt nach Alſen geleitet. (N. Fr. P.)

Großbritannien.

* **London**, 12. Juni. In der geſtrigen Unterhausſitzung befragte Herr Hume die Miniſter wegen der römiſchen Angelegenheiten. In Betracht, ſagte Herr Hume, daß die Regierung dieſes Landes ſo gut wie die Regierung von Frankreich oder die von Rom vom Volke abhängt, kann ich nur mit Bedauern ſehen, (Ruf: zur Ordnung, und: Fortfahren!) daß wir in einer ſolchen Angelegenheit überhaupt nur in die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft mit hineingegangen ſind. Lord J. Ruſſell erwiederte an Palmerſtons Statt, der in dieſem Augenblicke noch nicht zugegen war, im Weſentlichen: Herr Hume ſcheine die Botſchaft des Präſidenten mit andern Augen geleſen zu haben, als er, Ruſſell, ſie geleſen. Die Botſchaft ſpreche wohl nur im Allgemeinen von dem guten Einvernehmen zwiſchen England und Frankreich. Was aber die Expedition nach Rom betrifft, ſo ſtehe ihr die engliſche Regierung gänzlich fern; Frankreich habe dabei nur ſeinen eigenen Vortheil zu Rathe gezogen. Als Palmerſton bald darauf im Hauſe erſchien, wiederholte Herr Hume ſeine Frage in milderer Form. Palmerſton erwiederte: So viel er ſich erinnere, habe die franzöſiſche Regierung die engliſche nur von ihrer Abſicht, eine Expedition nach Rom zu unternehmen, aber nicht von den letzten Zwecken dieſer Expedition in Kenntniß geſetzt. Die engliſche Regierung habe hierauf ihre Meinung dahin ausgeſprochen, daß es wohl am beſten ſei, die zwiſchen dem Papſte und ſeinen Unterthanen ausgebrochenen Streitigkeiten durch diplomatiſche Intervention zu arrangiren (Palmerſton's Lieblingsausdruck!), und daß dieſe Intervention ein Abkommen zwiſchen dem Papſt und ſeinen Unterthanen zum Zweck haben müſſe, wodurch der Papſt nach ſeiner Rückkehr ſeinen Unterthanen die letztes Jahr bewilligten conſtitutionellen Einrichtungen und namentlich die Scheidung zwiſchen den weltlichen und geiſtlichen Behörden zuſichere. Davon, daß die franzöſiſche Armee ausgeſchickt ſei, um von Rom Beſitz zu ergreifen, hat man die brittiſche Regierung nicht unterrichtet. Auf eine weitere Frage J. O'Connell's antwortete Palmerſton: daß ſowohl Oeſterreich und Neapel als Frankreich und der Nuntius zu Paris den Wunſch zu erkennen gegeben hätten, daß England an den betreffenden Verhandlungen Theil nehme. Jedoch in Rückſicht der geographiſchen Lage Englands und des proteſtantiſchen Charakters der britiſchen Regierung habe man es abgelehnt, an dieſen Verhandlungen irgend Antheil zu nehmen. In derſelben Sitzung wurde endlich die dritte Leſung der Bill zur Abänderung des Parlamentseids d. h. für Parlamentsfähigkeit der Juden mit 272 gegen 206 Stimmen bewilligt. Die gegen früher ſehr verringerte Mehrheit erregte den Beifall der Opponenten. Das Schickſal der Bill im Oberhauſe iſt mehr als zweifelhaft.

Frankreich.

* **Paris**, 12. Juni. Die Anklage gegen das Miniſterium hat ein klägliches Ende genommen. Die ganze Nacht hindurch waren die geheimen Geſellſchaften in Permanenz geweſen, um einem an ſie ergehenden Aufruf des Berges ſofort entſprechen zu können, die demokratiſch-ſocialiſtiſchen Blätter ſtrotzten von Erklärungen, Proteſtationen und ähnlichen Actenſtücken: man war mindeſtens auf eine höchſt tumultuariſche Sitzung der Legislative, man war ſelbſt auf eine bewaffnete Erhebung gefaßt. Alle dieſe Beſorgniſſe ſind nichtig geweſen. Die Montagne hat im letzten Augenblick ihr Spiel verloren gegeben und während ihr Führer geſtern von der Tribüne herab offen zu den Waffen rief, vernahm man heute aus Aller Munde die wiederholte Betheuerung, daß die Partei jede Agitation verabſcheue und ſich durchaus auf geſetzliche Mittel beſchränken werde. Die Anklage ſelbſt betreffend, ſo trat auf das eigene Begehren des Miniſteriums die Kammer ſofort in ihren Bureau's zur Prüfung derſelben zuſammen und ernannte eine Commiſſion, um noch im Laufe der Sitzung ihren Bericht zu erſtatten. In kurzer Zeit war die Commiſſion mit ihrer Arbeit fertig: ſie ſtellte den Antrag, zur Tagesordnung überzugehen. Die Montagne ſetzte demſelben ihrerſeits den Antrag entgegen, die Debatte in der Sache ſelbſt bis dahin auszuſetzen, wo das Miniſterium die ſämmtlichen auf die Verhandlungen mit dem Triumvirat bezüglichen Actenſtücke auf den Tiſch des Hauſes niedergelegt. Beim Abgang der Poſt — Pariſer Blätter und Briefe fehlen uns heute, wir ſchöpfen dieſe Nachrichten aus belgiſchen Blättern — ſchritt die Verſammlung zur Abſtimmung über dieſen Antrag. Die bereits mitgetheilte telegraphiſche Depeſche ergibt, daß er verworfen wurde, denn dieſe Depeſche bringt die Entſcheidung in der Sache ſelbſt, die Verwerfung der Anklage mit 377 gegen 8 Stimmen. Die Montagne wird ſich, dem Stimmenverhältniß nach zu urtheilen, der Abſtimmung enthalten haben. Wir fügen nur noch den Text der verworfenen Anklage hinzu: „Die unterzeichneten Bürgerrepräſentanten des Volks ſchlagen der Nationalverſammlung den folgenden Beſchluß vor: Die legislative Nationalverſammlung, nach Anſicht

des §. 5 der Einleitung der Verfaſſung, alſo lautend: „Die franzöſiſche Republik achtet die fremden Nationalitäten, wie ſie die ihrige geachtet zu machen wiſſen wird, unternimmt keinen Krieg in eroberungsſüchtiger Abſicht und verwendet ihre Streitmacht nie gegen die Freiheit irgend eines Volks," nach Anſicht des Art. 54, Cap. 5 der Verfaſſung, alſo lautend: „Der Präſident wacht über die Vertheidigung des Staats, aber er kann keinen Krieg ohne die Zuſtimmung der Nationalverſammlung unternehmen;" nach Anſicht endlich des §. 1 des Art. 168 der Verfaſſung, alſo lautend: „Der Präſident der Republik, die Miniſter, die Agenten und Depoſitäre der öffentlichen Behörden ſind, jeder ſoweit es ihn angeht, für alle Acte der Regierung und der Verwaltung verantwortlich"; in Erwägung, daß das Expeditionscorps unter den Befehlen des Generals Oudinot, dem Votum der conſtituirenden Verſammlung vom 17. April und 7. Mai widerſprechend, gegen die Freiheit des römiſchen Volkes verwendet worden iſt, daß andrerſeits der Krieg gegen Rom nicht blos ohne die Zuſtimmung der Nationalverſammlung, ſondern ſogar mit Verachtung des formell von ihr ausgeſprochenen Willens, die römiſche Republik nicht anzugreifen, unternommen worden iſt; in Erwägung, daß dieſe Thatſachen das Verbrechen der Verletzung des vorgenannten §. 5 und Art. 54 conſtituiren, beſchließt: Der Bürger Louis Napoleon Bonaparte, Präſident der Republik, und die Bürger Odilon Barrot, Buffet, Lacroſſe, Rulhieres, de Tracy, Paſſy, Drouin de Lhuys und de Fallour, ſeine Miniſter, ſind der Verletzung der Verfaſſung angeklagt." (Folgen die Unterſchriften.)

Von den oben erwähnten Actenſtücken der Montagnard-Preſſe verdienen zwei des Näheren mitgetheilt zu werden. Das erſte iſt eine „Erklärung der Repräſentanten der Montagne an das Volk, die Nationalgarde und die Armee", des folgenden Inhalts: „Die Majorität der geſetzgebenden Verſammlung iſt ſoeben geringſchätzender Weiſe über die Angelegenheiten Italiens zur Tagesordnung übergegangen. Durch dieſes Votum hat ſich die Majorität einer Politik zugeſellt, welche die Verfaſſung verletzt. Wir haben eine Anklageakte gegen die vollziehende Gewalt niedergelegt. Wir werden ſie morgen aufrecht erhalten. Wir wollen alle Mittel erſchöpfen, welche die Verfaſſung in unſere Hände legt. Möge das Volk fortfahren, Vertrauen zu haben zu ſeinen Repräſentanten, wie ſeine Repräſentanten Vertrauen haben zu ihm." Offener und klarer tritt ſchon das zweite Actenſtück auf, „die Mitglieder der republikaniſchen Preſſe und die Mitglieder des demokratiſch-ſocialiſtiſchen Ausſchuſſes" unterzeichnet. „Wir, die Mitglieder der republikaniſchen Preſſe, und wir, die Mitglieder des demokratiſch-ſocialiſtiſchen Ausſchuſſes, wir ſagen dem Volk, daß es ſich bereit halte, ſeine Pflicht zu thun. Die Montagne wird das ihrige thun bis zum Aeußerſten. Wir haben ihr Wort. Fünf Repräſentanten ſind von ihr bezeichnet, um Nachricht zu geben. Alle Republikaner werden ſich erheben wie ein einziger Mann." Mit dieſen Proben mag es genug ſein: wir wiſſen bereits, daß alle Republikaner, welche ſich erheben ſollten, ſitzen geblieben ſind.

Die ſterblichen Reſte des Marſchalls Bugeaud ſind geſtern Abend nach den Invaliden gebracht und dort, vom General Petit an der Spitze ſeines Stabes und einer Compagnie Veteranen feierlich empfangen, bis zum Tage des Leichenbegängniſſes in einer Trauercapelle beigeſetzt. Die Regierung hat bereits die Aufſtellung einer Marmorbüſte des Marſchalls im Muſeum von Verſailles verfügt.

Der Kaiſer von Rußland ſoll der Regierung Vorſchläge zur Abſchließung eines Handelstractats auf den breiteſten Grundlagen gemacht haben.

Das Commando der Alpenarmee iſt proviſoriſch dem Diviſionsgeneral Magnan übertragen.

Die Cholera iſt noch immer nicht im Abnehmen begriffen neuerdings ſoll auch der Erzbiſchof von Paris von ihr befallen ſein.

Italien.

* **Neapel.** Der König hat die Offenſive wieder ergriffen. Der aus Sizilien zurückgekehrte General Nunziante führt den Oberbefehl über das Expeditionscorps. Auf die Nachricht, daß derſelbe gegen Arce marſchiere, hatte ſich Garibaldi eilig von der neapolitaniſchen Grenze zurückgezogen und war am 31. Mai bereits in Rom zurück. Das ſpaniſche Corps paſſirte am 28. in Monteſecco eine Heerſchau vor dem Papſt und der ganzen königlichen Familie nnd erhielt den päpſtlichen Segen. Unmittelbar darauf ſetzte es ſich gegen die römiſche Grenze in Bewegung. Der Einmarſch ſollte über Ceprano erfolgen. Man ſchätzte die Stärke des neapolitaniſch-ſpaniſchen Heeres auf 35,000 Mann.

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Juni. Während die Friedensunterhandlungen betrieben werden, iſt es intereſſant zu ſehen, wie ſich die Parteien hier in dieſer Beziehung geſtalten. Die Flyvepoſt mit ihren vielen Anhängern unter den Philiſtern und den rotheſten Reactionären wollen noch immer Krieg und es iſt ſchwierig zu ſehen, ob ſie die Elbe oder die Eider als Grenze Dänemarks betrachten; wahrſcheinlich erſtere. Faedrelandet hat point d'honneur genug, um die Eidergrenze ſcheinbar feſtzuhalten, iſt indeſſen nicht ungeneigt, auf eine Schleigrenze einzugehen. Endlich ſind die Demokraten, oder richtiger die Partei, welche man Demokraten nennt, eifrige Vertheidiger der Flensburg-Huſumer Grenze. Unter dem Titel „Ueber die Theilung Schleswigs" (Om Slesvigs Deling) hat der Reichstagsmann H. E. Schack eine Schrift erſcheinen laſſen, welche mit Klarheit und Kürze die Theilung und namentlich die Theilung nach der vorgeſchlagenen Linie vertheidigt. Es würde gewiß zweckmäßig ſein, dieſes kleine Buch ins Deutſche zu überſetzen, da es Vieles zur Aufklärung über die hieſige Stimmung beitragen würde.

Ein ruſſiſches Schiff, Superb, iſt heute Morgen auf der Rhede angekommen; am Bord ſind Soldaten vom Garde-Regiment. Im Laufe des Tages kann man mehrere Schiffe erwarten. (H. C.)

Aſſens, 8. Juni. Geſtern Abend kam ein ruſſiſches Dampfſchiff von 300 Pferdekraft hier an, und einige Stunden ſpäter ging der Adjutant des Admirals Laſarew nebſt noch einem ruſſiſchen Officier und dem Befehlshaber des Dampfſchiffes Hekla nach Striib ab. Auf dem ruſſiſchen Schiffe war Vormittags eine Art Kriegsrath, woran General Bülow, Oberſt de Meza, Commandeur Garde und mehrere höhere Officiere Theil nahmen. (H. C.)

Ungarn.

* Es ſcheint gewiß, daß Bem ſich nach Siebenbürgen zurückgewandt hat, um den Ruſſen entgegenzutreten. Weiter ſchreibt man der Allg. Ztg: In Temesvar glaubte man, daß auch das dortige Cernirungscorps, welches in den letzten Tagen Anſtalten zur Beſchießung der Feſtung gemacht hatte, ſich nächſtens zurückziehen werde, da die Vorhut des Jellacic'ſchen Corps unter General Ottinger ſchon die Donau überſchritten hatte und zur Entſetzung der Feſtung heranrückte. Die ſelbſt im Hauptquartier verbreitete Nachricht von der Uebergabe der Feſtung Arad war falſch. Bei dem Anrücken der ruſſiſchen Truppen haben ſich in Siebenbürgen die Walachen neuerdings gegen die magyariſche Regierung erhoben und trotzen in den Bergen den Proclamationen und Drohungen Bems. Koſſuth iſt am 5. Juni Abends in Peſth angelangt. Der Pöbel jubelte ihm entgegen, die Bürger aber verhielten ſich ziemlich ſtille, den nahen Wechſel der Dinge ahnend. Die Blätter „Peſti Hirlap" und „Fünfzehnte März" tadeln die Saumſeligkeit in Unterſtützung der executiven Gewalt. In Debreczin ſelbſt wurde der Name „Republik" gar nicht erwähnt, auch kommt derſelbe in keinen Erlaſſen der Inſurgentenregierung vor; die Anekdote mit dem Hurrah-Bericht Görgey's und der republikaniſchen Antwort iſt eine Peſther Journalerfindung; Görgey wurde zum Feldmarſchallieutenant in Debreczin ernannt, und dieſe Ernennung durch eine Deputation ihm kundgemacht. Um Raab und Preßburg dauern die Truppenbewegungen fort, doch kam es noch zu keinem Gefecht. Görgey ſoll mit einem ſtarken Corps in Scharvar ſein, auf der Straße von Papa nach Körmend und Güns, wo für jetzt die ſchwächſte kaiſerliche Abtheilung ſteht, welche indeſſen durch die Truppen Schwarzenbergs bald verſtärkt werden kann. Geſchieht dies, ſo iſt es wahrſcheinlich, daß die Inſurgenten ſchnell eine andere Richtung nehmen, um die kaiſerlichen Truppen zu ermüden, und endlich mit Uebermacht an einem Punkt anzugreifen, was jedoch bei der concentrirten Stellung der Armee ihnen nicht ſo leicht gelingen wird.

Man ſchreibt dem C. Bl. a. B. aus Buchareſt vom 29. Mai: „Aus Siebenbürgen erfahren wir aus ſicherer Quelle, daß die Bem'ſchen Inſurgenten den evangeliſch-ſächſiſchen Superintendenten Binder, und den Pfarrer Roth ſtandrechtlich erſchoſſen haben ſollen, wogegen andererſeits die Szekler, durch die Kunde der ruſſi-

№ 163. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 15. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Tagesbefehl des Generals v. Peucker. Der Mordanfall auf den Prinzen von Preußen. Die Preußen in Landſtuhl und Kaiſerslautern). Wien (Prinz Luitpold von Baiern. Verwundete aus Ungarn. Kriegsnachrichten. Vermiſchtes. Fürſt Paskewitſch in Krakau. Die flüchtigen Huſaren). Berlin (Die Abreiſe des Prinzen von Preußen. Die preußiſche Intervention in Süddeutſchland). Breslau (Cholera). München (Hr. v. d. Pfordten nach Wien. Die Stimmung der deutſchen Partei. Finanzverlegenheit. Briefpoſttarif). Ansbach (Exceſſe). Stuttgart (Die Regentſchaft und General v. Miller). Hannover (Der Zollverein). Darmſtadt (Siegreiche Gefechte mit badiſchen Freiſchärlern. Preußiſche Truppen eingerückt. Beſchluß des conſtitutionell-monarchiſchen Vereins). Worms (Zuſammentreffen zwiſchen Preußen und Rheinpfälzer). Mainz (Die Theilnahme an der Wahl für Stuttgart. Die Freiſchaarenführer. Hr. Zitz auf Ebernburg. Die Proclamation des General Hirſchfeld). Niederingelheim (Entwaffnung). Von der Bergſtraße (Bevorſtehender Angriff. Badiſche Gefangene). Wiesbaden (Verhaftungen und Hausſuchungen). Schleswig (Die Ueberrumpelung). Horſens (Eine Abtheilung kurheſſiſcher Huſaren gefangen).

Italien. Rom (Der Fortgang des Kampfes). Venedig (Die Belagerung). Turin (Wiederaufnahme der Friedensunterhandlungen mit Oeſterreich. Die Krankheit des Königs).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 15. Juni).

Deutſchland.

Υ **Frankfurt,** 15. Juni. General v. Peucker hat den folgenden Tagesbefehl erlaſſen: „Soldaten des Neckar-Corps! Aus den verſchiedenſten Volksſtämmen Deutſchlands ſeid ihr unter meinem Befehl vereinigt, um durch die Bekämpfung der Anarchie unſerm großen deutſchen Vateelande Frieden und Wohlſtand und geſetzliche Freiheit wieder zu gewinnen. Wenn dieſes Ziel nur durch ernſten Kampf erreicht werden und letzterer ſchon in einigen Tagen beginnen kann, wird Deutſchland, Europa, mit Aufmerkſamkeit euren Thaten folgen. Die glänzenden Züge der Pflichttreue und kriegeriſchen Entſchloſſenheit, welche ſchon aus den erſten Waffenthaten des Corps hervorleuchten, rechtfertigen die feſte Zuverſicht, daß der edle Wetteifer aller Theile des Corps demſelben den Ruhm der Tapferkeit und Disciplin zu bewahren wiſſen wird. Unſer Ruf ſei: Vorwärts mit Gott für Recht und Geſetz! Hauptquartier Zwingenberg, den 13. Juni 1849. Abends 5 Uhr. (gez.) v. Peucker.

† **Frankfurt,** 15. Juni. Es curſirt allgemein die Nachricht, daß auf Se. königl. Hoh. den Prinzen von Preußen bei ſeiner Reiſe von Mainz nach Kreuznach geſchoſſen worden ſei. Wir ſind in der Lage hierüber einige, von einem Augenzeugen herrührende nähere Mittheilungen machen zu können. Der Prinz hatte am 12. d. M. Abends 9 Uhr, nach genommenem Pferdewechſel Niederingelheim verlaſſen, und fuhr mit einem der Herren ſeines Gefolges auf der Straße gegen Bingen voran, gefolgt durch einen zweiten Wagen, in welchem ſich ein Officier, ebenfalls aus dem Gefolge Sr. königl. Hoheit, befand. Beide Wagen waren durch einen Raum von etwa 200 Schritten getrennt. In geringer Entfernung von dem Flecken fiel aus dem hohen Korn ein Schuß, der den reitenden Poſtillon des zweiten Wagens, in welchem ſich dee Prinz nicht befand, traf und im Schenkel verwundete. Nachdem der Poſtillon in den Flecken zurückgebracht und ſeine Stelle durch einen der begleitenden Bedienten erſetzt war, erreichte der Wagen bald den des Prinzen, ſo daß Se. königl. Hoh. erſt durch die Erzählung des Officiers von dem Vorgange unterrichtet worden iſt. Ob derſelbe einen Angriff auf die Perſon des Prinzen hat bedeuten ſollen, iſt ſo wie die Sache liegt möglich, indeß durch nichts motivirt.

⁝ **Frankfurt,** 15. Juni. Auf der Börſe will man wiſſen, daß die Preußen bereits in Kaiſerslautern eingerückt ſind. Auf ernſtlichen Widerſtand werden ſie in der Pfalz nach allen Nachrichten ſchwerlich ſtoßen. In Baden dagegen wird jedenfalls Widerſtand verſucht werden. Doch hat Mieroslawski in Heidelberg die Gegenwehr als vergeblich bezeichnet.

Frankfurt, 15. Juni. Heute früh iſt hier die zuverläſſige Nachricht aus Rheinbaiern eingegangen, daß die von Saarbrücken und von St Wendel vorgedrungenen k. preußiſchen Truppen bereits in Landſtuhl (eine Poſtſtation von Kaiſerslautern) ſtehen. (O. P. Z.)

Wien, 10. Juni. Fürſt Paskewitſch iſt in Krakau angelangt, mit ihm reiſten die Großfürſten Michael (Bruder des Kaiſers) und Conſtantin (jüngerer Sohn des Kaiſers), die nach Wien kommen und unſern Kaiſer zur Armee begleiten ſollen. Man behauptet, daß Paskewitſch geäußert habe, am 17. in Eperies ſchlafen zu wollen; alſo ſcheint er die Dembinski'ſchen Verhaue im Duklaer Paß nicht zu fürchten und, indem er von Dukla fünf Tagmärſche bis Eperies hat, den 12. ſeine Bewegungen beginnen zu wollen. (Allg. Z.)

△ **Wien,** 11. Juni. Geſtern kam Prinz Luitpold von Baiern hier an und begab ſich ſogleich mit dem bairiſchen Geſandten Grafen Luxburg nach Schönbrunn, um dem Kaiſer ſeine Aufwartung zu machen und ihm den St. Hubertusorden zu überreichen.

* **Wien,** 11. Juni. Heute Nacht ſind ſtarke Transporte von Verwundeten angelangt, welche zur beſſeren Verpflegung in den hieſigen Spitälern untergebracht werden. Als die deſertirten Palatinal-Huſaren aus Oberöſterreich in die Gegend von Gloggnitz kamen, ſetzten ſie dem Grafen Sandor, welcher ſich eben mit ſeiner ungariſch gekleideten Dienerſchaft dort befand und ſie beſchwichtigend anredete, die Piſtole an die Bruſt. Sie zogen dann weiter über Aſpang nach Steiermark und ſind nach Einigen in Hartberg gefangen genommen worden, nach Andern aber glücklich entkommen. Bei Szered hörte man geſtern heftigen Kanonendonner und da die bei Preßburg lagernden Ruſſen Befehl erhielten, wieder dorthin zu marſchiren, ſo vermuthet man ein bedeutenderes Treffen in jener Gegend. Hingegen heißt es, daß die Ungarn in der Nähe von Güns ſich befinden, was aber vielleicht durch den Vorbeimarſch der deſertirten Huſaren zu erklären iſt; letztere hatten einen Kampf mit nacheilenden Jägern zu beſtehen und ließen über 20 Todte auf dem Platze, während ſie ſelbſt in wilder Flucht bei Kirchſchlag die Grenze überſchritten. Ein Getreideſchiff, welches von Preßburg abwärts ruderte, wurde als verdächtig angehalten und unterſucht, man ſoll mehrere Kanonenläufe darauf gefunden haben. Das italieniſche Regiment Zanini, welches ſich gegen die Magyaren zu fechten geweigert haben ſoll, liegt gegenwärtig in Ollmütz in Garniſon.

Wien, 11. Juni. Die Wiener Ztg. bringt folgende telegraphiſche Nachricht: „Heute Nacht 1 Uhr verſuchte eine Colonne von 108 Huſaren durch St. Michael, Leoben und Bruck durchzubrechen, was jedoch mißlang. Von den Huſaren ſind todt 12 Mann, verwundet 14 Mann, Gefangene 72 Mann; von Bianchi Infanterie ſind 3 Mann bleſſirt."

Berlin, 12. Juni. Die Abreiſe des Prinzen von Preußen an den Rhein zur Uebeenahme des Oberbefehls über die preußiſchen, beziehungsweiſe Reichstruppen, iſt ein wichtiges Ereigniß, an das ſich die bedeutendſten Folgen knüpfen können. Dieſe Abreiſe nämlich hängt zuſammen einerſeits mit der hier eingegangenen Proteſtation der öſterreichiſchen Regierung gegen den beabſichtigten Einmarſch preußiſcher Truppen in Süddeutſchland, andererſeits mit der Seitens der proviſoriſchen Centralgewalt beliebten *) Verabſchiedung des Generallieutenants v. Peucker von dem Obercommando der Reichsarmee und Uebertragung deſſelben an den Prinzen Emil von Heſſen-Darmſtadt. Oeſterreich ſtützt ſeine Proteſtation auf die Abſicht, ſelber in den inſurgirten ſüddeutſchen Ländern zu interveniren und ſich dazu ſeiner in Böhmen ſtehenden Truppen zu bedienen, die in dieſem Fall durch ruſſiſche würden erſetzt werden. Auf Eingang dieſer Nachrichten hat man ſich hier zu entſcheidenden Schritten entſchloſſen, in Folge deren der Peinz von Preußen an den Rhein abgereiſt iſt. Ueber den Ausgang dieſer Miſſion muß man um ſo mehr geſpannt ſein, als ſich an denſelben nicht nur der Zurücktritt des Prinzen Emil vom Obercommando, ſondern auch der unverzügliche Einmarſch der preußiſchen Truppen in die inſurgirten ſüddeutſchen Länder knüpfen wied. (Nat. Z.)

Conſt. Corr. **Berlin,** 13. Juni. Wir ſind heute ſchon in den Stand geſetzt, die wahren Urſachen der Verzögerung der preuß. Intervention in Süddeutſchland mitzutheilen und ein trauriges Bild deutſcher Einheitsbeſtrebungen offen zu legen. Wir wiederholen dabei auf das Beſtimmteſte die Behauptung, daß Berlin, in Bezug auf die von hieraus ausgehende Leitung antipreußiſcher Intriguen, gegen Frankfurt in keiner Weiſe zurückſteht.

Das ſchon ſeit länger als 6 Monate überall ſichtbar geweſene Beſtreben der öſterreichiſchen Partei in der Paulskirche es zu

*) Doch wohl im äußerſten Fall nur beabſichtigten. Die wirkliche Ernennung des Prinzen Emil iſt keineswegs erfolgt.

keiner Einheit in Deutſchland kommen zu laſſen, in der Preußen die Spitze bilden würde, einer Partei, welche ſich nicht ſcheute, ſich in den entſcheidenden Momenten mit der äußerſten Linken zu verbinden, und der wir weſentlich die Veränderungen zu danken haben, welche bei der zweiten Leſung in die Reichsverfaſſung gekommen ſind und ſie unannehmbar gemacht haben, dies Beſtreben ſetzt jetzt die Diplomatie, die im öſterreichiſchen Intereſſe ſteht, getreulich fort. Dieſe öſterreichiſche Intrigue entwickelt jetzt in Frankfurt eine Thätigkeit, die noch nie ſo offen an das Tageslicht getreten iſt. Während ſie bisher ſo viel als möglich das Dunkel des diplomatiſchen Verkehrs ſuchte, tritt ſie jetzt ſtündlich mehr mit dem unverhehlten Haß gegen Preußen hervor und ſucht auf alle Weiſe das Zuſtandekommen deutſcher Einheit, wie ſie von Preußen, Sachſen und Hannover geboten wird, zu hintertreiben oder wenigſtens Aufenthalt hervorzubringen. Sie verſchmäht für ihren Zweck kein Mittel der Schmeichelei, der Lüge und ſcheut ſelbſt die Drohungen nicht, die ebenſo gegen die ſchwankenden Cabinette wie gegen einzelne einflußreiche Perſonen gerichtet werden. Nachdem Grävell aus dem Reichsminiſterium geſchieden, iſt dies Miniſterium vollkommen öſterreichiſch. Der einſtweilige Präſident deſſelben, v. Wittgenſtein, in Abhängigkeit von dem Prinzen Emil von Heſſen, kaiſerl. königl. Feldmarſchalllieutenant, erhält ſeine Inſtructionen von dem Grafen Rechberg, öſterreichiſchen Bevollmächtigten in Frankfurt Ueber die Geſinnung dieſer drei Männer iſt in Frankfurt Niemand im Zweifel. Daß ſie die entſchiedenſten Gegner Preußens ſind, iſt allgemein bekannt. Prinz Emil commandirte, was zu ſeiner Characteriſtik gehört, im Jahre 1813 Rheinbundstruppen und war der von Napoleon auserſehene König von Preußen. Es iſt derſelbe, der in der Schlacht bei Leipzig mit einem „en avant roi de Prusse!" begrüßt wurde. Statt einer Krone ging der Prinz preußiſcher Gefangenſchaft entgegen, in welcher er nicht ſonderlich freundlich behandelt worden ſein ſoll, was den Grund zu ſeinem Haſſe gelegt hat.

Ob der Reichsverweſer, der den Boden unter ſich ſchwanken und zuſammenbrechen läßt, es vollſtändig überſieht, zu welchen unwürdigen Mitteln man ihn jetzt gebraucht, laſſen wir dahin geſtellt ſein. Faſt möchten wir daran zweifeln, wenngleich er bis jetzt keiner ſolchen Intrigue entgegengetreten iſt, vielmehr auch ſeinerſeits dazu beigetragen hat, dem wahren deutſchen Intereſſe zum Vortheile Oeſterreichs entgegen zu wirken.

In der letzten Zeit konnte man ſich nicht verhehlen, daß die ſüdweſtlichen deutſchen Regierungen dem Bunde mit Preußen beitreten würden, ſobald ihnen von Preußen her Hilfe gegen die im eigenen Lande herrſchende Anarchie zu Theil würde. Dieſe entweder ganz zu verhindern, oder aber doch ſo lange zu verzögern, bis auch Oeſterreich und Baiern mit Truppenmacht am Rheine erſcheinen können, war das lebhafte Beſtreben der öſterreichiſchen Partei.

Die Intriguen begannen noch vor dem Ausſcheiden Grävell's. Es erſchien in Frankfurt, von Berlin kommend, ein gewiſſer Damitz, früher preußiſcher Officier, der vor Jahren aus dem Dienſte entfernt und mit mehrjähriger Feſtungshaft beſtraft wurde, und nicht mit dem militäriſchen Schriftſteller Obriſtlieutenant v. Damitz zu verwechſeln iſt. Er wurde, wie wir hören, durch den ehrenwerthen Abgeordneten v. Bally, der unausgeſetzt in dem lebhafteſten Verkehr mit dem Grafen Rechberg ſteht, bei dem Reichsminiſterium als ein vertrauter Abgeſandter eingeführt und erklärte, die preußiſche Regierung ſei erbötig, dem Reichsverweſer eine Armee von 10,000 Mann zur Dispoſition zu ſtellen, wünſche aber ihre Truppen nur als eine Reſerve verwendet zu ſehen. Grävell, dem keine Vollmacht gezeigt werden konnte, traute nicht, und dieſer obſcure Geſandte verſchwand bald wieder vom dortigen Schauplatze, da ihn der preußiſche Bevollmächtigte mit Recht völlig desavouirte. Der Fürſt Wittgenſtein hat indeſſen doch nach dem Abtreten Grävell's dieſen unbefugten Vorſchlag eines politiſchen Abenteurers als Haken benutzt, um ſeine Intriguen daran zu hängen. Es wurde nämlich vom Grafen Rechberg die Erklärung abgegeben, Oeſterreich wolle nicht zurückbleiben, und ſtelle daher dem Reichsverweſer 17,000 Mann als Reichstruppen zur Dispoſition, von denen 10,000 Mann ſich bereits in Tirol und Voralberg befänden, 7,000 Mann aber aus Böhmen beordert wären. Der Fürſt Wittgenſtein ſchlug nun dem Reichsverweſer vor, aus dieſen 27,000 Mann Oeſterreichiſchen und preußiſchen Truppen, ferner aus einer baieriſchen und würtembergiſchen Diviſion und endlich aus den Truppen im Großherzogthum Heſſen und in Frankfurt, welche der General v. Peucker commandirt, ein Reichsheer zu formiren und dies unter den Befehl des Prinzen **Emil von Heſſen** zu ſtellen.

Da nun jene 17,000 Mann Oeſterreicher gar nicht exiſtiren, Preußen nicht daran gedacht hat, dem Erzherzog Reichsverweſer 10,000 Mann anzubieten, die baieriſche Regierung erklärt, ihre Truppen zur Wiedereroberung der Pfalz nöthig zu haben, und die würtembergiſchen Truppen ſich in einem Zuſtande völliger Indisciplin befinden, der es unmöglich macht, ſie im Felde zu gebrauchen, ſo reducirte ſich die factiſche Folge der vorgeſchlagenen und vom Reichsverweſer angenommenen Maßregel darauf, daß die jetzt von dem preuß. General v. Peucker commandirte Diviſion dieſem entzogen und unter den öſterr. General Prinz Emil geſtellt worden ſein würde. Dies würde natürlich jede preußiſche Operation gegen Baden vorläufig gelähmt und die Regierungen beider Heſſen, Baden's und Naſſau's wieder mehr zur Centralgewalt hinübergezogen haben. Die Diviſion des Gen. v. Peucker enthält die ſämmtlichen großh. heſſiſchen Truppen, die Mecklenburger, Kurheſſen, Naſſauer, 1 Baieriſches Bataillon, 2 Würtemberger, 2 Oeſterreicher, 2 Preußen und 1 Frankfurter, zuſammen 22 Bataillone. Den Hauptbeſtandtheil bilden die Großherzoglich Heſſiſchen Truppen unter dem General v. Schäffer. Der Graf Rechberg übernahm es, die Zuſtimmung der ſo am meiſt betheiligten Regierung einzuholen, und eilte deshalb nach Darmſtadt. Zugleich ging der General Jochmus nach Coblenz zum Großherzog von Baden, um dieſen zu veranlaſſen, ſeinen Antrag um Preußens Hilfe zurückzunehmen und die Herſtellung der Ordnung in ſeinem Lande durch Oeſterreichiſche, Baieriſche und Würtembergiſche Truppen der Centralgewalt zu überlaſſen.

Wie wir ſo eben hören, iſt indeſſen dieſer Plan an der Feſtigkeit der großherzogl. heſſiſchen Regierung geſcheitert, indem dieſe erklärt hat, den Oberbefehl über ihre Truppen einem andern als preußiſchen General nur dann übertragen zu wollen, wenn die preußiſche Regierung dies ausdrücklich verlangt. Ebenſo wenig günſtigen Erfolg hat die Sendung des Generals Jochmus gehabt. Der Großherzog von Baden findet es ſicherer mit Preußen zu gehen, als ſich auf die Centralgewalt und ſomit mittelbar auf Oeſterreich zu ſtützen, was jetzt ſelbſt der Hilfe bedarf.

Unter dieſen Umſtänden, und da unzweifelhaft der Kurfürſt von Heſſen, der Herzog von Naſſau und der Großherzog von Mecklenburg ihre Truppen ebenfalls unter dem General v. Peucker belaſſen werden, bleibt für den Prinz Emil, bis jene 17,000 fraglichen Oeſterreicher erſcheinen, nur ein Commando, welches ſich beſchränken wird auf zwei Bataillone Oeſterreicher aus Mainz, ein Bataillon Frankfurter und zwei Bataillone Würtemberger, die in Frankfurt ſtehen. Der Prinz wird daher das Commando über das Reichsheer wohl ſobald nicht antreten.

Wenngleich nun auf dieſe Weiſe die Gefahr für jetzt beſeitigt iſt, ſo zeigt ſich doch hieraus deutlich, wie nothwendig es war, daß, ſobald als irgend möglich, ein preußiſcher Oberbefehlshaber nach dem Rheine geſchickt wurde, der über hinreichende militäriſche Kräfte gebot, um den mit der Anarchie im Kampfe begriffenen Regierungen zur Stütze zu dienen.

Breslau, 12. Juni. Nach den polizeilichen Anmeldungen hat die Cholera auch während der drei letzten Tage an Intenſität nicht abgenommen. Am 10. erkrankten 114, ſtarben 48 und genas 1; am 11. erkrankten 111, ſtarben 46 und genaſen 10, und am 12. erkrankten 131, ſtarben 54 und genaſen 21 Perſonen. In dieſen Tagen ſind die Profeſſoren Regenbrecht und Pohl von der hier herrſchenden Epidemie befallen und hinweggerafft worden.

0 **München**, 13. Juni. Zur Unterſtützung des Prinzen Luitpold in ſeiner diplomatiſchen Miſſion beim Wiener Hofe iſt kein Geringerer abgegangen, als der Miniſter des Auswärtigen ſelbſt. Hr. v. d. Pfordten reiſte noch am geſtrigen Abend ab und wird ſich, wenn er ſeine Aufgabe in Wien vollendet glaubt, von dort nach Berlin begeben, um das baieriſche Reichsverfaſſungsproject durchzuſetzen. Es iſt beſonders das Directorium, auf welchem die baieriſche Regierung beſteht und es iſt nicht zu leugnen, daß ſie im Streben danach weitaus vom größten Theile des baieriſchen Volkes unterſtützt wird, das ſeit langer Zeit dem preußiſchen Könige abgeneigt, durch das Benehmen ſeiner Regierung in den jüngſten Tagen zu wahrhaft fanatiſchem Haſſe gegen ihn und gegen ſein Cabinet entflammt wurde. Die deutſche Partei in Baiern hätte ſich den preußiſchen Kaiſer gefallen laſſen, wenn ſie mit ihm und durch ihn die Reichsverfaſſung mit dem Reichswahl-

geſetz erlangen konnte; aber gegen ein preußiſches Erbkaiſerthum, das nicht auf dieſe Grundlage erbaut würde, dürfte ſich in Baiern eine mächtige Oppoſition erheben. Sollte das gegenwärtige Miniſterium vor der nächſten Kammer endlich doch zurücktreten und durch ein liberaleres erſetzt werden, ſo bliebe auch dieſem kaum etwas übrig, als am Directorium feſtzuhalten, falls nicht bis dahin große Ereigniſſe der deutſchen Sache eine andere Wendung geben ſollten. Die neuen Kammern werden ſehr bald zuſammentreten; die Wahlen ſollen ſogleich nach Pfordtens Rückkehr ausgeſchrieben werden. Gleich nach Vollendung der Wahlen wird der Landtag einberufen, damit er ſofort über das Reichswahlgeſetz und ein ihm anzuſinnendes Anlehen in Berathung trete; denn die Staatskaſſen ſind zum Erſchrecken leer, das Militär verſchlingt ungeheuere Summen, und es fließen bereits Gelder in die Kriegskaſſe, die urſprünglich vom Landtage zu ganz andern Zwecken beſtimmt waren. Unter Andern wurde von der Million, welche die Kammer 1848 zum Aufhelfen der Induſtrie votirte, die noch nicht verausgabte zweite Hälfte in die Militärkaſſe hinübergeſpielt. Aber auch dieſe Hilfskaſſen ſind leer und Lieferanten, die auf baare Bezahlung accordirt hatten, klagen bereits um große Summen bei den Gerichten. Das geſtern ausgegebene Regierungsblatt brachte den neuen Briefpoſttarif, wonach für jeden ein Loth ſchweren Brief in Baiern bis zu 12 Meilen 3 kr. und bis zur Grenze 6 kr. bezahlt wird. Druckſachen unter Kreuzband zahlen durch ganz Baiern, wenn ſie frankirt werden, 1 kr. per Loth. Der Tarif tritt vom 1. Juli an ins Leben.

Aus **Ansbach**, 12. Juni, wird von Exceſſen berichtet, zunächſt veranlaßt durch Chevauxlegers, die ein Wirthslocal zu demoliren Miene machten. Die Aufregung wurde geſteigert durch die gleichzeitige öffentliche Verhandlung eines Hochverrathsproceſſes. Das „Nichtſchuldig" der Geſchwornen wurde von den Gallerieen mit Jubelruf aufgenommen, und darauf der Saal auf Befehl des Präſidenten geräumt. Der Stadtcommandant, der ſich hierbei perſönlich betheiligte, wurde ſpäter auf der Straße von der verſammelten Menge mit Pfeifen und Ziſchen empfangen u. ſ. w. Zur Nacht war die Ruhe wieder hergeſtellt.

Stuttgart, 12. Juni. Morgens. Zum zweitenmal hat die Regentſchaft dem würtembergiſchen (Reichs-) General v. Miller den Befehl zugehen laſſen, ihr allein zu gehorſamen. Da dies nicht geſchehen wird, ſo erwartet man, daß die Regentſchaft ihn abſetzen werde, in welchem Fall das würtembergiſche Miniſterium, ſich im Conflict mit der Regentſchaft befindend, dieſer und ihren Anordnungen die Rechtsgültigkeit nicht zuerkennen könnte. Man iſt ſehr geſpannt, in welcher Weiſe dieſe Nichtanerkennung der Regierung erfolgen wird. (Allg. Z.)

N. C. **Hannover**. 11. Juni. Aus zuverläſſiger Quelle iſt die Nachricht mitzutheilen, daß das von der deutſchen Reform und anderen Zeitungen verbreitete Gerücht, als wolle Hannover ſich zum 1. Juli oder October dem deutſchen Zollverein anſchließen, gänzlich ungegründet iſt. Herr Stüve ſowohl als Herr v. Lehzen verſichern, daß die Regierung nicht daran denke.

) **Darmſtadt**, 14. Juni. Die Nachricht von dem Gefecht der Mecklenburger mit badiſchen Freiſchärlern im Odenwalde unweit Waldmichelbach hat ſich beſtätigt. Es fand am 12. d. M. bei Siedelsbrunn ſtatt, wo jene Truppen die nach der badiſchen Grenze Zurückfliehenden noch einholten und ihrer Nachhut einen Verluſt von 11 Todten, 3 ſchwer Verwundeten und 8 Gefangenen beibrachten. Die Mecklenburger hatten nur einen Todten. Heute erhalten wir eine neue Siegesnachricht vom rechten Flügel des Reichsheeres zwiſchen Lampertheim und Sandhofen, alſo unweit Mannheim. Die Freiſchärler ſollen hier eine nicht unbedeutende Schlappe erlitten, auch mehrere Geſchütze verloren haben. Von den Gefangenen ſeien 3 Officiere und 2 Gemeine nach Bensheim ins Hauptquartier gebracht, zwei aber, die durchaus keinen Pardon hätten nehmen wollen, auf der Stelle erſchoſſen worden. Auch wird erzählt, daß zwei Schwadronen badiſcher Dragoner zu den Reichstruppen übergegangen ſeien. Jedenfalls mehren ſich die Uebertritte badiſcher Soldaten mit dem Herannahen der Eröffnung der Kriegsoperationen, wenn ſie auch noch nicht in Maſſe erfolgten. Das ſcheußliche Attentat gegen den Prinzen von Preußen hat hier eine unbeſchreibliche Entrüſtung erregt. Wie wird es erſt auf die Preußen wirken? Von dieſen ſind heute Mittag 2050 Mann — 2 Bataillon Infanterie (vom 27. und 31. Regiment), 1 Schwadron Huſaren vom 12. Regiment und eine reitende Batterie von 8 Geſchützen — hier und ebenſoviel in den benachbarten Orten eingerückt. Die erſte Colonne der herannahenden Baiern beſteht aus 6000 Mann, wie man hört. Die commandirenden Generäle in der Bergſtraße hatten eine Beſprechung in Zwingenberg. General v. Schäffer war heute hier bei dem Großherzoge.

) **Darmſtadt**, 14. Juni. (Abends.) So allgemein auch heute hier die Nachrichten von weiteren ſiegreichen Gefechten zwiſchen den Reichstruppen und Freiſchärlern bei Sandhofen ꝛc. verbreitet waren, ſo hat man doch durchaus nichts Näheres darüber erfahren; ſie ſcheinen alſo nicht begründet. Dagegen erfährt man das Vorſchreiten der preußiſchen Truppen auf dem linken Rheinufer gegen die Pfalz, dem wohl bald auch das dieſſeitige gegen Baden folgt. Dieſes will man unter anderm auch darin angedeutet finden, daß der Eiſenbahnverwaltung die Weiſung geworden ſei, ſich bereit zu halten, um augenblicklich die unterbrochene Communication auf der Neckarbahn durch Herſtellung der weggenommenen Schienen wieder herzurichten. Der conſtitutionell-monarchiſche Verein dahier hat in ſeiner Sitzung von heute Abend einſtimmig beſchloſſen, unter näherer Erwägung der desfallſigen Gründe: 1) Die in Stuttgart als Nationalverſammlung fortagende Partei zu verwerfen ſammt allen ihren Beſchlüſſen und Maßregeln; 2) namentlich die von ihr eingeſetzte Regentſchaft zu verwerfen, die weder auf Gehorſam ein Recht habe noch verdiene; 3) jede Verwendung öffentlicher Gelder für jene Partei und ihre Regentſchaft zu verwerfen als ſchnöden Mißbrauch öffentlichen Gutes; 4) an das Volk in Würtemberg und in Stuttgart insbeſondere das Erſuchen zu richten, der ſogenannten Reichsverſammlung und ihrer Regentſchaft jede Unterſtützung zu verſagen, und ſich dieſer Erklärung des hieſigen Vereins anzuſchließen. Schließlich fordert derſelbe alle gleichgeſinnten Patrioten in ganz Deutſchland auf, daſſelbe zu thun.

Worms, 13. Juni. Heute gegen Abend kam es bei Niedesheim zwiſchen den preußiſchen Huſaren und den rheinpfälziſchen Soldaten zu einem Zuſammentreffen. In Niedesheim waren nämlich 150 Mann Volkswehr, lauter gediente baieriſche Soldaten eingerückt, um von den Bauern Pferde zur Errichtung von Cavallerie zu requiriren. Die Bauern weigerten ſich, ihre Pferde herzugeben, und holten von Weinsheim eine Abtheilung der preußiſchen Huſaren, etwa 300 Mann. Dieſe rückten von zwei Seiten in Niedesheim ein, worauf es zu einem kleinen Gefecht kam, bei dem es 5 Todte und 3 Verwundete auf pfälziſcher, 3 Todte und 1 Verwundeten auf preußiſcher Seite gab.

§ **Mainz**, 14. Juni. Zur Charakteriſtik des Umſchlags der Geſinnung in unſerem Landvolk bemerken wir, daß bei der letzten Wahl für Stuttgart die von den Landgemeinden abgeordneten Wahlmänner ſich in überwiegender Mehrzahl des Wählens durchaus enthalten haben. Die größere Anzahl der Gemeinden war gar nicht vertreten. Unter den hieſigen Wahlmännern ſind gar viele, von denen ſich Niemand eine ſolche Abſtimmung erklären kann. Das in Localangelegenheiten öfters gutunterrichtete ultramontane Mainzer Journal erzählt, daß von einem Beauftragten der Freiſchaarenführer bei der hieſigen Behörde um vollſtändige Amneſtie nachgeſucht worden ſei, wogegen ſie die Waffen niederlegen würden. Das Blatt bezeichnet den Beauftragten ſogar mit den Anfangsbuchſtaben ſeines Namens. Die Antwort ſoll, namentlich rückſichtlich der Anführer eine rundweg abſchlägige geweſen ſein. Die demokratiſchen Organe werden nicht umhin können, zu erklären, ob und in wiefern jene Erzählung richtig iſt. Am Eingange des Nahethals oberhalb Kreuznach auf der Bergveſte Ebernburg, gedeckt von den Felſenneſtern „Gans" und „Rheingrafenſtein", alſo auf der alten Stammburg des hochberühmten und vielbeſungenen Kämpen der alten deutſchen Feudal-Freiheit, Franz von Sickingen, hauſt jetzt mit ſeinen Mannen und Reiſigen der Advokat Zitz, der an ſtattlichem Aeußern und perſönlichem Muth, wie ſeine Freunde verſichern, jenem kaum nachſtehen dürfte; wie jener nach einer für ewig verlornen, ſo ſchaut dieſer nach einer nie zu erreichenden deutſchen Freiheit. Die Veſte ſoll für jeden Angriff gerüſtet ſein und es ſteht wohl richtig, daß dies ein ſtrategiſch wichtiger Punkt iſt. Nichts deſto weniger hat General Hirſchfeld dieſelbe umgangen oder wie Andere ſagen, er iſt daran vorbeigegangen. Allgemein auffallend erſcheint hier, daß der General ſeine Proclamation auch an die Bewohner von Rheinheſſen richtet. Er betrachtet alſo auch unſere Provinz als im Aufſtande begriffen, während allenthalben die tiefſte Ruhe herrſcht. Die meiſten wohlhabenden Eltern, die Söhne bei den Freiſchärlern

Denkſchrift

zu dem von den Königlichen Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover vorgelegten Entwurf der Verfaſſung des deutſchen Reichs: D. d. Berlin, 11. Juni 1849.

Indem die verbündeten Königlichen Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover die in ihrer gemeinſchaftlichen Eröffnung, d. d. Berlin, 28. Mai c., angezeigte Denkſchrift den ſämmtlichen deutſchen Regierungen in Gegenwärtigem zugehen laſſen, können ſie zunächſt nicht beabſichtigen, dem von ihnen dargebotenen Entwurf der Verfaſſung des deutſchen Reichs dadurch noch eine äußere Rechtfertigung zufügen zu wollen. Beruhigt in dem Bewußtſein, daß ſie die Forderungen der rechtlichen Freiheit und der geſetzlichen Ordnung auf gleicher Wage wogen und die ungeſchmälerten Reſultate ihrer gewiſſenhaften Prüfung in den Verfaſſungs-Entwurf niederlegten, haben ſie denſelben den Regierungen wie der Nation zu völlig freier Würdigung übergeben, in der Hoffnung, daß Einſicht, Gerechtigkeit und Patriotismus das öffentliche Urtheil leiten werde. Hierin auch liegt ihre Zuverſicht, daß eine raſche, einmüthige Zuſtimmung es möglich machen werde, die ſchweren Leiden der Gegenwart zu heben und unverzüglich dazu vorzuſchreiten, auf geſicherten Grundlagen das Gebäude aufzurichten, in welchem die deutſchen Fürſten und Stämme, die Einzelnen und die Geſammtheit, in Ehre und Sicherheit wohnen, und für die Wiedergewinnung und Mehrung deutſcher Macht und Größe unter Gottes Segen und Beiſtand erfolgreich wirken können. Was den verbündeten Regierungen nach Vorlage ihres Verfaſſungs-Entwurfes noch zu ſagen übrig bleibt, beſchränkt ſich auf eine Darlegung der Standpunkte, die ſie bei Anlage und Ausführung deſſelben eingenommen, auf eine Nachweiſung deſſen, was ſie auf dieſe Standpunkte hinführte und ſie von hier aus die bei den einzelnen Materien vorkommenden Grenzen ziehen ließ, auf eine Feſtſtellung der Beſtimmungen, deren Wortfaſſung über den Willen und die Abſicht der verbündeten Regierungen mögliche Zweifel laſſen könnte. Die Denkſchrift iſt hiernach nicht Commentar, ſondern authentiſche Interpretation des Entwurfs der Reichs-Verfaſſung, und als ſolche von dem Entwurfe ſelbſt untrennbar.

Das Reich.

Die National-Verſammlung zu Frankfurt a. M. legte ſich die Befugniß bei, eine Verfaſſung für das deutſche Reich endgültig zu beſchließen. Sie beſtimmte daher den Umfang dieſes Reiches nach dem Umfange des bisherigen deutſchen Bundes und ging darauf aus, ſämmtliche Glieder deſſelben zum Eintritt in den neuen Bundesſtaat zu verpflichten. Daher ſpricht der erſte Paragraph der dort entworfenen Verfaſſung einfach aus, daß das deutſche Reich aus dem Gebiete des bisherigen deutſchen Bundes beſtehe.

Die verbündeten Regierungen, welche ihren Entwurf zu einer Reichsverfaſſung hier vorlegen, ſind dagegen von der unwandelbaren Ueberzeugung geleitet worden, daß der Neubau der deutſchen Verfaſſung nur durch freiwillige Uebereinkunft der Regierungen unter ſich, und hiernächſt eben ſo freiwillige Zuſtimmung der Nationalvertretung rechtlich zu Stande kommen könne. Daher haben ſie in ihre Vorſchläge keine Beſtimmung aufnehmen können, welche für die Glieder des bisherigen deutſchen Bundes irgend einen Zwang in ſich ſchlöſſe; wie feſt und zuverſichtlich auch ihre Hoffnung ſei, daß der neue Bundesſtaat das geſammte Gebiet des Bundes von 1815 umfaſſen werde, ſo wird ſich doch dieſes Gebiet aus denjenigen deutſchen Landen bilden müſſen, deren Regierungen ſich dem vorgelegten Entwurfe anſchließen und deren Vertreter ihn in einem aus dieſen Landen einzuberufenden Reichstage annehmen. Hierdurch iſt die Faſſung des §. 1, wie ſie vorliegt, gerechtfertigt.

Wenn ſchon hieraus von ſelbſt einleuchtet, daß der neue Bundesſtaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutſchen Bundes, welche ſich ihm noch nicht anſchlieſen möchten, zunächſt in dem Verbande der Rechte und Pflichten verbleibt, die aus der Bundesakte vom 8. Juni 1815 erwachſen, ſo hat doch der Beziehungen zu Oeſterreich noch beſondere Erwähnung geſchehen müſſen. Die zu dem deutſchen Bunde gehörigen Theile Oeſterreichs ſind durch die dem Kaiſerſtaate verliehene Verfaſſung vom 4. März d. J. in ein ſtaatliches Verhältniß zu der öſterreichiſchen Geſammtmonarchie getreten, welches eine erneuerte Erwägung ihrer Stellung zu den übrigen Gliedern des deutſchen Bundes unabwendlich erſcheinen ließ. Hierzu, ſo wie zu einer umfaſſenden Vereinbarung zwiſchen dem öſterreichiſchen Geſammtſtaate und dem deutſchen Bundesſtaate die Wege völlig frei zu erhalten, iſt der Zweck des dem §. 1 beigefügten Zuſatzes.

Ueber die Verhältniſſe des Herzogthums Schleswig hat zur Zeit noch keine Beſtimmung erfolgen können; ſie bleibt dem Schluſſe der hierüber eröffneten Verhandlungen vorbehalten.

Hinſichtlich der Stellung des Herzogthums Limburg werden die Abänderungen, welche das bisherige vertragsmäßige Verhältniß deſſelben zum deutſchen Bunde durch die Annahme der Reichsverfaſſung erheiſchen könnte, der Gegenſtand weiterer Vereinbarung mit der königlich niederländiſchen Regierung ſein.

Die Reichsgewalt.

Die Befugniſſe der Reichsgewalt waren nach den Zielen zu beſtimmen und abzugränzen, die in Gemäßheit der Auffaſſung der verbündeten Regierungen dem Bundesſtaat als ſolchem vorgeſteckt ſind. Sie waren zu beſtimmen, inſofern die geſicherte Erreichung dieſer Ziele die der Reichs-Gewalt zu übertragenden Befugniſſe nicht entbehren kann; und abzugränzen, inſofern eben dieſe Befugniſſe im Intereſſe der Ehre und Selbſtſtändigkeit der Einzelſtaaten das Maaß des wirklichen Bedürfniſſes nicht überſchreiten dürfen.

Es kam daher vor Allem darauf an, ſich dieſer Ziele des Bundesſtaats, und zwar ſowohl im Gegenſatz zu dem Einheitsſtaat, als zu dem bloßen Staatenbund, deutlich bewußt zu werden und ſie dann in äußerer Erkennbarkeit aufzuſtellen.

Die Ziele des Bundesſtaates liegen innerhalb und außerhalb ſeiner Gränzen; hier maßgebend für ſein Verhältniß zum Auslande, und dort für ſein eigenes Leben und ſeine innere Geſtaltung.

Die verbündeten Regierungen wollen und bekennen für den Bundesſtaat

dem Auslande gegenüber:

Einheit und Macht, ein einiges, ungetheiltes mächtiges Deutſchland, eintretend an die Stelle Preußens, Sachſens, Hannovers und aller übrigen deutſchen Einzelſtaaten und deren beſonderen Intereſſen;

dem Inlande gegenüber:

ausſchließliche oder ergänzende Leiſtung deſſen, was der einzelne Staat entweder gar nicht oder nicht in erforderlichem Maße zu leiſten im Stande iſt;

durchgreifend endgültige Verfügung in Fällen, wo die Intereſſen der Einzelſtaaten ſich berühren, inſofern dieſe Staaten ſelbſt die Differenzen unter ſich nicht zum Abſchluß bringen und das Gemeinwohl die Regelung des geſtörten oder die Herbeiführung eines gebeſſerten Zuſtands fordert;

Vorzeichnung von Linien, auf denen ſich die Regierungen der Einzelſtaaten zur Förderung gemeinſamen Nutzens in Bildung oder Entwickelung gemeinſamer Inſtitutionen begegnen und einigen können.

Verhältniß der Reichsgewalt dem Auslande gegenüber.

Unter den Opfern, welche die Bildung des Bundesſtaates den einzelnen Gliedern des bisherigen deutſchen Bundes abfordert, iſt die Verzichtleiſtung auf die diplomatiſche Vertretung im Auslande, die Abſendung und den Empfang der Geſandten, eines der größten. Der deutſche Bund war als ein völkerrechtlicher Verein unabhängiger Staaten eingeſetzt; er konnte und mußte daher auch Jedem derſelben anheimſtellen, ſeine Intereſſen im Auslande ſelbſtſtändig vertreten zu laſſen. Das Recht der Bündniſſe und Verträge war keiner anderen Beſchränkung unterworfen, als daß keine dieſer Verbindungen gegen die Sicherheit des Bundes oder einzelner Glieder deſſelben gerichtet ſein dürfe. Allerdings war hierbei auch der Fall ausbedungen, daß der Bund für ſeine gemeinſchaftlichen Intereſſen Geſandte an fremde Mächte abordne, durch dieſelben Unterhandlungen für die Geſammtheit führe und Verträge abſchließe. Es iſt jedoch bekannt, daß dieſer Vorbehalt nie zur Ausführung gekommen iſt; der völkerrechtliche Verkehr Deutſchlands mit dem Auslande iſt ausſchließlich durch die diplomatiſchen Agenten der einzelnen Staaten an den fremden Höfen geführt worden.

Von dem Augenblicke an, als man die Nothwendigkeit erkannte, den völkerrechtlichen Verein in einen ſtaatsrechtlichen, den bisherigen deutſchen Bund in einen wahren Bundesſtaat zu verwandeln, konnte nicht daran gedacht werden, jenes Verhältniß fortbeſtehen zu laſſen. Soll der oberſte Grundſatz: daß Deutſchland dem Auslande gegenüber nur als ein einiger und ungetheil-

ter Körper auftrete, je zu wirklichem Leben gedeihen, ſo wird das Ausland auch nur den Geſammtſtaat kennen, nur mit dieſem verhandeln, nur mit dieſem Bündniſſe und internationale Verträge abſchließen können. Hierauf hat daher der zweite Artikel des erſten Abſchnitts des vorgelegten Verfaſſungs-Entwurfs fußen müſſen. Er hat den einzelnen Regierungen und hierunter auch ſolchen, die zu den Großmächten Europa's oder zu denen gehören, deren diplomatiſche Verbindungen mit den auswärtigen Höfen ſeit geraumen Zeiten beſtehen, das Anſinnen geſtellt, zu Gunſten der Reichsgewalt auf ihr Recht, ſtändige Geſandte zu ſenden oder zu empfangen, freiwillig zu verzichten, keine beſonderen Conſuln zu halten und ihre Befugniß zu Verträgen und Bündniſſen weſentlich zu beſchränken. Dieſe Opfer ſind ſehr groß; man darf ſich jedoch der Hoffnung hingeben, daß ſie von den deutſchen Regierungen und Stämmen als ſolche erkannt werden, welche unerläßlich ſind, um der Nation die Weltſtellung zu ſichern, die ſie in ihrer bisherigen Zerriſſenheit ſchmerzlich entbehrt hat und von dem Neubaue ihrer Verfaſſung zu erwarten entſchieden berechtigt iſt.

Wenn daher dieſer Grundſatz in dem vorgelegten Entwurfe volle Geltung finden mußte, ſo darf doch nicht überſehen werden, daß die Ausführung der hieraus gefloſſenen Beſtimmungen an mannigfache Uebergänge und nähere Erläuterungen gebunden iſt. Die Beziehungen, welche zwiſchen den deutſchen Einzelſtaaten und den auswärtigen Höfen beſtehen, können nicht von einem Tage zum anderen abgebrochen werden; auch wenn die vorgeſchlagene Reichs-Verfaſſung allſeitige Zuſtimmung findet, wird ſtets noch einige Zeit verfließen, ehe die völkerrechtliche Vertretung des Reiches im Auslande nach den verſchiedenen Seiten hin geordnet und in anerkannte Wirkſamkeit getreten iſt. Bis dahin werden die diplomatiſchen Agenten der einzelnen Staaten ihre Thätigkeit um ſo mehr fortzuſetzen haben, als ſonſt eine nur Deutſchland ſchädliche Unterbrechung in dem internationalen Verkehre eintreten würde. Ein Gleiches gilt für die bei den deutſchen Regierungen akkreditirten auswärtigen Geſandten, bei deren Abberufung zudem das Reciprocitäts-Verhältniß maßgebend ſein wird.

Aber auch dann, wenn nach vollkommen geordneten diplomatiſchen Beziehungen mit dem Auslande die einzelnen Regierungen weder ſtändige Geſandte halten noch empfangen werden, iſt doch nicht zu überſehen, daß für dieſe Regierungen das Bedürfniß fortbeſtehe, in einzelnen abgegrenzten Fällen ein beſtimmtes Intereſſe bei auswärtigen Staaten unmittelbar geltend zu machen. Die Entſendung eines beſonderen außerordentlichen Bevollmächtigten wird daher der betreffenden Regierung nicht ſtreitig zu machen ſein, ſobald deſſen Auftrag vorher zur Kenntniß der Reichsregierung gebracht und er ſelbſt angewieſen iſt, ſich mit der am Orte befindlichen ſtändigen Geſandtſchaft des Reichs ſtets im Zuſammenhange zu erhalten.

Gleichermaßen wird es den Einzelregierungen unbenommen bleiben, ſolche Intereſſen, welche aus verwandtſchaftlichen oder ſonſtigen Beziehungen fließen, durch beſondere Agenten zu wahren, inſofern dieſelben entweder ganz ohne völkerrechtlichen Charakter auftreten oder im entgegengeſetzten Falle der Reichsgeſandtſchaft überwieſen und zugetheilt werden.

Indem nach den §§. 6 und 7 die einzelnen Regierungen ihr Recht, beſonders Conſuln zu halten, der Reichsgewalt übertragen, übernimmt letztere auch ſelbſtverſtanden die Pflicht, die Intereſſen aller Angehörigen deutſcher Staaten überall genügend zu vertreten. Es wird daher jeder einzelnen Regierung die Befugniß zuſtehen, von der Reichsgewalt die Beſtallung eines Conſuls an einem auswärtigen Orte ſelbſt dann zu begehren, wenn nur allein ihre eignen Angehörigen mit dieſem Orte verkehren.

Aus demſelben Grundſatze fließt auch das Recht jeder Einzelregierung, über mangelhafte Vertretung dieſer beſondern Intereſſen durch den Reichsconſul, Beſchwerde zu führen und erforderlichen Falls die Abhülfe auch dadurch zu verlangen, daß eine Perſon ihres Vertrauens als Reichs-Viceconſul an demſelben Orte beſtellt werde.

Verhältniß der Reichsgewalt zum Inlande.

So viel das **Verhältniß des Bundesſtaates zu dem Inlande** betrifft, ſo konnte den verbündeten Regierungen auch hier über die aus den vorher bezeichneten Anforderungen fließenden Folgerungen kein Zweifel bleiben. Der Bundesſtaat ſoll ausſchließlich oder ergänzend dasjenige leiſten, was der einzelne Staat entweder nicht oder nicht im erforderlichen Maaße zu leiſten vermag. Hieraus folgt, daß er auch nur das und nicht mehr als das zu leiſten berechtigt werden durfte; daß der Selbſtſtändigkeit der einzelnen Staaten der ganze übrige Theil der Regierungs- und Machtbefugniſſe belaſſen und geſichert werden mußte; daß die Verfaſſung des deutſchen Bundesſtaates hier nach allen Richtungen hin einer falſchen Centraliſation zu begegnen hatte. Die verbündeten Regierungen glaubten dies durch Fernhalten der Reichsgewalt von der eigentlichen Adminiſtration und durch Begränzung des der Reichsgewalt zugetheilten Ober-Aufſichtsrecht gethan zu haben und durch die gegenwärtige Erklärung noch thun zu müſſen.

Die Befugniſſe der einzelnen deutſchen Regierungen, die der §. 8. der Frankfurter Aufſtellung ausdrücklich auf Gegenſtände des Privatrechts, des nachbarlichen Verkehrs und der Polizei beſchränkt, ſind in dem von den verbündeten Regierungen vorgelegten Entwurfe auf alle Gegenſtände ausgedehnt, die der Zuſtändigkeit der Reichsgewalt nicht verfaſſungsmäßig zugewieſen ſind.

Die Verfügung der Reichsgewalt über die geſammte bewaffnete Macht Deutſchlands (§. 11 d. F. A.) iſt auf die Fälle des Krieges oder nothwendiger Sicherheits-Maßregeln im Frieden zurückgeführt, und hiernach gleichzeitig der §. 81. zu bemeſſen.

Die §. 13 d. F. A. der Reichsgewalt ausſchließlich attribuirte Geſetzgebung und Organiſation des Heerweſens iſt auf eine allgemeine Geſetzgebung und auf die Ueberwachung und Durchführung derſelben in den einzelnen Staaten ermäßigt und dieſen Staaten dabei die ſelbſtſtändige Organiſation durchaus unverkümmert gelaſſen.

Die beſondere eidliche Verpflichtung gegen das Reich, die der §. 14. des Frankfurter Entwurfes der geſammten Heeresmaſſe in allen deutſchen Einzelſtaaten gleichmäßig auferlegt, iſt nur bei denjenigen Militärperſonen feſtgehalten, die, wie die von der Reichsgewalt ernannten Feldherren, die von dieſen zum ſelbſtſtändigen Commando einzelner Corps beſtimmten Generale, und die Gouverneure, Commandanten und höheren Beamten der Reichs-Feſtungen in ein beſonderes Pflichtverhältniß gegen das Reich getreten ſind; eine Einſchränkung, deren Nothwendigkeit nach den beklagenswerthen Vorgängen der letzten Zeit wohl allgemein einleuchtet.

Bei dem Schifffahrts- und Flößerei-Betrieb auf Flüſſen, Kanälen und Seen, welche mehrere deutſche Staaten im ſchiffbaren oder flößbaren Zuſtande durchſtrömen oder begränzen, iſt abweichend von dem §. 24. der F. A. der Reichsgewalt nur die Geſetzgebung und deren Ueberwachung zugetheilt, dagegen die Wahl der Verbeſſerungs-Maßregeln und deren Ausführung lediglich den betreffenden Regierungen überlaſſen worden.

Bei Anlage neuer Landſtraßen und Kanäle und bei Schiffbarmachung bis dahin nicht befahrener Flüſſe iſt der Reichsgewalt wieder nur die Anordnung zugeſtanden, ſelbſt dieſe jedoch in weſentlicher Einſchränkung des §. 32 der F. A. durch die vorgängige Verſtändigung mit den einzelnen Staaten bedingt, und eben dieſen Staaten auch die Ausführung und zwar auf Reichskoſten übergeben.

Bei Erhebung und Verwaltung der Zölle iſt der Reichsgewalt nur das Recht der Oberaufſicht vorbehalten, das Recht der eigenen Anordnung dagegen, das ihr der §. 35 der F. A. ebenfalls zutheilt, ausgeſchieden.

Der §. 36. der F. A., der der Reichsgeſetzgebung die Beſtimmung über die Gegenſtände überläßt, auf welche, und die Bedingungen und Beſchränkungen, unter welchen die einzelnen Staaten Productions- oder Verbrauchsſteuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen, iſt zwar beibehalten, es wird aber ausdrücklich erklärt, daß die dabei in Frage tretenden finanziellen Intereſſen der Einzelſtaaten in der Reichs-Zollacte gehörig gewahrt werden ſollen, ſo wie auch, daß es nicht in der Abſicht liegt, dadurch in den durch den Zollverein geordneten Verhältniſſen etwas zu ändern.

Unter Löſchung des 2ten und 3ten Abſatzes eben dieſes §. 35 und unter gleichzeitiger Abänderung des §. 49 iſt der Reichsgewalt ein unmittelbares Recht an irgend welchem Quantum der Landesſteuern in den Einzelſtaaten nicht zuerkannt, die Landesſteuern ſind vielmehr als ein ausſchließliches und unantaſtbares Eigenthum der Einzelſtaaten in verfaſſungsmäßigen Schutz genommen und, die Nothfälle der Anleihen und der Contrahirung von Schulden abgerechnet, die Einnahmen der Reichsregierung ein- für allemal auf die Bezüge der Matrikularbeiträge beſchränkt.

Die der Reichsgewalt zugeſtandene Einwirkung auf das Poſtweſen iſt unter Abänderung der §§. 41 und 42 der Fr. A. durchaus in den Schranken der Geſetzgebung und Oberaufſicht erhalten, und das der Reichsgewalt in jenen Paragraphen zugetheilte Recht der Erlaſſung und Durchführung von Vollzugsverordnungen, von reglementären

Verfügungen und der Uebernahme des deutſchen Poſtweſens für Reichsrechnung beſeitigt.

Die verbündeten Regierungen erklären zudem, daß ſie der Reichsgewalt durch die derſelben in den einzelnen Paragraphen vorbehaltene Oberaufſicht nur das Recht zugeſtanden haben, Beſchwerden entgegen zu nehmen, deren Abſtellung zu vermitteln, nöthigenfalls durch Entſcheidung des Reichsgerichtes zu erzwingen und unter allen Umſtänden durch Abordnung von Commiſſarien Kenntniß von dem Stande der ihrer Oberaufſicht unterliegenden Angelegenheiten und Verwaltungsgegenſtände zu nehmen. Alles jedoch mit der ausdrücklichen Maßgabe, daß die Einzelregierungen, dieſem Oberaufſichtsrecht der Reichsgewalt gegenüber, weder zu allgemeinen Berichterſtattungen, noch auch zur Einholung von Genehmigungen vor dem Ergreifen der betreffenden Regierungs- und Verwaltungsmaßregeln verpflichtet ſind.

Die verbündeten Regierungen ſind bei allen dieſen Abänderungen des Frankfurter Entwurfes der Ueberzeugung gefolgt, daß die Reichsgewalt nur dadurch die ihr im Bundesſtaate angewieſene hohe Stellung zum Segen des Ganzen einnehmen und ohne ſtörende Gegenwirkung der Einzelſtaaten behaupten könne, daß ſie ſich von einem Eingreifen in die innere Adminiſtration dieſer Staaten grundſätzlich fern halte, daß ſie namentlich Erhebung der Zölle und Abgaben, Leitung des Bauweſens, Uebung, Ausrüſtung und Verpflegung des Heeres, kurz Alles, was ſeiner Natur nach dem Bereiche der inneren Regierungsthätigkeit des einzelnen Staates angehört, auch zunächſt der ſelbſtſtändigen Anordnung und Ausführung der betreffenden Regierung völlig frei laſſe. Vornehmlich bei den beiden erſtgenannten Gegenſtänden, der Steuer-Erhebung und dem Bauweſen, hat ſich dieſe Ueberzeugung den verbündeten Regierungen zu beſonderer Stärke geſteigert. Die Finanz-Einrichtungen faſt jedes deutſchen Staates bilden in ſich geſchloſſene Syſteme, an welchen am wenigſten in einem Augenblicke ſo großer Erſchütterungen und ſo drohender Gefahren, wie der gegenwärtige, unvorſichtig gerüttelt werden darf. Der Verſuch, neben den beſtehenden verſchiedenen Steuer-Syſtemen der Einzelſtaaten ein neues Reichsſteuer- und Finanz-Syſtem zu gründen, würde gleichbedeutend ſein mit der Vernichtung der Ordnung und des Kredits in dieſen Staaten, ohne Garantie für das neu zu Schaffende, welche jederzeit erſt durch die Erfahrung gegeben wird. Aehnliches gilt über das Bauweſen, vorzüglich bei Strom- und Uferbauten, die für einzelne Landesſtriche wahre Exiſtenz- und Lebensfragen bilden. Nichts würde unzweckmäßiger und nachtheiliger ſein, als Bauwerke der letzteren Art direct von Reichs wegen, blos durch die Hand des Technikers und ohne eine daneben ſtehende, das Intereſſe des Bauherrn und der Nachbarn vermittelnde Landesbehörde zur Ausführung zu bringen. Der fernere Umſtand, daß ſich die Reichsgewalt hier bei eigener Bauführung zu den verſchiedenen Einzelſtaaten nicht mehr in dem gleichen, ſondern, nach dem größeren oder geringeren Bedürfniſſe dieſer Staaten, in einem verſchiedenen Verhältniſſe befinden würde, führt für eine gedeihliche Wirkſamkeit der Reichs-Gewalt auf die erheblichſten Bedenken. Klagen über unbillige Bevorzugungen und Begünſtigungen oder unerſprießliche Einmiſchung, Hemmung und Störung würden nicht ausbleiben. Es wäre ein Stoff ſteter Reibung und Unzufriedenheit geſchaffen, der in ſeiner Fortwirkung entweder die Reichsgewalt fortwährend paralyſiren oder die Selbſtverwaltung der deutſchen Länder in ihren wertheſten und theuerſten Intereſſen endlich gänzlich vernichten müßte.

Indem aber die verbündeten Regierungen die innere Adminiſtration der Einzelſtaaten von den Befugniſſen der Reichsgewalt ſtreng und völlig geſondert haben, iſt das der Reichsgewalt competirende Recht der durchgreifend endgültigen Verfügung in Colliſionsfällen der Einzelſtaaten, unter der vorangegebenen Bedingung, daß die Einzelſtaaten ſelbſt die von dem Gemeinwohl geforderte Erledigung der obſchwebenden Differenzen nicht zu richtiger Zeit herbeiführen, durchaus nicht geſchmälert worden; wie die aus der Frankfurter Aufſtellung unverändert beibehaltenen oder modifizirten §§. 21. 28. 30. 31. 38. 39 und 41, betreffend Unterhaltung von Schifffahrts-Anſtalten am Meere und in den Mündungen der deutſchen Flüſſe, des Schifffahrts-Betriebs und der Flößerei, der Eiſenbahnen, Landſtraßen, Kanäle, des Handels-, Gewerbe- und Poſtweſens, des Näheren ausführen. In dem Recht der Oberaufſicht und der Geſetzgebung, das in allen dieſen Adminiſtrations-Materien der Reichsgewalt verbleibt, ſind ihr die hinlänglichen Mittel zur Verfügung geſtellt, die betreffenden Differenzen entweder ſelbſt zu ſchlichten oder ihnen doch die Bahn einer verfaſſungsmäßigen, raſchen und gewiſſen Erledigung anzuweiſen. Die verbündeten Regierungen erblicken gerade in dieſer Thätigkeit der Reichsgewalt die Bedingung eines Zuſtandes, der bisher vielfach ſchwer empfunden wurde: die ſchützende Bürgſchaft gegen endloſe Streitigkeiten und die angemeſſene Sicherſtellung allgemeiner Volkswohlfahrt gegen die Partikular-Intereſſen der Einzelregierungen.

Die umfaſſendſte und fruchtbarſte Thätigkeit bleibt endlich der Reichsgewalt zu entwickeln in der Anbahnung gemeinſamer Inſtitutionen zum Nutzen der einzelnen Staaten und des geſammten Reichs. Hier hat ſich die Reichsgewalt recht eigentlich als Geſammt-Regierung des Reichs zu erweiſen, und in großen praktiſchen Gedanken und geeigneten Anregungen die Saaten dauernder Einigung niederzulegen und zu zeitigen. Die hauptſächlicheren Richtpunkte dieſer, das Bedürfniß und die Mannigfaltigkeit des realen Lebens umfaſſenden Thätigkeit ſind in den §§. 24. 32. 33. 41. 45. 46 und 64 der Frankfurter Aufſtellung vorgezeichnet und in dem jetzigen Entwurf unter den nöthigen Modificationen beibehalten: commerzielle und gewerbliche Vereinigungen, Erleichterung und Verbeſſerung ſämmtlicher Mittel des inneren Verkehrs, Einwirkungen auf die Verbeſſerung und Regelung des Poſtweſens durch die betreffenden Einzelſtaaten und die ſonſt Berechtigten, möglichſte Uebereinſtimmung in der Geſetzgebung und dem Gerichtsverfahren, Einheitlichkeit in Münze, Maaß und Gewicht. In dem Zollverein, einer Schöpfung, die ſelbſt unter dem bisherigen ſtaatenbundlichen Verhältniß in's Leben treten konnte, findet der Bundesſtaat für dieſen Bereich ſeiner Thätigkeit praktiſches Muſter. Daß dieſer Zollverein durch die vorgeſchlagene Verfaſſung nunmehr das geſammte Gebiet des Reichs in ſich begreifen werde, muß als einer der ſegensreichſten Fortſchritte für das nationale Leben angeſehen werden.

Das Reichs-Oberhaupt.

Bei Bildung der Reichs-Regierung kamen zunächſt die beiden großen prinzipiellen Gegenſätze der abſolut einheitlichen und der abſolut gemeinſchaftlichen höchſten Staatsleitung, die Form des erblichen Kaiſerthums und des Direktoriums, in Betracht. Für die erſtere Form hatte ſich die Verfaſſungs-Aufſtellung der National-Verſammlung §. 68 ausgeſprochen; für die letztere mehr als eine deutſche Regierung ſich mit entſchiedenem Nachdruck erhoben. Vortheile der einen und anderen Form fanden ſich einander gegenüber geſtellt; für beide wurde das Bedürfniß der Gegenwart und das Recht der Wirklichkeit gleichmäßig angerufen.

In dem von den verbündeten Regierungen auf Vorlage der königlich preußiſchen Regierung gegenwärtig dargebotenen Verfaſſungsentwurf iſt weder ausſchließlich die eine, noch die andere dieſer Formen angenommen worden; es iſt darin vielmehr eine neue ſelbſtſtändige Regierungsform ermittelt, bei deren Aufſtellung das Beſtreben obgewaltet hat, das Gute und Gedeihliche, das in jeder der beiden vorgenannten Formen liegt, mit verdienter Anerkennung zu benutzen und mit einander zu vereinigen, und dadurch den gleichberechtigten Anforderungen, ſowohl der Geſammtheit des deutſchen Volks, als der einzelnen deutſchen Staaten und Regierungen, gerecht zu werden.

Die Functionen der Reichsregierung ſind in Legislation und Executive geſchieden; jene, die Legislation, iſt einem Fürſtenkollegium, dieſe, die Executive, dem Reichsvorſtande zugewieſen. Weder der Reichsvorſtand, noch das Fürſtenkollegium ſtellen für ſich allein die Reichsregierung dar; dieſe exiſtirt erſt in der Verbindung beider.

In dem Reichsvorſtande ſind zwei Eigenſchaften miteinander verbunden, die des Trägers der Executivgewalt und die eines gleichzeitigen Mitgliedes des Fürſtenkollegiums. In letzterer Eigenſchaft iſt der Reichsvorſtand nur primus inter pares, ſo zwar, daß er, um ſeiner Mitgliedſchaft im Fürſtenkollegium willen, an die Mehrheitsbeſchlüſſe eben dieſes Kollegiums auch als Träger der Executive ſpäter gebunden iſt, den gleich zu berührenden Fall des §. 194 allein ausgenommen. Dabei werden als legislative, dem Fürſtenkollegium zugewieſene Functionen alle diejenigen Befugniſſe betrachtet, welche zu ihrer Wirkſamkeit eines Reichstagsbeſchluſſes bedürfen. Insbeſondere alſo auch alle mit auswärtigen Staaten zu ſchließenden Verträge, welche dem Reichstage zur Genehmigung vorgelegt werden müſſen, wobei jedoch bei dringenden Umſtänden die Einholung vorgängiger Zuſtimmung allerdings unmöglich werden kann. Eben ſo werden die Vollzugsverordnungen, inſofern ſie materielle Bedeutung haben, und nicht, wie etwa Publicationspatente, bloße Formen erledigen, mit dem Fürſtenkollegium berathen, unbeſchadet der endgültigen Beſchlußfaſſung, die dem Reichsvorſtande vorbehalten bleibt.

Der ebenerwähnte §. 194 ſtatuirt allerdings eine Getheiltheit zwiſchen Reichsvorſtand und Fürſtenkollegium auch im Punkte

der Legislation. Er macht die Gültigkeit eines Reichsſchluſſes, die ſonſt überall nur an die gemeinſchaftliche Ausübung des Zuſtimmungsrechts geknüpft iſt (§. 99), bei Abänderungen in der Reichsverfaſſung von der ſelbſtſtändigen Zuſtimmung ſowohl des Reichsvorſtandes als des Fürſtenkollegiums abhängig. Die Einwirkung, die ein ſolcher die Verfaſſung abändernder Reichsſchluß auf die beſondere Stellung ſowohl des Reichsvorſtandes, als des Fürſtenkollegiums auszuüben geeignet iſt, hat hier eine abgeſonderte Sicherſtellung ſowohl für den Reichsvorſtand, als für das Fürſtenkollegium ausnahmsweiſe nicht entbehren laſſen.

Die in den §§. 99 und 194 vollzogene Abänderung der §§. 101 und 196 der Frankfurter Aufſtellung war für die verbündeten Regierungen Sache der entſchiedenſten Nothwendigkeit. Die freie Uebereinſtimmung des Reichstages mit der Reichsregierung, aber auch der Reichsregierung mit dem Reichstage bleibt Grundbedingung des ganzen künftigen deutſchen Staatsbaues. Jede Verletzung dieſer Bedingung raubt alle Garantieen eines geſunden Zuſtandes.

Bei allen übrigen dem Reichsvorſtande als ſolchem ausſchließlich übertragenen Attributionen, der Kriegserklärung und dem Friedensſchluſſe, der Leitung des völkerrechtlichen Verkehrs, der Ernennung des Reichsminiſteriums u. ſ. w. bleibt die Ausübung der entſprechenden Rechte des Reichsvorſtandes dennoch in einem fortwährenden inneren Zuſammenhange mit der Thätigkeit des Fürſtenkollegiums. Bei näherer Erwägung aller executiven Funktionen, ſowie ſie in den betreffenden §§. 69, 71, 72 und 81 des dargebotenen Entwurfs verzeichnet ſind, zeigt ſich ſofort, daß ſich die Gemeinſchaftlichkeit des Verkehrs und die Gegenſeitigkeit der Beziehungen zwiſchen dem Reichsvorſtande und dem Fürſtenkollegium überall geltend macht, wo vereinte Thätigkeit und gemeinſchaftliches Erwägen irgend einen größeren Nutzen in geſicherte Ausſicht ſtellt. Die Executive des Reichsvorſtandes, als eine wirklich ausſchließliche Thätigkeit deſſelben, bleibt, außer den Fällen der reinen Ausführung von gemeinſchaftlich beſchloſſenen Maßregeln, nur da beſtehen, wo die Schnelligkeit und Freiheit des Entſchluſſes und die Energie der Handlung unerläßlich iſt: bei der Kriegsführung und in den andern verwandten Ausnahmefällen, die von dem Augenblick ihre Entſcheidung fordern.

Die das Fürſten-Kollegium betreffenden Theile des III. Abſchnitts haben im Uebrigen zur Zeit auf der Grundlage beruhen müſſen, daß Oeſterreich gehindert iſt, mit einem Theile ſeines Central-Staats, mit ſeinen deutſch-öſterreichiſchen Bundeslanden in den Bundesſtaat einzutreten, der nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen dem übrigen Deutſchland nicht länger vorenthalten werden darf, in einen Bundesſtaat mit deutſchem Parlament, das in Volkshaus und Staatenhaus gegliedert iſt. Sollte dieſe Behinderung vor dem Zuſammentritt des nächſten Reichstags indeß thatſächlich gehoben ſein, und die Gewißheit vorliegen, daß das deutſche Reich, auf deſſen glorreichen Namen der Bundesſtaat nicht hat verzichten wollen, auch ſeiner räumlichen Größe nach in einer und derſelben lebenskräftigen Vereinigung aller Bruderſtämme jetzt wieder herzuſtellen iſt, ſo werden alsdann auf dem Wege gegenſeitiger Verſtändigung diejenigen Modiſicationen eintreten, die der erſte Paragraph des Entwurfs, bezüglich des Verhältniſſes Oeſterreichs zu dem deutſchen Reich, in umfaſſender Weiſe vorbehält.

Der Reichstag.

Die Vertretung der Nation in einem Volkshauſe neben dem Staatenhauſe iſt zum unabweislichen Bedürfniſſe geworden.

Die auf den Frankfurter Beſchlüſſen beruhende Zuſammenſetzung des Reichstags aus zwei Häuſern iſt daher geblieben; bei der Feſtſtellung der Befugniſſe beider Häuſer iſt jedoch der Grundſatz der gleichen Berechtigung befolgt worden, da auch das Staatenhaus, indem es zum Theil wenigſtens aus der Volksvertretung der Einzelſtaaten hervorgeht, die weſentlichen Elemente der Vertretung der Nation enthält, und ſogar einzelne allgemeine Intereſſen des Volks, z. B. die wichtigen Intereſſen des Staatshaushalts und der Volkswirthſchaft, ihre, wenn auch nicht ausſchließliche, doch vorzügliche Vertretung nur im Staatenhauſe finden. Aus dieſer Erwägung iſt beſonders die Beſtimmung des §. 101, Nr. 6 hervorgegangen.

Unter der im §. 1 dieſes Verfaſſungs-Entwurfs, bezüglich der Verhältniſſe der deutſch-öſterreichiſchen Bundesländer und deren Stellung zum deutſchen Bundesſtaate niedergelegten Verwahrung iſt bei Beſtimmung des Theilnahme-Verhältniſſes der Einzelſtaaten an der Beſchickung des Staatenhauſes, im §. 85 zunächſt der Fall der Nichttheilnahme Oeſterreichs ins Auge gefaßt; jedoch iſt im anderen Falle die Rückkehr zu dem Stimmen-Verhältniſſe und der Geſammtzahl von 192 Mitgliedern für das Staatenhaus, wie dies in §. 87 der Fr. A. vorangeſtellt wurde, durchaus freigehalten.

Daß dem Kurfürſtenthum und dem Großherzogthume Heſſen eine gleiche Zahl von Stimmen zugetheilt iſt, wird in der beiderſeitigen Stellung und Bedeutung dieſer Staaten begründet gefunden werden. Die Stimmenzahl für Holſtein iſt hier nur mit Einſchluß von Lauenburg und eventuell von Schleswig auf die Zahl ſechs geſtellt; es bleibt mithin für den Fall des Nichteintritts Schleswigs in den Bundesſtaat eine neue Regelung der Stimmenzahl für Holſtein und Lauenburg nothwendig, ſo, daß alsdann Holſtein drei und Lauenburg eine Stimme, beide zuſammen alſo vier Stimmen, wie Mecklenburg-Schwerin, erhalten werden.

Im §. 86 hat der Wahl durch Provinzialſtände, wie ſie der §. 88 der Frankfurter Beſchlüſſe will, eine Nothwendigkeit nicht zugeſtanden werden können, da die als Provinzialſtände in mehreren deutſchen Ländern beſtehenden Inſtitute zur Vornahme dieſer Wahlen wohl weniger als die allgemeinen Ständeverſammlungen geeignet ſind. Damit hat aber die Möglichkeit einer ſolchen Wahlart für diejenigen Staaten, in denen ſie zweckmäßig erſcheinen ſollte, keineswegs ausgeſchloſſen werden ſollen. Der letzte Satz jenes Frankfurter Paragraphen, wonach bei Vornahme der Wahlen durch zwei Kammern der Wahlakt in gemeinſamer Sitzung nach abſoluter Stimmenmehrheit vorgenommen werden ſoll, hat ebenfalls eine in die Verfaſſung der einzelnen Staaten minder einſchneidende und die Bedeutung des Zweikammerſyſtems weniger verletzende Faſſung erhalten.

Das Wahlgeſetz.

Für das Volkshaus iſt die Dauer der Wahlperiode auf vier Jahre beſtimmt. Daneben ſind durch den angeſchloſſenen Entwurf eines Geſetzes für die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshauſe, unter Feſthaltung des Satzes der allgemeinen Wahlberechtigung ohne Cenſus, zugleich Schranken geſucht worden, innerhalb deren allein der Aufbau und die Erhaltung einer dem Geiſte und den Intereſſen des Volkes entſprechenden ſtaatlichen Ordnung möglich iſt. Die Gefahren und die Täuſchungen, welche in dem alleinigen Vorwalten des arithmetiſchen Calküls in politiſchen Dingen liegen, ſind hier nicht weiter zu erörtern. Ob von oben oder von unten her die geſunden Lebenselemente des Staates vernichtet werden, iſt gleichgültig. Jenen Gefahren und Täuſchungen durch eine weiſe Abwägung und Vertheilung der politiſchen Rechte im Volke in möglichſter Wirkſamkeit zu begegnen, iſt die Aufgabe, deren Löſung das allgemein gefühlte Bedürfniß von der Geſetzgebung zu erwarten hat.

Die Tendenz des vorliegenden Entwurfs eines Wahlgeſetzes geht dahin, mit Aufrechterhaltung des vorerwähnten Satzes der allgemeinen Wahlberechtigung ohne Cenſus, das Deſtructive und abſolut Schädliche des in Frankfurt beſchloſſenen Wahlgeſetzes auszuſcheiden, das in kurzen Worten dahin zuſammengefaßt werden kann, daß es das geſammte Gewicht der Ausübung der höchſten politiſchen Rechte der Nation, aus dem Kern derſelben heraus lediglich in die Maſſen verlegt, und die öffentliche Wahlhandlung durch die Einführung heimlicher Abſtimmung mittelſt der Stimmzettel ohne Unterſchrift, zu einem breiten Felde der politiſchen Intrigue macht. Dieſem Uebelſtande hat man dadurch zu begegnen geſucht, daß man der allgemein für nothwendig erachteten Qualification der Unbeſcholtenheit für die Ausübung des activen Wahlrechts, auch noch diejenige der Selbſtſtändigkeit hinzugefügt, und den Begriff der Selbſtſtändigkeit im §. 2 des Wahlgeſetzentwurfes näher definirt hat.

Wenn die Berechtigung, an den Gemeindewahlen des Wohnortes Theil zu nehmen, als ein Kriterium der Selbſtſtändigkeit hingeſtellt wurde, ſo iſt man dabei von dem tief im deutſchen Weſen wurzelnden Gedanken ausgegangen, daß der Staat als organiſches Ganzes ſich in ſeinen Einrichtungen ſeinem geſchichtlichen Entwickelungsgange anſchließen, daß er nach Analogie des Entſtehens der Gemeinde aus der Familie und des Staates aus der Gemeinde, auch die Berechtigung ſeiner Mitglieder an eine gewiſſe Stufenfolge knüpfen muß, und daß er ohne Störung ſeines Organismus demjenigen in höheren Kreiſen keine Berechtigung zuerkennen darf, welchem ſie in niederen deshalb verſagt iſt, weil ſeine Leiſtungsfähigkeit den Anſprüchen und Bedürfniſſen, ſelbſt dieſer niederen Kreiſe, nicht ent-

ſpricht. Es erſcheint daher mit einem geſunden Staatsleben nicht verträglich, demjenigen, welcher von der Berechtigung zu Gemeindewahlen ausgeſchloſſen iſt, die Betheiligung an den Reichswahlen einzuräumen. Die unläugbare Richtigkeit dieſes Prinzips dringt auf eine ſtrenge und konſequente Durchführung auch in ſolchen Landestheilen, wo bei dem Mangel geſetzlich geordneter Gemeindeverhältniſſe eine Gemeindevertretung mittelſt Wahlen zur Zeit überhaupt noch nicht ſtattfindet, oder wo gewiſſe Güter und Grundſtücke als nicht zur Gemeinde gehörig erachtet werden. Es wird hier nur derjenige als zur Wahl für das Volkshaus berechtigt angeſehen werden können, welchem an dem Orte, wo er wohnt, eine Stimme der Berathung darüber zuſteht, auf welche Weiſe den Anſprüchen des Staats an die Einwohner des Wohnorts als ſolche genügt werden ſoll. Bei Ausführung des zum Geſetze erhobenen Entwurfs des Wahlgeſetzes wird es Sache der Regierungen ſein, den hier ausgeſprochenen Grundſatz in die Formen zu kleiden, welche den beſtehenden Verhältniſſen der Staaten entſprechen.

Als ein ferneres Kriterium der Selbſtſtändigkeit iſt die Entrichtung irgend einer directen Staatsſteuer aufgeſtellt. Es mag darin um ſo weniger ein Cenſus gefunden werden, als dieſe Beſtimmung je nach den Beſteuerungs-Verhältniſſen in den einzelnen Staaten zu ſehr verſchiedenen Reſultaten führen wird. Es hat auch hier vielmehr nur der alte in Deutſchlands öffentlichem Rechte gegründete, wenn auch leider oft vergeſſene Grundſatz feſtgehalten werden ſollen, daß das Recht, in öffentlichen Dingen mitzurathen, von der correſpondirenden Pflicht, auch die öffentlichen Laſten mitzutragen, abhängig ſein muß. Der wirklich ſelbſtſtändige Staatsbürger wird durch die directe Beſteuerung überall getroffen werden, wo er nicht aus anderen Gründen, als denen der Nonvalenz, von der directen Steuerzahlung befreit iſt, oder vermöge beſonderer Staats-Einrichtungen überhaupt keine direkte Steuern zahlt. In ſolchen Fällen wird aber ebenfalls die Landesgeſetzgebung bei Ausführung dieſes Wahlgeſetzes das Nöthige vorzuſehen haben.

Die Beſtimmungen, wonach die Ausübung des Wahlrechts an den Wohnſitz und die Heimathsberechtigung geknüpft iſt, der Wahlakt aber durch indirekte Wahlen und in gewiſſen Abtheilungen der Wähler (§§. 13., 14., 15. und 16. des Wahlgeſetzes) mittelſt offener Stimmgebung zu Protokoll (§. 20.) geſchehen ſoll, ſind weſentlich geeignet, dem Einfluſſe verderblicher Wahlumtriebe entgegenzutreten, der wirklichen Sinnesmeinung der Wähler einen freien Ausdruck zu verleihen und die formelle Gültigkeit der Wahlen gegen Zweifel ſicher zu ſtellen. Die ſeitherigen Erfahrungen und die für die eigene Landesvertretung in den größeren einzelnen deutſchen Staaten beſtehenden Vorſchriften mußten hier auf das ſorgfältigſte berückſichtigt werden, und zwar letzteres beſonders auch aus dem Grunde, weil das Staatenhaus zum Theil aus den Volksvertretungen der Einzelſtaaten hervorgehen ſoll, es alſo zugleich als eine dringende Aufgabe der Reichsgeſetzgebung erſcheint, geeignete Vorkehr zu treffen, damit auch in den Einzelſtaaten die Ausübung des Wahlrechts ſich innerhalb der Schranken halte, die für das vorliegende Wahlgeſetz zum Volkshauſe beſtimmend waren.

Daß in volkreichen Städten, wo dieſelbe ſtädtiſche Gemeinde mehrere Wahlbezirke bildet, auch die Beſtimmungen des §. 13 über den Wohnſitz nur auf die ganze Stadt bezogen werden können, leuchtet ein.

Legislative Thätigkeit des Reichstags. Rechtliche Stellung ſeiner Mitglieder. Geſchäfts-Ordnung. Disciplin.

Was die legislative Thätigkeit des Reichstags betrifft, ſo hat es ſich neben dem oben bereits erwähnten Grundſatze der gleichen Berechtigung beider Häuſer als nothwendig herausgeſtellt (§. 101, Nr. 3), die Finanzperiode auf eine Reihe von mindeſtens drei Jahren zu erſtrecken, damit nicht die finanziellen Verhältniſſe und der Staatshaushalt aller Einzelſtaaten durch ihre Abhängigkeit von dem jährlichen Wechſel des Reichsbudgets den gefährlichſten Schwankungen ausgeſetzt werden. Eine dreijährige Finanzperiode iſt um ſo zweckmäßiger und unbedenklicher, als die Reichsregierung keine eigentliche Verwaltung zu führen hat und ihre Ausgaben ſich weſentlich auf die Reichsfeſtungen, die Marine, die Diplomatie, die Koſten der Miniſterien und des Reichstags beſchränken. In ruhigen Zeiten wird ſie daher ſehr wohl im Stande ſein, ihre einfachen Verhältniſſe auf einige Jahre im voraus zu ordnen und dadurch den Regierungen der Einzelſtaaten die Möglichkeit gewähren, den Betrag der an die Reichscaſſe zu entrichtenden Matricularbeiträge mit Sicherheit zu veranſchlagen.

Die dreijährige Finanzperiode wird es aber auch geſtatten, daß bei vierjähriger Wahlperiode des Volkshauſes dieſelbe Verſammlung zweimal die Feſtſtellung des Budgets vornehmen und daher die Finanzen mit größerer Erfahrung und Sicherheit ordnen kann, als ſolches bei einer kürzeren Wahlperiode der Fall ſein würde.

In Anſehung der Disciplinargewalt beider Häuſer über ihre Mitglieder mußte es für angemeſſen erachtet werden, eine Ausdehnung der Disciplinargewalt auf das Verhalten der Mitglieder auch außer dem Hauſe eintreten zu laſſen. Eine ſolche der Würde des Reichstags entſprechende Ausdehnung erſchien bei den großen Bevorzugungen, die Art. VIII den Mitgliedern des Reichstages zutheilt, beſonders nahe gelegt.

Bezüglich der Geſchäftsordnung hat eine völlige Unabhängigkeit der beiden Häuſer, bei ihren ſteten Wechſelbeziehungen unter einander, das große Bedenken, daß auf dieſem Wege in einem völlig neuen Inſtitute ſehr leicht Differenzen und Schwankungen der gefährlichſten Art entſtehen können. Wo ein feſter unwandelbarer Gebrauch ſich ſeit Jahrhunderten feſtgeſetzt hat, da kann eine ſolche Unabhängigkeit ohne Nachtheil beſtehen. Bei völlig neuen Verhältniſſen wird es aber die Einigkeit und zweckmäßige Entwickelung ſehr erleichtern, wenn man dafür ſorgt, daß beide Häuſer in der Art der Behandlung der Geſchäfte und in ihren Gebräuchen nicht zu weit aus einander gehen. Dahin zielen die im §. 114. getroffenen Beſtimmungen.

Die ausgedehnten Privilegien welche Art. VIII. (§§. 115 — 118.) den Mitgliedern des Reichstags beilegt, werden jedenfalls Gegenſtand der ernſteſten und vorurtheilsfreieſten Erwägung des neuen Reichstags werden müſſen, da es in keiner Weiſe räthlich ſein und mit den Grundſätzen einer höheren Sittlichkeit und Gerechtigkeit im Einklange ſtehen kann, die Mitglieder des geſetzgebenden Körpers zu ſehr in eine Ausnahmeſtellung gegen die Geſetze zu bringen, wenn auch dieſe Privilegien als Gewähr für die Freiheit der Berathung und Beſchlußnahme der Häuſer zu ſchätzen ſind. Für jetzt hat man eine Abänderung der dieſerhalb gefaßten Frankfurter Beſchlüſſe nur inſoweit für unumgänglich nothwendig gehalten, als es der öffentlichen Moral widerſprechen würde, wenn darüber noch zu deliberiren wäre, ob ein auf friſcher That ergriffener Verbrecher vor Gericht geſtellt werden ſoll oder nicht.

Das Reichsgericht.

Das Reichsgericht darf als derjenige Theil der deutſchen Verfaſſung betrachtet werden, deſſen baldigſte Verwirklichung zu den unabweislichſten Bedürfniſſen gehört. Der Verſuch wird nie aufgegeben werden dürfen, dieſes Inſtitut als ein gemeinſames deutſches für alle dem Bunde von 1815 angehörigen deutſchen Bundesſtaaten ins Leben zu rufen, und damit auch wieder das Recht, als Baſis des deutſchen Staatslebens durch ein höchſtes Organ der Rechtſprechung für die deutſchen Länder unter einander zur Anerkennung zu bringen. Die verbündeten Regierungen ſind von der Nothwendigkeit dieſer Inſtitution ſo überzeugt, daß ſie derſelben auch jetzt ſchon für ihre Verhältniſſe unter einander nicht glauben entbehren zu können, und bis dahin, daß ein ſolches Reichsgericht verfaſſungsmäßig eingeſetzt und organiſirt werden kann, es für nöthig gehalten haben, die vertragsmäßige Unterwerfung unter ein mit den weſentlichſten Attributen des künftigen Reichsgerichts ausgeſtattetes Kollegium von Schiedsrichtern zu einer Grundbedingung ihres Bündniſſes zu machen.

Die Aenderungen, welche in dieſem Theile der Frankfurter Beſchlüſſe gegenwärtig vorgenommen ſind, haben ſich daher auch nur auf einige wünſchenswerthe nähere Beſtimmungen beſchränkt.

Während es ſich zum §. 124 Litt. d. wohl von ſelbſt verſteht, daß Streitigkeiten über Thronfolge u. ſ. w., welche ſich zugleich auf nicht zu Deutſchland gehörende Länder beziehen möchten, dem Reichsgerichte nicht unterliegen können, inſofern daſſelbe nicht ausdrücklich als zuſtändig von allen Theilen anerkannt würde, hat es ſich als zweckmäßig und nothwendig dargeſtellt, unter Litt. k. den Zuſatz zu machen: „und die Gerichte der Einzelſtaaten dazu nicht kompetent ſind." Man iſt dabei von der Anſicht ausgegangen, daß es nicht in der Abſicht liegen könne, die richterliche Kompetenz der Landesgerichte irgendwie durch die Kompetenz des Reichsgerichts zu beſchränken, eben ſo wenig aber auch durch die Konkurrenz der Zuſtändigkeit zweier Gerichtshöfe die Möglichkeit eines ſich widerſprechenden Verfahrens hervorzurufen.

Aus gleichen Gründen werden ad Litt. m. die Klagen gegen den Reichs-Fiskus nicht unbedingt an das Reichsgericht zu verweiſen

ſein. Es würde hierin eine ungemeine Erſchwerung der Rechtsverfolgung liegen können, wenn z. B. eine Klage über Verletzung nachbarſchaftlicher Rechte nicht im Gerichtsſtande der belegenen Sache, ſondern bei dem weit entlegenen Reichsgerichte anzubringen wäre, indeß die Natur der Sache in der Regel die höchſte Beſchleunigung fordert.

Kann die Bezeichnung der hier in Frage tretenden Gegenſtände füglich einer weiteren Geſetzgebung überlaſſen werden, ſo dürfte dagegen ein Geſetz-Entwurf über Einſetzung und Organiſation des Reichsgerichts, über das Verfahren und über die Vollziehung der reichsgerichtlichen Entſcheidungen und Verfügungen, gleichzeitig mit dem gegenwärtigen Verfaſſungs-Entwurf dem zur Vereinbarung über denſelben zu verſammelnden Reichstage mit vorzulegen ſein. Die Bearbeitung dieſes Entwurfs wird dem von den verbündeten Regierungen einzuſetzenden Bundesſchiedsgerichte ſofort übertragen werden.

Die Grundrechte.

Der Abſchnitt VI. von den **Grundrechten** des deutſchen Volks leidet in der Verfaſſungs-Aufſtellung der National-Verſammlung ſowohl im Grundſatze als in der ſpeziellen Durchführung an vielfältigen Gebrechen. Da dieſer Abſchnitt jedoch bereits in mehreren Staaten publizirt worden iſt, ſo ſind, namentlich mit Rückſicht auf dieſen Umſtand, die Aenderungen hier auf das Nothwendigſte beſchränkt worden.

Bezüglich der **formellen** Bedeutung der Grundrechte ſind in dem Entwurfe der National-Verſammlung eine Reihe ſehr allgemein gehaltener Regeln enthalten, welche dem Rechte auch bisher ſchon größtentheils zum Grunde gelegen haben, welche aber, wenn auch als Prinzipien von großer Bedeutung, dennoch zu ihrer unmittelbaren Anwendung noch weiterer Beſtimmung bedürfen. Eine zweite Klaſſe derſelben giebt ſehr ſpezielle förmliche Rechtsvorſchriften (z. B. in §§. 138., 140., 141.); eine dritte endlich ſchreibt gewiſſe Staats-Einrichtungen als nothwendig vor, welche, um in Wirkſamkeit zu treten, ſehr erhebliche Vorbereitungen vorausſetzen.

Dieſen Vorſchriften von ſehr verſchiedener Geltung wurde ihre Stellung im Syſteme, durch den Satz des Frankfurter Entwurfs angewieſen:

„Sie ſollen den Verfaſſungen der Einzelſtaaten zur Norm dienen, und keine Verfaſſung oder Geſetzgebung eines deutſchen Einzelſtaats ſoll dieſelben je aufheben oder beſchränken können."

Der erſte Theil dieſes Satzes hat ſeine Richtigkeit, dagegen kann der andere nur Anwendung finden auf die zweite der obigen Klaſſen. Bei der dritten hat derſelbe gar keine Bedeutung, da es ſich hier nicht um etwas Aufzuhebendes oder zu Beſchränkendes, ſondern um etwas poſitiv zu Schaffendes handelt. Noch irriger aber ſtellt der Satz ſich dar in Bezug auf die erſte Klaſſe. Hier bedarf es gerade um die Regel anwendbar zu machen, der näheren geſetzlichen Beſtimmung und Beſchränkung. Es iſt die Natur einer jeden Regel, daß ſie ihre Ausnahme nothwendig in ſich faßt. Sie iſt das Prinzip des Geſetzes, nicht aber das Geſetz ſelbſt; vielmehr beſteht dieſes ganz vorzüglich in der Feſtſtellung der Gränzen und Ausnahmen welche ein ſolches Prinzip erleiden muß, um praktiſch zu werden.

Indem alſo der Satz ſolchergeſtalt einen mangelhaften Ausdruck mit einem inneren Widerſpruche vereinigte, verfiel er in den ferneren Fehler daß er es gänzlich zweifelhaft ließ, welcher Geſetzgebungs-Gewalt die weitere Entwicklung dieſer Prinzipien zugetheilt ſein ſolle, derjenigen des Reichs oder derjenigen der Einzelſtaaten, ein Zweifel, welcher noch durch die Faſſung der §§. 62 und 63 des Frankfurter Verfaſſungs-Entwurfs vermehrt wurde. Das Einführungsgeſetz, mit welchem ein Theil der Grundrechte am 27. Dezember 1848 publizirt war, machte den Verſuch, dieſen Mangel zu heben, indem es ausdrücklich die Wirkſamkeit mancher Beſtimmungen von der Landesgeſetzgebung abhängig machte. Dieſes Geſetz war aber von manchen Staaten nicht anerkannt, macht auch keinen Theil der Verfaſſung aus, und über die §§. 159, 160, 173, 184 bis 189. fehlten ähnliche Beſtimmungen ganz. Es hat demzufolge dieſer Mangel des Grundprinzips nothwendig gehoben und dem Satz folgende Faſſung gegeben werden müſſen:

„Sie dienen den Verfaſſungen der Einzelſtaaten zur Norm und werden ihre Anwendung auf deren beſondere Verhältniſſe in den Geſetzgebungen dieſer Staaten finden."

Dadurch iſt ausdrücklich erklärt, daß die in den Grundrechten enthaltenen Prinzipien nur als Norm der Landesgeſetzgebung zu betrachten ſind, und daß ihre Geltung erſt durch einen Act derſelben ins Leben zu rufen iſt, inſofern der Gegenſtand nicht, wie in den §§. 133. 137. 143. 183. ausdrücklich der Reichsgeſetzgebung vorbehalten iſt. Es wird demnächſt die Aufgabe der Reichsgewalt (§. 51.) und des Reichsgerichts ſein, für die Aufrechthaltung der Uebereinſtimmung zwiſchen der Landesgeſetzgebung und auch dieſem Theile der Verfaſſung zu ſorgen.

Das Reichs-Bürgerrecht.

Der **materielle** Inhalt der Grundrechte umfaßt zunächſt das deutſche Reichsbürgerrecht, d. h. den Inbegriff derjenigen Rechte, die einem jeden Angehörigen des deutſchen Bundesſtaates als ſolchem in jedem einzelnen Staate, auch abgeſehen von ſeinem Rechte als Staatsbürger eines ſolchen zuſtehen ſollen. Die Feſtſtellung des desfallſigen Rechtsverhältniſſes iſt durch die Natur des Gegenſtandes, wie durch die Wirklichkeit des Bedürfniſſes, gleichmäßig geboten. Nachdem die einzelnen Staaten in ihrem Innern die Rechte und Pflichten der Gemeinden in Bezug auf die Angehörigen derſelben geordnet, iſt die Lücke der Geſetzgebung in dem Falle, wenn die Angehörigkeit nicht zwiſchen Gemeinden deſſelben Staates, ſondern zwiſchen verſchiedenen Staaten ſtreitig iſt, um deſto fühlbarer geworden. Es droht die Gefahr, eine Anzahl Heimathloſer ſich bilden zu ſehen. Verſchiedene Staaten, namentlich Preußen, Sachſen und Hannover und andere, haben geſucht, dieſe Lücke durch Verträge auszufüllen; allein offenbar genügt das nicht. Eben ſo nothwendig wird es ſein, allgemeine Beſtimmungen darüber zu ertheilen, in welchen Fällen die Polizei berechtigt ſei, den Aufenthalt an irgend einem Orte zu verſagen.

Heimaths- und Wohnberechtigung in den Gemeinden der Einzelſtaaten.

Beſtimmungen über die Rechte des einen Staats und ſeiner Angehörigen gegen den anderen gehören in das Gebiet der Reichsgeſetzgebung. Dieſes Gebiet iſt es, welches dem im §. 131, ſowie §. 56, erwähnten Heimathsgeſetze zu überweiſen iſt. Keinesweges aber wird daſſelbe die Heimaths- und Wohnberechtigungen in den einzelnen Gemeinden der Einzelſtaaten ordnen können; vielmehr muß ihm die Befugniß dazu ausdrücklich abgeſprochen werden. Daß die Gleichſtellung des Rechts, welche §. 132 ausſpricht, bei dem durch dieſes Geſetz zu ordnenden Verhältniſſe erſt durch das Geſetz ſelbſt eintreten könne, bedarf deshalb ebenſowenig der Bemerkung, als daß (§. 134) die Auswanderungsfreiheit niemals ſo zu verſtehen ſei, als könne der Einzelne ſich dadurch unbedingt ſeinen Verpflichtungen gegen den Staat, namentlich in Bezug auf die Wehrpflicht, entziehen; nur derjenige darf ungehindert auswandern, der ſeinen Verpflichtungen genügt hat.

Rechte der vormals reichsunmittelbaren Fürſten. Lehnsverhältniſſe.

Nach dieſen Beſtimmungen über das Reichsbürgerrecht beſchäftigen die Grundrechte ſich damit, für die Rechtsverhältniſſe innerhalb der einzelnen Staaten gewiſſe Grundregeln feſtzuſtellen. Dieſelben haben den Zweck, theils eine gewiſſe abſtracte Gleichheit der Individuen zu begründen, theils beſchränken ſie die Thätigkeit des Staats, theils endlich legen ſie dem Staat gewiſſe Verpflichtungen auf. Es iſt hierbei zunächſt die allgemeine Bemerkung feſtzuhalten, daß alle dieſe Beſtimmungen niemals den Kreis der Berechtigung des Staates überſchreiten können.

Es darf hier alſo niemals den Beſtimmungen die Deutung gegeben werden, als ob durch dieſelben Rechts-Verhältniſſe, die auf **völkerrechtlichen Verträgen** beruhen, aufgehoben ſein könnten. Dies bezieht ſich zuerſt auf manche Rechte der vormals reichsunmittelbaren Fürſten und Herren, welche durch §§. 135, 165, 168 und 171, 172 und 174 gefährdet erſcheinen. Es iſt nothwendig geweſen, den §. 135, auf welchen zurückzukommen ſein wird, zu ändern. Im Uebrigen wird es genügen, überhaupt die völkerrechtlich begründeten Rechte, wie hier ausdrücklich geſchieht, vorzubehalten. Zur Beſeitigung mancher allerdings nachtheiligen Rechtsverhältniſſe wird ein anderer Weg eingeſchlagen werden müſſen, als der der Geſetzgebung, welcher hier nicht zum Ziele führen kann.

Eben ſo wenig aber kann jenen Beſtimmungen irgend eine Bedeutung gegeben werden, welche in die Verhältniſſe der Erb-Monarchie eingriffe, die Würde und politiſche Stellung der regierenden Häuſer herabſetzte. So wie §. 168 bei den Familien-Fideicommiſſen hier einen ausdrücklichen Vorbehalt macht, ſo muß ſolcher beim §. 135 und 174 als ſich von ſelbſt verſtehend gedacht werden, wie denn auch der §. 169 die hausgeſetzlichen Ordnungen und Verhältniſſe da, wo ſolche auf den Formen des Lehns beruhen — wie dies bei den Thronlehnen der preußiſchen Monarchie der Fall iſt — nicht alteriren darf.

Adel, Titel, Orden.

Das Prinzip der Rechtsgleichheit iſt bezüglich des Adels in den Sätzen: „Vor dem Geſetz gilt kein Unterſchied der Stände";

„alle Standesvorrechte ſind abgeſchafft;“ „die Deutſchen ſind vor dem Geſetze gleich“ vollſtändig gewahrt worden. Zu einer Aufnahme des ferneren Zuſatzes der Frankfurter Aufſtellung: „Der Adel als Stand iſt aufgehoben“ lag kein Grund vor. §. 135. Es mußte dieſe Ausnahme um ſo mehr unterbleiben, als nach Anerkennung der obigen Sätze mit dem Worte „Stand“ hier kaum noch ein beſtimmter Begriff zu verbinden war. Es ſteht nichts im Wege, daß der Bauernſtand, der Handwerkerſtand u. ſ. w. gewiſſe beſondere Rechte in Anſpruch nehmen; auch hat die Verfaſſung ſelbſt gewiſſe Stände nicht nur als ſolche bezeichnet, ſondern ihnen auch beſondere Vorrechte zuerkannt, wie §. 154 dem Lehrerſtande und §. 175 dem Richterſtande. Die Aufhebung der nicht mit einem Amte verbundenen Titel iſt als kleinlich und wirkungslos beſeitigt. Ueberdies würde jenem Satze auch die gewiß falſche Deutung unterzulegen geweſen ſein, daß auch die akademiſchen Grade, der Doctortitel, aufgehoben ſeien. Für das Verbot auswärtiger Orden hat eben ſo wenig ein Grund aufgefunden werden können, wenn man nicht conſequent alle Orden beſeitigen wollte.

Gleiche Berechtigung zu Staatsämtern.

Wichtiger iſt die Beſtimmung des gleichen Zutritts zu den Aemtern. Iſt hier die Bedingung der Befähigung mit Recht feſtgehalten, ſo verſteht es ſich von ſelbſt, daß dadurch jedem Staate die Befugniß zugeſtanden ſei, die Bedingungen der Befähigung (z. B. vorgängiger Kriegsdienſt u. dgl.) völlig ſo feſtzuſtellen, wie ſeine Verhältniſſe es fordern.

Die Wehrpflicht.

Eben ſo darf die Gleichheit der Wehrpflicht Einrichtungen nicht ausſchließen, welche unter gewiſſen Bedingungen die Dienſtzeit abkürzen. Auch wird durch das Verbot der Stellvertretung nur eine Einrichtung ausgeſchloſſen, nach welcher der Einzelne einen Anderen an ſeine Stelle dingt; nicht aber auch wird den Staaten benommen werden dürfen, wenn es ſolche angemeſſen finden, ſich den Dienſt eines fähigen und dienſtwilligen Mannes für denjenigen eines minder Dienſtwilligen zu ſichern; vielmehr wird hierin allein das Mittel zu finden ſein, für die abſolute Ungleichheit, welche in jeder perſönlichen Dienſtleiſtung nothwendig liegt, eine Milderung zu finden.

Es iſt deshalb auch erſt durch das Wehrgeſetz dieſer Grundſatz ins Leben zu rufen.

Im Uebrigen werden die Beſtimmungen der §§. 171. und 174. nur als Ausflüſſe jener Rechtsgleichheit zu betrachten und als ſolche durch nähere geſetzliche Anordnungen zur Ausführung zu bringen ſein.

Ausſchluß der Strafe des bürgerlichen Todes, Aufhebung der Vermögens-Confiscation, des Prangers, des Brandmals und der körperlichen Züchtigung. Die Todesſtrafe.

Bei den Beſchränkungen, welche der Staatsthätigkeit dem Individuum gegenüber auferlegt ſind, kommen zunächſt die Beſtimmungen in Betracht, welche die Exiſtenz des Individuums an ſich betreffen, der Ausſchluß des bürgerlichen Todes (§. 133) und das Verbot der Todesſtrafe. Gegen die erſte, im deutſchen Rechtsſyſteme ohnehin begründete Beſtimmung war nichts einzuwenden.

Ebenſo werden unzweckmäßige und ungerechte Strafmittel, wie die Vermögensconfiscation (§. 170), Pranger, Brandmal und körperliche Züchtigung (§. 137), ſicher ausgeſchloſſen werden können. Die Aufhebung der Todesſtrafe dagegen iſt ein Gegenſtand großer Meinungsverſchiedenheit. Der §. 139 der zu Frankfurt beſchloſſenen Verfaſſung entſchied ſich für die Unzuläſſigkeit der Todesſtrafe im Prinzipe, ließ aber dennoch Ausnahmen zu, welche jenes allgemeine Prinzip als ein müßiges und unausführbares darſtellten. Geſteht man einmal dem Staate das Recht zu, die Exiſtenz eines Individuums zu vernichten, ſo iſt in der That nicht abzuſehen, weshalb ſolches allein nach Kriegsrecht — wobei weder der wirkliche Fall des Krieges, noch ſonſt irgend eine Nothwendigkeit vorgeſehen iſt, und zwar ohne Rückſicht auf beſtimmte Verbrechen, — zuläſſig ſein ſoll. Um ſo mehr hat daher dieſe unmotivirte, in ihren Folgen unberechenbare Aenderung des bisherigen Strafrechts entfernt und dieſe wichtigſte und ſchwerſte Frage einer tiefer eingehenden Geſetzgebung, wozu §. 61 die Veranlaſſung bietet, vorbehalten bleiben müſſen.

Geſetzliche Sicherſtellung der perſönlichen Freiheit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Briefgeheimniß.

Die Grundrechte ſichern den Einzelnen ſodann gegen gewiſſe Hemmungen ſeiner perſönlichen Freiheit, indem ſie §. 136. die Freiheit der Perſon, §. 138. die Unverletzlichkeit der Wohnung, §§. 139. und 140. das Geheimniß der Briefe und Papiere ſanctioniren. Es iſt bei dieſen in großer und meiſt zu unmittelbarſter Anwendung geeigneter Specialität getroffenen Beſtimmungen nichts zu ändern geweſen als die Vorſchrift, nach welcher jeder Verhaftete der richterlichen Behörde übergeben werden ſollte. Hier iſt der allgemeinere Ausdruck der zuſtändigen Behörde gebraucht, da es nicht angemeſſen iſt, den Richterſtand mit dem Bettler- und Vagabonden-Transport zu befaſſen; andererſeits aber die unabhängige Stellung und Competenz der Gerichte, welche §§. 173 bis 180 herbeigeführt, genügend ſchützen wird.

Die geſetzlichen Beſtimmungen über Preßfreiheit, Petitions-, Verſammlungs- und Vereinsrecht.

Es ſind ferner einige beſondere Arten der Thätigkeit des Individuums geſchützt, indem §. 141 die Preßfreiheit, §. 157 das Petitions- und §. 159 bis 161 das Verſammlungs- und Vereinsrecht ſicher ſtellen.

Es iſt hier nothwendig erachtet worden, den Kreis der Geſetzgebung zu erweitern. Bei der Preſſe bleibt die Cenſur ausgeſchloſſen; dagegen ſcheint es eine nähere Erwägung zu fordern, ob und inwieweit ſonſtige Schutzmittel gegen den Mißbrauch von vorn herein und in allen Fällen zurückzuweiſen ſeien. Ebenſo wird man dem Staate nicht das Recht entziehen dürfen, Verſammlungen und Vereine zu illegalen Zwecken zu hindern. Auch hat dem Mißverſtändniſſe vorgebeugt werden müſſen, als ob eine jede Vereinigung zu Petitionen und Beſchwerden nothwendig eine erlaubte ſei, da ſolche ſehr wohl den Vorwand zu ganz andern Zwecken bieten kann und oft geboten hat.

Beſonders hervorgehoben aber muß es werden, daß der §. 161 niemals gebraucht werden dürfe, um die Bande der Zucht und des Gehorſams in Heer und Flotte zu löſen, und daß dort das Vereins- und Verſammlungsrecht niemals weitere Anwendung finden könne, als inſoweit die Disziplinar-Vorſchriften ſolches ausdrücklich zulaſſen.

Die Religionsgeſellſchaften.

Die Artikel V. und VI. über Religion und Schule mußten in dem Maße, wie ſie bedingend und bildend in das ganze Staatsleben eingreifen, der ernſteſten Prüfung unterworfen werden. Das Prinzip der geiſtigen Freiheit — wie unvollkommen ſolches auch im §. 152 der Frankfurter Aufſtellung ausgedrückt iſt — hat unbedingt geachtet werden ſollen; wie denn vom rechten Glauben an die Wahrheit die Ueberzeugung nicht zu trennen iſt, daß ſie allein ohne äußern Schutz den Sieg zu erringen vermöge. Wenn aber dieſes Prinzip der Freiheit übertrieben und zu einer völligen Gleichgiltigkeit des Staates gegen das Göttliche herabgewürdigt wird, ſo kann einer ſolchen Ausſchreitung keine Folge mehr gegeben werden. Der Staat, der in ſeiner Eidesformel den Glauben an Gott anerkennt, kann nicht in Wahrheit erklären, daß Niemand verpflichtet ſei, ſeine religiöſe Ueberzeugung zu offenbaren. Ebenſo ſoll dem Begriffe einer territorialen Staatskirche mit den davon abhängigen Vergünſtigungen fernerhin keine praktiſche Bedeutung eingeräumt und die ſtaatliche Berechtigung des Deutſchen nach ſeinem Bekenntniſſe nicht bemeſſen werden, wie dieſem in den §§. 144 und 145 des Entwurfs auch der entſprechende Ausdruck gegeben iſt. Es konnte dies aber keineswegs zu einer Wiederholung des ferneren Satzes der Frankfurter Aufſtellung berechtigen, „daß keine Religionsgeſellſchaft vor der anderen Vorrechte durch den Staat genieße.“ Der Satz würde in dieſer Faſſung dem Mißverſtändniſſe Raum laſſen, als könne die Rückſicht, welche der Staat bei der Behandlung der einzelnen Religionsgeſellſchaften auf deren beſondere Stellung und Verfaſſung zu nehmen hat, den anderen Religionsgeſellſchaften gegenüber, als ein Vorrecht angeſehen werden, während die Parität, richtig verſtanden, darin beruht, daß jede Religionsgeſellſchaft nach der ihr eigenthümlichen Einrichtung und äußeren Geltung behandelt und beurtheilt wird. Zu Religionsgeſellſchaften, welche ſeinem Grundprinzipe entſprechen, wird ſich der Staat ſtets in einer anderen Lage befinden, als zu ſolchen, die daſſelbe vielleicht gerade vernichten. Der Staat kann ſodann davon abſtehen, von Staatswegen irgend Jemand zu einer kirchlichen Handlung zu zwingen; aber er kann ſich nicht das Recht beilegen, in die innere Disciplin der Religionsgeſellſchaften ſelbſt, hemmend oder auflöſend einzugreifen. Hiernach haben die §§. 142, 145 und 146 geändert und die beſtehenden Religions-Geſellſchaften auch ſchon in factiſcher Handhabung der Unverletzlichkeit des Eigenthums im Beſitz und Genuß der für

ihre Cultus-, Unterrichts- und Wohlthätigkeits-Zwecke beſtimmten Anſtalten, Stiftungen und Fonds im §. 145 geſchützt werden müſſen.

Daß die Religionsgeſellſchaften gleich jeder anderen bürgerlichen Gemeinſchaft den Geſetzen des Staats unterworfen ſind, iſt als keines beſonderen Ausdruckes bedürftig erkannt und der betreffende Zuſatz des Frankfurter Entwurfes deshalb gelöſcht worden. Es verſteht ſich ganz von ſelbſt, daß jede in die äußere Rechtsſphäre eintretende Wirkſamkeit der verſchiedenen Religionsgeſellſchaften, ſofern dieſelbe vor dem ſtaatlichen Forum Anerkennung und Berückſichtigung finden ſoll, ſich mit den allgemeinen Staatsgeſetzen in Uebereinſtimmung befinden muß.

Die Schule.

Bezüglich der Beſtimmungen über die Schule iſt des mangelhaften Ausdrucks der Lehrfreiheit bereits im Allgemeinen oben gedacht worden; es muß aber noch beſonders dem Mißverſtändniß entgegengetreten werden, als ob durch den aus der Frankfurter Aufſtellung unverändert herübergenommenen desfallſigen Satz (§. 152 der Frankfurter Aufſtellung, §. 150 des Entwurfs) dem Staate auch das Mittel genommen ſei, einer deſtructiven verbrecheriſchen Lehre, welche als Wiſſenſchaft nie anerkannt werden kann, wirkſam zu begegnen.

Sodann haben noch zwei Sätze der Frankfurter Aufſtellung in dem Entwurf der verbündeten Regierungen aus überwiegenden Gründen keine Anerkennung finden können. Allerdings wird dem Staate ſtets überlaſſen bleiben müſſen, die Oberaufſicht des Unterrichts- und Erziehungsweſens durch eigene von ihm ernannte Behörden auszuüben. Von dieſen aber die Geiſtlichkeit prinzipiell auszuſchließen, hiefür kann kein genügender Grund gefunden werden. Das Verhältniß in welchem ſich der Volksunterricht zur Zeit in ganz Deutſchland, von etwaigen einzelnen, wenig erheblichen Ausnahmen abgeſehen, befindet, wurzelt feſt und entſchieden in der Verbindung zwiſchen Religion und Erziehung. Dieſe Beziehung, welche nicht willkürlich entſtanden, auch durch das Bewußtſein des deutſchen Volkes ſeit Jahrhunderten getragen iſt, grundſätzlich ausſchließen, hieße mit Zuſtänden brechen, die dem Volke heilig ſind, die das religiöſe Leben deſſelben ſichern und zugleich dem Staate die feſteſte Bürgſchaft einer auf ſittlicher Bildung beruhenden Zukunft gewähren. Es hieße weiter, die Bahn zu Conflikten zwiſchen der Schule und den Religionsgeſellſchaften und hierdurch zugleich zwiſchen dieſen und dem Staate eröffnen, die nach beiden Seiten verderblich werden können, und zumal unter den eigenthümlichen Verhältniſſen, wie ſie in Deutſchland beſtehen, vermieden werden müſſen. Außerdem erſcheint bei den Verhältniſſen, die in den meiſten ländlichen Gemeinden obwalten, die Durchführung jener Ausſchließung praktiſch unmöglich, auch für den materiellen Fortbeſtand der zahlreichen Volksſchulen, welche aus ihrer Verbindung mit kirchlichen Anſtalten nicht geringe äußere Vortheile ſchöpfen, bedrohlich. Nicht minder bedenklich mußten die im §. 157. der Frankfurter Aufſtellung enthaltenen Grundſätze über die abſolute Unentgeltlichkeit des Unterrichts gefunden werden. Die Gemeinden oder etwa ſelbſt den Staat principaliter für die geſammten Koſten des Volksunterrichts mithin auch für die Koſten des Unterrichts der bemittelten Staatsbürger, haftbar zu erklären, — das practiſche Reſultat des §. 157, läßt ſich vom rechtlichen Standpunkte aus in keiner Weiſe begründen und müßte finanziell zu Verlegenheiten führen, die bald unbeſiegbar werden würden. Die ſubſidiariſche Verpflichtung der Gemeinden, nach Umſtänden auch des Staates, die Koſten des Unterrichts der Unvermögenden zu beſtreiten, findet überdies ihre natürliche und nothwendige Begränzung auf den Bereich des eigentlichen Volksunterrichts, indem dieſer alle diejenigen Kenntniſſe und Fertigkeiten umfaßt, deren Beſitz der Staat von jedem Staatsbürger ohne allen Unterſchied verlangen muß. Ueber dieſen Bereich hinaus hört das Recht des Staates auf, Anforderungen an die Ausbildung ſeiner Bürger zu ſtellen, und hiermit auch ſeine Befugniß, die Gemeinden zur Tragung von Koſten zu verpflichten.

Noch iſt hier der §. 156 zu erwähnen, deſſen Inhalt dahin mißverſtanden werden könnte, als ob ſolcher den Staat hinderte, gewiſſe Formen der Berufsausbildung zur Bedingung der Ausübung des Berufs zu machen. Dieſe Befugniß muß die Geſetzgebung jederzeit behalten.

Ablöſung von Grund- und Bodenlaſten.

In verſchiedener Weiſe, wie die Rechte der Perſönlichkeit, faßte der Art IX. des Frankfurter Entwurfes das Verhältniß des Eigenthums auf. Während dort eine möglichſt unbeſchränkte Willkür des Individuums das Ziel zu ſein ſchien, iſt hier der Grundgedanke, welcher mit dem Satze von der Unverletzlichkeit des Eigenthums eingeleitet wird, ein doppelter, nämlich der, das Eigenthumsrecht auf ſeine wahren Objecte zurückzuführen, und das Eigenthum möglichſt mobil zu machen. Der Zweck, um deswillen Hörigkeit (§. 164.) und Patrimonialgerichte nebſt den darauf beruhenden Laſten, ſoweit ſolche nicht dinglicher Art ſind, ſondern nur an der Perſon kleben (§. 165), hinwegfallen, und das Mittel gegeben wird, Grund und Boden durch Ablöſung von Laſten zu befreien (§. 166.), iſt völlig anerkannt. Doch hat die Ablösbarkeit auf privatrechtliche Laſten beſchränkt werden müſſen, da Staats- und Gemeindelaſten, ferner polizeiliche Laſten und Abgaben (z. B. ſolche, mit welchen Schutz gegen Fluthen, Entwäſſerung, Wegebau und dergl. zuſammenhängen) der Ablöſung nicht allgemein werden unterworfen werden dürfen.

Das Verbot fernerer Belaſtung von Grundſtücken mit unablösbaren Leiſtungen findet ſeinen Grund nur in jenem Zwecke der Mobiliſirung; wird aber unter Umſtänden die Vertheilung von Grund-Eigenthum an die unbemittelten Claſſen erſchweren, weshalb darauf nach Verſchiedenheit der Gegenden zurückzukommen ſein wird.

Das Jagdrecht.

In geradem Widerſpruche mit dem § 162 und daher bedenklich war die unentgeltliche Aufhebung des Jagdrechts (§ 167). Mag immerhin die geſetzliche Aufhebung dieſes Rechts, ſo weit ſolches auf fremdem Grund und Boden zu üben war, wünſchenswerth ſein, ſo wird doch die Nothwendigkeit einer unentgeltlichen Aufhebung ſtets des Beweiſes entbehren. Nach dem Grundſatze des § 162 muß bei dieſem wirklichen Vermögensrechte eine Entſchädigung erfolgen; es muß aber der Geſetzgebung des Einzelſtaates überlaſſen bleiben, ſolche nach ſeinem individuellen Verhältniſſe zu ordnen.

Veräußerlichkeit und Theilbarkeit des Eigenthums.

Die Tendenz zur Mobiliſirung des Grundeigenthums tritt beſonders hervor in den Beſtimmungen über Veräußerlichkeit und Theilbarkeit deſſelben (§. 165 des Frankfurter Entwurfs). Es hängen aber die Wirkungen einer ſolchen Mobiliſirung ſo ſehr von äußeren Umſtänden, von der Bodenbeſchaffenheit, der Kultur der Bevölkerung, den Erbrechts- und Kommunalverhältniſſen ab, daß die Wirkung eines äußerlich gleichförmigen Satzes innerlich die verſchiedenartigſte ſein würde, weshalb es nothwendig geweſen iſt, dieſen Gegenſtand der Geſetzgebung der Einzelſtaaten gänzlich zu überweiſen.

Fideicommiſſe.

Der Geſetzgebung der Einzelſtaaten wird es auch obliegen, die Aufhebung der Familienfideicommiſſe (§. 168) nach dem Grundſatze der Unverletzlichkeit des Eigenthums zu ordnen, eine Aufgabe, deren Löſung um deſto größere Vorſicht und Sorgfalt erfordert, je verſchiedenartiger die Rechtsverhältniſſe ſind, welche man unter jenem Namen zuſammenzufaſſen pflegt.

Unter dieſen befinden ſich allerdings manche nachtheilige, deren neue Entſtehung nicht minder gehindert werden muß. Dagegen werden die Prinzipien, nach denen die Beſtimmungen des §. 163 in den Einzelſtaaten ausgeführt werden, auch entſprechende Vorſchriften über die Erbfolge nothwendig machen; und ſo wird auch hier die Aufgabe der Geſetzgebung ſein müſſen, nicht allein zu vernichten, ſondern auch Rechtsformen zu geben, unter denen zweckmäßige Erbfolgeordnungen auch ferner geſchaffen werden können, wo ſolches offenbar in den Bedürfniſſen des Landes liegt.

Juſtizpflege.

Endlich beſchäftigen die Grundrechte ſich mit Formen der Staatsverfaſſung. Es iſt bereits ein Theil dieſer Formen bei dem Verhältniß der Schule, ein anderer, namentlich die Competenz der Gerichtsbehörden betreffender Theil, beim Schutze der perſönlichen Freiheit erwähnt.

Was die §§. 172 und 181 über das Gerichtsweſen enthalten, bedurfte außer einem richtigen Ausdruck über das Verhältniß der Militär-Gerichtsbarkeit (§. 174) und über die Beurtheilung politiſcher Vergehen durch Geſchworene (§. 177) noch folgender Bemerkungen.

Die Beſtimmungen über Unabhängigkeit der Gerichtsperſonen (§. 175) dürfen niemals der Regierung die nothwendige Kraft nehmen, um die Gerichtsbehörden ſelbſt auf derjenigen Höhe zu halten, welche das Wohl des Ganzen fordert. Die Ausgleichung beider Anforderungen, die individueller Anſicht und Willkür allerdings nicht überlaſſen werden darf, wird die Landesgeſetzgebung zu bewirken haben. Die Beſtimmung über die Entſcheidung der Competenzkonflicte (§. 179) ſchließt die urſprüngliche deutſche Einrichtung, nach welcher die Gerichte ſelbſt über ihre Competenz zu erkennen haben, nicht aus. Auch hier wird die Landesgeſetzgebung das Nöthige ordnen müſſen, ſowie ihr denn auch allein zuſteht, den ſehr unbeſtimmten Begriff der Verwaltungsrechtspflege zu normiren.

Endlich wird auch durch die Trennung der Strafgerichtsbarkeit von der Polizei ein Verfahren nicht ausgeſchloſſen, in welchem die Polizeibehörde ihren Strafantrag dem Contravenienten mittheilt und dieſem überlaſſen wird, auf richterliches Erkenntniß zu provociren.

Gemeindeweſen.

Die Beſtimmungen über das Gemeindeweſen ſtimmen mit demjenigen überein, was in Deutſchland als Bedürfniß anerkannt wird. Eine Beſtätigung der Vorſteherwahlen und Sorge für deren Geſchäftstüchtigkeit, zumal wo auch Staatsgeſchäfte den Gemeindebeamten obliegen, iſt nicht ausgeſchloſſen. Daß die Ortspolizei den Gemeindebehörden überlaſſen bleibe, muß allerdings die Regel bilden; als unabänderliche Verfaſſungsnorm aber hat es nicht aufgenommen werden dürfen, da Fälle vorkommen, wo die Handhabung der Localpolizei (z. B. in einer großen Hauptſtadt) auf die Exiſtenz des Staates ſelbſt zu großen Einfluß hat, als daß ſie lediglich der Localbehörde überlaſſen bleiben dürfte. Es bleibt dieſes eben ſo wie die nähere Beſtimmung der im zweiten Abſatze des §. 183. geſtatteten Ausnahmen der Landesgeſetzgebung anheimgeſtellt.

Die Beſtimmung über das gegenſeitige Verhältniß der Kammern in denjenigen Staaten, wo ein Zwei-Kammerſyſtem beſteht, hat der Landesgeſetzgebung überlaſſen bleiben müſſen, da in der That die Bedeutung eines einſeitigen Geſetzvorſchlags ziemlich dunkel, eine einſeitige Beſchwerde, ſo wie eine einſeitige Anklage aber mit den Verhältniſſen einzelner Landesverfaſſungen durchaus nicht in Einklang zu bringen iſt.

In dieſem Sinne, von den verſchiedenen Landesgeſetzgebungen weiter entwickelt und ausgeprägt, werden die Grundrechte allerdings mehrfach eine völlig neue Geſtaltung der Dinge herbeiführen, ohne die eigentlichen Grundlagen des gemeinen Wohls zu gefährden.

Die Gewähr der Verfaſſung.

Die zur Gewähr der Verfaſſung in dem Entwurf der Nationalverſammlung aufgeſtellten Beſtimmungen haben zunächſt diejenigen Modificationen erfahren müſſen, welche durch die veränderte Form der Reichsregierung und durch die für die Giltigkeit der Reichsſchlüſſe erforderliche Uebereinſtimmung der Reichsregierung mit dem Reichstage bedingt ſind, und die daher einer Erklärung nicht weiter bedürfen. Die übrigen Aenderungen beſchränken ſich auf die Feſtſtellung des Rechtszuſtandes in den Ausnahmefällen des Krieges oder Aufruhrs und des Belagerungszuſtandes. Die Nationalverſammlung hat hier das Recht der Nothwehr des Staates im Prinzipe anerkannt, ohne demſelben jedoch die Conſequenzen zu laſſen, auf die die factiſche Handhabung nicht verzichten kann. Dieſelbe Nothwendigkeit, die in Zeiten der Gefahr und für die Dauer derſelben die Aufhebung der grundrechtlichen Beſtimmungen über Verhaftung, Hausſuchung oder Verſammlungsrecht und die Verkündigung des Belagerungszuſtandes in Feſtungen rechtfertigt, kann auch die Aufhebung des gewöhnlichen Gerichtsſtandes und der Preſſe und die Ausdehnung des Belagerungszuſtandes über den Bereich der Feſtungen hinaus, je nach Lage der Umſtände, zur gebieteriſchen Pflicht machen. Ebenſo wird anerkannt werden müſſen, daß gerade die Natur ſolcher Ausnahmezuſtände die Gewißheit ausſchließt, den Reichs- oder Landtag in einer vorher beſtimmten kurzen Friſt berufen und ihm in dieſer Friſt die getroffenen Maßregeln zur Genehmigung vorlegen zu können. Was mit Sicherheit hier allein vollzogen und daher geſetzlich auch allein garantirt werden kann, iſt die Verpflichtung des betreffenden Miniſteriums zu ſofortiger Verantwortung vor dem verſammelten Reichs- oder Landtage oder, ſofern der Reichs- oder Landtag im Augenblick nicht verſammelt iſt, vor dem erſten neu zuſammentretenden. Daher die modificirte Faſſung des §. 197 der Frankfurter Aufſtellung in §. 195 des gegenwärtig dargebotenen Entwurfs.

Die hauptſächlichſte Gewähr der Verfaſſung, ſoweit dieſe durch Beſtimmungen einer äußeren Geſetzgebung überhaupt zu bewirken iſt, gibt der §. 194. Es bedarf dabei kaum des Zuſatzes, daß der hier in Uebereinſtimmung mit §. 196 des Entwurfs der National-Verſammlung für Verfaſſungs-Abänderungen feſtgeſtellte Abſtimmungs-Modus bei dem zunächſt zu berufenden Reichstage, auf dem die Verfaſſung des Reichs nicht abgeändert, ſondern durch Vereinbarung mit den Regierungen feſtgeſtellt werden ſoll, noch nicht in Anwendung tritt, vielmehr die Beſchlüſſe dieſes erſten, lediglich zu dieſem Zwecke geſetzlich verſammelten Reichstages in beiden Häuſern nach abſoluter Stimmenmehrheit der beſchlußfähigen Anzahl zu faſſen ſind. Die näheren Anordnungen, die erſt nach Maßgabe des erfolgenden Beitritts der Regierungen zu dem dargebotenen Verfaſſungs-Entwurf zu beſtimmen ſind, bleiben dem Einberufungs-Decrete vorbehalten.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig.—Druck v. H. L. Brönner in Frankf. a. M.

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitungs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 164. Frankfurt a. M., Samſtag 16. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Schleswig.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten aus der Rheinpfalz und von der Bergſtraße. Schreiben des Hrn. Dr. Reinganum an den Reichsminiſterpräſidenten). Wien (Die Ruſſen und die europäiſche Pacification. Die Gold- und Silberagiotage). Von der Etſch (Truppenzüge nach Nordtyrol). Berlin (Die gerichtlichen Verfolgungen. Wählen oder Nichtwählen. Prügelſtrafe. Der engliſche Geſandte. Das neue Preußenthum. Die Regierung. Die Verſammlung in Gotha). Magdeburg (Die Wahlen). Stuttgart (Kammerverhandlungen. Der König. Die Reichsverſammlung). Heilbronn (Belagerungszuſtand). Leipzig (Die Portofreiheit für die Reichstagsabgeordneten aufgehoben. Hr. Koch zum Bürgermeiſter gewählt). Hannover (Die hannöverſche Verſammlung in Bremen. Aufforderung). Karlsruhe (Die Finanzen. Sitzung der Landesverſammlung. Phyſiognomie derſelben. Die neue proviſoriſche Regierung gewählt). Aus dem Bückeburgiſchen (Schlimme Nachricht aus Schleswig-Holſtein.) Weimar (Kammerverhandlungen über die deutſche Frage). Mecklenburg-Schwerin (Die Regierung und die Reichsverfaſſung). Aus dem nördlichen Schleswig (Taucherglocke). Hamburg (Die Parteien und die Verfaſſung. Die Freihändler. Der Herzog von Leuchtenberg. Schwediſches und engliſches Geſchwader).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen).

Frankreich. Paris (Die Nationalverſammlung in Permanenz. Paris in Belagerungszuſtand. Depeſchen an General Oudinot. Der Prinz von Canino).

Dänemark. Kopenhagen (Die ruſſiſche Flotte. Prinz Salm-Salm. Die Isländer).

Ungarn. (Die Stellung der Heere).

Rußland. St. Petersburg (Circulardepeſche über die Intervention in Ungarn. Schreiben des Kaiſers von Oeſterreich an Paskewitſch).

---

15. Juni.

Während man uns von mancher Seite her vorwirft, wir wären preußiſcher als die Preußen, klagt man in Berlin und anderswo über unſere Feindſeligkeit gegen Preußen. Nichts kann ungerechter ſein als dieſer Vorwurf. „Brutus, du liebſt mich nicht!" ſagt Caſſius zum Brutus, und dieſer antwortet: „Nicht deine Fehler lieb' ich!" Und wir müſſen in dieſem Augenblicke mit Schmerz beſorgen, daß Preußen, wir meinen das gegenwärtige preußiſche Miniſterium, in den Friedensverhandlungen über Schleswig einen neuen Fehler begeht. Aus Berlin wird der Kölniſchen Zeitung geſchrieben:

„Berlin, 12. Juni. An den General v. Prittwitz als Höchſt-Commandirenden der deutſchen Truppen, welche gegen Dänemark kämpfen, iſt nunmehr heute wirklich von hier die Ordre abgegangen, „die Waffenruhe einzuleiten", d. h. ſich ganz auf die Defenſive zu beſchränken und jedenfalls nichts mehr zu unternehmen, was zu einem ferneren Zuſammenſtoß führen könnte."

Alſo eine wirkliche Ordre! Das würde demnach eine wirkliche geheime Ordre ſein. Denn eine geheime Ordre der Art muß ſchon früher von Berlin abgegangen ſein; ſonſt wäre die Weiſe der Kriegführung während der letzten Wochen ein unerklärliches Räthſel. Doch hören wir vorerſt den Verfolg der Nachricht:

„Die bisher nur ſehr langſam vorgerückten Friedens-Verhandlungen haben nämlich endlich in den letzten Tagen einen beſchleunigten Gang genommen und ſind jetzt ſo weit gediehen, daß man über die materiellen Bedingungen völlig einig iſt. Freilich wird die Beſeitigung der Formalien wohl noch einige Zeit erfordern, da dieſe Verhältniſſe durch die neueſte Entwickelung der deutſchen Angelegenheiten in eine ſehr verwickelte Lage gekommen ſind. Bekanntlich hatte Preußen der deutſchen Centralgewalt jüngſt beſtimmt erklärt, daß es in Beziehung auf die Friedens-Verhandlungen mit Dänemark nunmehr ganz ſelbſtſtändig handeln werde, und es war deshalb auch in letzter Zeit der Hauptſitz dieſer Verhandlungen wieder von London nach Berlin verlegt worden, wo ſie denn auch zwiſchen den Herren v. Schleinitz und v. Reedtz nunmehr zum Abſchluſſe gediehen ſind. Da aber der Krieg im Namen der Centralgewalt geführt, der Waffenſtillſtand von Malmö in gleichem Namen geſchloſſen war, ſo beſteht der däniſche Bevollmächtigte, um nunmehr auch zu einem definitiven Frieden zu kommen, bis jetzt noch auf der Forderung, die gegenwärtigen Bedingungen auch durch die Centralgewalt ratificiren zu laſſen, was im Augenblicke freilich ſeine Schwierigkeiten hat und wozu ſich Preußen nicht entſchließen kann. Es iſt in Folge davon heute zunächſt ein Courier nach London abgegangen, um den Vertrag dorthin zur Mitgenehmigung zu überbringen und man beabſichtigt außerdem, einen Ausweg dadurch zu treffen, daß man die ſchließliche Ratification bis zum Zuſammentritte des neuen Reichstages ausſetzt und bis dahin nur eben unter den vereinbarten Bedingungen factiſch Frieden eintreten läßt."

Auch über die Grundlage des zwiſchen Hrn. v. Schleinitz und Hrn. v. Reedtz „nunmehr zum Abſchluſſe gediehenen" Friedens kann kaum noch ein Zweifel ſein. Es iſt die ſ. g. legislative und adminiſtrative Selbſtſtändigkeit Schleswigs, ein Ziel, ſehr verſchieden von demjenigen, deſſentwegen der Krieg mit allen ſeinen Opfern von Blut und Geld unternommen war. Wir wollen einen kurzen Rückblick auf dieſen Krieg werfen, wobei wir zwar zuerſt die großen Opfer willig anerkennen, welche Preußen in dem ſchleswigſchen Handel großmüthig brachte, ohne unmittelbar dabei betheiligt zu ſein, dann aber auch die Fehler der preußiſchen Regierung nicht zudecken wollen.

Die Märzrevolution in den Herzogthümern Schleswig-Holſtein hat das Eigenthümliche, daß ſie vom Thron veranlaßt und vom Thron in Schutz genommen wurde. Der Herzog in Kopenhagen veranlaßte die Revolution, indem er die Verbindung der Herzogthümer für gelöſt erklärte; der König in Berlin nahm die Revolution in Schutz, indem er die Herzogthümer für ſelbſtſtändige, rechtlich verbundene Staaten erklärte. Aus der Unvereinbarkeit beider Erklärungen entſtand ein Krieg, den Preußen mit dem Malmöer Waffenſtillſtande ſchloß! Den eingeleiteten Friedensverhandlungen ſetzte Preußen nun plötzlich das Ziel: eine Trennung beider Herzogthümer. Dann mußte im Auftrage des preußiſchen Miniſteriums, der preußiſche Geſandte in Frankfurt wie in London, für das Zerreißen dieſer Verbindung ſprechen. Schleswig ſoll ſelbſtſtändig werden, nicht verbunden mit Dänemark und getrennt von Holſtein. Die Herzogthümer legen feierlichſt Proteſt ein gegen dieſe Rechtsverletzung. Dänemark, freudig überraſcht durch die Berliner Willfährigkeit, greift natürlich weiter, iſt ſehr einverſtanden zwar mit der Abſonderung Schleswigs von Holſtein, verlangt aber deſſen ewige politiſche Union mit Dänemark, will noch vor dem Friedensſchluſſe eine eigene Verwaltungsbehörde für Schleswig anordnen und dies Land mit 3—4000 Dänen oder Schweden beſetzen, auch alle Verfügungen und Verordnungen ſeit dem 18. März 1848 aufheben, ſowie in Holſtein deutſche Truppen zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung herbeirufen. Die däniſche Unverſchämtheit erregt Lächeln; aber das Blut ſteigt in die Wangen, wenn man erfährt, daß ein preußiſches Miniſterium dieſe Vorſchläge für annehmbar erklärt, wobei es dann hinzufügt, weiter zu gehen vertrage ſich nicht mit ſeiner Ehre! Die Dänen verlangten durchaus nichts weiter! Das Miniſterium v. Gagern verhütete die Ausführung der däniſchen Vorſchläge. Inmitten der Verhandlung kündigt Dänemark den Waffenſtillſtand und beginnt den Krieg, wird zur See und zu Lande geſchlagen und bis in die Mitte Jütlands zurückgedrängt. Der Krieg iſt im beſten Fortgange, als Preußen Kriegsführung und Friedensunterhandlung den Händen der Centralgewalt entreißt, den Krieg zum Stillſtand bringt, directe Verhandlungen mit Kopenhagen anknüpft und die Beſtimmung der Reichsverfaſſung wegen Schleswig in der Son-

derbundsverfaſſung ausſtreicht, endlich in halbamtlichen Artikeln den Herzogthümern Glück wünſcht, daß Schleswig nun die bekannte Selbſtſtändigkeit, d. h. Trennung von Holſtein zu erwarten habe.

Einen ſehr trüben, niederſchlagenden Eindruck macht dieſe Skizzirung der deutſch-däniſchen Angelegenheit. Ein wohlgerüſtetes, glänzendes Heer von 70,000 Mann ſteht in Schleswig und Jütland, Wochen- ja Monatelang zur völligen Unthätigkeit verdammt; haushohe Schanzen werden gegen Alſen aufgethürmt und es geſchieht nichts, um die wichtige Inſel zu erobern; eine kleine jütiſche Feſtung wird ab und zu mit einer Bombe oder Granate beehrt; wie es ſcheint, ohne Abſicht des Erfolgs; ein däniſches Corps, mit leichter Mühe zu umgehen und zu umzingeln, erhält Zeit und Gelegenheit, in ungeſtörter Muße ſich in den Norden von Jütland zurückzuziehen; in Scharmützeln werden zum öfteren deutſche Detachements von den Dänen abgeſchnitten und gefangen; die große Reichsarmee rührt ſich nicht vom Flecke. Contributionen ſollten in Jütland ausgeſchrieben werden, um die Verluſte zu decken, welche durch das Aufbringen deutſcher Schiffe dem Handelsſtande verurſacht werden; wir glauben, es ſind 10,000 Thlr. ausgeſchrieben, ungefähr hinreichend, um ein paar Maſten und Steuerruder wiederherzuſtellen!

Inzwiſchen gelangen in Berlin zwiſchen zwei liebenswürdigen Diplomaten der alten Schule die Friedensverhandlungen zum gedeihlichen Abſchluſſe. Ueber den Inhalt des Inſtrumentes brauchen wir nur den Artikel der Deutſchen Reform zu leſen, welche den Schritten des Miniſteriums wie deſſen Schatten voraufzugehen pflegt. „Preußen zog ſein gutes Schwert, ſagt dieſes Blatt, zum Schutze der legislativen und adminiſtrativen Selbſtſtändigkeit Schleswigs, welche durch die Proclamation des Königs von Dänemark vom 21. März 1848 gefährdet war. Mit Erreichung dieſes Zieles würde auch der rechtliche Grund des Kampfes wegfallen.“ Preußen zog ſein Schwert für die Selbſtſtändigkeit Schleswig's! Es iſt uns nicht erinnerlich, jemals etwas davon geleſen zu haben. In der berühmten Denkſchrift an Lord Palmerſton von Herrn Bunſen waren drei Punkte aufgeführt, weswegen die Herzogthümer ſich erhoben hätten und von Preußen unterſtützt worden wären; wenn wir aus dem Gedächtniß recht citiren, lauten ſie: 1) Schleswig und Holſtein ſind unzertrennlich verbunden; 2) dieſe unzertrennlichen Herzogthümer bilden einen ſelbſtſtändigen Staat; 3) dieſer ſelbſtſtändige Staat vererbt in der männlichen Linie.

Selbſt Hr. Bunſen legt jetzt den Accent auf das Wort Selbſtſtändigkeit. Er ſchrieb an die engliſche Regierung am 2. Juni, und wir führen das Schreiben an, um zu beweiſen, daß wenigſtens eine Partei unter den preußiſchen Staatsmännern lebhaft durchdrungen iſt von dem Rechte der Herzogthümer: „Se. Majeſtät der König von Preußen hat niemals anerkannt, daß die Bewohner der Herzogthümer ſich im Zuſtande der Auflehnung gegen die legitime Obrigkeit befinden. Die legitime Obrigkeit iſt nach den wiederholten Erklärungen der preußiſchen Regierung der regierende Herzog von Schleswig-Holſtein und ſeine legitimen Nachfolger in männlicher Linie. Dieſe Autorität haben die Einwohner immer und noch vor Kurzem in einem friedlichen Actenſtücke anerkannt. Wenn Dänemark darauf beſteht, die Schleswiger mit Waffengewalt zu der Anerkennung zu zwingen, daß dies Herzogthum eine Provinz des Königreichs ſei, ſo macht nach den in Deutſchland fortwährend feſtgehaltenen Grundſätzen die däniſche Regierung durch ein Attentat auf das gute Recht der Herzogthümer eine Revolution, nicht aber das Land, welches genöthigt iſt, ſich dieſem Attentat zu widerſetzen. Das Land leiſtet nach langen und geduldigen Gegenvorſtellungen nur Widerſtand gegen das, was es mit Preußen und Deutſchland als eine Handlung der Tyrannei betrachtet. Es fordert Nichts als eine Garantie ſeiner conſtitutionellen Rechte. Es will nur ſeine von ſo vielen Königen von Dänemark anerkannte und beſchworene Selbſtſtändigkeit. Dies Verfahren iſt allem Anſcheine nach genau dasjenige des engliſchen Parlaments und Volks, als es ſich der Tyrannei Jakob's II. widerſetzte. Der Unterſchied in der Bewegung der Herzogthümer von 1848 und der Englands von 1688 ſcheint nur darin zu beſtehen, daß die Herzogthümer nicht beabſichtigen, den Platz der legitimen aber zu tyranniſcher Unterdrückung entarteten Autorität für erledigt zu erklären, während England dies im Jahre 1688 that.“

Aber die Selbſtſtändigkeit, von der in dieſem Schreiben geſprochen wird, iſt die Selbſtſtändigkeit der beiden unzertrennlichen Herzogthümer; nicht die neugebackene Selbſtſtändigkeit Schleswigs, bei der uns das Sprichwort einfällt: Backen und Brauen geräth nicht immer. Wir haben ſchon früher und öfter weitläufig gezeigt, daß dieſe ſ. g. legislative und adminiſtrative Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit Schleswigs ein Unding ſei. Es würde damit ungefähr ſoviel zu ſagen haben, als mit der Selbſtſtändigkeit und Unabhängigkeit der Deutſchen Reform.

Der preußiſchen Regierung muß in dieſem Augenblicke mehr als je daran gelegen ſein, ſich die Sympathieen von ganz Deutſchland durch einen ehrenvollen Frieden mit Dänemark zu erwerben, den in der Losreißung von Schleswig Niemand erblicken wird. Es iſt nichts mit dieſer Schleswig'ſchen Selbſtſtändigkeit, ſchon weil die Herzogthümer nicht darein willigen werden. Denn Preußen wird doch nicht ungroßmüthiger ſein, als Ludwig XIV., und ſeine eigenen Schützlinge bekriegen! Die Diplomatie brütet nun ſchon ſo lange auf jener Selbſtſtändigkeit:

„Aber das Faß wird nicht voll, aber der Stein wird nicht warm!“

Möge ſie endlich davon abſtehen. Die einfachſte und dauerndſte Löſung iſt die Theilung. Es mag ſehr wahr ſein, daß die däniſchen Unterhändler (weil Preußen ſchwach oder läſſig genug ſcheint, ſich noch einmal anführen zu laſſen) ſich gegen die Theilung ſträuben. Aber im däniſchen Volke iſt die Meinung, daß nichts anderes übrig bleibe, ebenſo allgemein, als in den Herzogthümern; nur über die Linie iſt man nicht einig und wird man ſo leicht nicht einig. Es kann darüber nur ein Grundſatz vereinbart werden. Die Ausführung derſelben muß einer unparteiiſchen Macht übertragen werden. Deutſchland ſo wenig wie Dänemark wollen Schleswig fahren laſſen; ſo nehme ſich Jeder ſein Theil!

Deutſchland.

Frankfurt, 15. Juni. Die O.-P.-Z. bringt folgende Nachrichten aus der Rheinpfalz:

Preußiſches Hauptquartier Marnheim, 14. Juni. Die vierte Diviſion traf heute auf ihrem Vormarſch von Alzey nach Kaiſerslautern einen Haufen Inſurgenten in Kirchheimboland; die Stadt wurde nach einem kurzen Gefecht genommen, bei welchem ſich das Füſilierbataillon des 24. Infanterieregiments, das Berliner Gardelandwehrbataillon und die dabei verwendete Artillerie ſehr vortheilhaft ausgezeichnet haben. Der dieſſeitige Verluſt beſteht in 4 leicht bleſſirten Leuten und 2 bleſſirten Pferden, der der Inſurgenten in ungefähr 40 Todten und 7 Gefangenen.

Aus Rheinheſſen, 15. Juni. Die k. preußiſche Colonne unter dem Befehl Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen marſchirte vorgeſtern früh aus Alzei über die rheinbairiſche Grenze, nahm nach kurzem Widerſtande von Seiten der Freiſchaaren die Stadt Kirchheimboland und rückte hierauf weiter vor, ſo daß in der Nacht vom 14. auf den 15. d. M. das Hauptquartier in Marnheim war. Obgleich in Kirchheimboland beim Heranahen der preußiſchen Truppen auf Befehl des Commando's der Freiſchaaren (Dr. Zitz) Sturm geläutet wurde, auch die Landleute angewieſen waren, ſich auf dieſes Zeichen in Kirchheimboland zu ſammeln, ſo erſchien doch nicht ein Mann derſelben, ſowie überhaupt von den Bewohnern der Dörfer und denen der Stadt Kirchheimboland den preußiſchen Truppen keinerlei Widerſtand entgegengeſetzt wird, da ſie vielmehr letztere als Befreier von einer drückenden Gewaltherrſchaft begrüßen. Schon am 13. Abends waren preuß. Truppen, von Saarbrück und von St. Wendel kommend, bis nach Landſtuhl vorgedrungen, ſo daß die Kaiſerſtraße und der davon weſtlich gelegene Theil der Pfalz binnen kürzeſter Zeit gänzlich von den Freiſchaaren gereinigt ſein werden.

Frankfurt, 15. Juni, Mittags. So eben geht per Eſtafette folgende Nachricht aus dem preußiſchen Hauptquartier zu Kaiſerslautern vom 14. d. M. ein: „Die zweite Diviſion hat geſtern, am 13., nach einem unbedeutenden Gefecht bei Homburg in der dortigen Gegend Quartiere bezogen und iſt heute in Cantonnirungen zwiſchen Landſtuhl und Kaiſerslautern gerückt. Die dritte Diviſion iſt, ohne Widerſtand zu finden, ſchon heute bis Kaiſerslautern vorgedrungen und hat die Stadt und Umgegend beſetzt. Die ländliche Bevölkerung begrüßt die Truppen überall als Befreier; in den Städten, namentlich in Kaiſerslautern, begegnet man dagegen vielen unwilligen und verdächtigen Phyſiognomien. Die proviſoriſche Regierung iſt verſchwunden.

Alzei, 15. Juni. Als beachtungswerther Beitrag zur wirklichen Kenntniß der Inſurgentenhäuptlinge in der bairiſchen Pfalz kann die amtlich feſtgeſtellte Thatſache dienen, daß Alexander

Cäſar Napoleon Dr. Zitz, Oberbefehlshaber der Freiſchaaren, einer der Erſten war, welche, nachdem bei dem Gefecht in Kirchheimboland einige Schüſſe gefallen, das Weite ſuchte. Beſonderen Eindruck auf dieſen großen „Anführer" und deſſen Genoſſen ſcheint das blitzſchnelle Feuern der Preußen mit ihren Zündnadelgewehren gemacht zu haben.

♈ **Frankfurt**, 15. Juni. Wir erhalten ſo eben eine Nachricht aus Bensheim vom heutigen Tage, 12 Uhr Mittags. Heute in aller Frühe hat ſich das Neckar-Corps gleichzeitig in Bewegung geſetzt. Der General v. Peucker mit ſeinem Stabe verließ um 8 Uhr Zwingenberg. Der Schreiber des Briefes, in Bensheim zurückgehalten, hört ſeit 10 Uhr ſtarkes Kanonenfeuer auf Mannheim zu. Täglich kommen badiſche Ueberläufer; geſtern drei Officiere, heute dreizehn Dragoner mit Pferd und Waffen. Ein kleines Gefecht, welches geſtern bei Käferthal ſtattfand, hat dem Feind 4 Todte und 5 Gefangene gekoſtet. Die Unſrigen zählten nicht einmal einen Verwundeten. Nachträglich mag über das Gefecht bei Waldmichelbach bemerkt werden, daß ſich unter den Gefangenen ein ſogenannter Officier, ſeines Gewerbes ſonſt ein Tiſchler aus Hannover, befand, außerdem ein Ungar, und unter den übrigen erkannten die Soldaten des 38. preußiſchen Infanterieregiments zwei bei den vorjährigen Ereigniſſen in Mainz ſtark compromittirte Individuen.

* **Frankfurt**, 15. Juni. Die proviſoriſche Regentſchaft in Stuttgart hat, wie die O. P. Z. mit Anführung der Actenſtücke berichtet, Hrn. Dr. Reinganum beauftragt, das Eigenthum des Reichs aus den Händen der bisherigen proviſoriſchen Centralgewalt in ihrem Namen zu übernehmen. Hr. Dr. Reinganum hat ſich dieſes Auftrags durch folgendes Schreiben entledigt:

„Sr. Durchlaucht des Herrn Reichsminiſter-Präſidenten, Generallieutenants Prinzen Auguſt v. Sayn-Wittgenſtein-Berleburg.

„Die Reichsregentſchaft, welche durch die verfaſſungsgebende deutſche Nationalverſammlung kraft des Geſetzes vom 6. Juni ernannt worden, hat mir die angelegte Urkunde d. d. Stuttgart 10. Juni 1849 zugeſendet, um den darin enthaltenen Auftrag zu vollziehen.

Dieſem Auftrage gemäß, habe ich hierdurch die bisherige proviſoriſche Centralgewalt mit Beziehung auf Art. 11. des obgedachten Geſetzes davon in Kenntniß zu ſetzen, daß die Reichsregentſchaft ihr Amt angetreten hat, und damit in Ausführung jener Beſtimmung die Aufforderung zu verbinden, daß das Eigenthum des Reichs, ſoweit es in den Händen der ſeitherigen proviſoriſchen Centralgewalt war, von ihr an die deutſche Reichsregentſchaft übergeben werde.

Ew. Durchlaucht bitte ich ergebenſt, die zu letzterem Zweck nöthigen Anordnungen zu veranlaſſen, von denſelben mir gefällige Mittheilung zu machen, und die Verſicherung meiner großen Hochachtung zu genehmigen. Frankfurt a. M., den 15. Juni 1849. Dr. jur. Reinganum."

△ **Wien**, 11. Juni. Aus den Lagern an der Waag und der Donau vernehmen wir noch immer nichts als Truppendislocationen und Verbrüderungsfeſte zwiſchen Oeſterreichern und Ruſſen: es fallen uns dabei die Verbrüderungen zwiſchen Militär und Civil im vorigen Sommer ein, und die Reſultate, die ſie hatten und noch haben. Der 12. Juni wird noch immer von wohlunterrichteter Seite als der Tag bezeichnet, an welchem die allgemeinen Operationen beginnen ſollen. Nach Oedenburg iſt die Poſt unterbrochen; Reiſende die aus jener Gegend kommen, berichten von ſtarkem Kanonendonner, der ſeit dem 6. wiederholt zu vernehmen war. Die einzelnen ruſſiſchen Officiere, welche Wien beſuchen, ſind ihrer Sache ſo ſicher, daß ſie die Ueberzeugung ausſprechen, der ungariſche Feldzug ſei längſtens in 2 Monaten beendigt und das Land unterworfen. Dann wollen ſie Deutſchland pacificiren, und ſind überzeugt, daß ſie auch dort von den „Gutgeſinnten" mit Sehnſucht erwartet werden. So lange, meinen ſie, wird es den Fürſten ſchon noch gelingen, die Zuſtände in der jetzigen Verwirrung hinzuhalten „je verwirrter, je beſſer — wir werden dann unſere und ihre Intereſſen ſchon zu wahren wiſſen." Und in der That, wenn man die Maſſen bedenkt, die ſich von Norden gegen uns bewegen, ſo gleichen ſie mehr einer Völkerwanderung, als einem nur zu einem beſtimmten Einzelzweck in Bewegung geſetzten Heer. Der Vorwand iſt leicht gefunden: Polen kämpfen überall mit gegen die Regierungen, und die „Verſchwörung derſelben iſt über ganz Europa verzweigt"; hat man doch auch hier Perſonen eingezogen, welche mit dem berüchtigten Bakunin im Einverſtändniß ſein ſollen. In eben dem Grade als unſere politiſchen Zuſtände täglich unerquicklicher werden, ſind auch die materiellen Intereſſen gefährdet. Bei Rothſchild ſind täglich Deputationen und Conferenzen der Großhändler, der Banquiers, des Handelsgremiums — aber auch dieſer Nabob ſcheint keinen andern Rath zu wiſſen als: Geduld, Frieden ꝛc. Unterdeſſen ſind wir ganz dem Wucher der Gold- und Silberhändler und einzelner Gewerbe Preis gegeben. Die Fleiſcher drohen ihr Gewölbe zu ſchließen, wenn nicht die Taxe für den Verkauf im Kleinen erhöht wird; die Becker wollen ſich gar keine Satzung mehr gefallen laſſen, nicht einmal die einzig noch beſtehende für Roggenbrod. Die Erbitterung des Publikums über die Gold- und Silber-Agiotage iſt ſo groß, daß ſchon ſeit mehreren Tagen beſondere Sicherheitsmaßregeln ergriffen werden müſſen, um die ſich zur Bank drängenden Juden vor Mißhandlungen zu ſchützen. Im Laufe dieſer Woche wird das Geſetz wegen Organiſirung der Bezirksgerichte, welches auf den Vortrag des Miniſters Bach von dem Kaiſer bereits ſanctionirt iſt, promulgirt worden.

Von der Etſch, 8. Juni. Die Truppendurchzüge nach Nordtirol dauern fort. Das Regiment Erzherzog Ludwig, von Malghera kommend, ging theils über Innsbruck, theils über die Finſtermünz nach dem Lechthale. Dahin wenden ſich alle bisherigen Zuzüge. Es ſind 8000 Mann beſtimmt das dortige Beobachtungscorps zu bilden. Beim Fußvolk ſahen wir ſehr viele ganz junge Leute, lauter Neuausgehobene — die Bataillone haben in letzter Zeit unendlich viele Mannſchaft durch Krankheit eingebüßt, z. B. das obgenannte Regiment allein 12 bis 1300 M. Unter Officieren wie Soldaten vernimmt man mannichfache Meinungen über ihren Marſch an die Schwabengrenze. Etliche vermuthen ein gemächliches Wacheſtehen von zwei bis drei Monaten und dann ein Kehrt-Euch nach Italien, andere getröſten ſich in Bälde in Baiern, ja ſelbſt in München einmarſchiren zu können. Sie rechnen auf guten Empfang, denn ſie gedenken als Hilfsvölker aufzutreten gegen allerlei Bedrängniß der Nachbarregierung und ihrer Getreuen, gegen die octroyirte und die Parlamentsverfaſſung und was immer daran hängt. Auch ſind ſie gewappnet gegen alle Zumuthungen der neumodiſchen Soldatenverführung — ſie haben aus Italien einige Praxis mitgebracht. (Allg. Z.)

** **Berlin**, 13. Juni. Der Juſtizrath Pfeiffer iſt nach neunzehntägiger Haft vorgeſtern in Folge ſeines Verhörs, welches an dem neunzehnten Tage ſtattfand, als völlig unbetheiligt an irgend etwas, das ihn auch nur leiſe graviren könnte, entlaſſen. Seine Anweſenheit in der Converſationshalle, während Jemand eintraf und einen Brief verlas, auf den die Behörde vigilirte und der, da eine nicht weiter legitimirte Civilperſon ihn abverlangte, von dem Inhaber zerriſſen wurde, dieſe bloße Anweſenheit hat den Grund abgegeben, aus welchem Herr Pfeiffer ſeinem Beruf als Rechtsanwalt beim Obertribunal und ſeinem Familienkreiſe entriſſen wurde, wie ſich jetzt herausgeſtellt hat: den einzigen Grund. Die Namen aller Anweſenden wurden verzeichnet und ſämmtliche Tags darauf in Haft gebracht. Die Preſſe kann ein ſolches Verfahren nicht laut genug mißbilligen, um vor einer Wiederholung deſſelben abzuſchrecken.

⁑ **Berlin**, 13. Juni. „Geſtern Nachmittag, ſo erzählt die Neue Preußiſche Zeitung, geht ein Mann, die preußiſche Cocarde am Hute, die Linden hinab. Zwei junge Burſchen mit Calabreſern begegnen ihm, und indem ſie dicht vorübergehen, ſagt der Eine höhniſch: „Stockpreuße!" Augenblicklich erhält er von Jenem einen Hieb mit dem Spazierſtock über den Calabreſer unter den Worten: „Und das ein preußiſcher Stock!" Ja, wir ſind hier wieder einmal recht preußiſch geworden. Der Treubund thut ſein Möglichſtes, um Menſchen zu fiſchen und hat ſogar in Magdeburg den erſten Tochterverein geſtiftet. Graf Luckner, das Haupt dieſes ſeltſamen Bundes, war ſelbſt hinüber, um bei der erſten Verſammlung den Vorſitz zu führen. Dieſe erſte Zuſammenkunft ward leider von vielen Wölfen in Schaafskleidern beſucht und dermaßen geſtört, daß die Bürgerwehr unter Waffen treten mußte. Die Anhänger des Treubundes tragen um die Wette die preußiſchen Cocarden und haben ſchon zu Verſpottung Gelegenheit gegegeben, indem junge Leute mit rieſigen ſchwarzweißen Cokarden, „ungefähr von der Größe eines Thalers", wie die Nationalzeitung ſagt — ſie meint mindeſtens Champagnerthaler — umhergingen und im Thiergarten das Preußenlied durch ihren Geſang entweihten, worob der Zorn der ächten Preußenſchaftler entbrannte. Mehrere von jenen Carricaturen des Heiligſten ſind von der Schutzmannſchaft in Policeiarreſt gebracht, wahrſcheinlich nach §. 105 der Staatsverfaſſung. Die Neue Preußiſche Zeitung, welche bald mit dem Motto: Des Lebens Lenz blüht einmal und nicht wieder; mir hat er abgeblüht! erſcheinen kann, tobt gegen die Gothaer Verſammlung: „Wird Preußen abermals in die Falle gehen? fragt ſie. Wir ſagten gerne Nein, und dennoch — iſt

die Conſequenz ſo ſelten, dennoch horcht man ſo gern auf den Geſang der falſchen Vögel und vergißt über der Popularität vor den Menſchen die Buße, die allein vor Gott populär macht.“ Aber gottlob ſieht unſere Regierung, daß die Gemeinſchaft mit dieſen Fanatikern ihrem Anſehen nur ſchaden kann. Die Intriguen Oeſterreichs, Baierns treuloſe Haltung weiſt Preußen gebieteriſch auf den richtigen Weg, von dem es nie hätte abweichen ſollen, mit Deutſchland, mit der deutſchen Nation zu gehen. Die Deutſche Reform äußert ſich fortwährend über die Verſammlung in Gotha auf eine würdige und verſöhnliche Weiſe, und ſagt von Dahlmann's Mahnung, ſie bringe einen in vielen Beziehungen glücklichen Vermittelungsvorſchlag.

Lith. Corr. **Berlin**, 13. Juni. Die demokratiſchen Vereine der Provinz Sachſen haben Abgeordnete erwählt, welche vorgeſtern in Köthen zuſammentraten, um darüber zu berathen, ob man ſich auch Seitens der Partei bei den bevorſtehenden Wahlen auf Grund des veränderten Wahlgeſetzes betheiligen ſolle. Auf dem Congreſſe waren u. A. die HH. Rodbertus, Schulz-Delitſch, Pilet, und Pax zugegen. Die große Majorität der Verſammelten, Hr. Rodbertus an der Spitze, war der Meinung, daß man nicht wählen dürfe. Das neue Wahlgeſetz wurde einſtimmig als ein die Verfaſſung verletzender Akt der derzeitigen Regierung erklärt. Schulz-Delitſch und Pilet wollten, daß man nichtsdeſtoweniger ſich, vom praktiſchen Geſichtspunkt ausgehend, an der Wahl betheiligen möge; dieſe Anſicht blieb jedoch in der Minorität und man beſchloß, nicht zu wählen. Anfang Auguſt will man in Köthen wiederum zuſammenkommen, um ſich gegenſeitig über den Stand der Dinge Bericht zu erſtatten. Hr. Rodbertus iſt von Köthen aus wieder in Berlin eingetroffen, wo er ſich einige Zeit aufzuhalten gedenkt. Seitens des „Comité der Volkspartei in Berlin“ wird eine Proklamation veröffentlicht werden, in welcher man erklärt, nicht wählen zu wollen, „weil 1) das Wahlgeſetz eine ſchwere Verfaſſungsverletzung enthält; 2) weil es die gleiche Berechtigung Aller zur Wahl der Volksvertreter auf's Tiefſte kränkt; 3) weil ſich die Partei nicht an die Beſchlüſſe einer nach dieſem Wahlgeſetz zuſammenberufenen Kammer gebunden erachten will.“

Eine Deputation von Deutſchen und Polen aus der Provinz Poſen ſoll im Begriff ſtehen, nach Berlin abzureiſen, um bei Sr. Majeſtät ſelbſt Beſchwerde zu führen, wegen der durch einzelne untergeordnete Militärchefs preußiſcher Truppen in Schleswig willkürlich eingeführten Prügelſtrafe, die in der preußiſchen Armee bekanntlich ſeit lange geſetzlich abgeſchafft iſt. Ein Parolebefehl z. B. ſpricht ſich in dieſer Beziehung wie folgt aus: „Der Wehrmann — — des — Bataillons des — Regiments Landwehr, welcher heute als Arreſtant vom Oberſten v. Schlegel überwieſen worden, ſoll auf wiederholten Befehl wegen abſichtlicher Entfernung, um an einem möglichen Gefechte nicht Theil zu nehmen, mit 25 Stockſchlägen auf das Gefäß mit Ueberlegung auf ein Bund Stroh vor der Fronte des Bataillons beſtraft werden. Vorſtehender Befehl iſt ſämmtlichen Leuten der Compagnie bekannt zu machen, mit dem Beifügen, daß der Oberſt v. Schlegel dabei bemerkt hat, wie morgen Jeder, der ſich dieſes Vergehen zu Schulden kommen läßt, mit 50 Stockſchlägen beſtraft wird. Von jeder Compagnie iſt ein Unteroffizier und 6 Mann zur Execution zu ſenden. Bivouac hinter Horſens, 14. Mai. Der Major und Bat.-Commandeur (gez.) George.

Heute Abend findet eine muſikaliſche Unterhaltung im engliſchen Geſandtſchaftshotel ſtatt, in welcher die von Lord Weſtmoreland komponirte Meſſe durch die erſten Muſiker der Hauptſtadt ausgeführt werden wird. Die vornehmſten Perſonen, ſo wie alle künſtleriſchen Notabilitäten Berlins ſind dazu eingeladen. Im Hotel hofft man auch, daß Mitglieder der königlichen Familie, wenn nicht die Majeſtäten ſelbſt, das Feſt verherrlichen werden. Das Feſt hat nämlich eine für den Geſandten beſonders freudige Veranlaſſung: Der Lord wurde in dieſen Tagen durch die Nachricht in hohe Freude verſetzt, daß ſein im Pendſchab dienender Sohn wegen ſeiner Auszeichnung im Dienſt, obgleich erſt 22 Jahre alt, zum Major befördert iſt.

Magdeburg, 12. Juni. Geſtern fand in dem benachbarten Köthen eine große Verſammlung, nicht nur einzelner hervorragender Mitglieder von der Linken der aufgelöſten zweiten Kammer, darunter die Herren v. Unruh, Rodbertus, Hildenhagen, Pilet, Schulze-Delitzſch u. a. m., ſondern auch anderer Notabilitäten der demokratiſchen Partei, Statt, worin der einſtimmige Beſchluß gefaßt wurde, bei den bevorſtehenden Neuwahlen für die zweite Kammer ſich in keiner Weiſe zu betheiligen, auch wenn die Wahl etwa auf ſie fallen ſollte, dieſelbe nicht anzunehmen. (K. Z.)

* **Stuttgart**, 13. Juni. In der Kammer der Abgeordneten fand eine lebhafte Verhandlung ſtatt über die Vorgänge in Heilbronn. Römer erläuterte auf die Anfrage Schnitzers, die Bürgerwehr ſei aufgelöſt worden, weil ſie bewaffnet debattirt habe; zugleich ſei der Geiſt und die Renitenz der Bürgerwehr ſchon in ſo vielen einzelnen Fällen zur Kenntniß der Regierung gekommen, daß man kräftige Maßregeln zu ergreifen gehabt habe und zwar um ſo mehr, als eine Partei im Lande ſei, die alle Bürgerwehren im Lande und nicht blos jene in Heilbronn gegen die geſetzmäßig beſtehende Regierung aufzuſtacheln ſuche. Es ſei ferner zur amtlichen Kenntniß der Regierung gekommen, daß nicht blos ein moraliſcher, ſondern theilweiſe ein thatſächlicher Terrorismus geübt wurde, und beſonders diejenigen, die der Adreſſe an die Reichsverſammlung nicht beigetreten, auf eine ganz empörende Weiſe, ſowohl auf dem Sammelplatz, als in den Straßen von Heilbronn verhöhnt worden ſind. Ferner habe der Abgeordnete Hentges, in Folge der Weigerung, der Adreſſe an die Reichsverſammlung zuzuſtimmen, eine zwei Stunden lang dauernde Katzenmuſik erhalten und die Bürgerwehr habe ſich nicht dazu hergegeben, grobe und brutale Exceſſe zu verhindern. Im Lauf der Verhandlung theilte Römer mit, die Reichsregentſchaft habe den General von Miller abgeſetzt, nicht blos als Reichsgeneral, was er gar nicht mehr ſei, ſondern auch als würtembergiſchen Diviſionsgeneral (Allgemeine Heiterkeit.)

Der König befindet ſich fortwährend in Stuttgart und hat eine Muſterung über die Garniſon gehalten. Die Reichsverſammlung hat für heute eine Sitzung im Kolb'ſchen Gartenſaale ausgeſchrieben. Tagesordnung iſt die Wahl des Fünfzehnerausſchuſſes (an die Stelle des früheren Dreißigerausſchuſſes). Die Verſammlung zählt gegen 120 Abgeordnete.

Dem Beobachter liegt eine Erklärung von 19 Abgeordneten der Linken bei, die ſich heftig gegen das Miniſterium Römer erklärt, eine andere in entgegengeſetztem Sinne von Mitgliedern der Mehrheit bringt der Schw. Mercur. In ähnlicher Weiſe geht es durch das ganze Land: überall Adreſſen, Erklärungen, Deputationen im Sinne des Gegenſatzes: Miniſterium Römer oder Reichsverſammlung?

Heilbronn, 13. Juni, 11½ Uhr. Geſtern Nacht wurden etwa 300 auf dem Rathhauſe in Verwahrung des Stadtraths ſchon früher befindlichen Gewehre weggenommen; etwa 3 — 400 M., namentlich Turner, zogen gegen das Badiſche, kehrten aber zurück und haben ſich gegen den Mainhardter Wald zugewandt, wo ſie bei Löwenſtein geſehen worden ſein ſollen. Die Stadt iſt in Belagerungszuſtand erklärt, von Truppen beſetzt und cernirt. Bereits ſind gegen 800 Gewehre abgeliefert. Verhaftungen haben ſtattgefunden. Die Stadt iſt nun vollkommen ruhig. (Schw. M.)

Leipzig, 13. Juni. Die den Reichstagsabgeordneten zugeſtandene Portofreiheit in Sachſen iſt neuerlich aufgehoben. (D.A.Z.)

Leipzig, 13. Juni. In der heute Abend abgehaltenen Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums wurde der Vice-Bürgermeiſter Koch zum Bürgermeiſter unſerer Stadt mit 51 unter 54 Stimmen gewählt. (L. Z.)

× **Hannover** 12. Juni. Unſere demokratiſchen Vereine hielten eine Verſammlung in Bremen ab, wo über den Entwurf, „der im Gaſthofe zu den drei Kronen gemacht ſei,“ verhandelt ward. Die aus etwa anderthalb Hundert beſtehende Verſammlung faßte folgenden Beſchluß: „Die Verſammlung proteſtirt gegen den Verſuch der verbündeten Regierungen von Preußen, Hannover und Sachſen, ſtatt der rechtmäßigen Verfaſſung eine ſogenannte octroyirte Verfaſſung einzuführen.“ Man beſchloß ferner auf Neuwahlen für die Reichsverſammlung zu drängen und wenn der Wahlcommiſſär ſich weigere ſein Amt zu verſehen, die Wahlhandlung durch einen Notar conſtatiren zu laſſen. Ferner am 15. Juli nach dem Reichswahlgeſetz für den Reichstag zu wählen. Die Abgeordneten H. L. Ahrens, G. F. Brackebuſch, H. Gödeke, H. Hantelmann II., Lang II., Karl Nicol, Wachsmuth haben folgende Aufforderung ergehen laſſen:

„Die Lage des Vaterlandes, die Zerriſſenheit der Parteien, die Ungleichheit zwiſchen Macht und Recht, die Verſchiedenheit der Maßregeln, die man vorſchlägt, die Unſicherheit der Zukunft ſcheint den Gleichgeſinnten, die auf der Grundlage der deutſchen Reichsverfaſſung vom 28. März mit fried-

lichen und geſetzlichen Mitteln eine Sicherung und Durchführung des Gewonnenen erſtreben, die dringende Verpflichtung aufzuerlegen, ſich über die Mittel zu verſtändigen, die zu ergreifen ſein möchten, um ein gemeinſames Handeln für die Gegenwart und für die nächſte Zukunft möglich zu machen.

Wir laden daher unſere politiſchen Freunde aus der Reichsverſammlung und aus der erſten Kammer der allgemeinen Ständeverſammlung, ſo wie die früheren Mitglieder der aufgelöſten zweiten Kammer hierdurch ein, ſich am Sonnabend, 16. Juni, hier einzufinden und den folgenden Tag einer gemeinſamen Beſprechung (im „Römiſchen Kaiſer") zu widmen."

Allgemein erwartet übrigens unſere Partei das Loſungswort von Gotha.

* **Karlsruhe**, 13. Juni. Die Karlsr. Ztg." theilt jetzt den Vortrag des Finanzminiſters vollſtändig mit. Es iſt nur wenig Bemerkenswerthes daraus nachzutragen. Im Ganzen kann man Hrn. Gögg nicht abſprechen, daß er mit Beſcheidenheit geſprochen und mit Verſtand gehandelt hat; aber, wie er ſelbſt ſagt, „wenn man keine Einnahmen hat, aber doppelte und dreifache Ausgaben, da iſt es ſchwierig, das Finanzweſen zu leiten." Um ſo unbegreiflicher erſcheint die Anordnung des Kriegsminiſteriums, gegen den frühern Vertrag, die Einſtandsgelder an die Soldaten auszuzahlen. Nicht nur daß in der drangvollen Zeit die Beamten mit Geſchäften überhäuft wurden, um für jeden einzelnen Soldaten die Berechnung zu machen: die Staatskaſſe mußte auch die Ausgabe von 800,000 Fl. zu dieſem Zwecke machen, während der geſammte Geldvorrath, den die proviſoriſche Regierung vorfand, nur aus etwa 2 Millionen beſtand! Die Hauptſtaatscaſſe wurde beinahe gänzlich leer gefunden, die übrigen Caſſen lieferten etwa 300,000 Fl., die Amortiſationscaſſe 1,600,000 Fl. Natürlich mußte die letztere herhalten; ſie hat bis jetzt die Bedürfniſſe befriedigt, und iſt dazu auch noch ferner im Stande. Die Einnahmen waren unterdeſſen völlig null, und auch die Amortiſationscaſſe wird bald in der Lage ſein, ohne ſchnelle Hilfe ſich zahlungsunfähig erklären zu müſſen. Der Geſetzentwurf für die Zwangsanleihe wird jetzt gleichfalls von der Karlsr. Ztg. mitgetheilt. Sie wird von dem ſchuldenfreien Vermögen über 10,000 Fl. in der Weiſe erhoben, daß 10,000 bis 20,000 Fl. ein Anlehen von 100 Fl., 20,000 bis 30,000 Fl. von 200 Fl. u. ſ. w. in der Weiſe liefern, daß auf je 10,000 Fl. Vermögen 100 Fl. Anlehen kommen. Freiwillige Beiträge werden in Abzug gebracht. Das Anlehen wird mit Staatsdomänen unterpfändlich geſichert und mit 5 pCt. verzinſt. Findert die Einzahlung Schwierigkeiten, ſo wird ſie im Wege der Steuerexecutions-Ordnung beigetrieben.

In der heutigen vierten Sitzung der Landesverſammlung interpellirte Mördes das Miniſterium wegen der Anſprache des „angeblichen Reichsverweſers" Erzherzog Johann an das badiſche Volk. Die Vorleſung derſelben erregte lebhafte Aeußerungen des Unwillens in der Verſammlung. Am Schluß mehrfache Rufe: das iſt von Mathy! Brentano erklärt, die Regierung habe noch keine amtliche Notiz von dieſem Actenſtück erhalten, und daher noch keine Veranlaſſung gefunden, ſich darüber auszuſprechen; nach ſeiner Privatanſicht erſcheine ihm die Anſprache nur lächerlich. Die Verſammlung erwählt aus den Abtheilungen einen Ausſchuß, um mit einer Anſprache an das deutſche Volk jene Proclamation zu erwiedern. Der Juſtizminiſter Peter erſtattet hierauf ſeinen Bericht, in welchem die Eidesverweigerung der Obergerichte in Mannheim und Bruchſal die Aufmerkſamkeit der Verſammlung erregte. Beide haben eine veränderte Faſſung des Eides gewünſcht, die ihnen auch zugeſtanden worden iſt. Der Abgeordnete Reich wirft der Regierung zu große Schonung gegen dieſe widerſpenſtigen Richter vor, und ſtellt den Antrag, daß dieſelben aufgefordert werden, binnen 2 mal 24 Stunden den (veränderten) Eid bei Vermeidung der Abſetzung zu leiſten. Dieſer Antrag wird ſchließlich angenommen. Eine Nachmittagsſitzung iſt zur Berathung des Entwurfs über die Zwangsanleihe angeſetzt.

Karlsruhe, 13. Juni. Mit Ausnahme des großen Rathes im Kanton Bern ſah ich nie eine Verſammlung von Volksrepräſentanten, die eine würdeloſere Haltung, und ſchlechtere Redner gehabt hätte, als die conſtituirende Verſammlung Badens. Wahrlich, dieſer gänzliche Mangel an Capacitäten in einer ſo revolutionär aufgeregten Zeit iſt hier merkwürdig. Die Mehrzahl der Abgeordneten, die wir in den letzten drei Sitzungen das Wort nehmen ſahen, zeigen neben dem Mangel an Redegabe noch ſo ſchreienden Mangel an Bildung, ihre Redeformen waren ſo platt, ſo trivial, ſo ungeſchickt, daß es ein Bild zum Erbarmen war. Trat hie und da Einer aus der Sphäre jener rohen demokratiſchen Phraſeologie, die wir alle bis zum Ekel gehört, heraus, ſo wurde er langweilig und lächerlich; triviale Reden wechſelten mit dem hohlſten Pathos. Dazu ein ſehr linkiſcher Präſident und auf der Gallerie ein überaus gemiſchtes Publicum, welches natürlich ultrademokratiſch, wiewohl nicht ganz ſo ungezogen iſt, wie die Galleriebevölkerung der Paulskirche. Unter den verſchiedenen Beſchlüſſen, die heute in der conſtituirenden Verſammlung durchgingen, iſt vor allem der Zwangseid ſämmtlicher Beamten nach der Formel, welche die proviſoriſche Regierung vorgeſchrieben, bemerkenswerth. Wer dieſen Eid binnen zwei Tagen nicht leiſtet, verliert ſeine Stelle. Sodann wurde Brentano's Antrag, eine Commiſſion für den Entwurf einer neuen Verfaſſung zu wählen, angenommen; eben ſo der Antrag, eine Anſprache an das Volk zu richten. Dagegen fiel der Junghanns'ſche Antrag, den Großherzog zur Rückkehr in ſeine Reſidenz einzuladen, mit allen gegen zwei Stimmen unter dem Bravo der Gallerie durch. Mehrere Redner nannten den Großherzog einen „Volksverräther," „Landesverräther" ꝛc.; ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Sie ſehen, daß dieſe Verſammlung ſich nicht die geringſte Mühe gibt, eine monarchiſche Maske, ſelbſt nur für die erſte Zeit ihrer Berathung, und vor dem gehofften Sieg über die preußiſchen Pickelhauben, anzulegen. In dieſem Augenblick (5½ Uhr Nachmittags) tritt die Verſammlung wieder zur Wahl der neuen proviſoriſchen Regierung zuſammen. Mieroslawski war geſtern Abend hier und reiſte nach einer zweiſtündigen Unterredung mit den Herren Brentano und Mayerhofer nach Heidelberg zurück. Er hat der Regierung eine Reihe von Bedingungen geſtellt, von deren Bewilligung er die Annahme des Obercommando's der Armee abhängig machen will. Heute wurde darüber Berathung gehalten. Die Regierung zeigt ſich bereit, auf die meiſten Forderungen des polniſchen Generals einzugehen, und hat ihm einen ſchriftlichen Vertrag darüber zur Unterſchrift nach Heidelberg geſandt. Struve hat ſeinen Sitz zu Neuſtadt in der Pfalz aufgeſchlagen. *) Karl Heinzen befindet ſich in Kaiſerslautern, ſoll aber dort mit ſeinen terroriſtiſchen Projecten eben ſo kläglich Fiasco gemacht haben wie in Baden.

Karlsruhe, 13. Juni, Abends. So eben wurde die neue proviſoriſche Regierung gewählt. Nach langer Discuſſion entſchied ſich die conſtituirende Verſammlung für das Triumvirat und wählte die Herren Brentano, Gögg, Werner. Peter und Thiebaut ſind durchgefallen. Erſterer ſoll ſich bei merklich gealtertem Geiſt während der letzten Wochen als gänzlich unfähig bewährt haben; Thiebaut ſcheint viele perſönliche Gegner in der Verſammlung zu haben. Aus gewiſſen Vorkehrungen an der heſſiſchen Grenze glauben wir für morgen oder übermorgen auf wichtige Begebenheiten ſchließen zu können.

△ **Aus dem Bückeburgiſchen**, 12. Juni. Heute iſt hier durch einen Brief unſeres Erbprinzen aus Schleswig die leider wohl nicht zu bezweifelnde Nachricht eingegangen, daß 60 kurheſſiſche Huſaren, alſo beinah eine ganze Schwadron mit 3 Officieren, worunter der Bruder des frühern Hofmeiſters unſerer fürſtlichen Familie und factiſchen Cabinetsraths, Hrn. v. Baumbach (der wegen ſeiner liberalen Geſinnung vor einigen Monaten ſeine Entlaſſung erhielt) bei Aarhuus von den Dänen durch einen nähtlichen Ueberfall gefangen genommen worden ſind. Die Erbitterung der Truppen ſoll ſehr groß ſein, aber nicht blos auf die Dänen, an denen ſie Rache nehmen wollen, ſondern auch auf den General v. Prittwitz, der den däniſchen General Rye, wie es ſcheint, abſichtlich entwiſchen ließ, während er durch ſeine heilloſe, an Verrath grenzende Art der Kriegführung die tapfern, vom beſten Geiſt beſeelten Reichstruppen nutzloſen Gefahren ausſetzt.

Weimar, 12. Juni. Geſtern war bei unſerem Landtage die deutſche Frage auf der Tagesordnung. Der Ausſchuß erklärte ſich mit der von der Regierung bisher befolgten Politik ganz einverſtanden, genehmigte namentlich die Punkte 1 und 2 in ihrem Decrete, nach welchen Nichts an der Reichsverfaſſung ohne Zuſtimmung des Landtages geändert, im Falle der Unausführbarkeit derſelben dem Landtage aber weitere Vorlage gemacht werden ſoll, und beantragte nur die Bitte an die Regierung, mit den übrigen verfaſſungsfreundlichen Regierungen ein gemeinſames Organ für die Durchführung der Verfaſſung und des engeren Bundesſtaates zu gründen. (Fr. J.)

Mecklenburg-Schwerin, 12. Juni. Die allgemeine Stimme des Landes ſpricht ſich jetzt immer entſchiedener für Annahme der von Preußen, Hannover und Sachſen vorgeſchlagenen

*) Er wird dort ſeinen deutſchen Zuſchauer fortſetzen.

deutſchen Reichsverfaſſung aus. Beſonders die Vorgänge in Baden haben ſehr viel dazu beigetragen, einen Umſchlag der öffentlichen Meinung hervorzurufen, und den Kern des Volkes für die Annahme der erwähnten Verfaſſung zu beſtimmen. Man fühlt hier dringend das Bedürfniß eines einigen, kräftigen Deutſchlands und glaubt, daß dasſelbe, wie die Verhältniſſe jetzt einmal beſchaffen ſind, nur durch unverzügliche Annahme dieſes Verfaſſungsentwurfes geſchaffen werden könne.

Unſere Regierung iſt daher feſt entſchloſſen, in allen dieſen, auf die deutſche Frage bezüglichen Angelegenheiten, Hand in Hand mit der preußiſchen Regierung zu gehen, und ſie kann ſich in dieſer Beziehung der moraliſchen und nöthigenfalls auch thatkräftigen Unterſtützung des Kernes des mecklenburgiſchen Volkes verſichert halten. Schon hat in Wismar, der dritten Stadt des Landes, die geſammte Bürgerwehr eine Feſtparade zu Ehren dieſer preußiſchen Verfaſſung veranſtaltet, und andere Städte werden noch dem Beiſpiel derſelben folgen. Daß die Grundrechte eine weitere Ausdehnung in Mecklenburg finden werden, iſt übrigens ſicher anzunehmen. Namentlich wird man hier auf gänzlicher Aufhebung aller Adelsbezeichnungen feſt beſtehen, da auch ſchon in den Kammern dies, mit Ausnahme der äußerſten Rechten, faſt einſtimmig beſchloſſen iſt. Wohl in keinem andern Lande Deutſchlands herrſcht ein ſo allgemeiner und tiefer Haß aller Stände gegen den Adel, wie gerade in Mecklenburg, wo dieſer bisher ſo ſehr große und ausgedehnte Privilegien beſaß. (D. Ref.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 11. Juni. Seit einigen Tagen arbeitet bei Eckernförde eine Taucherglocke um die aus dem Wrack des Chriſtian VIII. in den Meeresgrund verſenkten Gegenſtände herauszubringen. Man hat bereits eine bedeutende Anzahl Bomben, Granaten und andere Schiffs- und Kriegsgeräthſchaften in die Höhe befördert. Geſtern iſt der Verſuch gemacht, die ſchwereren Gegenſtände, wie Kanonen und Blöcke, zu heben.

N. C. **Hamburg**, 12. Juni. Während auf Anregung des patriotiſchen Vereins der Senat in einer Bittſchrift angegangen wird, den Anſchluß Hamburgs an das preußiſche Verfaſſungs-Project einer ſofort zu berufenden Bürgerſchaft zur Mitbeliebung vorzulegen, äußert ſich dagegen der deutſche Club mit Entrüſtung über dieſe Zumuthung und erklärt in faſt drohendem Tone, daß er nöthigenfalls dem Senate zu beweiſen wiſſen werde, daß es nur wenige Reactionsmänner ſeien, welche eine ſolche Ehrloſigkeit zu befürworten vermöchten. Die demokratiſche Preſſe läßt ſich natürlich in gleichem Sinne vernehmen.

Die Verhandlungen der conſtituirenden Verſammlung werden in einigen Wochen beendet ſein und ſchon zum September dieſes Jahres darf man den Zuſammentritt der neuen Bürgerſchaft erwarten. Inzwiſchen erhebt ſich der Widerſtand gegen die in erſter Leſung beſchloſſene Verfaſſung immer lauter. Die ſeit einigen Tagen in Umlauf geſetzte „Erklärung", welche neben Lebenslänglichkeit des Senates und einigen andern Poſtulaten insbeſondere Beſchränkung des Wahlrechtes fordert, zählt bereits gegen 2000 Unterſchriften, welche zum größten Theile dem Kaufmanns- und mittleren Bürgerſtande angehören. Man bezweifelt indeſſen in Hinblick auf die dermalige Zuſammenſetzung der Conſtituante, daß ſie von dieſer Demonſtration irgendwie Notiz nehmen wird.

Der Anſchluß an das preußiſche Verfaſſungsproject hat in unſerer Stadt neben zahlreichen politiſchen Gegnern auch die Freihandelsmänner, ſomit unſere ganze Börſe, zu entſchiedenen Widerſachern. In Hinblick auf die Verpflichtung der preußiſchen Regierung gegen die übrigen Zollvereinsſtaaten, welche vor dem Jahre 1854 nicht gelöſt werden kann und bekanntlich auch gegen das entſchieden ablehnende Baiern beſteht, fürchtet man durch eine unbedingt zuſtimmige Erklärung, welche zugleich eine Billigung des „einigen Zoll- und Handelsgebietes" einſchließen würde, dem Beitritt zum Zollverein rettungslos verfallen zu ſein und folgeweiſe unſern freien Handel den Schutzzöllnern geopfert zu ſehen. Man darf daher erwarten, daß der Senat für jetzt ſich aller Schritte enthalten wird, jenen Anſchluß zu fördern.

Hamburg, 12. Juni. Aus guter Quelle erfahren wir, daß der Herzog von Leuchtenberg, den ein Gerücht ſogar zum däniſchen Thronfolger macht, an einem Bruſtübel ſo gefährlich erkrankt iſt, daß die Aerzte ihm eine raſche Abreiſe nach Madeira empfohlen haben. Indeß zweifelt man, ob er die Inſel noch lebend erreichen wird. Auch einer der Enkel des Czaren iſt erkrankt. Herr Klein, der Geſchäftsträger Frankreichs, iſt ſchon wieder abberufen. Sein Nachfolger iſt ein Herr de Lagau, bisher Conſul in Tunis. Das Gerücht ſagt, bei Alſen werde nächſtens neben dem ruſſiſchen auch ein ſchwediſches und ein engliſches Geſchwader ſtationirt werden. (Weſ. Z.)

Großbritannien.

* **London**, 13. Juni. Im Hauſe der Gemeinen richtete geſtern Hr. M. Milnes an Lord Palmerſton eine Frage in Betreff der Beſetzung gewiſſer italieniſcher Gebietstheile durch öſterreichiſche Truppen. Lord Palmerſton erwiederte im Weſentlichen: Oeſterreich ſtehe mit dem Großherzogthum Toscana in Verhältniſſen, welche ihm hier eher als anderswo ein Recht zur Einſchreitung gäben. Auch komme hinzu, daß, wie ſich aus ſpäteren Nachrichten herausſtelle, der Einmarſch der öſterreichiſchen Truppen in das Großherzogthum auf Wunſch und Bitte des Großherzogs geſchehen ſei. Was den Einmarſch der öſterreichiſchen Bataillone in die römiſchen Staaten betreffe, ſo habe er geſtern ſchon erklärt, daß die päpſtliche Regierung ſich an vier katholiſche Mächte, nämlich Oeſterreich, Frankreich, Spanien und Neapel um Unterſtützung gewandt habe, daß mithin die Intervention öſterreichiſcher Seits auf den ausdrücklichen Wunſch des Papſtes geſchehen ſei. Sir R. Inglis lenkte die Aufmerkſamkeit des Hauſes auf die lobenswerthe Weiſe, womit die Regierung der Vereinigten Staaten ſowohl als die ruſſiſche Regierung Schiffe ausgeſandt hätten, um die in den Polargewäſſern verſchollene Franklin'ſche Expedition aufzufinden. Hr. Cobden ſtellte ſodann, in Form einer Adreſſe an die Königin, folgenden Antrag: Die ausländiſchen Mächte ſollen eingeladen werden, ſich durch Verträge verbindlich zu machen, die Entſcheidung über alle zwiſchen ihnen ſich erhebenden Streitfragen, die durch freundſchaftliche Verhandlungen nicht ausgeglichen werden könnten, einem ſchiedsrichterlichen Spruch anheim zu geben. Dieſem ſehr eigenthümlichen Antrage widerſetzten ſich Seitens der Regierung ſowohl Lord Palmerſton als Lord J. Ruſſell, obſchon ſie erklärten, daß ſie darüber mit Cobden einverſtanden ſeien, daß der Krieg an ſich als ein allgemeines Unglück betrachtet werden müſſe, zu dem man nur im äußerſten Falle ſeine Zuflucht nehmen dürfe. Lord Palmerſton ſetzte noch hinzu: es ſei zwar wünſchenswerth zu zeigen, von welch inniger Liebe zum Frieden das britiſche Volk beſeelt ſei, nur ſolle man nichts beſchließen, wodurch das Ausland zu dem Glauben verleitet werden könne, daß der mannhafte Geiſt Englands erſtorben, daß England nicht mehr bereit ſei, wie es ſtets war, keinen Angriff und keine Beleidigung zu dulden; denn es könne nichts gefährlicheres geben, als wenn das Ausland zu der Meinung verleitet würde, die Engländer verabſcheuten den Krieg in einem Grade, daß ſie, nur um ihn zu vermeiden, ſich Alles gefallen laſſen würden. Cobdens gutgemeinter Antrag wurde dann in einer von Palmerſton beantragten höflichen Weiſe mit 176 gegen 79 Stimmen beſeitigt.

Im Oberhauſe wurde die Bill für Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze, nach einigen Einreden der Oppoſition, ohne weitere Abſtimmung zum dritten Mal geleſen und ein nachträgliches Amendement des Biſchofs von Oxford verworfen, nämlich ein Amendement, wonach Braſilien von den Vortheilen der Bill, welche dem dortigen Sklavenhandel nur neuen Vorſchub leiſten würde, ausgenommen werden ſolle.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Juni. Paris liegt in den Wehen einer neuen Revolution. Die Hoffnung iſt da, daß die Regierung und die Ordnung ſiegen wird, aber berechnen läßt ſich unter ſolchen Umſtänden Nichts.

Kaum hatte die Nationalverſammlung mit der ungeheuren Majorität von 177 gegen 8 Stimmen (die Montagne hat ſich, wie wir richtig vermutheten, der Abſtimmung enthalten) die Anklage gegen das Miniſterium verworfen, als — es war ſchon nach 10 Uhr Abends — die Mitglieder des Berges und die demokratiſch-ſocialiſtiſchen Comité's zuſammentraten und Proklamationen und Erklärungen unter das Volk ſchleuderten, von welchen wir namentlich die folgenden herausheben:

I. „An das franzöſiſche Volk! Das Volk allein iſt ſouverän. Die Delegirten des Volkes, wer ſie auch ſeien, der Präſident der Republik, die Miniſter, ſelbſt die Repräſentanten empfangen und behalten ihr Mandat nur unter der Bedingung, daß ſie der Ver-

faſſung gehorchen. Wenn ſie dieſelbe verletzen, iſt ihr Mandat vernichtet. Die Verfaſſung Art. 54 verfügt: „Der Präſident der Republik überwacht die Vertheidigung des Staats, aber er kann ohne die Zuſtimmung der Nationalverſammlung keinen Krieg unternehmen"; und Art. 5 der Einleitung: „Die franzöſiſche Republik achtet die fremden Nationalitäten, wie ſie der ihrigen Achtung zu verſchaffen wiſſen wird, ſie unternimmt keinen Krieg aus eroberungsſüchtiger Abſicht und verwendet ihre Streitmacht nie gegen die Freiheit eines Volks." Der Präſident der Republik aber hat ohne die Zuſtimmung der Nationalverſammlung Rom den Krieg erklärt. Noch mehr, mit Verachtung des Beſchluſſes der Verſammlung vom 7. Mai hat er fortgefahren, franzöſiſches Blut zu vergießen. Er hat nämlich die Streitmacht Frankreichs gegen die Freiheit des römiſchen Volkes verwendet. Dieſe doppelte Verletzung der Verfaſſung iſt klar wie das Licht der Sonne. Die unterzeichneten Repräſentanten des Volkes haben durch den Vorſchlag, die vollziehende Gewalt in Anklageſtand zu verſetzen, an das Gewiſſen ihrer Collegen appellirt. Die Majorität der Verſammlung hat die Anklageacte abgewieſen, ſie hatte ſich ſchon durch ihr Votum vom 11. d. über die italieniſchen Angelegenheiten zum Mitſchuldigen des Verbrechens gemacht. Was muß die Majorität bei ſo bewandten Umſtänden thun? Nachdem ſie auf der Tribüne proteſtirt hat, kann ſie nur noch an das Volk, an die Nationalgarde, an die Armee appelliren. Art. 110 vertraut das Pfand der Verfaſſung nnd der Rechte, die ſie verleiht, der Hut und dem Patriotismus aller Franzoſen an. Volk, der Augenblick iſt entſcheidend. Alle dieſe Akten enthüllen ein großes Syſtem monarchiſcher Verſchwörung gegen die Republik. Der an den Ufern der Seine ſchlecht verhüllte Haß gegen die Demokratie bricht in aller Freiheit an den Ufern der Tiber aus. In dem zwiſchen den Völkern und den Königen entbrannten Kampf hat die Regierung Partei für die Könige gegen die Völker genommen. Soldaten! man verdammt euch, die Oeſterreicher in der Unterjochung Italiens zu unterſtützen. In dem Augenblick, wo Preußen, Rußland und Oeſterreich unſere öſtlichen Grenzen bedrohen, will man euch zu Hilfstruppen der Feinde Frankreichs machen. Nationalgarden! ihr ſeid die Vertheidiger der Ordnung und der Freiheit. Die Freiheit und Ordnung beruhen nur auf der Verfaſſung, auf der Republik. Vereinigen wir uns daher alle unter den Ruf: Es lebe die Verfaſſung! Es lebe die Republik!" (Dieſes Manifeſt iſt von 184 Namen unterzeichnet.)

II. „An das Volk! Der Präſident der Republik und die Miniſter ſind außer der Verfaſſung. Derjenige Theil der Nationalverſammlung, der ſich durch ſein Votum zu ihrem Mitſchuldigen gemacht hat, iſt ebenfalls außer der Verfaſſung. Die Nationalgarde erhebt ſich! Die Werkſtätten ſchließen ſich! Mögen unſere Brüder von der Armee ſich erinnern, daß ſie Staatsbürger ſind und daß die erſte ihrer Pflichten die Vertheidigung der Verfaſſung iſt! Möge das ganze Volk aufſtehen! Es lebe die Republik! Es lebe die Verfaſſung! Der Ausſchuß der Preſſe. Der demokratiſch-ſocialiſtiſche Wahlausſchuß. Der Ausſchuß der Studenten. Der Ausſchuß der Delegirten des Luxembourg."

Auch der „demokratiſche Verein der Verfaſſungsfreunde" forderte das Volk zu einer „großen und ruhigen" Manifeſtation auf, und die 5. Legion der Nationalgarde war von ihren Officieren eingeladen, um 11 Uhr heute morgen an der Porte St. Denis in Uniform, aber ohne Waffen, zuſammenzutreten, „um die Nationalverſammlung an die der Verfaſſung ſchuldige Achtung zu erinnern." Man wußte wahrſcheinlich nicht, daß auf heute keine öffentliche Sitzung der Nationalverſammlung angeſagt war.

So kam der heutige Morgen heran und mit ihm die „ruhige und friedliche" Manifeſtation. Gegen 12 Uhr ſetzte ſich eine compacte Maſſe, mehrere Offiziere, unter andern auch den früheren Repräſentanten Etienne Arago in Majorsuniform an der Spitze, von dem Chateau d'Eau auf dem Boulevard St. Martin aus über die Boulevards nach dem Palaſte der Nationalverſammlung zu in Bewegung. Eine bedeutende Menge Menſchen aus allen Ständen ſchloß ſich unterwegs dem Zuge an, der bis zur Place de la Madeleine nicht dem geringſten Hinderniſſe begegnete. Allein dort angekommen, brachen plötzlich aus allen anliegenden Straßen und Plätzen bedeutende Truppenmaſſen, namentlich ein Regiment Dragoner, ein Regiment Küraſſiere, mehrere Bataillone der Jäger von Vincennes und Infanterie hervor, umringten und zerſtreuten die Theilnehmer des Zugs nach allen Richtungen.

Inzwiſchen war, bei der Nachricht von dieſen Vorgängen, die Nationalverſammlung durch beſondere Einladungsſchreiben des Präſidenten zu einer öffentlichen Sitzung zuſammenberufen, und um halb 3 Uhr konnte dieſelbe eröffnet werden. Odilon Barrot beſtieg die Tribüne, um, im Angeſicht der wachſenden Aufregung, und nachdem bereits der Ruf: zu den Barrikaden erſchollen ſei, die Verſammlung aufzufordern, ſich in Permanenz zu erklären, und ſofort über den dringlichen Antrag zu berathen, über Paris und den Militärrayon der Hauptſtadt den Belagerungszuſtand zu verhängen und dieſe Maßregel auf alle Städte auszudehnen, in welchen ähnliche Inſurrectionen ausbrechen würden. Die Permanenz wurde nach kurzer Debatte ausgeſprochen, zur Berathung der ferneren Anträge zog ſich die Verſammlung in ihre Büreaus zurück. Währenddeß waren die Zugänge des Palaſtes durch ungeheure Truppenmaſſen nebſt Geſchütz bewacht. Man erzählt, daß in der Gegend der Hallen ſchon ſeit Mittag Barrikaden errichtet ſeien. Die Jäger von Vincennes hatten gut gelegene Häuſer in den wichtigſten Straßen beſetzt, um von da aus die Aufſtändiſchen beſtreichen zu können. Bereits ſollten einzelne Colliſionen, wobei es Todte und Verwundete gegeben habe, vorgekommen ſein. Zwei Repräſentanten wurden an der Porte St. Denis verhaftet. Einzelne Waffenläden waren geplündert. Um 2 Uhr erſchien Ledru Rollin nebſt andern Montagnards im Garten des Palais National in Begleitung von Guinard, der dort ſeine Legion der Nationalgarden-Artillerie von Paris aufgeſtellt hatte. Guinard verkündigte ihnen, daß die Montagne ſich in den Conservatoire des Arts et Metiers (in der rue St. Martin) conſtituiren werde und fragte, ob ſie entſchloſſen ſeien, dieſelbe zu vertheidigen? Ein einſtimmiges Ja! Es lebe die Montagne! war die Antwort. Guinard ermahnte darauf Alle, zu bedenken, was ſie übernähmen und forderte die Unſchlüſſigen auf, nach Hauſe zu gehen. Einige gingen fort. Die andern zogen, Ledru Rollin, eine Anzahl Montagnards und Guinard an der Spitze nach dem Gebäude des Conſervatoire. Die Truppen ſollen unterwegs präſentirt haben. Um 5¼ Uhr hieß es, das Conſervatoire ſei cernirt und gewiſſermaßen belagert.

Um 5¾ Uhr wurde die Sitzung der Nationalverſammlung wieder eröffnet. Die Generale ſind in Uniform. Auch Lucian Murat erſcheint als Oberſt der Nationalgarde. Ein Theil der Montagne iſt gegenwärtig. Man bemerkt die Abweſenheit Ledru Rollins und der drei Feldwebel. Guſtave de Beaumont, Berichterſtatter: die Commiſſion iſt einſtimmig für die Dringlichkeit des Dekrets wegen des Belagerungszuſtandes und dieſen ſelbſt zu erklären. Alle Parteien müſſen aufhören, wo es ſich um die Geſellſchaft handelt. Der Aufſtand iſt ausgebrochen. Barrikaden ſind errichtet und von der Nationalgarde genommen worden. Das Blut iſt gefloſſen. Wir ſchlagen vor, Paris und den Militär-Rayon in Belagerungszuſtand zu erklären, und die Executivgewalt zu ermächtigen, denſelben auch über andere Städte zu verhängen. Die Dringlichkeit wird ausgeſprochen. Die Debatte in der Sache ſelbſt iſt ſtürmiſch, aber nicht bedeutend. Es ſteht feſt — erklärt Odilon Barrot im Laufe derſelben — daß neben der Regierung der Ordnung, eine Regierung der Anarchie ſich bildet, und wenn auch der Sieg der erſteren nicht zweifelhaft iſt, ſo bedarf ſie doch energiſcher Mittel. Die beiden Artikel des Geſetzes über den Belagerungszuſtand werden durch Aufſtehen und Sitzenbleiben angenommen, die Abſtimmung über das Ganze iſt bei Abgang der Poſt noch nicht beendet, kann aber nicht zweifelhaft ſein.

Alles Uebrige iſt noch ein Haufen wirrer Gerüchte. Nur das kann man als ausgemacht annehmen, daß bis jetzt nirgendwo ein ernſtlicher Kampf ſtattgefunden hat und daß die in voller Stärke aufgebotene Militärmacht ſtark genug zu ſein und den Willen zu haben ſcheint, die Bewegung, welche begonnen, niederzuhalten. Ob die Montagne ſich wirklich ſchon als Convent conſtituirt hat, iſt noch zweifelhaft; aber ihr Organ, die Revolution democratique und ſociale ſagt bereits: Nachdem die Executivgewalt und die legislative Verſammlung außer dem Geſetz erklärt worden, muß die Montagne ſelbſt mit der Executivgewalt beauftragt, gleich von Anfang an ihren Handlungen das Gepräge der Größe und Feſtigkeit geben, die einer revolutionären Verſammlung geziemen." Das läßt auf eine ſolche Abſicht ſchließen.

Heute Nacht iſt ein Miniſterrath im Elyſee National abgehalten worden, in Folge deſſen Depeſchen an den General Oudinot abgegangen ſind. Der weſentliche Inhalt derſelben beſteht in einer Proclamation, die derſelbe nach ſeinem Einrücken in Rom veröffentlichen ſoll und worin Frankreich dem römiſchen Volke die

Nº 164. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 16. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Standrechtsgeſetz für Baden). Wien (Ungariſche Nachrichten. Ruſſendurchmärſche. Der Friede mit Sardinien. Vermiſchtes). Berlin (Miniſterkriſis. Wahlagitation. Der Friede mit Dänemark. Veruntreuung beim Telegraphen. Gymnaſialconferenz). Kreuznach (Die Beſetzung von Kaiſerslautern). Kaiſerslautern (Abreiſe der proviſoriſchen Regierung). Stuttgart (Sitzung der Reichsverſammlung). Darmſtadt (Vorrücken der Truppen gegen Baden. Durchmärſche). Von der Bergſtraße (Beginn des Kampfes). Mainz (Die Biſchofswahl beſtätigt). Worms (Preußiſche Truppen eingerückt. Deputation aus Frankenthal). Aus dem nördlichen Schleswig (Befreiung der gefangenen Kurheſſen. Siegreiches Gefecht der Baiern). Bremen (Neuwahl).

Frankreich. Paris (Der 13. Juni. Details).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 16. Juni).

Nachſchrift.

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 16. Juni. Die bereits am 10. Juni hier erſchienene Nr. 32 des großherzoglich badiſchen Regierungsblattes enthält ein Standrechtsgeſetz, nach welchem der Militärcommandant, der wenigſtens eine Brigade zu befehligen hat, ermächtigt iſt, diejenigen Bezirke, in denen er es für nöthig erachtet, im Namen des Großherzogs und nach den Beſtimmungen, wie ſie in den weiteren §§. enthalten ſind, in Kriegszuſtand zu erklären.

* **Wien**, 12. Juni. Bei Szered wurde am 8. d. heftig kanonirt; wie es heißt, handelt es ſich um die Poſition Szered, die die Magyaren um jeden Preis nehmen wollen, da dieſer Endpunkt der Tyrnauer Bahn mit ihrem Kriegsplane in enger Verbindung zu ſtehen ſcheint. Die Poſt von Oedenburg kam in Preßburg ſeit 4 Tagen nicht an. Auf der Sauhaide bei Preßburg lagern noch 4000 Ruſſen; 10,000 ſind mit Geſchütz gegen Raab aufgebrochen. F.-M.-L. Schlick hat eine Recognoscirung bis Acda vorgenommen, ohne auf feindliche Vorpoſten zu ſtoßen. Ungariſche Vorpoſten ſtehen herwärts von Szered. In der Schütt-Inſel iſt Alles ruhig, aber dieſſeits der Donau bei Kapuvar ſoll ein Scharmützel ſtattgefunden haben. Aus Güns iſt die Poſt hier eingetroffen, ſo daß das Gerücht, die Magyaren befänden ſich dort, als ein unwahres bezeichnet werden kann; hingegen haben Huſaren Steinamanger beſetzt und die Poſt von dort bleibt ſeit mehreren Tagen aus. Aus Tarnow wird unterm 8. Juni gemeldet: Der Durchmarſch ruſſiſcher Truppen dauert bei uns fort. Geſtern kamen 8000, heute 9000 Mann mit 72 Kanonen hier durch. Ganz ausgezeichnet waren die Batterien der Gardekoſaken. Jede Kanone, mit 6 herrlichen, gleichfarbigen Pferden beſpannt, hat 7 bis 8 wohlberittene Leute zur Bedienung. Dieſe 17,000 Mann ſind ebenfalls nach Dukla beſtimmt, da das dortige Armeecorps 80,000 Mann ſtark werden ſoll. F.-M. Paskewitſch wird auf ſeiner Durchreiſe nach Dukla hier ſtündlich erwartet. Zu dieſem Behufe ſtehen 45 Poſtpferde bereit. Horvath, Biſchof v. Csanad und ungariſcher Cultusminiſter, hat in allen Kirchen Gebete für die jetzige Regierung angeordnet; die Gemeinden in den Karpathen wollen aber davon nichts wiſſen. Dembinski ſoll bereits von den Ruſſen angegriffen worden ſein. Die Magyaren ſollen einen Parlamentär an das k. k. Obercommando geſandt haben; ſie drohen mit blutigen Repreſſalien, wenn Executionen vorgenommen werden. Aus der heute veröffentlichten Adreſſe der ſerbiſchen Vereinsmänner an den Kaiſer entnimmt man die Bitten, Se. Maj. möge einſtweilen geruhen, den Titel eines Großwojwoden von Serbien anzunehmen und die Wojwodſchaft zu einem eigenen Kronland zu erheben. Der Kaiſer verſprach in ſeiner Antwort, die Adreſſe dem Miniſterrathe zur reiflichen Erwägung zu überweiſen. So eben langen von der Südarmee in Ungarn ſo günſtige Berichte ein, daß ſie einen erheblichen Aufſchwung der Fonds bewirkten. Näheres hat jedoch über den Inhalt nicht verlautet. Die Verpachtung des berühmten Theaters della Scala in Mailand wird auf 7 Jahre ausgeſchrieben. Im Gegenſatz zu der von verſchiedenen Blättern mitgetheilten Nachricht eines mit Sardinien bereits abgeſchloſſenen Friedenstractats wird berichtet, daß der Miniſter v. Bruck erklärt habe, das Zuſtandekommen deſſelben nicht länger in Mailand abwarten, ſondern nach Wien zurückkehren zu wollen. Hr. v. Brenner war, mit den nöthigen Inſtructionen verſehen, in Turin zurückgeblieben. Die Herzogin von Angouleme iſt am 9. von Linz hier angelangt. Der Prinz Luitpold von Baiern, welcher vorgeſtern hier ankam, hat die in Schönbrunn für ihn bereiteten Appartements bezogen. Seiner Gegenwart legt man eine politiſche Miſſion bei. Geſtern früh langte ein Transport verwundeter Krieger über Wiener Neuſtadt beim ſüdlichen Bahnhof hier an. Alsbald fand ſich ein Patriot, deſſen Name unbekannt blieb, der dieſe Verwundeten auf ſeine Koſten in das Spital bringen ließ. Das Miniſterium des Innern hat die Theilnahme an den im Königreich Baiern gegenwärtig ſtattfindenden Volksverſammlungen, für alle Bewohner von Tyrol und Vorarlberg mit dem Beifügen verboten, daß der Beſuch derſelben dem Beſuche einer nicht autoriſirten Volksverſammlung im Inlande gleich zu halten ſei. Das Finanzminiſterium hat auf die Dauer eines Jahres geſtattet, daß die über die Grenzen Tyrols und Vorarlbergs eintretenden und über die illyriſche Seeküſte austretenden Waaren vom Tranſitozolle frei gelaſſen werden. Man vernimmt, daß vom künftigen Monate an die alten Zweigulden-Banknoten eingewechſelt und neue ausgegeben werden ſollen. Die Eingulden-Noten würden bleiben wie bisher. Oscar Falke und Buchheim ſollen heute beim hieſigen Criminalgericht gefänglich eingebracht worden ſein. Da ſich dieſe Herren noch vor wenig Tagen zu Leipzig auf freiem Fuß befanden, ſo müſſen ſie hiernach erſt in neueſter Zeit auf Verlangen der öſterreichiſchen Regierung verhaftet worden ſein. Aus Gratz wird gemeldet, daß der deutſchkatholiſche Prediger Scholl bis zur Sanctionirung der Deutſchkatholiken durch den nächſten Reichstag, der bekannte Literat Gretſchnigg aber wegen Mangel an Suſtentationsausweis entfernt worden ſei. In Gratz war auch bereits die Kupfermünze ſchon ſo ſelten geworden, daß man ſie für Agio von 6—8 pCt. einwechſelt. Es iſt dies um ſo auffallender, da in Gratz, wie überhaupt in ganz Steiermark keine Juden leben, denen wenigſtens von einem Theil der Wiener Preſſe dieſe ſchmutzigen Geldgeſchäfte ſonſt ausſchließlich zugeſchrieben werden.

Lith. Corr. **Berlin**, 14. Juni. Unſere Miniſterkriſis dauert noch immer fort. Die vor etwa acht Tagen von ſämmtlichen Mitgliedern des Cabinets erbetene Entlaſſung iſt noch nicht ertheilt, und es ſollen wie uns zuverläſſig verſichert wird, Hr. v. Manteuffel und Hr. v. Strotha für ihre Perſonen das Geſuch erneuert haben. Die Wahlagitation der miniſteriellen Partei wird aber deſto lebhafter, je mehr die demokratiſche Partei das Wählen überhaupt zu hintertreiben bemüht iſt.

Es iſt heute die Rede davon, daß der Friede mit Dänemark definitiv abgeſchloſſen ſei. Die Succeſſionsfrage ſoll weiterer Vereinigung vorbehalten, die Selbſtſtändigkeit Schleswig's feſtgeſtellt ſein; letzteres in der Art, daß der König von Dänemark aus 6 durch die Landesvertretung vorzuſchlagenden Kandidaten 3 Statthalter ernennt.

Es wird uns mitgetheilt, daß Seitens unſerer Regierung Recherchen angeſtellt werden über vorgekommene Unredlichkeiten bei der Telegraphen-Verwaltung. Die bekannte an Hrn. v. Kamptz in Frankfurt gerichtete Depeſche, worin der Reichsverweſer zum Rücktritt aufgefordert wurde, war erweislich zeitiger in den Händen des öſterreichiſchen und baieriſchen Bevollmächtigten, als ſie Hrn. v. Kamptz zuging. Es hat dieſe Veruntreuung für die preußiſche Regierung unangenehme Folgen dadurch gehabt, daß die Vertreter anderer Regierungen in den Stand geſetzt wurden, bereits im Voraus ungünſtig auf den Erzherzog Reichsverweſer zu influiren. Ein Hr. v. Schütz ſoll in dieſe Angelegenheit verwickelt ſein.

Die Reſultate der Gymnaſial- und Realſchullehrer-Conferenz die vor einigen Wochen im Miniſterium des Unterrichts ſtatt hatte, haben, nachdem die Druckfertigkeit der Protokolle eine vollſtändige Einſicht in die Verhandlungen gewährt hat, unter einflußreichen Mitgliedern des Lehrſtandes bereits mannigfachen Widerſpruch hervorgerufen. Der Geh. Oberregierungsrath Hr. Kortum, der die Verhandlungen als Miniſterialcommiſſar leitete, ſoll ſich ſelbſt diſſentirend in Bezug auf die Anſichten der Mehrheit der Conferenz-Mitglieder geäußert haben.

Kreuznach, 15. Juni. So eben geht hier die Nachricht ein, daß General v. Hirſchfeld geſtern Abend mit den preußiſchen Truppen in Kaiſerslautern ohne Widerſtand eingerückt iſt. Die proviſoriſche Regierung ſoll über den Rhein nach Baden geflüchtet ſein. Die preußiſchen Truppen rückten über Grumbach und Lauterecken durch das Thal der Lauter vor und warfen alle Hinderniſſe raſch aus dem Wege. Die Bevölkerung begrüßt ſie als Befreier von ſchwerem Joche. (O. P. Z.)

Kaiſerslautern, 14. Juni. Die proviſoriſche Regierung iſt heute Nacht von hier abgereiſt. Ebenſo wurden alle pfälziſchen Truppen in die öſtliche Pfalz gezogen. Die letzten gingen heute früh um 6 Uhr mit der Eiſenbahn nach Frankenſtein und Neuſtadt ab. Die von Weſten einrückenden preußiſchen Truppen finden alſo offenes Terrain. Nur bei Homburg ſoll ein kleines Gefecht ſtattgefunden haben. Hier werden ſie ohne allen Widerſtand aufgenommen werden. Wie ſich die Sachen im Gebirge und in der vordern Pfalz, namentlich um Landau geſtalten werden, muß ſich in Kurzem entſcheiden. Die franzöſiſchen Poſten ſind heute ausgeblieben. Unſere Eiſenbahnfahrten ſind von heute Morgen an ausgeſetzt. Auf dem hieſigen Bahnhofe befindet ſich keine Locomotive und kein Wagen mehr. Alles iſt mit den Truppen ins Neuſtädter Thal vorgeſchoben worden. (D.P.Z.)

Stuttgart, 13. Juni. In der heutigen um 4½ Uhr eröffneten Sitzung der Reichsverſammlung erklärten Wöhler und Reinhard, daß ſie von der mecklenburgiſchen Regierung abberufen und ihnen die Diäten entzogen worden, daß ſie aber die Befugniß der Regierung hiezu nicht anerkennen (Beifall). Folgende Mitglieder ſind ausgetreten: Göden v. Krotoſchin, Pfeiffer von Adamsdorf, Rüder von Oldenburg, Hallbauer aus Meißen, Naumann aus Brandenburg, Bergmüller aus Oeſterreich, Robert v. Mohl, Caſper (Rheinpreußen), Peter von Conſtanz, Römer, Helbing aus Baden, Schmidt und Reichard aus Rheinbaiern, Federer. Eingetreten ſind: Seefried von Göppingen für Römer, Ritter und Berkmann. Die Rheinpfalz iſt nun vollſtändig vertreten, und Präſident Löwe äußert den Wunſch, daß er dieſes auch bald von allen Volksſtämmen ſagen könne. Eine Anzahl Zuſtimmungsadreſſen an die Nationalverſammlung aus Stuttgart, Ulm, Heilbronn und anderen würtembergiſchen Städten, ſowie aus Emden in Oſtfriesland, aus Oldenburg und Landsberg an der Warthe wurden angezeigt. Auf eine Interpellation Schoder's wies Raveaux nach, daß Römer's Behauptung in der heutigen Kammerſitzung, die Regentſchaft habe den General von Miller nicht blos als Reichsgeneral, ſondern auch als würtembergiſchen Diviſionsgeneral entſetzt, grundlos ſei. Miller wurde — wie die verleſenen Aktenſtücke ergeben — des Reichsdienſtes entlaſſen, weil er die Aufforderung der Regentſchaft, die Feindſeligkeiten einzuſtellen, wiederholt ablehnte. Die Regentſchaft hat die würtembergiſche Regierung aufgefordert, ihr einen Nachfolger für Miller vorzuſchlagen, und zugleich von ihr die Stellung eines Contingents von 5000 Mann Infanterie, vier Schwadronen und 2 Batterien zur Beſetzung von Raſtatt und Landau und zum Schutz des Gebiets der verfaſſungstreuen Länder verlangt, mit dem Beifügen, daß die Truppen vor dem Ausmarſch auf die Reichsverfaſſung beeidigt werden mögen. Eine Antwort iſt noch nicht erfolgt. Auf den durch Vogt unterſtützten Antrag Uhland's wurde dieſer Gegenſtand zu weiterer Berichterſtattung an den Fünfzehnerausſchuß verwieſen. In den letzteren wurden gewählt: Ludwig Simon mit 98, Eiſenſtuck 95, Hagen 94, Clauſſen 89, Jacoby 87, Nauwerk 87, Schüler von Jena 79, Kolb 76, Tafel von Stuttgart 72, Fröbel 70, Kudlich 69, Spatz 68, Schaffrath 67, Uhland 62 und Rühl 58 Stimmen. Fürſt Waldburg-Zeil, dann Wieſt von Tübingen, Wichmann und Hollandt erhielten den verlangten Urlaub. Schluß der Sitzung 6½ Uhr. Die nächſte Sitzung iſt Sonnabend den 16. d. M. in der Fritz'ſchen Reitbahn. Tagesordnung: Berathung eines Berichts wegen Abänderung der Geſchäftsordnung, dann Ergänzung des Finanzausſchuſſes.*) (Fr. J.)

☽ **Darmſtadt**, 15. Juni. Die gegen Baden im Felde ſtehenden Reichstruppen haben ſich heute Nacht in Bewegung geſetzt und ſind von der Bergſtraße aus ins Badiſche eingerückt. Die Aufſtändiſchen haben Weinheim verlaſſen, und der Angriff ſcheint zunächſt gegen Mannheim gerichtet zu ſein, wenigſtens hörte man in dieſer Richtung ſeit heute Morgen 10 Uhr Kanonendonner. Um halb 4 Uhr Nachmittags wurde er von hieſiger Stadt immer noch deutlich vernommen. Die drei Bahnzüge, welche heute Morgen um 8, Mittag um 11 und Nachmittag um 3 Uhr von Heppenheim hier ankamen, beſtätigten dies, wußten aber weiter nichts. Mit Begierde ſieht man näheren Nachrichten entgegen. Ein aus dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen hier angekommener Officier bringt die Nachricht von einem geſtrigen Gefechte der Preußen mit den Freiſchärlern in der Pfalz, welchem der Prinz ſelbſt beiwohnte. Letztere hatten 21 Todte, Erſtere ein Dutzend Verwundete. Die geſtern hier eingerückten 2000 Preußen vom 27. und 31. Regimente, dem 12. Huſarenregiment mit einer reitenden Batterie ſind noch hier, und auch in der Umgegend liegen Preußen. Von den Baiern marſchirten heute Vormittag ein Jägerbataillon, ein Chevaurlegersregiment, eine zwölfpfündner Batterie und ein vollſtändiger Brückenzug durch. Sie gehen bei Oppenheim über den Rhein nach der Pfalz. Morgen folgen ſtärkere Colonnen nach. Unter den dieſſeits gefangenen Freiſchärlern befindet ſich auch ein Anführer, ein ehemaliger hannover'ſcher Gardelieutenant. Man wird ihn nach Hannover ſenden. Die Nachricht, welche Sie in Ihrer geſtrigen Zeitung von dem Frankfurter Bataillon geben, daß es ſich gleich am Tage ſeines Abmarſches ins Badiſche verirrt, einen Ueberfall erlitten und 15 Verwundete gehabt habe, ſcheint ungegründet.*) Ich kann Sie verſichern, daß jenes Bataillon ruhig hier durch marſchirte nach Großbieberau, 4 Stunden von hier im heſſiſchen Odenwald, von wo es nach allen Seiten nach der badiſchen Grenze noch weit, mindeſtens 8 bis 10 Stunden iſt, alſo ein ſolches Ereigniß nicht wohl möglich war. Hier hat man auch kein Wort davon gehört. Unſere heutige Zeitung enthält Steckbriefe des Gerichtshofes von Mainz gegen die flüchtigen Demokraten Zitz, Bamberger, v. Löhr und Blenker, des Hoch- und Landesverraths verdächtig.

☽ **Darmſtadt**, 15. Juni. Der Abendzug aus der Bergſtraße brachte einen Rittmeiſter, Hrn. v. Jäger, und 14 Chevaurlegers mit, welche dieſſeits Mannheim bei Käferthal heute früh verwundet wurden. Näheres hat man über die Operationen des heutigen Tages noch nicht. So viel iſt aber gewiß, daß das ganze Reichsheer heute eine ſtarke Bewegung vorwärts gegen den Neckar hin gemacht hat. Weinheim und die ganze Umgegend iſt im Beſitze deſſelben. In wie weit Mannheim ſelbſt heute ſchon bedroht wurde, müſſen wir morgen erfahren. Vielleicht daß der Kanonendonner, welchen man den Tag über hier hörte, von einem Angriffe der Preußen jenſeits auf die Rheinſchanze und Mannheim herrührte. Auch bemerkte man am Nachmittage und gegen Abend ſchon Rauchſäulen, als ob es in Mannheim oder andern Punkten jener Gegend brenne. Um 9 Uhr ſah man das Feuer ſehr deutlich von der Ludwigsſäule und anderen höheren Orten der Stadt.

= Von der Bergſtraße, 15. Juni. Die Bewegungen gegen Baden haben begonnen. Heute Nacht und um Tagesanbruch bewegten ſich anſehnliche Truppenmaſſen gegen die badiſche Grenze; die Orte Bensheim, Auerbach, Zwingenberg, bisher mit Truppen überfüllt, waren am Morgen von Soldaten größtentheils verlaſſen. Nach 9 Uhr bewegte ſich gegen Bensheim eine Brigade von mehr als 4000 Mann; Preußen vom 38. Regiment, Kurheſſen, Naſſauer und Artillerie von den Heſſen und Mecklenburgern. Sie richteten ihren Marſch gegen Weinheim. Schon früher war ein Piket badiſcher Dragoner angelangt, die von der badiſchen Grenze herübergegangen waren. Morgens 11 Uhr. Seit faſt einer Stunde hört man Kanonendonner und von den Höhen der Bergſtraße kann man deutlich die Rauchwolken unterſcheiden. Es ſcheint, als finde in der Nähe des Neckars, etwa eine Stunde von Mannheim, ein Gefecht ſtatt, das ſich nach der Richtung des Kanonendonners nach Mannheim hinzieht. Nach einigen Pauſen beginnt der Kanonendonner von Neuem und in dem Augenblick wo ich Ihnen dies ſchreibe, dauert er noch fort.

§ **Mainz**, 15. Juni. Der Papſt hat die vom hieſigen Domcapitel ausgegangene Wahl des Profeſſor Schmid in Gießen zum Biſchof der Diöceſe Mainz beſtätigt, trotz des jammervollſten Zetergeſchrei's über die Gefahr der Kirche u. dgl. m. Wir wollen ſehen, ob die Partei nunmehr ihre Anſicht, „daß es beſſer ſei, wir erhielten unſern Biſchof vom Präſidenten der franzöſiſchen Republik, als daß der jetzige Zuſtand der Kirche fortbeſtehe" weiter verfechten wird. Denn ſo ungefähr hat ſich das hieſige ultramontane Journal bei Gelegenheit der Wahl geäußert. Was aber noch bezeichnender iſt, als die Beſtätigung dieſer Wahl, iſt die weitere Thatſache, daß der einzige Geiſtliche hieſiger Stadt, der bei Gelegenheit der Wahl ſich günſtig für Profeſſor Schmid geäußert und deshalb die unaufhörlichſten Anfechtungen zu erdulden gehabt hat, Herr Pfarrer Cullmann, in das Domcapitel gewählt iſt.

---

*) Wir ſind genöthigt, den obigen Bericht dem Frankfurter Journal zu entlehnen, da von unſeren Herren Berichterſtattern nichts zu uns gelangt iſt.

*) Auch nach andern Nachrichten iſt dies der Fall.

Worms, 13. Juni. Nachdem heute Nacht die Freiſchaaren noch einmal unſere Stadt umſchwärmt und Drohungen gegen einige Bürger ausgeſtoßen hatten, zogen heute Vormittag die ſchon ſo lange angekündigten königlich preußiſchen Truppen in unſere Stadt. Die angrenzenden Orte gegen die baieriſche Grenze ſind mit Truppen von dieſem Armeecorps angefüllt. Der königlich preußiſche General v. Hanneken iſt Commandant dieſer Truppe und liegt hier. Oberſt Gerlach von Darmſtadt iſt Platzcommandant von Worms. Auch ein Civilcommiſſär befindet ſich hier. Die Schelle kündet eben den Schluß der Wein- und Bierwirthſchaften von heute an auf 9 Uhr Abends und verbietet das Tragen der Waffen. Wer nicht mit einem Waffenpaß verſehen iſt, darf alſo keine Waffen tragen. Es ſind dies die Vorboten des Martialgeſetzes, deſſen Publication wir jeden Augenblick entgegenſehen. (W. Z.)

Worms, 14. Juni. Heute Nachmittag kam eine Deputation Frankenthaler, mit ihrem Bürgermeiſter an der Spitze, nach Worms, um bei dem preuß. General um Schonung für die Stadt zu bitten. Sie ſtellten ihm vor, daß ſie keine Gewalt in Händen gehabt hätten, um die Freiſchaaren zurückzuhalten; dieſelben ſeien jetzt abgezogen, nachdem ſie mehrere angeſehene Bürger als Geißeln mit ſich genommen. Die Frankenthaler Bürger bäten, daß die preuß. Truppen als Freunde bei ihnen einziehen möchten. Der Obriſt Blenker hat ſich mit ſeinen Freiſchaaren nach Dürkheim zurückgezogen. Heute gegen Abend wird unſere Brücke, welche die Heſſen nach dem Bombardement bis Gernsheim rheinabwärts geführt hatten, auf Befehl des Stadtcommandanten Gerlach durch Voranzieher wieder hierher gebracht und die Communication dadurch wieder hergeſtellt. (M. Z.)

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 12. Juni. Die Gefangennahme der Heſſen nordweſtlich von Horſens beſtätigt ſich; jedoch war es keine Infanterie, ſondern eine Schwadron kurheſſiſcher Huſaren, welche von Horſens auf die umliegenden Dörfer zur Empfangnahme von requirirtem Heu und Stroh abgeſchickt waren. Etwa 5 Meilen davon trafen ſie auf eine ſtarke Abtheilung däniſcher Dragoner, welche die Heſſen umzingelten. Der Führer Rittmeiſter Grau hielt eine Gegenwehr für unmöglich und mußte die Schwadron gefangen geben; ſie beſtand außer dem Führer aus den Lieutenants Blumenſtein und Baumbach, dem Dr. König und 75 Mann, von denen jedoch 9 entkamen, ſo daß die Zahl der Gefangenen ſich auf 66 belief. Von den 9 Entkommenen eilten einige im geſtreckten Galopp nach Skanderborg, dem nächſten Hauptquartier, und meldeten den Vorfall. Es dauerte aber nicht eine Stunde, ſo war auf geblaſenen Generalmarſch das bairiſche Chevauxlegers-Regiment marſchfertig und rückte ſogleich nach der angegebenen Gegend vor; ihm folgten vier reitende Geſchütze. Nach vier Stunden hatten ſie den Feind erreicht, und durch einen kühnen und gewandten Angriff gelang es ohne erheblichen Verluſt die Heſſen zu befreien und noch eine bedeutende Anzahl Dänen zu Gefangenen zu machen. Die Angabe der Zahl ſchwankt noch; doch wurden in Hadersleben 80 angeſagt und erwartet. Der allgemeinen Beſtürzung, welche durch die Gefangennahme der Heſſen ſich der deutſchen Truppen bemächtigt hatte, iſt jetzt eine ebenſolche Freude gefolgt, daß dieſe Schlappe mit Glanz wieder ausgewiſcht worden ſei. Der Eifer der Baiern ſoll über alle Maßen geweſen ſein, als ſie gegen den Feind marſchiren ſollten, und ſie freuten ſich wirklich, daß ihnen endlich einmal Gelegenheit geboten ward, ſich mit dem Feind zu meſſen; denn außer bei Düppel waren noch keine Baiern gegen den Feind.

†† **Bremen**, 13. Juni, 7 Uhr. Unſere Bürgerſchaft hat ſoeben nach dreiſtündigem heftigen parlamentariſchen Kampfe beſchloſſen, die Neuwahl zur Reichsverſammlung vorläufig nicht vornehmen zu laſſen.

Dagegen iſt heute im 18. hannoveriſchen Wahlbezirke ein Theil der Wahlmänner auf eigene Hand zuſammengetreten, um einen neuen Abgeordneten zu wählen. Wahrſcheinlich wird der Präſident des hieſigen demokratiſchen Vereins, Hr. Joh. Röſing gewählt; er iſt Hrn. Wolff aus Breslau gleich zu achten.

Frankreich.

* **Paris**, 13. Juni. Wir müſſen, da die directen Pariſer Poſten vom 13., durch die Unterbrechung der Communication in der Rheinpfalz, noch fehlen, aus andern, namentlich belgiſchen Blättern, einige Details vor allen Dingen über die Ereigniſſe des heutigen Tages nachholen.

Wir beginnen mit einer Privatcorreſpondenz der Independance: „11 Uhr. Auf den Boulevards nimmt eine ungeheure Manifeſtation ihren Anfang. Sie beſteht zum größeren Theile aus Blouſen, indeß ſieht man auch eine große Anzahl von Uniformen der Nationalgarde und der Artillerie; man hört den Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die Verfaſſung! Alles iſt ohne Waffen, nur die Artilleriſten haben ihre Carabiner. General Changarnier hat Befehl, an der Spitze von 4 Regimentern ſie zu zerſtreuen. Man verſichert, daß mehrere Mitglieder des Centralcomite's verhaftet ſind. Bei einem Montagnard, welcher die Abfaſſung der Manifeſte beſorgte, ſind, wie es heißt, Hausſuchungen vorgenommen und Papiere der gravirendſten Art mit Beſchlag belegt. General Changarnier hat den Zug bei der Rue de la Paix erreicht und ihn auseinander getrieben, aber ſogleich erſcholl der Ruf: Zu den Waffen! und in verſchiedenen Quartieren, namentlich in der Halle, wurde der Bau von Barricaden begonnen. In der Nähe der Hallen wurde ein Wagen des Präſidenten umgeſtürzt. Die Dragoner ſind auf den Zug, an deſſen Spitze ſich Etienne Arago und Foreſtier befanden, eingeſprengt. 3 Uhr. Man erzählt, daß die Boulevards von der Porte St. Denis bis zur Place de la Concorde militäriſch beſetzt ſind. Die Inſurrection würde alſo auf die Vorſtädte beſchränkt ſein. General Cavaignac hat erklärt, daß man auf ihn zählen könne und daß er ſeinen letzten Blutstropfen für die Ordnung verſpritzen werde. Die Montagne befindet ſich im Conſervatorium der Künſte und Gewerbe, wo ſie als revolutionärer Convent ſitzt. Man behauptet, daß etwa 50 ihrer Mitglieder dort ſind; die Artillerie der Nationalgarde, von Guinard befehligt, iſt um ſie. Man hat in der Rue de la Lune auf Changarnier ein Piſtol abgefeuert, der Schuß hat aber nicht getroffen. Ledru Rollin iſt an der Spitze eines Haufens in der Rue Coq-Heroe geſehen worden, ohne Zweifel auf dem Wege nach dem Conſervatorium. Die Vorſtadt St. Germain iſt ruhig! die 10te Legion verſieht ihren Dienſt mit großem Eifer. Soeben wird das 24ſte Linienregiment gegen den improviſirten Convent im Conſervatorium geſchickt. Peter Bonaparte hat um das Commando gebeten. Die Truppen ſind voll Begeiſterung und rufen: Es lebe Changarnier!“

Einen zweiten Bericht entnimmt die Independance aus dem Evenement. „11 Uhr. Die anfangs öde Place du Chateau-d'Eau füllt ſich mit Arbeitern in Blouſen und jungen Leuten; von Nationalgarden ſind wenige da und alle ohne Waffen. Man bemerkt unter den Haufen einige Officiere und 1 oder 2 Oberofficiere. 11¾ Uhr. Lacroſſe, der Miniſter der öffentlichen Arbeiten, mit 2 Officieren vom Generalſtabe und 2 republikaniſchen Garden kommt zu Pferde an. Er ſpricht Worte der Verſöhnung. Man drängt ſich um ihn, man trennt ihn von den Officieren, welche ihn begleiten, man ruft: Es lebe die Verfaſſung! Es lebe die Republik! Man verlangt, daß er auf dieſen Ruf antworte. Seine Kleider werden zerriſſen. Herr Lacroſſe kann nur mit Mühe in ein benachbartes Haus gelangen. Von Zeit zu Zeit, wenn die Nachricht eintrifft, daß die Nationalverſammlung heute keine Sitzung hält, verlaufen ſich einige Haufen. Die größere Zahl aber bleibt. 12½ Uhr. Man formirt die Reihen. Die erſten Reihen haben einen Oberſt, einen Bataillonschef und einige Officiere der Nationalgarde bei ſich, ſie gehen 20 Mann hoch und nehmen faſt die ganze Breite des Boulevard ein; nach den erſten 20 oder 30 Reihen geht die Demonſtration 5 Mann hoch und marſchirt mit einer gewiſſen Ordnung, unter dem Rufe: Es lebe die Verfaſſung! Es lebe die Republik! In dem Augenblicke, wo ſie durch die Paſſage Jouffroy geht, wo die „Geſellſchaft der Verfaſſungsfreunde“ ihren Sitz hat, verdoppelt ſich der Ruf. Den Abgeordneten der Studenten, die in kleiner Zahl zugegen ſind und ſich in der Maſſe der Blouſen verlieren, wird eine Fahne vorangetragen. In dem Augenblicke, wo dies Banner in der Paſſage der Oper anlangt, macht eine allgemeine Flucht in wenigen Minuten die Boulevards leer. 1 Uhr. Die Place de la Concorde iſt von einem Regimente Lanciers beſetzt, welches die dort verſammelten Maſſen, aber mit großer Schonung, auseinander trieb, ſich dann am Eingange der Rue Nationale gegenüber der Madelaine aufſtellte und den Platz abſperrte. Zu gleicher Zeit wurden die Zugänge zum Palaſt der Nationalverſammlung von einem Dragonerregiment und 2 Küraſſierregimentern beſetzt; alle Truppen mit Sack und Pack. Ein Dragonerregiment ſtand in der Rue de la Paix. Als die Spitze der Manifeſtation die Rue de la Paix erreicht hatte, ging das Dragonerregiment plötzlich in

Ueberſicht.

Zum preußiſchen Entwurf.
Die Befeſtigungen von Rom.
Deutſchland. Wien (Berichtigung. Die Rekrutirung. Stimmung des Landvolks). Berlin (Römer. Der Prinz von Preußen. Die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft). München (Thätigkeit der Ultramontanen. Fallmerayer. Die Kammerauflöſung). Leipzig (Hoffnung auf die Verſammlung in Gotha). Hannover (Eindruck des preußiſchen Verfaſſungsentwurfs). Darmſtadt (Die Miniſterien des Kriegs und der Finanzen).
Schweiz. Bern (Die Preſſe über die Militärcapitulationen. Nachrichten aus Wien).
Rußland. Von der ruſſiſchen Gränze (Die Stimmung der ruſſiſchen Armee).

Zum Preußiſchen Entwurf.

‚ Keinen kläglichern Anblick kann es geben, als wie jetzt Regierungen, Vereine und Einzelne von der Reichsverfaſſung abfallen, der ſie eben erſt zugejubelt und zugeſchworen, wie ſie ohne Beſinnung, ohne Verabredung, einzeln überlaufen ins preußiſche Lager, um der leidigen Ruhe, um der augenblicklichen Rettung willen! Dem gegenüber hat eine ernſte und fortlaufende Erwägung der deutſchen Verhältniſſe nur noch beſtimmter meine Ueberzeugung geſtaltet, daß unter zwei ſchlimmen Wegen die gänzliche Ablehnung des Berliner Entwurfes für die Nation der beſſere ſei.*) Die öffentliche Stimmung ſcheint eine andere Wendung zu nehmen; ich ſehe die Beſten des Volks, denen auch ich ſtets anhing, auf einen neuen Reichstag ihre Hoffnung ſetzen und beſcheide mich gerne, eine eigene hoffnungsarme Meinung zu hegen und in trüber Vereinzelung zur Seite zu ſtehen. Dieſe Bemerkung wird nicht überflüſſig ſein; ſchon hat eine theure Collegin in Augsburg den Verſuch gemacht, mein Votum in Nr. 154 als Leitartikel zu bezeichnen, nnd mit den Leitartikeln dieſes Blattes vom 3. und 7. Juni in einen Widerſpruch zu ſetzen, der übrigens vor keiner unbefangenen Betrachtung beſteht. Die Kritik des Entwurfs iſt hier und dort vollkommen übereinſtimmend, und was ich ſonſt noch beifügte, war zu jener Auffaſſung nur die Kehrſeite, die in ſo verwickelten Zuſtänden gewiß auch ihre Berechtigung hat. Was ich im Folgenden ſage, ſoll nichts als meine Privatmeinung ſein, für die mir die Deutſche Zeitung immer noch ein Plätzchen vergönnen wird, wie ſie es dem hochachtbaren Gegner „aus der preußiſchen Rheinprovinz vergönnt hat."

Ich entwickle nur kurz die Gründe meiner Meinung. Meine Vorausſetzung iſt, daß mit den Männern des alten Syſtems kein dauernder Friede ſich ſchließen läßt; ſie verſtehen die neue Zeit nicht, ſie werden uns immer und immer wieder die keimende Freiheit zerſtören. Ihre moraliſche Macht iſt ſchwach; aber ſie zählen auf die Ruheſucht und Apathie der begüterten, auf die patriotiſche Selbſtverleugnung der gebildeten Mittelclaſſe. Ihre Herrſchaft wird nicht gebrochen werden, ſo lang ſie ſich hierin nicht täuſchen. Mit dem wüſten knabenhaften Revolutioniren werden ſie immer fertig; mit dem feſten Widerſtand ſelbſtſtändiger Männer niemals. Wollen ſie gegen die Mehrheit des Volks regieren, ſo mögen ſie auf eigne Hand den Verſuch machen und hinausführen. Ein unbeugſamer Widerſtand gegen ihre Verfaſſung würde jetzt die Regierungen gleich auf den richtigen Punkt bringen. Entweder ſie beſinnen ſich und lenken um — oder ſie greifen zur offnen Gewalt. Im erſten Fall kann Alles gut werden; der zweite kann uns nicht ſchrecken. Was wir zu fürchten haben, iſt die Reaction, die mit hohen Worten ſpielt, edle Gefühle mißbraucht, ehrwürdige Formen entheiligt. Sie würde dem Volke den letzten Reſt von Vertrauen, Sittlichkeit und Begeiſterung rauben, bis ein neuer Ausbruch alle ſchlimmen Seiten der menſchlichen Natur in erſchreckender Nacktheit blos legt. Soviel die wüſte Unordnung der heutigen Bewegung beſſer iſt als die blutige Doctrin und der ſchematiſirte Mord einer künftigen, ſo viel iſt der nackte Despotismus beſſer als das ſchleichende Gift der Lüge.

Glaubt man der Demokratie, ſo ſtehen ſich im Geiſte dieſes Gegenſatzes Oeſterreich und Preußen gegenüber. Die Wahrheit wird wohl dieſe ſein, daß beide jetzt eigenſüchtige Zwecke verfolgen, daß Preußen ſeine wohlgerüſtete Macht, die geographiſche Lage und die Noth der kleineren Staaten benutzt, um einen Bundesſtaat zu gründen, deſſen Verhältniß zum Geſammtbund ebenſo unklar als unwahrhaftig und doch der Kern des ganzen Planes iſt; daß Oeſterreich, weil es Preußen nicht gönnt, was es ſelbſt gern gehabt hätte, durch diplomatiſche Intriguen mit Baiern und der Centralgewalt temporiſirt, bis zur Wiederherſtellung des Bundes die Zeit gekommen iſt. Wir bekennen, daß ſeit die Sache der Nation an dieſem Spiel keinen Theil mehr hat, die eine Partie uns völlig ſo gleichgültig iſt als die andere. Die Deutſche Zeitung hat vor Kurzem noch eine Mahnung an Preußen ergehen laſſen, wie um nochmals die Bedingung hervorzuheben, unter der ſie ſtets für Preußen gekämpft hat. Aehnliche Mahnungen richten deutſchgeſinnte Oeſterreicher an ihre Regierung. Sie werden der Nachwelt Zeugniß geben, daß den Machthabern der gute Rath nicht gefehlt hat; der Gegenwart werden ſie wenig nutzen. Brandenburg-Manteuffel und Schwarzenberg-Stadion werden bleiben, wenn nicht die Namen, doch das Syſtem; ſie werden ihre Zwecke verfolgen und die größere Kraft oder Ausdauer wird ſiegen. Nur Eins iſt dabei zu bedenken. Wenn das Manteuffel'ſche Syſtem uns die deutſche Einheit vorlügt, wenn es uns mit ſeiner Freiheit dazu beglückt, wenn die doppelte Lüge noch ihre Lob- und Schönredner findet: dann droht der Nation mit ſittlicher Zerrüttung auch unheilbare Spaltung, während die einfache Wiederkehr des Alten, mit ſeinem ganzen Jammer, ſie in Mißhandlung und Noth vielleicht wieder zuſammenſchmiedet.

Die Enttäuſchung eines zweiten Reichstags wird wohl nöthig ſein, um den öſterreichiſchen Plänen zum Sieg zu helfen. Die Vertreter der nationalen Einheitspartei rüſten ſich zu dieſem Reichstag, und ich bemühe mich, mit ihnen zu hoffen. Ich will aber meine Bedenken nicht verſchweigen. Es erregt ſchon kein günſtiges Vorurtheil, daß dieſer Reichstag nur die Wiederholung deſſen iſt, was im vorigen Jahre geſchah oder geſchehen ſollte. Man will jetzt in kürzeſter Zeit die preußiſche Vorlage berathen, wie man damals den Siebzehnerentwurf hätte berathen ſollen. Daß nach gänzlicher Umwandlung der Dinge eine ſolche Wiederholung gelingen ſollte, ſcheint gegen das Naturgeſetz in den Begebenheiten. „Es ließe ſich Alles trefflich ſchlichten, könnte man Alles zweimal verrichten." Man überſieht dabei immer nur einen Umſtand. Wie jetzt im Süden die Stimmung iſt, wird zu dieſem Reichstage weder in Baden, noch in Würtemberg, noch in der Pfalz und in andern Theilen Baierns gewählt; weder nach dem octroyirten, noch nach irgend einem andern Wahlgeſetz. Der Reichstag bleibt alſo unvollſtändig, oder muß die Ereigniſſe abwarten. Wird aber Baden und die Pfalz mit Gewalt der Waffen unterworfen, ſo iſt die Folge eine allgemeine Reſtauration, die den Reichstag zur Maſchine macht, oder über ihn wegſchreitet: wie im Frühling 1848 die Revolution über die Fürſtenmacht, ſo würde jetzt die Reſtauration über den Reichstag triumphiren.

Die Annahme des Berliner Entwurfs iſt für die kleineren Staaten das Signal zur Reſtauration: das iſt ſchon Sache der Erfahrung. Rings um uns her (um ganz von Sachſen zu ſchweigen), am badiſchen Hof, in Wiesbaden, in Darmſtadt ſehen wir Miniſterwechſel und andere Anzeichen, alle mehr oder weniger verknüpft mit jener Verfaſſungsfrage. Die Miniſterien der kleinen Staaten ſind zu eng verflochten mit Urſprung und Wachsthum der Reichsverfaſſung, um nicht auch ihr letztes Schickſal zu theilen. Ganz ebenſo iſt es mit den Kammern. Sie können und werden nicht abfallen: und ſo führt ſchon die Einführung der Berliner Verfaſſung auf die Bahn der Staatsſtreiche und Rechtsverletzungen, ja es wird ſehr zweifelhaft, ob ſie nur zu rechtlichem Beſtande überhaupt gelangen kann. Nur gemeinſames Verfahren, nur die ſorgfältigſte Sicherſtellung für die Wechſelfälle der Zukunft, hätte die kleinen Staaten vor tiefer Zerrüttung bewahren können. Statt deſſen geben ſie ſich einzeln, vorausſichts- und beſinnungslos der täuſchenden Ruhe hin. In welche Lage durch dieſe Deſertionen verfaſſungstreue Staaten gebracht ſind, davon gibt Würtemberg das Beiſpiel. Die ganze Laſt des Verfaſſungskampfes iſt dem Lande aufgewälzt, und nur die beiſpielloſe Feſtigkeit des Miniſteriums hält es feſt auf der ſchmalen Kante zwiſchen Abfall und Revolution. Und dieſes Miniſterium ſelbſt: wofür wirkt es? „Ich ſage, rief der kranke Römer noch in der letzten Kammerſitzung, die würtembergiſche Regierung wird ſich an Preußen nicht anſchließen!" „Was thut ſie denn?" rief man ihm zu, und er hatte nur die Antwort: „das wird ſich zeigen!" In dieſen Worten liegt ein bitterer Vorwurf. Beſtünde die Verfaſſungspartei aus lauter Römern, das Werk unſerer Reichsverſammlung würde nicht ſo ſchmählich verlaſſen! Fällt es aber, ſo fällt Römer mit ihm; er gräbt ſich mit ſeinem Wirken ſein eigenes Grab. Es iſt die beiſpielloſeſte aufopfernde Hingebung für ſein engeres Vaterland. Nur Würtemberg kann dies Verfahren noch nützen, und ſo wird

*) Die zur Erläuterung des Entwurfs unterdeſſen veröffentlichte Denkſchrift hat dieſe Anſicht nur noch weiter bekräftigen können.

es freilich dem Beobachter leicht, wenn er in Römer's Anſprache an's Volk jedes Wort „eng, dumpf, geizig, mißwollend, gedrückt; — in dem Aufruf der Regentſchaft jedes frei groß, gewaltig, im Bewußtſein der höchſten Geſetzesmacht geſprochen", findet.

Auf der andern Seite ſteht nun die proviſoriſche Regentſchaft, die Männer der That — die nichts Eiligers zu thun haben, als vor der Abſicht des Bürgerkriegs ſich zu verwahren, und Reichscommiſſäre zu verſenden, ganz wie die Frankfurter Centralgewalt, und von ganz gleicher Wirkſamkeit! Wie durften dieſe Männer, denen die Freiheit über Alles geht, die nur Heil ſahen in Kampf und Bruch, die das Kreuz predigten wider den Abſolutismus, wie durften ſie ſich ſchrecken laſſen von dem Worte Bürgerkrieg! Wie durften ſie ſo raſch die Gegner nachahmen, die ſo oft und ſo bitter Verſpotteten! Sie werden bald genug zu ihrem Schaden erfahren, was Regieren heißt bei einem Volke, dem die Gemüthlichkeit und die Rückſichten des Privatlebens mehr gelten als Thaten und alle Erwägungen der Politik.

Das iſt die innere Lage — die großen Weltverhältniſſe geben kein anderes Reſultat. Ihr jetziger Mittelpunkt iſt Ungarn. Siegt in Ungarn die öſterreichiſch-ruſſiſche Sache, wird Preußen dann ihrem gemeinſamen Andrang widerſtehen? Die innere Verwandtſchaft mit der heiligen Allianz ſcheint zu groß, um ſich äußerlich davon abzuſchließen. Gibt Preußen nach, ſo beglückt uns irgend eine Congreßverfaſſung; will es Widerſtand leiſten, ſo muß es auf den ernſtlichſten Kampf gefaßt ſein. Dazu gehört ein enges Anſchließen an die Weſtmächte und ein gewaltiger Rückhalt in der Nation. Für beide Zwecke hat Preußen nichts gethan; für beide müßten ganz andere Anſtrengungen, ganz andere Conceſſionen gemacht werden, als dieſer Reichsverfaſſungsentwurf, der dem Ausland zumal die möglichſt geringe Bürgſchaft bietet. Siegt aber die ungariſche Sache, nun dann iſt es mit dem preußiſchen Entwurf ohnedies zu Ende. Er hat nur dann eine Ausſicht auf Erfolg, wenn die große Weltbewegung ſo ſtumpf und reſultatlos abläuft, wie es mit unſerer deutſchen den Anſchein hat. Möchten die Männer der Nationalpartei das bedenken, möchten ſie ſich aufſparen für die fernere Zukunft, ſtatt dem Drang des Moments ſich zu opfern!

Das wäre das Bekenntniß meines Glaubens oder Unglaubens. Was der verehrte Correſpondent aus Rheinpreußen von meinem bodenloſen Unglauben ſagt, das kann ich ſeinem bodenloſen Glauben getroſt zurückgeben. Ich bin kein Mann der abſoluten Negation, noch weniger ein Preußenhaſſer; ich habe lange genug geglaubt — was ich alles urkundlich nachweiſen kann. Ich ſprach noch überdies nicht von *meinem* Glauben, ſondern von dem Glauben Vieler. Dieſer iſt Thatſache; was daraus zu ſchließen, welchen Urſachen er beizumeſſen ſei, das mochte ſich Jeder zurechtlegen. Der verehrte Correſpondent aber verfällt in eine der ſchwerſten Sünden des alten Syſtems, indem er eine tiefgewurzelte, vielverbreitete Meinung für ein Werk der verſtockten Verneinung, für die Verirrung eines oder einiger Einzelnen hält.

Wenn er ferner ſagt, ich habe zu einer Erklärung die nationale Einheitspartei aufgefordert, ſo iſt das geradezu unrichtig. Ich habe weder die nationale Einheitspartei noch ſonſt Jemanden aufgefordert. Der Zweck meines Aufſatzes war — wie der Unbefangene leicht einſieht — eine Kritik des Entwurfs und eine Schilderung der herrſchenden Stimmungen; beides mit ſo viel Objectivität, als eine *Meinung* überhaupt zuläßt. Um eine Stimmung zu zeichnen, lieh ich ihr die Worte jener Erklärung. War die gewiſſenhafte Schilderung der Stimmung im Süden bei Jedermann ſo verloren wie bei dem Correſpondenten aus der Rheinprovinz, ſo bedaure ich, um der guten Sache willen, die verlorene Mühe.

Der verehrte Correſpondent iſt der Meinung, daß Baiern und Oeſterreich weit mehr der deutſchen Sache geſchadet hätten, als Preußen. Er vergißt nur, daß Oeſterreichs Feindſchaft beſiegt, Baierns Widerſpruch machtlos war. Nicht Oeſterreich hat den edelſten Beruf verſchmäht, nicht Baiern hat den Süden in Blut und Verwirrung geſtürzt, um ſo mit Gewalt zu erlangen, was es friedlich und rechtlich nicht wollte. Und wenn der geehrte Verfaſſer fragt, warum es nur Preußenhaß, nicht auch Oeſterreicherhaß und Baiernhaß gebe, ſo iſt das dieſelbe Verwechslung, die ihm durchgängig, und auch uns gegenüber begegnet iſt. Oeſterreicherhaß und Baiernhaß gibt es gerade ſo viel und ſo wenig als Preußenhaß; aber Haß gegen Brandenburg-Manteuffel, Haß gegen Stadion-Schwarzenberg, Haß gegen v. d. Pfordten, ja, den gibt es im Süden, den gibt es.

Wer dieſen Männern ſich ohne alle Bedingung hingibt, der ſtiftet unerſetzlichen Schaden; dieſe Träger des alten Syſtems verſtehen die edlen Beweggründe nicht, und errichten das Gebäude ihrer Sünden auf den Tugenden der Patrioten.*)

Die Befeſtigungen von Rom.

00 **Frankfurt**, 13. Juni. In dieſem Augenblicke möchte eine Seite der Betrachtung der ewigen Stadt intereſſant ſein, welche trotz der Bibliotheken, die über Rom geſchrieben worden ſind, doch ſeit 300 Jahren ſehr zurückgetreten iſt: ihre Fähigkeit, feindlichen Angriffen Widerſtand zu leiſten. Denn es ſind 322 Jahre, ſeit ein franzöſiſcher Führer, der unglückliche Herzog Karl von Bourbon die Stadt erſtürmte; doch war die bunte Schaar aus Angehörigen aller Völker, welche jetzt innerhalb der Stadt hauſt, damals vor ihren Mauern. Deutſche, Spanier und Italiener folgten einem Franzoſen, der ihre Sprache nicht verſtand. Aber der franzöſiſche Heerführer war raſcher als ſein Nachfolger; am 5. Mai kam das Heer vor der Stadt an; am folgenden Tage waren trotz des tapfern Widerſtandes der Schweizer die Mauern erſtürmt, obgleich der treue Sohn der Kirche, Kaiſer Karl V., reichlich ebenſo viel Urſache zu diplomatiſchen Bedenken dem Pabſt gegenüber hatte, als die franzöſiſche Republik gegenüber der römiſchen. 1798 aber zog Berthier ohne Widerſtand, von Civitavecchia herkommend, in Rom ein.

Die Stadt Rom liegt mit zwei Regionen (Quartieren) auf dem rechten, mit zwölf auf dem linken Tiberufer, eine Eintheilung, welche Frankfurt nachgeahmt hat. Die Tiber, welche in der Breite der Seine bei Paris oder des Neckar bei Heidelberg die Stadt durchfließt, beſchreibt eine doppelte S-Krümmung, die erſte bei der Engelsburg, die zweite bei der Tiberinſel. Die Hügel im Innern der Stadt ſind ſtrategiſch ganz unwichtig, da ſie, an ſich ſchon niedrig, durch den bei den verſchiedenen Zerſtörungen der Stadt in den Tiefen angeſammelten Schutt noch mehr verwiſcht, theils auch, wie der Palatin, mit Ruinen bedeckt, theils, wie das Capitol, leicht zugänglich gemacht ſind. Am erſten möchte noch der Aventin, der mit ſeinem feſten Kloſter Santa Sabina das gegenüberliegende flache Ufer vor dem Hafenthore (Porta Porteſe) beherrſcht, und der Coelius, der die Straße nach dem St. Sebaſtiansthor beſtreicht und noch in ſpätern Zeiten theilweiſe befeſtigt wurde, einige Wichtigkeit beſitzen. Deſto wichtiger ſind die Hügel, welche nur theilweiſe in die Stadt gezogen, entweder in derſelben Höhe draußen ſich forterſtrecken, wie der Pincius, oder gar erſt vor der Stadt anſteigen, wie auf dem rechten Ufer der Janiculus. Die bekannten Ausſichtspunkte auf demſelben: das Kloſter San Onofrio, die Waſſerleitung Aqua Paola, das Caſino der Villa Corſini, das Kloſter der Villa Lante ſind eben ſo viele Punkte zur Beherrſchung eines, wenn auch geringen, Theiles der Stadt, daher von der Porta Cavalleggieri von jeher die Angriffe auf Rom gerichtet waren. Dagegen iſt der angrenzende Vaticaniſche Hügel (auf dem rechten Ufer), welcher einen ſteil abfallenden Rand gegen das Höllenthal (Valle del inferno) zeigt, regelmäßig gegen die Anfälle der öſters in Oſtia landenden Saracenen befeſtigt; jedoch wird die ganze Weſtſeite der Stadt vom Ponte Molle bis zum Vatican von dem etwa eine halbe Stunde entfernten, hohen und durch Straßen zugänglichen Monte Mario bedroht. Die Mauern ſtammen aus ſehr verſchiedenen Zeiten: die zwiſchen dem Volksthor (Porta del Popolo, nicht Pappelthor, wie Tieck überſetzt) und dem Pinciusthor aus dem neunten Jahrhundert; die zwiſchen der Porta Pinciana und Porta Salara aus der Zeit des Beliſar; die zwiſchen Porta Pia und Porta St. Lorenzo aus der Zeit des Tiberius; die von dem Johannisthor (Porta St. Giovanni) bis zum Amphitheatrum castresse ſind von Aurelian; die bei Porta Maggiore im dreizehnten Jahrhundert erbaut. Sie ſind in verſchiedenem Zuſtand der Unterhaltung, alle genügend hoch und ſtark und durch Strebepfeiler unterſtützt, aber ohne Vorſprünge und vorliegenden Graben. Rom hat jetzt noch 12 zugängliche Thore, nämlich auf dem linken Ufer Porta S. Giovanni in Laterano, Maggiore, S. Lorenzo, Pia, S. Sebaſtiano, del Popolo, Salara, S. Paolo, auf dem rechten: Porta Porteſe, S. Pancrazio, Cavalleggieri und Angelica. Drei Thore auf dem linken: Porta Pinciana, Latina und Nomentana, und eins auf dem rechten Ufer: Porta Fabbrico, ſind vermauert.

*) Wir müſſen auch dieſem Aufſatze hinzufügen: Wir haben noch beſſeren Muth.

Die älteren Thore ſind ſehr feſt; ſie geben theils durch Thürme, theils durch gewallige Bogen von Waſſerleitungen, wie S. Lorenzo und Maggiore; die moderniſirten, wie Porta del Popolo, S. Pancrazio, Porteſe, ſind weniger feſt und deshalb verbarrikadirt. Die eigentliche Citadelle der Stadt, die Engelsburg (Caſtello S. Angelo) hat zum Kern die runde felſenfeſte Steinmaſſe vom Mauſoleum Hadrians. Um dieſe iſt ein regelmäßiges Werk von fünf Baſtionen mit vorliegenden Schanzen erbaut. Nach der Stadt zu beherrſcht das Caſtell die Engelsbrücke und die ſchwächſte Stelle Roms, das dem Hafen der Ripetta gegenüber liegende flache und ſchutzloſe Ufer, doch wird es ſelbſt bei der heutigen Vervollkommnung des Geſchützes vom Monte Mario beſtrichen.

Die wirkſamſte Schutzwehr wird Rom immer in der heiligen Scheu finden, welche jeden civiliſirten Feldherrn abhält, die gräßlichen Zerſtörungsmittel der Gegenwart in ihrer ganzen Wucht gegen den tauſendjährigen Sitz der Kunſt und der Geſchichte anzuwenden; einen weiteren Schutz in der öden, ungeſunden Umgebung der Stadt, welche ein längeres Davorlagern durch tödtliche Fieber ſtraft.

Deutſchland.

Wien, 8. Juni. Die Rekrutirung wird in den Provinzen mit großer Strenge betrieben; man hat manchem Bauer in Oberöſterreich Söhne und Knechte zugleich genommen, und es äußert ſich nicht nur Unzufriedenheit, ſondern hier und da auch Widerſetzlichkeit, wie dies namentlich in Enns, der Grenzſtadt zwiſchen Ober- und Unteröſterreich, der Fall geweſen. Zum Glück ſind die Zeitumſtände, bis auf die allerdings ſtörende Rekrutirung, ganz geeignet, den Bauer in den deutſchen Provinzen zufrieden zu ſtellen, da er bei herrlichen Ernteausſichten die beſten zur Verwerthung ſeiner Producte hat. Denn die Concurrenz Ungarns iſt jedenfalls auf Jahr und Tag dahin. Das dem Landvolk eigene Mißtrauen greift ſtörend in die Geldcirculation. Nicht zufrieden, das eingeſammelte Silber in eiſernen Töpfen in Haus und Garten zu bergen, fängt man auf dem Lande auch ſchon an, Kupfermünze zuſammen zu ſcharren. (D. A. Z.)

Wien, 10. Juni. Das Intelligenzblatt der Preßburger Zeitung enthält eine Berichtigung, aus welcher hervorgeht, daß in der Angelegenheit der Frau v. Udvarnoky kein Urtheil noch gefällt worden iſt, und daß folglich alle Gerüchte von entehrender Behandlung, welche durch Privatcorreſpondenzen und Journale verbreitet worden waren, ungegründet ſind.

** **Berlin**, 12. Juni. Wir laſen mit wahrer Freude Römers männliche Erklärung. Es mußte weit, es mußte zum Aeußerſten kommen, ehe Römer ſich entſchloß, in Oppoſition auch mit dem letzten Reſt unſers großen Parlaments zu treten. Dieſes Aeußerſte kam; wir meinen darunter nicht ſoſehr die Wahl der Regentſchaft, als die Wahl der Reſidenz dieſer Regentſchaft. Wie, wenn nun Friedrich Römer Mitglied dieſes Directoriums geworden wäre und ſeinem Könige, der das Geſchick Schwabens in ſeine Hand gelegt, ſich als ein Fünftel-Oberhaupt gegenüber geſtellt hätte? Die proviſoriſche Regentſchaft Deutſchlands würde zunächſt eine Regentſchaft von Würtemberg, der nun die Pfalz und Baden zufielen. Jetzt, dünkt uns, verlangen wir ohne Willkür, daß jeder Deutſche mit jenem treuen Mann in Schwaben das Parlament aufgibt; es kommt einem hart an, auch jetzt noch; aber die Nation ſteht höher als die Reichsverſammlung und die Ehre der Nation hat von dorther nur zu fürchten, nichts zu gewinnen. Der Prinz von Preußen, der geſtern abgereiſt iſt, ſoll nur indirect an dem unausbleiblichen troſtarmen Kampfe ſich betheiligen. Die Botſchaft des Präſidenten von Frankreich iſt wohl geeignet, uns in der Meinung zu beſtärken, welche die Politik Frankreichs in der römiſchen Sache in jedem geraden Sinne hervorbringen muß. Der Paſſus über Schleswig enthält eine Lüge; wann hat die deutſche Centralgewalt Schleswig incorporirt?

= **München**, 11. Juni. Unſere Ultramontanen, welche bisher 288 Adreſſen gegen die Frankfurter Reichsverfaſſung zuſammengebracht haben, entwickeln in Ober- und Niederbaiern in Volksverſammlungen große Thätigkeit; ſo ſollen von Filialen des hieſigen Centralvereins für conſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit den 16. Juni in Reißbach a. d. Vils und den 17. Juni in Dingolfing in Niederbaiern große Volksverſammlungen gehalten werden, die man mit feierlichem Gottesdienſt und mit Böllerſchießen eröffnet wird. Seit vorgeſtern weilt unſer verehrter Prof. Fallmerayer wieder in unſerer Mitte. Das letzte Extrem in Stuttgart ſcheint ihn hierher geführt zu haben. Trotz dem großen parlamentariſchen Ereigniß in unſerer Mitte, der Auflöſung der mißliebigen Kammer, herrſcht bei uns die vollkommenſte Ruhe; die Gewagtheit des Schrittes wird wohl Niemand verkennen, allein der ſo hoch geſchürzte Knoten, der circulus vitiosus der Ausſchließung oder Suspenſion der Pfälzer und ihr Begehren in dieſer ihrer Lebensfrage mitzuſtimmen, konnte nur durch die eine oder andere Art zerhauen werden: durch Rücktritt des Miniſteriums oder Auflöſung der Kammer; aus erklärlichen Gründen zog man die für geringer geachtete Gefahr der letzteren vor, da vorauszuſehen war, daß die Linke wohl kaum mit einem andern Miniſterium als mit einem aus ihrer Mitte werde arbeiten wollen, und dabei lagen Hunderte von Arbeiten in den Ausſchüſſen gänzlich unerledigt, d. h. gar nicht erſt begonnen.

§ **Leipzig**, 13. Juni. Es wird wohl in einem großen Theile von Deutſchland ſein wie hier: man richtet den letzten Hoffnungsblick auf die Männer, die ſich in Gotha um Dahlmann und Gagern ſchaaren werden. Sie ſind nicht geſetzlich eingeſetzte Richter, und doch kommt ihnen von allen Seiten das Vertrauen entgegen, welches nur auf ihrer gereiften Einſicht, ihrer Ehrenhaftigkeit und ihrer Vaterlandsliebe beruht, daß nur ſie fähig ſind, die böſen Händel zu ſchlichten und die Schäden zu heilen, welche in Deutſchland um ſich zu freſſen drohen. Hoffentlich wird es ihnen gelingen, den Weg zur Einigung zu finden und doch im Weſentlichen das feſt zu halten, was ein ſchweres Jahr hindurch das Ziel ihres Strebens geweſen iſt. Man hofft auch auf Nachgiebigkeit von Seiten der Regierungen, um ſo mehr, da die täglich neu entdeckten ſogenannten Druckfehler des Verfaſſungsentwurfs der drei königlichen Regierungen den Kampf für deſſen Unfehlbarkeit ganz unmöglich machen; der Entwurf iſt ja bedeckt von Druckfehlern, wie Lazarus von Schwären. Dieſe Erfahrung iſt gerade bei ruhigen Leuten für die Beurtheilung von nicht geringem Gewicht. Sie waren ſehr geneigt, die in der Paulskirche Verſammelten für Dilettanten in der Staatskunſt zu halten, und glaubten, daß etwas weit Brauchbareres und Vollkommneres aus den Händen der in Berlin zuſammengekommenen Leute vom Handwerk hervorgehen müßte. Aber trotz aller Mängel haben mit dem Entwurf Preußen, Sachſen und Hannover einen Boden betreten, den ſie nicht wieder verlaſſen können, auf dem ſie mit den 28 Regierungen zu einer Einigung kommen müſſen. In Leipzig iſt die Mehrzahl geneigter, die Dinge in ihrer geſchäftlichen und praktiſchen Bedeutung zu nehmen, als principiell; man ſagt alſo: es liegt ein für alle Parteien vortheilhaftes Geſchäft, worüber man in den Hauptzügen einverſtanden iſt, zum Abſchluß vor; möge man dieſen wegen einiger Differenzen in Nebendingen nicht verſchieben, möge es den Männern in Gotha gelingen, den Weg zur letzten Verſtändigung anzubahnen.

Hannover, 9. Juni. Sie wünſchen zu erfahren, wie man hier über den Berliner Verfaſſungsentwurf denkt? Darauf iſt ſchwer zu antworten. Gewiß iſt, daß ein großer Theil unſeres Publicums, den ich reichlich auf die Hälfte anſchlagen darf, gar nichts darüber denkt, ſondern höchſtens ein beiläufig aufgefangenes Wort nachſpricht. Die nicht gerade zahlreiche aber entſchiedene Partei der Deutſchgeſinnten, welche die verfaſſunggebende Verſammlung zu Frankfurt als einziges geſetzliches Organ der ganzen deutſchen Nation und aus dieſem Grunde die von derſelben gegebene Verfaſſung als verbindlich für alle Theile Deutſchlands anſieht, erkennt natürlich in dem Berliner veredelten Nachdruck nur ein Werk der Willkür. Die genannte Partei, welche an der Frankfurter Reichsverfaſſung feſthält, iſt vollkommen überzeugt, daß die zweite Kammer unſerer Stände, falls eine ſolche einberufen wird, ganz in gleichem Geiſte handeln werde. Auf der Gegenſeite begegnen wir der nämlichen Abneigung, wenn auch aus ganz verſchiedenen Gründen. Unſere Ariſtokratie, welche bekanntlich ſehr ſpecifiſch-hannoveriſch und eben ſo wenig preußiſch als deutſch geſinnt iſt, erkennt nämlich von ihrem Standpunkte aus nicht minder klar die Schattenſeiten einer Verfaſſung, wodurch die übrigen Staaten des nördlichen Deutſchlands zu preußiſchen Provinzen werden. Eine Dame aus dieſem Kreiſe, welche gegenwärtig in Berlin lebt, hat ſich daher bei einer hieſigen Freundin erkundigt, ob man ſich nicht gebührend glücklich ſchätze, Hannover zum Unterfutter des preußiſchen Königsmantels gemacht zu ſehen? (Weſer Ztg.)

†† **Darmſtadt**, 14. Juni. Unſer Kriegsminiſter Graf Lehrbach und unſer Juſtizminiſter Kilian ſind zurückgetreten. Auf einen Umſchlag in der Haltung unſerer Regierung darf daraus nicht geſchloſſen werden. Die Gründe ſcheinen mehr perſönlicher als allgemein politiſcher Natur zu ſein. Graf Lehrbach ſoll von Anfang beim Großherzog nicht gerade in hoher Gunſt geſtanden haben. Er verdankte ſeine Berufung im September vor. Jahrs mehr der allgemeinen Stimme, die ohne ſeine Befähigung näher zu kennen, ihn als einen der wenigen Freiſinnigen und vielſeitig Gebildeten unter den höheren Officieren hervorhob. Aber ſeine Laufbahn, die ihn lange Jahre hindurch im Hofdienſt feſtgehalten hatte, mochte mehr die Eigenſchaften des diplomatiſchen Unterhändlers als die des Staatsmanns in ihm entwickeln. Lange aus dem Bereich des Kriegsweſens entfernt, überließ er die Leitung der Arbeiten den Räthen, während er ſich mehr um die Gunſt der Parteien bemühte. So geſchah es, daß er, ohnedem ſchon nicht in unabhängigen Verhältniſſen, die Freiheit und Selbſtſtändigkeit mehr und mehr einbüßte, während ſeine Verwaltung von keiner Seite ungetheiltes Lob gewinnen wollte. Die Freunde einer zeitgemäßen Umgeſtaltung des Heerweſens fanden ſich in ihren Hoffnungen getäuſcht; die weſentlichen Mängel und Gebrechen des alten Syſtems blieben beſtehen; einige kleine Neuerungen verwundeten auf der einen Seite das Vorurtheil, während ſie auf der andern auch die beſcheidenſten Forderungen nicht befriedigten. So hatte der Kriegsminiſter nirgends aufrichtige Anhänger und jede äußere Veranlaſſung konnte ſeinen Rücktritt herbeiführen. Worin dieſe lag, iſt noch nicht ganz aufgeklärt. Ein Votum, welches Graf Lehrbach im November v. J. im vaterländiſchen Verein in Darmſtadt über den Verfaſſungskampf in Berlin abgab, mag damit zuſammenhängen. Es war den Maßregeln der Krone nicht gerade günſtig und brachte ihn zugleich in einen Conflict mit dem damaligen General, jetzigen Reichsminiſterpräſidenten Prinz Wittgenſtein, der mit dem Rücktritt des letzteren aus dem großherzoglichen Dienſt endigte. Nun ſoll bald der jetzige Reichsminiſterpräſident, bald der entſchiedne Anſchluß an Preußen, den unſre Regierung beabſichtigen ſoll, die Urſache ſeines Rücktritts ſein. Den Juſtizminiſter hatte im März die öffentliche Meinung unſerm Gagern zur Seite gegeben. Er hatte ſich auf früheren Landtagen durch ſeine warme Vertheidigung der rheinheſſiſchen Geſetzgebung gegen den Civilgeſetzentwurf des Miniſteriums du Thil deren Gunſt erworben. Aber es zeigte ſich bald, daß ſie ihren Mann verkannt hatte. Bei allem guten Willen des neuen Miniſters iſt unter ſeiner Verwaltung während eines ganzen Jahres in der Juſtiz keine Verbeſſerung von Bedeutung geſchehen. Herr Kilian war zwar immer mit Recht als ſcharfſinniger Juriſt geachtet, aber das Talent zur Organiſation und Geſetzgebung ſcheint ihm zu fehlen. Zugleich brachte er auch nicht die nöthige Energie mit ins Amt; er kränkelte von Anfang an, erſchien ſelten vor der Kammer und übte fortdauernd eine Milde gegen die frechſten Geſetzesübertretungen jeder Art, die von Anfang zwar zu entſchuldigen war, im Verlaufe aber unheilbringend wurde. So ſoll ihm vorgeworfen worden ſein, der anarchiſche Zuſtand in Rheinheſſen rühre hauptſächlich daher, daß die Gerichte gegen das maßloſe Treiben der Demokraten nicht entſchieden genug eingeſchritten ſeien; und gerade dieſe Beſchuldigung, von Rheinheſſen ſelbſt ausgeſprochen, ſoll Miturſache ſeiner Entfernung ſein.

Für das Kriegsminiſterium ſpricht man jetzt vom General v. Schäffer, der die Reichstruppen an der badiſchen Grenze commandirt, und vom General Wachter. Der erſte iſt ein vielſeitig gebildeter Mann, der früher lange als Geſchäftsträger in Berlin, dann als Reichscommiſſär bei der Grenzſcheidung in Poſen beſchäftigt war. Von ſeinen militäriſchen Fähigkeiten, ſeiner gewandten Bildung und ſeinem Charakter ſpricht man allgemein mit Achtung; dagegen fürchtet man, daß er im Herzen ein entſchiedener Ariſtokrat und einer durchgreifenden zeitgemäßen Umgeſtaltung des Heerweſens durchaus nicht günſtig ſei. General Wachter gehört zwar unter die gebildeteren der höheren Officiere, aber ſein von Natur unbiegſamer Charakter iſt unter dem Einfluſſe eines mehr als 40jährigen Dienſtes ſo ſchroff und für alle Einwirkungen der neuen Zeit ſo unnahbar geworden, daß ſich von ſeiner Thätigkeit an der Spitze des Miniſteriums nicht viel Heilſames erwarten ließe. Das Juſtizminiſterium wird unter der Leitung des Staatsminiſters Jaup einſtweilen durch den Miniſterialrath v. Lindelof verwaltet. Dieſe unbedeutende Perſönlichkeit, die nur eben wegen ihrer Unbedeutendheit aus dem alten Syſtem mit herüber genommen wurde, kann auf die Dauer einem ſo wichtigen Poſten unmöglich vorſtehen. Man nennt als Candidaten Hofgerichtsdirector v. Hombergk, Miniſterialrath a. D. Breidenbach, Miniſterialrath Emmerling, Advocat Reh, Hofgerichtsrath v. Lepel u. a. Mit dem erſten, der von ſeinen entſchieden ariſtokratiſchen Geſinnungen noch keinen Zoll breit abgewichen iſt, würde ein Jaup ſchwerlich im Miniſterium bleiben wollen; die letzteren ſind durch ihre Wirkſamkeit als Abgeordnete in der heſſiſchen Kammer, in der Reichsverſammlung oder als Regierungsbevollmächtigte bekannt geworden. Der zweite wurde in Folge der Märzbewegung zur Dispoſition geſtellt, weil die öffentliche Meinung in Rheinheſſen, deſſen Inſtitutionen er in der Kammer mit großem Geſchick bekämpfte, gegen ihn eingenommen war.

Schweiz.

(**Bern**, im Juni. Die Aufhebung der Capitulation mit Neapel durch den Berner großen Rath, der Wahlſieg der radicalen Partei erregt den conſervativen Blättern Befürchtungen vor neuen inneren Bewegungen in der Schweiz. Aber der Beobachter bringt zum Troſt die Nachricht: „Man weiß bereits mit Gewißheit, daß Rußland und Oeſterreich, die ſich aufs Wärmſte für die Berner Capitulation mit Neapel intereſſirt haben, feſt entſchloſſen ſind, die hochanſehnliche Republik zu interpelliren, was Rechtens ſie einſeitig Verträge zu brechen ſich erfreie, für welche einzuſtehen, beide Mächte vollkommen einig ſind." Wie ein Theil unſerer radicalen Preſſe mit den Freunden der Kapitulationen umgeht, davon ein Beiſpiel. Der Unabhängige nennt die Mitglieder der Mehrheit des Ständeraths, welche über die Capitulationsfrage zur Tagesordnung übergegangen ſind: „Verräther der ſchweizeriſchen Republik" und ſchließt mit der Apoſtrophe: „Für einſtweilen hafte noch der Fluch aller freien Männer und das Brandmal des Verraths an ihren Mitbürgern, auf dieſen Conſcribirten des Galgens der Zukunft." Das hieſige in dieſen Dingen durch ſeine Verbindungen mit Patrizierfamilien gewöhnlich gut unterrichtete Tagblatt veröffentlicht einen Brief aus Wien vom 29. Mai, der die dortigen Zuſtände, freilich offenbar übertreibend, doch immerhin lehrreich ſchildert. Er verſichert, daß die fortwährenden Vortheile der Ungarn über die k. k. Armee die Kühnheit der Bewegungspartei in der Hauptſtadt von Tag zu Tag ſteigert. „Es bedarf nur einer ſehr geringen Veranlaſſung und der Aufruhr wiederholt ſich in viel höherem Grade, als wir ihn erlebten, ungeachtet der Wachſamkeit des Gouverneurs F. M. v. Böhm und ungeachtet der neuerdings in Antrag gebrachten Zurückberufung des Feldzeugmeiſters von Welden. Der Hof und die Ariſtokratie ſitzen auf einem Vulkan, auf deſſen Ausbruch ſie immer bereit ſein müſſen. Wer fort kann, geht fort; wem es möglich iſt, ſeine bewegliche Habe zu verſtecken, verſteckt ſie. Die Unmoralität iſt auf den höchſten Grad geſtiegen, in der höheren Klaſſe ſowohl, wie in der niedrigen. Bankerott, Diebſtahl, Betrug ſind die ſtehenden Artikel in der Chronik des Tages, wozu ſich noch häufig Mord und Todtſchlag geſellen. Die falſchen, lügenhaften Nachrichten, welche, um das leidige Börſenſpiel zu begünſtigen, täglich ausgeſprengt werden, tragen das Ihrige redlich zur Agitation bei und machen den Aufenthalt hier faſt unerträglich. Paris iſt gegenwärtig ein wahrer Tempel der Tugend gegen Wien!"

Rußland.

Auszug aus einem Handelsſchreiben von der ruſſiſchen Grenze vom 5. Juni. „Wir haben jetzt Gelegenheit, uns mit verſtändigen und zuverläſſigen polniſchen Juden aus verſchiedenen Gegenden des Innern Rußlands zu unterhalten. Dieſe Leute äußern einſtimmig, daß die ruſſiſche Armee mit größtem Widerwillen gegen die Ungarn zu Felde zieht. Die Nachrichten über die früheren Niederlagen der Ruſſen und vom Uebergehen ruſſiſcher Truppen zu dem Feinde ſeien im Lande bekannt geweſen und hätten einen tiefen Eindruck auf die Truppen gemacht. Die Soldaten ſprächen nur davon, daß ſie dem Tode entgegen gingen und die Officiere hegten große Sympathien für die Ungarn. Durch die Vermiſchung von Polen mit dem ruſſiſchen Militär ſei letzteres von den liberalen Ideen total angeſteckt. Die ruſſiſchen Officiere ſprächen ſich unter einander ganz offen darüber aus, wobei ſie ſich vor bekannten polniſchen Juden nicht genirten, da ſie wohl wüßten, daß dieſe nicht denuncirten. — Wir zweifeln nicht im Mindeſten an der Richtigkeit dieſer Mittheilungen." (B.H.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 163. Frankfurt a. M., Sonntag 17. Juni. **1849.**

Ueberſicht.

Die Reichsverfaſſung und der Reichstag.

Deutſchland. Frankfurt (Berichtigung. Das Reichsminiſterium. Baiern und die preußiſche Intervention in der Pfalz. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Ordensverleihung). Berlin (Baiern. Oeſterreich. Hr. v. Radowitz. Die deutſche Reform und die Verſammlung in Gotha). Kaiſerslautern (Das Einrücken der Preußen in die Pfalz. Die Beſetzung der Stadt). Aus der Pfalz (Stellung der preußiſchen Truppen). Stuttgart (Schriftenwechſel zwiſchen der Reichsregentſchaft und dem Miniſterium. Kammerverhandlungen. Die Reichsverſammlung). Hannover (Hr. Althaus verurtheilt. Fahnenweihe). Oldenburg (Feſtlichkeiten). Schwerin (Schreiben der preußiſchen Regierung).

Frankreich. Paris (Der Aufſtand völlig gedämpft. Gerichtliche Verfolgungen gegen Repräſentanten. Schließung der Klubs).

Spanien. Madrid (Amneſtie für politiſche Verbrechen).

---

16. Juni.

Der von Preußen, Hannover und Sachſen in Ausſicht geſtellte Reichstag zeigt einen Weg, um noch einmal den Verſuch zu machen, das Ziel der Einigung zu erreichen. Dieſen Reichstag ſo bald als möglich und beſchickt von allen deutſchen Staaten zu verſammeln, erſcheint als die nächſte Aufgabe für Alle, welche den Beruf in ſich fühlen, an dem ſchwierigen Bau eines deutſchen Vaterlandes mitzuarbeiten. Es gilt die Hinderniſſe wegzuräumen, welche den Weg verſperren, und dazu iſt guter Wille nöthig von Seiten derer, welche den Vorſchlag gemacht haben, wie Jener, an die er gerichtet iſt. Man darf weder hier noch dort den Gründen ſich verſchließen, welche dafür ſprechen, daß ſo viel nachgegeben werden muß als nöthig iſt, um eine Verſtändigung zu erzielen.

Daß der Entwurf einer Verfaſſung, welcher am 28. Mai in Berlin zu Stande gekommen iſt, dem Reichstage zur Berathung und Zuſtimmung vorgelegt werde, ſollte eben ſo wenig einem Anſtande unterliegen, als daß die Verfaſſung, welche von beiden Häuſern unter Mitwirkung von Beauftragten des Fürſtencollegiums beſchloſſen werden wird, für alle Staaten, die in dem Reichstage vertreten waren, das Reichsgrundgeſetz bilde.

Dies vorausgeſetzt, halten wir es nicht für zuträglich, Vorwürfe wegen der Vergangenheit da oder dorthin zu richten. Die gegenwärtige Lage und das nächſte Ziel im Auge, wollen wir für jetzt eine Vergleichung zwiſchen den Verfaſſungen vom 28. März und vom 28. Mai nicht anſtellen. Noch weniger aber werden wir die Garantien, welche dem Werke der Paulskirche zur Seite ſtanden, gegen jene vertauſchen, die der Berliner Entwurf dafür bietet, daß er wirklich durchgeführt werde. Warnen möchten wir alle die redlichen Männer, welche leichten Herzens die Fahne der Paulskirche verlaſſen haben und mit klingendem Spiele zu der Berliner Conferenz übergegangen ſind; warnen möchten wir ſie, ſich vorzuſehen, daß ſie nicht, in dem Wahne *praktiſch* zu handeln, ſtatt des Weſens einen Schatten haſchen.

Die Verfaſſung vom 28. März, oder — wie die Berliner Denkſchrift ſie benennt — die Frankfurter Aufſtellung, war von einer zu dieſem Zwecke frei gewählten Vertretung der geſammten Nation zu Stande gebracht. Neunundzwanzig Regierungen hatten ſich ihr angeſchloſſen; alle Ständeverſammlungen, welche zum Worte gelangt ſind, hatten ſich für die Annahme erklärt. Dieſe Verfaſſung war der Ausdruck des Geſammtwillens der Nation und der großen Mehrzahl der Regierungen; eine feſtere Grundlage gibt es nicht, eine weitere Vereinbarung, wo auf der einen Seite die verfaſſunggebende Verſammlung, auf der andern 38 Regierungen ſtehen, die unter einander nicht einig werden konnten, war nicht möglich. Oeſterreich hatte ſich ohnehin gegen den deutſchen Bundesſtaat erklärt; Baiern erſtrebt unter dem prunkenden Namen „Großdeutſchland“ den früheren Zuſtand politiſcher Ohnmacht unter der Leitung der Metternich'ſchen Schule.

Gegen die Verfaſſung vom 28. März erhoben ſich außer Oeſterreich und Baiern die Cabinette von Berlin, Hannover und Dresden. Da ſie aber der öffentlichen Meinung in ihren Ländern nicht geradezu entgegentreten, da ſie dem Drange nach Einigung der deutſchen Stämme nicht ein ſtarres „Nein“ vorhalten konnten, ſo mußten ſie eine andere Reichsverfaſſung bieten. So kam der Entwurf vom 28. Mai zu Stande. Er ſchließt ſich in den meiſten Beſtimmungen der Frankfurter „Aufſtellung“ an; vertauſcht den Kaiſertitel mit dem beſcheidenen Namen eines Reichsvorſtandes, ſetzt dieſem ein Fürſtencollegium an die Seite, läßt den Einzelſtaaten die Befugniß, neben der Reichsdiplomatie noch auf eigene Rechnung im Auslande zu intriguiren, das Elend eines zerſplitterten Heerweſens fortzuſetzen und das Reich durch Entziehung der Matricularbeiträge zu lähmen. Neben dieſen Verſchlimmerungen, welche zu Gunſten der dynaſtiſchen Intereſſen und des Sonderlebens mit jener Weisheit angebracht wurden, welche die Theile zu ſtärken wähnt, indem ſie das Ganze ſchwächt, erſcheinen die Verbeſſerungen kaum heilſam, die hauptſächlich bei den Grundrechten vorgenommen worden ſind. Das Wahlgeſetz für das Volkshaus würde ohne Zweifel eine günſtigere Aufnahme gefunden haben, wenn es den Zweck der Beſchränkung der Maſſenwahlen in wenigen allgemeinen Normen verfolgt und die Ausführung im Einzelnen den Regierungen überlaſſen hätte. So wie es iſt, zumal bei der höchſt oberflächlichen und mangelhaften Faſſung, haben ſeine Urheber die Unausführbarkeit und die Nothwendigkeit von Aenderungen anerkennen müſſen. Indeſſen würden wir unſererſeits gern anerkennen, daß die Berliner Aufſtellung ſammt Wahlgeſetz nach Berichtigung der anſtößigſten „Druckfehler“ immer noch eine höchſt werthvolle Errungenſchaft der deutſchen Nation bilde, wir würden zum unbedingten raſchen Zugreifen rathen, wenn nur irgend Ausſicht zu einer Vereinbarung vorhanden wäre. Betrachtet man aber die Verhältniſſe, wie ſie liegen, ſo erheben ſich ſtarke Zweifel gegen die Möglichkeit, alle deutſche Staaten nach dem Entwurfe vom 28. Mai zu einem Bundesſtaate zu einigen.

Die Cabinette von Berlin, Hannover und Dresden waren genöthigt, ſich ihrer Stände zu entledigen, um ihren Entwurf fertig zu bringen. Zu demſelben Schritte ſind alle Regierungen gezwungen, die etwas Anderes wollen, als die Verfaſſung vom 28. März. Und doch brauchen die Regierungen ihre Stände wieder, um die Wahlen in das Staatenhaus vorzunehmen, ja ſie haben die Zuſtimmung derſelben zu der Verfaſſung theilweiſe ausdrücklich vorbehalten, und können ohnehin nicht verhindern, daß die zu den Wahlen für das Staatenhaus verſammelten Stände ſich über die Verfaſſungsfrage ausſprechen. Sonach haben die drei verbündeten Regierungen einen Kampf mit den Ständen zu beſtehen, der allein ſchon ihr Werk in Frage ſtellt. Die Hoffnung, durch Beſchränkung des Wahlrechts günſtige Mehrheiten zu erlangen, können wir nach unſerer Kenntniß der Meinungen gerade unter den gebildeten Klaſſen nicht hoch anſchlagen.

Abgeſehen aber von dieſer erſten, großen Schwierigkeit, iſt das Einverſtändniß unter den drei Regierungen kein aufrichtiges und probehaltiges. Preußen mußte etwas thun. Nachdem es die Verfaſſung vom 28. März abgelehnt hatte, nachdem in Frankfurt die Bemühungen der Reichsverſammlung für die Durchführung der Verfaſſung auf geſetzlichem Wege erfolglos blieben, das Miniſterium Gagern abgetreten, die zuſammengeſchmolzene Verſammlung auf Abwege gerathen war und der Aufruhr ſein Haupt erhob, da verſprach der König von Preußen in dem Aufrufe vom

15. Mai eine Verfaſſung, welche in kürzeſter Friſt der Nation gewähre, „was ſie mit Recht verlangt und erwartet“: ihre Einheit und Freiheit. Dieſes Wort beſchwichtigte die Unruhen und brachte die Landwehr zur willigen Folgeleiſtung. Aber dieſes Wort muß gehalten werden, wenn nicht Treu und Glauben vollends ſchwinden, wenn nicht das preußiſche Heer, welches ganz eigentlich das bewaffnete Volk iſt, die Erbitterung in ſich aufnehmen ſoll, die der Betrogene empfindet. Preußen mußte etwas thun. Die Regierung hat bei ihren Bemühungen die Erfahrung gemacht, was „Vereinbaren“ heißt. Die Zuſtimmung von 29 Staaten zu dem Werke der Reichsverſammlung genügte Preußen nicht, um ſein Jawort zu ſprechen, welches alle übrigen Staaten mit unwiderſtehlicher Kraft nach ſich gezogen und Oeſterreich für ein mögliches Verhältniß zu dem Reiche zugänglich gemacht haben würde. 29 Staaten genügten nicht für die Annahme einer Verfaſſung, deren Mängel auf dem erſten Reichstage verbeſſert werden konnten. Die preußiſche Regierung wird jetzt nicht mehr in Abrede ſtellen, daß ſie der Reichsverſammlung das Unmögliche zugemuthet hat mit dem Verlangen, daß ſie die Zuſtimmung *aller* Regierungen nach Berlin bringen ſolle. Preußen hat ſeinerſeits das Werk der Vereinbarung übernommen und nachdem es von Oeſterreich und Baiern am Narrenſeil herumgeführt worden, muß es mit *zwei* Regierungen als Bundesgenoſſen vorerſt zufrieden ſein und erwarten, ob die übrigen nachkommen. Genauer beſehen hat jedoch Preußen nur *Einen* Bundesgenoſſen, der ihm aus der Vereinzelung heraushalf und dem Unternehmen, wofür das Königswort verpfändet iſt, einige Hoffnung auf Erfolg verſchaffte, und dieſer Eine iſt die Anarchie. Das Widerſtreben der deutſchen Könige gegen die Verfaſſung vom 28. März lieh den zahlreichen Elementen, welche mit dem Staate und der Geſellſchaft im Kriege leben und nur durch die Vereinigung aller guten Kräfte niedergehalten werden können, einen willkommenen Vorwand zu einer neuen Schilderhebung. Die Durchführung der Reichsverfaſſung war das Aushängeſchild, womit die verwerflichſten Pläne verdeckt und eine Menge alter und junger Thoren getäuſcht wurde. Der Aufſtand in Dresden brachte dem rettenden Preußen die Zuſtimmung von Sachſen und Hannover, die Aufſtände in der Pfalz und in Baden mögen noch andere Beitrittserklärungen gebracht haben. Iſt aber ein Vertrag, den die Noth erpreßt, an ſich kein ewiger zu nennen, ſo iſt der Abſcheu aller Redlichen vor den Verbrechen in Baden und der Pfalz noch keine Begeiſterung für das Verfahren des preußiſchen Miniſteriums.

Hannover und Sachſen waren der Verfaſſung vom 28. März gerade um der erblichen Kaiſerwürde willen abgeneigt, und wenn ſie jetzt aus Furcht die erbliche Vorſtandſchaft ſich gefallen laſſen, ſo geſchieht es in der Erwartung, daß der Entwurf nicht ins Leben treten, und in der Hoffnung, daß Oeſterreich rechtzeitig erſtarken werde, um den Bundesſtaat zu vereiteln. Sachſen hat ſich mit der Zuſtimmung der Stände eine Hinterthür offen behalten, durch die es den übernommenen Verbindlichkeiten im gelegenen Augenblicke zu entſchlüpfen hofft, und Hannover hat es, wie man von München aus erfährt, an Vorbehalten und Verwahrungen nicht fehlen laſſen. Das ſind die *erklärten* Genoſſen des Bündniſſes, welches Preußen geſchloſſen, womit die zwei Könige als Preis für ihre Rettung vor den Stürmen der getäuſchten Völker den Entwurf und das Wahlgeſetz annahmen. Von den übrigen Regierungen haben nur wenige bis jetzt zugeſtimmt, und dieſe wollen nicht öffentlich genannt ſein. Die meiſten, nämlich alle, denen die Anarchie das Meſſer nicht an die Kehle geſetzt hat, verhalten ſich gegen Preußen, wie ſich ſämmtliche Regierungen faſt ein Jahr lang gegen die Reichsverſammlung verhalten haben, ſchweigend oder ausweichend. Sie warten die Ereigniſſe ab, um je nach Umſtänden Ja oder Nein zu ſagen.

Wie ſich Preußen auf ſeine beiden unfreiwilligen Bundesgenoſſen nur ſo lange verlaſſen kann, als ſeines Glückes Schiff im Steigen iſt, ſo hat anderſeits die Nation nicht die mindeſte Bürgſchaft dafür, daß bei dem Vorſchlage der drei Regierungen auch nur der *Wille* einer Verwirklichung vorhanden iſt. Ja, wenn in der That die 20 Millionen Deutſche in den drei Königreichen auf der Seite der Miniſterien ſtünden, wie neulich ein Anbeter des Herrn v. Radowitz in der Oberpoſtamtszeitung ſchrieb, wenn nicht im Gegentheil die Cabinette ſich im Streite mit den Bevölkerungen und ihren geſetzlichen Organen befänden, dann ließe ſich einiges Vertrauen zu der Sache faſſen. Aber die Miniſter können doch nur ſo lange ihren Entwurf vertheidigen, als ſie am Ruder ſind. Und welche Aſſecuranzgeſellſchaft möchte einem Miniſter in unſern Tagen das Portefeuille nur auf 24 Stunden verſichern? Das preußiſche Miniſterium will alles Ernſtes abdanken, und ob die Nachfolger an dem Entwurfe feſthalten werden iſt noch ungewiſſer als der Zeitpunkt, wann der Stern des Hrn. v. Radowitz in Berlin erbleichen wird. Daß ein Umſchlag in Preußen in der Richtung der Kreuzzeitung oder der Miniſterialpolitik von Ollmütz ſofort in Hannover und Dresden widerhallen würde, bedarf wohl keines Beweiſes. Allein man darf nur die preußiſche Denkſchrift zu dem Entwurfe leſen, um daraus die Ueberzeugung zu ſchöpfen, daß die Verfaſſer ſich ſelbſt jede beliebige Frontveränderung gewahrt haben. Laut dem Schluſſe des Commentars zu dem Abſchnitte über das Reichsoberhaupt, wo von der Möglichkeit die Rede iſt, daß die Hinderniſſe gehoben werden, welche dem Beitritt Oeſterreichs im Wege ſtehen, werden für dieſen Fall, wenn er *vor* dem Zuſammentritte des nächſten Reichstages ſtattfände, „auf dem Wege gegenſeitiger Verſtändigung diejenigen Modificationen eintreten, die der erſte Paragraph des Entwurfs, bezüglich des Verhältniſſes Oeſterreichs zu dem deutſchen Reiche, in umfaſſender Weiſe vorbehält.“ Es bedarf daher nur einer öſterreichiſchen Note, um das Gute, was der Entwurf noch hat, ſchon vor dem Zuſammentritte des Reichstags über Bord zu werfen.

Wahrlich, der König von Preußen und ſein Miniſterium befinden ſich vor dem eigenen Volke, vor der deutſchen Nation und vor der Welt in einer nicht beneidenswerthen Lage. Sie haben das Werk der Nationalvertretung verſchmäht, die Männer, welche dasſelbe geſchaffen und die 29 Regierungen, die ihm beitraten, geopfert, die Anarchie heraufbeſchworen, der gemäßigten und beſonnenen Partei das Feld einer erſprießlichen Thätigkeit verſperrt. Sie haben dafür feierlich die Verpflichtung übernommen, in kürzeſter Friſt eine Verfaſſung zu ſchaffen, welche das Bedürfniß der Nation nach Einheit und Freiheit befriedige. Und nun treten ſie vor mit einem Entwurfe, welcher Oeſterreich und Baiern zu offenen Gegnern, die *Regierungen* von Sachſen und Hannover zu zweifelhaften Bundesgenoſſen, die müden Völker im beſten Falle zu gleichgültigen Zuſchauern hat, und des Vertrauens auf Verwirklichung ſo gänzlich ermangelt, daß er dem Papiere, worauf er geſchrieben iſt, nicht den mindeſten Werth verleiht. Die Kaiſerkrone haben ſie verſchmäht und die Centralgewalt, nach der ſie die Hand ausſtrecken, können ſie nicht erreichen. Die hält ein öſterreichiſcher Prinz mit ſeinem ſchwarzgelben Miniſterium feſt, das zwar ſelbſt nicht mehr regieren aber doch verhindern kann, daß Preußen regiere, und das entſchloſſen iſt, nicht zu weichen, bis entweder der alte Bundestag unter dem Vorſitze Oeſterreichs oder das Chaos über das arme Deutſchland hereingebrochen ſein wird.

In dieſer Lage kann Preußen nicht bleiben; das verbietet ihm die Ehre, und es iſt unmöglich, daß das verpfändete Wort nicht eingelöſt werde. Darum ſendet Preußen ſeine braven Krieger um den Aufruhr und den Verrath niederzuſchlagen und dadurch die Herzen der Deutſchen zu gewinnen. Wir zweifeln nicht daß ſeine Heere im Kampfe mit leichter Mühe ſiegen, und wir möchten ihnen beſſere Gegner wünſchen. Aber ſchwer wird es ihm werden, die Intrigue zu bemeiſtern, die auf ſeinen Tritten lauert und die in dem Maße an Boden und Spielraum gewann, in welchem Preußen ſeine und Deutſchlands *ehrliche* Freunde zurückgeſtoßen hat.

Wir glauben durch dieſe Ausführung dargethan zu haben, daß die Empfehlung des preußiſchen Entwurfs zur Annahme und die Begeiſterung für das octroyirte Wahlgeſetz nicht hinreichen, um die Zweifel zu löſen, welche dem Zuſtandekommen des deutſchen Bundesſtaates auf dieſem Wege entgegenſtehen. Dazu gehört vielmehr die Herſtellung einer Grundlage, welche dem Recht und der Sitte entſpricht, nämlich ein geſetzliches Organ der Nation durch den Reichstag. Deutſchland kann nicht von den Königen mit einer Verfaſſung begnadigt werden; ſie kann ihm auch nicht aufgezwungen werden dadurch, daß der Mächtigſte die Noth des Augenblickes benutzt, um die Zuſtimmung der Schwachen zu erlangen; ſie kann auch nicht in der Weiſe vereinbart werden, daß jede Regierung oder jede Ständekammer durch ihre Einſprache das Zuſtandekommen verhindern darf; ebenſowenig darf jedem Einzelſtaate freiſtehen, ob er beitreten wolle oder nicht. Für die Geſammtheit kann in dieſer Beziehung nur die Frage ent-

ſteben, ob die eigenthümlichen Verhältniſſe eines Staates eine Sonderſtellung zu den übrigen begründen, wie bei Oeſterreich, und ob gegen diejenigen, welche in einer Ausnahmsſtellung ſich nicht befinden, und dennoch den Beitritt weigern, rin Zwang geübt, oder der Zeit überlaſſen werden ſoll, ſie zur Erfüllung ihrer Pflicht gegen Deutſchland zu veranlaſſen.

Wir legen daher für die Hoffnung auf einen deutſchen Bundesſtaat das Hauptgewicht nicht auf den Entwurf vom 28. Mai, ſondern auf die möglichſt zu beſchleunigende Berufung eines Reichstags, welchem der Entwurf zur Berathung und Zuſtimmung vorgelegt werde. Damit der Reichstag von allen deutſchen Staaten, mit Ausnahme Oeſterreichs, welches keinen Bundesſtaat will, beſchickt werden könne, müſſen den Staaten, welche das octroyirte Wahlgeſetz nicht durchführen können, die nöthigen Aenderungen zugeſtanden werden. In beiden Häuſern würden Commiſſäre des Fürſten-Collegiums an den Berathungen Theil nehmen und diejenigen Punkte, über welche die beiden Häuſer ſich untereinander und mit den Commiſſären nicht einigen können, würden von einem gemeinſamen Ausſchuſſe gemeinſchaftlich mit den Commiſſären erledigt werden. Auf diesrm Wege könnte, nach unſerer Anſicht, ein Werk zu Stande kommen, welches der deutſchen Nation zuſagen, welches ihr Einheit und Freiheit dauernd verbürgen würde. Wenn man entgegenhält, die drei Könige würden nicht die geringſte Aenderung an dem Wahlgeſetze, und in das Volkshaus keine nach einem andern Verfahren gewählten Abgeordneten zulaſſen, ſie würden auf Modificationen an dem Entwurfe nicht eingehen, ſondern auf der Annahme oder Verwerfung im Ganzen beſtebrn, ſo antworten wir: alsdann wollen die drei Könige keinen deutſchen Bundesſtaat, ſondern einen norddeutſchen Sonderbund und damit die Spaltung Deutſchlands. Indeſſen hoffen wir noch immer Beſſeres, und bauen etwas auf die Erfahrungen, welche die Cabinette, welche namentlich Preußen bei ſeinem Vereinbarungsverſuche gemacht hat und in der nächſten Zeit noch machen wird.

Man ſehe im Obigen nicht etwa Andeutungen zu einem Programm für Gotha; die einzelne Meinung ordnet ſich gern der allgemeinen unter; zu deren Ermittelung jene Zuſammenkunft berufen iſt. Inzwiſchen tragt jeder ſeinen Stein zum Bau.

Deutſchland.

* **Frankfurt,** 16. Juni. Bei drr erſten Anmerkung zu dem Aufſatze in unſerer hrutigen zwritrn Beilage: „Zum preußiſchen Entwurf" ſind die Worte: Anmerkung des Verfaſſers durch ein Verſehen des ausgelaſſen.

⌗ **Frankfurt,** 16. Juni. Wir haben unlängſt dem Schriftwechſel des Reichsminiſteriums mit dem auswärtigen Amte in Berlin die gebührende Aufmerkſamkeit gewidmet, und daraus entnommen, wie das Reichsminiſterium, welches Preußen von aller Theilnahme an den deutſchen Angelegenheiten ausſchließt, deſſen ungeachtet Truppen und Geld von ihm begehrt, um der undeutſchen Miniſterialpolitik von Ollmütz zu dienen. Seitdem haben die Regentſchaft in Stuttgart und das Reichsminiſterium einander die ungeſchminkte Wahrheit geſagt. Regent Raveaur und Genoſſen erklären der Centralgewalt, daß ſie nichts tauge, und dieſe erklärt dem Rumpf, er ſtehe auf dem Boden der offenen Anarchie, er ſei ungeſetzlich und aufrühreriſch. Sie haben beide Recht, und die Nation, welche ihrem Streite mit gemiſchtem Gefühle zuſieht, muß wünſchen, daß beide raſch verſchwinden und ein Einigungspunkt für Deutſchland gefunden werde. Das Reichsminiſterium fordert Würtemberg auf, ihm die nebenbuhleriſche Regentſchaft vom Halſe zu ſchaffen, was Würtemberg ſchon der Selbſterhaltung wegen thun muß. Wäre es aber nicht im Stande, ſich ſelbſt von den ungebetenen Gäſten zu befreien, ſo würde ihm das Anerbieten der Centralgewalt, daß es ſofort das Erforderliche anordnen wolle, wenig helfen: denn dieſe Gewalt iſt eben nicht in der Lage, das Erforderliche anzuordnen. Da aber das Reichsminiſterium auch den an ſich wohl begründelen Entſchluß ausſpricht, nicht zu dulden, daß neben ihr ein Organ beſtehe, welches mit frevelhafter Hand in ihre Befugniſſe eingreift, ſo ſind wir abermals veranläßt, nachzuſehen, wie denn die Hand beſchaffen iſt, womit das Reichsminiſterium die Befugniſſe der Centralgewalt ausübt. Dieſe verdankt ihre Entſtehung bekanntlich dem Geſetze vom 28. Juni v. J., und der Zuſtimmung ſämmtlicher Regierungen, welche die Bundesverſammlung ausdrückte, indem ſie ihre Rechte und Verpflichtungrn dem Erzherzog Johann übertrug. Gegenwärtig beſteht weder die Reichsverſammlung, welcher das Reichsminiſterium verantwortlich ſein ſoll, noch die Zuſtimmung der Regierungen, welche ſich nach einander von der Centralgewalt losſagen. Die Reichsverſammlung hat vor ihrem Scheiden dem Reichsminiſterium ein Mißtrauensvotum gegeben und darauf die Antwort erhalten: man kümmere ſich nicht um ihre Beſchlüſſe. Die Regierungen ſagen ſich los, weil das Reichsminiſterium zu keinem Mittel, einen deutſchen Bundesſtaat zu gründen, die Hand bietet, ſondern im Gegentheil jeden Wrg, der dahin führen könnte, ſo viel an ihm iſt, zu verſprrren ſucht. Das Reichsminiſterium hat ſonach keinen Rechtsboden mehr, auf dem es ſtrhen könnte, und benutzt ſein Daſein nur dazu, jede Einigung der deutſchen Staaten zu hintertreiben. Um ſeine gegen die wichtigſten Intereſſrn Deutſchlands gerichtete Parteiſtellung äußerlich erkennbar zu machen, hat es am 4. Juni ein im Solde der öſterreichiſchen Regierung ſtehendes Blatt, welches von Schmähungrn gegen Preußen ſtrotzt, zum Organ ſeiner amtlichen Mittheilungen gemacht; daß es die verbrannten Finger zurückgezogen, ändert an der Sache nichts.

Daß dieſes Reichsminiſterium ein unberechtigtes Daſein fortſchleppt, könnte für eine kurze Zeit angehen und durch das Bedürfniß des Augenblickes entſchuldigt werden, die gemeinſamen Angelegenheiten ſo lange zu leiten bis ein neurs Organ dafür gebildet iſt. Allein das ſogenannte Reichsminiſterium hindert nur das Zuſtandekommen einer Einigung, um, wo möglich, den Bundestag zu reſtauriren, und von allen ſeinen Obliegenheiten erfüllt es nicht eine einzige. Nach Artikel 2 des Geſetzes vom 28. Juni v. J. ſoll die Crntralgewalt a) die vollziehende Gewalt üben in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutſchen Bundesſtaates betreffen. Wegen der feindſeligen Stellung des Reichsminiſteriums gegen alle Rrgierungen welche den Bundesſtaat wollen, entziehen ihm dieſe die Mittel, und ſtatt für Sicherheit und Wohlfahrt zu ſorgen, gefährdet es dieſe Güter durch ſeine traurige Exiſtenz. Die Centralgewalt hat b) die Oberleitung der geſammten bewaffneten Macht zu übernehmen, und namentlich die Oberbefehlshaber derſelben zu ernennen. Jedermann weiß, daß die deutſchen Heere nicht unter der Leitung des Reichsminiſteriums ſtehen, oder darunter geſtellt werden können. Daſſelbe ſoll c) die völkerrechtliche und handelspolitiſche Vertretung Deutſchlands ausüben, und zu dieſem Ende Geſandte und Conſuln ernennen. Steht etwa Hr. v. Rönne in Waſhington oder Ritter Bunſen in London noch im Dienſte des Reichsminiſteriums? Hat der gegenwärtige Träger des Portefeuille's für den Handel die Vorarbeiten des früheren Miniſteriums auch nur eines flüchtigen Blickes gewürdigt?

Wir ſind weit entfernt, einem Mitgliede des Reichsminiſteriums perſönlich zu nahe treten zu wollen. Aber die öffentliche Wirkſamkeit des Miniſteriums unterliegt dem öffentlichen Urtheil, und wenn das Urtheil noch ſo hart ausfällt, ſo iſt die Drohung mit einem Preßproceſſe doch eine Lächerlichkeit. Das Reichsminiſterium hat uns nicht widerlegen laſſen von ſeinem Mitarbeiter der Oberpoſtamtszeitung; die Drohung, welche wir ſtatt aller Antwort geleſen haben, verachten wir. Eine Vorladung vor die Gerichte haben wir nicht zu ſcheuen; das Reichsminiſterium möge ſorgen, daß es ſeinerſeits eben ſo beruhigt ſein könne.

☽ **Frankfurt,** 14. Juni. Die geſtrige Nummer der Deutſchen Ztg. hatte der A. Allg. Ztg. einen Correſpondenz-Artikrl aus München vom 10. Juni entlehnt, in welchem ſich die baieriſche Politik des Stelzenganges wieder wunderbar abſpiegelt. Wir halten es der Mühe werth, einige Worte der Berichtigung darauf folgen zu laſſen, indem wir dem „Reiche" Baiern und ſeiner geſchminkten Politik des Dichters Ausſpruch zur Beherzigung empfehlen: „Setz' dir Perrücken auf von hunderttauſend Locken, ſteck' deinen Fuß in ellenhohe Socken: — du bleibſt doch immer was du biſt." Das kleine Mittelreich Baiern glaubt immrr noch, daß es prunken und prahlen, den Leuten Sand in die Augen ſtreuen und hinter hohlen Redensarten von ſeiner geſchichtlichen Miſſion die ins letzte Stadium getretene Souveränetäts-Schwindſucht verbergen kann. Der erwähnte Correſpondenz-Artikel verſucht dies durch die Behauptung, es ſei die Nachricht, als habe Baiern Preußen um militäriſche Hilfe gegen die Pfalz angegangen, eine reine Erfindung. Zufällig ſind wir ein wenig beſſer unterrichtet, als der Münchner Correſpondent, oder glücklicher als dieſer, da wir die königlich baieriſchen Stelzen auf unſerem ſchlichten thatſächlichen Gange nicht bedürfen. Die Sache verhielt ſich wie folgt. Baiern fühlte ſich todtkrank, aber es erkannte nicht, daß dies mit den Sünden zuſammenhing, welche die Wittelsbacher von den Welfen geerbt, die ſich ſeit Herzog Wilhelm IV., unter Kurfürſt Maximilian, mit dem Nymphenburger Tractat und auf dem Wie-

ner Congreſſe immer unheilvoller angeſammelt hatten. Oeſterreich ſah ſeinen kranken wittelsbacher Nachbar mit den theilnehmenden Blicken lachender Erben an und — verhieß Hilfe. Es kamen die überſchwenglichſten Troſtſprüche von Wien, indem man dort *nur eine* Lebensgefahr für Baiern zu entdecken behauptete, nämlich die, wenn das Münchner Cabinet ſich auf Unterhandlungen mit Preußen einließe oder gar auf den Berliner Entwurf einginge. Von Bregenz aus ſollten etwa 6000 Mann und, wenn dies nicht genügte, ſofort noch an 8000 Mann von Böhmen her der baieriſchen Regierung zu Hilfe kommen. Die Herren in München fühlten ſich einen Augenblick erleichtert, und ihre im ſüßen Dankeslächeln nach Wien hin gefaltete Stirn furchte ſich trotzig-finſter gegen Berlin. Indeſſen die Tage verſtrichen im angſtvollen Warten, die Schmerzen wurden heftiger, und als die Hilfe immer noch nicht erſcheinen wollte, ſchickten die wehklagenden Staatsmänner umher und ſuchten den Arzt. Aber wie groß war der Schreck. In Tyrol und Vorarlberg beſaß man nur 1400 Mann vom Regiment Großfürſt Michael, in Böhmen ein Paar Bataillone und nicht mehr voll 2 Schwadronen von Palatinal-Huſaren, — darauf reducirte ſich nicht etwa die zur Hilfleiſtung bereite, ſondern die ganze locale und für Oeſterreich ſelbſt unentbehrliche Macht. Nach dieſer Enttäuſchung änderte ſich die Sprache gegen Berlin. Die baieriſche Regierung *erbat von Preußen bundesmäßige Hilfe* gegen die Pfalz, indem preußiſche und baieriſche Truppen ein gemeinſchaftliches Corps bilden ſollten; dieſe Hilfe ſagte Preußen ohne *Bedingungen* bundesgetreu zu, und ſie wird jetzt geleiſtet. Das zur Entgegnung.

* **Frankfurt**, 16. Juni. Die O.-P.-Z. enthält eine amtliche Nachricht über die Kriegsereigniſſe in Baden, die im Weſentlichen nichts anders enthält, als das bereits aus der Frankf. Ztg. Mitgetheilte.

⁝ **Frankfurt**, 16. Juni. Die bisherigen Unternehmungen gegen die badiſche Grenze bezweckten nur eine Recognoscirung und Beſchäftigung der Aufſtändiſchen. Durch allzuhitziges Vorgehn ſind mehrere Truppentheile, heſſiſche Chevauxlegers und Infanterie, auch die Mecklenburger, dem feindlichen Feuer ausgeſetzt worden. Sie haben ihre alten Quartiere wieder bezogen. Heute ſind neue Truppen nach Süden vorgerückt und der wirkliche Angriff ſteht demnach zu erwarten. Die preußiſchen Landwehrmänner, die ihren Geſchäften und Familien entriſſen ſind, zeigen zum Theil viele Erbitterung. Von glaubwürdiger Weiſe beſtätigt ſich leider die Nachricht, daß in der Pfalz auf einem erſtürmten Hofe Alles niedergemacht iſt; die Zahl der Todten, zum Theil junge Leute aus Mainz, wird verſchieden, von vierzig bis zu achtzig angegeben. Mögen die Officiere Alles mögliche aufbieten, um in dieſem traurigen Kriege jedes unnöthige Blutvergießen zu verhindern!

Wien, 12. Juni. Se. k. k. Majeſtät haben dem königlich preußiſchen Generallieutenant und Adjutanten Sr. Majeſtät des Königs, v. Lindenheim, in Anerkennung der bei Gelegenheit des Durchzuges der kaiſerlich ruſſiſchen Hilfstruppen durch königlich preußiſches Gebiet erwieſenen beſondern Bereitwilligkeit den Orden der eiſernen Krone erſter Claſſe verliehen. (Wien. Z.)

Ollmütz, 11. Juni. Endlich wird der Vertheidigungszuſtand der Feſtung Ollmütz leider zur Wirklichkeit. Neue Kugelpyramiden wurden unter den Feſtungsmauern errichtet, Kanonen auf die entfernteſten Vorwälle geführt, die Forts befeſtigt, ihr Bau der Vollendung nahegeführt, die Kanonenſchießſtätten ausgegraben und vom Gras gereinigt. Doch ſollen 2 bis 3 Monate zur vollen Herſtellung des Vertheidigungsſtandes nöthig ſein, ſo ausgedehnt ſind die Vertheidigungswerke an der Stelle der meiſt blühenden Vorſtädte. Nicht ſo ſehr gegen Ungarn, als gegen Deutſchland (?) ſoll Ollmütz bereitgehalten werden. Was von Kriegsmaterial gegen Ungarn aus der Stadt und durch die Stadt geführt wird, iſt wirklich ungeheuer; kein Tag vergeht, an dem nicht wenigſtens ein Transport abginge. Neulich gingen auch 1500 Bomben für Venedig mit der Eiſenbahn ab. Die wenigen hier liegenden Ruſſen arbeiten fleißig an Patronen und Kugeln.

(C. Bl. a. B.)

⁑ **Berlin**, 14. Juni. Die baieriſchen Intriguen bilden den Gegenſtand der Geſpräche und der Beſorgniſſe. Wenn bis zur Zeit, daß Hr. v. d. Pfordten hier aus Wien eintrifft, ein anderes geſchmeidigeres Miniſterium eingeſetzt ſein ſollte, ſo hat Baiern, d. h. Oeſterreich gewonnen und Deutſchland hat verloren. So viel man der Politik des Hrn. v. Manteuffel und Graf Brandenburg auch vorwerfen mag, ſo beſitzen ſie doch die Feſtigkeit und Ehrenhaftigkeit, daß ſie von dem eingeſchlagenen Wege von dem laut und feierlich verkündeten Entwurfe nicht zurück weichen. Inzwiſchen ſucht Baiern Preußens Dienſte auf eine ſolche Weiſe zu benutzen, daß es dieſem keinen Dank ſchuldet. Es hat erſt um — vier Bataillone, und zwar durch die Centralgewalt. Zuletzt war es ſehr zufrieden, als Preußen erklärte, da der Großherzog von Baden ſeine Landeshilfe in Anſpruch genommen, ſo müſſe es auch die Pfalz beſetzen, damit dieſe nicht zu einem auch für die preußiſchen Rheinlande gefährlichen Sammelplatz der Inſurgenten werde. Baiern hat alſo preußiſche Hilfe nicht nachgeſucht! Und Oeſterreich? Oeſterreich, ſagt man, hat gegen das Einſchreiten der Preußen im Süden proteſtirt. Es findet eine ruſſiſche Intervention alſo wohl paſſender! Der König, und das iſt ein Troſt, ſoll über Oeſterreichs Unverſchämrheit empört ſein. Aber wird des Königs Stimmung nicht wechſeln? Welch ein Jammer, daß in einem angeblich conſtitutionellen Staate die Politik deſſelben jeder Einwirkung des Volkes entzogen iſt, und lediglich von einem Miniſterium beſtimmt wird, das wieder ganz vom Könige abhängt. Man ſpricht wieder viel von einem Miniſterwechſel und glaubt, daß endlich Hr. v. Radowitz auf die Bühne treten werde. Radowitz beabſichtigt, der Verſammlung in Gotha beizuwohnen, auf die man hier Hoffnungen ſetzt. Wenn man von der Partei, welche ſich dort verſammelt, moraliſche Wirkung hofft, ſo muß man ihren moraliſchen Einfluß nicht dadurch vernichten, daß man ſie nur dann für etwas gelten laſſen will, wenn ſie ſich zum bloßen blinden Werkzeuge hergeben. Man muß ihnen vielmehr ſelbſt Achtung beweiſen, und das thut man, wenn man auf ihre gewiß wohlgemeinten Vermittelungsvorſchläge eingeht, ſoweit es die Billigkeit und das eigene Anſehen irgend geſtattet. Wenn Preußen endlich feſt beharrt auf ſeiner Einheitspolitik, ſo wird es den größten Theil von Deutſchland hinter ſich haben, wenn Oeſterreich einen neuen Verſuch macht, die deutſche Einheit zu Schanden zu machen, und Alles auf den Bundestag zurückzuführen. Die Ausführung des neuen Wahlgeſetzes verurſacht unſeren ſtädtiſchen Behörden unſägliche Schwierigkeiten. Um die Wahlliſten anzufertigen, hat man Hilfsarbeiter anſtellen müſſen!

Die Deutſche Reform ſagt über den Wahlmodus in einem Artikel über die Zuſammenkunft in Gotha: „Was ferner den neuen Wahlmodus zu dem Reichstage betrifft, ſo haben die drei Kronen denſelben für ſich vertragsmäßig feſtgeſetzt. Seine Beſtimmungen ſind nach den Anforderungen und Bedürfniſſen der einzelnen Staaten geregelt. So hielt Preußen feſt an der Eintheilung der Urwähler in drei Klaſſen, Hannover an der dreijährigen Heimathsberechtigung des Urwählers: für die ſich weiter anſchließenden Staaten iſt aber dadurch für Modificationen ein freier Spielraum gelaſſen, daß man abſichtlich eine Ausarbeitung dieſes proviſoriſchen Wahlgeſetzes bis ins Einzelne unterließ. Erwägen wir nun, daß das Geſetz in den drei Königreichen für eine Bevölkerung von über 19,000,000 in Anwendung kommt und daß von den zur Reichsverfaſſung haltenden Staaten, welche eine Bevölkerung von etwa 7,000,000 haben, nur die Minderzahl ſich für das unbeſchränkte Frankfurter Wahlgeſetz erklärt hat, ſo ſcheint die allgemeine Annahme dieſes proviſoriſchen Wahlmodus gewiß nicht mit ſo großen Schwierigkeiten verbunden zu ſein, als man ſich gemeiniglich vorſtellt, zumal es ſich zunächſt nur um eine einmalige Anwendung handelt.“ Dieſe mäßige Sprache läßt hoffen, daß man das Zuſtandekommen des neuen Reichstages, von dem ſo Vieles, ja Alles, abhängt, nicht an einem Nebengrunde werde ſcheitern laſſen,

† **Kaiſerslautern**, 14. Juni. Die ganze Herrlichkeit unſerer ſogenannten Volkserhebung eilt im Sturmſchritt ihrem Ende entgegen. Während unſere Freiheitshelden ihre Siege ſchon im Voraus feierten, wurde die Pfalz von allen Seiten immer mehr von Preußen eingeſchloſſen. Oppenheim, Alzei, Kreuznach, Meißenheim und die Grenzorte bei Lauterecken, Kuſel und Homburg füllten ſich immer mehr mit dieſem verachteten und verhöhnten Feinde. Die Volkswehr wurde in allen Cantonen zahlreich, wenn auch größtentheils ohne Waffen und Munition, zuſammengetrieben. In Kaiſerslautern fuhr man mehrere Kanonen, deren 10 bis 12, größtentheils aus Baden, ſich hier befinden (die eiſernen wollen nicht fertig werden), vor die Stadt, wo man einige Schanzen aufgeworfen hatte, ohne daß jedoch die deſertirten Kanoniere, welche zum Theil ſteckbrieflich verfolgt worden, herbeigeſchafft werden konnten. Zugleich wurde die Nachricht verbreitet,

daß Landau ſeinem Falle nahe ſei. Die Queich ſei abgedämmt und habe die Stadt unter Waſſer geſetzt; aus den Wallgräben ſei das Waſſer in die Brunnen gedrungen und habe dieſelben unbrauchbar gemacht; der einzige laufende Brunnen ſei abgegraben und mehrere Soldaten, die die Waſſerleitung wieder herzuſtellen verſucht, erſchoſſen worden, ohne daß ein einziger der trefflichen Scharfſchützen der Volkswehr von dem Feſtungsgeſchütze wäre erreicht worden. Große Sterblichkeit herrſche in Folge des Waſſermangels in der Stadt, große Unzufriedenheit unter den Bürgern. Alle Communication ſei abgeſchnitten. Zwei Ochſen, welche Juden hineinſchmuggeln wollten, ſeien aufgefangen, einer von ihnen ſogleich getödtet und verſpeiſt worden; der andere wurde vor Kurzem bei uns für 105 Gulden verſteigt. Einer der Juden ſoll auf der Stelle mit dem Tode beſtraft worden ſein. Große Schaaren von muthvollen und waffentüchtigen Wehrmännern lägen in der Ebene bei Landau, Neuſtadt, Germersheim. Schon der leiſeſte Zweifel an der Möglichkeit der Durchführung dieſer „gerechten Sache“ wäre unter ſolchen Umſtändrn zum Verbrechen angerechnet worden.

Da erſchien geſtern der verhängnißvolle Tag, an welchem die Preußen das pfälziſche Gebiet betraten. Ein Aufruf zum Abfall, voll der freundſchaftlichſten Einladungen, kam ihnen entgegen. „Wir ſind entſchloſſen, heißt es darin, zu kämpfen und den Frieden in Deutſchland wieder herzuſtellen, der durch den Verrath deutſcher Fürſten geſtört iſt. Tretet in unſere Reihen; ſchon kämpfen viele von Euch mit uns. Wir verſprechen Euch, Euch aufzunehmen als Brüder, Euch alle Rechte zu gewähren, die das Pfälzer Volk ſelbſt genießt.“ Dieſe Einladung blieb indeß ohne Wirkung. Noch geſtern Abend rückte eine Abtheilung in Kirchheimbolanden ein. Als man verſuchte ihnen Widerſtand zu leiſten, geſtattete der Oberſt eine halbe Stunde Bedenkzeit, und durfte darauf ungehindert ins Quartier ziehen. Eine andere Abtheilung beſetzte Lauterecken, eine dritte Homburg. Wie weit die Operationen in der Ebene und bei Zweibrücken vorgerückt, iſt mir bis jetzt nicht bekannt worden. Boten auf Boten wurden in die Ortſchaften um Zuzug geſendet. Ganze Gegenden traten, ſchon weil ſie ohne Waffen und Munition waren, von der Sache wohlweislich zurück. Unter den Haufen, die ſich in der Stadt geſammelt, herrſchte große Verwirrung und Aengſtlichkeit. Auch die prov. Regierung dachte nicht mehr an Widerſtand und Vertheidigung der Stadt. Sie packte zuſammen, und der heutige Morgen ſah ſie ſchon nicht mehr in Kaiſerslautern. Sie iſt mit der kampffähigen Mannſchaft nach Neuſtadt gezogen, um dort hinter den wohlverlegten Päſſen Schutz zu ſuchen. Schmitt, Reichard und Hepp hatten ihre Familien ſchon früher in Sicherheit gebracht. Hinſichtlich des Benehmens der Preußen laufen von allen Seiten die günſtigſten Nachrichten ein. Sie bezahlen Alles, was ſie brauchen, und behandeln das Volk, das ſie ruhig ziehen läßt, mit der größten Humanität.

† **Kaiſerslautern**, 15. Juni. Zweitauſend Mann Preußen ſind hier einquartiert. Gegen 7000 liegen in der Umgegend. Die Bürgerſchaft verhält ſich ruhig und ſucht ſich den neuen Herren der Stadt ſo viel als möglich gefällig zu beweiſen. In der Straße hört man wenig mehr, als das Singen der Soldaten. Die Eiſenbahn ruht, alle Geſchäfte ſind gänzlich unterbrochen. Heute iſt Raſttag gehalten worden. Wie die Soldaten ſagen, wäre von Zweibrücken aus die franzöſiſche Grenze bereits ſo beſetzt, daß an eine Flucht der Inſurgenten nicht mehr zu denken ſei.

Ein Lazareth wird in unſerer Stadt bereits angelegt und Alles auf den bevorſtehenden Kampf gerüſtet. Das Schwierigſte dürfte ſein, die Inſurgenten überhaupt zum Kampfe zu bringen. Im Hirſchhorn bei Wolfſtein hat man 4 oder 6 ſolcher Helden aus einem Keller hervorgezogen; ein Kind hatte ſie in ſeiner Argloſigkeit verrathen. Man hat ſie gebunden mitgeführt. Die Bauern deren Söhne gewaltſam mit fortgeriſſen worden waren (beſonders in und um Otterberg) haben auf alle Weiſe die Gunſt der Soldaten ſich zu erwerben geſucht, ihnen Brod, Wein, Eier entgegengebracht, ehe ſie noch einquartiert waren, und ſie mit Jammer und Thränen gebeten, ihre Söhne zu verſchonen. Die Soldaten haben überall die Verſicherung gegeben, keinen Wehrloſen und Friedliebenden anzutaſten, und den Bauern geſagt: ſie ſollten mit ihnen ziehen und ihre Söhne zurückrufen; bei wem es ſich herausſtelle, daß er nur gezwungen gegangen ſei, der werde verſchont bleiben, ſobald er das Gewehr ſtrecke; den Halsſtarrigen und Trotzbietenden werde kein Pardon gegeben. Daß bei vielen Bürgern noch viel Mißtrauen und Abneigung gegen die Preußen herrſcht, iſt nicht in Abrede zu ſtellen. Wie ſehr ſind ſie auch dem Volk auf alle Weiſe verdächtigt worden. Aus der vordern Pfalz hört man wenig, da aller Verkehr abgebrochen iſt. Die badiſche Artillerie ſoll Landau ſtark beſchießen und bereits ſoll an einigen Stellen der Stadt Feuer ausgebrochen ſein. Auch mehrere Tauſend Mann badiſche Infanterie hätten ſich eingefunden. Mehrere Hausſuchungen werden bereits auf Anordnung des Militärcommandos jedoch von den Civilgerichten vorgenommen; auch Verhaftungen ſind bereits vorgekommen, indeß nur von wenig bedeutenden Perſonen. Die Familie des proviſoriſchen Regierungsmitglieds Nicolaus Schmitt, über den jetzt alle möglichen Verwünſchungen ergehen, befindet ſich noch bei uns. Sein „Bote für Stadt und Land“ iſt ſeit geſtern nicht mehr erſchienen.

† Aus der Pfalz, 15. Juni. Ich ſetze meinen Bericht, den ich Ihnen geſtern von Kaiſerslautern aus gegeben, in aller Eile fort. Vorgeſtern Abend kam ein Corps Preußen in die Nähe von Kirchheimbolanden, wo Zitz von Mainz mit 800 Mann Freiſchaaren ſtand. Bei Morſchheim trafen die Vorpoſten aufeinander und begrüßten ſich durch einige Flintenſchüſſe, welche auf beiden Seiten mehrere tödteten. Geſtern drangen die Preußen, 2000 Mann ſtark, gegen Kirchheimbolanden ſelbſt vor. Es wurde ihnen Widerſtand geleiſtet von den jungen Leuten der Volkswehr, die ohne Plan und Ordnung ſich zuletzt um das Schloß zuſammenzogen. Hier hatten ſie die herrlichen Alleen gefällt und verſuchten ſich zu halten. Die Stadt war mit Barrikaden umſchloſſen. Aber die Kanonen trieben bald Alles auseinander. Zitz hatte gleich von Anfang Reißaus genommen und ſeine bisherigen Anhänger ohne Rath und ohne Nachricht im Stich gelaſſen. Was fliehen konnte floh daher ebenfalls. Ein Corps retirirte hinter den Donnersberg nach Imsbach, um wahrſcheinlich in die Ebene zu gelangen. Das Landvolk befürchtete durch ſie gebrandſchatzt zu werden und ſchickte nach Otterberg um preußiſche Hilfe. In Kaiſerslautern kamen geſtern Morgen 9 Uhr die erſten Lanciers an. Die Stadt war von allen Freiſchärlern geräumt. Die proviſoriſche Regierung hatte ſchon in der Nacht 2 Uhr ihre Zuflucht in Neuſtadt geſucht. Die Kaſſe, die ſie mitgenommen, ſoll noch aus 200,000 fl. beſtehen. N. Schmitt hat ſich beim Wegzug derbe Vorwürfe gefallen laſſen müſſen. „Dieſe Wirthſchaft verdanken wir Niemand als dem verfreſſenen Schmitt“ iſt die allgemeine Rede. Um 2 Uhr Nachmittags erſchien ein Corps Preußen von über 2000 Mann. Die Bürger nahmen ſie ruhig, zum Theil mit Jubel auf. In der Umgegend liegen noch mehrere Tauſend. In Zweibrücken, Homburg Alles beſetzt. Auch bei Grünſtadt waren geſtern ſchon die Preußen angekommen und hatten bei Bockenheim einen kleinen Zuſammenſtoß. Die preußiſche Landwehr iſt erbittert, dieſer „Lumpen“ wegen von Frau und Kindern weggerufen worden zu ſein.

Aus der Pfalz, 16. Juni. Der Verkehr iſt auf der Kaiſerſtraße von Alzei bis Homburg bereits wieder hergeſtellt; wahrſcheinlich auch von Homburg bis zur franzöſiſchen Grenze. Die königl. preußiſchen Truppen, welche von Saarbrück, St. Wendel, Kreuznach, Alzei und Worms vorgerückt waren, concentriren ſich heute bei Dürkheim und Neuſtadt an der Hardt. Der größere Theil der Rheinpfalz iſt ſomit von den Freiſchaaren ſchon gänzlich geräumt. (O. P. Z.)

Stuttgart, 14. Juni. Der Beobachter meldet: Aus glaubwürdiger Quelle vernehmen wir, daß das würtembergiſche Geſammtminiſterium an die deutſche Regentſchaft eine Note folgenden Inhalts gerichtet hat:

„An die von der Nationalverſammlung aufgeſtellte Regentſchaft.

Die am 6. d. M. von der in Stuttgart befindlichen Nationalverſammlung gewählte Regentſchaft für das deutſche Reich hat unter dem 12. Juni d. J. beſchloſſen, den würtembergiſchen Generallieutenant v. Miller

„von dem bisher bekleideten Poſten eines Reichsgenerals und Commandanten der combinirten Diviſion des 8. Armeecorps zu entheben und das dieſſeitige Kriegsminiſterium zu Vorſchlägen zur Wiederbeſetzung dieſer Stelle aufzufordern.“

Generallieutenant v. Miller hat ſich im Hinblicke auf die Erklärung der würtembergiſchen Regierung, ſowie auf den Beſchluß der würtembergiſchen Ständeverſammlund vom 9. d. M. mit Recht geweigert, die jenſeitigen Anordnungen vom 9. Juni zu erfüllen, weil dieſelben, abgeſehen von der Rechtsfrage über die Stellung der Regentſchaft, durchaus unſtatthaft ſind.

Seitdem ſich die würtembergiſche Regierung geweigert hat, würtembergiſche Truppen in Baden einrücken zu laſſen und ſtatt deſſen nur ein würtembergiſches Truppencorps zum Schutze der würtembergiſchen Grenze

gegen angedrohte Einfälle aus Baden aufgeſtellt, ja, noch mehr, ſeitdem die dieſſeitige Regierung, in Uebereinſtimmung mit den Wünſchen der Kammer der Abgeordneten, jenes Corps auch von der Grenze hinweggezogen und in der Nähe von Stuttgart und Ludwigsburg concentrirt hat, ſtehen dieſe Truppen, wenn auch theilweiſe noch auf dem Feldfuße befindlich, unter dem Commando des Generallieutenants v. Miller, und nur dieſem, beziehungsweiſe der dieſſeitigen Regierung, kann die Verfügung über dieſelben zuſtehen. v. Miller beſitzt zwar das Patent als Reichsgeneral, aber er functionirt thatſächlich als würtembergiſcher General.

Betreffend deſſen Abſetzung als Commandanten der combinirten 8. Diviſion, oder richtiger der combinirten Diviſion des 8. Armeecorps, ſo kann der Regentſchaft nicht unbekannt ſein, daß eine ſolche ſeit der Revolution in Baden nicht mehr beſteht. v. Miller iſt daher auch in dieſer Beziehung als würtembergiſcher General zu betrachten, und ſeiner Abſetzung kann ſonach in keiner Weiſe irgend eine Folge gegeben werden.

Anbelangend endlich die heute erhaltene Weiſung, 5000 Mann würtembergiſche Truppen zum Schutze der Feſtungen Landau und Raſtatt gegen reichsfeindliche Truppen marſchiren zu laſſen, ſo muß auch dieſe auf das entſchiedenſte zurückgewieſen werden, da, deſſen nicht zu gedenken, daß die proviſoriſche Regierung in Baden den Einzug würtembergiſcher Truppen in Raſtatt beſtimmt verweigert hat, und daß dieſſeits von einer Beſetzung Landau's durch reichsfeindliche Truppen lediglich nichts bekannt iſt, die würtembergiſche Regierung den noch disponiblen Theil ihrer Truppen nothwendig braucht, um die durch eine verfaſſungsfeindliche, ſehr zahlreiche und ſehr thätige Partei fortwährend bedrohte Ruhe und Ordnung in Würtemberg aufrecht zu erhalten.

Dieſe Störungen der öffentlichen Sicherheit haben durch die ohne alle Rückſprache mit der dieſſeitigen Regierung erfolgte Ueberſiedelung der Nationalverſammlung von Frankfurt nach Stuttgart, ſowie durch die Beſchlüſſe derſelben vom 6. d. M. eine neue ſehr weſentliche Nahrung erhalten, und es iſt ſeitdem eine Bewegung in Würtemberg organiſirt worden, welche in der nächſten Zeit den Ausbruch einer blutigen Revolution in unſerem ſonſt friedlichen Lande befürchten läßt, wenn die nächſtliegenden Gründe der Bewegung nicht beſeitigt werden.

Es iſt daher ein Gebot der Selbſterhaltung, wenn wir die Regentſchaft ernſtlich auffordern, ihren Sitz ohne Verzug aus Würtemberg hinweg — in ein anderes Land zu verlegen. Mit Hochachtung Stuttgart, den 13. Juni 1849. (gez.) Römer, Roſer, Duvernoy, Schmidlin, Rüpplin, Goppelt."

Die Antwort der deutſchen Reichsregentſchaft auf obige Note ſoll nach den uns gewordenen Mittheilungen folgende geweſen ſein:

„Die deutſche Reichsregentſchaft an die königlich würtembergiſche Regierung zu Stuttgart.

In Antwort auf das Schreiben vom 13. Juni erwiedern wir Folgendes:

Generallieutenant v. Miller konnte ſich in ſeiner Stellung als Reichsgeneral nicht weigern, der geſetzlich conſtituirten Reichs-Regentſchaft Gehorſam zu leiſten. Die Enthebung von ſeiner Function als Reichsgeneral war demnach dringend geboten, und iſt von Seite der Regentſchaft erfolgt.

Was die Exiſtenz der combinirten Diviſion des 8. Armeecorps betrifft, ſo brauchen wir die königlich würtembergiſche Regierung nur zu erinnern, daß zwar die Contingente von Baden und dem Großherzogthum Heſſen zurückgezogen worden ſind, die Contingente der Fürſtenthümer Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, ſowie des Fürſtenthums Lichtenſtein ſich aber noch zur Zeit bei derſelben befanden, und Generallieutenant v. Miller über dieſe nicht in ſeiner Eigenſchaft als würtembergiſcher, ſondern nur als Reichsgeneral den Oberbefehl führen konnte. Die Exiſtenz dieſer Diviſion kann um ſo weniger in Zweifel gezogen werden, als die Depeſchen des Generallieutenants v. Miller mit dem amtlichen Siegel des Commandos dieſer combinirten Diviſion verſehen ſind.

Wir wiederholen die dringende Aufforderung, uns zum Schutze der Feſtungen Landau und Raſtatt, ſowie des Reichsgebiets das verlangte Truppencorps zur Verfügung zu ſtellen, da es der würtembergiſchen Regierung nicht unbekannt ſein kann, daß Angriffe verfaſſungsfeindlicher Gewalten gegen dieſe Gebiete und Feſtungen drohend bevorſtehen und vielleicht jetzt ſchon erfolgt ſind.

Wir bedauern, daß die würtembergiſche Regierung noch jetzt unter dem Befehle dieſer Gewalten Truppenabtheilungen beläßt, und fordern Sie dringend auf, dieſe Truppen ſofort zurückzuziehen und unter den Befehl der geſetzmäßig conſtituirten Reichsgewalt zu ſtellen.

Wir zweifeln nicht, daß ein offener Anſchluß der Regierung an die Beſchlüſſe der Nationalverſammlung genügen würde, alle Truppen derſelben disponibel zu machen und jede unruhige Bewegung im Lande zu dämpfen.

Endlich iſt die Regentſchaft der Anſicht, daß ihr Sitz an dem Orte ſein müſſe, wo ſich die Nationalverſammlung befindet. Sie kann deshalb dem Anſinnen der würtembergiſchen Regierung in dieſer Beziehung in keiner Weiſe Folge geben. Stuttgart, am 14. Juni 1849. Die deutſche Reichs-Regentſchaft: (gez.) Franz Raveaux, C. Vogt, Friedr. Schüler, Heinrich Simon, Aug. Becher."

***Stuttgart,** 14. Juni. In der Sitzung der Ständeverſammlung brachte Schoder nochmals die Abſetzung des Generals v. Miller zur Sprache. Mit Berufung auf die amtliche Berichtigung Raveaux's in der geſtrigen Sitzung der Reichsverſammlung trat er der früheren Aeußerung Römers entgegen, wonach der General nicht blos als Reichsgeneral, ſondern auch als würtembergiſcher General abgeſetzt worden wäre. Römer nennt als ſeine Quelle eine mündliche Aeußerung des Generals v. Miller ſelbſt, der die Sache ſo aufgefaßt habe. Jedenfalls aber ſei die Sache von gar keiner praktiſchen Bedeutung, da General v. Miller factiſch gar nicht mehr Reichsgeneral ſei. Schoder weiſt jedoch nach, daß General v. Miller ſich allerdings noch in ſeinem Verkehr mit der Regentſchaft als Reichsgeneral gerirt, und auf ſein vom Reichsverweſer erhaltenes Patent ſich berufen hat. Auf eine Anfrage Bechers in Bezug auf dieſes Patent erwidert Römer, er habe es nicht geſehen und kümmere ſich überhaupt gar nichts um ſolche Patente. Dieſe Anfrage gab übrigens den Anlaß zu einer weiteren intereſſanten Verhandlung. Becher wurde gefragt, ob er die Frage als Mitglied der Kammer oder als Mitglied der Regentſchaft geſtellt habe. Er antwortete, wie natürlich: als Mitglied der Kammer; er werde auch ferner in dieſem Saale verbleiben, ſo lange noch Hoffnung zu einem guten Benehmen zwiſchen der Regierung und der Regentſchaft ſei, wozu letztere die Hand biete. Römer erwidert, was dieſes gute Benehmen betreffe, ſo werde ſich die Regierung nicht veranlaßt ſehen, ſich in ein gutes Vernehmen mit dieſer Regentſchaft zu ſetzen. Kanzler v. Wächter dringt hierauf mit beſtimmten Worten auf eine Entſcheidung in der herrſchenden Verwirrung über die Anerkennung der Reichsverſammlung, ob ſie Executivgewalt habe, ob ſie berechtigt geweſen ſei, eine Regentſchaft einzuſetzen. Römer antwortet, die Frage werde entſchieden werden; es ſei aber im Miniſterium darüber keine Einſtimmigkeit, er ſei anderer Anſicht als ſeine Collegen. Eiſenlohr dringt gleichfalls auf Entſcheidung: man könne nicht zwei oder drei Herren dienen. Hierauf gibt Römer die merkwürdige Erklärung: „Wir wollen nicht zwei bis drei, ſondern gar keinem Herrn gehorchen; ich erkläre, daß wir die Centralgewalt in Frankfurt nicht mehr anerkennen." Sofort wird er mit Conſequenzen dieſer Erklärung beſtürmt. Der Eine fragt, ob die beiden würtembergiſchen Bataillone, die unter dem Befehl des Reichsgenerals v. Peucker ſtehen, zurückgezogen würden; der andere, ob der Bevollmächtigte in Frankfurt abberufen werde. Römer erwiderte auf die erſte Frage: die beiden Bataillone ſeien in den Reichsdienſt zu einer Zeit gekommen, wo die Centralgewalt noch zu Recht beſtanden habe; auch wüßte er nicht, wie ſie zurückgezogen werden könnten; es würde ſchwer für ſie ſein, durch Baden zu gelangen. Auf die zweite Frage erwidert Römer, der Bevollmächtigte ſei in Frankfurt nöthiger als in Stuttgart. Er bemerkt dabei, daß die Reichsregentſchaft an die Regierung das Anſinnen ſeiner Abberufung geſtellt habe. Schoder meint, die Bataillone könnten wohl einen andern Weg nehmen als durch Baden; er ſtellt den dringlichen Antrag auf ihre Zurückberufung, der an die ſtaatsrechtliche Commiſſion verwieſen wird. Er berührt endlich den empfindlichſten Punkt, indem er äußert, wenn Baden unterdrückt ſei, ſo bleibe für Würtemberg nichts übrig, als die preußiſche Verfaſſung anzuerkennen. Hierauf gibt Römer die folgende Erklärung: „Wir befinden uns eben in einer ungeheuren Verwirrung, nachdem die Centralgewalt eine andere Stellung eingenommen hat, ein großer Theil Reichstagsabgeordneter deſertirt iſt und eine Coterie der Reichsverſammlung ſich hierher überſiedelt hat. Die Lage iſt jetzt die: wir können nun nicht mehr nach ſtaatsrechtlichen, ſondern müſſen nach politiſchen Grundſätzen handeln, wir müſſen uns auf den Boden der Thatſachen ſtellen, jeder Staat muß an ſich ſelbſt denken."

Den Reſt der Sitzung füllt eine Verhandlung über die Heilbronner Vorgänge. Eine Denkſchrift darüber wird vom Miniſterium vorgelegt, und an die ſtaatsrechtliche Commiſſion verwieſen. Die Ausweiſung der Regentſchaft, die eben erſt ein feſtes Local, Paulinerſtraße Nr. 15 bezogen hat, (ſ. oben) hat die Reichsverſammlung zu einer vorbereitenden Sitzung veranlaßt. Vielleicht erfolgt im Laufe des Tages noch eine öffentliche Sitzung. Herr Venedey, bisher durch Krankheit in Frankfurt zurückgehalten, iſt angekommen.

Aus **Hannover** 12. Juni wird geſchrieben: Ein jedes der vier Bataillone unſerer Bürgerwehr iſt von den Damen der Reſidenz mit einer prachtvollen ſchwarz-roth-goldnen Fahne beſchenkt worden, deren Einweihung dieſen Nachmittag 5½ Uhr unter dem Zudrange von mindeſtens 5 bis 6000 Zuſchauern ſtattfand (Weſ.Z.)

Hannover, 13. Juni. Das vom Hannover'ſchen Stadtgericht gegen den Herausgeber der „Zeitung für Norddeutſchland" Theodor Althaus erlaſſene, von der Juſtizcanzlei beſtätigte Urtheil wird unter den Inſeraten dieſes Blattes veröffentlicht. Es lautet auf ſechs Wochen Gefängniß und Erſtattung der Koſten. In dem Ausdruck des incriminirten Artikels „Verhöhnung der Conſtitution" wird das „Verbrechen der beleidigten Amtsehre" gefunden! Außerdem „enthalte der den königlichen Miniſterialvorſtänden gemachte Vorwurf der glänzenden Anerkennung einer als Niederträchtigkeit bezeichneten Handlung dritter, eine gemeine Injurie."

Digitized by Google

Oldenburg, 12. Juni. Vorgeſtern war große Cour im großherzoglichen Schloſſe, zu welcher ſämmtliche Beamte unſerer acht Rangklaſſen, ſowie auch der Magiſtrat und Stadtrath geladen waren. Die Königin von Griechenland erſchien in griechiſchem Coſtüm und unterhielt ſich ſehr freundlich mit den Anweſenden. (Weſ. Z.)

Schwerin, 12. Juni. Der Abgeordneten-Verſammlung wurde heute folgendes, der mecklenburg-ſchwerinſchen Regierung zugegangenes Schreiben des preußiſchen Miniſterpräſidenten mitgetheilt: Die königliche Regierung hat mit lebhafter Befriedigung die Mittheilung des großherzoglich mecklenburgiſchen hochlöblichen Staatsminiſteriums vom 7. d. M. entgegengenommen, wodurch die großherzogliche Regierung in Folge der unterm 28. v. M. ergangenen Einladung ihre Abſicht ausſpricht, an dem zunächſt zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover abgeſchloſſenen Bündniſſe Theil zu nehmen, und ſich den Beſtrebungen der gedachten Regierungen für das Zuſtandekommen des deutſchen Verfaſſungswerkes anzuſchließen. Sie wird unverzüglich die verbündeten Regierungen von Sachſen und Hannover davon in Kenntniß ſetzen, und zweifelt nicht, daß dieſelben mit gleicher Genugthuung den Entſchluß des großherzoglichen hochlöblichen Staatsminiſteriums begrüßen werden. Der Unterzeichnete erſucht daher das großherzogliche hochlöbliche Staatsminiſterium, einen Bevollmächtigten hieher abſenden zu wollen, damit derſelbe von dem näheren Inhalte der den Abſchluß des Bundes betreffenden Acte Kenntniß nehme, und auf Grund der Vollmachten, mit welchen hochdaſſelbe ihn gefälligſt verſehen wird, den formellen Beitritt bewirken könne. Zugleich wird der Verwaltungsrath der verbündeten Staaten ſich mit demſelben in Einvernehmen ſetzen, um die Theilnahme des großherzoglichen hochlöblichen Staatsminiſteriums an der Leitung der gemeinſamen Angelegenheiten in allſeitigem Einverſtändniß und angemeſſener Weiſe zu regeln. Inzwiſchen ſieht die königliche Regierung, da die Zuſtimmung der übrigen Verbündeten keinem Zweifel unterliegt, und dieſe nähere Verabredung nur Detailfragen betreffen kann, die großherzoglich mecklenburgiſche hochlöbliche Regierung ſchon jetzt in jeder, den gemeinſamen Schutz betreffenden Beziehung als ein berechtigtes Mitglied des Bündniſſes an. Berlin, 9. Juni 1849. Der Miniſter-Präſident Graf v. Brandenburg. (Meckl. Z.)

Frankreich.

* **Paris**, 14. Juni. Der ſocialiſtiſche Aufſtand iſt vollſtändig geſcheitert, das iſt der weſentliche Inhalt der Nachrichten vom heutigen Tage. Wir können die Ereigniſſe jetzt mit Muße überblicken.

Noch im Laufe des vorigen Tages erſchien eine Proklamation der geſetzgebenden Verſammlung. „Bürger, Nationalgarden und Soldaten! Die Republik und die Geſellſchaft ſind bedroht. Die Souveränetät des Volkes iſt von einer faktiöſen Minorität, welche an die Gewalt appellirt und welche durch einen ruchloſen Kampf von Neuem, neben dem öffentlichen Frieden, die wieder erſtehende Wohlfahrt des Landes bedroht, in gehäſſiger Weiſe verkannt. Die aus dem Nationalwillen hervorgegangene geſetzgebende Verſammlung wird alle Pflichten, welche ihr in dieſen entſcheidenden Umſtänden auferlegt ſind, mit Kraft erfüllen. Ihr ſteht es zu, im Namen des Volkes zu reden, das nur ihr ſein ſouveränes Mandat gegeben hat. Hüter der Republik und der Verfaſſung, welche die unverletzlichen Garantien der gefährdeten Geſellſchaft und Ordnung ſind, werden die Nationalrepräſentanten die unwürdig angegriffene Verfaſſung und Republik bis in den Tod vertheidigen. Bürger, ſammelt Euch um Eure Repräſentanten, die Repräſentanten des franzöſiſchen Volkes: in Eurer Eintracht mit ihnen, mit dem Präſidenten der Republik, mit unſerer tapfern und treuen Armee, in unſerer einhelligen Einigkeit beruht unſer gemeinſames Heil. Bürger, Nationalgarde und Soldaten! Im Namen des Vaterlandes, im Namen der Ehre, der Gerechtigkeit und der Geſetze ruft die geſetzgebende Verſammlung Euch feierlich zur Vertheidigung der Republik, der Verfaſſung und der Geſellſchaft auf. Es lebe die Republik! Berathen in öffentlicher Sitzung in Paris, 13. Juni 1849. Präſident und Sekretäre."

Um 1 Uhr ließ der Miniſter des Innern folgende Verfügung an die Straßenecken anheften: „Nach Anſicht der Artikel 104 und 105 der Verfaſſung, welche lauten: Art. 104. Die bewaffnete Macht iſt weſentlich gehorchend. Kein bewaffnetes Corps kann berathen. Art. 105. Die bewaffnete Macht, zur Aufrechthaltung der Ordnung im Innern verwendet, agirt nur auf Requiſition der eingeſetzten Behörden gemäß den durch die geſetzgebende Gewalt beſtimmten Regeln, nach Anſicht der Artikel 1 und 7 des Geſetzes über die Nationalgarde, lautend: Art. 1. Jede durch die Nationalgarde geſchehene Berathung über die Angelegenheiten der Republik, des Departements, oder der Gemeinde iſt ein Angriff auf die öffentliche Freiheit und ein Vergehen gegen das Gemeinweſen und die Verfaſſung. Art. 7. Die Bürger können als Nationalgarde weder die Waffen eegreifen, noch ſich verſammeln ohne den Befehl ihrer unmittelbaren Chefs, und eben ſo wenig können dieſe einen ſolchen Befehl ertheilen ohne eine Requiſition der Civil-Behörde, wovon an der Spitze der Mannſchaft Mittheilung gemacht werden wird"; nach Anſicht des Geſetzes vom 7. Juni 1848 über die Zuſammenrottungen: in Erwägung, daß geſetzwidrige Zuſammenberufungen an die Nationalgarde in verſchiedenen Stadttheilen gerichtet worden ſind, daß die Urheber dieſer Zuſammenberufungen, ſo wie jene, welche denſelben gehorchen und ſich, außerhalb der Bedingungen des Geſetzes, verſammeln würden, Uebertreter der oben angeführten Geſetze wären, verfügt das Miniſterium: Die öffentliche Behörde iſt beauftragt, über die Vollziehung der Beſtimmungen der Verfaſſung und der oben angeführten Geſetze zu wachen und, nöthigen Falls durch Gewalt, alle Verſammlungen oder Zuſammenrottungen zu zerſtreuen, welche, nach den regelmäßig ergangenen Weiſungen und Aufforderungen, auf ihrer Empörung gegen das Geſetz beharren."

Endlich erließ General Changarnier den folgenden allgemeinen Befehl, der zugleich das Thatſächliche über den gegen die Truppen verſuchten Widerſtand enthält: „Nationalgarden und Soldaten! Durch einen heute Vormittags um 11½ Uhr im Miniſter-Conſeil gefaßten Beſchluß hat mir der Präſident der Republik den Oberbefehl der Nationalgarden des Seine-Departements und der in der erſten Diviſion ſtationirten Truppen übertragen. Die Beziehungen, welche dieſer Beſchluß zwiſchen Euch und mir begründet, ſind keine neuen, und ſchon haben wir zeigen können, was man von den Geſinnungen gegenſeitigen Vertrauens, die uns einander verbinden, erwarten darf. Um 11½ Uhr benachrichtigt, daß ſich eine zahlreiche Zuſammenrottung, von jenen Elenden gebildet, die den Untergang der Geſellſchaft geſchworen haben, in der Nähe des Chateau-d'Eau gebildet habe, und von dort ausgegangen, in dichter Colonne die Boulevards entlang in der Richtung des Elyſée und des Palaſtes der geſetzgebenden Verſammlung vorrücke, ſtellte ich mich an die Spitze von 4 Bataillonen und acht Schwadronen und ſtieß um 1 Uhr am Ausgang der Friedensſtraße auf die Flanke der Colonne der Aufrührer, wovon eine Hälfte bereits in der Richtung der Magdalenenkirche und die andere auf den Boulevards, hinter der Friedensſtraße ſich befand. Nachdem vier mir vorangehende Polizei-Commiſſäre die vom Geſetze vorgeſchriebenen Aufforderungen erlaſſen hatten, ließ ich links und rechts der Länge des Boulevard nach gleichzeitig anrücken. Beim erſten Anprall zurückgeworfen, zerſtreuten ſich die Aufrührer nach allen Richtungen, nachdem ſie einige Piſtolenſchüſſe abgefeuert hatten, die keinen von uns verwundeten. Die Colonne zur Rechten ſtieß auf drei Barricaden, die eine angefangen auf der Höhe des Café de Paris, die zweite vor der Paſſage der Oper, die dritte am Eingange der Vorſtadt Poiſſonniere, von welchen einige Flintenſchüſſe auf uns gefeuert wurden. Dieſe Barricaden ohne Bedeutung konnten unſern Marſch nicht aufhalten, der einerſeits auf dem Magdalenenplatze, andererſeits an dem Thore St. Denis einhielt, wo die Zuſammenrottungen vollſtändig zerſtreut waren. Der Eifer der Truppen und der Nationalgardiſten, welche ſich ihnen auf ihrem Zuge angeſchloſſen, iſt nicht zu ſchildern; er läßt ſich nur mit der dankbaren Begeiſterung der redlichen Bevölkerung vergleichen, die von Euch, Nationalgardiſten und Soldaten! ihr Heil und die Hoffnung erwartet, noch unter Geſetzen zu leben, die eines civiliſirten Volkes würdig ſind. Ich weiß nicht, ob die Anarchiſten nochmals verſuchen werden, ihre unheilvollen Pläne auszuführen; was ſie aber auch thun mögen, ich hege das Vertrauen, daß die heilige Sache der Ordnung in Euch unerſchrockene und unüberwindliche Vertheidiger beſitzt. Im Hauptquartier der Tuilerieen, 3½ Uhr Abends.

Es bleibt uns vom geſtrigen Tage, denn die Ruhe iſt ſpäter nicht mehr geſtört, nur noch über die fortgeſetzte Sitzung der Nationalverſammlung zu berichten übrig. Das Ergebniß der Abſtimmung über das Ganze des Geſetzes, welches Paris in Bela-

№ 165. Extra-Beilage zur Deutſchen Zeitung. 18. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Die Dampfſchifffahrt des öſterreichiſchen Lloyd). Prag (Hausſuchungen und Verhaftungen. Hawlicek). Stettin (Das Wahlgeſetz. Grundſteuer.) München (Anſprache der Linken an ihre Wähler. Die königliche Proklamation. Die Linke.) Heilbronn (Näheres über die dortigen Vorgänge.) Leipzig (Die Bürgermeiſterwahl). Karlsruhe (Bürgermeiſterwahl. Gensdarmeriecorps.) Mainz (Die Fahrten der Niederländiſchen Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft). Gotha (Anträge in der deutſchen Frage. Neuwahl zur Reichsverſammlung). Aus Mecklenburg (Stand der Verfaſſungsfrage. Die Parteien. Die Preſſe.) Aus Schleswig-Holſtein (Die Kriegführung in Jütland). Schleswig (Die Kriegführung.) Kiel (Fort Delius.) Hamburg (Der Freihandelsverein. Hamburg und der Zollverein. Die Verfaſſung.)

Großbritannien. London (Der Friede mit Dänemark).

Schweiz. Bern (Beitritt des Nationalraths zu dem Beſchluß des Ständeraths über die Militärcapitulationen).

Ungarn. (Die Kriegsoperationen in Oberungarn. Koſſuth zur Armee. Magyariſche Propaganda. Der Krieg im Süden).

Rußland. Kronſtadt (Feuersbrunſt).

Donaufürſtenthümer. Bukareſt (Die Ruſſen noch nicht in Siebenbürgen. F.-M.-L. Puchner. Bem.)

Deutſchland.

* **Wien**, 11. Juni. Einen höchſt ehrenvollen und erfreulichen Beleg für das induſtrielle Streben in Oeſterreich gibt der eben erſchienene Bericht der 15. am 30. Mai d. J. in Trieſt abgehaltenen Generalverſammlung der Dampfſchifffahrt des öſterr. Lloyd. Im Jahre 1830 hatte die Geſellſchaft ein Capital von einer Million in 9 Dampfbooten mit 630 Pferdekraft und 1974 Tonnen angelegt und es war ihr nach Abzug der an die Actionäre gezahlten Intereſſen ein Verluſt von 38,607 fl. entſtanden. Das abgelaufene Jahr 1848 dagegen weiſt ein geſellſchaftliches Capital von drei Millionen mit einem Stand von 26 Dampfſchiffen mit 3370 Pferdekraft und 10,226 Tonnen aus; und ungeachtet der bedeutenden Opfer, welche von den Zeitumſtänden und insbeſondere direct von der Staatsverwaltung auferlegt wurden, ergab dieſes Jahr einen Nutzen von 232,280 fl. oder beinahe 8 pCt. Dabei iſt der Reſervefond bereits auf 552,248 fl. angewachſen, was 92 fl. per Actie beträgt. An den Schiffen ſind in dieſem Jahre 150,000 fl. abgeſchrieben worden. Die Brutto-Einnahme von 1,736,860 fl. überſteigt beinahe um das Zehnfache eine 6 pCt. Verzinſung des Actiencapitals, und wenn gleich die Schiffs- und Verwaltungskoſten hiervon 1,324,634 fl. abſorbiren, ſo haben ſie ſich doch auf 76 pCt. gegen einen frühern Quotienten von 100 und ſogar von 124 pCt. geſtellt. Das Jahr 1849, wiewohl es im Anbeginn viel Unangenehmes brachte, als Störungen auf verſchiedenen Verkehrslinien, Abtretung von Schiffen an den Staat, endlich den Verluſt des Schiffes „Dalmatia", gewährt darum nicht minder hoffnungsvolle Ausſichten, indem die Brutto-Einnahmen in den erſten drei Monaten 406,000 fl., gegen 383,000 fl. im Jahr 1848, 327,000 fl. im Jahr 1847 für dieſelbe Periode ergeben. In Krakau hat der Vorſtand der Gubernialcommiſſion ein Decret erlaſſen, worin in Bezug auf frühere Erläſſe die Annahme der Banknoten nach ihrem vollen Nennwerthe im täglichen Handelsverkehr und namentlich beim Verkauf von Victualien ſtrengſtens eingeſchärft wird. Eben ſo werden jene, welche im täglichen Verkehr ein Agio auf die erwähnten Banknoten abziehen wollen, mit einer zehnfachen Strafe des betreffenden Agio's und nach Maßgabe des Betrags auch mit Arreſt beſtraft.

Prag, 12. Juni. In den letzten Tagen oder vielmehr Nächten wurden wieder mehrere Hausſuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Meiſt betrafen ſie Mitglieder der Studentenverbindung Marcomannia. Die Unterſuchung iſt noch immer in tiefes Dunkel gehüllt. Die Nachricht von der Freilaſſung des jungen Fric hat ſich nicht beſtätigt. Redacteur Hawlicek iſt geſtern nach Wien gereiſt, um ſich dort die Erlaubniß zum Wiedererſcheinen ſeines Blattes zu erwirken. (C. Bl. a. B.)

⁂ **Stettin**, 13. Juni. Nach dem Wahlgeſetze vom 30. April ſollen die Urwähler in den einzelnen Bezirken nach drei Abtheilungen ſtimmen. Bei der Abgrenzung in der hieſigen Stadt ſtellt ſich heraus, daß nach der Wohnung der in die erſte Abtheilung gehörigen Urwähler die auffallendſte Ungleichheit ſich herausſtellt und in dem einen Bezirke 50 Urwähler nicht mehr Wahlmänner erwählen, wie 8 in dem andern Bezirke. Der Magiſtrat hat deshalb bereits das Miniſterium auf dieſes Mißverhältniß aufmerkſam gemacht. Auf dem Lande fallen in vielen Wahlbezirken, welche von Tagelöhnern gebildet werden, die zweite und dritte Claſſe ineinander, während einige größere Grundbeſitzer ebenſoviele Wahlmänner erwählen, wie die dritte Claſſe. Dieſes Mißverhältniß iſt ſo handgreiflich, daß von allen Seiten Beſchwerden eingehen müſſen, da durch die öffentliche Stimmabgabe die abhängigen Urwähler namentlich auf dem Lande ſich nicht in der Lage befinden, der erſten Abtheilung ein entſprechendes Gegengewicht zu halten.

Dem Miniſterium tritt jetzt auch die conſervative Partei der größeren Grundbeſitzer entgegen, welche vorzugsweiſe bei den letzten Wahlen miniſterielle Abgeordnete in die Kammer ſchickten. Die Aufforderung des Miniſteriums, aus Patriotismus den Rittergutsbeſitzern des weſthavelländiſchen Kreiſes durch freiwillige Zahlung der Grundſteuer nachzufolgen, hat in dieſen Kreiſen die größte Mißſtimmung hervorgerufen, da man der Anſicht ſich noch immer hingab, das Miniſterium würde dieſe Steuer nicht befürworten und zu der ſeinigen machen. Da auf dem bevorſtehenden Stettiner Wollmarkte hunderte von Gutsbeſitzern anweſend ſind, ſo beabſichtigt man, einen neuen gemeinſamen Proteſt gegen jene Steuer in die Welt zu ſchicken.

= **München**, 12. Juni. Die geſtrige königl. Proclamation iſt in einem Miniſterrath, der Morgens 5 Uhr ſchon ſtatt hatte, berathen und beſchloſſen worden. Heute vereinigte ein einfaches Mahl in der blauen Traube einen großen Theil der Linken, die alsdann wohl großentheils die Hauptſtadt verlaſſen hat; ſchon geſtern waren einige in ihre Heimath, andere zum Rumpfparlamente in Stuttgart abgegangen. Je ſchweigſamer unſere Märzvereine und Vaterlandsvereine geworden, deſto lauter und drohender gebehrden ſich die Piusvereine. In Wildenwart bei Prien werden dieſe am 16. Juni und in Unterpreißenberg am 17. Juni in großen Volksverſammlungen tagen. Sogar unſer Premier, Herr v. d. Pfordten, ſoll vor einigen Tagen den ultramontanen Volksagitator E. Zander um Kunde über das altbaieriſche Volksleben und ſeine Stimmungen angegangen haben.

0 **München**, 13. Juni. Der Club der Linken hat einen Schlußbericht veröffentlicht mit 75 Unterſchriften. Da er diesmal kürzer als gewöhnlich iſt, ſo mögen Sie mir die Mittheilung der Hauptſtellen geſtatten. „Der Faden, der ſich durch unſere ganze landſtändiſche Wirkſamkeit zieht, iſt das Feſthalten an der Reichsverfaſſung, wie ſie von der Reichsverſammlung in Frankfurt am 28. März endgültig beſchloſſen wurde. Wir wollen die oft wiederholten Gründe für dieſes Feſthalten nicht nochmals aufzählen; aber während das Miniſterium uns vorwirft, dadurch die Selbſtſtändigkeit Baierns, den Fortbeſtand der Staatsverfaſſung und der Landeswohlfahrt aufs Spiel geſetzt zu haben, ſind wir noch immer überzeugt, daß die unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung von Seiten Baierns dieſem eine Stellung geliefert haben würde, die es als Anhängſel entweder Preußens oder Oeſterreichs nie wird erreichen können, daß die Landesverfaſſung dadurch in eine Bahn der ſegensreichſten Entwickelung gelangt und das Wohl des Landes, indem ſtatt Kampf und Zwietracht Beruhigung und Eintracht würde herbeigeführt worden ſein, der erfreulichſten Förderung entgegengegangen ſein würde. Wer wie wir, unbeirrt und unbefangen durch confeſſionelle und dynaſtiſche Sonderintereſſen nur das Wohl des engern wie des weitern Vaterlandes im Auge hat, wird mit uns darin übereinſtimmen. Unſere Gegner durch Gründe zu überzeugen, darauf müſſen wir verzichten. Die Ereigniſſe, die Thatſachen werden uns und unſer Streben rechtfertigen." „Wie das Miniſterium für den Fortbeſtand der Verfaſſung zu ſorgen gedenkt, das hat es durch den aufgeſtellten Grundſatz der „ſtaatsrechtlichen Nothwendigkeit" erklärt. Es hat damit dem geſetzlichen Boden das politiſche Fauſtrecht untergeſchoben, und da Rechte und Pflichten gegenſeitig ſind, ſo könnte leicht daraus auch das Volk die Ermächtigung ableiten, von jenem Boden abzuweichen, ſobald dieſes die Kraft in Händen hat und eine ſtaatsrechtliche Nothwendigkeit zu erblicken meint. Das Miniſterium vertritt hier daſſelbe, was es, käme es von der andern Seite, „rothes Wühlerthum" nennen würde. Mit dieſer ſtaatsrechtlichen Nothwendigkeit verſuchte es den verfaſſungsmäßigen Beſtand (die Integrität) der Landesvertretung durch Ausſchluß der Pfälzer Abgeordneten zu vernichten, und macht uns nun einen Vorwurf daraus, daß wir uns dem widerſetzt haben! Wenn es dem Miniſterium belieben wird, die Aufhebung der Verfaſſung für eine ſtaatsrechtliche Nothwendigkeit zu erklären, ſo wird ſich hoffentlich das Volk durch Vertheidigung der Verfaſſung demſelben Vorwurfe ausſetzen!"

„Wie vor der Vertagung des diesmaligen Landtags man durch eine vorgeſchlagene Steuererhöhung und durch Lähmung der Kammerthätigkeit die Majorität dem Volke verhaßt zu machen ſuchte, ſo verſucht man dies jetzt vor der Auflöſung Das Präſidium beraumte in 14 Tagen nur 2 Sitzungen an, und ſchloß dieſelben ſo zeitig, daß nur Miniſterialvorträge, aber keiner der Gegenſtände die auf der Tagesordnung ſtanden, zum Vorſchein kommen konnten; es beſchuldigte dann noch überdies die Majorität, ihre Unthätigkeit in den Ausſchüſſen ſei der Grund davon. Abgeſehen davon, daß nach Beislers Rücktritt ein Miniſterium zu erwarten war, das mit der Majorität gehen würde, und daß die Vertagung 4 Wochen vor dem Eintritt derſelben angekündigt war, was die Thätigkeit der Ausſchüſſe ſuſpendiren mußte, hatte die Majorität dem gegenwärtigen Miniſterium alle und jede Mitwirkung verſagt, um auf conſtitutionelle Weiſe entweder einen Rücktritt des Miniſteriums oder eine Auflöſung der Kammer herbeizuführen. Das Miniſterium that keines von beiden; konnte es ſich da wundern, daß die Regierungsvorlagen unerledigt blieben? Oder ſollte die Majorität, welche die Giltigkeit der Grundrechte vorausſetzt, ein Preßgeſetz, wie das vom Miniſterium im Jahre 1849 vorgelegte, berathen, dem die ſchlimmſte Cenſur noch vorzuziehen war, während die Reichsverfaſſung dem Reiche die Preßgeſetzgebung vorbehält? Aber nicht nur auf dieſe Weiſe hatte das Miniſterium die Thätigkeit der Ausſchüſſe gelähmt. Der dritte Ausſchuß, dem die Förderung der materiellen Intereſſen des Volkes zunächſt obliegt, hatte bereits im Februar Aufſchlüſſe vom Miniſterium gefordert, von welchem ſeine fernere Thätigkeit abhing, und hat bis zur Auflöſung, trotz mehrerer Mahnſchreiben vergeblich darauf geharrt. Und war es den Abgeordneten aus der Pfalz zu der Zeit, wo man ihre Ausweiſung von der Kammer verlangte, zuzumuthen, ihre Thätigkeit den Ausſchußarbeiten zu widmen? So fällt auch dieſer Vorwurf auf diejenigen zurück, die ihn gegen uns erheben."

„Durch die neu vorzunehmenden Wahlen iſt die Entſcheidung über die künftige Selbſtändigkeit der Kammer, wie über die Billigung oder Mißbilligung des miniſteriellen Verfahrens in die Hände des Volkes gelegt. Es wird durch dieſe Wahlen der Kammermehrheit, dem Miniſterium und ſich ſelbſt das Urtheil ſprechen. Wir ſehen demſelben getroſt entgegen. Tief aber bedauern wir, die Krone von Rathgebern umgeben zu ſehen, welche weder die Wünſche des Volkes achten, noch die Rechte des Volkes heilig halten.

Heilbronn, 13. Juni. Geſtern Abend, nachdem ſämmtliches Militär von hier abgegangen war, wurde die Bürgerwehr, welche geſetzlich nicht mehr beſtand und wovon die wenigſten die Waffen abgeliefert hatten, herausgetrommelt, (wer den Befehl dazu gab, iſt unbekannt, da der Obercommandant nach Stuttgart war) um gegen die Entwaffnung zu proteſtiren. Es traten ungefähr 500 bis 600 Mann ganz gerüſtet an und zogen um 9 Uhr gegen Frankenbach zu ab; etlich und 40 Kleiner Bürgerwehrmänner hatten ſich dem Zuge angeſchloſſen. Was der Zweck des Auszuges war, ſcheint ihnen ſelbſt im Augenblick nicht klar geweſen zu ſein; jedenfalls wollten ſie ihre Waffen nicht abgeben, auch nicht durch dieſe Weigerung und ihr Verbleiben in der Stadt dieſelbe größerem Unglück ausſetzen. Der befehlende General hatte nämlich geſtern Abend noch verkünden laſſen, daß wenn bis heute früh 8 Uhr ſämmtliche Waffen nicht abgeliefert ſeien, die Stadt in Belagerungszuſtand werde erklärt werden. Nachdem die Truppe abgezogen war, ſammelten ſich auf dem Markte viele Arbeiter und verlangten ſtürmiſch nach Waffen, um, wie ſie ſich ausdrückten, „auch für die Freiheit zu ſtreiten." Dem Verlangen wurde natürlich nicht nachgegeben, auch der Schlüſſel zum Rathhaushofe, in dem ſich noch drei Kiſten erſt bezogene, noch unausgepackte Gewehre befanden, verweigert. Die Menge ſprengte aber das Thor und die Kiſten, und in einem Nu waren ſämmtliche Gewehre in feſten Händen. Es waren Leute dabei, die in ihrem Leben kein Geſchoß in der Hand hatten. Widerſtand zu leiſten war unmöglich, da alle Mittel hiezu fehlten; die zurückgebliebene Bürgerſchaft war entwaffnet, die bewaffnete ausgezogen, auch nicht ein Soldat wurde vom commandirenden General zum Schutze der Stadt zurückgelaſſen. Munition, welche die abgezogene Bürgerwehr von den Behörden verlangte, wurde verweigert. Die Nacht verlief ruhig. Dieſen Morgen um 8 Uhr rückten wieder zwei Bataillone Infanterie und ſechs Kanonen in die Stadt. Mit dem erſten Bahnzuge kam auch unſer Obercommandant mit der Nachricht von Stuttgart zurück, daß das Miniſterium entſchloſſen ſei, von der gegen die Stadt ergriffenen Maßregel nicht abzugehen. So eben, 8½ Uhr, durchreitet ein königlicher Beamter die Stadt und verkündigt für die Stadt und das Oberamt Heilbronn die Aufruhracte, die Entwaffnung ſämmtlicher Bürgerwehren mit der Erklärung, daß alle dadurch entſtehenden Koſten den in Aufruhr befindlichen Gemeinden zur Laſt fallen. Von unſerer ausgezogenen Bürgerwehr erfährt man, daß ein Theil ſich gegen Wimpfen zu gezogen habe, wie man vermuthet, nach der badiſchen Grenze; ein anderer, und zwar der größere Theil ins Hohenlohiſche. Es ſollen ſich ihnen von Dorfſchaften Viele beigeſellt haben, Näheres darüber weiß man jedoch nicht. Es wurden bei uns mehrere Verhaftungen vorgenommen, unter anderen der Redacteur des hieſigen Blattes Neckardampfſchiff und andere Demokraten. (Schw. M.)

*** **Leipzig**, 14. Juni. Geſtern Abend wurde von dem Stadtverordneten-Collegium der bisherige Vicebürgermeiſter Koch, ehemaliger Reichstagsdeputirter, mit 57 gegen 3 Stimmen zum erſten Bürgermeiſter der Stadt, an Stelle des abgetretenen Klinger gewählt. In Kurzem muß nun zur Wahl eines zweiten Bürgermeiſters geſchritten werden, die in mancher Beziehung die Gemüther mehr erregen dürfte. So entſteht z. B. die Frage, ob der Stadtrath von dem ihm durch die Städteordnung zuſtehenden Recht, dem Stadtverordneten-Collegium, 3 Candidaten vorzuſchlagen, auch in dieſem Falle Gebrauch machen ſolle, da dieſes Recht jedenfalls in kürzeſter Friſt in Wegfall kommt. Sehr viele Bürger aller Parteien wünſchen einen unbeſchränkteren Wahlmodus, vor allen Dingen aber die „entſchieden Freiſinnigen", die mit ſeiner Hilfe leichter einen Candidaten ihrer Geſinnung in dieſes wichtige Amt zu bringen hoffen, und dazu wunderſamer Weiſe gerade den deſignirt haben, der in den Maitagen, was wir ihm übrigens ſehr Dank wiſſen, ſeiner eigentlichen Partei entſchieden den Rücken wandte, um freilich, nachdem ſich die Stürme wieder gelegt haben, ſich aufs Neue ihren Reihen zuzugeſellen; es iſt dies der Vicevorſteher der Stadtverordneten, Hr. Dr. Rüder.

Karlsruhe, 13. Juni. Bei der geſtern hier ſtattgehabten Neuwahl zweier Bürgermeiſter wurden ungeachtet der größten Anſtrengungen der Republikaner für Advokat Dürr und Gemeinderath Kiefele doch die ſeitherigen, Herr Malſch und Herr Helmle, mit der Mehrheit von $^{11}/_{12}$ wieder gewählt. Weil jetzt Alles ſauber iſt und „die größte Ruhe im Lande herrſcht", hat unſere Conſtituirende beſchloſſen, die Gensdarmerie aufzuheben. Ein großer Theil dieſes etwa 600 Mann betragenden Corps iſt bereits hier eingetroffen und hat in einer ſtattgehabten Verſammlung beſchloſſen, ſich nicht auflöſen zu laſſen. Nach einer Angabe wollen ſie das Schloß beſetzen, nach einer andern Sage in Gemeinſchaft mit der Bürgerwehr handeln. (Schw. M.)

Mainz, 15. Juni. Die Fahrten der niederländiſchen Dampfſchifffahrt nach Mannheim ſind nun auch ſeit heute Morgen unterbrochen. Dieſe Geſellſchaft, die bisher kein Militär befördert und daher unbeläſtigt nach Mannheim fahren konnte, ſollte heute Morgen 6 Uhr eine Abtheilung vom 28. preußiſchen Infanterieregiment aufnehmen und nach dem Oberrhein fahren; was die Agenten, geſtützt auf ihre desfallſige bisher beobachtete Handlungsweiſe, verweigerten, worauf das Gouvernement die weiteren Fahrten der niederländiſchen Geſellſchaft von hier nach Mannheim unterſagte, ſo daß das Boot nun 900 Centner Güter, welche nach Mannheim beſtimmt waren, hier löſchen muß und wieder nach den Niederlanden fährt. Man glaubt hier allgemein, daß die Regierung der Niederlande mit Repreſſalien antworten werde. (D. P. Z.)

Gotha, 10. Juni. Der Abgeordnete Schwerdt hat in der Kammer folgende Anträge geſtellt: „1) In Erwägung, daß in der neueſten Circularnote der königlich preußiſchen Staatsregierung auch an das Gouvernement des Herzogthums Gotha das Anſuchen geſtellt iſt, ſich dem Sonderbündniſſe anzuſchließen, aus welchem der jener Note beigefügte königliche Verfaſſungsentwurf hervorgegangen iſt, möge die Verſammlung beſchließen: Der herzoglichen Staatsregierung gegenüber die feſte Zuverſicht auszuſprechen, daß ſie ſich mit dem königlich preußiſchen Miniſterium über deutſche Verfaſſungsangelegenheiten in keinerlei Verhandlungen einlaſſen, vielmehr in Gemeinſchaft mit denjenigen deutſchen und insbeſondere thüringiſchen Regierungen, welche mit ihr auf demſelben politiſchen Standpunkte ſtehen, an der aus den Beſchlüſſen der deutſchen Reichsverſammlung hervorgegangenen Reichsverfaſſung unwandelbar feſthalten werde. 2) Nachdem die königlich preußiſche

Regierung, unter Zuſtimmung der ſächſiſchen und hannover'ſchen, öffentlich erklärt hat, ſie werde die Leitung des däniſchen Kriegs ohne Mitwirkung der deutſchen Centralgewalt forthin übernehmen, ſo möge — obwohl der Reichsverweſer gegen einen ſolchen Bundesbruch energiſchen Proteſt eingelegt! — die Abgeordnetenverſammlung beſchließen, an herzogliche Staatsregierung den Antrag zu ſtellen, das coburg-gothaiſche Truppencontingent aus Schleswig zurückzuziehen, ſobald die dortige Kriegführung nicht mehr in den Händen der deutſchen Centralgewalt liegt.“ Die Wahl für einen Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung hat die Regierung auf den 27. Juni anberaumt. (D. A. Z.)

Aus Mecklenburg, 13. Juni. Der Ausſchuß für die deutſche Frage wird erſt morgen Bericht erſtatten; indeſſen hören wir aus den Fraktions-Sitzungen, daß die beiden Centren ſich mit der Rechten geeinigt haben, um die extremen Anträge, mit denen die Linke gedroht hat, zu beſeitigen. Demnach wird wahrſcheinlich ein Beſchluß zu Stande kommen, worin die Kammer zwar ihre Rechte der Regierung gegenüber wahrt und ſich ihre definitive Mitentſcheidung vorbehält, übrigens aber ſich damit einverſtanden erklärt, daß die Regierung den von den verbündeten Königreichen angebahnten Weg zur Einigung Deutſchlands mit einſchlägt. Strelitz geht ganz ſeinen eigenen Weg und kümmert ſich weder um die Wünſche der Kammer, noch um die Anordnungen der Centralgewalt. Es hat derſelben nicht nur die geforderten Reichstruppen verweigert, ſondern iſt auch noch mit den alten Matrikularbeiträgen im Rückſtande.

Die Berichte von unſern Truppen lauten ſehr günſtig, nur klagen die Soldaten in den Briefen an ihre Angehörigen über den vielen „Salat“, der das Alpha und Omega ihrer Mahlzeiten bildet, und erinnern ſich wehmüthig an die vollen Fleiſchtöpfe des glücklichen Mecklenburgs. In der That hat es dem volkswirthſchaftlichen Ausſchuß trotz ſiebenmonatlicher Anſtrengungen nicht gelingen wollen, ein Proletariat in Mecklenburg ausfindig zu machen; um aber doch etwas zu leiſten, hat er der Kammer jetzt ein Geſetz über die ländlichen Tagelöhnerverhältniſſe vorgelegt, welches, wenn es ein Decennium in Kraft geweſen ſein wird, uns vielleicht mit jenem weſentlichen Erforderniß der Staatswohlfahrt, nach maguariſchen Grundſätzen, beſchenken wird. Die ultraconſervative Partei wird täglich rühriger; vom 1. Juli an wird ihr Organ, die Neue Roſtocker Zeitung, erſcheinen, die es ſich, ebenſo wie die Neue Preußiſche, zur Aufgabe machen wird, die konſervative Partei — zu ſpalten.

Als Material für Ihre Zeitungsſchau fügen wir noch die Notiz hinzu, daß die geſammte Preſſe unſeres Landes, mit Ausnahme des impotenten „Landtagsboten“, der dem Verſcheiden nahe iſt, ſich für den Entwurf der drei Königreiche und den Anſchluß an ihre Politik erklärt. (D. Ref.)

** Aus Schleswig-Holſtein, 13. Juni. In Feindesland, wie Jütland für unſere Heere iſt, iſt dem Verrath Thür und Thor geöffnet, und doch führt man den Krieg, als wäre das Ganze nichts weiter als eine Revue, bei der man die Truppen nur üben wollte. Kann es einen dann wundern, wenn die Dänen in ihren Blättern den General Prittwitz und die deutſchen Heere verhöhnen? Prittwitz hat nämlich von Horſens aus an den Grafen Schulin als Amtmann von Ringkjöbing den Befehl geſandt, alle 3 Tage an das Heer 100 Ochſen einzuliefern, wenn er nicht wolle, daß die in Varde ſtationirten Truppen weiter herauf rücken ſollten. Nun liegen aber noch keine Truppen in Varde, ſo daß es ſcheint, als ſei der Oberbefehlshaber nicht einmal über die Stellung ſeiner eigenen Truppen genau unterrichtet. Dem Boten hat man den Beſcheid ertheilt: „Wenn General Prittwitz Ochſen haben wolle, müſſe er ſelbſt kommen, um ſie abzuholen.“ Bonin erhält ſo gut wie Prittwitz ſeine Befehle von Berlin, obgleich Bonin ſchleswig-holſteiniſcher General iſt. Man ſieht dies am beſten aus einzelnen Kleinigkeiten; ſo verbot Prittwitz im preußiſchen Lager die Freie Preſſe, und gleich darauf erhielt der ſchleswig-holſteiniſche Feldpoſtmeiſter die gemeſſene Ordre, keine Freiexemplare der Freien Preſſe mehr an die Soldaten der ſchleswig-holſteiniſchen Armee zu befördern, obgleich die Soldaten Portofreiheit haben und von je her der Armee Freiexemplare zugetheilt wurden. Freilich jetzt iſt Th. Olshauſen mit in der Redaction, und Olshauſen färbt oft etwas roth; auch war in jüngſter Zeit die Freie Preſſe ſehr erbittert auf das Nichtsthun im Zalblager, welches wohl aus ſtrategiſchen (?) Gründen geſchieht. Unſere Reichsarmee iſt 70,000 Mann ſtark und Rye hat nur 30,000 Dänen, alſo muß Prittwitz ſtillſtehen, um noch mehr Kräfte abzuwarten, die nun auch von Preußen freiwillig kommen; denn am 9. ſchon ſollen wiederum mehrere Geſchütze von Berlin mit der Eiſenbahn abgegangen ſein, wenn ſie nur nicht in Mecklenburg hängen geblieben ſind, wo man jetzt auch wenig hofft, aber Alles fürchtet. Ueber die Friedensunterhandlungen tappen wir im Finſtern, ſelbſt unſere Regierungsbeamten wiſſen nicht, wie die Sachen ſtehen, am Ende nicht einmal die Statthalterſchaft; denn in den heutigen Vormittagsſtunden ſprach ich einen der hochgeſtellteſten Männer des Landes, und er wußte nicht mehr wie ich, nicht etwa weil er verſchweigen mußte, ſondern weil er nichts zu verſchweigen hatte. Statt daß wir ſonſt durch das Miniſterium Gagern durch unſern Bevollmächtigten Kunde erhielten, weiß man in Frankfurt ſelbſt nichts. Ueberhaupt wird unſere Statthalterſchaft jetzt von preußiſcher Seite nur wie eine Maſchine behandelt, man hat ihr nicht einmal die Entlaſſung Orla Lehmann's angezeigt, ſondern Prittwitz hat ihn auf eigne Hand entlaſſen, er hat mit Umgehung der Statthalterſchaft dem Feſtungscommandanten zu Rendsburg direct den Befehl zur Freilaſſung zugeſandt, und dieſer mußte aus militäriſcher Subordination gehorchen. Auch dieſe Zeit wird ein Ende nehmen und unſer Krieg wird nicht eher günſtig enden, als bis die Schleswig-Holſteiner wie die Ungarn ihn ſelbſtſtändig in die Hand nehmen. Der Krieg hat gegenſeitig viel Aehnliches, Schleswig-Holſtein will ſich gleich Ungarn von einer fremden Dynaſtie befreien, die ſich ſtets Eingriffe in die Rechte des Volkes erlaubte, die alle gegebenen Traktate zum Beſten der Geſetze des Hauſes umſtieß, die fremde Beamten ins Land ſchickte, nur um den eignen armen Adel zu füttern und im Glanz zu erhalten. Schleswig-Holſtein iſt wie Ungarn reich an innerer Kraft; wir können eben ſo gut wie die Ungarn unſer Recht ſelbſt erkämpfen, wenn wir die diplomatiſchen Künſte zerreißen.

Schleswig, 12. Juni. (Von der Armee.) Sie wünſchen von unſern Operationen gegen den Feind in Kenntniß geſetzt zu werden? Ach, wer von uns kennt wohl noch den Begriff des Wortes Operationen! Ich möchte in der That wiſſen, wo die Bären alle hergekommen ſind, auf deren Häuten die impoſante Macht der deutſchen Reichstruppen behaglich hingeſtreckt liegt. Als vor einiger Zeit der General-Lieutenant v. Prittwitz ſich nach der Verpflegung unſerer Brigade erkundigte und ihm erwidert wurde daß in dieſer Beziehung nichts zu wünſchen übrig bleibe, aber — fiel er den Antwortenden in die Rede und ſagte: Sie wollen ſagen, es wäre nichts zu thun da für die Leute? Es iſt ſchlimm genug, aber da kann ich nichts dafür, die Schuld liegt an den Diplomaten. Zum Teufel dachte ich, als ich dies hörte, Schuld mag haben wer da will, aber es iſt langweilig und blamabel, wenn ein ſo großes Armeecorps den Krieg in einer ſolchen Weiſe führt, wie es geſchieht. (H. C.)

Kiel, 13. Juni. Der heutige Tag war für die ſchleswig-holſteiniſche Marine ein feſtlicher; denn es wurde heute die in Düſternbrook neu angelegte Batterie von der Marinemannſchaft der alten Batterie bezogen.

Die Batterie wurde um 9½ Uhr, bei Ankunft des Herzogs von Sachſen-Coburg und einer hohen Marinecommiſſion, ſowie mehreren höhern Artillerieofficieren, feſtlich mit Flaggen geſchmückt, obenan die Flagge des größern und engern Vaterlandes, dann die verſchiedenen Signalflaggen nachfolgend. Nach ſtattgefundenem Probeſchießen nach den Tonnen wurde noch eine Salve aus fünf Geſchützen gegeben, worauf die Feſtlichkeit ihr Ende hatte. Die Batterie hat den Namen Fort Delius erhalten. (N.Fr.P.)

× **Hamburg**, 13. Juni. Unter dem hieſigen Freihandelsverein, der über tauſend Mitglieder zählt, iſt eine Spaltung ausgebrochen. Man hielt ſonſt alles Politiſche gefliſſentlich fern, konnte aber nicht umhin, ſich über den preußiſchen Entwurf zur Reichsverfaſſung auszuſprechen. Derjenige Theil der Verſammlung, welcher die politiſchen Intereſſen über die zunächſt liegenden materiellen ſetzt, hat ſich für den Entwurf ausgeſprochen, wie dies der patriotiſche Verein bereits in einer Petition an den Senat gethan hat, und iſt ausgetreten. Heute hat nun der Verein ein Gutachten publicirt, worin er aus dem Grunde, daß der Zollverein noch bis 1857 geſetzlich Kraft hat und Hamburg ſich dieſem würde anſchließen müſſen, mithin ein großer Theil ſeines Handels dadurch ruinirt wäre, es unter dieſen Umſtänden für rathſam hält, noch abzuwarten, bis die anderen deutſchen Staaten ſich darüber

erklärt haben werden; unterzeichnet war es von dem Vorſitzenden früheren Parlamentsmitgliede Roß und Ed. Johns als Schriftführer. Unſere Demokraten beſtehen auf der Reichsverfaſſung. In Folge des däniſchen Krieges macht ſich die Stockung der Geſchäfte und die Nahrungsloſigkeit der Arbeiter immer mehr bemerklich. In der Frage wegen der Stadtverfaſſung ſtehen ſich die Parteien ſo ſchroff gegenüber, daß ein Zuſammenſtoß ſchwer zu vermeiden ſein wird. Bremen und Lübeck ſind lange fertig, Hamburg und Frankfurt ſcheinen ſobald noch nicht zu einer feſten Verfaſſung gelangen zu ſollen.

Großbritannien.

• **London**, 13. Juni. Das Huller Blatt, „Hull Packet", ſagt in ſeiner vorgeſtrigen Nummer: „Wir haben gulen Grund zu glauben, daß die Tage der däniſchen Blokade gezählt ſind und daß binnen ſehr kurzer Zeit die Feindſeligkeiten zwiſchen Deutſchland und Dänemark zu Ende ſein werden. Die Auflöſung des Frankfurter Parlaments, welches dieſen Krieg Preußen aufnöthigte (!), hat dem Kaiſer (die Huller Zeitung ſcheint alſo in dem ſüßen Wahn befangen, daß der König von Preußen die deutſche Kaiſerkrone angenommen!) freien Spielraum gewährt, einen Frieden zu ſchließen, dem er nicht abgeneigt ſein ſoll. Und wir haben aus Berlin von wohl unterrichteter Hand die poſitive Nachricht, daß der Friede gewiß iſt und daß die Beſtimmungen deſſelben feſtgeſetzt und bewilligt ſind." Hiermit ſtimmt eine Mittheilung des Chronicle ziemlich überein, welche Zeitung noch hinzuſetzt, daß man über den Fortgang der Verhandlungen die größte Verſchwiegenheit beobachte und daran ſehr wohl thue; alle am Kriege betheiligten Parteien, die Schleswiger ausgenommen, wünſchten ſo bald als möglich Frieden zu ſchließen. Bis jetzt ſei man über eine erſte Grundlage übereingekommen.

Schweiz.

Bern, 12. Juni. Der Nationalrath hat heute mit 44 gegen 43 Stimmen beſchloſſen, am Beſchluſſe vom 25. Mai (in Bezug auf die Aufhebung der Militäreapitulationen) nicht feſtzuhalten; hingegen entſchied eine Mehrheit von 47 gegen 21 Stimmen für den Beitritt zum Beſchluſſe des Ständeraths mit Streichung des Wortes „einſtweilen" im Art. 2 deſſelben. (Schw.Bl.)

Ungarn.

General Rüdiger hat mit einer Hälfte ſeines Corps über Biala, Seypuſch die ungariſche Grenze überſchritten, und am 3. Juni in Nameßto, Arvaer Comitat, einen Raſttag gehalten; hierauf rückte er nach Alſcho-Kubin, dem Hauptort deſſelben Comitats vor, während ſeine Vorhut am 5. Juni ſchon in Roſenberg, Lyptauer Comitat, war; ob die andere Hälfte deſſelben ruſſiſchen Corps unter General Saß über Altendorf in das Zipſer Comitat gänzlich eingerückt ſei, weiß man noch nicht, indeſſen iſt ſehr wahrſcheinlich, daß dieſes Corps ſich in Leutſchau zuſammenzieht, und gegen Eperies oder Kaſchau anrückend die Inſurgenten unter Dembinski im Rücken bedroht, während Paskewitſch ſelbſt von Dukla aus in der Front Dembinski angreifen wird, wenn Rüdiger Kaſchau beſetzt hat. Ich glaube kaum, daß Dembinski heute, wo Rüdiger dieſe Bewegung ſchon ausgeführt haben könnte, den Duklaer Paß noch beſetzt hält. Es wäre ihm ſonſt die Rückzugslinie an die Theiß über Kaſchau abgeſchnitten und er gezwungen, ſich von Demete und Eperies über Vetſche im Zempliner Comitat nach Ujhely zu ziehen, wo er wieder ſehr leicht auf die von Stry über Munkatſch eindringenden ruſſiſchen Heerſäulen ſtoßen könnte. Dieſe Operationen in Oberungarn ſcheinen die Anſicht zu beſtätigen, daß bei Wieſelburg und Raab nicht früher der Angriff auf die Inſurgenten beginnt, als bis ihnen durch die Ruſſen der Rückzug über die Theiß abgeſchnitten iſt, oder die Inſurgenten die Offenſive ſelbſt ergreifen, worauf ihr Zug an die Drau zu deuten ſcheint, welchem das Schwarzenbergiſche Corps, das von Güns nach Steinamanger und ſo immer weiter marſchirt, zuvorkommen will. Von Preßburg ſind alle öſterreichiſchen Truppen geſtern aufgebrochen, um ihre Stellungen einzunehmen; doch könnte der Angriff auf die Inſurgenten noch einige Tage verſchoben werden.

Koſſuth iſt von Peſth nach Comorn und Raab zur Aneiferung der dortigen Truppen, unter denen ſeit dem Thronerledigungsbeſchluß offener Hader herrſcht, und die Deſertion ſtark eingeriſſen iſt. Ungariſche Honved's eilen zu ihren Eltern, die zur Beſtellung der Ernte ihrer Hände bedürfen, mehrere Polen machen ſich aus dem Staube aus Furcht vor den Ruſſen, ſo daß die Inſurgentenregierung eine eigene Verordnung gegen die häufigen Ausreißer erlaſſen, und eine Belohnung von 10 fl. für die Verhaftung verſprechen mußte. Koſſuth will die Truppen überreden, daß er an keine Republik gedacht habe, ſondern nur einen andern den Magyaren gewogenen König auf den Thron des ſelbſtſtändigen Ungarns ſetzen wolle. Die Erlaſſe der von ihm eingeſetzten Commiſſäre in den Comitaten fangen mit den Worten an: „Im Namen der verantwortlichen Regierung des unabhängigen und ſelbſtſtändigen ungariſchen Reiches und ſeiner Nebenländer verordne ich wie folgt" ꝛc. Es wäre für die Koſſuth'ſchen Beamten lebensgefährlich, wenn ſie die beliebten Worte: Ungariſches Reich und ſeine Nebenländer (Croatien, Slavonien, Dalmatien) auch nur aus einem Reiſepaß auslaſſen würden. Wie Koſſuth nun dieſes zähe Feſthalten an den alten Benennungen wird ſchonen und den Wünſchen der Polen Weihrauch ſtreuen können, muß die nächſte Zukunft zeigen, indem der klare Zweck ſeines Ausflugs in das Inſurgentenlager kein anderer ſein kann, als die Truppen wieder zu begeiſtern, und ſie zum Vorrücken gegen Wien zu bewegen. Andererſeits verſuchen Koſſuth und ſeine Emiſſäre alle Mittel, um in den benachbarten Provinzen Aufſtände zu erregen. So verweigerten einige mähriſche Gemeinden die Vorſpannsleiſtungen für die Packwagen der Ruſſen aus Furcht vor den Magyaren, die, wie ſie meinten, ſchon nach Mähren einzubrechen bereit wären. Als die von Koſſuth gemietheten Verbreiter ähnlicher Nachrichten verhaftet wurden, erſchienen ſie willig mit ihren Pferden. In Hradiſch fand man eine aus Müdigkeit herabgefallene Brieftaube mit einer Proclamation an die Slaven und einem kleinen Schreiben, welches uneröffnet an das hieſige Miniſterium eingeſendet wurde. (Allg. Z.)

Die Vorpoſten des Banus ſtehen bereits bei Becſe. Ob er Neuſatz und ſomit Peterwardein von der Rückſeite angreifen oder wohin ſonſt ſich wenden werde, iſt nicht abzunehmen. Zu wünſchen wäre es, daß der Kampf im Banate vor der Ernte zu Ende käme; denn ſeit langer Zeit war keine ſo gute Ernte zu hoffen, als in dieſem Jahre. Temesvar ſoll 10,000 Mann Beſatzung haben und faſt täglich furchtbare Ausfälle machen. (Preſſe.)

Der ruſſiſche Kaiſer hat, wie die Agr. Ztg. berichtet, die Bruſt des heldenmüthigen Knicanin mit dem Orden der heiligen Anna 2. Claſſe in Brillanten geſchmückt.

Rußland.

In **Cronſtadt** brach am 30. Mai eine heftige Feuersbrunſt aus, welche 16—18 Häuſer vernichtet haben ſoll, worunter einige der ſchönſten in der Stadt. Erwähnt werden darunter die Wohnungen der Herren Joſ. und Henry Simpſon, ſo wie die Comptoire der Herren F. Winberg und Co., John Booker und Son, deren Bücher und Papiere jedoch gerettet wurden. Der Verluſt ſoll bedeutend ſein. (B.-H.)

Donaufürſtenthümer.

Bukareſt, 26. Mai. Die Ruſſen ſind aus der Wallachei noch immer nicht über die ſiebenbürgiſche Grenze gerückt. General Lüders hat den Befehl erhalten, dies erſt dann zu thun, wenn ein zweites ruſſiſches Armeecorps durch die Bukowina in Siebenbürgen eingedrungen ſein wird. Man ſcheint ruſſiſcher Seits überhaupt in jeder Beziehung mit großer Vorſicht und Sicherheit zu Werke zu gehen. Feldmarſchall-Lieutenant Puchner, welcher den wichtigen Punkt Orſchowa auf die Drohung Bem's, daß er die Stadt im Fall von Widerſetzlichkeit beſchießen werde, leider ohne Schwertſtreich geräumt hat und ſich auf hieſiges Gebiet zurückzog, ſcheint die Donau überſetzen und nach Serbien gehen zu wollen, um ſich von dieſer Seite mit dem Armeecorps des Banus Jellacic zu vereinigen. Alle Dampf- und Frachtſchiffe ſind von Orſchowa auf unſer Gebiet nach Skela Gladova herabgeführt worden. General Bem hat von der hieſigen Regierung die Auslieferung der k. k. Truppen und der Kaſſen verlangt, worauf ihm aber gar keine Antwort ertheilt wurde. (Schw. M.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 166. Frankfurt a. M., Montag 18. Juni. 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Truppen nach Süden). Wien (Magyariſche Sympathieen. Die Operationen in Ungarn. Sieg des Banus. Ungariſche Nachrichten. Revue. Die Artilleriſten aus Raſtatt. Vermiſchtes). Berlin (Menus plaisirs. Hr. Fay. Oberſt Donelſon. Traum eines Wollhändlers. Auswanderung. Hr. v. Peucker. Hr. v. Prokeſch. Ducaten in partibus infidelium) München (Ein königlicher Kommiſſär nach der Pfalz). Stuttgart (Vorberathende Sitzung der Reichsverſammlung. Kammerverhandlungen. Getheilte Stimmung des Landes. Die Haltung des Miniſteriums und der Kammer). Heilbronn (Die ausgezogene Bürgerwehr). Dresden (Die preußiſchen Truppen. Der Rieſenprozeß. Die Flüchtlinge). Karlsruhe (Freilaſſung der gefangenen Dragonerofficiere. Verkehr mit Würtemberg. Brutale Handlung des Kriegsminiſters. Die Gensd'armen. Beſchlüſſe der conſtituirenden Verſammlung. Der proviſoriſchen Regierung dictatoriſche Gewalt übertragen. Ernennung eines Miniſteriums. Mieroslawski übernimmt den Oberbefehl). Raſtatt (Entfernung der öſterreichiſchen Officiere). Darmſtadt (Truppenbewegungen. Das Schloß Hirſchhorn von Turnern beſetzt). Worms (Die Preußen in Frankenthal und Ludwigshafen). Wiesbaden (Das Spiel im Curſaal. Der Landesausſchuß für Naſſau. Amtsentſetzungen). Aus dem nördlichen Schleswig (Die gefangenen Huſaren nach Kopenhagen gebracht).

Frankreich. Paris (Weitere gerichtliche Verfolgungen gegen Repräſentanten. Die Aufſtände in den Departements. Lyon in Belagerungszuſtand. Die Permanenz der Nationalverſammlung dauert fort.)

Italien. (Rom noch immer belagert). Turin (Der Stand der Friedensunterhandlungen mit Oeſterreich).

Ungarn. (Die Operationen um Preßburg).

Türkei. (Großer Sieg der Tſcherkeſſen).

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

Deutſchland.

* **Frankfurt,** 17. Juni. Wir ſtellen die heutigen Nachrichten vom Kriegsſchauplatz in gedrängteſter Kürze zuſammen. Ueber den Beginn der Operationen ſchreibt man der O.P.Z. aus Weinheim vom 16. Juni: „Geſtern wurde hier das Hauptquartier aufgeſchlagen und begannen die Operationen, die bisher nur noch in großen Recognoscirungen beſtanden, wenigſtens von unſerer Seite. Man wollte vorerſt nur ſich aufſtellen und die feindlichen Kräfte prüfen; dazu aber bedurfte es einiger Angriffe und dieſe erfolgten auf Käferthal und Ladenburg. Schon hinter Weinheim ſtießen die Unſern auf feindliche Artillerie, die ſich aber von unſerer Cavallerie charzirt bald zurückzog. Die Mecklenburger rückten alsdann mit dem linken Flügel der Armee gegen Ladenburg vor, welches ſie nach längerer Beſchießung nahmen; doch gab man ihre Stellung dort wieder auf, da dieſelbe zu ſehr exponirt war. Daſſelbe war mit Käferthal der Fall, wohin das Centrum der Armee vorrückte. Der linke Flügel gegen Lampertheim hin ſcheint einſtweilen noch geruht zu haben.“ Unterdeſſen wurde auf der andern Seite Ludwigshafen von den Preußen genommen. Die Mainzer Z. berichtet hierüber aus Oggersheim (bei Ludwigshafen) vom 15. Juni folgendes Nähere: „Heute Morgen marſchirte ein Bataillon vom 28. Infanterieregiment, eine große Abtheilung Huſaren, die 7. Artilleriebrigade und andere preußiſche Truppenabtheilungen nach Ludwigshafen ab. Schon vor Ludwigshafen ſtießen die Huſaren, welche die Spitze bildeten, auf badiſche Soldaten, von denen ſie zurückgeſchlagen wurden. Darauf rückten die 28er mit Geſchütz vor und trieben die Badenſer nach Ludwigshafen zurück. Doch wurde aus verſchiedenen Häuſern, namentlich dem Gaſthofe zum deutſchen Hauſe, ein bedeutendes Gewehrfeuer eröffnet, worauf das deutſche Haus von preußiſcher Seite in Brand geſchoſſen wurde. Die Badenſer zogen ſich nun über die Brücke zurück, auf der ſie in der Mitte eine ſtarke Barricade aus Baumwollenballen errichtet hatten. Während des Rückzugs wurde vom Mannheimer Ufer, an dem eine Reihe von Kanonen aufgepflanzt iſt, ein mörderiſches Kanonenfeuer eröffnet und die Brücke beſtrichen. Nachdem die Badenſer zwei Joche derſelben abgeführt und ſich noch eine Zeit lang hinter der Barricade vertheidigt hatten, zogen ſie ſich dann wohl-geordnet an das jenſeitige Ufer zurück. Die Preußen beſetzten nun die Rheinſchanze und pflanzten ihre Geſchütze dort auf. Von beiden Seiten wurde jetzt eine lebhafte Kanonade eröffnet, wobei die Badenſer bei der Mehrzahl ihrer Geſchütze natürlich bedeutende Vortheile hatten. Bis jetzt, Abends 8 Uhr, iſt die Entſcheidung noch ungewiß. Man fürchtet, daß die Preußen dieſe Nacht Mannheim beſchießen werden.“

Hier ſchließt ſich unſere unten mitgetheilte Nachricht an, wonach Mannheim wirklich beſchoſſen wurde und durch Brand furchtbar gelitten hat.

Am 16. 6 Uhr Morgens begann, nach der obigen Mittheilung der O. P. Z. aus Weinheim, der Kampf von neuem. „Anfangs neigte ſich die Schale den Badenern zu; da nahm Oberſt v. Weitershauſen, ein längſtbewährter heſſiſcher Officier, die Sache in die Hand und ſchlug die Freiſchaaren zurück, die ſich ſchon auf eine halbe Stunde von hier im Gebirge zeigten. Jetzt gehts wieder mit Macht vorwärts. Ich zählte bisher an die 90 Verwundete, unter denen der heſſiſche Major v. Neidhardt; doch waren die meiſten Wunden ſehr unbedeutend. An Ueberläufern fehlt es natürlich nicht.“

Als Neueſtes meldet endlich die O. P. Z.: „Aus zuverläſſiger Quelle wird uns ſoeben noch die Mittheilung, daß die ganze Neckarlinie von den Reichstruppen occupirt und daß Mannheim von zwei Seiten eingeſchloſſen iſt, ſich aber weigert, zu capituliren. Die Heſſen ſtehen am Neckar, die Preußen am Rhein; aber die Flüſſe ſind noch nicht überſchritten. In Mannheim iſt die Schwefelſäurefabrik abgebrannt. Der Kampf geſtern und vorgeſtern wurde mit furchtbarer Erbitterung geführt. Einzelne Corps der Reichstruppen, man nennt unter andern die 38er Preußen, machen keine Gefangene und geben keinen Pardon.“ Die Mecklenburger verloren bei Ladenburg gegen 50 Todte, worunter ein Musketier und ein Horniſt, denen eine Kugel den Kopf nahm; ſechs Andern ſollen die Beine weggeſchoſſen worden ſein. Auch brachten ſie zwei Kanonen zurück, die jedoch nur unbedeutend beſchädigt waren.

Die regelmäßige Verbindung auf der Main-Neckareiſenbahn iſt wieder hergeſtellt; Briefe und Blätter aus Carlsruhe vom 14. und 15. Juni ſind hier eingetroffen. Beim Abgang des Zuges in Heppenheim am 17. früh hatte man keinen Kanonendonner mehr gehört, was eine Waffenruhe vermuthen ließ. Der Zug brachte mehrere Wagen mit Verwundeten, die von hier nach Offenbach gebracht wurden. Wie wir hören, ſoll ein Theil der hieſigen Beſatzung einquartiert werden, um die Kaſernenräume zu Spitälern für die Verwundeten benutzen zu können.

♈ **Frankfurt,** 17. Juni. Wir erhalten ſoeben das folgende aus dem Hauptquartier Weinheim, 16. Juni, 3 Uhr Morgens datirte Schreiben:

Das war geſtern ein heißer Tag. Der Kampf begann gegen ſechs Uhr Morgens bei Käferthal, zog ſich dann nach Ladenburg und hat hier, wo der Feind einige Geſchütze ſehr günſtig poſtirt hat, bis gegen Abend gedauert. In Käferthal, wo ſeine Stellung weniger ſicher war, hat er nur wenig Widerſtand geleiſtet. Es iſt von unſerer Seite nur wenig Infanterie ins Gefecht gekommen. Hauptſächlich Artillerie und dann die Cavallerieregimenter von Mecklenburg und Heſſen-Darmſtadt, die beide die vorzüglichſte Bravour zeigten, waren thätig. Mannheim brennt furchtbar. Es mögen mehrere Quadrate der Stadt in Flammen ſtehen. Sie wird von der anderen Seite her beſchoſſen. Mieroslawski iſt dort angekommen und hat das Commando übernommen.

Täglich kommen noch Ueberläufer, geſtern 13 Dragoner mit Pferden und Waffen. Der Empfang der Truppen ſeitens der Bürger von Weinheim war ſehr gut. Sie wurden als Erlöſer betrachtet. Mit der Verpflegung ſteht es ſchlecht. Das Land iſt von den Freiſchaaren furchtbar ausgeſogen.

Y **Frankfurt**, 17. Juni. Heute Morgen ſind die beiden letzten Schwadronen des 4. Küraſſierregiments, eine Schwadron des 3. rothen Huſarenregiments, eine halbe reitende Batterie der 5. und eine halbe reitende Batterie der 6. Artilleriebrigade, das 1. und 2. Bataillon des 20. Infanterieregiments und die 5. Jägerabtheilung hier einmarſchirt. Dagegen iſt das Füſilierbataillon des 20. Regiments, eine halbe Fußbatterie der 4. und eine halbe Fußbatterie der 5. Artilleriebrigade und das 8. Landwehrregiment ebenfalls heute weiter nach Süden gezogen. Die ſeit geſtern beſchleunigten und verſtärkten Truppenſendungen ſcheinen zu beweiſen, daß man auf ſtarken und nachhaltigen Widerſtand geſtoßen iſt.

A.Z.C. **Wien**, 12. Juni. Die zu Raſtatt kommandirt geweſenen k. k. Genie- und Artillerieabtheilungen wurden auf ihrem Zurückmarſche nach Oeſterreich an allen Orten herzlich empfangen und gaſtfreundlich bewirthet. Nirgend durften ſie Fleiſch und Schlafgeld bezahlen; die braven Tyroler brachten ihnen im Gegentheile ſtundenweit Speiſe und Trank entgegen. Nach einem kaiſerlichen Handſchreiben haben jene Soldaten, welche, bereits im Beſitz der ſilbernen, die goldene Ehrenmedaille erwerben, die erſtere zu behalten und nicht wie früher abzugeben.

△ **Wien**, 13. Juni. Geſtern früh brach Feuer aus auf der Wieden; man wußte anfangs nicht wo und ſah nur die fernen Feuerſäulen, und zugleich tauchte auch der Gedanke des Anmarſches der Magyaren wieder auf; die Straßen waren dichtgedrängt voll Menſchen und einer rief dem andern zu: „Die Magyaren kommen, ihre Raketen haben ſchon gezündet.“ Man konnte nicht unterſcheiden, ob dieſer Ausruf ein Zeichen des Schreckens oder der Freude war. Endlich zeigte ſich, daß das Feuer ein zufällig entſtandenes war, und die Sicherheitswache reinigte die Straßen von den Neugierigen. Man erwartet in den untern Schichten des Volks die Ungarn mit kaum geringerer Beharrlichkeit als die Juden den Meſſias. Unterdeſſen kommt weder der eine noch die andern; dagegen rücken immer größere Maſſen von Ruſſen ein. Auf geſtern erwartete man die Ankunft des Fürſten Paskewitch in Krakau. Seine Operationen werden mit dem in entgegengeſetzter Richtung über Bieſtritz kommenden Corps gegen Karlsburg in Siebenbürgen gerichtet ſein, um ſich dort zu vereinigen und, wenn Siebenbürgen genommen iſt, gegen Debreczin zu wenden. Unter den Oberbefehl Haynau's ſind nur diejenigen ruſſiſchen Truppen geſtellt, welche die Beſtimmung haben, den linken Flügel der Donauarmee zu bilden, und ſich jetzt bei Preßburg und der Schütt ꝛc. befinden. Seit man an dem Baron Mednianſki das „Beiſpiel des Erhängens im Koſſuthhut ſtatuirt,“ iſt die allgemeine Stimmung in Preßburg, Oedenburg, Güns ſehr eingeſchüchtert, ein magyariſcher Parlamentär aber ſoll mit Repreſſalien an den öſterreichiſchen Officieren in ungariſcher Gefangenſchaft gedroht haben, wofern noch ein ungariſcher Kriegsgefangener durch den Strang hingerichtet würde. Dieſer Proteſt wird jedoch wenig oder gar keinen Eindruck auf Haynau machen, der eine derartige prompte Juſtiz liebt. Ein Officier, welcher Güns vorgeſtern verließ, beſtätigt, daß in der Umgegend täglich Vorpoſtengefechte ſtattfinden; Güns ſelbſt iſt jedoch von unſern Truppen beſetzt und Graf Edmund Zichy, einer der treugebliebenen Magnaten, iſt dort als kaiſerlicher Civilregierungscommiſſär dem Corpscommandanten Fürſten Edmund Schwarzenberg beigegeben. Einige unſerer Zeitungen, die jetzt in jeder ausländiſchen Uniform einen Ruſſen wittern, berichten ſeit zwei Tagen die Ankunft zweier ruſſiſcher Großfürſten (Conſtantin und Michael), von der jedoch weder der ruſſiſche Geſandte noch der Hof Kenntniß hat. Auch bei der geſtrigen großen Revue war nur Prinz Luitpold von Baiern, der ruſſiſche General Berg und der junge Fürſt Paskewitſch zugegen, welche beiden wahrſcheinlich den Irrthum veranlaßten. In der Burg ſelbſt werden übrigens Anſtalten zum Empfang hoher Gäſte getroffen. Die Stadtcommandantur, welche bisher einen Theil derſelben, die ſogenannte Reichskanzlei inne hatte, trifft Anſtalten in die frühere ungariſche Hofkanzlei überzuſiedeln. Die Finanzwelt hat keinen dringenderen Wunſch, als die Einnahme der Bergſtädte, und dem Vernehmen nach ſoll auch die beſondere Aufmerkſamkeit der Heerführer dahin gerichtet ſein, ſie möglichſt ſchnell zurück zu erobern. Dies wäre allerdings von zweifachem Nutzen; es würde die Mittel der Magyaren vermindern (die Kremnitzer Ducaten ſind ihnen ein ſtarker Hebel) und zugleich zur Abkürzung unſerer täglich ſich vergrößernden Finanzverlegenheit beitragen. Der Ban hat vor den Römerſchanzen einen bedeutenden Sieg errungen, der die Magyaren 1500 Mann an Todten und Verwundeten gekoſtet haben ſoll. Somit wäre Hoffnung, daß ſeine Operationen nicht vereinzelt bleiben werden.

* **Wien**, 13. Juni. Die heutige Wiener Ztg. enthält einen officiellen Bericht des Banus Jellacic über den Sieg der k. k. Truppen in Südungarn. Das Treffen fand nächſt den Römerſchanzen ſtatt. Ein Bataillon Turzky und das 8. Honvedbataillon wurden faſt aufgerieben; bei 500 Leichen bedeckten das Feld, 220 meiſt ſchwer Verwundete fielen in die Hände unſerer Truppen. Der Verluſt des Feindes wird im Ganzen auf 1500 Mann, der unſerige nur auf 2 Todte und 10 — 12 Verwundete angegeben, was der meiſterhaften Verwendung der Cavallerie von Seite des F. M. L. Ottinger zugeſchrieben wird. Auch das Cernirungscorps von Peterwardein hat in der Nacht v. 4. d. einen Ausfall der Beſatzung mit anſehnlichem Verluſt für letztere zurückgewieſen. Nach der ſüdſlaviſchen Ztg. hat Perczel perſönlich den Angriff geleitet. Nach Ausſage der Gefangenen waren 12,000 Mann im Gefecht und 5000 als Reſerve in der Feſtung. Der Tapferkeit des bekannten Helden von St. Thomas, Hauptmann Boſnic und dem rechtzeitigen Eintreffen des Generals Raſtic aus Carlowitz verdankt man den Sieg, welcher leider nur mit großer Einbuße an Mannſchaft und dem Verluſte mehrerer Kanonen errungen werden konnte. Nach demſelben Berichte erſcheint es ſehr wahrſcheinlich, daß es die Abſicht der Magyaren war, durch die Sprengung des Peterwardeiner Cernirungscorps und Wegnahme der feſten Poſitionen von Bukowic, Kamenic und Carlowic den Ban von Syrmien abzuſchneiden und ihn auf dem engen Terrain im Tſchaikiſtendiſtrikt zwiſchen der Donau und der Theiß einzuſchließen — durch Perczel in Syrmien und der Bacska und durch Bem auf dem Banater Theißufer. Dieſe Annahme erſchiene um ſo wahrſcheinlicher, wenn ſich das Gerücht beſtätigen ſollte, daß ſich Bem mit ſtarker Macht dem rechten Theißufer nähere, und es ſpricht dafür auch die Hartnäckigkeit, mit welcher Perczel die Schanzen vor Peterwardein um jeden Preis zu nehmen ſuchte. Am 9. d. rückte das 19. Jägerbataillon aus dem Lager bei Stammersdorf zur Beſetzung der ungariſchen Grenze ab. An demſelben Tage fand ein ſo heftiger Wolkenbruch in jener Gegend ſtatt, daß alle Lagerzelte unter Waſſer geſetzt und von den Habſeligkeiten der Officiere nur Weniges gerettet wurde. In einem der hieſigen Blätter wird die Mangelhaftigkeit des Kundſchafterſyſtems bei der kaiſerlichen Armee ſcharf gerügt und als Beleg angeführt, daß unter dem Fürſten Windiſchgrätz ein Lohn von 5 fl. feſtgeſetzt ward, der zur Erlangung von Erfolgen auf dieſem Wege nur wenig Ausſicht darbieten konnte. Auch wird die in Frankreich und England ſtatt findende Recognoscirung durch Luftballons nachdrücklichſt empfohlen. Aus Oberungarn kommen zahlloſe Schilderungen von den Gewaltthaten der Magyaren, namentlich in der Erpreſſung von Rekruten. Auch ſind alle bis jetzt verſchont gebliebenen Güter der Kaiſerlichgeſinnten gänzlich geplündert worden. Der griechiſch-unirte Biſchof wird von 12 Guerillas von Dorf zu Dorf herumgeführt, wo er im feſtlichen Ornate für die Republik predigen muß; gleiche Predigten iſt wöchentlich zweimal jeder Dorfpfarrer zu halten genöthigt. Außerdem müſſen ſie mit dem Allerheiligſten den Landſturm gegen die Ruſſen als Feinde der heiligen Religion anführen. Die Cholera fordert fortwährend viele Opfer im Lager, beſonders bei den Ruſſen. Zu Ehren des bairiſchen Prinzen Luitpold fand geſtern Morgens 8 Uhr auf dem Joſefſtädter Glacis eine Truppenrevue ſtatt, der, außer dem Kaiſer, auch deſſen Brüder, der Erzherzog Franz Carl, und die Erzherzoginnen Sophie und Hildegarde beiwohnten. Das auf geſtern beſtimmt geweſene Seelenamt für die in Ofen den Heldentod Gefallenen der k. k. Armee iſt wegen der ſtattgefundenen Revue der hieſigen Garniſon auf heute verſchoben worden. Es wurde dazu die Hietzinger Pfarrkirche gewählt. Ein Theil des ehemaligen Regierungsgebäudes auf dem Ballplatze iſt für die neuen Schwurgerichtsſitzungen, nach den beſten der dafür im Ausland auserſehenen Vorbilder, eingerichtet worden. Der Kaiſer beſuchte am Sonntage bei Aufführung der Oper, die Krondiamanten, zum erſten Male das k. k. Operntheater, in Begleitung ſeiner Eltern. Der Empfang war ein freudiger. Das geſammte Geſangsperſonal ſtimmte die Volkshymne an. Vom 9. bis 11. ſind wieder

25 Perſonen an der Cholera erkrankt, darunter jedoch nur 8 verſtorben.

** **Berlin**, 15. Juni. Zur Vervollſtändigung des über den Juſtizrath Pfeiffer Mitgetheilten: Die Anweſenheit des Hrn. Pfeiffer in der Converſationshalle, woraus Veranlaſſung genommen wurde, ihn zu verhaften, dauerte nicht länger als fünf Minuten. Der in Frage ſtehende Brief war noch nicht verleſen. Oberlehrer G., der ihn vortragen wollte, wurde durch den Eintritt der Polizei daran verhindert. Die Herren, welche darauf die brüske Forderung an ihn richteten, den Brief herauszugeben, waren nicht in Amtskleidung. Der Inhaber ließ ſich durch den Unwillen über die Zumuthung verleiten, den Brief zu zerreißen. Sie mögen ein Majeſtätsverbrechen darin vermuthen —? Unſern Behörden geht es indeſſen in der innern Politik nicht beſſer als in der äußern; ſie pflegen hinter das Licht geführt zu werden. Das ganze Verbrechen beſtand in einer von Frankfurt her ergangenen Anfrage, ob es nicht thunlich wäre, einen Städtetag in der Mark zu veranſtalten, und in der Antwort hierauf, welche einigen Herrn, die ſich dazu eingefunden (nicht Hrn. Pfeiffer), vorgelegt werden ſollte. Bei der Verhaftung des Hrn. Pfeiffer reſp. der Viſitation, wurde ſogar das Schlafgemach ſeiner Gattin, die glücklicherweiſe verreiſt war, nicht verſchont und gewiſſe Toilettengegenſtände ſind von der hausſuchenden Behörde gegen das Licht gehalten worden: es konnten ja Papiere, die ſonſt nicht vorhanden waren, darin eingenäht ſein! Vielleicht eine Karrikatur, wenn der Miniſter des Innern einmal wieder einer Kammer „Bilder" zeigen ſollte? Die Köchin des Verhafteten wurde darauf aufmerkſam gemacht, daß der Herr nicht mehr wieder zurückkehre, daß ihre Dienſttreue daher erloſchen ſei; es werde nicht ihr Schade ſein, wenn ſie zu Entdeckungen der Waffenvorräthe und Papiere behilflich ſei; widrigenfalls müſſe ſie arretirt und ſehr hart beſtraft werden. In der Hausvogtei ſchrieb Hr. Pfeiffer alsbald an ſeine Gemahlin, um ſie früher als durch die öffentlichen Blätter mit ſeiner Verhaftung bekannt zu machen und ſie über ſein Schickſal zu beruhigen. Dieſer Brief, offen wie er war, wurde zur Beförderung übergeben; er iſt gleichwohl nicht abgeſandt. Gleich im Anfang drang Hr. Pfeiffer darauf, daß ihm in ſeinen Geſchäften als Rechtsanwalt beim Obertribunal ein Stellvertreter gegeben werde. Geſetzliche Friſten konnten mittlerweile ablaufen; die Parteien konnten Verluſte erleiden, die gar nicht mehr zu decken waren. Ihm wurde in ſeiner Haft ſehr naiv erwidert, nöthigenfalls werde dem Obertribunal bedeutet werden, daß er verhaftet ſei und darnach würde das Tribunal ſich zu richten haben und dann wohl der Lauf der Friſten ſiſtirt werden, worauf Herr Pfeiffer den betreffenden Naturmenſchen mit Würde auseinanderſetzte, wie das Obertribunal derartige Weiſungen nicht berückſichtige! Als von außerhalb beim Juſtizminiſterium über Beſtellung eines Vertreters Anträge geſtellt wurden, verſicherte Herr Simons, noch nicht von der Sache amtliche Kenntniß erhalten zu haben; erſt am dritten Tag erhielt er ſie. Hr. Pfeiffer wünſchte nichts mehr, als ſofortiges oder doch baldiges Verhör. Er erbot ſich, wenn man ihm nur einfach anführe, weſſen er beſchuldigt worden, den ihm gar nicht obliegenden und ſchwierigen Beweis ſeiner Unſchuld zu führen. Erſt am 18. Tage fand ſein ordentliches Verhör ſtatt. Es iſt jetzt mehr als wahrſcheinlich, daß dieſe Verhaftungen ohne den genügenden Thatbeſtand auf eine unbeſtimmte und überdies fabelhafte Denunciation erfolgt ſind. Freilich, wenn man erſt nach der Verhaftung Erkundigungen ſammeln muß, weshalb wohl die Verhaftung anzuordnen geweſen, dann wird der Ausdruck der signatura temporis über die Demagogenunterſuchungen anwendbar: „Gährendes umſtricken"! In der Converſationshalle war laut der ominöſen Denunciation nicht weniger vermuthet, als die Proclamation der Republik. Iſt das nicht Stoff genug für ein Luſtſpiel? In dem belagerten Berlin unter der ſeit März 1848 erſten und einzigen Regierung, welche „wirklich regiert", wird eine Geſellſchaft in einem öffentlichen Lokal die Monarchie ſtürzen! Ja, zur Krönung dieſer Aphorismen: die junge Republik hatte ſchon unternommen, Papiergeld zu machen. Bei einem der Verhafteten ſind Platten gefunden, welche jetzt Sachverſtändigen vorliegen. Mir wird indeſſen verſichert, daß ein im vorigen Jahr angebahntes, ſpäter bei Seite gebliebenes Actienunternehmen den unſchuldigſten Anlaß dieſer vorgefundenen Platten abgegeben habe. Wie dem auch ſei, ſchlimmſten Falls rechtfertigte ſich doch nicht folgendes Verfahren, das gegen die Gattin dieſes Verhafteten, eines Fabrikanten, beliebt worden. Es wird derſelben von Seiten der Behörde mitgetheilt, ihr Mann habe Alles eingeſtanden und laſſe ihr ſagen, ſie könne ſein Schickſal erleichtern durch gleiche Aufrichtigkeit, ſie ſolle daher das im Hauſe Vorhandene und Verborgene von Munition und Waffen herausgeben, reſp. den Ort der Aufbewahrung angeben; endlich laſſe ihr Mann ſie feierlich von dem, wie ſie wiſſe, demſelben geſchwornen Eide hiermit entbinden. Die Antwort, welche der märchenerzählenden Behörde darauf ertheilt wurde, war einer Berlinerin würdig: Man möge doch baldmöglichſt ihr eine Zuſammenkunft mit ihrem Manne geſtatten; denn nach dem, was ihr eben verſichert worden, müſſe er nothwendig über der ſchuldloſen Haft den Verſtand verloren haben. Die Nachſuchungen im Hauſe und im Garten (dieſer ſoll ganz umgegraben worden ſein) ergaben — woraus Gott die Welt geſchaffen hat, woraus ſich aber eine Verhaftung durchaus nicht rechtfertigen läßt. Wenn ſich der ſeit April anwachſende ſogenannte Preußenhaß im Süden des Vaterlandes nur darauf baſirt, daß die Preußen eine ſolche Wirthſchaft ruhig ertragen, folglich verdienen, ſo dürfte dieſer Haß nicht mehr lange währen: denn unſere Geduld iſt bald zu Ende.

Lith. Corr. **Berlin**, 15. Juni. Wir werden erſucht, einer in den Zeitungen verbreiteten Nachricht, daß der neue amerikaniſche Geſandte Senator Hannegan von einem Legationsſecretär für Berlin begleitet hier eingetroffen ſei, zu widerſprechen. Der ſeit vielen Jahren hier fungirende Secretär der Geſandtſchaft, der als Romanendichter geachtete Herr T. F. Fay bleibt auch unter Hrn. Hannegan in ſeinem Amte hier, und gewiß zum Vortheil beider Staaten, da Hr. Fay durch ſeinen langjährigen Aufenthalt in Berlin die Verhältniſſe Deutſchlands genau kennt, der deutſchen Sprache vollſtändig kundig iſt und durch Bildung und perſönlichen Character ſich in weitem Kreiſe die höchſte Achtung erworben hat. Der im Geleit des Geſandten angekommene Amerikaner iſt nur Privatreiſender. Oberſt Donelſon iſt geſtern Abend einem frühern Entſchluſſe entgegen nach Frankfurt abgegangen. Dem Vernehmen nach iſt Befehl gegeben worden, die wegen ihrer Renitenz gegen die militäriſche Disciplin entwaffneten Wehrmänner der 2. und 4. Compagnie des 20. Landwehr-Regiments nach Pillau und Danzig zu transportiren, wo ſie zu Schanzarbeiten verwendet werden ſollen. Große Heiterkeit erregt eine an den Bilderläden ausgehängte Carricatur, die einen früheren preußiſchen Finanzminiſter perſiflirt. Sie nennt ſich „Traum eines Wollhändlers". In dieſen Tagen paſſirte eine bedeutende Zahl junger, rüſtiger Männer nach Hamburg hier durch, um nach Amerika auszuwandern. Unter ihnen waren viele Schullehrer, mechaniſche Künſtler und Handwerker, meiſt Männer, deren Fleiß und Thätigkeit dem Vaterlande nützlich ſein könnte. Generallieutenant v. Peucker iſt von unſerer Regierung für den Verluſt der Oberbefehlshaberſtelle die Revanche geworden, daß man ihn in Gemeinſchaft mit Hrn. v. Below dem Generalſtabe Sr. königlichen Hoheit vorgeſetzt hat. Die Stellung des Hrn. v. Prokeſch, des öſterreichiſchen Reſidenten an unſerm Hofe, ſcheint einigermaßen eigenthümlich. Es iſt wohl mehr als auffallend, wenn halbofficielle Organe, wie die conſtitutionelle Correſpondenz und die deutſche Reform, zu verbreiten ſuchen, daß der Vertreter einer „verbündeten" Macht mit der Demokratie im Lande unter einer Decke ſpiele und ſich bekannter revolutionärer Perſonen als Agenten bediene. In diplomatiſchen Kreiſen haben jene Artikel nicht geringe Verwunderung erregt. Die hieſigen Banquiers machen ſeit einigen Tagen bedeutende Geſchäfte nach Böhmen und Oeſterreich mit Goldmünzen, namentlich mit Dukaten, welche deshalb hier ſtark geſtiegen ſind. In Oeſterreich hat der Mangel an Metallgeld eine ſolche Höhe erreicht, daß man die Papierſcheine in Viertel und Achtel zu theilen genöthigt iſt. Wiener und Prager Handeltreibende tröſten ihre hieſigen Geſchäftsfreunde mit der Hoffnung, ſie durch die Schemnitzer und Kremnitzer Dukaten, die den Magyaren abgenommen werden ſollen, befriedigen zu können. An unſerer Börſe theilt man dieſe Hoffnung nicht.

München, 14. Juni. Vorgeſtern iſt Herr Juſtizminiſterialrath Molitor von hier in das Hauptquartier des weſtfränkiſchen Armeecorps abgereiſt, um, wie man vernimmt, mit demſelben als außerordentlicher königl. Commiſſär mit ausgedehnten Vollmachten ſich nach der Pfalz zu begeben. (N. C.)

÷ **Stuttgart**, 14. Juni. Die Mitglieder der Reichsverſammlung haben heute in einem Wirthslocal eine vorberathende Sitzung gehalten, in der das Gefühl bitterer Enttäuſchung ſich Luft machte. Die würtembergiſchen Abgeordneten, auch Zimmermann von Stuttgart, ſprachen ſich mit vieler Lauheit aus. Sie

verſicherten als Thatſache, das würtembergiſche Volk in ſeiner Geſammtheit werde nur dann die Reichsregentſchaft als legal anſehen, wenn das Miniſterium Römer mit ihr gehe; ſie wollten keinen Bürgerkrieg für ihr Vaterland; manche tadelnde Aeußerung gegen die Bewegung in Baden und der Pfalz ließ ſich hören. Dies veranlaßte den pfälzer Abgeordneten Feldmann zu einer heftigen Erklärung; noch bedeutſamer war es, als Raveaux in gleichem Sinne auftrat. Er beklagte die Enttäuſchung der Reichsverſammlung. Er habe gedacht, in das Land der freiheitbegeiſterten Dichter, in das Land der Gaſtfreundſchaft zu kommen; ſtatt deſſen treffe man Heuler und Verräther, ſelbſt unter den eigenen Freunden, die jedes Wort dem Miniſterium Römer hinterbrächten. Faſt alle würtembergiſchen Abgeordneten hätten es jetzt dargethan, daß die Aprilbewegung für die Reichsverfaſſung nur eine Hanswurſtiade für das Miniſterium Römer geweſen. Nie hätte er geglaubt, daß die eigenen Landeskinder Würtemberg ſo brandmarken würden. Morgen Nachmittag ſoll wieder vorberathende Sitzung ſein. Man ſpricht davon, die Regentſchaft wolle freiwillig gehen!

** **Stuttgart**, 15. Juni. Der Zuſtand unſeres Landes iſt noch immer derſelbe: Unbeſtimmtheit in den regierenden Kreiſen, unbeſchwichtigter Zwieſpalt im Volk. In Heilbronn iſt wieder Ruhe eingetreten; die Mehrzahl der Gewehre der Bürgerwehr wurde abgegeben; die mit den Waffen in der Hand Ausgezogenen kehren zum großen Theile zurück; ſie laſſen ſich ihre bürgerlichen Kleider bringen, vertauſchen damit ihre Bürgerwehruniform und kommen ſo nach Hauſe. Der Reſt geht ins Badiſche. Dagegen wiederholen ſich die gleichen Erklärungen wie in Heilbronn bei den Bürgerwehren anderer Städte: ſie ſtellen ſich der Regentſchaft zu Gebot. Aus einer ganzen Reihe von Städten wird dies berichtet, und nicht ohne Terrorismus kommen ſolche Erklärungen zu Stande, wie dies z. B. von unſerer Univerſitätsſtadt Tübingen gemeldet wird. Der Ungebildete, das Volk wird bei den obwaltenden Verhältniſſen, bei der gewiß auch da und dort abſichtlichen Begriffsverwechslung von Verfaſſung und Regentſchaft, ganz irre an dem was es erklärt, und ſelbſt an dem was es will. Es würde an Belegen hiefür nicht fehlen. Hier in Stuttgart haben wir zwei Lager der Officiere der Bürgerwehr und dieſer ſelbſt; auf einer Seite 21 Officiere für die Regentſchaft und eine Adreſſe in dieſem Sinne mit über 1000 Unterſchriften, von denen jedoch nicht alle wirklich Wehrmänner ſind; auf der andern Seite 70--80 Officiere, welche Reichsverfaſſung und Regentſchaft ſcheiden, letzterer keine unbedingte Anerkennung zollen und ſomit zum Miniſterium ſtehen. So tritt die Bürgerwehr in die politiſchen Kreiſe ein; zum Glück enthält ſie ſich jedoch der Berathungen in bewaffneter Verſammlung. Unſere Ständeverſammlung ſah ſeit den letzten Tagen viel erbitterten Streit. Die trockene Berathung von Ablöſungsgegenſtänden, welche auf der Tagesordnung ſtand, wurde gehemmt durch zahlreiche Interpellationen und Verhandlungen über die ſchwebenden Fragen der großen Politik. Römer vertheidigte die Regierung bei dieſen Anläſſen mit wenig Geſchick, darüber iſt ſo ziemlich nur eine Stimme, und man kann ſeine unbeſtimmten Erklärungen nur vielleicht ſo begreifen, daß er dadurch Zeit gewinnen und ſo vielleicht einen Aufſtandsverſuch verzögern oder unmöglich machen will. In der Kammer ſelbſt ſind neue Parteiſtellungen eingetreten, aus der bisherigen Rechten und Linken iſt eine Rechte (Ritter, Prälaten und Kanzler u. ſ. w.) ein linkes Centrum (Zwerger, Hölder) und eine Linke (Schoder, Stockmaier) geworden. 3 oder 4 Erklärungen von verſchiedenen Abgeordneten-Gruppen ſind erſchienen: eine repräſentirt das reine miniſterielle Lager (Mack, Wieſt), eine weitere ſoll von Kanzler Wächter ſein; 19 Abgeordnete motiviren ihr Feſthalten an der Regentſchaft und Reichsverſammlung, und eine Erklärung von Abg. Hölder und 17 Genoſſen, eine ſehr klare, verſtändige Arbeit, kommt zu dem Reſultat, daß die unbedingte Anerkennung der Regentſchaft unſer Land in das größte Unglück ſtürzen müßte, und die Abgeordneten es daher mit ihrem Gewiſſen, mit ihrer beſchworenen Pflicht, für das Beſte des Landes zu ſorgen, nicht vereinigen können, der Minderheit der Kammer beizutreten. Gegenüber der Einwendung, daß ſie nach ihren bisherigen politiſchen Anſichten der Reichsverſammlung unbedingten Gehorſam zu leiſten verbunden ſeien, können die Abgeordneten ſich neben den rechtlichen Bedenken gegen die Gültigkeit des Regentſchafts-Geſetzes, bei der Ueberzeugung beruhigen, daß Niemand verbunden ſein kann, das Unmögliche zu leiſten; und geben ſich der Hoffnung hin, ihr Verhalten durch die beſonnene Anſicht der Mitbürger und durch den Gang der nächſten Ereiguiſſe gerechtfertigt zu ſehen.

Neue Stürme ſtehen bevor durch die noch bei der ſtaatsrechtlichen Commiſſion liegende Frage, ob die Reichsverſammlung in Stuttgart noch anzuerkennen ſei. Sicher kommt hier bei unſerem Volksſtamm auch die gemüthliche Seite in Betracht; ſo lange waren wir gewohnt, in der Reichsverſammlung das Höchſte zu erkennen, und ſollen jetzt ganz von ihr laſſen! — Die Regentſchaft wird tagtäglich ihre mißliche Lage mehr zu empfinden haben. Sie werden in unſern Blättern die Actenſtücke gefunden haben, welche von Seiten des Miniſteriums die ernſtliche Aufforderung an die Regentſchaft enthalten, unſer Land zu verlaſſen. Wie lange wird es währen, bis unſere Regierung aus der Aufforderung ihrerſeits ein Gebot macht? Hierauf gehen, wie man hört, die Differenzen im Miniſterium, von denen Römer in der Ständeverſammlung ſprach. Die übrigen Miniſter wollen Ausweiſung der Regentſchaft, Römer will ſie nicht, oder noch nicht. Von den Commiſſären, welche die Regentſchaft ausſchickte, will ich Sie nicht unterhalten. Daß das Erhabene ans Komiſche grenzt, iſt bekannt, und ſo erhaben es für die Regentſchaft wäre, wenn Prittwitz und Peucker gehorchten, ſo komiſch iſt eine Sendung an ſie, wenn ſie nicht gehorchen. Auch über die Perſon der Commiſſäre nichts. Einmal weiß ich nicht, wie viel von dem was erzählt wird, wahr iſt, und zutreffenden Falls wären die betreffenden Perſonen doch blos hier bekannt. Das Hauptbeſtreben Würtembergs und ſeiner Abgeordneten muß jetzt ſein, jeden Putſch, und damit für Preußen jeden Anlaß zur Intervention zu vermeiden. Dies ſucht die Mehrheit unſerer Stände zu thun. Weiter ſtrebt ſie, um unſere Freiheiten, ſo weit es geſetzlich möglich iſt, zu ſichern, nach dem Abſchluß und der Verkündigung der berathenen Geſetze, vor Allem des Wahlgeſetzes. Deßhalb vielfache Bitten und Anfragen in der Kammer, auf welche Staatrath Duvernoy geſtern die ſonderbare Auskunft gab, wenn die beſchloſſenen Geſetze zumal im Regierungsblatt erſchienen, würde dieſes zu dick! Laßt es dick ſein, wenn es nur in Zeiten noch das Wahlgeſetz bringt!

Stuttgart, 15. Juni. In der zweiten Kammer ſtellte Hölder den Antrag, die Kammer möge die Regierung bitten, ſie wolle der Ständeverſammlung gegenüber eine förmliche und bündige Verſicherung geben, daß ſie, wenn die Reichsverfaſſung nicht zu Stande kommen ſollte, einer andern Verfaſſung ohne vorgängige ſtändiſche Zuſtimmung nicht beitreten werde. Seeger unterſtützt den Vorſchlag mit dem Anfügen, daß derſelbe als dringlich erklärt und ſogleich in Berathung genommen werde. Anderer Anſicht iſt Schoder; er ſagt, dies verſtehe ſich ganz von ſelbſt; handle ein Miniſterium anders, ſo wäre es in Anklageſtand zu verſetzen; auch könnte es bei Annahme des Antrags ſcheinen, man glaube, es ſei der Zeitpunkt ſchon gekommen, wo es keinen andern Weg mehr gebe, als die preußiſche Verfaſſung anzunehmen. Bei der Abſtimmung erlangt die Dringlichkeit nicht die erforderliche Majorität von drei Viertheilen der Stimmen; der Antrag wird daher an die ſtaatsrechtliche Commiſſion zur Begutachtung verwieſen. (Schw. M.)

Heilbronn, 14. Juni. Von unſerer ausgezogenen Mannſchaft kehren nach und nach Viele zurück, ſo daß höchſtens noch 250 bis 300 fehlen mögen. Der Belagerungszuſtand wird ſehr loyal gehandhabt und von einer Soldatenherrſchaft iſt keine Spur zu bemerken. Heute Mittag wurde verkündigt, daß, wer von den Ausgezogenen zurückkehre und ſeine Waffen abgäbe, ſtraffrei bleibe, daß aber von den gegen die Stadt getroffenen Maßregeln nicht abgeſtanden werden könne, bis ſämmtliche Waffen abgeliefert ſeien. Die Familien-Angehörigen ſollen ſich mit Paſſirſcheinen verſehen und die Ausgezogenen zur Rückkehr veranlaſſen. Auf dieſes hin ſind Viele von hier fort, um ihre Freunde und Bekannten zurückzuholen. Die Hauptführer ſollen ſich mit der Mannſchaft in Wimpfen (heſſiſches Städtchen) ins Badiſche gewendet, dagegen die nach dem Hohenloheſchen gezogene Schaar ſich aufgelöſt haben und nach und nach zurückkehren. (Schw. M.)

::: **Dresden**, 13. Juni. Die erſten der letzthin eingerückten Preußen ſind bis nach Pirna, Schandau und Umgegend angelangt. Geſtern marſchirte das eine der beiden hier befindlichen Bataillone vom 18. Landwehrregiment nach Chemnitz ab. Noch ſind drei preußiſche Bataillone hier einquartirt; doch ſagt man, es werde das Füſelierbataillon von Kaiſer Alexander in den nächſten

Tagen nach Berlin abgehen. Seit die eigentliche Unterſuchung über die letzten Ereigniſſe unter Leitung des Stadtgerichtsaſſeſſor Brachmann begonnen hat, iſt die Zahl der im Gewandhaus, wo ſich die eigentliche Maſſe der Inhaſtirten befindet, und in der Infanteriekaſerne der Neuſtadt (wo die Hauptgravirten ſitzen) gefangen Gehaltenen bis auf 120 gefallen. Das außerordentlich aufgehäufte Material (die Regiſtrandennummern ſind bereits auf 1570 gewachſen) iſt in 4 Abtheilungen geſondert; über dieſe ſchreibt das hieſige Dresdner Journal vom 13. d.: „die erſte beſchäftigt ſich mit den bloßen Theilnehmern, den Barrikadenkämpfern, Zuzüglern und dergleichen; hierbei ſind 7 Inquirenten beſchäftigt, die wahrſcheinlich ſchon in 4 Wochen ihre Geſchäfte beendet haben werden. Gegen eine nicht geringe Anzahl iſt ſogar die Unterſuchung ſchon geſchloſſen, bei Zwanzigen liegen die Akten bereits den gewählten Vertheidigern vor. Die zweite Abtheilung beſchäftigt ſich mit den vorgekommenen gemeinen Verbrechen, als Plünderung, Brandſtiftung ꝛc., wobei vier Inquirenten thätig ſind. Die viel verbreitete Nachricht, als ob der Kapellmeiſter Wagner und der Nadlermeiſter Palitzſch bei der Brandlegung im Opernhaus weſentlich betheiligt ſeien, iſt unbegründet. Letzterer wird vielmehr, wie wir hören, vielleicht noch heute auf Handgelöbniß entlaſſen werden. Dagegen ſoll der vormalige Abgeordnete Röckel wenigſtens was die Vorbereitungen dazu betrifft, ziemlich gravirt ſein. Die dritte Abtheilung hat die zahlloſen Requiſitionen und Communicationen mit den übrigen Behörden des Landes, wohin ſich die Bewegung verzweigt hat, zu erledigen, und in der vierten und wichtigſten Abtheilung endlich beſchäftigen ſich 2 Inquirenten mit der Unterſuchung gegen die Hauptführer und Leiter des Aufſtandes.“ Ueber drei der intereſſanteſten Flüchtigen aus den Mai-Ereigniſſen, die mit Steckbriefen verfolgt werden, vernehmen wir, daß Profeſſor Semper, deſſen Muſeumbau nach ſeinem ſchönen Plane ungeſtört fortgeführt wird, in Straßburg angekommen und wahrſcheinlich jetzt nach Paris abgegangen iſt, Kapellmeiſter Wagner ſich bereits dort befindet und der ſehr begabte Oberlehrer Köchly von London aus geſchrieben hat.

Karlsruhe, 14. Juni. Sicherem Vernehmen zufolge ſind die früher in Raſtatt, ſpäter in Kislau gefangen gehaltenen Dragonerofficiere auf Geheiß der proviſoriſchen Regierung heute in Freiheit geſetzt worden. (N. Fr. Z.)

\# **Karlsruhe**, 14. Juni. Bald, ſehr bald wird's bei uns von zwei Seiten donnern. Es iſt keine Frage, daß in Würtemberg etwas im Werke iſt. Wir bemerken es an gewiſſen Figuren, die ſeit geſtern zwiſchen hier und Würtemberg ab- und zugehen und jenen Möven gleichen, die ſich immer vor dem Orkan einſtellen; wir bemerken es an gewiſſem Gemunkel, an eigenthümlichen Symptomen, die uns ſicherer das Unwetter zu verkünden ſcheinen, als der Laubfroſch, wenn er in's Waſſer ſteigt. Zugleich ſcheint auch der entſcheidende Schlag an der Nordgrenze immer näher zu rücken. Die beiden Heere ſtehen ſchlagfertig. Heute wetterleuchtet's ſchon, morgen wird's blitzen! Die empörende Mißhandlung, welche ein politiſcher Flüchtling aus Wien, der ehemalige öſterreichiſche Genieoffizier Wiesner, von Seite des interimiſtiſchen Kriegsminiſters Mayerhofer erfahren, bildet heute das Tagesgeſpräch. Mayerhofer, ein roher Menſch von den brutalſten Manieren und überdies als feiger Wicht hinreichend bekannt, hatte Wiesner, der in Pforzheim eine Miſſion als Militärcommiſſär hatte, verhaften und 5 Tage bei ſchlechter Kerkerkoſt feſtſetzen laſſen. Hinterher erklärte man Wiesner'n, daß es ein „Mißverſtändniß“ geweſen. Wiesner begibt ſich zum Kriegsminiſter und verlangt Genugthuung nach dem Gebrauch der Ehre. Mayerhofer, zu feige, um ein Duell anzunehmen, nennt ihn einen Spion, einen Verräther, packt ihn am Halſe, ruft der Wache und läßt ihn von den Soldaten auf das empörendſte mißhandeln. Mit Kolbenſtößen greulich traktirt, ward der arme Wiesner blutend nach dem Thurm geſchleift, wo er noch ſitzt. Hoffentlich wird morgen eine Interpellation über dieſe Sache in der conſtituirenden Verſammlung geſtellt werden. Dieſer Mayerhofer beſchämt wahrlich den Knutenmeiſter von Moskau an Unmenſchlichkeit und Brutalität. Aus der Pfalz will man hier den nahen Fall von Landau mit Beſtimmtheit wiſſen. Der Feſtung ſoll das Trinkwaſſer abgegraben und ausgegangen ſein. Die Beſatzung unternahm, um ſich daſſelbe zu verſchaffen, einen Ausfall, welcher gänzlich mißglückte. In der heutigen Sitzung der conſtituirenden Verſammlung brachte nur die Discuſſion des Geſetzes über den Kriegszuſtand Badens einiges Leben in die Debatte, welche im Ganzen mit einer Mattigkeit und in ſo trivialer Weiſe geführt wurde, wie dies ſchwerlich in einer Verſammlung von Erwählten des Volkes je erhört worden. Eine gleiche Sterilität der Gedanken, eine ſolche Anhäufung der leerſten Gemeinplätze iſt mir noch nicht vorgekommen. Ich glaube, daß die Landgemeinde der dickköpfigen Bauern im Canton Uri noch einige Procente mehr Eloquenz aufzuweiſen hat, als dieſe klägliche Verſammlung Badens, welche als Produkt direkter Wahlen und des allgemeinen (?) Stimmrechts hervorgegangen.

\# **Karlsruhe**, 15. Juni. Man beſorgte geſtern einen Gensdarmenaufſtand. Heute lacht man darüber; aber die Sache klingt nicht ſo ſpaßhaft für die, welche die näheren Verhältniſſe kennen. Der kopfloſe Beſchluß der conſtituirenden Verſammlung, das Gendarmeriecorps, das großentheils aus verheiratheten Männern beſteht, aufzulöſen, hat dieſe Leute zur Verzweiflung gebracht. Sie waren der jetzigen Regierung nicht gefährlich; ſie ſorgen für Ordnung und Sicherheit unter jeder Landesbehörde, wenn ſie auch eine revolutionäre iſt. Indem man durch jene unſinnige Maßregel ihre Exiſtenz bloßſtellte, ſind die Gensdarmen wirklich die Vorkämpfer der Reaction geworden. Geſtern hielten dieſelben eine Verſammlung, berufen von ihrem Commandanten. Brentano gelang es, ſie durch milde Ueberredung und Verſprechungen zu beſchwichtigen, und ſie ſind friedlich auseinander gegangen. Darüber wurden nun in der heutigen Kammerſitzung Interpellationen an Brentano gerichtet, der in ſeinen Auskünften etwas karg und zurückhaltend blieb. Heute hat die conſtituirende Verſammlung den wichtigen Beſchluß gefaßt, der neugewählten proviſoriſchen Regierung dictatoriſche Gewalt zu übertragen. Die Miniſter hat Herr Brentano als das mit den meiſten Stimmen gewählte Regierungsmitglied allein zu ernennen. In Folge dieſes Beſchluſſes wurden Mördes für das Innere, Metz für die Finanzen, Sachs (Mitglied der deutſchen Reichsverſammlung) für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt; das Juſtizportefeuille hat Brentano einſtweilen noch für ſich behalten. Die ultra-demokratiſche Fraction (Reich, May ꝛc.) ſtimmte gegen die Dictatur und führte beſonders den Articel des Geſetzentwurfes an, welcher die Miniſterernennung dem Bürger Brentano allein überließ. Bei dem gänzlichen Mangel an oratoriſchem wie an ſtaatsmänniſchem Talent hat letzterer leichtes Spiel. Ohne ſelbſt ein bedeutender Redner zu ſein, ward es ihm doch leicht, ſeine leidenſchaftlich polternden, aber geiſtesleeren höchſt trivialen Gegner aus dem Sattel zu heben, und er that dies mit einer Ruhe, mit einem Anſtand, der ihm faſt allgemeine Beiſtimmung erwarb und ihm die größte Ueberlegenheit ſicherte über Gegner, die meiſt nur rohe Leidenſchaft, Ehrgeiz und Neid beſeelt. Reich, eine ſechs Fuß hohe bäueriſch plumpe Geſtalt mit auffallend ſchwäbiſchem Dialekt, interpellirte dreimal den „Dictator Brentano“. Das letztemal wegen der Sache des ſo arg gemißhandelten Officiers Wiesner, von dem ich Ihnen geſtern ſchrieb. So gut ſich dieſe unwürdige Handlung des interimiſtiſchen Kriegsminiſters zu einem Angriff gegen die Regierung eignete, ſo ſchlecht und linkiſch ward dieſelbe von den Ultrademokraten benutzt. Brentano ſchlug ſeine Gegner mit der einfachen Bemerkung: „Sie ſelbſt, Bürger, haben den Kriegszuſtand gefordert; Sie ſelbſt haben Energie und ſogar den „Terrorismus“ gewünſcht. Wir ſind über die Verhaftung einzelner Perſonen keine Rechenſchaft ſchuldig.“ Sigel kam heute von Weinheim und hatte eine Unterredung mit den drei Dictatoren. Mit einigen Schweizerkantonen iſt ein Vertrag wegen Waffenlieferung abgeſchloſſen. Hecker wird am 25. Juni beſtimmt erwartet. Brentano erklärte, daß er ſein Amt niederlegen werde, ſobald Hecker angekommen, „der Mann, auf den wir unſere ganze Hoffnung ſetzen.“

Karlsruhe, 15. Juni. Die Karlsruher Zeitg. meldet in einem halb amtlichen Artikel: „Mieroslawski hat nun definitiv den ihm von der proviſoriſchen Regierung angebotenen Oberbefehl über die badiſchen Truppen angenommen. Die paar Tage ſeit ſeiner Ankunft hat er ohne Unterbrechung darauf verwandt, die vorhandenen phyſiſchen und materiellen Kräfte aus eigener Anſchauung kennen zu lernen. Hierſelbſt hat er in Begleitung des Bürgerwehr-Commandanten Doll die Militärwerkſtätten beſichtigt und ſodann vom Hauptquartier Heidelberg aus die Stellung und Stärke der Neckar-Armee und das Terrain recognoscirt. Das Reſultat ſeiner mit Sorgfalt vorgenommenen Unterſuchung iſt, wie wir nach ſeinen eigenen Zugeſtändniſſen verſichern können, ſowohl in Bezug auf die Haltung der Truppen, als den Zuſtand und Vorrath des vorhandenen Kriegsmaterials ein ſehr befrie-

digendes, und er zweifelt nicht daran, binnen wenigen Tagen mit der ihm bisher mit rühmlichſter Bereitwilligkeit bewährten Unterſtützung der proviſoriſchen Regierung die noch vorhandenen Lücken glücklich ausfüllen, und ein achtunggebietendes, ſiegsgewiſſes Volksheer den preußiſchen und heſſiſchen Söldlingen entgegenführen zu können. In einem darauffolgenden Panegyrikus des Generals iſt der Karlsr. Z. die unangenehme Verwechslung begegnet, den Polniſchen Aufſtand von 1846 mit dem von 1848 in Poſen zu vermiſchen. Nach dem letzten polniſchen Aufſtande, heißt es, ſei ſeine Gefangenſchaft „in den Bleidächern von Berlin" gefolgt, aus denen er während der Märztage durch die Berliner Volksjuſtiz im Triumph befreit worden. Seit dem in Paris, habe ihn das Vertrauen des ſiciliſchen Parlaments an die Spitze der Inſurectionsarmee gerufen" u. ſ. w. Der Beſchluß über das Gensdarmeriecorps wird in einem andern Artikel ſo gedeutet, daß nur das Corps der Gensdarmerie als ſolches aufgelöſt werde; die Einzelnen blieben im Dienſte und an die Kränkung ihrer durch ihre Capitulation verbürgten Rechte ſei nicht gedacht worden.

Die conſt. Landesverſammlung hat in ihren letzten Sitzungen zahlreiche Beſchlüſſe gefaßt. Außer dem ſchon oben erwähnten hat ſie ihre Permanenz und für den Fall einer Gefahr die beliebige Verlegung ihres Sitzes beſchloſſen, obwohl mit Grund geltend gemacht wurde, die Verſammlung ſei ſchon von ſelbſt permanent, da Niemand ſie anflöſen könne, und das Recht ihren Sitz zu verlegen habe ſie ohnedies. Ferner hat ſie das Geſetz über die Zwangsanleihe erledigt mit folgender Veränderung in der Scala: 10,000 — 15,000 fl. = 50 fl. Anlehen, 15,000 bis 20,000 fl. — 100 fl. Anlehen, ſodann von je weitern 10,000 fl. ein Anlehen von 100 fl., inſofern das Vermögen 100,000 fl. nicht überſteigt; von 100,000 — 250,000 fl. je 200 fl.; von 250,000 = 500,000 je 300 fl., und über 500,000 fl. je 400 fl. Anlehen. In der nämlichen Sitzung wurde das Kriegsgeſetz angenommen, deſſen erſter Art. das ganze badiſche Land in Kriegszuſtand erklärt. Die Commiſſion hatte das Standrecht vorgeſchlagen, und der Abg. Reich daſſelbe mit den Worten unterſtützt: „Ja, das Standrecht ſoll beunruhigen, aber nur die Reactionärs. Für uns verkünden wir kein Standrecht!" Auch Stay war für das Standrecht: „Es gebe in Revolutionszeiten nur zwei Claſſen, Freunde und Feinde der Revolution. Letztere müßten vernichtet werden." Endlich wird auch noch das Amneſtiegeſetz gutgeheißen. Durch Brentano wurde der Verſammlung ein Schreiben der deutſchen Reichsregentſchaft mitgetheilt, worin die badiſche Regierung aufgefordert wird, ihr Heer und ihre Volkswehr erſten Aufgebots unter den Befehl der Reichsregentſchaft zu ſtellen, um gemeinſam mit den Heeren der bundesgetreuen Fürſten, an die dieſerhalb ebenfalls Aufforderungen ergangen ſeien, die Reichsverfaſſung und das Reich zu ſchützen. Das Schreiben geht an die Abtheilungen.

Raſtatt, 11. Juni. Der Feſtungsbaudirector k. k. Oberſtlieutenant Maly erhielt vom Reichsminiſterium zu Frankfurt die Weiſung, ſich mit den wenigen noch hier weilenden öſterreichiſchen Offizieren unverzüglich nach Bregenz zu begeben, wohin früher ſchon die öſterreichiſche Beſatzung Raſtatts dirigirt wurde, wenn nicht die proviſoriſche badiſche Regierung geneigt ſein ſollte, Reichstruppen jener Länder, welche die Reichsverfaſſung anerkannt haben, zunächſt Heſſen und Würtemberger, in die Feſtung Raſtatt aufzunehmen. Der Betreffende ſandte dieſe Weiſung ſogleich nach Karlsruhe, von wo er geſtern den Beſcheid erhielt: ſein Bureau unverweilt zu übergeben und der Frankfurter Weiſung Folge zu geben. Eben kommt von Karlsruhe der Befehl an, daß ſich die der Medicin Befliſſenen unter dem erſten Freiburger Aufgebot ſtehenden Fußes in das Hauptquartier nach Heidelberg zu begeben hätten. (N. Fr. Z.)

☽ **Darmſtadt**, 16. Juni. Heute Morgen ſah es wieder ſehr lebhaft und kriegeriſch hier aus. Maſſen von Einwohnern bewegten ſich in den Straßen und nach dem Bahnhofe. In der Ferne hörte man abermals und ſchon ſeit dem Morgen frühe Kanonendonner. Der erſte Bahnzug brachte etwa dreißig verwundete Mecklenburger mit, aber auch keine beſtimmten Nachrichten über die geſtrigen Ereigniſſe. Indeſſen exercirten die Preußen ganz ruhig in der Nähe des Bahnhofs. Um 10 Uhr marſchirten ungefähr 4—5000 Baiern hier durch mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele, die Infanterieregimenter Nr. 5 und 10, Großherzog von Heſſen und Albert Pappenheim, das Chevauxlegersregiment Nr. 2, eine reitende und vier fahrende Sechspfünderbatterieen, jede von 8 Geſchützen, lauter ſchöne, gutausgerüſtete Truppen. Der Großherzog führte ſelbſt ſein Regiment in der baieriſchen Uniform durch die Stadt. Eine zweite Colonne Baiern geht über Eberſtadt in der Richtung von Gernsheim. Der zweite Bahnzug aus der Bergſtraße von 11 Uhr brachte abermals einige Verwundete und Kranke, wieder meiſt Mecklenburger, und wieder keine ſicheren Nachrichten. Sicher iſt, daß unſere Truppen ſchon weit gegen den Neckar vorgerückt ſind. Ob ſie zum Theil, wie man ſagt, ſchon jenſeits deſſelben ſtehen, wie es mit dem Brand von Mannheim ſich verhält ꝛc., darüber wiſſen wir nichts Gewiſſes. Jedenfalls war bei Ladenburg ein hartnäckiges Gefecht und die Mecklenburger hatten nicht unerheblichen Verluſt, auch an Officieren. Die hier liegenden preußiſchen Huſaren rüſten ſich eben, Nachmittags 2 Uhr, zum Abmarſche.

Darmſtadt, 16. Juni. Seit Mittwoch haben die Hanauer Turner, von Heidelberg kommend, das Schloß Hirſchhorn bezogen und die Thore feſt verwahrt; ebenſo die Eingänge des Ortes. Es darf Niemand aus Hirſchhorn fort ohne von den Turnern ausgeſtellte ſchriftliche Legitimation. (Darmſt. Z.)

(Nach einer Mittheilung des Frankfurter Journals aus Erbach hatten am 15. Juni 2000 (?) Mann Baiern und Kurheſſen mit Geſchütz einen Angriff auf Hirſchhorn verſucht, aber nach zweimaligem vergeblichem Angriff mit nicht unbeträchtlichem Verluſt ſich wieder zurückgezogen.)

Worms, 16. Juni. Die preußiſchen Truppenabtheilungen, welche geſtern Morgen unſere Stadt verließen, um in Rheinbayern einzurücken, wurden von der Bevölkerung Frankenthals mit lautem Jubel begrüßt. Die Stadt wurde ſogleich entwaffnet und nach kurzer Raſt der Marſch über Oggersheim nach Ludwigshafen fortgeſetzt. Nach einer kurzen Gegenwehr wurde Ludwigshafen von den Preußen genommen; ihr Verluſt wurde auf fünf Todte und eine ziemliche Anzahl von Verwundeten angegeben, während die Zahl der gebliebenen Freiſchaaren ſich über hundert belaufen ſoll. Zuverläſſiges haben wir darüber bis jetzt nicht ermitteln können. (O. P. Z.)

△ **Wiesbaden**, 16. Juni. Die Mehrheit des hieſigen Gemeinderaths hat beſchloſſen, das Miniſterium in einer Bittſchrift anzugehen, es möge auf alle Weiſe dahin wirken, daß das Spiel im Kurſaal wieder eröffnet werde. Da in dem benachbarten Homburg, ſowie auch in Kiſſingen, das Spiel noch fortbeſtehe, ſo leide der hieſige Kurort ohne dieſes Anziehungsmittel großen Nachtheil.

Der demokratiſche Landesausſchuß für Naſſau hat ſeine Thätigkeit eröffnet, jedoch in vorſichtiger Weiſe; er läßt keine directen Aufforderungen zur Renitenz gegen die jetzige Regierung ausgehen, ſondern gibt nur guten Rath. In der Fr. Zeitung räth er dem Volke, die Landſtände dahin zu beſtimmen, daß ſie dem Miniſterium Wintzingerode keine Steuern verwilligen, und keine andern als von der Kammer bewilligten Steuern zu bezahlen. Drei Mitglieder dieſes Landesausſchuſſes, welche Staatsdiener ſind, ſind heute ihrer Dienſtſtellen entſetzt worden, die Kammermitglieder Raht (Präſident des Hofgerichts zu Dillenburg), Wenkenbach und Müller II.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 14. Juni. Von Seiten der Dänen erfahren wir erſt, daß die 63 Mann heſſiſche Huſaren 3 Officiere und 1 Arzt wirklich nach Copenhagen als Gefangene angelangt ſind und 43 Pferde an das Corps des General Rye abgeliefert worden. Die Nachricht von der Wiederbefreiung derſelben und von einem Sieg und Gefangennahme einer Abtheilung Dänen wurde im ganzen Lande einſtimmig berichtet, und wir hatten ſie von einigen höheren Officieren; es unterliegt demnach keinem Zweifel, daß ſie vom Hauptquartier ausgeſprengt iſt, um die Truppen, welche jetzt über die ganze Art der Kriegführung offen ihr Mißtrauen äußern, über dieſe deutſche Schmach wenigſtens für den erſten Moment zu beruhigen; ob die Sache aber damit abgethan, iſt eine andere Frage an die wir einige gerechte Zweifel knüpfen. Als Entſchädigung hat man nun dem Dorf, in welchem die Gefangennahme der Heſſen geſchah, eine Contribution von 300 Rthl. für jeden Huſaren, Erſatz der Pferde und Requiſition von einer bedeutenden Quantität Lebensmittel auferlegt. Im Norden und vor Fridericia alles beim Alten.

Frankreich.

* **Paris**, 15. Juni. Nach der fieberhaften Aufregung der letzten Tage iſt die Hauptſtadt zu einer faſt langweiligen Ruhe

zurückgekehrt und es bedarf kaum der Bemerkung, daß der Belagerungszuſtand der Preſſe einen beſonders hohen Flug eben nicht geſtattet. Was von einigem Belang zu berichten iſt, wird meiſtens in der heutigen Sitzung der Legislative zur Sprache gekommen ſein.

Die Sitzung begann damit, daß der Präſident, nachdem der 5 Mal gewählte Ledru-Rollin und der drei Mal gewählte Felix Pyat bisher nicht optirt, durch das Loos das Departement beſtimmte, welches ſie vertreten werden: Ledru-Rollin wird das Dep. du Var, Pyat das Dep. de la Nievre vertreten und es würden dadurch namentlich in Paris, welches ebenfalls die genannten Repräſentanten geſandt hatte, zwei Neuwahlen nöthig. Die Verſammlung genehmigte dann nach kurzer Debatte eine abermals vom Generalprokurator nachgeſuchte Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung gegen ſieben fernere Mitglieder, die Repräſentanten Heintzmann, Rougeot, Menard, Rolland, Landolphe, Avril und Janot, der Aufreizung zum Bürgerkriege angeklagt; und als inzwiſchen der Miniſter des Innern eingetreten war, interpellirte ihn Victor Hugo, ob es gegründet, daß in mehreren Druckereien ſocialiſtiſcher Blätter die Preſſen zerſchlagen und Gewaltthätigkeiten anderer Art verübt worden ſeien. Der Miniſter entgegnete, daß er bedauere, dieſe Frage mit Ja beantworten zu müſſen, obgleich die Behörde zu ſpät benachrichtigt worden, um jene Ausſchreitungen verhindern zu können; man forſche übrigens den Thätern nach und werde gegen ſie das Recht ſeinen Lauf haben. Bevor Hr. Dufaure die Tribüne verließ, theilte er noch mit, daß er Depeſchen erhalten, welche den Beweis enthielten, daß der Aufſtand von Paris in den Departements Verzweigungen gehabt und das Signal zu einer gleichzeitigen Erhebung anderer großen Städte habe ſein ſollen. In Dijon, Rheims und andern Orten indeß, wo die Agitation beſonders wirkſam geweſen, habe man dieſelbe leicht und auf der Stelle bewältigt, nur in Lyon ſei das nicht der Fall, im Gegentheile melde eine eben eingegangene Depeſche, daß man jeden Augenblick den Ausbruch einer Bewegung erwarte. Er habe deshalb ſogleich durch den Telegraphen den Befehl abgeſandt, Lyon in Belagerungszuſtand zu erklären, alle Truppen der Alpenarmee und der 8. Militärdiviſion ſeien dem in Lyon commandirenden General zur Verfügung geſtellt und ſo dürfe man dem Ergebniß mit Ruhe entgegenſehen. Die Verſammlung votirte dann faſt einſtimmig — nur ein einziges Mitglied der Linken erhob ſich dagegen und mehrere andere enthielten ſich der Abſtimmung — der Nationalgarde, der Armee und dem Oberbefehlshaber General Changarnier, „weil ſie der Verfaſſung und der Regierung der Republik ihren Beiſtand geliehen", den Dank der geſetzgebenden Verſammlung und ging dann, nachdem ſie ſich dahin entſchieden, ihre Permanenz einſtweilen noch nicht aufzuheben, auseinander.

Italien.

*Der Dampfer Asmodée, der am 10. Juni in Toulon eingelaufen iſt, hat Nachrichten bis zum 9. von der franzöſiſchen Armee von Rom gebracht. Hiernach hätte dieſelbe die am 3., 4. und 5. eingenommenen Stellungen behauptet und in Vertheidigungszuſtand geſetzt. Am 6. wurde ein 24ſtündiger Waffenſtillſtand abgeſchloſſen. Am 9. wurden die Feindſeligkeiten wieder eröffnet. Die Belagerungsarbeiten wurden am 8. und 9. fortgeſetzt und das ſchwere Geſchütz konnte in einer Entfernung von 200 Malen (etwas über 800 Fuß) ſein Spiel gegen die Baſtionen des Caſtel Sant Angelo beginnen, um daſelbſt eine Breſche zu eröffnen. Fortwährend langen neue Verſtärkungen für die franzöſiſche Armee an. Nach noch ſpäteren Nachrichten war auch am 10. Rom noch nicht genommen und war auf den 11. ein allgemeiner Angriff feſtgeſetzt.

* **Turin**, 11. Juni. Der Opinione zufolge, ſteht der Frieden mit Oeſterreich auf dem Punkte abgeſchloſſen zu werden. Oeſterreich hat ſeine Geldforderungen bedeutend ermäßigt. Statt 200 Millionen, die es urſprünglich verlangte, verlangt es nur noch 70 Millionen. Das ſardiniſche Miniſterium bietet 50 Millionen. Dies iſt jedoch Nebenſache. Die Hauptſache iſt die Pacification Italiens, wozu Piemont cooperiren ſoll.

Ungarn.

A. Z. C. Aus Preßburg wird geſchrieben: „Truppenmärſche finden noch immer häufig ſtatt; wie es ſcheint ohne andern Zweck, als den Feind irre zu leiten. Im Lager auf der Sauhaide ſtehen noch 4000 Ruſſen; 10,000 derſelben, welche eine entſprechende Zahl Kanonen bei ſich führen, ſind gegen Raab marſchirt. Bei Szered ſoll es heiß hergegangen ſein. Die Nachrichten von dort bedürfen noch der Beſtätigung. In der Schütt iſt Alles ruhig; nicht das kleinſte Vorpoſtengefecht findet ſtatt. Ein Theil der Inſurgenten-Armee hat ſich gegen Nyarosd gezogen. Die Uebernahme des Obercommando durch Fürſt Paskewitſch findet immer mehr Glauben und Verbreitung.

Türkei.

Durch das Journal von Conſtantinopel erfahren wir, daß die ruſſiſche Feſtung Mamai, am ſchwarzen Meere zwiſchen Anapa und Sutſchuk-Kale in Kaukaſien gelegen, gegen Ende April von 12000 Tſcherkeſſen überfallen und eingenommen worden iſt. Die ruſſiſche Beſatzung, 3000 Mann ſtark, wurde theils niedergemacht, theils gefangen. Die Sieger erbeuteten angeblich 100 Kanonen (?), viele Waffen und Munition. Das Corps des Generals Nedorow, nach der Moldau beſtimmt, verſuchte vergeblich, ſich durch die Tſcherkeſſen dahin durchzuſchlagen.

Frankfurter Börſenbericht.
(Wochenbericht.)

Mit der Wiener Poſt vom 8. traf am 12. hier die Nachricht ein, daß der diesjährige Dividend auf Bankactien, incluſive Superdividend, auf 25 Gulden pr. Actie feſtgeſetzt wurde. War ſchon der Eindruck davon ein ungünſtiger (der Dividend des letzten Semeſters 1848 betrug 40 Gulden); ſo wurde dieſer noch erhöhet durch das glaubwürdig verbreitete Gerücht einer bevorſtehenden bedeutenden Bankoperation. Es heißt nämlich, die Bank beabſichtige der an ſie mehrfach, insbeſondere aber von der Handelskammer ergangenen Aufforderung zu ihrer Rehabilitirung, zu entſprechen und unter Zuſtimmung des Finanzminiſteriums zur Emiſſion ihrer noch vorräthigen 50,000 Stück Actien zu ſchreiten. Die jetzigen Beſitzer ſollen dabei die Priorität genießen und der Beſitz einer alten Actie zur Erſtehung einer neuen zum Preiſe von 700 Gulden berechtigen. Die Nachricht ſelbſt iſt zwar noch nicht verbürgt, findet aber um ſo bereitwilliger Glauben, als ſie ſich übereinſtimmend zeigt mit dem bereits dargelegten Schritt der Wiener Handelskammer hinſichtlich der anzubahnenden Verbeſſerung der Bank und Finanzzuſtände, ſowie mit dem diesfälligen Entgegenkommen des Finanzminiſteriums. Wir überlaſſen es Andern, die Vortheile herauszuſtellen, die ſich ergeben müßten (vorausgeſetzt, daß das Vorhaben den gewünſchten Erfolg hat) ſowohl aus der Einziehung von 30 — 40 Millionen in Papier oder Silber, als aus der beſſern Conſolidirung der Bank. Wir können übrigens nicht umhin, jedenfalls in einem ſolchen Schritte das aufopfernde Beſtreben des ſo vielfältig angegriffenen Inſtituts zu erkennen, allen an daſſelbe erhobenen Anſprüchen möglichſt gerecht zu werden, und wir zweifeln nicht, daß eine ſolche Würdigung, ganz unabhängig vom Erfolg, ſich allgemeinen Eingang verſchaffen werde. Der Eindruck jener Nachrichten äußerte ſich übrigens in höchſt ungünſtiger Weiſe an der hieſigen Börſe. Bankactien fielen ſogleich von 1075 auf 1005 und waren an den folgenden Tagen, als noch niedrigere Notizen von Wien eintrafen, kaum zu 950 anzubringen. Auch die übrigen öſterreichiſchen Fonds folgten den rückgängigen Bewegung. Die flaue Stimmung hielt indeſſen nicht lange an. Nachdem nämlich am letzten Börſentage der Woche günſtigere Nachrichten aus Ungarn und ſomit höhere Notirungen aus Wien eintrafen, nachdem endlich die Pariſer Briefe vom 13. den Sieg der franzöſiſchen Regierung über die Manifeſtation der Bergpartei meldeten, gewahrte man eine günſtigere Stimmung für faſt alle Fondsgattungen. Auch die ſüddeutſchen Papiere behaupteten eine feſte Haltung, da die militäriſchen Operationen gegen Baden und die Pfalz einen günſtigen Verlauf zu nehmen ſcheinen. Von Anlehensloſen ſind beſonders die großherzoglich heſſiſchen am meiſten geſtiegen (von 70⅝ auf 72½). Auch preußiſche Prämienſcheine ſind um 1 pCt. in die Höhe gegangen. In Eiſenbahnactien war das Geſchäft, namentlich in Ludwigshafen-Berbach ſehr belebt. Die Steigerung betrug 1½ pCt. Amerikaniſche 6pCt. Stocks ſind zu 118 à ¼ verhandelt worden.

	Courſe vom 9. Juni.	Courſe vom 16. Juni.
Bankaktien	1075	980
5% Metalliques	73	72⅞
4% ditto.	56¾	56
3% ditto	42⅝	42
2½% ditto.	38⅞	38½
fl. 250 Looſe	74¼	73¼
fl. 500 ditto.	122½	121½
Preuß. 3½% Staatsſchuldſch. . .	79¼	79¾
„ Prämienſcheine	101½	102½

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Fürſt Edmund Schwarzenberg vom Schlage getroffen. Gefecht in Ungarn. Decrete Koſſuth's. Die Ruſſen bei Preßburg). Berlin (Verwaltungsrath der drei Staaten. Die preußiſchen Finanzen. Neueſte Enthüllungen. Neue Exercitien. Baiern. Eine Verſammlung des Treubundes). Breslau (Der Kaiſer von Rußland zur Armee nach Ungarn abgereiſt). München (Königliche Proklamation an die Pfälzer). Karlsruhe (Landesverſammlung. Heerberichte. Hecker binnen Kurzem erwartet). Heidelberg (Kriegsnachrichten. Die Pfälziſche Armee). Darmſtadt (Truppenbewegungen).

Großbritannien. London (Vertrauliche Mittheilung des Standard über die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft. Sir Allan M'Nab. Aus der diplomatiſchen Welt. Hamilton).

Frankreich. Paris (Ein Antrag auf Suspendirung der Preßfreiheit und Niederſetzung einer Unterſuchungscommiſſion. Rückſchlag der letzten Ereigniſſe auf Rom. Die Repräſentanten des Bergs und die Luftpumpe)

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Die Cholera.)

Dänemark. (Die Ruſſen in Kopenhagen. Die ruſſiſche Flotte bei Alſen).

Nordamerika. New-York (Deutſches Kriegsdampfboot).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 17. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 18. Juni. Die O. P. Z. enthält im amtlichen Theile folgenden Bericht des Generals v. Peucker an das Reichsminiſterium, datirt Weinheim, 16. Juni: „Am heutigen Morgen ging der Feind, welcher nach Ausſage von Gefangenen von dem Polen Mieroslawski befehligt war, in der Stärke von 10—12,000 Mann ſowohl in der Front als in meiner rechten Flanke zu einem lebhaften Angriff über, bei welchem mit Hartnäckigkeit um den Beſitz des Dorfes Großſachſen gekämpft, der Feind aber mit bedeutendem Verluſt überall zurückgeſchlagen wurde. Das heſſiſche Gebiet iſt von dem Feinde nun gänzlich geräumt. Unſere ſämmtlichen Truppen haben ſich äußerſt brav geſchlagen.“

Hierdurch werden im Weſentlichen, was den diesſeitigen Kriegsſchauplatz betrifft, die unten (ſ. Karlsruhe und Heidelberg) mitgetheilten Berichte badiſcher Blätter beſtätigt. Ladenburg und die Neckarbrücke ſind entweder noch nicht genommen, oder von den Badenern wieder zurückerobert. Daß der rechte Flügel über Käferthal hinaus vor die Stadt Mannheim gerückt ſei, wie es in der Oberpoſtamts-Zeitung heißt, ergibt ſich aus den vorliegenden Berichten nicht. Die Karlsruher Zeitung gibt an, Käferthal ſei von den Badnern genommen worden; in den diesſeitigen Berichten findet ſich nichts Beſtimmtes darüber. Die Darmſtädter Ztg. ſagt nur: „Das Hauptquartier befindet ſich nach wie vor in Weinheim, während der rechte Flügel von Virnheim aus ohne Hinderniſſe vorwärts gekommen iſt und dort jedenfalls eine vorgerückte Stellung einnimmt.“ Daß die Preußen wieder aus Ludwigshafen vertrieben ſeien, iſt durchaus unwahrſcheinlich, obwohl directe Nachrichten nicht vorliegen. Die Darmſtädter Ztg. enthält folgende Nachrichten:

„Darmſtadt, 17. Juni. Ueber die letzten Vorgänge an der Bergſtraße ſind uns zuverläſſige und directe Mittheilungen zugegangen. Am 15. d. wurden die Mecklenburger mit Verluſt von Ladenburg durch den überlegenen Feind zurückgeworfen. Sie nahmen mit darmſtädtiſchen und kurheſſiſchen Truppen eine Stellung bei Großſachſen ein, welche geſtern Morgen von badiſcher Seite beſonders durch ein bedeutendes Artillerie-Feuer (man hörte es hier) mit Vortheil angegriffen wurde. Die Reichstruppen zogen ſich, da der Feind in überlegener Zahl angriff, langſam zurück, ſo daß geſtern Abend das Hauptquartier ſich in Weinheim befand, jenſeits welcher Stadt Vorpoſtenketten mit größeren Piquets aufgeſtellt wurden. Verwundet wurden Oberlieutenant Keim und Major Neidhardt vom 4. Regiment. Die Gerüchte über den Verluſt unſerer Truppen, welche in der Stadt umlaufen, ſind höchſt übertrieben.“

Daſſelbe Blatt meldet weiter: „Auf dem Felde zwiſchen Ladenburg, Schriesheim, Heddesheim und Großſachſen fand die Action unſeres Centrums gegen das Gros der feindlichen Armee ſtatt, wo das Treffen ein ſehr hartnäckiges und langes war. Einzelheiten deſſelben mitzutheilen, iſt jetzt noch nicht möglich; ſie ſollen nachfolgen. Daß Tapferkeit und begeiſterter Muth unſere Truppen beſeelte, darüber herrſcht nur eine Stimme und werden davon glänzende Züge erzählt. So war ein Geſchütz dadurch, daß ſeine Beſpannung von Kugeln gefallen, in Feindes Hand gerathen, als ein Unterofficier mit vier Mann ſich in die Schaaren ſtürzte und das verlorene Stück alsbald wieder eroberte.“ Nach Privatnachrichten, welche die Darmſtädter Zeitung jedoch nicht verbürgen kann, ſind aus Mannheim an die Preußen in Ludwigshafen, als dieſe die Stadt zu bombardiren anfingen, Parlamentäre geſchickt worden, um wegen der Uebergabe zu unterhandeln. Es ging in Darmſtadt ſogar das Gerücht, die Preußen ſeien dort eingezogen, und zugleich von der andern Seite das 2. heſſiſche Infanterie-Regiment.

△ **Wien**, 14. Juni. Geſtern Mittag traf die Nachricht hier ein, daß der an die Stelle des unfähigen Grafen Wrbna ernannte Commandant des 2. Armeecorps, F.M.L. Fürſt Edmund Schwarzenberg, plötzlich vom Schlag getroffen wurde. Er iſt kaum 40 Jahr alt, und ſein Bruder (der Lanzknecht) hatte ihn am 12. vollkommen wohl in Güns verlaſſen. Seine beiden hier anweſenden Brüder, wovon der eine (Fürſt Karl Schwarzenberg) Commandant des nach Deutſchland beſtimmten Armeecorps in Bregenz, ſind ſogleich zu ihm geeilt; doch ſoll ſein Zuſtand wenig Hoffnung laſſen. Fürſt Edmund iſt der jüngſte Sohn des Feldmarſchalls Schwarzenberg glorreichen Andenkens. Unſere Truppen ſtehen noch immer ſtill, und es ſcheint, daß die Magyaren ebenfalls noch immer Verſuche machen, die Waag zu überſchreiten. Die Unſern haben um dies zu verhindern ſogar den Brückenkopf bei Trentſchin unterminirt. Haynau ſoll trotz aller angebornen Kaltblütigkeit auch ſchon beinahe die Geduld verlieren über die Gewalt der Umſtände, die ihn nöthigen, daſſelbe zu thun, was Windiſchgrätz that — die koſtbare Zeit zu verlieren. Im Juli und Auguſt toben die Fieber in Ungarn am ſtärkſten und gerade in dieſe Monate werden die Operationen fallen, da man ſchon wieder einen ſpätern Termin, den 22. d. M. zum endlichen Vorrücken bezeichnet. Geſtern fand bei Czorna, unweit Kapovar ein Treffen zwiſchen Generalmajor Wiß und den Ungarn ſtatt. Man gibt an, daß auf unſerer Seite nur 1 Brigade mit 1 Batterie ſtand, welche von den Ungarn mit 20 Kanonen und einer überlegenen Anzahl Truppen angegriffen wurde. Dem General-Major Wiß wurde dabei das Pferd unter dem Leibe getödtet; man ſah ihn zuſammenſtürzen und er blieb verſchwunden. Man weiß nicht, ob er in Gefangenſchaft gerieth, oder ob er von den Pferden der Huſaren ſo zertreten ward daß man den Leichnam nicht erkennen konnte. Seine Uniform fand man nicht auf dem Schlachtfelde. Die Quelle, aus welcher dieſe Nachricht kommt, verſchweigt ſorgfältig, daß dieſer partielle Kampf zu unſrem Nachtheil endete; ein Sieg kann es aber ſicher nicht ſein, ſonſt hätte man nicht geſäumt es auszuſprechen. Koſſuth regiert in Peſth und wie es ſcheint ganz ruhig und gemüthlich fort. Rings um ihn ziehen ſich die drohenden Maſſen immer ſtärker zuſammen und er decretirt, als ob er des Sieges gewiß ſei, einen Invaliden-Pallaſt, der an Eleganz und Komfort dem Invalidenhauſe in Greenwich und dem Hotel des Invalides in Paris nicht nachſtehn ſoll. Ferner weiſt er den Finanzminiſter an, von dem Peſther Magiſtrate die Margarethen Inſel zu kaufen um darauf einen Volksgarten anzulegen. Auch ſollen Waſſerbauten angelegt werden, um die Stadt vor Ueberſchwemmung zu ſchützen; ferner ein Hafen mit Docks. Und um das allergetreueſte Debreczin zu heben, ſoll die Eiſenbahn von Szolnok dahin ſogleich fortgeſetzt werden, ebenſo nach Arad. Die Ofener Gefangenen ſollen bei dieſen Bauten verwendet werden. Auch ſoll Koſſuth ſich ernſtlich mit den Geſetzesvorlagen für den zum 2. Juli nach Peſth berufenen Reichstag beſchäftigen, welche zunächſt die Steuerfrage, die Urbarialablöſung und die Regalbeneſizien betreffen ſollen. In Oberungarn ſollen die Magyaren 3 Lager, bei Demethe, Kazi und Zeben bezogen haben; ſie ſollen jedoch im Ganzen nur 20 bis 24,000 Mann ſtark ſein, ſammt dem Zuzug aus Ofen.

Unſer Lloyd bringt wieder einmal die Nachricht, daß Dembinski das Commando zu Gunſten des geweſenen öſterreichiſchen Rittmeiſters Grafen Deſſewffy niedergelegt habe; indeß wird ſich dieſe Angabe ebenſowenig bewahrheiten als ſeine früheren dieſer Art. Ankömmlinge aus Preßburg verſichern, daß die Ruſſen auf der Sauhaide ſich nichts weniger als impoſant ausnehmen. Es ſollen meiſtens kleine Leute mit kränklichen Geſichtern ſein, deren Montur und Wäſche ſtarke Spuren der Zeit an ſich tragen, Hemden ſind ſogar bei den meiſten gar nicht vorhanden. Die Beſpannungen hingegen ſollen eben ſo ſchön ſein, als die unſern. Die

Cholera hat in der letzten Zeit ſo heftig in dem Lager der Ruſſen gewüthet, daß man einen Theil derſelben in eine höhere und trocknere Lage nach St. Georgen und Böſing übergeſiedelt hat.

Innsbruck, 14. Juni. Durch Eſtafette traf vom hohen Kriegsminiſterium die Ordre ein, daß ſämmtliche aus Südtyrol und Italien nach Reutte beſtimmte Truppen ſchnellſtens nach Vorarlberg zu marſchiren haben. (Tyrol. B.)

Lith. Corr. **Berlin**, 15. Juni. Die Exercitien der hieſigen Garniſon haben u. A. auch den Zweck, die Soldaten auf einen etwaigen Straßenkampf vorzubereiten. Die Garniſon wird namentlich darin geübt, Häuſer zu erſtürmen, während dieſelben durch Steinwürfe von innen oder von den Dächern herab vertheidigt werden. Exercitien dieſer Art fanden geſtern in der Chauſſee- und Invalidenſtraße ſtatt. Einzelne Soldaten mußten die Dächer der Häuſer beſteigen und dort die Stellung von Werfenden einnehmen, die Soldaten auf der Straße liefen indeß Sturm gegen die Häuſer, während ſie gleichzeitig auf die Dächer zielten. Das ganze Manöver hatte das Anſehen, als gelte es weniger, die Soldaten zu belehren, vielmehr das neugierig umherſtehende Proletariat jenes Stadttheils für eventuelle Fälle im Voraus abzuſchrecken.

Conſt. Corr. **Berlin**, 15. Juni. Wir befinden uns in der Lage, aus ſicherer Quelle erklären zu können, daß der Befehl an den General-Lieutenant v. Hirſchfeld zum Einrücken in die baieriſche Pfalz von Berlin erſt abgegangen iſt, nachdem der dortige baieriſche Geſandte, Graf Lerchenfeld, offiziell und formell die Hilfe Preußens angerufen hat, ohne des Reichsverweſers dabei zu gedenken, was übrigens auch der Erfüllung des Wunſches der baieriſchen Regierung, ſo wie die Sachen jetzt liegen, gewiß nicht förderlich geweſen ſein würde. Noch mehr! Baiern ſendet, wie damals bereits bekannt war, 9 Bataillone, 8 Schwadronen und 24 Geſchütze — es ſollen 11,000 Mann ſein — mit dem General-Lieutenant Fürſt Taxis über Nürnberg, Würzburg und Darmſtadt nach der Pfalz. Es wurde nun baieriſcher Seits das Anſuchen geſtellt, wenn in Gemeinſchaft mit den preußiſchen Truppen in der Pfalz die Ruhe hergeſtellt ſei, die baieriſche Diviſion, welche dort ſtehen bleiben würde, durch 4 bis 5 preußiſche Bataillone zu verſtärken. Wir haben Urſache zu glauben, daß man preußiſcher Seits nach dem Grunde zu dieſer Bitte nicht gefragt, ſondern ſich begnügt hat, ihre Erfüllung zuzuſagen. Fragt aber der Münchener Correſpondent nach dieſem Grunde, ſo können wir ihm nur antworten, daß, wenn man mit 11,000 Mann nicht im Stande zu ſein glaubt, die durch Preußen wieder hergeſtellte Ordnung in der Pfalz erhalten zu können, dieſe Truppen wohl nicht ſehr zuverläſſig ſein müſſen.

Die ſechſte Generalverſammlung des Treubundes für König und Vaterland, welche vorgeſtern ſtattfand, war wie die vorhergehenden zahlreich beſucht. Die Vorträge wurden durch einen Chorgeſang eröffnet, worauf zuerſt der Prediger Genzel aus Stettin eine Charakteriſtik der preußiſchen Regenten vom großen Kurfürſten an lieferte, in welcher er ſehr geſchickt nachwies, wie jeder der preußiſchen Regenten den religiöſen Grundzug des Hauſes Hohenzollern in ſeinem Leben und in ſeinen Thaten auf das deutlichſte ausgeprägt und dadurch das Volk zu der Größe geführt hätte, die es erlangt hat. Ihm folgte der Dr. Andreas Sommer mit einem Vortrage über den Unterſchied der echten und unechten Freiheit. Er ging von der Bemerkung aus, daß das Einsſein einen weſentlichen Theil der Beſtimmung des Menſchen bilde, daß der Treubund dadurch eine tiefe Bedeutung für das Vaterland bekomme, daß er ſeinen Mittelpunkt in der Quelle des innerſten Lebens, in der treuen Liebe zu Gott, König und Vaterland ſuche; daß in dieſer Liebe die wahre Volksſouveränität beſtehe und nur mit ihr die wahre Freiheit zu erlangen ſei. Die Verſammlung war durch beide Vorträge ſichtbar gehoben und verließ, nachdem ſie noch ein herzſtärkendes Lied geſungen, mit großer Befriedigung das Verſammlungslokal.

DC **Berlin**, 15. Juni. Die bei dem bekannten Ex-Poſtſecretär und Redacteur der „Kreuzzeitung", Gödſche, veranſtalteten Hausſuchungen ſtehen im innigſten Zuſammenhange mit der Unterſuchung gegen Waldeck, und beſtätigt ſowohl die Hausſuchung ſelbſt als auch die Natur der bei dieſer Gelegenheit gefundenen Papiere unſere frühere Mittheilung über die Waldeck zur Laſt gelegten Thatſachen vollſtändig. Die gerichtliche Unterſuchung hat ſich — trotz alles Sträubens — der Ueberzeugung nicht entziehen können, daß Herr Ohm ein agent provocateur der Polizei ſei und daß die vorgeblichen D'Eſter'ſchen Briefe Documente aus derſelben Fabrik ſeien, aus der die Pierſig'ſchen Enthüllungen gefloſſen. Daher die zweimaligen Hausſuchungen bei Gödſche, deren Reſultat ein unerwartet compromittirendes für eine gewiſſe Partei ſein ſoll. Herr Gödſche hatte geſtern Mittag ein dreiſtündiges Verhör vor dem Criminalgerichts-Rath Schlötke, welcher die Unterſuchung gegen Waldeck führt. Es ſollen ſolche gravirende Thatſachen gegen Gödſche vorliegen, daß der Unterſuchungsrichter nicht wird umhin können, ihn zu verhaften.

♀ **Berlin**, 16. Juni. Montag den 18. wird der Verwaltungsrath der Staaten, welche ſich bis jetzt zum engern deutſchen Bundesſtaate vereinigt haben, hier zuſammentreten. Preußen hatte zuerſt Hrn. v. Canitz, der unter Bodelſchwingh Miniſter des Auswärtigen war, zu ſeinem Vertreter beſtimmt; da dieſer aber krank iſt, ſo wird Herr v. Radowitz ſeine Stelle einnehmen. Hannover ſendet Hrn. v. Wangenheim. Die Partei des Miniſteriums verbindet mit der Hierherkunft des baieriſchen Miniſters v. d. Pfordten die Hoffnung, daß Baiern ſeinen Beitritt doch noch erklären werde. Die preußiſchen Finanzen ſtehen beſſer, als man in Süd-Deutſchland zu glauben ſcheint. Ich habe es aus zuverläſſiger Quelle, daß die Regierung, wenn ihr nicht ganz neue, außerordentliche Anſtrengungen zugemuthet werden, weder eine Anleihe zu machen, noch eine außerordentliche Steuer auszuſchreiben ſich genöthigt ſehen wird. Die Ausgaben, welche die Unterhaltung der gegenwärtigen Heeresmacht erfordert, können noch durch die regelmäßig fließenden Finanzquellen beſtritten werden.

Breslau, 14. Juni Nachmittags. Nach einer uns ſoeben zugekommenen directen Mittheilung iſt heute früh 5 Uhr Se. Maj. der Kaiſer Nikolaus, begleitet von dem Großfürſten Conſtantin und dem Fürſten Paskewitſch mittelſt Separatzuges auf der Eiſenbahn von Warſchau in Maßky angekommen und hat ſeine Weiterreiſe von da nach Krakau ohne Aufenthalt fortgeſetzt. Ob derſelbe und wie lange in Krakau bleiben werde, darüber fehlen uns noch beſtimmte Nachrichten. Nach dem was darüber noch geſtern Abends in Krakau verlautete, iſt anzunehmen, daß Se. Maj. nicht in Krakau verbleiben, ſondern gleich nach ſeiner Ankunft von da weiter über Podgorce durch Galizien zur Armee abreiſen werde. Auf dem Zuge, auf welchem ſich der Kaiſer befand, wurden noch fünf kaiſerliche Equipagen nachgeführt, welcher Umſtand auch ein weiteres Reiſeziel vermuthen läßt. (Schleſ. Z.)

* **München**, 14. Juni. Folgende königliche Proclamation an die Pfälzer iſt heute erſchienen:

„Pfälzer! Mit tiefem Kummer ſieht ſich Euer König gezwungen, die Gewalt der Waffen gegen eine Provinz aufzurufen, welche Seinem Herzen ſtets theuer geweſen iſt und dem Königshauſe in glücklicheren Tagen unverkennbare Beweiſe ihrer Liebe und Anhänglichkeit gegeben hat. Der Lüge iſt es für den Augenblick gelungen, durch Verdächtigungen und Aufſtachelung eines politiſchen Fanatismus die Pfalz von Baiern loszureißen, und einer hochverrätheriſchen Gewalt die Herrſchaft in die Hände zu legen. Das Unglück, welches mit dieſer geſetzloſen Herrſchaft über Euer ſchönes Land hereingebrochen iſt, bildet einen beklagenswerthen Gegenſatz zu den Segnungen der geſetzlichen Regierung, unter welcher das Glück und der Wohlſtand des Volkes ſich immer lebendiger entwickelt hatten. Ihr müßt erkennen, daß Ihr das Opfer einer ſtrafwürdigen Täuſchung geworden ſeid, indem Eure Empfänglichkeit für politiſche Ideen zu verbrecheriſchen Zwecken ausgebeutet wurde. Ich weiß, daß die große Zahl der Gutgeſinnten mit Sehnſucht den Tag der wiederkehrenden Ordnung erwartet. Er iſt Euch nahe! Die angeordnete Vermehrung des Heeres hat jetzt die Möglichkeit herbeigeführt, ein Armeecorps abzuſenden, deſſen unerſchütterliche Treue und Tapferkeit den Gelüſten des Widerſtandes jede Hoffnung abſchneiden und dadurch die Schrecken des Bürgerkriegs verhindern wird. Pfälzer! an Euch iſt es, zu dieſem Ziele mitzuwirken; Ich erwarte, daß Ihr dem Rufe Eueres Königs folgen, daß Ihr die Bahn der Geſetzloſigkeit und des Treubruches verlaſſen, daß Ihr beitragen werdet, die Grundpfeiler der ſtaatlichen Ordnung wieder zu befeſtigen. Verſtoßt aus Eurer Mitte jene Fremdlinge, welche Euere Wohlfahrt ihren eigennützigen Abſichten aufopfern. Wendet Euch ab von den Verleumdern, welche Euch vorſpiegeln mochten, daß Ich die Meinem Volke gegebenen feierlichen Zuſagen nicht erfüllen, daß Ich der freien Entwickelung des Staatslebens entgegentreten könnte. Wenn Ich bei der Neugeſtaltung des großen deutſchen Gemeinweſens nicht allen zu momentaner Herrſchaft gelangten Anſichten folgte, ſo geſchah es, weil Meine Regentenpflichten Mir nicht verſtatteten, das Wohl des Landes den Eingebungen der politiſchen Leidenſchaften zu opfern. Glaubt Mir, daß Ich, von innigſter Liebe für das geſammte deutſche Vaterland durchdrungen, Meine heiligſte Aufgabe darin finde, auf dauerhafte Weiſe die Wohlfahrt, Einigkeit und Größe Deutſchlands und das Glück der Meiner Leitung anvertrauten Volksſtämme zu begründen. Pfälzer, vertrauet den Worten Eueres Königs! Er ſieht in Euch, mit Ausnahme weniger Verführer, keine Feinde, ſondern Verirrte. Die Feinde mögen der verdienten Strafe verfallen, den Verirrten wird Er zu verzeihen wiſſen. München, den 10. Juni 1849. Max. Kleinſchrod. Dr. Aſchenbrenner. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Luder. v. Zwehl."

* **Karlsruhe**, 16. Juni. In der geſtrigen Sitzung der Landesverſammlung leiſteten die Mitglieder des neuen Triumvirats eine Art von eidlichem Gelöbniß. Hoff ſprach ſeine Freude darüber aus, daß die Verſammlung jetzt durch Wahl des Triumvirats ſich für den Freiſtaat entſchieden habe, und brachte ein Hoch aus auf die proviſoriſche Regierung, in das die Verſammlung lebhaft einſtimmte. Brentano verkündete der Verſammlung lügenhafte Nachrichten von Paris: das Volk habe ſich erhoben, der Sieg ſei gewiß, auch das Elſaß ſei aufgeſtanden, die Nationalgarde zu Straßburg habe die Cidatelle beſetzt u. dgl.

Die Karlsr. Ztg. enthält folgenden offiziellen Bericht über die Ereigniſſe des 15. Juni:

„Sieg der Unſeren an allen Orten unter dem Obrbefehl des Generals Mieroslawski!

Der Kampf begann des Morgens um 10 Uhr gleichzeitig an allen vier Punkten. Dir Feinde griffen am rechten Ufer des Rheins bei Ladenburg, Käferthal und Weinheim an, wurden indeß glänzend zurückgeſchlagen und über die Grenze gegen Birnheim zu verfolgt. Kaferthal und Ladenburg wurden im Sturm genommen. Der polniſche Oberſt Tobian, der bei Kaferthal an der Spitze ſtand, commandirte die Unſeren troz der gefährlichen Verwundung, die er erhalten, mit ausgezeichnetem Heldenmuthe. Bei Ladenburg blieb auf der feindlichen Seite der verrätheriſche Offizier, früherr badiſche Oberſt Roggenbach.

Auf dem linken Rheinufer verſuchten die Preußen von Ludwigshafen aus über die Brücke nach Mannheim vorzudringen, wurden aber fortwährend zurückgetrieben, und mußten, nachdem der Kampf bis Abends 10 Uhr gewährt, mit großem Verluſte weichen. Dir Tapferkeit aller unſerer Truppen war bewundernswerth; die Artillerie mit der Abtheilung der Volkswehr hat mit großer Sicherheit manövrirt. Der Feind wird die Unſeren achten und begreifen lernen, daß die Begeiſterung für dir Sache der Freiheit die Kräfte verdoppelt und den Sieg gewiß macht. Der Verluſt des Feindes an Mannſchaften, Pferden, Waffen und Gepäck iſt nicht unbeträchtlich; Mecklenburger und Heſſen ſind gefangen worden. Sie erklärten, daß ſie nur gezwungen gegen uns gekämpft haben; noch ein Sieg der Unſeren und die Feinde gehen in Maſſe zu uns über. An Muth und Ausdauer hat es den Gegnern nicht gefehlt; um ſo kräftiger war daher der Kampf der Unſeren.“

Karlsruhe, 16. Juni, 2 Uhr Nachmittags. Die Karlsr. Ztg. berichtet: So eben geht von Heidelberg die Nachricht von einem zweiten glücklichen Erfolg unſerer Waffen ein. Dieſen Morgen fand hinter Ladenburg ein Angriff der Unſrigen auf heſſiſche Truppen ſtatt, welcher nach einem hartnäckigen Kampf mit der Flucht des Feindes endigte, welcher von den Unſrigen mehrere Stunden weit verfolgt wurde. Verwundete, die nach Heidelberg in mehreren Wagen gebracht wurden, erzählen voll Siegesfreudigkeit von vielen Gefangenen, worunter ſich abermals mehrere Officiere befinden ſollen.

Karlsruhe, 16. Juni. Wir erfahren aus zuverläſſiger Quelle, daß die Ankunft Hecker's in Kurzem zu erwarten ſteht. Er ertheilte der an ihn abgeſandten Deputation ſogleich eine zuſagende Antwort, und befindet ſich ohne Zweifel bereits ſeit einigen Tagen zur See auf dem Wege nach Europa.

Bürger Goegg, Mitglied der neu conſtituirten Regierung, iſt den 16. Juni Mittags in das Hauptquartier abgegangen, um dem commandirenden General Mieroslawski in allen Angelegenheiten, die nicht rein militäriſcher Art ſind, zur Seite zu ſtehen. (Karlsr. Z.)

Heidelberg, 16. Juni. Das Heidelberger Journal enthält folgende Nachrichten: Heute in aller Frühe begann der Kampf wieder in der Nähe des Gebirges bei Schriesheim; in Hirſchhorn ſind Mecklenburger eingezogen, die Burg iſt von Hanauer Schützen beſetzt, die Schweizer haben ſich nach Schönau zurückgezogen. Die pfälziſche Armee hat ſich bei Neuſtadt concentrirt. Alle wichtigen Päſſe ſind noch in den Händen der Pfälzer. Daſſelbe Blatt und eine andere Nachricht in der Hanauer Zeitung, die von zwei Augenzeugen herrühren ſoll, wollen wiſſen, die Preußen ſeien aus der Rheinſchanze wieder vertrieben und dabei Ludwigshafen in Brand geſchoſſen worden. Nach der letztern Nachricht hätten die Badener auch den Freitag Abend ſpät die „Fürſtlichen“ aus Ladenburg wieder vertrieben und am Samſtag Morgen ſogar bis Weinheim zurückgedrängt. Die Turner haben ſich aus Hirſchhorn über den Neckar zurückgezogen.

Mannheim, 14. Juni. Geſtern gegen Abend hielt General Mieroslawski Muſterung über ſämmtliche hier liegende bewaffnete Macht jenſeits des Neckars auf dem großen Exercierplatze. Der General drückte ſich ſehr zufrieden über die Haltung der Mannſchaft aus und ſcheint viel auf den perſönlichen Muth der Badener zu halten. (Schw. M.)

Darmſtadt, 17. Juni. Die geſtern hier einquartierten preußiſchen Truppen ſind Nachmittags nach Eberſtadt, Seeheim, Jugenheim und Alsbach vorgerückt, um dort vor der Hand eine Reſervepoſition in dritter Linie einzunehmen. Abends trafen weitere 2400 Mann Preußen ein, welche vorzugehen beſtimmt ſind, indem zugleich noch heute und morgen der übrige Theil des unter dem Commando des General v. d. Gröben ſtehenden großen Truppencorps hier ein- und weiterrückt, um mit der dazu gehörigen Artillerie (44 Geſchütze) die Heereskräfte des Weinheimer Hauptquartiers zu verſtärken. Auch die geſtern hier durchgekommenen 2 baieriſchen Regimenter und Batterien ſollen in Großgerau Halt machen, um eventuell zu dem dieſſeitigen Operationscorps gezogen zu werden. (Darmſt. Ztg.)

Großbritannien.

***London**, 13. Juni. Der Standard bemerkt: „Wir ſind in Stand geſetzt, mitzutheilen, daß die franzöſiſche Präſidentenbotſchaft von dem Präſidenten ſelbſt ganz allein verfaßt und geſchrieben wurde. Einige wenige Punkte und ſtatiſtiſche Angaben darin ſind ohne Zweifel von den Miniſtern der verſchiedenen Departements beigeſteuert worden. Aber die ganze Anordnung, Verarbeitung und Zuſammenſtellung verdankt man der Feder des Präſidenten. In Bezug auf die Lage Frankreichs und Europa's iſt es ein überaus wichtiges, beachtenswürdiges und tüchtiges Aktenſtück, das dem Herzen und dem Kopfe des Prinzen Louis Napoleon gleiche Ehre macht und in allen Theilen das Produkt der Einſicht, Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit iſt.“ Es verdient vielleicht bemerkt zu werden, daß der „Standard,“ der unabläſſige Lobpreiſer Ludwig Philipps, welcher in ihm ſeine Herzenswünſche niederzulegen pflegte, von Anfang an der Befürworter der Kandidatur Louis Napoleons war, von dem oder aus deſſen Umgebung der „Standard,“ aus Obigem zu ſchließen, vertrauliche Mittheilungen erhält. Daß die Politik Louis Napoleons, des Präſidenten, bisher nur ein Abklatſch der Politik Louis Philipps, des Königs, war, iſt ohnehin augenfällig.

Der „M. Poſt“ zufolge hatte der Oberſt Sir M'Nab, Abgeordneter der unzufriedenen britiſchen Partei in Kanada, am 10ten eine Unterredung mit dem Grafen Grey, Miniſter der Kolonien. Dieſelbe Zeitung enthält folgende Mittheilungen: „Lord Howard de Walden iſt nach Brüſſel auf ſeinen Poſten als britiſcher Geſandter wieder zurückgekehrt. Sir Edmund Lyons wird, wie man erwartet, Anfang des nächſten Monats nach der Schweiz abgehen. Seit der Abweſenheit des Hrn. Morier verwaltete Hr. R. Peel, Sir Roberts älteſter Sohn, die Geſchäfte eines Chargé d'Affaires. Viscount Ponſonby iſt im Begriff, wieder nach Wien zurückzukehren. Lord Cowley wird noch durch diplomatiſche Geſchäfte in Frankfurt zurückgehalten.“

Die engliſchen Zeitungen zeigen, ohne irgend Aufhebens davon zu machen, mit kurzen Worten an, daß der Irländer William Hamilton, Handlanger, der am 19. Mai, eine angeblich nur mit Pulver geladene Piſtole auf die Königin abſchoß, jetzt zu ſiebenjähriger Transportation verurtheilt worden iſt.

Frankreich.

* **Paris**, 16. Juni. Es heißt, daß ein Mitglied der Majorität den Vorſchlag einbringen wird, die Preßfreiheit ein Jahr lang zu ſuspendiren. Die Regierung ſoll ſich geweigert haben, ſelbſt ein ſolches Decret zu beantragen. Man darf indeß das Ganze wohl als leeres Geſchwätz betrachten. Die Reunion des Staatsraths ferner (die alte Rue de Poitiers) hat beſchloſſen, eine Unterſuchungscommiſſion zu verlangen, die über die Ereigniſſe vom vorgeſtrigen Tage einen ähnlichen Bericht erſtatten ſoll, wie ihn der bekannte Bauchart'ſche über den 15. Mai und die Junitage des vorigen Jahres lieferte. Oberſt Trapolli, der Repräſentant der römiſchen Republik in Paris, ſoll in aller Eile Depeſchen an das Triumvirat expedirt haben, in welchen er, nach Mittheilung der Ereigniſſe vom 13., und des Falles der Montagne, demſelben den Rath gibt zu capituliren: Die franzöſiſche Regierung ſoll ihrerſeits Befehl ertheilt haben, dieſer Depeſche keinerlei Hinderniſſe in den Weg zu legen. Man beabſichtigt, die mobile Gensdarmerie, die ehemalige Municipalgarde, mit einem Artilleriebataillon zu verſehen, und ihr die Kanonen der ſtark compromittirten und bereits aufgelöſten Artillerielegion der Nationalgarde zu überweiſen. Ledru Rollin iſt weder bereits verhaftet, noch nach Lyon unterwegs, ſondern er hat ſich, der wahrſcheinlichſten Nachricht zufolge, nach England eingeſchifft und auf die beſondere Verwendung Odilon Barrot's ſoll ſeine Flucht

nicht weiter beunruhigt worden und die Polizei nur angewieſen ſein, ſich zu vergewiſſern, daß er Frankreich wirklich verlaſſen habe. Endlich mag noch eine Anekdote hier einen Platz finden, welche ſich auf die Flucht der Repräſentanten aus dem Lokal des Conſervatoriums bezieht. Sie hatten, als die Gefahr näher rückte, den über die Entweihung ſeiner Säle ſehr entrüſteten Direktor des Inſtituts anfangs ſo vergebens beſtürmt, ihnen einen Ausgang zu zeigen, daß der Sergeant Boichot ſich nach einer Waffe umſah, um den Eindringenden wenigſtens nicht ohne Widerſtand in die Hände zu fallen. Er faßte, was ihm zunächſt lag: es war eine Luftpumpe. Der Direktor ſtand einen Augenblick ſtarr, als er dies Attentat auf ſeine Sammlungen gewahrte, aber auch nur einen Augenblick, dann eilte er, ſeinen gefährlichen Gäſten den Weg zur Flucht zu zeigen: die Luftpumpe war gerettet!

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg, 5. Juni. Wir ſind in der angenehmen Lage, das Erlöſchen der Cholera im ganzen Lande mit dem Bemerken bekannt zu machen, daß die faſt ein volles Jahr angedauerte Krankheit in 17 Kreiſen und 1625, eine Bevölkerung von 1,919,884 Einwohner zählenden Ortſchaften 107,990 Individuen ergriffen hat, von denen 65,244 geneſen und 42,746 geſtorben ſind. (Lemb. Z.)

Dänemark.

N. C. **Kopenhagen**, 13. Juni. Die erſten ruſſiſchen Kriegsdampfer, Ollwaſchnay und Itſchin, Capitän Valroude und Capitän Gerſchau, ſind denn endlich auf hieſiger Rhede erſchienen; Abends ſtimmte die Berling'ſche Zeitung ein Loblied der Koſacken vom Don und vom Dnieper an. Die Flotte Lazareff's hat Reval verlaſſen und kreuzt jetzt in der Oſtſee. Wie abhängig von Rußland man durch dieſe Scheinhilfe ſchon geworden, ohne ein Aequivalent dafür zu erhalten, geht unter anderem daraus hervor, daß dieſe ruſſiſchen Kriegsſchiffe ſo ohne Weiteres die Batterie Dreikronen paſſiren, was ſonſt keinem Pulver führenden Schiffe erlaubt iſt, und daß man die ruſſiſchen Matroſen trotz aller Quarantainemaßregeln, angeſichts der aſiatiſchen Cholera, unbehindert haufenweiſe durch die Stadt ſtreichen läßt. Führt dies nicht die Seuche herbei, dann mögen die Inſeln wahrhaft cholerafeſt ſein; denn bisher waren ſie noch unberührt. Mit dem Dampfſchiff Egir ſind von dem Generalcommando in Nordjütland als Gefangene herübergeſchickt worden: 1 Rittmeiſter, 2 Lieutenants, 1 Arzt und 55 Unterofficiere und Gemeine des 2ten kurheſſiſchen Huſarenregiments, welche ſich von einem Gaſtwirthe bei Nörre-Snede in Jütland unfern Skanderburg und Veile haben überliſten laſſen; nachdem erſtere nämlich, reichlich mit Proviant und Geld (1100 Reichsthaler) verſehen, ſich bei ihm zur Ruhe begeben hatten, ließ er däniſche Cavallerie und Jäger herbeirufen, welche die Gäſte alſobald umzingelten und ohne einen Schuß Pulver zu verlieren, zu Kriegsgefangenen machten.

Die Dannevirke bemerkt, die Schleswig-Holſteiner ſeien im Grunde die einzigen Feinde, welche Muth und Luſt am Kriege hätten. Soeben trifft die Nachricht ein, daß die ruſſiſche Flotte ſchon bei Alſen angekommen und ſich mit Proviant verſehen habe.

Ungarn.

* Alle Reiſende, die aus Ungarn kommen, beſtätigen neuerdings den herrſchenden Fanatismus. Schaarenweiſe ſtrömen die Landleute herbei, um ſich einreihen zu laſſen, denn die Geiſtlichkeit, theils gezwungen, theils freiwillig, entflammt den religiöſen Haß gegen die Ruſſen. Zur Nationalität kommt nun auch dieſes gefährliche Element; die Revolution bemächtigt ſich der Herzen wie früher der Köpfe, und des Bürgerkrieges Ende wird dadurch noch mehr hinausgeſchoben. Der combinirte Angriff von unſerer Seite beginnt gewiß am 15., und der Plan iſt, unaufhaltſam vorwärts zu ſchreiten. Die Schlachten werden angenommen und dargeboten, wo immer; die Maſſen ſollen den Feind erdrücken, wie ſeine Maſſen uns zurückdrückten. Der Stand der vereinigten öſterreichiſch-ruſſiſchen Armee überragt 300,000 Mann, wovon 80,000 Ruſſen und 20,000 Oeſterreicher den linken, 40,000 Ruſſen und 60,000 Oeſterreicher den rechten Flügel bilden. Das geſammte reguläre Militär der Ungarn wird, obwohl nicht richtig, auf 100,000 bis 120,000 Mann geſchätzt; das Uebrige ſind Rekruten und Landſtürmler. (C. Bl. a. B.)

* Die Ruthenen in Ungarn und Galizien ſind durch die nahe Stammverwandtſchaft mit den Ruſſen für die jetzige Kriegführung von beſonderer Wichtigkeit. Von beiden Seiten wird um ſie geworben. Man ſchreibt darüber dem C. Bl. a. B.: Die Koſſuthiſche Partei ſucht auf alle Weiſe die Ruſſinen für ſich zu gewinnen. Insbeſondere hat Koſſuth die ruſſiniſche Geiſtlichkeit dadurch für ſich bearbeitet, daß er ihre Congrua auf das Doppelte erhöhte. Nun predigen die ruſſiniſchen Geiſtlichen förmlich den Kreuzzug gegen die Ruſſen. Sie ſagen: die Ruſſen kommen, um die katholiſche Religion auszurotten. Biſchof Gaganecz agitirt auch in dieſem Sinn, und befördert dadurch die von Koſſuth eingeleitete Recrutirung. Die Bauern aber wollen weder vom Kreuzzug, noch von der Recrutirung etwas wiſſen; ſie ſind für den Kaiſer und flüchten ſich in die Wälder. So geht es die Karpathenkette durch. In der Zips ſind die Bauern für den Kaiſer; es ſind welche bis nach Warſchau gereiſt, und haben um ruſſiſche Hilfe gegen die Dränger gebeten. Auch in Galizien wird unter dem Land- und Stadtvolk ſehr für die Magyaren agitirt. Man erzählt ſich allerlei Wundermärchen von Bem, z. B. wie er eine Offenbarung des Himmels und einer Muttergotteserſcheinung gewürdigt worden ſei, wornach ihn keine Kugel treffen und tödten könne; ferner, daß ihm ein Zauberheer von 200,000 Mann zu Hilfe kommen und er über ſeine Feinde bald einen vollſtändigen Sieg feiern werde. Dafür habe er der heil. Mutter Gottes verſprechen müſſen, eine glänzende Kirche in Warſchau zu erbauen. Zahlreiche Briefe laufen an die ruſſiniſche Geiſtlichkeit in Galizien, an Ortsrichter und Ortsdeputirte ein, datirt in Kronſtadt, in Sereth aber auf die Poſt gegeben, und mit Ludwig unterzeichnet, in welchen ihr mit dem Galgen gedroht wird, wenn ſie ſich für die polniſch-ungariſche Sache nicht anſchließe.

Auf der andern Seite berichtet die Conſtitutionelle Zeitung: In den nördlichen Comitaten haben ſich bereits die Koſaken einen gefürchteten Namen gemacht. Die daſelbſt anſäſſigen Ruthenen, mit den Ruſſen ſtamm- und religionsverwandt, ſehnen ſich hauptſächlich darum nach dem Einmarſch derſelben, um von den magyariſchen Landſturmpreſſern befreit zu werden. Einige Hundert Koſaken haben auf ihren ſchnellen Roſſen bereits den Zempliner Kreis von den Koſſuth'ſchen Commiſſarien und ihrem Anhange gereinigt, wobei es ſich herausſtellte, daß die Koſaken, die nur Sonne und Sterne anzuſehen brauchen, um aus meilenweiten Entfernungen an einem beſtimmten Orte wieder zuſammenzutreffen, für den ungariſchen Guerillakrieg ſich noch weit beſſer eignen, als die ungariſchen Huſaren. Wie der Blitz aus hellem Himmel fallen ſie in die Häuſer, binden die mißliebigen Perſonen auf den Rücken ihrer Pferde feſt und verſchwunden ſind ſie, wie ſie kamen.

Nordamerika.

New-York, 30. Mai. Das „Wochenblatt der deutſchen Schnellpoſt" berichtet heute Folgendes: „Der Kriegs-Steamer „United States", welcher ohnlängſt von der deutſchen Centralgewalt hier angekauft wurde, liegt nun zur Abfahrt bereit nahe der Batterie. Er iſt vortrefflich ausgeſtattet und mit 13 Kanonen (10 acht und vierzig und 3 acht und ſechzig Pfündern) verſehen worden. Am Samstage (26.) wurde eine Verſuchsfahrt gemacht, der die angeſehenſten deutſchen Kaufleute unſerer Stadt beiwohnten. Die Maſchinen arbeiteten ſehr gut und es ſteht zu erwarten, daß der Steamer in kurzer Zeit Southampton erreichen werde. Dort angekommen, wird man die deutſche und preußiſche (?) Flagge, welche ſchon am Bord ſind, aufziehen und die weiteren Befehle der deutſchen Regierung abwarten."

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 18. Juni.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. 73; 2½pCt. Metall. 38¾; Bank-Aktien fl. 1035; fl. 500 Looſe 122½; fl. 250 Looſe 74; Badiſche fl. 35 Looſe 25¾; Heſſiſche 26⅞; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe 72⅜; Polniſche fl. 500 Looſe 72¼; Friedr.-Wilh.-Nordb. 35; Berbach 70½; Köln-Minden 78¾; 3pCt. inländ. Spanier 24⅜; 4½pCt. Würtemb. 91⅞; 5pCt. Badiſche 92⅜; 5pCt. Naſſauiſche 100; Belgiſche 82¾; Integrale 49¾.

Wiener Bankactien waren zu bedeutend höherm Cours gefragt; dagegen ſind Metall. etwas billiger abgegeben worden. Für die meiſten andern Gattungen, namentlich für Süddeutſche herrſchte eine günſtige Stimmung.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 167. Frankfurt a. M., Dienſtag 19. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Brentano's Botſchaft.

Erklärung wegen der Zuſammenkunft in Gotha.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Die gegenwärtige Stellung des Reichsminiſteriums. Aufregung. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Sämmtliche Truppen nach Süden). Wien (Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Die entflohenen Palatinalhuſaren. Gefecht zwiſchen Türken und Montenegrinern. Magyariſche Verbindungen in Conſtantinopel. Der Mangel an Scheidemünze. Vermiſchtes). Innsbruck (Phillips). Prag (Neue Rekrutenaushebung. Die Cholera). Berlin (Geſetzentwürfe über ein Disciplinarverfahren gegen die Beamten und Richter. Schwarzweiße Abzeichen. Die Neue Preußiſche Zeitung. Henriette Sonntag. Verbot eines Journals. Geſetz wegen Beſchädigung der Telegraphen). Breslau (Die Ausführung des Wahlgeſetzes in Schleſien. Der Breslauer Barricadenproceß Der katholiſche Centralverein). Koblenz (Neues Preßvergehen. Der Herzog von Naſſau). München (Die Miſſionsreiſe v. d. Pfordten's. Rührigkeit der Ultramontanen). Speyer (Die proviſoriſche Regierung). Aus der Pfalz (Stimmung der preußiſchen Truppen. Die Flucht der proviſoriſchen Regierung. Die Preußen bis gegen Landau und Germersheim vorgerückt. Kriegszuſtand.) Stuttgart (Sitzung der Reichsverſammlung. Gerücht vom Rücktritt des Miniſteriums). Karlsruhe (Truppen in die Pfalz. Ankunft Schmitt's von Kaiſerslautern). Mannheim (Belagerungszuſtand. Siegesbülletin. Beleuchtung). Altenburg (Zuſammenkunft thüringiſcher Abgeordneten). Schwerin (Die Ständekammer über den preußiſchen Entwurf). Schleswig (Frauenzimmerpropaganda. Die Friedensverhandlungen in London).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen).

Frankreich. Paris (Zuſtände. Lyon.)

Spanien u. Portugal. Liſſabon (Erkrankung Karl Alberts. Der Herzog von Saldanha).

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Hinrichtung).

Ungarn. Preßburg (Die Cholera. Rüſtungen. Aufſchub der Operationen).

Polen. Warſchau (Der Kaiſer von Rußland. Fürſt Paskewitſch. Die Polen). Von der polniſchen Grenze (Die Intervention in Ungarn. Die Kaiſerin. Die Verhaftungen in Petersburg. Der Herzog von Leuchtenberg. Ruſſiſche Deſerteure).

18. Juni.

Die proviſoriſche Regierung in Baden hat durch Brentano's Mund ihre Botſchaft mittheilen laſſen. Die Rede iſt matt, gewunden, unwahr, wie die ganze Partei und das was ſie ſeit vier Wochen gethan hat. Sie hat nicht den Muth, mit der Monarchie und Reichsverfaſſung offen zu brechen und die Maske abzuwerfen, aber ſie mußte doch ihren guten Freunden von der äußerſten Partei zu Liebe einiges Salz einſtreuen; drum wird die Reichsverfaſſung ziemlich wegwerfend behandelt und von der Monarchie ganz geſchwiegen. Die Verfaſſung hat nach Brentano's Verſicherung den größten Theil des deutſchen Volkes nicht befriedigt und die Kaiſerkrone hat man nur mit Widerſtreben kommen ſehen; die Anerkennung der Verfaſſung durch die kleineren Staaten war, wie Brentano uns weiter belehrt, nur eine ſcheinbare.

In der Rechtfertigung des Aufruhrs vom 13. Mai und in der apologetiſchen Entſtehungsgeſchichte der proviſoriſchen Regierung iſt Brentano nicht glücklich; es iſt das eine ſehr ſeichte, mißlungene Advokatenarbeit. Man könnte lächeln über die harmloſe, idylliſche Schilderung der Volksvereine, deren Treiben ſeit langer Zeit alle politiſche und ſittliche Ordnung in Baden gründlich unterwühlt hat, wenn nicht zugleich die eherne Dreiſtigkeit, womit das Haupt der proviſoriſchen Regierung wahre und offenkundige Dinge verdreht, empören müßte. Aber in dieſer Dreiſtigkeit erkennen wir ganz den alten, ächten Brentano, nicht den aus Furcht und Schrecken zum Moderado gewordenen Regenten, ſondern den Radikaliſten auf der Oppoſitionsbank, deſſen unvergleichliche Keckheit im Behaupten und Ableugnen ſelbſt die ergebene Cohorte oft in peinliche Verlegenheit ſetzte.

Die abgetretene Regierung, ſeit dem Beſtehen der Verfaſſung faſt die einzige conſtitutionelle und parlamentariſche in Baden, ließ ſich vielleicht zu viel von den Ereigniſſen treiben und das laisser faire und laisser passer mochte bei ihr zu überwiegend Staatsmaxime geworden ſein. So ließ ſie die Preſſe mit einer alle ſittliche Grenze überſchreitenden Frechheit raſen, ſie ließ am ſelben Tage das ganze Land mit einem Netze clubiſtiſcher Organiſation überziehen — und ſie that nichts, nicht einmal das Nothdürftigſte von dem, was die beſtehenden Geſetze ihr in die Hand gaben. Die ehrenwerthen Männer ſchienen einen Stolz darin zu ſuchen, ſich ſelber und die ganze Staatsordnung täglich mit Koth bewerfen zu laſſen und ſetzten dem nichts entgegen, als die kalte ſtoiſche Ruhe der Verachtung. Sie machten unverdroſſen neue freiſinnige Geſetze, die bis an die äußerſte Grenze einer toleranten Staatsordnung vorgingen, aber ſie waren wenig bedacht, die ſtrafferen und ſtrengeren Normen der vorhandenen Geſetzgebung zu handhaben. Es wird ihnen daraus jetzt häufig ein harter Vorwurf abgeleitet und man kann zugeben, daß er hie und da begründet iſt, aber gleichwohl muß man wünſchen, daß eine nachfolgende Politik nicht wieder das Kind mit dem Bade ausſchütte und den badiſchen Staat in das entgegengeſetzte Extrem hineintreibe.

Dem Allem gegenüber wagt der Präſident einer Regierung, von der ſeit ihrem erſten Schritte Recht, Geſetz und Freiheit verhüllt und vertagt waren, ohne Erröthen zu behaupten: dieſes Miniſterium habe nicht an die Begründung der Volksfreiheit gedacht und bei jeder Gelegenheit die deutſchen Grundrechte beſchnitten, dieſelben Grundrechte, die Brentano ſeit vier Wochen hat begraben helfen. Einem Miniſterium gegenüber, das die politiſchen Proceſſe nur zu ſcrupulös und pedantiſch hat führen laſſen und das ſtatt einer ſummariſchen Militärjuſtiz die Aufrührer mit aller Sorgfalt inquirirte und zuletzt vor jene famoſen Geſchwornen ſtellen ließ, wagt Brentano die Behauptung, Tauſende hätten in den Kerkern geſchmachtet, Tauſende ſeien verbannt worden, Tauſende von Familien ihrer Ernährer beraubt geweſen. Ob der Mann gar keine Scham empfand, als er dies im Namen einer Regierung verkündigte, vor der Recht und Gerichte verſtummt ſind, wo man bereits unter der berüchtigten Rubrik „verdächtig"

ehrenwerthe und charakterfeſte Männer nach türkiſchem Gerichtsverfahren einſteckt oder Schaaren von Unſchuldigen nöthigt, vor der neuen Freiheit in die Fremde zu flüchten?

Aber auf eine Unwahrheit mehr oder weniger kommt es eben dem Vorſtand der proviſoriſchen Regierung nicht an; ſo ſpricht er auch ohne Scheu die offene Lüge aus: einer der abgetretenen Miniſter habe der Offenburger Deputation am 13. Mai erklärt, man ſei im Stande, mit der Gewalt der Bajonnette dem Willen des Volkes entgegenzutreten. Und doch weiß Brentano ſo gut wie wir, daß jener eine Miniſter (Bekk) der Deputation gegenüber nicht einmal in Abrede ſtellte, daß es im gegenwärtigen Augenblick, wo das Heer corrumpirt war, leicht ſei, durch einen Putſch die Regierung umzuwerfen, daß er ihnen aber mit aller Wärme eines guten Patrioten entgegenhielt, welch ungeheure Verantwortung ſolch gewiſſenloſer Leichtſinn habe, da unzweifelhaft jedem derartigen Beginnen alsbald mit energiſchen Mitteln von außen entgegengetreten und ſo dem Lande namenloſes Unglück bereitet werden würde.

Doch es lohnt ſich der Mühe kaum, auf ein Actenſtück noch näher einzugehen, wo faſt jeder Satz eine Unwahrheit oder eine Verdrehung enthält. Ein Parteiführer muß ſein Volk ſehr nieder taxiren, wenn er ihm ſolche Nahrung bietet. Es grenzt ans Abgeſchmackte, wenn von der Bewaffnung des Volkes und der Austheilung „der brach liegenden Waffen“ die Rede iſt, während alle Welt weiß, auf welch gewiſſenloſe Weiſe alle militäriſchen Vorräthe Badens verſchleudert und ſchon jetzt Hunderte von Pferden, Gewehren u. ſ. w. von den Volkshelden um wenige Gulden verſchachert worden ſind. Man traut ſeinen Augen kaum, wenn man die ungerathenen Jungen oder bankerutten Alten, durch die man die einzelnen Bezirke tyranniſiren ließ, als Männer des Vertrauens bezeichnet ſieht, welche die Sache der Freiheit und des Vaterlandes fördern ſollten, oder wenn man gar gegenüber der Vergeudung von Millionen, mit denen unſaubre Hände in wenig Wochen fertig geworden ſind, verſichern hört, die Abſchaffung der „ungeheuren Beſoldungen“ ſolle in Zukunft den Ausfall decken.

Die Botſchaft ſchließt, wie ſie angefangen. Brentano verſichert, daß ganz gewiß vom Kriegsſchauplatze Siegesnachrichten kommen werden; und wir glauben, er iſt ganz gewiß vom Gegentheil überzeugt. Er bedauert höchſt wahrſcheinlich jetzt nichts tiefer, als den Sieg vom 13. Mai und denkt mehr an die Flucht, als an Siegesnachrichten. Er hat ſich ſonder Zweifel von der Unfähigkeit ſämmtlicher Regierungscreaturen, die ihm in bürgerlichen und militäriſchen Geſchäften beigeſellt ſind, ſattſam überzeugt und ſieht die Auflöſung des jetzt völlig demoraliſirten Heeres als unabwendbar voraus. Er macht ſich auch keine Illuſion über die Stärke der gerühmten Vertheidigungsanſtalten und findet die beabſichtigten Befeſtigungen, Brücken und Schanzen, womit unfähige Leute in den Hauptſtädten des Vaterlandes viel unnütze Zeit vertändelten, wohl eben ſo lächerlich, wie das andern Leuten erſcheint. Die Freude des Regierens iſt dem Redner vom 10. Juni ſchon ſehr vergällt worden und könnte für ihn tragiſch enden. Das erſte Mißgeſchick der Waffen wird die Banden völlig entfeſſeln und jene merkwürdige Scene mit der Becker-Struve'ſchen Schaar wird ſich dann vielleicht nachdrücklicher wiederholen, als vor acht Tagen. Die Freunde der geſetzlichen Freiheit werden dem intellectuellen Urheber des badiſchen Aufruhrs jene Mäßigung nicht danken, die nur aus Rathloſigkeit, Furcht und Schwäche entſprang, und die Partei des brutalen Terrorismus wird ihn für die Niederlage verantwortlich machen, weil er nicht, wie Struve, Blind und Conſorten längſt predigten, jenen blutigen Terrorismus organiſiren ließ, von dem Karl Heinzen behauptet, daß er nothwendig ſei zur phyſiſchen Erfriſchung der Erde und ihrer Bewohner.

Frankfurt, 18. Juni. Die Unterzeichner der Einladung zu der Verſammlung in Gotha am 26. d. M. ſind veranlaßt, zu erklären: daß nur Diejenigen an der Verſammlung theilnehmen können, welchen die von uns unterzeichnete Einladung brieflich und perſönlich zugekommen iſt, und welche ſich in Gotha damit als Eingeladene ausweiſen. Ohne dieſe, oder auf eine durch dritte Hand, wenn auch von Einem der Theilnehmer ergangene Einladung, wird Niemanden der Zutritt zu der Beſprechung geſtattet, und Ausnahmen könnten nur durch Beſchluß der Verſammlung ſtattfinden. Der Zweck der Verſammlung und frühere Erfahrungen werden es den eingeladenen Freunden, ſo wie uns, räthlich erſcheinen laſſen, daß auf dieſem Wege Mißverſtändniſſe und Unannehmlichkeiten vermieden werden.

Dahlmann. Francke. H. v. Gagern. M. v. Gagern. Graf Giech. Mathy. Rümelin. v. Soiron. Wiedenmann.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 18. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt wurde in ihrer heutigen Sitzung zuvörderſt durch zwei dringliche Anträge in Anſpruch genommen, beide, wenigſtens theilweiſe, durch den Umſtand hervorgerufen, daß die Garniſon von Frankfurt augenblicklich nur aus ſechs Compagnien öſterreichiſcher Infanterie beſteht und die Stadtcommandantur, um dieſe wenigen Truppen nicht zu übermüden, ſeit heute Mittag plötzlich ſämmtliche Thorwachen und alle ſonſt von ihnen reſſortirende Poſten eingezogen hat. Herr Dr. Stein trug darauf an, die Verſammlung wolle beſchließen, den Senat aufzufordern, daß derſelbe, nachdem der Grund, aus welchem der Befehl über die Stadtwehr ſeither in die Hände der von der Reichsgewalt eingeſetzten Stadtcommandantur übergegangen, mit dem Scheiden der Reichsverſammlung weggefallen ſei, nunmehr dieſen Befehl wieder an ſich ziehe und dem Stadtcommandanten davon Anzeige mache. Herr Dr. Jucho hob mit Nachdruck hervor, daß der Grund, welcher jenes combinirte Commando nöthig habe erſcheinen laſſen, die Unmöglichkeit, daß in einer und derſelben Stadt zwei getrennte Gewalten über die militäriſchen Kräfte verfügten, wenn auch augenblicklich eine große Verringerung der Reichsgarniſon eingetreten ſei, noch vollſtändig fortbeſtehe, und ſchlug zunächſt eine Anfrage an den Senat über den Grund dieſer Verringerung, verbunden mit dem Antrage vor, für die alsbaldige Erſetzung der Garniſon Sorge zu tragen. Nach einer Debatte voll Bitterkeit und Perſönlichkeiten gegen den letztgenannten Redner, welchem eine Partei, die in der Conſtituante allmächtig iſt, es nicht verzeiht, daß er ſich losgeſagt von dem Stuttgarter Parlament, würde der Antrag des Hrn. Dr. Stein mit großer Mehrheit zum Beſchluß erhoben: ein Zuſatzantrag des Hrn. A. May, an die vernachläſſigte und tief gekränkte Stadtwehr, wenn man ihre Dienſte gegenwärtig wieder in Anſpruch nehme, zuvor eine Anſprache zu erlaſſen, welche linderndes Oel in ihre Wunden gieße, fand nur geringe Unterſtützung. Dagegen wurde ein zweiter Antrag des Herrn Dr. Schwarzſchild, in der von einigen andern Rednern etwas gemilderten Faſſung: „den Senat zu erſuchen, die geeigneten Schritte zu thun, daß das Frankfurter Linienbataillon baldmöglichſt zurückkehre, indem es zum Dienſt der Stadt nothwendig ſei“, ebenfalls nach kurzer Discuſſion, in welcher Hr. Dr. Jucho durch ſeine energiſche Mißbilligung des Aufſtandes in Baden abermals das laute Mißfallen der Majorität erregte, in namentlicher Abſtimmung mit 61 gegen 15 Stimmen (J. C. de Bary, Dr. Binding, Dr. Burkard, Cornill, Engelhardt, Dr. Goldſchmidt, Dr. v. Guaita, Henrich, Prof. Heſſemer, Senator Heſſenberg, Dr. Jucho, Senator Kloß, Knoblauch, Dr. Lorey und Dr. Scharff) angenommen.

Frankfurt, 18. Juni. In Nr. 141 der Oberpoſtamtszeitung wird endlich einbekannt, daß die Centralgewalt aufgehört habe zu regieren, daß ſie namentlich vom „conſtitutionell Regieren“ zurückgekommen ſei. Ihre Stellung, heißt es, ſei die einer Brücke zum „Vereintbleiben;“ ihr Daſein verhüte die Zerſplitterung Deutſchlands. Es fragt ſich, ob dieſe Behauptung richtig iſt, ob die Centralgewalt dem Vaterlande den großen Dienſt wirklich leiſtet, ob nicht vielmehr das Gegentheil der Fall iſt. Für Letzteres ſprechen leider ſo viele Anzeichen, daß ſie einem vollſtändigen Beweiſe gleichkommen. Um eine Brücke zwiſchen Nord und Süd oder zwiſchen der früheren und einer künftigen Bundesverfaſſung zu bilden, hätte die Centralgewalt ſich nicht zum Werkzeuge der öſterreichiſchen Intrigue machen dürfen. Dadurch hat ſie nur den Beifall des Herrn Buß erworben, welcher in die weſtphäliſche Volkshalle ſchreibt und in der Frankfurter Zeitung abdrucken läßt: „der Reichsverweſer umgibt ſich offen mit einem preußenfeindlichen und großdeutſchen Miniſterium.“ Jeder Unbefangene wird urtheilen, daß durch dieſes Verfahren eine Brücke nicht geſchlagen, ſondern abgebrochen wird. Man vermag auch nicht, die Enthüllungen der Berliner conſtitutionellen Correſpondenz zu widerlegen, worin das Reichsminiſterium als Marionette

an den Drähten des Herrn Grafen v. Rechberg nach Darmſtadt und Koblenz ſpaziert, um die Hilfe Preußens von dem Südweſten fern' zu halten, und ohne ein Herz für das Unglück deutſcher Länder, die Geſtaltung eines deutſchen Bundesſtaates zu verhindern. Und wenn von Berlin angedeutet wird, daß Hr. Prokeſch nicht verſchmähe, anarchiſchen Beſtrebungen in Preußen Vorſchub zu leiſten, ſo wäre es von Intereſſe, in Frankfurt Aufklärung über die Gründe zu erhalten, welche das Reichsminiſterium beſtimmten, dem preußiſchen General Schack den zum Glück nicht befolgten Befehl zu geben, nicht weiter vorzurücken; eben ſo wünſchenswerth wäre es, zu erfahren, was Herrn Giskra zwiſchen Frankfurt und Stuttgart hin und her treibt, und was andere Agenten zwiſchen Frankfurt und Karlsruhe zu vermitteln haben. Sollte ſich die Oberpoſtamtszeitung nicht bemüßigt ſehen, Aufſchluß zu ertheilen, ſo werden vielleicht Andere die feinen Fäden an das Licht bringen. Nein — das Reichsminiſterium iſt keine Brücke zum „Vereintbleiben", ſondern eine von den Fallen, welche das Cabinet von Ollmütz dem Streben nach Einigung der deutſchen Lande ſtellt. Es iſt auffallend, daß die Regierungen, denen es mit der Herſtellung des Bundesſtaates Ernſt iſt, noch immer Bevollmächtigte mit dieſem Reichsminiſterium verkehren laſſen und dadurch gleichſam doppeltes Spiel ſpielen. Hätte der Reichsverweſer beſſere Rathgeber, ſo würden ſie ſorgen, daß ſein bisher hochgefeierter Name nicht Gefahr laufe mit Raveaux und Andern zuſammen genannt zu werden, und daß Erzherzog Johann die für ihn bereiteten Gemächer in der Hofburg zu Wien nicht mehr lange leer ſtehen laſſe.

⁝ **Frankfurt**, 18. Juni. In Folge der vom Kriegsſchauplatz eingelaufenen, bis jetzt für die Aufſtändiſchen ziemlich günſtigen Nachrichten herrſcht hier eine bedeutende Aufregung. Denn unſer gute Stadt liegt zwar auf dem rechten Mainufer, iſt aber bekanntlich im Allgemeinen ziemlich links. Auf der Zeile und in den Straßen ſtehen zahlreiche Gruppen. Einzelne Officiere und auch der Stadtcommandant Deetz ſind verhöhnt worden. Für den Abend ſind mehrere Katzenmuſiken in Ausſicht, und in Folge deſſen ſind mehrere Piquets aufgeſtellt und zwei Geſchütze aufgefahren. Die Hauptwache hat vor der Menge geladen, und Major Deetz hat das Volk angeredet und erklärt, er werde nöthigenfalls ſcharf ſchießen laſſen. Sämmtliche äußere Thorwachen ſind verlaſſen, bis auf die Galluswache, wie man glaubt aus Mangel an Truppen, der wie es heißt dadurch entſtanden iſt, daß die auf dem Marſch hierher befindlichen preußiſchen Truppen nicht eingetroffen ſind. Unſere Garniſon beſteht, wie man angibt, nur noch aus 1500 Mann.

Y **Frankfurt**, 18. Juni. Aus dem Hauptquartiere des Neckarcorps erhalten wir ſoeben abermals das folgende Schreiben:

„**Weinheim**, 17. Juni. (Morgens.) Ladenburg war vorgeſtern Abend genommen und wurde mit ſieben mecklenburgiſchen Compagnien beſetzt. Die erſchöpften Mannſchaften ruhten, als plötzlich von Schriesheim aus eine ungeheure Uebermacht von Freiſchaaren, wahrſcheinlich die Schweizer Legion und Turner, angriffen. Die Mecklenburger zogen ſich langſam aus der Stadt und haben dabei nicht unbedeutende Verluſte gehabt. Es werden einige Officiere und etwa 20 Mann vermißt. Es iſt bei dieſer Gelegenheit auch der Major Hinderſen vom preußiſchen Generalſtabe, der die Nacht in Ladenburg zubrachte und erſt als letzter weichen wollte, entweder gefangen worden oder zu Tode gekommen, ein beſonders ſchwerer Verluſt! Die Truppen nahmen in der Nacht noch die Stellung von Virnheim bis Großſachſen. Am Morgen griff der Feind wieder an. Ein hartnäckiger Kampf, der für die Unſerigen beſonders dadurch ſchwer wurde, daß der Feind an Geſchütz dreifach, an Menſchen faſt doppelt überlegen iſt, entſpann ſich. Es müſſen gute Führer auf jener Seite ſein, ſo daß bis 2 Uhr gekämpft werden mußte, ehe wieder eine feſte Stellung genommen war. In dieſer hat für dieſe Nacht das Frankfurter Bataillon die äußerſten Vorpoſten. Alle Truppen haben ſich mit der größten Tapferkeit und Ausdauer geſchlagen; es iſt nicht möglich, ein Corps vorzugsweiſe zu nennen. Beſonderes Glück hatte das Bataillon des 38ſten preußiſchen Infanterie-Regiments. Es hat einen heißen Kampf ausgehalten, mit aller Bravour gefochten und nur Einen Verwundeten gehabt, keinen Todten. Heute kommt nun die lange erſehnte preußiſche Hilfe; wir werden die Jahrestage der Kämpfe von Ligny, Quatrebras und La Belle Alliance feiern.

Y **Frankfurt**, 18. Juni. Die letzten geſtern angelangten preußiſchen Truppen ſind heute Nachmittag nach dem Kriegsſchauplatze weiter gezogen; die Stadt iſt öde und leer. 6 Compagnien Oeſterreicher bilden zur Zeit unſere Garniſon und ſind bereits vom Wachtdienſte ſo ermüdet, daß heute Mittag alle Thorwachen eingezogen ſind; wahrſcheinlich wird heute Abend die Stadtwehr aufgerufen werden, den Dienſt zu verſehen.

Wien, 12. Juni. Ich ſchrieb Ihnen neulich, daß die Unterhandlungen mit Piemont ſo weit gediehen ſeien, daß man nur die Ratification des Friedens gewärtigt. Der ſonſt gut unterrichtete öſterreichiſche Correſpondent bezweifelten geſtern dieſe Nachricht mit der Bemerkung: daß der Miniſter v. Bruck ſich vielmehr veranlaßt geſehen, um den Zögerungen von Seite Piemonts ein Ziel zu ſetzen, dem Hof von Turin in dieſer Beziehung neuerdings eine dringende Erklärung zugeben zu laſſen. Ich glaube indeſſen meine frühere Mittheilung doch wiederholen zu dürfen und hinzuzufügen, daß von Seite des Turiner Hofes diesfalls auch bereits eine erwünſchte Antwort an unſern Handelsminiſter eingelangt iſt. Geſtern machten der Kaiſer und die kaiſerliche Familie in Begleitung ihres erlauchten Gaſtes, des Prinzen Luitpold von Bayern, eine Spazierfahrt nach Haimbach. (Allg. Z.)

Wien, 13. Juni. Die Schwadron von Palatinalhuſaren, welche bei Gloggnitz nach Ungarn flüchtete, entkam der Verfolgung; die zweite Schwadron jedoch wurde vor Leoben von zwei Compagnien Bianchi-Infanterie aufgehalten, auf welche die Huſaren einen verzweifelten Angriff wagten, das erſte Glied niederrannten und mit einem Verluſt von 17 Mann ſich durchſchlugen. 80 Huſaren entkamen über das Gebirg nach Bruck an der Mur, hier von 4 Compagnien Bianchi-Infanterie angegriffen blieben 5 Huſaren todt, 44 wurden gefangen und 31 Mann gelang es zu entkommen; andere 29 Huſaren kehrten von Leoben nach St. Michael zurück wo ſie, von der Nationalgarde und einer halben Compagnie Bianchi aufgehalten, ſich als Gefangene ergaben. Die übrigen 5 Schwadronen deſſelben Huſarenregiments ſetzten ihren Weg von Linz über Salzburg, Innsbruck nach Italien fort. (Allg. Z.)

A. Z. C. **Wien**, 13. Juni. Aus Czernowitz wird dem öſterreichiſchen Correſpondenten geſchrieben, daß die neuen Fürſten, für die Moldau Grigorie Ghika, für die Wallachei Styr Bei bereits deſignirt wurden. In Mariazell ſteht die ganze Bevölkerung unter den Waffen, weil man wieder eine Abtheilung der deſertirten Palatinalhuſaren erwartet. Geſtern Nachmittag ſind Baron Geringer und der ſtadthauptmanniſch. Obercommiſſär Podolsky mittelſt Dampfſchiff nach Ungarn abgereiſet, um dort ihre neuen Poſten zu übernehmen. Das Gerücht von einer Veränderung im Miniſterium erhält ſich fortwährend. Glaubwürdigen Nachrichten zufolge ſoll der Banus die im Tſchaikiſtendiſtrikt und an den Römerſchanzen geſchlagenen Magyaren bis nahe an Thereſiopel verfolgt und dort die ſchlecht poſtirte Hauptmacht der Inſurgenten völlig zerſtreut haben. Hawliczek, der Redacteur der Nar. Nov, iſt in Wien eingetroffen, um die nöthigen Schritte zu thun, welche für Aufhebung der Suſpenſion ſeiner Zeitung wirkſam ſein können. Fürſt Windiſchgrätz ſoll zum Commandanten des an der bairiſchen Grenze zuſammenzuziehenden Obſervationscorps beſtimmt ſein.

* **Wien**, 14. Juni. Den Berichten über eine in der Gegend von Raab vorgefallene Schlacht oder wenigſtens über ein bedeutenderes Treffen wird mit Spannung entgegengeſehen. Man will in der Nacht vom 12. — 13. d. M. in der Gegend von Raab ein großes Feuer bemerkt haben; auch ſoll eine Kanonade in derſelben Richtung in Preßburg vernommen worden ſein. Briefe aus Semlin v. 8. d. melden: Eine Truppe Montenegriner, welche ihren Brüdern in der Wojwodina zu Hilfe eilte, wurde bei Skadar von einer türkiſchen Truppenmacht angegriffen. Nachdem den Montenegrinern aus Piper und Bjelopavlitj Hilfe nachgeſandt worden war, ſchlugen ſie die Türken in die Flucht und warfen ſich zugleich in die türkiſche Feſtung Skadar, wo ſie die weiteren Verhaltungsmaßregeln vom Vladika erwarteten. Viele todte Türken bedeckten das Schlachtfeld, unter ihnen auch zwei von höherem Range; gefangen wurden zwei. In Conſtantinopel ſcheinen die Magyaren ſehr thätig im Anknüpfen von Verbindungen zu ſein; ein Baron Spleny, deſſen Vater Hauptmann in der ungariſchen Leibgarde war, ſucht als ungariſcher Geſandter zu figuriren. Er ſcheint in Verbindung mit einem engliſchen Officier, Major Brown, zu ſtehen, der kürzlich mit Depeſchen für Sir Stratford Canning aus den Donaufürſtenthümern anlangte. Sowohl in Wien als in den Provinzen ſucht man dem furchtbaren Mangel an Scheidemünze abzuhelfen. Es ſind dem Vernehmen nach 12

und 24 kr. Noten unter der Preſſe, wodurch es möglich ſein wird, die Viertel- und halben Noten einzuziehen. Anderſeits werden täglich ſeit einigen Tagen für 40,000 fl. Sechſer von neuer Ausprägung geſchlagen. In Lemberg ſind täglich 50 fl. zur Auswechslung von Viertel-Banknoten an Taglöhner angewieſen, und an den gewöhnlichen Zahlungstagen fl. 400 an jene Handels- und Gewerbsleute, welche zum Geſchäftsbetrieb Scheidemünze unumgänglich benöthigen. Die heutige Wiener Zeitg. enthält eine Vertheidigung der im „Lloyd" angegriffenen Kübeck'ſchen Finanzverwaltung; es wird beſonders darin hervorgehoben, daß in dieſer ganzen Periode nicht nur der Staat von der Bank Nichts geborgt, ſondern mehrere früher von derſelben in Anſpruch genommene Credite in einem 24 Mill. überſteigenden Geſammtbetrage getilgt habe. Die hieſigen Blätter entlehnen den Pragern den entſchieden ablehnenden Beſcheid, welchen der Kaiſer in einem Schreiben an den böhmiſchen Gubernialpräſidenten auf das Anſuchen mehrerer böhmiſchen Gemeinden ertheilte. Bekanntlich drangen dieſelben darin auf Zurücknahme der octroyirten Verfaſſung vom 4. März, Aenderung des Miniſteriums, Einberufung des Landtags auf Grundlage der von dem Reichstage entworfenen Conſtitution, und ſchleunige Ausführung der Reorganiſirung der Gerichts- und politiſchen Verwaltung. Den hier anweſenden Peſther Kaufleuten oder Reiſenden wird kein Viſum in ihre Heimath ertheilt.

Innsbruck, 12. Juni. Es geht das Gerücht, daß die hieſige Univerſität eine glänzende Acquiſition an dem Herrn Dr. Phillips, einer der erſten Celebritäten im Fache des Kirchenrechts, machen werde. (T. B.)

Prag, 14. Juni. In Kurzem ſoll eine neue Recrutenaushebung im ganzen Kaiſerreiche ſtattfinden. Das von Böhmen zu ſtellende Contingent wird auf 19,000 Mann angegeben. Die Cholera zeigt ſich ſeit ungefähr acht Tagen auch in Prag, jedoch in ziemlich milder Weiſe. Die Zahl der an derſelben bereits Verſtorbenen wurde mir auf ſieben angegeben. Auch ſoll ſie keinen ſo bösartigen Verlauf haben, als bei ihrem erſten Erſcheinen. (C. Bl. a. B.)

⁑ **Berlin**, 16. Juni. Leider, ſo meldet die Deutſche Reform, leider iſt das neue Disciplinargeſetz für die Beamten nicht vom Miniſterium ohne Weiteres octroyirt worden. Es ſoll als Entwurf den Kammern vorgelegt werden. Welche unnöthige Ceremonie! Ueber den Entwurf erfährt man Folgendes: „Eine Dienſtentlaſſung auf Grund eines förmlichen Disciplinar-Verfahrens ſoll eintreten können, wenn Beamte in Rede, Schrift oder auf andere Weiſe als Gegner der Staatsregierung öffentlich auftreten, oder ſich an gemeinſchaftlichen Unternehmungen betheiligen, welche den bekannten Abſichten der Staatsregierung entgegengeſetzte Zwecke verfolgen. Auch ohne Unterſuchung müſſen ſich Miniſter, Unterſtaatsſecretäre, Ober-Präſidenten, Regierungs-Präſidenten und Landräthe jeder vom Könige genehmigten einſtweiligen Verſetzung in den Ruheſtand mit vorſchriftsmäßigem Wartegeld unterwerfen. Kein Beamter, außer den Genannten, kann ſeines Dienſtes anders, als in Folge eines förmlichen contradictoriſchen Strafverfahrens entlaſſen werden. Die Entſcheidung auf den Grund eines ſolchen Verfahrens haben in Betreff der unteren Beamten die Bezirksregierungen, wobei der Angeſchuldigte perſönlich gehört werden muß und das letzte Wort erhält, und in Betreff der durch den König ernannten Beamten das Staatsminiſterium, nachdem ein ſogenannter Disciplinar-Rath, aus den vom Könige ernannten Mitgliedern, deren größere Hälfte Richter ſind, zuvor ſein Gutachten darüber abgegeben hat. Dem Beſchluß des Staatsminiſteriums auf Dienſtentlaſſung muß jedesmal die königliche Beſtätigung hinzutreten." Die Gutgeſinnten bedauern, daß das Geſetz nicht ſchon jetzt erlaſſen iſt, wo die Wahlen vor der Thür ſtehen, um übelgeſinnte Beamte abzuſchrecken. Uebrigens werden auch ſchon jetzt ohne Geſetz und Federleſens übel, d. h. anders geſinnte Beamte entfernt. Aber auch auf die Richter iſt es abgeſehn. Der darüber ausgearbeitete Entwurf zerfällt in ſechs Abſchnitte:

I. Als Gegenſtand des Disciplinarverfahrens gilt jede Verletzung der Pflichten, welche dem Richter durch ſein Amt auferlegt ſind, namentlich aber auch, wenn der Richter ſich außerhalb ſeiner Amtsverrichtung eines ſolchen Verhaltens ſchuldig macht, welches geeignet iſt, das Vertrauen und die Achtung zu untergraben oder weſentlich zu gefährden, die dem Richter zur Erfüllung ſeines Berufes unerläßlich ſind. Die Vergehen, welche ſpeciell als Disciplinarvergehen zu betrachten ſind, ſind nach einzelnen Paragraphen des Landrechts aufgeführt. II und III handelt über Disciplinarſtrafen und Disciplinarunterſuchungen. Die erſteren ſind Warnung, Verweis, Suspenſion auf mindeſtens 6 Monate mit Verluſt des Dienſteinkommens, Dienſtentlaſſung. Das Disciplinargericht iſt 1) das Obertribunal (reſp. Rhein. Reviſionshof) für ſeine Mitglieder und die Appellhofpräſidenten und Directoren, 2) der Appellhof für alle übrigen Richter. Einleitung der Unterſuchung von Amts wegen nach Vernehmung des Staatsanwaltes oder auf den Antrag deſſelben. Wird der Antrag des Staatsanwalts abgelehnt, ſo hat er dagegen die Berufung an das Obertribunal. Die Vorunterſuchung iſt ſchriftlich, die Hauptunterſuchung mündlich. Von dem Urtheil des Appellationshofes ſteht dem Angeklagten und dem Staatsanwalt die Berufung an das Obertribunal zu. Letzteres kann verſchärfen, ſelbſt wenn die Appellation von dem Angeſchuldigten ausgegangen iſt. Titel IV. handelt über die vorläufige Amtsſuspenſion; V. über die unfreiwillige Verſetzung. Außer dem im Art. 86 der Verfaſſung bezeichneten Falle iſt die unfreiwillige Verſetzung nur zuläſſig, wenn ſie durch das Intereſſe der Rechtspflege dringend geboten wird, zum Beiſpiel gedeihliche Wirkſamkeit oder erſprießliches Zuſammenwirken mit den andern Mitgliedern durch die Schuld des Richters unmöglich geworden, aus Urſachen, welche die Dienſtentlaſſung nicht begründen. Plenarbeſchluß des Geheimen Obertribunals entſcheidet (auf Antrag des Staatsanwaltes im Auftrage des Juſtizminiſters), ob der Fall der unfreiwilligen Entſetzung vorliege. Der Titel VI. handelt über die unfreiwillige Verſetzung in den Ruheſtand wegen geiſtiger oder körperlicher Unfähigkeit. Das Tribunal und der Appellhof entſcheiden hier als Gerichtshof.

Auf dieſe Weiſe ſorgt man für die Unabhängigkeit des Richterſtandes. Armes Vaterland! Man darf weniger den Miniſtern zürnen, welche am Ruder ſtehen; denn ſie ſind Ultras, und können nicht anders denken und handeln, denn als Ultras. Aber das große Unrecht iſt, daß in einem conſtitutionellen Staate eine äußerſte Partei die große Mehrheit beherrſcht. Die loyale Bevölkerung fährt fort, um mit der Conſtitutionellen Zeitung zu reden, ihren tiefgefühlten Seelendurſt in den Verſammlungen des Treubundes zu ſtillen. Der Treubund nimmt viele Schüler auf, in Magdeburg ſogar Schüler im eigentlichen Sinne des Wortes, wogegen die Lehrer indeß erfolgreiche Verwahrung eingelegt haben. Auch die Damen tragen ihren preußiſchen Patriotismus zur Schau durch weiße Kleider mit ſchwarzen Gürteln, durch ſchwarzweiße Brochen und Schnallen, und ein beſonderes Glück machen weiße Halscravatten mit ſchwarzen Schnallen. Es nimmt ſich in der That recht artig aus; aber wenn die lieben ſchönen Kinder eine Ahnung davon hätten, wie ſehr zur Unzeit dieſe Demonſtration kommt, wie ſehr alle diejenigen, welche es mit Preußens Ehre und Größe am beſten meinen, wünſchen müſſen, daß ſich gerade jetzt in Preußen kein engherziger Particularismus breit macht! Dieſer Particularismus ſteht bei uns immer im Zuſammenhang mit einer Vorliebe für die friedlichen Zeiten des milden und aufgeklärten Abſolutismus. In der Neuen Preußiſchen Zeitung wird dieſer Abſolutismus mit einer wahren Wuth gepredigt. Eine Stimme läßt ſich in jener Zeitung, wenn auch nur als Inſerat, folgendermaßen vernehmen: „Es iſt mir ſehr leid, daß ich nicht zu befehlen habe. Nicht als ob ich Miniſter ſein möchte; — mit Nichten! Nein, wenn ich ſchon etwas Anderes ſein möchte als ich bin, ſo möchte ich jetzt König ſein und zwar König von Preußen. Ich wollte den Leuten eine andere Melodie aufſpielen; es ſollte dabei wahrlich Niemandem das Lied einfallen von Hinz, des Murners Schwiegervater, aber beten ſollten die Leute lernen, beten, daß ihnen (sic!) der Kinnbackenkrampf anwandelte. Die Conſtitution, die ich fürs Erſte geben würde, dürfte nur zwei Paragraphen haben: §. 1. der König befiehlt, §. 2. das Volk gehorcht. Mit einer andern läßt ſich jetzt nicht regieren. Die Seele der Conſtitution wäre der Grundſatz: beſſer zehn Unſchuldige ſterben, als daß ein einziger Schuldiger leben bleibt. Alle Häupter des Aufruhrs, deren wir in allen Kreiſen genug haben und ſie kennen, würden als notoriſch ſchuldig erklärt und zum Strange verurtheilt. Menſchen aber wie Waldeck ließ ich bei den Beinen aufhängen und mit dem Kopfe in einen Ameiſenhaufen ſtecken. Solche Leute erſt in Unterſuchung ziehen, iſt eine Carricatur auf die Gerechtigkeitsliebe. Schulmeiſter, Juriſten und Bücherſchreiber (nulla regula sine exceptione) ließ ich fleißig ausrotten." Wir brauchen kaum zu bemerken, daß ſelbſt unſern Miniſtern das Treiben der Neuen Preußiſchen Zeitung denn doch viel zu arg iſt, und als neulich

ein verleumdeter Beamte ſich beim Juſtizminiſter, Hrn. Simons, beſchwerte, antwortete dieſer, er gebe nichts auf die boshaften Verleumdungen jener Zeitung.

* **Berlin**, 16. Juni. Herr von Manteuffel, ſchon vor mehreren Tagen von ſeiner nur unerheblichen Unpäßlichkeit geneſen, wohnte der vor einigen Tagen ſtattgehabten Muſikaufführung im Hotel des Grafen Weſtmoreland bei. Auch andere Miniſter und faſt ſämmtliche Geſandte waren zugegen. Die Gemahlin des ſardiniſchen Geſandten, Gräfin Roſſi (Henriette Sonntag) wirkte als Sängerin bei dieſem Muſikfeſte mit. Ein Duett, das ſie mit Fräulein Löwe ſang, überzeugte die Zuhörer, daß Gräfin Roſſi hinter Fräulein Sonntag nicht zurückgeblieben iſt.

Es ſollen in den letzten Tagen ſehr viele Polen aus dem Großherzogthum Poſen und ſelbſt ſolche, die in Berlin anſäſſig ſind, nach Ungarn gegangen ſein, um an dem Kampfe Theil zu nehmen.

Ein ſeit Jahren hier erſcheinendes, urſprünglich unter Alex. von Humboldt's Auſpicien begründetes franzöſiſches Jounal (Courrier français de Berlin) iſt jetzt verboten worden.

* **Berlin**, 16. Juni. Der Staatsanzeiger bringt ein Geſetz gegen Frevel an den electriſchen Telegraphen, durch deren Zerſtörung auch der Eiſenbahnverkehr gefährdet iſt. Es wird darin beſtimmt: Iſt in Folge der verhinderten oder geſtörten Benutzung der Anſtalt ein Menſch am Körper oder an der Geſundheit beſchädigt worden, ſo trifft den Schuldigen Zuchthausſtrafe von einem Jahre bis zu acht Jahren, und wenn ein Menſch das Leben verloren hat, Zuchthausſtrafe von drei bis zu fünfzehn Jahren. Iſt in dem letzteren Falle die Tödtung beabſichtigt worden, ſo tritt die Strafe des Mordes ein.

‡‡ **Breslau**, 15. Juni. Die Ausführung des neuen Wahlgeſetzes zur Wiederherſtellung der zweiten preußiſchen Kammer ruft jetzt auch in Schleſien, und unter den eigenthümlichen Verhältniſſen dieſer Provinz vielleicht mehr als anderswo, unabſehbare Verwirrungen und Verwicklungen hervor. Die Regierung in Breslau kann ſich kaum vor Anfragen aller Art retten, welche ihr von den verſchiedenen Ortsbehörden wegen Interpretation dieſes kunſtvollen, aber in der Praxis kaum ausführbaren Wahlgeſetzes zugehen. Die hieſige Regierung befolgt dabei den Weg, die Entſcheidung über alle dieſe Wahl- und Steuerprobleme von ſich abzulehnen und an das Miniſterium nach Berlin zu verweiſen. Nur eine authentiſche Interpretation hat die Regierung in Breslau jetzt dahin gegeben, daß die directe Staatsſteuer, welche die allgemeine Bedingung der preußiſchen Urwählerrechte geworden, auch auf die Errichtung einer Communalſteuer bezogen, und mit derſelben für gleichbedeutend angenommen werden kann. In den ſchleſiſchen Landkreiſen erweiſt ſich aber die Formirung von drei Wahl- und Steuerabtheilungen vielfach als eine reine Unmöglichkeit. Bei den großen ariſtokratiſchen Gütercomplexen, welche das ſchleſiſche Land bedecken, tritt die Trennung der Beſteuerten ungemein ſchroff und verletzend heraus. Es wird nämlich dort die erſte höchſtzahlende Wahlabtheilung häufig nur aus einer einzigen Perſon beſtehen, die dann in ſich ſelbſt ſo viel politiſche Rechte abſorbirt, als mehrere Hunderte der übrigen Staatsbürger zuſammengenommen. So bewirkt dies Wahlgeſetz faſt eine Wiederherſtellung der alten Virilſtimmen, die ebenfalls die politiſchen Rechte ganzer Territorien auf eine einzige Perſon zuſammenhäuften. Die auch durch Schleſien jetzt ſtark verbreitete Wahlagitation, nämlich gar nicht zu wählen, findet an den kaum zu bewältigenden Widerſprüchen und Verletzungen des octroyirten Wahlgeſetzes ſelbſt eine ſtarke Nahrung. Der bisherige Gouverneur von Breslau, Generallieutenant v. Quadt, hat ſich jetzt in den Ruheſtand verſetzen laſſen, in den er bei ſeinem hohen Alter ſchon früher eingetreten wäre, wenn ihn nicht die Leitung des Breslauer Belagerungszuſtandes nach ſeiner eigenen Aeußerung beſonders intereſſirt hätte. Er wird jetzt mit geringer Ausbeute aus dieſen neuen Erfahrungen geſchieden ſein, denn bei ſolchen Maßnahmen kommt auch für die ſogenannte Ordnungspartei weder Ehre noch Nutzen heraus. Auch der Breslauer Barricadenproceß will, wie wir hören, faſt gar keine Reſultate, weder in politiſcher noch in criminaliſtiſcher Hinſicht liefern. Die ſtrafloſe Entlaſſung der meiſten Angeklagten ſteht zu erwarten. Der Breslauer Hochverrath, dem wir die Aufhebung unſerer verfaſſungsmäßigen Rechte verdanken, wird daher jedenfalls in Nichts zerrinnen. Gegen die ehemaligen Abgeordneten Stein und Elsner hat jetzt eine Vorunterſuchung wegen der Volksverſammlung ſtattgefunden, welche dem hieſigen Crawall unmittelbar vorherging. Die mit Beſchlag belegten Papiere des alten Nees von Eſenbeck, die für den Proceß der Berliner Maigefangenen Aufſchluß liefern ſollten, haben nichts als eine geiſtreiche, in der Manier des alten Naturphiloſophen gehaltene Correſpondenz mit Männern bloßgelegt, die gerade nicht zu den Lieblingen des alten oder neuen Abſolutismus gehören! — Der hier verſammelt geweſene katholiſche Centralverein, in dem auch Oeſterreich, Würtemberg, Baiern und die Rheinlande ſtark vertreten waren, hat ſich in ſeinen Verhandlungen auch mit der Einheit Deutſchlands auf eine eigenthümliche Weiſe beſchäftigt. Beſonders merkwürdig iſt die Wendung, welche dieſe Verhandlungen dahin nahmen, daß „ein einiges Deutſchland nur möglich ſei auf dem Boden des katholiſchen Chriſtenthums!“

Koblenz, 16. Juni. Die Herausgeber der hier erſcheinenden öffentlichen Blätter mußten in dieſen Tagen vor dem Inſtruktionsrichter ſich ſtellen, um über die gegen ſie erhobene Beſchuldigung vernommen zu werden, durch Verbreitung der Nachricht, viele Soldaten des 35. und 39. preußiſchen Regiments ſeien zu den Aufſtändiſchen in Rheinbaiern deſertirt, die gedachten Regimenter öffentlich verleumdet zu haben. So eben kommt der Herzog von Naſſau mit dem Dampfboote hier vorbei. Er begibt ſich wieder nach Schleswig-Holſtein zur Armee. (Rh. u. Moſ. Z.)

= **München**, 14. Juni. Ungläubig ſchüttelt das Volk die Köpfe zu der politiſch-diplomatiſchen Miſſionsreiſe v. d. Pfordten's nach Wien und Berlin; nur die Eingeweihten ſehen verklärter aus als je, wenn man anders ihrem Ausſehen wie einem Ausdrucke wirklicher Zuverläſſigkeit trauen darf. Einen tiefen Eindruck macht die Nachricht aus Berlin, daß das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel dem Rücktritt nahe ſtehen ſoll und daß man an der Spree geneigt ſcheint, der öffentlichen Meinung ein verſöhnendes Opfer zu reichen. Möge man vor allem, ehe ein unabſehbares Elend, die völlige Zerklüftung von Nord und Süd hereinbricht und zwar nicht blos von Cabinets- ſondern von Volkswegen, in Berlin daran denken, in Beurtheilung des deutſchen Südweſtens die Spreu von dem Waizen zu ſondern und den Kern des echten deutſchen Lebens von ſeinen wüſten Entſtellungen zu unterſcheiden! Möge nicht die unverzeihliche Unkenntniß ſüddeutſcher Zuſtände an der Spree die letzte Hoffnung der Geſammteinigung zertreten. Die Ultramontanen haben des Muthes und der Rührigkeit vollauf; auf den 17. Juni haben ſie auch nach Dorfen eine große Volksverſammlung in der deutſchen Frage angeſagt; auf dem Boden der Wiſſenſchaft, im Parlamentsſaal, in vernünftiger Staatsſorge richten ſie nichts aus; ſie müſſen ſich wie die rothen Wühler, denen ſie doch ſo tief verwandt ſind, auf die gemeinſten Volksaufwühlungen verlegen.

Speyer, 14. Juni. Die proviſoriſche Regierung der Pfalz hat ſich mit Allem, was ihr angehörte und ſämmtlichen Truppen in das Neuſtadter Thal nach Frankenſtein und Neuſtadt ſelbſt zurückgezogen und beabſichtigt, ſich dort gegen feindliche Angriffe aufs Aeußerſte zu vertheidigen. Alle Freiſchaaren und manche Bewohner der Stadt haben ſich nach dem Gebirge hin, nämlich nach Dürkheim zurückgezogen. (Sp. Z.)

† **Aus der Pfalz**, 16. Juni. Ich kann Ihnen jetzt nur Nachricht geben über die Dinge, die in und um Kaiſerslautern vorgehen; der Verkehr mit der Vorderpfalz iſt gänzlich abgebrochen. Ich habe mich bemüht, die Stimmung und die Anſichten des preußiſchen Militärs über die pfälzer Bewegung zu erforſchen. Nirgends habe ich, obſchon Andere ſolche bemerkt haben wollten, eigentliche Demokraten unter ihnen gefunden, wenigſtens keinen, der ſeine demokratiſche Geſinnung auszuſprechen gewagt hätte. Sie wiſſen es, daß ſie für ein Princip kämpfen; ſie reden mit Stolz von der Monarchie, als deren Hauptſtütze ſie ſich betrachten, und wo ſie einen verlumpten Menſchen erblicken, ſo bezeichnen ſie ihn ſogleich als einen Demokraten. Der Haß gegen die demokratiſchen Wühler erfüllt ſelbſt die Rheinländer, mehr noch die aus dem jenſeitigen Preußen, am meiſten die Landwehr. Sie ſind alle ihrer Sache ſo gewiß und ſo ſehr von der zweckmäßigen Anordnung und Leitung der ganzen Expedition überzeugt, daß ſie für die nächſten Tage die Vernichtung aller Widerſtrebenden mit Beſtimmtheit vorausſagen. Sie würden in einen Keſſel zuſammengetrieben werden, ſo daß auch nicht Einer entwiſchen könnte. Die in und um Kaiſerslautern liegenden Regimenter haben bis jetzt noch keinen Schuß gethan. Sie hätten, ſagten mir mehrere Rheinländer, den Aufruf zum Feldzug gegen die Pfalz urſprünglich mit großem Schmerz vernommen. Sie hätten unter der

pfälzer Bewegung ſich weit mehr vorgeſtellt. Eine wirkliche Begeiſterung des ganzen Volkes für die neue Regierung hätten ſie zu finden gehofft und gemeint, daß ſie von der preußiſchen Regierung zur Unterdrückung der Volksfreiheit ſollten mißbraucht werden. Aber ganz anders betrachteten ſie die Sache jetzt. Als ſie in die erſten pfälzer Orte gekommen, ſei zwar Alles vor ihnen wie vor wilden Thieren geflohen, und wer nicht habe fliehen können, habe gejammert, als wenn der gewiſſe Tod bevorſtände; als aber die Leute einmal gemerkt, daß ſie nichts gegen das wehrloſe Volk im Sinne hätten, ſondern blos gegen die Empörer und die neuen Bedrücker und Beunruhiger des Volkes zu Felde zögen, ſo ſeien ſie ſofort auch überall mit Freuden aufgenommen worden. Die gefangenen Freiſchärler hätten zum Theil mit Heulen und Weinen gebeten, ſie zu verſchonen, da ſie ja nicht Schuld und nur gezwungen worden ſeien. Nur einer habe ſich wüthend zur Wehr geſetzt und ſei nur mit Mühe durch den Oberſt vom Tode gerettet worden. Sie hätten ihn dann an einen Wagen gebunden und nebenher laufen laſſen. Den Aufruf der proviſoriſchen Regierung zum Abfall hätten ſie ſchon an der Grenze vernommen, aber die Rechte und Freiheiten, welche jene ihnen angeboten, mit den ihrigen nicht vertauſchen wollen. Tüchtigen Appetit haben ſie alle mitgebracht. Die Pfälzer können ſich nicht genug darüber wundern. Auch der Wein ſagt ihnen zu. In den Häuſern derjenigen, die ſich in der demokratiſchen Wühlerei irgend hervorgethan, und die ihnen von den andern Einwohnern alsbald bezeichnet worden, treten ſie auch nicht ſonderlich zurückhaltend auf, ſondern laſſen ſich ohne Weiteres das Beſte auftiſchen, was vorhanden iſt. Eben ſind neue Truppen in Anmarſch.

Die proviſoriſche Regierung hat noch zwei Gefangene mit ſich fortgeführt. Dieſe beiden ſind der Graf Johner, der als Spion verdächtigt worden war, und der proteſtantiſche Pfarrverweſer Boſſert von Sippersfeld, der ſich einige unbedachtſame Aeußerungen gegen die proviſoriſche Regierung hatte zu Schulden kommen laſſen. Er hatte nach viertägigem Sitzen bei Waſſer und Brod bereits ein Verhör beſtanden und durfte hoffen, beim zweiten entlaſſen zu werden. Da trat die Kataſtrophe ein. Die proviſoriſche Regierung, welche von dem Anrücken der Preußen frühzeitig Nachricht erhalten, hatte dieſelbe der Bürgerſchaft wohlweislich geheim gehalten, um ihre Flucht ungeſtört vorbereiten zu können. Die Bürgerwehr von Kaiserslautern iſt glücklicherweiſe nicht mitgezogen. Alle Waffen ſind aber mit fortgenommen. Nur eine Feldſchmiede haben die Preußen noch gefunden. Die Spionage wurde zuletzt ſyſtematiſch betrieben. Einige Schullehrer und wie man ſagt, ſelbſt Geiſtliche, hatten ſich förmlich dazu hergegeben. Selbſt auf Ihren Berichterſtatter wurde gefahndet, und faſt wäre ein Unrechter als ſolcher eingeſperrt worden.

Pfalz. Aus dem preußiſchen Hauptquartier zu Neuſtadt an der Hardt, 17. Juni meldet die O.-P.-Z.: „Das Corps des Generals von Hirſchfeld iſt heute bis gegen Landau und Germersheim vorgerückt. Gefechte haben hierbei nicht ſtattgefunden. Die Inſurgenten und die ſogenannte proviſoriſche Regierung der Pfalz ſollen ſich oberhalb Germersheim über den Rhein nach Baden geflüchtet haben."

Durch eine Bekanntmachung, datirt Oppenheim, 16. Juni, hat der Oberbefehlshaber das nach der Pfalz beſtimmten baieriſchen Armeecorps, Generallieutenant Fürſt v. Thurn und Taxis, auf Grund einer beſondern königlichen Verordnung, die ihn dazu ermächtigt, die Pfalz in Kriegszuſtand erklärt und den fahnenflüchtigen Militärs eine Friſt zur Rückkehr bis zum 5. Juli bewilligt.

÷ **Stuttgart**, 16. Juni. Das Gerücht geht durch die Stadt, das Miniſterium Römer ſei entlaſſen; vielleicht iſt es nur ein Product der herrſchenden Aufregung. Der Grund wäre natürlich das ungehemmte Einſchreiten gegen Reichsverſammlung und Regentſchaft; nach den Einen wäre dazu ein reactionäres Miniſterium auserſehen, nach Andern hätte nur Römer Platz gemacht, um ſeinen Collegen freie Hand zu laſſen. Daß die Kammer keine Sitzung hält, vermehrt die Ungewißheit. Es hieß ſchon, die Reichsverſammlung werde ihr neues Local, das heute zum erſtenmale zu öffentlicher Sitzung benutzt werden ſoll, verſchloſſen und von Soldaten beſetzt finden. Aber nichts derartiges hat ſtattgefunden. Die Sitzung beginnt um 3 Uhr ganz ungehindert. Die zum Sitzungslocale hergerichtete Reitſchule iſt mit Blumen und Fahnen geſchmückt; der Andrang des Publikum's außerordentlich.

Der Namensaufruf ergibt nur wenige Mitglieder über die beſchlußfähige Zahl. Der Präſident verkündet den Austritt von Pauer aus Augsburg und — Martiny! Kollaczek berichtet im Namen des Fünfzehnerausſchuſſes über die Angelegenheit des General v. Miller. Der Ausſchuß beantragt, die Verſammlung möge ſich mit der von Raveaux im Namen der Regentſchaft gegebenen Auskunft zufrieden geſtellt erklären. Die Dringlichkeit wird dem Antrag nicht zuerkannt. Dagegen wird ein Antrag Temme's (im Namen des Legitimationsausſchuſſes), „die Unterſuchungsacten gegen den Advocat Blöde, ſtellvertretenden Abgeordneten zur Reichsverſammlung, gegenwärtig in Folge des Dresdener Aufſtandes verhaftet, alsbald von der ſächſiſchen Regierung zur Einſicht einzufordern", ſofort für dringlich erkannt und angenommen. Clauſſen berichtet ſodann im Namen des Fünfzehnerausſchuſſes über das Schreiben des Reichsminiſterpräſidenten an das würtembergiſche Miniſterium, die Anerkennung der Reichsverſammlung in Stuttgart betreffend. Der Ausſchuß ſtellt in Folge deſſen den dringlichen Antrag: 1) die Fortführung des dem Reichsverweſer am 12. Juli v. J. übertragenen, am 6. Juni d. J. aber wieder genommenen Amtes wird als eine geſetzwidrige Anmaßung unzuſtändiger Befugniſſe erklärt. 2) Jede deutſche Regierung und jeder deutſche Staatsbürger iſt dem anmaßlichen Reichsverweſer Gehorſam zu leiſten weder ſchuldig noch befugt. 3) Die deutſche Reichsregentſchaft wird beauftragt, der von dem Erzherzog Johann angemaßten Gewalt mit allen ihr zu Gebote ſtehenden Mitteln entgegenzutreten. Die Dringlichkeit wird einſtimmig erkannt, worauf Moritz Mohl das Wort nimmt und die geſtellten Anträge aufs wärmſte empfiehlt. Die 29 verfaſſungstreuen Regierungen, ſagt er u. a., ſeien auch abgefallen bis auf eine und dieſe eine lehne ſich förmlich auf gegen die ſo oft durch Römer anerkannte Verſammlung. Der ſchlechteſte und ſchmachvollſte von allen aber, vom ſittlichen Standpunkte betrachtet, ſei der Reichsverweſer, der durch die Gnade dieſer Verſammlung auf den Schild erhoben, erſt zum Hohn derſelben ein ebenſo verächtliches als lächerliches Miniſterium gewählt und ſich endlich erfrecht, in ſchamloſem Undank die Vertreter des Volkes für Verräther zu erklären und zu verfolgen. Das deutſche Volk werde ſich, wenn jetzt noch einmal erdrückt, bei der neuen Erhebung deſſen erinnern und tabula rasa machen (langer und lauter Beifall). Nach einer längeren Rede des Berichterſtatters Clauſſen werden die 3 obigen Anträge faſt einſtimmig angenommen. Die Verſammlung geht hierauf zur Tagesordnung über, auf der die Vorſchläge des Geſchäftsordnungsausſchuſſes zur Ergänzung der Verſammlung ſich befinden. Beim Poſtabgang iſt die Sitzung noch nicht beendigt.

N. S. Eine Deputation von Bürgern war bei Römer; ſein Rücktritt hat ſich bis jetzt nicht beſtätigt.

Karlsruhe, 15. Juni. Letzte Nacht ging das Bataillon vom 2. Regiment, das vor einigen Tagen von hier nach Jöhlingen und Bretten auf Execution geſendet wurde, hier durch in die Pfalz, um nebſt vier Stücken leichter Geſchütze bei der Belagerung Landaus mitzuwirken. Im Laufe des Tages ſoll noch weitere Mannſchaft über den Rhein dahin abgegangen ſein. Heute Vormittag kamen zwei Mitglieder der geweſenen proviſoriſchen Regierung der Pfalz hier als Flüchtlinge an. Einer derſelben, Schmitt, äußerte im Gaſthof, die Preußen ſeien in ſolchen Maſſen angerückt, daß an einen Widerſtand nicht mehr zu denken geweſen ſei; die Preußen müßten dieſen Abend oder längſtens morgen früh (16. Juni) in Landau ſein. Schmitt geht nach Straßburg. Das von hier nach Straßburg geſendete Geld, 155,000 fl., iſt vom dortigen großherzoglich badiſchen Conſul mit Beſchlag belegt worden. (Schw. M.)

Mannheim, 16. Mai. Folgendes iſt hier bekannt gemacht worden: Die Stadt Mannheim iſt im Belagerungszuſtand. Ich verkündige hiermit das Standrecht. Alle Verbrechen und Vergehen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit, namentlich jede Widerſetzlichkeit gegen eine Militär- oder Civilbehörde, wird den Kriegsgeſetzen gemäß beſtraft. Mannheim, 15. Juni 1849. Der Obercommandant der badiſchen und rheinpfälziſchen Truppen: Mieroslawski.

Mannheim, 16. Juni. Die hieſige Abendzeitung berichtet: Geſtern Nachmittag iſt hier folgende Proclamation erſchienen: „Bürger! Das Dorf Käferthal iſt ſoeben von den Unſrigen ohne Flintenſchuß im Sturmſchritt mit dem Bajonette genommen worden. Hätten wir mehr Cavallerie gehabt, ſo wäre kein Mann entkommen. Die Heſſen werden von den Unſrigen verfolgt. Die

Preußen ſind durch unſer Artilleriefeuer gezwungen worden, Ludwigshafen wieder zu räumen. Sieg der gerechten Sache. Es lebe die Einheit, Freiheit Deutſchlands! Mannheim, 15. Juni 1849. Im Auftrag des Obergenerals: Der Civilcommiſſär. Trützſchler. Stichs, Schriftführer.“ Die Stadt war am Abende feſtlich erleuchtet. Unſere Truppen ſind voll beſten Muths; wir können unſer geſtriges Urtheil über ihre ausgezeichnete Haltung nur wiederholen; insbeſondere heben wir das vierte Linien-Infanterieregiment und die Artillerie von Linie und Volkswehr hervor. Das Gefecht am Rhein hat bis in den Abend gewährt. Mehrere Gebäude in Ludwigshafen ſind ein Raub der Flammen geworden. Die Preußen haben das erſte Feuer hineingeworfen und ſo ihren Beruf des Städtezerſtörens abermals erfüllt. In der Nacht wurde ihnen von Zeit zu Zeit eine Kugel geſandt. Heute Morgen eröffnete ſich wieder ein lebhaftes Feuer, das uns aber nicht den geringſten Schaden gethan hat, zugleich mit einem Angriff des Feindes auf der Neckarlinie. Auf beiden Seiten ſchweigt ſoeben, 12 Uhr Mittags, das Geſchütz. Bei Ladenburg iſt geſtern der Feind vorgedrungen; er wurde jedoch aufs Kräftigſte zurückgeſchlagen und verfolgt. Er verlor außer mehreren Soldaten drei Offiziere, darunter den badiſchen Oberſtlieutenant v. Roggenbach. Wir haben nur 2 Todte und etwa 15 Verwundete zu beklagen. Geſtern Abend ſind Verſtärkungen eingerückt. Unſere Frauen fertigen unausgeſetzt Patronen und Charpie.

Ein zuverläſſiger Reiſender macht dem Frankf. Journal die Mittheilung, daß am Sonnabend Heidelberg auch illuminirt war. Derſelbe hat auch die zwei badiſchen Schützen geſprochen, die den gefangenen Obriſten des 38. preußiſchen Regiments nach Raſtatt gebracht haben.

Altenburg, 14. Juni. Nächſten Sonntag findet in Gotha eine Zuſammenkunft von Abgeordneten aller thüringiſchen Landtage ſtatt. Zweck derſelben iſt die Beſprechung eines gemeinſamen Verhaltens hinſichtlich der deutſchen Verfaſſungsfrage. Der hieſige Bürgerverein hat in einer Adreſſe an die Landesregierung ſich für ſofortigen Anſchluß an den preußiſchen Verfaſſungsentwurf ausgeſprochen. (D. Ref.)

Schwerin, 14. Juni. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer legte der in der deutſchen Frage niedergeſetzte Ausſchuß ſeinen Bericht vor. Einſtimmig ſtellte der Ausſchuß folgenden Antrag: „Die Kammer der Abgeordneten wolle erklären, daß ſie die Regierungen nicht für berechtigt halte, eine das Land verbindende Beitrittserklärung zu den von den königlichen Regierungen von Preußen, Sachſen und Hannover unterm 28. und 30. gemachten Propoſitionen zur Bildung eines deutſchen Bundesſtaates und eines proviſoriſchen Schiedsgerichts einſeitig und ohne Zuſtimmung der Abgeordnetenkammer abzugeben, und dieſen Beſchluß den Herrn Commiſſarien mittheilen zu laſſen.“ Er ward mit 86 Stimmen angenommen (11 enthielten ſich der Abſtimmung). (N. Fr. Pr.)

Schleswig, 14. Juni. Es werden jetzt auch Frauenzimmer aufgegriffen, die, von der däniſchen Propaganda angeſtachelt, ſtatt der Männer, die ſich der Gefahr nicht ausſetzen mögen, auf den Dörfern umherziehen, um die wehrpflichtige Mannſchaft abzuhalten, ſich zu den Seſſionen zu ſtellen. Drei ſolcher weiblichen Individuen, nebſt dem Bruder des bekannten Lauritz Skau, ſind ſolcher Umtriebe wegen bereits gefänglich eingezogen. (H. C.)

Schleswig, 14. Juni. Seit der Rückkehr des Baron Heintze von London erfährt man, daß bei den Friedensunterhandlungen, die übrigens auf der Grundlage eines adminiſtrativ und legislativ ſelbſtſtändigen Schleswig's geführt werden, namentlich hinſichtlich der Zolllinie und ſchleswigſchen Armee noch keine volle Uebereinſtimmung erzielt iſt. (N. Fr. P.)

Großbritannien.

* **London**, 15. Juni. In der Unterhausſitzung des geſtrigen Tages erklärte Lord Palmerſton, unverzüglich dem Hauſe die zwiſchen der britiſchen Regierung und dem Nuntius zu Paris gewechſelten Briefſchaften vorlegen zu wollen; das Haus werde daraus erkennen, welche Anſichten die engliſche Regierung über die römiſche Angelegenheit hege. Was die zwiſchen der franzöſiſchen und engliſchen Regierung gewechſelten Actenſtücke betreffe, ſo ſei ja die römiſche Angelegenheit jetzt ein Gegenſtand der Beſprechung in der franzöſiſchen Nationalverſammlung, und es erſcheine doch anſtändiger, daß die franzöſiſche Regierung ihre Anſichten darüber vor ihrem eigenen Parlament entwickele, als daß dieſe Angelegenheit durch Vorlage jener Actenſtücke Gegenſtand der Beſprechung im engliſchen Parlament werde. Hierauf entſpann ſich eine längere Debatte über Kanada, indem Herr Gladſtone, unter Peel eine Zeitlang (December 1845 bis Juli 1846) Miniſter der Colonien, von der Regierung verlangte, daß ſie die endgültige Beſtätigung der Indemnitätsbill, welche den letzten Sturm in Kanada anfachte, noch aufſchiebe oder ſie nur unter der Bedingung bewillige, daß Jeder, welcher überwieſen ſei, an dem Aufſtande unter Papineau Theil genommen zu haben, von der durch die Bill bewilligten Entſchädigung ausgeſchloſſen werde. Lord J. Ruſſell bedauerte, daß Gladſtones Rede nur dazu dienen dürfte, den Zwieſpalt in Kanada zu vergrößern und die Parteien gegen einander noch feindſeliger zu ſtimmen. Hr. Herries, Protectioniſt, ſtellte hierauf, wie es ſcheint ohne Wiſſen und Wunſch Hrn. Gladſtones, den Antrag auf eine Adreſſe an die Königin, worin dieſelbe erſucht werden ſoll, jener Bill ihre Zuſtimmung zu verſagen, bis ſie genügende Bürgſchaften erhalten haben werde, daß kein bei der Papineau-Mackenzie'ſchen Rebellion Betheiligter für beſchädigtes Eigenthum ſchadlos gehalten werden ſolle. Die Debatte wurde vertagt. Im Oberhauſe brachte Namens der Regierung Lord Campbell eine Bill ein, wodurch das Gnadenrecht der Krone, die Beſtrafung für Hochverrath in Irland ſowohl als England zu mildern, außer Zweifel geſtellt wird. Es hat ſich nämlich der eigenthümliche Fall ereignet, daß Herr Smith O'Brien das Recht, womit die Krone die über ihn verhängte Todesſtrafe in lebenslängliche Deportation verwandelte, bezweifelt und eine Art Verwahrung dagegen eingelegt hat. Lord Stanhope legte eine Petition des löblichen Schuhmacherhandwerks von London nieder, worin ſich daſſelbe beklagt, durch die Einführung des Freihandels in ſeinem Gewerbe verkürzt worden zu ſein (!), außerdem noch mehrere Petitionen von Landwirthen zu demſelben Zweck, wobei er verſicherte, daß, wenn man nicht zum Schutzſyſtem zurückkehre, ein allgemeiner Ruin, eine ſociale Revolution, ein Krieg der Beſitzloſen gegen die Beſitzenden die Folge davon ſein werde.

* **London**, 16. Juni. Im Oberhauſe entſpann ſich geſtern eine längere Beſprechung zwiſchen dem Marquis von Landsdowne, dem Grafen Aberdeen und dem Lord Brougham über die römiſche Angelegenheit. Wir kommen auf dieſe Debatte noch zurück. Im Unterhauſe wurde Hrn. Herries' Antrag wegen der kanadiſchen Indemnitätsbill mit 291 gegen 150 Stimmen (miniſterielle Mehrheit 141) verworfen. Das Cabinet hatte in dieſem Falle alle entſchieden Freiſinnigen für ſich. Auch Sir R. Peel ſprach ſich für die Regierung und Lord Elgin, der ſich mit großer Feſtigkeit und Unparteilichkeit benommen habe, ſehr warm aus; er räth dem Hauſe, doch ja kein Verfahren einzuſchlagen, wodurch es ſich mit der Mehrheit des kanadiſchen Parlaments in einen Conflict verwickeln würde. Es ſcheint einigermaßen aufgefallen zu ſein, daß Hr. Gladſtone, im Widerſpruch mit den Anſichten Peels, in der kanadiſchen Angelegenheit den Miniſtern entgegengetreten iſt; doch hatte er wohl nur auf eine ſogenannte „Converſation,“ in der er als ehemaliger Colonialminiſter dem gegenwärtigen Colonialminiſterium eine Lection ertheilen könne, nicht aber auf eine förmliche Abſtimmung gerechnet. Im Oberhauſe hat Lord Brougham auf den Dienſtag eine Motion in Betreff Canada's angekündigt.

Frankreich.

* **Paris**, 16. Juni. Paris genießt fortwährend der tiefſten Ruhe und die gerichtliche Verfolgung der Mitſchuldigen des 13. Juni geht ihren Gang. Die Zahl der Verhafteten mag etwa 300 betragen, unter ihnen Guinard, der Oberſt der Artillerie der Nationalgarde und Foreſtier, der Oberſt der 6. Legion. Auch die meiſten Mitglieder des deutſchen demokratiſchen Comites ſind verhaftet. Ledru Rollin dagegen, Conſiderant, Boichot und Rattier haben, nach den glaubwürdigſten Nachrichten, bis jetzt nicht aufgefunden werden können; doch ſoll man neuerdings die Vermuthung hegen, daß ſie ſich noch in der Hauptſtadt ſelbſt verborgen halten. Der Direktor des Conſervatoriums der Künſte und Gewerbe iſt ſeines Amtes entlaſſen. Von den ſocialiſtiſchen Blättern ſind Reforme, Peuple, Democratie pacifique, Revolution democratique et sociale, Vraie Republique und Tribune des Peuples auf Befehl der Regierung unterdrückt.

Sonſt iſt — wir ſind abermals auf die belgiſchen Blätter beſchränkt — gar Nichts zu melden. Alles iſt geſpannt auf die Nachrichten aus Lyon, über deſſen Zuſtände die widerſprechendſten Gerüchte im Umlauf ſind. Einerſeits heißt es, daß eine telegra-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Aufreizung der Truppen. Ankunft des amerikaniſchen Geſandten). Wien (Das Gefecht bei Czorna. Die Stellung der Heere in Ungarn. Der Kaiſer. Ankunft v. d. Pfordten's. Verurtheilung. Der Mangel an Scheidemünze. Der Krieg in Südungaen. Vermiſchtes). Berlin (Hr. v. Radowitz. Die Gothaer Verſammlung. Hr. v. Prokeſch Die Verhandlungen mit Dänemark). München (Fürſt Wallerſtein. Reiſe des Königs nach Franken. Profeſſorenverſammlung) Nürnberg (Urwählerverſammlung. Der König erwartet). Stuttgart (Nachträgliches über die Sitzung der Reichsverſammlung). Friedrichshafen (Oeſteereichiſche Teuppen gewaltſam an der Landung verhindert). Leipzig (Die Landtagswahlen). Karlsruhe (Heerbericht). Mannheim (Proklamation). Heidelberg (Proklamation). Raſtatt (Mecklenburgiſche Gefangene). Hanau (Veewundete vom Kriegsſchauplatz). Vom Kriegsſchauplatz in der Bergſtraße (Die letzten Vorgänge. Stillſtand in den Bewegungen).

Frankreich. Paris (Proclamation des Miniſterraths. Das Miniſterium und das Programm des Convents. Die Cholera).

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Ankunft des Kaiſees von Rußland).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 19. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 19. Inni. Am Sonntag und Montag ruhte der Kampf am Neckar; längs der ganzen Neckarlinie iſt nichts von Belang vorgefallen. Auf heute iſt wie man hört ein neuer Angriff auf die Aufſtändiſchen feſtgeſetzt. Weitere Einzelheiten über die ſtattgehabten Kämpfe tragen wir nach, und geben für jetzt nur den Bericht des Mannh. Journ. vom 17. Juni über die Beſetzung von Ludwigshafen und die Beſchießung von Mannheim. „Von Frankenthal her rückten die Preußen in einer Colonne von circa 1000 Mann, aus Infanterie, Cavallerie und Artillerie beſtehend, gegen Ludwigshafen an, das von einem Theil unſeres erſten Aufgebots und wenigem badiſchen Militär vertheidigt wurde. Die Preußen poſtirten ſich neben und hinter dem Bahnhofe der Pfälziſchen Ludwigsbahn, von wo aus ſie ihre Tirailleurs gegen den Hafen und die Stadt vorſchickten. Nach einem ſehr lebhaften Gewehrfeuer, welches von dieſſeits durch ein Bombardement aus ſchwerem Geſchütze unterſtützt wurde, zogen ſich unſere Truppen über die Rheinbrücke nach Mannheim zurück, löſten hinter ſich ein Brückenjoch ab, worauf Ludwigshafen von den Preußen beſetzt wurde. Von da an dauerte das Schießen aus ſchwerem Geſchütz und Büchſen bis zum Anbruch des Abends ununterbrochen foet, wo das Feuer des in Flammen aufgehenden Ludwigshafener Lageehauſes bald auch die benachbarten Häuſer ergriff, ſo daß gegen 11 Uhr des Abends ganz Ludwigshafen in Brand zu ſtehen ſchien, obwohl die eigentlichen, zum Theil palaſtähnlichen Wohngebäude der Hauptſtraße davon verſchont geblieben ſind. Der Anblick dieſer brennenden Stadt war ſchauerlich ſchön und die älteſten Leute erinnern ſich nicht, einen ſolchen Beand mit angeſehen zu haben. Der Rhein glühte weithin im Widerſchein der Flammen und ſelbſt das jenſeitige Ufer wurde von ihnen bis zur Tageshelle erleuchtet. Die Nacht hindurch war Mannheim illuminirt. Weitere ſichere Nachrichten aus der Pfalz fehlen uns gänzlich. Oberſt Blenker, der ſeither mit ſeinen Freiſchaaren in Frankenthal lagerte, hat ſich gegen Neuſtadt zurückgezogen. Mit Anbruch des folgenden (geſtrigen) Tages begann die Kanonade gegen Ludwigshafen von Neuem, was von den Preußen aus ſchwerem Geſchütz erwidert wurde. Im Verlauſe des Morgens ſind viele Granaten in unſre Stadt gefallen; ebenſo Shrapnellkugeln, Dank der gütigen Vorſehung, ohne bis jetzt auch nur den mindeſten Schaden gethan zu haben. Das Bombardement hat in dieſer Weiſe bis gegen 5 Uhr Nachmittags gedauert, worauf es zueiſt preußiſcherſeits eingeſtellt wurde. Das Gewehrfeuer dauerte indeſſen fort bis zum Anbruch der Nacht. Heute Morgen hat das Schießen bedeutend nachgelaſſen, und nur dann und wann erſchallt ein Büchſenſchuß. Aus ſchwerem Geſchütz iſt bis zur Stunde noch nicht gefeuert worden."

⁑ **Frankfurt**, 19. Juni. Während landaufwärts am Neckar und Rhein deutſche Krieger kämpfen, um Aufruhr und Verrath in der ſüdweſtlichen Grenzmark zu beſiegen, wird in ihrem Rücken dem Feinde Vorſchub geleiſtet. Wie dem bethörten Volke vorgelogen wurde, die Preußen verſchonten weder Weiber noch Kinder, ſo wird den Truppen, beſonders der preußiſchen Landwehr vorgelogen, ſie gingen dem ſichern Tode entgegen. Tauſende von Schweizer Scharfſchützen ſtünden in den feindlichen Reihen, Speiſen und Brunnen würden vergiftet u. dgl. Dies kann man in Frankfurt auf den Straßen hören. Die demokratiſchen Blätter in Mainz, Frankfurt, Hanau und andern Orten verbreiten die übertriebenſten Gerüchte *) über Siege der Aufſtändiſchen, Niederlagen und Verluſte der Truppen. Sendlinge der Anarchie tragen mündlich, ſchriftlich, in Placatform, den Lügenſtoff umher, welcher das Volk aufregen, die Truppen entmuthigen ſoll. Die verfaſſunggebende Verſammlung des Freiſtaates Frankfurt gibt Herrn Dr. Jucho, welcher den Aufſtand in Baden mißbilligt, ihr hohes Mißfallen zu erkennen, wie hieſige Blätter berichten. Die Stadt Hanau hat ihr Contingent für den Aufruhr geſtellt. Die Geſammtwirkung aller dieſer Vorgänge iſt zwar ohne großen Einfluß auf den Erfolg des Kampfes gegen die Aufſtände in der Pfalz und Baden, allein es werden dadurch einzelne Menſchen zu Unbeſonnenheiten verleitet, die unglückliche Folgen für ſie haben. Geſtern zeigten ſich ſchon in Frankfurt die Keime der Bemühungen der Anarchiſten und es wurden außergewöhnliche militäriſche Vorkehrungen nöthig. Uns ſcheint es, daß den bürgerlichen und militäriſchen Behörden die Pflicht gebiete, der offenen Begünſtigung des Aufruhrs überall mit dem Ernſt und der Strenge der Geſetze entgegen zu treten. Die Bürger wie die Truppen dürfen dies verlangen.

Frankfurt, 18. Juni. Der amerikaniſche Bevollmächtigte bei der Centralgewalt, Herr Donelſon, iſt heute hier angekommen und hat ſein Abſteigquartier im römiſchen Kaiſer genommen. (O. P. Z.)

△ **Wien**, 15. Juni. Das Scharmützel vom 13. d. bei Czorna, unweit Kapuvar, war durch die Nachläſſigkeit und den Leichtſinn eines Oberſten herbeigeführt, welcher die ſchriftlichen Inſtruktionen für die am dreizehnten vorzunehmende große Recognoscirung an die dazu beorderten Commandanten zu überbringen hatte. Statt dieſen Befehl mit ſtarker Bedeckung und der nöthigen Vorſicht auszuführen, ließ der Oberſt ſeine Leute zurück und ſetzte ſich allein in einen Wagen, überließ dem Kutſcher alles Uebrige und ſchlief ein. Ein Trupp Inſurgenten überfiel den Wagen, machte den Oberſten nieder und fand in ſeiner Taſche die Inſtructionen, die ſofort an Görgey abgeliefert wurden. Görgey benutzte die Kenntniß der Zeit und der Stärke der bei der Recognoscirung betheiligten Truppen, überfiel den General Wyß bei Czorna mit Uebermacht an Mannſchaft und Geſchütz und nahm ihm mehrere Kanonen ab. Der General ſelbſt blieb bis jetzt verſchwunden. Eine Abtheilung Infanterie, welche Wyß zu Hilfe eilen wollte, wurde von ungariſchen Huſaren im Rücken angefallen und ſoll übel zugerichtet worden ſein. In Preßburg werden die Truppendurchzüge ſeit dem 12. ſeltener; dies deutet an, daß die Poſitionen eingenommen ſind; demungeachtet hören wir noch nichts von Wiederergreifung der Offenſive. Vorpoſten-Scharmützel ſind alles, was wir aus Neuſtadt, Trentſchin und Wieſelburg (wo 40,000 Mann unſerer Truppen lagern) vernehmen. Die Vorpoſten der Ungarn ſind überall in der Entfernung einer halben Stunde von unſeren Truppen zu bemerken. Es ſcheint, daß ſie auf die Behauptung der Waaglinie beſondern Werth legen. Bei Leutſchau ſind bereits alle Päſſe von ihnen verrammelt. Der ruſſiſche General Saß ſoll ſeinen Marſch in der Richtung gegen Leutſchau nehmen; ſie dürften es alſo dort mit ihm zu thun haben. Das Gerücht läßt ſchon Gefechte zwiſchen den Ungarn und Ruſſen vorgefallen ſein und die Zeitungsnachrichten, welche gefangene Magyaren durch Koſaken nach Warſchau escortiren laſſen, ſcheinen es zu beſtätigen. Officiell wiſſen wir darüber, wie über ſo vieles Andere, nichts. Die Ankunft des Fürſten Paskewitſch in Krakau iſt wieder bis zum 16. verſchoben; gleichzeitig ſoll auch der ruſſiſche Kaiſer dort eintreffen, um ſich nach kurzem Aufenthalt nach Dukla zu begeben. Erzherzog Wilhelm wurde nach Krakau geſandt, um den Kaiſer auf öſterreichiſchem Gebiete zu begrüßen. Die ruſſiſchen Truppen, welche bei Jordanow lagerten, ſind über Neumarkt nach Ungarn aufgebrochen und ihre Vorpoſten ſtehen bis Kubin. Die in dem Lager zwiſchen Myslenice und Bochnia befindlichen 26,000 Mann erwarten noch eine Verſtärkung von 16,000 Mann. Auf die mähriſche Grenze richten die Ungarn ihre beſondere Aufmerkſamkeit und in Mähren ſelbſt wimmelt es von ihren Emiſſären. So wurden in zwei Grenzorten in den letzten Tagen nicht weniger als 40 Perſonen verhaftet, die ſich nicht hinreichend über die Urſachen ihres Aufenthalts ausweiſen

---

*) Wir dürfen der Unparteilichkeit zu Liebe hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es mit den „glorreichen Tagen", dem „in der neuen Geſchichte beiſpielloſen Feuer" und mit den „glänzendſten Siegen" der Teuppen in Blättern anderer Farbe bis jetzt auch noch nichts zu ſagen hat.

konnten; man behauptet, daß deshalb, um ein kürzeres Verfahren zu bezwecken, im Prerauer-, Hradiſcher- und Teſchner-Kreiſe der Belagerungszuſtand erklärt werden ſoll. Auch wird in Ollmütz ernſtlich mit den Vertheidigungswerken fortgefahren und die Ruſſen arbeiten unermüdlich in den Munitionswerkſtätten mit unſern Werkleuten.

Geſtern führte der junge Kaiſer wieder eine jener Eingebungen des Momentes aus, die geeignet ſind, ihm die Herzen der Krieger zu gewinnen. Die Tafel war für 3 Uhr in Schönbrunn angeſagt, aber um ½3 Uhr gab der Kaiſer plötzlich Befehl, zwei geſattelte Pferde vorzuführen, welche er mit ſeinem Adjutanten, Grafen Grünne beſtieg, worauf er nach Nußdorf ſprengte um die eben dort eintreffende Raſtatter Garniſon an dem Landungsplatz des von Linz kommenden Dampfbootes perſönlich zu bewillkommnen und ſeine Zufriedenheit mit ihrem würdigen Benehmen in Mitte der Meuterei auszuſprechen. Dem Artillerie-Hauptmann Lendl überreichte er ſelbſt den Leopoldsorden und Graf Grünne befeſtigte ihn ſogleich auf deſſen Bruſt. Nachdem der Kaiſer allen Officieren die Hand gereicht, kehrte er um halb 5 Uhr nach Schönbrunn zurück, wo der ganze Hof noch immer mit der Tafel auf ihn wartete. Niemand wußte wohin er gegangen, noch woher er kam. Seit dem 11. iſt das Gepäck, welches dem Kaiſer ins Lager folgen ſoll, bereit, und man erwartet täglich ſeine Abreiſe. Die Anweſenheit des Prinzen Luitpold von Baiern und die geſtern erfolgte Ankunft des baieriſchen Miniſters v. d. Pfordten, ſowie die häufigen Conferenzen über die deutſchen Angelegenheiten verzögerten dieſelbe bis jetzt. Iſt einmal Baiern und Oeſterreich einig, dann hält man es für ein Leichtes, die kleineren ſüddeutſchen Länder zum Anſchluß zu — nöthigen, denn hinter uns ſteht Rußland, und was auch Rußland bis jetzt für Anſtrengungen für Oeſterreich machte, man verſichert uns aus guter Quelle, daß der Czar bereit ſei, in einigen Monaten noch 500,000 Mann (?) „für die heilige Sache" marſchiren zu laſſen.

△ **Wien**, 15. Juni. Heute früh wurden drei der am 6. October v. J. am Kriegsgebäude während der Ermordung Latour's wachthabenden Officiere abgeurtheilt. Der Hauptmann wurde zu 5jähriger und der Lieutenant zu 3jähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt; der Unterlieutenant wurde einfach entlaſſen. Um unſerm wirklich troſtloſen Mangel an Scheidemünze abzuhelfen, ſoll das Miniſterium die Abſicht haben, neues Papiergeld im Werthe von 3 und 10 Kreuzern zu emittiren. An Silber ſcheint es doch in der Münze nicht zu fehlen, da vorgeſtern wieder 100 Centner Silber aus Hamburg an ſie abgeliefert wurden. Von dem hier herrſchenden Geldwucher kann man ſich anderwärts übrigens keinen Begriff machen. Die Juden gehen jetzt ſogar bei den Marktverkäufern herum, um die Silberſechſer und Kupferkreuzer zu ſammeln, und es iſt ſehr häufig, daß man einen Gegenſtand, der weniger als einen Viertelguldenzettel koſtet, nicht erhalten kann, weil der Verkäufer keine Scheidemünze hat, um den Ueberſchuß zurück zu geben!

* **Wien**, 15. Juni. Bem's Hauptquartier befindet ſich bei den Herkulesbädern in Mehadia; doch dürfte er ſich bald weiter in das Innere des Landes zurückziehen, da General Lüders mit 40,000 Ruſſen gegen Orſova im Anzuge iſt. Aus Titel kommt die Nachricht, daß die Brigade Budiſavljevic Zabalj erſtürmt hat und das Gros der k. k. Südarmee am 7. gegen Neuſatz aufgebrochen iſt, während Knicanin in Perlaß jenſeits der Theiß operirt. Vor Neuſatz iſt es zu einem furchtbaren Kampfe gekommen, während G. M. Mamula von Kamenic aus die Feſtung beſchäftigte. Am 8. erſchien beim General Kriegern ein Courier mit der Nachricht, daß Neuſatz erſtürmt worden iſt (?). Die Ottochaner Grenzer ſollen zuerſt in die Stadt eingedrungen ſein. Das Vermögen der Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft in Ungarn iſt von den ungariſchen Machthabern confiscirt worden. Die Direction der ungariſchen Centralbahn erklärt, daß ſie außer Stande ſei, den Actionären die laufenden Zinſen zu bezahlen. Nach Briefen aus Südungarn, welche die errungenen Vortheile des Banus beſtätigen, ſoll derſelbe binnen 8 Tagen Temesvar entſetzen wollen. Gerüchte vom Einrücken der Ruſſen in Orſova und vom Vorrücken des F. M. L. Malchowsky gegen Kronſtadt circuliren ohne Beſtätigung; eben ſo, daß Bem mit den Ruſſen bereits eine Schlacht beſtanden habe. Durch Handſchreiben hat der Kaiſer in beſonderer Würdigung der Artillerie ſich zum Oberſten und Inhaber des erſten Artillerieregiments erklärt, welches fortan ſeinen Namen führen wird. In Gratz ſieht man der baldigen Ankunft der Familie des Reichsverweſers entgegen.

†* **Berlin**, 17. Juni. Es hat mich gewundert, in Ihrer Zeitung noch keine Aufklärung zu finden über das Gerücht, welches Herrn v. Radowitz an den Beſprechungen der hieſigen Frankfurter Deputation Theil nehmen ließ und ihm ſogar die Abſicht unterlegt, ſelbſt nach Gotha zu gehen. Wer Kenntniß davon hat, daß er die Seele der ganzen Unterhandlungen über den neuen Entwurf und einer der Hauptvertreter der deutſchen Richtung in der preußiſchen Politik hier war und iſt, kann freilich nur annehmen, daß er mit großem Intereſſe nach Gotha blickt, muß ſich aber auch ſagen, daß gerade ſeine amtliche Stellung in der Frage ihm eine Betheiligung an jener Zuſammenkunft unmöglich macht. Uebrigens iſt Herr v. Radowitz ſeit 10 — 12 Tagen bettlägerig, und wie mir aus beſter Quelle mitgetheilt wird, fürchtet er deshalb nicht im Stande zu ſein, die deutſchen Verhandlungen fortzuführen, was ſehr zu bedauern wäre. Der letzte Artikel in der Deutſchen Reform über die Gothaer Verſammlung hat ſehr böſes Blut unter den Schwarzweißen — in den oberſten Schichten hervorgerufen, das iſt eine Thatſache, während er gerade ganz im Sinne der Majorität des Miniſteriums geſchrieben zu ſein ſcheint. Hierbei muß ich bemerken, daß es wiederum Manteuffel iſt, welcher am meiſten nach Frankfurt hin ſieht, und es ſoll mich gar nicht wundern, wenn die Neue Preußiſche deshalb nächſtens über ihn als einen „Ritter der Kuhblume" (deutſche Cocarde) herfällt. Mit den Herren Gerlach-Stahl und Comp., welche die Leiter der Neuen Preußiſchen ſchreiben, ſcheint er ſchon auf anderem Felde zuſammen gerathen zu ſein. Ritter v. Prokeſch macht ſich ganz allerliebſt! In Folge der vielerlei Beſprechungen in der Preſſe, die ſich auf ſeine jetzige politiſche Thätigkeit bezogen, ſoll er ſich zu Graf Brandenburg verfügt und darüber geklagt haben, daß ſelbſt die miniſteriellen Blätter ſich zu ſolchen „unrichtigen Beleuchtungen" herließen. Dabei ging er förmlich auf ſeine Rechtfertigung bis ins Einzelne ein, zum großen Erſtaunen der Miniſter. Er erklärte, daß zu derlei Vermuthungen u. ſ. w., wie ſie an ſeine Perſon geknüpft würden, wahrſcheinlich ſein Bedienter Veranlaſſung gegeben habe, der Verkehr mit allerhand verdächtigen Leuten gehabt und deshalb von ihm entlaſſen worden ſei! Er ſelbſt kenne Hrn. Jatin gar nicht! Manteuffel ſoll ihm auf ſeine nochmalige Andeutung, daß miniſterielle Blätter ihn angegriffen hätten, ganz trocken geantwortet haben, im Staatsanzeiger ſtände kein Wort. Wenn die Nachrichten von den Umtrieben einer Beſtätigung bedürften, ſo läge ſie wirklich in des Ritters Schritte, welcher unwillkürlich zu dem Gedanken führt: qui s'excuse s'accuse. Dieſe luſtige Geſchichte iſt wenigſtens wahr und man erzählt ſie ſich hier öffentlich.

Im Miniſterium des Auswärtigen ſoll man ſehr unzufrieden über die Baſis der Unterhandlungen in der Schleswig'ſchen Sache ſein.*) Es iſt nämlich die auf „Schleswigs Selbſtſtändigkeit," ohne daß dabei auf das Unionsverhältniß Rückſicht genommen wird. Man ſetzt freilich voraus, daß dieſes factiſch doch unerſchüttert bleiben wird. Graf Bülow ſoll für eine Vereinigung beider Herzogthümer, Zutritt beider zum Bunde und ewiger Perſonalunion mit der Krone Dänemark geweſen ſein, wobei die Succeſſionsverhältniſſe nun zu regeln waren; oder aber für Demarcation von Süd- und Nordſchleswig. Beides iſt wegen Rußland nicht durchſetzbar; — die Dänen gehen auch nicht darauf ein. Noch iſt man mit den Unterhandlungen nur wenig vorgerückt. Die Zähigkeit iſt diesmal auf unſerer Seite eben ſo groß wie drüben in Dänemark.

0 **München**, 17. Juni. Fürſt Ludwig Wallerſtein hat nun mit Hof und Adel und mit ſeiner eigenen Vergangenheit vollſtändig gebrochen und iſt mit Sack und Pack zur Demokratie übergegangen. Er hat dem Könige das erbliche Kronamt eines Kronoberſthofmeiſters, das ihm den Rang zunächſt nach den Prinzen nach unſerer noch in voller Blüthe ſtehenden Hofetikette anweiſt, zurückgegeben und iſt mit dieſem Schritte zugleich aus der Kammer der Reichsräthe getreten, der er nur als Inhaber dieſes Kronamtes angehörte. Wenn die demokratiſche Partei ihren Vortheil verſteht, wird ſie Baierns einzige ſtaatsmänniſche Capacität mit offenen Armen aufnehmen und ihn, wenn auch wohl bewacht, in ihre Vorderreihen ſtellen. Er der das geheime Triebwerk unſerer Staatsmaſchine wie Keiner kennt und ſchon früher als „gefallener" Miniſter zum Beſten des gemeinen Weſens Enthüllungen machte, wie die durch ſeinen Bruder ans Licht gebrachten Erübrigungen, wird, falls er in die Kammer gewählt werden ſollte, der Regie-

*) In Schleswig-Holſtein desgleichen.

rung ein furchtbarer Gegner ſein. Nur iſt zu fürchten, daß, wenn nun auch der Fürſt und Hofmann abgethan, doch der ehemalige Miniſter nicht abzuſchütteln iſt, und daß dieſer dem Bürger Ludwig Wallerſtein die Wahl erſchweren dürfte.

König Max wird ſich morgen nach Nürnberg, von dort vielleicht auch nach andern fränkiſchen Orten begeben, um vor Allem, als oſtenſiblen Zweck, das dortige Lager zu beſuchen, wie er vor Kurzem auch das Donauwörther Lager durch ſeinen Beſuch, durch ein großes Gaſtmahl und doppelte Löhnung beglückt hat. Ein weiterer geheimer Zweck dieſer Reiſe nach Franken mag ſein, daß man durch die perſönliche Gegenwart des Königs auf die Stimmung im Volke wirken will, bevor die Wahlen zur Abgeordnetenkammer beginnen. Dieſer Zweck könnte allerdings einigermaßen erreicht werden, wenn der König ſich längere Zeit in Franken aufhielte, und beſonders in den Gegenden, die zum vorigen Landtage ihr Contingent zum linken Centrum geliefert haben. Man will aber wiſſen, daß der Aufenthalt des Königs in Nürnberg ein nur kurzer ſein ſoll, indem er während des Sommers das Schloß Berg am Starnbergerſee zu beziehen beabſichtigt. In einer vorgeſtrigen Verſammlung der Profeſſoren der Univerſität wurde über die Beſchlüſſe der Jenenſer Profeſſorenverſammlung berathen und dieſelben ſammt und ſonders verworfen.

△ **Nürnberg**, 17. Juni. Heute hielten beiläufig 2000 — 3000 Urwähler auf dem ſogenannten Judenbühl eine Verſammlung, in welcher ſie dem bereits mitgetheilten Beſchluß einer früheren Urwählerverſammlung im Katharinenſaal, das Stuttgarter Parlament durch einen Abgeordneten zu beſchicken, einmüthig beiſtimmten und ſich zugleich verbindlich machten, die Diäten des zu Wählenden aus eigenen Mitteln mittelſt freiwilligen Beiträgen zu beſtreiten. Weiter wurde nachſtehendes Mandat für den Abgeordneten angenommen: Derſelbe verpflichtet ſich, mit aller ihm zu Gebote ſtehenden Kraft einzuſtehen 1) für die Anerkennung und Durchführung der von der Reichsverſammlung zu Frankfurt gegebenen Reichsverfaſſung, 2) für die Anerkennung der ſeitherigen Beſchlüſſe der Reichsverſammlung in Stuttgart (alſo auch der Reichsregentſchaft), 3) er muß ſich ſchriftlich erklären, daß er nur ſo lange ſeinen Platz in der Reichsverſammlung einnehmen wolle, als er das Vertrauen der Majorität ſeiner Wähler beſitzt. Der Wahlact, mit deſſen Einleitung das Volkskomite betraut iſt, und zu welchem zugeſagte Inſtructionen aus Stuttgart erwartet werden, wird in den nächſten Tagen vorgenommen. Die Verſammlung ſchloß mit einem Hoch auf die baieriſche Linke. Morgen kommt der König in unſere Stadt, um das Lager zu inſpiciren. Die ſtädtiſchen Behörden erſchöpfen ſich bereits in blauweißen Demonſtrationen.

* **Stuttgart**, 16. Juni. Aus der Sitzung der Reichsverſammlung iſt nachzutragen, daß Raveaux im Namen der Regentſchaft einen Geſetzentwurf über die Bildung der Volkswehr vorlegte, der ſofort berathen und mit einigen Aenderungen angenommen wurde. Ein von Vogt eingebrachter Finanzvorſchlag der Regentſchaft, die Erhebung von 5 Millionen Matricularbeiträgen (!) betreffend, geht an den Finanzausſchuß. Eine Reihe von Urlaubsgeſuchen (darunter von Wigard, Schaffrath, Schütz) wird abgelehnt. Präſident Löwe dankt den ſchönen Frauen Schwabens für die Ausſchmückung des Locals. „Es iſt, ſagt er, viel anerkennungswerther, wenn man ſich dem Unglück zuneigt, als wenn man dem Sieger und dem Glücklichen zujauchzt.“ (Die ganze Verſammlung erhebt ſich.) Die nächſte Sitzung wird auf Dienſtag anberaumt.

Aus **Friedrichshafen** am Bodenſee wird dem Frankfurter Journ. mitgetheilt, daß die dortige Bürgerwehr ſich der Landung öſterreichiſcher Truppen, die von Bregenz kamen, gewaltſam widerſetzt hat. Es war das Gerücht verbreitet, dieſe Truppen würden von Friedrichshafen aus nach Conſtanz gehen, die Stadt beſetzen und dann weiter in Baden vorrücken. Am 14. Juni Abends kam die beſtimmte Nachricht, am nächſten Morgen würden die Oeſterreicher auf zwei Dampfſchiffen ankommen. Alsbald wurde Zuzug aufgeboten, namentlich von Ravensburg, der zahlreich und gut bewaffnet ankam; die Landungsbrücke wurde abgedeckt, aus den Brettern längs dem Ufer eine Schanze gemacht und die Wehrmänner theils hinter dieſer Schanze, theils in dem langen am Ufer ſich hinziehenden Lagerhauſe aufgeſtellt. Um vier Uhr Morgens erſchien ein Dampfboot mit Schleppkähnen, dicht gedrängt voll öſterreichiſcher Truppen. Der öſterreichiſche Commandant hatte nun eine Unterredung mit dem Bürgerwehrhauptmann; der erſtere beſtand auf ungehinderter Landung ſeiner Truppen, der zweite verweigerte ſie eben ſo beſtimmt. Das Ende war eine erſte Salve der Oeſterreicher, die von den Wehrmännern alsbald erwidert wurde. Etwa 5 Minuten wurde von beiden Seiten gefeuert, bis der Steuermann des Dampfers fiel, worauf ein Matroſe deſſen Stelle einnahm und alsbald das Schiff gegen Bregenz wandte. Die Wehrmänner haben 2 Todte, 7 leicht und einen ſchwer Verwundeten; der Verluſt der gar nicht gedeckten Truppen iſt vermuthlich bedeutender. So erzählt der Berichterſtatter des Frankfurter Journals.

*** **Leipzig**, 17. Juni. Aus guter Quelle kann ich Ihnen melden, daß es jetzt entſchieden iſt, daß unſere Stände auf Grund des zu Recht beſtehenden Wahlgeſetzes gewählt werden. Sie ſollen im Auguſt zuſammentreten und die Wahlen ausgeſchrieben werden, ſobald die neue Eintheilung der Wahlbezirke fertig ſein wird. Gegenſtände der Berathung werden vor allen Dingen ſein: die Zuſtimmung zu dem octroyirten Verfaſſungs-Entwurf für Deutſchland, die Finanzfrage, die neue Gemeindeordnung und endlich ein neues Wahlgeſetz für Sachſen.

Karlsruhe, 16. Juni, Abends 9 Uhr. Die Karlsr. Ztg. enthält folgenden Heerbericht: Von Mannheim geht uns die Nachricht von einem abermaligen Gefecht bei Großſachſen und Schriesheim zu, deſſen glückliches Reſultat wiederum die Flucht der Heſſen und die Erbeutung zweier Kanonen ſowie einer Anzahl mecklenburger Pferde war.

Die Preußen ſind in der Rheinpfalz wieder vorgedrungen. General Mieroslawski forderte die Bewohner von Ludwigshafen auf, ſich zu vertheidigen; ſie weigerten ſich, worauf ihnen der General ankündigte, daß er ſich genöthigt ſehe, dieſen Ort zuſammenzuſchießen, was denn zum Theil bereits ausgeführt iſt, zum andern in Kurzem ausgeführt werden muß, da die Preußen von dort aus den Verſuch machten, einige Kugeln nach Mannheim zu werfen, von denen aber nur einzelne die Stadt erreichten.

Indeſſen ſind die Preußen bis Speier vorgedrungen, ohne ein Hinderniß zu finden. Die biedern Speierer ſteckten bei ihrer Annäherung ſofort weiße Fahnen auf, und ſo ſah ſich die dort aufgeſtellte Volkswehr genöthigt, ſich über den Rhein ins Badiſche zurückzuziehen. Sie kamen heute Abend hier durch und werden zur Deckung des dieſſeitigen Rheinufers verwendet.

Die Vertheidigung deſſelben iſt dem Obercommandanten der Bürgerwehr Doll, anvertraut, der noch in dieſer Nacht abgehen wird *). Der polniſche Oberſt Raquiller iſt beſonders mit den gegen Germersheim vorzunehmenden Vorkehrungsmaßregeln beauftragt, und das ganze Rheinufer an der pfälziſchen Grenze mit Truppen beſetzt. Die nöthige Artillerie wird heute von hier aus dorthin abgeſandt. So wird hoffentlich dies vorgedrungene preußiſche Corps von zwei Seiten aus angegriffen werden und in Kurzem die Pfalz von dieſem Beſuche wieder geſäubert ſein.

* **Mannheim**, 17. Juni. Geſtern Abend iſt folgende Proclamation erſchienen:

Soldaten! Wehrmänner! Eure Tapferkeit verdient den Dank des Vaterlandes. Der geſtrige Tag hat den Ruhm Eurer Waffen begründet, am Neckar in Ladenburg flieht der Feind, in Ludwigshafen erſchöpft er ſich in vergeblichen Anſtrengungen und verliert ſehr viele Leute durch das wohlgezielte Feuer unſerer braven Volkswehrartillerie und ihrer tapferen Bedeckung. Soldaten! Officiere! Das Vaterland ſpricht Euch ſeinen Dank aus, Europa blickt auf Euch, Soldaten! Ich empfehle Euch die ſtrenge Aufrechthaltung der Mannszucht, ſie iſt die Bürgſchaft des Erfolgs. Ueberlaßt nicht dem Feinde den Vortheil der Disciplin. Das Uebergewicht, was Eure eifrige Vaterlandsliebe Euch über ihn verleiht, würde ſonſt dadurch ausgeglichen werden. Mannheim, den 16. Juni 1849. Der Obergeneral Louis Mieroslawski.

* In **Heidelberg** iſt am 16. Juni folgende Proclamation erſchienen:

„Die Operationen unſerer in ſtetem Vorrücken begriffenen Colonnen ſind vom glänzendſten Erfolg gekrönt. Die Colonne des Oberſten Oborski, welche in Folge unſeres letzten Sieges von Mannheim aus vorgerückt war, nahm den Feind in der Flanke, während ihn Oberſt Sigel in der Fronte angriff. Die feindlichen Truppen halten nirgends Stand; es iſt nur Schade, daß wir nicht genug Reiterei zur Verfolgung des Feindes haben. Bewohner, ſeid vollkommen ruhig; ich fordere von Euch nur, daß Eure Opfer denen der Soldaten wenigſtens gleich kommen; denn der Krieger, der für Euch kämpft und blutet, verdient gewiß, daß Ihr ihn mit Speiſe und Trank hinreichend erquickt und ihm zu neuen Anſtrengungen Kräfte gebt. Werden dieſe und überhaupt alle meine Befehle vollzogen, ſo vermag der Feind nichts gegen uns. Die Stadt Heidelberg wird heute Nacht zur Feier der Siege unſerer heldenmüthigen Kämpfer beleuchtet. Dabei haben die Lichter an allen Fenſtern die ganze Nacht zu brennen; alle Wirthshäuſer ſind

*) Iſt geſchehen. (Anm. d. R. d. Karlsr. Ztg.)

Ueberſicht.

Max v. Gagern an ſeine Wähler.
Deutſchland. München (Antipreußiſche Intriguen. Die Kammerauflöſung. Hr. Jarcke. Hr. v. Hermann. Die Großdeutſchen). Karlsruhe (Der Zuſtand der Neckararmee). Raſtatt (Belagerungsausſichten. Der Feſtungsbau. Die Soldaten).
Frankreich. Straßburg (Die deutſchen Flüchtlinge. Die franzöſiſche Demokratie. Ein geſcheiterter Putſch. Aus Baden).

Max v. Gagern an ſeine Wähler.

Max v. Gagern hat an ſeine Wähler ein Schreiben gerichtet, welches um ſo mehr beachtet zu werden verdient, da die Uebereinſtimmung bekannt iſt, welche zwiſchen ihm und ſeinem Bruder Heinrich v. Gagern in der Auffaſſung der politiſchen Verhältniſſe herrſcht. Wir entnehmen dem in der Naſſauiſchen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Schreiben Folgendes: Die Aufgabe der Reichsverſammlung war eine höchſt verwickelte, und ſie mußte eine unlösbare werden, ſobald die mächtigeren deutſchen Fürſten ſich rückſichtslos auf das Alter ihrer Kronen, auf ihre ſeit 1806 ſouveränen Rechte und auf materielle Sonderintereſſen einzelner Länder ſteiſten, ſtatt wie ihre Vorfahren vor den deutſchen Kaiſern ſtets gethan und wie ihre minder mächtigen Mitfürſten, deren Gewalt doch derſelben Rechtsquelle entſtammt, es wiederum thun, vor der nationalen Größe des Reiches zu der Aufopferung oder Beſchränkung einiger ihrer Vorrechte ſich willig zu zeigen. Die meiſten Regierungen erkannten auch während der erſten Monate der Bewegung, während ſie im Innern der größten Schwäche verfallen waren, in der conſervativen Mehrheit der Reichsverſammlung dankbar einen Halt und eine Ableitung; und als die einheitliche, conſtitutionell-monarchiſche Partei, nach Beſeitigung des verhaßten und verachteten Inſtituts des Bundestags, am 28. und 29. Juni v. J. eine proviſoriſche Centralgewalt in der einheitlichen Form eines fürſtlichen Reichsverweſers durchſetzte, mußten alle Regierungen dieſe Vorbildung eines künftigen Reichsoberhauptes in der Noth der Zeiten als einen Sieg der monarchiſchen Ordnung über die Anarchie anſehen und ſie erkannten ausdrücklich und einſtimmig die Wohlthat der vollbrachten Thatſache.

Die Wahl eines Fürſten aus dem Hauſe Oeſterreich ſollte, abgeſehen von dem guten Klang des Namens und den wahren Verdienſten des Erzherzogs Johann, ein Beweis ſein, daß die Reichsverſammlung, ohne vorgefaßte Entſcheidung, unter den deutſchen Fürſtenhäuſern eine freie Bewerbung gelten laſſen wollte; man kann ſagen, daß die Nation damit eine Frage frei haben wollte an die Weltordnung. Die Antwort, welche der Gang der Ereigniſſe für Oeſterreich gab, war keine günſtige. Die Oeſterreicher in der Reichsverſammlung waren uns perſönlich zum großen Theile liebe Freunde und Mitarbeiter; von uns Süd- und Weſtdeutſchen fühlten ſich viele gemüthlich zu ihnen mehr hingezogen, als zu den altpreußiſchen Abgeordneten. Aber je länger die Verhandlungen dauerten und je praktiſcher ſie wurden, deſto deutlicher trat allmälig die Ueberzeugung hervor, daß ein gemeinſames Staatsgebäude für ſie und uns zuſammen ohne Verluſt der einheitlichen Regierung, der Volksvertretung und anderer weſentlicher Freiheitsrechte nicht zu erreichen ſein würde. Hierzu trug nicht nur der Umſtand bei, daß von den Oeſterreichern ſelbſt kaum fünf unter einander einig darüber waren, was in ihrem Lande wünſchenswerth und zu erreichen möglich ſein würde, ſondern es trat auch die Thatſache hervor, daß weder die Reichsverſammlung noch die öſterreichiſche Regierung über die Verhältniſſe der nichtdeutſchen Provinzen Oeſterreichs einſeitig zu verfügen berechtigt und im Stande waren. Die ungeſchwächte Erhaltung der Geſammtmonarchie wurde immer deutlicher als das höchſte Bedürfniß für Oeſterreich ſowohl, als für Deutſchland von der Regierung des Kaiſerſtaates, wie von deſſen achtbarſten Vertretern in den Vordergrund geſtellt. Dadurch wurde unter den nichtöſterreichiſchen Mitgliedern der Reichsverſammlung eine immer wachſende Mehrheit auf den Gedanken zurückgeleitet, der ſchon ſeit Jahren durch einzelne Namen vertreten, in den erſten Zeiten der Märzbewegung lebendiger wieder aufgetaucht und von Vielen als das natürlichſte Auskunftsmittel erfaßt worden war, daß nämlich der mächtigſte reindeutſche Staat, der preußiſche, zum Mittelpunkte der neuen Bundesverfaſſung und deutſchen Staatenbildung gemacht werden müſſe, und zwiſchen dieſem neuen Bundesſtaate und der gleichfalls föderativ gegliederten öſterreichiſchen Geſammtmonarchie nur ein möglichſt enges Unionsverhältniß ſtattzufinden hätte. Nur widerſtrebend, nur zögernd kam man im Spätherbſte wieder zur Einſicht dieſer Nothwendigkeit, dieſer Verzichtleiſtung auf die volle Nationaleinheit. Eine feindſelige Stimmung gegen Oeſterreich lag darin ſo wenig, daß ich noch heute jeden Oeſterreicher aufrufen darf, ob von der Tribüne herab von unſerer Partei, ob von dem Reichsminiſterium gerade in der Zeit, in welcher mein Bruder an deſſen Spitze ſtand, ſchriftlich oder mündlich je ein nicht anerkennendes, nicht freundliches, geſchweige denn ein beleidigendes Wort gegen Oeſterreich ausgegangen iſt, gegen daſſelbe Oeſterreich, deſſen Abgeordnete zur guten Hälfte durch Zuſtimmung zu den §§. 2 und 3 die eigne Geſammtmonarchie zu zerſprengen beſtrebt waren.

Auf die Nothwendigkeit, Preußen als den Kern des neuen Bundesſtaates anzunehmen, wurde die nichtpreußiſche Mehrheit der Reichsverſammlung zunächſt durch die einfache Anerkennung einer Thatſache geführt, daß nämlich dieſe größte deutſche Macht, durch die vortreffliche Organiſation ihres Heerweſens und ihrer Volksbewaffnung, durch die längſt ausgeübte Leitung der materiellen Intereſſen im Zollvereine und durch ihren Eintritt in die Reihe der conſtitutionellen Staaten bereits wirklich an die erſte Stelle in Deutſchland vorgerückt war. Das kann ich betheuern: bei der Anerkennung dieſer Thatſachen und bei den daran geknüpften Folgen fühlte ich mich, wie noch heute, gänzlich frei von jeder perſönlichen Rückſicht oder Neigung. Nichts iſt mir, und ich glaube den meiſten meiner Freunde, die nicht den altpreußiſchen Provinzen angehören, ſo ſehr fern, als eine parteiiſche Verblendung und unbedingte Bewunderung für die preußiſche Monarchie oder gar für die vermeintliche Ueberlegenheit der Intelligenz in der preußiſchen Reſidenz- und Beamtenwelt. Unſere Hoffnung und unſer Streben in der Reichsverſammlung war darauf gerichtet, daß jenes früher fremdartige Preußen, wo nicht dem Worte des Königs gemäß, in Deutſchland aufgehen, doch immer mehr den übrigen Stämmen gleichartig werden ſollte; daß unter den neuen freien Inſtitutionen auch die einzelnen Provinzen des Königreichs einer gewiſſen Eigenthümlichkeit gleich unſeren Mittelſtaaten ſich ſollten erfreuen können, daß endlich die allzuverſchiedenartigen, landſchaftlichen und confeſſionellen Stimmungen im weiten Vaterlande durch einen verhältnißmäßigen Antheil Aller an der Volksvertretung wie an der Reichsregierung einen verſöhnenden Ausdruck und ein Gleichgewicht finden müßten.

Der Plan unſerer Partei, daß das Haus Hohenzollern gegen die erbliche Krone eines neuen deutſchen Reichs verzichten müſſe auf das abgeſchloſſene, überſpannte brandenburgiſche Königthum, das einſt unſer altes deutſches Reich zu Grunde gerichtet hat, dieſer Plan der Mehrheit, der am 28. März in der Reichsverfaſſung ſiegte, war allerdings eine gewagte Rechnung, aber es war kein ſchlau berechneter Staatsſtreich. Man hat darüber jener Mehrheit und meinem Bruder insbeſondere als ihrem Vertreter und als dem damaligen Miniſterpräſidenten Vorwürfe gemacht, von der einen Seite, daß er in einem geheimen Einverſtändniß mit dem Berliner Hofe geſtanden haben müſſe, von dee andern Seite, daß er ſich der Zuſtimmung deſſelben Hofes nicht ausdrücklich verſichert habe. Dieſe beiden Anklagin heben ſich gegeneinander auf und bilden zuſammen die einfachſte Rechtfertigung. Wer mochte heimlich flüſtern, da öffentlich und laut der Ruf eines großen Theils der Nation ertönt und ohne Widerſtreben vernommen worden war? Auf die perſönliche Neigung oder Abneigung des Königs konnte es allein nicht ankommen; ſein Haus, ſeine verantwortliche Regierung, ſeine Stände, ſeine 8 Provinzen hatten den Anſpruch, bei der Entſcheidung mit gehört zu werden. Es hat Niemand ein Recht, zu unterſuchen, ob die ſchließliche Ablehnung des Königs mehr in einem gewiſſenhaften Rechtsbedenken ihren Grund hat, oder mehr in der ſtolzen Abneigung gegen die Quelle der Gewalt und die Bedingungen der Reichsverfaſſung.

Allerdings waren durch die beiden gegen uns vereinten Oppoſitionen (die republikaniſche und die Directorialpartei), in die Reichsverfaſſung einzelne Beſtimmungen, beſonders in der Frage des Veto und des Reichswahlgeſetzes hineingerathen, welche der erhaltenden Richtung unſerer Mehrheit zuwider und dem Werke nachtheilig waren. Die Reichsverfaſſung ſelbſt, wie ſie nach dem Beſchluſſe vom 28. März vorliegt, konnte gegenüber jener verei-

nigten Oppoſition nur dadurch zu Stande gebracht werden, daß auch unſere Partei einem Theile der linken Seite Zugeſtändniſſe machte und mehrere von uns ſich perſönlich verpflichteten, auf den gefaßten Beſchlüſſen als endgültig in dieſer Verſammlung zu beharren. Eine ſolche Verpflichtung habe ich perſönlich zwar nicht eingegangen; aber wenn gegen die Unterzeichner noch heute ein Wehgeſchrei auch von Berlin aus erhoben wird, ſo iſt es doch erlaubt, daran zu erinnern, daß ohne die dadurch eroberten Stimmen, ſo unangenehm ihre Namen auch klingen mögen, das weltgeſchichtliche „Anrecht“ nicht vorhanden wäre, welches doch von dem erwählten Reichsoberhaupt ausdrücklich anzuerkennen gewürdigt wurde. Jene Zugeſtändniſſe kann auch ich bedauern, aber ich hätte nicht den Muth, dem ſtürmenden Kämpfer auf der Breſche vorzuwerfen, daß er mit Staub bedeckt eine zerriſſene Fahne aufgepflanzt.

Man hat überhaupt die Reichsverſammlung in ihrer letzten Periode hart getadelt und unſere Mehrheit dafür verantwortlich gemacht, daß auch ſie ihr Mandat verkannt und überſchritten habe durch den rückſichtsloſen Beſchluß und die Verkündigung der endgültigen Reichsverfaſſung, durch die einſeitige Wahl des Reichsoberhaupts, in einem Worte durch Vernachläſſigung der Vereinbarung mit den 38 Regierungen. Ich kann und mag hier die Vertheidigung der Verſammlung im Einzelnen nicht führen; ich möchte wünſchen, die Nation im Ganzen wäre ſittlich und politiſch beſſer beſchaffen, als dieſes ihr Lichtbild in der Paulskirche war. Die Verſammlung wird den Tadel auf ſich nehmen und ſich öffentlich ſchuldig bekennen an dem Tage, an welchem die 38 Regierungen der deutſchen Nation eine Verfaſſung vorlegen, über welche ſie alle unter ſich werden einig geworden ſein, und wäre es auch der gegenwärtige Entwurf von Preußen, Sachſen und Hannover. Bis dahin liegt die Vertheidigung der Reichsverſammlung und ihres ſouveränen ſchiedsrichterlichen Berufs in dem Nothrecht, in der für die Nation geübten Pflicht der Selbſterhaltung, und ſie hat zur Zeit nicht Urſache, ſich ihrer Verfaſſung vom 28. März zu ſchämen. Erſt als die Durchführung derſelben durch die Ablehnung von Preußen und die verweigerte Mitwirkung der Centralgewalt in ihre eigenen Hände zurückfiel, mußten ihre Geſchicke ſich erfüllen. Das Reichsminiſterium ſtrebte mit Selbſtverläugnung und auf die Gefahr der Verdächtigung von beiden extremen Seiten, den Bürgerkrieg zu verhindern. Noch zu Anfang Mai ſchien es eine Möglichkeit für die neunundzwanzig Staaten, welche die Verfaſſung anerkannt hatten, gegenüber den andern, unter ſich noch uneinigen, eine vertheidigende und vermittelnde Stellung im Einklang mit der Reichsverſammlung einzunehmen. Aber als Preußen unbefugt und voreilig ſeine Abgeordneten zurückrief, da trat vieler Orten bald die Niedergeſchlagenheit, der Unwille, die Verzweiflung bei den beſten Bürgern ein; wie hätte die Zunft der Volksbetrüger, in deren Händen die ganze Reichsverfaſſung nur als eine Falſchmünzerwerkſtätte diente, eine ſolche Gelegenheit vorbeigehen laſſen? Vergeblich mahnten die treueſten Vertheidiger der Verfaſſung, die Bewegung für dieſelbe in den weiten, ſo verſchieden geſtimmten Landſchaften Deutſchlands mehr in gleichartigem Schritte zu erhalten; vergeblich zogen wir im Reichsminiſterium die Grenzlinien einer geſetzlichen Bewegung, und noch vergeblicher wagten wir bei der Wahl der Reichscommiſſäre der linken Seite des Hauſes einen Beweis des Vertrauens zu geben. Wie dies Vertrauen bis zur Verhöhnung mißbraucht, die gelobte Treue gegen die Reichsverfaſſung, ohne Unterſchied der Länder, wo ſie galt oder nicht galt, gebrochen wurde, bewies die alsbald vorherrſchende Farbe bei den Aufſtänden in Dresden, in der Pfalz und beſonders in Baden, wo die Soldatenmeuterei und der Verluſt einer Reichsfeſtung den Verrath an der deutſchen Sache klar genug aufdeckten. Zum Ueberfluß wurde auch von der Tribüne herab ſchamlos verkündet, daß eine Verbindung mit der ausländiſchen Revolution vollkommen an der Zeit ſei.

Da ſchwand die letzte Hoffnung einer geſetzlichen Durchführung und einer Vermittlung zwiſchen der alten Diplomatie und einer neuen Revolution. Es wurde vielmehr eine dringende Pflicht unſeres Reichsminiſteriums und unſerer Mehrheit in der Verſammlung, die deutſche Nation nicht einen Augenblick im Wahne zu laſſen, als hätten wir in ſolcher Lage noch ferner die Mittel gehabt, ihr nützliche Dienſte zu leiſten. Da wir den wirren Knäuel der Verhandlungen zwiſchen den größeren Höfen ebenſowenig in unſeren Händen hielten, als die rothen Fäden der Märzvereine, ſo war es höchſte Pflicht, nachdem wir ſelbſt nicht mehr zu handeln vermochten, vor den Augen der Nation den Schauplatz für dieſe anders handelnden Perſonen frei zu machen. Es muß freilich noch erwähnt werden, daß die Vertreter der linken Seite, während ſie ſelbſt unter den Fractionen ihrer Partei keinen Unterſchied machten, und auch die Aeußerſte, welche der Reichsverfaſſung ſtets feind blieb, weder von ſich auszuſcheiden, noch zu verläugnen wagten, bei der Durchführung ihrer Pläne zum Umſturz der Centralgewalt und zum Erſatz derſelben auch den Führern unſrer Partei eine Rolle zugedacht oder zugemuthet hatten. Ich will von der Inconſequenz eines ſolchen Vorhabens nicht reden, nicht von der gewagten Schätzung der eigenen Kräfte, wie des Charakters unſerer Nation. Man muß wohl fremde Ueberzeugungen achten; man muß der Jugend die Leidenſchaften einer wild bewegten Zeit zu gut halten und an Söhnen der deutſchen Erde nicht ohne Noth verzweifeln. Wenn aber dieſelben Menſchen, welche ein volles Jahr hindurch vom Raube an der Arbeit und Ehre Anderer gelebt; welche durch Verläumdung, frechen Hohn, Verdächtigung und Verrath die beſten Männer der Nation unausgeſetzt herabgewürdigt, ſie zu Zeiten der aufgeſtachelten Wuth und Rachſucht der Maſſen als Opfer bezeichnet hatten; Menſchen, die durch die Lehre des Meineids und das Beiſpiel jedes Laſters nahezu das Verderben einer ganzen Generation vollbracht haben, wenn ſolche es noch wagten, den Geſchmähten und Verrathenen plötzlich zur gemeinſamen Leitung der Geſchicke des Vaterlandes die Hand zu bieten, ſo war es die höchſte Zeit, vor den Augen der Welt jedes Band äußerer Gemeinſchaft zu zerreißen und auch den entfernt Stehenden ein Zeichen zu geben, daß die Mehrheit der Reichsverſammlung, welche die populäre Reichsverfaſſung zu Stande gebracht hatte, ihr Tagewerk in Frankfurt als geſchloſſen betrachte. Dies geſchah durch den im Verlaufe weniger Tage erfolgten maſſenhaften Austritt, dem von Stuttgart aus nur noch wenige Namen zu folgen brauchten, um Deutſchland zu zeigen, mit wem es ferner zu thun haben würde.

War denn die Reichsverſammlung nutzlos? und iſt die Reichsverfaſſung vom 28. März verloren? Nein, Deutſchland wird niemals vergeſſen, daß es eine Reichsverſammlung gehabt hat, welche in ihren guten Tagen Achtung ſelbſt dem Auslande abgerungen hat; und noch beſteht die Reichsverfaſſung „und keine Macht“, wie unſere Austrittserklärung ſagt, „wird erſetzen, was in den Augen der Nation als der freie Ausdruck ihrer Selbſtbeſtimmung bereits gewurzelt hat.“ Sie beſteht aber ſelbſt für ſolche Regierungen, die ſie nicht haben anerkennen wollen; denn in dem Entwurf von Preußen, Sachſen und Hannover iſt ſie in ihren Hauptzügen und ſelbſt im Wortlaut ſo ſehr erhalten, daß man überall ausrufen hört: war es der Mühen und Gefahren werth, um der wenigen Verbeſſerungen willen, die kein Verſtändiger verkennen wird, um der veränderten Namen willen das deutſche Volk ſo hart zu prüfen und ſo bitter zu kränken? und iſt der Erfolg nun geſicherter? Allerdings ſind auch weſentliche Verſchiedenheiten in dieſen beiden Verfaſſungen, und dieſe werden am 26. d. Mts. in Gotha den Gegenſtand einer reifen Berathung der Mitglieder unſerer alten Mehrheit ausmachen, wenn auch nur in ihrer Eigenſchaft als Privatleute. In dieſer Zuſammenkunft, zu welcher ich am 3. d. den erſten Vorſchlag gemacht habe, werde ich dahin zu wirken ſuchen, daß mit aller Anſtrengung, mit aller Selbſtüberwindung, aber auch mit aller Entſchiedenheit ſobald möglich ein gemeinſamer ordentlicher Reichstag, nicht für ein Großpreußen oder Norddeutſchland, ſondern für Deutſchland in den Grenzen der Reichsverfaſſung möglich gemacht und zu Stande gebracht werde. Wenn dieſes gelingt, ſo habe ich den Muth, mich ſeiner Zeit meinen Wählern in den Aemtern Hadamar, Montabaur, Selters und Walmerod von Neuem als Bewerber um ihre Stimmen vorzuſtellen. Ich habe hier abſichtlich vermieden, auf meine perſönliche Betheiligung an den Ereigniſſen und Verhandlungen des letzten Jahres näher einzugehen; über meine Abſtimmungen haben die gedruckten Berichte ſtets die nöthige Auskunft gegeben; als Unterſtaatsſecretär im auswärtigen Amte, wie als Abgeordneter habe ich nicht nach Willkür, ſondern in geſchloſſener Reihe mit politiſchen Freunden und beſonders in treuem Verein mit meinem Bruder gehandelt. Ich habe unter den gegebenen Verhältniſſen gethan und unterlaſſen, was ich vermochte; ich will aber nicht verläugnen, daß das Wenige, was ich zu thun im Stande war, in meinem eignen Gefühle nicht in Betracht kommt gegen das, was ich durch häuslichen Kummer, durch die ſchmerzlichſten Ver-

luſte in meiner Familie, durch bittere Erfahrungen an Freunden, durch Verkennung und Verleumdung, durch getäuſchte Erwartungen von dem Geiſte und Charakter unſerer Nation, endlich durch körperliche und geiſtige Ermüdung in dieſem Jahre gelitten habe.

Ich fürchte und erwarte, daß unſerem Volke noch ferner harte Prüfungen und Kämpfe beſchieden ſind; aber Niemand darf an dem Vaterlande verzweifeln, das ihm Gott gegeben hat. Wiesbaden, den 15. Juni 1849. Max v. Gagern.

Deutſchland.

= **München**, 13. Juni. Unſer Premier Hr. v. d. Pfordten iſt dem Prinzen Luitpold nach Wien nachgereiſt, weil, wie man ſagt, mittlerweile neue Depeſchen vom baieriſchen Geſandten in Berlin hier eingegangen waren. Es heißt, durch Herrn von Radowitz ſei es dahin gebracht, daß man in Berlin, namentlich der König, nicht abgeneigt ſei, ſich auf weitere Verhandlungen mit Oeſterreich und Baiern einzulaſſen, während Hr. v. Manteuffel das volle Durchgreifen Preußens in allen deutſchen Angelegenheiten anſtrebe. Bedeutungsvoll iſt der Zuruf eines Berliner Correſpondenten der Rheiniſchen Volkshalle, dieſes ultramontanen Vollblutsorgans, an Hrn. v. Radowitz: „er möge als Katholik ſich merken, daß man ſowie in der Religion auch in der Politik nicht zweien Herren zugleich dienen kann.“ Aus den reinſten Quellen darf ich Ihnen verſichern, daß öſterreichiſche und ruſſiſche Agenten an den kleinen Höfen aufs eifrigſte gegen Preußen intriguiren. Die heutige Allgemeine Zeitung ſagt in einem leſenswerthen Leitartikel am Schluß: „wenn ſich Oeſterreich jetzt zum Nachgeben (zum Volkshaus) nicht verſteht, da es die höchſte Zeit iſt, ſo wäre, — was nicht oft geſchehen — die öſterreichiſche Diplomatie von der preußiſchen in der wichtigſten Sache, um die es ſich in Deutſchland handelt, beſiegt worden.“ Geht es wieder ans Verhandeln, ſo wird ſich die Spitze, welche in der Macht ſchneller Thaten und Ereigniſſe liegt, abſchleifen; auf das Gemüth des Königs von Preußen wird ſich noch in jeder Richtung einwirken laſſen; das iſt es auch, was man in Wien beſtimmt hofft; bei uns iſt v. d. Pfordten ohnehin von Abel und der Prinzeſſin Luitpold geſchoben. Beurtheile ich das preußiſche Volk richtig, ſo iſt es wohl zumeiſt nur darum ruhig und fügſam, weil es durch ſchnelle Thaten einmal auf einen grünen Zweig zu kommen hofft; aber gerade das werden die Gegner Preußens, die in jeder Minute an Zahl und Einfluß wachſen, zu verhindern ſuchen. Auch an Wühlereien fehlt es nicht; im Poſenſchen iſt angeklopft im Namen der gefährdeten Religion und auch die Piusvereine in Weſtphalen und am Rhein werden in der Stunde der Entſcheidung auf dem Platze ſein; es gibt in Berlin keine Conſuln, ſonſt müßte ihnen jetzt von tauſend Zungen entgegenſchallen: „videant ne quid detrimenti res publica capiat.“ Hr. Hofrath Jarcke aus Wien ſcheint hierher überſiedelt zu ſein, denn er hält ſich bereits ſeit drei Vierteljahren hier auf; vielleicht hat er die hiſtoriſch-politiſchen Blätter, „die gelben Blätter,“ wie ſie nicht ohne Scheu in Berlin genannt werden, feſter in ſeine thätige Hand genommen. Von namhaften Fremden weilt gegenwärtig der bisherige 2. Präſident der badiſchen Kammer Hr. Weller zu längerem Aufenthalte hier. Miniſterialrath v. Hermann, der noch immer nicht ſeinen Austritt aus dem Rumpfparlament erklärt hat und doch hier bereits in amtlicher Function iſt, ſcheint ſich mit der gegenwärtigen Regierungspolitik, die er, friſch hier angekommen, in ſeiner derben Weiſe anließ, wieder ausgeſöhnt zu haben; das Wörtlein „Großdeutſch“ ebnet heut zu Tage alle Berge und füllt alle Thäler aus — der großdeutſche Verein, der nun feſt organiſirt und mit den beiden andern hieſigen Vereinen, dem der Weißblauen und Ultramontanen affiliirt iſt, wird morgen wieder tagen. Die Ultramontanen haben nach Erdweg an der Glan auf den 16. Juni eine große Volksverſammlung angeſagt; in künftiger Woche alſo die vierte.

○ **Karlsruhe**, 14. Juni. Oberſt Eichfeld iſt davongegangen, wie Sie wohl ſchon wiſſen*); er gab ſich den Abſchied, wie man bei uns ſagt, und ging nach Lauterburg. Unſer Kriegsminiſterium hat den lächerlichen Grundſatz aufgeſtellt, nun keinem Officier mehr den Abſchied zu geben. Die Folge iſt, daß die Officiere ohne Abſchied gehen, wie neueſter Zeit häufig vorgekommen iſt. Der frühere Truppencommandant, Oberſt Beck, der auf die dringendſten Bitten Brentano's ſo lange ausgehalten hat, um die verlorene Disciplin unter den Soldaten wieder aufzurichten, ein Mann, der faſt allein noch die Soldaten in Ordnung hielt, die ihm vertrauten, hat nun auch den Abſchied genommen. Es mögen ſich jetzt noch 5 bis 6 Officiere aus früherer Zeit bei der Neckar-Armee befinden; ſie dürften wohl Beck's Beiſpiel folgen. Dann ſinkt der Muth der Soldaten ganz; denn auf ihre aus den Unterofficieren ſelbſtgewählten Führer haben ſie kein Vertrauen und dem Polengeneral wollen ſie nicht gehorchen; Sigel aber kann bei der geringſten Schlappe gewärtig ſein, daß ihn die Soldaten zuſammenſchießen. Die Freiſchaaren wiſſen zum geringſten Theil ihre Gewehre zu handhaben; andere Waffen haben ſie keine; an Munition fehlt es ſehr.

♀ **Raſtatt**, 15. Juni. Die Zuſammenziehung der Reichstruppen und ihre Verwendung gegen Baden muß unſern Zuſtänden ein ſchnelles Ende bereiten. Wir hoffen, daß der entſcheidende Schlag ſchon bei Heidelberg falle; denn wenn die Unſrigen Zeit bekommen zu einem gemüthlichen Rückzug, ſo dürften ſie wohl hier einen Zufluchtsort zu finden glauben, und ſich hinter den Feſtungsmauern vertheidigen wollen; die hieſigen Bürger aber zeigen zu einer Belagerung keine Luſt. Kommen unſere Schaaren aber im Sturm geflohen, nachdem ſie am Neckar auseinandergejagt worden, dann wird man ſich hier wohl hüten, den unheilbringenden Flüchtlingen die Thore zu öffnen. Sigel ſoll für einen möglichen Rückzug alle disponibeln Waggons in Heidelberg ſtehen haben; möchte er dann mit ſeiner geſchlagenen Armee womöglich gleich bis Baſel fahren, ohne an Zwiſchenſtationen zu halten. Wir hoffen, daß die Reichstruppen die beiden Hauptpunkte, den Regierungsſitz Karlsruhe und die Feſtung Raſtatt, ſchnell und ſtark beſetzen.

Kürzlich haben uns die letzten öſterreichiſchen Officiere verlaſſen; es waren die Ingenieure am Feſtungsbau, der nun an die wenigen badiſchen Ingenieurofficiere übergeben iſt und in kleinem Maße blos mit Raſtatter Arbeitern fortgeſetzt wird, ſo lange noch das vorhandene Geld reicht. Alle fremden Arbeiter ſind entlaſſen; dafür befindet ſich immer noch eine große Zahl Freiſchaaren hier, die nebſt den 2 Bataillons Linie und der Bürgerwehr den Wachtdienſt verſehen. In wie weit dieſe Dienſtleiſtungen von Freiſchaaren, deren geringſter Theil früher ein Gewehr gehandhabt, ſtichhaltig iſt, kann jeder beurtheilen; aber doch ſtellen dieſe jungen Leute auf dem Poſten mehr vor, als unſere Soldaten, die alle militäriſche Haltung verloren haben, auf der Schildwache die Gewehre wegſtellen, ſich niederſetzen und des Morgens früh gar manchmal ſchlafend gefunden werden. Sehr bezeichnend iſt die Aeußerung, die man ſich hier mehrfach von den hieſigen Artilleriſten erzählt, ſie wollten, wenn es ſchief geht, die Kanonen von den Wällen gegen die Stadt richten, da ſie von den Bürgern verführt worden ſeien. Wohl dürfte man hier von dieſen wahnſinnigen Soldaten auf Alles gefaßt ſein, wenn ſie ſehen, daß ihre Stunde geſchlagen hat, und noch Zeit behalten ſich auszutoben. Die neu angefertigten Waffenröcke haben ſie ſich von Ettlingen, wo das Depot derſelben war, geraubt, kein Soldat aber trägt — außer Dienſt — ſein Faſchinenmeſſer an der weißen Kuppel über der Schulter, ſondern ſie haben ſich Schlitze in die Waffenröcke geſchnitten um die Faſchinenmeſſer ſo an Kuppeln um den Leib zu tragen, wie die Officiere ihren Degen. Uebrigens ſehen unſere Soldaten in ihren Waffenröcken und Pickelhauben den Preußen nun ſo ähnlich, daß beide ſich kaum von einander werden unterſcheiden können, wenn es zum Zuſammenſtoß kommt.

Frankreich.

** **Straßburg**, 15. Juni. Ich hoffe, dieſe Mittheilungen werden einmal wieder einen offenen Weg nach Frankfurt finden. Seit mehr als vierzehn Tagen iſt die Verbindung ſehr unſicher geworden. Ihre Zeitung gelangte uns ſehr unregelmäßig zu und briefliche Mittheilungen wurden vergeblich verſucht. Die aus Baden geflüchteten Familien, die zahlreichen Officiere correſpondirten nur über Metz und auf andern weiten Umwegen.

Die Bewegung in dem nahen Land hat uns vielfach berührt. Zuerſt kam der allgemeine Aufbruch aller aus Baden und andern Gegenden ſtammenden Arbeiter; es war ein plötzliches Verſchwinden, wie wenn in der Herbſtzeit die Zugvögel auswandern; man ſieht ſie nicht ziehen, aber eines Morgens iſt es plötzlich ſtille geworden und das Auge erblickt keinen mehr. So war es hier; der Schuh blieb unvollendet liegen, der Rock halb genäht, auf

---

*) Wird jetzt widerſprochen.

dem Zimmer- und Mauerhof fehlte der Arbeiter, und für manche Meiſter entſtand eine große Verlegenheit, die auch jetzt noch nicht gehoben iſt. Es war ein Ruf, denn einen Inſtinct wird Niemand vorausſetzen, der durch die Werkſtätten ging und überall aufmerkſame Ohren fand. Alle dieſe Leute ſtanden unter dem Einfluß geheimer Bünde und Obern. Ihnen folgten dann in geordneter Schaar die Flüchtlinge, welchen die Regierung ihren Aufenthalt in und um Beſançon angewieſen hatte; doch waren ſie unbewaffnet. Wenn dieſe hätten eingeſchult werden können, ſo hätten ſie einen guten Kern für Freiſchaaren gegeben. Nun kamen die Zeitungsartikel, welche zunächſt Sympathien wecken, bald aber zur That auffordern ſollten. Die dumme Keckheit, welche ſich an eine Regierung gewandt hat, die ſchon ſo oft ihre ſtrenge Neutralität in weit günſtigeren Fällen erklärt hatte, war wirklich unverſtändig genug, ſich an das Volk ſelbſt, an Geſinnungsgenoſſen zu wenden, erwartend, daß dieſe Leute von einem ſo reinen Idealismus begeiſtert, Blut und Gut dem unklaren Streben in Baden, das ſein letztes Ziel nicht anzukündigen wagte, opfern würden. Einzelne Taugenichſe, junge Schwärmer, zeigten ſich wohl mit leerer Hand und leerem Beutel bereit, Folge zu leiſten; in den Clubs wurden Petitionen und Remonſtrationen an die Regierung entworfen, aber von den Behörden jede Anwerbung ſtrenge unterſagt. Allerdings iſt die franzöſiſche Grenze unbewacht geweſen; die Regierung ließ ſich durch kein Drängen bewegen. Von den Freiſchaaren hat ſie nur den Unfug zu fürchten, der ſich aus dem Rückzug und ihrer Auflöſung entwickeln könnte; aber von den ſiegenden Heeren der Fürſten war und iſt nichts zu beſorgen. In Straßburg war ſo wenig Militär geblieben, außer der ſtarken Artillerie, daß die Bürgerwehr aushelfen mußte, denn man konnte nicht länger die wenigen Soldaten einen Tag um den andern in den Wachedienſt commandiren. Als aber die Entſcheidung nahte, und auch ein Angriff an der Pfälzergrenze auf eine kleine Douanierswache erfolgte, welchen Freiſchärler die Flinten raubten, da wurden eilig aus dem nahen Lothringen Reiter an die Grenze beordert, deren Beſtimmung unſere Rothen auch ſogleich errathen haben. Einmal ſind ſie da, um gefährliche Einbrüche in Maſſen zu verhindern, dann aber um für kleinere Schaaren, die vielleicht, wenn ſie ohne Waffen kommen, eingelaſſen werden, als Gensdarmen zu dienen und dieſe Flüchtlinge weiter zu transportiren.

Nun aber begann bald die Jeremiade: die badiſchen Revolutionäre wurden ſo übel gegen Frankreich und ſeine Regierung geſtimmt, ſie machten uns ſo bittere Vorwürfe, daß der Verkehr unfreundlich wurde. Die Menſchen glaubten, daß die National-Gardiſten, welche bisher fleißig nach Kehl oder Offenburg gezogen waren, um bei dem trefflichen Lagerbier ihre Freude an der Erhebung der Badenſer zu bezeugen, nun auch ebenſo bereit ſein würden, ihr Blut zu vergießen, als ſie bisher — doch für ihr gutes Geld — Bier vergoſſen hatten. Dazu kam die Enthüllung in Karlsruhe; die Entwürfe der Schwärmer, der Rachſüchtigen und eigentlichen Böſewichter ſchreckten die ehrlichen Männer der proviſoriſchen Regierung auf, ſie ſagten ſich von den gefährlichen Wühlern los. Vergebens waren nun die Artikel, welche ein Homburg und Andere den hieſigen demokratiſchen Zeitungen mittheilten, weil, wie ſie ſagten, Brentano's Tyrannei die freie Preſſe in Baden unterdrücke. Mit dieſem Chaos konnte und wollte Niemand was zu ſchaffen haben. Was man von Beſançon geſagt hat, iſt von einigen Zechbrüdern der deutſchen Flüchtlinge ausgegangen, und die Verbrüderung in Kolmar beſtand aus kaum dreißig Enthuſiaſten, welche ſich auch als Comite conſtituirten. In Straßburg war der ſocialiſtiſche Klub thätig; indeſſen zur That kam es nirgends. Die Präfecten erkälteten den Muth durch Erinnerung an die Geſetze, welche ſich auf ſolche Anordnungen beziehen. Doch blieb eine Erbitterung in den Gemüthern gegen die Regierung, welche ſo vielverſprechende republikaniſche Strebungen nicht unterſtützte, ſondern ſogar den Ankauf von Waffen verweigerte. Der Sage nach waren zu letzterem Zwecke etwa 150,000 fl. in hieſiger Stadt angekommen, welche der Bank angeboten wurden, die dafür Wechſel nach Paris geben ſollte. Die Verwaltung weigerte ſich mit einem Geſchäft zu befaſſen, welches nicht klar ſchien; es wurde daher mit einem hieſigen Banquier abgeſchloſſen, der die guten deutſchen Thaler in die Münze geliefert hat. Sie ſehen, die badiſchen Kaſſen ſind noch nicht ganz erſchöpft, welches aber die letzte Verwendung der Gelder ſein wird, darüber darf ich wohl keine Vermuthungen mittheilen.

Der nahe Fall dieſer Erhebung der Rheinpfalz und Badens, die ebenſo ihrer Löſung entgegeneilende römiſche Frage, vor Allem aber die Stellung der Partei der Rothen in der geſetzgebenden Verſammlung haben bedenkliche Entſchlüſſe gereift. Man ſieht ein, daß man in der Verſammlung forthin nur eine untergeordnete Rolle zu ſpielen berufen iſt, und die weitere Vorausſicht, daß kein Talent dieſer Minorität ein größeres Gewicht zu geben vermag, hat zu gefährlichen Schritten angetrieben. Schon ſeit mehreren Tagen ſprachen die Führer von einer nahen Schilderhebung. Rom war die Veranlaſſung; die Interpellationen in der Verſammlung, der Vorſchlag, den Präſidenten und das Miniſterium in Anklagezuſtand zu ſetzen, waren beſtimmt, den Schlag herbeizuführen. Die Lügen Ledru Rollins ſollten den Unwillen des Volks reizen, und in den allgemeinen Unwillen wurde der Schrei, die Conſtitution ſei verletzt, hineingeworfen. Die telegraphiſche Nachricht von der parlamentariſchen Schlacht, von entſtandenen Unruhen in der Hauptſtadt ward das Signal zum Aufſtand, der geſtern hier ausbrechen ſollte. Einige der Partei angehörigen Officiere der Bürgerwehr ſtürmten auf das Gemeindehaus, forderten, daß Generalmarſch geſchlagen würde und zogen mit drohendem Geſchrei durch die Straßen. Die Nationalgarde ſollte verſammelt werden, eine großartige Demonſtration gegen die Regierung machen, Freiwillige austreten, um Paris, das in Belagerungszuſtand verſetzt worden, zu befreien. Weiter ſollte die Citadelle beſetzt und Waffen nach Baden ausgeliefert werden. Es herrſchte allgemeiner Schrecken; die Compagnien ließen ſich durch die Clubbiſten leiten; tauſende nicht Bewaffnete harrten des Augenblicks, mit Antheil zu nehmen. Das Ganze ſcheiterte an der Feſtigkeit der Behörden. Der General erklärte, er werde die Citadelle nicht übergeben, ſo wenig als Pulver und Blei ausliefern. Der Präfect erwiderte, daß er, ſo lange die Republik beſtände, ſeine Gewalt keinen andern Händen überlaſſen werde; daß einer Veränderung in der Regierung ſeine Demiſſion folgen würde, unterdeſſen aber die Ordnung um jeden Preis forterhalten werden ſolle. So zerfiel zuletzt der ganze Spectakel, denn bei der gegenüberſtehenden Stimmung der größern Zahl der Bürger und der Truppen, wagte man es nicht, weiter zu gehen. Zuletzt folgte noch die letzte Depeſche von Paris, welche ankündigte, daß die Hauptſtadt mit Ausnahme der vereitelten Verſuche weniger Anarchiſten, ruhig ſei, und zähneknirſchend, aber beſchämt kehrte auch hier wieder die gewöhnliche Stille ein. Heute ſagt der Telegraph, daß der Präſident über die Pariſer Nationalgarde Heerſchau gehalten und Alles nach Wunſch abgelaufen ſei. Man ſpricht noch von weitern Inſtructionen, nach welchen die Präfecten, je nach Erwägung der Umſtände ermächtigt ſeien, das Standrecht zu verkünden, und aus einigen Aeußerungen der publicirten Nachrichten iſt dieſes nicht unwahrſcheinlich. Wir werden wohl auch von gleichzeitig in andern Städten ausgebrochenen Unruhen hören; denn wie eine electriſche Kette hängt Alles zuſammen. Faſt ſollte man vermuthen, daß Mieroslawski und ſeine Polen bei ihrer Durchreiſe nach Karlsruhe bei allem dieſen thätig geweſen ſind. Thörige Völker, die es nicht einſehen wollen, daß ihr Wohl, ihre Freiheiten der polniſchen Rachſucht geopfert werden! Aber hier die Völker, dort die Heere, und zwiſchen beiden kein verſöhnendes Element mehr.

Die badener Officiere, welche ſich zu uns geflüchtet hatten, ſind wohl jetzt alle wieder fort, über Metz nach Frankfurt, dem Rufe des badiſchen Kriegsminiſters folgend; nur ihre Familien ſind hier geblieben, auf baldige Erlöſung hoffend. Was wir aus den nähern Kreiſen des Großherzogthums erfahren, iſt nicht erfreulich. Neben verzweifelter Begeiſterung wohnt dort die Furcht vor dem gegenwärtigen deſpotiſchen Druck und noch mehr vor dem was kommen wird. Doch erwarten auch Viele, daß es den jetzigen Machthabern in dem Lande gelingen werde, noch eine unblutige Ausgleichung herbeizuführen. Namentlich hat ſie in dieſer Hoffnung die Rückkehr der Bürgerwehr von Kehl und der Umgegend beſtärkt, welche geſtern heimgezogen iſt, an deren Stelle heute die Freiſchaaren des Amtes Biſchofsheim ausgezogen ſind. Jedenfalls mögen ſie ſich nicht völlig täuſchen, wenn ſie auf gelindere Maßregeln aus dieſen Vorgängen ſchließen. Der ehemalige Kriegsminiſter Eichfeld hat ſich, wie es ſcheint, auf längere Zeit hier eingemiethet; auch Struve wird erwartet und könnte jetzt mit ſeinem Bruder, dem ruſſiſchen Legationsſecretär, zuſammentreffen.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 168. Frankfurt a. M., Mittwoch 20. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Die Reichsverfaſſung und der Reichstag. II.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Die großdeutſchen Abgeordneten. Truppenzüge). Berlin (Das Miniſterium und das Präſidium der erſten Kammer. Ritter Prokeſch. Verbot. Die ſchleswigſchen Verhandlungen. Der Congreß der Bundesſtaaten. Baiern und die preußiſche Hülfe. Die widerſpenſtige Landwehr). Poſen (Die Liga Polska). Stettin (Wollmarkt. Die Cholera). Oels (Röſler v. Oels). Köln (Suspendirung). Baiern (Baiern und Oeſterreich und die deutſche Frage). Aus der Pfalz (Die Franzoſen erwartet. Fortſchritte der Preußen. Die baieriſchen Beamten. Züge von Heldenmuth). Stuttgart (Beſchlüſſe der Reichsverſammlung. Das Sitzungslocal). Karlsruhe (Sitzung der Landesverſammlung). Mannheim (Die Kanonade gegen Ludwigshafen. Brand der Rheinbrücke). Mainz (16,000 Oeſterreicher in der Frankfurter Zeitung). Detmold (Das Berliner Wahlgeſetz). Aus dem nördlichen Schleswig (Unwille über das Berliner Friedensproject). Schleswig (Die Feldpoſt. Die nördlichen Diſtricte. Die Kriegsführung. Hans v. Raumer. Verhaftungen. Die Taucherglocke). Altona (Oberſt v. Heeringen †).

Großbritannien. London (Miniſterielle Erklärung über die franzöſiſche Intervention. Gerücht von Karl Alberts Tod. Don Miguel).

Frankreich. Paris (Der Aufſtand in Lyon unterdrückt. Verhaftungen und Hausſuchungen).

Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Neue ruſſiſche Truppen angekündigt).

Italien. (Die neueſten Nachrichten aus Rom).

Ungarn. Preßburg (Die Cholera. Rüſtungen. Aufſchub der Operationen). Raab (Hinrichtung).

---

19. Juni.

Wenn wir unlängſt die Hoffnung für das Zuſtandekommen eines deutſchen Bundesſtaats mehr auf den Reichstag als auf den Entwurf vom 28. Mai gebaut haben, ſo gingen wir dabei von der Anſicht aus, daß eine Verfaſſung nur dann ausführbar und dauernd ſein werde, wenn ſie auf wahrhaft conſtitutionellem Wege zu Stande kömmt, wenn alle Elemente der Staatsgeſellſchaft mitwirken und der Geſammtwille der Nation den Ausſchlag gibt. Ungeachtet aller Lehren der Geſchichte, ungeachtet des oft angeführten Beiſpiels von Großbritannien und der Erklärungen im vorigen Jahre, haben die deutſchen Fürſten, namentlich die größeren, ſich mit dem conſtitutionellen Principe nicht aufrichtig befreunden können. Sie geben Verfaſſungen, ſie berufen Stände, ſie ſchaffen die Cenſur ab, allein nur unter der Vorausſetzung, daß die dankbaren Völker, in Anerkennung dieſer Ausflüſſe allerhöchſter Gnade, dem fürſtlichen Willen fröhnen, daß in den neuen Formen und Freiheiten der alte Bedientengeiſt nach wie vor ſein Weſen treibe. Täuſcht man ſich in dieſer Vorausſetzung, benutzt das demokratiſche Element ſeine Berechtigung, machen ſich die nationalen Intereſſen geltend neben den dynaſtiſchen und bureaukratiſchen, dann bereut man die gemachten Zugeſtändniſſe, ſchickt die Stände nach Haus, octroyirt etwas Anderes, und ſucht, wie Dahlmann von dem unglücklichen Carl Stuart ſagt, mit dem Volke durch die Geſetze, mit den Geſetzen durch die Rechtsgelehrten fertig zu werden. In dieſer Unluſt der deutſchen Fürſten, ſich dem conſtitutionellen Syſteme aufrichtig hinzugeben, in dieſem unaustilgbaren Verlangen, das Weſen des Abſolutismus unter den Formen repräſentativer Verfaſſungen fortzuſetzen, erkennen wir das Grundübel unſerer Zuſtände, welches die Geſellſchaft nicht zum geregelten Lebensgange, die Nation nicht zu der nothwendigen Einigung gelangen läßt. Denn gegenüber dieſen ausſchließlichen Gewaltansprüchen der Fürſten, erheben ſich die Gelüſte roher Maſſen, geſtachelt durch die Vorſpiegelungen ſchlechter Verführer, und erzeugen die Kämpfe, in denen der Staat ſeine beſten Kräfte vergeudet. Iſt die Geſchichte der Bourbonen und der Stuarte, ſind die Beiſpiele Großbritanniens und Belgiens und die Erfahrungen der jüngſten Vergangenheit für die deutſchen Fürſten verloren, ſo ſehen wir einer langen Periode heilloſer Verwirrung entgegen, deren Abſchluß ihr Untergang ſein wird. Ueberwinden ſie dagegen ihre Willkürluſt, dann iſt uns auch der Sieg des Glaubens über den Unglauben, der Sitte über die Rohheit, der Ordnung über die Anarchie nicht zweifelhaft. Die aufrichtige Annahme des conſtitutionellen Princips iſt der Preis, um welchen die Monarchie, die Freiheit, das Wohl und die Einigung Deutſchlands zu erhalten iſt. Darum wünſchen wir ſo ſehr, daß eine Verfaſſung für Deutſchland auf conſtitutionellem Wege zu Stande komme. Wir ſind jedoch keineswegs der Anſicht, dem Reichstage eine unbeſchränkte Gewalt einzuräumen, die wir den Regierungen abſprechen. Würde z. B. das Volkshaus die Verfaſſung vom 28. März und den Entwurf vom 28. Mai verwerfen und einen neuen Verfaſſungsbau von vorn anfangen wollen, ſo wäre die Vergeblichkeit im Voraus gewiß, und der Zeitverluſt zu beklagen. Vielmehr müſſen gewiſſe Richtpunkte und Schranken von beiden Seiten, vom Reichstage und von den Regierungen anerkannt werden, wenn eine Verſtändigung möglich werden ſoll. Dahin rechnen wir insbeſondere den Satz: daß alle diejenigen Beſtimmungen, welche in der Frankfurter und in der Berliner „Aufſtellung", wenn auch nicht dem Wortlaute, doch dem Weſen nach, gleich ſind, außer Frage geſtellt und als von der Nation bereits erworben, nicht mehr angetaſtet werden. Wie daher einerſeits die verbündeten Regierungen auf Grund des Entwurfs vom 28. Mai die Wahlen ausſchreiben, ſo darf der Reichstag dieſen Entwurf nur in den Puncten zum Gegenſtand der Discuſſion machen, welche von der Verfaſſung vom 28. März weſentlich abweichen. Die Staaten, welche den Reichstag beſchicken, geben nach dieſer Auffaſſung zugleich zu erkennen, daß ſie die einheitliche Vollziehungsgewalt für Preußen, das Staatenhaus und das Volkshaus annehmen. An dieſen Cardinalpuncten

darf nicht mehr gerüttelt werden, wenn nicht allen Ränken gegen den deutſchen Bundesſtaat Thür und Thore geöffnet, die Nation um ihre ſchönſten Hoffnungen abermals betrogen werden ſoll. Würde man von dieſem Grundſatze abgehen und dem Reichstage die Befugniß einräumen, überhaupt eine beliebige Verfaſſung für Deutſchland zu ſchaffen, ſo hätten Wien und München ihr Spiel gegen den Bundesſtaat gewonnen. Das bairiſche Miniſterium fühlt ſich groß genug, um Anſprüche zu erheben, aber zu klein, um ſie durchzuſetzen. Wenn ſich Prinz Luitpold in Wien und Warſchau umgeſehen, und Herr v. d. Pfordten, der ihm auf der Ferſe folgt, in Wien und Berlin die Antwort auf ſeine Vorſchläge geholt haben wird, ſo mag ſich dann die bairiſche Politik entſcheiden, ob ſie mit Rußland oder mit Deutſchland gehen, und wie lange ſie noch gegen Preußen, deſſen Bundeshilfe ſie angerufen, intriguiren will.

Ein weiterer Gegenſtand, welchem die Dringlichkeit wohl zugeſtanden werden wird, betrifft die Centralgewalt. Es iſt faſt nicht zu begreifen, wie die Regierungen, welche den Bundesſtaat wollen, noch zögern können, die Centralgewalt an Preußen zu übertragen und dieſem zu überlaſſen, wegen der Fortdauer des alten Bundesverhältniſſes mit Oeſterreich und Baiern ein Abkommen zu treffen. Das fernere Belaſſen der Bevollmächtigten bei dem zum Werkzeuge der öſterreichiſch-baieriſchen Intrigue herabgeſunkenen Reichsminiſterium friſtet dieſem ein ſchädliches Daſein und hindert die Gründung des Bundesſtaates. Wenn auch der Bund von 1815 für alle Betheiligten ſo lange fortbeſteht bis ein neuer Vertrag an ſeine Stelle geſetzt ſein wird, ſo kann doch die Centralgewalt in ihrer dermaligen Beſchaffenheit nicht als Organ dieſes Bundes angeſehen werden, und es iſt dringend nothwendig, daß die Regierungen ſich darüber offen ausſprechen und demgemäß handeln.

Deutſchland.

Υ **Frankfurt**, 19. Juni. Aus dem Hauptquartier des Oberbefehlshabers des Neckarcorps geht uns ſoeben abermals das folgende Schreiben zu:

Hauptquartier Weinheim, 18. Juni. Geſtern hatten wir vollſtändige Ruhe, nur einzelne Schüſſe von Mannheim her hörte man. Der Feind hat ſich bei Schriesheim concentrirt, in einer Stellung, wo er nicht angegriffen werden kann, aus welcher er aber in zwei Tagen durch Hunger herauszulocken iſt, ſobald wir ihm die Straße nach Heidelberg verlegen. Geſtern haben wir unſere mit hierher gebrachten Todten, fünf an der Zahl, beerdigt. Der Act war wenig erbaulich: die Geiſtlichen durften nicht einmal wagen, von erfüllter Pflicht zu ſprechen, das Volk hätte ſie wahrſcheinlich dafür geſtraft. Das ganze Weinheim iſt faſt der ſchlimmſte Ort Badens. So geben auch die Leute an Nahrungsmitteln nichts her, außer wenn Executionstruppen ſie verlangen; Jeder will gezwungen ſein oder wenigſtens ſcheinen. An jedem Backofen ſteht Wache, welche zur ununterbrochenen Arbeit anzuhalten hat; alle Metzger ſind requirirt und das Schlachtvieh holen wir uns ſelbſt. Es trifft freilich viele Unſchuldige, aber in hieſiger Gegend weit mehr Schuldige. Das Land iſt ſchon durch die Freiſchaaren furchtbar ausgeſogen, ſo daß jetzt nur mit Anwendung ſolcher Mittel noch nothdürftig Nahrung für die Truppen zu bekommen iſt. Geſtern kamen die Quartiermacher des königlich preußiſchen 31. Infanterieregiments und der blauen Huſaren. Sie wurden mit nicht geringer Freude begrüßt. Die preußiſchen Truppen werden unſern rechten Flügel einnehmen; dann wirds beſſer gehen.

***Frankfurt**, 19. Juni. Wir tragen einige genauere Berichte über die Ereigniſſe des 15. und 16 Juni nach. Man ſchreibt der O.-P.-Z. aus Weinheim vom 15. Juni: Mit dem Anbruch des heutigen Tages bewegten ſich alle die an der heſſiſchen Grenze liegenden Theile der Reichstruppen vorwärts und zogen auf die vorgeſchriebene Operationslinie. Durch Bensheim, das Hauptquartier, marſchirten um 4 Uhr die mecklenburger Dragoner, die heſſiſchen Chevauxlegers, um 8 Uhr zogen die Heſſen-Darmſtädter, 4. Regiment, aus, um 9 Uhr zogen die Preußen, 1 Bataillon vom 38. Regiment durch, die Frankfurter Linie, von Lindenfels kommend, und die Kurheſſen. Der Angriff begann auf dem rechten Flügel bei Käferthal. Hier ſtand die Brigade des General v. Wachter. Käferthal wurde mit großer Hartnäckigkeit vertheidigt, aber trotz all' ſeiner künſtlichen Befeſtigungen gegen Mittag genommen. Die Chevauxlegers hatten hier bereits eine Batterie der Inſurgenten erobert, als ſich die badiſche Infanterie gegen ſie entwickelte und ſie dieſe Eroberung wieder aufgeben mußten. Bei dieſer Affaire wurde dem heſſiſchen Rittmeiſter v. Jäger das Bein zerſchmettert. Ueberhaupt ließ man Käferthal aus dem Grunde unbeſetzt, da es ein nicht wichtig genug ſcheinender ſtrategiſcher Punkt war, und ſeine Beſitzerhaltung nicht im Operationsplane lag. Die mecklenburgiſche Brigade unter dem Oberſten v. Witzleben war von Fürth gegen Weinheim Morgens aufgebrochen und erhielt den Befehl, als ſie dort ankam, den Feind ſo weit als möglich zu verfolgen. 1 Stunde von Weinheim nach Heidelberg zu liegt das Dorf Großſachſen, mit ihm in gleicher Linie Ladenburg und weiter rechts hinauf Käferthal. Großſachſen war vom Feinde beſetzt. Der Oberſt ließ daher eine kleine Abtheilung ſeines Corps zurück, um es beobachten zu laſſen; mit dem übrigen Theil der Brigade ging er raſch auf Ladenburg los. Beim erſten Angriff wurde die Stadt von der 4. Compagnie des 1. Musketierbataillons Mecklenburger und einer halben Compagnie großherzoglich heſſiſcher Truppen mit Sturm genommen. Nachmittags 5 Uhr beſetzte der Oberſt den Bahnhof und griff die Verſchanzungen des Feindes an, welche die Dämme bildeten, die gegen die Ueberfluthung des Neckar ſchützen. Der Feind hatte hier die vortheilhafteſte Poſition, da außer den Dämmen noch die Eiſenbahnbrücke verbarricadirt war, und hinter dieſen Barricaden und jenen Dämmen das feindliche Geſchütz aufgepflanzt ſtand, ſo daß von ihm die Eiſenbahnlinie in gerader Richtung beſtrichen werden konnte. Gegen dieſe Deckung mußte das mecklenburgiſche Geſchütz auf der Eiſenbahnlinie blank auffahren. Durch unſer ſtarkes Feuern ſprang aus einem Geſchütz der Zündſtollen heraus. Da der Oberſt dieſe Stellung ohne Verſtärkung nicht halten wollte, um ſeine Truppen nicht unnütz zu opfern, ſo zog er ſich in die Stadt Ladenburg zurück. War ſeit heute früh bis daher meiſtens nur Artillerie und Cavallerie im Gefecht geweſen, ſo kam nun gegen Abend die beiderſeitige Infanterie zur völligen Entwickelung. Eine feindliche Colonne von 2 Bataillonen Infanterie, 2 Schwadronen Dragonern und 4 Geſchützen kamen am Neckar herunter und griffen die in Ladenburg ſtehende linke Flanke der Witzlebenſchen Abtheilung an. Kurz zuvor ſetzte der Feind auf der rechten Flanke über den Neckar, hatte weiße Fähnlein, und die Unſrigen, denen es leicht war, ſie in den Grund zu ſchießen, glaubten, ſie würden übergehen und ließen ſie überſetzen. Statt dieſer Erwartung griffen aber die Feinde nunmehr Ladenburg von zwei Seiten an. Die von dem Obercommandeur zugeſagte Hilfe war noch nicht eingetroffen, die Munition der Brigade, die einen halben Tag ununterbrochen feuerte, war ausgegangen, kurz der Oberſt mußte Ladenburg aufgeben. Das Gefecht wurde jedoch mit dem Feinde fortgeſetzt. An der Eiſenbahnbrücke fiel der mecklenburgiſche Hauptmann v. Schreeb. Der Lieutenant v. Huth, den zwei Soldaten verwundet durch die Stadt trugen, wurde meuchleriſcher Weiſe von einem Ladenburger aus dem Fenſter erſchoſſen, trotzdem, daß in Ladenburg weiße Fahnen ausgeſteckt waren. In Heddesheim ſetzte ſich die Brigade feſt, erhielt die erwartete Verſtärkung von einem Bataillon Preußen vom 38. Regiment, und der tapfere Obriſt von Witzleben behauptete Heddesheim und bivouaquirte Nachts in den Straßen. Das Gefecht hörte erſt beim Dunkelwerden auf, nachdem es überhaupt von früh 8 Uhr bis Abends 9 Uhr auf der ganzen Linie gewährt hatte. Das Reſultat des Tages war, daß die vom Obercommandeur, Generallieutenant v. Peucker, der mit dem General v. Schäffer-Bernſtein und dem Stabe den ganzen Tag auf dem Schlachtfelde thätig war, zur Eroberung beſtimmte Operationslinie in ihrer ganzen Ausdehnung in vollſtändigen Beſitz genommen war, und unſere Truppen mehrere Meilen bereits Terrain gewonnen und behauptet haben. Das Hauptquartier konnte in Folge deſſen von Bensheim nach Weinheim verlegt werden, wo die Generalität und der Stab am Abend Quartier nahmen und mehrere Regimenter lagern. Oberſt v. Weitershauſen iſt zum Commandanten von Weinheim ernannt. Vom Feinde muß eine Macht von 10 — 12,000, nach manchen Ausſagen ſogar 16 — 20,000 Mann in den Kampf geführt worden ſein.

Die Darmſtädter Zeitung berichtet aus Darmſtadt vom 17. Juni: „Mittheilungen, die uns des Mittags von Heppenheim zukommen, beſtätigen, was wir bereits früher gemeldet. Die Affaire bei Großſachſen erforderte unſererſeits darum einen ſo großen Aufwand an Mannſchaft, weil der Angriff auf Ladenburg zu raſch unternommen worden und man ſelbſt in der ſpä-

tern Poſition dem Artilleriefeuer des Feindes — es werden 16 Geſchütze genannt — in der gleichen Waffe nicht gewachſen war. Das nunmehr bezogene Hauptquartier Weinheim iſt mit Vorpoſtenketten nach allen Seiten umgeben. Der rechte Flügel, deſſen Gros bald nach dem Chevauxlegersangriff den Feind ohne große Schwierigkeiten zurückgetrieben, hat ſeine Operationen glücklich ausgeführt.

Aus **Wimpfen** erfahren wir, daß dort am 13. morgens der größere Theil der bewaffneten Bürgerwehr von Heilbronn und Umgegend unter dem Vorgeben eingerückt iſt, der daheim angeordneten Entwaffnung zu entgehen und ſich ſpäter unter badiſchem Zuzug dahin zurückzubegeben. Sie benahm ſich übrigens ganz friedfertig und wurde einquartiert. Mittags erſchien bewaffnete badiſche Volkswehr in ſo beträchtlicher Anzahl, daß die Einwohnerſchaft nicht an Widerſtand denken konnte. Zum allgemeinen Erſtaunen verkündigte der mitgekommene angebliche Kriegscommiſſär Looſe auf öffentlichem Markte, daß auf Befehl des badiſchen Kriegsminiſters die Stadt Wimpfen im Namen der proviſoriſchen Regierung von Baden mit Beſchlag belegt iſt, und zu dieſem Behuſe wurde ſofort eine Commandantſchaft eingeſetzt und ähnliche Anordnungen getroffen, nach den Beamten gefragt, dieſe aber vor der Hand nicht behelligt noch Kaſſen in Angriff genommen. Ein Wagen und zwei Chaiſen wurden requirirt. In der Nacht kamen mehrere Couriere, worauf die Commandanten mit ihrer ganzen Mannſchaft gegen 2 Uhr ſchnell abzogen. Am 14. wurde die nahe würtembergiſche Grenze mit würtembergiſchem Militär beſetzt und von dort Schutz verſprochen.“

Nachrichten aus **Hirſchhorn** beſtätigen, daß die baieriſchen und heſſiſchen Truppen nach kurzem Gefecht mit Freiſchaaren die Stadt beſetzten, und ſich dann nach erreichtem Zweck nach Beerfelden zurückzogen. Die Turner räumten hierauf das Schloß freiwillig, und auch dieſes iſt jetzt von den Truppen beſetzt.

* **Frankfurt**, 19. Juni. Die Frankf. Zeitung enthält eine Aufforderung der großdeutſchen Abgeordneten zur Reichsverſammlung an das Reichsminiſterium, unterzeichnet von den vier Repräſentanten Buß, Wekebeker, Hermann Müller und Wutke. Sie deduciren aus dem Bundesbeſchluß vom 30. März den Fortbeſtand der Reichsverſammlung, abgeſehen von der Verſammlung in Stuttgart, da weder der Zweck ihrer Berufung erreicht, noch eine rechtliche Auflöſung eingetreten ſei, und durch Beſchlüſſe und Erklärungen einzelner Regierungen das rechtliche Daſein der Verſammlung ebenſowenig beeinträchtigt werden könne, als durch einen ungültigen Verlegungsbeſchluß. Sie erſuchen daher das Reichsminiſterium: „die Erneuerung des bisherigen Reichstages, ſowohl mittelſt Einberufung aller urſprünglichen oder erſatzweiſe eingerückten Mitglieder, welche nicht durch ausdrückliche Erklärung oder durch Betheiligung an den rebelliſchen Akten der Stuttgarter Verſammlung ausgeſchieden ſind, als auch mittelſt Anordnung der erforderten Neuwahlen — in kurzer Friſt zu veranlaſſen, im Nothfalle aber eine neue Verſammlung für ganz Deutſchland zum Zweck der Beendigung des Verfaſſungswerkes einzuberufen.“ Sie verbinden damit „eine feierliche Verwahrung gegen jede Beeinträchtigung des der Nation aus den Zugeſtändniſſen und Verheißungen des vorigen Jahres erwachſenen Rechts, insbeſondere gegen jede Verleugnung der proviſoriſchen Centralbehörden, gegen jeden einſeitigen Wechſel der für die ganze Dauer des Proviſoriums von der Nation unter Zuſtimmung und Mitwirkung aller Regierungen gebildeten Vollzugsgewalt des Reiches, gegen jede Anmaßung rechtlicher Vorzüge eines einzelnen Staates auf den alleinigen Grund augenblicklicher thatſächlicher Uebermacht, ferner gegen jedes parlamentariſche Nachtagen ausgeſchiedener Mitglieder der Reichsverſammlung, gegen jede von einzelnen Staaten oder gar von einzelnen Regierungen verſuchte Sonderbündelei, und endlich gegen jede das Recht der Nation und ihrer Vertreter kränkende Verfaſſungsoctroyirung, möge dieſe auch in der Zuſtimmung einer geographiſch und politiſch octroyirten ſogenannten Reichsverſammlung den Schein einer nationalen Entſtehung und Begründung erſchleichen.“

⁝ **Frankfurt**, 19. Juni. Mit einer Katzenmuſik bei Bethmanns Sommerhaus vor dem Friedberger Thor wollte man geſtern beginnen, weil dort die badiſchen Officiere ihr Hauptquartier aufgeſchlagen hatten. Dieſelben ſind (gelegentlich bemerkt) geſtern zum Neckarheer abgegangen. Während der Nacht ſind indeß mehrere Geſchütze und noch zwei und ein halbes Bataillon Oeſterreicher und ein Bataillon Preußen von Mainz hier eingerückt; auch werden mehrere Bataillone Reichstruppen von der Neckararmee wieder hierher zurückkommen, weil ſie dort kaum mehr nöthig ſind, ſeit die beiden preußiſchen Corps in vordere Linie rückten.

** **Berlin**, 16. Juni. Folgende Schriftſtücke ſind den Mitgliedern der Kammer der Vertagung zugeſtellt:

„Der Miniſterpräſident Graf Brandenburg an den Vicepräſidenten der Erſten Kammer Heren Baumſtark Hochwohlgeboren hier. Ew. Hochwohlgeboren ermangle ich nicht, beglaubigte Abſchrift der durch das heute ausgegebene Stück der Geſetzſammlung publicirten Verordnung über den Termin zur Wahl für die zweite Kammer und die Einberufung beider Kammern unter dem Bemerken ganz ergebenſt mitzutheilen, daß es zwar der lebhafte Wunſch des Staatsminiſterii geweſen, die rückſichtlich der neuen Wahlen für die zweite Kammer und der Zuſammenberufung beider Kammern in der Verfaſſungsurkunde vorgeſchriebenen Friſten inne zu halten, daß dies jedoch leider nicht durchführbar geweſen iſt. Als das Staatsminiſterium im Begriffe ſtand, die Verordnung wegen Abänderung des Wahlverfahrens für die zweite Kammer Sr. Königl. Majeſtät zu unterbreiten, traten in einzelnen Theilen des Landes Ereigniſſe ein, welche nicht nur die zur Ausführung des Wahlgeſetzes unerläßliche Thätigkeit der geordneten Behörden lähmten, ſondern es überhaupt unmöglich machten, mit einer Verordnung hervorzutreten, welche innern Frieden und geſetzliche Ordnung vorausſetzen muß. Nach Beſeitigung dieſer Umſtände und nach Wiederherſtellung der geſetzlichen Ordnung im Inlande ſind die Wahlen für die zweite Kammer ſogleich angeordnet worden. Es war indeſſen thatſächlich nicht möglich, dieſelben innerhalb der verfaſſungsmäßigen Friſt ausführen zu laſſen. Aus dieſem Grunde hat der Zuſammentritt der Wähler um ſechs Wochen über den verfaſſungsmäßigen Termin und dem entſprechend der Zuſammentritt der zweiten Kammer gleichmäßig hinausgeſchoben werden müſſen, was nach Art. 76 der Verfaſſungsurkunde die Folge hat, daß die Vertagung der Erſten Kammer ſo lange fortdauern muß, bis die zweite Kammer ihre Arbeiten beginnt. Das Staatsminiſterium hat den hierüber an Se. Majeſtät erſtatteten, die Gründe näher darlegenden Immediatbericht in Nr. 148 des Preußiſchen Staatsanzeigers veröffentlichen laſſen. Ich erlaube mir nun, Ew. Hochwohlgeboren als zweiten Vertreter des Präſidenten der Erſten Kammer, hiervon Mittheilung zu machen, indem ich Ihnen die etwa erforderlich erſcheinenden weitern Veranlaſſungen ergebenſt anheimſtelle. Berlin, den 3. Juni. Der Miniſterpräſident Graf Brandenburg.

Der Vicepräſident Herr Baumſtark theilt dieſes Schreiben mit folgenden Worten mit:

„Vorſtehende Mittheilung des Herrn Miniſterpräſidenten geht hierdurch den ſämmtlichen Herrn Abgeordneten zur Erſten Kammer zur gefälligen Kenntnißnahme zu, mit dem Bemerken, daß nach meiner Anſicht der im Art. 50 der Verfaſſungsurkunde vorgeſehene Fall hier nicht vorliegt, ſondern vielmehr blos die an ſich klaren Art. 49 und 76 (Abſch. 2 und 3) derſelben in Betracht und beziehungsweiſe in Anwendung kommen. Tharand, den 14. Juni 1849. Der Vicepräſident der Erſten Kammer C. Baumſtark.“

Die Moral hiervon iſt, daß das Miniſterium nicht an §. 49, die Kammer aber an §. 76 der Verfaſſung gebunden iſt. Nach §. 49 mußten am 26. Juni die Kammern zuſammentreten; aber nach §. 76 darf die Erſte Kammer nicht geſondert tagen. Unſer Rechtszuſtand iſt ganz zerrüttet, und nur im Reiche noch Heil!

Lith. Corr. **Berlin**, 17. Juni. Die feindſeligen Intriguen, welche die halboffiziellen Organe des Miniſteriums Hrn. v. Prokeſch von Oſten mit einer bei diplomatiſchen Colliſionen zwiſchen befreundeten Regierungen vielleicht unerhörten Offenheit zur Laſt legen, ſollen in den letzten Tagen ſogar zu einem ſehr ernſthaften Notenwechſel Anlaß gegeben haben. Man verſichert, der durch die faſt beiſpielloſen Angriffe aufs höchſte aufgebrachte Geſandte habe bei dem Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten wegen der ſyſtematiſchen Verfolgung durch notoriſche Organe des Cabinets eine Genugthuung verlangt, ſtatt dieſer aber die ſehr unumwundene Antwort erhalten: Wenn von einer Genugthuung die Rede ſein könne, ſo glaube das Miniſterium allein ſich in der Lage zu befinden, die einen Anſpruch auf Genugthuung rechtfertige. Herr v. Prokeſch ſoll in Folge deſſen dem durch ihn vertretenen Hofe die Anzeige haben zugehen laſſen: daß ſeine Stellung in Berlin nicht von der Art ſei, wie ſie die Würde und das Intereſſe der kaiſerlichen Regierung erfordere. Hr. v. Prokeſch ſieht demnach ſeiner Rückberufung mit jedem Tage entgegen. Ein von dem patriotiſchen Verein auf morgen veranſtaltetes Muſikfeſt zur Feier der Schlacht bei Belle-Alliance iſt durch ein unerklärliches Verbot gehindert worden. Die officiellen Organe unſerer Regierung haben ſchon ſeit längerer Zeit keine Mittheilungen über den definitiven Stand der Friedensunterhandlungen mit Dänemark gebracht. Wie wir ſchon in früheren Correſpondenzen angedeutet haben, wurden die Unterhandlungen durch das eingetretene Mißverhältniß mit der Centralgewalt bedeutend erſchwert; die däniſche Regierung forderte die Zuſtimmung des Erzherzogs Reichsverweſer zu dem in Frage ſtehenden Friedensabſchluß, während die preußiſche Regierung ſich außer Stand ſah, dieſe Bedingung zu erfüllen. Nichtsdeſtoweniger ſind, wie eine aus guter Quelle uns zugehende Nachricht behauptet, die Verhandlungen ſo weit gediehen, daß der

Friedensabſchluß in Kopenhagen zur Ratification vorliegt. An den commandirenden General v. Prittwitz iſt die Weiſung ergangen, wenn thunlich, eine Waffenruhe mit dem feindlichen Heerführer abzuſchließen. Hr. Bunſen iſt in der letzten Zeit ganz mit der im Augenblick herrſchenden Partei zerfallen; die ſpecifiſchen Preußen verargen es Hrn. Bunſen, daß er ſich, wie es geſchehen, entſchieden auf Seite der HH. v. Gagern und Genoſſen ſtellte. Es war dieſer Umſtand Grund genug für unſer Gouvernement, Hrn. Bunſen nach und nach die däniſch-ſchleswigſche Angelegenheit aus den Händen zu nehmen und den Freiherrn v. Schleinitz mit den Verhandlungen in Bezug auf den Frieden ausſchließlich zu betrauen. Hr. v. Schleinitz wird übrigens wiederum als zu erwartender Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten genannt; der Unterſtaatsſecretär Hr. v. Bülow ſoll das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt haben.

Berlin, 16. Juni. Ich habe Ihnen ſehr wichtige Nachrichten mitzutheilen, deren nähere Erörterung ich mir vorbehalten muß. Der Congreß erhält eine andere Geſtalt. v. Radowitz zieht ſich für den Augenblick zurück, v. Canitz tritt für Preußen ein, v. Zeſchau für Sachſen, v. Wangenheim für Hannover und ein anderer Diplomat für Baden. Hier ſoll zugleich der Keim einer künftigen, mindeſtens „proviſoriſchen Centralgewalt" für den Bundesſtaat gelegt werden. Ein ſolches Organ war, wie Sie wiſſen, ſeit dem 28. Mai in Ausſicht geſtellt. Die Ereigniſſe und die Entwickelung des Bundesſtaates werden natürlich die Attributionen dieſer Gewalt, welche ſich heute inſtallirt, näher bezeichnen müſſen. Vielleicht wird das Fürſtenkollegium daraus. Hoffen wir, ſo paradox dies klingen mag, daß mit Radowitz's Rücktritt das deutſche Element doch ungeſchwächt vertreten bleibe! Baiern hat vor einiger Zeit die preußiſche Hülfe für die Pacification der Pfalz auf zwei Wegen zugleich verlangt, einmal durch den Reichsverweſer, zweitens direct hier in Berlin. Lerchenfeld hat eine dahin gehende officielle Note abgegeben. Die direkt verlangte Hülfe war gewährt. Es war die Zeit der großen Hitze. Man mußte die meiſt jungen Soldaten, z. B. zwiſchen Dresden und Frankfurt, langſam marſchiren laſſen, aus Furcht vor der Cholera und Lager-Ruhr. Dieſen Aufſchub benutzte Baiern, zog eine Diviſion bei Nürnberg zuſammen und ließ plötzlich in Berlin melden, es bedürfe nur eines Bataillons preußiſcher Soldaten. Dieſe wurden für die ſpätere Occupation der Pfalz, nach der Bekämpfung des Aufſtandes, zugeſagt. General Hirſchfeld konnte in ſeiner Proklamation vom 12. Juni getroſt ſagen, er komme auf Befehl ſeines Königs, veranlaßt durch die Aufforderungen der Regierungen, die bundesmäßige Hülfe zu leiſten, und er konnte dieſe Proklamation an Rheinbaiern zugleich richten. (Köln. Z.)

Der Rückmarſch der 2. und 4. Compagnie des 20. Landwehrregiments, ſagt die Conſtit. Ztg., bildet eine Reihe von Exceſſen, die großentheils auf nicht-preußiſchem Gebiete begangen wurden. Ueberall haben dieſe Compagnien mit den Demokraten fraterniſirt und ſich zu Demonſtrationen gebrauchen laſſen, welche die Demokraten der Orte, in denen jene einquartiert wurden, mißliebigen Perſonen längſt zugedacht hatten und den unabläſſigen und eifrigen Bemühungen der Officiere iſt es nicht gelungen, Ordnung, Gehorſam und Disciplin wieder in dieſe Truppen zu bringen. Unter dieſen Umſtänden ſind beide Compagnien auf Anordnung des Kriegsminiſters am 13. Morgens bei Wollmirſtädt entwaffnet worden, zu welchem Ende ein Bataillon des 32. Infanterieregiments, 4 Geſchütze und eine Schwadron dahin ausgerückt war, um jedem Widerſtande kräftig zu begegnen. Derſelbe iſt nicht verſucht worden; nur etwa 20 Mann von jeder der beiden Compagnien, welche ſich ſeit dem Zuſammentritte des Bataillons ſtets tadellos aufgeführt haben, wurden von dieſer in der Geſchichte der preußiſchen Armee glücklicher Weiſe unerhörten Maßregel ausgenommen. Die entwaffneten Compagnien marſchiren jetzt unter Escorte von 2 Liniencompagnien und einem Cavalleriecommando, mit Umgehung von Berlin, nach Stettin und werden von dort in eine preußiſche Feſtung einrücken, um durch unnachſichtliche Anwendung der geſetzlichen Strafbeſtimmungen zur Ordnung zurückgeführt zu werden.

* Aus der Provinz Poſen erfahren wir, daß die Liga Polska jetzt thätiger iſt als je. Der Adel, die Geiſtlichkeit, die Schullehrer, die Bürger in kleinen Städten wühlen nach Herzensluſt und haben häufig und regelmäßig Verſammlungen mit obligaten Zweckeſſen, wobei die Adligen die Bürger und Bauern dutzen und traktiren; wie ſie denn überhaupt dieſen Leuten in jeder Weiſe ſchmeicheln, indem wiel mozni Pan, wenn er zum Markte in die Stadt fährt, ſich eine Ehre daraus macht, ſeines Komorniks Weib neben ſich in den Wagen zu nehmen, nachdem er zuvor dem Söhnlein die nicht ſehr appetitlichen Wangen geſtreichelt hat. Kurz ſie thun Alles mögliche, die Bauern zu gewinnen, was ihnen jedoch im Allgemeinen nicht gelingt, indem der Bauer ſtill und fleißig, dem Könige noch immer ſehr zugethan iſt und die Urias-Freundlichkeit der Slachta mißtrauiſch zu würdigen weiß. Wenn aber von Seiten des Gouvernements der unheilvollen Liga nicht entgegengetreten und dieſe förmlich desavouirt wird, ſo dürfte der Bauer mit der Zeit doch der ihn unaufhörlich bearbeitenden durch die Weiber einwirkenden Geiſtlichkeit dahin Glauben ſchenken, daß die Liga ganz im Sinne des Königs ſei, während ihm der eigentliche Zweck derſelben, die Rebellion, bis zum Ausbruche verborgen bleibt. Daß zwiſchen Adel und Clerus eine Spaltung in Betreff der Liga eingetreten ſei, iſt eine plumpe polniſche Lüge, welcher höchſtens die Beamten Glauben ſchenken, und durch welche ſie ſich beſchwichtigen laſſen. Adel und Clerus ſind vielmehr einiger denn je und in unglaublicher Thätigkeit, um Alles für den Moment vorzubereiten, wo Bem und Dembinski mit der rothen Fahne nach Galizien dringen. Die Polen ſcheuen ſich auch nicht, dies gelegentlich offen auszuſprechen, und wenn ſie nicht, wie gewöhnlich, das Geſchwür vor der Reife aufſtoßen, ſo iſt dies nur der Furcht zu verdanken, die ſie vor der Energie der Militärbehörden, der Erbitterung und Treue der Soldaten und vor den Zündnadelgewehren haben. Die Luſt zum Losbrechen iſt aber unverkennbar und zeigt ſich deutlich durch die jetzt wieder ganz lebhaften Umfahrten des Adels und der Geiſtlichkeit, ſo wie darin, daß der Adel ſeine Getreidevorräthe und ſeine Staatspapiere um jeden Preis losſchlägt, um Geld zu haben.

⁂ **Stettin**, 16. Juni. Der bereits heute beendigte Wollmarkt ergab eine Steigerung der Preiſe um 30 pCt. gegen das letzte Jahr, was auf die Producenten einen ſehr befriedigenden Eindruck hervorbrachte. Ordinäre Wolle bedang 25 bis 35 Rthlr., Mittelwolle wurde mit 50 bis 63 Rthlr. bezahlt. Die warme Witterung hatte auf die Schur und Wäſche gut eingewirkt und mit letzterer war man im Allgemeinen ſehr wohl zufrieden. Die Käufer waren vornämlich deutſche Fabrikanten, namentlich aus dem Königreiche Sachſen, jedoch wurden auch bedeutende Poſten von engliſchen Kaufleuten erſtanden.

Seit dem 13. ſind hier 3 Perſonen an der Cholera geſtorſtorben. Im letzten Jahr hat bekanntlich die Seuche hier viele Opfer gekoſtet.

Aus Oels meldet man, daß der bekannte Rösler, damals Lehrer am dortigen Gymnaſium, der neuerdings von Frankfurt a. M. nach Stuttgart als Schriftführer des Rumpf-Parlaments überſiedelt iſt, nicht mehr nach ſeiner alten Heimath zurückzukehren gedenkt, da er ſchon die Auction ſeiner Sachen angeordnet habe. (Schleſ. Z.)

Köln, 16. Juni. Landgerichtsrath Pung, welcher bei dem Elberfelder Sicherheitsausſchuſſe die Functionen eines Inſtructions-Richters vertrat, iſt heute dieſerhalb im Wege des Disciplinarverfahrens auf die Dauer von drei Monaten von ſeinem Amte ſuspendirt worden. (K. Z.)

* Ein ausführlicher Artikel der Allg. Ztg. von ſehr wohlunterrichteter Färbung gibt, an v. d. Pfordtens Miſſionsreiſe anknüpfend, beachtenswerthe Aufklärungen über die Abſichten Baierns und ſeine Stellung zu Oeſterreich. Oeſterreich ſoll das Volkshaus concediren: das iſt die Vermittelung, die Baiern anſtrebt, und die Hr. v. d. Pfordten anbahnen ſoll. „Wer ſich jetzt noch vom Volkshauſe abwendet, wendet ſich von Deutſchland ab" ſagt der Artikel. Was man ſich unter dem Volkshauſe denkt, iſt wieder eine andere Frage. „Was ſich durch entſchiedenen Willen vielleicht noch ändern läßt," iſt, nach dem Artikel, die Art des Zuſammenhanges des Volkshauſes und deshalb auch des Gegenſatzes, (d. h. des Fürſtenrathes, Bundestages, oder wie man es eben nennen will) mit den Ständeverſammlungen der Einzelſtaaten. Ob da eine enge Verbindung des Volkshauſes mit den Einzelſtänden nicht nothwendig werden wird, müſſe die Zukunft und eine ordentliche, gründliche Discuſſion lehren. Baiern verlangt, daß Oeſterreich das (auf welche Grundlagen?) neu zu berufende Volks- und Staatenhaus beſchicke; was weiter kommt, iſt ſeine Sorge, es mag ſeine gewichtige Stimme erheben, es ſpreche die Hauptbedingungen aus unter denen allein

es dem deutſchen Bundesſtaate beitreten kann, es behalte ſich die Erfüllung derſelben vor. Wie der Reichstag von den Zeiten der Karolinger her deducirt wird, das können wir füglich übergehen: es wird auch auf Oeſterreich wenig Eindruck machen. Wichtiger ſind die folgenden Troſtgründe für letzteres:

„Wenn die öſterreichiſche Regierung ſagt, ſie könne niemals eine auswärtige Geſetzgebung über der öſterreichiſchen anerkennen, ſo hat dies nur inſofern einen Sinn, als man allerdings in der Frankfurter Verfaſſung das nicht ſtrenge genug geſchieden hatte, was des Reiches ſein und was den Einzelſtaaten verbleiben ſollte. Oeſterreich möge hier ganz entſchieden dasjenige ausſondern, was es als eigene, öſterreichiſche Sache anſehen muß; es möge aber endlich etwas Poſitives geben, womit man ſich begnügen kann. Soll aber mit jenem Worte gemeint ſein, Oeſterreich könne ſeine auswärtige Politik nicht der von Deutſchland unterordnen, ſo bedenke es wohl, daß Oeſterreich und Preußen niemals eine feindſelige Politik gegen einander oder gegen Deutſchland haben dürfen und können, wenn ſie in Einer Verfaſſung vereint ſind; daß beide mit dem übrigen Deutſchland doch ein meiſt übereinſtimmendes Intereſſe gegen das Ausland haben; daß beide ſehr wohl die Leiter unſerer deutſchen Politik nach außen bleiben können.“

Wir haben bisher geglaubt, Deutſchland und Oeſterreich könnten darum nicht in Einer Verfaſſung vereint ſein, weil ſie eine ſelbſtſtändige Politik haben wollten und müßten, und die Leitung der deutſchen Politik durch Oeſterreich und Preußen zugleich ſei eben nur dadurch möglich, daß es keine deutſche Politik gebe. Das gleiche Gefühl, wenngleich mit anderen Schlußfolgen, liegt ſicher auch dem öſterreichiſchen Widerſtreben zu Grunde. Der Artikel belehrt uns dagegen, wenn Oeſterreich und Preußen nur erſt in Einer Verfaſſung vereinigt ſeien, dann müßten ſie ſchon dieſelbe Politik befolgen, und dieſe Politik heißt dann eine deutſche! Oeſterreich ſoll ſich aber in ſeinem Widerſtreben nur nicht zu ſehr, nicht über alles Maß hinaus, auf Baierns Stimme und Gewicht verlaſſen! „Freilich, heißt es, hat Baiern das größte Intereſſe dabei, daß Oeſterreich in Deutſchland bleibe, ja es iſt dies faſt eine Exiſtenzfrage für Baiern und den deutſchen Süden; aber Baiern kann ſich unter keiner Bedingung von Deutſchland losſagen, ſelbſt wenn dieſes außerhalb Oeſterreich liegen ſollte. Baierns Volksſtämme und Provinzen, Baierns Handels- und Zollverhältniſſe, wie ſie ſich gegenwärtig ausgebildet haben, die Geſinnung ſeiner Stämme, ſeine Lage gegen Frankreich, ſeine Lage im eigentlichen Herzen Deutſchlands, ſeine finanziellen Verhältniſſe, kurz Alles ſtellt die engſte Verbindung mit Deutſchland natürlich höher für Baiern als mit Oeſterreich. Lange genug — und wahrlich mit einer Aufopferung, die des Erfolges werth wäre — hat Baiern in Deutſchland Oeſterreichs Sache vertreten; wird es jetzt von Oeſterreich verlaſſen, indem Oeſterreich ſich ſelbſt verläßt, ſo muß Baiern entſchieden ſeinen eigenen deutſchen Gang gehen.“ Alſo Baiern wird ſeinen eigenen Gang gehen; es wird zum Aeußerſten ſchreiten, es wird — ja, es wird — dem preußiſchen Entwurf gegenüber das Princip aufſtellen: „Der Beſchluß in allen wichtigen Executivmaßregeln müſſe im Fürſtenrath, die Ausführung als Einheit in der Hand Eines Staates liegen.“ Was das heißen ſoll, iſt nach dem Wortlaut und nach ſo vielen baieriſchen Erklärungen nicht mehr im Unklaren. Unter der „Ausführung“ wird hier nicht etwa das verſtanden, was man im conſtitutionellen Staatsleben gemeinhin Executive nennt, ſondern ganz eigentlich nur, was das Wort beſagt. Der Fürſtenrath beſchließt über auswärtige Politik, Krieg und Frieden, Finanzen u. ſ. w., und das ſogenannte Oberhaupt thut, was beſchloſſen iſt. „Dies ſcheint uns, ſagt unſer Artikel, der einzig vernünftige und practiſche Grundſatz in einem Bundesſtaate. Krieg und Frieden, Verträge mit auswärtigen Staaten und Beſetzung der höchſten Reichsämter ſind viel zu wichtige Lebensfragen, als daß ſie Staaten wie Baiern jemals ganz aus den Händen geben können, wenn ſie ſich nicht ſelbſt verrathen wollen.“ Das iſt die deutſche Einheit, wie ſie Baiern allein will; ſpielt erſt Oeſterreich mit, dann gibt es noch weitere — Rückſchritte!

† Aus der Pfalz, 17. Juni. Das Lügenregiment unſerer proviſoriſchen Regierung ſpukt noch immer. Geſtern kam von Neuſtadt aus ein Bote in die Umgegend von Kaiſerslautern, der im Geheimen das Volk aufforderte, nur Stand zu halten und nicht zu verzagen; die Franzoſen ſeien im Anmarſch und würden die Preußen bald wieder vertrieben haben. Heute Morgen 6 Uhr zogen die 800 Mann Preußen, die in Otterberg lagen, gegen Dürkheim. Plötzlich erſcholl der Ruf: Die Franzoſen kommen. Aber anſtatt der Freude bemächtigte ſich Aller der größte Schrecken. Man flüchtete ſich, das Vieh und das Beſte der Mobilien ſogar ſchon in die Wälder und auf die Berge, bis ſich ergab, daß die Heerhaufen, welche man im Lauterthal bemerkt, nichts als neue Zuzüge von Preußen ſeien. In Kaiſerslautern wollte man auch wiſſen, ein franzöſiſcher General habe incognito kurz vor Ankunft der Preußen die Stadt paſſirt. Ein guter Theil unſerer pfälziſchen Liberalen iſt einfältig genug, dergleichen Dinge zu glauben. Eben verbreitet ſich die Nachricht, daß Schmidt jun., der Schreiber von Nic. Schmitt, welcher hauptſächlich die Redaction des Boten für Stadt und Land, des „Lügenboten“, wie man ihn nannte, beſorgt, von den Preußen gefangen genommen worden ſei, als er ſich ſeiner voreiligen Natur gemäß des Spionirens halber etwas zu weit aus dem Neuſtadter Thale herausgewagt.

† Aus der Pfalz, 18. Juni. Vorgeſtern, Samſtag, brachen die drei preußiſchen Regimenter, die in Kaiſerslautern und der Umgegend lagen, des Morgens in aller Stille gegen Neuſtadt und Dürkheim auf. Beide Orte wurden, ohne daß ein Schuß gefallen, von ihnen erreicht. In dem Thale, das ſich von Frankenſtein nach Neuſtadt zieht, hatte man einige blutige Arbeit erwartet. Noch am Freitag hatten bei Frankenſtein zwei Kanonen geſtanden, um den engen Paß, in dem nur die Eiſenbahn, die Landſtraße und ein Bach Raum haben, zu vertheidigen. Ein Corps der Preußen hatte darum den Umweg über Eberſtein eingeſchlagen, um bei Frankeneck in das Neuſtädter Thal zu gelangen und bei einem Zuſammenſtoß den Aufſtändiſchen in den Rücken zu fallen. Aber auf das bloße Gerücht hin, die Preußen ſeien im Anmarſch, hatte man ſchon am Freitag die Kanonen in aller Eile abfahren laſſen und war nach Neuſtadt geeilt. Bei Dürkheim ſoll eine Anzahl Turner gefangen, auch bereits ein preußiſches Truppencorps, das von der Ebene aus vorgedrungen, angetroffen worden ſein. Auch durch das Annweiler Thal ſind die Preußen in die Ebene vorgedrungen. Die Freiſchaaren ſollen ſich um Landau zuſammengezogen haben, werden aber unter dem Feſtungsgeſchütz wenig Schutz finden. Die proviſoriſche Regierung ſoll nach Langenkandel ſich begeben haben, um ſich die Rheinbrücke bei Wörth zu ſichern und die Flucht nach Baden offen zu halten. Daß auch Speier bereits von Preußen beſetzt iſt, iſt eine wohlverbürgte Thatſache. Die geflohenen baieriſchen Beamten kommen jetzt wieder hinter den preußiſchen Bajonnetten her, um, wie es den Anſchein hat, ihre alte Wirthſchaft wieder anzufangen. Der Generalprocurator, der ſich um die zahlreichen Gefangenen, die die proviſoriſche Regierung mit ſo vieler Willkür gemacht hatte, auch nicht im Geringſten bekümmerte, hat nicht verfehlt, ſich die gefangenen Freiſchärler ſogleich von den Preußen ausliefern zu laſſen, und ſie dann mit großer Liberalität wieder in Freiheit geſetzt; wie man verſichert, ſind ſie ihren Mitkämpfern in der Ebene zugeeilt. In Kaiſerslautern ſoll nach vielfach mir zugekommenen Nachrichten heute Morgen ein kleiner Haufe verwegener Menſchen verſucht haben, Sturm zu läuten und im Rücken der Preußen, die leider gar keine Beſatzung dort zurückgelaſſen haben, das Volk aufzuwiegeln und vielleicht die ganze Gegend ins Verderben zu ſtürzen. Die Furcht vor den Preußen iſt groß. Der bloße Gedanke, ſie möchten in der Nähe ſein, treibt die Freiſchaaren zur Flucht. So erzählt man Folgendes von dem Einrücken derſelben in Homburg. Eine Abtheilung der Volkswehr mit vier Kanonen, die man mit den aus dem Land zuſammengetriebenen ungeübten Pferden und dem bei den Bürgern der Stadt confiscirten Geſchirr kaum aus Kaiſerslautern hinausbrachte, hatte am Mittwoch Morgen Homburg beſetzt. Auf die Nachricht: die Preußen kommen, ſchwang ſich die ganze Mannſchaft behend in den bereitſtehenden Bahnzug und hatte noch eben Zeit, den einige Minuten darauf am Bahnhof eintreffenden Uhlanen zu entwiſchen. Bei Landſtuhl ſtand eine Abtheilung pfälzer Scharfſchützen. Auch ſie nahm Reißaus, ohne noch einen Preußen geſehen zu haben. Unterwegs hielt ſie einen Poſtwagen an, feuerte drei Schüſſe auf den Poſtillon ab, ohne ihn jedoch zu treffen und unterſuchte die Briefſchaften. Dann erpreßte ſie in Landſtuhl Wagen, um nach Kaiſerslautern zurückzueilen. Bis jetzt hat man noch von keinem gefallenen, deſto mehr aber von deſertirten Pfälzern gehört, ſo daß man an den kriegeriſchen Talenten unſerer Landsleute und

der Aufrichtigkeit ihres Muthes, von dem ſie ſo viel Worte gemacht, gänzlich verzweifeln möchte.

* **Stuttgart**, 17. Juni. Die geſtrigen Beſchlüſſe der Reichsverſammlung, zum Zweck ihrer Ergänzung, ſind folgende:

„1) Das Bureau hat ein vollſtändiges Verzeichniß derjenigen Wahlkreiſe, deren Abgeordnete ausgeſchieden ſind, ohne daß bereits Stellvertreter oder neugewählte Abgeordnete eingetreten wären, anzufertigen und jeden ferneren Austritt darin zu vermerken; auch der Verſammlung hierüber von acht zu acht Tagen Bericht zu erſtatten. 2) Als ausgeſchloſſen ſind zu betrachten: a) Diejenigen, welche ſeit dem 25. Mai d. J. ohne Urlaub abweſend waren und bis zum Tage des auf dieſen Bericht zu faſſenden Beſchluſſes ihren Sitz in der Reichsverſammlung nicht wieder eingenommen haben; b) Diejenigen, welche ſeit dem 25. Mai d. J. die Reichsverſammlung ohne Urlaub verlaſſen haben und nicht ſpäteſtens bis zum 25. Juni d. J. wieder eingetroffen ſind; c) Diejenigen, die künftig ohne Urlaub den innerhalb 14 Tagen ſtattfindenden Sitzungen nicht beiwohnen; d) Diejenigen, die mit Urlaub verſehen, nicht ſpäteſtens 10 Tage nach Ablauf des auf dieſen Bericht zu faſſenden Beſchluſſes, oder, inſofern ihr Urlaub länger dauern ſollte, 10 Tage nach Ablauf ihres Urlaubs wieder eintreffen; e) die Stellvertreter ausgeſchiedener Abgeordneten, die nicht ſpäteſtens am 20ſten Tage, nachdem das Bureau, gemäß der Beſtimmung sub 1 über die Vacanz ihrer reſp. Vorgänger in der Reichsverſammlung Mittheilung gemacht hat, eintreffen; f) neugewählte Abgeordnete, die ohne Urlaub länger als 10 Tage nach ihrer Wahl den Sitzungen der Reichsverſammlung ſich entzogen haben. 3) Das Bureau wird aufgefordert, ſofort nach jeder Vacanz in einem ſolchen Lande, welches die Verfaſſung anerkannt hat, die betreffende Regierung zur Einberufung des Stellvertreters beziehungsweiſe Einleitung einer Neuwahl zu requiriren; in dem Falle jedoch, daß ſie nicht innerhalb 14 Tagen, von der Requiſition abgerechnet, von der Anordnung der Wahl in Kenntniß geſetzt ſein ſollte, ſo wie sub 4 angegeben werden wird, zu verfahren. 4) Sollte eine Regierung die Vornahme einer Wahl verzögern oder verweigern, ſo ſind die Wähler des betreffenden Bezirks berechtigt, ſich ſelbſtſtändig als Wahlkörper zu conſtituiren, die Wahl vorzunehmen und dem Erwählten die Legitimation auszufertigen. In einem ſolchen Falle muß jedoch über den Wahlact und ſämmtliche darauf Bezug habende Vorgänge ein genaues und verläßliches Protokoll aufgenommen und dasſelbe ungeſäumt an das Präſidium der Reichsverſammlung eingeſchickt werden.“

Bei der Berathung über das Wehrgeſetz ſagt Raveaux u. A.: „Ich kalkulire und berechne nicht, ich ſehe den Kampf für eine Pflicht an, und es iſt ein ſchlechter Soldat, wer nur in den Kampf geht, wenn er des Sieges gewiß iſt! Jetzt muß es ſich zeigen, ob die Tauſende, welche Gut und Blut zugeſagt haben, ihr Wort halten werden, ob das deutſche Volk würdig der Freiheit iſt. Und iſt es nicht, ſo werden andere Söhne auferſtehen, welche ſich die Freiheit erringen werden, und die, wenn ſie die Freiheit ſich nicht erkämpfen können, wenigſtens zu ſterben wiſſen werden. Sie haben die Regentſchaft vorgeſchoben, Sie dürfen ſie nicht verlaſſen, ſie würde ſonſt ſchändlicher zu Grunde gehen, als jener Theil, der feige hierhin und dorthin zerſtoben iſt.“ (Lebhafter Beifall.) Unter den Rednern, welche ſich an der Debatte betheiligten, war auch **Uhland**. Er nannte Römer ſeinen treueſten Freund, und nicht diejenigen, ſagte er, ſeien die Landesverräther, die nicht zugeben wollten, daß das Land und Volk Würtembergs ein willen- und gedankenloſes Werkzeug der Regentſchaft werde.

Das beſchloſſene Wehrgeſetz lautet:

„In Erwägung der dringenden Gefahr, in der ſich das Vaterland befindet, beſchließt die Reichsverſammlung und verkündet die Reichs-Regentſchaft als Geſetz: Artikel I. Die deutſche Volkswehr beſteht: 1) aus dem erſten Heerbanne, dem ſtehenden Heere; 2) aus dem zweiten Heerbanne. Dieſer begreift außer der Landwehr 1. Aufgebots ſämmtliche waffenfähige männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis 30 Jahren; 3) aus dem 3. Heerbanne. Dieſer begreift die Landwehr 2. Aufgebots ſowie die übrige männliche Bevölkerung von 30 bis 40 Jahren; 4) aus dem 4. Heerbanne, dem Landſturm. Dieſer umfaßt die männliche Bevölkerung von 16 bis 18 und von 40 bis 50 Jahren. Artikel II. Der erſte Heerbann bleibt nach den bevorſtehenden Vorſchriften der Einzelſtaaten zuſammengeſetzt. Art. III. Der zweite Heerbann tritt außer der darin enthaltenen Landwehr ſofort als Bürgerwehr zuſammen. Die Organiſation findet nach den für das ſtehende Heer in den Einzelſtaaten beſtehenden Reglements ſtatt. Die Bürgerwehr wählt ihre Führer ſelbſtſtändig. Die Mannſchaft der Compagnie wählt die Offiziere bis zum Hauptmann einſchließlich. Die Stabsofficiere werden von ſämmtlichen Offizieren des Bataillons gewählt. Art. IV. Für den dritten Heerbann gelten in Beziehung auf die Eintheilung und die Wahl der Führer die für den zweiten Heerbann gegebenen Vorſchriften. Art. V. Der vierte Heerbann ſoll erſt dann aufgeboten werden, wenn der dritte zum Reichsdienſt verwendet wird. Der Landſturm wählt ſeine Führer wie der zweite und dritte Heerbann. Art. VI. Bei Mobilmachung des zweiten Heerbannes können Verheirathete, oder ſolche, welche durch ihre beſondern Verhältniſſe daheim unentbehrlich ſind, aus dem zweiten Heerbann zeitweiſe dem dritten überwieſen werden; die Entſcheidung hierüber ſteht dem Bataillonscommando, nach Anhörung der Gemeindebehörde, zu. Die Wehrpflichtigen des zweiten und dritten Heerbannes haben das Recht, bei Mobilmachung des zweiten als Freiwillige in denſelben einzutreten. Art. VII. Der erſte, zweite und dritte Heerbann können im Reichsdienſte verwendet werden. Die Reichsregentſchaft hat das Recht der Einberufung. Art. VIII. Der vierte Heerbann iſt ausſchließlich in dem Bezirke, dem er angehört, zu verwenden. Art. IX. Die geſammte Volkswehr iſt auf die Reichsverfaſſung feierlich zu beeidigen. Art. X. Die Entwaffnung des zweiten und dritten Heerbannes iſt unſtatthaft. Art. XI. Die Beſchaffung der Waffen und des Schießbedarfs iſt, ſofern dieſelbe nicht dem Einzelſtaate nach deſſen beſtehenden Geſetzen obliegt, Sache des Wehrpflichtigen. Für Unbemittelte tritt die Gemeinde ein. Die Ausgleichung der dadurch für einzelne Gemeinden herbeigeführten unverhältnißmäßigen Beſchwerung bleibt dem Einzelſtaate vorbehalten. Art. XII. Vorſtehendes Geſetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in dem Reichsgeſetzblatte in Kraft und gilt bis zur erfolgten Durchführung der Reichsverfaſſung.“

Am Abend fand ein Bankett zu Ehren der Abgeordneten ſtatt, welches ſehr beſucht war.

* **Stuttgart**, 18. Juni. Der Beobachter ſagt von dem jetzigen Sitzungslocal der Reichsverſammlung: Die ſchmuckloſen Räume des Reithauſes, durch welches von Zeit zu Zeit ein Paar Schwalben dem Parlamente zurufen, es möge ſich hier als „zu Hauſe“ betrachten, ſind mit deutſchen Fahnen und Tannenreiſiguirlanden und Kränzen, wozu die Städte Stuttgart und Eßlingen reichlich beigeſteuert haben, ſchön und feſtlich geziert. Den Präſidentenſitz umgeben Blumenkränze, deren Inſchriften „die deutſchen Frauen den deutſchen Männern“ auf die Spenderinnen hindeuten.

Karlsruhe, 16. Juni. In der heutigen Sitzung der conſtituirenden Landesverſammlung berichtete Heuniſch über das von der Reichsregentſchaft an die proviſoriſche Regierung erlaſſene Schreiben, worin ſie die badiſche Regierung auffordert, die ſämmtlichen Truppen der Reichsgewalt zur Verfügung zu ſtellen. Die Commiſſion ſtellt den Antrag: daß der proviſoriſchen Regierung die mitgetheilten Actenſtücke zurückgeſtellt werden, damit dieſelbe nach eigenem Ermeſſen unter etwaiger Berückſichtigung der in dieſem Bericht ausgeſprochenen Anſichten den ihr ſachdienlich ſcheinenden Beſchluß ſelbſtſtändig faſſe. Abgeordneter Reich beantragte die Zurückweiſung an die Commiſſion, worauf der Gegenſtand verlaſſen wird. **Thiebaut** machte der Verſammlung die Mittheilung, daß an ſämmtliche badiſche Deputirte bei der Reichsverſammlung von der angeblichen großherzoglich badiſchen Regierung zu Mainz ein Schreiben des Inhalts eingegangen, daß der Großherzog die Reichsverſammlung nicht mehr anerkenne und das Mandat der badiſchen Deputirten für erloſchen erkläre. Er beantragte nun die Abfaſſung einer Erklärung, wodurch dieſe Verfügung als rechtsungiltig erklärt und die Deputirten aufgefordert werden, auf ihren Plätzen zu bleiben. **Brentano** machte der Kammer noch die Mittheilung von den neueſten Ereigniſſen auf dem Kriegsſchauplatz, die von ihr mit großem Beifall aufgenommen wurden. Zum Schluß ſtellte Au den Antrag, die königlich würtembergiſche Regierung aufzufordern, den noch immer verhafteten Bürger **Fickler** ſofort freizugeben. (D. P. Z.)

Mannheim, 16. Juni. In Ludwigshafen und auf dieſſeitigem Ufer am Rhein dauert ſeit geſtern die Kanonade faſt ohne Unterbrechung fort, das Zollgebäude drüben und mehrere Häuſer ſind theils niedergeſchoſſen, theils in Brand aufgegangen. Auch die **Rheinbrücke ſteht zum Theil in Flammen**. Es heißt, daß ganz Ludwigshafen zur Sicherheit der Stadt Mannheim zuſammengeſchoſſen werden ſoll. Hier ſind großartige Vertheidigungsanſtalten getroffen, die Militärbehörde und der Stadtmagiſtrat treten mit Umſicht und energiſch auf. (Schw. M.)

Detmold, 12. Juni. Sollen die Berliner Propoſitionen ins Leben treten, ſo gibt es rückſichtlich des Wahlgeſetzes für unſer Land doch noch ein erhebliches Bedenken. Directe Steuern an den Staat werden nämlich in den Städten bei uns überall nicht bezahlt. Alle Abgaben in den letztern, die Grundſteuern mit inbegriffen, ſind nur Communalabgaben; der Staat erhält nur im Ganzen eine kleine Baarſteuer aus dem Stadtärar, die ſogenannten Herren- und Kreisgelder. Alle unſere Bürger in den Städten würden alſo nach der Berliner Vorlage von der Wahl zu dem Reichstag ausgeſchloſſen ſein. (D. A. Z.)

Mainz, 16. Juni. Wie wir aus guter Quelle angeben können, wird das aus 16,000 Mann beſtehende öſterreichiſche Corps gegen Ende dieſer Woche vollſtändig in Baden eingerückt ſein. (?) (Frankf. Ztg.)

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 14. Juni. Jetzt hat alle Täuſchung ein Ende, ſowohl die miniſterielle Deutſche Reform, als auch der in der preußiſchen Cabinetspolitik recht ſehr eingeweihte Berliner Correſpondent der Weſer-Zeitung, bringen ſo ziemlich übereinſtimmend, daß der Frieden bereits abgeſchloſſen ſei, nur über einzelne materielle Fragen ſchweben die Verhandlungen noch ob. Die legislative und adminiſtrative Selbſtſtändigkeit Schleswigs, unabhängig und getrennt von Deutſchland wie

von Dänemark, das ſind die Grundbeſtimmungen des Friedens. Daß dieſes eine vollſtändige Niederlage für Deutſchland iſt, brauchen wir wohl nicht erſt anzudeuten, und heben deshalb nur einzelne, in vollen Widerſpruch ſich ſtellende Dinge hervor: welche Stellung ſoll das Militär und Beamtenthum einnehmen, und welches Recht wird dem Könige von Dänemark, der legislativen Kammer gegenüber, eingeräumt? Etwa ein abſolutes Velo, und die unbedingten Befehle über die Truppen, Ernennung der Offiziere und Beamten? Alsdann wäre Schleswig in der kürzeſten Zeit, bei der grenzenloſen Anmaßung und fanatiſchen Incorporationsluſt der Dänen, ein Raub derſelben, und alle Formalitäten auf dem Papier könnten nichts dagegen bieten; alsdann könnten diejenigen deutſchen Truppen, die jetzt an ihren Helmen den deutſchen Reichsadler und die ſchwarz-roth-goldne Cocarde tragen und in den vordern Reihen der Kämpfer von Ulderup, Kolding und Friedericia ſich tapfer gegen die Dänen ſchlugen, eines ſchönen Tages unter der Fahne des Danebrog gegen ihre deutſchen Brüder zu kämpfen gezwungen werden, falls Dänemark durch die Zeitverhältniſſe genöthigt, ſich etwa Holſtein in derſelben Weiſe aneignen zu wollen geneigt wäre. Und unſer gutes Recht, deſſentwegen der Krieg unternommen ward, iſt ganz und gar aufgegeben. Der Unwille iſt allgemein.

× **Schleswig**, 15. Juni. In der heutigen Sitzung der Landesverſammlung erklärte der Departementschef Jacobſen, daß das von dem Generalcommando der ſchleswig-holſteiniſchen Truppen erlaſſene Verbot, Freiexemplare der Norddeutſchen Freien Preſſe durch das Feldpoſtamt zu befördern, ſich nicht auf dieſe Zeitung allein beſchränke, ſondern daß das Feldpoſtamt beauftragt ſei, überhaupt keine Exemplare irgend einer Zeitung, wenn dieſelben nicht von Einzelnen oder ganzen Corps beſtellt ſeien, zur Beförderung anzunehmen. Der Departementschef Boyſen erklärte, daß man die Wahlen in den nördlichen Diſtricten Schleswigs auszuſchreiben Anſtand genommen habe, weil die dortigen Einwohner theils lau wären gegen die ſchleswig-holſteiniſche Sache, theils im däniſchen Intereſſe wirkten, theils von Vornahme der Wahlen künftige Nachtheile beſorgten. Ein bemerkenswerthes Zugeſtändniß! Nach einer ſolchen amtlichen Erklärung müſſen ſelbſt die eifrigſten Deutſchen eingeſtehen, daß auf jene nördlichen Diſtricte in unſerm Intereſſe kein Werth zu legen, daß ihre Abtrennung wünſchenswerth iſt. Die Kriegsführung iſt hier der Art, daß manche Offiziere, und nicht blos junge Lieutenants, meinen, man könne nachgerade nicht mehr mit Ehren dienen. Unſer wackerer Hans v. Raumer, der frühere Reichstagsabgeordnete aus Dinkelsbühl, iſt auch nicht hierher gekommen, um das Zuſehen zu haben. Er ſteht als Soldat in der vierten Compagnie des erſten Jägercorps vor Fridericia. Er iſt geſund und munter und läßt alle ſeine Freunde grüßen. Er erfreut ſich an den blauen Wogen der Oſtſee, den ſchwellenden Küſten, den ſchönen Buchenwäldern, den Nachtigallen, dem muthigen Soldatenleben und der Sphärenmuſik der Achtzigpfünder, die ſich leider nur ſelten vernehmen läßt. Geſtern Abend wurde der Amtmann von Skanderborg, Hans Lindholm, in Rendsburg als Arreſtant eingebracht und auf der Hauptwache einquartiert. Der Amtmann von Ringkiöping, Gr. v. Schulin, der neulich dem General Prittwitz ſagen ließ: „wenn er Ochſen haben wolle, ſo möge er ſie ſelbſt holen", wird heute Abend erwartet. Die Taucherglocke, welche am Sonnabend die Arbeit begann, macht gute Geſchäfte, hält eine reiche Kugelleſe (1—2000 Stück) und hat bis heute ſchon 18 Kanonen heben laſſen, ſo daß im Ganzen ſchon 32—38 geborgen ſind, deren Transport Tag für Tag nach Rendsburg und nach Norden geht.

Altona, 16. Juni. Mit dem geſtrigen Morgenzuge kam der Oberſt v. Heeringen vom Bataillon Reuß krank an, und ſtarb gleich nach ſeiner Ankunft in einem nahen Wirthshauſe.

(A. M.)

Großbritannien.

* **London**, 16. Juni. Die ſchon erwähnte, geſtern im Oberhauſe vom Marquis von Lansdowne abgegebene Erklärung über die römiſche Angelegenheit war mit den bereits bekannten Palmerſton'ſchen Erklärungen ziemlich gleichbedeutend, wurde aber von dem Redner in ſo leiſe flüſterndem Tone vorgetragen, daß der Berichterſtatter der Times nur den ungefähren Inhalt anzugeben vermag. Lansdowne kam in ſeiner Erklärung auf die Mittheilung zurück, wodurch die franzöſiſche Regierung die britiſche von ihrer Abſicht, in Rom zu interveniren, in Kenntniß geſetzt halte. In dieſer Mittheilung habe die franzöſiſche Regierung als Zweck der Expedition angegeben: Sicherung des Gleichgewichts der Nationen, Unabhängigkeit (!) der italieniſchen Staaten, Sicherſtellung der römiſchen Bevölkerung ſowohl gegen die Uebel der Anarchie als die Gefahren einer plötzlichen Reaction. Graf Aberdeen bemerkte: Bei einer frühern Gelegenheit habe der edle Marquis erklärt, daß das britiſche Cabinet der Abſicht der franzöſiſchen Regierung, in Rom zu interveniren, ihre Zuſtimmung ertheilt oder ſie wenigſtens nicht mißbilligt habe, was in ſolchen Fällen auf Eins hinauskomme. Marquis von Lansdowne leugnet, daß die britiſche Regierung zu der franzöſiſchen Expedition ihre Zuſtimmung erklärt habe, wenn unter Zuſtimmung Billigung verſtanden werde. (Frühere Erklärungen Lansdowne's im Oberhauſe laſſen aber allerdings kaum einen Zweifel übrig, daß die britiſche Regierung, befragt, ob ſie die beabſichtigte Intervention Frankreichs gutheiße, in bejahendem Sinne antwortete). Lansdowne bemerkte weiter: wahrſcheinlich habe Graf Aberdeen eine Stelle in der franzöſiſchen Präſidentenbotſchaft im Sinne, worin es heißt, daß die franzöſiſche Regierung mit der britiſchen ſtets im Einvernehmen geſtanden. Der Miniſter ſetzte hinzu: „Allerdings hat ein ſolches Einvernehmen zwiſchen beiden Regierungen beſtanden, und ich bin ſtolz darauf, daß es beſteht."

Daily News enthält eine Mittheilung aus Liſſabon, wonach Karl Albert, ehemaliger König von Sardinien, ſeiner Krankheit, die in einem tiefen Seelenleiden ihren Urſprung gehabt zu haben ſcheint, zu Oporto wirklich erlegen wäre. Die aus Liſſabon ſehr gut unterrichtete Times weiß jedoch nur von ſeiner ſchweren Erkrankung, weshalb die Nachricht der Daily News noch dahingeſtellt bleiben mag. Dieſelbe Zeitung beſtätigt eine frühere Mittheilung, wonach die Königin von Portugal dem Don Miguel ſeine Thronrechte mit einer Geldſumme habe abkaufen wollen, was in Liſſabon großes Aufſehen errege. (Engliſche Zeitungen theilten dies ſchon früher mit, und fügten, unter Lobeserhebungen auf Don Miguel hinzu, daß dieſer das allerdings ſchnöde Anerbieten ausgeſchlagen habe). Der britiſche Geſandte in Liſſabon Sir Hamilton Seymour war im Begriffe ſeine Rückreiſe nach London anzutreten, wie es hieß, zum Zweck einer Urlaubsreiſe. Wohlunterrichtete meinen jedoch, daß er nicht wieder auf ſeinen Poſten zurückkehren werde.

Frankreich.

* **Paris**, 17. Juni. Auch in Lyon, die Nachricht hat ſich beſtätigt, iſt der Aufſtand ausgebrochen, aber auch in Lyon iſt derſelbe bereits vollſtändig bewältigt.

Am Abend des 14. zeigten ſich die erſten Symptome einer bevorſtehenden Bewegung. Es erſchien eine Deputation der demokratiſch-ſocialiſtiſchen Clubs bei dem Präfecten, um von ihm die Mittheilung einer telegraphiſchen Depeſche zu verlangen, die ihm zugegangen ſein müſſe. Der Präfect erwiederte, daß er, im Uebrigen abgeſehen von ſeinem Rechte, telegraphiſche Depeſchen nach ſeinem Ermeſſen zu veröffentlichen oder auch nicht zu veröffentlichen, diesmal keinerlei Mittheilung erhalten habe. Die Deputation zog aus dieſer Antwort den höchſt logiſchen Schluß, daß allerdings eine telegraphiſche Depeſche, aber eine Depeſche mit ſehr ungünſtigen Nachrichten eingetroffen ſei, und alsbald belehrten große Placate die Bevölkerung, daß die Montagne, unter dem ungetheilten Beifall der Pariſer Nationalgarde und der Armee, ſich als Convent conſtituirt und die Verhaftung des Präſidenten der Republik und ſeiner Miniſter decretirt habe. Jetzt ſtieg die Aufregung in einer bedrohlichen Weiſe, aber die Nacht ſank herab, ohne daß es zum wirklichen Kampfe mit den ſchnell zuſammengezogenen Truppen gekommen wäre. Früh Morgens am 15. indeß wurde im Viertel von Croix Rouſſe Rappel geſchlagen, und verſchiedene kleine Poſten wurden angegriffen. Der erſte ernſte Conflict fand am Thore St. Laurent ſtatt. Der dort befindliche Poſten gab Feuer auf die andrängenden Haufen, und dieſe Schüſſe ſcheinen das Signal zum allgemeinen Kampfe geweſen zu ſein, der ſich aber ganz auf die Croix Rouſſe beſchränkt hat. „Man ſchlägt ſich — ſchreibt der Salut Public in einer Beilage vom 15. — ſeit heute Morgen 10 Uhr. Aber die Truppen thun in bemerkenswerther Weiſe ihre Pflicht und es ſind alle Dispoſitionen getroffen, den Aufſtand in dem Raume der Croix-Rouſſe zu concentriren. Eine Stunde lang, von halb 1 bis halb 2 Uhr, war das Kanonen- und Kleingewehrfeuer ſehr lebhaft, ſeit einigen Augenblicken läßt es nach. Das Evenement gibt noch neuere Nachrichten, von 3 Uhr Nachmittags datirt: „Die Generäle Magnan und d'Arbouville, welche die

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Das kaiſerliche Cabinet und die Reichsregentſchaft. Der Kaiſer. Die Ruſſen in Siebenbürgen eingerückt. Der Krieg in Ungarn. Neuſatz genommen. Die Raſtatter Garniſon. Die flüchtigen ungariſchen Huſaren. Ungariſche Nachrichten. Die niederöſterreichiſche Verfaſſung. Vermiſchtes). Berlin (Hr. v. Radowitz. Die erſte Wahlclaſſe. Die deutſchen Regierungen. Wollmarkt). München (Urtheil über die Tumultuanten vom 18. Oktober. Politiſche Gefangene. Die Reiſe des Königs verſchoben. Ankunft eines öſterreichiſchen Erzherzogs. Hr. v. Leſuire und die Preußen in der Pfalz). Leipzig (Beſchluß des deutſchen Vereins über die Verfaſſungsfrage). Karlsruhe (Heerbericht. Landesverſammlung). Weinheim (Auflöſung der Bürgerwehr. Entwaffnung). Darmſtadt (Bericht aus Weinheim). Mainz (Zuſammenrottungen. Beleidigung des Großherzogs von Baden). Von der Bergſtraße (Weitere Einzelheiten über die letzten Kämpfe). Wiesbaden (Abberufung der Abgeordneten in Stuttgart).

Frankreich. Straßburg (Telegraphiſche Nachricht).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 20. Juni).

Nachſchrift.

Deutſchland.

□ **Frankfurt,** 19. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat endlich den hart bekämpften fünften Abſchnitt des Verfaſſungsentwurfs „von dem Regierungsrathe“ vollſtändig erledigt: die Artikel des Entwurfs ſind faſt unverändert angenommen und weder die Lebenslänglichkeit noch die erhöhte Zahl der Mitglieder des Regierungsraths, noch die unbeſoldete Führung ihres Amtes hatte ſich einer nennenswerthen Unterſtützung zu erfreuen. Es iſt überhaupt ein undankbares Geſchäft, über Debatten zu berichten, die, wie man ſchon im Voraus weiß, an der Abſtimmung einer compacten Majorität Nichts ändern: wir werden uns begnügen, einfach die Reſultate der Abſtimmung zu verzeichnen. Art. 97, welcher die Zahl der Mitglieder des Regierungsraths auf 7 feſtſetzt, wurde mit 80 gegen 24 Stimmen angenommen; zu Art. 100 wurden, auf Antrag des Hrn. Dr. J. Friedleben, die im Art. 67 verfügten Beſchränkungen des Wahlrechts hinzugefügt; Art. 102: „Wählbar iſt jeder großjährige Staatsbürger,“ deſſen Redaction nach Annahme jener Beſchränkungen antiquirt iſt, wurde in der von demſelben Abgeordneten beantragten Faſſung: „Wählbar iſt jeder Wähler,“ angenommen; Art. 104, welcher die Amtsdauer des Regierungsraths auf 5 Jahr feſtſetzt, mit 100 gegen 1 Stimme (Dr. Binding; Schöff Souchay enthielt ſich der Abſtimmung) genehmigt; Art. 115 wurde durch einen Zuſatz des Hrn. Dr. Kugler, auf die durch ein beſonderes Geſetz zu beſtimmende Errichtung eines Rechnungshofes gerichtet, amendirt; Art. 117 endlich, welcher den Mitgliedern des Regierungsrathes eine Beſoldung zuerkennt, wurde mit 94 gegen 2 Stimmen (Andreä-Graubner und Dr. Mappes, von Oven und Schöff Souchay ſtimmten nicht) beſchloſſen. Der ganze Abſchnitt lautet demnach wie folgt:

Fünfter Abſchnitt. Von dem Regierungsrathe.

Art. 97. Die vollziehende Gewalt und die Staatsverwaltung iſt einem Regierungsrathe von ſieben Mitgliedern übertragen.

Art. 98. Die Mitglieder des Regierungsraths werden von dem Volke durch unmittelbare Wahl in geheimer Abſtimmung ernannt.

Art. 99. Für die Erwählung des Regierungsraths bildet der Freiſtaat nur Einen Wahlbezirk. Die Wahl ſämmtlicher Mitglieder des Regierungsrathes erfolgt durch Eine Wahlhandlung.

Art. 100. Wähler iſt jeder großjährige Staatsbürger an dem Orte, wo er im Gemeindebürgerrechte ſteht. Iſt er Bürger mehrerer Gemeinden, ſo darf er nur in Einer ſtimmen, und muß vor dem Wahltage ſich darüber erklären, in welcher Gemeinde er ſein Stimmrecht ausüben will. Vor der Wahl werden Verzeichniſſe der Wahlberechtigten aufgeſtellt. Die Einrichtung dieſer Verzeichniſſe und die Bildung der Wahlbehörden wird durch ein Geſetz beſtimmt. Von der Berechtigung zu wählen ſind ausgeſchloſſen 1) diejenigen Perſonen, welche unter gerichtlich angeordneter Pflegſchaft ſtehen; 2) diejenigen, welchen durch rechtskräftiges Erkenntniß der Vollgenuß der bürgerlichen Rechte entzogen iſt, ſofern ſie in dieſe Rechte nicht wieder eingeſetzt worden ſind. Strafen wegen politiſcher Verbrechen und Vergehen ſchließen nicht aus.

Art. 101. Der Regierungsrath hat die Wahlen im Laufe des Monats Auguſt anzuordnen.

Art. 102. Wählbar iſt jeder Wähler.

Art. 103. Zu einer gültigen Wahl iſt die abſolute Mehrheit aller Abſtimmenden erforderlich. Ergibt ſich ſolche Mehrheit in der erſten Abſtimmung für Einzelne nicht, ſo wird eine zweite Wahl vorgenommen. Wird auch in dieſer eine abſolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, ſo erfolgt eine dritte Abſtimmung, in welcher die relative Mehrheit genügt. Bei Stimmengleichheit entſcheidet das Loos.

Art. 104. Die Amtsdauer des Regierungsrathes iſt auf fünf Jahre feſtgeſetzt. Der Antritt des Amtes erfolgt regelmäßig am erſten September des Wahljahres.

Art. 105. Tritt eine Erledigung während der vier erſten Amtsjahre ein, ſo wird zu einer neuen Wahl für die noch übrige Amtszeit geſchritten. Fällt eine Erledigung in das letzte der fünf Jahre, ſo beſtimmt der Volksrath, ob eine neue Wahl vorgenommen werden ſolle oder nicht.

Art. 106. Die Mitglieder des Regierungsraths ſind nach Beendigung ihrer Amtsdauer oder nach ihrem Ausſcheiden immer wieder wählbar.

Art. 107. Der Regierungsrath verkündet die Geſetze; er vollzieht dieſelben und erläßt die nöthigen Vollzugsverordnungen.

Art. 108. Er ernennt diejenigen richterlichen und Verwaltungsbeamten, deren Anſtellung nicht verfaſſungsmäßig oder geſetzlich entweder dem Volke vorbehalten oder andern Staatsbehörden übertragen iſt.

Art. 109. Der Regierungsrath hat die Oberaufſicht über die Rechtspflege, gibt den Verwaltungsſtellen alle Anleitungen, führt die Aufſicht über das Unterrichts- und Erziehungsweſen, und handhabt die allgemeinen Staatsgeſetze in Beziehung auf die Religionsgeſellſchaften.

Art. 110. Er verfügt über die bewaffnete Macht nach Außen in Gemäßheit der Vorſchriften der Reichsgewalt, und im Innern zur Handhabung der geſetzlichen Ordnung. Er beeidigt die bewaffnete Macht auf Beobachtung und Schutz der Verfaſſung.

Art. 111. Der Regierungsrath wahrt die Verhältniſſe des Freiſtaates zu dem deutſchen Reiche und zu andern Staaten. Soweit hierbei nicht lediglich Anordnungen der Reichsgewalt zu befolgen ſind, hat der Regierungsrath den Beſchluß oder die Ermächtigung von dem Volksrathe einzuholen.

Art. 112. Der Regierungsrath legt dem Volksrathe den jährlichen Voranſchlag der Einnahmen und Ausgaben und die dazu gehörenden Geſetzentwürfe vor.

Art. 113. Der Regierungsrath ſoll dem Volksrath von Zeit zu Zeit einen Geſammtbericht über den Zuſtand des Freiſtaates geben, und damit den Vorſchlag zu ſolchen Maßregeln verbinden, die er für das Gedeihen der öffentlichen Verhältniſſe für nützlich erachtet.

Art. 114. Für die Staatsverwaltung in ihren einzelnen Zweigen werden Abtheilungen eingerichtet, deren Leitung einzelne Mitglieder des Regierungsrathes übernehmen. Die Abtheilungen ſtehen unter dem Regierungsrathe. Das Geſetz beſtimmt die Zahl und den Wirkungskreis dieſer Abtheilungen. Die Einrichtung und die Obliegenheiten der unter den Abtheilungen ſtehenden Verwaltungsämter und andern Behörden, ſowie die Beſoldungs-Verhältniſſe werden durch das Geſetz geregelt.

Art. 115. Gelderhebungen und Auszahlungen aus den öffentlichen Caſſen können nur gegen Anweiſungen erfolgen, die auf den geſetzlichen Beſchlüſſen beruhen. Der Volksrath ernennt aus ſeiner Mitte Bevollmächtigte zu den einzelnen Abtheilungen des Regierungsrathes, ſowie zu den Verwaltungsämtern, bei welchen das Geſetz dieſes beſtimmt. Dieſe Bevollmächtigten haben den Auftrag, die Verwaltung der Einnahmen und die Ausgaben des Staates zu überwachen. Ohne ihre Gegenzeichnung kann keine der obgedachten Anweiſungen vollzogen werden. Ein beſonderes Geſetz beſtimmt die Errichtung eines Rechnungshofs.

Art. 116. Der Regierungsrath wählt aus ſeiner Mitte immer auf Ein Jahr, welches von dem erſten September an gerechnet wird, einen Präſidenten und einen Vicepräſidenten. Die nämlichen Perſonen ſind auch nach Ablauf des Jahres ſtets wieder wählbar.

Art. 117. Alle Mitglieder des Regierungsrathes erhalten eine Geldentſchädigung, welche durch das Geſetz beſtimmt wird.

Art. 118. Der Regierungsrath und deſſen einzelne Mitglieder ſind dem Volksrathe verantwortlich. Ein Geſetz wird die rechtlichen Wirkungen dieſer Verantwortlichkeit und die Formen, in welchen ſie zur gerichtlichen Geltung gebracht werden kann, beſtimmen.

Frankfurt, 20. Juni. Die neueſten Nachrichten von der Bergſtraße melden uns die Verlegung des Hauptquartiers und General-Commando’s der Reichsarmee von Weinheim weiter öſtlich nach Fürth. Die dieſſeitigen Vorpoſten ſtehen bis Heddesheim, das Frankfurter Linienbataillon in Weinheim. Die preußiſchen Truppen ſind auf der Bergſtraße von Zwingenberg bis nach Bensheim ſtationirt; das Hauptquartier des die preußiſche Heeresabtheilung commandirenden Generallieutenants Grafen von der Gröben war geſtern in Zwingenberg. (O. P. A.)

* Der Oeſterr. Correſpondent ſchreibt aus **Wien**, vom 14. Juni: „Der Höhepunkt des Abſurden ſcheint wohl durch die Einſetzung und Wahl der neuen Regentſchaft für Deutſchland in Stuttgart, ſowie dadurch erreicht worden zu ſein, daß das Präſidium des Rumpfparlaments dem kaiſerl. Cabinet und wahrſcheinlich auch den übrigen deutſchen Regierungen von jenen Beſchlüſſen, von der Abſetzung der frühern und dem Regierungsantritte der neuen Centralgewalt in officieller Weiſe Kenntniß gegeben hat. Wir glauben, hoffen zu dürfen, daß das kaiſerl. Cabinet, im Vereine mit den übrigen deutſchen Höfen, dahin wirken werde, dieſem verderblichen Treiben ein baldiges Ende zu machen.“

△ **Wien,** 15. Juni. Großes Aufſehen erregte heute ein Beſuch, womit der Kaiſer den ehemaligen Gouverneur Wiens, den alten Feldmarſchall Baron Wimpffen, in ſeiner Wohnung überraſchte. Man muß es dem jungen Monarchen nachrühmen, daß er ſich die Herzen zu gewinnen ſucht; unter andern Verhältniſſen würde er nicht verfehlen, dem Enthuſiasmus, den er jetzt

vorzugsweiſe bei der Armee erregt, in allen Schichten der Bevölkerung zu begegnen. Aus authentiſcher Quelle erfuhr ich ſoeben, daß die Ruſſen in Siebenbürgen einmarſchirt ſind. Den Punkt kann ich Ihnen zwar noch nicht angeben, da die ruſſiſchen Operationen ſehr geheimnißvoll behandelt werden; doch iſt der Einmarſch diesmal Thatſache. Die erſte Nachricht davon traf ſchon vor vier Tagen ein und man erwartet ſtündlich einen Courier mit den Details.

△ **Wien**, 16. Juni. Während wir hier in der Ueberzeugung lebten, daß die Magyaren auf allen Punkten, wo unſere Truppen vorrücken, ſich zurückziehen, zeigt es ſich nun, daß bei Szered, Trentſchin, Nyarosd, ſtarker Widerſtand zu erwarten iſt. Die Ungeduld, endlich einmal den Anfang des Endes zu ſehen, bemächtigt ſich aller Gemüther täglich in höherm Grade, ſowohl bei der Armee als hier in Wien und man fängt bereits an, Mährchen zu erfinden, um dieſes endloſe Laviren zu erklären. Eine jener müßigen Erfindungen iſt denn auch die, daß Schlick mit 30,000 Mann Truppen zu den Magyaren übergetreten ſei. So abſurd dieſe Lüge an ſich auch iſt, ſo findet ſie doch ihr Publikum, das den Commentar dazu macht: Schlick habe all ſein Vermögen verſpielt und ſei von den Ungarn mit einer großen Summe beſtochen worden. Daß Schlick ein leidenſchaftlicher Spieler, iſt zwar allerdings wahr, (in keinem Armeecorps iſt das Laſter des Spiels ſo allgemein, wie in dem ſeinigen) doch man kann das Spiel lieben und dennoch ein Ehrenmann ſein, wie Schlick es wirklich iſt. In dem Zuſtande des Commandanten des 3. Armeecorps, Fürſten Edmund Schwarzenberg, iſt zwar eine kleine Beſſerung eingetreten, doch iſt die linke Seite noch immer gelähmt, und er ſelbſt ſoll der Anſicht ſein, auf ſeine Stellung verzichten zu müſſen. Dadurch würde die Verlegenheit entſtehn, einen neuen Führer für das dritte Armeecorps zu ſuchen. Die Südarmee iſt zwar reich an fähigen und erprobten Männern, doch iſt Radetzky jetzt ſchon ſchwierig, daß man ihm ſo viele Officiere entzieht, wie neuerdings wieder den Gen. M. Wolter, Commandanten von Malghera, der durch telegraphiſche Depeſche als Commandant nach Eſſegg berufen iſt, wie es ſcheint auf Veranlaſſung des Banus. Die Einnahme von Neuſatz durch die Truppen des Letzteren, welche von einigen ſüdſlaviſchen Blättern berichtet wurde, beſtätigt ſich, und wir erwarten ein Bülletin darüber. Unter der hieſigen Artillerie iſt großer Jubel über die Auszeichnung, welche dieſer, von den früheren Regenten auffallend vernachläſſigten Waffengattung dadurch geworden iſt, daß ſich der Kaiſer zum Oberſten und Inhaber des 1. Artillerieregiments ernannte; doch nimmt die „Preſſe" Gelegenheit das Miniſterium anzugreifen, weil das Handbillet des Kaiſers, welches dieſen Entſchluß zur öffentlichen Kenntniß bringt, im amtlichen Theile der Wiener Zeitung, der miniſteriellen Gegenzeichnung ermangelt. Die zurückgekehrte Raſtatter Garniſon empfängt fortwährend Beweiſe der Achtung und Anerkennung; der Artilleriecorporal Hawranek wurde in ein Infanterieregiment als Officier befördert, und die Wiener Zeitung hat eine Subſcription für die Mannſchaft eröffnet, die ſeit geſtern gegen 50 fl. eingetragen hat. In der Steiermark dauert die Hetze auf die Palatinalhuſaren noch immer fort; vorgeſtern wurden in Marburg wieder 66 derſelben gefangen genommen, 5 blieben auf dem Platze. Es ſcheint wirklich, daß das ganze aus 1200 Mann beſtehende Regiment den Verſuch macht, in einzelnen Corps nach Ungarn überzugehn; eines deutlicheren Beweiſes bedarf es wohl nicht, daß die ungariſche Nationaleitelkeit und Vaterlandsliebe auch vor der Republik nicht zurückſchreckt: worauf wir zur ſchnelleren Beendigung des Kriegs ſo große Hoffnungen bauten. Wer weiß übrigens, was geſchehen wär', hätte man in Debreczin die Republik proclamirt, ehe die Ruſſen gerufen wurden. Das Erſcheinen derſelben ſcheint alle dämoniſchen Gewalten ſowohl in Polen und Ungarn, als auch — in Baden und der Pfalz entfeſſelt zu haben.

* **Wien**, 16. Juni. In den Militärſpitälern fallen ſehr viele Aerzte dem Typhus zum Opfer. Bei St. Peter unweit Raab iſt ein Gefecht vorgefallen, deſſen Ausgang man nicht genau kennt. Das öſterreichiſche Hauptquartier iſt noch immer in Preßburg; die Avantgarde der ruſſiſchen Cavallerie in Freiſtadtl. Mit dem vorgeſtrigen Abend-Poſttrain ſind 4 Civil- und 8 Militär-Feſtungsarreſtanten unter Militärescorte nach Thereſienſtadt abgeführt worden.

Der ehemalige Stadtrichter zu Raab, Alexander Karwaſy (eigentlich Karpf) wurde dieſer Tage in Baden arretirt. Die hieſigen Blätter brachten die Nachricht, daß der ehemalige Reichstagsabgeordnete Marcher wieder eingezogen worden ſei. Dem iſt nicht ſo. Marcher hat ſich freiwillig geſtellt, und iſt ſeit der Zeit nicht entlaſſen worden, konnte alſo nicht wieder eingezogen werden. Eben ſo unbegründet iſt die Nachricht von der Verhaftung der Herren Buchheim und Falke. Vom Miniſterium des Innern wurde dem Gemeinderathe Wiens bekannt gegeben, daß die Landesverfaſſung der Provinz Niederöſterreich beinahe vollendet ſei, und im Schooße des Miniſteriums die Schlußberathungen darüber ſtattfinden. Der Gemeinderath wird aufgefordert, zu dieſen Schlußberathungen zwei ſeiner Mitglieder zu ſenden. Das hieſige Buchhändlergremium hat nachſtehendes Circular an alle hieſigen Buchhändler erlaſſen: Die Differenz zwiſchen dem jetzigen Courſe der Münzſorten, in welchen die ausländiſchen Bücher und Zeitſchriften von den Buchhändlern gezahlt werden müſſen, und ihrem bisherigen Anſatze in öſterreichiſcher Währung macht die Beibehaltung dieſes Anſatzes ohne Ruin der Buchhändler unmöglich. Die öſterreichiſchen Buchhändler ſehen ſich daher gezwungen, die Coursdifferenz abermals in die Preisberechnung einzuziehen, wie jeder andere Kaufmann es bei ausländiſchen Waaren bereits thun mußte. Um aber den, für das Publikum ſo vortheilhaften und bequemen Gebrauch von firen, in allen Handlungen gleichen Preiſen, aufrecht zu erhalten, haben ſich ſämmtliche Wiener Buchhändler vereinigt, von heute an, die Berechnung des Thalers zu 1 fl. 48 kr., des Francs zu 36 kr., des Schillings zu 40 kr., wodurch die Coursdifferenz und daher der Verluſt der Buchhändler noch nicht gänzlich gedeckt iſt, anzunehmen.

♀ **Berlin**, 18. Juni. Die von hier aus verbreitete Nachricht, daß Hr. v. Radowitz nach Gotha gehen und an den Berathungen der Partei des Centrums Theil nehmen werde, iſt nicht gegründet. Radowitz glaubt ſich dieſen Beſprechungen fern halten zu müſſen, nicht weil er die Zuſammenkunft mißbilligte oder ihre Bedeutung nicht zu ſchätzen wüßte, ſondern lediglich aus Gründen der Discretion — wegen des Antheils, den er an dem neuen Verfaſſungswerke hat. Ueber die Bildung der drei Wahlklaſſen in Berlin habe ich intereſſante Notizen erhalten. Von Berlin werden an directer Steuer aufgebracht 900,000 Thaler. Davon kommen auf die Grund- und Gewerbeſteuer 570,000 Thlr.; das Uebrige auf die Communalmiethsſteuer. Nach vorläufiger Ermittelung ſtellt ſich heraus, daß die erſte Klaſſe 1) aus den großen Fabrikbeſitzern, 2) aus den großen Hotelbeſitzern (weil bei dieſen eine hohe Grund- und eine hohe Gewerbeſteuer zuſammentrifft), und 3) aus denjenigen Privaten beſtehen wird, die jährlich über 500 Thlr. Miethe zahlen. Alſo auch von den höhern Beamten werden nicht viele in die erſte Klaſſe kommen!

Lith. Corr. **Berlin**, 18. Juni. Die preußiſche Reichsverfaſſung macht Glück bei den übrigen deutſchen Regierungen. Es unterliegt nur ſehr geringem Zweifel, daß alle deutſchen Staaten (im Augenblick mit Ausnahme von Oeſterreich, Baiern, Würtemberg, Heſſen-Caſſel, Anhalt-Köthen und Anhalt-Deſſau) entweder dem engern Bundesſtaate ſchon beigetreten ſind oder doch in Kürze auch formell beitreten werden. Mit Tagesanbruch begann heute die Zufuhr von Wollen, welche in dieſem Jahre ſehr bedeutend zu werden ſcheint, indem bereits 70—75,000 Centner hier ſein ſollen, während die Anfuhr von den Producenten noch fortdauert und die Wollen vom Stettiner Markt noch nicht da ſind. Es iſt bereits Manches verkauft und zwar zu guten Preiſen. Namentlich ſind es Engländer, die ſcharf in den Markt gehen. Auch die kleinen Fabricanten haben heute viel ordinäre Waare aus dem Markt genommen und erwartet man allgemein, daß die Preiſe ſich gut behaupten und Alles geräumt werden wird. Man zahlt hier 15—25 Thlr. mehr als im vorjährigen Markt.

München, 15. Juni. Geſtern iſt das Urtheil des k. Kreis- und Stadtgerichts über die Tumultuanten des 18. Octobers vorigen Jahres verkündet worden. Das Strafmaß beläuft ſich bei den 16 Angeklagten zwiſchen 5 und 18 Monaten Gefängniß oder Arbeitshaus. Einer wurde freigeſprochen, und über einen wurde kein Beſcheid gefaßt; bei allen lautete die vom Gericht ausgeſprochene Strafe auf weniger als der Staatsanwalt beantragt hatte. Für die demnächſt zu erwartenden Landtagswahlen ſoll einem hier gehenden Gerüchte zufolge von Seite des Miniſteriums eine neue Eintheilung der Wahlbezirke beabſichtigt ſein. Nach einem hieſigen Blatte (der Volksbötin) ſitzen gegenwärtig in der hieſigen Frohnfeſte zehn politiſche Gefangene: fünf Redacteure, drei Stu-

denten, ein öſterreichiſcher Student (Schmetzer aus Gratz), endlich Hr. Kronacher, Vorſteher des Märzvereins in Augsburg. (Allg.Z.)

0 **München**, 18. Juni. Heute Morgen 8 Uhr wurde plötzlich die Reiſe des Königs nach Nürnberg abgeſagt, in Folge der Ankunft eines öſterreichiſchen Erzherzogs; mit Prinz Luitpold war auch der ſehr jugendliche Bruder des regierenden Kaiſers, Ferdinand Marimilian, hier eingetroffen, und im goldenen Hirſch abgeſtiegen. Hat man ſich über die diplomatiſche Sendung des Prinzen Luitpold ſchon verwundert, ſo ſteigert ſich die Verwunderung zum Erſtaunen beim Anblick dieſes unmündigen fürſtlichen Abgeſandten. In der königlichen Münze iſt man eifrig beſchäftigt mit der Anfertigung von Decorationen, die für die getreuen Officiere in Landau und die Tapferen in Schleswig beſtimmt ſein ſollen. Als Urſache weshalb der ehemalige Kriegsminiſter Leſuire ſo plötzlich ſich die allerhöchſte Ungnade zugezogen hat, erfährt man, daß derſelbe eine nach Berlin beſtimmte Depeſche, worin man ſich höflichſt die preußiſche Hülfe in der Pfalz verbat, mehrere Tage lang unbewußt zurückbehielt (?). Er ſoll deshalb jetzt zur Verantwortung gezogen werden, denn man iſt um ſo mehr erbittert über dieſe Vergeßlichkeit, als man die Anſicht hegt, daß das oſtfränkiſche Truppencorps unter dem Fürſten Taris hingereicht hätte, die Pfalz auch ohne Blut zu vergießen zu pacificiren, und man nun nicht weiß, wie man die ungerufenen Preußen wieder auf eine höfliche Weiſe aus dem Lande bringen kann.

*** **Leipzig**, 17. Juni. Geſtern hielt der deutſche Verein eine Verſammlung, zu der er auch Geſinnungsgenoſſen aus weiteren Kreiſen eingeladen hatte. Gegenſtand der Berathungen war die Stellung, die man gegenüber der von Preußen, Sachſen und Hannover octroyirten Verfaſſung einzunehmen hätte. Es waren als Grundlage der Debatte von dem Ausſchuß des Vereines, in Gemeinſchaft mit den ehemaligen Reichstagsdeputirten Biedermann und Laube, von denen der erſtere zum Eingang einen längeren Vortrag über das Verhalten der Majorität des Frankfurter Parlaments zum Verfaſſungswerk im verfloſſenen Jahre gehalten hatte, folgende Sätze aufgeſtellt:

„1) Bei den im gefährlichſten Grade verwickelten Verhältniſſen Deutſchlands und bei der augenſcheinlichen Unmöglichkeit, die von der deutſchen Reichsverſammlung aufgeſtellte Verfaſſung, gegenüber der Renitenz der Regierungen der größeren Staaten, ſowie der Weigerung des gewählten Reichsoberhauptes die dargebotene Kaiſerkrone anzunehmen, zur allgemeinen Geltung zu bringen, konnen wir uns weder von patriotiſchem noch practiſchem Standpuncte aus entſchließen, jedes Eingehen auf die von Preußen, Sachſen, Hannover vorgeſchlagene Reichsverfaſſung unbedingt abzulehnen, 2) dagegen müſſen wir uns gegen Anwendung des von Preußen octroyirten Wahlgeſetzes, das ſpeciell unſern ſächſiſchen Verhältniſſen völlig unangemeſſen erſcheint, wenigſtens in unſerm engeren Vaterlande entſchieden erklären, erwarten und verlangen vielmehr 3) von unſern Ständen, deren Genehmigung zum Anſchluß an den Verfaſſungsentwurf nach der königlichen Proclamation vom 30. Mai vorbehalten iſt, daß ſie dieſe Genehmigung nicht eher ertheilen, als bis ihnen das Reichswahlgeſetz zur Reviſion vorgelegen hat, und daß ſie bis zu genügender Erfüllung dieſer Vorbedingung die Wahlen zum Staatenhauſe verſagen. Eben ſo haben 4) die Stände beſtimmte Bürgſchaften dafür zu fordern, daß der endgültige Abſchluß der Verfaſſung wirklich durch den Reichstag, oder durch ein zwiſchen dem Reichstag und den Regierungen vereinbartes Schiedsgericht erfolge und das Verfaſſungswerk nicht etwa wieder zur Täuſchung werde durch den Vorbehalt einer Vereinbarung, die die letzte Entſcheidung abermals einzig in die Hände der Regierungen legen würde. (Eine Minorität unter Biedermann's Vortritt wich hier inſoweit ab, als ſie den endgültigen Abſchluß der Verfaſſung nur in des Reichstags Hand gelegt wiſſen wollte). 5) Nach Erfüllung der sub 3 und 4 aufgeführten Vorausſetzungen würden wir wünſchen, daß ſich die Stände eines weiteren Zuſtimmungsrechts begeben, da die Berathung der Reichsverfaſſung in den einzelnen Ständekammern den Abſchluß derſelben in eine nur zu gefährliche Ferne zu rücken droht. 6) Die Erfüllung der von uns aufgeſtellten Bedingungen in Sachſen und andern Staaten halten wir namentlich auch um deswillen für nothwendig, damit die auf dieſem Wege verſuchte Einigung Deutſchlands möglichſt bald alle die Staaten, für welche die Verfaſſung berechnet iſt, die Süddeutſchen ſowohl als die Norddeutſchen umfaſſe."

Die Verſammlung erklärte ſich, nachdem Laube eine allgemeine Debatte mit einer kurzen Darſtellung der augenblicklichen Lage Deutſchlands eröffnet hatte und nachdem man dann zur Beſprechung der einzelnen Punkte übergegangen war, mit großer Mehrheit für Annahme der Vorlage. Sehr lebhaſt war die Debatte über den Punkt 1, da ſich in der Verſammlung auch ein guter Theil Solcher befanden, die man wohl bei der Einladung nicht gemeint hatte. Ein bekannter Wortführer der „entſchieden Freiſinnigen" erklärte ſich in langer Rede gegen jede Betheiligung an der octroyirten Verfaſſung und für ſtrenges Feſthalten an der Reichsverfaſſung, wobei er denn die, zum Theil ja nur zu gut begründeten Angriffe auf die Regierungen, mit den bekannten Schlagworten ſeiner Partei unter großem Beifall der Tribüne und des Theils der Verſammlung, der mit ihm gekommen war, hervorhob, dem Aufſtand in Baden und der Pfalz dagegen das Wort redete ꝛc. Er fand in Biedermann einen Kampfgeübten weit überlegenen Gegner, und hat wohl, ſollte das etwa in ſeiner Abſicht gelegen haben, für ſeine Partei unter den Mitgliedern des deutſchen Vereines und denen, die wirklich eingeladen waren, den „Geſinnungsgenoſſen", keinen Proſelyten gemacht.

* **Karlsruhe**, 18. Juni. Die Karlsr. Ztg. enthält einen Bericht Mieroslawski's an die Regierung, datirt Heidelberg, 17. Juni, der nichts weſentlich Neues mehr enthält. Ebenſo enthalten die andern Kriegsberichte der Karlsr. Ztg., außer dem unten Mitgetheilten, nur das bereits Bekannte, natürlich mit ſehr ſtark aufgetragenen Farben. Die Frauen und Jungfrauen Deutſchlands werden aufgefordert, den badiſchen Verwundeten durch milde Gaben an Charpie und Verbandleinwand beizuſpringen. Eine Dame hat dem Bürger Goegg ihren Schmuck zum Beſten des Vaterlandes überſandt, was rühmend bekannt gemacht wird. In der Sitzung der Landesverſammlung vom 18. fragte Peliſſier beim Miniſter des Innern an, welche Vorarbeiten die Regierung zu dem am 15. Juli zu eröffnenden Reichstage gemacht habe. Der Miniſter Mördes erwiedert, das ſei Sache der Reichsregentſchaft. Stay iſt der Meinung, daß im Miniſterium des Innern noch der alte Schlendrian herrſche, und ſtellt aus dieſem Grunde den Antrag, die Verſammlung möge das Miniſterium des Innern beauftragen, die Vorarbeiten für die am 15. Juli ſtattfindenden Wahlen zum Reichstag zu machen. Mördes erwiedert, in Bezug auf den alten Schlendrian ſei Stay ſehr im Irthum; übrigens halte er es für ſehr zur Unzeit, wenn man jetzt Verſammlungen berufe, man ſolle vielmehr die vorhandenen vertagen und tüchtige Männer zur Leitung der Geſchäfte an die Spitze ſtellen. Stay zieht hierauf ſeinen Antrag zurück.

Am 17., meldet die Karlsr. Zeitung, hat wiederum unſere brave Neckararmee den Feind, beſtehend aus preußiſcher Artillerie, Heſſen und Hannoveranern (wenn das kein Mißverſtändniß iſt, da uns von Herbeiziehung hannoverſcher Truppen bisher nichts bekannt wurde), welcher bei Neckarhauſen einen Angriff verſuchte, mit großem Verluſt in die Flucht geſchlagen.

* **Weinheim**, 17. Juni. General von Peucker hat durch Bekanntmachung vom 17. Juni, in Folge des verkündeten Kriegszuſtandes und Standrechts für den Unter- und Mittelrheinkreis, die Bürgerwehr und alle bewaffneten Vereine in dieſen Kreiſen für aufgelöſt erklärt und eine allgemeine Entwaffnung angeordnet.

Darmſtadt, 19. Juni. Aus dem Hauptquartier der vereinigten Reichstruppen, Weinheim, 18. Juni Morgens, bringt die Darmſt. Ztg. folgenden Bericht: „Der Feind ſteht in der Gegend von Schriesheim noch in bedeutender Stärke und iſt wider Vermuthen bis jetzt ruhig geblieben. Unſere Truppen ſind theils einquartiert, theils bivouaquiren ſie und werden von den Einwohnern verpflegt, wie die Artillerie und ein Theil des 1. Regiments, theils kochen ſie förmlich im Bivouac, wie die Würtemberger. Die Chevaurlegersdiviſion Hauſen iſt gegen Heppenheim hin in die Reſerve zurückgelegt worden. Daß das von den Hanauer Turnern beſetzt geweſene Hirſchhorn von baieriſchen Jägern occupirt worden, dürfte wohl ſchon bekannt ſein; doch iſt dieſe Poſition ſo unhaltbar und ohne Belang, daß die Truppen nächſtbald von dort zurückgezogen und beſſer, vielleicht im Birkenauer Thal verwendet werden dürften. Ein Theil des für die Bergſtraße beſtimmten Corps der königlich preußiſchen Truppen iſt durch ſein Vorrücken bereits ſeit geſtern als ein integrirender Theil der allgemeinen Linie zu betrachten; daß die andern Theile nicht lange auf ſich warten laſſen, werden Sie aus den Bewegungen von dort nach vorwärts deutlich wahrnehmen. Das neue Schulhaus in der Stadt wird zu einem Lazareth eingerichtet. Der königl. preußiſche Major vom Generalſtabe, Hinderſen, welcher die Mecklenburger zu dem blutigen Gefecht am 15. führte, wird noch immer gänzlich vermißt. In der oberen Leitung des Feindes ſoll ſich, nach Bemerkungen Kundiger, weit mehr Sicherheit und Plan gezeigt haben als früher, viel weniger aber in der ſpeciellen. Der Feind kämpfte mit großer Energie."

Mainz, 19. Juni. Seit mehreren Abenden bilden ſich in der Gegend des Fiſchthores ſtarke Zuſammenrottungen, wo von einigen unſerer bekannten Wühler die neueſten Lügen vom Kriegsſchauplatze vorgeleſen, und die vorübergehenden Perſonen, welche der gemäßigten Meinung angehören, verhöhnt werden. In ähnlicher Weiſe verfuhren dieſe Leute geſtern Abend gegen den Groß-

Ueberſicht.

Von der Donau. XVI.
Die Stimmung der preußiſchen Landwehr.
Deutſchland. Heidelberg (Mieroslawski). Aus der Grafſchaft Schaumburg (Landtagswahlen. Strafmaeſch). Heſſen-Homburg (Schreiben des Hrn. Venedey). Weimar (Kammerverhandlungen über die deutſche Frage). Bernburg (Beitritt zur preußiſchen Reichsverfaſſung. Der Anhaltiniſche Waſhington. Klagen der Herzogin). Von der mecklenburgiſchen Gränze (Das Volk und die Volksvertreter). Schleswig (Myſtification des Morning Chronicle).
Polen. Warſchau (Der Kaiſer. Die Stimmung unter den Polen).
Donaufürſtenthümer. Aus der Moldau (Fürſt Stourdza).
Griechenland. Athen (Die Schatzgräber. Tortur. Belagerungszuſtand in Lamia).

Von der Donau.*)

XVI.

Wie die Alten brummen, ſo die Jungen ſummen. Man konnte es wohl denken, daß das Syſtem der oberſten Verwaltung in alle Faſern des Staates dringen werde. Die Beamtenwelt wurde alſobald wieder unter denunciatoriſche Aufſicht genommen, und der kopfſchwache Miniſter des Innern gab ſogleich ſeine Inſtruction, „daß er weder einen radicalen noch einen reactionären Staatsdiener dulde." Höchſt merkwürdiger Weiſe wollte kein Einziger von all den Tauſenden Beamten für radical und reactionär geſinnt gehalten werden, und Graf Stadion enthob nur den Abgeordneten Füſter, ohne Unterſuchung, ohne Urtheil, ohne Motivirung ſeiner Profeſſur, und ließ dem Abgeordneten Zöpfl durch ſeine Vorgeſetzten drohen, daß er ſeine Stelle bei der Nationalbank verlieren werde, wenn er ferner mit der Linken ſtimme. Dieſe Fälle ſind nicht vereinzelt. Eine Menge Menſchen wurden durch die Militärgewalt oder eigentlich durch den beigegebenen Regierungsrath Buffa willkürlich ihres Brodes und ihrer Stellung beraubt, unter den eigentlichen Staatsbeamten aber fand man wenig räudige Schafe. Fiſchhof und Mayer legten freiwillig ihre Stellen nieder.

Unter Denjenigen, welche ſeit dem November 1848 den Dictatoren und dem reactionären Miniſterium ſchwanzwedelnd und wohldieneriſch auf jedem Schritt folgten, ja ihnen voraneilten in krebsartiger Bewegung, behauptet der Gemeinderath der Reſidenz Wien den erſten Rang. Unter dem alten Regime war dieſe Corporation der philiſtröſeſte Abklatſch aller Städtevertreter; wenn ein Polizeicommiſſär in ihrer Mitte erſchien, ſchnappte ſie wie ein Taſchenmeſſer mit dem Kopfe zu Boden und rief und ſchrie: Allah il allah und Metternich iſt ſein Prophet.

Als die Revolution hereingebrochen war, fiel als erſtes Opfer das ſervile Oberhaupt der Bürger, nämlich der Bürgermeiſter; der Haß der Einwohner gegen Magiſtrat und privilegirte Bürgerſchaft entlud ſich in dieſem Blitze. Allein ſelbſt der erneute Gemeinderath war nicht im Stande, ſich die Achtung und Zuneigung der Einwohner zu erwerben; man kannte die unterthänigen Geſchöpfe, denen die neuen Kämpfe nichts als eine Ungelegenheit waren. Der Gemeinderath konnte ſich kein Anſehen und keine Geltung verſchaffen, und ſeiner Impopularität verdankt insbeſondere das Studentencomite und ſpäter der Sicherheitsausſchuß jene moraliſche Gewalt, die ſie bei der Maſſe des Volkes ausübten. Man ging in die Aula und in den Muſikvereinsſaal mit ſeinen Beſchwerden und Klagen, denn dort fand man Herz und Willen und Eifer, während der Gemeinderath, eingeſargt im bürgerlichen Kaſtenweſen, den Geldſeckel als die ultima ratio zur Geltung brachte.

Endlich wurde vom Miniſterium Weſſenberg die Reorganiſation dieſer Körperſchaft beſchloſſen, aber bei der Neuwahl geriethen überſtürzende Elemente hinein, die im October die Oberhand dadurch gewannen, daß die Andern allen Denen zunicken, die gerade die Gewalt in Händen haben. Der Gemeinderath beſtätigte die revolutionärſten Beſchlüſſe, ſetzte Penſionen aus für die Kämpfer gegen das kaiſerliche Heer, ſalarirte die Mobilgarde u. dgl.

Kaum waren die Croaten in der Stadt, ſo wurden ſie und ihr Führer vom Gemeinderath mit ſo ekelerregender Speichelleckerei bejubelt, daß Jellacic ſelbſt ſich über dieſe ungeſchickte Demonſtration gegen die Gemeindedeputation äußerte. Windiſchgrätz wurde als Befreier und Beglücker vom Gemeinderath in corpore begrüßt.

Mit Schamröthe gedenkt der Wiener, zu welchen Handlungen und Abſichten ſich ſeit jener Zeit der Gemeinderath, als „gehorſamſter Knecht" hergab. In ferner Zeit wird die Preſſe einmal dieſe Bürger und ihr Thun ins ſchwarze Buch des Gemeindelebens einzeichnen. Die Denunciationen Einzelner und das Scherwenzeln Aller vor jedem Feldwebel hat die ganze Stadt geſehen, und in ihrem blinden Wahne züngelten ſie gegen den Reichstag und beeilten ſich, dem Miniſterium Schwarzenberg eine Vertrauensadreſſe zu bereiten. Sie beadreßten auch Welden, wie ſie morgen Koſſuth beadreſſen würden, wenn er in die Vorſtadt käme. Charakterlos und geſinnungslos hat dieſe Corporation neuerdings den Haß und die Verachtung der ganzen Einwohnerſchaft auf ſich geladen, und die Parteiung der Bürgerſchaft iſt ſchroffer als zur Zeit, da auf dem Stephansplatz Garden auf Garden ſchoſſen. Die bei Weitem größere Mehrzahl der Wiener iſt für Geſetz, Ordnung und Ruhe, ſelbſt wenn die Freiheit ein wenig beengt iſt; allein dieſe Mehrzahl iſt auch gegen jede Willkür und Geſetzloſigkeit, und beſonders das Blutvergießen empört ihr innerſtes Gefühl. Der Mord Latours machte die Wiener abſpänſtig der Revolution, die Mordthaten der Militärgewalthaber machten ſie abſpänſtig der ganzen jetzigen Regierung. Der Gemeinderath hat auch, trotz der Belagerung und der zahlreichen Patrouillen bereits Katzenmuſiken erhalten, die aber kaum ein Präludium ſind jener Zwiſtigkeiten, die bei einſtweiliger Aufhebung der Belagerung in ſeinem Schooße entſpringen und die geſammte Einwohnerſchaft gegen ihn bewegen werden.

Die neueſten Thaten dieſes Gemeinderathes ſind ſeine Beſchlüſſe betreffs einer Gemeindeordnung. „Von der Willkür und dem Belieben der Gemeinde allein ſoll es abhängen, ob ſie einen Reichsbürger als Gemeindebürger aufnimmt!"

Das iſt nicht blos Engbrüſtigkeit, ſondern ein Verkennen der ganzen Zeit in kurzſichtigſter Weiſe. Einige verſtändige Männer liberalen Sinnes zeigten der ehrſamen Verſammlung in gelehrten Abhandlungen das Verwerfliche und Unzukömmliche eines ſolchen Statuts, wodurch das Reichsbürgerrecht annullirt wird; aber der Gemeinderath blieb bei dem Beſchluſſe.

In weiterer Berathung wurde dieſer Tage ein Wahlſyſtem für die Gemeinde angenommen; in der Art, daß 3 Wahlkörperſchaften nach der Geſammtſumme der directen Steuern gebildet werden, auf jede Körperſchaft des Drittheils Steuerquote entfällt das Drittheil der zu Wählenden.

Dieſe Wahlweisheit findet man ſchon in verſchiedentlichen octroyirten Verfaſſungen. Das Reſultat aber iſt für die Gemeinde Wiens, um nur ein Beiſpiel anzuführen, Folgendes:

Die innere Stadt, alſo der Kern der Reſidenz und des Kaiſerſtaates, zählt 5654 Contribuenten; die directe Steuer beträgt 1,153,000 fl. Das Drittheil dieſer Geſammtſumme macht 384,333 fl. Dieſe Summe wird von höchſtens 150 der Höchſtbeſteuerten, von 400 jener Steuerpflichtigen, die zwiſchen 1700 und 700 fl. jährlich zahlen, und von 5000 mindeſt Beſteuerten, bis auf 5 fl. herab gezahlt. Von den zu wählenden 36 Vertretern würden alſo 5000 Bürger 12, 400 Bürger ebenfalls 12, und 150 Bürger auch 12 Vertreter wählen.

Gegen Ziffern iſt nicht ſo leicht zu ſtreiten. Man hat von dieſem Gemeinderath weder ein liberales noch ein zeitgemäßes Statut erwartet und die Erwartung iſt nicht getäuſcht. Aber außer der Scham über ſolche Repräſentanten erfaßt den Denker die Sorge, daß in dieſen Beſchlüſſen der neue Keim erbitterter Kämpfe liegt, wo Bürger gegen Bürger die Fauſt erheben und Nachfolger die Engherzigkeit und den Unverſtand der jetzigen Repräſentanten büßen werden. Nicht der Proletarier bringt dem Staate ſolchen Nachtheil, wie ſolche Beſitzende in ihrem Egoismus. Man ſpricht von ſeinem Gemeinderath nur mit tiefſter Mißachtung.

*) Auch an der Spree mit Nutzen zu leſen.

Die Stimmung der preußiſchen Landwehr.

00 **Frankfurt**, 17. Juni. Die preußiſche Landwehr, welche im erſten Aufgebot bis zum 32. Lebensjahre in 36 Regimentern Fußvolk, 8 Schützenabtheilungen und 104 Reiterſchwadronen auf dem Kriegsfuß 130,000, im zweiten Aufgebot bis zum 40. Lebensjahre, welches für die Feſtungen beſtimmt iſt, etwa 70,000 Mann begreift, iſt als der eigentliche Kern des preußiſchen Heeres, die ſtehenden Truppen nur als deſſen Schale zu betrachten. Aus dieſem Grunde iſt es nicht unwichtig, die Stimmung dieſer Landwehr zu kennen, welche aus gereifteren Männern beſteht, die das Leben aus eigner Erfahrung kennen und nicht ſo ſehr wie die Linie von den politiſchen Anſichten ihrer Officiere abhängig ſind.

Seit den Freiheitskriegen 1813 — 1815 iſt, obgleich offenbar 1830, 1840 und nach dem Februar 1848 die Ausſichten auf einen europäiſchen Krieg näher lagen als gegenwärtig, die Landwehr nicht in der gegenwärtigen Ausdehnung aufgerufen worden. Kein Wunder, daß die Wehrmänner über den Grund dieſer außerordentlichen Kraftanſtrengung grübeln, und ihn bald in einem drohenden Krieg mit Oeſterreich, bald gar in der Wiedereroberung von Neuenburg finden. Andere finden gar in dem allerdings auffallenden Umſtand, daß die ſtarke Beſatzung Berlins und der Marken, welche 60 — 80,000 Mann betragen mag, ſo wie die Feſtungsbeſatzungen aus Linientruppen gebildet werden, die Abſicht des Miniſteriums, die Landwehr als ein politiſch gefährliches Element aus der Heimath zu entfernen.

Daß bei der Landwehr theils eine trübe Stimmung, theils Erbitterung herrſcht, welche bei den einen ſich mehr gegen die directen, bei andern mehr gegen die indirecten Veranlaſſer ihres Ausmarſches richtet, wird man ſehr erklärlich finden bei Familienvätern, die ihr Geſchäft fremden Händen überlaſſen müſſen, die zum Theil ſchon über ein halbes Jahr von ihren Familien getrennt ſind, die ohne zu wiſſen wohin, fortwährend in Deutſchland herumziehen und jetzt gar in den offenen Kampf geführt werden, während ſo viele junge Leute, welchen nicht die Sorge für eine Familie obliegt, fern von aller Gefahr bleiben, die endlich noch gar keinen Termin ihrer Rückkehr kennen. Daß dieſe Betrachtungen ſchon zu einzelnen Widerſetzlichkeiten, z. B. in der Berliner Landwehr, in Weſtphalen und der Rheinprovinz geführt, iſt aus den Zeitungen bekannt; die poſener Landwehr wurde wegen ihres maſſenhaften Widerſtandes nach Schleswig geſchickt, wo, wie neueſte Berichte melden, die Prügelſtrafe wieder eingeführt iſt, was die Kriegsluſt nicht eben zu ſteigern geeignet iſt*). Größeren Auflehnungen ſcheint man durch Feſtungsſtrafe für die Wortführer, durch allmäliges Einziehen der Bataillone und raſche Entfernung der Eingekleideten aus der Heimath, durch Verlegung der einzelnen Compagnien deſſelben Bataillons an verſchiedene Orte zuvorgekommen zu ſein. Bei dieſer Stimmung werden wohl auch die im Tone der ſchwarzweiß-abſolutiſtiſchen Partei abgefaßten und maſſenhaft vertheilten Anſprachen nicht wirken. Wir zweifeln nicht, daß die preußiſche Landwehr, wenn auch mit blutendem Herzen, tapfer kämpfen wird, aber der Zweifel, daß wirklich die Nothwendigkeit, da kein mächtiger äußerer Feind das Vaterland bedroht, erfordere, Monate lang die Angehörigen ihrem Schickſal zu überlaſſen, wird die loyalen Geſinnungen dieſes Kerns des preußiſchen Volkes nicht eben fördern.

Deutſchland.

Heidelberg, 13. Juni. Heute Morgen wurde das dritte Regiment, ein Theil des am vorigen Tag von Ladenburg gekommenen Leibregiments, das aus Schwetzingen herangezogene erſte Dragonerregiment vor dem Thore und die auf dem Paradeplatz aufgeſtellte Artillerie in der Stadt von Mieroslawski beſichtigt, einem noch ſehr jungen ſchönen Manne mit ſtarkem blonden Barte und ruhiger beſonnener Haltung, der etwas an Hecker erinnern könnte wie er vor drei bis vier Jahren ausſah. Er trug einen blauen Rock, eine goldgeſtickte polniſche Spitzmütze und rothe ſchwarzbeſetzte Beinkleider; er hielt eine Anrede an jede der obengenannten Truppenabtheilungen in polniſcher Sprache, die ein Adjutant ſatzweiſe deutſch wiedergab, um die Soldaten zum Gehorſam, zur Ordnung, zum Muth und zu gegenſeitigem Vertrauen aufzufordern, verhieß ihnen einen ſiegreichen und kurzen Kampf und verſprach im unglücklichſten Falle mit ihnen zu ſterben; morgen, übermorgen ſollten ſie zum Aufbruch bereit ſein. (Allg. Z.)

*** Aus der kurheſſiſchen Grafſchaft Schaumburg, 12. Juni. Geſtern hat der Bezirksausſchuß der kurheſſiſchen Grafſchaft Schaumburg das Reſultat der am 1. Juni vorgenommenen Landtagswahlen der Stadt- und Landbewohner aus den Wahlprotokollen ermittelt, und heute haben die Höchſtbeſteuerten ihren Deputirten gewählt, womit der Wahlact unſrer Grafſchaft beendigt iſt. Wir könnten nicht ſagen, daß der für unſre Landtagswahlen zum erſten Mal zur Anwendung gekommene Wahlmodus beſonders erfreuliche Ergebniſſe geliefert, und für die politiſche Reife unſrer Bevölkerung günſtiges Zeugniß abgelegt hätte, während früher, als die Wahl noch mittelbar und manchfachen Beſchränkungen unterworfen war, unſre Grafſchaft ſich nicht ſelten durch die ausgezeichnetſten Männer — einen Wippermann, Pfeiffer, Werthmüller ꝛc. vertreten ſah. Die Ehre unſrer ſtädtiſchen Wahl iſt diesmal noch hauptſächlich durch die Thätigkeit unſres Oldendorfer Bürgervereins gerettet worden, welcher die Wiedererwählung unſres frühern Deputirten, des O. G. Prokurators Oetker zu Kaſſel mit Hülfe der drei übrigen kleinen Städte unſrer Grafſchaft gegen den von der Metropole Rinteln aufgeſtellten Gegencandidaten glücklich durchgeſetzt hat. Die Majorität des Rinteler Bürgervereins war nämlich naiv genug, uns einen gewiſſen Dr. der Medicin Weſtphal „octroyiren" zu wollen, einen Mann, von deſſen öffentlichem Leben, politiſchen Grundſätzen und Rednergaben wir zu wenig (d. h. gar Nichts), von deſſen Privatleben wir aber leider zu viel gehört hatten. Das ſcheint aber unſere nachbarlichen Spießbürger nicht im Geringſten genirt zu haben. Weil der Herr Doctor, der ſich früher vergebens um ein Phyſicat beworben hatte, in verſchiedenen Wirthshäuſern tüchtig auf die Staatsdiener und deren angeblich zu hohe Gehalte räſonnirt hatte, ſo bürgten ſie „mit ihrer Ehre" für die Geſinnungstüchtigkeit ihres Candidaten. Freilich mit ſehr ungünſtigem Erfolg. Ueberhaupt würde man den guten Rintelenſern ſehr Unrecht thun, wollte man ihre politiſche Reife nach einigen von der intelligenteren Minorität durchgeſetzten und in die Welt geſandten Adreſſen beurtheilen. Auch der Ruf ihrer Energie für Aufrechthaltung der geſetzlichen Ordnung hat einen harten Stoß erlitten, ſeitdem ſie, die doch gegen unſere etwas ungebührlich ſich benehmende militärpflichtige Jugend alsbald mit ſcharfer Waffe eingeſchritten waren, nicht einmal ihren eigenen „ſouveränen Pöbel" im Zaum halten konnten oder wollten, als derſelbe im vorigen Monat in 10—12 Häuſern die Fenſter einſchlug und Tags darauf, durch die Indolenz der Bürgergarde ermuthigt, am hellen lichten Tage auf dem Markt einen Freiheitsbaum mit rother Fahne aufrichtete! Hoffen wir, daß unſere Provinzialhauptſtadt uns künftig mit einem beſſern Beiſpiel des Sinnes für Geſetzlichkeit voranleuchten wird. Bei den Landwahlen haben ſich die Stimmen ſehr zerſplittert, ſo daß wir eigentlich Minoritätswahlen erhalten haben. In dem einen Landwahlbezirk iſt der wackere Paſtor **Wigand** zu Oldendorf gewählt worden, verdankt aber ſeinen Sieg über einen von den demokratiſchen Schulmeiſtern empfohlenen Gegencandidaten nur dem zufälligen Umſtand, daß einige für den letztern ſtimmenden Gemeinden den vorſchriftsmäßigen Wahltag nicht eingehalten hatten, weßhalb ihre Stimmen nicht mitgezählt werden durften. In dem andern Landwahlbezirk iſt der Colon Dr. jur. Weſtphal zu Bernſen, Bruder des Dr. med., gewählt worden, der Candidat der demokratiſchen Wahlliſte. Characteriſtiſch für ihn iſt, daß er, als er unlängſt in einem officiellen Schreiben des Obergerichtsdirectors zu Rinteln „Colon" titulirt worden war, in ſeinem Antwortſchreiben feierlich gegen dieſen Titel proteſtirt und ſeinen „Dr." beanſprucht hat. Die Höchſtbeſteuerten endlich haben heute einen ſchlichten Landmann von bravem Character und geſundem Mutterwitz, den Bürgermeiſter **Hartmann** zu Auhagen gewählt, über deſſen politiſche Farbe ſich noch nicht urtheilen läßt. Schwerlich aber dürften unſre Demokraten „vom reinſten Waſſer" eine Acquiſition an ihm gemacht haben. Es werden noch mehrere Wochen darüber hingehen, bis die Vollendung unſrer ſämmtlichen Wahlen in Kurheſſen den Zuſammentritt des Landtages möglich macht. So groß hier auch die Anhänglichkeit an die Reichsverfaſſung iſt, ſo überzeugt man ſich doch immer mehr, daß ihre Durchführung auf unüberſteigliche Hinderniſſe geſtoßen ſei; deshalb erwartet man auch von den Ständen, daß ſie in Gemeinſchaft mit der Staatsregierung für die Sicherung des wirklich Erreichbaren die Hand bieten werden. In voriger Woche marſchirte durch Oldendorf ein Bataillon der Berliner und Potsdamer Landwehr, welches den Weg von Hamm nach Magdeburg zur Strafe für ſeine demokratiſche Geſinnung zu Fuß zurücklegen muß. Nach ihrer Erzählung beſtand ihr Hauptvergehen darin, daß ſie in das vom General von Webern ausgebrachte Hoch auf den König nicht eingeſtimmt hatten; ſie hatten dies aber unterlaſſen, weil ſie mißvergnügt waren über ihre Verwendung gegen die Erhebung Weſtphalens zu Gunſten der deutſchen Reichsverfaſſung.

---

*) So eben leſe ich, daß auf dem Marſche nach dem Rhein zwei Compagnien des 20. Landwehrregiments bei Magdeburg wegen Widerſetzlichkeiten zurückgeſchickt und nach Stettin verlegt werden mußten.
Anm. des Einſ.

* Heſſen-Homburg. Hr. Venedey hat auf die Zuſchrift der Regierung, die ihm ſeine Diäten entzieht, die folgende Antwort gegeben:

An Hrn Regierungsrath Heinrich in Homburg. Frankfurt, 7. Juni 1849. Mein Herr! Ich halte es für meine Pflicht, gegen den Erlaß landgräflichen Geheimenraths vom 29. v. M. (Nr. 155) hiermit Verwahrung einzulegen. Es heißt in demſelben: „da nunmehr die Miſſion der deutſchen Reichsverſammlung erledigt erſcheine, ſo ſollen die Tagegebühren, à 5 Fl. täglich, vom 31. deſſ. M. an ceſſiren." Der landgräfliche Geheimerath iſt wahrlich nicht die Behörde, die zu entſcheiden hat, ob die Miſſion der deutſchen Reichsverſammlung erledigt iſt oder nicht. Jedenfalls aber würde, wenn außer der Reichsverſammlung ſelbſt irgend eine Behörde dies zu entſcheiden hätte, es nicht genügen, daß dieſer Behörde die Miſſion der Reichsverſammlung als erledigt erſcheine. Ich bin überzeugt, daß jedes Gericht in dieſem Sinne Recht ſprechen würde, und ich nur den Weg Rechtens zu gehen brauchte, um den Beſchluß des landgräflichen Geheimenraths vom 29. v. M. in ſeiner rechtlichen Nichtigkeit zu zeigen. Andere Rückſichten aber, über die ich nicht Luſt habe, mich heute und hier näher auszuſprechen, veranlaſſen mich, es bei dieſer Verwahrung des Rechts eines vom Volke gewählten Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung gegen unbefugte Willkür einer Behörde, die, nach dem deutſchen Sprüchworte, pfeift, wie die Großen ſingen, bewendet ſein zu laſſen.

Nachſchrift. Krankſein iſt die Urſache, daß ich nicht früher auf das bezogene Schreiben geantwortet habe.

0 **Weimar**, 17. Juni. An dem hieſigen Landtag wurde in dieſen Tagen die deutſche Frage verhandelt. Hauptgrundlage war die auch in Ihren Blättern mitgetheilte Miniſterial-Erklärung vom 29. Mai und die Schritte des Miniſteriums in der jüngſten Vergangenheit. Eine Propoſition über die nächſten im unmittelbaren Verhältniſſe zu dem preußiſchen Verfaſſungsvorſchlag vorzunehmenden Schritte war noch nicht an den Landtag gelangt und nur beiläufig ſprachen die Redner hierüber ihre Anſichten — ſehr gegen den Anſchluß an die preußiſchen Vorſchläge — aus. Staatsminiſter v. Watzdorf gab einige Erläuterungen zu den erſten beiden Punkten des erwähnten Miniſterialdekrets. Der Sinn derſelben laſſe ſich in den Satz zuſammenfaſſen: daß die Frankfurter Reichsverfaſſung in den anerkennenden 29 Staaten allein nicht ausgeführt werden ſolle. Die Aufgabe in der gegenwärtigen Lage für den Landtag ſei die: mit Beſonnenheit auf dem jeweilig möglichen Wege immer nach demſelben großen Ziel zu ſtreben, nämlich nach der möglichſten Herſtellung von Deutſchlands Einheit. Die Ausführung der von der Reichsverſammlung am 4. Mai gefaßten Beſchlüſſe werde nicht dahin führen. Wenn er ſich aber gegen die Ausführung der Reichsverfaſſung allein in den 29 Staaten ausſpreche, ſo habe er ſich damit noch nicht für das Berliner Verfaſſungsproject erklärt. Keinenfalls werde die Regierung einen entſcheidenden Schritt ohne Zuſtimmung des Landtags thun. Man möge aber von den Verſuchen, ein kleines Deutſchland zu bilden, abgehen, die dem Lande nur Unglück bringen können.

Herr v. Wydenbrugk knüpfte an die Aeußerung eines Abgeordneten: „Der Berliner Entwurf gebe dem deutſchen Volk gar nichts von ſeinen gerechten Erwartungen, er gebe nur den falſchen Schein von conſtitutioneller Freiheit und deutſcher Einheit" folgende Bemerkungen: Die Regierung ſpreche noch keine feſte Anſicht über den preußiſchen Entwurf aus, weil ſie den ganzen Umfang der Vorlagen und die Wege, welche Preußen beabſichtige, noch nicht zu überſehen vermöge. Was aber ſeine perſönliche Anſicht anlange, ſo halte er die obigen Aeußerungen gegen dieſen Entwurf mindeſtens für übertrieben. Es werde Niemand im Saal ſein, der es ſo ſehr als er beklage, daß Preußen nicht durch Annahme der Reichsverfaſſung den richtigen Weg eingeſchlagen habe. Gleichwohl müſſe man Preußens jetzige Vorſchläge unbefangen prüfen. Der preußiſche Entwurf ſei in manchen Beſtimmungen beſſer, in manchen freilich ſchlechter als die Verfaſſung der Reichsverſammlung. Was aber das Ganze betreffe, ſo möge man ſich doch auf den Zeitpunkt von etwa einem Jahr zurückverſetzen und ſich die aufrichtige Frage vorlegen, ob nicht damals durch eine ſolche Verfaſſung die gerechteſten und weiteſt gehenden Wünſche des deutſchen Volkes befriedigt worden wären. Was die conſtitutionelle Freiheit anlange, ſo gebe der Verfaſſungsentwurf noch mehr, als ſelbſt England habe. Es ſei geäußert worden, daß Preußen mit Oeſterreich und Rußland verbunden, uns gegenüberſtehe. Dies ſei unrichtig. Der Weg Preußens ſei von dem Oeſterreichs völlig verſchieden. Die Geſchicke Preußens ſeien einmal unabänderlich und feſt mit Deutſchland verbunden. Vielleicht werde man bald in den Fall kommen, von größeren Gefahren bedroht, einerſeits zwiſchen einer Annäherung an den Weg, den Preußen und ſeine Bundesgenoſſen betreten, und andererſeits zwiſchen Oeſterreich und Rußland wählen zu müſſen. Der Landtag faßte hierauf die früher ſchon erwähnten Beſchlüſſe. Nachzutragen iſt der folgende bemerkenswerthe Zuſatz: „Abänderungen der Reichsverfaſſung können nur durch einen Reichstag rechtsgültig beſchloſſen werden, bis auf ſolche Abänderungen, welche nöthig ſind, um die Verfaſſung ſofort ins Leben zu führen." Von Seiten des Miniſteriums war ſehr gegen dieſen Antrag geſprochen und davor gewarnt worden, daß man ſich bei der gegenwärtigen Sachlage die Hände binde. Schließlich brachte ein Abgeordneter den Antrag ein: „Der Landtag möge erklären, daß von Seiten des Großherzogthums nie auf die preußiſchen Verfaſſungsvorſchläge eingegangen werden ſolle." Dieſer Antrag wurde mit großer Stimmenmehrheit abgeworfen, weil man ſich über Fragen nicht ausſprechen wollte, die dem Landtag noch gar nicht geſtellt worden.

* **Bernburg**, 13. Juni. Unſer kleines Ländchen iſt nunmehr definitiv der preußiſchen Verfaſſung beigetreten. Unſere Revolution beſchränkte ſich auf ein Paar eingeworfene Fenſterſcheiben und die Reſtauration glückte, als eine Escadron preußiſcher Cüraſſiere einrückte! Deſſau wird bei der allgemeinen Reſtauration wohl nicht ausgeſchloſſen und der „anhaltiniſche Waſhington Habicht" vielleicht am längſten Miniſter geweſen ſein. Man erzählt, hier bei uns iſt man noch nicht politiſch genug, um zu erfinden, die Herzogin von Deſſau habe an den König von Preußen einen Brief geſchrieben, worin ſie ihren mächtigen Onkel um Schutz bittet gegen die Uebergriffe, die man ſich gegen die herzogliche Familie erlaube; ſie ſeien vordem die reichſten Privatleute in Anhalt geweſen und jetzt ſeien ihre Einnahmen ſo beſchränkt, daß ſie nicht einmal Geſellſchaftsdamen habe. Der Herzog ſoll mit Habicht überdies nicht einverſtanden ſein, weil Habicht den Anſchluß des deſſauiſchen Militärs an die preußiſche Armee unter den jetzigen Verhältniſſen nicht zugeben will. Der Herzog würde Habicht wohl in ſeiner Stellung halten, wenn nicht Deſſau auch ſeine kleine Camarilla hätte, die unaufhörlich an dem Sturze des „plebejiſchen Miniſteriums" arbeitet.

Von der mecklenburgiſchen Grenze, 12. Juni. Das Volk hat einen vorigjährigen Volksmann, Dr. Bäder in Roſtock, nach ſeiner Rückkehr vom Landtage mit einer Katzenmuſik und Fenſtereinwerfen beglückt. Die Regierung hatte nämlich den Bündnern in Toitenwinkel bei Roſtock 150 □ Ruthen Land für ihre Familien bewilligt. Dr. Bäder erklärte vor der Wahl, dies ſei nicht genug, ſie müßten 400 □ Ruthen Land haben. Statt dies zu bewilligen, zog die Regierung die ganze Offerte zurück und die Bündner ſahen ein, daß ſie um Alles gebracht ſeien und dankten ihm dies durch eine Katzenmuſik und ihre Folgen. Als nun gar Dr. Bäder eine Flinte in die Hand nahm, um den Rädelsführer zu erſchießen, aber fehlſchoß, ſo hätte nicht viel gefehlt und Dr. Bäder wäre caput gemacht worden. Zum Glück hatte er noch Zeit zum Entfliehen. So wie dort, iſt die Stimmung überall im Lande, ſo daß bald eine Rückkehr der allgemeinen Ruhe zu erwarten iſt. (C. Z.)

⊕ **Schleswig**, 14. Juni. Ein durch das däniſche Blatt „Faedrelandet" zu unſerer Kenntniß gekommener Artikel des Morning Chronicle, angeblich ein Schreiben aus Hamburg vom 27. Mai, hat hier allgemeine Heiterkeit erweckt. Der Verfaſſer dieſes Schreibens nimmt den Schein an, als ob er den Zuſtand der „unglücklichen" Herzogthümer aufrichtig beklage und das Mitleid Englands für uns in Anſpruch nehmen wolle. „Die Herzogthümer," heißt es, „ſchienen zum gänzlichen Ruin verdammt, wenn ſie in den Händen derjenigen blieben, welche jetzt die Macht haben; ehrgeizige Führer und demokratiſche Agitatoren disponirten über das Schickſal des unglücklichen Landes; alle gemäßigten Männer wären des Krieges müde und wünſchten den Frieden; ihre Wünſche würden aber von dem lauten Geſchrei der herrſchenden Partei, welche Krieg, Verwirrung und Anarchie wolle, übertäubt. Jene Männer hätten ſo ſehr mit dem frühern Zuſtande der Dinge gebrochen, daß ihnen keine andere Wahl bliebe, als die Verſöhnung mit Dänemark unmöglich zu machen. Die Auguſtenburger hät-

ten ihren dem Könige geleiſteten Eid gebrochen, ſie hätten den ehrgeizigen und ſchwachen König von Preußen in eine ſchwierige Stellung gebracht, viele ihrer Landsleute verführt und der Prinz von Noer ſei vom Kampfplatz entlaufen; Reventlow-Peetz habe den Aufſtand geleitet, ſei aber ſelbſt Sclave der demokratiſchen Partei geworden; die Herzogthümer hätten jetzt eine Schuld von 900,000 Pfd. Sterl. und außerdem das deutſche Heer zu ernähren. Was das von der Regirrung veröffentlichte Budget zu bedeuten habe, wiſſe ein Jeder; nur in Privatkreiſen ſehe man die Thränen und höre Aeußerungen, die nicht öffentlich hervorträten, weil ſie für unpatriotiſch gelten würden. Jeder, der nicht blind oder toll ſei, müſſe den Zuſtand des Landes beklagen und Diejenigen verwünſchen, welche ihn hervorgerufen. Dennoch ſei die Stimmung gegen Dänemark ſo feindlich, daß der Hamburger Correſpondent die Brutalität, bei den Schanzarbeiten vor Fridericia Jüten anzuſtellen, als etwas Lobenswerthes gerühmt habe." Von dem ganzen Inhalt dieſes Schreibens iſt auch nicht Ein Wort wahr, und wenn daſſelbe wirklich von Hamburg abgegangen iſt, ſo kann es nur von einem Mitgliede des dort noch immer beſtehenden ſcandinaviſchen Verrins herrühren und den Zweck haben, die uns günſtigen Eindrücke, welche die Ereigniſſr der letzten Monate in England hervorgebracht haben, wieder zu verwiſchen. Die Geſammtbevölkerung der Herzogthümer ſieht, den Laſten und Leiden des Krieges ungeachtet, den gegenwärtigen Zuſtand, im Vergleich zu dem vor dem Mai v. J. beſtehrndrn, für einen glücklichen an und fürchtet nicht die Fortſrtzung des Krieges, ſondern nur einen Frieden, der unſere Errungenſchaften in Frage ſtrllt. Im ganzen Lande herrſcht die vollkommenſte Geſetzlichkeit, die Adminiſtration befindet ſich in dem regelmäßigſten Gange, ſo wie früher die proviſoriſche Regierung, genießt die Statthalterſchaft das Vertrauen des Volks, und es iſt eine Verläumdung, wenn den Mitgliedern derſelben Eigennutz und Nachgiebigkeit gegen demokratiſche Agitation Schuld gegeben wird. Niemand will einen Frieden, der nicht die gegenwärtige Stellung der Herzogthümer ſichert, und Keiner will die Verſöhnung mit Dänemark um den Preis der verfaſſungsmäßigen Rechte erkaufen. Jeder weiß, daß die „Auguſtenburger" an der Erhebung der Herzogthümer völlig unſchuldig ſind, und daß der Prinz Friedrich von Auguſteuburg nur dem an ihn ergangenen Ruf gefolgt iſt, als er ſich an die Spitze drr bewaffneten Macht ſtellte; auch hat derſelbe, wenn auch nicht ſein Feldherrntalent, doch bei jeder Gelegenheit ſeinen perſönlichen Muth bewährt. Die von der Landes-Verſammlung bewilligte Kriegsſteuer geht mit der größten Leichtigkeit ein; es iſt keine Anleihe contrahirt, die interimiſtiſch ausgeſtellten Creditſcheine genießen völliges Zutrauen und die günſtige finanzielle Lage der Herzogthümer gibt den klarſten Beweis davon, wie die Hilfsquellen der Herzogthümer früher zu Gunſten Dänemarks mißbraucht wordrn ſind. Das geſtörte Verhältniß zu Dänemark preßt ſicher Niemanden Thränen aus, und wenn es gleichwohl einzelne Malcontenten gibt, die um jeden Preis den Frieden wollen, ſo brauchen dieſe ihre Geſinnungen nicht zu verbergen, denn es herrſcht bei uns keinerlei Terrorismus, auch nicht der des Patriotismus, und Jedem ſteht es frei, ſeine Anſichten durch Wort und Schrift offen auszuſprechen. Der Verfaſſer des Schreibens möchte gar zu gerne unſere Zuſtände denjenigen in Baden und der Rheinpfalz an die Seite ſtellen und uns dadurch die Sympathien Derer, welche die geſetzliche Ordnung aufrecht erhalten wiſſen wollen, entziehen; die von ihm vorgrbrachten Unwahrheiten ſind aber ſo handgreiflich, daß ihm dies ſelbſt in England ſchwerlich gelungen ſein wird.

Polen.

Warſchau, 4. Juni. Der Kaiſer iſt ſehr mißgeſtimmt; er ſieht den entſcheidenden Zeitpunkt für Rußland herankommen und fürchtet für ſich auch ein 1813.

Auch Patroklus iſt gefallen
Und war mehr als Du.

General Rüdiger ſoll beunruhigende Berichte über den moraliſchen Zuſtand der ruſſiſchen Armee eingeſchickt haben. Die Polen leben jetzt in einiger Hoffnung; ſie wiſſen zwar, welche Opfer ſie noch zu ertragen haben, aber mit der Freiheit rechnet man nicht.

Uebrigens ſind die Warſchauer, trotz Grenzſperre und Cenſur ſo ſattſam mit politiſchen Nachrichten verſehen, wie man es nur wünſchen darf. Merkwürdig iſt es, wie die gemeinſten polniſchen Juden, die ſogenannten Börſenraben, vorzüglich über die jetzigen Vorgänge Beſcheid wiſſen. Das Verfahren der ungariſchen Juden hat hier Nachhall gefunden; auch der polniſche Jude iſt durch und durch patriotiſch geſinnt. Man glaube gar nicht an die Apathie der unter ruſſiſchem Scepter lebenden Polen.

Sie verhalten ſich ruhig, durch bittere Erfahrungen belehrt — aber es bedarf nur eines wirkſamen Funkens. Und das weiß die Regierung, das weiß der Kaiſer ſehr gut, und vielleicht bedauert er ſchon, in dieſer Nation den bitterſten Feind zu finden. Aber die geſchlagenen Wunden ſind zu tief — da wird kein lindernder Balſam helfen, und daſſelbe Warſchau, heute die dritte Hauptſtadt des Czarenreichs, wird einſt ſeine Donnerkeile ſenden, um es zu zermalmen. (N. K. Z.)

Donaufürſtenthümer.

Aus der Moldau kommen erfreuliche Nachrichten. Die Ernte verſpricht ſehr ergiebig zu werden. In Jaſſy ſelbſt beginnt der Handel wieder aufzublühen. Seit der Abberufung des ſo ſehr verhaßten Stourdza iſt das frühere großſtädtiſche Leben und Treiben wieder eingetreten, indem alle Bojaren, die als Flüchtlinge oder Verwieſene ſich im Auslande aufhielten, zurückkehren. Auf die ſaubere Wirthſchaft des abgeſetzten Hoſpodars kann man ſchon daraus ſchließen, daß blos der hier bekannte Theil ſeines Privatvermögens auf fünf Millionen Ducaten geſchätzt wird. Als Stourdza von ſeiner Abſetzung Wind erhielt, übergab er dem in Jaſſy ſtationirten ruſſiſchen General ſeine Chatoulle, die 180,000 Stück Ducaten enthielt, zur Aufbewahrung. Einige Tage darauf, nachdem die Abſetzung erfolgt war, forderte er ſeine Chatoulle zurück, erhielt aber vom General folgende Antwort: „Ich kann Ihnen für jetzt die Chatoulle nicht zurückſtellen, da aus derſelben vorerſt die für unſere Truppen gemachte Requiſitionen, für die Sie das Geld bereits erhalten haben, bezahlt werden müſſen." Der vor Kurzem noch ſo ſehr gefürchtete und kluge Fürſt verließ Jaſſy unter Bedeckung und auf die traurigſte Weiſe. Sein Sohn, der von der dortigen Behörde für die ſeinem Vater dargebrachte Katzenmuſik Genugthuung verlangte, wurde mit der Klage abgewieſen. (Lloyd)

Griechenland.

** **Athen**, 3. Juni. Die Schatzgräber ſind unverrichteter Sache zurückgekehrt. In Nauplia wurde ein werthvoller Edelſtein geſtohlen. Der Verdacht fiel auf eine Hausmagd, welche der Polizeicommiſſär und der dienſthabende Gensdarmerieofficier foltern ließen. Sie gab einen Knecht an, der die Folter aushielt. Nun kam ſie zum zweiten Male an die Reihe und zeigte einen Händler an. Dieſer, eine ganze Nacht hindurch gemartert, erregte am andern Morgen durch ſeinen kläglichen, lebensgefährlichen Zuſtand das Mitleid und die Erbitterung der Bürgerſchaft von Nauplia im höchſten Grade. Unterdeſſen brachte ein Geiſtlicher den Stein, der ihm vom wahren Dieb in der Beichte zugeſtellt war.

Der Straßenraub nimmt beſonders auf dem weſtlichen Feſtlande bedenklich überhand. Auch auf der nahen Inſel Poros haben Räuber einige Häuſer geplündert und dabei einen Mann getödtet und ein Weib ſchwer verwundet. Dieſe Grauſamkeit unter andern läßt ſchließen, daß es Seeräuber ſind; die Straßenräuber oder Räuberrebellen ſind ſelten grauſam.

Lamia wurde plötzlich für einen Tag in Belagerungsſtand geſetzt. Vor die Häuſer der bedeutenden Bürger, welche zur Oppoſition gehören, wurden Poſten geſtellt. Dann begann die Hausſuchung, die aber kein Reſultat lieferte. Zinos hatte nach den Rebellenführern Velenzas und Balatzos geſucht. Theils die Furcht der Miniſter, theils die Wohldienerei ihrer Werkzeuge ſind die Triebfedern zu ſolchen halb lächerlichen, aber auch ſehr widrigen Auftritten, wodurch die Liebe des Volks zum Staatsoberhaupt nicht vermehrt wird.

Redacteur: H. Kruſe.

Verlag der Weidmann'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 169. Frankfurt a. M., Donnerſtag 21. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Lord Palmerſton und das Feſtland.

Deutſchland. Frankfurt (Die Verpflegung der Truppen am Neckar). Wien (Die Cholera. Wolkenbrüche und Hagelwetter). Berlin (Die deutſche Frage. Die Finanzen von Oeſterreich und Preußen. Die politiſchen Verfolgungen. Cabinetsordre an die Truppen. Hr. Rodbertus. Ein Abgeordneter verhaftet. Hr. v. Bardeleben. Hr. Niebuhr. Die Wahl nach Claſſen. Wählen oder Nichtwählen? Abſolutiſtiſches. Hr. Hanſemann). Halle (Verhaftung eines neunten Redacteurs). Nürnberg (Vorbereitungen zum Empfang des Königs). Neuſtadt (Gefecht zwiſchen Preußen und Rheinpfälzern). Stuttgart (Die Sitzungen der Nationalverſammlung unterſagt. Beſchluß der Kammer. Schreiben Römer's an den Präſidenten. Aufruf der Regentſchaft zu den Waffen). Ulm (Unruhige Auftritte). Hannover (Verſammlung von Abgeordneten). Harburg (Der Herzog von Naſſau). Karlsruhe (Vorrücken der Preußen von der Pfalz her. Brentano nach Mannheim. Gerüchte. Oberſt von Roggenbach). Mannheim (Aufhören der Kanonade). Weinheim (Truppenbewegungen). Mainz (Die Mittheilung von Kriegsnachrichten verboten. Bevorſtehender Angriff auf Mannheim). Altona (Das Bombardement von Friedricia eingeſtellt).

Großbritannien. London (Zwei iriſche zur Transportation verurtheilte Staatsgefangene abgeführt. Sammlungen für Irland. Das Dampfſchiff United States. Schiffbrüche).

Frankreich. Paris (Die Maßregeln gegen die Preſſe. Gerichtliche Verfolgung gegen Felix Pyat. Das Clubbgeſetz. Die Permanenz der Nationalverſammlung aufgehoben. Die Alpenarmee legt Trauer an für Bugeaud. Die Catalani †. Kalkbrenner †. Lyon).

Niederland. Amſterdam (v. d. Boſch Colonialminiſter).

Ungarn. (Hinrichtungen in Siebenbürgen).

Türkei. Konſtantinopel (Der Krieg im Kaukaſus. Niederlage der Ruſſen).

Nachſchrift.

20. Juni.

Herr Prokeſch von Oſten, der jetzt in Berlin eine Unterkunft gefunden hat, um mit der Geſchicklichkeit eines geübten diplomatiſchen Bohrkäfers die Aktenſtücke deutſcher Einheit und Verfaſſung zu zerlöchern, ſoll ſich gegen Jemand in Berlin ſehr graziös dahin ausgeſprochen haben, daß man erſt Palmerſton hängen müſſe, ehe es beſſer werden könne. Aus dieſen Worten des öſterreichiſchen Diplomaten erkennt man, welche ungemeine Bedeutung man in gewiſſen Kreiſen dem engliſchen Miniſter des Auswärtigen beilegt, und daß Lord Palmerſton, der von den Werkzeugen des Despotismus gehaßt wird, Anſprüche hat auf die Sympathien freier Völker.

Es iſt nur mit dem Hängen eines Delinquenten eine eigene Sache, wenn man ihn noch nicht hat, namentlich mit dem Erdroſſeln Palmerſtons, und Herr Prokeſch von Oſten dürfte noch lange nicht in der Lage ſein, ſeinem ſiegreichen und überlegenen und darum nur um ſo inniger gehaßten Gegner die ſeidene Schnur zu ſchicken. Die britiſchen Miniſter ſitzen, wenn nicht ganz unerwartete Verhältniſſe eintreten, feſter in ihrem Poſten als ſie je ſeit der Bildung des gegenwärtigen Kabinets geſeſſen haben. Der Anblick des Revolutionsbrandes auf dem Feſtlande, die tumultuariſchen Rieſenverſammlungen der Chartiſten im vorigen Jahr, die aufwiegleriſche Sprache einiger chartiſtiſchen Abenteurer, die ſogar einen Nationalconvent in London zu ſtiften verſuchten (doch ſteigerten ſie die Komik wenigſtens nicht zur Karnevalspoſſe, eine Regentſchaft für das vereinigte Königreich einzuſetzen!) endlich die Wühlerei in Irland und die ſo ſchmählich verunglückte Schilderhebung Smith O'Briens — dieſe Dinge haben die Briten abgeſchreckt, das Land den Gefahren einer Miniſterkriſis auszuſetzen, man hat in England immer mehr einſehen gelernt, daß weder ein radicales noch ein ultraconſervatives, ſondern gerade das gegenwärtige dem gemäßigten Fortſchritt huldigende Miniſterium der Lage des britiſchen Reichs am entſprechendſten ſei. Die anprallende Woge der Revolution hat den Boden unter den Füßen des jetzigen Kabinets nicht unterwühlt, aber wohl drohte Gefahr, daß die zurückprallende Woge oder die Reaction es hinwegſpülen könnte. Dieſe Reaction hat namentlich ihren Sitz im Oberhauſe, wo der ehrgeizige Lord Stanley eine Anzahl protektioniſtiſcher Peers befehligt, denen es nicht darauf ankommen würde, das Land den Gefahren einer Miniſterkriſis oder, inſofern das neue Miniſterium zu einer Auflöſung des Parlaments zu ſchreiten genöthigt wäre, den lange dauernden, und alle Parteien bis in ihre unterſte Tiefe aufwühlenden Wahlbewegungen auszuſetzen. Bekanntlich ſtand das Daſein des Kabinets zweimal auf einer Meſſerſchneide, bei der Berathung der Adreſſe und bei der Abſtimmung über die Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze.

Aber hinter Stanley's Oppoſition gegen das Whigcabinet ſteht noch ein anderer mächtiger Feind, jene Reaction, welche ſich gegenwärtig über alle Länder verzweigt und deren Fäden von Liſſabon bis Petersburg und von Neapel bis in die Gemächer Ludwig Philipps und des Fürſten Metternich reichen. Palmerſton iſt der Gefürchtete, Beneidete, Gehaßte, den man beſeitigen möchte. Zu dieſem Zwecke wird gewühlt, nicht blos im Parlament, nicht bloß in der Preſſe, ſondern auch in der unmittelbarſten Umgebung der Königin. Der Globe wittert freilich nur eine orleaniſtiſche Verſchwörung gegen Palmerſton, welchem dieſes wohlgeleitete Journal bekanntlich am nächſten ſteht, aber dieſe Verſchwörung reicht weiter, ſie reicht, wie wir ſehen, ſogar bis zu diplomatiſchen Subalternen wie Hr. Prokeſch von Oſten herab. Die öſterreichiſchen Diplomaten ſtoßen eben überall, wo ſie ihre reactionären Pläne auszuführen beabſichtigen, in Neapel wie in Turin auf dieſen „Lord Feuerbrand", wie ſie ihn in den Wiener Salons nennen. Sie geben ihm ſogar Schuld, daß er zuerſt es geweſen, welcher dem Koſſuth etwas von magyariſcher Nationalität in den Kopf geſetzt; ja ſie haben nicht übel Luſt, Palmerſton vorzuwerfen, daß er einen goldnen Regen in den Schooß der ungariſchen Nation habe hinabträufeln laſſen, um ſie mit Freiheits- und Unabhängigkeitsgedanken zu befruchten. Sollte der edle Lord die

ungariſche Inſurgentenarmee etwa aus ſeiner eigenen Taſche bezahlen? Denn wer die genaue Controle kennt, welche das Parlament über die Staatsausgaben ausübt, wird leicht begreifen, daß England kein Geld übrig hat, um damit einem doch immer zweifelhaften Plane zu Hilfe zu kommen. So knüpfte man denn auch in Wien an Ponſonby's zeitweilige Abberufung allerlei freudige Erwartungen, unter andern, daß eine Cabinetsänderung im Werke und daß Ponſonby dazu auserſehen ſei, Palmerſtons Stelle einzunehmen, obſchon in England an dieſen Miniſterkandidaten Niemand auch nur im entfernteſten gedacht hat. Zuletzt ſtellte es ſich denn heraus, daß Ponſonby nach London beſchieden worden ſei, um im Oberhauſe die miniſterielle Mehrheit für die Schifffahrtsbill zu verſtärken.

Das Journal des Debats äußerte ſchon vor einiger Zeit: „Das Whigminiſterium iſt wie von einem Schlage gelähmt, und zwar von einem Schlage, der unheilbar ſcheint. Ausnehmen muß man jedoch den Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten; er ſpringt in dem ſiedenden Keſſel Europas umher wie ein Fiſch in der Pfanne, und während die andern ſich nicht genug rühren, rührt dieſer ſich nur zu viel." Das Journal des Debats hat, wie man ſieht, noch nicht vergeſſen, daß das Morning Chronicle, als es noch Lord Palmerſton's Organ war, Hrn. Guizot und ſelbſt den König Ludwig Philipp ohne Umſtände hofmeiſterte, ſchonungslos dem Ludwig Philipp'ſchen Scheinconſtitutionalismus die Larve abzog, für die Oppoſition gegen die gehätſchelte Corruption Partei nahm und kurz vor der Februarkataſtrophe den nahen Sturz der orleaniſtiſchen Herrſchaft vorausſagte. Seinerſeits prophezeite nun das Journal des Debats den nahen Sturz Palmerſton's, aber mit weniger Glück; denn dieſe Prophezeiung iſt nicht eingetroffen, noch ſieht es darnach aus, als ob ſie ſobald eintreffen werde. Das Miniſterium ſteht feſter als je, ſeitdem die Bill zur Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze im Oberhauſe den Widerſtand der Stanley'ſchen Partei zu Nichte gemacht hat. Es läßt ſich nicht wohl einſehen, welche wichtigere Maßregel als dieſe noch im Laufe der gegenwärtigen Seſſion eingebracht werden könnte, denn auch die iriſche „Schwierigkeit" ſcheint durch die Annahme des miniſteriellen Hilfsarmenſteuerplans für jetzt umſchifft. Die Bill für die Parlamentsfähigkeit der Juden oder vielmehr des Barons Lionel v. Rothſchild hat wenig Ausſichten im Oberhauſe, aber unſers Wiſſens hat ſie auch Lord John nie zu einer Kabinetsfrage gemacht, wobei wir jedoch der Sage gedenken wollen, es habe Ruſſell mit einer Anzahl Lords das Compromiß getroffen, daß er ihnen die Judenemancipationsbill gern preisgeben wolle, wenn ſie nur für die Schifffahrtsbill ihre Stimmen ihm nicht verſagten. Auch der Vorwurf, daß das Miniſterium keine großen Maßregeln durchzuſetzen fähig iſt, kann dem Ruſſell'ſchen Cabinet nicht mehr gemacht werden, ſeitdem es, ſogar im Widerſpruche mit den Vorurtheilen des Volks, die große Maßregel der Abſchaffung der Schifffahrtsgeſetze im Hauſe der Gemeinen wie der Lords durchgeſetzt hat. Dieſe Maßregel iſt von ſo allgemeiner Wichtigkeit, daß ſie zu jeder andern Zeit für ein Ereigniß von höchſter Bedeutung angeſehen werden und hunderte von Federn in Bewegung ſetzen würde.

Die europäiſche Reaction verlangt an Palmerſtons Stelle den Grafen Aberdeen oder doch einen Diplomaten aus der Schule Peel's; denn obſchon der Anhang Peel's gegenwärtig in allen innern Fragen mit den Whigs ſtimmt, ſo ſind ſeine Grundſätze in Betreff der auswärtigen Politik wohl ſo ziemlich die der alten Tories. Wenn nun Aberdeen an die Spitze der Geſchäfte träte, was würde der Erfolg ſein? Der Globe ſagt es uns: „Graf Aberdeen würde alle geheimen Springfedern in Bewegung ſetzen, um in Frankreich die Familie Orleans, bei der, wie bei allen Bourbons die Anmaßung erblich iſt, wieder einzuſetzen; da dies jedoch unmöglich wäre, würde er durch ſeine Cabalen nur einen Bruch zwiſchen Frankreich und England herbeiführen und erſteres zwingen, ſich ganz mit der ultrarevolutionären Partei in Italien und Deutſchland zu verbinden." Träte ein Politiker des Morning Chronicle an die Spitze der auswärtigen Geſchäfte, ſo würde es ſich dieſer vor allem angelegen ſein laſſen, den ehemaligen deutſchen Bund ganz ſo, wie er war, wieder einzurichten. Das Morning Chronicle hat es ja zu wiederholten Malen ausgeſprochen, daß der deutſche Bund ſeine Weltaufgabe auf's vortrefflichſte und würdigſte gelöſt habe und daß es nur dem wiedereingeſetzten deutſchen Bunde gelingen könne, Deutſchland's Arm- und Beinbrüche wieder einzurenken.

Palmerſton dagegen erkannte die Errichtung eines deutſchen Reiches als nothwendig, wenn nicht die Kleinſtaaterei eine nie verſiegende Quelle der Anarchie und Unzufriedenheit bleiben ſoll. Er hält ein unabhängiges Italien, oder wenigſtens ein mächtiges oberitalieniſches Zwiſchenreich für zweckmäßig, um ſowohl Oeſterreichs als Frankreichs unſelige Einflüſſe und Eroberungsgelüſte von Italien fern zu halten, endlich ein unabhängiges magyariſches oder polniſch-magyariſches Reich mit Einſchluß der Donaufürſtenthümer für das beſte Mittel, um dem um ſich greifenden und ohnehin jeder conſtitutionellen Entwickelung feindlichen Rußland Schranken zu ſetzen. Man kann nicht leugnen, daß dieſer Plan etwas Großes hat. Allerdings würden dieſe neuen Bildungen namentlich auf Koſten Oeſterreichs geſchehen müſſen (und ſomit wäre der inſtinctartige Haß der öſterreichiſchen Diplomaten gegen Palmerſton gerechtfertigt), was aber Oeſterreich verlöre, gewänne Deutſchland, dem ſich zuletzt der öſterreichiſche Rumpf unbedingt in die Arme werfen müßte. Was die Fruchtbarkeit der Ideen betrifft, ſo ſteht Palmerſton unter den jetzt wirkenden Staatsmännern leicht obenan und es iſt nicht ohne Bedeutung, daß dieſer ſcharfſinnige Geiſt erkennt, daß die Einheit Deutſchlands nur dann eine Wahrheit werden könne, wenn Preußen an deſſen Spitze geſtellt würde.

Früher warf man Lord Palmerſton die allzugroße Rührigkeit vor, mit welcher er England in Indien und China, in Syrien, in Portugal, Spanien und Italien Händel bereite. Jetzt hält er das engliſche Staatsſchiff womöglich außerhalb des allgemeinen Strudels. Ein Londoner Correſpondent der Allg. Ztg., geborner Brite und bisher entſchiedener Gegner Palmerſton's, deſſen Sturz er öfters als gewiß vorausſagte, ſchreibt hierüber: „In ſo ernſtem Lichte betrachtet man hier dieſe Gefahren, daß die angekündigten Verhandlungen über auswärtige Politik, die in beiden Häuſern ſtattfinden ſollten, wieder vertagt worden ſind, um der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten. Lord Palmerſton wird ſo nochmals durch ſein gutes Glück begünſtigt, und die Schnitzer, die er in den letzten Monaten gemacht, ſind vergeſſen über der wachſenden Beſorgniß wegen der Gegenwart und der Zukunft. Indeſſen gewarnt durch die ſiciliſchen und lombardiſchen Erlebniſſe, durch die Ruſſen in Ungarn und die Franzoſen in Italien, iſt die britiſche Regierung mehr als je geneigt, auf Ausübung ihres Einfluſſes auf die feſtländiſchen Anliegen vorderhand zu verzichten, und eine ſo vollſtändige Neutralität zu beobachten, als wäre die Straße von Dover der atlantiſche Ocean. Abgeſehen von dem Wunſche, den Frieden erhalten zu ſehen, der in England allgemein iſt, gewahrt man in Europa kein Princip in Thätigkeit, welches die Engländer intereſſirt. Das Vorrücken der Barbarenhorden des ruſſiſchen Despotismus erregt hier denſelben Widerwillen, wie die demokratiſchen Ausſchweifungen, welche geeignet ſind, die Freiheit ſelbſt in Mißachtung zu bringen. Unter ſolchen Umſtänden werden die Verhältniſſe Großbritanniens zu den Continentalſtaaten thatſächlich ſo lange ſuspendirt bleiben, als der ungeordnete Zuſtand der letztern dauert, und wenn man nicht etwa unſere Intereſſen direct angreift, wird keine blos politiſche Rückſicht uns bewegen, uns in einen Principienkampf einzumengen, der uns nichts angeht."

Deutſchland.

Frankfurt, 20. Juni. Die Verpflegung des am Neckar ſtehenden Reichstruppencorps wird täglich ſchwieriger, und muß daher aus der Ferne bewirkt werden. Darum ſind heute Nacht wieder 60,000 Portionen Brod, 30,000 Portionen friſches und 20,000 Portionen gedörrtes Fleiſch von hier verlangt und abgeſandt worden. (O. P. Z.)

A. Z. C. **Wien**, 15. Juni. Zur Aufreizung gegen die Bäcker verbreitet ſich die Sage, daß die auf der Landſtraße in einem Hauſe erkrankten und verſtorbenen 15 Perſonen weder an der Cholera noch in Folge der Brunnenvergiftung ihr Leben einbüßten, ſondern durch eine Mehlvergiftung. Dergleichen Gerüchte ſind bezeichnend für die Stimmung und die Noth des Augenblicks. Ein anderes von ähnlichem Schlage beſagt, es ſeien an der Nußdorfer Linie drei Juden mit einem Sechseimerfaſſe voll Silberſechſer angehalten worden. Die Cholera tritt hier mit immer größerer Heftigkeit auf. Wolkenbrüche und Hagelwetter richten in der Umgegend viel Schaden an; auch iſt die plötzlich eingetretene kühle Witterung den reifenden Saaten nicht günſtig. Demungeachtet iſt die Hoffnung auf eine ergiebige Ernte noch nicht erloſchen.

Berlin, 16. Juni. Nach Nachrichten, welche wir erhalten, ſoll uns in der nächſten Zeit wiederum eine Verletzung unſerer octroyirten Verfaſſung vom 5. Dezember v. J. bevorſtehen: der Art. 7 derſelben beſagt, daß Ausnahmegerichte und außerordentliche Commiſſionen unſtatthaft ſeien, und Strafen nur in Gemäßheit des Geſetzes angedroht und verhängt werden können. Die in ſo ausgezeichnetem Maße und mit ſo langer Dauer verhängten Belagerungszuſtände machen zwar ſchon jetzt dieſe ganze Beſtimmung illuſoriſch, es müſſen aber doch wenigſtens die hiermit verbundenen Ausnahmegerichte nur als vorübergehende Maßnahmen angeſehen werden. Dem Vernehmen nach geht das Staats-Miniſterium nun aber damit um, neben den ordentlichen Gerichtshöfen ſtändige Ausnahmegerichte einzuführen, und es ſoll das desfallſige Geſetz, welches dann natürlich wieder auf Grund des weitleibigen Artikels 105 der Verfaſſungs-Urkunde publicirt werden würde, zur Königlichen Genehmigung bereits vorliegen. Die noch gegenwärtig beim Militär beſtehenden Ehrengerichte ſollen nämlich unter einem andern Namen als Gerichte von Standesgenoſſen zu Aburtheilungen von Handlungen, die zur ſonſtigen ſtrafrechtlichen Cognition ſich nicht eignen, auch für Beamte eingeführt, und es ſoll denſelben eine Strafbefugniß vom einfachen Verweiſe an bis zur Caſſation ohne Penſion beigelegt werden. Jeder wird wohl auf den erſten Blick bereits ſehen, daß der politiſchen Verfolgungsſucht mit Umgehung aller rechtlichen Schranken damit Thür und Thor geöffnet, und z. B. für die richterlichen Beamten ein weit unleidlicherer Zuſtand herbeigeführt werden würde, als er durch das endlich feierlich aufgehobene Geſetz vom 29. März 1844 beſtand. Geſtern wurden auf Befehl des mit dem Obercommando der Garden beauftragten Generallieutenants v. Schreckenſtein den ſämmtlichen hieſigen Truppen zwei königliche Kabinetsordres durch Vorleſen beim Appell publicirt, die uns charakteriſtiſch genug erſcheinen, um ſie hier zu erwähnen. Durch die erſte wird den Soldaten auf das Strengſte verboten, demokratiſche Aeußerungen zu machen, derartige Geſpräche zu führen oder ſich durch gegenſeitige Aufklärungen über die hier einſchlagenden Gegenſtände zu unterrichten; Zuwiderhandlungen werden mit einer Freiheitsſtrafe von 6 Wochen bis zu einem Jahr Feſtung bedroht. Die zweite bezieht ſich auf den Verkehr der Soldaten mit Civilperſonen, und es wird deren Erlaß ausdrücklich durch das Motiv eingeleitet, daß ſowohl in der Linie wie in der Landwehr in jüngſter Zeit auf Anſtiften von Civilperſonen Verſtöße gegen die „alte gute Geſinnung" vorgekommen ſeien. Es wird alsdann den Soldaten die größte Vorſicht im Verkehr mit Perſonen vom Civil anbefohlen; jede demokratiſche Unterredung unterſagt und ihnen aufgegeben, falls irgend welche Verſuche gemacht werden ſollten, ſie zum Ungehorſam zu verleiten ꝛc. ꝛc., ſich ſofort der Perſon dieſer Aufwiegler zu vergewiſſern, möglichſt ſofort Zeugen herbeizuſchaffen, und ihrer vorgeſetzten Behörde ſogleich Anzeige zu machen; es würden alsdann jene Böswilligen mit einer Freiheitsſtrafe bis zu einem Jahre belegt oder, falls aus ihren Bemühungen bereits wirkliche Exceſſe erfolgt ſein würden, ſie vor das Kriegsgericht geſtellt und eventualiter ſelbſt mit dem Tode beſtraft werden. Der auf der Rückreiſe nach ſeinen in Pommern belegenen Gütern hier angekommene frühere Abg. Rodbertus wurde zwar dieſes Mal hier nicht direct ausgewieſen, erhielt jedoch von höherer Stelle die vertrauliche Anweiſung, die Stadt möglichſt bald zu verlaſſen, wenn er weiteren Unannehmlichkeiten entgehen wolle. (Aach. Z.)

§ **Berlin**, 18. Juni. Ich habe Ihnen längere Zeit nicht geſchrieben; aber es hat ſich auch ſchlechterdings gar nichts hier ereignet. Die deutſche Verfaſſungsangelegenheit iſt nicht um eines Haares Breite vorgerückt. Und Sie kennen ja die Berliner, wo nicht ſtets etwas Handgreifliches geſchieht, da haben ſie kein Intereſſe; ſo ſcheint die ganze Sache begraben und vergeſſen. Was ich von Eingeweihteren höre, iſt, daß man weniger die Antipathien der Regierungen und Völker fürchtet, die man durch Conceſſionen im Wahlgeſetz zu verſöhnen bereit ſein ſoll, als die Intriguen Oeſterreichs, das gewiß kein Mittel unverſucht laſſen wird, die endliche Gründung des deutſchen Reichs zu hindern.

Frankreich und Ungarn, das iſt noch das Einzige, was gegenwärtig die Aufmerkſamkeit hier ein wenig beſchäftigt. Aber in Paris iſt ſchon Alles wieder vorüber und in Ungarn zieht ſich die Entwicklung ſo lange hin, daß wenn nicht bald etwas Entſcheidendes geſchieht, man auch davon nicht mehr ſprechen wird. Mit geheimer Genugthuung vergleicht man übrigens den Stand der öſterreichiſchen und preußiſchen Finanzen. Die Courſe ſämmtlicher Effecten werden mit jedem Tage an der Wiener Börſe höher notirt, weil das öſterreichiſche Papiergeld, das einzige Geld, das dort noch im Umlauf iſt, täglich mehr entwerthet wird. Und da daſſelbe wegen des Zwangscourſes nicht niedriger, als es gezeichnet iſt, angegeben werden kann, ſo ſteigen natürlich die Preiſe aller Valuten, die man damit eintauſchen will. Selbſt die Metalliques ſteigen: man traut immer noch mehr der fundirten als der unfundirten öſterreichiſchen Schuld. Unterdeſſen ſpürt man bei uns weder im Volk noch an der Börſe die geringſte Abnahme des Vertrauens in den öffentlichen Schatz. Die langjährige Ordnung der preußiſchen Finanzverwaltung trägt jetzt ihre Früchte: trotz der ungeheuren Koſten der ausgedehnten Mobiliſirung herrſcht noch immer die gewohnte Regelmäßigkeit in allen Zweigen des öffentlichen Dienſtes und unſere Fonds haben nur ſelten ſeit der Revolution höher geſtanden.

⁑ **Berlin**, 18. Juni. Der große Richard Bentley war ſo dick, daß er der Bequemlichkeit halber zwei Plätze auf dem Poſtwagen zu beſtellen pflegte. Es begegnete ihm aber, daß er einmal einen Platz im Hauptwagen und einen in der Beichaiſe angewieſen erhielt. In dieſer Lage befinden ſich jetzt bei uns in Preußen manche Gutsbeſitzer und reiche Leute, die nach ihrem Steuerſatz nicht blos die erſte Claſſe der Wähler allein bilden, ſondern auch noch weit in die zweite Claſſe hineinragen. Herr von Manteuffel hat, um dieſe und andere Schwierigkeiten zu löſen, deshalb im Einverſtändniß mit dem Miniſterium bereits ein halbes Dutzend Erläuterungen zum Wahlgeſetz erſcheinen laſſen. Die demokratiſchen Vereine in den Provinzen erklären großentheils, nicht wählen zu wollen. Auch der ſoeben in Frankfurt a. d. O. abgehaltene Congreß, auf dem 17 Städte vertreten waren, hat dies beſchloſſen. Indeß wird die ganze conſtitutionelle Partei, ſo zimperlich ſie ſich auch hier und da noch ſträubt, ſich ſchließlich doch wohl betheiligen, und die Demokraten ſind weit davon entfernt, mit ſich im Reinen zu ſein. Wer nicht wählen will, hat gewiß das Recht auf ſeiner Seite; aber auch die Klugheit? Wenn man ein Mittel anwenden will, ſo fragt es ſich vor allen Dingen doch, ob es zum Zwecke führt. Und die Verweigerung der Wahlen könnte nur zum Ziele führen, wenn ſie mindeſtens ſo allgemein wäre, um die Wahlen zu Minderheitswahlen zu ſtempeln. Aber wie die Sachen liegen, wird die Mehrheit wählen. Damit wollen wir übrigens das neue Wahlgeſetz nicht rühmen. Tritt dagegen doch ſogar die Voſſiſche Zeitung in die Schranken. „Wir waren höchſt überraſcht, ſagt ſie, als wir im Wahlreglement vom 31. Mai wahrnahmen, daß die Reihenfolge des Abſtimmens der Abtheilungen nicht nach dem Looſe erfolgen ſoll, wie ſonſt alle übrigen zweifelhaften Verhältniſſe bei der Wahlhandlung entſchieden werden; ſondern die dritte Abtheilung wählt zuerſt und tritt ab, die zweite zunächſt und tritt ab, die erſte corrigirt nachher durch ihre Wahlen die allzu freiſinnigen Ergebniſſe der erſten Vorgänge, und die Controle durch öffentliche Theilnahme aller Wähler exiſtirt gar nicht für die erſte, und nur in aller Schwere für die dritte Abtheilung. Wir legen hier die Feder weg, da ſich hier an politiſche Unabſichtlichkeit und Aufrichtigkeit ſchwerlich noch glauben laſſen möchte! Der Eindruck dieſer Erwägungen im großen Publicum ſcheint nicht von der Art zu ſein, daß der ganz notoriſch unglückliche Einfluß zweier Namen im Miniſterium durch dieſen Kunſtbau des Wahlgeſetzes und Reglements bei den Wahlen überwunden werden dürfte!" Herr Leſſing, Herr Leſſing, Ihre Zeitung geht zu weit! Seit dem Extrablatt der Freude iſt eine ſolche kühne und herausfordernde Sprache nicht erhört worden. Bei dem nächſten Diner, das Hr. v. Wrangel gibt, werden Sie wohl zu Hauſe bleiben müſſen. Und wie wird es erſt am Ordensfeſte werden? Man wollte ſchon — doch ich darf nichts verrathen. Man mag übrigens ein noch ſo abgeſagter Feind des allgemeinen Stimmrechtes ſein, ſo muß man dennoch eingeſtehn, daß jede Weiſe, eine Beſchränkung deſſelben ins Leben zu führen, auf mancherlei Schwierigkeiten ſtößt. Hier hat die Sonderung in Claſſen ihr Mißliches. Die Deutſche Reform meint zwar: „Von der Abſtimmung nach Claſſen müſſen wir nichts wiſſen wollen, als am Tage der Abſtimmung." Aber bei der Wurzel, welche das Gefühl der Gleichheit bereits im Volke geſchlagen hat, wurmt es doch ſogar den Tagelöhner auf dem Lande, daß zweihundert von ihnen nicht mehr gelten ſollen, als der eine Gutsherr. Die Deutſche Reform hat für die Wahlen ein Handbüchlein beigelegt, das in 40,000 Exemplaren verbreitet wird. Der Inhalt iſt nicht übel; aber die Ausſtattung iſt ſeltſam; vorn ſteht ein Holzſchnitt, der

vielfach auf Tabackpäckchen figurirt mit der Unterſchriſt: „Bei froher Botſchaſt, Geld und Punſch, Schmeckt dieſer Taback ganz nach Wunſch.“ Und dann ſind noch im Verlauf ein Wolf, ein Affe und ein Meerſchwein angebracht, wahrſcheinlich als Portraits von Demokraten. Doch laſſen wir die Poſſen. Betrübend iſt, daß ſich bei uns noch immer nicht irgend ein Geiſt regen will, wie er im freien England oder in irgend einem wahrhaft conſtitutionellen Staate herrſcht. Das Disciplinarverfahren, welches künftig ſelbſt gegen die Richter ſoll eingeleitet werden können, beeinträchtigt die Unabhängigkeit des Richterſtandes mehr als dies ſelbſt im abſoluten Staate der Fall war. Wenn feüher Graf Dohna den Officieren ſeines Corps befahl, ſich aller die Maßregeln der Regierung mißbilligenden Reden zu enthalten, ſo ſollen jetzt Cabinets-Oedres ähnlicher Art auch an die gemeinen Soldaten ergangen, ja, ihnen verboten ſein: „Was iſt des Deutſchen Vaterland?“ zu ſingen. Da darf man ſich freilich nicht wundern, wenn das Preußenthum ſo um ſich greift und zu Reibungen Veranlaſſung gibt. Neulich erblickte man unter den Linden eine Dame, die eine tellergroße preußiſche Cocarde auf der Beuſt teug. Sie ward verhaftet; denn man ſoll ſeines Stoffes zwar voll ſein, aber wie Leſſing am betrunkenen Dichter zeigt, nicht allzuvoll. Schließlich bereite ich Sie auf ein Mißgeſchick vor, das uns Allen bevorſteht. Hr. Hanſemann iſt nicht damit zufrieden, daß die Reichsverfaſſung mit ſeinen Anmerkungen in, ich weiß nicht wie vielen, Myriaden von Exemplaren abgeſetzt iſt, d. h. unentgeltlich: **gratis et frustra!** Da Niemand anders etwas davon verſteht, ſo hat er jetzt eine eigene Reichsverfaſſung ausgearbeitet, die demnächſt eeſcheinen wird.

Conſt. Corr. **Berlin**, 18. Juni. Der feühere Abgeordnete Bauer aus Stolpe iſt wegen Aufnahme eines Artikels „die Reichsverſammlung und die vier Könige“ in das von ihm redigirte Blatt, der Pommerſche Volksbote, auf Antrag des Staatsanwaltes verhaftet worden. Der ehemalige Policeipräſident von Berlin, Herr v. Bardeleben, welchem nach ſeinem Ausſcheiden aus dem hieſigen Poſten die commiſſariſche Verwaltung der Regierungspräſidentenſtelle in Arnsberg übertragen wurde, ſoll es auch dort nicht veeſtanden haben, der ihm übertragenen Verwaltung in ſeinen Händen Dauer zu veeleiben, vielmehr einem andern Beamten bereits den Plaz geräumt haben. *) Regierungs-Aſſeſſor Marcus Niebuhr (Sohn des Geſchichtsfoeſchers) aus Magdeburg iſt dem Cabinette des Königs attachirt.

Halle, 15. Juni. Die Unternehmer der „Halliſchen demokratiſchen Zeitung“ zeigen an, daß nach Verhaftung ihres n e u n t e n Redacteurs es ihnen für die Zuknnſt unmöglich geworden ſei, das bisher noch ausgegebene Beiblatt, der Wächter an der Saale, ferner zu liefern. Die Abonnenten werden für ihren Verluſt durch ein demokratiſches Tableau entſchädigt werden. (D. Ref.)

△ **Nürnberg**, 19. Juni. Auf die amtliche Anzeige, daß der König und die Königin geſtern Abend hier eintreffen würden, prangte unſere Stadt bald in feſtlichem Schmuck und die Straßen waren ſchon Nachmittags ungewöhnlich belebt. Namentlich war das Spittlerthor, durch welches die hohen Gäſte ihren Einzug halten ſollten, und das Rathhaus auf Anordnung des Magiſtrats geſchmackvoll decorirt und mit paſſender Inſcheift verſehen. Ueberall wallten deutſche und baieriſche Fahnen. Stadt- und Landwehr waren jedoch ſo unvollzählig, man ſagt kaum 20 Mann, erſchienen, daß die anweſenden Officieee ſofort ihren Rücktritt erklärten und mit der geringen Mannſchaft heimkehrten. Plötzlich, als gerade die Menſchenmaſſe am gedrängteſten in den Straßen ſtand, gegen 8 Uhr, eilte ein Courier mit der Meldung in die Stadt, daß der König unterwegs durch Eſtaffette zurück nach München berufen worden, wo eben der Erzherzog Ferdinand Maximilian von Oeſterreich mit einer Sendung des Kaiſers eingetroffen war. Unſeee Stadt iſt von Militär überfüllt. Heute Abend ſoll der Abgeordnete Schmitt einen Fackelzug erhalten.

P r e u ß i ſ ch e s H a u p t q u a r t i e r z u N e u ſ t a d t a n d e r H a r d t, den 18. Juni. Die Diviſion des Generals v. Weber hat geſtern bei Rinnthal mit ihrer Avantgarde ein einſtündiges Gefecht mit den Inſurgenten unter Willich und Schimmelpfennig gehabt. Der Veeluſt derſelben betrug ungefähr 20 Todte, 40 Verwundete und 20 Gefangene, der dieſſeitige einen Todten und 6 Verwundete. Landau iſt jetzt an allen Seiten von preußiſchen Truppen umgeben. Inſurgenten ſind nicht mehr in der Nähe dieſer Feſtung. (D. P. Z.)

* **Stuttgart**, 18. Juni. Wir haben das kurze Reſultat der Stuttgarter Nachrichten ſchon geſtern mitgetheilt: der Reichsverſammlung ſind die ferneren Sitzungen unterſagt, ihr Sitzungslocal iſt mit Militär beſetzt und geſchloſſen worden. Schon am 17. Abends wurde folgende Erklärung des Geſammtminiſteriums öffentlich verbreitet:

„Das unterzeichnete Geſammtminiſterium, welches wiederholt verſichert, die deutſche Reichsverfaſſung, ſo weit es in einem einzelnen Staate Deutſchlands möglich iſt, zur Anwendung zu bringen, ſo wie ſie denn auch in Wirklichkeit bereits zur Anwendung gebracht wird, erklärt hiermit, daß es die von der Reichsverſammlung geſtern Abend gefaßten, die Bildung der Volkswehr betreffenden Beſchlüſſe nicht anerkenne, und ſämmtlichen würtembergiſchen Behörden verbiete, denſelben nachzukommen. Stuttgart, den 17. Juni 1849. Römer. Roſer. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt.“

Am 18. fand die Sitzung der Kammer ſtatt, in welcher der Bericht der ſtaatsrechtlichen Commiſſion, in Betreff des Veehältniſſes zur Reichsverſammlung und Regentſchaft, auf der Tagesordnung ſtand. Reyſcher teug einen Bericht vor, der in den Antrag auslief: „1) Die im vorigen Jahre von den deutſchen Volksſtämmen und deren Regierungen nach Feankfurt berufene Reichsverſammlung iſt rechtlich nicht als aufgelöſt, ſondern nur als unfeeiwillig vertagt zu betrachten, bis die Zahl ihrer Mitglieder ſich wieder auf 350 vervollſtändigt oder ein von dem Volke anerkannter Reichstag an ihre Stelle getreten ſein wird. 2) Der jetzt in Stuttgart tagende Theil der früheren Reichsverſammlung iſt nicht berechtigt, die Stelle der Reichsverſammlung einzunehmen, und in dieſer Eigenſchaft die Reichsverfaſſung und die durch den Reichsverweſer verkündigten Reichsgeſetze abzuändern oder für einzelne Staaten und deren Unterthanen verbindliche Beſchlüſſe zu faſſen.“ Dieſem Antrag waren jedoch nur drei Mitglieder: Adam, Reyſcher, Sautter, beigetreten, drei andere beharrten auf dem Minoritätserachten vom 9. Juni (einfache Anerkennung der Reichsverſammlung), mehrere hatten einen Veemittlungsanteag geſtellt. Wir nehmen gleich den Schluß der langen Verhandlung voeaus: Der Antrag Macks: „Die Kammer wolle, nachdem ſie von dem Verfahren der Regierung gegenüber der Regentſchaft und der Reichsverſammlung Kenntniß genommen, beſchließen, über den Antrag, die Reichsverſammlung in iheer gegenwärtigen Zuſammenſetzung als zu Recht beſtehend anzuerkennen, zur Tagesordnung übergehen“ — dieſer Antrag wird in namentlicher Abſtimmung mit 54 gegen 31 Stimmen angenommen.

Im Laufe der Veehandlung verlas R ö m e r, auf die Anfrage des Kanzlers v. Wächter, was die Regierung gegenüber der letzten Beſchlüſſe der Reichsverſammlung gethan habe, das folgende Schreiben an den Präſidenten der Reichsverſammlung, Herrn Löwe von Calbe:

„Geehrter Herr Präſident! Ich erfülle im Auftrage des hieſigen Geſammtminiſteriums eine peinliche Pflicht, indem ich Ihnen anzeige, daß die würtembergiſche Regierung ſich in der Lage befindet, das Tagen der hierher übergeſiedelten Reichsverſammlung und das Schalten der von ihr am 6. d. M. gewählten Reichsregentſchaft in Stuttgart und Würtemberg nicht mehr länger dulden zu können. Sie wiſſen ſelbſt, daß die Reichsverſammlung am 30. v. M. den Beſchluß faßte, ihre Berathungen hier fortzuſetzen, ohne daß die dieſſeitige Regierung vorher gefragt wurde, ob ihr eine ſolche Ueberſiedelung erwünſcht ſei. Es kann Ihnen ferner nicht unbekannt ſein, daß das an die Regierung gerichtete Notificationsſchreiben über jenen Beſchluß nicht vor dem 3. Juni in unſere Hände gelangte, und daß gleichzeitig mit demſelben die Mitglieder der Reichsverſammlung hier eintrafen, ſo daß es unmöglich war, der beſchloſſenen Ueberſiedelung — wenn auch zunächſt n u r berathend — entgegenzutreten. Nachdem die Verſammlung beiſammen war und die Vollzähligkeit von hundert erreicht hatte, wollten wir ihr zunächſt kein Hinderniß in den Weg legen. Wir glaubten annehmen zu dürfen, ſie werde, ihrer Schwäche und den Verhältniſſen Rechnung tragend, eine vermittelnde, zuwartende Stellung einnehmen, ſie werde ſich als den Stamm der ſo ſehr herabgeſchmolzenen Reichsverſammlung betrachten und neben der Permanenz bis zu den neuen Wahlen ihr Hauptaugenmerk darauf richten, die getrennten Theile wieder an ſich zu ziehen und ſo allmälig wieder zu einer nachhaltigen Beſchlußfähigkeit zu erſtarken. Wie ſehr befanden wir uns im Irrthum! Die Beſchlüſſe vom 6. und 16. Juni gehören zu den extremſten, die man faſſen kann, und das Auftreten Ihrer Regentſchaft iſt ſo geſtaltet, daß man vermuthen ſollte, es ſtehen ihr 200,000 Bayonette zu Gebot, um ihren Beſchlüſſen Geltung zu verſchaffen. Ebendeshalb fanden wir uns vor einigen Tagen veranlaßt, Ihrer Executivgewalt zu erklären, daß wir nicht in der Lage ſeien, einen ihrer Beſchlüſſe und Befehle zu befolgen, und daß wir ſie zur alsbaldigen Entfernung aus Würtemberg dringend auffordern. Die Aufforderung hat die gewünſchte Wirkung nicht gehabt. Die Regentſchaft hat uns erwiedert, ſie beharre auf ihren Verfügungen und habe am Sitze der Reichsverſammlung zu verbleiben. Hr. Präſident! Ich will mit Ihnen nicht ſtreiten über den rechtmäßigen Beſtand der bis auf hundert Mitglieder herabge-

*) Hr. v. Bardeleben war, als er zur Uebernahme des Policeipräſidiums in Berlin berufen ward, ein junger vortrefflicher Landrath; es iſt möglich, daß er als Regierungspräſident weniger an ſeiner Stelle war. Aber ob es ein Lob oder ein Tadel iſt, daß er die Zufriedenheit der jetzigen Verwaltung ſich nicht erworben hat, darüber ohne nähere Kenntniß der betreffenden Verhältniſſe zu entſcheiden, würde voreilig ſein.

Digitized by Google

ſunkenen Reichsverſammlung. Ich für meine Perſon erkenne an, daß der Reichsverſammlung zuſteht, ihre Geſchäftsordnung hinſichtlich der Beſchlußfähigkeit der Verſammlung abzuändern und nach und nach ſelbſt bis auf drei Mitglieder herabzuſetzen. Aber wenn es ſich von Anerkennung der Beſchlüſſe einer ſolchen Verſammlung handelt, ſo muß man nach meiner Ueberzeugung einen anderen als den blos juriſtiſchen Maßſtab der Beurtheilung anlegen. Man muß ſich fragen: iſt die deutſche Nation repräſentirt durch 100 Mitglieder, deren überwiegende Mehrzahl den kleineren Staaten angehört, während z. B. Oeſterreich nur durch 13, Preußen durch 19, Bayern durch 11, Hannover, ich glaube nur durch einen Abgeordneten vertreten ſind, während dieſe Abgeordneten mit ſehr wenigen Ausnahmen einer extremen politiſchen Richtung angehören, ſo daß manche von ihnen nicht einmal im Stande wären, die nach monarchiſchem Zuſchnitte gefertigte, mit einem Erbkaiſer ausgeſtattete deutſche Reichsverfaſſung mit gutem Gewiſſen zu beſchwören — während endlich manche von ihnen ſich leider in dem Falle befinden, ihre Heimath aus politiſchen Gründen meiden zu müſſen. — Geſtehen Sie, Herr Präſident, eine ſo zuſammengeſetzte Verſammlung bietet einem Lande, das ſeiner großen Mehrheit nach nur auf dem geſetzlichen Wege vorſchreiten will, keine Garantien dar. Doppelt aber iſt Würtemberg bei der obſchwebenden Frage betheiligt, weil, mag man auch dagegen ſagen, was man will, die Reichsverſammlung bei Durchführung ihrer Pläne zunächſt nur auf Würtemberg angewieſen iſt. Mögen Sie in den übrigen Staaten Deutſchlands Streiter und Geldbeiträge noch ſo entſchieden einfordern, Sie werden nichts erhalten. Mit Ausnahme von Würtemberg haben ſo ziemlich alle Staaten Deutſchlands factiſch aufgehört, die Reichsverfaſſung anzuerkennen; denn die Tendenz in Baden und Pfalzbaiern iſt republikaniſch, überdies haben dieſe beiden Provinzen für ſich ſelbſt zu ſorgen, und die übrigen Theile Deutſchlands haben theils die Reichsverfaſſung nicht anerkannt, theils neigen ſie ſich, wir dürfen es uns nicht verhehlen, dem preußiſchen Verfaſſungsentwurfe zu. Die ganze Laſt der Durchführung der Reichsverfaſſung fällt ſomit zunächſt auf Würtemberg, und dieſes hätte, nach dem Plane der Reichsregentſchaft, vor Allem Baden und der Pfalz bewaffnet zu Hilfe zu kommen. Nun hat man Ihnen vielleicht geſagt, das würtembergiſche Volk brenne vor Begierde, für die Reichsverfaſſung jedes Opfer zu bringen, Bürgerwehren und Turner haben geſchworen, Gut und Blut für dieſen Zweck hinzugeben, und das ſtehende Heer ſei von demſelben Geiſte beſeelt. Glauben Sie mir, Herr Präſident, man hat Sie getäuſcht. Allerdings beſtehen für die Reichsverfaſſung und Reichsverſammlung ſtarke Sympathien im Volke, aber ſo begeiſtert iſt denn doch die große Mehrzahl nicht, daß ſie bereit wäre, ſich bei einem ſo unwahrſcheinlichen Erfolge in einen ſo ungleichen und verderblichen Kampf zu ſtürzen. Alle dieſe Rückſichten, deren Gewicht man nicht verkennen kann, wenn man ſtatt der Leidenſchaft die Vernunft, und ſtatt des Haſſes die Kenntniß der menſchlichen Natur zu Rathe zieht, müſſen uns beſtimmen, den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung und den Anordnungen der Regentſchaft die Anerkennung zu verſagen. Dann aber iſt ein längeres Tagen in Würtemberg nur dazu geeignet, die ohnehin vorhandene Aufregung in unſerem Lande zu vermehren, eine Aufregung, welche durch die demokratiſchen Vereine und den hieſigen Landesausſchuß auf das Emſigſte gepflegt wird. Ob und wie weit einzelne einflußreiche Mitglieder der Reichsverſammlung und Regentſchaft bei jenen aufregenden Beſtrebungen betheiligt ſeien, will ich dahin geſtellt ſein laſſen; verhehlen aber kann ich Ihnen nicht, daß in dieſer Beziehung ſehr beſtimmte Anzeigen vorliegen. Indem ich Sie nun, allem Vorſtehenden zufolge, geziemend erſuche, ohne Verzug dahin zu wirken, daß Reichsverſammlung und Regentſchaft ihren Sitz außerhalb Würtembergs verlegen und ſchon jetzt die Vornahme jedes weitern officiellen Actes unterlaſſen, habe ich noch die Bemerkung beizufügen, daß die Mißachtung dieſes ergebenen Anſinnens uns nöthigen würde, demſelben durch Anwendung der geeigneten Mittel Geltung zu verſchaffen, und daß etwaige Verſuche, ſich bewaffneter Zuzüge zu verſichern, nur dazu dienen würden, einen blutigen, aber der uns feindlichen Partei verderblichen Conflict herbeizuführen. Hochachtungsvoll ꝛc. Stuttgart, den 17. Juni 1849. Römer."

Eine Antwort hierauf, ſetzt Römer hinzu, ſei noch nicht erfolgt. Schoder: Ich kann die Antwort geben, heute Nachmittag um 3 Uhr wird eine Sitzung der Reichsverſammlung ſtattfinden. Schweickhardt bringt eine preußiſche Note zur Sprache, welche die Regierung veranlaſſen wolle, die Reichsverſammlung zu ſprengen, und verſichere, wenn die Regierung die Kraft dazu nicht habe, ſo werde die preußiſche Regierung es thun. Römer antwortet, eine ſolche Note ſei allerdings eingelaufen, aber ſie ſei neueren Datums, als der Beſchluß der Regierung, die Reichsverſammlung von hier wegzuſchaffen. Nach der Abſtimmung über den Mack'ſchen Antrag wird auch noch Schoder's Antrag auf Zurückziehung der Truppen vom Reichsheer in Heſſen, nach dem Vorſchlag des Kanzlers v. Wächter durch Uebergang zur Tagesordnung mit 53 gegen 20 Stimmen erledigt, nachdem Römer erklärt hatte, daß das Miniſterium nicht gegen die Zurückberufung der Truppen ſein wolle, wenn anders dieſelben bei bereits begonnenem Kampfe ausführbar ſei; wenn ſie aber dies thue, ſo geſchehe es einzig aus Rückſicht gegen das badiſche Volk, nicht aus Rückſicht gegen die badiſche proviſoriſche Regierung. Was weiter folgte, laſſen wir unſern ** Correſpondenten erzählen.

** **Stuttgart**, 18. Juni. Heute früh ſchon verbreitete ſich die Nachricht, daß der geſtrigen miniſteriellen Proclamation ein Verbot folgen werde; in der Sitzung der Stände hat Römer den Willen der Regierung kund gegeben. Schoders Aeußerung, daß gleichwohl heute Nachmittag Sitzung der Reichsverſammlung ſein werde, veranlaßte ſchnell ſtarke Maßregeln. Zwiſchen 1 — 2 Uhr verfügte ſich der General Miller in das Local der Reichsverſammlung. Starke Abtheilungen Infanterie und Cavallerie ſperrten die Zugänge deſſelben, Artillerie beſetzte den Schloßberg, das Banner der Bürgerwehr trat in der Nähe zuſammen. In dem zum Verſammlungsſaal hergerichteten Reithauſe des Bereiters Fritz wurden die inneren Einrichtungen, Bänke, Gallerien ꝛc. entfernt. Bald darauf bewegte ſich in Proceſſion die Reichsverſammlung, an deren Spitze Löwe von Calbe und Uhland gingen, die lange Straße hinauf gegen das Verſammlungslocal, gefolgt von einer Menge, welche der Verſammlung Hoch! rief. Der Civilcommiſſär der Regierung, Ober-Regierungsrath Camerer empfing vor dem erſten die Straße ſperrenden Zuge Soldaten die Abgeordneten mit Ankündigung des Verbots ihrer ferneren Verſammlungen. Löwe von Calbe proteſtirte im Namen des deutſchen Volkes und erklärte, daß ſie blos der Gewalt weichen. Auch Uhland wollte ſprechen, Trommelwirbel erſtickten ſeine Stimme und das Militär rückte langſam vor. Die Abgeordneten, gedrängt vom Militär, kehrten um, dem Hotel Marquardt ihre Schritte zuwendend. Zahlloſe Gerüchte, die widerſprechendſten Erzählungen über dieſe Scene ſind im Umlauf; es wäre ſchwer, die reine objective Wahrheit über die Einzelnheiten herzuſtellen; die Einen erzählen von Gewalt gegen Abgeordnete, Andere wollen wiſſen, daß wenigſtens flache Hiebe aufs Volk fielen u. ſ. w. Ich übergehe dieſe vielerlei Gerüchte; nur das eine iſt nothwendigerweiſe beizufügen, daß das Gerücht, als ſei Uhland verwundet worden, durchaus falſch iſt. Es läßt ſich denken, daß die Stadt in der größten Aufregung iſt, die Königsſtraße, beſonders vor dem Hotel Marquardt, wo die Reichstagsabgeordneten verſammelt ſind, iſt dicht gefüllt, das Militär in der Stadt iſt ſehr ſtark, Eilboten riefen noch ſolches von der Nachbarſchaft zuſammen. Zur Stunde, 6 Uhr, lagert Infanterie und Cavallerie auf dem Schloßplatze; ſtarke Militärpatrouillen gehen den ganzen Nachmittag durch die Straßen. Mehrere Bewaffnete von auswärts, welche mit Senſen in die Stadt wollten, wurden vom Militär aufgehoben. Die Abgeordneten ſollen bei Marquardt ſich beſprochen haben, hier anweſend zu bleiben. Man ſpricht vom Eintreffen einer äußerſt kategoriſch lautenden preußiſchen Note, welche augenblickliche Entfernung der Reichsverſammlung bei Androhung preußiſcher Intervention von der Regierung verlangte. Die Haltung der Menge iſt bis jetzt nicht bedrohend. Da und dort heftige Scenen. Ob der Abend ruhig bleiben wird, läßt ſich noch nicht entſcheiden.

8 Uhr Abends. Vom Schloßplatze hat ſich die Menge ziemlich verlaufen. Die Kanonen ſind abgefahren in die Reitercaſerne vor dem Königsthor. Infanterie und Cavallerie lagert auf dem Platze. Lebhafte Gruppen in der Königſtraße, beſonders vor der Hauptwache bis zum Hotel Marquardt. Starke Abtheilungen Linie und Bürgerwehr ſind aufgeſtellt. In der Hauptwache ſind einige Soldaten, welche ohne Urlaub ſich umtrieben, verhaftet. In den Gruppen ſpricht man erbittert über die Nachmittagsſcene.

*⁎ **Stuttgart**, 18. Juni. Dem Frankf. Journ. zufolge haben die im Hotel Marquardt verſammelten Abgeordneten den Beſchluß gefaßt: der Gewalt zu weichen, die Sitzungen zu ſuspendiren, Stuttgart aber vor der Hand nicht zu verlaſſen.

* **Stuttgart**, 18. Juni. Die Reichsregentſchaft erläßt unter heutigem Datum einen Ruf zu den Waffen an das deutſche Volk. Es heißt darin: „Wir haben das Geſetz verkündet, welches die deutſche Volkswehr organiſirt. Jede Stadt, jedes Dorf wird nach dieſem Geſetz die waffenfähigen Männer von 18 bis 30 Jahren ſofort unter die Waffen rufen; Schmach dem, der die Kraft hat und ſich dem Vaterlande entzieht. Es gilt vor Allem, Baden und der Pfalz die Bruderhilfe zuzuführen. Aus allen deutſchen Ländern mögen Freiwillige in Schaaren den Bedrängten zu Hilfe eilen. Deutſche! duldet nicht, daß die Männer, die ſich muthig für die Reichsverfaſſung erhoben, dem Reichsfeinde erliegen. Bedenkt, daß die Niederlage dieſer Tapferen auch Euch das Loos der Knechtſchaft bringt. Zu den Waffen deutſches Volk! Es gilt den heiligen Kampf für unſere Freiheit gegen ſchamloſe Unterdrückung. Zeige der Welt, daß dein Herz groß wie dein Geiſt; zeige daß das Herz Europa's, das man erſtorben wähnte, noch in Begeiſterung ſchlage für die Freiheit."

* Der Schw. M. berichtet von Exceſſen und unruhigen Auftritten in Riedlingen und Ulm. Am erſten Orte ſoll die Be-

freiung einiger Unterſuchungsarreſtanten mit Gewalt, indem man den Gerichtsbeamten das Bajonnett auf die Bruſt ſetzte, erzwungen worden ſein. Die Bürgerwehr hatte dieſer Unordnung **nicht** geſteuert, vielmehr ſcheinen noch weitere Exceſſe die Folge geweſen zu ſein. Dem zufolge wurde am 16. Juni das dritte Infanterieregiment von Ulm nach Riedlingen beordert, um die Ordnung wieder herzuſtellen. Die demokratiſchen Vereine beſchloſſen in einer ſchwach beſuchten Volksverſammlung, den Ausmarſch des Regimentes zu hindern. Derſelbe fand jedoch ungeachtet einer Menge von Deputationen an die oberſte Militärbehörde, und trotz der ausgeſtoßenen Drohungen um 2 Uhr Nachmittags in Anweſenheit einer durch den Wochenmarkt und die Meſſe gewaltig vergrößerten Volksmenge, ohne auch nur irgend ein Geſchrei — ganz vereinzelte Verſuche dazu abgerechnet — zu hören, ungehindert ſtatt, und luſtig und ſpottend zogen die abmarſchirenden Soldaten an einem am Gögglinger Thor entweder zufällig oder abſichtlich umgeworfenen Strohwagen vorüber. Um die verminderte Garniſon zu erſetzen, wurden baieriſche Truppen aus Neu-Ulm beordert, was die Aufregung unter den Demokraten noch erhöhte. Man beſchloß, ſich „mit Gut und Blut" zu widerſetzen. Der Einmarſch fand aber ſtatt, und die Beziehung der Wachen, welche das Freicorps ꝛc. verhindern wollte, erfolgte am Sonntag, aus Vorſicht ſchon um 10½ Uhr ſtatt Mittags, ſo daß, als die Widerſtandsluſtigen herbeikamen, bereits Baiern die Poſten inne hatten. Im Laufe des Nachmittags ſtieg die Aufregung immer höher und Abends bildeten ſich Zuſammenrottungen, in welchen ein Policeiſoldat erſchlagen und ein Arbeiter erdrückt wurde. Die Bürgerwehr wurde zuſammengerufen, konnte aber, weil des Sonntags wegen Viele abweſend waren, nicht ſchnell genug zuſammentreten. Endlich erſchienen vier Kompagnien Baiern auf dem Markt, wo ſie von der „untern Stube" aus durch die Bürger mit einem Hoch empfangen wurden. Von einem Seitengäßchen fiel ein Schuß und traf einen baieriſchen Soldaten ins Herz. Würtembergiſche Reiterei, die noch zurückgebliebene Schwadron des 3. Regiments, ſprengte an und ſäuberte die Straßen. Vierzig bis fünfzig Verhaftungen ſind vorgenommen, doch wird unter denſelben kein bekannter Name aufgeführt.

Hannover, 17. Juni. Achtunddreißig Männer, theils aus der erſten Kammer, theils aus der aufgelöſten zweiten Kammer und aus der Reichsverſammlung, haben heute, dem kürzlich erfolgten Aufrufe gemäß, über das Verhältniß unſeres Landes zu Deutſchland und der Reichsverfaſſung berathen. Ihre Beſchlüſſe gleichen im Weſentlichen den energiſchen des oſtfrieſiſchen Provinziallandtages; ſie ſind: unbedingte Anerkennung der Reichsverfaſſung, entſchiedene Verwahrung gegen den Berliner Entwurf und eine Erklärung gegen die Vornahme von Wahlen nach dem Berliner Wahlgeſetze. (Weſ. Z.)

Harburg, 17. Juni. Der Herzog von Naſſau traf dieſen Nachmittag mit dem Cölner Bahnzuge hier ein und ging ſofort nach Altona weiter.

Karlsruhe, 17. Juni. Geſtern Abend war eine große Menſchenmenge am Bahnhof verſammelt, um die „gefangenen 500 Heſſen" vorbeiführen zu ſehen; ſie täuſchte ſich aber gewaltig; von den Heſſen kam kein einziger, dagegen trafen etwa 500 Mann zerſprengte und verjagte Pfälzer aus Speier, großentheils im elendeſten Zuſtande, mit der Eiſenbahn von Wiesloch hier ein, welche nach Empfang eines Schoppen Weins und eines halben Pfunds Brod per Mann gleich in die Pfalz weiter befördert wurden. Geſtern Abend und heute früh gingen Volkswehren von hier abwärts und trafen neue Mannſchaften von oben her ein. Dieſen Vormittag hat man nun beſtimmte Kunde, daß die Preußen in großer Zahl (man ſagt 3000 Mann) Samſtag Mittag 12 Uhr mit klingendem Spiel in Speier eingerückt ſind, wobei die dortige Bürgerwehr das Gewehr präſentirte. Die Preußen haben das Willichſche Corps vor Landau zerſprengt und verjagt und ſind geſtern Abend in Langenkandel, vier bis fünf Stunden von Karlsruhe, eingerückt. Badiſcher Seits ſoll heute die Knielingen-Wörther Rheinbrücke abgeführt werden. Struve hat geſtern Lauterburg paſſirt und ſoll in Straßburg angekommen ſein. Eichfeld wurde am 10. Juni in Lauterburg auf der Durchreiſe geſehen. Sein Regiment, das Leibinfanterieregiment, wird dermalen vom Regimentstambour befehligt (?). Dieſen Vormittag und heute Mittag hört man hier ſtarkes Schießen vom Rhein her. Ehe ein preußiſches Armeecorps bei Germersheim über den Rhein paſſirt iſt, um die badiſche Neckararmee von vornen und hinten angreifen zu können, wird von den am Neckar ſtehenden Reichstruppen **kein** Angriff unternommen. Heute Morgen wurde von hier und Umgegend Brod zur badiſchen Neckararmee geſchickt. Geſtern ſollten zwei Kanonen der hieſigen Bürgerwehr auf Befehl Brentanos und Zieglers an die Knielinger Rheinbrücke geben, was entſchieden abgelehnt wurde. Die Gensdarmen ſammeln ſich hier neuerdings. 2 Uhr Mittags. Man verſichert als ganz beſtimmt, daß Kriegsminiſter-Stellvertreter Meyerhofer heute Vormittag 11½ Uhr entwichen iſt; die proviſoriſche Regierung ſoll beabſichtigen, ſich nach Freiburg und von da in die Schweiz zu begeben. Einige Mitglieder der conſtituirenden Verſammlung haben ſich heute Mittag 12 Uhr mit dem Eiſenbahnzug fortgemacht; man nennt Richter und Reich. Brentano ſoll nach Mannheim, Goegg zur Armee abgegangen ſein. (4 Uhr Abends.) Die Preußen ſollen ſogar ſchon in Wörth (einem Dorf jenſeits des Rheins, zwei Stunden von Karlsruhe) angekommen und die Rheinbrücke heute Nachmittag abgebrochen worden ſein.*) Heute Nachmittag ſind die letzten ſechs Kanonen an den Rhein nach Knielingen abgegangen. Der Befehl des preußiſchen Oberbefehlshabers, „keinem Mann vom Leibinfanterieregiment Pardon zu geben," ſoll unter den Badiſchen gewaltig gewirkt haben. Abends nach 6 Uhr. Von Mannheim hört man (durch den eben angekommenen Zug) nur ſo viel, daß heute (Sonntag) beiderſeits Ruhetag war. Von Philippsburg und Umgegend iſt keine Nachricht da. (Schw. M.)

Karlsruhe, 17. Juni. Der Oberſt v. Roggenbach, den der officielle Bericht gefallen ſein läßt, ſoll gar nicht im Treffen geweſen ſein *) (ein Sohn des Oberſten ſoll geblieben ſein); dagegen wurde der polniſche Oberſt Tobian, durch Mund und Hals geſchoſſen, gefährlich verwundet und liegt jetzt hoffnungslos im Militärſpital. (Schw. M.)

Mannheim, 17. Juni. Seit geſtern Abend hört hier das Kanonenfeuer auf beiden Ufern auf. Dagegen währt das Schießen der Scharfſchützen anhaltend fort. Auf jenſeitigem Ufer fallen viele Leute, dagegen fiel heute auf badiſcher Seite kein Mann. Es verlautet, daß heute noch ein Bombardement ſtattfinde; da man ſich aber ſchon ſeit geſtern mit dieſem Gerüchte trägt und dieſe Kataſtrophe glücklicherweiſe noch nicht eintrat, ſo hofft man auch heute auf die Nichtigkeit dieſes Gerüchtes. (Schw. M.)

Weinheim, 20. Juni. Da erſt morgen wieder die Operationen beginnen ſollen, ſo iſt heute wenig zu melden. Die Preußen werden auf den rechten Flügel zu ſtehen kommen, während die Reichstruppen den Odenwald beſetzen, das Hauptquartier der letztern wird nach Fürth verlegt. Ein Hauptangriff wird jedoch erſt dann erfolgen, wenn der Uebergang des in Rheinbaiern ſtehenden preußiſchen Corps über den Rhein erfolgt ſein wird, was indeß auf Schwierigkeiten geſtoßen ſein ſoll, indem die baieriſchen Commandanten von Landau und Germersheim nur Reichstruppen oder baieriſche in die beiden Feſtungen aufnehmen wollen (?). (Frankf. Ztg.)

Mainz, 19. Juni. Wie wir vernehmen, concentriren ſich die bairiſchen Truppen um Ludwigshafen und es wird heute oder morgen der Angriff auf Mannheim beginnen. (Mainz. J.)

* **Mainz**, 19. Juni. Den hieſigen Zeitungsredactionen iſt auf Verlangen des Feſtungscommandos die Mittheilung von Nachrichten vom Kriegsſchauplatz unterſagt worden.

Altona, 18. Juni. Der Rendsburger Bahnzug bringt uns aus dem Norden keine Neuigkeiten. Reiſende erzählen uns, daß das Bombardement gegen Friedericia bis auf Weiteres eingeſtellt ſei. (H. C.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Juni. Zwei der iriſchen Staatsgefangenen, beide zu zehn Jahr Transportation verurtheilt, die HH. John Martin und Kevin O'Doherty, Herausgeber der ſpäter unterdrückten Zeitungen Iriſh Felon und Tribune wurden vorgeſtern aus ihrem Gefängniß zu Dublin abgeführt, um zuvörderſt nach der Inſel Spike gebracht zu werden. Smith O'Brien und M'Manus, zu den vier Herren gehörend, welche von den Aſſiſen zu Clonmel wegen Hochverraths und Aufruhrſtiftung zum Galgen verurtheilt, dann aber von der Krone zu lebenslänglicher Transportation begnadigt wurden, nahmen von ihnen ihr Lebewohl auf ewig, um ſich dann wieder in ihre einſame Zelle zurückzubegeben.

*) Wir wollten die obigen Gerüchte nicht unerwähnt laſſen, müſſen aber doch bemerken, daß denſelben erhebliche Zweifel entgegenſtehen.

*) Wird uns auch von unſerm = Correſpondenten von der Bergſtraße beſtätigt.

Beſonders der Abſchied des Hrn. M'Manus ſcheint für beide Theile ergreifend geweſen zu ſein. Die Verurtheilten wurden im Gallop durch die Straßen der Stadt gefahren, begleitet von beinahe einem ganzen Regiment Dragonern, deren erſte Abtheilung die Karabiner geladen, die andere die Säbel blank gezogen hatte. Die Bevölkerung der Stadt verhielt ſich ruhig.

Die Königin hat aus ihrer Privatkaſſe für die Hungerdiſtrikte Irlands 500 Pfd. gezeichnet. Dieſem ſchönen Beiſpiele folgten ſofort mehrere Miniſter und Parlamentsmitglieder, ſo daß binnen Kurzem die Summe von 2000 Pfd. beiſammen war. Die Sammlung ſcheint hiermit jedoch noch nicht geſchloſſen zu ſein. Die Zeitungen füllen ſich inzwiſchen fortwährend mit Schauderberichten aus Irland. Ganze Bezirke liegen in Folge der einer Flucht ähnlichen Auswanderung und des Hungerſterbens brach, und ſelbſt in der ſonſt blühendern Provinz Ulſter werden Pachtgüter, die noch vor wenigen Jahren hoch im Preiſe ſtanden, um einen Schleuderpreis ausgeboten, ohne daß ſich ein Liebhaber findet.

Ueber den Anfängen der deutſchen Marine ſcheint ein eigener Unſtern zu walten. Die Weſ. Ztg. berichtet vom 16. Juni aus London: Das amerikaniſche Dampfboot „United States", deſſen Auslieferung bekanntlich die Regierung zu Waſhington eine Zeit lang beanſtandete, iſt heute im Liverpooler Hafen angekommen. Es ſegelte am 31. v. M. von New-York; nach 21ſtündiger Fahrt gerieth es aber auf die Nantucket Schoals und mußte 70 Laſt Kohlen über Bord werfen, um wieder flott zu werden. Später wurde der hintere Keſſel beſchädigt, ſo daß er für den Reſt der Fahrt unbrauchbar wurde. Es wird deshalb hier eine Reparatur vorgenommen werden.

Dieſelbe Zeitung entnimmt der New-Yorker Poſt folgende Mittheilung über einen furchtbaren Schiffbruch: Wie vor einigen Wochen die „Hannah", ſo iſt am 10. Mai das Emigrantenſchiff „Maria", von Limerick nach Quebeck beſtimmt, auf ſchreckliche Weiſe verunglückt. An genanntem Tage begegnete die „Maria" 50 Miles von St. Pauls einem ungeheuren ſchwimmenden Eisfelde. Der Verſuch daſſelbe zu paſſiren mißlang; mitten in der Nacht ſtieß ein Eisberg den ganzen Bug ein, die See ſtürzte wie ein Katarakt in den Raum und unter dem Todesgeſchrei der unglücklichen Zwiſchendeckspaſſagiere ſank das Schiff faſt augenblicklich. Von 121 Perſonen konnten nur 9, die eben auf dem Decke waren, ſich aufs Eis retten; der Steuermannswache gelang es, in ein Boot zu flüchten und jene 9 aufzunehmen. Nachdem ſie einen Tag in ſchneidender Kälte auf der See umhergetrieben waren, wurden die 12 Geretteten von einer engliſchen Brigg aufgenommen. Ganz in derſelben Gegend ſind kürzlich zwei engliſche Kauffahrer 40,000 Pfund werth, im Eiſe verloren gegangen; die Mannſchaft rettete ſich in den Böten, von denen eines erſt nach ſiebentägiger Irrfahrt aufgenommen wurde.

Frankreich.

* **Paris**, 18. Juni. „Die Cenſur iſt wieder hergeſtellt; nur iſt ſie nicht amtlich, ſondern halbamtlich und unter der Hand wiederhergeſtellt. Ein Polizeicommiſſär iſt in den Bureaus des Siecle, der Preſſe und des National erſchienen, um dieſe Journale zu benachrichtigen, daß, wenn ſie fortfahren ſollten, ihre Meinung über die Artikel 5 und 54 der Verfaſſung durch die Majorität zu veröffentlichen, die Majorität der Kammern, die alsdann darüber interpellirt werden würde, die Beſchlagnahme autoriſiren würde. Wir werden uns der Gewalt fügen, allein wir wollen, daß das Publicum wiſſe, daß unſere Feder nicht mehr frei iſt." Mit dieſen Worten leitet die Preſſe ihre heutige Nummer ein und die darin enthaltenen Facta haben die Legislative in ihrer heutigen Sitzung faſt ausſchließlich beſchäftigt. Nach einigen Bemerkungen, in welchen der General Gourgaud, als Oberſt der 1. Legion der Nationalgarde, die gegen die Betheiligung dieſer Legion an der Vernichtung der ſocialiſtiſchen Preſſen gerichteten Beſchuldigungen zurückwies und in welchen die ihm entſchlüpfte Bezeichnung der Jäger von Vincennes mit ihrem früheren Namen, der Jäger von Orleans, von der Montagne ſehr mißfällig bemerkt wurde, nahm Cremieux das Wort, um die oben mitgetheilte Erklärung der Preſſe, zugleich aber die bereits verfügte Suspenſion ſechs ſocialiſtiſcher Blätter zur Sprache zu bringen. Odilon Barrot übernahm ſelbſt die Antwort. Er erklärte, was die Suspenſion jener Blätter betreffe, ſo müßten, ſie, die zum Kriege aufgefordert, jetzt die Chancen des Krieges tragen. Weniger glücklich war er mit der Rechtfertigung der gegen die genannten drei Journale verfügten Maßregel; denn wenn er behauptete, daß die Regierung das Recht der Discuſſion achte, aber unter der Bedingung, daß die Discuſſion die Entſcheidung der Majorität reſpectire, ſo möchte man mit Grund fragen, was denn das Recht der Discuſſion zu bedeuten hat, wenn nur eine unbedingte Zuſtimmung zu den Beſchlüſſen der Majorität geſtattet iſt? Die Oppoſition befand ſich deshalb diesmal auf einem ſehr dankbaren Terrain, bis die leidenſchaftliche Heftigkeit ihrer Angriffe gegen das Miniſterium, die dem Repräſentanten Gambre ſogar einen namentlichen Ordnungsruf des Präſidenten zuzogen, ihre Stellung verſchlechterte und, obgleich Grevy die Debatte wieder auf ein ruhigeres Feld hinüber lenkte und die Maßregeln der Regierung gegen die Preſſe aus den eigenen Beſtimmungen der Geſetze über den Belagerungszuſtand als ungeſetzlich nachzuweiſen verſuchte, wurde doch mit 351 gegen 154 Stimmen die einfache Tagesordnung beſchloſſen und kam alſo Grevy's Antrag auf motivirte Tagesordnung: „Die Verſammlung, in Erwägung, daß kein Geſetz, ſelbſt nicht während des Belagerungszuſtandes, der Regierung das Recht gibt, die Journale zu ſuspendiren, fordert die Regierung auf, zur Geſetzlichkeit zurückzukehren, und geht zur Tagesordnung über", gar nicht zur Abſtimmung. Der Präſident verlas dann ein abermaliges Geſuch des Generalprokurators, die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung eines Repräſentanten, Felix Pyat, zu geben, welcher geſtändig iſt, den bekannten Aufruf zu den Waffen mit unterzeichnet zu haben; die Ermächtigung wurde ertheilt. Hr. v. Laſteyrie verlas darauf den Bericht der Commiſſion über das von der Regierung eingebrachte Clubgeſetz. Es ſcheint, daß das Miniſterium und die ultra-conſervative Partei, der „weiße Berg", ſich nur mit Mühe über dies Geſetz verſtändigt haben: die genannte Partei verlangte ein definitives und abſolutes Verbot der Clubs und politiſchen Vereine, das Miniſterium beſtand auf dem Texte, wie er der Verſammlung vorgelegt worden. Endlich iſt ein Compromiß zu Stande gekommen und das Reſultat deſſelben iſt ein Zuſatz-Artikel der Commiſſion, des Inhalts, daß die Regierung in dem Laufe eines Jahres ein Geſetz einbringt, welches die Clubs aufhebt, die Ausübung des Vereinsrechts aber regulirt. Die Verſammlung hob endlich die ſeither noch beſtandene Permanenz ihrer Sitzungen auf und ging dann auseinander.

Sonſt iſt wieder ſehr wenig zu berichten. Ein Tagesbefehl des proviſoriſchen Befehlshabers der Alpenarmee zeigt derſelben den Tod ihres glorreichen Commandanten, des Marſchalls Bugeaud, an, und auf Verfügung des Kriegsminiſteriums wird dieſe Armee bis zur Ernennung eines neuen Commandanten Trauer tragen. Die Verhaftungen und Hausſuchungen gehen ihren Gang fort, ohne indeß neuerdings, wie es ſcheint, erhebliche Reſultate geliefert zu haben: von den Hauptführern des Aufſtandes hat man noch immer keine Spur. Es heißt, daß allen Journalen ohne Ausnahme das Feilhalten ihrer Blätter auf den Straßen unterſagt werden ſoll. Unter den Opfern der Cholera befinden ſich in den letzten Tagen die einſt gefeierte Catalani und der Klaviervirtuoſe Kalkbrenner.

Die Blätter von Lyon bringen heute eine Menge von Details über den Kampf vom 15. Man ſchätzt die Zahl der Todten und Verwundeten auf Seiten der Inſurgenten auf 150, auf Seiten der Truppen auf 80. Die Zerſtörung, welche der Kampf in Croix Rouſſe angerichtet, ſoll theilweiſe furchtbar ſein. Unter der Maſſe der Verhafteten befinden ſich auch die Redacteure des Peuple Souverain und des Republicain.

Niederland.

* **Amſterdam**, 18. Juni. Wie man hört, iſt der Contreadmiral v. d. Boſch zum Colonialminiſter ernannt.

Ungarn.

A. Z. C. Nach der Mittheilung eines ſiebenbürgiſchen Flüchtlings in der Bukareſter Zeitung hat der Stellvertreter Bemjs, ein gewiſſer Czetz, neuerdings den Pfarrer Greiſing aus Kronſtadt und Pfarrer Wellmann aus Fogoraſch hinrichten laſſen.

Ein Privatbrief aus Eſſegg vom 11. Juni berichtet die Vereinigung der Streitkräfte des Ban mit jenen der F.-M.-L. Lüders und Malchowski.

Türkei.

Konſtantinopel, 25. Mai. Wir müſſen zuvor erinnern, daß, während einiger Jahre und noch bis Ende 1847, der weſtliche Theil Kaukaſiens, alſo die unter der allgemeinen Benennung von „Tſcherkeſſien" begriffenen Provinzen, wo nicht unterworfen, doch beruhigt waren, und die dortigen Stämme mit den ruſſiſchen

№ 169. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 21. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Erklärung des Hrn. v. Schütz. Zur Geſchichte des Reichsminiſteriums. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz Ferner Kanonendonner. Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Die Landesverfaſſung für Krain. Die Ruſſen in Siebenbürgen. Kaiſer Nikolaus. Unglückliche Recognoscirungen. Die Cholera. Neue Gerichtsorganiſation. Die Raſtatter Beſatzung. Die flüchtigen Palatinalhuſaren. Vermiſchtes). Berlin (Der deutſche Verwaltungsrath. Die Zuſammenkunft in Gotha. Die Unterhandlungen mit Dänemark. Courier nach Kopenhagen). Stralſund (Schwediſcher Courier nach Kopenhagen. Die Verbindung mit dem Norden). München (Dr. Zander verhaftet. Die Pfälziſchen Beamten. Oberſt Harold Stadtcommandant. Große Heerſchau. Truppendislocationen). Ulm (Keine weitere Ruheſtörung. Einrücken der Truppen in Riedlingen). Dresden (Die Stadtverordneten. Unruhige Auftritte unter ſächſiſchen und preußiſchen Truppen. Die Verwundeten und Gefallenen des Militärs). Karlsruhe (Ankunft von Truppen). Worms (Truppenbewegungen. Der Angriff auf Mannheim). Koburg (Keine Ergänzungswahl zur Reichsverſammlung. Die Prinzen von Baden und der Prinz Joinville. Der Herzog). Aus dem nördlichen Schleswig (Die Unthätigkeit. Die Behandlung der Soldaten). Lübeck (Der preuß. Entwurf. Zollverein. Die Lübecker Zeitung).

Rußland. St. Petersburg (Schreiben des Kaiſers an den Fürſten Schwarzenberg).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 21. Juni).

Nachſchrift.

Deutſchland.

Frankfurt, 20. Juni. Herr Redacteur! Nachdem in der Beilage zu Nr. 144 der Oberpoſtamtszeitung die in der Beilage zu Nr. 164 der Deutſchen Zeitung enthaltene, der Lith. Corr. von Berlin entnommene Mittheilung über angebliche Unregelmäßigkeiten, welche bei der Telegraphenverwaltung vorgekommen ſein ſollen, aus amtlicher Quelle *) widerlegt worden iſt, ſo fällt auch die Behauptung meiner Betheiligung dabei in ihr Nichts zurück. Ich erſuche Sie, dieſe Bemerkung in Ihr nächſtes Blatt aufzunehmen. v. Schütz.

♯ **Frankfurt**, 21. Juni. Der Deutſchen Reform wurde von hier unterm 12. d. M. geſchrieben: „Das Reichsminiſterium hatte — ſo wird hier verſichert — den auf der großen Leipziger Straße anrückenden preußiſchen Truppen den Befehl entgegengeſandt, nicht weiter vorzugehn; ihr Befehlshaber, General Schack, der in Vilbel, einige Stunden von hier, dieſe Weiſung erhielt, ritt nach Frankfurt voraus und erklärte dem Reichsminiſter perſönlich, daß er von ſeinem Könige den beſtimmten Befehl habe, vorzugehen, und wenige Stunden ſpäter war die Spitze ſeiner Truppen in Frankfurt eingerückt." Die Deutſche Reform, beſſer unterrichtet, als dem Reichsminiſterium lieb iſt, hatte von dieſem keinen Widerſpruch erfahren; erſt als die Deutſche Zeitung jene Mittheilung erwähnte, wurde ſie in der Ober-Poſtamts-Zeitung für eine Unwahrheit erklärt. Wir überlaſſen dem Berichterſtatter der Deutſchen Reform, dem Reichsminiſterium, welches keine Wahrheit iſt, auf dieſe Erklärung zu antworten. Da das Reichsminiſterium, ſeitdem es das Regieren aufgegeben, im Zuge der Berichtigungen iſt, ſo darf man hoffen, daß es ſich auch mit jener Schilderung der Thätigkeit der öſterreichiſchen Intrigue in Frankfurt beſchäftigen werde, womit die conſtitutionelle Correſpondenz ſo viele Blätter verſehen hat, daß ſie der Aufmerkſamkeit des Reichsminiſteriums nicht entgangen ſein kann. Dieſes findet dabei Gelegenheit, ſeine Mußeſtunden zur Abfaſſung einer Selbſtbiographie zu verwenden, wofür ihm die Nachwelt danken wird, und entgeht der Gefahr, mit den Rechtfertigungsartikeln in's Stocken zu gerathen, deren Erſtling die Oberpoſtamtszeitung vom 19. Juni ziert.

♈ **Frankfurt**, 21. Juni. An der neuen Eiſenbahnbrücke hört man ſeit heute morgen deutlich ſtarken Kanonendonner, und Militärs wollen mit Sicherheit behaupten, daß das Feuer von Bombengeſchützen herrühre. Ob das Feuer Mannheim gilt, muß einſtweilen dahin geſtellt bleiben; es wird übrigens erzählt, daß die Baiern gegenwärtig Ludwigshafen beſetzt hätten.

°**Frankfurt**, 20. Juni. Die wichtigſte Nachricht vom Kriegsſchauplatz iſt das Vordringen der Preußen von der Pfalz her nach Baden. Sie haben den Rhein bereits überſchritten. Die D. P. Z. meldet aus dem Hauptquartier des Prinzen von Preußen, Graben bei Bruchſal, 20 Juni: „Heute mit Tagesanbruch ging die Avantgarde über den Rhein. Die Inſurgenten hatten in der Nacht ihre günſtige Stellung aufgegeben, ſo daß kein Gefecht ſtattfand. Auch aus Philippsburg zog der Feind bei Annäherung der Truppen ab. Ein unregelmäßiger Haufe, gegen 400 Mann, wurde von einer Escadron des 9. Huſarenregiments angegriffen und mit Verluſt geſprengt. Prinz Friedrich Carl von Preußen (Neffe Seiner Majeſtät) machte dieſe Attaque mit und erhielt leider zwei leichte Schußwunden in der rechten Schulter und rechten Hand; außerdem iſt leider der Verluſt von 3 Officieren und mehreren Huſaren zu beklagen, die vermißt werden und von welchen zu fürchten iſt, daß ſie geblieben ſind. Das ganze vom Generallieutenant v. Hirſchfeld commandirte Corps war bis heute Morgen 9 Uhr über den Rhein gegangen. Die Inſurgenten halten die Neckarlinie beſetzt; ein ſtarkes Corps ſoll bei Bruchſal ſtehen."

Vom Kriegsſchauplatz an der Bergſtraße meldet die Darmſt. Ztg. nach einem Briefe aus Heppenheim vom 20. früh: „Geſtern iſt Weinheim, Heppenheim und die ganze dortige Gegend von den unter Generallieutenant v. Peucker ſtehenden Truppen verlaſſen worden; nur in Weinheim ſelbſt blieb eine kleine Abtheilung derſelben unter General Wachter zurück, welche heute abziehen. Geſtern Nachmittag gegen 5 Uhr näherten ſich badiſche Inſurgenten von Großſachſen aus; ſofort rückten von Weinheim und Heppenheim Truppen aus, welche jedoch den Feind nicht mehr fanden und Nachts zurückkehrten. Die Eiſenbahn zwiſchen Weinheim und Heppenheim iſt ſeit vorgeſtern wieder fahrbar. Große Quantitäten Brod, Fleiſch, Reis u. ſ. w. kamen geſtern und in jüngſter Nacht von Darmſtadt und Frankfurt in Heppenheim an und werden heute den Truppen in den Odenwald nachgeſendet."

□ **Frankfurt**, 20. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt hat ſich (wir haben ihren Beſchluß bereits im Hauptblatte mitgetheilt) in ihrer heutigen Sitzung, bevor ſie zur Erledigung ihrer Tagesordnung ſchritt, mit der Berathung eines dringlichen Antrags des Hrn. Dr. Reinganum beſchäftigt: „Die Verſammlung wolle beſchließen, den Senat zu erſuchen, dafür beſorgt zu ſein, daß die Gefangenen aus dem badiſchen Volksheere, die man in das hieſige Staatsgebiet bringe, mit derjenigen Menſchlichkeit behandelt würden, welche nach dem Völkerrechte Kriegsgefangenen gebühre." Es kann hier nicht der Ort ſein, zu unterſuchen, ob und in wie weit die Facta wirklich vorgekommen ſind, welche zur Motivirung und Unterſtützung dieſes Antrags angeführt wurden; wir können nur hoffen und wünſchen, daß ſie, mit oder ohne Abſicht, entſtellt und übertrieben worden ſind, und daß man am allerwenigſten auf der Seite, die das Recht und die Ordnung auf ihr Banner ſchreibt, die Geſetze der Menſchlichkeit mit Füßen trete. Was den Antrag ſelbſt angeht, ſo hat er augenſcheinlich durch ſeine Faſſung eine politiſche Färbung, und dadurch zunächſt ſah ſich Hr. Dr. Jucho veranlaßt, ihm einen Antrag entgegenzuſtellen, welcher für jeden Gefangenen ohne Unterſchied eine menſchliche Behandlung verlangt. Ein dieſem Antrage entſprechender Beſchluß der Verſammlung hätte im Grunde gar keinen Inhalt gehabt, und wenn derſelbe dennoch eine ungewöhnlich ſtarke Minorität für ſich gewann, ſo verdankte er das wohl lediglich dem Umſtande, daß ein Theil der Verſammlung eine Faſſung vermieden wünſchte, welche als beſondere Sympathie für die Sache der Badenſer wenigſtens gedeutet werden könnte, und von Seiten des Antragſtellers, der bekanntlich neuerdings die Functionen eines Bevollmächtigten der Reichsregentſchaft für Deutſchland bei der „ungeſetzlich fortbeſtehenden" proviſoriſchen Centralgewalt zu verſehen verſucht hat, auch ſicher darauf berechnet war, und daß derſelbe Theil der Verſammlung es ungerechtfertigt fand, irgend einen Vorwurf oder Tadel gegen die Regierungsbehörden des Freiſtaates auszuſprechen, welche in der keineswegs beneidenswerthen Alternative ſich befinden, entweder die kriegeriſchen Anträge, welche im Saale des Hauſes Limburg geboren werden, unberückſichtigt zu laſſen oder ſich der Reichsgewalt und den mächtigeren Staaten gegenüber in eine Stellung zu bringen, bei welcher ſie keinen anderen Rückhalt haben würden, als die tapferen Reden gegen die preußiſchen Bajonette, die — nicht mehr hier ſind. Der höchſt ungeſchickt formulirte Antrag fiel indeß mit 56 gegen 38 Stimmen und der Antrag des Hrn. Dr. Reinganum wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

*) Wenn dieſe Berichtigung aus amtlicher Quelle kommt, ſo iſt die Leichtfertigkeit um ſo mehr zu bedauern, mit welcher darin die Deutſche Zeitung ohne Weiteres als Quelle jener Nachricht genannt wird, während doch von uns die Berliner Lithographiſche Correſpondenz als Quelle angegeben war. Aus welchem andern Grunde fügen Zeitungen ihren Nachrichten die Angabe des Blattes bei, aus welchem ſie entnommen ſind, als um die Verantwortlichkeit dafür dem ſie mittheilenden Blatte zu überlaſſen?

Die voraufgehende Debatte, von dem Abgeordneten Hrn. Herwig durch Erinnerungen aus ſeinen Knabenjahren verſchönert, beſchäftigte ſich weniger mit der Sache ſelbſt, als mit den leidenſchaftlichſten und gehäſſigſten Perſönlichkeiten. Der Abſtimmung folgte eine Schaar von Protokollerklärungen über die Motive der Abſtimmenden, aus welcher wir indeß nur die des Hrn. Dr. Binding erwähnen, weil ſie eine jener höchſt unwürdigen Verdächtigungen ausſprach, deren jede Partei, und wäre es ſelbſt eine gereizte Minorität, ſich enthalten ſollte, dann aber die des Hrn. Dr. Schwarzſchild, weil derſelbe darin zum erſten Male etwas Geſcheidtes geſagt.

* **Wien**, 16. Juni Der Landesverfaſſungsentwurf für Krain, Görz und Iſtrien, dann die Wahlordnung für den künftigen Landtag iſt bereits der diesfalls gebildeten Commiſſion zu Laibach zur Approbation mitgetheilt worden.

△ **Wien**, 17. Juni. Ich habe Ihnen geſtern die ſo gut als officielle Nachricht gegeben, daß die Ruſſen in Siebenbürgen eingerückt ſind; heute erfahren wir durch Privatnachrichten, daß ſie bereits Kronſtatt beſetzt haben, daß General Graf Clam im Verein mit ihnen Orſova genommen, und daß der Banus einen neuen glänzenden Sieg über Perczel errungen haben ſoll.

Der Kaiſer von Rußland hat Krakau und Tarnow bereits paſſirt. In Dukla denkt er vor dem Angriffe eine große Kirchenparade zu halten und „den Schutz des Höchſten für die heilige Sache“ anzurufen. Auch ſoll er die Abſicht haben, bei dem erſten Sturm gegenwärtig zu bleiben und ſodann ſich nach Holitſch, einem bekannten Luſtſchloſſe der Maria Thereſia zu begeben, wohin wohl auch in den nächſten Tagen unſer Kaiſer geht.

Die Recognoscirungen in größerem Maßſtabe nehmen zu bei der Donauarmee. An vielen Orten kommt es dabei zu Gefechten, deren Reſultat immer in ein gewiſſes Dunkel gehüllt bleibt. In der Schütt ſcheinen wir mit Vortheil eines derſelben beſtanden zu haben, während von Andern behauptet wird, daß die Unſrigen mit weit überlegenen Kräften angegriffen und deshalb zurückgegangen ſeien. Geſtern brachte uns der Soldatenfreund die Nachricht von dem Kampfe in Czorna (die ich Ihnen am 14. gab) der uns den rühmlich bekannten General Wyß und ziemlich viele ſeiner Leute gekoſtet hat. Der Eindruck, den ſie hier machte, war ein ſehr übler. Dazu kommt noch, daß Neutra wieder im Beſitze der Ungarn iſt, daß ſie an mehreren Orten verſuchen die Waag zu überſchreiten und daß ihnen dies in Szered auch gelungen iſt! Es wird Zeit zum Angriffe, denn ſonſt könnte die Armee nach und nach in Recognoscirungen aufgerieben werden! Nun iſt es wieder der Mangel an guten Kundſchaftern, der unſere Schlappen entſchuldigen ſoll und man fragt ſich verwundert, warum unſere Generäle ſich nicht ebenſo gut fähige Kundſchafter verſchaffen können wie die Ungarn? Die einzige wahre Antwort dürfte wohl die ſein, daß die Eingebornen uns für gutes Geld ſchlechte Dienſte leiſten.

Die Cholera entwickelt hier nie bemerkte Symptome. Sie zeigt ſich an mehreren Orten entſchieden als contagiös; über ihr epidemiſches Auftreten war man im Zweifel. Vor einigen Tagen hatten wir ſehr heftige Weſtwinde, und alsbald fiel die Krankheit ungefähr um 7 pCt. Bei den früheren heftigen Stürmen war ſie in den nächſtfolgenden Tagen ganz verſchwunden. In der Stadt ſelbſt iſt ſie gegenwärtig ſehr unbedeutend, in den Vorſtädten im Abnehmen; dagegen iſt das Land, beſonders gegen Ungarn hin, noch immer von ihr heimgeſucht. Alle Militär- und Civil-Spitäler, ſowie die von Privaten zur Dispoſition geſtellten Locale ſind überfüllt mit verwundeten und fieberkranken Soldaten aus Ungarn, und die Aerzte ſind in der größten Beſorgniß, daß der Typhus dadurch zum Ausbruche kommen wird.

Die heutige Wiener Zeitung bringt die neue Gerichtsorganiſation des Juſtizminiſters Bach in einem ſkizzirten Vortrage an den Kaiſer. Ich überlaſſe es Männern der Wiſſenſchaft, ein Urtheil darüber zu fällen. Zu bedauern iſt dabei nur, daß alle miniſteriellen Erlaſſe gerade jetzt mit einer Gleichgültigkeit im Publikum aufgenommen werden, als dächte man, daß ſie ohnehin keinen Beſtand haben würden. Die Stadt Wien gab geſtern dem nach Ollmütz beorderten Theil der Raſtatter Garniſon an dem Eiſenbahnhofe ein Frühſtück, und dem hier zurückgebliebenen Theil derſelben gibt ſie heute ein Feſteſſen auf der Landſtraße in dem großen Gaſthausſaal zur Biene. Die von dem öſterr. Correſpondenten gegebene Correſpondenznachricht, daß an der galiziſch-magyariſchen Grenze ein Graf Potocki mit noch 150 andern Individuen feſtgenommen worden, der im Begriff geweſen, zu den Ungarn überzugehen und ihnen die Summe von 6000 Dukaten zur Dispoſition zu ſtellen, wird von dem hier anweſenden Vater des genannten Grafen auf das Beſtimmteſte widerſprochen.

* **Wien**, 17. Juni. Ueber die Deſertion der Palatinal-Huſaren ergibt ſich nun folgendes Reſultat. Die erſte Abtheilung, aus 98 Mann und 110 Pferden beſtehend, ſchlug ſich mit einem Verluſte von 2 Gefangenen und 18 Pferden durch. Von der zweiten, 108 M. ſtarken Abtheilung, wurden 13 Mann getödtet, die übrigen, darunter 19 Verwundete, gefangen genommen. Die dritte Abtheilung, 69 M. ſtark, wurde mit einem Verluſte von 7 Todten gleichfalls gefangen, nachdem außerdem 10 Mann verwundet worden waren. Ueber die Poſition des Banus wurden trotz der letzten Siegesberichte noch immer Beſorgniſſe gehegt. Die in mehreren Blättern verbreitete Nachricht, die ungariſche Regierung habe das Eigenthum der Donau-Dampfſchifffahrtsgeſellſchaft mit Beſchlag belegt, erweiſt ſich als eine Unwahrheit. Der früher in Peſth herrſchende Mangel an Waffen, Tuch und Baumwollſtoffen hat nach dem Berichte eines Reiſenden ganz aufgehört, indem große Maſſen engliſcher Fabrikate über die türkiſche Grenze eingeführt wurden. Auch Colonialwaaren ſind wieder vorräthig. In Krakau iſt der Landeschef von Galizien, Graf Goluchowski, angekommen, um die Anſtalten zum Empfange des ruſſiſchen Kaiſers zu treffen. Das Prager erzbiſchöfliche Ordinariat ermahnt auf Grund eines Miniſterialerlaſſes die Seelſorger der Prager Erzdiöceſe in einem Circulare, den republikaniſch-ſocialiſtiſchen Umtrieben, beſonders in Beziehung auf das Landvolk, durch Belehrung und Warnung muthigſt entgegen zu treten und alle 14 Tage einen getreuen Bericht über die Stimmung der einzelnen Gemeinden vorzulegen. Morgen wird wieder im Finanzminiſterium eine Conferenz wegen der zu ergreifenden Maßnahmen gegen die immer mehr einreißende Entwerthung der Banknoten abgehalten werden. Bei der hieſigen Sparkaſſe wurden in der Woche vom 11 — incl. 16. d. M. von 971 P. fl. 87,728$\frac{2}{3}$ eingelegt, dagegen an 1149 P. fl. 100,018$\frac{2}{3}$ zurückgezahlt. Vorgeſtern iſt der Herzog von Bordeaux unter dem Incognito eines Grafen von Chambord ſammt Gefolge aus Linz hier angelangt.

** **Berlin**, 18. Juni. Am Freitag iſt die Diplomatie mit der Friedensbaſis zwiſchen Dänemark und Deutſchland (nicht umgekehrt!) zu Stande gekommen. Ich bin in Betreff derſelben nicht unterrichteter, als Alle faſt ohne Ausnahme. Doch ich wünſchte, daß der vom Kammerherrn Reedz nach Kopenhagen entſendete Courier eine Antwort brächte, welche mich ebenſowenig, wie Alle faſt ohne Ausnahme (nämlich mit Ausnahme der deutſchen Unterhändler!) frappiren ſollte.

♀ **Berlin**, 19. Juni. Geſtern iſt hier der Verwaltungsrath für die verbundenen Staaten eingeſetzt worden. Preußen iſt durch Hrn. v. Canitz, Hannover durch Hrn. v. Wangenheim, Sachſen durch Hrn. v. Zeſchau vertreten. Die Zuſammenkunft in Gotha ſoll die Regierung mit günſtigen Augen betrachten und von der Verſammlung Unterſtützung hoffen gegen die Beſtrebungen der Feinde einer einheitlichen Executivgewalt. Den preußiſchen Staatsdienern, die ſich nach Gotha begeben wollen, iſt Urlaub ertheilt worden. Die Unterhandlungen mit Dänemark ſind ſo weit gediehen, daß man einem baldigen Waffenſtillſtand (?) entgegenſieht. Von dem Plane einer Demarcationslinie ſoll abgegangen ſein, demohngeachtet ſoll die Regierung hoffen, einen günſtigeren Frieden ſchließen zu können, als es die Centralgewalt vermocht hätte. Möge dies eine Wahrheit werden! Denn es wäre eine moraliſche Unmöglichkeit, nach einem ſchlechten Frieden mit Dänemark die Leitung der deutſchen Angelegenheiten übernehmen zu wollen!

⊙ **Stralſund**, 18. Juni. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark ſcheinen auch unter ſchwediſcher Vermittlung betrieben zu werden. In letzter Nacht ging ein Courier (man nannte ihn einen Kammerherrn von Gadow), deſſen Depeſchen ſchon geſtern Mittag mit dem ſchwediſchen Dampfſchiffe nach Yſtadt abgegangen waren, das aber wegen Cholerabefürchtung keinen Paſſagier mitnehmen durfte, in Begleitung des hieſigen ſchwediſchen Conſuls mit einem Privat-Extradampfſchiff nach Kopenhagen ab, da das königliche Dampfſchiff Eliſabeth wegen einer Beſchädigung am Kiel vorläufig als nicht dienſtfähig angeſehen wird und ein anderes nicht zur Hand war. Die Fahrt von hier nach Kopenhagen geſchieht per Dampfſchiff in 12 Stunden, nach Yſtadt in etwa acht Stunden, ſo daß die Verbindung mit dem

Digitized by Google

Norden für den größeren Theil Deutſchlands über hier die ſchnellſte und bequemſte iſt und noch mehr ſein würde, wenn die ſeit Jahren projectirte Berlin-Stralſunder Eiſenbahn ſchon ausgeführt wäre. Obgleich auch hier die Abtheilungen der Claſſen zu den neuen Kammerwahlen auf mancherlei Schwierigkeiten ſtoßen, ſo iſt es doch ohne Zweifel, daß die Wahlen in Ruhe vollzogen werden; doch iſt über das Reſultat noch kein Urtheil zu fällen, da die Parteien erſt in der Vorbereitung begriffen ſind und das Feld ihrer Thätigkeit erſt aus dem Ergebniß der Claſſenabtheilungen werden kennen lernen.

0 **München**, 19. Juni. Das Stadtgeſpräch bildet heute nicht die ungern geſehene Pacificirung der Pfalz durch preußiſche Truppen, nicht die Nachricht von den Kämpfen zwiſchen den Badenſern und den Bundestruppen, auch nicht die Ankunft des jungen Erzherzogs, der den wichtigen Auftrag zu vollziehen hatte, dem König Max das goldene Vließ zu überbringen, ſondern die Verhaftung des Dr. Zander, des Redacteurs des ultramontanen Volksboten, der ſich unter dem beſondern Schutze der baieriſchen Regierung befand und trotz der maßloſeſten Angriffe bis jetzt noch nicht in gerichtliche Unterſuchung gezogen worden war. Der conſtitutionell-monarchiſche Verein für religiöſe Freiheit hatte für die auf den 16. und 17. d. M. gefallenen Feiertage Volksverſammlungen in mehreren oberbaieriſchen Ortſchaften anberaumt und dahin den Dr. Zander als Volksredner beordert. Zander reiſte wohlbewaffnet in Geſellſchaft eines Studenten dahin, und alles wäre glücklich von Statten gegangen, wenn ihn nicht ſein Rückweg durch Erding geführt hätte, wo ihm während des Pferdewechſels eine ſolenne Katzenmuſik gebracht wurde. Zander, über die Untreue der ihm einſt ergeben geweſenen Stadt aufgebracht, durch die Katzenmuſik wüthend gemacht, ſchoß einige Ladungen Schrote unter die Katzenmuſikanten und verwundete zwei Bürger. Einem Gensdarmen, der ihn ſofort verhaften wollte, ſetzte er eine dritte Piſtole auf die Bruſt, und als ihm dieſe zur rechten Zeit entriſſen wurde, zog er den Degen und widerſetzte ſich mit dieſer Waffe der Verhaftung. Umſonſt, er wurde entwaffnet und in die Erdinger Frohnfeſte gebracht, wo er zur Stunde noch verweilt und ſeinem Schickſale entgegenſieht.

Die treugebliebenen Beamten in der Pfalz werden von der Regierung aufgefordert, ſich dem oſtfränkiſchen Armeecorps, das unter dem Commando des Fürſten Taxis in die Pfalz einrückt, anzuſchließen. Der dieſen Truppen mit weiter Vollmacht beigegebene Civilcommiſſär, Miniſterialrath Molitor, iſt bereits zur Armee abgereiſt. Die treuen Beamten werden mit Orden bedacht. Oberſt Harold, erſt ſeit Kurzem zu dieſem Range vorgerückt, iſt zum Stadtcommandanten von München befördert worden: es wird ihm ſehr zum Verdienſt angerechnet, daß er in der Allgemeinen Zeitung eine Erklärung abgab, worin er der Reichsregentſchaft jeden Gehorſam verweigerte, als der Aufruf derſelben an die deutſchen Krieger erſchienen war.

= **München**, 19. Juni. Heute hatten wir eine großartige Truppenſchau auf dem Marsfeld; etwa 6000 Mann Kerntruppen, Infanterie, Cavallerie, viel Artillerie paradirte vor dem kaiſerlichen Gaſte Erzherzog Ferdinand Max Joſeph, der bereits in ſeiner ernſten Beſcheidenheit ein Liebling unſers ſchauluſtigen Publicum's geworden iſt. Am Morgen um 10 Uhr hatte ſich König Max, dem hohen Gaſte zur Linken reitend, der die öſterreichiſche Cuiraſſieruniform trug, und von glänzender Suite gefolgt, aus welcher die reichen Uniformen der Cavaliere des Erzherzogs, des Feldmarſchall-lieutenants Grafen von Bellegarde und des Obriſten Baron von Handel hervorſtrahlten — nach dem Marsfelde begeben; bei der Ankunft, beim Defiliren und bei der Abfahrt brachten die Truppen dem König und dem Erzherzog donnernde Hurrah's. Der geſammte k. Hof und alle hieſige und hier einſtweilen reſidirende Ariſtokratie war bei dem Militärfeſte in glänzenden Equipagen vertreten. Es heißt, morgen werde der König und die Königin in Begleitung des Erzherzogs das Lager bei Nürnberg, Würzburg und das ehemalige preußiſche Gebiet Ansbach und Baireuth beſuchen. Morgen werden auch die Cuiraſſier-Abtheilungen von hier nach dem Lager von Donauwörth abgehen; dieſes wird nicht abgebrochen, ſondern ein Reſerveſtand dort erhalten von circa 3 bis 4000 Mann für das Obſervationscorps, welches bereits an der Iller und Donau über Günzburg und Neu-Ulm hin zuſammengezogen wird; öſterreichiſche Truppen von Tyrol und Böhmen aus werden demnächſt auf baieriſchem Boden erwartet; ſie werden wohl theils zum Obſervationscorps an der Donau, theils vielleicht zum Ablöſen baieriſcher Garniſonen beſtimmt ſein.

Ulm, 18. Juni. Neben der guten Haltung der in ihrer Mehrheit tüchtig geſinnten Bürgerwehr haben wir hauptſächlich dem raſchen imponirenden Herbeieilen der wackern Baiern zu danken, daß die geſtrige Nacht ohne ſchlimmere Folgen verlief. Verhaftungen fanden mehrfach ſtatt, namentlich wurden aus den Pöbelhaufen heraus mehrere Burſchen in Blouſen, mit Senſen bewaffnet, feſtgenommen, welche zu dem ſeit einiger Zeit hier projectirten und, wie es heißt, im Geheimen bereits organiſirten „Freicorps“ gehören ſollen, auch Mitglieder des „Arbeitervereins“ ſollen ſich unter den auf dieſe Weiſe Verhafteten befinden. Nach aus Riedlingen eingetroffenen Nachrichten iſt das von hier aus am 16. d. dahin abmarſchirte dritte Infanterieregiment, ohne Widerſtand zu finden, in die Stadt eingerückt. Die demokratiſchen Hauptwühler und Rädelsführer ſuchten ihr Heil in der Flucht. Gleichwohl wird dieſes Regiment noch einige Zeit in Oberſchwaben ſeine Station behalten müſſen, da einerſeits das Treiben der demokratiſchen Faction in jener Gegend immer noch Beſorgniſſe erregt, andererſeits von Seite der badiſchen Nachbarſchaft (Pfullendorf, Stockach, Mößkirch) Einfälle von Freiſchaaren nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen. (Allg. Z.)

Dresden, 18. Juni. Nach amtlicher Veröffentlichung beträgt mit den ſeit 9. Mai an Wunden verſtorbenen Soldaten die Zahl der in Folge des Aufſtandes Gebliebenen und Verſtorbenen jetzt 35 Mann; der Beſtand der Verwundeten war am 13. Juni in den Garniſonsſpitälern noch 38 Sachſen und 20 Preußen. (D. A. Z.)

A **Dresden**, 19. Juni. Das Collegium der hieſigen Stadtverordneten, welches im Februar dieſes Jahres aus direkten Wahlen der Bürgerſchaft hervorgegangen war, hat jetzt mit einer geringen Majorität den Beſchluß gefaßt, freiwillig zurückzutreten, weil ein großer Theil derſelben den gegenwärtig herrſchenden Geiſt der Stadt nicht mehr repräſentirt. Die beiden Vorſteher des Collegiums ſowie viele Mitglieder ſind verhaftet; der zweite Vorſteher, D. Seidenſchnur, wurde jedoch geſtern wiederum aus dem Gefängniſſe entlaſſen und zwar ohne Handgelöbniß, da er am Aufruhr ſelbſt in keiner Weiſe betheiligt iſt. Das Füſilierbataillon des Kaiſer-Alexanderregiments hatte Befehl erhalten, morgen nach Berlin zurückzukehren; doch iſt auf die Verwendung des Königs demſelben ein weiteres Verbleiben bis zum 5. Auguſt ausgewirkt worden; vielleicht wird es in dieſen Tagen noch nach Pillnitz abgehen, wohin der König von Sachſen ſich nur in dem Falle begeben will, daß zwei Bataillone dahin verlegt werden, was bis jetzt nicht thunlich geweſen iſt. Unter der Garniſon des Königſteins iſt es in dieſen Tagen zu unruhigen Auftritten gekommen. Ein Unterofficier wurde in Arreſt geſchickt, weil er verſäumt hatte, den öſterreichiſchen Geſandten bei ſeinem Eintritt in die Feſtung im Wachtbuche zu verzeichnen; ſechs Soldaten begaben ſich hierauf ohne Vorwiſſen ihres Officiers zum Könige, um zugleich Beſchwerde darüber zu führen, daß man allen ihren Angehörigen den Eintritt in die Feſtung verweigere; auch dieſe Soldaten wurden verhaftet. Vorgeſtern wurden vier Mann vom Karger Landwehrbataillon unter ſtarker Bedeckung gefeſſelt aus Freiberg hier eingebracht, weil ſie ſich gröbliche Inſubordinationsvergehen hatten zu Schulden kommen laſſen. Es ſoll dies der erſte Fall ernſtlichen Ungehorſams unter der in Sachſen ſtehenden Landwehr ſein; der Geiſt derſelben iſt im Allgemeinen gut, obgleich ſie nur ſehr ungern das Großherzogthum verlaſſen hat.

Karlsruhe, 18. Juni. Abends 9 Uhr. Seit heute Mittag rücken faſt ununterbrochen Truppen hier ein, Linienmilitär und Volkswehr. Es geſchieht dies in Folge eines Befehls des Obercommandanten der vereinigten badiſchen und pfälziſchen Volkswehr, Generals Mieroslawski, um bei dem demnächſt ſtattfindenden Hauptſchlage gegenwärtig zu ſein. Bei den hier eingerückten Truppen befinden ſich u. A. auch der Chef des (pfälziſchen) Generalſtabs General Techow, General Snayde, Oberſtlieutenant Annecke (mit ſeiner liebenswürdigen Frau Gemahlin, die mit Schleppſäbel, Stiefel mit Spornen, Freiſchaarenhut und dergl. einen komiſch-romantiſchen Anblik darbietet) Rinkell, Willich ꝛc. Die Stadt iſt ganz mit Truppen überfüllt und der Einmarſch dauert fort. (D. P. Z.)

* Bürger Werner, Mitglied der proviſoriſchen Regierung, iſt zum interimiſtiſchen Kriegsminiſter ernannt worden, was die Nachricht von Mayerhofer's Entweichung zu beſtätigen ſcheint.

№ 169. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 21. Juni 1849.

Ueberſicht.

Vom Kriegsſchauplatz.
Freiherr v. Reden.
Deutſchland. Wien (Die miniſterielle Partei und die deutſche Frage). Berlin (Entlaſſungsgeſuch des Miniſteriums). München (Baiern und der neue Reichstag). Stuttgart (Erklärung Römer's). Dresden (Der deutſche Freimüthige und das Miniſterium).
Oeſterreichiſche Monarchie. Stry (Kriegsrüſtungen. Truppenmärſche aus Galizien nach Böhmen).
Schweiz. Bern (Die Capitulationsfrage. Maßregeln des Bundesraths zur Sicherung der nördlichen Grenze. Neuenburg).

Vom Kriegsſchauplatz.

†† Von der badiſch-heſſiſchen Grenze, 17. Juni. Wir haben zwei heiße Tage gehabt und noch ſind wir der Entſcheidung nicht weſentlich näher gerückt; die ganze Frucht der nicht unblutigen Gefechte vom 15. und 16. beſteht in der concentrirten Stellung die man um einige Stunden vorwärts der früheren bei Weinheim genommen hat. Dagegen wurden Punkte, die im anfänglichen Vorrücken ſchon beſetzt waren, ſpäter wieder aufgegeben, und ſo dürfen, wenn auch im allgemeinen der Vortheil überall auf unſerer Seite blieb, unſere Gegner, denen man nicht einmal den Schein eines Sieges gönnen ſollte, das Zuſammentreffen mit gutem Grund in gewohnter Weiſe für ſich ausbeuten. Laſſen Sie mich an die kurze, bei dem Mangel authentiſcher Berichte nothwendig lückenhafte Erzählung der Thatſachen zur Erklärung des unbefriedigenden Ausgangs einige Vermuthungen anknüpfen, die ſich aus dem Zuſammenhange der Dinge zu ergeben ſcheinen und die auf unſere Lage ein eigenthümliches Licht werfen.

Der Angriff geſchah von Heppenheim aus in 2 Colonnen. Die eine, etwa 4 Bataillone, 4 Schwadronen und 6 Geſchütze ſtark, wurde über Lorſch und Virnheim gegen Mannheim dirigirt; die andere, ungefähr in der doppelten Stärke aber in weiter von einander getrennten Abtheilungen, zog an der Bergſtraße her über Weinheim und zuletzt mit der Spitze gegen Ladenburg. Beide Bewegungen ſcheinen mehr eine gewaltſame Recognoscirung zum Zwecke gehabt zu haben; zu einem förmlichen Angriff mit bedeutendem Ziel, wie z. B. die Erzwingung des Neckarüberganges, war auch die verſammelte Macht, namentlich an Artillerie, zu ſchwach. Die Colonne des rechten Flügels beſtand bei Käferthal ein kurzes, nicht ſehr blutiges Gefecht, bei dem hauptſächlich Reiterei (heſſiſche Chevauxlegers und mecklenburger Dragoner) und Artillerie thätig waren. Das vom Feinde nur ſchwach beſetzte Dorf wurde ohne Widerſtand genommen, der Rückzug der Gegner aber nicht ſo benutzt wie es hätte geſchehen können. Eine Schwadron badiſcher Dragoner war von der vorangeeilten Reiterei zerſprengt, ein Geſchütz, das die Badner im Stiche laſſen wollten, unbrauchbar gemacht worden, da ertheilte der Commandirende den Befehl, das Gefecht abzubrechen. Jeder hatte erwartet, daß die Infanterie, die ohnedies wie es ſcheint zu weit zurückgehalten wurde, raſch nachrücken würde. Warum es nicht geſchah, iſt unbekannt; genug, es wurde der Rückzug angetreten und der Feind damit zu der Meinung herausgefordert, als habe er geſiegt. Er folgte auch den Unſrigen, und dieſe hatten noch nicht lange vor Virnheim Stellung genommen, ſo wurde ihre Plänklerkette angegriffen. Diesmal wurden die Badener nach etwa einſtündiger Kanonade und lebhaftem Kleingewehrfeuer nachdrücklich zurückgeworfen, ſo daß ſie nicht mehr wieder kamen. Bis zum folgenden Nachmittag blieb dann das Corps in Virnheim ſtehen. Während deſſen war das Hauptcorps auf keinen bedeutenden Widerſtand geſtoßen. Bei Großſachſen theilte es ſich, einige Bataillone (Preußen und Naſſauer) gingen nach Virnheim; die Reſerve blieb in und vorwärts Weinheim; die Spitze (2 Bataillone Mecklenburger mit 6 oder 8 Geſchützen) marſchirte auf Ladenburg. Ob das letztere, wie Einige ſagen, ohne Befehl oder gegen den gegebenen Befehl geſchah, iſt ungewiß. Jedenfalls ſchlug es nicht zum Glücke aus. Die Mecklenburger unter ihrem Oberſten von Witzleben nahmen zwar Ladenburg im erſten wackern Anlauf weg, auf der Brücke aber konnten ſie nicht vordringen, weil der Feind, der hier wie faſt überall mit einer überlegenen Anzahl Geſchützen auftrat, ein zu furchtbares Feuer dagegen richtete. Zuletzt erhielten die Badener an dieſem Punkte durch die Eiſenbahn ſo bedeutende Verſtärkung, daß die Mecklenburger den Ort wieder verlaſſen und bis Heddesheim zurückgehen mußten; ein Bataillon Preußen, das mit 2 Geſchützen Abends zu ihrer Unterſtützung von Virnheim abgeſchickt wurde, kam nicht mehr rechtzeitig an; es ſtand mit den Mecklenburgern die Nacht über in Heddesheim. Während der Nacht zogen die Badener ihre geſammte Macht bei Heidelberg und Ladenburg zuſammen und begannen am folgenden Morgen den geſchickt eingeleiteten Angriff gegen die Truppen am Gebirge und in Heddesheim. Zuerſt wurden die Heſſen bei Leutershauſen mit bedeutender Ueberlegenheit angegriffen und nach einem ſehr lebhaften Feuer aus grobem Geſchütz und kleinem Gewehr bis Großſachſen zurückgedrängt. Dort kam das Gefecht zum Stehen. Von der Ebene (Heddesheim) her kamen die Preußen und Mecklenburger und hielten den rechten Flügel; von Weinheim kam Unterſtützung. Großſachſen wurde mehrmals genommen und wieder verloren; endlich nach mehrſtündigem Gefecht mußten ſich die Badener theils ins Gebirge, theils in der Ebene zurückziehen. Sie wurden nicht weit verfolgt. Die Unſern, von den angeſtrengteſten Märſchen und fortdauerndem Kampfe ſehr erſchöpft, wurden bei Weinheim vereinigt; dann dorthin und in die Dörfer Sulzbach, Hemsbach und Laudenbach verlegt. Der Verluſt, den ſie in den Gefechten vom 15. und 16. erlitten, war nicht unbedeutend; mit Beſtimmtheit konnte ich ihn nicht erfahren; die Mecklenburger, die heſſiſchen Chevauxlegers und das heſſiſche 4. Infanterieregiment ſcheinen am meiſten gelitten zu haben; nach mäßiger Schätzung wird die Zahl der Todten 30—40, der Verwundeten 70—90 betragen.

Die Truppen aller verſchiedenen Staaten waren an dieſen Tagen im Gefecht und alle ſchlugen ſich mit gleicher anerkennungswerther Ausdauer. Aber unter den Führern ſcheint nicht die nämliche Disciplin und Uebereinſtimmung geherrſcht zu haben und dies mag der Oeffentlichkeit übergeben werden, damit ſie aufkläre und richte. Eine Unternehmung, die aus Mangel an Mitteln auf halbem Wege ſtehen bleiben muß, gegenüber einem Feind, den man mit einem Schlage erdrücken ſollte, erſcheint ſchon als eine ſchwer zu verantwortende Vergeudung von Kräften und es fragt ſich, welchen Antheil daran die reichsminiſterielle Politik hat, wo möglich vor Ankunft der Preußen etwas Entſcheidendes auszurichten. Aber wenn ſie auch nach einem höheren, nur den Eingeweihten begreiflichen, Zuſammenhang geſchehen wäre, um den Feind, während die Hauptſache anderwärts entſchieden würde, hier zu beſchäftigen und feſtzuhalten, ſo hätte ſie eben nicht ſo geſchehen müſſen. Es iſt nicht abzuſehen, wie man mehr gewinnen ſoll, wenn man nach einem künſtlich combinirten Plan in vielen Abtheilungen zerſplittert vorgeht, als wenn man concentrirt auf dem kürzeſten Weg angreift. Das erſtere war immer die Art der Oeſterreicher, aber ſie haben mit ihren überaus gelehrten Generalſtabsplänen oft genug den Kürzeren gezogen. Gewiß iſt an dieſer Unternehmung General v. Peucker am wenigſten Schuld; es ſcheint vielmehr, als wenn die Politik des Reichsminiſteriums manchen böſen Funken der Zwietracht und der Eiferſucht zwiſchen ihn und ſeine Untergeneräle geworfen hätte, die, wie z. B. v. Schäffer, v. Bechtold, Wachter, im Reichsdienſt ſtehen. Sollte jeder ſein eigenes Commando abgeſondert führen oder lag es an etwas Anderem, genug es fehlte überall an der Uebereinſtimmung und am nöthigen inneren Zuſammenhang. Beiſpielsweiſe ſoll Gen. v. Bechtold am 16. Morgens in Virnheim noch nicht gewußt haben, wie das Gefecht des vorhergehenden Abends bei Ladenburg (nur $1\frac{1}{2}$ Stunden von Virnheim) ausgegangen war; während am 16. mehrere Stunden lang das lebhafteſte Gefecht an der Bergſtraße ſich hinzog, ſtanden nur $1\frac{1}{2}$ Stunden davon in Virnheim 6 Bataillone und 4 Geſchütze und ſetzten keinen Fuß vom Flecke. Sie hätten die Gegend nach Mannheim zu beobachten ſollen, ſagt man, wo an dieſem ganzen Tage kein Feind ſich zeigte. Es entging dadurch den Unſren die günſtigſte Gelegenheit, gegen den Feind einen entſcheidenden großen Schlag zu führen; denn wenn dieſe Virnheimer Colonne rechtzeitig abmarſchirte, ſo faßte ſie die Badner in Flanke und Rücken. Mag dieſe Verſäumniß verantworten, wer die Schuld trägt und wer es kann; ſolchen Erſcheinungen gegenüber iſt es natürlich, wenn auch nicht mißtrauiſche Gemüther ein ſchlimmer Verdacht beſchleicht. Das langſame Nachrücken der Preußen, die ſo lange ſchon in der Nähe ſein ſollten, ſo manche unerklärliche Zögerung und manches Widerſprechende in den Maßregeln ließ vorher ſchon die Vermuthung auftauchen, daß das Reichsminiſterium, das man ohnedies an öſterreichiſche Intereſſen gefeſſelt glaubt, kein ganz lauteres Spiel ſpiele; was zuletzt geſchehen, iſt nicht geeignet, dieſe Vermuthung zu entkräften. Es erinnern überhaupt dieſe Reichstruppen in

den Maßregeln der Heeresleitung und Heeresverwaltung manchmal ſchmerzlich an die ehemalige Reichsarmee. Von der Verwirrung im Verpflegsweſen macht man ſich nur on Ort und Stelle einen Begriff. Keine Magazine ſind angelegt, keine regelmäßigen Communications- und Transportmittel eingerichtet, keine Behörden angeſtellt, die mit dieſem Geſchäft in gewöhnlicher Zeit vertraut, ihm einen geregelten Gang hätten verleihen können. Soll ein Krieg mit Erfolg geführt werden, ſo verträgt er ſolchen Zwieſpalt in der Leitung nicht. Mögen die Opfer, die ihm diesmal fielen, zu den letzten gehören; mögen ſich die Wünſche, die ſich daran knüpfen, recht bald erfüllen, damit uns ein kräftigeres, ſtärkeres Oberhaupt von dem Elend und der Schmach vergangener Zeiten erlöſe.

Freiherr von Reden.

ƺ Aus Norddeutſchland, im Juni. Friedrich v. Reden, jetzt in der Mitte der Vierzige ſtehend, iſt der Sohn des in Hameln verſtorbenen Obriſtlieutenants v. Reden und der gleichfalls verſtorbenen einzigen Tochter des bekannten Schriftſtellers „über den Umgang mit Menſchen“, des Freiherrn Knigge. Der talentvolle Knabe beſuchte die Gymnaſien zu Lemgo und Soeſt unter dem ausgezeichneten Schuldirector Reinert, den er bei ſeiner in der pädagogiſchen Welt berühmt gewordenen Ueberſiedelung von dem einen Gymnaſium nach dem andern nebſt vielen andern Schülern begleitete. Er ſtudirte in Göttingen, wo der Nationalökonom Sartorius ſich lebhaft für ihn intereſſirte und in ihm die Vorliebe für die Statiſtik weckte, welche ſeinem ganzen nachherigen Leben die beſtimmende Richtung gegeben hat. Durch mütterliche und väterliche Verwandtſchaft ſtand er in genaueſter Beziehung zu der damals überaus einflußreichen hannoverſchen Ariſtokratie. Der kürzlich verſtorbene, weiland „allmächtige“, dem hannoverſchen Volke „ſehr theuer“ gewordene Miniſter v. Meding war ſein Oheim; der bekannte ehrenwerthe Freiherr v. Ompteda, der einzige von den hannoverſchen Cabinetsminiſtern, welcher wegen des beabſichtigten Verfaſſungsumſturzes den Abſchied nahm und in Celle vor einigen Jahren geſtorben iſt, war der Schwiegervater ſeiner jüngſten Schweſter und Friedrich v. Reden's wohlwollender Gönner. Bei ſo einflußreichen Verbindungen würde dem vielverſprechenden jungen Mann eine glänzende Carriere nicht haben fehlen können, wenn er die Gunſt der hannoverſchen Junker nicht dadurch verſcherzt hätte, daß er eben — kein Junker ſein wollte, ſondern, dem „plebejiſchen Zuge“ ſeines Herzens folgend, ſich dem Bürgerſtand und deſſen Intereſſen mit warmer Liebe zuwandte. Außerdem hat er auch durch verſchiedene belletriſtiſche Verſuche, ganz beſonders aber durch ſeine „unverzeihliche Mesalliance“ (wovon hernach) das Mißfallen ſeiner hohen Verwandten „vom reinſten Vollblut“ erregt. Als Amtsaſſeſſor im Hoya'ſchen wirkte er eifrig für die Verbeſſerung der Wieſencultur und für andere gemeinnützige Zwecke. Beſonders aber ſuchte der thätige Mann ſeit Anfang der dreißiger Jahre den Volksintereſſen durch eine Reihe gemeinnütziger Schriften zu dienen. So ſchrieb er im Jahr 1832 ſeine „Andeutungen über die vortheilhafteſte Benutzung der Domänen“, ferner den Entwurf eines Geſetzes über Verfaſſung und Verwaltung der Landgemeinden; im Jahre 1833 folgten ſeine Schriften über Garn- und Leinenverfertigung und Garn- und Leinenhandel des Königreichs Hannover, ferner über Credit- und Hilfskaſſen. Außerdem redigirte er gemeinſchaftlich mit Karmarſch die „Mittheilungen des Gewerbevereins für Hannover“ und ließ insbeſondere einen ausführlichen Bericht über die im Jahre 1835 veranſtaltete hannoverſche erſte Gewerbeausſtellung drucken. Auch über die Grenzen des engeren Vaterlandes hinaus erweiterte ſich ſeine ſchriftſtelleriſche Thätigkeit, als er 1838 den Leinwand- und Garnhandel Norddeutſchlands, und wieder in einer andern Schrift den Mehlhandel Deutſchlands nach Amerika zur Sprache brachte. Das anerkannt größte Verdienſt erwarb er ſich jedoch durch ſeine im Jahre 1839 erſchienene, mit deutſcher Gründlichkeit bearbeitete Statiſtik des Königreichs Hannover; ſie iſt über 66 Bogen ſtark.

Daß v. Reden, obwohl damals noch keine politiſche Rolle ſpielend, doch ſtets ein entſchiedener Anhänger des Staatsgrundgeſetzes war, verſteht ſich bei einem ſolchen Charakter von ſelbſt; ebenſo ſelbſtverſtändlich iſt aber auch, daß dieſe Anhänglichkeit an das Staatsgrundgeſetz ſeiner Beförderung nicht förderlich ſein konnte. Als er die Ueberzeugung faſſen mußte, daß trotz ſeiner ungemeinen Rührigkeit und Tüchtigkeit im Hannoverſchen kein Waizen für ihn blühen würde, ſo ging er zu Anfang der vierziger Jahre, bald nach dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV., nach Berlin, wo man ſein Talent beſſer als in Hannover zu ſchätzen wußte und ihn zum Eiſenbahn-Director auf der Berlin-Stettiner Eiſenbahn machte. In Berlin gründete er den ſtatiſtiſchen Verein für ganz Deutſchland, wo er ſich ein allgemein anerkanntes Verdienſt erwarb. Beſonders thätig war der unermüdliche Mann bei der großen Zollvereins-Gewerbe-Ausſtellung; auch hat er öffentliche Vorträge im Gewerbeverein zu Berlin gehalten. Ueberhaupt iſt v. Reden zwar kein Genie, aber ein hervorragendes Talent, dabei ein ungeheuer fleißiger Sammler und verſteht auch die geſammelten Schätze fruchtbar zu verarbeiten. Seine Feinde haben daher behauptet, „er mache ſeine Bücher mit der Papierſcheere“. Auf die Empfehlung Alexander v. Humboldt's, der ihn kennen und ſchätzen gelernt hatte, wurde er mit dem freiſinnigen Miniſter des Auswärtigen, früherem Geſandten in London, Freiherrn v. Bülow, Schwiegerſohn des Wilhelm v. Humboldt, bekannt und mit 2000 Rthlr. Gehalt im Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten angeſtellt. Durch ſeine Mutter auch mit dem Nachfolger des Hrn. v. Bülow, dem Freiherrn v. Canitz, früherem preußiſchen Geſandten in Hannover, nahe verwandt, hätte Hr. v. Reden auch in Preußen einem glänzenden Avancement mit Sicherheit entgegenſehen dürfen, wenn — ſeine politiſchen Grundſätze nicht im ſchroffen Gegenſatze geſtanden hätten zu denen des Hrn. v. Canitz, des dienſtbefliſſenen diplomatiſchen Helfers beim hannoverſchen Verfaſſungsumſturz und beim Hereinziehen der Jeſuiten in die Schweiz. So ehrenvoll wir nun auch unſrerſeits dieſen Gegenſatz finden, ſo müſſen wir es doch im Intereſſe des Hrn. v. Reden ſehr beklagen, daß er aus ſeines Großvaters weiſen Lehren „über den Umgang mit Menſchen“ nicht mehr profitirt hat, daß er namentlich nicht gelernt hat, gleich Herrn v. Canitz ſich mit Geſchmeidigkeit in jede Art von Perſonen und Verhältniſſen zu ſchmiegen, von welcher Virtuoſität der genannte Herr in ſeiner berühmten, als Beilage zur Kreuzzeitung ausgeſtreuten „Anſprache an die preußiſchen Urwähler“ eine eclatante Probe abgelegt hat. Genug — vergebens war bereits für Herrn v. Reden vom Kammerherrnſchlüſſel und einem Geſandtſchaftspoſten die Rede geweſen; er hatte ſein Glück unwiederbringlich verſcherzt. Bei der auf dieſe Weiſe ſchon vor den Märzereigniſſen zwiſchen ihm und ſeinen Vorgeſetzten angebahnten Entfremdung konnte es nicht überraſchen, daß er unter Baron v. Arnim anfangs Urlaub mit 1000 Rthlr. Wartegeld und bald darauf ſeinen Abſchied ohne Gehalt nahm. So bekundete v. Reden auch durch dieſen Schritt eine Unabhängigkeit und Uneigennützigkeit des Charakters, die ihm um ſo höher anzurechnen iſt, da ſein Privatvermögen dem Vernehmen nach nur für ſehr beſcheidene Anſprüche ausreichen ſoll.

Nach der großen hoffnungsreichen Bewegung des Jahres 1848 trat v. Reden durch eine öffentliche Erklärung in den Zeitungen als Wahlcandidat zur Nationalverſammlung für Hannover auf und wurde in Goslar gewählt. Zu dieſem Beweis des öffentlichen Vertrauens kam bald noch ein zweiter. Als die Wahlen zu der — nun ſchon wieder aufgelöſten — zweiten hannover'ſchen Kammer erfolgten, wurde v. Reden in Duderſtadt gewählt, und zwar, ohne daß er als Wahlbewerber aufgetreten war. Indeß wurde ſeine Wahl aus formellen Gründen — er war damals noch nicht völlig aus dem preußiſchen Staatsdienſte getreten — für ungiltig erklärt. Die Thätigkeit des Hrn. v. Reden in der Reichsverſammlung iſt bekannt: wenn er auch in manchen Fragen mit der Linken geſtimmt hat, ſo gehört er doch, gleich den meiſten hannoverſchen Deputirten, zu dem ächt deutſchgeſinnten Centrum. Was insbeſondere den von ſeinen Feinden neuerdings bitter getadelten Antrag vom 10. Mai anlangt, betreffend das eigenmächtige Einſchreiten der preußiſchen Regierung in Dresden, wodurch dieſelbe ganz augenſcheinlich das von ihr ſelbſt anerkannte Geſetz vom 28. Juni 1848 formell verletzt hat: ſo mag man immerhin dieſen Antrag und den daraus erwachſenen Beſchluß der Reichsverſammlung unpolitiſch finden — wie jeden Beſchluß, der nach jetziger Sachlage als leere Drohung verhallen muß; — aber gegen das Recht, gegen das poſitive alte und neue Bundesrecht verſtößt er nicht.

Doch kehren wir zu Hrn. v. Reden zurück. Wäre derſelbe „gutem“ Rathe zugänglich geweſen, ſo hätte er noch kurz vor ſeinem Uebertritt nach Preußen eine „glänzende Partie“ machen und dadurch den Zorn ſeiner hohen Verwandten verſöhnen können,

welche eher alles Andere, als einen Fehler im Stammbaum, eine Trübung des reinen Raceblutes verzeihen. Aber der „ungerathene Friedrich" folgte abermals dem „plebejiſchen Zuge" ſeines Herzens und zog — einer Convenienzheirath ein Herzensbündniß — einem hannoverſchen hochadeligen Fräulein eine dramatiſche Künſtlerin, eine Preußin vor. Zwar iſt dieſelbe ſchön und liebenswürdig, beſitzt alle Eigenſchaften des Geiſtes und Herzens, um als Gattin und Mutter ihren Friedrich überaus glücklich zu machen, — Alexander v. Humboldt hat ſich im Hauſe des glücklichen Paares wohl und heimiſch gefühlt und muß demſelben ſehr nahe ſtehen, da er ſogar die Pathenſtelle bei einem ihrer Kinder übernommen hat; aber das hilft Alles nicht: v. Reden hat nun einmal den nie wieder gutzumachenden „faux pas" gethan und muß die Folgen davon tragen; er wird von den erzürnten Vettern und Baſen nie wieder zu Gnaden angenommen werden, nein „niemals — niemals — niemals." Doch wird Hr. v. Reden, wenn er demnächſt auf ſeinem Gute im Kalenbergiſchen im Schoße ſeiner Familie von der Anſtrengung ſeiner öffentlichen Wirkſamkeit ausruht, ſich über jene verwandtſchaftliche Ungnade ebenſowohl zu tröſten wiſſen, als über die hämiſchen und doch ſo kleinlichen Bemerkungen „des Zuſchauers" in der Kreuzzeitung. Theilt er doch die Ehre, von dieſem ſpecifiſch „chriſtlichen" Blatte angefeindet zu werden, mit den beſten Männern; ſie haßt ja ſogar Alexander v. Humboldt, weil er, der treue Freund des Republikaners Arago, noch immer der tägliche Tiſchgenoſſe und Freund des Königs — aber freilich nicht ihr Freund iſt; warum ſollte ſie alſo nicht auch an dem Schützling Humboldt's, Hrn. v. Reden, ihr Müthchen kühlen? Uebrigens ſcheint er ſich ſeine ganze perſönliche Stellung und amtliche Zukunft in Hannover und Preußen völlig verdorben zu haben; er hat alle Brücken hinter ſich abgebrochen, er wird und muß auch ferner treu und feſt zum Volke ſtehen. *)

Deutſchland.

△ **Wien**, 15. Juni. Die miniſterielle Partei iſt hier ſehr ungehalten über das, wie ſie es nennt, eingeſchüchterte Benehmen der ſächſiſchen Regierung, welche die Demokraten aus den Kerkern entläßt, ſtatt ihnen dort eine unveräußerliche Zufluchtsſtätte zu bereiten. Auf der andern Seite freut man ſich ungemein der ſteigenden Verwicklungen, in welche Würtemberg gegenüber der Centralgewalt, dem Rumpfparlamente und der Regentſchaft geräth: man hat dem König von Würtemberg noch nicht verziehen, daß er ſich vor Jahrzehnten einmal an die Spitze der deutſchen Bewegung ſtellen wollte, ebenſowenig wird man dies Preußen je verzeihen, und im Intereſſe von Deutſchlands Einheit möchte man beinahe fürchten, daß uns Preußen Zeit läßt, ihm dies anders als durch Noten zu beweiſen. Der Vorſchlag, die beiden Verfaſſungen — Frankfurts und Berlins — zur Grundlage der Berathungen der nächſten deutſchen Reichsverſammlung zu machen, ſcheint noch die Möglichkeit einer für Fürſten und Volk befriedigenden Löſung zu bieten; wenn nur die Verſammlung nicht zu ſpät für die Ereigniſſe nach „Innen und Außen" zuſammentritt und wenn Preußen nicht eigenſinnig beharrt auf dem letzten Worte, welches in dieſem Falle der Reichsverſammlung zugeſtanden werden muß, wenn anders die Gemüther gewonnen werden ſollen.

Berlin, 15. Juni. Aus guter Quelle kann ich Ihnen die Nachricht geben, daß vor wenigen Tagen unſer Geſammtminiſterium bei dem Könige um ſeine Entlaſſung nachgeſucht und dieſes Geſuch mit einer ſehr ausführlichen Motivirung begleitete. Dieſelbe hat jedoch, wie es ſcheint, den König nicht von der Nothwendigkeit eines ſolchen Schrittes überzeugen können, vielmehr iſt in der ſehr ſchmeichelhaften ablehnenden Antwort die Ueberzeugung ausgedrückt, daß das Miniſterium ſich durch ſeine lange ſegensreiche Geſchäftsführung in ſo ſchwieriger Zeit, durch ſeine kräftige Haltung gegenüber der Anarchie und durch ſeine aufrichtig conſtitutionelle und deutſche Geſinnung die dankbare Anerkennung der großen Mehrzahl aller Denkenden im Lande erworben habe. Auf einzelne vorübergehende Mißtrauensvoten ſei in ſo ernſter und gefahrvoller Zeit kein großer Werth zu legen, und die gegenwärtige Lage des Vaterlandes erfordere gerade ſolche Männer; daher ihrem Entlaſſungsgeſuch für jetzt nicht gewillfahrt werden könne.

(D. P. Z.)

= **München**, 18. Juni. Ich muß darauf hinweiſen, daß wir die Wahlen für den neuen Reichstag, den man von Berlin aus beabſichtigt, wohl nicht eher können vornehmen laſſen, bevor unſere Regierung nicht im Einverſtändniß mit dem octroyirten Wahlgeſetz daſſelbe der neuen Kammer vorgelegt hat und beide Kammern es genehmigt haben. Der Hauptkampf wird ſich alſo vor der Hand darum drehen, daß Preußen das Wahlgeſetz entweder ändern oder gewärtigen muß, daß Baiern den neuen Reichstag einſtweilen nicht beſchickt.

Stuttgart, 17. Juni. Der Schwäbiſche Merkur enthält folgende Erklärung Römer's: „Ich habe vor einigen Wochen in der Kammer der Abgeordneten (Kammerprotokolle Seite 2926, 2927) erklärt, daß, wenn die von ihren Regierungen abberufenen Mitglieder der Reichsverſammlung den Muth haben, zu bleiben, dieſen das Recht zuſtehe, an Faſſung der Beſchlüſſe mitzuwirken; ich habe ferner erklärt, daß da die Reichsverſammlung befugt ſei, ihre Geſchäftsordnung nach den dort aufgeſtellten Vorſchriften abzuändern, ſie auch das Recht habe, Abänderungen an der zur Beſchlußfähigkeit erforderlichen Zahl vorzunehmen. Hierauf gründet der Beobachter in Nr. 143 die Behauptung, ich habe erklärt, ich erkenne die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung an, wenn dieſe auch nur aus 50 Mitgliedern beſtehe. Er hätte noch weiter gehen, er hätte ſagen können, ich erkenne die Beſchlüſſe einer aus 3 Mitgliedern beſtehenden Reichsverſammlung an. Denn wenn jedesmal die beſchlußfähige Anzahl eine Herabſetzung beſchließt, ſo wird ſich an der Beſchlußberechtigung einer alſo herabgeſetzten Zahl nicht zweifeln laſſen. Eine ſolche Berechtigung habe ich an und für ſich auch nirgends beſtritten; vielmehr iſt dieſe Berechtigung von dem Geſammtminiſterium nur dahingeſtellt gelaſſen worden, und eben deshalb iſt der mir gemachte Vorwurf der Inconſequenz nichts weiter als der Beweis des Ingrimms einer gewiſſen Partei, deren Plänen ich nicht huldige. Die Frage über die Gültigkeit der Beſchlüſſe des bis auf 100 Stimmen herabgedrückten Parlaments iſt nach meiner Ueberzeugung nicht nach dem juriſtiſchen Maßſtabe zu beurtheilen, ſondern nach dem politiſchen. Und in dieſem Sinne habe ich ſtets, ſowohl in der Kammer der Abgeordneten, als in der ſogenannten Fünfzehner-Commiſſion, behauptet, die Beſchlüſſe eines Rumpf-Parlaments werden von der würtembergiſchen Regierung nicht anerkannt werden. Was anders aber als ein Rumpfparlament iſt eine Verſammlung, in welcher die mächtigſten Staaten faſt gar nicht vertreten ſind, während das hierzu berechtigte Volk die Wahlen der Ausgetretenen nicht ergänzt, in welchem ferner mit ſehr wenigen Ausnahmen nur Eine extreme politiſche Anſicht herrſcht, in welcher endlich nicht wenige Mitglieder ſitzen, die aus politiſchen Gründen die Heimath meiden und eben deswegen leichter als Andere geneigt ſein können, ſich Plänen hinzugeben, welche auf dem geſetzlichen Wege nicht zu verwirklichen ſind. Die Beſchlüſſe einer ſolchen Verſammlung vermag die würtembergiſche Regierung beſonders dann nicht anzuerkennen, wenn ſie nur durch die Menſchen- und Geldkraft des würtembergiſchen Volks vollzogen werden ſollen. Daß es aber bei den Beſchlüſſen der Reichsverſammlung vom 6. d. M. ꝛc. zunächſt auf Würtemberg abgeſehen ſei, das kann ein Blinder ſehen, weil es, außer Würtemberg, faſt kein Reichsland mehr gibt. Indem indeſſen die würtembergiſche Regierung die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung und ſogenannten Regentſchaft nicht anerkennt, ſagt ſie nicht, daß hierdurch die feierliche Anerkennung der ganzen Reichsverfaſſung zurückgenommen werde. Dieſe Anerkennung bleibt vielmehr in voller Kraft und wird auch bereits bethätigt, ſoweit dieſes, da wir ein deutſches Reich noch nicht beſitzen, in einem einzelnen Staate möglich iſt. In dem vorliegenden Streite, in welchem ſich die radicale Preſſe durch Entſtellungen, Verdächtigungen, Verläumdungen und Lügen auf eine Weiſe auszeichnet, welche meine Langmuth und Geduld erſchöpft hatte, handelt es ſich zunächſt nun darum: „ſoll ſich Würtemberg zur Rettung der badiſchen und pfälziſchen Republik in einen Krieg mit dem übrigen Deutſchland ſtürzen?" und dieſe Frage verneinen die Regierung und die Volksvertretung.

Fr. Römer."

A **Dresden**, 17. Juni. Das Miniſterium ſcheint doch allmälig vor den Augen der ſächſiſchen Hochtory's Gnade zu finden, ſo derbe Lectionen es auch bisher wegen ſeiner halben Maßregeln anhören mußte. In einem höchſt drolligen Artikel des Deutſchen Freimüthigen: „Sachſens dermaliges Miniſterium", wird zuerſt der Vater der Revolution, Oberländer, welcher die durch eine kleine Zahl von Verſchworenen (sic!) den Sachſen eingeimpfte März-

*) Wir haben dieſer wohlwollenden biographiſchen Notiz um ſo weniger die Aufnahme verſagt, je öfter wir Hrn. v. Reden in ſeiner hieſigen politiſchen Wirkſamkeit haben entgegentreten müſſen.

revolution liebend auf ſeine Arme nahm und zärtlich erzog, abgekanzelt, und dann der Stab über das Miniſterium Held gebrochen, weil vom Augenblick ſeines Rücktrittes an der Fanatismus des Haſſes ſich gegen die Perſon des Königs ſelbſt lenkte. In einer hierauf folgenden Vorleſung über die heiligen Pflichten conſtitutioneller Miniſter wird dieſen zugemuthet, die Krone vor jeder Gefahr mißlicher und fanatiſcher Beurtheilung mit der eigenen Preisgebung zu decken, d. h. in der Sprache des Deutſchen Freimüthigen, die Verantwortlichkeit für Handlungen des Regenten auch dann noch zu übernehmen, nachdem man ihm dieſelben aufs dringlichſte widerrathen und die Entlaſſung als verantwortlicher Rath der Krone bereits gefordert und erhalten hat. Es liegt allerdings viel Wahres in der Verſicherung des Deutſchen Freimüthigen: „Kein Arm, faſt keine Stimme im ganzen Lande erhob ſich zur Theilnahme an der Vertheidigung des Thrones“; aber dieſe Thatſache beweiſt eben nichts Anderes, als daß die Beuſt'ſche Politik den klar ausgeſprochenen Willen des Volkes mit Füßen trat. Für dieſe Politik und ihre Folgen iſt aber dem Könige und Volke nur ihr Träger, nicht aber jene Miniſter verantwortlich, welche ſie weder anriethen noch theilen wollten. Den Herren Beuſt, Rabenhorſt, Zſchinsky wird nun das Verdienſt der ihnen octroyirten „rettenden That“ zugeſchrieben, und ihnen die Verſicherung ertheilt, daß, während das Vaterland zerfällt und Deutſchlands Throne in Folge ängſtlicher Rückſichten ihrer Vertheidiger fallen, ihre Namen als glänzende Sterne in Sachſens Geſchichte bleiben werden. Wir wollen dem Miniſterium wünſchen, daß es ihm gelinge, andere und zuverläſſigere Freunde ſich zu erwerben, als dieſe kleinen Schmeichler, welche mit ihren guten Rathſchlägen noch freigebiger als mit ihren Lobeserhebungen ſind. Wahrhaft lächerlich ſind ihre Warnungen, daß die Regierung ſich mit den Gagern'ſchen Revolutionären in Gotha nicht einlaſſe. Sie werden aber den Schmerz erleben, die Regierung von ihren unberufenen und vorlauten Vormündern ſich emancipiren zu ſehen. Wenn wir recht unterrichtet ſind, fühlt das ſächſiſche Miniſterium lebhaft das Bedürfniß, im Volke ſelbſt einen Stützpunkt für ſeine Wirkſamkeit zu ſuchen. Der Berliner Verfaſſungsentwurf iſt für Sachſen ein Phantom, ſo lange die Zuſtimmung des Volkes ihm nicht Blut und Leben gibt; und der Zuſtimmung des ſächſiſchen Volkes, deſſen ſind wir ſicher, muß die Verſtändigung der Regierungen mit der Partei der Reichsverſammlung vorangehen, welche den vollſten Beruf zur Schaffung einer deutſchen Reichsverfaſſung in ſich trug und übte.

Oeſterreichiſche Monarchie.

♀ **Stry** (an der Heerſtraße von Galizien nach Ungarn), 10. Juni. Schon ſeit mehreren Tagen wird eine lebhaftere Bewegung unter den längs der karpathiſchen Uebergangspäſſe nach Ungarn maſſenweiſe aufgeſtellten ruſſiſchen Truppen bemerklich. Dem Gerüchte nach ſoll heute der Einmarſch aller öſterreichiſchen und ruſſiſchen rings um Ungarn aufgeſtellten Heerſäulen ſtattfinden und ſomit der Angriff beginnen, der insolange verzögert wurde, bis der erforderliche Proviant auf längere Dauer vollkommen herbeigeſchafft wäre. In der vergangenen Woche iſt nun auch dieſes zu Stande gekommen, und ſo dürften wir nach acht bis zehn Tagen höchſt Wichtiges vom ungariſchen Kriegsſchauplatze erfahren. Indeſſen gehen die Kriegsrüſtungen hier in Galizien unaufgehalten vor ſich, noch immer wird recrutirt und die neu ausgehobene Mannſchaft fleißig in den Waffen geübt; alle penſionirten und mit Charakter ausgetretenen Officiere ſind neuerdings aufgefordert worden, ſich nach Maßgabe ihrer Tauglichkeit unverweilt zum Dienſte im Feld oder in Garniſonen zu melden, es iſt alſo offenbarer Mangel an gedienten Officieren, und dennoch hat das bisherige Kriegsminiſterium eine Verordnung noch nicht abgeändert, die aus der alten Zopfzeit herrührt und wonach zu Civilämtern übergetretene Officiere, wenn ſie in der Armee wieder Dienſte nehmen wollen, ſich mit dem Range des Jüngſten in der Charge begnügen müſſen, die ſie vor ihrem Uebertritte vielleicht durch zehn oder noch mehr Jahre bekleidet haben. Vor etwa vierzehn Tagen ſind die größeren Hälften der bisher in Galizien gelegenen und dem Kaiſer treu gebliebenen Huſarenregimenter: König von Würtemberg, Prinz Coburg und Prinz von Preußen, zuſammen 2800 Pferde, nach Böhmen ausmarſchiert; man ſagt, ſie hätten die Beſtimmung an den Rhein, wohin ihnen alle hierlands dislocirten kaiſerl. Truppen folgen ſollen, ſtatt deren Galizien durchaus ruſſiſche Beſatzung erhalten werde. Das nun ſchon ſeit längerer Zeit in der Bukowina an der Grenze Siebenbürgens geſtandene ruſſiſche Armeecorps von 20,000 Mann mit 60 Geſchützen ſchweren Calibers dürfte bei der jetzt allgemeinen Truppenbewegung bereits auch die Grenze überſchritten haben. Vorgeſtern wurde ein Transport von 18 polniſchen Abenteuerern, welche 10,000 Gulden C.-M. bei ſich hatten und den Magyaren zu Hilfe ziehen wollten, von Grenzjägern und Bauern an der Gebirgsgrenze angehalten, hierher gefänglich eingebracht und der Militär-Commiſſion übergeben.

Schweiz.

) **Bern**, 17. Juni. Die Militärcapitulationsfrage iſt noch immer nicht erledigt. Wohl hat der Ständerath in ſeiner zweiten Berathung ſich dem Nationalrath angeſchloſſen, und den Bundesrath zu beauftragen beſchloſſen, Unterhandlungen zur Auflöſung der Capitulationen anzuknüpfen; die Werbungen wollte er jedoch nur „einſtweilen“ im ganzen Umfang der Schweiz eingeſtellt wiſſen. Als nun dieſer Beſchluß wieder vor den Nationalrath kam, ſo ließ dieſer, den Forderungen des Zweikammerſyſtems Rechnung tragend, den weſentlichſten Punkt ſeines Decrets fallen, nach welchen der Bundesrath die Auflöſung der Capitulationen ausſprechen und vollziehen ſollte, ſobald die Truppen zur Intervention in einem befreundeten Staat oder gegen das Prinzip der freien Selbſtconſtituirung verwendet werden ſollten. Er hoffte dadurch den Ständerath für ſeinen Beſchluß (definitives Verbot der Werbungen) zu gewinnen. Aber der Ständerath war hartnäckig geworden und blieb in der dritten Leſung bei ſeinem Beſchluſſe des „einſtweiligen Verbots“ der Werbungen. So liegt nun ein Beſchluß der Bundesverſammlung gar nicht vor, und es iſt nicht vorauszuſehen, wie ſich der Conflict zwiſchen Stände- und Nationalrath löſen wird. In einer der letzten Sitzungen des Ständeraths wurde ein Geſuch des Herrn Buß, Abgeordneten der deutſchen Reichsverſammlung, um Ueberſendung der neuen ſchweizeriſchen Bundesverfaſſung und auszugsweiſe Mittheilung der darüber geführten Verhandlungen, zum Zwecke der Bearbeitung einer deutſchen Reichsverfaſſung, abgewieſen. Die gegenwärtige Kriſis, die in den an die nördliche Schweizergrenze anſtoßenden Ländern obwaltet, veranlaßte den Bundesrath, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob nicht auf allfällige Eventualitäten hin Vorſichtsmaßregeln zu treffen ſeien. Die Regierung von Baſel-Stadt machte gleichzeitig mit Zuſchrift vom 13. darauf aufmerkſam, es möchte angemeſſen ſein, ein eidgenöſſiſches Commando an der dortigen Grenze aufzuſtellen, welches die zum Schutze der nördlichen Schweizergrenze erforderlichen Maßregeln anordnen könnte. Es faßte daher der Bundesrath folgenden Beſchluß: „1) Es ſoll die Aufſtellung eines eidgenöſſiſchen Oberſten in der Eigenſchaft eines Brigadecommandanten in Baſel ſtattfinden, zum Zwecke der Ueberwachung dieſes Platzes und der nördlichen Schweizergrenze, gegenüber dem allfälligen Andrange von bewaffneten und unbewaffneten Flüchtlingen und andern Eventualitäten. 2) Im Falle der Noth-Dringlichkeit iſt derſelbe angewieſen, zur Sicherſtellung der nördlichen Grenze vorläufig ein Aufgebot an die zunächſt gelegenen Truppen zu erlaſſen, unter gleichzeitiger Anzeige an das ſchweizeriſche Militärdepartement, damit je nach der längeren Fortdauer eines ſolchen die Kantone näher bezeichnet werden können, die einem längeren Aufgebote Folge leiſten können. 3) Den Ständen Bern, Solothurn, Baſel und Aargau wird von gegenwärtigen Beſchlüſſen Kenntniß gegeben, mit der Einladung, einem bezüglichen Begehren des eidgenöſſiſchen Brigadecommandanten eintretenden Falls zu entſprechen — gleichzeitig gegen die Regierung von Baſel-Stadt die Erwartung auszuſprechen, daß ſie ihre Standestruppen nöthigenfalls zur Dispoſition desſelben ſtelle, ohne daß dieſelben als im eidgenöſſiſchen Dienſt ſtehend betrachtet werden ſollen.“ Zum Brigadecommandanten wurde Oberſt Kurz von Bern ernannt. Eine Notiz, wenn ich nicht irre, aus der Moſelzeitung, macht die Runde durch alle Schweizerblätter. Sie lautet: wenn der König von Preußen mit Baden fertig ſei, ſo wolle er mit der Schweiz wegen Neuenburg Abrechnung halten.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 170. Frankfurt a. M., Freitag 22. Juni. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Der Mai 1849.

Deutſchland. Frankfurt (Fort mit dem Reichsminiſterium!) Wien (Die Stadthauptmannſchaft. Neue Rekrutirung. Die Cholera in Prag und Preßburg). Berlin (Hr. v. Canitz und ſeine Inſtructionen. Die Herrſchaft Oeſterreichs. Hr. v. Radowitz und die Hofpartei. Cholera. Schriften über die Reichsverfaſſung. Zimmermann von Spandau). Köln (Der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz). Koblenz (Streitigkeiten). Regensburg (Das Theater abgebrannt). Speyer (Preußiſche Truppen. Entwaffnung). Aus der Pfalz (Die Gefangenen der prov. Regierung. Der Generalſtaatsprocurator. Baieriſche Truppen. Techow). Stuttgart (Stimmung in der Bevölkerung und in der Kammer. Vereinzelte Unruhen im Lande. Berathungen der Reichsverſammlung. Entfernung der Regentſchaft. Beſchluß nach Karlsruhe überzuſiedeln. Die öſterreichiſchen Abgeordneten. Ankunft des Königs. Das Ablöſungsgeſetz. Proclamation des Miniſteriums). Sigmaringen (Zurückberufung des Contingents). Hannover (Denkmal des General Alten. Beſchlüſſe der verſammelten Abgeordneten). Karlsruhe (Die Preußen. Pfälzer Flüchtlinge. Brentano und Maierhofer zurück). Verrfelden (Truppenbewegungen nach dem obern Neckar). Aus Mecklenburg (Die Stände und die Reichsverfaſſung). Jütland (Aarhuus und die Preußen. Schwediſches Uebungsgeſchwader). Schleswig (Landesverſammlung. Die Statthalterſchaft und die Friedensverhandlungen). Fridericia (Die Kriegsführung).

Großbritannien. London (Die Correſpondenz zwiſchen Palmerſton, Normanby und dem Fürſten Caſtelcicala in Betreff der römiſchen Angelegenheiten).

Frankreich. Paris (Die Annahme des neuen Clubgeſetzes. Leichenbegängniß des Marſchalls Bugeaud. Die Nachwehen des Aufſtandes. Lyon).

Italien. (Die Lage der Dinge vor Rom).

Schweiz. Baſel (De Wette †).

Dänemark. Kopenhagen (Die ruſſiſche Flotte).

Ungarn. (Stellung der Heere. Haynau und Paskewitſch. Der Krieg im Süden. Neuſatz noch nicht genommen. Die Ruſſen).

Donaufürſtenthümer. (Die ruſſiſche und türkiſche Armee).

Amerika. St. Domingo (Die Niederlage des Präſidenten Soulouque).

---

21. Juni.

„Alles fließt!" ſagt der alte Philoſoph und niemals hat ſich der Strom der Ereigniſſe raſcher in tauſend Strudeln dahingeſtürzt, als jetzt. Es wird vielleicht nicht unwillkommen ſein, wenn wir von Zeit zu Zeit die nächſte Vergangenheit überſichtlich betrachten.

Um Ruhe aufzuſuchen hat ſich Karl Albert, das zerbrochene Schwert Italiens, nach Oporto begeben. Aber die Ruhe in Portugal iſt die der Ermattung. Der Staat iſt banquerott; ſeine Verfaſſung ein leerer Schein. Der Reichstag bewilligt, was das Miniſterium fordert, und erträgt es ruhig, daß die Staatszeitung in leitenden Artikeln ſeine Abſchaffung vorſchlägt. Der Hof wirthſchaftet nach Belieben; das Volk iſt arm und träge; die wenigen Goldkörner, welche der Tagus noch führt, ſind eine Beute der Engländer.

In Spanien hat der Bürgerkrieg in Catalonien ſein Ende erreicht. Cabrera war ſchon Ende April verhaftet. Aber ſeine Anhänger ſetzten den Guerillakrieg fort, der gefährlich werden konnte, da gleichzeitig eine Verſchwörung in Andaluſien um ſich griff. Aber bereits am 21. Mai konnte die amtliche Gaceta den Bericht des ſiegreichen General Concha mit der Verſicherung ſchließen, daß bis zum 1. Juni ganz Nordſpanien zur Ruhe und Ordnung zurückgeführt ſein ſolle. Ruhe und Ordnung, das klingt freilich wie ſanftes Friedensgeläute und Barcellona begrüßte damit auch den „Friedensbringer" bei ſeinem Einzuge, während die Regierung ſeine Dienſte mit der Ernennung zum Feldmarſchallieutenant lohnte. Indeß die Bürgerkriege ſind in Spanien eine chroniſche Krankheit geworden. Die politiſchen Verbrecher ſind begnadigt, d. h. zu Landſtreichern gemacht, aus denen der nächſte ehrgeizige Parteihäuptling ſeine Banden recrutiren kann. Die Cortes haben am 27. Mai die Forterhebung der Steuern auf ein Jahr bewilligt; allein das Miniſterium iſt uneinig. Am meiſten vermag Narvaez, der durch die Königin Mutter die „unſchuldige" Königin Iſabella beherrſcht. Spaniens ſeit Jahrhunderten vernachläſſigte Hilfsquellen bieten Raum zu einer unermeßlichen Ausbeute. Ueber die Auswanderung nach Spanien gelangen eben aus Cadix Mittheilungen in unſere Hände, die wir nächſtens bringen werden.

Die allerkatholiſchſte Königin hat es für ihre Pflicht gehalten, den heiligen Vater wieder zurückzuführen zum Stuhle Petri, und beiläufig zu zeigen, daß Spanien noch eine europäiſche Macht ſei. Schon am 29. April waren ſpaniſche Truppen unter Buſtillo nach Italien abgegangen und hatten ohne Schwertſtreich Terracina beſetzt; ſpäter folgten 4000 Mann unter General Cordova. Gleichzeitig rückten Oeſterreicher, Franzoſen und die Neapolitaner, bei denen der Papſt eine Zuflucht geſucht, in den Kirchenſtaat ein. Der König von Neapel hatte, nachdem er Neapel und das Feſtland mit Gewalt unterworfen, ſich gegen das abgefallene Sicilien gewandt, das eine kurze Zeit ſelbſtſtändig geweſen war. Schon im September begann der Kampf, der mit einer ſolchen Wuth geführt ward, daß die engliſchen und franzöſiſchen Befehlshaber im Namen der Menſchlichkeit Einſpruch thaten. Allein alle Friedensvermittlungen waren vergebens. Am 31. März begann der Krieg von Neuem. Filangieri, der neapolitaniſche Alba, brach von Meſſina auf, umging Mieroslawski, der eine Stellung bei Taormina genommen, und eroberte die Stadt am 2. April. Catania, Syracus, eine Stadt nach der andern ergab ſich. Alles flüchtete nach Palermo, wo nach den Prahlereien der Sicilianer, ein verzweifelter Widerſtand zu erwarten war. Allein die Führer mit dem Präſidenten Ruggiero Settimo an der Spitze, entflohen, die Nationalgarde erklärte ſich gegen die Revolution, und die Hauptſtadt Siciliens übergab ſich auf Gnade und Ungnade am 23. April. Am 9. Mai ließ der König von Neapel eine Amneſtie verkünden, von welcher nur die Rädelsführer ausgenommen ſein ſollten; am 15. Mai zogen die königlichen Truppen in Palermo ein. Der König hat bereits die weiße Fahne wieder entfaltet, die für ihn wahrlich kein Sinnbild der Unſchuld iſt, die unumſchränkte Herrſchaft iſt in beiden Sicilien wiederhergeſtellt. Die Kerker ſind überfüllt. Der Oberkerkermeiſter, Delcarretto, iſt nach Neapel zurückgekehrt. Der König weilt in Gaeta und empfängt den Segen des Papſtes. Der republicaniſche Aufſtand im Kirchenſtaate war im Begriff in ſich ſelbſt zu erlöſchen, als die Einmiſchung der fremden, unter ſich

uneinigen vier Mächte demſelben augenblicklich neues Leben verliehen hat. Der Schwärmer Mazzini umgab ſich mit zwei unbedeutenden Menſchen; ſo hatte Rom wieder ſeine Triumvirn! Als aus allen Theilen Italiens die unterliegenden Republicaner nach Rom flüchteten, da fühlte ſich freilich die neue römiſche Republik in der erborgten Löwenhaut bereits beträchtlich warm. Indeß rechnete Mazzini auf die Franzoſen, auf die begeiſterten Reden, die er dort im erſten Rauſche nach der Errichtung der Republik mit Lamartine und andern improviſirten Staatsmännern gewechſelt hatte. Allein es waren keine republicaniſche Sympathien, welche die gegenwärtige, faſt nur dem Namen nach republicaniſche Regierung Frankreichs veranlaßten, wirklich Truppen nach Rom zu ſchicken. Sie folgte nur dem alten Grundſatz, bei jeder fremden Einmiſchung in die italieniſchen Angelegenheiten ſich mitzubetheiligen. Am 24. April landete General Oudinot mit 4000 Mann bei Civitavecchia, während noch keine der übrigen Mächte die franzöſiſche Grenze überſchritten hatte. Am 30. April rückte Oudinot mit 7000 Mann in das in der Eile befeſtigte Rom ein, und ward — wieder herausgeſchlagen! Der Jubel der Römer kannte keine Grenzen. Oudinot empfing ſeitdem Verſtärkungen von Frankreich, kehrte ſich nicht an die Friedensvermittelungen des franzöſiſchen Bevollmächtigten, Hrn. v. Leſſeps, und ſchickt ſich aufs Neue zum Angriff auf Rom an. Aber bis zum 11. Juni war es noch nicht in ſeiner Gewalt. Nicht ohne Schmerz kann man an die Verwüſtungen denken, von welchen Rom, das ehrwürdige Muſeum des Alterthums aufs Neue betroffen iſt. Inzwiſchen ſind die Oeſterreicher, ohne ſonderlichen Widerſtand zu finden, in den nördlichen Theil des langgeſtreckten Kirchenſtaates eingerückt; Bologna öffnete am 15. Mai dem FML. Wimpffen ſeine Thore; ſie liegen jetzt vor Ancona. Dagegen erlitten die Neapolitaner wiederholte Niederlagen und zogen ſich, nachdem ſogar der Schwager des Königs, Prinz Sebaſtian, von den Römern gefangen fortgeſchleppt war, aus den Grenzen des Kirchenſtaates oder der dermaligen römiſchen Republik zurück. Die Spanier verweilen unthätig in Terracina. Der Papſt verwahrt ſich in Gaeta gegen den Einmarſch der Franzoſen: die Bewegung, zu der er den erſten Anſtoß gegeben, iſt weit über ſeine Gedanken hinweggegangen: Pio Nono gehört ſchon jetzt der Vergangenheit an. Im Norden Italiens iſt Alles durch den Sieg der Oeſterreicher bei Novara entſchieden. Parma und Piacenza wurden ſchon im April von den Oeſterreichern beſetzt im Namen des rechtmäßigen Herzogs. Auch Maſſa und Carrara wurden eingenommen. Anfang Mai rückten die Oeſterreicher in Toscana ein, und wurden von der Bevölkerung mit Jubel begrüßt. Denn worüber hatte ſie unter der früheren Regierung zu klagen gehabt? Die ganze Revolution war in Toscana eine Albernheit und der plötzliche Umſchlag der Stimmung zeigt, wie wenig gereift der politiſche Verſtand in den Maſſen der italieniſchen Bevölkerung iſt. Am 9. Mai ſtanden die Oeſterreicher vor Livorno. Die Einwohner ließen ſich von ihrer Obrigkeit nicht zur Uebergabe bewegen. Am 10. Mai begannen die Oeſterreicher zugleich mit den toscaniſchen Truppen die wohlhabende Handelsſtadt zu beſchießen. Die Führer flohen, das verleitete Volk mußte an ihrer Statt büßen. Nach einer planloſen vergeblichen Vertheidigung fiel die Stadt in die Hände der Oeſterreicher. General d'Aspre zog ſchon am 11. Mai in Begleitung des Herzogs von Modena in Livorno ein. Er ließ ſogleich 12 der Häupter des Aufſtandes erſchießen und legte der Stadt eine Strafe von 2 Millionen Lire auf. Am 25. Mai ward auch Florenz von den Oeſterreichern beſetzt. Der gutmüthige aber ſchwache Großherzog war in Gaeta den dortigen Einflüſſen erlegen, ſonſt hätte er ſeinen Frieden mit ſeinen Unterthanen unblutiger ſchließen können. In ſeinem entwaffneten Lande iſt die dreifarbige Fahne heruntergenommen; Oeſterreichs Einfluß herrſcht dort, wie „in den beſten Zeiten.“ Auch der Herzog von Modena hat ſeine nach Botzen geflüchtete Familie abgeholt, und iſt wieder einmal in ſeine Staaten zurückgekehrt. Die Lombardei iſt — ruhig. Alle Städte ſind in Belagerungszuſtand. Sie müſſen Loyalitäts-Adreſſen an den Kaiſer ſchicken, und ſelbſt dieſe unterliegen der militäriſchen Cenſur, die jedes Wort ſtreicht, welches an die Freiheiten des Landes oder der Gemeinden erinnert. Neue Aushebungen riefen ſchwache Widerſetzlichkeiten in der ihrer Jugendblüthe faſt ganz beraubten Lombardei hervor; aber ſtandrechtliche Erſchießungen brachen bald jeden Widerſtand des erſchöpften Landes. Nur Venedig vertheidigte ſich ſtandhaft; der Hergang der Belagerung iſt in dieſen Blättern geſchildert. Erſt am 20. Mai konnte die eigentliche Belagerung beginnen. Als der treffliche General Haynau abberufen ward, um in Ungarn an Weldens Stelle zu treten, übernahm Graf Thurn den Befehl vor Malghera, in deſſen Fähigkeiten Niemand Zutrauen ſetzte. Er führte indeß den angefangenen Plan nach der Vorſchrift aus; der 85jährige heldenfriſche Radetzky kam ſelbſt ins Lager und am 26. Mai erſchütterte ein beiſpielloſer Geſchützdonner die Küſten, die auf Venedig blicken. Lang antwortete die Feſte mit ausdauerndem Muth. Aber zwei Pulverthürme mit ungeheuren Vorräthen flogen in die Luft, die zerſchoſſene Feſte bot keine Sicherheit mehr dar, und ward in der Nacht auf den 27. von ihren Vertheidigern verlaſſen. Die Oeſterreicher beſetzten Malghera und das Vorwerk Anconetta. So ſind ſie Venedig bis auf fünf Viertelſtunden nahe gerückt. Aber noch ſchützt Adria ſeine Verlobte. Die lange Eiſenbahnbrücke, welche nach Venedig führt, iſt an mehreren Stellen zerſtört und vom Feuer der Venetianer beſtrichen, die auf dem mittleren Pfeiler eine große Batterie errichtet haben.

Deutſchland.

⁑ **Frankfurt**, 21. Juni. „Dies Miniſterium iſt nichts als Lug und Trug, fort mit ihm“, ſagte neulich die Deutſche Zeitung und erhielt von Seite der Getroffenen die komiſche Antwort: „wir werden dich verklagen!“ Die Sache iſt doch aber wahrlich zu ernſt, als daß die Preſſe, welche jetzt oberſte Hüterin unſerer theuerſten Intereſſen iſt, den Hohn nun ferner auf ſich beruhen laſſen ſollte, welcher dieſen noch immer angethan wird mit jenem Miniſterium. Wenn das Rumpfparlament in Stuttgart ebenfalls eine Centralgewalt einſetzt, Befehle erläßt, Commiſſäre ernennt und Unterhändler ausſendet, ſo lacht zwar alle Welt darüber, aber man gibt zugleich zu, daß alle dieſe Acte, wie der Angſtſchrei eines ſterbenden Leviathan, dem Todeskampf einer ſolchen gefallenen Macht mindeſtens den Stempel des Tragiſchen aufdrücken. Was hat dagegen das proviſoriſche Reichsminiſterium zu ſeiner Entſchuldigung, daß es fortwährend die traurige Rolle einer Parodie auf das Achtbarſte, was eine Nation hat, auf ihre oberſte legale Gewalt erfüllt? Oder iſt es mehr als eine Parodie, ein Miniſterium des Innern, ein Miniſterium des Aeußern, der Juſtiz, des Krieges vorzuſtellen (und in welchen Perſonen!) ohne in allen dieſen Beziehungen auch nur das Geringſte leiſten zu können oder nur zu thun zu haben? Aber noch in einem andern Punkte ſteht dieſes Miniſterium tief unter dem des Rumpfparlamentes; dieſes beſtreitet ſeine Souveränitätsacte mindeſtens als ehrlicher Mann aus eignen Taſchen und ſeine Organe ſind ihm verantwortlich; jenes wirthſchaftet mit den vorgefundenen Bundesfonds und gibt Niemanden Rechenſchaft. Monatsgehalte zu 1000 Gulden der Miniſter, Zulagen eines zahlreichen Perſonals, Reiſekoſten, Couriere, Lokale, Ameublements und alle die tauſenderlei Ausgaben des großen Apparates werden nach wie vor aufgewendet um der ſchmählichen Intrigue willen, dem Cabinet in Ollmütz vielleicht einen Dienſt zu erweiſen. Wir erwähnen dieſes Koſtenpunktes beſonders aus Veranlaſſung der Nachricht aus dem Schwäbiſchen Merkur, daß der Feſtungsbau von Ulm Tauſende von Arbeitern entlaſſen ſoll, weil das Reichsminiſterium nicht ferner die Mittel zur Fortſetzung des Baues würde anweiſen können. Statt nach den bei Raſtatt eingetretenen Verhältniſſen, welche die für dieſen Platz in dieſem Jahre beſtimmten Mittel, die noch mindeſtens 1 Million Gulden betragen müſſen, nicht zur Verwendung kommen laſſen — ſtatt nach dieſen Verhältniſſen deſto mehr auf Ulm zu verwenden, ward ſogar auch hier die Arbeit eingeſtellt! Erſt vor Kurzem hat Preußen ſeinen Ulmer Antheil für dieſes Jahr, nahe $\frac{1}{2}$ Million fl. baar zur Reichscaſſe eingezahlt, und wenn auch Oeſterreich nicht ſeiner Verpflichtung hierin nachkommen konnte, ſo läßt ſich doch erwarten, daß die kleinern Staaten zuſammen ebenfalls noch $\frac{1}{2}$ Million beigetragen haben. Ueberhaupt müßte das Reichsminiſterium 2 Millionen Gulden auf den Feſtungsbau noch für 1849 verfügbar haben — und dieſe Summe ſoll erſchöpft, ſoll für die andern Zwecke des Niemanden Rechenſchaft gebenden Miniſteriums Wittgenſtein-Jochmus verwendet ſein?

A. Z. C. **Wien**, 16. Juni. Der projectirte Status der Wiener Stadthauptmannſchaft iſt folgender: Stadthauptmann, 2 Viceſtadthauptmänner, 16 Räthe, 24 Obercommiſſäre, 60 Commiſſäre. Eine neue Rekrutenſtellung ſoll in kurzer Zeit für ganz Oeſterreich ausgeſchrieben werden. In Prag und Preßburg hat die Cholera bedeutend nachgelaſſen.

** **Berlin**, 18. Juni. Der Freiherr v. Canitz ſoll an der Stelle des Generals v. Radowitz im Verwaltungsrath der vereinigten Staaten Preußen vertreten und den Vorſitz führen. Der Name „Canitz" bedeutet die Reſtauration. Hr. v. Radowitz zieht ſich zurück; „er iſt krank"; er iſt noch zu deutſchgeſinnt; „ihn verletzen die unausgeſetzten, verabredeten Angriffe der ultramontanen Preſſe"; ſo verſchiedene Verſionen circuliren. Hr. v. Radowitz bedurfte der Folie, welche der Name ſeines Erſatzmannes bietet. Man bezeichnet die Anſtellung des Baron Canitz als interimiſtiſch; aber das ganze deutſche Reich wird bei dieſem Interim ſoweit gedeihen, daß das Definitivum nicht zu fürchten iſt. Ihr ſehr geehrter ⊙ Correſpondent aus unſerer Rheinprovinz, der mehr für als gegen mich argumentirt hat, kommt auch darauf hinaus, daß Preußen und ſomit Deutſchland aus den Banden der öſterreichiſchen Gewalt erlöſt werden muß, daß dies die Vorbedingung aller heilſamen Entwickelung, daß aber mit der Gewißheit ſolcher Erlöſung auch das Weſentliche, was uns noth thut, geſichert, gerettet iſt. Mir verbarg es ſich nicht, daß Oeſterreich unſer eigentlicher Feind und daß daher Alles aufzubieten ſei, Preußen vor einem Rückfall in die alte Knechtſchaft zu behüten. Wäre nicht dieſe Ausſicht der Erlöſung, ich würde kein Wort verlieren über das Berliner Project. Aber dieſe Ausſicht verfinſtert ſich. Wende man nicht ein, daß Hr. v. Canitz, eine einzelne Perſönlichkeit, deren vorzügliche Geſchmeidigkeit überdies jede Vermuthung kreuzt, nicht ſo ſehr in Anſchlag zu bringen ſei. Denn iſt es ehrlich gemeint mit der Emancipation von Oeſterreich, ſo darf nicht ein Mann an die Spitze geſtellt werden, der, wenn er überhaupt für irgend etwas eine Garantie bietet, uns die Reſtauration verbürgt. Für Hrn. v. Canitz war das öſterreichiſche Joch von jeher „ſanft" und die Metternich'ſche Laſt gar leicht. Wer doch die innere Geſchichte des Bundestags kennte! Wem die Inſtructionen des Baron Canitz zu Gebote ſtänden! Ich wette, der müßte zu dem Reſultat gelangen, daß der verhaßte Bundestag wahrhaft ſegensreich für das Vaterland geworden wäre, wenn Hr. v. Canitz nicht dagegen proteſtirt hätte, daß aus ihm ein Organ der Bewegung würde, wenn Hr. v. Canitz nicht die Auflehnung gegen die Wiener Inſolenzen verpönt und den Sitz des Bundestages für ungeeignet zu Differenzen gehalten hätte, die nur an Orten geſchlichtet werden müßten, wo Preußen ſtets den gehorſamen Diener macht. Ja, wer die innerſte Geſchichte des Bundestags ſtudirt hätte, wer die vermuthlich klaſſiſchen Inſtructionen des Hrn. v. Canitz zur Hand hätte. Ich divinire, daß jene vermuthlich klaſſiſchen Inſtructionen die Variationen auf das Thema von der Ohrfeige und der andern Backe bilden. Sanftmuth und wiederum Sanftmuth und noch einmal Sanftmuth! Stecken Sie Alles ein, was von Oeſterreich kommt! ſtecken Sie es ein, ſtecken Sie um Gotteswillen ein! das wird der Refrain geweſen ſein. Meine Divinationsgabe reicht vielleicht noch etwas weiter; aber es findet ſich wohl noch eine Stunde, wo dieſer Text beſſer angebracht erſcheint; Baron Canitz wird mittlerweile für neues Accompagnement Sorge getragen haben. Dem preußiſchen Entwurf gleichſam um den Hals fallen vor lauter Entzücken, das mochten und vermochten wir nicht. Uns mangelt für die Politik der Humor, welcher die Dame von Welt befähigt, eine Viſite, deren Meldung ſie mit Widerwillen vernommen, mit dem ſüßeſten Willkomm zu begrüßen. Gleichwohl verſchloſſen wir uns der Erkenntniß des Nothwendigen keinen Augenblick; und als das Nothwendige galt uns von Anbeginn die Emancipation Berlins von Wien. Um dieſen Preis, aber auch nur um dieſen Preis ließen wir von unſerm Widerwillen gegen das Machwerk der Berliner diplomatiſchen Conferenz ſo weit ab, als erforderlich ſchien, die Apoſtaſie Preußens, den Anſchluß an Rußland, die Reſtauration zu verhüten. Und hätte Baron Canitz ſeinen alten Adam völlig ausgezogen, warum ſollte er ihn nicht wieder anziehen? Im günſtigſten Fall iſt Hr. v. Canitz total unfähig, das zu verhindern, worauf mit Entſchiedenheit hingearbeitet wird. Und Hr. v. Zeſchau? Eine Reſtauration der öſterreichiſchen Herrſchaft über Deutſchland hat in uns den unverſöhnlichen Feind. Alles, was ihr dienſtbar iſt, und wenn es unſer wackerer Römer wäre, bekämpfen wir auf Tod und Leben. Und wenn Preußen ihr uns gebunden überliefert, wenn der Entwurf nur ein Schaugericht war und des Pudels Kern das Fürſtencollegium mit einer neuen Auflage des Reichsdeputations-Hauptſchluſſes ſein ſoll, dann ſollten wir die Sache Deutſchlands fallen laſſen? O, dann dürften wir gerechterweiſe nicht gegen Preußen opponiren? Nun, da ſind wir vielmehr der Anſicht, dann von Rechtswegen zu opponiren und zwar in Preußen, ſo lange man ſo frei ſein darf und dann außerhalb Preußens und ſo lange, wie die Pulſe ſchlagen! Daß es doch nur begriffen würde: Die Herrſchaft Oeſterreichs iſt die Fremdherrſchaft!

Lith. Corr. **Berlin**, 19. Juni. Man unterhält ſich in Kreiſen, in denen man gut unterrichtet zu ſein pflegt, von einem plötzlich eingetretenen Zerwürfniß zwiſchen Herrn v. Radowitz und der Partei, die vor ſeinem jüngſten Eintreffen in Berlin auf die Entſcheidung in politiſchen Dingen den nachhaltigſten Einfluß übte. Beſtätigt ſich das Gerücht von einer Intrigue, welche die neueſte Geſtaltung der deutſchen Sache zum Sturze Bunſen's benutzt haben ſoll, ſo möchte hierin wohl ein Bruch zwiſchen Radowitz und der proteſtantiſch-pietiſtiſchen Hofpartei ſeine Erklärung finden. Gleichzeitig ſpricht man davon, daß Radowitz geſtern früh Berlin verlaſſen und ſich auf ein ihm gehöriges Gut in Mecklenburg begeben habe. Aber auch hiefür fehlt es an Gewißheit. Nur ſo viel iſt ſicher, daß die Note vom zweiten Juni, in der Bunſen die Legitimität der ſchleswig-holſteiniſchen Revolution verficht und dieſelbe mit der engliſchen von 1688 paralleliſirt, entſchieden gemißbilligt wird.

Die Cholera, die bis vor Kurzem hier einen ſehr milden Verlauf hatte, ſcheint ſeit 2 bis 3 Tagen an Energie zu gewinnen. Sowohl die Zahl der Kranken, als auch die Rapidität der Entwickelung der Krankheitsfälle ſoll plötzlich beträchtlich zugenommen haben. Das Erſcheinen des Reichsverfaſſungsentwurfs der drei Königreiche hat eine reichhaltige Literatur hervorgerufen. Hier in Berlin allein ſind vier comparative Zuſammenſtellungen des Entwurfs und der Verfaſſung vom 28. März erſchienen, — eine amtliche ungerechnet, die wohl nur zum Gebrauch bei der Schlußberathung der Conferenzmitglieder und der zugezogenen Perſonen beſtimmt war. Am meiſten verbreitet iſt die bei Georg Wigand in Leipzig erſchienene Ausgabe beider Verfaſſungen. In einem handlichen Format bietet dieſe zugleich auch die Denkſchrift und gut geſchriebene Erläuterungen zu den ſämmtlichen Verfaſſungs-Urkunden und Aktenſtücken. Eine Broſchüre von Haſenkamp, welche den Entwurf der drei Regierungen beleuchtet, findet Beachtung, weil man in ihr die Anſichten eines großen Theils der vormärzlichen Liberalen ausgeſprochen zu finden glaubt.

Der Wollmarkt hat Berlin lebendiger gemacht, als es ſeit lange war. Schönes Wetter begünſtigt den Verkehr; und der Abend findet alle öffentlichen Orte von Gäſten aus der Fremde überfüllt. Gegen den in Stuttgart tagenden Bürgermeiſter Zimmermann aus Spandau ſoll in Spandau ein Verhaftsbefehl bereit liegen.

Köln, 19. Mai. Geſtern Abend kam der Erbgroßherzog von Mecklenburg-Strelitz mit dem Dampfboote von Düſſeldorf hier an, um ſich nach Baden zu begeben, und nahm ſein Abſteigequartier im „Königlichen Hofe". Auch der Prinz Eduard von Sachſen iſt hier eingetroffen, um gleichfalls nach Baden zu gehen.

Koblenz, 19. Juni. Geſtern Nacht fiel eine furchtbare Schlägerei auf der Straße zwiſchen Officieren und einigen jungen Leuten aus unſerer Stadt vor. Da mit blanker Waffe ſowohl Seitens der Officiere als eines der jungen Männer geſtritten wurde, ſo kamen höchſt gefährliche Verwundungen dabei vor. Einer der jungen Männer liegt an ſeinen erhaltenen Wunden ohne alle Hoffnung da; desgleichen auch ein Officier. Allem Vermuthen nach entſtand der Streit auf der Heimkehr aus dem Wirthshauſe, wo die Officiere geſtern Abend den Jahrestag der Schlacht bei Belle-Alliance feierte. (Rh. u. M. Z.)

Regensburg, 18. Juni. Ein verheerendes Feuer, das um Mittag 11 Uhr ausbrach, hat in der kurzen Zeit von 2 Stunden den prachtvollen und umfangreichen Bau des hieſigen Theaters und Geſellſchaftshauſes bis auf die kahlen Mauern vernichtet, von denen mehrere den Einſturz drohen. (N. C.)

Speier, 19. Juni. Geſtern iſt abermals eine Abtheilung preußiſcher Truppen hier eingerückt. Zufolge einer geſtern erlaſſenen Aufforderung liefern heute die Bürger ihre Waffen ab.

† Aus der Pfalz, 19. Juni. Die Zahl der Gefangenen, welche die proviſoriſche Regierung am vorigen Donnerſtag von Kaiſerslautern nach Neuſtadt hatte transportiren laſſen, belief ſich weit höher als ich Ihnen neulich angegeben habe. Es waren deren gegen 30, darunter ein proteſtantiſcher Geiſtlicher, (Pfarrverweſer Boſſert aus Sippersfeld) zwei Schullehrer, der als Courier von Landau nach Frankfurt geſandte und in Ludwigshafen

verhaftete Graf Johner und noch ein des Verrathes beſchuldigter Officier ſich befanden. 23 davon wurden in Neuſtadt am letzten Sonnabend freigegeben. Alle militäriſchen Gefangenen mußten jedoch der proviſoriſchen Regierung als Geißeln folgen und werden ſich wahrſcheinlich jetzt mit ihr in Baden befinden. Der General-Staatsprocurator Korbach hat ſich am 17. in Begleitung eines Staatsprocurators des königlichen Appellhofes in das Hauptquartier nach Dürkheim begeben, um die der Pfalz angehörigen Gefangenen von den Preußen zu reclamiren. Einige Regimenter Altbaiern werden morgen in Kaiserslautern und der Umgegend erwartet und ſind bereits angeſagt. Ein hübſcher Streich wird von dem Chef des Generalſtabes der proviſoriſchen Regierung, dem ehemaligen Lieutenant Techow, erzählt. Dieſer Freiheitskämpfer machte auf der Retirade durch das Neuſtädter Thal einen Abſtecher in das am Wege liegende Stationshaus der Eiſenbahn, und erpreßte von dem Bewohner deſſelben, dem er eine Piſtole auf die Bruſt ſetzte, die Caſſe mit 1500 Gulden, ſcheinbar um ſie der proviſoriſchen Regierung nach Neuſtadt zu überbringen. Dort aber ſoll er eine Gelegenheit ergriffen haben, zu entwiſchen und als er bei Annweiler von einem Trupp Freiſchaaren angehalten wurde, durch das Vorgeben ſich gerettet haben, er gehe nach Frankreich, um dort eine Armee anzuwerben. So gehen wenigſtens die allgemein verbreiteten Gerüchte*). Auch heißt es, daß die Freiſchaaren unter Willich im Annweiler Thal von den Preußen umzingelt worden ſeien und eine große Niederlage erfahren haben.

** **Stuttgart**, 19. Juni. Welcher Wechſel von geſtern auf heute, welch ruhiger Tag gegen die aufgeregte Stimmung des geſtrigen! Es iſt wieder wie unmittelbar nach Durchkämpfung des Verfaſſungsſtreits und nach Verwerfung der Reutlinger Beſchlüſſe, wo auch die Ruhe der Abſpannung folgte. In der Kammer einige Nachſchwingungen der geſtern geſpielten Saite: ein Antrag auf Verſetzung der Miniſter in Anklage, wegen Verletzung der Verfaſſung, dann Ankündigung von Interpellationen wegen der Art, wie die geſtrige Maßregel ausgeführt worden. Den erſteren Antrag, der an die ſtaatsrechtliche Commiſſion verwieſen wurde, ſtellte Schoder; ſein Schickſal iſt unſchwer vorauszuſehen. Zur Beruhigung und Aufklärung des Publikums iſt eine neue Proklamation des Geſammtminiſteriums erſchienen. Sie motivirt die Maßregel, ſagt aber lediglich nichts Neues. Die Stimmung der Hauptſtadt hat ſich geſtern und heute gezeigt; die Anſicht, daß ſich Würtemberg mehr und mehr den extremen Beſchlüſſen der Reichsverſammlung entziehen, ja entſchieden dagegen auftreten müſſe, wenn es nicht dem Abgrund badiſcher Verhältniſſe verfallen wolle, gewann in den letzten Tagen mehr und mehr an Boden. Nicht ſo allgemein einverſtanden iſt die öffentliche Stimme mit dem ſo ſchnell ins Werk geſetzten Angriff des Miniſteriums auf die Reichsverſammlung. Die Achtung vor ihr iſt unſerm Stamme zu tief ins Herz geſchrieben, das zeigte ſich klar, und wer wollte auch tadeln, daß das Volk, dem ſtaatsmänniſche Erwägungen fern liegen, dem gewiß edlen Zuge ſeiner Gefühle folgend, es kaum verſchmerzen kann, daß das Aſyl der ſo lange geprieſenen und bei uns noch mit großer Achtung aufgenommenen Reichsverſammlung geradezu entzogen wurde? Dies iſt wohl auch der Grund, weshalb außer der Linken auch ein Theil des ruhigen, beſonnenen linken Centrums für bloſe anerkennende Tagesordnung zu den miniſteriellen Maßregeln geſtern nicht ſtimmen zu dürfen glaubte. Anders mag ſich die Sache vielleicht vom Miniſterſtuhle ausnehmen, und es iſt in dieſem Betreff auch die zugeſagte Veröffentlichung der, wie es heißt äußerſt groben, aber von Römer ebenſo derb beantworteten preußiſchen Note abzuwarten. Wie wird ſich nun das Land verhalten? Die Verſuche von Heilbronn und Umgegend ſind bereits ſo kläglich verunglückt wie ſeiner Zeit der Rau'ſche Auszug von Rottweil; die Ulmer Emeute erweiſt ſich als ein durch Wirthshausgeſchichten wenigſtens veranlaßter Straßenſcandal. Die nicht unbedeutenden Exceſſe in Riedlingen ſind gedämpft und ein Regiment hält dort Ordnung; auch dürfte der Auszug der dortigen Bürgerwehr, ſowie die Sympathien anderer oberſchwäbiſcher Bürgerwehren ſich endigen wie der Heilbronner Putſch. Uebrigens dürfen wir auf noch einige ſolcher Putſche ſicher rechnen; in Kirchheim ſollen bereits heute Nacht Exceſſe ſtattgefunden haben. Aber unſer Miniſterium, wie lange wird es ſich noch halten? Bedarf man in hohen Kreiſen nun ſeiner noch? Gibt es bei uns nicht auch Nachfolger für die jetzt verbrauchten Märzminiſter?

*) Nach andern Nachrichten iſt Techow in Karlsruhe.

* **Stuttgart**, 19. Juni. Obgleich nicht in beſchlußfähiger Anzahl, hielt die Reichsverſammlung doch geſtern im Hotel Marquardt eine Berathung. Löwe bat, bei den in Deutſchland zur Zeit obwaltenden Umſtänden dem Präſidium auch ferner die Befugniß und es in ſeiner Pflicht zu belaſſen, die Verſammlung zu jeder Zeit und an jedem Orte zuſammen zu rufen. Er erſuchte die Mitglieder, weil es einmal feſtſtehe, daß man hier keine Sitzung mehr zu Stande werde bringen können, Stuttgart nicht eher zu verlaſſen, bis er ihnen erklären werde, daß ſie es thun ſollen, und verpflichtete ſie auf ihre Ehre, ſoweit ſie noch Mitglieder der Verſammlung zu bleiben geſonnen, noch einige Tage hier zu verweilen. (Bravo.) Als Ort, wohin man, verſteht ſich außerhalb Würtembergs, gehen ſolle, wurde Baden vorgeſchlagen; der Präſident Löwe bat jedoch, ihn an keinen Ort zu binden; er wolle nur den Rath der Verſammlung hören. Heinrich Simon legte dar, auf welche Weiſe die Regentſchaft die letzten Beſchlüſſe der Verſammlung ausgeführt habe, indem er das letzte Reichsgeſetzblatt verlas, welches das Geſetz zur Bildung der Volkswehr enthält. Gleichzeitig kam auch ein dieſem Geſetze entſpringender Aufruf zur Verleſung. Beides wurde mit großem Beifalle hingenommen. Es wurde beantragt, den Präſidenten Löwe für ſeine heutige Haltung Dank zu ſagen; Löwe aber rief: wenn wir geſiegt haben werden. Vor Eröffnung dieſer Berathung wurde ein Protokoll über die ſtattgehabten Vorgänge aufgenommen, deſſen Mittheilung an die gerichtlichen Behörden zur Einleitung der Unterſuchung Ludw. Simon beantragte, was auch angenommen wurde. Heute Nachmittag 4 Uhr iſt wieder berathende Verſammlung. Die Entfernung der Regentſchaft haben wir bereits gemeldet, ſie fand noch am Abend des 18. ſtatt.

Stuttgart, 19. Juni. Wie das Frankfurter Journal meldet, empfing der Präſident Löwe am Morgen des 19. folgendes Schreiben:

„Ew. Wohlgeboren, erſuche ich, Ihre *bisherigen* Herren Collegen, welche Würtemberg nicht ſpeciell angehören, aufzufordern, im Lauf des heutigen Tages die Abreiſe aus Würtemberg anzutreten, indem ſich ſonſt die Regierung zu ihrem Bedauern genöthigt ſehen würde, die zur Erhaltung der Ruhe des Landes abſolut gebotenen Maßregeln zu treffen. Hochachtungsvoll der Chef des Departements des Innern: *Duvernoy*. Stuttgart, 19. Juni 1849. Sr. Wohlgeboren dem Herrn Dr. Löwe aus Calbe."

Als jedoch die Abgeordneten am Abend zu einer vertraulichen Beſprechung ſich verſammelten, wurde ihnen eröffnet, daß die obige Ausweiſung zurückgenommen ſei und die Herren als Privatperſonen gegen Löſung von Polizeikarten und unter Nachweis der Zwecke ihres Aufenthalts hier bleiben könnten. Man beſchloß aber, von dieſer Erlaubniß keinen Gebrauch zu machen, ſondern nach *Karlsruhe überzuſiedeln*, wo am 25. Juni die erſte Zuſammenkunft ſtattfinden ſoll. Die Regentſchaft ſoll bereits dorthin gereiſt ſein. Es wurde den Abgeordneten auch ausdrücklich verſichert, daß die Zerſtörung des Sitzungslocals gegen den Willen Römers geſchehen ſei. Man ſchreibt über letztere dem Frankfurter Journal: Ich komme eben aus dem Sitzungslocal des Parlaments. Es iſt gänzlich ruinirt worden. Während das Haus vollkommen von Militär umzingelt war, und alſo an eine weitere Sitzung nicht gedacht werden konnte, haben die eingedrungenen Soldaten Alles zertrümmert, was ſich in dem Locale befand. Die Gallerien liegen in Stücken, die Bänke ſind zerſchlagen, die Kränze heruntergeriſſen, der Platz des Präſidenten und die Rednerbühne zermalmt. Bereits iſt bei den öſterreichiſchen Abgeordneten zur deutſchen Reichsverſammlung die miniſterielle Kundgebung aus Wien eingetroffen, daß, wenn dieſelben Stuttgart nicht binnen 48 Stunden verlaſſen, ihr Vermögen confiscirt und ſie des Landes verwieſen werden.

Stuttgart, 19. Juni. Der König iſt dieſen Vormittag hier angekommen. Das Regierungsblatt vom heutigen Tage enthält das Geſetz, die Ablöſung der Zehnten betreffend. (Schw. M.)

Die Anſprache des Geſammtminiſteriums an das würtembergiſche Volk lautet:

„Die Beſchlüſſe der in Stuttgart tagenden Reichsverſammlung haben einen für Würtemberg ſo gefährlichen und feindlichen Charakter angenommen, daß die Regierung bei aller Rückſicht auf den hohen Beruf der Verſammlung, welcher auch in einem Bruchtheil geachtet werden wollte, verpflichtet war, dem drohenden unabſehbaren Uebel nachdrücklich zuvorzukommen. Nachdem die Verſammlung, ohne vorher zu fragen, ſich nach Stuttgart übergeſiedelt hatte, hielt ſie ſich für berechtigt, in der Reichsregentſchaft eine Executivgewalt aufzuſtellen, welcher die geſammte bewaffnete Macht untergeordnet ſein ſollte. Dieſe Executivbehörde, die unter den vorliegenden Umſtänden lediglich für Würtemberg berechnet ſein konnte, machte auch wirklich Verſuche, ſich in den Beſitz einer Gewalt zu ſetzen, und verbreitete durch ihr Auftreten vielfache Aufregung. Auf das dringende Anſinnen zur alsbaldigen Entfernung aus Würtemberg erklärte die aufge-

ſtellte „Reichsregentſchaft", ſie werde im Lande bleiben. Durch einen weiteren Beſchluß vom 16. dieſes Monats wurde derſelben das Recht übertragen, nicht blos das ſtehende Heer zum Reichsdienſte zu verwenden, ſondern auch zu gleichem Zwecke die ganze männliche Bevölkerung vom 18. bis 40. Lebensjahre unter die Waffen zu rufen, womit natürlich die Beſchaffung der ungeheuren Geldmittel, welche das Aufgebot eines ſolchen Heeres nöthig macht, in unmittelbarem Zuſammenhang ſteht. Es wurde ferner zur Lähmung der inneren Staatsgewalt und in directer Oppoſition gegen die Landesregierung der Beſchluß gefaßt, die Entwaffnung von Bürgerwehren ſei unſtatthaft. Die Fortſetzung ſolcher Handlungen, welche nichts anderes bezwecken konnen, als die ganze Laſt der Durchführung der Reichsverfaſſung auf Würtemberg zu wälzen und die Kräfte des Landes in einem ungleichen Kampfe auf das Rückſichtsloſeſte aufzuopfern, durfte um ſo weniger geduldet werden, als durch die Gewalt, welche ſich die „Reichsregentſchaft" beilegte, zugleich alle Rechtsordnung im Lande aufgehoben würde, und die leidenſchaftlichen Verhandlungen der Verſammlung nur dazu dienen könnten, den Hang zur Zügelloſigkeit zu nähren. Unter dieſen Umſtänden richtete das Geſammtminiſterium an den Präſidenten der Reichsverſammlung ein Schreiben, welches nach Auseinanderſetzung der Verhältniſſe die Aufforderung enthält, Reichsverſammlung und Regentſchaft ſolle ihren Sitz außerhalb Würtembergs verlegen und ſchon jetzt die Vornahme eines jeden weiteren offiziellen Actes unterlaſſen, und damit ſchloß, daß die Mißachtung dieſes Anſinnens die Regierung nöthigen würde, demſelben durch Anwendung der geeigneten Mittel Geltung zu verſchaffen. Nachdem Staatsrath Römer jenes Schreiben in der Kammer der Abgeordneten verleſen und weiter geäußert hatte: eine Antwort ſei ihm noch nicht zugekommen, bemerkte der würtembergiſche Abgeordnete Schoder, welcher zu gleicher Zeit erſter Vicepräſident der hier tagenden Reichsverſammlung iſt: die Antwort kann ich hier ſogleich geben, heute Nachmittag 3 Uhr hält die Reichsverſammlung eine Sitzung. Durch dieſe das Anſinnen der Staatsregierung verhöhnende Erklärung wurde die Kataſtrophe wider unſern Willen beſchleunigt. Es mußte die beabſichtigte Sitzung ſofort verhindert, und wird auch fernerhin jedem weiteren amtlichen Auftreten der Verſammlung und ihrer Regentſchaft begegnet werden. Wir legen dieſen Sachverhalt dem Volke offen dar und ſind überzeugt, im Sinne der überwiegenden Mehrheit deſſelben zu handeln, welche bei aller Begeiſterung für die Einheit der deutſchen Nation nicht will, daß Würtemberg durch die Beſchlüſſe der Reichsverſammlung und durch die Anordnungen ihrer Regentſchaft zu Grunde gerichtet und gerade dasjenige herbeigeführt werde, was ſo ſorgſam vermieden werden ſoll, nämlich eine Beſetzung Würtembergs durch nicht-würtembergiſche Truppen. Auf der Volksverſammlung in Reutlingen wurde der Beſchluß gefaßt, daß zwiſchen Würtemberg, Baden und der Rheinpfalz ein Schutz- und Trutzbündniß eingegangen, d. h. daß dem übrigen Deutſchland der Krieg erklärt werde. Dieſer Verſuch einer unter der Maske der Reichsverfaſſung operirenden Partei iſt durch die Haltung der Regierung und der Mehrheit der Kammer der Abgeordneten vereitelt worden. Die auf daſſelbe Ziel hinführenden Beſchlüſſe der Reichsverſammlung haben das gleiche Schickſal gehabt. Um ſo erbitterter über Regierung und Kammer ſind jetzt diejenigen, welche kein Mittel und keine Anſtrengung ſcheuen, die republikaniſchen Schilderhebungen in Baden und in der Rheinpfalz durchzuführen. In dieſer Beziehung hat der ſogenannte Landesausſchuß in Stuttgart durch die über das ganze Land verbreiteten März- und Volksvereine einen beſonders thätigen Einfluß ausgeübt und namentlich die Bürgerwehren und die Jugend für jene Anſicht zu gewinnen geſucht. Vieles iſt ihm gelungen durch den von der radikalen Preſſe gehandhabten Meinungsterrorismus. Die Bande der Ordnung ſind hierdurch an manchen Orten aufgelockert, das obrigkeitliche Anſehen iſt mehrfach untergraben worden. Dieſen Uebelſtänden muß durch ſtrenge Handhabung der Geſetze begegnet werden. Wir werden auch fortan die durch die Landesgeſetze und die durch die Reichsverfaſſung verbürgten Freiheiten des Volkes heilig halten. Aber wir fordern ſämmtliche Behörden des Landes auf, jedem Uebergriffe ernſtlich entgegenzutreten. Durch die gegen die Reichsverſammlung getroffene Maßregel haben wir eine ſchwere Pflicht erfüllt. Sie wird begriffen werden, wenn das jetzt durch Leidenſchaft getrübte Urtheil einer ruhigen Ueberlegung gewichen ſein wird. Stuttgart, den 18. Juni 1849. Römer. Roſer. Duvernoy. Schmidlin. Rüpplin. Goppelt."

* Hohenzollern-Sigmaringen. Das Verordn.-Blatt enthält eine Bekanntmachung, die Zurückberufung des dieſſeitigen (bisher unter General Miller geſtandenen) Kontingents betreffend.

Hannover 18. Juni. Am Morgen des Jahrestages der Schlacht bei Waterloo ward das Denkmal eines Mannes feierlich eingeweiht, der viel zum Erfolge jener Schlacht beigetragen hat, des Generals Alten. General Hartmann hielt die Feſtrede und auf einen Wink von ihm fiel die Hülle von dem Standbilde, neunzehn Kanonenſchüſſe wurden abgefeuert, die Truppen präſentirten und die Muſik ſpielte einen alten Marſch, mit dem die Bataillone der Legion oft zum Siege gegangen ſind. Dann marſchirten die Truppen an dem Standbilde vorüber, das am Eingange des Waterlooplatzes ſteht. Es iſt von einem hannoverſchen Bildhauer Kümmel, der in Rom lebt und ſich durch einige gelungene Arbeiten einen Namen erworben hat; auch dieſe Statue iſt ein ſchönes Werk, beſonders hat er mit Geſchick das Unſchöne vermieden, das in den Uniformen lag, ehe der Waffenrock den geſchmackloſen Frack verdrängte. Alten iſt am 20. Oct. 1764 geboren, am 20. April 1840 geſtorben. Schon in den Revolutionskriegen wurde ſein Name mit Auszeichnung genannt. In den Feldzügen in Spanien und Frankreich war Alten unter denen, die das volle Vertrauen Wellingtons beſaßen. In der Schlacht bei Waterloo wurde er ſchwer verwundet. Bei ſeinen Truppen, wie unter den Bürgern Hannovers war Alten allgemein geliebt und geachtet, und man freute ſich ſehr, als er nach dem Sturze Münſters in das Miniſterium als Kriegsminiſter trat. Mit den andern Miniſtern hat er das Staatsgrundgeſetz mit den Ständen vereinbart. Schele ſoll durch lange Ueberredungen bewirkt haben, daß Alten dem Beiſpiele ſeiner Collegen Stralenheim, Schulte und v. d. Wiſch folgte, ſich der Aufhebung des Staatsgrundgeſetzes fügte und doch im Amte blieb. Er ſoll es ſpäter ſchmerzlich bereut haben, daß er ſich zu dieſem traurigen Schritte verleiten ließ und die letzten Jahre ſeines Lebens ſollen kummervolle geweſen ſein.

Die Verſammlung der 35 Abgeordneten, deren geſtern gedacht iſt, hat ſich zu folgenden Beſchlüſſen geeinigt:

1) Die Reichsverfaſſung vom 28. März 1849 und das Reichswahlgeſetz vom 12. April 1849 ſind rechtlich und endgiltig feſtgeſtellt. Der von den Regierungen Preußens, Sachſens und Hannovers, ſowie von andern deutſchen Regierungen dagegen erhobene Widerſpruch iſt rechtswidrig. (Einſtimmig angenommen.)

2) Beide Geſetze können auf eine das Rechtsgefühl des deutſchen Volkes befriedigende Weiſe nur abgeändert werden durch einen in Gemäßheit dieſer Geſetze zu berufenden Reichstag und nur in dem durch die Reichsverfaſſung gebilligten Wege. (Einſtimmig angenommen.)

3) Die Verſammelten halten es weder für recht noch für rathſam, das Zuſtandebringen einer Verſammlung zu unterſtützen, welche, ohne der Reichsverfaſſung zu entſprechen, über die Abänderung der Reichsverfaſſung beſchließen ſoll; indem ſie vielmehr die Rechte des Vaterlandes namentlich gegen die Berliner Aufſtellung feierlichſt verwahren, werden ſie den Maßnahmen, welche auf das Zuſtandebringen einer ſolchen Verſammlung gerichtet ſind, oder gerichtet werden könnten, widerſtreben. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.)

4) Insbeſondere erklären wir, daß wir uns an den Wahlen, welche etwa auf den Grund des von den drei Regierungen einſeitig und willkürlich aufgeſtellten Wahlgeſetzes ausgeſchrieben werden möchten, in keiner Weiſe betheiligen werden. (Mit 29 gegen 6 Stimmen angenommen.)

5) Wir fordern das hannoverſche Volk auf, ſich in unwandelbarer Treue gegen die Reichsverfaſſung vom 28. März gleichfalls jeder Betheiligung an ſolchen Wahlen zu enthalten; bei den bevorſtehenden Wahlen zur zweiten Kammer der Landesverſammlung aber nur ſolche Männer zu ſenden, von denen man ſich vorher überzeugt hat, daß ſie jede Wahl zum Staatenhauſe, welche ihnen etwa auf den Grund des octroyirten Wahlgeſetzes angeſonnen werden möchte, ablehnen. (Mit 26 gegen 9 Stimmen angenommen.)

(Weſer Ztg.)

Karlsruhe, 18. Juni. Geſtern kamen die Preußen nicht mehr ſo nahe, als man allgemein ſagte und glaubte. Auch rückte das Armeecorps im Annweiler Thal langſamer vor. Geſtern Abend ſpät kamen noch Verwundete vom Neckar und von jenſeits des Rheins hierher. Heute Morgen folgten mehrere Wagen mit Schwerverwundeten von drüben nach, und Alles ließ ahnen, daß „die Sache der Freiheit" drüben ſchlecht ſteht. Heute vor und nach 12 Uhr kam eine große Zahl Flüchtlinge vom Annweiler Thal hier an mit dem Landauer Belagerungsgeſchütz, 10 bis 12 Stücken, Kanonen, Haubitzen, zwei Mörſer, aus dem dieſigen Zeughaus; Kanonen, von welchem Kaliber? das kann ich Ihnen nicht ſagen. Man bezeichnet ſie als Schlüſſelbüchſen, Frohnleichnamsproceſſions-Kanonen ꝛc., und die Mannſchaft erſt! in welch erbarmungswerthem Zuſtand! baieriſche Chevauxlegers, Infanterie (baieriſche und etliche badiſche), Freiſchärler, Schweizer, Scharfſchützen, Senſenmänner, kurz alles Mögliche im bunten Durcheinander mit 50 bis 60 Wagen vor der Infanteriecaſerne! Es folgten Munitions- und Waffenwagen, worin auch viele Senſen lagen. Auf dem Kaſernenplatze ſah ich einen Wagen mit Pulverfäßchen ſtehen, worauf ein Kamerad ſeine Cigarre ſchmauchte! Aber welche Erzählungen erſt von den Wenigen, die den Mund öffneten: „Ehe man die Preußen im Annweiler Thal recht gewahr wurde, kamen ſchon von allen Ecken und Enden die preußiſchen Spitzkugeln aus den Zündnadelgewehren, Tod und Vernichtung ringsum ſäend. Plötzlich ſah man nichts als preußiſche Pickelhauben, und Himmel! die Preußen waren wie aus dem Boden gewachſen." Wer noch fliehen konnte, floh, ſchimpfend, fluchend, und die Mehrzahl der hier Angekommenen hat noch die erſte Ladung im Gewehr! Man kam auf ſo große Entfernung gar nicht zum Schießen; Alles lief davon! Kurz das ganze Corps, einige Tauſend Mann, kam auf der Flucht in erbärmlichſtem Zuſtand hier an. Nach einer Raſt von einigen Stunden wird dieſe Mannſchaft theils in die umliegenden Städte und Ortſchaften (Durlach, Ettlingen ꝛc.) einquartiert, theils (namentlich die Artillerie) an den Rhein abwärts geſendet. Man erwartet noch mehr Gäſte, in Bälde aber die Preußen, hier. Brentano, Peter (der auch fort war) und May-

erhofer ſind heute wieder hier. Von der conſtituirenden Verſammlung iſt eine namhafte Zahl „in Urlaub" gegangen. (Schw.M.)

Beerfelden, 20. Juni. Geſtern um 9½ Uhr kamen wir nach ziemlich ſtarkem Marſch in Hüttenthal an, wo wir die Nacht zubrachten. In Weinheim, wo um 12½ Uhr aufgebrochen wurde, wußte Niemand, wohin der Weg gehen ſollte. Schon in Fürth hofften wir zu bleiben, aber es ging unaufhaltſam vorwärts. Heute Morgen wurde um 6 Uhr weiter gezogen und um 10 Uhr langten wir hier an. Da war es jedoch, als ob die Truppen dem Boden entſtiegen. Unterwegs trafen wir nur auf einzelne Compagnien und hier dauern die Durchmärſche gegen Eberbach und Hirſchhorn bis jetzt ſchon drei Stunden; wenigſtens 15,000 Mann ſind verſammelt. Sie haben jenſeits des Ortes gegen den Neckar hin ein Lager bezogen und ihr Geſang ſchallt bis zu meinem ziemlich entlegenen Sitze. Jedenfalls iſt hier unſeres Bleibens nicht lange, denn unter der Wagenreihe befinden ſich auch viele Wagen mit Brückenzeug, ſo daß jedenfalls eine Ueberſchreitung des Neckars in Ausſicht ſteht. Demgemäß wäre der Plan wohl der, den Feind zugleich von drei Seiten zu faſſen, denn bei Weinheim ſteht eine ſtarke Diviſion, hauptſächlich preußiſcher Cavallerie und Artillerie. Mit Geſchützen ſind wir diesmal gut verſehen. (D. P. Z.)

Aus Mecklenburg, 17. Juni. Was ſollen wir thun in der deutſchen Frage? ſo ſprach die Regierung neulich zu unſerer Kammer. Die Rechte antwortete ruhig: es iſt Unvernunft, nicht mit Preußen zu gehen; die Linke ſchrie entrüſtet: es iſt Hochverrath, nicht mit Stuttgart zu ſtehen; die Centren kratzten ſich hinter den Ohren und ſeufzten: es iſt Unrecht, die 27 Staaten zu verlaſſen. Nach ſtundenlangen Debatten, die von der Rechten und Linken treulichſt benutzt wurden, die Centren wegen ihrer lavirenden Politik zu geißeln, lehnte man endlich alle Anträge ab und erklärte alſo, der Regierung keine Antwort geben zu können. Es geht ſeit geraumer Zeit ein Gemurmel um im Lande Mecklenburg: „die Kammer taugt nichts, denn ſie kann nichts". Die Centren hätten uns der Nothwendigkeit überheben ſollen, jetzt mitmurmeln zu müſſen. (D. Ref.)

Aus Jütland kommt Tag für Tag die ſtereotype Nachricht: „Die Stellung der Preußen bei Aarhuus unverändert." Die albernen Einwohner jener Stadt haben am 7. und 9. d. Barricaden gebaut, weil ſie in dem lächerlichen Wahne ſchwebten, ſie könnten von den 13,000 Mann und 60 Kanonen zählenden Preußen angegriffen werden! General Rye gilt für einen zweiten Cäſar und Marius, daß er mit einer Hand voll Mannſchaft dem Feinde ſo lange die Spitze bieten und ihn aufhalten kann! In Nörre-Snede, wo die kurheſſiſchen Reiter überrumpelt wurden, ſind jetzt 2000 Mann Reichstruppen mit Geſchütz eingerückt, post festum.

Die Kopenhagener Berichte vom 16. wiſſen noch nicht das Geringſte von einer Annäherung der ruſſiſchen Flotte. Das ſchwediſche Uebungsgeſchwader, beſtehend aus einer Fregatte „Eugenia" und „Joſefine", die Corvette „Jarramas" und der Brig „Nordenſkiöld", iſt am 7. von Carlskrona abgeſegelt. (Weſ. Z.)

Schleswig, 16. Juni. In der heutigen Sitzung beſchäftigte die Landesverſammlung vorzugsweiſe die Vorberathung über den Ausſchußbericht in Betreff der von der Regierung zu erlaſſenden organiſchen Geſetze. Auf eine Interpellation Kamphövener's über die gegenwärtige Baſis der in Berlin gepflogenen Friedensunterhandlungen erwiedert der Departementschef Harbou, daß ihm darüber nichts bekannt ſei. (N. f. P.)

Von Fridericia, 15. Juni. Fridericia wird gewiß nicht genommen, ſondern ebenſo wie Alſen cernirt werden. Mir thut es leid, daß das vortreffliche ſchleswig-holſteiniſche Heer dazu verdammt iſt, vor Fridericia ein Luſtlager mit ſeiner ganzen Langenweile zu beziehen. Um den Soldaten einigermaßen über die Zeit hinwegzuhelfen, läßt man ſie deshalb jetzt exerciren. Es iſt dies eine wahre Wohlthat für dieſelben, da ſie doch nicht fortwährend ſchlafen oder eſſen können. (N. f. P.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Juni. Die Times theilt jetzt die in Betreff der römiſchen Angelegenheit zwiſchen Lord Palmerſton einerſeits und dem Marquis v. Normanby und dem Fürſten Caſtelcicala andererſeits gewechſelte Correſpondenz mit, theils vollſtändig, theils in Auszügen. Es iſt dieſer Briefwechſel am 14. Juni in beiden Häuſern in Abſchriften niedergelegt worden. Wir laſſen das Weſentliche aus dieſer ſowohl für den offenen und freimüthigen Standpunkt, den die engliſche Politik dieſer Frage gegenüber einnahm und einnimmt, charakteriſtiſchen, als für den geſchichtlichen Gang dieſer Angelegenheit wichtigen Correſpondenz hier folgen. Das erſte der mitgetheilten Actenſtücke iſt eine Note Palmerſtons an den Marquis v. Normanby, datirt den 5. Januar 1849, worin der erſtere ſeinen Wunſch ausdrückt, daß der heilige Vater, vermöge des von ihm ausgeübten großen Einfluſſes in ſeiner Eigenſchaft als Kirchenfürſt im Stande ſein werde, eine ſo unabhängige Stellung als weltlicher Fürſt zu behaupten, um ſich nicht zum politiſchen Werkzeug irgend einer einzelnen europäiſchen Macht zum Nachtheil der übrigen hergeben zu müſſen. Lord Palmerſton ſetzt weiterhin auseinander, wie des Papſtes Stellung von derjenigen anderer Fürſten dadurch abweiche, daß er nicht Fürſt durch Erbrecht, ſondern durch Wahl ſei, und zwar durch die Wahl des Cardinalcollegiums, einer Körperſchaft, die weder in Betracht ihrer Verfaſſung, noch in Betracht ihrer Mitglieder als volksthümlich gelten könne. Dieſe Note ſchließt mit zwei Folgerungen, daß erſtens der Papſt ſeinen Unterthanen für Einführung einer guten Regierung Bürgſchaften geben müſſe, und daß zweitens eine bewaffnete Intervention, die ihm zu dem Zweck der Aufrechterhaltung einer ſchlechten Regierung zu Hilfe käme, ungerechtfertigt ſein würde.

Dieſer Note folgt eine zweite Note Palmerſton's an den Marquis von Normanby vom 28. Januar 1849, worin der Miniſter erklärt, daß er mit gleichem Bedauern wie die franzöſiſche Regierung den von Oeſterreich der letzteren gemachten Vorſchlag anſehen müſſe, nämlich den Vorſchlag zu einer gemeinſamen militäriſchen Intervention Seitens Oeſterreichs, Frankreichs und Neapels. Die britiſche Regierung müſſe, in Betracht der allgemeinen europäiſchen Intereſſen und der Erhaltung des Friedens, ſich überhaupt gegen jeden Verſuch erklären, die zwiſchen dem Papſt und ſeinen Unterthanen entſtandenen Streitigkeiten durch die bewaffnete Dazwiſchenkunſt fremder Mächte zu ordnen. So weit die britiſche Regierung von dem Stande der Dinge unterrichtet ſei, wären dieſe Streitigkeiten nicht der Art, um nicht durch diplomatiſche Vermittelung freundſchaftlich geſinnter Mächte beigelegt werden zu können. Se. Excellenz, Marquis von Normanby, möge übrigens der franzöſiſchen Regierung eröffnen, daß Großbritannien geſonnen ſei, ſich zu dieſer Frage nur in einer beobachtenden Stellung zu halten. Denn ſo wichtig dieſe Angelegenheit auch in Betreff der allgemeinen Intereſſen Europa's ſei, ſo berühre ſie doch kein großbritanniſches Intereſſe in directer Weiſe, und welchen Gang auch dieſe Ereigniſſe nehmen möchten, ſo glaube Ihrer Majeſtät Regierung doch nicht, daß ſie ihr irgend einen haltbaren Grund geben dürften, von der paſſiven und beobachtenden Stellung abzuweichen, welche in dieſer Frage für Großbritannien als die natürlichſte erſcheine.

Das dritte Actenſtück iſt ein Schreiben des Fürſten Caſtelcicala an Lord Palmerſton, datirt London den 2. Februar 1849. Es wird ihm darin angezeigt, daß die ſpaniſche Regierung einen Vorſchlag gemacht habe zu einem Congreß der katholiſchen Mächte, um die römiſchen Wirren zu ſchlichten; auch wird in demſelben Schreiben formell um die Theilnahme Englands, Rußlands und Preußens nachgeſucht. Als viertes Actenſtück folgt die Antwort Palmerſton's auf des Fürſten Caſtelcicala's Schreiben, datirt den 10. Februar, worin der Lord letzteren davon in Kenntniß ſetzt, daß ſich der Papſt noch nicht an die britiſche Regierung in Betreff dieſes zu Neapel zu haltenden Congreſſes gewandt habe, daß, bevor dies nicht geſchehen ſei, über das einzuſchlagende Verfahren nichts voraus ſich beſtimmen laſſe. (Schluß folgt.)

Frankreich.

* **Paris**, 19. Juni. Die Legislative hat ſich in ihrer heutigen Sitzung, nachdem ſie die von einem Mitglied der Montagne angekündigten Interpellationen über den Belagerungszuſtand in den Departements auf die Tagesordnung vom nächſten Montag geſetzt, mit der Discuſſion des neuen Clubgeſetzes beſchäftigt. Die Commiſſion hat die folgende Faſſung deſſelben vorgeſchlagen. „Art. 1. Die Regierung iſt ermächtigt, ein Jahr lang nach der Verkündigung des gegenwärtigen Geſetzes die Clubs und andere für die öffentliche Sicherheit gefährliche Vereine zu unterſagen. Art. 2. Vor Ablauf dieſes Zeitraums wird der Nationalverſammlung ein Geſetzentwurf vorgelegt werden, der unter Verbietung der Clubs die Ausübung des Vereinsrechts regelt. Art. 3. Ueber die

Ausführung vorſtehenden Decrets wird der Nationalverſammlung Rechenſchaft abgelegt werden." Bei der Discuſſion verhält ſich die Montagne ganz paſſiv und verhindert einzelne ihrer Mitglieder, die das Wort ergreifen wollen, mit dem Zuruf: „Nicht reden. Laßt ſie nur machen!" Die einzelnen Artikel werden von der compacten Majorität der Rechten angenommen, mildernde Amendements ohne Discuſſion beſeitigt. Auf eine Anfrage von Victor Lefranc, wie die Regierung ſich bei Ausführung des Geſetzes gegen die vorbereitenden Wahlverſammlungen zu verhalten gedenke, erklärt der Miniſter des Innern, daß die Regierung entſchloſſen ſei, wirkliche Wahlverſammlungen vollkommen frei gewähren zu laſſen und nur die Clubs, die ſich öfter unter dieſem Namen verſtecken, zu verbieten. Es wird hierauf zur namentlichen Abſtimmung geſchritten, und in dieſer das Geſetz mit 373 Stimmen gegen 151 angenommen. Laclaudure (von der Montagne) ſtellt den dringlichen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszuſtandes von Paris. Die Dringlichkeit wird abgelehnt und der Antrag damit vorläufig beſeitigt. Savoye will das Miniſterium über die auswärtigen Angelegenheiten interpelliren wegen des Einmarſches der Preußen in der Pfalz, und verlangt die Feſtſetzung der Discuſſion auf morgen. In der heftigen und verworrenen Debatte über dieſen Gegenſtand ſpricht Savoye von der Aufregung des Elſaſſes über das Vorrücken der Preußen und Oeſterreicher. Ein junger Redner von der Rechten dagegen wünſcht Frankreich von den fremden Revolutionärs befreit zu ſehen. Einen furchtbaren Tumult erregten namentlich die Worte: „Es droht mehr Gefahr durch den Eintritt der Revolutionäre in Frankreich, als durch den Einzug der Fremden in Paris." Bei Poſtſchluß dauerte die Sitzung noch fort.

Heute Morgen hat das Leichenbegängniß des Marſchalls Bugeaud im Hotel der Invaliden ſtattgefunden. Vor dem am Thore ausgeſtellten Sarge defilirten die Truppen unter dem Donner der Kanonen vorbei, und der Sarg wurde darauf in dem Grabgewölbe beigeſetzt. Der Präſident der Republik und alle hohen Civil- und Militärbeamten wohnten der Feierlichkeit bei.

Unter den im Conſervatorium der Künſte und Gewerbe aufgefundenen Actenſtücken ſoll auch ein, nach den Berichten freundlicher Blätter in ſehr erhabenem Styl geſchriebenes Manifeſt figuriren, welches die Regierung des neuen Convents an Europa richten wollte, und welches kurzweg erklärt, „daß Frankreich mit ſeiner mächtigen Hand die Verträge von 1815 zerreiſt, und die Befreiung aller Nationalitäten mit den Waffen zu bewirken entſchloſſen iſt." Wir kennen das. Wichtiger möchte es ſein, daß die ſocialiſtiſchen Geſellſchaften der Köche, der Friſeure, der Schneider ꝛc., um einer gewaltſamen Auflöſung ihrer verderblichen Geſellſchaften und der angedrohten Verhaftung der Mitglieder zuvorzukommen, es vorgezogen haben, ſich aus freien Stücken aufzulöſen: die Republik könnte an einem ſolchen Schlage verbluten. Die Verhaftungen dauern übrigens fort und werden in dem Maße umfaſſender, als es ſich mehr und mehr herausſtellt, daß der Aufſtand, welcher in der Hauptſtadt verſucht worden, in ſämmtlichen größeren Städten des Landes Verzweigungen hatte. Zum wirklichen Ausbruch iſt er freilich außer in Lyon nirgends gekommen und auch dort ſcheint die Ruhe dauernd wiederhergeſtellt. Eine vom 18. Juni, 11 Uhr Morgens daher datirte telegraphiſche Depeſche meldet: Lyon iſt vollkommen ruhig. Man beſchäftigt ſich mit der Entwaffnung der Croix Rouſſe und der Guillotiere Dieſe Operation geht ſchnell und ohne Widerſtand von Statten. Ueber das Schickſal der Häupter der Montagne aber herrſcht noch immer dieſelbe Ungewißheit: Die Sergeanten Boichot und Rattier ſollen ſich in Antwerpen eingeſchifft haben, um ihre Feldherrntalente einer der ſüdamerikaniſchen Republiken zu widmen; Ledru Rollin ſoll nach der einen ſehr detaillirten Nachricht über Oſtende nach England gegangen, nach einer andern ſehr apokryph lautenden in Stuttgart angekommen ſein; er wäre dann gerade zu rechter Zeit gekommen, um mit der Reichsregentſchaft auszuwandern, oder, wie ein Berliner vielleicht ſich ausdrücken würde, ausgewandert zu werden.

Italien.

* Sichere Nachrichten aus Rom reichen bis zum 11. Juni Morgens; damals hatte der Hauptangriff gegen die Stadt, zu welchem alle Vorbereitungen getroffen waren, noch nicht ſtattgefunden, wurde aber, da eine Breſche bereits gelegt ſein ſoll, noch an demſelben Tage erwartet. Eine Nachricht der Patrie, daß die Franzoſen durch die Breſche bereits eingedrungen ſeien, ſcheint einſtweilen keinen Glauben zu verdienen. Der neue franzöſiſche Unterhändler, Herr von Corcelles, war im Hauptquartier Oudinots eingetroffen und ſoll auch bereits eine Conferenz mit den Triumvirn gehabt haben, ohne daß indeß die Belagerungsarbeiten dadurch unterbrochen worden wären. Die in Rom wohnenden Spanier haben, nun ihre Regierung die Feindſeligkeiten durch den Einmarſch des in Gaeta gelandeten Truppencorps wirklich begonnen, Rom verlaſſen und ſich nach Gaeta begeben. Von Gaeta endlich bringen franzöſiſche Blätter die etwas wunderbare Nachricht, daß der Papſt, ergriffen durch den tapferen Widerſtand der Römer, ſeiner weltlichen Macht oder gar der dreifachen Krone zu entſagen Willens ſei.

Schweiz.

Baſel, 18. Juni. Letzten Samſtag ſtarb nach kurzem Krankenlager Hr. Dr. und Prof. der Theologie, W. M. L. De Wette, im 69. Lebensjahre. (Basler Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Juni. Die ruſſiſche Flotte iſt noch immer nicht da.

Ungarn.

A. Z. C. Privatbriefe aus Raab ſtellen die (nach der Preßb. Ztg. kürzlich gemeldete) Verurtheilung des Kaufmanns Caneider daſelbſt, überhaupt jede Hinrichtung aus politiſchen Gründen in Abrede. Oedenburger Berichte vom 15. melden, daß die Magyaren einen Angriff auf die Stadt beabſichtigen. Es befindet ſich jedoch daſelbſt das 3. Armeecorps, welches ſich bis nach Sarvar und Güns erſtreckt. Streifcommandos ſichern die ſteiriſche Grenze. In Kleinzell ziehen die Magyaren größere Truppenmaſſen namentlich viel Artillerie zuſammen, und dehnen ſich am rechten Ufer der Raab von Marczaltö über St. Peter bis Papotz aus. Dieſe Gegend iſt vorzugsweiſe mit Huſaren beſetzt, welche kleine Streifpatrouillen ſelbſt an das linke Raabufer entſenden. Bei Güns ſoll am 14. ein Gefecht ſtattgefunden haben, deſſen Erfolg jedoch nicht bekannt wurde. Wie verlautet wird Haynau in ſeiner gegenwärtigen Poſition verbleiben und einen großen Theil des ungariſchen Heeres beſchäftigen, damit Paskewitſch, Jellacic, Malkowski und Lüders um ſo ſchneller und leichter vorrücken können. Aus Semlin wird gemeldet: die Ruſſen ſeien bei Orſova eingedrungen und in Verbindung mit dem Malkowski'ſchen Corps bis in die Nähe von Weißkirchen vorgerückt. Beſtätigt ſich dieſe Nachricht, dann wäre die Verbindung der Südarmeen in ihrer ganzen Ausdehnung bewerkſtelligt. Die Einnahme von Neuſatz ſcheint ſich nicht zu beſtätigen, denn noch am 6. Juni brannte es zwar an 4 Seiten, hatte ſich jedoch noch nicht ergeben, worauf Oberſt Mamula, wenn die Kapitulation binnen 24 Stunden nicht erfolgt wäre, die Beſchießung des Platzes aus grobem Geſchütze beſchloß. Ein Schreiben aus Ruma vom 10. Juli bringt die Nachricht, daß ſämmtliche Ortſchaften im Cſaikiſtenbataillon auf Befehl des General Kott, eines Ueberläufers, niedergebrannt und gefangene ſerbiſche Weiber als Honveds gekleidet überall in die vorderſten Schlachtreihen geſtellt wurden. Das Hauptquartier des Banus befindet ſich in Petrewatz. Der Bajaer Rathsherr Radula wurde von den Inſurgenten in Thereſiopel erſchoſſen.

Donaufürſtenthümer.

Die Belgrader Ztg. vom 9. berichtet: Nach den neueſten Vorkehrungen hat die türkiſche Armee einen Activbeſtand von 310,000 Mann. Einem Uebereinkommen zufolge wird in der Groß-Wallachei nur ruſſiſches, in der Klein-Wallachei nur türkiſches Militär ſtehen. Die Ortſchaften an der Donau, Galacz, Braila, Kalaracs, Gyurgyevo, Kalafat, bekommen eine türkiſche Beſatzung. An der ſiebenbürger Grenze bei Kronſtadt wird ruſſiſches, und beim Rothenthurmpaß nur türkiſches Militär Wache halten.

Amerika.

* St. Domingo. Das M. Chronicle bringt über die Niederlage des Präſidenten Soulouque folgende nähere Angaben: „General Santana griff am 22. April mit einem Corps von 800 Mann das Heer der Haytier bei Savanna Numero an und ſchlug ſie nach furchtbarem Blutbade gänzlich auf's Haupt. Die Domi-

№ 170. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 22. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Wien (Niederlage Perczel's. Fürſt Paskewitſch. Graf Gyulai. Die neue Gerichtsorganiſation. Nachrichten aus Preßburg. Conferenz von Finanzmännern. Der Kaiſer von Rußland) Berlin (Hr. v. Radowitz. Die neu-orthodoxen Iſraeliten. Verhandlungen mit Dänemark. Die baieriſche Politik. Die Conſt. Ztg. über die Reichsverfaſſung. Rüge). Aus der baieriſchen Pfalz (Truppenmärſche gegen Ludwigshafen). Ulm (Aufruf der Behörden). Friedrichshafen (Myſtification). Hannover (Die Verſammlung der Abgeordneten). Karlsruhe (Kriegsberichte. Abſentees. Die Behandlung der Gefangenen). Weinheim (Kampf bei Ladenburg. Die Preußen in Wiesloch). Darmſtadt (Vorrücken des Neckarcorps im Odenwalde. Die heſſiſchen Abgeordneten in Stuttgart. Der Neckarübergang bei Ladenburg von den Preußen genommen). Worms (Die baieriſchen Truppen). Von der Bergſtraße (Truppenbewegungen. Fernes Geſchützfeuer). Beerfelden (Truppenmärſche durch den Odenwald). Wiesbaden (Einweihung der katholiſchen Kirche. Verſammlung der Piusvereine). Hamburg (Die Parteien. Die Verfaſſung. Der Senat. Der Beitritt Hamburgs zum Entwurf. Ruſſiſches Geſchwader. Geſchäfte mit Oeſterreich).

Frankreich. Paris (Die Interpellationen von Savoye. Conſiderant. Alton-Shee. Eine Verſicherung Louis Philipp's.)

Oeſterreichiſche Monarchie. Tarnow (Der Kaiſer v. Rußland).

Italien. Rom (Der Sturm hat begonnen). Ankona (Ein Sturm der Oeſterreicher abgeſchlagen).

Schweiz. Baſel (Hr. Zitz).

Dänemark. Kopenhagen (Ruſſiſche Pläne. Proclamation der jütiſchen Zigeuner).

Schweden. Stockholm (Beſchlüſſe der Reformverſammlung).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 22. Juni).

Deutſchland.

• **Wien,** 18. Juni. Die Niederlage des Perczel'ſchen Corps beſtätigt ſich vollkommen; durch das Verbrennen der Brücke ſind die Ueberreſte deſſelben von der Feſtung Peterwardein abgeſchnitten, und iſt der Fall dieſer wichtigen Feſtung um ſo mehr zu erwarten. Das Hauptquartier des Banus iſt bei Neuſatz. Sämmtliche Verſchanzungen ſind bereits genommen, und ſeine Artillerie beſchießt Peterwardein. Die ungariſchen Inſurgenten haben dem Ober-General Feldzeugmeiſter Haynau bedeuten laſſen, daß für jeden hingerichteten Magyaren zwei Oeſterreicher als Opfer fallen würden, worauf ihnen der Feldherr erwiedern ließ, daß er in dieſem Falle für jeden hingemordeten Oeſterreicher eine ungariſche Stadt ſchleifen laſſen würde. Fürſt Paskewitſch war am 13. d. M. in Krakau eingetroffen. Am 16. ſollte der ruſſiſche Oberfeldherr die ungariſche Grenze überſchritten haben, und der 21. d. M. wird allgemein als der Tag bezeichnet, an welchem ein allgemeiner großer Angriff ausgeführt werden wird. Der Kriegsminiſter Graf Gyulai entwickelt die höchſte Rührigkeit. Oft bis 2 Uhr Nachts am Schreibtiſche, berathet er wieder Morgens 7 Uhr mit den Generälen und Miniſterialräthen, welche ſämmtlich zu dieſer Stunde ſich einfinden müſſen. Der Vortrag des Juſtizminiſters Bach, über die Grundzüge der Gerichtsorganiſation, enthält folgende weſentliche Momente. Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Geſetz tritt als oberſter Grundſatz hervor. Die bisher beſtandenen privilegirten Gerichte hören ſomit auf. Abzuſehen iſt hierbei nur von dem Gerichtsſtand der Glieder des kaiſerlichen Hauſes, von den Perſonen, welche die Exteriorität genießen und vom Militär, indem die Reform der Gerichtsverfaſſung für das Heer einer beſonderen Verhandlung vorbehalten wird. Die Trennung der Juſtiz von der Adminiſtration wird feſtgeſtellt. Für bürgerliche Rechtsſtreitigkeiten bleibt die Gliederung der Gerichte in den Inſtanzen beibehalten, bei nicht ſtreitigen Angelegenheiten tritt nur eine einmalige Berufung ein. Hiernach treten organiſirende Beſtimmungen ein, welche die Einſetzung von Landes- und Oberlandesgerichten und eines, nach den Kronländern in mehrere Hauptkammern ſich vertheilenden oberſten Kaſſationshofs umfaſſen und deren Wirkungskreiſe abgrenzen. Im Strafverfahren haben die Oberlandesgerichte als Anklagekammer für die vor die Geſchwornengerichte gehörigen Straffälle zu fungiren und durch Abgeordnete die Aſſiſenverhandlungen zu leiten. Vor Vollendung der Organiſirungsoperate für die einzelnen Kronländer iſt es nicht möglich, den vollſtändigen Koſtenanſchlag, welchen die neue Juſtizpflege in Anſpruch nimmt, vorzulegen; doch iſt es bereits hinlänglich ermittelt, daß er die in dem Staatsvoranſchlag für 1849 angeſetzte Summe bedeutend überſteigt. Indeß iſt dieſer Mehraufwand eine nothwendige Folge der bereits in dem Patente vom 7. Sept. 1848 ausgeſprochenen, in der Reichsverfaſſung neuerlich ſanctionirten Aufhebung aller Patrimonial- und Communalgerichtsbarkeit. Auch wird derſelbe in dem erhöhten Ertrage der Stempel- und Regiſtertaxe, welche nach dem Beiſpiele anderer Staaten für alle zur Eintragung in die öffentlichen Bücher gelangenden Acte einzuführen ſein wire, eine mehr als hinreichende Deckung finden. Eine beſondere Vorſchrift wird die Unabſetzbarkeit der Richter im Sinne der Reichsverfaſſung, eine Dienſtpragmatik die Verhältniſſe der Staatsanwaltſchaftsbeamten, und eine Advokaten- und Notariatsordnung jene der Advokaten und Notare regeln. Der evangeliſche Prediger Razga in Preßburg, welcher ſich an dem bewaffneten Widerſtand gegen die k. k. Truppen betheiligte, wurde zum Strange verurtheilt, das Urtheil jedoch noch nicht vollzogen, weshalb man auf Strafmilderung hofft. Die Cholera hat in Preßburg nachgelaſſen. Am 16. hörte man eine ſtärkere Kanonade in der Gegend von Schütt-Szerdahely. In Croatien zeigen ſich Heuſchreckenſchwärme. Heute fand die bereits geſtern erwähnte Conferenz beim Finanzminiſterium ſtatt, um die Maßregeln in Erwägung zu ziehen, welche der Entwerthung der Papiervaluta entgegen zu ſtellen wären. Außer mehreren Hofräthen vom Finanzdepartement ſind von Seiten der Bankdirection die Herren Eskeles, Sina, Stametz-Maier und Coith, und von Seite der Handelskammer gleichfalls mehrere Mitglieder, ſo wie endlich noch andere, in keine dieſer Kategorien gehörige Banquiers von bewährtem Rufe beigezogen worden. Man erwartet den Kaiſer von Rußland in Wien und Preßburg. Erzherzog Wilhelm fuhr demſelben am 15 d. von Tarnow nach Dukla nach. Der Kaiſer hatte am 14. die Strecke von Krakau nach Dukla (23 Meilen) in 12 Stunden zurückgelegt.

Lith. Corr. **Berlin,** 20. Juni. Die von dem Staatsanzeiger mitgetheilte Ernennung des General-Lieutenants Freiherrn von Canitz zum Bevollmächtigten Preußens bei dem von den drei verbündeten Regierungen (Preußen, Sachſen und Hannover) in Berlin niedergeſetzten Verwaltungsrath macht einiges Aufſehen. Dieſe Ernennung ſteht in ſehr innigem Zuſammenhange mit dem geſtern von uns mitgetheilten Rücktritte des Hrn. v. Radowitz. Hr. v. Radowitz nahm in der letzten Zeit eine ſehr ſchwierige Stellung ein; in ſchlechtem Einvernehmen mit der proteſtantiſch-pietiſtiſchen Partei verfolgte Hr. v. Radowitz in der deutſchen Angelegenheit ſeinen beſonderen Weg; die ihm gegenüberſtehende Partei machte ſich luſtig über ſeine chimäriſchen deutſchen Einheitsbeſtrebungen, und als die Vertreter des ſpecifiſchen Preußenthums in den höhern Kreiſen einen günſtigen Moment erhaſchen konnten, um die fernere Wirkſamkeit des Hrn. v. Radowitz zu untergraben, fand man ſich gern bereit ſich eines Mannes zu entledigen, „der die Paulskirche nicht vergeſſen wollte." Nach Mecklenburg ſoll Hr. v. Radowitz jedoch noch nicht abgereiſt ſein, ſich vielmehr hier, und zwar in leidendem Geſundheitszuſtande befinden. Hr. v. Biebra befindet ſich hier, um im Auftrage der großherzoglich weimar'ſchen Regierung mit dem preußiſchen Gouvernement wegen des Anſchluſſes an den preußiſch-ſächſiſch-hannöver'ſchen Bund zu unterhandeln. Während die Thätigkeit für die Kammerwahlen noch ruht, herrſcht in einem Wahlgeſchäft von viel kleinerer Dimenſion große Wahlagitation; wir meinen die Wahlen der 31 Repräſentanten der hieſigen jüdiſchen Gemeinde zur Entwerfung einer Gemeindeverfaſſung. Die ſogenannten Neuorthodoxen bieten Alles auf, um ihre Partei an's Ruder zu bringen und die wahrhaft Orthodoxen und die Reformer zu verdrängen. Unter ihren Candidaten nennt man den Major Burg, die Redacteure der conſtitutionellen Zeitung und deren Verleger (Dr. E. Weil, Dr. Veit und H. Jonas), den Buchhändler Aſher und den Dr. Gumbinner.

• **Berlin,** 20. Juni. Verſchiedene Artikel der halbamtlichen Organe laſſen keinen Zweifel übrig, daß Hr. v. Schleinitz wirklich auf Grund der Selbſtſtändigkeit Schleswigs unterhandelt hat; Hr. v. Reedtz war nicht ermächtigt, definitiv abzuſchließen. Die Entſcheidung ſteht von Kopenhagen zu erwarten. Die Herzogthümer ſind bei jenem Arrangement nicht befragt; es war auch unnöthig, da ſie im Voraus gegen eine ſolche Abkunft Verwahrung eingelegt haben. Es wird ſich bald zeigen, ob unſere wohlmeinende Warnung begründet war, oder nicht.

Ueber die baieriſche Politik äußert ſich die Conſtitutionelle Ztg. ſehr richtig: „Leider darf man für den Beitritt Baierns noch immer nicht die gleichen Hoffnungen hegen. Die in München herrſchende Eiferſucht gegen das Primat Preußens gibt den Verſuch

noch nicht auf, durch das Hineinziehen Oeſterreichs die unbequeme preußiſche Hegemonie zu hintertreiben. Dabei paradirt man vor der öffentlichen Meinung mit dem Schmerz über die Zerſtückelung Deutſchlands und vindicirt ſich eine unmögliche Vermittlerrolle, Preußen zur Aufgebung des Primats, Oeſterreich zur Annahme des Volkshauſes zu vermögen. Niemand, der Einſicht in die Verhältniſſe beſitzt, wird ſich über die Abſicht dieſer Beſtrebungen täuſchen oder an die Möglichkeit ihres Gelingens glauben. Wenn ſelbſt Preußen und die deutſche Nation das ſchwere Opfer der einheitlichen Executive brächten, Oeſterreich würde doch das Volkshaus nicht acceptiren. Die Redensarten von Deutſchlands Zerſtückelung und Oeſterreichs Hinausdrängen können höchſtens die öſterreichiſche Politik ſelbſt treffen, die durch die Ollmützer Verfaſſung offen mit Deutſchland gebrochen hat. Wenn alſo Baiern, wie man ſagt, ſeinen Zutritt zu dem neuen Reichstage davon abhängig macht, daß er auch durch öſterreichiſche Abgeordnete beſchickt werde, ſo iſt dies eine unannehmbare Bedingung, die, man verzeihe uns den Ausdruck, faſt wie Hohn klingt. Wahrlich, wir haben genug an der parlamentariſchen Taktik des Hrn. v. Schmerling und ſeiner Bundesgenoſſen gehabt, durch welche die Nation bereits um die Früchte der Frankfurter Verſammlung gebracht iſt, als daß wir eine neue Auflage davon entgegen nehmen ſollten. Will Baiern nur um dieſen Preis dem übrigen Deutſchland die Hand zum Einheitsbunde reichen, ſo kann dieſelbe nicht angenommen werden. Möge man aber in München doch bedenken, ehe man ſein Wohl und Wehe unter Oeſterreichs Schutz ſtellt, auf welchen Beiſtand man von einer Macht rechnen kann, die ſich ſelbſt unter die Flügel des ruſſiſchen Adlers flüchten mußte, die von ſo unermeßlichen Schwierigkeiten bedrängt iſt, daß, wenn dem baieriſchen Cabinet in ſeinem eigenen Lande Verlegenheiten in Betreff ſeiner deutſchen Politik entſpringen ſollten, Oeſterreich trotz aller hochtrabenden Phraſen auch nicht ein Regiment ihm zur Verfügung ſtellen könnte."

Daß ſich die C. Z. mit der Frankfurter Verfaſſung mehr als ſonſt befreundet hat, erhellt aus folgender Aeußerung: „Dieſe Mängel eines Entwurfes, der ohne Zuſtimmung des künftigen Reichstages keine geſetzliche Gültigkeit erhält, können uns nicht irre machen über den höhern Standpunct der ihm zu Grunde liegenden Politik, der wir unſere kräftigſte Unterſtützung darbieten. Sie hält die Hauptprincipien der in Frankfurt entworfenen Verfaſſung feſt, welche tief in das politiſche Bewußtſein der Nation eingedrungen ſind: den an der Geſetzgebung theilnehmenden Reichstag mit Volks- und Staatenhaus und die einheitliche Executive mit Preußen, als ihrem naturgemäßen Träger. Sie errichtet ferner durch die Einberufung des Reichstages, durch welchen die in ihren Vertretern verſammelte Nation dem Werk der Regierungen ihre freie Zuſtimmung zu ertheilen hat, eine Brücke zwiſchen der großen Erhebung des Jahres 1848 und dem definitiven Zuſtand, der die Verfaſſungsverhältniſſe des deutſchen Volkes ordnen ſoll. Der nationalen Bewegung im Einverſtändniß mit den Fürſten, nicht einer einſeitigen Octroyirung von oben her, wird die neue deutſche Verfaſſung ihren Urſprung verdanken. Und das halten wir für keinen gering anzuſchlagenden Vortheil; denn wir ſind wahrlich keine Freunde des Octroyirens, wo es irgend vermieden werden kann."

Die Deutſche Reform bringt öfters eine Zeitungsſchau, welche, wie es heißt, als amtliche Berichterſtattung eingereicht wird; ſie ſollte deshalb um ſo weniger mit einer ſolchen Flüchtigkeit angefertigt ſein, daß es darin heute z. B. heißt: „Die Deutſche Zeitung behauptet jetzt, daß die gänzliche Ablehnung des Berliner Entwurfes für die Nation der beſſere Weg ſei."

Aus der baieriſchen Pfalz, 19. Juni. Nachdem Oggersheim und die umliegende Gegend ſeit 2 Tagen von ſtarker Einquartierung befreit war, zieht heute Vormittags wieder in Oggersheim eine Maſſe Truppen ein. Wohin ſie ſich wenden, wiſſen wir nicht, da alle Operationen geheim gehalten werden. Wahrſcheinlich iſt es, daß die Truppenmaſſe in Ludwigshafen concentrirt wird und dann den Angriff auf Mannheim beginnt, während auf badiſcher Seite vom Neckar her gegen die Stadt operirt wird. Durch Oggersheim zogen geſtern preußiſche Kanoniere nach Landau, um dort ſchweres Geſchütz zu holen, weil die Preußen in Ludwigshafen noch ſehr wenig Geſchütz beſitzen. Da Mannheim eine gute ſtrategiſche Lage an den beiden Flüſſen gegeben iſt, ſo ſcheint es, daß man dort mit aller Energie und mit allem kriegeriſchen Aufwande einſchreiten will. (Mz. J.)

An die Einwohner Ulms iſt ein Aufruf der Militär-, Civil- und Gemeindebehörden in Bezug auf die letzten Unruhen ergangen. Das freiwillige Bürgerwehrcorps wurde für aufgelöſt erklärt; Fremde, welche in der Stadt keine Beſchäftigung oder „kein ordentliches Unterkommen" haben, müſſen die Stadt innerhalb 24 Stunden verlaſſen. Sollten die Unordnungen fortgeſetzt werden, „ſo müßte unnachſichtlich der Belagerungsſtand für Stadt und Land erklärt werden." Doch würde damit nicht die Entwaffnung der Bürgerwehr verbunden ſein, die ihren guten Geiſt bewährt habe. (Allg. Z.)

* Der vom Frankf. Journ. ausführlich gemeldete Zuſammenſtoß zwiſchen Oeſterreichern und würtembergiſcher Bürgerwehr vor Friedrichshafen, erweiſt ſich wie es ſcheint als eine Myſtification, die den Barricadenaufſtand in Zeitz und die berühmte Daſſower Ente bei weitem hinter ſich läßt. Kein würtembergiſches Blatt weiß von der Sache nur ein Wort. Die Geſchichte ſcheint ſo mythiſch, wie jene 16,000 Oeſterreicher ſelbſt, die noch immer in der Frankf. Ztg. aus Vorarlberg nach Baden ziehen!

⊙ **Hannover,** 18. Juni. Geſtern trat hier im römiſchen Kaiſer eine Anzahl von mehr als dreißig hannoveriſchen Abgeordneten zur Landesverſammlung und zum Frankfurter Reichstage zu einer gemeinſchaftlichen Berathung zuſammen. Auch Herr Hollandt aus Braunſchweig und Herr Edgar Roß aus Hamburg waren auf desfallſige Einladung erſchienen. Es handelte ſich um einen Beſchluß über das Verhalten dem Dreikönigsentwurfe gegenüber. Der Beſchluß ward gefaßt und fiel — in den meiſten Puncten mit Stimmeneinhelligkeit — dahin aus, daß man ſich unbedingt für die rechtliche Endgültigkeit der Reichsverfaſſung vom 28. März und mithin durchaus gegen jedes Einlaſſen auf den Entwurf der drei königlichen Regierungen erklärte. In Verfolge dieſer Anſichten ward ferner auch die Abweiſung jeder Betheiligung an den Wahlen zu einem neuen Reichstage nach dem dem preußiſchen Entwurfe beigefügten Wahlgeſetze beſchloſſen, ſowie der Landeskammer gegenüber die Erwartung ausgeſprochen, daß ſie ebenſo eintretenden Falls die Wahlen zum Staatenhauſe verweigern werde. Wir wohnten der Verſammlung bei und haben zu ihrer Charakteriſtik nur zu ſagen, daß die milderen Meinungen und die vermittelnden Vorſchläge gerade von Seiten der geweſenen Mitglieder des Frankfurter Reichstages, von den Herren Grumbrecht, Wachsmuth und Breuſing vertreten wurden. Auf unbedingte Verwerfung der Berliner Verfaſſung dagegen und auf ein gänzliches Verzichten auf jede Wahl nach Maßgabe und zur Berathung derſelben drangen beſonders die Mitglieder der hannoverſchen Ständeverſammlung. Herr Simons machte einen Unterſchied zwiſchen ſeiner politiſchen und ſeiner juriſtiſchen Ueberzeugung hinſichtlich der Rechtsgültigkeit der Reichsverfaſſung vom 28. März. Herr Roß aus Hamburg ſetzte die Nachtheile auseinander, denen Hannover gleich den Hanſeſtädten durch den Beitritt zu dem Dreikönigsentwurfe in Bezug auf die Zollverhältniſſe unterworfen ſein würde. Für das Deutſchland der Reichsverfaſſung vom 28. März würde man ſich gern einer allgemeinen Zollgeſetzgebung unterworfen haben. Allein der Entwurf der drei Könige verkaufe die beitretenden Staaten an den preußiſchen Zollverein, der bis zum Jahre 1853 auch Baiern einſchließe und daher von unabänderlichen Beſtimmungen ſei. Die Veranſtalter der Verſammlung wurden ſchließlich beauftragt, bei der erſten Spur eines Regierungsſchrittes zur Durchführung des Berliner Entwurfs eine abermalige Zuſammenkunft anzuſetzen.

* **Karlsruhe,** 19. Juni. Die Karlsr. Ztg. läßt wenig davon bemerken, daß Hannibal vor den Thoren ſteht. Der Bürger Reichstagsabgeordnete Schlöffel wird zum Oberkriegscommiſſär ernannt, mit den ſtrengſten Befehlen und ausgedehnteſten Vollmachten, Alles für die Bewaffnung, Bekleidung, den Sold und Lebensunterhalt der badiſchen und rheinpfälziſchen Truppen Erforderliche, auf dem ſchnellſten und geeignetſten Wege herbeizuſchaffen. Ueber die Kriegsereigniſſe finden ſich nur die folgenden Angaben, deren Wahrheitstreue man leicht beurtheilen wird:

„In Folge des Planes, welchen der General Mieroslawski für ſeine militäriſchen Operationen entworfen hat, iſt die Pfalz aufgegeben worden und hat ſich das pfälziſche Heer mit dem badiſchen vereinigt. Geſtern kam ein Theil deſſelben, gegen 8000 Mann, größtentheils vortrefflich bewaffnet und ausgerüſtet und von dem beſten Geiſt beſeelt, hier durch; die Zahl der wenigen darunter befindlichen Senſenmänner mag 100—150 betragen.

Ein anderer Theil der pfälziſchen Truppen, ebenfalls einige Tauſend Mann ſtark, mit einigen zwanzig Geſchützen, iſt am dieſſeitigen Rheinufer aufgeſtellt, wohin auch die hier durchgekommenen beſtimmt ſind.

Aus dieſem Plan erklärt ſich auch, warum dem Fortſchreiten der Preußen in der Pfalz kein ernſtlicher Widerſtand bis auf einige Scharmützel, wovon eines bei Bellheim und eines im Annweiler Thal zu bemerken iſt, entgegengeſetzt wurde.“ Den Angaben des Schw. M. wird ſehr lebhaft widerſprochen, namentlich dem Entweichen Mayerhofers und der beabſichtigten Abreiſe der proviſoriſchen Regierung. Das Verzeichniß der abweſenden Mitglieder der Landesverſammlung, das jetzt täglich in der Karlsr. Z. bekannt gemacht wird, ergibt jedoch allerdings, daß eine bedeutende Anzahl Volksvertreter, theils „in Geſchäften“, theils „in Urlaub“, theils „unentſchuldigt“ abweſend ſind; Fickler iſt „verhaftet“, Hecker „auf der See“, Zimmermann „wird unter verdächtigen Umſtänden vermißt.“

An Schaudergeſchichten über Mißhandlung und Ermordung von Gefangenen bei den Bundestruppen fehlt es nicht. „Wie wir hören“, wird hinzugefügt, „iſt bereits ein offenes Schreiben an die feindlichen Truppenkommandanten von unſerm Obergeneral Mieroslawski erlaſſen worden, des Inhalts, daß, wenn die gegen die Unſrigen verübten Mißhandlungen ſich noch einmal wiederholten, ſofort alle in unſerer Gewalt befindlichen Kriegsgefangenen erſchoſſen werden würden, und worin es zugleich dem Feinde anheim geſtellt wird, einen Officier in unſer Lager zu ſenden, um ſich von der humanen Behandlung zu überzeugen, welche wir bis jetzt allen unſern Gefangenen ohne Unterſchied angedeihen ließen.“

Weinheim, 21. Juni, 10 Uhr. Der Kampf beginnt in der Nähe von Ladenburg. Von Weinheim geht beſtändig Artillerie gegen den Kampfplatz hin. Man wird heute nur den Neckar überſchreiten. Die Preußen haben Wiesloch beſetzt. (Fr. J.)

Darmſtadt, 21. Juni. Das Neckarcorps unter Generallieutenant v. Peucker iſt geſtern Morgens um 4 Uhr aus ſeinem Hauptquartier Fürth über Weſchnitz, Hilterſklingen, Hüttenthal und Hetſchbach nach Beerfelden aufgebrochen, wo es um 1 Uhr Mittags ankam; dies der Weg des eigentlichen Gros, während andere Abtheilungen zugleich wahrſcheinlich durch das Finkenbacher und Schönauer Thal vorgeſchoben wurden, wie uns dies ein anderer Brief andeutet. Der Hauptzweck der Operationen dieſes linken Flügels ſcheint dahin gerichtet zu ſein, Eberbach und badiſch Zwingenberg zu nehmen, wovon das erſtere ſehr ſtark verbarrikadirt ſein ſoll. Unſer Correſpondent, deſſen Brief von Beerfelden geſtern Abend 5 Uhr datirt iſt, fügt in einer Nachſchrift bei: Soeben hat der Angriff auf Eberbach und Zwingenberg begonnen.

Generallieutenant v. d. Gröben rückt zugleich von Weinheim und Heppenheim heute vorwärts und beginnt die Offenſive.

Nachträglich vernehmen wir aus ſicherer Quelle, daß von Seiten unſeres Miniſteriums den nach Stuttgart überſiedelten fünf heſſiſchen Abgeordneten zur ehemaligen National-Verſammlung durch Einzelreſcripte angezeigt worden iſt: wie man dieſſeits nicht geſonnen iſt, durch weitere Diätenzahlungen zur Stärkung oder Anerkennung jener Verſammlung beizutragen. Herr Vogt ſoll hierauf in ſeiner bekannten Weiſe geantwortet haben, daß er bei andauernder Weigerung ſich die Zahlung auf dem Wege Rechtens zu erzwingen wiſſen werde! (Darmſt. Z.)

Darmſtadt, 21. Juni, Abends 8 Uhr. Nach ſo eben eingetroffenen ſicheren Nachrichten haben die Preußen den Neckarübergang bei Ladenburg genommen. Der linke Flügel des dieſſeitigen Corps unter General Peucker ſoll bei Eberbach und Hirſchhorn den Neckar überſchritten haben. Der Verluſt der Preußen und der Reichstruppen ſei äußerſt unbedeutend und namentlich das Gefecht bei Ladenburg nur von kurzer Dauer geweſen. (O. P. Z.)

Aus **Worms** berichtet die Darmſtädter Zeitung nach einem Privatbrief, daß die Baiern den Rhein nicht überſchreiten, ſondern in der Pfalz verbleiben ſollen. Dem Bürgermeiſter wurde unter Anerkennung der guten Aufnahme, welche die baieriſchen Truppen in Heſſen gefunden, von dem Fürſten Thurn und Taxis die Zuſicherung, daß Worms eine Beſatzung, etwa von preußiſchen Truppen, wieder bekommen ſoll, welche ſchon wegen der hier befindlichen gefangenen Freiſchärler und der vielen erbeuteten Waffen nothwendig iſt. Obergerichtsrath Schmitt und Staatsprocurator Valkenberg ſind hier eingetroffen und haben bereits zu inquiriren angefangen.

= **Von der Bergſtraße**, 20. Juni. Heute Morgen bewegte ſich eine große Maſſe preußiſcher Truppen nach der badiſchen Grenze, nachdem ſchon geſtern der größere Theil des Reichsheeres unter Peucker und Schäffer ſich nach dem Odenwald und dem obern Neckar begeben hatte. Heute um die Mittagszeit ſah ich die letzte Colonne (Würtemberger, Naſſauer, Frankfurter) unter General Wachter über Fürth nach derſelben Richtung hin abziehen. Alle Vorpoſten, ſowie Weinheim und die Umgegend ſind alſo jetzt von den Reichstruppen geräumt und von den Preußen beſetzt; wir bemerkten unter letztern die Landwehr und Linie vom 27. und 31. Regiment, ferner das 8., 12., 20., 35. Linienregiment, ebenſo die Jägerabtheilung, die rothen und blauen Huſaren, reitende und Fußartillerie — die Truppen, die in Reſerve ſtehen, natürlich nicht mitgerechnet. Sie ſehen daraus, daß der Operationsplan ſeiner Vollendung nahe iſt; die Reichstruppen werden den obern Neckar überſchreiten, indeß der Rhein von Ludwigshafen bis Knielingen, ſowie die untere Neckarlinie von den Preußen cernirt wird. Bei den am Neckar ſtehenden Truppen befinden ſich die Generäle v. Schack und v. d. Gröben.

Nachſchrift. 21. Juni. Heute Morgen um 8 Uhr ungefähr hörte man in der Ferne Geſchützfeuer, wie es ſchien in der Richtung nach dem obern Neckar. Wahrſcheinlich werden dort die Reichstruppen heute den Flußübergang forciren.

) **Beerfelden** im Odenwald, 20. Juni. Geſtern haben die Operationen in Baden in großem Maßſtabe begonnen. Das Corps des Generals v. Peucker marſchirte von Weinheim über Fürth und Beerfelden gegen den Neckar, um die Uebergangspuncte bei Hirſchhorn, Eberbach und Zwingenberg zu nehmen. Es ward von dem Corps des Generals v. d. Gröben in der Bergſtraße abgelöſt, welches alſo wohl direct gegen den untern Neckar (Heidelberg) vorgehen wird, während ſich annehmen läßt, daß das preußiſche Corps aus der bairiſchen Rheinpfalz nicht minder kräftig mitwirken wird, die Stellungen der badiſchen Inſurgenten von allen Seiten anzugreifen. Das Peuckerſche Corps zog heute hier durch, voran das Avantgardecorps unter General v. Bechtold, gefolgt von der Brigade von Witzleben, von der Diviſion des Generals v. Schäffer, welcher das Gros des Corps um 1 Uhr ſelbſt hier durchführte. Es bezog einen Bivouac auf der Höhe jenſeits Beerfelden an der Gammelsbacher Straße, den es aber gegen Nacht wieder verließ und den bereits vorgerückten Truppen nachfolgte, die Eberbach ohne Schwertſtreich genommen haben ſollen, das die Inſurgenten verlaſſen hatten. Hirſchhorn war vorher ſchon von den Reichstruppen beſetzt worden.

△ **Wiesbaden**, 21. Juni. Am 19. d. M. wurde hier die neue katholiſche Kirche, ein großartiges, aber noch unvollendetes Bauwerk, unter dem Zuſtrömen einer großen Menſchenmenge feierlich eingeweiht. Eine erfreuliche Erſcheinung bei dieſem Feſte war das einträchtige Zuſammenwirken der ganzen Bürgerſchaft zur Verherrlichung eines Werkes, an deſſen Aufbau ſie ſich ohne Rückſicht auf Confeſſionsunterſchied freigebig betheiligt hatte. Um ſo unangenehmer waren die Mißklänge, welche ultramontane Stimmen von auswärts durch ſchroffe, zelotiſche Reden in die geſellige Feſtfeier brachten. Am folgenden Tage hielten die Piusvereine der näheren Umgegend im Adlerſaale eine Verſammlung, in welcher der bekannte Herr Buß aus Baden die Forderung ſtellte, daß ſich die Piusvereine auch mit den politiſchen Fragen der Gegenwart befaſſen ſollten. Die Verſammlung wies jedoch dieſes Anſinnen entſchieden ab.

△ **Hamburg**, 19. Juni. (Mittags.) Die ſoeben eingetroffene däniſche Poſt bringt Berichte vom 17. d. aus Kopenhagen, nach welchen an dieſem Tage ein ruſſiſches Geſchwader von 4 Fregatten und 2 Corvetten, von der Oſtſee kommend, in den Sund eingelaufen iſt; zwei von dieſen Schiffen ſind bei der Inſel Amagar vor Anker gegangen. Nach einigen Berichten ſollen mehrere dieſer Schiffe Linientruppen am Bord haben.

Unſer ſolider Handelsplatz hat ſchon ſeit einer geraumen Zeit nichts in öſterreichiſchen Staatspapieren gemacht und das ganze Geſchäft beſchränkte ſich auf einige Wechſeltransactionen mit dortigen großen Bankierhäuſern.

N.C. **Hamburg**, 19. Juni. In der Sitzung am 16. wurde unſerer conſtituirenden Verſammlung die vielbeſprochene „Erklärung“ gegen den in erſter Leſung von ihr beſchloſſenen Verfaſſungsentwurf eingereicht. Sie zählte 2200 Unterſchriften und war mit einem Begleitſchreiben verſehen, welches, geſtützt auf die

Ueberſicht.

Der Berliner Verfaſſungsentwurf und die baieriſch-öſterreichiſchen Pläne.

Handel und Gewerbe.

Deutſchland. Wien (Vorbereitungen zum ungariſchen Feldzug). Berlin (Die Tranſitzölle). Von der ſchleſiſch-polniſchen Gränze (Fortſchritte der ruſſiſchen Pläne. Der diplomatiſche Centralſitz in Warſchau. Die Epidemieen). München (Die Ultramontanen. Der Preußenhaß. Verdienſtmedaillen für die Landauer Beſatzung. Fürſt Wallerſtein). Heidelberg (Anſprache an die Reichstruppen). Weinheim (Anblick der Stadt. Die Verlegung des Hauptquartiers). Auerbach (Brentano und Hecker). Hamburg (Die ſcandinaviſche Unionsidee).

Der Berliner Verfaſſungsentwurf und die bairiſch-öſterreichiſchen Pläne.

K. B. Wie ſehr man auch die Wendung beklagen muß, welche die deutſche Verfaſſungsfrage durch das Hinüberrücken ihres Schwerpunktes von Frankfurt nach Berlin erfahren hat, ſo kann man doch nicht umhin, im Intereſſe der deutſchen Einheit wie der Freiheit ſich wenigſtens darüber zu freuen, daß das preußiſche Cabinet feſt entſchloſſen ſcheint, dieſen Schwerpunkt nicht wiederum von Berlin hinweg nach Wien oder München verlegen oder in der Schwebe zwiſchen dieſen drei Puncten aufhängen zu laſſen. Baiern will, wie es ſcheint, ſeinen Widerſtand gegen das Berliner Einheitsproject und ſein ſtarres Feſthalten an der ſchlottrigen Bundesform einer bloſen Directorialregierung durchaus nicht aufgeben, trotzdem daß es durch die Herbeirufung preußiſcher Hülfe zur Wiedereroberung ſeiner Rheinprovinz thatſächlich ſeine Ohnmacht zur vollen ſtaatlichen Selbſtſtändigkeit und ſein Bedürfniß des feſten Anſchluſſes an eine größere Einheit kundgegeben hat. Nichtsdeſtoweniger reiſt Herr v. d. Pfordten, dieſer große Künſtler im Zerſtören, aber nicht im Aufbauen zeitgemäßer Staatsgeſtaltungen, über Wien nach Berlin, um ſich dort inſtruiren zu laſſen, was er hier thun ſoll, um wo möglich noch das Einheitsproject zum Scheitern zu bringen. Baiern, ſagt man, will den nächſten Reichstag beſchicken, aber ohne ſich vorher zum Anſchluß an den von Berlin aus eingeleiteten Bundesſtaat verbindlich zu machen, vielmehr hofft man, mit Hülfe der Abgeordneten Oeſterreichs, welches gleichfalls daſelbſt vertreten ſein ſoll, das ganze preußiſche Project über den Haufen zu werfen und die bekannten großdeutſchen Pläne, die in der Paulskirche und bei den Berliner Conferenzen nicht durchzuſetzen waren, dennoch am Ende zu Ehren zu bringen. Damit hat man es wohl in Verbindung zu ſetzen, wenn von Seiten des in Frankfurt zurückgebliebenen Reſtes der großdeutſchen Partei und ihrer Verzweigungen in den einzelnen Staaten jetzt eifrig darauf hingearbeitet wird, daß eine neue Nationalvertretung aus allen deutſchen Staaten durch Vermittlung der Centralgewalt berufen und ihr die endliche Feſtſtellung des deutſchen Verfaſſungswerkes überlaſſen werden ſolle. Natürlich! denn dann hätte man, wenn die öſterreichiſchen Abgeordneten vollſtändig erſchienen, die begründetſte Hoffnung, das durchzuſetzen, was in der Paulskirche bereits ſeiner Verwirklichung ganz nahe war und nur an dem beharrlichen Widerſtande der feſtgeſchloſſenen Einheitspartei ſcheiterte, — die Auflockerung des Bundesſtaates zum Staatenbunde nach ziemlich vormärzlichem Zuſchnitt, vielleicht ſogar unter Hinwegfall oder doch mit gründlicher Beſchneidung der Nationalvertretung im Volkshauſe.

Dieſen öſterreichiſch-baieriſchen Plänen gegenüber müſſen die Freunde der wahren Einigung Deutſchlands ſich auf die Seite jenes andern Verfaſſungsprojectes ſtellen, welches wenigſtens die Einheit der vollziehenden Gewalt und die Vertretung des Volks im Staaten- und Volkshaus feſthält, hierin alſo dem Grundgedanken der Frankfurter Verfaſſung ſich anſchließt. Daß man davon in Berlin nicht zurückgehen werde, ſchließen wir aus der Haltung des miniſteriellen Organs, der Deutſchen Reform, welche noch in einem ihrer neueſten Leitartikel den feſten Entſchluß des preußiſchen Cabinets ankündigt, auf dem einmal betretenen Wege zur kräftigen Einigung Deutſchlands ſich durch keine Intriguen und keinen Widerſpruch Oeſterreichs aufhalten zu laſſen.

Wie wünſchenswerth, ja nothwendig Baierns Zutritt zu dem zu bildenden deutſchen Bundesſtaate ſei, damit dieſer wirklich das ganze Deutſchland, ſoweit es nicht durch unbeſiegbare Hinderniſſe vom Zutritt abgehalten iſt, umfaſſe, bedarf nicht der Ausführung. Ebenſo läßt ſich leicht nachweiſen, wie ſehr die Erreichung dieſes ſo wichtigen Zieles erſchwert iſt durch die veränderte Baſis des Verfaſſungswerkes, dadurch, daß daſſelbe nicht mehr als eine wirklich allgemein deutſche, aus den Händen der Nationalvertretung hervorgehende Schöpfung, ſondern als ein Machwerk der preußiſchen Cabinetspolitik erſcheint. Der deutſchen Sache hätte man auch in Baiern manches Opfer gebracht, welches man, der preußiſchen Initiative gegenüber, ängſtlich zurückhält und der Widerwille gegen das Aufgeben eines Theils der Selbſtſtändigkeit Baierns, der ſchon zu verſtummen begann vor dem Gedanken, daß des Volkes Wille dies fordere, lebt jetzt in verdoppeltem Maße wieder auf bei der Zumuthung, ſich einem Bündniß einfügen zu ſollen, welches nicht durch den Volkswillen, ſondern durch die Politik der Cabinette und vor Allem des ſo ſehr gehaßten preußiſchen Cabinets zu Stande gekommen iſt.

Für die drei verbündeten Regierungen, wenn ſie es nämlich ehrlich meinen mit der Aufrichtung eines wahren Bundesſtaates, vorzugsweiſe aber für Preußen nach der Stellung, die es an der Spitze dieſes Bundesſtaats einzunehmen gedenkt, für dieſe müßte, ſollten wir meinen, aus den vorerwähnten Verwicklungen die Einſicht hervorgehen, daß, um ihr Ziel dennoch zu erreichen, ſie ſo viel möglich in die Bahn wieder hinüberlenken müſſen, durch deren Verlaſſen ſie den ſtärkſten Talisman gegen alle ſolche Intriguen aus der Hand gegeben haben, daß ſie mit einem Worte ſich dem Volkswillen und ſeiner formellen Berechtigung wieder annähern müſſen, damit derſelbe ihr Werk, wenn es auch nicht mehr ſeine ureigne Schöpfung iſt, wenigſtens als das ſeinen Wünſchen am Nächſten kommende anerkenne und mit ſeiner Zuſtimmung beſiegle. Auch den 29 Staaten gegenüber wird nur hierin das rechte Mittel der Ausgleichung und Verſöhnung geboten ſein. Haben auch die meiſten Regierungen dieſer Staaten, wie es ſcheint, ihren Beitritt zu dem preußiſch-ſächſiſch-hannöveriſchen Bündniß bereits erklärt, ſo haben ſie doch wohl ſämmtlich die Zuſtimmung ihrer Stände vorbehalten, wie dies ja ſogar Sachſen gethan hat. Kurheſſen endlich und Würtemberg ſtehen noch feſt auf dem Boden der Frankfurter Verfaſſung und werden ſich, wenigſtens das Letztere, ſchwerlich auf Gnade und Ungnade an Preußen übergeben. Wohl aber werden ſie, werden auch die Stände der andern Länder ſich Dem unterwerfen, daß ein von allen den Staaten, die den Bundesſtaat mit einheitlicher Spitze und mit Volksvertretung wollen, beſchickter Reichstag endgiltig über die ihm vorgelegten, nur in der Ausführung dieſes Grundgedankens abweichenden Verfaſſungspläne entſcheide. Nichts würde dann im Wege ſtehen, daß dieſem Reichstage auch Baiern, auch Würtemberg Geſetzentwürfe in ihrem Sinne vorlegten, ſobald ſolche nur nicht jene allgemeinen Grundlagen wieder umſtießen. Nachdem einmal der Weg einer durch die allgemeine Nationalvertretung, als das gemeinſame verfaſſunggebende Organ für ſämmtliche deutſche Bundesſtaaten, zu bewirkenden rechtsgiltigen Umgeſtaltung der alten Bundesverfaſſung verlaſſen iſt, kann freilich nur noch der des freiwilligen Anſchluſſes eines Staates an den andern, der Gründung eines Bundes im Bunde, betreten werden. Will man nun dieſen Bundesvertrag erſt durch den Beſchluß einer zu berufenden Vertretung der verbündeten Staaten endgiltig werden laſſen, ſo muß man doch für die Berufung dieſer Vertretung ſelbſt ſchon eine Baſis, ein Kriterium haben, ſonſt könnte der eine und andere Staat vorläufig beizutreten erklären, lediglich in der Hoffnung und mit der Abſicht, durch die Theilnahme ſeiner Vertreter an der endgiltigen Feſtſtellung des Bundesvertrags dieſen ſo umzugeſtalten, daß er ein ganz andrer werde als er vorher war. Eine gewiſſe Grenze muß alſo in dieſer Hinſicht ſchon im Voraus gezogen werden, gewiſſe Grundbeſtimmungen des Bundesvertrags müſſen als feſtſtehend und unabänderlich von vornherein betrachtet werden, wenn man nicht wieder Alles der furchtbarſten Unſicherheit preisgeben und den Intriguen Thor und Thür öffnen will. Und da kommen wir abermals auf Das zurück, was wir neulich ſchon von einer andern Seite der Betrachtung aus bemerkt haben: man möge diejenigen Punkte, welche dem Berliner Verfaſſungs-Entwurfe mit dem Frankfurter gemeinſam ſind, über welche alſo bereits 4 Königreiche und 28 andere deutſche Staaten einig ſind, für die feſtſtehende und nicht weiter in Frage zu ſtellende Grundlage des neuen Bundesvertrags erklären, alles Andere aber, was darüber hinausliegt, bis zur Entſcheidung des Reichstags offen laſſen. Will dann Baiern beitreten und den Reichstag beſchicken, ſo hätte es ſich vorher wenigſtens zur Annahme jener Grundlage zu verpflichten; möchte es dann immerhin mit Vorſchlägen beim Reichstage hervortreten —

dieſe würden ebenſo gut der Berathung unterliegen, wie die von dem Frankfurter Entwurf abweichenden Punkte des Berliner Entwurfs. So allein wird eine feſte Baſis der Unterhandlungen, ſowohl unter den Cabinetten, als zwiſchen dieſen und dem Reichstage gewonnen; ſo allein wird verhindert, daß nicht eine bairiſch-öſterreichiſche Intrigue uns am Ende auch diejenige Einheit, die wir im Berliner Entwurfe noch gerettet finden, unter den Füßen hinwegziehe und uns mit einer neuen Auflage der alten Bundestagsverhältniſſe beglücke.

Handel und Gewerbe.

IV. Schifffahrtsdifferentialzölle.

Mit der Aufhebung der engliſchen Navigationsacte wird hoffentlich auch die Frage über die deutſchen Schifffahrtsdifferentialzölle beſeitigt ſein. Ein Differentialzoll hat nur dann einen Sinn, wenn er als Reciprocitäts-Maßregel angewendet wird; iſt dieſes nicht der Fall, ſo ruft er Retorſionen hervor, welche der Schifffahrt hinderlich ſind, und deshalb haben auch die Rheder aller deutſchen Häfen in ihrem eigenen Intereſſe ſich gegen die Einführung von Differentialzöllen erklärt. Nur Bremen macht eine Ausnahme davon, es verlangt Differentialzölle, und indem es als Gegenſatz dafür zu Schutzzöllen, beſonders zu einem hohen Twiſtzoll geneigt ſich zeigt, hat eine agitirende Verbindung zwiſchen den bremiſchen Schiffsrhedern und den inländiſchen Spinnern ſich gebildet, welche den „Schutz der deutſchen Arbeit" als Aushängeſchild benutzt, im Innern aber nur Unwahrheit birgt, deren Beleuchtung in der Pflicht der Preſſe liegt. Der Aufſchwung der bremiſchen Rhederei rührt notoriſch nicht von der Erweiterung der Handelsoperationen und am allerwenigſten von dem vermehrten Export deutſcher Erzeugniſſe, ſondern von den Beſtrebungen zur Beförderung der deutſchen Auswanderung her. Bremen ſchickt jährlich ein paar hundert Schiffe mit Auswanderern nach Amerika, und es muß ihm daher ſehr daran gelegen ſein, ſeinen Schiffen durch Begünſtigung eines Differentialzolles den Vorzug in der Rückbefrachtung zu ſichern. Allein damit iſt es noch nicht genug, weil der bremiſche Markt keine größeren Quantitäten von überſeeiſchen Produkten aufzunehmen vermag, als wozu er durch die Höhe ſeines Verkehres mit dem deutſchen Hinterlande befähigt iſt. Wird daher Deutſchland durch hohe Twiſtzölle zur eigenen Erzeugung der ihm benöthigten Geſpinnſte gezwungen, ſo wird der Verkauf von Baumwolle und folglich auch die Gelegenheit zur Rückfracht von Amerika dadurch vermehrt. Die Verſicherung, daß die Ausfuhr deutſcher Fabrikate damit in gleichem Grade zunehmen werde, iſt ſchon um deswillen eine leere Vorſpiegelung, weil den Bremer Schiffsrhedern ſchon bis jetzt nicht das Geringſte im Wege geſtanden, um dieſes patriotiſche Verlangen befriedigen zu können. Obwohl aber die Laſtenzahl von Bremens Schiffen diejenige von Hamburg um 50 pCt. überſteigt, ſo hat es doch bis daher um die Hälfte weniger Waaren als Hamburg nach den transatlantiſchen Häfen ausgeführt, eben weil ſeine eigentliche Abſicht nicht auf den Export deutſcher Fabrikate, ſondern auf den Export deutſcher Menſchen gerichtet iſt.

V. Die würtembergiſche Landesbank.

Das würtembergiſche Finanzminiſterium hat die Errichtung einer Landesbank mit der Erklärung beantragt, daß die Leitung derſelben ſpäterhin den Händen von Privatleuten als „größere Sicherheit für den beſſern Betrieb darbietend" übergeben, und daß Ein Dritttheil der eingefloſſenen Fonds zu Vorſchüſſen an Gewerbtreibende und Landwirthe verwendet werden ſolle. In dieſen beiden Beſtimmungen liegt ein Widerſpruch. Auf der einen Seite hält die Regierung ſich nicht für fähig, die oberſten Geldverhältniſſe des Landes überwachen zu können, und auf der andern glaubt ſie wieder in die innern Zuſtände der Kleingewerbe ſich einmiſchen zu müſſen. Gegen beide Sätze erheben ſich auch die von der Erfahrung unterſtützten Lehren der Staatsökonomie. Die Leitung der Banken, der Aſſecuranzen, der Poſten und der Eiſenbahnen kommt dem Staate, nicht den Privaten zu. Es iſt kein Grund einzuſehen, weshalb der Staat das Bankgeſchäft weniger gut, weniger redlich und weniger im öffentlichen Intereſſe als wie eine Actiengeſellſchaft beſorgen ſollte, und es iſt im Gegentheil anzunehmen, daß es jedenfalls mit mehr Vertrauen von Seite des Publicums geſchehen wird. Das Beiſpiel aller Zeiten und Länder ſpricht gegen, nicht für die Privatcompagnieen: denn drei Viertel aller Geſellſchaftsunternehmungen ſind wieder zu Grunde gegangen, und die ſchlechte Verwaltung einiger andern, durch Privilegien und Monopole ſich erhaltenden, wie z. B. der oſtindiſchen und holländiſchen Compagnieen ſind allerwärts bekannt. Daher treten die Theilnehmer auch nur dann hinzu, wenn ſie ſich überzeugen, daß ihnen auf Koſten des Publicums ein leichter und unfehlbarer Gewinn in die Taſche fallen muß. Eine Regierung, welche ſich nicht zutraut, eine Bank leiten zu können, ſtellt ſich in Betreff ihrer ganzen Finanzverwaltung ein Unfähigkeitszeugniß aus. Ueber den zweiten Punkt jenes miniſteriellen Vorſchlags aber, die Vorſchüſſe an die Gewerbe betreffend, wird man um ſo mehr hinweggehen können, als der Wagniß einer ſolchen Maßregel glücklicherweiſe die Unmöglichkeit der Ausführung entgegenſteht.

VI. Der künftige deutſche Münzfuß.

Die mehrfachen neueren Abhandlungen über den künftigen deutſchen Münzfuß ſtellen, gleich den früheren Schriften, die unbeſtrittene Vorzüglichkeit des Decimalſyſtems mit ſolcher Entſchiedenheit voran, daß ſelbſt der beſcheidenſte Zweifel an der Richtigkeit von dem Standpunkt der praktiſchen Anwendung aus als gewagt erſcheinen muß. Und dennoch hat, ſoweit von dem Münzfuß die Rede, das Decimalſyſtem die Sanctionirung des täglichen Verkehrs bis jetzt nicht zu erlangen vermocht. Frankreich und Nordamerika ſind die einzigen Staaten, welche dieſes Syſtem angenommen; in allen andern Landen beſteht der Duodecimalfuß, wenigſtens in ſo fern es die Scheidemünze betrifft. Der öffentliche Verkehr in Frankreich hat ſich aber ſeit nunmehr 60 Jahren noch nicht an die Centimes gewöhnt, und in den vereinigten Staaten hat man $1/8$ und $1/16$ Dollars geſchlagen, was dem Decimalſyſtem geradezu widerſpricht. In Preußen hat man zwar den Thaler in 30 ſtatt wie früher in 24 Groſchen getheilt, fährt aber factiſch in der alten Rechnung fort, weil man fortwährend $2\frac{1}{2}$ Silbergroſchenſtücke ſchlagen läßt, und der Umſtand, daß überall im Kleinverkehr der Preis der Gegenſtände zu $2\frac{1}{2}$, $7\frac{1}{2}$, $12\frac{1}{2}$ Sgr., niemals zu 3, 6 oder 12 feſtgeſetzt zu werden pflegt, beweiſt es zur Genüge, daß das Duodecimalſyſtem vom Volke feſtgehalten wird. In Preußen iſt wenigſtens die Kupfermünze zu 12 Pfennigen ausgeprägt worden, in Sachſen dagegen, wo der Decimalfuß auch bis zur Scheidemünze durchgeführt worden, herrſcht eine arge Confuſion, weil es weder für den $1/3$ noch für den $1/4$ Groſchen, ſondern nur für den unpractiſchen $1/5$ und $1/10$ Groſchen ausgleichende Münze gibt. Die Gründe der Abneigung des Volkes gegen den Decimalfuß liegen nicht fern. Die 12 läßt ſich ſechsmal, die 10 dagegen nur viermal theilen, der größte Uebelſtand beſteht aber darin, daß es bei der Decimalrechnung weder $1/3$ noch $1/4$ gibt. Das Viertel, nämlich die Theilung der Hälfte in eine zweite Hälfte, iſt ein ſo natürliches, jeden Tag ſo millionenfältig vorkommendes Bedürfniß, daß es für den öffentlichen Verkehr ſchlechterdings nicht zu entbehren iſt. Bei dem Decimalgeld bleibt nichts übrig, als entweder von der Hälfte ſogleich auf das $1/5$ zurückzugehen, oder die Münzeinheit in 100 Theile zu brechen und dadurch den größten Theil des Kleinverkehrs auf den Gebrauch des Kupfergeldes hinzuweiſen. Hierzu kommt, daß die Zeitrechnung duodecimal und daher der Decimalmünze widerſtrebend iſt. Das Jahr iſt in 4 Quartale und 12 Monate, der Monat in 4 Wochen, die Woche in 6 Arbeitstage, der Tag in 24 Stunden und in 12 Arbeitsſtunden eingetheilt. Das Decimalſyſtem iſt ohne Zweifel auf dem Papier das rationellſte, aber der öffentliche Verkehr verlangt die erſte Berückſichtigung und dieſer verwirft die Decimalrechnung. Es gibt keine bequemere, den Wünſchen und Bedürfniſſen des Volkes entſprechendere und angemeſſenere Münzſorte als wie das ſüddeutſche Gulden- und Kreuzergeld, weil die 60 zwölfmal theilbar iſt, weil ſie mit der Zeitrechnung harmonirt und doch auch wieder dem Decimalfuß ſich anſchließt, und weil ſie endlich das Kupfergeld nicht in beſchwerender Weiſe überhand nehmen läßt.

Deutſchland.

Wien, 14. Juni. Mit welcher Vorſicht die Ruſſen ihren ungariſchen Feldzug beginnen, können Sie unter anderm aus dem Umſtande erſehen, daß der hieſige ruſſiſche Geſandte, Medem, die Kriegsberichte der einſt in Ungarn gegen die Rebellen Rákózy und Tököly, ſowie gegen die Türken operirenden kaiſerl. Generale, Karl Lothringen, Graf Montecuculi und Eugen von Savoyen in dem Staatsarchive copiren ließ und dieſelben durch General Berg dem Fürſten Paskewitſch mittheilte, der aus denſelben

eine ſehr wichtige Baſis für ſeinen Feldzug ſchöpfen konnte. Alle dieſe Generale vermieden ſorgfältig die Theißſteppen zum Schauplatze ihrer entſcheidenden Schlachten zu wählen. Die Stadt Kaſchau in Oberungarn war damals ein Stützpunkt der Kaiſerlichen, die von hier die obere Theiß bei Tokaj überſchreitend die Rákótzyſchen Truppen in das Szathmarer Comitat, welches gegen Norden an Galizien grenzt, hineinzwangen und dort den Frieden dictirten. Nur Eugen von Savoyen mußte der türkiſchen Heere wegen Szegedin an der untern Theiß zu ſeinem Hauptpunkt wählen, und hatte deshalb auch mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen. (Allg. Z.)

Berlin, 18. Juni. Vor einigen Wochen bereiſte Herr Hauchecorne, früherer Director der rheiniſchen Eiſenbahn, gegenwärtig internationaler Agent der belgiſch-preußiſchen Eiſenbahnen, den Norden Deutſchlands. Der Schaden, welchen die däniſche Blocade den für deutſche Häfen beſtimmten Waaren verurſacht, ließ ihn auf den Gedanken kommen, daß während des Krieges der Hafen von Antwerpen benutzt werden könnte, wenn Preußen, Hannover und Belgien ſich entſchlöſſen, den Tranſitzoll gegenſeitig für die durch Eiſenbahnen transportirten Waaren aufzuheben. Er that hier in Berlin die geeigneten Schritte, welche von dem belgiſchen Geſandten unterſtützt wurden. Belgien, wie Sie ſich denken können, nahm die Angelegenheit mit beiden Händen auf. Am 3. Juni nun zeigte das hieſige Miniſterium an, das preußiſche Gouvernement ſei entſchloſſen, während der Dauer der Blocade für die Eiſenbahn zwiſchen Minden und Köln von dem Tranſitzoll diejenigen Waaren zu befreien, welche direct (d. h. ohne in einem Entrepot niedergelegt zu werden) von Antwerpen nach einem nicht zum Zollvereine gehörigen deutſchen Staate und vice versa expedirt würden. Die Waaren müſſen natürlich von und nach Antwerpen mit dem nöthigen Frachtbriefe verſehen ſein. Hannover hat dieſelbe Verfügung für die Eiſenbahn in der mindener Richtung getroffen. Sind nun dieſe Maßregeln tranſitoriſcher Natur, indem ſie nach der getroffenen Uebereinkunft mit dem (jetzt bevorſtehenden) Frieden außer Kraft treten, ſo knüpft ſich die Hoffnung daran, daß die mit moderner, norddeutſcher Handelspolitik in Widerſpruch ſtehenden Tranſitzölle an und für ſich ihrer radicalen Beſeitigung, wenn auch nur fürs Erſte auf der bezeichneten Strecke, entgegenſehen. (Köln. Z.)

Ꝫ Von der ſchleſiſch-polniſchen Grenze, 18. Juni. Die neuliche Andeutung Ihres Leitartikels über eine ruſſiſche Beſetzung des Großherzogthums Poſen iſt uns hier ſchwer aufs Herz gefallen, denn wir ſehen darin bereits mehr als eine Combination, obwohl wir uns hüten wollen, ſymptomatiſche Politik zu treiben und in einer Zeit, wo man ſich kaum an greifbare Thatſachen mit Beſtimmtheit hängen kann, einzelnen Anzeichen zu ſehr zu vertrauen! Indeß iſt es thatſächlich, daß man in Poſen jetzt allgemein von einer ſolchen Eventualität ſpricht und daß das preußiſche Militär die Ordre hat, jeden Augenblick zum Abmarſch aus Poſen und der Provinz ſich bereit zu halten. Namentlich iſt die ländliche Bevölkerung an den Grenzen des Großherzogthums überall von dieſem Gedanken erfüllt, und der Inſtinct des Bauern begegnet ſich hier auf eine überraſchende Weiſe mit den militäriſch-diplomatiſchen Conjuncturen, aus denen die ruſſiſche Wiedergeburt Polens — denn dies ſcheint in der That das neueſte Factum und Stadium der polniſchen Nationalität werden zu ſollen! — hervorgehen wird. Inzwiſchen hallt der eherne Schritt des ruſſiſchen Czaren an unſern Grenzen wider, und ſeine Perſon, welche es von jeher liebte, Ueberraſchungen und das Schickſal ſelbſt zu ſpielen, erſcheint uns trotz des vorgerückten Alters und der grauen Haare mit derſelben fataliſtiſchen Beweglichkeit und mit dem geſpenſterhaften hic et ubique, das den Hamlet beim Geiſt ſeines Vaters am meiſten in Schrecken ſetzte! Man glaubt jedoch, daß Kaiſer Nicolaus in Krakau und Dukla nur vorübergehende Beſuche gemacht hat, um die Stimmung der ruſſiſchen Truppen, die nach übereinſtimmenden Ausſagen nicht ſehr kampfluſtig und der Unternehmung gegen die Ungarn keineswegs günſtig iſt, durch den alten und ungebrochenen Zauber ſeiner Erſcheinung zu heben. Dem Wanderer zufolge wird des Czaren Ankunft in dieſem Augenblick in Wien erwartet, wo in der Hofburg bereits die Appartements, in denen die Reichskanzlei war, zu ſeinem Empfange hergerichtet werden. Man darf jedoch aus vielen Anzeichen, die ſich jetzt in Warſchau bemerken laſſen, annehmen, daß der Kaiſer von Rußland auch in Wien nicht über die ceremonielle Friſt einer Gegenviſite hinaus verweilen und ebenſowenig auf dem Kriegsſchauplatze ſelbſt ſich aufhalten wird. Er beabſichtigt vielmehr während der ganzen Kataſtrophe der europäiſchen Politik und bis zu deren Beendigung ſeine dauernde Reſidenz in Warſchau aufzuſchlagen, wo Anſtalten jeder Art zu einer kaiſerlichen Hofhaltung und Regierung getroffen werden und wofür auch die in dieſem Augenblick erfolgte Ankunft des geſammten ruſſiſchen Kanzleiſtaats und der Aufenthalt faſt ſämmtlicher Mitglieder des diplomatiſchen Corps ſpricht. In Warſchau verweilte auch noch vor wenigen Tagen der preußiſche Geſandte am ruſſiſchen Hofe, Generallieutenant v. Rochow, der jetzt ohne Zweifel mit wichtigen Beſtimmungen über die preußiſch-polniſchen Landestheile nach Berlin gereiſt iſt und in kurzer Friſt in Warſchau zurückerwartet wird, wo man dann dem Ultimatum über die ſogenannte Reorganiſation Polens wird entgegenſehen können! Warſchau iſt jetzt durchaus der diplomatiſche Centralpunct für die Geſchicke Europas geworden, und der europäiſche Fürſtencongreß, deſſen Zuſammentreten man hier erwartete, ſcheint ſeine Gegenſtände fürerſt auf dem Wege der Verhandlungen, Beſchickungen und diplomatiſchen Hinundherzüge zubereiten und zuſtutzen zu wollen. In dem Schloſſe Lazienki wimmelt es dort von ab- und zureiſenden Diplomaten, Miniſtern und Courieren, wobei ſich die ausgeſpannten und zu verknüpfenden Fäden nicht blos über Deutſchland, Oeſterreich, Ungarn und Polen, ſondern auch über Dänemark, Schweden und die Türkei hin erſtrecken. Für Warſchau ſelbſt hat der Kaiſer bei ſeiner letzten Anweſenheit eine ſtarke Befeſtigung angeordnet, an der gegenwärtig bedeutend gearbeitet wird. Auch ſoll die Eiſenbahn, welche von Krakau nach Schleſien führt und hier ſich an die Warſchauer Bahn anſchließt, bereits für Rechnung der Regierung des Königreichs Polen angekauft worden ſein. Dadurch würden die in dieſen Blättern mehrfach angedeuteten Pläne, von denen wir auch beim Eingang dieſes Berichts wieder ausgingen, einen neuen eigenthümlichen Reflex erhalten haben. Für ſeine eigenen vielfältigen Reiſen auf der Eiſenbahn hat ſich der Czar beſondere Waggons in Warſchau erbauen laſſen, die den ruſſiſchen Luxus mit den eigenthümlichen Vorrichtungen, ohne welche der Kaiſer niemals reiſt, vereinigen. So ſehen wir denn auf dieſem verhängnißvollen Oſtpunct Europas jetzt in allen Stücken eine gewaltige Maſchinerie ausgeſpannt. Möchte bei den Entſcheidungen, um die es ſich hierbei für alle Völker Europa's handelt, nicht noch ein anderer Feind mitſprechen, der ebenfalls im Oſten ſeine furchtbarſten Kräfte geſammelt und ſie von hier aus immer weiter und drohender vorſchieben zu wollen ſcheint! Ich meine die Cholera und ihre noch gräßlicheren Gefährten, das Lazarethfieber und die Peſt! Die von einigen Reiſenden voreilig gegebene Nachricht, daß in Wien die Peſt ausgebrochen, hat ſich zwar bis jetzt noch nicht beſtätigt, aber es iſt nur zu gewiß, daß die dort immer ſteigenden Zuſammenhäufungen Verwundeter, die vom ungariſchen Kriegsſchauplatz nach Wien gebracht werden, bereits den Geſundheitszuſtand der öſterreichiſchen Hauptſtadt aufs Aeußerſte gefährdet und namentlich den exanthematiſchen Typhus und das Lazarethfieber in einem Beſorgniß erregenden Maße verbreitet haben! Seit den ruſſiſchen Durchzügen iſt Schleſien diesmal auf eine beiſpielloſe Weiſe von der Cholera heimgeſucht worden, und an unſern Grenzen regt ſich jetzt die nicht unbegründete Furcht, daß in Folge der Ereigniſſe ſich noch verheerendere Krankheiten zu uns hereinſchleppen möchten.

= **München**, 17. Juni. Die Augsburger Poſtzeitung läßt ſich von der Iſar vom 10. Juni ſchreiben: „Trotz der in neun Zehntheilen Deutſchlands herrſchenden Abneigung gegen Preußen und ſein Gouvernement will dieſes unſelige Gouvernement dennoch Deutſchland in ſeine Gewalt bringen! Wir werden dieſen Frevel und die rathloſe Schwäche unſerer Fürſten mit einem furchtbaren Bürgerkrieg büßen, aber die Dynaſtie Hohenzollern, weit entfernt daraus Vortheile zu ziehen, wird ihn ſchwerlich überdauern. Es iſt das eine gräßliche Ausſicht, wir wiſſen aber, wenn unſere Fürſten ſich nicht ermannen, und die höheren und mittleren Stände des Volkes nicht zur Beſinnung und Ueberlegung kommen, eine beſſere Niemanden zu eröffnen." Das Desavouiren des Hrn. v. Radowitz Seitens der ultramontanen Preſſe kommt uns vor wie ein verſtelltes Manöver, etwa ſo aufzufaſſen, wie Philipps am 15. Juni hier im ultramontanen Hauptverein für conſtitutionelle Monarchie und religiöſe Freiheit äußern durfte: Die Ultramontanen hätten in Frankfurt einen verlorenen Poſten gebildet, und die Renitenz des baieriſchen Volkes ſei ihr einziger Troſt ge-

weſen. In derſelben Sitzung aber ſagte er: „ich habe dieſen Verein verlaſſen, als er noch einem Senfkörnlein glich, und ich finde ihn jetzt als einen mächtigen Baum wieder.“ Allerdings zählt dieſer Münchner Verein jetzt 1573 Mitglieder aus den höheren und mittleren Ständen; hat ſich doch ſelbſt der Verein zum heiligen Herzen Maria's zu einer Armee von 10,000 Seelen emporgeſchwungen, über welche der Piusverein zu jeder Minute verfügen kann. Ich erinnere Sie an den 2. März d. J., wo Profeſſor Edel aus Würzburg in der Reichsverſammlung mit Zuſtimmung der ultramontanen Partei darauf antrug: „daß die noch nicht publicirten Grundrechte vor allem Andern zum zweitenmal geleſen und publicirt würden, da die Grundrechte die Baſis unſerer Verfaſſung und vom Volk mit dem lebhafteſten Beifall aufgenommen worden ſeien.“ Und was geſchah in Altbaiern, der Berufungsheimath der Ultramontanen? Da hatte es einen Adreſſen-Sturm gegen die Grundrechte gegeben und die Verkäufer derſelben auf dem Lande waren mißhandelt und zum Theil eingeſteckt worden. Der „Münchener katholiſche Verein zur Verbreitung guter Bücher“ hatte zur Abwehr der Grundrechte-Peſt größere und kleinere Brochüren und allerhand Tractätchen im Land umhergeſchleudert. In Preußen geht übrigens die Verblendung ſo weit, daß nicht nur ein Theil der Berliner Preſſe, ſondern auch viele der Conſervativen im Lande ſich auf den Preußenhaß im übrigen Deutſchland etwas zu Gute zu thun ſcheinen; dies iſt jedenfalls eine Verirrung, die ſich beſtrafen muß. Hier iſt das Gegenſtück dazu: alle Parteien ſtehen ohne Ausnahme gemeinſam gegen Preußen und ſelbſt Blätter wie unſer ſonſt ſo freiſinniger Landbote theilen ihrem Publikum die Aufſätze mit, welche die von wahnſinnigem Haß gegen das preußiſche Gouvernement erfüllte weſtphäliſche Volkshalle veröffentlicht hat. Man hört, daß die Fürſorge unſeres Königs Max den braven Treuen in Landau eine beſondere Auszeichnung bereitet; es werden ihnen Verdienſtmedaillen an beſonders ſchönen Bändern gereicht werden, auf deren Vorderſeite das Bild des Königs, auf der Rückſeite aber das der Feſtung Landau in ihrem Leidenszuſtande ſtrahlt.

München, 18. Juni. Ueber die Motive, welche den Fürſten L. v. Wallerſtein bei Niederlegung ſeines Amtes als Kron-Oberſthofmeiſter und der damit verbundenen Reichsrathswürde leiteten, gibt deſſen Organ, die D. conſt. Ztg., folgende Aufſchlüſſe: „Der Fürſt, ausgehend von der Rechtsgültigkeit der Grundrechte, hielt es nicht für vereinbar mit ſeinen Grundſätzen, ein Mandat ferner auszuüben, deſſen Quelle (die Standſchaft des Adels) eben durch die Grundrechte abgeſchafft worden iſt. Nur der Umſtand, daß ſchon in der Thronrede die Vorlage eines Geſetzentwurfs über veränderte Formation der Reichsrathskammer war angekündigt worden, hatte den Fürſten bis jetzt zu zögern beſtimmt; die nun erfolgte Auflöſung des Landtags ſtellt dieſes neue Geſetz aber in ferne Ausſicht.“

* **Heidelberg**, 20. Juni. Folgende Anſprache iſt hier an die Bundestruppen erlaſſen worden: „Mit tiefer Entrüſtung haben wir geſehen, daß mehrere von unſern Cameraden von Euch aufs Furchtbarſte mißhandelt, ausgeplündert und ſelbſt nach ihrer Gefangennahme getödtet worden ſind. Wir unſererſeits haben die Heſſen, welche in unſere Hände fielen, als Brüder aufgenommen, haben für ihre Bedürfniſſe Sorge getragen und uns bemüht, ihr Loos zu mildern. Allein länger können wir die an unſern Brüdern verübten Grauſamkeiten nicht dulden. Wir wiſſen, daß es die landesflüchtigen und treubrüchigen badiſchen Officiere ſind, welche Euch, heſſiſche Soldaten, zur Wuth und zum Haſſe gegen uns entflammen. Laßt Euch nicht verführen. Grauſamkeit ſchändet den Krieger, am meiſten wenn ſie verübt wird im Kampfe mit den Söhnen eines und deſſelben Landes. Darum rufen wir Euch zu: Höret auf, den Krieg gegen uns mit Schandthaten zu beſudeln! Es würde uns ſchmerzlich ſein, von Euch gezwungen zu werden, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Das Vaterland aber wird richten zwiſchen uns, den Vertheidigern der Freiheit, und Euch, den Kämpfern für Fürſtenanmaßungen. Heidelberg, den 18. Juni 1849. Die Soldaten des Freiheitsheeres.“

Weinheim, 19. Juni. General v. Peucker hat heute ſein Hauptquartier nach Fürth verlegt. In der ſicheren Erwartung, daß es heute zu einem Treffen kommen werde, begab ich mich näher zum Schauplatze des Krieges, nach Weinheim. Allein ſchon unterwegs ward mir klar, daß man einen anderen Operationsplan als den früheren zu verfolgen beabſichtige; denn es begegneten mir nicht weniger als 5 Bataillone Infanterie (preuß. 38. Linienregiment, Kurheſſen, Darmſtädter), einige Schwadronen heſſiſcher und mecklenburger Cavallerie mit der bekannten Marketenderin, eine halbe Batterie und 8 Pontons. Auf die Frage, wohin ſie zögen, erfolgte die Antwort: in den Odenwald. Im Hauptquartiere hoffte ich, Aufklärung über die Rückbewegung zu erhalten. Weinheim war nicht mehr zu kennen. Das ganze Städtchen im förmlichen Sinne ein Lager. Vor dem Städtchen beim „Pfälzer Hof“ ſtanden die bivouaquirenden Vorpoſten; auf den abgemähten Feldern die Transport- und Munitionswagen. Im „Pfälzer Hofe“ ſelbſt war das Hauptquartier. Natürlich ſah man in den Gaſtzimmern ſonſt nichts als Uniformen. Auch einige Officiere des Frankfurter Bataillons befanden ſich daſelbſt. Es dürfte wohl die Frankfurter intereſſiren, von dem Schickſal ihres Bataillons Etwas zu erfahren. Alle Gerüchte, welche über daſſelbe in Frankfurt herumliefen, ſind unwahr. Es lag zuerſt im Odenwalde. Es verließ denſelben vergangenen Freitag, Morgens 3 Uhr, machte einen Marſch von 17 Stunden, bis 9 Uhr Abends, nach Virnheim, und ſtand daſelbſt bei der Affaire am 16. d. M. in der zweiten Schlachtlinie. Von Samſtag Abend bis Montag ſtand es auf dem äußerſten Vorpoſten bei Lützelſachſen. Die Officiere loben den Geiſt des Bataillons. Doch zu Weinheim zurück. An allen Fenſtern lagen Soldaten, je 30 waren in den Häuſern einquartirt. Auf dem Marktplatze ſtand ein ganzes Regiment Darmſtädter in Bereitſchaft. Nachdem ich mir das Innere Weinheims zur Genüge angeſehen, begab ich mich auf die Burg Windeck, um von dort aus die Stellung der Badiſchen zu überblicken. Ich hatte ſchon früher vernommen, daß die Vorpoſten der Badiſchen ¾ Stunden dieſſeits Ladenburg, ungefähr in paralleler Linie mit Schriesheim, ſtänden, alſo eine ziemlich vorgerückte Poſition einnähmen. In Ladenburg war es vollkommen ruhig. Ich ſah deutlich die Vedetten auf dem Felde ſtehen. In Mannheim rauchte es nicht mehr; auch wurde dort nicht, wie am geſtrigen Tage, geſchoſſen. Ich vernahm einen einzigen fernen Kanonenſchuß aus der Pfalz herüber. Als ich von Windeck herab kam, war Weinheim bereits leer geworden. v. Peucker war mit ſeinem ganzen Truppenkörper abgegangen und hatte als Beſatzung nur 1 Bataillon Frankfurter, 1 Bataillon Würtemberger und 1 Bataillon Naſſauer zurückgelaſſen, welche letztere auf den Vorpoſten ſtanden. Ich konnte mir nicht erklären, warum er Weinheim ſo ganz von Truppen entblößt hatte, erfuhr aber ſpäter im Gaſthauſe, daß auch die Badiſchen faſt alle Truppen von Ladenburg zurückgezogen und nur 2 Compagnien hinterlaſſen hätten. (Fr. Journ.)

Auerbach (a. d. Bergſtraße), 14. Juni. In ſeiner Eröffnungsrede pries Brentano den großen Hecker und deſſen Verdienſte um die deutſche Sache, weshalb die proviſoriſche Regierung beſchloſſen habe, ihn aus Amerika zurückzurufen. Derſelbe Brentano ſagte im vorigen Jahre in Gegenwart von Römer, Tafel, Rödinger und Hagen zu Hecker: „Wenn Du Präſident der Republik wirſt, ſo bin ich der Erſte, der nach Amerika auswandert; denn unter Deiner Tyrannei möcht' ich nicht ſtehen.“ (Conſt. Z.)

Hamburg, 16. Juni. Die ſkandinaviſchen Unionsideen fangen jetzt an, eine zeitgeſchichtliche Bedeutung zu gewinnen. Die Reformgeſellſchaften in Norwegen arbeiten auf einen gemeinſamen Reichstag hin, und ſie würden ihren Zweck vielleicht bereits erreicht haben, wenn ſie ſich ihrer Forderungen und Wünſche nur recht klar wären. Der bekannte däniſche Dichter Anderſen iſt jüngſt bei ſeiner Anweſenheit in Stockholm mit Enthuſiasmus aufgenommen worden und er verſtand es, durch Reden und Trinkſprüche für den ſpecifiſchen Skandinavismus neue Jünger zu werben. Die Ankunft des däniſchen Dichters Hoſtrup in Chriſtiania gab zu einer Studentenfeierlichkeit Anlaß; es gilt jetzt, ſo hieß es bei dieſer Zuſammenkunft, ein gemeinſames Handeln. Daß Rußland dieſen Einheitsbeſtrebungen in gleicher Weiſe, wie denen in Deutſchland, abhold iſt, iſt ſelbſtverſtändlich, und deſſen Bemühungen ſind lediglich dahin gerichtet, das Protektorat über Dänemark und Schweden auszuüben. (D. Ref.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 171. Frankfurt a. M., Samſtag 23. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Der Mai 1849.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Ehrengeſchenk für Radetzky. Der Proceß des Grafen Zichy. Conferenz im Finanzminiſterium. Die Geldverhältniſſe. Das Gefecht bei Cſoena. Mangel an Aerzten. Die Verſammlung in Gotha und das öſterreichiſche Cabinet. Schluß der Verſammlung der Biſchöfe. Die Pariſer Ereigniſſe). Ollmütz (Verwundete aus Ungarn). Prag (Studentenverfolgung. Neue Rekrutirung. Die Cholera). Berlin (Die preußiſche Regierung und die Verſammlung in Gotha. Die Cholera. Denkſchrift über Schleswig). Breslau (Der Kaiſer von Rußland). Köln (Truppen nach Mainz). Augsburg (Truppen gegen Ulm). Neuſtadt a. d. H. (Die Preußen vor Landau. Kriegszuſtand und Entwaffnung). Aus Würtemberg (Die Auszüge nach Baden). Stuttgart (Das Schreiben Duvernoy's. Beſprechung der Reichsverſammlung. Abreiſe vieler Abgeordneten. Die Unruhen im Lande. Anklage der Miniſter durch das Bureau der Reichsverſammlung. Verlegung der Verſammlung nach Karlsruhe). Ulm (Herſtellung der Ruhe. Baieriſches Lager an der Iller. Der Feſtungsbau). Hechingen (Die Regierung und der Verfaſſungsentwurf) Karlsruhe (Die Neckarbrücken unterminirt. Einzug der pfälziſchen Truppen. Paniſcher Schreck). Villingen (Die würtembergiſchen Freicorps). Mannheim (Das Feuer eingeſtellt. Befeſtigungsarbeiten). Weinheim (Gefecht bei Ladenburg. Wiesloch genommen. Die Badner bei Raſtatt concentrirt). Kaſſel (Flottenbeiträge). Aus dem Bückeburgiſchen (Die Verſtimmung der Soldaten in Schleswig. General v. Ditfurth. Diplomatiſche Enthüllungen. Hr. v. Radowitz. Hr. v. Dörnberg). Mainz (Hr. Zitz. Die Mainzer Zeitung. Halber Belagerungszuſtand). Schwerin (Die Regierung verwirft den Verfaſſungsentwurf der Stände).

Großbritannien. London (Der amtliche Briefwechſel in Betreff der römiſchen Angelegenheit. Die Blokade von Ancona).

Frankreich. Paris (Changarnier's Bericht über die Ereigniſſe vom 13. Juni. Spaltung in der ſiegenden Partei. Der Proceß. Verſchiedenes).

Italien. Rom (Breſche geſchoſſen. Die Proclamation Oudinot's und ſein Schreiben an die Aſſemblea).

Ungarn. (Stellung der Heere).

Türkei. Konſtantinopel (Unterwerfung von Kurdiſtan).

Nachſchrift.

22. Juni.

Piemont war durch die Schlacht von Novara in die Hände der Oeſterreicher gefallen, welche aus dieſem Siege den höchſten Preis zu ziehen ſuchen. Radetzky hatte ſich mit ſeinen Lorbeeren und achtzig Millionen Lire begnügen wollen. Das öſterreichiſche Miniſterium forderte durch Hrn. v. Bruck 220 Millionen. Das Miniſterium Pinelli verwahrte ſich gegen dieſe Ueberforderung; es erklärte, das Königreich Sardinien vermöge höchſtens 36 Millionen aufzubringen. Gleichzeitig wendet es ſich an das Volk, und fordert es auf, noch einmal die Waffen zu ergreifen, falls Oeſterreich nicht ablaſſe von ſeinen unbilligen Forderungen. Das kleine Königreich würde zu ſchwach ſein, für ſich allein noch einmal das Kriegsglück zu verſuchen; mußte es doch die Beſetzung Aleſſandrias durch die Oeſterreicher ſich gefallen laſſen; aber es hofft im äußerſten Falle auf franzöſiſche Hülfe. Dem Unwillen des Volkes über den Verluſt der Schlacht bei Novara iſt der General Ramorino zum Opfer gefallen. Man beſchuldigte ihn, ſeine vor der Schlacht erhaltenen Befehle nicht ausgeführt zu haben. Es iſt derſelbe, deſſen Ankunft mit ſeinem Corps man 1831 in Warſchau vergebens erwartete. Auch damals hieß er Verräther. Spätere Darſtellungen des Krieges haben ſeine Unſchuld bewieſen. Diesmal kann keine Rechtfertigung ihm mehr helfen: durch ein Kriegsgericht verurtheilt ward er am 22. Mai in Turin auf der Piazza d'Armi erſchoſſen. Er hat ſein abenteuerliches Leben geendigt als braver Soldat, indem er ſelbſt Feuer! befehligte. Mancher Waffengefährte, der in den Bergwerken Sibiriens hinſchmachtet, möchte ihn um ſeinen Tod beneiden. Unterdeß iſt Karl Alberts Nachfolger bedenklich erkrankt, und ſein Bruder, der Herzog von Genua, hat bis zu deſſen Geneſung die Regierung ergriffen. d'Azeglio hat jetzt die ſchwere Aufgabe übernommen, einen Staat in Ordnung zu bringen, deſſen Schuldenlaſt durch den letzten Krieg auf 305 Millionen Lire geſtiegen iſt. Gioberti hat den Miniſter wieder mit dem Redacteur vertauſcht, und geißelt im Saggiatore die Schlaffheit ſeiner Landsleute, welche unbekümmert um das Loos Italiens ſich in Turin wieder dem eingebornen Leichtſinn und der Vergnügungsſucht überlaſſen. „Wir haben des Deutſchthums nach gerade genug!" äußerte ſich ja auch jüngſt eine Berliner Zeitung.

In Frankreich knospeten im Mai die rothen Roſen, welche im Juni aufgebrochen ſind. Es waren die letzten Tage der verfaſſunggebenden Verſammlung. Es gelang dem Miniſterium bei Berathung der Ausgaben ſein Syſtem des bewaffneten Friedens aufrecht zu erhalten; die Oppoſition wollte nämlich Verminderung des ſtehenden Heeres, um die Macht der Regierung zu ſchwächen, was ſie natürlich ebenſowenig verrieth, als die Regierung eingeſtand, daß ſie nicht der äußern, ſondern der innern Feinde wegen trotz der zerrütteten Finanzen den Truppenbeſtand nicht verringern wolle. Am 4. Mai ward die erſte Jahresfeier der Republik von Amtswegen mit allem Glanze gefeiert; allein die geringe Theilnahme der Bevölkerung zeigte, daß die große Maſſe der Franzoſen die Republik als die unter den gegenwärtigen Umſtänden nothwendige Staatsform betrachtet, aber weit entfernt davon iſt, dafür begeiſtert zu ſein. 1228 Verurtheilte, die wegen des Aufſtandes im vorigen Jahre transportirt waren, wurden begnadigt. Inzwiſchen blieb nach Bewilligung der Staatsausgaben der Conſtituante kein wichtiges Geſchäft zu verrichten übrig. Die Interpellationen wegen der auswärtigen Angelegenheiten wurden benutzt, um auf die Wahlen einzuwirken. Ledru Rollin griff am 11. Mai das Miniſterium auf das heftigſte wegen ſeiner italieniſchen Politik an, und J. Favre beantragte zu erklären, das Miniſterium habe das Vertrauen des Landes verloren. Die Conſtituante ging indeß mit einer Mehrheit von 329 Stimmen unter 621 zur Tagesordnung über. „Dieſe Abſtimmung, ſo meldete der Miniſter des Innern durch eine telegraphiſche Depeſche in die Provinzen, befeſtigt den Frieden; die Aufwiegler erwarteten nur eine dem Miniſterium feindliche Abſtimmung, um nach den Barricaden zu laufen, und die Juniustage zu erneuern." Das ward Herrn L. Faucher

als Verſuch ausgelegt, mittelbar auf die Wahlen einzuwirken. Die Verſammlung ſprach mit 519 Stimmen gegen nur 5 einen Tadel darüber aus, und Flocon bemerkte höhniſch: „Wir fordern den Herrn Miniſter des Innern auf, dieſe Neuigkeit durch den Telegraphen in die Departements zu melden!" L. Faucher mußte ſein Portefeuille niederlegen. Unterdeſſen wurden die Wahlen vorgenommen. In Paris wurden unter 28 Abgeordneten 9 Socialiſten gewählt, und in den öſtlichen Provinzen ſiegten faſt überall die Rothen. Der Geiſt der Truppen zeigte ſich indeß bei einer großen Heerſchau am 21. Mai den Socialiſten durchaus abgeneigt, und vergebens donnerte der Berg in der Verſammlung wegen Italiens, wegen des Einrückens der ruſſiſchen Truppen in Ungarn. Im Moniteur vom 26. Mai war zu leſen: „Herr v. Kiſſelew hat dem Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten die Schreiben überreicht, durch welche er in der Eigenſchaft eines ruſſiſchen Geſchäftsträgers bei der Regierung der Republik beglaubigt iſt." Und darauf ſtieg die Rente um mehrere Procent. Am demſelben Tage hielt die conſtituirende Verſammlung ihre letzte Sitzung; der Präſident Marraſt ſtieg von ſeinem Thron. So endigte eine Verſammlung, welche von den engliſchen Blättern die am wenigſten mißlungene unter den revolutionären Verſammlungen des Feſtlandes genannt wird: Ihr Ende wenigſtens war glücklicher als das der deutſchen Conſtituante; es gibt in Frankreich freilich auch keine eiferſüchtigen Könige von Languedoc und Guyenne, die ſich über das Alter ihres Stammbaumes ſtreiten, keine europäiſche Großmacht Burgund, die ganz andere Intereſſen haben will, als das übrige Frankreich. Die geſetzgebende Verſammlung trat am 28. Mai zuſammen. Die Wahlen waren doch viel gemäßigter ausgefallen, als anfangs beſorgt ward. Man rechnet gegen 511 Abgeordnete der gemäßigten Partei und 217 der ſocialiſtiſchen Oppoſition. Und am 1 Juni ward Hr. Charles Dupin mit 336 Stimmen zum Präſidenten ernannt, während Hr. Ledru-Rollin nur 182 erhielt. Nichts deſto weniger dauerte die Furcht vor dem Ausbruche einer über das ganze Land verbreiteten ſocialiſtiſchen Verſchwörung fort, und Charivari läßt einen ehrbaren Pariſer aus Angſt vor den Rothen ſogar ſeine Koſtbarkeiten und — ſeine Frau vergraben. Der Monat Juni hat bereits gezeigt, daß die Franzoſen in einem Jahre gelernt haben, die Verbeſſerung der Leiden der Geſellſchaft nicht mit derſelben Begeiſterung wie damals von bluttriefenden Händen zu erwarten.

Wenn das Feſtland Europas in dieſem Augenblicke einem ſturmbewegten Meere gleicht, ſo darf man ſagen, daß **Belgien** und **Holland** wie zwei friedliche Inſeln daraus hervorragen. Belgien zeigt, wie eine gründliche Reformation allein vor der Revolution ſchützt. Während es früher von den Leuten des alten Regimentes als Heerd der Revolution verſchrieen ward, weil es den in den abſoluten Staaten verfolgten Flüchtlingen eine Freiſtatt mit größerer Gaſtlichkeit, als ſelbſt Frankreich darbot, dient Belgien jetzt jenen Tadlern ſelbſt zum Zufluchtsort. In Brüſſel und in den Seeſtädten haben ſich viele wohlhabende fremde Familien niedergelaſſen. Der Gewerbfleiß ſchreitet fort, trotz der Ungunſt der Zeiten. Weiter iſt aus dem glücklichen Belgien im Monat Mai nichts zu berichten.

Am 1. Mai ſtarb in Breda der alte Chaſſé, der Antwerpen bombardirte und die Citadelle mit nutzloſer Standhaftigkeit vertheidigte. Durch jenen königlichen Eigenſinn, die Unabhängigkeit Belgiens, nachdem ſie längſt eine vollendete Thatſache war, nicht anerkennen zu wollen, ſind die ungeheuren Schulden Hollands noch vermehrt worden. Inzwiſchen iſt die alte holländiſche Verfaſſung, wenn auch mit langſamer Vorbedächtigkeit, verbeſſert worden, und die Unzufriedenheit im Lande nicht ſo groß, um Urſache zu Störungen der Ruhe zu geben. Sie richtet ſich hauptſächlich gegen die Bevorrechtungen der Handelsmatſchappy. Zur Wiederherſtellung ihres Anſehens in den indiſchen Gewäſſern haben die Holländer bedeutende Anſtrengungen gemacht. Ihren König Wilhelm II. haben ſie mit aufrichtiger Trauer in die Gruft geſenkt. Der neue König hielt am 11. Mai ſeinen Einzug in Amſterdam. Ihre Bundespflicht gegen Deutſchland wegen Luxemburg und Limburg bezahlen die Holländer nur mit ſchnöder Verachtung. Als ſie aufgefordert wurden, ihr Contingent zum ſchleswig'ſchen Kriege zu ſtellen, ſo antworteten ſie: ſie wünſchten jedes Mißverſtändniß mit Dänemark zu vermeiden, und ließen ihre Truppen zu Hauſe. Deutſchland, ohne Verfaſſung und mit ſich uneinig, hatte kein Mittel, dieſen Schimpf zu rächen, und als die vom Reichstag beſchloſſene Verfaſſung von den mächtigeren deutſchen Fürſten nicht angenommen ward, da verließ Hr. v. Scherpenzeel, der Abgeordnete von Limburg, Frankfurt und wandte ſich von der deutſchen Sache ab, der er früher ſo warm angehangen hatte. Sein Schreiben an ſeine Wähler, Barloo, 22. Mai, iſt in der That demüthigend und beleidigend. Viele deutſche Familien haben ſich vor den Wirren in ihrem Vaterlande nach Holland geflüchtet. Allein der eigentliche Hafen für die ſchiffbrüchigen Größen Europas iſt England.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 22. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat in ihrer heutigen Sitzung auf Anlaß einer Rückäußerung des Senats auf die an ihn gelangten Anträge wegen Verlegung der Pferdeſtälle aus der Stadtallee, von den Vorſchlägen auf den Neubau dieſer Ställe an einem andern Orte Umgang genommen, dagegen die zum Abbruch erforderlichen Koſten bis zum Belaufe von 1100 fl. bewilligt. Es ſteht deshalb zu hoffen, daß jene abſcheulichen Baraken den ſchönſten Theil der Stadt nicht lange mehr verunzieren werden. Die Debatte zeichnete ſich durch einige Reden aus, die, wenn auch nicht geradezu pro domo, doch augenſcheinlich für „getreue Nachbarn und dergleichen" gehalten wurden.

A. Z. C. **Wien**, 14. Juni. Die gegen den früheren Commandanten von Venedig, F.-M.-L. Zichy, eingeleitete kriegsrechtliche Unterſuchung iſt, wie aus achtbarer Quelle verſichert wird, bereits beendet, und das Urtheil im Appellationszuge ſchon zur Rechtskraft gediehen. Es tauchen unter dem Publikum unzählbare Gerüchte auf, warum die Veröffentlichung der Reſultate dieſer Unterſuchung noch nicht erfolgen konnte, obgleich verſichert werden kann, daß das Miniſterium ſich beeilen wird, dem gerechten und allgemeinen Wunſche durch Mittheilung des Standes dieſer wichtigen Unterſuchung baldigſt zu entſprechen.

Wien, 16. Juni. Die öſterreichiſche Armee wird dem greiſen Feldherrn **Radetzky** ihre Liebe und tief begründete Anhänglichkeit durch ein ſichtliches Zeichen darlegen. Das Symbol dieſer Gefühle ſoll in einem Marſchallsſtabe beſtehen vom reinſten Gold, mit Edelſteinen verziert, von dem Künſtler Glanz in Wien verfertigt, und der bis zum Herbſt vollendet wird. Das Innere des Stabs ſoll die Widmungsurkunde bewahren, für welche die Unterſchrift des betreffenden Miniſters und aller commandirenden Generäle im Namen der Armee beantragt iſt. Die Blätter des den Stab umſchlingenden Lorbeerzweigs führen die Namen der Tage beſonderer Auszeichnung in dem Heldenleben des Feldmarſchalls. Das ſilberne, von ſechs Adlern getragene Poſtament wird mit den Attributen der Officiere aller Waffengattungen und Dienſtzweige, unterhalb derſelben aber mit mittelalterlichen Trophäen reich geſchmückt. Das Ganze wird auf einem Geſtell von Kanonenmetall ruhen. (Ll.)

☿ **Wien**, 18. Juni. Heute war große Conferenz des Finanzminiſters mit den Bankdirectoren und einigen Notabilitäten der Börſe. Das Ergebniß iſt unbekannt. Aber der Einfluß auf den Fondsmarkt war kein günſtiger. Man ſuchte Londoner Briefe und fand keine (zu 12 fl. 35 kr.); man zahlte 24½ für Silber und die Waare fehlte. Die neuen Sechſer (33⅓ fl. aus der Mark) ſind bereits in Circulation und es preiſt ſich glücklich, wer Scheidemünze hat. Die Gemüſeweiber auf den Märkten weinen, weil ſie aus Mangel an Kleingeld nicht verkaufen können, denn das Agio auf Kupfer beträgt mehr, als ſie bei Verkauf und Zurückgabe auf Viertelnoten verdienen. Der Credit im Kleinen iſt jetzt allgemein; der Kaufmann ſchreibt lieber an die Tafel das Geliehene, ſtatt ſich von Silber und Kupfer zu trennen. Dabei iſt das Pfund Fleiſch wieder um 1 kr. Silber geſtiegen (14 kr.), das Brod iſt um eine Kleinigkeit ſchwerer, Mehl bedeutend billiger. Die große Schlappe bei Csorna, vorwärts vom Neuſtädter See, iſt noch immer das Tagesgeſpräch. Officielles wurde noch nicht mitgetheilt. Die Brigade ſcheint faſt ganz aufgerieben, General Wyß und ein Major ſind nebſt ſehr vieler Mannſchaft, beſonders Uhlanen, gefangen, und vielleicht an 10 Kanonen verloren. Nicht Verrath, ſondern Kriegsliſt der Magyaren iſt Schuld an dieſer Niederlage; ſie verſteckten eine ſtarke Abtheilung im Dorfe in den einzelnen Häuſern und zogen ſich dann immer raſcher zurück. Als die Kaiſerlichen weit über das Dorf hinausgerückt waren, ſtellten ſich die Ungarn, umgingen die Flanke an der

Raabnitz und die Honveds fielen in den Rücken. Das Hauptquartier Haynau's iſt noch immer in Preßburg, wo der Czar und der Kaiſer zu Beſuch erwartet werden. Erzherzog Wilhelm iſt dem ruſſiſchen Monarchen nach Dukla entgegengereiſt.

In den hieſigen Spitälern graſſirt der Spitalbrand und der Scorbut. Der Mangel an Militärärzten iſt ſo ſtark, daß man das Anerbieten der baieriſchen Regierung, dortige Mediciner in öſterreichiſche Dienſte treten zu laſſen, in Erwägung zog. Die öſterreichiſchen Aerzte verlangen eine beſſere Behandlung und Officiersrang, ſonſt treten ſie nicht in den Dienſt, wo der alte Zopf noch vorherrſcht und ein Doctor weit hinter einem neugebackenen Lieutenant ſteht.

Auf die in Gotha anberaumte Verſammlung iſt unſer Miniſterium ſchlecht zu ſprechen; man nennt es ein Hirngeſpinnſt und haranguirt den Vertreter der Herzogthümer, daß ihr Souverain eine ſolche „unberechtigte, mandatloſe politiſche Verſammlung" nicht dulden ſoll. Das miniſterielle Blatt, der Oeſterreichiſche Correſpondent ſagt: „Ein ſolches Beginnen iſt eine Verirrung der unerhörteſten Art und jeder Redliche und Verſtändige, dem an der endlichen Aufklärung der deutſchen Finſterniß liegt, muß mit Entrüſtung der Verſammlung in Gotha entgegenſehen. Nicht als ob wir ein großes Gewicht auf die Wirkſamkeit dieſes Conciliabulums legten oder neue Verwickelungen von ihm beſorgten; wir beſtehen nur einfach darauf, daß Niemand ſich eine Berechtigung zulege, die ihm nicht gebührt und die ihn in die Lage ſetzen kann, individuellen Anſichten eine unrechtmäßige Verbreitung zu geben." Da liegt es. Man fürchtet die Gemäßigten, die Berufenen, die Autoritäten! Mit den Demokraten und Revolutionären der That wird man bald fertig; die Demokratie und Revolution der Geſinnung iſt dem öſterreichiſchen Miniſterium der ärgſte Greuel. Je näher man irgend einer Verſtändigung rückt, deſto wüthender wird Oeſterreich, deſſen jetzige Regierung nur bei der Uneinigkeit Deutſchlands ihren Zweck erreichbar findet. Die Anweſenheit des baieriſchen Prinzen und Miniſters ſoll zu einem Project betreffs Süddeutſchlands unter Oberhoheit Baierns, führen. Das iſt wohl die Rechnung ohne den Wirth Würtemberg. Eine feſte Grundanſicht hat Schwarzenberg über Deutſchland niemals gehabt und auch heute weiß er nicht, was er wollen ſoll. Er überläßt es dem Zufall und den Kanonen.

Die Gerichtsorganiſation iſt endlich erſchienen. Die nächſten Tage bringen mehrere dergleichen ſanctionirte organiſche Geſetze; auch das Grundentlaſtungsnormale. Heute wurde die hieſige Beſatzung auf die Verfaſſung beeidet, und geſtern celebrirten die geiſtlichen Würdenträger den Beſchluß ihrer Berathungen durch ein Hochamt. Was aber berathen und beſchloſſen wurde, iſt ein Geheimniß; nur ſo viel merkt man, daß die Schulen wieder unter geiſtliche Obhut kommen und jeder Verſuch, den Unterricht von den alten Schulfeſſeln zu befreien, unterdrückt, bedroht und beſtraft wird.

Als Präſident des zu errichtenden oberſten Gerichts- und Caſſationshofes wird der jetzige Unterſtaatsſecretär Ritter v. Mitis deſignirt, dem allgemeines Vertrauen entgegenkommt; dagegen kann die Ernennung Helferts zum Generalſtaatsanwalt in Böhmen und Hye's zum Miniſter des Unterrichts wohl nur als ein unzeitiger Spaß betrachtet werden.

Die Pariſer Ereigniſſe werden hier theils mit Angſt, theils mit Freude vernommen. Die Regierung weiß, daß ein verändertes Syſtem im franzöſiſchen Cabinete, dem Kaiſer unrettbar die Hälfte ſeines Reiches entriſſe. Erhält Ungarn von irgend einer Macht Succurs, ſo ſchlägt es durch die Begeiſterung ſeiner Einwohner, die ans Mährchenhafte ſtreift, die Heere beider Monarchen, und die Stimmung der Reſidenz wie Oeſterreichs jubelt den Magyaren entgegen. Paris iſt ruhig und das öſterreichiſche Miniſterium iſt wieder beruhigt.

* Das große Spital in der Nähe von Ollmütz im Kloſter Hradiſch reicht nicht mehr zu, um die bedeutende Zahl kranker und verwundeter Soldaten zu faſſen. Aus der ſogenannten Schulkaſerne in Ollmütz mußte das Militär ausziehen und den Kranken Platz machen. Der Erzbiſchof von Ollmütz hat zwar nicht ſein großes Palais in Kremſier, aber ein kleineres Schloß zu einem Militärſpital abgetreten. Kremſier wird herrlich renovirt. Das Huſarenregiment, „König von Preußen", iſt dieſer Tage aus Galizien in Ollmütz eingetroffen; die Hälfte deſſelben iſt dem Kaiſer treu geblieben und ſoll in der Umgegend von Ollmütz und Leipnik ſtationirt werden.

* In **Prag** finden faſt täglich Verhaftungen von Studenten, der Burſchenſchaft „Markomannia" angehörig, ſtatt. Auch wurden bereits von „der militäriſchen Unterſuchungscommiſſion in der k. k. Hofburg zu Prag" zwei Steckbriefe zur „Verfolgung der des Hochverraths rechtlich beanzeigten" Studirenden Franz Ermer (Mediciner) und Johann Rittig (Juriſt) erlaſſen. Beide waren Mitglieder der „Markomannia"; der erſte führte den Burſchennamen Roller und der zweite Brutus. Fortwährend erhält ſich das Gerücht, daß Ruſſen die jetzige kleine Garniſon verſtärken ſollen.

Prag, 16. Juni. Eine neue Rekrutirung iſt bei uns bereits wieder ausgeſchrieben. Das von Böhmen zu ſtellende Contingent wird auf 19 bis 26,000 Mann angegeben. Alle Altersklaſſen von 18 -36 Jahren müſſen looſen. Außerdem müſſen alle Patental-Invaliden einrücken, von denen 200 Mann mit 15 Feldwebeln und 35 Corporälen nach Wien als Krankenwärter abgehen werden. Bei Abſtellung der Rekruten dürfte es diesmal zu höchſt beklagenswerthen Exceſſen kommen, und das wird Niemanden Wunder nehmen, der erwägt, was unſer Land ſchon Alles leiſten mußte. Bald wird es bei uns an geſunden Handwerksleuten mangeln, da Alles die Waffen ergreifen muß. Die Cholera läßt nach. (Schleſ. Z.)

Berlin, 19. Juni. Ein hochſtehender Staatsmann erklärte kürzlich: Hannover, Sachſen, Baden und Mecklenburg hätten ſich für drei Dinge gebunden: für den Verfaſſungs-Entwurf, für das Schiedsgericht, für das Wahlgeſetz. Sollten Einzelkammern die Gültigkeit des Contractes beſtreiten, ſo würden jene Regierungen durch gleichzeitiges Ausſchreiben der Wahlen an ihr Land appelliren müſſen. Letzteres gelte von allen Denen, die ſchon eingetreten oder noch eintreten würden. Es iſt zu erwarten, daß dieſe Theorie von der Conferenz auch in ihrer neuen Geſtaltung anerkannt bleibt. Doch davon ſpäter.

Conſt. Corr. **Berlin,** 20. Juni. Heinrich v. Gagern hat zu der in Gotha in dieſen Tagen ſtattfindenden Verſammlung ehemaliger Mitglieder der Reichsverſammlung in Frankfurt Einladungen auch an viele preußiſche ehemalige Deputirte ergehen laſſen. Die Frage, in welcher Weiſe ſich die preußiſche Regierung dieſer Verſammlung gegenüber verhalten wird, ſcheint nicht ſchwierig zu beantworten zu ſein. Sie kann und darf jener Verſammlung den Charakter einer berechtigten Körperſchaft nicht zugeſtehen. Sie darf nicht zugeben, daß die aus derſelben etwa hervorgehenden Beſchlüſſe irgend einen rechtlichen Einfluß auf den Gang der Behandlung der deutſchen Verfaſſungsangelegenheit ſeitens der drei verbündeten Königreiche auszuüben Anſpruch machen, und ſie wird daher jede officielle Betheiligung ehemaliger preußiſcher Deputirten nicht geſtatten dürfen; aber ſie wird ſich andererſeits den moraliſchen Einfluß nicht leugnen können, welchen die Beſchlüſſe von Männern, denen Niemand beſtreiten wird, daß es ihnen wahrhaft um Deutſchlands Wohl und Einheit zu thun ſei, ausüben werden, und aus dieſem Geſichtspunkte, meinen wir, könnte es der preußiſchen Regierung nur erfreulich ſein, wenn auch preußiſche Mitglieder in Gotha erſchienen, von der Stimmung Preußens Kunde gäben und zu Beſchlüſſen zu führen ſich bemühten, welche das neue Verfaſſungswerk zu unterſtützen geeignet wären. Die Ueberzeugung, daß nur auf dem angebahnten Wege die Verwirklichung der Einheit Deutſchlands zu erreichen ſei, iſt bei Darbietung des von den drei Königreichen ausgehenden Verfaſſungswerkes leitend geweſen. Möge die Ueberzeugung der deutſchen Männer, welche in Gotha zuſammenkommen, ſich demſelben anſchließen, dann werden ſie weſentlich dazu beitragen, das Werk der Vollendung entgegenzuführen und dem Ruhme eifrigen und raſtloſen Strebens den Ruhm der Beſonnenheit und Mäßigung hinzufügen. Vom 18. bis 19. Juni Mittags ſind 18 Cholerаerkrankungsfälle angemeldet, unter denen ſich 8 Todesfälle befinden.

Lith. Corr. **Berlin,** 20. Juni. Die vor ihrem Erſcheinen oft erwähnte Schrift „Einige Worte zur Verſtändigung über den Krieg mit Dänemark, von einem norddeutſchen Staatsmanne" hat jetzt die Preſſe verlaſſen, und man wird nicht fehl gehen, wenn man dieſelbe einem Manne zuſchreibt, der vom Anbeginn der ſchleswig-holſteiniſchen Verwicklungen in denſelben eine bedeutende Stellung eingenommen hat. Der Verfaſſer hält die Revolution der Herzogthümer für berechtigt, doch iſt er für Beendigung des Krieges, da dieſer ihm zwecklos und unnütz erſcheint. Allein er verlangt — und dies iſt wohl der Kern der Schrift —

bei Feſtſtellung der Friedensbedingungen nicht unbeachtet zu laſſen, daß Dänemark den beſtehenden Rechtszuſtand verletzt und den Frieden gebrochen hat, daß Dänemark im Kampfe ſtets im Nachtheil geweſen iſt, daß Dänemark demnach durch den Friedensſchluß keinerlei Vortheile eingeräumt werden dürfen. Dieſe Geſichtspuncte ſind es, welche Hr. Bunſen in den diplomatiſchen Verhandlungen über den Krieg ſtets im Auge gehalten hat, und der Verfaſſer des Memorandums führt dieſelben weiter aus, indem er bemerkt: „Die Grundlage des Friedens ſcheint daher ſehr einfach zu ſein und im Weſentlichen darin beſtehen zu müſſen, daß Dänemark ſeine behaupteten Anſprüche an Schleswig unumwunden aufgebe, daß der König von Dänemark zwar ſeine Rechte als Landesherr der Herzogthümer behalte, ſo lange der däniſche Mannsſtamm vorhanden iſt, daß er aber die nöthigen Garantien dafür gebe, daß der Rechtszuſtand der Herzogthümer nicht aufs neue von däniſcher Seite geſtört werde. Daher muß der König, wie er wieder in die Regierung der Herzogthümer eingeſetzt wird, das Staatsgrundgeſetz vom 15. September 1848 anerkennen und damit die ſtaatliche Verbindung Schleswig-Holſteins, deſſen Vereinigung mit Deutſchland, die agnatiſche Succeſſion und die eigne Adminiſtration zugeſtehen." Die Erreichung dieſer Bedingungen ſcheint dem Verfaſſer übrigens nur auf zwei Wegen möglich: „entweder müſſen die Dänemark befreundeten Mächte, namentlich Rußland und England, mit Beſtimmtheit von Dänemark fordern, daß es von ſeinen grundloſen Prätenſionen abſtehe und den Friedenszuſtand wiederherſtelle; oder Preußen muß ſich entſchließen, den Krieg, ohne ſich um diplomatiſche Einſprache zu kümmern, mit Nachdruck fortzuſetzen und Dänemark durch ſeine überlegene Macht zum Frieden zu zwingen."

Breslau, 18. Juni. Der Kaiſer von Rußland hat ſeine Rückreiſe früher angetreten, als ſich das urſprünglich vermuthen ließ. Schon geſtern iſt derſelbe aus dem Hauptquartier in Dukla in Krakau wieder eingetroffen und hat gleich darauf ſeine Reiſe auf der Eiſenbahn weiter fortgeſetzt. Wie wir bereits gemeldet haben, begibt ſich der Kaiſer zunächſt nach Lowicz und von da nach Kaliſch. Nach letzterem Orte iſt bereits in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag der interimiſtiſche Commandirende von Schleſien, General-Lieutenant v. Lindheim, abgereiſt, um dort den Kaiſer zu erwarten. (Schleſ. Z.)

Köln, 21. Juni. Das hier ſtehende Bataillon des 30. Infanterieregiments hat plötzlich Befehl zum ſchleunigen Abmarſche nach Mainz erhalten. Es wird ſogleich per Dampfſchiff dahin abgehen. (Köln. Z.)

Augsburg, 20. Juni. Der am 17. d. ausmarſchirten Infanterie-Abtheilung folgten heute Morgen zwei Escadronen des hier liegenden Chevaurlegersregiments „König" in der Richtung nach Ulm. (Augsb. Abdztg.)

Neuſtadt a. d. H., 20. Juni. Geſtern Morgen iſt der Prinz von Preußen mit den um Neuſtadt liegenden Truppenmaſſen gegen Landau aufgebrochen. Der Einzug in dieſe Feſtung wurde den Preußen verweigert. Sie zogen gegen Candel, Annweiler, Bergzabern und die umliegenden Orte, um überall den Kriegszuſtand zu verkünden und die Waffen einzufordern. Bis heute ſind aus dem Canton Neuſtadt 1700 Stück Gewehre eingeliefert worden. (Fr. Journ.)

** Aus Würtemberg, 20. Juni. Schwerlich wird der Aufruf der Regentſchaft an die Wehrmannſchaften, ſich zu ſammeln und nach Baden zu ziehen, viel Erfolg haben. Der Riedlinger Auszug, und damit wohl überhaupt der Aufſtand des Oberlands iſt mißglückt. Wo ſonſt ein Auszug ſtattfindet, begreift er nur ganz wenige der Entſchloſſenſten; ſo ſind in Kirchheim noch in der Nacht nach Sprengung der Reichsverſammlung, durch falſche Gerüchte erhitzt, nach großer Unruhe in der Stadt durch Allarmiren der Bürgerwehr ꝛc. keine 100 Mann ausgezogen; ſie finden nirgends auf dem Lande Anklang, und wie viele von ihnen, wie viele von Tübingen, Reutlingen ꝛc. im Badiſchen ankommen werden, das wird ſich zählen laſſen.

≡ **Stuttgart**, 20. Juni. Das ohnedies durch die Scene von vorgeſtern beleidigte Gefühl für die Reichsverſammlung wird durch Taktloſigkeiten, wenn ſolche in dem traurigen Geſchäfte des zu Grabe-Tragens der Reichsverſammlung begangen werden, nur noch mehr aufgeregt. Dahin gehört das Schreiben des Staatsraths Duvernoy an den „Hrn Dr. Löwe von Calbe."

* **Stuttgart**, 20. Juni. Das Bureau der Reichsverſammlung hat, wie der Beobachter meldet, die würtembergiſchen Miniſter „wegen des gegen die Reichsverſammlung begangenen Verbrechens", bei dem Gerichtshof in Eßlingen verklagt. „Der Spruch des Gerichtshofes", meint der Beobachter, „iſt mit den eiſernen Ketten des Rechts an ein Geſetz gebunden, das, von der Reichsverſammlung gegeben und von dieſem Miniſterium ſelbſt verkündigt, die Zuchthausſtrafe über einen Angriff auf die Reichsverſammlung verhängt."

Stuttgart, 20. Juni. Geſtern Abend verſammelten ſich die noch anweſenden Mitglieder der Reichsverſammlung zu einer vertraulichen Beſprechung bei Emil Werner. Nach 4 Uhr verfügten ſie ſich in den dortigen Saal, der Raum war von Zuhörern gedrängt voll. Der Präſident Löwe fragte zuerſt, ob die Verſammlung auf ihrem geſtrigen Beſchluſſe, nur eine vertrauliche Beſprechung zu halten, beharren wolle oder nicht; nur im erſteren Falle könne er die Leitung übernehmen. Ein Mitglied wollte, daß zunächſt eine Ueberſicht der gegenwärtigen Lage gegeben werden ſolle, und daß dann erſt die Zuhörer abtreten ſollten. Löwe weigerte ſich, auch ſo den Vorſitz zu übernehmen, und erſuchte bald darauf die Zuhörer, ſich zu entfernen, da die Mehrzahl der Anweſenden nur eine vertrauliche Beſprechung unter ſich wünſchte. Die Zuhörer kamen dieſer Aufforderung alsbald nach. Eine große Anzahl von Reichstagsabgeordneten iſt bereits abgereiſt. Heute Mittag wird von einigen Mitgliedern der Reichsverſammlung und der würtembergiſchen Ständekammer den fremden Reichstagsabgeordneten und deren Frauen ein einfaches Abſchiedseſſen auf der Silberburg gegeben. Der Traiteur und die drei Turner, die am 18. d. verhaftet worden, wurden nach kurzem Verhöre wieder freigelaſſen, nachdem ſie ſich ausgewieſen hatten. (Schw. M.)

* Der Schw. M. widerſpricht der übertriebenen Schilderung des Beobachters von den Vorfällen am 19., namentlich der Angabe, einzelne Abgeordnete ſeien mißhandelt worden. Ueber den ganzen Vorgang werden weitere Berichtigungen in Ausſicht geſtellt, namentlich die Beantwortung der in der Kammer deshalb geſtellten Anfrage.

Die vereinzelten Unruhen im Lande ſcheinen ſich mehr und mehr zu beſchwichtigen. Zwar ſind in Tübingen neuerdings etwa 50 Wehrmänner, wovon die Hälfte Studenten, ausgezogen, um ſich mit badiſchen Freiſchaaren zu vereinigen; dagegen ſind aber die Riedlinger Wehrmänner großentheils in ihre Heimath zurückgekehrt, und ebenſo die ausgezogenen Patrioten von Waldſee, Ravensburg und Tettnang. Zahlreiche Zuſtimmungsadreſſen zu dem Verfahren des Miniſteriums kommen noch immer aus allen Theilen des Landes; auf der andern Seite freilich auch Adreſſen und Erklärungen zu Gunſten der Reichsverſammlung und Regentſchaft.

* **Stuttgart**, 21. Juni. Unter dem Siegel der Kanzlei der Reichsverſammlung geht uns Folgendes zur Veröffentlichung zu: „Nachdem die deutſche verfaſſunggebende Reichsverſammlung hier in Stuttgart durch ein gewaltſames Attentat am Forttagen verhindert iſt, fordert das Präſidium in Folge der Ermächtigung vom 30. April und mit Rückſicht auf den Beſchluß vom 19. Mai wonach die Reichsverſammlung bis zum Zuſammentritt des erſten Reichstages permanent ſein ſoll, alle Mitglieder, insbeſondere die bis jetzt abweſend gebliebenen hiermit auf, ſich nach Karlsruhe zu begeben und ſich bis zum 25. d. M. in dem dort eingerichteten Anmeldungsbureau einzeichnen zu laſſen. Sie werden daſelbſt benachrichtigt werden, wann und wo die nächſte Sitzung der Reichsverſammlung ſtattfinden ſoll. Stuttgart, den 21. Juni 1849. Das Präſidium der deutſchen verfaſſunggebenden Reichsverſammlung. Der Präſident: Löwe. Der Schriftführer: Reinſtein."

Ulm, 19. Juni. Der geſtrige Tag verlief ganz ruhig; doch waren hinreichende Maßregeln getroffen, um neuen Ausbrüchen auf das Entſchiedenſte durch Bürgerwehr und Garniſon entgegen treten zu können. Das ſogenannte Freicorps iſt aufgelöſt. Die Unterſuchungen gegen die vielen Verhafteten haben ungeſtörten Fortgang, wobei ſchon als wahrſcheinlich ſich herausgeſtellt hat, daß der einzige Gebliebene durch einen meuchelmörderiſchen gegen die Baiern gerichteten Schuß gefallen iſt. Nach ſichern Nachrichten treffen heute zwiſchen Günzburg und Neu-Ulm einige Bataillone Infanterie nebſt Geſchützen ein, welche zu dem baieriſchen Obſervationscorps in Donauwörth gehören und jetzt an der Iller in hieſiger Gegend Cantonnirungen beziehen ſollen. Von Ankunft öſterreichiſcher Truppen iſt nichts bekannt. Da unſere Regierung, wie es beſtimmt heißt, ins Mittel getreten iſt, ſo iſt von augenblicklicher Einſtellung der Feſtungsarbeiten, wodurch mehrere tauſend Menſchen arbeitslos geworden wären, vor der Hand keine

Rede. Vorgeſtern Nacht ſammelten ſich freiwillig viele hundert Feſtungsarbeiter, um nöthigenfalls der bewaffneten Macht gegen die Ruheſtörer unter Anführung der Ingenieurofficiere Beiſtand zu leiſten. (Schw. M.)

⊙ **Hechingen**, 18. Juni. Nach einer kurzen Notiz in Nr. 163 der Deutſchen Zeitung könnte man glauben, die Deputation und Regierung von Hechingen beabſichtige ein Bündniß mit Baden und der Rheinpfalz. Die Sache iſt aber nicht ſo bedenklich. Die Deputation hat an die Regierung das Anſinnen geſtellt, mit den Regierungen von Würtemberg und Sigmaringen ins Vernehmen zu treten, um das reichsgeſetzliche Bündniß aller Reichsländer, einſchließlich Badens und der Rheinpfalz zur Geltung zu bringen u. ſ. w. Da Hechingen vermöge ſeiner geographiſchen Lage keine andere Politik haben kann als das Königreich Würtemberg, ſo war die Regierung zu einer Communication mit der königlich würtembergiſchen Regierung über die angeregten Puncte gerne bereit. Die ſofort eingeleiteten Verhandlungen hatten gar keinen Erfolg.*)

Karlsruhe, 19. Juni. Nach zuverläſſigen Nachrichten ſind auf Befehl des Obergenerals Mieroslawski die Brücken über den Neckar bei Mannheim, Ladenburg und Heidelberg unterminirt. (Schw. M.)

Karlsruhe, 19. Juni. Was geſtern Mittag mit der Artillerie aus der Pfalz hier ankam, war nur Vortrab; Abends nach 8 Uhr und ſpäter kam erſt das Hauptcorps, bei 6000 Mann; ſie wurden noch in die Umgegend vertheilt und theilweiſe mit Extrazügen nach Durlach (wohin auch 60 Chevaurlegers kamen), Weingarten u. ſ. w. befördert. Die letzten Züge gingen ſehr ſpät in der Nacht fort. Die Nachhut unter Willich brachte die letzte Nacht (18—19. Juni) in Darlanden zu und zog heute Mittag 12 Uhr in die Stadt ein. Voraus ging ein Freiſchärler-Zimmermann, es folgten zwei gleichkoſtümirte Scharfſchützen, darauf Willich in weißem Freiſchärlerhut, großem rothem Bart à la Hecker, blaue Blouſe, zwei Piſtolen im Gürtel, eine Reitpeitſche in der Hand; er ritt auf einem Schimmel, Brentano und Mayerhofer begleiteten ihn. Hinter dieſen dreien der Generalſtab zu Pferd, darauf folgten Scharfſchützen und Musketiere abwechſelnd, mit großen deutſchen und rothen Fahnen; auch die Legion aus Beſançon iſt in dieſem Corps; zum Schluß Senſenmänner und die Bagagewagen, alles aufs Maleriſchſte. Im Corps iſt auch eine junge Amazone mit ihrem Gatten und ihrem Bruder; ſie ſteht auf dem rechten Flügel in Reih und Glied, trägt ein ſchwarzes Hütchen mit Feder, Sammtſpenzer, ſchwarze Handſchuhe, kurzen blauen Rock mit rothen Streifen, graue Hoſen, im Gürtel zwei Terzerole, in der Hand einen kleinen Stutzer. Der Zug ging auf den Marktplatz, wo wegen der Einquartirung unterhandelt wurde. Der Oberbürgermeiſter wollte in Betracht der bereits gehabten großen Einquartierungslaſt ablehnen, aber am Ende bekam die Mannſchaft Quartierbillete bis 4 Uhr. Die Pfalz iſt nun von allen Freiſchaaren gänzlich frei. Die ganze pfälziſche Armee hat ſich ins Badiſche zurückgezogen und ſoll theils am Rhein, theils am Neckar gegen Mosbach hin gegen die von dort heranrückenden Baiern verwendet werden. Ein Befehl des Oberbefehlshabers Mieroslawski ſoll die Pfälzer herüber berufen haben. Abends. Willich mit ſeinem Corps (ungefähr ein Bataillon) geht nicht fort, ſondern bleibt vorerſt noch hier. Einige patriotiſche Bürger gaben einige Fäßchen Bier zum Beſten, die auf dem Marktplatze geleert wurden. Darauf zog das Corps auf den Schloßplatz, wo exercirt wurde. Das ganze Corps iſt nach dem, was ich geſehen habe, im Exercitium noch weit zurück. Dieſen Abend höre ich, der Großherzog ſei als Landesverräther erklärt (von wem, kann ich nicht angeben); eine Commiſſion (beſtehend aus Ziegler, Dänzer u. A.) nimmt abermals den Inhalt des Schloſſes auf, das von Volkswehr umſtellt iſt. Geſtern lief bei hieſiger Stadtcommandantſchaft folgende Meldung ein: „Der Inſtructor der B—r Bürgerwehr erſcheint und gibt an, er habe geſtern mit 32 Mann Quartier in Deutſchneureuth bezogen, und nachdem heute Mittag um 3 Uhr eine Abtheilung pfälziſcher Volkswehr anrückte, ſo ergriff die ganze Mannſchaft die Flucht, in der Meinung, es ſeien Preußen." (Schw. M.)

*) Wir ſind ſehr dankbar für die obige Erläuterung. Die fragliche Notiz war dem Schwäbiſchen Merkur entnommen, der den gleichen Zweifel über das richtige Verſtändniß zuließ.

Villingen, 17. Juni. Geſtern weilten von Freiburg und Donaueſchingen kommend zwei Stuttgarter in unſeren Mauern. Dem Vernehmen nach wollten ſie ſich von der Stärke des würtembergiſchen Freicorps, von dem ihnen in Karlsruhe eine glänzende Schilderung gemacht worden ſein ſoll, ſelbſt überzeugen; dieſe Invaſionsarmee beſteht jedoch zur Zeit aus — 17 Mann; in anderen Stationen befinden ſich gleichfalls nur einzelne meiſt in kläglichem Zuſtande, da ihnen die Bürger kein Quartier gewähren wollen. Man kann leicht ermeſſen, welchen Eindruck dieſe Freiſchaar auf ihre beiden Landsleute gemacht hat. Dem Vernehmen nach gehen dieſelben nach Rottweil, Oberndorf, Schramberg ꝛc., um ſich auch dort vom Stande der Dinge ſelbſt zu überzeugen, indem man wiſſen will, daß die badiſche Regierung für gewiſſe Fälle ſehr ausgedehnte Vollmachten ausgeſtellt habe. (Schw. M.)

Mannheim, 19. Juni. Seit vorgeſtern hat ſich nichts Erhebliches hier und in der Umgegend zugetragen. Das Feuern iſt ſowohl hier als in Ludwigshafen ſo ziemlich eingeſtellt, nur geſtern Abend ſpät fielen vom jenſeitigen Ufer 6 Kanonenſchüſſe auf unſere Stadt, die Kugeln, die hier eindrangen, zündeten nicht, und die Schüſſe blieben dieſſeits unerwiedert. An der Vertheidigung der Stadt wird fortwährend aufs Eifrigſte gearbeitet. Man erwartet heute Nacht Angriffe; es ſollen in der Rheinpfalz bereits baieriſche Truppen eingetroffen ſein. (Schw. M.)

Weinheim, 21. Juni, 4½ Uhr Abends. Soeben kommen wir von unſerem Beobachtungspunkt, dem Judenbuckel. Bis um vier Uhr dauerte das Gefecht, alſo in Allem ſechs Stunden. Es endete nach einem heftigen Kanonenfeuer. Man ſchlug ſich in einer ausgedehnten Linie und wich nicht vom Platze. Es ſcheint, daß die Preußen auf ihrem rechten Flügel, welcher jenſeits der Eiſenbahn ſich am Neckar ausdehnte, die Stellung der Badiſchen in Verwirrung brachten.

Einige Minuten ſpäter: Soeben kommen Leute, welche als gewiß melden, daß die Preußen den Neckar bei Ladenburg überſchritten haben. (Fr. Journ.)

Weinheim, 22. Juni. Ladenburg ſammt der Brücke iſt geſtern von den Preußen ohne großen Verluſt genommen worden; heute erwartet man die Beſetzung von Mannheim. Wiesloch, zwiſchen Bruchſal und Heidelberg gelegen, iſt durch eine von Philippsburg dahin abgegangene preußiſche Abtheilung beſetzt worden. Die Reichstruppen unter General v. Peucker ſind bei Hirſchhorn und Eberbach bis an den Neckar vorgerückt und ſollen heute den Uebergang bewerkſtelligen. Die badiſche Streitmacht hat bei Raſtadt eine feſte Stellung eingenommen. (Frankf. J.)

Kaſſel, 18. Juni. Der allgemeine Enthuſiasmus für eine deutſche Flotte ſtellte auch hier ſo große patriotiſche Opfer dafür in Ausſicht, daß das vorjährige Volkscomite ſich gern der Annahme dieſer Beiträge unterzog. Der Caſſirer empfing denn auch wirklich zuſammen 40 Thlr. 15 Sgr., zu welcher Summe dann noch 165 Thlr. 5 Sgr. beigefügt wurden. Von der Stadt Kaſſel und deren Umgebung mußte man natürlich und mit Recht ein ganz anderes Reſultat zur Erreichung eines ſo großen Zweckes um ſo mehr erwarten, als es an Verſprechungen und Zuſicherungen von vielen Enden und Orten nicht fehlte, weshalb man billigerweiſe Anſtand nehmen mußte, den ſo unbedeutenden Betrag als Ergebniß der Kaſſelſchen Beſtrebung zur Erlangung einer einheitlich deutſchen Flotte abzuſenden. Als jedoch der Patriotismus von Tag zu Tag kleiner wurde, verſchwanden auch die letzten Hoffnungen zu weitern Beiträgen, und ſo iſt denn nun Das, was von patriotiſchen Herzen geopfert wurde, an das deutſche Reichsminiſterium abgeſandt. (K. A. Z.)

△ **Aus dem Bückeburgiſchen**, 19. Juni. Was ich Ihnen unlängſt über die Stimmung der in Jütland und Schleswig befindlichen Reichstruppen ſchrieb, das ſcheint ſich nach allen weitern mir zugegangenen Nachrichten nur allzuſehr zu beſtätigen. Nicht nur in allen Briefen von Soldaten unſeres kleinen Contingents ſpricht ſich das ärgſte Mißtrauen und der tiefſte Unwille gegen General v. Prittwitz aus, ſondern — wie ich von unſern Nachbarn in der Grafſchaft Schaumburg gehört habe, — athmen die dorthin vom Kriegsſchauplatz gelangten Briefe den gleichen Geiſt. Was die Officiere in ihren Briefen (von denen Sie einen in der Weſerzeitung werden geleſen haben) nur leicht andeuten, aber doch nicht ganz unterdrücken mögen, das ſpricht der Gemeine offen und derb aus — das ſchauerliche Wort „Verrath", namentlich auch mit unmittelbarer Beziehung auf das den Kurheſſen zugeſtoßene Unglück. Natürlich wird kein Beſonnener einem ſolchen Verdacht beipflichten; aber es iſt doch

ſchlimm, ſehr ſchlimm, daß nur überhaupt ein ſolcher Verdacht gegen den Oberfeldherrn Wurzel faſſen und ſich ſo weit verbreiten konnte! Aeußerte doch kürzlich ein hier durch marſchirender beurlaubter Soldat geradezu, es ſei zu befürchten, daß Prittwitz einmal von den erbitterten Soldaten vor der Front erſchoſſen werde! Welche Gefahren der Demoraliſation für unſere bisher vom beſten Geiſte beſeelten Truppen, welche Deutſchlands Einheit dem Auslande gegenüber noch würdig repräſentirt haben, während im Innern der Bürgerkrieg tobt. Und wer trägt die Schuld hiervon? Offenbar das preußiſche Miniſterium, welches durch die ertheilten Inſtructionen dem Feldherrn die Hände bindet. Freilich hätte dieſer ſchon längſt, gleich Camphauſen, abdanken ſollen, ſtatt die militäriſche und perſönliche Ehre ſeines Namens als Werkzeug eines ſolchen Miniſteriums aufs Spiel zu ſetzen. Denn daß dieſes Miniſterium die ſchleswig'ſche Angelegenheit ganz im Sinne der berüchtigten Wildenbruch'ſchen Note behandelt, dafür bürgt leider nicht nur der Name des zeitigen Unterhändlers, Hrn. v. Schleinitz, eines eingefleiſchten Anhängers des ancien regime, ſondern auch die bedenkliche Aeußerung manches Eingeweihten.

So z. B. verweilt nur 1½ Stunden von hier auf ſeinem an der heſſiſch-preußiſchen Grenze gelegenen Gute Dankerſen der preußiſche General v. Ditfurth, früherer Stadtcommandant von Berlin, welcher erſt unlängſt mit ſeiner zahlreichen Familie von Berlin angekommen und ſeiner Stellung nach als wohlunterrichtet zu betrachten iſt. Derſelbe ſoll glaubwürdigem Vernehmen zufolge mehrfach geäußert haben, daß nach der Erzählung des kürzlich von Warſchau zurückgekehrten, dem Kaiſer Nikolaus perſönlich ſehr befreundeten Generals v. Rauch, der Kaiſer mit Thränen im Auge erklärt habe, er könne und dürfe dem Rebellenkampfe der Schleswig-Holſteiner gegen ihren legitimen Oberherrn nicht länger unthätig zuſehen, wenn ſein königlicher Schwager demſelben noch länger Vorſchub leiſte. Auch ſei der König, welcher nicht frei geweſen, als er im vorigen Frühjahr den Krieg beſchloſſen, bereits ſo ziemlich für dieſe faſt von allen höheren preußiſchen Militärs und natürlich auch vom Miniſterium Manteuffel getheilte Anſicht gewonnen geweſen; da habe der „von der ſchlimmen Luft der Paulskirche inficirte" Herr v. Radowitz die Abweſenheit Rauch's benutzt, um wieder Unkraut unter den Waizen zu ſäen und den König umzuſtimmen. Indeſſen ſei zu hoffen, daß Dänemarks „gerechte Sache" beim Friedensſchluß obſiegen werde. So urtheilt ein preußiſcher Legitimitätsritter, den man getroſt als einen der würdigſten Repräſentanten der ganzen Gattung betrachten darf; ein Mann welcher als Menſch und Krieger höchſt achtbar iſt, und auch in Berlin beim Volke weiland ſo beliebt war, daß er, weithin kenntlich durch ſein Silberhaar, am 19. Mai vorigen Jahres ungefährdet bis dicht an die Barricaden gehen durfte, um nach ſeinem Sohne auszuſchauen; welcher aber bei alle dem ſelbſt ſeine Sympathie für den preußiſchen Waffenruhm ſeinem vermeintlichen Legitimitätsprincip und ſeiner Antipathie gegen Alles, was nach Revolution riecht, unbedingt unterordnet.*) Freilich geben ſich dieſe Herren nicht leicht die Mühe, eine der gründlichen über die ſchleswig'ſche Streitfrage erſchienenen publiciſtiſchen Schriften zu ſtudiren, wie zum Beiſpiel die mit großer Klarheit und Faßlichkeit geſchriebene Denkſchrift von Bunſen: ſie ſehen vielmehr mit ſouveräner Verachtung auf dieſe „Federfuchſerei" herab; ihnen genügt die Thatſache, daß „Unterthanen" gegen ihren „legitimen" König aufgeſtanden ſind, um unbedingt den Stab über ſie zu brechen. Sehr beachtenswerth bleibt es aber, daß jetzt ſowohl die ultramontane, als die ſtockpreußiſche Partei gleichmäßig über Herrn v. Radowitz herfällt; dieſer Umſtand legt jedenfalls ein günſtiges Zeugniß für den in vieler Hinſicht räthſelhaften Mann ab, der während ſeines Aufenthalts in der Paulskirche zwar Nichts vergeſſen, wohl aber „viel gelernt" haben mag, und der jetzt eine deutſchere Geſinnung zu entfalten ſcheint, als man ihm bisher gewöhnlich zugetraut hat. Im Intereſſe unſerer kurheſſiſchen Nachbarn will ich hier noch die Bemerkung anreihen, daß ſcharfblickende Politiker den jetzigen Aufenthalt des Exminiſters v. Dörnberg, früheren kurheſſiſchen Geſandten am Berliner Hofe, in dem ſtillen Rinteln und deſſen jeweiligen Reiſen zu ſeinem „in Berlin ſtudirenden" Sohne als ein Vehikel geheimer Unterhandlungen zwiſchen dem Kaſſeler und Berliner Hofe mit Umgehung des kurheſſiſchen Miniſteriums betrachten.

*) Möglich freilich, daß zu dieſem prinzipiellen Gegenſatz auch noch perſönliche Gründe hinzutreten; denn der Hr. General, welcher im Dienſt einen Gehalt von 12,000 Rthlr. bezog, hat dem Vernehmen nach in Folge der März-Revolution circa ⅓ ſeines frühern Einkommens verloren — bleibt freilich immer noch ein ganz anſtändiger Reſt!

§ **Mainz**, 22. Juni. Die Nachricht, daß Hr. Zitz auf Befehl des Generals Hirſchfeld ſtandrechtlich erſchoſſen worden ſei — brauche ich es Ihnen zu ſagen? — war rein aus der Luft gegriffen, gerade ſo wie die von der lebensgefährlichen Erkrankung ſeines Genoſſen und böſen Genius Bamberger. Zitz hält ſich vielmehr, wie man aus einer glaubwürdigen Quelle vernimmt, jetzt in Baſel auf, geiſtig und körperlich geknickt, verſtörten Gemüths und momentanen Mangel leidend. Der Vorwurf renommiſtiſcher Feigheit und Poltronnerie wird ihm in einigen Blättern mit Unrecht gemacht. Von Anfang an in den Strudel der Revolution mehr hineingeriſſen, als ihm freiwillig und ſelbſtbewußt folgend, hat dieſer ſeinem inneren Weſen nach durch und durch ariſtokratiſche Charakter gewiß immer eine geheime Scheu vor der chaotiſchen Macht der unteren Volksſchichten gehabt, auch wenn er ſie ſelbſt heraufbeſchworen, und ſo war er es auch in Ebernburg und Kirchheimbolanden, der ſtets zu zügeln, zu ordnen, vordringlichen Eifer in Schranken zu halten hatte, ſo daß er ſeine, wie es ſchien, im Feuer geſtählte Popularität bei den Freiſchärlern bald einbüßte. Viele zurückgekehrte Freiſchärler wiſſen nicht genug gegen ihn loszudonnern. Wer ihn aber nur entfernt kennt und zu beurtheilen verſteht, der weiß, daß Verlaſſen der Fahne aus Feigheit bei ihm eine Unmöglichkeit iſt. Auf der Mainzer Zeitung figurirt, ſeitdem auch gegen den Mitredacteur Bamberger's, Hrn. Bölſche, ein Verhaftsbefehl erlaſſen und derſelbe flüchtig geworden iſt, Herr Ludwig Lippert als Redacteur. Die Zeitung iſt ſeitdem etwas vorſichtiger und gewiſſenhafter in Aufnahme von falſchen Nachrichten geworden. Wir leben hier im halben Belagerungszuſtande. Die Militärbehörde übt vollſtändig die Zeitungspolizei, befiehlt und verbietet den Redacteuren bald zu reden, bald zu ſchweigen. Ein Zuſammenlauf, den Ihr Correſpondent mit eigenen Augen angeſehen, aber viel zu unbedeutend gehalten hat, um Ihnen auch nur eine Zeile darüber zu ſchreiben, hat unverzüglich zur Folge gehabt, daß die Militärpatrouillen die Weiſung erhielten, jeden „Tumultuanten" ſofort auf die Citadelle zu verbringen. Bisher wurden Civilperſonen von den Patrouillen immer erſt der Civilbehörde ausgeliefert. Sie ſehen alſo — Standrecht in milder Form!

Schwerin, 18. Juni. In der heutigen Sitzung des Landtags erfolgte die langerwartete Rückäußerung der ſchwerin'ſchen Regierung auf den vom Landtage in erſter Leſung beſchloſſenen Verfaſſungsentwurf. Die Antwort iſt in ſehr weſentlichen und zahlreichen Punkten ablehnend und die Regierung geht faſt durchweg auf den dem Landtage gleich anfangs vorgelegten Entwurf zurück, den der Landtag durch ſeine Verfaſſungscommiſſion beſeitigte. In Bezug auf den vorgelegten Verfaſſungsentwurf heißt es, derſelbe erſcheine „als das Product einer abſtracten Auffaſſung, deren Conſequenzen den Beſtand der Monarchie gefährden." Namentlich „die Rechte des Großherzogs" werden ſehr ſtark betont. Auch in Mecklenburg iſt demnach der Conflict der Volksvertretung und der Regierung da und eine Octroyirung ſteht in Ausſicht. (N. f. P.)

Großbritannien.

* **London**, 18. Juni. (Der amtliche Briefwechſel in Betreff der römiſchen Angelegenheiten. Schluß.) Das fünfte Aktenſtück iſt ein Schreiben Palmerſton's an den Marquis von Normanby, datirt den 9. März. Der britiſche Miniſter des Auswärtigen bemerkt darin, daß zwar Großbritannien, ſchon ſeiner geographiſchen Lage nach, nicht ganz in dem Grade, wie etwa Frankreich, bei der römiſchen Angelegenheit betheiligt ſei, aber ſie doch, ſchon ihrer allgemein europäiſchen Bedeutung wegen, keineswegs mit gleichgültigen Blicken betrachten könne. Großbritannien ſei freilich ein weſentlich proteſtantiſcher Staat, aber die Königin habe auch mehrere Millionen katholiſcher Unterthanen, weshalb die britiſche Regierung wünſchen müſſe, daß der Papſt in eine ſolche weltliche Stellung gebracht werde, die ihm erlaube, in der Ausübung ſeiner geiſtlichen Funktionen ganz unabhängig zu handeln. Die britiſche Regierung hätte gewünſcht, daß die Streitpunkte zwiſchen dem Papſt und ſeinen Unterthanen durch Verhandlungen hätten beigelegt werden können, entweder durch unmittelbare Auseinanderſetzung zwiſchen dem Papſt und ſeinen Unterthanen, oder mittelbar durch die Dazwiſchenkunft befreundeter Mächte. Aber, heißt es wörtlich weiter, eine unmittelbare Verhandlung zwiſchen dem Papſt und ſeinen Unterthanen ſcheint jetzt durch den Gang, den

die Ereigniſſe zu Rom genommen haben, wie durch die Tendenz der Rathſchläge, welche dem Papſt durch die ihn zu Gaeta umgebenden Perſonen eingeflüſtert werden, unmöglich gemacht zu ſein. Doch verharrt Lord Palmerſton auch in dieſer Note noch immer bei der Anſicht, daß es auch bei dieſer Lage der Dinge möglich ſei, die beſtehenden Streitpunkte auf friedlichem Wege diplomatiſcher Vermittelung auszutragen und den Papſt in ſeine weltliche Macht zu Rom wieder einzuſetzen, ohne daß es nothwendig ſei, zur Anwendung von Waffengewalt ſeine Zuflucht nehmen zu müſſen. Denn es ſei Grundſatz der engliſchen Regierung, nie, wo noch auf die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung Ausſicht ſei, ein bewaffnetes Einſchreiten gerechtfertigt und ein ſolches nur für den äußerſten Fall erlaubt zu halten. Die engliſche Regierung glaube, es werde hinreichend ſein, wenn die fremden, bei der Wiederherſtellung der Ruhe in Rom betheiligten und dazu berufenen fremden Mächte auf der einen Seite entſchieden und einmüthig erklärten, daß ſie feſt Willens ſeien, für die Wiederherſtellung der Ruhe in Rom Sorge tragen zu wollen, aber zugleich auf der andern Seite dem römiſchen Volke die früher verliehenen verfaſſungsmäßigen Rechte garantirten. Das würde die Minderheit, welche ſich der Oberleitung zu Rom bemächtigt, zur Vernunft bringen, der eingeſchüchterten und übergerannten Mehrheit aber neuen Muth und neues Vertrauen einflößen. Zum Schluſſe dieſes Schreibens drückt Palmerſton ſeine Freude darüber aus, daß der Papſt ſich in ſeiner Noth auch an Frankreich, welches in dieſer Angelegenheit von dem „Concert" der dabei betheiligten Mächte nicht ausgeſchloſſen werden dürfe, bittend gewandt habe, ferner ſeine Uebereinſtimmung mit der von Frankreich ausgeſprochenen Anſicht, daß auch Sardinien zu den betreffenden Unterhandlungen hinzugezogen würde. Denn geſetzt auch, alle friedlichen Vermittelungsverſuche ſchlügen fehl und man ſähe ſich genöthigt, zuletzt zum äußerſten Mittel, zur bewaffneten Intervention, zu greifen, ſo würden ſardiniſche Truppen hierzu viel geeigneter ſein, als die Truppen Oeſterreichs oder irgend eines andern nichtitalieniſchen Staates.

Das ſechſte Schreiben iſt vom Marquis von Normanby an Lord Palmerſton gerichtet, mit Einſchluß einer Note des Cardinals Antonelli an die Repräſentanten aller befreundeten Mächte, worin ſie aufgefordert werden, gemeinſam für die Wiederherſtellung des päpſtlichen Anſehens Sorge zu tragen.

Das letzte dieſer Actenſtücke iſt das Antwortſchreiben Palmerſton's auf das eben erwähnte Schreiben des Marquis von Normanby und trägt das Datum vom 27. März. Der britiſche Miniſter bittet darin den engliſchen Geſandten zu Paris, dem Nuntius zu verſichern, mit welch tiefem Bedauern die britiſche Regierung die Kunde von den zwiſchen dem heiligen Vater und ſeinen Unterthanen entſtandenen Streitigkeiten, von der Ermordung des Grafen Roſſi, der Abreiſe des Papſtes aus ſeinen Staaten und der Verkündigung der römiſchen Republik vernommen habe. Marquis von Normanby möge ihm aber zugleich auch erklären, daß England aus gewiſſen Gründen nicht wünſche, an den betreffenden Verhandlungen irgend einen thätigen Antheil zu nehmen, daß aber die britiſche Regierung ſehr erfreut ſein würde, wenn dieſe Verhandlungen zu einem glücklichen Ziele führten. Der Schluß dieſes Schreibens lautet: „Aber es iſt die Anſicht von J. M. Regierung, daß eine ſolche Verſöhnung (zwiſchen dem Papſte und ſeinen Unterthanen) kaum erzielt, oder wenn für den Augenblick erzielt, doch nicht dauernd ſein könne, wenn nicht ihre Baſis in der Verpflichtung des Papſtes beruht, das verfaſſungsmäßige und repräſentative Regierungsſyſtem aufrecht zu erhalten, welches er ſeinen Unterthanen im vergangenen Jahre gewährt hat, und wenn nicht die Trennung der geiſtlichen Autorität von den weltlichen Staatseinrichtungen und Gewalten ſo klar und beſtimmt vollzogen wird, um den mancherlei Beſchwerden ein Ziel zu ſetzen, wozu die Vermiſchung der geiſtlichen und weltlichen Gewalt in den römiſchen Staaten ſo lange Zeit ſchon Anlaß gab. Von welch großer Bedeutung es ſei, Laien zu Verwaltungs- und Richterſtellen zuzulaſſen, das iſt dem verſtorbenen Papſte bereits in einer im Jahre 1832 der päpſtlichen Regierung durch die Geſandten Oeſterreichs, Frankreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands überreichten Denkſchrift auseinander geſetzt worden, und die Ereigniſſe, welche ſich ſeitdem nicht nur in den römiſchen Staaten, ſondern auch im übrigen Europa begeben haben, dienen nur zu einem noch deutlicheren Beweiſe, wie wichtig es ſein würde, Reformen dieſer Art gänzlich und vollſtändig zur Ausführung zu bringen." Gez. Palmerſton.

Die London Gazette theilt die aus Wien den 7. Juni datirte Anzeige der Blokade des Hafens von Ancona mit. Es heißt darin: „Da dieſe Blokade einzig und allein den Zweck hat, zu der Wiederherſtellung der geſetzlichen Autorität innerhalb des Kirchenſtaats beizutragen, ſo folgt daraus, daß ſie, nach Erreichung dieſes Zweckes, ſofort aufgehoben werden wird."

Frankreich.

* **Paris**, 20. Juni. Die Legislative hat heute keine Sitzung gehalten und die Journale bringen wenig von Intereſſe. Die meiſten beſchäftigen ſich mit der geſtrigen Aeußerung des Repräſentanten Eſtancelin, daß er weniger Gefahr in dem Einbruche einer fremden Armee, als in dem Einbruche fremder Revolutionäre erblicke, eine Aeußerung, welche ſelbſt die Organe der Rechten als ſehr — unvorſichtig bezeichnen. Bei dieſem Mangel an allem friſchen Stoff erregte der ſoeben erſchienene ausführliche Bericht des Generals Changarnier über die Ereigniſſe vom 13. Juni einiges Aufſehen und wir entnehmen demſelben die bezeichnendſten Stellen: „Die ſeit einiger Zeit — heißt es darin — von den einflußreichen Mitgliedern der Minorität der Nationalverſammlung angenommene Haltung, die unaufhörlichen und jeden Tag wüthender werdenden Herausforderungen der anarchiſchen Preſſe, die Ankündigung einer Manifeſtation, zu der alle in Paris gährenden Elemente der Unordnung eingeladen waren, kurz alles hatte mir ſeit dem 10. Juni die Gewißheit gegeben, daß wir bei einer Kriſis angekommen ſeien und daß die Geſellſchaft noch ein Mal in dem Fall ſtehen werde, für ihre Stellung durch die Gewalt der Waffen zu ſorgen. Von dieſem Augenblicke an waren alle meine Beſtrebungen dahin gerichtet, auf die Anarchiſten das Gewicht einer jener Zurechtweiſungen fallen zu laſſen, welche, indem ſie bei den Bevölkerungen ein dauerhaftes und heilſames Andenken hinterlaſſen, der durch die Parteien erſchütterten Regierung die Mittel verleihen, ſich wieder zu befeſtigen und ihre Feinde lange Zeit im Zaume zu halten. Sie kennen die Streitkräfte, welche zur Vertheidigung von Paris dauernd zu meiner Dispoſition geſtellt worden ſind. Benachrichtigt durch das von der Tribüne herab gegebene Signal, glaubte ich den Augenblick gekommen, dieſe Streitkräfte durch Herbeiziehung der nächſten Garniſonen noch zu vermehren." (Hier folgen nun militäriſche Details.) „Die um das Conservatoire des Arts et Métiers vereinigten Inſurgenten bildeten die Garde der neuen Regierung, deren Mitglieder ſich nur mit Mühe über die erſten Maßregeln verſtändigt hatten. Unter ihnen befanden ſich furchtſame Perſonen, die ſchon über eine Rolle in Verlegenheit gerathen waren, die jeder Augenblick gefahrvoller machte, und andere Entſchloſſenere, die vor der äußerſten Mitteln nicht zurückweichen wollten; dieſe letztern ſiegten und bewirkten den Entſchluß, den vorläufigen Sitz des Convents durch Barricaden zu vertheidigen, die in der That ſofort errichtet wurden." (Folgen abermals militäriſche Details, aus welchen übrigens hervorgeht, daß die Artillerie-Legion der Nationalgarde mehrere Male auf die Regierungstruppen gefeuert hat.) „So endete dieſer Tag (heißt es am Schluß), der faſt ohne alles Blutvergießen der Geſellſchaft einen glänzenderen und vollſtändigeren Sieg verſchafft hat, als ein erbitterter Kampf gewähren konnte. Dieſer Tag hat die Armee für die Beleidigungen der Anarchiſten gerächt, die unausgeſetzt Zweifel an ihrer gewiſſenhaften Treue gegen die Fahne ausſtreuten. Die Armee erwartete die Gelegenheit, die Geſinnungen, von denen ſie beſeelt iſt, zu beweiſen; die ganze Bevölkerung von Paris hat ſich endlich beruhigen können, als ſie unſere Soldaten, deren Muth ich zügeln mußte, in der eifrigen Verfolgung der unverſöhnlichen Feinde der Geſellſchaft begriffen ſah. Seit dem Tage ihres Zuſammentritts ſah die legislative Verſammlung in ihrer Mitte eine heftige Partei ſich erheben, die, indem ſie der Majorität das verfaſſungsmäßige Recht abſprach, das Geſetz zu geben, ohne Unterlaß von deren Entſcheidungen an die in den Straßen rekrutirte Gewalt appellirte."

Es ſcheint übrigens, als wenn der Sieg, vom 13. Juni bereits Zwieſpalt geſäet hätte in den Reihen der Sieger. Der gemäßigte Theil der Partei iſt nicht geſonnen, ſeinen Verbündeten auf dem Wege der Reaction zu folgen, den dieſe einzuſchlagen geneigt ſcheinen. Die Majorität der früheren Reunion der Rue Poitiers, die jetzige Reunion des Staatsraths, beſchuldigt Odilon Barrot und Dufaure, daß ſie nicht entſchieden genug die Früchte des Sieges ausbeuten, und die Anſichten und Wünſche jener Reu-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchaupl.e). Wien (Beſchießung von Neuſatz. Fürſt Edmund Schwarzenberg. Das Armeecorps in Vorarlberg. Angriff der Magyaren an der Waag. Schlick und Haynau. Hinrichtung in Preßburg. Der Kaiſer zur Armee. Nachrichten aus Tarnow. Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Geſetzgebung. Die Finanzconferenz). Berlin (Baiern und Oeſterreich. Hr. v. Peucker. Die Reichsgewalt. Die Cholera in Berlin und Halle. Baiern und Hr. v. d. Pfordten). Stralſund (Däniſcher Courier). Breslau (Die Cholera. Der Wollmarkt). München (Abreiſe des Königs und des Erzherzogs Ferdinand. Die Beförderungen im Heere. Die Pfälziſchen Beamten. Truppen nach Ulm. General v. d. Mark zurückgekehrt). Nürnberg (Ankunft des Königs und der Königin). Landau (Der Entſatz der Feſtung). Leipzig (Beginn der Wahlen. Die Parteien). Weinheim (Angriff bei Ladenburg.) Eberbach (Vorrücken des General v. Peucker. Entwaffnung. Beſchießung von Hirſchhorn). Heidelberg (Die Eiſenbahnfahrten eingeſtellt. Truppenbewegungen). Mainz (Das neue badiſche Miniſterium). Weimar (Hr. v. Wydenbrugk. Die Regierung und der Berliner Verfaſſungsentwurf).

Italien. (Die Belagerung von Venedig. Rom ſoll genommen ſein. Beſchießung von Ancona).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 23. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt,** 23. Juni. Mittags. Folgendes geht uns aus ſicherer Quelle zu: „Seine königliche Hoheit der Prinz von Preußen hat die Inſurgenten geſtern bei Wagbäuſel geſchlagen; das Corps des Generals von Gröben iſt geſtern bei Ladenburg und Mannheim über den Neckar gegangen; Mannheim iſt durch die Reſerve-Diviſion und Reſerve-Cavallerie in der Zeit von 9 Uhr bis 1 Uhr Nachts beſetzt, eben ſo Heidelberg durch General v. Schack und General v. Cölln. Mehrere Arretirungen von badiſchen Militairs, ſo wie des früheren Abgeordneten von Trützſchler, haben ſtattgefunden. Die Truppen, von dem beſten Geiſt beſeelt, haben überall den größten Eifer bei der Action gezeigt."

Frankfurt, 23. Juni. Die O. P. A. Z. enthält über die Operationen des Corps am oberen Neckar folgenden genaueren Bericht:

Vom Neckar, 21. Juni. Um mittelſt der wenigen gangbaren Straßen zu den Neckarübergängen von Hirſchhorn, Eberbach und Zwingenberg zu gelangen, hatte der General v. Peucker ſich entſchloſſen, durch einen Flankenmarſch gegen Sinsheim vorzudringen, um zur Bewältigung der am Neckar ſtehenden feindlichen Kräfte mit dem bei Germersheim über den Rhein gegangenen Corps ſich zu vereinigen und dem Feinde im Rücken zu agiren. Demgemäß ertheilte Generallieutenant v. Peucker in der Nacht vom 18. zum 19. Juni dem in Fürth ſtehenden Seiten-Detachement des Neckarcorps den Befehl, ungeſäumt in einem forcirten Marſch das wenige Tage vorher recognoscirte Hirſchhorn zu erreichen, Stadt und Schloß zu nehmen, ſich des dortigen Materials zum Baue der Brücken zu verſichern und daſelbſt das Neckarthal vollſtändig abzuſperren. Der unter dem Befehl des Generals Wachter in und um Weinheim ſtehenden Vorhut des Corps wurde die Weiſung ertheilt, bis zum 20. ſtehen zu bleiben, damit der Flankenmarſch des Corps und deſſen Ablöſung in der Bergſtraße durch das zweite Rheincorps vom Feinde nicht bemerkt werde, ſodann aber dem Gros des Corps durch den Odenwald zu folgen, und die von letzterm forcirten Neckarübergänge im Rücken deſſelben beſetzt zu halten, ſowie in jenem Terrainabſchnitt das Großherzogthum Heſſen gegen das Eindringen flüchtiger Schaaren zu ſchützen. Am 19., Nachmittags 1 Uhr, trat der commandirende General, nachdem die Vorhut des zweiten Rheincorps zum Einrücken in die von ihm geänderte Poſition eingeladen worden, den Marſch über Fürth nach Beerfelden an, und erreichte am ſpäten Abend Hüttenthal, wohin auch die Nachhut des Corps von Hemsbach aus in einem zehnſtündigen Marſche gelangt war. In der Nacht vom 19. zum 20. erhielt Generallieutenant v. Peucker die Meldung von dem Oberſt v. Weiß, daß derſelbe Hirſchhorn unbeſetzt gefunden und den ihm gewordenen Auftrag ungehindert erfüllt habe. Am 20. Juni, um 6 Uhr Morgens, brach das Corps nach Beerfelden auf und concentrirte ſich dort, während Nachrichten über die etwaige Beſetzung der beiden andern Neckarübergänge durch feindliche Streitkräfte, über die Sicherheit und Gangbarkeit der dahinführenden Defileen und der vom linken Neckarufer gegen Sinsheim führenden Wege eingezogen wurden. Dieſe Nachrichten vereinigten ſich dahin, daß die nach Eberbach und Zwingenberg führenden Straßen an mehreren Orten verbarrikadirt und ungangbar gemacht, Vorpoſten gegen Beerfelden ausgeſtellt worden, und die beiden vorgenannten Neckarübergänge zwar nicht von regelmäßigen Truppen, aber von Freiſchaaren und Bürgerwehren beſetzt ſeien. Es wurde demzufolge beſchloſſen: 1) Den Oberſt v. Weiß in Hirſchhorn ſofort mit einem Bataillon zu verſtärken und dadurch in den Stand zu ſetzen, das linke, den Thalweg nach Eberbach und Zwingenberg dominirende Ufer zu beſetzen, gleichzeitig aber 2) durch die Vorhut Eberbach und Zwingenberg in mehreren Colonnen anzugreifen und eine Brigade als Gros auf dem halben Wege nachfolgen zu laſſen, während der Reſt des Corps bei Beerfelden ſtehen blieb. Die Colonnen fanden auf ihrem Wege mehrere aus Eichenholz gezimmerte Barrikaden, welche jedoch von dem durch den ſchnellen Anmarſch überraſchten Feinde verlaſſen waren und ſogleich beſeitigt wurden. Mit anbrechender Nacht war ſowohl Eberbach als Zwingenberg genommen, und es wurde demnächſt noch in der Nacht auch der von Beerfelden vorrückende Theil des Corps nach Eberbach gezogen. Dagegen wurde der Obriſt v. Weiß in Hirſchhorn von einer zur Beſetzung dieſes Punktes aus Heidelberg vorgedrungenen Colonne mit überlegener Artillerie angegriffen. Es entſtanden in der Stadt und in dem Schloſſe durch das Geſchützfeuer Brände, die jedoch gelöſcht wurden. Sämmtliche Angriffe wurden zurückgewieſen und der Feind zog ſich gegen 11 Uhr Nachts wieder zurück. Nur den übergroßen Anſtrengungen des Corps, welches in 30 Stunden von der Bergſtraße über Fürth und Beerfelden nach jenen Neckarübergängen vorgedrungen iſt, und der dadurch erzielten Ueberraſchung des Feindes, dem man in der Beſetzung der obern Neckarpoſition zuvorgekommen, iſt das eben gemeldete glückliche Ergebniß zu verdanken. Sobald der Brückenbau in Zwingenberg beendet iſt, wird der Marſch des Corps unter dem Befehle des Generallieutenants v. Peucker gegen Wiesloch und Sinsheim fortgeſetzt werden.

Wien, 18. Juni. Das Abendblatt der Preſſe meldet: „Verläßlichen Nachrichten zufolge iſt Neuſatz ſammt den Peterwardeiner Vorſtädten Ludwigs- und Rochusthal eine Brandſtätte; denn die Magyaren haben ſie aus der Feſtung heftig mit Granaten beſchoſſen. Dadurch ſind unſere Truppen veranlaßt worden, Neuſatz zu räumen." Perczel ſcheint ſich, nachdem er einen Theil ſeiner Truppen in die Feſtung geworfen, nach der Bacska zurückgezogen zu haben. (Allg. Z.)

△ **Wien,** 18. Juni. Für die Dauer der Krankheit des Commandanten des 3. Armeecorps in Ungarn, Fürſten Schwarzenberg, iſt F.-M.-L. Moltke mit dem Commando betraut worden. Der erſtere wurde geſtern hierher gebracht; die Aerzte geben Hoffnung zu ſeiner Herſtellung, doch für den Augenblick iſt die linke Seite beinahe ganz gelähmt. Ungefähr in demſelben Alter (Fürſt Edmund Schwarzenberg iſt 45 Jahre alt) wurde der Vater des Fürſten, der als Feldherr und Diplomat gleich rühmlich bekannte Feldmarſchall Schwarzenberg, von derſelben Krankheit getroffen. Fürſt Karl Schwarzenberg iſt ſchon in Bregenz eingetroffen, wo ſich das unter ſeinem Befehl ſtehende Corps ſammelt. Das in Feldkirch ſtehende Reſervecorps und die Truppen aus Vorarlberg werden den Kern deſſelben bilden. Dem Vernehmen nach wird der Fürſt unverzüglich nach Baden aufbrechen; Oeſterreich thut damit den erſten unzweifelhaften Schritt in der deutſchen Frage und zwar auf Grund der Bundesgeſetze von 1815 (?) Heute und geſtern kamen wieder viel Verwundete aus Ungarn, die meiſten aus der Umgegend von Szered.

△ **Wien,** 19. Juni. Die Wiener Zeitung bringt heute in ihrem amtlichen Theil die Nachricht, daß die Magyaren am 16. d. M. die Offenſive ergriffen und unſre Aufſtellungen auf allen Punkten in der Schütt und an der untern Waag angegriffen haben, aber überall zurückgeſchlagen wurden. Bei Bösch wurde ein feindlicher Munitionswagen in die Luft geſprengt und die Feinde bis Patoſch zurückgedrängt. Aus Radezey wurden zwar unſre Truppen (das Regiment Haynau) anfangs verdrängt und auch Kiraly Ruv von den Magyaren beſetzt, aber der Major Grabois in Verbindung mit dem Regiment Haynau, eroberte die verlorne Stellung wieder, worauf auch die Brigade Herzinger vom Reſervecorps des F.-M.-L. Wohlgemuth dem Feinde in den Rücken fiel und ihn zum Rückzug nöthigte. Bei Schimnau erfolgte noch ein dritter Angriff, welchem Haynau, der eben die dortigen Verſchanzungen beſichtigte, in Perſon beiwohnte. Wohlgemuth leitete hier den Gegenangriff und das Regiment Koudelka nahm die Verſchanzungen an der Neutraer Straße und den Schimnauer

Friedhof im Sturm, wobei fünf 12pfündige Kanonen erobert wurden. Der Verluſt kann mit Ausnahme zwei gebliebener Officiere noch nicht angegeben werden. Das Reſultat von der Sache iſt — daß wir unſre Stellungen behaupteten.

Der Kaiſer von Rußland iſt ſchon in Dukla eingetroffen und es wird behauptet, die Ruſſen hätten am 17. an dem Paß von Dukla unter Paskewitſch bereits angegriffen. Ueber die Einnahme von Neuſatz wiſſen wir noch nichts officielles, doch wurde ſie in Preßburg mittelſt Placat bekannt gemacht, ſie läßt ſich alſo nicht mehr bezweifeln. Peterwardein ſoll eng cernirt und das Tſchaikiſtenbataillon ganz von den Magyaren gereinigt ſein. Ueber Pancſova wiſſen wir noch nichts Authentiſches. Die Ruſſen ſcheinen ſich nach dem obigen Berichte an der Vertheidigung gegen den Angriff der Magyaren an der Waag und in der Schütt vom 16. nicht betheiligt zu haben, obwohl ſie drei große Lager in der Nähe des Kampfplatzes bezogen haben. Das eine erſtreckt ſich von Altenburg, Karlburg bis Wieſelburg, das zweite von Preßburg bis Böſch (wo am 16. gekämpft wurde) das dritte von Böſing bis Tyrnau. Der Tod des Generals Wyß beſtätigt ſich, ſein Leichnam wurde verſtümmelt auf dem Schlachtfelde bei Czorna gefunden. Man vermuthet, daß Oberſt Zeßmer, welcher einige Tage vor dem 13. in Czorna verſchwand, nicht überfallen wurde, ſondern zu den Magyaren überging; er ſoll nebſt der Recognoscirungsinſtruction auch noch andere Papiere von Bedeutung über die Operationspläne Haynau's bei ſich gehabt haben. Sein Uebertritt iſt um ſo wahrſcheinlicher als er einen Bruder im Heer der Magyaren hat. Von vielen Seiten wird auch der Verluſt bei Czorna dem F.M.L. Schlick zur Laſt gelegt, gegen den ſich jetzt überhaupt eine ſtarke Oppoſition erhebt, um ſo unbegreiflicher, als er allein unter Windiſchgrätz gute Dienſte leiſtete. Was Haynau betrifft, ſo entfremdet er ſich die Officiere durch ſein barſches Weſen, auch ſoll ſein erſter Armeebefehl derart ſtyliſirt geweſen ſein, daß ſämmtliche Corpscommandanten und Oberofficiere darüber empört waren. Er ſoll ſich darin auf die rückſichtsloſeſte Weiſe über den Zuſtand der Armee ausgeſprochen haben, nachdem ſie doch natürlich nach einem Feldzuge wie der ungariſche, wo ſie durch Kälte, Näſſe, Sümpfe, Hunger und Entbehrungen aller Art, durch Krankheiten und Kämpfe unbeſchreiblich gelitten hat, nicht ausſehen konnte, als ob ſie eben von der Parade käme. Haynau ſcheint der Juſtiz durch „Pulver und Blei“, der Fürſt Windiſchgrätz huldigte, weniger geneigt zu ſein; er läßt ſeine Todesurtheile lieber durch den Strick vollziehen. Wir hören ſoeben mit Entſetzen, daß er den proteſtantiſchen Geiſtlichen Razga ſtandrechtlich durch den Galgen hat hinrichten laſſen, weil er im vorigen Jahre das Volk zum bewaffneten Widerſtand in Volksverſammlungen aufreizte und im October v. J. einen Kreuzzug nach Wien predigte; auch ſoll er die Magyaren auf dem Ausfall nach Schwechat begleitet haben. Er hinterläßt fünf Kinder.

* **Wien**, 19. Juni. Se. Maj. wird ſich dem Vernehmen nach dieſer Tage zur Armee begeben. Aus Tarnow wird unterm 16. Juni berichtet: Heute um die 3. Morgenſtunde fuhren die ruſſiſchen Generale Bibikow, Goldheuer, Bogaiewicz, zur Suite des Großfürſten Konſtantin gehörend, dann der Staatsrath Hilferdin, Generalſtabsarzt Czerntynsky, Fürſt Paskewitſch Sohn und Poſtdirector von Maſſow in das ruſſiſche Hauptquartier nach Dukla hier durch. Der letztere wird daſelbſt ſogleich eine Feldpoſt errichten. Auch kam ein Courier von dem ruſſiſchen Kaiſer an den König von Preußen eiligſt durch. Tarnow ſelbſt ſoll eine ruſſiſche Garniſon von 4000 Mann, und ein Artilleriedepot bekommen. Dem ruſſiſchen F.-M. Paskewitſch wurde der bisherige k. Commiſſär in Preßburg, Graf Zichy als Attaché beigegeben, und befindet ſich jetzt mit ſeinem Secretär in Warſchau. Der bei Dukla ſtehende k. ruſſiſche General Saß hat am 17. d. ſeine Offenſive auf Eperies begonnen. Ein Privatſchreiben aus Mailand vom 14. d. meldet, daß der von Wien gekommene Courier bei Brescia von 30 Banditen angefallen wurde, wobei 6 Geldpakete geraubt worden ſind. Laut einer ſehr verläßlichen Correſpondenz aus Verona vom 11. d. ſind die Friedensunterhandlungen mit Sardinien bereits zum Abſchluſſe gediehen, und wird Miniſter Bruck binnen wenigen Tagen mit der unterſchriebenen Friedensvertragsurkunde nach Wien abgehen. Die heutige Wiener Zeitung enthält einen weitern Vortrag des Juſtizminiſters über die Vorkehrungen, hinſichtlich des durch die neue Gerichtsverfaſſung bedingten Geſetzwerkes. Es wird hierbei namentlich auf die in der Verfaſſung vorgeſehene Inſtitution des Reichsraths hingewieſen, als berufner Körper neue Entwürfe für die Geſetzgebung vorzubereiten, bevor ſie zur weitern Verhandlung an den Reichstag gelangen. Betreffs der nothwendigen Umgeſtaltung der Rechtspflege wird beſonders hingewieſen auf ein vollſtändiges neues Strafgeſetzbuch mit Berückſichtigung des Verfahrens in Strafſachen, und des Gefängnißweſens; — einige, wenn gleich nicht weſentliche Modificationen des bürgerlichen Geſetzbuches; — auf die Ausarbeitung eines neuen Civilverfahrens, mit beſonderer Berückſichtigung der Concursordnung und des Geſetzes über Advocaten, dann der Notariatsordnung und des Grundbuchgeſetzes; — auf ein neues Handelsgeſetzbuch, wobei hervorgehoben ſind: eine neue Gewerbsordnung, Handelskammer, Handels- und Gewerbsgerichte (conseils de prud' hommes) ein Privat- und öffentliches Seerecht, berufen, gleich dem Wechſelrecht, Gegenſtand der Verſtändigung mit den deutſchen Bundesſtaaten zu werden. Die dringendſten dieſer und jener Maßnahmen ſollen auf dem Wege des Proviſoriums eingeführt werden. Die Errichtung des Gensdarmerie-Inſtituts wird officiell bekannt gemacht. Der Napredak beklagt, daß die ſerbiſchen Deputirten in Wien von der Regierung Beſoldung empfangen, und hierdurch den Charakter von Vertretern der Nationalintereſſen vollkommen eingebüßt haben. Die Commiſſion welche geſtern im Finanzminiſterium zuſammentrat, war einſtimmig der Meinung, daß ſofort Etwas geſchehen müſſe, um die drückende Lage unſeres Geldmarktes zu heben. Vier mögliche Maßregeln: 1) ob die neuen Bankaktien zu emittiren; 2) ob eine Anleihe — eine Zwangsanleihe oder eine freiwillige — zu veranlaſſen; 3) ob eine bedeutende Steuer aufzulegen; 4) ob auf die der Bank vom Staate als Sicherheit für ihr Guthaben übergebenen Staatspapiere, Geld im Auslande anzuleihen ſei, werden zunächſt die Aufmerkſamkeit der Commiſſion in Anſpruch nehmen, deren nächſte Sitzung auf Mittwoch anberaumt iſt. Geſtern Nachmittag iſt der Miniſterpräſident Fürſt Schwarzenberg nach Preßburg abgereiſt, von wo er heute wieder zurück erwartet wird. Herr Hawliczek iſt bereits nach Prag zurückgekehrt. Wie man hört, ſoll ihm das Miniſterium bedeutet haben, ſich wegen der ferneren Herausgabe der Narodny Noviny an den commandirenden F.-M.-L. Khevenhüller zu wenden. Am 17. kamen hier nur 9 neue Cholerafälle vor; die ſeit einigen Tagen herrſchenden Winde ſcheinen auf das Verjagen der Krankheit günſtig zu wirken. Das Schickſal des Redakteurs Herrn Knedelhanns-Liblinsky, welchen das Loos zum Militärſtande traf, erregt viele Theilnahme in Prag. Herr Liblinsky wird, wie verlautet, vorerſt nach Thereſienſtadt zum Regiment Latour kommen. Die Unterſuchungsgefängniſſe in Prag waren dieſer Tage wieder überfüllt, man gibt die Zahl der Verhafteten auf ohngefähr 140 an.

* **Berlin**, 21. Juni. Die Conſtitutionelle Correſpondenz eifert gegen die Abſicht der Demokraten, nicht zu wählen; über die baieriſchen Verhältniſſe theilt ſie Folgendes mit: Der Artikel aus München vom 3. Juni (Siehe Allgem. Ztg. vom 4. Juni), welcher unter andern die Erklärung enthält, daß Baiern dem Bunde der drei Königreiche nicht beitreten und den preußiſchen Verfaſſungsentwurf nicht annehmen könne, ein Artikel, der faſt durch alle Blätter Deutſchlands, namentlich aber durch die Preußen feindlichen gegangen iſt, hat die allgemeine Aufmerkſamkeit um ſo mehr erregt, als ſeine ganze Faſſung darauf deutete, daß derſelbe mehr ein officielles Actenſtück ſei, als die Arbeit irgend eines Zeitungscorreſpondenten. Wendungen, wie z. B. „der König von Baiern wird niemals nachgeben, ꝛc. Er hat erklärt, eher auf die Krone zu verzichten ꝛc. Der König von Baiern hat bereits die einheitliche Spitze von Preußen zugegeben, aber ꝛc.“ tragen deutlich den officiellen Charakter; beſonders auffallend aber war die Stelle: „Zwar haben Sachſen und Hannover im Allgemeinen ihre Zuſtimmung gegeben, aber beide haben eine Art Verwahrung eingelegt, daß ſie dies nur im Gefühle der Nothwendigkeit thäten, daß endlich eine Unionsverfaſſung zu Stande komme. Die hannoverſche Erklärung iſt vom tiefſten Schmerze eines edlen Mannes (Stüve) durchdrungen, daß Preußen nicht genug deutſchen Sinn gehabt habe, Oeſterreich wenigſtens für die Zukunft eine Stelle in der Verfaſſung offen zu behalten ꝛc.“ Sind dergleichen Erklärungen in der That vorhanden, ſo kann von denſelben, das liegt auf der Hand, in München nur der hannoverſche und ſächſiſche Geſandte, das königlich baieriſche Miniſterium und der König von Baiern ſelbſt Kenntniß gehabt haben. Wir ſind übrigens gegenwärtig in der Lage, den Schlüſſel zu jenem Artikel geben zu können, indem wir auf das Beſtimmteſte verſichern, daß

der Artikel aus der Feder des Profeſſor Dönniges, Bibliothekar Sr. Maj. des Königs von Baiern gefloſſen iſt, den der König dazu benutzt, ſich die eingehenden Berichte, Depeſchen und Actenſtücke vorleſen zu laſſen. Ob der Miniſter v. d. Pfordten Kenntniß von jenem Artikel gehabt hat, iſt ſehr zweifelhaft. Wir kommen vielmehr zu dem Glauben, daß dies nicht der Fall geweſen, und daß hierbei eine Cabinetspolitik die Feder geführt hat, die ſich immer mehr und mehr geltend macht und nächſtens verſuchen möchte, der Politik des Miniſteriums geradezu entgegen zu treten.

Aus derſelben Quelle fließen nämlich auch die Artikel aus München, welche immer von Neuem die Behauptung aufſtellen, Baiern habe die Hilfe Preußens in der Pfalz nicht beanſprucht, wenigſtens nicht direct, ſondern höchſtens nur durch die Vermittlung der Centralgewalt gefordert. Da aber die Note des königl. baieriſchen Geſandten in Berlin, Graf von Lerchenfeld vom 4. Juni doch ſicher noch exiſtirt, ſo dürfte es nicht ſchwierig ſein, die Wahrheit feſtzuſtellen. Wir ſind jetzt ſchon gewiß, daß in derſelben direct die Bitte um Hilfe und zwar officiell und formell ausgeſprochen wurde. Dieſe Note nun iſt unzweifelhaft auf die Weiſung des Miniſters von der Pfordten abgefaßt und abgeſendet worden, und es gewinnt daher den Anſchein, als werde die Politik des königlich baieriſchen Miniſteriums von der Politik des Profeſſors Dönniges, welcher Sr. Majeſtät dem Könige von Baiern die Depeſchen vorlieſt, desavouirt. Daß dies nicht beſonders günſtig auf die Stellung des Hrn. Miniſters v. d. Pfordten einwirken kann, den wir mit Nächſtem hier zu erwarten haben, liegt auf der Hand.

Lith. Corr. **Berlin**, 21. Juni. Während man hier wiſſen will, daß Herr v. Lerchenfeld ernſtlich wegen des Anſchluſſes Baierns an den preußiſchen Bund unterhandele, wird uns von ſonſt wohlunterrichteter Seite mitgetheilt, daß Herr v. d. Pfordten das Wiener Cabinet nicht zu beſtimmen vermochte, ſeinen Propoſitionen in Betreff der Zuſammenberufung eines deutſchen Volkshauſes nachzugeben. In dieſer Hinſicht ſollen die Bemühungen des baieriſchen Miniſters als geſcheitert anzuſehen ſein. Es ſcheint, daß Oeſterreich in Bezug auf die deutſchen Verhältniſſe Verpflichtungen gegen das alliirte Rußland eingegangen iſt. Herr v. Peucker betrachtet ſich ganz als Reichsgeneral, ſeine Berichte gehen zunächſt nach Frankfurt, nicht nach Berlin, eine Handlungsweiſe, der man in hieſigen höhern Kreiſen keinen Beifall ſchenkt. Ueber das Verhältniß zur Centralgewalt iſt die Regierung ſelbſt im Unklaren, von einer wirklichen Verſtändigung über die Stellung Preußens zum Reichsgouvernement mit dem Erzherzog Reichsverweſer iſt keine Rede. Durch die außerordentlichen Verheerungen der Cholera in Halle erſchreckt, haben bekanntlich die meiſten dort ſtudirenden Jünglinge die Univerſität verlaſſen; theils haben ſie ſich nach Hauſe begeben, theils nach Baden und der Pfalz, theils haben ſie andere Univerſitäten bezogen. Nach Berlin jedoch haben ſich ſehr wenige gewendet, und da ſich überhaupt zu dieſem Semeſter wenig neue Studirende immatriculiren ließen, ſo ſticht die Frequenz der frühern Jahre ſehr ungünſtig ab. So z. B. zählt die theologiſche Facultät nur an 80 Studenten, während es ſonſt 400 bis 500 waren. In den hieſigen Zeitungen fordert ein Mitglied des Treubundes, das ſich „Ritter Capadoce v. Peceiro" nennt, zur Bildung von Freiſchaaren gegen die badiſchen Rebellen auf. Sein Symbol iſt: „Keinen Pardon für die Rebellen!" Ein anderer Ritter iſt faſt noch curioſer. Im Magdeburger Correſpondenten zieht ein Nachkommen des bekannten Lügenkaiſers, des Barons Münchhauſen allen Ernſtes gegen die Verläumdungen zu Felde, mit welchen man ſeinen Ahnherrn verfolge. „Herr Ciborius v. Münchhauſen auf Botenwerder im Hannöverſcher" ſei ein Ehrenmann geweſen, und noch ſei von keinem ſeiner Abenteuer erwieſen, daß es erlogen ſei.

⊙ **Stralſund**, 19. Juni. Der geſtern früh mit dem Dampfſchiff Stralſund nach Kopenhagen extra beförderte Bote war der königlich däniſche Cabinets-Courier Quadde; ſeine Depeſchen von der königlich ſchwediſchen Geſandtſchaft und dem königlich däniſchen Bevollmächtigten in Berlin, ſind am 17. mit dem ſchwediſchen Dampfſchiffe nach Yſtadt abgeſandt worden; der Courier konnte nicht mitgehen, weil die Quarantaine-Anordnung in Schweden ihn verhindert haben würde ans Land zu kommen. Das Dampfſchiff Stralſund iſt auf unbeſtimmte Zeit engagirt, wird aber heute Abend oder morgen früh wieder zurück erwartet. Man iſt ſehr begierig auf die damit von Kopenhagen zu erwartenden Nachrichten.

Lith. Corr. **Breslau**, 19. Juni. Die Cholera hat in vergangener Woche faſt 400 Perſonen hingerafft. Der heute ganz beendigte Wollmarkt hat ſelbſt die größten Hoffnungen übertroffen. Das alte Lager betrug 4000 Centner, die neue Zufuhr 75,000 Centner. Die Preiſe waren normal denen der Jahre 1847 und 1846.

= **München**, 21. Juni. Nachdem heute der hohe Gaſt des Münchener Hofes, Erzherzog Ferdinand ſeine Rückreiſe nach Wien über Starnberg, Tegernſee, Salzburg u. ſ. f. angetreten hat, iſt der König Max mit Königin Marie in's Lager bei Nürnberg abgereiſt, in letzterer Stadt hat der Magiſtrat eine feſtliche Ausſchmückung der Stadt verordnet. Zu Zeiten des Königs Ludwig wurde in Nürnberg am Tage des Einzuges des Monarchen der zahlreiche unbeſchuhte Bettel in Stubenarreſt conſignirt gehalten. Es heißt der König werde, wie jüngſt in Donauwörth, auch im Nürnberger Lager mehrere Unterofficiere zu Officieren befördern; es iſt überhaupt als Princip ausgeſprochen, künftig bei Beförderungen einzig auf lange treue Dienſtjahre zu ſehen. Unter dem adeligen Officiercorps finden übrigens die Beförderungen der Unterofficiere keinen Anklang; einer der letzteren jüngſt in Donauwörth Beförderten hat ſeinen König lieber um eine Hartſchierſtelle in der Reſidenz gebeten. Von den beiden Officieren der Nürnberger Garniſon, die ſich jüngſt den Tod gegeben, hat Hauptmann v. Berchem, wie man aus ſicherer Quelle hört, es wegen erhofftem, aber nicht erfolgtem Avancement gethan und Oberlieutenant v. Haller litt ſchon ſeit längerer Zeit an Geiſtesſtörung. Politiſche Motive, wie vermuthet worden, lagen nicht zu Grunde. Noch geſtern fehlte im Kriegsminiſterium jede amtliche Auskunft über Landau und Germersheim und über die gegenwärtige Lage des baieriſchen Truppencorps unter Fürſt Taxis; dennoch ſind alle Beamten der Pfalz, die ſich nach München geflüchtet, amtlich aufgefordert, ſich unverzüglich ins Hauptquartier des commandirenden Generals des weſtfränkiſchen Corps zu begeben; wo dies Hauptquartier iſt, ſagt die amtliche Einberufung mit keiner Silbe. Unter den von unſerer Policei im Monat Mai in ihre Obhut genommenen 1271 Individuen ſind von 47 den zuſtändigen Behörden zugewieſenen 1 wegen Majeſtätsbeleidigung, 22 wegen Verſuchs zum Staatsverrath eingezogen. Den Schülern der hieſigen lateiniſchen Schule iſt von Rectoratswegen unter Androhung ſtrenger Strafen, jede Betheiligung an politiſchen Vereinen unterſagt worden. Nach dem unruhigen Ulm ſind (für Neu-Ulm) 2 Bataillone vom Infanterie-Leibregiment aus dem Donauwörther Lager und 2 Eskadrons Chevaurlegers aus Augsburg abgegangen. Vorgeſtern iſt General v. d. Mark von ſeiner Berliner militäriſch-ſtrategiſchen Miſſion hierher zurückgekehrt.

Nürnberg, 21. Jun. Wie wir vernehmen, werden JJ. MM. der König und die Königin gegen 5½ Uhr heute Nachmittag hier eintreffen. (Nürnb. Corr.)

Landau, 18. Juni. Ueber die Entſetzung Landau's und die Zuſtände vorher bringt der Nürnberger Correſpondent folgende Privatmittheilung: „Nachdem unſere Einſchließung — die Freiſchaaren hatten uns ſo eng cernirt, daß wir ſeit dem 31. Mai keine Briefe und keine Zeitungen mehr erhielten — vorgeſtern empfindlicher zu werden anfing, da nun auch Mangel an Lebensmitteln eintrat und ſelbſt das Waſſer in Folge des Einlaſſens der Queich in die Feſtungsgräben nicht mehr alles genießbar war: erſcholl plötzlich geſtern, Sonntag, Morgens 11 Uhr, der Ruf: „Die Preußen ſind da!" Und ſo war es auch. Die Vorhut des preußiſchen Armeecorps, das bereits Kaiſerslautern eingenommen hatte, ſtand vor den Thoren — der ſo ſehr verſchrieenen Preußen, von allen, die nicht den Sieg der Republik gewünſcht hatten, jetzt als Befreier erſehnt und begrüßt. Noch vorgeſtern Abend ertönte der Kanonendonner von unſern Wällen und ſoll von den Freiſchaaren ernſtlich Anſtalt getroffen worden ſein, unſere Feſtung in Brand zu ſchießen."

*** **Leipzig**, 21. Juni. Die Wahlagitationen nehmen in Sachſen ihren Anfang, obſchon bis heute die Regierung noch nichts über den Zuſammentritt des Landtags bekannt gemacht hat. Die conſtitutionelle Partei, wie ſie ſich ſelbſt nennt, die reactionäre, wie ſie (wahrſcheinlich richtiger!) von andern genannt wird, hat bereits Aufforderungen zu gemeinſchaftlicher Thätigkeit Gleichgeſinnter erlaſſen. In anderer Weiſe war die Idee aufgeſtiegen, Alles, was feſtzuhalten geſonnen iſt an der wirklich conſtitutionellen Monarchie und an der ſächſiſchen Verfaſſung in eine große Wahlpartei zu vereinigen, um ſo die Ultraradicalen auf wirkſame Weiſe zu paralyſiren. Alle Schattirungen, wie ſie ſich in ſolchem antiradicalen

№ 171. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 23. Juni 1849.

Ueberſicht.

Zur deutſchen Einheit.
Die Univerſität Jena.
Deutſchland. Berlin (Verein für Auswanderung).

Zur deutſchen Einheit.

E. M. A. Bonn, 19. Juni. Da liegen wir und treiben leider ſchon zwiſchen vier ſchlechten Ankertauen — gottlob nicht auf ganz ſchlechtem Grunde — zwiſchen welchen hin und her geworfen unſer germaniſches Freiheitsſchifflein auf den Strand zu laufen droht: zwiſchen einem Rumpfparlament, das ſich einen Fünferconvent zugelegt hat, einem Reichsverweſer, den Niemand mehr anerkennen will, zwiſchen der ſpaniſch-öſterreichiſchen Politik, die, wie alles Eigene daheim verworren iſt, auch alles Deutſche jetzt verwirren möchte, und einer blöd unentſchiedenen preußiſchen Politik, der die gebratenen Tauben, die ihr vom Himmel fielen, noch ſehr ungahr däuchten. Was ſagen wir da?

O viel, viel müſſen wir da ſagen und klagen; aber durch alles Gerede und Geklage klingt der alte catoniſche Spruch als ein deutſcher Hauptſpruch immer als der erſte und lauteſte durch: **At Ego iterum iterumque censeo majestatem et potestatem Regis Germanici esse augendam.**

Ja, des Geredes, Geſages und Geklages mehr als zu viel. Wer kann es laſſen, die Wunde zu berühren, die da brennt? Ich ſitze hier unten am Rhein nun wieder in der lieben Heimath, von vielen wackern Ehrenmännern und neuen Freunden geſchieden, wieder unter den alten Freunden wandelnd, und muß da Vieles, worüber man, wenn man könnte, lieber ſchweigen möchte, mit ihnen von neuem durchſprechen und durchſtreiten, und finde da leider manche von meinen Anſichten ſehr abſtimmig; auch finde ich die meiſten faſt zu ſchwarzweiß. Man verzeihe mir dieſes Eine Mal den Gebrauch dieſes politiſch neu ausgeprägten Namens. Denn es drehen ſich unſere Geſpräche, eben weil mir die Frage der deutſchen Macht viel ſchwerer und wichtiger däucht, als die Frage der deutſchen Freiheit, meiſtens um den Frankfurter Auszug nach Berlin und um die Ablehnung der deutſchen Kaiſerwürde. Wenn ich ihnen ſage, die Annahme dieſer Würde würde von ſieben Achteln des deutſchen Volkes mit Jauchzen und Jubel empfangen ſein, manche Unruhige und Wilde würden dadurch beruhigt, die Wildeſten und Meuteriſchſten gedämpft und erſchreckt ſein, ſo leugnen ſie mir das vor der Naſe und behaupten ſchlechterdings, der böſe Wirrwarr, wie wir ihn im Unterlande erblicken, und der ſchändliche rothe Aufruhr in Baden würde dann doch eben ſo eingetreten ſein wie jetzt.

Was kann einer gegen ſolche Ausſprüche der einzelnen einſeitigen Anſicht und gegen gefaßte und abgeſchloſſene Meinungen und Ueberzeugungen vorbringen und ausrichten? Was können jene wieder gegen die meinigen ausrichten, welche meinethalben auch einſeitig geſcholten werden können?

So feſt, ja ſo unverrücklich feſt ſtehen ſie, daß ſelbſt des großen, des politiſch großen Niebuhrs Ausſprüche (N.B. es ſind unter ihnen recht warme Niebuhrianer) ſie nicht wankend machen, Niebuhrs, der in ſeinen ruhigeren Betrachtungen und Folgerungen faſt immer rieth, das auf dem politiſchen Felde Dargebotene mit Zweidritteln und Dreivierteln immer für voll anzunehmen. Sie behaupten, das preußiſche Cabinet habe nicht anders handeln können, als es handelte; es folge nur einer gegebenen Nothwendigkeit und habe in politiſcher Hinſicht durchaus das Rechte getroffen: eine ſolche und in ſolcher Weiſe dargebotene Kaiſerwürde habe es nicht annehmen dürfen, vielmehr ſeien König und Volk dem Miniſterium Wrangel-Manteuffel vielen Dank ſchuldig.

Ja, ich habe bei dieſen lebendigen Geſprächen und heißen Zwiſten recht ſehr an Niebuhr gedacht und auch daran, daß dieſer Lehrmann den König von Preußen in Geſchichte und Staatskunſt unterrichtet hat. Ich habe in dieſen Tagen ſeine jüngſt ausgegebenen, aus verſchiedenſten Bruchſtücken zuſammengeleſenen Vorleſungen über die ältere Geſchichte und beſonders über die Verhältniſſe und Verhandlungen Griechenlands, Macedoniens und Perſiens, von Perikles bis Alexanders Zeit, wieder durchgeblättert und bewundert, wie richtig der edle und große Mann meiſtens gemeſſen und gewogen hat. Indem ich ſo von dem Alten auf das Junge blicke, fällt mir bei den Namen Griechenland, Macedonien und Perſien Deutſchland, Preußen und Oeſterreich ein — oder ſollen mir gar nur Deutſchland, Frankreich und Rußland einfallen?

Ja das Edle und Große wollte und ſuchte Niebuhr, in manchem Einzelnen der von ihm bewunderte Thucydides, obgleich er deſſen Vollendung nicht erreicht hat, zuweilen allerdings abirrend und einſeitig meſſend und aburtheilend durch ein zu warmes Herz, durch eine zu reizbare Selbſtheit, die ſich gehen läßt; aber doch iſt Niebuhr am größten, wo dieſe Selbſtheit vor dem Edlen und Großen ſtillſteht und anbetet. Da hat er Lichtblicke und Lichtblitze und einzelne Ergießungen, dem eigenſten wärmſten Herzen entquellen Gebilde, die man ſeinem Thucydides vergleichen könnte, vorzugsweiſe Trauer über den Untergang des Schönen und Edlen, wie etwa Thucydides Schilderung des jammervollen Rückzuges und Schickſals des von Syrakus' Mauern fliehenden Nikiasheers. Wo der Nebel des Augenblicks, der uns alle mehr oder weniger umfängt, Niebuhrs Stirn nicht umwölkt hat, da hat er immer im Großen und Hellen, da hat er das Rechte in Wahrheit geſehen.

So habe ich in dieſen nicht luſtigen Wortwechſeln und Zungenſpielen des Tages mit meinem Niebuhr ſelbſt gegen ſeine Verehrer kämpfen müſſen, und indem ich dieſen Freunden Vieles zugeſtehen mußte, kann ich ihnen auch heute noch nicht zugeben, daß die preußiſchen Miniſter Deutſchlands und Preußens Lage mit klaren Augen betrachtet, daß ſie das Nothwendige und Unumgängliche gethan haben und thun.

Das Nothwendige. In Noth waren wir, in Noth ſind wir; wir ſtecken noch voll und ganz in einer vollen europäiſchen und deutſchen Umwälzung: Nothwendiges, Unvermeidliches an allen Ecken und Enden. Ich ſage nun: Der deutſche Oberkönig war und iſt eine Nothwendigkeit, eine Unumgänglichkeit, ſeine Stelle mußte raſch und kühn an- und eingenommen werden, wie wenig feſt ihr Boden auch noch ſcheinen mochte; ſie mußte angenommen werden, um nicht auf loſeren Boden zu ſtehen zu kommen. Ihre geſchwinde Annahme war die politiſch nothwendigſte, auch im April, durch die Umſtände begünſtigt, eine politiſch glückliche. Die Hoffnung war doch da und muß auch jetzt noch da ſein, daß die zu loſe Stellung durch den Verſtand und die Gewiſſenhaftigkeit der Deutſchen, wenn ſie nicht für immer von Gott verlaſſen ſind, mehr geordnet und befeſtigt werden wird. Man hat dieſe Nothwendigkeit nicht anerkennen wollen, man hat vergeſſen, daß politiſche Erfolge und Verträge in einer ungeheuren ſchrankenloſen und geſetzloſen Zeit nicht mit der langſamen Gemeſſenheit und Bedächtigkeit gewonnen und abgeſchloſſen werden können, wie Verträge über Häuſer und Rinder, kurz, daß das politiſche Maß oft ein Sonnendurchmeſſermaß ſein muß; man hat vergeſſen, daß man laut Thucydides, Tacitus, Macchiavelli und Fox in großen politiſchen Dingen Zweidrittel und Dreiviertel gern und willig für voll nehmen muß. Sonſt muß man ſich beſcheiden, in Welt- und Lebensgeſchichten der Menſchen und Völker ein Unwiſſender oder, gelindeſt geſagt, ein politiſcher Dummkopf genannt zu werden.

Aber — wendet man mir ein, indem man auf das ſchaudervolle Schauſpiel des deutſchen Bürgerkriegs blickt, das uns jetzt aufgeführt wird, — meinſt du, die Rothen würden unter deinem Kaiſer nicht gemuckſt und ihre Farben ſtill eingeſteckt haben? Und ich antworte: Nein, das habe ich mir nie eingebildet; ſie würden ſich mehr als einmal gerührt haben, wie ſie ſich künftig noch mehr rühren werden. Denn in dem ſocialiſtiſch-communiſtiſchen Unſinn und Wahnſinn, wie er von ſeinen Verkündern gepflanzt und getrieben wird, liegt allerdings neben dem Verrückten und Unſittlichen auf einer Seite ein tiefer und ſelbſt ein chriſtlicher Sinn und eine Aufgabe, welche die freie chriſtliche Menſchheit noch zu löſen hat; aber ich behaupte zugleich, dieſe ſtinkende und ſchmutzige rothe Krätze würde aus dem kranken deutſchen Körper weniger ſcharf als jetzt ausgeſchlagen ſein; ſie würde in Dresden gewiß nicht ſo ausgeſchlagen ſein, in der Pfalz und in Baden vielleicht doch; aber der große Berliner Oberarzt hätte dann viel kräftigere und edlere Mittel und dieſe auf eine viel kräftigere und edlere Weiſe verordnen und anwenden können, als gegenwärtig. Man hat die Gefahren einer hohen und ſtolzen Nothwendigkeit, einer von allen Beſſeren und Verſtändigeren und von der großen Mehrheit des Volkes mit Wonne begrüßten Nothwendigkeit nicht angenommen, und fällt darum nun von einer Noth in die andere und hat faſt nichts zu thun, als an allen deutſchen Enden kleine Nöthen zu kehren, wobei das deutſche Volk dann über und übee

Gelegenheit bekommt, ſein Schwerenoth auszuſchreien, und wobei die böſen und verruchten Schelme und Vaterlandsverräther leider nicht vergeblich toben und fluchen. Denn wenn die Großes thun und leiden ſollten, täglich Kleines thun und leiden müſſen, arten edle Uebel, woran auch die edelſten Völker oft kranken müſſen, zuletzt in einen langſamen, ſchändlichen Ausſatz aus.

In welcher gemeinen Weiſe und mit welchen gemeinen Schmähungen und Schimpfungen hat man ſich unterſtanden, die beſten und verſtändigſten Männer der Frankfurter Paulskirche herunterzureißen, als wären ſie, gelindeſt geſagt, nichts als leere Spinnenweber und eitle unwiſſende Träumer und Schwärmer geweſen. O es wird ſich offenbaren, gerade durch das Unglück des Vaterlandes leider genug offenbaren, daß ſie das Unvermeidliche wie das Mögliche wohl erkannt und erwogen haben, daß ſie wohl begriffen haben, was in der Gunſt des hinfliehenden Augenblicks lag, wie, um böſeſten Gefahren zu entfliehen, die ſtolze Gefahr des Kaiſerthums mit Geſchwindigkeit und Kühnheit genommen und ergriffen werden mußte.

Denn was haben die bedächtigen und weiſen Manteuffel und Wrangel (ich enthalte mich der naheliegenden Deutung und Verdeutung des Worts, weil meine Stimmung hoch über jedem Spott liegt) in Berlin gewonnen, als jetzt aus einer Verlegenheit und Noth in die andere zu fallen und durch ihre vielen kleinen Nöthen in die größte Noth zu gerathen und ihrem Könige und Herrn endlich den Schein eines Wankenden zu geben? Sie ſtehen ganz wieder an dem Anfang unſers Anfangs, oder vielmehr ſie ſetzen uns alle wieder in den gefährlichen Anfang zurück; ſie ſind mit ihrem ſogenannten Entwurf der drei Könige, die ſelbſt immer wieder von der Zuſtimmung ihrer Stände abhängen, mit der allgemeinen Zuſtimmung der kleineren Fürſten und der vier Freiſtädte noch nicht aus der Stelle; denn wieder wird nach dem von ihnen ausgeſprochenen Sinn zu einer deutſchen Geltung die allgemeine deutſche Einſtimmigkeit nöthig ſein. Eine ſolche Einſtimmigkeit iſt politiſch nimmer in der Welt geweſen, kann bei großen und ſchweren Umwandlungen einer ungeheuren Zeit nimmer ſein, am wenigſten kann ſie da ſein, wo Dreißig und Vierzig erſt um die Einwilligung in jedes Einzelne befragt werden müſſen. Alſo dieſe weiſeſten Räthe des Königs haben ſich und uns wieder vor den Anfang eines neuen Anfangs geſtellt und zwar mitten in gefährlichſten, geſchwindeſten Zeitläuften. So haben wir denn nun die vollſte Herrenloſigkeit wieder, beinahe eine ſchlimmere als in den Monaten März und April des Jahres 1848: ein Rumpfparlament, einen Reichsverweſer, einen vormarſchirenden und vorfechtenden König von Preußen und viertens brennenden Aufruhr und Bürgerkrieg am Oberrhein; alle dieſe ſich allenthalben als hohe, ſelbſtmächtige Behörden geberdend und einander gegenſeitig bannend und verrufend. Welche grauenvolle Gegenwart!

O wie unverſtändig, wie ganz unpolitiſch hat man hin- und hergetappt und iſt in die gelegten diplomatiſchen Netze der lauſchenden Neider und Ueberliſter hineingetappt, ohne die ſelbſt von den Feinden gegebenen Winke und Warnungen zu beachten und ohne das Glück des Augenblicks zu erfaſſen! Ich frage nur: wie Vieles hat ſich in den europäiſchen und deutſchen Stellungen und Verhältniſſen ſeit dem 1. April bis jetzt zum 19. Juni d. J. verändert und verſchoben? Wie Vieles kann ſich in ähnlicher Weiſe in dem nächſten Vierteljahr anders ſchieben und geſtalten, was zuletzt weder zu rücken noch zu beſſern iſt?

Oeſterreich und Baiern hatten Preußen und allen Redlichen und Treudeutſchen in der Paulskirche Winke und Warnungen genug gegeben, was ſie wollten, wohin ſie ſteuerten. Oeſterreich durch ſeine neugegebene Verfaſſung ſagte ſich vom deutſchen Reichstage ab, nichts deſto weniger ſtimmten ſeine Volksboten, Herr v. Schmerling als der Leiter an der Spitze, fort und fort mit in der Reichsverſammlung; ſie und die vielen ultramontaniſchen Baiern und manche ultramontaniſche preußiſche Landboten aus Weſtphalen und Schleſien und die Menge preußiſcher, ſächſiſcher und ſchleſiſch-jüdiſcher Radicalen ſtimmten gegen alle deutſche Ehre und gegen ihr beſſeres Wiſſen und Gewiſſen in dem letzten halben Jahre ſo einmüthig mit einander, daß viele gute Ordnungen und Geſetze, die wir machen wollten, entweder abgeſchwächt oder abgeworfen wurden. Doch kam noch die Gunſt des Augenblicks, den Kaiſer zu ergreifen und durch ihn zugleich Deutſchlands Oberleitung zu nehmen — und man hat beide weggeworfen, als aus unreinen Händen kommend, und man hat um dieſe Oberleitung, die wir allerdings als die geſchwindeſte deutſche und preußiſche Nothwendigkeit erkannt hatten, den Reichsverweſer ſpäter vergebens bitten müſſen. Oeſterreich befiehlt ſeinem Erzherzog, die Würde feſtzuhalten und einſtweilen auf ſeinem Poſten zu bleiben; wenn dieſer auch kein feſter und gewaltiger ſei, ſo dürfe einſtweilen doch kein Anderer ihn einnehmen. Oeſterreich zeigt Preußen als Vergeltung für die zu lange Schleppung und Nachſchleppung hohnlächelnd die gebleckten grinſenden Zähne, indem es Baiern hinter ſich ſchleppt und die Ultramontanen in Süd- und Weſtdeutſchland, welche, gleich den Juden, ohne Vaterland ſind, für ſeine ſchleichenden Entwürfe mißbraucht. Es lauert auf irgend einen neuen Erfolg; bei der allgemeinen Verwirrung und Zerrüttung in den eigenen Landen iſt es ihm gelegen, daß Deutſchland zerrüttet werde und ſich gleich Ungarn und Italien in ſich ſelbſt und durch ſich ſelbſt zerſchlage. Es hofft, wie weiland, eine Herrſchaftsaufrichtung aus der deutſchen Unordnung, will auf keinen Fall dem deutſchen Staat, welcher Ordnung hätte machen können und machen ſollen, die Herrſchaft laſſen. Für dieſe undeutſcheſte öſterreichiſche Politik ſcheint nun das gegenwärtige preußiſche Miniſterium unbewußt am getreueſten gearbeitet zu haben. Denn laßt die Oeſterreicher mit Hülfe der Moskowiten über die Magyaren einen endlichen glänzenden Sieg gewinnen — und die Preußen werden ſehen, welche Freiheit, Verfaſſung und Geſetzlichkeit Habsburg in Deutſchland will.

Aus dieſer Weiſe und aus dieſen Klagen und Anklagen erſcheint, daß mir die Herrſchaft und ihre hohe und ſtolze Ordnung immer mehr vorſchwebt als die Freiheit. Ebenſo war und ſtand es in den letzten Frankfurter Monaten bei der großen Mehrheit der Männer der Paulskirche. Sie begriff wohl, und jeder rechtſchaffene Deutſche ſoll und muß es begreifen, *daß das, was die Edleren der Zeitgenoſſen unter Freiheit verſtehen, bei dem Entwickelungsgange der allgemeinen europäiſchen und chriſtlichen Bildung ein nicht leicht mehr verlierbares Gut iſt, daß aber eine feſte gewaltige Macht die nothwendigſte iſt, damit das ekelhafte Ding, was verwüſtete Abenteurer und verwilderte Jungen uns als Freiheit verkündigen und darbieten, nicht der Abſcheu der Menſchheit werde.* Ja, wenn früher jemals, ſo iſt eine ſtarke mehr einheitliche Macht an der Spitze Deutſchlands jetzt eine Nothwendigkeit. Dies hatten alle Verſtändige ſchon ſeit Jahren empfunden und eingeſehen, ſo wie ſie eingeſehen hatten, daß, wenn dieſe Macht auf eine würdige und geſetzliche und nicht auf die wüſteſte Weiſe geſtiftet werden ſollte, Preußen bei der Stiftung derſelben das Unumgängliche und Unvermeidliche war.

Warum aber Preußen? warum nicht Oeſterreich? Ich will Oftgeſagtes hier nicht zum zehnten oder hundertſten Male wiederholen. Ich ſtelle es hier nur wieder in kurzen Sätzen hin.

Meer und Land mit einander machen allein mächtige Völker und Reiche. Die Meere ſind gleich den Augen und Händen, den edelſten Gliedern des Leibes, womit in die geiſtige und leibliche Welt und in ihre Schätze und Schönheiten hineingeſchaut und hineingegriffen wird.

Deutſchland hat nun zwei dieſer Augen und Hände als Ganzes, eines derſelben kaum als ein Halbes. Ich meine die Nordſee und Oſtſee als Ganzes, die Adria, welche unſer Land kaum anſpült, kaum als ein Halbes.

Wer die alte deutſche Geſchichte und ihre Entwickelungen des Mittelalters ſtudirt hat, weiß, daß die beiden Meere mit ihren anwohnenden Völkern unter den Kaiſern der Karlinger Sachſen und Salier im Nordoſten und Weſten und Nordweſten des Vaterlandes Macht und Herrſchaft am meiſten entſchieden und angezogen haben, daß der Südoſten und die Adria meiſtens nur Nothkriegszüge der Vertheidigung der Herrſcher veranlaßt hat. Als ein unſeliges Geſchick die Hohenſtaufen faſt ganz nach Italien führte, iſt ihre Herrſchaft zumeiſt und zuerſt durch Italien, endlich auch durch die Vernachläſſigung und Verſäumung der deutſchen Angelegenheiten und Belange untergegangen. Eben ſo iſt es der Herrſchaft der Habsburger ergangen: durch den ſcheelen immer auf Wälſchland und Hiſpanien gerichteten Blick haben ſie Deutſchland und ihr Verhältniß in demſelben und zu demſelben immer mit verkehrten oder gar mit abgekehrten Augen angeſehen — und ſo ſtehen ſie, wie ſie eben ſtehen, kaum noch in Deutſchland.

Preußen herrſcht nun an unſern ganzen Meeren oder doch meiſt daran.

Wir Deutſche wollen und müſſen ein ganzes Volk und Reich ſein.

Wir wollen und müſſen Weltverkehr und Handel haben.

Wir wollen und müſſen dafür und für die Hunderttauſende unſerer Auswanderer Schirm und Schutz haben.

Wir fühlen uns endlich als das erſte größte Volk der Weltgeſchichte. Darum wollen und müſſen wir drinnen und draußen Ehre und Ehrfurcht und Majeſtät haben: alſo eine ganze deutſche Flotte, ein ganzes deutſches Heer, eine volle Vertretung mit Wort, Scepter und Schwerdt nach außen.

Das heißt, wir wollen und müſſen einen deutſchen Oberkönig, einen Kaiſer haben über Fürſten und Volk.

Zu dieſer erhabenen Rolle iſt keiner berufen als Preußen durch ſeine Stellung und Macht. Der König von Preußen hat es von dem Volke nicht annehmen gewollt, die von Napoleon gemachten Könige haben es noch weniger gewollt. Sie tragen lieber Oeſterreichs Mantelſchleppe als Preußens. Denn was hilft es nicht zu bekennen, daß die kleinen und ſchwachen Könige und Fürſten bei all ihrer möglichen Vortrefflichkeit doch häufig Schleppträger der Mächtigſten ſein müſſen.

Preußen iſt der unvermeidliche und unumgängliche deutſche Kaiſer. Das weiß es wohl; aber weiß es das auch recht? Schaudert ihm nicht davor, bei unentſchiedener Halbheit mit den Schwachen und Blinden endlich durch eine rothe Republik laufen zu müſſen?

Indem ich dieſer nothwendigen Obermacht gedenke, muß ich leider auch wieder den Entwurf der drei Könige leſen und wie viel man darin von der Kaiſermacht abgezwackt und abgeklopft hat. Daß man ſich einbildet, bei einem ſolchen Oberhaupt, einem ſogenannten Vorſtand oder Präſidenten eines Fürſtencollegiums, was beim Lichte beſehen, doch nichts Anderes als unter anderm Namen ein Directorium iſt, könne eine hohe und ſtarke Macht beſtehen! Nein nimmer! Bei dieſem Oberpräſidenten mit dem ſechsköpfigen Fürſtencollegium, wo das Geſetzgebende und Berathende mit dem Befehlenden und Ausführenden in hundert und tauſend Fällen nothwendig in Fehde gerathen werden, iſt eine ſtarke tapfere Gewalt der Einheit und Geſchwindigkeit eine platte Unmöglichkeit, und niemand bilde ſich ein, daß bei einem allgemeinen Volksparlamente und einem verantwortlichen Reichsminiſterium ein ſo loſes Ding beſtehen könne, ohne in den rothen Abgrund hinabzuwanken, oder umgekehrt, daß dabei ein ſtarkes Reichsparlament und ein verantwortliches Miniſterium beſtehen könne. Oder will man wieder jenen Regensburger Tod, an welchem das deutſche Reich endlich an zweihundertjähriger Krankheit verſchieden iſt? oder meint man wieder den ſchmachvollen Schlaf des Bundestages des jüngſtverfloſſenen Menſchenalters hereinführen zu können? Nein, das wird man nicht können, ſo ſehr iſt das Gefühl von nothwendiger deutſcher Macht und Einheit gottlob ein gemeines deutſches Gefühl geworden. Ja dahin iſt es gekommen, daß die Meiſten denen, die Aehnliches glauben möchten, den Vers vorſingen würden: Lieber roth lebendig, als weiß todt. Doch wir ſollen hoffen, wir wollen noch hoffen auf die Weiſen von Gotha und auf eine mögliche Vermittelung und Verſtändigung und auf das nächſte deutſche Parlament; aber das meine man nicht, daß jener nun zu Papier gebrachte Entwurf ohne weiteres allgemein anerkannt und angenommen werden wird; auch aus ihm muß wieder Vieles herausgeworfen werden.

Die Univerſität Jena.

† **Jena**, im Mai.*) Die Univerſität hat im verfloſſenen Winterſemeſter zwei gute Lehrer freiwillig verloren, und war in Gefahr auf demſelben Wege zwei ihrer Beſten zu verlieren. Profeſſor Häſer, ein gelehrter, beſonders geſchichtskundiger Arzt iſt nach Leipzig gegangen, Prof. Schmidt von Ilmenau einem Rufe nach Greifswald gefolgt. Beide auf hieſiger Univerſität gebildet, ſind für jetzt zu entbehren, da ihre meiſten Vorleſungen noch von Männern größeren Namens zweifach beſetzt ſind, doch iſt es eine Verſchwendung aus unzeitiger Sparſamkeit, daß man Schmidt weggelaſſen hat, welcher römiſches Recht mit größtem Beifalle vortrug; wenn Einem der beiden römiſchen Rechtslehrer in der Facultät etwas Menſchliches widerführe, würde ein Lehrer wie Schmidt ſchwerlich um das Drei- und Vierfache deſſen, wofür er jetzt gern bei uns geblieben wäre, aufzufinden ſein. Die raſch wechſelnden Miniſter, welche der Verhältniſſe und Perſönlichkeiten oft wenig kundig ſich im Gedränge politiſcher Fragen bewegen, werden auch beim beſten Willen den wiſſenſchaftlichen Inſtituten deutſcher Lande noch manches Leid anthun. Erhalten wurde uns Prof. Ried, der einem Rufe nach Greifswald bereits zugeſagt hatte, erhalten durch eine verhältnißmäßig große Bewilligung aus der Univerſitätscaſſe; aber dieſer Arzt von wenig Worten, der vor einigen Jahren in Erlangen, wo er von der herrſchenden Partei gemißhandelt worden war, durch unſern damaligen Miniſter Schweitzer faſt entdeckt worden iſt, hat allerdings das Zeug dazu ein Chirurg von europäiſchem Rufe zu werden. Der Andere uns Gefährdete war Superintendent Schwarz, dieſer große Kanzelredner, in deſſen Hand unſere ganze praktiſche Theologie liegt. Zur Direction des Predigerſeminars in Heidelberg an die Stelle von Rothe unter glänzenden Bedingungen berufen, hat er einen ſchweren innerlichen Kampf durchgemacht, weil er meinte, dort einem einfachen Berufe ſicherer vorſtehen zu können, als hier dem zweifachen, als Oberpfarrer und als Profeſſor. Aber zuletzt hat er all den Liebeszeichen, die ihn feſtzuhalten ſuchten und ſeiner Anhänglichkeit an Jena doch nicht widerſtehen können; er iſt geblieben, ohne irgend was für ſich ſelber zu fordern. Durch eine höhere, unausſchlagbare Berufung iſt uns Döbereiner genommen worden, er noch ein Liebling von Göthe und Carl Auguſt, mit denen er chemiſche Experimente trieb. Er hat einſt mancherlei erfunden, wodurch Andere reich geworden ſind, er ſelbſt hat nichts davon gehabt als das Beſte, die Freude des Erforſchens und Erfindens. In ſeinen letzten Lebensjahren war es ſtiller um ihn geworden, als jüngere Kräfte ſich hier in ſeinem Fache hervorthaten. Denn gerade für die verſchiedenen Zweige der Naturwiſſenſchaft, die ſonſt ſo ſehr einer koſtſpieligen Unterſtützung bedürfen, und für welche die Regierung ſeit Jahrzehnten faſt nichts gethan hat, haben ſich hier wie damals, als Alexander v. Humbold, hier anfing, mehrere junge Freiwillige habilitirt, denen eine Zukunft zu gehören ſcheint.

Aber dieſer Segen hat auch ſonſt über Jena gewaltet, daß, was anderswo mit vielen Koſten eingerichtet wurde, hier wie von ſelbſt aufwächſt. So gehört der Bergrath Schüler, der bekannte Reiſende im Orient, der Univerſität ſeit 17 Jahren an. Er hat von ſeinen Wanderſchaften eine ethnographiſche Sammlung mitgebracht, wie vielleicht nie ein Privatmann ſie beſeſſen hat. Er lieſt nach ſeiner endlich feſten Heimkehr zur vollen Befriedigung zahlreicher Zuhörer über Mineralogie, Metallurgie und Technologie, wozu ihm ſeine Sammlung eine reiche Auswahl von edlen Steinen, Metallſtufen und Modellen darbietet, und noch hat die Regierung nicht das Geringſte für ihn gethan, außer daß ſie ihm ein Nebengebäude des Schloſſes für die Aufſtellung ſeiner Sammlung zum öffentlichen Gebrauche und einen Titel verliehen hat, den die Grundrechte in Zweifel ſtellen. So bedurfte Göttling, der gründliche und geniale Philolog, für ſeine archäologiſchen Vorleſungen einer Sammlung antiker Bildwerke. Er richtete zu dieſem Behufe Vorleſungen ein, die an einem Abend der Woche abwechſelnd von akademiſchen Lehrern oder gelegentlich anweſenden Gelehrten gehalten werden, von jedem beliebig aus ſeinem wiſſenſchaftlichen Gebiete, die halbe Stadt erfreute ſich daran, es ergab ſich für jeden Winter ein Honorar von 4 bis 500 Thlr., der Unternehmer kaufte dafür Gypsabgüſſe, als ein Anfang gemacht war, kamen zahlreiche Geſchenke hinzu, ſo hat ſich binnen 3 Jahren ein archäologiſches Muſeum gebildet, ſo ſtattlich als irgendeine Univerſität eins hat, und die Regierung hat nichts dazu gegeben als den Raum zur Aufſtellung in dem Parterre des Schloſſes. So kam etwa vor zehn Jahren ein junger Schulmann hierher, Dr. Stoy, der ſich habilitirte und über Pädagogik las. Er übernahm bald nachher ein verwaiſtes kleines Knabeninſtitut, das unter ſeiner Hand zu einer großen Penſionsanſtalt geworden iſt, die mit Schnepfenthal wetteifert. Er gründete für Studenten ein pädagogiſches Seminar und erbat ſich von der Stadt ein Hundert arme Schulkinder, welche durch ſeine Seminariſten unentgeltlich nach ſtrenger Methode unterrichtet werden. Es arbeitet da Eins ins Andere, indem er die Lehrer für ſeine Penſionsanſtalt ſich ſelber erzieht, iſt er eine Art Großhofmeiſter geworden, bei dem man ſich tüchtige Hauslehrer beſtellt; die Kluft, welche für die Studirenden zwiſchen den theologiſchen Studien und ihrem gewöhnlich nächſten Berufe als Lehrer liegt, iſt hierdurch aufs Beſte ausgefüllt und der Regie-

*) Obgleich durch Zufall verſpätet wird dieſe Mittheilung Intereſſe erregen. Berichte über andere deutſche Hochſchulen, wenn ſie dieſer an Einſicht und Billigkeit ähnlich ſind, werden uns ſehr willkommen ſein.

rung hat es nichts gekoſtet, als daß ſie ſeit den letzten Jahren einige beſcheidene Stipendien ausgeſetzt hat für Candidaten, welche nach rühmlicher Abſolvirung des theologiſchen Examens ſich noch einige Zeit hier aufhalten wollen, um ſich an der Seminarſchule als Lehrer auszubilden.

Vor geraumer Zeit ging durch die Zeitungrn ein Gerücht von drohender Auflöſung der Univerſität. Es war nur veranlaßt durch die Vermuthung, daß die 3 ſächſiſchen Herzogthümer ihr die jährlichen Zuſchüſſe entziehen könnten. Denkbar wäre es wohl bei dermaligen Wahlgrſetzen, daß dort Landtäge zuſammenkämen, welche ohne alles Intereſſe für die höhern Gütrr des Lebens der Univerſität dieſe vertragsmäßige Unterſtützung entzögen. Doch iſt bisher nirgends ein Antrag der Art geſiellt worden. Wenn es aber geſchähe, dieſe Zuſchüſſe betragen wenig über 8000 Rthlr., die Univerſität iſt zwar verhältnißmäßig ſehr mäßig beſtellt in ihren Einkünſten, aber ſie iſt eine reiche Grundeigenthümerin, und im Nothfalle würdr das Großherzogthum Sachſen, das jährlich jetzt ungefähr 20,000 Rthlr. für ſie verwendet, auch abgeſehn von allen Rückſichten der Pietät und des Ruhmes, alſo unter jedem Landtage eine außerordentliche Anſtrengung machen, um jenen Ausfall zu decken, denn das Beſtehn der Stadt und der Wohlſtand der Umgegend iſt durch die Univerſität bedingt, die dem Lande mehr einbringt als koſtet. Würden die thüringiſchen Staatrn, unerwünſcht, mit dem Königreiche Preußen oder Sachſen vereinigt, ſo würde die Erhaltung der großherzigen Erneſtiniſchen Stiftung rine Bedingung jeder desfälligen Vereinbarung ſein, und dann würde dieſes Jena ſchon mit ſeiner ſtoiſchen Bergluſt und ſeiner einfachen behaglichen Sitte als gleichberechtigte Landesuniverſität gegen Halle wie gegen Leipzig im Vortheil ſtehen. Wenn aber, wohin die Natur der Dinge treibt, die thüringiſchen Staaten ſich zu einem engern Bunde zuſammenſchließen, ſo wird Jena als thüringiſche Landesunivrrſität ein etwas größeres Territorium erhalten, noch mehr aber hat ſie von der Aufhebung alles Univerſitätsbannes zu erwarten, denn ſie iſt immer mehr eine deutſche als eine thüringiſch-ſächſiſche Univerſität geweſen.

Die Studentenemancipation als Märzerrungenſchaft, nämlich die Aufhebung alles Collegienzwanges und der Strafgeſetze gegen Verbindungen, hat hier keine merkliche Aenderung hervorgebracht, denn thatſächlich hat dieſes alles ſchon ſeit Karl Auguſt beſtanden, und die nirderdrückenden Bundestagsbeſchlüſſe wurden in der Stille nur ſoweit vollzogen, als ſie den Studien und ehrbaren Sitten föderlich ſein mochten. Die freie Wiſſenſchaft und harmloſer Jugendmuth iſt vor Alters in dieſem ſchönen Thale heimiſch, jetzt zwar nicht mehr im Style von Zachariäs Renommiſten, aber in urbanen wahrhaft freien Formen, daher das Uebermaß und die Verwilderung nicht vorgekommen iſt wie auf den Univerſitäten, denen plötzlich das Polizeijoch vom Nacken genommen wurde. Die Bewegungen dieſer Zeit ſind natürlich auch hier an der ſtudirenden Jugend nicht ohne tiefen Eindruck vorüber gegangen. Im März vorigen Jahres iſt ein Theil der Studenten mit nach Weimar gezogen, um den Miniſter Schweitzer zu ſtürzen, einen ſtarren, bedenklichen, aber durch und durch rechtſchaffenen, ehrenfeſten und geſchäftserfahrrnen Mann, einſt ſelbſt hier Profeſſor und der einen ſolchen Abſchied gerade um die Univerſität am wenigſten verdirnt hatte. Drr neu erhobene Miniſter Herr v. Wydenbrugk wurde damals hier und da ein Studenten-Miniſier genannt. Aber ſelbſt damals iſt nicht eine Vorleſung unterbrochen worden, und die politiſchrn Verhältniſſe unſerer Stadt und unſeres Landes ſind zu klein, als daß daran ein leidenſchaftliches praktiſches Intereſſe der ſtudirenden Jugrnd ſich lange hätte erhalten können. Zwar die demokratiſchen, mit ihrem wahren Namen die republikaniſchen Vereine von Thüringen erhielten ſeit Pfingſten hier ihren Ausſchuß und Mittelpunct. Aber nur weil einige talentvolle Führer dieſer Bewegung ihren damaligen Wohnſitz hier hatten, junge Gelehrte, Dr. Lafaurie, der den Eindruck eines ernſten edlen Charakters macht, aber eines verbitterten, man ſagt, wegen einrs großen in Frankreich verlorenen Vermögens ſeiner Familie, und der lange vor dem März voll ſocialiſtiſcher Theorien aus Paris hierher kam, Dr. Otto Reventlow, ein halber Dänr, der die Kunſt eines außerordentlichen Gedächtniſſes beſitzt und hie und da Vorträge darüber gehalten hat, endlich Candidat Rothe, rin liebenswürdigrr Enthuſiaſt, nur der Letzte früher der Univerſität angehörig. Sie ſind wie bekannt ſämmtlich durch die erſte Sitzung unſeres Geſchwornengerichtes zu Anfang dieſes Jahres wegen Aufreizung zum Aufruhr in Volksverſammlungrn und Placaten bis zu ein Jahr Gefängniß verurtheilt worden. Nur ein Student unterlag mit der Anklage und dieſer wurde gänzlich freigeſprochen. Dem demokratiſchen Vereine, ſpäter nach Einladung der Frankfurter Linken Märzverein genannt, hatten ſich allerdings auch Studenten angeſchloſſen, eine Fraction der alten Burſchenſchaft, die meiſt auf dem Burgkrller ihr Hauptquartier hat. Das Ideal einer Republik nimmt ſich im Herzen von Jünglingen, die unter den alten Römern und Griechen aufgewachſen ſind, anders aus als unter den hungernden oder aufgeſtachelten Proletariern. Da unter jenen Studenten einige beſonders Begabte waren und Fleiß und gute Sitte unter ihnen vorherrſchend blieb, konnte ihnen ein tonangebender Einfluß zufallen. Allein wie ſie folgerecht nach ihrem Princip alles gleich zu machen auch von den unſchuldigen Privilegien und eigenthümlichen Sitten des Studentenlebens nichts mehr wiſſen wollten, mußte ſich die alte hier gerade beſonders kräftig rrhaltene Tradition deſſelben gegen ſie erheben, und als „die jungen Staatsbürger vom Burgkeller“ haben ſie nur eine ſeparatiſtiſche immer kleiner gewordene Minorität gebildet.

Auch unter den Lehrern der Univerſität hatten ſich Einige im Märzrauſche an die Spitze einer Agitation geſtellt, zunächſt um das vom Landtage erlaſſene Geſetz über die (indirecte) Wahl nach Frankfurt umzuſtoßen. Der Abgeordnete von Jena aus dieſem Kreiſe iſt in der Paulskirche von der Linken einigemal mit ihren Stimmen zum Präſidenten beehrt worden, einige ſeiner Anträge waren der Art, daß ſie entweder an der Politik eines geſunden Menſchenverſtandes gänzlich verzweifeln laſſen, oder die Herbeiführung der Republik im Sinne hatten mit dem Umſturze der Throne. Hier galt er als ein gelehrter fleißiger Juriſt und als ein friedlicher wohlwollender Menſch. Er wird nach ſeinrr Heimkehr ſich unter ſeinen alten Collegen ſehr fremd fühlen, oder was nicht undenkbar iſt, da die Zeit und Umgebung große Macht über ihn zu üben ſcheint, in die früheren Geleiſe zurücklenken. Denn bei weitem die große Mehrzahl der Mitglieder der Univerſität und des Gerichtshofs gehörte zu den liberalen Conſtitutionellen längſt vor den Märztagen, iſt daher durch dieſelben nicht weſentlich verändert, ſondern nur mit frohen Hoffnungen erfüllt worden, die nicht lange ungetrübt blirben.

Deutſchland.

Lith. Correſp. **Berlin,** 11. Juni. Es hat ſich hier neuerdings ein Verein zur Centraliſation der deutſchen Auswanderung und Coloniſation gebildet, an deſſen Spitze u. a. Baron v. Bülow, Kaufmann Dünnweld, Kaufmann Schemonek, Graf zur Lippe ſtehen. Der Verein hat den Zweck, als Einigungspunkt für die vorhandenen der Auswanderung ſich widmenden Kräfte zu dienen, ſie nach Möglichkeit zu organiſiren, durch eine geregelte Coloniſation zu ſchützen und ihre Verbindung mit den Intereſſrn des deutſchen Mutterlandes zu vermitteln. Auf den Entſchluß zur Auswanderung ſrlbſt enthält er ſich jedoch jeder Einwirkung. Dieſe Zwecke gedenkt der Verein hauptſächlich dadnrch zu erreichen, daß er a) vorgelegte Auswanderungsprojecte prüft und die Auswanderung nach den geeigneten Punkten leitet; b) daß er Meldungen Auswanderungsluſtiger annimmt und Auswanderer, wo möglich in geſchloſſenen Gemeinden für jedes Schiff, dem Ziele ihrer Beſtimmung zuweiſt; c) daß rr Capitaliſten und Induſtrirlle zur Betheiligung und zur Förderung einzelner Unternehmungen anregt; d) daß er Kaufleuten, welche dem Zuge der Auswanderung folgen, Empfehlungen gibt und ihr Etabliſſement erleichtert; e) daß er die Unterſtützung der Regierungen für beſonders vortheilhafte Anſiedelungspunkte in Anſpruch nimmt und insbeſondere den Schutz derſelben durch diplomatiſche Agenten und Conſuln herbeiführt; f) daß er mit andern zum Schutze der Auswanderung beſtehenden Geſellſchaften in Verbindung tritt, Einwanderungsvereine hervorruft und mit ihnen gemeinſchaftlich operirt; g) daß er für die Erleichterung des Transports durch Eiſenbahngeſellſchaften und Schiffsrhedereien bemüht iſt. Mit Beſchaffung der Mittel zur Ueberfahrt befaßt ſich der Verein nicht. Dagegen wird er Auswanderern, die größere Capitalien mitnehmen, alle mögliche Aufklärung und Unterſtützung gewähren, ihnen namentlich die erforderlichen Kräfte aus den bei ihm angemeldetrn und legitimirten Arbeitern und kleinen Eigenthümern nachweiſen. Der Verein richtet zunächſt ſeine Thätigkeit auf die Organiſation der Auswanderung nach Centralamerika.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 172. Frankfurt a. M., Sonntag 24. Juni. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Drr Mai 1849.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Die Main-Neckarbahn. Ankunft von Abgeordneten aus Stuttgart. Die Beamten und Diener der Reichsverſammlung. Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats Frankfurt.). Wien (Kirchenparade zum Gedächtniß der Schlacht bei Collin). Prag (Verurtheilungen. Die Aſſentirung). Berlin (Sturz des Hrn. v. Radowitz. Einſchreitrn gegen die Stuttgarter Abgeordnrten. Erkrankung Hanſemann's. Cholera). Breslau (Das ruſſiſche Lager bei Dukla). Königsberg (Rrinigung des Beamtenſtandes. Urwählerverſammlung). Poſen (Congreß der Liga. Die Wahlbewegung bei Deutſchen und Polen). Merſeburg (Sonſt und Jetzt). München (Dr. Zander. Die Vollmacht des Fürſten Taxis. Herr v. Hermann). Stuttgart (Interpellation über dir Vorgänge des 18. Bericht des Präſidenten Löwe). Kirchheim (Unruhigr Auftritte). Ulm (Verhaftung). Dresden (Verhaftungen. Die Beſatzung). Karlsruhe (Große Bewegung. Das Willich'ſche Corps. Die Bürgerwehr. General Eznayde. Gefecht mit den Preußen). Pforzheim (Die ſchwäbiſche Legion). Heidrlberg (Einquartirung. Die Truppen. Hecker). Von der würtembergiſch-badiſchen Gränze (Räumung der Neckarlinie durch die Badner. Die würtembergiſche Regierung und die Revolutionspartei. Württmbergiſche Truppen an die badiſche Grenze). Aus Nordſchleswig (Auswechslung von Gefangenen). Hamburg (Die Organiſation der mittlern Partei).

Großbritannien. London (Das Miniſterium ſiegt im Oberhauſe in der canadiſchen Frage mit ſehr geringer Mehrheit. Smith O'Brien's Angelegenheit vor dem Unterhauſe. Neuer ſardiniſcher Grſandter. Waterloofeſt).

Frankreich. Paris (Eine Aenderung im Miniſterium in Ausſicht. Der „conſtitutionelle Cirkel" und ſein Programm. Eine Allianz zwiſchen der älteren und jüngeren Linie der Bourbons. Gerüchte eines neuen Handſtreichs der Socialiſten. Cabrera und Ameller in Freiheit geſetzt).

Spanien. Madrid (Das zweite Expeditionscorps nach Italien).

Oeſterreichiſche Monarchie. Cernowic (Abmarſch der Ruſſen gegen die ungariſche Grenze).

Italien. (Die Lage der Dinge vor Rom. Die Antwort drr Triumvirn auf die Aufforderung zur Uebergabe).

Dänemark. Kopenhagen (Die Blokade).

Ungarn. (Die Vorgängr um Neuſatz und Petrrwardeln).

Rußland. St. Petersburg (Kirchengebet. Der Stellvertreter von Fürſt Paskewitſch).

23. Juni.

Während auf dem Feſtlande ſeit dem 24. Februar 1848 alle Künſte, welche das Leben zieren, ſich kaum noch das Leben friſten, haben ſie in England eine Zufluchtsſtätte gefunden. Die engliſchen Familien, welche in allen Ländern Europas zerſtreut lebten, kehrten im vorigen Jahre ſchaarenweiſe nach ihrer ſicheren heimathlichen Inſel zurück, und viele ausländiſche Familien brachten dorthin ebenfalls ihr Vermögen, Mancher auch ſein Leben in Sicherheit. London iſt mehr als je der Sitz des Reichthums, und Sänger, Tänzer, Schauſpieler, Künſtler aller Art ſuchen an der Themſe Geld und Ehre auf. Es iſt, als läſen wir von vergangenen Zeiten, wenn wir auf die ſpaltenlangen Berichte der engliſchen Blätter blicken, in denen ſie ſich in Kunſtgenüſſe aller Art und die Pracht großartiger Feſte verſenken, oder wenn wir durch Epsoms Wettrennen Tagelang die Beſchlußfähigkeit des Parlamentes in Frage geſtellt ſehen. Der Mai iſt ſtets die eigentliche Blüthe der Saiſon in London, und der Höhepunkt des geſelligen Lebens iſt der 24. Mai, an welchem die Königin Victoria diesmal ihr dreißigſtes Jahr vollendete. Die Königin von England genießt einer allgemeinen Anhänglichkeit, die man theils perſönlichen Eigenſchaften, beſonders aber dem Umſtande zuſchreiben muß, daß ſie eine ächt conſtitutionelle Königin iſt, daß ſie nicht daran denkt, eine männliche und freiheitsſtolze Nation als Landesmutter zu bevormunden, daß ſie nicht weiſer ſein will, als die Weiſeſten des Volkes, daß ſie nicht, was ihrem Volke frommt, beſſer erkennen will, als das Volk ſelbſt, daß ſie ſtreng nach der Verfaſſung regiert, und daß dieſe Verfaſſung keinen §. 105 hat, und die Verfaſſung geſchrieben ſteht im Herzen des Volkes. Die Engländer rühmen ſich ihrer bewährten in Saft und Blut übergegangenen Verfaſſung ſeit dem vorigen Jahre mit erhöhtem Selbſtgefühl. Ein Glück für Eng'and, daß die letzten Jahre nicht ohne bedeutende Verbeſſerungen vorübergegangen ſind. Um ſo leichter konnten die Engländer der Bewegung Herr werden, welche die Chartiſten im vorigen Jahre nach der franzöſiſchen Revolution erhoben, ſo wie der übereilten Schilderhebung O'Briens in Irland. O'Brien und ſeine Mitſchuldigen ſind zum Tode verurtheilt, aber wie J. Mitchell zu lebenslänglicher Deportation begnadigt. Damit ſind die Urſachen der iriſchen Unzufriedenheit freilich nicht vermindert. Die Irländer haben keinen Antheil an dem Boden Irlands, das iſt und bleibt das Uebel der Uebel. Um es gründlich zu beſeitigen würde vor allen Dingen Noth thun, dem Volke einen ſolchen Antheil, mit andern Worten einen kleinen ländlichen Beſitz zu ſchaffen. Dafür haben die Engländer aber um ſo weniger Sinn, als der kleine ländliche Beſitz auch in England faſt ganz verſchwunden iſt. Auch das Eigenthum der proteſtantiſchen Kirche in Irland wagen ſie nicht anzutaſten. So bleibt nichts übrig, als das Elend Irlands von Zeit zu Zeit durch kleine Mittel zu lindern. Eine ſolche Maßregel hat das Parlament im verfloſſenen Monat wieder bewilligt: Die iriſche Unterſtützungsbill (rate in aid) iſt aber nur mit großer Mühe durchgebracht. Im Oberhauſe kämpften die iriſchen Grundherren dagegen mit Heftigkeit. Sie haben nämlich den Beſtimmungen der Bill zu Folge durch eine Umlage von 6 Pence auf das Pfund Sterling den Staatsvorſchuß von 300,000 Pf. St. zurück zu zahlen. Am 11. Mai kam die Bill nur mit 48 Stimmen gegen 47 zur zweiten Leſung, und ging am 18. Mai mit 37 Stimmen gegen 26 durch. Einen großen Sieg erfocht das Miniſterium, indem es die Aufhebung der alten Schifffahrtsgeſetze durch beide Häuſer brachte. Doch war die Mehrheit im Unterhauſe kleiner, als im vorigen Jahre und im Oberhauſe verdankten die Miniſter ihren Sieg nur der einflußreichen Stimme des nun achtzigjährigen Herzogs von Wellington. Cromwell's Acte ging aus Unmuth, nicht aus Staatsweisheit hervor. Der Einfluß derſelben iſt auf Handel und Schifffahrt, im Ganzen betrachtet mehr hinderlich, als förderlich geweſen; der Aufſchwung der engliſchen Schifffahrt war von ganz andern Verhältniſſen bedingt. Die Aufhebung der alten, längſt durch viele Ausnahmen durchlöcherten

Geſetze war eine nothwendige Conſequenz der Grundſätze des freien Handels, welchen Peel mit kluger Mäßigung nachgab und während ſeiner denkwürdigen Amtsführung 1841 — 1846 zur Anwendung brachte. Mit Peels Unterſtützung iſt das Miniſterium Ruſſell-Palmerſton auch in andern Fragen ſiegreich geweſen, gegen Tories und Radicale. Und es iſt ein Glück für England und Europa, daß die Whigs, die Partei des allmähligen Fortſchritts, ſich am Ruder behaupten. Um ſich davon zu überzeugen, braucht man nur auf den Unverſtand und den Uebermuth hinzuweiſen, mit welchen Standard, Chronicle und andere Blätter täglich die aufgeregten Zuſtände des Feſtlandes beſprechen, und namentlich die deutſchen Einheitsbeſtrebungen verhöhnen und damit die verſtändige und wohlwollende Weiſe zu vergleichen, in welcher Sir Harry Verney, Parlamentsglied für Bedford, ſich in einem an Lord Palmerſton gerichteten Schreiben vom 17. Mai über Deutſchland ausſpricht. „Für Frankreich taugt nur der Despotismus!" ſagt der Standard, und das iſt ungefähr die Summe der ganzen continentalen Staatsweisheit der Tories. Die Whigs ſind aufrichtige Freunde einer wahrhaft conſtitutionellen Verfaſſung. Von Einmiſchung in die innern fremden Länder hält ſich aber Lord Palmerſton jetzt fern; in dieſem Sinne ſprach er ſich am 11. Mai ſowohl hinſichtlich Italiens als wegen Ungarns aus. In Canada brach am 15. Mai ein Aufſtand aus, der in dieſen Blättern geſchildert iſt; die engliſche Partei ſelbſt, die ihn veranlaßte, ſchämt ſich deſſelben. Am 27. Mai kam Allen M'Nab, eines der Häupter jener Partei, als Abgeſandter nach London, um die Zurücknahme der Entſchädigungsacte und die Abberufung des Statthalters von Canada, Lord Elgin, zu bewirken: zu beiden iſt wenig Ausſicht. Hr. Roebuck unterlag im Unterhauſe mit ſeinem Antrage, Canada ganz der Abhängigkeit von dem engliſchen Miniſterium zu entziehen. Der Entſchluß, freiwillig die Herrſchaft über die Colonien niederzulegen, ſo weiſe er ſein mag, iſt eine zu große Selbſtentſagung. Vorläufig iſt das ungeheure britiſche Weltreich noch um ein Gebiet ungefähr von der Größe des Königreiches Preußen vergrößert. Das Land der fünf Ströme ward am 25. März dem indiſchen Reiche einverleibt. Der ehemalige Herrſcher, Dhulip Singh, erhält ein Gnadengehalt von 40,000 Pfund Sterling. Inzwiſchen iſt ſeine Mutter, Tſchenda, die erbitterte Feindin Englands, von der Feſtung am Ganges, wo die Engländer ſie gefangen hielten, entflohen, und wird nicht ruhen, bis ſie neue Empörungen veranlaßt hat.

Auch Scandinavien erfreut ſich ſeiner Lage, die es von den Händeln Europas nicht unmittelbar berührt werden läßt. Norwegen war ſeit ſeiner Unabhängigkeit der freieſte Staat Europas, und erfreut ſich außerdem noch einer ſehr wünſchenswerthen Freiheit: der Schuldenfreiheit. Das Jahresfeſt ſeiner Verfaſſung, auf die jeder Norweger ſtolz iſt, ward am 17. Mai feſtlich begangen. In Schweden liegen alte Zeit und neue Zeit noch im Kampfe. Während in Norwegen ſeit 1821 Niemand, d. h. Jeder adlig iſt, beſteht in Schweden immer noch jene alte ſchwerfällige Verfaſſung, wo der Adel vorwiegt, und neben dem Ritterhauſe Prieſter, Bürger und Bauern als beſondere Stände tagen. Ein ſchwediſcher Dichter vergleicht dieſe Verfaſſung zwar mit den vier Zwergen, welche in der alten nordiſchen Sage den Himmel tragen. Das weniger dichteriſche, ruhig verſtändige ſchwediſche Volk ſehnte ſich aber längſt nach einer beſſeren, der norwegiſchen ähnlichen Verfaſſung. Indeß gerade die jetztbeſtehenden Einrichtungen legen einer ſolchen Umgeſtaltung auf geſetzlichem Wege große Hinderniſſe in den Weg. Nach vielen fehlgeſchlagenen Verſuchen ward die Regierung von den Reichsſtänden wie von den Reform-Geſellſchaften aufgefordert, den Entwurf zu einer neuen Volksvertretung vorzulegen. Die Regierung legte ſchon im vorigen Jahre ihren Entwurf dem Reichstage vor. Der Streit darüber währt fort. Die Reformgeſellſchaften, die eben in Oerebro eine Zuſammenkunft hielten, verwarfen ihn als ungenügend. Im Allgemeinen aber blicken die Schweden jetzt auf die unruhigen Deutſchen wie auf betrunkene Heloten, deren Beiſpiel ihnen zur Abſchreckung gereicht. Wie früher in der philoſophiſchen Forſchung, ſo gehen wir ihnen jetzt in der Politik zu weit. Am Kriege mit Dänemark haben ſie ſich in dieſem Jahre nicht betheiligt. Doch ſind ſoeben mehrere Kriegsſchiffe ausgelaufen. Man wird wohl nicht irren, wenn man hierbei mehr Eiferſucht gegen Rußland, als Feindſchaft gegen Deutſchland vorausſetzt.

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 23. Juni. Wir erhalten folgendes Schreiben aus Weinheim von heute Morgen: „Geſtern Abend iſt Mannheim übergeben worden. Das 27. Infanterieregiment, 2 Regimenter Dragoner und rothe Huſaren ſind eingerückt. Eine Deputation war zu den Truppen in Käferthal gekommen um ſie einzuladen. v. Trützſchler iſt verhaftet. Die badiſchen Dragoner vom 2. Regiment haben ſelbſt die Freiſchärler gefangen genommen. Geſtern war ein großes Gefecht bei Philippsburg und Waghäuſel zwiſchen dem Prinzen von Preußen und Mieroslawski. Letzterer iſt gänzlich geſchlagen; die badiſchen Truppen ſind zerſprengt und haben viele Leute verloren. Ein Schreiben iſt nach Mainz an den Großherzog abgegangen, um ihn zur Rückkehr einzuladen."

Die O. P. Z. berichtet vom 23. Juni: Geſtern Nachmittag brach Mieroslawski mit 15,000 Mann badniſchen Militärs und auserleſenen Freiſchaaren von Mannheim auf, um dem unter dem Prinzen von Preußen anrückenden Corps die Spitze zu bieten. Er wurde geſchlagen, zurückgeworfen und wendete ſich oſtwärts, wo er dem vom General Peucker befehligten Neckarcorps ins Feuer gerieth. Kanonendonner, den man heute früh vernommen hat, bringt man mit einem Zuſammentreffen der Badenſer mit dem Neckarcorps in Verbindung. Nach dem Abzug Mieroslawski's aus Mannheim erklärte ſich das zurückgebliebene zweite Dragonerregiment mit dem 2. Aufgebot der Volkswehr und der Mehrzahl der Bürger gegen die Inſurrection und forderte die von Ladenburg her angerückten Preußen unter v. Gröben auf, über den Neckar zu kommen und die Stadt zu beſetzen. Dies geſchah; der Civilcommiſſär Trützſchler und Andere wurden ſofort verhaftet und Papiere mit Beſchlag belegt. Die Dragoner wurden mit andern Truppen den Badnern unter Mieroslawski in den Rücken nachgeſendet; von Stunde zu Stunde wurden Gefangene in die Stadt eingebracht. Mannheim war geſtern illuminirt. Heidelberg iſt vom General v. Schack erſt nach Bewältigung eines energiſchen Widerſtandes genommen worden (?) Noch fehlen hierüber nähere Angaben.

Die Frankf. Ztg. hat folgende Nachrichten: Am 21. war General v. Peucker mit ſeinem Corps bei Hirſchhorn und Eberbach über den Neckar gegangen, ohne auf Widerſtand zu ſtoßen, da die Freiſchaaren ſich über Sinsheim gegen Raſtatt gezogen hatten. Mittlerweile war eine Abtheilung von dem 22,000 Mann ſtarken Corps des Generals v. Hirſchfeld von Germersheim aus Peucker entgegengerückt, hatte bei Waghäuſel eine Abtheilung Inſurgenten geſchlagen und ſich ſodann mit General v. Peucker bei Wiesloch in Verbindung geſetzt, während ein anderer Theil des Hirſchfeld'ſchen Corps gegen Karlsruhe hin operirte. Zu gleicher Zeit wurde von dem Gröben'ſchen Corps der Neckarübergang bei Ladenburg forcirt und dadurch Mannheim und Heidelberg umſchloſſen. Die Bürgerſchaft beider Städte erhob ſich nun aus Furcht vor einer Beſchießung gegen die Freiſchaaren. Die Dragoner machten in Mannheim mit den Bürgern gemeinſame Sache und hieben auf die Freiſchaaren ein, als dieſelben ſich mit Wagen und Munition aus der Stadt entfernen wollten, da wurde auch das badiſche Fußvolk ſchwierig und ging über, ſo daß ein vollſtändiger Umſchlag ſtattfand, in Folge deſſen die Freiſchaaren entwaffnet wurden.

* **Frankfurt**, 23. Juni. Die Direction der Main-Neckar-Eiſenbahn macht bekannt, daß die gewöhnlichen Züge, die bisher nur zwiſchen Frankfurt und Heppenheim gingen, von nun an wieder bis Weinheim gehen werden.

Frankfurt, 23. Juni. Von dem gemäßigteren Theile der aus Stuttgart vertriebenen Verſammlung hat ſich ein Theil wieder nach Frankfurt gewendet, darunter Hildebrand aus Marburg, Schulz aus Weilburg, Engel aus Schleswig; ſie beabſichtigen mit den hier und in der Umgebung Gebliebenen ſich über gemeinſame Schritte zu verſtändigen. (Frankf. Ztg.)

Frankfurt, 23. Juni. Sämmtliche Beamten und Diener der Reichsverſammlung, mit Ausnahme eines einzigen Secretärs und eines Pedellen, ſind mit dem 15. d. M. entlaſſen worden. (Fr. Journ.)

□ **Frankfurt**, 23. Juni. Die eigentlich politiſchen Fragen, welche der Verfaſſungsentwurf des Freiſtaates berührt, ſind ſo ziemlich erledigt: was noch übrig iſt, wird verhältnißmäßig wenig Zeit in Anſpruch nehmen. So iſt jetzt, ohne jede erhebliche Debatte, ein großer Theil des Abſchnittes von der richterlichen Gewalt erledigt und ſind die einzelnen Artikel des Entwurfes völlig unverändert angenommen worden. Ihre Faſſung iſt folgende:

Sechſter Abſchnitt. Von der richterlichen Gewalt.

Art. 119. Die richterliche Gewalt iſt den Gerichtshöfen und Richtern übertragen. Sie iſt getrennt von der geſetzgebenden und vollziehenden Gewalt.

Art. 120. Die richterliche Gewalt wird ſelbſtſtändig von den Gerichten geübt.

Art. 121. Weder die geſetzgebende noch die vollziehende Gewalt darf Richterſprüche für nichtig erklären.

Art. 122. Keiner dieſer Gewalten ſteht ein Einfluß auf die Rechtſprechung über den beſonderen Fall zu. Die Richter dürfen vor Erlaſſung eines Urtheils nicht die Anſicht einer andern Staatsgewalt einholen.

Art. 123. Die Gerichtsbehörden dürfen nicht allgemeine Anordnungen über das Recht und die Rechtspflege erlaſſen.

Art. 124. Das Gerichtsverfahren ſoll öffentlich und mündlich ſein. Ausnahmen von der öffentlichen Verhandlung beſtimmt im Intereſſe der Sittlichkeit das Geſetz.

Art. 125. In Strafſachen gilt der Anklageproceß mit Staatsanwaltſchaft. Schwurgerichte ſollen jedenfalls in ſchwereren Strafſachen und bei allen politiſchen und ſolchen Preß-Vergehen, welche von Staatswegen verfolgt werden, urtheilen.

Art. 126. Kein Angeklagter ſoll genöthigt ſein, ſich ſelbſt zu beſchuldigen und Zeugniß wider ſich zu geben.

Art. 127. In Strafſachen darf der Richter über keine andere Beſchuldigung erkennen, als über die aus der Anklage ſelbſt hervorgehende.

Art. 128. Es ſoll keinen privilegirten Gerichtsſtand der Perſonen oder Güter geben. Die Militärgerichtsbarkeit iſt auf die Aburtheilung militäriſcher Verbrechen und Vergehen, ſowie der Militär-Disciplinar-Vergehen zu beſchränken, vorbehaltlich der Beſtimmungen für den Kriegsſtand. Auch auf das Verfahren vor den Militärgerichten finden die Beſtimmungen der Art. 124—127 über öffentliches und mündliches Verfahren, Anklage-Proceß und Schwurgerichte Anwendung.

Art. 129. Alle gerichtliche Urtheile und Verfügungen werden im Namen des Freiſtaats Frankfurt erlaſſen und vollzogen.

Art. 130. Jedes Urtheil muß mit Gründen verſehen ſein und in öffentlicher Sitzung verkündet werden.

Art. 131. Die Gerichte können bei der Entſcheidung des einzelnen Falles auch die Verfaſſungsmäßigkeit der Geſetze oder Verordnungen, die zur Anwendung kommen ſollen, prüfen und darüber für den beſondern Fall miterkennen.

Art. 132. Die bürgerliche Rechtspflege ſoll in Sachen beſonderer Berufserfahrung durch ſachkundige, von den Berufsgenoſſen frei gewählte Richter geübt oder mitgeübt werden. Es ſind ein Handelsgericht und Gewerbegericht einzuſetzen.

Art 133. Rechtspflege und Verwaltung ſind getrennt und von einander unabhängig. Die Verwaltungsrechtspflege hört auf. Ueber alle Rechtsverletzungen, ſowie über Competenz-Conflicte zwiſchen den Verwaltungs- und Gerichtsbehörden entſcheiden die Gerichte. Den Polizeibehörden und anderen Verwaltungsämtern ſoll keine Strafgerichtsbarkeit zuſtehen.

Wien, 18. Juni. Heute fand eine feierliche Kirchenparade zur Erinnerung an die Schlacht von Kollin (18. Juni 1757) ſtatt. Dieſelbe wurde bekanntlich im ſiebenjährigen Kriege von den Oeſterreichen unter Daun's Befehl gewonnen. (Ll.)

Prag, 16. Juni. Das Urtheil über die bei Gelegenheit der Verkündigung des Belagerungszuſtandes verhafteten Mitglieder der Slowanska Lipa iſt, wie ich aus guter Quelle weiß, bereits gefällt. Einer der Gefangenen, Dr. Sladkowsky, iſt zu nicht weniger als 15jähriger Feſtungsſtrafe verurtheilt. Die Rekrutentransporte nach Ungarn dauern in großem Maße fort. Die Aſſentirung geſchieht in der umfaſſendſten Weiſe. (Weſ. Z.)

Berlin, 19. Juni. Wir haben heute an der Spitze eine für unſere gegenwärtigen Verhältniſſe höchſt wichtige Nachricht mitzutheilen, die Nachricht nämlich, daß Hr. v. Radowitz in völlige Ungnade gefallen oder, wenn man es ſo ausdrücken darf, geſtürzt iſt. Wie eclatant dieſer Fall iſt, mag daraus erhellen, daß Hr. v. Radowitz ſofort Berlin und ſogar Preußen verlaſſen hat, um auf ſeinem Gute Giewitz in Mecklenburg in Ruhe über den Wechſel der Lage nachdenken zu können. Es verſteht ſich von ſelbſt, daß es an irgend einer officiellen Redensart, wie etwa, daß er ſich krankheitshalber zurückgezogen habe, nicht fehlen wird. Hr. v. Radowitz iſt gewiſſer Maßen als Opfer einer ruſſiſch-öſterreichiſchen Intrigue gefallen, bei der im Intereſſe Rußlands unſer gegenwärtig hier anweſender Geſandter aus St. Petersburg, Hr. v. Rochow, und im öſterreichiſchen Intereſſe der frühere Miniſter v. Canitz, der bekanntlich lange Zeit Preußen in Wien vertrat, eine bedeutende Rolle geſpielt haben; mit einem Worte: Hr. v. Radowitz iſt als noch zu ſehr „von den Zeit-Ideen angefreſſen" gefallen, auf daß eine den ruſſiſch-öſterreichiſchen Beziehungen mehr entſprechende Politik mit Erfolg befolgt werden könne. Derſelbe hielt, wenn auch in ſeinem Sinne, entſchieden an der Idee einer Herbeiführung der deutſchen Einheit feſt, während von Rußland und Oeſterreich das Bundesverhältniß von 1815 in neuerer Zeit wiederholt und mit Energie in verſchiedenen Noten als noch unbedingt fortbeſtehend war geltend gemacht worden. Der Durchführung einer Politik, welche hierauf hinauslief, ſtand nun Hr. v. Radowitz noch immer als ein gewiſſes Hinderniß entgegen; ſein gegenwärtig erfolgter Sturz wird daher wahrſcheinlich ein inniges Bündniß zwiſchen den drei nordiſchen Großmächten unmittelbar in ſeinem Gefolge haben. (Der Rücktritt des Hrn. v. Radowitz iſt unſern Leſern ſeit mehreren Tagen bekannt; inwiefern die hier gemachten weiteren Mittheilungen begründet ſind, muß das Feſthalten oder Aufgeben des Reichsverfaſſungsentwurfs vom 28. Mai bald zeigen.) Es iſt vom Staatsminiſterium beſchloſſen worden, nunmehr mit der ganzen Strenge des Geſetzes gegen diejenigen preußiſchen Unterthanen vorzuſchreiten, welche ſich gegenwärtig noch als Abgeordnete in Stuttgart befinden, und wir dürfen in dieſer Beziehung ſchon in den nächſten Tagen der Amtsſuspenſion aller hierher gehörigen Beamten entgegenſehen, wie wir denn namentlich hören, daß das desfallſige Decret wegen Temme bereits ausgefertigt und abgeſendet ſein ſoll. Es iſt hierher die Nachricht von einer lebensgefährlichen Erkrankung Hanſemann's gelangt, der ſich im Augenblicke zur Wiederherſtellung ſeiner Geſundheit in Karlsbad befindet. Die Cholera macht ſeit zwei Tagen hier bedeutende Fortſchritte, hauptſächlich wohl in Folge des außerordentlichen Witterungswechſels. Es ſtarb geſtern unter Andern innerhalb weniger Stunden daran der märkiſche General-Landſchafts-Director v. Rohr. (K. Z.)

Breslau, 19. Juni. Ein hieſiges Banquier-Haus erhielt ſoeben aus Prerau die Nachricht, daß der Kaiſer zwar im Lager von Dukla (einer langen Schlucht in den Karpathen) geweſen, jedoch auf Anrathen des daſelbſt zurückgebliebenen Feldmarſchalls Paskiewitſch bald wieder abgereiſt und geſtern früh Prerau paſſirt ſei. Als Grund der ſchnellen Abreiſe circuliren zwar wunderliche Gerüchte, jedoch ſo viel ſoll feſtſtehen, daß Paskiewitſch große Mühe haben wird, die förmlich in Aufruhr befindlichen Truppen im Gehorſam zu erhalten. (?) (Köln. Z.)

Königsberg, 18. Juni. Der Juſtizminiſter hat, wie wir erfahren, an alle Präſidien ein Circular erlaſſen, welches auch hier bereits den betreffenden Beamten notificirt iſt, worin er den Präſidenten aufgibt, die politiſchen Beſtrebungen der Referendarien und Auscultatoren ſtreng zu überwachen. Viele dieſer Beamten, heißt es darin, hätten bisher nicht nur aufregenden Verſammlungen beigewohnt, ſondern ſogar zur Verbreitung demokratiſcher Tendenzen eifrig mitgewirkt und hierbei durch Benutzung ihrer Geſetzkenntniß der Regierung indirect geſchadet. In künftigen Fällen ſeien ſolche Beamte von den Herrn Präſidenten aus dem Dienſte ſofort zu entlaſſen.

Königsberg, 19. Juni. Das Provinzialcomite für volksthümliche Wahlen fordert in den hieſigen Zeitungen behufs Entſcheidung der liberalen Partei der ganzen Provinz in Betreff der Frage: Wählen oder Nichtwählen? „alle freiſinnigen Urwähler der Provinz" auf, Deputirte zur Beſchickung eines am 30. d. M. in Königsberg abzuhaltenden Provinzialcongreſſes zu wählen. (Nat. Z.)

⁑ **Poſen,** 17. Juni. Das Inſtitut der Liga hatte ſeit einiger Zeit nur wenig Lebenszeichen von ſich gegeben, und nur die beiden Hauptorgane derſelben, die Gazeta polska und die Zeitung des Oſten, brachten bisweilen ermunternde Berichte und Ermahnungen zu größerer Regſamkeit. Seitdem nun aber wieder neue Wahlen in Ausſicht ſtehen, war ein Congreß mindeſtens der Kreisdirectionen unumgänglich nöthig, und dieſer hat eben auch beim Grafen Cieszkowski auf dem Gute Wieszenics bei Poſen ſtattgefunden. Es waren auch die Abgeordneten der Kreisliga's aus Oſt- und Weſtpreußen zugegen. Nach Erſtattung der Berichte über die Wirkſamkeit der Kreis-, Bezirks- und Ortsliga's ging man an die Berathung der von der Centraldirection gemachten Vorlagen. Sie betrafen vor Allem die Wahlen zur zweiten Kammer nach Berlin. Die Centraldirection war der Anſicht, daß die Polen ſich von den Wahlen unter keinen Umſtänden zurückziehen dürften, im Gegentheil den Sieg im Wahlkampfe auf jede Weiſe durchzuſetzen hätten. Der nationale Standpunkt ſchriebe ihnen einen andern Weg vor, als den, welchen eine gewiſſe deutſche Partei gehen wolle. Der Anſicht der Centraldirection ſtimmte man allgemein bei, und ſie wurde beauftragt, die Leitung der Wahlen zu übernehmen. Man beſchloß zugleich, das deutſche Organ der Liga, die Zeitung des Oſten, zu erhalten, nachdem ein längerer Vortrag die Nothwendigkeit eines ſolchen Organes dargethan hatte. Bei dieſer Gelegenheit muß ich bemerken, daß dies Blatt in ſeinen Berichten aus Polen und Ungarn durchaus unzuverläſſig iſt und ſeine Spalten meiſt mit den großartigſten Erfindungen füllt, um nur beſtimmte Zwecke zu erreichen. Die Wahlagitation

auf deutſcher Seite hat noch nicht begonnen; doch ſcheinen ſich nur wenige Radicale der Wahl ganz enthalten zu wollen. Es iſt nicht zu leugnen, daß der neue Wahlmodus der Mehrzahl der deutſchen Bevölkerung zuſagt, weil ſie über die Polen den Sieg davon zu tragen hoffen. Die Wahlbezirke ſind wieder nach der Abgrenzungslinie eingerichtet worden, Dank den Befehlen Manteuffel's welcher auf das motivirte Verlangen der deutſchen Bevölkerung den Oberpräſidenten zur Reſpectirung dieſer Linie im Januar d. J. anwies. Die Polen machen nun freilich ihre Gloſſen über dieſe Reliquie der „Frankfurter Väter“ bei uns, welche ſie ganz los zu ſein hofften. Im Ganzen iſt es in der Provinz ſehr ruhig und nur die Beſchlagnahme von 24 Stück Schnwaloffs (kleine Mörſer) bei dem ſogenannten „Artilleriegeneral“ v. Lipski hat mancherlei Gerede gemacht. Das Thatſächliche an der Sache iſt Folgendes: Der in Czarnikau ſtationirte Hauptmann der 6. Compagnie des 21. Regiments bringt in Erfahrung, daß v. L., bekannt durch die poſſierliche Rolle, die er im vorigen Jahre in der polniſchen Inſurrection geſpielt, Geſchützſtücke bei ſich beherberge. Er macht deshalb einen Uebungsmarſch mit ſeiner Compagnie und überraſcht Hrn. v. L. „Ich ſoll Kanonen haben? mein Gott! was die Leute nicht Alles ſagen. Man wird wahrſcheinlich die Vaſen dafür halten, welche ich als Zierde auf meinem Hauſe aufſtellen wollte.“ Dieſe Vaſen werden unterſucht und es ergibt ſich dann, daß es zwei Centner ſchwere kleine Wurfgeſchütze ſind, ganz nach der Form jener, welche vor zwei Jahren der ruſſiſche Kaiſer unſerem Könige zum Geſchenk gemacht hatte und die durch Poſen gekommen waren. Ein Exemplar trug noch Spuren von Pulverruß. Hr. v. L. mochte nun erklären ſo viel er wollte, daß die Zündlöcher Abzugskanäle für das Blumenwaſſer wären, die Compagnie führte die Mörſer auf vier Wagen fort und machte in der Folge, nachdem einige Lafetten dazu hergeſtellt worden, ganz vortreffliche Schießübungen damit. Vor 16 Tagen wurden denn die Mörſerchen auf dem hieſigen Generalcommando eingeliefert. Indeſſen iſt gegen v. L. weiter keine Unterſuchung eingeleitet worden. Ich habe dieſe Nachrichten aus dem Munde des Hauptmanns, welcher den Fang gemacht hat, und die Sache mag zum Beleg dafür dienen, daß nicht Alles erfunden iſt, was die mit ausgezeichnetem Spürtalente begabte „Neue Preußiſche“ ins Publikum bringt.

Merſeburg, 19. Juni. Merſeburg zeichnete ſich früher durch dreierlei aus: durch ſein klaſſiſches Bier, durch ſeine hochmüthige Ariſto-Büreaukratie und durch ſeine langweiligen Provinzial-Landtage. Letztere ſind mit dem 18. März v. J. hoffentlich für immer zu Grabe getragen; auch der Adel und das Beamtenheer ſchien an jenem Tage einen tödlichen Stoß erhalten zu haben, und nur das Bier noch entſprach ſeinem alten Renommée. Das eigentliche Volk jedoch zeugte von großer politiſcher Regſamkeit. Da war der über 700 Mitglieder zählende Bürger-Verein, der unter Leitung des Dr. med. Sachſe jene Revolutions-Feier veranſtaltete, bei welcher ſogar Mitglieder der National-Verſammlung auftraten; da war der Juſtiz-Commiſſär Böhme welcher mit Hunderten nach dem Städchen Mücheln zog und die dortigen Volksverſammlungen zu den beſuchteſten im ganzen Regierungsbezirke machte; da waren endlich der Juſtiz-Rath Butle und der Land- und Stadtgerichts-Director, Ober-Landgerichts-Rath Weimann, welche durch ihre feurigen Reden in den Clubs ſelbſt dem behäbigen Bürgerthum eine Art Begeiſterung für die neuen Ideen einzuhauchen wußten. Unter ſolchen Umſtänden nahm unſer Regierungspräſident v. Kroſigk, durch tauſend Fäden mit dem geſtürzten Polizeiſtaate verwachſen, ſeinen Abſchied und verwaltete nur noch das ungeheure Vermögen des hieſigen Hochſtiftes, deſſen Probſt er iſt. Der Umſchwung der Dinge, welcher im November v. J. überall ſtattgefunden hat, war hier nicht zu bemerken. Das Volk glaubte noch immer an den Sieg der Demokratie. Jetzt aber iſt dies hier anders. Dr. Sachſe iſt in Amerika, Juſtizcommiſſär Böhme, obgleich vom Kreisgericht zu Halle freigeſprochen, iſt in der Haft zurückbehalten, Weimann und Butte — jener zu 1 Jahr, dieſer zu 3 Jahre Feſtung verurtheilt worden. Die demokratiſche Partei, ſo ihrer bedeutendſten Führer beraubt, verhält ſich ruhig. (Nat. Z.)

0 **München**, 21. Juni. Dr. Zander, der Redacteur des Volksboten, befindet ſich wieder auf freiem Fuße, iſt jedoch wegen der in Erding erhaltenen Wunden noch bettlägerig. Die dem Fürſten Taxis mitgegebene Vollmacht lautet:

„Maximilian II., ꝛc. ꝛc. Die in dem pfälziſchen Kreiſe eingetretenen revolutionären Bewegungen haben im Laufe des vorigen Monats einen ſolchen Grad erreicht, daß dieſer Kreis bereits unter dem 22. Mai durch eine Bekanntmachung unſeres Geſammtminiſteriums als eine im Zuſtande des Aufruhrs befindliche Provinz erklärt ward. Dieſer Zuſtand hat ſich zum Verderben der Provinz jeden Tag weiter entwickelt und eine ſogenannte proviſoriſche Regierung, welche ſich der öffentlichen Gewalt bemächtigt hat, iſt in ihren verbrecheriſchen Unternehmungen bis zur Trennung der Rheinpfalz von dem baieriſchen Staate geſchritten. Es bleibt uns daher zur Erfüllung unſerer Regentenpflicht und zur Wiederherſtellung des geſetzlichen Zuſtandes nur das ſchmerzliche Mittel der Anwendung der Kriegsgewalt übrig. Als Befehlshaber des Armeecorps, welches zu dieſem Ende in die Rheinpfalz beordert wird, ſowie der ſämmtlichen daſelbſt befindlichen baieriſchen Truppen, militäriſchen Anſtalten und Plätze haben wir unſern Generallieutenant Fürſt von Thurn und Taxis aufgeſtellt und ertheilen ihm andurch Vollmacht, alle den Geſetzen und dem Kriegsrechte entſprechenden Mittel in Anwendung zu bringen, um die Ordnung und den Gehorſam in jener Provinz wieder herzuſtellen. Zu dieſem Zwecke ermächtigen wir den genannten Generallieutenant, in der Pfalz den Belagerungszuſtand zu erklären, unterordnen ihm hierzu nicht nur alle Militärbehörden mit Rückſichtnahme auf die beſonderen Verhältniſſe der Reichsfeſtung Landau und unter Beobachtung der deshalb beſtehenden Bundesbeſchlüſſe, ſondern auch alle Verwaltungsbehörden und Hilfsbeamten der Polizei. Zur nähern Bezeichnung der hierdurch in ſeine Hände gelegten Gewalt verweiſen wir denſelben insbeſondere auf die Artikel 2 des Geſetzes vom 10. Frukt. V. und die Artikel 52, 53, 91 und folgende des kaiſerlichen Decrets vom 24. Dez. 1811, ſowie auf alle übrigen in dieſem Betreffe in der Pfalz beſtehenden geſetzlichen Beſtimmungen. Zu der Berathung über alle in die bürgerliche Ordnung und die Wirkſamkeit der Civilbehörden eingreifenden Angelegenheiten haben wir beſchloſſen, dem Oberbefehlshaber einen Civilcommiſſär in der Perſon des Juſtiz-Miniſterialraths Molitor beizugeben, welcher zu dieſem Zwecke eine eigene Inſtruction erhalten hat. In Anſehung der Militärperſonen, welche eidbrüchig ihre Fahnen verlaſſen haben, iſt von uns in Erwägung gezogen worden, daß der größte Theil derſelben zu dieſem Verbrechen durch Verführung geleitet worden iſt, und wir geben uns der Hoffnung hin, daß ſie die dargebotene Möglichkeit, zu ihren Fahnen zurückzukehren, mit Freuden ergreifen werden. Wir ermächtigen deshalb den Oberbefehlshaber, denſelben Verzeihung zuzuſagen, wenn ſie innerhalb einer von ihm feſtzuſetzenden Friſt (6. Juli) ſich unter ſeine Befehle ſtellen. Ausgenommen hievon bleiben jedoch die eidbrüchigen Officiere, die Rädelsführer und Diejenigen, welche ſich gemeiner Verbrechen ſchuldig gemacht haben. München, den 10. Juni 1849. Maximilian. Kleinſchrod. Dr. Aſchenbrenner. Dr. Ringelmann. v. d. Pfordten. Lüder. Zwehl. Auf allerhöchſten Befehl der Generalſecretär Benning.“

Profeſſor Hermann iſt auf ſein Anſuchen als Miniſterialrath quiescirt worden und wird ſich von nun an wieder ganz ſeinem Lehramte widmen.

* **Stuttgart**, 21. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer interpellirt Süskind den Miniſter des Innern wegen der Vorgänge vom 18. Er tadelt zuerſt, daß Gen. v. Miller mit dem Vollzug beauftragt wurde; wie könne man ſchonende und leidenſchaftloſe Ausführung gerade von dem Manne erwarten, der kaum erſt mit der Reichsverſammlung in unangenehme Verwicklungen gekommen war? Dann kommt er auf den Vandalismus in der Zerſtörung des Sitzungslocals und auf die Mißhandlung einzelner Abgeordneten. Kaum ſei Uhland vor der Gefahr bewahrt worden, überritten zu werden. Einem andern Abgeordneten ſei ein Bajonett auf die Bruſt geſetzt, zwei der bedeutendſten Mitglieder in eine Seitenſtraße geſchoben und auf die brutalſte Weiſe mit dem Rufe: Vorwärts, vorwärts! gedrängt worden. Die preußiſchen Officiere, die die Berliner Verſammlung ſprengen mußten, hätten ſich aufs Anſtändigſte entſchuldigt; hier habe der Commandirende den Präſidenten der Reichsverſammlung keines Wortes gewürdigt und Officiere hätten gerufen: Haut zu, haut zu! Endlich berührt der Abgeordnete noch den Brief an den „Hrn. Dr. Löwe“, und die darin enthaltene Ausweiſung. Staatsrath Duvernoy erwidert im Weſentlichen: Durch die bekannte Aeußerung Schoders, die Reichsverſammlung werde am Nachmittag um 3 Uhr Sitzung halten, iſt das Miniſterium veranlaßt worden, abermals an den Hrn. Dr. Löwe zu ſchreiben, daß keine Sitzung ſtattfinden dürfe. Das Miniſterium hat hierauf den Sitzungſaal abſperren laſſen, zugleich aber dem Commandanten des Militärs aufgetragen, in Anweſenheit des Civilcommiſſärs mit aller Schonung vorzukehren. Man ſagt, es ſei auffallend, daß gerade General Miller commandirt worden ſei, allein es iſt zur Zeit kein anderer General anweſend geweſen, auch war es nothwendig, eine Militärmacht aufzuſtellen, da irgend ein Ausbruch von Seiten der Volksmenge ſtattfinden konnte. Auch war es natürlich, daß man bei dem Drängen der Zeit gerade den Polizeicommiſſär beauftragte, welcher auf der Stadtdirection gerade anweſend war. Von den Officieren wurde der Befehl gegeben, mit aller Schonung zu verfahren. Der Inhaber der Reitſchule bezeugt ſelbſt, daß ſchonend zu Werke gegangen worden ſei, und ich kann, nach demjenigen, was ich weiß, durchaus nicht zu-

geben, daß der Anſtand bei Seite geſetzt worden iſt. Was die behauptete Mißhandlung von Perſonen betrifft, ſo habe ich gehört, daß von allen Seiten Laute kund geworden ſind, die Drohungen u. ſ. w. enthielten; der Civilcommiſſär konnte ſie nicht alle vernehmen und bat wiederholt um Stille; man iſt gegen die Soldaten vorgebrochen, aber dennoch ſind dieſelben ſtehen geblieben. Die Bajonette wurden nicht aufgepflanzt; es ſoll vielmehr eine Perſon geſagt haben, man ſolle gegen ſie das Bajonett gebrauchen, aber man habe ihr geantwortet, darum handle es ſich nicht. Nur einmal iſt der Säbel eines Officiers geſchwungen worden; ein Mann iſt wegen Drohungen verhaftet worden. Von einer Bedrohung Uhlands weiß ich nichts, wohl aber davon, daß die Beſchreibung der ganzen Scene im Beobachter und ſelbſt im Merkur eine entſtellte war. Von einem: Haut ein, haut ein! iſt mir nichts gemeldet, ebenſowenig von Kolbenſtößen. Wohl aber iſt mir bekannt, daß verſchiedene Perſonen gegen das Militär Drohworte wie: Volksverräther anwandten. Man hat der Regierung die Ausweiſung vorgeworfen, aber dieſe Maßnahme war eine nothwendige Folge des Vorangegangenen, und es wurden alle Rückſichten, die nur beobachtet werden konnten, bei Erfüllung dieſer ſchweren Pflicht befolgt. Ich weiß wohl, daß gerade dies Ereigniß auf alle Weiſe benützt werden wird, aber bedenken Sie auch, daß — wenn Drohungen ausgeſtoßen worden ſind — die Soldaten hie und da nicht mehr in der Lage ſein konnten, Mäßigung zu beobachten. Die Officiere aber haben Alles gethan, was ſie konnten, um die Leute in Ordnung zu halten. Nach langer Debatte beſchließt die Kammer auf den Antrag Reyſchers: 1) die Regierung zu bitten, die Anordnungen zu Schließung des Locals der Reichsverſammlung und zu Entfernung der inneren Einrichtungen deſſelben ſofort der Kammer mitzutheilen, 2) die von ihr angeordnete Unterſuchung über die Ausführung ihrer Anordnungen ſtrenge und ſchleunig führen zu laſſen und das Ergebniß derſelben der Kammer mitzutheilen. Der Antrag Schoders: „Die Kammer wolle die von dem Miniſterium des Innern angeordnete Antaſtung des Privateigenthums der Reichsverſammlung als durch dringende Nothwendigkeit in keiner Weiſe geboten für ungerechtfertigt erklären" wird der ſtaatsrechtlichen Commiſſion überwieſen.

Stuttgart, 21. Juni. Als Gegenſtück zur miniſteriellen Darſtellung der Vorgänge vom 18. theilen wir die folgende, vom Präſidenten Löwe in der letzten Berathung der Reichsverſammlung vorgetragene mit: „Ich beabſichtigte, mich nach dem Lokale in einer früheren Stunde hin zu begeben, bald nach ein Uhr etwa, und hatte das Bureau aufgefordert, nämlich die HH. Schriftführer, da Hr. Schoder in der Kammer beſchäftigt und Hr. Eiſenſtuck ausgeſchieden iſt, ſich dahin zu begeben, zu dem Zwecke, wenn es möglich wäre, ſchon voraus das Lokal in Beſitz zu nehmen. Schon um 1 Uhr aber wurde ich benachrichtigt, daß das Haus ſchon vorher von Militär beſetzt war. Das war alſo überflüſſig. Hr. Uhland aber hatte die Güte, mir ſagen zu laſſen, daß ſeine Meinung wäre, wir müßten uns in einem Zuge, alle die Abgeordneten, die ſich gerade zuſammenfinden, an Ort und Stelle begeben, um, wenn es ſein müßte, die Gewalt an uns conſummiren zu laſſen. Obgleich ich der Meinung anfangs war, daß es nicht paſſend ſei, in einer ſo geſinnten Stadt wie Stuttgart, einen ſolchen Zug zu veranlaſſen, ſo begriff ich doch wohl, daß die Verſammlung, geführt von dem erſten deutſchen Dichter, nicht beſſer enden könne. Ich eröffnete dies Herrn Uhland, und wir ſchritten mit den Collegen, die gerade vorhanden waren, durch die dicht gedrängte Menſchenmaſſe. Wir kamen an das Militär heran; es trat uns ein Herr mit einer weißen Binde entgegen und ſagte, daß er als Civilcommiſſär den Auftrag habe, uns zu erklären, daß wir keine Sitzung halten dürften. In dem Augenblicke, wo er das erklärte, entſchlüpfte er durch die Reihen der Soldaten und war nicht mehr habhaft zu werden. Ich forderte das Militär Namens der Nation auf, mir Raum zu geben als Präſidenten der Nationalverſammlung. Im Augenblick, wo ich dieſe Aufforderung ausſprach, commandirte der Officier, die Trommel zu rühren. Ich benutzte einen freien Augenblick, zu erklären, daß ſie ſich an einem hochverrätheriſchen Attentate gegen die Nation betheiligten, an einem Attentate, welches mit ſchweren Strafen durch das Geſetz bedroht ſei. Neuer Trommelwirbel übertönte meine Stimme. Die Reihen der Soldaten blieben geſchloſſen, die Officiere, die hinter den Reihen der Soldaten ſtanden, drängten die Soldaten nach vor, und aus einer Seitenſtraße kam Cavallerie mit gezogenen Säbeln auf mich zugeritten, drängten mich mit den Pferden zurück und erklärten, daß ſie auf uns einhauen würden, ſchwangen die Säbel über unſern Köpfen, und ich habe es nur dem Collegen Pfahler zu verdanken, daß ich nicht umgeritten, daß ich nicht auf das Pflaſter niedergeworfen wurde. Fetzer und Uhland waren neben mir."

* Vereinzelte Unruhen im Lande dauern noch immer fort. In **Kirchheim** wurde der Oberamtmann in ſeinem Hauſe einige Zeit in Haft gehalten, ein Bote mißhandelt, Gewehre und Munition unbefugter Weiſe vertheilt ꝛc. Am Morgen des 19. gegen ohngefähr 80 Mann Bürgerwehr aus. Sie hatte die Abſicht, gegen Stuttgart zu ziehen, kehrte aber unverrichteter Sache um.

In Ulm iſt der Redacteur der Donauzeitung, Herr Beyſchlag, verhaftetet worden.

Dresden, 20. Juni. Geſtern Abend wurde der Oberzeugwärter, Artillerieoberlieutenant Schreiber, hier verhaftet. Er iſt nach vorgefundenen Briefen der Begünſtigung des Aufruhrs dringend verdächtig. Heute Vormittag erfolgte auch die Verhaftung des Oberingenieurs Krauſch, welcher gleichfalls an den Maiereigniſſen ſtark betheiligt geweſen ſein ſoll. Dieſe Verhaftung erregt beſonders darum Aufſehen, weil Krauſch durch die Ausführung der ſächſiſch-ſchleſiſchen Eiſenbahn ſich als tüchtiger Ingenieur bewährt hat. (L. Z.)

== **Dresden**, 21. Juni. Die ſächſiſche Armee ſoll bis auf 25,000 Mann gebracht werden. Bisher waren die Kaſernen nur in der Neuſtadt, jetzt ſollen auch einige in der Altſtadt eingerichtet werden und zwar in der Nähe des Zeughauſes; zu dieſem Behuf iſt das große Coſel'ſche Palais hinter der Frauenkirche, deſſen hintere Seite nach dem Zeughofe zu liegt, von der Regierung angekauft worden; auch das Gebäude des Juſtizminiſteriums am Zeughofplatze wird zu einer Kaſerne eingerichtet und, wie man ſagt, ſoll auch das Gebäude des Finanzminiſteriums am Schloßplatze dazu beſtimmt ſein. Demnach werden wir immer eine ſtarke Militärbeſatzung in Dresden haben. Die Compagnie des preußiſchen 18. Landwehrregiments (in Chemnitz) von der jüngſt vier Mann gefangen hier eingebracht wurden, ſoll ſich unzufrieden über die geringe Löhnung und ſehr dringend für eine Erhöhung derſelben ausgeſprochen haben; jene vier Mann gaben, wie man hört, die Hauptſtimmführer ab. Die Compagnie, vielleicht auch das ganze Bataillon wird wahrſcheinlich dislocirt und durch andere Truppen erſetzt werden. Das 18. Landwehrregiment, von welchem auch ein Bataillon in Dresden liegt, beſteht meiſt aus (Poſenſchen) Polen, die weit weniger in ihrem Verhalten gefallen, als die Truppen, welche wir bisher als Einquartirung hatten und namentlich die ſich muſterhaft benehmenden Soldaten vom Alexanderregiment. Das Füſilierbataillon dieſes letztern, welches noch vom Aufſtand her ſich hier befindet, ſoll noch bis zum 15. Auguſt hier verbleiben und iſt geſtern nur von der Altſtadt in die Neuſtadt einquartirt worden, damit jene von der Einquartirungslaſt nicht zu ſehr gedrückt werde. Um die hier liegenden Truppen mehr zuſammenzuhalten und ihre Kräfte nicht zu ſehr zu zerſplittern, ſind die Wachtpoſten vor den Schlägen (Thoren) eingezogen worden; zugleich ein Zeichen, daß keine Beſorgniß vor irgend hereindringenden unruhigen Bewegungen herrſcht. Auch iſt vom Obercommandanten den Schenklocalen bis 11 Uhr Abends erlaubt worden, Gäſte zu halten. Der in nächſter Woche bevorſtehende Jahrmarkt für die Altſtadt darf allerdings nicht in der Stadt ſtattfinden, ſondern iſt auf den Communalgardeexerzierplatz (Vogelwieſe) verlegt worden.

* Die Verbindung mit **Baden** iſt gänzlich abgeſchnitten; die Poſt iſt weder direct noch wie bisher über Franken hier eingetroffen. Wir entnehmen dem Schw. M. die folgenden Briefe.

Karlsruhe, 20. Juni. Die Rheinbrücke bei Knielingen iſt mit Artillerie, Militär und Volkswehr ſtark bewacht; die preußiſchen Vorpoſten wurden bereits von Wörth (gegenüber der Knielinger Rheinbrücke) her geſehen. Die Rheinbrücke ſelbſt konnte zwar nicht abgeführt werden wegen des hohen Waſſers, aber ſie iſt abgedeckt, ſo daß die Paſſage gehemmt iſt. General Sznayde hat ſein Hauptquartier im Zähringer Hof dahier, mit Anneke u. A. Willich wohnt im Erbprinzen; es fällt ihm noch nicht ein, von hier fortzugehen; ſein Corps exercirte geſtern und heute morgen fleißig auf dem Schloßplatze, was, wie aller Anſchein gibt, ſehr nöthig iſt. Die erſte Compagnie des Corps ſoll aus Studenten beſtehen, der Reſt aus andern Leuten; ſie haben ſich hier gut aufgeführt, und man ſieht unter ihnen (wenn auch nicht

bei allen) wenigſtens einige Schwärmerei für die Sache, während die meiſte Volkswehr bis dahin lediglich davon gelaufen iſt. Die Bürgerwehr hier wird, wie es ſcheint, vorerſt neutral gehalten; ſie ſoll nur für innere Zwecke und auf Befehl des Kriegsminiſteriums zuſammen berufen werden. Die Stimmung der Stadt war dieſen Morgen verſchieden, da Viele vermutheten, das Willichſche Corps führe Etwas im Schilde. Die großherzogliche Waffenkammer wurde geleert, und viele ältere zum Theil ſeltene Waffen wurden ausgegeben. Heute Mittag lautet es anders: die Preußen ſind über Germersheim hereingebrochen; es herrſcht große Bewegung in der Stadt; es verbreitet ſich die Kunde, daß Bruchſal und Neudorf (ein Dorf bei Bruchſal an der Rheinſtraße) von den Preußen beſetzt und daß 6000 Mann im Anmarſch ſeien; auch ſollen Preußen oberhalb Knielingen über den Rhein ſein. (?) Die Eiſenbahnfahrten abwärts ſind eingeſtellt. Abends. Alles kauft noch Fleiſch und Brod ein für die Preußen. Die Baiern ſollen in Wiesloch, und ein Theil der badiſchen Neckararmee bei Hirſchhorn geſchlagen ſein. Die telegraphiſche Depeſche, daß der Aufſtand in Lyon beſiegt iſt, wurde hier nicht bekannt gemacht. Nachſchrift. Abends gegen 7 Uhr. Es geht noch Mannſchaft ab, rheinabwärts.

Karlsruhe, 20. Juni. General Sznayde iſt zum Commandanten aller in und um Karlsruhe liegenden Heeresabtheilungen ernannt worden. So eben, Abends 8½ Uhr, bricht das Hauptquartier, das ſeit vorgeſtern hier im Zähringer Hof ſich befand, von hier auf; es geſchieht dies in Folge der heute vom Kriegsſchauplatz eingetroffenen Nachrichten. Dieſen Abend iſt Itzſtein aus Stuttgart hier eingetroffen.

Karlsruhe, 20. Juni. Im hieſigen Bahnhof iſt ein Verpflegungsbureau für die Armee errichtet worden. Sämmtliche Volkswehr des erſten Aufgebots aus dem Mittelrheinkreis iſt hierher, und jene aus dem Oberrheinkreis nach Raſtatt beordert worden; wer ſich widerſetzt, wird nöthigenfalls ſtandrechtlich behandelt. Das Geſetz, wodurch das Land in Belagerungszuſtand erklärt und das Standrecht verkündet wird, iſt heute an allen Ecken angeſchlagen worden. (Schw. M.)

Die Karlsr. Ztg. vom 20., die uns nicht zugekommen iſt, enthält nach dem Schw. M. über die Lage der Dinge nur Folgendes: „Heute in der Frühe hat ein Treffen zwiſchen den Unſerigen und den Preußen ſtattgefunden, welche einen Ausfall aus dem Germersheimer Brückenkopf machten. Genaue Details über den Verlauf des Kampfes konnten wir bis jetzt noch nicht in Erfahrung bringen; indeſſen verſichert man uns, daß es der Tapferkeit der Unſerigen und insbeſondere der trefflichen Haltung der Artillerie gelungen ſei, den Feind in kurzer Zeit zurückzuſchlagen; eine Abtheilung preußiſcher Huſaren ſoll abgeſchnitten und theils aufgerieben, theils geſprengt und gefangen worden ſein.“ (?)

Pforzheim, 20. Juni. Seit dem 16. d. M. iſt die ſogenannte ſchwäbiſche oder würtembergiſche Legion, beſtehend in 137 Mann, dahier eingezogen; ſie ſteht jetzt unter Führung eines ſogenannten Oberſten Rauch und beabſichtigt, wie dieſe Leute täglich offen ausſprechen, ſich durch Zuzug aus Würtemberg zu verſtärken und ſodann nach wenigen Tagen in ihr Vaterland bewaffnet einzufallen. Die Legion hat ſich bis heute bis zum Doppelten ihrer frühern Zahl und namentlich geſtern um beiläufig 50 Köpfe vermehrt; nach allem Anſchein wird ſolcher Zuwachs für nächſte Tage in immer ſtärkerem Maße eintreten, zumal als in der Anwerbung von ihr nichts verſäumt wird. (Schw. M.)

Heidelberg, 18. Juni, Abends 10 Uhr. Wir haben heute gegen 19,000 Mann in unſerer Stadt, die bekanntlich nur 15,000 Seelen zählt. Sie können daraus abnehmen, in welchem Maße die Einquartierung auf dem Einzelnen laſtet. Der gewöhnlichſte Bürger hat 12 bis 24 Soldaten im Hauſe; ſo geht das nun ſchon ſeit vier Wochen; Polen, Italiener, Ungarn, Franzoſen — Alles kämpft — für die Reichsverfaſſung! Die badiſchen Truppen ſchauen dem Dinge mit Reſignation zu; ich habe zwei Mann im Quartier, die in ihrer Ruhe, wie ſie ihrem gewiſſen Tod entgegenſehen, bemerkenswerth ſind. „Wir haben halt mal die Sauerei gemacht. Jetzt muß es kommen, wie's kommt. Uebergeh'n thun mer nit, eher ſterben.“ Uebrigens wird noch heute dabei „die Neige der köſtlichen Zeit ſattſam geſchlürft!“ „Wenn man jetzt halt das badiſch Ländel regieren will, ſo muß man ein Dach darüber bauen, es gibt ein Zuchthaus“, ſo ſagen die Leute halb im Leichtſinn, halb in Verzweiflung. Der ganze Organismus iſt ſo ſehr aus allem Rand und Band gegangen, daß an eine geſellſchaftliche ſelbſtſtändige Grundlage kaum mehr zu denken iſt. Mieroslawski iſt ſehr ſtreng mit den Soldaten; er ſcheint die Disciplin energiſch wiederherſtellen zu wollen, ſoviel ſich davon herſtellen läßt! Das Volk bildet ſich ein, in den nächſten Tagen müßte ſein Abgott Hecker kommen, als ob man in fünf Wochen nach New-Orleans hin- und herreiſte. Die Pfälzer Geographie iſt berühmt. Die Bürgerwehr iſt heute entwaffnet; für jedes Gewehr erhielt man einen Bon — good for nothing. (Allg. Z.)

∼ Von der würtembergiſch-badiſchen Grenze, 21. Juni. Am 19. hat Mieroslawski die Heidelberger Bürgerwehr entwaffnet, und die Waffen, namentlich die guten Büchſen des Schützencorps, unter ſeine Leute vertheilt. Am 20. Nachmittags hat die Inſurrectionsarmee die ganze Neckarlinie aufgegeben und ſich in der Richtung nach Karlsruhe zurückgezogen, um den aus Germersheim über den Rhein kommenden Bundestruppen die Spitze zu bieten. Es ſcheint wahrſcheinlich, daß der letzte Kampf noch weiter ſüdlich, etwa bei Raſtatt und an dem Eingang des Murgthales Statt haben wird. In Würtemberg iſt die Entmuthigung der revolutionären Partei ſo groß, daß keinerlei Zuzug oder Hilfe für das aufſtändiſche Baden von dort aus mehr erwartet werden darf. Die würtembergiſche Regierung ſoll im Beſitz der Papiere und Briefſchaften des ſ. g. würtembergiſchen Landesausſchuſſes ſein, und dadurch merkwürdige Enthüllungen über die Pläne der revolutionären Partei erhalten haben. Sie fühlt ſich aber ſo ſtark und ſicher, daß ſie nicht einmal Verhaftungen bis jetzt hat vornehmen laſſen; einzelne ſtark Compromittirte ſind aber bereits „ausgewichen.“ Am 21. haben ſich ſtarke würtembergiſche Truppenabtheilungen nach der badiſchen Grenze in Bewegung geſetzt; wohl um verſprengten Freiſchaaren aus Baden den Uebertritt nach Würtemberg unmöglich zu machen.

Aus Nordſchleswig, 19. Juni. In dieſen Tagen paſſirten mehrere Wagen däniſcher Gefangenen durch Flensburg nach dem Norden, wahrſcheinlich um gegen eine gleiche Anzahl der Unſerigen irgendwo ausgewechſelt zu werden. Bei der Nordarmee ſcheinen Sommer-Ferien eingetreten zu ſein; es dürfte demnach nicht unpaſſend erſcheinen, daß Jemand der dortigen Combattanten die Zeit dazu benutzte, ein Werk de bello cimbrico zu verfaſſen; ob es einen Verleger finden würde, iſt allerdings etwas, das wir nicht verbürgen möchten, zumal wenn es betitelt würde: „Viel Geſchrei und wenig Wolle.“ (H. C.)

⊙ **Hamburg**, 19. Juni. Durch die unglückſelige Wendung, welche die Cabinetspolitik den deutſchen Dingen gegeben, ſind hier in Hamburg die Anhänger der mittleren Parteien theils verſchwunden, theils zum Schweigen gebracht. Nur die übertreibende Demokratie führt noch das Wort, und die entgegengeſetzte äußerſte Seite der Geſinnungsgenoſſen der Berliner Kreuzzeitung, welchen Gagern und Dahlmann für greuliche Verräther und für unverbeſſerliche Unruheſtifter gelten. Die Roſtocker Zeitung des Herrn Chazot von Florencourt findet gedeihlichen Boden auch in dieſer Hanſeſtadt für ihren bigotten Abſolutismus, denn der Erfolg war von jeher der beſte Lehrmeiſter der Menge, und ſeit der Verleugnung Frankfurts iſt der Erfolg auf Seiten der rückſichtsloſen Monarchiſten. Wir wollen nicht unterſuchen von welch einem Schickſal die deutſche Welt bedroht würde, wenn für einen nächſten Zuſammenſtoß nur die beiden äußerſten Parteien, die rothen, übrig geblieben wären. Aber auf den Eifer wollen wir aufmerkſam machen, womit dieſe Parteien für ihre Ausbreitung und Organiſation ſorgen. An den demokratiſchen Fractionen iſt die Geſchicklichkeit, ſich Ausdehnung, Form und Zuſammenhang zu verleihen, längſt bekannt. Die Anhänger der Reaction jedoch überbieten ſie neuerdings in dieſen Eigenſchaften. Sie werfen ein Netz von Treubundsvereinen über das Land, und eine Fluth von Blättern ihres Glaubens führen ſie in die Kaſernen, in die Einkehrsorte der Junker und Beamteten, in die Bürgerhäuſer und Bauernhöfe. Gegen dieſe Rührigkeit hilft nichts, als daß ihr von den mittleren Schichten, von den echt liberalen und höher gebildeten Vaterlandsfreunden mit einer gleichen Organiſation, mit demſelben lebendigen Eifer erwidert werde. Die Reaction hat ſich reiche Geldmittel, gangbare Verbindungszüge, und eine ganz ihrem Geiſt entſprechende Preſſe geſchaffen. Wie lange wollen wir zuſehen, daß ſie uns mit dieſem Rüſtzeuge angreift, ohne daß wir den einzigen Rettungsweg einſchlagen, der noch helfen und einen erſprießlichen Widerſtand ermöglichen kann, nämlich Organiſation der mittleren Parteien?

Großbritannien.

* **London,** 20. Juni. Im Oberhauſe ſtellte geſtern Lord Brougham ſeinen bereits angekündigten Antrag in Betreff Kanadas, der im Weſentlichen darauf hinausläuft, daß die im kanadiſchen Parlament durchgegangene und vom Generalgouverneur Lord Elgin genehmigte Entſchädigungsbill, die den letzten Sturm in Montreal aufrührte, einen Zuſatz erhalten möge, wonach Niemand, der erwieſenermaßen an dem Aufſtande in den Jahren 1837 und 1838 thätigen Antheil genommen oder dem Aufſtande in irgend einer Weiſe Vorſchub geleiſtet, an die durch die Bill gewährten Entſchädigungen Anſpruch haben ſolle. Lord Brougham hielt bei dieſem Anlaß eine in ihrer Art ausgezeichnete Rede, in welcher er bis zum Verſailler Frieden im Jahr 1763, d. h. bis zur Verbindung Kanadas mit der britiſchen Krone zurückging. Namentlich eindringlich war der Schluß, wo er England davor warnte, ja nicht etwa zu glauben, daß Nordamerika in Betreff Kanadas keine Einverleibungsgedanken hege. Der edle Lord verſicherte, daß, während England ſich dem Freihandel zugewandt, Nordamerika dagegen den Schutz für ſeine Manufacturen zu vermehren trachte. Nun ſei aber die Grenze gegen Kanada allzu ausgedehnt und ſei außerdem noch zum Theil Waſſergrenze, ſo daß es den Nordamerikanern abſolut unmöglich ſei, den Schmuggelhandel auf irgend einem Punkte zu verhindern und das Schutzſyſtem nach dieſer Seite hin in Wirkſamkeit zu ſetzen. Schon deshalb müſſe Nordamerika nach dem Beſitz von Kanada trachten. Graf Grey widerſetzte ſich dem Antrage Broughams, der, nachdem noch die Lords Lyndhurſt und Stanley für denſelben geſprochen, ſchließlich mit der ſehr geringen Mehrheit von 3 Stimmen (99 gegen 96) verworfen wurde.

In der vorgeſtrigen Sitzung des Unterhauſes erklärte Lord J. Ruſſell, daß die franzöſiſche Regierung auf die Anfrage Palmerſtons, ob ſie gegen die Mittheilung gewiſſer auf die römiſche Angelegenheit bezüglichen Actenſtücke etwas einzuwenden habe, die Antwort ertheilte, daß ſie dagegen nichts einzuwenden habe. Hierauf ging das Haus zur Berathung über die zweite Leſung der von der Regierung vorgeſchlagenen, ſogenannten „Transportation for treason (Ireland) bill" über. Dieſe Bill hat zum Zweck, jeden Zweifel an dem Rechte der Krone und des Lordſtatthalters von Irland, die über Hochverräther verhängte Todesſtrafe in Deportation zu verwandeln, gänzlich zu beſeitigen. So zart iſt das Gefühl engliſcher Miniſter in Rechtsſachen! Die zweite Leſung wurde denn auch mit 175 gegen 19, alſo mit einer Mehrheit von 156 Stimmen zugeſtanden. Doch gerieth der radicale Roebuck, ein leicht aufgebrachtes und überhaupt nicht ſehr feines, ſonſt aber wegen ſeiner praktiſchen Kenntniſſe geſchätztes Mitglied, mit mehreren Herren arg zuſammen, ſo daß es eine ſtürmiſche und ärgerliche Scene gab, wie ſie ſeit Jahr und Tag nicht im Unterhauſe erlebt worden. Der Sprecher mußte endlich einſchreiten und Lord J. Ruſſell ſchließlich an den geſunden Sinn des Hauſes appelliren.

Im Zuſammenhange mit dieſer Bill ſtand eine Petition Smith O'Briens, die in derſelben Sitzung zur Beſprechung kam. In dieſer Eingabe legt Smith O'Brien, zugleich Namens ſeiner Mitverurtheilten, gegen dieſe Bill Verwahrung ein, indem er der Krone das Recht beſtreitet, einſeitig die über ihn und ſeine Genoſſen verhängte Todesſtrafe in lebenslängliche Verbannung nach einer Strafcolonie zu verwandeln, und trägt darauf an, durch ſeinen Anwalt vor den Schranken des Hauſes vertheidigt zu werden. Lord J. Ruſſell meinte: die Unterzeichner der Eingabe ſeien des Hochverraths überführt, mithin könne die Eingabe vom Hauſe nicht gehört werden, wogegen der Sprecher erklärte: er könne ſich nicht erinnern, daß irgendwann eine Eingabe dieſer Art zurückgewieſen worden ſei. Da die Mehrzahl des Hauſes dieſer Anſicht zu ſein ſchien, ſo gab Lord J. Ruſſell nach, und die Eingabe wurde verleſen. Daß ihr Inhalt keine Berückſichtigung fand, ergibt ſich aus der darauf folgenden Abſtimmung über die von Smith O'Brien beanſtandete Bill.

Am 18. hielt die Königin Hof im Buckingham-Palaſt. Der Marquis von Sauli, bisheriger ſardiniſcher Geſandte, verabſchiedete ſich bei ihr, während Graf Gallina, mit einer beſondern Sendung vom König von Sardinien beauftragt, ihr ſeine Beglaubigungsſchreiben überreichte. An demſelben Tage gab der alte Herzog von Wellington das gewöhnliche Jahresfeſtmahl zur Erinnerung an die Schlacht von Waterloo. Wir kommen auf einige Einzelheiten des Feſtmahls und die bemerkenswertheren Toaſte noch mit einigen Worten zurück. Zwei derſelben, vom Herzog ſelbſt ausgebracht, galten den „tapferen" Heeren von Preußen und Hannover.

Frankreich.

* **Paris,** 21. Juni. Eine höchſt unbedeutende Sitzung der Legislative gibt dem Publicum Zeit, ſich mit der Spaltung zu beſchäftigen, welche in den Reihen der bisherigen gemäßigten Partei ausgebrochen iſt und, wie man beſorgt, eine Veränderung des Miniſteriums im Sinne der entſchiedenen Reaction herbeiführen wird. Es ſcheint, daß beſonders Dufaure es iſt, der durch ſeine gewiſſenhaften Bedenken in Bezug auf Fragen, welche die Verfaſſung berühren, ſowie durch die rückhaltsloſe Ehrlichkeit, womit er dieſer zugethan iſt, die äußerſte Rechte unter Thiers genirt. Letztere verlangt „energiſche Maßregeln für das öffentliche Wohl," die indeſſen von der Art zu ſein ſcheinen, daß ihre Ausführung einer offenen Verletzung, vielleicht einem Umſturz der Verfaſſung gleichkäme. Daß es ſich in der That um Sein oder Nichtſein der Republik handelt, geht am beſten aus dem im heutigen Siecle veröffentlichten Manifeſt des „conſtitutionellen Cirkels" hervor, der ſich unter dem Präſidium des Generals Lamoriciere gebildet hat und zu ſeinen Vicepräſidenten, Sekretären u. ſ. w. Männer wie den General Bedeau, Guſtave de Beaumont, Peupin, Oscar Lafayette ꝛc. zählt. Dieſer Verein, deſſen Kern zum erſten Male erſchien, als 76 Repräſentanten unter Dufaure's Vortritt dem General Lamoriciere ihre Stimmen zum Präſidenten der neuen Nationalverſammlung gaben, begreift auch Mitglieder des früheren Vereins der Rue de Poitiers in ſich, die ſich von Thiers, Mole und Berryer losgeſagt haben und ſpricht als ſeinen Grundgedanken aufrichtige Treue gegen die Verfaſſung und allenfallſige Veränderung derſelben nur auf dem von der Verfaſſung ſelbſt vorgeſchriebenen Wege aus. Die Mitglieder des Vereins erklären, daß die meiſten unter ihnen die Republik weder herbeigeführt, noch herbeigewünſcht haben, daß ſie aber dieſelbe nicht nur ohne Hinterhalt angenommen haben, ſondern ſie auch mit allen Kräften zu unterſtützen und zu befeſtigen ſuchen werden. Sie trennen ſich von der äußerſten Rechten und von den Anhängern des Kaiſerthums durch folgende bezeichnende Worte: „Man unterſtützt ſchlecht eine Regierungsform, die man blos tolerirt und man iſt ganz bereit ſie aufzugeben, wenn man ſie für unmöglich erklärt und wenn man für eine andere ſeine Wünſche und ſeine Hoffnungen aufhebt." Beiläufig mag hier auch die Stellung erwähnt werden, welche der Verein den Socialiſten gegenüber einzuhalten gedenkt. „Der Socialismus — ſagt das Programm — iſt eine Schwärmerei; allein die ſocialen Uebel ſind kein Hirngeſpinnſt. Das größte Verbrechen des Socialismus beſteht vielleicht darin, für nur zu wahre Leiden unmögliche Heilmittel vorzuſchreiben, und die paſſendſte Strafe, die man gegen ihn anwenden kann, beſteht in der Verdrängung ſeiner thörigen Schwärmereien durch reelle Wohlthaten. Die Mitglieder des Vereins verſchmähen als falſch und gehäſſig jene mitleidloſen Theorien, wonach jede Geſellſchaft eine beſtimmte und unvermeidliche Summe von Schmerzen und Thränen enthält. Dies ſind ruchloſe, Gott und die Menſchheit beleidigende Lehren. Es gibt keine Wunde in der Geſellſchaft, deren Heilung oder Beſänftigung unmöglich wäre; denn wie würden wir ſonſt in der Tiefe unſers Herzens das Gefühl des innigen Mitleidens gegen dieſelben hegen?" Seinem ganzen Programm nach zu urtheilen, dürfte der genannte Verein der Mittelpunkt aller ehrlichen und nicht von unedlem Ehrgeize getriebenen Männer werden.

Großes Aufſehen erregt eine Notiz, welche die Liberté ihren Leſern bringt, des folgenden Inhalts: „Ein Freund der Familie Orleans hat einen Brief von Louis Philipp erhalten, datirt vom 18. Juni, dem Jahrestage der Schlacht bei Waterloo. Der König wünſcht Frankreich Glück zu dem am 13. Juni ohne Blutvergießen errungenen Sieg und erklärt, daß der Triumph der Ordnung über die republicaniſche Partei nothwendig die Wiederherſtellung des monarchiſchen Princips herbeiführen wird. Allein in Bezug hierauf benachrichtigt Louis Philipp ſeine Freunde, daß in Folge eines Briefes des Kaiſers Nicolaus an die Herzogin von Orleans, den dieſe der Familie ſogleich mitgetheilt habe, man ſich nicht mehr mit ſeiner Dynaſtie beſchäftigen ſolle, die ſich jetzt an die ältere Linie anſchließen müſſe, und daß der ruſſiſche Autokrat das monarchiſche Princip durchaus auf das der Legitimität baſirt wiſſen wolle. Hiernach bittet der gefallene König ſeine Freunde, alle ſeine Anhänger von dieſem Beſchluß zu benachrichtigen, weil es

in Zukunft nur noch zwei Lager in Europa geben ſoll, das der legitimen Monarchie und das der Revolution. Der Freund Louis Philipp's, der dieſen Brief empfangen hat, iſt einer der Hauptrathgeber im Elyſee National!" So weit die Liberté. Die Authenticität des angezogenen Briefes müſſen wir dahingeſtellt ſein laſſen.

In der Nationalverſammlung ging heute das Gerücht um, daß die demokratiſch-ſocialiſtiſche Partei bereits auf einen neuen Handſtreich ſinne, daß dem Präſidenten der Nationalverſammlung eine auf ſehr beſtimmte Anzeigen geſtützte Warnung zugekommen ſei und daß die Aufſtändiſchen diesmal die Abſicht hätten, ſich ſofort auf den erſten Stadtbezirk (Place de Boucade, Nationalverſammlung, Tuilerien ꝛc.) zu werfen. Man kann, trotz der beſtimmten Anzeigen, dies Gerücht auf ſich beruhen laſſen.

Der muthmaßliche neue Führer der Montagne, der Repräſentant Theodor Bac, liegt augenblicklich in Verſailles ernſtlich krank darnieder. Die Polizei hat in dem Landhaus von Felix Pyat Hausſuchung gehalten und ſeine ſämmtlichen Papiere mit Beſchlag belegt. Das Corps der Polizeiſergeanten wird um ein Drittel verſtärkt werden.

Die Regierung hat Befehl gegeben, die ſeither im Fort Lamalgue detinirten carliſtiſchen Generäle Cabrera und Ametler in Freiheit zu ſetzen. Die Wahl ihres künftigen Aufenthalts iſt ihnen nicht beſchränkt, und es werden dieſelben wahrſcheinlich nach England überſiedeln.

Spanien.

Madrid, 16. Juni. Der General Zabala iſt nach Barcellona abgereiſt, um den Oberbeſchl über das zweite Expeditionscorps nach Italien zu übernehmen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Cernowic, 13. Juni. Die hier ſtationirten ruſſiſchen Truppen ſind am 10. d. wirklich gegen die galiziſch-ungariſche Grenze aufgebrochen, ohne daß, wie man ſogleich behauptet hatte, andere ruſſiſche Truppen an ihre Stelle eingerückt wären. (C. Bl. a. B.)

Italien.

* Der Corriere Mercantile von Genua bringt einige nähere Notizen über die letzten Tage der Belagerung Roms. Am 13. und 14. haben die franzöſiſchen Batterien Breſche geſchoſſen. Die Verbindungen zwiſchen Rom und dem Meer ſind auf Befehl Oudinots unterbrochen worden, um keine Nachrichten nach Civitavecchia kommen zu laſſen. Oudinot hat Cavallerie und Tirailleurs auf das linke Tiberufer geſchickt, um die Waſſerleitungen zu zerſtören und die Lebensmittel abzuſchneiden. Eine Nothbrücke bildet die Communication der Franzoſen mit dem linken Tiberufer ſüdlich von der Porta San Paolo. Am 13. Morgens ließen die Römer einen Brander gegen die Brücke abgehn, der aber von der franzöſiſchen Artillerie in Grund geſchoſſen wurde. Der Courier von Rom iſt am 14. von Civitavecchia zurückgewieſen worden. Auf die Proteſtation der Conſuln, die wenigſtens ihre Depeſchen haben wollten, wurde geantwortet, daß die Befehle Oudinots keine Ausnahme geſtatteten. Spätere Nachrichten exiſtiren zur Stunde noch nicht.

Franzöſiſche Blätter bringen jetzt die Antwort der Triumvirn auf die letzte Aufforderuug zur Uebergabe: „General! Wir haben die Ehre, Ihnen die Antwort der außerordentlicher Weiſe zuſammenberuſenen Aſſemblea auf Ihre Mittheilung vom 12. d. M. zu übermachen. Wir werden nie zum Verräther werden an unſeren Pflichten. Wir haben die Pflicht übernommen, in Ausführung der Befehle der Aſſemblea und des römiſchen Volkes, das Banner der Republik, die Ehre des Landes und die Heiligkeit der Hauptſtadt der chriſtlichen Welt zu vertheidigen: wir werden ſie erfüllen. Genehmigen Sie ꝛc. Die Triumvirn: Mazzini, Saffi, Armellini."

Dänemark.

Kopenhagen, 17. Juni. Die „Berlingſche Zeitung" enthält folgenden halbamtlichen Artikel: „In Bezug auf die kürzlich in mehreren öffentlichen Blättern erwähnten Beſchwerden, betreffend die Unvollſtändigkeit unſerer Blokade, welche von verſchiedenen deutſchen Seeſtädten erhoben und welche von einigen Conſularagenten dieſer Häfen, namentlich von den engliſchen Viceconſuln in Stettin und Swinemünde, unterſtützt wurden, haben wir in Erfahrung gebracht, daß die britiſche Regierung ihre entſchiedene Mißbilligung dieſes Benehmens zu erkennen gegeben. Die genannten Viceconſuln ſind nämlich aufgefordert worden, eine Erklärung über die Veranlaſſung zu ihrem Auftreten gegen Dänemark in der Ausübung ſeiner Rechte als kriegführende Macht abzugeben und da ihre Erklärung unbefriedigend befunden, hat die britiſche Regierung dem engliſchen Generalconſul in Danzig aufgegeben, den Herren Peterſen und Krauſe ihre Patente als engliſche Viceconſuln zu entziehen. Dieſes gerechte und unparteiſche Benehmen gereicht uns zu großer Genugthuung, es gibt einen neuen Beweis von der Umſicht, mit der die engliſche Regierung darüber wacht, daß die Handlungen ihrer Agenten immer ſtimmen mit dem zwiſchen Dänemark und Großbritannien beſtehenden guten Vernehmen und wird als heilſames Exempel unſern Blokadechefs die Ausführung ihrer ſchwierigen Aufgabe erleichtern."

Ungarn.

* **Neuſatz** iſt in der Nacht vor dem 12. Juni von den Truppen des Banus genommen worden. Die Schiffbrücke zwiſchen den gegen einander überliegenden Städten Neuſatz und Peterwardein iſt abgebrannt; vermuthlich iſt ſie in Brand geſchoſſen worden, da die Magyaren den Brückenkopf auf der Neuſatzer Seite noch behaupten. Die Stadt Neuſatz, die großentheils im Bereich des Feuers von Peterwardein liegt, iſt durch dieſes in Brand geſteckt, und deshalb von den kaiſerlichen Truppen ſoweit geräumt worden, als ſie dem Feuer ausgeſetzt iſt. Perczel hat ſich, nachdem er eine Verſtärkung in Peterwardein zurückgelaſſen, längs der Donau gegen Szombor gewandt.

Rußland.

St. Petersburg, 13. Juni. Die hieſige Polizeizeitung vom heutigen Tage enthält Folgendes: „Se. Maj. der Kaiſer haben allerhöchſt zu befehlen geruht, daß in Veranlaſſung der baldigen Eröffnung der Kriegsoperationen, am 13. Juni in den Kirchen der Hauptſtadt das für dieſen Fall angeordnete Gebet abgehalten werde, wozu der heilige Synod bereits die nöthigen Veranſtaltungen getroffen hat." Das Journal de St. Petersbourg meldet, daß ein Tagesbefehl des Kaiſers dem General Dehn, während der Abweſenheit des Fürſten Paskewitſch den Vorſitz in dem Verwaltungsrathe des Königreichs Polen, ſowie die Leitung der Civilverwaltung übertragen habe.

Redacteur: **H. Kruſe.**

[246] **Kundmachung.**

Alle in der Debitſache des Handelsmann's Heinrich (Firma Ferdinand) de Eriguis dahier betheiligten, nicht in Baiern befindlichen Gläubiger werden anmit aufgefordert, binnen 3 Wochen a dato einen Inſinnationsmandatar am dieſſeitigen Gerichtsſitze um ſo gewiſſer zu benennen, als außerdeſſen an ſie zu richtende Ausfertigungen durch Anheftung an die Gerichtstafel für inſinuirt erachtet werden.

Neuburg a. d. Donau, am 15. Juni 1849.

Königl. Baieriſches Landgericht:
Heiß.

[247] Bei F. Kuhnt in Eisleben erſchien ſo eben in 3. unveränderter Aufl. und iſt in allen Buchhandlungen zu haben:

Epistolae virorum dextrorum de facinoribus contumeliosis saeculi XIX. Preis 4 Sgr.

Dieſes Schriftchen machte gleich nach Erſcheinen viel Aufſehen.

[248] Im Verlag der Unterzeichneten erſchien ſo eben:

Vollſtändiger
Atlas der neueſten Erdbeſchreibung,
in 21 Karten, mit genauer Angabe der Eiſenbahnen ꝛc.
Für den Schul- und Privatgebrauch entworfen und gezeichnet
von **Joh. Valerius Kutſcheit.**
Geh. Preis 1 Thlr. 15 Sgr.

Der Herausgeber iſt bemüht geweſen, das für Jedermann Wiſſenswerthe auf den Karten anzugeben, und ſie ſowohl für die Schule als für das Haus empfehlenswerth zu machen. Namen und Signatur der Städte deuten die Unterſchiede der Bevölkerungsmenge und ihre ſpecifiſche Wichtigkeit an; auch ſind die Hafenſtädte und die Stellen, wo die Schiffbarkeit der Flüſſe beginnt, bezeichnet. Canäle, Eiſenbahnen und gewöhnliche Straßen finden ſich eingetragen; überdies dienen dem Atlas eine „Karte von Deutſchland in vier Blatt", eine „Weltkarte zur Ueberſicht der ethnographiſchen und kirchlichen Verhältniſſe", eine „Fluß- und Gebirgskarte von Mittel-Europa" und andere als ſehr willkommene Zugaben. Stich, Colorit, ſo wie überhaupt die ganze Ausſtattung ſind ſchön, correct und gefällig. Es kann ſomit dieſe Arbeit, nach dem ſachkundigen Urtheile eines Recenſenten, als ein **„zweckmäßiger Atlas zum täglichen Gebrauch für das Haus"**, beſonders bei unſern jetzigen politiſchen Zuſtänden, empfohlen werden.

Nicolai'ſche Buchhandlung in Berlin.

Verlag der **Weidmann'**ſchen Buchhandlung in Leipzig. — **Druck von H. L. Brönner in Frankfurt a. M.**

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 173. **Frankfurt a. M., Montag 25. Juni.** **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Das ſogenannte Reichsminiſterium.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Welden. Die lombardiſchen Schatzſcheine. Die Ernennung Haynau's zum alter ego. Capitulation von Ancona. Die Südarmee. Großer Kriegsrath. Bevorſtehender Angriff. Gefecht in der Schütt. Die Ruſſen in Siebenbürgen. Die Finanzkriſis. Angriff der Magyaren bei Oedenburg). Berlin (Die franzöſiſche Regierung. Die Neue Preußiſche Zeitung. Der Treubund). Stralſund (Dampfſchiff von Kopenhagen). Köln (Raveaux ſteckbrieflich verfolgt. Erklärung deſſelben. Sein Hintritt). Würzburg (Vorkehrungen gegen Freiſchaaren. Ausbleiben der badiſchen Poſt. Das Armeecorps in der Pfalz. Eiſenmann und Kirchgeßner). Stuttgart (Die öſterreichiſchen Abgeordneten im Rumpfparlament. Die Interpellationen über die Vorgänge vom 18. Franz Raveaux †. Ein Civilcommiſſär an die badiſche Grenze. Kammerverhandlungen. Freiſchaarenzüge). Karlsruhe (Die Vorgänge am 20. und 21. Juni). Stockach (Die Reichsregentſchaft). Mannheim (Die Baiern in Ludwigshafen. Die Rheinbrücke). Schwetzingen (Der Rheinübergang der Preußen). Kaſſel (Congreß der beiden Heſſen. Landtagswahlen). Schleswig (Vorrücken in Jütland. Klagen der Jüten).

Großbritannien. London (Das Waterloofeſt bei dem Herzog von Wellington).

Frankreich. Paris (Eine Schrift Ledru Rollin's über die letzten Ereigniſſe. Der Verkauf der Journale auf den Straßen verboten. Eine Sendung Mamiani's. Verhaftungen. Obſervationscorps im Elſaß. Proudhon. Ausweiſung des Ruſſen Golowin. Eiſenbahnen. Cholera. Eine Anekdote vom General Changarnier).

Italien. Turin (Die Friedensunterhandlungen mit Oeſterreich. Rom).

Niederland. Amſterdam (Prinzeſſin Marianne).

Ungarn. (Gebet Koſſuth's).

Polen. Kaliſch (Die Verſchwörungen im Innern Rußlands).

Frankfurter Börſenbericht (Wochenbericht.)

---

21. Juni.

Mit der Ueberſchrift: „Die Centralgewalt und ihre Gegner" ſind bis jetzt in der Ober-Poſt-Amts-Zeitung drei Artikel erſchienen, die ſich ſehr wenig mit dem Titelgegenſtand, faſt ausſchließlich mit dem Aufſatze: „Die Reichsverfaſſung und der Reichstag" in Nro. 165 der Deutſchen Zeitung beſchäftigen. Der Aufſatz wird ſo jämmerlich zerzauſt, daß in der Appretur, welche der Kritiker im Dienſte des Reichsminiſteriums ihm gegeben, niemand mehr ſeine urſprüngliche Geſtalt zu erkennen vermag. Was die drei Artikel außerdem noch an Gedanken enthalten, läßt ſich in zwei Punkte zuſammenfaſſen.

1) Die Perſon des Beamten und das Amt ſind Eins. Wer eine Amtshandlung des Reichsminiſteriums tadelt, begeht ein Majeſtätsverbrechen gegen Herrn Detmold. Dieſer Satz gilt in allen despotiſch regierten Staaten und taugt daher in den Kram des Reichsminiſteriums, welches laut halbofficieller Mittheilung von dem conſtitutionell Regieren zurückgekommen iſt. Er wird ausgeſprochen, um darzuthun, daß das Reichsminiſterium ſeine lächerliche Drohung mit einem Preßproceſſe gegen die Deutſche Zeitung wohl hätte ausführen können. Zum Beweis der Behauptung, daß der Tadel einer Amtshandlung eine Ehrenkränkung der Perſon des Beamten enthalte, wird angeführt, daß die Reichsminiſter mit ihrer Perſon für ihre Handlungen einſtehen. Dies iſt aber nicht richtig, denn die Reichsverſammlung, welcher die Reichsminiſter verantwortlich waren, beſteht zur Zeit nur noch in der Phantaſie des Herrn Buß und ſeiner großdeutſchen Genoſſen. Der Gedanke, aus dieſer Partei und den Trümmern der Rothen wieder eine Reichsverſammlung zu bilden, ſoll zwar von der Intrigue, welcher das Reichsminiſterium dient, wirklich gehegt werden; allein gegenwärtig handelt Letzteres in der That unverantwortlich.

2) Die Mehrheit der Paulskirche, Gagern und ſeine Freunde, ſind ſchuld an allem Unheil. Sie haben die Märzbewegung des vorigen Jahres veranlaßt und die Reichsverſammlung zu Stande gebracht, welche einen deutſchen Bundesſtaat gründen wollte. Das Reichsminiſterium hat das Verdienſt, dem Gelingen dieſes verderblichen Planes alle Hinderniſſe in den Weg zu legen, die in ſeinen Kräften ſtehen. Das iſt, was wir ſchon oft geſagt haben, und wir ſind mit dem Reichsminiſterium nicht über die Sache ſelbſt, ſondern nur über die Beurtheilung verſchiedener Meinung, indem wir die Herſtellung eines deutſchen Bundesſtaats nicht für ein Unglück, das Verhindern ſeines Zuſtandekommens nicht für ein Verdienſt hielten. Das Reichsminiſterium behauptet zwar, es lege dem engeren Bunde nichts in den Weg, und da es nur ſich ſelbſt in den Weg legt, ſo finden wir in ſeiner Behauptung eine hohe Beſcheidenheit. Allein, obgleich das Reichsminiſterium ſelbſt keine Bedeutung hat, ſo gibt ihm doch die Intrigue die Ziffer vor die Null, und dadurch wird es ſchädlich für Deutſchland. Dem Vernehmen nach haben endlich mehrere Bevollmächtigte, denen Leiſtungen für dieſes nichtsnutzige Miniſterium angeſonnen werden, Rechenſchaft über die Verwaltung der Reichsangelegenheiten verlangt, und wir hoffen, daß dieſelbe auch dem größeren Publikum nicht vorenthalten werden wird.

Deutſchland.

* **Frankfurt,** 24. Juni. Ueber die Vorgänge in Mannheim und Heidelberg haben wir zur Stunde noch keine directen Nachrichten; eben ſo wenig über die Ereigniſſe bei dem preußiſchen Rhein- und dem obern Neckarcorps. Ueber die erſteren geben die beiden folgenden durch Extrablätter des Mannh. Journ. und der Darmſt. Ztg. hierhergelangten Berichte nur dürftige Aufklärung:

„Mannheim, 23. Juni. Der geſtrige Nachmittag hat uns endlich die Entſcheidung unſeres Schickſals gebracht. Nachdem wir 8 Tage hindurch in der höchſten Furcht vor einem Bombardement unſerer Stadt und einem Straßenkampf der terroriſirenden Partei mit den Reichstruppen gelebt hatten, erſchien endlich der

Augenblick, in welchem der beſſere Theil unſerer Bürgerſchaft ſich ermannte und in einer eben ſo ſchnellen als glücklichen Contrerevolution der Schreckensherrſchaft ein Ende machte. Die Nachricht, daß der Civilcommiſſär Trützſchler ſich mit der Kreiscaſſe aus dem Staube machen wolle, verbreitete ſich wie ein Lauffeuer durch die Stadt; augenblicklich beſetzten einige entſchloſſene Bürger und die wenigen hier zurückgebliebenen Dragoner das Local der Kreiscaſſe, mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen, darunter die des Adjutanten v. Lindenau, der mit dem angenehmen Geſchäft der Caſſenentführung beauftragt war. Der Generalmarſch rief die Bürgerwehr unter die Waffen. Herr Trützſchler hatte auf einem in Bereitſchaft gehaltenen Pferde das Weite geſucht, wurde aber eingeholt und gleichfalls auf die Schloßwache in vorläufigen Gewahrſam gebracht. Eine durch die Schelle verkündigte Bekanntmachung befahl die ſofortige Ablieferung der Waffen des erſten Aufgebotes, welcher Aufforderung unverweilt von der ganzen Wehrmannſchaft Folge geleiſtet wurde. Ebenſo wurden die Kanonen am Rhein und Neckar ſchleunigſt abgefahren und die außerhalb der Stadt poſtirte Volkswehr zurückgezogen. Die erſehnte Ankunft preußiſcher Truppen, welche am Abend einrückten, nachdem vorher der Bahnhof von ihnen beſetzt worden war, erlöſte uns endlich von der letzten Furcht, daß der Anhang Trützſchler's noch einmal die Oberhand in unſerer ſo ſchwer geprüften Stadt gewinnen möchte. Die Preußen ſind in langen Zügen von Käferthal her über die Kettenbrücke eingerückt, Infanterie, leichte Cavallerie und eine beträchtliche Menge Artillerie. Die Stadt war da, wo die Preußen einrückten, illuminirt. Die Truppen bivouaquirten auf den Straßen. Wir hören, daß ohne dieſe glückliche Löſung der Dinge Mannheim am heutigen Tage ein Bombardement bevorgeſtanden hätte."

„Darmſtadt, 23. Juni, 12 Uhr Mittags. Heute Morgen um 9 Uhr paſſirte durch Heppenheim an Se. königl. Hoheit den Großherzog von Baden in Mainz ein Courier, welcher die Nachricht von der Uebergabe Mannheims überbringt. Geſtern Abend war Mieroslawski mit dem größten Theil ſeiner Armee, wie es hieß, dem Corps des Generals v. Hirſchfeld entgegenzogen. Das zweite Dragonerregiment hatte Befehl zum Aufbruch nach Schwetzingen erhalten, verweigerte jedoch den Gehorſam. Nun erhoben ſich die Mannheimer Bürger mit Macht, zumal da Tags vorher das zweite Aufgebot aufgerufen worden war, was entſchiedene Verweigerung fand. So kam es zu Umſchlag und Contrerevolution. In wenig Stunden war Mannheim frei von den Inſurgenten ohne allen Kampf; ſoviel ihrer noch dort waren, wurden gefangen genommen; unter den Gefangenen wird namentlich Trützſchler angeführt. Heute Morgen um 4 Uhr zogen Preußen von Käferthal aus in die Stadt über die von den Bürgern raſch wiederhergeſtellte Neckarbrücke und wurden dort mit großem Jubel empfangen. In wenigen Stunden verließ jedoch der größere Theil der preußiſchen Truppen wieder die Stadt, um den ausgezogenen Inſurgenten in den Rücken zu fallen. Nachdem die Preußen auch Heidelberg (von Ladenburg aus) ohne Kampf beſetzt haben, ſoll ſich Mieroslawsky mit ſeinen Truppen von da nach Neckarſteinach, alſo wahrſcheinlich gegen das Peucker'ſche Corps, gewendet haben."

Die Mannheimer Abendzeitung enthält über das Gefecht bei Waghäuſel Berichte „des Bürgers Roſenblum an den Bürger Struve". So fabelhaft ſie klingen, ſo ſcheinen ſie doch zu beweiſen, daß der Kampf nicht ohne Wechſelfälle war, worauf auch vereinzelte Privatnachrichten hindeuten. Eine Kanonenkugel ſoll dem Prinzen Friedrich von Baden den Arm weggeriſſen haben. (?)

Wir können noch den folgenden Brief aus Mannheim hinzufügen:

☌ Mannheim, 23. Juni. Geſtern um 4 Uhr müſſen die Herrn, die das Heft bisher in Händen hatten, die erſte Nachricht von dem unglücklichen Treffen bei Waghäuſel gehabt haben; Trützſchler hatte auf die Kreiscaſſe geſchickt und wollte zur Eiſenbahn. Das verbreitet ſich mit Blitzesſchnelle; man eilt an den Bahnhof und läßt ihn nicht fort. Dieſer Moment war entſcheidend; die Bürgerſchaft Mannheims ermannte ſich, die Dragoner kehren zu ihrer Pflicht zurück und man ſchickt einen Parlamentär nach Käferthal zum preußiſchen Obriſt Schlieffen. Gegen 9 Uhr rückten die Preußen hier ein. Des Nachts haben ſie bivouaquirt; heute früh wurden ſie einquartiert. Auf den Häuſern ſieht man viel weiße Fahnen. Alles freut ſich jetzt wieder, ſeine Familie bei ſich ſehen zu können, denn es iſt faſt kein wohlhabendes Haus, das nicht eins ſeiner Familienglieder auswärts hätte. Mehrere Tauſend ſollen ausgewandert ſein. Trützſchler iſt ſtreng von den Preußen bewacht; er ſitzt auf dem ehemaligen Zuchthauſe, weil dies die meiſte Sicherheit bietet. An dem Rheine waren viele Baumwolle-Ballen aufgethürmt; man ſieht Leute beſchäftigt, die in Brand gerathene Baumwolle zu löſchen. Einen entſetzlichen Anblick macht Ludwigshafen. Der Schaden der verbrannten Waaren ſoll ſich auf eine Million belaufen. Ein Frankfurter Handelshaus hatte allein für 50,000 fl. Tabak dort. Die Rheinbrücke iſt gänzlich zerſtört. Man hat dort ebenfalls mit Baumwolle verſchanzt, die durch die Kugeln in Brand gerathen war. Heute Nachmittag ſoll eine Interimsbrücke hergeſtellt werden.

♈ **Frankfurt**, 24. Juni. Aus dem Hauptquartier des Neckarcorps erhalten wir ſo eben mit dem Poſtzeichen Aglaſterhauſen die folgenden zwei Briefe, die auch jetzt noch, bei den höchſt ſpärlichen Berichten, welche von dort hierher gelangen, nicht ohne Intereſſe geleſen werden dürften.

Hirſchhorn am Neckar, 20. Juni. Heute von Nachmittag 2 Uhr ab ſchütteten die Freiſchaaren, welche wahrſcheinlich erfahren hatten, daß das Neckarcorps beabſichtige, hier eine Brücke zu ſchlagen, ſobald ſie die Anſtalten zum Ueberſetzen von Truppen bemerkten, einen wahren Kugelregen über die Stadt. Es mochten einige hundert Mann ſein, die wahrhaft blind darauf losſchoſſen auf 700 bis 800 Schritt. Von wenigſtens 300,000 Büchſenkugeln hat wirklich eine einzige einen Mann leicht verwundet. Das Feuer wurde wenig, nur von Scharfſchützen erwidert. Vier bis ſechs Verwundete ſahen wir wegtragen. Gegen ſieben Uhr ſchwieg das allgemeine Feuer. Nur wenn man ſich nahe am Fluſſe ſehen ließ, bekam man Schüſſe. Um acht Uhr rückten die Freiſchaaren wieder mit Geſchützen vor. Es war ſchon zu dunkel, um zu erkennen, wie viel es waren, zwei bis vier. Damit ſchoſſen ſie den armen Bürgern die Häuſer ein. Beſonders das Pfarrhaus iſt ganz zerſchoſſen. Die anweſenden beiden mecklenburgiſchen Geſchütze haben nur etwa ſechs Kugeln hinübergeſchickt und ihnen zwei Pferde erſchoſſen. Später ſetzten die Freiſchärler unterhalb über, und es wurde ſofort die Stadt an allen Eingängen auf das feſteſte verbarricadirt. Es erfolgte aber kein Angriff mehr.

Zwingenberg am Neckar, 21. Juni, Morgens 10 Uhr. Das Hauptquartier des Neckarcorps iſt in dieſer Nacht in Eberbach geweſen. Hier in Zwingenberg iſt heute eine Brücke geſchlagen und ſo eben beendet worden. Der Ingenieur hat dazu die vorhandenen Neckarſchiffe, die Geländer der Chauſſeen und die Dachſparren des Gemeindehauſes benutzt, die Bretter von Eberbach herausgeführt; 18 großherzoglich heſſiſche Pioniere und etwa 100 Mann Infanterie haben die Brücke, nahe 100 Schritt lang, in drei Stunden beendet. Die Armee wird heute noch überſetzen. Eben hört man hier heftiges Feuern, nahe und auch weiter. Das erſtere iſt, wie wir hören, in Hirſchhorn, wo die Freiſchärler den geſtern begonnenen Angriff fortſetzen, das letztere wahrſcheinlich in Heidelberg oder Mannheim, wo das Gröben'ſche Corps angriff.

A. Z. C. **Wien**, 19. Juni. Ganz zuverläßig wird F.-Z.-M. Welden nach erfolgter Geneſung ſeine Funktionen als Civil- und Militär-Gouverneur von Wien wieder antreten. Es iſt amtlicherſeits bereits die Anfrage an ihn geſtellt, ob die ehemalige ſiebenbürgiſche Hofkanzlei ihm als Amtirungslokalität genehm ſein wird. Der k. k. Plenipotentiär Montecuculi hat mittelſt Kundmachung von Mailand den 11. Juni veröffentlicht: 1. daß Treſorſcheine auch von einem Betrage unter 30 Lire, innerhalb der im Dekrete vom 22. April vorgeſchriebenen Grenzen eheſtens ausgegeben werden; 2. werden alle politiſchen und Cameralämter beordert, Treſorſcheine als Depoſiten und Caution für Lieferungen oder öffentliche Arbeiten gleich klingender Münze zum Nominalwerth anzunehmen, wobei die angelaufenen Zinſen zu Gunſten der Deponenten verbleiben. Das Amtsblatt der Wiener Ztg. enthält heute ein vom Miniſterpräſidenten F. Schwarzenberg contraſignirtes Handſchreiben worin F.-Z.-M. Haynau mit Berufung auf die Manifeſte vom 6. Nov. und 2. Dez. zum alter ego in Ungarn ernannt wird. Das Handſchreiben iſt vom 30. Mai und die ſpäte Veröffentlichung deſſelben iſt um ſo auffallender, als die Ernennung des Hrn. v. Gehringer zum kaiſ. Commiſſär in Ungarn glauben machte, daß man von der Idee des alter ego, welche mit Windiſchgrätz ſo unglückliche Reſultate geliefert hatte, gänzlich abgekommen ſei. Es ſcheint, daß Haynau auf die Veröffentlichung gedrungen habe, da auch die Ernennung

Gehringers in der Wiener Ztg. ſtand. Das Miniſterium glaubt, daß neben dem alter ego eine blos dem Cabinette verantwortliche Civiladminiſtration beſtehen könne. In dieſem Sinne wird ſich ein im heutigen Abendblatte der Wiener Ztg. erſcheinender Artikel ausſprechen.

△ **Wien**, 20. Juni. Der Miniſterpräſident Fürſt Felix Schwarzenberg, der Kriegsminiſter Graf Gyulai und der ruſſiſche Generallieutenant Berg kamen geſtern von Preßburg zurück, wo ſie einem großen Kriegsrathe beigewohnt hatten. Baron Haynau hat einen Armeebefehl erlaſſen, in welchem er auf den Sieg der vereinten ruſſiſchen und öſterreichiſchen Truppen unter Suwaroff (den ſie im Jahre 1799 an der Trebia bei Piacenza über die Franzoſen unter Macdonald davontrugen) hinweiſt. Demzufolge ſtehn wir alſo endlich am Vorabend des allgemeinen Angriffs. Was ihn noch immer verzögern kann, iſt unerklärlich, da ſowohl unſre Truppen als die Ruſſen überall concentrirt ſtehn. In der Schütt fand am 17. bei Szerdahely ein Kampf zwiſchen der Brigade des Generalmajor v. Reiſchach und einem Corps von Honveds und Huſaren ſtatt, der zu unſrem Vortheile endigte. Siebzig Huſaren blieben auf dem Platze; überdies ſollen 1000 Gefangene gemacht und acht 12pfündige Kanonen erobert worden ſein. In das Lager bei Tyrnau werden fortwährend von hier und von Preßburg große Munitionsvorräthe gebracht. Die Tyrnauer Eiſenbahn, welche die Magyaren, als wichtigen Knotenpunkt ihrer Operationen, um jeden Preis nehmen zu wollen ſchienen, iſt von unſern Truppen beſetzt. Geſtern Abend wollte man wiſſen, daß die Päſſe von Dukla durch die Ruſſen (ſie ſind dort 87,000 Mann ſtark) forcirt und Bartfeld und Eperies beſetzt ſeien. Doch fehlt die officielle Beſtätigung. In Siebenbürgen ſcheint der Einmarſch wieder ſtill zu ſtehen. Die Ruſſen ſcheinen den Türken nicht mehr recht zu trauen, welche zwar oſtenſibel mit ihnen einverſtanden ſind, aber in der Stille die Magyaren auf alle Arten, durch Waffen, Senſen und Waarenſendungen unterſtützen. Der Hermannſtädter Magiſtrat hat in ſchroffem Gegenſatze zu ſeiner frühern Bitte um Hülfe, gegen den Einmarſch der Ruſſen proteſtirt. Daß der Proteſt ein unfreiwilliger iſt, iſt leicht begreiflich, da er ſich auf den Schutz Bems beruft, als welcher der Stadt genüge. Wenn es ſich beſtätigt, daß der Einmarſch der Ruſſen in Siebenbürgen einen Stillſtand erleidet, ſo dürfte dies wieder die ganzen Operationen verzögern, da der Plan, wie man hört, ſo geordnet iſt, daß mit Siebenbürgen der Kampf beginnen ſoll, um ſich von allen Seiten gegen die Ebenen von Raab zu concentriren und dort den letzten Schlag zu führen. Was auch die Abſicht der beiden Herrſcher ſein mag, die ſich dahin verſtändigt haben ſollen, keinen Vernichtungskampf zu wollen, ſo dürfte es doch den Führern ſchwer ſein, ihn von Seiten der Ruſſen, Kroaten und Serben zu verhindern. Ueber die Grauſamkeit der Kroaten und Serben ſteht die Meinung bereits feſt, und die Ruſſen ſcheinen nicht zurückzubleiben. Leute, die aus den Lagern kommen, verſichern, daß ſie keine Gefangene machen, ſondern alles was in ihre Hände fällt zuſammenhauen wollen. In ihrem Lager bei Tyrnau ſollen ſie erſt kürzlich 30 Honveds auf dieſe Weiſe niedergemacht haben. Und dennoch ſind auch wir auf einem Punkte angelangt, wo wir nichts ſehnlicher wünſchen als die Beendigung des ungariſchen Kampfes; alles in einem Theile des Volks wurzelnde Mitleid mit den Magyaren wird überſtimmt durch die täglich wachſende Noth unſrer finanziellen Zuſtände. Silber ſteht ſchon wieder auf 24pCt. Agio und für 5 Kupferkreuzer erhält man ſechs in Papier. Im Finanzminiſterium iſt eine Commiſſion zuſammengetreten, welcher auch Mitglieder vom Handelsgremium und vom Gewerbverein, ſowie von der Nationalbank zugezogen ſind. Doch das einzige Mittel um die Finanzkriſis wirklich und dauernd zu heben, liegt außer dem Bereich ihrer Berathungen: ehe Ungarn zurückerobert iſt, wird kein Vertrauen in den Beſtand des Staates wiederkehren. Bis dahin fürchtet man im beſten Falle einen ungeheuren Staatsbankerott, und ſo lange dieſe Furcht beſteht, bleibt das Geld in die Truhen geſperrt.

Nachſchrift. Die Ungarn haben geſtern auch bei Oedenburg, wie man es ſchon zweimal beſorgte, die Offenſive ergriffen, das Reſultat kennt man nicht; wahrſcheinlich dauert der Kampf noch fort, da man große Verſtärkungen nach jener Richtung ſandte. Die Ruſſen ſollten am 13. über Kronſtadt und aus der Bukowina über Biſtritz in Ungarn einrücken, und ein drittes Corps über Munkatſch. Die Abreiſe des Kaiſers zur Armee wird von Tag zu Tag verſchoben; die Pferde wurden bereits geſtern voraus nach Holitſch geſandt.

Wien, 20. Juni. Telegraphiſche Depeſche: „Ancona hat nach einer heftigen Beſchießung am 18. Abends capitulirt, und ſind am 19. von unſern Truppen Stadt und Forts beſetzt worden." Die Südarmee unter Befehl des Feldzeugmeiſters Jellacic iſt mit ihrer Hauptſtärke nach Soove, Kis-Ker und O-Ker vorgerückt, in welch letzterem Orte am 15. das Hauptquartier war. Während in und bei Neuſatz eine zur Verhinderung von Unternehmungen der Beſatzung Peterwardeins hinreichende Truppen-Abtheilung zurückgelaſſen iſt, wurden auch zwei Brigaden nach Földvar und St. Tamas beordert, da der Beſitz des erſten Punktes für Sperrung der Schifffahrt auf der Theiß und dem Canale von Wichtigkeit iſt. (Wien. Z.)

♀ **Berlin**, 23. Juni. In Erwiederung auf die von Preußen gemachte Anzeige über den Zweck der Truppenanhäufung am Rhein iſt eine Note der franzöſiſchen Regierung eingegangen, worin dieſe in freundlichſter Weiſe antwortet und ihre Antipathie gegen den Aufſtand in Baden und der Pfalz deutlich zu erkennen gibt. Die franzöſiſche Regierung läßt die Ueberläufer, wenn ſie Subſiſtenzmittel haben, ins Innere des Landes bringen, und wenn ſie ohne Mittel ſind, nach Algier transportiren. Die Redaction der Neuen Preußiſchen Zeitung hat hier und auswärts eine Menge gedruckter Zettel vertheilen laſſen, in denen ſie ihr Blatt für das wahre Organ der conſervativen Partei ausgibt und in dieſer Beziehung das Zeugniß des Treubundes für ſich anführt. Eine Erklärung des Redacteurs der Deutſchen Reform, der jenes Prädikat für ſein Blatt in Anſpruch genommen haben ſoll, ſcheint zu dieſer Maßnahme der Kreuzzeitung die Veranlaſſung gegeben zu haben. Wie ich höre, ſoll der hieſige Centralverein der conſervativen Partei ſehr ungehalten darüber ſein und eine Verwahrung veröffentlichen wollen. Der Treubund wird immer unternehmender. Jetzt geht er damit um, in jedem Bezirk Vertrauensmänner zu ernennen, welche mit ihren Parteigenoſſen bei etwaigen Tumulten beruhigen und Ordnung ſtiften ſollen. Auch er ſcheint demnach an baldige Aufhebung des Belagerungszuſtandes zu glauben!

⊙ **Stralſund**, 20. Juni. Das am 18. mit dem däniſchen Kabinets-Courier Quadde nach Kopenhagen gegangene Dampfſchiff Stralſund konnte denſelben dort nur bei der ebeneingerichteten Quarantaine-Anſtalt ans Land ſetzen; wo auch der ſchwediſche General-Conſul verbleiben mußte. Letzterer iſt ſoeben mit dem Dampfſchiffe hier wieder angekommen und es verlautet, daß die Ausſichten für einen baldigen Friedensſchluß eben nicht günſtig ſind. Es gingen neue Truppenſendungen von Kopenhagen per Dampfſchiff nach Jütland ab unter lebhafter Theilnahme und Hurrah der Bevölkerung.

, **Köln**, 23. Juni. Gegen den dermaligen Reichs-Regenten Franz Raveaux iſt ſoeben von Seiten des hieſigen Ober-Prokurators John folgender Steckbrief erlaſſen worden:

Gegen Franz Raveaux, Kaufmann von Köln, iſt wegen verſuchter Bildung eines Complottes, ſowie wegen Complottes zum Umſturze, beziehungsweiſe Veränderung der beſtehenden Regierungen und zur Bewaffnung der Bürger gegen dieſelben, auf Grund der Art. 87 und 89 des Straf-Geſetz-Buchs ein Vorführungsbefehl erlaſſen worden. Unter Mittheilung des Signalements des ꝛc. Raveaux erſuche ich die betreffenden Polizei-Officianten, auf denſelben zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und mir vorzuführen.

Köln, 22. Juni 1849. Der Ober-Procurator, John.

Signalement. Alter 40 Jahre, Größe 5 Fuß 10 Zoll, Geſicht länglich, Haare ſchwarz, Stirn frei, Augenbraunen ſchwarz, Augen braun, Naſe und Mund gewöhnlich, Kinn oval, Bart ſchwarz, Geſichtsfarbe blaß, Statur ſchlank.

*Die Augsburger Allg. Ztg. iſt um Aufnahme folgender Reclamation gebeten worden:

„Der mich verdächtigende Correſpondenz-Artikel der „Deutſchen Zeitung", d. d. Köln, 11. Juni, iſt auch in Nro. 163 der „Allg. Ztg." übergegangen; ich erſuche Sie, in Ihrem vielgeleſenen Blatt als Antwort darauf die Mittheilung machen zu wollen, daß ich ſchon längere Zeit einen meiner Freunde mit der Regulirung meiner Geſchäfts-Angelegenheiten in Köln beauftragte, namentlich aber in jüngſter Zeit, weil meine Abweſenheit vielſeitig zu meinem Nachtheil benutzt wird, den Advocat-Anwalt Hrn. Sommer in Köln bevollmächtigt habe, meine beiden in Brühl gelegenen Landhäuſer ſammt Gärten und Ländereien, ſowie mein Geſchäftshaus in Köln, überhaupt meinen in Preußen gelegenen Grundbeſitz öffentlich verſteigern zu laſſen und Jedem, der eine rechtmäßige Forderung an mich hat, aus den Kauf-Schillingen auszuzahlen. Stuttgart 18. Juni 1849.

Fr. Raveaux."

* In jenem Correſpondenz-Artikel war mitgetheilt, daß Hr. Raveaux wegen Schulden in contumaciam verurtheilt ſei, und ſeine Erklärung widerſpricht dem nicht. Der Schwäbiſche Mercur (ſ. unter Stuttgart) bringt eben die Nachricht von dem plötzlichen Tode Franz Raveaux's. Was auch ſeine politiſchen Irrthümer

Digitized by Google

geweſen ſein mögen, durch ſeine liebenswürdige Perſönlichkeit hat er ſich unter allen Parteien Freunde erworben. Längeres Siechthum, vielleicht im Kerker, ſchien ihm bevorzuſtehn; ſein Loos iſt glücklicher geweſen.

§ **Würzburg**, 23. Juni. Geſtern Morgen 3 Uhr wurden ſämmtliche Thorwachen verſtärkt und heute früh eine Abtheilung von 30 Mann Infanterie am Main aufgeſtellt, um Freiſchaaren, die etwa mit dem Dampfboot ankämen, in Empfang zu nehmen. Es lief nämlich geſtern die Nachricht ein, daß eine Schaar, die von Meiningen ausgerückt und in Schweinfurt übernachtet war, ihren Zug über Kitzingen und Würzburg nach Hardheim und Mosbach fortſetzen wolle. Die Zahl derſelben wurde ſehr ins Große angegeben, in Wahrheit beſtand ſie nur aus etwa 140 Mann. Es ließ ſich aber niemand hören noch ſehen, das Dampfboot brachte Uferbewohner, und das Militär, das vor den Augen der Menge laden mußte, zog ſiegesmuthig, aber etwas ausgelacht wieder ab. Der badiſche Poſtwagen iſt heute noch nicht hier eingetroffen. Einige Soldaten kamen aus der Pfalz hierher und machten von der Amneſtie Gebrauch; ſie ſchildern die frühere Lage als ſehr traurig und äußern ihre Freude, von dieſem Heere los zu ſein. Die in der Pfalz eingerückten Truppen werden für die Folge die Benennung rheinpfälziſches Armeecorps erhalten und dort ſtationirt bleiben, mit dem Diviſionsſitz Speier; Fürſt Taxis wird definitiver Befehlshaber derſelben bleiben. Morgen werden Dr. Eiſenmann und Kirchgeßner in einer Volksverſammlung über ihre Wirkſamkeit im Parlamente berichten. Eine Partei beabſichtigt eine Erſatzwahl für erſteren, was ſie jetzt wohl unterlaſſen wird; ſie hat ohnehin keine Ausſicht hier durchzudringen.

Stuttgart. 19. Juni. Die Allg. Zeitung enthält folgende Mittheilung: „Heute ließ die öſterreichiſche Regierung durch ihren hieſigen Botſchafter den Parlamentsmitgliedern aus Oeſterreich: Boczek, Hortmann, Hedrich, Kudlich, Pattay, Frank, Raus, Schneider, Stark, Wießner und Zimmer mittheilen daß ſie binnen 14 Tagen nach Oeſterreich zurückzukehren hätten, widrigenfalls ihnen das öſterreichiſche Staatsbürgerrecht genommen und die ſpätere Rückkehr verwehrt werden müßte. Die Deputirten proteſtirten aber entſchieden gegen die Maßregel und verwahrten ſich gegen die Folgen ihres „Ungehorſams." Eines der genannten Parlamentsmitglieder."

== **Stuttgart**, 21. Juni.*) Der 18. Juni hat noch lange nicht aufgehört, auf unſere Verhältniſſe einzuwirken: einestheils ſind es die Freiſchaaren, welche da und dort ausziehen, und die Unruhe erhalten, anderntheils gehen die parlamentariſchen Stürme fort, und in der öffentlichen Meinung hat das Miniſterium harte und ſchwer zu überwindende Schläge durch den Act des 18. Juni erhalten. Sie wiſſen, daß das Verhalten der Regierung den Befehlen und Beſchlüſſen der Regentſchaft und Reichsverſammlung gegenüber wohl die Billigung der Mehrzahl des Volks hatte; man fügte ſich auch am Ende in das Verbot fernerer Sitzungen der Reichsverſammlung, aber die Art der Ausführung deſſelben hat tiefen Schmerz hervorgerufen. Heute beſchäftigte ſich die Ständeverſammlung damit, und man muß der Wahrheit gemäß ſagen: die Regierung oder insbeſondere das Miniſterium des Innern hat eine moraliſche Niederlage erlitten. Drei oder vier Puncte ſind es, welche dem Angriffe zu Grunde liegen, den Süskind eröffnete, Schoder durchführte und Staatsrath Duvernoy, in wichtigen Puncten von Römer verlaſſen, weil deutlich deſſen verſchiedene Anſicht erhellte, nur matt abwehrte. Der erſte iſt die angeordnete Beſeitigung der vollſtändigen Einrichtung im Innern des Fritz'ſchen Reithauſes. Das Bureau, die Rednerbühne ꝛc. der Reichsverſammlung wurden dort abgeriſſen, die grünen Tücher um die Tiſche in Fetzen geriſſen ꝛc. — und doch war alles Privateigenthum der Reichsverſammlung! Es verſteht ſich, daß hier blos Exceſſe Untergeordneter vorliegen, und man muß ſo gerecht ſein, die Art zu erwägen, wie die Sprengung vor ſich ging. Noch Morgens dachte die Regierung nicht daran, daß der Augenblick ſchon gekommen ſei, und erſt als in der Ständeſitzung Schoder die beabſichtigte Sitzung der Reichsverſammlung ankündigte, wurden eiligſt die Befehle gegeben. Hierbei mag Manches übereilt worden ſein. Wie aber der Befehl zum Eingreifen ins Innere noch gegeben werden konnte, während doch alle Zugänge von außen abgeſperrt waren, iſt unfaßlich, und die Maßregel wurde auch in der Kammer mit geringem Glück vertheidigt. Die Reichsverſammlung hat nun wegen der geſchehenen Eigenthumsverletzung eine Civilklage erhoben. Die Hauptſache der Anklage bildet der Act der Vertreibung durchs Militär. Staatsrath Duvernoy theilte aus ſeinen Erkundigungen mit, daß keine Mißhandlung vorgekommen, daß mit aller Schonung verfahren worden ſei, daß die Berichte entſtellt, übertrieben ſeien. Freilich, wo wird letzteres in jetziger Zeit nicht ſtattfinden? Haben wir nicht erlebt, daß das Gerücht, daß vielleicht Bosheit Uhland verwundet ſein ließ! ꝛc. Aber ein gewichtiges Actenſtück wurde vorgeleſen, das in der eingeleiteten Unterſuchung wohl eine wichtige Stelle finden wird: das amtliche Protocoll der Reichstagsabgeordneten ſelbſt, ſogleich nach dem Vorfall aufgenommen. Es iſt eine ſchwere Anklage, wenn Löwe von Calbe ſagt: die Reiter haben erklärt, ſie würden einhauen, und daß er nur dem Abgeordneten Pfahler verdanke, nicht umgeritten worden zu ſein, wenn Pfahler und Fetzer dieß beſtätigen, wenn Uhland erklärt, er ſei durch die Cavallerie von der Seite des Präſidenten getrieben worden, wenn Moritz Mohl ſagt, er habe den zunächſt ihm befindlichen Officier commandiren hören: Haut ein! wenn der alte Veteran Schott, Römers Schwiegervater, erklärt: er habe, ob von einem Officier oder Unterofficier wiſſe er nicht, das Commando gehört: Haut ein! Die Unterſuchung wird die Wahrheit hoffentlich herſtellen, und die in Ausführung ihrer Befehle Excedirenden der Strafe übergeben. Endlich bildete die letzte Beſchwerde das Ausweiſungsanſinnen, welches vom Staatsrath Duvernoy „dem Dr. Löwe" in Betreff ſeiner „bisherigen" Collegen gemacht und welches von Römer alsbald durch einen Gegenbefehl — möchten wir ſagen — paraliſirt worden war. Aus dem Schreiben wurde abgeleitet, daß das Miniſterium die Reichsverſammlung für aufgelöſt betrachte. Merkwürdig aber ſind Römers Erklärungen hierauf und ſeinen Collegen auf eine Art bloßſtellend, daß ſeine Vertheidigung faſt unmöglich wurde. Eine Berechtigung der Regierung zur Auflöſung der Verſammlung (im Gegenſatze zum bloſen Verbot in Würtemberg zu tagen) würde Römer nimmermehr anerkennen, unſere Abgeordneten zurückzurufen habe die Regierung kein Recht; es dürfe ihnen kein Hinderniß (auswärts zu tagen) in den Weg gelegt werden, und ihre Diäten werde die Regierung fortwährend ausbezahlen. In den andern Fragen verlangte Römer Abwarten der Unterſuchung, und dieſes ſteht nach Annahme des Reyſcher'ſchen Antrags in Ausſicht.

*) Dieſer Brief, der den Poſtſtempel des 21. Juni trägt, iſt uns am 24. zugegangen.

Stuttgart, 22. Juni. Soeben geht hier die Trauernachricht vom Tode Franz Raveaux's ein. Er ſtarb gleich nach ſeiner Ankunft in Baden am Schlage. (Schw. M.)

Stuttgart, 22. Juni. Regierungsrath Schott von Ludwigsburg iſt als Civilcommiſſär an die badiſche Grenze abgegangen, um etwaige Freiſchaarenbildungen in jener Gegend zu verhindern. In Knittlingen ſteht eine Abtheilung Militär.

(Schw. M.)

* Die Kammer hat in ihrer Sitzung vom 21. auch über die beantragte Verwilligung von 60,000 fl. aus der würtembergiſchen Staatscaſſe für den Feſtungsbau in Ulm zu entſcheiden gehabt. Das Reichskriegsminiſterium hatte die Beſorgniß ausgedrückt, daß durch die Verzögerung oder das gänzliche Ausbleiben der Matrikularbeiträge einzelner Staaten der Ulmer Feſtungsbaufonds im laufenden Jahre einen beträchtlichen Theil der nöthigen Zuſchüſſe entbehren werde. Die würtembergiſche Regierung glaubte ſich unter dieſen Umſtänden, vor Allem durch Rückſichten der Humanität für die zahlreichen Arbeiter, aus allen Theilen Deutſchlands zum Einſchreiten verpflichtet. Die Commiſſion hatte auf Nichtverwilligung angetragen. Ihre Erwägungen ſind nicht ohne Intereſſe. Humanität, ſagt ſie, ſei vor allen den Vertretern des deutſchen Volkes aus allen Ländern Deutſchlands gegenüber am Platze geweſen. Für die Arbeiter aus andern Ländern Deutſchlands zu ſorgen, könne nicht die Sache Würtembergs ſein, zur Beſchäftigung der einheimiſchen habe man Arbeit genug. Dieſe Gründe ſind allerdings denjenigen ſehr ähnlich, nach welchen die Regierung gegenüber der Reichsverſammlung verfahren iſt. Der Berichterſtatter Pfäfflin bemerkte mit Hinweiſung auf die Humanität der Regierung, dieſe ſei ja jetzt eine Bajonett- und Säbelherrſchaft geworden, was einen parlamentariſchen Sturm hervorrief. Die Kammer trat ſchließlich den Erwägungen der Commiſſion nicht bei, ſondern verwilligte mit 48 gegen 29 Stimmen die geforderte Summe.

In der Sitzung vom 27. lehnte die Kammer den Antrag

der Regierung, über den Etat für 1849/50 zu berathen und Beſchluß zu faſſen, mit 49 gegen 27 Stimmen ab, und beſchloß dagegen mit 54 gegen 21 Stimmen auf den Antrag Seeger's, die Steuern bis zum letzten Dezember, aber nicht weiter, zu verwilligen.

Die ausgezogene Bürgerwehr von **Kirchheim** iſt wieder in ihre Heimath zurückgekehrt, dagegen ſind aus **Tübingen** und **Reutlingen** größere Züge (aus letzterem Orte etwa 50 Mann) nach Baden abgezogen.

Der Schwäb. Merkur ſtellt die Zeitungsente von Friedrichshafen jetzt förmlich in Abrede.

* Briefe und Zeitungen aus Baden ſind auch heute nicht eingetroffen. Seit drei Tagen iſt Mannheim und Heidelberg beſetzt, Mieroslawski von den Preußen geſchlagen, und noch kein amtliches Wort als das dürre Factum, während den Gerüchten und den Nachrichten von der Gegenſeite das Feld überlaſſen iſt! Das begreife wer kann. Wir entlehnen der Allg. Ztg. und dem Schw. Merk. die folgenden Berichte über die Vorgänge vom 20. und 21.:

Karlsruhe, 20. Juni, Abends. Die Nachricht von dem Rheinübergang der Preußen bei Germersheim hat ſich beſtätigt. Sie drangen bis Philippsburg vor und bemächtigten ſich dieſes Fleckens ſammt der Schanzen faſt ohne Widerſtand. Vier Bataillone welche zwiſchen Rheinsheim, Oberhauſen, Waghäuſel und Philippsburg aufgeſtellt waren, zogen ſich unter dem Commando des jüngern Sigel (Bruder des Oberſten) ohne Schwertſtreich zurück und concentrirten ſich bei Bruchſal, wohin in aller Eile ſämmtliche Reſerven und neugebildete Freicorps, ſowie die Ueberbleibſel der pfälziſchen Armee mittelſt der Eiſenbahn befördert wurden. Wahrſcheinlich rücken zugleich von Heidelberg bedeutende Truppenmaſſen heran, und Mieroslawski hegt allem Anſchein nach die Abſicht, den Preußen bei Philippsburg eine entſcheidende Schlacht zu liefern. Dieſen Nachmittag ſind General Sznayde und Oberſt Blenker nach Bruchſal abgegangen, wo Raquilier und Ekſcherduski ſie erwarteten. Vor dem Ausbruch der Truppen von hier verſammelte ſie Brentano um ſich auf dem Marktplatz, hielt eine feurige Rede an ſie und ſtellte ihnen General Sznayde als ihren Anführer vor. Der alte, fette, graubärtige Invalide, der Mühe hat, ſich auf den Beinen zu halten, flößte mehr Mitleid als Siegeshoffnung ein. Indeſſen begrüßten ihn doch drei donnernde Hoch und die Dragoner ſchwangen dabei ſo luſtig ihre Säbel, als wär's ihnen wirklich Ernſt um die Sache. Major Willich mit ſeinen Freiwilligen iſt noch hier; ebenſo die proviſoriſche Regierung der Pfalz. Morgen kann ich Ihnen vielleicht von einer Schlacht berichten oder — von dem Einzug der Preußen in Karlsruhe. Die Bürgerſchaft dieſer Reſidenzſtadt hegt wohl ſtille Wünſche fü das letztere. (Allg. Ztg.)

Karlsruhe, 20. Juni, Abends 6. Uhr. Seit heute früh vernimmt man rheinabwärts Geſchützfeuer. Geſtern Abend ſchon gingen preußiſche und baieriſche Truppen über die Brücke zu Germersheim in den dieſſeitigen Brückenkopf. Heute früh muß eine Colonne dort herausgebrochen ſein, die ſich gegen Bruchſal oder Langenbrücken wendete, denn um Mittag kam der nach dem Unterland abgegangene Bahnzug zurück mit der Meldung, daß er in Bruchſal habe umkehren müſſen; die Verbindung mit Heidelberg und der Pfalz iſt ſomit unterbrochen. (Allg. Z.)

Karlsruhe, 21. Juni. Geſtern Abend noch zog Willich ziemlich unerwartet für die Karlsruher mit ſeiner Kolonne rheinabwärts fort; ſpäter kamen noch Flüchtlinge von unten, aus der Gegend von Philippsburg an und wurden in ſpäter Stunde hier einquartirt. Um Mitternacht (20.—21. Juni) mußte der Reſtvorrath bei der Großh. Amortiſationscaſſe (126,000 fl.) und bei der Generalſtaatskaſſe (34,000 fl.) gepackt werden und ging heute in aller Frühe angeblich nach Raſtatt ab. Heute in aller Frühe ſchon war große Bewegung in der Stadt. Im Laufe des Vormittags kam eine große Menge Flüchtlinge verſchiedener Corps hier an; man erfährt, daß etliche Corps zerſprengt ſeien. So das Corps von Itz; ferner ſei das Corps von Willich nach Ausſage eines ſeiner Leute zwiſchen Philippsburg, Graben und Bruchſal überfallen, mit großem Verluſte geſchlagen und er ſelbſt gefährlich verwundet worden. Nach anderer Sage ſoll er ſelbſt gefangen, ja getödtet ſein; ſein Adjutant wurde verwundet hierher gebracht. Ferner ebenſo das Corps von Obriſt Blenker, der ſeine Truppen bis vor den Feind geführt und dann ſich davon begeben haben ſoll. Mehrere dieſer Corps ſind als aufgelöſt zu betrachten. Uebrigens hat nach mehreren übereinſtimmenden Ausſagen ein preußiſches Huſarenpiket durch Ueberfall ſtark gelitten. Manche Flüchtlinge haben verſucht, hier ihre Waffen um ein Spottgeld zu verkaufen und zu entfliehen; ein hieſiger Israelite, der eine Anzahl ſolcher Waffen aufkaufte, wurde durch Brentano ſelbſt verhaftet und ſein ganzer Vorrath (60 bis 80 Gewehre und Büchſen, Säbel, Patrontaſchen, Munition ꝛc. nebſt ſeinen eigenen Waffen) aus ſeinem Lager wurde aufgenommen und confiscirt. Der neue Finanzminiſter, da Metz ausgeſchlagen hat, iſt Advokat Heuniſch; er wollte ſich geſtern ſeine Räthe des Miniſteriums und die Directoren der Branchen ꝛc. vorſtellen laſſen, allein die Vorſtellung wurde abgelehnt. Gerade ſo erging es auch dem neuen Miniſter des Innern, Hrn. Florian Mördes, als er ſich dieſer Tage ſeine neuen Collegen wollte vorſtellen laſſen. Den ganzen Tag über herrſchte große Bewegung in der Stadt; die Geſchäfte ruhen. Heute Vormittag ging zwar ein Bahnzug abwärts bis Bruchſal oder Langenbrücken, aber heute Nachmittag ſind die Fahrten wieder eingeſtellt. Nach einer Sage, die ich jedoch unter unſern Umſtänden nicht verbürgen kann, ſollen geſtern Morgen von 3 bis 9 Uhr Preußen über Germersheim eingerückt und zwiſchen 10 und 11 Uhr ein Lager zwiſchen Graben nnd Friedrichsthal bezogen haben, und heute ſollen weitere gefolgt ſein. Kanonendonner will man heute verſchiedene Male gehört haben. Dieſen Abend will man wiſſen, die Preußen zögen ſich abwärts; zwiſchen 5 und 6 Uhr gehen 4 Kanonen, 2 badiſche und 2 baieriſche, von hier ab. Auch ſollen heute noch mehrere Volkswehrcorps von hier abgehen. (Schw. M.)

Aus der Karlsr. Ztg. vom 21. theilt der Schwäb. Merkur folgende Nachrichten mit: „Von dem Brückenkopf bei Germersheim wurde ein neuer Ausfall gemacht und die Unſerigen zurückgedrängt, ſo daß die preußiſchen Vorpoſten ſich bis Bruchſal ausdehnten. Heute Morgen griff die Willich'ſche Schaar, einige Hundert Mann ſtark, den an Zahl weit überlegenen Feind bei Karlsdorf an, drängte ihn mit Beibringung bedeutender Verluſte zurück, mußte aber endlich der Uebermacht weichen und zog ſich nach Friedrichsthal zurück, wohin unterdeſſen das Hauptquartier des Generals Sznaide, das geſtern Nacht in Blankenloch ſich befand, verlegt worden war. Sie zählt keine Todten, nur einige wenige Verwundeten. Später wurde Willich nach Weingarten zum Schutz der Eiſenbahn detachirt, von wo er gegenwärtig gegen Bruchſal vorrückt, während die Hauptmacht von Friedrichsthal aus den Feind bedroht und eine dritte Colonne am Rheinufer ſtromabwärts in der Richtung auf Philippsburg zu dirigirt wird. Mieroslawski, der ſein Hauptquartier nach hinreichender Deckung des Neckarufers nach Schwetzingen verlegt hat, operirt von der andern Seite gegen denſelben. So ſehen wir in Kurzem einer Entſcheidung entgegen, welche unter den vorliegenden Umſtänden als eine günſtige zuverſichtlich zu erwarten iſt."

Stockach, 20. Juni. Heute Mittag 12 Uhr trafen die Mitglieder der Reichsregentſchaft in fünf Chaiſen und unter Begleitung der Meßkircher Demokraten hier ein und ſtiegen im Gaſthaus zum Adler ab. Alsbald zeigte ſich ein reges Leben, für die Bürgerwehr wurde Generalmarſch geſchlagen, und Böllerſchüſſe verkündeten das Daſein der Gäſte. Unter dem Hinausläuten aller Glocken und nachdem Vogt an die verſammelte Bürgerwehr noch eine Anrede gehalten hatte, reiſte die Reichsregentſchaft in Begleitung der Bürgerwehr und des Gemeinderaths um 2 Uhr nach Engen ab. Wie man ſagt, geht die Reiſe nach Donaueſchingen, wo die Nationalverſammlung ebenfalls nach und nach eintreffen ſoll. (Schw. M.)

Mannheim, 20. Juni. In verfloſſener Nacht zogen die baieriſchen Truppen unter dem Fürſten Taxis in Ludwigshafen ein. Sie haben bis jetzt kein feindſeliges Auftreten beobachtet, ſollen aber wegen der theilweiſen Zerſtörung von Ludwigshafen ein bitteres Gefühl in der Bruſt tragen. Auf hieſiger Seite iſt ebenfalls eine völlige Waffenruhe. Von der ehemaligen Rheinbrücke ſchwimmen nur noch einige Pontons herum, die übrigen ſind verbrannt und geſunken. Ludwigshafen, deſſen Hafen nun ein Schutthaufen iſt, bietet einen betrübenden Anblick. Auch hat auf dieſſeitigem Ufer die Rheinluſt ein klägliches Ausſehen. (Schw. M.)

Schwetzingen, 21. Juni. Geſtern Morgen wurde unſere Gegend plötzlich mit der Nachricht allarmirt, die Preußen ſeien über den Rhein gedrungen und hätten die äußerſten Vorpoſten der Badiſchen weggenommen. Beides beſtätigt ſich auch. Während die Badiſchen der Feſtung Germersheim gegenüber lagen und er-

warteten, daß die Preußen auf der dortigen Brücke, welche ganz unter dem Schutze der Kanonen der bereits von ihnen beſetzten Feſtung iſt, den Rheinübergang bewerkſtelligen würden, thaten ſie dieſes weiter unten, gegen Speier zu bei Rheinshauſen, mittelſt einer von ihnen geſchlagenen Brücke. Nach weiteren Berichten hätten die Truppen, vorzüglich Bürgerwehrmänner, wenig oder keinen Widerſtand geleiſtet. Die Preußen hätten nicht nur Philippsburg eingenommen, ſondern hätten ihre Vorpoſten ſogar bis Hockenheim (Heidelberg zu) vorgeſchoben. Sogleich wurde Bericht erſtattet nach dem Hauptquartier in Heidelberg. Schon früher war zur Beſetzung des Rheines eine große Truppenmaſſe in unſerer Gegend; dieſe wurde in kurzer Zeit auf eine beinahe unglaubliche Weiſe ſchnell vermehrt. Etwa fünf Bahnzüge, jeder von 60 bis 70 Wagen, brachten von Heidelberg Soldaten und Wehrmänner; alle wurden von Wiesloch und Langenbrücken aus, bis wohin die Eiſenbahn ſie führte, an den Rhein in die Gegend von Philippsburg gebracht. Gegen Abend kam auch Mieroslawski mit ſeinem Generalſtabe auf dem Kriegsſchauplatze an. Heute erwartet man mit Gewißheit einen entſcheidenden Kampf. Nach der eingenommenen Poſition dürfte derſelbe zwiſchen Wiesloch, Philippsburg und Bruchſal ſtattfinden. Von der weiteren Bewegung der Preußen gegen Karlsruhe zu weiß man nichts weiter zuverläſſig, als das ſie Knielingen, eine Stunde von Karlsruhe, gegenüber vor drei Tagen in Wörth geſtanden (d. h. ihre Vorpoſten). Der Kampf ſelbſt wird ſich, ſo weit er nicht durch einen Hauptſchlag beendigt ſein wird, immer mehr nach Karlsruhe und Raſtatt hinziehen. Eben (Vormittags 10 Uhr) hört man ſtarken Kanonendonner und Kleingewehrfeuer von dem Rheine her. Je länger es dauert, deſto dumpfer wird der Schall. Das Gefecht ſcheint ſich aus unſerer Gegend etwas zu entfernen. (Schw. M.)

Kaſſel, 22. Juni. Die vereinigten Volksräthe zu Marburg und Hanau fordern zu einem Congreß beider Heſſen am 23. Juni zu Marburg auf.

Von Seiten kurfürſtlichen Miniſteriums des Innern iſt unter heutigem Datum folgender Beſchluß an den Bezirks-Vorſtand zu Marburg ergangen und den übrigen Bezirks-Vorſtänden zur Nachricht mitgetheilt worden: „Dem Hrn. Bezirks-Vorſtand wird eröffnet, daß Vereine und Verſammlungen, welche den Beſchlüſſen der zu Stuttgart unzuſtändiger Weiſe niedergeſetzten Regentſchaft Anerkennung und Geltung zu verſchaffen beabſichtigen, dem durch Miniſterial-Ausſchreiben vom 19. Octbr. v. J. bekannt gemachten Reichsgeſetze vom 28. Juni v. J., die Einführung der proviſoriſchen Centralgewalt für Deutſchland betreffend, gegenüber offenbar verbotene Zwecke verfolgen, daher auch zu verſagen und mit allen zu Gebote ſtehenden Mitteln zu verhindern ſind.“ (Kaſſ. Z.)

* Obergerichtsanwalt Schwarzenberg iſt zum Landtagsabgeordneten für Kaſſel gewählt. Der Wahlbezirk für Hofgeismar und Umgegend hat Hrn. Henkel gewählt.

☽ **Schleswig**, 20. Juni. Während vor Fridericia nach wie vor die Waffen ruhen und nichts von Erheblichkeit vorfällt, ſcheint es, den neueſten Berichten zufolge, dem General Prittwitz geſtattet worden zu ſein, der Occupation Jütlands eine etwas weitere Ausdehnung zu geben. Wenigſtens iſt der Befehl zum Vorrücken von ihm ertheilt, und ſollte das Hauptquartier heute nach dem Dorfe Irxen, eine Meile nördlich von Skanderburg, und morgen nach dem Dorfe Borum, nordweſtlich von Aarhaus auf dem Wege nach Randers verlegt werden. Ob wir darin eine Widerlegung der vielfachen Gerüchte finden dürfen, welche über den bevorſtehenden Abſchluß eines Friedens, wie über vereinbarte Grenzbeſtimmungen für die Bewegungen beider Armeen im Umlaufe ſind, muß freilich vor der Hand dahin geſtellt bleiben. Wenn als Grund des weiteren Vordringens einmal die Abſicht, über die Stadt Aarhuus die Herrſchaft zu erlangen, angegeben wird, ſo möchte man geneigt ſein, auf eine nachdrucksvollere Kriegsführung zu ſchließen; wenn aber ferner hinzugefügt wird, man müſſe auch für die Verpflegung ein größeres Terrain gewinnen, ſo erſcheint es mindeſtens wieder als zweifelhaft, ob es im Sinne des Oberbefehlshabers liege, mit dem Feinde noch einmal ſich zu meſſen.

Faſt haben wir im Rückblick auf die bisherigen Operationen der Reichstruppen in Jütland verlernt, den Gedanken an eine energiſche Verfolgung deſſelben feſtzuhalten. Man kann uns daher unſere Ungläubigkeit nicht verargen bei den erſten Anzeichen einer beſſeren Geſtaltung der Dinge.

Eine freudige Senſation hat indeß, auch abgeſehn von den ferneren Abſichten des commandirenden Generals, die Nachricht von dem zum Vorrücken gegebenen Befehl ſchon an und für ſich hier erregt, und ermuthigend iſt es gleichfalls zu hören, daß man bei Weigerung, die requirirten Lieferungen zu beſchaffen, jetzt ernſtere Maßregeln zu ergreifen beginnt. Dahin rechnen wir namentlich, daß den Aemtern Ripen und Ringkjöbing, deren Beamte die Ausſchreibung der verlangten Lebensmittel, geſtützt auf Befehle der däniſchen Regierung, ablehnten, bereits militäriſche Execution angedroht worden iſt. Die Klagen der Jüten über den Druck der Verpflegung finden in Kopenhagen wenig Theilnahme, und man erzählt ſich in Jütland mit Entrüſtung, daß einem angeſehenen Bürger, der beim Kriegsminiſterium beſchwerend vorgeſtellt habe, „daß nächſtens die Deutſchen an die Milchkühe gehn würden,“ daſelbſt die Erwiederung zu Theil geworden ſei, „das werde die verſchlechterte jütiſche Race verbeſſern.“

Großbritannien.

* **London**, 20. Juni. Das Waterloofeſtmahl bei dem Herzog von Wellington ſcheint diesmal zur ganz beſondern Zufriedenheit der dabei Betheiligten ausgefallen zu ſein. Außer den noch lebenden höhern Waterloo-Offizieren, vom Feldmarſchall bis zum Oberſtlieutenant herab, nahm noch Prinz Albert in Begleitung ſeines Stallmeiſters, des Marquis von Abercorn, als Eingeladener Theil. Das letzte Jahr hat, wie ſich aus der Zahl der Gedecke (80) ergab, unter den „fröhlichen Helden von Waterloo“ weniger aufgeräumt als die vorhergegangenen; den verſtorbenen König der Niederlande abgerechnet, iſt nur ein General, der an den Lorbeeren von Waterloo Theil nahm, im Laufe des letzten Jahres geſtorben. Der greiſe Herzog von Wellington, der die Uniform eines Feldmarſchalls der britiſchen Armee trug, ging dem Prinzen Albert entgegen; beide, wie bemerkt wird, begrüßten ſich auf's allerherzlichſte („The greeting was cordial in the extreme.“) Der Tafelſchmuck und die Saalverzierungen werden als eben ſo pracht- als geſchmackvoll geſchildert. Ihre Hauptbeleuchtung empfing die Tafel von dem werthvollen Candelaber, welchen der Czaar Alexander dem Herzoge zum Geſchenk gemacht hatte, in der Mitte prangte das prächtige Silberſervice, welches ihm die portugieſiſche Nation aus Erkenntlichkeit für ſeine Verdienſte um Portugal verehrte, außerdem war die Tafel noch mit mehreren köſtlichen mit Blumen gefüllten Vaſen, Geſchenke verſtorbener Souveräne, mit d'Orſays Reiterſtatuette Napoleons, u. ſ. w. verziert. Zur Rechten des Herzogs ſaßen Prinz Albert und Feldmarſchall Marquis v. Angleſey, zur Linken der Fürſt Caſtelcicala und Graf Kielmannsegge. Nach dem gewöhnlichen Toaſt auf die Königin, in den die Spielbande der Gardegrenadiere mit der Volkshymne einfiel, brachte Prinz Albert den Toaſt auf ein geſundes und langes Leben des Herzogs aus, worauf dieſer ſich mit einem Toaſt auf Prinz Albert und Prinz Albert ſich wieder für die ihm vom Herzog erwieſene Ehre, „zu der ihn kein eigenes Verdienſt berechtige“, mit wenigen geſchickten Worten bedankte. Stillſchweigend, wie gebräuchlich, trank man auf das Andenken der bei Waterloo Gefallenen, an welche der alte Feldherr erinnerte. Nach Ausbringung noch mehrerer Toaſte, erhob ſich der Herzog abermals und ſagte: Sie Alle wüßten recht wohl, wie viel man den Heeren der verbündeten Mächte bei Waterloo verdanke. Namentlich habe die hannoveriſche Armee ihre Pflicht in bewundernswerther Weiſe erfüllt, und es gewähre ihm Vergnügen, gegenwärtig mehrere Offiziere um ſich zu ſehen, welche in hannoveriſchen Dienſten geſtanden und zur Erinnerung des Siegs, den man heute feiere, bedeutend beigetragen hätten. Unter dieſen Offizieren wolle er Se. Exc. den Grafen Kielmannsegge, den General Fürſten Caſtelcicala und Sir Colin Halkett nennen. Graf Kielmannsegge bemerkte in ſeiner Antwort: die hannöveriſche Armee habe ſich ſtets durch Treue und Tapferkeit ausgezeichnet, ſei jetzt nicht weniger tapfer als vor vierzig Jahren und werde in ſtürmiſchen Zeiten immer bereit gefunden werden, für die Grundſätze der Ordnung und der geſetzmäßigen Regierung gegen die Anarchie, in welcher Form ſie auch auftreten möge, mit ihrem Blute einzuſtehen. Nachdem noch General Fürſt Caſtelcicala und General Sir Colin Halkett, Oberſt des 45ſten Infanterieregiments, dem Herzog ihren Dank ausgeſprochen, brachte dieſer ſeinen letzten Toaſt aus. Er galt dem preußiſchen Heere, das, wie er hinzufügte, ſich ſtets und unter allen Umſtänden heldenmüthig gezeigt habe. Er ſei glücklich, unter ſeinen Gäſten den General zu erblicken, der während der Schlacht bei

Waterloo dieſem Heere zugetheilt geweſen und der ſich ſpäter in Indien ſo tapfer benommen; er meine Lord Hardinge. (Hört! Hört!) Er bitte, leben zu laſſen das preußiſche Heer und Lord Hardinge! Letzterer erwiderte dieſen Toaſt in ausgezeichneter Rede, worauf ſich die Gäſte verabſchiedeten. Der Toaſt Wellingtons auf die preußiſche Armee verdient unter den gegenwärtigen Zeitverhältniſſen beachtet zu werden, da der Herzog, erinnern wir uns recht, ſeit Jahren bei dieſem Feſte vermied, auf die Hilfeleiſtung der Preußen am Schlachttage von Waterloo anzuſpielen.

Frankreich.

* **Paris**, 22. Juni. Die Nationalverſammlung hat keine öffentliche Sitzung gehalten; Paris und die Departements genießen fortdauernd der tiefſten Ruhe; aus Italien iſt keine Nachricht von Wichtigkeit eingegangen. Die ganze Ausbeute der heutigen Journale beſteht in einer Reihe kleiner Notizen, von welchen wir die intereſſanteren zuſammenſtellen.

In einigen Tagen wird, da in Paris der Belagerungszuſtand Hinderniſſe bereiten dürfte, in London eine Arbeit Ledru Rollin's, eine Beleuchtung der letzten Ereigniſſe unter dem Titel „Denkſchrift an das franzöſiſche Volk" erſcheinen. Der Policeipräfect hat eine Verfügung erlaſſen, durch welche der öffentliche Verkauf der Journale in den Straßen ganz verboten, im Uebrigen aber einem Verbote faſt gleichkommenden Beſchränkungen unterworfen wird. Der frühere päpſtliche Miniſter, Graf Mamiani, iſt in Paris angekommen, wie es heißt, mit einer auf die gegenwärtige Lage der römiſchen Angelegenheit bezüglichen Miſſion. Geſtern Abend iſt der Redacteur der Travail affranchi Touſſance verhaftet worden, zugleich mit ihm Vidal, von der früheren Commiſſion des Luxembourg. Auch ein Officier vom 61. Linienregiment befindet ſich unter den Verhafteten. Nach dem Elſaß ſind zwei Bataillone vom 14. leichten Infanterieregiment abgegangen, um einem dort zu bildenden Obſervationscorps ſich anzuſchließen. Proudhon, welcher vom Aſſiſenhof der Seine zu dreijährigem Gefängniß verurtheilt iſt, wird ſeine Haft in der Citadelle von Doullens verbüßen, wo auch Barbes und Blanqui gefangen ſitzen. Der bekannte Ruſſe Iwan Gollowin hat den Befehl erhalten, das franzöſiſche Gebiet zu verlaſſen. Am nächſten Sonntage wird die Paris-Straßburger Eiſenbahn bis Meaux eröffnet werden; in kurzer Zeit wird auch die Paris-Lyoner Bahn von Paris bis Tonnerre und von Dijon bis Chalons dem Verkehr übergeben werden können. Die Cholera, welcher in allen Claſſen der Geſellſchaft ſo zahlreiche Opfer gefallen ſind, läßt endlich in entſcheidender Weiſe nach. Schließlich eine Anekdote, die man ſich vom General Changarnier erzählt. Er befand ſich am 13. Juni um 11 Uhr Vormittags mit mehreren Officieren beim Frühſtück, als er plötzlich eine Depeſche erhielt. „Man meldet mir, rief er aus, daß die Manifeſtation beim Chateau d'Eau beginnt!" Bei dieſen Worten ſtehen Alle auf. „Setzen Sie ſich doch, meine Herren, redet ſie aber der General an; wir haben Zeit noch, den Kaffe zu trinken." Allein ſobald der Augenblick zum Handeln gekommen war, hatte ſich Changarnier ganz verändert: „Meine Herren ſagte er mit lauter Stimme, es iſt Zeit, zu Pferd zu ſteigen; ich habe Ihnen nur Eins zu empfehlen: ſeien Sie ohne Mitleid gegen diejenigen, welche Widerſtand leiſten wollen; retten Sie die andern." Man konnte allerdings nach den Programmen der radikalen Partei eine blutige Schlacht erwarten. Der Marſchall Bugeaud pflegte von dem General Changarnier zu ſagen: „Er iſt derjenige von unſren Generälen, der ſeine Truppen am beſten aufzuſtellen verſteht. Er beſitzt eine ganz beſondere Kunſt, ſie zu vertheilen. In dieſer Hinſicht iſt er unſer Meiſter". Die Soldaten ſollen ſehr viel Vertrauen zu ihm haben.

Italien.

* **Turin**, 18. Juni. Die officielle Piemonteſiſche Zeitung meldet, daß die Friedensunterhandlungen mit Oeſterreich gegenwärtig wieder aufgenommen werden ſollen und daß ſich die ſardiniſchen Bevollmächtigten deshalb nach Mailand begeben werden, wo der öſterreichiſche Unterhändler, Herr von Bruck, ſich bereits befindet. Die Grundlage der Unterhandlungen würden nach der Opinione die folgenden ſein: Sardinien zahlt 60 Millionen Lire an Kriegskoſten, die Oeſterreicher räumen das noch von ihnen beſetzte piemonteſiſche Gebiet, und eine piemonteſiſche Garniſon rückt, bis die künftige Stellung der Herzogthümer definitiv geregelt iſt, in Parma und Piacenza ein. Aleſſandria iſt heute bereits von den Oeſterreichern verlaſſen.

* Aus **Rom** noch immer nichts von irgend einer Entſcheidung; ein Ausfall Garibaldi's iſt mit Verluſt zurückgeſchlagen, aber auch die Franzoſen haben keine nennenswerthen Fortſchritte gemacht. Am 16., bis wohin die Nachrichten reichen, währte das Bombardement noch fort und war der Sturm noch nicht verſucht worden.

Niederland.

* **Amſterdam**, 22. Juni. Am 2. Juli wird die Prinzeſſin Marianne der Niederlande, geſchiedene Prinzeſſin Albrecht von Preußen, auf einem eigens von ihr gemietheten Dampfſchiff eine Reiſe nach Paläſtina antreten, deren Dauer auf 5 Monate berechnet iſt. Ihre Kinder kehren nach Berlin zurück.

Ungarn.

Der Lloyd theilt Koſſuth's Gebet an den „Gott der Krieger Arpad's," welches er am Grabe der in der Schlacht bei Kapolna gefallenen ungariſchen Helden knieend verrichtete, mit. Es lautet: Erhabener Herr! Gott der Krieger Arpad's! Schau herab von Deinem Sternenthrone auf Deinen flehenden Diener, von deſſen Lippen das Gebet von Millionen zu Deinem Himmel emporſteigt, lobpreiſend die unergründliche Kraft Deiner Allmacht. Mein Gott! Ueber mir ſtrahlt Deine Sonne und unter meinen Knieen ruhen die Gebeine meiner gefallenen heldenmüthigen Brüder; über meinem Haupte iſt der Himmel blau, unter meinen Füßen die Erde rothgefärbt von dem heiligen Blute der Enkel unſerer Ahnen. Laß nur den befruchtenden Strahl Deiner Sonne brennen, damit über dem Blute Blumen hervorſprießen, und dieſe verweſenden Hüllen nicht unbekränzt vermodern mögen. Gott meiner Ahnen, und der Völker Gott; erhöre und ſegne unſerer Krieger ſchmetternde Stimme, in welcher der Arm und der Geiſt tapferer Völker donnert, um den Ketten ſchmiedenden eiſernen Arm der Willkür zu zerſchmettern. Als freier Menſch knie ich an dieſen friſchen Gräbern, bei den Gebeinen meiner Brüder. Durch ſolche Opfer wird Deine Erde geweiht, wenn ſie auch ſündbefleckt war. Mein Gott! Auf dieſem geheiligten Boden, über dieſen Gräbern darf kein Sclavenvolk leben. Mein Vater! Großer Vater meiner Väter! Mächtiger über Myriaden! Allmächtiger, großer Gott des Himmels, der Erde und der Meere! Dieſen Gebeinen entſprießt eine Glorie, prangend an der Stirn meines Volks, heilige ihren Staub mit Deiner Gnade, daß die Aſche meiner für die heilige Sache gefallenen Heldenbrüder ruhen möge in Heiligkeit. Verlaß uns nicht, großer Gott der Schlachten! im heiligen Namen der Völker! Geprieſen ſei Deine Allmacht! Amen.

Polen.

Kaliſch, 15. Juni. Ueber die ſchon längſt gerüchtweiſe herumgetragenen Verſchwörungen im Innern Rußlands herrſcht kein Zweifel mehr, denn alle Reiſende, deren in dieſem Jahre auffallend wenige unſere Stadt paſſiren, wiſſen von Verhaftungen und Executionen, welche in den größern Städten des Reichs ſtattgefunden, zu erzählen. (C. Bl. a. B.)

Frankfurter Börſenbericht.

(Wochenbericht.)

Der letzte Sieg der franzöſiſchen Regierung über den Aufſtand und die Niederlage der Bergpartei hat wie ein befruchtender Regen nach vorhergegangener Gewitterſchwüle auf die europäiſchen Börſen eingewirkt. Der praktiſche Sinn unſerer Geſchäftsleute erkennt mit Recht an, daß geordnete Zuſtände in Frankreich eine weſentliche Bürgſchaft bieten für die Geſchicke der meiſten europäiſchen Staaten. Die nächſte Folge der Ereigniſſe in Paris war eine ungemein erhöhte Geſchäftsthätigkeit an den meiſten Börſen, die unſrige nicht ausgenommen. So haben wir denn von einer ungewöhnlichen Lebhaftigkeit des Verkehrs zu berichten, der ſich im Laufe der vergangenen Woche kund gab, und auf die meiſten aller gangbaren Fondsgattungen erſtreckte. Selbſt die Entwerthung der Wiener Bankactien fand ihr Ziel. Das Project der Reſerveactien-Emiſſion ſcheint nämlich von der Wiener Bank aufgegeben oder doch verſchoben zu ſein; wenigſtens iſt der Cours der Actien ſeit mehreren Poſttagen in Wien um ein ſehr Beträchtliches in die Höhe gegangen, und auch hier betrug die Beſſerung Hundert Gulden das Stück. In wie fern die Herausgabe der

Nº 173. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 25. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Eröffnung des Poſtverkehrs mit Baden. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Inhalt des großherzoglich badiſchen Regierungsblattes). Wien (Ungariſche Nachrichten. Die Belagerung von Venedig. Finanzielles. Die Verfaſſung für Niederöſterreich. Vermiſchtes). Berlin (Ankunft des Hrn. v. d. Pfordten. Vorſchläge von Duncker und Veit. Ernennungen). Koblenz (Beſtattung von Paul Germont). München (Bericht der Rechten an ihre Wähler. Militärexceſſe. Der Prinz von Joinville. Profeſſor Hermann nach Gotha). Nürnberg (Die Anweſenheit des Königspaars) Bamberg (Ankunft des Königs). Leipzig (Der deutſche Verein löſt ſich auf). Karlsruhe (Landesverſammſammlung. Truppenbewegungen). Ladenburg (Der Kampf um die Brücke). Mannheim (Die Beſetzung der Stadt). Heidelberg (Zuſtände der Stadt. Das Einrücken der Preußen). Marburg (Verbot der demokratiſchen Volksverſammlung. Die Landtagswahlen). Mainz (Dampfboot nach Mannheim). Coburg (Erklärung der Regierung gegen Nationalverſammlung und Regentſchaft). Aus Thüringen (Verfaſſungsentwurf für Schwarzburg-Sondershauſen). Schleswig (Belagerung von Fridericia. Die Jüten. Landesverſammlung).

Nachſchrift.

Frankfurter Börſenbericht (Vom 25. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 25. Juni. Die Poſtverbindung mit Baden iſt hergeſtellt; wir haben Briefe aus Ladenburg, Mannheim, Heidelberg empfangen, auf die wir, was die Ereigniſſe in und um jene Städte betrifft, verweiſen. Von dem Armee-Corps des Prinzen von Preußen, von den Gefechten bei Philippsburg, Waghäuſel u. ſ. w. gibt es weder directe noch ſichere Nachrichten. Nach der Darmſt. Ztg. wäre der erſte Angriff der Badner nicht unglücklich geweſen; als aber das eigentliche Gros der preußiſchen Armee ins Gefecht kam, war das Reſultat ſo entſchieden, daß die Aufſtändiſchen völlig geſchlagen und nach allen Seiten auseinandergeſprengt wurden. Jene günſtigen Vorgefechte werden dann die Bülletins des Bürgers Roſenblum und Aehnliches hervorgerufen haben.

* **Frankfurt**, 25. Juni. Das geſtern hier erſchienene großherzoglich badiſche Regierungsblatt enthält die bereits bekannten Miniſterernennungen, und eine nochmalige Erklärung des ganzen Großherzogthums in den Kriegszuſtand, nach den Beſtimmungen des proviſoriſchen Geſetzes vom 9. Juni.

* **Wien**, 21. Juni. Da es allgemein heißt, daß ſeit geſtern die Offenſivoperationen in Ungarn im ausgedehnteren Sinne begonnen haben, ſo lebt man in der geſpannteſten Erwartung. Die von einigen Blättern als bereits erfolgt gemeldete Abreiſe des Kaiſers zur Armee hat ſich bisher nicht beſtätigt. Auf officiellem Wege wird kundgegeben: Die k. ruſſiſche Hauptarmee unter dem Befehl des F.M. Paskewitſch hat die ungariſche Grenze am 17. und 18. d. in vier von den Generälen Buſching, Bielogujeff, Rüdiger und Grabbe geführten Hauptcolonnen überſchritten. Das Hauptquartier des Feldmarſchalls befand ſich am 18. zu Bartfeld. Die Reſerven, unter dem Commando der Generale Sacken und Saß, ſtehen vorläufig in Galizien an der Grenze gegen Ungarn. An der ganzen Waaglinie hat die k. k. Armee ihre in voriger Woche innegehabten Poſitionen wieder bezogen. Als Trophäe eines ſiegreichen Gefechtes wurden 5 Kanonen der Magyaren nach Preßburg gebracht. Reiſende aus und nach Ungarn werden nur nach ſtrengſtem Ausweis über die Grenze gelaſſen. Mehrere Peſther Kaufleute werden in Kirchſchlag zurückgehalten. Die Ruſſen ſollen 8000 Mann ſtark in Oedenburg eingerückt ſein (?) Die Cholera rafft dort täglich 8 bis 10 Perſonen weg. Bei Steinamanger ſammelt ſich ein ungariſches Corps. In den ungariſchen Blättern wird der Verluſt Perczels bei der von ihm in Südungarn erlittenen Niederlage auf 1500 Mann und 40 Kanonen angegeben. In Preßburg wird die Fremdenpolicei mit ungemeiner Strenge gehandhabt. Die Koſſuth-Hüte ſind daſelbſt nicht officiell verboten; aber den Hutmachern ging der Befehl zu, keine neuen mehr, bei Strafe von 25 fl., anzufertigen; nicht einmal ausbügeln oder repariren wollen ſie jetzt dieſe Hüte. Auch ward eine Commiſſion ausgeſandt, um in den Gewölben derſelben nachzuſuchen. Die ungariſche Regierung hat in die verſchiedenen Gegenden des Landes Commiſſionäre entſendet, welche beauftragt ſind, alle Tabakvorräthe gegen gute Zahlung aufzukaufen, im Falle der Verkaufsverweigerung aber zu confiſciren. In Debreczin wird ein großer Tabakslagerplatz errichtet und die ungariſche Armee erhält den benöthigten Tabak unentgeldlich. Koſſuth hat einen Tapferkeitsorden gegründet. Auch wird in Peſth eine Koſſuth'ſche Leibgarde von 400 Mann errichtet. Die Säbel für dieſe Garde wurden in Konſtantinopel aufgekauft und ſollen von großem, beſonders in ihrer Leichtigkeit und guten Abwägung beſtehendem Werthe ſein. Es beſtätigt ſich, daß bereits viele engliſche Waaren ihren Weg nach Ungarn gefunden haben. Lemberg ſoll eine ruſſiſche Garniſon von 12,000 Mann und Krakau von 8000 Mann erhalten. So eben verlautet, daß günſtige Nachrichten vom ungariſchen Kriegsſchauplatze eingelaufen ſind. F.M. Radetzky war am 16. von ſeiner Inſpectionsreiſe wieder in Mailand eingetroffen. Er hatte bei ſeiner Anweſenheit in Malghera allen bei der Beſchießung Venedigs betheiligten Artillerie-Officieren den Auftrag ertheilt, ſich aus dem Situationsplane der Stadt genaue Kenntniß von der Lage der öffentlichen Gebäude und ſolcher, welche Kunſtſchätze beherbergen, zu verſchaffen und dieſe, ſoviel es nur immer möglich iſt, vor jedem Schaden zu bewahren. Es ſind neuerdings 300 Luftballons nach Malghera geſchafft worden, wo ſie bereits am 20. d. M. eintreffen ſollen, um von dort aus gegen Venedig verwendet zu werden. Die Proben wegen Ausführbarkeit des Experiments ſollen genügend ausgefallen ſein, indem den Ballons die beliebige Richtung gegeben und die Loslaſſung und Explodirung der damit in die Luft zu ſendenden 60 pfündigen Bombe vorberechnet werden könne. Der Kaiſer hat den vom Schlage getroffenen Fürſt Edmund Schwarzenberg beſucht. Der Fürſt wird die Gräfenberger Kur gebrauchen. Der Erzherzog Wilhelm iſt geſtern Vormittag in Begleitung des Feldmarſchall-Lieut. Baron Saltaba von Dukla hier angekommen. Geſtern fand die zweite Berathung der erwählten Finanzcommiſſion ſtatt. Das Ergebniß derſelben ſtellt eine fünfprocentige Anleihe von 60 Millionen in nächſte Ausſicht. Aus mancherlei Urſachen dürfte hierzu erſt der Weg der Aufforderung und zwar in der Art ergriffen werden, daß — wie ſchon erwähnt — 5 Procent des Einkommens zur Anlage, mit Berechnung eines Courſes von 85 zu verwenden ſein. Dieſe Erwartung drückt wohl den Cours der Papiere, hat aber hingegen auch auf ſehr vortheilhafte Weiſe auf jenen der fremden Valuten gewirkt, die bedeutend geſunken ſind. Hierzu wirkten auch die weiterhin erfolgten Anträge: 1) die gleichzeitige Herausgabe von 49,379 Reſerve-Actien der öſterreichiſchen Nationalbank, um den Bankfond zu vermehren, 2) die Aufhebung des Verbots der Geldausfuhr, 3) die von Seite der Staatsverwaltung zu erlaſſende ausdrückliche Erklärung, daß ſie die von Piemont zu gewärtigende Kriegsentſchädigung ungeſchmälert der Bank auf Abſchlag und als Abzahlung der ihr bis jetzt entnommenen Vorſchüſſe überlaſſen und zugleich, daß der Staat in der Folge den Bankcredit nicht in der Weiſe und in dem Maße wie bisher in Anſpruch nehmen werde. Das Juſtizminiſterium hat unter Mitwirkung ausgezeichneter, als Celebritäten geltender Slaviſten die erforderlichen Einleitungen zur Anlegung eines die juriſtiſch-politiſche Terminologie umfaſſenden Wörterbuchs für ſämmtliche ſlaviſche Mundarten, in welchem nicht nur allein das Reichsgeſetzblatt, ſondern auch die dermal in Kraft beſtehenden Geſetzbücher erſcheinen ſollen, getroffen. Die heutige Oſtdeutſche Poſt enthält den vollſtändigen Entwurf der Landesverfaſſung für das Erzherzogthum Niederöſterreich. Die Städte und größern Märkte wählen 30 Abgeordnete (Wien 16) die übrigen Gemeinden ebenfalls 30. Die Wahlen werden durch die Höchſtbeſteuerten vorgenommen. Adalbert Stifter, der rühmlich bekannte Verfaſſer der „Studien", der etliche Wochen lang als Mitredacteur des Wiener Boten genannt war, hat nun Linz zu ſeinem bleibenden Aufenthalt gewählt und wird dort die Redaction eines Regierungsblattes übernehmen. Zur Zeit bekleidet Stifter den Charakter eines Schulraths. Vor einigen Tagen wurde ein Transport kranker und verwundeter Soldaten vom Dampfſchifffahrtsplatze auf Wagen zur Gloggnitzer Bahn gebracht, um in eines der in der nächſten Umgebung befindlichen Spitäler geführt zu werden. Auch hier zeigte ſich wieder die Menſchenfreundlichkeit der Wiener. Die elegannteſten Paſſagiere, die eben im Bahnhof waren, nahmen die matten Krieger unter den Arm und führten ſie die Stiege hinan bis in die Waggons.

Lith. Corr. **Berlin**, 23. Juni. Der baieriſche Staatsminiſter Dr. v. d. Pfordten iſt geſtern hier von Wien eingetroffen. Seine Vorſchläge in Betreff eines deutſchen Volkshauſes ſind von dem öſterreichiſchen Cabinet, wie wir jetzt beſtimmt verſichern können, in keiner Weiſe berückſichtigt worden. Man wußte in München ziemlich beſtimmt, noch ehe Hr. v. d. Pfordten ſeine Miſſionsreiſe antrat, daß Oeſterreich auf die Propoſitionen in Betreff eines deutſchen Volkshauſes nicht eingehen könne und eingehen werde; man war in dieſer Hinſicht von der Nutzloſigkeit der Reiſe des

Herrn v. d. Pfordten überzeugt, aber dieſelbe hatte auch weniger den Zweck, Oeſterreich der Volksſache günſtiger zu ſtimmen, als vielmehr den, mit der liberalen und deutſchen Partei zu kokettiren. Von demſelben Geſichtspunkte aus iſt auch die bevorſtehende Reiſe des Herrn v. d. Pfordten nach Gotha zu betrachten. Baiern iſt und bleibt der öſterreichiſchen Politik treu.

Eine Stimme aus dem Centrum der früheren preußiſchen Nationalverſammlung, der hieſige Stadtrath Hermann Duncker, ſpricht ſich in einer Schrift „der deutſche Bundesſtaat und die preußiſche Politik" für eine Verſtändigung mit der Gothaer Verſammlung aus. Er hält dies „neue Vorparlament" für das Organ zur Heilung des durch die Octroyirung herbeigeführten Rechtsbruches. Seine Vorſchläge geben hauptſächlich dahin, daß zum Frankfurter Wahlgeſetz zurückgekehrt werde. „Sie erkläre — proponirt Herr Duncker der Gothaer Verſammlung — daß die von ihr als nothwendig erkannte Ausdehnung des Wahlrechts die Bedingung ſei, von der ſie ihre Theilnahme an den Wahlen abhängig mache; ſie wirke dahin, daß die einzelnen Stände die Abänderung des Geſetzes in demſelben Sinne verlangen." Unter keinen Umſtänden dürften „jene ſechs- und ſiebenfachen Riegel ſämmtlich liegen bleiben", welche das octroyirte Wahlgeſetz vor die Wahlberechtigung geſchoben hat. „Dreijähriger feſter Wohnſitz, Heimathsberechtigung, Berechtigung zur Theilnahme an den Gemeindewahlen, Steuerzahlung, indirecte Wahl, öffentliche Abſtimmung und Wahl nach Abtheilungen, nimmermehr kann auf dieſen engſten Grundlagen die bereits erkaltende Theilnahme des Volkes für das Einigungswerk neu belebt werden." Herr Veit, der Berliner Abgeordnete bei der Frankfurter Reichsverſammlung, ſchlägt in ſeinem eben erſchienenen „Sendſchreiben an meine Wähler" den Staaten, die die Verfaſſung vom 28. März angenommen haben, einen „Ausweg" vor, auf dem ſie, ohne Verletzung ihres Ehrgefühls, die „Hand zur Verſtändigung bieten können." Jede der beiden Staatengruppen, die eine auf Grund des octroyirten, die andere auf Grund des Reichswahlgeſetzes, berufe einen Reichstag, und beide Reichstage, nachdem ſie ſich zuvor durch Deputationen aus ihrer Mitte über die Streitpunkte verſtändigt haben, treten in einen Reichstag zuſammen und entſcheiden endgültig über das Verfaſſungswerk.

Berlin, 23. Juni. Nach dem heutigen Militär-Wochenblatte iſt Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen der Oberbefehl über die unter den General-Lieutenants v. Hirſchfeld und v. d. Gröben zuſammengezogenen Truppen-Corps übertragen, der General-Lieutenant v. Tietzen und Hennig, Commandeur der 13. Diviſion, zum ſtellvertretenden commandirenden General fürs 7. Armee-Corps, der General-Lieutenant von Duncker, Commandeur der 16. Diviſion, zum ſtellvertretenden kommandirenden General fürs 8. Armee-Corps, der General-Major v. Aſchoff, Inſpecteur der Beſatzung der Bundesfeſtungen zum Commandanten von Breslau, der General-Major v. Gayl, Commandeur der 2. Garde-Landwehr-Brigade, zum Inſpecteur der Beſatzung der Bundesfeſtungen ernannt worden. Ferner iſt dem General-Lieutenant, Freiherrn v. Quadt und Hüchtenbruck, Gouverneur von Breslau, als General der Infanterie mit Penſion der Abſchied bewilligt und der Oberſt-Lieutenant v. Harder von dem Verhältniß als Führer des 2. Aufgebots vom 2. Bataillon 2. Landwehr-Regiments entbunden worden.

Koblenz, 22. Juni. Bei der geſtern Nachmittag ſtattgehabten Beerdigung des unglücklichen Hrn. Paul Germont *) bekundete ſich eine Theilnahme an dem Schickſal dieſes jungen Mannes, wie wir nicht leicht eine gleiche aufzufinden vermögen. Der Zug wollte kein Ende nehmen. Alle Läden der Straßen, durch welche der Zug ſich bewegte, waren geſchloſſen. Alles Militär war in den Kaſernen conſignirt und die Wachen verſtärkt; die Poſten ſtanden mit geſpanntem Hahn. (Rh. u. M. Z.)

München, 22. Juni. Die Mitglieder der Rechten unſerer aufgelöſten Abgeordnetenkammer haben nun auch, dem Beiſpiele der ihnen hierin vorausgegangenen Linken und des Centrums folgend, einen „Bericht und Erklärung" über ihr Wirken in der Kammer an ihre Wähler veröffentlicht. Es iſt derſelbe der umfangreichſte von allen dreien und trägt 23 Unterſchriften. Vorgeſtern fanden hier in Haidhauſen von Seiten der dort einquartierten Mannſchaft einer Batterie reitender Artillerie Exceſſe ſtatt, wobei außer Demolirung der betreffenden Wirthsgeräthſchaften auch mehrere Verwundungen vorkamen, in Folge deren zwei Perſonen, ein Civiliſt und ein Artilleriſt, bereits geſtorben ſind. Im hieſigen Gaſthaus zum baieriſchen Hof wohnte vorgeſtern Nacht ein Herr unter dem Namen Monſieur d'Arc mit Gemahlin, Kind und einigen Begleitern und reiſte geſtern nach Stein, dem Gute der Herzogin von Braganza; ziemlich ſicheren Anzeigen nach war es der Schwiegerſohn der Herzogin, Prinz v. Joinville. Hieſigen Blättern zufolge wird Profeſſor Hermann als Committirter zu dem Nachparlament in Gotha ſich begeben. (Allg. Z.)

Nürnberg, 23. Juni. Geſtern wurden die Officiere der hieſigen Landwehr, die, wie wir jüngſt gemeldet, größtentheils ihre Entlaſſung eingereicht haben, Sr. Majeſtät dem König vorgeſtellt, welcher den Schritt der Officiere unter den obwaltenden Umſtänden, als von der Ehre geboten, billigte, die Entlaſſung aber nicht annahm. Außerdem hatten Deputationen der ſtädtiſchen Collegien und der Landwehrofficiere von Fürth, Bamberg (von wo das ganze Landwehrofficiercorps erſchienen war), Erlangen rc. Audienz bei Sr. Majeſtät. Heute Morgen haben ſich JJ. MM., der Einladung der Städte Fürth, Erlangen und Bamberg entſprechend, auf der Eiſenbahn nach Fürth begeben, von wo ſie um 11 Uhr nach Erlangen reiſen werden. Dort beabſichtigen ſie einige Zeit zu verweilen und dann nach Bamberg weiter zu reiſen, wo ſie übernachten werden. Morgen früh kehren ſie ſodann auf der Eiſenbahn hierher zurück, werden aber vom Bahnhof aus ſogleich die Rückreiſe nach München fortſetzen. (Nürnb. Corr.)

Bamberg, 23. Juni. So eben (1 Uhr) ſind JJ. MM. der König und die Königin hier angekommen und von den ſtädtiſchen Corporationen im Bahnhofe empfangen worden. Die Straßen, durch welche ſie fahren, ſind mit den deutſchen und baieriſchen Fahnen geſchmückt. Die Landwehr iſt ziemlich zahlreich zur Parade ausgerückt. (Bamb. Z.)

Leipzig, 23. Juni. Der hieſige Deutſche Verein hat in ſeiner geſtrigen Sitzung mit 42 gegen 39 Stimmen beſchloſſen, ſich aufzulöſen. (L. Z.)

* Eine Beilage der **Karlsruher** Zeitung vom 22. Juni, die uns heute zukommt, enthält durchaus nichts als eine höchſt verworrene und unparlamentariſche Verhandlung der Landesverſammlung, auf die es nicht der Mühe lohnt weiter einzugehen.

* Die Briefe der Allg. Ztg. aus Karlsruhe und Durlach gehen nur bis zum 21. Juni. Man ſchien dort über die Stärke und die Stellung des über den Rhein gegangenen preußiſchen Armeecorps noch ganz im Unklaren. Die Eiſenbahnverbindung zwiſchen Karlsruhe und Bruchſal war unterbrochen; man hatte die Preußen ungeſtört bis Bruchſal kommen laſſen; was unbegreiflich iſt, wenn nicht Mieroslawski die einrückenden Preußen zwiſchen zwei Truppenmaſſen bringen wollte. Die Streitkräfte des Aufſtandes um Karlsruhe und Durlach waren allerdings numeriſch ſehr bedeutend. Gegen 25,000 Blouſenmänner bewegten ſich am 20. gegen Durlach. Die badiſch-pfälziſche Hauptmacht unter General Snayde war am Hardtwalde aufgeſtellt und deckte die directe Straße gegen Philippsburg. Im Lauf des 21. Juni hörte der Berichterſtatter der Allg. Ztg. in der Gegend von Durlach nur einzelne Kanonenſchüſſe und Pelotonfeuer, die auf Vorpoſtengefechte deuteten.

Man erzählt ſich von einer Schlappe, welche geſtern eine Abtheilung Huſaren zwiſchen Philippsburg und Wieſenthal erlitten habe. Die Preußen ſchickten dem von Philippsburg fliehenden Bataillon eine Schwadron Huſaren nach. Der ehemalige badiſche Oberlieutenant v. Göler war mit an ihrer Spitze. Wie Löwen ſtürzten ſich die Huſaren auf eine Abtheilung Infanterie, welche zerſtreut marſchirte. Es kam zum Handgemenge. Die badiſchen Infanteriſten wehrten ſich tapfer. Die Säbel der Huſaren prallten von ihren Tſchakos, und viele Reiter wurden von ihren Pferden geſchoſſen, worunter auch Göler, der zuerſt den Soldaten zugerufen haben ſoll: ergebt euch ihr Hunde! Von zwei Schüſſen tödtlich verwundet gab er ſogleich ſeinen Geiſt auf. Er iſt der Bruder jenes badiſchen Officiers, der in der Haber'ſchen Duellgeſchichte ſein Leben verlor. (Allg. Z.)

---

*) Hr. Germont wurde bekanntlich Mitternachts in einem Streite von mehreren Officieren auf der Straße getödtet. Ueber die Urſache des Streites, ſowie über die Art der Tödtung werden uns empörende Einzelnheiten berichtet. Wir wollen ſie nicht mittheilen, weil ſie hoffentlich von Parteileidenſchaft entſtellt ſind, und das Ergebniß der Unterſuchung abwarten. Einem der Officiere, Hrn. v. Münchhauſen, ſind von dem Gefallenen im Kampfe zwei Finger abgehauen. Die Theilnahme für den jungen Germont, deſſen furchtbar zerhackte Leiche öffentlich aufgeſtellt war, iſt in Koblenz ſehr groß. Vierundzwanzig weißgekleidete Jungfrauen trugen bei der Beerdigung die Schleifen von ſeinem Sarge.

♂ **Ladenburg**, 21. Juni, 7 Uhr Abends. In der Nacht um 2 Uhr verließ der Feind die Stadt Ladenburg und zog ſich über die Brücke hinter die auf derſelben errichteten Barricaden zurück. Gegen Morgen mußte das Corps des Generals v. d. Gröben bis an den Neckar vor, beſetzte Ladenburg und verſuchte den Uebergang über den Fluß zu gewinnen. Es entſpann ſich ein Vorpoſtengefecht, welches bald in gegenſeitige Beſchießung aus grobem Geſchütz überging. Unſere Artillerie vermochte nicht die auf der Eiſenbahnſtraße erbaute Barricade zu zerſtören; ebenſowenig gelang der Uebergang über die Fahrbrücke, welche durch ſtarke Verſchanzung gedeckt war. Da es nicht in der Abſicht lag, hier den Uebergang zu forciren, weil beide Brücken unterminirt waren, hatte die, dieſſeits mit Energie fortgeſetzte Kanonade nur den Zweck, die feindlichen Werke zu zerſtören und den Gegner zu beſchäftigen, während für den Uebergang an anderer Stelle Vorkehrung getroffen wurde. Morgen wird man den Neckar paſſiren, um den eigentlichen Angriff zu eröffnen, welchen der Prinz von Preußen im Rücken und General v. Peucker in der Flanke unterſtützen wird. Wir hörten ziemlich anhaltenden Kanonendonner Nachmittags in der Gegend von Schwetzingen; wahrſcheinlich hatte der Prinz dort ſchon eine Begegnung mit dem Feinde. Die auf unſerer Seite erlittenen Verluſte ſind ſo gering, daß ſie bei dem zuweilen ſehr heftigen Gefecht ans Fabelhafte grenzen. Wie viel der Feind verloren, weiß man nicht. Sechs Gefangene wurden in vergangener Nacht eingebracht.

♂ **Ladenburg**, 22. Juni. Das Gefecht, welches ſich geſtern hier entſpann, währte von Vormittags 11 bis Abends 7 Uhr. Der Neckar trennte die Kämpfenden, bei denen es ſich um Einnahme und Vertheidigung ſehr ſtarker Barricaden handelte, welche den Uebergang über die beiden Neckarbrücken verſperrten. Das heftige Kleingewehrfeuer der Inſurgenten wurde durch 6 Kanonen unterſtützt, während die Unſerigen nicht vermochten, die Feſtigkeit der Barricaden zu brechen. Ein Sturmangriff auf dieſelben mußte unterbleiben, da beide Brücken unterminirt waren. Diejenige der Eiſenbahn hat bedeutende Beſchädigungen durch die Kugeln der Unſerigen erlitten, wogegen durch das Geſchoß der Inſurgenten der Stadt ein nur verhältnißmäßig geringer Schaden zugefügt iſt. Auf unſerer Seite iſt nur ein Mann getödtet und fünf ſind verwundet worden. Die Nacht verging unter Vorpoſtenplänkeleien, und dieſe dauern auch jetzt, Morgens 8 Uhr, noch fort. Wie es ſcheint, wird es heute zu keinem ernſtlichen Angriff an der Neckarlinie kommen, da die Abſicht durchblickt, den Feind nur auf dem jenſeitigen Ufer feſtzuhalten, während die allem Vermuthen nach jetzt ſchon oberhalb Heidelberg vereinigten Heere des Prinzen von Preußen und des Generals v. Peucker die Einſchließung der Inſurgenten vollenden werden. Der Prinz ſoll bei Wiesloch und General v. Peucker bei Wieſſenbach ſtehen; jenem hat ſich Mieroslawski mit ſeiner Hauptmacht entgegengeworfen, ſo daß der entſcheidende Kampf in der Gegend von Wiesloch und Schwetzingen erfolgen müßte. An der Neckarlinie ſtehen unſeren Truppen nur noch einige Compagnien badiſcher Infanterie und vielleicht kaum mehr als 2000 Freiſchärler gegenüber; es gewinnt den Anſchein, daß man darauf verzichtet hat, dieſelben durch anderweiten Uebergang über den Neckar aus ihrer Stellung zu vertreiben, da ſie ſich zur Aufgabe dieſer Poſition nach erfolgter Niederlage Mieroslawski's von ſelbſt genöthigt ſehen. Wie es heißt, haben die Inſurgenten in Mannheim die ſchwarze Fahne aufgezogen.

♂ **Mannheim**, 23. Juni. Auch hier hat der Aufſtand raſch ein erfreuliches Ende erreicht. Geſtern Morgen erfuhren die Häupter der hieſigen demokratiſchen Partei, daß der Prinz von Preußen Tags zuvor dem Inſurgentencorps unter Mieroslawski bei Waghäuſel ein Treffen geliefert und die Aufſtändiſchen mit großem Verluſte zerſprengt habe. Dieſe Nachricht ließ ſie auf Flucht ſinnen, während die Bürgerſchaft, welche ihre Stadt vom Bombardement bedroht ſah, den Entſchluß faßte, der Aufruhrherrſchaft ſchnell ein Ziel zu ſetzen. Sie fand kräftige Unterſtützung bei den in Mannheim gebliebenen und noch unverführten drei Schwadronen vom zweiten badiſchen Dragonerregiment. Letzteren gelang es, ein Bataillon Ittenheimer Volkswehr, welches ſeine Gewehre zuſammengeſtellt hatte, durch raſches Dazwiſchenſprengen von dem Platze, auf welchem die Waffen ſtanden, zu trennen; dieſe kecke Handlung entſchied. Die Freiſchaaren verzichteten auf den Kampf um die Wiedererlangung ihrer Flinten, ließen ſich zum Auseinandergehen bewegen und erklärten, an der Vertheidigung der Stadt keinen Antheil nehmen zu wollen. Als der Civilcommiſſär der proviſoriſchen Regierung, der ſächſiſche Abgeordnete v. Trützſchler, dieſe Vorgänge erfuhr, leerte er die Kriegscaſſe und ſuchte Nachmittags um 4 Uhr mit dieſer und in Begleitung ſeiner Complicen nach Heidelberg zu entkommen. Bürger und Dragoner ereilten die Flüchtigen auf dem Bahnhofe und nahmen ſie feſt. Gleich darauf begab ſich eine Deputation des Magiſtrats und der Bürgerſchaft ins Hauptquartier des Generals v. d. Gröben und lud ihn zur Beſetzung von Mannheim ein. Dieſe erfolgte ſchon um 9 Uhr Abends durch preußiſche Cavallerie, der ſich das Gros des Corps in Eilmärſchen anſchloß. Die Stadt empfing ihre Befreier unter feſtlicher Beleuchtung und mit lautem Jubel; ein Theil des Militärs blieb, während der andere unter dem Commando des Generals v. d. Gröben weiter den Neckar entlang vorrückte, um die Inſurgenten hinter Heidelberg vom Rhein abzuſchneiden. In Mannheim wurden die Freiſchaaren, welche ihre Waffen ſchon geſtern insgeſammt niedergelegt hatten, mit Paſſirſcheinen friedlich des Wegs in ihre Heimath entlaſſen. Sie zogen heute Vormittag ſeelenglücklich ab. Bürger und badiſches Militär mit Ausnahme der Dragoner, ſollen ihre Waffen abliefern; man ſieht ſie ſchon jetzt dem Befehl willig Folge leiſten. Ueberall, wohin man ſich wendet, herrſcht Fröhlichkeit; die Preußen werden als Retter willkommen geheißen und wohl bewirthet. Das Aeußere der Stadt hat nicht gelitten; die Verſchanzungen vor den Thoren werden weggeräumt und auch die Schiffbrücke nach Ludwigshafen, deren größter Theil von den Inſurgenten in Brand geſetzt wurde, ſoll ſchon bis Morgen wieder hergeſtellt ſein. Einen traurigen Anblick gewährt dagegen das ſehr beſchädigte Ludwigshafen. Trützſchler ſoll ſtandrechtlich gerichtet werden; er ſitzt auf der Hauptwache. So eben geht die Nachricht ein, daß Heidelberg heute Morgen von den Preußen beſetzt ſei, nachdem die Inſurgenten durch den Odenwald zu entkommen verſucht und auch Mieroslawski nebſt den übrigen Anführern nicht mehr geſehen worden.

= **Heidelberg**, 24. Juni. Ich weiß nicht, ob dieſe Zeilen rechtzeitig in Ihre Hände gelangen, da die Poſtverbindung noch nicht hergeſtellt ſcheint und ſeit mehreren Tagen alle Frankfurter Blätter ausgeblieben ſind; doch ſchreibe ich auf die Gefahr hin, daß Ihnen mein Bericht wieder verſpätet zukomme. Ohne Zweifel haben Sie auf anderm Wege bereits Nachricht erhalten über die Ereigniſſe ſeit dem 22. Juni.*) An dieſem Tage fand ein hitziges und wie man hört blutiges Treffen bei Waghäuſel ſtatt, wohin Mieroslawski die ganze Inſurgentenarmee dem Corps des General Hirſchfeld entgegengeführt hatte. Der Neckar war nur noch gering beſetzt, indeß ſich die Preußen unter v. d. Gröben und Schack am rechten Ufer concentrirten. In dem Kampfe bei Waghäuſel wird beſonders der hartnäckige Widerſtand der badiſchen Artillerie hervorgehoben; die Reiterei wird als wenig verläſſig bezeichnet, von der Ausdauer der „Volkswehren" wird nicht viel Rühmens gemacht. Gleichwohl beeilte ſich Mieroslawski, getreu dem bekannten Lügenſyſtem,**) noch während des Kampfes eine Siegesbotſchaft nach Heidelberg zu ſenden, bis wenige Stunden nachher der Zug der Retirirenden und Verwundeten die unzweifelhafte Wahrheit kund gab. Die Lage der geſchlagenen Truppen war eine verzweifelte, die Stimmung ſehr niedergeſchlagen, denn alle Lügen zerrannen jetzt und auch die letzte und verächtlichſte, es komme franzöſiſche Hilfe, wollte ſich nicht beſtätigen. Hätten ſich in dieſem Augenblicke die preußiſchen Truppen der Stadt genähert, ſo war das Schickſal der in Heidelberg eingeklemmten Maſſe ganz unzweifelhaft. Vorpoſten, namentlich gute Schützen zeigten ſich auch ſchon am 22. auf den Höhen jenſeits des Neckars und ſchoſſen einzelne Poſten nieder, aber das Gros der flüchtigen Armee fand noch Zeit, den Neckar hinauf gegen Neckargemünd und Sinsheim hin zu entrinnen. Ein ſchlimmer Reſt, namentlich das Becker'ſche Corps, blieb in der Stadt zurück,

---

*) Wir finden das „ohne Zweifel" des verehrten Correſpondenten ſehr natürlich, haben aber wie bekannt noch keine Nachrichten erhalten; ebenſo die andern hieſigen Blätter.

**) Wie man dies Handwerk treibt, dafür genügt eine Probe. Als in Paris Ledru Rollins Winkelconvent abortirte und die Nachricht von der Niederlage auf amtlichem Wege eintraf, wurde von der Regierung, eine falſche telegraphiſche Depeſche fabricirt, die den Sieg drr Montagnards verkündigte! A. d. E.

und es fehlte nicht viel, ſo hätten dieſe Banden ihre letzte Anweſenheit noch durch eine fluchwürdige That verewigt. Man machte Anſtalt — die Spuren ſind noch ſichtbar — einen Pfeiler der Neckarbrücke zu ſprengen. Zum Glück wurde dies noch abgewandt und die Stadt geräumt. Morgens gegen 4 Uhr (am 23.) rückten die Preußen ein, ohne Widerſtand, nachdem man Wochen lang der Welt von den ungeheuren Vertheidigungsanſtalten erzählt hatte, durch die Heidelberg „uneinnehmbar“ werde. Was gleichzeitig ſich in Mannheim begab, werden Sie von anderer Seite bereits vernommen haben. Das flüchtige Corps unter Mieroslawski, bei dem ſich auch die Familie Struve befindet, ſoll geſtern bei Sinsheim mit den Reichstruppen unter Peucker und heute bei Stettfeld (auf der Straße nach Bruchſal) mit den Preußen zuſammengeſtoßen ſein; genauere Berichte über dieſe Gefechte, ſowie über die Lage von Karlsruhe hat man hier noch nicht; nur drängen ſich die bunteſten Gerüchte von einer monarchiſchen Contrerevolution in der Reſidenz, und im Allgemeinen wird erzählt, daß in beiden Gefechten die flüchtigen Badener beträchtliche Verluſte erlitten hätten. Unter den Gefangenen wird namentlich ein Adjutant Mieroslawski's, der früher preußiſcher Lieutenant geweſen, genannt; unter den bei Waghäuſel getödteten erwähne ich Ihnen den jüngern Schlöffel, der durch ſeine Theilnahme an der „Regierung der vierzig Tage“ eine traurige Celebrität erlangt hat. Daß die preußiſchen Truppen am Mittelrhein vorgerückt ſind, geht daraus hervor, daß die ſehr ſtarke Beſatzung von Heidelberg heute Nachmittag zum großen Theil ihren Marſch gegen Karlsruhe angetreten hat. Fünf bis ſechs Bataillone von den 12. 20. 27. 31. Landwehrregimentern, ein Bataillon Füſiliere mit den bekannten Zündnadelgewehren (vom 31. Linienregiment), eine Abtheilung Jäger, rothe Huſaren und Geſchütz verließen heute Nachmittag um 3 Uhr unſere Stadt in der Richtung nach Karlsruhe, und nur der kleinere Theil der hier einquartierten Truppen blieb zurück. Der hieſige Gemeinderath und Bürgermeiſter Winter, der noch nach den jüngſten Siegesbülletins ſeine frühere moderate Rolle abgelegt hatte, ſind ihrer Stellen entſetzt; mehrere der Haupträdelsführer verhaftet. Wir wünſchen, daß man hier keine Fehlgriffe machen, ſondern nur die wahrhaft Schuldigen herausgreifen möge. Ueber die Phyſiognomie unſerer Stadt und des Landes, ſo weit ich es bis jetzt geſehen, ſchreibe ich Ihnen ein andermal; jetzt, wo die Soldatengewalt die Schlöſſer von den Lippen genommen hat, hört man unzählige einzelne Züge erzählen von dem bisherigen entwürdigenden Meinungsterrorismus. Die Preußen ſind als Eroberer eingezogen und fühlen ſich als ſolche; und dies muß die unendliche Mehrheit als eine Erlöſung von Schlimmerem preiſen! Freilich, man hat es nicht anders gewollt; eine conſtitutionelle Regierung hat man mit frevelndem Leichtſinn zertrümmert, um wie unſere Unverbeſſerlichen hoffen, eine gründlich reaktionäre und eine ſoldatiſche dafür einzutauſchen. Aus den verſtörten Mienen unſerer Bevölkerung blickt der wüſte Katzenjammer, wie er ſich nach einem wüſten Rauſche einzuſtellen pflegt; dieſer Souverain wird ſich alles gefallen laſſen, demagogiſchen, ſoldatiſchen und büreaukratiſchen Terrorismus. Von ihm hat Göthe ſchon geſagt:

„Die rohe Menge haſt du nie gekannt,
Sie ſtarrt und ſtaunt und zaudert, läßt geſchehen.“

⧆ **Marburg**, 24. Juni. Auf heute war von den Ausſchüſſen der demokratiſchen Vereine eine große Volksverſammlung hier anberaumt zu dem Zwecke, die Regierung zur Anerkennung der Beſchlüſſe der Stuttgarter Regentſchaft zu veranlaſſen. Außerdem ſollte es im Plane liegen, einen Aufſtand in Heſſen zu organiſiren, um eine Bewegung im Rücken der in Baden verwendeten Streitmacht herbeizuführen. Das kurheſſiſche Miniſterium hatte jedoch in einem Erlaſſe an den Bezirksdirector die Verſammlung, als auf die Verwirklichung eines ungeſetzlichen Zweckes hinausgehend, verboten und dieſem Verbot durch die Abſendung von militäriſchen Streitkräften einen ſolchen Nachdruck gegeben, daß die demokratiſchen Vereine unter Vorbehalt einer gegen das Miniſterium zu erhebenden Anklage es vorzogen, von der Verſammlung abzuſtehen. Soeben erfahre ich, daß Miniſter Eberhard von den Höchſtbeſteuerten des Bezirkes Kaſſel zum Abgeordneten für den Landtag gewählt iſt. Ueberhaupt iſt das Ergebniß unſerer Landtagswahlen, bei denen die Höchſtbeſteuerten ein Drittel, die ſtädtiſchen und die ländlichen Wähler ebenfalls je ein Drittel wählen, der Art, daß die Höchſtbeſteuerten die verſtändigſte Auswahl getroffen zu haben ſcheinen.

Mainz, 23. Juni. So eben fährt das erſte Dampfboot von hier nach Mannheim, um Apotheker und Aerzte, welche zu den dortigen Militärabtheilungen gehören, hinaufzufahren. (O.P.Z.)

* **Coburg**, 23. Juni. Die Regierung hat in einer geſtern erſchienenen Bekanntmachung ihre Nichtanerkennung der Nationalverſammlung und Regentſchaft in Stuttgart ausgeſprochen und gewarnt, ſich durch die Aufrufe der letzten nicht zu unbedachten Schritten verleiten zu laſſen.

Aus Thüringen, 19. Juni. Dem verſammelten Landtage des Fürſtenthums Schwarzburg-Sondershauſen iſt der Entwurf zu einer neuen Verfaſſung dieſes Ländchens vorgelegt worden, welcher das höchſte Maß von Freiheit gewährt. Nach dieſem Entwurf iſt die Regierungsform eine demokratiſch-monarchiſche. Das Fürſtenthum iſt in ſeiner Selbſtſtändigkeit durch die deutſche Reichsverfaſſung beſchränkt und der Reichsgewalt unterworfen. (Schw. M.)

N.C. **Schleswig**, 21. Juni. Aus verläßlicher Quelle trifft hier ſoeben die Nachricht ein, General Bonin habe den Befehl zur Refection der Lagerhütten vor Friedericia mit der ausdrücklichen Bemerkung zurückgenommen, der Friede würde abgeſchloſſen ſein, ehe dieſe Arbeiten vollendet ſein könnten. Vor Friedericia wurde erſt am 18. d. M. die zweite Parallele eröffnet; es iſt mithin unrichtig, wenn in den Zeitungen berichtet iſt, daß dieſe bereits fertig ſei und gegenwärtig an der dritten gearbeitet werde. Erſt nach Vollendung der letzteren würde an ein Breſcheſchießen gedacht werden können. Der Mangel an den Lieferungsgegenſtänden in Jütland ſoll in manchen Gegenden bis zur wirklichen Unmöglichkeit ihrer Herbeiſchaffung geſteigert ſein. Thatſache iſt, daß die Jüten in Hadersleben ihre Gerſte zu Markt bringen, um dafür Geld zum Ankauf von Haſer zu erhalten, den ſie denn um einen weit höheren Preis kaufen müſſen, als wofür ſie ihre Gerſte losgeſchlagen haben. Ebenſo verkaufen ſie ihr mageres Vieh, um Geld zum Ankauf fetter Ochſen, welche ſie liefern ſollen, zu erhalten. In der heutigen Sitzung der Landesverſammlung kam der Heiberg'ſche Antrag wegen Aufhebung der Perſonalunion zur Berathung: Der Antragſteller ſprach $1\frac{1}{2}$ Stunden. Seine Rede, vorzugsweiſe mit hiſtoriſchem Material angefüllt, ermüdete die Zuhörer ſehr. Das Reſultat war, daß mit 50 gegen 45 oder 46 Stimmen die Beſchlußnahme ausgeſetzt wurde, bis der Ausſchuß über den Balemann'ſchen Antrag, betreffend die Mittheilung der Statthalterſchaft am Anfang der jetzigen Diät über die politiſche Stellung Schleswig-Holſteins zur deutſchen Frage ſeinen Bericht erſtattet haben würde. Dieſer Bericht wird wahrſcheinlich ſchon morgen erſtattet werden. Außerdem iſt heute das Beitragsverhältniß Lauenburgs zu den Koſten des Oberappellationsgerichts mit $\frac{3}{17}$ von allen Koſten beſtimmt worden.

Frankfurter Börſenbericht.

Vom 25. Juni.

Was mit * bezeichnet iſt, bedeutet Papier, alles Uebrige Geld.

5pCt. Metall. $73\frac{5}{8}$; $2\frac{1}{2}$pCt. Metall. $39\frac{1}{2}$; Bank-Aktien fl. 1055; fl. 500 Looſe 124; fl. 250 Looſe 76; Badiſche fl. 35 Looſe $27\frac{3}{4}$; Heſſiſche $28\frac{5}{8}$; Großh. Heſſ. fl. 50 Looſe $72\frac{3}{4}$; Polniſche fl. 500 Looſe $73\frac{5}{8}$; Friedr.-Wilh.-Nordb. $37\frac{7}{8}$; Berbach 74; Köln-Minden $81\frac{5}{8}$; 3pCt. inländ. Spanier $24\frac{7}{8}$; $4\frac{1}{2}$pCt. Würtemb. $94\frac{1}{2}$; 5pCt. Badiſche $94\frac{1}{4}$; 5pCt. Naſſauiſche $101\frac{1}{2}$; Belgiſche $84\frac{5}{8}$; Integrale $50\frac{13}{16}$.

Alle Fonds waren zu erhöhten Preiſen ſehr gefragt, die Umſätze ſehr bedeutend. Nur Wiener Bankactien ſind etwas zurückgegangen.

Nachſchrift.

Frankfurt, 25. Juni. Der ankommende Schwäbiſche Merkur widerruft die Nachricht von Raveaux's Tode.

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2⅓ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 174. **Frankfurt a. M., Dienſtag 26. Juni.** **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2⅓ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Der Mai 1849.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Die Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung. Reinigung des Trinkwaſſers. Erfindungspatente. Hagelſchlag in Böhmen). Berlin (Schleswig-Holſtein. Unglaubliche Unwiſſenheit der Deutſchen Reform. Der Eſel des Buridan. Erſte Sitzung des Kriegsgerichts. Heer und Flotte). Köln (Straßenauflauf). Augsburg (Der Poſtaufſchlag auf Zeitungen in Oeſterreich). Stuttgart (Franz Raveaux. Truppen nach Heilbronn). Tübingen (Zuzüge nach Baden). Ulm (Hr. Beyſchlag). Sigmaringen (Die Reichsregentſchaft). Heilbronn (Steckbriefliche Verfolgungen). Karlsruhe (Die öffentlichen Caſſen nach Offenburg gebracht. Kundmachungen der Regierung. Die Einnahme von Philippsburg und Bruchſal). Von der Enz (Die Preußen in Bruchſal). Donaueſchingen (Ankunft der Reichsregentſchaft). Mannheim (Die Preußen gegen Schwetzingen abgezogen. Trütſchler). Aus dem Bückeburgiſchen (Dr. König aus der däniſchen Gefangenſchaft entlaſſen. Zehn Officiere der Fregatte „Deutſchland" ertrunken). Darmſtadt (Aufhebung des Kriegszuſtandes in Starkenburg). Schleswig (Antrag auf Aufhebung der Perſonalunion). Von der Niederelbe (Proviantoperation). Hamburg (Das Stimmrecht. Schullehrerverſammlung. Vorrücken der Reichstruppen).

Großbritannien. London (Das Kriegsdampfſchiff United States. Kaliforniſches Gold in Liverpool. Erklärung Palmerſton's im Unterhauſe über den Angriff der Franzoſen auf Rom).

Frankreich. Paris (Die Parteien. Eine allgemeine Reorganiſation der Nationalgarde vorbereitet. Rundſchreiben des Juſtizminiſters. Zur Charakteriſtik der Badiſchen Erhebung. Die Säculariſation der päpſtlichen Regierung).

Schweiz. Bern (Ledru Rollin angekommen).

Dänemark. Kopenhagen (Die Dänen. Ankunft eines deutſchen Dampfſchiffes. Rußland und Schweden. Schwediſche Kauffahrer).

Schweden. (Die preußiſchen Häfen der Cholera verdächtig erklärt).

Ungarn. (Die Zerſtörung von Neuſatz).

Donaufürſtenthümer. Bukareſt (Die Beſetzung des Hospodariats).

25. Juni.

Am 6. Mai 1849 vollbrachte der deutſche Reichsfeldherr v. Prittwitz die Heldenthat und ging über die Grenze von Jütland. Auf dem rechten Flügel ſtanden die Preußen, links die Baiern, in der Mitte rückten die Schleswig-Holſteiner vor und kämpften Tags darauf ſiegreich bei Gudſoe. Auf dem Rückzuge der Dänen gerieth die Brigade ihres Generals Rye zwiſchen Kolding, Veile und Fridericia in eine ſolche Stellung, daß ihr Entkommen unmöglich ſchien, wenn die Preußen einen Flankenmarſch von Skjärup gen Fridericia machten. Die Preußen unterließen dieſen Flankenmarſch und die däniſchen Truppen zogen ſich ungefährdet über den Veiler Fjord nach Aarhuus zurück. Ein jedes Kriegsgericht würde den General v. Prittwitz verurtheilen; aber er hat höhere Befehle: der Krieg ſoll nur zum Schein geführt werden! So ſagt wenigſtens das ganze Heer und murrt über die Weiſe, wie der Krieg geführt wird. Erſt am 10. Mai Abends rücken die Preußen in Horſens ein und hier bleibt das Hauptquartier ſechs volle Tage. In zwanzig Tagen dringen ſie acht Meilen vor. Man erlaſſe uns von dieſer ſchmählichen Kriegführung hier weiter etwas zu ſagen. Am 13. Mai meldeten die Berliner Blätter, daß Preußen das däniſche Cabinet aufgefordert habe, einen Bevollmächtigten behufs der zu eröffnenden Friedensverhandlungen ſchleunigſt nach Berlin zu entſenden. Preußen hatte die Verhandlungen in ſeine Hand genommen und man ſollte demnach glauben, daß es um ſo feſter entſchloſſen ſei, nur einen ehrenvollen Frieden zu ſchließen. Allein dem iſt nicht ſo. Die Friedensverhandlungen wurden dem Hrn. v. Schleinitz anvertraut, einem läſſigen Diplomaten der alten Schule, der mit Hrn. v. Reedtz einen Frieden auf Grund einer ſ. g. Selbſtſtändigkeit von Schleswig vereinbarte. Damit iſt Preußen aufs Aergſte compromittirt. Denn es hat hundertmal erklärt, es führe den Krieg nur, um die unzertrennliche Verbindung beider Herzogthümer zu ſchützen, und nicht minder hat es erklärt, daß Schleswig-Holſtein bei den Friedensverhandlungen zugezogen werden müſſe. Glücklicher Weiſe weiſt ſich ein ſolcher Friede, welcher Preußen die ſchlimmſten Verlegenheiten bereiten müßte, ſchon jetzt, wie die Deutſche Zeitung vorausſagte, als eine Unmöglichkeit aus. Man will in Dänemark ebenſowenig davon wiſſen, wie in den Herzogthümern. In Dänemark ward die Zuverſicht des Volkes, welches einen ungleichen Kampf mit anerkennungswerther Standhaftigkeit, freilich zum Unglück des Landes, fortführt, durch die Ankündigung des Erſcheinens einer ruſſiſchen Flotte und durch die klägliche Weiſe der Kriegführung in Jütland genährt. Der Reichstag brachte das neue, äußerſt freiſinnige Grundgeſetz zum Abſchluß. Am 5. Juni ward der Reichstag in Kopenhagen geſchloſſen und das Grundgeſetz vom Könige anerkannt, aber mit Vorbehalten; vielleicht auch mit dem Vorbehalt, bei Gelegenheit das Grundgeſetz zu — verbeſſern.

Die Schmerzen, welche in Deutſchland der Wonnemond jedem deutſchen Herzen gebracht, ſind zu friſch und zu herb, als daß wir ſie auffriſchen möchten mit Bemerkungen zu den Ereigniſſen. Wir reihen ſie nur aneinander. Am 26. April traf hier die Erklärung der bairiſchen Regierung ein, womit ſie die Verfaſſung ablehnte. In dieſem Augenblicke beſchloß auf Antrag des Dreißigerausſchuſſes die Reichsverſammlung, in Uebereinſtimmung mit ihrer nach Berlin geſandten Deputation, daß die Annahme der durch ſie dem Könige von Preußen übertragenen Würde des Reichsoberhauptes die Anerkennung der Reichsverfaſſung vorausſetzt und die Regierungen, welche die Reichsverfaſſung noch nicht anerkannt haben, aufzufordern, die Anerkennung auszuſprechen und ſich der Anwendung aller die Willenskundgebungen des Volkes in dieſem Augenblicke hindernden Maßregeln, Vertagung und Auflöſung der Stände u. ſ. w. zu enthalten. Am 28. April erließ Preußen jene Circularnote, worin es an die deutſchen Regierungen, von denen 29 bereits ihre Annahme und Anerkennung der Reichsverfaſſung erklärt hatten, die Einladung ergehen ließ, ihre Bevollmächtigten nach Berlin zu ſenden, um gemeinſam eine „darzubietende" Reichsverfaſſung zu berathen. Es erſchienen indeß nur Sachſen und Hannover, welche, wie Preußen, vorher ihre Landtage aufgelöſt hatten, um freie Hand zu bekommen, Baiern und Oeſterreich. Letzteres war durch Herrn v. Prokeſch vertreten, welcher nachher erklärte, ſeine Unterſchrift

bedeute blos, daß er zugegen geweſen. Am 30. April beſchloß die Reichsverſammlung, welche erklärt hatte, ſich nicht aufzulöſen, bis der erſte Reichstag zuſammengetreten, der Präſident ſolle das Recht haben, die Verſammlung jeder Zeit nach jedem Orte zu berufen. Am 4. Mai ging die Reichsverſammlung bis an die Grenze ihrer geſetzlichen Wirkſamkeit, indem ſie die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelſtaaten, das geſammte deutſche Volk aufforderte, die Verfaſſung des deutſchen Reichs vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen; den 15. Auguſt d. J. als den Tag beſtimmte, an welchem der erſte Reichstag auf den Grund der Verfaſſung in Frankfurt a. M. zuſammen zu treten hat; und als den Tag, an welchem im deutſchen Reiche die Wahlen für das Volkshaus vorzunehmen ſind, den 15. Juli d. J. feſtſetzte. Das war ſchon zu viel für den Reichsfinanzminiſter, Herrn v. Beckerath, der aus der Verſammlung austrat, zu wenig für die in Frankfurt tagenden Märzvereine, die Volk und Heer in Deutſchland zur thatkräftigen Durchführung der Reichsverfaſſung aufforderten. Inzwiſchen geſchah der Aufſtand in Sachſen, wo der König ſchon ſeine Annahme der Reichsverfaſſung auf den Lippen hatte, als er durch preußiſche Einflüſterung bewogen ward, den einmüthigen Bitten ſeines Volkes zu widerſtehen. Die republikaniſche Partei bemächtigte ſich der Bewegung, es kam zum blutigen Aufſtande, der zu Dresden durch preußiſche Truppen erſt nach ſechstägiger Straßenſchlacht bewältigt ward. Gleichzeitig erhob ſich die Rheinpfalz, die preußiſchen Rheinſtädte gaben auf einem Städtetag in Köln eine geharniſchte Erklärung für die Reichsverfaſſung ab, und unter dem Eindrucke dieſer Nachrichten kam der Beſchluß vom 10. Mai zu Stande: „dem ſchweren Bruche des Reichsfriedens, welchen die preußiſche Regiernng durch unbefugtes Einſchreiten im Königreiche Sachſen ſich habe zu Schulden kommen laſſen, ſei durch alle zu Gebote ſtehenden Mittel entgegenzutreten.“ Mehrere preußiſche Abgeordneten meldeten nach dieſem Beſchluß ſogleich ihren Austritt aus der Reichsverſammlung an. Schon im Beginn der Sitzung lief ein Schreiben des Reichsminiſteriums mit der Nachricht ein, der Reichsverweſer habe das ihm vorgelegte Programm des Hrn. v. Gagern, das die Reichsverfaſſung auf friedliche und geſetzmäßige Weiſe zur Anerkennung bringen wollte, nicht genehmigt, das ganze Reichsminiſterium habe ſeine Entlaſſung verlangt und erhalten. Nach der Sitzung zog eine Deputation zum Reichsverweſer, der ſie ausweichend beſchied, aber die baldige Bildung eines neuen Miniſteriums verſprach. Mit jenem Tage, dem 10. Mai, erblichen die Hoffnungen der gemäßigten Partei. Die Bewegung überſtürzte ſich im Weſten und Süden, ehe ſie im Norden ſich ausbreiten konnte. Der Aufſtand am Rhein ward gedämpft, nachdem der König von Preußen am 15. Mai in einem Aufrufe: An mein Volk! demſelben eine Reichsverfaſſung mit einheitlicher Leitung, die deſſen gerechten Wünſchen Erfüllung gewähre, feierlich verheißen hatte. In Baden brach inzwiſchen jener Aufſtand aus, der die Reichsverfaſſung nur zum Vorwand nahm und in dieſem Augenblick durch preußiſche Truppen gedämpft wird. Die preußiſche Regierung rief ihre Abgeordneten zurück, welche ein ſolches Recht der Regierung nicht anerkannten. Sie ſchickte einen Abgeſandten nach Frankfurt, um die in Ausſicht geſtellte Uebergabe der Reichsgewalt an Preußen zu vermitteln. Allein der Reichsverweſer ward plötzlich zum Erzherzog von Oeſterreich und wollte von einer ſolchen Uebertragung nichts mehr wiſſen. Vielmehr umgab er ſich mit einem Reichsminiſterium, das, als es ſich am Himmelfahrtstage der Verſammlung präſentirte, für einen ſchlechten Scherz gehalten ward. Es beſtand dieſes Reichsminiſterinm aus lauter Perſonen, die von einem Reiche gar nichts wiſſen wollten, und war auf eine Weiſe zuſammengeſetzt, daß am folgenden Tage die Bildung dieſes Miniſteriums für eine Beleidigung der Reichsverſammlung erklärt wurde. Am 19. Mai ward mit 10 Stimmen Mehrheit ein Beſchluß durchgeſetzt, wornach ein Reichsſtatthalter, wo möglich aus der Reihe der regierenden Fürſten zu erwählen. Hierauf trat die gemäßigte Partei, von der ſich Viele bereits einzeln von der Verſammlung losgeſagt hatten, in Maſſe aus. Umſonſt war das Schmähen und Ziſchen bei der Namensverleſung der Austretenden von Seiten einer Partei, welche die Dinge zu einem ſolchen Ende gebracht. Nach jenem Austritte konnte in jener Verſammlung nicht mehr eine Vertretung der ganzen Nation erkannt werden, um ſo weniger, als ſie die beſchlußfähige Zahl ihrer Mitglieder bald auf hundert herabſetzte. Die von Uhland verfaßte Anſprache an das deutſche Volk war ihr Schwanengeſang. Die Reichsverſammlung brach bald völlig mit dem Reichsminiſterium und verlegte am 30. Mai ihren Sitz trotz Uhland's Abmahnen nach Stuttgart. Präſident Reh legte ſein Amt nieder. In gedrückter Stimmung verließ die Verſammlung die Paulskirche, aus welcher ſie ſich ſelbſt verbannt hatte.

An demſelben Tage, wo dies in Frankfurt geſchah, brachte der Preußiſche Staats-Anzeiger den „Entwurf der Verfaſſung des deutſchen Reiches“ vereint mit einem „Entwurfe eines Geſetzes, betreffend die Wahlen der Abgeordneten zum Volkshauſe“, angeblich in derjenigen Form, wie beide Entwürfe aus der Uebereinkunft des Congreſſes hervorgegangen. Aber die Zuſtimmung von Baiern iſt ausgeblieben, die Genehmigung des Königs von Sachſen iſt, was bei Bekanntmachung jenes Entwurfs verſchwiegen ward, von der Zuſtimmung der Stände abhängig gemacht, und Oeſterreich, Oeſterreich hat ſchon vor der Veröffentlichung des Entwurfes Verwahrung dagegen eingelegt. Es will nichts wiſſen von einem deutſchen Parlamente und noch weniger von einer einheitlichen Leitung der deutſchen Angelegenheiten durch Preußen. Sobald Ungarn beſiegt iſt, wird es dieſer Verwarnung Nachdruck verleihen. Wenn bis dahin Preußen und die übrigen deutſchen Staaten ſich nicht zu einem Bundesſtaate vereinigen, der mächtig genug iſt, um allfremden Drohungen zu verlachen, ſo iſt es aus mit Deutſchlands Einheit, Deutſchlands Freiheit.

„Mögen die Blinden ſehen!“ murmelte auf franzöſiſch Herr v. Radowitz am Tage der Kaiſerwahl hinter dem Rücken eines noch ſehr klaräugigen Greiſes, der ihm freudig die Hand geſchüttelt. Ja, in dieſem Augenblicke können bereits auch Blinde ſehen, was in jenem Augenblicke verſcherzt ward, als das deutſche Volk nicht gut genug befunden ward, um aus ſeinen Händen eine Kaiſerkrone zu empfangen.

Deutſchland.

♈ Frankfurt, 25. Juni. Aus dem Hauptquartier des Neckarcorps erhalten wir heute Mittag das folgende Schreiben:

Hauptquartier Sinsheim, 23. Juni Morgens. Der großartige Flankenmarſch, welchen das Reichscorps von Weinheim bis hierher gemacht, iſt gelungen. Der Feind, fürchtend, in den Rücken genommen zu werden, hat ſeine vorzügliche Stellung am untern Neckar nicht halten können. Vorgeſtern Abend, nachdem wir in Waibſtadt angekommen, langte die Nachricht an, daß in Sinsheim badiſche Truppen aller Gattungen und Freiſchaaren lägen; alle ſeien auf dem Rückzuge von Neckargemünd und in vollſtändiger Auflöſung. Es wurde mit dem Bataillon vom preußiſchen 38. Regiment, mit einem halben naſſauiſchen Bataillon und mit vier heſſiſchen Geſchützen vorgegangen. Der Feind aber hatte ſich wohl geſammelt und aufgeſtellt. Es war ſchon Nacht, als unſere Truppen ankamen; ſie wurden mit Kartätſchen empfangen und ſechs Verwundete, darunter zwei preußiſche Officiere, waren der traurige Preis dafür, daß man erfahren, der Feind ſei da. Geſtern am Tage wurde mit ſtärkeren Kräften und großer Vorſicht aufs Neue vorgeſchritten. Sinsheim war verlaſſen. In der Nacht waren noch Struve nebſt Gemahlin, Metternich und Microslawski hier geweſen. Sie haben ſich nach Raſtatt zu zurückgezogen. Sie müſſen immer noch Luſt zu kämpfen haben, da ſie ſogar geſtern hier noch Leute ausgehoben haben. Kurz nachdem wir eingerückt waren, kam eine preußiſche Patrouille von Huſaren aus Unterwieſenbach an. Der Sack iſt zugeſchnürt; wer jetzt noch darin iſt, wird ſchwer herauskommen. Wir brechen ſoeben nach Eppingen auf. Es iſt hohe Zeit, dieſen Feldzug, der ſeitens des Reichscorps unter den unglücklichſten Umſtänden geführt wird, zu beenden. Beſonders die Verpflegung iſt gar nicht geordnet. Alles muß auf dem Wege der Requiſition und der Execution herbeigeſchafft werden. Es bleibt natürlich nicht aus, daß auch einzelne Trupps unbefugter Weiſe Execution vornehmen und nicht immer blos an Lebensmitteln. Die Truppen der verſchiedenen Staaten ſind in dieſer Beziehung ſehr verſchieden. Die preußiſchen Truppen ſowie die mecklenburger Dragoner und Jäger haben ſich von Gewaltthätigkeiten fern gehalten.

Es liegt dieſem Schreiben ein an das großherzogliche Bürgermeiſteramt Waibſtadt gerichtetes Requiſitionsdecret bei, welches

ohne Zweifel noch im Auftrage der Aufſtändiſchen erlaſſen iſt, denn es iſt aus Sinsheim vom 22. Juni datirt, und nach den obigen Nachrichten war Sinsheim bis zum 23. von den Badenſern beſetzt. Daſſelbe lautet wie folgt: „Wegen Transport kranker Militärs auf dem Rückmarſch, wozu mehrere hundert Pferde erforderlich ſind, hat die Gemeinde Waibſtadt 12 zweiſpännige Wagen und zwar Angeſichts dieſes zu ſtellen, da ſonſt das Militär Execution abſenden will. Sinsheim, 22. Juni 1849. In amtlichem Auftrag.“ Das Decret beweiſt übrigens erſtens, daß die Badenſer viele Verwundete und Kranke zählen und zweitens, daß ſie Mühe haben, dieſelben mit ſich zu führen.

* **Frankfurt**, 25. Juni. Die O. P. Z. enthält noch folgenden Bericht über das von dem Peucker'ſchen Corps beſtandene Treffen bei Sinsheim: „**Sinsheim**, 24. Juni. Als der Major v. **Boddien** mit 40 Mann Cavallerie heute Abend eine Recognoscirung von unſerm Lager in Aglaſterhauſen nach Sinsheim zu machte und den bekannten Führer der Aufſtändiſchen, Dietzſch aus Sachſen, vor Waibſtadt mit ſeiner Chaiſe und Bedeckung gefangen nahm, ſagte dieſer aus, daß ſich in Sinsheim nur einige hundert Mann der Aufſtändiſchen befänden, wogegen uns von andern Seiten die Kunde wurde, daß Tauſende von Feinden auf dem Rückzuge von Heidelberg und Waghäuſel in Sinsheim verſammelt ſeien. Sogleich ſchickte Major von Boddien einen Adjutanten zum General von Bechtold, um Verſtärkung zu erbitten, und zog ſich mittlerweile mit den wenigen Truppen und den von ihm gemachten Gefangenen in ein waldiges Verſteck. Als darauf der General v. Bechtold nach wenigen Stunden ſelbſt mit einigen Bataillonen und 6 Geſchützen anrückte, ſprengte Boddien mit Cavallerie, die auf drei Puncten in die Stadt rücken wollte, heran, wurde aber von einem ſo lebhaften Feuer empfangen, daß er Kehrt machte, und die Infanterie und Artillerie des Generals v. Bechtold eröffnete darauf den Kampf. Ein Tirailleurgefecht begann, und bei der Dunkelheit konnte man nur auf den feindlichen Höhen die Bewegungen unterſcheiden. Wir drangen bis zu einer Entfernung auf Kartätſchenſchußweite an jene Höhen vor, in welcher Diſtance uns ein wirkſames Geſchützfeuer empfing. Darauf entſpann ſich ein anderthalb Stunden langes beiderſeitig heftiges Kanonenfeuer, während auf dem linken Flügel ein Tirailleurgefecht ſtatthatte. In die Stadt fielen einige Granaten, der Feind ſchoß mit Shrapnells, Granaten, Paßkugeln und Kartätſchen. Zu derſelben Zeit, da dieſes Gefecht auf der einen Seite der Stadt war, zogen zwei Compagnien naſſauer Jäger auf der entgegengeſetzten Seite der Stadt auf und bekämpften von dort die feindlichen Tirailleure und Geſchütze. Als bei der einbrechenden Nacht unſer Feuer nicht mehr beantwortet wurde, ſtellten wir ſolches ein. In der Nacht zog ſich der Feind aus der Stadt nach Eppingen auf der Raſtatter Straße zurück. Als wir die Stadt am 23. beſetzten, hingen aller Orten weiße Fahnen aus. Wir haben 5 Verwundete, unter ihnen die Officiere v. Hüllesheim, deſſen Bruder am 18. September in Frankfurt fiel, und v. Pannowitz, der ſchon wegen ſeiner Tapferkeit am 18. September decorirt wurde. Hier in Sinsheim reichten ſich das Reichscorps und die Schack'ſchen Colonnen die Hand. Heute am 21. ſind die Truppen aus Aglaſterhauſen hier eingezogen. Der preußiſche Major v. Boddien rühmt die Haltung der heſſiſchen Chevauxlegers außerordentlich. Einer derſelben, der badenſche Flüchtlinge verfolgte, die ſich in den Schwarzbach ſtürzten, eilt ihnen nach, ſchwimmt durch und nimmt ſie am jenſeitigen Ufer gefangen. Die geſtern mit Dietzſch erbeutete Caſſe enthält 322 fl., die an die Chevauxlegers, die Dietzſch gefangen nahmen, vertheilt ſind“.

Von dem Corps des Prinzen von Preußen und den von ihm beſtandenen Gefechten noch immer keine ſichere Nachricht. Man ſchreibt darüber der O.P.Z. aus **Mannheim**, 24. Juni: „Flüchtige Soldaten und Wehrmänner des erſten Aufgebots erzählen von einem Treffen in der Gegend von Philippsburg; die Vorhut der Preußen ſtand in Waghäuſel, wurde dort am 21. von Mieroslawski angegriffen und wich zurück. Die Badener drangen um ſo beherzter vor, bis ſie plötzlich von den Kartätſchen aus 16 Kanonen empfangen wurden. Da löſte ſich das erſte Aufgebot in wilder Flucht auf; aber Mieroslawski ließ ſie durch die Dragoner, welche im Hintertreffen ſtanden, wieder ins Feuer treiben. Die Verluſte der Badener ſollen ſehr groß ſein; die Felder ſeien mit Leichen bedeckt, 50 bis 60 Wagen mit Verwundeten weggebracht worden. Mieroslawski habe ſich gegen das Gebirg gewendet und bei Bruchſal ein zweites Treffen beſtanden, worin er abermals geſchlagen worden und dann nach Sinsheim hin entflohen ſei.“

Nach Mittheilungen eines Reiſenden fügt die O.-P.-Z. noch weiter hinzu: Die Zuckerfabrik in Waghäuſel iſt nicht abgebrannt und hat überhaupt keinen erheblichen Schaden gelitten. Mieroslawski iſt nicht gefangen. Der Maſſenreſt der Aufſtändiſchen hat die Straße nach Durlach und Ettlingen eingeſchlagen, wohl, um ſich nach Raſtatt zu werfen. Die Preußen dürften in dieſem Augenblicke Karlsruhe beſetzt haben.

A. Z. C. **Wien**, 20. Juni. Das heutige Abendblatt der Preſſe äußert den Wunſch: Das Miniſterium möge in einer ſo wichtigen und erfreulichen Angelegenheit, wie die Beeidigung des Militärs auf die Verfaſſung (welche in einigen Garniſonen bereits ſtattfand, deren Formel jedoch zuerſt vom Tyroler Boten mitgetheilt wurde), die Oeffentlichkeit nicht vernachläſſigen und die Eidsformel, mit der Signatur des Miniſters verſehen, officiell publiciren. Um die, durch den Genuß des verdorbenen Trinkwaſſers bei der Armee in Ungarn eintretenden Krankheiten zu vermindern, ſoll jedem Regimente eine Filtrireinrichtung beigegeben werden, welche in einem Faſſe beſteht, wo oben eine dicke Lage Schwämme angebracht iſt, in welcher Schmutz, Steinchen u. ſ. w. zurückbleiben, dann eine Lage Kohlen, und endlich eine Lage Sand, ſo daß das Waſſer ganz rein durchfließt und dann weniger Erdtheile enthält als das gewöhnliche Quellwaſſer. Es genügt, wenn die Filtrireinrichtung von Monat zu Monat renovirt wird, indem man eine friſche Lage Kohlen gibt und die Schwämme reinigt. Das Seinewaſſer in Paris wird auf ähnliche Weiſe mit dem beſten Erfolge filtrirt. Seit Januar d. J. wurden von dem Miniſterium 142 Erfindungspatente ertheilt. In Böhmen wüthet ſeit mehreren Tagen ein fürchterlicher Hagelſchlag. Jede Hoffnung auf eine geſegnete Ernte iſt faſt vernichtet. Die Schloſſen fielen in ſolcher Größe, daß das Geflügel in den Bauernhöfen getödtet wurde.

Lith. Corr. **Berlin**, 21. Juni. Die Kriegsgerichtsſitzung, die heute in den dazu eingerichteten Räumen der Hausvoigtei ſtattfindet, hat die Theilnahme für die wegen Verdachts, eine politiſche Verſammlung gehalten zu haben, nun ſchon ſeit 4 Wochen Eingekerkerten neu belebt. Die geringe Zahl von Zuhörerkarten, welche der Magiſtrat zu vertheilen hatte, reichten natürlich nicht aus, um die Wünſche Aller zu befriedigen, welche den Verhandlungen gern beigewohnt hätten. Die Angehörigen der Verhafteten, die meiſten ſind Familienväter, wurden beſonders berückſichtigt und außer ihnen haben nur wenige Perſonen den Zutritt erlangen können. Dieſe ſind meiſt Damen. Das Local iſt ziemlich anſtändig eingerichtet, die Bänke ſchwarz bekleidet. Zehn Minuten nach Acht traten die Angeklagten ein, worunter auch die Entlaſſenen, mit Ausnahme Bernhard's. Ihr Ausſehen iſt unbefangen, ſogar munter. Fünf Richter bilden das Gerichtscollegium, worunter 3 Militärs. Stadtgerichtsrath Hufeland präſidirt. Oberauditeur Schlitte verlieſt die Anklageacte. Es geht daraus hervor, das Hr. v. Roſentaler wegen Hochverraths dem Criminalgerichte übergeben iſt. Die Vorleſung dauert 1½ Stunden; die Anklage fixirt ſich hauptſächlich auf den Oberlehrer Gehrke. Zwei bei demſelben vorgefundene Briefe, unterzeichnet von den Mitgliedern des demokratiſchen Centralausſchuſſes vom 22. und 27. Jan. bilden den Grundſtoff, woran der Staatsanwalt den Zuſammenhang der hier ſtattgefundenen geſelligen Zuſammenkünfte mit den demokratiſchen Organiſationen nachweiſen will. Ein vorgefundener gedruckter Organiſationsplan iſt das eigentliche corpus delicti. Auf Antrag des Vertheidigers, Referendar Meyn, wird es dem Staatsanwalt nicht geſtattet, ſich über Perſonalien auszulaſſen, indem dies dem mündlichen Verfahren widerſpreche. Es wird den Angeklagten vom Gerichtshof eröffnet, daß ſie ſich auszuſprechen hätten. Sie thun dies in würdiger Form und in folgender Reihenfolge: Gehrke, Juſtizrath Pfeifer, Aſſeſſor Gubitz, vormaliger Abg. Behrends, Dr. med. Waldeck, Lehrer Steide, Fabrikant Schilcknecht, Dr. Weiß. Sie alle ſtellen die Competenz des Gerichtshofs in Abrede und erklären auf das beſtimmteſte, daß es ſich um keine Verſammlung, um keinen Verein, ſondern lediglich um eine zufällige Zuſammenkunft gehandelt habe. Der vorgefundene Organiſationsplan ſollte erſt bei aufgehobenem Belagerungszuſtand für die Wahlen ins Leben treten. Pauſe von 11 — 12 Uhr. Schönemann und Aſſeſſor Herzfeld ſprechen ſich ähnlich aus. Pfeifer erhebt außerdem Bedenken darüber, ob die Publikation des Belagerungszuſtandes geſetzlich ſei. Der Gerichtshof erkennt dieſen Einwand nicht an. Es folgt

die Verhandlung über Gebike's Widerſetzlichkeit gegen Polizeibeamte. Zeugenvernehmungen hierüber und endlich einige Plaidoyers und Selbſtvertheidigungen folgen bis ſechs Uhr. Die übrigen Vertheidigungen und eine Motivirung der Anklage würden, wenn die Sitzung nicht heute abgebrochen werden ſollte, die Beendigung derſelben nicht vor 10 Uhr Abends zulaſſen.

** **Berlin**, 22. Juni. Die Deutſche Reform bettelt nun ſchon in einigen Nummern um möglichſte Schonung für den von einem hohen Miniſterio zu ſchließenden Frieden mit Dänemark. Sehr charakteriſtiſch war dabei der Stoßſeufzer, daß Oeſterreich durch ein einziges gutes Wort bei dem Petersburger Gevatter, der eben die Reſtauration aus der Taufe hebt, Preußens Lage recht hätte beſſern können. Aber Oeſterreich hat geſchwiegen und die fünfte Großmacht hat unter den fürchterlichen Grimaſſen des Czaren entſetzlich zu leiden. Ja, wenn bei ſolchem Geſichterſchneiden kein beſſerer Friede das Licht der Welt erblickt, daß doch nur die Mutter nicht während der Geburt ſtirbt! — Dieſe larmoyanten Tiraden hab' ich Ihnen gegenüber unerwähnt gelaſſen; denn bei dem „gleichgültigen Unverſtande“, wie ein geiſtreicher Correſpondent der Kölner Zeitung die Tendenz der Deutſchen Reform treffend bezeichnete, iſt man immer unſicher, ob man ihn dem Miniſterium oder nur der Redaction zuzuſchreiben hat. In dem heutigen Abendblatt (Nr. 353) iſt aber auf das Recht der Herzogthümer Schleswig-Holſtein in einer Weiſe eingegangen, die mir rathſam erſcheinen läßt, daß auch die bloſe Möglichkeit, als könnte die darin zu Tage geförderte heilloſe Ignoranz dem preußiſchen Miniſterium — alſo einem Contrahenten des Friedens — zur Laſt fallen, ernſtlich berückſichtigt werde.

Die Deutſche Reform ſagt einleitungsweiſe: „Was die Rechtsfrage in dem Streite betrifft, ſo iſt ſie auf dem Wege ſtrengen Rechtes praktiſch unlösbar, wie von vielen bedeutenden Staatsmännern nachgewieſen worden.“

Wenn die Deutſche Reform außer Hrn. v. Kanitz einen einzigen nichtdäniſchen Staatsmann bezeichnen wollte, der dies nachzuweiſen auch nur verſucht hätte! Dänen haben, als die deutſche Staatsrechtswiſſenſchaft ſie aus allen ihren Poſitionen herausgeſchlagen hatte, ſolche Unlösbarkeit der Rechtsfrage behauptet und darauf hin hat Dänemark an die Gewalt appellirt. Die deutſche publiciſtiſche Literatur iſt ein redender Beleg gegen dieſe inſolente Behauptung. Ein „Staatsmann“, der ſolches Urtheil fällte, müßte ſich doch mit der Sache vertraut gemacht haben — einem Solchen dürfte die reichhaltige deutſche und däniſche Literatur über die Streitfrage doch nicht unbekannt ſein; damit hätte er durch die däniſchen Schriften den Beweis, ſelbſt durch Lüge und Verdrehung könnten die deutſchen Behauptungen nicht erſchüttert werden, und durch die deutſchen Schriften den erſchöpfenden Beweis für die Behauptungen. Kammerherr v. Reedtz hat wohl der Deutſchen Reform dieſen Nachweis geführt? Hierauf ſtellt die Deutſche Reform drei Fragen auf. Die erſte: „Wer iſt in den Herzogthümer erbfolgeberechtigt?“ beantwortet ſie wörtlich wie folgt:

„Eine conſequent ſtrenge rechtliche Durchführung des Erbfolgeſtreites würde dazu führen, daß beim Ausſterben des Königsſtammes ein Theil von Schleswig bei Dänemark verbleiben, ein Theil an die zunächſtfolgende Linie des holſteinichſchen Hauſes fallen, und der dritte, der früher gemeinſchaftlich war, wieder von beiden gemeinſchaftlich zu regieren ſein würde.“

Es würde heißen Ihre Leſer beleidigen, wollte ich nachdem die Reſultate der gründlichſten und völlig erſchöpfenden Forſchungen Gemeingut, ich möchte ſagen, aller Gebildeten, jedenfalls aller Kundigen geworden ſind, mich herbeilaſſen, den Ignoranten, welcher jene erſchreckenden Sätze niederſchrieb, zu widerlegen. Ich begnüge mich zu fragen, was unter der zunächſtfolgenden Linie des „holſteiniſchen“ Hauſes gedacht iſt? Zu dem „Königsſtamm“ gehört bekanntlich noch das Haus Auguſtenburg, welches allerdings die zunächſtfolgende Linie des Mannsſtammes von Oldenburg iſt. Der Schreiber ſcheint aber daneben das Haus Gottorf im Sinne gehabt zu haben; denn, wenn der früher gemeinſchaftlich regierte Theil Schleswigs d. h. der Gottorf'ſche Antheil, wieder(!) gemeinſchaftlich von beiden zu regieren ſein würde, ſo kann unter den „beiden“ doch nichts Anderes, als die jüngere königliche Linie (Auguſtenburg) und die ſog. fürſtliche Linie (Gottorf) verſtanden ſein? Aber weiter:

„Ein Theil von Holſtein würde an dieſelbe Linie des Hauſes Holſtein kommen, welcher der dazu gehörige Antheil von Schleswig zufiele, ein Theil würde an Rußland zurückfallen und ein dritter Theil ebenfalls von beiden gemeinſchaftlich zu regieren ſein. Ein Land von etwa einer Million Einwohner würde dadurch 5 Regierungen bekommen!“

Iſt es nicht zum Verzweifeln, daß die erfolgreichſten Beſtrebungen der Wiſſenſchaft auf das Leben ſo ganz des Erfolgs verfehlen? Und wäre die Deutſche Reform ein Winkelblatt letzten Ranges, es wäre doch tief beſchämend zu ſehen, daß ein Menſch für Zeitungen zu ſchreiben wagt, der in dieſer Frage, welche über ein Jahr faſt die einzige auf der deutſchen Tagesordnung war, worüber gelehrt und allgemein verſtändlich (Lornſen, Sammer, Esmarch, Michelſen, Falck, Wippermann, Bunſen, endlich das Memoire des Reichsminiſteriums ꝛc.) geſchrieben worden, ſo total unwiſſend iſt. Man möchte faſt auf den Gedanken kommen, Herr Graßmann habe dieſen Artikel direct oder indirect von dem däniſchen Unterhändler erhalten. Im Jahre 1846 würde kein Deutſcher gewagt haben, mit ſolchen unwahren und abenteuerlichen Behauptungen die deutſche Preſſe zu beſudeln. Und dieſe geiſtige Proſtitution erhält in dem Schlußſatz den eigentlichen Aufſchluß: „Sei nun auch der durch die Gönner der Reform vermittelte Friede noch ſo ſchmachvoll, — Schleswig-Holſtein erhält doch nicht „fünf Regierungen!“

Daß die Herzogthümer „unabhängige Staaten“ ſind, beſtreitet die Reform wunderbarerweiſe nicht; bei dieſer rein rechtlichen Deduction ſagt ſie mit geſperrten Lettern: „Factiſch waren ſie es nicht“!

Bei der Frage über die Verbindung beider Herzogthümer kommt folgendes kaum glaubliche Zeichen völliger Unkenntniß vor: „Nur im vorigen Jahr durch die Bildung getrennter Provinzialverſammlungen wurde der Verſuch zu einer Art Auseinanderſetzung gemacht, wobei wohlgemerkt ꝛc.“

Dieſer Paſſus hat mich auf den beruhigenden Gedanken gebracht: dieſen Artikel hat ein Ignorant geſchrieben, was actenmäßig feſtſteht. Aber, „wohlgemerkt“, ein Ignorant, der in der Geſchwindigkeit ſich informirte aus einem Buche, welches über den betreffenden Gegenſtand ein Jahr ſpäter herausgekommen iſt, nachdem Friedrich VI., der zweitletzte Monarch, die provinzialſtändiſche Verfaſſung einführte. Dies fand bekanntlich durch das Statut vom 28. Mai 1831 ſtatt. Die Quelle der Deutſchen Reform iſt alſo von 1832! Gerathener geweſen wäre, wenn die Deutſche Reform ſich ſelber aufgeſchlagen und aus Nro. 52 einige Sachkenntniß geſchöpft hätte!*) O Buridan, o Buridan!

Berlin, 23. Juni. Das Militärwochenblatt enthält folgende Verordnung, betreffend das Rangverhältniß zwiſchen der Landarmee und der Marine: „Des Königs Majeſtät haben mittelſt Allerhöchſter Cabinetsordre vom 9. März 1849 die Rangverhältniſſe zwiſchen den Officieren der Land-Armee und der Marine, wie folgt, feſtzuſetzen geruht: 1) der Capitain zur See hat den Rang des Oberſten in der Land-Armee; 2) der Corvetten-Capitain hat den Rang des Majors in der Land-Armee; 3) der Marine-Lieutenant 1ſter Claſſe hat den Rang des Hauptmanns in der Land-Armee; 4) der Marine-Lieutenant 2ter Claſſe hat den Rang des Premier-Lieutenants in der Land-Armee; 5) der Seewehr-Officier und 6) der Kadett 1ſter Claſſe haben den Rang des Seconde-Lieutenants in der Land-Armee; was hierdurch zur allgemeinen Kenntniß der Armee und der Marine gebracht wird. Berlin, den 21. Juni 1849. Kriegs-Miniſterium. Allgemeines Kriegs-Departement. v. Griesheim. Geppert.“

, **Köln**, 24. Juni. Während im Süden unſeres deutſchen Vaterlandes an den Ufern des herrlichen Rheinſtromes die Fackel des Bürgerkrieges lodert und brennende Städte ſich in ſeinen Fluthen ſpiegeln, leben wir hier unten wie im tiefſten Frieden, und nur die fortwährenden Durchmärſche nach dem Oberlande eilender Truppen aller Waffengattungen erinnern an den blutigen Ernſt der Zeit. Unſere Demokraten ſind plötzlich ſtumm geworden. Der demokratiſche Verein iſt todt, weil der Beſitzer des Verſammlungs-Locals ſeinen Saal nicht mehr borgen wollte, bis die ſchuldige Miethe bezahlt; aber ſeine Mitglieder entſchädigen ſich dafür am Scandal, wo ſich nur irgend Gelegenheit dazu bietet.

---

*) In der heutigen Nummer wird die kleine Schrift: „Einige Worte zur Verſtändigung über den Krieg mit Dänemark, von einem norddeutſchen Staatsmann (Berlin, G. Reimer) eine vortreffliche bündige Darſtellung, deren Vorzug gerade darin beſtehe, das Allbekannte, was nur der Deutſchen Reform unbekannt iſt, dem Leſer zu erlaſſen, — überſchwenglich gelobt! Löſen Sie, Graf Oerindur, dieſen Zwieſpalt der Natur! A. d. E.

Viele Verehrer unſeres hochwürdigſten Herrn Erzbiſchofs, Johannes v. Geiſſel, hatten dieſem hohen Kirchenfürſten zur Feier ſeines Namensfeſtes mit einem Fackelzuge und einer Serenade ihre Liebe und Anhänglichkeit bezeugen wollen, und das ſchönſte Wetter begünſtigte dieſe friedliche Demonſtration, zu welcher große Zuſchauermaſſen ſich eingefunden und in der Nähe des erzbiſchöflichen Palaſtes aufgeſtellt hatten. Der Fackelzug kam in Muſikbegleitung heran, die Feierlieder wurden geſungen, der Herr Erzbiſchof richtete erhebende Worte an ſeine Verehrer, — aber alles dieſes ward übertönt und überſchrien von dem gellenden Pfeifen und dem Gebrülle derjenigen, welchen jede andere Muſik außer der Marſeillaiſe verhaßt iſt, welche nur an dem Freiligrath'ſchen: „Die neue Rebellion, die ganze Rebellion ꝛc." Behagen finden. Die Feſtordner und Theilnehmer zogen ſich zurück unter dem Hohngelächter der Demokraten.

Augsburg, 22. Juni. Wir vernehmen mit Vergnügen, daß die öſterreichiſchen Poſten vom 1. Juli an für die Beſorgung und Verſendung auswärtiger Zeitungen nur noch 25 Proc. Poſtaufſchlag berechnen werden, wie dies bereits ſeit längerer Zeit von Seite der baieriſchen und preußiſchen Poſten geſchieht. Unſere Leſer in den öſterreichiſchen Staaten werden wiſſen, wie viel größer bis jetzt der Poſtaufſchlag geweſen, obgleich die zunächſt von Oeſterreich veranlaßte Dresdener Poſtconferenz längſt eine Herabſetzung auf 25 oder höchſtens 50 Proc. für das geſammte Deutſchland beſchloſſen hatte. (Allg. Z.)

Stuttgart, 23. Juni. Wir entnahmen geſtern einem aus Baden an einen Reichstagsabgeordneten hierher gelangten Briefe die Nachricht, daß Franz Raveaux geſtorben ſei. Alle heute uns zugekommenen Briefe und Zeitungen aus dem Badiſchen enthalten aber nichts hievon; im Gegentheil ſagt unſer Donaueſchinger Brief, (ſ. u.) daß Raveaux noch am 21. d. früh in Donaueſchingen zum Volk geſprochen habe. Es war ſomit jene Trauernachricht eine irrige. (Schw. M.)

Stuttgart. 23. Juni. Heute früh wurde das Hauptquartier des Generals Miller von hier weg nach Heilbronn verlegt. Ein Bataillon Infanterie wurde heute früh um 6 Uhr auf der Eiſenbahn nach Heilbronn befördert. (Schw. M.)

* Aus Tübingen gehen noch fortwährend Zuzüge nach Baden. Am 22. Juni ſind wieder mehrere Wagen abgegangen.

Ulm, 22. Juni. Hr. Beyſchlag, Redacteur der Ulmer Donauzeitung, iſt gegen Caution ſeiner Haft entlaſſen worden.

Sigmaringen, 22. Juni. Das Gerücht, daß die proviſoriſche Regentſchaft hier ihre Thätigkeit fortzuſetzen beabſichtige, ſcheint nicht unbegründet geweſen zu ſein; wenigſtens kamen die Mitglieder derſelben hier an, ſetzten jedoch nach kurzem Aufenthalt die Reiſe nach Baden fort; von hier bis Mößkirch hatten ſie bürgerliche Ehrenbegleitung. (Schw. M.)

Heilbronn, 22. Juni. Vom hieſigen Oberamtsgerichte werden acht des Hochverraths, beziehungsweiſe des Landesverraths Verdächtige, welche ſich der Unterſuchung durch die Flucht entzogen haben, ſteckbrieflich verfolgt. (Schw. M.)

Karlsruhe, 22. Juni. Sicher iſt, daß heute auch die großh. Generalpoſtcaſſe mit 78,000 fl. abgefaßt und wie man ſagt, zu dem andern Gelde nach Offenburg gebracht wurde.

Karlsruhe, 22. Juni. Mittags. Es wird ſoeben eine Bekanntmachung der Dictatoren Brentano, Goegg und Werner angeſchlagen, worin es heißt, durch die neueſten Vorgänge ſehe man ſich veranlaßt, zu verordnen, daß der Verkauf von Waffen und Monturſtücken bei Todesſtrafe verboten ſei, ſowie der Ankauf ſolcher Waffen bei Vermeidung einer Strafe von 100 fl. per Stück und Confiſcation derſelben. Eine Bekanntmachung des Miniſters des Innern, Mördes, verfügt, daß Niemand in der Stadt Karlsruhe und deren Umgegend der Aufenthalt zu geſtatten ſei, der ſich nicht über den Zweck ſeines Aufenthalts ausweiſen kann. Die Strafen der Zuwiderhandelnden ſind ſehr ſcharf. Ein Befehl des Obercommandanten der Volkswehr, Fr. Doll, verordnet die Abgabe aller Waffen, ob Privat- oder Staatseigenthum, an das erſte Aufgebot. Die Zuwiderhandelnden werden ſtandrechtlich behandelt. Ueber die Verhaftung unſeres Abgeordneten Junghanns vernehmen wir Folgendes. Er war geſtern in Stuttgart und wurde auf der Rückreiſe hierher in Illingen verhaftet, weil er Proclamationen an die würtembergiſchen Soldaten vertheilte während der Fahrt. Er wurde jedoch alsbald der Haft wieder entlaſſen und eilte hierher, wo er heute in der conſtituirenden Verſammlung anweſend war. Man ſpricht von Verlegung der conſtituirenden Landesverſammlung nach Freiburg. Seit 10 Tagen fehlen alle directen Nachrichten aus dem Norden. Der Oberſt Mniewski wurde geſtern gefänglich hier eingebracht und ſogleich in Unterſuchung genommen. Abends. Soeben erhalten wir Berichte vom Kriegsſchauplatz. Sie melden Näheres über die Einnahme von Philippsburg und das derſelben vorangegangene Gefecht. Am 19. d. M. befand ſich eine Abtheilung des badiſchen Heers, beſtehend aus Linienmilitär und Volkswehr nebſt Geſchütz, in der Gegend von Philippsburg und wurde von der preußiſchen Armee angegriffen, der Angriff aber zurückgeſchlagen. Das badiſche Armeecorps übernachtete in Rheinsheim, einem Dorfe in der Nähe Philippsburgs, als plötzlich gegen 1 Uhr Nachts der Befehl gegeben wurde, den Rückzug nach Philippsburg anzutreten. Dieſer Befehl kam von dem das badiſche Corps commandirenden Oberſten Mniewski. Mehrere Soldaten und Officiere ſollen ſich geweigert haben, dieſem Befehl Folge zu leiſten; als aber der Oberſt ſich auf erhaltene Ordre des Obercommandanten berief, gehorchten ſie. Plötzlich gegen 5 Uhr Morgens rückten die Preußen in großer Uebermacht und mit zehn Stücken ſchwerem Geſchütz auf Philippsburg los, und beſetzten es nach kurzem Widerſtand der Unſrigen, welche ſich nach Bruchſal zurückzogen, wohin ihnen die Preußen gefolgt ſein ſollen. Allgemein ſchrie man über Verrath, verhaftete den Oberſten Mniewski und führte ihn unter Bedeckung nach Karlsruhe. Der Adjutant von Willich, Speier, ſoll bedeutend verwundet worden ſein. So eben trifft die officielle Nachricht von der Einnahme Bruchſals von Seite der Preußen hier ein; dieſelben ſtehen ſomit noch 5 Stunden von hier. Die Beſatzung von Bruchſal hat ſich hierher zurückgezogen. (Schw. M.)

Die Karlsruher Ztg. vom 22. Juni enthält folgenden Bericht: Die in Baden eingedrungenen Preußen ſind von der linken Rheinſeite abgeſchnitten. In vergangener Nacht wurde die Germersheimer Brücke durch Flöße, welche man den hoch geſchwollenen Rhein hinabließ, zerſtört, und wird deren Wiederherſtellung bei dem jetzigen Waſſerſtande unmöglich ſein, oder doch nur nach großem Zeitaufwande bewirkt werden können. Das abgeſchnittene preußiſche Corps hat ſeine Hauptſtellung bei Langenbrücken genommen, wo es wahrſcheinlich zur Schlacht kommen wird. Bruchſal iſt in vergangener Nacht von Willich wieder eingenommen worden. Ein Gerücht läßt unter den abgeſchnittenen preußiſchen Truppen den Prinzen von Preußen ſich befinden. Ein anderes meldet den Beginn des Kampfes in der Umgegend von Germersheim. Die Reichsregentſchaft hat ſich nach Donaueſchingen, das Bureau der Reichsverſammlung mit der Kanzlei nach Baden-Baden begeben. Ferner meldet die Karlsr. Ztg., daß in Philippsburg eine Reihe von Verhaftungen, namentlich von Radicalen, durch die Preußen vorgenommen, und die Verhafteten nach Germersheim gebracht worden ſeien.

Von der Enz, 22. Juni. Die Preußen zogen am 20. mit klingendem Spiel in Bruchſal ein; in den Dörfern zwiſchen Philippsburg und Bruchſal fanden ſie nirgends Hinderniſſe, überall weiße Fahnen ausgehängt. Geſtern hörte man den ganzen Tag hier Kleingewehrſalven und Kanonendonner. Doch können nur Gerüchte angegeben werden. Die Omnibus, welche von Bruchſal ſonſt täglich durchkommen, fahren ſeit zwei Tagen nicht mehr. Auch kamen Fuhrleute, welche Güter nach Bruchſal bringen ſollten, nur bis Heidelsheim, eine Stunde vor Bruchſal, und mußten dort wieder umkehren. (Schw. M.)

Donaueſchingen, 21. Juni. Geſtern Abend kamen unerwartet die Mitglieder der proviſoriſchen Reichsregentſchaft dahier an und ſtiegen theils im Gaſthof zur Poſt, theils zum Schützen ab. Die Kunde verbreitete ſich, wie natürlich, mit Windeseile durch die Straßen. Auf dem Platze zur Poſt ſammelte ſich bald eine Volksmaſſe, und die Blechmuſik des erſten Aufgebots brachte ein Ständchen. Sowohl hier, als auch bei der heute früh erfolgten Abreiſe hörten wir Reden von Raveaux und Vogt, worin die Sprengung der Reichsverſammlung in Stuttgart mit den lebhafteſten Farben geſchildert wurde. Sie freuen ſich, nun in Mitte des hochherzigen badiſchen Volkes zu ſein, mit dem ſie, obwohl das Häuflein klein ſei, im Kampfe der Freiheit nun ſtehen oder fallen wollen. Hauptmann v. Göhler antwortete in kurzer Rede. Der Weg ging nach Freiburg, das Reiſeziel iſt angeblich Karlsruhe. (Schw. M.)

Mannheim, 24. Juni. Die Stadt iſt ruhig, obſchon die Preußen heute nach Schwetzingen abmarſchirt ſind und nur ein

Bataillon zurückgelaſſen haben. Man ſagt, baieriſche Truppen würden von Ludwigshafen herüber kommen. Die Verbindung mit dieſem Ort muß durch eine fliegende Brücke hergeſtellt werden, weil die Rheinbrücke verbrannt iſt. Trützſchler, von hieſigen Bürgerwehrmännern arretirt, wurde heute der größern Sicherheit wegen nach Schwetzingen gebracht. Unſere Hauptdemokraten haben ſich in aller Stille entfernt. Der Belagerungszuſtand iſt erklärt, das Kriegsgeſetz verkündet. Man ſagt, heute ſei der Prinz von Preußen auf Karlsruhe marſchirt, wo kaum ein Widerſtand zu erwarten iſt. Die Landesverſammlung tagte dort noch am 22. d., wird aber wohl ſchon geſtern auseinandergegangen ſein. (O. P. Z.)

△ Aus dem Bückeburgiſchen, 23. Juni. Brieflichen Nachrichten des Hauptmanns v. Knigge, des Commandeurs unſres Contingents, zufolge iſt der mit den 66 kurheſſiſchen Huſaren in däniſche Gefangenſchaft gerathene Dr. König freigelaſſen und bereits von Kopenhagen wieder nach Schleswig zurückgekehrt. Seiner Verſicherung nach werden die gefangenen Kurheſſen von den Dänen anſtändig behandelt und gut verpflegt und dürften wohl ihrer baldigen Auswechſelung entgegenſehen. Ein nach dem verrätheriſchen Dorfe Horen-Sunde geſandtes Executionscommando ſoll leider dort ſehr wild gehauſt, ſämmtliche Einwohner ſich jedoch durch die Flucht gerettet haben. Nach den Erzählungen glaubwürdiger Reiſenden, die von Hamburg gekommen ſind, hat ſich in den letzten Tagen bei Curhaven ein trauriger Unglücksfall zugetragen. Sämmtliche Officiere der Fregatte „Deutſchland", welche ſich bei ſtürmiſchem Wetter in einer Jolle an Bord des Fregattſchiffs begeben wollten, ſollen ertrunken ſein. Wenigſtens ſchließt man dies daraus, daß die Jolle umgekehrt und gentert ans Ufer getrieben iſt, ohne daß man von der Mannſchaft bis zum 21. Morgens weitere Spur noch Nachricht gehabt hat. Mit banger Beſorgniß ſehen wir der Beſtätigung dieſer Trauerpoſt durch die nächſten norddeutſchen Blätter entgegen.

* **Darmſtadt,** 21. Juni. Der in der Provinz Starkenburg über einige Landgerichtsbezirke an der heſſiſch-badiſchen Grenze am 28. Mai verhängte Kriegszuſtand iſt aufgehoben.

Schleswig, 21. Juni. In der heutigen 124. Sitzung der Landesverſammlung motivirte der Abgeordnete Dr. Heiberg die bereits unterm 28. April abgegebene Erklärung, eine Petition von 176 Bürgern und Einwohnern der Stadt Schleswig, dahin lautend: „Eine hohe Landesverſammlung wolle die nöthigen Schritte thun, daß die Perſonalunion der Herzogthümer Schleswig-Holſtein mit Dänemark für ewige Zeiten aufgehoben werde", unterſtützen zu wollen. (H. C.)

Von der Niederelbe, 22. Juni. Von einem wohlunterrichteten Nordſchleswiger, der heute in Hamburg eingetroffen iſt, erfahre ich, daß wir endlich nächſtens die ſtereotyp gewordene Phraſe: „Die Stellung der Reichstruppen vor Aarhuus war auch am .... noch unverändert," werden modificiren müſſen. Es ſoll nämlich beim General v. Prittwitz der Befehl (aus Berlin?) eingetroffen ſein, nach Randers vorzurücken und die Dänen bei Aarhuus zur Seite liegen, d. h. unangegriffen ſtehen zu laſſen. Der Grund dieſes ſo lange verzögerten Vorwärtsſchreitens iſt übrigens kein anderer, als daß der Unterhalt der Truppen und die Fouragirung im ſüdlichen Jütland unmöglich geworden iſt, weil nichts mehr in natura zu requiriren übrig geblieben ſein ſoll und auch die Statthalterſchaft mit Fug und Recht die Aufforderung des Generals v. Prittwitz, das Reichsheer in Jütland von Schleswig-Holſtein aus zu verpflegen, dadurch beantwortet hat, daß ſie ihn auf das Vorrücken in Jütland als das geeignetſte Mittel zur Ernährung ſeiner Armee verwies. (Weſ. Z.)

N. C. **Hamburg,** 22. Juni. Unſere conſtituirende Verſammlung hat das allgemeine Stimmrecht auch in zweiter Leſung und ſomit definitiv beſchloſſen. Der bekannte Verſuch hieſiger Bürger, durch eine entgegenſtehende „Erklärung" dieſe Beſchlußnahme zu verhüten, welcher durch Senator Geffcken in der Sitzung vom 20. d. M. lebhaft befürwortet wurde, iſt demnach geſcheitert. Am 4., 5. und 6. Auguſt wird hierorts eine zweite Verſammlung des Vereins der norddeutſchen Volksſchullehrer ſtattfinden.

♂ **Hamburg,** 23. Juni. So eben ſind wichtige Nachrichten aus dem Norden hier angelangt. Die Reichstruppen in Jütland gehen wieder vor. Die Preußen, den rechten Flügel bildend, ſollen ſchon Randers erreicht und die Baiern, über Skanderborg vorgehend, ſollen Aarhuus endlich beſetzt haben. Es gäbe zwei Gründe zur Erklärung: Entweder fehlt es, was von mehreren Seiten vorausgeſagt worden, den deutſchen Truppenmaſſen an Lebensmitteln in dem bisher occupirten Terrain — oder das Spiel der Diplomatie bedarf zu ſeiner Entwicklung militäriſcher Manoeuvres. Den Ernſt der Friedensverhandlungen werden dieſelben aber ſchwerlich unterbrechen.

Großbritannien.

* **London,** 22. Juni. Das Liverpooler Blatt, Mercury, bringt eine Notiz über das den Liverpoolern ganz unerwartete Einlaufen des auf deutſche Rechnung in Nordamerika angekauften Dampfſchiffes United States. Aus dieſer Mittheilung geht hervor, daß die United States nur deßhalb in den Merſey einzulaufen genöthigt wurde, weil unterwegs ein Zufall einen der Dampfkeſſel unbrauchbar gemacht hatte. Keineswegs war, wie man wohl hier und da glaubte, das Schiff leck. Sobald der Schaden ausgebeſſert ſein wird, wird die United States nach Southampton und von dort nach Bremerhafen weiter ſegeln. Dieſes zum Mitglied der deuſchen Kriegsflotte angeworbene und eingerichtete Schiff führt im Ganzen eilf Kanonen und ſteht unter dem Oberbefehl des Capitäns Palmer, der mit der aus Nordamerikanern beſtehenden Mannſchaft ſo lange an Bord bleibt, bis, wie das genannte engliſche Blatt hinzufügt, „das Schiff die Beſitzungen Sr. Maj. des Königs von Preußen erreicht haben wird." Hiernach ſcheint man in Liverpool Bremerhafen als zu den Beſitzungen des Königs von Preußen gehörig zu betrachten. Eine Huller Zeitung ſprach neulich vom Könige von Preußen als dem bereits eingeſetzten und als ſolchen anerkannten Kaiſer Deutſchlands. Die engliſche Provinzialpreſſe ſcheint ſonach in Bezug auf Geographie und Zeitgeſchichte gerade nicht ſehr gründlich unterrichtet zu ſein.

Die Brigg Jaſſie, Capitän Luca, kam geſtern von Kalifornien und Valparaiſo in Liverpool an, mit einer ziemlich beträchtlichen Morgengabe kaliforniſchen Goldes, an Werth 60,000 Dollars. Es iſt dies die erſte directe Einfuhr kaliforniſchen Goldes in Liverpool.

* **London,** 23. Juni. Geſtern richtete Hr. Roebuck im Unterhauſe an Lord Palmerſton die Frage, ob die britiſche Regierung nicht der franzöſiſchen über die von dieſer vorgehabte und ins Werk geſetzte Beſchießung Roms ihr Mißfallen ausgedrückt habe. Hr. Roebuck fand es mit vielen Andern ſehr ſonderbar und auffallend, daß Frankreich, welches ſelbſt eine Republik ſei und ſich das Recht anmaße, einen Tag nach dem andern ſich eine neue Regierung zu geben, mit Gewalt der Waffen die römiſche Republik, die doch ein Kind der franzöſiſchen Revolution ſei, zu zerſchmettern trachte. Lord Palmerſton erwiederte: Er befinde ſich dieſer Frage gegenüber in einer delicaten Lage; es komme einem britiſchen Miniſter nicht zu, in dieſem Hauſe den Richter über das Verfahren einer fremden Regierung in einer Angelegenheit abzugeben, bei welcher Partei zu ſein die britiſche Regierung abgelehnt habe. Aber er wolle keinen Anſtand nehmen zu verſichern, daß die britiſche Regierung auf die Begebenheit, auf welche das geehrte Mitglied ſich bezöge, mit tiefem Bedauern blicke. Noch viele andere Dinge hätten ſich jüngſt in der Welt begeben, welche die britiſche Regierung bedauern müſſe, während ſie doch einſähe, daß es nutzlos ſein würde, wenn ſie ſich zum Richter aufwerfen und Handlungen rügen wolle, die ſie allerdings nicht ohne Sorge anſehen könne. Alles was er ſagen könne, ſei, daß die britiſche Regierung daran keinen Theil habe. Aus den neulich vorgelegten diplomatiſchen Actenſtücken werde das Haus erkennen, daß die britiſche Regierung ſich von Anfang an gegen jede bewaffnete Einmiſchung einer fremden Macht in die römiſchen Händel ausgeſprochen habe. England habe es abgelehnt, an den in Gaeta geſchloſſenen Verhandlungen Theil zu nehmen, und könnten daher die Beweggründe nicht genau angegeben werden, welche die franzöſiſche Regierung dazu veranlaßt, ein Verfahren einzuſchlagen, das er als ein höchſt unglückliches bezeichnen müſſe. (Beifall.) Auf eine Frage Hrn. Hume's, warum die britiſche Regierung nicht die römiſche ſo gut anerkannt habe, wie die franzöſiſche nach der Februarrevolution, antwortete Palmerſton: es ſei in England Praxis, nur ſolche Regierungen anzuerkennen, die eine feſte und endgültige Form angenommen hätten, was aber bis jetzt von der römiſchen ſich keineswegs ſagen laſſe.

Frankreich.

* **Paris,** 31. Juni. Die Spaltung in der gemäßigten Partei geſtaltet ſich mehr und mehr zum offenen Bruche und es

ſcheint im Ernſte eine miniſterielle Kriſis im Anzuge zu ſein. Die Ultra-Conſervativen drängen aus allen Kräften auf ein ſolches Ziel hin; es gilt namentlich, Dufaure aus dem Cabinet zu werfen und ſein wichtiges Portefeuille der Reunion des Staatsraths zu übergeben. Indeß bereitet ſich auch ſchon in dieſer mächtigen Partei eine neue Spaltung vor und es wird ſich ein neuer Club bilden, welcher die Mitte hält zwiſchen ihr und dem unter dem Vorſitze Lamoricieres ins Leben getretenen „Conſtitutionellen Cirkel". Ihrerſeits erhebt die legitimiſtiſche Partei täglich kühner das Haupt. Sie iſt gegenwärtig die zahlreichſte und in ſich einigſte Fraction der Nationalverſammlung und ſo ſcheint ſie es müde zu werden, noch ferner die Combinationen eines Thiers oder Molé zu unterſtützen, und bereitet ſich vor, ſelbſtſtändig handelnd auf dem Schauplatze aufzutreten. Bei den nächſten Wahlen wird ſie wahrſcheinlich verſuchen, ihre Stimmen zu zählen und ſich von der Partei, der ſie bisher gedient, loszuſagen. Ueberhaupt werden dabei die Stimmen in dem Maße zerſplittert werden, daß ſich in der letzten Verſammlung der Union Electorale, welche bekanntlich die Aufgabe hat, die Stimmen aller Freunde der Ordnung zu centraliſiren, zu den 11 erledigten Repräſentantenſtellen im Departement der Seine bereits mehr als 120 Candidaten gefunden haben. Glücklicherweiſe iſt die entgegengeſetzte äußerſte Partei ebenſo uneinig und ſo wird von einer Berechnung vielleicht gar nicht die Rede, ſondern die Wahlhandlung eine Art von Lotterie ſein, in welcher der Zufall entſcheidet.

Die Legiſlative hat eine kurze und ziemlich unbedeutende Sitzung gehalten. Der Miniſter des Innern hat einen Geſetzentwurf eingebracht, welcher die Auflöſung der 8., 9. und 12. Legion der Pariſer Nationalgarde noch bis zum Ende des laufenden Jahres aufrecht hält. Dieſe Auflöſung datirt bekanntlich von den Juni-Ereigniſſen des vorigen Jahrs, und die Legionen ſollten, nach der Beſtimmung des betreffenden Geſetzes, binnen Jahresfriſt, alſo ſpäteſtens Ende des laufenden Monats, reorganiſirt ſein. Der Miniſter benutzte dieſe Gelegenheit zu der beiläufigen Mittheilung, daß er ein Geſetz einzubringen beabſichtige, welches die geſammte Nationalgarde im Großen und Ganzen reorganiſire. Hr. v. Tocqueville legte darauf zwei Geſetzentwürfe vor, der erſte eine Poſtconvention zwiſchen Frankreich und Belgien, der zweite ein Vertrag zwiſchen Frankreich und Baiern in Bezug auf die Eiſenbahn von Straßburg nach Speier; dann wurde abermals die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung zweier Repräſentanten, Marc-Dufraiſſe und Malardier, erbeten, und den Schluß der Sitzung bildete eine Interpellation über eine Hausſuchung, welche mitten in der Nacht in einem Verſammlungslocal der Montagnards gehalten worden, eine Interpellation, welche der Miniſter erſt am Montag beantworten wird.

Der Juſtizminiſter hat an die Generalprocuratoren das folgende Rundſchreiben erlaſſen: „Die monarchiſtiſche Partei warf ſeit einiger Zeit der Regierung, den Inſtitutionen, der ganzen Geſellſchaft in ſchamloſer Weiſe den Handſchuh hin. Getäuſcht durch einige unverhoffte Reſultate der letzten allgemeinen Wahlen glaubte ſie Helfershelfer zu finden, wo in Wahrheit nur Gegner waren. Die Täuſchungen, welche ſie ſich machte, erhöhten ihre Verwegenheit, und ſie gab das Zeichen zu bewaffnetem Aufſtande. Es war das dritte Mal ſeit der Gründung der Republik, daß eine factiöſe Minorität gegen die aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgegangenen Gewalten an die rohe Gewalt appellirte. Aber eben ſo iſt es das dritte Mal, Dank der loyalen und energiſchen Mitwirkung der Nationalgarde und der Armee, daß das Recht triumphirt hat. Aber Sie werden der erſte ſein, der es empfindet, daß die Geſellſchaft in dieſem Zuſtande fortwährender Angſt und in Mitten dieſer blutigen, faſt periodiſchen Conflicte nicht länger beſtehen kann: ſie würde am Ende umkommen in Fieber und Elend, oder ſie würde gegen eine Regierung, die nicht im Stande wäre, ihr Sicherheit, das erſte Bedürfniß der Nationen, welche von ihrer Arbeit leben, zu verleihen, gewaltſam reagiren. Es iſt durchaus nothwendig, einem ſolchen Zuſtande ein Ziel zu ſetzen. Das können wir nur dann, wenn wir dem Geſetze und der Achtung vor dem Geſetze, dieſen ewigen Grundlagen jeder freien Regierung und folgeweiſe der Republik, eine Kraft verleihen, welche hinfort durch das Gefühl ihrer vollſtändigen Ohnmacht jeden Gedanken an Gewaltthat auch bei den heftigſten und entſchloſſenſten Anarchiſten erſtickt. Den Beamten des Richterſtandes, vor allen Ihnen, der ſie der Depoſitar der öffentlichen Anklage ſind, liegt es ob, mächtig zu dieſem Reſultat mitzuwirken. Die Gelegenheit iſt gut und entſcheidend. Die Erfahrung liegt heute für Alle vor. Niemand kann ſich noch täuſchen über die Leiden, welche der Sieg der Anarchie, und wäre es auch nur auf einen einzigen Tag, auf unſere Geſellſchaft herabrufen würde. Die Behörde iſt deshalb hinfort der thätigen Mitwirkung aller guten Bürger verſichert, die nicht unſeren ſchönen und großen franzöſiſchen Staat herabgewürdigt und vielleicht gar in den Convulſionen eines ſocialen Krieges aufgelöſt ſehen wollen. Andererſeits iſt zu keiner Zeit unſerer Geſchichte die Eintracht zwiſchen der geſetzgebenden und vollziehenden Gewalt in dem Gefühle der gemeinſamen Gefahr und in dem energiſchen Willen, das Vaterland vor ihr zu bewahren, vollſtändiger geweſen. Gewiß, der wahre Richter zögert nie im Angeſichte ſeiner Pflicht, aber, man darf es behaupten, nie hat er auch mehr auf die Stütze der großen Staatsgewalten und auf die eben ſo entſchiedene Stütze der öffentlichen Meinung zählen können, als eben jetzt. Zögern Sie deshalb nicht, die Pflichten Ihres Amtes zu erfüllen! Möge die Strenge des Geſetzes ſicher und ſchnell alle jene Männer ereilen, welche, nicht befriedigt durch das allgemeine Stimmrecht und das Recht der Discuſſion und der unbegrenzteſten Kritik, noch zur Gewalt ihre Zuflucht nehmen wollen! Welche Bedenklichkeit könnte Sie aufhalten? Sind ſie nicht noch ſchuldiger gegen die Freiheit, die ſie ſo ernſt gefährden, als gegen die Ordnung, die am Ende immer den Sieg davon tragen wird? Es iſt mehrmals bei mir angefragt worden, ob der Ruf: Es lebe die ſociale Republik! und ob die Entfaltung der rothen Fahne ein Vergehen conſtituire. Ich habe vor den letzten Ereigniſſen zur Antwort gegeben, daß das Einleiten einer gerichtlichen Unterſuchung ſich nach den Umſtänden richten müſſe. Gegenwärtig wird meine Antwort weit beſtimmter ſein: ein Ruf und Farben, welche das Signal und das Symbol des Bürgerkriegs geworden ſind, können hinfort nicht ſtraflos bleiben. Das Geſetz über die Clubs und die gefährlichen Vereine wird Ihnen die Mittel bieten, die Heerde, an welchen ſich die Leidenſchaften nähren und entflammen, auszulöſchen. Man darf nicht dulden, daß dieſe Gewaltthaten, wenn ſie aus den Clubs verjagt ſind, vielleicht noch gefährlichere Organe in den Tagesblättern oder in den kleinen Schriften finden, die in unſern Städten und Dörfern umhergetragen werden. Ich kann Ihre Aufmerkſamkeit nicht zu ſehr auf das Colportiren lenken und auf die Emmiſſäre der geheimen Geſellſchaften, welche, wenn ſie Haß geſäet und Krieg vorbereitet, verſchwinden und nur Verderben hinter ſich laſſen und Verzweiflung. Das beſtehende Geſetz bewaffnet Sie bereits mit allen geeigneten Mitteln, der Gefahr einer Fortpflanzung dieſes Uebels zu begegnen. Vielleicht wird daſſelbe bald einige Modificationen erleiden, welche die Thätigkeit der Juſtiz ſchneller und deßhalb wirkſamer machen. Ich habe Sie ſchon zu wiederholten Malen darauf aufmerkſam gemacht, wie wichtig es iſt, um die Strafe wirkſam zu machen, daß ſie unverzüglich erfolge, und wie ſehr die Gewohnheit, die Criminalunterſuchungen unnöthig auszudehnen und zu verwickeln, die Wirkſamkeit der Juſtiz beeinträchtigt. Mehr als je werden Sie die Nothwendigkeit erkennen, auf meine desfallſigen Winke zu achten. Ich ſpreche nicht zu Ihnen von der Maßregel des Belagerungszuſtandes, zu welcher eine gebieteriſche Nothwendigkeit im Intereſſe des öffentlichen Wohls die Regierung gedrängt hat, ſie geht nur einige Departements an, für welche beſondere Inſtructionen erfolgen werden und ſie wird außerdem nur von beſchränkter Dauer ſein. Große und ſchwierige Situationen, Herr Generalprocurator, erheben die Männer, die ſie zu begreifen wiſſen und den Muth in ſich fühlen, ihnen zu genügen. Es iſt genug, wenn ich Ihnen ſage, daß ich volles Vertrauen in Ihren Beiſtand ſetze. Die Geſellſchaft hat Glauben zu der franzöſiſchen Magiſtratur, welche durch die allgemeine Achtung, die ſie zu erwerben wußte, ſelbſt gegen Revolutionen geſchützt iſt: Die Geſellſchaft wird in ihrem Vertrauen nicht getäuſcht werden. Empfangen Sie ꝛc. Odilon Barrot.

Ein Policeicommiſſär hat heute morgen eine ſehr bedeutende Summe, welche aus den badiſchen Staatscaſſen herrührt und, ohne Zweifel zum Schutze der deutſchen Reichsverfaſſung, von der proviſoriſchen Regierung nach Paris geſchickt worden iſt, mit Beſchlag belegt.

Die Regierung ſoll wichtige Depeſchen von Hrn. v. Harcourt, dem franzöſiſchen Geſandten zu Gaeta, erhalten haben, des Inhalts, daß Oeſterreich, Spanien, Neapel und die übrigen katholiſchen Mächte mit dem Princip der Säculariſation der päpſtlichen Regierung ganz einverſtanden ſeien. Der Papſt ſelbſt habe ſich noch nicht officiell darüber ausgeſprochen; allein man glaube, daß er nachgeben werde.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Der Krieg in Ungarn. Unterſuchungen und Verhaftungen. Der Kaiſer. Magyariſche Sympathieen. Die ungariſche Sperre. Gemeindeordnung. Urtheil über Graf Zichy. Vermiſchtes). Berlin (Die Urtheile des Kriegsgerichts. Disciplinirung des Beamtenſtandes. Kunſt und Politik. v. d. Pfordten). Göttingen (Die Profeſſoren über die deutſche Reichsverfaſſung). Heidelberg (Das Schickſal der Mieroslawski'ſchen Schaar. Die Preußen in Karlsruhe eingerückt. Zuſtand der Stadt). Sinsheim (Vorrücken der Reichsarmee gegen Eppingen). Gotha (Die Verſammlung der Abgeordneten).

Polen. Von der polniſchen Gränze (Der Kaiſer von Rußland. Seine Aufmerkſamkeit gegen einen preußiſchen General).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 26. Juni).

Deutſchland.

* **Frankfurt**, 26. Juni. Wir erhalten aus Heidelberg (ſ. u.) die Nachricht, daß die Preußen am 25. in Karlsruhe eingerückt ſind. Was dieſem Ereigniß in den Tagen vom 21. — 25. Juni voraufging, das war und iſt für uns hier in Frankfurt noch völlig im Unklaren. Der untenfolgende Brief enthält von dem Corps des Prinzen von Preußen das Neueſte; was dem voraufliegt, ſetzt er — wie ſehr natürlich — als bekannt voraus. Wir müſſen verſuchen, aus zerſtreuten Nachrichten das Wahrſcheinlichſte zuſammenzuſtellen und können dabei den preußiſchen Staatsanzeiger als Quelle benutzen. Er bringt heute die erſten beſtimmten Nachrichten über das Treffen bei Waghäuſel — wir wußten noch nicht, ob es am 21. oder am 22. ſtattgefunden — die auf telegraphiſchem Wege von Frankfurt aus nach Berlin gelangt ſind, während die hieſigen Blätter auf die Karlsruher Briefe im Schw. Merk. und der Allg. Ztg., die einen Weg von drei Tagen und darüber zu machen haben, und auf die Berichte demokratiſcher Blätter beſchränkt ſind, die, im Sinne der Partei, beſſer au fait gehalten werden.

Die Nachricht im Staatsanzeiger lautet:

Ein Theil des am 20. bei Germersheim über den Rhein gegangenen Corps hat am 22. ein Gefecht mit den Inſurgenten bei Waghäuſel beſtanden, und dieſelben geſchlagen. Spätere Nachrichten geben noch folgende nähere Details: Das Gefecht bei Waghäuſel iſt ziemlich blutig geweſen; vorzugsweiſe haben daran Theil genommen: die Füſilier-Bataillone des 17. und des 30. Infanterie-Regiments, zwei Compagnien der 7. Jäger-Abtheilung und eine halbe Batterie nebſt einem Landwehr-Bataillon. Dieſe Truppen haben den ganzen Vormittag der Hauptmacht Mieroslawski's, beſtehend aus neun Bataillonen badener Truppen, gegenüber geſtanden, und etwa 40 Todte gehabt; gegen Mittag erhielten ſie von ihrer eigenen Diviſion Hanneken und am Nachmittag von der Diviſion Brünn Unterſtützung, durch welche der Feind vollſtändig zurückgeworfen worden. Mieroslawski ſoll mit einem Theil der Artillerie und Infanterie in den Odenwald entkommen ſein. Die Truppen haben ſich vortrefflich gehalten. Das Hauptquartier Sr. Königl. Hoheit des Prinzen von Preußen war am 23. zu Roth. Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich Carl befindet ſich ſo wohl, daß er bald dem Hauptquartier folgen wird. Der Lieutenant v. Rusch-Münch iſt nicht, wie es anfangs hieß, geblieben, ſondern nur ſchwer verwundet. Zwei Hauptleute und ein Lieutenant ſind geblieben, ein Hauptmann und ein Lieutenant verwundet."

Hieraus geht hervor, daß bei Waghäuſel das Gros der badiſch-pfälziſchen Armee nicht im Gefecht war. Wenn Mieroslawski's Zögern bei Heidelberg überhaupt einen vernünftigen Sinn hatte, ſo mußte es der ſein, das eingedrungene preußiſche Corps, von deſſen Stärke er ſchwerlich recht unterrichtet war, zwiſchen die beiden nicht unbeträchtlichen Hauptmaſſen des badiſchen Heeres zu bringen. Die Niederlage bei Waghäuſel trennte aber das Mieroslawski'ſche Corps, das den äußerſten rechten Flügel der geſammten badiſchen Truppenmacht bildete, von dem am Hardtwald concentrirten Centrum derſelben gänzlich und nöthigte es zu dem Rückzuge über Heidelberg. Es gelang ihm, nach einem kurzen Zuſammentreffen mit dem Peucker'ſchen Corps bei Sinsheim (ſ. das heut. Hauptblatt) und nach einem heftigern bei Ubſtadt (ſ. u. Heidelberg) ſich durchzuſchlagen und zur Vereinigung mit dem badiſch-pfälziſchen Hauptcorps eine freie Straße zu gewinnen, die ihm indeß, nach dem Inhalt des folgenden Briefs, nachträglich wohl auch noch verlegt worden iſt.

☽ **Frankfurt**, 26. Juni. Ueber die Vorgänge auf dem Kriegsſchauplatz während der letzten Tage erfahren wir aus zuverläſſiger Hand Folgendes. Am 24. Vormittags 11 Uhr drang General v. Hanneken bis Bruchſal vor, ſchlug die Inſurgenten aus der Umgegend zurück und beſetzte die Stadt; General v. Peucker erreichte um dieſelbe Zeit Langenbrücken und ſchloß ſich mit einem Theile ſeines Corps der von General v. Hanneken befehligten Avantgarde an. Während dieſe Heeresſäule den Marſch gegen Karlsruhe fortſetzte, deſſen Einnahme geſtern erfolgt ſein muß, ſuchte der Prinz von Preußen in Verbindung mit der andern Hälfte des v. Peuckerſchen Corps die von Mieroslawski angeführten Inſurgenten, denen der Durchbruch bei Hilsbach gelungen war, von der würtembergiſchen Grenze abzuſchneiden. Hart am Rhein auf der Straße von Mühlberg bewegen ſich die beiden Corps der Generale v. Hirſchfeld und v. d. Gröben gegen Raſtatt vor, um an der Murg eine Stellung einzunehmen und die zwiſchen Raſtatt und Karlsruhe zuſammengezogenen Inſurgentenſchaaren, mit denen ſich Mieroslawski zu vereinigen gedachte, von der Feſtung zurückzudrängen. So weit man die getroffenen Dispoſitionen kennt, läßt ſich erwarten, daß der letzte entſcheidende Zuſammenſtoß bei Pforzheim erfolgen wird. Die Geſammtzahl der noch bewaffneten Aufſtändiſchen, deren Muth jedoch vollkommen gebrochen erſcheint, läßt ſich nach glaubhaften Mittheilungen auf höchſtens 20,000 anſchlagen. Sie haben bei Ubſtadt am 23. verzweiflungsvoll gekämpft und große Verluſte erlitten; jetzt ziehen ſie ſich auf allen Punkten vor jeder feindlichen Berührung zurück und werden ſich unterwerfen müſſen, wenn ihnen, wie vorauszuſetzen, die Zuflucht nach Raſtatt nicht übrig bleibt.

□ **Frankfurt**, 26. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung des Freiſtaats hat heute abermals und zwar ohne eine Debatte von irgend einigem Belang einen bedeutenden Abſchnitt des Verfaſſungsentwurfs erledigt. Wir geben für heute den erſten Theil ihrer Sitzung. Eine kurze Discuſſion veranlaßte zuvörderſt Art. 138, welcher die Beſtimmung enthält, daß, wenn ein Richter oder ein Mitglied der Staatsanwaltſchaft eine Wahl in den Regierungsrath annimmt, er auf die Zeitdauer dieſer Berufung ſeine Thätigkeit bei den Gerichten einſtellen muß. Nachdem die Unvereinbarkeit des Richteramtes mit einer adminiſtrativen Function bereits ausgeſprochen worden, hat es dem Verfaſſungsausſchuß, um nicht die Kräfte des Richterperſonals gänzlich aus der höchſten Regierungsbehörde fern zu halten, am angemeſſenſten geſchienen, dieſen Ausweg einer zeitweiſen, freilich fünfjährigen Erſetzung des Gewählten durch Hilfs- oder Ergänzungsrichter vorzuſchlagen, und wenn auch ein Antrag des Hrn. Dr. Mappes auf Streichung des Artikels, ſo daß ein in den Regierungsrath gewählter Richter, falls er die Wahl annähme, zuvor ſein Richteramt niederzulegen hätte, den Vorzug der Conſequenz anſprechen darf, ſo waren doch die eben angeführten Zweckmäßigkeitsgründe überwiegend genug, um ſelbſt die Inconvenienzen eines fünfjährigen Interimiſticums überſehen zu laſſen, und die Verſammlung trat dem Vorſchlage des Ausſchuſſes bei. In Art. 140 wurde auf den Antrag des Hrn. Dr. Braunfels die Aenderung der Worte „beſondere Gehaltszulagen" in „perſönliche Gehaltszulagen" beliebt. Art. 147, alſo lautend:

„Die Verleihung von Dotationen für den Cultus von Seiten des Staates findet fernerhin nicht ſtatt. Die auf den Urkunden vom 2. Februar 1830 beruhenden, dem Cultus gewährten Dotationen bleiben in Kraft, können aber nie vermehrt werden;"

wurde einſtweilen ausgeſetzt, da der Verfaſſungsausſchuß, auf Anlaß einer Anzahl dagegen eingelaufener Reclamationen, demſelben eine etwas modificirte Faſſung zu geben beabſichtigt. Eine längere Debatte veranlaßte nur Art. 150, welcher für alle Zukunft die Stiftung und Einführung von Klöſtern und geiſtlichen Orden unterſagt und auf deſſen Streichung, als Conſequenz des unbeſchränkten Stimmrechtes, ein von Hrn. Dr. A. Friedleben unterzeichnetes Minderheitserachten angetragen hatte. Aber auch hier überwogen die Gründe der Zweckmäßigkeit und des öffentlichen Wohls, welche Hr. Dr. Braunfels kurz aber treffend und ſchlagend, Hr. Dr. J. Friedleben breit wiederkauend und langweilig entwickelte, und die Faſſung des Entwurfes wurde angenommen. Die ſämmtlichen Artikel lauten nunmehr wie folgt: (Fortſetzung des ſechsten Abſchnittes „Von der richterlichen Gewalt")

Art. 134. Strafen kann nur das Geſetz beſtimmen. Es iſt unterſagt ſie mittelſt bloſer Verwaltungsverordnungen feſtzuſetzen, wenn nicht das Geſetz ausdrückliche Ermächtigung dazu ertheilt.

Art. 135. Die Policeibehörden und andere Verwaltungsämter dürfen niemals unter Androhung beſonderer, von ihnen ſelbſt ausgehender Strafen der Geſammtheit oder Einzelnen vorſchreiben, eine Handlung vorzunehmen oder zu unterlaſſen. Sie dürfen nur das vorhandene Strafgeſetz auf den Fall, daß die Handlung vorgenommen oder unterlaſſen werde, in Erinnerung bringen.

Art. 136. Der Richter, ſowie die Mitglieder der Staatsanwaltſchaft werden von dem Volksrathe auf Vorſchlag des Regierungsrathes auf Lebenszeit ernannt. Der Volksrath kann den Vorſchlag des Regierungsrathes ablehnen. In dieſem Falle hat letzterer einen weiteren Vorſchlag zu machen.

Art. 137. Die Beſtimmung des vorhergehenden Artikels findet jedoch keine Anwendung auf Ergänzungsrichter und Hülfsrichter, ſowie auf diejenigen Bürger, welche von ihren Berufsgenoſſen nach Art. 132 gewählt werden.

Art. 138. Nimmt ein Richter oder ein Mitglied der Staatsanwaltſchaft die Wahl in den Regierungsrath an, ſo muß er auf die Zeitdauer dieſer Berufung ſeine Thätigkeit bei den Gerichten einſtellen.

Art. 139. Alle Gehalte der Mitglieder des Richterſtandes und ſeiner Hülfsbeamten werden durch das Geſetz beſtimmt. Ausgenommen ſind die Vergütungen an diejenigen Beamten, welche auf Tagegeld geſetzt ſind.

Art. 140. Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltſchaft darf von dem Staate beſondere Gehaltszulagen oder ſonſtige Gratificationen erhalten.

Art. 141. Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltſchaft darf, außer durch Urtheil und Recht, von ſeinem Amte entfernt oder im Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Suspenſion darf nicht ohne Beſchluß des zuſtändigen Gerichts erfolgen.

Art. 142. Kein Richter und kein Mitglied der Staatsanwaltſchaft darf wider ſeinen Willen, außer durch Beſchluß des zuſtändigen Gerichts in den durch das Geſetz beſtimmten Fällen und Formen, zu einer andern Stelle verſetzt oder in Ruheſtand geſetzt werden.

Art. 143. Das Geſetz wird das Nähere über die gerichtlichen Behörden, ſowie über deren Organiſation, Verfahren und Competenz beſtimmen.

Siebenter Abſchnitt. Von den Religionsgeſellſchaften.

Art. 144. Kirchengemeinſchaften werden vom Staate fortan nur als Religionsgeſellſchaften betrachtet.

Art. 145. Jede Religionsgeſellſchaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten ſelbſtſtändig, bleibt aber den allgemeinen Staatsgeſetzen unterworfen.

Art. 146. Keine Religionsgeſellſchaft genießt vor andern Vorrechte durch den Staat; es beſtehe weder Landeskirche noch Staatsreligion.

Art. 147. (Siehe oben.)

Art. 148. Der Staat hat kein Recht, Geiſtliche oder Religionslehrer oder Beamte einer Religionsgeſellſchaft vorzuſchlagen, zu wählen, zu ernennen oder zu beſtätigen.

Art. 149. Neue Religionsgeſellſchaften dürfen ſich bilden; einer Anerkennung derſelben durch den Staat bedarf es nicht.

Art. 150. Klöſter dürfen nie gegründet und geiſtliche Orden oder mit dieſen verbundene Körperſchaften weder geſtiftet noch eingeführt werden.

(Schluß folgt.)

△ **Wien**, 22. Juni. Seit zwei Tagen will man in der Richtung von Oedenburg Kanonendonner vernehmen, hier und in der Brühl wurde dieſe Beobachtung gleichzeitig gemacht, doch ſpricht der officielle Bericht in der heutigen Wiener Zeitung nur von einem Angriff der Ungarn in der Schütt, wo ſie unſere beiden Brigaden Pott und Theißing bis Pered und A-Szelly zurückdrängten. Die ruſſiſche Diviſion Paniutin iſt daher zur Verſtärkung vorgerückt, und heute ſoll auf jenem Punkte die Offenſive ergriffen werden. Das zweite Armeecorps in der großen Schütt iſt bis Vaſarud und Aszód vorgerückt und ſandte Streifcolonnen bis Megyer, wo noch immer die Magyaren ſtehen. Wir haben bei dieſen Vor- und Rückwärtsbewegungen gegen 50 Gefangene gemacht und 2 Kanonen erobert, wo, wird nicht angegeben, ebenſowenig unſere Verluſte, deren wir doch wahrſcheinlich bei dem Rückzuge der zwei oben genannten Brigaden nach Pered und A-Szelly erlitten haben. Geſtern langte hier ein Militärpiquet an mit drei gefangenen Ungarn vom Civilſtand. Die Gefangenen, ein Apotheker und zwei Kaufleute, kamen aus Oedenburg und ſollten nach Preßburg vor die Unterſuchungscommiſſion gebracht werden. Aus Furcht die Armee zu paſſiren, ſtellten ſie jedoch die Bitte, ſie über Wien nach Preßburg zu escortiren, was denn auch geſchah. Zu der Unterſuchungscommiſſion nach Preßburg iſt nun als Civilrichter ein Herr Skazel auserſehen, ein geborner Kroate, welcher den Serben und Kroaten ſchon im vorigen Sommer, als ſie noch die geſetzlichen Unterthanen der Magyaren waren, Lieferungen an Waffen und Munition machte, und als gründlicher Magyarenhaſſer bekannt iſt. Sein Vorgänger wird beſeitigt, weil er in ſeinen Urtheilen dem decidirten Haynau zu milde war; man fürchtet demnach, daß die Executionen in Preßburg durch den Strang und mittelſt Pulver und Blei jetzt noch zahlreicher werden. Die Magyaren werden uns ſicher in dieſer Beziehung nicht nachſtehen und man iſt deßhalb auch ſeit der Execution des jungen Magnaten Mednianski durch den Strick, in größter Beſorgniß wegen der Officiere, die ſich in ungariſcher Gefangenſchaft befinden, wie Graf Montecucoli ꝛc. In Südungarn ſoll bereits ein Fall, der unſere Beſorgniſſe nur erhöht, eingetreten ſein. Radoſavlievitſch, der Neffe des Patriarchen Rajacic, der früher Auditor und ſpäter Major bei den Serben war, zu deſſen Gunſten Stratimirovic vom Commando entfernt worden war, ſoll bei den Römerſchanzen in die Hände Perczel's gefallen und ſogleich erſchoſſen worden ſein. Die Kreuz- und Querzüge des Banus in Südungarn können wir hier nicht begreifen. Beſonders unbegreiflich iſt die Einnahme von Neuſatz, welches in der Schußweite von Peterwardein liegt. Die unglückliche Stadt iſt denn auch das Opfer dieſes ſtrategiſchen Experimentes geworden. Sie iſt in einen Schutthaufen verwandelt und was von den Einwohnern nicht durch die Beſchießung zu Grunde ging, irrt als Bettler umher. Heute früh wurde hier der frühere Generaladjutant des F.-M.-L. Hrabovski, Hauptmann Blaſovic verhaftet. Auch iſt in der Unterſuchungshaft des Erſteren eine größere Strenge eingetreten. Früher durfte ihn ſeine Frau beſuchen und ihm ſchreiben. Jetzt ſind die Beſuche unterſagt, und der Briefwechſel iſt nur unverſiegelt geſtattet. Hrabovski war bekanntlich Chef des ſlavoniſchen Generalcommandos in Peterwardein und ſpäter Feſtungscommandant daſelbſt, und hat ſich als eifriger Anhänger Koſſuths gezeigt. Dieſen Vormittag vertheilte der Oberſtkämmerer Graf Lanzkoronski nachträglich zwölf Medaillen an den Burginſpector und mehrere andere niedere Hofbedienſtete, welche ſich im October vorigen Jahres in Bewachung der Burg ausgezeichnet haben. Unſer junger Kaiſer war geſtern in dem bürgerlichen Verſorgungshauſe an der St. Marxer Linie und beſichtigte auch die Krankenzimmer. Als er in ſeinen Wagen zurückkehrte fand er ihn voll Blumen und die Straße voll Menſchen, die ihn ſehen wollten. Als er die Blumen erblickte, rief er aus: „das ſind zu viel für mich allein, ich muß ſie mit Euch theilen" ergriff ſogleich einen Theil derſelben und reichte ſie den zunächſt Stehenden. So erzählte mir wenigſtens ein wahrheitsliebender Augenzeuge. Je mehr man ſolche Züge von dem jungen Monarchen vernimmt, deſto tiefer muß man beklagen, daß der Antritt ſeiner Regierung mit einer ſo blutigen Epoche der öſterreichiſchen Geſchichte zuſammenfällt.

Wien, 22. Juni. Die Wiener Ztg. bringt noch folgende telegraphiſche Depeſche: „Vom Schlachtfelde Abends 8 Uhr weitere gute Nachrichten. Diviſion Herzinger und die Ruſſen bis Kiraly-Rew und Zſigard, Brigade Pott und Perin bis Farkard vorgedrungen. Die Inſurgenten unter Görgey mit 30,000 Mann und 80 Kanonen im vollen Rückzuge über die Waag. Die Original-Meldung des F.M.L. Wohlgemuth folgt mit dem nächſten Train, um 10 Uhr 30 Min."

* **Wien**, 22. Juni. In Semlin wurde am 16. d. die Druckerei der beiden Journale Vjestnik und Napredak unter militäriſcher Bewachung geſchloſſen und die beiden Redacteure Bogdanovich und Medakovich verhaftet. Die polniſchen Sympathien für die Magyaren geben ſich bei jeder Gelegenheit kund. Die Kirchenbruderſchaft des Bernardiner Pfarrbezirks in Lemberg bewies dies bei der Frohnleichnamsfeier. Das der Prozeſſion vorgetragene Bild war nämlich vorn mit den polniſchen und rückwärts mit den magyariſchen Nationalfarben geziert und die das Bild tragenden Jungfrauen gleichfalls mit polniſchen Farben geſchmückt. Letztere, ſowie der Vorſteher der Bruderſchaft, ſind zur ſtrengſten Unterſuchung gezogen worden. Engländer haben die ungariſche Sperre bereits benützt, um eine Lederfabrik in Ungarn einzurichten. An der ſteieriſch-ungariſchen Grenze iſt eine ganze Anſiedlung von Reiſenden, die vorerſt nicht hinüber gelaſſen werden. Bei Berathung der Gemeindeordnung für die Stadt Wien ſind abermals Beſchlüſſe durchgegangen, gegen welche, ſchon nach vorläufigen Aeußerungen der Preſſe, ſtarke Oppoſition ſich vorbereitet. Bürger, welche mit irgend einer Steuer im Rückſtand ſtehen, ſind vom activen Wahlrecht ausgeſchloſſen; gleiche Ausſchließung trifft diejenigen Doctoren, welche nicht auf einer inländiſchen Univerſität promovirt haben; ſowie die Ehrenmitglieder ausländiſcher Academien und Alle, die keinen andern Titel, als den eines Literaten, Gelehrten, Künſtlers, aufzuweiſen haben. Dagegen iſt nicht nur allen Officieren der Garniſon, ohne Rückſicht auf ihre Gemeindezuſtändigkeit, das active Wahlrecht zuerkannt, ſondern auch allen beſoldeten und penſionirten Hof-, Staats- und Communal-Beamten. Der Fond der Radetzkyſtiftung beträgt gegenwärtig ſchon 21,900 fl. C.-M., ſo daß bereits 18 Stiftungsplätze errichtet werden. Der Verein zur Verbreitung nützlicher Druckſchriften für das Volk, hat ein Honorar von 5 Dukaten in Gold für einen Aufſatz ausgeſchrieben, worin die Unabhängigkeit der Sparcaſſen vom Staatscredite und die nachtheiligen Folgen des künſtlichen Entziehens der Metallmünze aus dem Verkehre, auf eine gemeinfaßliche Art auseinander geſetzt und nachgewieſen werden. Das

Miniſterium hat verordnet, daß die Geiſtlichen in ihren Kanzelreden jede politiſche Tendenz ferne zu halten haben. Der Präſident der erſten preußiſchen Kammer, v. Auerswald, befindet ſich auf einige Tage hier. Am 19. Juni wurde in Ollmütz das Urtheil über den F.M.L. Grafen Zichy, den geweſenen Commandanten von Venedig, publicirt und lautete auf 10 Jahre Feſtung. Das dort ſtationirte Genieregiment legte geſtern den vom Kaiſer ſanctionirten verfaſſungsmäßigen Eid ab. Dr. Brauner, dermalen in Wien mit der Ausarbeitung der böhmiſchen Landesverfaſſung beſchäftigt, wurde zum Landesadvokaten in Prag ernannt. Die hieſigen Spediteure ſind wegen Nachlaß des Ausfuhrverbotes nach Ungarn bittlich eingeſchritten, aber damit abgewieſen worden. Die Emiſſion des neuen Anlehens iſt verſchoben worden.

Lith. Corr. **Berlin**, 24. Juni. Erſt gegen 3 Uhr Nachts endete die Sitzung des Kriegsgerichts. Kein Einwand gegen die Competenz des Gerichts, keine Berufung auf legal erlaſſene Geſetze, keine Hinweiſung auf die täglich ſtattfindenden conſervativen Verſammlungen vermochte die Angeklagten von dem Verbrechen, eine politiſche Verſammlung gehalten zu haben, zu reinigen. Nach fünfſtündiger Berathung kehrte der Gerichtshof in den Sitzungsſaal zurück und eröffnete das Urtheil. Der Oberlehrer Gehrcke iſt zu einjährigem, Juſtizrath Pfeifer, Dr. Waldeck, Aſſeſſor Herzfeld, der frühere Abgeordnete Behrends, Dr. Weiß, Aſſeſſor Gubitz, Lehrer Koch, Oekonom Schoenemann und Thierarzt Mecklenburg ſind zu 3 Monat Gefängniß verurtheilt. Fabrikant Schildknecht, Lehrer Steide und Baumeiſter Peterſen ſind freigeſprochen. Nach dem Martialgeſetz ſollen kriegsgerichtliche Urtheile innerhalb 24 Stunden vollſtreckt werden. Behrends ſtellte unter Zuſtimmung der Mitangeklagten nach Eröffnung des Urtels den Antrag, bis nach Ablauf dieſer Friſt zur Regelung dringender Geſchäftsangelegenheiten auf freien Fuß geſetzt zu werden. Das Gericht verwies die Angeklagten deßhalb an den referirenden Auditeur, welcher dem Antrage nicht Statt geben zu können erklärte. Aus guter Quelle können wir verſichern, daß ein Erlaß des Juſtizminiſters, mindeſtens in der Form, wie ihn die Zeitungen bringen, in Betreff demokratiſchgeſinnter Referendarien nicht erlaſſen iſt. Auf keinen Fall iſt die Geſetzeskenntniß der Referendare und Auscultatoren als ein beſonders gravirendes Moment hervorgehoben worden. Wohl aber ſind ſämmtliche Chefs der Obergerichte darauf aufmerkſam gemacht worden, daß viele dieſer jüngeren Juſtizbeamten der demokratiſchen Partei angehören, und daß bei dem geringſten politiſchen Exceſſe, den dieſelben ſich zu Schulden kommen laſſen ſollten, ihre Entlaſſung aus dem königlichen Juſtizdienſte zu verfügen ſei. Bei dem hieſigen Stadtgerichte iſt in Folge derartiger Anordnungen die Verwaltungsdisciplin der Subalternbeamten noch ſtrenger angezogen, als dies früher der Fall war. Die Controle, die früher von den Bureauvorſtehern unter Oberaufſicht der Dirigenten der Hauptabtheilungen über das zum Bureau gehörige Perſonal geführt wurde, wird jetzt von dem Präſidenten ſelbſt unter Aſſiſtenz eines Canzleiraths gehandhabt. Natürlich läßt ſich dieſe Art von Abſolutismus nicht ohne manche wirklich verletzende und der bisherigen preußiſchen Verwaltungsmaxime fremde Formen durchführen. So iſt, um die Anweſenheit der Beamten während der Bureauſtunden conſtatiren zu können, anbefohlen, die Namen aller Derer an die Thüren zu heften, die hinter den Thüren arbeiten ſollen.

Die Direction des Königsſtädtiſchen Theaters hat das folgende Circularſchreiben an die Bühnenmitglieder erlaſſen: „Die gegenwärtigen Verhältniſſe veranlaſſen die unterzeichnete Direction den Mitgliedern des Königsſtädtiſchen Theaters, die Theilnahme an politiſchen Vereinen, welche Farbe und Namen dieſelben auch tragen und welchen Zweck dieſelben auch verfolgen mögen, auf das Ernſteſte und Wohlmeinendſte zu widerrathen. Die unterzeichnete Direction wird ganz beſonders und im ausſchließlichen Intereſſe des Theaters darauf halten, daß dieſem wohlmeinenden Rathe nachgekommen werde, und Dawiderhandelnde als Ruheſtörer aus dem darſtellenden oder Dienſtperſonale ſofort entfernen. Berlin, 23. Juni 1849." Von einer ähnlichen Maßregel des Herrn v. Küſtner unterſcheidet ſich die hier erwähnte ſehr weſentlich durch das Abrathen von der Betheiligung an *jedem* politiſchen Verein, welche Farbe er auch trage. Der baieriſche Staatsminiſter v. d. Pfordten will heute nach Gotha abgehen.

** **Göttingen**, 23. Juni. Heute iſt hier eine Anſprache von 44 ordentlichen und außerordentlichen Profeſſoren der hieſigen Univerſität an die Profeſſoren Thöl, Waitz und Zachariä erſchienen. Die Anſprache bezweckt, die genannten drei Herren, Mitglieder der Univerſität, in Kenntniß zu ſetzen von der politiſchen Anſicht der unterzeichneten Profeſſoren über die jetzige Lage der Dinge in Deutſchland zur Nachachtung bei ihrem Auftreten in der Gothaer Verſammlung. Die Unterzeichner der Adreſſe erklären, daß ſie die von der Reichsverſammlung in Frankfurt beſchloſſene Reichsverfaſſung „weder als zu Recht beſtändig, noch als erſtrebenswerth" betrachten können, und fordern die drei Herren auf, in Gotha darauf hinzuwirken, daß der preußiſch-ſächſiſch-hannoverſche Entwurf einer Reichsverfaſſung zur Geltung komme.

An ſich kann natürlich Nichts dabei zu erinnern ſein, daß eine ſo angeſehene Corporation, wie die Univerſität, ihre politiſche Anſicht über die Sachlage frei und offen ausſpricht; und wir bedauern nichts mehr, als daß die hieſige Univerſität in den ſtürmiſchen Kämpfen des vorigen Jahres ihre Anſicht nie ausgeſprochen hat. Tadelnswerth iſt aber jedenfalls die Art und Weiſe des Zuſtandekommens dieſer Adreſſe, die nämlich nicht wie man erwarten ſollte, in einer Plenarverſammlung berathen und beſchloſſen, ſondern von Wenigen entworfen, per Mappe in Circulation geſetzt iſt, ein Modus, der keinenfalls zu einem wahren Ausdrucke der Geſinnung der Univerſität führen kann. Ausgegangen zu ſein ſcheint dieſe Anſprache von den Mitgliedern der juriſtiſchen Fakultät. Ausgeſchloſſen haben ſich die Profeſſoren Ewald, Weber, Hermann (der Philolog), Wieſeler I. und II., Müller, Stern, Benfey, Redepenning, Baum, Ulrich und wenige andere. Die Adreſſe iſt in ihrer Ausführung zu unbedeutend und enthält zu wenig Neues, als daß die Mittheilung derſelben für Ihre Leſer Intereſſe haben könnte. Wir hören, daß Prof. Zachariä die in der Anſprache enthaltenen Anmuthungen geziemend zurückgewieſen haben ſoll. Die Zahl der Studirenden hat ſich in dieſem Semeſter bis auf 750 gehoben; unter den verſchiedenen Fakultäten überwiegt die juriſtiſche an Zahl. Die Berufung des Prof. Thöl für Handelsrecht iſt jedenfalls eine glückliche zu nennen. Er wird im Winterſemeſter ſein Lehramt antreten.

~ **Heidelberg**, 25. Juni, Vormittag. Die badiſchen Officiere der Revolutions-Armee hielten am 22. d. auf dem Rückzug gegen Sinsheim und Eppingen eine Berathung, was jetzt zu beginnen ſei. Die Meinung der älteren Officiere ging dahin, die würtembergiſche Gränze zu erreichen und etwa würtembergiſchen Truppen die Waffen zu ſtrecken, nicht aber ſich ſolchen Truppen zu ergeben, gegen welche man bis zur Stunde gefochten. Die jüngeren und heftigeren Officiere dagegen ſtellten den Antrag, ſich nach den Standquartieren durchzuſchlagen, welche die einzelnen Abtheilungen vor der Revolution inne gehabt; auf dieſem Wege ſolle man nicht angriffsweiſe verfahren, aber jeden Angriff mit äußerſter Energie zurückweiſen. Dieſer Antrag wurde angenommen. Mieroslawski befand ſich am genannten Tage noch bei den Trümmern der Revolutionsarmee; ob und welchen Entſchluß er gefaßt, iſt nicht bekannt geworden.

Am 22. hörte man Kanonenſchüſſe in der Nähe von Sinsheim und vermuthete, daß die Schützen der nachrückenden Preußen, Heſſen ꝛc. auf das badiſche Corps geſtoßen ſeien. Die Badener hatten noch 24 Kanonen bei ſich, aber von Geſchützmunition nichts als was ſich in den Protzkäſten vorfand *), denn die eigentlichen Munitionswagen ſollen bei Schwetzingen ſtehn geblieben ſein. Heute erzählt man ſich, die Aufſtändiſchen hätten ſich nach Bruchſal geworfen, welches von den Preußen nicht mehr beſetzt war und wollten ſich dort bis zum letzten Mann halten. Möglicher Weiſe kann es dort noch einmal zu einem ernſthaften und blutigen Kampf kommen, über deſſen Ausgang man freilich nicht in Zweifel ſein kann.

Ein Heer von Civilcommiſſären und Abenteurern iſt noch bei den badiſchen Truppen und ſucht Gelegenheit zu weiterer Flucht. Schlöffel der Alte ſoll nach Würtemberg entkommen ſein; der Sohn wurde bei Waghäuſel durch die Bruſt geſchoſſen.

Nachmittag. Am 23. traf das Peucker'ſche Corps auf die badiſche Hauptmacht unter Mieroslawski bei Ubſtadt (nahe bei Langenbrücken). Die Badiſchen erkämpften ſich mit ungeheurer Anſtrengung den Rückzug in der Richtung nach Karlsruhe. Die Aufſtändiſchen ſtehen in dieſem Augenblick zwei Stunden unterhalb Karlsruhe; Peucker und Hirſchfeld haben ſich vereinigt und folgen ihnen auf den Ferſen.

*) Die Nachrichten von dem Zuſammentreffen bei Sinsheim ſcheinen dies nicht zu beſtätigen.

№ 174. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 26. Juni 1849.

Ueberſicht.

Iriſches.

Deutſchland. Wien (Der öſterreichiſche Correſpondent über die Denkſchrift zum Berliner Reichsverfaſſungsentwurf). Aus Tyrol (Der Entwurf der Landesverfaſſung). München (Hr. v. Leſuire und die preußiſche Intervention in der Pfalz. Oeſterreich und Baiern. Die Pfalz. Nachrichten aus Landau. Die Ultramontanen). Aus Würtemberg (Die Niederlage der Linken). Dresden (Die Geſchwornengerichte. Die Landtagswahlen). Hannover (Beförderung nach Verdienſt). Heidelberg (Hr. Schlöffel). Detmold (Der Landtag und die deutſche Frage). Darmſtadt (Hr. Zitz). Gotha (Zuſammenkunft thüringiſcher Abgeordneten). Fridericia (Das Leben im Lager. Die Kriegführung).

Oeſterreichiſche Monarchie. Lemberg (Bauernunruhen).

Ungarn. (Die Zuſtände in Peſth. Koſſuth und Görgey. Tapferkeitsorden).

Iriſches.

> **London,** im Juni. Der iriſche Pauperismus iſt der häßliche Pfauſuß des ſchönen Britannien. Die iriſche Demoraliſation iſt der Knochenfraß durch den das jetzt lebende Geſchlecht die Sünden ſeiner Väter büßt. Ich glaube kaum, daß ſelbſt ein ſtrenger ſtaatlicher Kritiker den engliſchen Miniſterien ſeit Cannings Tagen etwas Unrechtes über Irland vorwerfen könnte. Die Miniſter haben hie und da geirrt, ſie ſind ſelbſt zuweilen nicht ſo aufmerkſam geweſen, wie ſie ſein ſollten und konnten, aber der Geiſt ihrer Verwaltung Irlands, die Tendenzen ihrer iriſchen Etabliſſements ſind ſeit vielen Jahren höchſt reſpectabel geweſen. Und doch iſt Irland ſo elend, wie Armuth, Seuchen und Verbrechen ein Land nur machen können. Trotz der Millionen Pfunde, die man dem Lande geſchenkt hat und noch ſchenkt, trotz der leichteren Beſteuerung, trotz der rate in aid und den milden Beiträgen zahlloſer Privatperſonen iſt Irland arm, bettelarm, hoffnungslos arm. Die Söhne und Enkel tragen die Laſt und den üblen Ruf ihrer Vorfahren. Ihnen iſt die Aufgabe geworden, ein Land nicht zu regieren, ſondern zu *erhalten*, deſſen Pärs dem heimathlichen Boden entfremdet ſind, deſſen Gentry zur Faulheit, Nachläſſigkeit und zum Wohlleben erzogen, an den kargen Enden deſſen nagt, was die rackrents der früheren Jahre übrig gelaſſen, deſſen Landvolk aller der Eigenſchaften ermangelt, aus denen ſich ein gedeihlicher reſpectabler Bauernſtand ſchaffen läßt. Die engliſchen Staatsmänner, die engliſche Preſſe, das engliſche Volk der Gegenwart hat ein tiefes Gefühl ſeiner Verpflichtungen und (tauſend Beiſpiele zeigen es) den ernſten Willen, dieſe Verpflichtungen zu erfüllen. Dieſe Verpflichtungen laſſen ſich in einem einzigen Satze zuſammenfaſſen. Irland muß anders gemacht werden. Aber wie? und wodurch? Das iſt das Problem, deſſen Löſung bis jetzt noch nicht gelungen iſt.

Das Miniſterium, die Preſſe, die ganze Nation beſchäftigt ſich mit dieſer Frage. Was ſollen wir mit Irland anfangen? tönt einem überall entgegen. Seit Jahren iſt dies ein ſtehendes Thema. Und damit die Frage ja nicht in Vergeſſenheit geräth, thut Irland ſelbſt ſein Beſtes, ſie vor dem Publikum zu halten. Die iriſche Preſſe, in Dublin wie in den Provinzen klagt fortwährend über die Unthätigkeit Englands, ohne deshalb zu ſagen, was England eigentlich thun ſoll. Aus den Grafſchaften laufen täglich Berichte von Fiebern, von ſchlechten Ernteho ffnungen, von überfüllten Armenhäuſern und verſchuldeten Gemeinden ein. Straßenraub, Mordthaten und andere Greuelthaten werden eingeſchoben, um dieſen proſaiſchen Details eine tragiſche Weihe zu geben. Leider ſind die Nachrichten in ſehr vielen Fällen auf Thatſachen gegründet; oft indeſſen wird unſer Abſcheu bei Durchleſung der unheilvollen „iriſchen Spalte“ der Morgenblätter, durch die Betrachtung gemildert, daß die Wahrheitsliebe nicht zu den Tugenden des iriſchen Volkes gehört.

Erſt neulich hätte uns (wäre dieſe tröſtende Reflexion nicht geweſen) eine Geſchichte iriſcher Noth und Verwilderung faſt das Blut in den Adern gerinnen machen. Die Zeitungen veröffentlichten einen Brief eines Geiſtlichen, des Rectors zu Ballinrobe, in welchem es dem hochwürdigen Herrn gefiel, dem Publicum einige furchtbare Fälle von Elend in ſeiner Gegend mitzutheilen. „In einer benachbarten Gemeinde,“ ſchrieb der Geiſtliche, „wurde ein Leichnam ans Land geſchwemmt. Ein hungernder Menſch fand ihn, ſchnitt ihn auf, nahm Herz und Leber heraus — und er ſelbſt und ſeine verhungernde Familie ſchwelgten in dieſem ſinnverwirrenden Mahl.“ Schrecklich! ſolche Sachen beim Frühſtückstiſch zu ſehen iſt genug, uns mit Vernichtung und Haß gegen unſern eignen Comfort zu erfüllen. Ein Glück iſt's nur, daß dies Londner Leben und die Bekanntſchaft mit iriſchen Zuſtänden uns phlegmatiſch und mißtrauiſch gemacht hat, denn alle jene ſchönen und großmüthigen Regungen des Gemüths wären rein verloren geweſen. Lord John Ruſſell hat im Parlament eine ziemlich beruhigende Erklärung über dieſen iriſchen Cannibalismus gegeben. Gleich nachdem die Zeitungen das ſchaudererregende Ereigniß veröffentlicht hatten, interpellirte Mr. Herbert das Miniſterium, und aus der darauf von dem Miniſter des Innern angeſtellten Unterſuchung ergab ſich, daß ein Taglöhner, ein Menſch, deſſen Rohheit und Gefräßigkeit in der Gemeinde Cliſden zum Sprüchwort geworden war und dem es zur Zeit keineswegs an Arbeit und ſomit auch nicht an Verdienſt fehlte, am Meeresufer einen gelandeten Leichnam gefunden hatte, den er für den eines Thieres hielt und von dem er, da das Fleiſch friſch war, ein Stück abſchnitt. Seine Nachbarn belehrten ihn eines beſſeren und das in der That zum Kochen beſtimmte Fleiſch wurde begraben. Der Mann, der nicht verheirathet war, hatte zwei Schweſtern, welche aus der Armencaſſe unterſtützt wurden. Das iſt alſo die Geſchichte des Menſchen, der im Hungerwahnſinn *mit ſeiner Familie* (man denkt dabei gleich an ein blaſſes jammerndes Weib und ein halb Dutzend abgemergelter Kinder) einen Todten ißt. Dergleichen kann freilich in jedem Lande geſchehen. Lord John Ruſſell beſchloß ſeine Erledigung des Falles mit der ſehr vernünftigen Bemerkung, daß dergleichen verzerrte Angaben einen ſehr ſchlimmen Eindruck machen müßten, weil ſie das Publicum gegen die wirklichen Fälle von Armuth und Elend in Irland verhärteten. Nach dieſen traurigen iriſchen Geſchichten noch ein ſchottiſcher Spaß. Die letzten Extravaganzen des Lords Brougham in politiſchen und andern Dingen ſetzen ſeine Lordſchaft von neuem den Angriffen des „Punch“ aus. Die letzte Nummer dieſes Witzblattes ſtellt den berühmten Rechtsgelehrten im Begriff dar, einen Purzelbaum zu ſchlagen, mit der Unterſchrift: „What he must do next!“ „Das muß er am Ende auch noch thun!“

Deutſchland.

Wien, 20. Juni. Der „Oeſterreichiſche Correſpondent“ theilt in einer eignen Beilage die vom Berliner Cabinet veröffentlichte Denkſchrift, welche zur Erläuterung des zwiſchen Preußen, Sachſen und Hannover vereinbarten Reichsverfaſſungsentwurfs dienen ſoll, mit und bemerkt: „Der in dieſer Denkſchrift entwickelte Gedankengang bietet mit den daraus hervorgehenden Thatſachen inſofern etwas Neues dar, als dieſelben mit der officiellen Anerkennung des alten Bundes in offenem Widerſpruche ſtehen und ſich nur folgerecht an den wahren und eigentlichen Grundgedanken der ſo beklagenswerthen und verwerflichen preußiſchen Politik anſchließen, gegen die das Miniſterium Brandenburg leider gar keine Bürgſchaft bietet. Dieſe Denkſchrift iſt die gemeinſchaftliche Arbeit des Miniſters Stüve und des Generals v. Radowitz. Schon die Einleitung ſetzt einen Stand der Ohnmacht des alten Bundes voraus, der nur durch das Zuſammenwirken preußiſcher Herrſchbegier mit der Revolution ſich ergeben konnte. Die Revolution hatte nicht den alten Bund umgeworfen, ſondern den Bundestag. Preußen übernahm es, den Bund durch Verweigerung aller Pflichten gegen denſelben und durch eine thätige Propaganda zu dieſem Behuf unter den Regierungen zu demoliren. In dem Artikel „Reich“ verdient das täuſchende Streben Bemerkung, die propagandiſtiſche Aufſchrift des Verfaſſungsentwurfs durch die Rückſicht für den freien Entſchluß der Einzelſtaaten zuzudecken. Was es mit dieſem freien Entſchluſſe für eine Bewandtniß habe, darüber wiſſen alle deutſchen Regierungen und auch die Völker zu erzählen, und das Sonderbündniß mit Verſagung der bundespflichtigen Hülfe an alle die Staaten, welche dem Berliner Verfaſſungsentwurfe nicht beitreten, ſpricht es deutlich genug aus. Daß man ſich durch die freiwillige Zuſtimmung der Regierung allein nicht geſichert hielt, ſondern überdies diejenige der Nationalvertretung verlangt, mag aus der revolutionären Hoffnung entſpringen, durch dieſe auf jene zu wirken, wird aber wahrſcheinlich eine erſte Verrechnung im Plane ſein. Was die Phraſe ſagen will, „daß der neue Bundesſtaat zu denjenigen Gliedern des bisherigen deutſchen Bundes, welche ſich ihm noch nicht anſchließen möchten, zunächſt in dem Verbande der Rechte und Pflichten ver-

bleibt, die aus der Bundesacte vom Jahr 1815 erwachſen," iſt völlig unverſtändlich, wenn mit dem Texte des Sonderbündniſſes zuſammengehalten, das überdies mit keinem Worte ſeiner Stellung zum alten Bund erwähnt."

Aus Tyrol, 12. Juni. Vor wenigen Tagen theilte das Miniſterium unſerer Landesſtelle zu Innsbruck den Entwurf der Landesverfaſſung für die gefürſtete Grafſchaft Tirol und Vorarlberg mit, der bereits den Kreisämtern zur Berichterſtattung vorliegt. Die alten Stände ſind endlich zu Grabe getragen; die Zuſammenſetzung der Wahlkörper für unſere künftigen Landtage beruht auf dem Princip, daß nur Beſitz, Induſtrie oder Intelligenz zur Wahl berechtigen. Der Landtag beſteht aus 84 Mitgliedern, wovon 8 den Städten, 49 den übrigen Gemeinden und 37 den Höchſtbeſteuerten zufallen. Sie bilden ſämmtlich nur eine Verſammlung, die alljährlich im November auf die Dauer von vier Wochen nach Innsbruck berufen und vom Kaiſer auf begründeten Antrag des Landtags verlängert wird. Die deutſchen und wälſchen Einwohner von Tyrol ſind gleichberechtigt; jeder Volksſtamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege ſeiner Nationalität und Sprache. Der Gebrauch beider Landesſprachen iſt auf dem Landtage geſtattet. (A. Z.)

München, 20. Juni. Sie haben aus der Augsburger Abendzeitung die Behauptung aufgenommen, „daß an dem Umſtand, daß die preußiſchen Truppen vor den baieriſchen in der Pfalz eintrafen, der abgetretene Kriegsminiſter v. Leſuire Schuld ſei, weil derſelbe die Ordre zum Ausmarſch fünf Tage unexpedirt habe liegen laſſen." Ich bin zwar nicht zum Vertheidiger dieſes abgetretenen Miniſters berufen, allein abgeſehen von der Unwahrſcheinlichkeit dieſer Behauptung an ſich wäre es die größte Ungerechtigkeit, das ganze unbegreifliche Verfahren des baieriſchen Geſammtminiſteriums der Pfalz gegenüber einem Miniſter allein aufbürden zu wollen; denn die baieriſchen Truppen ſind nicht um fünf Tage, ſondern um fünf Wochen zu ſpät nach der Pfalz ausmarſchirt. Hätte man gleich beim Beginn des Aufſtandes Truppen in die Pfalz geſandt oder wenigſtens, anſtatt bei Donauwörth und Nürnberg, bei Aſchaffenburg größere Truppenmaſſen zuſammengezogen, gewiß, die Zuſtände in jener Provinz wären nicht ſo weit gediehen, als es der Fall iſt. Jetzt, nachdem bereits faſt die ganze Provinz durch die Preußen beſetzt iſt, die von der Bevölkerung auf das Freudigſte empfangen worden, iſt man über Das, was nun zu thun ſei, in nicht geringer Verlegenheit. (N. C.)

= **München**, 23. Juni. Geſtern früh war Prinz Luitpold von ſeiner Miſſionsreiſe nach Wien wieder hieher zurückgekehrt; wie man vernimmt, ſind die baieriſchen Vorſchläge, nochmals eine gütliche Auseinanderſetzung mit Preußen zu verſuchen, in Wien nicht ungünſtig aufgenommen worden. Für den Fall, daß Preußen die erbliche Reichsvorſtandſchaft aufgibt und die Executive ganz und voll in die Mehrheit des Fürſtencollegiums fällt, will Oeſterreich ein Volkshaus (aber ein wie beſchaffenes?) anerkennen und Baiern dann nach erfolgter Berückſichtigung ſeiner finanziellen Bedenken ebenfalls in die Reichsverfaſſung eintreten. Dieſer ſo vortreffliche Wille hat jedoch nicht gehindert, für den mehr als wahrſcheinlichen Fall, daß Preußen, Hannover, Sachſen auf dem betretenen Wege unbeirrt fortgehen, einen neuen Reichsverfaſſungsentwurf in Petto zu halten, für welchen man ſich die Theilnahme wenigſtens des geſammten Südweſtens verſpricht, etwa Baden ausgenommen. Es ſtünde dann, ein alter Lieblingsgedanke hier, ein compacter Süden einem compacten Norden gegenüber. Sollte ſich auch nicht Alles realiſiren, ſo wäre doch durch Oppoſition ſchon wieder viel Zeit gewonnen, und kommt Zeit, kommt Rath. Um den unſeligen Zerwürfniſſen, die in ſteigender Progreſſion aus reinem dynaſtiſchen Dünkel und nichts anderem ſich entfalten, wenigſtens einigermaßen vorzubeugen, wäre es für das Ganze in Deutſchland von unſäglichem Nutzen, wenn es der vermittelnden Gothaer Verſammlung gelänge, Preußen wenigſtens zur Aenderung des Wahlgeſetzes im Geiſte der Frankfurter Verfaſſung zu vermögen; es würde ſo den öſterreichiſchen Intriguen am ſicherſten entgegengewirkt werden. Die volle Aufmerkſamkeit aller Parteien iſt von hier auf Gotha gerichtet. Seit geſtern iſt unſer Briefverkehr mit Landau wieder hergeſtellt; die Briefe gehen über Frankfurt und brauchen an 5 Tage. Während man geſtern aus Privatbriefen von dort erfuhr, daß die Preußen in wahrer Brüderlichkeit von den wackern baieriſchen Truppen empfangen worden, — dauern hier in der Preſſe und noch mehr in Geſellſchaftskreiſen die ekelhaften Streitigkeiten über die nachgeſuchte oder aufgedrungene preußiſche Hülfe fort. Die Sache ſelbſt iſt gewiß für Baiern nichts weniger als gleichgültig, wenn auch nur erklärte Böswilligkeit prophezeien kann, die preußiſche Hülfe werde Baiern hoch und theuer zu ſtehen kommen; aber die Art, wie die Sache hier in gewiſſen Kreiſen mit Wort und Schrift verhandelt wird, iſt in der That und im Angeſicht der befreiten Bundesfeſtung Landau wahrhaft empörend. Der blaſirte Dünkel der Berliner Preſſe hat freilich Oel in's Feuer gegoſſen, aber Preußen kann doch dafür nicht verantwortlich gemacht werden, daß der zurückgetretene Kriegsminiſter v. Leſuire ſaumſelig geweſen, daß man die Pfälzer Bewegung andererſeits für ausdauernder und durchgreifender gehalten, als ſie ſpäter ſich erwieſen, daß man das weſtfränkiſche Corps endlich noch für das tiefgährende Franken zurückgehalten, und daß endlich der dynaſtiſche und Cabinetsdünkel zu keinem feſten Entſchluſſe vor lauter geheimen Anfragen kommen konnte. Ich theile Ihnen aus einem Privatſchreiben aus Landau folgende Aufklärungen über die daſigen Zuſtände in letzter Zeit mit. Es war, da aller Poſtverkehr ſeit dem 31. Mai unterbrochen war, unter der wackern Mannſchaft, die noch feſt zuſammenhielt, nicht die geringſte Kenntniß ihrer bevorſtehenden Rettung; die Freiſchaaren unter Willich verkehrten mit einem Theile der Einwohnerſchaft von Landau, die ihnen durch die Gärten Geld und Munition ſpendete, ja einzelne Freiſchärler ſollen ſelbſt in der Stadt geſehen worden ſein; die Zerſtörung eines Bierlocals durch die Soldaten rührte davon her, daß ſich in jenem Hauſe ein Mädchen- und Frauenverein zu Gunſten der Freiſchaaren gebildet hatte. In den letzten Tagen war es gelungen, alles gute Trinkwaſſer der Beſatzung abzugraben; unter ſolchen Umſtänden hielt ſich dieſelbe auf das Schlimmſte gefaßt, und am 16. hieß es, nur noch drei Tage Friſt ſeien gegeben, dann würden die Freiſchaaren die Stadt in Brand ſchießen; von der bevorſtehenden Ankunft der Preußen wußte noch am frühen Morgen des 17. Juni Niemand das Geringſte; um 10 Uhr Sonntag den 17. Juni rückte zur lebhaften Freude der Beſatzung die preußiſche Vorhut in die Feſtung ein; der Verkehr mit den Preußen iſt ein wahrhaft herzlicher. Man erfährt noch, daß die Preußen den fahnenflüchtigen bairiſchen Soldaten, wenn dieſe verwundet oder gefangen in ihre Hände fielen, Pardon gegeben. Willich mit ſeiner Schaar wird von den Preußen tüchtig verfolgt; man hofft ſeiner bald habhaft zu ſein; alsdann ſoll er erſchoſſen werden. (!) Die große Volksverſammlungswoche der ultramontanen Partei iſt vorüber; ſie haben am 16. und 17. d. M. in dem uralten baieriſchen Dingolfing, in Reißbach, Erdweg, Dorfen, Wildenmark, Unterpeißenberg in flammender Andacht getagt. In letzterem Ort ward vor 300 Jahren eine Volksverſammlung zur Abwendung des Greuels der Bauernkriege gehalten. Die politiſche Rührigkeit der Ultramontanen überſteigt die aller übrigen Parteien; für Augsburg iſt von ihrer Seite auf den Juli die Herausgabe eines „deutſchen Wochenblattes für conſtitutionelle Monarchie mit beſonderer Berückſichtigung Baierns" angekündigt, und nach dem von den Demokraten faſt occupirten Allgäu haben ſie eine Volksſchrift „Links oder Rechts" geſchleudert. Für die nächſten Landtagswahlen hat dieſe Partei mehr Chancen als je.

♀ **Aus Würtemberg**, 20. Juni. Die Frankfurter Linke hat in Würtemberg vollſtändig Fiasco gemacht. Dieſe Thatſache iſt von großer praktiſcher Bedeutung für Süddeutſchland, ja für unſer ganzes Vaterland. Sie beweiſt dem Norden, daß die revolutionäre Aufrüttelung ſelbſt unter den ungünſtigſten Umſtänden und der Aufſtachelung einer maßloſen Reaction im Süden nicht die großen Fortſchritte gemacht hat, welche man dort vorausſetzte und die man leider auch befürchten konnte. Sie wird dem Norden wieder mehr Achtung einflößen vor den ſüddeutſchen Staatsverhältniſſen und Beſtrebungen, welche, trotz mancher Irrungen im Einzelnen, im ganzen doch echt deutſcher Natur ſind und aus dem reinſten, wärmſten, edelſten Volksgemüthe hervorgehen. Trotz der brennenden Ungeduld Mancher, das badiſche Wirrſal auch über Würtemberg auszubreiten, blieb doch die ſehr große Mehrheit der Bevölkerung nüchtern und zeigte ſich entſchloſſen, für die Ordnung und die verfaſſungsmäßige Regierung einzuſtehen. Wie befangen war doch die Frankfurter Linke, wie ſchlecht unterrichtet waren ſelbſt würtembergiſche Abgeordnete (z. B. Schoder) über die wirkliche Stimmung ihres eigenen Landes, als ſie ſich durch keine Gründe von der Verlegung der Reichsverſammlung nach Stuttgart wollten abbringen laſſen! Sie waren offenbar getäuſcht von

Berichten des würtembergiſchen Landesausſchuſſes, der eine Art Neben- und Winkelregierung in Stuttgart bildete, wie die Mitglieder des Landesausſchuſſes ſich hinwieder irre führen ließen durch das laute Gepolter und die Rodomontaden der Volksvereine und ihrer Führer. Der Rechtsconſulent Becher, ein Mann, der viele treffliche Eigenſchaften hat, ward nur deshalb zum „Mitregenten" außerhalb der Reichsverſammlung gewählt, weil er der Hauptmann des Landesausſchuſſes war und dieſer gewiſſermaßen für die Hauptgewalt in Würtemberg galt. Der eine Theil täuſchte ſich durch die eingebildete Macht des andern Theiles, und ſich zu täuſchen iſt oft ſo ſüß. Nun ſollen die Hauptbruchſtücke der Linken ſich nach Conſtanz — ein nicht übelgewählter, für die „Treuausharrenden" wenig gefährlicher Punkt, umgeben vom Schweizergebiet — begeben und, nachdem auf der Reiſe dorthin noch tüchtig gewühlt worden, dort noch einen Verſuch zur Revolutionirung des ganzen deutſchen Südens machen wollen! Ganz natürlich für die meiſten Badener und Pfälzer Deputirten! Werden aber die Würtemberger, wird Löwe von Calbe auch mitgehen, werden ſie ſich noch länger für verpflichtet halten, Parteibeſchlüſſen ſich zu opfern, die mit ihrer Ueberzeugung, mit ihrer beſſeren Einſicht im ſchreiendſten Widerſpruche ſtehen? Wird man denn endlich aus all dem neuen Jammer erkennen lernen, was uns ſo lange verwirrt und uns ſo viel Unglück gebracht hat? Wird man ſich denn endlich überzeugen, daß alle Bewegungen in Deutſchland fortan mehr ſchaden als nützen und mißlingen müſſen, wenn ſie nicht wahrhaft nationaler Natur ſind, und alle deutſche Stämme tief mit angreifen, im Süden wie im Norden, in Weſt und Oſt? Wird der Süden ſeine Ungeduld nun etwas zügeln, um dem Norden Zeit zu laſſen nachzukommen? Werden die redlichen Patrioten ſich endlich allwärts zum erſten Geſetze machen, nur das ganze Deutſchland ſtets feſt im Auge zu behalten?

A **Dresden**, 23. Juni. Im nächſten Monate ſollen endlich die erſten Preßproceſſe dem Urtheile der Geſchwornen unterbreitet werden, wenn es nämlich bis dahin den Appellationsgerichten möglich ſein wird, die Geſchwornenliſten zu fertigen. Die Mangelhaftigkeit des Geſetzes über die Wahl der Geſchwornen iſt bei der Ausführung deſſelben die Quelle zahlreicher, nunmehr glücklich beſeitigter Schwierigkeiten geweſen. Außer den Preßproceſſen, von denen bereits über zweihundert anhängig gemacht ſind, erſtreckt ſich die Zuſtändigkeit der Staatsanwalte noch auf die Verfolgung der durch den Mißbrauch des Vereinsrechtes begangenen Verbrechen; in dieſe Kategorie fällt jedoch nur ein ſehr geringer Theil der eingeleiteten Proceſſe. In einer bedeutenden Anzahl von Fällen iſt die Voruntersuchung geſchloſſen und die Anklageſchrift ſeit Monaten gefertigt; in mehreren liegt ſogar das Erkenntniß der Anklagekammer auf Verſetzung in den Anklageſtand ſchon vor, ſo daß ohne Weiteres zur öffentlichen Verhandlung vorgeſchritten werden kann. Mit großer Beſorgniß ſehen die aufrichtigen Freunde des öffentlichen Gerichtsweſens den erſten Urtheilen der Geſchwornen entgegen, welche auf langehin entſcheidend ſein werden für die moraliſche Geltung im Volke, deren das junge Inſtitut zu ſeinem kräftigen Gedeihen unumgänglich bedarf. Eine große Anzahl der Geſchwornen hat ſich im Voraus nicht als Diener der Gerechtigkeit, ſondern als Diener der Partei angekündigt, bei den Wahlen ſelbſt wurde nur gefragt: Iſt er Mitglied eines demokratiſchen Vaterlandsvereins? Um einen ſchlichten unbefangenen Sinn, um einen klaren Verſtand war nirgends Nachfrage. Der Vaterlandsverein zu Leipzig wurde ſogar in der letzten Generalverſammlung der Vaterlandsvereine hauptſächlich darum aus dem allgemeinen Verbande ausgeſtoßen, weil er ſich nicht hatte dazu hergeben wollen, die Geſchwornenwahlen zur Parteiſache zu machen. Die Nachricht von Einberufung des Landtags auf Grund des unveränderten Wahlgeſetzes beſtätigt ſich vollkommen; die Regierung wird indeſſen bei den Wahlausſchreiben mit einer authentiſchen Interpretation der „Selbſtſtändigkeit" hervortreten, welche der Willkühr der Wahlkommiſſäre, die bei den letzten Wahlen ſo verderblich einwirkte, einen kleinen Riegel vorzuſchieben beſtimmt iſt.

Hannover, 20. Juni. Es wird einen guten Eindruck im Heere und im Lande machen, daß bei den neueſten Beförderungen dem Principe der Gerechtigkeit Rechnung getragen iſt und verdiente Unteroffiziere und junge Männer, die ſich als Freiwillige geſtellt und als tüchtig bewährt haben, zu Officieren befördert ſind. Zu Secondlieutenants in der Artillerie ſind nämlich zwei Oberfeuerwerker, drei freiwillig Eingetretene und nur ein Cadett ernannt. Der General Hartmann, Chef der Artillerie, ſoll dieſe gerechte Maßregel durchgeführt haben, während man von anderer Seite noch fortwährend die Bevorzugung der höheren Stände bei Beſetzung von Officierſtellen, die Beförderung von Cadetten als Regel und nur ausnahmsweiſe das Avancement von Unterofficieren gelten laſſen wollte. (Weſer-Ztg.)

Heidelberg, 20. Juni. Wir leben jetzt unter der Gewalt des beſtallten Oberkriegscommiſſärs Schlöffel Vater — unter ſeiner abſoluteſten Gewalt über Perſon und Eigenthum. Bis jetzt iſt er noch viel weniger ſchlimm verfahren, als man erwartet hat, aber manchmal ſchlägt er doch gewaltig mit ſeinem Scepter auf den Tiſch, um den Ariſtokraten die Wucht deſſelben zu zeigen. Letzthin wollte er vom Wirth des „Prinzen Karl", welchen die ganze Geſellſchaft durch ihre Kundſchaft beglückt, noch ein Zimmer für einen eben angekommenen Freund. Der Wirth erwidert, daß Schlöffel ja ſelber wiſſe, wie alle Zimmer beſetzt ſeien. „Aber es muß eins da ſein!" herrſcht ihm der Bürger-Beamte zu: „weiſen Sie einen Ihrer anderen Gäſte hinaus." — „Kellner," ruft der erſchreckte Wirth, „bringen Sie jenen Fremden auf Nr. 43!" — „Das iſt ja mein Zimmer!" fährt Vater Schlöffel berichtigend auf. — „Sie wollen ja aber," bemerkt der Wirth mit einer artigen Verbeugung, „daß ich einen Gaſt hinausweiſe." Beim Piquetſpiel kommen jetzt hier nach 14 As die 14 Schlöffel. (D. Rchsz.)

Detmold, 20. Juni. Die von unſerem Landtage für die deutſche Frage niedergeſetzte Commiſſion hat geſtern ihren Bericht erſtattet. Die Regierung hatte am 13. Juni, wo der Landtag eröffnet wurde, dem letztern die mit Preußen rückſichtlich der von den drei Königreichen proponirten deutſchen Reichsverfaſſung gepflogenen Verhandlungen mitgetheilt, d. h. das Einladungsſchreiben der preußiſchen Regierung mit dem Verfaſſungsentwurf und den beigelegten Motiven und das von hier aus erfolgte Antwortſchreiben, ungefähr dahin lautend, daß man ſich noch an die Frankfurter Reichsverfaſſung gebunden halte und erſt das Gutachten des Landtags einholen werde, und hatte den letztern unter der Bemerkung, daß in dem vorgelegten preußiſchen Verfaſſungsentwurfe das Hauptprincip gewahrt und die ſo zu ſchaffende Verfaſſung inſofern nicht octroyirt erſcheine, als ſie noch einem deutſchen Reichstage zur Begutachtung vorgelegt werden ſolle, daß man ſich übrigens nur auf geſetzlichem Wege von der anerkannten deutſchen Reichsverfaſſung trennen wolle, aufgefordert, ſeine Anſichten über den einzuſchlagenden Weg auszuſprechen. Der Commiſſionsbericht geht dahin: „Fürſtl. Regierung wolle ſich 1) der einſeitigen Unterhandlung mit der königlich preußiſchen Regierung enthalten, vielmehr 2) nur in Gemeinſchaft und in Uebereinſtimmung mit den übrigen 28 Regierungen, welche die Reichsverfaſſung angenommen, weitere Schritte vornehmen; 3) eine Vereinigung und nähern Anſchluß jener Regierungen nach Kräften herbeizuführen ſuchen; 4) zu jeder definitiven Entſchließung aber, welche eine Abänderung des bisherigen verfaſſungsmäßigen Zuſtandes bezweckt, zuvor der Zuſtimmung des Landes ſich verſichern." (D. A. Z.)

Z **Darmſtadt**, im Juni. Die Deutſche Zeitung vom 23. d. nimmt in einem Schreiben aus Mainz den Hrn. Zitz einigermaßen in Schutz. Miseris non est addenda afflictio iſt allerdings eine goldene Regel. Aber hiſtoriſche Wahrheit muß auch ihr Recht finden. Darum folgende Bemerkung. Zitz hat den größeren Theil des heſſiſchen Odenwaldes durch mehrfache Beſuche und aufrühreriſche Reden wahrhaft unterwühlt. Alles was daſelbſt ſeit Frühjahr vorigen Jahres Nachtheiliges erfolgte, Alles was jetzt von Neuem auf vielen Gemeinden dieſes Landesſtrichs laſtet, iſt ſein Werk; er trägt dafür, wenn auch nicht juriſtiſch, doch die moraliſche Verantwortlichkeit. Dieſe Schuld iſt die größte, mit welcher er ſich beladen, weit größer als die Hanswurſtiade, durch welche er eine Menge Freiſchärler, junge unbeſonnene, zum Theil ſchwärmeriſche Leute aus Rheinheſſen, zum Zug in die Pfalz verführte, um ihnen zu zeigen, wie er zuerſt ſeine Perſon in Sicherheit brachte.

⊙ **Gotha**, 18. Juni. Am geſtrigen Tage verſammelten ſich hier 19 Deputirte der Ständeverſammlungen des Herzogthums Weimar und der Herzogthümer Meiningen, Altenburg, Gotha und Coburg. Auf die Tagesordnung wurde 1) die Berathung über den thüringiſchen Geſetzgebungsausſchuß, 2) die Berathung über das Verhalten der thüringiſchen Einzellandtage rückſichtlich

der Durchführung der Reichsverfaſſung geſetzt. Obſchon aber die am Vormittage begonnene Berathung bis zum Abend fortgeſetzt wurde, konnte doch nicht einmal der erſte Berathungsgegenſtand vollſtändig erledigt werden, ſo daß wahrſcheinlich ſpäteſtens zu Anfang des k. M. eine abermalige Zuſammenkunft ſtattfinden wird. Um ſo mehr iſt es anzuerkennen, daß die verſammelten Deputirten ſich nicht trennten, ohne ſich wenigſtens über Dasjenige, was bis zum Schluſſe der Verhandlungen überhaupt Gegenſtand der Diskuſſion geworden war, zu einigen.

Das Bedürfniß, den früher geſcheiterten Plan eines thüringiſchen Geſammtſtaates wenigſtens inſofern wieder aufzunehmen, daß auf die gleichmäßige Ausführung der wichtigeren deutſchen Grundrechte durch ein gemeinſchaftliches Organ hingearbeitet werde, erkannte man als ein durchaus begründetes an. Ebenſo verſtändigte man ſich dahin, daß dieſes gemeinſchaftliche Organ kein aus der unmittelbaren Wahl der Bevölkerung der thüringiſchen Staaten hervorgehender thüringiſcher Landtag, ſondern nur ein Ausſchuß werden könne, welcher ſeine Beſtandtheile den von den Einzellandtagen aus ſich ſelbſt nach dem Verhältniſſe der Seelenzahl der einzelnen Staaten vorzunehmenden Wahlen verdankt. Ueberhaupt ſprach die Mehrzahl der Anweſenden ihre Anſicht dahin aus, daß man über diejenigen Punkte, rückſichtlich deren ſich dem Anſcheine nach die Mehrzahl der thüringiſchen Regierungen bereits geeinigt habe, für jetzt nicht hinausgehen dürfe, weil man entgegengeſetzten Falles bei dem zu erwartenden Widerſtande aller oder doch einiger Regierungen das Zuſtandekommen eines Werkes gefährden würde, welches doch als der Anfang eines innigeren Anſchluſſes der ſtammverwandten thüringiſchen Bevölkerung an einander, als ein Sieg über den Partikularismus, zu erſtreben und zu begrüßen ſei. In Verfolgung dieſer Anſicht beſchloſſen die anweſenden Deputirten unter Verwerfung einiger weitergehenden Anträge, bei ihren reſp. Abgeordneten-Verſammlungen dahin zu wirken:

1) Daß aus den thüringiſchen Einzellandtagen heraus ein gemeinſchaftlicher Geſetzgebungsausſchuß gebildet werde.

2) Daß auf je 25,000 Seelen ein Deputirter in dieſen Ausſchuß gewählt und dadurch eine Verſammlung von circa 36 Mitgliedern erzielt werde.

3) Daß die von der Geſammtheit der thüringiſchen Regierungen dieſem Ausſchuſſe vorzulegenden und von demſelben zu berathenden Geſetzentwürfe an die Einzellandtage weder zur Berathung und Schlußfaſſung im Einzelnen, noch zur Annahme oder Ablehnung im Ganzen zu verweiſen, ſondern zwiſchen dem Ausſchuſſe und der Geſammtheit der thüringiſchen Regierungen endgültig feſtzuſtellen ſeien.

4) Daß ſich die Competenz des Ausſchuſſes auf diejenigen Gegenſtände, welche von der Geſammtheit der thüringiſchen Staatsregierungen demſelben zur Berathung vorgelegt werden würden, erſtrecken ſolle.

5) Daß die Berathungen des thüringiſchen Geſetzgebungsausſchuſſes an Wichtigkeit den Verhandlungen der Einzellandtage vorgehen ſollen.

Aus dem Lager **vor Fridericia** wird uns der Brief eines Hauptmanns in der ſchleswig-holſteiniſchen Armee mitgetheilt, dem wir Folgendes entnehmen: „Im Anfange unſeres Feldzuges hatten wir viel Zeit und vortreffliche Quartiere, aber unſer Leben war ſo thatenlos, daß mich faſt ein gewiſſes Schamgefühl davon abhielt, Nachricht von mir zu geben. In der letzten Zeit, ſeit wir hier vor Fridericia ſtehen, gab es dagegen wenig Muße zum Schreiben und Platz dazu faſt noch weniger. Wir haben mit Ausnahme weniger Tage immer bivouaquirt, und auch jetzt ſchreibe ich, vor meiner Strohhütte ſitzend, auf einem mehr als erbärmlichen Tiſche. Unſere Belagerung, obgleich ſie recht langſam vorwärts ſchreitet, iſt immerhin ganz intereſſant, und die Kanonade mitunter ſogar ein großartiges Schauſpiel. Das beſtändige Leben in freier Luft, die ſehr einfache, aber kräftige Koſt, die großen und heftigen Eindrücke des Belagerungskampfes wirken auf Körper und Geiſt wohlthätig und ſtärkend. Läſtig nur finde ich, daß wir einer eigentlichen Nachtruhe faſt ganz entbehren. Die Ablöſungen z. B. ſowie die Schanzarbeiten müſſen möglichſt in der Dunkelheit ausgeführt werden; nun aber ſind in dieſem Norden die Nächte ſehr hell und nur nach 12 Uhr tritt eine Art von Dämmerung ein, daher unſer Dienſt ſtets um Mitternacht beginnt. Oft erſtaune ich über mich ſelbſt, daß ich ein ſo rohes Leben ohne alle geiſtige Anregung ſo fröhlich ertrage, aber es geht prächtig. Das Leben wechſelt faſt nur zwiſchen großen Strapazen und völliger Lethargie; die Beſchäftigungen ſind Marſchiren, Eſſen, Rauchen, Schlafen, Schießen und Stechen, dennoch bin ich vollkommen zufrieden, wozu allerdings die trüben Nachrichten aus dem Vaterlande viel beitragen; denn bei dem Gedanken daran empfindet man die Ordnung eines Kriegslagers ſehr wohlthätig. Hier ſtehen wir zu 12,000 Mann auf einem engen Raum und ein Jeder von uns fühlt ſich ein freier Mann, ſo gut als irgend ein Demagog, aber ein Jeder thut unbedingt, was ihm befohlen wird.

Der Feldzug unſeres kleinen Heeres, welches bisher ſtets ſelbſtſtändig und ohne directe Unterſtützung der Reichstruppen gefochten hat, war bis jetzt ein ſehr glücklicher und die ſiegreichen Gefechte haben das Bewußtſein und Selbſtvertrauen unſerer Mannſchaft wunderbar gehoben. Leider iſt die Oberleitung des Krieges ſo entſetzlich lau, daß ich oft mit tiefem Schmerze fühle, daß hier zu Deutſchlands Schande gekämpft wird, ſtatt zu Deutſchlands Ehre. Unſere Soldaten ſind zufrieden, weil ihnen Gelegenheit gegeben iſt, ihren Muth zu zeigen, aber die Preußen, Heſſen und Baiern knirſchen vor Erbitterung. Die Diplomaten haben wieder ihr Spinngewebe über uns geworfen und jeder brave Soldat iſt zu bedauern, der hier in den Tod geſchickt wird. Die Schläge, die wir geführt haben, hat General Bonin auf eigene Hand und wie man ſagt, gegen den Willen des Obergenerals unternommen. (D. Rchsz.)

Oeſterreichiſche Monarchie.

Lemberg, 14. Juni. Nahe an hundert ruſſiſche Bauern ſind bereits eingezogen und der Kriminalunterſuchung unterworfen worden. Sie haben ſich der Grundſtücke, welche ihnen früher entzogen worden ſind, mit Gewalt bemächtigt, da ihnen, wie ſie vorgeben, von den Stellen keine Abhülfe geworden ſei. (Oeſt. Corr.)

Ungarn.

In Peſth iſt der Verkehr in Waaren ziemlich lebhaft, jedoch muß Alles zu dreifachen Preiſen bezahlt werden. Nicht zu erſchwingende Preiſe ſtellen die Handwerker in Folge des Mangels an Arbeitern, da alle Kräfte von der Regierung theils als Soldaten, theils zu Lieferungen requirirt werden. Zwei Iſraeliten wurden ſtandrechtlich erſchoſſen, weil ſie überwieſen waren, die Lieferanten der Inſurgenten angezeigt zu haben, wodurch ſie der Gemeinde Peſth-Ofen einen Schaden von 40,000 fl. Cv.M. verurſachten, die zu jener Zeit an den Fürſten Windiſchgrätz bezahlt werden mußten.

Koſſuth war, nach den Berichten von Reiſenden, am Mittwoch (13.) noch in Peſth; er wohnt in ſeiner frühern Wohnung, vor dem Hauſe ſtehen zwei Jäger Wache. Peſth hat eine unbedeutende Beſatzung, darunter ungariſche Jäger, welche beinahe wie die unſerigen adjuſtirt ſein ſollen, grau mit grünen Krägen und Aufſchlägen. Vor dem Hauſe Koſſuth's iſt immer ein bewegtes Leben, und Maſſen von Neugierigen, die ihn ſehen wollen. Auch Görgey war die ganze vorige Woche in Peſth, und ſaß Abends ſtundenlang vor dem Caſino, wo ſich regelmäßig ein großer Kreis um ihn bildete, um ihn Gefrornes eſſen und ſeine Cigarre rauchen zu ſehen. Das Intereſſe an dieſem jungen General iſt in Peſth wo möglich noch größer als an Koſſuth ſelbſt, und der ganze zahlreiche Kreis ſtand gewöhnlich mit entblößtem Haupte um ihn herum. Er ſelbſt — höchſt ſonderbar — ließ ſich nie anders als in Civilkleidern ſehen, eine ſchlanke Geſtalt, einnehmende Züge, jugendliches Aeußere, ganz kurzgeſchorene Haare, Brillen, gewöhnlich im deutſchen Rock mit dem grün-roth-weißen Bändchen im Knopfloch. Es iſt wirklich ein Tapferkeitsorden gegründet worden, von dem die Inſignien auf drei Abſtufungen weiſen. Der Orden erſter Claſſe beſteht aus dem ungariſchen Landeswappen ohne Krone, umgeben von einem Lorbeerzweige. Der Orden zweiter Klaſſe aus einer Nationalcocarde mit dem Lorbeerzweige als Einfaſſung. Beide Decorationen aus Metall und auf der Bruſt zu tragen. Die dritte Abſtufung iſt eine einfache Bandcocarde. An den zerſtörten Häuſern wird fleißig gebaut. Im Neugebäude werden Artillerievorräthe fabricirt, der Sage nach auch congreviſche Raketen. Gemünztes Geld aller Sorten circulirt in Maſſen; ſeltener ſind öſterreichiſche Banknoten, theils weil ſie für Waaren nach Wien, dann auch, weil ſie die Regierung wahrſcheinlich allenthalben gegen ungariſches Papier einzuwechſeln bemüht iſt. (C. Bl. a. B.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 175. Frankfurt a. M., Mittwoch 27. Juni. **1849.**

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Die Zuſammenkunft in Gotha.

Deutſchland. Frankfurt (Das Reichsminiſterium und die preußiſche Regierung. Berichtigung. Das Journal de Francfort und die preußiſchen Siege. Herr v. Bally. Hanauer Freiſchärler). Wien (Die deutſche Frage). Berlin (Arthur v. Bardeleben. Der Geiſt der Zeit. Eine Verſammlung des Treubundes. Pläne wegen Neuenburg. Der Wallmarkt. Pferderennen). Köln (Verhaftung. Ein Bankett zur Erinnerung an die Pariſer Juni-Erhebung). Pfalz (Kundmachungen des Fürſten Taxis). Landau (Tagesbefehl). Stuttgart (Ankunft des Königs). Heilbronn (Flüchtlinge aus Baden. Beſetzung der Grenze). Karlsruhe (Das Treffen bei Waghäuſel. Große Verwirrung. Flüchten der Caſſen. Die Landesverſammlung). Freiburg (Die Reichsregentſchaft). Baden (Die Reichsregentſchaft). Mannheim (Trützſchler nach Schwetzingen gebracht). Aus dem nördlichen Schleswig (Truppenbewegungen. Lieber Unrecht leiden als Unrecht thun). Hamburg (Die franzöſiſche Geſandtſchaft. Die Verfaſſung. Ein Conflict des Senats und der Conſtituante). Lübeck (Antrag des Senats auf Anerkennung der Reichsverfaſſung der drei Königreiche).

Großbritannien. London (Verſammlung eines hauptſtädtiſchen Vereins von Radicalfarmern. Die neue Rieſenbrücke über die Menaiſtraße).

Frankreich Paris (Die Wahlen. Tagesbefehl des Kriegsminiſters an die Armee. Die Nachwehen der letzten Ereigniſſe. Gioberti. Die Beſchlagnahme badiſcher Staatsgelder. Cauſſidiere).

Italien. (Die Lage der Dinge vor Rom).

Schweiz. Zürich (Hr. v. Kaiſersfeld †. Oeſterreicher bei Bregenz).

Ungarn. (Die Feſtungswerke von Ofen. Die Miniſter. Verordnungen Koſſuth's. Adreſſe an den Banus. Karlsburg in Siebenbürgen. Orſova beſchoſſen).

Oſtindien u. China. (Die flüchtige Königin Mutter von Lahore wieder gefangen. Kampf mit einem Prätendenten. Ankunft Sir C. Napiers. Den Briten den Eintritt in die Stadt Canton nicht geſtattet. Schreiben des chineſiſchen Kaiſers).

---

26. Juni.

Heute traten die Männer in Gotha zuſammen. Man hat dieſe Zuſammenkunft mit dem Frankfurter Vorparlament verglichen; allein beide Verſammlungen haben wenig Aehnliches, man müßte denn als Aehnlichkeit bezeichnen, daß die eine Verſammlung vor, die andere nach dem Parlamente ſtattfand. Das Vorparlament war eine öffentliche Verſammlung, welche das ganze deutſche Volk darzuſtellen und für ganz Deutſchland Geſetze zu geben beanſpruchen konnte. Denn wir hatten damals keine andere Macht. Jetzt haben wir mehr als zu viel Macht; und die Verſammlung von Gotha beanſprucht keinen auch noch ſo kleinen Theil derſelben. Sie vertritt weder das ganze Volk, noch irgend Jemand. Die Einladungen ſind perſönlich an Mitglieder unſerer Partei gerichtet, derjenigen Partei, welche die Deutſchlands Einheit und Freiheit verbürgende Verfaſſung vom 28. März mit beſonderem Rechte ihr Werk nennen kann, und ſich von anderen Parteien vornehmlich dadurch unterſcheidet, daß ſie die Durchführung dieſer Verfaſſung nur auf friedlich und geſetzlichem Wege erſtrebt, weil ſie überzeugt iſt, daß jeder andere Weg — nicht zur Reichsverfaſſung führt.

„Unſere Partei, ſagt einer unſerer rüſtigſten Mitkämpfer, die Deutſche Reichszeitung, iſt die der Centren der aufgelöſten Reichsverſammlung, die der deutſchen und vaterländiſchen Vereine, die der Deutſchen, Kölner und Weſerzeitung. Sie iſt die ernſtlich conſtitutionelle Partei im Gegenſatze zu der ausgeſprochen oder thatſächlich republikaniſchen, ſo wie zu der abſolutiſtiſchen und der faſt noch ſchlimmeren ſcheinconſtitutionellen; ſie iſt die nationale Partei im Gegenſatz zu denen, welche die deutſche Ehre gegen Dänemark oder Rußland im Stich laſſen, aber auch zu denen, welche, wenn der Sieg nicht anders zu erreichen iſt, ſich nicht ſcheuen Franzoſen und Polen ins Land zu rufen; ſie iſt endlich die Partei der deutſchen Einheit und Macht, ſie will eine ſtarke, unſern tauſendköpfigen Individualismus unter des Reiches Dienſt beugende Centralgewalt im Gegenſatz zu den Particulariſten und Dienern des dynaſtiſchen Unfugs, den Anhängern des Directoriums und großdeutſcher Phantaſien, ſie will eine feſte und dauernde Reichsgewalt, einheitlich und erblich bei Preußen. Und um für dieſe Zwecke kurz ihre Mittel zu bezeichnen, ſie iſt die Partei des Geſetzes, der Mäßigung und Beſonnenheit, ſie will die Reform, nicht die Revolution."

Die in Gotha zuſammenkommenden Männer dieſer Partei können nichts anderes beabſichtigen, als ſich zu vereinigen über die Stellung, welche unſere Partei in der Verworrenheit der vaterländiſchen Dinge einzunehmen hat. Unſerer Partei ſteht die Sache, welche ſie erſtrebt, Deutſchlands Einheit und Freiheit höher, als die Form. Die Verfaſſung vom 28. März enthielt nicht Alles, was wir wünſchten; aber es war das damals Erreichbare. Der Entwurf einer Verfaſſung des deutſchen Reiches, welcher uns von den drei Regierungen am 28. Mai dargeboten wurde, entſpricht unſern Wünſchen in namhaften Puncten viel weniger. Aber er iſt das Einzige, was uns jetzt überhaupt noch geboten iſt, und ſo wie wir das Werk des 28. März ohne Weiteres annahmen, ſo dürfen wir die Aufſtellung vom 28. Mai nicht ohne Weiteres verwerfen. Iſt ſie doch zum größten Theile unſer Werk. Auffallend iſt es in der That, daß unſere Partei, die man doch die unpraktiſche zu nennen beliebt, die einzige iſt, die etwas Praktiſches geleiſtet hat. Die Particulariſten, Hr. Detmold z. B. hat im Verfaſſungsausſchuß faſt nichts gethan, als Nein geſagt, und noch jetzt iſt er blos die Negation eines Reichsminiſters. Unſere Partei hat die Verfaſſung vom 28. März zu Stande gebracht, und ohne ſie wäre der Entwurf der drei Regierungen nie zu Stande gekommen. Noch als die Regierungen die Collectivnote überreichten, wollten ſie viel weniger bewilligen. Unſer beharrliches Streben, der Anklang, den es im Volke fand, hat ſo viel bewirkt, daß die einheitliche Leitung und die Volksvertretung, die beiden Flügelthüren, durch die allein wir zu einer beſſern Zukunft eingehen können, nebſt ſehr vielen anderen Puncten uns zugeſtanden ſind, und man von dem Entwurfe ſagen darf, auch er ſei in der Paulskirche geboren. Es iſt alſo eine Anknüpfung mit demſelben zu verſuchen. Das iſt die Ueberzeugung, welche ſich wohl den Meiſten unter uns namentlich in den letzten Tagen immer mehr aufgedrungen haben wird. Denn Baiern, Oeſterreich und Rußland und leider auch noch andere Regierun-

gen, arbeiten ohne Unterlaß daran, die preußiſche Regierung zu dem Bubenſtücke zu bewegen, auch von jenem Entwurfe wieder zurückzutreten. Wie weit ſie mit dieſen Bemühungen ſchon gekommen zu ſein glauben, davon zeugt folgender Bericht der Rheiniſchen Volkshalle:

„Berlin, 23. Juni. Als ich in meinem letzten Schreiben vom 20. d. M. der Angriffe erwähnte, welche die miniſterielle kleindeutſche „Reform" gegen Oeſterreich wegen der ruſſiſchen Hilfe zu machen beliebt, und hinzufügte: „Auch Preußen, wenn an ihm die Reihe iſt, wird gegen die polniſche Rachebewegung, und ſie iſt unausbleiblich, mit Rußland gemeinſame Sache machen müſſen", konnte ich nicht ahnen, daß mein Wort ſchon ſo bald den Anſchein von Erfüllung haben würde; und doch iſt es ſo. Die Annäherung von Preußen an Rußland, ja das Bündniß zwiſchen beiden Staaten nicht allein, ſondern ſogar mit dem eben ſo heftig angefeindeten Oeſterreich wird hier in unterrichteten Kreiſen als eine abgemachte Sache betrachtet. Die ſo mannigfach bei den Haaren herbeigezogenen Differenzen und Häkeleien mit dem öſterreichiſchen Geſandten ſind vollſtändig beigelegt; ja, was noch mehr iſt, man ſcheint damit umzugehen, für Oeſterreich in dem künftigen kleindeutſchen, oder dann richtiger großdeutſchen Reiche einen Platz neben Preußen einzuräumen. Um ſich aber keine Blöße zu geben, läßt man dieſen Vorſchlag von Hannover ausgehen, das nachträglich bedeutende Modificationen in der von ihm mitunterzeichneten Reichsverfaſſung, ſpeciell in Bezug auf das Fürſtencollegium verlangt haben ſoll. Danach ſoll nicht allein Oeſterreich mit Preußen gemeinſam dem künftigen Reiche gegenüber die Stelle einnehmen, welche bisher Preußen allein reſervirt war, ſondern auch eine andere Vertheilung der Stimmen ſtattfinden. Die Sendung des Hrn. v. Lindheim in das Lager von Kaliſch hat zu verſchiedenen Vermuthungen Anlaß gegeben. Jetzt darf man ſie mit großer Sicherheit als eine Recognoscirung des Terrains anſehen, das der bisherige Geſandte in Petersburg, Hr. v. Rochow, für längere Zeit zu bebauen beſtimmt iſt. Derſelbe iſt geſtern Abend nach Warſchau abgereiſt, um am Hoflager des Kaiſers zu verweilen und die gemeinſamen Maßregeln der drei noch einmal verbündeten Höfe zu vermitteln. Die in Schleſien zuſammenzuziehende Truppenmaſſe iſt zur Reſerve für die ruſſiſch-öſterreichiſche Armee in Ungarn beſtimmt und wird ihre Poſitionen in den öſterreichiſchen Gebietstheilen einnehmen, welche im Laufe der Ereigniſſe von ihren bisherigen Beſatzungen entblößt werden müßten. Dem bisher Geſagten analog wird auch das Miniſterium der auswärtigen Angelegenheiten beſetzt werden. Hr. Braſſier de St. Simon, ein bei dem Kaiſer Nicolaus in hohen Gunſten ſtehender Diplomat der alten Schule mit jetzt ſehr modernem demokratiſchem Aeußern hat nämlich die meiſte Ausſicht, trotz dem Hrn. v. Schleinitz, dies Portefeuille zu erhalten. Er iſt vor Kurzem aus Stockholm, wo er Geſandter war, über St. Petersburg nach Berlin zurückgekehrt. In der ruſſiſchen Hauptſtadt hatte er öftere Unterredungen mit ſeinem kaiſerlichen Freunde, der aber einigen Anſtoß an dem gewaltigen Barte des Mannes vom ancien regime genommen haben ſoll. Doch Herr Braſſier verſtand die Beſorgniſſe zu verſcheuchen, indem er ſeinen Bart mit jenem des portugieſiſchen Generals verglich, welcher den ſeinigen wachſen zu laſſen ſchwur, bis er die Feinde des Vaterlandes vernichtet habe. Endlich ſind die officiöſen Aeußerungen der Deutſchen Reform nicht außer Acht zu laſſen. Wenn es überhaupt ſchon aufgefallen iſt, daß in dem ſogenannten däniſchen Kriege die preußiſchen Truppen den Dänen vor dem Einmarſche in Jütland noch kein Haar gekrümmt haben, und daß ſie ſeit demſelben und ſeit der ihrer Zeit viel beregten ruſſiſchen Proteſtnote ebenfalls großen Glimpfes in dieſem Manöver-Feldzuge ſich befliſſen haben, ſo erſcheint es gewiß nicht ohne Bedeutung, wenn das beſagte Blatt urplötzlich das Anrecht Rußlands auf eine Theilnahme in Ordnung der ſchleswig-holſteiniſchen Angelegenheiten förmlich anerkennt, weil — daſſelbe Succeſſionsrechte in beiden Ländern habe. Das ehrenwerthe Blatt vergißt nur eine Kleinigkeit, nämlich, daß Rußland dieſen Anſprüchen bereits ſeit 60 Jahren für immer entſagt hat. Anzeichen genug, um auf ein bevorſtehendes Bündniß mit Rußland, das man ſoeben noch Oeſterreich mit ſo großer Maßloſigkeit zum Vorwurf machte, ſchließen zu laſſen. Das iſt die ehrliche Diplomatie, die Deutſchland erobern will."

Auf dieſe Weiſe wird Preußens ſchwankende Politik ſelbſt von ſeinen Feinden, die davon doch Nutzen ziehen wollen, zum Geſpötte gemacht. Doch wollen und dürfen wir jenen Inſinuationen der Rheiniſchen Volkshalle, die ihre Eingebungen von Hrn. v. Prokeſch erhalten ſoll, keinen Glauben ſchenken. Treue und Ehre! Ehre und Treue! dieſe Worte werden uns von Berlin ja beſtändig zugerufen, und unſer geehrter Correſpondent aus der preußiſchen Rheinprovinz war ja entrüſtet über den bloßen Gedanken, daß die preußiſche Regierung es auch mit dieſem Entwurfe nicht ehrlich meinen könne. Wenn die preußiſche Regierung es alſo ehrlich meint, dann hat ſie Gelegenheit es alsbald zu zeigen. Dann muß ſie ſich rüſten, um dem Widerſpruche zu begegnen, welcher, ſobald Ungarn bezwungen ſein ſollte, von Oeſterreich und Rußland gegen Preußens Verſuch, ſich von deren Vormundſchaft zu befreien, ſich an die Spitze der deutſchen Weltmacht zu ſtellen, unfehlbar erhoben werden wird. Dann muß Preußen ſich beeilen, bis dahin ſich mit Deutſchland aufs Innigſte zu verbinden, dann muß es zu allen Vermittelungsvorſchlägen, wie ſie in Gotha berathen werden, freudig und willig die Hand bieten. Dann thut Eile, Eile noth, und auch bei jenen Vorſchlägen zur Bildung eines gemeinſchaftlichen Reichstages und zu dem auf dem Reichstage zu beobachtenden Verfahren verdient vor Allem berückſichtigt zu werden, was der geiſtvolle Macaulay ſo richtig bemerkte, lang ehe wir in Deutſchland neue Belege zu jenem Erfahrungsſatze lieferten:

„Wenn die Urheber der Revolution thöricht genug geweſen wären, dieſen Weg einzuſchlagen, ſo zweifeln wir kaum daran, daß Luxembourg ihnen über den Hals gekommen wäre, während ſie mitten im Verfaſſungmachen geweſen. Sie möchten wahrſcheinlich in einer Berathung über Filmer's und Sidney's Theorien der Regierung unterbrochen worden ſein durch den Eintritt der Musketiere von Louis XIV. Leibgarde, und zwei bei zwei fortgeſchafft ſein, um ſich im Tower imaginäre Königreiche und Freiſtaaten auszuſinnen. Wir haben zu unſern Lebzeiten reichliche Erfahrung über die Wirkungen einer ſolchen Thorheit gehabt. Wir haben Nation auf Nation in Sclaverei fallen ſehen, weil die Freunde der Freiheit in Berathung über abſtracte Fragen die Zeit vergeudeten, welche angewandt hätte werden ſollen, um eine kräftige Vertheidigung des Vaterlandes vorzubereiten. Gott ſei Dank, unſere Befreier waren Männer von einem ganz anderen Schlage, als die Spaniſchen und Italieniſchen Geſetzgeber. Sie mochten in manchen Dingen Anſichten hegen, die im neunzehnten Jahrhundert nicht für freiſinnig gelten werden. Aber ſie waren nicht träumeriſche Pedanten. Sie waren Staatsmänner, gewohnt, wichtige Geſchäfte zu betreiben. Ihre Verbeſſerungspläne waren nicht ſo ausgedehnt, wie die der Geſetzgeber von Cadix; aber die Pläne, die ſie entwarfen, führten ſie auch aus, und was ſie ausführten, das behaupteten ſie gegen alle noch ſo drohenden inneren und äußeren Feinde."

Deutſchland.

) **Frankfurt**, 26. Juni. Ich greife zur Feder, um Ihnen und den Leſern Ihres Blattes eine Reihe von Couliſſengeſchichten zur Charakteriſtik des Reichsminiſteriums mitzutheilen. Die erſte Serie wird hiermit dargeboten, eine Fortſetzung wird folgen, wenn die Aufmerkſamkeit des Publicums mich ermuntert. An Stoff ſoll es nicht fehlen, und die Sache iſt auch nicht unwichtig. Dem Inſtitut der proviſoriſchen Reichsgewalt iſt zwar vom Reiche nur wenig mehr übrig, die Menſchen dagegen, die zum Inſtitute gehören, leben, brauchen viel Geld, und haben nichts zu thun, und da geziemt es ein wachſames Auge zu haben, ſchon nach dem alten Sprichwort: Müßiggang — iſt u. ſ. w.

In die Caſſe der proviſoriſchen Centralgewalt fließen alle diejenigen Beiträge der einzelnen deutſchen Staaten, welche darauf berechnet ſind, dem Gemeinwohl Deutſchlands zu Gute zu kommen, vorzugsweiſe die Umlagen für die Marine. Unſer Reichsminiſterium läßt es ſich alſo vor der Hand außerordentlich angelegen ſein, die Marinegelder in die Hände zu bekommen und — aufzuzehren. Da keine parlamentariſche Ueberwachung weiter exiſtirt, ſo erfreut ſich das reichsminiſterielle Perſonal der glücklichſten Unverantwortlichkeit, und damit die Regierungen bei der Verſchleuderung nicht auf die Finger ſehen können, geht die Hauptſorge des ſogenannten Reichsminiſteriums dahin, alle unbequemen Controlleure geſchickt und gründlich zu beſeitigen. Dies war beſonders der ſparſamen und hellſehenden preußiſchen Regierung gegenüber nothwendig, daher wurden alle

preußiſchen Officiere aus dem ſogenannten Reichskriegsminiſterium ſchleunigſt wegpracticirt. Genug, wenn die Welt verwundert daſteht und fragt: was thut die proviſoriſche Centralgewalt und wozu exiſtirt ſie noch? ſo werden wir darauf mit Belegen zu erwiedern wiſſen: ſie verſchleudert und verzehrt auf unverantwortliche Weiſe — im doppelten Sinn des Wortes — die ſämmtlichen Matricularbeiträge, ſie ſaugt mithin das Lebensmark der deutſchen Einheit aus und iſt ein freſſender Krebsſchaden für Deutſchland in materieller Hinſicht, wie ſie es — und darauf gehen wir ſpäter ein — mehr noch im Gebiet der höheren Politik zu werden ſtrebt. Sollte das Reichsminiſterium Ihnen wieder mit gerichtlichen Schritten drohen, ſo haben Sie die Güte, vorläufig in meinem Namen mit der Frage zu antworten, ob die Caſſen, deren ehemaliger Beſtand demnächſt aufgeführt werden ſoll, nicht vollſtändig geleert ſind, und ob man etwa in Abrede ſtellen kann, daß Herr v. Bally nicht blos nach Wien, ſondern auch an andere deutſche Höfe geſandt wurde, um Geld aufzutreiben. Um ſich nun die Quellen einer ſo behaglichen unverantwortlichen Exiſtenz auch für die Folge zu ſichern, ließ unter dem 17. dieſes Monats das Reichsminiſterium in fünf Exemplaren eine Note vom Stapel laufen, deren eine Ausfertigung an das Berliner Cabinet gerichtet wurde. Sie ſollen das Actenſtück kennen lernen und Ihre Freude an der Wahlverwandtſchaft mit Metternich haben. Die Note enthielt im Weſentlichen das Erbieten der proviſoriſchen Centralgewalt, dem preußiſchen Verfaſſungsentwurf beizutreten, vorausgeſetzt, daß Preußen das Fortbeſtehen der Centralgewalt und deren andauerndes Verhältniß zu denjenigen kleineren deutſchen Staaten, welche die Reichsverfaſſung angenommen, gutheißen und die lebensluſtige Reichsverweſerſchaft unterſtützen, d. h. ferner mit den erforderlichen Exiſtenzmitteln verſehen wolle. Und nun denken Sie ſich das Entſetzen unſeres ſogenannten Reichsminiſteriums, als die Antwort des Grafen Brandenburg eintraf, in der kurz und bündig, obwohl mit aller Herablaſſung des Mächtigen gegen den Schwachen erklärt wurde, die preußiſche Regierung ſehe ſich außer Stande, eine Centralgewalt länger als fortdauernd zu betrachten, deren Lebensbedingungen fortgefallen und deren Intereſſen mit der bisherigen Auffaſſung von deutſcher Einheit anſcheinend unvereinbar ſeien. Dieſer kräftigen Erwiderung wird jetzt durch vollſtändige Zurückziehung der bisherigen preußiſchen Geſandtſchaft beim Reichsverweſer das königlich preußiſche Staatsſiegel aufgedrückt; wir wollen erwarten, was das Reichsminiſterium nunmehr beginnen wird.

* **Frankfurt**, 26. Juni. Die im heutigen Hauptblatt gegebenen Pariſer Nachrichten ſind nicht vom 31. Juni, der überhaupt nicht exiſtirt, ſondern vom 23., und das Rundſchreiben des Juſtizminiſters iſt nicht gegen die monarchiſtiſche, ſondern, wie freilich der weitere Context zur Genüge ergibt, gegen die anarchiſtiſche Partei gerichtet. Das Schreiben aus dem Hauptquartier Sinsheim iſt nicht vom 23., ſondern vom 21. datirt.

♃ **Frankfurt**, 24. Juni. Wir haben ſchon früher einmal dem hier in franzöſiſcher Sprache erſcheinenden Journal de Francfort nachgewieſen, daß es in einer Weiſe ungenau überſetzt, die ſich nicht einem Verſehen, ſondern nur der Abſicht zuſchreiben läßt, die Sachen anders darzuſtellen, als ſie ſind. Die heutige Nummer des Journal de Francfort liefert einen neuen ſchlagenden Beweis für dieſe Wahrnehmung. Nachdem es die letzten militäriſchen Erfolge des Prinzen von Preußen, ſowie der preußiſchen Generale v. d. Gröben, v. Schack und v. Cöln berichtet, fügt es hinzu: „Les troupes de l'empire ont montré la plus grande bravour pendant l'action." Das Reichsminiſterium iſt dem Journal de Francfort wirklich zu großem Danke verpflichtet, denn durch wenige Worte bewirkt dieſes, daß die ganze preußiſche Heeresmacht unter den Herren Jochmus-Wittgenſtein & Comp. ſteht! Keine Hexerei, meine Herren, bloſe Geſchwindigkeit! Es gehört wahrlich mehr als Köhlerglaube dazu, dieſe Escamotage einem Verſehen zuzuſchreiben, wenn man weiß, daß das Journal de Francfort einem „kaiſerl. königl. wirklichen Kämmerer" gehört, in deſſen Salon der Graf Rechberg, der Oberbefehlshaber ſämmtlicher der proviſoriſchen Centralgewalt zu Gebote ſtehenden und nicht zu Gebote ſtehenden Streitmittel, incluſive des, wie wir hören, ſo eben von einer finanziellen Landpartie aus Wien zurückgekehrten Rhetorikers Bally*), alle ſeine Abende zubringt.

*) Wir müſſen noch hinzufügen, daß dieſe finanzielle Reiſe des Herrn v. Bally nicht etwa, wie man auch vermuthen könnte, ſeinen Privatangelegenheiten, ſondern einem Matricularbeitrage gegolten hat, den Oeſterreich (man ſtaune!) hierher bezahlt haben will, volle 20,000 fl. A. d. C.

Frankfurt, 26. Juni. Geſtern Vormittag kam ein Trupp Hanauer Freiſchärler, ungefähr aus 30—40 Mann beſtehend, hier an, jedoch ohne Waffen, und begaben ſich wieder in ihre Heimath. (Fr. Journ.)

△ **Wien**, 21. Juni. Miniſter v. d. Pfordten hat geſtern Wien wieder verlaſſen, um die Reſultate der hieſigen Beſprechungen über die deutſche Frage nach Berlin zu bringen; ſie dürften kaum ein anderes Ziel haben, als das Feſthalten an der Bundesakte von 1815, mit geringen Modiſicationen pro forma, um dem Ganzen den Anſchein „zeitgemäßer Reformen" zu geben! Gegen den Verfaſſungsvorſchlag Preußens wird die Sprache der miniſteriellen Organe täglich bitterer; aber der wundeſte Fleck iſt die Verſammlung in Gotha, die man hier vor Allem zu beſeitigen wünſchte. Man fürchtet die gemäßigte Partei auch noch in ihrer Niederlage. Würde ſich die Partei Gagern's aber heute herbeilaſſen, im Sinne Oeſterreichs oder beſſer geſagt, ſeiner jetzigen Regierung zu wirken, ſo würden dieſelben Journale nicht Worte genug finden, um ihre Loyalität zu rühmen. Viele unſerer zurückgekehrten Deputirten haben ſich indeſſen ſchon an das Miniſterium gewandt und auf die Wichtigkeit der Gothaer „Beſprechungen" hinweiſend die Erlaubniß angeſucht, denſelben, wenn auch ohne officiellen Charakter, beiwohnen zu dürfen. Man iſt geſpannt, in welcher Weiſe die Regierung dieſe Anſuchen beantworten wird; wir hoffen ablehnend, da es ſich bewährt hat, daß gute Oeſterreicher nicht zugleich gute Deutſche ſein können; was ſollte den Männern in Gotha ihr Rath, da Oeſterreich bereits ſeine Verfaſſung hat? — nachdem ſich unſere deutſchen Provinzen unter dem Einfluß der Belagerung reſignirt haben?

Ollmütz, 21. Juni. Der Transport über Olmütz an Nahrungsmitteln und Munition iſt ein ungeheurer. Um Ihnen nur ein Beiſpiel zu geben, erwähne ich, daß die Eiſenbahn-Taglöhner jetzt durch einige Tage nur mit dem Auf- und Abladen der Mehl- und Getreideſäcke über 3 fl. W. W. täglich verdienen und heute dreitauſend Centner Bomben wohl gezählt in die Gegend von Wien abgegangen ſind. An der Befeſtigung von Ollmütz wird unausgeſetzt fortgearbeitet; mit ungeheuren Maſchinen werden Kanonenröhren ſchweren Calibers auf die Lafetten gehoben und auf die äußerſten Wälle aufgeſtellt. Ein neues Fort entſteht in mächtigen Wölbungen bei Kloſter Hradiſch. Die Ruſſen arbeiten mit unſern Kanonieren in beſter Freundſchaft um die Wette an Verfertigung von Patronen; Kugeln werden geputzt, in Pyramiden aufgeſchichtet und fortgeführt. (C. Bl. a. B.)

** **Berlin**, 23. Juni. Vergönnen Sie, daß ich in der Deutſchen Zeitung eine Votivtafel errichte zum Andenken eines jungen Helden. Als Knabe begegnete mir in der Heimath, der jetzt in einem ehrlichen Reitertode ſich die Sporen verdient hat. Arthur v. Bardeleben, der 20jährige Enkel des Bülow v. Dennewitz, des „Denkers der Schlachten", fiel bei Aarhuus in Jütland nach einem heroiſchen Kampfe mit den Dänen. Wenige Tage vorher war der jugendliche Held auf ſein Andringen von Königsberg in Preußen zu den Huſaren nach Jütland verſetzt. In dem oſtpreußiſchen Adel lebt eine geſunde, vaterländiſche Kraft; unſere beſten Familien verwerthen ſich unaufhörlich zum Beſten des Landes. Im preußiſchen Heere iſt, wenn auch gebrochen durch den Kampf der Parteien, welcher es nach zwei Extremen hin zu trennen ſucht, immer noch eine Fülle geſunden Sinnes. Arthur v. Bardeleben ſtarb, wie wir wünſchen, daß jeder Preuße leben möchte, wie ein Mann und echter Held. Einen friſchen Lorbeer auf dies frühe Grab!

⁑ **Berlin**, 21. Juni. „Die Anerkennungs-Ehrfurcht," ſo ſagte uns einmal, lange vor den Märztagen, ein ergrauter Beamte, Ritter des rothen Adlerordens zweiter Claſſe mit dem Stern, „die Anerkennungsehrfurcht iſt es, was unſerem Zeitalter fehlt, und ihm ſeinen deſtructiven Charakter verleiht." Ja der unehrerbietige Tadel iſt es offenbar, welcher alles das Unglück hervorgebracht. Aber gottlob, wir leben endlich wieder in Zeiten, wo unehrerbietiger Tadel, ja, Mangel an patriotiſcher Geſinnung gerichtlich beſtraft wird. Damit iſt eine geſinnungsvolle Oppoſition nicht ausgeſchloſſen, vielmehr iſt ſie allerhöchſten Ortes ſogar gewünſcht. Da die Linie aber ſo ſchwer inne zu halten iſt, ſo erlauben wir uns, aus der Voſſiſchen folgenden ſehr gelungenen Verſuch als Muſter zur Nachahmung anzuführen. „Das Verbot der bisher hier erſchienenen franzöſiſchen Zeitung le Courrier de Ber-

lin, redigirt vom Profeſſor Mellier, ſo ſagt jenes unwandelbar gutgeſinnte Organ, hat Aufſehen erregt, da das Blatt im Ganzen in einem conſervativen Ton gehalten war und nicht ſelten gut gedachte leitende Artikel in dieſem Sinne brachte. Wir erfahren indeſſen, daß ein Artikel über das neue Wahlgeſetz Anlaß des Verbots geweſen iſt, in welchem der Redacteur ſich allerdings in einer leidenſchaftlichen, nicht angemeſſenen Weiſe über das Miniſterium ausgelaſſen hat. Läßt ſich dieſer Artikel auch durchaus nicht billigen, ſo enthält er doch nichts poſitiv Strafbares; da der Autor in ſonſtigen Fällen ſeine Feder in der That nach einer guten Richtung gebraucht hat, ſo glauben wir, es wird ihm, wenn er ſeinen Fehler offen einräumt, wohl gelingen, die Erlaubniß zum Wiedererſcheinen ſeines Blattes zu erhalten, etwas, was wir ihm von Herzen wünſchen wollen. Andererſeits iſt es ganz in der Ordnung, daß man gegen einen Fremden, der hier das Gaſtrecht genießt, ernſt einſchreitet, wenn er ſich Ungebührlichkeiten erlaubt."

Das iſt die ächte Oppoſition, beſcheiden, an ſich ſelbſt zweifelnd und ſtets voll Anerkennungsehrfurcht. Der Courrier de Berlin hat zwar ſelbſt nach jetziger Handhabung der Geſetze nichts Strafbares begangen, aber er muß doch offen ſeinen Fehler eingeſtehn. Er hat zwar nichts Strafbares begangen, aber dennoch wird er beſtraft, und das iſt ganz in der Ordnung. In der jetzigen Zeit allerdings. Selbſt die Conſtitutionelle Zeitung bemerkt bei Gelegenheit der Abberufung des Herrn v. Bardeleben von Arnsberg: „Er ſoll zu den alten Liberalen gehört haben, ein Verdacht, der in dieſem Augenblick genügen dürfte, trotz der tüchtigſten Leiſtungen zu discreditiren. Denn es iſt in der That in unſerm „conſtitutionellen Staate auf breiter Grundlage" faſt ſo weit gekommen, daß die conſtitutionelle Geſinnung als ein Verbrechen angerechnet wird — wer es wagt, die conſtitutionelle Regierungsform zu rühmen, oder ihr doch den Vorzug vor dem frühern Abſolutismus zuzugeſtehen, der gilt in gewiſſen und zumal den höhern Beamtenkreiſen ſicher als ein Demokrat, d. h. als ein gottloſer Republicaner." Ich lege mir, wenn mich der Unmuth über unſer ganz wieder in die alten Geleiſe zurückſinkendes öffentliches Leben faſſen will, oft die Frage vor: Iſt dies unter dem alten milden Abſolutismus aufgewachſene Geſchlecht wirklich brauchbar für ein conſtitutionelles Staatsleben? Müht man ſich nicht ab, ein Bedürfniß zu befriedigen, was das jetzige Geſchlecht nun einmal nicht beſitzt? Die Vorliebe für die alten Zuſtände ſpricht ſich in einem großen Theile der Bevölkerung auf das Unzweideutigſte aus. Zum Belege dieſer Behauptung braucht man nur hinzudeuten auf die gläubige Menge, die zu den Verſammlungen des Treubundes ſtrömt. Von deſſen letzter Zuſammenkunft brachten die öffentlichen Blätter folgende Beſchreibung: „In der heute im Geſellſchaftshauſe ſtattgehabten ſiebenten Generalverſammlung des Treubundes, welche als eine der glänzendſten bezeichnet werden muß, feierten die Mitglieder wieder ein paar herrliche Stunden des herzlichſten Einverſtändniſſes in der Begeiſterung für König und Vaterland. Jeder fühlt es, daß in dieſen Verſammlungen das wirklich gepflegt und zu immer hellerm Bewußtſein gebracht wird, was uns in dieſer Zeit der Zerriſſenheit allein frommt und worauf jeder kerndeutſche, ächte Preuße ſchon von Natur hingewieſen wird, wir meinen: das Einsſein von König und Volk in der Geſinnung des Patrioten. Nachdem die Verſammlung mit dem kräftigen Geſange des Liedes: „Vorwärts Preußens wackere Streiter" nach der Melodie Prinz Eugenius ꝛc. eröffnet worden, wies Dr. Vollmer in einem höchſt entſprechenden und treffenden Vortrage auf die Nothwendigkeit des Handelns hin, in welcher Hinſicht die Gegner mehr Betriebſamkeit entwickelten. Graf von Luckner gab alsdann Nachricht von ſeiner Reiſe nach Magdeburg, in welchem es den Treubund zu begründen, trotz der von den Demokraten entgegengeſtellten Schwierigkeiten, gelungen ſei. Ein allgemeines Bravo erſcholl, als Graf von Luckner der Verſammlung ſeine Verſicherung gab, den Bundesbrüdern mit redlichſter Thatkraft ſtets voranzugehen." Nachdem auch die Redepauſe wie gewöhnlich durch den begeiſterten Geſang eines volksthümlich patriotiſchen Liedes ausgefüllt worden, trug Hr. v. Ledebur einen größeren Aufſatz von Herrn v. Merckel vor, in welchem auf eindringliche Weiſe die Carricatur unſerer politiſchen Zuſtände im Verhältniß zu dem, was ſie ſein ſollten, dargelegt wurde. Endlich vertrat der Prediger Gentzel noch die octroyirte Verfaſſung unter vielem Beifall. Die Stimmung der großen Verſammlung hob ſich zu lautem Jubel, als „Vater Wrangel" gleich anfangs ihr die Ehre ſeines Beſuches ſchenkte. Er ſprach dem Bunde ſeine innige Theilnahme darüber aus, daß ſich in ihm das Gute eine Stätte bereite und er unbezweifelt auf dem rechten Wege ſei, daß er die Tendenzen des Treubundes als die ſeinigen anerkenne. Die nicht enden wollenden Lebehochs, begleitet von dem unendlichen Wehen der Tücher der ſehr zahlreich anweſenden Damen, erſchollen als ein ſichtbares Zeichen des Herzensdankes dem braven Befehlshaber der Marken, und bevor die Verſammlung mit einem patriotiſchen Liede geſchloſſen, wurde auf nächſten Dienſtag ein Concert angekündigt, welches der Treubund im Tivoli für alle ſeine Mitglieder und deren nächſte Familie unentgeltlich veranſtaltet." Bezeichnend iſt, daß man wieder nicht ſelten davon reden hört, der König von Preußen müſſe ſich bei jetziger günſtiger Gelegenheit, wo das preußiſche Heer doch an der Grenze der Schweiz ſtehe, Neuenburgs wieder bemächtigen, wo es noch immer eine einflußreiche Partei der Royaliſten gibt. Man fragt aber billig: Was ſollen wir mit Neuenburg, das uns jährlich über 60,000 Thaler koſtete? Nächſtens werden wir auch die afrikaniſchen Colonnien reſtauriren müſſen, um ja Alles wieder auf den alten Fuß zu bringen. Wundern Sie Sich nicht über meinen Unmuth; man kann wirklich den Muth verlieren, wenn man alle die Gerüchte hört über die Fortſchritte, welche die öſterreichiſch-ruſſiſche Politik am hieſigen Hofe macht; doch ich mag nicht daran glauben. Es iſt hoffentlich Intrigue, daß davon auch nur geredet wird. Die Leute müßten ja Alle zu Schelmen werden, vom Erſten bis zum Letzten, wenn ſie jetzt auf dieſe Wege einlenken wollten. Wir ſitzen hier recht in der Wolle. Gegen 100,000 Centner ſind angebracht, und durchſchnittlich 25 Thaler höher wie im vorigen Jahre verkauft. Die kühnſten Hoffnungen der Schaafzüchter ſind übertroffen. Vor den Thoren werden die Wettrennen abgehalten. Der reiche Mecklenburgiſche Graf Hahn-Baſedow (der Unrechte) hat einen Preis von 1000 Thalern nebſt einem ſilbernen Pferde davongetragen. Die Frage Wählen oder Nichtwählen ſteht noch immer oben an. Die conſtitutionelle Partei neigt ſich immer entſchiedener zum Wählen; ja Wilibald Alexis erklärt, man müſſe wählen, ſelbſt wenn das Miniſterium befohlen hätte, blos die Frauen ſollten wählen. Der Freiherr v. Spiegel, Düſſeldorfer Andenkens, ſoll noch Braſilien als Geſandter beſtimmt ſein. Eine brillante Acquiſition für das Land der Brillianten!

Köln, 25. Juni. Ein hieſiger Bürger, Namens Rothjung, gebürtig aus Mühlheim am Rhein, der ſich an den Unruhen in Elberfeld und am Aufſtande in der Pfalz betheiligt haben ſoll, wurde geſtern Morgen, eben vom oberrheiniſchen Dampfſchiffe kommend, verhaftet. An den hieſigen Straßenecken iſt ſeit geſtern Abend die Einladung zu einem großen Bankett zu leſen, das von dem Comite des Arbeitervereins „zur Erinnerung an die Erhebung und die viertägigen Kämpfe der Juni-Inſurgenten in Paris" hier heute Abend veranſtaltet iſt. (K. Z.)

0 **München**, 23. Juni. Der erſte Preßprozeß, welcher in Oberbaiern zur Verhandlung kam, wurde heute von den Geſchwornen entſchieden. Der Angeklagte war der Redacteur des „Grad aus", Vecchioni, der bereits ſeit mehr als drei Monaten in Unterſuchungshaft ſich befand, da eine Caution von den Gerichten nicht angenommen worden war. Die Münchener Staatsanwaltſchaft, die ſich der Preſſe gegenüber eben nicht ſehr ſchonend benimmt, hat dem Gradaus ihre beſondere Aufmerkſamkeit gewidmet, indem ſie nicht weniger als vier Redacteure dieſes radikalen Blattes, das beſonders von den untern Schichten des Volks viel geleſen wird und gar vielen als Orakel gilt, nach und nach ins Gefängniß brachte, von denen jetzt noch zwei ihr Urtheil von den im Laufe des nächſten Monats zuſammenkommenden Geſchwornen erwarten. Vecchioni war des Majeſtätsverbrechens 2. Grades angeklagt, und eine Verurtheilung hätte ihm von 1—4 Jahre Gefängniß gebracht. Sein Verbrechen beſtand in dem Abdrucke eines bekannten Artikels im Jenenſer Volksblatt, „Ein bayeriſches Luſtſchloß", in welchem dem Wittelsbacher Geſchlechte und insbeſondere dem Könige Max erbliche Geiſtloſigkeit zugeſchrieben wird. Schon in aller Frühe war der Gerichtsſaal im Akademiegebäude von einer dichtgedrängten Menge angefüllt, die trotz der glühenden Sonnenhitze mit geſpannter Aufmerkſamkeit die Verhandlungen bis zum Schluſſe gegen Mittag um 2 Uhr verfolgte. Auch auf dem Platze vor der Akademie wogte während dieſer Zeit viel Volk auf und ab. Dagegen waren zur Sicherung des Gerichtshofs alle möglichen Vorſichtsmaßregeln getroffen; Truppen waren conſignirt und das Akademiegebäude

ſelbſt beherbergte eine Abtheilung Linie, während ſtarke Cürraſſierpatrouillen in den benachbarten Straßen auf- und abritten. Der Staatsanwalt wie der Angeklagte hatten von ihrem Recuſationsrechte in ausgedehntem Maße Gebrauch gemacht. Für den Angeklagten ſprach er ſelbſt und Acceſſiſt Mayer, beide ruhig, klar und eindringlich. Todtenſtille herrſchte, als die Geſchwornen aus ihrem Berathungszimmer zurückkehrten, um durch ihren Obmann das Urtheil auszuſprechen. Vorher mahnte der Präſident zur Ruhe und zur Enthaltung eines jeden Beifall- und Mißfallzeichens. Als aber der Obmann vortrat und das Urtheil der Geſchwornen ausſprach, das „Nicht ſchuldig" lautete, folgte auf eine momentane Pauſe, in welcher ſich die Zuhörer wechſelſeitig anſtaunten, ein nicht enden wollendes Bravo. Als der Präſident das Publikum im Saale zum Schweigen gebracht hatte, begann das Volk auf der Straße, das unterdeß Kunde von der Freiſprechung erhalten hatte, ſein tobendes Hochgeſchrei, das beim Wegfahren der Geſchwornen und beſonders des Freigeſprochenen vielfach erneuert wurde. Das iſt der dritte Preßprozeß, der im dieſſeitigen Baiern ſeit der Einführung der Geſchwornen mit einer Freiſprechung endete, während noch keine Verurtheilung bis jetzt erfolgte. Heute wird die königliche Familie von Nürnberg hier zurückerwartet.

Pfalz. Der Commandant des bairiſchen Armeecorps in der Pfalz, Fürſt Thurn und Taxis, hat folgende Bekanntmachung erlaſſen:

„Seine Majeſtät der König haben geruht, den Unterzeichneten zum Oberbefehlshaber des in die Pfalz beorderten Armeecorps zu ernennen und ihn mit der zur Herſtellung der Ordnung und des Gehorſams erforderlichen Gewalt auszuſtatten. In Gemäßheit der mir ertheilten Vollmacht verfüge ich daher Folgendes: 1) Unter Bezugnahme auf eine Bekanntmachung d. d. Oppenheim, den 16. Juni 1849, behalte ich mir vor, im Falle eintretenden Widerſtandes für einzelne Diſtricte oder Gemeinden den Belagerungszuſtand mit den damit gemäß Artikel 53, 101 und folgenden des Decrets vom 24. December 1811 verbundenen Wirkungen zu erklären, wenn die Umſtände ſolches erfordern ſollten. 2) Die ſogenannte proviſoriſche Regierung, welche ſich hochverrätheriſch der öffentlichen Gewalt bemächtigt hat, ſowie die von derſelben für die Landcommiſſariatsbezirke, Kantone und Gemeinden der Pfalz eingeſetzten Behörden ſind hiermit aufgehoben und alle Handlungen und Beſchluſſe derſelben nichtig und wirkungslos. 3) Die geſetzlichen Obrigkeiten, Behörden und Beamten treten ſofort wieder in ihre Gewalt und Functionen ein. Die Eidesleiſtungen und Unterwerfungserklärungen, zu denen ſie durch die uſurpirte Gewalt gezwungen worden ſind, werden für nichtig und unverbindlich erklärt. In Betreff derjenigen Beamten, welche ſich eines pflichtwidrigen Benehmens ſchuldig gemacht haben, ſind von Seiten der zuſtändigen Behörden die geeigneten geſetzlichen Anordnungen zu treffen. 4) Gegen alle Staatsdiener, ſowie gegen alle mit irgend einer Function betrauten Perſonen (Anwälte, Notare, Gerichtsboten ꝛc.), welche ſich hinſichtlich der Wiederaufnahme und Fortführung ihres Dienſtes ſäumig erweiſen ſollten, ohne durch vorſchriftsmäßigen Urlaub dazu ermächtigt zu ſein, werden die geſetzlichen Maßregeln ergriffen werden. 5) Die königlichen Gerichte werden hiermit aufgefordert, gegen die Urheber und Theilnehmer an der hochverrätheriſchen Bewegung und an den begangenen beſonderen Verbrechen und Vergehen der geſetzlichen Vorſchrift gemäß einzuſchreiten. 6) Die Vollziehung der von der rebelliſchen Gewalt und ihren Agenten getroffenen Verfügungen über öffentliches Eigenthum, insbeſondere der Veräußerungen, und andere Gegenſtände, hört ſofort auf, und die Behörden ſind angewieſen, deßhalb die geeigneten Vorkehrungen zu treffen. Alle hierauf geleiſteten oder noch zu leiſtenden Zahlungen an andere, als die geſetzlich befugten Behörden, ſind nichtig. 7) Zur Sicherung der Gelder des Staates, der Gemeinden und Körperſchaften haben die vorgeſetzten Behörden und in deren Ermangelung die Ortsbehörden, bei Vermeidung perſönlicher Haftung, ſogleich bei allen Caſſabeamten und Verwaltern den Caſſaſturz vorzunehmen und zur ſichern Aufbewahrung der Gelder in den bezüglichen Caſſen die erforderlichen Anordnungen zu treffen. 8) In allen Gemeinden des Kreiſes ſind ſämmtliche im Beſitze der Ortseinwohner befindliche Waffen auf Betreiben der Ortsvorſtände einzuſammeln und nach den Anordnungen der Militärcommandanten in ſichere Verwahrung zu bringen. Hierbei iſt für die entſprechende Bezeichnung derjenigen Waffen, welche Privateigenthum ſind, Sorge zu tragen. Diejenigen, welche in der für die Ablieferung zu verkündenden Friſt der Aufforderung hierzu nicht Genüge leiſten würden, haben ſich die Unannehmlichkeiten ſelbſt zuzuſchreiben, welche durch die Hinwegnahme mittelſt militäriſchen Zwanges veranlaßt werden könnten. Wegen Verheimlichung von Waffen wird auf geeignete Weiſe weiter eingeſchritten werden. Die Reorganiſation der Bürgerwehr in den einzelnen Gemeinden bleibt ſpätern Anordnungen vorbehalten. 9) Während der Dauer des Kriegszuſtandes ſind alle Verſammlungen zu politiſchen Zwecken der vorgängigen Genehmigung der königlichen Landcommiſſariate im Benehmen mit den Militärcommandanten unterworfen. Jeder Verſuch der Zuwiderhandlung wird mit militäriſcher Gewalt unterdrückt und die Schuldigen werden zur geſetzlichen Beſtrafung vor Gericht geſtellt werden. 10) Die Militärcommandanten werden hiermit angewieſen, den ordentlichen Obrigkeiten zum Schutze ihrer Wirkſamkeit auf ihr Anſuchen die erforderliche militäriſche Hülfe zur Verfügung zu ſtellen. Ich werde in thunlichſter Bälde zur gleichmäßigen Durchführung dieſer Maßregeln die entſprechenden Truppendislocationen eintreten laſſen. 11) Die durch Fahnenflüchtige oder andere Individuen entwendeten äräriſchen Waffen und ſonſtige Ausrüſtungsgegenſtände aller Art ſind innerhalb der in meiner Bekanntmachung vom 16. dieſes gegebenen Friſt bei der königlichen Commandantſchaft Speier einzuliefern, widrigenfalls gegen die Betroffenen gerichtlich eingeſchritten werden wird. Ferner haben ſich bei der genannten Militärbehörde die zur Fahne freiwillig Zurückkehrenden zu weiterer Verfügung zu melden. Pfälzer! Ihr habt die väterlichen Worte Eures Königs vernommen. Ihr werdet die eingerückten Truppen als Euere Befreier von einem anarchiſchen Joche empfangen. Der Sinn für Geſetzlichkeit und Ordnung, wodurch Ihr Euch früher ſo rühmlich ausgezeichnet habt, wird meine Aufgabe erleichtern, die Herrſchaft der Geſetze und der Staatsverfaſſung wieder herzuſtellen. Hierbei erwarte ich von allen Gutgeſinnten, daß ſie nach Kräften dazu mitwirken werden, den bisherigen geſetzloſen Zuſtand zu beſeitigen und die Herrſchaft des Geſetzes wieder herzuſtellen. Es iſt unbedingt nöthig, daß alle braven Männer der Pfalz feſt zuſammenhalten, daß ſie kräftig auftreten, daß ſie die Geſetze, daß ſie ihr Eigenthum, daß ſie Hab und Gut und die höchſten Güter des Lebens vor aller Gewaltthat ſchützen, denn was will eine Partei für eine Ausſicht auf Erfolg erwerben, wenn jede Gemeinde, jedes Dorf, jede Stadt feſt zuſammenſteht und dem Geſetze durch ihr männliches Auftreten die wahre Kraft verleiht. Zu dieſem Zwecke hat Se. Majeſtät der König einem jeden Kreis des Reiches eine Anzahl von Waffen verliehen, die hinlänglich geweſen wäre, eine jede revolutionäre Bewegung durch die eigene Kraft des Volkes niederzuſchlagen. Dieſe Waffen ſind weder zum Schutze der Regierung, noch zu Euerem eigenen Schutze verwendet worden, ſondern Ihr ſeid einer Gewalt gewichen, die nichts als Euer Unglück wollte. Damit nun ſolches nicht wieder geſchehe, iſt meine Abſicht, ſobald als nur immer möglich, die Bürgerwehr neu zu errichten, und ich werde demnächſt denjenigen Bürgern die Waffen wiedergeben, die bereit ſind, ſie für die unveräußerlichen Rechte des Thrones, der Verfaſſung und zum Schutze ihrer Rechte und Freiheit zu führen. Speyer, am 22. Juni 1849. Der Commandirende des weſtfränkiſchen Armeecorps. Carl Theodor Fürſt von Thurn und Taxis, Generallieutenant."

Eine zweite Bekanntmachung beſchränkt die Amneſtie für die fahnenflüchtigen Soldaten welche nach Bekanntwerden derſelben nicht länger unter den Aufſtändiſchen gedient haben.

Landau, 18. Juni. Hier iſt folgender Tagesbefehl erſchienen:

„Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen haben bei Ihrem geſtrigen kurzen Aufenthalte in hieſiger Feſtung die glänzendſte Anerkennung für die ausgezeichneten Dienſte, welche die Offiziere und treugebliebene Mannſchaft ſeit mehr als einem Monat zur Erhaltung der Feſtung Landau mit ſo vieler Hingebung leiſteten, in für die baieriſchen Waffen ehrendſten Ausdrücken ausgeſprochen und dabei vorzüglich mit Nachdruck hervorgehoben, daß durch dieſe ſeltene Treue und Ausdauer die Garniſon von Landau ſich die Achtung und Bewunderung aller Militärs, namentlich der preußiſchen Armee, und den Dank des deutſchen Vaterlandes erworben habe, und überdies als größten Lohn Jeder, der hier ſeine Pflicht ſo treu erfülle, ein höchſt erhebendes Bewußtſein im Herzen trage. Freiherr v. Jeetze, Generalmajor und Feſtungscommandant."

Stuttgart, 21. Juni. Der König iſt dieſen Morgen hier eingetroffen. (Schw. M.)

*In **Heilbronn** kamen am 23. Juni den ganzen Tag über Flüchtlinge, Freiſchaaren ꝛc. aus dem Badiſchen an. Aus Ludwigsburg iſt ein Reiterregiment und Artillerie nach Illingen gegen die badiſche Grenze gegangen. Die würtembergiſche Grenze iſt bis Bonfeld und Wimpfen vollſtändig gedeckt. Am 22. Abends von 6 bis 10 Uhr hörte man in Heilbronn in der Richtung gegen Aglaſterhauſen eine lebhafte Kanonade. Der Poſtenlauf von Heidelberg her war unterbrochen. Man erfuhr, daß am Abend des 22. eine große Colonne badiſcher Truppen und Freiſchaaren nebſt Artillerie in der Richtung gegen Eppingen abmarſchirt ſei, um, wie man ſagt, auf dieſem Wege nach Karlsruhe oder Raſtatt zu gelangen.

Karlsruhe, 23. Juni. Geſtern Abend ſpät trafen noch wichtige Nachrichten ein; der geſtrige Tag war entſcheidend durch den Kampf bei Waghäuſel und Umgegend, der das Schickſal der badiſchen Armee und der zugezogenen Schaaren entſchied. Heute Nacht (22/23. Juni) 2 Uhr, kamen 15 Mann des hieſigen erſten Aufgebots hierher zurück, heute Vormittag eine Maſſe zerſprengter Soldaten, einzeln und truppweiſe, auch etliche Geſchütze; alle Flüchtigen erzählen von der ſchauderhaften Planloſigkeit und Verwirrung. Mieroslawski hatte in der letzten Nacht mit dem Reſt ſeiner Truppen ſein Hauptquartier in Eppingen (eine Stunde von der würtembergiſchen Grenze). Er ſoll beabſichtigen, die Murgthallinie zu gewinnen. Noch fort und fort wird Vieh gewaltſam weggeführt. Heute Vormittag wurde das Gewölbe der großherzoglichen Amortiſationscaſſe gewaltſam erbrochen, um einige Serien noch nicht ausgegebener badiſcher Rentenſcheine und Obligationen zu holen. Ich möchte Alle vor dem Ankauf dieſer Papiere warnen, indem alle dieſe Serien und Nummern annullirt werden. Auf dem (privat-eigenthümlichen) großherzogl. Schloſſe Eberſtein bei Gernsbach wurden ſchon wiederholte Unterſuchungen und Nachgrabungen (ſelbſt im Kuhſtall) vorgenommen, um einen

angeblich dort verborgenen großen Geldſchatz zu finden, aber Alles war vergeblich! — Nachmittags: Die ganze Niederlage des badiſchen Heeres wird ſtündlich mehr beſtätigt; der Reſt der Mieroslawskiſchen Schaar wird noch auf 5000 Mann angegeben. Stündlich kommen Flüchtlinge zurück. (Schw. M.)

* Eine Proklamation des Obercommandanten Doll, die am 23. Abends erſchien, enthält Folgendes über das Treffen bei Waghäuſel:

„Geſtern hat ein Zuſammenſtoß unſerer Neckararmee mit den preußiſchen Truppen bei Waghäuſel ſtattgefunden. Bereits hatten die Unſerigen unter der tapfern Führung von Mieroslawski und Sigel den Feind in wildeſter Flucht auseinander gejagt, als er plötzlich durch den Zuzug heſſiſcher und altbaieriſcher (?) Truppen verſtärkt wurde. Eine Abtheilung unſerer durch das lange Bivouaquiren ermüdeten Cavallerie warf ſich, durch die unerwartete Ankunft dieſer zahlreichen Verſtärkung ſtutzig geworden, auf die nachfolgenden Reihen der Linie und Volkswehr zurück, die ſich auch diesmal wieder mit gewohnter glänzender Tapferkeit ſchlugen, und brachte die Letztern dadurch in völlige Unordnung. Durch die Zerſtreuung der einzelnen Abtheilungen ſahen ſich die Unſerigen zum Rückzug genöthigt, der ohne Nachtheil bewerkſtelligt wurde. Der Verluſt auf Seite der Preußen iſt nach ſicheren Berichten mindeſtens noch einmal ſo ſtark, als der unſerige, und ohne das Zurückweichen der erwähnten Abtheilung wurden wir den Feind gänzlich aufgerieben haben. Noch iſt nichts verloren. General Sznaide ſteht mit ſeinem Corps ſchlagfertig in Bruchſal. Das Gros der Neckararmee, deren zerſtreute Abtheilungen ſich bereits wieder geſammelt haben, concentrirt ſich bei Karlsruhe, und hier wird bald dem Feinde eine impoſante Macht entgegengeworfen werden."

Nach dieſen badiſchen Berichten ſcheint es übrigens, als hätten **zwei** Treffen bei Waghäuſel ſtattgefunden, am 21. und am 22. Juni; in dem erſten ſchreiben ſich die Badner den Sieg zu. Die Karlsruher Zeitung meldet darüber aus **Heidelberg**, vom 21. Juni Abends:

„Heute fand ein ernſthaftes Gefecht mit den auf einer Brücke bei Philippsburg übergeſetzten Preußen ſtatt. Dieſelben waren etwa 12,000 Mann ſtark, die Badener, die ihnen unter Mieroslawski entgegenſtanden, gleichfalls. Das Treffen begann Morgens mit einem heftigen Feuer der badiſchen Artillerie, die Preußen wurden darauf auf allen Punkten geworfen, Waghäuſel mit Sturm genommen, mehrere Kanonen demontirt. Die ganze preußiſche Truppenmacht zog ſich in wilder Flucht gegen den Rhein hin auf ihre Reſerven, hartnäckig verfolgt von den badiſchen Truppen, und nur der offenbare Verrath rettete dieſelben; denn plötzlich hieß es, ohne allen Befehl, in einzelnen Abtheilungen: retiriren! und man brachte ſo ohne allen Grund die Dragoner und einen Theil der Artillerie zum Rückmarſch. Das hinderte nicht allein die weitere Verfolgung, ſondern brachte Unordnung in das Ganze. Kurz, die badiſche Armee, mitten in der Verfolgung des Feindes begriffen, der auch nicht den mindeſten Widerſtand mehr zu leiſten vermochte, zog ſich, ohne angegriffen zu ſein, zurück."

Die conſtituirende Landesverſammlung hielt übrigens noch am 23. eine Sitzung und debattirte, als wenn Hannibal nicht vor den Thoren ſtände. Die Wahl Struve's (in Mannheim) wurde angezeigt. Die Sitzung war übrigens zum größten Theil eine geheime und endigte mit dem Beſchluß, daß morgen keine Sitzung zu halten, und die nächſte durch den Präſidenten beſonders zu beſtimmen ſei.

Freiburg, 22. Juni. Geſtern Abend ſind die Mitglieder der Reichsregentſchaft, Raveaux, Vogt, Simon, Schüler, Becher von Stuttgart hier angekommen und haben heute mit dem erſten Nachmittagszuge ihre Reiſe nach Baden fortgeſetzt. (Fr. Z.)

Baden, 23. Juni. Franz Raveaux's und der übrigen Mitglieder der Reichsregentſchaft Namen erſcheinen unter den geſtern dahier eingetroffenen Fremden. Theils ſchon früher, theils mit ihnen ſind viele Mitglieder des aus Stuttgart vertriebenen Parlaments hier angekommen, ſo daß deren Anzahl ſich über 40 belaufen mag. (Schw. M.)

Mannheim, 25. Juni. Die am 22. d. M. gefänglich nach dem Stadthauſe gebrachten Trützſchler und Scheck (Artillerie-Capitän aus der Schweiz) wurden geſtern um halb 2 Uhr durch eine halbe Compagnie Preußen von da abgeholt, und nachdem ihnen öffentlich von dem Compagnieführer für den Fall eines Fluchtverſuchs mit augenblicklichem Tode gedroht worden war, in Droſchken unter Begleitung ſämmtlicher preuß. Truppen nach Schwetzingen gebracht, woſelbſt ſie, einem Gerüchte zufolge, heute Morgen erſchoſſen worden ſein ſollen. Wahrſcheinlicher iſt, daß man dieſelben, behufs einer Generalunterſuchung, vorläufig in das preuß. Hauptquartier verbracht hat. (Mannh. Abdz.)

§§ **Aus dem nördlichen Schleswig**, 22. Juni. Trotzdem ſich von allen Seiten die Friedensgerüchte kreuzen, gibt uns aus dem Hauptquartier Horſens die authentiſche Nachricht zu, daß daſelbſt am 20. d. Befehl gegeben, daß die preußiſche Avantgarde-Diviſion unter General v. Hirſchfeld am 21. d. Morgens früh nach dem Norden vorgehen ſoll, und die baieriſche Diviſion nachzurücken habe. Dieſes iſt auch bereits zu der angegebenen Zeit geſchehen, doch in der Weiſe, daß man es auf alle Fälle vermied mit dem Feind irgendwie zuſammenzutreffen: die Avantgarde nahm ihren Weg öſtlich, ließ Aarhuus liegen und ging auf die Straße zwiſchen Aarhuus und Viborg bei den Kirchdörfern Sabro, Sall und Houberg vor, wo die äußerſte Vorhut noch am Abend deſſelben Tages ohne auf einen Feind zu ſtoßen in Randers einrückte, der übrige Theil wird wohl heute früh ebendaſelbſt eingetroffen ſein. Der Grund dieſes Vorrückens iſt einzig und allein durch den Mangel an Lebensmitteln in den bis dahin occupirten Theilen Jütlands zu finden. General Prittwitz hatte ſich mit der Statthalterſchaft in Unterhandlung geſetzt, ihm ein beſtimmtes Quantum Lebensmittel täglich für die Reichstruppen ohne weitere Entſchädigung zu liefern, die Statthalterſchaft hat dieſes Geſuch jedoch mit Entſchiedenheit ablehnen zu müſſen geglaubt, die Truppen in Jütland ſind ja ausdrücklich darauf angewieſen, ſich ihre Fourage vom Feinde geben zu laſſen, ſonſt hätte die ganze Occupation keine Bedeutung. Auf dieſe entſchieden ablehnende Antwort der Statthalterſchaft ſah ſich denn der General Prittwitz genöthigt, da auf ſchonende Weiſe nicht mehr genügende Fourage zu bekommen war, weiter zu gehen; er hat Randers gewählt, welches der Hauptſtapelplatz aller Vorräthe von ganz Nordjütland iſt, und wird ſich dort wohl bis zum Abſchluß des Friedens, an welchem nun mit aller Macht gearbeitet wird, aufhalten, wenn nicht die Dänen bei dem ſehr ausgedehnten Terrain einen Verſuch machen ſollten, ein kleines Corps anzugreifen, was aber, wie wir vielen Grund zu glauben haben, bereits vorgeſehen iſt, da man in Jütland völlig nach Uebereinkunft zu operiren ſcheint, und der General Prittwitz den Dänen gegenüber den Spruch gelten läßt „Lieber Unrecht leiden, als Unrecht thun."

○ **Hamburg**, 23. Juni. Das an den bisherigen Geſandten der franzöſiſchen Republik in Hamburg, Herrn Klein, ſchon vor einiger Zeit gelangte Abberufungsſchreiben — Conſul Lagaud bisher in Turin wird ihn erſetzen — hat in hieſigen Kreiſen nicht geringes Aufſehen bewirkt. Wir erfahren, daß Herr Klein welcher ſich zu ſeinen hieſigen Landsleuten in einer ungezwungenen vertraulichen Stellung befand und immer ganz aufrichtigen Republikanismus bei jeder Gelegenheit beurkundete, der gegenwärtigen franzöſiſchen Regierung eben wegen ſeiner entſchieden demokratiſchen Geſinnung und im Hinblick auf die Quelle ſeiner Beförderung nicht länger behagte. Er wurde als ein Freund Baſtide's durch deſſen Einfluß zum Geſandten bei den Hanſeſtädten ernannt. Als Herr Klein hier eintraf ward er als „Excellenz" in den Zeitungen aufgeführt und gab deßhalb bei den Vollblutsrepublikanern unter den in Hamburg anſäſſigen Franzoſen einiges Aergerniß, während man ihn jetzt ſehr ungern ſcheiden ſieht. Die Bevollmächtigten Frankreichs wechſeln hier überhaupt ſeit der Revolution auffallend oft; Herrn Kleins Vorgänger war Herr Deſſeſſarts, vor den Februarereigniſſen einfacher Beamter in einem Miniſterialbureau, welcher hier, wenn auch nicht als Diplomat doch als Galanthomme und Lebemann dem Stadtgeſpräch viel Beſchäftigung gab. Er dilettantirt jetzt im diplomatiſchen Fache als Generalconſul zu Amſterdam. Der Baron Aime, Attaché bei der hieſigen franzöſiſchen Geſandtſchaft vor der Februarrevolution, iſt nach langer Abweſenheit hier wieder eingetroffen und tritt ſeinen Poſten zum Erſtaunen Vieler wieder an. Auch dieſer Umſtand führt die hieſigen Franzoſen zu der Behauptung, Präſident Louis Napoleon und ſeine Miniſter ſchritten allmälig zur „Reſtauration." Die „Förderer einer Erklärung an die Conſtituante" — von welcher Sache man Ihnen bereits geſchrieben hat — ſind bekümmert über das gänzlich Erfolgloſe ihrer Bemühungen. Sie haben alle weiteren Schritte zum Ziele zu gelangen, als vorausſichtlich unnütz aufgegeben und ſprechen ſoeben ihre beſcheidene Reſignation mit den Worten aus: Uns bleibt nur noch Ein Wunſch; es iſt der, daß unſere Beſorgniſſe für Hamburgs Zukunft, veranlaßt durch das Verfaſſungswerk der Conſtituante, ungerechtfertigt bleiben mögen!

℘ **Hamburg**, 24. Juni. Der zeither ſo raſche Entwickelungsgang unſerer Verfaſſungsreform erfährt jetzt einen ernſten Widerſtand, denn derſelbe geht **vom Senate ſelbſt** aus. Der Senat will die Befugniß der conſtituirenden Verſammlung, Uebergangsbeſtimmungen in Betreff der Verwirklichung ihrer Beſchlüſſe zu treffen, nicht anerkennen. Nach jenen Uebergangsbeſtimmungen

ſollte die neue Bürgerſchaft am 1. September d. J. und ſpäteſtens bis zum 1. September 1850 der neue Rath zuſammentreten; in der Zwiſchenzeit aber würde der bisherige Senat an ſeinem Poſten bleiben, und zwar in die von der Conſtituante feſtgeſetzten Verhältniſſe zur Bürgerſchaft ſich zu fügen haben. Der jetzige Rath nimmt jedoch für ſich und die bisherige Bürgerſchaft die Anordnung der Einführungsbeſtimmungen in ihrem ganzen Umfange in Anſpruch. Man erſieht es aus dem nachſtehenden, am geſtrigen Abend der conſtituirenden Verſammlung zugegangenen, übrigens mit großer Ruhe von ihr aufgenommenen Concluſum: „Aus dem neuerdings veröffentlichten Entwurf einer Verfaſſung des Freiſtaates Hamburg, welcher den jetzigen Berathungen der conſtituirenden Verſammlung zu Grunde liegt, hat der Senat erſehen, daß dieſer Entwurf in ſeinem zwölften Abſchnitte, unter der Ueberſchrift „Uebergangsbeſtimmungen" Verfügungen enthält, hinſichtlich deren es nicht zweifelhaft ſein kann, daß die conſtituirende Verſammlung, falls ſie dieſelben zum Gegenſtande ihrer Beſchlußnahme machen ſollte, die Grenzen ihrer verfaſſungsgemäßen Competenz überſchreiten würde. Der Senat muß ſich ſowohl für ſich als auch in ſeiner Stellung der Erbgeſeſſenen Bürgerſchaft gegenüber, veranlaßt finden, ſchon jetzt die conſtituirende Verſammlung hierauf aufmerkſam zu machen, um jeglichen Zweifel über ſeine desfallſige Anſicht von vornherein zu beſeitigen."

Die Conſtituante ließ ſich geſtern Abend nicht behindern, trotz dieſer Warnung des Senates den §. 61 des Verfaſſungsentwurfs, betreffend den Zuſammentritt der neuen Bürgerſchaft am 1. September, Mittags 12 Uhr faſt einſtimmig anzunehmen. Morgen wird die zweite Leſung fortgeſetzt, und wird es dann wohl zu ernſtlicher Debatte über die Senatsmittheilung kommen. Wir fürchten, daß ein hitziger und langwieriger Competenzſtreit uns bevorſteht.

Lübeck, 21. Juni. Unſer Senat hatte in der Sitzung des Bürgerausſchuſſes den Antrag eingebracht, daß unſer Staat dem Reichsverfaſſungs- und Reichsgerichtsentwurfe der drei königlichen Regierungen beitrete, unter dem einzigen Vorbehalte, daß rückſichtlich des §. 33 des Verfaſſungsentwurfs und der darin vorgeſchriebenen Zolleinigung der Beitritt der Herzogthümer Holſtein und Lauenburg abgewartet werde. Zugleich verheißt man in dem Decrete eine Aenderung des Wahlgeſetzes in liberalem Sinne; indeß dürfe man, wenn eine ſolche Aenderung nicht zu erlangen ſei, deshalb keinenfalls das Ganze zurückweiſen. Der Bürgerausſchuß hat eine Commiſſion zur Berathung des Antrags niedergeſetzt. (Rh. B.)

Großbritannien.

* **London**, 22. Juni. Eine in den letzten Tagen in dem Londoner Stadttheil Finsbury abgehaltene Verſammlung des hauptſtädtiſchen Vereins für Parlaments- und Finanzreform verdient erwähnt zu werden. Den Vorſitz führte das Parlamentsmitglied Sir J. Walmsby. Mehrere andere derſelben politiſchen Richtung angehörende Parlamentsmitglieder hatten ſich brieflich für ihr Ausbleiben mit unaufſchiebbaren Geſchäften oder ſonſtwie entſchuldigt; der bekannte T. Duncombe hatte ſeinem Briefe 10 Pf. beigeſchloſſen, um für Vereinszwecke verwandt zu werden. Der Vorſitzende ſuchte die Uebel hervorzuheben, die aus dem jetzigen beſchränkten Wahlgeſetze entſpringen, Uebel, denen ſeiner Anſicht nach nur dadurch abgeholfen werden könne, daß das Wahlrecht auf jeden Erwachſenen, der zu den Armenſteuern beiträgt, ausgedehnt, die Eigenthumsqualification abgeſchafft und die Wahlbezirke nach einem gleichmäßigeren Syſtem eingetheilt würden. Hierzu müßten noch dreijährige Parlamente und geheime Abſtimmung kommen. Ein anderer Redner bemerkte: daß das engliſche Volk verdiene, ein weitherzigeres Wahlgeſetz zu erhalten, ergäbe ſich daraus, daß es ſich nicht wie die Völker des Feſtlands gegen ihre Regierung in Waffen erhoben habe. Das engliſche Volk trachte nicht darnach, die Grundlagen des Throns zu unterwühlen, noch irgend etwas zu thun, was die erhabenſte Frau im Lande beunruhigen könnte (enthuſiaſtiſcher lang anhaltender Beifall), noch wünſchten ſie die Ruhe des Oberhauſes zu ſtören (heftiges Ziſchen und Hohngeſchrei). In dieſem Sinne wurden Beſchlüſſe beantragt und einſtimmig angenommen.

Aus der Rede Hrn. Thompſon's und der Art, wie ſie aufgenommen worden, geht einmal hervor, daß die britiſchen Radicalreformer zwar Demokraten, aber keine Republicaner ſind, vielmehr jeden Anlaß ergreifen, um ihre Treue und Ergebenheit gegen das Staatsoberhaupt auszudrücken. Dagegen iſt ihnen das ariſtokratiſche Haus der Lords, welches ſie als einen Hemmſchuh für jeden legiſlativen Fortſchritt betrachten, ſchon längſt ein Stein des Anſtoßes. Doch greifen ſie das Oberhaus nicht direct an, ſie trachten zuvörderſt nur darnach, das Unterhaus zu demokratiſiren, indem ſie wiſſen, daß, wenn dieſer Zweck erreicht iſt, die Macht des Oberhauſes von ſelbſt zerfallen muß. Allerdings iſt dieſer Weg langſam, aber auch um ſo praktiſcher und ſicherer. Wenigſtens werden dabei nicht die Freiheiten und Rechte aufs Spiel geſetzt, die man bereits beſitzt; es iſt dies die praktiſche, von der Art der Feſtländiſchen gänzlich abweichende britiſche Reformweiſe. Ob, wenn es gelänge, die Macht des Oberhauſes zu brechen, auch die Autorität der Krone unerſchüttert bleiben würde, iſt freilich eine andere Frage. Inzwiſchen haben die Briten Muße und Ruhe genug, das neue Wunderwerk, die von dem bekannten Stephenſon erbaute Röhrenbrücke über die Menaiſtraße, oder die ſogenannte Britanniabrücke, zu bewundern. Sie hat im Ganzen eine Länge von 1849 Fuß, alſo genau, wie engliſche Zeitungen bemerken, dem Jahre 1849 entſprechend. Die Engländer und Nordamerikaner führen Rieſenwerke auf Rieſenwerke auf, während bei uns die Wuth des Bürgerkrieges Bau auf Bau mit Zerſtörung zu bedrohen ſcheint.

Frankreich.

* **Paris**, 24. Juni. Das Einzige, was für den Augenblick die öffentliche Aufmerkſamkeit überwiegend beſchäftigt, ſind die bevorſtehenden Wahlen in der Hauptſtadt. Die Union Electorale hat bereits eine vorläufige Liſte der Candidaten der gemäßigten Partei in Umlauf geſetzt, auf welcher ſich von bekannteren Namen die Herren Leon de Maleville, Achille Fould, Lanjuinais, Chambolle (der frühere Redacteur des Siecle), der Diviſionsgeneral de Bar, Lucian Bonaparte, der Oberbefehlshaber der Alpenarmee, General Magnan, Ferdinand Barrot, Benjamin Deleſſert, Garnier-Pages, der Diviſionsgeneral Piat und der ehemalige Begleiter des Prinzen von Joinville nach St. Helena, der Abbe Boquereau befinden. Man hatte auch die Namen Marie und Lamartine erwartet: der letztere aber hat ſich nicht verpflichten wollen, für das Seine-Departement zu optiren, und der erſtere will ſich nicht anheiſchig machen, zurückzutreten, wenn er auf der Schlußliſte der Union — denn es ſind nur 11 Repräſentantenſtellen vacant — geſtrichen werden ſollte. Es iſt übrigens in vieler Hinſicht bezeichnend, daß alle die genannten Männer, faſt lauter hervorragende Namen im öffentlichen Leben, bis jetzt noch von keinem Wahlkörper wieder gewählt worden ſind.

Der Moniteur veröffentlicht den folgenden Tagesbefehl des Kriegsminiſters an die Armee: „In Paris, in Lyon, in mehreren Departements hat die Armee während der letzten Tage dem Lande und ſich ſelbſt unermeßliche Dienſte geleiſtet. Sie hat die Verläumdungen Lügen geſtraft, welche ſie beſchuldigten, daß ſie mit der Unordnung ſympathiſire. Sie hat ſtolz ihr Banner im Angeſicht der Factionen aufgepflanzt. Ihre Stellung in der Geſellſchaft iſt klar bezeichnet: es iſt die eines Beſchützers der Ordnung und alſo der geſetzlichen Freiheit. Ihre Anſprüche auf einen gerechten Stolz ſind von Neuem geheiligt; ſie ſind der Lohn der Disciplin, des Muthes und der Hingebung! Soldaten! Im Namen des Präſidenten der Republik und der Regierung wünſcht der Kriegsminiſter Euch deßhalb Glück; er dankt Euch dafür im Namen des ganzen Landes. Der Kriegsminiſter, Rhulliere."

Die Nachwehen der letzten Ereigniſſe machen ſich noch immer fühlbar. Die Auflöſung der Nationalgarden aller Städte, welche ſich in irgend einer Weiſe dabei compromittirt haben, iſt ausgeſprochen: die Maßregel hat bereits die Nationalgarden von Perpignan (Oſt-Pyrenäen), Vienne (Iſère), Beaumont (Puy de Dôme), Lonhans (Saone und Loire) Azé (in demſelben Departement) und in einer Stadt des Oberrheins getroffen, welche die Pariſer Blätter mit dem fabelhaften und mindeſtens ſehr otaheitiſch klingenden Namen Hunawhir belegen. In Lyon iſt auf beſondere Anweiſung des Kriegsminiſters die Aburtheilung der bei dem Aufſtande Betheiligten den ordentlichen Gerichten abgenommen und den Kriegsgerichten übergeben. Eine Nachricht des Temps, daß das Miniſterium ein Preßgeſetz vorbereitet, welches im Weſentlichen den früheren Zuſtand wiederherſtellen würde, welches die Caution der Tagesblätter auf 100,000 Fr. erhöht, den Stempel wieder einführt und den Gerichten die Befugniß gibt, ein Blatt zu ſuſpendiren und ſelbſt zu unterdrücken, wird ſich hoffentlich nicht beſtätigen. Es ſind übrigens auch eine An-

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Wien (Armeeberichte. Nachrichten aus Venedig. Der ungariſche Feldzug. Nachrichten aus Südungarn. Hinrichtungen in Peſth. Ungariſche Nachrichten. Der Friede mit Sardinien. Räumung von Aleſſandria). Berlin (Der Proceß der Maigefangnen. Die Ereigniſſe in Süddeutſchland. Literariſches. Würtembergs Antwort. Hr. v. d. Pfordten. Hr. Temme). Stuttgart (Freiſchaarenzüge. Politiſche Unterſuchungen. Das Geſchwornengeſetz. Staatsanleihe). Karlsruhe (Die Reichsverſammlung. Das Einrücken der Preußen und die vorausgehenden Gefechte). Von der Enz (Der Rückzug der badiſchen Truppen). Stockach (Die öffentlichen Caſſen. Freiſchärler aus Ravensburg. Preßfreiheit). Sinsheim (Die Flucht Mieroslawski's. Vorrücken Peucker's. Die Mecklenburgiſchen Truppen). Gotha (Eröffnung der Abgeordnetenverſammlung. Die Friedensverhandlungen mit Dänemark). Aus dem nördlichen Schleswig (Landung der Dänen. Fridericia. Die deutſchen Operationen).

Italien. (Näheres über den Fall Ancona's). Turin (Anleihe).

Niederland. Amſterdam (Sieg der Holländer über die Balineſen. Erſtürmung ihrer Hauptſtadt Flucht der Fürſten).

Polen. Warſchau (Ankunft des Kaiſers).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 27. Juni).

Deutſchland.

• **Frankfurt**, 27. Juni. Zur Ergänzung der von der einen Seite allzu lakoniſchen, von der andern ganz verworrenen Berichte über die Kriegsereigniſſe, können wir diesmal das Mainzer Journal benützen. Es heißt darin, vom 26. Juni: „Nach einer ſo eben hier eingetroffenen officiellen Meldung hat geſtern früh bei Durlach von 10 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags ein ſehr hitziges Gefecht zwiſchen den preußiſchen Truppen, unter perſönlicher Anführung Sr. K. H. des Prinzen von Preußen, und den Freiſchaaren, geführt von Willich, ſtattgefunden. Die Freiſchaaren beſtanden aus den Schweizer Scharfſchützen, den Hanauer Turnern und der polniſchen Legion nebſt badiſcher Artillerie. Andere badiſche Truppen waren bei der Affaire nicht zugegen. Die Freiſchaaren leiſteten heftigen Widerſtand. Ihre Poſitionen wurden von der preußiſchen Infanterie mit dem Bajonett genommen, wobei beſonders ein preußiſches Landwehrbataillon nicht unbedeutenden Verluſt erlitten hat. Die Freiſchärler zogen ſich nach der Murgpoſition in die Gegend von Raſtatt zurück. Ihre Aufgabe ſcheint geweſen zu ſein, den Rückzug von Mieroslawski und die Gegend von Raſtatt zu decken. Sie verloren auf ihrem Rückzuge keine Geſchütze. Ihrem Anführer Willich wird auch von preußiſcher Seite das Zeugniß geſchickter und tüchtiger Führung nicht verſagt. Um 4 Uhr Nachmittags rückte der Prinz von Preußen in Karlsruhe ein und ſtieg im dortigen Schloſſe ab. Er ließ ſofort die Truppen, nebſt der Karlsruher Bürgerwehr, welche nicht entwaffnet wurde, defiliren.“ Im Uebrigen verweiſen wir auf die unten folgenden Nachrichten aus Baden.

△ **Wien**, 23. Juni. Aus den beiden geſtrigen Armeeberichten wird klar, daß Görgey mit 80 Kanonen und 30,000 Mann dieſſeits der Waag ſtand, wovon wir hier keine Ahnung hatten; Görgey ſoll ſich in ungeordneter Flucht an die Gran zurückgezogen haben und die Ruſſen ſollen weſentlich zu dieſem Rückzuge beigetragen haben. In Böſing ſind wieder 14,000 Mann Verſtärkung der Letzteren eingetroffen. Daß Dembinski den Oberbefehl niedergelegt, hat ſich nicht beſtätigt, im Gegentheil ſteht er mit einer ſehr ſtarken Macht in den nördlichen Comitaten und den Bergſtädten. Das Hauptquartier des Fürſten Paskewitſch ſoll ſich bereits in Eperies befinden und ſeine Vorpoſten ſollen bis gegen Kaſchau ſtehen. Erſt wenn er Kaſchau beſetzt haben wird, werden die Operationen mehr in Uebereinſtimmung mit den übrigen Armeecorps beginnen können. Die letzten Nachrichten aus Südungarn ſagen, daß die Bacska nun ganz von den Inſurgenten geräumt und das Hauptquartier des Banus ſich in O-Ker, zwiſchen Szove und Kis-Ker befindet. Perczel ſoll nach Peſth berufen ſein, um des Obercommando's entſetzt zu werden wegen ſeiner Verluſte im Tſchaikiſtendiſtricte und der Bacska. Das Commando in der Feſtung Peterwardein, die von den Truppen des Banus cernirt iſt, ſoll ein ehemaliger kaiſerlicher Officier Namens Horvath führen. Croatien und Slavonien wollen neuerdings 3000 M. Truppen ausheben und unter den Befehl des Banus ſtellen. Die Magyaren an der unteren Donaulinie ſollen ſich nach Siebenbürgen zurückgezogen haben, und die Ruſſen bereits gegen Orſova vorrücken. Unſere Befürchtungen über das Schickſal unſerer Gefangenen in Peſth ꝛc. ſcheinen nicht unbegründet. Privatberichte melden blutige Repreſſalien für die Hinrichtungen in Preßburg (Mednianſky, Razga, Pettök ꝛc.) Man berichtet die Hinrichtung von ſieben Perſonen in Peſth, worunter der Adjutant Hentzi's und zwei Stabsofficiere genannt werden.

* **Wien**, 23. Juni. Ueber die Donau bei Peſth iſt eine Nothbrücke geſchlagen. Die Stadt Comorn hat von der proviſoriſchen Regierung eine vorläufige Entſchädigung von 200,000 fl. halb in Papier und halb in Silber erhalten. Die ungariſchen Banknoten ſinken immer mehr im Werthe; dafür ſoll Gold und Silber in neuerer Zeit häufiger circuliren. Die Banknotenpreſſe iſt noch immer in Debreczin. Auch Koſſuth's Familie weilt noch daſelbſt. Ariſtides Deſſewffy und Pöltenberg ſind zu Generälen ernannt worden und der wieder geneſene General Vetter wird das Commando an der unteren Donau übernehmen. Einem Schreiben aus Trieſt vom 19. d. zufolge hört man dort ſeit vier Tagen faſt ununterbrochen Kanonendonner in der Richtung von Venedig. An dem Abſchluſſe des Friedenstractates mit Sardinien zweifelt Niemand mehr und man bringt mehrere Operationen hieſiger Banquiers mit der von daher zu leiſtenden Kriegscontribution in Verbindung. Als Neueſtes wird aus Mailand unterm 16. d. berichtet, daß an das vierte Armeecorps der Befehl ergangen ſei, die Feſtung Aleſſandria ſofort zu räumen. Es geſchieht dies auf Veranlaſſung des Miniſters Bruck, um den ſchnellen Abſchluß des Friedens zu erleichtern. Dagegen wird aber Valença mit 1000 Mann beſetzt. Daß öſterreichiſcherſeits die Beſetzung Aleſſandria's ſo leicht aufgegeben wird, dafür iſt wohl die durch dortige Falſchwerber beinahe öffentlich betriebene Aneiferung zur Deſertion (es liegen Ungarn und Polen dort) und die ſo beginnende oder doch zu fürchtende Demoraliſation der k. k. Truppen als ein weiterer Grund zu betrachten.

Wien, 23. Juni. Telegraphiſche Depeſche, in Schönbrunn eingelangt am 22. Juni 6 Uhr Abends. Der kaiſerlich ruſſiſche Oberſtlieutenant Ullrich kommt ſoeben vom Schlachtfelde und bringt die Nachricht, daß der Feind geſchlagen, über die Waag zurückgeworfen und die Brücke bei Negyed* zerſtört wurde; in der Richtung gegen Gutta werden die Inſurgenten noch verfolgt. Die vereinten ruſſiſchen und k. k. Truppen haben mit muthvoller Ausdauer gekämpft.

Erſtes Bulletin der Donauarmee. Geſtern, am 21. Juni, wurden die Inſurgenten, 30,000 Mann mit 80 Geſchützen ſtark, unter Görgey's perſönlicher Anführung, von dem Armee-Reſervecorps unter F.M.L. Baron Wohlgemuth, in Verbindung mit der kaiſerlich ruſſiſchen Truppendiviſion Paniutin, aus der Stellung von Pered zurückgeſchlagen und bis Farkasd verfolgt. Der heftige Kampf, bei welchem die kaiſerlich ruſſiſchen Truppen mit den k. k. öſterreichiſchen an Muth und Ausdauer einen edlen Wettſtreit entwickelten, war um 8 Uhr Abends noch nicht beendet, daher die Details erſt ſpäter veröffentlicht werden. Der Feind wird verfolgt. Preßburg, am 22. Juni 1849. Frhr. v. Haynau, Feldzeugmeiſter und Armee-Obercommandant.

Eben eingehenden Nachrichten aus Meſtre vom Mittwoch Abend zufolge waren abermals Deputirte aus Venedig angekommen, um wegen der Uebergabe zu unterhandeln. F. M. L. Graf Thurn hatte in Folge Deſſen das Bombardement eingeſtellt und einen Courier mit dieſen Unterwerfungsvorſchlägen an den Grafen Radetzky nach Mailand geſchickt. Es iſt aus der Einſtellung des Bombardements zu vermuthen, daß die jetzigen Vorſchläge bedeutend von den früheren abweichen. (Wien. Z.)

ϟ **Berlin**, 25. Juni. Der Proceß der Maigefangenen iſt nun auch erledigt. Die Regierung hat offenbar den meiſten Schaden bei der Sache. Sie hatte gehofft, den Herren einen Hochverrathsproceß an den Hals hängen zu können, und ſiehe da, die Unterſuchung wollte ſchlechterdings nichts Anderes ergeben, als daß eine oder zwei Verſammlungen abgehalten und die Vorbereitungen zu einer künftigen Verbindung demokratiſcher Vereine beſprochen worden ſind. Wegen eines ſolchen Vergehens aber, von dem es — ſelbſt die Geſetzlichkeit des Belagerungszuſtandes vorausgeſetzt — mindeſtens zweifelhaft iſt, ob es juriſtiſch als Vergehen zu betrachten, dreizehn Männer von untadeligem Ruf und aus den geachtetſten Lebenskreiſen wochenlang in Unterſuchungsarreſt zu halten, iſt ein in Preußen wenigſtens unerhörtes Verfahren. Vergebens ſuchte der Staatsanwalt die gefährlichen Pläne des

vorjährigen demokratiſchen Congreſſes und dergleichen Fremdartiges hineinzuziehen; der Eindruck, den die Sache auf das Publicum in und außer dem Saale machte, iſt dadurch kein anderer geworden. Das Urtheil des Gerichts iſt übrigens milder, als man nach der Zuſammenſetzung deſſelben erwarten ſollte; namentlich verdient Erwähnung, daß es die ungerechtfertigte Unterſuchungshaft den Verurtheilten anrechnet: nach dem Geſetz iſt die Anrechnung der Unterſuchungshaft in das bonum arbitrium des Richters geſtellt. Die ungewohnte Arbeit mag den Herren vom Militär auch ſchwer geworden ſein: fünf nächtliche Stunden dauerte die Berathung. Die zwölfſtündige öffentliche Verhandlung war entſetzlich ermüdend. Da es größtentheils formelle Fragen waren, von denen die Entſcheidung abhing, ſo kann man denken, von wie wenig allgemeinen Intereſſe die meiſten Ausführungen waren.

Wundern Sie ſich nicht, mit welcher Theilnahmloſigkeit man hier den Ereigniſſen in der Pfalz und in Baden folgt? Kein einziger leitender Artikel, nicht ein Wort über die dürrſte Aufzählung der Thatſachen hinaus! Freilich können die Leidenſchaften in einem Kampfe, deſſen Ausgang ſelbſt dem Blindeſten klar ſein mußte, nicht ſehr erregt werden. Mehr als aller Schlachten und Belagerungen freut man ſich hier der niedlichen Geſchichte, daß ein Demokrat allen Ernſtes geglaubt hat, der Prinz von Preußen ſei zu den Badenern übergegangen, weil er von einem Uebergang des Prinzen (über den Rhein) ſprechen hörte.

Die Politik fängt bereits an, der Literatur wieder etwas Platz zu machen. Freilich ſpukt die Politik darin noch nach. Zuerſt iſt ein „Lehrbuch der Demagogie" erſchienen. Der Feind, gegen den es kämpft, liegt allerdings ſchon längſt zu Boden, dafür hat es den Reiz eines „Mährchens aus alter Zeit." Dann hat Robert Prutz einen Band neuer Gedichte herausgegeben. Er enthält mehr Proſa als Poeſie. Die Mitglieder des Frankfurter Parlaments ſollen darin gegeißelt werden. Auch der hieſige conſtitutionelle Club - doch das ſind res domesticae, die kein Intereſſe für Sie haben.

Lith. Corr. **Berlin**, 25. Juni. Von dem Würtembergiſchen Gouvernement ſoll eine Antwort auf die Note der dieſſeitigen Regierung (in Betreff der in Stuttgart tagenden Reichstagsabgeordneten) eingegangen ſein, in welcher ſich die Regierung des Königs von Würtemberg gegen jede Einmiſchung Preußens in die innern Angelegenheiten des Königreichs verwahrt. Was wir vorgeſtern vermuthungsweiſe mittheilten, beſtätigt ſich. Die Anweſenheit des baieriſchen Staatsminiſters v. d. Pfordten iſt in jeder Hinſicht reſultatlos. So ſtehen jetzt noch immer dem preußiſch-deutſchen Verfaſſungsplane außer Oeſterreich die königl. Regierungen von Baiern und Würtemberg und die kurfürſtl. von Heſſen-Kaſſel aus weſentlich verſchiedenen Gründen gegenüber. Dabei will das Verhältniß mit dem Reichsverweſer um nichts freundlicher werden. Während das preußiſche Gouvernement um eine Entwirrung dieſer äußerſt verwickelten Verhältniſſe in der That bemüht iſt, huldigt die Central-Regierung des Reiches in einem ſolchen Grade dem Princip des laissez-faire, daß man hier wenigſtens feſt davon überzeugt iſt, daß man in Frankfurt den öſterreichiſchen Intriguen nicht zu fern ſteht. Die Regierungen von Würtemberg und Heſſen-Kaſſel befinden ſich ſo momentan in unangenehmer Lage. Temme's Ankunft in Berlin iſt geſtern von uns gemeldet worden. Sein Verweilen in Berlin wurde indeß nicht gern geſehen, und ſowohl der Juſtizminiſter als auch der Policeipräſident ſollen ihn erſucht haben, ſich nach Münſter zu begeben. Die Hälfte ſeines Gehalts iſt ihm bewilligt worden; dagegen bleibt ſeine Amtsſuspenſion beſtehen, da der Competenzconflict, der die Endentſcheidung bis jetzt gehindert hat, noch immer nicht gehoben iſt.

** **Stuttgart**, 25. Juni. Noch immer kommen die Leute nicht zur Beſinnung; noch immer werden Lügenberichte über die Siege der Badener ausgegeben, und es gibt Bethörte genug, welche ihnen glauben. So ſind, ſicher getäuſcht, abermals von mehreren Orten Freiſchaaren ausgezogen — ſie werden, wenn ſie ins Badiſche gelangen, ihre Täuſchung gewahr werden. Von Ravensburg zogen etwa 100 Mann aus, dem Badiſchen zu, vom Schwarzwald aus wollten Freiſchärler von Calw und Freudenſtadt nach dem obern Neckar gegen Horb ziehen; ihre Abſicht ſoll auf einen Verſuch gegen Stuttgart gegangen ſein. Jedenfalls iſt in allen dieſen Auszügen wenig Plan, insbeſondere fällt auf, daß ein Auszug nach dem andern verſucht wird und verunglückt, ſtatt daß etwa alle an einem Tage ſtattgehabt hätten. Hoffentlich wird die Strafe der armen, verblendeten Auszügler, da wo ſie keine materiellen Verbrechen begingen und alsbald heimkehren, wie dies auch bereits wieder von den Calwern gemeldet wird, eine gelinde ſein. Leider aber ſind an manchen Orten ſchwere Verbrechen begangen worden: ſo gerade in Calw, wo das Rathhaus erbrochen, Gewehre und Munition gewaltſam weg- und mit fortgenommen wurden, in Kirchheim, wo Mißhandlungen und ſchwere gefährliche Drohungen vorkamen. Politiſche Unterſuchungen ziehen ſich nach und nach durch verſchiedene Theile unſeres Landes, Unterſuchungscommiſſäre werden ernannt, deren einer die ſogenannten geheimen Reutlinger Beſchlüſſe zu unterſuchen hat, über welche man im Publikum gar vielerlei weiß; mehrere Betheiligte, darunter Stuttgarter politiſche Notabilitäten und Nichtnotabilitäten haben das Land verlaſſen; Steckbriefe gegen ſolche leſen wir jetzt manchmal in unſern Blättern, ſo jetzt gegen den Redacteur des Beobachters. Traurige Zuſtände!

Die Ständekammer nahm heute in Einer Geſammtabſtimmung ohne Berathung das Geſetz über Schwurgerichte mit allen gegen 3 Stimmen an. Die ſtändiſche Commiſſion hatte zuvor an dem Entwurfe mehrfache Aenderungen getroffen, ſolche mit dem Verfaſſer des Entwurfs, Obertribunalrath v. Hofacker durchberathen und ſich über Annahme derſelben mit der Regierung verſtändigt, ſo daß durch die heutige Annahme das Geſetz definitiv gültig wird. Eine Hauptabänderung betrifft die Urliſte der Geſchwornen, in welche jetzt jeder 30jährige Staatsbürger, welcher directe Steuer zahlt, berufen iſt, (Ausnahmen bleiben vorbehalten, wie Verbrecher ꝛc.), während der Entwurf die Urliſte aus Capacitäten und einer Anzahl der Höchſtbeſteuerten hatte bilden wollen.

* **Stuttgart**, 26. Juni. Der Schw. Merk. enthält das vom Könige vollzogene Geſetz, die Aufnahme eines Staatsanlehens bis zu 3 Millionen Gulden betreffend.

* **Karlsruhe**, 25. Juni. Unter dem Siegel der Canzlei der Reichsverſammlung geht uns Folgendes zur Veröffentlichung zu:

Das Zuſammentreten der Mitglieder der verfaſſunggebenden deutſchen Reichsverſammlung in Karlsruhe iſt für jetzt unthunlich geworden. Das Präſidium nimmt deßhalb die unterm 20. d. M. ergangene Einladung, ſich bis zum 25. dorthin zu begeben, zurück, und behält ſich vor, bekannt zu machen, wenn und wo eine Sitzung der Reichsverſammlung ſtattfinden ſoll. Karlsruhe den 23. Juni 1849. Der Präſident: Löwe.

* Die wieder eröffnete Poſtverbindung mit Baden bringt uns heute die verſpäteten badiſchen Blätter, die jetzt kein Intereſſe mehr darbieten. Die Kampf- und Siegberichte der Karlsr. Ztg. haben wir ſchon nach den Auszügen des Schw. M. mitgetheilt. Noch das Blatt vom 24. Juni enthält einen ſolchen. Vom 25. Juni 3 Uhr Nachmittags erſcheint aber, als neueſtes Lebenszeichen des vielverwandelten Blattes, das folgende Bülletin: „Soeben ziehen die königl. preußiſchen Truppen, von den Einwohnern der Stadt freudig begrüßt, hier ein. Seit heute Mittag 12 Uhr hatte ein kleines Gefecht bei Durlach ſtattgefunden, in Folge deſſen ſich alle badiſchen Truppen und Volkswehren, ſowie die Freicorps ſchleunigſt von hier über Ettlingen nach Raſtatt zurückgezogen haben."

Ueber das Vorausgegangene gibt es nur unbeſtimmte Nachrichten. Dem Schw. Merk. wird aus Durlach, 24. Juni Mittags geſchrieben: „Soeben ſind 10,000 Mann der badiſchen Armee unter dem Commando von General Mieroslawski hier eingerückt." Hiernach wäre alſo die Vereinigung Mieroslawski's mit den übrigen badiſchen Truppentheilen vollzogen geweſen.

Weitere Einzelheiten geben folgende Briefe des Schw. M.:

Karlsruhe, 23. Juni. Abends. Mit dem letzten Zuge aus dem Unterlande ſind zerſprengte und verwundete Dragoner und Volkswehrmänner hier eingerückt. Manche Abgeordnete ſind verſchwunden. Die Zahl der hier anweſenden Mitglieder beträgt höchſtens 50 (ſtatt 80). 10 Uhr. So eben hörte man ganz in der Nähe heftig aber nicht lange kanoniren. Die Bewohner ließen auf die Straßen und waren ſehr beunruhigt. Soeben geht Dictator Goegg mit einer Extralocomotive nach Bruchſal ab. 24. Juni. Heute früh vernahm man wieder in der Gegend von Bruchſal Kanonendonner. Soeben werden bedeutende Quantitäten Lebensmittel nach Durlach verbracht für die daſelbſt eingerückten Mannſchaften.

Karlsruhe, 24. Juni. Geſtern Abend nach 9 Uhr hörte man lebhaften Kanonendonner in der Nähe; Alles kam in Bewegung, die hier einquartirte Volkswehr mußte ausrücken und der

bewaffnete Theil derſelben größtentheils foctziehen. Später erfuhr man, daß die bei der Rheinbrücke aufgeſtellte badiſche Artillerie auf die gegenüberliegenden baieriſchen Häuſer feuerte. Als Grund gibt man Muthwillen an. Das Feuer wucde dann baieriſcherſeits erwidect. Geſtern Abend kamen noch viele verwundete Pfälzer u. A. an von dem Gefecht bei Ubſtatt (eine Stunde unterhalb Bruchſal). Wahrſcheinlich kam dort das Corps des Generals Schneider, das derſelbe von hier aus nachgezogen hat, in Kampf. Auch von da gingen viele Zerſprengte fort, und einer der hier angekommenen Verwundeten ſagte, daß von ſeiner Compagnie 50 todt geblieben ſeien. Seit heute Morgen in aller Frühe hört man trotz des Südwindes ſtarkes Kanoniren bei Bruchſal aufwärts, das näher rückt und um 11 Uhr (in der Gegend von Weingarten und Eggenſtein?) bei eintretendem Regen abgebrochen wurde. Zwiſchen 9 und 11 Uhr konnte man auch ganz deutlich Pelotonfeuer unterſcheiden. Mieroslawski hat nun ſein Hauptquartier nach Raſtatt verlegt. Nachmittags. Viele zerſprengte Soldaten und die Reſtmannſchaft des erſten Karlsruher Aufgebots kommen hier an. Es heißt, der Reſt der Neckaraemee ſammle ſich in Durlach und wolle ſich noch einmal aufſtellen, um gegen den Feind zu kämpfen. Ferner wird erzählt, Bruchſal ſei geſtern mit Sturm genommen worden und die Preußen ſtünden in Weingarten (3 Stunden von hier) und Eggenſtein (2 Stunden von hier). Unter den bei der großherzogl. Amortiſationscaſſe weggenommenen Papieren befinden ſich viele Staatspapiere anderer Staaten, die hier als Depoſiten lagen. Ich warne nochmals vor unvorſichtigem Ankauf. Abends. Mieroslawski ſoll in Durlach ſein, wo man ſich, wie es ſcheint, zu ernſtlichem Widerſtand noch ſammelt. Auch ſollen daſelbſt Barrikaden gebaut werden. Struve und ſeine Frau ſind hier. Wir erwarten eine unruhige Nacht; viel Volk iſt hier.

Die Karlsr. Ztg. vom 24. meldet über das Gefecht bei Ubſtadt:

„Geſtern Mittag griff ein Theil der preußiſchen Armee, an 4000 Mann ſtark, in der Nähe von Bruchſal, die Unſrigen an, die ihnen etwa 1000 Mann an dieſem Punkte, unter dem Oberbefehl des General Sznaide, auf den erſten Angriff entgegenſtellen konnten. Der Vortrab der Unſrigen zog ſich ſehr bald zurück, und die Preußen, welche wähnen mochten, nunmehr auf Karlsruhe losmarſchiren zu können, ſtanden plötzlich bei Ubſtadt vor einer Batterie unſerer trefflich bedienten Zwölfpfunder, die dann ſo gewaltig unter ihnen aufräumte, daß ſie ſich genöthigt ſahen, ſich mit großem Verluſte wieder zurückzuziehen, und das Schlachtfeld den Unſerigen zu überlaſſen.

Ueber dem Rhein, Knielingen gegenüber, hatten im Laufe des geſtrigen Tages die Baiern einige Schanzen aufgeworfen, welche geſtern Abend durch das Feuer der badiſchen Artillerie zerſtört wurden.“

Von der Enz, 24. Juni. Das badiſche Hauptquartier und Mieroslawski ſollen geſtern Abend in Bretten geweſen ſein. Die Reſte der badiſchen Truppen ziehen ſich, weil die große Landſtraße und Eiſenbahn in den Händen der Preußen iſt, dicht an der würtembergiſchen Grenze von Sinsheim über Eppingen, Bretten, Pforzheim nach Raſtatt. (Schw. M.)

Stockach, 14. Juni. Der neue Finanzminiſter, Rechtspraktikant Heuniſch, hat die Generalſtaatscaſſe von Karlsruhe nach Offenburg gezogen und die öffentlichen Caſſen angewieſen, alle Baarſchaften dorthin abzuliefern. Zwiſchen 12 und 1 Uhr Nachts traf eine Eſtafette hier ein, in deren Folge der Civilcommiſſär die hieſigen Caſſen mit Beſchlag belegte. Die angekündigten Ravensburger Freiſchärler marſchirten geſtern Abend 10 Uhr hier ein. Es ſind 70 Mann mit Gewehren und Patrontaſchen verſehen. Ihr Sprecher endete in Erwiederung einer an die Schaar gehaltenen Anſprache des Civilcommiſſärs mit den Worten: „wenn wir auch die Einigkeit und Freiheit Deutſchlands nicht mehr erringen, ſo haben wir doch unſere Ehre gerettet!“ Die der proviſoriſchen Regierung unangenehmen Blätter, wie der Schw. Merk. und das Deutſche Volksblatt, werden zu öftermalen unterdrückt. So lief z. B. geſtern beim hieſigen Poſtamt aus Heiligenberg eine Beſchwerde gegen den dortigen Poſterpeditor ein, weil er die Blätter auf Befehl des Civilcommiſſärs nicht verabfolgte. (Schw. M.)

Sinsheim, 24. Juni. Am Tage des Philippsburger Treffens (21.) kamen noch ſtarke Zuzüge von der würtembergiſchen Grenze her nach Heidelberg hier durch. Andern Tags änderte ſich die Scene; den ganzen Tag dauerte die ordnungsloſe Flucht der zwiſchen Philippsburg und Waghäuſel Geſchlagenen; Mittags traf das Geſchütz ein, unter dem penſionirten badiſchen Rittmeiſter, jetzt Oberſt Beckert, mit einer Schwadron Dragoner. Im Ganzen ſollen die Inſurgenten hier 21 Geſchütze gehabt haben. Abends um 8 Uhr trafen Mieroslawski und Sigel mit ihrem Generalſtab ein. Mieroslawski ſoll ſogar noch bis zum 23. Morgens in Sinsheim geweſen ſein. Struve traf am 23. Morgens 8 Uhr, mit ſeiner etwa 400 Mann ſtarken Freiſchaar, aus Schweizern, Polen und Franzoſen, den wüthendſten Demagogen, mit 4 Kanonen hier ein und blieb noch bis 11 Uhr Mittags. Mieroslawski ſoll ſich über Eppingen nach der würtembergiſchen Grenze hin, in der Richtung von Bretten, Struve über Weiler am Steinberg ebenfalls dahin gezogen haben und Becker aus Biel auch dort ſein. Geſtern hörte man eine Kanonade. Die Freiſchärler ſollen bei Stettfeld, zwiſchen Bruchſal und Langenbrücken, ein Gefecht mit den Preußen beſtanden haben. Der Haupttrupp, unter Mieroslawski, ſoll noch 5000 Mann zählen, darunter viel badiſches Militär, beſonders Kanoniere, am wenigſtens Reiterei.

Ich ſetze dieſen Brief Abends 10 Uhr in Eppingen fort, wohin unſere Truppen gleich nach dem Einrücken in Sinsheim wieder Marſchordre erhalten hatten. Es war beſchwerlich, da ſtarker Regen den bisher faſt unerträglichen Staub in einen zähen Koth verwandelte; noch empfindlicher iſt der Witterungswechſel für das heutige Bivouac vor der Stadt. General v. Schäffer hat das Commando des Neckarcorps übernommen, da General v. Peucker zu dem Prinzen v. Preußen abgereiſt iſt. General v. Schäffer wird in raſcher Verfolgung des Feindes morgen früh nach Bretten marſchiren. Hier in Eppingen fanden wir die Freiſchaaren nicht mehr, doch hatten ſie es kaum verlaſſen; einzelne wurden noch erwiſcht. Möglich, daß ſie uns ſo fort bis nach Raſtatt führen. Der gefangene Freiſchärlerhauptmann Dietzſch iſt unter Bedeckung von Aglaſterhauſen nach Mainz gebracht worden.“ (O.P.Z.)

Sinsheim, 25. Juni. Heute Morgen rückte der General Peucker mit ſeinem Hauptquartier weiter gegen Ettlingen vor, um dort die verſchanzten Schaaren Mieroslawski's zu vertreiben. Die allgemeine Entwaffnung findet ſtatt und liefert das Landvolk jetzt mit großer Bereitwilligung und ſichtbarer Freude ſeine Waffen ab, obgleich die Meiſten glauben, ganz Baden werde jetzt „preußiſch“. Hier ſtehen heute noch Mecklenburger, die morgen weiter ſüdwärts rücken. Von allen Reichstruppen ſind ſie mit dem vierten heſſiſchen Regiment am meiſten im Feuer geweſen und haben auch verhältnißmäßig den größten Verluſt erlitten. Dennoch ſind ſie vom beſten Geiſte beſeelt und freuen ſich, daß ihnen Gelegenheit geworden, hier im Süden Deutſchlands für die gemeinſame Ehre des Vaterlandes ihr Blut einzuſetzen. (O.P.Z.)

** **Gotha**, 25. Juni Abends. Die Nachricht verbreitet ſich, Dänemark habe die vom Kammerherrn Reedtz am 15. d. M. gebilligte Friedensbaſis, wovon ich Ihnen aus Berlin ſchrieb, verworfen. Mein guter Wunſch, den ich Ihnen nicht verbarg, wäre ſomit erfüllt. Es ſteht wenigſtens das feſt, daß die Herzogin v. Gotha die Reiſe nach Schleswig angetreten hat, unterrichtet, ihr Gemahl werde jetzt nicht ſo bald in der Heimath erwartet werden können. Wenn dies wahr wäre, ſo erfüllte ſich in ſchlagender Weiſe, was der Norddeutſche Staatsmann, der „einige Worte zur Verſtändigung über den Krieg mit Dänemark“ geſchrieben hat, von den Dänen prophezeit. Unterhandlungen führen zu nichts; ihnen muß imponirt werden.

Simſon iſt von Karlsbad angekommen.

⊙ **Gotha**, 26. Juni, Vormittags. So eben findet in den dazu eingerichteten Räumlichkeiten des herzoglichen Hoftheatergebäudes die erſte Sitzung der hier verſammelten ehemaligen Reichstagsmitglieder ſtatt. Sie iſt eine ſo vertrauliche, daß außer den eingeladenen Perſonen Niemand Zutritt zu den Berathungen hat, auch nicht einmal als Zuhörer. Auch iſt es wahrſcheinlich, daß die künftigen Sitzungen eben ſo ſtreng abgeſchloſſen werden. Für die geſelligen Zuſammenkünfte bildet der Saal im Gaſthaus zum „Mohren“ den Mittelpunkt. Nachdem ſchon vorgeſtern eine Anzahl von Parlamentsmitgliedern und namentlich Herr Dahlmann, von dem Hofrath Becker und von den hieſigen ſtädtiſchen und Regierungsperſönlichkeiten auf das Verbindlichſte empfangen, ſich eingefunden hatten, trafen geſtern von allen Straßen her und beſonders mit der thüringiſchen Eiſenbahn die erwarteten Gäſte ein. Nachdem ſie hier ihre Wohnungsanweiſungen erhalten und ſich mit den Quartieren bekannt gemacht hatten, eilten ſie in den „Mohren“ zur Begrüßung der dort verſammelten Freunde. Das Wiederſehen — denn die kurze Trennung iſt durch die Ereigniſſe leider zu einer ſehr weiten Kluft geworden — war von der herzlichſten Art, die Freude über das überaus zahlreiche Erſcheinen allgemein und innig. Schon geſtern Abend wurden etwa 150

№ 175. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 27. Juni 1849.

Ueberſicht.

Erfahrungen über die Claſſenwahl.
Görgey.
Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Prag (Die Narodin Nowiny Fürſt Windiſch-Grätz. Befeſtigungsarbeiten). Von der ſchleſiſch-polniſchen Gränze (Preußiſches Obſervationscorps. Neue Handelswege. Die engliſche Politik. Die Ruſſen und die Oeſterreicher in Krakau). München (Erklärung des Hrn. v. Leſuire. Ein Artikel der Neuen Münchnerin). Dresden (Statiſtik der ſächſiſchen Flüchtlinge. Die Unterſuchnngsgefangnen. Ausweiſungen). Aus der Wetterau (Politiſche Stimmung. Bad Nauheim).
Ungarn. (Verſuch zu Unterhandlungen. Streifzüge der Magyaren um Raab).
Polen. Warſchau (Bedenkliche Kundgebungen).

Erfahrungen über die Claſſenwahl.

⸗ **Frankfurt,** 23. Juni. Unter den Angriffen, welche gegen das octroyirte preußiſche Wahlgeſetz erhoben werden, ſpielt das ungeheure Mißverhältniß, in welchem das Wahlrecht der Höchſtbeſteuerten zu jenem der Mindeſtbeſteuerten ſtehe, eine große Rolle. Es wird in öffentlichen Blättern geſagt, daß ein Wähler der höchſten Claſſe ſo viel Wahlrecht ausübe, als 100, ja als 500 und noch mehr Wähler der niederſten Claſſe. In dieſer Beziehung mögen die ſtatiſtiſchen Notizen, welche die badiſche Regierung der Commiſſion der 2. Kammer mittheilte, als ſie das auf ſolche Steuerclaſſen gegründete Wahlgeſetz für eine neue erſte Kammer verlangte, einen Anhaltspunkt geben. Zwar ſchlug die badiſche Regierung ein ſolches Wahlſyſtem nur für die 1. Kammer, nicht aber wie Preußen für die 2. oder das Volkshaus vor, und ſie wählte dabei die directe Wahlart, indem (bei vergrößerten Wahlkreiſen) jede Steuerclaſſe für ſich ſelbſt einen Abgeordneten unmittelbar wählen ſollte, — ferner ſchlug ſie die geheime Wahl und ohne Rückſicht auf Gemeindebürgerrechte und 3jährige Anſäſſigkeit am Wahlorte allgemeines Wahlrecht aller Steuerpflichtigen, die das 25. Jahr zurückgelegt, vor, und nebſtdem nahm ſie die Beſtimmung auf, daß wer wenigſtens 12,000 fl. Steuercapital habe, alſo jährlich beiläufig 40 fl. Steuer zahle, zur höchſten, und wer wenigſtens 3500 fl. Steuercapital habe, folglich beiläufig 11 fl. 40 kr. jährlich an Steuer bezahle, zur mittleren Wählerclaſſe gehöre, wenngleich dadurch die Summe der Steuercapitalien der einen oder der andern dieſer Claſſen das Drittel der Geſammtſteuer überſchreite. Abgeſehen von dieſer letztern Beſtimmung ändern die übrigen Verſchiedenheiten nichts an dem Verhältniſſe der Wahlberechtigung der drei Claſſen unter ſich. In Beziehung auf dieſes Verhältniß beſtehen nun die erwähnten Notizen in Folgendem: Unter 100 Einwohnern (ohne Unterſchied des Alters und Geſchlechts) ſind etwa 18 Mannsperſonen über 25 Jahre, die eine directe Steuer bezahlen, indem Denjenigen, welche das Bürgerrecht angetreten haben, ſelbſt wenn ſie keinen ſteuerbaren Gegenſtand beſitzen, immerhin ein perſönliches Verdienſtcapital von 500 fl. zugeſchrieben iſt, wovon ſie jährlich 1 fl. 55 kr. Steuer zu zahlen haben. In einem Wahlkreiſe von 100,000 Seelen ſind hiernach etwa 18,000 (d. i. zwiſchen $1/5$ und $1/6$) Wähler. Von je 100 ſteuerpflichtigen Wählern zahlen durchſchnittlich etwa die 8 Höchſtbeſteuerten ein Drittel, die 17 Nachfolgenden ein Drittel, und die 75 Uebrigen ein Drittel der Steuer. Darnach fallen von den 18,000 Wählern eines Reichswahlkreiſes:

in die erſte Claſſe etwa	1,440
in die zweite „ „	3,060
in die dritte „ „	13,500
	18,000.

Daraus geht hervor, daß die erſte Claſſe immer noch 1440 Wähler hat, und überhaupt das Mißverhältniß bei weitem nicht ſo groß iſt, wie es häufig dargeſtellt wird. Nach dem badiſchen Entwurfe werden übrigens die Wahlclaſſen nach dem Durchſchnitt der Wähler des ganzen Wahlkreiſes berechnet, und nicht nach den einzelnen Bezirken deſſelben, ſo daß der beim preußiſchen Geſetz mögliche Fall nicht vorkommt, daß im nämlichen Wahlkreiſe in dem einen Orte ein geringer Beſteuerter in eine höhere Claſſe fällt, alſo mehr Wahlrecht ausübt, als in dem andern Orte des nämlichen Kreiſes ein höher Beſteuerter.

Die Deutſche Reform enthält einige ſtatiſtiſche Notizen, welche in Bezug auf das Wahlgeſetz von Intereſſe ſind. Der Claſſenſteuer unterliegen nach dieſen Angaben das platte Land und die kleinen Städte, d. h. eine Bevölkerung von 12,550,198 Seelen; dagegen ſind die größeren Städte von dieſer Steuer befreit und ſtatt deſſen mit der indirectrn Mahl- und Schlachtſteuer belegt.

Nach einer Berechnung, in welcher von den größeren Städten und bei dem platten Lande von der Gewerbeſteuer abgeſehen, dagegen die geſammte Grundſteuer in Anrechnung gebracht, endlich die Grundſteuer nach dem Verhältniß der Claſſenſteuer vertheilt iſt, kommen auf die claſſenſteuerpflichtige Bevölkerung an Claſſenſteuer 7,571,657 Thlr., an Grundſteuer 10,529,541 Thlr., mithin an directen Steuern überhaupt 17,901,198 Thlr. und auf jede der drei Abtheilungen im Durchſchnitt 5,967,066 Thlr. Nach der deutſchen Reform, welche hierbei nach den Steuern der Geſammtmonarchie rechnet, gehört zur dritten Wahlabtheilung erſtens die ganze 12. Stufe, d. h. die gewöhnlichen Lohnarbeiter. Tagelöhner und Dienſtboten oder die beſitzloſe Claſſe mit 6,013,959 Seelen. Die Familie hat im Durchſchnitt 100 Thlr. Einkommen und zahlt 1 Thlr. jährlich Steuer. Der Steuerbetrag dieſer Stufe iſt 1,697,185 Thlr. Ferner gehört zu dieſer Abtheilung die ganze 11. Stufe mit 578,754 Familien und 101,114 Familien der 10. Stufe, d. h. der größere Theil der ganz geringen Grundbeſitzer und Gewerbetreibenden, welche ſich hauptſächlich von Tagelohn nähren, mit 3,245,010 Seelen. Die Familie hat in der 11. Claſſe durchſchnittlich 200, die in der 10. durchſchnittlich 250 bis 300 Thlr. Reineinkommen und zahlt 5 bis 8 Thlr. jährlich an directen Steuern. Es umfaßt mithin die 3. Abtheilung 9,258,969 Seelen oder 73,8 Procent der claſſenſteuerpflichtigen Bevölkerung und beſteht zu zwei Drittel aus Leuten der beſitzloſen Claſſe.

Die zweite Wahlabtheilung umfaßt außer den 164,753 Familien der 10. Stufe von ganz geringen Grundbeſitzern die ganze 9. Stufe mit 228,326 Familien, die Zwiſchenſtufe zwiſchen der 9. und 8. mit 11,659 Familien und 106,615 Familien der 8. Stufe, d. h. den größeren Theil des geringeren Bürger- und Bauernſtandes, im Ganzen 2,438,379 Seelen oder 19,45 Procent der claſſenſteuerpflichtigen Bevölkerung. Die Entſcheidung in dieſer Claſſe hat der geringere Bürger- und Bauernſtand mit 300 bis 400 Thlr. jährlichen Einkommens und 11 Thlr. jährlicher directer Steuer. Die erſte Wahlabtheilung endlich umfaßt aus der 8. und 7. Stufe, d. h. aus der 3. Steuerclaſſe des geringeren Bürger- und Bauernſtandes noch 95,102 Familien mit durchſchnittlich 600 Thlr. Reineinkommen und 21 Thlr. directer Steuer und außerdem die geſammten erſten 6 Stufen, d. h. den ganzen wohlhabenden Bürger- und Bauernſtand und die größern Beſitzenden und Gewerbetreibenden mit 83,782 Familien. Es überwiegt alſo auch ſelbſt in der erſten Wahlabtheilung noch der geringere Bürger- und Bauernſtand. Die erſte Wahlabtheilung enthält 852,850 Seelen, d. h. 6,78 Procent der claſſenſteuerpflichtigen Bevolkerung.

Faßt man ſchließlich die Reſultate zuſammen, ſo kommen auf einen Urwähler in der erſten Abtheilung, nahe 3 in der zweiten und 11 in der dritten Abtheilung, und die Entſcheidung liegt für die Wahl bei dem geringeren Bürger- und Bauernſtande mit 300 bis 600 Thlr. jährlichem Reineinkommens auf die Familie.

Görgey.

Man ſchreibt der Oſtdeutſchen Poſt aus Preßburg: Görgey iſt hier ſehr wohl bekannt, da er hier Philoſophie ſtudirte. Sein Lehrer in der Phyſik, der verſtorbene Martiny, rühmte ihn als vir ingenio praeditus. Er ſtammt aus einer adeligen proteſtantiſchen Familie in der Zips. Von Preßburg ging er nach Tulln in die Pionierſchule, wo er mit Auszeichnung ſtudirte, wurde ſpäter Lieutenant bei den Huſaren und kam zur Nobelgarde. Das Kriegshandwerk zur Friedenszeit zog ihn nicht an; er quittirte, ging nach Prag und ſtudirte unter Redtenbacher organiſche Chemie. Auch dort zeichnete er ſich aus, und machte ſogar mehrere Entdeckungen. Später wurde er Director einer Fabrik in der Nähe von Prag. Erzherzog Stephan, der damalige Landeschef, lernte ihn kennen und gewann ihn lieb. Er heirathete ein Mädchen, das in einem Hauſe in Prag Erzieherin war. Als ſein Onkel in Ungarn ſtarb, rief ihn ſeine Tante und übergab ihm die Verwaltnng der Güter ſeines Onkels. Nach der Märzrevolution wurde er vom Erzherzog Stephan als Kapitän bei einem Huſarenregimente gegen die Serben geſchickt; er avancirte und übernahm endlich den Oberbefehl über die Inſurrectionsarmee.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 26. Juni. (Schluß.) Der zweite Theil der Sitzung beſtand ausſchließlich aus der Verleſung der noch übrigen Abſchnitte und Artikel des Verfaſſungsentwurfs; von einer Debatte war keine Rede mehr, Alles wurde einfach angenommen. Wir geben in Folgendem die Faſſung der Beſchlüſſe:

Achter Abſchnitt. Von der Erziehung und dem Unterricht.

Art. 151. Das Erziehungs- und Unterrichtsweſen ſteht unter der Oberaufſicht des Staates und bildet einen geſonderten Zweig ſeiner Verwaltung; es iſt der Beaufſichtigung der Geiſtlichkeit als ſolcher enthoben.

Art. 152. Für die Bildung der Jugend ſorgt der Staat in genügender Weiſe durch öffentliche Schulen.

Art. 153. Die öffentlichen Schulen ſind nicht confeſſionell. Das Unterrichtsgeſetz kann demnach die confeſſionelle Religionslehre unter die Gegenſtände des Unterrichtes nicht aufnehmen, ſondern nur eine reine Sittenlehre. Den Eltern und deren Stellvertretern bleibt es überlaſſen, für den Religionsunterricht der Kinder außerhalb dee Schule zu ſorgen.

Art. 154. Für den Unterricht in den Volksſchulen und niederen Gewerbſchulen wird kein Schulgeld bezahlt. Unbemittelten ſoll auf allen öffentlichen Unterrichtsanſtalten freier Unterricht gewährt werden.

Art. 155. Niemand darf die ſeiner Obhut anvertraute Jugend ohne den Grad von Unterricht laſſen, der für die unteren Volksſchulen vorgeſchrieben iſt.

Art. 156. Eltern und deren Stellvertreter können völlig frei beſtimmen, wo ihre Kinder oder Pflegbefohlenen erzogen werden ſollen.

Art. 157. Unterrichts- und Erziehungsanſtalten zu gründen und zu leiten und an ſolchen Unterricht zu ertheilen, ſteht jedem Staatsbürger frei, wenn er der Staatsbehörde ſeine Befähigung dazu nachgewieſen hat.

Art. 158. Der häusliche Unterricht unterliegt keiner Beſchränkung.

Art. 159. Die Lehrer an den öffentlichen Schulen ſind Staatsdiener.

Art. 160. Der Regierungsrath ſtellt die Lehrer der Volksſchulen auf Vorſchlag des Erziehungsrathes und der Gemeindebehörden aus der Zahl der Geprüſten an. Die Anſtellung der Lehrer an den anderen Unterrichtsanſtalten geſchieht auf Vorſchlag des Erziehungsrathes durch den Regierungsrath.

Art. 161. Ein beſonderes Geſetz wird die Bildung des Erziehungsrathes und die Einrichtung des geſammten Unterrichtsweſens ordnen.

Neunter Abſchniet. Von den Gemeinden.

Art. 162. Der Freiſtaat Frankfurt umfaßt neun Gemeinden, eine Stadtgemeinde und acht Landgemeinden.

Art. 163. Dieſe Eintheilung und die gegenwärtigen Grenzen der einzelnen Gemeinden können nur durch ein Geſetz nach Anhörung der Betheiligten abgeändert werden.

Art. 164. Jeder großjährige Staatsangehörige hat das Recht, in jeder Gemeinde nach den Beſtimmungen des Geſetzes ſich niederzulaſſen oder das Gemeindebürgerrecht zu gewinnen.

Art. 165. Jeder großjährige Gemeindeangehörige iſt Gemeindebürger.

Art. 166. Jede Gemeinde hat einen Bürgermeiſter, einen Gemeinderath und einen Gemeindeausſchuß.

Art. 167. Der Bürgermeiſter, der Gemeinderath und der Gemeindeausſchuß werden von und aus den Gemeindebürgern unmittelbar gewählt. Ein Beſtätigungsrecht oder Verwerfungsrecht hat die Staatsgewalt hierbei nicht.

Art. 168. Die Gemeinden haben, vorbehaltlich der dem Staate zuſtehenden, gegen alle Gemeinden gleichmäßig zu übenden Aufſicht, das Recht der ſelbſtſtändigen Verwaltung ihres Vermögens, ſowie der Beſorgung ihrer Gemeindeangelegenheiten überhaupt, mit Einſchluß der Ortspolizei.

Art. 169. Die Veranſchläge über die Einnahmen und Ausgaben und die Rechnungsablagen ſollen jährlich veröffentlicht werden.

Art. 170. Gemeindeſteuern können nur kraft eines Geſetzes erhoben werden.

Art. 171. Dieſes Geſetz wied von dem Volksrathe erlaſſen auf Grund eines von den Behörden der Gemeinde in Uebereinſtimmung beſchloſſenen Vorſchlags, welchen ſie bei dem Regierungsrathe einreichen. Der Regierungsrath legt dieſen Vorſchlag zur Berathung und Beſchlußfaſſung dem Volksrathe vor; dieſer kann ihn nicht abändeen, ſondeen nur annehmen oder verwerfen.

Art. 172. Die Sitzungen des Gemeindeausſchuſſes ſind öffentlich.

Art. 173. Es iſt eine Gemeinde-Ordnung zu erlaſſen, in welcher insbeſondere die Organiſation der Gemeinden, die Befugniſſe, die Obliegenheiten und die Anzahl der Gemeindevertreter, die Bedingungen der Erwählung derſelben, der Erwerb und Verluſt des Gemeindebürgerrechts, die Ausnahmen von der Oeffentlichkeit der Sitzungen des Gemeindeausſchuſſes, der Umfang der Aufſicht des Staates über die Gemeinden näher beſtimmt werden.

Zehnter Abſchnitt. Von der Abänderung der Verfaſſung.

Art. 174. Der Antrag auf Abänderung einzelner Beſtimmungen der Verfaſſung oder auf eine Durchſicht der Veefaſſung im Ganzen kann nur von dem Volksrathe ausgehen und auch von dieſem nur mit wenigſtens zwei Drittheilen der Stimmen ſeiner ſämmtlichen Mitglieder beſchloſſen werden.

Art. 175. Wird ein ſolcher Antrag beſchloſſen, ſo ſoll der Regierungsrath eine Abſtimmung aller großjährigen Staatsbürger darüber veranlaſſen: 1) ob eine Durchſicht der Verfaſſung ſtattfinden ſolle? und wenn ja: 2) ob die Durchſicht durch den Volksrath oder durch einen Veefaſſungsrath vorzunehmen ſei? Beide Fragen werden in Einer Abſtimmung erledigt.

Art. 176. Entſcheidet die Mehrheit der ſtimmenden Bürger für einen Verfaſſungsrath, ſo wird als ſolcher ein neuer Volksrath erwählt.

Art. 177. Bei der Berathung des Verfaſſungsentwurfs wied wie bei der Berathung anderer Geſetzentwürfe veefahren. Das Erinnerungsrecht des Regierungsrathes (Art. 90) findet jedoch hierbei nicht ſtatt.

Art. 178. Der von dem Volksrathe oder dem Verfaſſungsrathe genehmigte Entwurf wird ſämmtlichen großjährigen Staatsbürgern zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt. Zur Annahme iſt mindeſtens eine Stimme mehr als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen erforderlich.

Elfter Abſchnitt. Schlußbeſtimmungen.

Art, 179. Die Aufzählung gewiſſer Rechte in der Verfaſſung ſoll nicht ſo ausgelegt werden dürfen, als wären dadurch andere nicht ausdrücklich erwähnte Rechte dem Volke verſagt, beeinträchtigt oder beſchränkt, und alle Sätze der Verfaſſung ſollen im Zweifel nur zu Gunſten der größeren Volksrechte und der beſtimmteren Freiheit der Bürger ausgelegt werden.

Art. 180. Alle älteren Grundgeſetze und die daraus abgeleiteten Staatseinrichtungen ſind aufgehoben.

Die erſte Leſung des Verfaſſungsentwurfs iſt ſomit beendet. Schon am nächſten Freitag aber wird mit der zweiten Leſung begonnen werden; die Majorität der Verſammlung weiß, daß man das Eiſen ſchmieden muß, ſo lange es warm iſt, und daß inzwiſchen anderswo Ereigniſſe eingetreten ſind und noch eintreten werden, welche in hohem Grade abkältend wirken könnten.

Prag, 16. Juni. Die vom General Khevenhüller ſuspendirten Narodni Nowiny ſollen durch Vermittlung des Miniſters des Innern wieder im Laufe dieſer Woche erſcheinen. Fürſt Windiſchgrätz iſt von hier auf ſeine Güter abgereiſt; die Stadtluft ſoll ihm, dem Vernehmen nach, nicht behagen. Auf den Anhöhen um Prag wird fleißig an Kaſematten gearbeitet, ſo zwar, daß unſere Stadt jetzt von 3 Citadellen beherrſcht wird: durch die Citadelle am Wyſſehrad, Lorenziberg und Belvedere. Um das Zeughaus auf der Kleinſeite wurde dieſer Tage die beſtehende Mauer erhöht, verſtärkt und mit Schießſcharten verſehen.

(Schleſ. Ztg.)

♂ Von der ſchleſiſch-polniſchen Grenze, 23. Juni. Die ſchleſiſchen Päſſe ſind jetzt von ruſſiſchen und öſterreichiſchen Truppenmaſſen ſo ſtark beſetzt, daß bereits eine für allen Verkehr undurchbrechbare Grenzverſchließung nach dieſer Seite eingetreten iſt. Es finden jedoch auch preußiſcherſeits jetzt bedeutende Truppen-Zuſammenziehungen ſtatt, welche namentlich in Schleſien, Poſen und Weſtpreußen offenbar mit der Abſicht geſchehen, um ein preußiſches Obſervations-Corps von anſehnlicher Stärke an der ſchleſiſch-mähriſchen und polniſchen Grenze zu bilden. Man glaubt, daß der preußiſche General-Lieutenant v. Lindenheim in Breslau mit dem Oberbefehl über dieſe Truppenmacht betraut werden möchte. Man würde aber gewiß irren, wenn man dieſer längſt erwarteten Entfaltung der preußiſchen Militärkräfte im Oſten für den Augenblick noch irgend eine andere Intention beilegen wollte, als gegen die ſchon ſehr nahe liegenden Eventualitäten des ungariſchen Krieges das preußiſche Gebiet zu ſchirmen. Denn durch die furchtbare Stellung, mit der ſich die Magyaren neuerdings in den Höhen und Schluchten des Tatragebirges und der Karpathen verbarricadirt haben, beherrſchen ſie hier in unſerer nahen Nachbarſchaft einen Punct, der für Polen und Schleſien in kürzeſter Friſt ein entſcheidender werden kann. Gegen das Magyaren-Lager im Tatragebirge und deſſen unüberwindliche Stellungen verſchwinden die ruſſiſchen Poſitionen in Krakau und Dukla, mag an letzterem Ort das berühmte Huſaren-Regiment Radetzky's auch noch ſo ſehr die Bewunderung und das Staunen der miniſteriellen Preſſe Wien's erregen! Dort im Tatra und in den Karpathen wohnen die uralten und in wilder Naturkraft ungezügelten Volksſtämme der Slowaken und Goralen, die dem magyariſchen Fanatismus ganz und gar dienſtbar ſind (?) und denen Oeſterreich für ſein Regiment nicht die geringſten Sympathien beizubringen gewußt hat. In den wilden Päſſen und Schluchten ihrer Heimath iſt aber ein Terrain gegeben, welches zu einem vernichtenden Guerilla-Krieg für alle kämpfenden Theile außerordentlich geeignet iſt und wo ſich, ſelbſt bei ungünſtigen Hauptentſcheidungen bei den magyariſchen Waffen, der Krieg noch lange hinziehen läßt. Auf dieſen Punct haben auch, wie es ſcheint, die polniſchen Erhebungspläne ſich gerichtet! Dabei gehen die unglücklichen Handels- und Gewerbsverhältniſſe Schleſiens von Tag zu Tag mehr ihrem ſicheren Ruin entgegen, da die hermetiſche Abſperrung der ſchleſiſchen Grenzen nach Galizien und Ungarn hin den Verkehr dieſer Provinz vollends zerrüttet hat. Es liegt in der ruſſiſch-öſterreichiſchen Kriegstaktik, Ungarn nach allen Seiten hin von Verkehr und Zufuhr abzuſchneiden, und wie Oeſterreich in dieſen Tagen wieder ſeine Ausfuhrverbote nach Ungarn geſchärft hat, ſo iſt auch nach der andern Seite hin dem ungariſchen Kaufmann der Zugang nach Krakau unmöglich geworden, wo er in der letzten Zeit der Hauptkäufer für Colonialwaaren war, und auf welchem Wege auch der ſchleſiſche Handel

ungeachtet des ſtrengen öſterreichiſchen Zollſyſtems noch immer große Vortheile behauptet hatte. Seit der ruſſiſchen Beſetzung Krakau's ſind aber dieſe letzten Ueberbleibſel des einſt ſo großartigen ſchleſiſchen Handels vernichtet. In Ungarn ſelbſt ſind bei dieſen Verhältniſſen jetzt Symtome aufgetreten, welche der ruſſiſch-öſterreichiſchen Verkehrſperre auf eine merkwürdige Weiſe Hohn ſprechen und ganz neue Perſpectiven für die europäiſche Handelspolitik, vielleicht auch für den magyariſchen Unabhängigkeitskrieg eröffnen. Dies iſt das plötzliche Ueberſchwemmen Ungarns mit engliſchen Waaren und Handelsartikeln und die damit zuſammenhängende Concentrirung des ungariſchen Handels in Belgrad, wo der Austauſch der ungariſchen Rohproducte mit engliſchen Fabrikaten einen ganz neuen und ungeahnten Aufſchwung genommen hat. Dieſe unableugbaren Thatſachen fallen für uns um ſo mehr in ein politiſches Gewicht, weil, wenn England ſich in dem unabhängigen Ungarn ein ganz neues und unendlich fruchtbares Feld für ſeine Manufactur-Induſtrie eröffnet ſieht, dies der engliſchen Politik eine durchaus veränderte Stellung in der ungariſchen Frage geben dürfte. Die öſterreichiſche Preſſe ſtellt bereits die Befürchtung auf, daß Lord Palmerſton ſich leicht bewegen laſſen könnte, die ungariſche Inſurrection ſelbſt thatſächlich zu unterſtützen, und daß dann das Ende des unglücklichen Krieges gar nicht abzuſehen ſein dürfte! Vergleicht man damit die vielen ungarnfreundlichen Aeußerungen, welche ſeit Kurzem ſehr bedeutende engliſche Journale, namentlich der unter Lord Palmerſton's Auſpicien redigirte „Globe“ bringen, worin man die ſchärfſten und heftigſten Sachen gegen die ruſſiſche Intervention lieſt, ſo wird man um ſo mehr darauf hingeführt, daß die Conjectural-Politik der öſterreichiſchen Preſſe nicht ohne thatſächlichen Grund iſt. Ueber die Tragweite der ruſſiſchen Pläne bei der Beſetzung Krakau's und Galiziens laufen an unſern Grenzen noch immer die wunderbarſten Gerüchte umher. In den öffentlichen Blättern haben wir geleſen, daß ein öſterreichiſcher General (es iſt Legedicz) neuerdings wieder die ſchwarzgelbe Fahne aus dem Schloſſe von Krakau habe heraushängen laſſen. Wir vernehmen jetzt genauer die Veranlaſſung dazu, die darin beſtanden haben ſoll, daß die Ruſſen auch das Schloß beſetzen wollten, wie ſie bereits die Cavallerie-Wache auf dem Markte beſetzt hatten. Legedicz ſoll nun, wie allgemein erzählt wird, die Fahne haben ausſtecken laſſen, um zu zeigen, daß hier noch Oeſterreich herrſche! Es werden ihm bei dieſer Gelegenheit folgende Worte in den Mund gelegt: „Wollen die Ruſſen das Schloß mit Gewalt nehmen, ſo mögen ſie kommen, ich werde mich mit ihnen in keinen Kampf einlaſſen; aber auf eine einfache Aufforderung werde ich das Schloß nicht übergeben. Ich laſſe daher die Fahne ausſtecken, mögen ſie dieſelbe herunterwerfen!“

München, 22. Juni. Bairiſche Blätter enthalten folgende Erklärung:

„Die Augsburger Abendzeitung und aus derſelben der Nürnberger Correſpondent enthalt die Angabe: „der Unterzeichnete als früheer Kriegsminiſter ſei die Veranlaſſung, daß die preußiſche Armee den bairiſchen Truppen in der Pfalz den Rang abgelaufen hatte, weil er aus „Läſſigkeit“ die Ordre zum Ausmarſch der dieſſeitigen Truppen nach der Pfalz fünf Tage unexpedirt habe liegen laſſen.“ Das Wahre an der Sache iſt, daß der Marſch dieſſeitiger Truppen nach der Pfalz am 31. v. M. definitiv beſchloſſen, die Marſchordren aber am 1. d. expediet wurden, während der Unterzeichnete am 30. Mai bereits die Fühcung des Kriegsminiſteriums abgegeben hatte. Was das in jenem Artikel dem Unterzeichneten ebenfalls zur Laſt gelegte „Imſtichlaſſen“ der Feſtung Landau anbelangt, ſo beweiſen die im Kriegsminiſterium liegenden Rappoete, daß die ſtattgefundenen Verlegenheiten dieſes Platzes lediglich durch den Abfall des größeeen Theiles der aus Pfälzeen beſtandenen, der Verführung unterlegenen Infanterie entſtanden ſind, während deren Haltung und Geiſt bis zum Eintritt der Ereigniſſe ſelbſt in allen Dienſtmeldungen ſtets lobend und rühmend aufgeführt, mithin der eingetretene Abfall keineswegs vorauszuſehen war. Der Unteezeichnete erſucht um Aufnahme der gegenwärtigen Eeklärung auf den Grund der Thatſachen und der Parteiloſigkeit die öffentlichen Blätter. Generallieutenant v. Leſuire.

0 **München**, 24. Juni. Die derben Artikel der Deutſchen Reform gegen die Politik der baieriſchen Regierung haben die gegen Regierungsblätter nicht leicht zu reizende Neue Münchnerin völlig aus dem Häuschen gebracht, ſo daß ſie in ihrer Antwort „Baiern und Oeſterreich in der deutſchen Verfaſſungsfrage gegenüber von Preußen“ ſich zur Aeußerung von Gedanken hinreißen läßt, die ihr, wenn ihr Zornesrauſch verflogen, einen kräftigen Katzenjammer verurſachen möchten. Der Zorn macht auch Feige für den Moment muthig; darum finde ich es natürlich, daß ſie alle Sünden, die Preußen vom ſchleſiſchen Kriege an bis zum Baſeler Frieden gegen das deutſche Reich begangen, wohlgefällig aufzählt, und daß ſie von einem heiligen Reſpecte ſpricht, den man in Berlin vor einem eigenen Entwurfe Baierns hege, das allein den ehrgeizigen Plänen Preußens kräftig im Wege ſtehe, wobei denn freilich das baieriſche Regierungsorgan zu ſagen vergißt, bei welcher Gelegenheit denn Baiern in dieſer Angelegenheit ſeine Kraft gezeigt hat. War dies vielleicht bei Gelegenheit der Pacification der Pfalz der Fall, wo man nur einige preußiſche Regimenter, nicht aber ein ganzes Armeecorps ſich erbat? Oder bewährte die baieriſche Regierung dadurch ihre Kraft, daß ſie, trotz der Ausſchließung Oeſterreichs, es wagte, beim Fürſten Schwarzenberg um hilfreiche Truppen zu betteln? Oder bewies ſie ihre Energie darin, daß ſie ein Jahr lang die Dinge gehen ließ, wie ſie eben gingen? Doch ich will ihr nicht unrecht thun, denn ſie hat allerdings Kraft und Ausdauer gezeigt in der Intrigue und im Widerſtande, in der Zurückweiſung alles deſſen, was zur Erringung der deutſchen Einheit unumgänglich nothwendig iſt. Den Ruhm wird ihr Niemand ſtreitig machen. Doch ich gehe weiter; denn ich bin noch den Beweis ſchuldig, daß der Vertheidiger der baieriſchen Regierungspolitik vom Zornesrauſch überflogen war, als er dieſen Artikel ſchrieb: wenn derſelbe bei der Bekämpfung des Fürſtencollegiums, wie es im Berliner Entwurfe aufgeſtellt iſt, ſich dahin äußert: „in der fürſtlichen Gewalt liegt nach conſtitutionellem Syſtem vor Allem die Executive, von der Geſetzgebung nur ſo viel, als zu deren Einheit und Verbindung mit der Executive nothwendig iſt, nämlich die Sanction der Geſetze oder das Veto; mit dem ſuspenſiven Veto kann allenfalls noch eine conſtitutionell-monarchiſche Verfaſſung gedacht werden, ohne Executive niemals“, — kann Jemand glauben, daß ein baieriſcher Regierungsmann im nüchternen Zuſtande dem ächten Conſtitutionalismus ſolche Zugeſtändniſſe macht? Ein Advocat der baieriſchen Regierung überläßt den Kammern allein die Initiative, die bis jetzt nur in ſo geringem Maße dazu berechtigt waren, ja er geht noch weiter und geſteht ſelbſt das ſuspenſive Veto zu, ohne daß es den Staat zum Untergang führen ſollte? Was wird der Mann ſagen, wenn ihn eine zukünftige Kammer eines ſchönen Tages an dieſe ſeine Worte erinnert? Man ſollte meinen, dieſer Tag müßte ihn tödten, falls er nicht zu jener Fraction der bairiſchen Staatsmänner gehört, die bei Vater Loyola in die Schule gegangen ſind, — welche gewiſſe Ideen nur inſolange benützen, als ſie der Durchführung ihrer Zwecke förderlich ſind. Was übrigens der Verfaſſer zur Bekämpfung des Fürſtencollegiums in der preußiſchen Form ſagt, wenn man ihm Theil an der Geſetzgebung gäbe, ſo ſei es nur da, um das was Volks- und Staatenhaus beſchloſſen haben, zu annulliren, auf daß der Vorwurf des Veto nicht auf Preußen zurückfalle, ſo iſt dies eben ſo wahr, als er Baierns Macht überſchätzt, wenn er beifügt: „Deßhalb mögen es ſich die Berliner Verfaſſungsgeber geſagt ſein laſſen, geben ſie dem Fürſtenrathe nicht den vollen Antheil an den Kriegs- und Friedensſchlüſſen, an der Abſchließung von Verträgen mit den auswärtigen Staaten, an der Beſetzung der höchſten Reichsämter und die Controle der auswärtigen Politik, ſo wird auch nichts aus dem preußiſchen Reichsvorſtande!“

A **Dresden**, 23. Juni. Während der große Collectiv-Steckbrief noch immer in der Leipziger Zeitung figurirt, ohne daß bisher, mit Ausnahme des Bürgermeiſters Meyer von Treuen, irgend einer der Verfolgten dadurch „zu Stande gebracht“ worden wäre, iſt die Dresdener Zeitung naiv genug, in einer aus der Feder ihres flüchtigen Redacteurs fließenden romantiſchen Schilderung der Pfalz ein vollſtändiges Adreßbuch der ſächſiſchen Flüchtlinge zu geben. Wir haben keinen Grund, an der Richtigkeit ihrer Angabe zu zweifeln, und ſie iſt übermüthig genug, um jede Gefahr, die ſie den Genannten bereitet, zu verachten. Unter den Vierzigen, die ſie nahmhaft macht, hat ſie ſogar Einige als Officiere in den mit Fresken und Gobelins geſchmückten Prachtſälen des Mannheimer Schloſſes umherwandelnd wiedergefunden. In Karlsruhe ſind Kell, Kieſelhauſen, Ludwig, Lindau, Segnitz, Zſchweigert, v. Lindenau aus Dresden und Wittig; in Heidelberg Wagner und Otto; in Kaiſerslautern Tzſchirner, Gruner, Jäkel mit dem blauen Rocke, Reimmann, von Zychlinski, Kegler, Feldner und Andre; in Dürkheim Schreck; in Candel Haußner, Tauerſchmidt und Kaiſer; in Baſel Oppe und in Straßburg Bertold und Marſchall von Biberſtein. Die meiſten der geflüchteten Abgeordneten ſtimmten in der Kammer gegen die Anerkennung der Reichsverfaſſung, welche in den ſächſiſchen Kammern

ihre Gegner ausſchließlich überhaupt auf Seiten der äußerſten Linken hatte. Die Zahl der wegen des Aufruhrproceſſes Verhafteten verringert ſich von Tage zu Tage und beträgt gegenwärtig etwa 100, von denen noch viele gegen Handgelöbniß entlaſſen werden ſollen, unter andern die Abgeordneten Klette und Blöde. Das Requiſitionsſchreiben um die Acten des Letzteren iſt aus Stuttgart hier eingegangen, und ohne Weiteres bei Seite gelegt worden. Große Aufmerkſamkeit und vielſeitige Theilnahme erregt das Schickſal eines ehrwürdigen Geiſtlichen der unirten griechiſchen Kirche, Hipolit Terlecki, eines gebornen Litthauers, der nach 33 tägiger harter Gefangenſchaft endlich freigegeben und mit Päſſen nach Brüſſel verſehen wurde. Es ſcheint, als habe der Verhaftung dieſes Mannes außer dem Umſtande, daß er in der Nähe von gravirten Perſonen wohnte, welche Schießbedarf in ſein Zimmer gebracht hatten, ein haltbares Motiv nicht zu Grunde gelegen. Er wurde verdächtig durch ſeinen Namen und durch ſeinen mächtigen Bart, den er zur Erinnerung an eine eben vollendete Pilgerſchaft nach Jeruſalem, der allgemeinen Sitte folgend, trug. Den eigentlichen Grund ſeines Aufenthaltes hier höre ich nicht angeben; er ſelbſt äußerte, daß er auf einen Paß zur Reiſe nach Galizien, um dort die rutheniſchen Landgemeinden mit ihrem Adel auszuſöhnen, gewartet habe. Schon viele Wochen vor dem Aufſtande ſah ich ihn dann und wann in der katholiſchen Kirche eine Meſſe leſen. Ehe er ſeine Wanderung nach Rom, wo er die kirchliche Weihe empfing, und nach dem Orient antrat, lebte Terlecki als Arzt in der Nähe von Krakau. Die Ausweiſung der Polen wurde in den letzten Tagen durch ein Schreiben der Kreisdirection dem Stadtverordnetencollegium mitgetheilt, welches unter bewandten Umſtänden dabei „Beruhigung zu faſſen" beſchloß. Unter den neuerdings Ausgewieſenen befindet ſich Frau von Czosnowska, von deren Hand ſich bei Bakunin ein (ziemlich unſchuldiges) Billet vorfand.

*** Aus der Wetterau, 25. Juni. Auch in unſere ſo friedliche Gegend verirrte ſich der vorgeſtern Nachmittag in Frankfurt aus ultrademokratiſcher Preſſe hervorgegangene Widerruf der Uebergabe von Mannheim und Heidelberg an die preußiſchen Truppen; da uns aber ſchon vorgeſtern Nachmittag auf telegraphiſchem Wege von Frankfurt aus das Factum verbürgt war, worauf augenblicklich von Friedberg aus eine Eſtafette nach Oberheſſen abgeſendet wurde, ſo kann der Umſchlag der Dinge in Baden ſeinen Einfluß auf die geſtern in Marburg beabſichtigte große Volksverſammlung nicht verfehlen. Wie gewiß im ganzen großen Vaterlande, ſo athmet man auch hier leichter auf, da nun weiterem Blutvergießen in Baden raſch ein Ziel geſetzt werden wird. Man lebt aber auch der Hoffnung, daß die in Baden wiederhergeſtellte geſetzliche Gewalt keine blutigen Opfer ſuchen, vielmehr da, wo nicht völlige Vergeſſenheit eintreten kann, den Weg nach Nordamerika öffnen wird. Unſer nahes Soolbad Nauheim erfreute ſich trotz der gedrückten Stimmung, welche die Lage des Vaterlandes den Gemüthern aufgedrückt, ſeit ſeiner Eröffnung (15. Mai) einer ſtarken Frequenz und viele neue Kurgäſte ſind auf den Anfang des Monats Juli angeſagt. Nauheim bietet aber durch ſeine ſchöne Lage und reizende Umgebung an der völligen Abdachung des Taunus nicht allein an und für ſich einen lieblichen Landaufenthalt, ſondern iſt von der Natur in ſeinen Quellen geſegnet, wie ſich deſſen nur wenige Bäder rühmen dürfen. Der Rieſenſprudel, der die Bewunderung Aller auf ſich zieht und die Naturforſcher aus weiter Ferne anzieht, liefert eine überflüſſige Waſſermaſſe für die Soolbäder, welche, bei einer natürlichen Wärme von mehr als 25° R., in ihren ſo glücklich combinirten Beſtandtheilen, die überraſchendſten Wirkungen erzengen, da die meiſten Leidenden radical geheilt werden. Ueberaus ſtark werden in dieſem Sommer die ſo wirkſamen Gasbäder benutzt, wozu ganz und gar der wieder erſtandene frühere Hauptſprudel, der „Phönix" verwendet wird. Die Trinkquelle am Rieſenſprudel und die ganz nahe Schwalheimer leichte Stahlquelle unterſtützen beſtens die Kur. Bieten auch der ſchöne und ſchattige Kurgarten, das Teichhaus rc. ſchon die angenehmſten Ruheplätze, ſo ſteht doch zu erwarten, daß mit dem bald vollendeten Bau des großen Badehauſes an dem Rieſenſprudel auch die ominöſe „Gänſeweide" in entſprechende Gartenanlagen verwandelt und überhaupt dadurch noch manch billigem Wunſche für die Bequemlichkeit abgeholfen werde. Hat aber Nauheim ſchon jetzt für Frankfurt eine gerechte Bedeutung unter den Taunusbädern erlangt, ſo wird dieſe noch erhöht werden, wenn Nauheim der Mainſtadt durch die Eiſenbahnverbindung ganz nahe gerückt iſt.

Ungarn.

Aus Ungarn, 13. Juni. Sehen wir uns in dieſem Augenblicke auf dem Kriegsſchauplatze um, ſo haben im Aeußern die Sachen dieſelbe Geſtalt, wie vor 6 Monaten, nur im Weſen derſelben ſteht es anders. Man ſtand freilich auch damals einander an der Waag und an der Donau gegenüber, aber die Armee der Magyaren war viel weniger zahlreich wie jetzt, und die Oeſterreicher, die nun durch die Ruſſen verſtärkt ſind, ſtanden allein. Noch ſind die Ungarn nichts weniger als eingeſchüchtert, ja es verſichern Reiſende, die von dort kommen, es herrſche bei denſelben eine außerordentliche Kampfluſt, die ſich in einer gewiſſen Freudigkeit dahin ausſpreche, daß ſie nunmehr in Stand geſetzt ſeien, zwei Feinde zugleich zu ſchlagen. Daß die Sachen von Seiten der Verbündeten keinen raſchern Fortgang gewinnen, iſt ein bedenkliches Zeichen. Unter den Ruſſen wüthen viele Krankheiten, am meiſten die Cholera, welche ihre Reihen bereits eben ſo gelichtet haben, wie es eine Schlacht nur thun könnte. Gelingt es nun auch, die Magyaren tiefer in Ungarn hinab zu drängen, ſo nimmt dieſes Uebel zu, und es wird die Oeſterreicher ſicher auch nicht verſchonen. Die ſtets in Niederungarn in der warmen Jahreszeit herrſchenden vielen Fieber, die ganz beſonders den Fremden verderblich ſind, werden entſetzlich aufräumen. Unter dieſen Umſtänden darf es nicht Wunder nehmen, wenn von Seiten Oeſterreichs die Hand aufs Neue zur Verſöhnung geboten wird, wie es wirklich der Fall iſt. Dennoch iſt auf keine andere Ausgleichung und Entſcheidung als die durch das Schwert zu rechnen, weil beide Parteien ſehr wenig zum Nachgeben geneigt ſind. (Schw.M.)

Aus Oedenburg wird geſchrieben: Eine Abtheilung Inſurgenten erſchien unlängſt plötzlich in dem Dorfe Czorna und trieb die ſämmtliche männliche Bevölkerung nach Raab, um ſie am Schanzenbaue zu betheiligen. Auch viele Weiber wurden mitgeführt. Wer ſich weigerte, erlitt Mißhandlungen mannigfaltigſter Art. Einer der Hauptheerde des Treibens der Inſurgenten iſt jetzt Raab, von wo aus ſie die ganze Umgebung agitiren, und ſo kühn ſind, weite Streifungen durch die Wälder längs der Donau zu unternehmen, um Schiffe anzuhalten und zu plündern. Die ganze Gegend iſt bereits verwüſtet und verheert und Grauſamkeiten aller Art fallen täglich vor. Die halbgereiſten Saatfelder werden, wo der wilde Schwarm durchzieht, abgemäht und entweder als Pferdefutter benützt, oder verbrannt. In Raab herrſcht die größte Furcht vor einer Plünderung, und die Kaufleute packen daher ihre Waaren, die ſie nicht verkaufen können, auch bereits ein. Alle Deutſchen ergreifen die Flucht, denn ſie werden, da ſie ſich vom Waffendienſte nicht befreit halten können, immer auf die gefährlichſten Poſten geſtellt. (Preſſe.)

Rußland.

Warſchau, 15. Juni. Ich kann Ihnen einige charakteriſtiſche Züge mittheilen, die Ihnen die Stimmung unſerer Einwohnerſchaft näher bezeichnen und das, was ich Ihnen in meinem vorigen Berichte hierüber ſchrieb, beſtätigen werden. So z. B. wurden alle Beamten beordert, in den Kirchen der Vorleſung des letzten Manifeſtes beizuwohnen — dieſe Vorleſung wurde überall mit Hohngelächter aufgenommen, welches einige Verhaftungen nach ſich zog. Während der Anweſenheit des öſterreichiſchen Kaiſers wurde in dem Hoftheater der Orangerie das bekannte Ballet: „Die beiden Diebe" aufgeführt, und das zu Ehren der beiden Kaiſer. In dieſem Zufalle ſieht der Warſchauer eine ſehr treffende Irriſion. Noch eins: das geſammte öſterreichiſche in Warſchau zum Beſuch anweſende Officiercorps befand ſich im großen Theater, während unter andern auch ein bei uns ſehr beliebter ungariſcher Nationaltanz aufgeführt wurde. Das Publikum fand dabei Gelegenheit, ſeine Geſinnung den Oeſterreichern zu offenbaren, und nahm dieſen ungariſchen Tanz mit ſolchem ſtürmiſchen Beifall auf, daß ſeither dieſer Tanz auf der Bühne verboten worden.

Daß die politiſchen Gefängniſſe auch zum großen Theil Ruſſen bergen, iſt authentiſch. Die Bande des blinden Glaubens an den Kaiſer, des blinden Gehorſams bei der Armee, ſcheinen etwas locker zu werden. (N. K. Z.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Ztgs-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 Kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 176. Frankfurt a. M., Donnerſtag 28. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Amerika.

Deutſchland. Frankfurt (Conſtituirende Verſammlung des Freiſtaats). Wien (Ruſſiſche Gunſtbezeugungen. Geldnoth. Fürſt Edmund Schwarzenberg. Die Kriegsberichte aus Ungarn. Gebet für die kaiſerlichen Waffen. Neue kaiſerliche Garde. Die Vagabunden). Brünn (Cholera). Eger (Fürſt Metternich). Berlin (Uebereinkunft mit Frankreich wegen der badiſchen Flüchtlinge). München (Oeſterreich und die deutſche Sache. Ultramontane Wühlereien). Würzburg (Ankunft des Königs). Stuttgart (Kundmachung des Kriegsminiſteriums. Die Freiſchaarenzüge. Die öſterr. Abgeordneten zur Reichsverſammlung. General Peucker und die würtembergiſche Regierung). Wildbad (Die Freiſchaarenzüge). Ulm (Der Feſtungsbau. Truppencorps in der Nähe). Hannover (Bekanntmachung wegen Forterhebung der Steuern). Karlsruhe (Kanonade bei Knielingen. Verwandlung der Karlsruher Zeitung. Die Ankunft des Prinzen von Preußen. Die Bürgerwehr. Vorgänge vor dem Einrücken der Preußen). Von der Enz (Bretten von den Preußen beſetzt). Mannheim (Der Kampf bei Ubſtadt und Durlach). Mainz (Zitz und Bamberger). Von der Niederelbe (Aarhuus von den Preußen genommen. Landung der Dänen. Das Obercommando). Flensburg (Die ruſſiſche Flotte).

Großbritannien. London (Das Budget. Vermiſchtes).

Frankreich. Paris (Das Preßgeſetz. Interpellationen Mauguin's. Rundſchreiben des Miniſters des Innern. Der National über die römiſche Frage. Tod des Königs Karl Albert).

Oeſterreichiſche Monarchie. (Der Einmarſch der Ruſſen in Siebenbürgen).

Schweiz. Bern (Bundesbeſchluß über die Militärcapitulationen. Nachricht aus Ollmütz. Ledru Rollin).

Niederland. Amſterdam (Der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Preußen gekündigt).

Dänemark. Kopenhagen (Die Friedensausſichten).

Ungarn. (Berichte aus Preßburg. Eroberte Kanonen. Die Prager Unterſuchungsacten. Ungariſcher Telegraph. Koſſuth in Ofen. Das Schickſal von Neuſatz).

---

27. Juni.

Lord Brougham ſprach ſich im Hauſe der Lords am 19. Juni, wo er die canadiſchen Angelegenheiten anregte, über die Vereinigten Staaten in folgender Weiſe aus: „Ihr ſteht am Vorabend eines großen Kampfes in Canada, und wenn Ihr etwa meint, daß dieſer Kampf zwiſchen den Stämmen, oder wenn Ihr lieber wollt, zwiſchen Euch, dem Mutterſtaat, und den Colonien überhaupt von Euerm Nachbar auf der andern Seite des atlantiſchen Oceans mit gleichgültigen Blicken betrachtet werde, wenn Ihr Euch einen Augenblick einſchläfert mit der Vorſtellung, daß die Nordamerikaner, weil ſie genug zu Hauſe zu thun haben, ihre begehrlichen Blicke nicht über den St. Lorenzſtrom ſtreifen laſſen, oder daß ſie, im Beſitz eines unermeßlichen, durch die größte Productenmannigfaltigkeit ausgezeichneten Gebiets, nicht nach noch mehr ſich gelüſten laſſen werden, o, ſo erlaubt mir, Euch aus dieſem freundlichen Traum aufzuwecken. Laßt mich Euch daran erinnern, daß wenn Amerika die erſte Republik ohne Ehrgeiz ſein ſollte, wenn Ihr zum erſten Mal in der Geſchichte des Menſchengeſchlechts und der Regierungen an Amerika ein Beiſpiel hättet von einem Lande, das, mit überflüſſigem Reichthum geſegnet und mit einer reißend ſchnell anwachſenden Bevölkerung, mit einer Regierung ohne Oberaufſicht einer Krone, ohne eine Ariſtokratie, um wieder die Krone zu beaufſichtigen, wie in England, und ohne den Löwenrachen, um die Ariſtokratie zu zügeln und die Dauer des Friedens zu ſichern wie im alten Venedig, wenn, meine Lords, Amerika das erſte Beiſpiel ſein ſollte von einer Volksregierung, die aller ſolcher Schranken, ſolchen Gleichgewichts und ſolcher Controle entbehrt und dabei zugleich allen Ehrgeizes baar und ledig wäre, ſo würde dies ein noch nie dageweſenes Ereigniß in der Geſchichte des Menſchengeſchlechts und der Staaten ſein. Und wenn Ihr Euch einbildet, daß Amerika, weil es große nach allen Richtungen ſich ausdehnende Gebiete beſitzt, weil es mehr Land hat, als es anzubauen fähig, mehr Volk, als ihm zu regieren möglich iſt, mehr Producte, als es verzehren oder im Handel umſetzen kann, aus dieſen Gründen ſich nicht gelüſten laſſen werde, ſeine Beſitzungen nach Norden auszudehnen, dann würdet Ihr an ein noch unendlich größeres Wunder glauben. Aber in der Wirklichkeit verhält es ſich ganz anders. Den Vereinigten Staaten dünkte jeder Tag ein Zeitalter, bis ſie endlich hörten, daß die Bill (die ſo berühmt gewordene Entſchädigungsbill) die königliche Zuſtimmung erhalten habe, bis ſie hörten, daß ſich England in den gefährlichen Strudel geſtürzt habe, der ſich jetzt vor ihm aufthut." Der Lord verſicherte weiter, daß außer der Ländergier, die, je mehr ſie Befriedigung erhalte, auch um ſo mehr zuzunehmen pflege, ein ſehr beſtimmtes Intereſſe die Nordamerikaner veranlaſſe, ſich gegen Norden hin auszudehnen. Einmal ſei Canada der allgemeine Zufluchtsort weggelaufener Negerſclaven, deren es allein in Obercanada 15,000 gibt, ſodann ſei es den Vereinigten Staaten nicht möglich, den beabſichtigten Tarif erhöhter Zölle auf dieſer ungeheuer ausgedehnten, zum Theil aus Waſſergebiet beſtehenden Grenze zur Ausführung zu bringen. Daher der heftige und unverhohlene Wunſch der Nordamerikaner, Canada dem ſchon ſo reichen Bündel der Vereinigten Staaten einzuverleiben.

Die Worte Brougham's beweiſen wenigſtens, daß man in England die Gefahren, die den britiſchen Colonien und namentlich Canada von Nordamerika aus drohen, nicht verkennt. Im Oberhauſe ſprach ſich unter 195 anweſenden Lords faſt die Hälfte für Broughams Anſichten aus. Die Tories in England und die engliſch-toryſtiſche Partei in Canada begehren nichts weiter, als daß von den Begünſtigungen der Entſchädigungsbill wenigſtens diejenigen ausgenommen werden, welche an der Empörung der franzöſiſchen Partei in Canada thätigen Antheil genommen haben; das Princip der Bill wagen ſie, nachdem ſie die königliche Beſtätigung erhalten, nun nicht mehr anzufechten. Lord Elgin und ſein franzöſiſches liberales Miniſterium, das britiſche Miniſterium und die Mehrheit im Ober- und Unterhauſe ſind anderer Meinung; ſie nehmen ſich offen der franzöſiſchen Par-

tei an, auf die Gefahr hin, die engliſche zu ihrer unverſöhnlichen Gegnerin zu machen. Man glaubt, erſtere durch ſolche Zugeſtändniſſe immer feſter mit der Krone zu verbinden, und hofft, daß letzterer nach kurzem Rauſche die Beſinnung und ihre frühere loyale Anſchauung wiederkehren werde. Es iſt wahr, daß die engliſche Partei vor den Trümmern des von Frevlerhänden in Brand geſteckten Parlamentshauſes zu Montreal erſchrocken ſtillſteht, daß die Führer ſelbſt erwägen, ob ſie weiter zu gehen wagen dürfen, ohne den Beſtand der geſellſchaftlichen Ordnung ſelbſt in Frage zu ſtellen; es iſt wahr, das der Unfug in Montreal auch in dieſem Falle nicht den Zwecken der aufſtändiſchen, ſondern der Regierungspartei förderlich geweſen iſt. Aber es fragt ſich, ob der Loyalismus der engliſchen, in ihrem Eigenſinn wie in ihrem Geld- und Stammesintereſſe gekränkten Partei ſtark genug iſt, um der Verſuchung zu widerſtehen, ihre Drohung eines Anſchluſſes an die Vereinigten Staaten wahr zu machen, und ob hinwiederum die liberalen Canadier franzöſiſchen Urſprungs durch ſolche Begünſtigungen in unerſchütterliche Unterthanen Englands zu verwandeln ſein werden. Bei einem ernſtlichen und allgemeinen Aufſtand in Canada würden die wenigen über dies weitläufige Gebiet zerſtreuten engliſchen Truppen einen harten Stand haben, zumal da es den Inſurgenten an Zuzügen aus Nordamerika, auch gegen den Willen der Regierung zu Waſhington, nicht fehlen würde. Schaaren von Unzufriedenen aus Irland in Canada wie in den Vereinigten Staaten haben, wie man ſagt, für den Fall eines canadiſchen Aufſtandes geheime Bünde geſchloſſen, um ſofort bewaffnet auftreten zu können. Freilich haben ſich die Irländer durch ihre letzten Aufſtandsverſuche in ihrer Heimath gerade nicht ſehr furchtbar gemacht. Gewöhnt, ihre Geheimniſſe auszuplaudern, verſchwören ſie ſich bei offenen Fenſtern und Thüren, und freuen ſich, wenn ſie dabei recht viele Zuhörer haben.

In Betreff Canada's ſind ſomit die Ausſichten der Vereinigten Staaten ſehr günſtig, zumal da es zweifelhaft iſt, ob ſich England mit Nordamerika dieſer Colonie wegen in einen länger dauernden, auf Tod und Leben geführten Krieg einlaſſen würde. Wenn auch Sir W. Molesworth mit ſeiner Doctrin, daß es Englands Vortheil ſei, aus Erſparungsgründen ſämmtliche Colonien frei zu geben und ſich nur gute Handelsverträge mit ihnen zu ſichern, ziemlich vereinzelt ſteht, ſo iſt doch die Zahl Derer in England nicht gering, welche den Verluſt der britiſchen Colonien früher oder ſpäter für unvermeidlich halten und ſich damit tröſten, daß England, ſeitdem es die Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten anerkannt, in commercieller Hinſicht viel mehr gewonnen als verloren hat. Dieſe Partei, deren Vorkämpfer noch jüngſt im Parlament Hr. Roebuck war, räth zwar nicht, die Colonien ſofort freizugeben, aber ſie in ihrer inneren Verwaltung ſo unabhängig hinzuſtellen, daß ihr Zuſammenhang mit dem Miniſterium der Colonien zu London nur noch dem Namen nach fortbeſtände. Es iſt auch allerdings richtig, daß außer Canada noch zwei der bedeutendſten britiſchen Colonien in Amerika dem Mutterlande gegenwärtig Kummer und Sorge bereiten. Die Pflanzer in Jamaika klagen ſeit der Einführung des neuen Zuckerzollgeſetzes, welches den Zucker der ſklavenhaltenden Länder mit dem engliſchen Colonialzucker gleichſtellt, daß ſie immer mehr ihrer gänzlichen Verarmung entgegen gehen, und ſchicken eine Klageſchrift nach der andern an das Parlament oder die Krone. Die Einwohner von Britiſch-Guiana, welche über die hohen Gehalte der von London hingeſchickten und meiſt der Ariſtokratie angehörenden Beamten unzufrieden ſind, nöthigten durch ihren paſſiven Widerſtand die Regierung zu London, den früheren Gouverneur abzurufen und durch den keineswegs rein whiggiſtiſchen Hrn. Barkly zu erſetzen, der aber auch bereits bei der Bevölkerung in Ungnade gefallen iſt. In Jamaika liegt das Volkshaus im ewigen Streit mit der erſten Kammer oder dem Council, und hier wie in Guiana, wird die verfaſſunggebende Verſammlung von Termin zu Termin vertagt. Dieſe fortwährende Unzufriedenheit iſt für England bedenklich, ſie iſt aber auch leicht erklärlich, da dieſe Colonien das Muſter der nordamerikaniſchen Selbſtverwaltung und Selbſtregierung ſo nahe vor Augen haben.

An der geheimen Luſt der Vereinigten Staaten, ſich immer noch weiter auszudehnen und fürs Erſte ganz Nord- und Mittelamerika ſammt Weſtindien in ihren Bund zu ziehen, kann man nicht zweifeln, ſeitdem ſie ſich durch einen Krieg in den Beſitz von Californien und Neumexico geſetzt, und ſeitdem es bekannt geworden, daß unter Polk bei gewiſſen Perſonen am Madrider Hofe Erkundigungen eingezogen wurden, ob Spanien nicht in Folge ſeiner Finanznöthe geneigt ſein würde, die Inſel Cuba gegen eine Abfindungsſumme an Nordamerika zu überlaſſen. Die nordamerikaniſche Preſſe, ſelbſt die halbamtliche, hat den Plan, die „Perle des weſtindiſchen Meeres", Cuba, in die Taſche zu ſtecken, immer auf's lebhafteſte vertheidigt.

Man bedenke, daß Mexico ſo gut wie herrenloſes Land iſt. Der letzte Krieg hat es bis zur Ohnmacht gedemüthigt und ausgeſogen. Seine Regierung beſteht nur dem Namen nach; ſeine Einkünfte würden kaum hinreichen, nur die Zinſen ſeiner Schulden zu decken, wenn es überhaupt daran dächte, Zinſen zu bezahlen. Die Landſtraßen wimmeln von Räuberbanden. Ein großer Theil der Bevölkerung, namentlich in den Seeſtädten, wünſcht offen den Anſchluß an die Vereinigten Staaten. Tampico hat ſich für dieſen Zweck bereits mehrmals in Waffen erhoben. Amerika wird dieſes ausgedehnte und unter den Händen der Nordamerikaner der höchſten Entwickelung fähige Land zuletzt noch aus Erbarmen ſich aneignen müſſen.

Weiter ſüdlich erblicken wir das kaum beſſer verwaltete Guatemala, ferner Honduras, Nicaragua und Coſta Rica, dann im Norden des ſüdamerikaniſchen Feſtlandes die drei durch Bürgerkriege zerriſſenen Schweſterrepubliken Venezuela, Neu-Granada und Ecuador, öſtlich grenzend an das unzufriedene britiſche Guiana. Welche Ausſichten für ein unternehmendes und von Schöpfungsluſt erfülltes Volk wie das nordamerikaniſche! Aber auch angenommen, Nordamerika umſchlöſſe durch die Beſitznahme von ganz Mexico und Guatemala, die ihm kaum entgehen kann, nur von zwei Seiten, der nördlichen und weſtlichen, den Keſſel des caraibiſchen Meeres und des mexicaniſchen Golfs, ſo iſt faſt als ſicher anzunehmen, daß ihm auch die in dieſem Waſſerkeſſel umherliegenden Inſeln ſchwerlich entgehen werden. Außer in Jamaika unter den engliſchen Pflanzern, iſt auch auf den däniſchen Inſeln die Unzufriedenheit unter den Schwarzen groß; auf Cuba hat man vor noch nicht langem einen größeren Aufſtand befürchtet und auf Haiti führen die Haitianer und Dominicaner einen Vertilgungskrieg.

Der unternehmende Präſident Polk, deſſen Verwaltung zu den glänzendſten gehört, deren ſich Nordamerika zu rühmen hat, trachtete darnach, der europäiſchen Diplomatie entgegen und gegenüber, eine ſpecifiſch amerikaniſche auszubilden und ſie namentlich auch in den ſüdamerikaniſchen Staaten zur Geltung zu bringen. Fürs Erſte gedachte er ſich nicht ſelbſt in die ſüdamerikaniſchen Verhältniſſe einzumiſchen, aber wohl der Einmiſchung europäiſcher Mächte kräftig entgegenzuarbeiten. Das diplomatiſche Spiel Frankreichs und Englands in den Streitigkeiten zwiſchen dem tyranniſchen, aber jedenfalls ſchlauen und energiſchen Dictator der argentiniſchen Republik, General Roſas, und Montevideo, der Hauptſtadt von Uruguay, ſah Polk von jeher mit Verdruß. Dünkt doch ſelbſt der Schutz, welchen England dem kleinen König der Mosquitos gewährt, den Nordamerikanern nicht wenig anſtößig!

Für jetzt iſt das conſtitutionell-monarchiſche Braſilien, dies maſſenhafte, unbeweglich in der Mitte ſtets veränderlicher Republiken hingelagerte Kaiſerthum, unter den ſüdamerikaniſchen Staaten leicht noch am leidlichſten regiert. Der jüngſt mit Waffengewalt und nicht unblutig unterdrückte Aufſtand in der Provinz Pernambuco war nur das Werk einiger ehrgeizigen Deputirten, die von dem Winkel in Pernambuco aus, Braſilien in eine Republik zu verwandeln trachteten. Seit jenem Putſch iſt dieſe Provinz erſt recht loyal und bis zum Uebermaß reactionär geworden. Der Anblick der ſüd- und mittelamerikaniſchen ſogenannten Republiken iſt übrigens ganz gemacht, die Braſilianer bei ihrer monarchiſchen Geſinnung zu erhalten. Dieſe Spottgeburten von Republiken, die nur ein Infuſorienleben führen, ſind die Tummelſtätten ehrgeiziger Feldoberſten oder ſogenannter Generale, die ſich durch eine Militäremeute der Herrſchaft bemächtigen und dann ein paar Jahre den Dictator ſpielen, bis ein glücklicher Nebenbuhler, häufig ihr eigener Vorgänger, ſie wieder aus dem Sattel hebt. In Bolivia ſtanden noch vor Kurzem drei ſolcher Prätendenten gegeneinander im Feld.

Am ſtillen Ocean haben ſich die Nordamerikaner Oregons und Obercaliforniens bemächtigt. Die ganze Inſelwelt im großen Ocean liegt vor ihnen offen, jenſeits winken die Küſten von China und Japan und der Archipelagus im indo-chineſiſchen Meer. Nach neuern Berichten ſind die Sandwichinſeln bereits zum gu-

ten Theil von Eingebornen Nordamerikas bevölkert. So wird man eine Inſelgruppe nach der andern gemächlich amerikaniſiren. Aber bereits in Neuſeeland und Neuholland wird man auf Engländer ſtoßen. Sollten ſich dann die rivaliſirenden Intereſſen Englands und Nordamerikas in den Gewäſſern von China und vielleicht auf dem Feſtlande Aſiens ſelbſt feindlich begegnen, ſo würde England, das ſich hier bereits für ſeine in Amerika drohenden Verluſte ſchadlos zu halten trachtet, eher den letzten Mann, das letzte Schiff und das letzte Pfund opfern, ehe es in dieſem Theile der Welt den Vereinigten Staaten den Vorrang zugeſtehen würde.

Deutſchland.

□ **Frankfurt**, 27. Juni. Die verfaſſunggebende Verſammlung für den Freiſtaat Frankfurt hat in ihrer heutigen Sitzung zuvörderſt zwei Anträge auf Abänderung ihrer Geſchäftsordnung erledigt; der erſte, von Hrn. Dr. Kugler, des Inhalts, daß kein eingezeichneter Redner, thatſächliche Berichtigungen und perſönliche Bemerkungen ausgenommen, zum zweitenmale in einer Debatte das Wort ergreifen könne, bevor nicht alle übrigen eingezeichneten Redner geſprochen; der zweite, von Hrn. Dr. Stein, dahin gerichtet, daß die Eröffnung der Sitzungen bei Anweſenheit der Hälfte, eine Beſchlußfaſſung bei Anweſenheit von zwei Drittheilen der erwählten Mitglieder geſtattet reſp. gültig ſei. Die Commiſſion hatte in einem vortrefflichen, klar und präcis abgefaßten Bericht (Berichterſtatter Hr. Dr. Braunfels), der Verſammlung vorgeſchlagen, über beide Anträge zur Tagesordnung überzugehen und die Verſammlung trat dieſem Vorſchlage faſt einſtimmig bei. Ob die beiläufig eingeflochtene und wenn auch vielfach verclauſulirte, doch ebenſo derbe als wohlverdiente Rüge gegen diejenigen Mitglieder, „welche ſich durch regelmäßiges Nicht-Erſcheinen in der Verſammlung auszeichnen", fruchten wird, ſteht zu erwarten; wohl aber wollen wir uns ſchon hier von ganzem Herzen der Hoffnung anſchließen, welche der Ausſchuß in ſeinem erſten Berichte ausſprach, daß es dem zunehmenden parlamentariſchen Tacte der Mitglieder und einer kräftigen (wir hätten den Comparativ „kräftigeren" gewünſcht) Leitung der Verhandlungen gelingen werde, diejenigen Mißſtände zu vermeiden, welche der Antrag des Herrn Dr. Kugler zu beſeitigen beabſichtigte: die widrigen Auftritte gereizter perſönlicher Wechſelreden, an denen leider gerade die ausgezeichnetſten Mitglieder beider Parteien ſich vorzugsweiſe zu betheiligen pflegten.

A. Z. C. **Wien**, 22. Juni. In den im heutigen amtlichen Theile der Wiener Zeitung veröffentlichten Berichten vom Kriegsſchauplatze fällt es allgemein auf, daß mit trocknen Worten angegeben iſt: „die Brigaden Pott und Theiſing ſeien von der Uebermacht des Feindes zurückgedrängt worden." Es ſcheint, daß mit dem Wechſel des Armee-Obercommandanten auch in Bezug auf die Nachrichten von den Waffenerfolgen in Ungarn eine Veränderung eingetreten, die nur zu billigen iſt, weil dadurch die Armeebulletins als amtliche Urkunden von hiſtoriſcher Bedeutung bei den Maſſen wieder vollen Glauben und Beachtung finden werden. Die Unterſuchung gegen den k. k. Hauptmann Braun (im verfloſſenen Jahre durch einige Zeit Obercommandant der Wiener Nationalgarde) ſoll endlich geſchloſſen ſein. Er dürfte ſieben Jahre Feſtungsſtrafe erhalten. In den hieſigen Kirchen wird ſeit einigen Tagen ein Gebet: „Um glücklichen Fortgang der k. k. Waffen" unentgeldlich vertheilt. Es wäre nothwendig, daß zu ſolchen und ähnlichen Zwecken geiſtreichere Gebete zum Vorſcheine kämen, denn ſo ſehr es auch zu wünſchen iſt, ſo glaubt es doch Niemand, daß, wie das Gebet ſich ausdrückt „wenn es zur Belagerung einer feindlichen Feſtung kommt ihre Mauern wie bei Jericho zu Boden ſtürzen werden" u. ſ. w. Was man aber nicht glaubt, ſoll man gewiß auch nicht beten. Der Sultan hat den Fürſten Serbiens in die erſte Claſſe des Muſchirthum erhoben, und ihm zugleich den höchſten ottomaniſchen Verdienſtorden, nebſt einem kaiſerlichen Berat überſchickt. Der ruſſiſche Generallieutenant Danenberg iſt mit einem Corps in Bukareſt eingezogen. Einer allerhöchſten Entſchließung zu Folge, ſoll für die beſtandene ungariſche und italieniſche Leibgarde eine neue kaiſerliche Garde errichtet werden, welche aus verdienten und erfahrenen Officieren ohne Unterſchied der Nationalität und Waffengattung beſtehen ſoll. Einem Regierungscirculare zu Folge ſind die Dominien angewieſen, alle heimath- und elternloſen Vagabunden ſogleich zum Militärdienſte abzuſtellen, im Uebrigen die beſtehenden Vorſchriften in Betreff der Vagabunden ſtrengſtens zu handhaben.

△ **Wien**, 23. Juni. Ich berichtete Ihnen kürzlich, daß der Kaiſer den braven Officieren der Raſtatter Beſatzung bei ihrer Ankunft die Hand reichte, welche Anerkennung allgemeine Freude hier erregte: der Kaiſer von Rußland geht aber noch weiter in ſeinen Gunſtbezeugungen, die vielleicht auf den ruſſiſchen Charakter gut berechnet ſind, aber auf einen Nichtruſſen einen wahrhaft komiſchen Eindruck machen. Bei ſeiner Anweſenheit in Dukla vernahm er, daß eine Escadron Koſaken von der Grenzwache nach Bartfeld gegangen war, um die dortigen Honveds zu vertreiben und bei dieſer Gelegenheit 6 Brodwagen erobert und 14 Honveds als Gefangene zurückgebracht hatte. Er decorirte deßhalb den Corporal der Diviſion mit einem Orden und küßte ihn vor der Fronte. Am 20. traf wieder eine Sendung von 100 Centner Silber aus Hamburg in dem hieſigen Münzamte ein; es ſoll dem Vernehmen nach zu kleiner Scheidemünze verwendet werden, die uns mehr als je noth thut. In vielen Gewölben erhält man ſchon nicht mehr als zwei Kreuzer in Kupfer bei dem Einkaufe zurück. Auch macht ſich eine neue Art Induſtrie geltend; wenn man durchaus Scheidemünze nöthig hat, ſo kann man ſie wohl erhalten, aber für einen Viertelguldenzettel bekommt man nur 13 Kreuzer in Kupfer. Und die Polizei, der man in allem Uebrigen die größte Thätigkeit nicht abſprechen kann, weiß für dergleichen Unfug keine Denuncianten heranzubilden. Zum Glücke ſtehen die Saaten ſo vortrefflich, daß wenigſtens keine Theuerung an Getreide zu fürchten iſt; im Gegentheil ſind die Mehlpreiſe bereits um 10 bis 14 fl. per Muth im Sinken; der Preis des Schlachtviehs jedoch ſteht noch ſehr hoch. Die vier Vertreter der Nationalbank bei der eben zuſammengetretenen Commiſſion im Finanzminiſterium, die den Zweck hat, unſere gegenwärtige Finanzkriſis wo nicht zu heben, doch wenigſtens zu erleichtern, ſollen ſich einſtimmig gegen die vorgeſchlagene Emiſſion der Bankactien ausgeſprochen haben. Der erkrankte Commandant des 3. Armeecorps, Fürſt Edmund Schwarzenberg, befindet ſich noch immer in einem ſo leidenden Zuſtande, daß von einem baldigen Wiedereintritt in den activen Dienſt nicht die Rede ſein kann. Vor einigen Tagen brachte man ihn nach Dornbach auf das Schloß ſeines Vetters (eine Stunde von Wien). Der junge Kaiſer ſcheint beſonderen Antheil an ſeinem Unfalle zu nehmen und beſuchte ihn wiederholt perſönlich.

Auch in **Brünn** ſind Cholerafälle vorgekommen.

Eger, 22. Juni. Auf dem fürſtlich Metternich'ſchen Schloſſe Königswart, welches in unſerer Nähe liegt, ſind Befehle eingetroffen, welche anzudeuten ſcheinen, daß der Fürſt in nicht allzulanger Zeit nach Oeſterreich zurückzukehren gedenkt. Im vorigen Jahre nämlich hatte er Befehl gegeben, einen Theil der reichen Sammlungen, welche in dieſem Schloſſe aufgeſtellt ſind, einzupakken und nach England zu ſchicken. Später wurde der Befehl der Abſendung widerrufen, und neuerdings iſt der Auftrag eingegangen, die eingepackten Gegenſtände wieder in der frühern Weiſe aufzuſtellen und einige andere Anordnungen zu treffen, welche auf jene Rückkehr deuten. (L. Z.)

Berlin, 24. Juni. Unſer Miniſterium hat durch den franzöſiſchen Geſandten mit Frankreich die feſte Uebereinkunft geſchloſſen, daß alle aus Baden nach Frankreich Fliehenden an der franzöſiſchen Grenze zurückgewieſen werden. Baiern und Oeſterreich haben daſſelbe hinſichtlich der Schweiz zu bewirken zugeſagt. So denkt man alle in Baden vereinten revolutionären Häupter des vorigen Jahres in ſichere Gewalt zu bekommen; die preuß. Generäle haben genaue Verzeichniſſe erhalten, in denen namentlich die kriegsrechtlich zu Behandelnden angegeben ſind Dies Schickſal ſcheint alſo den Herren d'Eſter, Kinkel, Techow, Willich, Schimmelpfennig, Heinzen als Preußen, ferner Becher, Sigel, Mieroslawski gewiß. Herr v. Radowitz hatte einen Deportationsplan entworfen, der aber mit ihm gefallen iſt. (W. Z.)

= **München**, 25. Juni. „Laßt die Oeſterreicher mit Hülfe der Moskowiten über die Magyaren einen glänzenden Sieg gewinnen — die Preußen werden dann ſehen, welche Freiheit, Verfaſſung und Geſetzlichkeit Habsburg in Deutſchland will." So ruft in Ihren neueſten Blättern der greiſe Moritz Arndt vom Rheine her, und bald vielleicht könnte dieſe Zeit kommen. Daß das Volkshaus wiederum von Oeſterreich verworfen worden, iſt ſo viel als gewiß. Während unſere ſog. deutſche Partei, die in ihrer Principiennoth bald für Magyaren, bald für Polen, Franzoſen, Pfälzer und Badenſer geſchwärmt hat, in letzter Zeit alle und jede Agitation für die Frankfurter Reichsverfaſſung eingeſtellt

hat, fahren die Ultramontanen im ſichern politiſchen Inſtinct, daß die Frankfurter Sache noch lange nicht abgethan iſt, mit der Wühlerei gegen dieſelbe fort. Sie haben nun 292 Adreſſen gegen die Frankfurter Reichsverfaſſung aus faſt allen Theilen Baierns zuſammengeſtoppelt; darunter erklären 4 Gemeinden aus Mittelfranken: Die Reichsverfaſſung bezwecke den Umſturz der Throne und der beſtehenden Ordnung. Die Augsb. Poſtzeitung nennt in einem Aufſatz aus Franken v. 21. Juni den preußiſchen Verfaſſungsentwurf geradezu ein Verbrechen, weil demnach die Reichsvorſtandſchaft vom Könige von Preußen erſtrebt wird; ſie erinnert an den bekannten Vers aus dem Vaticinium Lehninense: Israel nefandum scelus audet, morte piandum und ſagt, ein Manuſcript auf der Berliner Bibliothek habe ſtatt Iſrael: is rex. Wenn wir nicht irren, iſt Dr. Conſtantin Höfler, Archivar in Bamberg, jüngſt erſt für Herausgabe des Eyb vom Könige von Preußen decorirt, der dankbare Verfaſſer.

Würzburg, 26. Juni. Geſtern Nachmittag zwiſchen 3 und 4 Uhr ſind JJ. MM. der König und die Königin dahier angelangt.

Stuttgart, 25. Juni. So eben ſprach ich einen der von Baden-Baden rückkehrenden Deputirten auf ſeiner Heimreiſe nach Oeſterreich. Sie haben ſich faſt alle bis auf 20 zerſtreut, die meiſten nach Hauſe. Jene 20 folgen der Regentſchaft nach Freiburg, um vorläufig abzuwarten bis eine neue Nationalverſammlung etwa zuſammentritt, worauf erſt formell durch den Präſidenten die Auflöſung der Verſammlung erfolgen würde.

Stuttgart, 25. Juni. Der preußiſche General Peucker hat die würtembergiſche Regierung aufgefordert, ein Contingent von 5000 Mann zu ſtellen. Das Miniſterium hat eine abſchlägige Antwort ertheilt.(?) (F. J.)

Stuttgart, 26. Juni. Der Schwäbiſche Merkur enthält folgende Kundmachung des Kriegsminiſteriums: „Das Vorrücken der preußiſchen, heſſiſchen rc. Truppen im Rheinthale, wodurch die Operationen der kriegführenden Theile ſich näher an den würtembergiſchen Schwarzwald gezogen haben, und eben damit die Möglichkeit gegeben iſt, daß Freiſchaaren oder bewaffnete Corps die dieſſeitige Grenze überſchreiten, hat die Aufſtellung eines Beobachtungscorps zum Schutze der Schwarzwaldthäler in der Gegend von Neuenbürg bis Freudenſtadt nothwendig erſcheinen laſſen. Dieſe Stellung wird ſich nach der ferneren Operation in Baden ändern, um unter allen Umſtänden das dieſſeitige Gebiet gegen Verletzungen zu ſichern. Kriegsminiſterium: Rüpplin."

* Die Freiſchaarenzüge, denen doch wie es ſcheint ein beſtimmter Plan zum Grunde lag, und zwar der eines Zuges nach Stuttgart, ſind einer nach dem andern einzeln verunglückt. Die Freiſchärler von Calw und Freudenſtadt fanden nirgends Anklang und den erwarteten Zuzug und entſchloſſen ſich zur Heimkehr. Unterdeſſen iſt in Calw Militär eingerückt. Starke Truppenbewegungen finden ſtatt; zwei Regimenter ſind von Stuttgart abgegangen; das dritte Infanterieregiment, das bisher in Ulm lag und kürzlich nach Riedlingen marſchirt war, iſt ſtatt deſſen dort angekommen. Die Bürgerwehr bezog wieder die Wachen. Für die Entſtehungsweiſe in dem Zweck der Freiſchaarenzüge iſt bezeichnend, was dem Schw. M. aus Oberndorf vom 25. Juni geſchrieben wird:

„Seit zwei Tagen werden aller Orten im hieſigen Bezirke gedruckte Proclamationen verbreitet, welche von der badiſchen Grenze herüber kommen. Die eine fordert zum Zuzuge nach Stuttgart und zur Ergreifung der Waffen auf, um die Nationalverſammlung zu ſchützen, kommt daher zu ſpät. Die andere fordert dringendſt und in furioſem Style alle waffenfähigen Patrioten auf, ſogleich nach Donaueſchingen ſich zu begeben, wo ſie gut aufgenommen und bewirthet werden würden. Ihre Aufgabe wäre dann, gleichfalls eine Expedition nach Stuttgart gegen das Miniſterium Römer zu unternehmen. Letztere Flugſchrift iſt von dem Kriegscommiſſär Lohſe unterzeichnet, von B. Schifterling contraſignirt. Heute früh kam eine Stafette von Freudenſtadt mit der Aufforderung zu einem Zuge nach Stuttgart hier an, wohin ſich heute von Freudenſtadt aus 1000 Mann (?) begeben würden. Dieſelben ſollten heute nach Horb kommen und dort mit zu erwartenden weiteren Zuzügen von Tuttlingen, Spaichingen rc. her ſich vereinigen."

Man war klug genug, erſt in Horb anzufragen und nach dem Zuzug ſich umzuſehen. Letzterer erſchien nicht und die Abgeſandten aus Horb meldeten, daß die Calwer Bürgerwehr, die den verkündeten Zuzug von 40,000 Mann dort nicht getroffen hatte, ſehr „desenchantirt„ wieder abgezogen war. So iſt denn das offenbar von Baden aus betriebene Unternehmen als verunglückt zu betrachten. Bei Villingen an der badiſchen Grenze hat ſich einiges Volk, darunter auch würtembergiſche Ausreißer geſammelt, die vielleicht noch einen Beſuch in Würtemberg unternehmen. Wie man dem Schw. M. vom 25. Juni ſchreibt, ſind durch Eſtafette Truppen nach Calw beordert worden, weil Freiſchärler eingefallen ſeien; die badiſche Grenze gegen Pforzheim hin (wo ſich bekanntlich auch die „würtembergiſche Legion" befindet) wimmele von denſelben. Schon längere Zeit hatte man in Calw einen Zug aus Pforzheim gefürchtet, um ſich der dort noch vorhandenen Vorräthe an Waffen und Munition zu bemächtigen.

& **Wildbad**, 25. Juni, 3 Uhr. So eben erſchallt die Lärmtrommel in unſerm friedlichen Thale, die Wehrmänner ſammeln ſich. Eine Abtheilung Freiſchärler, an 80 Mann, angeblich zum größten Theil aus würtembergiſchen Studierenden beſtehend, iſt 2 Stunden von hier am Tobel von einem hieſigen Bürger begegnet worden und hat ihn an der Weiterreiſe nach Baden verhindert. Sie will, ſo viel er hörte, über Wildbad nach Pforzheim, um ſich den anderen Zuzügen anzuſchließen, die von dort nach Stuttgart gehen ſollen, um das Miniſterium Römer zu ſtürzen. Aehnliche Züge werden dem Vernehmen nach auch in andern Gegenden von Calw bis Horb von dem demokratiſchen Theil der Bürgerwehren beabſichtigt. Die von Calw ſah ich ſelbſt vor 2 Tagen bereits auf dem Punkte ihren Marſch anzutreten, ſie ſollen aber ſchon wieder zum größten Theile zurückgekehrt ſein. Sie ſehen alſo im Großen wie im Kleinen: deutſches Thun und Dichten bleibt ſich gleich. Ein ſchlechtverwahrtes Feuerwerk, das naß geworden und nun in Pauſen Stück für Stück abbrennt. Wenn durch dieſe ganz unvernünftigen Nachtragsexploſionen Würtemberg der zweifelhaften Beglückung des Belagerungszuſtandes unterlegen iſt, wird man vielleicht vier Wochen darnach in Mecklenburg und Hannover auch ſo weit ins Fieber kommen, um Freiſchaaren zu rüſten für die Durchführung der Reichsverfaſſung. Nicht einmal in ſeinen Krankheiten iſt Deutſchland ein Körper.

Nachſchrift. 6½ Uhr Abends: Die Bürgerwehr iſt wieder eingerückt, die Freiſchärler am Tobel haben ſich wieder zurückgezogen, vermuthlich nach Herrenalb, das ſie ſowie Toſenau mit zwei hundert Mann beſetzt haben. Von dort haben ſie die Wahl zwiſchen mehreren Wegen nach Baden zurück.

Ulm, 24. Juni. Durch den von der Regierung und den Ständen ſo bereitwillig geleiſteten Vorſchuß und mit den noch von Frankfurt verſprochenen Geldern iſt es möglich geworden, den Feſtungsbau, wenn auch etwas beſchränkt, doch noch 6—8 Wochen fortzuführen; bis dahin dürfte ſich wohl Manches ändern, weitere Geldmittel aufgefunden und ſomit der faſt vollendete Bau nicht eingeſtellt werden. Zwiſchen hier und Günzburg ſtehen jetzt außer der Garniſon in Neu-Ulm drei Bataillone, zwei Schwadronen und eine halbe Batterie in Cantonnirungen, ſo daß in wenigen Stunden an 4000 Mann verſammelt ſein können. Unſer nach Riedlingen abmarſchirtes drittes Infanterie-Regiment iſt nach Zurücklaſſung einer ſtarken Abtheilung am Freitag von dort abmarſchirt, um, wie es heißt, in und bei Nürtingen und Kirchheim weitere Beſtimmungen zu erwarten. (Schw. M.)

Hannover, 21. Juni. Die Hannoverſche Zeitung bringt die „Bekanntmachung des königlichen Finanzminiſteriums, die Forterhebung der Steuern während der Zeit vom 1. Juli bis zum 31. December 1849 betreffend. Unter Bezugnahme auf den § 96 des Geſetzes vom 5. Sept. v. J., verſchiedene Aenderungen des Landesverfaſſungsgeſetzes betreffend, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die bisherigen Steuern noch ſechs Monate vom Ablaufe der letzten Bewilligungszeit an, alſo vom 1. Juli bis zum 31. December 1849, unverändert forterhoben werden ſollen. Hannover, 14. Juni. 1849. Königlich hannoverſches Finanzminiſterium. Lehzen."

Karlsruhe, 24. Juni, Nachts 10 Uhr. Seit 9 Uhr geht bei uns faſt unausgeſetzt der Generalmarſch. Die hier einquartierten Volkswehren werden zuſammengerufen, um ſogleich nach Knielingen abzugehen, von woher eine heftige Kanonade gehört wird. Knielingen liegt nur 1½ Stunde von hier, Sie können ſich daher unſere Beſorgniß denken.

Karlsruhe, 25. Juni, Morgens 10 Uhr. Schon um 7 Uhr durchraſſelte der Generalmarſch wieder unſere Straßen, um die Volkswehren zu ſammeln. Bei Knielingen wollten geſtern

Abends die Baiern eine Brücke über den Rhein ſchlagen, was verhindert wurde und Veranlaſſung zu der Ihnen noch geſtern gemeldeten heftigen Kanonade gab. Aus dem Schwarzwalde kommen ſtündlich Leute des erſten Aufgebots an. Metternich ging heute dahin ab, wie man ſagt, um alle Leute des erſten Aufgebots hierher zu bringen. (Fr. Journ.)

Wie man dem Frankfurter Journal ſchreibt, iſt nach dem Einrücken der Preußen die Karlsruher Zeitung (?), der Verkündiger und der Stadt- und Landbote ſuspendirt worden.

Karlsruhe, 25. Juni. Am geſtrigen Tage wollte Schlöſſel um 5 Uhr Morgens Generalmarſch ſchlagen laſſen. Der tüchtige Bürgerwehroberſt, Gerber, weigerte ſich ſtandhaft, in dieſes Begehren einzuwilligen; er berief ſich auf ſein Brentano gegebenes Ehrenwort, wonach er gelobt und dagegen die Zuſage erhalten hatte, daß die Bürgerwehr ſich in dem revolutionären Kampf paſſiv verhalten und nur innerhalb der Stadt verwendet werden ſolle. Es wurde nach dieſem Vorgang bekannt, daß die Bürgerwehr entwaffnet werden ſolle. Nun wurde Generalmarſch geſchlagen; auf dieſes Alarmzeichen verſammelte ſich zugleich mit der Bürgerwehr eine große Menge Freiſchärler und umringte dieſelbe, ſo daß nach der Ausſage unſeres Erzählers, die Bürgerwehr, wäre es wirklich zu einem offenen Kampfe gekommen, nothwendig hätte unterliegen müſſen. Schlöffel und Goegg hielten nun nacheinander Reden an die Bürger, um ſie in Güte zum Ablegen ihrer Waffen zu beſtimmen. Vergebens! Die brave Bürgerwehr von Karlsruhe blieb ſtandhaft, und nur etwa 50—60 Individuen legten ihre Gewehre ab. Das Militär war, wie früher ſchon moraliſch, ſo nun auch phyſiſch, völlig machtlos. Das 3. Regiment ſoll auf circa ein Bataillon zuſammengeſchmolzen ſein. Nach dieſem entſchiedenen und mannhaften Auftreten der Karlsruher Bürgerwehr kam plötzlich die Nachricht von dem Anrücken der preußiſchen Truppen. Hierauf löſte ſich zuerſt das Kriegsminiſterium auf, Mayerhoffer jedoch wurde glücklicherweiſe im Gaſthaus zum „Waldhorn“ ergriffen und zurückgehalten. Ueber 200 Wagen mit Munition ſollen ſchon in der Nacht vorher fortgeſchafft worden ſein, wie man hört, nach Raſtatt. Außerdem hatte Goegg befohlen, ſämmtliches Eiſenbahnmaterial nach Raſtatt zu bringen, ein Befehl, der glücklicherweiſe im Drängen der Umſtände nicht ausgeführt wurde, ſo daß gegenwärtig noch 7 Locomotiven im activen Dienſte ſich befinden. Gegen 2 Uhr Nachmittags ſah man die erſten Preußen (Uhlanen) und gegen 3 Uhr rückten an 5000 Mann preuß. Truppen ein, darunter das 17. und 24. Regiment, ſowie ein Gardewehrbataillon aus Berlin. Die Preußen hatten geſtern Mittag noch ein Gefecht bei Durlach gegen die Freiſchaaren zu beſtehen gehabt, bei welcher Gelegenheit einige Granaten in die Stadt geworfen wurden. Sie hatten 28 Verwundete. Die Regierung hat aus der Generalſtaatscaſſe 200,000 fl., aus der Poſtcaſſe 70,000 fl. mit ſich fortgeführt. Gögg war der letzte unter den Mitgliedern der proviſoriſchen Landesregierung, den man in Karlsruhe geſehen hat. In Ettlingen iſt die Bürgerwehr durch Mördes entwaffnet worden. Die preußiſchen Truppen haben theilweiſe ſchon am heutigen Morgen Karlsruhe wieder verlaſſen und marſchiren auf Ettlingen los. (M. J.)

* Die Karlsruher Zeitung vom 26. Juni kommt uns heute gänzlich umgewandelt zu; ſie wird wieder „unter Verantwortlichkeit der Buchdruckerei“ redigirt und eröffnet ihre Spalten mit dem bereits bekannten Standrechtsgeſetz und der Erklärung des Landes in den Kriegszuſtand, die der Großherzog von Mainz aus erlaſſen hat. Daran ſchließt ſich unmittelbar die zweite Erklärung in den Kriegszuſtand, die der Prinz von Preußen von der Pfalz aus erlaſſen hat. Bekanntlich iſt Baden außerdem noch von dem General Peucker und von der proviſoriſchen Regierung, in Allem alſo viermal in Kriegszuſtand erklärt. Das Einrücken der Preußen und die bevorſtehende Rückkehr des Großherzogs wird ſogar durch ein Gedicht gefeiert, mit dem Motto: „Hic ames dici pater atque princeps.“ Außerdem iſt nichts zu bemerken, als die folgenden Nachrichten:

„Der Oberbefehlshaber der hieſigen Bürgerwehr, Oberſt Gerber, welcher in Begleitung ſeiner beiden Adjutanten geſtern Nachmittag den anrückenden königlich preußiſchen Truppen zur Bewillkommnung entgegengeritten war, wurde von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen aufs freundlichſte aufgenommen und eingeladen, ſich an ſeiner Seite dem Einzuge in die Stadt anzuſchließen. Die Bürgerwehr wurde darauf mit Erlaubniß des Prinzen durch Generalmarſch zuſammengerufen, defilirte auf dem Schloßplatze vor Demſelben und erfreute ſich der anerkennendſten Aeußerungen des hohen Führers der preußiſchen Heerſchaaren, den ein dreimaliges lautes Lebehoch, in das die zahlreiche Zuſchauermenge lebhaft einſtimmte, aus allen Reihen der vorüberziehenden Bürgerwehrmänner herzlich begrüßte. Zum Beweiſe ſeines Vertrauens und Wohlwollens hat der Prinz die Bürgerwehr eingeladen, die bisher von ihr beſetzten Wachtpoſten gemeinſchaftlich mit den königlich preußiſchen Truppen fortwährend beſetzt zu halten. Der Sicherheitsdienſt der Stadt geht in dieſer Weiſe im erfreulichſten Einklang mit unſern Befreiern fort. Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen iſt mit ſeinem erlauchten Neffen, dem Prinzen Friedrich Karl, im großherzoglichen Schloſſe abgeſtiegen.

Von der Enz, 25. Juni. Heute iſt Bretten von Preußen und Reichstruppen beſetzt worden, und dieſen Mittag wird wieder Kanonendonner aus der Gegend zwiſchen Durlach und Bretten gehört. (Schw. M.)

Mannheim, 25. Juni. Nach einem zweitägigen Kampfe haben die Preußen jetzt ihre Stellung zwiſchen Bruchſal und Durlach. Der Kampf wird auf das Erbittertſte geführt; weder Preußen noch Badenſer geben Pardon. Es iſt daher auch die Zahl der Verwundeten gering im Verhältniß zu der der Todten. Mieroslawski, welcher mit ſeinen Schaaren am 22. d. M. Heidelberg verlaſſen hatte, war am folgenden Tage, wo bei Ubſtadt und Stettfeld (von Bruchſal herwärts) gekämpft wurde, ſchon auf dem Kampfplatze und leitete den Oberbefehl*). Am 24. d. nahmen die Preußen Bruchſal ein. Uebrigens kamen den Preußen dieſe Angriffe ganz unerwartet. Sie hatten ſich nach dem Treffen bei Philippsburg an das badiſche Gebirge gezogen und ſtießen nur bei Graben auf einen geringen Widerſtand. Ihr Plan war, auf Heidelberg loszurücken, (?) von dem ſie glaubten, daß Mieroslawski ſich dort feſtſetzen werde. Der Angriff auf ſie geſchah von Badiſchen, welche von Karlsruhe her ſich zuſammengezogen hatten. Der Kampf ſelbſt dauert ununterbrochen fort. Doch ſcheint es, als ob die Badiſchen ſich zurückziehen wollten in die Nähe von Raſtatt. Dadurch würde Karlsruhe nicht der Gefahr ausgeſetzt werden, daß um und in demſelben gekämpft würde. Bei Raſtatt erwartet man dagegen einen um ſo heftigeren Kampf, zumal die Badiſchen Zuzüge aus dem Oberlande erhalten haben. Um dem allzugroßen Blutvergießen möglichſt zu ſteuern, wird daher morgen oder übermorgen eine Proclamation unſeres Großherzogs erſcheinen, in welcher allen Badiſchen Amneſtie bewilligt wird, welche jetzt ſogleich die Waffen niederlegen. Die Eiſenbahn wird von hier bis zu dem Punkte, der im Beſitze der Preußen iſt, befahren. Soweit ſie konnten ſind daher geſtern noch durch einen Extrazug die früheren badiſchen Miniſter Bekk und Hofmann gegen Karlsruhe gefahren; ebenſo auch viele badiſchen Officiere, welche bis jetzt in Lauterburg, Frankfurt und andern Orten ſich aufgehalten haben. (Fr. Journ.)

Mainz, 26. Juni. Das Mainzer Journ. gibt über das Schickſal der HH. Zitz und Bamberger folgende Aufklärung: Als Zitz und Bamberger auf ihrer Flucht nach Baſel in Karlsruhe ankamen, löſte Zitz die rheinheſſiſche Freiſchaar auf und gab ihr die Ordre nach Haus zurückzukehren. Von der proviſoriſchen Regierung wurde ihm das ſehr übel vermerkt und auch ſeine eigenen Leute wurden wild und unwirſch, als er ihnen kein Geld für die Heimreiſe geben konnte. Die Nachricht von der Verhaftung Beider in Karlsruhe iſt unrichtig.

Von der Niederelbe, 24. Juni, 1 Uhr Mittags. So eben erfahre ich noch aus dem Munde deſſelben Nordſchleswigers, der mir vorgeſtern die erſte Kunde von dem Vorrücken der Reichstruppen gegeben, daß er von ſeinen Verwandten heute Morgen die zuverläſſige Nachricht erhalten, daß die Preußen, die anfänglich wie es ſchien Aarhuus hatten zur Seite liegen laſſen wollen, doch die Stadt am 21. nach unbedeutendem Widerſtande genommen haben. Dieſem Vorrücken gegenüber würde die ſich heute beſtätigende Thatſache, daß die Dänen plötzlich im ſüdweſtlichen Jütland, man ſagt bei Hjerting zum Vorſchein gekommen und ſogar bis auf einen halben Tagemarſch von Kolding herangerückt ſind, Bedenklichkeit erregen, wenn nicht glücklicher Weiſe die Schleswigholſteiner auf der Linie zwiſchen

*) Nach den meiſten Berichten ſcheint General Sznaide bei Ubſtadt commandirt zu haben; ob die Truppen Mieroslawski's mit im Gefecht waren, iſt ungewiß.

Kolding und Fridericia poſtirt wären, denn dieſe würden gewiß nicht anſtehen, jedem Verſuche zu einer Diverſion in der Nähe der Königsau eine blutige Zurückweiſung angedeihen zu laſſen.

So wie man vor einiger Zeit von einer Unpäßlichkeit Bonin's ſprach, welche durch den Kummer über die langſame Kriegführung und den Tod ſeines Stabschefs Delius veranlaßt worden ſei, ſo will man jetzt wiſſen, daß auch Prittwitz die nur zu gerechten herben Kritiken, die der Schneckengang der Operationen in Jütland und der durch eine nichtswürdige Diplomatie dem freudigen Kriegsmuthe der deutſchen Heeresmacht angelegte Hemmſchuh erfährt, ſich zu Herzen genommen habe. Das Commando ſoll wirklich interimiſtiſch von dem badenſchen General Schmalz (nach andern Berichten vom Prinzen Eduard von Sachſen-Altenburg, dem v. d. Tann kräftig zur Seite ſteht) geführt werden. Der bei dem Angriff auf die Düppler Schanzen im April d. J. verwundete baieriſche Major Cronenbold hat, wieder geneſen, die Commandantur in Skanderborg angetreten. (Weſ. Z.)

Flensburg, 22. Juni. Die ruſſiſche Flotte fängt an die Rolle der großen Seeſchlange zu ſpielen. Jeden Tag will man ſie bald hier bald dort an der ſchleswig'ſchen Küſte geſehen haben und der nächſte Morgen bringt regelmäßig die Berichtigung, daß man ſich geirrt habe. (Weſ. Z.)

Großbritannien.

London, 23. Juni. Der Schatzkanzler legte geſtern dem Hauſe eine Ueberſicht der Finanzlage des Landes vor. Die Einkünfte des verfloſſenen Jahres, mit Ausſchluß der Kornzölle, belaufen ſich auf 52,067,731 Pfund. Die Ausgaben betrugen 53,287,110 Pfd.; hiervon ſind jedoch verſchiedene Summen außerordentlichen Umſtänden zuzuſchreiben, ſo daß die laufenden Ausgaben nicht über 52,573,403 Pfd. hinausgehen. Der Schatzkanzler veranſchlagte die wahrſcheinlichen Einkünfte des gegenwärtigen Jahres zu 52,252,000 Pfd. Darunter aus den Zöllen 20,450,000 Pfd.; Stempelgebühren zu 6,750,000 Pfd.; Einkommenſteuer 5,270,000 Pfd.; verſchiedene Steuern 4,300,000 Pfd.; Poſteinnahme 800,000 Pfd.; Kronländereien 180,000 Pfd. Die Geſammtausgaben, darunter 7,021,724 Pfd. für Flotte, Nordpol-Expedition und Packetbootdienſt, 6,787,683 Pfd. für das Heer, 2,654,270 Pfd. für das Geſchützweſen, berechnete er zu 52,157,696 Pfd., ſo daß demnach noch ein Ueberſchuß von 94,304 Pfd. ſich herausſtellen werde. (K. Z.)

* **London**, 23. Juni. In Liverpool iſt die Cholera ausgebrochen und in der Zunahme begriffen. Während ſie in der erſten Woche nur 63 Perſonen hinraffte, fielen ihr in der zweiten bereits 114 Opfer. Lord Cottenham, der Lordkanzler, iſt ſo leidend, daß er ſchon ſeit Wochen nicht mehr ſeinen Geſchäften vorſtehen kann und, wie die Daily News ſagt, noch lange Zeit hierzu unfähig ſein wird. Aus den letzten Parlaments-Verhandlungen verdient erwähnt zu werden, daß am 20. Juni die Bill, wonach einem Wittwer die Wiederverheirathung mit der Schweſter oder Nichte ſeiner verſtorbenen Ehefrau geſtattet ſein ſoll, mit 177 gegen 113 Stimmen zum zweiten Male geleſen wurde. England rühmt ſich nicht mit Unrecht, das Land des beſonnenen Fortſchritts zu ſein. Es iſt aufgefallen, daß in der letzten Zeit Sir R. Peel bei verſchiedenen Gelegenheiten in anderm Sinne ſprach und ſtimmte als mehrere angeſehene Mitglieder ſeiner Partei, namentlich Hr. Gladſtone und Graf Lincoln. Neulich begab ſich das etwas befremdliche Ereigniß, daß ein Antrag des Grafen Lincoln, den Verkauf der Vancouversinſel an die Hudſonsbaygeſellſchaft rückgängig zu machen, namentlich von dem Radicalen, Hrn. Hume, unterſtützt wurde.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Juni. Die heutige Sitzung der Legislative iſt mit der Ankündigung des ſchon ſeit längerer Zeit erwarteten und, wie man wohl hinzufügen darf, gefürchteten neuen Preßgeſetzes eröffnet worden: Odilon Barrot hat den Entwurf deſſelben verleſen. „Das Geſetz iſt eines Polignac würdig", rief ein Mitglied der Montagne, als er geendet hatte. Wir ſind, da unſer Bericht über Wortlaut und Geiſt deſſelben Nichts enthält, einſtweilen nicht im Stande, ſelbſtſtändig ein Urtheil zu fällen. Die Dringlichkeit iſt übrigens verlangt und ausgeſprochen worden. Auf der Tagesordnung ſtanden zunächſt die Interpellationen Mauguin's an den Miniſter des Auswärtigen. Der Redner wirft einen Blick rückwärts auf das Beſtehen und die Frankreich ſtets feindliche Tendenz der nordiſchen Coalition. Bei der ſchleswigholſteiniſchen Frage habe Frankreich die Gelegenheit verſäumt, dieſelbe zu ſprengen, als Preußen und Oeſterreich nothgedrungen gegen Dänemark Krieg führten, während England, Rußland und Schweden Dänemark beſchützten, damit Deutſchland nicht die Häfen der Oſt- und der Nordſee ſich aneignete. Jetzt laſſe Frankreich wieder die Gelegenheit vorbeigehn, eine ſeiner würdige Stellung einzunehmen. Rußlands Abſicht gehe darauf hin, Oeſterreich in ſeine Abhängigkeit zu bringen, indem es einen Keim der Auflöſung hineinlege, der zu jeder Stunde entwickelt werden könne. Die Unterjochung der Nationalitäten, die Vernichtung der verſprochenen Verfaſſung, das Bündniß mit Rußland ſelbſt werde eine Erbitterung unter den Völkern Oeſterreichs hinterlaſſen, die Rußland durch ſeine Agenten jeden Augenblick zum Ausbruch bringen könne, wenn es dies nöthig habe, um ſeine Pläne gegen den Orient zu verfolgen. Andere Abſichten habe Rußland bei ſeiner Intervention in Ungarn nicht; denn das europäiſche Gleichgewicht könne durch eine Zerſtückelung Oeſterreichs nur zum Vortheil Rußlands geſtört werden; gegen die Polen im ungariſchen Heere könnte Rußland ſich leicht durch einen Truppen-Cordon ſichern und die Anarchie, von der das Manifeſt des Kaiſers ſpreche, herrſche in Ungarn nicht, deſſen Erhebung vielmehr eine rein nationale, das ganze Volk begeiſternde ſei. Rußland denke hierin wie immer nur darauf, die Nachbarländer in moraliſche Abhängigkeit zu bringen, um ſeine weitgreifenden Pläne gegen den Orient verfolgen zu können. In dieſer Hinſicht ſei Frankreich ſein einziges, wahres Hinderniß, da England, das unter der Herrſchaft der Bourgeoiſie mit ihren ausſchließlichen Handelsintereſſen ſtehe, ihm weder eine Armee noch Subſidien, wie früher entgegenſtellen werde. Gegen Frankreich habe Rußland auch noch einen alten Groll wegen ſeiner Sympathien für Polen und ſeinen Anſchluß an England, und wenn Rußland fortwährend rüſte, wenn es Oeſterreich in ſeine Abhängigkeit bringe und Preußen, das ihm ſchon gehöre, Deutſchland erobern laſſe, ſo geſchehe dies bloß, um mit der Zeit gegen Frankreich zu marſchiren, das ſeit der Schlacht bei Novara ſeinen einzigen Bundesgenoſſen verloren habe.

Die Prohibitiv-Maßregeln der Regierung gegen erneuerte Verſuche der beſiegten Partei mehren ſich. Der Miniſter des Innern hat an die Präfecten ein Rundſchreiben erlaſſen, in welchem er dieſelben anweiſt, ſämmtliche Clubs und öffentliche Vereine von politiſcher Tendenz zu unterſagen und nöthigenfalls durch Waffengewalt zu verhindern. Nur die vorbereitenden Wahlverſammlungen ſollen geduldet werden, jedoch auch nur unter der Bedingung, daß ſie ſich ſtreng auf eine ruhige Discuſſion der Candidaten beſchränken. Der Miniſter hofft, daß die zur Rettung der Freiheit ſelbſt der Freiheit auferlegten Opfer nicht lange dauern werden.

Unter dem Titel „Römiſche Frage" bringt der National die folgenden nicht unintereſſanten Betrachtungen: „Die Aeußerung Lord Palmerſton's im Hauſe der Gemeinen vom 22. darf nicht unbemerkt entſchlüpfen. Der engliſche Miniſter hat erklärt, daß ſeine Regierung durchaus keinen Antheil an den Vorgängen in den römiſchen Staaten habe und daß ſie ſich vollſtändig geweigert habe, ſich mit der franzöſiſchen Regierung in dieſer Sache zu verbinden. Dieſe Erklärung läßt keinen Zweifel über die Abſichten Englands. Wir ahnten bereits die Rolle, die es ſich anſchickt zu ſpielen. Zu Rom wie anderwärts wird England unſere Fehler benutzen um im letzten Augenblick als rettender Engel zu erſcheinen, und ſein Einfluß wird ſich um den ganzen Haß vermehren, den die Politik unſerer Regierung unter den italieniſchen Bevölkerungen gegen uns entzündet. Die Verlegenheiten unſerer Regierung werden erſt dann anfangen, wenn wir zu Rom ſein werden. Was wird ſie dort machen? England wird darauf antworten. England wird durch eine ſpäte, aber darum nicht minder wirkſame Intervention die römiſche Frage regeln. Wir geben hier nicht einem leeren Bedürfniß nach Oppoſition noch dem unfruchtbaren Vergnügen nach, in dieſer unglücklichen römiſchen Frage noch neue Verwickelungen aufzufinden. Allein die drängenden Thatſachen ſind da, und wir möchten, wenn es noch Zeit iſt, Frankreich vor der Schlappe bewahren, womit das wahrſcheinliche Einſchreiten des engliſchen Cabinets es bedroht. Es handelt ſich nämlich nicht blos um die Rede des Lords Palmerſton. Der römiſche Miniſter der äußeren Angelegenheiten Rusconi iſt ſeit einiger Zeit zu London. Von den Miniſtern der Königin Victoria ſehr freundlich empfangen, hat er lange Conferenzen mit Lord Palmerſton und Lord Minto gehabt. Das franzöſiſche Cabinet muß davon unterrichtet ſein, allein es weiß vielleicht nicht, daß England auf dem Puncte ſteht, den Kampfplatz zu betreten, wo die Geſchicke Roms ſich entſcheiden.

Vielleicht iſt in dem Augenblick, wo wir dieſe Zeilen ſchreiben, die Intervention Englands ſchon beſchloſſen. In welchem Sinne wird dieſe Intervention einwirken? bis wohin wird ſie ſich erſtrecken? Die Zukunft wird es uns lehren. Rusconi hat gewiß keinen Vertrag abgeſchloſſen im Sinne der Vernichtung der republicaniſchen Regierung, deren Geſchäftsträger er iſt. Allein ſchon jetzt und obgleich wir der Geſchicklichkeit des römiſchen Unterhändlers unſere Anerkennung zollen, können wir nicht umhin zu bedauern, daß die beklagenswerthe Politik unſerer Regierung Rom in die Nothwendigkeit verſetzt hat, in England den Beiſtand zu ſuchen, den das republicaniſche Frankreich ſo natürlicher Weiſe gewähren mußte.“ Die vor Kurzem voreilig verbreitete und ſpäter widerrufene Nachricht von dem Tode Karl Alberts wird jetzt officiell in einer in Bayonne aus Spanien eingetroffenen telegraphiſchen Depeſche gemeldet.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Man ſchreibt dem C. Bl. a. B. aus Bukareſt vom 12. Juni: Herr v. Skariatin, der in das Hauptquartier und Hoflager nach Warſchau abgegangen war, iſt vorgeſtern mit Courierpferden von dort in dem kurzen Zeitraum von fünf Tagen hier wieder zurückgelangt, und hat die definitive Abmarſchordre nach Siebenbürgen gebracht. Heute beginnt nun der Aufbruch des Lagers, und morgen ſoll der Abmarſch ſämmtlicher hierzu disponirten Truppen vollzogen ſein. Der commandirende General, Hr. v. Lüders, ſoll den Colonnen in wenigen Tagen nachfolgen. Wohin? Man ſpricht zwar, der Einmarſch ſolle auf mehreren Puncten, in den Tömöſer, Törzburger, Rothtenhurmer Paß und auch ſogar ins Banat, zugleich erfolgen; gewiſſer ſcheint es jedoch, daß die Direction zunächſt gegen Tömös gerichtet iſt.

Schweiz.

) **Bern**, 20. Juni. Heute hat der Nationalrath ohne Discuſſion mit großer Mehrheit ſeine Zuſtimmung zu dem letzthin gefaßten Beſchluß des Ständeraths über die Militärcapitulationen gegeben, wodurch nun folgende Punkte Geſetzeskraft erlangt haben: „1) die Capitulationen ſind mit den politiſchen Grundlagen der Schweiz unverträglich; 2) der Bundesrath iſt mit den Unterhandlungen zur Auflöſung der Kapitulationen beauftragt; 3) alle Werbungen ſind für einſtweilen im ganzen Gebiet der Eidgenoſſenſchaft eingeſtellt.“ Kaum war dieſer Beſchluß gefaßt, ſo wurde dem Präſidenten des Nationalraths folgender von 39 Nationalräthen unterzeichneter Antrag eingehändigt: Die unterzeichneten Mitglieder des Nationalrathes ſtellen zur weiteren Ausführung des heute zu Stande gekommenen Beſchluſſes der Bundesverſammlung, um jede Gefährde, welche der Schweiz aus den Militärcapitulationen mit Neapel auch noch während der beſchloſſenen Unterhandlungen über Auflöſung derſelben entſtehen könnte, abzuwenden, den folgenden Antrag: 1) Der Bundesrath iſt beauftragt, ſich nach Möglichkeit dahin zu verwenden, daß die capitulirenden Schweizertruppen in Neapel nicht mehr zur Intervention in einem andern Staate und zum Nachtheile des Grundſatzes der freien Selbſtconſtituirung verwendet werden; 2) der Bundesrath iſt im Weitern beauftragt, auf den Fall, daß es ihm nicht gelingen ſollte, die Gefahr einer ſolchen Intervention abzuwenden, im Namen der ſchweizeriſchen Bundesverſammlung gegen den König von Neapel die Auflöſung der Militärcapitulationen auszuſprechen. Nach der Berner Zeitung mahnt ein Handelsbrief aus Ollmütz ein ſchweizeriſches Handelshaus, über eine dort gemachte Waarenbeſtellung ſchnell zu verfügen „weil der Kriegsſchauplatz immer näher rücke.“ Schon heute Morgen verbreitete ſich die Nachricht in der Stadt, Ledru-Rollin ſei mit der Nachtpoſt von Baſel hier angekommen und werde Mittags weiter nach Lauſanne und Genf reiſen. Wirklich umſtanden große Menſchenmaſſen um 12 Uhr die Poſt. Der intereſſante Flüchtling war aber, nachdem er einige Zeit den Berathungen des Nationalrathes beigewohnt hatte, vor die Stadt gegangen, um der neugierigen Menge auszuweichen und am Thore einzuſteigen.

* Der im vorſtehenden Briefe erwähnte Antrag von 39 Mitgliedern des Nationalrathes iſt von letzterem mit 49 gegen 42 Stimmen abgelehnt worden.

Niederland.

* **Amſterdam.** 25. Juni. Der im Jahr 1837 mit Preußen abgeſchloſſene Handels- und Schifffahrtsvertrag, welcher ſeit 1841, wenn er nicht 6 Monate vor Ablauf des Jahres gekündigt war, immer auf ein ferneres Jahr fort lief, iſt von der preußiſchen Regierung ſoeben gekündigt worden, und wird alſo mit dem 31. December d. J. zu Ende gehen.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Juni. Das preußiſche Dampfboot „Oder“ iſt ſchon geſtern mit dem Courier des Hrn. v. Reedtz wieder abgegangen. Daß derſelbe die entſcheidende Antwort des hieſigen Cabinets auf die preußiſchen Vorſchläge überbringt, iſt möglich und ſelbſt wahrſcheinlich; aber der Inhalt ſowohl der mitgebrachten als auch der abgegangenen Depeſchen wird ſo ſtreng geheim gehalten, daß auch nicht das Mindeſte darüber mit Zuverläſſigkeit mitgetheilt werden kann. Das Kopenhagener Publikum ſcheint in ſeinem Uebermuthe das Erſcheinen des preußiſchen Dampfbootes ſich ſo gedeutet zu haben, als ob Deutſchland um Frieden bettele! Man ſchmeichelt ſich dort wieder mit den übertriebenſten Hoffnungen. Aus Hamburg, 23. Juni, meldet die Börſenhalle: „Gerüchte, welche heute an der hieſigen Börſe in Umlauf waren und die ſich auf Kopenhagener, aus guter Quelle herrührende Berichte ſtützen ſollen, ſtellen den Eintritt einer Waffenruhe in baldige Ausſicht.“

Ungarn.

A. Z. C. In Preßburg iſt die Stimmung peinlich, es herrſcht beinahe Todesſtille, man traut ſich daſelbſt gar nicht über Politik zu ſprechen, indem man ſich nicht blos vor Haynau, ſondern auch vor Koſſuth fürchtet. Die Preßburger Bürger hegen nämlich die ungegründete Beſorgniß, daß die Magyaren dennoch einrücken könnten, und dann kein Stein auf dem andern bleiben würde. Am 20. trafen die 5 genommenen Kanonen, die Trophäen des F.M.L. Wohlgemuth ein. Sie haben grüne Lafetten, auf dem Laufe iſt eingravirt: „ne bántsd a'Magyart“ (Beleidige den Ungar nicht). Im Monat Januar d. J. wurden dem Fürſten Windiſchgrätz die Unterſuchungsacten über die Prager 1848ger Juniereigniſſe nach Ungarn geſendet und ſind auch, wie man hörte, in Ofen zur Feſtſtellung der Geſtändniſſe des Polen Jueinsky über ſeinen Aufenthalt in Eperies benutzt worden. Am 12. d. M. hat man in Peſth auf Anordnung Koſſuth's dieſe Acten, welche angeblich im Schloſſe zu Ofen gefunden worden ſein ſollen, verbrannt. — Bezeichnend iſt, was die Preßburger Zeitung über den Kriegstelegraphen der Magyaren erzählt: Die Inſurgenten erhalten die Reſultate der vorgefallenen Gefechte mit unglaublicher Schnelligkeit; von Station zu Station ſind von der Schütt an-über Komorn bis Peſth, und von da bis Debreczin Cſikoſe aufgeſtellt, welche einander durch Hörner Signale geben. Ein verlorenes Treffen wird durch einen gedehnten Ton bekannt gemacht; ein gewonnenes durch drei ſchnell aufeinander folgende ſchrille Töne; ein unentſchiedenes durch zwei Töne. Ein Adjutant gibt einem dem Treffen zunächſt ſtehenden Cſikos die Signale an; der Cſikos ſelbſt kennt die Bedeutung derſelben nicht. Das Publicum ſelbſt erhält nur Siegesnachrichten. Koſſuth's Familie weilt noch immer in Debreczin, wo keine regulären Truppen, ſondern nur der Landſturm den Dienſt verſieht. Koſſuth ſelbſt weilte einen Tag in Raab und kehrte dann nach Peſth-Ofen zurück. In der Feſtung Ofen beſuchte er Hentzi's Grab, und als einer aus ſeiner Begleitung mit den Worten auf den Grabeshügel wies: „Hier liegt der Mann!“ entgegnete Koſſuth: „Hier liegt der Ehrenmann.“ So erzählt die Preßb. Ztg., welche auch berichtet, daß der Redacteur des Ungar die Weiſung erhalten habe, gegenüber dem „Feinde“ mit Würde und Beſonnenheit aufzutreten, „ſelbſt im Grimme müſſe man dem Feinde Achtung abzugewinnen ſuchen.“ An die Honveds, welche die Erſtürmung Ofens bewerkſtelligt, theilte Koſſuth eigenhändig Kreuze aus, und ließ der Beſatzung einen 8tägigen Sold bezahlen. (C. Bl. a. B.)

* Neuſatzer Flüchtlinge erzählen in Belgrad von den Greueln, welche die Magyaren verübt haben. Während des Rückzugs durch die Stadt zündeten ſie Häuſer an und ermordeten mehrere Familien. Viele Einwohner, die in ihren Kellern Schutz ſuchten, ſind größtentheils erſtickt von Dampf und Rauch gefunden worden. Keine bombardirte Stadt ſoll jemals ſo ſchrecklich ausgeſehen haben, als Neuſatz jetzt. An manchen Stellen ſieht man vor lauter Schutt nicht, wo die Gaſſe geweſen, und es dürfte gar nicht zu verwundern ſein, wenn die Hauseigenthümer, wenn ſie dereinſt zurückkehren, nicht angeben könnten, auf welchem Fleck ihre Häuſer geſtanden.

Redacteur: **H. Kruſe.**

№ 176. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 28. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Nachrichten vom Kriegsſchauplatz. Preußiſche Garniſon. Sorge der preußiſchen Regierung für das Heer). Wien (Die Kämpfe an der Waag. Die Dinge in Siebenbürgen. Carricatur. Vorrücken der Armee gegen Raab). Berlin (Hannover und die Verfaſſung vom 28. Mai. Oeſterreich, Baiern und Preußen). Breslau (Cholera). Köln (Bankett zur Feier der Juniinſurrection. Steckbrief gegen L. Simon). Würzburg (Abreiſe des Königs). Karlsruhe (Suspenſion der Preſſe und der Vereine. Waffenablieferung). Gotha (Die Verſammlung der Abgeordneten. Vorlage des Ausſchuſſes. Hr. v. Vincke angekommen). Aus dem nördlichen Schleswig (Ueberfall des preußiſchen Nachtrabs durch die Dänen).

Frankreich. Paris (Die Interpellationen in der Legislative über die auswärtige Politik).

Portugal. Liſſabon (Miniſterveränderung. Aufregung).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 28. Juni).

Deutſchland.

☽ **Frankfurt**, 28. Juni. Das Hauptquartier des Prinzen von Preußen iſt, wie wir erfahren, zur Zeit in Karlsruhe und dürfte daſelbſt bleiben, bis daß die Einſchließung von Raſtatt den vorausſichtlichen Erfolg gehabt hat. Die Inſurgenten verſuchten während der letzten beiden Tage vor der Einnahme von Karlsruhe an verſchiedenen Punkten Halt zu gewinnen, wurden aber nach kurzem und blutigem Gefecht und mit großem Verluſt an Leuten aus allen Poſitionen vertrieben. Einzelne Züge aus dieſem unglücklichen Kriege bezeichnen den Charakter des Kampfs. In Durlach rückten die Preußen nach einem Sturm auf die vor der Stadt errichteten Barricaden ein, bei welchem das Iſerlohner Landwehrbataillon mit glänzendem Muth gefochten, aber ſtarken Verluſt erlitten hatte. Die Erbitterung des Militärs war aufs Höchſte geſtiegen, dennoch überſchritt daſſelbe die Grenzen der Mäßigung nicht und lagerte ſich nach beendigtem Kampfe friedlich auf dem Marktplatze, in deſſen unmittelbarer Nähe ein noch nicht durchſuchter Thurm mehrere Freiſchärler verbarg. Dieſe begannen jetzt aus ihrem Verſteck auf die arglos ruhenden Truppen zu feuern und ſtreckten einige derſelben nieder. Die Folge war, daß der Thurm erſtürmt und Alles, was ſich in demſeben befand, maſſacrirt und zu den Fenſtern hinausgeſtürzt wurde. Das Inſurgentencorps hat ſich getheilt; die Einen ſind in den Schwarzwald, die Anderen nach Raſtatt geflüchtet. Bei den Letzteren befindet ſich Mieroslawski. Es wird jetzt gleichzeitig zur Verfolgung des nach dem Schwarzwald dirigirten Inſurgententrupps, wie zur Umzingelung von Raſtatt geſchritten. Die Einſchließung muß jetzt ſchon erfolgt ſein. Da die Feſtung nicht verproviantirt iſt, wird ſie ſich ſchon in den nächſten acht Tagen ergeben müſſen. Den Angriff mit den Waffen wird man, wie es den Anſchein gewinnt, möglichſt zu vermeiden ſuchen.

☽ **Frankfurt**, 28. Juni. Wie wir hören, wird unſere Stadt in kurzer Zeit eine bedeutende preußiſche Garniſon erhalten, deren Koſten die preußiſche Regierung ausſchließlich und im weiteſten Umfange trägt. Es ſoll die Beſatzung aus Truppen beſtehen, welche ſich durch Disciplin in der Armee ausgezeichnet haben. Man bezeichnet ſchon das 3. (rothe) Huſarenregiment, unter dem Befehl des Prinzen Solms, ſowie einige als ganz vorzüglich bekannte Bataillone. Welche Sorge die preußiſche Regierung gegenwärtig demjenigen Volkstheile widmet, welcher die Macht des Staates (jetzt freilich mehr nach Innen als nach Außen) vertritt, haben wir auf dem Kriegsſchauplatz in der Pfalz und in Baden zu bewundern Gelegenheit gehabt. Nichtsdeſtoweniger traf noch der Baron v. d. Oſten, als außerordentlicher Commiſſär des Königs von Preußen hier ein, um die Verpflegungsverhältniſſe der preußiſchen Truppen zu revidiren und zu ordnen. Dem Vernehmen nach hat ſich derſelbe ins Hauptquartier des Prinzen von Preußen begeben; ſeine Miſſion wird ihn aber in einigen Tagen wieder nach Frankfurt zurückführen.

△ **Wien**, 24. Juni. Ueber den letzten Kampf an der Waag fehlen uns noch immer die genaueren Berichte, doch ſcheinen die Ruſſen dabei den Ausſchlag gegeben zu haben. Unſere Verluſte ſeit dem 13. ſind ſehr bedeutend und auch die Ruſſen verloren am 21. viele Leute. Dem Vernehmen nach ſoll heute oder morgen die Offenſive von unſerer Seite ergriffen werden (was wahrſcheinlich durch die Berichte des Banus und den Einmarſch der Ruſſen an verſchiedenen Punkten veranlaßt iſt), denn bis jetzt waren es immer die Ungarn, welche angriffen. Görgey hat ſich nach Raab gezogen, das er halten will; wird er dort geſchlagen, ſo wird er ſich nach Comorn werfen. Die Magyaren ſollen überhaupt die Abſicht haben, ſich dann mehr auf den Feſtungskampf zu beſchränken. Von der Abreiſe unſeres Kaiſers zur Armee iſt vor der Hand nicht mehr die Rede. Die Ruſſen haben wirklich am 13., wie ich Ihnen früher meldete, die Grenze gegen Kronſtadt überſchritten; ob ſie den Tömöſer Paß genommen, weiß man noch nicht. Ankömmlinge, die am 13. Siebenbürgen verließen, rühmen das gemäßigte Verfahren Bem's. Sein Hauptquartier iſt zwar in Mehadia, doch reiſt er immer hin und her zwiſchen Klauſenburg, Schäßburg, Hermannſtadt ꝛc. Was die Entſetzung von Karlsburg durch den Wallachenführer Janko betrifft, ſo ſoll ſie allerdings wahr, die Sache an ſich aber nicht von Bedeutung ſein, da Karlsburg nur von einer ſehr ſchwachen polniſchen Schaar cernirt war. Die Schaar unter Janko ſoll auch keineswegs 20,000 Mann, ſondern höchſtens einige Tauſende betragen, da die Wallachen im allgemeinen Bem fürchten und zum Theil auch zu ſeinen Anhängern gezählt werden. Erſt wenn die Ruſſen weitere Fortſchritte machen, dürften die Wallachen wieder zu ihrer vielgerühmten Loyalität zurückkehren. In Orſova ſtehen jetzt nur 2000 Mann Magyaren, aber die Lage iſt ſo feſt, daß es bis jetzt nicht zu nehmen war.

In dieſem Augenblicke macht hier eine Carricatur die Runde in den Caffeehäuſern; ein Bekannter zeigt ſie dem andern, Jedermann hat ſie geſehen, und wenn die Policei nachforſcht, iſt ſie nirgends zu finden. Sie ſtellt die Armee vor. Alle Gemeinen und ſubalternen Officiere bis zum Hauptmann ſind mit Löwenköpfen dargeſtellt, alle Stabsofficiere mit — Eſelsköpfen, und die Generalität iſt durch einen Rumpf ohne Kopf dargeſtellt; man hat ihr alſo nicht einmal Eſelsköpfe zugeſtanden.

Nachſchrift. Ich erfahre ſoeben mit Beſtimmtheit, daß ſich das ganze dritte Armeecorps, welches in und bei Oedenburg ſtand, gegen Raab in Bewegung geſetzt hat. Dadurch gewinnt meine früher geäußerte Anſicht, daß es bei Hochſtraß zu einer entſcheidenden Schlacht kommen dürfte, an Wahrſcheinlichkeit.

Berlin, 24. Juni. Die Vermuthung, daß es mit der hannover'ſchen Denkſchrift, von welcher die „Conſtit. Ztg." vor einigen Tagen ſprach, eine eigene Bewandtniß haben müſſe, war richtig. Dieſe Denkſchrift, vom 1. Juni datirt, exiſtirt wirklich. Sie ſetzt aber voraus, daß ſich der engere Bund ſpäter erweitere, und Oeſterreich, das ſeine unitariſche Verfaſſung modificiren würde, dann in ſeinen Schooß aufnehme. Mit dieſer ſupponirten Baſis iſt uns ein Stein vom Herzen genommen. Aber wer wollte es wagen, in unpatriotiſchem Eigenſinn, um kein härteres Wort zu gebrauchen, den letzten Einheitsgedanken, in dem König und Volk zuſammenſtimmen, durch voreilige Verdächtigung zu gefährden? So darf ich Ihnen andererſeits verſichern, daß auch die gegenwärtige Conferenz die Verfaſſung vom 28. Mai ſo wenig wie die Proclamation des Königs, welche ſie deutlich verſprach, zurücknehmen will. Hier könnten nur Ereigniſſe Hinderniſſe bereiten. Möchten daher die in Gotha zu faſſenden Vorſätze das baldige Zuſammentreten eines Reichstages möglich machen. Was von der Pfordten betrifft, ſo weiß man bis jetzt nur, daß er die einheitliche Central-Gewalt als Baierns Abdankung bezeichnet und vom Directorium nicht laſſen will. Er ſpeiſt heute beim Könige. Morgen gibt Lerchenfeld zu ſeinen Ehren ein großes diplomatiſches Diner. (K. Z.)

Lith. Corr. **Berlin**, 26. Juni. Die Bemühungen des baieriſchen und öſterreichiſchen Cabinets gegen das Beſtreben Preußens zu einer Ordnung der deutſchen Angelegenheiten documentiren ſich immer offner. In München verfolgt man eine Politik, die, nachdem man nach allen Richtungen hin lavirt hat, auf nichts Geringeres hinausläuft, als auf einen Gegenbund gegen den preußiſchen. Man macht von dort aus Verſuche, die liberalen Regierungen von Würtemberg und Heſſen-Caſſel zu einer Einigung mit Oeſterreich und Baiern zu bewegen, ja man knüpft ſogar mit dem kleinen Anhalt Verhandlungen an und hofft durch die regierende Politik von fünf Regierungen der preußiſch-deutſchen Politik einen empfindlichen Schlag zu verſetzen. Man iſt eifrig bemüht, die ultramontane und radicale Partei zu ködern und das Alles nur um der kleinlichen Eiferſüchtelei Baierns willen gegen die

Macht Preußens. Oeſterreich will ſeinen Einfluß in Deutſchland, trotzdem es ſeine deutſchen Erbländer von dieſem Deutſchland trennt, nicht verlieren; außer Stande und ohne die Macht, poſitiv gegen die preußiſche Politik aufzutreten, intriguirt man in Wien gemeinſchaftlich mit München und läßt es ſich ſogar gefallen, wenn Baiern mit der Demokratie kokettirt. Was übrigens das von München aus verbreitete Gerücht von einer definitiven Verſtändigung der baieriſchen Regierung in Betreff der preußiſchen Reichsverfaſſung mit andern deutſchen Regierungen (Würtemberg und Heſſen-Caſſel) betrifft, ſo können wir wenigſtens in Bezug auf Würtemberg verſichern, daß das dortige Gouvernement weit entfernt iſt, ſich in eine derartige Coalition mit Baiern einzulaſſen. Unſere Regierung ſcheint dieſen Verhältniſſen gegenüber feſt entſchloſſen zu ſein, den engern Bund um ſo ſchneller wirklich ins Leben zu rufen. Der niedergeſetzte Verwaltungsrath ſoll damit beſchäftigt ſein, ſich über die eventuellen von vornherein in dem Verfaſſungsentwurf (bezüglich des Fürſtencollegiums, Staatenhauſes ꝛc.) nothwendig werdenden Veränderungen zu verſtändigen.

Breslau, 23. Juni. In der beendigten Woche ſind hier an der Cholera 300 Perſonen geſtorben.

Köln, 26. Juni. Geſtern Abend wurde das Bankett zur Feier der franzöſiſchen Juni-Inſurrection abgehalten. Es mochten ſich kaum zweihundert Theilnehmer — darunter mehrere weiblichen Geſchlechts — eingefunden haben. Nach dem Ablaufe der Polizeiſtunde wurde die Verſammlung zum Auseinandergehen aufgefordert und, da dieſer Aufforderung nicht ſogleich Folge geleiſtet wurde, ein Zug einer in der Nähe aufgeſtellten Compagnie Militär requirirt. Beim Heranrücken deſſelben verließen die Anweſenden denn auch den Saal. (K. Z.)

‚ **Köln**, 26. Juni. Auch der Abgeordnete zur deutſchen Reichsverſammlung, Ludwig Simon von Trier, wird ſteckbrieflich verfolgt. Der gegen ihn von Trier aus erlaſſene Steckbrief lautet:

Steckbrief. Wider den unten näher ſignaliſirten Ludwig Simon, geboren zu Saarlouis, Advocat, wohnhaft zu Trier, iſt ſeitens des königl. Unterſuchungsrichters II. wegen Betheiligung an dem Verbrechen des Complotts im Sinne der Art. 87, 91 und 89 des rhein. Strafgeſetzbuchs ein Vorführungsbefehl erlaſſen worden. Indem ich dieſes zur öffentlichen Kenntniß bringe, erſuche ich alle Civil- und Militärbehörden, auf den ꝛc. Simon zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und dem gedachten Unterſuchungsrichter vorführen zu laſſen. Trier, 24. Juni 1849. Der königl. Ober-Procurator, Deuſter.

Signalement. Alter 30 Jahre, Größe 5 Fuß 3½ Zoll, Haare ſchwarz, Stirn hoch, Augenbraunen ſchwarz, Augen dunkelblau, Naſe und Mund gewöhnlich, Bart ſchwarz, Zähne geſund, Kinn etwas breit, Geſichtsbildung länglich, Geſichtsfarbe blaß, Geſtalt mittel, Sprache deutſch und franzöſiſch. Beſondere Kennzeichen: Narben an der Naſe.

Würzburg, 27. Juni. Der König und die Königin haben geſtern Abend Würzburg wieder verlaſſen, unter großen Feierlichkeiten der Stadt, gleich wie beim Empfang. (O.P.Z.)

Karlsruhe, 27. Juni. Sämmtliche hieſigen Journale ſind verboten worden, nur die „Karlsruher Zeitung" darf unter der proviſoriſchen Redaction des Herrn v. Killinger wieder erſcheinen. Ebenſo iſt der Druck von Flugſchriften, Tagesblättern, ſowie jeder öffentliche Anſchlag ohne ſpecielle Genehmigung des k. preußiſchen Commandanten v. Brandenſtein ſtreng unterſagt gegen Verfallung der Zuwiderhandelnden in ſtrengſte Strafen. Alle politiſchen Vereine, Clubs, Verſammlungen wurden aufgehoben und verboten. Das Tragen von Waffen iſt nur der Bürgerwehr, mit Ausnahme der Artillerie, geſtattet. Sämmtliche Privatwaffen mußten abgeliefert werden. Die Fremdenpolizei wird aufs Strengſte gehandhabt. Die Zahl der im Augenblick hier liegenden preußiſchen Truppen beträgt gegen 10,000 Mann. Heute ſoll der Angriff auf Raſtatt erfolgen. (O.P.Z.)

⊙ **Gotha**, 27. Juni. Vormittags. Die geſtrige Abendſitzung war deswegen eine kurze, weil ſich der Siebnerausſchuß mit ſeiner Vorlage noch nicht ganz im Reinen befand. Die letztere iſt darauf heute morgen den Mitgliedern der Verſammlung — und nur dieſen — gedruckt übergeben worden. Sie lautet:

„Die ſchweren Bedrängniſſe des Vaterlandes, die Gefahren eines Zuſtandes, welcher keine Bürgſchaft des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, in gemeinſamer Beſprechung ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge feſtzuſtellen und ſich über den Weg zu verſtändigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung ſeiner ſtaatsbürgerlichen Pflichten dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszuſtand hergeſtellt werde.

Innig überzeugt, wie wir ſind, daß die deutſche Nationalverſammlung, als ſie am 28. März d. J. die deutſche Reichsverfaſſung als endgültig beſchloſſen verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutſchen Dinge ihr aufdrang und die Bundestagsbeſchlüſſe vom 30. März und 7. April v. J. ihr einräumten, dürfen wir doch die Augen vor den Schwierigkeiten nicht verſchließen, welche die Durchführung der unveränderten Reichsverfaſſung im Vaterlande gefunden. Dahingegen iſt in der Verfaſſungsaufſtellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem ſich der verlorene Einigungspunkt möglicherweiſe wieder finden ließe. Das Betreten dieſes Weges nicht zu verſchmähen, mahnt uns das von innern und äußern Feinden ſchwer bedrohte und ſchon vom Bürgerkrieg zerfleiſchte Vaterland, eben ſo dringend aber der werthvolle Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entſchieden man auch einzelne ſeiner Beſtimmungen verwerfen möge, dennoch den Kern der Reichsverfaſſung in ſich aufgenommen hat.

Den Unterzeichneten ſtehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfaſſung vom 28. März erreicht werden ſollten, höher als das ſtarre Feſthalten an dem Wege, auf dem, an der Form, unter der man dieſes Ziel anſtrebte. Sie erkennen an, daß der von den drei Königreichen vorgeſchlagene Weg zu dem vorgeſteckten Ziele führen kann, wenn dieſelben mit allen ſich anſchließenden Staaten dem Reichstage in den mit ihm feſtzuſetzenden Verfaſſungsfragen in einer, jeden einzelnen Staat bindenden Form als Einheit gegenübertreten, und wenn ferner die dargebotene Verfaſſung von allen den Reichstag beſchickenden Staaten jeden Falles als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zuſage betrachtet wird. Hiernach werden alle Verfaſſungsbeſtimmungen, welche in der Reichsverfaſſung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai wörtlich oder weſentlich übereinſtimmen, als grundſätzlich feſtſtehend zu betrachten und nur die übrigen Beſtimmungen des Entwurfs der Reviſion zu unterwerfen ſein.

Wenn es daher als eine gerechte Erwartung des deutſchen Volks bezeichnet werden darf, daß die Regierungen der andern deutſchen Staaten durch baldigen bindenden Anſchluß an jene Verfaſſungsvorlage die ſchleunige Berufung eines Reichstags möglich machen, ſo erwächſt auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreiſen nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländiſchen Werkes beizutragen.

In dieſem Sinne wird es die hauptſächlichſte Aufgabe der Staatsbürger ſein, durch die Betheiligung an den Wahlen zum nächſten Reichstage das Zuſtandekommen deſſelben zu bewerkſtelligen. Wenn nun, was die Wahlen zum Volkshauſe betrifft, anerkannt werden muß, daß dem in Frankfurt beſchloſſenen, mit der Durchführung der Reichsverfaſſung unmittelbar verbundenen Wahlgeſetze nicht zu beſeitigende Hinderniſſe entgegengetreten ſind, ſo erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere geſetzliche Norm maßgebend werde. In dieſer Rückſicht würde es freilich das Wünſchenswertheſte ſein, wenn die verſchiedenen Wahlgeſetze der einzelnen Staaten die Grundlage für die Beſchickung dieſes Reichstages bilden könnten; aber auch dann, wenn dies nicht möglich wäre, erſcheinen doch die Bedenken gegen das von der Berliner Conferenz aufgeſtellte Wahlgeſetz nicht ſo groß, daß ſie nicht im Weſentlichen dadurch beſeitigt werden könnten, daß den Einzelſtaaten bei Ausführung deſſelben die durch ihre abweichenden Verhältniſſe gebotenen Modificationen nachgelaſſen werden. Unter dieſer Vorausſetzung würde es bei dem ſchwer bedrohten Zuſtande Deutſchlands in keiner Weiſe zu rechtfertigen ſein, wollte man hieran das Zuſtandekommen des ganzen Werkes ſcheitern laſſen.

Der Ausſchuß." (Bernhardi aus Kaſſel. G. Beſeler. Koch aus Leipzig. Lang aus Hannover. Stahl aus Erlangen. v. Wydenbrugk aus Weimar.)

Herr Zell aus Trier, das ſiebente Ausſchußmitglied, iſt dieſen Vorſchlägen nicht beigetreten. Die Berathung darüber iſt in dieſem Augenblick eröffnet worden.

Außerdem iſt ein Ausſchuß für die Aufgabe, die Partei des Centrums zu organiſiren, aus der Mitte der Verſammlung gewählt worden.

Geſtern Mittag während der Tafel im „Mohren", traten die Herren Gabriel Rieſſer und v. Vincke, eben erſt in Gotha eingetroffen, in den Saal. Die Begrüßung beider war von ſtürmiſcher Freude und Herzlichkeit. Das Erſcheinen v. Vincke's

Digitized by Google

namentlich, als des am längſten von den ehemaligen Frankfurter Kreiſen Getrennten, wird von einem allgemeinen Händeklatſchen und Beifallsrufen empfangen.

** **Gotha**, 26. Juni. Morgens. Hören ſie den Einen, ſo ſpricht er ſeine Beſorgniß aus, daß die Männer hier in Gotha zu ſchroff ſich ſtellen und Preußen den öſterreichiſchen offenen Armen — offen wie die jenes Jungfrauenbildes, welches hinter dem Unglücklichen, der es umarmen mußte, mit eiſernen Krallen zuſammen und auf ihn einſchlug — entgegentreiben werden; hören Sie den Zweiten, er bebt vor dem Gedanken, daß die Männer von Gotha ſich wegwerfen möchten, daß Preußen ſie fallen läßt, wie ſchon im April geſchah, und daß ſo die Nation, ſoweit ſie für Ehre glüht, trotz Baden und Pfalz der erſten beſten Oppoſition ſich an den Hals wirft. Wohin neigt die Stimmung der Verſammelten? Sie ſehen Zell von Trier, Hans Raumer, der von Schleswig kommt und die dortige Kriegsführung lieben gelernt haben müßte, und könnten aus mancherlei den Schluß ziehen, die erſte Beſorgniß rechtfertigte ſich. Sie treffen Beckerath, Baſſermann, Ihnen begegnet noch Dieſer und Jener, der in früher Weile ad patres reiſte, und Sie theilen das bange Gefühl der entgegengeſetzten Art. Faſſen wir den richtigen Gedanken von beiden Seiten auf, ſo iſt es der, daß aus Deutſchland doch etwas werden muß, daß man anpacken muß, wo ein Henkel ſich finden will. Soll zu dieſer Beobachtung Ihr Correſpondent ſein eigen Dafürhalten andeuten, ſo kann ich als Preuße nur wünſchen, daß durch ein hurtiges Anfaſſen der Sache Preußen in die Nothlage verſetzt werde, nach Baiern und Oeſterreich nichts concediren zu können; die Ehre der Nation muß aber jedenfalls gewahrt werden. Die Oeffentlichkeit iſt ganz und gar ausgeſchloſſen; Herr Becker von Gotha, der ſich der Sache mit Aufopferung, Umſicht und Entſchiedenheit annimmt, hat ſich nicht verbergen können, daß wenn einmal nach irgend welcher Seite zu Breſche geſchoſſen iſt, der Zudrang unaufhaltſam ſein würde. Selbſt in der Eigenſchaft als Schriftführer ſind namhafte Männer, welche nicht eingeladen waren, dennoch nicht zugelaſſen. Es können ſich an den ausgeſchloſſenen Zeitungsſchreibern und Büchermachern, deren Mitaufnahme denn doch legitim wäre, die gleichfalls ausgeſchloſſenen legitimen Sprößlinge deutſcher Fürſtenhäuſer getröſten, welche ausgeſprochener Maßen ebenſo gern eingelaſſen wären, als die Journaliſten, die es nicht ſind. Daß mit Ihrer, unſrer Zeitung keine Ausnahme gemacht iſt, müſſen wir, juſt als Betheiligter, um ſo bereitwilliger und ehrend anerkennen. Collatinus hätte vielleicht die Deutſche Zeitung als Organ der National-conſtitutionellen begünſtigt; Brutus aber ſchonte nicht ſein eigen Fleiſch. Unſere Kölniſchen und Bremiſchen, Augsburgiſchen und Nürnberger Colleginnen haben alſo nicht den mindeſten Grund, ſcheel zu ſehen.

§§ Aus dem nördlichen Schleswig, 24. Juni. Als die Avantgarde der Preußen nördlich von Aarhuus ausgerückt war, wurde eine 1/2 Meile davon der Nachtrab derſelben, welcher die Munitions- und Bagagewagen zu escortiren hatte, plötzlich von einer combinirten Abtheilung der Dänen aus Infanterie und Cavallerie beſtehend umzingelt, eine Vertheidigung der Preußen war unmöglich und ſo gelang es den Dänen 14 Munitions- und Bagagewagen, wobei ſich eine Caſſe befand, deren Inhalt auf 1000 Rthlr. angegeben wird, zu erbeuten. Die zur Escorte beigegebene Mannſchaft ſuchte ſich zum größten Theil durchzuſchlagen; es iſt nur 1 Mann von den Preußen gefangen genommen worden. Bei der Rachſucht der jütiſchen Bauern ſind derartige Fälle nicht zu den Seltenheiten zu zählen, ſondern ſind ſowohl in dieſem wie im vorigen Jahre zu öfters vorgekommen. Wo ſie eine kleine Abtheilung von Reichstruppen bemerken, melden ſie es ſogleich den im Hinterhalt verſteckten Dänen und bilden alsdann ſelbſt die Führer des däniſchen Corps.

Frankreich.

* **Paris**, 25. Juni. Aus den uns nachträglich zugehenden Berichten ergänzen wir die heutige Sitzung der Legislative: wir fahren zunächſt in dem Vortrage des Herrn Mauguin fort.

Herr Mauguin gelangte endlich zu der Concluſion: Rußland will Conſtantinopel, aber es weiß, daß es die Schlüſſel zum Bosporus in Paris holen muß und daß es zuvor den franzöſiſchen Einfluß vernichten muß. Das weiß es und darnach handelt es. Bei dem Ausbruche der Revolution von Wien und Berlin haben die ruſſiſchen Heere die Grenze nicht überſchritten, aber jetzt, nachdem dieſe Revolutionen bewältigt ſind, jetzt haben die kaiſerlichen Garden Petersburg verlaſſen, die Kaukaſusarmee iſt um 20,000 Mann verringert, ungeheure Streitkräfte wälzen ſich dem Weſten zu, und das Alles ſollte nur geſchehen ſein, um Ungarn zu unterwerfen, eine Nation von 12 Millionen Menſchen? Zu gleicher Zeit rüſtet Preußen ſtärker und ſtärker, angeblich, um gegen Oeſterreich auf ſeiner Hut zu ſein: aber iſt es nicht wahrſcheinlich, daß dieſe Rüſtungen einen ſolchen Zweck haben, und Herr Mauguin iſt, zum Heile Frankreichs, beſſer unterrichtet: die Sache iſt einfach folgende. Rußland hat Oeſterreich bereits ſich zu eigen gemacht, jetzt geht es auf Preußen los; in Kurzem werden Rußland Oeſterreich und Preußen vereint auf Paris marſchiren oder, im glücklichen Falle wird man Italien an Oeſterreich geben und Deutſchland unter Oeſterreich und Preußen vertheilen, und da dieſe beiden Mächte Rußland gehorchen, ſo iſt der Czar der Agamemnon Europa's. Nach dieſem Wuſt von Unſinn, den Herr Mauguin mit außerordentlichem Ernſte vorbrachte und den die ehrenwerthe Verſammlung mit ſehr nachdenklicher Miene anhörte, hatte er indeß ein untrügliches Mittel bei der Hand, die Pläne Rußlands ſcheitern zu machen. Herr Mauguin iſt zu friedlich geſinnt, um zu einer unverzüglichen Kriegserklärung zu rathen, nein, das thut er nicht, obgleich er weiß, daß ein ſolcher Krieg nur ruhmvoll für Frankreich ausſchlagen könne; aber Herr Mauguin dringt darauf, daß Frankreich eine würdige Haltung annehme, eine drohend kriegeriſche Haltung (allgemeines Gelächter), „denn man muß drohen, wenn man den Frieden will." Herr Mauguin verläßt nach dieſen Worten die Tribüne, in dem Bewußtſein, Frankreich und Europa gerettet zu haben, und ſofort ſchwingt ſich Herr Savoye hinauf. Die allgemeine Politik fertigte er kurz ab. Er erinnerte daran, daß ein Beſchluß der conſtituirenden Verſammlung vom 22. Mai die Regierung aufgefordert habe, Maßregeln zu treffen, um gegenüber den Ereigniſſen im übrigen Europa die Ehre und Würde Frankreichs kräftig zu wahren; was hat die Regierung, fragt er, zur Ausführung dieſes Beſchluſſes gethan? Ausführlicher war der Redner in ſeiner ſpeciellen zweiten Interpellation: Welche Stellung hat die Regierung der Republik gegenüber den proviſoriſchen Regierungen von Baden und der Pfalz eingenommen? Er habe Anlaß zu glauben, daß dieſe Stellung eine feindliche ſei. Als Baden und die Pfalz ſich zum Schutze ihrer Freiheit erhoben, habe die franzöſiſche Regierung den in Frankreich befindlichen Angehörigen beider Länder, welche an dem Kampfe in ihrer Heimath Theil nehmen wollten, die Päſſe verweigert. Er würde es begreifen können, wenn man ſie hindere, nach Frankreich zurückzukehren, aber ſie dort feſtzuhalten, dazu habe man nicht das Recht. Noch mehr. Die in geſetzlicher Weiſe durch das allgemeine Stimmrecht gebildeten proviſoriſchen Regierungen von Baden und der Pfalz hätten zwei Agenten nach Frankreich geſandt, welche um Audienz bei dem Präſidenten der Republik nachſuchten, um ihm ihre Creditive zu überreichen; die franzöſiſche Regierung habe ihr Geſuch gar nicht einmal einer Antwort gewürdigt, oder vielmehr, ſie habe ihnen damit geantwortet, daß ſich der eine gegenwärtig im Gefängniß befinde, der andere, um ſich den Nachforſchungen der Polizei zu entziehen, auf der Flucht. Noch nicht genug. Die badiſche Regierung habe in Lüttich Waffen angekauft; an der franzöſiſchen Grenze habe die Zollbehörde dieſelben mit Beſchlag belegt; ein Agent endlich ſei, ebenfalls um Waffen zu kaufen, nach Paris geſandt und habe die dafür beſtimmten 180,000 Fr. einem Bankier übergeben; als er das Geld abgefordert, habe man ihm geantwortet, daß der diplomatiſche Agent des Großherzogs von Baden Einſpruch dagegen erhoben, weil daſſelbe aus den badiſchen Staatscaſſen geſtohlen ſei, und der Unterhändler ſei verhaftet, das Geld mit Beſchlag belegt. So habe man, fügte Hr. Savoye mit Pathos hinzu, einen Agenten der proviſoriſchen Regierung des badiſchen Staates behandelt.

Der Miniſter des Auswärtigen antwortete zuerſt auf die letzte Interpellation, in einer Weiſe, welche für die Stellung der franzöſiſchen Regierung zu den Inſurrectionen an der Grenze zu bezeichnend iſt, als daß wir ſie nicht ausführlich wiedergeben müßten. „Hr. Savoye — ſo begann er — erlaube mir zuvörderſt die Bemerkung, daß Niemand mehr verpflichtet und vielleicht berechtigt ſein kann, die inſurrectionellen Bewegungen in der Pfalz auf dieſer Tribüne zu vertheidigen, als eben er; denn wenn ich einem Actenſtück Glauben ſchenken darf, welches ſich im Miniſterium des Auswärtigen befindet, ſo iſt Hr. Savoye ſelbſt bei dieſer traurigen Revolution betheiligt. (Lärmende Unterbre-

№ 176. **Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 28. Juni 1849.

Ueberſicht.

Fürſt Paskewitſch.
Deutſchland. Berlin (Die liberale Partei und das Miniſterium Brandenburg). Tübingen (Erklärung Uhland's). Leipzig (Hr. v. Zeſchau). Raſtatt (Der Rheinübergang der Preußen).
Nordamerika. Vereinigte Staaten (Ernennungen im diplomatiſchen Corps. Bekanntmachung des Gouverneurs in St. Francisco. Einfall der Cumanchen in Texas. Verheerungen der Cholera. Der Dammbruch in New-Orleans. Großes Concil der katholiſchen Kirche. Mittheilung eines Reiſenden aus dem californiſchen Goldlande).

Fürſt Paskewitſch.

Fürſt Iwan Fedorowitſch Paskewitſch beging durch ſeine Geburt das Verbrechen einer kleinruſſiſchen Familie anzugehören. Sein Vater war ein dunkler Edelmann zu Poltawa, deſſen Adel erſt durch den militäriſchen Rang eines Oberſten unläugbar wurde. Der Sohn trat unter Paul I. in Militärdienſte. Im Preobraſchenski'ſchen Regiment focht er tapfer aber unbemerkt 1806 in der Moldau, wurde bei Brailow 1809 ſchwer verwundet und machte dann den ganzen ruſſiſchen Feldzug von 1812 bis 1815 mit. Doch erſt im perſiſchen, dann im türkiſchen Kriege eröffnete ſich ihm der Weg zu höherem Ruhme, während gleichzeitig die Befehdungen der Parteien gegen ihn begannen. Während er die Türken bei Kars ſchlug, Achalzike (27. Aug. 1828) eroberte und Erzerum fiel, als man erfuhr oder vermuthete, daß der Feldmarſchallstitel, der höchſte in Rußland und im Heere eine ſelbſt über den Czaren erhabene Stelle, der Preis eines vortheilhaften Friedensabſchluſſes in Adrianopel ſein werde, tauchten zunächſt verdienſtraubende Gerüchte empor. Denn es war ja unerhört, daß ein Mann von dunkler Herkunft, ohne Protection und Familienverbindungen in der hochtoryſtiſchen Adelſchaft „vom goldenen Pfeiler" oder „vom ſammetenen Buche", ſolche Stellung ganz allein mit dem Schwert erobern durfte. Trotzdem eroberte er ſie; der Graf v. Eriwan wurde auch Feldmarſchall. Während man nun in den Petersburger Zeitungen glänzende, ja bis zum Ekel lobtriefende Verherrlichungen des Feldmarſchalls las, deren beſtes Theil jedoch natürlich den göttlichen Czaren mit den glänzendſten Lichtern umſpielte, klang es in der mediſanten Geſellſchaft der beiden Morskoiſtraßen, des engliſchen Kai's und des Newskyproſpectes ganz anders. Da wußte man es plötzlich von Vettern, Söhnen, Brüdern und anderen Sippen im Heer aufs genaueſte, daß keineswegs Paskewitſch, ſondern ein einfacher Ingenieurofficier, Baron F. aus Curland, der Urheber und Schöpfer all jener geiſtvollen Operationen in Perſien geweſen war, durch welche die Möglichkeit gegeben wurde, den ſeit Katharina immer von neuem erfolglos wieder aufgenommenen Kaukaſuskrieg einem für Rußland ſiegreichen Ende entgegenzuführen. Es war auch nicht ohne Abſicht geſchehen, daß gerade ein Curländer, kein vornehmer Ruſſe, als rechtmäßiger Beſitzer von Paskewitſch's perſiſchem Ruhm bezeichnet wurde. So konnte es ja gar nicht ſcheinen, als ob Parteilichkeit oder verletzter Kaſtenſtolz ſpreche. Auch war Baron F. bereits vor dem Frieden zu Turkmanſchay im Lager geſtorben; und man verzog nur leichtſpöttiſch die Lippen, wenn man erzählte „ein plötzliches Fieber" habe ihn gerade damals hinweggerafft, ſonſt würde ihn der Graf v. Eriwan nach dem Friedensabſchluſſe gewiß zu ausgezeichneter Beförderung „vorgeſtellt" haben. Den Schein zu vermeiden, als ob hier Parteileidenſchaft ſpreche, hatte man nämlich um ſo mehr Urſache, als Paskewitſch, früher der Untergebene Yermolows, an deſſen Stelle getreten war, und der Widerwille gegen ihn gerade hierin eine noch tiefere Begründung als in der Erhebung des kleinruſſiſchen Oberſten-Sohnes zum Grafen v. Eriwan und Feldmarſchall fand.

Yermolow, ſeit 1817 Generalgouverneur von Transkaukaſien und Oberbefehlshaber der geſammten Kaukaſusarmee, im ganzen ruſſiſchen Heer der einzige makellos hervorragende Adelsname Altrußlands, war 1827 plötzlich in Ungnade gefallen. Seine militäriſchen und adminiſtrativen Verdienſte waren unbeſtritten, ſein moraliſcher Charakter hatte bisher als glänzende Ausnahme unter den Dienern der Krone dageſtanden. Gerade gegen dieſen hatten ſich aber Petersburger Anklagen gerichtet. Man beſchuldigte ihn falſcher Rechnungsführung über die ungeheuern Summen, welche der kaukaſiſche Kampf dem Staate alljährlich koſtete. Als nun gar ſein perſönlicher Gegner, General Diebitſch, als Generaladjutant des Kaiſers zur Unterſuchung nach Tiflis geſendet worden war, da mochte die altruſſiſche Partei, die altadelige wie die bureaukratiſch-ſoldatiſche Fraction keinen Augenblick länger daran zweifeln, daß hier eine ſiegreiche Intrigue der ſogenannten deutſchen Partei vorliege, als deren Haupt und Vertreter in der Armee ja bekanntlich Graf Diebitſch Sabalkanſky betrachtet wurde. Als dann Yermolow wirklich ſeinen Abſchied erhielt, kannte der Zorn ſeiner Partei keine Grenzen mehr. Theils wußte man es nicht, theils mochte man es nicht wiſſen, daß General Diebitſch nach vollendeter Unterſuchung für Yermolow höchſt ehrenvolle und ihn vollkommen rechtfertigende Berichte nach Petersburg geſendet hatte, daß ferner ſo eben ein Belobungsſchreiben des Kaiſers an den Oberbefehlshaber der kaukaſiſchen Armee abgehen ſollte, als der damit beauftragte Courier noch im Cabinet mit einem von Yermolow abgeſendeten Boten zuſammentraf, welcher ein in gereiztem Ton abgefaßtes Entlaſſungsgeſuch deſſelben überbrachte, daß endlich in Folge deſſen das Belobungsſchreiben zurückgehalten, dagegen die ungnädige Entlaſſung abgeſendet wurde. Daß Diebitſch den erledigten Poſten nicht erhielt, lenkte im Augenblicke den Haß von dieſem und ſeiner angeblichen Partei ab, dagegen wälzte ſich derſelbe im vollſten Maße auf Paskewitſch, als dieſer in die erledigte Stellung eintrat. Yermolow, welcher nachher als Privatmann in Moskau lebte, wurde Gegenſtand einer demonſtrativen, faſt königlichen Verehrung der altruſſiſchen Partei, und ohne daß derſelbe ſich an deren Intereſſen näher betheiligt zu haben ſcheint, doch gewiſſermaßen der Begegnungspunct zwiſchen deren beiden durch dieſen Vorfall einander wieder genäherten Fractionen. Dieſe vergaßen indeſſen auch den Feldmarſchall Diebitſch nicht; ſie glaubten ſogar im Augenblicke den Grafen Paskewitſch ſich ſelbſt überlaſſen zu können, da derſelbe bekanntlich im Kaukaſus nicht eben glücklich operirte, weil eben durch den perſiſchen und türkiſchen Krieg in ſeiner Verwaltungsthätigkeit vielfach unterbrochen. Seine Gegner hofften darum auf die gewohnte rückſichtsloſe Undankbarkeit, womit man in Rußland die Menſchen wechſelt; ja in Moskau glaubte man bereits den Grafen und Feldmarſchall beſeitigt, während man den in Polen ſo unglücklich kämpfenden „Sſamawar Paſcha" Diebitſch verhöhnte. Als jedoch gleichzeitig mit der Nachricht vom erſten ruſſiſchen Siege bei Oſtrolenka die Kunde von Diebitſch's Tod und Paskewitſch's Berufung an ſeinen Poſten eintraf, entzündeten ſich von neuem alle Gluthen des Haſſes. Dieſer eroberte indeſſen Polen, ſchloß damit Rußlands klaffende Herzenswunde wenigſtens für den Augenblick und erlangte mit dem Titel eines Fürſten von Warſchau von neuem das unbedingteſte Vertrauen des Cabinets, die vollſte Gnade des Czaren, deren Strahlen allerdings in den letzten Monaten ſeiner kaukaſiſchen Verwaltung bedenklich erbleicht geweſen waren.

Jetzt dauerte jahrelang nur ein kleines Plänklergefecht ſeiner Gegner, welche faſt gleichzeitig durch einen höchſt zweifelhaften Gnadenerweis des Kaiſers für Yermolow, wodurch dieſer in eine ſogenannte Activität bei der Armee zurückgezwungen worden war, des Gegenſtandes ihrer demonſtrativen Huldigungen ſich beraubt ſahen. Man hoffte die unentwirrbare Verwicklung der polniſchen Verhältniſſe, die nothwendig häufigen Conflicte zwiſchen der Ungeduld der Petersburger Cabinetswünſche in Bezug auf Polens Ruſſificirung mit der Möglichkeit ihrer Verwirklichung, die immer neu auftauchenden Verſchwörungen und Empörungen würden ſchon von ſelbſt die Wetterwolken kaiſerlicher Unzufriedenheit wieder über Paskewitſch zuſammentreiben. Dies geſchah indeſſen nicht, und man war endlich aller neuen Angriffsmittel ſo ſehr entblößt, daß man ſelbſt den geringfügigen Umſtand wie eine ſchwere Anklage herbeiſchleppte, der Fürſt von Warſchau gebe bei allen ſolennen Gelegenheiten ſeinem greiſen Vater den Ehrenplatz neben ſich und über den vornehmſten Staatsdienern. Dies ſei die Art der Uſurpatoren; auch nehme ſich die Milde Paskewitſch's gegen die Polen ſehr verdächtig aus. Es ſei nicht unerhört, daß gerade Leute niederſten Urſprungs, auf einer ſo unumſchränkt machtvollen Stellung angelangt, das Vertrauen ihres Monarchen mißbraucht hätten, um ſich vollkommen unabhängig zu machen. Als ferner mehrere vom Fürſten unterſtützte Gnadengeſuche in Petersburg ankamen, auf deren Liſte man die Namen einzelner, b ſonders gravirten Polen bemerkte, benutzte dieſe die Verdächtigung als Beweiſe der bereits umherſchwirrenden Beſorgniſſe und Gerüchte. Freilich gelang damit nichts weiter als die Verweigerung der Geſuche; allein die immer wiederkehrenden Anſchuldigungen mögen doch wohl den Keim eines gewiſſen Mißtrauens der oberſten Mächte gegen Pas-

kewitſch entwickelt haben. Wenigſtens trat gerade zu jener Zeit eine ſehr merkliche Erkaltung zwiſchen dem Petersburger Cabinet und dem Warſchauer Königsſchloß ein. Paskewitſch's Macht erlitt ſogar äußerlich mancherlei Einſchränkungen. Die Trennung der Adminiſtration von der höheren Juſtiz, die völlige Uebergabe des Cabinets der Geheimpolicei an Abramowitſch und deſſen unmittelbare Correſpondenz mit dem Petersburger Cabinet fällt in und dicht hinter dieſe Epoche. Als nun gleichzeitig der kaukaſiſche Krieg mit ſeinen ergebnißloſen Anſtrengungen auch wieder in den Vordergrund der Tagesintereſſen trat, ſchien es ganz paſſend darauf hinzuweiſen, wie gerade ſeit Paskewitſch's Obercommando die Epoche der ruſſiſchen Niederlagen hier ihren Anfang genommen, während unter Yermolow Erfolg von Erfolg gedrängt worden ſei. Was aber die unläugbar zweckmäßigen Verwaltungseinrichtungen anbelange, ſo ſei ja bekannt daß der jetzt in Ungnade gefallene Gen. Toll Paskewitſch's Begleiter geweſen. Als Toll i. J. 1844 ſtarb, konnte man es in ganz Rußland hören, wie dieſer noch vom Todtenbette einen Brief voll wichtiger Enthüllungen an den Kaiſer gerichtet, welches indeſſen durch Paskewitſch's Creaturen unterſchlagen worden ſei. Eine angebliche Abſchrift dieſes Schreibens flog ſogar von Stadt zu Stadt, von Herrenſitz zu Herrenſitz. Darin hieß es, nicht von Paskewitſch, ſondern von Toll rührten alle kaukaſiſchen Reorganiſationspläne her; nicht Paskewitſch's und Diebitſch's, ſondern Toll's Verdienſten verdanke Rußland ſeine Erfolge im Türkenkriege; dagegen habe der Graf v. Eriwan bei der kaukaſiſchen Verwaltung ungeheuere Summen unterſchlagen, von Perſien, weil beſtochen, nicht die erreichbaren Vortheile erlangt, die türkiſche und engliſche Agitation unter den Bergvölkern, weil abermals beſtochen, nicht gehindert ꝛc.

Ein äußerliches Ergebniß dieſer Beſchuldigungen war allerdings damals nicht zu gewahren; aber Paskewitſch, dies wußten ſeine Umgebungen ſehr wohl, litt außerordentlich darunter. Selbſt auf ſein Ausſehen wirkten die Gemüthsbewegungen, verbunden mit fortwährend angeſtrengter Arbeit, mit dem Kampfe gegen die dauernden Sträubungen Polens gegen die Unterordnung unter das ruſſiſche Geſetz auf der einen Seite, mit dem dauernd nöthigen Widerſtande gegen die ruſſiſche Luſt zu despotiſchen Ueberſtürzungen auf der anderen Seite. Der bis zum Beginn des laufenden Jahrzehnts ſoldatiſch ſtraffe Körper beugte ſich, das [illegible] Haar bleichte raſch, die Geſichtszüge bekamen den Ausdruck einer krankhaften Schlaffheit. Selbſt dies benutzte der ruſſiſche Ariſtokratenhaß. Man ſprach in Petersburg ganz unverhohlen von periodiſchen Geiſtesabweſenheiten des Fürſten, man deutete jeden dem Petersburger Gouvernement mißliebigen Vorfall in Polen, jede Offenbarung neuerſtehender Bedenklichkeiten dortiger Zuſtände als Beweis einer von des Fürſten Altersſchwäche häufig unterbrochenen Conſequenz in den Verwaltungsmaßregeln. Als dieſe Gerüchte das rechte Ohr gefunden hatten, ging man weiter. Der Fürſt ſelber, hieß es, verzweifle an der Möglichkeit, ſeine Aufgabe zum glücklichen Ziele zu führen. Er befinde ſich in einem argen Dilemma, habe den Polen voreilige Verſprechungen gemacht und könne dieſe jetzt nicht einhalten. Dieſe Verſprechungen ſeien auch der Schlüſſel des ſcheinbar unlöslichen Räthſels ſeiner Beliebtheit bei den mit der Regierung unzufriedenen Polen, ſowie des Haſſes der loyalen Unterthanen. Jene Beliebtheit und dieſer Haß waren nun allerdings vollkommen wahre Thatſachen; nur hatten ſie andere Grundlagen. Paskewitſch gebührt nämlich das in Polen ſeltene Lob, unparteiiſch und gerecht zu ſein. Es war alſo natürlich, daß nach und nach gerade die gefährlichſten Gegner Rußlands ein gewiſſes Vertrauen zu ihm oder doch zu ſeinen Abſichten gewannen, während jene Leute — und ſie finden ſich beſonders häufig unter dem beſitzenden Hochadel Polens — welche durch Anheimgabe ihrer ſelbſt an Rußland nur perſönliche und Familien-Vortheile zu erraffen ſuchten, dem Fürſten immer feindlicher geſinnt wurden. Wir erinnern uns der Nachrichten, welche zu Anfang des Jahres 1844 durch die Zeitungen flogen. Sie ſprachen insgeſammt von Paskewitſch's Rücktritt und des Grafen Tſchernitſchew Nachfolge in ſeiner Stellung. Ob und inwieweit darüber wirklich verhandelt wurde, iſt unbekannt; jedenfalls ſchien des Fürſten Badereiſe nach Deutſchland auf eine ſchwebende Kriſis hinzudeuten. Indeſſen mochte wohl der im ſelben Jahr erfolgte Tod der Grafen Benkendorf und Cancrin eine ſo wichtige Aenderung im Miniſterium, wie ſie durch Tſchernitſchew's anderweitige Verwendung nöthig geworden wäre, keineswegs zeitgemäß erſcheinen laſſen. Paskewitſch kehrte alſo nach längerer Zeit aus dem Bade zurück in das Warſchauer Schloß. Eine bedeutende Aenderung im Verwaltungsprincip, eine verringerte Selbſtſtändigkeit in der Handhabung der Gewalt, ein verminderter Eifer für die Befreiung der noch jetzt in Sibirien oder am Kaukaſus verbannt lebenden Polen, eine gewiſſe Erkaltung der perſönlichen Beziehungen zwiſchen dem Czaren und dem Fürſten von Warſchau, eine ſorgfältige Rückſichtnahme des letztern auf die Wünſche und Intereſſen der nationalruſſiſchen Parteien, dies Alles ſind Dinge, deren ſtärkeres Hervortreten man ſeit jener Zeit bemerkt haben will. Und ſeitdem vollends die neue Revolution durch Europa ſchreitet, behauptet man, ſei von der früheren Milde, Verſöhnlichkeit, Achtung nationaler Eigenheiten u. ſ. w. beim Fürſten von Warſchau keine Rede mehr. Fraglos abhängig von Petersburger Befehlen, eingeſchüchtert von dem „Polenſchrecken" Abramowitſch, verfüge er in ächt ruſſiſcher Weiſe, mit ächt ruſſiſcher Strenge und Rückſichtsloſigkeit, unter dem Eindruck gebrochener Kraft der perſönlichen Ueberzeugung.

(Allg. Z.)

Deutſchland.

÷ **Berlin**, 23. Juni. Berlin amuſirt ſich! Rieſenanſchläge an den Straßenecken laden zu Concerten, Gartenfeſten, Illuminationen und Feuerwerken ein. Die Demokratenhütlein und die trotzigen Geſtalten des vorigen Sommers ſind verſchwunden. Und doch geht unter dieſer heitern Oberfläche eine gewaltige Entwickelung des politiſchen Lebens vor! Der Standpunkt aller Parteien — das kann dem aufmerkſamen und unbefangenen Beobachter nicht entgehen — verändert ſich, der Ernſt dieſer Zeit tritt mehr als je vor die Gemüther. Von der einen Seite gewinnt die Oppoſition gegen die Regierung täglich an numeriſcher Stärke, die Parteien rücken ſämmtlich nach links zu, die republikaniſche wird leider, leider verſtärkt durch die undeutſche Politik unſerer und anderer Regierungen; doch es kann uns zum Troſte gereichen, daß die liberale Partei ſich in noch viel ſtärkerem Maaße aus der conſervativen rekrutirt. Von der anderen Seite verliert die Oppoſition bis zu den äußerſten Parteien hin an jener Heftigkeit revolutionärer Leidenſchaft, welche im vorigen Jahre zu unaufhörlichen Exceſſen trieb. Man braucht nur ein beliebiges Wirthshaus zu beſuchen, um ſich davon zu überzeugen. Das Miniſterium zählte bis zur Eröffnung der Kammern einen nicht unbedeutenden Theil der liberalen Partei zu ſeinen Anhängern, weil man noch keine Veranlaſſung hatte zu bezweifeln, daß ſeine Mitglieder, aus dem Grabe der alten Bureaukratie erſtanden, ſich zu dem Standpunkte ächt conſtitutioneller Geſinnung erhoben hätten — der grobe Verfaſſungsbruch hat alle dieſe ſüßen Illuſionen vernichtet. Man hatte die Verfaſſung vom 5. December gerade deshalb mit Befriedigung aufgenommen, weil ſie endlich ein Definitivum ſchuf — die Octroyirung des neuen Wahlgeſetzes oder Wahlreglements, wie das Miniſterium ſich auszudrücken beliebt, hat wiederum Alles in Frage geſtellt. Dieſelben Waffen, welche gegen die demokratiſche Partei in den Kammern angewandt wurden, als dieſe die Nichtanerkennung der Verfaſſung verlangte, wenden ſich jetzt gegen das Miniſterium. Was will eine Verfaſſung beſagen, die ſo interpretirt wird! Welches Vertrauen zu der Zukunft ſoll eine Nation faſſen, der man ſo handgreiflich beweiſt, daß ſie keine Garantien für die Aufrechthaltung der Freiheit hat! Kann aus ſolcher Politik etwas Anderes erwachſen als das Mißtrauen, das jede geſunde Entwicklung vergiftet, etwas Anderes als die demoraliſirende Ueberzeugung, daß es keine Garantie der Freiheit geben kann im Geſetze, ſondern nur in der Macht der Fäuſte! Das Miniſterium hat von Anfang in dem wohlhabenden Bürger, ſowohl aus dem Kaufmanns- als aus dem Handwerkerſtande, ſeine vornehmſte Stütze gefunden — die Octroyirung einer neuen Ariſtokratie der erſten Steuerclaſſe, einer Ariſtokratie des Geldes, welche dem Deutſchen viel ſchlimmer erſcheinen muß als die der Geburt, an welche er einmal gewöhnt war, ſcheint auch hierin, ſoviel ſich aus Geſprächen mit Einzelnen entnehmen läßt, eine Aenderung hervorgebracht zu haben. Es gibt keinen Stand, der mehr Selbſtgefühl beſäße und eiferſüchtiger wäre auf ſeine politiſche und geſellſchaftliche Stellung, als dieſer Bürgerſtand. Je ſpäter er zur Gleichberechtigung mit den höheren Schichten der Geſellſchaft gelangt iſt, deſto inniger hält er an derſelben feſt. Es gibt einzelne Volksclaſſen, denen es zu ſehr an allgemeiner Bildung und wahrem politiſchen Intereſſe fehlt,

Digitized by Google

als daß man ihnen alle politiſchen Rechte anvertrauen könnte; zwiſchen denen aber welche ſich einmal zu einer gewiſſen Stufe der Bildung emporgearbeitet haben, darf kein Unterſchied mehr gemacht werden, namentlich aber kein Unterſchied des Beſitzes. Mit der Bildung erwacht ſtets das ſtolze Gefühl der vollen Gleichberechtigung, welches befriedigt werden muß, wenn nicht in dem Staate ein unaufhörlich gährendes und unruhiges Element geſchaffen werden ſoll. Von der Bildung hängt der größere oder geringere Einfluß in der Geſellſchaft ab; wenn die ſtaatlichen Inſtitutionen auf dieſen natürlichen Einfluß keine Rückſicht nehmen, ſo macht ſich derſelbe als Oppoſition gegen die ſtaatliche Organiſation geltend. Zurückſetzung eines Theiles der Gebildeten gegen den anderen wird mit tiefem Schmerze empfunden. Das iſt ja eben das Streben der Völker ſeit dem Ende des vorigen Jahrhunderts, alle Stände, welche der allgemeinen Bildung theilhaftig ſind, zur politiſchen Gleichberechtigung zu erheben. Im Mittelalter waren beide nur dem Adel und der Geiſtlichkeit eigen; als aber die geiſtige Cultur, immer weitere Kreiſe beſchreibend, auch in den Bürgerſtand gedrungen war, erwarb derſelbe die politiſchen Rechte, dann aber auch ihrem ganzen Umfange nach. Das Miniſterium indem es die Timokratie der drei Steuerclaſſen einführte und den Werth des Menſchen und Bürgers nach Zahlen beſtimmte, hat ſich mit dem ureigentlichen Weſen unſres Jahrhunderts in principiellen Widerſpruch geſetzt, und die politiſche Entwickelung wird ohne Zweifel über dieſen ſchwächlichen Verſuch zermalmend fortſchreiten. Sowie der wohlhabende Bürgerſtand, dieſer Kern des Volkes, die Demokratie haßte, weil ſie die numeriſch überlegenen beſitzloſen Claſſen zu einer Berechtigung erhob, in welcher ſeine Bedeutung vollſtändig untergehen mußte, ſo fängt er jetzt an, das ihm von oben her drohende Uebergewicht zu fürchten.

Man würde indeſſen ſehr irren, wenn man hier in Folge der falſchen Politik des Miniſteriums eine gereizte Stimmung und große Leidenſchaften ſuchen wollte. Es geht vielmehr ein tiefer Ernſt, eine große Reſignation durch die Bevölkerung. Die Nachrichten aus Baden und Würtemberg werden gleichgültiger aufgenommen, als man bei der radicalen Stimmung, die ſonſt hier herrſchte, erwarten ſollte. Man ſieht ein, daß die unaufhörlichen Revolutionsverſuche mehr als die Anſtrengungen der Reaction das Unglück des Vaterlandes verſchuldet haben; Demokraten welche ſich ſonſt wüthend genug geberdet haben, geben zu, daß es mit der Revolution nicht mehr gehen will, daß die Freiheit ſich nicht leichten Kaufs durch einen Straßenkampf, ſondern nur durch anhaltende und hingebende Thätigkeit erringen läßt. Welche vortheilhafte Veränderung in den Gemüthern ſeit dem Sommer des vorigen Jahres ſtattgefunden hat, zeigt ſich in einer ſcheinbar ſehr unbedeutenden Sache. Man ſieht viele ſchwarz-weiße Cocarden an den Hüten, ſehr ſelten eine ſchwarz-roth-goldene. Wer Berlin kennt, wer einmal von den Berliner Wahlen gehört hat, der weiß, daß das ſpecifiſche Preußenthum hier nur ſehr wenige Anhänger hat, daß die radicale Partei ſchon aus Oppoſitionsgeiſt gegen das Miniſterium die deutſchen Farben anlegen würde, wenn man nicht — über derartige Demonſtrationen hinaus wäre. Der Ernſt der Gemüther läßt ſolche Kindereien nicht aufkommen, ſelbſt wenn ſie von der Gegenpartei provocirt werden. Man iſt nur von einem Gefühle durchdrungen, von der Nothwendigkeit, ſich noch feſter zu organiſiren, die öffentliche Meinung mehr und mehr zu beherrſchen und ſo das Miniſterium moraliſch zu vernichten. Wenn das Volk als eine geſchloſſene Maſſe ihm gegenüber ſteht, dann wird es von ſelbſt fallen, wie ja auch das Miniſterium Bodelſchwingh in den Märztagen nicht etwa durch die Heldenthaten der Berliner Barricadenmänner geſtürzt worden, ſondern durch das Bewußtſein ſeiner Schwäche und die daraus folgende Haltloſigkeit und Unentſchloſſenheit untergegangen iſt.

* Würtembergiſche Blätter bringen aus Tübingen, vom 23. Juni folgende **Erklärung L. Uhland's:**

„Ueber die gewaltſame Vertreibung der deutſchen Nationalverſammlung von ihrem Sitzungslocal am 18. d. M. hat unmittelbar nachher ein Zuſammentritt der Abgeordneten zur Feſtſtellung des Thatbeſtandes ſtattgefunden. Dieſer Verhandlung habe ich angewohnt, nicht aber der am Abend des nächſten Tages erfolgten Verleſung und Unterzeichnung des darüber aufgenommenen und nunmehr in öffentlichen Blättern mitgetheilten Protokolls. Bei jenem Zuſammentritt wurden von mir zu dem Berichte des Herrn Präſidenten Löwe und den Zeugniſſen anderer Mitglieder zwei Bemerkungen vorgebracht, wovon die eine, vermuthlich weil ſie nicht den Thatbeſtand der Vertreibung ſelbſt betraf, im Protocolle nicht enthalten, die andere nicht richtig aufgefaßt iſt. Die erſtere war in dem Sinne gemacht, daß ich nicht zu ſagen wüßte, ob der Gedanke, ſich dem Präſidenten und dem Bureau auf dem Gang zum Sitzungslocal anzuſchließen, urſprünglich von mir allein ausgegangen ſei, indem mehrere zufällig beiſammen geſtandene Abgeordnete ſich alsbald in dieſem ſehr natürlichen Gedanken begegnet haben. Meine zweite Bemerkung ging dahin, daß ich die Bedrohung des Präſidenten durch den Ruf: Haut ein! und durch Schwingen der Säbel nicht wahrgenommen habe, was übrigens auch daher kommen konnte, daß ich durch die vorrückende Reiterei von ſeiner Seite verdrängt wurde und erſt nach einer Weile ihn wieder aufſuchen konnte. Der Abgeordnete Pfahler hat, meines Erinnerns, die angeführte Bedrohung hinſichtlich des Präſidenten beſtätigt, nicht aber in Bezug auf meine Perſon, wie ich denn wirklich nicht „zwiſchen den Schwertern" mich befand, wenn auch die Säbel gezogen waren.

Schließlich nehme ich Anlaß, über den Vorgang im Allgemeinen folgende Anſichten auszuſprechen.

Es wäre der Reichsverſammlung nicht angeſtanden, auf die bloſe Meldung, daß die Straßen durch bewaffnete Macht abgeſperrt ſeien, den Gang nach ihrem Sitzungslocal aufzugeben; ſie war es ſich und dem Volke, das ſie zu vertreten hat, ſchuldig, thatſächlich und augenfällig feſtzuſtellen, daß ſie nur der äußeren Gewalt weiche, und zugleich gegen dieſe Gewaltmaßregel angemeſſene Verwahrung einzulegen. Daß hiebei zwei Abgeordnete aus Würtemberg zur Seite des Präſidenten mit an der Spitze gingen, war nahezu die einzige Gaſtfreundſchaft, welche der Verſammlung zu Theil geworden iſt. Hier kam auch nicht die politiſche Parteiung in Betracht, ſondern einzig das Bewußtſein des Zuſammengehörens in dem zuletzt noch aufrecht gebliebenen Beſtande der deutſchen Nationalvertretung. In dem gemeinſamen Zuge lag weder für die Verſammlung ſelbſt, noch für den öffentlichen Frieden eine wahrſcheinliche Gefahr. Es war nicht zu viel verlangt, wenn man erwartete, der Civilcommiſſär werde unter Hinweiſung auf die vor uns aufgeſtellten Truppen den Durchgang verweigern und ſodann den Präſidenten der Reichsverſammlung ſeine Verwahrung entgegenſetzen laſſen. Damit wäre der Sache von beiden Seiten Genüge geſchehen. Nicht zu erwarten war aber, daß die wiederholten Verſuche des Präſidenten, ſeinen Proteſt zu erheben, übertrommelt wurden, und noch weniger war es durch die Umſtände geboten, daß von der Seite her und vor den Reihen des Fußvolk die Reiterei heranzog, um, wenn auch nur im Schritte vorrückend, die unbewaffneten Volksvertreter hinwegzudrängen oder abzuſchließen. Dadurch erſt war die Gefahr hervorgerufen, daß, wenn die Entrüſtung des obwohl nicht zahlreich verſammelten Volkes ſich Luft gemacht hätte, die Abgeordneten mitten in den Zuſammenſtoß gerathen wären. Die Gerüchte, daß ich ſelbſt körperlich verletzt worden, ſind ſchon anderwärts widerlegt; die einzige Verletzung, die ich davongetragen, iſt das bittere Gefühl der unziemlichen Behandlung, welche dem letzten Reſte der deutſchen Reichsverſammlung in meinem Heimathlande widerfahren iſt.

L. Uhland."

Leipzig, 22. Juni. Daß Sachſen in dem zu Berlin zuſammentretenden Verwaltungsrath der verbündeten Staaten durch Herrn v. Zeſchau vertreten werden ſoll, muß man als ein bedenkliches Zeichen anſehen für die Richtung, die man von hier aus dieſem Verwaltungsrathe geben zu müſſen glaubte, denn Herr v. Zeſchau — alle Achtung ſeinen diplomatiſchen und financiellen Talenten! — war die Seele des durch die Bewegung des März im vorigen Jahre geſtürzten Miniſteriums; er war ferner früher Bundestagsgeſandter — ſeine Vergangenheit iſt alſo keineswegs von der Art, daß ſie für ſeine Mitwirkung bei einem Organe, welches die Geſchicke Deutſchlands leiten ſoll, eine vertrauenerweckende Vorbedeutung abgeben könnte. (D. P. Z.)

Raſtatt, 22. Juni. Die Preußen, welche vom Germersheimer Brückenkopf aus ſich zwiſchen Mieroslawski's Neckararmee und den in Karlsruhe befindlichen Pfälzer-Ueberreſt den 20. Juli einkeilten, hatten keine ſchwere Arbeit. Um Mitternacht brachen ſie mit Fußvolk, Huſaren und Geſchütz vom Brückenkopf hervor; die Vorpoſten bei Rheinheim waren nach einer Verſion vom Oberſten Raquiller, welcher den Oberbefehl der Vertheidigungsoperation führte, zurückgezogen worden, nach andern von ihrem Feldwebel zum — Schlafen befehligt. Mit dem Tagesgrauen überraſchten ſie, wie ich von einem von dort Flüchtigen hörte, Philippsburg, wo der Stab eines Bataillons vom 5. Regiment mit zwei Compagnien und einigen Abtheilungen Volkswehr lag. Eine dieſer Compagnien und mehrere Haufen Volkswehr löſten ſich in wilder Flucht auf; die Caſſe des Bataillons fiel mit dem Gepäck in die Hände der Preußen, die andere Compagnie von einer Abtheilung Volkswehr deckte den Rückzug, daß er nicht in wilde Flucht ausartete. Die Richtung ging von einer Compagnie gegen Bruchſal, welches bald geräumt wurde, dann in der Richtung von Karlsruhe, wo an den baieriſchen Ueberläufern und der Volkswehr ein Stützpunkt war, welcher von Grombach an eine Vertheidigungslinie bildet. Major v. Bidenfeld vom 3. Regiment (ein penſionirter Officier, welcher die Feldzüge von 1806, 1809 und 1812 mit Auszeichnung mitgemacht hatte, und jetzt reactivirt wurde) hat durch perſönliche Tapferkeit zur Dekkung des Rückzuges vieles beigetragen. Auch ein Gefangener — ein preußiſcher grüner Huſar aus dem Rheinland — wurde von

ihm hierher geſchickt; dieſer ſagte aus: es ſeien von ſeiner Schwadron etwa 50 Mann zum Theil zuſammengeſchoſſen, zum Theil in den Wald Lußhart verſprengt, welcher auch die Flucht unſrer Verſprengten deckte. Hier wurden mehrere der letztern von der Volkswehr, welche waffenlos ſich in die Heimath durchzuſchleichen hofften, feſtgenommen. (Allg. Z.)

Nordamerika.

Vereinigte Staaten. Die Börſenhalle und die Nationalzeitung enthalten Privatmittheilungen, jene aus New-Orleans vom 26. Mai, dieſe aus Philadelphia vom 5. Juni, denen wir folgende Nachrichten entnehmen:

Unter mehreren Ernennungen im diplomatiſchen Corps, welche der neue Präſident, General Taylor, vorgenommen hat, iſt die des Hrn. Abbot Lawrence zum Geſandten in London an Hrn. Bancrofts Stelle, die des Hrn. W. C. Rives zum Geſandten in Paris an der Stelle des Hrn. Ruſh, des Hrn. Graham zum Geſandten in Madrid an der Stelle des Hrn. Saunders, des Hrn. Marſh zum Geſandten in Konſtantinopel und des Hrn. Letcher zum Geſandten in Merico. Berichten aus Californien zufolge hatte der Gouverneur General Smith in St. Francisco am 1. April eine Bekanntmachung erlaſſen, derzufolge alle Individuen, welche ſich Eigenthumsverletzungen (trespassing) auf den öffentlichen Ländereien zu Schulden kommen laſſen, mit Geld- und Gefängnißſtrafe bedroht werden, wobei der General bemerklich macht, daß dieſe Strafen, die bis jetzt der Umſtände wegen nicht haben zur Anwendung gebracht werden können, unnachſichtlich vollſtreckt werden ſollen, ſobald die nöthigen Mittel dazu vorhanden ſind. Texas wird längs des Rio Grande durch Peſt und Schwert verheert. In Brownsville ſind 500 Menſchen an der Cholera geſtorben. Längs des ganzen Thales des Rio Grande und beſonders gegenüber Matamoras ſind die Cumanchen, die wildeſten aller Indianer, ins Land gebrochen und plündern und zerſtören die Häuſer, tödten und entführen Männer, Frauen und Kinder. Hunderte ſind mindeſtens in ihre Hand gefallen. Die Vereinigte Staatenmacht in Rio Grande iſt zu ſchwach, um dieſe Einfälle zu hindern. Die Bewohner wandten ſich an Abalos, den mericaniſchen Gouverneur in Matamoras, um Hilfe; dieſer war bereit dazu, wenn die Behörden von Texas es geſtatteten, was aber nicht geſchah. Die Regierung der Vereinigten Staaten iſt nun um Hilfe angegangen worden und wird eine Verſtärkung ſchicken. Die Abſcheulichkeiten dieſer Wilden überſteigen allen Glauben. Die Cholera ſetzt ihre Verheerungen fort und die Sterblichkeit iſt groß im Süden und Weſten — in Neu-Orleans und St. Louis, beſonders aber unter den Maſſen der über Land nach Kalifornien Wandernden. Die Zahl dieſer Einwanderer über Land iſt außerordentlich groß: 4350 Wagen ſind jetzt auf dem Wege dahin mit 17,400 Menſchen und 34,800 Thieren (da auf jeden Wagen 4 Perſonen und acht Ochſen oder Mauleſel kommen). Aber auch die Sterblichkeit unter ihnen iſt furchtbar, man rechnet 50 täglich. Der Dammbruch oberhalb Neu-Orleans iſt noch nicht verſtopft, und faſt zwei Drittel dieſer Stadt ſtehen unter Waſſer von 1 bis 4 Fuß Tiefe. Der Schaden an Eigenthum iſt unermeßlich, während Krankheit und viele andere Uebel der Ueberſchwemmung folgen werden. So ſind in den überſchwemmten Theilen Schlangen zurückgeblieben, deren Biß ſchon mehrere Perſonen getödtet hat.

Der Allg. Ztg. wird Folgendes geſchrieben: Das erſte große nationale Concil der katholiſchen Kirche in Nordamerika hat am 6. Mai d. J. zu Baltimore feierlichſt begonnen. Zwei Erzbiſchöfe (von Baltimore und St. Louis) und 24 Biſchöfe bilden daſſelbe, deren jeder wieder ſeinen Theologen zur Seite ſtehen hat. Die Eröffnung geſchah mit großem Pomp und Feierlichkeiten. Die hauptſächlichſten Vorlagen des Concils ſind die Beſchränkung der biſchöflichen Gewalt in Bezug auf den unteren Clerus und auf die Verwaltung des Kirchenvermögens. Von den 26 Prälaten ſind 10 Amerikaner, 7 Irländer, 6 Franzoſen, 2 Belgier, und nur einer, der Biſchof von Milwaukie, Henni, iſt ein Deutſcher. Die Biſchöfe des Oregongebiets ſind nicht anweſend. Die Sitzungen werden öffentlich ſein, die Verhandlungen aber alle in lateiniſcher Sprache geführt werden. Die katholiſche Kirche hat in den letzten Jahrzehenten nicht gerade Fortſchritte gemacht, doch iſt ihre innere Organiſation jedenfalls vielfach verbeſſert worden. Der mit den Verhältniſſen der katholiſchen Kirche in Europa, namentlich in deſſen Süden, Vertraute wird in der amerikaniſchen katholiſchen Kirche manchen Mißbrauch vermiſſen, den in Europa Jahrhunderte ſanctionirt haben, und der im 16. Jahrhundert zur Reformation führte. Die Leitung des hieſigen Katholicismus iſt ſehr klug und unſern Verhältniſſen wohl angemeſſen. Nicht wenig Aufſehen erregte es unter dieſen Umſtänden, daß vor wenig Wochen die Geſetzgebung des Staates Maſſachuſetts ſich mit 117 gegen 84 Stimmen dahin ausſprach, daß dem ſeit 4 Jahren in Worceſter gegründeten Jeſuitencollegium die Incorporation zu verſagen ſei. Die Preſſe hat ſich über dieſe Verweigerung faſt durchgängig mißfällig ausgeſprochen, und ſie als engherzig und eines freien Volkes unwürdig bezeichnet.

Die Deutſche Reichszeitung bringt über Californien aus einer nordamerikaniſchen Zeitung folgende Mittheilung eines Reiſenden, wobei wir jedoch erwähnen, daß nicht alle Nachrichten ſo ſanguiniſch lauten: „Aus Valparaiſo (in Chili) ſind wir nun unſerer 1200 junge, rüſtige Männer hierher gekommen; verhältnißmäßig eben ſo viele aus anderen Häfen und etwa 25,000 über Land. Der ärmſte Menſch hier im Lande kann wenigſtens für 500 bis 1500 Dollars Goldſtaub aufweiſen, den er mit eigener Hand geſammelt. Einige haben binnen drei Monaten für 15 bis 20,000 D. gefunden. Selten erntet Einer unter 15 bis 20 D. täglich. Hier ſind Leute, die vor acht Monaten nichts hatten und jetzt 100,000 D. reich ſind; einzelne beſitzen über eine Million. Grund und Boden ſind ungeheuer geſtiegen, z. B. eine Strecke Land iſt von 60 D. auf 5000 gegangen. Schiffsladungen im Werth von 30,000 Dollars ſind für 200,000 D. losgeſchlagen worden; 800 bis 1000 Procent Nutzen wird auf Waaren durchſchnittlich gemacht. Ich habe einen Ueberwurf, der mich vor zwei Jahren 38 D. koſtete, für 176 D. verkauft. Decken, die in New-York 3 D. koſten, bringen 180, Stiefel das Paar 50 Dollars; eine Magd bekommt monatlich 150 D. und thut doch was ſie will. Wenn im Gaſthauſe der Koch ſpazieren gegangen iſt, ſo muß man mit kaltem Fleiſch und Brod vorlieb nehmen, bekommt weder Thee noch Caffee, gewiß keine Milch und zahlt 1 Doll., für etwas Reisſuppe, etwas Roaſtbeef und Kartoffeln ohne Tiſchtuch und Serviette 1½ Doll. Die Flaſche Bier 2 Doll., Branntwein 3 Doll., Wein 5 Doll., 12 armſelige Cigarren 1 Doll. Viele Leute ſchlafen in leeren Fäſſern und unter Zelten. Alle Nachrichten von dem überſchwenglichen Goldreichthum ſcheinen übertrieben, ſind es aber nicht. Alle Zuflüſſe des San Sacramento, z. B. der American Fork, der Stanislaus, der Feather river ꝛc. ſind gleich ergiebig, auf eine Landſtrecke von 300 Stunden Länge und 50 Breite. Das Land iſt zudem reich an Silber und Queckſilber und eignet ſich vortrefflich zum Ackerbau. Tiſchler und Zimmerleute bekommen täglich 15—30 D. Arbeitslohn. Fachwerk für Häuſer wird lange Zeit ein ergiebiger Einfuhrartikel ſein. Alles iſt entſetzlich theuer; für das Faß eingeſalzenen Schweinefleiſches zahlt man 60 D.; Champagnerwein koſtet mindeſtens 4 D. die Flaſche. Das Pfund Wallnüſſe wird mit 1 D. bezahlt; Feigen werfen erheblichen Nutzen ab. Hier in San Francisco koſtet ein Schlafzimmer bis zu 500 Doll. monatlich, und wer dafür ein Unterkommen findet, iſt herzlich froh. Ich kenne hier zwei junge Leute, die in New-York bedeutenden und reichen Familien angehören und hier auf der Straße geſchlafen haben. Das Wetter iſt jetzt ſehr kalt, und der Wind dringt durch Mark und Bein. In den Goldbezirken koſtet das Pfund Mehl 5 Dollars! Ein Knabe hat mir ein Dutzend Eier für das Spottgeld von 9 Dollars angeboten. Ein Piſtol koſtet 150 — 200 Dollars. Das beſte Glück hat ein Hr. Parker aus Boſton gemacht; er verfertigte die erſten Lichter und baute das erſte anſtändige Haus, an dem er ungeheures Geld verdient. Im Hafen von San Francisco, das jetzt etwa 300 Häuſer zählt, liegen ungefähr 50 Schiffe. Die Anſiedler in Oregon gewinnen außerordentlich; ihr behauenes Holz wird ihnen beinahe mit Gold aufgewogen. Capitain Sutter, der Pionier der Goldregion, iſt ein ausgezeichneter Mann; die Großmuth dieſes Deutſchen kennt keine Grenzen. In wenigen Wochen unternimmt er mit 100 zahmen und wilden Indianern eine Expedition in einen bis jetzt noch nicht durchforſchten Theil des Gebirges. Gold iſt keine Chimäre!

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeitgs.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 177. Frankfurt a. M., Freitag 29. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Das neue Miniſterium in Baden und ſeine Aufgabe.

Deutſchland. Frankfurt (Zur Geſchichte des Reichsminiſteriums. Nachrichten vom Kriegsſchauplatz). Aus Oeſterreich (Das neunzehnte Jahrhundert in Oeſterreich). Wien (Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien. Die Belagerung von Venedig. Das Finanzminiſterium. Kriegsgräuel in Ungarn. Geldnoth. Graf Stadion). Bregenz (Das Obſervationscorps in Vorarlberg). Berlin (Hr. v. Riedtz und Hr. v. Schleinitz. Hr. v. Radowitz. Die Preußiſche Politik. Heerſchau des Treubundes. Die Wahl der Stadtverordneten. Der Sitz des Reichstages. Die Preſſe. Zur Geſchichte des Hrn. v. Prokeſch. Verdeutſchung. Die Schrankenhaltung). Breslau (Congreß der conſtitutionellen Vereine. Die Reichsverfaſſungen). Köln (Alterthümer). Würtemberg (Truppenbewegungen. Die Freiſchaaren). Dresden (Demonſtration an den Gräbern der Gefallnen. Jahrmarkt. Truppenbewegungen. Die Unterſuchungsgefangnen). Karlsruhe (Weiteres über den Einzug der Preußen. Fremdenpolicei. Aufforderung der Beamten zur Rückkehr). Pforzheim (Zerſprengte Freiſchaaren). Stockach (Würtembergiſche Freiſchaaren. Die Oeſterreicher an der Grenze). Mannheim (Ruhe in der Stadt. Dampfſchiffe aus Mainz. Verhaftungen). Mainz (Munition zur Armee nach Baden). Hamburg (Vom Kriegsſchauplatz. Vortheile der Dänen. Der Handel in Kopenhagen).

Großbritannien. London (Offenes Schreiben der geächteten Demokraten Frankreichs).

Frankreich. Paris (Die Interpellationen über die auswärtigen Angelegenheiten. Die Nationalverſammlung geht zur Tagesordnung über. Die Parteien. Die Armee. Die Grenzbeſetzung).

Schweiz. Bern (Die Militärcapitulationen. Befürchtungen für die Zukunft. Truppen an die nördliche Grenze. Social-demokratiſche Propaganda in Genf. Ledru Rollin).

Ungarn. (Der Beginn der Offenſive. Görgey's Niederlage. Die Operationen des Banus. Peterwardein. Fünfkirchen beſetzt).

Polen. Warſchau (Bericht von der Armee in Ungarn).

28. Juni.

Die Hauptſtadt des badiſchen Landes iſt von den preußiſchen Truppen beſetzt, die rechtmäßige Regierung wird daher ihre Rückkehr in das Land nicht länger verſchieben können. Man hat in der Löſung der badiſchen Wirren nun einmal den Gedanken feſtgehalten, die Dynaſtie und die frühere Gewalt zu reſtauriren; es wird deßhalb gut ſein, nicht länger zu zögern und ſtatt der Militärgewalt, welche in dieſem Augenblicke die einzige anerkannte Autorität iſt, wieder eine geſetzmäßige und zuſammenhängende Regierung herzuſtellen. Ob es zweckmäßig war, die Wiedergeburt Badens auf dieſem Wege einzuleiten, ob die Selbſtſtändigkeit der reſtaurirten Regierung nicht auf leerem Scheine beruhen, ob man wiederholte Ausbrüche des alten Uebels nicht von Neuem zu fürchten haben wird, ob es nicht beſſer geweſen wäre, durch einen kühnen Entſchluß dauernd zu helfen — dieſe Fragen ſind jetzt nicht mehr praktiſch; die Zukunft wird darüber entſcheiden.

Nur eins iſt gewiß: eine ſchwierigere und undankbarere Aufgabe ward ſelten von einer Regierung unternommen, als die Pacificirung Badens, die ſich das neue badiſche Miniſterium vorgeſetzt hat. Die Caſſen ſind leer, das Heer in Auflöſung, die Beamtenwelt zum Theil unbrauchbar, die bürgerliche Geſellſchaft zu einem guten Theil jeder politiſchen Zucht entwachſen und nur durch revolutionären oder militäriſchen Terrorismus zu bändigen. Die Hülfsquellen des Landes ſind nach der gewiſſenloſen Verſchleuderung der revolutionären Regierung faſt vertrocknet; durch die Vergeudung des baaren Geldes und der Vorräthe iſt dem Lande eine Laſt aufgeladen, die es ohne neue Anleben und neue Auflagen nicht wird ertragen können. Der Wohlſtand des Landes hat durch das vielgeſchäftige Nichtsthun der vierzig Tage unermeßlich gelitten; wie es in ſolchen Zeiten mit Handel und Gewerbe ausſieht, läßt ſich auch bei ganz oberflächlicher Berechnung leicht überſchlagen. Das Heer wird, wenn man nicht das alte Uebel ſoldatiſcher Zuchtloſigkeit neu aufleben laſſen und unſere Grenze abermals dem Landesverrath preisgegeben ſehen will, einer gründlichen Reorganiſation bedürfen; eine Umſchmelzung und Einſchmelzung wird unvermeidlich weniger zur Strafe der Schuldigen, als zur Sicherſtellung Deutſchlands, für welches ſich die Erhaltung der kleinen Armeecorps auf die Dauer als eine Unmöglichkeit erweiſen wird. In der Beamtenwelt iſt gründlich aufzuräumen; jene mechaniſche Bureaukratie, die Blittersdorff, Bekk und Brentano mit gleicher Reſignation ihre Dienſte widmet, iſt mit jeder Staatsform namentlich aber mit der conſtitutionellen unvereinbar, und es wäre ein öffentliches Aergerniß, wenn man diejenigen höhern Beamten, die, um die Regiſtratur nicht in Verwirrung zu laſſen, einem landesverrätheriſchen Gouvernement geſchworen haben, auch nur acht Tage noch in Amt und Würden ließe.

Die politiſche Organiſation war ſchon ſeit Jahren unterwühlt, erſt durch ein verkehrtes miniſterielles Syſtem, dann durch die ſyſtematiſche Thätigkeit einer agitatoriſchen Partei; die letzten ſechs Wochen haben die Desorganiſation vollendet und man muß den Bau von unten auf erneuern. Die Bevölkerung, paſſiv gegenüber dem unreifen Knabenregiment, das der 13. Mai über ſie verhängte, wird auch der Militärherrſchaft gegenüber die bequeme geſinnungsloſe Paſſivität feſthalten. Nur im Oberlande, das diesmal weniger betheiligt blieb, beruht die radicale Stimmung mehr auf Mißverſtand; nur auf dem platten Lande hat ſich das Volk auch diesmal ſchwergefügig und mit Widerwillen in die neue Unordnung gefunden. Das Proletariat in den Städten iſt von den verderblichſten Lehren unterwühlt; einem guten Theil des Mittelſtandes, namentlich den kleineren Gewerbsleuten ſind alle Grundbegriffe einer bürgerlichen und ſtaatlichen Ordnung abhanden gekommen. Eine conſtitutionelle Regierung mit den weiteſten Grenzen liberaler Toleranz war ihnen unerträglich; die dictatoriſche Willkür unreifer Knaben und Abenteurer haben ſie — aus Furcht — mit möglichſter Geduld ertragen.

Unter ſolchen Umſtänden würde eine jede Regierung eine ſchwierige und wenig dankbare Aufgabe übernehmen, zumal wenn ſie durch Bajonnette zurückgeführt mit dem peinlichen Amte des Strafens beginnen muß. Wie viel ſchwieriger

wird das Geſchäft dem neuen Miniſterium werden, deſſen Zuſammenſetzung nach keiner Seite hin ſich auf eine zahlreiche und geſinnungsverwandte politiſche Partei ſtützt! Außer Klüber und v. Roggenbach ſind Stabel, Marſchall, Regenauer in die neue Verwaltung berufen; von dieſen Männern haben nur die beiden letztern bekanntere politiſche Antecedentien. v. Marſchall darf wohl als die bedeutendſte politiſche Perſönlichkeit des neuen Miniſteriums betrachtet werden; er gilt allgemein für einen tüchtigen und kenntnißreichen Beamten und ſeinem Charakter konnten auch politiſche Gegner die Anerkennung nicht verſagen. Aber ſeine politiſchen Vorgänge werden gegen ihn einnehmen. Als Neffe des Herrn v. Blittersdorff galt er ſtets für einen Anhänger von deſſen Politik; vor dem März in Reſerve gehalten für einen künftigen Miniſterpoſten, wurde er wie ſein Bruder ſtets als der Vertreter der eingefleiſchteſten Reactionspolitik angeſehen. Die Märztage ſchoben die Hoffnungen ſeiner Partei in den Hintergrund; der Maiaufſtand hat ihn plötzlich aber ſehr erklärlich auf einen Platz gehoben, den ſein Ehrgeiz begreiflicher Weiſe in dieſem Augenblick am wenigſten zu ſuchen ſchien. Regenauer, zugleich tüchtiger Geſchäftsmann und wiſſenſchaftlich gebildeter Kenner des Finanzweſens, war vor dem März eine der Stützen des bureaukratiſchen Miniſterialſyſtems; von der Kammer ſtets ſchwer angegriffen und als einer der bürgerlichen Verfechter der Blittersdorff'ſchen Politik ſehr wenig populär, fiel er im März als eines der erſten Opfer der Agitation im Volke und den Ständen.

Man ſieht, das neue Miniſterium iſt nicht auf Roſen gebettet; ſeine politiſchen Vorgänge wecken Widerwillen genug, Vertrauen wenig. Die radicale Partei, die ſich in einen wahrhaft unſinnigen Groll gegen das Miniſterium Bekk hineinredete, wird ſich durch die Combination Marſchall-Regenauer nichts weniger als befriedigt fühlen. Der conſtitutionelle Liberalismus zählt die genannten Namen zu den allerunpopulärſten, und ſelbſt von der Beamtenwelt wird ein guter Theil mit Mißtrauen der neuen Verwaltung entgegenſehen. Der Adel und die eigentliche Reactionspartei, die Unverbeſſerlichen, die nichts vergeſſen und nichts gelernt haben, werden die neue Regierung mit Beifall begrüßen, ſich aber ebenfalls ſehr bald getäuſcht abtrennen, wenn dieſelbe nicht ſo thöricht iſt, die alten Zuſtände um jeden Preis zu reſtauriren.

Wir glauben aber nicht, daß die Männer der neuen Verwaltung ſo unbeſonnen handeln werden. Sie werden ihre ſchwierige Stellung begreifen, und ſich nicht neue Hinderniſſe ſchaffen wollen, wo es zunächſt gilt, die vorhandenen wegzuräumen. Reſtauration aber nicht Reaction muß ihr Programm ſein. Sie dürfen nicht ängſtlich ſein, wo es darauf ankommt, eine feſte politiſche Ordnung wieder einzurichten. Es wäre Schade, wenn ſie im ängſtlichen Hinblick auf ihre Antecedentien ſcheu und unentſchloſſen aufträten, wo es gilt, in Volk, Heer und Beamtenwelt wieder die Anfangsgründe der politiſchen Ordnung wiederherzuſtellen; oder wenn ſie den Muth nicht beſäßen, feſt, ja ſchroff einzugreifen, wo die Lebensfähigkeit des Staates auf dem Spiele ſteht.

Nur in dieſem Falle werden ſie ſich in Baden eine Partei ſchaffen können, eine Partei von Männern, denen es um die Sache, nicht um Perſonen zu thun iſt. Wollten ſie in die Bahnen der vormärzlichen Politik wieder einlenken und die kleinliche, zähe, tückiſche Reaction zurückführen, mit policeilicher Chicane und Quälerei von vorne anfangen und mit der Politik der Perſönlichkeiten und Coterien ihr Reſtaurationsgeſchäft ſich erſchweren, ſo wäre die Wendung der Dinge in Baden doppelt zu beklagen und wir müßten unbelehrt die erlebten Geſchichten noch einmal durchleben. Denn mit der Partei, aus der die genannten Männer hervorgegangen ſind, kann man in Baden nicht einmal auf kurze Dauer regieren; ein ſolcher Verſuch würde nach neuen Zuckungen über Badens Exiſtenz das letzte entſcheidende Loos werfen.

Deutſchland.

☽ **Frankfurt**, 28. Juni. Ich fahre in der Geheimgeſchichte des gegenwärtigen Reichsminiſteriums fort. Es ſcheint aber, daß Sie nur kurzgefaßte Mittheilungen in äußerſt ſchonender Form wünſchen; ich ſchließe dies nach den gewaltigen Abſchwächungen, welche mein erſter Bericht unter Ihrer Hand erfahren. Sie dachten vielleicht an das: de mortuis nil nisi bene; nun gut, ich füge mich der Beſchränkung ſo weit es geht. Man fragt: was thut das „Reichskriegsminiſterium“? Ein Factum antwortet darauf. Der Großherzog von Heſſen ſah die Ohnmacht des „Reichs“ und den ſtarken Arm Preußens. Ihm ſchien es richtiger, auch in militäriſcher Hinſicht das Centrum im wirklichen Schwerpunct zu ſuchen; deshalb dachte er daran, ſeine ſämmtlichen Truppen, ſoweit ſie im Corps des Generals v. Peucker gegen den badiſchen Aufſtand verwendet werden, unter den Befehl des Prinzen von Preußen zu ſtellen. In dieſem Falle ſollte Herr v. Peucker Chef des Generalſtabes der Hauptarmee werden und der großherzoglich heſſiſche General v. Schäffer den Oberbefehl über die anderweitigen vereinten „Reichstruppen“ führen. Die Sache war ſo weit geordnet, daß der Wechſel gleich nach erfolgtem Uebergang des v. Peucker'ſchen Corps über den Neckar eintreten ſollte. Da aber gelangte die Kunde von dieſem Project zu den Ohren der proviſoriſchen Centralgewalt. Welch Entſetzen brachte ſie hervor! Das hieß ja ein Schritt vorwärts auf dem allein möglichen Wege zu einer wirklichen Einheit der an Bedürfniß, Intereſſen und Bildung gleichſtehenden deutſchen Volksſtämme; es verſtand ſich von ſelbſt, daß der „Reichskriegsminiſter“ nichts Eiligeres zu thun hatte, als zu hintertreiben, ſo weit es irgend noch geben wollte. Er betrachtete ſich die beiden Herren, welche bisher für derartige Miſſionen ebenſoviel Bereitwilligkeit als Geſchick bewieſen hatten, ich meine den kaiſerlich öſterreichiſchen Oberſten Singer und den königlich hannoveriſchen Oberſten v. Benningſen. Seine Wahl traf den letztgenannten Herrn. Dieſer ſtieg hinüber zum Großherzog von Heſſen und richtete wirklich ſo viel aus, daß der beabſichtigte Wechſel unterblieb. Fürſt Wittgenſtein ſchlug vor Freuden in die Hände und rief einmal über das andere: es lebe Oeſterreich! Indeß damit für den Leſer der verſöhnende Schluß nicht fehlt, füge ich noch hinzu, daß der Herr „Reichskriegsminiſter“ zu früh Victoria geſchoſſen hat; denn, wie mir mein Daumen erzählt, wird die Angelegenheit, welche alle Pläne der proviſoriſchen Centralgewalt durchkreuzt, doch zu Stande kommen, ſelbſt wenn der Herr Fürſt Wittgenſtein beide Boten zugleich abſenden und ſich, nach dem Vorgange ſeines Herrn Collegen Jochmus, auch obenein noch perſönlich bemühen wollte. Fortſetzung folgt.

♈ **Frankfurt**, 28. Juni. Das Hauptquartier des Neckarcorps befindet ſich zur Zeit in Ettlingen, dicht vor Raſtatt, das Gros des Feindes hat ſich in die Feſtung geworfen und die Belagerung wird ſofort beginnen: das iſt der Inhalt eines Schreibens, welches uns ſoeben zugeht und welches wir hier folgen laſſen:

Ettlingen, 27. Juni. Immer nur wenige Stunden hinter dem fliehenden Feinde her iſt das Neckarcorps über Sinsheim, Eppingen, Bretten und Durlach geſtern Abend hier in Ettlingen angelangt. Hier ſoll nun Raſttag gehalten werden. In Durlach trafen wir zum erſten Male mit Truppen des durch die Pfalz herangezogenen Hirſchfeld'ſchen Corps zuſammen. Von hier haben wir nur noch einige Stunden bis Raſtatt, wohin ſich bei Weitem die meiſten Feinde zurückgezogen haben. Nur viele Artilleriſten ſollen ſich geweigert haben, in dieſe „Mauſefalle“ zu gehen. Mieroslawski, Struve, Metternich und Anneke, auch Frau v. Struve, Frau Anneke und andere Damen, alle in Männerkleidern und zu Pferd, ſind geſtern hier durch nach Raſtatt gegangen. Man muß dort an ernſtliche Vertheidigung denken. Geſtern begegneten uns ſchon viele arme Leute mit ihrem ganzen Hausrath, welche auf Befehl des Commandanten die Feſtung zu verlaſſen gezwungen worden ſind. Der preußiſche Ingenieur-Obriſt von Prittwitz, Feſtungsbaudirector von Ulm, iſt im Hauptquartier eingetroffen, wahrſcheinlich, um die Leitung der Belagerungsarbeiten von Raſtatt zu übernehmen. Dieſelben werden morgen beginnen.

♀ Aus Oeſterreich, 24. Juni. Wir leben anno 1849 post Christum natum. Im Laufe einer Woche begab ſich in der Monarchie Sr. k. k. apoſtoliſchen Majeſtät Folgendes: Ein Dorfrichter ließ Einem, in dem er einen ungariſchen Emiſſär vermuthete, die Zunge herausſchneiden und ſie annageln. Die wieder eingebrachten Huſaren, 70 an der Zahl, werden nach dem Ausſpruch des in Bruck ſogleich gehaltenen Kriegsgerichts decimirt und 7 davon erſchoſſen. Der Feldzeugmeiſter Baron Haynau ließ den Ort Böſarkany, weil er den kaiſerlichen Truppen ſich feindlich zeigte, anzünden und vernichten und droht allen Ortſchaften mit gleicher Rache. Und das öſterreichiſche Miniſterium erdreiſtet ſich, den Namen einer conſtitutionellen Regierung anzuſprechen und im deutſchen Reiche, dem Sitze der Bildung und Humanität, herrſchen zu wollen!

A. Z. C. **Wien**, 23. Juni. Die Friedensunterhandlungen mit Sardinien, die man auf der neuen Baſis ſchon ihrem Ende nahe glaubte und nur mehr der Ratification bedurften, ſind in ein neues Stadium getreten und ſcheinen abermals dem Abbruche ſich zu nähern, da auf eine eben eingelangte Schrift des Fürſten v. Monaco, ſein Land, das im vorigen Jahre ohne ſeinen Willen Sardinien einverleibt wurde, wieder die frühere Selbſtſtändigkeit erhalten und ihm die ungeſchmälerten Hohheitsrechte darüber eingeräumt werden ſollen. Dieſe Anforderung gründet ſich auf die in das Friedensinſtrument aufgenommene Bedingung, daß die Grenzen Sardiniens wieder ſo hergeſtellt werden, wie ſie 1848 vor der Revolution beſtanden. Sardinien war es insbeſondere, welches mit ungeheuerm Eifer an dieſer Bedingung hielt, weil es ſich natürlich vor einem allenfallſigen Verluſt ſeiner jetzt noch von uns beſetzten Provinzen ſchützen wollte; jetzt, da man den Grundſatz auf Monaco, das Oeſterreichs Beiſtand hierzu anruft, ebenfalls anwenden will, erheben die ſardiniſchen Unterhändler von neuem Schwierigkeiten. Es ſcheint daher, daß der vor drei Tagen etwa gegebene Befehl zur Räumung Aleſſandrias etwas zu früh abging. Uebrigens wird ſtatt Aleſſandria der wichtige Uebergangspunct Valenza am Po mit 1 Bataillon beſetzt. Im Falle der eben angegebene Fall keine neue Differenz bewirken ſollte, erwartet man den Abſchluß und die Ratification des Friedens definitiv bis Ende dieſes Monats. Nachdem dann durch das Zurückziehen unſerer Truppen aus Piemont dieſelben disponibel werden, ſo glaubt man, daß die Diviſion Haller der Diviſion Schwarzenberg nach Süddeutſchland nachfolgen, und F.-M.-L. Graf Wratislaw, Commandant des erſten italieniſch-öſterreichiſchen Armeecorps den Befehl über dieſe Truppen übernehmen werde. Die Einnahme Venedigs wird ſich wohl noch verziehen; denn ſichern Nachrichten zufolge befinden ſich noch für vier Monate hinreichend Lebensmittel daſelbſt. Der Marſchall hat ſich deshalb auch ſehr bedauernd ausgeſprochen, daß er Venedig alle Schreckniſſe der Belagerung werde ausſtehen laſſen müſſen, indem „bei ſo beiſpielloſer Widerſetzlichkeit einer einzelnen Stadt ein ſo mächtiger Staat wie Oeſterreich unmöglich unterhandeln könne." Um dieſe Sache jedoch bald ihrem Ende zuzuführen, wird mit raſtloſer Thätigkeit am Batteriebau gearbeitet. Die Straße und Gegend von Mailand gegen Bergamo, Brescia und den Gardaſee iſt ſeit einiger Zeit unſicher; vor wenigen Tagen wurde der Poſtwagen geplündert und ſogar von einem Orte eine bedeutende Contribution von einer ſolchen bewaffneten Bande erpreßt. Es iſt möglich, daß einige Truppen in dieſe Gegend dislocirt werden. Die ſardiniſche Regierung hat ein Edict erlaſſen, wonach alle jene lombardiſchen, ungariſchen und polniſchen Soldaten, welche in das Heer aufgenommen wurden, und wegen militäriſchen Vergehen ſich in Unterſuchung befinden, oder bereits abgeurtheilt ſind, wenn die Strafe nicht mit Degradation verbunden iſt, als jeder Strafe ledig und ihres Eides entbunden erklärt werden, um an die Grenze geleitet von dem am 11. Mai d. J. veröffentlichten Generalpardon des Oberbefehlshabers der k. k. Truppen Gebrauch machen und nach Oeſterreich zurückkehren zu können. Die heftigen Angriffe, welche der Lloyd ſeit einigen Tagen gegen den Finanzminiſter richtet, geben dem Gerüchte, als denke das Cabinet daran, eine Aenderung mit dem Portefeuille der Finanzen vorzunehmen, einige Wahrſcheinlichkeit. Die Partei, welche Hrn. v. Bruck an der Spitze der Finanzen wünſcht, dürfte ſich aber am Ende getäuſcht ſehen. Denn wenn gewiſſe andere Portefeuillewechſel und Ernennungen erreicht ſein werden, könnte ſich die künftige Majorität des Cabinets eher für Herrn v. Kübeck einigen, deſſen politiſche Anſichten ihr großes Vertrauen einflößen, und der bei den bedeutenden Anleihen, welche Oeſterreich zu machen hat, die darauf bezüglichen Unterhandlungen mit den erſten Bankhäuſern vielleicht ſchneller als Herr v. Kraus zu Ende bringen würde.

△ **Wien**, 21. Juni. Der Krieg, wie er jetzt wieder in Ungarn beginnt, nimmt, wenn die Magyaren nicht zeitig die Waffen ſtrecken, ganz den Charakter eines Vernichtungskampfes an. Durch eine Kundmachung Haynau's aus Preßburg vom 22. erhalten wir die Beſtätigung, daß das Dorf Bö-Sarkany, deſſen Einwohner ſich als Landſturm bei dem Kampfe gegen die Brigade Wyß in Czorna betheiligt hatten, auf ſeinen Befehl am 21. angezündet und in einen Aſchenhaufen verwandelt wurde. Nur die Kirche wurde verſchont. In der Gegend von Oedenburg ſoll ein „gutgeſinnter" Dorfrichter ein Beiſpiel an einem Koſſuth'ſchen Emiſſär ſtatuirt haben, welches, wenn dergleichen von unſern Behörden geduldet wird, auch den Beſtgeſinnten empören muß. Man verſichert, daß er ihm die Zunge ausſchneiden ließ, damit er Niemand mehr bethören könne! Der Richter ſoll den Emiſſär dann zurückgeſchickt und die Zunge „zur allgemeinen Warnung" an dem Gemeindehauſe aufgenagelt haben! Solche Gräuel müſſen nothwendig das Volk entſittlichen, es wird nicht mehr wiſſen, auf welcher Seite das Recht iſt, und nicht die Ueberzeugung, ſondern die Gewalt wird Alles entſcheiden müſſen. Wie anders war Alles noch, als Windiſchgrätz gegen Ungarn auszog! Welche Gräuel, welches Entſetzen hätte er dem unglücklichen Lande erſparen können!

* **Wien**, 24. Juni. Obſchon der Präcluſivtermin der in Prag vom Stadtverordnetencollegium ausgegebenen 10 und 20 Kreuzer Noten bereits vorüber iſt, ſo geſtatteten es die Umſtände dennoch nicht, mit Strenge auf die Einhaltung deſſelben zu dringen, ſo lange nicht der Noth im Kleinverkehr wirkſam vorgebeugt iſt. Hier in Wien geben namentlich in den Vorſtädten Bäcker und Fleiſchhauer häufig Privatanweiſungen auf kleine Münze bei Zahlung in Banknoten heraus, die dann bei ſpätern Ankäufen wieder eingelöſt werden. Auch halbe Viertel-Banknoten werden hier und da ausgegeben und angenommen. Die Emittirung von 15 und 30 kr. Noten dürfte außer Zweifel ſein, da die Staatsdruckerei bereits Stanzen zu derlei Noten vorgerichtet hat. In voriger Woche, vom 18. incl. 23. Juni betrugen bei der hieſigen Sparcaſſe die Einlagen 90,362½ Fl., während 102,775⅓ Fl. zurückgezahlt wurden. Graf Stadion gebraucht die kalten Douchebäder im neuen Schwefelbad zu Baden. Sein Geſundheitszuſtand hat ſich noch nicht weſentlich gebeſſert. Die k. k. Armee in Ungarn wird Feldpreſſen erhalten. Satz und Druck werden während des Fahrens auf dem Wagen bewerkſtelligt werden können. Die verbreiteten Gerüchte von weitern Erfolgen der k. k. Truppen haben ſich bis jetzt nicht beſtätigt.

Bregenz, 23. Juni. Das ſchon lange als beſtehend angekündigte Armeecorps in Vorarlberg bildet ſich nun raſch. An Fußvolk und Reiterei mögen bis jetzt auf der Strecke von Bludenz nach Bregenz, etwa 10 Wegſtunden, 8000 Mann aufgeſtellt ſein. Einige weitere Bataillone werden demnächſt erwartet; das ganze Corps wird dann 10—12,000 Mann mit vier Batterien betragen. Munition und Kriegsgeräthe treffen faſt täglich ein. Dieſe Truppen, großentheils aus Italien kommend, an Mühen und Entbehrungen, aber auch an den Sieg gewöhnt, ſehen in ihrer trefflichen Ausrüſtung kräftig und kriegsmuthig aus. Sie befehligt der aus dem italieniſchen Kriege rühmlichſt bekannte Feldmarſchall-Lieutenant Fürſt Karl v. Schwarzenberg, der ſeinem Rufe als militäriſcher Führer den eines einſichtsvollen und gerechten, aber auch milden Staatsmannes als Gouverneur von Mailand beigeſellte. Die Frage, welche Beſtimmung dieſe Truppen haben, iſt in öffentlichen Blättern, vielleicht voreilig, dahin beantwortet worden, daß ſie im Großherzogthum Baden einrücken werden. Wir entnehmen einer ſoeben erſchienenen Anſprache des Commandirenden an die Bewohner Vorarlbergs, daß ſie einſtweilen als Beobachtungscorps aufgeſtellt ſind, und zwar aus Anlaß der theils ſich vorbereitenden, theils ſchon zum Ausbruch gelangten Schilderhebungen in den benachbarten deutſchen Bundesländern. Als deutſche Truppen könnten ſie wohl auch berufen werden theilzunehmen an der Wiederherſtellung der auf ſo bedauerliche Weiſe in der Pfalz und in Baden geſtörten Ordnung; es fragt ſich nur von wo aus der Ruf ergehen kann und wird. (Allg. Z.)

Berlin, 25. Juni. Geſtern Mittag hat im Hotel des engliſchen Geſandten eine neue Conferenz zwiſchen Hrn. v. Reedtz und Hrn. v. Schleinitz Statt gefunden. Es handelt ſich noch immer um die Perſonalunion und die Unabhängigkeit Schleswigs. Es iſt mir über das Reſultat der Conferenz noch nichts bekannt. Aber da die Antwort des däniſchen Cabinets auf die Depeſche des Hrn. v. Reedtz vom 16. noch nicht hier ſein kann — Sie haben die Quarantaine nicht vergeſſen, — ſo läßt die Fortſetzung der Unterhandlungen auf die bezeichnete Baſis hin vorausſetzen, v. Reedtz ſei ſeiner Sache ziemlich gewiß. (K. Z.)

ϛ **Berlin**, 26. Juni. Wenn es wahr wäre, was als Gerücht durch die Zeitungen läuft, daß Radowitz in Ungnaden entlaſſen iſt, daß der Verfaſſungsentwurf vom 28. Mai wieder aufgegeben worden und ein Anſchluß an Oeſterreich und Rußland vorbereitet wird, dann in der That wäre der Becher bis an den äußerſten Rand gefüllt, und die Loſung könnte nur noch ſein:

Deutſchland oder Friedrich Wilhelm. Aber ich denke, ſo ſchlimm iſt es noch nicht, und wird es auch nicht werden. Daß Radowitz ſich zurückgezogen hat, iſt freilich eine Thatſache; aber die andere Erklärung liegt eben ſo nahe, daß der katholiſche Theil ſeines Gewiſſens ſich gerührt hat, daß die offenen und heimlichen Anfeindungen und Verſuchungen, welche die ultramontane Partei ihm in der letzten Zeit bereitet hat, ihm den Muth zur Durchführung ſeines eigenen Werks genommen haben. Ein gutes Zeichen für den Geiſt der Regierung iſt vielmehr das Verſchwinden der Antipathien gegen die Ungarn: man beeilt ſich jetzt nicht mehr, den Ungarn ungünſtige Nachrichten, wenn ſolche auf amtlichem Wege einlaufen, zu verbreiten, man fängt an, in den Ungarn Bundesgenoſſen zu ahnen. Unter den hieſigen Zeitungen bewahrt eigentlich nur noch die Neue Preußiſche eine entſchieden feindliche Haltung gegen die Ungarn; daß dieſe aber trotz ihres Namens am wenigſten Preußiſch iſt, iſt bekannt.

Die Partei derſelben hält heute gerade große Heerſchau über die ihrigen. Der Treubund hat ein Concert im Tivoli veranſtaltet, bei dem Alle zu erſcheinen verpflichtet ſind. Seit 3 Uhr ſieht man ſie deshalb in den Straßen, die nach dem Halle'ſchen Thore führen, mit Frau und Kind, zu Wagen und zu Fuß, im ſchwarzen Frack und weißer Binde wie die Pilgrime ziehen. Man hat die Demonſtration möglichſt auffällig gemacht; man hat einmal imponiren wollen. Ich hätte auch in der That nicht gedacht, daß der Treubund ſo ſtark wäre. Ich erkundigte mich nach einer Menge von Leuten: es waren entweder hohe, adlige, oder die niederſten Subalternbeamten. Seltſam iſt, daß im gewöhnlichen Leben kein Menſch Wort haben will, zum Treubund zu gehören. Eine ſolche Partei iſt ſchwerlich zu fürchten. Die religiöſen Geſänge, mit denen die Verſammlungen jetzt eingeleitet und beendigt werden, ſollen Viele auch ſchon an dem Bunde irre gemacht haben.

Die Neuwahl der Stadtverordneten hat heute begonnen. Vier und dreißig Mitglieder ſind gewählt worden, den alten Stadtverordnetenvorſteher Seidel ausgenommen, der wohl nur aus Pietät wiedererwählt worden iſt, lauter novi homines, ſchlichte Männer von unbekanntem Namen, aber wie mir verſichert wurde, von demokratiſcher Geſinnung. Achten Sie dies Zeichen nicht gering! Wahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen haben, da der alte Modus bis jetzt unverändert geblieben iſt, nur die Bürger d. h. die Hausbeſitzer und die ſelbſtſtändigen Gewerbetreibenden, alſo ſo recht der geſunde Theil des Mittelſtandes, bei dem keinerlei anarchiſche Gelüſte Zugang finden; wenn der ſich gegen die Regierung ausſpricht, ſo wird die Regierung zu einer factiöſen. In der Erwägung, daß ein wahres Aufgehen Preußens in Deutſchland erſt dann denkbar iſt, wenn der preußiſche Landtag mit dem deutſchen Reichstag, die preußiſche Regierung mit der deutſchen verſchmilzt, haben die Stadtverordneten eine Deputation mit der Bitte an das Miniſterium geſchickt, den nächſten Reichstag hierher zu berufen.

△ **Berlin**, 26. Juni. Die Deutſche Reform meint, die jetzige Rückbewegung ſei ebenſo berechtigt, wie die frühere Fortſchrittsbewegung. Die theoretiſchen Errungenſchaften des vorigen Jahres, d. h. doch wohl die auf alle mögliche Weiſe als zu Recht beſtehend anerkannte preußiſche Staatsverfaſſung, müßten erſt ſolche Veränderungen erleiden, daß ſie ſich den wirklichen Zuſtänden des Landes angemeſſen erwieſen. Die Spener'ſche Zeitung bemerkt: „Darin gerade liegt das Lebendige der Fürſtenmacht und des Fürſtenberufs, daß der todte Buchſtabe den Fürſten nicht hindert, das, was Noth thut, zur rechten Zeit zu thun." Die Voßiſche Zeitung — doch Sie werden genug haben von unſerer guten Preſſe.. Zur Zeit der Kaiſerdeputation, als es ſich darum handelte, ob die Kaiſerwürde anzunehmen oder abzulehnen ſei, da erklärten die Voßiſche und die Spener'ſche Zeitung, die Sache ſei ſo wichtig, daß man darüber ſich gar kein Urtheil erlauben dürfe. Juſt ſo machte es die Conſt. Ztg. mit dem Wählen oder Nichtwählen. Jetzt da die conſtitutionelle Partei ſich ziemlich einmüthig für das Wählen erklärt hat, jetzt endlich kommt ſie hinten nach mit ihrer Weisheit und läßt mit fetter Schrift drucken: Wir müſſen wählen! Denn, wie ſie bemerkt, zu rechter Zeit kräftig zu handeln, das bezeichnet den wahren Staatsmann. Ich ſchreibe heute nur, weil ich angefangen habe zu ſchreiben; denn zu berichten weiß ich nichts. Hr. v. Prokeſch treibt hier noch immer ſein Weſen und erſchien neulich ungenirt bei Hrn. v. Manteuffel zum Diner. Glücklicher Weiſe geht es dieſem verſchmitzten Menſchen wie Mazarin; man ſieht ihm die Schlauheit am Geſichte an und traut ihm nicht. Er iſt niederer Herkunft; ſein Vater war, wenn wir nicht irren, ein Unterbeamte auf den Gütern des Grafen Coronini. Er empfahl ſich zuerſt durch ſein merkwürdiges Sprachtalent. Ueber die Weiſe, wie er ſich in Metternichs Gunſt geſtohlen, erzählen öffentliche Blätter Folgendes: „Metternich hatte die Eigenthümlichkeit, aus gelegentlichen Aeußerungen, die Jemand in Geſprächen oder Schriften kund gab, ſogleich zu erkennen, ob er einen Mann vor ſich habe, der im Sinne des Metternich'ſchen Syſtems mit Erfolg wirken werde. Nun machte Genz den Staatskanzler darauf aufmerkſam, daß Prokeſch von Oſten in ſeinen Erinnerungen einer Reiſe ins Morgenland geäußert habe: „die beſte Regierungsform ſei die ägyptiſche Theilung des Eigenthums zwiſchen König und Prieſter; dem Volke gehöre nichts." Sofort glaubte Metternich, ſeinen Mann gefunden zu haben, und er wußte denſelben als Propagandiſten für ſein Regierungsſyſtem an auswärtigen Höfen mit glänzendem Erfolge zu benutzen. Die Gunſt, welche ſich der Ritter dadurch erwarb, ſtieg aber noch durch einen zufälligen Umſtand. Um Metternichs Sympathie auch durch eine Galanterie zu erlangen, verfehlte der Favorit nicht, einer Favoritin des Protectors, der Fanny Elsler, in effigie den Hof zu machen. Von ihr ſelbſt hielt er ſich entfernt, um Metternichs Eiferſucht nicht zu erregen. Aber er verfehlte bei ſeiner Anweſenheit in Wien nicht, jeden Tag mit Genz vor das Bildniß der Fanny Elsler in Metternichs Salon hinzutreten und ſich in Lobſprüchen und Schmeicheleien zu ergießen. Dieſe Libationen wurden dem feinen Diplomaten hoch angerechnet, da Metternich durch Genz jedes Wort erfuhr, das Prokeſch geſprochen hatte. Denn Metternich ließ ſeine Diplomaten einander gegenſeitig überwachen." Wir laſſen die Richtigkeit dieſer Erzählung dahingeſtellt; aber man ſieht ungefähr, mit welcher Sorte Menſchen man hier zu thun hat. Und ein ſolcher Menſch hilft Deutſchlands Geſchicke entſcheiden! Zum Beweiſe, daß man hier Sinn für Deutſchthum hat, führe ich an, daß die Berliner Geſellſchaft für deutſche Sprache ſich damit beſchäftigt, paſſende Verdeutſchungen für die Fremdwörter im Heerweſen ausfindig zu machen und dem Könige ihre Arbeiten vorgelegt hat. Manſo, in ſeiner preußiſchen Geſchichte, hat ſich mit dieſem Gegenſtande ſchon die größte Mühe gegeben. Es nimmt ſich ſeltſam aus, wenn er für Generallieutenant u. ſ. w. ſeine deutſchen Wörter gebraucht, deren Sinn man nur errathen kann. Wenn die Benennungen und Titel von Amtswegen eingeführt werden, erſt dann kann die Sache Erfolg haben. Und wir wünſchen ihr einigen Erfolg, ſo geringfügig der Gegenſtand den Meiſten erſcheinen mag. Wie lange iſt es her, daß man die barbariſche halblateiniſche Juriſtenſprache für unumgänglich nothwendig hielt? „Ad valvas Curiae affigiren", ſchien den Herren Juriſten doch noch einen ganz anderen Sinn zu haben, als: „an die Rathhausthür heften." Nach und nach befreit ſich ein Volk von ſolchen Schlacken; auf einmal geht es freilich nicht. Schließlich noch ein Curioſum, eine Seltſamkeit, wollt' ich ſagen — der Policeipräſident — Schon wieder ein Fremdwort! Hr. Hinckeldey — macht Folgendes bekannt: „Das königliche Obercommando der Truppen in den Marken hat das Verbot der Urwähler-Zeitung auf mündliche Vorſtellung ihres Chef-Redacteurs und nachdem derſelbe Mäßigung und Schrankenhaltung gelobt hat, mittelſt Verfügung vom 23. d. M. zurück genommen." Wie patriarchaliſch — wollt' ich ſagen: erzväterlich!

⊙ **Breslau**, 24. Juni. In Fürſtenſtein hielt die conſtitutionelle Partei Schleſiens einen Congreß ab, worin gegen 170 Abgeordnete erſchienen. Für die Wahlen ward ein ſehr conſervatives Programm angenommen. Es heißt darin, man dürfe nicht durch unzeitiges Pochen auf conſtitutionelle Formen die endliche Einführung des conſtitutionellen Syſtems verhindern. Major v. Vincke (Olbendorf), ein liebenswürdiger, aufgeklärter und wenigſtens im alten Sinne des Wortes liberaler Mann ſchlug vor, eine Adreſſe an die Verſammlung in Gotha abzuſenden, um ſie aufzufordern, ihrerſeits Alles aufzuwenden, um Preußen auf dem neubetretenen deutſchen Wege zu ſtützen. Aber man konnte ſich darüber nicht einigen. Man könne nicht wiſſen, meinte ein Redner, ob jene Verſammlung im Sinne aufrichtiger Verſöhnung zuſammenkomme! Man vereinigte ſich endlich zu dem Beſchluſſe — zu Tiſch zu gehen.

Breslau, 25. Juni. Es ſind vor einigen Tagen hier eine große Anzahl von ſchleſiſchen Abgeordneten von den Centren der deutſchen Nationalverſammlung zu einer gemeinſchaftlichen Berathung mit Mitgliedern der erſten Kammer, worunter auch Milde,

Vincke, Dyhrn, Kuh, und wenn ich nicht irre, Rudolph v. Auerswald, zuſammengetreten, um ſich über die Aufgabe der Gothaer Verſammlung zu beſprechen. Das Reſultat dieſer Verhandlung war, daß man in Gotha die Stimmung Schleſiens als eine ſolche darzuſtellen habe, daß an eine größere Sympathie für die Frankfurter Verfaſſung nicht zu denken ſei. Man ſolle dagegen mittheilen, daß der neue Weg, den Preußen eingeſchlagen, die ganze gemäßigte Partei für ſich habe, und die Gothaer Verſammlung bewegen, ihre Bemühungen einzig und allein dahin zu richten, daß die bisher noch nicht zu der octroyirten Verfaſſung beigetretenen Staaten auf Grund des preußiſch-hannoveriſch-ſächſiſchen Wahlgeſetzes wählen und alle etwa wünſchenswerthen Modificationen der Verfaſſung dem Reichstage ſelbſt vorbehalten bleiben. Dieſer Beſchluß iſt faſt einſtimmig gefaßt worden, indem nur Stenzel und Kuh darauf beſtanden, daß die Staaten, welche der Verfaſſung vom 28. März ihre Zuſtimmung gegeben, auf Grund des Frankfurter Wahlgeſetzes zum bevorſtehenden Reichstage wählen dürfen ſollten.

Köln, 26. Juni. Bei den Erdarbeiten an unſerer Capitolskirche fand man heute wiederum einen Moſaikboden, welcher bedeutend größer, aber auch viel einfacher iſt, als der vor einigen Tagen gefundene. Mehrere Fuß hoch über dem zuerſt aufgedeckten Boden befindet ſich ein Eſtrich, ebenfalls römiſchen Urſprungs, der mit einer Schichte Holzkohlen bedeckt iſt, woraus man wohl ſchließen darf, daß das Gebäude, welches hier geſtanden, einſt durch Feuer zerſtört worden ſei. Der Fundort iſt die Stelle, wo die Benedictus-Capelle (Benedictus im Loch — Gelen de adm. magn. pag. 617) geſtanden hat. Haben die hier gefundenen römiſchen Gebäude mit dem Capitolium in Verbindung geſtanden, was ſehr wahrſcheinlich iſt, ſo ſind ſie wie dieſes zur Zeit des Poſthumus, alſo im dritten Jahrhundert, entſtanden. (K. Z.)

* **Aus Würtemberg** wird fortwährend von Truppenbewegungen gemeldet. In Stuttgart ſind am 2. Juni wieder mehrere Truppenabtheilungen eingerückt; aus Heilbronn iſt der größte Theil der Beſatzung gegen Böblingen abgegangen. Je mehr ſich die Kriegsbewegungen in Baden nach dem Oberlande ziehen, deſto weiter rücken die würtembergiſchen Truppen gegen die Schwarzwaldgrenze zu. Bereits ſind ſie bis zum Tobel vorgeſchoben. Die Freiſchaarenbewegung iſt zu Ende gegangen. In Wildberg, Horb und Nagold war keine Luſt zum Ausziehen; die Calwer haben zum Theil ihre Waffen unterwegs abgegeben oder weggeworfen und ſich auf Umwegen in die Stadt geſchlichen. In Kirchheim wurde eine Schaar, eben als ſie über den Ausmarſch nach Baden berieth, durch die Berichte über das Gefecht bei Waghäuſel abgeſchreckt.

≈≈ **Dresden**, 26. Juni. Vorgeſtern am Johannistage früh Morgens fuhren mehre ſchwarzgekleidete Damen nach dem Gottesacker vor dem Rampe'ſchen Schlage, wo 74 im Aufſtand Gebliebene in einem großen Grabe ruhen und ſchmückten dies Grab mit Blumen. Neugierige und Theilnehmende wallfahrteten den ganzen Tag, ſich die mit Blumen beſtreute Ruheſtätte zu beſehen. Alle Demonſtrationen dieſer Art ſcheinen uns nicht geeignet, Beruhigung in die Gemüther der ſchon vielgeprüften Bürger zu bringen, und doch möchten wir nicht gerade hart darüber urtheilen. Dagegen herrſcht ein luſtig bewegtes Leben auf dem Jahrmarkt, der zum erſten Mal wegen des Kriegszuſtandes auf der großen Nagelwieſe abgehalten wird. Wie zum heiterſten Feſte, weil es etwas Neues iſt, drängen ſich dort die kaufenden, gaffenden und genießenden Menſchen durch die dichten Budenreihen. Dort wird man in keiner Weiſe gewahr, daß Dresden ſo ſehr gelitten hat. Trotz dem preußiſchen und ſächſiſchen Militär in unſerer Stadt gewahrt man jedoch faſt gar nichts davon, daß wir uns im Kriegsſtande befinden, der in wahrhaft humaner Weiſe gehandhabt wird, wie denn die Behörden überhaupt Alles thun, um den Bürgern die Laſten ſo viel als möglich zu erleichtern. Das preußiſche 7. Linieninfanterieregiment rückt bataillonsweiſe die nächſten 3 Tage, je einen Tag verweilend, hier durch und wird nach dem Rhein zu ziehen. Auch eine Schwadron Cuiraſſiere vom 4. Regiment iſt hier durchgeritten und hat auf benachbarten Dörfern Raſttag gehalten. Während das 7. Regiment hier Quartier nimmt, zieht das hier liegende Bataillon vom 18. Landwehrregiment in die Umgegend und kommt wieder zurück, wenn jene gegangen. Die Zahl der wegen des Aufruhrs Gefangenen iſt bereits auf 80 gefallen und ſoll deßhalb das Gewandhaus bald von den Gefangenen ganz befreit werden. Vor einigen Tagen wurden die früheren Abgeordneten Gaulaſch und Roßwein, die bisher in Noſſen detinirt waren, in die hieſige Reitercaſerne gebracht. Nebſt mehren andern iſt von der Behörde auch ein Steckbrief auf den Stadtrath Hitzſchold, der ſich geflüchtet, erlaſſen worden.

Karlsruhe, 25. Juni. Letzte Nacht (24.—25. Juni) kam wieder eine große Menge Verſprengter hier an und wurde noch ſpät hier einquartirt. Heute Morgen um 6 Uhr ſchlug es Bürgerwehrgeneralmarſch, und es handelte ſich um nichts anderes, als um die Entwaffnung der hieſigen Bürgerwehr; da aber die deßhalb ſondirten Dragoner und die hier liegenden Linientruppen, ſo wie die Volkswehr ſich nicht gegen die Bürgerwehr ſchlagen wollten, und letztere keine Luſt hatte, ſich entwaffnen zu laſſen, ſo beſchränkte ſich Schlöffel darauf, das „höfliche Anſuchen" zu ſtellen, weil gerade jetzt Waffen ſo dringend nöthig wären, möchte die Bürgerwehr dieſes Opfer auf den Altar des Vaterlandes niederlegen und, wer freiwillig wolle, ſeine Waffen bis heute Abend 4 Uhr auf dem Rathhaus abgeben. Heute morgen wurden unſerer Stadt große Lieferungen von Lebensmittel für die badiſche Armee auferlegt. Der alte Schlöffel hat in der Stadt und im Schloſſe, namentlich im Schloßkeller, die letzte Nacht noch ſchrecklich gehauſt. Mittags 1 Uhr. Man hört in der Nähe ſtarken Kanonendonner und Pelotonfeuer: es heißt die Preußen ſtünden in Durlach. Es ſchlägt Generalmarſch für das hier liegende Militär. Seit 12 Uhr geht Militär und Volkswehr ab, zum Ettlinger Thor (ſüdlich) hinaus, wie es heißt, nach Ettlingen. Brentano und Ziegler gingen heute nach Raſtatt, Struve zu ſeinem Freund Thiebauth nach Ettlingen; Goegg ſah ich um 1 Uhr noch hier zu Pferd mit einer Dragoner-Ordonnanz. Die Preußen rücken auf der Durlacher Straße und bei Rintheim näher; ein Theil ſoll ſich am Gebirg hin nach Ettlingen gewendet haben. Goegg geht zu Pferd fort. Vom „Conſtituirenden" keine Spur mehr! Halb 3 Uhr. Der preußiſche Vortrab rückt ein und beſetzt die Thore, den Bahnhof 2c. Es werden ſchnell viele Arreſtationen vorgenommen, worunter Maierhofer, der Kriegsminiſterſtellvertreter. 3 Uhr. Der Prinz von Preußen rückt ein an der Spitze von 5000 Mann unter dem Jubel der Bevölkerung. Der Generalmarſch rief die Bürgerwehr zuſammen, die ſich auf dem Schloßplatz aufſtellte; als die Fahnen geholt wurden, riefen die preußiſchen Soldaten beim Vorbeitragen Hoch, was erwidert wurde. Die Truppen treffen fort und fort ein; Infanterie, Huſaren, Uhlanen, Artillerie (ſie werden hier und in der Umgegend einquartirt). Bald darauf erſchien der Prinz von Preußen unten vor dem Schloßportale, worauf die Bürgerwehr vorbeidefilirte, jede Compagnie unter dreimaligem ſtürmiſchem Hoch! Der Prinz drückte der Bürgerwehr ſeine Anerkennung und Dank für ihr muſterhaftes Benehmen aus. Nach Abtragung der Fahnen wurde dem verdienten Bürgerwehrheerſchaarbefehlshaber, Oberſt Gerber, ein ſtürmiſches Hoch gebracht. Heute ſind es gerade ſechs Wochen, ſeit das bisherige Regiment unter dem Namen der Freiheit begann. (Schw. M.)

Karlsruhe, 26. Juni. Heute Morgen ſind alle Straßen mit Fahnen (meiſt badiſchen, auch eine deutſche) beflaggt, und ein Straßenplacat der „K. preußiſchen Commandantur der Stadt Karlsruhe," gezeichnet „v. Brand", ſuspendirt die Karlsruher Zeitung, den Verkündiger und den Stadt- und Landboten. Ein anderes Placat Sr. K. H. des Großherzogs ruft die Soldaten zur Pflicht und Ordnung zurück. Mehrere Flüchtlinge ſind letzte Nacht zurückgekehrt, worunter namentlich der frühere Miniſter Bekk und Andere. Verhaftungen dauern fort. Von den hier liegenden preußiſchen Truppen rückt heute eine Abtheilung nach Raſtatt vor; es ſoll hier nur eine geringe Beſatzung zurückbleiben. Abends 7 Uhr. Eine Abtheilung Preußen iſt von hier nach Raſtatt abgezogen, wo bereits Preußen ſtehen ſollen; andere rücken dagegen von Durlach ein. Heute Nachmittag zogen 5—6000 Mann Baiern, Kurheſſen und Naſſauer durch Durlach nach Ettlingen. Noch dieſen Abend wird der Reichsgeneral v. Peucker in Durlach erwartet. Der Eiſenbahndienſt abwärts iſt wieder eingerichtet, der aufwärts eingeſtellt. (Schw. M.)

* **Karlsruhe**, 27. Juni. Der badiſche Civilcommiſſär bei dem preußiſchen Armeecorps in Baden macht in der Karlsruher Ztg. bekannt, daß in den von den königl. preußiſchen oder Reichstruppen beſetzten Landestheilen alle Perſonen, welche außerhalb ihres gewöhnlichen Aufenthaltortes getroffen werden, über ihre Unverdächtigkeit und insbeſondere über den Zweck ihrer Reiſe durch bürgermeiſteramtliche Zeugniſſe oder auf andere Art ſich

auszuweiſen haben. Diejenigen, welche dies nicht ſofort vermögen, ſind bis zur Conſtatirung ihrer betreffenden perſönlichen Verhältniſſe zu verhaften. Zugleich werden alle badiſchen Beamten, die in Folge der letzten Ereigniſſe ihre Stellen verlaſſen haben oder von denſelben vertrieben worden ſind, ſobald die Verhältniſſe es geſtatten, zur Rückkehr und Uebernahme ihrer Stellen aufgefordert.

Eine Ueberſicht der bisherigen Operationen der preußiſchen Rheinarmee, welche die Karlsruher Zeitung mittheilt, tragen wir baldigſt nach.

Pforzheim, 25. Juni. Auch hier und in der Umgegend kamen nach der verlorenen Schlacht bei Waghäuſel eine Menge zerſprengter Freiſchaaren und Soldaten an, in einem benachbarten Orte gegen 600 Dragoner, größtentheils ohne Pferde, in Bretten gegen 8000 Mann von allen Waffengattungen. Alles hatte Ordre, in Karlsruhe ſich wieder zu ſammeln. Geſtern zog auch von hier das erſte Aufgebot auf Befehl nach Karlsruhe, nachdem vorher Viele mit Gewalt aus den Häuſern geholt worden. (Schw.M.)

Stockach, 26. Juni. Die am letzten Sonnabend hier eingetroffenen Freiſchärler aus Ravensburg haben am Sonntag Nachmittag ihren Marſch nach Engen angetreten. Sie rücken in das Unterland und erwarten noch neue Zuzüge aus dem Würtembergiſchen. Im hieſigen Hauptquartier iſt die Meinung verbreitet, daß die öſterreichiſchen Truppen aus dem Voralbergiſchen über Ravensburg und bei Pfullendorf in das Badiſche einrücken werden. Aus dieſem Grunde glaubt man auch, daß der von der Regierung in Karlsruhe anbefohlene Abmarſch des Volksheeres aus dem Seekreis in das Unterland nicht ſtatthaben wird. Dagegen ſoll Kreiscommandant Kaiſer (ſonſt ein Literat) die Abſicht haben, die Höhenpunkte bei uns zu beſetzen und den Oeſterreichern ſeine Schützen entgegenzuſtellen. Das erſte, zweite und dritte Aufgebot derſelben wird ſchon am nächſten Donnerstag in die Gegend von Salem marſchiren. Dieſe Maßregel erregt ſehr viele Unzufriedenheit. Vom Kriegsſchauplatze ſind wir ohne zuverläſſige Nachrichten, da die Karlsr. Ztg. nur zwiſchen den Zeilen leſen läßt und der Schw. Merkur ſeit geſtern bei uns unterdrückt wird. (Schw. M.)

Mannheim, 25. Juni. Geſtern Nachmittag trafen wieder die erſten Dampfſchiffe von Mainz hier ein und brachten ſehr viele Bewohner Mannheims mit, welche ſich in Folge der Ereigniſſe entfernt hatten, darunter auch viele Officiere und andere Militärperſonen. Verhaftungen werden vorgenommen; ſie erſtrecken ſich aber bis jetzt, ſo viel bekannt, nur auf Militärperſonen. (Schw.M.)

Mannheim, 26. Juni. Die Stadt erfreut ſich fortwährend der vollſtändigſten Ruhe, obgleich die Stimmung der untern Volksclaſſen, trotz des verkündeten Belagerungszuſtandes, in ſehr drohenden Aeußerungen ſich Luft macht. Die Preußen ſind ſämmtlich in der Richtung nach Karlsruhe, über Schwetzingen, abmarſchirt, dagegen iſt ein Bataillon Baiern von Ludwigshafen hier eingerückt. (O.P.Z.)

Mainz, 27. Juni. Heute Abend ſind 25 ſechsſpännige preußiſche Munitionswagen, begleitet von einer Abtheilung des 29. preußiſchen Landwehrregiments, hier eingetroffen; dieſelben werden hier befrachtet und werden morgen zur Armee nach Baden zurückkehren. Von der hieſigen preußiſchen Artillerie ſind heute einige Geſchütze nebſt der dazu gehörigen Mannſchaft nach Frankfurt abgegangen. (O. P. Z.)

♂ **Hamburg**, 25. Juni. Im Fall Sie nicht ſchon aus Nordſchleswig ſelbſt die Nachricht empfangen haben, wird es Ihnen wichtig ſein, zu erfahren, daß die kriegeriſchen Nachrichten aus Jütland ſich beſtätigen. Aarhuus iſt von den Preußen beſetzt worden, wobei jedoch gar kein Kampf ſtattgefunden haben ſoll. Was weiter oben bei Randers geſchehen, darüber fehlen noch zuverläſſige Mittheilungen. Hingegen iſt es gewiß, daß die Dänen bei Hjerting landeten, von wo ab ſie in ſtarker Zahl auf Kolding marſchirten und auf dieſem Zuge bereits 16 Wagen mit Proviant für die deutſchen Truppen und 1600 Mark baaren Geldes wegnahmen, auch einige ſchleswig-holſteiniſche Dragoner zu Gefangenen machten. Geſtern haben ſich hier bekannte diplomatiſche Perſönlichkeiten dahin ausgeſprochen, daß der Abſchluß eines Waffenſtillſtandes in den nächſten Tagen zur Veröffentlichung kommen werde. Die obigen Nachrichten ſtimmen hierzu ſehr wenig. An unſerer Börſe iſt man gefaßt darauf, die Blokade mindeſtens noch einige Monate fortdauern zu ſehen. Briefe aus Kopenhagen ſprechen hauptſächlich von zwei Gegenſtänden: den ſtrengen (und doch höchſt wahrſcheinlich unnützen) Vorſichtsmaßregeln gegen die Cholera und dem Ueberfluß an Colonialwaaren, beſonders Kaffee, welche dort eingeführt wurden, in großen Quantitäten aber ihren Abzug nach Schweden und Norwegen hin fanden. Die Dänen tragen ſich mit dem Gedanken, daß künftig auch in Friedenszeiten die Colonialwaaren über Kopenhagen für jene Länder bezogen werden dürften und zwar nicht theuerer, als bisher über Hamburg.

Großbritannien.

* **London**, 26. Juni. Namens des „Vereins der geächteten Demokraten Frankreichs" haben die Herren Louis Blanc, Präſident, Cazavant, Secretär, und Cauſſidiere, Collin, Millard, Boura, L. Menard, Dupont und Courtais, Mitglieder des Ausſchuſſes, ein „London den 18 Juni" datirtes offenes Schreiben erlaſſen, welches ſich in der Times vom heutigen Datum abgedruckt findet. Die Unterzeichner erklären, die Gaſtfreundſchaft der engliſchen Preſſe in Anſpruch nehmen zu müſſen, ſeitdem diejenigen Journale in Frankreich, mit denen ſie in Verbindung geſtanden, zum größern Theile auf eine „brutale und ſchandbare" Weiſe unterdrückt worden ſeien. Das Schreiben enthält eine ſehr ſcharfe und kurz zuſammengedrängte Kritik der jetzigen Pariſer Belagerungszuſtände, der perfiden Politik Frankreichs gegen die Republik Rom, ohne doch etwas beſonders Neues und zeitgeſchichtlich oder perſönlich Wichtiges zu bieten. In dem jetzigen Zuſtande von Paris erblicken die Unterzeichner nur eine Herrſchaft des Schreckens, nicht der Vernunft; das mag bis zu einem gewiſſen Grade wahr ſein; es fragt ſich nur, ob irgend eine Partei, die zur Herrſchaft gelangen und ſich in der Herrſchaft behaupten wollte, bei der Schärfe und Feindſeligkeit, zu der ſich die Principien und mit ihnen das Parteiweſen in Frankreich herausgebildet haben, ſich durch gelindere Mittel am Ruder erhalten könnte, als diejenigen ſind, welche die Socialiſten der jetzigen machthabenden Partei als fluchwürdige verwerfen. Die Ausſichten für Frankreich, und wohl nicht allein für Frankreich, ſind unter dieſen Umſtänden freilich ſehr trübe. Der reine Conſtitutionalismus, ſo zwiſchen zwei feindliche Mächte eingepreßt, ringt faſt umſonſt nach Leben und Athmen. Gegen den Schluß des Schreibens der „Geächteten" heißt es unter andern: „Was uns betrifft, ſo ſind wir, gegenüber dieſen wahnſinnigen Kämpfen einer Macht, die ſich im tollen Taumel ihrer Impotenz ſelbſt verzehrt, nur um ſo inniger überzeugt von der abſoluten Wirkſamkeit unſerer Lehre und ihrer nahenden Erfüllung. Die Exceſſe, welche noch im Juni 1848 von der Regierung begangen wurden, hatten die ſocialiſtiſchen Wahlen von 1849 zur Folge. Dies iſt die Thatſache, auf welche wir die Aufmerkſamkeit unſerer Freunde ſowohl, als die unſerer Feinde lenken möchten. Gemüthsruhe, unverbrüchliche Mäßigung, unbeugſame Feſtigkeit; das allein iſt es, was uns nothwendig iſt; ſo ausgerüſtet haben wir nichts weiter zu thun, als rüſtig vorwärts zu ſchreiten, indem wir einen berühmten Ausſpruch von Sieyes: wir ſind heute mehr als wir geſtern waren, uns in anderer Weiſe aneignen.

Frankreich.

* **Paris**, 26. Juni. Die Interpellationen der Repräſentanten Mauguin und Savoye ſind, wie zu erwarten ſtand, in der heutigen Sitzung der Legislative durch den Uebergang zur Tagesordnung erledigt worden; wir heben aus der fortgeſetzten Debatte die bedeutenderen Momente heraus.

Die Actenſtücke, mit welchen Savoye in Bezug auf die „legitime und geſetzliche" Erhebung von Baden und der Pfalz nachträglich hervortrat, beſtanden in einer Reihe von Zeitungsartikeln, deren Werth ſo ziemlich nach der Manier ermeſſen werden mag, wie er die vom Miniſter des Auswärtigen ausgeſprochene Beſchuldigung, daß badiſche Soldaten ihre Officiere ermordet, zurückwies: Officiere hätten Feuer commandirt auf das Volk, und die Soldaten hätten ſich umgekehrt und die Officiere niedergeſchoſſen; ſei das etwa Mord? Der Redner ſchloß inmitten lärmender Privatgeſpräche der unaufmerkſamen Verſammlung mit der Phraſe, welche ſich eines betäubenden Beifalls der linken Seite erfreute: „Wir haben keine Könige mehr, die ſich die älteſten Söhne der Kirche nennen können; aber die franzöſiſche Republik muß ſagen können, daß ſie die älteſte Tochter der Freiheit iſt." Um ihr dieſen Ruhm zu wahren, beantragte er eine motivirte Tagesordnung, welche die Regierung aufforderte, die Unabhängigkeit von Baden und der Pfalz gegen fremde Intervention zu ſchützen. Auch **Mauguin** nahm zum zweiten Male das Wort, um mehrmals auf die Gefahren für Frank-

reich und für die Freiheit von Seiten derjenigen Macht hinzuweiſen, welche er nicht anders als mit dem Namen des ruſſiſchen Coloſſes bezeichnet. „Sobald ein einziger Ruſſe ſich der Oder nähert, ziehe ich nach Deutſchland hinein:" ſo habe Soult geſprochen, und die Regierung wolle warten, bis die Heeresmaſſen des Czars am Rhein und vor den Thoren von Paris ſtänden? „Die Tractate von 1815 exiſtiren nicht mehr, die Schlacht von Novara hat ſie zerriſſen. Hüten wir uns, oder ſie werden ohne uns und gegen uns wieder aufgerichtet werden. Man will die Ordnung, aber um die materielle und moraliſche Ordnung wieder herzuſtellen, muß man Frankreich in ſeiner Nationalität, in ſeiner Ehre und ſeiner Würde genügen, ſonſt wird man weder Ordnung ſchaffen, noch den Frieden erhalten, man wird nur aufreizen zu Anarchie und Krieg." General Faboier, bekanntlich früher mit der Oberleitung der däniſchen Streitmacht betraut, benützte die Gelegenheit, ſich nach dem Stand der däniſchen Frage zu erkundigen und machte darauf aufmerkſam, daß nicht blos die Ehre, ſondern auch das Intereſſe Frankreichs weſentlich dabei betheiligt ſei, da die Einverleibung Schleswigs nur als eine Einleitung betrachtet werden könne zur Rückforderung von Lothringen und Elſaß. Der Miniſter des Auswärtigen ging auf dieſe Frage nicht ein: über Schleswig ſeien gegenwärtig Unterhandlungen zwiſchen Preußen und Dänemark eingeleitet und dadurch ſei ihm eine Zurückhaltung auferlegt, welche die Verſammlung zu würdigen wiſſen werde; dann entgegnete er nochmals auf die Declamationen Mauguin's. „Wir wiſſen, ſagte er, daß wir uns in einer großen Zeit befinden, wir wiſſen, daß die Bewegung, welche durch die Welt geht, die ernſtliche Aufmerkſamkeit Frankreichs auf ſich ziehen muß, daß Frankreich vielleicht in einer nicht ſehr fernen Zukunft genöthigt ſein wird, einen großen Entſchluß zu faſſen. Aber die übertriebenen Beſorgniſſe, welche aus der gegenwärtigen Lage geſchöpft werden, theilen wir nicht. Wir wollen den Frieden, ſo lange er möglich iſt, und wir halten ihn für möglich, ſo lange wir ihn mit Ehren bewahren können. Sobald das nicht mehr zutreffen ſollte, ſobald fremde Nationen den ganzen Vortheil des Friedens ſollten an ſich raffen wollen, werden wir ſchnell und kräftig uns rüſten, um in einem gegebenen Augenblick in voller Stärke auftreten zu können, und wenn wir das gethan haben, dann werden wir Sie auffordern, in den Kampf zu ziehen." Noch nahm General Cavaignac das Wort, um die Regierung zu mahnen, im Angeſichte der Eventualität, daß nach Bewältigung der Revolution eine neue Coalition der nordiſchen Mächte gegen Frankreich ſich bilde, die gegenwärtigen Verlegenheiten dieſer Mächte zu benutzen, um ſich Garantien und Bundesgenoſſen gegen eine ſolche Eventualität zu ſchaffen; dann ſprach, nach einer endloſen Abſchweifung, in welcher ſich Pierre Leroux über das Weſen und die Bedeutung des Socialismus ergoß und bei welcher er ſich für die gänzliche Unaufmerkſamkeit des Auditoriums durch den Troſt entſchädigte, daß alle Unterbrechungen den Werth ſeiner Behauptungen nicht entkräften könnten, die ermüdete Verſammlung, welche zuletzt noch von ihm erfuhr, daß Deutſchland jetzt an der Spitze der Menſchheit einherſchreite und Frankreich ihr Schweif geworden ſei, den Schluß der Debatte aus. Mit 353 gegen 162 Stimmen wurde die einfache Tagesordnung angenommen.

Die Art und Weiſe, wie das Miniſterium durch das Organ des Hrn. v. Tocqueville in dieſer Debatte ſich ausgeſprochen, ſoll übrigens weſentlich dazu beigetragen haben, ihm die äußerſte Rechte ganz wieder zuzuführen, welche bereits durch die Strenge des neuen Preßgeſetzes, das theilweiſe noch über die berüchtigten Septembergeſetze hinausgeht, mehr als halb verſöhnt war. Dagegen dürfte eben dieſes Preßgeſetz ihm eine große Anzahl von Stimmen im Centrum entfremden und den eigentlichen Grund legen zu dem, wenn auch noch nicht in nächſter Zukunft zu erwartenden Fall des Miniſteriums, welches mit richtigerer Politik ſich einzig auf die compacte Majorität der gemäßigten Nuancen geſtützt und die äußerſten Parteien ihrem Groll und ihren Vorurtheilen überlaſſen haben würde. Während in dieſer Weiſe die äußerſte Rechte dem Cabinet ſich genähert hat, iſt die längſt erwartete Spaltung in der Montagne eingetreten, und es hat ſich ein Theil derſelben, unter dem Vorſitz Grevy's, als „Reunion der äußerſten Linken" beſonders conſtituirt. Ob die Spaltung ſchon auf die bevorſtehenden Wahlen Einfluß äußern oder ob man ſich diesmal noch gegen den gemeinſamen Feind vereinigen wird, ſcheint noch unentſchieden.

Die Generäle d'Hautpoul, Huſſon, Ornans und Bapatel und die Oberſten Lemercier und Larabit haben der geſetzgebenden Verſammlung einen Vorſchlag eingereicht, nach welchem vom 1. Januar 1850 an die Hälfte der vacanten Unterlieutenantsſtellen in der Armee mit Unterofficieren beſetzt werden ſoll. Der Kriegsminiſter ſeinerſeits bereitet einen Geſetzentwurf vor, welcher den Unterofficieren und Soldaten eine nach der Dauer ihrer Dienſtzeit abgeſtufte Penſion ſichert. Die plötzliche väterliche Sorgfalt für Unterofficiere und Soldaten wie für die Armee überhaupt iſt keins der am wenigſten charakteriſtiſchen Zeichen der gegenwärtigen Lage.

Zur Beſetzung der preußiſchen und pfälziſchen Grenze ſind abermals mehrere Regimenter von Paris abgegangen. Es heißt, daß der Commandant von Straßbourg proviſoriſch den Befehl über die dort zuſammengezogenen Truppen übernehmen wird.

Schweiz.

) **Bern**, 24. Juni. Daß National- und Ständerath nach vielem Herüber- und Hinüberberathen ſich endlich in der Militärcapitulationsfrage geeinigt und den Beſchluß gefaßt haben, Unterhandlungen zur Auflöſung anzuknüpfen und die Werbungen im ganzen Gebiete „einſtweilen" einzuſtellen, habe ich Ihnen geſchrieben. Dieſer Beſchluß konnte aber die nationale Partei nicht befriedigen; der Gedanke, daß vielleicht jetzt ſchon Schweizer gegen Schweizer vor Rom kämpfen, war ihr unerträglich, und die Ihnen mitgetheilte, von 39 Nationalräthen unterzeichnete Motion ſollte den Beſchluß herbeiführen, der Bundesrath ſei zu beauftragen, die Auflöſung ſogleich im Namen der Eidgenoſſenſchaft auszuſprechen, ſobald die capitulirten Regimenter zur Intervention gegen einen mit der Schweiz befreundeten Staat und gegen das freie Selbſtconſtituirungsrecht der Völker verwendet würden. Dieſer Antrag blieb aber im Nationalrath mit 42 gegen 49 Stimmen in der Minderheit. Darüber ſind nun die Organe der radicalen Partei im höchſten Grade aufgebracht. Auch hier ſieht man nicht ohne Beſorgniß in die Zukunft. Bereits ſoll eine Note des Königs von Neapel angekommen ſein, worin derſelbe auf den erſten Beſchluß des Nationalraths in der Capitulationsfrage erkläre, daß er, wenn ein die beſtehenden Verträge verletzender Beſchluß gefaßt würde, die ſtrengſten Repreſſalien gegen alle in ſeinem Lande wohnenden Schweizer ergreifen und ſie ohne weiteres ausweiſen werde. Das Näherrücken der preußiſchen Truppen gegen die Schweizergrenze gibt der Vermuthung Raum, der König von Preußen werde, ſobald die Ruhe in Süddeutſchland hergeſtellt ſei, gegen die Schweiz ſeine Forderungen in Betreff Neuenburgs geltend machen, und wenn es ſein müſſe, mit Waffengewalt. Wenn er auch gerade vor der Hand nicht ſo weit geht, ſo wird die Schweiz jedenfalls für die nächſte Zukunft ein Hauptgegenſtand diplomatiſcher Verhandlungen, Neckereien ꝛc. ſein. Sie wird jetzt um ſo mehr mit Flüchtlingen überſchwemmt werden, als Frankreich wenig geneigt ſcheint, dieſelben ſeine Gaſtfreundſchaft genießen zu laſſen. Daß daraus nothwendig wieder manche Verlegenheiten für unſern vielgeplagten Bundesrath hervorgehen, iſt klar. Der nach Baſel abgegangene Oberſt Kurz hat bereits zur Deckung der nördlichen Grenze Truppen einberufen. Zum eidgenöſſiſchen Commiſſär nach Baſel wurde, da Hr. Schultheiß Steiger von Luzern dieſe Miſſion ablehnte, Hr. Nationalrath Hanauer aus dem Canton Aargau ernannt. In Baſel ſollen viele franzöſiſche Flüchtlinge ſein, indem namentlich im Elſaß eine ſtrenge Verfolgung gegen die Anhänger des Berges eingetreten ſein ſoll. Was ich Ihnen vor einigen Tagen von der Ankunft Ledru Rollin's in Bern und ſeiner Abreiſe nach Genf berichtete, verhält ſich, trotz des Widerſpruchs einiger Blätter, wirklich ſo. Die Frankfurter Blätter fehlen uns ſchon ſeit acht Tagen. Unter dem Präſidium des Dr. Galeer hat ſich in Genf ein Verein gebildet, der ſich offen „ſocial-demokratiſche Propaganda" nennt. Faſt alle deutſchen Geſellen, die hier in Arbeit ſtanden, ſind nach Baden; hierdurch ſind die hieſigen Meiſter in einige Verlegenheit gerathen, da ſie die „fremden" Arbeiter, trotz alles Haſſes gegen ſie, doch nicht entbehren können.

Ungarn.

An der Waaglinie hat die Offenſive begonnen. Der Feind hatte laut früheren officiellen Berichten die Brigaden Pott und Theiſſing in der Schütt angegriffen und bis Pered und A-Szelly zurückgedrängt. Er muß ſomit über die kleine Donau gekommen ſein, was auch einer unſerer Preßburger Correſpondenten uns

№ 177. Beilage zur Deutſchen Zeitung. 29. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Hr. v. Kamptz). Wien (Nachrichten von der Südarmee. Loyalität der Stadt Prag. Verurtheilung. Ungariſche Gefangene. Abſchreckende Beiſpiele. Die Ruſſen in Galizien. Die ungariſche Sperre. Das dreitheilige Deutſchland). Laibach (Entflohene Honveds). Berlin (Polniſcher Emiſſär. Hr. v. d. Pfordten. Disciplinargerichte. Die Neuwahl der Stadtverordneten. Henriette Sonntag geht wieder auf die Bühne. Das Bundesſchiedsgericht. Die ſchleswigſche Angelegenheit. Das Club- und Preßgeſetz. Die Cholera). Aachen (Badeleben ohne Spiel). Nürnberg (Verhaftungen). Dresden (Collecte für den Papſt. Steckbrief gegen Schaffrath. Durchmärſche preußiſcher Truppen). Karlsruhe (Stimmung und Ausſehen der Stadt. Truppendurchmärſche. Die Ueberreſte des badiſchen Heeres). Vom Oberrhein (Prätorianerregiment der Freiſchaaren). Sinsheim (Eine Verwechslung). Mainz (Verfaſſungseid der öſterreichiſchen Beſatzung. Die Belagerung von Raſtatt). Bingen (Preußiſche Munitionswagen). Gotha (Die Verſammlung der Abgeordneten. Commiſſion zur Organiſation der Centrenpartei. Turnerfeſt). Schleswig (Graf Reichenbach. Schleswig-holſteiniſche Rekruten. Neue Kanonenboote. Landesverſammlung). Hamburg (Competenzconflict zwiſchen Senat und Conſtituante. Finanzielles).

Italien. Rom (Ein „Martyrolog“). Verona (Unterhandlungen über die Capitulation Venedigs).

Polen. Warſchau (Gebete zur Abwendung der Cholera. Ankunft des Hrn. v. Rochow).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 29. Juni).

Deutſchland.

Frankfurt, 29. Juni. Der bisherige interimiſtiſche Bevollmächtigte Preußens bei der deutſchen Centralgewalt, Hr. v. Kamptz, wird morgen Frankfurt verlaſſen, um nach Hamburg zu gehen, für welches er bereits ſeit dem 1. April d. J. als preußiſcher Bevollmächtigter ernannt iſt. Die bisher von ihm interimiſtiſch hier eingenommene Stelle wird nicht wieder beſetzt. (D. P. Z.)

△ **Wien,** 25. Juni. Die neueſten Nachrichten von der Südarmee und ihren Seitencorps beſagen, daß der Banus ſeine Aufgabe, Slavonien zu ſäubern, völlig gelöſt und ſich daher zur Verfügung des Obercommandanten Baron v. Haynau zum allgemeinen Angriff geſtellt habe. Am 15. war ſeine Hauptmacht in Soove, Kis-Ker und O-Ker. Zu gleicher Zeit entſandte er den Major Stokuca gegen Fünfkirchen, das ſeit dem letzten Aufſtande nicht wieder beſetzt war. Major Stokuca traf mit ſeinem Corps am 18. vor der Stadt ein und beſetzte ſie nach einem ſiegreichen Kampfe. Er wurde von der Bevölkerung, ganz im Widerſpruch mit ihrem bisherigen friedlichen Verhalten, mit Jubel aufgenommen. Der erſte Flügel der Armee des Banus ſcheint bei Serbobran (St. Thomas) einen glänzenden Sieg errungen zu haben, über den wir näheren Berichten entgegenſehen. Der Banus ſelbſt war mit ſeinem Centrum in die untere Bacska vorgerückt. Zombor ſoll bereits von ihm beſetzt ſein und ſeine Operationen werden ſich, je nachdem die Ruſſen und das Clam'ſche Corps in Siebenbürgen vordringen, nach Nordungarn und gegen Peſth wenden. Nachrichten vom 20. aus Eſſegg beſtätigen, daß ſich unſere Truppen in Verbas und Kula befinden und die Vorpoſten bis Cervenka ſtehen. In Futek ſtand eine Diviſion und die Magyaren waren auf dem Rückzuge gegen Zombor, welches ſie nach den obigen neueren Berichten bereits verließen. Von Zombor dürfte der Ban gegen Thereſiopel vorgehen, von deſſen Beſetzung wir in den nächſten Tagen ſchon die Anzeige erwarten. Rukavina ſoll einen Ausfall aus Temesvar gemacht und die Cernirungstruppen verjagt haben. Auch Arad ſoll von der Belagerung befreit ſein. Gegen die Prager Demokraten hat ſich der Belagerungszuſtand von Erfolg erwieſen. Was man noch vor ſechs Tagen für unmöglich hielt bei der unzufriedenen Stimmung der czechiſchen Hauptſtadt, geſchieht morgen; eine Deputation Prags iſt angekündigt, um dem Kaiſer den Entſchluß der Stadt Prag zu unterbreiten, aus eigenen Mitteln ein complettes Regiment auszurüſten nebſt einem Bataillon Jäger, aus lauter gedienten Veteranen beſtehend, wozu dem Kaiſer die Ernennung der Officiere anheim geſtellt wird. Der Gouverneur Prags Graf Khevenhiller hatte der Stadt angeboten einen Theil der nöthigen Gewehre zur Bewaffnung des Regimentes zu liefern, aber das Anerbieten wurde mit Dank abgelehnt; man will die ganze Equipirung aus eigenen Mitteln liefern. Geſtern wurde die ſeit November laufende Unterſuchung gegen den Hauptmann Braun, der zugleich Bezirkschef der Vorſtadt Erdberg in den Octobertagen und ſogar einen Tag lang (am 8. October) Nationalgarde-Obercommandant war, geſchloſſen. Er iſt zu zehn Jahren Feſtung verurtheilt. Zum Glück wurde ſein Proceß ſo in die Länge gezogen; wäre er früher abgeurtheilt worden, ſo wäre er ſicher dem „Pulver und Blei“ nicht entgangen, da er als früherer Günſtling Latours und noch factiſch im activen Militärdienſte befindlich, ganz beſonders beſchwert erſchien. Geſtern Abend brachte man ungefähr 6—800 in der Gegend von Pered bei der letzten Affaire gefangene Honveds hierher. Sie trugen ungariſche Bauernkleidung und runde, ſchwarze, breitkrämpige Hüte.

* **Wien,** 25. Juni. Der ungariſche Grenzort Wart, welcher der über Pinkafeld flüchtigen Huſarenabtheilung bewaffnete Hilfe geleiſtet, iſt durch eine Contribution von fl. 28,000 C.-M. beſtraft worden. Die Rädelsführer hatten ſich geflüchtet. Ein Dampfboot, welches zwei Schleppſchiffe mit bedeutenden Ladungen an Munition und Getreide für Knicanin führte, erlitt unmittelbar unter Belgrad einen bedeutenden Schaden durch Exploſion, während die Schleppſchiffe ſelbſt in die Luft flogen. Das Tabakrauchen der Mannſchaft war die Urſache davon. In Semlin blieb von der Erſchütterung kein Fenſter ganz, und der Paſcha von Belgrad ließ eiligſt die Kanonen gegen einen vermeintlichen Angriff der Inſurgenten herüberrichten. Von den bei der ungariſchen Empörung compromittirten Generalen befinden ſich noch ſechs hier in Haft; darunter Hrabowsky, Eder, Mayer, Moga, Török. Nachrichten aus Galizien ſagen, daß die Maſſe der nachrückenden ruſſiſchen Truppen alle Angaben bei Weitem übertreffe. Immerfort kommen neue Colonnen an, und ruſſiſche Officiere ſollen ſich dahin geäußert haben, daß ihre Aufgabe keineswegs allein in Ungarn ſei, was auch in dem Umſtande an Wahrſcheinlichkeit gewinnt, daß um Krakau ungeheuere Militärconcentrirungen ſtattfinden. Man erwartet eine in deutſcher und ruſſiſcher Sprache zu veröffentlichende Convention über die Verpflegung der ruſſiſchen Truppen, welche gänzlich zur Laſt der kaiſerlich ruſſiſchen Regierung fällt. Die für nothwendig befundene ſtrengſte Sperre alles ungariſchen Grenzverkehrs verurſacht ſehr viele Reclamationen, beſonders von Seite der Kaufleute. Man beſorgt übrigens, daß die ſchon ſehr überhand genommene Einfuhr engliſcher Waaren hierdurch noch mehr befördert werden wird. Nach mehreren Journalen, die man für gut unterrichtet hält, gewinnt die Idee eines dreitheiligen Deutſchlands immer mehr Boden. Den norddeutſchen Staaten würde Preußen, den ſüddeutſchen Baiern voranſtehen, Oeſterreich aber als ein großes, ſelbſtſtändiges und untheilbares Ganze ſollte in Betreff ſeiner deutſchen Provinzen eine beſondere Stellung einnehmen nnd zu dem einen und anderen der gedachten Staatenbunde in weitere oder nähere Beziehungen treten. Reiſende aus Neuſatz erzählen, daß dort 7 Magyaren hingerichtet worden ſind, die aus den Fenſtern auf die k. k. Truppen gefeuert haben.

Laibach, 19. Juni. Heute in der Nacht iſt die ganze hieſige Garniſon eiligſt ausgerückt. Man ſagt, daß ſie gegen Stein gezogen iſt, wo die kürzlich nach Italien abgeführten, auf dem Marſche aber durchgegangenen Honveds vorbeikommen ſollten, um ſich dann über das Tucheiner-Thal nach Steiermark zu begeben. Abends iſt das Militär ſchon wieder zurückgekehrt, ohne daß es auf die verfolgten Honveds geſtoßen wäre. (Laib. Z.)

♀ **Berlin,** 27. Juni. In Breslau kam vor Kurzem ein Mann an, der ſich durch einen belgiſchen Paß als den Spitzenhändler de Bolnin aus Brüſſel auswies. Allein ſein Aeußeres entſprach einem aus Paris hierhergeſandten Signalement beſſer als dem ſeines Paſſes, und es ergab ſich, daß der vermeintliche Belgier ein Pole, Cherpliczky, ſei, der von dem club directeur in Paris ausgeſchickt worden, um Polen zu inſurgiren. Wie man erfährt, zaudert der Miniſter v. d. Pfordten noch immer, von der bairiſchen Idee eines Directoriums abzugehen. Die hieſige Regierung hat ihm aber erklärt, daß ſie auf dieſer Grundlage nicht mit ihm unterhandeln könne; und vielleicht gelingt es Herrn v. Radowitz, mit dem er fleißig verkehren ſoll, ihn noch eines Beſſern zu belehren. Die Regierung beabſichtigt ſelbſtſtändige Disciplinargerichte ins Leben zu rufen. Bis jetzt hatten die Behörden das Recht, über ihre Untergebenen wegen geringerer Dienſtvergehen Urtheil zu ſprechen und Strafe zu verhängen. Von dieſem Recht wurde aber nach den Märztagen ſo gut wie kein Gebrauch mehr gemacht, weil man das Odium ſcheute, gegen die Untergebenen als Kläger und Richter einzuſchreiten. Darum jetzt dieſe ſelbſtſtändigen Gerichte, bei welchen die Untergebenen verklagt, von denen ſie aber nicht gerichtet werden, ohne angehört worden zu ſein. Die Miniſter

ſelbſt ſollen ſich dieſem Gerichte zu unterwerfen haben, wenn eine Anklage vom Geſammtminiſterium gegen ſie ergeht. Das conſervative Berlin iſt unglücklich über die neugewählten Stadtverordneten, worunter allerdings einige ſehr demokratiſche Perſönlichkeiten ſind.

§ **Berlin**, 27. Juni. Ich hatte Ihnen geſtern gemeldet, die Stadtverordneten hätten an das Miniſterium die Bitte gerichtet, den Reichstag hierher zu berufen. Soweit iſt die Sache noch nicht; ein Antrag darauf iſt in der Stadtverordnetenverſammlung geſtellt, einſtweilen aber nur einem Ausſchuß zur Begutachtung überwieſen worden. Das Ergebniß der geſtrigen Stadtverordnetenwahl macht großes Aufſehen: Die Conſervativen glaubten ihres Erfolges völlig ſicher zu ſein; um ſo größer iſt ihre Verlegenheit. Ein Mitglied des Verwaltungsrathes der Nationalzeitung, der Aſſeſſor von Herford, iſt im Anhalt'ſchen Bezirk, ein Hr. v. Kunowsky, der bei den letzten Wahlen im demokratiſchen Wahlcomité geſeſſen hat und als entſchiedener Republicaner bekannt iſt, iſt in der Friedrichſtadt gewählt worden.

Haben Sie ſchon gehört, daß die Gräfin Roſſi, Henriette Sonntag, wieder auf das Theater gehen wird? Sie hat ihr ganzes Vermögen verloren, und die Sorge für ihre Kinder nöthigt ſie zu dieſem Entſchluß. Sie geht zunächſt nach Brüſſel, um dort einige Gaſtrollen zu geben, und dann nach London, wo ſie ein feſtes Engagement hat.

Conſt. Corr. **Berlin**, 27. Juni. Als Mitglieder des nach der Abſicht der drei Königreiche mit dem 1. Juli ins Leben tretenden Bundes-Schiedsgerichts in Erfurt werden für Preußen der ehemalige Finanzminiſter Duesberg, der Oberlandesgerichts-Präſident Graf Rittberg und der Geheime-Juſtizrath Profeſſor Dirkſen genannt. Die Unterhandlungen über die ſchleswig-holſteiniſche Angelegenheit befinden ſich in dieſem Augenblicke in einem Stillſtande, da die Zuſtimmung der däniſchen Regierung zu den Vorſchlägen, welche die preußiſche Regierung geſtellt hat, zurückgehalten wird. Die Octroyirung des Club- und Preßgeſetzes kann als nahe bevorſtehend bezeichnet werden. Mit derſelben werden die Ausnahmezuſtände in Berlin und an andern Orten aufhören.

Nachdem der Graf Roſſi ſeines bisherigen Geſandtſchaftspoſtens enthoben iſt, hat die Gräfin Roſſi, ehemalige Sonntag, den Entſchluß gefaßt, wieder ein Engagement, und zwar in London, gegen ein ſehr beträchtliches Honorar anzunehmen.

Von der bis zum geſtrigen Mittage auf 200 angewachſenen Geſammtzahl der an der Cholera Erkrankten ſind geneſen 17 Perſonen, geſtorben 115, in Behandlung 68.

Aachen, 25. Juni. Unſere Stadt erfreut ſich fortwährend der größten Ruhe, und bei dem durch die in den letzten Monaten immer mehr zunehmende Fabrikthätigkeit geſteigerten Erwerb der arbeitenden Claſſen iſt auch für die Zukunft nichts zu fürchten. Das hieſige Badeleben hat ſeit einiger Zeit auf eine ſehr erfreuliche Weiſe begonnen. Unſere Gaſthöfe und Badehäuſer beginnen ſich zu füllen. Dazu kommt, daß durch das Aufhören des Bankſpieles die ſtädtiſchen Behörden Veranlaſſung genommen haben, für das eigentliche Badeleben und für die Unterhaltung der Fremden mehr zu thun, als früher je geſchehen iſt. Unſer Curhaus, in welchem früher nur die leidigen Spieltiſche florirten, bietet jetzt Alles, was zur Beförderung des geſelligen Lebens dienen kann. Ein großartiges Leſe-Cabinet bildet einen Theil deſſelben und dürfte ſeines Gleichen ſuchen. Andere Säle ſind zu Geſellſchaftsſpielen ꝛc. eingerichtet; in dem hübſchen Garten des Curhauſes iſt Nachmittags Reunion bei einem wohlbeſetzten Orcheſter, Abends regelmäßig Oper, Bälle, Gartenfeſte, Concerte ꝛc. (K. Z.)

△ **Nürnberg**, 27. Juni. Unſere Behörden faſſen neuen Muth, ſeit unſere Bürgerſchaft während der Anweſenheit des Königs ſo glänzende Beweiſe ihrer Loyalität an den Tag gelegt hat. In voriger Nacht ſind fünf Verhaftungen, darunter die der Vorſtände des Arbeitervereins, vorgenommen worden, und in dieſem Augenblick, Nachmittags, wird nach den Mitgliedern des Comité's für Volksverſammlungen gefahndet; die Thätigſten derſelben ſind bereits gefänglich eingezogen. Die im Nachmittagsblatt des Correſpondenten erzählte Nachricht von der erfolgten Beſchlagnahme von Senſen bedarf inſofern einer Berichtigung, als man zwar eine große Anzahl Senſenſtiele, aber nur 5 oder 6 Senſen vorgefunden hat. Im Laufe voriger Woche hat eine Anzahl Soldaten in der Expedition des Fr. Staatsbürgers, deſſen Redacteure flüchtig und verhaftet ſind, die Herausgabe eines Manuſcripts mit den Waffen in der Hand erzwungen. Sind das nicht recht vormärzliche Nachrichten?

A **Dresden**, 26. Juni. Der Fürſtbiſchof von Breslau, ſowie der Erzbiſchof von Gneſen haben in ihren Sprengeln ſeit einiger Zeit mit der Einſammlung einer freiwilligen Steuer für Papſt Pius IX. den Anfang gemacht, welche vielleicht auf die ganze katholiſche Chriſtenheit ausgedehnt wird. Die kleine katholiſche Gemeinde Sachſens unter dem Biſchofe von Bautzen iſt mit der Einſammlung dieſes „Petrusgroſchens" nicht zurückgeblieben, vorzugsweiſe angetrieben durch eine höchſt beredte Fürſprache des Domherrn Hilde, deſſen eifriger Verwendung die Collecte ihren guten Fortgang vorzugsweiſe verdankt; es ſind über 600 Thaler zuſammengebracht worden. Ueber den eigentlichen Zweck dieſer Collecten, welche bei allgemeiner Ausdehnung durch die katholiſche Kirche (auch in Belgien kommen ſie in Aufnahme) ungeheuere Summen eintragen müſſen, ſpricht ſich die Hilde'ſche Schrift nur ganz im Allgemeinen ſo aus: „Die Rückkunft des Hirten, der mit einem ſo ſchweren Hirtenſtabe belaſtet iſt, ſoll von der Unterſtützung ſeiner Heerde nach Rom geleitet werden. Darum werden die Spenden für den höchſten Ausſpender der Geheimniſſe Gottes, wie zu den Zeiten der Apoſtel, unter dem Namen des Petrusgroſchen zu ſeinen Füßen niedergelegt." Sämmtliche Mitglieder der königlichen Familie haben ihre Betheiligung bei dieſer Collecte förmlich abgelehnt. Heute oder morgen wird in der Leipziger Zeitung ein Steckbrief hinter Schaffrath erlaſſen werden, gegen den ſich im Laufe der Unterſuchung gegen die am Maiaufruhr Betheiligten ſehr gravirende Umſtände herausgeſtellt haben ſollen. Schaffrath war während des Aufſtandes bald in ſeinem Heimathsorte Neuſtadt bei Stolpen, bald in der Dresdener Neuſtadt, wo er ſich öffentlich mißbilligend über den Aufruhr auszuſprechen pflegte. Seine Abreiſe nach Frankfurt am 9. Mai wurde von einem Augenzeugen wie eine Flucht dargeſtellt, bis Schaffrath ſelbſt zu wiederholten Malen ſeine Unſchuld und namentlich die unverkürzte Exiſtenz ſeines Bartes verſicherte. Möge er nun ernſter oder leichter betheiligt ſein, der Steckbrief iſt jedenfalls ein der Regierung willkommenes Ereigniß, welches den einflußreichen Agitator auf längere Zeit von Sachſen und von einer directen Einwirkung auf die Wahlbewegungen fern halten wird. In den Tagen vom 27.—29. Juni trifft das 7. preußiſche Linienregiment, welches am 10. d. Mts. aus Poſen ausrückte, hier ein, wie es ſcheint, nur auf dem Durchmarſch. Dieſes Regiment erwartet täglich Befehle, welche ihm ſeine definitive Beſtimmung eröffnen ſollen. Daß es nach Baden gehen werde, iſt eine leere Vermuthung.

Karlsruhe, 27. Juni. Wer im gegenwärtigen Moment die Reiſe von Frankfurt hierher macht, wird ſchwer zu glauben vermögen, daß die Gegenden, welche er durchreiſt, noch vor einigen Tagen der Schauplatz blutiger Kämpfe waren. Mit Ausnahme der Umgebung des Ladenburger und Durlacher Bahnhofes gewahrt man nirgends Spuren einer Zerſtörung, und auch bei dieſen ſind es nur Spuren; überall ſteht die Frucht unverſehrt, und wenn nicht die ſtrengen Maßregeln in Betreff der Legitimation der Reiſenden bei der Ankunft in Heidelberg, ſowie die in den Städten und Dörfern liegenden Truppen an den Kriegszuſtand erinnerten, man würde nicht im Stande ſein, einen Unterſchied zwiſchen jetzt und der ſonſtigen Ruhe in vergangenen Jahren zu erkennen. Hier in dem Hauptquartiere des Prinzen von Preußen iſt das Kriegsbild am lebhafteſten und bunteſten. Preußiſche Truppen aller Waffengattungen in einer Anzahl von mehr als 15,000 Mann haben die Stadt beſetzt und ihr Wogen und Treiben durch die Straßen contraſtirt angenehm mit der Stille und Ruhe, die als charakteriſtiſches Kennzeichen von der Phyſiognomie Karlsruhe's nicht zu trennen iſt und trotz des im gegenwärtigen Moment ſo lebendigen Vordergrunds unverkennbar hervortritt. Morgen ſollen die Operationen nach dem Oberlande zu beginnen. Die hier liegenden Truppen werden ſie zunächſt ausführen und zu dem Behufe morgen früh von hier fortrücken. Zu ihrem Erſatz trifft das Corps des Generals Schack ein, das heute noch zwiſchen Bruchſal und Durlach ſtand. Im letztgenannten Orte ſah ich heute zwei heſſiſche Infanterieregimenter (das zweite und vierte); ſie bilden die Vorpoſten der Reichsarmee, die ſich von Sinsheim nach Durlach zu vorſchiebt. Die äußerſten Vorpoſten der Kurheſſen ſtehen bereits in Ettlingen und Maltſch. In den nächſten Tagen wird wohl im Oberlande der entſcheidende Schlag geſchehen. Daß die Freiſchaaren noch einmal im Stande ſein

Digitized by Google

werden, energiſchen Widerſtand zu leiſten, glaubt Niemand. Was nun noch ſpeciell die hieſige Stadt betrifft, ſo herrſcht, abgeſehen von dem regen ſoldatiſchen Leben, die tiefſte Ruhe. Man iſt froh, endlich aus der peinlichen Ungewißheit der vergangenen Wochen herausgekommen zu ſein und hat die Einquartierung preußiſcher Truppen lieber als die der Blouſenmänner. Nicht etwa, weil ſich dieſe ſchlecht benommen hätten, ſie haben im Gegentheil, wie mich conſervative Männer verſicherten, eine Mannszucht beobachtet, die man von ihnen nicht erwartete, und Karlsruhe hat auch materiell nicht viel gelitten, ſondern, weil bei weitem die Mehrheit der hieſigen Bürger von Hauſe aus nicht die geringſte Sympathie für die Bewegung hatte. Von den Familien, welche ſich nach Lauterburg geflüchtet haben, ſind bereits wieder viele zurückgekehrt, und ſchaarenweiſe, wie ſie ausgezogen, ziehen die Flüchtigen auch von den andern Seiten wieder hier ein. (O. P. Z.)

Karlsruhe, 28. Juni. Faſt den ganzen Tag marſchirten heute ſtarke Colonnen preußiſcher Truppen hier durch, um ſich theils in der Umgegend zu lagern, theils weiter gegen Raſtatt zu ziehen. Das 31. Linienregiment, das 31., 27., 12. Landwehr-Infanterieregiment, das 30. und 17. Linienregiment, das 5. Jägerbataillon, das 12. und 9. Huſarenregiment und 4 Batterien Artillerie zogen von preußiſchen Truppen allein hier durch, ſo daß die Hauptſtraße faſt den ganzen Tag von den marſchirenden Colonnen geſperrt war, dazu kamen am Nachmittag noch 2 Bataillone, 1 Schwadron und 4 Geſchütze von den mecklenburgiſchen Truppen, die durch ihren großen kräftigen Wuchs hier viel Aufſehen erregten. Das Inſurgentenheer unter Mieroslawski, was noch eine Stärke von 10,000 Mann haben ſoll, hat ſich nach Raſtatt geworfen, um dort noch eine verzweifelte Gegenwehr zu verſuchen. Von den badiſchen Truppen kommen fortwährend viele Ueberläufer an, die ſich in dem hier errichteten Depot zu melden haben. Was jetzt noch bei Mieroslawski iſt, beſteht aus den fremden Freiſchaaren, den Hanauer Turnern und allen den badiſchen Soldaten, die beſonders bei dem Aufſtand compromittirt ſind, und daher den Kampf der Verzweiflung aufnehmen. Die Ueberläufer ſagen: „Die nun noch zurückbleiben, werden kämpfen bis ſie todt ſind.“ Uebrigens ſoll Raſtatt noch auf mehrere Wochen verproviantirt worden ſein, ſo daß die Einnahme deſſelben nicht ſo leicht ſein und noch viele Opfer koſten wird. (O. P. Z.)

*** Vom Oberrhein, 25. Juni. Geſtern am Johannistage fletſchte die ſchöne Bewegung in unſerer Gegend auch ihre Zähne. Die Sereſchaner unſeres Dictators Brentano warfen ſich von einigen Polakenofficieren gehetzt, auf das Dorf Riedlingen, um zu requiriren. Mehrere Gemeinden faßten dort Poſto gegen die Bewegung. Sie ſollten entwaffnet werden und es kam zum Feuern. Ein Polake wurde niedergeſchoſſen, ebenſo ein Bürger von Holzen. Sofort flüchtete die Executionstruppe zurück nach Schlingen, erſtärkte ſich mit Ihresgleichen und dann zog die Meute durch die Thäler, feſſelte mehrere mißfällige Männer, ſo z. B. den Bürgermeiſter Schanzlin in Kandern, mit Stricken um die Hälſe an die Wagen und fuhr mit dieſer Beute wieder zurück. Abends wurden die Häuſer in Riedlingen demolirt. So können wir auch dieſe Schändlichkeiten noch in den Bürgerkranz unſerer verendenden Dictatoren flechten. Wie es ſcheint, ſoll die ganze Bande von Soldateskagnaden, die dermalen ihre Orgien feiert, auch nicht einen Fluch vermiſſen, nicht den der den Lügner, nicht den der den Dieb, nicht den der den Brudermörder trifft. Die Pferde der Nemeſis ſind angeſchirrt und ſcharren.

Daß bei **Sinsheim** Dietzſch aus Annaberg gefangen worden, hat ſich nicht beſtätigt. Die Nachricht beruhte auf einer Namensverwechslung, über die man der O. P. Z. ſchreibt: Der Name des eingebrachten Freiſchärlerhauptmanns iſt Heinrich Dietz (nicht Dietzſch); ſo wenigſtens unterzeichnete er die folgende Quittung über zwei Pferde, welche er angeblich auf Requiſition holte: „Heute Morge 7 Uhr habe ich 2 Reit Pfert von Herrn Bezirk Förſter Wahl nachm Moßbach beortert, welche 10 im Moßbach eintrefen müſen Hauptmann Heinrich Dietz. Nekar Schwarzach (Schwarzach) den 13/6 49. An Civilſär (Civilcommiſſär) Löhr im Moßbach.“ Mit dem Schreiben dieſes Documents brachte er, wie mir der Bezirksförſter ſagte, über eine Viertelſtunde zu; v. Löhr wußte jedoch nichts von der Sache, und die Pferde wurden als Dienſtpferde dem Eigenthümer wieder zugeſtellt. Da ging Dietz hin und verſuchte ſein Glück im Schloß der Gräfin Schaumburg-Degenfeld, der er 2 Schimmel, jeden im Werth von 80 Louisd'or, aus dem Stalle holte und wahrſcheinlich verkaufte.

Mainz, 28. Juni. Heute Morgen wurde der hieſigen öſterreichiſchen Beſatzung, ſowie ſämmtlichen hier wohnenden öſterreichiſchen Beamten auf dem Schloßplatze der Eid auf die öſterreichiſche Staatsverfaſſung abgenommen, worauf die Truppen vor dem Feſtungscommandanten, Freiherrn v. Jetzer, vorübermarſchirten. (O. P. Z.)

Mainz, 28. Juni. Die heute Morgen von Mannheim ankommenden Dampfboote bringen noch keine Nachricht über die Beſetzung von Raſtatt durch die Preußen, wohl aber, daß der Feſtung eine dreitägige Friſt zur Uebergabe geſtellt worden ſei. Die Antwort der Beſatzung war heute Morgen in Mannheim noch nicht bekannt. (Mainz. Z.)

Bingen, 28. Juni. Seit einigen Tagen gehen lange Züge preußiſcher Munitionswagen durch unſere Stadt nach Mainz, geſtern über fünfzig, mit ſechs Pferden beſpannt, heute dieſelbe Zahl. (O. P. Z.)

** **Gotha**, 27. Juni. Geſtern Abend wurde noch nicht in die Sache ſelbſt eingegangen. Dagegen wurde zur Vorlage von Anträgen mit Bezug auf Organiſation der „dritten“ Partei neuerdings eine Commiſſion niedergeſetzt, beſtehend aus Veit, Grumbrecht, Kraft, Laube, Sprengel, Mathy, Emmerling, Compes, Duncker.

Heute Morgen begann die Verhandlung. Gagern hat geſprochen; mehr ſollen Sie nicht wiſſen, aber er hat ſo geſprochen, daß man es wiſſen ſoll. Während die hannöveriſche Regierung in Berlin eine Reaction gegen den Entwurf anregt, geben die Hannoveraner eine Art von Vorwand dazu her, indem von entgegengeſetzter Seite ſie dem Entwurf zuwider arbeiten. Gagern wird hoffentlich durchdringen. Alle ſonſtigen Unterſchiede müſſen vergeſſen werden. Der Beckerath'ſche Entwurf hat einige Ausſicht — doch unverändert wohl nicht die mindeſte.

Heute nach Tiſch war neue Berathung. Die allgemeine Discuſſion iſt geſchloſſen. Wir haben wohl ein Programm der Männer in Gotha zu erwarten. Exoteriſches, das Sie intereſſirte, war die geſtrige wirklich ſchöne Scene bei Tiſch im Mohren. Becker von Gotha brachte den erſten Toaſt der Erinnerung, verſinnlicht durch die Namen Gagern und Simſon. Heinrich v. Gagern erhob ſich, Erinnerung verwerfend, Gegenwart und Zukunft müßten zu Hoffnung berechtigen; die Gegenwart ſei ſo troſtleer, wie kaum jemals, aber nicht hoffnungslos. Es ſei juſt an der Zeit, die Fahne der Hoffnung aufzupflanzen; ſo gelte es das „einige freie Deutſchland“. Simſon, der ſich den Aehrenleſer nach dem Schnitter (H. Gagern) nannte, brachte einen kräftigen Trinkſpruch auf das Gelingen der Bemühungen in Gotha.

Heute veranlaßte Vater Jahn ein ſeltenes Feſt. Die Turner der beiden Gymnaſien unter Oberleitung des vortrefflichen Pädagogen, Directors Looff erwarteten ihn Abends auf ihrem Platz. Jahn wurde mit Begeiſterung empfangen. Ein Lied ward angeſtimmt, nachdem der Kreis formirt war. Jahn hielt eine Anſprache; er berührte den wahren Sinn des „Friſch, fröhlich, fromm, frei“; er ſprach die Zuverſicht zu dem Siege der Ideen von Vaterland und Freiheit aus; wäre ſelbſt das jetzige Geſchlecht wie Moſes beſtimmt, das heilige Land nicht zu betreten; wäre es auch der Jüngſte nur (er ergriff den Kleinſten bei der Hand) — „offen und frei ſind die Bahnen des Ruhmes.“ Gleich darauf, nachdem Jahn und ſodann den Männern von Gotha durch Director Looff ein Vivat ausgebracht worden, worein Alles begeiſtert einſtimmte, zog ſich Jahn in die Verſammlung zurück, die er nur zeitweilen verlaſſen. Die Turner führten noch militäriſche Exercitien aus, welche in ihrer Art einem preußiſchen Bataillon Ehre gemacht hätten. Angeſichts der Gefahr — dies zum Schluß — ſchwinden kleine Unterſchiede; wir glauben, daß die Männer hier nicht auseinandergehen, ſie wiſſen denn, was ſie thun. Die dritte Partei über den beiden rothen wird von den Tagen in Gotha datiren.

** **Gotha**, 27. Juni. Wo Gagern ſich zeigt, ſtrömt Gotha zuſammen. Als heute vor dem Schauſpielhauſe, ehe die Sitzung begann, unter den zahlreich Verſammelten bekannt wurde, Vincke wäre da, ſo entſtand eine ungeſtüme frohe Bewegung und Alles wollte ihn ſehen. Erfreut gedachten wir, daß er jetzt Miniſterpräſident von Preußen ſein könnte, und wie dann Preußen mit Deutſchland ſtände!

Ueberſicht.

Wählen oder Nichtwählen?
Von der Donau. XVII.
Die Operationen der preußiſchen Rheinarmee.
Deutſchland. Berlin (Reſcript wegen Ueberwachung der Referendarien). Aachen (Neuenburg). Oggersheim (Der Einzug der Baiern in die Pfalz). Wiesbaden (Dienſtentſetzungen). Vor Fridericia (Die Belagerung).

Wählen oder Nichtwählen?

L **Berlin.** Ende Juni. Die Urwähler ſollen in Preußen am 17. Juli und die Kammern am 7. Auguſt zuſammenkommen. Wählen oder Nichtwählen? iſt jetzt die Frage. Für das Nichtwählen ſpricht ſich aus die demokratiſche Partei, ebenſo die Partei Unruh, auch Grabow hat ſich dafür erklärt. Vincke, die Auerswald, Camphauſen ſind mit ihrer Meinung noch nicht hervorgetreten. Steift ſich Vincke auf ſeinen Rechtsboden, ſo wird er natürlich nicht wählen. Von den Auerswald ſpricht die Kölner Zeitung die entgegengeſetzte Erwartung aus. Wählen werden natürlich auch die miniſterielle und die eigentliche Junker-Partei. Was wird nun das Ergebniß ſein? Daß in irgend einem Wahlbezirke gar nicht gewählt werde, iſt unwahrſcheinlich. Die erſte Urwählerclaſſe wird faſt durchaus wählen, ebenſo ein Theil der zweiten und dritten. Das Reſultat der Wahlen ſind alſo ſchlimmſten Falls Minoritätswahlen und eine Minoritätskammer, beſtehend aus einer Mehrheit von Miniſteriellen, Junkern und anderen Reactionären und aus einer conſtitutionellen Minderheit. Mit dieſem Reſultate würden begreiflicher Weiſe die Demokraten und alle Diejenigen zufrieden ſein, deren Motto iſt: „Je ſchlechter, je beſſer.“ Daß aber Conſtitutionelle wie Unruh und Grabow dazu mitwirken, läßt ſich nur aus einem Fehler des Urtheils erklären. Unmöglich können ſie doch glauben, durch die Nichtwahl auf die Regierung unmittelbar und ſofort einen moraliſchen Eindruck hervorzubringen. Durch miniſterielle Kammern werden ſie das Miniſterium doch nicht ſtürzen wollen. Und darauf, daß dieſes Miniſterium geſtürzt und der König bewogen werde, ſich mit aufrichtig conſtitutionellen Räthen zu umgeben, kommt gegenwärtig für Preußen und Deutſchland Alles an. Die Politik des Nichtwählens, vorausgeſetzt, daß ſich wirklich die ganze conſtitutionelle Partei dafür entſchiede, müßte alſo auf eine langſamere Wirkung, auf einen entfernteren Erfolg berechnet ſein. Begreift ihr denn aber nicht, daß dieſer entferntere Erfolg kein anderer ſein könnte, als die Revolution? Oder glaubt ihr etwa, daß ein fortgeſetzter paſſiver Widerſtand dieſer Art, während deſſen das Miniſterium nach Herzensluſt mit Minoritätskammern regierte, zu etwas Anderem führen könne? Seht ihr nicht ein, daß auf dieſem Wege ſich der Uebermuth und die Verblendung der Regierung immer ſteigern müſſen? Wohin hat die Chambre introuvable geführt? Wollt ihr die Revolution oder nicht? Wenn ihr ſie nicht wollt und doch nicht wählt, ſo wißt ihr nicht was ihr thut, und das Volk wird euch deßwegen dereinſt nicht vergeben.

Ein fortgeſetzter paſſiver Widerſtand würde, ſage ich, nach einiger Zeit zur Revolution führen, ein fortgeſetzter parlamentariſcher Widerſtand würde aber in derſelben Zeit den friedlichen Sieg des conſtitutionellen Syſtems bewirken. Wer das Erſte zugibt, muß das Zweite zugeben. Soll der paſſive Widerſtand zu einer erfolgreichen Revolution führen, ſo kann er dies vorausſichtlich nur dadurch, daß er in einer gewiſſen Zeit die Widerſtandskraft der Regierung lähmt. Das preußiſche Heer iſt Gott ſei Dank noch wenig unterwühlt. Es darf und ſoll auch nicht durch künſtliche Wühlereien für die Sache der geſetzlichen Freiheit gegen die recht- und geſetzloſe Reaction gewonnen werden, ſondern durch das naturgemäße Fortwirken der öffentlichen Meinung und dieſe öffentliche Meinung hat wieder keine für das Ganze ſo heilſamen Organe als Kammern, die ein treuer Ausdruck derſelben ſind. Das preußiſche Heer wird gewonnen werden, und es würde hiezu der Weg des parlamentariſchen Widerſtands in derſelben Zeit führen, wie der Weg des paſſiven Widerſtandes, nur mit dem Unterſchiede, daß im zweiten Fall das Heer demoraliſirt wird, im erſten nicht.

Die Bedeutung des jetzigen preußiſchen Miniſteriums beſteht darin, daß es kein anderes Prinzip hat, als das abſolute Regiment des Königs unter dem Schein des Conſtitutionalismus fortzuführen: es iſt das Miniſterium der perſönlichen Hingebung. Der König und ſein Miniſterium werden natürlich nachgeben, wenn ſie zu fühlen anfangen, daß ihre materiellen Widerſtandskräfte ihnen verſagen. Aber da ſie Menſchen ſind, ſo läßt ſich doch die abſtracte Möglichkeit annehmen, daß ſie durch moraliſche Einflüſſe, wie den der öffentlichen Meinung, ſchon vorher zum Nachgeben bewogen würden. Müſſen wir nun auch dieſe freilich ſchwache Möglichkeit in Rechnung ziehen, ſo folgt hieraus nur wieder, daß der parlamentariſche Kampf der einzig rechte Weg iſt, da er allein den berechtigtſten moraliſchen Einfluß auf die wirkſamſte und zugleich ſittlichſte Weiſe zur Geltung bringen würde.

Ich muß mich alſo auf das Entſchiedenſte gegen das Nichtwählen ausſprechen.

Freilich gibt es eine Möglichkeit, unter deren Vorausſetzung es ziemlich gleichgültig wäre, ob man in Preußen wählt oder nicht, wenn nämlich die deutſche Einheitsſache einen raſchen und günſtigen Fortgang nähme. Dies würde vorausſetzen, daß unſere Partei, ſich durchaus an das Weſentliche haltend, die unumgänglich nöthigen Garantien von den Regierungen ver- und erlangte. Vielleicht geſtatten Sie mir nächſtens hierüber ein paar Worte zu ſagen.

Von der Donau.

XVII.

♉ Horcht man auch in Deutſchland auf das, was in Oeſterreichs Cabinet über deſſen Conſtituirung gedacht, intriguirt, vorbereitet und manipulirt wird? Die Oeſterreicher haben ihren dreifarbigen Enthuſiasmus bald verpufft, und das Gebahren des Rumpfparlaments vertauſcht gar die „goldpapierne Krone“ des einigen deutſchen Reiches mit einem Strohgeflechte. Geh in ein Kloſter, Ophelia, declamiren die öſterreichiſch-germaniſchen Hamlets. Den Kämpfen in der Pfalz und in Baden ſieht man gleichgültig zu, denn wir haben ſchon die Erfahrung, wie ſolcher Schwindel endet. Den Reſpect, den man vor den preußiſchen Bajonetten hat, hat man nicht vor dem preußiſchen Cabinet, und darin ſtimmt Regierung und Volk überein, wie ſonſt in keiner Angelegenheit; nur erſtreckt ſich der Nichtreſpect des Volkes noch etwas höher, während unſere Regierung denn doch dynaſtiſche Schranken nicht überſchreitet.

Vielleicht horcht man alſo doch auf das, was das öſterreichiſche Cabinet in germanicis dichtet und trachtet, und wir wollen einige Markſteine aufrichten.

Zu gleicher Zeit, am ſelben Tage, ja zur ſelben Stunde bringen zwei Wiener Blätter Leitartikel über deutſche Angelegenheiten, welche Blätter mehr oder weniger im Dunſtkreiſe des Miniſteriums vegetiren.

Der Oeſterreichiſche Correſpondent, deſſen geheimer Redacteur der Ultramontane Kaltenbäck iſt, ſchreibt: „Die preußiſche Miniſtercombination (?) Brandenburg-Manteuffel ſammt dem unverantwortlichen Exponenten Radowitz zeigt ſich bereits, trotz der ſchlau angelegten Regel de tri, als eine irrationale Größe.“ Letztere Worte ſind im Originale durchſchoſſen, und ebenſoviel wird Gewicht darauf gelegt, „daß ſie (die Miniſtercombination?) von allen Seiten auf Widerſtand ſtößt, vorzugsweiſe von Sachen.“ Die Unterſtützung Baierns mit Truppen ſei eine „rein bundesmäßige, mit keiner Bedingung verbundene“, und „dieſe preußiſche Herablaſſung“ eine „durch die Lage gebotene.“ Nachdem die Lage von Würtemberg und Heſſen betrachtet wird, „deren Lage ſich nicht ändert, wenn auch die Fürſten gewonnen werden,“ heißt es: „ſo tritt die nicht unmerkwürdige Erſcheinung zu Tage, daß Frankfurt mit einem Krieg gegen die Perſonen begonnen hat, Preußen einen ungleich ſchwierigern gegen die Lagen erhebt.“ Endlich wird von einer Fluth, von brauſenden Wogen, vom Völkermeer geſprochen, und daß „nur noch die uralten Marken des ehemaligen heiligen deutſchen Reichs in ihrer unbezwinglichen Mächtigkeit hervorragen.“

In dieſem Nebel iſt nur die Schwarzenberg'ſche Diplomatie und Styliſtik zu erkennen; aber durch dieſen unmittelbaren oder mittelbaren Urſprung gewinnen die Worte Bedeutung und Beziehung. Das Haus Hohenzollern wird ſich in Ehrfurcht beugen vor den „uralten Marken“, die Völker werden ſich in Sympathie des „ehemaligen Reiches“ erinnern, und die Demokraten und Demagogen und Nationalparlamente werden ſchaudern vor der „unbe-

zwingbaren Mächtigkeit.“ Wer Geleſenes überdenkt, wird jedoch hieraus wiſſen, wohin das öſterreichiſche Miniſterium zielt.

Wer jedoch ſich nicht die Mühe nehmen will, die dunklen Irrgänge öſterreichiſcher miniſterieller Publiciſtik zu durchwandeln, der findet dieſelben Ideen in greller Lampenbeleuchtung im „Lloyd.“ Das Journal ſchreibt: „man war kindiſch genug zu ignoriren, daß Oeſterreich mit aller ſeiner Macht dem Aufgehen der deutſchen Staaten in Preußen entgegentreten mü ß t e, und daß eine ewige Feindſchaft entſpringen müßte.“

Ferner: „Ebenſowenig wie Preußen nicht zugeben wird und kann, daß Oeſterreich ſich an die Spitze eines Bundes ſtelle, welcher Hamburg und Hannover, Heſſen und Sachſen umfaſſe, ebenſowenig wird Oeſterreich e r l a u b e n (der Deutlichkeit wegen und damit man nicht glaube, das Wort ſei irrig, ſchreiben wir nochmals: e r l a u b e n), daß Preußen Vorſtaat werde in einem andern Bunde, welcher Baiern und Würtemberg der Herrſchaft dieſer Macht unterordnet.“

Das iſt klar, entſchieden, und es folgt auch ſogleich darauf die Kriegserklärung an Preußen, vorerſt durch den miniſteriellen Journaliſten. „Bereits in dieſem Augenblick, da Preußens traditioneller Ehrgeiz und ungemeſſene Herrſchſucht überall, im Süden wie im Weſten, geſchäftig iſt, die kleinern deutſchen Staaten zu bezwingen und zu verſchlingen, gehen die politiſchen Beſtrebungen Oeſterreichs und die Preußens ſo weit auseinander, daß das Band, welches die beiden Großſtaaten bisher mit einander verbunden hat, (hört) jeden Augenblick gewaltſam zu zerſpringen droht. Fährt Preußen auf der betretenen Bahn fort, ſo wird ein Bruch entſtehen, der unheilvollſte, von dem die deutſche Geſchichte bisher Meldung gethan hat.“

Wir verſichern den Leſern, daß bei dieſem ſtolzen Wort das patriotiſche Gefühl des Oeſterreichers ſich erhebt. Welche Macht, welche Kraft, welche Hoheit Oeſterreichs, das jetzt Italien beſiegte, in Ungarn Krieg führt und gleichzeitig dem „ehrgeizigen und herrſchſüchtigen“ Preußenkönig den Handſchuh hinwirft. Man erinnert ſich an Schillers:

Stolz will ich den Spanier,
Wenn auch der Becher überſchäumt,

und vergißt zugleich, daß man eben 2 bis 300,000 Ruſſen verſchreiben mußte, um ſich ſelbſt auf den Beinen zu halten. Und letzteres möchte der patriotiſche Oeſterreicher ſo gerne vergeſſen und die Schande ausſtreichen aus den Blättern der richtenden Staatsgeſchichte.

Preußen aber, der König, die Camarilla, das Miniſterium und die Schwarzweißen, alle mögen hieraus erſehen, in welche Sackgaſſe ſie rannten, als ſie die Volkskrone ablehnten und ſich einen Vorſitz octroyirten. Wenn Preußen nicht mit dem deutſchen Volke geht, ſo bleibt es wieder auf lange, lange Jahre der Schleppträger Oeſterreichs und das fünfte Rad am Wagen der europäiſchen Politik.

Der Lloyd hat wieder in die miniſteriellen Karten geblickt und daher ſeine Sprache, der das Project folgt, ein Nord- und ein Süddeutſchland zu ſchaffen. Mit „Selbſtverleugnung und Uneigennützigkeit“ übergibt Oeſterreich, „was es für ſich ſelbſt beanſpruchen könnte, an Baiern die wichtige Rolle, den Vorſtaat des ſüddeutſchen Bundes zu bilden.“

Das iſt nun der Kern der v. d. Pfordten'ſchen Sendung. Man blicke doch den Gedanken des öſterreichiſchen Premiers auf den Grund: 1) Oeſterreich will kein Großdeutſchland. 2) Oeſterreich duldet kein Kleindeutſchland. 3) Oeſterreich erlaubt nicht, daß Preußen Vorſtaat des engern Bundes wird. 4) Oeſterreich geſtattet zwei kleine Deutſchländer. 5) Oeſterreich ſchließt einen engen Verband mit den zwei kleinen Deutſchländern. 6) Oeſterreich bleibt drr Protector Baierns gegen das ehrgeizige und herrſchſüchtige Preußen.

Noch gar manche erbauliche Puncte wären aufzuzählen, was Alles das öſterreichiſche Miniſterium will, nachdem es in bodenloſer Verkennung der deutſchen Zuſtände die deutſche Kaiſerkrone für das Haus Habsburg verloren machte. Man droht einem Staate mit Krieg, welchem man vor 100 Jahren, trotz der Hilfe der Ungarn, das fette Schleſien abtreten mußte, während jetzt Ungarn keine Soldaten und beſonders keine fahnentreuen an Oeſterreich liefert. Man unterſtützt das von alten Kaiſerfehden nebenbuhleriſche Baiern, indem man die momentane Ohnmacht Würtembergs benützen will. Die kleinen Fürſten, welche die Reichsverſammlung in ihren Hoheitsrechten beſtätigte, werden durch Oeſterreichs monarchiſche Regierung vom Thronſchemel geſchleudert, und Deutſchland, das arme Deutſchland wird geſpalten, zerriſſen, noch mehr geſchwächt als unter dem Bundestag. Die großdeutſchen Phantaſten, welche vom Ausſtoßen Oeſterreichs fabelten, mögen reuig an ihre Bruſt klopfen. Preußens Kronräthe mögen aber knieen vor der Göttin Germania und um Vergebung flehen für die Schmach, für die Erniedrigung, für die Entweihung, die ſie ihr octroyirten.

Die Operationen der preußiſchen Rheinarmee.

Karlsruhe. 26. Juni. Wir ſind aus wohlunterrichteter Quelle in den Stand geſetzt, Mittheilung über die Ereigniſſe zu machen, welche die Operationen der Rheinarmee bisher begleitet haben, ſo wie ſie Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen in kurzem Abriß hat zuſammenſtellen laſſen:

„Die Armee, welche unter Meinem Commando beſtimmt iſt, in der Rheinpfalz und dem Großherzogthum Baden die rechtmäßige Regierung, Ordnung und Geſetz wieder herzuſtellen, ſteht nunmehr mit ihren drei Corps in der Gegend von Karlsruhe vereinigt. Dieſe Thatſache beweiſt, daß Reſultate verſchiedener Art bereits vorliegen müſſen, über welche das nachfolgende Bülletin eine ſummariſche Ueberſicht zu geben beſtimmt iſt.

Das erſte Armeecorps der bezeichneten Rheinarmee iſt unter dem General v. Hirſchfeld am 11. Juni an drei Punkten der pfälziſchen Grenze zwiſchen Kreuznach und Saarbrücken aufgeſtellt geweſen, und hat am 12. und 13. das preußiſche Gebiet verlaſſen, in der Abſicht, mit vier Colonnen, unter denen die des linken Flügels die Reichsfeſtungen Landau und Germersheim baldmöglichſt ſicher zu ſtellen beſtimmt war, concentriſch gegen Kaiſerslautern, den Sitz der ſogenannten proviſoriſchen Regierung vorzugehen. Ich für Meine Perſon hatte Mich der Colonne angeſchloſſen, welche von Kreuznach über Kirchheim-Boland und Neuſtadt dirigirt worden iſt.

Auf dreien der gewählten Straßen haben die Inſurgenten zu widerſtehen verſucht, ſind indeß überall mit leichter Mühe zurückgeworfen, ſo daß die bei Homburg, Annweiler und Kirchheim-Boland ſtattgefundenen Gefechte nur unerheblich genannt werden können. Als bedeutender allein iſt die Einnahme von Ludwigshafen anzuſehen, weil ſich an dieſelbe die durch 24 Stunden dauernde, von Mannheim aus effectuirte Beſchießung des Ortes, ſowie die daraus hervorgegangene, faſt völlige Zerſtörung einer außerordentlich ſchönen, dem Rheine zugewandten Häuſerreihe anſchließt.

Der Verluſt der Truppen iſt in dieſen Gefechten nicht bedeutend geweſen. Er würde ein weit empfindlicherer haben ſein müſſen, wenn die Inſurgenten, deren Geſammtſtärke an den verſchiedenen Puncten der Pfalz Anfangs auf circa 10,000 Mann und 8 Geſchütze angegeben worden iſt, von ihren Kräften ernſtlichen Gebrauch zu machen verſucht hätten. Das Terrain, welches namentlich die Verwendung der Cavallerie faſt gänzlich ausſchließt, begünſtigt die Defenſive vorzugsweiſe.

Ebenſo erfolglos, als mit den Waffen in der Hand, haben die Inſurgenten mit Proclamationen gegen den geſunden Sinn der Truppen anzukämpfen verſucht. Jeder Soldat hatte ſich eine beſtimmte Meinung über das verbrecheriſche Treiben der Rebellen zur Stelle mitgebracht und durch die eigene Anſchauung der Verhältniſſe nur noch mehr befeſtigt, ſo daß es allein den angeſtrengteſten Bemühungen der Officiere zuzuſchreiben iſt, wenn im Gefechte überhaupt Gefangene gemacht worden ſind.

Die proviſoriſche Regierung entwich bereits am 14. aus Kaiſerslautern nach Neuſtadt, zwei Tage ſpäter gefolgt von ihrem ſogenannten Obergeneral, dem angeblichen Polen Sznayda;, am 17. war Germersheim und Landau durch preußiſche Truppen entſetzt und deren ganzes Corps in der Umgegend dieſer beiden Orte concentrirt. Die quasi Regierung mit den Caſſen, ſowie 5000 Mann Freiſchärler mit 8 Kanonen zogen in unerreichbarer Flucht am 18. über die Brücke von Knielingen nach Baden ab.

Die zahlreichen guten Elemente des Landes traten ſchnell neben den einmarſchirenden Truppen wieder zu Tage; Maſſen gezwungener Freiſchärler waren in ihre Heimath zurückgekehrt. Der ſichtbare Empfang, welcher der ſo oft verſchrieenen preußiſchen Soldateska von der ungleich überwiegenden Majorität der Bevölkerung zu Theil geworden iſt, war freudig und von Worten des Dankes für die Befreiung von ſchlimmem und gefürch-

tetem Drucke begleitet. Wenn für den Soldaten hierin etwas Wohlthuendes und eine Anerkennung dafür liegen mußte, daß ſeine Mühe Nutzen geſchaffen habe, ſo iſt dies namentlich bei der Begrüßung mit der Beſatzung der Feſtung Landau der Fall geweſen. Mehr noch von innen durch eine unzuverläſſige Bürgerſchaft, als durch die wiederholten Angriffe der Freiſchaaren gefährdet, hatte die brave bairiſche Garniſon ſechs ſchwere Wochen zu überſtehen gehabt. Die Officiere hatten mit dem Gewehr auf der Schulter den Dienſt mit ihren Gemeinen als Poſten auf den Wällen getheilt, und Ich habe es für Meine Pflicht gehalten, dem verſammelten bairiſchen Officiercorps perſönlich auszuſprechen, wie hohe Anerkennung die Geſchichte jenes Zeitabſchnittes in der preußiſchen Armee gefunden hat.

Der erſte Theil der uns geſtellten Aufgabe war gelöſt. Die Pfalz war von Freiſchaaren geſäubert. Die bairiſchen Regierungs- und Gemeindebeamten kehrten zu ihren Functionen zurück und gleichzeitig rückte Generallieutenant Fürſt von Thurn und Taxis mit den nunmehr über den Rhein gegangenen bairiſchen Truppen in die Pfalz ein, welchem, auf ſeinen Wunſch, ein preußiſches Bataillon als Verſtärkung für Landau zurückgelaſſen wurde. Das nächſte Ziel war nunmehr die Vereinigung des erſten (Hirſchfeldſchen) Corps, mit dem am 21. am rechten Neckar ſtehenden zweiten Corps (Graf v. d. Gröben), ſowie mit dem ſchon ſeit längerer Zeit dort befindlichen dritten Corps (des Generals von Peucker).

Zu dem Ende ging das zuerſt genannte Corps mit der Beſtimmung, den Neckar und die daran aufgeſtellten feindlichen Kräfte von Süden her anzufaſſen, am 20. Juni Morgens 3 Uhr über den Rhein, machte am 21. mit ſeinem größern Theile in der Abſicht, einen bei Bruchſal annoncirten, indeß in der Wirklichkeit ſpäter nicht vorgefundenen Feind zu treffen, eine Diverſion nach dem letztern Orte, ſetzte hier die Eiſenbahn in Unthätigkeit, ſtand am 22. Abends 1½ Meilen ſüdlich von Heidelberg, nöthigte durch dieſe Stellung die noch zwiſchen ihm und dem Neckar befindlichen Inſurgenten zu ſchleunigem Rückzuge, öffnete ſolchergeſtalt die ſehr ſchwierigen Neckar-Uebergänge bei Heidelberg, Ladenburg und Mannheim, und war durch ſeine Vortruppen am 23. Morgens mit dem zweiten Corps in Heidelberg factiſch vereinigt.

Dieſe Bewegungen des erſten Corps haben indeß nur durch die wirkliche Gewalt der Waffen effectuirt werden können.

Es hat am 20. ein unbedeutendes Zuſammentreffen mit dem Feinde bei Philippsburg ſtattgefunden, in welches bei einem kühnen Reiterangriff neben dem Tode zweier ausgezeichneter Officiere die Verwundung des Prinzen Friedrich Karl fällt; am 21. aber iſt es zu einem ernſteren Gefecht bei Waghäuſel, vorwärts Philippsburg, gekommen, in welchem es der Heranziehung vier neuer und entfernter ſtehender Bataillone mit acht Geſchützen der vierten Diviſion (Generalmajor v. Brun) bedurft hat, um die zuerſt engagirte erſte Diviſion (Generalmajor v. Hannecken) gegenüber einem circa 15,000 Mann incl. 18 Kanonen ſtarken, von Microslawski befehligten Feinde in ihrer Stellung zu erhalten. Das Erſcheinen dieſer Verſtärkung hat alsdann indeß, bei theilweiſer Auflöſung mehrerer Freiſchaarenabtheilungen, den ſchnellen Abzug der Inſurgenten gegen das Gebirge nach Wiesloch und Heidelberg zur Folge gehabt. Am 22. Abend iſt, wie bereits angedeutet, nicht allein Heidelberg von denſelben geräumt, ſondern auch Mannheim, in Folge des Uebertrittes dreier daſelbſt ſtationirten badiſchen Escadronen und einer damit zuſammenhängenden Contrerevolution der Bürger, den preußiſchen Truppen friedlich übergeben geweſen.

General v. Peucker überſchritt den Neckar am 21. drei Meilen oberhalb Heidelberg bei Zwingenberg, dem Feinde in leichtem Gefechte folgend und ſich gegen Sinsheim wendend; das Gros des Generals v. d. Gröben ſtand am frühen Morgen des 23. in dem ſich nicht vertheidigenden Heidelberg.

In der ſomit ausgeführten Vereinigung der drei Armeecorps war der zweite Theil unſerer Aufgabe gelöſt. Der Feind zog durch das Gebirge gegen Süden auf Karlsruhe und Raſtatt zu. Die bis dahin gegen Norden gerichtet geweſene Direction des erſten Corps mußte ſich nunmehr demnach mit den erſten beiden andern Corps gleichfalls zu der Richtung gegen Süden vereinigen. Dieſelbe hat uns nach einem, am 24. ſtattgefundenen, nicht unbedeutenden Gefechte bei Ubſtadt, einem zweiten am 24. bei Neudorf und Bruchſal, und der gewaltſamen Wegnahme von Durlach am 25., gleichfalls geſtern in die vom Feinde verlaſſene Hauptſtadt Karlsruhe geführt. Die proviſoriſche Regierung hat ſich nach Raſtatt geflüchtet, die Behörden des Großherzogs ſind in der Reſidenz reſtituirt, und es iſt demnach unter den verſchiedenen Theilaufgaben, aus welchen unſer großer Endzweck beſteht, nach den bereits angegebenen beiden Reſultaten, nunmehr ein dritter Punkt gelöſt worden.

Die Bevölkerung der Reſidenz hat uns mit Jubel als Befreier von täglich geſteigertem Terrorismus empfangen. Die Rebellen haben den ſtarken Arm der Gerechtigkeit in unſeren Waffen kennen gelernt; alle treuen Unterthanen der Regierung werden ihre norddeutſchen Brüder als zuverläſſige Freunde erprobt finden.

Die von Hauſe aus gewonnene Anſicht, daß der Widerſtand in Baden ernſter als in der Pfalz ſein werde, hat ſich beſtätigt. Geſtützt auf die eidbrüchigen badiſchen Truppen, namentlich zahlreiche Artillerie und die umfaſſenden Vorräthe der Feſtung Raſtatt, iſt die materielle Widerſtandsfähigkeit des Feindes nur bedeutend zu nennen. Aber ſeine mannichfachen Siegesberichte haben in Folge des fortdauernden Rückzuges der eingetretenen Demoraliſation in ſeinen Reihen nicht wehren können, und mit Gottes Hilfe wird das Endziel hoffentlich nicht auf blutigeren Wegen erreicht werden, als es bisher geſchehen iſt. An der Spitze einer Armee, welche ſich fern von jeder politiſchen Verirrung durch freudige moraliſche Berufstreue, wie durch Tapferkeit und Ausdauer vor dem Feinde gleich auszeichnet, ſehe Ich vertrauensvoll in die Zukunft, und beabſichtige, unverzüglich in fortgeſetzter Operation gegen Raſtatt und den weitern Süden vorzugehen. Hauptquartier Karlsruhe, den 26. Juni 1849. Der Oberbefehlshaber der Operationsarmee am Rhein. (gez.) Prinz von Preußen.“

(Karlsr. Z.)

Deutſchland.

* **Berlin.** Die Zeitung für Norddeutſchland berichtet: Aus ſicherer Quelle geht uns folgendes Reſcript des preußiſchen Juſtizminiſteriums zu, welches an die Appellationsgerichte ergangen iſt: „Es iſt von mehreren Seiten zur Kenntniß des Juſtizminiſteriums gekommen, daß Referendarien und Auscultatoren ſich vorzugsweiſe bei politiſchen Demonſtrationen und Verſammlungen betheiligen, in denſelben aufregende Reden halten und weſentlich dazu beitragen, eine der königlichen Regierung feindſelige Geſinnung zu unterhalten. Ein ſolches Betragen widerſtrebt eben ſo ſehr ihren Verhältniſſen, welche dieſelben zur gründlichen Vorbereitung für ihren künftigen Beruf und zur gewiſſenhaften Benutzung ihrer Zeit für dieſen Zweck auffordern, als den beſonderen Pflichten, welche ihnen als angehenden Staatsdienern obliegen. Das Präſidium des königlichen Appellationsgerichts wird daher veranlaßt, auf ſolche Referendarien und Auscultatoren ein beſonderes Augenmerk zu richten und wenn ernſtliche Ermahnungen nicht von Erfolg geweſen ſind, unnachſichtlich deren Entlaſſung aus dem Juſtizdienſte nach Vorſchrift des §. 60 des Geſetzes vom 29. März 1844 (Geſetzſammlung Seite 89) herbeizuführen. Berlin, den 8. Juni 1849. Der Juſtizminiſter Simons.“

Aachen, 26. Juni. In den Pariſer Blättern treibt ſich der Brief eines angeblichen deutſchen Abgeordneten umher, in welchem die Franzoſen vor den Gefahren gewarnt werden, welche ihnen durch die Intervention Preußens in dem weſtlichen Deutſchland drohen. Nach den bekannten Redensarten, daß, ſobald Rußland mit Ungarn fertig ſei, die nordiſchen Mächte gegen Frankreich ziehen würden, wird auch angeführt, daß Preußen, ſobald die Ordnung in Baden hergeſtellt ſei, ſich Neuenburg wieder holen werde. Das würde keine Bedeutung haben, wenn nicht ein ähnliches Gerücht auch in der Neuen Preußiſchen Zeitung auftauchte: Sobald Preußen in Baden den Aufſtand beſiegt und bis in den Süden vorgedrungen ſei, werde es auch einen Abſtecher nach der Schweiz machen. Es iſt zu hoffen, daß man eine ſolche Dummheit nicht begehen werde. Es iſt ſehr wahrſcheinlich, daß eine Partei in Neuenburg das Geſchehene wieder ungeſchehen machen und zu Preußen zurückkehren möchte, aber was geht das Preußen an? Auch iſt es ſchwerlich Sympathie für Preußen oder Deutſchland, von welcher jene Partei beſeelt iſt, denn es iſt nicht abzuſehen, woher ſie kommen ſollte, da, was politiſche Inſtitutionen betrifft, Neuenburg auch unter preußiſcher Oberhoheit, dennoch

den Weg nach der Schweiz verfolgen muß und am Ende die ſchweizer Freiheit hinter der preußiſchen nicht zurückſteht. In Neuenburg will nur der Kaufmannsſtand preußiſch ſein, weil er ein Intereſſe dabei hat, weil Preußen ſeinen Waaren den Zollverein geöffnet hatte. Das preußiſche Volk hat aber nicht das geringſte Intereſſe daran, den Titel ſeines Monarchen um den eines Fürſten von Neuenburg vermehrt zu ſehen und dafür eine anſtändige Summe zu zahlen. Denn jener Canton war und kann ihm nie etwas anders ſein, als ein unnützer Poſten in ſeinem Ausgabebudget. Der Gedanke, ſich wieder mit Gewalt in das freiwillig Aufgegebene zu ſetzen, kann nur denen beikommen, welche das verfloſſene Jahr bis auf den letzten Buchſtaben vernichten und um jeden Preis die Zuſtände vor dem März zurückführen wollen. Neuenburg iſt von Preußen aufgegeben worden, und nicht der Canton, ſondern Preußen iſt dadurch eine Verlegenheit losgeworden, die es ſchon mehr als einmal in Verwicklungen zu ſtürzen drohte, die ihm ganz fremd bleiben mußten. Der Beſitz Neuenburgs, trotz ſeiner inneren Verbindung mit der Schweiz, war eine widerſinnige Einrichtung, welche Preußen nöthigte, ſich in die fremdeſten Zänkereien zu miſchen, ohne ſeine Intervention durch ſeine materielle Macht unterſtützen zu können. Für den Verſuch, die ſchlechte Poſition mit Gewalt wieder zu gewinnen, würde die Nation keinen Dank wiſſen. Die Regierung wird ſich aber beſinnen, ehe ſie der Reaction ſo weit nachgibt; denn dafür Frankreich und die Schweiz zu reizen, das wäre der Verblendung zu viel. (Aach. Z.)

Oggersheim, 20. Juni. Aus dem baieriſchen Hauptquartier zu Oggersheim enthält das Bamberger Tageblatt folgende Mittheilung: Ueber Dieburg, Großgerau und Guntersblum naheten wir dem Rheine, den wir in 4 Colonnen, und zwar 3 bei Oppenheim und eine bei Gernsheim, paſſiren ſollten. Allenthalben ſtimmten die Ausſagen der Einwohner darin überein, daß wir ſicher längſtens jenſeits Worms auf die Maſſen der Aufſtändiſchen ſtoßen und mit ihnen einen harten Kampf zu beſtehen haben würden. Die Colonne, bei welcher das Hauptquartier und ich mich befand, paſſirte auf fliegenden Brücken am 16ten den Rhein und rückte ohne Hinderniſſe in Oppenheim ein. Hier traf uns die Hiobspoſt des für die Heſſen und Mecklenburger unglücklichen Gefechtes bei Ladenburg, in Folge deſſen wir am folgenden Tage nach Worms vorrückten, um hier die übrigen 3 Colonnen zu erwarten. Am 19. überſchritt das 12,000 Mann ſtarke baieriſche Truppencorps die Landesgrenze; allein von bewaffneten Freiſchaaren war keine Spur zu finden, alle hatten ſchon bei dem einige Tage zuvor erfolgten Einmarſche der Preußen, trotz aller vorausgegangenen Großſprechereien, höchſt ſchmachvoll die Flucht ergriffen, und nur bei der Wegnahme von Ludwigshafen erwiderten ſie einige Zeit das Feuer, das den Truppen 3 todte Kanoniere und einige verwundete Soldaten koſtete. Die Mehrzahl der feigen Abenteurer ging über den Rhein nach Baden. Ich übernahm 28 bei Ludwigshafen gefangene Inſurgenten, darunter 4 übergegangene Soldaten des 6. Infanterieregiments; mit Ausnahme dieſer letzteren beſtanden faſt Alle aus unreifen 17—24 Jahre alten Individuen, die eher Mitleid als Abſcheu erregten; einige ältere, wahre Galgengeſichter, trugen ihre Biographie in ihren verwilderten Zügen. Vier derſelben waren gefährlich verwundet, und unter Winſeln und Jammergeſchrei verfluchten ſie ihre Verführer. Nur allein aus Frankenthal und Umgegend übernahm ich 3 Kanonen, 498 Gewehre und Büchſen, 145 Säbel und Hirſchfänger, 107 Piſtolen, viele Senſen, Morgenſterne und andere Nothwaffen. An den Orten, welche wir durchzogen, hatten die Einwohner ſchnell die umgehauenen blau-weißen Stöcke und Tafeln wieder aufgerichtet, den vor einigen Wochen rothgefärbten Tafeln an den Staatsgebäuden ihre urſprüngliche Farbe wiedergegeben, und von allen Thürmen und Dächern wehte die bisher ſo viel verſchmähte blau-weiße Fahne.

△ **Wiesbaden**, 28. Juni. Die Regierung ſchreitet mit ihren Dienſtentſetzungen weiter vor; nach heute ausgegebener amtlicher Anzeige ſind vier Lehrer, zwei Real- und zwei Elementarlehrer, welche ſich als Wühler beſonders hervorgethan hatten, von ihren Stellen entfernt worden. Man glaubt, daß auch der geiſtliche Stand nicht verſchont bleiben werde. Der vor Kurzem wegen ſeiner Betheiligung an der Idſteiner Demokratenverſammlung und dem dort eingeſetzten Landesausſchuß, über welchen das hieſige Criminalgericht bereits eine Unterſuchung eingeleitet hat, in Ruheſtand verſetzte Hofgerichtspräſident und Landesabgeordnete Rath hat in der Freien Zeitung eine Rechtsverwahrung gegen den Verſuch, ihn von ſeiner Stelle zu entfernen, erſcheinen laſſen und erklärt, daß er noch in dem wirklichen Beſitze ſeiner Stelle ſei und zur ſchleunigſten Erlangung des Schutzes in dieſem Beſitze im Rechtswege die Hülfe der Gerichte anrufen werde. In dem Beweiſe, daß er, als dem Richterſtande angehörig, nicht in Ruheſtand verſetzt werden könne, iſt er, wie mir ſcheint, nicht ſehr glücklich geweſen; er ſchneidet ſich die Grundrechte zurecht, wie er ſie eben braucht. Die Stimmung iſt hier und im größten Theil unſeres Landes ruhig; nur in dem nördlichſten Theile Naſſau's ſoll das Landvolk noch ſehr aufgeregt ſein, was ſich daraus erklärt, daß dieſer Landestheil noch in der letzten Zeit durchwühlt ward und ſolcher Aufregung noch nicht müde geworden iſt.

Vor Fridericia, 20. Juni. Die Beſchießung Fridericia's dauert fort und iſt, wie anfangs, auch jetzt ziemlich zwecklos; eine eigentliche Belagerung kann es wohl kaum genannt werden, weil, wie von competenter Seite behauptet wird, wir nicht genügendes Geſchütz haben und namentlich nicht ſo viel und nicht ſo ſchweres als wie die Dänen. Verſuche, unſere Batterien der Feſtung näher zu legen, ſind geſcheitert. Die Batterie Chriſtianſen iſt demontirt; es war die, welche der Feſtung am nächſten lag. Fridericia beſteht aus einer eigentlichen Feſtung, welche etwas in den Belt hineinliegt und mit Waſſer umgeben iſt; aus der weitläuftig gebauten Stadt ſelbſt, die ſo weitläuftig gebaut iſt, daß zwiſchen je zwei Häuſern ein freier Raum ſich befindet; dieſe iſt mit Erdwällen umſchloſſen, die eine ziemliche Höhe beſitzen und doppelt ſein ſollen, zwiſchen dem innern und äußern Wall ſoll der Graben mit Waſſer angefüllt ſein; vor den Feſtungswerken fließt eine kleine Aue, welche die Dänen abgedämmt haben, ſo daß eine ziemliche Strecke das Land unter Waſſer geſtellt iſt; auf den Wällen und in der Stadt haben die Dänen 4 Cavalliere erbaut, welche mit grobem Geſchütz bepflanzt ſind. (Cavalliere ſind eine Art hoher Schanzen.) Auf Fühnen, ſüdöſtlich von Fridericia, liegen däniſche Schanzen bei dem Dorfe Striib; im kleinen Belte ſieht man beſtändig einige Kanonenböte ꝛc. ꝛc. liegen, das iſt die Hauptbefeſtigung der Dänen. Das Terrain vor Fridericia iſt an der ſüdweſtlichen Seite wellenförmig, die Thäler ſehr ſumpfig, an der nördlichen Seite mehr plan, aber ebenfalls ſumpfig; unſere Befeſtigungswerke beſtehen aus 4 Schanzen, die mit Geſchütz vom ſtärkſten Kaliber beſetzt ſind, drei davon liegen Fridericia gegenüber, die eine, die oben erwähnte Batterie Chriſtianſen, auf 500 Schritt von den Wällen Fridericia's, die andern beiden circa 1200 Schritt entfernt; unſere vierte Schanze liegt dem Dorfe Striib gegenüber und in einer kleinen Hölzung, durch deren Schutz die Anlegung derſelben den Dänen verborgen blieb. Letztere beſtreicht auch den kleinen Belt, wodurch, in Verbindung mit der ſüdlichen Schanze, den Dänen das Ueberſetzen nach Fühnen auf der ſüdöſtlichen Seite erſchwert wird. Hinter dieſen Hauptſchanzen ſind unſere Lager. Unſere Vorpoſten ſtehen noch vor den Hauptſchanzen, denen die Dänen oft auf 50 bis 100 Schritte nahen, und trinken ſich beim Ablöſen nicht ſelten aus ihren Feldflaſchen zu. So ſtehen die Sachen ſchon ſeit 3 Wochen, und während wir nichts unternehmen können, verſchanzen ſich die Dänen immer mehr, von und nach Fühnen gehen immer Truppen, ohne daß wir es hindern können; der einzige effective Nutzen, den wir hier errungen haben, iſt, wenn überhaupt einer, daß die Hälfte Fridericia's niedergebrannt iſt. Oft wohne ich dem Artilleriekampfe bei und finde ihn in der Wirklichkeit nie ſo arg, als ich mir früher einbildete. Indeß iſt derſelbe jedenfalls ein ſehr koſtbarer; noch neulich wurden von beiden Seiten gegen 500 bis 600 Schüſſe gewechſelt, wovon der Schuß durchſchnittlich 15 Thaler koſtete, dieſem Kampfe wohnte ich ſelbſt, freilich ziemlich außer Schußweite, bei und wunderte mich, daß das Reſultat nur 1 Verwundeter und nicht einmal eine demontirte Kanone war. Alles langweilt ſich hier und ich ſelbſt mit; auch iſt die Witterung in der letzten Zeit ſehr unangenehm. Unſere Verpflegung beſteht faſt nur in gekochtem Rindfleiſch und Graupen, und iſt ſonach kein Wunder, wenn viele Erkrankungen vorkommen. (N. f. Pr.)

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann**'ſchen Buchhandlung in Leipzig. — Druck von H. L. **Brönner** in Frankfurt a. M.

Alle Poſtämter nehmen Beſtellungen auf dieſe Zeitung an. Für England die: HH. Williams & Norgate 14 Henrietta Street, Coventgarden in London. Für Frankreich, Spanien, Portugal und überſeeiſche Länder wende man ſich an G. A. Alexandre in Straßburg Nr. 28 Brandgaſſe, Paris Nr. 23 Notre Dame de Nazareth.

Deutſche Zeitung.

Der Preis beträgt in Frankfurt vierteljährlich 3 fl., in Preußen 2 Thlr. 7 Sgr., in Sachſen 2½ Thaler. Nach auswärts iſt die Zeitung nur zu beziehen durch die Fürſtl. Thurn- u. Tax. O.P.A. Zeit.-Expedition. Für Anzeigen wird der Raum einer dreiſpaltigen Petitzeile mit 7 kr. (2 Sgr.) berechnet.

№ 178. Frankfurt a. M., Samſtag 30. Juni. 1849.

Die Deutſche Zeitung, unter Mitwirkung von Gervinus, Dahlmann und den angeſehenſten Mitgliedern der Centren der Nationalverſammlung, redigirt von Heinrich Kruſe, erſcheint täglich, das Hauptblatt des Morgens, die beiden Beilagen des Nachmittags.

Preis: im Gebiete der Thurn- und Taxis'ſchen Poſt vierteljährlich drei Gulden; in Preußen 2 Thaler, 7 Sgr.; in Sachſen 2½ Thaler. Beſtellungen für das Vierteljahr vom 1. Juli bis 1. October werden möglichſt frühzeitig erbeten.

Die Zeitung wird jetzt täglich zweimal verſandt und für ſchleunigſte Mittheilung aller Nachrichten Sorge getragen. In Frankfurt abonnirt man bei der Expedition der Deutſchen Zeitung, Buchgaſſe im Brönner'ſchen Hauſe.

Ueberſicht.

Die letzten Ereigniſſe in Frankreich.

Deutſchland. Frankfurt (Abreiſe des Erzherzog Reichsverweſers. Verfaſſungseid der öſterreichiſchen Garniſon. Die Auflöſung der Reichsverſammlung). Berlin (R. v. Auerswald. Die Verhandlungen mit Hrn. v. d. Pfordten. Hr. v. Meyendorff. Inſtructionen für den Prinzen von Preußen. Politiſcher Proceß. Henriette Sonntag. Hr. v. d. Pfordten und Hr. v. Radowitz). Breslau (Die ſchleſiſchen Conſtitutionellen und der Gothaer Congreß. Miniſterielle Aeußerung über letzteren. Preußiſche Ueberläufer nach Ungarn. Das preußiſche Obſervationscorps). Köln (Cholera. Die Rheiniſche Volkshalle. Entwaffnung der Bürgerwehr in Mülheim. Kinkel für die Neue Bonner Zeitung). Nürnberg (Gedrückte Stimmung. Soldatenexceſſe. Die Verhaftungen). Stuttgart (Die Auflöſung des Parlaments. Das Wahlgeſetz. Einfall der ſchwäbiſchen Legion). Hannover (Sachſen und Hannover und der Berliner Verfaſſungsentwurf). Karlsruhe (Die Grenzbeſetzung von Seiten Frankreichs und der Schweiz. Aufforderung an die badiſchen Truppen. General Sznayde von ſeinen Truppen erſchoſſen). Rippoldsau (Verſprengte Freiſchärler). Darmſtadt (Der Großherzog von Baden. Miniſterialrath Eigenbrodt nach Berlin). Gießen (Profeſſor Fleck †). Gotha (Verzeichniß der Mitglieder der Abgeordnetenverſammlung). Schleswig (Die Landesverſammlung. Die Friedensverhandlungen. Die Neue Preußiſche Zeitung).

Großbritannien. London (Parlamentsverhandlungen. Die Lords verwerfen die Judenemanzipationsbill. Die Cholera in Mancheſter. Päpſtliche Beiſteuer für Irland. Henriette Sonntag).

Frankreich. Paris (Interpellationen über die innere Politik. Der Hafen von Ankona in Belagerungszuſtand. Die römiſche Frage. Die Schattenſeite der Repräſentation).

Oeſterreichiſche Monarchie. Tarnow (Der Kaiſer von Rußland).

Schweiz. Bern (Ungariſche und Neapolitaniſche Abgeſandte. Der Bundesrath und die Neapolitaniſche Regierung).

Niederland. Rotterdam (Die Herzogin von Orleans durchpaſſirt).

Dänemark. Kopenhagen (Die Friedensunterhandlungen. Abſperrung gegen die Cholera).

Ungarn. (Kriegspläne von kaiſerlicher und magyariſcher Seite. Der Zuſtand Peterwardeins. Das Puchner'ſche Corps).

Amerika. Vereinigte Staaten (Erkrankung Polk's. Die Cholera in New-York. Die Waſſernoth in New-Orleans. Kaliforniſches Gold). Canada (Einſtweilen Ruhe. Gerüchte). Domingo (Bürgerkrieg zwiſchen dem Präſidenten Jimenes und dem über den Präſidenten Soulouque ſiegreichen Expräſidenten Santana). Venezuela (Monagas und Paez). Buenos-Ayres (Vertrag mit Frankreich. Waffenſtillſtand).

29. Juni.

Die Nationalverſammlung in Paris war am 16. April mit den harmloſeſten Dingen beſchäftigt, als Odilon Barrot ſich das Wort erbat, einen Geſetzvorſchlag vorzulegen, welcher der Regierung einen Credit von 1,200,000 Frcs. zur Ausrüſtung und dreimonatlichen Erhaltung eines Expeditionscorps nach den römiſchen Staaten bewilligen ſollte. Ein Ausſchuß ward niedergeſetzt, vor dem das Miniſterium Auskunft über die Zwecke dieſer Unternehmung geben ſollte, und noch in derſelben Nacht Bericht erfordert. Die Erklärungen Odilon Barrot's vor dem Ausſchuß liefen darauf hinaus, daß es weder Freundſchaft für den Papſt noch Feindſchaft gegen die römiſche Republik ſei, was die Regierung zu der Einmiſchung in die römiſchen Angelegenheiten treibe, ſondern daß man nur nicht Oeſterreich, deſſen Truppen bereits in Bologna und Ferrara ſtünden, allein den Papſt wieder einſetzen laſſen wolle. Der Ausſchuß ſchwankte zwiſchen befriedigtem Nationalgefühl und verletzter Freiheitsliebe; er beſchloß zuletzt, dem Miniſterium freie Hand zu laſſen. In der Verſammlung wiederholte ſich derſelbe Auftritt. Odilon Barrot erklärte, der Sturz der gegenwärtigen Regierung in Rom ſei doch einmal unvermeidlich, er wolle nur, daß ein Ereigniß, welches Frankreich weder herbeigeführt habe, noch verhindern könne (die Rückkehr des Papſtes), nicht vor ſich gehe, ohne daß Frankreichs Einfluß dabei gewahrt werde. Er verſprach zugleich, daß keine Feindſeligkeit gegen die Römer ausgeübt und daß die Freiheiten derſelben bei der Rückkehr des Papſtes geſichert werden ſollten. Vergebens rief Ledru-Rollin die republikaniſchen Sympathien wach, vergebens wies er unwiderleglich nach, daß Frankreichs Einfluß bei der Rückkehr des Papſtes aufrechterhalten, dieſe Rückkehr eben unterſtützen und alſo die Freiheit der Römer bekämpfen heiße, daß dem ebenſo die Verfaſſung wie der Beſchluß vom 21. Mai entgegenſtehe. Lamoriciere's Aufruf an die Eitelkeit wirkte mächtiger. Die kriegeriſche Ehre Frankreichs ſchien befleckt, wenn Oeſterreich Roms Geſchicke beſtimmte. Und ſo bewilligte die Verſammlung den Credit, herzlich froh, daß ihr keine entſchiedene Erklärung über den Zweck der Unternehmung und die bei möglichen Verwicklungen zu befolgende Politik abgefordert wurde.

Das Miniſterium ließ die erſte Abtheilung des Expeditionscorps, etwa 10,000 Mann, ſogleich unter Segel gehen, damit man vor den Oeſterreichern in Rom wäre. Einen Widerſtand der Römer rechnete man gar nicht unter die Möglichkeiten. Oudinot, der Oberbefehlshaber, erhielt den Auftrag, zwar Unterhandlungen mit der gegenwärtigen Regierung von Rom anzuknüpfen, aber ſorgfältig jeden Anſchein einer amtlichen Anerkennung derſelben zu vermeiden. Proteſtire ſie bei ſeiner Landung in Civitavecchia, ſo ſolle er ſich nicht daran kehren; ſeine Annäherung an Rom werde den Ehrenmännern daſelbſt Muth machen, ſchon ſelbſt die Regierung zu ſtürzen. Aber das Undenkbare geſchah, und noch mehr, der Widerſtand wurde mit Erfolg geleiſtet. Mehrere Tage ſuchte das franzöſiſche Miniſterium die Hiobspoſt geheim zu halten; endlich ging es nicht länger; der Sturm mußte ausgehalten werden. Am 7. Mai erfolgten die Interpellationen. Jules Favre, der Parteigänger der Linken, überſchüttete das Miniſterium mit Vorwürfen. Den Oeſterreichern das Gegengewicht zu halten, ſei das Corps nach Italien geſchickt worden; wie es ſich damit reime, daß es die Römer bekämpfe? Ein neuer Ausſchuß wurde niedergeſetzt: er erklärte geradezu, die Inſtructionen Oudinot's ſeien mit den vom Miniſterium der Verſammlung gegebenen Verſicherungen im Widerſpruche, und die der Expedition gegebene Wendung widerſpreche den Abſichten der Verſammlung. Trotz den Einreden Odilon Barrot's beſchloß die Verſammlung, das Mini-

ſterium aufzufordern: „die Expedition auf das Ziel, von dem ſie abgeleitet worden, wieder zurückzuführen."

Das Verhalten der Nationalverſammlung erklärt ſich mehr aus pſychologiſchen als aus politiſchen Gründen. In der Ausſicht einer glänzenden Waffenthat hatte ſie eine Verletzung ihrer Grundſätze gutgeheißen. Als die Unternehmung mißglückt war, kehrte ſie ihre Grundſätze wieder vor, und wollte alle Schuld von ſich abwälzen. So machte ſie ſich einer gleichen Zweizüngigkeit wie das Miniſterium ſchuldig. Selbſt am 8. Mai erklärte die Verſammlung noch nicht geradezu, welche Politik ſie befolgt haben wollte. Sie ſprach nicht die Rückberufung der Truppen aus, wollte vielmehr die Unternehmung zum Ziel geführt haben. Das Nächſte aber, mochte nun das „Ziel" ſein, welches es wollte, mußte dann doch ſein, Rom in ſeine Hände zu bekommen; und wie ſollte dies ohne Gewalt geſchehen, wenn die Römer nur der Gewalt weichen wollten? Oudinot war freilich etwas rückſichtslos verfahren, und ſo dachte Odilon Barrot, ihm einſtweilen noch einen Diplomaten zur Vermittlung beizugeben. Denn Etwas mußte er auf das Votum der Nationalverſammlung thun, und die definitive Beſtimmung der einzuhaltenden Politik wollte er der neuzuſammentretenden Nationalverſammlung vorbehalten. Schon in fünf Tagen waren die Wahlen und in zwanzig trat ſie zuſammen. Er gab Herrn v. Leſſeps, den er nach Rom ſchickte, im Sinne dieſer Politik völlig nichtsſagende Verhaltungsregeln. „Um Ihnen genauere Verhaltungsbefehle zu geben, heißt es darin, müßte man wiſſen, was ſich ſeit einigen Tagen in den römiſchen Staaten zugetragen hat. Ihre geſunde und aufgeklärte Urtheilskraft wird Sie nach den Umſtänden leiten." Gleichzeitig ſchickte aber die Regierung einen Adjutanten an den General Oudinot mit der Weiſung, daß an ſeinen Verhaltungsbefehlen nichts geändert ſei. Und der Präſident der Republik veröffentlichte ſogar ein Schreiben an Oudinot, worin er das Verfahren deſſelben belobte und ihm ſeine Unterſtützung zuſagte.

Als Leſſeps mit ſeinen unbeſtimmten Verhaltungsbefehlen in das Lager Oudinot's kam, machte ſich der Widerſpruch zwiſchen der Auslegung, die er ihnen im Sinne der Mehrheit der Nationalverſammlung gab, und denen Oudinots ſogleich geltend. Leſſeps wollte nur auf dem Wege der Unterhandlungen vorſchreiten. Oudinot ſchien die Römer wie Rebellen zu betrachten, und willigte kaum in die Ausſetzung der Feindſeligkeiten, bis ein letzter Ausgleichungsverſuch gemacht worden wäre. Am 29. Mai übergab Leſſeps dem römiſchen Triumvirat das Ultimatum. Die römiſche Nationalverſammlung verwarf es, reichte aber innerhalb der ihr geſtellten Friſt ihrerſeits Vorſchläge zu einem Vergleich ein. Jetzt erfolgte der bekannte Auftritt mit Oudinot. Oudinot weigerte ſich, von dieſen Vorſchlägen auch nur Kenntniß zu nehmen, Leſſeps beſtand darauf, ſie zu verleſen; es kam zu Vorwürfen, Beleidigungen, zur Androhung von Thätlichkeiten, wenn nicht zu etwas noch Schlimmerem; Leſſeps verließ das Zelt Oudinot's unter der Drohung des Letzteren, daß noch in derſelben Nacht (des 30. Mai) Rom angegriffen werden ſollte. Die Drohung wurde theilweiſe ausgeführt, der Monte Mincio von den Franzoſen beſetzt. Leſſeps brach nun jede Gemeinſchaft mit Oudinot ab, und ſchloß auf eigne Hand am 31. Mai einen Vertrag mit dem römiſchen Triumvirat ab, wonach Rom ſich allerdings in die Hände der Franzoſen gab, dieſe aber dagegen die Vertheidigung des Gebietes gegen die Oeſterreicher übernahmen. Als Oudinot Mittheilung dieſes Vertrages vom Triumvirat erhielt, erklärte er, denſelben als nicht vorhanden zu betrachten.

Unterdeſſen waren in Frankreich die Wahlen zur neuen Nationalverſammlung vor ſich gegangen; die Mehrheit gehörte entſchieden der Rechten an, von der eine der römiſchen Republik geradezu feindliche Handlungsweiſe offenbar nicht gemißbilligt werden würde. Odilon Barrot glaubte alſo jetzt von ſeiner temporiſirenden Politik abſtehen zu können; er ſchickte zugleich Oudinot den Befehl zur Wiederaufnahme der Feindſeligkeiten, und Leſſeps den Befehl zur Rückkehr, „weil Leſſeps den Sinn ſeiner Verhaltungsbefehle verletzt habe", und wies die Directoren der Telegraphen an, keine Depeſchen von Leſſeps zu befördern, damit die Nachricht von einem in der Zwiſchenzeit etwa abgeſchloſſenen Vergleich nicht eher nach Paris komme, als bis die Eroberung Roms ein fait accompli ſei. Leſſeps erhielt ſein Abberufungsſchreiben am 1. Juni; er kam am 6. in Paris an. Das Verfahren der Regierung gegen ihn hatte ihn auf das höchſte erbittert: ſie hatte ihm nicht blos ein öffentliches demonti gegeben, ſie hatte auch das Gerücht verbreitet, er ſei wahnſinnig geworden! Er erklärte ſogleich ſeinen Austritt aus dem Staatsdienſt und veröffentlichte ſeine mit dem Miniſter gepflogene Correſpondenz.

Die Aufregung, welche dieſe Vorfälle ſchon von ſelbſt in Paris hervorbringen mußten, wurde durch die demokratiſchen Journale noch künſtlich geſteigert. Dabei kam immer nicht die Nachricht von dem Falle Roms, vielmehr erfuhr man ſtets nur von neuen Verluſten der Franzoſen, und zu dem Zorn über die Treuloſigkeit der Regierung geſellte ſich die Wuth über die Befleckung der franzöſiſchen Waffenehre. In der Sitzung vom 11. Juni erhob Ledru Rollin die förmliche Anklage gegen den Präſidenten und das Miniſterium. Er beſchuldigte ſie, gegen den Willen der Nationalverſammlung Rom angegriffen und alſo die Verfaſſung verletzt zu haben, denn die Verfaſſung verbietet der Regierung, einen Krieg ohne Einwilligung der Volksvertreter zu beginnen; er gelobte in ſeinem und ſeiner Freunde Namen, die Verfaſſung auf jede Weiſe, ſelbſt mit den Waffen in der Hand aufrecht zu erhalten. Am 12. wurde die Anklage gegen die Regierung in der Nationalverſammlung verhandelt, und wie zu erwarten war, mit großer Mehrheit verworfen. Um $\frac{1}{2}$10 Uhr des Abends wurde das Ergebniß verkündet, und am folgenden Morgen erſchien das verſprochene Zeichen; der Berg erließ eine neue Proclamation, in der er die Regierung und die Mehrheit der Nat.-Verſ. einer monarchiſchen Verſchwörung beſchuldigt, und die Soldaten und Nationalgarden auffordert, ſich für die Verfaſſung zu erheben. Die Läden ſchloſſen ſich, die Straßen wurden verlaſſen: man erwartete den Ausbruch des Kampfes. Die Regierung hatte aber Zeit gehabt, die ausgedehnteſten Vorſichtsmaßregeln zu ergreifen; die ganze Nationalgarde mit Ausnahme eines kleinen Theils der Artillerie erklärte ſich für ſie. Alle Puncte der Stadt waren beſetzt; jeder Widerſtand gegen die Truppen wurde gleich im Beginn erdrückt. Es war von Seiten der Bergpartei vorbereitet worden, in großem Zuge vor die Nationalverſammlung zu ziehen und die Revolution mit dieſer Demonſtration zu eröffnen; der Zug wurde aber, ehe er ſich noch recht gebildet hatte, zerſtreut. Die Anführer hatten ſich mit Hilfe einiger Artilleriſten von der Nationalgarde Eingang in das conservatoire aux arts et métiers verſchafft und ſich hier als Convent conſtituirt; auch hier zwangen die Truppen ſie bald zur Flucht. Es gelang ſogar mehrere Abgeordneten feſtzunehmen. Inzwiſchen hatte der Präſident der Nationalverſammlung dieſelbe zu einer Sitzung berufen und das Miniſterium, welches Paris in den Belagerungszuſtand erklären wollte, holte die Genehmigung der Verſammlung dazu ein. Die Verſammlung erklärte ſich außerdem für permanent bis zur vollkommenen Herſtellung der Ruhe. Die Einleitung der Unterſuchung gegen die verhafteten Abgeordneten wurde genehmigt und die Verfolgung der geflüchteten Häupter der Bergpartei, Ledru Rollin, Conſiderant, Boichot, Rattier angeordnet. Die Revolution war vollſtändig geſcheitert!

Dabei iſt unzweifelhaft, daß die Mehrheit des franzöſiſchen Volkes der Politik des Miniſteriums entgegen iſt. Denn das Miniſterium hat jedenfalls gegen die Abſichten der früheren Nationalverſammlung gehandelt, wenn es vielleicht auch keine formelle Verfaſſungsverletzung begangen hat. Daß ſich dennoch die Nationalgarde für die Regierung erklärt hat, liegt darin, daß ſie ſich wohl bewußt iſt, daß es der revolutionären Partei viel weniger um Aufrechthaltung der beſtehenden Verfaſſung, als um die Einrichtung der Republik nach ihrem Sinn zu thun iſt; daß ihr die Freiheit der Italiener nicht Zweck, ſondern nur Vorwand iſt. Die Regierung täuſcht ſich deßhalb, wenn ſie in dem Scheitern der Revolution einen Sieg ihrer Grundſätze ſieht, und mit Beſchränkungen der Freiheit jetzt ohne Rückhalt vorgehen zu können meint. Sie hat die Aufhebung des Vereinsrechts durch die Nationalverſammlung beſchließen laſſen, ſie hat durch Verbot einiger Zeitungen, durch Bedrohung anderer, eine förmliche Cenſur eingeführt. Solche Maßregeln ſind weniger geeignet, ſie zu ſtärken, als ſie zu ſtürzen. Bereits ſpaltet ſich die Mehrheit der Nationalverſammlung: diejenigen Gemäßigten, welche die Ordnung nicht auf Koſten der Freiheit erhalten wollen, haben ſich unter der Leitung Lamoriciere's zu einem beſonderen Club, dem Cercle constitutionel zuſammengethan; ſie ſind entſchloſſen, keine Verletzungen der Verfaſſung zu dulden. Im Miniſterium vertritt dieſe Geſinnung Dufaure und Tocqueville; ſie haben nur ungern zu den letzten Maßregeln ihre Zuſtimmung gegeben.

Die Partei der honetten Republikaner iſt in Frankreich noch immer ſtark genug, um den Legitimiſten und Socialiſten das Ge-

gengewicht zu halten und ſolange der Frieden Europas aufrecht erhalten bleibt, iſt der Beſtand der franzöſiſchen Republik geſichert. Möge man in Frankreich wie in Deutſchland der Sache der wieder hergeſtellten Ordnung nicht dadurch ſchaden, daß man die Maßregeln zu ihrer Erhaltung überſpannt!

Deutſchland.

Frankfurt, 29. Juni. Se. kaiſerl. Hoheit der Erzherzog Reichsverweſer wird morgen Mittag zur Kräftigung ſeiner Geſundheit auf 6 Wochen in das Bad Gaſtein verreiſen; Generalmajor Jochmus, Reichsminiſter der auswärtigen Angelegenheiten, wird ihn dahin begleiten und in ſeiner Umgebung bleiben, ſodaß die laufenden Geſchäfte keine Unterbrechung zu erleiden haben.*) (Frankf. J.)

Υ **Frankfurt**, 29. Juni. Heute morgen iſt die geſammte öſterreichiſche Garniſon, ſo weit ſie nicht im Wachdienſte beſchäftigt war, in großer Parade, die Helme und Czakos mit grünem Eichenlaub geſchmückt, ausgerückt, um dem Kaiſer Franz Joſeph zu ſchwören. Die Feierlichkeit, welche aus unbekannten Gründen, obwohl die Thronbeſteigung des neuen Kaiſers ſchon manchen Monat alt iſt, bis hierher verſchoben war, fand auf dem gewöhnlichen Exercierplatze am Grindbrunnen, unterhalb der Eiſenbahnbrücke, ſtatt. Die Truppen bildeten ein Quarré, von welchem die Mannſchaften der beiden Infanteriebataillone die beiden vorderen, die Geſchütze und Reiterei die beiden anderen Seiten einnahmen. Nach einer Anſprache des zu Pferde in der Mitte haltenden Commandeurs, die ohne Zweifel ſehr ſchön, für das Publikum aber völlig verloren war, weil ſie unglücklicherweiſe in böhmiſcher Sprache gehalten wurde, aus welcher nur das öfters mit vielem Nachdruck betonte Wort Slava herausklang, erfolgte mit entblößtem Haupte und erhobener Rechten die Eidesabnahme. Der Eid wurde, erſt deutſch, dann böhmiſch, wort- und ſatzweiſe vorgeſprochen, dann von der geſammten Mannſchaft ebenſo nachgeſprochen. Die ſehr lange Formel enthielt unter andern ſehr gewiſſenhaft den vollſtändigen Titel des öſterreichiſchen Kaiſers und verpflichtete die Soldaten, „dem Kaiſer und ſeinen Generalen, ihren Officieren und Vorgeſetzten treu und gehorſam zu ſein bei Tage und bei Nacht, zu Lande und zu Waſſer, in Schlachten und in Stürmen, mit einem Worte zu jeder Zeit, an jedem Orte und bei allen Gelegenheiten gegen jeden Feind, wer es auch ſei", außerdem aber, freilich nur in vier Worten, „die Verfaſſung zu wahren". Ein Parademarſch ſchloß die Feierlichkeit, die ganz en famille abgehalten wurde: es waren höchſtens einige Dutzend zufälliger Zuſchauer da und kein einziger fremder Officier. Auch der Erzherzog Reichsverweſer, den man vielleicht hätte erwarten können, fehlte.

Frankfurt, 29. Juni. Am vorgeſtrigen Abend kam der Oeconomieverwalter nebſt mehreren Subalternbeamten der Reichsverſammlung von Baden-Baden hier an. Nach Ausſage derſelben haben ſich von dort aus viele der dort zuſammengekommenen noch übrigen Mitglieder ſowie die Reichsregentſchaft getrennt, um theils nach Hauſe zurückzukehren, theils im Auslande einer, ihren politiſchen Strebungen günſtigeren Zeit entgegen zu ſehen. (Fr. Journ.)

Berlin, 26. Juni. Geſtern hat eine ſehr bedeutungsvolle Conferenz Statt gefunden zwiſchen Hrn. v. d. Pfordten und Lerchenfeld einerſeits, zwiſchen Hrn. v. Radowitz und Hrn. v. Bülow von der andern Seite. Sie dauerte von 2 bis 4 Uhr und hätte länger gedauert ohne das Galadiner, welches bei Lerchenfeld angeſagt war. Das Reſultat der Conferenz ſcheint bis jetzt kein günſtiges geweſen zu ſein. Aber wenn Hr. v. Radowitz trotz ſeiner Unpäßlichkeit die deutſche Sache wieder in ſeine Hand nimmt, ſo muß ſein Einfluß noch derſelbe ſein. Schon vorgeſtern ſagte ich Ihnen, man denke nicht an die Rücknahme der Verfaſſung vom 28. Mai. Uebrigens hat v. d. Pfordten an der von Canitz präſidirten Conferenz noch nicht Theil genommen. (Köln. Z.)

Lith. Corr. **Berlin**, 27. Juni. Der Präſident der erſten Kammer, Hr. Rudolph v. Auerswald, iſt von ſeiner Badereiſe zurückgekehrt. Bekanntlich hat ſich derſelbe einige Zeit in Wien aufgehalten. Die Angriffe, welche die halbofficielle Preſſe Oeſterreichs gegen Preußen ſchleudert, machen hier ungewöhnliches Aufſehen. Bei den hier zwiſchen unſerm Cabinet und Herrn v. d. Pfordten ſtattgehabten Unterhandlungen, die wir ſchon früher als reſultatlos bezeichneten, ſcheint es ſich ziemlich deutlich herausgeſtellt zu haben, daß der Einfluß des Miniſters auf den König von Baiern ein weſentlich beſchränkter iſt und daß eine Partei am Hofe (Profeſſor Dönniges) weit mehr auf den König einzuwirken vermag als Hr. v. d. Pfordten, den man in München noch nicht für hinreichend öſterreichiſchgeſinnt hält. Der ruſſiſche Geſandte, Hr. v. Meyendorff, iſt verreiſt. Nach dem Hauptquartiere des Prinzen von Preußen ſind ausdrückliche Inſtructionen abgegangen, welche dahin gehen, daß man Alles aufbieten möge, um ſich der Führer zu bemächtigen, andererſeits es aber dringend empfehlen, alle Schritte zu unterlaſſen, welche irgendwie im Stande wären, gegen Preußen ungünſtig zu ſtimmen. Vor unſerem Schwurgerichte wurde heute wiederum ein politiſcher Proceß verhandelt. Einem Dienſtknechte auf einem der zur Jurisdiction des Criminalgerichts gehörenden Dörfer war im Juli des vorigen Jahres eine rohe Aeußerung in Bezug auf die Perſon des Königs entſchlüpft. Sie bildete den Gegenſtand der Verhandlung. Um ſie zu conſtatiren, war faſt die ganze Bauerſchaft zum Zweck der Zeugenvernehmung aufgeboten. Der Angeklagte wollte die ihm zur Laſt fallende Aeußerung in Beziehung auf einen Mitbewohner ſeines Dorfes, der den Namen König führt, gethan haben. Sein Vertheidiger war der Juſtizcommiſſär Deycks. Die Verurtheilung wird indeß ſchwerlich ausbleiben. Wegen der großen Anzahl der zu vernehmenden Zeugen iſt die Verhandlung bis jetzt noch nicht geſchloſſen. Henriette Sonntag, die Gemahlin des jüngſt verabſchiedeten königlich ſardiniſchen Geſandten, Grafen Roſſi, betritt von Neuem die theatraliſche Laufbahn, die ſie vor 19 Jahren verlaſſen hat. Sie hat ſich geſtern nach London begeben, um gegen eine Gage von 8000 Liv. St. ſieben Monate auf einer der dortigen Bühnen zu ſingen. Ein ſpäteres Engagement für St. Petersburg und demnächſt vielleicht auch für Berlin ſoll ſie gleichfalls bereits eingegangen ſein. Es iſt nicht unwahrſcheinlich, daß wir nächſtens eine Deputation aus Neuenburg ſich in das Lager des Prinzen von Preußen begeben ſehen, um die Uebernahme der Regierung Neuenburgs durch Preußen zu erbitten. Preußen dürfte dieſem Wunſche nur unter der Bedingung willfahren, daß ihm das Beſatzungsrecht zugeſtanden würde, welches es bisher nicht beſaß. Ein Muſikfeſt, das der „Treubund" geſtern auf Tivoli veranſtaltet, ſoll gegen 12,000 Perſonen in jenem Lokale verſammelt haben. Eine Säule war errichtet zu Ehren der Siege von Waghäuſel; die Illumination, zu welcher großartige Vorbereitungen getroffen waren, wurde durch einen plötzlichen herabbrauſenden Platzregen vereitelt. General Wrangel und die Miniſter, ſämmtlich von dem Bunde zur Betheiligung an dem Feſte eingeladen, erſchienen nicht. In der geſtrigen Sitzung des Freihandels-Vereins hielt Aſſeſſor Werther einen Vortrag über Socialismus und ſuchte darin darzulegen, daß derſelbe, wenn er zur Ausführung käme, die Production lähmen und die materiellen Befriedigungsmittel vernichten würde. Wäre dies aber nicht der Fall, ſo würde die Ausführung der ſocialiſtiſchen Projecte für die moraliſchen Bedürfniſſe unerträglich ſein, indem ſie alle Selbſtſtändigkeit des Einzelnen aufhöben, denn die ſogenannte „garantirte Subſiſtenz", wenn ſie auch erreichbar wäre, liefe auf ein bloßes Fütterungsſyſtem hinaus, wie es bei Sclaven immer ſtattfindet. Der Vortrag war klar und ſcharf und feſſelte die Aufmerkſamkeit des anweſenden Publikums in hohem Grade. Den Bemühungen der polytechniſchen Geſellſchaft iſt es gelungen, die Gewerbeausſtellung von Erzeugniſſen der Induſtrie und gewerblichen Künſte zu Stande zu bringen. Das geräumige Kroll'ſche Local iſt für die Ausſtellung gewonnen; dieſelbe wird am 1. Auguſt beginnen.

‡ **Breslau**, 26. Juni. Die „conſtitutionelle Partei Schleſiens" hat in ihrem jetzt auf dem Fürſtenſtein abgehaltenen „conſtitutionellen Congreß" auch eine Adreſſe an die Gothaer Verſammlung berathen. Bei dem merkwürdigen Umſchlag, welchen bei der preußiſchen Regierung ſelbſt das noch vor Kurzem ſo zuvorkommend accentuirte Intereſſe für die Gothaer Vereinigung erhalten, mag dies immerhin als ein Vertrauensvotum der Conſtitutionellen einer ganzen Provinz einigen Werth haben. Wir glauben aber, daß die Centren der Frankfurter Reichsverſammlung, die jetzt vorzugsweiſe in Gotha tagen, nicht auf einem und demſelben Standpunct ſich mit dem befinden was in Schleſien in dieſem Augenblick unter dem Namen der „conſtitutionellen Partei"

*) Allerdings werden die laufenden Geſchäfte keine Stockung erleiden, wenn Hr. Jochmus abweſend iſt.

das Feld behauptet und gewiſſermaßen die politiſche Bewegung überlebt hat. In dem auf dem Fürſtenſteiner Congreß ausgearbeiteten Wahlprogramme, nach welchem jetzt die Wahlen in Schleſien dirigirt werden ſollen, erklärt ſich dieſe Partei für eine unbedingte Unterſtützung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel in der preußiſchen wie in der deutſchen Politik, und gibt auch allen künftigen beliebigen Miniſterien ſchon im Voraus ein Unterſtützungsvotum, weil es darauf ankomme, „nicht um zweifelhafter politiſcher Rechtsanſichten willen fortwährend die Exiſtenz der Miniſterien und damit die Kraft der Regierung überhaupt aufs Spiel zu ſetzen“. Zu welcher Principien-Entartung gewiſſe in der conſtitutionellen Partei jetzt vorgegangene Miſchungen führen können, zeigt ſich wie ein mahnendes Beiſpiel in dieſem ſchleſiſchen Wahlmanifeſt, in dem ſogar „vor jedem unzeitigen Pochen auf conſtitutionelle Formen“ gewarnt wird! Die ſchleſiſchen Abgeordneten der Frankfurter Reichsverſammlung, namentlich die hier befindlichen Herren Stentzel, Tellkampf, Kutzen u. a. waren vor Kurzem noch entſchloſſen, nach Gotha zu einer Betheiligung an den dortigen Verhandlungen abzugehn. Man glaubt aber, daß ſie beſtimmten von Berlin aus gegebenen Winken folgen, wenn ſie jetzt von der Reiſe nach Gotha abgeſtanden ſind. Das Miniſterium hat die Urlaubs-Ertheilungen an die Beamten zu dieſem Zweck keineswegs begünſtigt; einer der Miniſter fragte einen ehemaligen Frankfurter Abgeordneten in Berlin: „was denn eigentlich in Gotha verhandelt werden ſolle, da ja ſchon die in Berlin beſchloſſene Reichsverfaſſung exiſtire und von den deutſchen Regierungen theils angenommen ſei, theils zur Annahme vorliege?“ Dieſe Aeußerung, die wir als verbürgt annehmen können, ſcheint zu beweiſen, daß die Ausſichten der Berliner deutſchen Reichsverfaſſung und die daran geknüpften diplomatiſchen Verhandlungen in dieſem Augenblick in einem gewiſſen Sinne außerordentlich gut ſtehen, und daß die preußiſche Regierung, die noch vor Kurzem durch die miniſteriellen Organe die Wirkſamkeit des Gothaer Congreſſes ſogar als einen „maßgebenden“ Ausdruck der öffentlichen Meinung zu ihrer Unterſtützung willkommen hieß, jetzt zu der entgegengeſetzten Meinung gekommen iſt, in ihren Abſichten durch die Männer in Gotha eher geſtört und abgeſchwächt zu werden. In dem Vertrauen, mit welchem Deutſchland auf die Gothaer Verſammlung hinblickt und von derſelben den Spruch eines Amphiktyonen-Gerichts in der deutſchen Nationalfrage erwartet, wird dadurch nichts geändert! Der Magiſtrat der öſterreichiſchen Grenzſtadt Teſchen hat jetzt der hieſigen Regierung eine zahlreiche Liſte von Perſonen überſandt, welche dort ohne Legitimation und als Uebergänger zum Heer der Magyaren verhaftet worden ſind und ſich als preußiſche Staatsangehörige zu erkennen gegeben haben! Preußen hat ſich bis jetzt mit der Reclamirung dieſer ſeiner magyaren-freundlichen Landeskinder nicht ſonderlich beſchäftigt, wird ſich aber doch jetzt die Zurücklieferung derſelben gefallen laſſen müſſen. Die Aufſtellung des preußiſchen Obſervations-Corps an den ſchleſiſch-öſterreichiſchen Grenzen ſcheint vor der Hand nicht in einer größeren Truppenmaſſe beabſichtigt zu werden. Eine vollſtändige Zuſammenziehung der ſchleſiſchen Landwehr nebſt einigen andern dazu auserſehenen Truppenkörpern aus Weſtpreußen und der Provinz Poſen ſollen fürerſt zu dem Zweck ausreichen, den befürchteten Durchbruch magyariſcher Heeresmaſſen abzuhalten.

, **Köln**, 28. Juni. Leider iſt hier der erſte Cholerafall vorgekommen, indem ein aus Brüſſel angekommener und in der Sternengaſſe abgeſtiegener Fremder mit den untrüglichſten Zeichen dieſer Seuche erkrankte und bald darauf ſtarb. Die Actionäre der „Rhein. Volkshalle“ des hieſigen Organs jenes unduldſamen Theils der Katholiken, welche das Vaterland lieber tauſendmal zu Grunde gehen, als einen Kaiſer an die Spitze kommen laſſen, der das Verbrechen begangen hat, proteſtantiſch getauft zu ſein, hielten vorgeſtern eine Generalverſammlung, in welcher es ſich um Sein oder Nichtſein der Zeitung gehandelt haben ſoll. Die Abonnentenzahl iſt nämlich nicht im Stande, die ſehr hohen Koſten zu decken. Die Rheiniſche Volkshalle wetteifert mit der Weſtphäliſchen Volkshalle im Preußenhaß. Geſtern wurden von hier aus 2 Compagnien des 34. Infanterie-Regiments nach dem eine halbe Stunde von hier entfernten Mülheim am Rhein abgeſchickt, um mit Hilfe von Policei und Gensd'armen die dortige Bürgerwehr, 300 Mann ſtark, zu entwaffnen. Gottfried Kinkel hat von Karlsruhe aus einen Aufruf zur Unterſtützung der Neuen Bonner Zeitung erlaſſen, in dem es heißt: „Wie viele dieſer Blätter ſind untergegangen! Fiel doch ſelbſt die Neue Rheiniſche, die große „Rebellin“, vor dem Streich der Policei. Andere tödtete die Flucht oder das Gefängniß der Redactoren, noch andere die Schlaffheit der Partei, die ihnen die Lebenskraft entzog. Auf den Gräbern der edlen Todten haben breit und bequemlich ſich hingelagert die Milchkühe der geſinnungsloſen Journale, die jedes Herren Gras freſſen. Die Neue Bonner Zeitung iſt ſeit ihrem Beginn faſt nur von Schlägen heimgeſucht worden. Der Muth eines Mannes, die politiſche Geſinnungstreue eines Weibes haben ſie bis heute erhalten. Ihre geiſtigen Kräfte wachſen durch die Achtung, die ihr wegen ihrer unwandelbaren Farbe im Vaterlande zu Theil wird. Es wird ſich in dieſen Tagen auch in dieſem Stücke zeigen, ob die Demokratie am Rhein Ehrgefühl beſitzt. Wir verlangen von ihr keine Spenden für uns, keinen Erſatz für das, was wir ihr hingeopfert haben. Nur das verlangen wir, daß man unſern Geiſt nicht tödte in unſerer rheiniſchen Heimath, nachdem man unſern Leib verbannt hat. Wir verlangen, daß die Partei eine Ehrenſache darin finde, die Neue Bonner Zeitung nicht blos aufrecht zu erhalten, ſondern durch doppelt ſtarke Beſtellungen und Anzeigen ſie zu einer Macht am Rheine und in Deutſchland zu erheben. Demokraten, laßt Euch an nichts mahnen, was die Ehre fordert!“

△ **Nürnberg**, 28. Juni. Die geſtern an den Mitgliedern des Comite's für Volksverſammlungen vollzogenen Verhaftungen haben die allgemeine Stimmung ungemein gedrückt. Dazu kam noch, daß Soldatenhaufen wiederholte Exceſſe in Wirthshäuſern verübten, ruhige Bürger mißhandelten und verwundeten und Abends vor das Haus des Abgeordneten Schmitt zogen, um dort Unfug zu treiben oder es vielleicht gar zu demoliren. Schon waren einige in das Haus eingedrungen, als eine Patrouille ſie verhaftete. Als Vorwand zu den Verhaftungen der Comitemitglieder, deren einige geſtern glücklich entkommen ſind, dient die allerdings ungeſchickte und ſehr zu tadelnde Zuſtimmungsadreſſe „an das würtembergiſche Volk“, worin zur Unterſtützung der Pfalz aufgefordert wird; indeß iſt es wohl mehr als wahrſcheinlich, daß die Regierung mit dieſer Maßregel einige hervorragende Köpfe für die bevorſtehenden Landtagswahlen unſchädlich machen und überhaupt auf die Maſſen und Wahlen einſchüchternd wirken will. Es iſt das wenigſtens eine oft probirte Taktik der baieriſchen Politik. Geſtern Abend waren einige lauwarme Vorſichtsmaßregeln getroffen, nm weiteren Soldatenexceſſen entgegenzutreten; namentlich hatte der Zapfenſtreich eine mächtige Schutzescorte.

* **Stuttgart**, 27. Juni. Die hier erſcheinende lith. Corr. berichtet: Das Parlament iſt ſo gut wie vernichtet. Bei der am 25. d. M. in Baden-Baden ſtattgehabten Zuſammenkunft fanden ſich nur einige vierzig Getreue wieder, und der Gegenſtand ihrer Berathung war das unterdeſſen von den Preußen occupirte Karlsruhe, wohin man nicht gehen konnte. Es handelte ſich nun überhaupt um die künftige Stellung des Parlaments, der Mitglieder und der Reichsregentſchaft, welche in dieſem Augenblicke bereits Freiburg wieder verlaſſen und ſich nach der Schweiz begeben haben wird, von wo aus, wie wir hören, eine Veröffentlichung ihrer ſämmtlichen Actenſtücke erfolgen ſoll. Die Hauptanſichten, welche ſich endlich geltend machten, waren ohngefähr folgende, und werden auch in Kurzem von dem Central-März-Vereine veröffentlicht werden: Die Nationalverſammlung beſteht unabhängig von der zufälligen Anweſenheit von 100 Mitgliedern in den Hauptabgeordneten, Stellvertretern und Neuzuwählenden als ideelles Ganze fort, welches durch die Berufung des Präſidiums zu beſchlußfähiger Geſtalt jeder Zeit und an jedem Orte wieder hergeſtellt werden kann. Die deutſche Reichsregentſchaft iſt die rechtmäßige Prätendentin auf die deutſche Reichsgewalt gegenüber jedem Fürſten oder Bürger, der ſich dieſelbe anmaßen ſollte, und wird keine Gelegenheit vorübergehen laſſen, welche günſtig erſcheint, die Selbſtherrlichkeit der deutſchen Nation zur Geltung zu bringen. Die beiden letzten Acte der Thätigkeit der Nationalverſammlung und der Regentſchaft, ein Finanz- und Volkswehr-Geſetz, bezeichnen die Anknüpfungspunkte für jeden künftigen Aufſchwung. Die Hoffnungen, die wir im weiteren Hintergrunde wahrnahmen, waren, daß Frankreich nur ermüdet, aber nicht kraftlos ſei, im Lager der Fürſten jeden Augenblick der Zwieſpalt ausbrechen könne, und Ungarn mit Rieſenſchritten in ſeinen Siegen vorſchreite. Hiernach bleibt den einzelnen Mitgliedern endlich überlaſſen, dahin zu gehen, wohin ihr Herz ſie zieht, und wir ſehen ſie ſchon wie die Schwalben heimwärts ziehen, nach Oeſterreich, nach Sachſen, Baiern, ja auch nach Preußen!

Stuttgart, 28. Juni. Wir erfuhren aus zuverläſſiger Quelle, daß das Wahlgeſetz die Genehmigung der königlichen Staatsregierung erhalten hat. Geſtern Nachmittag fiel die ſchwäbiſche Legion, welche ſeither in und bei Pforzheim ſtand, in das würtembergiſche Murgthal ein. Vom Hauptquartier des Generallieutenants v. Miller, Nagold, ging auf die Nachricht hiervon zur Verſtärkung der bereits in der Nähe ſtehenden würtembergiſchen Truppenabtheilungen alsbald eine Batterie ab. (Schw. M.)

+ **Hannover**, 20. Juni. Es iſt vor Kurzem viel von den Vorbehalten die Rede geweſen, unter denen Sachſen und Hannover dem preußiſchen Bunde und dem preußiſchen Entwurf beigetreten. Nach ſicheren Mittheilungen hat Sachſen den Beitritt Baierns und Oeſterreichs, Hannover wenigſtens den Baierns zur Bedingung ſeines definitiven Anſchluſſes an den engeren deutſchen Bund gemacht. Natürlich hat man gleichzeitig Baiern die nöthigen Winke gegeben. Den auswärtigen Mächten haben Graf Benningſen und Hr. v. Beuſt die beruhigendſten Verſicherungen über ihre Abſichten in Bezug auf die deutſche Einheitsſache ertheilt.

* Ueber Stüve's Betheiligung am Berliner Entwurf ſchreibt man der Allg. Ztg: An Hrn. Stüve's Mitwirkung zu dem Berliner deutſchen Verfaſſungsentwurfe ſind vor Veröffentlichung desſelben ſo übertrieben günſtige Erwartungen geknüpft, daß wir zur Abweiſung des ſeitdem auch wohl gegen ihn gerichteten Tadels Folgendes, was wir aus ziemlich guter Quelle ſchöpfen, darüber bemerken und mittheilen wollen. Jeder ſollte ſich ſagen können, daß ein Staat von der Größe Hannovers und der von Preußen ſo umſchloſſen iſt wie Oldenburg von dieſem und Kniphauſen von Oldenburg, keine ſelbſtſtändige Politik verfolgen könne und ſich dem mächtigen Nachbarn anſchließen müſſe. Hr. Stüve, ſo wird uns glaubhaft erzählt, brachte einen fertigen Entwurf einer Verfaſſung für Deutſchland nach Berlin mit, der dort ſofort verworfen wurde, während Preußen zugleich erklärte, es werde ſeinen Weg auch allein gehen. Iſoliren kann ſich Hannover nicht, alſo that und leiſtete Hr. Stüve Das, was die Umſtände ihm geſtatteten. Wie weit dies hinter ſeinen Anſichten zurückblieb, darüber wird uns ſein eigner genannter Entwurf am beſten belehren können, denn wie wir vernehmen, wird derſelbe in Bälde im Druck erſcheinen.

Karlsruhe, 27. Juni. Um zu verhüten, daß das Land nicht mit Flüchtlingen angefüllt werde, hat Frankreich ſeine Grenze gegen die baieriſche Rheinpfalz und Baden beſetzt. Diejenigen, welche die nöthigen Subſiſtenzmittel nachweiſen, werden in das Innere von Frankreich gebracht, die Mittelloſen dagegen in die Fremdenlegion eingereiht und nach Afrika übergeſchifft. Die Schweizer haben ebenfalls ihre Gränzen beſetzt und laſſen Keinen ein, welcher ſich nicht als politiſcher Flüchtling ausweiſt. Da dieſen Ausweis aber nicht ſo leicht Jeder beibringen kann, ſo werden die Meiſten von der Grenze zurückgewieſen. (Fr. Journ.)

Karlsruhe, 27. Juni. Sämmtliche hier in der Stadt befindliche Individuen, welche den badiſchen Truppen angehört haben, wurden aufgefordert, ſich bei einer eigens dazu bezeichneten Behörde zu ſtellen. Viele haben dies ſchon gethan. (Schw. M.)

Karlsruhe, 28. Juni. Der Reſt der badiſchen Aufſtändiſchen beſteht aus faſt allen badiſchen Militärs, mit Ausnahme eines Theiles der Reiterei. Die Leute ſind zur äußerſten Gegenwehr entſchloſſen und namentlich ſollen die Kanoniere mit einer Art Wuth kämpfen. Der neue Kriegsminiſter hatte geſtern die hier befindlichen Soldaten ſich zu ſtellen aufgefordert: es erſchienen etwa 300 Mann aller Waffengattungen, das iſt alſo gegenwärtig die Stärke des „großherzoglichen" Armeecorps. Es beſtätigt ſich die Sage, daß Snayde von ſeinen eigenen Leuten erſchoſſen worden ſei; er war ſeit lange ſchon Gegenſtand ihres ſchärfſten Argwohns. Die Gefechte bei Ubſtadt und Durlach haben den Preußen 32 Officiere gekoſtet (?); man kann hieraus auf die Hartnäckigkeit des unſeligen Kampfes ſchließen, welcher jedenfalls noch bevorſteht. (Frankf. Z.)

Rippoldsau, 27. Juni. Heute gingen mehrere Trupps Freiſchaaren hier durch; die Leute ſehen alle matt und traurig aus; ſie ließen ſich hier im Bade etwas zu eſſen geben und bezahlten ihre Zeche richtig. Alle klagen über Täuſchung und Verrath und ſcheinen dieſe Zuſtände ſehr zu bedauern. Die Meiſten gingen gezwungen mit und ſuchen nun ihre Heimath ſo ſchnell als möglich zu erreichen. Sie ließen ſich den Weg, den ſie zu nehmen hatten, auf der Charte zeigen und waren ſehr erfreut als ſie hörten, daß ſie bis Wolfach eben fort gehen könnten; ſie wären, ſagten ſie, ſehr müde und ſeien an faſt ſenkrechten Bergabhängen hinaufgeklettert, um übers Gebirg zu kommen. (Schw. M.)

Darmſtadt, 27. Juni. Heute Mittag traf Se. königl. Hoh. der Großherzog von Baden bei unſerem Hofe zum Beſuch ein und kehrte gegen Abend wieder nach Mainz zurück. Der großh. Bevollmächtigte bei der proviſoriſchen Centralgewalt, Herr Miniſterialrath Eigenbrodt, hat ſich am 25. d. von Frankfurt nach Berlin begeben. Seine Reiſe bezieht ſich auf die bekannten Verabredungen und Vorſchläge Preußens, Sachſens und Hannovers in den deutſchen Angelegenheiten. (Darmſt. Ztg.)

Gießen, 27. Juni. Vorgeſtern Abend ſtarb hier nach kurzem Krankenlager der erſt Oſtern 1847 von Leipzig hierher berufene Profeſſor der proteſtantiſchen Theologie, Dr. Ferd. Flor. Fleck. (Fr. J.)

Gotha. Am 26. Juni waren folgende Mitglieder anweſend: Albert aus Quedlinburg; Backhaus aus Jena; Baſſermann aus Mannheim; Becker aus Gotha; Becker aus Trier; v. Beckerath aus Crefeld; Behnke aus Hannover; Bernhardi aus Kaſſel; Beſeler aus Greifswalde; Böcking aus Trarbach; Brackebuſch aus Hannover; v. Breuning aus Aachen; Briegleb aus Coburg; Brons aus Emden; Cetto aus Trier; Cramer aus Köthen; Dahlmann aus Bonn; Deeke aus Lübeck; Degenkolb aus Eilenburg; Dröge aus Bremen; Duckwitz aus Bremen; Dunker aus Halle; Eckert aus Bromberg; v. Ende aus Waldenburg; Esmarch aus Schleswig; Fallati aus Tübingen; Fiſcher aus Jena; Francke aus Schleswig; H. v. Gagern aus Darmſtadt; M. v. Gagern aus Wiesbaden; Gevekoht aus Bremen; Graf Giech aus Thurnau; Jacob Grimm aus Berlin; Groß aus Leer; Grumbrecht aus Lüneburg; Hallbauer aus Meißen; Hergenhahn aus Wiesbaden; Hirſchberg aus Sondershauſen; Hofmann aus Friedberg; Hollandt aus Braunſchweig; von der Horſt aus Rothenburg; Johannes aus Meiningen; Dr. Jordan aus Berlin; Graf Keller aus Erfurt; Koch aus Leipzig; Lang aus Verden; Langerfeldt aus Wolfenbüttel; Laube aus Leipzig; Leverkus aus Oldenburg; Liebmann aus Meiningen; Loew aus Magdeburg; Loew aus Poſen; Mathy aus Karlsruhe; Matthies aus Greifswalde; Meier aus Bremen; Michelſen aus Jena; R. Mohl aus Heidelberg; v. Mylius aus Jülich; Nerreter aus Frauſtadt; Plaß aus Stade; Plathner aus Halberſtadt; v. Quintus aus Fallingboſtel; Rahm aus Stettin; H. v. Raumer aus Dünkelsbühl; F. von Raumer aus Berlin; Röben aus Dornum; Roß aus Hamburg; Maukiſch aus Dippoldswalde; Rümelin aus Nürtingen; Schlick aus Weißenſee; Schierenberg aus Detmold; Schneer aus Breslau; Schorn aus Eſſen; Schrader aus Brandenburg; Siemens aus Hannover; Simſon aus Königsberg; v. Soiron aus Mannheim; v. Stavenhagen aus Berlin; Steindorf aus Schleswig; Stedmann aus Beſſelich; v. Thielau aus Braunſchweig; Veit aus Berlin; Verſen aus Nieheim; Wachsmuth aus Hannover; Waitz aus Göttingen; Weißenborn aus Eiſenach; Wiedenmann aus Düſſeldorf; Scholten aus Wardt; Wurm aus Hamburg; v. Wydenbrugk aus Weimar; Zachariä aus Bernburg; Zell aus Trier; Schwarzenberg aus Kaſſel; Compes aus Cöln; Dammers aus Nienburg; Jordan aus Gollnow; Sprengel aus Warn; Bürgers aus Cöln; Jucho aus Frankfurt; Marcus aus Inſterburg; Meviſſen aus Cöln; Oſtendorf aus Soeſt; Overweg aus Haus Ruhr; Böckler aus Schwerin; Bonardy aus Greiz; Breuſing aus Osnabrück; Falk aus Ottolangenburg; Freudentheil aus Stade; Goeden aus Krotoszyn; Haym aus Halle; Jahn aus Freiburg a. d. U.; Kratz aus Wintershagen; Rättig aus Potsdam; v. Sänger aus Grabow; Schreiber aus Bielefeld; Hahn aus Brügleben; Schwarz aus Halle; Schwetſchke aus Halle; Stahl aus Erlangen; Jacobi aus Hersfeld; Wandelow aus Kranz; Ziegert aus Minden; Scholtz aus Neiße; Karl aus Berlin; Gier aus Mühlhauſen; Martens aus Danzig; im Ganzen 128.

× **Schleswig**, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der Landesverſammlung ward die Berathung über die Einkommenſteuer nicht zu Ende gebracht, da nicht weniger als 73 Verbeſſerungsvorſchläge geſtellt ſind. Der Bericht des Ausſchuſſes, welcher die Mittheilung der Statthalterſchaft zu prüfen hat, iſt vertheilt worden. Es heißt darin wegen des Friedens: „Die Statthalterſchaft hat in einem Manifeſte vom 12. v. M. dargelegt, auf welcher Grundlage allein ein dauerhafter Friede mit Dänemark herbeigeführt werden kann. Die Landesverſammlung erkennt es mit der Statthalterſchaft als die unabweisliche Aufgabe des Friedens-

werkes an, daß die unzertrennliche Verbindung der Herzogthümer aufrecht erhalten, ihre Unabhängigkeit, dem Königreiche Dänemark gegenüber, ſtaatsrechtlich geſichert werde. Zugleich wird eine ſichere Garantie dieſer unveräußerlichen Rechte gegen die ſtets wiederholten Uebergriffe und Verletzungen Dänemarks nur in der Aufnahme Schleswigs in den deutſchen Reichsverband gefunden werden können; dies hat auch bereits die deutſche Bundesverſammlung in ihrem Beſchluſſe vom 12. April v. J. anerkannt. Gegen den Frieden auf Grundlage einer ſogenannten Selbſtſtändigkeit Schleswigs wird auf das Entſchiedenſte Verwahrung eingelegt. Wegen der deutſchen Verfaſſung heißt es: „Wir werden an der von uns anerkannten Reichsverfaſſung feſtzuhalten haben, ſo lange nicht die Unmöglichkeit vorliegt, auf dieſer Grundlage zu einer ſtaatlichen Einigung Deutſchlands zu gelangen." Ueber die Friedensverhandlungen werden wir hier Alle mit einander, Statthalterſchaft wie Landesverſammlung in der tiefſten Unwiſſenheit erhalten. Auf eine Interpellation antwortete der Departementschef in allgemeinen Ausdrücken, indem er ſeine Unwiſſenheit bekannte, aber bat, auf Preußen Vertrauen zu ſetzen und nicht den Schein des Undankes auf ſich zu laden. Ein Theil unſerer hohen Ariſtokratie iſt auf die Neue preußiſche Zeitung abonnirt, und vertheilt deren Sonntagsblätter an das Landvolk. Jemand berichtet darüber in den öffentlichen Blättern: Von einem Landmann der hieſigen Gegend ſind uns mehre Nummern dieſes „Neuen preußiſchen Sonntagsblattes" mitgetheilt, die der Graf B. mit der Bemerkung vertheilt hat: ſolche Sachen ſeien gut fürs Volk zu leſen, und die er auch zum Vorleſen den Lehrern empfiehlt oder empfehlen läßt. Als ich den Bauern fragte, ob ich die Blätter wohl behalten dürfe, ſagte er mir: „Ja, Se köhnt den Schmutz gehrn beholn." Ueber die Kaiſerwahl heißt es: „Lieben Landsleute, laſſet auch uns aufſtehen und dem Könige ſagen, wie's uns um's Herz iſt; laſſet uns ihm ſagen, Friedrich Wilhelm, lieber König und Herr, Du weißt wohl, daß Du Deine Preußenkrone von Gott haſt, Du weißt, daß die andern Könige und Fürſten auch ihre Krone von Gott haben, darum nimm nicht dieſe Krone von Menſchenhänden." Für die Dänen hat dieſer frömmelnde preußiſche Königsfreund ein ganz beſonderes Mitgefühl. Er erzählt in derſelben Nummer unſern Sieg von Eckernförde über die däniſchen Schiffe, hat aber kein Wort der Freude oder der Anerkennung für uns, wohl aber des Bedauerns für die Dänen; er ſagt nämlich: „Die wichtigſte Neuigkeit, die ich euch heute zu melden habe, kommt aus Schleswig-Holſtein; dort iſt es den Dänen höchſt trübſelig ergangen, ſo trübſelig, daß es einen faſt dauern möchte." Dann wird das Treffen kurz mitgetheilt, und am Ende ausgerufen: „Da mußten ſich denn die armen Dänen ergeben." Mit Beziehung auf die bevorſtehenden Wahlen wird geſagt: „Lieben Landsleute, da höre ich von allen Seiten, daß ihr bei den nächſten Wahlen zur zweiten Kammer nicht mit wählen wollt, weil ihr eingeſehen habt, daß es mit der ganzen Wahlgeſchichte nichts iſt, weil ihr gemerkt habt, daß bei dem ganzen neumodiſchen Kram nichts raus kommt, als eitel Unheil und Aergerniß, weil ihr glaubt, daß es nicht eher wieder Ordnung werden wird und Frieden im Lande, als bis unſer lieber König und Herr die Sache wieder allein beſorgt, ſo wie es ſonſt geweſen iſt unter dem hochſeligen Herrn und dem alten Fritzen." In dieſer Weiſe geht's überall fort, der Treubund, der dem Volk den Abſolutismus einimpfen ſoll, wird natürlich lebendig empfohlen, „unſer geliebter König und Herr" ermahnt „des Teſtaments ſeines in Gott ruhenden Vaters" eingedenk zu ſein, das ihn auffordert „feſt zu ſtehen im Bunde mit Oeſterreich zu Deutſchlands Heil und Frommen," und gelegentlich „die regulären Preußenkinder" zur Gewaltthat gegen einen Redacteur in Kalau aufgefordert, der den Sieg des ſächſiſchen Volks über die preußiſchen Truppen gewünſcht hatte. „Dieſen Erzſchweinehund hälten die Kalauer hauen müſſen, daß ihm 8 Tage lang das Sitzen, Stehen und Liegen vergangen wäre."

Großbritannien.

* **London**, 27. Juni. Geſtern beantragte der Graf v. Carliſle die zweite Leſung der Bill für Abänderung des Parlamentseids, d. h. für die Parlamentsfähigkeit der Juden, oder in dieſem ſpeciellen Falle für Zulaſſung des bereits ſchon vor zwei Jahren von der Altſtadt London gewählten Baron Lionel v. Rothſchild ins Unterhaus. Die Lords verwarfen jedoch die Bill, dieſes Schooßkind Lord J. Ruſſells, mit einer Mehrheit von 25 Stimmen, oder mit 95 gegen 70. Glücklicher war das Miniſterium im Unterhauſe, wo ein Antrag Sir J. Molesworths auf eine Adreſſe an die Königin, worin ſie gebeten werden ſoll, einen Ausſchuß zur Unterſuchung der an ſchweren Gebrechen und Irrthümern leidendenden Colonialverwaltung zu ernennen, mit 169 gegen 89 Stimmen (miniſterielle Mehrheit 74) verworfen wurde. Aus der vorgeſtrigen Oberhausſitzung iſt zu erwähnen, daß Graf Aberdeen den noch immer nicht wieder in Gang gebrachten diplomatiſchen Verkehr zwiſchen England und Spanien wie einen halbvergeſſenen Spuk heraufbeſchwor. Der Graf äußerte unter andern: Die ſpaniſche Regierung, die in der Ueberzeugung von Palmerſtons Intriguen, den engliſchen Geſandten, Sir H. Bulwer, heimgeſchickt habe, ſei wie es heißt jetzt bereit, jedes billige Zugeſtändniß zu machen, auch den Tarif auf engliſche Manufacturen zu ermäßigen, weshalb er das feſte Vertrauen hege, daß man nicht zögern werde, den diplomatiſchen Verkehr mit Spanien ſofort wieder in Gang zu bringen. Marquis v. Lansdowne erwiderte im Weſentlichen: er wiſſe nichts davon, daß man Seitens der ſpaniſchen Regierung ſich zu irgend einer Genugthuung verſtanden habe, und was die Conceſſionen im ſpaniſchen Tarif betreffe, ſo entſprängen dieſe aus der immer allgemeineren Verbreitung der wahren Handelsgrundſätze, die ſich jetzt aller Orten als ſelbſtverſtanden geltend machten. Sodann legte der Marquis die zwiſchen der engliſchen und franzöſiſchen Regierung wegen der römiſchen Angelegenheit gewechſelten Briefſchaften auf der Tafel des Hauſes nieder.

Auch in Mancheſter hat ſich die Cholera gezeigt. Man fürchtet, daß ſie in dieſer dicht bevölkerten und namentlich von Fabrikarbeitern überfüllten Stadt ſchlimme Verheerungen anrichten dürfte.

Der bekannte ultramontane Erzbiſchof von Tuam, M'Hale, hat, dem Dubliner Journal zufolge, bekannt gemacht, daß der Papſt zur Linderung der Noth in den weſtlichen Bezirken Irlands 20,000 Frs. angewieſen hat. Der heilige Vater gibt mit dieſer Summe wohl nur einen Theil der Almoſen zurück, welche ſeine „getreueſten Kinder", die Irländer, ihm vor einiger Zeit nach Gaeta zufließen ließen.

Die Times bringt nun auch, nebſt einer kurzen Lebensbeſchreibung der Sängerin, die Nachricht, daß Henriette Sonntag ihre künſtleriſche Laufbahn von Neuem beginnen werde und zu dieſem Zweck einen Vertrag mit dem königlichen Theater in London abgeſchloſſen habe. Sie ſei zu dieſem Entſchluß gekommen, nachdem ſie ihr Vermögen in Folge der europäiſchen Revolutionsſtürme eingebüßt. Sie ſei bereits unterwegs und werde ſobald als möglich nach ihrer Ankunft in London auftreten. Uebrigens wird in dieſer Mittheilung noch erwähnt, daß ſie auch während ihrer Ehe nicht aufgehört habe, ihr Geſangstalent zu üben und wo möglich noch weiter auszubilden.

Frankreich.

* **Paris**, 27. Juni. Die Sitzung der Legislative iſt heute freilich ſtürmiſch genug, aber materiell ſehr unbedeutend geweſen. Nachdem in den letzten Sitzungen die auswärtige Politik der Gegenſtand verſchiedener Interpellationen geweſen, kam heute die Reihe an die innere Politik der Regierung. Der Repräſentant Bouvet verlangte Auskunft: weßhalb, während blos Lyon ſich im Aufſtande befunden habe und das Geſetz nur von Ortſchaften ſpreche, in welchen ein Aufſtand ausgebrochen, dennoch die ſämmtlichen Departements der ſechsten Militärdiviſion in Belagerungszuſtand erklärt worden ſeien. Der Miniſter des Innern entgegnete einfach und belegte ſeine Entgegnung mit Actenſtücken, daß der Aufſtand in jenen Departements allerdings nicht zum Ausbruch gekommen, daß aber, bei den vorliegenden Beweiſen des Einverſtändniſſes mit der Erhebung in Lyon, die gewöhnliche Vorſicht den Belagerungszuſtand als eine Prohibitivmaßregel anempfohlen habe. Der Sturm, welchen dieſe Antwort, die einige bittere Streiche gegen die Montagne führte, namentlich ſchon da erregte, wo ſie von den traurigen Freunden derſelben außerhalb der Verſammlung ſprach, brach vollends los, als Gen. Baraguay-d'Hilliers die beiläufige Bemerkung hinwarf, daß ihm der weiße Terrorismus immer noch lieber ſei, als der rothe. Vergebens bat der Präſident um ruhiges Gehör für „das Organ des Geſetzes", welches in der Perſon des Miniſters auf der Tribüne ſtehe: „Das Organ der Reaction," rief man ihm lärmend entgegen; dreimal hinter einander mußte er den wüthendſten Widerſacher, den Repräſentanten Laclaudure, zur Ordnung rufen und der Betroffene

höhnte ihn dann mit den Worten: „Der Herr Präſident hat mir die Ehre angethan, mich zur Ordnung zu rufen." Erſt der ungeſtüme Ruf nach Schluß beendete die widrige Scene und die Verſammlung ging über die Interpellation zur Tagesordnung über. Das gleiche Schickſal hatte eine zweite Interpellation des Repräſentanten **Baudin**, welcher in dem Einſchreiten eines Polizeicommiſſärs, um in einem Verſammlungslocal von Mitgliedern des Berges eine Hausſuchung vorzunehmen, eine Verletzung der Unverletzlichkeit der Repräſentanten erblicken wollte. Der **Miniſter des Innern** und **Odilon Barrot** ſelbſt machten dagegen geltend, daß die Unverletzlichkeit des Repräſentanten ſich nur auf ſeine Perſon beziehen könne und beziehe und daß das Geſetz keineswegs die Wohnung oder ſogar jedes zeitweiſe von einem Repräſentanten beſuchte Local für unverletzlich erkläre. Nachdem der **Kriegsminiſter** drei Geſetzentwürfe vorgelegt, darunter einen zur Errichtung zweier neuer Bataillone der Fremdenlegion, und auf die Frage des Repräſentanten Charras, ob er denn ſchon die Mannſchaft für dieſe beiden Bataillone habe, ohne Zweifel im Hinblick auf den zu erwartenden Uebertritt deutſcher Flüchtlinge die Antwort gegeben, er werde ſie bald haben, ſchritt die Verſammlung zur Discuſſion ihrer neuen Geſchäftsordnung, die für das Ausland begreiflich nur ein ſehr untergeordnetes Intereſſe bietet.

Die Verhaftungen in Paris und in den Departements dauern fort: neuerdings ſind fünf Militärs vom Ingenieurcorps, der Theilnahme an den Unruhen von Chalons beſchuldigt, auf das Fort Ioux gebracht worden. Dagegen bringt heute der Moniteur auch eine Reihe von Ernennungen und Beförderungen in dem Orden der Ehrenlegion, worunter der Präfect von Lyon, mehrere andere Präfecten und Bürgermeiſter und eine Anzahl von Nationalgardiſten der 6. Legion von Paris. Die Einleitung des Decrets lautet folgendermaßen: „Die Ereigniſſe vom 13. Juni und den folgenden Tagen haben der Regierung Gelegenheit gegeben, den Muth mehrerer Beamten und Nationalgardiſten und ihre Ergebenheit gegen die Sache der Ordnung zu würdigen. Auf den Vorſchlag des Miniſters des Innern hat der Präſident der Republik ſich beeilt, die nachſtehenden wohlerworbenen Belohnungen zu ertheilen."

Nach officieller Anzeige iſt die Regierung der Republik von der öſterreichiſchen Geſandtſchaft benachrichtigt worden, daß die öſterreichiſche Kriegsmarine den Hafen von Ancona in Blokadezuſtand verſetzt hat, jedoch ausdrücklich nur zu dem Zweck, zur Wiederherſtellung der päpſtlichen Autorität mitzuwirken, mit dem Hinzufügen, daß die Blokade aufgehoben werden wird, ſobald dieſer Zweck erreicht iſt.

Ueber die römiſche Frage bringt der National die folgende Notiz: „Man verſichert, daß der engliſche Geſandte dem Präſidenten der Republik eine Note übermacht hat, worin ſeine Regierung Erklärungen darüber verlangt, was wir in Rom zu thun gedenken, ſobald wir daſelbſt eingerückt ſein werden. Wir ſind im Voraus verſichert, daß dieſe Note ohne Antwort bleiben wird, und zwar aus einem Grunde, der jeden andern überflüſſig macht, weil nämlich die Regierung es ſelbſt nicht weiß." Uebrigens ſoll, in der Perſon des Herrn Teſcantini ein neuer Bevollmächtigter der römiſchen Triumvirn in Paris eingetroffen ſein.

Die Union enthält eine Reihe von Notizen über die Summen, welche Frankreich ſeit der erſten Revolution an ſeine verſchiedenen repräſentativen Körper gezahlt hat. Die conſtituirende Verſammlung hat, in runden Summen, 19 Mill. Francs gekoſtet, die geſetzgebende Verſammlung 4 Mill., der Convent 20 Mill., der Rath der Alten 12 Mill., der Rath der Fünfhundert 21 Mill., das Tribunat 10 Mill., der Senat 74 Mill., der geſetzgebende Körper 74 Mill., die Nationalverſammlung vom vorigen Jahre 8 Mill., zuſammen die Kleinigkeit von mehr als 243 Millionen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Tarnow, 20. Juni. Der Kaiſer von Rußland hatte ſein Hauptquartier nicht in Dukla, ſondern in Zmigrod, einem kleineren Städtchen, zwei Meilen ſeitwärts gelegen, woſelbſt er in dem Landhauſe des dortigen Gutspächters in 15 Zimmern wohnte. Ein Augenzeuge erzählt: am 10. defilirten vor dem Kaiſer in Zmigrod 48,000 Mann verſchiedener Truppen mit 250 Kanonen. Das übrige Armeecorps war durch die 3 Puncte Wyſowa, Koneczna und Barwinek bereits nach Ungarn vorgeſchoben. An dieſem Tage waren 86 ruſſiſche Generäle beim Kaiſer zur Audienz. Die Theurung im Lager iſt enorm. (Oeſterr. Corr.)

Schweiz.

Bern, 25. Juni. Geſtern hat ſich Graf Draskovics als Abgeordneter Ungarns beim Präſidenten des Bundesraths angemeldet und heute Graf Ludolf als Geſchäftsträger des Königs von Neapel. Heute iſt eine mit zahlreichen Unterſchriften von Schweizern in Neapel verſehene Petition an die Bundesverſammlung angekommen. Es ſind meiſtens Kaufleute und Fabrikinhaber, welche von dem Beſchluſſe in der Capitulationsfrage die bedenklichſten Folgen für ihr Schickſal, ſowie für den ſchweizeriſchen Handel überhaupt beſorgen. Der eidgenöſſiſche Conſul empfiehlt die Petition aufs Dringendſte zur Berückſichtigung. Schon vor einigen Tagen hat die Regierung von St. Gallen, veranlaßt durch Privatbriefe, den Bundesrath auf die Folgen aufmerkſam gemacht. Es ſind beſonders viele St. Galler Häuſer in Neapel und Sicilien. (N. Z. Z.)

Graf Ludolf ſoll dem Bundesrathe das „Befremden" ſeiner Regierung über die Beſchlüſſe der Bundesverſammlung ausgedrückt haben, wodurch rechtskräftige Verträge vernichtet werden. „Die königliche Regierung erwarte zuverläſſig, daß dieſelben bis zu ihrem Ablauf geachtet werden. Sollte dieſes nicht geſchehen, ſo werde ſie die eingreifendſten und ſchwerſten Repreſſalien anordnen. Auf Unterhandlungen könne ſie ſich gar nicht einlaſſen, da dieſelben zu keinem Zwecke führen." Der Bundesrath gab den beiden Räthen von dieſer Eröffnung Kenntniß und verſicherte zugleich, daß er die gefaßten Beſchlüſſe vollziehe. (Schw. M.)

Niederland.

* **Rotterdam**, 26. Juni. Heute iſt, auf der Reiſe nach England, die Herzogin von Orleans mit ihren beiden Kindern hier durchgekommen.

Dänemark.

N. C. **Kopenhagen**, 24. Juni. Das preußiſche Parlamentärſchiff von Stralſund iſt bekanntlich wieder zurück. Es transpirirte bisher noch Nichts über den Stand der Unterhandlungen. Wir haben indeß Grund zu glauben, daß der ſchleswigholſteiniſche Staat jetziger Geſtalt, der conſtitutionell bedingten Abhängigkeit Schleswigs von Dänemark oder deſſen legislativ-adminiſteriellen Selbſtſtändigkeit, wie man will, der Reaction und Dänemark zu Liebe geopfert werde, und daß, falls Preußen und Dänemark dennoch auf dieſer Baſis ſich nicht verſtändigen ſollten, England und Frankreich im Verein durch einen Machtſpruch dem unliebſamen Kriege ein Ende machen werden. Die Theilung nach der Nationalität ſteht dann in Ausſicht.

Die däniſche Regierung hat jetzt auch alle großbritanniſchen Häfen, wie ſchon früher alle deutſchen, ruſſiſchen, franzöſiſchen, niederländiſchen als von der Cholera angeſteckt erklärt, wonach alle Schiffe und Paſſagiere zu behandeln ſeien, wie es die Verordnung vom 28. März 1832 gebietet.

Ungarn.

In der Breslauer Zeitung heißt es aus Wien über den Operationsplan der kaiſerlichen Armeen: Wenn ich recht unterrichtet bin, ſo geht der Operationsplan der Kaiſerlichen bei dem begonnenen Feldzuge dahin, durch raſches und übermächtiges Vordringen ruſſiſcher Heeresmaſſen in Oberungarn und Siebenbürgen die Theißgegenden früher zu überſchwemmen, als die Inſurgentenarmee, die jetzt mehr gegen Weſten vorgeſchoben iſt, Zeit hat, ihre Rückzugslinie an der Theiß zu gewinnen, wo ſie dann höchſtens gleichzeitig mit den Ruſſen eintreffen könnte. Was den Fürſten Paskewitſch, dem eigentlich dieſe Aufgabe zugefallen iſt, zu der Idee dieſer Combination gebracht haben ſoll, wäre weniger die traurige Erfahrung des Fürſten Windiſchgrätz, als die Einſicht in die Feldzugsacten der k. k. Generäle Lothringen, Montecuccoli und Prinz Eugen, welche in den letzten zwei Jahrhunderten in Ungarn gefochten haben und die aus den hieſigen Archiven abverlangt worden. Man hat hieraus entnommen, daß alle dieſe Feldherren die Theißgegenden zu vermeiden wußten und der Kriegsſchauplatz mit kluger Berechnung der Umſtände entweder in Oberungarn bei Koſchau und Miskolcz oder in Südungarn, wo jetzt die Serben kämpfen, aufgeſchlagen ward.

Eine Correſpondenz der ſüdſlaviſchen Zeitung will aus verläßlicher Quelle wiſſen, daß vermöge Kriegsrathsbeſchluſſes der ungariſch-polniſchen Generäle der großartige Plan einer Durchbrechung nach Italien von Görgey gefaßt worden ſein ſoll. Daſſelbe Schreiben hält es für wahrſcheinlich, daß Fiume und das kroatiſche Küſtenland das Ziel der ungariſchen Armee ſein dürfte, ſobald ſie

№: 178. **Beilage zur Deutſchen Zeitung.** 30. Juni 1849.

Ueberſicht.

Deutſchland. Frankfurt (Abreiſe des Erzherzog Reichsverweſers). Wien (Uebergegangene Huſaren. Die Verpflegung der ruſſiſchen Truppen. Nachrichten von der Südarmee. Telegraphen. Ungariſche Nachrichten. Bekanntmachung der Enkel Göthe's. Vermiſchtes). Grätz (Standrecht). Berlin (Die Bildung der Wahlclaſſen. Die Neuwahl der Stadtverordneten. Der Belagerungszuſtand. Hr. Simons. Allgemeine Unterſuchung gegen die Stuttgarter Abgeordneten. Die diplomatiſche Vertretung. Rucktritt der Gräfin Roſſi. Die Geſetzvorlagen). Karlsruhe (Truppenmärſche. Kriegsgerichte. Die Karlsruher Zeitung. Offenburg genommen. Kanonade in der Gegend von Raſtatt). Offenburg (Die proviſoriſche Regierung). Raſtatt (Heerſchau Mieroslawski's). Oos (General Sznayde). Baden (Verhaftungen). Lahr (Execution). Mannheim (Verhaftungen und Hausſuchungen. Lager für 20,000 Mann). Kaſſel (Die deutſche Sache. Hr. v. Bally. Der Kurfurſt nach Hannover). Gießen (Entlaſſung Vogt's). Gotha (Beſchlüſſe der verſammelten Abgeordneten. Turnerfeſt. Nachtrag zum Verzeichniß der Verſammelten). Aus dem nördlichen Schleswig (Vom Kriegsſchauplatz).

Italien. (Der Stand der Dinge vor Venedig).

Polen. Warſchau (Tagesbefehl des Kaiſers). Von der polniſchen Gränze (Unzufriedenheit im ruſſiſchen Heere).

Rußland. Von der preußiſch-ruſſiſchen Gränze (Der Herzog v. Leuchtenberg).

Frankfurter Börſenbericht (Vom 30. Juni).

Deutſchland.

Frankfurt, 30. Juni. Die O. P. Z. meldet im amtlichen Theile: „Se. kaiſerl. Hoheit der Erzherzog-Reichsverweſer hat beſchloſſen, zur Herſtellung ſeiner Geſundheit ſich auf einige Wochen nach Bad Gaſtein, im Salzburgiſchen, zu begeben, und hat die Reiſe dorthin heute angetreten. Während der Abweſenheit des Reichsverweſers vom Sitze der Centralgewalt wird der Reichsminiſter, Generallieutenant Jochmus, bei der Perſon Sr. kaiſerl. Hoheit verweilen, um die Verbindung mit dem Miniſterium zu unterhalten und die Verfügungen des Reichsverweſers mit der erforderlichen Gegenzeichnung zu verſehen."

△ **Wien**, 26. Juni. Geſtern hatten wir hier den lang entbehrten Anblick von — Huſaren! Aber es waren nur acht Mann vom Regimente Kaiſer Nicolaus, welche vollkommen beritten und bewaffnet zu uns übergegangen ſind, und über Cilli hierher inſtradirt waren. Sie wurden hier in allen etwas lebhafteren Straßen producirt. Als Gegenſatz erinnern ſie uns an die Palatinal-Huſaren, welche noch immer auf ihrem Marſche nach Italien ſcharf bewacht werden müſſen, um ihre Deſertion zu verhindern; einem Theil davon wurden ſogar die Pferde abgenommen und die Leute in Wagen weiter geſchafft. Der Kriegsminiſter iſt geſtern ins Hauptquartier abgegangen und der Kaiſer ſoll ſich dem Vernehmen nach heute nach Holitſch begeben, wohin ſeine Pferde ſchon früher und geſtern auch ſeine Wagen vorausgegangen ſind. Bei dem Vorrücken des 3. Armeecorps von Oedenburg gegen Raab wurde der Ort Groß-Zinkendorf aus noch unbekannten Gründen beinahe ganz eingeäſchert (am 23. d. M.) In Betreff der Verpflegung der ruſſiſchen Armee, welche nach den erſten Nachrichten durch den Kaiſer von Rußland aus eignen Mitteln überall auf öſterreichiſchem Boden baar bezahlt werden ſollte, ſteht eine Uebereinkunft bevor, wonach der ruſſiſche Kaiſer ſeinen Truppen nur den Sold zahlen, der öſterreichiſche Staat aber die Verpflegungskoſten für dieſelben tragen ſoll. Wahrſcheinlich ſtreute man jenes Gerücht, um den erſten Schreck unſres Landes über die unerwünſchte ruſſiſche Hilfe zu mäßigen, abſichtlich aus. Nach und nach werden wohl auch noch andere Conceſſionen an Rußland zu Tage gefördert werden und es wird ſich herausſtellen, daß der edle Czar auch ſeine kleinen Nebenabſichten bei dem Kampfe „für die heilige Sache" zu fördern bedacht war. Uebrigens ſoll er in Dukla ſeine „angenehme Ueberraſchung" über die reichliche Verproviantirung ſeines dortigen Armeecorps durch unſre Commiſſäre ausgeſprochen und einige wohlfeile ruſſiſche Orden bei dieſer Gelegenheit ausgetheilt haben. Die ruſſiſchen Garde-Regimenter ſollen nun doch im Anmarſch ſein und in den nächſten Tagen das Lager bei Jordanow beziehen, und zwar in einer Stärke von 15,000 Mann, worunter auch Cavallerie. In Neuſatz hat der Ban eine Beſatzung und eine Unterſuchungscommiſſion zurückgelaſſen, welche letztere, wie es ſcheint, ſchnelle Juſtiz einführt. Sieben Magyaren wurden bereits erſchoſſen, und die Frau eines derſelben wurde von den fanatiſirten Soldaten eigenmächtig ergriffen und — in Stücke gehauen, weil ſie geäußert haben ſoll, daß ſie den Honveds 1000 Stück Ducaten geben wolle, wenn ſie alle in Neuſatz wohnenden Serben ausrotten würden. Knicanin nahm den Inſurgenten am 20. bei Wieſe ein mit 200 Centner Pulver und Munition beladenes Schiff. Man ſchätzt den Werth auf 200,000 fl.

Von der Einnahme Orſovas durch die Ruſſen, in Folge deren die Magyaren auch Pancſova verlaſſen haben ſollen, fehlt noch die amtliche Beſtätigung; auch die Erſtürmung von Peterwardein, welche einige Blätter voreilig berichteten, iſt ſichern Nachrichten zufolge noch keineswegs zu glauben.

Der Miniſter Bach hat den Entwurf zu einem über das ganze Reich verbreiteten Telegraphennetze vorgelegt, wonach die Hauptlinien von Wien ausgehend in einer Geſammtlänge von 302 Meilen die Centralregierung mit den vorzüglichſten Städten der Kronländer in Verbindung ſetzen ſollen. Sie werden 65 Inſtrumente erfordern und einen Koſtenaufwand von 214,850 fl. in Anſpruch nehmen. Die ſecundären Linien würden 120 Inſtrumente und 876,850 fl. koſten. Die Hauptverbindungslinien zwiſchen den vorzüglicheren Städten des Reichs und den Hauptgrenzlinien in einer Geſammtlänge von 363 Meilen würden mit 79 Inſtrumenten die Koſten von 294,350 fl. betragen. Einige andere Auslagen dazu gerechnet, würde die vollſtändige Ausführung 1,773,850 fl. in Anſpruch nehmen und könnte durch die Anwendung von Doppeldrahtlinien auch von dem Publicum benützt werden. Unſere Finanzverhältniſſe ſind der Art, daß das Ganze wohl fürs erſte ein Project des Herrn Miniſters bleiben wird, wenn er nicht zugleich auch neue Geldquellen entdeckt.

* **Wien**, 26. Juni. F.-Z.-M. Haynau hat eine Proclamation an die Truppen erlaſſen, aus welcher klarer als aus den bisher kundgegebenen Nachrichten der vollſtändige, am 20. und 21. von den vereinigten ruſſiſchen und öſterreichiſchen Truppen über Görgey erfochtene Sieg erſichtlich wird. Oeſterreichiſcher Seits kam hierbei das Armeereſervecorps des F.-M.-L. Wohlgemuth, ruſſiſcher Seits die Diviſion Panjutin ins Gefecht. Aus dem neuſten amtlichen Bericht geht weiter hervor, daß ſich zwiſchen der Waag und dem Donauarm kein Feind mehr befindet, die Inſurgenten Gutta verlaſſen, ſich mehr gegen die Waag gezogen und die unterhalb der Einmündung der Waag in die Donau beſtandene Brücke abgebrochen haben. Der ungariſche General Aulich ſoll ſich nach Weßprim gewendet haben und dort ſtarke Maſſen um ſich ſammeln. Orſova ſoll jetzt, wo die ruſſiſchen Truppen ſich ihm immer mehr nähern, von den Ungarn ſtark befeſtigt werden. Orſova iſt ihnen auch der Hauptſtapelplatz für den Verkehr mit engliſchen Waaren. Am 6. d. ſollen nicht weniger als drei engliſche Dampfer mit Waaren beladen dort angekommen ſein. Die Verweigerung von Päſſen an ungariſche Iſraeliten wird factiſch, d. h. durch das Erſcheinen iſraelitiſcher Getreidehändler aus Preßburg widerlegt. F.-M.-L. Kempen, an welchen ſich eine Deputation der Preßburger Iſraelitengemeinde wegen einer angeblich hierüber erlaſſenen Verordnung gewendet hatte, verſicherte mit Befremden, daß er von einer ſolchen Maßregel nichts wiſſe und gab ſofort Befehl zur Vidirung der betreffenden Päſſe. Es hieß, daß über den früheren ungariſchen Miniſterpräſidenten Grafen Batthyany das Todesurtheil verhängt worden ſei. In Croatien herrſcht die Cholera. In Agram ſoll ſie durch einen Transport Verwundeter aus Eſſegg eingeſchmuggelt worden ſein. In Semlin wurde die Belgrader Zeitung verboten. Die verhafteten Redacteure des Vjeſtnik und Napredak ſind gegen Bürgſchaft auf freien Fuß geſetzt worden, die Blätter ſelbſt aber noch nicht erſchienen. Heute ſind neuerdings äußerſt günſtige Nachrichten über das ſiegreiche Vorrücken der k. k. und ruſſiſchen Truppen im Umlauf und man erwartet hierüber eine öffentliche Bekanntmachung. Der Kaiſer hat das von dem vaterländiſchen Dichter H. Moſenthal überreichte Drama: „Deborah", angenommen, und dem Verfaſſer eine brillantene Buſennadel als Anerkennung ſeines Talents verehrt. Jene 188 Polen, welche auf Koſten der öſterreichiſchen Regierung in Duino nach Nordamerika eingeſchifft wurden, haben den Schiffsführer gezwungen, ſie nach Marſeille zu führen. Am 14. d. M. kamen ſie dort an; die franzöſiſche Regierung verweigerte ihnen jedoch die Landung. Geſtern Vormittags begannen im Thereſianum unter dem Vorſitze des Unterrichtsminiſters Thienfeld die Berathungen über das künftige Schickſal dieſes Inſtituts. Der Freiherr v. Sommaruga, ſowie Herr v. Stubenrauch, Letzterer vom Gemeinderath der Stadt Wien, wohnte gleichfalls dieſen Berathungen bei. Den Verehrern ihres Großvaters Johann Wolfgang v. Göthe machen die Herren Walther Wolfgang und Wolfgang Maximilian v. Göthe in einer Bekanntmachung d.d. Wien, 11. Juni, die

Mittheilung, daß zur hundertjährigen Geburtsfeier deſſelben an den Tagen des 28. und 29. Auguſt, der Zutritt zu deſſen Arbeits- und Schlafzimmer in ihrem Hauſe zu Weimar geſtattet ſein wird. Ihren Wunſch, eine neue Aufſtellung der Sammlungen des Großvaters bis zu dieſem Zeitpunkt herbeizuführen und ſo auch zu ihnen an dieſen Tagen den Zutritt gewähren zu können, haben die Zeitumſtände nicht verwirklichen laſſen. Die Prager Univerſität hat in der Berufung des Dr. Joſ. Enzel aus Zürich zur Lehrkanzel für die pathologiſche Anatomie einen ſehr bedeutende Erwerbung gemacht. Von den hier in Haft befindlichen, bei der ungariſchen Inſurrection compromittirten ehemaligen öſterreichiſchen Generälen, iſt die gegen den Gen. Moga eingeleitete Unterſuchung zu Ende geführt und wird deſſen Verurtheilung nächſtens publicirt werden.

Gratz, 22. Juni. Geſtern wurde im Lager bei Grätz Standrecht verkündet, welches vorzugsweiſe den Koſſuth'ſchen Emiſſären gewidmet iſt. (E. Bl. a. B.)

♀ **Berlin**, 28. Juni. Die ſtädtiſchen Behörden ſind endlich mit der Bildung der Wahlclaſſen ins Reine gekommen. Das Reſultat der Berechnung für die ganze Stadt iſt folgendes: Wer 50 Thlr. directe Steuer und darüber zahlt, kommt in die erſte, wer 20—50 Thlr. zahlt, in die zweite, und wer unter 20 Thlr. zahlt, in die dritte Claſſe. Sehr viele gebildete und intelligente Männer, die in die zweite Claſſe zu kommen hofften, werden ſich beſcheiden müſſen, in der dritten zu wählen. Die Regierungspartei gibt zu, daß man ſich in dieſer Beziehung verrechnet habe; ſie ſchiebt aber die Schuld auf das beſtehende unrichtige Steuerſyſtem und verlangt nun eine gleichmäßige, gerechte Beſteuerung. Die Neuwahlen eines Theils der Stadtverordneten ſollen darum ſo radical ausgefallen ſein, weil viele conſervative Bürger ſich aus Bequemlichkeit nicht daran betheiligten. Auf demokratiſcher Seite verſichert man aber, dieſe Wahlen habe man dem Wirken des Treubundes zu danken. Gegenwärtig hört man wieder, daß die Regierung nächſtens ein Club- und Preß-Geſetz erlaſſen und den Belagerungszuſtand aufheben werde. Geſchieht dies, ſo geſchieht es wahrſcheinlich, um die Kammern mit jenem Geſchäfte nicht zu behelligen.

Lith. Corr. **Berlin**, 28. Juni. Der Juſtizminiſter Hr. Simons hat in einem an ſämmtliche Oberſtaatsanwälte der Monarchie gerichteten Miniſterial-Erlaß die Einleitung der Unterſuchung wegen Hochverraths gegen ſämmtliche preußiſche Mitglieder der deutſchen Nationalverſammlung, welche an den Berathungen in Stuttgart Theil genommen haben, verordnet. Ueber den Antheil, welchen Hr. v. Radowitz an dem Reichsverfaſſungsentwurf der drei Königreiche genommen hat, geht uns aus ſehr glaubwürdiger Quelle die Mittheilung zu, daß Hr. v. Radowitz, auf den Wunſch des Königs durch die Miniſter zur Theilnahme an den im Staatsminiſterium ſtattgefundenen Vorberathungen veranlaßt, nur eine berathende, nicht aber eine entſcheidende Stimme gehabt hat. Dieſelbe Stellung nahm Hr. v. Radowitz in der Conferenz der Bevollmächtigten ein. Obgleich er in dieſer den Vorſitz hatte, ſo beſchränkte ſich ſeine Wirkſamkeit doch lediglich auf die Vertheidigung der von dem preußiſchen Miniſterium gemachten Propoſitionen; die entſcheidende Erklärung auf die von den übrigen Conferenzgliedern gemachten Vorſchläge wurde in jedem einzelnen Falle unmittelbar aus dem Staatsminiſterium eingeholt. Mit der Veränderung, welche in dem Verhältniß des Hrn. v. Radowitz zum Hofe und zur Regierung eingetreten iſt, hängt übrigens die definitive Beſeitigung der von dem Miniſterium in den erſten Tagen dieſes Monats nachgeſuchten Geſammtentlaſſung aufs Genaueſte zuſammen. In der diplomatiſchen Vertretung Preußens werden wahrſcheinlich ſchon in Kurzem weſentliche Aenderungen eintreten. Dazu gehört die Umwandlung minder wichtiger Geſandtſchaften in Geſchäftsträgerſchaften, namentlich an den Höfen zu Athen, Karlsruhe, Kaſſel, Darmſtadt, Hamburg und Liſſabon und die wohl ſchon vollzogene Aufhebung der bisherigen Miniſter-Reſidenturen in Frankfurt, Weimar und Florenz. Durch dieſe Aenderungen allein wird das Budget des auswärtigen Departements eine Verminderung der Verwaltungskoſten von nahe an 70,000 Thlr. erleiden, die man muthmaßlich zur Verbeſſerung der Conſulatsvertretung verwenden wird. Der Rücktritt der Gräfin Roſſi zur Bühne liefert dem Tagesgeſpräch einen pikanten Stoff. In unſeren ariſtokratiſchen Kreiſen wird dieſer Schritt gemißbilligt; man würde es angemeſſener gefunden haben, wenn die gräfliche Sängerin, dem Drange der Verhältniſſe nachgebend, ſich in die Einſamkeit eines ſavoyiſchen Bergſchloſſes zurückgezogen hätte. Die Gräfin dachte bürgerlicher und menſchlicher. Die engliſche Ariſtokratie ſcheint dergleichen auch anders anzuſehen, als unſere märkiſchen Granden. Wenigſtens verſichert man, Graf Weſtmoreland habe dem Anerbieten des Hrn. Lumley, Directors der Londoner Oper, bei der Gräfin Eingang verſchafft. Unſere Quitzow's hat die Natur freilich vor dem Geſchick bewahrt, die mächtigſte Stadt der Welt von der Bühne herab zu entzücken. In den höhern Adminiſtrationskreiſen will man ſich die Meinung nicht nehmen laſſen, daß die demokratiſche Partei ſich trotz ihrer Erklärungen an der Wahl betheiligen werde. Herr v. Manteuffel ſoll mit ſeiner Inſpectionsreiſe auch die Abſicht verbunden haben, ſich über die Stimmung in der Provinz zu orientiren und die Behörden zu inſtruiren, wie ſie ſich bei den bevorſtehenden Kammerwahlen zu benehmen haben. Das Cabinet ſoll übrigens eifrig beſchäftigt ſein, für die Kammern mehrfache Vorlagen auszuarbeiten. In dem Bureau des Finanzminiſters liegen bereits verſchiedene Steuergeſetzentwürfe fertig; an einem umfaſſenden Bericht über die preußiſche Finanzverwaltung wird gearbeitet. Die Geſetze über die Preſſe und das Vereins- und Verſammlungsrecht, ſowie ein Geſetz über die Disciplinarverhältniſſe der Richter und Beamten ſollen demnächſt noch vor Zuſammentritt der Kammern publicirt werden.

Karlsruhe, 28. Juni. Nachdem heute früh eine bedeutende Anzahl preußiſcher Truppen von hier gegen Raſtatt abmarſchirt war, iſt im Laufe des Vormittags eine neue Abtheilung, in der Stärke von ungefähr 7000 Mann, wieder eingerückt. Die Truppen kamen durch das Mühlburger Thor, die lange Straße hinauf bis auf den Schloßplatz, wo der Prinz von Preußen ſie die Revue paſſiren ließ. Beim Vorbeidefiliren brachten die Soldaten dem Prinzen ein begeiſterndes Hurrah. Im Gefolge Sr. königl. Hoheit befand ſich der bei Wagbäuſel verwundete Prinz Friedrich Karl, der zwar noch den Arm in der Binde trägt, aber ſonſt wieder hergeſtellt iſt. Für den Geiſt, der unter den preußiſchen Truppen herrſcht, iſt wohl der Umſtand bezeichnend, daß unter den Regimentern wahrhaft rivaliſirt wird ins Feuer zu kommen. Das 30. Infanterieregiment, das bereits nach dem Oberlande abmarſchirt war, iſt wieder zurückgekehrt, weil ſich andere Regimenter beſchwerten, daß jenes ſchon oft im Gefecht war, während ſie bisher weniger Gelegenheit hatten, an dem Kampfe Theil zu nehmen. Von Raſtatt hört man, daß die Bürger entſchloſſen ſind, die Thore der Stadt zu öffnen, die dort liegenden Soldaten hingegen es hartnäckig vertheidigen wollen. Das Kriegsgericht, welches über die der Meuterei und des Aufruhrs Angeklagten zu erkennen hat, iſt conſtituirt. Die ſtandrechtlichen Urtheile werden in kürzeſter Friſt erfolgen. Die Karlsruher Zeitung erſcheint einſtweilen unter der Verantwortlichkeit der Buchdruckerei und redigirt von Herrn von Killinger. In den nächſten Tagen wird Dr. Gichne wieder die Verantwortlichkeit übernehmen und alsdann Dr. Koffka in die Redaction eintreten. (O. P. Z.)

Karlsruhe, 29. Juni. Heute früh iſt das Gros des erſten preußiſchen Armeecorps (Generallieutenant v. Hirſchfeld), ungefähr 15,000 Mann ſtark, unter Führung des Prinzen von Preußen, der, von einem glänzenden Generalſtabe umgeben, an der Spitze der Colonne ritt, auf der Straße nach Raſtatt von hier abgezogen. Von 6 — 9 Uhr dauerte der Ausmarſch der Truppen, deren buntgemiſchter Train und Nachtrab einen intereſſanten Anblick gewährte. Einem der Infanterieregimenter folgte eine junge Marketenderin in Uniform, wie ihre mecklenburgiſche Kriegsgefährtin ein ſchmuckes Exemplar einer Regimentstochter. Die Dragonerin werden wir wohl auch bald zu ſehen bekommen, ihre Landsleute, Garde, Infanterie und Jäger, ſind bereits geſtern hier eingerückt. (O.-P.-Z.)

Karlsruhe, 29. Juni. Nachmittags 1½ Uhr. Seit 11½ Uhr hört man in der Gegend von Raſtatt heftig kanoniren. So eben erfährt man, daß geſtern Abend 2½ Stunden von hier, bei Völkersbach ein kleines Gefecht zwiſchen der Revolutionsarmee und den preußiſchen Truppen ſtattgehabt hat. Der Stadtcommandant unter der proviſoriſchen Regierung, Rominger, iſt nun ebenfalls verhaftet worden.

Abends 5½ Uhr. Bei Abgang der Poſt dauert die Kanonade fort, ohne daß man etwas Beſtimmtes vom Kriegsſchauplatz weiß. (O. P. Z.)

* **Nach der O. P. Z. iſt Offenburg vom (Würtembergiſchen) General Miller genommen und beſetzt.**

Offenburg, 27. Juni. Seit dem 25. befindet ſich die proviſoriſche Regierung, Brentano an der Spitze, hier. Man ſagt, daß ſie, wenn ſie auch hier zu weichen genöthigt ſei, ihren Sitz in Freiburg nehmen wird. (Fr. J.)

Raſtatt, 26. Juni. Schon vorgeſtern wurden alle einzelne Truppen auf der Eiſenbahn hierher befördert, weshalb alle Perſonenzüge auf der Eiſenbahn eingeſtellt wurden. Geſtern Vormittags 8 Uhr hielt Mieroslawski Revue über alle hier befindlichen und im Murgthale aufgeſtellten Truppen; es mögen wohl im Ganzen 40,000 Mann ſein, die faſt alle einſtimmig das Verlangen ausſprachen, gegen Karlsruhe zu ziehen. Dieſe Erbitterung auf Karlsruhe ſoll durch die gute Aufnahme, die den einziehenden Preußen zu Theil wurde, entſtanden ſein. (Fr. J.)

Oos, 25. Juni. Heute kam General Sznaide mit Oberſtlieutenant Anneke auf unſerm Bahnhofe an. Gegen Abend erfuhren wir, daß Sznaide in Weingarten bei ſeinen eigenen Leuten in den Verdacht des Verrathes kam, deshalb mißhandelt und am Halſe verwundet wurde. (Fr. J.)

Baden-Baden, 25. Juni. Geſtern ſind hier auf Befehl der proviſoriſchen Regierung fünf Verhaftungen vorgenommen und die Verhafteten nach Raſtatt abgeführt worden. Sämmtliche ſollen Mitglieder einer Verbindung ſein, welche im ganzen Lande verbreitet ſein und den Zweck haben ſoll, für das alte Regime Propaganda zu machen. Der alte Profeſſor Eckerle, Aſſeſſor Gellius und drei katholiſche Geiſtliche waren die Verhafteten. (Fr. J.)

Lahr, 26. Juni. Der Gemeinderath weigerte ſich geſtern, die Beſchlüſſe der proviſoriſchen Regierung zu vollziehen, beſonders die verlangten Lebensmittel ꝛc. ins Heerlager abzuliefern. Es erſchienen daher noch Nachmittags gegen 700 Mann Executionstruppen mit zwei Geſchützen von Offenburg her, umzingelten die Stadt, drangen in dieſelbe ein, entwaffneten die widerſpenſtigen Bürger und arretirten eine große Anzahl ausgeriſſener Freiſchärler, die hier Schutz gefunden hatten. (Fr. J.)

Mannheim, 28. Juni. Nicht allein, daß immer noch Verhaftungen vorgenommen werden, es iſt auch bereits auf das Vermögen mehrerer Bürger, behufs eines Schadenerſatzes für die Beſchießung von Ludwigshafen Beſchlag gelegt; auch finden in den Wohnungen von Anhängern der proviſoriſchen Regierung eifrige Nachſuchungen nach Waffen und Beſchlagnahme der daſelbſt aufzufindenden Papiere und Briefſchaften ſtatt. Es ſollen in Folge der Aufſchlüſſe aus bereits confiscirten Correſpondenzen noch weitere Verhaftungen vorgenommen werden. Mehrere Wirthshäuſer wurden ihrer politiſchen Farbe halber bis auf Weiteres gänzlich geſchloſſen; für die übrigen iſt die Feierabendſtunde auf halb 10 Uhr feſtgeſetzt und wird mit aller Strenge eingehalten. Bei Mannheim wird morgen ein Lager für 20,000 Mann Preußen aufgeſchlagen; die Lieferung des für die Mannſchaft nöthigen Bedarfs von täglich 10,000 Pf. Fleiſch, 40,000 Pf. Brod, 5000 Pf. Reis oder Gerſte, 250 Pf. Salz, 5000 Maß Wein und Branntwein und Fourage für 3000 Pferde, iſt der Stadt Mannheim und den umliegenden Ortſchaften aufgegeben. Dem Vernehmen nach werden von Preußen ſämmtliche Unkoſten zurückerſtattet. (Mannh. Abdztg.)

⁑ **Kaſſel**, 29. Juni. Die Neue Heſſiſche Zeitung enthält die folgenden 3 ſich gegenſeitig ergänzenden Notizen:

„Kaſſel, 28. Juni. Wir haben neulich die lächerliche Art aufgedeckt, wie man in Münchener und Frankfurter Blättern die halbofficielle Nachricht erfindet und verbreitet, Kurheſſen zeige ſich den öſterreichiſch-bairiſchen Plänen geneigt. Jetzt ſollen ſich nun gar laut einer Münchener Correſpondenz in der Deutſchen Reform dieſe Gerüchte beſtätigen. Zur Warnung des deutſchen Publicums vor allen ſolchen Münchener Nachrichten, deren wirklich naive Unverſchämtheit übrigens auf die politiſche Bedeutung ihrer ſtaatsmänniſchen Urheber helle Schlaglichter wirft, theilen wir die beſagte Correſpondenz wörtlich mit der aus beſter Quelle geſchöpften Verſicherung mit, daß Alles, was hierin über Kurheſſen geſagt wird, von Anfang bis zu Ende, wie man zu ſagen pflegt, von der Wand geriſſen iſt. Ohne Zweifel wird dieſe Verſicherung ein bekannter ultramontaner Reichstagsabgeordneter und dermaliger Miniſterialverwandter aus Frankfurt, welcher ſich in jüngſter Zeit hier einige Tage aufgehalten hat, nach ſeiner Heimkehr ſeinen hohen Freunden in jeder Beziehung beſtätigen können. Die bewußte Correſondenz aus München lautet wie folgt: „Es beſtätigt ſich, daß die Cabinette von Wien und München in nähere Beziehung zu den Regierungen von Würtemberg, Heſſen-Kaſſel und Deſſau getreten ſind; wahrſcheinlich dürften ſich dieſe letzteren Regierungen dem von Oeſterreich und Baiern zu octroyirenden neuen deutſchen Verfaſſungsentwurf anſchließen; wie man vernimmt, wird Oeſterreich auf die baieriſchen Anſinnen in poſitiver Weiſe, wie es dieſſeits gewünſcht worden, eingehen; auch mit Waffen wird Oeſterreich ſich in Deutſchland vertreten; aus Böhmen und Tyrol ſind öſterreichiſche Truppen für Baden in Anmarſch; ſie werden dort, wie es heißt, durch ruſſiſche erſetzt werden. Man verſichert ferner, Oeſterreich und Baiern werden nöthigen Falls ganz Baden und die Pfalz beſetzen und den Preußen der baldige Rücktritt in ihre Lande, verſteht ſich mit Dankbarkeit, angemuthet werden.“

Hr. v. Bally aus Frankfurt hält ſich ſeit einigen Tagen, wie man ſagt, zu ſeinem Vergnügen, hier auf. Wir wiſſen nicht, zu ſagen, ob Hr. v. Bally ſeine Abſicht erreicht hat.

Der Kurfürſt iſt nach Hannover abgereiſt.

Gießen, 28. Juni. Der außerordentl. Profeſſor der Zoologie, Karl Vogt, hat in dieſer Eigenſchaft ſeine Entlaſſung vom Großherzoge erhalten. (O. P. Z.)

⊙ **Gotha**, 28. Juni. Die Vorlage des Siebenerausſchuſſes iſt einer nochmaligen Ueberarbeitung unterworfen worden und heute Nachmittag in folgender Geſtalt zum Beſchluſſe der in Gotha verſammelten Parlamentsmitglieder erhoben worden:

„Die ſchweren Bedrängniſſe des Vaterlandes, die Gefahren eines Zuſtandes, welcher keine Bürgſchaft des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinſam feſtzuſtellen und ſich über den Weg zu verſtändigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung ſeiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszuſtand hergeſtellt werde.

Das Ergebniß der darüber in Gotha am 26., 27. und 28. Juni d. J. gehaltenen Beſprechungen faſſen ſie in nachſtehenden Sätzen zuſammen:

I. Innig überzeugt, daß die deutſche Nationalverſammlung, als ſie am 28. März d. J. die deutſche Reichsverfaſſung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutſchen Dinge ihr anwies, dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatſache nicht verſchließen, daß die Durchführung der Reichsverfaſſung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden iſt. Dahingegen iſt in der Verfaſſungsaufſtellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem ſich der verlorene Einigungspunkt möglicherweiſe wieder finden läßt. Das Betreten dieſes Weges nicht zu verſchmähen, mahnt uns das von inneren und äußeren Feinden ſchwer bedrohte und vom Bürgerkriege zerfleiſchte Vaterland, eben ſo dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entſchieden man auch einzelne ſeiner Beſtimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutſchen Bundesſtaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Perſon des Regenten des mächtigſten rein deutſchen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus — und ſomit den Kern der Reichsverfaſſung in ſich aufgenommen hat.

II. Den Unterzeichneten ſtehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfaſſung vom 28. März erreicht werden ſollen, höher, als das ſtarre Feſthalten an der Form, unter der man dieſes Ziel anſtrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfaſſung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zuſage und erkennen an, daß der von denſelben eingeſchlagene Weg zu dem vorgeſteckten Ziele führen kann, unter der Vorausſetzung:

daß alle deutſche Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstags auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form als Einheit gegenübertreten, und

daß die dem Reichstage vorbehaltene Reviſion ſich nur auf ſolche Verfaſſungsbeſtimmungen erſtreckt, welche in der Reichsverfaſſung vom 28. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder weſentlich übereinſtimmen.

III. Erſcheint es daher als politiſch nothwendig, daß die andern deutſchen Staaten — abgeſehen von dem den deutſchen Bundesſtaat verneinenden Oeſterreich, — ſich an jene Verfaſſungsvorlage in bindender Weiſe baldigſt anſchließen und die ſchleunige Berufung eines Reichstags möglichſt befördern, ſo erwächſt auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreiſen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländiſchen Werkes beizutragen.

IV. In dieſem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptſächlichſte Aufgabe betrachtet, für das Zuſtandekommen eines Reichstages, alſo auch für die Betheiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshauſe betrifft, ſo ſind dem in Frankfurt beſchloſſenen, die unmittelbare Durchführung der Reichsverfaſſung vorausſetzenden Wahlgeſetze nicht zu beſeitigende Hinderniſſe entgegengetreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andere geſetzliche Norm maßgebend werde. In dieſer Rückſicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemeſſenſte an, wenn in jedem einzelnen Staate auf landesverfaſſungsmäßigem Wege das Wahlgeſetz für den nächſten Reichstag feſtgeſtellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umſtänden nicht erreichbar ſein ſollte, ſo würde doch (wie dies ſchon in der Berliner Denkſchrift in Ausſicht geſtellt iſt) den Einzelnſtaaten überlaſſen bleiben müſſen, bei Ausführung des mit dem Verfaſſungsentwurf vorgelegten Wahlgeſetzes die durch ihre abweichenden Verhältniſſe gebotenen Modificationen anzuordnen, und jedenfalls glauben die Unterzeichneten nicht verantworten zu können, wenn ſie durch ihre Haltung dazu beitragen ſollten, das Zuſtande-

Nr. 178. Zweite Beilage zur Deutſchen Zeitung. 30. Juni 1849.

Ueberſicht.

Was hat der Reichstag zu thun?
Anfrage.
Ein Beſuch bei Garibaldi.
Deutſchland. Wien (Die Stellung des Hrn. v. Prokeſch in Berlin. Der Tempel der Wiſſenſchaft. Die Preſſr. - Saphir und Director Carl). München (Schule und Kirche. Wahlagitation und Volksverſammlungen der Ultramontanen. Dr. Zander. Die baieriſche Politik). Aus der Pfalz (Der Entſatz von Landau. Hr. Erbe). Freiburg (Requiſitionen und Zwangsaushebung). Mainz (Die bevorſtehenden politiſchen Proceſſe und die Geſchwornen).
Oeſterreichiſche Monarchie. Krakau (Die Ruſſen in Galizien).
Britiſch-Oſtindien. (Die Königin Wittwe von Lahore).
China. (Das neueſte Zerwürfniß zwiſchen Briten und Chineſen).
Amerika. (Brief Hecker's).

Was hat der Reichstag zu thun?

L **Berlin,** Ende Juni. Was uns fehlt iſt der feſte Rechtszuſtand und der feſte politiſche Zuſtand. Nur durch das Ins-Leben-Treten der Verfaſſung Deutſchlands, nur durch die Herſtellung und praktiſche Handhabung eines wirklich conſtitutionellen Syſtems in den Einzelſtaaten, beſonders in den Königreichen kommen wir aus dieſem Chaos heraus. Unſere Hauptſchwierigkeit war und iſt die Unaufrichtigkeit und Charakterloſigkeit der größeren deutſchen Regierungen. Unter dieſen Umſtänden kommt es darauf an, den Finger feſtzuhalten, den man uns nur geboten, um ihn wo möglich wieder wegzuziehen. Unſer Ziel darf vorerſt nur ſein einen irgend erträglichen Bundesſtaat ins Leben zu rufen. Erträglich d. h. entwicklungsfähig. Ob dies der preußiſche Entwurf iſt? Ich antworte: ja! Die zwei bedenklichen Puncte ſind das Fürſtencollegium und die Beſchränkung der Reichsfinanzen auf Matricularbeiträge. Man fürchtet, das Fürſtencollegium werde nur im dynaſtiſchen und particulariſtiſchen Intereſſe ſtimmen und die Einzelſtaaten, wie bereits früher geſchehen, ihre Beiträge nicht zahlen. Was nun das Letztere betrifft, ſo ſei es geſtattet zu fragen: Wie anders ſollen denn fürs Erſte Gelder aufgebracht werden, als durch Beiträge? Wo ſind denn die Steuereinrichtungen und die Zolleinkünfte? Die Hauptſache aber iſt dies: Hat der Einheitsgedanke in den Einzelſtaaten wirklich Lebenskraft, ſo wird es den Regierungen nicht möglich ſein, die Entwicklung dieſes Gedankens durch die Reichsgeſetzgebung zu hemmen, und die Beiträge werden gezahlt werden. Täuſche man ſich doch nicht darüber, daß das Reich ſeine Nahrung von den Einzelſtaaten zieht und ſeinen wahren Halt in der Theilnahme der Bevölkerungen derſelben hat. Beſitzt es dieſe Theilnahme wirklich, ſo iſt es ziemlich gleichgültig, mit wie weiten Befugniſſen es ins Leben eintritt; es wird wachſen. Beſitzt es ſie nicht, ſo muß es abſterben, man müßte ſich denn die Reichsentwickelung ſo denken, daß Preußen allmälig das übrige Deutſchland förmlich unterjochte.

Mein Rath iſt alſo der:

1) Der Reichstag fordert die Regierungen aller der Länder, die ihn beſchickt haben, auf, in kurzer Friſt ſich beſtimmt darüber zu erklären, ob ſie den preußiſchen Entwurf einfach annehmen, falls der Reichstag ſelbſt auf jede Abänderung verzichte.

2) Sodann werden diejenigen Abgeordneten ausgeſchloſſen, deren Regierungen die obige Frage nicht unbedingt bejaht haben.

3) Endlich nimmt der Reichstag den Entwurf einfach an.

Bei dieſem Vorſchlag werden zwar Empfindlichkeiten und Sympathien aller Art überwunden werden müſſen. Wenn wir aber nicht überhaupt für jetzt auf die Einheit verzichten und wenn wir nicht auf die Revolution losſteuern wollen, ſo ſcheint er mir im Weſentlichen der einzig praktiſche. Denn ich wiederhole es, die Sachlage iſt die: Die größeren Staaten warten nur auf die Gelegenheit, ihr Wort zurückzunehmen. Sie werden dies am wenigſten können und wagen, wenn ihre Vorſchläge einfach angenommen werden. Wir müſſen es eben noch einmal mit dieſen Leuten verſuchen.

Anfrage.

Landau galt bisher durch ſeine natürliche und künſtliche Feſtigkeit für ein Hauptbollwerk Deutſchlands. Man erinnert ſich, daß die Unmöglichkeit, es den Franzoſen abzunehmen, alle Vortheile des blutigen Feldzugs von 1793 vereitelte und die deutſchen Heere nöthigte, ſtatt im Elſaß ihre Winterquartiere auf dem rechten Rheinufer zu nehmen. Bei dieſer Wichtigkeit des Platzes muß es billig Verwunderung erregen, wenn durch Briefe von Officieren der Beſatzung beſtätigt wird, daß nach wenigen Tagen, wenn das preußiſche Heer die Feſtung nicht entſetzt hätte, Landau aus Mangel an Trinkwaſſer ſich den Freiſchaaren nach einer Blokade von wenigen Wochen hätte ergeben müſſen! Eine Aufklärung von ſachkundiger Hand würde gewiß zur allgemeinen Beruhigung beitragen.

Ein Beſuch bei Garibaldi.

In einem aus Rom an den Pariſer National geſchriebenen Briefe leſen wir nachſtehende Schilderung Garibaldi's: Der General Garibaldi iſt ein Mann von 38 bis 40 Jahren, von mittlerem Wuchſe und einer ungemein ausdrucksvollen Geſichtsbildung; ſein Blick iſt trotzig und von einer ſeltenen Lebendigkeit; ſein athletiſcher Körperbau, ſein ganzes Weſen kündigt Kraft und Entſchloſſenheit an. Langes, nachläſſig von jeder Seite des Kopfes herabwallendes Haar und ein kräftiger Bart ſchließen ſein Geſicht ein und geben ihm einen Charakter martialiſcher Schönheit. Ein kleines Zimmer von etwa 12 Quadratfuß mit einem kleinen Tiſch in der Mitte und einem Kanapee an einer Seite bilden ſeine Wohnung, vor deren Thüre ſich hie und da einige treue Garden befinden. Ein wenig zur Linken, tritt man in die Zimmer ſeines Stabes. Dort beim Schimmer einiger auf ein Stück Soldatenbrod oder einen Klotz zufällig aufgepflanzter Kerzen werden die Befehle des Oberbefehlshabers abgefaßt. Das Haus liegt an der äußerſten Vertheidigungslinie, wo von einer Terraſſe aus die Officiere Tag und Nacht alle Bewegungen der franzöſiſchen Armee überwachen müſſen. Dieſes Belvedere, auf welches der General von Zeit zu Zeit ſelbſt ſteigt, iſt ſchon von mehreren Kugeln der Vincenner Scharfſchützen durchbohrt worden. Ohne von meinem Beſuche benachrichtigt zu ſein, traf ich den kühnen Parteigänger auf einem Kanapee ſitzend, das rechte Bein auf den Rand eines Stuhles geſtützt, und einen ſeiner Gefährten, mit dem Schläger an der Seite, beſchäftigt, eine der vielen Wunden des Generals zu verbinden. Kaum war ich ihm vorgeſtellt, als er mir treuherzig lächelnd die Hand drückte und ſich in einem reinen, ſchönen Franzöſiſch entſchuldigte, mich in dieſem beſcheidenen Winkel zu empfangen. Indem er hierauf uns Allen Cigarren reichte, entſpann ſich die Unterhaltung, die ſich bald auf das Treffen am 3. Juni richtete, und ihm den ſchmerzlichen Verluſt ſeiner theuerſten Freunde, beſonders des wackeren Mazina und Daverio zurückrief. „Unerſetzlicher Verluſt," rief er, „mit ſolchen Männern konnte ich ruhig ſchlafen," und tiefer Kummer um dieſe edlen Herzen ſprach ſich aus in ſeinem ernſten theilnehmenden Antlitz. Garibaldi iſt mit Wunden bedeckt, was ihn nicht hindert, ſeinen wichtigen Pflichten unverdroſſen obzuliegen. Immer in den erſten Reihen während des Kampfes, zeigt er eine ſeltene Unerſchrockenheit. Sein Mantel iſt von Kugeln durchlöchert, und in dieſem Augenblick zeugen vier noch friſche Wunden von ſeinem perſönlichen Muthe. Ich traf bei ihm den jungen Oberſt Manara, aus einer der erſten Familien Mailands, von erprobter Tapferkeit und Fähigkeit, der jetzt die Functionen des General Daverio vertritt. Der junge unglückliche Mamelli, Sohn des genueſiſchen Admirals, der als Dichter durch Geiſt und Anmuth zu den ſchönſten Hoffnungen berechtigte, wird leider ſeine Wunden nicht überleben. Großer Gott! in dieſen Mauern und außerhalb dieſer Mauern, wie viel Thränen, wie viel Trauer und troſtloſe Familien! Und warum? warum? fragt man ſich von allen Seiten. (Nat. Z.)

Deutſchland.

Wien, 22. Juni. Das Miniſterialblatt, „der Oeſterreichiſche Correſpondent" enthält folgenden Artikel: Seit einiger Zeit verbreiten preußiſche Blätter das Gerücht: daß Oeſterreich, in einer geheimen Verbindung mit der preußiſchen und Berliner Demokratie, einen Gegenſchlag gegen die preußiſch-deutſchen Einheitsoperationen zu führen beabſichtige, und es damit auf einen Umſturz des preußiſchen Staats ſelbſt abgezielt habe. Sie fügen hinzu, daß der thätige Vermittler dieſer großartigen Intrigue der kaiſerl. Geſandte Frhr. v. Prokeſch ſei, und derſelbe in Folge deſſen auch bereits in einen unangenehmen Conflict mit der Berliner

Policei verwickelt worden, weil dieſe geheime preußenfeindliche Verbindungen entdeckt habe, in welche ſich Frhr. v. Prokeſch eingelaſſen haben ſoll. Da dieſe böswilligen Angaben immer mehr durch die Tagespreſſe zur Verbreitung gelangen, und die Erfahrung leider ſchon zu oft gezeigt hat, wie ſelbſt das Abſurde und Unglaubliche doch bei Manchen Einlaß findet, ſo ſehen wir uns zu einem Worte der Erwiderung veranlaßt. Wie man auch immer inner- oder außerhalb Preußens die Politik der öſterreichiſchen Regierung beurtheilen möge, wird man ihr doch die Gerechtigkeit widerfahren laſſen müſſen, daß ſie nie zu Mitteln wie jene, deren ſie beſchuldige wird, ihre Zuflucht genommen hat. Sie würde es verſchmähen, ſich derſelben gegen ihre Feinde zu bedienen, da ſie die Grundſätze der Ehre und des Rechts ſelbſt g gen dieſe nie verläugnen wird, und überdies zu beſonnen iſt, um zu verkennen, daß ſolche Mittel Diejenigen, welche ſich ihrer bedienen, unfehlbar in das Verderben ziehen. Wie könnte demnach Oeſterreich ſich zu derlei Mitteln herabwürdigen und die ihm zur Laſt gelegten Abſichten hegen, einem alten und treuen Bundesgenoſſen gegenüber, welchen zu erhalten und redlich zu unterſtützen ihm im Gegentheil die Klugheit eben ſo ſehr als die Pflicht gebietet? Wir haben ſchon Bündniſſe erlebt, die nicht zu erwarten und daher auch nicht vorherzuſehen waren; aber Oeſterreich im Bunde mit der Revolution würde wahrlich zu den Zeichen gehören, die den Untergang der Welt verkündigen. Eine eben ſo ſchändliche Verläumdung muß es genannt werden, wenn man ſich erlaubt, die Ehrenhaftigkeit des kaiſerl. Geſandten Frhrn. v. Prokeſch anzugreifen und ihn als den Vermittler ſolcher Pläne zu bezeichnen. Gleich unbeſcholten und achtungswerth in ſeiner öffentlichen Stellung wie in ſeinem Privatleben, iſt es mehr als unwürdig, einen Mann wie ihn in ſolcher Weiſe zu beſchuldigen. Wir hoffen, daß die preußiſche Regierung Alles aufbieten werde, dem ſchwer Verletzten die gebührende Genugthuung zu verſchaffen. Bei der Stellung, die Preußen nach ſeiner Ueberzeugung in Deutſchland gebührt, muß es den übrigen Staaten vor Allem durch Handhabung der Geſetze im eignen Land Achtung einflöſen, und ſollten dieſe für den gegebenen Fall nicht ausreichen, ſo müßten wir ſie als höchſt mangelhaft bezeichnen. Tagesblätter, welche gegen jene Verläumdungen entrüſtet ihre Stimme erhoben haben, ſchreiben dieſe den Intriguen einer jetzt mächtigen und in Preußens Hauptſtadt den Ton angebenden Hofpartei zu. Wir kennen aber keine zu Berlin den Ton angebende Hofpartei, und ſollte eine ſolche auch gegen unſere Ueberzeugung beſtehen, ſo wäre es uns unmöglich, ſie irgend einer Betheiligung an den eben beſprochenen Angriffen gegen Oeſterreich und deſſen Geſandten fähig zu halten, da dieſelbe doch gewiß nicht daran glauben könnte, daß dieſe Angriffe irgendwie gerechtfertigt ſeien, und daher nur wiſſentlich eine offenbare Verläumdung zu veranlaſſen oder zu begünſtigen vermocht hätte, deſſen wir ſie durchaus unfähig halten müßten.

△ **Wien**, 24. Juni. Geſtern begleitete ich einen Freund zu einer Sitzung der hiſtoriſch-philoſophiſchen Abtheilung der Akademie der Wiſſenſchaften. Denken Sie ſich mein Erſtaunen, als er mich durch ſtarke Abtheilungen von Croaten in das große Thor des Polytechnikums führte (wo die Sitzungen gehalten werden), dann über einen Hof und wieder durch Croaten an die große Treppe, die zum Sitzungsſaale leitet und zu beiden Seiten, nicht etwa durch Monumente der Kunſt und Wiſſenſchaft geziert, ſondern durch lange Reihen — von Schneidern occupirt war. Die alten Egypter ſchritten durch lange Reihen von Sphinxen in ihre Tempel, durch Eichenhaine unſere Vorfahren — und wir, auf dem Gipfel der Cultur, wir ſchreiten zum Heiligthum der Wiſſenſchaft durch Croaten und Militärſchneider. Sollen ſie durch ihre Gegenwart ſymboliſch anzeigen, daß die Academie geſonnen iſt, das Stückwerk des menſchlichen Wiſſens in ein großes Ganze zuſammenzunähen? Möge dem ſo ſein, — und die Wirklichkeit unſeres troſtloſen Soldatenregimentes — woraus dieſes hiſtoriſche Factum entſtanden — endlich ihrem Ziele entgegengehen! Und die Akademie der Künſte, was thut ſie? Bekannt als die ſchlechteſte, die exiſtirt, fühlte ſie die Nothwendigkeit einer Verbeſſerung. Die Directoren hielten lange Berathungen; aber das Reſultat davon war, daß ſie nach Ollmütz zogen und die unterthänigſte Bitte vortrugen, „daß alles beim alten bleiben dürfe"! In der letzteren Zeit ſind jedoch die Berathungen über eine Reform „mit Beibehaltung des alten Syſtems" wieder aufgenommen worden und zwar bei „Würſteln und Bier!" Und unſere arme Preſſe! ABC- und Kochbücher kommen noch ſo ziemlich ungerupft durch; hat aber Jemand die Prätenſion, einen politiſchen Artikel zu ſchreiben, ſo mag er ſich immerhin — nicht wie Sie vielleicht glauben auf bedeutende Cenſurſtriche — ſondern auf bedeutende Grobheiten gefaßt machen, und beruft er ſich auf genehmigte Conceſſionen und feſtgeſtellte Programme, ſo darf er von Glück ſagen, wenn ihn der Platzhalter nicht mit eigenen Fäuſten zur Thüre hinaus wirft und es bei der Drohung bewenden läßt: ſolch einen ſchreibſeligen „Schuſten," wofern er noch muckſt, einſperren zu laſſen. Als politiſchen Ableiter hat man jetzt den Theaterdirector Carl und Saphir auf einander gehetzt. Saphir fing an, ſehr demokratiſche Geißelhiebe auszutheilen, die in ſeiner letzten Vorleſung den Culminationspunct erreichten. Der reactionär geſinnte (ſteinreiche) Director Carl wurde angeſpornt, ihn in ſeinem Lipperl-Theater an der Leopoldſtadt durch den Komiker Scholz traveſtiren zu laſſen; Saphir rächt ſich dafür, indem er eine Reihe Staberliaden über Carl mit Holzſchnitten erſcheinen läßt. Das erſte Blatt, Staberl als Gemeinderath, iſt ſchon erſchienen. Das Publicum fängt an, ſich für die Sache zu intereſſiren und hofft, daß der Kampf recht erbittert fortgeführt wird; es kühlt ſich dabei politiſch ab und Volk und Regierung empfinden darin einen Vorgeſchmack der ſo ſehnlich zurückgewünſchten „vormärzlichen Zufriedenheit."

= **München**, im Juni. Die politiſchen Theoretiker ſtreiten ſich in Sachen der Emancipation der Schule von der Kirche; die ultramontane Liga weiß auch dieſes ſo hochwichtige Capitel beſſer, praktiſcher und ſchneller auszubeuten. Vor einigen Monaten waren baieriſche Schullehrer auf einem Congreß in München vereinigt geweſen, um die Schule und ihre eigene Stellung zu beſprechen. Die Ultramontanen wußten ſehr wohl, daß die Agitation für die deutſche Reichsverfaſſung in Stadt und Land zumeiſt auch von dem verſtimmten und lange vernachläſſigten Lehrerſtande genährt und getragen wurde. Die Piusvereine greifen alſo auch hier frühzeitig zu; der Piusverein von Augsburg, einer der einflußreichſten und verbrüdert im ganzen Baierland, ja in ganz Deutſchland, der auch den Breslauer Piustag beſchickt hatte, veröffentlicht ſoeben ein denkwürdiges Programm über die künftige Stellung der Schullehrer und Prieſter. Es lautet: „a) Es ſolle die materielle Lage des Lehrerſtandes ſo weit verbeſſert werden als es nach dem Gutachten unparteiiſcher und wohlmeinender Männer zu einem anſtändigen Auskommen der Lehrer je nach den Umſtänden, erforderlich und als es die vereinten Kräfte des Staates und der Gemeinden erlauben; b) es ſolle in demſelben Maaß für die Wittwen und Waiſen der Lehrer Vorſorge getroffen werden; c) es ſolle die Bildung des Lehrerſtandes durch hinreichende Staatsbeiträge erleichtert und gefördert werden, ſo weit es immer dem Zwecke entſprechend und den Verhältniſſen angemeſſen iſt; d) es ſolle die ſtaatliche Stellung des Lehrerſtandes in geeigneter Weiſe ſo viel als möglich verbeſſert werden; e) es ſoll das Verhältniß des Lehrerſtandes zu dem Prieſterthum in der Weiſe vermittelt werden, daß einerſeits die heiligen Anſprüche der Religion und hervorragenden Würde des Prieſterthums gewahrt, und daß andererſeits das gute Recht der Mitberathung und Mitentſcheidung des Lehrerſtandes in reinen Unterrichtsangelegenheiten in der vollen Ausdehnung verwirklicht werde, in welcher es ohne Beeinträchtigung der religiöſen Intereſſen geſchehen kann; f) es ſoll überhaupt zwiſchen Prieſter und Lehrer keine Trennung, kein ſelbſtſüchtiger Rangſtreit, ſondern eine wahrhafte Einigung im Geiſte der Kirche obwalten, gemäß welchem der Prieſter nie vergißt, daß ſeine ſchönſte Zierde die Demuth und Bruderliebe iſt, ſo wie hinwiederum der Lehrer als ein gehorſamer Sohn der Kirche nie verkennt, daß er gegen ſeinen Seelſorger, und ſollte es ſelbſt ein unwürdiger ſein, um des heiligen Amtes willen ſtets die ſchuldige Ehrerbietung zu beweiſen habe, es ſolle g) demnach jede etwa entſtehende Mißhelligkeit alsbald durch den Geiſt zuvorkommender Liebe ausgeglichen, jedenfalls die ſegensreiche Eintracht und Einmüthigkeit im Zuſammenwirken mit perſönlicher Selbſtverleugnung erhalten werden." Soweit das Programm. Der Augsburger Piusverein verſpricht all ſeinen Einfluß und alle geſetzlichen Mittel zur Verwirklichung des Planes aufzubieten und wendet ſich deßhalb an alle übrigen Piusvereine, ihm zu denſelben Zwecken beizuſtehen. Sie ſehen, während die übrigen politiſchen Parteien mit dem Wirrſal von Hoffnungen and Idealen in der Luft ſchweben, packen die Ultramontanen das Leben dort an, wo es allein Wurzeln hat, bei der Jugend und der kommenden Generation. Gehet hin und thut desgleichen; denn ſo allein wird es anders werden.

= **München**, 27. Juni. Die Ultramontanen entfalten im Stillen eine große Thätigkeit, um bei unſeren Landtagswahlen, die wohl bald nach der Rückkehr des Miniſters v. d. Pfordten

ausgeſchrieben werden, wenigſtens ihre Koryphäen durchzuſetzen; ſo Döllinger, Philipps, v. Laſſaulx und die großdeutſchen Heerführer Beisler und Bluntſchli. In Sachen des jüngſt in Erding ſchwer verwundeten Redacteur Zander iſt ein königlicher Commiſſair zur Unterſuchung dahin abgegangen. Die Adreſſe des von 10,000 Mann beſucht geweſenen Volkstages im uraltbaieriſchen Dingolfingen ans Heer hat bereits die 3. Schützencompagnie des k. Leibregiments im Namen des ganzen 3. Bataillons mit Enthuſiasmus beantwortet. Auf den 2. Juli (Mariä Heimſuchung) iſt für das Pfarrdorf Leiblfing ein neuer Volkstag angeſagt. Unſere Demokratie jubelt über die angeblich verunglückte Reiſe des Miniſters v. d. Pfordten; ſie geht ſicherlich fehl; denn in der Hauptſache ihrer Hauspolitik iſt zwiſchen Oeſterreich und Baiern die innigſte entente vorhanden; alles Uebrige wird man durch Intriguen zu bemeiſtern ſuchen. Jetzt ſchauen auch hier ſo manche Feinde der erbkaiſerlichen Partei auf das Vorparlament in Gotha als auf einen neuen Hoffnungsſtrahl. Sollte auch Preußen wirklich noch mit ſeinen letzten Freunden in Deutſchland brechen wollen?

Aus der Pfalz, 22. Juni. In Landau iſt am 21. Juni Abends ein Bataillon des 28. preußiſchen Regiments eingerückt, daſſelbe dem durch die unglückliche Vermittelung Eiſenſtuck's vor einiger Zeit der Einmarſch verwehrt ward. Ob letzterer damals wirklich ein „Blutbad" verurſacht hätte oder ob die Anweſenheit dieſer Truppen nicht vielmehr auf die Haltung der übrigen Garniſon von entſchiedenem Vortheile geweſen wäre, iſt heute ſchwer zu ſagen, will man nicht die Vertheidigung von Kaiſerslautern und die ſonſt angekündigten „Sempach und Morgarten" als Maßſtab nehmen, welche ſämmtlich Phantaſiegebilde geblieben ſind. Die Beſchießung Landaus, die Sonntag den 17. beginnen ſollte, iſt durch die plötzliche Erſcheinung der preußiſchen Truppen vor und um Landau glücklicherweiſe unterblieben. In einem nicht für die Oeffentlichkeit beſtimmten Privatbriefe eines glaubwürdigen Mannes aus Langenkandel (Poſtſtation zwiſchen Landau und Karlsruhe) leſen wir: „Der ſaubere Civilcommiſſär Erbe hat alle Briefe, die nach Landau und Germersheim beſtimmt waren, vernichtet. Oefters brauchte er halbe Tage zum Verbrennen und der Geruch verbreitete ſich gewöhnlich in die ganze Nachbarſchaft. Es kamen ſogar Fälle vor, wo er Dienſtſchreiben verbrannt hat. Er wollte auch in dieſer Beziehung Landau und Germersheim aushungern. Derſelbe hat nichts rückbehalten als das erpreßte Geld, mit welchem er Tags vor Ankunft der großen Armee, d. i. der großen Räuberbande, ins Badiſche geflüchtet iſt. Mit dem Zwangsanleihen hat er gehandelt. Für 250 Fl. wollte er 100 Fl. nehmen, wenn es nur ſchnell und baar gefallen iſt. Die Leute haben es ihm aber gemacht wie die Kandler Beamten mit dem Eide; dieſe wußten ihn nämlich hinauszuſchieben, und ſo thaten es auch die Reichen mit dem Gelde, bis er zum T... war."
(Allg. Z.)

Freiburg, 22. Juni. Die Anforderung an den „Patriotismus" und die Aufopferung der Einwohner werden von Tag zu Tag größer, und aus den freiwilligen Beiträgen werden nun ſtändige Abgaben, beſonders an Lebensmitteln, ſo daß z. B. Freiburg aufgefordert wurde, von nun an täglich 500 Laib Brod, 500 Pfund Speck und 4 Ohm Wein ins Unterland zu liefern. Die Aushebung der Volkswehrmannſchaft wird mit unnachſichtlicher Strenge betrieben, und ſelbſt die von der Sanitätscommiſſion Freigeſprochenen wurden ſpäter zum Aufbruch genöthigt. Auf welche Weiſe man gegen die ſich Weigernden verfährt, möge Ihnen ſtatt vieler nur das eine vollkommen verbürgte Beiſpiel dienen, daß dem Vater eines einzigen, ſchon zweimal freigeſprochenen Sohnes in einem benachbarten Landſtädtchen gedroht wurde, ihm nicht nur, wenn er ſeinen Sohn nicht binnen zweimal 24 Stunden ſtelle, das Bürgerrecht zu nehmen, ſondern auch noch ſo lange 10 Mann Execution ins Haus zu legen, bis er noch dazu 1200 Gulden hinterlegt habe. (D. Volksbl.)

§ **Mainz**, 25. Juni. Die weitausſehenden Monſterunterſuchungen werden unzweifelhaft ebenſo weitausſehende Monſterproceſſe zur Folge haben. Weßhalb und mit welchem Erfolge? Unſere Demagogie hat ſich für den jetzt eingetretenen Fall ihres Rückzugs ein verſchanztes Lager offengehalten, wo ſie vor weiterem Schaden gedeckt iſt, ein Lager, welches ihr zur Zeit, da ihre Fahne noch ſtolz wehte, von ihren mit Wuth verfolgten Feinden, den reactionären Kammern, dem „reactionären" Miniſterium Jaup ſelber an ſicherer Stätte bereitet worden iſt, — in unſerm neuen Geſchwornengeſetze. Geſchworne, vom rheinheſſiſchen Bezirksrathe, alſo den Koryphäen der rothrepublikaniſchen Clubs, ernannt, werden zu Gericht ſitzen über unſere Staatsverbrecher, vielleicht Freiſchärler über Freiſchärler. Der Bezirksrath hat es in der That auch nicht für der Mühe werth gehalten, bei Ausübung ſeines Amtes auch nur den Schein der Discretion oder Parteiloſigkeit anzunehmen; das beweiſen die auf der Geſchwornenliſte figurirenden Namen der Freiſchaarenführer Blenker, Löhr und Itz, der dii minorum gentium von blos örtlichem Renommee zu geſchweigen. Daß bei ſolchen Verhältniſſen alle Verbrechen gegen den Staat, ja alle nur irgendwie mit politiſcher Staffage umgebenen Verbrechen einen Freibrief genießen, ja daß in dem vom Bravo der Gallerie und Abends vielleicht von einer Serenade gefolgten, mit Gewißheit vorauszuſehenden freiſprechenden Verdict eine oft willkommene Entſchädigung für alle etwa vorangegangenen Unannehmlichkeiten zu erwarten iſt, verſteht ſich von ſelbſt. Ebenſo verſteht es ſich nun von ſelbſt, daß mancher Radical-Conſervative ſchon den geheimen Wunſch hegt, das Uebel mit Stumpf und Stiel ausgerottet, d. h. das neue Geſchwornengericht wieder beſeitigt zu ſehen. Das ruere in servitium gibt ſich faſt früher kund, als Sie ſelbſt warnend verkündet haben. In conſervativen juriſtiſchen Kreiſen tappt man jetzt ſpähend in den verborgenſten Winkeln unſeres Rechtsſyſtems umher, um ein Mittel zu finden, die Angeklagten der rheinheſſiſchen Jury zu entziehen und einer unparteiiſcheren zuzuführen, um ſo dem „Scandal" einer Freiſprechung à la Struve und Fickler zu entgehen. Es ſtehen in dieſer Hinſicht erbitterte Kämpfe von noch nicht abzumeſſender Tragweite bei uns bevor. Man wird, was Ergebniß momentaner Zeitſtimmungen war, dem demokratiſchen Charakter der Jury zur Laſt legen und ſo die Pfeile gegen das Inſtitut ſelber ſpitzen. Das viele oberflächliche Gerede, welches ſeit vielen Jahren für und über das Geſchwornengericht ſelbſt renommirten Schriftſtellern zu Markte getragen worden iſt, wird neuerdings die Leuchte der Kritik über ſich ergehen laſſen müſſen. Gerade die wärmſten Freunde und Kenner des Inſtituts wiſſen am beſten, daß bei deſſen Beurtheilung und Fortbildung Geſichtspunkte genug feſtgeſtellt werden müſſen, für welche der „laute Markt" keine Kriterien kennt, Geſichtspunkte, wobei die Frage über die demokratiſche Idee, als nothwendige Baſis der Jury ganz außer Acht bleiben kann und ſoll und welche beſonders in einer von unſerm Landsmanne, Profeſſor Dernburg in Gießen, in einer vor Kurzem erſchienenen Schrift*) hervorgehoben worden ſind, und von denen nur zu wünſchen wäre, daß ſie bald Gegenſtand der Debatte werden mögen, um bei künftigen legiſlativen Arbeiten benutzt werden zu können. Möge inzwiſchen das zur Herſtellung des gefährdeten Rechtszuſtandes nothwendige traurige Nachſpiel des Bürgerkriegs in den Aſſiſenſälen nicht mit Rechtsverletzungen oder Deutelungen von oben beginnen.

Oeſterreichiſche Monarchie.

Krakau, 24. Juni. Unſere Lage in Galizien und Krakau iſt nebſt dem Belagerungszuſtande und den damit verbundenen Uebeln aus dem Grunde noch trauriger, weil wir eigentlich nicht wiſſen, wer Herr im Lande iſt. Denn obwohl vom Schloßberge die ſchwarzgelbe öſterreichiſche Fahne weht und die Oberherrſchaft des Hauſes Habsburg-Lothringen zu verkünden ſcheint, ſo beweiſen doch einzelne Thatſachen, daß die Sachen ſich ein Bischen anders verhalten oder wenigſtens eine andere Wendung nehmen werden. Von dem Benehmen der ruſſiſchen Officiere gegen die Oeſterreicher will ich, als von einer ſchon allgemein bekannten Thatſache, keine Erwähnung thun; dies ſind übrigens nicht die Männer der Suwarow'ſchen Armee, welche ſtatt der Namens-Unterſchrift die ins Dintenfaß getauchten Finger auf die zu verſendende Eſtafette ausdrückten. Es ſind Männer von Bildung und doch von innerem Haſſe gegen alles Deutſche erfüllt — und geberden ſich überall, wo ſie durchmarſchirt ſind, als muthmaßliche Herren des Landes, oder wenigſtens als bittere Feinde Oeſterreichs. So reiſte vor ein paar Tagen ein Herr nach Congreßpolen von Krakau. Er hatte einen vom commandirenden General gefertigten Paß. An der Grenze des krakauer Gebiets wird er beim Vorzeigen des Paſſes gefragt, weſſen Unterſchrift da iſt. Darauf antwortet er: „Das iſt die Fertigung des commandirenden Generals Legeditſch." Hierauf erwiderte man ihm: „Was heißt ein öſterreichiſcher commandirender General! Was heißt Legeditſch! Hätte den Paß ein ruſſiſcher Unterofficier gefertigt, ſo wären Sie weiter ge-

*) Ueber den Werth und die Bedeutung der Geſchwornengerichte Frankfurt 1848.

reiſt — jetzt ſchauen Sie, daß Sie zurückkommen.“ Noch einen Fall ruſſiſcher Urbanität gegen die Oeſterreicher muß ich erzählen, denn er verdient wirklich aufgezeichnet zu werden. Als der ruſſiſche General Kaufmann in Dukla ankam, ſchickte er eine Eſtafette nach Jaslo, der Kreishauptmann Heiderer ſolle ſich alſogleich zu ihm begeben. Herr Heiderer folgt dieſer Einladung ohne Verzug, kommt um 11 Uhr in Dukla an, erfährt aber zu ſeinem Unglück, daß der Herr General ſchlafe und er ſolglich warten müſſe. Herr Heiderer wartet geduldig halbſchlummernd in ſeiner Britſchke bis 2 Uhr nach Mitternacht. Endlich ruft man ihn zum General — doch muß er noch eine halbe Stunde im Vorzimmer warten. Nach ſo langem Harren wird er endlich vorgelaſſen und gefragt: „Sind ſie der jasloer Kreishauptmann?“ — „Ja.“ (Wohlgemerkt ſtehend.) — „Sie müſſen ſorgen, daß die ruſſiſche Armee mit allem Nothwendigen gut und reichlich verſorgt werde. Denn Sie ſollen wiſſen, daß Sie 26,000 Mann zu verpflegen haben. — „Der jasloer Kreis hat ſchon ſeine Contribution geliefert; aber zwei Kreiſe ſind noch im Rückſtande, nämlich“ — Was geht mich das an, Sie müſſen Alles haben, was für die Armee nothwendig iſt. Ich frage nicht darum, wie viel Kreiſe noch im Rückſtand ſind. Unterdeſſen ſetzt ſich sua sponte der müde Kreishauptmann, — was vom General mit einem „Ja, ſetzen Sie Sich!“ gut geheißen wird — und ſagt: „Ich werde nach meinen Kräften für die Verpflegung der Armee ſorgen; aber ich ſoll dem Gubernial-Befehl nach nur 8000 Mann verproviantiren.“ — „Was geht mich das Gubernium an!? Sie müſſen 26,000 Mann verpflegen. Wiſſen Sie übrigens, daß ich der Civilgouverneur von Galizien bin?“ — „Nein, davon bin ich vom Gubernium noch nicht in Kenntniß geſetzt worden.“ — „Was heißt Ihr Gubernium! Sie müſſen das thun, was ich will und 26,000 Mann ordentlich verpflegen.“ — Nach einer ſo kurzen und intereſſanten Debatte entfernte ſich der Kreishauptmann. So benehmen ſich überall die Ruſſen gegen öſterreichiſche Officiere und Beamte. Gegen die Polen ſind ſie überall äußerſt höflich, nur den armen Oeſterreichern laſſen ſie die Wucht ihrer Bundeshülfe fühlen. Nebſtdem erlaubt man ſich ruſſiſcherſeits Eigenmächtigkeiten, die wirklich nicht ins Bereich der militäriſchen Hilfe gehören. So hat man dieſer Tage im ſanoker Kreiſe den General der galiziſchen Nationalgarde Joſeph Zaluski, einen hochbejahrten Mann, auf ſeinem Gute Jaſienica auf ruſſiſchen Befehl durch ruſſiſche Soldaten arretirt, in ſeinen eigenen Wagen geſetzt und vermuthlich nach Zamosc abgeführt. Die Frau des genannten Gardegenerals wandte ſich deßhalb an den Kreishauptmann Uherek; doch dieſer gab ihr die beſcheidene Antwort: „Ich kann Ihnen nicht helfen, denn wir regieren nicht mehr; die Ruſſen ſind Herren im Lande!“ So ſtehen die Actien in Galizien. Geſtern und vorgeſtern brachte man 31 ungariſche Gefangene nach Podgorze, von denen man ſchon etliche ins öſterreichiſche Militär geſteckt hat. In Krakau und Galizien wird dieſer Tage ſtark recrutirt, und zwar nicht immer conſtitutionsmäßig. So haſchte man in der krakauer Vorſtadt Kazimierz Nachts den 21. d. M. 90 Juden zuſammen. Aus dem krzeszowicer Bezirke wurden auf einmal 98 Bauern eingeſtellt.

(Bresl. Z.)

Britiſch-Oſtindien.

* Aus den umſtändlicheren Berichten der Times geht hervor, daß die aus ihrem Gefängniß zu Tſchunar ausgebrochene Rani von Lahore ſich noch nicht in den Händen der Briten befindet, vielmehr im Königreiche Nepal angekommen iſt, wo ſie um Schutz und ungeſtörten Aufenthalt nachgeſucht hat. Ohne Zweifel werden die Engländer in ihrer bekannten nachdrücklichen Weiſe durch ihren Conſul zu Khatmandu auf der Auslieferung der Flüchtigen beſtehen, da dieſes die Engländer aufs bitterſte haſſende und in allen Ränken geübte Weib noch jetzt als eine außerordentliche Schönheit gerühmt wird, mithin den Briten um ſo gefährlicher iſt. In dem noch ziemlich ſelbſtſtändigen Nepal herrſcht jedoch viel feindſelige Stimmung gegen die Engländer, weßhalb auch die Rani gerade hierher ihren Schritt wandte, und ſo iſt es leicht möglich, daß man ſich gegen die Forderung des britiſchen Conſuls ſträuben wird, in welchem Falle es dann leicht zu einem neuen Conflict kommen könnte.

China.

Die Nationalzeitung enthält über die neuen Zerwürfniſſe zwiſchen China und England Folgendes:

Aus einer auf der Inſel Hong-Kong erſcheinenden engliſchen Zeitung vom 21. April, die uns ſoeben auf directem Wege (über Trieſt) von einem unſerer Leſer in Singapore zugegangen iſt, entnehmen wir die wichtige Nachricht, daß in Folge einer Vertragsverletzung ſeitens der Chineſen die Engländer nahe daran ſind, aufs Neue mit dem himmliſchen Reiche der Mitte in Krieg zu gerathen. Es handelt ſich nämlich um den Vertrag vom April 1847, wodurch den Engländern gewiſſe Begünſtigungen und Rechte in ihrem Verkehr mit Kanton gewährt wurden und namentlich das Recht, das Innere dieſer Stadt zu betreten. Dieſer Vertrag ſollte am 6. April 1849 zur Ausführung kommen, fand aber ſein Haupthinderniß in dem fanatiſchen Haſſe der Einwohner von Kanton gegen die Engländer. Die Kantoneſen ſträubten ſich mit allen Kräften beſonders gegen die Beſtimmung, daß die Engländer das Recht haben ſollten, das Innere ihrer Stadt zu betreten, und drohten ſchon mehrere Monate vorher mit thätlichem Widerſtande. Es kam darüber zu Unterhandlungen zwiſchen dem engliſchen Gouverneur von Hong-Kong und dem chineſiſchen Obercommiſſar Seu. Man kam endlich überein, die Sache an den Hof von Peking zu berichten und die kaiſerliche Entſcheidung einzuholen. Am 31. März traf dieſe Antwort ein; ſie lautete: Der Kaiſer weiſt im Namen des Volkes von Kanton den ganzen Vertrag vom 6. April 1847 zurück. (Siehe das Schreiben des chineſiſchen Kaiſers in Nr. 175 der Dtſch. Ztg.) Inzwiſchen waren auch die Patrioten von Kanton nicht müßig. Sie ſuſpendirten bis zur Entſcheidung dieſer Angelegenheit den Handel mit den Engländern durch ein ſtrenges Embarago, und ein eingeborner Makler wurde zu Tode gepeitſcht, weil er trotz deſſelben einen Ballen Baumwolle von einem engliſchen Kaufmann kaufte. Außerdem wurden Barricaden in allen Hauptſtraßen errichtet, um den Eintritt der rothhaarigen Barbaren in die jungfräuliche Stadt zu verhindern; kochendes Waſſer und andere ſchädliche Stoffe wurden auf die Dächer geſchafft. Natürlich hüteten ſich die Engländer wohl, unter ſolchen Umſtänden am 6. April die Stadt zu betreten, ſind aber, wie denkbar, über dieſe ſchmähliche Vertragsverletzung äußerſt aufgebracht und dringen bei ihrer Regierung auf die ſtrengſte Züchtigung. „Nie,“ ſagt das vor uns liegende Hong-Kong-Blatt, „nie ſeit Menſchengedenken oder überhaupt ſeitdem die Engländer mit China verkehren, ſtanden wir in einem für den britiſchen Namen ſo ſchimpflichen und für die britiſchen Intereſſen ſo nachtheiligen Verhältniß zu Kanton, als in dieſem Augenblick.“

Amerika.

Oeffentliche Blätter enthalten folgenden Brief Hecker's: „Hecker's und Schöninger's Farm bei Lebanon, St. Clair county, Illinois, den 30. April 1849. Zu den mannichfachen Lügen, welche man über mich in den Zeitungen gefliſſentlich ausgeſtreut, gehört auch die, daß ich im Miſſouriſtaat große Ländereien angekauft habe und eine Colonie zu gründen beabſichtige. Zu Erſterem beſitze ich nicht die Mittel und vor Letzterem ſoll ſich Jeder hüten, der nicht abſichtlich darnach trachtet, ſich alle möglichen Widerwärtigkeiten, Händel, Undank und die Verwünſchungen aller Derer aufzuladen, welche mit ſanguiniſchen Träumen und Hoffnungen herüber kamen und alle Enttäuſchungen und Leiden dem Coloniſator aufladen. Ich bitte Sie, dieſes in öffentliche Blätter einrücken zu laſſen, da ich, deſſen Zeit vollſtändig in Anſpruch genommen iſt, mit Briefen und Anfragen aller Orten her überladen werde. Des langen müßigen Herumziehens und der Heimatloſigkeit müde, habe ich, ſeit nach Privatnachrichten und den öffentlichen Mittheilungen die Zuſtände in unſerem unglücklichen Vaterlande ſo troſtlos ſtehen, zu Anfang März d. J. gemeinſchaftlich mit einem Freunde die Trümmer meiner Habe in einer Farm angelegt, die ich nun ſelbſt baue, und auf der wir ſo angeſtrengt arbeiten und arbeiten müſſen, als Jeder, der die Erde baut.“ Zum Schluß: „Wer nicht mit übertriebenen Anſprüchen und Hoffnungen hierher kommt, wer nicht mit der Idee, reich werden zu wollen aufbricht, wer entſchloſſen iſt zu arbeiten und ein mäßiges Vermögen mitbringt, dem kann es hier vortrefflich gefallen; es iſt der Boden demokratiſcher Freiheit. Aber Jeder ſoll ſich ſtündlich ſagen, daß ein Land, 5000 engl. Meilen entfernt, in ſeinen Sitten und der Art zu leben von Europa, von Deutſchland durchaus verſchieden, eine Lehrzeit erfordert, und wenn es uns auch hier gut gefällt, ſo iſt dies noch keine Norm für Alle; denn ich hatte nie und habe keine Bedürfniſſe, habe eine bittere Schule von Erfahrungen durchgemacht und die Menſchen von einer Seite kennen gelernt, daß ich recht gerne in meinem friedlichen Waldleben dahin lebe.“

Redacteur: **H. Kruſe.**

Verlag der **Weidmann'ſchen** Buchhandlung in Leipzig. — Druck von **H. L. Brönner** in Frankfurt a. M.

Digitized by Google